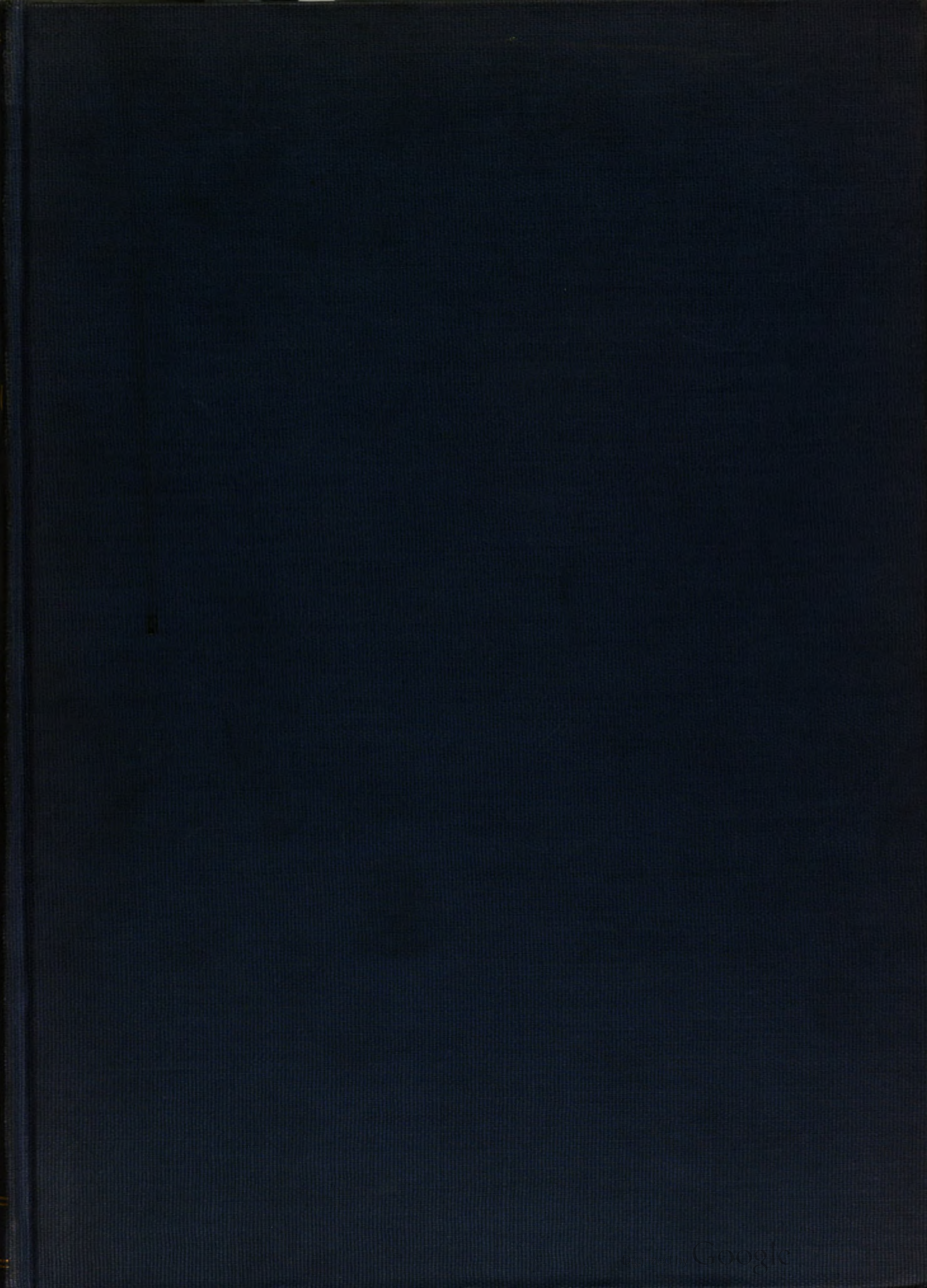
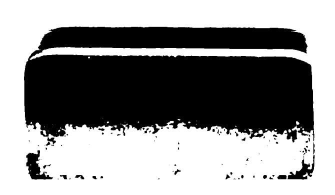



UNIVERSITY OF MINNESOTA
OMNIBUS ARTIBUS



ZEITSCHRIFT

DES

PREUSSISCHEN STATISTISCHEN LANDESAMTS.

HERAUSGEGEBEN VON DEM PRÄSIDENTEN

DR. SAENGER,

GEHEIMEM OBERREGIERUNGSRAT.

62. JAHRGANG.

1922.

1. und 2. Abteilung.

Inhalt:

Berlin SW68.

Verlag des Preussischen Statistischen Landesamts.

1923.

Seiten 2 bis 4 des Umschlages werden geff. Beachtung empfohlen.

Im unterzeichneten Verlage erscheint:

Zeitschrift

des

Preussischen Statistischen Landesamts.

Herausgegeben von dessen Präsidenten.

62. Jahrgang.

Diese Zeitschrift hat sich folgende Aufgaben gestellt:

1. Veröffentlichung des neuesten sowohl durch das Preußische Statistische Landesamt als auch durch andere Staatsbehörden erhobenen und aufbereiteten statistischen Stoffes über den Freistaat Preußen und seine einzelnen Teile;
2. gedrängte Mitteilung von statistischen Nachrichten über das Deutsche Reich und dessen Einzelstaaten;
3. Berichterstattung über die Zustände der übrigen Kulturländer in Form statistischer Korrespondenzen;
4. statistische Vergleichung der Zustände Preußens und seiner Gebietsteile unter sich sowie mit den entsprechenden Zuständen anderer Kulturstaaten;
5. Besprechung wichtiger, das Interesse der Gegenwart berührender staatswirtschaftlicher und staatswissenschaftlicher Fragen, soweit ihnen meßbare Tatsachen zugrunde liegen;
6. Fortbildung der Theorie und der Technik der Statistik, insbesondere auch der internationalen Statistik;
7. Anzeige und Besprechung wichtiger literarischer Erscheinungen statistischen und staatswirtschaftlichen Inhalts.

Sie erscheint vom 43. Jahrgang an statt in Vierteljahrsheften in zwanglosen, dem jeweiligen Bedürfnis angepaßten Abteilungen. — Einzelne Abteilungen werden nicht abgegeben; dagegen sind volle ältere Jahrgänge käuflich. Vorhanden sind noch die Jahrgänge 2 bis 37 (1862 bis 1897), 38 (1898) und 40 bis 61 (1900 bis 1921).

Mit der 3. Abteilung des Jahrgangs 1915 ist der erste Teil des Inhaltsverzeichnisses zur Zeitschrift für die 1861 bis 1912 erschienenen 52 Jahrgänge, nach Stichworten des Inhalts geordnet, herausgegeben worden. Der zweite und dritte Teil, Inhalt nach Ländern und Verfassern, ist in der 2. und 3. Abteilung des Jahrgangs 1916 veröffentlicht worden. Das ganze Inhaltsverzeichnis kann auch als Sonderabdruck durch unsern Verlag bezogen werden.

Bei Überfülle des Stoffes werden zur Zeitschrift besonders käufliche „**Ergänzungshefte**" herausgegeben, zu deren Abnahme jedoch kein Bezieher der Zeitschrift verpflichtet ist.

Die Titel der neuesten Ergänzungshefte finden sich auf der dritten Seite dieses Umschlages verzeichnet.

Berlin SW 68, Lindenstraße 28.

Verlag des Preussischen Statistischen Landesamts.



Der Besitzwechsel in Preußen
während der Jahre 1896 bis 1921.

Mit zwei graphischen Darstellungen.

Im amtlichen Auftrage bearbeitet
von
Regierungs- und Volkswirtschaftsrat Dr. **Höpker.**

Vorbemerkung.

Seit nach dem 1. April 1896 regelmäßig der Besitzwechsel land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke in Preußen erhoben wird, sind drei Arbeiten hierüber erschienen. Zum ersten Male hat der verstorbene Präsident des Statistischen Landesamts Evert im Jahre 1899 den Besitzwechsel des ersten Erhebungsjahres zum Gegenstand einer Darstellung gemacht, in der er wegen der kurzen Dauer der Statistik nur eine Darstellung der Erhebungsform und eine kurze Übersicht über die tatsächlichen Ergebnisse gibt. Die zweite Bearbeitung stammt von dem jetzigen Oberregierungsrat Prof. Dr. Kühnert. Sie ist im Jahre 1902 erschienen und behandelt den Besitzwechsel der Jahre 1896 bis 1900; sie umfaßt also auch nur einen verhältnismäßig kleinen Zeitraum. Sie gibt eine eingehendere Darstellung des tatsächlichen Materials und gibt den Anstoß für zwei Verbesserungen der statistischen Aufnahmen, die kurze Zeit darauf auch eingeführt wurden.

Die dritte und letzte Bearbeitung schließlich fällt in das Jahr 1904. Ihr Verfasser ist der jetzige Direktor des städtischen Statistischen Amtes der Stadt Köln, Dr. Neuhaus. In dieser Bearbeitung, die bereits 7 Jahre zur Grundlage der Untersuchung macht, wird der Versuch unternommen, in der statistischen Darstellung bis auf die Kreiseinheiten zurückzugehen, um daraus vielleicht neue Schlüsse ziehen zu können. Wenn auch zuzugeben ist, daß die Regierungsbezirke als Verwaltungseinheiten in vielen Fällen nicht die richtigen Grenzen für eine Besitzwechselstatistik abgeben, da hier die einzelnen Bezirke richtiger nach ihrer landwirtschaftlichen Eigenart zusammengefaßt werden müßten, so hat sich doch gezeigt, daß die Kreiseinheiten zu klein sind, um auch nur einigermaßen haltbare Schlüsse aus den statistischen Feststellungen ziehen zu können.

Die nunmehrige vierte Darstellung des Besitzwechsels hat deshalb von der Kreiseinstellung wieder abgesehen und als kleinste Einheit die Regierungsbezirke genommen, da eine anderweitige Zusammenfassung der Kreise nach ihrer landwirtschaftlichen Eigenart sehr schwer durchzuführen ist, besonders mangels eines Planes, der die Anerkennung aller Sachverständigen finden würde. Der Mangel in der Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Landesteilen, der sich hieraus ergibt, darf jedoch nicht zu hoch angeschlagen werden. Man wird nicht vergessen dürfen, daß auch in sehr zahlreichen Fällen die Regierungsbezirke bedeutsame Grenzen verschiedener landwirtschaftlicher Verhältnisse darstellen — es mag z. B. hier nur an den Regierungsbezirk Stralsund und an Erfurt erinnert werden — und daß die höhere Einheit der Provinz häufig, wenn auch nicht eine scharfe, so doch brauchbare Grenzlinie zwischen verschiedenen landwirtschaftlichen Verhältnissen zieht.

Da die Bearbeitung noch das Jahr 1921 umfaßt, stehen nicht weniger als 26 Jahre der statistischen Aufnahme des Besitzwechsels zur Verfügung. Dieser Zeitraum von mehr als einem Vierteljahrhundert konnte jedoch für die Darstellung nicht zusammengefaßt, mußte vielmehr in drei Abschnitte zerlegt werden, um den möglichen Einfluß der verschiedenen landwirtschaftlichen Bedingungen dieses Zeitraumes genügend zu berücksichtigen. Es sind demgemäß in den Tabellen und in der Darstellung die Zeit vor dem Kriege, also die Jahre 1896—1913, sodann die Kriegsjahre 1914 bis einschl. 1918 und schließlich die drei Nachkriegsjahre gesondert behandelt worden.

Die Darstellung selbst gibt in den einzelnen Hauptabschnitten zunächst die tatsächlichen Verhältnisse, wie sie sich in der Statistik spiegeln, wieder, um sich dann den volkswirtschaftlichen Fragen, die sich an den Besitzwechsel anschließen, zuzuwenden, während der Schluß eine Erörterung des Wertes der heutigen Besitzwechselstatistik und die Frage der Notwendigkeit und Möglichkeit einer Änderung bildet. Die Darstellung folgt der Anordnung der Tabellen. Nachdem die Art der Erhebung der Besitzwechselstatistik beschrieben ist, wird eine allgemeine Übersicht über den Besitzwechsel im Frieden gegeben. An diese schließt sich eine allgemeine Darstellung des Besitzwechsels im Erbgange. Sodann folgt eine Beschreibung der Verkäufe landwirtschaftlichen Grundbesitzes mit einem Versuch über die wirtschaftlichen Gründe der hierbei zu beobachtenden Bewegung. An die darauf folgende Nachweisung über den Besitzwechsel während der Kriegsjahre schließt sich die Darstellung des Besitzwechsels während der letzten drei Jahre nach dem Kriege an. Den Schluß bildet eine Kritik der Besitzwechselstatistik.

Abhandlung.

Die Methode der Erhebung.

Die Besitzwechselstatistik wird von den Grundbuchämtern der preußischen Amtsgerichte nach dem umseitig am Schlusse dieser Abhandlung abgedruckten Formular geführt. In diesem muß jeder Besitzwechsel, der in das Grundbuch eingetragen wird, vermerkt werden. Je nachdem der Besitz infolge eines Kaufs oder Erbgangs erfolgt und je nachdem hierbei entweder das ganze Grundstück einen neuen Besitzer erhalten hat oder nur Teile des alten Grundstücks einen neuen erhalten haben oder das Grundstück in mehrere Teile zersplittert wird, sind für die Eintragungen verschiedene Abteilungen des Vordrucks zu benutzen. Dabei sind in der Schlußspalte 19 die Fälle be-

sonders zu vermerken, in denen es sich um eine Zerstückelung. Abtrennung, um die Auflösung oder Begründung eines Miteigentums oder um eine Vereinigung und Zuschreibung handelt. Unter welchen Voraussetzungen diese Vermerke zu machen sind, darüber gibt Nr. 5 der Bemerkungen der abgedruckten Nachweisung Auskunft. Dem Erbgang sind die Besitzübergänge auf Grund eines Vermächtnisses, einer Schenkung von Todes wegen sowie infolge entgeltlicher oder unentgeltlicher Grundstücksübereignung bei Lebzeiten der Eigentümer an Abkömmlinge, Ehegatten, Stief- oder Schwiegerkinder zuzurechnen. In den Spalten, die für den Besitzwechsel auf Grund der Verkäufe bestimmt sind, müssen auch die Fälle der Grundstücksübereignung auf Grund eines Tausches, der Enteignung usw. vermerkt werden. Besitzwechsel infolge von Zwangsversteigerungen werden seit dem Jahre 1907 im Preußischen Statistischen Landesamt auf Grund von Zwangsversteigerungszählkarten bei der Aufbereitung der Statistik nachgetragen. Ohne irgendeine Berücksichtigung der Größe des alten Grundstückes sind die erworbenen, eventl. neu entstandenen Grundstücke nach ihrer Größe in dem Formular nach folgenden Größenklassen zu trennen:

Von 2 bis unter 5 *ha*
„ 5 „ „ 20 „
„ 20 „ „ 50 „
„ 50 „ „ 100 „
„ 100 „ „ 200 „
„ 200 *ha* und darüber.

Grundstücke unter 2 *ha* sind überhaupt nur dann, und zwar in einer besonderen Spalte, anzugeben, wenn sie von mindestens 2 *ha* großen Grundstücken stammen. Der Eigentumsübergang wird nur durch Eintragung eines senkrechten Striches in die durch die Art des Besitzwechsels und die Größe des neuen Grundstücks vorgeschriebene Spalte des Formulars vermerkt. Die tatsächliche Größe der übergegangenen Grundstücke bleibt also dem Statistischen Landesamt unbekannt. Gehören zu einem Amtsgerichtsbezirk mehrere Kreise oder Oberamtsbezirke, so ist für jeden Kreis eine besondere Nachweisung aufzustellen. Die Zusammenstellung des Besitzwechsels kann danach ohne Rücksicht auf die Amtsgerichtsbezirke nach Kreisen oder Oberamtsbezirken erfolgen. Wichtig ist schließlich der Begriff eines Grundstücks, wie ihn die Anmerkung festlegt. Hiernach ist unter einem Grundstück der gesamte in demselben Gemeinde- oder Gutsbezirk belegene, aus einer oder mehreren Parzellen bestehende Grundbesitz von insgesamt 2 und mehr *ha* desselben Eigentümers zu verstehen. Dadurch soll erreicht werden, daß nach Möglichkeit sich der Begriff des Grundbesitzes in der Besitzwechselstatistik mit dem tatsächlichen landwirtschaftlichen Betriebe von Eigenland deckt.

Die Nachprüfung des von den Grundbuchämtern eingereichten Materials ist dem Statistischen Landesamt im Gegensatz zu anderem statistischen Urmaterial nur in selteneren Fällen möglich. Die summarische Art der Eintragung erlaubt keinen Einblick in ihre Richtigkeit und Vollständigkeit. Fehler in dem Urmaterial selbst würden also, soweit sie vorkommen, ausschließlich auf die mangelhaften Eintragungen bei den Grundbuchämtern zurückzuführen sein.

Nachweisung

des

Wechsels im ländlichen Grundbesitz

im Bezirke des

Amtsgerichts zu ....

für den Kreis .... im Jahre (Rechnungsjahr)

(Vergl. Bemerkung 1.)

Laufende Nr.	Nr. des Tagebuchs	Es wechselten den Eigentümer land- oder forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke (Besitzungen)																Bemerkungen
		infolge von Erbgang, Vermächtnis, Schenkung von Todes wegen sowie infolge entgeltlicher oder unentgeltlicher Grundstücksübereignungen bei Lebzeiten der Eigentümer an Abkömmlinge, Ehegatten, Stief- oder Schwiegerkinder								infolge von Kauf (ausschließlich der bereits in den Spalten 3 bis 10 aufgeführten, Abkömmlinge, Ehegatten, Stief- oder Schwiegerkinder betreffenden Fälle), Tausch, Enteignung usw.								Lag Zerstückelung, Abtrennung, Begründung usw. von Miteigentum, Vereinigung oder Zuschreibung vor?**)
		mit einer Fläche von							ohne Größenangabe	mit einer Fläche von							ohne Größensngabe	
		unter 2 *ha*, abgezweigt von mindestens 2 *ha* großen Grundstücken*)	2 bis unter 5 *ha*	5 bis unter 20 *ha*	20 bis unter 50 *ha*	50 bis unter 100 *ha*	100 bis unter 200 *ha*	200 *ha* und darüber		unter 2 *ha*, abgezweigt von mindestens 2 *ha* großen Grundstücken*)	2 bis unter 5 *ha*	5 bis unter 20 *ha*	20 bis unter 50 *ha*	50 bis unter 100 *ha*	100 bis unter 200 *ha*	200 *ha* und darüber		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19

*) Vergl. Bemerkung 4. — **) Vergl. Bemerkung 5.

Bemerkungen.

(Bei Eintragung der Eigentumsübergänge in die Nachweisung stets zu berücksichtigen.)

1. Gehören zu einem Amtsgerichtsbezirke mehrere Kreise (Oberamtsbezirke), so ist für jeden Kreis (Oberamtsbezirk) eine besondere Nachweisung aufzustellen.
2. Unter einem Grundstück (einer Besitzung) ist im Sinne der Statistik der gesamte, in demselben Gemeinde- (Guts-) Bezirke belegene, aus einer oder mehreren Parzellen bestehende Grundbesitz von zusammen 2 und mehr *ha* desselben Eigentümers zu verstehen. (Vergl. auch Ziffer 1 der Verfügung des Herrn Justizministers vom 10. März 1904 J. Nr. I 1065.)



3. Der **Eigentumsübergang** eines Grundstückes (einer Besitzung) ist durch Eintragung eines senkrechten Striches in derjenigen Spalte der Nachweisung darzustellen, welche dem Gesamtumfange der an ein und denselben Erwerber in einer Gemeinde (einem Gutsbezirke) übergegangenen Grundstücksteile (Besitzung) entspricht. (Vergl. Ziffer 5 und 6 der Allg. Verfügung vom 24. März 1903). Im Falle der Zerstückelung oder Abtrennung ist eine der Zahl der Eigentumsübergänge entsprechende Zahl von Eintragungen zu bewirken und zwar in denjenigen Spalten, in welche die aus dem Akt hervorgegangenen **neuen** Besitzungen (Summe der an ein und denselben Eigentümer übergegangenen Grundstücksteile) ihrer Fläche nach gehören.
4. **Zu den Spalten 3 und 11 der Nachweisung.** In diese Spalten sind diejenigen durch Abtrennung oder infolge von Zerstückelung in andere Hand übergegangenen Grundstücksteile von weniger als 2 *ha* aufzunehmen, welche von mindestens 2 *ha* großen, in demselben Gemeinde- (Guts-) Bezirke belegenen Grundstücken (Besitzungen) abgeschrieben werden. Hierbei ist in jedem Übergangsfalle in Spalte 19 die Bemerkung aufzunehmen, ob der Übergang infolge von Abtrennung oder infolge von Zerstückelung stattgefunden hat. Gehen mehrere solche Grundstücksteile gleichzeitig in das Eigentum derselben anderen Person oder derselben anderen Personen über, so ist, auch wenn die Grundstücke auf verschiedenen Blättern oder Artikeln eingetragen stehen, nur eine Eintragung zu bewirken. Die Flächen der mehreren Grundstücksteile sind in diesem Falle ebenso wie beim Übergange von über 2 *ha* großen Grundstücksteilen zusammenzurechnen, und es ist der Eigentumswechsel auch hier in die der Gesamtfläche entsprechende Spalte einzutragen. Hiernach muß also die Anzahl der verschiedenen Erben oder Erwerber die in die Nachweisung einzutragende Zahl der Eigentumsübergänge ergeben. (Vergl. Ziffer 5 der Allg. Verfügung vom 24. März 1904.)
5. **Zu Spalte 19.** In dieser Spalte sind durch die Worte „**Zerstückelung**", „**Abtrennung**", „**Miteigentum**", „**Vereinigung**" oder „**Zuschreibung**" diejenigen Übergänge kenntlich zu machen, bei welchen diese Vermerke zutreffen, andernfalls bleibt die Spalte unausgefüllt. Unter „**Zerstückelung**" sind solche Fälle zu verstehen, in welchen entweder durch Erbgang usw. oder durch Kauf usw. **alle** Teile eines den Besitzer wechselnden Grundstücks (Besitzung) in verschiedene andere Hände übergehen, dem bisherigen Besitzer also **kein** Restgrundstück verbleibt. Der Vermerk „**Abtrennung**" ist überall da anzuwenden, wo nur ein oder mehrere Teile eines Grundstücks (einer Besitzung) in andere Hände gelangen, während ein Restgrundstück dem bisherigen Eigentümer verbleibt; bei Eintragungen in den Spalten 3 bis 10 kommt das in allen den Fällen vor, wo ein oder mehrere Teile des ganzen Grundstückes bei Lebzeiten der Eigentümer infolge von entgeltlicher oder unentgeltlicher Grundstücksübereignung an Abkömmlinge, Ehegatten, Stief- oder Schwiegerkinder übergehen. Die Begründung, Übertragung und Beendigung von Miteigentum ist durch Einsetzung des Wortes „**Miteigentum**" ersichtlich zu machen, wobei zu beachten ist, daß falls Miteigentum gleichzeitig für mehrere Personen begründet oder an mehrere Personen übertragen wird, oder falls gleichzeitig mehrere Miteigentumsanteile an eine Person übergehen, nur **eine** Eintragung zu erfolgen hat. Die Vermerke „**Vereinigung**" und „**Zuschreibung**" kommen in den Fällen des § 890 BGB. zur Anwendung. (Vergl. Ziffer 8, 9, 12, 13 der Allg. Verfügung vom 24. März 1903.)
6. Der Besitzwechsel infolge von Zwangsversteigerung ist in die Nachweisung nicht aufzunehmen. (Vergl. Ziffer 7 der Allg. Verfügung vom 15. Januar 1907.)

Allgemeine Übersicht.

Um einen allgemeinen Überblick über den gesamten Besitzwechsel im Staatsgebiet zu erhalten, sind zunächst die Zahlen des Besitzwechsels in dem Zeitraum eines Jahrzehnts, und zwar von 1904-1913, zusammengestellt. Obwohl die Statistik bereits seit 1893 besteht, ist ein früheres Jahr als Anfangsjahr nicht gewählt worden, weil bis zum Jahre 1902 der Besitzwechsel in dem ehemals rheinischen Rechtsgebiet nicht miterhoben wurde und infolgedessen vergleichbare Zahlen vor diesem Jahre für das ganze Staatsgebiet nicht vorliegen. Man hätte die Jahresreihe mit 1903 beginnen lassen können; eine Prüfung der von den Amtsgerichten des rheinischen Rechtsgebietes mitgeteilten Besitzwechselzahlen hat aber das Bedenken erweckt, daß die Zahlen im ersten Jahre noch nicht so vollzählig gegeben würden, daß darauf ein Vergleich aufgebaut werden kann. Das erste Jahr zeigt in diesen Amtsgerichtsbezirken im Verhältnis zu den späteren Jahren vielfach so eigentümlich niedrige Zahlen, daß man zu der unabweisbaren Annahme gelangt, es sei hier nur ein Teil des tatsächlich stattgefundenen Besitzwechsels mitgeteilt worden. Das Jahr 1913 ergab sich ohne weiteren Zwang als natürliches Schlußjahr der Reihe. Der Krieg, dessen Vorwehen schon Anfang des Juli 1914 einsetzten, muß einen einschneidenden Einfluß auch auf den Besitzwechsel ausgeübt haben. Selbst wenn sich für dieses Jahr im Endergebnis ungefähr die gleichen Zahlen wie für die Vorjahre herausstellen sollten, würde es doch ein unzulässiger Schluß sein, hieraus die Folgerung des Fortwirkens der gleichen Ursachen wie in den früheren Jahren zu ziehen, da man daran denken muß, daß besondere, in den übrigen Friedensjahren gar nicht vorhandene Einflüsse sich hier geltend gemacht haben können. Wie wohl bei den meisten anderen statistischen Untersuchungen, wird man auch bei der Besitzwechsel-Statistik die Kriegsjahre als ein selbständiges Ganzes aus der Reihe der übrigen Jahre herausheben müssen.

Der zur Betrachtung vorliegende zehnjährige Zeitraum gibt für den gesamten Besitzwechsel des Staates folgendes Bild:

Es wechselten an ungeteilten und abgezweigten Grundstücken im preußischen Staatsgebiet den Eigentümer, und zwar

	einschließlich	ausschließlich
	der abgezweigten Grundstücke unter 2 *ha*	
1904	131 087	63 662
1905	141 923	66 734
1906	145 131	67 334
1907	148 952	66 170
1908	141 500	66 100
1909	139 670	65 924
1910	144 435	68 121
1911	146 722	67 205
1912	144 846	66 687
1913	143 467	66 143
1904-13[1]	142 773	66 408.

[1] Jahresdurchschnitt.

An dieser Zahlenreihe fällt zunächst auf, wie außerordentlich bedeutend der Besitzwechsel von Grundstücken unter 2 *ha* ist, die von größeren landwirtschaftlichen Grundstücken abgezweigt werden. Nicht weniger als 53,49 % aller Besitzwechsel im Durchschnitt der 10 Jahre sind auf die Abzweigung dieser kleinen Grundstücke zu buchen. Bei Stichproben, die genommen worden sind, hat sich ergeben, daß dieser Besitzwechsel neben vorkommenden Grenzberichtigungen zwischen benachbarten landwirtschaftlichen Betrieben zu einem sehr erheblichen Teil auf die Abtretung von Parzellen zu Wege-, Eisenbahn- und Wasserbauten zurückzuführen ist. Auch die Abtrennung von Bauplätzen in der Nähe größerer Städte oder im Bereich der Industriezentren darf nicht vergessen werden. Der größte Teil der von größeren landwirtschaftlichen Grundstücken abgezweigten Parzellen unter 2 *ha* scheidet somit aus dem landwirtschaftlichen Betriebe aus. Welche Fläche die auf diese Weise aus dem landwirtschaftlichen Betriebe ausgeschiedenen Grundstücke umfassen, ist leider nicht bekannt; sicher ist nur, daß die mittleren Größen dieser Parzellen weit unter 1 *ha*, wahrscheinlich sogar unter

$^1/_4$ *ha* liegen, da besonders von mittleren und kleineren Grundstücken bei Wege- und Eisenbahnbauten nur kleine Trennstücke in Anspruch genommen werden.

Aber selbst wenn man die Größe eines derartigen Trennstücks im Mittel nur auf 1 000 *qm* annimmt und die Verhältniszahl der Abtretung zu diesen Zwecken auf $66^2/_3$ % der gesamten Zahl der Abtrennungen schätzt, so ergibt sich, daß im Jahresdurchschnitt von 1904 – 1913 der Landwirtschaft die Fläche von $(142\,773 - 66\,408) \cdot \frac{66^2/_3}{100} \cdot 1\,000 = 5\,091$ *ha* entzogen wurde.

Nun ist zwar wahrscheinlich die durchschnittliche Größe der Trennstücke noch geringer, immerhin zeigt aber die Rechnung, welche erhebliche Fläche durch die Kulturbauten der Landwirtschaft und damit unserer Ernährung verlorengeht. Den möglichen oder wahrscheinlichen Verlust soll folgende kleine Rechnung veranschaulichen. Wenn auch der jährliche Verlust statt 5 091 *ha* nur 1 000 *ha* — für jeden Fall aber nur 200 *qm* im Mittel — gewesen sein mag, so ergibt dies doch bereits für ein Jahrzehnt den Verlust von 10 000 *ha*. Wenn ferner dieser Boden im Durchschnitt für die Landwirtschaft nur den Wert von Kartoffelacker gehabt hat, so würde nach 10 Jahren auf Grund des Durchschnittsertrages von 1909 bis 1913 — 144 D-Z auf das *ha* — die Ernte um 1 440 000 D-Z infolge Rückgangs der Anbaufläche sinken. Selbstverständlich haben die Wege-, Eisenbahnbauten usw. aus verschiedenen Gründen die Kultur- und Ertragfähigkeit der übrigbleibenden Flächen gehoben, sodaß deren Verlust ein vielleicht noch größerer Gewinn gegenübersteht. Es ist aber doch außerordentlich wichtig, an dieser Stelle auch auf die Größe des sicheren Verlustes hinzuweisen, der um so schwerer wiegt, je niedriger der volkswirtschaftliche Gewinn für die Ernährung ist, je weniger steigerungsfähig der Durchschnittsertrag des Bodens noch ist.

Im Staatsgebiet sind die Schwankungen des gesamten Besitzwechsels während der einzelnen Jahre nicht sehr erheblich. Von der Durchschnittsziffer mit 142 773 Fällen weicht die Höchstziffer im Jahre 1907 nur um etwa 4 % ab und die Durchschnittsziffer selbst erhebt sich über das Jahr 1904 mit den geringsten Besitzveränderungen nur um rund 9 %. Noch geringer sind die Abweichungen, sobald man die Grundstücke unter 2 *ha* außer Betracht läßt. Die oben wiedergegebene Durchschnittsziffer mit 66 408 steht nur 4,3 % über der niedrigsten Jahreszahl 1904 und wird nur um 2,6 % von der Höchstzahl im Jahre 1910 überragt.

Bedeutender sind bereits die Schwankungen, sobald man die einzelnen Arten des Besitzwechsels für sich allein betrachtet.

Infolge von **Erbgang**, Vermächtnis, Schenkung von Todes wegen usw. wechselten den Eigentümer land- oder forstwirtschaftliche Grundstücke

im Jahre	ungeteilt: mit einer Fläche von *ha* 2 bis 5	5 bis 20	20 bis 50	50 bis 100	mehr als 100	überhaupt [1]	abgezweigt: mit einer Fläche von *ha* unter 2 [2]	2 bis 5	5 bis 20	20 bis 50	50 bis 100	mehr als 100	überhaupt [1] einschl. der unter 2 *ha*	überhaupt [1] ausschl. der unter 2 *ha*
1904	7 302	8 858	3 718	1 170	549	21 610	6 340	1 898	715	161	31	5	9 152	2 812
1905	7 107	8 736	3 828	1 091	526	21 323	7 354	2 123	803	120	24	3	10 428	3 074
1906	6 552	8 212	3 564	980	482	19 804	6 772	2 079	824	132	18	11	9 836	3 064
1907	6 680	8 576	3 552	1 033	470	20 322	9 675	2 264	717	118	17	11	12 802	3 127
1908	6 962	8 901	3 685	1 079	442	21 080	7 365	2 120	861	101	11	1	10 461	3 096
1909	6 560	8 744	3 766	1 059	456	20 597	6 264	2 096	793	106	15	6	9 283	3 019
1910	6 569	8 613	3 517	1 036	424	20 182	6 165	2 115	661	110	26	3	9 082	2 917
1911	7 144	9 077	3 633	1 015	432	21 323	7 516	2 375	868	107	11	3	10 880	3 364
1912	6 891	8 839	3 567	1 005	438	20 757	6 992	2 091	771	122	13	3	9 993	3 001
1913	7 416	9 987	4 365	1 169	509	23 477	7 559	2 286	772	129	11	2	10 759	3 200
1904/1913 [3]	6 918	8 854	3 720	1 064	473	21 048	7 200	2 145	779	121	18	5	10 268	3 067

[1]) unter Hinzurechnung der Besitzungen ohne Größenangabe. — [2]) von mindestens 2 *ha* großen Grundstücken herrührend. — [3]) im Durchschnitt des Jahrzehnts.

Die Höchstziffer des Erbüberganges von ungeteiltem Besitz im Jahre 1913 mit 23 477 Erbfällen liegt 11,5 % über der Durchschnittsziffer von 21 048, die wiederum die niedrigste Ziffer im Jahre 1906 mit 19 804 Fällen um 6,3 % übersteigt. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei dem Erbübergang von abgezweigtem Besitz. Hier beträgt der Unterschied — sieht man von den Abzweigungen unter 2 *ha* ab — zwischen dem durchschnittlichen Besitzwechsel und der Höchstzahl fast 10 % und der niedrigsten Zahl 9 %. Von Bedeutung ist ferner die Häufigkeit der realen Erbteilungen des Grundstücks im Verhältnis zum Erbübergange des ungeteilten Besitzes. Die infolge von Erbschaft geteilten oder abgezweigten Grundstücke verhalten sich zu den ungeteilten

bei der Größenklasse	2— 5 *ha*	wie	31 zu 100
„ „ „	5— 20 „	„	9 „ 100
„ „ „	20— 50 „	„	3 „ 100
„ „ „	50—100 „	„	1,7 „ 100
„ „ „	über 100 „	„	1 „ 100.

Mit der zunehmenden Größe der Grundstücke geht also auch eine rasche, nicht nur absolute, sondern auch relative Abnahme der Erbteilungen einher. Da bei der Besitzwechselstatistik jedes Grundstück gezählt wird, das einen neuen Besitzer erhält, so werden bei Erbteilungen im allgemeinen mindestens 2 Besitzwechselfälle gezählt. Die Zählung eines einzigen Grundstückes kann nur vorkommen, falls der noch lebende Eigentümer bei Lebzeiten seinem Erben einen Teil seines Grundstücks überläßt, während er den Rest noch für sich behält. Außerdem kann allerdings eine Erbteilung grundbuchmäßig nur als Abzweigung und demzufolge statistisch nur als ein Besitzwechselfall im Erbgang durch Abzweigung erscheinen. Dies geschieht, wenn der Haupterbe das Grundstück nicht auf sich umschreiben läßt, aber der Erbe eines Teilstückes eingetragen wird. Diese Ausnahmefälle sind aber nicht so zahlreich wie die Fälle, bei denen in der Erbschaftsteilung ein Grundstück in zwei oder mehr Teile zerfällt. Nach genauen Auszählungen, die für die Regierungsbezirke mit häufigen Erbteilungen vorgenommen sind und die 80 % der im Erbgang geteilten oder abgezweigten Grundstücke umfassen, kann man annehmen, daß auf zwei im Erbgang geteilte oder abgezweigte Grundstücke ein Erbfall kommt: danach würden die Erbfälle, bei denen der Erblasser sein Grundstück unter seine Erben verteilt, nur halb so zahlreich sein wie die oben wiedergegebene Zahl. Von wesentlicher Bedeutung ist danach die Teilung des Besitzes im Erbgange



nur für die kleinste Größenklasse von 2—5 *ha*, der zum größten Teil auch die durch Teilung unter 2 *ha* gesunkenen Grundstücke zuzurechnen sind. Von einem gewissen Einfluß ist außerdem die Erbteilung noch auf die nächstgrößere Klasse von 5—20 *ha*, während die Realteilung bei den übrigen Größenklassen immer mehr verschwindet. Aber selbst die oben gegebenen Verhältniszahlen sind noch zu hoch. Wie an einer späteren Stelle gezeigt werden soll, wird ein immerhin merklicher Teil der Erbübergänge von ungeteiltem Besitz von der Besitzwechselstatistik überhaupt nicht erfaßt, während bei der Erbteilung wohl kaum ein Fall der statistischen Feststellung entgeht. Da sich aus bestimmten Tatsachen, die ebenfalls später erörtert werden, wohl für bestimmte Landesteile, nicht aber für das ganze Staatsgebiet Schlüsse auf die Zahl der statistisch nicht festgestellten Erbanfälle ziehen lassen, muß es an dieser Stelle genügen, nur die Tatsache selbst hervorzuheben.

Noch einen weiteren Punkt darf man bei der Besprechung der Erbteilung nicht außer acht lassen. Die ursprüngliche Größe der zur Erbteilung gelangten Grundstücke ist der Statistik nicht bekannt; sie weiß auch nicht, wie groß in den einzelnen Fällen die Trennstücke sind. Es ist durchaus möglich, daß von einem Grundstück von mehr als 100 *ha* Fläche bei dem Erbfall nur ein kleines Stück, von vielleicht 2—5 *ha* Größe oder ein noch kleineres Stück dem einen Erben übergeben wird, während der andere das ganze übrige Gut behält. Infolge des Erbganges würde sich in diesem Falle der Bestand der Grundstücke nur in der Größenklasse von 2—5 *ha* verändert haben, während die übrigen Größenklassen die alten Zahlen aufweisen. Am häufigsten werden aber sicher die Fälle vorkommen, in denen die im Erbgange geteilten Grundstücke beide in der gleichen Größenklasse, in der das Grundstück ursprünglich war, verbleiben oder beide in die vorhergehende Größenklasse mit Grundstücken geringeren Umfanges sinken oder schließlich nur eins neu in diese Größenklasse gelangt, während das andere in der Größenklasse des ursprünglichen Grundstückes verbleibt. Die Ungewißheit über den Bestand der Grundstücke, in die man infolge der Zerteilung der Grundstücke hineingerät, und die die Besitzwechselstatistik in ihrer jetzigen Anlage nicht zu heben vermag, ist ein wesentlicher Mangel der derzeitigen Erhebungsmethode.

Eigenartig ist, daß in allen Größenklassen mit Ausnahme der mit mehr als 100 *ha* die Bewegung der Erbübergänge von ungeteiltem Besitz eine in großen Zügen übereinstimmende Jahreskurve zeigt. So weist z. B. das Jahr 1913 in den 3 Größenklassen von 2—5, von 5—20 und von 20—50 *ha* die absolut höchsten Ziffern auf, und auch die Erbübergänge der Besitzungen zwischen 50—100 *ha* bleiben in diesem Jahre nur um 1 hinter der absoluten Höchstziffer zurück. Das Jahr 1906 wiederum hat für die Größenklassen von 2—5 *ha*, von 5—20 *ha* und von 50—100 *ha* die absolut niedrigsten Zahlen, und auch die Erbübergänge der Besitzungen zwischen 20—50 *ha* bleiben in diesem Jahre erheblich hinter der Durchschnittsziffer zurück. Bei den Erbübergängen der abgezweigten Grundstücke ist ein derartiger Parallelismus zwischen den Größenklassen dagegen in keiner Weise zu bemerken. Auf welchen Gründen dieser Gleichlauf des Wechsels der ungeteilten Besitzungen im Erbgang beruht und ob solche überhaupt vorhanden sind, läßt sich nicht feststellen; man könnte vielleicht daran denken, daß die Zahl der Erbübergänge in einem Jahre in starkem Maße von der Zahl der Verkäufe im gleichen Jahre abhängt, und zwar so, daß einer geringen Zahl von Verkäufen eine hohe Zahl von Erbübergängen, und einer großen Zahl von Verkäufen eine kleine Zahl von Erbübergängen gegenübersteht. Für diesen Gedanken findet man in der statistisch erfaßten Zahl der Verkäufe jedoch keine hinreichende Bestätigung. Bei näherer Überlegung ist auch nicht einzusehen, warum sich der zweifellos vorhandene Einfluß starker Verkäufe auf die Häufigkeit der Erbübergänge bereits in dem gleichen Jahre bemerkbar machen sollte. Eine solche Annahme würde die durch nichts begründete Voraussetzung haben, daß zahlreiche Besitzer erst bei dem fühlbaren Herannahen des Todes zum Verkauf ihres Besitzes schreiten.

Die Bewegung der Verkäufe soll die folgende Übersicht veranschaulichen.

Infolge von **Kauf**, Tausch, Enteignung, Zwangsversteigerung usw. wechselten den Eigentümer land- oder forstwirtschaftliche Grundstücke

im Jahre	ungeteilt mit einer Fläche von *ha* 2 bis 5	5 bis 20	20 bis 50	50 bis 100	mehr als 100	ungeteilt überhaupt [1]	abgezweigt mit einer Fläche von *ha* unter 2 [2]	2 bis 5	5 bis 20	20 bis 50	50 bis 100	mehr als 100	abgezweigt überhaupt [1] einschl. der unter 2 *ha*	ausschl. der unter 2 *ha*
1904	10 434	8 944	2 708	880	1 025	24 050	61 085	9 492	4 722	720	145	109	76 275	15 190
1905	11 208	9 761	3 094	1 092	1 268	26 481	67 835	9 838	5 005	762	157	93	83 691	15 856
1906	11 249	10 016	3 187	1 150	1 355	27 007	71 025	10 709	5 499	931	175	129	88 484	17 459
1907	11 147	10 024	3 040	1 000	1 019	26 256	73 107	10 229	5 111	835	189	93	89 572	16 465
1908	11 082	10 061	2 950	985	955	26 061	68 035	9 961	4 795	831	186	86	83 898	15 863
1909	11 055	10 668	3 241	1 037	1 128	27 178	67 482	9 447	4 628	820	169	63	82 612	15 130
1910	11 279	11 829	3 420	1 226	1 224	29 023	70 149	9 966	5 002	799	155	71	86 148	15 999
1911	10 281	10 638	3 111	1 035	1 176	26 272	72 001	9 902	5 217	907	135	82	88 247	16 246
1912	10 416	10 982	3 165	1 145	1 170	26 917	71 167	9 825	5 040	927	129	89	87 179	16 012
1913	10 107	10 062	2 860	1 041	1 028	25 145	69 765	8 753	4 603	749	146	65	84 086	14 321
1904/1913 [3]	10 826	10 299	3 078	1 059	1 135	26 439	69 165	9 812	4 962	828	159	88	85 019	15 854

[1]) unter Hinzurechnung der Besitzungen ohne Größenangabe. — [2]) von mindestens 2 *ha* großen Grundstücken herrührend. — [3]) im Durchschnitt des Jahrzehnts.

Überblickt man die gesamten Zahlenreihen des Besitzübergangs beim ungeteilten Kauf in der vorstehenden Übersicht, so läßt sich eine gewisse Entwicklungsrichtung nicht verkennen; besonders deutlich tritt sie bei den Größenklassen von 2—100 *ha* zutage. Mit einigen Schwankungen steigt von 1904 die Zahl der Verkäufe bis zum Jahre 1910, um dann wieder in den letzten drei Jahren einen Rückgang zu erfahren. Bei den Grundstücken über 100 *ha* sind die Schwankungen etwas unregelmäßiger. Nach der Höchstzahl im Jahre 1906 folgt zwei Jahre darauf der Tiefpunkt, auf den sofort wieder eine starke Steigerung im Jahre 1909 einsetzt.

Um noch eingehender zu prüfen, ob tatsächlich in der Bewegung des Besitzwechsels beim ungeteilten Kauf eine Gesetzmäßigkeit vorliegt, ist für die gesamten 18 Jahre, während deren die Statistik besteht, eine besondere Berechnung aufgestellt worden. Die sich für den gesamten Zeitraum ergebenden Jahresdurchschnitte sind = 1 000 gesetzt, und alsdann ist berechnet worden, in welchem Verhältnis der Besitzwechsel eines jeden Jahres zu diesem idealen Jahresdurchschnitt steht. Hierbei mußte die Rheinprovinz aber außer Betracht gelassen werden, da für sie die Besitzwechselstatistik erst im Jahre 1903 in vollem Umfange eingeführt wurde. Das Ergebnis der

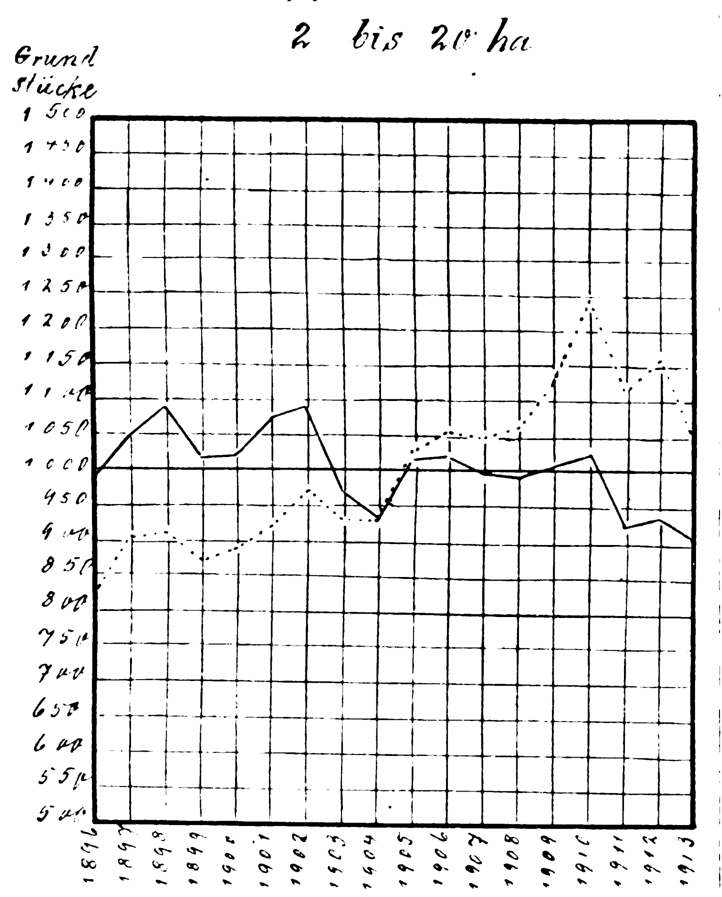
Berechnungen ist in der folgenden Übersicht, in der auch noch die bisherige Größenklasse mit über 100 *ha* in zwei Kategorien von 100–200 und über 200 *ha* geteilt ist, niedergelegt.

Vom Besitzwechsel infolge ungeteilten Kaufs entfielen in Preußen (ohne die Rheinprovinz) aufs Tausend des Jahresdurchschnitts 1896 bis 1913 Fälle

im Jahre	in der Größenklasse von … *ha* 2–5	5–20	20–50	50–100	100 bis 200	200 und mehr	überhaupt
1896	995	837	836	783	647	772	898
1897	1 048	901	873	823	731	786	952
1898	1 082	907	881	805	777	821	972
1899	1 015	867	880	890	749	914	932
1900	1 016	883	834	850	766	872	931
1901	1 065	919	862	812	716	835	966
1902	1 080	965	906	921	848	940	1 003
1903	970	930	954	930	929	1 125	954
1904	930	928	956	925	923	1 126	937
1905	1 007	1 020	1 103	1 153	1 230	1 304	1 039
1906	1 012	1 051	1 133	1 207	1 319	1 391	1 061
1907	999	1 048	1 086	1 050	1 096	953	1 029
1908	992	1 056	1 052	1 044	1 040	883	1 023
1909	1 001	1 124	1 160	1 092	1 165	1 095	1 074
1910	1 019	1 245	1 223	1 299	1 234	1 226	1 146
1911	926	1 113	1 113	1 097	1 296	1 058	1 033
1912	936	1 154	1 132	1 212	1 301	1 054	1 060
1913	907	1 054	1 019	1 107	1 221	852	988.

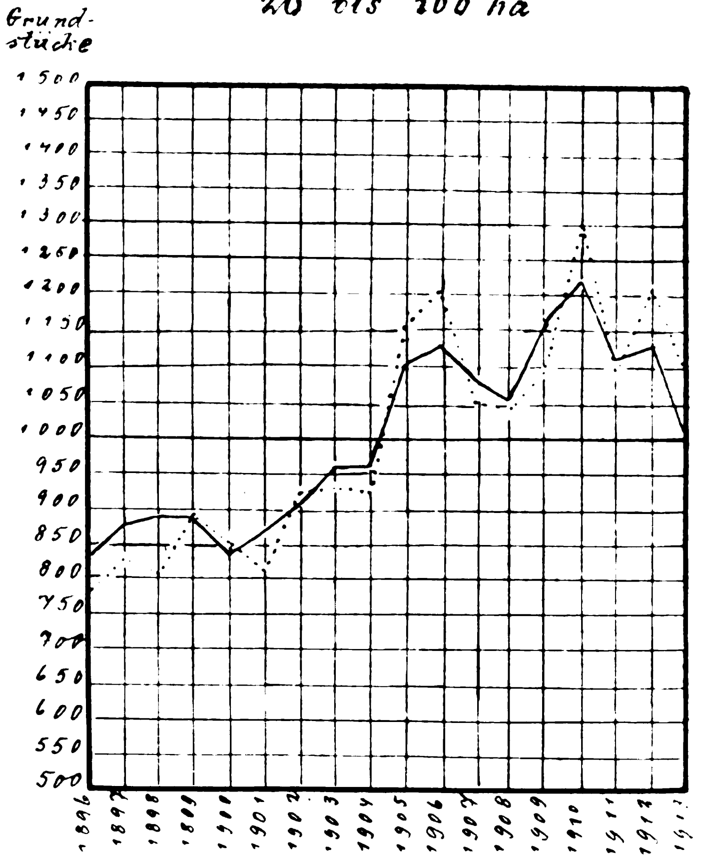
Aus diesen Zahlenreihen geht eine interessante Übereinstimmung der Bewegung in den Größenklassen von 5 *ha* an hervor. Die niedrigste Größenklasse von 2–5 *ha* zeigt dagegen eine mehr selbständige unabhängige Bewegung, die aber meist im gleichen Jahre Höhepunkte oder Tiefpunkte erreicht, wie die der anderen Kategorien. Diese Übereinstimmung tritt noch stärker hervor, sobald man die Bewegung in Kurven veranschaulicht, wie dies im nachfolgenden geschieht. Hierbei sind, um das Auge nicht zu verwirren, immer nur zwei benachbarte Größenklassen in der Darstellung vereinigt.

Der Besitzwechsel beim ungeteilten Kauf usw. in Preußen (ohne Rheinprovinz) aufs Tausend des Jahresdurchschnitts 1896 bis 1913.

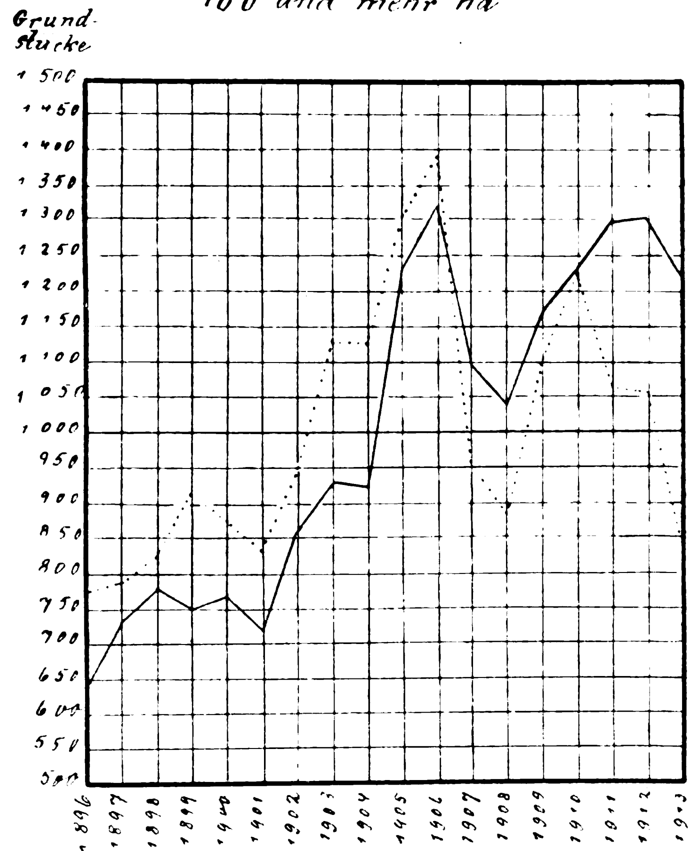


2 bis 5 ha : ————
5 » 20 » : ....





20 bis 50 ha : ————
50 » 100 » : ....



100 bis 200 ha : ————
200 u. mehr » : ....

Abgesehen von der schon vorher erwähnten größeren Selbständigkeit der Bewegung des Besitzwechsels der Besitzungen von 2—5 *ha* ist es wichtig festzustellen, daß mit zunehmender Größe der Besitzungen die Abweichungen von der Mittellinie sowohl nach unten wie nach oben stark zunehmen. Die Bewegung der niedrigsten Größenklasse sinkt nicht unter 900/1 000 und steigt nicht über 1 100/1 000. In den beiden Größenklassen von 20—100 *ha* liegt der Tiefpunkt unter 800/1 000 und der Höhepunkt bei 1 300/1 000 und bei den beiden letzten Größenklassen findet sich der Tiefpunkt sogar bei 650/1 000 und der Höhepunkt bei 1 400/1 000. Die Frage, ob diese Bewegung mit irgendwelchen besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen zusammenhängen muß, bleibt einem späteren Abschnitt der vorliegenden Arbeit vorbehalten.

Bei den durch Kauf abgezweigten Grundstücken läßt sich innerhalb der Jahre eine besondere Entwicklung, die gleichmäßig bei allen Größenklassen hervortritt, nicht feststellen. Meist wechseln höhere mit niedrigen Zahlen häufiger ab als bei den ungeteilten Verkäufen; doch läßt sich immerhin auch hier eine gewisse Übereinstimmung in einigen Jahren nachweisen. So bedeutet z. B. das Jahr 1906 für die Besitzgruppen von 2—5 *ha*, von 5—20 *ha*, von 20—50 *ha* und von mehr als 100 *ha* die Erreichung der Höchstziffer, und auch für die noch fehlende Besitzgruppe von 50—100 *ha* zeigt das Jahr 1906 mit 175 Besitzwechselfällen eine Zahl, die erheblich über dem Durchschnitt von 159 liegt. Umgekehrt ist 1913 das Jahr, in dem für die beiden niedrigsten Besitzgruppen der Tiefpunkt während des Jahrzehnts erreicht wird. Auch bei den übrigen Besitzgruppen liegen die Zahlen dieses Jahres unter dem Durchschnitt. Für die Besitzgruppen von 20—50 *ha* und von mehr als 100 *ha* ist außerdem innerhalb des Jahrzehnts nur je ein Jahr festzustellen, das noch geringere Umsätze an verkauften abgezweigten Grundstücken aufweist. Man wird nicht umhin können, auch hier die Möglichkeit eines Zusammenhanges der Abzweigung von Grundstücken im Wege des Verkaufs mit bestimmten wirtschaftlichen Verhältnissen zuzugeben. Da aber die Bewegung bei den abgezweigten Grundstücken einen anderen Verlauf nimmt als bei den ungeteilten, so müssen die wirtschaftlichen Verhältnisse, die die Bewegung der Verkäufe von ganzen Besitzungen beeinflussen, hier nicht in gleich starkem Maße wirken, oder es müssen noch andere wirtschaftliche Umstände bei der Abzweigung eine Rolle spielen, die bei den sonstigen Verkäufen nicht besonders in die Erscheinung treten.

Die Größenklasse unter 2 *ha* ist bei der vorliegenden Betrachtung unberücksichtigt geblieben, weil, wie bereits eingangs erwähnt wurde, die Abzweigung der kleinen Parzellen in sehr zahlreichen Fällen nicht mehr aus landwirtschaftlichen Gründen oder zu landwirtschaftlichen Zwecken vorgenommen wird, sondern hier aus allen möglichen anderen wirtschaftlichen Ursachen erfolgt, die vor allem auf dem Gebiete des Wegebaues jeglicher Art sowie auf dem der Grenzregulierung liegen. Bei der Größenklasse unter 2 *ha* muß daher die Bewegung eine ganz andere sein als bei den übrigen land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken.

Der Besitzwechsel im Erbgange.

a) Die Erbteilung.

Die Abzweigung und Zersplitterung des Grundbesitzes infolge der Erbteilungen ist in den einzelnen Landesteilen Preußens außerordentlich verschieden. Während sie in manchen Provinzen und Regierungsbezirken kaum einen merklichen Einfluß auf den Besitzwechsel ausübt, finden wir in anderen Gegenden recht beträchtliche Zahlen. Die Größe der Zahlen der im Erbgang geteilten Besitzungen hängt selbstverständlich von der Zahl der Besitzungen in den einzelnen Landesteilen ab. Bedeutend wichtiger ist aber der Einfluß der Erbsitte. Wie diese im Osten und Norden die Erbteilung des Grund und Bodens fast ausschließt, so drängt sie in anderen Landesteilen den Erblasser dazu, seine weiteren Erben nicht mit Geld abzufinden, sondern ihnen einen Anteil an dem alten Besitz zu übertragen. Die Bedeutung dieser verschiedenartigen Erbsitte tritt deutlich zutage, sobald man die Zahlen der in den einzelnen Provinzen vorgekommenen Erbanfälle, bei denen der Besitz geteilt wurde, den Zahlen der Fälle, in denen dies nicht geschah, gegenüberstellt.

Eine Gegenüberstellung ist aber nicht ohne weiteres mit den Zahlen, die aus dem Urmaterial zusammengestellt werden, möglich. Es müssen noch erhebliche Korrekturen sowohl an den Zahlen der beim Erbgang abgezweigten Grundstücke wie an denen der im Erbgange ungeteilt übergegangenen Grundstücke vorgenommen werden. Die erste Korrektur ergibt sich aus der bereits erwähnten Tatsache, daß durch die Statistik nicht die Erbfälle, sondern die durch die Teilung entstandenen neuen Grundstücke nachgewiesen werden. Für die gesamte Monarchie stellte sich das Verhältnis der Erbfälle zu den entstandenen Grundstücken wie 1 zu 2. — Diese Verhältnisziffer läßt sich aber nicht auf die einzelnen Regierungsbezirke übertragen, weil sich in den verschiedenen Teilen Preußens erhebliche von dieser Durchschnittsziffer abweichende Verhältniszahlen ergeben. Die Verhältniszahl schwankt nach den weiter unten folgenden Feststellungen, die für das Jahr 1913 für die wichtigsten Regierungsbezirke getroffen sind, zwischen 1,08 und 3,81. — Die Ziffer 1,08 ist auffällig; denn man sollte meinen, daß bei der Erbteilung durchschnittlich mindestens bei jeder Erbteilung zwei neue Grundstücke entstehen. Die Fälle, bei denen der Erblasser zu seinen Lebzeiten nicht sein gesamtes Besitztum, sondern nur einen Teil dem Erben grundbuchlich überläßt, können, wie man meinen müßte, doch nicht häufiger sein als die Erbfälle, bei denen das alte Grundstück nicht in zwei, sondern in drei und mehr Teile zerfällt. Bei einer genauen Prüfung der von den Gerichten gegebenen Urzahlen zeigt sich jedoch, daß die Zerstückelung, also die als Normalfall erwartete Aufteilung des Erbgrundstückes, in einer Reihe von Regierungsbezirken sogar erheblich seltener ist als die Abtrennung. So wurden z. B. im Jahre 1913 in Posen für die im Erbgange geteilten Grundstücke 27 Fälle der Zerstückelung und 131 der Abtrennung, in Cassel 127 Fälle der Zerstückelung und 191 der Abtrennung und schließlich in Trier 208 Fälle der Zerstückelung und 223 der Abtrennung festgestellt.

Die Erscheinung der Abzweigung von Grundstücken kann zwar tatsächlich nur bei Lebzeiten des Erblassers vorkommen, wenn dieser einen Teil des Grundstückes behält; grundbuchlich jedoch auch dann, wenn der Erblasser nur den einen Erben für den einen Teil seines Grundstückes grundbuchlich eintragen läßt, während er den Stamm seiner Besitzung ohne Umschreibung dem andern Erben übergibt. Die gleiche grundbuchliche Erscheinung tritt ein, sobald nach dem Tode des Erblassers sich nur die Erben neu eintragen lassen, die Trennstücke erhalten haben. Auf diese Weise erklären sich die häufigen Abtrennungen im Erbgange und dadurch auch die niedrige Verhältniszahl der Erbfälle zu den durch den Erbgang neu entstandenen Grundstücken ohne jeden Zwang.

[Fortsetzung des Textes auf Seite 48.]

Nachweisung des Wechsels im ländlichen Grundbesitz nach de[r]

a) überhaupt —

(Taf. 1)

Es wechselten den Eigentümer land- ode[r] ... infolge von Erbgang, Vermächtnis, Schenkung von Todeswegen sowie infolge von Grundstücksüberlassung bei Lebzeiten der Eigentümer an Abkommen, Stief- oder Schwiegerkinder

Staat — Regierungsbezirke	überhaupt: 2 bis unter 5 ha	überhaupt: 5 bis unter 20 ha	überhaupt: 20 bis unter 50 ha	überhaupt: 50 bis unter 100 ha	überhaupt: 100 bis unter 200 ha	überhaupt: 200 ha u. darüber	überhaupt: zusammen[1]) (Sp. 2 bis 7)	und zwar ungeteilt: 2 bis unter 5 ha	ungeteilt: 5 bis unter 20 ha	ungeteilt: 20 bis unter 50 ha	ungeteilt: 50 bis unter 100 ha	ungeteilt: 100 bis unter 200 ha	ungeteilt: 200 ha u. darüber	ungeteilt: zusammen[1]) (Sp. 9 bis 14)	abgezweigt: 2 bis unter 5 ha	abgezweigt: 5 bis unter 20 ha	abgezweigt: 20 bis unter 50 ha	abgezweigt: 50 bis unt. 100 ha	abgezweigt: 100 bis unt. 200 ha	abgezweigt: 200 ha u. darüber	abgezweigt: zusammen[1]) (Sp. 16 bis 21)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Staat[2]) . . a	**158 334**	**171 097**	**70 508**	**20 314**	**4 757**	**4 416**	**429 740**	**129 581**	**159 276**	**68 402**	**19 988**	**4 686**	**4 370**	**386 604**	**28 753**	**11 821**	**2 106**	**326**	**71**	**46**	**43 136**
b	*9 264*	*9 669*	*3 945*	*1 134*	*267*	*245*	*24 542*	*7 301*	*8 923*	*3 820*	*1 115*	*262*	*243*	*21 681*	*1 963*	*746*	*125*	*19*	*5*	*2*	*2 861*
Regierungsbez.																					
1. Königsberg . . a	2 818	4 393	2 593	1 295	284	322	11 716	2 723	4 280	2 544	1 286	283	321	11 447	95	3	49	9	1	1	269
b	*157*	*244*	*144*	*72*	*16*	*18*	*651*	*151*	*238*	*141*	*71*	*16*	*18*	*636*	*5*	*6*	*3*	*1*	—	—	*15*
2. Gumbinnen . a	5 685	6 989	3 303	894	234	149	17 260	5 565	6 864	3 287	890	233	146	16 990	120	5	16	4	1	3	270
b	*316*	*388*	*184*	*50*	*13*	*8*	*959*	*309*	*381*	*183*	*49*	*13*	*8*	*944*	*7*	*7*	*1*	—	—	—	*15*
3. Allenstein . . a	3 469	5 681	3 329	1 257	196	140	14 080	3 414	5 568	3 274	1 249	195	137	13 845	55	3	55	8	1	3	235
b	*193*	*316*	*185*	*70*	*11*	*8*	*782*	*190*	*309*	*182*	*69*	*11*	*8*	*769*	*3*	*6*	*3*	—	—	—	*13*
4. Danzig . a	1 890	4 453	1 782	527	180	95	8 931	1 823	4 276	1 724	519	176	93	8 615	67	177	58	8	4	2	316
b	*105*	*247*	*99*	*29*	*10*	*5*	*496*	*101*	*238*	*96*	*29*	*10*	*5*	*479*	*4*	*10*	*3*	—	—	—	*18*
5 Marienwerder . a	5 112	7 332	3 427	1 061	311	299	17 559	4 968	7 113	3 293	1 040	302	296	17 023	144	219	134	21	9	3	536
b	*284*	*407*	*190*	*59*	*17*	*17*	*976*	*276*	*395*	*183*	*58*	*17*	*16*	*946*	*8*	*12*	*7*	*1*	*1*	—	*30*
6. Stadtkr. Berlin . a	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
b	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7. Potsdam a	4 678	5 660	3 669	1 650	244	217	16 140	4 529	5 538	3 596	1 636	241	216	15 778	149	122	73	14	3	1	362
b	*260*	*314*	*204*	*92*	*14*	*12*	*897*	*252*	*308*	*200*	*91*	*13*	*12*	*877*	*8*	*7*	*4*	*1*	—	—	*20*
8 Frankfurt . . . a	7 625	10 513	4 436	854	119	265	23 878	7 411	10 366	4 376	851	119	261	23 449	214	147	60	3	—	4	423
b	*424*	*584*	*246*	*47*	*7*	*15*	*1 327*	*412*	*576*	*243*	*47*	*7*	*15*	*1 303*	*12*	*8*	*3*	—	—	—	*24*
9. Stettin . a	3 345	4 858	2 550	609	115	254	11 749	3 116	4 627	2 433	602	113	252	11 161	229	231	117	7	2	2	588
b	*186*	*270*	*142*	*34*	*6*	*14*	*653*	*173*	*257*	*135*	*33*	*6*	*14*	*620*	*13*	*13*	*7*	—	—	—	*33*
10. Köslin . a	3 112	6 242	2 479	489	118	336	12 780	3 021	5 936	2 359	470	117	333	12 240	91	306	120	19	1	3	540
b	*173*	*347*	*138*	*27*	*7*	*19*	*710*	*168*	*330*	*131*	*26*	*7*	*19*	*680*	*5*	*17*	*7*	*1*	—	—	*30*
11. Stralsund . . a	244	232	153	52	17	85	786	235	229	150	51	17	85	770	9	3	3	1	—	—	16
b	*14*	*13*	*9*	*3*	*1*	*5*	*44*	*13*	*13*	*8*	*3*	*1*	*5*	*43*	*1*	—	—	—	—	—	*1*
12. Posen . a	7 949	13 926	3 023	304	90	384	25 701	6 991	12 901	2 918	294	90	376	23 594	958	1 025	105	10	—	8	2 107
b	*442*	*774*	*168*	*17*	*5*	*21*	*1 428*	*388*	*717*	*162*	*16*	*5*	*21*	*1 311*	*53*	*57*	*6*	*1*	—	—	*117*
13. Bromberg . . a	3 171	5 267	2 394	403	134	234	11 610	3 090	5 158	2 354	397	129	231	11 365	81	109	40	6	5	3	245
b	*176*	*293*	*133*	*22*	*7*	*13*	*645*	*172*	*287*	*131*	*22*	*7*	*13*	*631*	*5*	*6*	*2*	—	—	—	*14*
14. Breslau . a	7 766	7 713	2 482	322	143	327	18 793	7 643	7 586	2 458	319	143	326	18 515	123	127	24	3	—	1	278
b	*431*	*429*	*138*	*18*	*8*	*18*	*1 044*	*425*	*421*	*137*	*18*	*8*	*18*	*1 029*	*7*	*7*	*1*	—	—	—	*15*
15. Liegnitz a	6 964	7 336	2 539	409	92	194	17 550	6 871	7 249	2 517	405	92	193	17 342	93	87	22	4	—	1	208
b	*387*	*408*	*141*	*23*	*5*	*11*	*975*	*382*	*403*	*140*	*23*	*5*	*11*	*963*	*5*	*5*	*1*	—	—	—	*12*
16. Oppeln . a	12 316	10 383	1 640	89	58	174	24 699	11 512	9 793	1 599	89	58	174	23 264	804	590	41	—	—	—	1 435
b	*684*	*577*	*91*	*5*	*3*	*10*	*1 372*	*640*	*544*	*89*	*5*	*3*	*10*	*1 292*	*45*	*33*	*2*	—	—	—	*80*
17. Magdeburg . . a	4 936	5 093	2 544	1 218	172	118	14 088	4 111	4 599	2 428	1 189	169	114	12 616	825	494	116	29	3	4	1 472
b	*274*	*283*	*141*	*68*	*10*	*7*	*783*	*228*	*256*	*135*	*66*	*9*	*6*	*701*	*46*	*27*	*6*	*2*	—	—	*82*
18. Merseburg . . a	6 046	6 428	2 375	594	145	117	15 713	5 268	5 971	2 297	583	144	116	14 387	778	457	78	11	1	1	1 326
b	*336*	*357*	*132*	*33*	*8*	*7*	*873*	*293*	*332*	*128*	*32*	*8*	*6*	*799*	*43*	*25*	*4*	*1*	—	—	*74*
19. Erfurt . . a	3 658	2 087	311	25	23	24	6 129	1 861	1 437	257	23	23	24	3 626	1 797	650	54	2	—	—	2 503
b	*203*	*116*	*17*	*1*	*1*	*2*	*340*	*103*	*80*	*14*	*1*	*1*	*2*	*201*	*100*	*36*	*3*	—	—	—	*139*
20 Schleswig . . . a	5 246	7 529	5 647	2 124	367	99	21 012	4 680	6 998	5 389	2 054	359	97	19 577	566	531	258	70	8	2	1 435
b	*291*	*418*	*314*	*118*	*20*	*6*	*1 167*	*260*	*389*	*299*	*114*	*20*	*5*	*1 088*	*31*	*30*	*14*	*4*	—	—	*80*
21. Hannover . . . a	2 531	3 735	2 171	573	88	24	9 122	2 475	3 703	2 158	572	88	24	9 020	56	32	13	1	—	—	102
b	*141*	*208*	*121*	*32*	*5*	*1*	*507*	*138*	*206*	*120*	*32*	*5*	*1*	*501*	*3*	*2*	*1*	—	—	—	*6*
22. Hildesheim . . a	3 112	3 007	903	171	39	30	7 263	2 624	2 694	873	170	39	30	6 431	488	313	30	1	—	—	832
b	*173*	*167*	*50*	*10*	*2*	*2*	*404*	*146*	*150*	*49*	*9*	*2*	*2*	*357*	*27*	*17*	*2*	—	—	—	*46*
23. Lüneburg . . a	2 652	3 644	2 861	1 425	645	194	11 421	2 601	3 608	2 834	1 413	641	194	11 291	51	36	27	12	4	—	130
b	*147*	*202*	*159*	*79*	*36*	*11*	*635*	*145*	*200*	*157*	*79*	*36*	*11*	*627*	*3*	*2*	*2*	*1*	—	—	*7*
24. Stade . . a	3 585	4 903	2 024	983	289	31	11 820	3 329	4 716	1 957	970	286	31	11 294	256	187	67	13	3	—	526
b	*199*	*272*	*112*	*55*	*16*	*2*	*656*	*185*	*262*	*109*	*54*	*16*	*2*	*627*	*14*	*10*	*4*	*1*	—	—	*29*
25. Osnabrück . . a	2 170	3 292	2 168	869	177	35	8 711	2 138	3 259	2 141	861	174	35	8 608	32	33	27	8	3	—	103
b	*121*	*183*	*120*	*48*	*10*	*2*	*484*	*119*	*181*	*119*	*48*	*10*	*2*	*478*	*2*	*2*	*2*	—	—	—	*6*
26. Aurich . a	2 232	1 783	894	217	22	16	5 164	2 013	1 674	829	215	17	16	4 764	219	109	65	2	5	—	400
b	*124*	*99*	*50*	*12*	*1*	*1*	*287*	*112*	*93*	*46*	*12*	*1*	*1*	*265*	*12*	*6*	*4*	—	—	—	*22*
27. Münster a	4 147	4 458	2 832	907	176	64	12 584	4 054	4 379	2 798	889	173	64	12 357	93	79	34	18	3	—	227
b	*230*	*248*	*157*	*50*	*10*	*4*	*699*	*225*	*243*	*155*	*49*	*10*	*4*	*687*	*5*	*4*	*2*	*1*	—	—	*13*
28. Minden . a	4 613	4 745	1 640	281	50	45	11 375	4 406	4 645	1 617	278	50	45	11 042	207	100	23	3	—	—	333
b	*256*	*264*	*91*	*16*	*3*	*3*	*632*	*245*	*258*	*90*	*15*	*3*	*3*	*613*	*12*	*6*	*1*	—	—	—	*19*
29. Arnsberg a	3 947	4 087	1 545	378	98	61	10 120	3 694	3 898	1 509	371	95	61	9 632	253	189	36	7	3	—	488
b	*219*	*227*	*86*	*21*	*5*	*3*	*562*	*205*	*217*	*84*	*21*	*5*	*3*	*535*	*14*	*11*	*2*	—	—	—	*27*
30 Cassel . a	10 484	7 830	1 869	162	82	42	20 469	7 730	6 692	1 771	159	81	40	16 473	2 754	1 138	98	3	1	2	3 996
b	*582*	*435*	*104*	*9*	*5*	*2*	*1 137*	*429*	*372*	*98*	*9*	*5*	*2*	*915*	*153*	*63*	*5*	—	—	—	*222*
31. Wiesbaden . . a	8 121	1 987	83	19	4	6	10 221	2 087	817	58	13	1	6	2 983	6 034	1 170	25	6	3	—	7 238
b	*451*	*110*	*5*	*1*	—	—	*568*	*116*	*45*	*3*	*1*	—	—	*166*	*335*	*65*	*1*	—	—	—	*402*
32. Coblenz[2]) . . a	5 149	1 100	64	3	1	7	6 324	560	206	20	3	1	5	795	4 589	894	44	—	—	2	5 529
b	*468*	*100*	*6*	—	—	—	*575*	*51*	*19*	*2*	—	—	—	*72*	*417*	*81*	*4*	—	—	—	*503*
33. Düsseldorf[2]) . . a	1 491	1 391	455	87	20	7	3 451	1 187	1 193	413	81	20	7	2 901	304	198	42	6	—	—	550
b	*136*	*126*	*41*	*8*	*2*	*1*	*314*	*108*	*108*	*38*	*7*	*2*	*1*	*264*	*28*	*18*	*4*	—	—	—	*50*
34. Cöln[2]) . a	1 384	691	92	16	7	6	2 196	492	337	51	11	5	6	902	892	354	41	5	2	—	1 294
b	*126*	*63*	*8*	*1*	*1*	*1*	*200*	*45*	*31*	*5*	*1*	—	*1*	*82*	*81*	*32*	*4*	—	—	—	*118*
35. Trier[2]) . a	3 893	893	73	13	3	2	4 877	342	162	15	6	1	2	528	3 551	731	58	7	2	—	4 349
b	*354*	*81*	*7*	*1*	—	—	*443*	*31*	*15*	*1*	*1*	—	—	*48*	*323*	*66*	*5*	*1*	—	—	*395*
36. Aachen[2]) a	1 340	557	80	25	9	4	2 015	326	218	47	20	6	4	621	1 014	339	33	5	3	—	1 394
b	*122*	*51*	*7*	*2*	*1*	—	*183*	*30*	*20*	*4*	*2*	*1*	—	*56*	*92*	*31*	*3*	—	—	—	*127*
37. Sigmaringen . a	1 453	879	78	9	5	9	2 433	691	586	58	9	5	9	1 358	762	293	20	—	—	—	1 075
b	*81*	*49*	*4*	*1*	—	*1*	*135*	*38*	*33*	*3*	*1*	—	*1*	*75*	*42*	*16*	*1*	—	—	—	*60*

[1]) unter Hinzurechnung der Besitzungen ohne Größenangabe. — [2]) Für die Rheinprovinz mußten die Ergebnisse der Jahre 1903 bis 1913 eingesetzt werden, da das rheinische ... zuzüglich des 11 jährigen Durchschnitts der Rheinprovinz ermittelt.

[…]sache des Eigentumsüberganges in den Jahren 1896 bis 1913.
im Durchschnitt.

[…]wirtschaftlich genutzte Grundstücke — infolge von Kauf, Tausch, Enteignung, Zwangsversteigerung usw. — überhaupt, mit einer Fläche von je: […] 5 ha	5 bis unter 20 ha	20 bis unter 50 ha	50 bis unter 100 ha	100 bis unter 200 ha	200 ha u. darüber	zusammen[1]) (Sp. 23 bis 28)	und zwar ungeteilt, mit einer Fläche von je: 2 bis unter 5 ha	5 bis unter 20 ha	20 bis unter 50 ha	50 bis unter 100 ha	100 bis unter 200 ha	200 ha u. darüber	zusammen[1]) (Sp. 30 bis 35)	abgezweigt, mit einer Fläche von je: 2 bis unter 5 ha	5 bis unter 20 ha	20 bis unter 50 ha	50 bis unter 100 ha	100 bis unter 200 ha	200 ha u. darüber	zusammen[1]) (Sp. 37 bis 42)	Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
[…]3 743	250 459	62 916	19 376	9 473	9 905	706 568	198 135	170 793	50 232	16 993	8 664	9 272	454 719	155 608	79 666	12 684	2 383	809	633	251 849	
20 091	*14 083*	*3 528*	*1 084*	*529*	*552*	*39 909*	*11 121*	*9 558*	*2 809*	*949*	*483*	*515*	*25 470*	*8 973*	*4 525*	*719*	*135*	*46*	*37*	*14 439*	
10 208	9 839	3 153	1 722	1 056	927	26 956	6 522	6 927	2 593	1 611	1 018	901	19 622	3 686	2 912	560	111	38	26	7 334	1.
567	*547*	*175*	*96*	*59*	*52*	*1 498*	*362*	*385*	*144*	*90*	*57*	*50*	*1 090*	*205*	*162*	*31*	*6*	*2*	*1*	*407*	
20 752	14 490	3 299	1 233	747	460	40 995	14 960	11 005	2 824	1 159	715	437	31 112	5 792	3 485	475	74	32	23	9 883	2.
1 153	*805*	*183*	*69*	*42*	*26*	*2 278*	*831*	*611*	*157*	*64*	*40*	*24*	*1 728*	*322*	*194*	*26*	*4*	*2*	*1*	*549*	
14 335	12 799	3 273	1 274	686	639	33 035	7 930	8 225	2 650	1 183	646	618	21 280	6 405	4 574	623	91	40	21	11 755	3.
796	*711*	*182*	*71*	*38*	*36*	*1 835*	*441*	*457*	*147*	*66*	*36*	*34*	*1 182*	*356*	*254*	*35*	*5*	*2*	*1*	*653*	
7 576	11 454	3 380	1 200	421	370	24 408	4 929	8 061	2 714	1 058	380	354	17 503	2 647	3 393	666	142	41	16	6 905	4.
421	*636*	*188*	*67*	*23*	*21*	*1 356*	*274*	*448*	*151*	*59*	*21*	*20*	*972*	*147*	*189*	*37*	*8*	*2*	*1*	*384*	
20 617	21 719	5 646	1 783	957	1 052	51 818	15 224	16 303	4 705	1 575	875	971	39 693	5 393	5 416	941	208	82	81	12 125	5.
1 145	*1 207*	*314*	*99*	*53*	*58*	*2 879*	*846*	*906*	*261*	*86*	*49*	*54*	*2 205*	*300*	*301*	*52*	*12*	*5*	*5*	*674*	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
17 111	11 126	2 861	923	399	420	32 889	8 088	6 115	2 074	779	370	396	17 865	9 023	5 011	787	144	29	24	15 024	7.
951	*618*	*159*	*51*	*22*	*23*	*1 827*	*449*	*340*	*115*	*43*	*21*	*22*	*993*	*501*	*278*	*44*	*8*	*2*	*1*	*835*	
15 872	10 237	2 584	788	425	669	30 698	9 623	7 287	2 172	722	400	642	20 965	6 249	2 950	412	66	25	27	9 733	8.
882	*569*	*144*	*44*	*24*	*37*	*1 705*	*535*	*405*	*121*	*40*	*22*	*36*	*1 165*	*347*	*164*	*23*	*4*	*1*	*2*	*541*	
9 711	7 392	1 644	528	303	416	20 032	5 206	4 361	1 211	451	257	386	11 907	4 505	3 031	433	77	46	30	8 125	9.
540	*411*	*91*	*29*	*17*	*23*	*1 113*	*289*	*242*	*67*	*25*	*14*	*21*	*662*	*250*	*168*	*24*	*4*	*3*	*2*	*451*	
9 691	10 465	2 537	660	480	862	24 726	4 963	6 234	1 721	502	396	801	14 636	4 728	4 231	816	158	84	61	10 090	10.
538	*581*	*141*	*37*	*27*	*48*	*1 374*	*276*	*346*	*96*	*28*	*22*	*45*	*813*	*263*	*235*	*45*	*9*	*5*	*3*	*561*	
1 255	1 301	431	144	95	197	3 428	876	773	319	111	82	192	2 358	379	528	112	33	13	5	1 070	11.
70	*72*	*24*	*8*	*5*	*11*	*190*	*49*	*43*	*18*	*6*	*5*	*11*	*131*	*21*	*29*	*6*	*2*	*1*	—	*59*	
20 190	18 724	3 334	646	468	789	44 172	11 512	14 163	2 781	539	412	701	30 126	8 678	4 561	553	107	56	88	14 046	12.
1 122	*1 040*	*185*	*36*	*26*	*44*	*2 454*	*640*	*787*	*155*	*30*	*23*	*39*	*1 674*	*482*	*253*	*31*	*6*	*3*	*5*	*780*	
12 020	15 684	4 200	1 090	672	760	34 435	8 325	12 407	3 644	983	621	717	26 705	3 695	3 277	556	107	51	43	7 730	13.
668	*871*	*233*	*61*	*37*	*42*	*1 913*	*463*	*689*	*202*	*55*	*35*	*40*	*1 484*	*205*	*182*	*31*	*6*	*3*	*2*	*429*	
19 061	12 127	3 313	649	431	530	36 207	13 950	10 273	3 042	628	422	522	28 930	5 111	1 854	271	21	9	8	7 277	14.
1 059	*674*	*184*	*36*	*24*	*29*	*2 012*	*775*	*571*	*169*	*35*	*23*	*29*	*1 607*	*284*	*103*	*15*	*1*	*1*	—	*404*	
19 704	12 298	3 555	1 027	444	644	37 695	14 550	10 401	3 275	991	432	611	30 283	5 154	1 897	280	36	12	33	7 412	15.
1 095	*683*	*198*	*57*	*25*	*36*	*2 094*	*808*	*578*	*182*	*55*	*24*	*34*	*1 682*	*286*	*105*	*16*	*2*	*1*	*2*	*412*	
20 203	10 930	1 416	170	147	256	33 226	14 477	9 045	1 189	138	122	234	25 307	5 726	1 885	227	32	25	22	7 919	16.
1 122	*607*	*79*	*9*	*8*	*14*	*1 846*	*804*	*503*	*66*	*8*	*7*	*13*	*1 406*	*318*	*105*	*13*	*2*	*1*	*1*	*440*	
12 128	6 112	1 333	530	192	158	20 476	4 683	2 948	832	408	174	133	9 186	7 445	3 164	501	122	18	25	11 290	17.
674	*340*	*74*	*29*	*11*	*8*	*1 138*	*260*	*164*	*46*	*23*	*10*	*7*	*510*	*414*	*176*	*28*	*7*	*1*	*1*	*627*	
11 849	6 036	1 369	429	196	127	20 022	6 050	3 684	1 030	377	178	119	11 452	5 799	2 352	339	52	18	8	8 570	18.
658	*335*	*76*	*24*	*11*	*7*	*1 112*	*336*	*205*	*57*	*21*	*10*	*7*	*636*	*322*	*131*	*19*	*3*	*1*	—	*476*	
3 299	1 251	324	65	60	50	5 050	1 582	682	134	48	52	47	2 545	1 717	569	190	17	8	3	2 505	19.
183	*70*	*18*	*4*	*3*	*3*	*281*	*88*	*38*	*7*	*3*	*3*	*3*	*141*	*95*	*32*	*11*	*1*	—	—	*139*	
39 232	25 674	8 469	2 523	602	236	76 740	16 328	15 371	6 664	2 215	558	216	41 354	22 904	10 303	1 805	308	44	20	35 386	20.
2 180	*1 426*	*471*	*140*	*33*	*13*	*4 263*	*907*	*854*	*370*	*123*	*31*	*12*	*2 297*	*1 272*	*572*	*100*	*17*	*2*	*1*	*1 966*	
4 729	1 904	416	97	28	22	7 196	1 516	954	289	75	24	13	2 871	3 213	950	127	22	4	9	4 325	21.
263	*106*	*23*	*5*	*2*	*1*	*400*	*84*	*53*	*16*	*4*	*1*	*1*	*160*	*179*	*53*	*7*	*1*	—	*1*	*240*	
2 786	1 166	246	53	26	6	4 283	1 259	677	181	41	22	5	2 185	1 527	489	65	12	4	1	2 098	22.
155	*65*	*14*	*3*	*1*	—	*238*	*70*	*38*	*10*	*2*	*1*	—	*121*	*85*	*27*	*4*	*1*	—	—	*117*	
7 814	4 019	989	387	195	107	13 512	2 393	1 758	633	283	162	101	5 330	5 421	2 261	356	104	33	6	8 182	23.
434	*223*	*55*	*22*	*11*	*6*	*751*	*133*	*98*	*35*	*16*	*9*	*6*	*296*	*301*	*126*	*20*	*6*	*2*	—	*455*	
7 898	3 364	703	267	53	9	12 297	3 506	2 000	532	216	49	9	6 314	4 392	1 364	171	51	4	—	5 983	24.
439	*187*	*39*	*15*	*3*	*1*	*683*	*195*	*111*	*30*	*12*	*3*	*1*	*351*	*244*	*76*	*10*	*3*	—	—	*332*	
4 332	2 609	587	130	29	13	7 701	1 786	1 315	401	103	24	12	3 642	2 546	1 294	186	27	5	1	4 059	25.
241	*145*	*33*	*7*	*2*	*1*	*428*	*99*	*73*	*22*	*6*	*1*	*1*	*202*	*141*	*72*	*10*	*2*	—	—	*226*	
6 093	2 169	546	125	17	11	8 963	3 735	1 503	456	105	10	7	5 816	2 358	666	90	20	7	4	3 147	26.
339	*121*	*30*	*7*	*1*	*1*	*498*	*208*	*84*	*25*	*6*	*1*	—	*323*	*131*	*37*	*5*	*1*	*1*	—	*175*	
4 542	2 271	612	191	51	14	7 681	1 896	1 116	387	139	36	10	3 584	2 646	1 155	225	52	15	4	4 097	27.
252	*126*	*34*	*11*	*3*	*1*	*427*	*105*	*62*	*22*	*8*	*2*	*1*	*199*	*147*	*64*	*13*	*3*	*1*	—	*228*	
3 759	1 532	291	88	18	11	5 699	1 797	780	181	70	15	10	2 853	1 962	752	110	18	3	1	2 846	28.
209	*85*	*16*	*5*	*1*	*1*	*317*	*100*	*43*	*10*	*4*	*1*	*1*	*159*	*109*	*42*	*6*	*1*	—	—	*158*	
5 168	2 825	646	188	73	40	8 940	2 687	1 842	469	148	59	37	5 242	2 481	983	177	40	14	3	3 698	29.
287	*157*	*36*	*10*	*4*	*2*	*497*	*149*	*102*	*26*	*8*	*3*	*2*	*291*	*138*	*55*	*10*	*2*	*1*	—	*205*	
5 890	3 087	713	235	114	61	10 101	3 353	2 090	536	193	102	54	6 329	2 537	997	177	42	12	7	3 772	30.
327	*172*	*40*	*13*	*6*	*3*	*561*	*186*	*116*	*30*	*11*	*6*	*3*	*352*	*141*	*55*	*10*	*2*	*1*	—	*210*	
2 536	581	52	19	5	4	3 197	814	256	36	12	3	—	1 121	1 722	325	16	7	2	4	2 076	31.
141	*32*	*3*	*1*	—	—	*178*	*45*	*14*	*2*	*1*	—	—	*62*	*96*	*18*	*1*	—	—	—	*115*	
2 198	369	89	18	15	4	2 693	305	91	18	10	5	2	431	1 893	278	71	8	10	2	2 262	32.
200	*34*	*8*	*2*	*1*	—	*245*	*28*	*8*	*2*	*1*	—	—	*39*	*172*	*25*	*6*	*1*	*1*	—	*206*	
3 027	1 911	514	79	21	9	5 561	1 316	1 158	351	62	14	4	2 905	1 711	753	163	17	7	5	2 656	33.
275	*174*	*47*	*7*	*2*	*1*	*506*	*120*	*105*	*32*	*6*	*1*	—	*264*	*156*	*68*	*15*	*2*	*1*	—	*241*	
2 640	986	134	38	22	3	3 825	690	338	70	16	14	—	1 128	1 950	648	64	22	8	3	2 695	34.
240	*90*	*12*	*3*	*2*	—	*348*	*63*	*31*	*6*	*1*	*1*	—	*103*	*177*	*59*	*6*	*2*	*1*	—	*245*	
2 835	868	62	30	9	16	3 820	329	113	21	9	3	1	476	2 506	755	41	21	6	15	3 344	35.
258	*79*	*6*	*3*	*1*	*1*	*347*	*30*	*10*	*2*	*1*	—	—	*43*	*228*	*69*	*4*	*2*	*1*	*1*	*304*	
1 810	630	124	44	14	13	2 635	573	258	69	31	12	9	952	1 237	372	55	13	2	4	1 683	36.
165	*57*	*11*	*4*	*1*	*1*	*240*	*52*	*23*	*6*	*3*	*1*	*1*	*87*	*112*	*34*	*5*	*1*	—	—	*153*	
872	510	71	3	2	—	1 458	402	279	28	2	—	—	711	470	231	43	1	2	—	747	37.
48	*28*	*4*	—	—	—	*81*	*22*	*16*	*2*	—	—	—	*40*	*26*	*13*	*2*	—	—	—	*42*	

[…] Rechtsgebiet erst seit dem Jahre 1903 in die Erhebung einbeschlossen ist, der Durchschnitt des Staates ist daher aus dem 18 jährigen Durchschnitt der Staatssumme ohne Rheinland […]

Besitzwechsel von mindestens 2 *ha* großen Grundstücken überhaupt

(Taf. 2) Jahr des Besitzwechsels	Gesamtzahl der den Eigentümer wechselnden Grundstücke			Von den Grundstücken Spalte 2 wechselten den Eigentümer																	
				infolge von Erbgang, Vermächtnis usw. sowie Kauf, Tausch, Enteignung usw. zusammen						infolge von Erbgang, Vermächtnis usw.						infolge von Kauf, Tausch, Enteignung usw.					
				abgezweigt			ungeteilt			abgezweigt			ungeteilt			abgezweigt			ungeteilt		
	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes	
		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
																			Regierungsbezirk		
1896 . .	1 988	8,18	8,12	443	1,82	1,81	1 545	6,36	6,31	61	0,25	0,25	654	2,69	2,67	382	1,57	1,56	891	3,67	3,64
1897 . .	2 032	8,37	8,27	398	1,64	1,62	1 634	6,73	6,65	19	0,08	0,08	700	2,88	2,85	379	1,56	1,54	934	3,85	3,80
1898 . .	1 936	7,97	7,86	326	1,34	1,32	1 610	6,63	6,54	49	0,20	0,20	679	2,80	2,76	277	1,14	1,12	931	3,83	3,78
1899 . .	2 010	8,28	8,14	412	1,70	1,67	1 598	6,58	6,47	65	0,27	0,26	648	2,67	2,62	347	1,43	1,40	950	3,91	3,85
1900 . .	1 792	7,38	7,23	276	1,14	1,11	1 516	6,24	6,12	13	0,05	0,05	582	2,40	2,35	263	1,08	1,06	934	3,85	3,77
1901 . .	1 960	8,07	7,89	401	1,65	1,61	1 559	6,42	6,28	8	0,03	0,03	633	2,61	2,55	393	1,62	1,58	926	3,81	3,73
1902 . .	2 069	8,52	8,30	348	1,43	1,40	1 721	7,09	6,91	5	0,02	0,02	645	2,66	2,59	343	1,41	1,38	1 076	4,43	4,32
1903 . .	1 999	8,23	8,00	449	1,85	1,80	1 550	6,38	6,20	4	0,02	0,02	637	2,62	2,55	445	1,83	1,78	913	3,76	3,65
1904 . .	2 056	8,46	8,21	443	1,82	1,77	1 613	6,64	6,44	10	0,04	0,01	661	2,72	2,64	433	1,78	1,73	952	3,92	3,80
1905 . .	2 091	8,61	8,32	345	1,42	1,37	1 746	7,19	6,95	9	0,04	0,04	673	2,77	2,68	336	1,38	1,34	1 073	4,42	4,27
1906 . .	2 419	9,96	9,60	472	1,94	1,87	1 947	8,02	7,73	4	0,02	0,02	630	2,59	2,50	468	1,93	1,86	1 317	5,42	5,23
1907 . .	2 191	9,02	8,67	433	1,78	1,71	1 758	7,24	6,96	3	0,01	0,01	589	2,42	2,33	430	1,77	1,70	1 169	4,81	4,63
1908 . .	1 990	8,19	7,86	326	1,34	1,29	1 664	6,85	6,57	1	0,004	0,004	564	2,32	2,23	325	1,34	1,28	1 100	4,53	4,34
1909 . .	2 091	8,61	8,23	424	1,75	1,67	1 667	6,86	6,56	4	0,02	0,02	602	2,48	2,37	420	1,73	1,65	1 065	4,38	4,19
1910 . .	2 273	9,36	8,93	487	2,01	1,91	1 786	7,35	7,01	3	0,01	0,01	543	2,24	2,13	484	1,99	1,90	1 243	5,12	4,88
1911 . .	2 429	10,00	9,51	529	2,18	2,07	1 900	7,82	7,44	3	0,01	0,01	688	2,83	2,69	526	2,17	2,06	1 212	4,99	4,75
1912 . .	2 779	11,44	10,85	612	2,52	2,39	2 167	8,92	8,46	6	0,02	0,02	636	2,62	2,48	606	2,49	2,37	1 531	6,30	5,98
1913 . .	2 567	10,57	10,00	479	1,97	1,87	2 088	8,60	8,13	2	0,01	0,01	683	2,81	2,66	477	1,96	1,86	1 405	5,78	5,47
																			Regierungsbezirk		
1896 . .	3 249	9,69	9,54	656	1,96	1,93	2 593	7,73	7,62	28	0,08	0,08	1 022	3,05	3,00	628	1,87	1,84	1 571	4,68	4,61
1897 . .	3 111	9,28	9,09	565	1,68	1,65	2 546	7,59	7,44	16	0,05	0,05	1 060	3,16	3,10	549	1,64	1,60	1 486	4,43	4,34
1898 . .	3 189	9,51	9,28	632	1,88	1,84	2 557	7,63	7,44	35	0,10	0,10	985	2,94	2,86	597	1,78	1,74	1 572	4,69	4,57
1899 . .	3 172	9,46	9,18	669	2,00	1,94	2 503	7,46	7,24	88	0,26	0,25	965	2,88	2,79	581	1,73	1,68	1 538	4,59	4,45
1900 . .	2 829	8,44	8,15	554	1,65	1,60	2 275	6,78	6,55	6	0,02	0,02	884	2,64	2,55	548	1,63	1,58	1 391	4,15	4,01
1901 . .	3 211	9,58	9,20	497	1,48	1,42	2 714	8,09	7,78	5	0,01	0,01	1 103	3,29	3,16	492	1,47	1,41	1 611	4,80	4,62
1902 . .	3 268	9,75	9,32	595	1,77	1,70	2 673	7,97	7,62	8	0,02	0,02	983	2,93	2,80	587	1,75	1,67	1 690	5,04	4,82
1903 . .	3 501	10,44	9,94	651	1,94	1,85	2 850	8,50	8,09	7	0,02	0,02	1 014	3,02	2,88	644	1,92	1,83	1 836	5,48	5,21
1904 . .	3 260	9,72	9,21	669	2,00	1,89	2 591	7,73	7,32	9	0,03	0,03	940	2,80	2,66	660	1,97	1,86	1 651	4,92	4,66
1905 . .	3 359	10,02	9,44	592	1,77	1,66	2 767	8,25	7,78	13	0,04	0,04	1 021	3,04	2,87	579	1,73	1,63	1 746	5,21	4,91
1906 . .	3 637	10,85	10,18	636	1,90	1,78	3 001	8,95	8,40	6	0,02	0,02	920	2,74	2,57	630	1,88	1,76	2 081	6,21	5,82
1907 . .	3 359	10,02	9,35	554	1,65	1,54	2 805	8,36	7,81	13	0,04	0,04	937	2,79	2,61	541	1,61	1,51	1 868	5,57	5,20
1908 . .	3 178	9,48	8,81	531	1,58	1,47	2 647	7,89	7,34	9	0,03	0,02	903	2,69	2,50	522	1,56	1,45	1 744	5,20	4,83
1909 . .	2 901	8,65	8,00	439	1,31	1,21	2 462	7,34	6,79	8	0,02	0,02	841	2,51	2,32	431	1,29	1,19	1 621	4,83	4,47
1910 . .	3 231	9,64	8,87	505	1,51	1,39	2 726	8,13	7,49	2	0,01	0,01	853	2,54	2,34	503	1,50	1,38	1 873	5,59	5,14
1911 . .	3 052	9,10	8,34	459	1,37	1,25	2 593	7,73	7,09	5	0,01	0,01	875	2,61	2,39	454	1,35	1,24	1 718	5,12	4,70
1912 . .	3 445	10,27	9,37	425	1,27	1,16	3 020	9,01	8,22	4	0,01	0,01	866	2,58	2,36	421	1,26	1,15	2 154	6,42	5,86
1913 . .	3 303	9,85	8,94	524	1,56	1,42	2 779	8,29	7,53	8	0,02	0,02	818	2,44	2,22	516	1,54	1,40	1 961	5,85	5,31
																			Regierungsbezirk		
1896 . .	2 370	9,58	9,44	615	2,49	2,45	1 755	7,09	6,99	19	0,08	0,08	686	2,77	2,73	596	2,41	2,37	1 069	4,32	4,26
1897 . .	2 536	10,25	10,05	733	2,96	2,91	1 803	7,29	7,15	24	0,10	0,10	793	3,21	3,14	709	2,87	2,81	1 010	4,08	4,00
1898 . .	2 560	10,35	10,10	752	3,04	2,97	1 808	7,31	7,13	13	0,05	0,05	805	3,25	3,18	739	2,99	2,92	1 003	4,05	3,96
1899 . .	2 446	9,89	9,61	642	2,59	2,52	1 804	7,29	7,09	32	0,13	0,13	796	3,22	3,13	610	2,47	2,40	1 008	4,07	3,96
1900 . .	2 623	10,60	10,25	735	2,97	2,87	1 888	7,63	7,38	10	0,04	0,04	728	2,94	2,85	725	2,93	2,83	1 160	4,69	4,53
1901 . .	2 613	10,56	10,17	610	2,47	2,37	2 003	8,10	7,79	17	0,07	0,07	717	2,90	2,79	593	2,40	2,31	1 286	5,20	5,00
1902 . .	2 760	11,16	10,69	769	3,11	2,98	1 991	8,05	7,71	17	0,07	0,07	764	3,09	2,96	752	3,04	2,91	1 227	4,96	4,75
1903 . .	2 865	11,58	11,04	839	3,39	3,23	2 026	8,19	7,81	10	0,04	0,04	887	3,59	3,42	829	3,35	3,20	1 139	4,60	4,39
1904 . .	2 728	11,03	10,47	780	3,15	2,99	1 948	7,87	7,47	20	0,08	0,08	817	3,30	3,13	760	3,07	2,92	1 131	4,57	4,34
1905 . .	2 644	10,69	10,10	638	2,58	2,44	2 006	8,11	7,66	4	0,02	0,02	790	3,19	3,02	634	2,56	2,42	1 216	4,91	4,64
1906 . .	2 616	10,57	9,95	611	2,47	2,32	2 005	8,10	7,62	7	0,03	0,03	689	2,78	2,62	604	2,44	2,30	1 316	5,32	5,00
1907 . .	2 597	10,50	9,83	643	2,60	2,43	1 954	7,90	7,40	5	0,02	0,02	753	3,04	2,85	638	2,58	2,41	1 201	4,85	4,55
1908 . .	2 466	9,97	9,29	629	2,54	2,37	1 837	7,42	6,92	7	0,03	0,03	737	2,98	2,78	622	2,51	2,34	1 100	4,45	4,14
1909 . .	2 500	10,10	9,38	562	2,27	2,11	1 938	7,83	7,27	10	0,04	0,04	793	3,21	2,97	552	2,23	2,07	1 145	4,63	4,29
1910 . .	2 852	11,53	10,65	721	2,91	2,69	2 131	8,61	7,96	8	0,03	0,03	836	3,38	3,12	713	2,88	2,66	1 295	5,23	4,84
1911 . .	2 771	11,20	10,30	752	3,04	2,80	2 019	8,16	7,51	14	0,06	0,05	737	2,98	2,74	738	2,98	2,74	1 282	5,18	4,77
1912 . .	2 671	10,80	9,88	496	2,00	1,84	2 175	8,79	8,05	8	0,03	0,03	776	3,14	2,87	488	1,97	1,81	1 399	5,65	5,18
1913 . .	2 497	10,09	9,20	463	1,87	1,71	2 034	8,22	7,49	10	0,04	0,04	741	3,00	2,73	453	1,83	1,67	1 293	5,23	4,76

*) Für die Berechnung zu a ist der Grundstücksbestand der Grundeigentumsstatistik vom Jahre 1893 benutzt; der Berechnung zu b ist der nach der Zu- bezw. Abnahme

und im Verhältnis zum Grundstücksbestande*) in den Jahren 1896 bis 1913.

Insbesondere wechselten von den infolge von Kauf, Tausch, Enteignung, Zwangsversteigerung usw. ungeteilt in andere Hand übergegangenen Besitzungen von 2 *ha* an den Eigentümer in der Größenklasse von . . . *ha*																		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
2 bis 5			5 bis 20			20 bis 50			50 bis 100			100 bis 200			200 und mehr			
überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		
	a	b		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b	
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	
Königsberg																		
341	6,04	5,90	328	3,88	3,80	96	1,73	1,77	64	2,14	2,15	38	5,14	5,05	24	2,59	2,56	1896
381	6,75	6,55	342	4,05	3,94	94	1,70	1,74	61	2,04	2,06	31	4,19	4,10	24	2,59	2,56	1897
375	6,65	6,40	330	3,91	3,77	110	1,98	2,05	57	1,90	1,93	34	4,60	4,47	25	2,69	2,66	1898
362	6,42	6,13	335	3,97	3,80	123	2,22	2,31	58	1,94	1,96	37	5,01	4,84	35	3,77	3,71	1899
333	5,90	5,60	342	4,05	3,86	119	2,15	2,25	65	2,17	2,21	36	4,87	4,68	38	4,09	4,01	1900
363	6,43	6,05	330	3,91	3,70	105	1,89	2,00	60	2,00	2,04	35	4,74	4,52	31	3,34	3,27	1901
445	7,89	7,37	366	4,33	4,07	121	2,18	2,32	72	2,41	2,46	34	4,60	4,36	37	3,99	3,89	1902
317	5,62	5,21	325	3,85	3,59	121	2,18	2,33	78	2,61	2,67	41	5,55	5,24	29	3,13	3,04	1903
312	5,53	5,09	356	4,22	3,91	125	2,26	2,43	63	2,10	2,16	50	6,77	6,35	42	4,53	4,39	1904
328	5,81	5,31	386	4,57	4,21	143	2,58	2,79	100	3,34	3,44	60	8,12	7,58	52	5,60	5,42	1905
413	7,32	6,64	422	5,00	4,57	177	3,19	3,48	123	4,11	4,23	82	11,10	10,30	96	10,34	9,97	1906
370	6,56	5,91	401	4,75	4,32	157	2,83	3,11	102	3,41	3,52	69	9,34	8,61	68	7,33	7,05	1907
361	6,40	5,73	426	5,04	4,56	132	2,38	2,63	96	3,21	3,32	40	5,41	4,97	42	4,53	4,34	1908
304	5,39	4,79	389	4,61	4,14	153	2,76	3,07	75	2,51	2,60	64	8,66	7,91	73	7,87	7,52	1909
330	5,85	5,16	435	5,15	4,59	191	3,45	3,87	129	4,31	4,48	85	11,50	10,44	69	7,44	7,09	1910
327	5,80	5,08	395	4,68	4,15	189	3,41	3,85	113	3,78	3,94	104	14,07	12,71	83	8,94	8,50	1911
455	8,06	7,02	494	5,85	5,15	227	4,10	4,66	171	5,71	5,97	97	13,13	11,79	82	8,84	8,38	1912
405	7,18	6,21	525	6,22	5,44	210	3,79	4,34	124	4,14	4,34	81	10,96	9,79	51	5,50	5,20	1913
Gumbinnen																		
892	8,43	8,21	498	3,86	3,75	122	1,70	1,75	35	1,82	1,81	15	2,57	2,52	9	2,31	2,28	1896
781	7,38	7,13	520	4,03	3,88	119	1,66	1,72	37	1,93	1,92	17	2,91	2,83	11	2,82	2,78	1897
796	7,52	7,20	598	4,64	4,42	119	1,66	1,74	26	1,35	1,34	23	3,94	3,81	10	2,56	2,52	1898
785	7,42	7,04	530	4,11	3,88	135	1,89	1,99	53	2,76	2,73	20	3,42	3,29	15	3,85	3,77	1899
739	6,98	6,57	466	3,61	3,38	107	1,50	1,59	44	2,29	2,27	23	3,94	3,76	12	3,08	3,00	1900
875	8,27	7,72	536	4,16	3,85	118	1,65	1,77	42	2,19	2,16	18	3,08	2,92	22	5,64	5,49	1901
863	8,16	7,55	597	4,63	4,25	129	1,80	1,95	42	2,19	2,16	30	5,14	4,84	28	7,18	6,95	1902
928	8,77	8,05	652	5,05	4,60	138	1,93	2,11	53	2,76	2,72	36	6,16	5,77	27	6,92	6,68	1903
827	7,82	7,12	543	4,21	3,80	158	2,21	2,43	59	3,07	3,02	37	6,34	5,89	25	6,41	6,17	1904
840	7,94	7,17	600	4,65	4,16	164	2,29	2,55	74	3,85	3,79	47	8,05	7,44	21	5,38	5,16	1905
901	8,51	7,63	756	5,86	5,19	221	3,09	3,47	107	5,57	5,47	56	9,59	8,81	39	10,00	9,56	1906
893	8,44	7,50	700	5,43	4,77	156	2,18	2,47	56	2,91	2,86	40	6,85	6,25	23	5,90	5,61	1907
772	7,30	6,43	659	5,11	4,45	182	2,54	2,91	65	3,38	3,31	42	7,19	6,52	21	5,38	5,11	1908
715	6,76	5,91	597	4,63	4,00	164	2,29	2,65	64	3,33	3,26	51	8,73	7,87	30	7,69	7,28	1909
851	8,04	6,98	631	4,89	4,19	210	2,93	3,42	89	4,63	4,53	48	8,22	7,36	43	11,03	10,39	1910
783	7,40	6,37	597	4,63	3,93	162	2,26	2,67	76	3,95	3,86	68	11,64	10,37	31	7,95	7,47	1911
909	8,59	7,34	786	6,09	5,13	225	3,14	3,74	111	5,78	5,63	80	13,70	12,12	43	11,03	10,31	1912
810	7,65	6,49	739	5,73	4,79	195	2,72	3,27	126	6,56	6,38	64	10,96	9,64	27	6,92	6,67	1913
Allenstein																		
438	7,86	7,59	387	4,41	4,24	147	2,18	2,24	53	1,94	1,97	14	2,82	2,77	29	6,87	6,81	1896
415	7,45	7,11	373	4,25	4,03	126	1,87	1,93	44	1,61	1,64	23	4,63	4,52	28	6,64	6,54	1897
404	7,25	6,85	389	4,43	4,15	130	1,93	2,01	48	1,76	1,80	18	3,62	3,52	12	2,84	2,80	1898
376	6,75	6,30	418	4,77	4,40	118	1,75	1,84	51	1,87	1,93	18	3,62	3,50	26	6,16	6,05	1899
468	8,40	7,76	419	4,78	4,36	169	2,51	2,66	66	2,42	2,51	21	4,23	4,05	16	3,79	3,70	1900
544	9,76	8,92	512	5,84	5,26	133	1,97	2,11	54	1,98	2,06	14	2,82	2,68	29	6,87	6,70	1901
519	9,31	8,42	458	5,22	4,65	140	2,08	2,25	52	1,90	2,00	31	6,24	5,90	27	6,40	6,21	1902
427	7,66	6,86	450	5,13	4,51	135	2,00	2,18	66	2,42	2,55	27	5,43	5,11	34	8,06	7,80	1903
427	7,66	6,79	430	4,90	4,26	139	2,06	2,27	56	2,05	2,17	35	7,04	6,59	43	10,19	9,84	1904
451	8,09	7,09	439	5,00	4,29	166	2,46	2,74	65	2,38	2,54	43	8,65	8,05	42	9,95	9,57	1905
475	8,52	7,40	489	5,57	4,73	169	2,51	2,81	77	2,82	3,02	49	9,86	9,12	53	12,56	12,05	1906
428	7,68	6,60	455	5,19	4,35	155	2,30	2,60	68	2,49	2,68	52	10,46	9,63	41	9,72	9,28	1907
390	7,00	5,96	439	5,00	4,15	125	1,85	2,12	69	2,53	2,74	42	8,45	7,73	32	7,58	7,22	1908
388	6,96	5,86	457	5,21	4,27	138	2,05	2,36	85	3,11	3,39	38	7,65	6,96	38	9,00	8,56	1909
413	7,41	6,18	532	6,06	4,91	172	2,55	2,97	81	2,96	3,25	52	10,46	9,47	45	10,66	10,09	1910
422	7,57	6,25	528	6,02	4,82	164	2,43	2,86	74	2,71	2,99	55	11,07	9,96	39	9,24	8,72	1911
468	8,40	6,87	563	6,42	5,09	163	2,42	2,88	97	3,55	3,94	54	10,87	9,73	54	12,80	12,03	1912
477	8,56	6,93	487	5,55	4,35	161	2,39	2,87	77	2,82	3,14	60	12,07	10,75	30	7,11	6,67	1913

[illegible] der Zahl der Grundstücke von der Grundeigentumsstatistik des Jahres 1878 bis zu derjenigen von 1893 für jedes Jahr errechnete Grundstücksbestand zugrundegelegt.

Noch: Besitzwechsel von mindestens 2 *ha* großen Grundstücken überhaup

(Noch: Taf. 2) Jahr des Besitzwechsels	Gesamtzahl der den Eigentümer wechselnden Grundstücke: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	Von den Grundstücken Spalte 2 wechselten den Eigentümer — infolge von Erbgang, Vermächtnis usw. sowie Kauf, Tausch, Enteignung usw. zusammen — abgezweigt: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	ungeteilt: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	infolge von Erbgang, Vermächtnis usw. — abgezweigt: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	ungeteilt: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	infolge von Kauf, Tausch, Enteignung usw. — abgezweigt: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	ungeteilt: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
																			Regierungsbezirk		
1896 . .	1 664	9,74	9,58	345	2,02	1,98	1 319	7,72	7,55	30	0,18	0,17	525	3,07	3,01	315	1,84	1,80	794	4,65	4,55
1897 . .	1 438	8,42	8,17	363	2,18	2,06	1 075	6,30	6,11	31	0,18	0,18	403	2,36	2,29	332	1,94	1,89	672	3,94	3,82
1898 . .	1 711	10,02	9,65	562	3,29	3,17	1 149	6,73	6,48	27	0,16	0,15	364	2,13	2,05	535	3,13	3,02	785	4,60	4,43
1899 . .	1 619	9,48	9,07	422	2,47	2,36	1 197	7,01	6,71	8	0,05	0,04	375	2,20	2,10	414	2,42	2,32	822	4,81	4,60
1900 . .	1 474	8,63	8,20	394	2,31	2,19	1 080	6,32	6,01	23	0,13	0,13	360	2,11	2,00	371	2,17	2,06	720	4,22	4,00
1901 . .	1 573	9,21	8,69	354	2,07	1,95	1 219	7,14	6,73	16	0,09	0,09	434	2,54	2,40	338	1,98	1,87	785	4,60	4,33
1902 . .	1 818	10,65	9,97	437	2,56	2,40	1 381	8,09	7,57	13	0,08	0,07	441	2,58	2,42	424	2,48	2,32	940	5,50	5,15
1903 . .	1 781	10,43	9,69	426	2,49	2,32	1 355	7,94	7,38	17	0,10	0,09	403	2,36	2,19	409	2,40	2,23	952	5,58	5,18
1904 . .	1 721	10,08	9,30	365	2,14	1,97	1 356	7,94	7,33	16	0,09	0,09	401	2,35	2,17	349	2,04	1,89	955	5,59	5,16
1905 . .	1 924	11,27	10,33	481	2,82	2,58	1 443	8,45	7,75	12	0,07	0,06	419	2,45	2,25	469	2,75	2,52	1 024	6,00	5,50
1906 . .	2 157	12,63	11,50	622	3,64	3,32	1 535	8,99	8,18	14	0,08	0,07	443	2,59	2,36	608	3,56	3,24	1 092	6,39	5,82
1907 . .	1 888	11,06	10,00	381	2,23	2,02	1 507	8,83	7,98	7	0,04	0,04	425	2,49	2,25	374	2,19	1,98	1 082	6,34	5,73
1908 . .	2 039	11,94	10,72	359	2,10	1,89	1 680	9,84	8,83	15	0,09	0,08	577	3,38	3,03	344	2,01	1,81	1 103	6,46	5,80
1909 . .	2 090	12,24	10,92	413	2,42	2,16	1 677	9,82	8,76	16	0,09	0,08	583	3,41	3,05	397	2,32	2,07	1 094	6,41	5,71
1910 . .	2 227	13,04	11,55	321	1,88	1,67	1 906	11,16	9,89	14	0,08	0,07	662	3,88	3,43	307	1,80	1,59	1 244	7,29	6,45
1911 . .	2 184	12,79	11,25	369	2,16	1,90	1 815	10,63	9,35	23	0,13	0,12	666	3,90	3,43	346	2,03	1,78	1 149	6,73	5,92
1912 . .	2 116	12,39	10,83	318	1,86	1,63	1 798	10,53	9,20	17	0,10	0,09	632	3,70	3,24	301	1,76	1,54	1 166	6,83	5,97
1913 . .	1 915	11,21	9,74	289	1,69	1,47	1 626	9,52	8,27	17	0,10	0,09	502	2,94	2,55	272	1,59	1,38	1 124	6,58	5,72
																			Regierungsbezirk		
1896 . .	3 348	10,55	10,20	777	2,45	2,37	2 571	8,10	7,83	48	0,15	0,15	1 037	3,27	3,16	729	2,30	2,22	1 534	4,83	4,67
1897 . .	3 518	11,08	10,59	717	2,26	2,16	2 801	8,83	8,44	43	0,14	0,13	1 033	3,25	3,11	674	2,12	2,03	1 768	5,57	5,32
1898 . .	3 819	12,03	11,37	746	2,35	2,22	3 073	9,68	9,15	45	0,14	0,13	1 016	3,20	3,03	701	2,21	2,09	2 057	6,48	6,13
1899 . .	3 839	12,10	11,31	954	3,01	2,81	2 885	9,09	8,50	36	0,11	0,11	959	3,02	2,83	918	2,89	2,70	1 926	6,07	5,67
1900 . .	3 671	11,57	10,70	717	2,26	2,09	2 954	9,31	8,61	33	0,10	0,10	958	3,02	2,79	684	2,16	1,99	1 996	6,29	5,82
1901 . .	3 607	11,36	10,40	602	1,90	1,74	3 005	9,47	8,67	23	0,07	0,07	935	2,95	2,70	579	1,82	1,67	2 070	6,52	5,97
1902 . .	3 896	12,28	11,12	707	2,23	2,02	3 189	10,05	9,10	36	0,11	0,10	1 022	3,22	2,92	671	2,11	1,91	2 167	6,83	6,18
1903 . .	3 800	11,97	10,78	868	2,73	2,45	2 932	9,24	8,28	17	0,05	0,05	934	2,94	2,64	851	2,68	2,40	1 998	6,30	5,64
1904 . .	3 686	11,61	10,30	800	2,52	2,24	2 886	9,09	8,07	51	0,16	0,14	941	2,96	2,63	749	2,36	2,09	1 945	6,13	5,44
1905 . .	4 035	12,71	11,16	775	2,44	2,14	3 260	10,27	9,02	22	0,07	0,06	943	2,97	2,61	753	2,37	2,08	2 317	7,30	6,41
1906 . .	4 262	13,43	11,67	687	2,16	1,88	3 575	11,26	9,79	35	0,11	0,10	989	3,12	2,71	652	2,05	1,79	2 586	8,15	7,08
1907 . .	3 919	12,35	10,63	742	2,34	2,01	3 177	10,01	8,62	26	0,08	0,07	900	2,84	2,44	716	2,26	1,94	2 277	7,17	6,17
1908 . .	3 647	11,49	9,79	595	1,87	1,60	3 052	9,62	8,20	22	0,07	0,06	903	2,85	2,42	573	1,81	1,54	2 149	6,77	5,77
1909 . .	4 123	12,99	10,96	560	1,76	1,49	3 563	11,23	9,47	21	0,07	0,06	874	2,75	2,32	539	1,70	1,43	2 689	8,47	7,15
1910 . .	4 438	13,98	11,69	704	2,22	1,85	3 734	11,76	9,83	8	0,03	0,02	862	2,72	2,27	696	2,19	1,83	2 872	9,05	7,56
1911 . .	4 016	12,65	10,47	525	1,65	1,37	3 491	11,00	9,10	29	0,09	0,08	906	2,85	2,36	496	1,56	1,29	2 585	8,14	6,74
1912 . .	3 870	12,19	10,00	469	1,48	1,21	3 401	10,72	8,79	17	0,05	0,04	870	2,74	2,25	452	1,42	1,17	2 531	7,97	6,54
1913 . .	3 883	12,23	9,94	716	2,26	1,83	3 167	9,98	8,10	24	0,08	0,06	941	2,96	2,41	692	2,18	1,77	2 226	7,01	5,70
																			Regierungsbezirk		
1896 . .	2 553	7,57	7,42	612	1,81	1,78	1 941	5,75	5,64	32	0,09	0,09	968	2,87	2,81	580	1,72	1,69	973	2,88	2,83
1897 . .	2 711	8,03	7,83	667	1,98	1,93	2 044	6,06	5,90	22	0,07	0,06	1 010	2,99	2,92	645	1,91	1,86	1 034	3,06	2,99
1898 . .	2 556	7,58	7,34	589	1,75	1,69	1 967	5,83	5,65	21	0,06	0,06	870	2,58	2,50	568	1,68	1,63	1 097	3,25	3,15
1899 . .	2 695	7,99	7,69	725	2,15	2,07	1 970	5,84	5,62	43	0,13	0,12	1 001	2,97	2,85	682	2,02	1,94	969	2,87	2,76
1900 . .	2 657	7,87	7,53	696	2,06	1,97	1 961	5,81	5,56	20	0,06	0,06	848	2,51	2,40	676	2,00	1,92	1 113	3,30	3,15
1901 . .	2 595	7,69	7,31	722	2,14	2,03	1 873	5,55	5,28	10	0,03	0,03	876	2,60	2,47	712	2,11	2,01	997	2,95	2,81
1902 . .	2 646	7,84	7,41	705	2,09	1,97	1 941	5,75	5,43	24	0,07	0,07	853	2,53	2,39	681	2,02	1,91	1 088	3,22	3,05
1903 . .	2 893	8,57	8,05	971	2,88	2,70	1 922	5,70	5,35	27	0,08	0,08	881	2,61	2,45	944	2,80	2,63	1 041	3,09	2,90
1904 . .	2 774	8,22	7,67	959	2,84	2,65	1 815	5,38	5,02	17	0,05	0,05	940	2,79	2,60	942	2,79	2,60	875	2,59	2,42
1905 . .	2 937	8,70	8,07	904	2,68	2,48	2 033	6,03	5,59	16	0,05	0,04	970	2,87	2,67	888	2,63	2,44	1 063	3,15	2,92
1906 . .	2 896	8,58	7,91	1 033	3,06	2,82	1 863	5,52	5,09	10	0,03	0,03	811	2,40	2,22	1 023	3,03	2,79	1 052	3,12	2,87
1907 . .	2 925	8,67	7,94	1 095	3,25	2,97	1 830	5,42	4,97	13	0,04	0,04	828	2,45	2,25	1 082	3,21	2,94	1 002	2,97	2,72
1908 . .	2 590	7,68	6,99	877	2,60	2,37	1 713	5,08	4,62	12	0,04	0,03	789	2,34	2,13	865	2,56	2,33	924	2,74	2,49
1909 . .	3 001	8,89	8,05	1 182	3,50	3,17	1 819	5,39	4,88	21	0,06	0,06	721	2,14	1,93	1 161	3,44	3,12	1 098	3,25	2,95
1910 . .	2 591	7,68	6,91	995	2,95	2,65	1 596	4,73	4,26	23	0,07	0,06	759	2,25	2,02	972	2,88	2,59	837	2,48	2,23
1911 . .	2 638	7,82	7,00	921	2,73	2,44	1 717	5,09	4,55	27	0,08	0,07	850	2,52	2,25	894	2,65	2,37	867	2,57	2,30
1912 . .	2 598	7,70	6,85	843	2,50	2,22	1 755	5,20	4,68	7	0,02	0,02	833	2,47	2,20	836	2,48	2,20	922	2,73	2,43
1913 . .	2 773	8,22	7,27	890	2,64	2,33	1 883	5,58	4,94	17	0,05	0,04	970	2,87	2,54	873	2,59	2,29	913	2,71	2,39

*) Vergl. die Anmerkung *) auf Seite 10. — [1]) Hier sind bei der Berechnung zu b die durch die Ansiedlungskommission bewirkten Veränderungen des Grundstücks-

und im Verhältnis zum Grundstücksbestande*) in den Jahren 1903 bis 1913.

Insbesondere wechselten von den infolge von Kauf, Tausch, Enteignung, Zwangsversteigerung usw. ungeteilt in andere Hand übergegangenen Besitzungen von 2 *ha* an den Eigentümer in der Größenklasse von . . . *ha*																		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
2 bis 5			5 bis 20			20 bis 50			50 bis 100			100 bis 200			200 und mehr			
überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		
	a	b		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b	
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	
Danzig[1])																		
294	8,51	8,24	318	4,12	3,98	118	3,18	3,16	33	2,41	2,43	15	3,46	3,49	16	4,07	4,11	1896
174	5,04	4,83	310	4,02	3,84	111	2,99	2,97	45	3,29	3,33	22	5,07	5,13	10	2,54	2,58	1897
253	7,32	6,95	307	3,98	3,75	129	3,47	3,45	48	3,51	3,56	23	5,30	5,37	25	6,36	6,48	1898
236	6,83	6,42	351	4,55	4,25	141	3,80	3,76	54	3,95	4,01	16	3,69	3,75	24	6,11	6,25	1899
225	6,51	6,06	314	4,07	3,76	114	3,07	3,04	35	2,56	2,61	16	3,69	3,76	16	4,07	4,18	1900
257	7,44	6,85	345	4,47	4,08	108	2,91	2,87	41	3,00	3,07	15	3,46	3,53	17	4,33	4,46	1901
249	7,21	6,57	453	5,87	5,30	144	3,88	3,82	59	4,31	4,43	20	4,61	4,73	15	3,82	3,95	1902
261	7,55	6,82	419	5,43	4,85	165	4,44	4,37	61	4,46	4,59	19	4,38	4,50	27	6,87	7,12	1903
249	7,21	6,44	482	6,25	5,52	135	3,64	3,57	48	3,51	3,62	11	2,53	2,61	28	7,12	7,43	1904
278	8,05	7,13	449	5,82	5,08	169	4,55	4,46	82	5,99	6,20	17	3,92	4,05	28	7,12	7,45	1905
306	8,86	7,77	504	6,53	5,65	158	4,26	4,17	72	5,26	5,46	28	6,45	6,70	24	6,11	6,42	1906
331	9,58	8,32	487	6,31	5,41	161	4,34	4,24	65	4,73	4,95	19	4,38	4,56	19	4,83	5,09	1907
321	9,29	8,00	502	6,51	5,52	166	4,47	4,36	72	5,26	5,50	27	6,22	6,49	14	3,56	3,77	1908
338	9,78	8,35	479	6,21	5,21	167	4,50	4,38	67	4,90	5,13	26	5,99	6,27	17	4,33	4,59	1909
297	8,60	7,27	600	7,78	6,46	206	5,55	5,40	84	6,14	6,45	35	8,06	8,45	22	5,60	5,98	1900
264	7,61	6,40	586	7,60	6,25	197	5,31	5,15	62	4,53	4,77	23	5,30	5,58	17	4,33	4,63	1911
297	8,60	7,14	605	7,84	6,89	155	4,17	4,05	67	4,90	5,17	22	5,07	5,35	19	4,83	5,21	1912
299	8,65	7,12	550	7,13	5,75	170	4,58	4,43	63	4,61	4,88	26	5,99	6,34	16	4,07	4,40	1913
Marienwerder[1])																		
658	7,15	6,93	599	5,14	4,79	147	2,16	2,15	58	2,49	2,50	26	3,31	3,36	38	4,07	4,21	1896
793	8,61	8,27	658	5,64	5,15	183	2,69	2,67	64	2,74	2,77	34	4,33	4,42	35	3,75	3,92	1897
957	10,72	10,19	744	6,38	5,70	187	2,74	2,72	57	2,44	2,47	34	4,33	4,44	45	4,82	5,10	1898
931	10,11	9,51	627	5,38	4,70	211	3,10	3,06	65	2,78	2,83	37	4,71	4,86	55	5,89	6,31	1899
915	9,94	9,26	741	6,35	5,45	181	2,66	2,62	56	2,40	2,44	38	4,84	5,01	65	6,97	7,55	1900
956	10,38	9,58	787	6,75	5,67	193	2,83	2,79	54	2,31	2,36	34	4,33	4,51	46	4,93	5,41	1901
880	9,56	8,73	852	7,30	6,02	239	3,51	3,45	85	3,64	3,73	43	5,48	5,73	66	7,07	7,85	1902
839	9,11	8,25	718	6,16	4,97	235	3,45	3,38	94	4,03	4,13	37	4,71	4,95	74	7,93	8,90	1903
756	8,21	7,36	741	6,35	5,03	240	3,52	3,45	96	4,11	4,23	47	5,99	6,33	65	6,97	7,93	1904
860	9,34	8,30	876	7,51	5,81	299	4,39	4,29	120	5,14	5,30	78	9,94	10,55	83	8,90	10,25	1905
959	10,42	9,17	1 036	8,88	6,78	332	4,87	4,76	114	4,88	5,05	82	10,45	11,16	62	6,65	7,75	1906
853	9,26	8,08	957	8,20	6,15	278	4,08	3,97	87	3,73	3,86	55	7,01	7,52	44	4,72	5,57	1907
772	8,33	7,25	909	7,79	5,74	285	4,18	4,07	84	3,60	3,74	46	5,86	6,33	53	5,68	6,80	1908
942	10,23	8,76	1 196	10,25	7,43	360	5,28	5,13	88	3,77	3,93	52	6,62	7,19	47	5,04	6,11	1909
823	8,94	7,59	1 444	12,38	8,81	369	5,41	5,25	126	5,40	5,64	50	6,37	6,91	57	6,11	7,51	1910
740	8,04	6,76	1 247	10,69	7,48	365	5,36	5,18	117	5,01	5,25	62	7,90	8,66	51	5,47	6,81	1911
814	8,84	7,37	1 163	9,97	6,87	330	4,84	4,68	119	5,10	5,36	60	7,64	8,43	41	4,39	5,56	1912
746	8,10	6,70	1 008	8,64	5,86	271	3,98	3,83	91	3,90	4,11	60	7,64	8,47	44	4,72	6,04	1913
Potsdam																		
438	4,93	4,75	330	3,03	2,92	118	1,37	1,37	50	1,23	1,25	15	2,64	2,66	21	2,77	2,79	1896
456	5,48	5,21	330	3,03	2,89	127	1,47	1,48	53	1,31	1,34	16	2,82	2,85	16	2,11	2,13	1897
537	6,05	5,68	357	3,28	3,09	116	1,35	1,35	46	1,14	1,17	13	2,29	2,32	23	3,04	3,07	1898
442	4,98	4,62	342	3,14	2,92	97	1,13	1,13	46	1,14	1,17	23	4,05	4,12	16	2,11	2,14	1899
563	6,34	5,82	339	3,12	2,86	121	1,40	1,42	47	1,16	1,20	20	3,52	3,59	16	2,11	2,14	1900
495	5,58	5,06	328	3,02	2,74	96	1,11	1,12	38	0,94	0,98	24	4,23	4,32	16	2,11	2,14	1901
517	5,82	5,22	395	3,63	3,26	91	1,06	1,07	38	0,94	0,98	21	3,70	3,79	26	3,43	3,49	1902
437	4,92	4,36	387	3,56	3,16	119	1,38	1,40	48	1,19	1,25	17	2,99	3,08	27	3,57	3,63	1903
399	4,50	3,94	292	2,68	2,35	103	1,20	1,21	37	0,91	0,97	14	2,46	2,55	26	3,43	3,50	1904
449	5,06	4,38	352	3,24	2,81	150	1,74	1,76	41	1,01	1,08	28	4,93	5,10	42	5,55	5,68	1905
431	4,86	4,16	399	3,67	3,15	123	1,43	1,45	49	1,21	1,29	23	4,05	4,20	23	3,04	3,11	1906
443	4,99	4,23	344	3,16	2,68	123	1,43	1,45	43	1,06	1,14	26	4,58	4,76	21	2,77	2,85	1907
402	4,53	3,80	328	3,02	2,53	122	1,42	1,44	35	0,86	0,93	18	3,17	3,31	19	2,51	2,58	1908
470	5,30	4,39	385	3,54	2,94	142	1,65	1,68	49	1,21	1,32	27	4,75	4,98	23	3,04	3,13	1909
387	4,36	3,58	286	2,63	2,16	86	1,00	1,02	42	1,04	1,13	14	2,46	2,59	22	2,91	3,00	1910
393	4,43	3,59	290	2,67	2,17	108	1,25	1,28	35	0,86	0,95	22	3,87	4,08	19	2,51	2,60	1911
392	4,42	3,55	318	2,92	2,35	116	1,35	1,37	45	1,11	1,23	31	5,46	5,76	19	2,51	2,60	1912
407	4,59	3,65	313	2,88	2,29	116	1,35	1,38	37	0,91	1,02	18	3,17	3,36	21	2,77	2,88	1913

bestandes berücksichtigt worden.

(Noch: Taf. 2) Jahr des Besitzwechsels	Gesamtzahl der den Eigentümer wechselnden Grundstücke			Von den Grundstücken Spalte 2 wechselten den Eigentümer: infolge von Erbgang, Vermächtnis usw. sowie Kauf, Tausch, Enteignung usw. zusammen						infolge von Erbgang, Vermächtnis usw.						infolge von Kauf, Tausch, Enteignung usw.					
				abgezweigt			ungeteilt			abgezweigt			ungeteilt			abgezweigt			ungeteilt		
	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes	
		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Regierungsbezirk																					
1896 . .	3 007	6,38	6,31	511	1,08	1,07	2 496	5,29	5,24	32	0,07	0,07	1 300	2,76	2,73	479	1,02	1,01	1 196	2,54	2,51
1897 . .	3 075	6,52	6,43	536	1,14	1,12	2 539	5,38	5,31	25	0,05	0,05	1 317	2,79	2,75	511	1,08	1,07	1 222	2,59	2,55
1898 . .	2 883	6,11	6,01	409	0,87	0,85	2 474	5,25	5,15	31	0,07	0,06	1 205	2,56	2,51	378	0,80	0,79	1 269	2,69	2,64
1899 . .	2 929	6,21	6,08	489	1,04	1,02	2 440	5,17	5,07	30	0,06	0,06	1 309	2,78	2,72	459	0,97	0,95	1 131	2,40	2,35
1900 . .	2 944	6,24	6,09	522	1,11	1,08	2 422	5,14	5,01	25	0,05	0,05	1 286	2,73	2,66	497	1,05	1,03	1 136	2,41	2,35
1901 . .	2 850	6,04	5,88	547	1,16	1,13	2 303	4,88	4,75	27	0,06	0,06	1 204	2,55	2,48	520	1,10	1,07	1 099	2,33	2,27
1902 . .	2 847	6,04	5,85	437	0,93	0,90	2 410	5,11	4,95	20	0,04	0,04	1 297	2,75	2,66	417	0,88	0,86	1 113	2,36	2,29
1903 . .	3 257	6,91	6,67	699	1,48	1,43	2 558	5,43	5,24	29	0,06	0,06	1 368	2,90	2,80	670	1,42	1,37	1 190	2,52	2,44
1904 . .	3 000	6,36	6,12	520	1,10	1,06	2 480	5,26	5,06	19	0,04	0,04	1 319	2,80	2,69	501	1,06	1,02	1 161	2,46	2,37
1905 . .	3 243	6,88	6,59	593	1,26	1,21	2 650	5,62	5,39	23	0,05	0,05	1 372	2,91	2,79	570	1,21	1,16	1 278	2,71	2,60
1906 . .	3 087	6,55	6,25	670	1,42	1,36	2 417	5,13	4,90	16	0,03	0,03	1 256	2,66	2,54	654	1,39	1,32	1 161	2,46	2,35
1907 . .	3 086	6,54	6,23	625	1,33	1,26	2 461	5,22	4,97	32	0,07	0,06	1 301	2,76	2,63	593	1,26	1,20	1 160	2,46	2,34
1908 . .	3 185	6,75	6,41	656	1,39	1,32	2 529	5,36	5,09	15	0,03	0,03	1 375	2,92	2,77	641	1,36	1,29	1 154	2,45	2,32
1909 . .	2 988	6,34	5,99	505	1,07	1,01	2 483	5,27	4,98	20	0,04	0,04	1 314	2,79	2,63	485	1,03	0,97	1 169	2,48	2,34
1910 . .	3 051	6,47	6,10	630	1,34	1,26	2 421	5,13	4,84	23	0,05	0,05	1 266	2,68	2,53	607	1,29	1,21	1 155	2,45	2,31
1911 . .	3 108	6,59	6,19	595	1,26	1,19	2 513	5,33	5,01	10	0,02	0,02	1 355	2,87	2,70	585	1,24	1,17	1 158	2,46	2,31
1912 . .	2 983	6,33	5,92	647	1,37	1,28	2 336	4,95	4,64	16	0,03	0,03	1 226	2,60	2,43	631	1,34	1,25	1 110	2,35	2,20
1913 . .	3 053	6,47	6,04	571	1,21	1,13	2 482	5,26	4,91	36	0,08	0,07	1 379	2,92	2,73	535	1,13	1,06	1 103	2,34	2,18
Regierungsbezirk																					
1896 . .	1 562	7,39	7,29	436	2,06	2,04	1 126	5,32	5,26	28	0,13	0,13	652	3,08	3,04	408	1,93	1,90	474	2,24	2,21
1897 . .	1 587	7,50	7,38	435	2,06	2,02	1 152	5,45	5,36	30	0,14	0,14	629	2,97	2,92	405	1,91	1,88	523	2,47	2,43
1898 . .	1 760	8,32	8,15	556	2,63	2,57	1 204	5,69	5,57	23	0,11	0,11	653	3,09	3,02	533	2,52	2,47	551	2,61	2,55
1899 . .	1 517	7,17	6,99	399	1,89	1,84	1 118	5,29	5,16	41	0,19	0,19	587	2,78	2,71	358	1,69	1,65	531	2,51	2,45
1900 . .	1 512	7,15	6,94	364	1,72	1,67	1 148	5,43	5,27	17	0,08	0,08	569	2,69	2,61	347	1,64	1,59	579	2,74	2,66
1901 . .	1 497	7,08	6,85	401	1,90	1,83	1 096	5,18	5,01	28	0,13	0,13	548	2,59	2,51	373	1,76	1,71	548	2,59	2,51
1902 . .	1 644	7,77	7,49	441	2,09	2,01	1 203	5,69	5,48	27	0,13	0,12	550	2,60	2,51	414	1,96	1,89	653	3,09	2,97
1903 . .	1 776	8,40	8,06	529	2,50	2,40	1 247	5,90	5,66	40	0,19	0,18	640	3,03	2,90	489	2,31	2,22	607	2,87	2,75
1904 . .	1 759	8,32	7,95	563	2,66	2,54	1 196	5,65	5,40	36	0,17	0,16	581	2,75	2,62	527	2,49	2,38	615	2,91	2,78
1905 . .	1 669	7,89	7,51	428	2,02	1,93	1 241	5,87	5,58	25	0,12	0,11	577	2,73	2,60	403	1,91	1,81	664	3,14	2,99
1906 . .	1 756	8,30	7,87	477	2,26	2,14	1 279	6,05	5,73	83	0,39	0,37	535	2,53	2,40	394	1,86	1,77	744	3,52	3,33
1907 . .	1 971	9,32	8,80	628	2,97	2,80	1 343	6,35	5,99	40	0,19	0,18	641	3,03	2,86	588	2,78	2,62	702	3,32	3,13
1908 . .	1 816	8,59	8,07	512	2,42	2,28	1 304	6,17	5,80	32	0,15	0,14	639	3,02	2,84	480	2,27	2,13	665	3,14	2,96
1909 . .	1 925	9,10	8,52	451	2,13	2,00	1 474	6,97	6,53	40	0,19	0,18	734	3,47	3,25	411	1,94	1,82	740	3,50	3,28
1910 . .	1 950	9,22	8,60	446	2,11	1,97	1 504	7,11	6,63	31	0,15	0,14	651	3,08	2,87	415	1,96	1,83	853	4,03	3,76
1911 . .	2 005	9,48	8,91	561	2,65	2,46	1 444	6,83	6,34	29	0,14	0,13	668	3,16	2,93	532	2,52	2,34	776	3,67	3,41
1912 . .	1 989	9,40	8,70	543	2,57	2,38	1 446	6,84	6,33	16	0,08	0,07	626	2,96	2,74	527	2,49	2,31	820	3,88	3,59
1913 . .	2 086	9,86	9,09	543	2,57	2,37	1 543	7,30	6,73	22	0,10	0,10	681	3,22	2,97	521	2,46	2,27	862	4,08	3,76
Regierungsbezirk																					
1896 . .	2 067	8,36	8,22	691	2,80	2,75	1 376	5,57	5,47	47	0,19	0,19	708	2,86	2,81	644	2,61	2,56	668	2,70	2,65
1897 . .	2 181	8,82	8,62	655	2,65	2,59	1 526	6,17	6,03	46	0,19	0,18	731	2,96	2,89	609	2,46	2,41	795	3,22	3,14
1898 . .	2 195	8,88	8,62	702	2,84	2,76	1 493	6,04	5,86	58	0,23	0,23	722	2,92	2,84	644	2,61	2,53	771	3,12	3,03
1899 . .	2 039	8,25	7,96	594	2,40	2,32	1 445	5,85	5,64	42	0,17	0,16	710	2,87	2,77	552	2,23	2,16	735	2,97	2,87
1900 . .	1 869	7,56	7,26	482	1,95	1,87	1 387	5,61	5,38	26	0,11	0,10	646	2,61	2,51	456	1,85	1,77	741	3,00	2,88
1901 . .	1 862	7,53	7,19	523	2,12	2,02	1 339	5,42	5,17	25	0,10	0,10	643	2,60	2,48	498	2,01	1,92	696	2,82	2,69
1902 . .	1 912	7,74	7,34	427	1,73	1,64	1 485	6,01	5,70	39	0,16	0,15	635	2,57	2,44	388	1,57	1,49	850	3,44	3,26
1903 . .	1 887	7,64	7,20	507	2,05	1,93	1 380	5,58	5,27	31	0,13	0,12	653	2,64	2,49	476	1,93	1,82	727	2,94	2,77
1904 . .	2 054	8,31	7,79	640	2,59	2,43	1 414	5,72	5,37	24	0,10	0,09	694	2,81	2,63	616	2,49	2,34	720	2,91	2,73
1905 . .	2 155	8,72	8,13	655	2,65	2,47	1 500	6,07	5,66	27	0,11	0,10	673	2,72	2,54	628	2,54	2,37	827	3,35	3,12
1906 . .	2 309	9,34	8,66	803	3,25	3,01	1 506	6,09	5,65	16	0,06	0,06	569	2,30	2,13	787	3,18	2,95	937	3,79	3,52
1907 . .	2 091	8,46	7,80	572	2,31	2,13	1 519	6,15	5,67	36	0,15	0,13	684	2,77	2,55	536	2,17	2,00	835	3,38	3,12
1908 . .	2 102	8,50	7,80	618	2,50	2,29	1 484	6,00	5,51	20	0,08	0,07	685	2,77	2,54	598	2,42	2,22	799	3,23	2,96
1909 . .	2 181	8,82	8,05	557	2,25	2,06	1 624	6,57	5,99	25	0,10	0,09	663	2,68	2,45	532	2,15	1,96	961	3,89	3,55
1910 . .	2 102	8,50	7,71	476	1,93	1,75	1 626	6,58	5,97	16	0,06	0,06	669	2,71	2,46	460	1,86	1,69	957	3,87	3,51
1911 . .	2 255	9,12	8,23	727	2,94	2,65	1 528	6,18	5,58	20	0,08	0,07	723	2,93	2,64	707	2,86	2,58	805	3,26	2,94
1912 . .	2 122	8,59	7,70	536	2,17	1,95	1 586	6,42	5,76	20	0,08	0,07	698	2,82	2,53	516	2,09	1,87	888	3,59	3,22
1913 . .	2 123	8,59	7,66	465	1,88	1,68	1 658	6,71	5,99	22	0,09	0,08	734	2,97	2,65	443	1,79	1,60	924	3,74	3,34

*) Vergl. die Anmerkung *) auf Seite 10.

und im Verhältnis zum Grundstücksbestande*) in den Jahren 1896 bis 1913.

Insbesondere wechselten von den infolge von Kauf, Tausch, Enteignung, Zwangsversteigerung usw. ungeteilt in andere Hand übergegangenen Besitzungen von 2 *ha* an den Eigentümer in der Größenklasse von . . . *ha*																		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
2 bis 5			5 bis 20			20 bis 50			50 bis 100			100 bis 200			200 und mehr			
überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		
	a	b		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b	
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	
Frankfurt																		
600	4,50	4,42	371	1,76	1,74	136	1,41	1,42	41	1,94	1,95	15	4,82	4,84	32	4,37	4,38	1896
578	4,34	4,23	426	2,02	1,99	140	1,45	1,46	39	1,85	1,85	14	4,50	4,52	25	3,42	3,43	1897
564	4,23	4,11	455	2,16	2,11	137	1,42	1,43	39	1,85	1,86	27	8,68	8,71	33	4,51	4,53	1898
548	4,11	3,97	359	1,71	1,66	118	1,23	1,23	46	2,18	2,19	16	5,14	5,16	33	4,51	4,53	1899
535	4,02	3,85	395	1,88	1,82	112	1,16	1,17	38	1,80	1,91	23	7,40	7,42	33	4,51	4,54	1900
515	3,87	3,68	400	1,90	1,83	103	1,07	1,08	32	1,52	1,53	18	5,79	5,83	25	3,42	3,44	1901
501	3,76	3,56	400	1,90	1,82	124	1,29	1,30	32	1,52	1,53	21	6,75	6,80	31	4,23	4,28	1902
566	4,25	4,00	402	1,91	1,82	117	1,23	1,23	29	1,37	1,39	26	8,36	8,41	42	5,74	5,79	1903
532	3,99	3,74	399	1,90	1,80	143	1,49	1,50	25	1,18	1,20	17	5,47	5,50	33	4,51	4,56	1904
590	4,43	4,12	449	2,13	2,02	130	1,35	1,37	41	1,94	1,96	25	8,01	8,09	36	4,92	4,98	1905
536	4,02	3,72	392	1,86	1,75	114	1,18	1,20	26	1,23	1,25	28	9,00	9,09	51	6,97	7,06	1906
488	3,66	3,37	429	2,04	1,91	128	1,33	1,35	38	1,80	1,82	27	8,68	8,77	49	6,69	6,79	1907
552	4,14	3,79	399	1,90	1,77	109	1,13	1,15	38	1,80	1,82	23	7,40	7,47	30	4,10	4,16	1908
514	3,86	3,51	412	1,96	1,82	115	1,19	1,21	58	2,75	2,79	20	6,43	6,49	38	5,19	5,28	1909
507	3,81	3,44	404	1,92	1,78	113	1,17	1,19	59	2,80	2,84	24	7,72	7,79	40	5,46	5,56	1910
534	4,01	3,61	383	1,82	1,68	117	1,22	1,24	45	2,13	2,17	23	7,40	7,49	45	6,15	6,26	1911
476	3,57	3,20	392	1,86	1,71	119	1,24	1,26	53	2,51	2,55	27	8,68	8,79	39	5,33	5,43	1912
487	3,66	3,25	420	2,00	1,82	97	1,01	1,03	43	2,04	2,07	26	8,36	8,47	27	3,69	3,77	1913
Stettin																		
215	3,77	3,74	173	2,04	1,98	51	1,08	1,08	18	1,36	1,38	2	0,78	0,79	13	1,92	1,94	1896
245	4,30	4,25	171	2,02	1,94	51	1,08	1,08	22	1,66	1,69	11	4,28	4,37	21	3,11	3,14	1897
273	4,79	4,73	181	2,14	2,03	53	1,12	1,13	19	1,44	1,47	10	3,89	4,00	14	2,07	2,10	1898
264	4,63	4,56	175	2,07	1,94	46	0,97	0,98	21	1,59	1,63	9	3,50	3,61	14	2,07	2,10	1899
305	5,35	5,26	184	2,17	2,02	44	0,93	0,94	15	1,13	1,17	6	2,33	2,42	23	3,40	3,46	1900
261	4,58	4,49	201	2,38	2,19	40	0,84	0,85	18	1,36	1,41	11	4,28	4,47	15	2,22	2,27	1901
322	5,65	5,52	214	2,53	2,31	55	1,16	1,18	24	1,82	1,89	16	6,23	6,53	22	3,25	3,33	1902
266	4,67	4,55	226	2,67	2,41	65	1,37	1,39	24	1,82	1,90	7	2,72	2,87	19	2,81	2,88	1903
265	4,65	4,52	222	2,62	2,35	64	1,35	1,37	19	1,44	1,51	10	3,89	4,13	34	5,03	5,18	1904
284	4,98	4,84	245	2,90	2,57	79	1,67	1,70	20	1,51	1,59	15	5,84	6,22	20	2,96	3,05	1905
313	5,49	5,32	272	3,22	2,82	86	1,82	1,85	37	2,80	2,96	16	6,23	6,67	20	2,96	3,03	1906
315	5,53	5,34	250	2,96	2,57	65	1,37	1,40	27	2,04	2,17	18	7,00	7,56	22	3,25	3,37	1907
267	4,68	4,51	247	2,92	2,52	80	1,69	1,72	30	2,27	2,43	19	7,39	8,02	18	2,66	2,77	1608
284	4,98	4,79	296	3,50	2,99	76	1,61	1,64	25	1,89	2,03	27	10,51	11,44	29	4,29	4,48	1909
334	5,86	5,62	337	3,98	3,37	83	1,75	1,79	47	3,56	3,83	21	8,17	8,97	26	3,85	4,02	1910
323	5,67	5,42	295	3,49	2,92	85	1,80	1,84	19	1,44	1,56	23	8,95	9,87	31	4,59	4,81	1911
305	5,35	5,11	343	4,05	3,37	90	1,90	1,95	33	2,50	2,72	23	8,95	9,91	25	3,70	3,89	1912
365	6,40	6,10	329	3,89	3,20	98	2,07	2,13	33	2,50	2,73	13	5,06	5,65	20	2,96	3,12	1913
Köslin																		
244	3,80	3,80	290	2,58	2,48	67	1,40	1,40	22	2,08	2,12	15	5,66	5,73	30	3,13	3,14	1896
280	4,37	4,36	340	3,02	2,87	94	1,97	1,97	30	2,83	2,91	20	7,55	7,63	31	3,24	3,25	1897
331	5,16	5,15	296	2,63	2,46	60	1,26	1,25	23	2,17	2,25	12	4,53	4,60	49	5,12	5,14	1898
256	3,99	3,99	301	2,68	2,47	99	2,07	2,07	30	2,83	2,95	13	4,91	5,00	36	3,76	3,78	1899
308	4,80	4,79	282	2,51	2,29	79	1,66	1,65	23	2,17	2,28	13	4,91	5,02	35	3,66	3,68	1900
244	3,80	3,80	311	2,76	2,49	70	1,47	1,46	19	1,79	1,90	18	6,79	6,98	34	3,55	3,57	1901
317	4,94	4,93	370	3,29	2,93	90	1,89	1,88	29	2,74	2,92	12	4.53	4,67	32	3,34	3.36	1902
263	4,10	4,09	318	2,83	2,49	80	1,68	1,67	24	2,26	2,43	8	3,02	3,13	34	3,55	3,58	1903
231	3,60	3,59	330	2,93	2,55	78	1,63	1,63	18	1,70	1,81	15	5,66	5,88	48	5,02	5,05	1904
281	4,38	4,37	350	3,11	2,67	90	1,89	1,88	31	2,92	3,19	14	5,28	5,49	59	6.17	6,22	1905
302	4,71	4,69	389	3,46	2,94	117	2,45	2,44	35	3,30	3,63	25	9,43	9.84	69	7,21	7,28	1906
245	3,82	3,81	362	3,22	2,70	120	2,51	2,50	30	2,83	3,14	25	9,43	9,88	50	5,22	5,27	1907
289	4,51	4,49	341	3,03	2,51	85	1,78	1,77	16	1,51	1,69	23	8,68	9,13	44	4,60	4,65	1908
305	4,76	4,78	409	3,64	2,98	119	2,49	2,48	27	2,55	2,87	41	15,47	16,33	55	5,75	5,81	1909
275	4,29	4,27	406	3,61	2,93	148	3,10	3,08	40	3,77	4,28	23	8,68	9,20	62	6,48	6,55	1910
250	3,90	3,88	329	2,92	2,35	114	2,39	2,37	35	3,30	3,78	36	13,58	14,46	39	4,08	4,13	1911
255	3,98	3,96	396	3,52	2,79	115	2,41	2,39	34	3,21	3,70	39	14,72	15,66	47	4,91	4,98	1912
287	4,48	4,45	414	3,68	2,89	96	2,01	1,99	36	3,40	3,95	44	16,60	17,74	47	4,91	4,98	1913

Noch: **Besitzwechsel von mindestens 2 *ha* großen Grundstücken überhaupt**

(Noch: Taf. 2) Jahr des Besitzwechsels	Gesamtzahl der den Eigentümer wechselnden Grundstücke			Von den Grundstücken Spalte 2 wechselten den Eigentümer: infolge von Erbgang, Vermächtnis usw. sowie Kauf, Tausch, Enteignung usw. zusammen						infolge von Erbgang, Vermächtnis usw.						infolge von Kauf, Tausch, Enteignung usw.					
				abgezweigt			ungeteilt			abgezweigt			ungeteilt			abgezweigt			ungeteilt		
	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes	
		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Regierungsbezirk																					
1896 . .	174	5,95	5,87	26	0,89	0,88	148	5,06	4,99	—	—	—	46	1,57	1,55	26	0,89	0,88	102	3,49	3,44
1897 . .	148	5,06	4,97	27	0,92	0,91	121	4,14	4,06	4	0,14	0,13	31	1,06	1,04	23	0,79	0,77	90	3,08	3,02
1898 . .	191	6,53	6,39	35	1,20	1,17	156	5,34	5,22	—	—	—	34	1,16	1,14	35	1,20	1,17	122	4,17	4,08
1899 . .	140	4,79	4,66	14	0,48	0,47	126	4,31	4,19	2	0,07	0,07	26	0,89	0,87	12	0,41	0,40	100	3,42	3,33
1900 . .	156	5,34	5,17	22	0,75	0,73	134	4,58	4,44	—	—	—	36	1,23	1,19	22	0,75	0,73	98	3,35	3,25
1901 . .	196	6,70	6,46	60	2,05	1,98	136	4,65	4,49	1	0,03	0,03	33	1,13	1,09	59	2,02	1,95	103	3,52	3,40
1902 . .	169	5,78	5,55	29	0,99	0,95	140	4,79	4,60	—	—	—	37	1,27	1,21	29	0,99	0,95	103	3,52	3,38
1903 . .	232	7,93	7,58	95	3,25	3,10	137	4,69	4,48	—	—	—	36	1,23	1,18	95	3,25	3,10	101	3,45	3,30
1904 . .	199	6,81	6,48	61	2,09	1,99	138	4,72	4,49	—	—	—	50	1,71	1,63	61	2,09	1,99	88	3,01	2,86
1905 . .	217	7,42	7,03	35	1,20	1,13	182	6,22	5,90	1	0,03	0,03	44	1,50	1,43	34	1,16	1,10	138	4,72	4,47
1906 . .	275	9,40	8,87	107	3,66	3,45	168	5,75	5,42	2	0,07	0,06	54	1,85	1,74	105	3,59	3,39	114	3,90	3,68
1907 . .	309	10,57	9,92	73	2,50	2,34	236	8,07	7,58	—	—	—	38	1,30	1,22	73	2,50	2,34	198	6,77	6,36
1908 . .	284	9,71	9,06	102	3,49	3,26	182	6,22	5,82	1	0,03	0,03	49	1,68	1,57	101	3,45	3,23	133	4,55	4,25
1909 . .	260	8,89	8,28	28	0,96	0,89	232	7,93	7,39	2	0,07	0,06	43	1,47	1,37	26	0,89	0,83	189	6,46	6,02
1910 . .	273	9,34	8,65	46	1,57	1,46	227	7,76	7,19	1	0,03	0,03	52	1,78	1,65	45	1,54	1,43	175	5,98	5,55
1911 . .	328	11,22	10,36	132	4,51	4,17	196	6,70	6,19	1	0,03	0,03	44	1,50	1,39	131	4,48	4,14	152	5,20	4,80
1912 . .	309	10,57	9,71	111	3,80	3,49	198	6,77	6,22	—	—	—	46	1,57	1,45	111	3,80	3,49	152	5,20	4,78
1913 . .	354	12,11	11,08	83	2,84	2,60	271	9,27	8,48	1	0,03	0,03	71	2,43	2,22	82	2,80	2,57	200	6,84	6,26
Regierungsbezirk																					
1896 . .	3 469	7,96	7,82	834	1,91	1,88	2 635	6,05	5,94	153	0,35	0,35	1 330	3,05	3,00	681	1,56	1,54	1 305	3,00	2,94
1897 . .	3 814	8,75	8,55	951	2,18	2,13	2 863	6,57	6,42	135	0,31	0,30	1 353	3,11	3,03	816	1,87	1,83	1 510	3,47	3,39
1898 . .	3 690	8,47	8,22	742	1,70	1,65	2 948	6,77	6,57	129	0,30	0,29	1 285	2,95	2,86	613	1,41	1,37	1 663	3,82	3,71
1899 . .	3 497	8,03	7,75	752	1,73	1,67	2 745	6,30	6,08	99	0,23	0,22	1 276	2,93	2,83	653	1,50	1,45	1 469	3,37	3,26
1900 . .	3 330	7,64	7,34	760	1,74	1,67	2 570	5,90	5,66	109	0,25	0,24	1 193	2,74	2,63	651	1,49	1,43	1 377	3,16	3,03
1901 . .	3 810	8,74	8,35	912	2,09	2,00	2 898	6,65	6,35	99	0,23	0,22	1 261	2,89	2,76	813	1,87	1,78	1 637	3,76	3,59
1902 . .	3 820	8,77	8,32	917	2,10	2,00	2 903	6,66	6,32	108	0,25	0,24	1 349	3,10	2,94	809	1,86	1,76	1 554	3,57	3,39
1903 . .	4 032	9,25	8,73	1 245	2,86	2,70	2 787	6,40	6,04	134	0,31	0,29	1 246	2,86	2,70	1 111	2,55	2,41	1 541	3,54	3,34
1904 . .	3 801	8,72	8,19	1 001	2,30	2,16	2 800	6,43	6,03	126	0,29	0,27	1 308	3,00	2,82	875	2,01	1,88	1 492	3,42	3,21
1905 . .	4 113	9,44	8,81	1 060	2,43	2,27	3 053	7,01	6,54	150	0,34	0,32	1 286	2,95	2,75	910	2,09	1,95	1 767	4,06	3,79
1906 . .	3 826	8,78	8,15	987	2,27	2,10	2 839	6,52	6,05	117	0,27	0,25	1 181	2,71	2,52	870	2,00	1,85	1 658	3,81	3,53
1907 . .	3 985	9,15	8,44	1 047	2,40	2,22	2 938	6,74	6,22	88	0,20	0,19	1 252	2,87	2,65	959	2,20	2,03	1 686	3,87	3,57
1908 . .	3 779	8,67	7,96	762	1,75	1,61	3 017	6,92	6,36	111	0,25	0,23	1 337	3,07	2,82	651	1,49	1,37	1 680	3,86	3,54
1909 . .	4 267	9,79	8,94	909	2,09	1,91	3 358	7,71	7,04	103	0,24	0,22	1 387	3,18	2,91	806	1,85	1,69	1 971	4,52	4,13
1910 . .	4 457	10,23	9,29	922	2,12	1,92	3 535	8,11	7,37	120	0,28	0,25	1 296	2,97	2,70	802	1,84	1,67	2 239	5,14	4,67
1911 . .	4 282	9,83	8,88	996	2,29	2,06	3 286	7,54	6,81	117	0,27	0,24	1 385	3,18	2,87	879	2,02	1,82	1 901	4,36	3,94
1912 . .	4 077	9,36	8,41	675	1,55	1,39	3 402	7,81	7,02	106	0,24	0,22	1 390	3,19	2,87	569	1,31	1,17	2 012	4,62	4,15
1913 . .	3 824	8,78	7,84	681	1,56	1,40	3 143	7,21	6,45	103	0,24	0,21	1 479	3,39	3,03	578	1,33	1,19	1 664	3,82	3,41
Regierungsbezirk																					
1896 . .	1 939	9,00	8,55	363	1,69	1,60	1 576	7,32	6,95	16	0,07	0,07	595	2,76	2,62	347	1,61	1,53	981	4,55	4,33
1897 . .	2 251	10,45	9,76	522	2,42	2,26	1 729	8,03	7,50	16	0,07	0,07	627	2,91	2,72	506	2,35	2,20	1 102	5,12	4,78
1898 . .	2 332	10,83	9,95	695	3,23	2,97	1 637	7,60	6,99	10	0,05	0,04	545	2,53	2,33	685	3,18	2,92	1 092	5,07	4,66
1899 . .	2 170	10,07	9,11	473	2,20	1,99	1 697	7,88	7,13	17	0,08	0,07	605	2,81	2,54	456	2,12	1,92	1 092	5,07	4,59
1900 . .	2 336	10,84	9,66	435	2,02	1,80	1 901	8,83	7,86	9	0,04	0,04	628	2,92	2,60	426	1,98	1,76	1 273	5,91	5,26
1901 . .	2 142	9,94	8,72	430	2,00	1,75	1 712	7,95	6,97	19	0,09	0,08	634	2,94	2,58	411	1,91	1,67	1 078	5,00	4,39
1902 . .	2 199	10,21	8,82	339	1,57	1,36	1 860	8,63	7,46	20	0,09	0,08	645	2,99	2,59	319	1,48	1,28	1 215	5,64	4,87
1903 . .	2 520	11,70	9,95	500	2,32	1,97	2 020	9,38	7,98	20	0,09	0,08	658	3,05	2,60	480	2,23	1,90	1 362	6,32	5,38
1904 . .	2 384	11,07	9,28	479	2,22	1,86	1 905	8,84	7,41	12	0,06	0,05	611	2,84	2,38	467	2,17	1,82	1 294	6,01	5,04
1905 . .	2 725	12,65	10,45	511	2,37	1,96	2 214	10,28	8,49	15	0,07	0,06	596	2,77	2,29	496	2,30	1,90	1 618	7,51	6,21
1906 . .	2 423	11,25	9,16	371	1,72	1,40	2 052	9,53	7,76	19	0,09	0,07	564	2,62	2,13	352	1,63	1,33	1 488	6,91	5,63
1907 . .	2 718	12,62	10,13	439	2,04	1,64	2 279	10,58	8,49	14	0,06	0,05	699	3,21	2,61	425	1,97	1,58	1 580	7,33	5,89
1908 . .	2 937	13,63	10,80	594	2,76	2,18	2 343	10,88	8,61	10	0,05	0,04	646	3,00	2,37	584	2,71	2,15	1 697	7,88	6,24
1909 . .	3 030	14,07	10,99	410	1,90	1,49	2 620	12,16	9,50	11	0,05	0,04	651	3,02	2,36	399	1,85	1,45	1 969	9,14	7,14
1910 . .	3 337	15,49	11,93	437	2,03	1,56	2 900	13,46	10,37	10	0,05	0,04	614	2,85	2,20	427	1,98	1,53	2 286	10,61	8,18
1911 . .	3 130	14,53	11,04	373	1,73	1,32	2 757	12,80	9,73	7	0,03	0,02	675	3,13	2,38	366	1,70	1,29	2 082	9,67	7,35
1912 . .	2 969	13,78	10,34	352	1,63	1,23	2 617	12,15	9,11	12	0,06	0,04	649	3,01	2,26	340	1,58	1,18	1 968	9,14	6,85
1913 . .	2 503	11,62	8,60	252	1,17	0,87	2 251	10,45	7,74	8	0,04	0,03	723	3,26	2,49	244	1,13	0,84	1 528	7,09	5,25

*) Vergl. die Anmerkung *) auf Seite 10. — [1]) Hier sind bei der Berechnung zu b die durch die Ansiedlungskommission bewirkten Veränderungen des Grundstücks-

und im Verhältnis zum Grundstücksbestande*) in den Jahren 1896 bis 1913.

Insbesondere wechselten von den infolge von Kauf, Tausch, Enteignung, Zwangsversteigerung usw. ungeteilt in andere Hand übergegangenen Besitzungen von 2 *ha* an den Eigentümer in der Größenklasse von . . . *ha*																		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
2 bis 5			5 bis 20			20 bis 50			50 bis 100			100 bis 200			200 und mehr			
überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		
	a	b		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b	
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	
Stralsund																		
43	3,48	3,40	23	3,45	3,33	13	3,19	3,27	8	5,30	5,41	3	3,26	3,23	12	3,23	3,23	1896
35	2,83	2,75	24	3,60	3,43	9	2,21	2,28	7	4,64	4,76	4	4,35	4,30	11	2,96	2,96	1897
47	3,81	3,67	35	5,26	4,94	28	6,86	7,14	1	0,66	0,68	4	4,35	4,30	7	1,88	1,89	1898
36	2,91	2,79	29	4,35	4,06	14	3,43	3,60	8	5,30	5,52	4	4,35	4,26	9	2,42	2,43	1899
33	2,67	2,54	34	5,11	4,69	8	1,96	2,07	9	5,96	6,25	4	4,35	4,26	10	2,69	2,70	1900
34	2,75	2,60	29	4,35	3,96	15	3,68	3,93	6	3,97	4,17	2	2,17	2,13	17	4,57	4,59	1901
36	2,91	2,73	32	4,80	4,31	17	4,17	4,49	5	3,31	3,50	3	3,26	3,19	10	2,69	2,70	1902
34	2,75	2,56	32	4,80	4,27	16	3,92	4,26	5	3,31	3,52	3	3,26	3,16	11	2,96	2,97	1903
30	2,43	2,25	30	4,50	3,96	14	3,43	3,75	7	4,64	4,96	3	3,26	3,16	4	1,08	1,08	1904
46	3,72	3,42	57	8,56	7,43	18	4,41	4,86	7	4,64	5,00	3	3,26	3,16	6	1,61	1,62	1905
51	4,13	3,76	36	5,41	4,65	12	2,94	3,28	4	2,65	2,88	1	1,09	1,05	10	2,69	2,71	1906
72	5,83	5,28	68	10,21	8,67	25	6,13	6,89	10	6,62	7,25	10	10,87	10,42	12	3,23	3,25	1907
55	4,45	4,01	41	6,16	5,18	20	4,90	5,56	5	3,31	3,65	2	2,17	2,08	9	2,42	2,44	1908
82	6,64	5,93	57	8,56	7,13	18	4,41	5,04	9	5,96	6,62	7	7,61	7,29	15	4,03	4,07	1909
59	4,78	4,24	67	10,06	8,28	24	5,88	6,78	2	1,32	1,48	6	6,52	6,19	16	4,30	4,34	1910
63	5,10	4,50	56	8,41	6,85	9	2,21	2,57	8	5,30	5,97	8	8,70	8,25	8	2,15	2,17	1911
58	4,70	4,11	50	7,51	6,05	22	5,39	6,31	2	1,32	1,50	7	7,61	7,22	13	3,49	3,53	1912
62	5,02	4,37	73	10,96	8,75	37	9,07	10,76	8	5,30	6,06	8	8,70	8,25	12	3,23	3,26	1913
Posen [1])																		
556	5,24	5,08	567	2,28	2,24	118	1,96	1,95	18	2,62	2,64	11	4,38	4,51	35	3,13	3,17	1896
644	6,07	5,82	650	2,61	2,55	138	2,30	2,28	26	3,79	3,81	12	4,78	4,96	39	3,48	3,54	1897
719	6,78	6,44	715	2,87	2,79	148	2,46	2,43	24	3,50	3,52	17	6,77	7,08	36	3,21	3,28	1898
613	5,78	5,43	623	2,50	2,42	143	2,38	2,35	31	4,52	4,55	17	6,77	7,14	37	3,30	3,39	1899
607	5,73	5,32	561	2,25	2,17	116	1,93	1,90	28	4,08	4,12	19	7,57	8,05	43	3,84	3,96	1900
677	6,39	5,88	723	2,90	2,78	154	2,56	2,52	26	3,79	3,83	22	8,76	9,44	35	3,13	3,23	1901
670	6,32	5,76	650	2,61	2,49	131	2,18	2,13	30	4,37	4,42	24	9,56	10,39	49	4,38	4,55	1902
630	5,94	5,36	669	2,69	2,54	126	2,10	2,05	25	3,64	3,69	33	13,15	14,41	57	5,09	5,31	1903
590	5,56	4,98	678	2,72	2,57	119	1,98	1,93	26	3,79	3,84	28	11,16	12,33	50	4,46	4,68	1904
649	6,12	5,42	790	3,17	2,97	173	2,88	2,80	39	5,69	5,77	42	16,73	18,67	74	6,61	6,96	1905
633	5,97	5,24	735	2,95	2,75	156	2,60	2,52	40	5,83	5,93	40	15,94	18,02	53	4,73	5,01	1906
640	6,04	5,25	798	3,20	2,97	181	3,01	2,92	28	4,08	4,15	22	8,76	10,00	17	1,52	1,61	1907
587	5,54	4,77	839	3,37	3,11	170	2,83	2,73	28	4,08	4,16	26	10,36	11,93	30	2,68	2,86	1908
722	6,81	5,81	990	3,98	3,65	172	2,86	2,76	33	4,81	4,91	24	9,56	11,11	30	2,68	2,87	1909
747	7,05	5,96	1 187	4,77	4,35	211	3,51	3,38	39	5,69	5,80	28	11,16	13,08	27	2,41	2,60	1910
602	5,68	4,76	1 029	4,13	3,76	189	3,15	3,02	28	4,08	4,17	21	8,37	9,95	31	2,77	3,00	1911
654	6,17	5,12	1 089	4,37	3,95	192	3,20	3,06	31	4,52	4,63	15	5,98	7,18	31	2,77	3,01	1912
572	5,36	4,44	870	3,49	3,14	144	2,40	2,29	39	5,69	5,83	11	4,38	5,31	27	2,41	2,63	1913
Bromberg [1])																		
405	7,00	6,89	365	4,16	3,74	113	2,35	2,30	33	3,22	3,20	28	7,43	7,69	36	4,71	4,91	1896
399	6,89	6,76	467	5,32	4,63	137	2,85	2,77	36	3,51	3,48	32	8,49	8,89	31	4,05	4,29	1897
427	7,38	7,20	410	4,67	3,94	139	2,89	2,79	48	4,68	4,63	27	7,16	7,58	41	5,36	5,76	1898
385	6,65	6,46	431	4,91	4,02	136	2,83	2,71	48	4,68	4,62	34	9,02	9,69	58	7,58	8,26	1899
456	7,88	7,61	527	6,00	4,76	177	3,68	3,50	50	4,88	4,80	26	6,90	7,49	37	4,84	5,35	1900
416	7,19	6,91	460	5,24	4,04	125	2,60	2,46	29	2,83	2,78	15	3,98	4,37	33	4,31	4,85	1901
449	7,76	7,42	486	5,54	4,15	155	3,22	3,02	55	5,37	5,25	33	8,75	9,76	37	4,84	5,52	1902
494	8,53	8,13	547	6,23	4,54	171	3,56	3,31	37	3,61	3,52	48	12,73	14,37	64	8,37	9,70	1903
470	8,12	7,70	520	5,92	4,21	167	3,47	3,21	50	4,88	4,75	37	9,81	11,21	50	6,54	7,70	1904
500	8,64	8,15	677	7,71	5,33	246	5,12	4,70	80	7,80	7,59	61	16,18	18,77	52	6,80	8,15	1905
490	8,46	7,95	611	6,96	4,69	216	4,49	4,10	63	6,15	5,96	43	11,41	13,40	64	8,37	10,19	1906
498	8,60	8,04	701	7,99	5,25	258	5,37	4,87	61	5,95	5,76	40	10,61	12,62	22	2,88	3,57	1907
489	8,45	7,86	817	9,31	5,98	249	5,18	4,67	69	6,73	6,50	36	9,55	11,50	37	4,84	6,10	1908
541	9,35	8,66	969	11,04	6,92	307	6,39	5,72	75	7,32	7,05	38	10,08	12,34	39	5,10	6,54	1909
585	10,11	9,32	1 246	14,19	8,70	319	6,64	5,90	69	6,73	6,47	33	8,75	10,86	34	4,44	5,80	1910
466	8,05	7,39	1 202	13,69	8,21	270	5,62	4,96	78	7,61	7,30	37	9,81	12,33	29	3,79	5,04	1911
456	7,88	7,20	1 124	12,80	7,51	269	5,60	4,91	57	5,56	5,32	28	7,43	9,49	32	4,18	5,66	1912
399	6,89	6,27	847	9,65	5,54	190	3,95	3,45	45	4,39	4,19	25	6,63	8,59	21	2,75	3,79	1913

…bestandes berücksichtigt worden.

(Noch: Taf. 2) Jahr des Besitzwechsels	Gesamtzahl der den Eigentümer wechselnden Grundstücke			Von den Grundstücken Spalte 2 wechselten den Eigentümer																	
				infolge von Erbgang, Vermächtnis usw. sowie Kauf, Tausch, Enteignung usw. zusammen						infolge von Erbgang, Vermächtnis usw.						infolge von Kauf, Tausch, Enteignung usw.					
				abgezweigt			ungeteilt			abgezweigt			ungeteilt			abgezweigt			ungeteilt		
	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes	
		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Regierungsbezirk																					
1896 . .	2 942	5,90	5,90	266	0,53	0,53	2 676	5,36	5,37	23	0,05	0,05	1 155	2,32	2,32	243	0,49	0,49	1 521	3,05	3,05
1897 . .	3 138	6,29	6,29	332	0,67	0,67	2 806	5,63	5,63	31	0,06	0,06	1 156	2,32	2,32	301	0,60	0,60	1 650	3,31	3,31
1898 . .	2 914	5,84	5,84	307	0,62	0,62	2 607	5,23	5,23	11	0,02	0,02	1 062	2,13	2,13	296	0,59	0,59	1 545	3,10	3,10
1899 . .	2 938	5,89	5,89	289	0,58	0,58	2 649	5,31	5,31	16	0,03	0,03	1 147	2,30	2,30	273	0,55	0,55	1 502	3,01	3,01
1900 . .	2 883	5,78	5,78	299	0,60	0,60	2 584	5,18	5,18	12	0,02	0,02	1 053	2,11	2,11	287	0,58	0,58	1 531	3,07	3,07
1901 . .	3 194	6,40	6,41	393	0,79	0,79	2 801	5,62	5,62	27	0,05	0,05	1 119	2,24	2,24	366	0,73	0,73	1 682	3,37	3,37
1902 . .	3 041	6,10	6,10	387	0,78	0,78	2 654	5,32	5,32	20	0,04	0,04	1 045	2,10	2,10	367	0,74	0,74	1 609	3,23	3,23
1903 . .	3 021	6,06	6,06	454	0,91	0,91	2 567	5,15	5,15	9	0,02	0,02	1 026	2,06	2,06	445	0,89	0,89	1 541	3,09	3,09
1904 . .	3 050	6,11	6,12	376	0,75	0,75	2 674	5,36	5,37	15	0,03	0,03	1 022	2,05	2,05	361	0,72	0,72	1 652	3,31	3,31
1905 . .	3 250	6,52	6,52	443	0,89	0,89	2 807	5,63	5,63	12	0,02	0,02	978	1,96	1,96	431	0,86	0,86	1 829	3,67	3,67
1906 . .	3 046	6,11	6,11	507	1,02	1,02	2 539	5,09	5,10	13	0,03	0,03	898	1,80	1,80	494	0,99	0,99	1 641	3,29	3,29
1907 . .	3 279	6,57	6,58	452	0,91	0,91	2 827	5,67	5,67	11	0,02	0,02	992	1,99	1,99	441	0,88	0,89	1 835	3,68	3,68
1908 . .	3 087	6,19	6,20	499	1,00	1,00	2 588	5,19	5,19	8	0,02	0,02	910	1,82	1,83	491	0,98	0,99	1 678	3,36	3,37
1909 . .	3 106	6,23	6,23	527	1,06	1,06	2 579	5,17	5,18	16	0,03	0,03	875	1,75	1,76	511	1,02	1,03	1 704	3,42	3,42
1910 . .	3 149	6,31	6,32	576	1,15	1,16	2 573	5,16	5,16	15	0,03	0,03	866	1,74	1,74	561	1,12	1,13	1 707	3,42	3,43
1911 . .	3 078	6,17	6,18	544	1,09	1,09	2 534	5,08	5,09	18	0,04	0,04	1 028	2,06	2,06	526	1,05	1,06	1 506	3,02	3,02
1912 . .	2 956	5,93	5,93	511	1,02	1,03	2 445	4,90	4,91	12	0,02	0,02	1 039	2,08	2,09	499	1,00	1,00	1 406	2,82	2,82
1913 . .	2 928	5,87	5,88	393	0,79	0,79	2 535	5,08	5,09	9	0,02	0,02	1 144	2,29	2,30	384	0,77	0,77	1 391	2,79	2,79
Regierungsbezirk																					
1896 . .	3 241	6,38	6,34	422	0,83	0,83	2 819	5,55	5,51	12	0,02	0,02	1 130	2,23	2,21	410	0,81	0,80	1 689	3,33	3,30
1897 . .	2 990	5,89	5,84	336	0,66	0,66	2 654	5,23	5,18	20	0,04	0,04	1 041	2,05	2,03	316	0,62	0,62	1 613	3,18	3,15
1898 . .	3 132	6,17	6,10	345	0,68	0,67	2 787	5,49	5,43	13	0,03	0,03	999	1,97	1,95	332	0,65	0,65	1 788	3,52	3,48
1899 . .	2 932	5,78	5,70	308	0,61	0,60	2 624	5,17	5,10	14	0,03	0,03	992	1,95	1,93	294	0,58	0,57	1 632	3,22	3,17
1900 . .	2 829	5,57	5,48	328	0,65	0,64	2 501	4,93	4,85	10	0,02	0,02	931	1,83	1,80	318	0,63	0,62	1 570	3,09	3,04
1901 . .	3 090	6,09	5,98	371	0,73	0,72	2 719	5,36	5,26	9	0,02	0,02	983	1,94	1,90	362	0,71	0,70	1 736	3,42	3,36
1902 . .	3 033	5,98	5,85	400	0,79	0,77	2 633	5,19	5,08	4	0,01	0,01	972	1,91	1,88	396	0,78	0,76	1 661	3,27	3,20
1903 . .	2 846	5,61	5,48	309	0,61	0,59	2 537	5,00	4,88	6	0,01	0,01	999	1,97	1,92	303	0,60	0,58	1 538	3,03	2,96
1904 . .	2 648	5,22	5,09	368	0,72	0,71	2 280	4,49	4,38	5	0,01	0,01	842	1,66	1,62	363	0,72	0,70	1 438	2,83	2,76
1905 . .	3 278	6,46	6,26	405	0,80	0,78	2 873	5,66	5,51	7	0,01	0,01	985	1,94	1,89	398	0,78	0,76	1 888	3,72	3,62
1906 . .	2 982	5,87	5,70	409	0,81	0,78	2 573	5,07	4,92	12	0,02	0,02	879	1,73	1,68	397	0,78	0,76	1 694	3,34	3,24
1907 . .	3 018	5,95	5,76	434	0,85	0,83	2 584	5,09	4,93	3	0,01	0,01	901	1,77	1,72	431	0,85	0,82	1 683	3,32	3,21
1908 . .	3 103	6,11	5,91	374	0,74	0,71	2 729	5,38	5,19	15	0,03	0,03	938	1,85	1,79	359	0,71	0,68	1 791	3,53	3,41
1909 . .	3 173	6,25	6,03	460	0,91	0,87	2 713	5,34	5,15	10	0,02	0,02	927	1,83	1,76	450	0,89	0,85	1 786	3,52	3,39
1910 . .	3 462	6,82	6,56	620	1,22	1,17	2 842	5,60	5,39	24	0,05	0,05	956	1,88	1,81	596	1,17	1,13	1 886	3,72	3,57
1911 . .	3 238	6,38	6,12	577	1,14	1,09	2 661	5,24	5,03	18	0,04	0,03	989	1,95	1,87	559	1,10	1,06	1 672	3,29	3,16
1912 . .	3 095	6,10	5,84	615	1,21	1,16	2 480	4,89	4,68	10	0,02	0,02	883	1,74	1,67	605	1,19	1,14	1 597	3,15	3,01
1913 . .	3 155	6,22	5,94	539	1,06	1,01	2 616	5,15	4,92	16	0,03	0,03	995	1,96	1,87	523	1,03	0,98	1 621	3,19	3,05
Regierungsbezirk																					
1896 . .	3 703	6,62	6,58	610	1,09	1,08	3 093	5,53	5,50	109	0,19	0,19	1 545	2,76	2,75	501	0,90	0,89	1 548	2,77	2,75
1897 . .	3 668	6,56	6,51	559	1,00	0,99	3 109	5,56	5,52	115	0,21	0,20	1 466	2,62	2,60	444	0,79	0,79	1 643	2,94	2,92
1898 . .	3 402	6,08	6,03	417	0,75	0,74	2 985	5,34	5,29	77	0,14	0,14	1 522	2,72	2,70	340	0,61	0,60	1 463	2,62	2,59
1899 . .	3 298	5,90	5,83	385	0,69	0,68	2 913	5,21	5,15	70	0,13	0,12	1 418	2,54	2,51	315	0,56	0,56	1 495	2,67	2,64
1900 . .	3 099	5,54	5,47	344	0,62	0,61	2 755	4,93	4,86	62	0,11	0,11	1 332	2,38	2,35	282	0,50	0,50	1 423	2,54	2,51
1901 . .	3 212	5,74	5,66	386	0,69	0,68	2 826	5,05	4,98	60	0,11	0,11	1 337	2,39	2,36	326	0,58	0,57	1 489	2,66	2,62
1902 . .	3 186	5,70	5,60	393	0,70	0,69	2 793	4,99	4,91	62	0,11	0,11	1 321	2,36	2,32	331	0,59	0,58	1 472	2,63	2,59
1903 . .	3 147	5,63	5,52	483	0,86	0,85	2 664	4,76	4,67	81	0,14	0,14	1 342	2,40	2,36	402	0,72	0,71	1 322	2,36	2,32
1904 . .	3 394	6,07	5,94	589	1,05	1,03	2 805	5,02	4,91	77	0,14	0,13	1 313	2,35	2,30	512	0,92	0,90	1 492	2,67	2,61
1905 . .	3 240	5,79	5,66	549	0,98	0,96	2 691	4,81	4,70	84	0,15	0,15	1 182	2,11	2,07	465	0,83	0,81	1 509	2,70	2,64
1906 . .	3 095	5,53	5,40	515	0,92	0,90	2 580	4,61	4,50	91	0,16	0,16	1 046	1,87	1,83	424	0,76	0,74	1 534	2,74	2,68
1907 . .	3 221	5,76	5,61	585	1,05	1,02	2 636	4,71	4,59	46	0,08	0,08	998	1,78	1,74	539	0,96	0,94	1 638	2,93	2,85
1908 . .	3 437	6,15	5,98	716	1,28	1,24	2 721	4,87	4,73	50	0,09	0,09	982	1,76	1,71	666	1,19	1,16	1 739	3,11	3,02
1909 . .	2 945	5,27	5,11	528	0,94	0,92	2 417	4,32	4,19	63	0,11	0,11	977	1,75	1,70	465	0,83	0,81	1 440	2,57	2,50
1910 . .	2 874	5,14	4,98	579	1,04	1,00	2 295	4,10	3,98	56	0,10	0,10	946	1,69	1,64	523	0,94	0,91	1 349	2,41	2,34
1911 . .	2 982	5,33	5,16	572	1,02	0,99	2 410	4,31	4,17	95	0,17	0,16	1 441	2,58	2,49	477	0,85	0,82	969	1,73	1,68
1912 . .	2 990	5,35	5,16	603	1,08	1,04	2 387	4,27	4,12	119	0,21	0,21	1 465	2,62	2,53	484	0,87	0,84	922	1,65	1,59
1913 . .	3 032	5,42	5,22	541	0,97	0,93	2 491	4,45	4,29	118	0,21	0,20	1 631	2,92	2,81	423	0,76	0,73	860	1,54	1,48

*) Vergl. die Anmerkung *) auf Seite 10.

und im Verhältnis zum Grundstücksbestande*) in den Jahren 1896 bis 1913.

Insbesondere wechselten von den infolge von Kauf, Tausch, Enteignung, Zwangsversteigerung usw. ungeteilt in andere Hand übergegangenen Besitzungen von 2 *ha* an den Eigentümer in der Größenklasse von . . . *ha*																		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
2 bis 5			5 bis 20			20 bis 50			50 bis 100			100 bis 200			200 und mehr			
überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		
	a	b		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b	
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	
Breslau																		
771	3,71	3,74	533	2,59	2,56	140	2,20	2,25	35	4,05	4,04	18	4,42	4,40	24	2,68	2,68	1896
798	3,84	3,88	593	2,88	2,83	182	2,87	2,94	27	3,13	3,11	14	3,44	3,41	36	4,01	4,08	1897
796	3,83	3,88	524	2,55	2,49	163	2,57	2,65	33	3,82	3,81	13	3,19	3,16	15	1,67	1,68	1898
731	3,51	3,58	556	2,70	2,63	148	2,33	2,43	27	3,13	3,11	18	4,42	4,37	22	2,45	2,47	1899
772	3,71	3,79	549	2,67	2,58	138	2,17	2,28	27	3,13	3,11	17	4,18	4,12	27	3,01	3,03	1900
886	4,26	4,36	545	2,65	2,55	169	2,66	2,81	31	3,59	3,57	18	4,42	4,36	21	2,34	2,36	1901
798	3,84	3,94	582	2,83	2,71	159	2,50	2,66	27	3,13	3,10	14	3,44	3,38	28	3,12	3,15	1902
729	3,51	3,61	560	2,72	2,60	162	2,55	2,73	35	4,05	4,02	29	7,13	6,99	22	2,45	2,47	1903
786	3,78	3,90	566	2,75	2,62	192	3,02	3,26	38	4,40	4,36	25	6,14	6,01	32	3,57	3,60	1904
845	4,06	4,21	648	3,15	2,98	209	3,29	3,57	40	4,63	4,59	38	9,34	9,11	36	4,01	4,06	1905
808	3,89	4,04	549	2,67	2,51	168	2,65	2,89	36	4,17	4,12	26	6,39	6,24	49	5,46	5,52	1906
860	4,14	4,31	658	3,20	3,00	208	3,28	3,61	42	4,86	4,81	23	5,65	5,50	40	4,46	4,51	1907
795	3,82	4,00	590	2,87	2,68	199	3,13	3,48	43	4,98	4,92	27	6,63	6,44	21	2,34	2,37	1908
799	3,84	4,03	636	3,09	2,87	189	2,98	3,33	28	3,24	3,20	19	4,67	4,52	31	3,46	3,51	1909
750	3,61	3,79	670	3,26	3,01	162	2,55	2,87	45	5,21	5,14	36	8,85	8,55	37	4,12	4,19	1910
688	3,31	3,49	542	2,64	2,43	163	2,57	2,91	46	5,32	5,25	32	7,86	7,60	31	3,46	3,51	1911
662	3,18	3,37	496	2,41	2,21	147	2,31	2,64	33	3,82	3,76	27	6,63	6,40	28	3,12	3,17	1912
676	3,25	3,45	476	2,31	2,11	144	2,27	2,61	35	4,05	3,99	28	6,88	6,62	22	2,45	2,50	1913
Liegnitz																		
881	4,20	4,19	549	2,65	2,60	169	2,43	2,47	39	3,54	3,59	15	4,69	4,67	34	4,82	4,82	1896
775	3,69	3,68	572	2,76	2,69	174	2,50	2,55	43	3,90	3,97	18	5,63	5,61	31	4,40	4,40	1897
914	4,35	4,34	562	2,72	2,63	196	2,82	2,89	64	5,80	5,95	18	5,63	5,61	34	4,82	4,83	1898
839	4,00	3,98	543	2,62	2,52	145	2,09	2,15	46	4,17	4,30	23	7,19	7,17	34	4,82	4,83	1899
740	3,53	3,51	560	2,71	2,58	164	2,36	2,44	56	5,08	5,25	21	6,56	6,54	28	3,97	3,98	1900
866	4,13	4,10	538	2,60	2,47	202	2,91	3,02	72	6,53	6,79	21	6,56	6,54	36	5,11	5,11	1901
886	4,22	4,19	521	2,52	2,37	154	2,22	2,31	50	4,53	4,74	23	7,19	7,17	26	3,69	3,69	1902
733	3,49	3,47	530	2,56	2,40	170	2,45	2,57	47	4,26	4,48	26	8,13	8,10	29	4,11	4,12	1903
656	3,13	3,10	523	2,53	2,35	156	2,24	2,37	48	4,35	4,60	24	7,50	7,48	30	4,26	4,26	1904
863	4,11	4,08	670	3,24	2,99	207	2,98	3,16	72	6,53	6,93	29	9,06	9,01	47	6,67	6,69	1905
774	3,69	3,65	602	2,91	2,67	186	2,68	2,85	57	5,17	5,51	27	8,44	8,39	48	6,81	6,83	1906
775	3,69	3,66	592	2,86	2,61	210	3,02	3,23	59	5,35	5,74	27	8,44	8,39	20	2,84	2,84	1907
889	4,24	4,19	615	2,97	2,70	176	2,53	2,72	53	4,81	5,18	25	7,81	7,76	33	4,68	4,69	1908
790	3,76	3,72	648	3,13	2,82	220	3,17	3,42	59	5,35	5,80	30	9,38	9,32	38	5,39	5,41	1909
876	4,17	4,12	648	3,13	2,81	215	3,09	3,36	61	5,53	6,03	29	9,06	9,01	56	7,94	7,97	1910
793	3,78	3,73	579	2,80	2,49	183	2,63	2,88	59	5,35	5,86	22	6,88	6,83	32	4,54	4,55	1911
733	3,49	3,45	580	2,80	2,48	185	2,66	2,92	48	4,35	4,79	25	7,81	7,74	25	3,55	3,56	1912
767	3,65	3,60	569	2,75	2,42	163	2,35	2,59	58	5,26	5,82	29	9,06	8,98	30	4,26	4,27	1913
Oppeln																		
884	3,46	3,42	573	2,29	2,28	68	1,61	1,65	8	3,42	3,52	7	3,68	3,72	7	1,06	1,06	1896
1 002	3,92	3,86	547	2,18	2,17	72	1,70	1,77	7	2,99	3,11	4	2,11	2,14	10	1,51	1,51	1897
857	3,36	3,28	536	2,14	2,12	48	1,13	1,19	7	2,99	3,14	4	2,11	2,15	11	1,76	1,66	1898
870	3,41	3,32	518	2,07	2,05	81	1,91	2,03	4	1,71	1,81	5	2,63	2,69	17	2,56	2,57	1899
827	3,24	3,14	499	1,99	1,97	61	1,44	1,54	9	3,85	4,11	5	2,63	2,70	19	2,87	2,87	1900
867	3,40	3,28	529	2,11	2,09	78	1,84	1,99	5	2,14	2,31	2	1,05	1,09	3	0,45	0,45	1901
863	3,38	3,25	525	2,09	2,07	63	1,49	1,63	3	1,28	1,40	3	1,58	1,64	8	1,21	1,21	1902
781	3,06	2,93	431	1,72	1,70	56	1,32	1,46	8	3,42	3,77	10	5,26	5,46	24	3,62	3,63	1903
847	3,32	3,16	517	2,06	2,03	75	1,77	1,98	9	3,85	4,29	11	5,79	6,04	19	2,87	2,87	1904
864	3,38	3,21	544	2,17	2,13	66	1,56	1,76	3	1,28	1,44	6	3,16	3,31	14	2,11	2,12	1905
847	3,32	3,14	560	2,23	2,19	75	1,77	2,02	15	6,41	7,32	9	4,74	5,00	18	2,71	2,73	1906
934	3,66	3,44	600	2,39	2,35	80	1,89	2,18	10	4,27	4,93	5	2,63	2,78	9	1,36	1,36	1907
1 000	3,92	3,67	610	2,43	2,38	89	2,10	2,45	9	3,85	4,48	9	4,74	5,03	17	2,56	2,58	1908
776	3,04	2,84	546	2,18	2,13	71	1,68	1,98	11	4,70	5,53	11	5,79	6,18	14	2,11	2,12	1909
721	2,82	2,62	509	2,03	1,98	71	1,68	2,00	9	3,85	4,57	11	5,79	6,18	17	2,56	2,58	1910
528	2,07	1,91	368	1,47	1,43	43	1,02	1,23	4	1,71	2,06	12	6,32	6,78	11	1,66	1,67	1911
544	2,13	1,96	308	1,23	1,20	48	1,13	1,38	8	3,42	4,17	1	0,53	0,57	8	1,21	1,21	1912
465	1,82	1,67	325	1,30	1,26	44	1,04	1,28	9	3,85	4,71	7	3,68	4,00	8	1,21	1,21	1913

Noch: Besitzwechsel von mindestens 2 *ha* großen Grundstücken überhaupt

(Noch: Taf. 2) Jahr des Besitzwechsels	Gesamtzahl der den Eigentümer wechselnden Grundstücke: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	Von den Grundstücken Spalte 2 wechselten den Eigentümer infolge von Erbgang, Vermächtnis usw. sowie Kauf, Tausch, Enteignung usw. zusammen: abgezweigt: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	ungeteilt: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	infolge von Erbgang, Vermächtnis usw.: abgezweigt: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	ungeteilt: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	infolge von Kauf, Tausch, Enteignung usw.: abgezweigt: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	ungeteilt: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Regierungsbezirk																					
1896 . .	1 893	7,51	7,41	640	2,54	2,51	1 253	4,97	4,91	96	0,38	0,38	799	3,17	3,13	544	2,16	2,13	454	1,80	1,78
1897 . .	1 904	7,55	7,43	518	2,05	2,02	1 386	5,50	5,41	108	0,43	0,42	782	3,10	3,05	410	1,63	1,60	604	2,40	2,36
1898 . .	1 857	7,36	7,21	541	2,15	2,10	1 316	5,22	5,11	38	0,15	0,15	796	3,16	3,09	503	1,99	1,95	520	2,06	2,02
1899 . .	1 686	6,69	6,52	428	1,70	1,66	1 258	4,99	4,87	83	0,33	0,32	783	3,11	3,03	345	1,37	1,33	475	1,88	1,84
1900 . .	1 641	6,51	6,32	464	1,84	1,79	1 177	4,67	4,53	49	0,19	0,19	656	2,60	2,53	415	1,65	1,60	521	2,07	2,01
1901 . .	1 930	7,65	7,40	652	2,59	2,50	1 278	5,07	4,90	38	0,15	0,15	712	2,82	2,73	614	2,43	2,36	566	2,24	2,17
1902 . .	1 724	6,84	6,59	575	2,28	2,20	1 149	4,56	4,39	61	0,24	0,23	632	2,51	2,41	514	2,04	1,96	517	2,05	1,98
1903 . .	1 897	7,52	7,22	752	2,98	2,86	1 145	4,54	4,36	67	0,27	0,25	646	2,56	2,46	685	2,72	2,61	499	1,98	1,90
1904 . .	1 982	7,86	7,51	796	3,16	3,02	1 186	4,70	4,49	98	0,39	0,37	696	2,76	2,64	698	2,77	2,65	490	1,94	1,86
1905 . .	2 151	8,53	8,12	1 010	4,01	3,81	1 141	4,52	4,31	120	0,48	0,45	659	2,61	2,49	890	3,53	3,36	482	1,91	1,82
1906 . .	2 099	8,32	7,89	1 030	4,08	3,87	1 069	4,24	4,02	83	0,33	0,31	614	2,43	2,31	947	3,76	3,56	455	1,80	1,71
1907 . .	1 955	7,75	7,32	835	3,31	3,13	1 120	4,44	4,19	84	0,33	0,31	645	2,56	2,41	751	2,98	2,81	475	1,88	1,78
1908 . .	2 128	8,44	7,94	908	3,60	3,39	1 220	4,84	4,55	76	0,30	0,28	668	2,65	2,49	832	3,30	3,10	552	2,19	2,06
1909 . .	1 866	7,40	6,93	657	2,61	2,44	1 209	4,79	4,49	122	0,48	0,45	647	2,57	2,40	535	2,12	1,99	562	2,23	2,09
1910 . .	2 006	7,96	7,42	678	2,69	2,51	1 328	5,27	4,91	86	0,34	0,32	723	2,87	2,67	592	2,35	2,19	605	2,40	2,24
1911 . .	2 043	8,10	7,53	797	3,16	2,94	1 246	4,94	4,59	74	0,29	0,27	734	2,91	2,70	723	2,87	2,66	512	2,03	1,89
1912 . .	1 871	7,42	6,87	798	3,16	2,93	1 073	4,26	3,94	86	0,34	0,32	621	2,46	2,28	712	2,82	2,61	452	1,79	1,66
1913 . .	1 931	7,66	7,06	683	2,71	2,50	1 248	4,95	4,56	103	0,41	0,38	803	3,18	2,94	580	2,30	2,12	445	1,76	1,63
Regierungsbezirk																					
1896 . .	2 130	6,64	6,63	650	2,03	2,02	1 480	4,62	4,60	165	0,51	0,51	863	2,69	2,68	485	1,51	1,51	617	1,92	1,92
1897 . .	1 946	6,07	6,05	433	1,35	1,35	1 513	4,72	4,70	57	0,18	0,18	831	2,59	2,58	376	1,17	1,17	682	2,13	2,12
1898 . .	2 068	6,45	6,42	478	1,49	1,48	1 583	4,94	4,92	66	0,21	0,20	821	2,56	2,55	412	1,29	1,28	762	2,38	2,37
1899 . .	1 936	6,04	6,01	425	1,33	1,32	1 511	4,71	4,69	76	0,24	0,24	809	2,52	2,51	349	1,09	1,08	702	2,19	2,18
1900 . .	1 818	5,67	5,64	388	1,21	1,20	1 430	4,46	4,43	50	0,16	0,16	738	2,30	2,29	338	1,05	1,05	692	2,16	2,15
1901 . .	1 928	6,01	5,97	415	1,29	1,29	1 513	4,72	4,69	57	0,18	0,18	775	2,42	2,40	358	1,12	1,11	738	2,30	2,29
1902 . .	2 010	6,27	6,22	419	1,31	1,30	1 591	4,96	4,92	43	0,13	0,13	848	2,65	2,62	376	1,17	1,16	743	2,32	2,30
1903 . .	2 075	6,47	6,42	447	1,39	1,38	1 628	5,08	5,03	64	0,20	0,20	898	2,80	2,78	383	1,19	1,18	730	2,28	2,26
1904 . .	2 094	6,53	6,47	543	1,69	1,68	1 551	4,84	4,79	81	0,25	0,25	920	2,87	2,84	462	1,44	1,43	631	1,97	1,95
1905 . .	1 998	6,23	6,17	561	1,75	1,73	1 437	4,48	4,44	73	0,23	0,23	794	2,48	2,45	488	1,52	1,51	643	2,01	1,98
1906 . .	2 117	6,60	6,53	745	2,32	2,30	1 372	4,28	4,23	75	0,23	0,23	748	2,33	2,31	670	2,09	2,07	624	1,95	1,92
1907 . .	1 911	5,96	5,89	629	1,96	1,94	1 282	4,00	3,95	65	0,20	0,20	763	2,38	2,35	564	1,76	1,74	519	1,62	1,60
1908 . .	1 993	6,22	6,14	557	1,74	1,71	1 436	4,48	4,42	51	0,16	0,16	797	2,49	2,45	506	1,58	1,56	639	1,99	1,97
1909 . .	1 851	5,77	5,69	576	1,80	1,77	1 275	3,98	3,92	62	0,19	0,19	726	2,26	2,23	514	1,60	1,58	549	1,71	1,69
1910 . .	2 014	6,28	6,19	703	2,19	2,16	1 311	4,09	4,03	101	0,32	0,31	740	2,31	2,27	602	1,88	1,85	571	1,78	1,75
1911 . .	1 924	6,00	5,91	629	1,96	1,93	1 295	4,04	3,98	75	0,23	0,23	742	2,31	2,28	554	1,73	1,70	553	1,72	1,70
1912 . .	1 929	6,02	5,92	635	1,98	1,95	1 294	4,04	3,97	82	0,26	0,25	731	2,28	2,24	553	1,72	1,70	563	1,76	1,73
1913 . .	2 000	6,24	6,13	663	2,07	2,03	1 337	4,17	4,10	83	0,26	0,25	843	2,63	2,58	580	1,81	1,78	494	1,54	1,51
Regierungsbezirk																					
1896 . .	755	4,70	4,68	332	2,07	2,06	423	2,63	2,62	142	0,88	0,88	233	1,45	1,44	190	1,18	1,18	190	1,18	1,18
1897 . .	802	5,00	4,96	318	1,98	1,97	484	3,01	2,99	197	1,23	1,22	270	1,68	1,67	121	0,75	0,75	214	1,33	1,32
1898 . .	749	4,67	4,63	391	2,44	2,42	358	2,23	2,21	154	0,96	0,95	221	1,38	1,37	237	1,48	1,46	137	0,85	0,85
1899 . .	648	4,04	4,00	255	1,59	1,57	393	2,45	2,42	115	0,72	0,71	249	1,55	1,54	140	0,87	0,86	144	0,90	0,89
1900 . .	550	3,43	3,39	191	1,19	1,18	359	2,24	2,21	86	0,54	0,53	216	1,35	1,33	105	0,65	0,65	143	0,89	0,88
1901 . .	578	3,60	3,55	214	1,33	1,32	364	2,27	2,24	64	0,40	0,39	216	1,35	1,33	150	0,93	0,92	148	0,92	0,91
1902 . .	488	3,04	2,99	156	0,97	0,96	332	2,07	2,04	96	0,60	0,59	203	1,26	1,25	60	0,37	0,37	129	0,80	0,79
1903 . .	599	3,73	3,67	216	1,35	1,32	383	2,39	2,35	120	0,75	0,74	202	1,26	1,24	96	0,60	0,59	181	1,13	1,11
1904 . .	541	3,37	3,31	254	1,58	1,55	287	1,79	1,76	147	0,92	0,90	158	0,98	0,97	107	0,67	0,65	129	0,80	0,79
1905 . .	673	4,19	4,11	300	1,87	1,83	373	2,32	2,28	194	1,21	1,18	207	1,29	1,26	106	0,66	0,65	166	1,03	1,01
1906 . .	655	4,08	3,99	328	2,04	2,00	327	2,04	1,99	160	1,00	0,98	189	1,18	1,15	168	1,05	1,02	138	0,86	0,84
1907 . .	574	3,58	3,49	262	1,63	1,60	312	1,94	1,90	159	0,99	0,97	171	1,07	1,04	103	0,64	0,63	141	0,88	0,86
1908 . .	513	3,20	3,12	237	1,48	1,44	276	1,72	1,68	146	0,91	0,89	171	1,07	1,04	91	0,57	0,55	105	0,65	0,61
1909 . .	621	3,87	3,77	363	2,26	2,20	258	1,61	1,57	172	1,07	1,04	133	0,83	0,81	191	1,19	1,16	125	0,78	0,76
1910 . .	584	3,64	3,54	275	1,71	1,67	309	1,92	1,87	144	0,90	0,87	177	1,10	1,07	131	0,82	0,79	132	0,82	0,80
1911 . .	602	3,75	3,64	299	1,86	1,81	303	1,89	1,83	140	0,87	0,85	201	1,25	1,22	159	0,99	0,96	102	0,64	0,62
1912 . .	648	4,04	3,91	360	2,24	2,17	288	1,79	1,74	134	0,83	0,81	195	1,21	1,18	226	1,41	1,36	93	0,58	0,56
1913 . .	599	3,73	3,61	257	1,60	1,55	342	2,13	2,06	133	0,83	0,80	214	1,33	1,29	124	0,77	0,75	128	0,80	0,77

[1] Vergl. die Anmerkung [3] auf Seite 15

und im Verhältnis zum Grundstücksbestande*) in den Jahren 1903 bis 1913.

Insbesondere wechselten von den infolge von Kauf, Tausch, Enteignung, Zwangsversteigerung usw. ungeteilt in andere Hand übergegangenen Besitzungen von 2 *ha* an den Eigentümer in der Größenklasse von . . . *ha*																		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
2 bis 5			5 bis 20			20 bis 50			50 bis 100			100 bis 200			200 und mehr			
überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		
	a	b		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b	
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	
Magdeburg																		
223	2,91	2,86	147	1,63	1,59	50	0,97	0,98	20	0,74	0,75	6	1,54	1,53	8	2,53	2,53	1896
345	4,51	4,40	173	1,92	1,86	44	0,85	0,96	28	1,04	1,05	9	2,31	2,29	5	1,58	1,58	1897
278	3,68	3,52	160	1,78	1,70	49	0,95	0,96	23	0,85	0,86	4	1,03	1,02	6	1,90	1,90	1898
258	3,37	3,25	141	1,57	1,19	46	0,89	0,91	20	0,74	0,75	7	1,79	1,78	3	0,95	0,95	1899
272	3,55	3,41	173	1,92	1,81	41	0,80	0,81	22	0,81	0,83	8	2,05	2,03	5	1,58	1,58	1900
295	3,85	3,68	173	1,92	1,80	49	0,95	0,97	32	1,18	1,21	7	1,79	1,77	10	3,16	3,16	1901
278	3,63	3,44	159	1,77	1,64	39	0,76	0,77	24	0,89	0,91	12	3,08	3,02	5	1,58	1,58	1902
240	3,18	2,96	173	1,92	1,77	41	0,80	0,81	21	0,78	0,80	12	3,08	3,02	12	3,80	3,80	1903
253	3,30	3,10	154	1,71	1,56	38	0,74	0,76	23	0,85	0,88	11	2,82	2,76	10	3,16	3,16	1904
221	2,89	2,69	157	1,75	1,58	53	1,03	1,06	25	0,92	0,95	14	3,59	3,51	12	3,80	3,80	1905
225	2,94	2,72	141	1,57	1,41	48	0,93	0,96	18	0,67	0,69	15	3,85	3,75	7	2,22	2,22	1906
250	3,26	3,01	145	1,61	1,44	49	0,95	0,98	22	0,81	0,84	8	2,05	2,00	1	0,32	0,32	1907
270	3,53	3,23	196	2,18	1,93	47	0,91	0,95	25	0,92	0,96	8	2,05	2,00	5	1,58	1,58	1908
284	3,71	3,38	177	1,97	1,73	69	1,34	1,39	21	0,78	0,81	4	1,03	1,00	7	2,22	2,22	1909
310	4,05	3,67	186	2,07	1,80	51	0,99	1,03	27	1,00	1,04	15	3,85	3,73	15	4,75	4,75	1910
236	3,08	2,78	188	2,09	1,81	48	0,93	0,97	17	0,63	0,66	12	3,08	2,98	10	3,16	3,16	1911
214	2,79	2,51	153	1,70	1,46	43	0,83	0,87	24	0,89	0,93	15	3,85	3,71	3	0,95	0,95	1912
231	3,02	2,69	152	1,69	1,44	27	0,52	0,55	16	0,59	0,62	7	1,79	1,73	9	2,85	2,85	1913
Merseburg																		
327	3,17	3,15	188	1,36	1,35	64	1,10	1,12	22	1,58	1,59	15	3,76	3,74	1	0,30	0,30	1896
371	3,59	3,56	217	1,57	1,56	57	0,98	1,00	15	1,07	1,09	12	3,01	2,99	8	2,42	2,38	1897
397	3,84	3,80	244	1,77	1,75	79	1,36	1,39	24	1,72	1,74	12	3,01	2,99	5	1,51	1,48	1898
374	3,62	3,58	217	1,57	1,55	69	1,19	1,22	25	1,79	1,82	12	3,01	2,98	5	1,51	1,48	1899
360	3,49	3,44	225	1,63	1,61	62	1,07	1,10	26	1,86	1,90	13	3,26	3,23	6	1,81	1,77	1900
407	3,94	3,88	230	1,67	1,64	56	0,97	1,00	21	1,50	1,53	14	3,51	3,47	10	3,02	2,94	1901
389	3,77	3,70	253	1,83	1,80	73	1,26	1,30	20	1,43	1,47	5	1,25	1,24	3	0,91	0,88	1902
357	3,46	3,39	264	1,91	1,87	68	1,17	1,22	24	1,72	1,76	5	1,25	1,23	12	3,63	3,51	1903
347	3,36	3,28	185	1,34	1,31	64	1,10	1,15	24	1,72	1,77	5	1,25	1,23	4	1,21	1,17	1904
318	3,08	3,00	213	1,54	1,50	68	1,17	1,23	20	1,43	1,48	10	2,51	2,46	11	3,32	3,19	1905
319	3,09	3,01	198	1,43	1,39	63	1,09	1,14	23	1,65	1,70	11	2,76	2,70	7	2,11	2,02	1906
269	2,60	2,53	168	1,22	1,18	44	0,76	0,80	23	1,65	1,71	6	1,50	1,47	7	2,11	2,02	1907
338	3,27	3,17	204	1,48	1,43	51	0,88	0,93	27	1,93	2,01	12	3,01	2,94	7	2,11	2,01	1908
289	2,80	2,71	172	1,25	1,20	50	0,86	0,92	21	1,50	1,56	10	2,51	2,44	7	2,11	2,01	1909
317	3,07	2,96	176	1,27	1,23	43	0,74	0,79	18	1,29	1,35	10	2,51	2,44	7	2,11	2,00	1910
313	3,03	2,92	161	1,17	1,12	43	0,74	0,79	12	0,86	0,90	14	3,51	3,41	10	3,02	2,85	1911
300	2,90	2,79	194	1,40	1,35	37	0,64	0,69	22	1,58	1,65	5	1,25	1,22	5	1,51	1,42	1912
258	2,50	2,40	175	1,27	1,22	39	0,67	0,73	10	0,72	0,75	7	1,75	1,70	4	1,21	1,18	1913
Erfurt																		
121	1,71	1,68	53	0,73	0,73	8	0,60	0,60	4	2,80	2,76	2	2,33	2,35	2	2,41	2,38	1896
128	1,80	1,77	60	0,82	0,82	16	1,19	1,21	2	1,40	1,38	3	3,49	3,53	5	6,02	5,88	1897
82	1,16	1,13	45	0,62	0,62	5	0,37	0,38	3	2,10	2,05	2	2,33	2,35	—	—	—	1898
94	1,33	1,29	36	0,49	0,49	8	0,60	0,61	2	1,40	1,37	3	3,49	3,53	1	1,20	1,18	1899
90	1,27	1,23	41	0,56	0,56	8	0,60	0,61	1	0,70	0,68	2	2,33	2,35	1	1,20	1,16	1900
92	1,30	1,25	39	0,53	0,54	10	0,74	0,77	3	2,10	2,04	2	2,33	2,38	2	2,41	2,33	1901
78	1,10	1,05	39	0,53	0,54	6	0,45	0,46	2	1,40	1,35	4	4,65	4,76	—	—	—	1902
122	1,72	1,64	42	0,57	0,58	10	0,74	0,77	2	1,40	1,35	2	2,33	2,38	3	3,61	3,45	1903
85	1,20	1,14	26	0,36	0,36	10	0,74	0,78	3	2,10	2,01	2	2,33	2,38	3	3,61	3,45	1904
100	1,41	1,33	50	0,68	0,69	8	0,60	0,63	4	2,80	2,68	2	2,33	2,38	2	2,41	2,27	1905
90	1,27	1,19	38	0,52	0,52	4	0,30	0,31	1	0,70	0,67	3	3,49	3,61	2	2,41	2,27	1906
92	1,30	1,21	37	0,51	0,51	6	0,45	0,47	2	1,40	1,33	1	1,16	1,20	3	3,61	3,37	1907
66	0,93	0,87	27	0,37	0,37	5	0,37	0,40	4	2,80	2,65	1	1,16	1,20	2	2,41	2,25	1908
76	1,07	0,99	29	0,40	0,40	7	0,52	0,56	4	2,80	2,63	5	5,81	6,02	4	4,82	4,49	1909
72	1,01	0,94	36	0,49	0,50	7	0,52	0,56	4	2,80	2,63	6	6,98	7,23	7	8,43	7,78	1910
62	0,87	0,80	27	0,37	0,37	6	0,45	0,48	4	2,80	2,61	2	2,33	2,44	1	1,20	1,11	1911
48	0,68	0,62	31	0,42	0,43	4	0,30	0,32	2	1,40	1,31	5	5,81	6,10	3	3,61	3,30	1912
84	1,18	1,08	26	0,36	0,36	6	0,45	0,49	1	0,70	0,65	5	5,81	6,10	6	7,23	6,59	1913

Noch: Besitzwechsel von mindestens 2 *ha* großen Grundstücken überhaupt

(Noch: Taf. 2) Jahr des Besitzwechsels	Gesamtzahl der den Eigentümer wechselnden Grundstücke			Von den Grundstücken Spalte 2 wechselten den Eigentümer																	
				infolge von Erbgang, Vermächtnis usw. sowie Kauf, Tausch, Enteignung usw. zusammen						infolge von Erbgang, Vermächtnis usw.						infolge von Kauf, Tausch, Enteignung usw.					
				abgezweigt			ungeteilt			abgezweigt			ungeteilt			abgezweigt			ungeteilt		
	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
																					Regierungsbezirk
1896 . .	4 086	7,50	7,47	1 201	2,21	2,20	2 885	5,30	5,27	92	0,17	0,17	1 149	2,11	2,10	1 109	2,04	2,03	1 736	3,19	3,17
1897 . .	4 572	8,40	8,35	1 259	2,31	2.30	3 313	6,08	6,05	57	0,10	0.10	1 260	2,31	2,30	1 202	2,21	2,19	2 053	3.77	3.75
1898 . .	4 514	8,29	8,28	1 319	2,42	2,40	3 195	5,87	5,82	62	0,11	0,11	1 146	2.10	2,09	1 257	2,31	2.29	2 049	3,76	3,73
1899 . .	4 641	8,52	8,45	1 278	2,35	2.33	3 363	6,18	6,12	50	0,09	0,09	1 293	2,37	2,35	1 228	2,28	2,23	2 070	3.80	3.77
1900 . .	4 748	8,72	8,63	1 537	2,82	2,79	3 211	5,90	5,83	55	0,10	0,10	1 211	2,22	2,20	1 482	2,72	2,69	2 000	3,67	3.63
1901 . .	4 781	8,78	8,67	1 581	2,90	2,87	3 200	5,88	5,81	51	0,09	0,09	1 125	2,07	2,04	1 530	2,81	2,78	2 075	3,81	3,76
1902 . .	4 880	8,96	8,84	1 504	2,76	2,72	3 376	6,20	6,12	46	0,08	0.08	1 103	2,03	2,00	1 458	2,68	2.64	2 273	4,17	4.12
1903 . .	5 575	10,24	10,09	2 196	4,03	3,97	3 379	6,20	6,11	116	0.21	0,21	1 159	2,13	2,10	2 080	3,82	3,76	2 220	4,08	4.02
1904 . .	5 392	9,90	9,74	2 081	3,82	3,76	3 311	6,08	5,98	99	0,18	0,18	1 127	2,07	2,04	1 982	3,64	3,58	2 184	4,01	3,94
1905 . .	6 078	11,16	10,96	2 541	4,67	4,58	3 537	6,49	6,38	70	0,13	0,13	1 133	2,08	2,04	2 471	4,54	4,46	2 404	4,41	4.34
1906 . .	7 166	13,16	12,91	3 469	6,37	6.25	3 697	6,79	6,66	78	0,14	0.14	983	1,80	1,77	3 391	6,23	6,11	2 714	4,98	4.89
1907 . .	6 343	11,65	11,41	2 988	5,49	5,37	3 355	6.16	6,03	93	0,17	0,17	991	1,82	1.78	2 895	5,32	5,21	2 364	4,34	4,25
1908 . .	5 641	10,36	10,13	2 335	4,29	4,19	3 306	6,07	5,94	73	0.13	0,13	977	1,79	1.75	2 262	4,15	4.06	2 329	4,28	4,18
1909 . .	5 659	10.39	10,15	2 279	4,18	4,09	3 380	6,21	6,06	74	0,14	0,13	944	1.73	1,69	2 205	4.05	3,95	2 436	4.47	4,37
1910 . .	6 379	11,71	11,42	2 539	4,66	4,55	3 840	7,05	6,88	92	0,17	0,16	976	1,79	1,75	2 447	4,49	4,38	2 864	5,26	5,13
1911 . .	6 138	11,27	10,97	2 472	4,54	4,42	3 666	6,73	6,55	119	0,22	0,21	1 065	1,96	1,90	2 353	4,32	4,21	2 601	4,78	4.65
1912 . .	5 674	10,42	10,13	2 205	4,05	3,94	3 469	6,37	6,19	110	0,20	0,20	914	1,68	1,63	2 095	3.85	3,74	2 555	4.69	4,56
1913 . .	5 485	10,07	9,78	2 037	3,74	3.63	3 448	6,33	6,15	98	0,18	0,17	1 021	1,87	1,82	1 939	3,56	3,46	2 427	4,46	4,33
																					Regierungsbezirk
1896 . .	890	4,29	4,27	170	0,82	0,82	720	3,47	3,46	5	0,02	0,02	508	2,45	2,44	165	0,80	0.79	212	1,02	1,02
1897 . .	1 032	4,98	4,95	171	0,83	0,82	861	4,15	4.13	7	0,03	0,03	591	2,85	2,83	164	0.79	0,79	270	1,30	1.29
1898 . .	976	4,71	4,67	223	1,08	1,07	753	3,63	3,60	5	0,02	0,02	519	2,50	2,48	218	1,05	1,04	234	1.13	1,12
1899 . .	974	4,70	4,65	236	1,14	1,13	738	3,56	3,53	2	0.01	0,01	511	2,47	2,44	234	1,13	1.12	227	1.10	1,08
1900 . .	920	4,44	4,39	233	1,12	1,11	687	3,32	3,28	1	0.0048	0,0047	466	2,25	2,22	232	1,12	1.11	221	1,07	1,05
1901 . .	780	3,76	3,71	180	0,87	0,86	600	2,90	2,86	8	0,04	0,04	420	2,03	2,00	172	0,83	0.82	180	0.87	0.86
1902 . .	970	4,68	4,61	286	1,38	1,36	684	3,30	3.25	4	0,02	0,02	484	2,34	2,30	282	1,36	1.34	200	0,97	0,95
1903 . .	842	4,06	4,00	195	0,94	0,93	647	3,12	3.07	8	0,04	0,04	509	2,46	2,42	187	0,90	0,89	138	0.67	0.65
1904 . .	873	4,21	4,14	256	1,24	1,21	617	2,98	2,92	7	0,03	0,03	492	2,37	2,33	249	1,20	1,18	125	0,60	0.59
1905 . .	941	4,54	4,45	340	1,64	1,61	601	2,90	2,84	10	0,05	0,05	471	2,27	2,23	330	1,59	1,56	130	0,63	0.62
1906 . .	831	4,01	3,92	264	1,27	1,25	567	2,74	2,68	2	0.01	0,01	459	2,21	2,17	262	1,26	1,24	108	0.52	0,51
1907 . .	898	4,33	4,23	267	1,29	1,26	631	3,04	2,98	3	0,01	0,01	502	2,42	2,37	264	1.27	1,24	129	0.62	0.61
1908 . .	920	4,44	4,33	260	1,25	1,22	660	3,18	3,11	2	0,01	0.01	535	2,58	2.52	258	1,24	1,21	125	0,60	0,59
1909 . .	930	4,49	4,37	253	1,22	1,19	677	3,27	3,18	6	0.03	0.03	537	2,59	2.52	247	1.19	1,16	140	0,68	0,66
1910 . .	913	4,41	4,28	252	1,22	1,18	661	3.19	3,10	4	0,02	0,02	551	2,66	2,59	248	1,20	1,16	110	0,53	0,52
1911 . .	864	4,17	4,05	251	1.21	1,18	613	2,96	2,87	5	0,02	0,02	500	2,41	2,34	246	1,19	1,15	113	0,55	0,53
1912 . .	853	4,12	3,99	282	1,36	1,32	571	2,76	2,67	4	0,02	0,02	471	2,27	2,20	278	1,34	1,30	100	0.48	0,47
1913 . .	911	4.40	4,25	308	1,49	1.44	603	2,91	2,82	19	0,09	0,09	494	2,38	2,31	289	1,39	1.35	109	0,53	0,51
																					Regierungsbezirk
1896 . .	671	3,99	3,99	108	0,64	0,64	563	3,34	3,34	36	0,21	0,21	398	2,36	2,36	72	0,43	0,43	165	0,98	0,98
1897 . .	714	4,24	4,24	155	0,92	0,92	559	3,32	3.32	30	0,18	0,18	407	2,42	2,42	125	0.74	0,74	152	0,90	0,90
1898 . .	625	3,71	3,71	117	0.69	0,70	508	3,02	3,02	24	0,14	0,14	395	2,35	2,35	93	0.55	0,55	113	0.67	0,67
1899 . .	591	3,51	3.51	124	0,74	0,74	467	2,77	2,77	28	0,17	0,17	362	2,15	2.15	96	0,57	0,57	105	0,62	0,62
1900 . .	533	3,17	3,17	100	0.59	0,59	433	2,57	2,57	23	0,14	0,14	314	1,86	1,87	77	0,46	0,46	119	0,71	0,71
1901 . .	580	3,44	3.45	122	0,72	0,72	458	2,72	2,72	15	0,09	0,09	339	2,01	2,01	107	0,64	0,64	119	0,71	0,71
1902 . .	587	3,49	3,49	72	0,43	0,43	515	3,06	3,06	14	0,08	0,08	364	2,16	2,16	58	0,34	0,34	151	0,90	0,90
1903 . .	608	3,61	3,61	123	0,73	0,73	485	2,88	2,88	43	0,26	0,26	377	2,24	2,24	80	0,48	0,48	108	0,64	0,64
1904 . .	642	3,81	3,82	191	1,13	1,14	451	2,68	2,68	57	0,34	0,34	343	2,04	2,04	134	0,80	0,80	108	0,64	0,64
1905 . .	585	3,47	3,48	169	1,00	1,00	416	2,47	2,47	47	0,28	0,28	316	1,88	1,88	122	0,72	0,73	100	0,59	0,59
1906 . .	621	3,69	3,69	200	1,19	1,19	421	2,50	2,50	64	0,38	0,38	340	2,02	2,02	136	0,81	0,81	81	0,48	0,48
1907 . .	595	3,53	3,54	156	0,93	0,93	439	2,61	2,61	39	0,23	0,23	348	2,07	2,07	117	0,69	0,70	91	0,54	0,54
1908 . .	631	3,75	3,75	162	0,96	0,96	469	2,79	2,79	34	0,20	0,20	341	2,03	2,03	128	0,76	0,76	128	0,76	0,76
1909 . .	732	4,35	4,35	203	1,21	1,21	529	3,14	3,14	81	0,48	0,48	365	2,17	2,17	122	0,72	0,73	164	0,97	0,97
1910 . .	673	4,00	4,00	207	1,23	1,23	466	2,77	2,77	44	0,26	0,26	333	1,98	1,98	163	0,97	0,97	133	0,79	0,79
1911 . .	751	4,46	4.47	285	1,69	1,69	466	2,77	2,77	104	0,62	0,62	339	2,01	2,02	181	1,08	1,08	127	0,75	0,76
1912 . .	662	3,93	3,94	210	1,25	1,25	452	2,68	2,69	87	0,52	0,52	353	2,10	2,10	123	0,73	0,73	99	0,59	0,59
1913 . .	745	4,42	4,43	226	1,34	1,34	519	3,08	3,09	62	0,37	0,37	397	2,36	2,36	164	0,97	0,98	122	0,72	0,73

*) Vergl. die Anmerkung *) auf Seite 10.

und im Verhältnis zum Grundstücksbestande*) in den Jahren 1896 bis 1913.

Insbesondere wechselten von den infolge von Kauf, Tausch, Enteignung, Zwangsversteigerung usw. ungeteilt in andere Hand übergegangenen Besitzungen von 2 *ha* an den Eigentümer in der Größenklasse von . . . *ha*																		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
2 bis 5			5 bis 20			20 bis 50			50 bis 100			100 bis 200			200 und mehr			
überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		
	a	b		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b	
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	
Schleswig																		
700	5,63	5,62	624	3,24	3,20	295	1,94	1,93	83	1,39	1,41	24	2,11	2,13	9	2,17	2,20	1896
925	7,44	7,42	692	3,59	3,54	290	1,90	1,89	106	1,78	1,80	29	2,34	2,59	11	2,65	2,70	1897
876	7,04	7,02	716	3,71	3,65	307	2,02	2,00	84	1,41	1,43	52	4,56	4,66	14	3,87	3,44	1898
941	7,57	7,54	685	3,55	3,48	298	1,96	1,93	116	1,95	1,96	21	1,84	1,89	9	2,17	2,22	1899
827	6,65	6,62	751	3,89	3,80	266	1,75	1,72	116	1,95	1,99	32	2,81	2,89	8	1,93	1,99	1900
866	6,96	6,93	739	3,83	3,73	315	2,07	2,04	115	1,93	1,98	26	2,28	2,36	14	3,37	3,46	1901
908	7,30	7,26	827	4,29	4,16	368	2,42	2,37	126	2,12	2,17	31	2,72	2,82	13	3,13	3,25	1902
849	6,83	6,79	815	4,23	4,08	394	2,59	2,54	112	1,88	1,94	33	2,89	3,02	17	4,10	4,27	1903
768	6,18	6,13	861	4,46	4,30	375	2,46	2,41	133	2,23	2,31	30	2,63	2,75	17	4,10	4,28	1904
952	7,66	7,60	887	4,60	4,41	387	2,54	2,48	138	2,32	2,40	24	2,11	2,21	16	3,86	4,05	1905
1 014	8,15	8,09	1 009	5,23	5,00	472	3,10	3,02	166	2,79	2,90	37	3,25	3,43	15	3,61	3,82	1906
910	7,32	7,26	918	4,76	4,54	375	2,46	2,40	123	2,06	2,15	29	2,54	2,70	9	2,17	2,30	1907
890	7,16	7,09	924	4,79	4,55	364	2,39	2,32	114	1,91	2,00	30	2,63	2,80	7	1,69	1,79	1908
922	7,41	7,34	909	4,71	4,46	415	2,73	2,64	140	2,35	2,47	36	3,16	3,38	14	3,37	3,61	1909
1 038	8,35	8,26	1 120	5,81	5,48	497	3,26	3,16	160	2,69	2,83	36	3,16	3,39	13	3,13	3,36	1910
1 041	8,37	8,28	976	5,06	4,76	405	2,66	2,57	138	2,32	2,45	27	2,37	2,56	14	3,37	3,64	1911
992	7,98	7,89	981	5,09	4,77	426	2,80	2,70	120	2,01	2,13	27	2,37	2,57	9	2,17	2,35	1912
909	7,31	7,22	937	4,86	4,54	415	2,73	2,62	125	2,10	2,23	34	2,98	3,25	7	1,69	1,83	1913
Hannover																		
114	2,11	2,10	68	0,76	0,76	26	0,52	0,52	1	0,08	0,08	2	1,15	1,13	1	2,70	2,70	1896
166	3,07	3,05	71	0,80	0,79	22	0,44	0,44	10	0,84	0,81	—	—	—	1	2,70	2,63	1897
127	2,35	2,33	71	0,80	0,79	25	0,50	0,50	8	0,67	0,64	—	—	—	3	8,11	7,89	1898
122	2,26	2,24	71	0,80	0,79	24	0,48	0,48	4	0,34	0,32	4	2,30	2,22	2	5,41	5,26	1899
132	2,44	2,42	72	0,81	0,80	14	0,28	0,28	2	0,17	0,16	1	0,57	0,55	—	—	—	1900
103	1,90	1,88	51	0,57	0,56	20	0,40	0,40	4	0,34	0,31	2	1,15	1,10	—	—	—	1901
114	2,11	2,08	69	0,78	0,76	11	0,22	0,22	5	0,42	0,39	1	0,57	0,55	—	—	—	1902
68	1,26	1,24	46	0,52	0,51	15	0,30	0,30	7	0,59	0,58	2	1,15	1,09	—	—	—	1903
67	1,24	1,22	37	0,42	0,41	15	0,30	0,30	3	0,25	0,23	1	0,57	0,54	2	5,41	5,26	1904
60	1,11	1,09	55	0,62	0,60	12	0,24	0,24	2	0,17	0,15	1	0,57	0,54	—	—	—	1905
50	0,92	0,91	39	0,44	0,43	17	0,34	0,34	1	0,08	0,07	1	0,57	0,53	—	—	—	1906
56	1,04	1,02	50	0,56	0,55	15	0,30	0,30	5	0,42	0,37	1	0,57	0,53	2	5,41	5,13	1907
60	1,11	1,09	44	0,49	0,48	14	0,28	0,28	6	0,51	0,44	1	0,57	0,53	—	—	—	1908
76	1,40	1,38	42	0,47	0,46	15	0,30	0,30	5	0,42	0,36	1	0,57	0,53	1	2,70	2,56	1909
47	0,87	0,85	50	0,56	0,54	7	0,14	0,14	3	0,25	0,21	3	1,72	1,57	—	—	—	1910
56	1,04	1,01	37	0,42	0,40	14	0,28	0,28	5	0,42	0,36	—	—	—	1	2,70	2,56	1911
47	0,87	0,85	40	0,45	0,43	9	0,18	0,18	2	0,17	0,14	2	1,15	1,04	—	—	—	1912
51	0,94	0,92	41	0,46	0,44	14	0,28	0,28	2	0,17	0,14	1	0,57	[illegible]	—	—	—	1913
Hildesheim																		
98	1,46	1,47	52	0,69	0,69	11	0,52	0,52	3	0,95	0,94	1	1,49	1,49	—	—	—	1896
94	1,40	1,41	44	0,58	0,58	11	0,52	0,52	1	0,32	0,31	2	2,99	3,03	—	—	—	1897
65	0,97	0,97	36	0,48	0,47	11	0,52	0,52	—	—	—	1	1,49	1,52	—	—	—	1898
61	0,91	0,91	35	0,46	0,46	6	0,28	0,28	2	0,63	0,63	—	—	—	1	1,64	1,59	1899
66	0,99	0,99	35	0,46	0,46	16	0,75	0,76	1	0,32	0,31	1	1,49	1,52	—	—	—	1900
71	1,06	1,06	32	0,42	0,42	9	0,42	0,43	1	0,32	0,31	5	7,46	7,58	1	1,64	1,56	1901
90	1,34	1,35	45	0,59	0,59	11	0,52	0,52	2	0,63	0,62	3	4,48	4,55	—	—	—	1902
64	0,96	0,96	36	0,48	0,47	7	0,33	0,33	1	0,32	0,31	—	—	—	—	—	—	1903
58	0,87	0,87	33	0,44	0,43	11	0,52	0,52	4	1,26	1,24	2	2,99	3,03	—	—	—	1904
55	0,82	0,82	35	0,46	0,46	6	0,28	0,29	3	0,95	0,93	1	1,49	1,54	—	—	—	1905
45	0,67	0,68	22	0,29	0,29	11	0,52	0,52	1	0,32	0,31	2	2,99	3,08	—	—	—	1906
49	0,73	0,74	36	0,48	0,47	5	0,24	0,24	1	0,32	0,31	—	—	—	—	—	—	1907
63	0,94	0,95	39	0,52	0,51	19	0,89	0,91	5	1,58	1,54	1	1,49	1,54	1	1,64	1,49	1908
77	1,15	1,16	70	0,92	0,92	12	0,56	0,57	4	1,26	1,23	1	1,49	1,54	—	—	—	1909
84	1,26	1,26	34	0,45	0,45	10	0,47	0,48	4	1,26	1,23	1	1,49	1,54	—	—	—	1910
88	1,31	1,32	30	0,40	0,39	7	0,33	0,34	2	0,63	0,62	—	—	—	—	—	—	1911
57	0,85	0,86	34	0,45	0,45	5	0,24	0,24	2	0,63	0,61	—	—	—	1	1,64	1,45	1912
74	1,11	1,11	29	0,38	0,38	13	0,61	0,63	4	1,26	1,23	1	1,49	1,56	1	1,64	1,45	1913

(Noch: Taf. 2[1]) Jahr des Besitzwechsels	Gesamtzahl der den Eigentümer wechselnden Grundstücke: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	vom Hundert des Grundstücksbestandes b	Von den Grundstücken Spalte 2 wechselten den Eigentümer — infolge von Erbgang, Vermächtnis usw. sowie Kauf, Tausch, Enteignung usw. zusammen — abgezweigt: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	vom Hundert des Grundstücksbestandes b	ungeteilt: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	vom Hundert des Grundstücksbestandes b	infolge von Erbgang, Vermächtnis usw. — abgezweigt: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	vom Hundert des Grundstücksbestandes b	ungeteilt: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	vom Hundert des Grundstücksbestandes b	infolge von Kauf, Tausch, Enteignung usw. — abgezweigt: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	vom Hundert des Grundstücksbestandes b	ungeteilt: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	vom Hundert des Grundstücksbestandes b
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Regierungsbezirk																					
1896 . .	1 303	5,81	5,75	415	1,85	1,83	888	3,96	3,92	8	0,04	0,04	634	2,83	2,80	407	1,82	1,80	254	1,13	1,12
1897 . .	1 288	5,74	5,66	349	1,56	1,53	939	4,19	4,13	6	0,03	0,03	647	2,89	2,84	343	1,53	1,51	292	1,30	1,28
1898 . .	1 314	5,86	5,76	316	1,41	1,38	998	4,45	4,37	10	0,04	0,04	661	2,95	2,90	306	1,36	1,34	337	1,50	1,48
1899 . .	1 294	5,77	5,65	356	1,59	1,55	938	4,18	4,09	10	0,04	0,04	628	2,80	2.74	346	1,54	1,51	310	1,38	1,35
1900 . .	1 169	5,21	5,09	294	1,31	1,28	875	3,90	3,81	2	0,01	0,01	506	2,26	2,20	292	1,30	1,27	369	1,65	1,61
1901 . .	1 295	5,78	5,61	437	1,95	1,89	858	3,83	3,72	9	0,04	0,04	541	2,41	2,35	428	1,91	1,86	317	1,41	1,37
1902 . .	1 258	5,61	5,48	396	1,77	1,71	862	3,84	3,72	2	0,01	0,01	542	2,42	2,34	394	1,76	1,70	320	1,43	1,38
1903 . .	1 347	6,01	5,80	495	2,21	2,13	852	3,80	3,67	5	0,02	0,02	587	2,62	2,53	490	2,19	2,11	265	1,18	1,14
1904 . .	1 351	6,03	5,80	440	1,96	1,89	911	4,06	3,91	7	0,03	0,03	603	2,69	2,59	433	1,93	1,86	308	1,37	1,32
1905 . .	1 291	5,76	5,52	403	1,80	1,72	888	3,96	3,80	9	0,04	0,04	596	2,66	2,55	394	1,76	1,68	292	1,30	1,25
1906 . .	1 297	5,78	5,53	384	1,71	1,64	913	4,07	3,89	2	0,01	0,01	636	2,84	2,71	382	1,70	1,63	277	1,24	1,18
1907 . .	1 335	5,95	5,67	491	2,19	2,08	844	3,76	3,58	10	0,04	0,04	578	2,58	2,45	481	2,15	2,04	266	1,19	1,13
1908 . .	1 544	6,89	6,53	518	2,31	2,19	1 026	4,58	4,34	4	0,02	0,02	730	3,26	3,09	514	2,29	2,17	296	1,32	1,25
1909 . .	1 746	7,79	7,36	741	3,30	3,12	1 005	4.48	4,24	7	0,03	0,03	679	3,03	2,86	734	3,27	3,09	326	1,45	1,37
1910 . .	1 547	6,90	6,50	661	2,95	2,78	886	3,95	3,72	14	0,06	0,06	618	2,76	2,60	647	2,89	2,72	268	1,20	1,13
1911 . .	1 486	6,63	6,22	548	2,44	2,30	938	4,18	3,93	9	0,04	0,04	680	3,03	2,85	539	2,40	2,26	258	1,15	1,08
1912 . .	1 551	6,92	6,47	579	2,58	2,42	972	4,33	4,06	12	0,05	0,05	685	3,05	2,86	567	2,53	2,37	287	1,28	1,20
1913 . .	1 517	6,77	6,31	489	2,18	2,03	1 028	4,58	4,28	4	0,02	0,02	740	3,30	3,08	485	2,16	2,02	288	1,28	1,20
Regierungsbezirk																					
1896 . .	1 261	5,54	5,52	296	1,30	1,29	965	4,24	4,22	28	0,12	0,12	613	2,69	2,68	268	1,18	1,17	352	1,55	1,54
1897 . .	1 354	5,95	5,92	302	1,33	1,32	1 052	4,62	4,60	7	0,03	0,03	663	2,91	2,90	295	1,30	1.29	389	1,71	1,70
1898 . .	1 319	5,79	5,75	257	1,13	1,12	1 062	4,67	4,63	19	0,08	0,08	656	2,88	2,86	238	1,05	1,04	406	1,78	1,77
1899 . .	1 354	5,95	5,90	281	1,23	1,22	1 073	4,71	4,68	25	0,11	0,11	665	2.92	2,90	256	1,12	1,12	408	1,79	1.78
1900 . .	1 334	5,86	5,80	293	1,29	1,27	1 041	4,57	4,53	18	0,08	0,08	605	2,66	2,63	275	1,21	1,20	436	1,92	1.90
1901 . .	1 312	5,76	5,70	274	1,20	1,19	1 038	4,56	4,51	16	0,07	0,07	651	2,86	2,83	258	1,13	1,12	387	1,70	1,68
1902 . .	1 410	6,19	6,12	231	1,01	1,00	1 179	5,18	5,12	10	0,04	0,04	668	2,93	2,90	221	0,97	0,96	511	2,24	2,22
1903 . .	1 301	5,72	5,64	386	1,70	1,67	915	4,02	3,96	34	0,15	0,15	657	2,89	2,85	352	1,55	1,53	258	1,13	1,12
1904 . .	1 244	5,47	5,38	305	1,34	1,32	939	4,13	4,06	21	0,09	0,09	643	2,82	2,78	284	1,25	1,23	296	1,30	1,28
1905 . .	1 272	5,59	5,50	325	1,43	1,40	947	4,16	4,09	23	0,10	0,10	625	2,75	2,70	302	1,33	1,31	322	1,41	1,39
1906 . .	1 275	5,60	5,50	326	1,43	1,41	949	4,17	4,10	10	0,04	0,04	621	2,73	2,68	316	1 39	1,36	328	1,44	1,42
1907 . .	1 260	5,54	5,43	407	1,79	1,75	853	3,75	3,68	60	0,26	0,26	555	2,44	2,39	347	1,52	1,50	298	1,31	1,28
1908 . .	1 454	6,39	6,26	435	1,91	1,87	1 019	4,48	4,39	21	0,09	0,09	686	3,01	2,95	414	1,82	1,78	333	1,46	1,43
1909 . .	1 444	6,34	6,21	400	1.76	1,72	1 044	4,59	4,49	37	0,16	0,16	664	2,92	2,85	363	1,59	1,56	380	1,67	1,63
1910 . .	1 527	6,71	6,55	545	2,39	2,34	982	4,31	4,21	55	0,24	0,24	635	2,79	2,73	490	2,15	2,10	347	1,52	1,49
1911 . .	1 271	5,58	5,45	463	2,03	1,98	808	3,55	3,46	52	0,23	0,22	525	2,31	2,25	411	1,81	1,76	283	1,24	1,21
1912 . .	1 352	5,94	5,79	504	2,21	2,16	848	3,73	3,63	49	0,22	0,21	583	2,56	2,50	455	2,00	1,95	265	1,16	1,13
1913 . .	1 373	6,03	5,87	479	2,10	2,05	894	3,93	3,82	41	0,18	0,18	579	2,54	2,47	438	1,92	1,87	315	1,38	1,35
Regierungsbezirk																					
1896 . .	712	4,00	3,97	119	0,67	0,66	593	3,33	3,31	3	0,02	0,02	387	2,17	2,16	116	0,65	0,65	206	1,16	1,15
1897 . .	776	4,36	4,32	127	0,71	0,71	649	3,64	3,62	3	0,02	0,02	446	2,50	2,49	124	0,70	0,69	203	1,14	1,13
1898 . .	726	4,08	4,01	111	0,62	0,62	615	3,45	3.42	1	0,01	0,01	410	2,30	2,28	110	0,62	0,61	205	1,15	1,14
1899 . .	1 087	6,10	6,03	163	0,92	0,90	924	5,19	5,13	3	0,02	0,02	728	4,09	4,04	160	0,90	0,89	196	1,10	1,09
1900 . .	843	4,73	4,67	190	1,07	1,05	653	3,67	3,62	2	0,01	0,01	423	2,38	2,34	188	1,06	1,04	230	1,29	1,27
1901 . .	751	4,22	4,15	123	0,69	0,68	628	3,53	3,47	—	•	—	398	2,23	2,20	123	0,69	0,68	230	1,29	1.27
1902 . .	876	4,92	4,83	145	0,81	0,80	731	4,10	4,03	1	0,01	0,01	466	2,62	2.57	144	0,81	0,79	265	1,49	1,46
1903 . .	985	5,53	5,43	331	1,86	1,82	654	3,67	3,60	18	0,10	0,10	460	2,58	2,53	313	1,76	1,72	194	1,09	1.07
1904 . .	977	5,49	5,37	284	1,59	1,56	693	3,89	3,81	29	0,16	0,16	462	2,59	2,54	255	1,43	1,40	231	1,30	1,27
1905 . .	829	4,65	4,55	161	0,90	0,88	668	3,75	3,67	3	0,02	0,02	481	2,70	2,64	158	0,89	0,87	187	1,05	1,03
1906 . .	782	4,39	4,28	170	0,95	0,93	612	3,44	3,35	1	0,01	0,01	452	2,54	2,48	169	0,95	0,93	160	0,90	0,88
1907 . .	926	5,20	5,06	247	1,39	1,35	679	3,81	3,71	2	0,01	0.01	502	2,82	2,74	245	1,38	1,34	177	0,99	0,97
1908 . .	982	5,51	5,36	270	1,52	1,47	712	4,00	3,89	6	0,03	0,03	508	2,85	2,77	264	1,48	1,44	204	1,15	1,11
1909 . .	1 044	5,86	5,69	276	1,55	1.50	768	4,31	4.18	7	0,04	0,04	553	3,11	3,01	269	1,51	1,47	215	1,21	1,17
1910 . .	961	5,40	5,23	262	1,47	1,42	699	3,92	3,80	6	0,03	0,03	456	2,56	2,48	256	1,44	1,39	243	1,36	1,32
1911 . .	924	5,19	5,01	259	1,45	1,41	665	3,73	3,61	5	0,03	0.03	494	2.77	2,68	254	1,43	1,38	171	0,96	0,93
1912 . .	1 072	6,02	5,81	433	2,43	2,35	639	3,59	3,46	7	0,04	0,04	452	2,54	2,45	426	2,39	2,31	187	1,05	1,01
1913 . .	1 159	6,51	6,27	491	2,76	2,65	668	3,75	3,61	6	0,03	0,03	530	2,98	2,87	485	2,72	2,62	138	0,77	0,75

[1]) Vergl. die Anmerkung [1]) auf Seite 10.

und im Verhältnis zum Grundstücksbestande*) in den Jahren 1896 bis 1913.

Insbesondere wechselten von den infolge von Kauf, Tausch, Enteignung, Zwangsversteigerung usw. ungeteilt in andere Hand übergegangenen Besitzungen von 2 *ha* an den Eigentümer in der Größenklasse von . . . *ha*																		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1
2 bis 5			5 bis 20			20 bis 50			50 bis 100			100 bis 200			200 und mehr			
überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		
	a	b		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b	
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	
Lüneburg																		
101	2,39	2,29	80	1,14	1,12	38	0,62	0,63	18	0,56	0,56	6	0,43	0,43	11	2,47	2,44	1896
120	2,83	2,68	108	1,54	1,51	38	0,62	0,63	17	0,53	0,53	5	0,36	0,36	4	0,90	0,88	1897
188	4,44	4,14	91	1,30	1,27	31	0,51	0,51	15	0,47	0,47	6	0,43	0,43	6	1,35	1,32	1898
151	3,57	3,28	103	1,47	1,43	31	0,51	0,51	16	0,50	0,50	5	0,36	0,36	4	0,90	0,88	1899
182	4,30	3,90	123	1,76	1,69	30	0,49	0,50	16	0,50	0,50	14	1,00	1,01	4	0,90	0,87	1900
141	3,33	2,98	110	1,57	1,51	37	0,60	0,62	16	0,50	0,50	8	0,57	0,58	5	1,12	1,09	1901
164	3,87	3,42	105	1,50	1,43	28	0,46	0,47	17	0,53	0,53	4	0,29	0,29	2	0,45	0,43	1902
107	2,53	2,20	87	1,24	1,18	39	0,64	0,65	16	0,50	0,50	6	0,43	0,43	10	2,25	2,16	1903
140	3,31	2,85	98	1,40	1,32	29	0,47	0,49	19	0,59	0,60	14	1,00	1,01	8	1,80	1,72	1904
123	2,91	2,47	96	1,37	1,29	40	0,65	0,67	15	0,47	0,47	11	0,79	0,79	7	1,57	1,50	1905
107	2,53	2,12	96	1,37	1,28	37	0,60	0,63	19	0,59	0,60	15	1,07	1,08	3	0,67	0,64	1906
106	2,50	2,08	93	1,33	1,24	37	0,60	0,63	15	0,47	0,47	9	0,64	0,65	6	1,35	1,27	1907
117	2,76	2,26	104	1,48	1,38	35	0,57	0,59	16	0,50	0,51	16	1,14	1,16	8	1,80	1,69	1908
144	3,40	2,75	106	1,51	1,40	46	0,75	0,78	17	0,53	0,54	8	0,57	0,58	5	1,12	1,06	1909
115	2,72	2,17	83	1,19	1,09	32	0,52	0,55	22	0,68	0,70	9	0,64	0,65	7	1,57	1,47	1910
122	2,88	2,28	82	1,17	1,07	39	0,64	0,67	8	0,25	0,25	5	0,36	0,36	2	0,45	0,42	1911
134	3,16	2,47	97	1,38	1,26	31	0,51	0,53	9	0,28	0,29	9	0,64	0,65	7	1,57	1,46	1912
131	3,09	2,39	96	1,37	1,24	35	0,57	0,60	12	0,37	0,38	12	0,86	0,87	2	0,45	0,41	1913
Stade																		
206	3,61	3,58	104	1,07	1,07	28	0,63	0,63	11	0,50	0,50	3	0,45	0,45	—	—	—	1896
216	3,79	3,74	132	1,36	1,35	25	0,56	0,57	14	0,64	0,64	1	0,15	0,15	1	1,52	1,49	1897
261	4,58	4,51	111	1,14	1,13	21	0,47	0,48	7	0,32	0,32	3	0,45	0,45	1	1,52	1,49	1898
239	4,19	4,11	120	1,24	1,22	33	0,74	0,75	14	0,64	0,64	1	0,15	0,15	1	1,52	1,49	1899
287	5,03	4,92	116	1,20	1,18	25	0,56	0,57	7	0,32	0,32	1	0,15	0,15	—	—	—	1900
252	4,42	4,31	94	0,97	0,95	29	0,65	0,66	10	0,46	0,46	2	0,30	0,30	—	—	—	1901
354	6,21	6,03	118	1,22	1,20	22	0,50	0,50	13	0,59	0,60	3	0,45	0,45	1	1,52	1,47	1902
135	2,37	2,29	85	0,88	0,86	24	0,54	0,54	8	0,37	0,37	6	0,89	0,89	—	—	—	1903
141	2,47	2,39	102	1,05	1,03	36	0,81	0,82	14	0,64	0,65	3	0,45	0,45	—	—	—	1904
161	2,82	2,72	102	1,05	1,03	35	0,79	0,80	21	0,96	0,98	3	0,45	0,45	—	—	—	1905
149	2,61	2,51	123	1,27	1,24	44	0,99	1,00	8	0,37	0,37	4	0,59	0,59	—	—	—	1906
149	2,61	2,50	98	1,01	0,98	29	0,65	0,66	17	0,78	0,79	3	0,45	0,45	2	3,03	2,90	1907
154	2,70	2,58	128	1,32	1,28	37	0,83	0,84	12	0,55	0,56	2	0,30	0,30	—	—	—	1908
189	3,32	3,15	122	1,26	1,22	44	0,99	1,00	20	0,91	0,93	4	0,59	0,59	1	1,52	1,45	1909
177	3,10	2,94	128	1,32	1,28	26	0,59	0,59	13	0,59	0,61	3	0,45	0,45	—	—	—	1910
144	2,53	2,39	97	1,00	0,97	31	0,70	0,71	11	0,50	0,52	—	—	—	—	—	—	1911
125	2,19	2,07	108	1,11	1,07	22	0,50	0,50	6	0,27	0,28	3	0,45	0,45	1	1,52	1,43	1912
167	2,93	2,75	112	1,16	1,11	21	0,47	0,48	10	0,46	0,47	4	0,59	0,59	1	1,52	1,43	1913
Osnabrück																		
107	2,85	2,87	69	0,98	0,99	21	0,45	0,44	8	0,43	0,42	1	0,24	0,23	—	—	—	1896
114	3,04	3,06	73	1,04	1,05	15	0,32	0,31	1	0,05	0,05	—	—	—	—	—	—	1897
104	2,77	2,80	70	1,00	1,01	23	0,49	0,48	7	0,38	0,36	1	0,24	0,22	—	—	—	1898
92	2,45	2,48	69	0,98	0,99	29	0,62	0,60	4	0,22	0,20	1	0,24	0,22	1	1,30	1,20	1899
109	2,91	2,95	88	1,26	1,27	25	0,53	0,52	8	0,43	0,40	—	—	—	—	—	—	1900
102	2,72	2,76	90	1,28	1,30	32	0,68	0,66	5	0,27	0,25	—	—	—	1	1,30	1,18	1901
160	4,27	4,34	80	1,14	1,15	18	0,38	0,37	5	0,27	0,24	—	—	—	2	2,60	2,33	1902
81	2,16	2,20	80	1,14	1,16	22	0,47	0,45	9	0,49	0,43	1	0,24	0,21	1	1,30	1,15	1903
86	2,29	2,34	110	1,57	1,59	26	0,55	0,53	7	0,38	0,33	—	—	—	1	1,30	1,14	1904
80	2,13	2,19	72	1,03	1,04	25	0,53	0,51	4	0,22	0,19	4	0,95	0,80	2	2,60	2,25	1905
84	2,24	2,30	56	0,80	0,81	14	0,30	0,28	4	0,22	0,19	1	0,24	0,20	1	1,30	1,11	1906
84	2,24	2,30	61	0,87	0,89	25	0,53	0,50	5	0,27	0,23	2	0,48	0,39	—	—	—	1907
102	2,72	2,80	62	0,88	0,90	27	0,57	0,54	9	0,49	0,41	4	0,95	0,77	—	—	—	1908
116	3,09	3,19	71	1,01	1,03	23	0,49	0,46	3	0,16	0,13	—	—	—	2	2,60	2,15	1909
146	3,89	4,03	76	1,08	1,11	15	0,32	0,30	5	0,27	0,22	1	0,24	0,19	—	—	—	1910
88	2,35	2,43	53	0,76	0,77	17	0,36	0,34	11	0,60	0,48	2	0,48	0,37	—	—	—	1911
77	2,05	2,13	80	1,14	1,17	22	0,47	0,43	4	0,22	0,17	4	0,95	0,73	—	—	—	1912
54	1,44	1,50	55	0,78	0,81	22	0,47	0,43	4	0,22	0,17	2	0,48	0,36	1	1,30	1,03	1913

Noch: Besitzwechsel von mindestens 2 *ha* großen Grundstücken überhaupt

(Noch: Taf. 2) Jahr des Besitzwechsels	Gesamtzahl der den Eigentümer wechselnden Grundstücke			Von den Grundstücken Spalte 2 wechselten den Eigentümer																	
				infolge von Erbgang, Vermächtnis usw. sowie Kauf, Tausch, Enteignung usw. zusammen						infolge von Erbgang, Vermächtnis usw.						infolge von Kauf, Tausch, Enteignung usw.					
				abgezweigt			ungeteilt			abgezweigt			ungeteilt			abgezweigt			ungeteilt		
	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Regierungsbezirk																					
1896 . .	688	5,28	5,22	139	1,07	1,06	549	4,21	4,17	34	0,26	0,26	253	1,94	1,92	105	0,81	0,80	296	2,27	2,25
1897 . .	734	5,63	5,55	252	1,93	1,91	482	3,70	3,65	36	0,28	0,27	227	1,74	1,72	216	1,66	1,63	255	1,96	1,93
1898 . .	871	6,68	6,57	313	2,40	2,36	558	4,28	4,21	38	0,29	0,29	267	2,05	2,01	275	2,11	2,07	291	2,23	2,19
1899 . .	767	5,88	5,76	205	1,57	1,54	562	4,31	4,22	24	0,18	0,18	302	2,32	2,27	181	1,39	1,36	260	1,99	1,95
1900 . .	795	6,10	5,95	214	1,64	1,60	581	4,46	4,35	23	0,18	0,17	291	2,23	2,18	191	1,47	1,43	290	2,22	2,17
1901 . .	783	6,01	5,84	185	1,42	1,38	598	4,59	4,46	8	0,06	0,06	280	2,15	2,09	177	1,36	1,32	318	2,44	2,37
1902 . .	647	4,96	4,81	136	1,04	1,01	511	3,92	3,80	8	0,06	0,06	262	2,01	1,95	128	0,98	0,95	249	1,91	1,85
1903 . .	844	6,47	6,25	259	1,99	1,92	585	4,49	4,34	29	0,22	0,21	286	2,19	2,12	230	1,76	1,70	299	2,29	2,22
1904 . .	766	5,88	5,66	190	1,46	1,40	576	4,42	4,25	30	0,23	0,22	262	2,01	1,94	160	1,23	1,18	314	2,41	2,32
1905 . .	746	5,72	5,49	162	1,24	1,19	584	4,48	4,30	18	0,14	0,13	255	1,96	1,88	144	1,10	1,06	329	2,52	2,42
1906 . .	728	5,58	5,34	204	1,57	1,50	524	4,02	3,84	39	0,30	0,29	216	1,66	1,58	165	1,27	1,21	308	2,36	2,26
1907 . .	726	5,57	5,81	134	1,03	0,98	592	4,54	4,33	10	0,08	0,07	249	1,91	1,82	124	0,95	0,91	343	2,63	2,51
1908 . .	818	6,28	5,96	158	1,21	1,15	660	5,06	4,81	13	0,10	0,09	307	2,36	2,24	145	1,11	1,06	353	2,71	2,57
1909 . .	865	6,64	6,28	188	1,44	1,37	677	5,19	4,92	20	0,15	0,15	295	2,26	2,14	168	1,29	1,22	382	2,93	2,77
1910 . .	883	6,77	6,39	215	1,65	1,56	668	5,12	4,83	10	0,08	0,07	307	2,36	2,22	205	1,57	1,48	361	2,77	2,61
1911 . .	833	6,39	6,01	203	1,56	1,46	630	4,83	4,55	25	0,19	0,18	236	1,81	1,70	178	1,37	1,28	394	3,02	2,84
1912 . .	815	6,25	5,86	213	1,63	1,53	602	4,62	4,33	18	0,14	0,13	199	1,53	1,43	195	1,50	1,40	403	3,09	2,90
1913 . .	818	6,28	5,86	177	1,36	1,27	641	4,92	4,59	17	0,13	0,12	270	2,07	1,93	160	1,23	1,15	371	2,85	2,66
Regierungsbezirk																					
1896 . .	1 253	4,50	4,49	180	0,65	0,64	1 073	3,85	3,84	26	0,09	0,09	731	2,63	2,62	154	0,55	0,55	342	1,23	1,23
1897 . .	1 163	4,18	4,16	99	0,36	0,35	1 064	3,82	3,81	11	0,04	0,04	776	2,79	2,78	88	0,32	0,31	288	1,03	1,03
1898 . .	1 222	4,39	4,37	146	0,52	0,52	1 076	3,86	3,85	18	0,06	0,06	807	2,90	2,89	128	0,46	0,46	269	0,97	0,96
1899 . .	1 223	4,39	4,37	122	0,44	0,44	1 101	3,95	3,93	14	0,05	0,05	847	3,04	3,03	108	0,39	0,39	254	0,91	0,91
1900 . .	1 097	3,94	3,92	142	0,51	0,51	955	3,43	3,41	2	0,01	0,01	740	2,66	2,64	140	0,50	0,50	215	0,77	0,77
1901 . .	1 022	3,67	3,65	163	0,59	0,58	859	3,08	3,06	4	0,01	0,01	639	2,29	2,28	159	0,57	0,57	220	0,79	0,78
1902 . .	1 044	3,75	3,72	152	0,55	0,54	892	3,20	3,18	2	0,01	0,01	675	2,42	2,41	150	0,54	0,53	217	0,78	0,77
1903 . .	1 129	4,05	4,02	256	0,92	0,91	873	3,14	3,11	38	0,14	0,14	631	2,27	2,25	218	0,78	0,78	242	0,87	0,86
1904 . .	1 096	3,94	3,90	288	1,03	1,02	808	2,90	2,87	37	0,13	0,13	583	2,09	2,07	251	0,90	0,89	225	0,81	0,80
1905 . .	1 157	4,15	4,11	398	1,43	1,41	759	2,73	2,70	26	0,09	0,09	608	2,18	2,16	372	1,34	1,32	151	0,54	0,54
1906 . .	1 013	3,64	3,60	315	1,13	1,12	698	2,51	2,48	8	0,03	0,03	562	2,02	2,00	307	1,10	1,09	136	0,49	0,48
1907 . .	1 034	3,71	3,67	310	1,11	1,10	724	2,60	2,57	3	0,01	0,01	572	2,05	2,03	307	1,10	1,09	152	0,55	0,54
1908 . .	1 153	4,14	4,09	310	1,11	1,10	843	3,03	2,99	3	0,01	0,01	633	2,27	2,24	307	1,10	1,09	210	0,75	0,74
1909 . .	1 100	3,95	3,90	283	1,02	1,00	817	2,93	2,89	2	0,01	0,01	668	2,40	2,37	281	1,01	1,00	149	0,54	0,53
1910 . .	1 016	3,65	3,60	309	1,11	1,09	707	2,54	2,50	12	0,04	0,04	581	2,09	2,06	297	1,07	1,05	126	0,45	0,45
1911 . .	987	3,54	3,49	318	1,14	1,12	669	2,40	2,37	3	0,01	0,01	552	1,98	1,95	315	1,13	1,11	117	0,42	0,41
1912 . .	1 017	3,65	3,59	257	0,92	0,91	760	2,73	2,69	7	0,03	0,02	598	2,15	2,11	250	0,90	0,88	162	0,58	0,57
1913 . .	1 539	5,53	5,43	276	0,99	0,97	1 263	4,54	4,46	11	0,04	0,04	1 154	4,14	4,07	265	0,95	0,94	109	0,39	0,38
Regierungsbezirk																					
1896 . .	1 090	4,33	4,31	198	0,79	0,78	892	3,55	3,52	22	0,09	0,09	673	2,68	2,66	176	0,70	0,70	219	0,87	0,87
1897 . .	989	3,93	3,90	145	0,58	0,57	844	3,36	3,33	8	0,03	0,03	633	2,52	2,50	137	0,54	0,54	211	0,84	0,83
1898 . .	1 020	4,06	4,01	152	0,60	0,60	868	3,45	3,41	12	0,05	0,05	672	2,67	2,64	140	0,56	0,55	196	0,78	0,77
1899 . .	1 084	4,31	4,26	144	0,57	0,57	940	3,74	3,69	11	0,04	0,04	712	2,83	2,80	133	0,53	0,52	228	0,91	0,90
1900 . .	904	3,59	3,54	127	0,51	0,50	777	3,09	3,04	5	0,02	0,02	596	2,37	2,33	122	0,49	0,48	181	0,72	0,71
1901 . .	876	3,48	3,42	114	0,45	0,45	762	3,03	2,98	3	0,01	0,01	622	2,47	2,43	111	0,44	0,43	140	0,56	0,55
1902 . .	829	3,30	3,23	93	0,37	0,36	736	2,93	2,87	6	0,02	0,02	579	2,30	2,26	87	0,35	0,34	157	0,62	0,61
1903 . .	967	3,85	3,76	165	0,66	0,64	802	3,19	3,12	28	0,11	0,11	640	2,55	2,49	137	0,54	0,53	162	0,64	0,63
1904 . .	941	3,74	3,66	172	0,68	0,67	769	3,06	2,99	17	0,07	0,07	618	2,46	2,40	155	0,62	0,60	151	0,60	0,59
1905 . .	925	3,68	3,59	243	0,97	0,94	682	2,71	2,64	35	0,14	0,14	570	2,27	2,21	208	0,83	0,81	112	0,45	0,43
1906 . .	928	3,69	3,59	225	0,89	0,87	703	2,80	2,72	34	0,14	0,13	576	2,29	2,23	191	0,76	0,74	127	0,51	0,49
1907 . .	829	3,30	3,20	196	0,78	0,76	633	2,52	2,44	25	0,10	0,10	531	2,11	2,05	171	0,68	0,66	102	0,41	0,39
1908 . .	944	3,75	3,64	172	0,68	0,66	772	3,07	2,97	27	0,11	0,10	605	2,41	2,33	145	0,58	0,56	167	0,66	0,64
1909 . .	969	3,85	3,72	171	0,68	0,66	798	3,17	3,07	17	0,07	0,07	614	2,44	2,36	154	0,61	0,59	184	0,73	0,71
1910 . .	902	3,59	3,46	177	0,70	0,68	725	2,88	2,78	23	0,09	0,09	548	2,18	2,10	154	0,61	0,59	177	0,70	0,68
1911 . .	792	3,15	3,03	183	0,73	0,70	609	2,42	2,33	14	0,06	0,05	479	1,90	1,83	169	0,67	0,65	130	0,52	0,50
1912 . .	859	3,42	3,28	215	0,85	0,82	644	2,56	2,46	21	0,08	0,08	531	2,11	2,03	194	0,77	0,74	113	0,45	0,43
1913 . .	1 226	4,88	4,67	287	1,14	1,09	939	3,73	3,58	25	0,10	0,10	843	3,35	3,21	262	1,04	1,00	96	0,38	0,37

*) Vergl. die Anmerkung *) auf Seite 10.

und im Verhältnis zum Grundstücksbestande*) in den Jahren 1896 bis 1913.

Insbesondere wechselten von den infolge von Kauf, Tausch, Enteignung, Zwangsversteigerung usw. ungeteilt in andere Hand übergegangenen Besitzungen von 2 *ha* an den Eigentümer in der Größenklasse von . . . *ha*

2 bis 5			5 bis 20			20 bis 50			50 bis 100			100 bis 200			200 und mehr			Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1
überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	vom Hundert des Grundstücksbestandes b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	vom Hundert des Grundstücksbestandes b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	vom Hundert des Grundstücksbestandes b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	vom Hundert des Grundstücksbestandes b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	vom Hundert des Grundstücksbestandes b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	vom Hundert des Grundstücksbestandes b	
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	
Aurich																		
192	3,85	3,80	77	1,61	1,59	17	0,68	0,69	9	1,26	1,24	—	—	—	1	5,56	5,56	1896
157	3,15	3,09	77	1,61	1,58	17	0,68	0,69	3	0,42	0,41	1	2,50	2,44	—	—	—	1897
187	3,75	3,67	71	1,49	1,44	24	0,96	0,98	8	1,12	1,09	1	2,50	2,44	—	—	—	1898
175	3,51	3,42	58	1,22	1,17	23	0,92	0,94	3	0,42	0,41	—	—	—	1	5,56	5,56	1899
192	3,85	3,78	69	1,45	1,39	25	1,00	1,03	4	0,56	0,54	—	—	—	—	—	—	1900
208	4,17	4,08	83	1,74	1,66	24	0,96	0,99	3	0,42	0,40	—	—	—	—	—	—	1901
159	3,19	3,06	60	1,26	1,19	24	0,96	0,99	6	0,84	0,80	—	—	—	—	—	—	1902
182	3,65	3,49	76	1,59	1,50	35	1,40	1,45	5	0,70	0,66	1	2,50	2,44	—	—	—	1903
181	3,63	3,46	88	1,84	1,73	35	1,40	1,46	9	1,26	1,19	1	2,50	2,44	—	—	—	1904
212	4,25	4,08	80	1,68	1,56	29	1,16	1,21	6	0,84	0,79	—	—	—	2	11,11	11,11	1905
176	3,53	3,34	93	1,95	1,81	32	1,28	1,34	7	0,98	0,91	—	—	—	—	—	—	1906
208	4,17	3,93	98	2,05	1,90	30	1,20	1,26	6	0,84	0,78	1	2,50	2,38	—	—	—	1907
230	4,61	4,32	98	2,05	1,89	21	0,84	0,89	4	0,56	0,52	—	—	—	—	—	—	1908
248	4,97	4,64	92	1,93	1,76	33	1,32	1,40	7	0,98	0,90	1	2,50	2,38	1	5,56	5,56	1909
255	5,11	4,75	77	1,61	1,47	22	0,88	0,93	5	0,70	0,64	2	5,00	4,76	—	—	—	1910
272	5,45	5,05	97	2,03	1,84	21	0,84	0,90	3	0,42	0,38	—	—	—	1	5,56	5,56	1911
244	4,89	4,51	127	2,66	2,39	24	0,96	1,03	6	0,84	0,76	1	2,50	2,33	1	5,56	5,56	1912
257	5,15	4,73	82	1,72	1,54	20	0,80	0,86	11	1,54	1,39	1	2,50	2,33	—	—	—	1913
Münster																		
196	2,36	2,36	99	0,94	0,93	35	0,57	0,57	8	0,34	0,34	4	1,12	1,12	—	—	—	1896
163	1,96	1,96	83	0,78	0,78	32	0,52	0,52	7	0,30	0,30	2	0,56	0,56	1	1,18	1,19	1897
164	1,97	1,97	69	0,65	0,64	21	0,34	0,34	12	0,51	0,51	2	0,56	0,56	1	1,18	1,19	1898
132	1,59	1,59	89	0,84	0,83	20	0,32	0,33	11	0,47	0,47	2	0,56	0,56	—	—	—	1899
131	1,58	1,57	73	0,69	0,68	7	0,11	0,11	4	0,17	0,17	—	—	—	—	—	—	1900
131	1,58	1,57	66	0,62	0,61	16	0,26	0,26	4	0,17	0,17	3	0,84	0,84	—	—	—	1901
129	1,55	1,55	66	0,62	0,61	14	0,23	0,23	7	0,30	0,30	1	0,28	0,28	—	—	—	1902
140	1,68	1,68	68	0,64	0,62	23	0,37	0,38	9	0,38	0,38	1	0,28	0,28	1	1,18	1,22	1903
111	1,33	1,33	85	0,80	0,78	20	0,32	0,33	9	0,38	0,38	—	—	—	—	—	—	1904
77	0,93	0,93	50	0,47	0,46	15	0,24	0,25	7	0,30	0,30	—	—	—	2	2,35	2,44	1905
69	0,83	0,83	40	0,38	0,36	16	0,26	0,26	7	0,30	0,30	4	1,12	1,11	—	—	—	1906
73	0,88	0,88	41	0,39	0,37	21	0,34	0,35	15	0,64	0,64	1	0,28	0,28	1	1,18	1,23	1907
88	1,06	1,06	72	0,68	0,65	30	0,49	0,50	12	0,51	0,51	6	1,69	1,66	2	2,35	2,47	1908
66	0,79	0,79	57	0,54	0,51	21	0,34	0,35	2	0,09	0,08	1	0,28	0,28	2	2,35	2,47	1909
57	0,69	0,68	32	0,30	0,29	28	0,45	0,47	9	0,38	0,38	—	—	—	—	—	—	1910
60	0,72	0,72	36	0,34	0,32	14	0,23	0,23	4	0,17	0,17	3	0,84	0,83	—	—	—	1911
57	0,69	0,68	57	0,54	0,51	36	0,58	0,60	9	0,38	0,38	3	0,84	0,82	—	—	—	1912
52	0,63	0,62	33	0,31	0,29	18	0,29	0,30	3	0,13	0,13	3	0,84	0,82	—	—	—	1913
Minden																		
132	1,41	1,39	66	0,61	0,61	12	0,29	0,29	8	1,28	1,29	1	0,74	0,75	—	—	—	1896
133	1,42	1,39	54	0,50	0,50	18	0,43	0,44	5	0,80	0,81	—	—	—	1	1,20	1,19	1897
139	1,48	1,44	41	0,38	0,38	11	0,27	0,27	5	0,80	0,81	—	—	—	—	—	—	1898
146	1,56	1,51	59	0,55	0,54	11	0,27	0,27	6	0,96	0,98	5	3,70	3,73	1	1,20	1,19	1899
114	1,21	1,17	45	0,42	0,41	14	0,34	0,34	5	0,80	0,82	1	0,74	0,75	2	2,41	2,38	1900
96	1,02	0,98	30	0,28	0,27	12	0,29	0,29	2	0,32	0,33	—	—	—	—	—	—	1901
92	0,98	0,94	49	0,45	0,45	12	0,29	0,30	4	0,64	0,66	—	—	—	—	—	—	1902
108	1,15	1,10	40	0,37	0,36	12	0,29	0,30	2	0,32	0,33	—	—	—	—	—	—	1903
92	0,98	0,93	48	0,45	0,44	7	0,17	0,17	4	0,64	0,66	—	—	—	—	—	—	1904
71	0,76	0,71	33	0,31	0,30	7	0,17	0,17	—	—	—	1	0,74	0,75	—	—	—	1905
76	0,81	0,76	41	0,38	0,37	8	0,19	0,20	2	0,32	0,33	—	—	—	—	—	—	1906
55	0,59	0,55	41	0,38	0,37	2	0,05	0,05	3	0,48	0,50	1	0,74	0,76	—	—	—	1907
103	1,10	1,02	46	0,43	0,42	7	0,17	0,17	8	1,28	1,34	2	1,48	1,52	1	1,20	1,16	1908
126	1,34	1,24	43	0,40	0,39	12	0,29	0,30	2	0,32	0,34	1	0,74	0,76	—	—	—	1909
112	1,19	1,10	49	0,45	0,44	10	0,24	0,25	4	0,64	0,67	—	—	—	2	2,41	2,33	1910
78	0,83	0,76	39	0,36	0,35	9	0,22	0,23	3	0,48	0,51	1	0,74	0,76	—	—	—	1911
73	0,78	0,71	23	0,21	0,21	11	0,27	0,28	3	0,48	0,51	1	0,74	0,76	2	2,41	2,30	1912
51	0,54	0,49	33	0,31	0,30	6	0,14	0,15	4	0,64	0,68	1	0,74	0,76	1	1,20	1,15	1913

Noch: Besitzwechsel von mindestens 2 *ha* großen Grundstücken überhaupt

(Noch: Taf. 2). Jahr des Besitzwechsels	Gesamtzahl der den Eigentümer wechselnden Grundstücke			Von den Grundstücken Spalte 2 wechselten den Eigentümer																	
				infolge von Erbgang, Vermächtnis usw. sowie Kauf, Tausch, Enteignung usw. zusammen						infolge von Erbgang, Vermächtnis usw.						infolge von Kauf, Tausch, Enteignung usw.					
				abgezweigt			ungeteilt			abgezweigt			ungeteilt			abgezweigt			ungeteilt		
	überhaupt	vomHundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vomHundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vomHundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vomHundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vomHundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vomHundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vomHundert des Grundstücksbestandes a	b
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Regierungsbezirk																					
1896 . .	1 208	4,59	4,58	132	0,50	0,50	1 076	4,09	4,08	22	0,08	0,08	650	2,47	2,46	110	0,42	0,42	426	1,62	1,62
1897 . .	1 235	4.69	4,68	144	0,55	0,55	1 091	4,14	4,13	15	0,06	0,06	657	2,49	2,49	129	0,49	0,49	434	1,65	1,64
1898 . .	1 233	4,68	4,67	185	0,70	0,70	1 048	3,98	3,97	22	0,08	0,08	675	2,56	2,56	163	0,62	0,62	373	1,42	1,41
1899 . .	1 291	4,90	4,89	185	0,70	0,70	1 106	4,20	4,19	42	0,16	0,16	744	2,83	2,82	143	0,54	0,54	362	1,37	1,37
1900 . .	1 012	3,84	3,83	155	0,59	0,59	857	3,25	3,24	22	0,08	0,08	566	2,15	2,14	133	0,51	0,50	291	1,11	1,10
1901 . .	1 106	4,20	4,18	168	0,64	0,64	938	3,56	3,55	10	0,04	0,04	621	2,36	2,35	158	0,60	0,60	317	1,20	1,20
1902 . .	1 060	4,03	4,00	134	0,51	0,51	926	3,52	3,50	11	0,04	0,04	606	2,30	2,29	123	0,47	0,46	320	1,22	1,21
1903 . .	1 066	4,05	4,03	303	1,15	1,14	763	2,90	2,88	52	0,20	0,20	499	1,89	1,88	251	0,95	0,95	264	1,00	1,00
1904 . .	1 067	4,05	4,03	315	1,20	1,19	752	2,86	2,84	32	0,12	0,12	483	1,83	1,82	283	1,07	1,07	269	1,02	1,02
1905 . .	1 002	3,81	3,78	281	1,07	1,06	721	2,74	2,72	45	0,17	0,17	456	1,73	1,72	236	0,90	0,89	265	1,01	1,00
1906 . .	952	3,62	3,59	264	1,00	1,00	688	2,61	2,59	37	0,14	0,14	470	1,78	1,77	227	0,86	0,86	218	0,83	0,82
1907 . .	988	3.75	3.72	270	1,03	1,02	718	2.73	2,71	26	0,10	0.10	437	1,66	1,65	244	0.93	0,92	281	1,07	1,06
1908 . .	952	3,62	3,58	224	0,85	0,84	728	2,76	2,74	12	0,05	0,05	497	1,89	1,87	212	0,81	0,80	231	0,88	0,87
1909 . .	903	3,43	3,40	257	0,98	0,97	646	2,15	2,43	38	0,14	0,14	441	1,67	1,66	219	0,83	0,82	205	0.78	0,77
1910 . .	985	3,74	3,70	298	1,13	1,12	687	2,61	2,58	22	0,08	0,08	427	1,62	1.61	276	1.05	1,04	260	0,99	0,98
1911 . .	938	3,56	3,53	265	1,01	1,00	673	2,56	2,53	32	0,12	0,12	403	1,53	1,52	233	0,88	0,88	270	1,03	1,02
1912 . .	946	3,59	3,55	262	0,99	0,98	684	2,60	2,57	16	0,06	0,06	426	1,62	1,60	246	0.93	0,92	258	0,98	0,97
1913 . .	1 116	4,24	4,19	344	1,31	1,29	772	2,93	2.90	32	0,12	0.12	574	2,18	2,16	312	1,18	1,17	198	0,75	0,74
Regierungsbezirk																					
1896 . .	2 018	5,10	5,05	618	1,56	1,55	1 400	3.54	3,50	193	0,49	0,48	993	2,51	2,48	425	1,07	1.06	407	1,03	1,02
1897 . .	1 751	4,42	4,36	238	0,60	0,59	1 513	3,82	3,77	139	0,35	0.35	1 046	2,64	2,61	99	0.25	0,25	467	1,18	1,16
1898 . .	1 710	4.32	4,25	234	0,59	0,58	1 476	3,73	3,67	152	0,38	0,38	1 013	2,56	2,52	82	0.21	0.20	463	1,17	1.15
1899 . .	1 608	4,06	3,48	148	0,37	0,37	1 460	3,69	3,61	64	0,16	0,16	1 023	2,58	2,53	84	0,21	0,21	437	1,10	1,08
1900 . .	1 447	3.65	3,57	149	0.38	0,37	1 298	3,28	3,20	92	0,23	0.23	982	2.48	2.42	57	0,14	0,14	316	0.80	0,78
1901 . .	1 580	3,99	3,89	180	0.45	0,44	1 400	3,54	3,44	120	0,30	0,20	989	2,50	2,43	60	0,15	0,15	411	1,04	1.01
1902 . .	1 646	4,16	4,04	182	0,46	0,45	1 464	3,70	3,59	91	0,23	0,22	1 036	2.62	2,54	91	0,23	0.22	428	1,08	1,05
1903 . .	1 853	4,68	4,53	428	1,08	1,05	1 425	3,60	3,48	246	0,62	0,60	1 074	2,71	2,62	182	0,46	0.44	351	0,89	0.86
1904 . .	1 861	4.70	4,53	512	1,29	1,25	1 349	3,41	3.29	297	0.75	0,72	994	2,51	2,42	215	0.54	0.52	355	0,90	0,86
1905 . .	1 771	4,47	4,30	573	1,45	1,39	1 198	3,03	2,91	300	0,76	0,73	874	2,21	2,12	273	0,69	0.66	324	0,82	0,79
1906 . .	1 704	4,30	4,12	576	1,45	1,39	1 128	2,85	2.73	334	0.84	0,81	801	2,02	1,94	242	0,61	0,59	327	0.83	0,79
1907 . .	1 773	4,48	4.28	542	1,37	1,31	1 231	3.11	2,97	268	0,68	0,65	889	2,24	2,15	274	0,69	0,66	342	0,86	0,83
1908 . .	1 906	4,81	4,58	738	1.86	1,78	1 168	2,95	2.81	380	0,96	0.91	841	2,12	2,02	358	0.90	0.86	327	0,83	0,79
1909 . .	1 725	4,36	4,14	665	1.68	1,59	1 060	2.68	2,54	278	0,70	0,67	784	1,98	1,88	387	0,98	0.93	276	0,70	0,66
1910 . .	1 708	4,31	4,08	543	1,37	1.30	1 165	2.94	2,78	264	0.67	0,63	814	2,06	1,95	279	0,70	0,67	351	0,89	0,84
1911 . .	1 512	3,82	3,60	516	1,30	1,23	996	2,52	2.37	292	0,74	0,70	745	1,88	1,78	224	0.57	0,53	251	0,63	0,60
1912 . .	1 522	3,84	3,61	535	1,35	1,27	987	2,49	2,34	271	0,68	0,61	740	1.87	1,76	264	0.67	0,63	247	0,62	0,59
1913 . .	1 475	3,72	3,19	391	0.99	0,93	1 084	2.74	2,57	215	0,54	0,51	835	2,11	1,98	176	0,44	0,42	249	0,63	0,59
Regierungsbezirk																					
1896 . .	1 046	3,66	3.65	664	2,32	2.32	382	1,34	1,33	531	1,86	1,85	254	0,89	0,89	133	0,46	0.46	128	0,45	0,45
1897 . .	1 004	3,51	3,50	464	1,62	1,62	540	1,89	1,88	338	1,18	1,18	427	1.49	1,49	126	0,44	0,44	113	0,39	0,39
1898 . .	723	2,53	2.52	346	1.21	1,21	377	1,32	1,31	327	1,14	1,11	267	0,93	0,93	19	0.07	0,07	110	0,38	0,38
1899 . .	794	2,78	2,76	442	1,54	1,54	352	1,23	1,23	362	1,27	1,26	262	0,92	0,91	80	0,28	0,28	90	0,31	0,31
1900 . .	921	3,22	3,20	510	1,78	1,77	411	1,44	1,43	375	1,31	1,30	315	1,10	1,10	135	0,47	0,47	96	0,34	0,33
1901 . .	688	2,40	2,39	346	1,21	1,20	342	1,20	1,19	337	1,18	1,17	239	0,84	0,83	9	0,03	0,03	103	0,36	0,36
1902 . .	570	1,99	1,98	321	1,12	1,12	249	0,87	0,87	299	1,05	1,04	178	0,62	0,62	22	0,08	0,08	71	0,25	0,25
1903 . .	575	2,01	2,00	428	1,50	1,49	147	0,51	0,51	278	0,97	0,97	96	0,34	0,33	150	0,52	0,52	51	0,18	0,18
1904 . .	598	2,09	2,07	432	1,51	1,50	166	0,58	0,58	373	1,30	1,29	115	0,40	0,40	59	0,21	0,20	51	0,18	0,18
1905 . .	500	1,75	1,73	360	1,26	1,25	140	0,49	0,49	271	0,95	0,94	103	0,36	0,36	89	0,31	0,31	37	0,13	0,13
1906 . .	573	2,00	1,99	446	1,56	1,55	127	0,44	0,44	305	1,07	1,06	97	0,34	0,34	141	0,19	0,49	30	0,10	0,10
1907 . .	1 016	3,55	3,52	836	2,92	2,90	180	0,63	0,62	643	2,25	2,23	128	0,45	0,44	193	0,67	0,67	52	0,18	0,18
1908 . .	826	2,89	2,86	697	2,44	2,41	129	0,45	0,45	462	1,61	1,60	93	0,33	0,32	235	0,82	0,81	36	0,13	0,12
1909 . .	792	2,77	2,74	682	2,38	2,36	110	0,38	0,38	542	1,89	1,87	84	0,29	0,29	140	0,49	0,48	26	0,09	0,09
1910 . .	492	1,72	1,70	409	1,43	1,41	83	0,29	0,29	315	1,10	1,09	54	0,19	0,19	94	0,33	0,32	29	0,10	0,10
1911 . .	816	2,85	2,82	717	2,51	2,48	99	0,35	0,34	565	1,97	1,95	76	0,27	0,26	152	0,53	0,52	23	0,08	0,08
1912 . .	766	2,68	2,64	644	2,25	2,22	122	0,43	0,42	463	1,62	1,60	86	0,30	0,30	181	0,63	0,62	36	0,13	0,12
1913 . .	718	2,51	2,48	570	1,99	1,97	148	0,52	0,51	452	1,58	1,56	109	0,38	0,38	118	0,41	0,41	39	0,14	0,13

*) Vergl. die Anmerkung *) auf Seite 10.

…und im Verhältnis zum Grundstücksbestande*) in den Jahren 1903 bis 1913.

Insbesondere wechselten von den infolge von Kauf, Tausch, Enteignung, Zwangsversteigerung usw. ungeteilt in andere Hand übergegangenen Besitzungen von 2 *ha* an den Eigentümer in der Größenklasse von . . *ha*

2 bis 5			5 bis 20			20 bis 50			50 bis 100			100 bis 200			200 und mehr			Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1
überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		
	a	b		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b	
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	
Arnsberg																		
227	2,55	2,58	141	1,20	1,20	41	0,96	0,96	10	0,91	0,91	4	1,64	1,63	3	2,83	2,80	1896
260	2,92	2,89	132	1,13	1,13	25	0,58	0,59	9	0,82	0,82	3	1,23	1,22	5	4,72	4,63	1897
205	2,80	2,27	132	1,13	1,13	20	0,47	0,47	10	0,91	0,91	4	1,64	1,63	2	1,89	1,85	1898
194	2,18	2,15	120	1,03	1,03	34	0,79	0,80	8	0,73	0,73	2	0,82	0,81	4	3,77	3,70	1899
148	1,66	1,63	106	0,91	0,91	24	0,56	0,57	6	0,54	0,55	3	1,23	1,22	4	3,77	3,67	1900
155	1,74	1,70	118	1,01	1,01	28	0,65	0,67	9	0,82	0,82	4	1,64	1,63	3	2,83	2,75	1901
177	1,99	1,94	99	0,85	0,85	25	0,58	0,60	13	1,18	1,19	3	1,23	1,22	3	2,83	2,73	1902
120	1,35	1,31	102	0,87	0,87	31	0,72	0,74	10	0,91	0,91	1	0,41	0,40	—	—	—	1903
124	1,39	1,35	105	0,90	0,90	30	0,70	0,72	5	0,45	0,46	4	1,64	1,62	1	0,94	0,91	1904
136	1,53	1,48	93	0,79	0,79	18	0,42	0,43	8	0,73	0,73	8	3,28	3,24	2	1,89	1,80	1905
112	1,26	1,22	70	0,60	0,60	25	0,58	0,60	9	0,82	0,82	1	0,41	0,40	1	0,94	0,90	1906
134	1,51	1,45	109	0,93	0,93	29	0,68	0,70	7	0,64	0,64	1	0,41	0,40	1	0,94	0,89	1907
111	1,25	1,20	88	0,75	0,75	23	0,54	0,55	7	0,64	0,64	2	0,82	0,81	—	—	—	1908
90	1,01	0,97	89	0,76	0,76	18	0,42	0,44	7	0,64	0,64	1	0,41	0,40	—	—	—	1909
129	1,45	1,39	93	0,79	0,80	24	0,56	0,58	9	0,82	0,82	4	1,64	1,61	1	0,94	0,88	1910
133	1,49	1,42	99	0,85	0,85	25	0,58	0,61	7	0,64	0,64	1	0,41	0,40	5	4,72	4,42	1911
129	1,45	1,38	84	0,72	0,72	28	0,65	0,68	6	0,54	0,55	9	3,69	3,61	2	1,89	1,75	1912
103	1,16	1,10	62	0,53	0,53	21	0,49	0,51	8	0,73	0,73	4	1,64	1,61	—	—	—	1913
Cassel																		
216	1,30	1,28	136	0,76	0,75	37	0,82	0,82	13	4,69	4,68	4	3,60	3,54	1	1,12	1,14	1896
250	1,50	1,47	157	0,88	0,87	35	0,77	0,77	11	3,97	3,96	11	9,91	9,65	3	3,37	3,41	1897
249	1,49	1,45	160	0,89	0,88	37	0,82	0,82	7	2,53	2,52	6	5,41	5,26	4	4,49	4,55	1898
231	1,39	1,34	143	0,80	0,79	38	0,84	0,84	14	5,05	5,02	5	4,50	4,35	6	6,74	6,82	1899
161	0,97	0,93	108	0,60	0,59	34	0,75	0,75	10	3,61	3,58	3	2,70	2,59	—	—	—	1900
229	1,37	1,32	136	0,76	0,74	31	0,68	0,69	9	3,25	3,23	3	2,70	2,59	3	3,37	3,45	1901
211	1,27	1,21	146	0,81	0,80	34	0,75	0,75	14	5,05	5,02	11	9,91	9,40	12	13,48	13,79	1902
188	1,13	1,07	111	0,62	0,61	31	0,68	0,69	11	3,97	3,93	8	7,21	6,78	2	2,25	2,30	1903
187	1,12	1,06	121	0,67	0,66	29	0,64	0,64	9	3,25	3,21	5	4,50	4,24	4	4,49	4,60	1904
177	1,06	1,00	99	0,55	0,54	30	0,66	0,67	12	4,33	4,29	4	3,60	3,36	2	2,25	2,30	1905
171	1,03	0,96	120	0,67	0,65	24	0,53	0,53	9	3,25	3,21	3	2,70	2,50	—	—	—	1906
196	1,18	1,09	104	0,58	0,56	23	0,51	0,51	13	4,69	4,63	4	3,60	3,33	1	1,12	1,16	1907
170	1,02	0,94	100	0,56	0,54	34	0,75	0,76	15	5,42	5,34	7	6,31	5,79	1	1,12	1,16	1908
137	0,82	0,76	86	0,48	0,46	25	0,55	0,56	16	5,78	5,69	10	9,01	8,20	2	2,25	2,33	1909
188	1,13	1,03	117	0,65	0,63	23	0,51	0,51	12	4,33	4,26	6	5,41	4,92	5	5,62	5,81	1910
130	0,78	0,71	78	0,43	0,42	30	0,66	0,67	4	1,44	1,42	6	5,41	4,88	3	3,37	3,53	1911
129	0,77	0,70	80	0,45	0,43	22	0,49	0,49	11	3,97	3,90	3	2,70	2,42	2	2,25	2,35	1912
133	0,80	0,72	88	0,49	0,47	19	0,42	0,42	3	1,08	1,06	3	2,70	2,42	3	3,37	3,53	1913
Wiesbaden																		
108	0,58	0,58	17	0,17	0,18	2	0,75	0,76	1	3,45	3,45	—	—	—	—	—	—	1896
86	0,46	0,46	22	0,23	0,23	4	1,50	1,53	1	3,45	3,57	—	—	—	—	—	—	1897
78	0,42	0,42	27	0,28	0,28	3	1,12	1,15	1	3,45	3,57	1	6,25	6,67	—	—	—	1898
69	0,37	0,37	16	0,16	0,17	3	1,12	1,16	1	3,45	3,57	1	6,25	7,14	—	—	—	1899
69	0,37	0,37	24	0,25	0,25	3	1,12	1,16	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1900
74	0,40	0,39	27	0,28	0,28	2	0,75	0,78	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1901
48	0,26	0,25	21	0,22	0,22	—	—	—	2	6,90	7,14	—	—	—	—	—	—	1902
32	0,17	0,17	14	0,14	0,15	5	1,87	1,97	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1903
34	0,18	0,18	13	0,13	0,14	2	0,75	0,79	2	6,90	7,14	—	—	—	—	—	—	1904
25	0,13	0,13	9	0,09	0,09	3	1,12	1,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1905
22	0,12	0,12	7	0,07	0,07	—	—	—	1	3,45	3,70	—	—	—	—	—	—	1906
33	0,18	0,17	15	0,15	0,16	3	1,12	1,21	1	3,45	3,70	—	—	—	—	—	—	1907
28	0,15	0,15	5	0,05	0,05	1	0,37	0,40	1	3,45	3,70	1	6,25	8,33	—	—	—	1908
19	0,10	0,10	4	0,04	0,04	2	0,75	0,81	1	3,45	3,70	—	—	—	—	—	—	1909
18	0,10	0,09	11	0,11	0,12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1910
18	0,10	0,09	4	0,04	0,04	1	0,37	0,41	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1911
25	0,13	0,13	10	0,10	0,11	1	0,37	0,41	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1912
28	0,15	0,14	10	0,10	0,11	1	0,37	0,42	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1913

(Noch: Taf. 2) Jahr des Besitzwechsels	Gesamtzahl der den Eigentümer wechselnden Grundstücke: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	Von den Grundstücken Spalte 2 wechselten den Eigentümer — infolge von Erbgang, Vermächtnis usw. sowie Kauf, Tausch, Enteignung usw. zusammen — abgezweigt: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	ungeteilt: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	infolge von Erbgang, Vermächtnis usw. — abgezweigt: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	ungeteilt: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	infolge von Kauf, Tausch, Enteignung usw. — abgezweigt: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	ungeteilt: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Regierungsbezirk																					
1903 . .	460	1,28	1,28	343	0,95	0,96	117	0,33	0,33	279	0,78	0,78	76	0,21	0,21	64	0,18	0.18	41	0,11	0,11
1904 . .	680	1,89	1,90	547	1,52	1,53	133	0,37	0,37	415	1,15	1,16	89	0,25	0,25	132	0,37	0.37	44	0,12	0.12
1905 . .	823	2,29	2,30	689	1,92	1,92	134	0,37	0,37	454	1,26	1,27	92	0,26	0.26	235	0,65	0,66	42	0,12	0,12
1906 . .	970	2,70	2,71	893	2,49	2,49	77	0,21	0,21	579	1,61	1,62	55	0,15	0,15	314	0,87	0,88	22	0,06	0,06
1907 . .	748	2,08	2,09	608	1,69	1,70	140	0,39	0,39	472	1,31	1,32	51	0,14	0,14	136	0,38	0,38	89	0,25	0.25
1908 . .	943	2,62	2,63	834	2,32	2,33	109	0,30	0,30	522	1,45	1,46	78	0,22	0,22	312	0.87	0,87	31	0,09	0,09
1909 . .	691	1,92	1,98	593	1,65	1,66	98	0,27	0,27	451	1,26	1,26	70	0,19	0,20	142	0,40	0,40	28	0,08	0.08
1910 . .	919	2,56	2,57	824	2,29	2,30	95	0,26	0,27	651	1,81	1,82	63	0,18	0,18	173	0,48	0,48	32	0,09	0,09
1911 . .	962	2,68	2,69	853	2,37	2,38	109	0,30	0,30	610	1,70	1,70	72	0,20	0,20	243	0,68	0,68	37	0,10	0.10
1910 . .	1 072	2,98	2,99	944	2,63	2,64	128	0,36	0,36	564	1,57	1,58	84	0,23	0,23	380	1,06	1.06	44	0.12	7.12
1913 . .	749	2,08	2,09	663	1,85	1,85	86	0,24	0,24	532	1,48	1,49	65	0.18	0,18	131	0,36	0.37	21	0,06	0.06
Regierungsbezirk																					
1903 . .	976	4,56	4,62	252	1,18	1,19	724	3,38	3,43	35	0.16	0,17	381	1,78	1,80	217	1,01	1,03	343	1,60	1,62
1904 . .	1 093	5,11	5,18	365	1,71	1,73	728	3,40	3,45	32	0,15	0,15	373	1,74	1,77	333	1,56	1,58	355	1,66	1,68
1905 . .	885	4,13	4,20	326	1,52	1,55	559	2,61	2,65	46	0,21	0,22	298	1,39	1,41	280	1,31	1,33	261	1.22	1,24
1906 . .	890	4,16	4,23	297	1,39	1,41	593	2,77	2,82	41	0,19	0,19	307	1,43	1,46	256	1,20	1,22	286	1,34	1,36
1907 . .	798	3,73	3,80	274	1,28	1,30	524	2,45	2,49	44	0.21	0,21	253	1,18	1,20	230	1,07	1,10	271	1,27	1.29
1908 . .	762	3,56	3,63	262	1,22	1,25	500	2,34	2,38	30	0,14	0,14	274	1,28	1,31	232	1,08	1,11	226	1,06	1,08
1909 . .	622	2,91	2,97	250	1,17	1,19	372	1,74	1,78	26	0,12	0,12	185	0,86	0,88	224	1,05	1,07	187	0,87	0.89
1910 . .	612	2,86	2,93	213	1,00	1,02	399	1,86	1,91	22	0.10	0,11	164	0,77	0,78	191	0,89	0,91	235	1.10	1,12
1911 . .	831	3,88	3,98	366	1,71	1,75	465	2,17	2,23	61	0,28	0,29	198	0,92	0,95	305	1,42	1,46	267	1,25	1,28
1912 . .	733	3,42	3,51	251	1,17	1,20	482	2.25	2,31	72	0,34	0,85	239	1,12	1,15	179	0,84	0,86	243	1,14	1,16
1913 . .	810	3,78	3,89	350	1,63	1,68	460	2,15	2,21	141	0,66	0,68	229	1,07	1,10	209	0,98	1,00	231	1,08	1,11
Regierungsbezirk																					
1903 . .	421	1,76	1,80	225	0,94	0,96	196	0.82	0,84	63	0,26	0,27	77	0,32	0,33	162	0,68	0,69	119	0,50	0,51
1904 . .	505	2,11	2,16	249	1,04	1,07	256	1,07	1,10	49	0,21	0,21	99	0,41	0,42	200	0,84	0.86	157	0,66	0,67
1905 . .	541	2,26	2,32	326	1,36	1,40	215	0,90	0,92	115	0,48	0,49	101	0,42	0,43	211	0,88	0,91	114	0,48	0,49
1906 . .	548	2,29	2,36	353	1,48	1,52	195	0,82	0,84	134	0,56	0,58	104	0,44	0,45	219	0,92	0,94	91	0,38	0,39
1907 . .	506	2,12	2,18	336	1,41	1,45	170	0,71	0.73	157	0,66	0,68	63	0,26	0,27	179	0,75	0,77	107	0,45	0,46
1908 . .	845	3,54	3,65	591	2,47	2,55	254	1,06	1,10	285	1,19	1,23	119	0,50	0,51	306	1,28	1,32	135	0,57	0,58
1909 . .	416	1,74	1,80	306	1,28	1,33	110	0,46	0,48	92	0,39	0,40	49	0,21	0.21	214	0,90	0,93	61	0,26	0,26
1910 . .	393	1,65	1,71	284	1,19	1,23	109	0,46	0,47	94	0,39	0,41	51	0,21	0.22	190	0,80	0,82	58	0,24	0,25
1911 . .	469	1,96	2,04	310	1,30	1,35	159	0,67	0,69	114	0,48	0,50	75	0,31	0,33	196	0,82	0,85	84	0,35	0,37
1912 . .	860	3,60	3,75	733	3,07	3,20	127	0,53	0,55	88	0,37	0,38	61	0,26	0,27	645	2,70	2,81	66	0,28	0,29
1913 . .	515	2,16	2,25	276	1,16	1,21	239	1,00	1,04	103	0,43	0,45	103	0,43	0.45	173	0,72	0,76	136	0,57	0,59
Regierungsbezirk																					
1903 . .	564	1,48	1,48	495	1,30	1,29	69	0,18	0,18	242	0,63	0,63	33	0,09	0.09	253	0.66	0.66	36	0,09	0,09
1904 . .	717	1.88	1,88	636	1,67	1,66	81	0,21	0,21	280	0,73	0.73	30	0,08	0,08	356	0,93	0,93	51	0,13	0,13
1905 . .	974	2,55	2,55	889	2,33	2,32	85	0,22	0.22	589	1,54	1,54	54	0,14	0,14	300	0,79	0,78	31	0.08	0,08
1906 . .	721	1.89	1,89	671	1,76	1,75	50	0,18	0,13	376	0,98	0,98	22	0,06	0,06	295	0.77	0,77	28	0.07	0,07
1907 . .	770	2,02	2,01	716	1,87	1,87	54	0,14	0,14	415	1,09	1,08	19	0,05	0,05	301	0,79	0,79	35	0,09	0,09
1908 . .	799	2,09	2,09	695	1,82	1.82	104	0,27	0,27	400	1,05	1,05	63	0,16	0,16	295	0.77	0,77	41	0.11	0,11
1909 . .	685	1,79	1,79	599	1,57	1,57	86	0,23	0,22	391	1,02	1,02	58	0,15	0,15	208	0,54	0,54	28	0,07	0.07
1910 . .	747	1,96	1,95	648	1,70	1,69	99	0,26	0,26	355	0,93	0,93	46	0,12	0,12	293	0,77	0,77	53	0,14	0.14
1911 . .	981	2,57	2,56	866	2,27	2,26	115	0,30	0.30	491	1,29	1,28	66	0,17	0,17	375	0,98	0,98	49	0,13	0,13
1912 . .	948	2.48	2,48	799	2,09	2,09	149	0,39	0,39	356	0,93	0,93	74	0,19	0,19	443	1,16	1,16	75	0,20	0,20
1913 . .	791	2,07	2.07	679	1,78	1,77	112	0,29	0,29	454	1.19	1,19	63	0,16	0,16	225	0,59	0,59	49	0.13	0,13
Regierungsbezirk																					
1903 . .	287	1,45	1,49	171	0.86	0.89	116	0,58	0,60	70	0,35	0,36	57	0,29	0.30	101	0,51	0.53	59	0,30	0,31
1904 . .	458	2,31	2,39	355	1,79	1,85	103	0,52	0,54	146	0,74	0,76	24	0,12	0,13	209	1,05	1,09	79	0,40	0,41
1905 . .	479	2,41	2,51	313	1,58	1.64	166	0.84	0,87	107	0,54	0,56	51	0,26	0.27	206	1.04	1.08	115	0,58	0,60
1906 . .	449	2.26	2,36	286	1,44	1,50	163	0,82	0,86	126	0,63	0,66	47	0,24	0.25	160	0,81	0,84	116	0,58	0,61
1907 . .	414	2,08	2,18	249	1,25	1.31	165	0,83	0,87	126	0,63	0,66	79	0,40	0,42	123	0,62	0,65	86	0,43	0.45
1908 . .	461	2,32	2,44	270	1,36	1,43	191	0,96	1,01	131	0,66	0,69	72	0.36	0,38	139	0,70	0.71	119	0,60	0,63
1909 . .	434	2,19	2,31	278	1,40	1,48	156	0,79	0,83	115	0,58	0.61	64	0,32	0,34	163	0,82	0.87	92	0,46	0,49
1910 . .	403	2,03	2,15	285	1.43	1,52	118	0,59	0,63	160	0,81	0.85	47	0,24	0,25	125	0,63	0,67	71	0.36	0.38
1911 . .	384	1,93	2.05	261	1,31	1.40	123	0,62	0,66	104	0,52	0,56	54	0,27	0,29	157	0.79	0.84	69	0.35	0,37
1912 . .	370	1,86	1,99	264	1,33	1,42	106	0,53	0,57	120	0,60	0,64	44	0,22	0,24	144	0.73	0,77	62	0.31	0,33
1913 . .	511	2.57	2.75	345	1,74	1,86	166	0,84	0,89	189	0,95	1,02	82	0,41	0.44	156	0,79	0,84	84	0,42	0,45

*) Vergl. die Anmerkung *) auf Seite 10. — **) Das rheinische Rechtsgebiet ist erst seit dem Jahre 1903 in die Erhebung einbeschlossen, weshalb hier nur die Ergebnisse

und im Verhältnis zum Grundstücksbestande*) in den Jahren 1896 bis 1913**).

Insbesondere wechselten von den infolge von Kauf, Tausch, Enteignung, Zwangsversteigerung usw. ungeteilt in andere Hand übergegangenen Besitzungen von 2 *ha* an den Eigentümer in der Größenklasse von . . . *ha*																		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1
2 bis 5			5 bis 20			20 bis 50			50 bis 100			100 bis 200			200 und mehr			
überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		
	a	b		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b	
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	
Coblenz																		
26	0,13	0,13	12	0,08	0,08	3	0,61	0,69	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1903
27	0,13	0,13	13	0,09	0,09	1	0,20	0,23	2	4,26	4,35	1	7,14	6,67	—	—	—	1904
26	0,13	0,13	12	0,08	0,08	4	0,81	0,94	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1905
11	0,05	0,05	5	0,03	0,03	1	0,20	0,24	3	6,38	6,67	1	7,14	6,67	1	4,00	3,85	1906
77	0,37	0,38	8	0,05	0,05	2	0,41	0,48	1	2,13	2,22	1	7,14	6,67	—	—	—	1907
21	0,10	0,10	9	0,06	0,06	1	0,20	0,24	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1908
21	0,10	0,10	7	0,05	0,05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1909
19	0,09	0,09	10	0,07	0,07	2	0,41	0,50	1	2,13	2,22	—	—	—	—	—	—	1910
25	0,12	0,12	8	0,05	0,05	1	0,20	0,25	1	2,13	2,22	1	7,14	6,67	1	4,00	3,85	1911
37	0,18	0,18	3	0,02	0,02	2	0,41	0,52	2	4,26	4,55	—	—	—	—	—	—	1912
15	0,07	0,07	4	0,03	0,03	1	0,20	0,26	—	—	—	1	7,14	6,67	—	—	—	1913
Düsseldorf																		
171	2,07	2,12	128	1,40	1,41	33	1,02	1,03	9	1,57	1,50	2	1,67	1,61	—	—	—	1903
166	2,01	2,06	139	1,52	1,53	44	1,36	1,38	6	1,05	1,00	—	—	—	—	—	—	1904
111	1,31	1,38	112	1,22	1,23	29	0,89	0,91	8	1,40	1,32	1	0,83	0,80	—	—	—	1905
134	1,62	1,67	100	1,09	1,10	45	1,39	1,42	6	1,05	0,99	1	0,83	0,80	—	—	—	1906
118	1,43	1,48	115	1,26	1,27	27	0,83	0,85	9	1,57	1,47	2	1,67	1,59	—	—	—	1907
105	1,27	1,32	89	0,97	0,98	28	0,86	0,88	3	0,52	0,49	—	—	—	1	2,78	2,78	1908
77	0,93	0,97	70	0,76	0,77	30	0,92	0,95	8	1,40	1,30	2	1,67	1,59	—	—	—	1909
109	1,32	1,38	89	0,97	0,98	31	0,96	0,98	4	0,70	0,65	1	0,83	0,79	1	2,78	2,78	1910
[illegible]	1,43	1,49	117	1,28	1,29	25	0,77	0,79	2	0,35	0,32	3	2,50	2,36	2	5,56	5,56	1911
[illegible]	1,34	1,41	99	1,08	1,09	28	0,86	0,89	4	0,70	0,64	1	0,83	0,78	—	—	—	1912
96	1,16	1,22	100	1,09	1,11	31	0,96	0,99	3	0,52	0,48	1	0,83	0,78	—	—	—	1913
Cöln																		
62	0,54	0,55	45	0,42	0,43	10	0,85	0,86	1	0,32	0,34	1	0,88	0,85	—	—	—	1903
85	0,74	0,75	54	0,50	0,52	15	1,27	1,29	2	0,64	0,69	1	0,88	0,85	—	—	—	1904
77	0,67	0,68	25	0,23	0,24	7	0,59	0,60	1	0,82	0,85	4	3,51	3,36	—	—	—	1905
60	0,52	0,53	21	0,20	0,20	5	0,42	0,43	3	0,96	1,06	2	1,75	1,68	—	—	—	1906
57	0,49	0,50	40	0,37	0,39	7	0,59	0,60	3	0,96	1,07	—	—	—	—	—	—	1907
104	0,90	0,92	22	0,21	0,21	6	0,51	0,52	1	0,32	0,36	2	1,75	1,67	—	—	—	1908
34	0,29	0,30	22	0,21	0,22	1	0,08	0,09	2	0,64	0,72	2	1,75	1,67	—	—	—	1909
41	0,36	0,36	16	0,15	0,16	1	0,08	0,09	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1910
38	0,33	0,34	39	0,36	0,38	5	0,42	0,43	1	0,32	0,37	1	0,88	0,33	—	—	—	1911
37	0,32	0,33	20	0,19	0,20	6	0,51	0,52	2	0,64	0,74	1	0,88	0,82	—	—	—	1912
95	0,82	0,85	34	0,32	0,34	7	0,59	0,61	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1913
Trier																		
23	0,12	0,12	5	0,03	0,03	4	0,24	0,25	4	1,38	1,44	—	—	—	—	—	—	1903
25	0,13	0,13	17	0,10	0,10	4	0,24	0,25	3	1,03	1,09	1	1,52	1,54	1	2,70	2,78	1904
25	0,13	0,13	4	0,02	0,02	—	—	—	1	0,34	0,36	1	1,52	1,56	—	—	—	1905
21	0,11	0,11	4	0,02	0,02	3	0,18	0,19	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1906
29	0,15	0,15	5	0,03	0,03	1	0,06	0,06	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1907
32	0,16	0,16	8	0,05	0,05	1	0,06	0,06	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1908
20	0,10	0,10	7	0,04	0,04	1	0,06	0,06	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1909
34	0,17	0,17	14	0,09	0,08	5	0,30	0,32	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1910
30	0,15	0,15	16	0,10	0,10	1	0,06	0,07	1	0,34	0,37	1	1,52	1,56	—	—	—	1911
58	0,29	0,29	17	0,10	0,10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1912
32	0,16	0,16	16	0,10	0,10	1	0,06	0,07	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1913
Aachen																		
31	0,31	0,32	16	0,19	0,19	6	0,55	0,57	4	1,84	1,90	1	1,54	1,43	1	6,25	5,56	1903
58	0,58	0,60	16	0,19	0,20	5	0,46	0,48	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1904
63	0,63	0,66	38	0,45	0,47	9	0,83	0,86	2	0,92	0,96	1	1,54	1,41	2	12,50	11,11	1905
68	0,68	0,71	32	0,38	0,39	6	0,55	0,58	7	3,28	3,37	1	1,54	1,41	2	12,50	10,53	1906
49	0,49	0,51	28	0,33	0,35	5	0,46	0,48	3	1,38	1,44	1	1,54	1,41	—	—	—	1907
80	0,80	0,84	27	0,32	0,33	9	0,83	0,87	3	1,38	1,45	—	—	—	—	—	—	1908
59	0,59	0,62	20	0,23	0,25	6	0,55	0,58	4	1,84	1,94	3	4,62	4,17	—	—	—	1909
43	0,43	0,46	18	0,21	0,22	5	0,46	0,49	4	1,84	1,94	—	—	—	1	6,25	5,26	1910
39	0,39	0,41	19	0,22	0,24	7	0,65	0,69	2	0,92	0,98	—	—	—	2	12,50	10,00	1911
33	0,33	0,35	21	0,25	0,26	4	0,37	0,39	1	0,46	0,49	3	4,62	4,05	—	—	—	1912
50	0,50	0,53	23	0,27	0,29	7	0,65	0,69	1	0,46	0,49	2	3,08	2,70	1	6,25	5,00	1913

der Jahre 1903 bis 1913 eingesetzt werden konnten.

Nachweisung des Wechsels im ländlichen Grundbesitz nach der

a) überhaupt —

(Taf. 3)

Staat — Regierungsbezirke		Es wechselten den Eigentümer land- oder																				
		infolge von Erbgang, Vermächtnis, Schenkung von Todeswegen sowie infolge von Grundstücksüberlassung bei Lebzeiten der Eigentümer an Abkommen, Stief- oder Schwiegerkinder																				
		überhaupt							und zwar													
									ungeteilt							abgezweigt						
		mit einer Fläche von je						zusammen[1])	mit einer Fläche von je						zusammen[1]) (Sp. 9 bis 14)	mit einer Fläche von je						zusammen[1]) (Sp. 16 bis 21)
		2 bis unter 5 ha	5 bis unter 20 ha	20 bis unter 50 ha	50 bis unter 100 ha	100 bis unter 200 ha	200 ha u. darüber	(Sp. 2 bis 7)	2 bis unter 5 ha	5 bis unter 20 ha	20 bis unter 50 ha	50 bis unter 100 ha	100 bis unter 200 ha	200 ha u. darüber		2 bis unter 5 ha	5 bis unter 20 ha	20 bis unter 50 ha	50 bis unt. 100 ha	100 bis unt. 200 ha	200 ha u. darüber	
1		2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Staat	a	**23 231**	**23 585**	**9 015**	**2 624**	**705**	**951**	**60 179**	**18 687**	**22 082**	**8 819**	**2 582**	**694**	**944**	**53 875**	**4 544**	**1 503**	**196**	**42**	**11**	**7**	**6 304**
	b	*4 646*	*4 717*	*1 803*	*525*	*141*	*190*	*12 036*	*3 737*	*4 416*	*1 764*	*516*	*139*	*189*	*10 775*	*909*	*301*	*39*	*8*	*2*	*1*	*1 261*
Regierungsbez.																						
1. Königsberg	a	333	646	347	162	41	88	1 621	329	639	345	161	41	88	1 607	4	7	2	1	—	—	14
	b	*67*	*129*	*69*	*32*	*8*	*18*	*324*	*66*	*128*	*69*	*32*	*8*	*18*	*321*	*1*	*1*	—	—	—	—	*3*
2. Gumbinnen	a	714	883	360	108	44	21	2 130	708	882	358	107	44	21	2 120	6	1	2	1	—	—	10
	b	*143*	*177*	*72*	*22*	*9*	*4*	*426*	*142*	*176*	*72*	*21*	*9*	*4*	*424*	*1*	—	—	—	—	—	*2*
3. Allenstein	a	410	746	395	142	26	23	1 746	403	740	392	141	26	22	1 728	7	6	3	1	—	1	18
	b	*82*	*149*	*79*	*28*	*5*	*5*	*349*	*81*	*148*	*78*	*28*	*5*	*4*	*346*	*1*	*1*	*1*	—	—	—	*4*
4. Danzig	a	230	583	170	76	14	29	1 103	227	569	166	76	14	29	1 081	3	14	4	—	—	—	22
	b	*46*	*117*	*34*	*15*	*3*	*6*	*221*	*45*	*114*	*33*	*15*	*3*	*6*	*216*	*1*	*3*	*1*	—	—	—	*4*
5. Marienwerder	a	619	1 001	370	96	33	41	2 163	606	994	368	96	33	39	2 139	13	7	2	—	—	2	24
	b	*124*	*200*	*74*	*19*	*7*	*8*	*433*	*121*	*199*	*74*	*19*	*7*	*8*	*428*	*3*	*1*	—	—	—	—	*5*
6. Stadtkr. Berlin	a	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	b	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7. Potsdam	a	658	720	468	173	32	62	2 118	645	701	464	172	32	62	2 081	13	19	4	1	—	—	37
	b	*132*	*144*	*94*	*35*	*6*	*12*	*424*	*129*	*140*	*93*	*34*	*6*	*12*	*416*	*3*	*4*	*1*	—	—	—	*7*
8. Frankfurt	a	1 058	1 325	524	95	31	57	3 095	1 022	1 295	514	95	31	57	3 019	36	30	10	—	—	—	76
	b	*212*	*265*	*105*	*19*	*6*	*11*	*619*	*204*	*259*	*103*	*19*	*6*	*11*	*604*	*7*	*6*	*2*	—	—	—	*15*
9. Stettin	a	422	624	302	88	13	69	1 523	416	613	299	87	13	69	1 502	6	11	3	1	—	—	21
	b	*84*	*125*	*60*	*18*	*3*	*14*	*305*	*83*	*123*	*60*	*17*	*3*	*14*	*300*	*1*	*2*	*1*	—	—	—	*4*
10. Köslin	a	331	697	303	48	14	64	1 457	328	691	294	48	14	63	1 438	3	6	9	—	—	1	19
	b	*66*	*139*	*61*	*10*	*3*	*13*	*291*	*66*	*138*	*59*	*10*	*3*	*13*	*288*	*1*	*1*	*2*	—	—	—	*4*
11. Stralsund	a	35	39	6	3	3	22	108	35	39	6	3	3	22	108	—	—	—	—	—	—	—
	b	*7*	*8*	*1*	*1*	*1*	*4*	*22*	*7*	*8*	*1*	*1*	*1*	*4*	*22*	—	—	—	—	—	—	—
12. Posen	a	926	1 652	345	50	6	76	3 063	869	1 603	341	50	6	76	2 953	57	49	4	—	—	—	110
	b	*185*	*330*	*69*	*10*	*1*	*15*	*613*	*174*	*321*	*68*	*10*	*1*	*15*	*591*	*11*	*10*	*1*	—	—	—	*22*
13. Bromberg	a	286	666	313	51	13	26	1 356	281	660	313	51	13	26	1 345	5	6	—	—	—	—	11
	b	*57*	*133*	*63*	*10*	*3*	*5*	*271*	*56*	*132*	*63*	*10*	*3*	*5*	*269*	*1*	*1*	—	—	—	—	*2*
14. Breslau	a	989	1 037	267	47	21	85	2 461	970	1 030	267	47	21	85	2 435	19	7	—	—	—	—	26
	b	*198*	*207*	*53*	*9*	*4*	*17*	*492*	*194*	*206*	*53*	*9*	*4*	*17*	*487*	*4*	*1*	—	—	—	—	*5*
15. Liegnitz	a	900	971	291	46	13	59	2 288	878	957	288	46	13	59	2 249	22	14	3	—	—	—	39
	b	*180*	*194*	*58*	*9*	*3*	*12*	*458*	*176*	*191*	*58*	*9*	*3*	*12*	*450*	*4*	*3*	*1*	—	—	—	*8*
16. Oppeln	a	2 439	1 916	223	20	12	44	4 659	2 341	1 862	219	19	11	44	4 501	98	54	4	1	1	—	158
	b	*488*	*383*	*45*	*4*	*2*	*9*	*932*	*468*	*372*	*44*	*4*	*2*	*9*	*900*	*20*	*11*	*1*	—	—	—	*32*
17. Magdeburg	a	631	588	296	143	26	37	1 721	507	531	288	142	25	37	1 530	124	57	8	1	1	—	191
	b	*126*	*118*	*59*	*29*	*5*	*7*	*344*	*101*	*106*	*58*	*28*	*5*	*7*	*306*	*25*	*11*	*2*	—	—	—	*38*
18. Merseburg	a	672	657	229	73	25	34	1 691	575	600	222	73	24	34	1 529	97	57	7	—	1	—	162
	b	*134*	*131*	*46*	*15*	*5*	*7*	*338*	*115*	*120*	*44*	*15*	*5*	*7*	*306*	*19*	*11*	*1*	—	—	—	*32*
19. Erfurt	a	517	249	46	4	5	4	825	315	197	40	4	5	4	565	202	52	6	—	—	—	260
	b	*103*	*50*	*9*	*1*	*1*	*1*	*165*	*63*	*39*	*8*	*1*	*1*	*1*	*113*	*40*	*10*	*1*	—	—	—	*52*
20. Schleswig	a	760	1 099	774	241	44	24	2 943	623	970	740	235	41	24	2 634	137	129	34	6	3	—	309
	b	*152*	*220*	*155*	*48*	*9*	*5*	*589*	*125*	*194*	*148*	*47*	*8*	*5*	*527*	*27*	*26*	*7*	*1*	*1*	—	*62*
21. Hannover	a	348	504	257	73	9	3	1 194	335	482	245	68	9	2	1 141	13	22	12	5	—	1	53
	b	*70*	*101*	*51*	*15*	*2*	*1*	*239*	*67*	*96*	*49*	*14*	*2*	—	*228*	*3*	*4*	*2*	*1*	—	—	*11*
22. Hildesheim	a	420	369	117	23	8	3	941	326	311	106	23	8	3	778	94	58	11	—	—	—	163
	b	*84*	*74*	*23*	*5*	*2*	*1*	*188*	*65*	*62*	*21*	*5*	*2*	*1*	*156*	*19*	*12*	*2*	—	—	—	*33*
23. Lüneburg	a	460	563	383	189	94	20	1 709	450	553	380	186	94	20	1 683	10	10	3	3	—	—	26
	b	*92*	*113*	*77*	*38*	*19*	*4*	*342*	*90*	*111*	*76*	*37*	*19*	*4*	*337*	*2*	*2*	*1*	*1*	—	—	*5*
24. Stade	a	507	708	321	182	56	12	1 786	489	696	312	177	55	12	1 741	18	12	9	5	1	—	45
	b	*101*	*142*	*64*	*36*	*11*	*2*	*357*	*98*	*139*	*62*	*35*	*11*	*2*	*348*	*4*	*2*	*2*	*1*	—	—	*9*
25. Osnabrück	a	301	509	315	120	29	9	1 283	293	499	308	119	29	8	1 256	8	10	7	1	—	1	27
	b	*60*	*102*	*63*	*24*	*6*	*2*	*257*	*59*	*100*	*62*	*24*	*6*	*2*	*251*	*2*	*2*	*1*	—	—	—	*5*
26. Aurich	a	307	260	134	40	7	2	750	282	233	130	40	7	2	694	25	27	4	—	—	—	56
	b	*61*	*52*	*27*	*8*	*1*	—	*150*	*56*	*47*	*26*	*8*	*1*	—	*139*	*5*	*5*	*1*	—	—	—	*11*
27. Münster	a	713	832	521	149	29	4	2 248	699	823	520	145	29	4	2 220	14	9	1	4	—	—	28
	b	*143*	*166*	*104*	*30*	*6*	*1*	*450*	*140*	*165*	*104*	*29*	*6*	*1*	*444*	*3*	*2*	—	*1*	—	—	*6*
28. Minden	a	759	674	249	31	8	6	1 728	728	654	248	30	8	6	1 675	31	20	1	1	—	—	53
	b	*152*	*135*	*50*	*6*	*2*	*1*	*346*	*146*	*131*	*50*	*6*	*2*	*1*	*335*	*6*	*4*	—	—	—	—	*11*
29. Arnsberg	a	741	683	243	76	21	7	1 771	644	672	233	73	21	7	1 650	97	11	10	3	—	—	121
	b	*148*	*137*	*49*	*15*	*4*	*1*	*354*	*129*	*134*	*47*	*15*	*4*	*1*	*330*	*19*	*2*	*2*	*1*	—	—	*24*
30. Cassel	a	948	679	158	20	12	12	1 829	726	554	155	18	11	12	1 476	222	125	3	2	1	—	353
	b	*190*	*136*	*32*	*4*	*2*	*2*	*366*	*145*	*111*	*31*	*4*	*2*	*2*	*295*	*44*	*25*	*1*	—	—	—	*71*
31. Wiesbaden	a	980	250	6	1	2	—	1 239	173	62	4	1	2	—	242	807	188	2	—	—	—	997
	b	*196*	*50*	*1*	—	—	—	*248*	*35*	*12*	*1*	—	—	—	*48*	*161*	*38*	—	—	—	—	*199*
32. Coblenz	a	1 555	351	10	1	—	2	1 919	567	170	6	—	—	2	745	988	181	4	1	—	—	1 174
	b	*311*	*70*	*2*	—	—	—	*384*	*113*	*34*	*1*	—	—	—	*149*	*198*	*36*	*1*	—	—	—	*235*
33. Düsseldorf	a	657	604	224	43	10	5	1 543	509	552	223	42	10	5	1 341	148	52	1	1	—	—	202
	b	*131*	*121*	*45*	*9*	*2*	*1*	*309*	*102*	*110*	*45*	*8*	*2*	*1*	*268*	*30*	*10*	—	—	—	—	*40*
34. Köln	a	276	115	15	5	3	—	414	118	78	13	4	1	—	214	158	37	2	1	2	—	200
	b	*55*	*23*	*3*	*1*	*1*	—	*83*	*24*	*16*	*3*	*1*	—	—	*43*	*32*	*7*	—	—	—	—	*40*
35. Trier	a	728	134	7	1	1	—	871	86	33	1	—	—	—	120	642	101	6	1	1	—	751
	b	*146*	*27*	*1*	—	—	—	*174*	*17*	*7*	—	—	—	—	*24*	*128*	*20*	*1*	—	—	—	*150*
36. Aachen	a	404	155	19	4	—	1	583	109	80	5	3	—	—	197	295	75	14	1	—	1	386
	b	*81*	*31*	*4*	*1*	—	—	*117*	*22*	*16*	*1*	*1*	—	—	*39*	*59*	*15*	*3*	—	—	—	*77*
37. Sigmaringen	a	197	96	7	—	—	—	300	75	57	6	—	—	—	138	122	39	1	—	—	—	162
	b	*39*	*19*	*1*	—	—	—	*60*	*15*	*11*	*1*	—	—	—	*28*	*24*	*8*	—	—	—	—	*32*

[1]) unter Hinzurechnung der Besitzungen ohne Größenangabe.

rsache des Eigentumsüberganges in den Jahren 1914 bis 1918.
) im Durchschnitt.

forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke																					
infolge von Kauf, Tausch, Enteignung, Zwangsversteigerung usw.																					Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1
überhaupt							und zwar														
							ungeteilt							abgezweigt							
mit einer Fläche von je						zusammen[1]) (Sp. 23 bis 28)	mit einer Fläche von je						zusammen[1]) (Sp. 30 bis 35)	mit einer Fläche von je						zusammen[1]) (Sp. 37 bis 42)	
2 bis unter 5 ha	5 bis unter 20 ha	20 bis unter 50 ha	50 bis unter 100 ha	100 bis unter 200 ha	200 ha u. darüber		2 bis unter 5 ha	5 bis unter 20 ha	20 bis unter 50 ha	50 bis unter 100 ha	100 bis unter 200 ha	200 ha u. darüber		2 bis unter 5 ha	5 bis unter 20 ha	20 bis unter 50 ha	50 bis unter 100 ha	100 bis unter 200 ha	200 ha u. darüber		
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
46 195	**34 145**	**9 158**	**3 125**	**1727**	**1589**	**96 335**	**26 445**	**25 082**	**7 668**	**2 802**	**1617**	**1518**	**65 515**	**19 750**	**9 063**	**1 490**	**323**	**110**	**71**	**30 820**	**St.**
9 239	*6 829*	*1 832*	*625*	*345*	*318*	*19 267*	*5 289*	*5 016*	*1 534*	*560*	*323*	*304*	*13 103*	*3 950*	*1 813*	*298*	*65*	*22*	*14*	*6 164*	
1 382	1 671	519	272	204	172	4 226	1 054	1 330	448	253	194	167	3 452	328	341	71	19	10	5	774	1.
276	*334*	*104*	*54*	*41*	*34*	*845*	*211*	*266*	*90*	*51*	*39*	*33*	*690*	*66*	*68*	*14*	*4*	*2*	*1*	*155*	
2 489	1 995	502	180	126	58	5 352	2 159	1 696	463	174	123	56	4 673	330	299	39	6	3	2	679	2.
498	*399*	*100*	*36*	*25*	*12*	*1 070*	*432*	*339*	*93*	*35*	*25*	*11*	*935*	*66*	*60*	*8*	*1*	*1*	—	*136*	
1 206	1 438	409	146	78	94	3 374	872	1 110	330	129	71	86	2 600	334	328	79	17	7	8	774	3.
241	*288*	*82*	*29*	*16*	*19*	*675*	*174*	*222*	*66*	*26*	*14*	*17*	*520*	*67*	*66*	*16*	*3*	*1*	*2*	*155*	
761	1 310	394	159	78	37	2 740	591	1 138	358	150	74	36	2 348	170	172	36	9	4	1	392	4.
152	*262*	*79*	*32*	*16*	*7*	*548*	*118*	*228*	*72*	*30*	*15*	*7*	*470*	*34*	*34*	*7*	*2*	*1*	—	*78*	
1 997	2 599	773	244	133	115	5 876	1 758	2 308	705	224	131	111	5 251	239	291	68	20	2	4	625	5.
399	*520*	*155*	*49*	*27*	*23*	*1 175*	*352*	*462*	*141*	*45*	*26*	*22*	*1 050*	*48*	*58*	*14*	*4*	—	*1*	*125*	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
2 551	1 672	453	162	86	103	5 034	1 334	1 034	349	138	80	98	3 040	1 217	638	104	24	6	5	1 994	7.
510	*334*	*91*	*32*	*17*	*21*	*1 007*	*267*	*207*	*70*	*28*	*16*	*20*	*608*	*243*	*128*	*21*	*5*	*1*	*1*	*399*	
2 293	1 630	464	161	101	138	5 057	1 593	1 227	397	151	91	131	3 859	700	403	67	10	10	7	1 198	8.
459	*326*	*93*	*32*	*20*	*28*	*1 011*	*319*	*245*	*79*	*30*	*18*	*26*	*772*	*140*	*81*	*13*	*2*	*2*	*1*	*240*	
1 491	1 328	310	95	62	78	3 387	1 001	983	274	90	56	75	2 500	490	345	36	5	6	3	887	9.
298	*266*	*62*	*19*	*12*	*16*	*677*	*200*	*197*	*55*	*18*	*11*	*15*	*500*	*98*	*69*	*7*	*1*	*1*	*1*	*177*	
933	1 311	375	120	107	146	2 993	640	973	309	105	97	135	2 260	293	338	66	15	10	11	733	10.
187	*262*	*75*	*24*	*21*	*29*	*599*	*128*	*195*	*62*	*21*	*19*	*27*	*452*	*59*	*68*	*13*	*3*	*2*	*2*	*147*	
210	206	77	32	27	43	601	187	180	67	31	23	42	534	23	26	10	1	4	1	67	11.
42	*41*	*15*	*6*	*5*	*9*	*120*	*37*	*36*	*13*	*6*	*5*	*8*	*107*	*5*	*5*	*2*	—	*1*	—	*13*	
1 309	1 532	290	65	50	59	3 312	956	1 313	261	61	49	57	2 704	353	219	29	4	1	2	608	12.
262	*306*	*58*	*13*	*10*	*12*	*662*	*191*	*263*	*52*	*12*	*10*	*11*	*541*	*71*	*44*	*6*	*1*	—	—	*122*	
981	1 540	397	141	67	63	3 190	830	1 433	371	131	63	62	2 891	151	107	26	10	4	1	299	13.
196	*308*	*79*	*28*	*13*	*13*	*638*	*166*	*287*	*74*	*26*	*13*	*12*	*578*	*30*	*21*	*5*	*2*	*1*	—	*60*	
2 325	1 604	417	109	106	88	4 677	1 776	1 389	388	102	99	88	3 870	549	215	29	7	7	—	807	14.
465	*321*	*83*	*22*	*21*	*18*	*935*	*355*	*278*	*78*	*20*	*20*	*18*	*774*	*110*	*43*	*6*	*1*	*1*	—	*161*	
2 561	1 835	559	205	103	132	5 403	1 901	1 564	484	194	101	130	4 382	660	271	75	11	2	2	1 021	15.
512	*367*	*112*	*41*	*21*	*26*	*1 081*	*380*	*313*	*97*	*39*	*20*	*26*	*876*	*132*	*54*	*15*	*2*	—	—	*204*	
1 884	998	131	41	27	25	3 117	1 355	846	111	34	26	22	2 403	529	152	20	7	1	3	714	16.
377	*200*	*26*	*8*	*5*	*5*	*623*	*271*	*169*	*22*	*7*	*5*	*4*	*481*	*106*	*30*	*4*	*1*	—	*1*	*143*	
1 436	778	149	84	44	37	2 528	700	452	92	78	43	33	1 398	736	326	57	6	1	4	1 130	17.
287	*156*	*30*	*17*	*9*	*7*	*506*	*140*	*90*	*18*	*16*	*9*	*7*	*280*	*147*	*65*	*11*	*1*	—	*1*	*226*	
1 450	816	223	50	38	46	2 623	642	417	123	41	34	43	1 300	808	399	100	9	4	3	1 323	18.
290	*163*	*45*	*10*	*8*	*9*	*525*	*128*	*83*	*25*	*8*	*7*	*9*	*260*	*162*	*80*	*20*	*2*	*1*	*1*	*265*	
456	140	30	17	16	21	680	221	80	21	11	15	21	369	235	60	9	6	1	—	311	19.
91	*28*	*6*	*3*	*3*	*4*	*136*	*44*	*16*	*4*	*2*	*3*	*4*	*74*	*47*	*12*	*2*	*1*	—	—	*62*	
6 325	4 576	1 526	457	115	50	13 051	2 911	3 043	1 342	421	111	47	7 876	3 414	1 533	184	36	4	3	5 175	20.
1 265	*915*	*305*	*91*	*23*	*10*	*2 610*	*582*	*609*	*268*	*84*	*22*	*9*	*1 575*	*683*	*307*	*37*	*7*	*1*	*1*	*1 035*	
512	216	51	8	5	1	793	100	96	27	6	4	1	234	412	120	24	2	1	—	559	21.
102	*43*	*10*	*2*	*1*	—	*159*	*20*	*19*	*5*	*1*	*1*	—	*47*	*82*	*24*	*5*	—	—	—	*112*	
475	189	36	14	13	2	729	187	91	23	8	8	2	319	288	98	13	6	5	—	410	22.
95	*38*	*7*	*3*	*3*	—	*146*	*37*	*18*	*5*	*2*	*2*	—	*64*	*58*	*20*	*3*	*1*	*1*	—	*82*	
1 037	607	151	63	38	39	1 936	338	317	102	47	35	38	878	699	290	49	16	3	1	1 058	23.
207	*121*	*30*	*13*	*8*	*8*	*387*	*68*	*63*	*20*	*9*	*7*	*8*	*176*	*140*	*58*	*10*	*3*	*1*	—	*212*	
1 078	537	100	35	11	2	1 764	466	276	71	31	11	2	857	612	261	29	4	—	—	907	24.
216	*107*	*20*	*7*	*2*	—	*353*	*93*	*55*	*14*	*6*	*2*	—	*171*	*122*	*52*	*6*	*1*	—	—	*181*	
577	362	80	30	12	2	1 063	148	163	42	21	11	2	387	429	199	38	9	1	—	676	25.
115	*72*	*16*	*6*	*2*	—	*213*	*30*	*33*	*8*	*4*	*2*	—	*77*	*86*	*40*	*8*	*2*	—	—	*135*	
726	271	73	22	2	1	1 095	545	210	65	21	1	1	843	181	61	8	1	1	—	252	26.
145	*54*	*15*	*4*	—	—	*219*	*109*	*42*	*13*	*4*	—	—	*169*	*36*	*12*	*2*	—	—	—	*50*	
780	367	110	38	11	2	1 309	200	142	52	27	7	2	430	580	225	58	11	4	—	879	27.
156	*73*	*22*	*8*	*2*	—	*262*	*40*	*28*	*10*	*5*	*1*	—	*86*	*116*	*45*	*12*	*2*	*1*	—	*176*	
507	210	57	16	5	4	799	141	90	39	11	5	4	290	366	120	18	5	—	—	509	28.
101	*42*	*11*	*3*	*1*	*1*	*160*	*28*	*18*	*8*	*2*	*1*	*1*	*58*	*73*	*24*	*4*	*1*	—	—	*102*	
998	514	130	60	16	10	1 729	383	264	87	41	14	8	797	615	250	43	19	2	2	932	29.
200	*103*	*26*	*12*	*3*	*2*	*346*	*77*	*53*	*17*	*8*	*3*	*2*	*159*	*123*	*50*	*9*	*4*	—	—	*186*	
589	246	59	20	18	12	944	234	129	42	17	15	10	447	355	117	17	3	3	2	497	30.
118	*49*	*12*	*4*	*4*	*2*	*189*	*47*	*26*	*8*	*3*	*3*	*2*	*89*	*71*	*23*	*3*	*1*	*1*	—	*99*	
764	80	7	9	—	—	860	68	28	5	1	—	—	102	696	52	2	8	—	—	758	31.
153	*16*	*1*	*2*	—	—	*172*	*14*	*6*	*1*	—	—	—	*20*	*139*	*10*	—	*2*	—	—	*152*	
640	172	23	14	8	3	860	221	75	19	14	8	2	339	419	97	4	—	—	1	521	32.
128	*34*	*5*	*3*	*2*	*1*	*172*	*44*	*15*	*4*	*3*	*2*	—	*68*	*84*	*19*	*1*	—	—	—	*104*	
1 056	709	186	29	4	1	1 986	568	448	141	22	4	1	1 185	488	261	45	7	—	—	801	33.
211	*142*	*37*	*6*	*1*	—	*397*	*114*	*90*	*28*	*4*	*1*	—	*237*	*98*	*52*	*9*	*1*	—	—	*160*	
627	271	28	15	3	2	946	141	95	11	9	2	2	260	486	176	17	6	1	—	686	34.
125	*54*	*6*	*3*	*1*	—	*189*	*28*	*19*	*2*	*2*	—	—	*52*	*97*	*35*	*3*	*1*	—	—	*137*	
1 113	159	6	3	5	—	1 286	78	19	3	2	3	—	105	1 035	140	3	1	2	—	1 181	35.
223	*32*	*1*	*1*	*1*	—	*257*	*16*	*4*	*1*	—	*1*	—	*21*	*207*	*28*	*1*	—	—	—	*236*	
563	194	52	9	8	3	829	121	82	37	6	8	3	257	442	112	15	3	—	—	572	36.
113	*39*	*10*	*2*	*2*	*1*	*166*	*24*	*16*	*7*	*1*	*2*	*1*	*51*	*88*	*22*	*3*	*1*	—	—	*114*	
113	62	11	—	—	—	186	25	41	9	—	—	—	75	88	21	2	—	—	—	111	37.
23	*12*	*2*	—	—	—	*37*	*5*	*8*	*2*	—	—	—	*15*	*18*	*4*	—	—	—	—	*22*	

Besitzwechsel von mindestens 2 *ha* großen Grundstücken überhaupt

(Taf. 4) Jahr des Besitzwechsels	Gesamtzahl der den Eigentümer wechselnden Grundstücke			Von den Grundstücken Spalte 2 wechselten den Eigentümer																	
				infolge von Erbgang, Vermächtnis usw. sowie Kauf, Tausch, Enteignung usw. zusammen						infolge von Erbgang, Vermächtnis usw.						infolge von Kauf, Tausch, Enteignung usw.					
				abgezweigt			ungeteilt			abgezweigt			ungeteilt			abgezweigt			ungeteilt		
	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Regierungsbezirk																					
1914 . .	1 064	4,38	4,13	247	1,02	0,96	817	3,36	3,17	1	0,004	0,003	287	1,18	1,11	246	1,01	0,96	530	2,18	2,06
1915 . .	601	2,47	2,33	112	0,46	0,43	489	2,01	1,89	1	0,004	0,003	194	0,80	0,75	111	0,46	0,43	295	1,21	1,14
1916 . .	792	3,26	3,06	93	0,38	0,36	699	2,88	2,70	5	0,02	0,02	232	0,96	0,90	88	0,36	0,34	467	1,92	1,80
1917 . .	1 272	5,24	4,90	182	0,75	0,70	1 090	4,49	4,20	2	0,01	0,01	298	1,23	1,15	180	0,74	0,69	792	3,26	3,05
1918 . .	2 118	8,72	8,14	154	0,63	0,59	1 964	8,09	7,55	5	0,02	0,02	596	2,45	2,29	149	0,61	0,57	1 368	5,63	5,26
Regierungsbezirk																					
1914 . .	1 084	3,23	2,92	122	0,36	0,33	962	2,87	2,59	—	—	—	315	0,94	0,85	122	0,36	0,33	647	1,93	1,74
1915 . .	721	2,15	1,93	92	0,27	0,25	629	1,88	1,69	4	0,01	0,01	286	0,85	0,77	88	0,26	0,24	343	1,02	0,92
1916 . .	1 240	3,70	3,31	155	0,46	0,41	1 085	3,24	2,90	—	—	—	405	1,21	1,08	155	0,46	0,41	680	2,03	1,82
1917 . .	1 711	5,10	4,55	168	0,50	0,45	1 543	4,60	4,10	5	0,01	0,01	440	1,31	1,17	163	0,49	0,43	1 103	3,29	2,93
1918 . .	2 726	8,13	7,22	152	0,45	0,40	2 574	7,68	6,91	1	0,002	0,002	674	2,01	1,78	151	0,45	0,40	1 900	5,67	5,03
Regierungsbezirk																					
1914 . .	1 014	4,10	3,72	299	1,21	1,10	715	2,89	2,62	1	0,004	0,003	257	1,04	0,94	298	1,20	1,09	458	1,85	1,68
1915 . .	512	2,07	1,87	75	0,30	0,27	437	1,77	1,60	8	0,03	0,03	198	0,80	0,72	67	0,27	0,24	239	0,97	0,87
1916 . .	715	2,89	2,60	81	0,33	0,29	634	2,56	2,31	3	0,01	0,01	247	1,00	0,90	78	0,32	0,28	387	1,56	1,41
1917 . .	1 129	4,56	4,09	151	0,61	0,55	978	3,95	3,54	2	0,01	0,01	384	1,55	1,39	149	0,60	0,54	594	2,40	2,15
1918 . .	1 750	7,07	6,31	186	0,75	0,67	1 564	6,32	5,64	4	0,02	0,01	642	2,59	2,31	182	0,74	0,66	922	3,73	3,32
Regierungsbezirk																					
1914 . .	845	4,95	4,27	116	0,68	0,59	729	4,27	3,68	13	0,08	0,07	258	1,51	1,30	103	0,60	0,52	471	2,76	2,38
1915 . .	477	2,79	2,39	94	0,55	0,47	383	2,24	1,92	4	0,02	0,02	156	0,91	0,78	90	0,53	0,45	227	1,33	1,14
1916 . .	536	3,14	2,67	58	0,34	0,29	478	2,80	2,38	2	0,01	0,01	167	0,98	0,83	56	0,33	0,28	311	1,82	1,55
1917 . .	733	4,29	3,63	62	0,36	0,31	671	3,93	3,33	2	0,01	0,01	160	0,94	0,79	60	0,35	0,30	511	2,99	2,53
1918 . .	1 252	7,33	6,17	84	0,49	0,41	1 168	6,84	5,75	1	0,01	0,004	340	1,99	1,67	83	0,49	0,41	828	4,85	4,08
Regierungsbezirk																					
1914 . .	1 771	5,58	4,49	183	0,58	0,46	1 588	5,00	4,03	10	0,03	0,03	432	1,36	1,10	173	0,55	0,44	1 156	3,64	2,93
1915 . .	820	2,58	2,06	90	0,28	0,23	730	2,30	1,83	2	0,01	0,01	233	0,73	0,59	88	0,28	0,22	497	1,57	1,25
1916 . .	1 005	3,17	2,50	66	0,21	0,16	939	2,96	2,34	2	0,02	0,001	321	1,01	0,80	64	0,20	0,16	618	1,95	1,54
1917 . .	1 530	4,82	3,77	183	0,58	0,45	1 347	4,24	3,32	6	0,02	0,01	375	1,18	0,92	177	0,56	0,44	972	3,06	2,40
1918 . .	2 913	9,18	7,12	127	0,40	0,31	2 786	8,78	6,81	4	0,01	0,01	778	2,45	1,90	123	0,39	0,30	2 008	6,33	4,91
Regierungsbezirk																					
1914 . .	1 555	4,61	4,05	523	1,55	1,36	1 032	3,06	2,69	4	0,01	0,01	457	1,35	1,19	519	1,54	1,35	575	1,70	1,50
1915 . .	822	2,44	2,13	234	0,69	0,61	588	1,74	1,52	6	0,02	0,02	239	0,71	0,62	228	0,68	0,59	349	1,03	0,90
1916 . .	1 149	3,41	2,96	376	1,11	0,97	773	2,29	1,99	7	0,02	0,02	278	0,82	0,72	369	1,09	0,95	495	1,47	1,28
1917 . .	1 542	4,57	3,95	458	1,36	1,17	1 084	3,21	2,78	9	0,03	0,02	344	1,02	0,88	449	1,33	1,15	740	2,19	1,90
1918 . .	2 084	6,18	5,31	440	1,30	1,12	1 644	4,87	4,19	11	0,03	0,03	763	2,26	1,94	429	1,27	1,09	881	2,61	2,24
Regierungsbezirk																					
1914 . .	1 798	3,81	3,55	339	0,72	0,67	1 459	3,09	2,88	12	0,03	0,02	792	1,68	1,56	327	0,69	0,64	667	1,41	1,32
1915 . .	870	1,85	1,71	153	0,32	0,30	717	1,52	1,41	7	0,01	0,01	376	0,80	0,74	146	0,31	0,29	341	0,72	0,67
1916 . .	1 140	2,42	2,23	189	0,40	0,37	951	2,02	1,86	12	0,03	0,02	408	0,87	0,80	177	0,38	0,35	543	1,15	1,06
1917 . .	2 015	4,27	3,93	352	0,75	0,69	1 663	3,53	3,25	38	0,08	0,07	484	1,03	0,94	314	0,67	0,61	1 179	2,50	2,30
1918 . .	2 329	4,94	4,53	241	0,51	0,47	2 088	4,43	4,06	7	0,01	0,01	959	2,03	1,87	234	0,50	0,46	1 129	2,39	2,20
Regierungsbezirk																					
1914 . .	1 090	5,15	4,73	281	1,33	1,22	809	3,83	3,51	10	0,05	0,04	344	1,63	1,49	271	1,28	1,18	465	2,20	2,02
1915 . .	545	2,58	2,36	145	0,69	0,63	400	1,89	1,73	2	0,01	0,01	164	0,78	0,71	143	0,68	0,62	236	1,12	1,02
1916 . .	716	3,39	3,09	114	0,54	0,49	602	2,85	2,59	2	0,01	0,01	230	1,09	0,99	112	0,53	0,48	372	1,76	1,60
1917 . .	1 058	5,00	4,54	214	1,01	0,92	844	3,99	3,62	1	0,004	0,004	255	1,21	1,09	213	1,01	0,91	589	2,78	2,53
1918 . .	1 501	7,10	6,42	154	0,73	0,66	1 347	6,37	5,76	6	0,03	0,03	509	2,41	2,18	148	0,70	0,63	838	3,96	3,58
Regierungsbezirk																					
1914 . .	1 258	5,09	4,52	361	1,46	1,30	897	3,63	3,22	6	0,02	0,02	332	1,34	1,19	355	1,44	1,27	565	2,29	2,03
1915 . .	547	2,21	1,95	165	0,67	0,59	382	1,55	1,36	9	0,04	0,03	150	0,61	0,54	156	0,63	0,56	232	0,91	0,83
1916 . .	552	2,23	1,95	67	0,27	0,24	485	1,96	1,72	1	0,004	0,003	188	0,76	0,67	66	0,27	0,23	297	1,20	1,06
1917 . .	726	2,94	2,57	83	0,34	0,29	643	2,60	2,27	—	—	—	243	0,98	0,86	83	0,34	0,29	400	1,62	1,41
1918 . .	1 367	5,53	4,81	76	0,31	0,27	1 291	5,22	4,54	3	0,01	0,01	525	2,12	1,85	73	0,30	0,26	766	3,10	2,69

*) Für die Berechnung zu a ist der Grundstücksbestand der Grundeigentumsstatistik vom Jahre 1893 benutzt. Der Berechnung zu b ist der nach der Zu- bezw. Abnahme

[1]) Hier sind bei der Berechnung zu b) die durch die Ansiedlungskommission bewirkten Veränderungen des Grundstücksbestandes berücksichtigt worden.

und im Verhältnis zum Grundstücksbestande*) in den Jahren 1914 bis 1918.

Insbesondere wechselten von den infolge von Kauf, Tausch, Enteignung, Zwangsversteigerung usw. ungeteilt in andere Hand übergegangenen Besitzungen von 2 *ha* an den Eigentümer in der Größenklasse von . . . *ha*																		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1
2 bis 5			5 bis 20			20 bis 50			50 bis 100			100 bis 200			200 und mehr			
überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		
	a	b		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b	
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	
Königsberg																		
169	3,00	2,57	210	2,49	2,16	73	1,32	1,52	44	1,47	1,54	17	2,30	2,05	13	1,40	1,32	1914
96	1,70	1,45	121	1,43	1,24	28	0,51	0,59	20	0,67	0,70	17	2,30	2,03	13	1,40	1,32	1915
150	2,66	2,25	180	2,13	1,83	56	1,01	1,18	30	1,00	1,06	23	3,11	2,74	27	2,91	2,73	1916
213	3,78	3,18	303	3,59	3,06	108	1,95	2,30	57	1,90	2,01	56	7,58	6,64	54	5,82	5,44	1917
426	7,55	6,31	516	6,11	5,19	183	3,30	3,93	102	3,41	3,61	81	10,96	9,54	60	6,47	6,08	1918
Gumbinnen																		
274	2,59	2,18	248	1,92	1,59	64	0,80	1,09	35	1,82	1,77	20	3,42	2,99	6	1,54	1,43	1914
163	1,54	1,29	106	0,82	0,68	46	0,64	0,79	14	0,73	0,71	8	1,37	1,19	6	1,54	1,43	1915
314	2,97	2,46	256	1,98	1,62	67	0,94	1,16	25	1,30	1,26	9	1,54	1,33	9	2,31	2,13	1916
493	4,66	3,84	415	3,22	2,60	113	1,58	1,98	36	1,87	1,81	34	5,82	5,00	12	3,08	2,83	1917
915	8,65	7,07	671	5,20	4,17	173	2,42	3,06	64	3,33	3,22	52	8,90	7,60	23	5,90	5,41	1918
Allenstein																		
158	2,84	2,27	190	2,17	1,68	59	0,87	1,06	23	0,84	0,94	16	3,22	2,85	12	2,84	2,66	1914
64	1,15	0,91	118	1,35	1,08	30	0,44	0,55	14	0,51	0,58	7	1,41	1,24	5	1,18	1,10	1915
154	2,76	2,18	136	1,55	1,18	45	0,67	0,83	18	0,66	0,75	15	3,02	2,65	19	4,50	4,19	1916
192	3,45	2,69	254	2,90	2,18	81	1,20	1,50	35	1,28	1,46	11	2,21	1,93	21	4,98	4,61	1917
304	5,45	4,22	412	4,70	3,49	115	1,70	2,16	39	1,43	1,64	22	4,43	3,84	29	6,87	6,35	1918
Danzig[1])																		
120	3,47	2,83	243	3,15	2,52	59	1,59	1,54	25	1,83	1,94	15	3,46	3,67	9	2,29	2,48	1914
62	1,79	1,45	100	1,30	1,03	36	0,97	0,94	16	1,17	1,25	10	2,30	2,45	3	0,76	0,83	1915
70	2,08	1,62	140	1,82	1,42	61	1,64	1,58	21	1,54	1,64	15	3,46	3,69	3	0,76	0,83	1916
115	3,33	2,65	253	3,28	2,55	85	2,29	2,20	34	2,49	2,67	16	3,69	3,95	8	2,04	2,23	1917
224	6,48	5,11	402	5,21	4,01	117	3,15	3,08	54	3,95	4,25	18	4,15	4,46	13	3,31	3,64	1918
Marienwerder[1])																		
376	4,08	3,35	505	4,33	2,89	178	2,61	2,51	48	2,06	2,17	24	3,06	3,41	21	2,25	2,92	1914
139	1,51	1,23	224	1,92	1,26	83	1,22	1,17	37	1,59	1,68	6	0,76	0,86	8	0,86	1,13	1915
164	1,78	1,43	301	2,58	1,67	88	1,29	1,24	28	1,20	1,28	22	2,80	3,16	14	1,50	2,01	1916
292	3,17	2,53	450	3,86	2,46	118	1,73	1,65	37	1,59	1,69	36	4,59	5,20	34	3,64	4,96	1917
787	8,55	6,77	828	7,10	4,45	238	3,49	3,33	74	3,17	3,39	43	5,48	6,24	34	3,64	5,02	1918
Potsdam																		
269	3,03	2,39	190	1,75	1,38	72	0,84	0,85	24	0,59	0,66	13	2,29	2,48	6	0,79	0,82	1914
148	1,67	1,30	131	1,20	0,94	35	0,41	0,42	9	0,22	0,25	10	1,76	1,88	14	1,85	1,93	1915
195	2,20	1,69	172	1,58	1,22	61	0,71	0,73	31	0,77	0,87	12	2,11	2,26	23	3,04	3,17	1916
296	3,33	2,55	246	2,26	1,73	95	1,10	1,13	41	1,01	1,15	21	3,70	3,96	39	5,15	5,39	1917
426	4,80	3,63	295	2,71	2,06	86	1,00	1,03	33	0,82	0,93	24	4,23	4,55	16	2,11	2,22	1918
Frankfurt																		
322	2,42	2,14	220	1,05	0,95	68	0,71	0,72	25	1,18	1,21	17	5,47	5,54	13	1,78	1,82	1914
132	0,99	0,87	133	0,63	0,57	43	0,45	0,46	16	0,76	0,77	6	1,93	1,95	8	1,09	1,12	1915
221	1,66	1,45	188	0,89	0,81	59	0,61	0,63	27	1,28	1,30	13	4,18	4,25	34	4,64	4,76	1916
394	2,96	2,58	303	1,44	1,29	101	1,05	1,07	44	2,09	2,13	31	9,97	10,13	46	6,28	6,44	1917
524	3,93	3,41	383	1,82	1,68	126	1,31	1,34	39	1,85	1,89	24	7,72	7,84	30	4,10	4,21	1918
Stettin																		
190	3,33	3,17	189	2,23	1,82	53	1,12	1,15	15	1,13	1,25	10	3,89	4,37	6	0,89	0,94	1914
79	1,39	1,31	106	1,25	1,01	30	0,63	0,65	12	0,91	1,00	3	1,17	1,32	5	0,74	0,78	1915
160	2,81	2,65	152	1,80	1,44	32	0,68	0,70	6	0,45	0,50	8	3,11	3,54	14	2,07	2,20	1916
222	3,89	3,67	231	2,73	2,17	63	1,33	1,37	31	2,34	2,62	16	6,23	7,11	26	3,85	4,10	1917
350	6,14	5,78	305	3,61	2,85	96	2,03	2,10	26	1,97	2,20	19	7,39	8,52	24	3,55	3,80	1918
Köslin																		
179	2,79	2,77	254	2,26	1,75	72	1,51	1,49	24	2,26	2,65	15	5,66	6,10	21	2,19	2,23	1914
86	1,84	1,33	96	0,85	0,66	24	0,50	0,50	6	0,57	0,67	12	4,53	4,90	8	0,84	0,85	1915
82	1,28	1,27	142	1,26	0,96	27	0,57	0,56	8	0,75	0,90	16	6,04	6,56	22	2,80	2,34	1916
97	1,51	1,50	160	1,42	1,07	64	1,34	1,33	19	1,79	2,15	21	7,92	8,61	39	4,08	4,15	1917
196	3,06	3,08	321	2,85	2,13	122	2,56	2,53	48	4,53	5,49	33	12,45	13,58	45	4,70	4,79	1918

der Zahl der Grundstücke von der Grundeigentumsstatistik des Jahres 1878 bis zu derjenigen von 1893 für jedes Jahr errechnete Grundstücksbestand zugrunde gelegt.

(Noch: Taf. 4) Jahr des Besitzwechsels	Gesamtzahl der den Eigentümer wechselnden Grundstücke			Von den Grundstücken Spalte 2 wechselten den Eigentümer																	
				infolge von Erbgang, Vermächtnis usw. sowie Kauf, Tausch, Enteignung usw. zusammen						infolge von Erbgang, Vermächtnis usw.						infolge von Kauf, Tausch, Enteignung usw.					
				abgezweigt			ungeteilt			abgezweigt			ungeteilt			abgezweigt			ungeteilt		
	überhaupt	vomHundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vomHundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vomHundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vomHundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vomHundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vomHundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vomHundert des Grundstücksbestandes	
		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
																					Regierungsbezirk
1914 . .	170	5,81	5,80	34	1,16	1,06	136	4,65	4,24	—	—	—	31	1,06	0,97	34	1,16	1,06	105	3,59	3,27
1915 . .	102	3,49	3,17	8	0,27	0,25	94	3,21	2,92	—	—	—	27	0,92	0,81	8	0,27	0,25	67	2,29	2,08
1916 . .	89	3,04	2,75	4	0,14	0,12	85	2,91	2,63	—	—	—	15	0,51	0,46	4	0,14	0,12	70	2,39	2,16
1917 . .	156	5,34	4,80	14	0,48	0,43	142	4,86	4,37	—	—	—	17	0,58	0,52	14	0,48	0,43	125	4,27	3,85
1918 . .	192	6,57	5,89	7	0,24	0,21	185	6,33	5,67	—	—	—	18	0,62	0,55	7	0,24	0,21	167	5,71	5,12
																					Regierungsbezirk
1914 . .	1 834	4,21	3,74	255	0,59	0,52	1 579	3,62	3,22	43	0,10	0,09	727	1,67	1,48	212	0,49	0,43	852	1,96	1,71
1915 . .	778	1,79	1,58	100	0,23	0,20	678	1,56	1,38	12	0,03	0,02	427	0,98	0,87	88	0,20	0,18	251	0,58	0,51
1916 . .	823	1,89	1,66	90	0,21	0,18	733	1,68	1,48	15	0,03	0,03	463	1,06	0,93	75	0,17	0,15	270	0,62	0,54
1917 . .	1 158	2,66	2,32	99	0,23	0,20	1 059	2,43	2,13	12	0,03	0,02	508	1,17	1,02	87	0,20	0,17	551	1,26	1,11
1918 . .	1 782	4,09	3,56	174	0,40	0,35	1 608	3,69	3,21	28	0,06	0,06	828	1,90	1,65	146	0,34	0,29	780	1,79	1,56
																					Regierungsbezirk
1914 . .	1 232	5,72	4,18	122	0,57	0,41	1 110	5,15	3,77	4	0,02	0,01	360	1,67	1,22	118	0,55	0,40	750	3,48	2,54
1915 . .	530	2,46	1,78	53	0,25	0,18	477	2,21	1,60	6	0,03	0,02	198	0,92	0,66	47	0,22	0,16	279	1,30	0,93
1916 . .	654	3,04	2,16	44	0,20	0,15	610	2,83	2,02	—	—	—	202	0,94	0,67	44	0,20	0,15	408	1,89	1,35
1917 . .	888	4,12	2,90	53	0,25	0,17	835	3,88	2,73	—	—	—	237	1,10	0,77	53	0,25	0,17	598	2,78	1,95
1918 . .	1 242	5,77	4,01	38	0,18	0,12	1 204	5,59	3,89	1	0,004	0,003	348	1,62	1,12	37	0,17	0,12	856	3,97	2,76
																					Regierungsbezirk
1914 . .	1 677	3,36	3,37	265	0,53	0,53	1 412	2,83	2,84	15	0,03	0,03	632	1,27	1,27	250	0,50	0,50	780	1,56	1,57
1915 . .	856	1,72	1,72	113	0,23	0,23	743	1,49	1,49	3	0,01	0,01	284	0,57	0,57	110	0,22	0,22	459	0,92	0,92
1916 . .	1 039	2,08	2,09	167	0,33	0,34	872	1,75	1,75	1	0,002	0,002	324	0,65	0,65	166	0,33	0,33	548	1,10	1,10
1917 . .	1 383	2,77	2,78	117	0,23	0,23	1 266	2,54	2,54	3	0,01	0,01	436	0,87	0,88	114	0,23	0,23	830	1,66	1,67
1918 . .	2 183	4,38	4,38	171	0,34	0,34	2 012	4,03	4,04	4	0,01	0,01	759	1,52	1,52	167	0,33	0,34	1 253	2,51	2,52
																					Regierungsbezirk
1914 . .	1 695	3,34	3,18	296	0,58	0,56	1 399	2,76	2,63	10	0,02	0,02	533	1,05	1,00	286	0,56	0,54	866	1,71	1,63
1915 . .	878	1,73	1,65	146	0,29	0,27	732	1,44	1,37	6	0,01	0,01	288	0,57	0,54	140	0,28	0,26	444	0,87	0,83
1916 . .	1 115	2,20	2,08	142	0,28	0,27	973	1,92	1,82	2	0,003	0,003	341	0,67	0,64	140	0,28	0,26	632	1,25	1,18
1917 . .	1 621	3,19	3,02	214	0,42	0,40	1 407	2,77	2,63	4	0,01	0,01	379	0,75	0,71	210	0,41	0,39	1 028	2,03	1,92
1918 . .	2 382	4,69	4,43	262	0,52	0,49	2 120	4,18	3,95	17	0,03	0,03	708	1,39	1,32	245	0,48	0,46	1 412	2,78	2,63
																					Regierungsbezirk
1914 . .	1 778	3,18	3,06	331	0,59	0,57	1 447	2,59	2,49	74	0,13	0,13	924	1,65	1,59	257	0,46	0,44	523	0,94	0,90
1915 . .	993	1,78	1,70	125	0,22	0,21	868	1,55	1,49	16	0,03	0,03	557	1,00	0,96	109	0,19	0,19	311	0,56	0,53
1916 . .	1 216	2,17	2,08	102	0,18	0,17	1 114	1,99	1,91	17	0,03	0,03	705	1,26	1,21	85	0,15	0,15	409	0,73	0,70
1917 . .	1 499	2,68	2,56	121	0,22	0,21	1 378	2,46	2,36	27	0,05	0,05	873	1,56	1,49	94	0,17	0,16	505	0,90	0,86
1918 . .	2 290	4,09	3,91	193	0,35	0,33	2 097	3,75	3,58	24	0,04	0,04	1 442	2,58	2,46	169	0,30	0,29	655	1,17	1,12
																					Regierungsbezirk
1914 . .	1 003	3,98	3,65	378	1,50	1,38	625	2,48	2,28	44	0,17	0,16	371	1,47	1,35	334	1,32	1,22	254	1,01	0,93
1915 . .	453	1,80	1,64	137	0,54	0,50	316	1,25	1,15	20	0,08	0,07	149	0,59	0,54	117	0,46	0,42	167	0,66	0,61
1916 . .	599	2,38	2,16	183	0,73	0,66	416	1,65	1,50	23	0,09	0,08	195	0,77	0,70	160	0,63	0,58	221	0,88	0,80
1917 . .	887	3,52	3,19	307	1,22	1,11	580	2,30	2,09	50	0,20	0,18	242	0,96	0,87	257	1,02	0,93	338	1,34	1,22
1918 . .	1 307	5,18	4,69	316	1,25	1,13	991	3,93	3,55	54	0,21	0,19	573	2,27	2,05	262	1,04	0,94	418	1,66	1,50
																					Regierungsbezirk
1914 . .	1 134	3,54	3,47	417	1,30	1,28	717	2,24	2,20	52	0,16	0,16	406	1,27	1,24	365	1,14	1,12	311	0,97	0,95
1915 . .	440	1,37	1,35	140	0,44	0,43	300	0,94	0,92	13	0,04	0,04	173	0,54	0,53	127	0,40	0,39	127	0,40	0,39
1916 . .	686	2,14	2,10	286	0,89	0,87	400	1,25	1,22	24	0,07	0,07	194	0,61	0,59	262	0,82	0,80	206	0,64	0,63
1917 . .	846	2,64	2,58	307	0,96	0,94	539	1,68	1,65	18	0,06	0,05	230	0,72	0,70	289	0,90	0,88	309	0,96	0,94
1918 . .	1 208	3,77	3,69	335	1,04	1,02	873	2,72	2,66	55	0,17	0,17	526	1,64	1,61	280	0,87	0,85	347	1,08	1,06
																					Regierungsbezirk
1914 . .	346	2,16	2,08	173	1,08	1,04	173	1,08	1,04	92	0,57	0,55	119	0,74	0,72	81	0,50	0,49	54	0,31	0,33
1915 . .	147	0,92	0,88	53	0,33	0,32	94	0,59	0,56	37	0,23	0,22	50	0,31	0,30	16	0,10	0,10	44	0,27	0,26
1916 . .	233	1,45	1,40	75	0,47	0,45	158	0,98	0,95	25	0,16	0,15	100	0,62	0,60	50	0,31	0,30	58	0,36	0,35
1917 . .	290	1,81	1,74	114	0,71	0,68	176	1,10	1,05	41	0,26	0,25	89	0,55	0,53	73	0,45	0,44	87	0,54	0,52
1918 . .	489	3,05	2,92	156	0,97	0,93	333	2,07	1,99	65	0,40	0,39	207	1,29	1,24	91	0,57	0,54	126	0,78	0,75

Vergl. die Anmerkungen [illegible]) und [1]) auf Seite 34/35.

und im Verhältnis zum Grundstücksbestande*) in den Jahren 1914 bis 1918.

	Insbesondere wechselten von den infolge von Kauf, Tausch, Enteignung, Zwangsversteigerung usw. ungeteilt in andere Hand übergegangenen Besitzungen von 2 *ha* an den Eigentümer in der Größenklasse von . . . *ha*																		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1
	2 bis 5			5 bis 20			20 bis 50			50 bis 100			100 bis 200			200 und mehr			
	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	vom Hundert des Grundstücksbestandes b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	vom Hundert des Grundstücksbestandes b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	vom Hundert des Grundstücksbestandes b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	vom Hundert des Grundstücksbestandes b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	vom Hundert des Grundstücksbestandes b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	vom Hundert des Grundstücksbestandes b	
	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	
Stralsund																			
	45	3,64	3,15	36	5,41	4,28	12	2,94	3,52	7	4,64	5,34	2	2,17	2,06	3	0,81	0,82	1914
	22	1,78	1,53	21	3,15	2,47	7	1,72	2,07	3	1,99	2,31	1	1,09	1,02	9	2,42	2,45	1915
	22	1,78	1,52	20	3,00	2,83	11	2,70	3,29	6	3,97	4,65	5	5,43	5,10	6	1,61	1,63	1916
	42	3,40	2,88	37	5,86	4,26	21	5,15	6,84	5	3,31	3,91	8	8,70	8,16	12	3,23	3,27	1917
	56	4,53	3,82	66	9,91	7,58	16	3,92	4,88	10	6,62	7,87	7	7,61	7,14	12	3,23	3,27	1918
Posen [1])																			
	288	2,72	2,22	440	1,77	1,58	85	1,41	1,35	14	2,04	2,10	6	2,39	2,93	16	1,43	1,57	1914
	93	0,88	0,71	114	0,46	0,41	25	0,42	0,40	7	1,02	1,05	7	2,79	3,45	5	0,45	0,49	1915
	93	0,88	0,70	125	0,50	0,44	26	0,43	0,41	8	1,17	1,20	10	3,98	5,00	8	0,71	0,79	1916
	185	1,74	1,39	270	1,08	0,96	62	1,03	0,98	13	1,90	1,95	12	4,78	6,06	9	0,80	0,89	1917
	297	2,80	2,21	364	1,46	1,28	63	1,05	0,99	19	2,77	2,86	14	5,58	7,14	19	1,70	1,89	1918
Bromberg [1])																			
	196	3,39	3,06	423	4,82	2,71	85	1,77	1,53	21	2,05	1,95	11	2,92	3,83	13	1,70	2,39	1914
	80	1,38	1,25	147	1,67	0,92	30	0,62	0,54	12	1,17	1,11	4	1,06	1,42	6	0,78	1,18	1915
	100	1,73	1,55	218	2,48	1,34	59	1,23	1,05	16	1,56	1,48	8	2,12	2,88	7	0,92	1,84	1916
	169	2,92	2,61	274	3,12	1,65	82	1,71	1,45	39	3,80	3,60	18	4,77	6,57	16	2,09	3,13	1917
	285	4,92	4,38	371	4,23	2,19	115	2,39	2,02	43	4,20	3,96	22	5,84	8,15	20	2,61	3,99	1918
Breslau																			
	394	1,89	2,02	261	1,27	1,15	77	1,21	1,41	17	1,97	1,91	15	3,69	3,51	9	1,00	1,02	1914
	208	1,00	1,07	188	0,91	0,83	33	0,52	0,61	10	1,16	1,14	5	1,23	1,18	13	1,45	1,48	1915
	259	1,25	1,83	182	0,88	0,80	59	0,93	1,09	15	1,74	1,71	12	2,95	2,82	13	1,45	1,48	1916
	352	1,69	1,82	279	1,36	1,22	102	1,61	1,91	30	3,47	3,41	31	7,62	7,28	31	3,46	3,53	1917
	563	2,71	2,92	479	2,33	2,08	117	1,81	2,20	30	3,47	3,41	36	8,85	8,43	22	2,45	2,51	1918
Liegnitz																			
	386	1,84	1,81	340	1,64	1,44	84	1,21	1,34	33	2,99	3,33	7	2,19	2,17	14	1,99	1,99	1914
	210	1,00	0,99	159	0,77	0,67	34	0,49	0,55	14	1,27	1,42	11	3,44	3,41	12	1,70	1,71	1915
	292	1,39	1,37	213	1,03	0,89	76	1,09	1,23	21	1,90	2,14	15	4,69	4,64	15	2,13	2,14	1916
	419	2,00	1,96	338	1,63	1,40	117	1,68	1,90	70	6,35	7,17	33	10,31	10,19	51	7,23	7,28	1917
	594	2,83	2,78	514	2,48	2,12	173	2,49	2,82	56	5,08	5,77	35	10,94	10,80	38	5,39	5,42	1918
Oppeln																			
	300	1,17	1,07	181	0,72	0,70	26	0,61	0,77	4	1,71	2,13	5	2,63	2,87	6	0,90	0,91	1914
	177	0,69	0,63	106	0,42	0,41	13	0,31	0,39	5	2,14	2,69	4	2,11	2,30	5	0,75	0,76	1915
	207	0,81	0,74	160	0,64	0,62	19	0,45	0,57	7	2,99	3,83	8	4,21	4,62	4	0,60	0,61	1916
	288	1,13	1,02	175	0,70	0,68	23	0,54	0,70	8	3,42	4,42	5	2,63	2,91	5	0,75	0,76	1917
	383	1,50	1,25	224	0,89	0,86	30	0,71	0,93	10	4,27	5,59	4	2,11	2,34	2	0,30	0,30	1918
Magdeburg																			
	119	1,55	1,38	96	1,07	0,90	20	0,39	0,41	10	0,37	0,39	5	1,28	1,23	4	1,27	1,27	1914
	83	1,08	0,96	50	0,56	0,47	14	0,27	0,29	11	0,41	0,43	5	1,28	1,28	4	1,27	1,27	1915
	113	1,48	1,30	67	0,74	0,62	10	0,19	0,21	17	0,63	0,67	8	2,05	1,97	6	1,90	1,90	1916
	159	2,08	1,81	110	1,22	1,01	22	0,43	0,45	22	0,81	0,87	15	3,85	3,68	10	3,16	3,16	1917
	226	2,95	2,56	129	1,43	1,18	26	0,50	0,54	18	0,67	0,71	10	2,56	2,44	9	2,85	2,85	1918
Merseburg																			
	167	1,62	1,55	100	0,72	0,69	22	0,38	0,41	11	0,79	0,83	5	1,25	1,21	6	1,81	1,69	1914
	68	0,66	0,63	39	0,28	0,27	11	0,19	0,21	4	0,29	0,30	—	—	—	5	1,51	1,40	1915
	102	0,99	0,94	66	0,48	0,46	16	0,28	0,30	8	0,57	0,61	5	1,25	1,21	9	2,72	2,52	1916
	143	1,38	1,32	98	0,71	0,67	31	0,54	0,59	5	0,36	0,38	17	4,26	4,12	15	4,53	4,18	1917
	162	1,57	1,49	114	0,83	0,78	43	0,74	0,82	13	0,93	0,99	7	1,75	1,69	8	2,12	2,22	1918
Erfurt																			
	39	0,55	0,50	10	0,14	0,14	2	0,15	0,16	2	1,10	1,29	—	—	—	1	1,20	1,10	1914
	24	0,34	0,31	14	0,19	0,19	2	0,15	0,16	1	0,70	0,65	2	2,33	2,44	1	1,20	1,09	1915
	33	0,47	0,42	13	0,18	0,18	1	0,07	0,08	3	2,10	1,92	2	2,33	2,47	6	7,23	6,52	1916
	44	0,62	0,56	16	0,22	0,22	7	0,52	0,58	4	2,80	2,56	9	10,47	11,11	7	8,43	7,53	1917
	81	1,14	1,02	27	0,37	0,37	9	0,67	0,74	1	0,70	0,64	2	2,33	2,47	6	7,23	6,45	1918

(Noch: Taf. 4) Jahr des Besitzwechsels	Gesamtzahl der den Eigentümer wechselnden Grundstücke: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	vom Hundert des Grundstücksbestandes b	Von den Grundstücken Spalte 2 wechselten den Eigentümer infolge von Erbgang, Vermächtnis usw. sowie Kauf, Tausch, Enteignung usw. zusammen: abgezweigt überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	ungeteilt überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	infolge von Erbgang, Vermächtnis usw.: abgezweigt überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	ungeteilt überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	infolge von Kauf, Tausch, Enteignung usw.: abgezweigt überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	ungeteilt überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Regierungsbezirk																					
1914 . .	3 513	6,45	6,25	1 258	2,31	2,24	2 255	4,14	4,01	66	0,12	0,13	578	1,06	1,03	1 192	2,19	2,12	1 677	3,08	2,99
1915 . .	1 562	2,87	2,78	457	0,84	0,81	1 105	2,03	1,96	30	0,06	0,05	322	0,59	0,57	427	0,78	0,76	783	1,44	1,39
1916 . .	2 285	4,20	4,06	814	1,49	1,44	1 471	2,70	2,61	34	0,06	0,06	348	0,64	0,62	780	1,43	1,38	1 123	2,06	1,99
1917 . .	3 644	6,69	6,46	1 289	2,37	2,28	2 355	4,32	4,17	65	0,12	0,12	483	0,89	0,86	1 224	2,25	2,17	1 872	3,44	3,32
1918 . .	4 990	9,16	8,83	1 666	3,06	2,95	3 324	6,10	5,88	114	0,21	0,20	903	1,66	1,60	1 552	2,85	2,75	2 421	4,45	4,28
Regierungsbezirk																					
1914 . .	521	2,51	2,43	199	0,96	0,93	322	1,55	1,50	24	0,12	0,11	265	1,28	1,24	175	0,84	0,82	57	0,28	0,27
1915 . .	256	1,24	1,19	90	0,43	0,42	166	0,80	0,77	15	0,07	0,07	128	0,62	0,60	75	0,36	0,35	38	0,18	0,18
1916 . .	273	1,32	1,27	70	0,34	0,33	203	0,98	0,94	5	0,02	0,02	166	0,80	0,77	65	0,31	0,30	37	0,18	0,17
1917 . .	319	1,54	1,48	89	0,43	0,41	230	1,11	1,07	3	0,01	0,01	181	0,87	0,84	86	0,41	0,40	49	0,24	0,23
1918 . .	618	2,98	2,86	164	0,79	0,76	454	2,19	2,10	6	0,03	0,03	401	1,94	1,86	158	0,76	0,73	53	0,26	0,25
Regierungsbezirk																					
1914 . .	296	1,76	1,76	96	0,57	0,57	200	1,19	1,19	33	0,20	0,20	152	0,90	0,90	63	0,37	0,37	48	0,29	0,29
1915 . .	200	1,19	1,19	77	0,46	0,46	123	0,73	0,73	13	0,08	0,08	77	0,46	0,46	64	0,38	0,38	46	0,27	0,27
1916 . .	236	1,40	1,40	96	0,57	0,57	140	0,83	0,83	34	0,20	0,20	103	0,61	0,61	62	0,37	0,37	37	0,22	0,22
1917 . .	367	2,18	2,18	141	0,84	0,84	226	1,34	1,34	41	0,24	0,24	141	0,84	0,84	100	0,59	0,59	85	0,50	0,51
1918 . .	571	3,39	3,40	163	0,97	0,97	408	2,42	2,43	42	0,25	0,25	305	1,81	1,81	121	0,72	0,72	103	0,61	0,61
Regierungsbezirk																					
1914 . .	782	3,49	3,24	265	1,18	1,10	517	2,31	2,14	2	0,01	0,01	371	1,65	1,54	263	1,17	1,09	146	0,65	0,61
1915 . .	457	2,04	1,89	112	0,50	0,46	345	1,54	1,43	—	—	—	244	1,09	1,01	112	0,50	0,46	101	0,45	0,42
1916 . .	467	2,08	1,92	118	0,53	0,49	349	1,56	1,44	1	0,004	0,004	203	0,91	0,84	117	0,52	0,48	146	0,65	0,60
1917 . .	627	2,80	2,57	208	0,93	0,85	419	1,87	1,72	6	0,03	0,02	241	1,07	0,99	202	0,90	0,83	178	0,79	0,73
1918 . .	1 312	5,85	5,37	381	1,70	1,56	931	4,15	3,81	17	0,08	0,07	624	2,78	2,55	364	1,62	1,49	307	1,37	1,26
Regierungsbezirk																					
1914 . .	779	3,42	3,33	273	1,20	1,17	506	2,22	2,16	26	0,11	0,11	325	1,43	1,39	247	1,09	1,05	181	0,80	0,77
1915 . .	361	1,59	1,54	83	0,36	0,35	278	1,22	1,19	6	0,03	0,03	196	0,86	0,84	77	0,34	0,33	82	0,36	0,35
1916 . .	518	2,28	2,21	117	0,51	0,50	401	1,76	1,71	2	0,01	0,01	278	1,22	1,18	115	0,51	0,49	123	0,54	0,52
1917 . .	645	2,83	2,74	176	0,77	0,75	469	2,06	1,99	7	0,03	0,03	299	1,31	1,27	169	0,74	0,72	170	0,75	0,72
1918 . .	1 247	5,48	5,29	303	1,33	1,29	944	4,15	4,01	4	0,02	0,02	643	2,82	2,73	299	1,31	1,27	301	1,32	1,28
Regierungsbezirk																					
1914 . .	514	2,89	2,77	164	0,92	0,89	350	1,97	1,89	1	0,01	0,01	265	1,49	1,43	163	0,92	0,88	85	0,48	0,46
1915 . .	338	1,90	1,82	115	0,65	0,62	223	1,25	1,20	2	0,01	0,01	163	0,92	0,88	113	0,63	0,61	60	0,34	0,32
1916 . .	453	2,54	2,44	174	0,98	0,94	279	1,57	1,50	7	0,04	0,04	224	1,26	1,20	167	0,94	0,90	55	0,31	0,30
1917 . .	386	2,17	2,07	96	0,54	0,52	290	1,63	1,56	8	0,04	0,04	207	1,16	1,11	88	0,49	0,47	83	0,47	0,45
1918 . .	655	3,68	3,51	154	0,86	0,83	501	2,81	2,68	9	0,05	0,05	397	2,23	2,13	145	0,81	0,78	104	0,58	0,56
Regierungsbezirk																					
1914 . .	467	3,58	3,34	49	0,38	0,35	418	3,21	2,99	3	0,02	0,02	148	1,14	1,06	46	0,35	0,33	270	2,07	1,93
1915 . .	206	1,58	1,47	21	0,16	0,15	185	1,42	1,32	—	—	—	88	0,68	0,63	21	0,16	0,15	97	0,74	0,69
1916 . .	185	1,42	1,31	22	0,17	0,16	163	1,25	1,16	11	0,08	0,08	106	0,81	0,75	11	0,08	0,08	57	0,44	0,40
1917 . .	289	2,22	2,04	64	0,49	0,45	225	1,78	1,59	14	0,11	0,10	118	0,91	0,83	50	0,38	0,35	107	0,82	0,76
1918 . .	698	5,35	4,92	152	1,17	1,07	546	4,19	3,85	28	0,21	0,20	234	1,80	1,65	124	0,95	0,87	312	2,39	2,20
Regierungsbezirk																					
1914 . .	759	2,73	2,68	198	0,71	0,70	561	2,01	1,98	6	0,02	0,02	465	1,67	1,64	192	0,69	0,68	96	0,34	0,34
1915 . .	514	1,85	1,81	128	0,46	0,45	386	1,39	1,36	5	0,02	0,02	332	1,19	1,17	123	0,44	0,43	54	0,19	0,19
1916 . .	488	1,75	1,72	138	0,50	0,49	350	1,26	1,23	3	0,01	0,01	300	1,08	1,06	135	0,48	0,48	50	0,18	0,18
1917 . .	698	2,51	2,46	179	0,64	0,63	519	1,86	1,83	1	0,003	0,003	405	1,45	1,43	178	0,64	0,63	114	0,41	0,40
1918 . .	1 098	3,94	3,86	264	0,95	0,93	834	3,00	2,93	13	0,05	0,05	718	2,58	2,52	251	0,90	0,88	116	0,42	0,41
Regierungsbezirk																					
1914 . .	660	2,62	2,51	192	0,76	0,73	468	1,86	1,78	20	0,08	0,08	361	1,44	1,37	172	0,68	0,65	107	0,43	0,41
1915 . .	312	1,24	1,18	68	0,27	0,26	244	0,97	0,93	9	0,04	0,03	218	0,87	0,83	59	0,23	0,22	26	0,10	0,10
1916 . .	376	1,50	1,42	67	0,27	0,25	309	1,23	1,17	11	0,04	0,04	257	1,02	0,97	56	0,22	0,21	52	0,21	0,20
1917 . .	428	1,70	1,62	83	0,33	0,31	345	1,37	1,30	4	0,02	0,02	304	1,21	1,15	79	0,31	0,30	41	0,16	0,16
1918 . .	751	2,99	2,83	152	0,60	0,57	599	2,38	2,26	9	0,04	0,03	535	2,13	2,02	143	0,57	0,54	64	0,25	0,24

*) Vergl. die Anmerkung *) auf Seite 34.

und im Verhältnis zum Grundstücksbestande*) in den Jahren 1914 bis 1918.

Insbesondere wechselten von den infolge von Kauf, Tausch, Enteignung, Zwangsversteigerung usw. ungeteilt in andere Hand übergegangenen Besitzungen von 2 *ha* an den Eigentümer in der Größenklasse von . . . *ha*																		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1
2 bis 5			5 bis 20			20 bis 50			50 bis 100			100 bis 200			200 und mehr			
überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		
	a	b		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b	
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	
Schleswig																		
570	4,58	4,53	639	3,31	3,09	336	2,21	2,12	101	1,70	1,81	25	2,19	2,10	6	1,45	1,58	1914
275	2,21	2,18	296	1,53	1,42	154	1,01	0,97	40	0,67	0,72	12	1,05	1,16	6	1,45	1,58	1915
422	3,39	3,35	425	2,20	2,04	196	1,29	1,23	58	0,97	1,01	14	1,23	1,36	8	1,93	2,12	1916
720	5,79	5,71	711	3,69	3,40	317	2,08	1,99	89	1,49	1,61	24	2,11	2,33	11	2,65	2,93	1917
924	7,43	7,32	972	5,04	4,63	339	2,23	2,12	133	2,23	2,41	36	3,16	3,52	16	3,86	4,28	1918
Hannover																		
19	0,35	0,31	26	0,29	0,28	8	0,16	0,16	—	—	—	3	1,72	1,51	1	2,70	2,50	1914
13	0,24	0,23	18	0,20	0,19	5	0,10	0,10	2	0,17	0,14	—	—	—	—	—	—	1915
15	0,28	0,27	14	0,16	0,15	7	0,14	0,14	1	0,08	0,07	—	—	—	—	—	—	1916
29	0,54	0,52	15	0,17	0,16	3	0,06	0,06	1	0,08	0,07	1	0,57	0,51	—	—	—	1917
24	0,44	0,43	23	0,26	0,25	4	0,08	0,08	2	0,17	0,13	—	—	—	—	—	—	1918
Hildesheim																		
30	0,45	0,45	13	0,17	0,17	4	0,19	0,19	1	0,32	0,31	—	—	—	—	—	—	1914
27	0,40	0,41	10	0,13	0,13	6	0,28	0,29	—	—	—	1	1,49	1,56	2	3,28	2,86	1915
23	0,34	0,35	10	0,13	0,13	2	0,09	0,10	1	0,32	0,31	1	1,49	1,56	—	—	—	1916
45	0,67	0,68	26	0,34	0,34	7	0,33	0,34	4	1,26	1,22	3	4,48	4,76	—	—	—	1917
62	0,93	0,93	32	0,42	0,42	4	0,19	0,19	2	0,63	0,61	3	4,48	4,75	—	—	—	1918
Lüneburg																		
54	1,28	0,97	55	0,79	0,71	17	0,28	0,29	7	0,22	0,22	8	0,57	0,58	5	1,12	1,03	1914
41	0,97	0,73	38	0,54	0,49	10	0,16	0,17	5	0,16	0,16	4	0,29	0,29	3	0,67	0,62	1915
55	1,30	0,97	54	0,77	0,69	20	0,33	0,35	5	0,16	0,16	7	0,50	0,51	5	1,12	1,02	1916
69	1,63	1,21	54	0,77	0,68	25	0,41	0,43	12	0,37	0,38	6	0,43	0,44	11	2,47	2,25	1917
119	2,81	2,06	116	1,66	1,46	30	0,49	0,52	18	0,56	0,58	10	0,71	0,73	14	3,15	2,85	1918
Stade																		
103	1,81	1,69	57	0,59	0,56	14	0,32	0,32	6	0,27	0,28	1	0,15	0,15	—	—	—	1914
42	0,74	0,69	31	0,32	0,31	6	0,14	0,14	2	0,09	0,09	1	0,15	0,15	—	—	—	1915
67	1,18	1,09	37	0,38	0,36	11	0,25	0,25	4	0,18	0,19	4	0,59	0,59	—	—	—	1916
99	1,71	1,61	48	0,50	0,47	12	0,27	0,28	9	0,41	0,43	1	0,15	0,15	1	1,52	1,41	1917
155	2,72	2,52	103	1,06	1,01	28	0,63	0,64	10	0,16	0,47	4	0,59	0,59	1	1,52	1,41	1918
Osnabrück																		
33	0,88	0,92	42	0,60	0,62	6	0,13	0,12	4	0,22	0,17	—	—	—	—	—	—	1914
30	0,80	0,84	21	0,30	0,31	4	0,08	0,08	4	0,22	0,17	1	0,24	0,18	—	—	—	1915
15	0,40	0,42	26	0,37	0,38	8	0,17	0,16	4	0,22	0,17	2	0,48	0,35	—	—	—	1916
29	0,77	0,81	35	0,50	0,51	12	0,25	0,23	3	0,16	0,12	3	0,72	0,52	1	1,30	0,99	1917
41	1,09	1,15	39	0,56	0,57	12	0,25	0,23	6	0,33	0,24	5	1,19	0,85	1	1,30	0,98	1918
Aurich																		
177	3,55	3,25	65	1,16	1,21	20	0,80	0,86	8	1,12	1,00	—	—	—	—	—	—	1914
56	1,12	1,03	30	0,63	0,56	8	0,32	0,35	3	0,42	0,37	—	—	—	—	—	—	1915
39	0,78	0,71	16	0,31	0,29	2	0,08	0,09	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1916
70	1,40	1,27	26	0,54	0,48	7	0,28	0,31	3	0,42	0,37	—	—	—	1	5,56	5,56	1917
203	4,07	3,66	73	1,53	1,33	28	1,12	1,23	7	0,98	0,86	1	2,50	2,27	—	—	—	1918
Münster																		
42	0,51	0,50	39	0,37	0,35	8	0,13	0,13	6	0,26	0,25	—	—	—	1	1,18	1,25	1914
28	0,34	0,31	15	0,14	0,13	6	0,10	0,10	4	0,17	0,17	1	0,28	0,27	—	—	—	1915
18	0,22	0,22	22	0,21	0,19	7	0,11	0,12	2	0,09	0,08	1	0,28	0,27	—	—	—	1916
54	0,65	0,65	31	0,29	0,27	19	0,31	0,32	8	0,34	0,34	2	0,56	0,55	—	—	—	1917
58	0,70	0,70	35	0,33	0,31	12	0,19	0,20	7	0,30	0,30	3	0,84	0,82	1	1,18	1,27	1918
Minden																		
45	0,48	0,43	34	0,32	0,30	19	0,46	0,48	8	1,28	1,37	—	—	—	1	1,20	1,15	1914
13	0,14	0,12	10	0,09	0,09	2	0,05	0,05	—	—	—	—	—	—	1	1,20	1,15	1915
32	0,34	0,31	16	0,15	0,14	4	0,10	0,10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1916
18	0,19	0,17	10	0,09	0,09	8	0,19	0,20	2	0,32	0,34	3	2,22	2,31	—	—	—	1917
33	0,35	0,31	20	0,19	0,18	6	0,14	0,15	1	0,16	0,17	2	1,48	1,54	2	2,41	2,27	1918

Noch: Besitzwechsel von mindestens 2 *ha* großen Grundstücken überhaupt

(Noch: Taf. 4) Jahr des Besitzwechsels	Gesamtzahl der den Eigentümer wechselnden Grundstücke			Von den Grundstücken Spalte 2 wechselten den Eigentümer																	
				infolge von Erbgang, Vermächtnis usw. sowie Kauf, Tausch, Enteignung usw. zusammen						infolge von Erbgang, Vermächtnis usw.						infolge von Kauf, Tausch, Enteignung usw.					
				abgezweigt			ungeteilt			abgezweigt			ungeteilt			abgezweigt			ungeteilt		
	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes	
		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Regierungsbezirk																					
1914 . .	681	2,59	2,56	237	0,90	0,89	444	1,69	1,67	32	0,12	0,12	306	1,16	1,15	205	0,78	0,77	138	0,52	0,52
1915 . .	455	1,73	1,71	128	0,49	0,48	327	1,24	1,23	12	0,05	0,05	235	0,89	0,88	116	0,44	0,44	92	0,35	0,35
1916 . .	562	2,13	2,11	181	0,69	0,68	381	1,45	1,43	25	0,09	0,09	236	0,90	0,88	156	0,59	0,58	145	0,55	0,54
1917 . .	758	2,88	2,84	254	0,96	0,95	504	1,91	1,89	17	0,06	0,06	304	1,15	1,14	237	0,90	0,89	200	0,76	0,75
1918 . .	1 044	3,96	3,91	253	0,96	0,95	791	3,00	2,96	35	0,13	0,13	569	2,16	2,13	218	0,83	0,82	222	0,84	0,83
Regierungsbezirk																					
1914 . .	697	1,76	1,65	198	0,50	0,47	499	1,26	1,18	75	0,19	0,18	383	0,97	0,90	123	0,31	0,29	116	0,29	0,27
1915 . .	363	0,92	0,85	137	0,35	0,32	226	0,57	0,53	37	0,09	0,09	159	0,40	0,37	100	0,25	0,24	67	0,17	0,16
1916 . .	389	0,98	0,91	145	0,37	0,34	244	0,62	0,57	39	0,10	0,09	164	0,41	0,38	106	0,27	0,25	80	0,20	0,19
1917 . .	423	1,07	0,99	133	0,34	0,31	290	0,73	0,68	57	0,14	0,13	205	0,52	0,48	76	0,19	0,18	85	0,21	0,20
1918 . .	901	2,28	2,10	237	0,60	0,55	664	1,68	1,55	145	0,37	0,34	565	1,43	1,32	92	0,23	0,21	99	0,25	0,23
Regierungsbezirk																					
1914 . .	637	2,23	2,20	563	1,97	1,94	74	0,26	0,26	345	1,21	1,19	53	0,19	0,18	218	0,76	0,75	21	0,07	0,07
1915 . .	261	0,91	0,90	220	0,77	0,76	41	0,14	0,14	127	0,44	0,44	30	0,10	0,10	93	0,33	0,32	11	0,04	0,04
1916 . .	192	0,67	0,66	123	0,43	0,42	69	0,24	0,24	62	0,22	0,21	48	0,17	0,17	61	0,21	0,21	21	0,07	0,07
1917 . .	415	1,45	1,43	342	1,20	1,18	73	0,26	0,25	163	0,57	0,56	49	0,17	0,17	179	0,63	0,62	24	0,08	0,08
1918 . .	594	2,08	2,04	507	1,77	1,74	87	0,30	0,30	300	1,05	1,03	62	0,22	0,21	207	0,72	0,71	25	0,09	0,09
Regierungsbezirk																					
1914 . .	298	0,83	0,83	236	0,66	0,66	62	0,17	0,17	187	0,52	0,52	38	0,11	0,11	49	0,14	0,14	24	0,07	0,07
1915 . .	170	0,47	0,48	122	0,34	0,34	48	0,13	0,13	78	0,22	0,22	37	0,10	0,10	44	0,12	0,12	11	0,03	0,03
1916 . .	204	0,57	0,57	148	0,41	0,41	56	0,16	0,16	58	0,16	0,16	38	0,11	0,11	90	0,25	0,25	18	0,05	0,05
1917 . .	391	1,09	1,09	315	0,88	0,88	76	0,21	0,21	100	0,28	0,28	48	0,13	0,13	215	0,60	0,60	28	0,08	0,08
1918 . .	426	1,19	1,19	341	0,95	0,95	85	0,24	0,24	231	0,64	0,65	68	0,19	0,19	110	0,31	0,31	17	0,05	0,05
Regierungsbezirk																					
1914 . .	461	2,15	2,22	211	0,99	1,01	250	1,17	1,20	45	0,21	0,22	106	0,50	0,51	166	0,78	0,80	144	0,67	0,69
1915 . .	231	1,08	1,11	103	0,48	0,50	128	0,60	0,62	27	0,13	0,13	58	0,27	0,28	76	0,36	0,37	70	0,33	0,34
1916 . .	319	1,49	1,54	136	0,64	0,66	183	0,85	0,88	34	0,16	0,16	75	0,35	0,36	102	0,48	0,49	108	0,50	0,52
1917 . .	451	2,11	2,18	126	0,59	0,61	325	1,52	1,57	54	0,25	0,26	144	0,67	0,70	72	0,34	0,35	181	0,85	0,87
1918 . .	561	2,62	2,71	161	0,75	0,78	400	1,87	1,93	36	0,17	0,17	189	0,88	0,91	125	0,58	0,60	211	0,99	1,02
Regierungsbezirk																					
1914 . .	289	1,21	1,27	179	0,75	0,78	110	0,46	0,48	55	0,23	0,24	54	0,23	0,24	124	0,52	0,54	56	0,23	0,25
1915 . .	197	0,82	0,86	102	0,43	0,45	95	0,40	0,42	31	0,13	0,14	54	0,23	0,24	71	0,30	0,31	41	0,17	0,18
1916 . .	262	1,10	1,15	204	0,85	0,90	58	0,24	0,26	41	0,17	0,18	19	0,08	0,08	163	0,68	0,72	39	0,16	0,17
1917 . .	340	1,42	1,50	245	1,03	1,08	95	0,40	0,42	33	0,14	0,15	42	0,18	0,19	212	0,89	0,93	53	0,22	0,23
1918 . .	272	1,14	1,20	156	0,65	0,69	116	0,49	0,51	40	0,17	0,18	45	0,19	0,20	116	0,49	0,51	71	0,30	0,31
Regierungsbezirk																					
1914 . .	526	1,38	1,37	464	1,21	1,21	62	0,16	0,16	183	0,48	0,48	36	0,09	0,09	281	0,74	0,73	26	0,07	0,07
1915 . .	134	0,35	0,35	94	0,25	0,25	40	0,10	0,10	64	0,17	0,17	16	0,04	0,04	30	0,08	0,08	24	0,06	0,06
1916 . .	179	0,47	0,47	144	0,38	0,38	35	0,09	0,09	89	0,23	0,23	22	0,06	0,06	55	0,14	0,14	13	0,03	0,03
1917 . .	445	1,17	1,16	400	1,05	1,04	45	0,12	0,12	92	0,24	0,24	25	0,07	0,07	308	0,81	0,80	20	0,05	0,05
1918 . .	873	2,29	2,28	830	2,17	2,17	43	0,11	0,11	323	0,85	0,84	21	0,05	0,05	507	1,33	1,32	22	0,06	0,06
Regierungsbezirk																					
1914 . .	286	1,44	1,55	200	1,01	1,08	86	0,43	0,46	78	0,39	0,42	43	0,22	0,23	122	0,61	0,66	43	0,22	0,23
1915 . .	119	0,60	0,65	70	0,35	0,38	49	0,25	0,27	19	0,10	0,10	29	0,15	0,16	51	0,26	0,28	20	0,10	0,11
1916 . .	350	1,76	1,90	251	1,26	1,37	99	0,50	0,54	68	0,34	0,37	48	0,24	0,26	183	0,92	1,00	51	0,26	0,28
1917 . .	253	1,27	1,38	156	0,79	0,85	97	0,49	0,53	52	0,26	0,28	40	0,20	0,22	104	0,52	0,57	57	0,29	0,31
1918 . .	404	2,03	2,21	281	1,41	1,54	123	0,62	0,67	169	0,85	0,93	37	0,19	0,20	112	0,56	0,61	86	0,43	0,47

*) Vergl. die Anmerkung *) auf Seite 34.

und im Verhältnis zum Grundstücksbestande*) in den Jahren 1914 bis 1918.

Insbesondere wechselten von den infolge von Kauf, Tausch, Enteignung, Zwangsversteigerung usw. ungeteilt in andere Hand übergegangenen Besitzungen von 2 *ha* an den Eigentümer in der Größenklasse von . . . *ha*																		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1
2 bis 5			5 bis 20			20 bis 50			50 bis 100			100 bis 200			200 und mehr			
überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		
	a	b		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b	
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	
Arnsberg																		
71	0,80	0,75	37	0,32	0,32	19	0,44	0,46	7	0,64	0,64	2	0,82	0,80	2	1,89	1,75	1914
41	0,46	0,43	34	0,29	0,29	11	0,26	0,27	5	0,45	0,46	—	—	—	1	0,94	0,87	1915
67	0,75	0,71	52	0,44	0,44	13	0,30	0,32	9	0,82	0,83	3	1,23	1,20	1	0,94	0,87	1916
89	1,00	0,94	64	0,55	0,55	28	0,65	0,69	10	0,91	0,92	6	2,46	2,40	3	2,83	2,59	1917
115	1,29	1,21	77	0,66	0,66	16	0,37	0,39	10	0,91	0,92	3	1,23	1,20	1	0,94	0,86	1918
Cassel																		
65	0,39	0,35	37	0,21	0,20	9	0,20	0,20	4	1,44	1,42	1	0,90	0,80	—	—	—	1914
43	0,26	0,23	21	0,12	0,11	2	0,04	0,04	1	0,36	0,35	—	—	—	—	—	—	1915
35	0,21	0,19	28	0,16	0,15	10	0,22	0,22	3	1,08	1,06	4	3,60	3,17	—	—	—	1916
41	0,25	0,22	21	0,12	0,11	10	0,22	0,22	5	1,81	1,77	6	5,41	4,72	2	2,25	2,38	1917
50	0,30	0,26	22	0,12	0,12	11	0,24	0,25	4	1,44	1,41	4	3,60	3,15	8	8,99	9,52	1918
Wiesbaden																		
17	0,09	0,09	4	0,04	0,04	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1914
8	0,04	0,04	3	0,03	0,03	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1915
12	0,06	0,06	6	0,06	0,06	3	1,12	1,27	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1916
17	0,09	0,09	5	0,05	0,05	1	0,37	0,43	1	3,45	4,00	—	—	—	—	—	—	1917
14	0,08	0,07	10	0,10	0,11	1	0,37	0,43	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1918
Coblenz																		
8	0,04	0,04	11	0,07	0,07	3	0,61	0,80	—	—	—	2	14,29	13,33	—	—	—	1914
4	0,02	0,02	7	0,05	0,05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1915
11	0,05	0,05	7	0,05	0,05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1916
18	0,09	0,09	6	0,04	0,04	3	0,61	0,83	—	—	—	1	7,14	6,67	—	—	—	1917
14	0,07	0,07	2	0,01	0,01	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	4,00	3,85	1918
Düsseldorf																		
63	0,76	0,80	66	0,72	0,73	12	0,37	0,38	1	0,17	0,16	1	0,83	0,78	1	2,78	2,78	1914
34	0,41	0,43	28	0,31	0,31	8	0,25	0,26	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1915
49	0,59	0,63	36	0,39	0,40	18	0,55	0,58	5	0,87	0,79	—	—	—	—	—	—	1916
90	1,09	1,16	69	0,75	0,77	19	0,59	0,61	1	0,17	0,16	1	0,83	0,77	—	—	—	1917
89	1,08	1,15	86	0,94	0,95	27	0,83	0,87	8	1,40	1,25	1	0,83	0,77	—	—	—	1918
Cöln																		
31	0,27	0,28	21	0,20	0,21	4	0,34	0,35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1914
27	0,23	0,24	12	0,11	0,12	—	—	—	1	0,32	0,38	1	0,88	0,81	—	—	—	1915
23	0,20	0,21	10	0,09	0,10	3	0,25	0,26	2	0,64	0,77	—	—	—	1	2,38	1,75	1916
28	0,24	0,25	20	0,19	0,20	2	0,17	0,17	3	0,96	1,16	—	—	—	—	—	—	1917
32	0,28	0,29	32	0,30	0,32	2	0,17	0,17	3	0,96	1,17	1	0,88	0,81	1	2,38	1,72	1918
Trier																		
18	0,09	0,09	8	0,05	0,05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1914
19	0,10	0,10	4	0,02	0,02	—	—	—	1	0,34	0,38	—	—	—	—	—	—	1915
11	0,06	0,06	1	0,01	0,01	—	—	—	1	0,34	0,38	—	—	—	—	—	—	1916
14	0,07	0,07	2	0,01	0,01	1	0,06	0,07	—	—	—	3	4,55	4,84	—	—	—	1917
16	0,08	0,08	4	0,02	0,02	2	0,12	0,13	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1918
Aachen																		
21	0,21	0,23	13	0,15	0,16	6	0,55	0,60	1	0,46	0,49	2	3,08	2,70	—	—	—	1914
8	0,08	0,09	7	0,08	0,09	2	0,18	0,20	—	—	—	1	1,54	1,33	2	12,50	10,00	1915
28	0,28	0,30	11	0,13	0,14	9	0,83	0,90	2	0,92	0,99	1	1,54	1,33	—	—	—	1916
17	0,17	0,18	21	0,25	0,27	14	1,29	1,40	2	0,92	1,00	2	3,08	2,63	1	6,25	4,76	1917
47	0,47	0,51	30	0,35	0,39	6	0,55	0,60	1	0,46	0,50	2	3,08	2,63	—	—	—	1918

Nachweisung des Wechsels im ländlichen Grundbesitz nach der

a) überhaupt —

(Taf. 5)

Es wechselten den Eigentümer land- oder

infolge von Erbgang, Vermächtnis, Schenkung von Todeswegen sowie infolge von Grundstücksüberlassung bei Lebzeiten der Eigentümer an Abkommen, Stief- oder Schwiegerkinder

Staat — Regierungsbezirke		überhaupt, mit einer Fläche von je: 2 bis unter 5 ha	5 bis unter 20 ha	20 bis unter 50 ha	50 bis unter 100 ha	100 bis unter 200 ha	200 ha u. darüber	zusammen[1]) (Sp. 2 bis 7)	und zwar ungeteilt, mit einer Fläche von je: 2 bis unter 5 ha	5 bis unter 20 ha	20 bis unter 50 ha	50 bis unter 100 ha	100 bis unter 200 ha	200 ha u. darüber	zusammen[1]) (Sp. 9 bis 14)	und zwar abgezweigt, mit einer Fläche von je: 2 bis unter 5 ha	5 bis unter 20 ha	20 bis unter 50 ha	50 bis unt. 100 ha	100 bis unt. 200 ha	200 ha u. darüber	zusammen[1]) (Sp. 16 bis 21)
1		2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Staat[2])	a	37 183	40 324	15127	4 075	892	792	98 509	29 339	37 905	14790	3 989	878	781	87 796	7 844	2 419	337	86	14	11	10 713
	b	*12 394*	*13 441*	*5 042*	*1 358*	*297*	*264*	*32 836*	*9 780*	*12 635*	*4 930*	*1 330*	*293*	*260*	*29 265*	*2 615*	*806*	*112*	*29*	*5*	*4*	*3 571*
Regierungsbez.																						
1. Königsberg	a	925	1 545	665	271	77	64	3 554	915	1 532	664	270	76	64	3 528	10	13	1	1	1	—	26
	b	*308*	*515*	*222*	*90*	*26*	*21*	*1 185*	*305*	*511*	*221*	*90*	*25*	*21*	*1 176*	*3*	*4*	—	—	—	—	*9*
2. Gumbinnen	a	1 466	2 063	859	220	54	36	4 698	1 459	2 053	856	218	54	36	4 676	7	10	3	2	—	—	22
	b	*489*	*688*	*286*	*73*	*18*	*12*	*1 566*	*486*	*684*	*285*	*73*	*18*	*12*	*1 559*	*2*	*3*	*1*	*1*	—	—	*7*
3. Allenstein	a	1 122	2 439	1 155	304	48	29	5 098	1 114	2 430	1 151	304	48	29	5 077	8	9	4	—	—	—	21
	b	*374*	*813*	*385*	*101*	*16*	*10*	*1 699*	*371*	*810*	*384*	*101*	*16*	*10*	*1 692*	*3*	*3*	*1*	—	—	—	*7*
4. Westpreußen	a	135	323	125	39	9	9	643	133	321	123	39	9	9	637	2	2	2	—	—	—	6
	b	*45*	*108*	*42*	*13*	*3*	*3*	*214*	*44*	*107*	*41*	*13*	*3*	*3*	*212*	*1*	*1*	*1*	—	—	—	*2*
5. Potsdam	a	1 374	1 903	1 100	383	59	49	4 887	1 321	1 851	1 085	380	59	47	4 761	53	52	15	3	—	2	126
	b	*458*	*634*	*367*	*128*	*20*	*16*	*1 629*	*440*	*617*	*362*	*127*	*20*	*16*	*1 587*	*18*	*17*	*5*	*1*	—	*1*	*42*
6. Frankfurt	a	2 093	2 984	1 159	216	35	54	6 547	2 033	2 952	1 148	214	35	54	6 442	60	32	11	2	—	—	105
	b	*698*	*995*	*386*	*72*	*12*	*18*	*2 182*	*678*	*984*	*383*	*71*	*12*	*18*	*2 147*	*20*	*11*	*4*	*1*	—	—	*35*
7. Stadtkr. Berlin[2])	a	3	3	1	—	—	—	7	3	3	1	—	—	—	7	—	—	—	—	—	—	—
	b	3	3	1	—	—	—	7	3	3	1	—	—	—	7	—	—	—	—	—	—	—
8. Stettin	a	906	1 649	728	139	21	71	3 520	880	1 630	721	136	20	69	3 462	26	19	7	3	1	2	58
	b	*302*	*550*	*243*	*46*	*7*	*24*	*1 173*	*293*	*543*	*240*	*45*	*7*	*23*	*1 154*	*9*	*6*	*2*	*1*	—	*1*	*19*
9. Köslin	a	827	2 281	767	107	26	77	4 087	808	2 246	762	105	26	74	4 023	19	35	5	2	—	3	64
	b	*276*	*760*	*256*	*36*	*9*	*26*	*1 362*	*269*	*749*	*254*	*35*	*9*	*25*	*1 341*	*6*	*12*	*2*	*1*	—	*1*	*21*
10. Stralsund	a	53	65	29	7	4	18	176	50	65	29	7	4	18	173	3	—	—	—	—	—	3
	b	*18*	*22*	*10*	*2*	*1*	*6*	*59*	*17*	*22*	*10*	*2*	*1*	*6*	*58*	*1*	—	—	—	—	—	*1*
11. Schneidemühl	a	453	1 019	568	148	32	32	2 256	445	1 011	560	142	31	32	2 225	8	8	8	6	1	—	31
	b	*151*	*340*	*189*	*49*	*11*	*11*	*752*	*148*	*337*	*187*	*47*	*10*	*11*	*742*	*3*	*3*	*3*	*2*	—	—	*10*
12. Breslau	a	2 200	2 314	569	75	29	85	5 305	2 160	2 297	561	74	29	84	5 238	40	17	8	1	—	1	67
	b	*733*	*771*	*190*	*25*	*10*	*28*	*1 768*	*720*	*766*	*187*	*25*	*10*	*28*	*1 746*	*13*	*6*	*3*	—	—	—	*22*
13. Liegnitz	a	1 793	2 191	677	96	17	42	4 834	1 761	2 181	674	96	17	41	4 787	32	10	3	—	—	1	47
	b	*598*	*730*	*226*	*32*	*6*	*14*	*1 611*	*587*	*727*	*225*	*32*	*6*	*14*	*1 596*	*11*	*3*	*1*	—	—	—	*16*
14. Oppeln	a	3 951	3 362	428	21	11	34	7 817	3 756	3 270	422	21	11	34	7 524	195	92	6	—	—	—	293
	b	*1 317*	*1 121*	*143*	*7*	*4*	*11*	*2 606*	*1 252*	*1 090*	*141*	*7*	*4*	*11*	*2 508*	*65*	*31*	*2*	—	—	—	*98*
15. Magdeburg	a	1 368	1 579	692	333	48	30	4 053	1 195	1 511	678	326	47	30	3 790	173	68	14	7	1	—	263
	b	*456*	*526*	*231*	*111*	*16*	*10*	*1 351*	*398*	*504*	*226*	*109*	*16*	*10*	*1 263*	*58*	*23*	*5*	*2*	—	—	*88*
16. Merseburg	a	1 251	1 577	569	167	28	19	3 612	1 075	1 450	553	163	28	19	3 289	176	127	16	4	—	—	323
	b	*417*	*526*	*190*	*56*	*9*	*6*	*1 204*	*358*	*483*	*184*	*54*	*9*	*6*	*1 096*	*59*	*42*	*5*	*1*	—	—	*108*
17. Erfurt	a	694	376	55	10	4	3	1 142	433	294	45	9	4	3	788	261	82	10	1	—	—	354
	b	*231*	*125*	*18*	*3*	*1*	*1*	*381*	*144*	*98*	*15*	*3*	*1*	*1*	*263*	*87*	*27*	*3*	—	—	—	*118*
18. Schleswig	a	825	1 505	998	297	34	16	3 675	679	1 337	942	288	33	16	3 295	146	168	56	9	1	—	380
	b	*275*	*502*	*333*	*99*	*11*	*5*	*1 225*	*226*	*446*	*314*	*96*	*11*	*5*	*1 098*	*49*	*56*	*19*	*3*	—	—	*127*
19. Hannover	a	595	789	424	107	8	3	1 926	572	785	422	106	8	3	1 896	23	4	2	1	—	—	30
	b	*198*	*263*	*141*	*36*	*3*	*1*	*642*	*191*	*262*	*141*	*35*	*3*	*1*	*632*	*8*	*1*	*1*	—	—	—	*10*
20. Hildesheim	a	612	604	193	19	4	3	1 436	447	503	182	19	4	3	1 159	165	101	11	—	—	—	277
	b	*204*	*201*	*64*	*6*	*1*	*1*	*479*	*149*	*168*	*61*	*6*	*1*	*1*	*386*	*55*	*34*	*4*	—	—	—	*92*
21. Lüneburg	a	854	1 099	700	372	141	42	3 208	794	1 028	682	358	138	42	3 042	60	71	18	14	3	—	166
	b	*285*	*366*	*233*	*124*	*47*	*14*	*1 069*	*265*	*343*	*227*	*119*	*46*	*14*	*1 014*	*20*	*24*	*6*	*5*	*1*	—	*55*
22. Stade	a	844	1 173	408	180	53	4	2 662	786	1 128	404	180	52	4	2 554	58	45	4	—	1	—	108
	b	*281*	*391*	*136*	*60*	*18*	*1*	*887*	*262*	*376*	*135*	*60*	*17*	*1*	*851*	*19*	*15*	*1*	—	—	—	*36*
23. Osnabrück	a	422	812	469	177	51	9	1 940	409	795	461	175	48	9	1 897	13	17	8	2	3	—	43
	b	*141*	*271*	*156*	*59*	*17*	*3*	*647*	*136*	*265*	*154*	*58*	*16*	*3*	*632*	*4*	*6*	*3*	*1*	*1*	—	*14*
24. Aurich	a	444	374	129	36	3	1	987	397	340	125	36	2	1	901	47	34	4	—	1	—	86
	b	*148*	*125*	*43*	*12*	*1*	—	*329*	*132*	*113*	*42*	*12*	*1*	—	*300*	*16*	*11*	*1*	—	—	—	*29*
25. Münster	a	942	1 014	513	166	32	16	2 683	933	1 006	513	164	32	16	2 664	9	8	—	2	—	—	19
	b	*314*	*338*	*171*	*55*	*11*	*5*	*894*	*311*	*335*	*171*	*55*	*11*	*5*	*888*	*3*	*3*	—	*1*	—	—	*6*
26. Minden	a	1 238	1 023	315	40	5	8	2 629	1 197	1 008	304	38	5	8	2 560	41	15	11	2	—	—	69
	b	*413*	*341*	*105*	*13*	*2*	*3*	*876*	*399*	*336*	*101*	*13*	*2*	*3*	*853*	*14*	*5*	*4*	*1*	—	—	*23*
27. Arnsberg	a	939	723	251	58	24	12	2 008	795	683	243	54	24	12	1 812	144	40	8	4	—	—	196
	b	*313*	*241*	*84*	*19*	*8*	*4*	*669*	*265*	*228*	*81*	*18*	*8*	*4*	*604*	*48*	*13*	*3*	*1*	—	—	*65*
28. Cassel	a	2 321	1 648	364	45	26	21	4 426	1 660	1 385	335	31	26	21	3 459	661	263	29	14	—	—	967
	b	*774*	*549*	*121*	*15*	*9*	*7*	*1 475*	*553*	*462*	*112*	*10*	*9*	*7*	*1 153*	*220*	*88*	*10*	*5*	—	—	*322*
29. Wiesbaden	a	2 146	438	37	3	—	2	2 626	209	60	11	2	—	—	282	1 937	378	26	1	—	2	2 344
	b	*715*	*146*	*12*	*1*	—	*1*	*875*	*70*	*20*	*4*	*1*	—	—	*94*	*646*	*126*	*9*	—	—	*1*	*781*
30. Coblenz	a	1 473	235	4	—	—	—	1 712	215	65	3	—	—	—	283	1 258	170	1	—	—	—	1 429
	b	*491*	*78*	*1*	—	—	—	*571*	*72*	*22*	*1*	—	—	—	*94*	*419*	*57*	—	—	—	—	*476*
31. Düsseldorf	a	449	415	110	17	3	—	994	303	362	98	16	3	—	782	146	53	12	1	—	—	212
	b	*150*	*138*	*37*	*6*	*1*	—	*331*	*101*	*121*	*33*	*5*	*1*	—	*261*	*49*	*18*	*4*	—	—	—	*71*
32. Köln	a	553	222	25	9	2	3	814	115	111	8	9	2	3	248	438	111	17	—	—	—	56
	b	*184*	*74*	*8*	*3*	*1*	*1*	*271*	*38*	*37*	*3*	*3*	*1*	*1*	*83*	*146*	*37*	*6*	—	—	—	*18*
33. Trier[3])	a	1 100	195	12	5	2	—	1 314	85	34	7	2	2	—	130	1 015	161	5	3	—	—	1 18
	b	*367*	*65*	*4*	*2*	*1*	—	*438*	*28*	*11*	*2*	*1*	*1*	—	*43*	*338*	*54*	*2*	*1*	—	—	*39*
34. Aachen	a	473	150	9	7	2	—	641	62	42	3	6	1	—	114	411	108	6	1	1	—	52
	b	*158*	*50*	*3*	*2*	*1*	—	*214*	*21*	*14*	*1*	*2*	—	—	*38*	*137*	*36*	*2*	—	—	—	*17*
35. Sigmaringen	a	342	235	21	1	—	—	599	143	139	15	1	—	—	298	199	96	6	—	—	—	30
	b	*114*	*78*	*7*	—	—	—	*200*	*48*	*46*	*5*	—	—	—	*99*	*66*	*32*	*2*	—	—	—	*10*

*) Der den Ergebnissen von 1919 bis 1921 zugrunde liegende Staatsumfang umfaßt den Reg.-Bez. Königsberg ohne das Memelgebiet, die Reg.-Bezirke Gumbinnen u Reg.-Bez. Köslin nach Regulierung der Kreise Bütow, Lauenburg und Stolp infolge der an Polen abgetretenen Gebietsteile, den Reg.-Bez. Schneidemühl (die westlich des Korrid die an Polen abgetretenen Gebietsteile, den Reg.-Bez. Oppeln ohne das Hultschiner Ländchen, den Reg.-Bez. Schleswig ohne die an Dänemark abgetretenen Gebietsteile, die Reg.-B demjenigen Teile des Regierungsbezirks Potsdam, der nach dem Gesetz vom 27. April 1920 dem Stadtkreise Berlin einverleibt ist, und betreffen das Jahr 1921; sie sind, um die I

Ursache des Eigentumsüberganges in den Jahren 1919 bis 1921*).
b) im Durchschnitt.

forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke

infolge von Kauf, Tausch, Enteignung, Zwangsversteigerung usw.

überhaupt – mit einer Fläche von je: 2 bis unter 5 ha	5 bis unter 20 ha	20 bis unter 50 ha	50 bis unter 100 ha	100 bis unter 200 ha	200 ha u. darüber	zusammen[1]) (Sp. 23 bis 28)	und zwar ungeteilt – mit einer Fläche von je: 2 bis unter 5 ha	5 bis unter 20 ha	20 bis unter 50 ha	50 bis unter 100 ha	100 bis unter 200 ha	200 ha u. darüber	zusammen[1]) (Sp. 30 bis 35)	abgezweigt – mit einer Fläche von je: 2 bis unter 5 ha	5 bis unter 20 ha	20 bis unter 50 ha	50 bis unter 100 ha	100 bis unter 200 ha	200 ha u. darüber	zusammen[1]) (Sp. 37 bis 42)	Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
37 593	26 987	7 286	2 521	1285	988	76 908	23 457	21 161	6 348	2 258	1205	938	55 603	14 136	5 826	938	263	80	50	21 305	St.
12 531	8 996	2 429	840	428	329	25 636	7 819	7 054	2 116	753	402	313	18 534	4 712	1 942	313	88	27	17	7 102	
1 540	1 706	595	299	165	151	4 470	1 073	1 394	515	281	156	147	3 580	467	312	80	18	9	4	890	1.
513	569	198	100	55	50	1 490	358	465	172	94	52	49	1 193	156	104	27	6	3	1	297	
2 664	2 435	662	262	109	71	6 203	2 079	2 051	595	253	106	64	5 148	585	384	67	9	3	7	1 055	2.
888	812	221	87	36	24	2 068	693	684	198	84	35	21	1 716	195	128	22	3	1	2	352	
2 082	2 281	620	231	128	77	5 422	1 530	1 918	580	222	123	76	4 452	552	363	40	9	5	1	970	3.
694	760	207	77	43	26	1 807	510	639	193	74	41	25	1 484	184	121	13	3	2	—	323	
417	581	223	83	42	17	1 364	369	547	207	79	41	17	1 261	48	34	16	4	1	—	103	4.
139	194	74	28	14	6	455	123	182	69	26	14	6	420	16	11	5	1	—	—	34	
2 308	1 524	462	195	60	66	4 632	1 501	1 141	384	167	57	59	3 326	807	383	78	28	3	7	1 306	5.
769	508	154	65	20	22	1 544	500	380	128	56	19	20	1 109	269	128	26	9	1	2	435	
2 495	1 859	507	153	73	95	5 195	1 912	1 551	453	148	69	93	4 239	583	308	54	5	4	2	956	6.
832	620	169	51	24	32	1 732	637	517	151	49	23	31	1 413	194	103	18	2	1	1	319	
13	7	—	—	1	—	21	3	3	—	—	1	—	7	10	4	—	—	—	—	14	7.
13	7	—	—	1	—	21	3	3	—	—	1	—	7	10	4	—	—	—	—	14	
1 808	1 284	314	81	72	62	3 664	1 312	1 034	271	70	69	59	2 856	496	250	43	11	3	3	808	8.
603	428	105	27	24	21	1 221	437	345	90	23	23	20	952	165	83	14	4	1	1	269	
1 006	1 459	456	148	124	110	3 303	746	1 274	430	143	116	106	2 815	260	185	26	5	8	4	488	9.
335	486	152	49	41	37	1 101	249	425	143	48	39	35	938	87	62	9	2	3	1	163	
205	232	41	20	13	14	526	181	176	38	17	12	14	438	24	56	3	3	1	—	88	10.
68	77	14	7	4	5	175	60	59	13	6	4	5	146	8	19	1	1	—	—	29	
630	830	296	108	74	58	2 004	518	732	279	103	73	58	1 771	112	98	17	5	1	—	233	11.
210	277	99	36	25	19	668	173	244	93	34	24	19	590	37	33	6	2	—	—	78	
2 443	1 745	408	95	76	55	4 895	1 781	1 505	381	86	74	55	3 953	662	240	27	9	2	—	942	12.
814	582	136	32	25	18	1 632	594	502	127	29	25	18	1 318	221	80	9	3	1	—	314	
2 816	2 211	548	167	80	61	5 928	2 231	1 957	510	157	75	58	5 033	585	254	38	10	5	3	895	13.
939	737	183	56	27	20	1 976	744	652	170	52	25	19	1678	195	85	13	3	2	1	298	
1 872	994	156	22	19	19	3 088	1 394	878	138	17	18	15	2 466	478	116	18	5	1	4	622	14.
624	331	52	7	6	6	1 029	465	293	46	6	6	5	822	159	39	6	2	—	1	207	
1 200	651	148	63	34	27	2 130	670	455	128	59	33	26	1 378	530	196	20	4	1	1	752	15.
400	217	49	21	11	9	710	223	152	43	20	11	9	459	177	65	7	1	—	—	251	
1 032	542	140	48	27	11	1 802	545	358	113	43	18	11	1 090	487	184	27	5	9	—	712	16.
344	181	47	16	9	4	601	182	119	38	14	6	4	363	162	61	9	2	3	—	237	
302	119	11	6	6	6	450	144	79	8	3	5	5	244	158	40	3	3	1	1	206	17.
101	40	4	2	2	2	150	48	26	3	1	2	2	81	53	13	1	1	—	—	69	
4 806	3 172	962	284	85	34	9 351	2 448	2 223	792	229	78	28	5 804	2 358	949	170	55	7	6	3 547	18.
1602	1 057	321	95	28	11	3 117	816	741	264	76	26	9	1 935	786	316	57	18	2	2	1 182	
406	198	48	24	4	2	682	160	77	22	6	3	2	270	246	121	26	18	1	—	412	19.
135	66	16	8	1	1	227	53	26	7	2	1	1	90	82	40	9	6	—	—	137	
257	104	35	2	3	3	404	115	56	25	2	3	3	204	142	48	10	—	—	—	200	20.
86	35	12	1	1	1	135	38	19	8	1	1	1	68	47	16	3	—	—	—	67	
1 028	571	110	71	31	25	1 836	387	326	81	55	27	23	899	641	245	29	16	4	2	937	21.
343	190	37	24	10	8	612	129	109	27	18	9	8	300	214	82	10	5	1	1	312	
856	401	88	32	9	—	1 386	439	261	74	27	8	—	809	417	140	14	5	1	—	577	22.
285	134	29	11	3	—	462	146	87	25	9	3	—	270	139	47	5	2	—	—	192	
474	328	73	21	7	3	906	205	179	48	14	6	3	455	269	149	25	7	1	—	451	23.
158	109	24	7	2	1	302	68	60	16	5	2	1	152	90	50	8	2	—	—	150	
852	266	71	18	3	4	1 214	425	148	54	15	3	2	647	427	118	17	3	—	2	567	24.
284	89	24	6	1	1	405	142	49	18	5	1	1	216	142	39	6	1	—	1	189	
440	199	52	14	5	2	717	125	92	35	7	3	1	263	315	107	17	7	2	1	454	25.
147	66	17	5	2	1	239	42	31	12	2	1	—	88	105	36	6	2	1	—	151	
342	130	37	5	2	2	518	143	79	22	3	2	2	251	199	51	15	2	—	—	267	26.
114	43	12	2	1	1	173	48	26	7	1	1	1	84	66	17	5	1	—	—	89	
570	321	82	32	8	6	1 020	264	191	60	28	8	5	557	306	130	22	4	—	1	463	27.
190	107	27	11	3	2	340	88	64	20	9	3	2	186	102	43	7	1	—	—	154	
430	233	43	12	14	5	737	217	141	36	9	10	5	418	213	92	7	3	4	—	319	28.
143	78	14	4	5	2	246	72	47	12	3	3	2	139	71	31	2	1	1	—	106	
368	42	7	—	2	—	419	37	19	2	—	2	—	60	331	23	5	—	—	—	359	29.
123	14	2	—	1	—	140	12	6	1	—	1	—	20	110	8	2	—	—	—	120	
378	39	4	2	1	—	424	29	14	1	1	1	—	46	349	25	3	1	—	—	378	30.
126	13	1	1	—	—	141	10	5	—	—	—	—	15	116	8	1	—	—	—	126	
428	226	51	6	5	—	716	239	170	46	6	5	—	466	189	56	5	—	—	—	250	31.
143	75	17	2	2	—	239	80	57	15	2	2	—	155	63	19	2	—	—	—	83	
319	144	23	8	2	2	499	84	72	14	6	1	1	179	235	72	9	2	1	1	320	32.
106	48	8	3	1	1	166	28	24	5	2	—	—	60	78	24	3	1	—	—	107	
406	62	3	5	2	—	478	42	8	—	1	—	—	51	364	54	3	4	2	—	427	33.
135	21	1	2	1	—	159	14	3	—	—	—	—	17	121	18	1	1	1	—	142	
283	56	7	3	—	—	349	75	27	4	1	—	—	107	208	29	3	2	—	—	242	34.
94	19	2	1	—	—	116	25	9	1	—	—	—	36	69	10	1	1	—	—	81	
130	42	3	1	—	—	176	37	28	2	—	—	—	67	93	14	1	1	—	—	109	35.
43	14	1	—	—	—	59	12	9	1	—	—	—	22	31	5	—	—	—	—	36	

Allenstein ohne die an Polen abgetretenen Gebietsteile, den Reg.-Bez. Westpreußen (die bei Preußen verbliebenen Teile der früheren Provinz Westpreußen östlich des Korridors), den liegenden bei Preußen verbliebenen Teile der früheren Provinzen Westpreußen und Posen mit Ausnahme der zum Reg.-Bez. Köslin gekommenen Teile), den Reg.-Bez. Breslau ohne Trier und Aachen ohne die an Belgien abgetretenen Gebietsteile. — [1]) unter Hinzurechnung der Besitzungen ohne Größenangabe. — [2]) Die hier aufgeführten Besitzungen liegen in heitlichkeit mit Tabelle 6 herzustellen, bei Berlin nur nachrichtlich, im übrigen beim Regierungsbezirk Potsdam gebracht. — [3]) einschl. des Saargebiets.

Besitzwechsel von mindestens 2 *ha* großen Grundstücken überhaupt

(Taf. 6) Jahr des Besitzwechsels	Gesamtzahl der den Eigentümer wechselnden Grundstücke			Von den Grundstücken Spalte 2 wechselten den Eigentümer																	
				infolge von Erbgang, Vermächtnis usw. sowie Kauf, Tausch, Enteignung usw. zusammen						infolge von Erbgang, Vermächtnis usw.						infolge von Kauf, Tausch, Enteignung usw.					
				abgezweigt			ungeteilt			abgezweigt			ungeteilt			abgezweigt			ungeteilt		
	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes		überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes	
		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b		a	b
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
																			Regierungsbezirk		
1919 . .	3 487	16,02	14,99	346	1,59	1,49	3 141	14,43	13,50	9	0,04	0,04	1 224	5,62	5,26	337	1,55	1,45	1 917	8,80	8,24
1920 . .	2 416	11,10	10,36	266	1,22	1,14	2 150	9,88	9,22	10	0,05	0,04	1 187	5,45	5,09	256	1,18	1,10	963	4,42	4,13
1921 . .	2 121	9,74	9,07	304	1,40	1,30	1 817	8,35	7,77	7	0,03	0,03	1 117	5,13	4,78	297	1,36	1,27	700	3,22	2,99
																			Regierungsbezirk		
1919 . .	4 412	16,43	14,72	323	1,20	1,08	4 089	15,22	13,65	9	0,03	0,03	1 639	6,10	5,47	314	1,17	1,05	2 450	9,12	8,18
1920 . .	3 333	12,41	11,08	301	1,12	1,00	3 032	11,29	10,08	5	0,02	0,02	1 543	5,74	5,13	296	1,10	0,98	1 489	5,54	4,95
1921 . .	3 156	11,75	10,45	453	1,69	1,50	2 703	10,06	8,95	8	0,03	0,03	1 494	5,56	4,95	445	1,66	1,47	1 209	4,50	4,00
																			Regierungsbezirk		
1919 . .	3 965	16,60	14,75	316	1,32	1,18	3 649	15,28	13,57	6	0,03	0,02	1 734	7,26	6,45	310	1,30	1,15	1 915	8,02	7,12
1920 . .	3 243	13,58	12,01	307	1,29	1,14	2 936	12,29	10,87	6	0,03	0,02	1 615	6,76	5,98	301	1,26	1,11	1 321	5,53	4,89
1921 . .	3 312	13,87	12,21	368	1,54	1,36	2 944	12,32	10,86	9	0,04	0,03	1 728	7,23	6,37	359	1,50	1,32	1 216	5,09	4,48
																			Regierungsbezirk		
1919 . .	727	13,41	12,42	41	0,76	0,70	686	12,66	11,72	—	—	—	209	3,86	3,57	41	0,76	0,70	477	8,80	8,15
1920 . .	664	12,25	11,31	27	0,50	0,46	637	11,75	10,85	4	0,07	0,07	224	4,13	3,82	23	0,42	0,39	413	7,62	7,03
1921 . .	616	11,37	10,46	41	0,76	0,70	575	10,61	9,77	2	0,04	0,03	204	3,76	3,47	39	0,72	0,66	371	6,85	6,30
																			Regierungsbezirk		
1919 . .	3 917	11,61	9,92	633	1,88	1,60	3 284	9,73	8,32	50	0,15	0,13	1 845	5,47	4,67	583	1,73	1,48	1 439	4,26	3,65
1920 . .	3 057	9,06	7,70	412	1,22	1,04	2 645	7,84	6,66	52	0,15	0,13	1 622	4,81	4,09	360	1,07	0,91	1 023	3,03	2,58
1921[1]) .	2 545	7,54	6,38	387	1,15	0,97	2 158	6,40	5,41	24	0,07	0,06	1 294	3,84	3,24	363	1,08	0,91	864	2,56	2,16
																			Regierungsbezirk		
1919 . .	4 431	9,40	8,59	319	0,68	0,62	4 112	8,72	7,97	19	0,04	0,04	2 218	4,70	4,30	300	0,64	0,58	1 894	4,02	3,67
1920 . .	4 079	8,65	7,88	466	0,99	0,90	3 613	7,66	6,98	47	0,10	0,09	2 314	4,91	4,47	419	0,89	0,81	1 299	2,75	2,51
1921 . .	3 232	6,85	6,23	276	0,59	0,53	2 956	6,27	5,70	39	0,08	0,08	1 910	4,05	3,68	237	0,50	0,46	1 046	2,22	2,02
																			Regierungsbezirk		
1919 . .	2 691	12,72	11,46	310	1,47	1,32	2 381	11,26	10,14	25	0,12	0,11	1 210	5,72	5,15	285	1,35	1,21	1 171	5,54	4,99
1920 . .	2 528	11,95	10,73	304	1,44	1,29	2 224	10,52	9,44	16	0,08	0,07	1 244	5,88	5,28	288	1,36	1,22	980	4,63	4,16
1921 . .	1 965	9,29	8,31	252	1,19	1,07	1 713	8,10	7,24	17	0,08	0,07	1 008	4,77	4,26	235	1,11	0,99	705	3,33	2,98
																			Regierungsbezirk		
1919 . .	2 842	11,43	9,88	163	0,66	0,57	2 679	10,78	9,31	6	0,02	0,02	1 394	5,61	4,85	157	0,63	0,55	1 285	5,17	4,47
1920 . .	2 592	10,43	8,96	195	0,78	0,67	2 397	9,64	8,29	29	0,12	0,10	1 460	5,87	5,05	166	0,67	0,57	937	3,77	3,24
1921 . .	1 956	7,87	6,73	194	0,78	0,67	1 762	7,09	6,06	29	0,12	0,10	1 169	4,70	4,02	165	0,66	0,57	593	2,39	2,04
																			Regierungsbezirk		
1919 . .	313	10,70	9,56	45	1,54	1,37	268	9,17	8,19	1	0,03	0,03	68	2,33	2,08	44	1,50	1,34	200	6,84	6,11
1920 . .	226	7,73	6,87	22	0,75	0,67	204	6,98	6,20	—	—	—	64	2,19	1,95	22	0,75	0,67	140	4,79	4,26
1921 . .	163	5,57	4,94	24	0,82	0,73	139	4,75	4,21	2	0,07	0,06	41	1,40	1,24	22	0,75	0,67	98	3,35	2,97
																			Regierungsbezirk		
1919 . .	1 636	12,16	11,03	129	0,96	0,87	1 507	11,20	10,16	8	0,06	0,05	782	5,81	5,27	121	0,90	0,82	725	5,39	4,89
1920 . .	1 423	10,58	9,56	85	0,63	0,57	1 338	9,95	8,99	11	0,08	0,07	797	5,92	5,35	74	0,55	0,50	541	4,02	3,63
1921 . .	1 201	8,93	8,04	50	0,37	0,33	1 151	8,56	7,70	12	0,09	0,08	646	4,80	4,32	38	0,28	0,25	505	3,75	3,38
																			Regierungsbezirk		
1919 . .	3 944	8,19	8,20	282	0,59	0,59	3 662	7,60	7,61	17	0,04	0,04	1 892	3,93	3,93	265	0,55	0,55	1 770	3,67	3,68
1920 . .	3 405	7,07	7,08	346	0,72	0,72	3 059	6,35	6,36	29	0,06	0,06	1 804	3,75	3,75	317	0,66	0,66	1 255	2,61	2,61
1921 . .	2 851	5,92	5,92	381	0,79	0,79	2 470	5,13	5,13	21	0,04	0,04	1 542	3,20	3,20	360	0,75	0,75	928	1,93	1,93
																			Regierungsbezirk		
1919 . .	4 479	8,82	8,32	374	0,74	0,69	4 105	8,09	7,63	19	0,04	0,04	1 870	3,68	3,47	355	0,70	0,66	2 235	4,40	4,15
1920 . .	3 379	6,66	6,26	285	0,56	0,53	3 094	6,10	5,73	17	0,03	0,03	1 519	2,99	2,82	268	0,53	0,50	1 575	3,10	2,92
1921 . .	2 904	5,72	5,37	283	0,56	0,52	2 621	5,16	4,85	11	0,02	0,02	1 398	2,75	2,59	272	0,54	0,50	1 223	2,41	2,26
																			Regierungsbezirk		
1919 . .	3 945	7,20	6,80	341	0,62	0,59	3 604	6,58	6,21	102	0,19	0,18	2 742	5,01	4,73	239	0,44	0,41	862	1,57	1,49
1920 . .	3 617	6,60	6,22	282	0,51	0,49	3 335	6,09	5,74	105	0,19	0,18	2 576	4,70	4,43	177	0,32	0,30	759	1,39	1,31
1921 . .	3 343	6,10	5,74	292	0,53	0,50	3 051	5,57	5,24	86	0,16	0,15	2 206	4,03	3,79	206	0,38	0,35	845	1,54	1,45
																			Regierungsbezirk		
1919 . .	2 370	9,40	8,47	339	1,34	1,21	2 031	8,05	7,26	73	0,29	0,26	1 434	5,69	5,12	266	1,05	0,95	597	2,37	2,13
1920 . .	2 070	8,21	7,37	411	1,63	1,46	1 659	6,58	5,90	116	0,46	0,41	1 227	4,87	4,37	295	1,17	1,05	432	1,71	1,54
1921 . .	1 743	6,91	6,18	265	1,05	0,94	1 478	5,86	5,24	74	0,29	0,26	1 129	4,48	4,00	191	0,76	0,68	349	1,38	1,24
																			Regierungsbezirk		
1919 . .	2 351	7,33	7,17	464	1,45	1,41	1 887	5,89	5,75	98	0,31	0,30	1 412	4,40	4,31	366	1,14	1,12	475	1,48	1,45
1920 . .	1 819	5,67	5,54	319	1,00	0,97	1 500	4,68	4,57	131	0,41	0,40	1 126	3,51	3,43	188	0,59	0,57	374	1,17	1,14
1921 . .	1 244	3,88	3,79	252	0,79	0,77	992	3,09	3,02	94	0,29	0,29	751	2,34	2,29	158	0,49	0,48	241	0,75	0,73
																			Regierungsbezirk		
1919 . .	649	4,04	3,88	236	1,47	1,41	413	2,57	2,47	140	0,87	0,84	310	1,93	1,85	96	0,60	0,57	103	0,64	0,61
1920 . .	513	3,20	3,06	139	0,87	0,83	374	2,33	2,23	82	0,51	0,49	285	1,78	1,70	57	0,36	0,34	89	0,55	0,53
1921 . .	430	2,68	2,56	185	1,15	1,10	245	1,53	1,46	132	0,82	0,79	193	1,20	1,15	53	0,33	0,32	52	0,32	0,31

*) Für die Berechnung zu a ist der Grundstücksbestand der Grundeigentumsstatistik vom Jahre 1893 benutzt. Der Berechnung zu b ist der nach Zu- bezw. Abnahme
**) Vergl. die Anm. *) auf Seite 42/43. — [1]) einschl. des Besitzwechsels derjenigen Besitzungen, die in dem Teile des Regierungsbezirks Potsdam liegen, der nach dem
17, um je 7 Besitzungen für Sp. 14 und 20, um je 3 Besitzungen für Sp. 23 und 26 sowie um 1 Besitzung für Spalte 35.

und im Verhältnis zum Grundstücksbestande*) in den Jahren 1919 bis 1921.)**

Insbesondere wechselten von den infolge von Kauf, Tausch, Enteignung, Zwangsversteigerung usw. ungeteilt in andere Hand übergegangenen Besitzungen von 2 *ha* an den Eigentümer in der Größenklasse von . . . *ha*

2 bis 5			5 bis 20			20 bis 50			50 bis 100			100 bis 200			200 und mehr			Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1
überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	
Königsberg																		
529	10,55	8,78	760	10,27	8,73	297	6,05	7,24	155	5,42	5,81	87	12,46	10,88	84	9,43	8,70	1919
303	6,04	5,00	366	4,94	4,18	131	2,67	3,22	73	2,55	2,74	41	5,87	5,10	41	4,60	4,23	1920
241	4,80	3,95	268	3,62	3,04	87	1,77	2,15	53	1,85	2,00	28	4,01	3,47	22	2,47	2,26	1921
Gumbinnen																		
935	11,24	9,12	1 015	10,18	8,19	286	4,80	6,37	122	7,10	6,80	63	11,78	9,71	29	8,19	7,46	1919
583	7,01	5,64	608	6,10	4,87	173	2,90	3,90	80	4,65	4,45	26	4,86	3,98	19	5,37	4,87	1920
561	6,74	5,39	428	4,29	3,40	136	2,28	3,11	51	2,97	2,83	17	3,18	2,59	16	4,52	4,09	1921
Allenstein																		
661	12,17	9,32	820	9,69	7,16	254	3,89	4,96	91	3,51	4,05	60	12,68	11,03	26	6,50	5,94	1919
455	8,37	6,36	550	6,50	4,76	179	2,74	3,53	76	2,94	3,40	36	7,61	6,58	25	6,25	5,69	1920
414	7,62	5,73	548	6,47	4,69	147	2,25	2,93	55	2,12	2,48	27	5,71	4,91	25	6,25	5,68	1921
Westpreußen																		
128	9,87	7,97	200	9,56	9,50	96	7,67	7,05	34	7,19	7,41	12	7,41	6,98	7	4,83	4,67	1919
132	10,18	8,16	179	8,56	8,50	53	4,24	3,88	25	5,29	5,46	16	9,88	9,30	8	5,52	5,33	1920
109	8,40	6,69	168	8,03	7,97	58	4,64	4,23	20	4,23	4,38	13	8,02	7,56	2	1,38	1,33	1921
Potsdam																		
643	7,24	5,43	496	4,56	3,42	165	1,92	1,97	80	1,98	2,27	25	4,40	4,75	29	3,83	4,02	1919
481	5,42	4,02	348	3,20	2,38	108	1,25	1,29	47	1,16	1,34	21	3,70	4,00	11	1,45	1,53	1920
377	4,25	3,12	297	2,73	2,01	111	1,29	1,33	40	0,99	1,15	11	1,94	2,10	19	2,51	2,65	1921[1])
Frankfurt																		
825	6,19	5,33	698	3,32	2,95	218	2,26	2,32	72	3,41	3,49	27	8,68	8,82	47	6,42	6,60	1919
623	4,68	4,01	464	2,20	1,96	123	1,28	1,31	37	1,75	1,80	27	8,68	8,82	22	3,01	3,09	1920
464	3,48	2,97	389	1,85	1,63	112	1,16	1,20	39	1,85	1,89	15	4,82	4,92	24	3,28	3,38	1921
Stettin																		
494	8,67	8,14	425	5,02	3,93	129	2,72	2,82	39	2,95	3,32	35	13,62	15,77	26	3,85	4,13	1919
463	8,12	7,61	361	4,27	3,31	90	1,90	1,97	18	1,36	1,54	23	8,95	10,45	20	2,96	3,18	1920
355	6,23	5,82	248	2,93	2,26	52	1,10	1,14	13	0,98	1,12	11	4,28	5,02	13	1,92	2,07	1921
Köslin																		
326	5,06	5,02	588	5,19	3,83	208	4,34	4,29	67	6,29	7,67	51	19,03	20,82	45	4,68	4,77	1919
242	3,76	3,72	416	3,67	2,68	155	3,23	3,19	44	4,13	5,08	46	17,16	18,85	34	3,53	3,61	1920
178	2,76	2,74	270	2,38	1,72	67	1,40	1,38	32	3,00	3,73	19	7,09	7,82	27	2,81	2,87	1921
Stralsund																		
65	5,26	4,41	91	13,66	10,29	20	4,90	6,15	8	5,30	6,35	9	9,78	9,18	7	1,88	1,91	1919
69	5,59	4,65	49	7,36	5,49	10	2,45	3,11	7	4,64	5,60	1	1,09	1,01	4	1,08	1,09	1920
47	3,81	3,15	36	5,41	4,00	8	1,96	2,52	2	1,32	1,61	2	2,17	2,02	3	0,81	0,82	1921
Schneidemühl																		
213	7,56	6,61	298	5,59	4,66	108	3,08	3,11	43	3,74	3,69	35	9,89	9,97	28	9,56	12,12	1919
160	5,68	4,94	211	3,96	3,28	87	2,48	2,51	41	3,57	3,52	17	4,80	4,84	22	7,51	9,61	1920
145	5,15	4,46	223	4,19	3,44	84	2,39	2,42	19	1,65	1,63	21	5,93	5,98	8	2,73	3,52	1921
Breslau																		
781	3,88	4,20	659	3,34	2,96	171	2,77	3,34	44	5,16	5,07	40	9,98	9,52	26	3,01	3,09	1919
564	2,80	3,04	497	2,52	2,22	116	1,88	2,29	25	2,93	2,88	17	4,24	4,04	17	1,97	2,02	1920
436	2,17	2,36	349	1,77	1,55	94	1,52	1,87	17	2,00	1,95	17	4,24	4,03	12	1,39	1,43	1921
Liegnitz																		
976	4,65	4,57	869	4,20	3,57	238	3,42	3,90	69	6,26	7,15	33	10,31	10,19	27	3,83	3,85	1919
700	3,34	3,27	607	2,93	2,48	165	2,37	2,72	57	5,17	5,94	19	5,94	5,86	16	2,27	2,28	1920
555	2,64	2,59	481	2,32	1,95	107	1,54	1,77	31	2,81	3,25	23	7,19	7,10	15	2,13	2,14	1921
Oppeln																		
465	1,85	1,63	315	1,29	1,24	62	1,49	1,97	8	3,46	4,60	4	2,17	2,42	7	1,09	1,10	1919
444	1,77	1,55	263	1,08	1,04	38	0,91	1,22	2	0,87	1,16	9	4,89	5,49	2	0,31	0,31	1920
485	1,93	1,68	300	1,23	1,18	38	0,91	1,24	7	3,03	4,12	5	2,72	3,07	6	0,94	0,94	1921
Magdeburg																		
301	3,93	3,40	187	2,08	1,69	52	1,01	1,07	28	1,04	1,11	14	3,59	3,41	9	2,85	2,85	1919
201	2,62	2,26	155	1,72	1,39	36	0,70	0,75	22	0,81	0,87	10	2,56	2,44	7	2,22	2,22	1920
168	2,19	1,88	113	1,26	1,01	40	0,78	0,83	9	0,33	0,36	9	2,31	2,19	10	3,16	3,16	1921
Merseburg																		
227	2,20	2,09	171	1,24	1,17	53	0,91	1,01	15	1,07	1,15	5	1,25	1,20	4	1,21	1,11	1919
187	1,81	1,71	124	0,90	0,85	34	0,59	0,65	16	1,15	1,23	9	2,26	2,17	3	0,91	0,83	1920
131	1,27	1,20	63	0,46	0,43	26	0,45	0,50	12	0,86	0,92	4	1,00	0,96	4	1,21	1,10	1921
Erfurt																		
65	0,92	0,81	24	0,33	0,33	3	0,22	0,25	3	2,10	1,90	5	5,81	6,17	3	3,61	3,23	1919
50	0,70	0,62	34	0,47	0,47	4	0,30	0,33	—	—	—	—	—	—	1	1,20	1,06	1920
29	0,41	0,36	21	0,29	0,29	1	0,07	0,08	—	—	—	—	—	—	1	1,20	1,06	1921

der Zahl der Grundstücke von der Grundeigentumsstatistik des Jahres 1878 bis zu derjenigen von 1893 für jedes Jahr errechnete Grundstücksbestand zugrunde gelegt. — Gesetze vom 27. April 1920 beim Stadtkreise Berlin eingemeindet worden ist; hierbei handelt es sich um 28 Besitzungen für Spalte 2, um je 14 Besitzungen für Sp. 5, 8 und

(Noch: Taf. 6) Jahr des Besitzwechsels	Gesamtzahl der den Eigentümer wechselnden Grundstücke: überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	Von den Grundstücken Spalte 2 wechselten den Eigentümer infolge von Erbgang, Vermächtnis usw. sowie Kauf, Tausch, Enteignung usw. zusammen: abgezweigt überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	ungeteilt überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	infolge von Erbgang, Vermächtnis usw.: abgezweigt überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	ungeteilt überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	infolge von Kauf, Tausch, Enteignung usw.: abgezweigt überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	ungeteilt überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Regierungsbezirk																					
1919	5 660	13,68	13,02	1 709	4,13	3,93	3 951	9,55	9,09	112	0,27	0,26	1 391	3,36	3,20	1 597	3,86	3,67	2 560	6,19	5,89
1920	4 171	10,08	9,58	1 250	3,02	2,87	2 921	7,06	6,71	138	0,33	0,32	1 043	2,52	2,39	1 112	2,69	2,55	1 878	4,54	4,31
1921	3 195	7,72	7,32	968	2,34	2,22	2 227	5,38	5,10	130	0,31	0,30	861	2,08	1,97	838	2,03	1,92	1 366	3,30	3,13
Regierungsbezirk																					
1919	1 021	4,93	4,72	229	1,11	1,06	792	3,82	3,66	20	0,10	0,09	684	3,30	3,16	209	1,01	0,97	108	0,52	0,50
1920	924	4,46	4,27	138	0,67	0,64	786	3,79	3,63	7	0,03	0,03	678	3,27	3,13	131	0,63	0,60	108	0,52	0,50
1921	663	3,20	3,06	75	0,36	0,35	588	2,84	2,71	3	0,01	0,01	534	2,58	2,46	72	0,35	0,33	54	0,26	0,25
Regierungsbezirk																					
1919	765	4,54	4,55	172	1,02	1,02	593	3,52	3,53	81	0,48	0,48	511	3,03	3,04	91	0,54	0,54	82	0,49	0,49
1920	597	3,55	3,55	179	1,06	1,06	418	2,48	2,49	102	0,61	0,61	346	2,05	2,06	77	0,46	0,46	72	0,43	0,43
1921	478	2,84	2,84	126	0,75	0,75	352	2,09	2,09	94	0,56	0,56	302	1,79	1,80	32	0,19	0,19	50	0,30	0,30
Regierungsbezirk																					
1919	2 066	9,21	8,42	503	2,24	2,05	1 563	6,97	6,37	106	0,47	0,43	1 163	5,19	4,74	397	1,77	1,62	400	1,78	1,63
1920	1 580	7,05	6,42	284	1,27	1,15	1 296	5,78	5,27	22	0,10	0,09	1 018	4,54	4,14	262	1,17	1,06	278	1,24	1,13
1921	1 398	6,23	5,66	316	1,41	1,28	1 082	4,83	4,38	38	0,17	0,15	861	3,84	3,49	278	1,24	1,13	221	0,99	0,90
Regierungsbezirk																					
1919	1 680	7,38	7,12	277	1,22	1,17	1 403	6,16	5,95	17	0,07	0,07	1 043	4,58	4,42	260	1,14	1,10	360	1,58	1,53
1920	1 244	5,47	5,27	211	0,93	0,89	1 033	4,54	4,37	53	0,23	0,22	809	3,55	3,43	158	0,69	0,67	224	0,98	0,95
1921	1 124	4,94	4,75	197	0,87	0,83	927	4,07	3,92	38	0,17	0,16	702	3,08	2,97	159	0,70	0,67	225	0,99	0,95
Regierungsbezirk																					
1919	1 263	7,09	6,75	239	1,34	1,28	1 024	5,75	5,48	26	0,15	0,14	823	4,62	4,40	213	1,20	1,14	201	1,13	1,07
1920	797	4,48	4,25	118	0,66	0,63	679	3,81	3,62	10	0,06	0,05	528	2,96	2,82	108	0,61	0,58	151	0,85	0,81
1921	786	4,41	4,19	137	0,77	0,73	649	3,64	3,46	7	0,04	0,04	546	3,07	2,91	130	0,73	0,69	103	0,58	0,55
Regierungsbezirk																					
1919	882	6,77	6,20	254	1,95	1,78	628	4,82	4,41	17	0,13	0,12	303	2,32	2,13	237	1,82	1,67	325	2,49	2,28
1920	655	5,02	4,59	194	1,49	1,36	461	3,54	3,23	24	0,18	0,17	296	2,27	2,07	170	1,30	1,19	165	1,27	1,16
1921	664	5,09	4,64	205	1,57	1,43	459	3,52	3,20	45	0,35	0,31	302	2,32	2,11	160	1,23	1,12	157	1,20	1,10
Regierungsbezirk																					
1919	1 323	4,75	4,65	217	0,78	0,76	1 106	3,97	3,89	7	0,03	0,02	996	3,58	3,50	210	0,75	0,74	110	0,40	0,39
1920	1 134	4,07	3,98	130	0,47	0,46	1 004	3,61	3,52	4	0,01	0,01	908	3,26	3,19	126	0,45	0,44	96	0,34	0,34
1921	943	3,39	3,31	126	0,45	0,44	817	2,93	2,87	8	0,03	0,03	760	2,73	2,67	118	0,42	0,41	57	0,20	0,20
Regierungsbezirk																					
1919	1 205	4,79	4,54	139	0,55	0,52	1 066	4,24	4,01	19	0,08	0,07	939	3,73	3,54	120	0,48	0,45	127	0,51	0,48
1920	1 105	4,39	4,15	99	0,39	0,37	1 006	4,00	3,78	19	0,08	0,07	932	3,71	3,50	80	0,32	0,30	74	0,29	0,28
1921	837	3,33	3,14	98	0,39	0,37	739	2,94	2,77	31	0,12	0,12	689	2,74	2,58	67	0,27	0,25	50	0,20	0,19
Regierungsbezirk																					
1919	1 322	5,02	4,95	291	1,11	1,09	1 031	3,92	3,86	96	0,36	0,36	750	2,85	2,81	195	0,74	0,73	281	1,07	1,05
1920	884	3,36	3,31	191	0,73	0,71	693	2,63	2,59	41	0,16	0,15	536	2,04	2,01	150	0,57	0,56	157	0,60	0,59
1921	822	3,12	3,07	177	0,67	0,66	645	2,45	2,41	59	0,22	0,22	526	2,00	1,97	118	0,45	0,44	119	0,45	0,44
Regierungsbezirk																					
1919	2 006	5,07	4,66	485	1,22	1,13	1 521	3,84	3,54	370	0,93	0,86	1 336	3,37	3,11	115	0,29	0,27	185	0,47	0,43
1920	1 648	4,16	3,82	386	0,97	0,89	1 262	3,19	2,92	294	0,74	0,68	1 141	2,88	2,64	92	0,23	0,21	121	0,31	0,28
1921	1 509	3,81	3,49	415	1,05	0,96	1 094	2,76	2,53	303	0,77	0,70	982	2,48	2,27	112	0,28	0,26	112	0,28	0,26
Regierungsbezirk																					
1919	1 357	4,74	4,66	1 225	4,28	4,21	132	0,46	0,45	1 077	3,76	3,70	109	0,38	0,37	148	0,52	0,51	23	0,08	0,08
1920	725	2,53	2,49	611	2,14	2,10	114	0,40	0,39	524	1,83	1,80	90	0,31	0,31	87	0,30	0,30	24	0,08	0,08
1921	963	3,37	3,30	867	3,03	2,97	96	0,34	0,33	743	2,60	2,55	83	0,29	0,28	124	0,43	0,43	13	0,05	0,04
Regierungsbezirk																					
1919	762	2,12	2,13	639	1,78	1,79	123	0,34	0,34	524	1,46	1,47	104	0,29	0,29	115	0,32	0,32	19	0,05	0,05
1920	781	2,17	2,18	685	1,91	1,92	96	0,27	0,27	484	1,35	1,35	86	0,24	0,24	201	0,56	0,56	10	0,03	0,03
1921	593	1,65	1,66	483	1,34	1,35	110	0,31	0,31	421	1,17	1,18	93	0,26	0,26	62	0,17	0,17	17	0,05	0,05
Regierungsbezirk																					
1919	644	3,01	3,12	194	0,91	0,94	450	2,10	2,18	73	0,34	0,35	260	1,21	1,26	121	0,57	0,59	190	0,89	0,92
1920	518	2,42	2,51	115	0,54	0,56	403	1,88	1,95	58	0,27	0,28	247	1,15	1,20	57	0,27	0,28	156	0,73	0,76
1921	548	2,56	2,66	153	0,71	0,74	395	1,85	1,92	81	0,38	0,39	275	1,28	1,33	72	0,34	0,35	120	0,56	0,58
Regierungsbezirk																					
1919	523	2,19	2,32	338	1,41	1,50	185	0,77	0,82	207	0,87	0,92	111	0,46	0,49	131	0,55	0,58	74	0,31	0,33
1920	439	1,84	1,95	319	1,34	1,42	120	0,50	0,53	224	0,94	0,99	67	0,28	0,30	95	0,40	0,42	53	0,22	0,24
1921	351	1,47	1,56	229	0,96	1,02	122	0,51	0,54	135	0,57	0,60	70	0,29	0,31	94	0,39	0,42	52	0,22	0,23
Regierungsbezirk																					
1919	743	1,95	1,94	665	1,74	1,74	78	0,20	0,20	530	1,39	1,38	54	0,14	0,14	135	0,35	0,35	24	0,06	0,06
1920	453	1,19	1,18	397	1,04	1,04	56	0,15	0,15	285	0,75	0,74	38	0,10	0,10	112	0,29	0,29	18	0,05	0,05
1921	596	1,56	1,56	549	1,44	1,43	47	0,12	0,12	369	0,97	0,96	38	0,10	0,10	180	0,47	0,47	9	0,02	0,02
Regierungsbezirk																					
1919	401	2,56	2,82	279	1,78	1,96	122	0,78	0,86	200	1,28	1,40	60	0,38	0,42	79	0,50	0,55	62	0,40	0,44
1920	303	1,93	2,14	257	1,64	1,81	46	0,29	0,32	161	1,03	1,13	23	0,15	0,16	96	0,61	0,68	23	0,15	0,16
1921	286	1,82	2,02	233	1,49	1,65	53	0,34	0,38	166	1,06	1,17	31	0,20	0,22	67	0,43	0,47	22	0,14	0,16

*) Vergl. die Anm. *) auf Seite 44. — **) desgl. die Anm. *) auf Seite 42/43. — [1]) einschl. des Saargebiets.

und im Verhältnis zum Grundstücksbestande*) in den Jahren 1919 bis 1921.**)

Insbesondere wechselten von den infolge von Kauf, Tausch, Enteignung, Zwangsversteigerung usw. ungeteilt in andere Hand übergegangenen Besitzungen von 2 *ha* an den Eigentümer in der Größenklasse von . . . *ha*																		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1
2 bis 5			5 bis 20			20 bis 50			50 bis 100			100 bis 200			200 und mehr			
überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	überhaupt	vom Hundert des Grundstücksbestandes a	b	
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	
Schleswig																		
1 050	10,95	10,40	950	6,63	6,01	396	3,38	3,18	118	2,59	2,85	28	3,45	3,83	13	3,55	3,96	1919
805	8,40	7,96	721	5,03	4,57	243	2,07	1,95	69	1,51	1,67	29	3,57	3,98	11	3,01	3,86	1920
593	6,18	5,85	552	3,85	3,49	153	1,31	1,22	42	0,92	1,02	21	2,59	2,89	4	1,09	1,23	1921
Hannover																		
59	1,09	1,06	36	0,40	0,38	6	0,12	0,12	3	0,25	0,20	2	1,15	1,00	2	5,41	4,88	1919
62	1,15	1,11	32	0,36	0,34	10	0,20	0,20	3	0,25	0,20	1	0,57	0,50	—	—	—	1920
39	0,72	0,70	9	0,10	0,10	6	0,12	0,12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1921
Hildesheim																		
48	0,72	0,72	21	0,28	0,27	9	0,42	0,44	2	0,63	0,61	1	1,49	1,59	1	1,64	1,41	1919
38	0,57	0,57	22	0,29	0,29	9	0,42	0,44	—	—	—	2	2,99	3,17	1	1,64	1,39	1920
29	0,43	0,44	13	0,17	0,17	7	0,33	0,34	—	—	—	—	—	—	1	1,64	1,39	1921
Lüneburg																		
158	3,73	2,70	144	2,06	1,81	45	0,74	0,79	30	0,93	0,96	16	1,14	1,17	7	1,57	1,42	1919
126	2,98	2,13	109	1,56	1,36	19	0,31	0,33	12	0,37	0,38	8	0,57	0,59	4	0,90	0,81	1920
103	2,43	1,72	73	1,04	0,91	17	0,28	0,30	13	0,40	0,42	3	0,21	0,22	12	2,70	2,41	1921
Stade																		
190	3,33	3,07	114	1,18	1,12	36	0,81	0,83	15	0,69	0,71	5	0,74	0,74	—	—	—	1919
123	2,16	1,98	70	0,72	0,69	24	0,54	0,55	5	0,23	0,24	2	0,30	0,30	—	—	—	1920
126	2,21	2,03	77	0,79	0,75	14	0,32	0,32	7	0,32	0,33	1	0,15	0,15	—	—	—	1921
Osnabrück																		
96	2,56	2,70	64	0,91	0,94	30	0,64	0,58	9	0,49	0,36	1	0,24	0,17	1	1,30	0,97	1919
58	1,55	1,63	75	1,07	1,11	13	0,28	0,25	2	0,11	0,08	2	0,48	0,33	1	1,30	0,96	1920
51	1,36	1,44	40	0,57	0,59	5	0,11	0,10	3	0,16	0,12	3	0,72	0,49	1	1,30	0,95	1921
Aurich																		
199	3,99	3,58	74	1,55	1,34	37	1,48	1,63	12	1,68	1,47	1	2,50	2,27	2	11,11	11,11	1919
113	2,26	2,02	41	0,86	0,74	9	0,36	0,40	1	0,14	0,12	1	2,50	2,27	—	—	—	1920
113	2,26	2,02	33	0,69	0,59	8	0,32	0,35	2	0,28	0,24	1	2,50	2,27	—	—	—	1921
Münster																		
48	0,58	0,58	40	0,38	0,35	16	0,26	0,27	2	0,09	0,08	3	0,84	0,82	1	1,18	1,27	1919
43	0,52	0,52	38	0,36	0,33	11	0,18	0,19	4	0,17	0,17	—	—	—	—	—	—	1920
34	0,41	0,41	14	0,13	0,12	8	0,13	0,14	1	0,04	0,04	—	—	—	—	—	—	1921
Minden																		
64	0,68	0,60	40	0,37	0,36	16	0,39	0,41	3	0,48	0,52	2	1,48	1,54	2	2,41	2,27	1919
50	0,53	0,47	20	0,19	0,18	4	0,10	0,10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1920
29	0,31	0,27	19	0,18	0,17	2	0,05	0,05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1921
Arnsberg																		
117	1,32	1,23	104	0,89	0,89	35	0,82	0,86	16	1,45	1,47	5	2,05	2,00	4	3,77	3,45	1919
81	0,91	0,85	56	0,48	0,48	10	0,23	0,25	7	0,64	0,65	2	0,82	0,80	1	0,94	0,85	1920
66	0,74	0,69	31	0,26	0,27	15	0,35	0,37	5	0,45	0,46	1	0,41	0,40	—	—	—	1921
Cassel																		
101	0,61	0,53	62	0,35	0,33	13	0,29	0,29	3	1,08	1,06	4	3,60	3,13	2	2,25	2,38	1919
54	0,32	0,28	44	0,25	0,23	18	0,40	0,40	2	0,72	0,70	2	1,80	1,56	1	1,12	1,19	1920
62	0,37	0,32	35	0,20	0,18	5	0,11	0,11	4	1,44	1,41	4	3,60	3,10	2	2,25	2,41	1921
Wiesbaden																		
14	0,08	0,07	7	0,07	0,08	1	0,37	0,43	—	—	—	1	6,25	10,00	—	—	—	1919
12	0,06	0,06	10	0,10	0,11	1	0,37	0,43	—	—	—	1	6,25	11,11	—	—	—	1920
11	0,06	0,06	2	0,02	0,02	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1921
Coblenz																		
12	0,06	0,06	6	0,04	0,04	1	0,20	0,29	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1919
8	0,04	0,04	2	0,01	0,01	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1920
9	0,04	0,04	6	0,04	0,04	—	—	—	1	2,13	2,33	1	7,14	6,67	—	—	—	1921
Düsseldorf																		
97	1,17	1,25	72	0,79	0,80	16	0,49	0,52	2	0,35	0,31	3	2,50	2,51	—	—	—	1919
78	0,94	1,01	58	0,63	0,64	17	0,52	0,55	2	0,35	0,31	1	0,83	0,76	—	—	—	1920
64	0,77	0,83	40	0,44	0,44	13	0,40	0,42	2	0,35	0,31	1	0,83	0,76	—	—	—	1921
Köln																		
28	0,24	0,25	32	0,30	0,32	9	0,76	0,79	3	0,96	1,18	—	—	—	1	2,38	1,69	1919
29	0,25	0,26	20	0,19	0,20	3	0,25	0,26	1	0,32	0,40	—	—	—	—	—	—	1920
27	0,23	0,24	20	0,19	0,20	2	0,17	0,18	2	0,64	0,80	1	0,88	0,90	—	—	—	1921
Trier[1])																		
18	0,09	0,09	6	0,04	0,04	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1919
16	0,08	0,08	2	0,01	0,01	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1920
8	0,04	0,04	—	—	—	—	—	—	1	0,34	0,39	—	—	—	—	—	—	1921
Aachen																		
41	0,49	0,54	18	0,28	0,31	3	0,44	0,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1919
21	0,25	0,28	2	0,03	0,04	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1920
13	0,16	0,17	7	0,11	0,12	1	0,15	0,17	1	0,55	0,59	—	—	—	—	—	—	1921

[Fortsetzung des Textes von Seite 7.]

Für alle Regierungsbezirke brauchte aber die Feststellung, wieviel Trennstücke durchschnittlich auf einen Erbfall entfielen, nicht durchgeführt zu werden. Dort, wo die Zahl der im Durchschnitt der Jahre neu entstandenen Grundstücke so niedrig war, daß sie gegenüber den im Erbgang ungetrennt übergegangenen Besitzungen nicht ins Gewicht fiel, konnte die Rechnung unterbleiben, da man hier auch ohne sie die Gewißheit hatte, daß die reale Erbteilung des Grundeigentums nur eine Ausnahme bildet. Dies ist in allen östlich der Elbe gelegenen Regierungsbezirken der Fall, allerdings mit der sehr charakteristischen Ausnahme der mit polnischem Kleinbesitz stark durchsetzten Bezirke von Posen und Oppeln. In West-Elbien waren dagegen in den meisten Regierungsbezirken die im Erbgang geteilten Grundstücke so häufig anzutreffen, daß die Rechnung für alle westlichen Bezirke mit Ausnahme von Hannover, Lüneburg, Osnabrück sowie von Münster und Minden durchgeführt werden mußte. Diese Rechnung ergab unter Berücksichtigung der durch den Erbgang kleiner als 2 *ha* gewordenen Grundstücke für 1913 folgendes Bild:

im Regierungsbezirk	vorgekommene Erbfälle	daraus entstandene Trennstücke überhaupt	auf 1 Erbfall
Posen	158	208	1,32
Oppeln	216	354	1,64
Magdeburg	98	189	1,93
Merseburg	83	152	1,83
Erfurt	154	409	2,66
Schleswig	109	163	1,50
Hildesheim	83	158	1,90
Stade	90	97	1,08
Aurich	33	40	1,21
Arnsberg	71	107	1,51
Cassel	318	753	2,37
Wiesbaden	549	2 017	3,67
Coblenz	578	2 065	3,57
Düsseldorf	119	235	1,97
Köln	89	314	3,53
Trier	531	2 024	3,81
Aachen	128	478	3,73
Sigmaringen	103	286	2,78.

An diesen Zahlen ist zunächst recht interessant, daß die Zahl der aus einem Erbfall neu entstandenen Besitzungen in Hessen-Nassau und im Rheinland mit Ausnahme von Düsseldorf erheblich höher ist als in den übrigen Bezirken. Hieraus darf man aber nicht ohne weiteres den Schluß ziehen, daß in den Regierungsbezirken der genannten westlichen Provinzen die Zahl der Erben und demzufolge im allgemeinen die Zahl der Kinder der Grundbesitzer größer ist als in anderen Regierungsbezirken. Der Unterschied kann auch darin liegen, daß, sobald eine Reihe von Erben vorhanden sind, sich die Erblasser in Ost- und Mitteldeutschland scheuen, ihr Grundstück in mehrere Stücke zu teilen. Diese Scheu würde in den landwirtschaftlichen Verhältnissen begründet sein können, da die hochwertigen Grundstücke des Westens, zumal die Weingüter eine viel stärkere Teilung vertragen als andere landwirtschaftliche Besitzungen.

Die Notwendigkeit einer Korrektur an den Zahlen der im Erbgang übergegangenen ungeteilten Besitzungen hat sich aus folgender Überlegung ergeben. Falls die ländlichen Besitzungen nur im Erbgange ihren Besitzer wechselten, müßte die durchschnittliche jährliche Verhältniszahl der Grundstücke, die den Besitzer gewechselt haben, zu dem Gesamtbestande der Grundstücke mindestens 3,33 % betragen, da bei dem im Durchschnitt bereits hohen Abstand der Generationen von 30 Jahren die Besitzungen innerhalb dieser Zeit einmal ihren Besitzer wechseln müssen. Wird der Besitzwechsel außer dem Erbgang auch noch durch Kauf hervorgerufen, so muß durchschnittlich die Gesamtheit der Grundstücke noch in einem kürzeren Zeitraum ihre Besitzer wechseln, und zwar muß dieser Besitzwechsel desto rascher erfolgen, je häufiger die Verkäufe gegenüber den Erbgängen vorkommen. Man findet daher auch in östlichen Regierungsbezirken, in denen die Verkäufe besonders häufig sind, einen Besitzwechsel, der in manchen Jahren 10 % des Bestandes übersteigt. Aber auch in den Regierungsbezirken, in denen die Verkäufe selten vorkommen, wird man annehmen dürfen, daß man nur dann alle Besitzwechselfälle erfaßt hat, wenn man statt der Prozentzahl von 3,33 eine Verhältniszahl von 3,33 bis 4 % findet. Diese Zufügung von 0,67 vom Hundert an Verkäufen, auf den Grundstücksbestand gerechnet, würde bedeuten, daß nur alle 150 Jahre die Grundstücke im Durchschnitt in die Hand anderer Familien übergehen, ein an der Grenze der Möglichkeit stehender großer Zeitraum, der überdies wegen seiner Länge die Zahl der notwendigen Erbübergänge von 3,33 nicht beeinflussen kann. In den fünf Regierungsbezirken Wiesbaden, Coblenz, Trier, Aachen und Sigmaringen erreichen die Verkäufe nach dem statistischen Urmaterial nicht einmal diese Ziffer, der Prozentsatz schwankt vielmehr zwischen 0,36 (Wiesbaden) und 0,59 (Aachen). Diese geringe nachgewiesene Zahl der Verkäufe kann aber nur daran liegen, daß eine Zahl von Verkäufen nicht grundbuchlich eingetragen und daher nicht statistisch erfaßt wird, da es ausgeschlossen erscheint, daß die Besitzungen in diesen Regierungsbezirken durchschnittlich nur alle 200 bis 300 Jahre in das Eigentum einer anderen Familie übergehen. Man muß daher diese Ziffern auch auf mindestens 0,67 % erhöhen. Hieraus ergibt sich ganz allgemein, daß dort, wo der statistisch erfaßte gesamte Besitzübergang nicht 4 % des Grundstücksbestandes ausmacht, eine Korrektur vorgenommen werden muß. Bei der Feststellung der in Frage kommenden Besitzübergänge müssen die Abzweigungen — nicht aber die Zersplitterungen — beim Kauf unberücksichtigt bleiben, da hier kein Übergang einer alten Besitzung stattfindet. Aber auch darum waren einige Doppelzählungen nicht zu vermeiden. Die Fälle, in denen der Erblasser tatsächlich bei Lebzeiten nur einen Teil seiner Besitzung auf einen Erben grundbuchlich überschreiben ließ, und in denen später oder womöglich in dem gleichen Jahre sich derselbe Erbe oder ein anderer den Rest des Grundstückes grundbuchlich eintragen ließ, erscheinen als zwei Besitzübergänge, während in Wirklichkeit der gesamte ursprüngliche Besitz nur einmal seinen Besitzer gewechselt hat. Bei dem seltenen Vorkommen dieses Falles, kann aber der hierin liegende Fehler nur sehr gering sein.

Eine weitere Schwierigkeit für die Berechnung entsteht aus der Ungewißheit des derzeitigen Bestandes an Grundstücken. Die letzte Zählung des Grundbesitzes hat im Jahre 1893 stattgefunden. In der bis zum Berichtsjahr verflossenen Zeit kann sich der Grundstücksbestand nicht unerheblich verändert haben. Es kann jedoch ohne weiteren Beweis festgestellt werden, daß, soweit man nicht die einzelnen Größenklassen, sondern nur die Gesamtheit der Besitzungen berücksichtigt, die Zahl der Besitzungen zugenommen haben muß; denn eine Vergleichung der in jedem Jahre erfolgten Zusammenstellungen ergibt, daß die Zerstückelungen die Zusammenlegungen bei weitem übertreffen. Um nur ein beliebiges, aber durchaus typisches Beispiel herauszugreifen, waren im Jahre 1909 im Erbgang durch Zerstückelungen 2 148 und im Kauf 4 477 neue Grundstücke über 2 *ha* entstanden, während eine Zusammenlegung im Erbgang nur bei 94 und im Wege des Kaufs nur bei 876 Grundstücken stattgefunden hat. Wenn man nun auch annehmen darf, daß eine recht bedeutende Zahl von Zusammenlegungen statistisch nicht erfaßt werden kann, weil sie entweder von den Grundbuchämtern übersehen werden oder für sie

nicht in Erscheinung treten, so erscheint es doch ausgeschlossen, daß selbst unter Zurechnung dieser Zusammenlegungen die fast siebenfach höhere Zahl der durch Zerstückelung entstandenen Grundstücke erreicht wird. Hieraus folgt, daß die Gesamtzahl der land- und forstwirtschaftlichen Besitzungen sich in der Zwischenzeit auch in den einzelnen Regierungsbezirken nur vermehrt, aber nicht vermindert haben kann. Der heutige Gesamtbestand muß höher sein als der von 1893. Die tatsächliche Verhältniszahl der in einem Jahre übergegangenen Besitzungen zu dem Gesamtbestande müßte daher etwas niedriger liegen als die hier errechnete. Mit andern Worten, die hier errechnete Verhältniszahl ist eine Maximalzahl. Diese Maximalzahl entfernt sich aber von der tatsächlichen aller Wahrscheinlichkeit nach nur wenig, da eine Reihe von hier nicht zu erörternden Tatsachen gegen eine erhebliche Änderung des Gesamtbestandes an Besitzungen, die auch bereits die Verhältniszahlen wesentlich beeinflußt, spricht. Zudem ist der Einfluß einer nicht erheblichen Änderung der Grundzahl auf die Verhältniszahl gering. Dies geht aus folgender Rechnung hervor. Die tatsächliche Grundzahl sei 110; die nachweisbare Minimalzahl 100; die Bewegungszahl 10; die tatsächliche Verhältniszahl ergibt dann 9,1 %; die Maximalzahl dagegen 10 %. Liegt die Minimalzahl um 5 Einheiten unter der tatsächlichen Grundzahl 110, so ergibt die Bewegungszahl 10 eine Verhältniszahl von 9,52 statt 10. Ist die Bewegungszahl niedriger als 10, so verringert sich noch der Unterschied in den beiden Verhältniszahlen. Ist die Bewegungsziffer z. B. 5 und die errechnete Grundzahl 100, die wirkliche Grundzahl aber 105, so ergibt sich im ersten Falle eine Verhältnisziffer von 5, im zweiten eine von 4,76. Die wahrscheinliche Veränderung, die im Grundbesitzbestande vorgekommen sein kann, bleibt aber, wie ebenfalls später gezeigt wird, unter 5 %. — Zugleich stehen aber die Bewegungszahlen der in Betracht kommenden Regierungsbezirke meist unter 5 vom Hundert. Auch ist die Verhältniszahl nur dort von besonderem Interesse, wo sie sogar unter 4 liegt.

Die Gesamtzahl des Grundstücksbestandes, die Zahl der unter Berücksichtigung der vorher gemachten Ausführungen berechneten Besitzwechselfälle und die Verhältniszahlen zwischen beiden, sind für die in Rede stehenden Regierungsbezirke in folgender Übersicht dargestellt:

Es entfallen

auf die Regierungsbezirke	ländliche Privatbesitzungen mit nutzbaren Grundstücken von 2 und mehr *ha* (Grundstücksbestand)	Besitzwechselfälle	
		überhaupt	v. H. des Grundstücksbestandes
Posen	43 572	3 380	7,76
Oppeln	55 925	2 801	5,01
Magdeburg	25 216	1 489	5,90
Merseburg	32 058	1 557	4,86
Erfurt	16 055	537	3,34
Schleswig	54 460	3 734	6,86
Hildesheim	16 837	641	3,81
Stade	22 762	1 050	4,61
Aurich	13 035	709	5,44
Arnsberg	26 333	881	3,35
Cassel	39 601	1 455	3,67
Wiesbaden	28 610	760	2,66
Coblenz	35 933	800	2,23
Düsseldorf	21 407	594	2,77
Köln	23 890	367	1,54
Trier	38 194	765	2,00
Aachen	19 861	328	1,65
Sigmaringen	8 240	175	2,12.

Hiernach wird die vorher als notwendig festgestellte Mindest-Verhältniszahl von 4 % für die jährlichen Besitzübergänge in dem größeren Teile der Regierungsbezirke nicht erreicht. Hiermit ist sicher festgestellt, daß in diesen Bezirken nicht alle tatsächlichen Besitzübergänge statistisch erfaßt sein können, ohne daß damit gesagt ist, daß dies in den Bezirken der Fall ist, in denen der Prozentsatz von 4 % überschritten wird.

Es kommt nunmehr darauf an, sich zu überlegen, welche Besitzwechselfälle grundbuchlich nicht registriert sein können und daher der statistischen Aufnahme entgangen sind. Verkäufe können es nur in seltenen Fällen sein; denn abgesehen von dem Restkaufgeld, das in zahlreichen Fällen für den Käufer eingetragen wird und eine Umschreibung der Besitzung auf den Käufer notwendig macht, ist es für den Käufer sowohl wie für den Verkäufer von Wichtigkeit, zur Sicherheit ihrer gegenseitigen Rechtsverhältnisse und zu der der Hypothekengläubiger die Eintragung des neuen Besitzers und die Löschung des alten vorzunehmen. Ebensowenig können meist Abzweigungen oder Zersplitterungen im Erbgange der grundbuchlichen Festlegung entbehren. Schon über die Grenze würden sehr bedenkliche Rechtsstreitigkeiten entstehen können, solange die Lage der einzelnen Trennstücke nicht grundbuchlich feststeht. Bei Übertragungen zu Lebzeiten des Erblassers kommt auch noch die Notwendigkeit der grundbuchlichen Eintragung des Altenteils hinzu. Es bleiben also mit wenigen Ausnahmen für Besitzwechselfälle, die nicht eingetragen sein können, nur Erbübergänge von ungeteiltem Besitz übrig. Hier ist tatsächlich regelmäßig dann, wenn mit den Erbübergängen keine neue Belastung für andere Miterben verbunden ist, kein Interesse an der grundbuchamtlichen Umschreibung vorhanden. Der Besitz kann auch den nicht eingetragenen Erben von einem Dritten nicht strittig gemacht werden, und die Eintragung kann jederzeit später ohne Schwierigkeit durch Vorlegung eines Erbscheins erfolgen.

Rechnet man den Unterschied zwischen der notwendigen Verhältniszahl von 4 % und der tatsächlich gefundenen in die Zahl der statistisch nicht erfaßten Besitzwechselfälle um, so ergibt sich folgendes Bild:

Es betrug

im Regierungsbezirke	der Besitzwechsel		Dem an 4 Hundertteilen fehlenden Prozentsatz würde eine Zahl von Eigentumsübergängen entsprechen von	Hiervon entfallen auf Verkäufe zur Ergänzung der unter 0,67 % liegenden Quote der Verkäufe zum Grundstücksbestande auf 0,67 %	Für Erbübergänge ohne Teilung würden daher verbleiben
	Hundertteile des Grundstücksbestandes	mithin mehr oder weniger (—) als 4 % des Grundstücksbestandes			
Posen	7,76	3,76	—	—	—
Oppeln	5,01	1,01	—	—	—
Magdeburg	5,90	1,90	—	—	—
Merseburg	4,86	0,86	—	—	—
Erfurt	3,34	— 0,66	106	—	106
Schleswig	6,86	2,86	—	—	—
Hildesheim	3,81	— 0,19	32	—	32
Stade	4,61	0,61	—	—	—
Aurich	5,44	1,44	—	—	—
Arnsberg	3,35	— 0,65	171	—	171
Cassel	3,67	— 0,33	131	—	131
Wiesbaden	2,66	— 1,34	383	89	294
Coblenz	2,23	— 1,77	636	83	553
Düsseldorf	2,77	— 1,23	263	—	263
Köln	1,54	— 2,46	588	—	588
Trier	2,00	— 2,00	764	84	680
Aachen	1,65	— 2,35	467	16	451
Sigmaringen	2,12	— 1,88	155	21	134.

Rechnet man nun die hier gefundene Zahl mit den bei geteiltem Besitz zu Grunde liegenden Erbfällen zu der Gesamtzahl der Erbfälle überhaupt zusammen, so ergibt sich nunmehr folgendes Schlußbild:

Es sind 1913 vorgekommen

im Regierungsbezirke	Erbfälle überhaupt	darunter Erbfälle ohne Realteilung überhaupt	ohne Realteilung v. H. aller Erbfälle	mit Realteilung überhaupt	mit Realteilung v. H. aller Erbfälle
Posen	1 637	1 479	90,35	158	9,65
Oppeln	1 847	1 631	88,31	216	11,69
Magdeburg . .	901	803	89,12	98	10,88
Merseburg . .	926	843	91,04	83	8,96
Erfurt	474	320	67,51	154	32,49
Schleswig . . .	1 130	1 021	90,35	109	9,65
Hildesheim . .	512	429	83,79	83	16,21
Stade	669	579	86,55	90	13,45
Aurich	303	270	89,11	33	10,89
Arnsberg . . .	816	745	91,30	71	8,70
Cassel	1 284	966	75,23	318	24,77
Wiesbaden . .	952	403	42,33	549	57,67
Coblenz	1 196	618	51,67	578	48,33
Düsseldorf . .	611	492	80,52	119	19,48
Köln	780	691	88,59	89	11,41
Trier	1 274	743	58,32	531	41,63
Aachen	661	533	80,64	128	19,36
Sigmaringen .	274	171	62,41	103	37,59

Die reale Erbteilung ist hiernach am häufigsten in den drei Weinbaubezirken Wiesbaden, Coblenz, Trier. Es folgen dann Sigmaringen mit 37,59, Erfurt mit 32,49 und Cassel mit 24,77 %. Die geringste Bedeutung hat die Erbteilung von den nachgewiesenen Bezirken in Arnsberg, Merseburg, Posen und Schleswig.

In allen übrigen Bezirken schwankt die Verhältniszahl der Erbübergänge mit Teilung des Besitzes zwischen 10 und 20 %.

Mit so großer Vorsicht auch die Korrekturen vorgenommen wurden, so ließen sich doch nicht alle zweifelhaften und unsicheren Momente ausschalten. Es sei daher hier ausdrücklich aufmerksam gemacht, daß die gegebenen Zahlen nicht ein treues Spiegelbild der tatsächlichen Verhältnisse sein können, sondern nur Annäherungswerte darstellen. Gegenüber den Zahlen, die aus dem unberichtigten Urmaterial hervorgehen, bedeuten aber die gewonnenen Ergebnisse einen außerordentlichen Fortschritt. Würde man z. B. für das Jahr 1913 und den Regierungsbezirk Coblenz die unkorrigierten Zahlen nehmen, so würde man 65 im Erbübergang ungeteilte und einschl. der Trennstücke unter 2 *ha* 2 065 beim Erbgang geteilte Besitzungen finden. Von den gesamten 2 130 Erbübergängen würden dann rund 97 % auf den geteilten und 3 % auf den ungeteilten Erbübergang entfallen.

Für die einzelnen Größenklassen, besonders innerhalb der verschiedenen Regierungsbezirke, lassen sich diese Wahrscheinlichkeits-Rechnungen leider nicht mehr aufstellen, weil ihnen jede Sicherheit mangelt. Nicht nur, weil in den meisten Kategorien das Gesetz der großen Zahl nicht mehr vorhanden ist, das manche Fehler gegeneinander ausgleicht, sondern auch, weil hier jede Kenntnis fehlt, aus welcher ursprünglichen Größenklasse die statistisch nachgewiesenen neuen, abgezweigten Grundstücke entstanden sind. Ebenso häufig können die Grundstücke, selbstverständlich mit Ausnahme der unter 2 *ha* nachgewiesenen, die nach der Art der Erhebung von landwirtschaftlichen Grundstücken über 2 *ha* herstammen müssen, von einem Grundstück abgetrennt sein, das sich vorher in derselben Kategorie befand, oder es können die neuen Trennstücke namentlich in irgend einer niedrigeren Größenklasse als das Stammstück sich befinden, oder schließlich kann ein Teil in der alten Klasse geblieben sein, während andere in eine niedrigere gekommen sind. Von Interesse dürfte aber der Hinweis sein, daß diese drei Möglichkeiten nicht im gleichen Maße für sämtliche Größenkategorien bestehen. Es können z. B. selbstverständlich von der Größenklasse über 100 *ha* sämtliche Trennstücke, soviel ihrer auch sind, in der alten Klasse bleiben, und auch bei der Größenklasse von 5 bis 20 *ha* ist es noch angängig, daß von drei Trennstücken keins in eine andere Größenklasse gelangt. Dagegen wird in der Größenklasse zwischen 50 und 100 *ha* bereits bei einer Teilung in zwei Grundstücke ein Grundstück regelmäßig in eine niedere Größenklasse gelangen. Bei den beiden übrigen Größenklassen von 2 bis 5 und von 20 bis 50 *ha* muß stets bei einer Dreiteilung mindestens eins in die nächstniedrigere Größenklasse gelangen. Selbst von zwei Trennstücken werden sich hier nur selten beide in der alten Größenkategorie halten können. Obwohl man theoretisch annehmen kann, daß auch im Erbgange ein großes Grundstück über 100 *ha* in ein kleines selbst unter 2 *ha* und in ein großes, das über 100 *ha* groß bleibt oder nur wenig darunter sinkt, zerfallen kann, werden jedoch im allgemeinen die Teilgrundstücke von Besitzungen herrühren, die in der gleichen oder vornehmlich der nächsthöheren Größenklasse aufgeführt waren. Die nachgewiesenen Trennstücke geben daher im allgemeinen ein Bild, wie stark die Zersplitterung des Besitzes im Erbgange in den verschiedenen Größenklassen ist. Es seien daher hier die Übersichten über die Abzweigungen im Erbgange in den wichtigsten Größenklassen wiedergegeben.

Infolge von **Erbgang** wechselten den Eigentümer land- und forstwirtschaftliche **unter 2 *ha* große abgezweigte** Grundstücke

in den Regierungsbezirken	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Königsberg . .	19	7	13	7	6	8	7	2	12	8
Gumbinnen . .	10	9	3	2	4	6	2	14	7	9
Allenstein . . .	44	14	10	16	7	31	6	18	6	18
Danzig	5	7	22	7	2	14	9	17	12	10
Marienwerder .	40	13	22	12	14	24	17	24	17	17
Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Potsdam	31	32	22	16	20	36	26	36	28	39
Frankfurt . . .	40	59	39	46	33	46	37	55	45	59
Stettin	36	49	29	11	17	12	14	22	13	25
Köslin	19	16	15	11	21	34	19	12	25	12
Stralsund . . .	5	1	2	1	1	—	2	1	2	3
Posen	133	113	138	112	106	104	120	121	125	105
Bromberg . . .	15	16	22	11	11	12	5	10	5	8
Breslau	25	18	14	17	27	24	28	34	37	32
Liegnitz	14	18	17	17	25	19	19	44	44	39
Oppeln	135	117	111	75	71	128	89	232	243	236
Magdeburg . .	73	97	60	74	78	114	85	101	98	86
Merseburg . . .	105	98	72	68	49	65	65	85	77	69
Erfurt	222	261	236	282	196	225	257	344	243	276
Schleswig . . .	77	78	59	68	62	87	68	77	73	65
Hannover . . .	14	28	17	13	14	28	25	24	29	62
Hildesheim . .	68	52	44	57	86	71	51	113	75	96
Lüneburg . . .	18	21	23	10	12	18	18	27	18	13
Stade	59	56	33	37	63	52	60	76	61	56
Osnabrück . . .	12	12	15	11	9	5	9	23	13	20
Aurich	23	4	48	7	15	24	20	22	38	23
Münster	5	27	10	4	5	6	2	10	24	24
Minden	42	44	36	27	34	35	50	25	41	55
Arnsberg . . .	64	35	55	41	19	24	31	51	56	75
Cassel	418	532	383	424	515	439	459	498	469	538
Wiesbaden . .	1 206	1 340	1 405	1666	1325	1103	1268	1448	1344	1565
Coblenz	1 468	1 751	1 653	2103	1679	1455	1387	1627	1523	1533
Düsseldorf . . .	126	124	158	61	110	52	53	120	102	94
Köln	224	277	397	354	281	288	259	253	172	211
Trier	1 018	1 326	1 071	3214	1823	1179	1116	1493	1357	1570
Aachen	244	312	253	503	435	288	269	262	304	289
Sigmaringen . .	283	390	265	290	190	208	213	195	254	219
im Staate . .	6 340	7 354	6 772	9675	7365	6264	6165	7516	6992	7559.

Infolge von Erbgang wechselten den Eigentümer land- und forstwirtschaftliche 2 bis 5 *ha* große abgezweigte Grundstücke

in den Regierungs-bezirken	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
	in den Jahren									
Königsberg	3	2	—	—	—	2	1	—	1	1
Gumbinnen	1	7	2	4	—	3	2	1	3	1
Allenstein	7	1	—	1	1	6	1	3	4	2
Danzig	3	2	1	2	5	5	1	2	5	6
Marienwerder	19	8	13	4	12	7	2	8	4	2
Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Potsdam	5	4	4	5	5	9	11	11	3	8
Frankfurt	10	8	7	17	7	10	12	5	10	22
Stettin	13	8	39	19	11	20	10	10	4	10
Köslin	5	5	3	6	3	7	2	6	2	—
Stralsund	—	—	2	—	1	—	—	—	—	1
Posen	67	74	49	37	50	47	65	52	48	50
Bromberg	7	4	2	9	1	4	4	2	7	1
Breslau	7	6	3	2	7	8	8	7	6	3
Liegnitz	1	4	5	1	7	6	14	9	4	4
Oppeln	43	46	45	27	27	31	33	62	69	69
Magdeburg	48	51	36	37	45	72	49	54	58	63
Merseburg	49	41	46	44	30	36	71	54	65	32
Erfurt	117	127	119	122	93	124	121	99	103	102
Schleswig	46	22	38	41	25	31	35	57	50	29
Hannover	4	9	—	—	1	1	2	3	1	12
Hildesheim	32	21	36	29	22	39	35	56	43	42
Lüneburg	2	3	2	3	1	4	5	4	8	3
Stade	14	12	6	17	10	21	23	22	30	22
Osnabrück	4	—	—	1	6	—	4	2	4	2
Aurich	11	8	17	6	5	13	8	19	13	11
Münster	13	10	4	—	1	1	3	2	4	7
Minden	13	26	17	17	14	11	14	12	11	15
Arnsberg	15	28	22	15	1	20	9	21	4	23
Cassel	204	187	239	198	259	140	170	193	199	171
Wiesbaden	325	238	263	573	357	444	270	470	395	408
Coblenz	353	421	437	402	430	371	553	510	419	471
Düsseldorf	18	28	25	29	20	18	7	44	45	52
Köln	19	89	101	109	167	62	82	99	63	78
Trier	235	476	313	339	320	352	304	357	274	401
Aachen	91	86	106	87	100	99	111	81	89	114
Sigmaringen	94	61	77	61	76	72	73	38	43	48
im Staate	**1 898**	**2 123**	**2 079**	**2264**	**2120**	**2096**	**2115**	**2375**	**2091**	**2286.**

Infolge von Erbgang wechselten den Eigentümer land- und forstwirtschaftliche 5 bis 20 *ha* große abgezweigte Grundstücke

in den Regierungs-bezirken	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
	in den Jahren									
Königsberg	3	6	2	1	1	2	1	3	2	1
Gumbinnen	5	4	2	5	8	3	—	2	1	6
Allenstein	10	2	3	4	4	4	4	6	4	4
Danzig	11	8	7	3	8	6	8	17	10	7
Marienwerder	15	6	13	11	3	7	3	7	9	17
Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Potsdam	7	6	3	4	4	7	6	11	3	8
Frankfurt	5	11	6	11	6	8	10	4	4	10
Stettin	11	10	33	16	16	10	12	18	8	4
Köslin	13	14	9	22	10	14	8	12	13	18
Stralsund	—	1	—	—	—	—	1	1	—	—
Posen	56	70	62	46	54	54	51	59	46	42
Bromberg	4	7	14	5	6	3	6	5	3	5
Breslau	5	5	9	6	1	6	5	8	4	5
Liegnitz	4	2	6	2	6	3	9	8	5	9
Oppeln	28	35	45	17	23	30	23	31	46	47
Magdeburg	28	60	32	36	30	41	30	17	23	33
Merseburg	20	30	20	21	16	24	23	18	14	47
Erfurt	29	65	39	36	53	45	22	41	30	30
Schleswig	32	29	24	32	35	28	34	42	38	44
noch: in den Regierungsbezirken										
Hannover	2	1	—	1	1	4	1	1	1	7
Hildesheim	24	20	24	10	10	41	8	47	42	14
Lüneburg	3	1	—	5	2	2	3	2	1	—
Stade	5	9	2	29	6	16	17	18	10	17
Osnabrück	11	—	—	1	—	4	1	3	—	4
Aurich	14	5	12	2	3	4	1	3	3	4
Münster	10	9	2	3	—	—	1	1	2	3
Minden	3	9	14	6	10	5	8	—	8	7
Arnsberg	13	12	14	11	9	15	11	7	10	6
Cassel	85	107	87	62	111	126	83	94	65	42
Wiesbaden	48	33	42	59	105	98	45	92	67	43
Coblenz	60	33	138	63	90	72	92	99	136	56
Düsseldorf	12	17	13	11	8	5	10	12	22	72
Köln	28	25	28	46	111	20	11	12	22	25
Trier	44	100	52	71	70	36	51	131	67	51
Aachen	43	16	17	36	28	15	47	21	31	66
Sigmaringen	24	35	50	23	13	35	15	15	21	18
im Staate	**715**	**803**	**824**	**717**	**861**	**793**	**661**	**868**	**771**	**772.**

Infolge von Erbgang wechselten den Eigentümer land- und forstwirtschaftliche 2 und mehr *ha* große abgezweigte Grundstücke

in den Regierungs-bezirken	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
	in den Jahren									
Königsberg	10	9	4	3	1	4	3	3	6	2
Gumbinnen	9	13	6	13	9	8	2	5	4	8
Allenstein	20	4	7	5	7	10	8	14	8	10
Danzig	16	12	14	7	15	16	14	23	17	17
Marienwerder	51	22	35	26	22	21	8	29	17	24
Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Potsdam	17	16	10	13	12	21	23	27	7	17
Frankfurt	19	23	16	32	15	20	23	10	16	36
Stettin	36	25	83	40	32	40	31	29	16	22
Köslin	24	27	16	36	20	25	16	20	20	22
Stralsund	—	1	2	—	1	2	1	1	—	1
Posen	126	150	117	88	111	103	120	117	106	103
Bromberg	12	15	19	14	10	11	10	7	12	8
Breslau	15	12	13	11	8	16	15	18	12	9
Liegnitz	5	7	12	3	15	10	24	18	10	16
Oppeln	77	84	91	46	50	63	56	95	119	118
Magdeburg	98	120	83	84	76	122	86	74	86	103
Merseburg	81	73	75	65	51	62	101	75	82	83
Erfurt	147	194	160	159	146	172	144	140	134	133
Schleswig	99	70	78	93	73	74	92	119	110	98
Hannover	7	10	2	3	2	6	4	5	4	19
Hildesheim	57	47	64	39	34	81	44	104	87	62
Lüneburg	7	9	2	10	4	7	14	9	12	4
Stade	21	23	10	60	21	37	55	52	49	41
Osnabrück	29	3	1	2	6	7	6	5	7	6
Aurich	30	18	39	10	13	20	10	25	18	17
Münster	37	26	8	3	3	2	12	3	7	11
Minden	17	35	34	25	27	17	23	14	21	25
Arnsberg	32	45	37	26	12	38	22	32	16	32
Cassel	297	300	334	268	380	278	264	292	271	215
Wiesbaden	373	271	305	643	462	542	315	565	463	452
Coblenz	415	454	579	472	522	451	651	610	564	532
Düsseldorf	32	46	41	44	30	26	22	61	72	141
Köln	49	115	134	157	285	92	94	114	88	103
Trier	280	589	376	415	400	391	355	491	356	454
Aachen	146	107	126	126	131	115	160	104	120	189
Sigmaringen	121	99	131	86	90	109	89	54	64	67
im Staate	**2 812**	**3 074**	**3 064**	**3127**	**3096**	**3019**	**2917**	**3364**	**3001**	**3200.**

Diese Übersichten zeigen mit Deutlichkeit, daß die Erbteilung mit zunehmender Größe der Grundstücke schon in den unteren Stufen sehr rasch abnimmt, um schließlich in den höheren Besitzklassen fast vollkommen zu verschwinden. So sind in der Größenklasse von 20 bis 50 *ha* im Durchschnitt der Jahre 1904 bis 1913 jährlich nur 120 durch Erbschaft

abgezweigte Grundstücke entstanden. In den nachfolgenden Größenklassen von 50 bis 100 *ha* sind während des zehnjährigen Zeitraumes überhaupt nur noch 167 derartige Abzweigungen vorgekommen und schließlich in den Größenklassen über 100 *ha* nur noch 48.

Diese Abnahme hängt nicht vorwiegend mit der größeren Häufigkeit der kleineren Besitzungen, sondern damit zusammen, daß bei größerem Besitz, sei es aus Mangel an mehreren Kindern oder aus Abneigung gegen die Realteilung, die Erbteilungen sich einer geringeren Beliebtheit erfreuen. Daß dem so ist, geht aus einer Vergleichung der Zahl der Besitzungen nach der Grundeigentums-Statistik von 1893 innerhalb der einzelnen Größenklassen mit der Zahl der durch Erbteilung entstandenen Grundstücke hervor.

Es ergibt sich z. B. bei einer derartigen Vergleichung für einige Regierungsbezirke mit nennenswerten Erbteilungen folgendes Bild in den Besitzgruppen von

Regierungsbezirk	2–5 *ha* Zahl der		5–20 *ha* Zahl der		20–50 *ha* Zahl der	
	Besitzungen (Tausend)	Abzweigung durch Erbteilung aufs Tausend	Besitzungen (Tausend)	Abzweigung durch Erbteilung aufs Tausend	Besitzungen (Tausend)	Abzweigung durch Erbteilung aufs Tausend
Posen	35	60	25	60	6	6,8
Oppeln . . .	25	50	25	33	4	2,6
Erfurt	7	113	7	39	1,3	1,4
Schleswig . .	12	38	19	33	15	15
Aurich	5	11	5	5	2	3,4
Wiesbaden .	18	374	10	63	0,3	8
Trier	20	335	16	67	1,6	5,7.

Es sind also hiernach mit Ausnahme von Posen in allen aufgeführten Regierungsbezirken, auf das Tausend der Grundstücke berechnet, die Erbteilungen in den Besitzgruppen von 5–20 und 20–50 *ha* erheblich geringer als in denen von 2–5 *ha*.

Diese Übersicht ergibt zwar nur das Verhältnis des Grundstückbestandes zu den durch Erbteilung jährlich durchschnittlich neuentstandenen Grundstücken, aber selbst wenn man annimmt, daß die ursprünglich im Erbgange geteilten Grundstücke zum Teil in der nächsthöheren oder ausnahmsweise in einer noch höheren Besitzgruppe sich befunden haben als die neuentstandenen Besitzungen, so würde die Richtigkeit der Behauptung, daß die Erbteilung in den höheren Besitzgruppen erheblich seltener zu finden ist, nur noch stärker hervortreten und auch für den Regierungsbezirk Posen bemerkbar werden, denn dann würde man zum Ersatz für die aus der Gruppe der Besitzungen von 2 bis 5 *ha* nach einer höheren Besitzgruppe aufrückenden Erbteilungen den größten Teil der unter 2 *ha* großen, durch Erbteilung neuentstandenen Grundstücke der untersten Besitzgruppe zurechnen müssen, die für Posen im Durchschnitt der Jahre 118 betragen hat, also fast ebensoviel wie die Summe der durchschnittlich neuentstandenen Besitzungen in den beiden Besitzgruppen von 2–5 und 5–20 *ha*.

Durch die Erbteilung muß sonach die Zahl der landwirtschaftlich genutzten Grundstücke in den Besitzgruppen mit geringerem Areal schneller zunehmen, als in denen mit größerem Areal. Vorausgesetzt wird dabei allerdings, daß auch die meisten der durch Erbteilung entstandenen Grundstücke unter 2 *ha* noch landwirtschaftlich genutzt werden.

Dieser Vermehrung der Grundstücke konnte nur eine erhebliche Zusammenlegung entgegenwirken. Diese Zusammenlegung ist aber, wie bereits erörtert, verhältnismäßig selten.

Dem Vorherrschen der Erbsitte der Realteilung und der Möglichkeit der weiten Teilung bei Weingütern folgend, finden wir die höchsten Zahlen der durch Erbteilung neuentstandenen Grundstücke in den Regierungsbezirken Wiesbaden, Coblenz und Trier. Die Zahl der in dieser Form während des nachgewiesenen zehnjährigen Zeitraumes neuentstandenen Grundstücke unter 2 *ha* (45 016) ergibt 62,5 v. H. der gleichartigen Gesamtzahl von Preußen (72 002), und selbst von den durch Erbteilung neuentstandenen Grundstücken über 2 *ha* im gleichen Zeitraum (30 674) liegen 13 748 oder 44,8 v. H. in den genannten Bezirken. Faßt man die für die Erbteilung vornehmlich in Betracht kommenden Provinzen Hessen-Nassau und Rheinprovinz zusammen, so beziffert sich die Zahl der durch Erbteilung neuentstandenen Grundstücke in der Größe unter 2 *ha* auf 56 566 und in der Größe über 2 *ha* auf 19 717. Danach beziffern sich die für die übrigen Provinzen noch verbleibenden Abzweigungen durch Erbgang nur auf 21,4 v. H. bei den Grundstücken unter 2 *ha* und auf 35,7 v. H. bei denen über 2 *ha*.

Die Abweichungen in den Zahlen der einzelnen Jahre der durch Erbgang abgezweigten Grundstücke sind innerhalb der einzelnen Regierungsbezirke und vor allem für das ganze Staatsgebiet nicht größer, als man sie den natürlichen Schwankungen entsprechend erwarten darf. Eine Ausnahme hiervon macht nur das Jahr 1907 hinsichtlich der Grundstücke unter 2 *ha*. Die Gesamtzahl des Staates von 9 675 liegt nicht weniger als 34,4 % höher als die Durchschnittszahl der zehn Jahre; sie ist das Ergebnis der ganz besonders hohen Zahlen dieses Jahres in den Weingutsbezirken Wiesbaden, Coblenz und besonders Trier (vergl. die Übersicht auf Seite 50). In Trier ist die in diesem Jahre erscheinende Zahl von 3 214 sogar doppelt so groß wie die Durchschnittszahl des zehnjährigen Zeitraumes 1 517, die zudem noch durch die Höhe der Zahl von 1907 erheblich in ihrer Höhe beeinflußt wird; mit Ausnahme der Jahre 1908 und 1913 weisen alle übrigen Jahre geringere Zahlen auf als die genannte Durchschnittszahl. Diese aus dem Rahmen fallenden Zahlen des Jahres 1907 müssen besondere wirtschaftliche Verhältnisse oder wirtschaftliche Überlegungen, die später bald wieder verschwanden, zur Grundlage gehabt haben. Worin diese besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse bestanden haben, konnte jedoch leider nicht festgestellt werden.

b) Erbübergänge ohne Besitzteilung.

Von vornherein kann man annehmen, daß die Schwankungen, die sich in den einzelnen Jahren bei den Erbübergängen ungeteilter Grundstücke finden, nichts anderes sind, als die Folge der natürlichen Schwankungen im Absterben der alten Besitzer, und daß sich hier nicht einmal ein Versuch lohnt, eine Gesetzmäßigkeit der Zahlen finden zu wollen. Wenn trotzdem bereits bei einer flüchtigen Durchsicht der folgenden Übersicht sich herausstellt, daß zwar die niedrigsten Zahlen der Erbübergänge ungeteilter Grundstücke innerhalb der einzelnen Regierungsbezirke ganz regellos auf die verschiedenen Jahre verteilt sind, daß aber die höchsten Zahlen in 18 Regierungsbezirken, also der Hälfte der sämtlichen Bezirke, im Jahre 1913 vorkommen, und daß ferner auch von den übrigen 19 Regierungsbezirken 10 in dem gleichen Jahre Zahlen aufweisen, die erheblich über dem Durchschnitt liegen, so verlohnt es sich doch, sich die Frage zu stellen, ob dies nur auf Zufall oder auf einem ganz besonderen Grunde beruht.

Infolge von Erbgang usw. wechselten den Eigentümer land- und forstwirtschaftliche 2 und mehr *ha* große ungeteilte Grundstücke

in den Regierungsbezirken	in den Jahren 1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Königsberg . .	661	673	630	589	564	602	543	688	636	683
Gumbinnen . .	940	1 021	920	937	903	841	853	875	866	818
Allenstein . . .	817	790	689	753	737	793	836	737	776	741
Danzig	401	419	443	425	577	583	662	666	632	502
Marienwerder.	941	943	989	900	903	874	862	906	870	941
Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Potsdam . . .	940	970	811	828	789	721	759	850	833	970
Frankfurt . . .	1 319	1 372	1256	1301	1375	1314	1266	1355	1226	1379
Stettin.	581	577	535	641	639	734	651	668	626	681
Köslin	694	673	569	684	685	663	669	723	698	734
Stralsund . . .	50	44	54	38	49	43	52	44	46	71
Posen	1 308	1 286	1181	1252	1337	1387	1296	1385	1390	1479
Bromberg . . .	611	596	564	699	646	651	614	675	649	723
Breslau	1 022	978	898	992	910	875	866	1028	1039	1144
Liegnitz. . . .	842	985	879	901	938	927	956	989	883	995
Oppeln	1 313	1 182	1046	998	982	977	946	1441	1465	1631
Magdeburg . .	696	659	614	645	668	647	723	734	621	803
Merseburg . .	920	794	748	763	797	726	740	742	731	843
Erfurt	158	207	189	171	171	133	177	201	195	214
Schleswig . . .	1 127	1 133	983	991	977	944	976	1065	914	1021
Hannover . . .	492	471	459	502	535	537	551	500	471	494
Hildesheim . .	343	316	340	348	341	365	333	339	353	397
Lüneburg . . .	603	596	636	578	730	679	618	680	685	740
Stade	643	625	621	555	686	664	635	525	583	579
Osnabrück . .	462	481	452	502	508	553	456	494	452	530
Aurich.	262	255	216	249	307	295	307	236	199	270
Münster. . . .	583	608	562	572	633	668	581	552	598	1154
Minden	618	570	576	531	605	614	548	479	531	843
Arnsberg . . .	483	456	470	437	497	441	427	403	426	574
Cassel	994	874	801	889	841	784	814	745	740	835
Wiesbaden . .	115	103	97	128	93	84	54	76	86	109
Coblenz	89	92	55	51	78	70	63	72	84	65
Düsseldorf . .	373	298	307	253	274	185	164	198	239	229
Köln	99	101	104	63	119	49	51	75	61	103
Trier	30	54	22	19	63	58	46	66	74	63
Aachen	24	51	47	79	72	64	47	54	44	82
Sigmaringen .	56	70	41	58	51	52	40	57	35	37
im Staate . .	**21 610**	**21 323**	**19 804**	**20 322**	**21 080**	**20 597**	**20 182**	**21 323**	**20 757**	**23 477.**

Für die Frage nach dem Grunde ist es von Wichtigkeit, daß sich diese hohen Zahlen des Jahres 1913 nicht zerstreuen, sondern der Hauptsache nach in einem landwirtschaftlich zusammenhängenden Gebiete finden. Die höchsten Zahlen weisen im Jahre 1913 die Regierungsbezirke der Provinzen Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Westfalen auf. In der Provinz Sachsen hat nur der Regierungsbezirk Merseburg nicht die höchste Zahl der Erbübergänge im Jahre 1913 liegen, aber auch diese Zahl 843 liegt um 63 über dem Jahresdurchschnitt und wird nur von der Zahl eines einzigen Jahres übertroffen. Ähnlich liegt es im Regierungsbezirk Osnabrück. Hier wird die Zahl des Jahres 1913 (530), die um 41 höher liegt als die Durchschnittszahl, nur von der des Jahres 1909 überragt. Auch in der Provinz Schleswig-Holstein liegt die Zahl des Jahres 1913 noch immer über dem Durchschnitt und ebenso in den beiden Regierungsbezirken der Provinz Hessen-Nassau, Cassel und Wiesbaden, sowie im Regierungsbezirk Aurich der Provinz Hannover. Mit Ausnahme der beiden östlichen Provinzen Ostpreußen und Westpreußen und der westlichsten, der Rheinprovinz, sowie der im Süden gelegenen Hohenzollernschen Lande ist die Höhe der Erbübergänge im Jahre 1913 demnach als eine gemeinsame Erscheinung des gesamten übrigen zusammenhängenden Gebiets mit der einzigen Ausnahme des Regierungsbezirks Hannover festzustellen. Hiernach erscheint es mir nicht mehr möglich, diese Tatsache als ein zufälliges Ergebnis der natürlichen Schwankungen innerhalb der einzelnen Jahre anzusehen, hier muß vielmehr ein besonderer feststellbarer Grund vorliegen. In der Bevölkerungsbewegung kann dieser Grund allerdings nicht liegen, da das Jahr 1913 in keiner Weise sich durch eine starke Sterbeziffer auszeichnet. Die Erklärung ergibt sich vielmehr ungezwungen daraus, daß im Jahre 1913 die Eintragungen der Erbübergänge in das Grundbuch in erheblicherem Maße erfolgten als in früherer Zeit, und daß dadurch statistisch eine größere Zahl von Erbübergängen ungeteilter Grundstücke erfaßt wurde. Die weitere Frage, weshalb — zum Teil bereits durch höhere Eintragungen im Jahre vorher vorbereitet — die Erben ein größeres Bedürfnis empfanden, sich eintragen zu lassen, läßt sich nicht sicher beantworten. Daß aber hier kein Zufall obwaltet, ergibt sich aus dem bereits gekennzeichneten gleichmäßigen Auftreten der Erscheinung, die sich selbst noch in einigen Regierungsbezirken der beiden östlichen und der westlichsten Provinzen Preußens wiederfindet. Man wird bei dem Suchen nach Gründen für diese Tatsache am ehesten annehmen dürfen, daß es bei der zunehmenden Unsicherheit der landwirtschaftlichen Verhältnisse trotz der nicht ungünstigen Lage der Landwirtschaft in diesem Jahre einem größeren Teil der Erben geraten erschien, ihre Besitztitel durch grundbuchliche Eintragungen sicherzustellen.

Da dieser Wunsch natürlicherweise bei den Inhabern größerer Besitzungen, die auch weniger die Kosten einer Eintragung scheuen, immer größer gewesen ist als bei den Besitzern kleinerer Güter, und da ferner die landwirtschaftlichen Besitzungen von 2—5 und von 5—20 *ha* weitaus den größten Teil der sämtlichen Güter ausmachen, so wird man diese Erscheinung, die sich für den Gesamtbesitz ergibt, vornehmlich bei den beiden genannten Besitzgruppen wiederfinden.

Infolge von Erbgang wechselten den Eigentümer land- und forstwirtschaftliche 2 bis 5 *ha* große ungeteilte Grundstücke

in den Regierungsbezirken	in den Jahren 1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Königsberg . .	154	167	150	128	133	123	123	143	158	149
Gumbinnen . .	309	319	298	290	274	250	291	287	260	267
Allenstein. . .	211	198	188	192	191	180	184	188	176	169
Danzig	99	92	92	104	132	130	144	131	113	82
Marienwerder.	268	239	259	242	233	293	260	232	240	213
Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Potsdam . . .	270	295	244	217	204	206	202	289	226	285
Frankfurt . . .	431	417	424	424	419	409	368	426	386	440
Stettin.	141	163	124	173	171	208	194	180	169	160
Köslin	160	181	132	160	191	144	141	170	154	145
Stralsund . . .	19	12	18	16	21	16	15	10	14	20
Posen	344	374	358	363	399	413	391	422	396	466
Bromberg . . .	180	165	154	190	168	147	152	169	167	161
Breslau	424	393	348	391	362	341	352	428	444	468
Liegnitz	339	379	310	339	369	367	360	369	332	409
Oppeln	669	571	477	469	449	457	466	747	760	826
Magdeburg . .	254	222	200	211	234	204	218	241	181	268
Merseburg . .	316	282	276	261	292	242	255	261	272	287
Erfurt	75	112	104	91	87	60	93	110	91	111
Schleswig . . .	281	273	249	239	222	203	228	240	225	203
Hannover . . .	136	142	129	121	171	150	159	133	126	119
Hildesheim . .	135	106	131	146	125	155	138	148	150	152
Lüneburg . . .	128	135	154	140	166	159	139	156	175	160
Stade	204	174	195	135	184	170	174	158	173	169
Osnabrück . .	111	129	125	132	150	137	137	123	103	97
Aurich.	104	96	109	122	139	113	136	100	69	110
Münster	190	226	185	184	203	221	201	234	200	250
Minden	259	240	210	230	258	243	219	199	228	282
Arnsberg . . .	197	186	200	175	183	162	141	154	190	212
Cassel	502	419	369	447	414	361	429	346	353	380
Wiesbaden . .	83	71	60	85	68	51	34	59	53	70
Coblenz	65	59	36	30	57	45	44	49	69	46
Düsseldorf . .	141	122	125	110	101	73	75	89	104	85
Köln	40	56	56	27	92	21	29	43	36	57
Trier	17	43	12	16	35	38	28	38	52	40
Aachen	11	26	25	42	36	36	22	33	24	40
Sigmaringen .	35	23	26	38	29	32	27	39	22	18
im Staate . .	7 302	7 107	6 552	6680	6962	6560	6569	7144	6891	7416.

Infolge von Erbgang wechselten den Eigentümer land- und forstwirtschaftliche 5 bis 20 *ha* große ungeteilte Grundstücke

in den Regierungsbezirken	in den Jahren 1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Königsberg . .	227	245	236	222	221	244	216	267	250	264
Gumbinnen . .	374	414	391	390	352	354	354	372	398	355
Allenstein . . .	329	334	288	308	317	338	374	327	366	327
Danzig	186	179	209	206	308	305	347	373	349	281
Marienwerder.	404	413	455	383	405	370	383	429	411	430
Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Potsdam . . .	324	350	314	297	297	260	278	288	294	342
Frankfurt . . .	588	600	567	585	635	582	599	610	529	612
Stettin	266	235	209	289	302	295	274	285	276	334
Köslin	356	308	272	327	325	335	349	351	362	390
Stralsund . . .	8	11	13	8	21	12	12	20	19	27
Posen	740	709	622	722	736	759	683	767	788	799
Bromberg . . .	277	270	240	326	335	331	303	327	304	342
Breslau	417	413	375	437	390	364	361	440	429	487
Liegnitz . . .	368	411	401	367	388	394	435	449	349	428
Oppeln	546	497	482	459	444	434	401	596	606	693
Magdeburg . .	225	231	205	260	242	254	263	267	252	273
Merseburg . .	401	339	318	333	333	313	316	320	305	364
Erfurt	67	74	60	69	72	60	64	73	87	85
Schleswig . . .	389	434	328	350	368	375	356	414	329	369
Hannover . . .	196	183	181	222	193	209	223	212	206	189
Hildesheim . .	137	135	147	138	146	156	129	138	141	191
Lüneburg . . .	183	177	196	174	233	214	217	236	204	250
Stade	275	261	248	250	301	288	259	220	247	256
Osnabrück . .	188	182	171	192	172	196	160	181	162	194
Aurich	93	92	65	83	104	120	109	94	88	100
Münster	204	196	190	218	238	228	224	171	206	403
Minden	240	230	244	204	253	256	245	197	231	368
Arnsberg . . .	188	173	191	183	197	187	192	162	146	228
Cassel	358	357	339	344	334	311	311	290	305	343
Wiesbaden . .	29	29	35	37	19	32	17	16	28	37
Coblenz	21	30	12	18	18	21	19	20	14	19
Düsseldorf . .	169	136	128	99	108	67	69	84	95	96
Köln	47	40	42	32	23	21	21	23	16	37
Trier	12	9	10	1	24	16	16	26	20	21
Aachen	6	18	13	28	26	23	23	18	14	35
Sigmaringen .	20	21	15	15	21	20	11	14	13	18
im Staate . .	**8 858**	**8 736**	**8212**	**8576**	**8901**	**8744**	**8613**	**9077**	**8839**	**9987.**

Das Wiedererscheinen der für die Gesamtheit der Besitzgruppen gefundenen Tatsache in diesen Übersichten läßt sich nach den vorstehenden Zahlen nicht bestreiten. Die etwas größeren Abweichungen, die sich hier finden, sind ohne weiteres schon daraus verständlich, daß, je kleiner die Zahlen werden, sich Schwankungen bemerkbar machen müssen, auch wenn dasselbe Gesetz Geltung besitzt.

So bewegt die Zahlen des Besitzwechsels im Erbgange nach den absoluten Zahlen der vorhergehenden Übersichten in den einzelnen Jahren auch erscheinen, so bedeuten diese Schwankungen doch recht wenig im Verhältnis zu dem gesamten Besitzstande, besonders sobald man die Zahlen, die sich aus der Grundbesitzstatistik vom Jahre 1893 ergeben, nach der Bewegung im Besitzwechsel für die darauffolgenden Jahre korrigiert, indem man nach der Zu- und Abnahme der Zahl der Grundstücke von der Grundeigentums-Statistik des Jahres 1878 bis zu derjenigen des Jahres 1893 den Grundstücksbestand für jedes Jahr neu errechnet. Denn da in Übereinstimmung mit der Beobachtung seit dem Bestande der Statistik über den Besitzwechsel der Grundstücksbestand auch von 1878 – 1893 infolge Vermehrung der kleineren Besitzungen ständig zugenommen hat, ergeben sich für die späteren Jahre ständig höhere Zahlen des Grundstücksbestandes.

Die folgende Übersicht, die das Verhältnis der Besitzübergänge im Erbgange für die einzelnen Regierungsbezirke wiedergibt, läßt die Geringfügigkeit der Jahresunterschiede deutlich erkennen.

Es wechselten vom Hundert der überhaupt vorhandenen land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke von 2 *ha* an den Besitzer infolge von Erbgang usw. ungeteilt

in den Regierungsbezirken	in den Jahren 1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	dagegen 1904/1913 infolge ungeteilten Kaufes[1])
Königsberg . .	2,6	2,7	2,5	2,3	2,2	2,4	2,1	2,7	2,5	2,7	4,8
Gumbinnen . .	2,7	2,9	2,6	2,6	2,5	2,3	2,3	2,4	2,4	2,2	5,1
Allenstein . . .	3,1	3,0	2,6	2,9	2,8	3,0	3,1	2,7	2,9	2,7	4,7
Danzig	2,2	2,3	2,4	2,3	3,0	3,1	3,4	3,4	3,2	2,6	5,8
Marienwerder.	2,6	2,6	2,7	2,4	2,4	2,3	2,3	2,4	2,3	2,4	6,5
Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Potsdam . . .	2,6	2,7	2,2	2,3	2,1	1,9	2,0	2,3	2,2	2,5	2,6
Frankfurt . . .	2,7	2,8	2,5	2,6	2,8	2,6	2,5	2,7	2,4	2,7	2,3
Stettin	2,6	2,6	2,4	2,9	2,8	3,3	2,9	2,9	2,7	3,0	3,3
Köslin	2,6	2,5	2,1	2,6	2,5	2,5	2,5	2,6	2,5	2,7	3,2
Stralsund . . .	1,6	1,4	1,7	1,2	1,6	1,4	1,7	1,4	1,5	2,2	4,9
Posen	2,8	2,8	2,5	2,7	2,8	2,9	2,7	2,9	2,9	3,0	3,8
Bromberg . . .	2,4	2,3	2,1	2,6	2,4	2,4	2,2	2,4	2,3	2,5	6,4
Breslau	2,1	2,0	1,8	2,0	1,8	1,8	1,7	2,1	2,1	2,3	3,3
Liegnitz	1,6	1,9	1,7	1,7	1,8	1,8	1,8	1,9	1,7	1,9	3,2
Oppeln	2,3	2,1	1,8	1,7	1,7	1,7	1,6	2,5	2,5	2,8	2,4
Magdeburg . .	2,6	2,5	2,3	2,4	2,5	2,4	2,7	2,7	2,3	2,9	1,9
Merseburg . .	2,8	2,5	2,3	2,4	2,5	2,2	2,3	2,3	2,2	2,6	1,8
Erfurt	1,0	1,3	1,2	1,0	1,0	0,8	1,1	1,2	1,2	1,3	0,8
Schleswig . . .	2,0	2,0	1,8	1,8	1,8	1,7	1,8	1,9	1,6	1,8	4,5
Hannover . . .	2,3	2,2	2,2	2,4	2,5	2,5	2,6	2,3	2,2	2,3	0,6
Hildesheim . .	2,0	1,9	2,0	2,1	2,0	2,2	2,0	2,0	2,1	2,4	0,7
Lüneburg . . .	2,6	2,6	2,7	2,5	3,1	2,9	2,6	2,9	2,9	3,1	1,2
Stade	2,8	2,7	2,7	2,4	3,0	2,9	2,7	2,3	2,5	2,5	1,4
Osnabrück . .	2,5	2,6	2,5	2,7	2,8	3,0	2,5	2,7	2,5	2,9	1,0
Aurich	1,9	1,9	1,6	1,8	2,2	2,1	2,2	1,7	1,4	1,9	2,6
Münster	2,1	2,2	2,0	2,0	2,2	2,4	2,1	2,0	2,1	4,1	0,5
Minden	2,4	2,2	2,2	2,1	2,3	2,4	2,1	1,8	2,0	3,2	0,5
Arnsberg . . .	1,8	1,7	1,8	1,7	1,9	1,7	1,6	1,5	1,6	2,2	0,9
Cassel	2,4	2,1	1,9	2,2	2,0	1,9	2,0	1,8	1,8	2,0	0,7
Wiesbaden . .	0,4	0,4	0,3	0,4	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,4	0,1
Coblenz	0,3	0,3	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
Düsseldorf . .	1,8	1,4	1,5	1,2	1,3	0,9	0,8	1,0	1,2	1,1	1,2
Köln	0,4	0,4	0,5	0,3	0,5	0,2	0,2	0,3	0,3	0,5	0,4
Trier	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1
Aachen	0,1	0,3	0,3	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,2	0,4	0,5
im Staate . .	**2,1**	**2,0**	**1,9**	**1,9**	**2,0**	**1,9**	**1,9**	**2,0**	**1,9**	**2,2**	**2,5.**

[1]) im Jahresdurchschnitt.

Bei diesen Verhältniszahlen sind die Spannungen nur in einem Jahre (1913) in den Regierungsbezirken Münster mit 2,1 und Minden mit 1,4 größer als 1,2. In den Regierungsbezirken östlich der Elbe bewegen sich die Verhältniszahlen mit Ausnahme von Stralsund, Breslau, Liegnitz und Oppeln zwischen 1,9 und 3,4. Da die Erbfälle, bei denen der Besitz geteilt wird, in keinem dieser Regierungsbezirke besonders hoch sind, sind die Unterschiede der Verhältniszahlen zum größten Teil auf die größere oder geringere Neigung, die Erbübergänge grundbuchlich einzutragen, zurückzuführen. Die auffällig niedrigen Ziffern in Stralsund sind hierdurch jedoch nicht erklärt; sie finden ihre Begründung darin, daß der gebundene Besitz – Fideikommisse und vor allem Besitz der Städte und der Universität Greifswald usw., bei denen Erbfälle nicht vorkommen – sehr erheblich ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die etwas niedrigen Zahlen in den Regierungsbezirken Breslau, Liegnitz und Oppeln in ähnlicher Weise ihre Erklärung finden. In den westlichen Provinzen halten sich die Verhältniszahlen in den Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen sowie in den Regierungsbezirken Magdeburg und Merseburg der Provinz Sachsen und dem Regierungsbezirk Cassel der Provinz Hessen-Nassau ständig über 1,4 und kommen damit den Zahlen in den ost-elbischen Provinzen ziemlich nahe. Die geringen Ziffern in dem Regierungsbezirk Erfurt, in dem weinbauenden Regierungsbezirk Wiesbaden und in der Rheinprovinz sind einesteils beeinflußt durch die Erbsitte der Realteilung, ferner durch den Umfang des Kleinbesitzes, der die Eintragung der Erbübergänge scheut, und schließlich dadurch

hervorgerufen, daß infolge der geringen Verkaufsneigung der Besitzer in diesen Bezirken[1]) die Eintragung des Erben überhaupt nicht von der Bedeutung ist wie dort, wo jeder neue Besitzer viel stärker mit der Verkaufsmöglichkeit und Verkaufsgelegenheit rechnet.

Diese Überlegung führt zu dem Gedanken, ob vielleicht auch sonst die Häufigkeit des Verkaufs, die sich in den statistisch erfaßten Ziffern des durch Verkauf in andere Hand übergehenden ungeteilten und zersplitterten Besitzes ausdrückt, einen Einfluß auf die Häufigkeit des Erbüberganges ausübt. Dieser Einfluß vermag aber nach theoretischen Erwägungen in ganz verschiedener Richtung zu wirken. Die Zahlen des Besitzüberganges im Erbgange können bei hohen Verkaufsziffern theoretisch sogar ganz verschwinden, auch unbeeinflußt bleiben oder sich erhöhen oder sich ermäßigen. Denn wenn der Besitzer sich vornehmlich zum Verkauf entschließt, weil er infolge hohen Alters den Besitz nicht mehr selbst bewirtschaften kann und er weder eins seiner Kinder durch Übertragung des Gutes bevorzugen, noch eine reale Erbteilung vornehmen will, so werden die Verkäufe die Zahl der Erbübergänge erheblich mindern oder schließlich sogar verschwinden lassen. Wenn dagegen die Verkäufe vornehmlich stattfinden, um sich andere Güter zu erwerben, so werden die Zahlen im Erbübergange kaum beeinflußt werden, und wenn schließlich die Verkäufe durch günstige Angebote neuer Käufer veranlaßt werden, die sich im allgemeinen erst im reiferen Alter das Geld zum Kauf einer landwirtschaftlichen Besitzung erworben haben, wie z. B. die landhungrigen Wanderarbeiter, die Kaufleute und die Industriellen, so wird durch diese Kaufübergänge die Zahl der Erbübergänge dann vermehrt werden, wenn die neuen Besitzer, die den Besitz ihrer Familie zu erhalten trachten, eine geringere Lebenserwartung besitzen als die Verkäufer, und verringert, falls ihre Lebenserwartung eine höhere ist als die der alten Besitzer.

Eine Untersuchung über den tatsächlichen Einfluß der Verkäufe auf den Erbübergang kann zunächst nicht für die einzelnen Jahre, sondern nur für einen längeren Zeitraum stattfinden, da die Abhängigkeit der einen Zahlen von den anderen kaum oder nur selten im selben Jahre in die Erscheinung zu treten vermag; ferner ist sie nur dort möglich, wo die reale Erbteilung eine seltene Erscheinung ist und wo schließlich die grundbuchlichen Eintragungen auch bei ungeteilten Übergängen des Besitzes im Erbgange häufig sind. Und selbst dann ist eine Vergleichung mehr oder minder nur zwischen den Regierungsbezirken der gleichen Provinz möglich, da nur dort und auch da nur ausnahmsweise ähnliche Gewohnheiten hinsichtlich der Eintragung der Erbübergänge ins Grundbuch bestehen. Aber alle Versuche, hier eine Abhängigkeit in gleicher Art innerhalb der Regierungsbezirke der einzelnen Provinzen zu finden, sind gescheitert. Der Einfluß der Verkaufsziffer auf die Ziffer im Erbgange ist in den Regierungsbezirken jeder Provinz verschieden. Dies ergibt sich aus der Vergleichung der letzten Zahlenreihe der vorstehenden Übersicht, die die durchschnittlichen Verhältniszahlen der ungeteilten Verkäufe zu dem Grundstücksbestande wiedergibt, mit den Prozentzahlen, die das Verhältnis der eingetragenen ungeteilten Erbübergänge zu dem gleichen Grundstücksbestande darstellen. Es muß also angenommen werden, daß entweder das statistische Material zu einer Untersuchung nach dieser Richtung hin nicht ausreicht oder die Wirkung der Verkäufe auf die Zahlen der Erbübergänge überall verschieden ist.

Zum Schluß seien noch einige Worte über die Zusammenlegungen von durch Erbschaft erworbenen Grundstücken mit anderen Grundstücken des gleichen Besitzers gesagt. Diese Zusammenlegungen, die leider, wie bereits erwähnt, statistisch nur dann registriert werden, wenn das erworbene und das bereits im Besitz befindliche Grundstück in der gleichen Gemeinde liegen, kommen verhältnismäßig häufig vor. Nach der auf Seite 59 befindlichen Tabelle sind in den Jahren 1904 bis 1913 nicht weniger als 1 289 solcher Fälle gezählt; es entfallen also im Durchschnitt auf jedes der 10 Jahre 129 Zusammenlegungen von ungeteilten durch Erbgang erworbenen Besitzungen mit anderen Grundstücken. Diese Zahl erscheint besonders hoch, wenn man sie mit den Zahlen der Zusammenlegungen von abgezweigten im Erbgang erworbenen Grundstücken vergleicht. Obwohl hier auch die Grundstücke unter 2 *ha* gezählt werden, sobald sie von Grundstücken über 2 *ha* stammen, sind für die Jahre 1904 bis 1913 insgesamt nur 287 solcher Fälle oder durchschnittlich im Jahre noch nicht ganz 30 ausgezählt worden. Läßt man die Grundstücke unter 2 *ha* fort, so sind derartige Zusammenlegungen in dem gleichen Zeitraum nur 99 oder 10 im Durchschnitt der Jahre festzustellen gewesen.

Eine besondere Wichtigkeit erhält die verhältnismäßig hohe Zahl der Zusammenlegungen ungeteilten ererbten Besitzes, sobald man sie mit der des im Erbgang durch Abtrennung erworbenen landwirtschaftlichen Grundbesitzes über 2 *ha* vergleicht, wenn man also die im Erbgang eingetretenen Zerstückelungen außer acht läßt Derartige Abtrennungen sind nach dem vorliegenden Urmaterial im Durchschnitt der Jahre 1904 bis 1913 764 ausgezählt worden. Es entfallen also während dieses Zeitraums 13 Zusammenlegungen auf je 100 Abzweigungen. Ein großer Teil der Abtrennungen bei Besitzübergängen im Erbgange findet, wie erinnerlich, darin seine Erklärung, daß als Erbübergänge auch die Fälle gezählt werden, in denen der alte Besitzer noch bei Lebzeiten an seinen Intestaterben nur einen Teil seines landwirtschaftlichen Besitzes aufläßt. Stirbt dieser Besitzer, so wird in den meisten Fällen sein noch auf seinen Namen im Grundbuch eingetragener Besitz auf den bereits früher mit einem Teil des Grundstücks belehnten Erben übergehen. Dieser Übergang muß in der Statistik als Erbübergang von ungeteiltem Besitz gezählt werden; es besteht also ein enger Zusammenhang zwischen den Zusammenlegungen von im Erbgang erworbenen ungeteilten Besitzungen mit den im Erbgang erfolgten Abtrennungen von Grundstücken. Bei diesem Zusammenhang kann es eher erstaunlich erscheinen, daß die festgestellte Verhältniszahl (13 v. H.) nicht noch höher ist. Dies hat seinen Grund wohl darin, daß in vielen Fällen der Erbe kein unmittelbares Interesse hat, sich eintragen zu lassen, und daß in noch zahlreicheren Fällen das dem Erblasser bei der Abtrennung verbliebene Grundstück unter 2 *ha* groß war und infolgedessen wegen seines geringen Umfanges nicht mehr von der Statistik über den ungeteilten Erbübergang erfaßt wird.

[1]) Die geringe Verkaufsneigung folgt aus der geringen Zahl der Besitzübergänge im Kauf.

Der Besitzwechsel im Kauf.

a) Die Abzweigungen.

Der Untergang alter und die Gründung neuer Landwirtschaftsbetriebe.

Wie bereits die allgemeine Übersicht zeigte, ist die Zahl der von Besitzwechseln überhaupt betroffenen Grundstücke in erster Linie von der Menge der infolge Kauf abgezweigten Grundstücke abhängig. Gegen 60 % des genannten Besitzwechsels entfallen auf diese Abzweigungen. Innerhalb der Verkaufsziffern allein spielt die Zahl der abgezweigten Grundstücke noch eine größere Rolle. Von 111 458 Grundstücken, die im Jahresdurchschnitt von 1904 bis 1913 statistisch als verkauft nachgewiesen wurden, entfielen 85 019 oder mehr als 76 % auf die Abzweigungen. Diese Bedeutung der abgezweigten Grundstücke beruht aber nur darauf, daß bei den Abzweigungen im Kauf auch die Grundstücke gezählt werden, deren Größe unter 2 *ha* liegt, sofern sie nur von mindestens 2 *ha* großen Grundstücken herrühren. Läßt man diese abgezweigten Grundstücke, die sich im Durchschnitt des genannten Zeitraums auf 69 165 beliefen, unberücksichtigt, so stehen nur noch 15 854

verkaufte abgezweigte 26 439 ungeteilt verkauften Grundstücken gegenüber. In diesem Falle entfallen von den gesamten Besitzübergängen im Kauf nur noch 37,5 v. H. auf die Abzweigungen.

Den Erwartungen entsprechend nehmen auch bei den abgezweigten Grundstücken über 2 *ha* die Abzweigungen mit steigender Größenklasse erheblich ab. In der Größenklasse zwischen 2 und 5 *ha* wurden im Durchschnitt der Jahre 1904 bis 1913 9 812, in der nächsten Größenklasse zwischen 5 bis 20 *ha* nur noch 4 962 abgezweigte Grundstücke gezählt. Die Abnahme der Zahl der abgezweigten Grundstücke wird in den beiden nächsten Größenklassen noch stärker. In der von 20 bis 50 *ha* wurden im Durchschnitt der genannten Jahre nur noch 828, in der weiteren zwischen 50 und 100 *ha* nur noch 159 Abzweigungen festgestellt, in der als letzte ausgezählten Klasse über 100 *ha* dagegen noch 88. Die verhältnismäßig geringe Verminderung der Abzweigungen zwischen der letzten und vorletzten Größenklasse entspricht etwa dem Grundstücksbestande der Grundeigentums-Statistik vom Jahre 1893 (ohne die Hohenzollernschen Lande), die vereinfachungshalber hier als Vergleichsgrundlage benutzt werden kann. Nach ihr standen für diese Abzweigungen nur 25 198 Güter über 100 *ha* zur Verfügung, während an landwirtschaftlichen Besitzungen von 50 bis 100 *ha* 49 444 Grundstücke gezählt wurden. Die geringere Abnahme in der obersten Größenklasse hängt wohl mit der von richtigen landwirtschaftlichen Erwägungen ausgehenden Gewohnheit zusammen, bei der Teilung von großen Gütern besonders im Rentenverfahren ein verhältnismäßig größeres Restgut, das häufig über 100 *ha* groß ist, zu belassen, um die vorhandenen Wirtschaftsgebäude des alten Gutes ausnutzen zu können.

Die Bewegung der Abzweigungen in den Jahren von 1896–1913 – und für die Rheinprovinz von 1903–1913 – scheint selbst für das Staatsgebiet im allgemeinen regellos. Jedenfalls läßt sich keine aufsteigende oder absteigende Kurve während dieser Zeit durchführen; doch sind die Abweichungen in den einzelnen Jahren von den errechneten Durchschnittszahlen nicht allzu erheblich entfernt, so daß in gewissen Grenzen für das gesamte Preußen von einer gewissen Stetigkeit gesprochen werden kann. So ergibt sich, wie aus der Übersicht auf Seite 5 zu ersehen ist, für die abgezweigten Grundstücke unter 2 *ha* in den Jahren 1904–1913 die Durchschnittszahl 69 165; die Höchstziffer, die im Jahre 1906 liegt, ist 73 107 und die niedrigste Ziffer im Jahre 1904 61 085. Für die Grundstücke über 2 *ha* ist die Durchschnittszahl 15 854; die niedrigste Zahl mit 14 321 liegt im Jahre 1913 und die Höchstziffer – wiederum im Jahre 1906 – beträgt 17 459. Für die einzelnen Größenklassen der Grundstücke über 2 *ha* stellen sich die Zahlen wie folgt:

Größenklasse	Durchschnittszahl von 1904-1913	Höchstzahl	im Jahre	niedrigste Zahl	im Jahre
2— 5 *ha*	9 812	10 709	1906	8 753	1913
5— 20 *ha*	4 962	5 499	1906	4 603	1913
20— 50 *ha*	828	931	1906	720	1904
50—100 *ha*	159	189	1907	129	1912
über 100 *ha*	88	129	1906	63	1909.

Für das gesamte Staatsgebiet ergibt sich die Tatsache, daß in allen Größenklassen das Jahr 1906 oder das darauffolgende Jahr 1907 die Höchstziffer für die Abzweigungen enthalten. Wenn ferner bei den niedrigsten Zahlen das Jahr 1913 mehrmals vorkommt, das auch für die Größenklassen, in denen es nicht die niedrigste Zahl enthält, doch sehr niedrige Ziffern aufweist, so kann das wohl kaum als Zufall bewertet werden. Man wird annehmen dürfen, daß die ansteigende Konjunktur, die sich in der Landwirtschaft durch das starke Steigen des Roggenpreises vom Jahre 1905 an bemerkbar macht und die ihre Spitze im Jahre 1908 zeigt, wo ein anhaltender Rückschlag eintritt, auf die Lebhaftigkeit der Ab- und Zuverkäufe und der wirtschaftlichen Maßnahmen, die sonst Abzweigungen notwendig machten, eingewirkt hat.

Das Vorkommen von Abzweigungen von landwirtschaftlichen Grundstücken innerhalb der einzelnen Regierungsbezirke ist außerordentlich verschieden, und zwar nicht nur hinsichtlich der absoluten Zahlen, die selbstverständlich von der Zahl der in den einzelnen Regierungsbezirken vorhandenen landwirtschaftlichen Betriebe abhängen, sondern auch im Verhältnis zu dem Grundstücksbestande. Die höchsten absoluten Zahlen in der Abzweigung von Grundstücken unter 2 *ha* weisen die beiden Weinbaubezirke der Rheinprovinz Coblenz (6 667) und Trier (7 236) auf. Daran schließt sich Schleswig mit der Durchschnittszahl 5 662 an; in weitem Abstand folgt Cassel mit der Durchschnittszahl 3 206, erst dann kommt der dritte Weinbaubezirk Wiesbaden (3 047).

Über 2 000 Abzweigungen von Grundstücken unter 2 *ha* im Durchschnitt der Jahre 1904–1913 haben außerdem noch, nach der Höhe geordnet, Potsdam (2 857), Stade (2 513), Lüneburg (2 510), Oppeln (2 459) und Köln (2 133).

Bei den Abzweigungen von Grundstücken über 2 *ha* steht Schleswig mit der Durchschnittszahl 2 404 an der Spitze. Nicht einmal die Hälfte dieser Abzweigungen hat Potsdam aufzuweisen (954); in keinem anderen Regierungsbezirk geht die Zahl im Jahresdurchschnitt über 800 hinaus. In einigen Bezirken sinkt sie sogar unter 250, so in Stralsund 77, Erfurt 141, Hildesheim 139, Aurich 164, Minden 180, Arnsberg 249, Wiesbaden 140, Coblenz 220, Düsseldorf 244, Aachen 158, Sigmaringen 57.

Besser als in diesen absoluten Zahlen tritt die Bedeutung des Besitzwechsels von abgezweigten Grundstücken in den Verhältniszahlen der Abzweigungen zu dem Grundstücksbestande hervor. Die folgende Übersicht stellt diese Verhältniszahlen für die Abzweigungen in einer Größe von 2 und mehr *ha* in den Jahren 1904–1913 dar und enthält zugleich die durchschnittliche Jahresverhältniszahl der Abzweigungen unter 2 *ha* zu dem Grundstücksbestande.

Es wechselten vom Hundert der überhaupt vorhandenen land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke von 2 *ha* an den Besitzer infolge von Kauf usw. durch Abzweigung:

in den Regierungsbezirken	in den Jahren 90	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	demgegenüber 1904/1913 solche unter 2 *h*
Königsberg .	1,73	1,34	1,86	1,70	1,28	1,65	1,90	2,06	2,37	1,86	2,5
Gumbinnen .	1,86	1,63	1,76	1,51	1,45	1,19	1,38	1,24	1,15	1,40	2,2
Allenstein . .	2,92	2,42	2,30	2,41	2,34	2,07	2,66	2,74	1,81	1,67	3,6
Danzig	1,89	2,52	3,24	1,98	1,81	2,07	1,59	1,78	1,54	1,38	3,3
Marienwerder	2,09	2,08	1,79	1,94	1,54	1,43	1,83	1,29	1,17	1,77	2,7
Potsdam . . .	2,60	2,44	2,79	2,91	2,33	3,12	2,59	2,37	2,20	2,29	7,5
Frankfurt . .	1,02	1,16	1,32	1,20	1,29	0,97	1,21	1,17	1,25	1,06	4,1
Stettin	2,38	1,81	1,77	2,62	2,13	1,82	1,83	2,34	2,31	2,37	4,1
Köslin	2,34	2,37	2,95	2,00	2,22	1,96	1,69	2,58	1,87	1,60	3,4
Stralsund . . .	1,99	1,10	3,39	2,34	3,23	0,83	1,43	4,14	3,49	2,57	2,5
Posen	1,88	1,95	1,85	2,03	1,37	1,69	1,67	1,82	1,17	1,19	3,5
Bromberg . .	1,82	1,90	1,33	1,58	2,15	1,45	1,53	1,29	1,18	0,84	2,9
Breslau	0,72	0,86	0,99	0,89	0,99	1,03	1,13	1,06	1,00	0,77	2,4
Liegnitz . . .	0,70	0,76	0,76	0,82	0,68	0,85	1,13	1,06	1,14	0,98	2,8
Oppeln	0,90	0,81	0,74	0,94	1,16	0,81	0,91	0,82	0,84	0,73	5,6
Magdeburg . .	2,65	3,36	3,56	2,81	3,10	1,99	2,19	2,66	2,61	2,12	5
Merseburg . .	1,43	1,51	2,07	1,74	1,56	1,58	1,85	1,70	1,70	1,78	4,7
Erfurt	0,65	0,65	1,02	0,63	0,55	1,16	0,79	0,96	1,36	0,75	4,5
Schleswig . .	3,58	4,46	6,11	5,21	4,06	3,95	4,38	4,21	3,74	3,46	7,6
Hannover . . .	1,18	1,56	1,24	1,24	1,21	1,16	1,16	1,15	1,30	1,35	7,7
Hildesheim . .	0,80	0,73	0,81	0,70	0,76	0,73	0,97	1,08	0,73	0,98	4,9
Lüneburg . .	1,86	1,68	1,63	2,04	2,17	3,09	2,72	2,26	2,37	2,02	10
Stade	1,23	1,31	1,36	1,50	1,78	1,56	2,10	1,76	1,95	1,87	8,9
Osnabrück . .	1,40	0,87	0,93	1,34	1,44	1,47	1,39	1,38	2,31	2,62	6
Aurich	1,18	1,06	1,21	0,91	1,06	1,22	1,48	1,28	1,40	1,15	4,3
Münster . . .	0,89	1,32	1,09	1,09	1,09	1,00	1,05	1,11	0,88	0,94	5,2
Minden	0,60	0,81	0,74	0,66	0,56	0,59	0,59	0,65	0,74	1,00	6
Arnsberg . . .	1,07	0,89	0,86	0,92	0,80	0,82	1,04	0,88	0,92	1,17	5
Cassel	0,52	0,66	0,59	0,66	0,86	0,93	0,67	0,53	0,63	0,42	6
Wiesbaden . .	0,20	0,31	0,49	0,67	0,81	0,48	0,32	0,52	0,62	0,41	8,4
Coblenz	0,37	0,66	0,88	0,38	0,87	0,40	0,48	0,68	1,06	0,37	18,6
Düsseldorf . .	1,58	1,33	1,22	1,10	1,11	1,07	0,91	1,46	0,86	1,00	4,6
Köln	0,86	0,91	0,94	0,77	1,32	0,93	0,82	0,85	2,81	0,76	9,1
Trier	0,93	0,78	0,77	0,79	0,77	0,54	0,77	0,98	1,16	0,59	19,2
Aachen	1,09	1,08	0,84	0,65	0,74	0,87	0,67	0,84	0,77	0,84	8,8

Außerordentlich lebhaft waren hiernach die Abzweigungen von Grundstücken unter 2 *ha* in den Regierungsbezirken Coblenz (18,6 %) und Trier (19,2 %), die zum größten Teil neben der starken Besiedelung einzelner Teile dieser Bezirke auf die große Teilfähigkeit der Weingüter zurückzuführen sein werden. Der dritte Weinbaubezirk hat demgegenüber nur die mäßige Verhältniszahl von 8,4, die aber noch immer erheblich über den durchschnittlichen Ziffern für die anderen Regierungsbezirke liegt. Auch die bedeutsamen Ziffern für den gewerbereichen Kölner Bezirk 9,1, für den stark mit Industrie durchsetzten Bezirk Aachen 8,8 und für den Regierungsbezirk Potsdam, der Groß-Berlin umklammert, 7,5 sind ohne weiteres verständlich. Überraschend erscheint dagegen zunächst die hohe Durchschnittszahl der Abzweigungen in den Regierungsbezirken Lüneburg 10, Stade 8,9, Hannover 7,7 und Schleswig 7,6.

Eine kreisweise Auszählung für diese Regierungsbezirke hat jedoch diese Zahlen zum größten Teil aufklären können. Im Regierungsbezirk Lüneburg ist es neben den Kreisen Winsen und dem Landkreise Harburg, bei denen die häufigen Abzweigungen auf den wirtschaftlichen Ausstrahlungen Hamburgs beruhen, besonders der Landkreis Celle, der hohe Zahlen für Abzweigungen aufweist. Hier ist es die Erschließung von Petroleumquellen, die die Abzweigungen hervorgerufen hat. Daneben ist noch der Kreis Burgdorf zu nennen, der in dem letzten Jahrzehnt vor dem Kriege sehr stark industriealisiert wurde und in dem der berühmte Verschiebebahnhof von Lehrte liegt. Im Regierungsbezirk Stade sind es in erster Linie die Kreise Lehe und Geestemünde, die die hohe durchschnittliche Verhältniszahl im gesamten Regierungsbezirk hervorgerufen haben. Da in diesen Kreisen sich die gleichnamigen Städte befinden — die Ausscheidung der Stadtkreise hat erst später stattgefunden — die mit Bremerhaven ein wirtschaftliches Ganze bilden, so kann kein Zweifel darüber obwalten, daß das Aufblühen unserer Schiffahrt und Schiffahrts-Industrie den letzten Grund für die vielen Abzweigungen abgegeben hat. Daneben ist nur noch der Kreis Rotenburg zu erwähnen, bei dem vermutlich die Ausbreitung der Torfindustrie und das Flußnetz der Wümme zu den zahlreichen Abzweigungen den Hauptanteil beigetragen haben. Im Regierungsbezirk Hannover ist der Kreis Syke hervorzuheben, der in dem Jahrzehnt von 1904—1913 stets die höchste Zahl der Abzweigungen unter 2 *ha* aufzuweisen hat, die meist ganz erheblich über dem Durchschnitt der Abzweigungen der einzelnen Kreise des Regierungsbezirkes liegt; die Nachbarschaft von Bremen macht diese Abzweigungen verständlich. In der Provinz Schleswig-Holstein ist wegen seiner zahlreichen Abzweigungen der Kreis Pinneberg hervorzuheben, in den sich das Wirtschaftsgebiet von Altona und dadurch das Gebiet von Groß-Hamburg erstreckt. Bei den Kreisen Rendsburg und Schleswig dürften wohl Arbeiten an der Eider, die hauptsächlich diese beiden Kreise durchströmt, den Grund für die zahlreichen Abzweigungen abgegeben haben. Besonders bemerkenswert sind schließlich die hohen Zahlen im Kreise Tondern, in dem während des Jahrzehnts von 1904—1913 in nicht weniger als 7 Jahren die Höchstzahlen der Abzweigungen innerhalb der einzelnen Kreise des Regierungsbezirks liegen. Der Kampf um den Grund und Boden dieses völkisch umstrittenen Kreises wird bereits bei diesen Abzweigungen geringen Umfanges deutlich ersichtlich.

Wie zu erwarten, sind gegenüber den zahlreichen Abzweigungen von Grundstücken unter 2 *ha* die Abzweigungen größerer Grundstücke recht selten. In mehreren Regierungsbezirken erheben sich die Verhältniszahlen überhaupt nicht oder nur ausnahmsweise über 1 %, so in den 3 Regierungsbezirken Schlesiens, im Regierungsbezirk Erfurt und im Regierungsbezirk Hildesheim. In den 3 westlichen Provinzen

Provinz Schleswig-Holstein.

(Die Kreise mit geringen Abzweigungen sind nicht aufgeführt).

Abzweigungen im Kauf:

in den Kreisen	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
unter 2 *ha*											
Schleswig	385	446	451	580	761	573	505	476	581	391	360
Husum	315	315	246	255	374	252	390	411	389	522	485
Tondern	416	485	542	805	694	564	508	677	561	550	544
Rendsburg	527	327	481	372	315	326	288	519	500	350	303
Stormarn	316	193	193	282	327	272	428	428	375	269	211
Landkreis Flensburg	236	322	301	303	264	279	254	236	246	220	215
Süderdithmarschen	197	301	308	331	380	553	378	393	315	360	366
Pinneberg	293	373	455	485	841	427	375	481	535	533	529
Hadersleben	188	264	310	377	308	237	161	201	237	367	368
Segeberg	229	261	357	517	378	375	498	424	524	398	430
Norderdithmarschen	69	175	224	423	366	496	386	304	285	321	293
Bordesholm	235	165	183	222	220	188	287	340	258	297	218
Steinburg	223	281	241	239	244	187	283	399	254	351	373
2 bis 5 *ha*											
Schleswig	106	115	104	169	172	151	104	110	147	143	107
Tondern	163	162	221	325	289	196	138	135	162	153	153
Süderdithmarschen	148	101	110	129	98	150	132	108	114	104	93
Steinburg	108	64	77	90	61	61	53	86	54	60	59
Rendsburg	98	128	156	168	109	149	139	148	145	100	81
Segeberg	76	112	129	151	114	88	145	141	119	91	111
Norderdithmarschen	68	84	115	169	142	110	119	103	66	70	64
Pinneberg	65	67	131	133	103	60	57	108	81	89	92
Hadersleben	70	64	96	162	134	74	67	64	87	92	118
Apenrade	23	56	44	119	68	56	43	29	35	43	25
Stormarn	61	51	77	111	102	93	108	106	74	39	42
Husum	98	88	76	60	103	101	73	126	101	138	98
5 bis 20 *ha*											
Hadersleben	44	34	80	148	95	39	71	76	66	64	61
Tondern	62	76	91	145	140	42	48	71	72	72	66
Bordesholm	74	1	41	35	47	34	38	33	22	20	23
Rendsburg	43	47	79	72	38	37	34	42	57	37	35
Süderdithmarschen	51	49	36	39	33	37	46	31	34	23	22
Segeberg	48	64	63	74	64	63	69	70	56	57	46
Schleswig	39	40	44	47	60	43	29	31	51	35	33
Landkreis Flensburg	39	32	51	41	76	49	43	43	42	22	32
Pinneberg	24	31	42	83	30	14	19	31	40	50	58
Apenrade	15	19	28	60	46	27	27	17	40	21	14
Oldenburg	21	12	8	43	35	12	24	16	24	10	19
Norderdithmarschen	28	31	31	53	50	22	32	32	19	23	19
Steinburg	39	21	32	40	30	39	26	39	30	26	22
Stormarn	31	18	30	62	55	46	44	40	30	17	21
20 bis 50 *ha*											
Hadersleben	10	5	12	12	11	7	13	15	14	9	20
Landkreis Flensburg	13	5	8	7	11	10	9	16	16	5	7
Tondern	12	12	13	21	19	15	17	8	15	11	8
Bordesholm	10	—	3	5	5	5	2	6	3	6	7
Süderdithmarschen	13	9	7	13	9	5	5	5	4	3	3
Norderdithmarschen	7	11	4	11	7	3	6	4	5	7	3
Segeberg	4	8	11	10	13	5	13	12	7	7	4
Stormarn	1	4	10	6	7	7	11	3	3	4	9
Schleswig	4	9	8	11	5	9	1	4	9	11	4
Oldenburg	5	3	—	14	2	3	3	4	4	6	3
Plön	—	—	1	30	1	—	5	2	1	—	—
Pinneberg	2	9	3	16	6	4	2	4	5	4	16
Husum	3	5	2	5	2	9	5	11	7	3	11
Herzogt. Lauenburg	1	2	3	2	1	2	2	29	23	7	8
Eckernförde	—	1	1	1	4	2	1	7	18	3	—
Rendsburg	6	3	7	7	6	4	8	5	6	24	7

Westfalen, Hessen-Nassau und den Rheinlanden sind Abzweigungen über 2 *ha* schon deshalb selten, weil hier ebenso wie in dem vorhergenannten Regierungsbezirk Erfurt die landwirtschaftlichen Besitzungen, von denen Trennstücke über 2 *ha* der Hauptsache nach in Frage kommen können, im Verhältnis zum Gesamtbestande landwirtschaftlicher Grundstücke seltener sind als in den anderen Landesteilen. Demgegenüber sind die Regierungsbezirke Allenstein, Potsdam, Stettin, Köslin, Magdeburg, Lüneburg und vor allem wieder Schleswig wegen ihrer hohen Ziffern hervorzuheben. In diesen Bezirken bewegt sich die Verhältniszahl in den meisten Jahren über 2 und beträgt in keinem Jahre unter 1,5. Die Höhe dieser Ziffern beruht in den Bezirken Allenstein, Stettin und Köslin auf dem großen

Umfang vieler Güter, die selbst bei Bahn- und anderen öffentlichen Bauten Abzweigungen von größeren Stücken als 2 *ha* notwendig machen. Im Regierungsbezirk Potsdam kommt hierzu noch der Einfluß Groß-Berlins, der sich weit in die Provinz Brandenburg durch vorausschauende Landkäufe erstreckt. Auch im Regierungsbezirk Magdeburg ist die Größe der Güter in seinem nördlichen Teile, der Altmark, mitbestimmend auf die Höhe der Verhältniszahlen gewesen; erheblich wichtiger war jedoch zweifellos die Ausdehnung des Kali-Bergbaues, der im Süden des Bezirks immer neue Flächen für sich in Anspruch nehmen mußte. Für den Regierungsbezirk Lüneburg sind als Erklärungsgründe, wie schon bei den Abzweigungen unter 2 *ha*, das Bohren nach Petroleum und die Sicherung der vermutlichen Ölfelder zu nennen.

Am interessantesten sind aber die starken Abzweigungen in Schleswig-Holstein. Wenn auch hier, wie aus der vorstehenden Übersicht (Seite 57) ersichtlich ist, in einer Reihe von Kreisen aus verschiedenen, hier nicht näher zu erörternden Gründen die Abzweigungen auch größerer Grundstücke nicht unerheblich gewesen sind, so geht doch aus der Übersicht deutlich hervor, daß die Kreise im Norden der Provinz einen wesentlichen Einfluß auch bei diesen größeren Abzweigungen gehabt haben müssen.

Der Kreis Tondern zählt nicht weniger als 2 097 Abzweigungen von Grundstücken von 2 — 5 *ha* und hat unter den 11 Jahren in 9 Jahren die Höchstziffer sämtlicher Kreise. Erst in weitem Abstand folgen hiernach die Kreise Schleswig und Rendsburg, in denen für die Höhe der Abzweigungen wohl wieder die Eider eine Rolle gespielt haben wird. Auch Hadersleben zeigt eine hohe Gesamtziffer (1 028), während Apenrade nicht besonders hervorragt. Bei den Abzweigungen von Grundstücken zwischen 5 und 20 *ha* kommt die Bedeutung der Kreise Hadersleben und Tondern noch stärker zum Ausdruck. Mit Ausnahme der Jahre 1903 und 1908 steht einer dieser beiden Kreise ständig an der Spitze. Innerhalb der Gesamtheit der 11 Jahre wurden für Tondern 885 und für Hadersleben 778 Abzweigungen gezählt, während in dem darauffolgenden Kreis Segeberg nur 674 Abzweigungen dieser Größenklasse festzustellen waren. Mit Ausnahme von Rendsburg, das noch über 500 Abzweigungen aufzuweisen hat, haben alle übrigen Kreise keinen besonders hervorragenden Anteil an diesen Abzweigungen gehabt. Bei den Abzweigungen von Grundstücken zwischen 20 und 50 *ha* schließlich spielen die Kreise Hadersleben und Tondern, denen sich nunmehr der Landkreis Flensburg zugesellt, ebenfalls die ausschlaggebende Rolle; insgesamt waren im Kreise Tondern 151, im Kreise Hadersleben 128 und im Landkreise Flensburg 107 solche Abzweigungen zu zählen. Wieder ist es der Kreis Segeberg, der mit 94 Abzweigungen sich anschließt.

Die wichtigsten drei Gründe für die Abzweigungen nämlich

1. die aus wirtschaftlichem oder persönlichem Interesse der Besitzer vorgenommenen Grenzregulierungen und sonstigen Zusammenlegungen,
2. die Entstehung neuer landwirtschaftlich selbständig bewirtschafteter Besitzungen und
3. die Bauten im öffentlichen und gemeinen Interesse wie vor allem die Wege-, Wasser- und Eisenbahnbauten

sind bereits bei der allgemeinen Übersicht erwähnt worden. Hier würde es sich nun darum handeln, festzustellen, welchen Einfluß diese Gründe auf den Umfang der Abzweigungen ausüben. Da die Statistik selbständig nichts über die Gründe der Abzweigungen aussagt, ist man hierbei auf Kombinationen und die Heranziehung anderen statistischen Materials angewiesen.

Die Grenzregulierungen sind daran zu erkennen, daß die abgezweigten Grundstücke von einem benachbarten Grundbesitzer erworben und mit dessen altem Grundstück vereinigt werden. Hierüber gibt die Besitzwechselstatistik dadurch Auskunft, daß sie alle die Fälle besonders registriert, in denen irgendwelche Besitzungen von Inhabern landwirtschaftlicher Betriebe innerhalb der gleichen Gemeinde erworben werden: es fehlen also die Fälle, in denen das in einer Gemeinde gelegene Grundstück von einem Landwirt erworben wird, dessen bisheriger Betrieb in einer anderen Gemeinde liegt. Dadurch sind alle die wichtigen Erwerbungen von Besitzern selbstständiger Gutsbezirke in den angrenzenden Gemeinden der Feststellung entzogen. Ein Vergleich der Zahlen in den einzelnen Regierungsbezirken ist daher in vollem Maße nicht möglich. Die östlichen Provinzen, in denen fast allein die selbständigen Gutsbezirke liegen, werden daher statistisch nur einen Teil der tatsächlich vorgekommenen Zusammenlegungen aufweisen. Bei den Zahlenvergleichen wird dies jedoch nicht allzu stark ins Gewicht fallen, da hierfür die Gesamtmasse der Besitzungen vornehmlich ausschlaggebend sein wird und die Zahl der selbständigen Gutsbezirke im Verhältnis zur Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe über 2 *ha* auch in diesen Provinzen nicht allzu groß ist.

Die Übersicht auf Seite 59 gibt die Zahl sämtlicher Zusammenlegungen im Gesamtstaat Preußen in den Jahren 1904 — 1913 wieder.

Am zahlreichsten sind hiernach die mit anderen Grundstücken zusammengelegten Abzweigungen unter 2 *ha*; sie schwanken zwischen 2 283 im Jahre 1908 und 3 272 im Jahre 1911. So groß diese Zahlen erscheinen, so gering sind sie doch im Verhältnis zu den gesamten nachgewiesenen Abzweigungen, die sich, wie noch erinnerlich, in der Größenklasse unter 2 *ha* in den Jahren 1904 — 1913 zwischen 61 085 und 73 107 bewegt haben. Von den nachgewiesenen Abzweigungen in dieser Größenklasse entfielen danach auf Zusammenlegungen mit anderen Grundstücken 3 bis unter 5 v. H. Die Zusammenlegungen in der nächsten Größenklasse zwischen 2 und 5 *ha* bewegen sich bei den abgezweigten Grundstücken zwischen 330 im Jahre 1904 und 510 im Jahre 1907. Auch hier ist das Verhältnis zu der Gesamtheit der in dieser Größenklasse abgezweigten Grundstücke nicht viel anders; 5 v. H. bezeichnet auch hier die obere Grenze. Dieses Verhältnis bleibt auch in den übrigen Größenklassen bei den abgezweigten Grundstücken, sodaß man selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, daß eine Reihe von Zusammenlegungen aus den oben angeführten Gründen der statistischen Erfassung sich entziehen, zu dem Schluß gelangt, daß der Grund der Grenzregulierungen und Arrondierungen in der Summe der Abzweigungen eine verhältnismäßig geringe Rolle spielt.

Wirtschaftlich von besonderer Bedeutung sind die Käufe von Grundstücken über 20 *ha*, die mit bereits vorhandenen Besitzungen des Erwerbers zusammengelegt werden. Selbst wenn es sich hier um abgezweigte Grundstücke handelt, kann füglich nur ausnahmsweise wohl von einer Grenzregulierung gesprochen werden. Hier wird eine landwirtschaftliche größere oder kleinere Bauernwirtschaft zugunsten einer anderen Wirtschaft in ihrem Bestande erheblich beschränkt. Da diese Käufe abgezweigter Grundstücke demnach dem zur Vergrößerung des Besitzes dienenden Kaufe ungeteilten Grundbesitzes gleichstehen, so müssen sie hier auch mit diesen zusammen behandelt werden.

Gerade hier wird man besonders zu bedauern haben, daß die Käufe bäuerlichen Landes durch den Großgrundbesitz, die man als Bauernlegen zu bezeichnen pflegt, aus der Statistik

Zusammenstellung derjenigen ländlichen Grundstücke, die beim Wechsel des Eigentümers in den Jahren 1904 bis 1913 mit anderen ländlichen Besitzungen zusammengelegt worden sind.

(Taf. 7) Land- und forstwirtschaftliche Grundstücke, die mindestens 2 *ha* groß sind oder von mindestens 2 *ha* großen Besitzungen stammen und mit anderen Grundstücken zusammengelegt worden sind, wechselten den Eigentümer infolge von Erbgang, Vermächtnis, Schenkung von Todes wegen sowie infolge von jeder anderen entgeltlichen oder unentgeltlichen Grundstücksübereignung, soweit sie bei Lebzeiten der Eigentümer an Abkömmlinge, Ehegatten, Stief- oder Schwiegerkinder erfolgte

Jahr	ungeteilt, mit einer Fläche von *ha*: 2 bis 5	5 bis 20	20 bis 50	50 bis 100	100 bis 200	200 und mehr	überhaupt[1]	abgezweigt: unter 2[2]	abgezweigt, mit einer Fläche von *ha*: 2 bis 5	5 bis 20	20 bis 50	50 bis 100	100 bis 200	200 und mehr	überhaupt[1] einschl. derjenigen unter 2 *ha* (Sp. 9)	überhaupt[1] ausschl. derjenigen unter 2 *ha* (Sp. 9)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
								Gesamtstaat Preußen.								
1904	77	64	18	4	1	—	164	22	4	2	1	—	—	—	29	7
1905	70	54	12	2	—	—	138	18	2	2	1	—	—	—	23	5
1906	48	35	7	3	1	1	95	20	3	1	—	—	1	—	25	5
1907	52	43	10	—	—	—	105	18	4	4	2	—	—	—	28	10
1908	125	56	14	4	1	1	201	3	4	7	2	—	—	—	16	13
1909	44	34	7	2	—	—	87	15	1	4	—	—	—	—	22	7
1910	56	50	19	7	—	2	134	12	7	6	1	2	—	—	28	16
1911	59	72	7	2	1	1	142	20	3	5	2	—	—	—	30	10
1912	51	48	11	—	1	1	112	36	5	5	1	—	—	—	47	11
1913	54	49	6	1	—	1	111	24	9	6	—	—	—	—	39	15
	636	**505**	**111**	**25**	**5**	**7**	**1 289**	**188**	**42**	**42**	**10**	**2**	**1**	—	**287**	**99**

(Noch: Taf. 7) Land- und forstwirtschaftliche Grundstücke, die mindestens 2 *ha* groß sind oder von mindestens 2 *ha* großen Besitzungen stammen und mit anderen Grundstücken zusammengelegt worden sind, wechselten den Eigentümer infolge von entgeltlichen Geschäften ausschließlich der in den Spalten 2 bis 17 enthaltenen entgeltlichen Übertragungen an Abkömmlinge, Ehegatten, Stief- oder Schwiegerkinder (Kauf, Tausch, Enteignung, Zwangsversteigerung usw.)

Jahr	ungeteilt, mit einer Fläche von *ha*: 2 bis 5	5 bis 20	20 bis 50	50 bis 100	100 bis 200	200 und mehr	überhaupt[1]	abgezweigt: unter 2[2]	abgezweigt, mit einer Fläche von *ha*: 2 bis 5	5 bis 20	20 bis 50	50 bis 100	100 bis 200	200 und mehr	überhaupt[1] einschl. derjenigen unter 2 *ha* (Sp. 25)	überhaupt[1] ausschl. derjenigen unter 2 *ha* (Sp. 25)	überhaupt[1] einschl. derjenigen unter 2 *ha* (Sp. 9 u. 25)	überhaupt[1] ausschl. derjenigen unter 2 *ha* (Sp. 9 u. 25)
1	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35
									Gesamtstaat Preußen.									
1904	189	154	59	2	4	1	409	2 365	330	153	16	1	2	—	2 867	502	3 469	1 082
1905	179	97	32	4	5	1	318	2 611	415	188	30	6	—	1	3 251	640	3 730	1 101
1906	146	101	25	11	4	2	289	2 759	499	212	28	9	1	—	3 508	749	3 917	1 138
1907	228	106	23	9	2	—	368	2 586	510	230	22	2	—	2	3 352	766	3 853	1 249
1908	160	87	21	5	3	1	277	2 283	447	165	20	5	1	1	2 922	639	3 416	1 130
1909	104	101	26	7	3	1	242	2 413	428	184	16	4	1	1	3 047	634	3 398	970
1910	163	113	28	9	1	3	317	2 731	410	197	21	1	1	1	3 362	631	3 841	1 098
1911	178	123	38	12	4	3	358	3 272	415	198	21	3	—	—	3 909	637	4 439	1 147
1912	115	82	25	4	2	2	231	3 001	397	177	23	1	—	—	3 600	599	3 990	953
1913	107	78	21	5	1	2	214	2 860	335	131	19	—	1	1	3 347	487	3 711	827
	1 569	**1 042**	**298**	**68**	**29**	**16**	**3 023**	**26 881**	**4 186**	**1 835**	**216**	**32**	**7**	**7**	**33 165**	**6 284**	**37 764**	**10 695**

[1]) unter Hinzurechnung der Besitzungen ohne Größenangabe. — [2]) von mindestens 2 *ha* großen Grundstücken herrührend.

nicht ersichtlich sind und sonach jedes Mittel fehlt, festzustellen, ob die Behauptung der großen Ausdehnung des Bauernlegens zutrifft. Von Kennern landwirtschaftlicher Verhältnisse wird allerdings darauf hingewiesen, daß das Bauernlegen überhaupt oder nur in Ausnahmefällen durch den Großgrundbesitz geschieht, der irgendwelche wirtschaftliche Veranlassung hierzu bei der Art des heutigen intensiven wirtschaftlichen Betriebes überhaupt nur dann hätte, wenn es sich um die Erwerbung von Waldparzellen oder vornehmlich zum Wald geeigneten Bodens handele, der im Großbetriebe erheblich besser bewirtschaftet werde als bei kleineren Gütern. Es seien vielmehr die Besitzer mittlerer Bauerngüter, die danach strebten, ihren landwirtschaftlichen Besitz zu erweitern, da, sobald die Bewirtschaftung vornehmlich durch fremde Kräfte erfolgen müsse, die mittleren Besitzungen sich als zu klein erwiesen hätten, um von dem Besitzer mit Gewinn bewirtschaftet zu werden. Nimmt man hierzu das verständige Bestreben von energischen Besitzern kleinster Bauernwirtschaften, ihre Ackernahrung spannfähig zu gestalten und deshalb angrenzende kleinere Wirtschaften von wirtschaftlich schwachen Landwirten zu erwerben, so wird man zugeben müssen, daß von vornherein ein Urteil über den Nutzen oder die Schädlichkeit des Aufkaufs selbstständiger Güter durch andere Landwirte sich überhaupt nicht abgeben läßt, solange man nicht durch eine Zusammenstellung der einzelnen Fälle des Aufkaufs in ihre wirtschaftlichen Gründe hineinzublicken vermag. Da auch hier wieder die Besitzwechselstatistik versagt, muß es genügen, den statistisch erfaßten Umfang derartiger Aufkäufe festzustellen.

Dieser Umfang ist, wie die vorstehende Übersicht zeigt, nicht erheblich, besonders wenn man ihn mit den sonstigen

Zahlen im Besitzwechsel vergleicht. Im Durchschnitt des Jahrzehnts von 1904—1913 wurden mit anderen wirtschaftlichen Besitzungen vereinigt

in der Größenklasse von	selbständige Grundstücke	abgezweigte Grundstücke
2— 5 *ha*	157	419
5— 20 *ha*	104	184
20— 50 *ha*	30	22
50—100 *ha*	7	3
100—200 *ha*	3	0,7
200 u mehr *ha* . . .	1,6	0,7.

Demgegenüber betragen die Gesamtverkäufe im Durchschnitt der Jahre (vergl. S. 5)

in der Größenklasse von	selbständige Grundstücke	abgezweigte Grundstücke
2— 5 *ha*	10 826	9 812
5— 20 *ha*	10 299	4 962
20— 50 *ha*	3 078	828
50—100 *ha*	1 059	159
100—200 *ha*	571	52
200 u. mehr *ha* . . .	564	36.

Diese Aufkäufe können trotz ihres geringen Umfanges für das gesamte Staatsgebiet doch dadurch eine besondere Bedeutung erhalten, daß sie vornehmlich in bestimmten Regierungsbezirken auftreten und dadurch im Laufe der Jahre eine erkennbare Wirkung ausüben könnten. Es hat deshalb eine Auszählung der Zusammenlegungen für die einzelnen Regierungsbezirke stattgefunden. Diese Auszählung hat aber ein überraschendes Ergebnis nur hinsichtlich des Regierungsbezirks Schleswig gehabt. Von den 262 abgezweigten Grundstücken über 20 *ha*, die mit anderen landwirtschaftlichen Besitzungen vereinigt wurden, entfallen auf Schleswig 50, also fast $^1/_5$. Die übrigen sind, wie zu erwarten, der Hauptsache nach im Osten zu finden; aber in keinem Regierungsbezirk geht die Zahl über 15 hinaus. Diese östlichen Regierungsbezirke werden im Westen durch den Regierungsbezirk Lüneburg erheblich übertroffen, in dem in 28 Fällen abgezweigte Grundstücke von 20—50 *ha* und in je 2 Fällen Grundstücke von 50—100 und 100—200 *ha* in dem Jahrzehnt von 1904 bis 1913 mit anderem Grundbesitz zusammengelegt wurden.

Eine Übersicht über die Regierungsbezirke, in denen während des Jahrzehnts von 1904—1913 mehr als 100 Fälle gezählt wurden, in denen gekaufter ungeteilter Grundbesitz mit bestehenden landwirtschaftlichen Betrieben vereinigt wurde, zeigt folgende Zahlen:

im Regierungsbezirk	2—5	5—20	20—50	50—100	100 und mehr *ha*	zusammen
Königsberg . . .	47	46	20	3	3	119
Gumbinnen . . .	138	101	36	9	5	289
Allenstein	106	98	17	11	1	233
Potsdam	60	55	20	3	2	140
Frankfurt	47	42	32	3	1	125
Posen	84	88	23	4	3	202
Breslau	61	43	5	1	2	112
Liegnitz	106	66	13	2	2	189
Schleswig	193	105	25	7	2	332
Köln	156	38	9	3	8	214.

Hiernach steht wieder Schleswig an der Spitze sämtlicher Regierungsbezirke mit 332 Fällen. Auch unter den einzelnen Besitzgruppen hat dieser Bezirk in den Größenklassen von 2—5 und 5—20 *ha* die größten Zahlen aufzuweisen. In der Größenklasse zwischen 20 und 50 *ha* wird es nur von den Regierungsbezirken Gumbinnen und Frankfurt, in der von 50 bis 100 *ha* von Gumbinnen und Allenstein und in der von 100 und mehr *ha* von Königsberg, Gumbinnen, Posen und Köln übertroffen. Der Regierungsbezirk Lüneburg tritt hier mit im ganzen 57 Zusammenlegungen völlig zurück und ist daher in der vorstehenden Übersicht nicht enthalten. Ganz besonders auffallend sind die starken Zusammenlegungen in dem Regierungsbezirk Köln. Man kommt auf den Gedanken, daß hier die Besitzer großer Industrien, sei es zu industriellen Zwecken, sei es für ihre Privatwirtschaft, kleinere und mittlere Bauernstellen ausgekauft haben. Ob diese Vermutung richtig ist, muß dahingestellt bleiben. Da der Regierungsbezirk Schleswig das Land der großen und mittleren Bauernwirtschaften ist, scheint hier die Annahme über die Betätigung der Bauern beim Bauernlegen seine Bestätigung zu finden.

Noch weniger als über den Untergang landwirtschaftlicher Betriebe sagt die Statistik des Besitzwechsels etwas über die Entstehung neuer Betriebe aus. Wir wissen nicht, ob die Abzweigung von Grundstücken zu einem neuen landwirtschaftlichen Betriebe führt oder die Stelle eingeht; doch wird die Vermutung dafür sprechen, daß größere Abzweigungen, sicherlich die über 20 *ha* und meist auch die über 5 *ha*, soweit nicht Zusammenlegungen mit anderen landwirtschaftlichen Betrieben stattfinden und keine großen Stadt- oder Industriebezirke für die Aufsaugung landwirtschaftlichen Bodens in Frage kommen, zur Gründung neuer Stellen führen. Nur durch den großen Umfang der Neugründungen aus Abzweigungen erklärt sich, daß vom Jahre 1878 bis zum Jahre 1893, also innerhalb von 15 Jahren, die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe über 2 *ha* (ohne die Hohenzollernschen Lande) um 32 799 Betriebe gewachsen ist. In den einzelnen Größenklassen stellt sich das Bild wie folgt:

Größenklasse	Zahl der Besitzungen im Jahre 1878	Zahl der Besitzungen im Jahre 1893	mithin im Jahre 1893 mehr (+) oder weniger (—) als im Jahre 1878
2— 5 *ha* . . .	338 106	354 021	+ 15 915
5—20 *ha* . . .	392 692	416 353	+ 23 661
20— 50 *ha* . . .	171 799	165 923	— 5 876
50—100 *ha* . . .	50 362	49 444	— 918
100—200 *ha* . . .	11 972	12 107	+ 135
200 u. mehr *ha* .	13 209	13 091	— 118
zusammen	**978 140**	**1 010 939**	**+ 32 799.**

Es ergibt sich also, daß die kleinen Besitzungen zwischen 2 und 20 *ha* zusammen um mehr als 39 000 oder jährlich mehr als 2 600 Stellen zugenommen haben, und zwar zum Teil auf Kosten der mittleren Besitzungen zwischen 20 und 100 *ha*, die sich in dem Zeitraum um zusammen 6 794 Betriebe oder durchschnittlich im Jahre um 453 vermindert haben. Zu der Vermehrung der kleinen Besitzungen haben aber auch noch die großen Güter über 200 *ha* beigetragen, da deren Abnahme um 118 durch die Zunahme in der Größenklasse zwischen 100—200 *ha* (135) nicht aufgewogen werden dürfte. Diese Verminderung der Großbetriebe bis 1893 hat aber später noch eine erhebliche Verstärkung erfahren, einerseits durch die nach dem Gesetz vom 7. Juli 1891 einsetzende neue Rentengutsbildung, andererseits durch die Ansiedelungs-Kommission, die ihre Tätigkeit erst im Jahre 1886/87 aufnahm. Gerade der Ankauf der Ansiedelungs-Kommission hat den Großgrundbesitz in den Ansiedelungs-Provinzen erheblich vermindert. Nach dem Bericht der Denkschrift dieser Kommission aus dem Jahre 1907 und ihren weiteren Mitteilungen ist durch ihre Ankäufe in der Zeit vom Jahre 1895—1914 der Großgrundbesitz, d. h. der Besitz über 100 *ha*, im Regierungsbezirk Danzig um 8,98, im Regierungsbezirk Marienwerder um 16,46, im Regierungsbezirk Posen um 15,91 und im Regierungsbezirk Bromberg um 29,41 v. H. zurückgegangen.

Wenn auch, wie bereits vorher erwähnt wurde, mit keiner Sicherheit die Vermehrung der landwirtschaftlichen Betriebe festgestellt werden kann, so ist doch immerhin eine Schätzung möglich, ob und inwieweit die Gründung neuer landwirtschaftlicher Betriebe in den Jahren der Besitzwechselstatistik bis zum Kriege stärker oder schwächer gewesen ist als in der Zeit, die zwischen den beiden Jahren der Grundeigentumsstatistik liegt. Diesem Zwecke dient die nachstehende Übersicht, zu deren Erklärung noch folgendes zu sagen ist:

In der Spalte 5 ist die durchschnittliche Vermehrung der landwirtschaftlichen Betriebe über 2 *ha*, wie sie sich aus der

Vergleichung der beiden Grundeigentumsstatistiken innerhalb des Zeitraumes von 15 Jahren von 1878—1893 darstellt, enthalten. Dieser jährlichen Durchschnittszahl sind in den folgenden Spalten die jährlichen Durchschnittszahlen, die sich für den Besitzwechsel aus den infolge von Kauf abgezweigten Grundstücken zunächst über 2 *ha*, sodann zwischen 2 und 5 *ha* und schließlich 5 und mehr *ha* für die Jahre 1896—1913 und für die Rheinprovinz von 1902—1913 ergeben, gegenübergestellt. Bei dieser Gegenüberstellung ist der Gedanke maßgebend gewesen, daß für die Gründung neuer Stellen nur Abzweigungen in Betracht kommen können; andererseits entstehen aber nicht aus allen Abzweigungen neue Stellen. Vor allem trifft dies für die Abzweigungen unter 2 *ha* zu, die meist, wie noch an anderer Stelle dargestellt wird, zu anderen Zwecken verwandt werden. Es sind deshalb von vornherein die Abzweigungen unter 2 *ha* überhaupt nicht berücksichtigt, sodann sind, um die Zahl der Besitzwechselfälle möglichst niedrig zu halten, die Abzweigungen im Erbgange auch in den Größenklassen über 2 *ha* ausgeschieden, und zwar in der Annahme, daß durch die Erbteilung, die eine so große Zahl von Abzweigungen unter 2 *ha* aufweist, im großen Umfange Besitzungen über 2 *ha* zu Grunde gegangen sind. Die Zahl dieser zugrunde gegangenen Besitzungen ist mangels irgendwelcher Anhaltspunkte gleichgeachtet worden der in den Größenklassen über 2 *ha* durch Abzweigung neuentstandenen Besitzungen. Aber auch unter Berücksichtigung dieser Umstände zeigt noch immer die nachfolgende Tabelle ganz außerordentlich hohe Abzweigungen in den Jahren zwischen 1896—1913 gegenüber der Verschiebung in der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in dem Zeitraum von 1878—1893.

Es betrugen nämlich

in den Verwaltungsbezirken	die landwirtschaftlichen Betriebe überhaupt in den Jahren 1878	1893	1893 mehr oder weniger (—) als 1878	demnach durchschnittliche jährliche Zu- oder Abnahme	der durchschnittliche jährliche Besitzwechsel in den Jahren 1896 bis 1913 bei den durch Kauf abgezweigten Grundstücken von 2 u. mehr *ha* überhaupt	darunter von 2 bis 5 *ha*	darunter von 5 und mehr *ha*
Ostpreußen	77 177	82 563	5 386	358	1 609	883	726
Danzig	15 635	17 076	1 441	96	384	147	237
Marienwerder	29 469	31 739	2 270	151	674	300	374
Potsdam	30 432	33 741	3 309	221	835	501	334
Frankfurt	44 605	47 152	2 547	170	541	347	194
Stettin	19 808	21 150	1 342	89	451	250	201
Köslin	22 478	24 715	2 237	149	561	263	298
Stralsund	2 721	2 924	203	14	59	21	38
Posen	42 536	43 572	1 036	69	780	482	298
Bromberg	20 331	21 541	1 210	81	429	205	224
Breslau	49 934	49 880	— 54	— 4	404	284	120
Liegnitz	48 987	50 761	1 774	118	412	286	126
Oppeln	54 336	55 925	1 589	106	440	318	122
Magdeburg	23 615	25 216	1 601	107	627	414	213
Merseburg	31 634	32 058	424	28	476	322	154
Erfurt	15 656	16 055	399	27	139	95	44
Schleswig	53 231	54 460	1 229	82	1 966	1 272	694
Hannover	20 204	20 723	519	35	240	179	61
Hildesheim	16 852	16 837	— 15	— 1	117	85	32
Lüneburg	21 211	22 423	1 212	81	455	301	154
Stade	22 288	22 762	474	32	332	244	88
Osnabrück	17 295	17 809	514	34	226	141	85
Aurich	12 346	13 035	689	46	175	131	44
Münster	27 490	27 846	356	24	228	147	81
Minden	24 332	25 147	815	54	158	109	49
Arnsberg	26 110	26 333	223	15	205	138	67
Cassel	37 626	39 601	1 975	132	210	141	69
Wiesbaden	28 323	28 610	287	19	115	96	19
Coblenz	36 033	35 933	— 100	— 7	206	172	34
Düsseldorf	21 839	21 407	— 432	— 29	241	156	85
Köln	24 643	23 890	— 753	— 50	245	177	68
Trier	38 133	38 194	61	4	304	228	76
Aachen	20 830	19 861	— 969	— 65	153	112	41
Staat	978 140	1 010 939	32 799	2 187	14 397	8 947	5 450.

Um die Entstehung neuer landwirtschaftlicher Betriebe möglichst vorsichtig zu beurteilen, soll nun weiter angenommen werden, daß die große Zahl der in der vorletzten Spalte nachgewiesenen durchschnittlichen jährlichen Abzweigungen von Grundstücken zwischen 2 und 5 *ha* die Zahl der Grundstücke darstellt, die für die Entstehung neuer Stellen trotz der schon vorher gemachten Abzüge nicht in Betracht kommt, und zwar einerseits deshalb, weil auch eine gewisse Zahl von Abzweigungen in der Größenklasse über 2 *ha* landwirtschaftlichen Betrieben verlorengehen, weil andererseits nicht vergessen werden darf, daß bei Zerstückelungen die Besitzwechselstatistik immer ein Grundstück mehr nachweist, als neue Betriebe entstanden sind, denn die Besitzwechselstatistik weist jedes Grundstück nach, das einen neuen Besitzer erhalten hat. An späterer Stelle wird aber gezeigt, daß die Zerstückelungen von Grundstücken erheblich seltener sind als die Abtrennungen, bei denen ein Teil des ursprünglichen Grundstücks statistisch auch für die Besitzwechselstatistik nicht gezählt wird, da es den alten Besitzer behält. Des ferneren sind, wie ebenfalls später gezeigt wird, die Zahlen der bei jeder Zerstückelung neuentstandenen Grundstücke durchschnittlich ziemlich bedeutend. Selbst unter Ausscheidung der Regierungsbezirke mit ganz besonders hohen Durchschnittszahlen ist der Durchschnitt der bei Zerstückelungen durch Kauf neuentstandenen Grundstücke über 5, und in keinem Regierungsbezirk sinkt er unter 3. Es sind also im Durchschnitt für diesen Zweck höchstens $^1/_5$ und in zwei besonderen Regierungsbezirken höchstens $^1/_3$ der Abzweigungen auszuscheiden, weil ein bei der Besitzwechselstatistik der Abzweigungen nachgewiesenes Grundstück keinen neuen landwirtschaftlichen Betrieb hat bilden können. Wenn man also deshalb bei dem Vergleich die Zahlen der vorletzten Spalte, die fast in allen Regierungsbezirken weit über die Hälfte aller Abzweigungen über 2 *ha* ausmachen, absetzt, so hat man den Sicherheitskoeffizienten recht hoch gegriffen. Für die Regierungsbezirke Danzig, Marienwerder, Stralsund und Bromberg, bei denen die Zahl der Abzweigungen zwischen 2 und 5 *ha* etwas geringer gewesen ist als die Zahl der Abzweigungen über 5 *ha*, ist eine weitere Korrektur trotzdem wohl kaum vorzunehmen, da in diesen rein landwirtschaftlichen Gegenden verhältnismäßig erheblich seltener Grundstücke zwischen 2 und 5 *ha* dem landwirtschaftlichen Betriebe entzogen werden als in industrie- und städtereichen Gegenden.

Auch für die Zusammenlegungen ist kein weiterer besonderer Abzug gemacht worden, wie aus der Tabelle auf Seite 59 hervorgeht, da die Zahl der jährlichen Zusammenlegungen im Durchschnitt der Jahre 1904—1913 jährlich nur 1 069 betragen hat (vergl. Spalte 35 a. a. O.). Es ist angenommen worden, daß auch diese Zusammenlegungen, die überdies hauptsächlich in der Rheinprovinz mit Ausnahme von Düsseldorf zu finden sind, bei denen die Zahlen in der vorletzten Spalte die Zahlen in der letzten um ein Mehrfaches überwiegen, durch Absetzung der gesamten durch Erbgang entstandenen Abzweigungen, die auch in diesen Bezirken außerordentlich hoch sind, und durch Absetzung der durch Kauf entstandenen Abzweigungen der Grundstücke von 2—5 *ha* genügend berücksichtigt worden sind.

Nach allen diesen Sicherungen, um sich vor einer zu hohen Schätzung zu hüten, ergibt sich aber aus einer Gegenüberstellung der Zahlen in der letzten Spalte und denen in der fünften, daß die Gründungen neuer landwirtschaftlicher Stellen in der Zeit der Besitzwechselstatistik erheblich größer gewesen sind als in dem 15 jährigen Zeitraum zwischen den beiden Grundeigentumserhebungen. Es soll hier wegen der Unsicherheit jeder Schätzung für kleinere Gebietsteile auf die einzelnen Regierungsbezirke nicht besonders eingegangen, sondern nur die Zahlen für das Staatsgebiet miteinander verglichen werden. Selbst wenn man hier zur weiteren Sicherheit

die Zahl der jährlich neuentstandenen Besitzungen über 2 *ha* noch um 450, also fast um 10 % niedriger ansetzt als die Zahl der käuflichen Abzweigungen von Grundstücken über 5 *ha*, so erhält man noch eine jährliche Zunahme an landwirtschaftlichen Betrieben über 2 *ha* von 5 000 oder in dem Zeitraum von 1893–1913 über 100 000 neue landwirtschaftliche Betriebe. Da die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe nach der Grundeigentumsstatistik von 1893 1 010 939 betragen hat, so ist die Vermehrung aller Wahrscheinlichkeit nach innerhalb des 20 jährigen Zeitraumes bis zum Ausbruch des Krieges auf 10 % anzusetzen.

Über ein wichtiges Gebiet, die Schaffung neuer landwirtschaftlicher Stellen, sind wir allerdings auf Grund anderer Feststellungen unterrichtet, nämlich über die Rentengutsbildungen, die durch Vermittlung der früheren Generalkommissionen, jetzigen Landeskulturämter, in Gemeinschaft mit den Rentenbanken und ausnahmsweise auch durch private, staatlich unterstützte Gesellschaften in unmittelbarem Verkehr mit den Rentenbanken geschaffen worden sind. Diesen Gründungen sind als ähnlich die zuzuzählen, die von der Ansiedlungskommission in Westpreußen und Posen geschaffen wurden. Leider sind selbst diese Neugründungen nicht ohne weiteres in die Besitzwechselstatistik einzugliedern, da in den jährlichen Berichten der Generalkommissionen die Einteilung der Größenklassen eine andere ist als in der Besitzwechselstatistik. Während diese Einschnitte bei der Größe von 2 *ha*, 5 *ha* und 20 *ha* sowie dann noch weitere bei größerem Gebietsumfang macht, sind die Teilungen bei jenen Berichten bei $2^1/_2$ *ha*, 5 *ha* und dann zum Schluß bei 25 *ha* gemacht. Über die allerdings wohl seltene Rentengutsbildung bei größerem Gebietsumfang bleiben wir also ohne Kenntnis, und eine Vergleichung zwischen den Abzweigungen der Besitzwechselstatistik und den Zahlen der Generalkommissionen in den anderen Größenklassen kann nur annäherungsweise erfolgen. Die Vergleichung mit den Ansiedelungen der Ansiedelungskommission in Westpreußen und Posen kennt diese Schwierigkeit zwar nicht, dafür ist aber bis zum Jahre 1901 überhaupt keine Trennung zwischen den kleinsten Parzellen selbst unter 1 *ha* und denen bis 20 und selbst 25 *ha* gemacht worden, und ebenso sind die Gründungen von landwirtschaftlichen Betrieben über 25 *ha* bis zu dem genannten Jahre ohne eine Einteilung in einer Summe nachgewiesen worden. An der Hand der von 1902 ab erfolgten Unterscheidungen ist man aber imstande, wenigstens annähernd auch für die Jahre 1897–1901 die Scheidung rechnerisch vorzunehmen.

Nach den Berichten der Generalkommissionen sind in den Jahren 1896–1913 1 732 Rentengüter zwischen $2^1/_2$–5 *ha*, 3 182 zwischen 5–10 *ha*, 5 202 zwischen 10–25 *ha* und 1 364 über 25 *ha* gegründet worden. Um diese Rentengutsgründungen mit den Zahlen der Besitzwechselstatistik in den gleichen Jahren vergleichen zu können, ist angenommen worden, daß die Größenklasse unter $2^1/_2$ *ha* in Größenklassen von je $^1/_2$ *ha* und die Größenklasse von 10–25 *ha* in Größenklassen von je 5 *ha* mit einer gleichen Anzahl von Gründungen geteilt werden könnten. Demnach sind zu der Summe der Rentengutsgründungen von $2^1/_2$–5 *ha* noch 550 aus der Gruppe bis $2^1/_2$ *ha* hinzuzuzählen, um eine annähernd richtige Zahl für die Gruppe zwischen 2 und 5 *ha* zu erhalten. Es ergibt sich alsdann die Zahl 2 282. Die Gruppe zwischen 10 und 25 *ha* muß dagegen um 1 734, also auf 3 471 gekürzt werden, um die in der Besitzgruppe zwischen 10 und 20 *ha* liegenden Rentengutsgründungen zu erhalten. Um die gleichen Zahlen müssen die Gründungen über 25 *ha* erhöht werden, um die Summe der über 20 *ha* liegenden gegründeten Rentengüter schätzungsweise festzustellen. An Stelle von 1 364 in der Gruppe über 25 *ha* erhält man 3 098 in der Besitzgruppe über 20 *ha*. Da diese Zahlen die Summe der Rentengutsgründungen für 18 Jahre enthalten, kommen durchschnittlich auf jedes Jahr

über 2 und 5 *ha* . . . 127
„ 5 „ 20 „ . . . 370
über 20 „ . . . 172.

An Abzweigungen durch Kauf wurden in der Besitzwechselstatistik im Durchschnitt der Jahre 1896–1913 festgestellt

zwischen 2 und 5 *ha* . . . 8 973
„ 5 „ 20 „ . . . 4 525
von 20 „ mehr „ . . . 937.

Man ersieht hieraus, daß die Gesamtzahl des geteilten Besitzwechsels in der niedrigsten Größenklasse nur ganz verschwindend durch die allgemeine Rentengutsbildung beeinflußt wurde, daß das Verhältnis in der mittleren Gruppe zwischen 5 und 20 *ha* bereits etwas über 8 % beträgt und in der letzten Gruppe von über 20 *ha* über 18 % steigt. Für die einzelnen Provinzen ist die Bedeutung der Rentengutsbildungen selbstverständlich außerordentlich verschieden gewesen. Nach den Jahresnachweisungen der Generalkommissionen für das Berichtsjahr 1913 sind in den Jahren 1891–1913 folgende Rentengutsbildungen vorgenommen worden:

in den Provinzen	unter $2^1/_2$ *ha*	über $2^1/_2$–5 *ha*	über 5–10 *ha*	über 10–25 *ha*	über 25 *ha*	überhaupt
Ostpreußen	658	473	1 067	1 140	314	3 652
Westpreußen	232	532	1 175	1 147	292	3 378
Brandenburg	436	109	162	243	45	995
Pommern	340	265	800	2 577	543	4 525
Posen	958	272	521	518	152	2 421
Schlesien	479	522	428	186	63	1 678
Sachsen	344	94	87	46	27	598
Schleswig-Holstein.	407	92	209	426	315	1 449
Hannover	525	92	187	175	21	1 000
Westfalen.	1 048	355	181	77	27	1 688
Hessen-Nassau . . .	86	13	4	11	5	119
Rheinprovinz	31	1	—	—	—	32.

Nimmt man nun wie bei der vorhergehenden Korrektur für den Staat auch für die einzelnen Provinzen gleichmäßig an, daß von den Grundstücken bis $2^1/_2$ *ha* $^1/_5$ über 2 *ha* groß ist und daß von den Grundstücken zwischen 10 und 25 *ha* $^1/_3$ auf die entfällt, deren Größe sich zwischen 20 und 25 *ha* bewegt, und zieht man dementsprechend zu der Summe von $2^1/_2$–5 *ha* dieses Fünftel zu und von der Summe der Größenklassen von 5–25 *ha* das erwähnte Drittel ab und setzt dieses der Größenklasse über 25 *ha* zu, so erhält man folgende Tabelle über die Rentengutsbildungen in den von der Besitzwechselstatistik angewandten Größenklassen:

für die Provinzen	2–5 *ha*	5–20 *ha*	über 20 *ha*
Ostpreußen	605	1 827	694
Westpreußen	578	1 940	674
Brandenburg	196	324	126
Pommern	333	2 518	1 402
Posen	464	866	325
Schlesien	618	552	125
Sachsen	163	118	42
Schleswig-Holstein.	173	493	457
Hannover	197	304	79
Westfalen	565	232	53
Hessen-Nassau	30	11	9
Rheinprovinz	7	—	—.

Diese Gesamtzahlen für die Rentengutsbildungen nach dem Gesetz vom 7. Juli 1891 vom Beginn bis zum Schluß



des Jahres 1913 ergeben eine durchschnittliche jährliche Rentengutsbildung

in den Provinzen	in der Größenklasse von 2—5 *ha*	5—20 *ha*	über 20 *ha*
Ostpreußen	26	79	30
Brandenburg	8	14	5
Pommern	14	109	61
Schlesien	27	24	5
Sachsen	7	5	2
Schleswig-Holstein	8	21	20
Hannover	9	13	3
Westfalen	25	10	2
Hessen-Nassau	1	0,5	0,4
Rheinprovinz	0,3	—	—.

Bei dieser Übersicht ist zunächst Westpreußen und Posen fortgelassen, weil die neuen Besitzgründungen durch die Ansiedelungskommission noch hinzugezählt werden müssen, um hier ein zutreffendes Bild zu erhalten.

Innerhalb der Besitzwechselstatistik sind für die obengenannten Provinzen im Durchschnitt der Jahre 1896—1913 die Zahlen der entsprechenden Größenklassen die folgenden:[1])

	2—5 *ha*	5—20 *ha*	20 u. mehr *ha*
Ostpreußen	883	610	116
Brandenburg	848	442	85
Pommern	534	432	104
Schlesien	788	313	55
Sachsen	831	339	72
Schleswig-Holstein	1 272	572	120
Hannover	1 081	391	74
Westfalen	394	161	37
Hessen-Nassau	237	73	14
Rheinprovinz	845	255	49.

Eine Vergleichung dieser beiden Aufstellungen ergibt, daß für die in dem Besitzwechsel nachgewiesenen Abzweigungen zwischen 2—5 *ha* die Rentengutsgründungen nur eine ganz verschwindende Bedeutung besitzen, daß das gleiche im allgemeinen für die Verhältnisse in der Größenklasse zwischen 5—20 *ha* zu sagen ist. Nur in der Provinz Pommern steigt der Anteil auf über 25 %, und in der Provinz Ostpreußen ist der Anteil fast 13 %. Selbst in der Größenklasse über 20 *ha* sind es wieder nur die beiden vorhergenannten Provinzen, in denen die Rentengutsbildung an den Abzweigungen einen erheblichen Anteil hat. In Ostpreußen beträgt dieser Anteil fast 26 v. H., und in Pommern steigt er sogar über 58 v. H. In dieser Besitzgrößenklasse ist auch noch Schleswig-Holstein zu nennen, wo immerhin dieser Anteil auf mehr als 16 v. H. zu beziffern ist.

Von besonderem Interesse muß es natürlich sein, welche Bedeutung die staatlichen Ansiedelungen in den Provinzen Westpreußen und Posen bei dem Besitzwechsel durch Abzweigung gehabt haben. Die Vergleichung ist hier für die Jahre 1904—1913 durchgeführt. Bei dem großen Umfange der Ansiedelungen erscheint es hier notwendig, ein möglichst einwandfreies Zahlenmaterial unter Ausschließung von Schätzungen zu erhalten. Diese Schätzungen wären aber bis zum Jahre 1902 notwendig gewesen, da bis dahin die Einteilung der ausgelegten Ansiedlerstellen in verschiedenen Größenklassen durch die Ansiedelungskommission anders gehandhabt wurde als nachher. Das Jahr 1903 ist sodann noch fortgelassen, um einen Zeitraum von 10 Jahren zu erhalten. Die nachfolgenden Übersichten geben nun ein Bild von den in den verschiedenen Größenklassen geschaffenen neuen Ansiedlerstellen und dem in den gleichen Jahren vorgekommenen statistisch erfaßten Besitzwechsel für die Provinzen Westpreußen und Posen.

[1]) Über die Rentengutsgründungen unter 2 *ha* vergleiche Seite 68.

In den Jahren 1904 bis 1913 wurden Ansiedlerstellen vergeben:

in den Jahren	in der Größe von [1]) 0 bis 2 *ha*	[1]) 2 bis 5	5 bis 10	10 bis 15	15 bis 20	20 bis 25	25 bis 50	[2]) 50 bis 100	über 100[3])	überhaupt
	in der Provinz Westpreußen									
1904	27	5	47	48	69	27	23	—	—	246
1905	33	6	60	106	119	37	21	1	—	383
1906	31	6	37	106	133	46	25	— 1	—	383
1907	35	6	47	140	162	30	26	5	—	451
1908	59	11	34	108	138	30	13	3	—	396
1909	101	11	24	78	109	33	8	1	4	369
1910	92	69	136	217	195	50	25	5	4	793
1911	157	13	21	119	92	44	21	—	—	467
1912	117	2	23	67	95	36	6	— 2	1	345
1913	126	12	12	87	49	27	13	1	3	330
zus.	**778**	**141**	**441**	**1 076**	**1 161**	**360**	**181**	**13**	**12**	**4 163**
Durchschn. jährlich	78	14	44	108	116	36	18	1	1	416
In der Größenklasse der Besitzwechselstatistik	78	14	268			54		über 50 *ha* 2		
	in der Provinz Posen									
1904	52	9	121	210	227	57	38	3	1	718
1905	61	11	99	269	284	48	35	6	1	814
1906	32	6	85	293	253	65	38	6	— 2	776
1907	34	6	37	259	329	69	44	10	—	788
1908	108	19	36	299	245	61	43	6	6	823
1909	187	15	44	292	219	54	25	6	7	849
1910	243	94	48	337	260	74	34	—	3	1 093
1911	259	9	22	246	204	39	26	— 1	5	809
1912	122	5	27	111	116	27	15	3	1	427
1913	84	35	10	136	112	12	3	—	1	393
zus.	**1 182**	**209**	**529**	**2 452**	**2 249**	**506**	**301**	**39**	**23**	**7 490**
Durchschn. jährlich	118	21	53	245	225	51	30	4	2	749
In der Größenklasse der Besitzwechselstatistik	118	21	523			81		über 50 *ha* 6		

Infolge von Kauf usw. wechselten den Eigentümer land- und forstwirtschaftliche abgezweigte Grundstücke

in den Jahren	in der Größe unter 2 *ha*	von 2 bis 5 *ha*	von 5 bis 20 *ha*	von 20 bis 50 *ha*	von 50 bis 100 *ha*	über 100 *ha*	über 2 *ha* zusammen[4])
	in der Provinz Westpreußen						
1904	1 221	463	499	105	15	16	1 098
1905	1 467	518	583	90	19	12	1 222
1906	1 500	507	597	110	32	14	1 260
1907	1 235	439	523	93	25	10	1 090
1908	1 172	360	404	109	31	12	917
1909	1 378	420	403	90	18	5	936
1910	1 407	428	469	84	13	9	1 003
1911	1 408	329	422	72	12	7	842
1912	1 320	330	342	66	9	6	753
1913	1 260	291	566	84	16	7	964
Durchschn. jährlich	1 337	409	481	90	19	10	1 009
	in der Provinz Posen						
1904	2 112	834	426	53	11	17	1 342
1905	2 022	787	531	62	16	10	1 406
1906	1 970	705	411	73	15	17	1 222
1907	2 031	750	511	95	14	13	1 384
1908	2 077	596	529	79	18	12	1 235
1909	2 263	711	428	48	9	9	1 205
1910	2 471	692	458	56	13	10	1 229
1911	2 206	729	421	72	9	14	1 245
1912	2 171	540	299	54	9	7	909
1913	1 833	422	359	34	5	2	822
Durchschn. jährlich	2 116	677	437	63	12	11	1 200

[1]) Im Urmaterial (Drucksachen des Abgeordnetenhauses) sind bis zum Jahre 1908 die Ergebnisse für die Größenklassen 0 bis 2 und 2 bis 5 *ha* in einer Summe angegeben; die Verteilung dieser Summenzahlen für die Jahre 1904 bis 1908 auf die beiden Größenklassen ist daher bei jeder Provinz nach dem Verhältnis der für die Jahre 1909 bis 1913 eingetragenen Ergebnisse errechnet und eingestellt worden. — [2]) In den Jahren 1904 bis 1908 beziehen sich die Eintragungen auf die Gruppe 50 bis 120 *ha*. — [3]) desgl. auf die Gruppe über 120 *ha*. — [4]) unter Hinzurechnung der Besitzungen ohne Größenangabe.

In der Provinz Westpreußen hat hiernach gemäß den Jahresdurchschnittszahlen in der Größenklasse unter 2 *ha* die Schaffung von Ansiedlerstellen für den Besitzwechsel keine große Bedeutung gehabt. Das gleiche gilt für die Größenklasse zwischen 2 und 5 *ha*, in der 14 Ansiedlerstellen 409 Besitzwechselfällen gegenüberstehen. Sehr erheblich ist dagegen der Einfluß der Tätigkeit der Ansiedelungskommission auf den abgezweigten Besitzwechsel in der Größenklasse von 5 – 20 *ha*. Hier entfallen mehr als 50 % der statistisch nachgewiesenen Abzweigungen auf die Ansiedlerstellen (268 zu 481); in der nächsten Größenklasse ist die Verhältniszahl sogar 60 % (54 zu 90), um dann in den Größenklassen über 50 *ha* auf ungefähr 7 v. H. abzustürzen (2 zu 29).

Ähnlich liegen die Verhältnisse in Posen. Auf 2 116 Besitzwechselfälle unter 2 *ha* im Durchschnitt der Jahre 1904 – 1913 entfallen nur 118 Ansiedelungen. In der Größenklasse zwischen 2 und 5 *ha* stehen 677 durchschnittliche Besitzwechselfälle 21 neugegründeten Ansiedlerstellen gegenüber.

In der nächsten zusammenfassenden Größenklasse zwischen 5 und 20 *ha* ergibt sich nun die eigentümliche Tatsache, daß 523 Ansiedelungsstellen auf nur 437 durchschnittliche Besitzwechselfälle entfallen. Da die Ansiedelungskommission in ihrer Statistik nicht das Jahr der Eintragung in das Grundbuch, das für die Besitzwechselstatistik stets ausschlaggebend ist, zu nehmen braucht, so sind Unterschiede in den einzelnen Jahren und auch ein Überwiegen der neugegründeten Ansiedlerstellen gegenüber den Besitzwechselfällen in Abzweigungen durchaus möglich. Diese Unterschiede müßten sich aber im Laufe der Jahre ausgleichen, sodaß im Durchschnitt von 10 Jahren auf diese Weise niemals eine höhere Zahl von gegründeten Ansiedlerstellen als Besitzwechselfälle in Abzweigungen erklärt werden kann. Auch eine andere mögliche Deutung scheint mir für diese eigentümliche Erscheinung nicht auszureichen. Man könnte nämlich darauf hinweisen, daß von der Ansiedelungskommission auch Bauernstellen erworben und als ganze Besitzungen weiter veräußert werden, sodaß diese Stellen in der Besitzwechselstatistik unter dem ungeteilten Kauf nachgewiesen würden. Würde diese Tatsache die hier behandelte Erscheinung erklären können, so müßten allein in der Provinz Posen in den Jahren 1904 – 1913 durchschnittlich jährlich 86 Ansiedlerstellen oder im ganzen 860 auf ungeteilten Bauerngütern geschaffen worden sein.

Die Ansiedlungskommission hat aber bei weitem nicht diese Zahl an Bauerngütern erworben. Außerdem hat sie den größten Teil dieser Erwerbungen, die im Durchschnitt eine Größe von rund 50 *ha* hatten, ebenfalls in 2 oder mehrere Ansiedlungsstellen verwandelt. Schließlich könnte man noch daran denken, daß bei der in der Statistik der Ansiedlungskommission wiedergegebenen Größe zunächst die öffentlichen Zwecken dienenden neuen Anlagen, wie Gräben und Wege, noch nicht ausgeschieden seien und daher hier die Ansiedlerstellen größer erscheinen, als sie bei der Auflassung und daher auch bei der Besitzwechselstatistik waren. Diese Erklärung würde aber nur zutreffen, wenn der größere Teil der Ansiedlerstellen auf die Größenklasse von 5 – 10 *ha* entfiele, da diese öffentlichen Anlagen die Größe des Ansiedlungsgutes bei der Auflassung nur in einem kleinen Teil beeinflußt haben können. Es zeigt sich aber, daß gerade in dieser Größenklasse verhältnismäßig nur wenige Ansiedlerstellen geschaffen worden sind und daß sich bei weitem die meisten in den Größenklassen von 10 bis 15 und 15 bis 20 *ha* befinden. Es bleibt daher als Erklärung nur die Wahrscheinlichkeit übrig, daß aus verschiedenen Umständen, die hier nicht erörtert werden können, die Ansiedlungsstellen bei der Besitzwechselstatistik von den Gerichten zu einem Teil nicht als abgezweigter Besitzwechsel, sondern als Besitzwechsel von ungeteiltem Grundbesitz nachgewiesen sind. Es würde sich alsdann die Folgerung ergeben, daß nicht nur hier, sondern auch in den anderen Größenklassen und ebenso in der ehemaligen Provinz Westpreußen die Abzweigungen im Besitzwechsel in einem noch geringeren Maße von der Gründung der Ansiedlerstellen abhängen, als es bei der Vergleichung der beiden statistischen Nachweisungen der Fall zu sein scheint.

Als man in der Besitzwechselstatistik die besondere Hervorhebung der Zerstückelung von Besitzungen einführte, hoffte man wohl hierdurch ein Bild über die Güterschlächterei zu erhalten, da man infolge der besonderen statistischen Aufnahme der Rentengutsbildungen und der Tätigkeit der Ansiedelungskommission die im regelrechten Verfahren und im öffentlichen Interesse vorgenommene Aufteilung von Gütern jederzeit feststellen konnte. Diese Absicht wurde aber dadurch zerstört, daß man aus hier nicht näher zu erörternden technischen Gründen von einer Zerstückelung im statistischen Sinne nur in dem Jahre sprach, in dem die Aufteilung vollendet, d. h. auch der letzte Teil einer der Zerstückelung anheimgefallenen Betriebe einen neuen Besitzer erhielt. Da es aber selbst einem besonders geschäftstüchtigen Güterschlächter nur in den seltensten Fällen gelingen wird, in dem gleichen Jahre das von ihm übernommene Gut auszuschlachten und es auch gar nicht gesagt ist, ob er nicht nach Aufteilung des Gutes häufig noch ein Restgut kürzere oder längere Zeit behält, sodaß auch zum Schluß statistisch eine Zerstückelung nicht in die Erscheinung tritt, so ist auch diese statistische Aufnahme nur ein Stückwerk geblieben, das zu einer Einsicht in wirtschaftliche Verhältnisse nicht führt.

Trotzdem bleibt es von erheblichem Interesse, wieviel Zerstückelungen wenigstens statistisch erfaßt werden, wo diese Zerstückelungen sich vornehmlich vorfinden und wieviel neue Teile dabei entstanden sind. Dabei wird man sich jedoch vergegenwärtigen müssen, daß nicht jeder bei der Zerstückelung abgetrennte Teil einen neuen landwirtschaftlichen Betrieb bedeutet, sondern daß besonders bei Güterschlächtereien die an andere landwirtschaftliche Betriebe grenzenden Stücke von diesen häufig erworben zu werden pflegen. Die hiernach bei diesen Parzellierungen vorkommenden Zusammenlegungen sind aber leider trotz der statistischen Hervorhebung von Zusammenlegungen nicht auszuscheiden, weil, wie bei der Erörterung der Frage der Zusammenlegungen festgestellt ist, Zusammenlegungen statistisch nicht vorliegen, wenn nicht die zusammengelegten Stücke in der gleichen Gemeinde liegen und die Aufteilung besonders im Osten selbständige Gutsbezirke zu betreffen pflegt.

Des ferneren ist zu beachten, daß in diesen Zahlen auch die letzte Aufteilung eines für die Rentengutsbildung dienenden Gutes, gleichviel ob sie ohne die Generalkommission, mit dieser oder von der Ansiedelungskommission in Posen getätigt worden ist, enthalten ist, da die vorliegenden Berichte auch dieser Behörden nichts über die Zahl der im letzten Jahre der Aufteilung eines Gutes ausgelegten Stellen aussagen und demgemäß die Zerstückelungen nicht ausgeschieden werden konnten.

Die nebenstehende Übersicht vergleicht bei dem abgezweigten Besitzwechsel die Zahl der Grundstücke, die durch Abtrennung und die durch Zerstückelung entstanden sind. Als Gegensatz der Zerstückelung nennt man Abtrennung den Fall, in dem ein Teil des Grundstücks dem bisherigen Besitzer verbleibt.

Bei den Gesamtzahlen überwiegen im Staatsgebiet die durch Abtrennung infolge von Kauf entstandenen Grundstücke, die durch Zerstückelung entstandenen, um das Drei- bis Vierfache. Da die Abweichungen in den Gesamtzahlen innerhalb der einzelnen Jahre nicht allzu groß sind, hat für die Regierungsbezirke

Infolge von Zersplitterung sind in den Jahren 1904 bis 1913

land- oder forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke, die von mindestens 2 *ha* großen Besitzungen herrühren, in andere Hand übergegangen

in den Regierungsbezirken 1913	infolge von Erbgang usw.								infolge von Kauf usw.							
	durch Abtrennung				durch Zerstückelung				durch Abtrennung				durch Zerstückelung			
	überhaupt[1])	mit einer Fläche von . . . *ha*			überhaupt[1])	mit einer Fläche von . . . *ha*			überhaupt[1])	mit einer Fläche von . . . *ha*			überhaupt[1])	mit einer Fläche von . . . *ha*		
		unter 2	2 bis 20	20 und mehr		unter 2	2 bis 20	20 und mehr		unter 2	2 bis 20	20 und mehr		unter 2	2 bis 20	20 und mehr
1. Königsberg	10	8	2	—	—	—	—	—	1 169	825	297	47	191	58	101	32
2. Gumbinnen	9	5	4	—	8	4	3	1	860	587	251	22	382	139	219	24
3. Allenstein	27	18	5	4	1	—	1	—	1 092	714	347	31	151	76	69	6
4. Danzig	20	8	8	4	7	2	5	—	617	401	193	23	84	28	47	9
5. Marienwerder	27	15	10	2	14	2	9	3	987	722	230	35	536	109	387	40
6. Potsdam	47	35	11	1	9	4	5	—	2 874	2 216	613	44	477	262	202	12
7. Frankfurt	73	48	23	2	22	11	9	2	2 117	1 679	406	32	262	165	96	1
8. Stettin	23	14	8	1	24	11	6	7	1 236	930	288	18	428	213	194	21
9. Köslin	12	10	2	—	22	2	16	4	1 116	790	303	23	242	125	106	11
10. Stralsund	4	3	1	—	—	—	—	—	205	177	24	4	72	18	43	11
11. Posen	142	70	64	8	66	35	28	3	1 558	1 151	395	12	320	149	163	8
12. Bromberg	14	8	4	2	2	—	2	—	717	492	204	21	60	41	19	—
13. Breslau	29	24	4	1	12	8	4	—	2 014	1 760	237	17	507	377	124	6
14. Liegnitz	44	35	6	3	11	4	7	—	2 424	2 065	341	18	420	256	156	8
15. Oppeln	210	155	55	—	144	81	61	2	2 440	2 153	279	7	525	389	134	2
16. Magdeburg	56	22	30	4	133	64	66	3	1 218	922	270	26	672	388	263	19
17. Merseburg	63	38	25	—	89	31	54	4	1 541	1 204	314	23	806	563	233	10
18. Erfurt	55	34	21	—	354	242	111	1	594	510	81	3	278	238	38	2
19. Schleswig	111	55	44	12	52	10	29	13	6 517	4 987	1 443	87	862	453	366	43
20. Hannover	51	42	9	—	30	20	10	—	2 231	2 013	214	4	278	207	70	1
21. Hildesheim	65	51	14	—	93	45	42	6	817	704	110	3	228	177	50	1
22. Lüneburg	14	10	3	1	3	3	—	—	3 320	2 882	413	25	305	258	46	1
23. Stade	90	51	37	2	7	5	2	—	3 100	2 714	376	10	347	295	51	1
24. Osnabrück	22	20	2	—	4	—	4	—	1 880	1 423	405	52	211	183	28	—
25. Aurich	28	21	7	—	12	2	8	2	589	510	78	1	219	138	81	—
26. Münster	33	23	10	—	2	1	—	1	3 147	2 899	230	18	59	42	16	1
27. Minden	75	54	18	3	5	1	4	—	2 164	1 941	207	16	175	136	39	—
28. Arnsberg	59	42	15	2	48	33	14	1	2 525	2 236	271	18	120	97	23	—
29. Cassel	263	209	53	1	490	329	160	1	2 709	2 564	132	13	502	471	30	1
30. Wiesbaden	318	261	57	—	1 699	1 304	394	1	2 985	2 891	93	1	851	827	24	—
31. Coblenz	734	536	195	3	1 331	997	332	2	3 132	3 020	104	8	2 337	2 318	19	—
32. Düsseldorf	125	64	55	6	110	30	69	11	981	789	179	13	63	46	16	1
33. Köln	66	40	26	—	248	171	77	—	1 382	1 247	130	5	264	226	36	2
34. Trier	1 082	909	172	1	942	661	280	1	5 162	5 029	130	3	1 456	1 364	92	—
35. Aachen	146	86	59	1	332	203	121	8	841	755	84	2	247	177	69	1
36. Sigmaringen	206	161	44	1	80	58	22	—	753	722	31	—	135	132	3	—
im Staat																
1913	4 353	3 185	1 103	65	6 406	4 374	1 955	77	69 014	58 624	9 703	685	15 072	11 141	3 653	275
1912	3 687	2 706	914	66	6 306	4 286	1 948	72	70 103	58 498	10 873	730	17 076	12 669	3 992	415
1911	3 815	2 708	1 038	69	7 065	4 808	2 205	52	71 263	59 598	10 902	762	16 984	12 403	4 217	362
1910	2 954	2 007	862	85	6 128	4 158	1 914	54	68 821	57 465	10 602	749	17 327	12 684	4 366	276
1909	2 790	1 919	809	59	6 493	4 345	2 080	68	64 331	53 678	9 920	731	18 281	13 804	4 155	321
1908	2 004	1 517	456	29	8 457	5 848	2 525	84	65 920	54 853	10 307	756	17 978	13 182	4 449	347
1907	2 172	1 684	446	42	10 630	7 991	2 535	104	68 565	57 370	10 492	698	21 007	15 737	4 848	419
1906	2 458	1 824	589	45	7 378	4 948	2 314	116	67 966	56 160	11 008	784	20 518	14 865	5 200	451
1905	2 584	2 110	447	27	7 844	5 244	2 479	120	63 701	53 023	9 982	695	19 990	14 812	4 861	317
1904	2 448	1 955	469	23	6 704	4 385	2 144	174	59 918	49 232	10 024	660	16 357	11 853	4 190	314
1904—1913[2])	2 927	2 162	713	51	7 341	5 039	2 210	92	66 960	55 850	10 381	725	18 059	13 315	4 393	350

[1]) unter Hinzurechnung der Besitzungen ohne Größenangabe. — [2]) im Jahresdurchschnitt.

eine Gegenüberstellung nur noch für das Jahr 1913 stattgefunden. Auch hier ergibt sich, daß die Abtrennungen die Zerstückelungen überall übersteigen. Das Verhältnis ist aber sehr verschieden; so zeigt z. B. der Regierungsbezirk Bromberg, obwohl in seinem Bereich die Aufteilung von Natur sowohl von der Generalkommission als von der Ansiedelungskommission durchgeführt wird, nur 60 neuentstandene Grundstücke durch Zerstückelung, während 717 durch Abtrennung entstanden sind. Da auch im Regierungsbezirk Danzig die Zahl der durch Zerstückelung entstandenen Grundstücke im Verhältnis zu der durch Abtrennung entstandenen gering ist, in Posen ähnliche Verhältnisse zwischen den beiden Zahlen vorliegen und nur im Regierungsbezirk Marienwerder die durch Zerstückelung entstandenen Grundstücke etwas über die Hälfte der durch Abtrennung entstandenen ausmachen, darf der Schluß gezogen werden, daß, wie es auch die Art bei der Rentengutsbildung nach einem durchdachten Plane der Aufteilung bedingt, die Aufteilung eines Gutes mit Hilfe der Generalkommission und der Ansiedelungskommission sich stets auf eine Reihe von Jahren erstreckt, sodaß in dem letzten Jahre, in dem die Zerstückelung statistisch in die Erscheinung tritt, nur noch wenige Rentengutsbildungen zur Ausweisung übriggeblieben sind.

Die niedrigsten Zahlen für die Zerstückelung im Verhältnis zur Abtrennung sind aber in der Provinz Westfalen zu verzeichnen. Hier stehen im Regierungsbezirk Münster 59 durch Zerstückelung entstandene Grundstücke 3 147 durch Abtrennung entstandenen Grundstücken gegenüber. Für den Regierungsbezirk Minden sind die gleichen Zahlen 175 und 2 164 und

für Arnsberg 120 und 2 525. Das bekannte, besonders zähe Festhalten der westfälischen Bauernschaft an ihrem Grund und Boden, den sie zähe Schritt für Schritt verteidigt, dürfte diese Erscheinung erklären. Eine außerordentlich hohe Zahl von Zerstückelungen weist dagegen Coblenz auf (2 337), während hier an abgetrennten Grundstücken nicht erheblich mehr (3 132) gezählt wurden. Dies ist nur in beschränktem Maße als Eigentümlichkeit der Weingutsbezirke anzusehen, da die entsprechenden Zahlen im Regierungsbezirk Trier 1 456 und 5 162 und im Regierungsbezirk Wiesbaden 851 und 2 985 sind. Immerhin übertreffen die für Zerstückelung festgestellen Zahlen selbst im Regierungsbezirk Wiesbaden die Zahlen aller übrigen Regierungsbezirke mit Ausnahme von Schleswig, in welchem Bezirk 862 durch Zerstückelung entstandene Grundstücke gezählt wurden.

Dieses Verhältnis zwischen den durch Zerstückelung und durch Abtrennung entstandenen Grundstücken ist fast ausschließlich auf die Verhältnisse bei dem Besitzwechsel — also hier der Neuentstehung — von Grundstücken unter 2 *ha* zurückzuführen. Vergleicht man die Größenklassen zwischen 2 und 20 und die über 20 *ha* hinsichtlich der Bedeutung der Abtrennung und der Zerstückelung miteinander, so zeigt sich, daß im allgemeinen in der Größenklasse von 2 bis 20 *ha* und für bestimmte Regierungsbezirke auch in der Größenklasse von 20 und mehr *ha* der Einfluß der Zerstückelung auf die Neuentstehung von Besitzungen fast ebenso bedeutend, manchmal sogar bedeutender ist als die Abtrennung.

So sind im Regierungsbezirk Marienwerder in der Größenklasse von 2—20 *ha* 387 und in der Größenklasse von 20 und mehr *ha* 40 neue Grundstücke durch Zerstückelung entstanden, während die entsprechenden Zahlen der durch Abtrennung neugeschaffenen Besitzungen nur 230 und 35 betrugen. Im Regierungsbezirk Magdeburg halten sich die Entstehungsarten der durch Abzweigung entstandenen Grundstücke ungefähr die Wage. Hier sind in der Größenklasse von 2—20 *ha* 270 Grundstücke zu verzeichnen, die durch Abtrennung, und 263, die durch Zerstückelung entstanden sind. Die entsprechenden Zahlen für die Größenklasse von 20 und mehr *ha* sind 26 und 19. Auch der Regierungsbezirk Aurich ist hier anzuführen, in dem 78 abgetrennte und 81 durch Zerstückelung geschaffene Grundstücke in der Größenklasse von 2—20 *ha* gezählt sind. Diese Zahlen sind nach dem früher Gesagten nur insoweit bemerkenswert, als sich daraus ergibt, daß in diesen Regierungsbezirken die Zerstückelung einer Besitzung häufiger als in den anderen Regierungsbezirken innerhalb eines Jahres durchgeführt wird, da auch, wie bereits erwähnt, in vielen Fällen die Abtrennung von Grundstücken nur den Anfang einer in späteren Jahren durchgeführten Zerstückelung bedeutet.

Wenn auch die Bedeutung der Zerstückelung gegenüber der Abtrennung bei den Größenklassen über 2 *ha* stärker ist, so ist doch der Einfluß von Zerstückelungen auf die Änderung im Grundbesitzstande auch bei den höheren Größenklassen für das Staatsgebiet verhältnismäßig gering. Für die 10 Jahre von 1904—1913 sind durch Zerstückelung nur 3 497 neue Grundstücke über 20 *ha*, also im Durchschnitt dieser Jahre 350 entstanden, während im Jahre 1893 in Preußen die Zahl der Besitzungen in diesen Größenklassen 240 565 betrug. Durch Zerstückelung wurde also innerhalb von 10 Jahren die Zahl der Besitzungen in diesen Größenklassen um etwa 14 v. T. vermehrt, eine Zahl die gegenüber der Verminderung, die in diesen Größenklassen, wie früher dargestellt, eingetreten ist, nicht ins Gewicht fällt.

Die Frage, wieviel Besitzungen bei den Zerstückelungen durchschnittlich in den einzelnen Regierungsbezirken entstanden sind, ist für die Jahre 1912 und 1913 durch Auszählung geklärt worden. Die Ergebnisse sind in der folgenden Übersicht für die Regierungsbezirke dargestellt.

Durch Kauf usw. sind im Durchschnitt der Jahre 1912/13 infolge Zerstückelung

im Regierungs-bezirk	Besitz-wechsel-fälle vorge-kommen	Besitzungen daraus entstanden überhaupt	im Durch-schnitt
Königsberg	48	200	4,2
Gumbinnen	46	297	6,5
Allenstein	38	160	4,2
Danzig	22	93	4,2
Marienwerder	41	362	8,8
Potsdam	102	583	5,7
Frankfurt	52	274	5,3
Stettin	90	452	5,0
Köslin	56	306	5,5
Stralsund	9	86	9,6
Posen	98	369	3,8
Bromberg	21	89	4,2
Breslau	97	500	5,2
Liegnitz	83	460	5,5
Oppeln	92	485	5,3
Magdeburg	136	667	4,9
Merseburg	124	745	6,0
Erfurt	50	354	7,1
Schleswig	173	951	5,5
Hannover	27	204	7,6
Hildesheim	40	259	6,5
Lüneburg	38	341	9,0
Stade	56	339	6,1
Osnabrück	26	205	7,9
Aurich	32	203	6,3
Münster	14	47	3,4
Minden	29	164	5,7
Arnsberg	31	93	3,0
Cassel	64	525	8,2
Wiesbaden	69	981	14,2
Coblenz	145	2 382	16,4
Düsseldorf	14	67	4,8
Köln	59	406	6,9
Trier	158	1 915	12,1
Aachen	53	439	8,3
Sigmaringen	10	82	8,2.

Diese Übersicht lehrt, daß wider Erwarten die Zahl der Teile, in die ein Grundstück bei der Zerstückelung zerfällt, häufig sehr große Zahlen aufweist und im Durchschnitt ganz erheblich über 2 liegt. Die niedrigste Durchschnittszahl hat Arnsberg mit 3; unter 4 hält sich nur noch der Regierungsbezirk Münster mit 3,4 und Posen mit 3,8. Die am häufigsten vorkommenden Zahlen bewegen sich zwischen 5 und 8. In den drei Weingutsbezirken beträgt die Durchschnittszahl sogar über 12.

Die nächsten beiden auf Seite 67 abgedruckten Übersichten geben ein Bild, wieviel neue Grundstücke bei den vorgekommenen Fällen der Zerstückelung entstanden sind, und zwar zunächst in absoluten Zahlen und sodann in Verhältniszahlen zu den gesamten Zerstückelungsfällen.

Diese Übersichten zeigen, daß mit Ausnahme ganz weniger Regierungsbezirke, unter denen einige westliche besonders hervorragen, der Zerfall eines Grundstücks in nur zwei Grundstücke recht häufig vorkommt und manchmal fast die Hälfte sämtlicher Zerstückelungsfälle umfaßt und daß die vorher nachgewiesene große Durchschnittszahl der in jedem Zerstückelungsfall entstandenen Grundstücke vor allem durch die Fälle beeinflußt wird, in denen 8 und mehr Grundstücke durch einen Zerstückelungsfall entstehen. Solcher Zerstückelungsfälle weist Coblenz 106, Trier 92 und Wiesbaden 45 auf. Auch Schleswig, das in allen Fällen der Abzweigung eine große Rolle spielt, steht mit 37 solcher Fälle an der Spitze der übrigen Regierungsbezirke. Nach den Verhältniszahlen folgt auf Coblenz mit 73,1 v. H. Fällen, in denen 8 und mehr Grundstücke durch eine Zerstückelung entstanden sind, Wiesbaden mit der Zahl 65,2 und dann Trier mit 58,2. Hier wird Schleswig mit der Zahl

Im Durchschnitt der Jahre 1912/13 sind durch Kauf usw. infolge Zerstückelung

im Regierungsbezirk	2	3	4	5	6	7	8 und mehr	zusammen
	Grundstücksübertragungen vorgekommen, in Fällen:							
Königsberg . . .	23	11	4	3	3	—	4	48
Gumbinnen . . .	12	9	7	5	—	3	10	46
Allenstein . . .	15	11	4	2	1	2	3	38
Danzig	6	5	2	3	3	2	1	22
Marienwerder .	8	5	6	4	2	4	12	41
Potsdam	18	17	12	11	12	11	21	102
Frankfurt	14	13	3	3	5	3	11	52
Stettin.	26	17	12	9	6	5	15	90
Köslin	16	13	5	7	2	4	9	56
Stralsund	2	2	2	1	—	—	2	9
Posen	44	18	15	6	5	5	5	98
Bromberg	6	4	2	3	2	2	2	21
Breslau	22	20	14	10	7	9	15	97
Liegnitz	15	16	12	9	7	9	15	83
Oppeln	26	20	16	8	3	3	16	92
Magdeburg . . .	33	26	21	18	10	5	23	136
Merseburg . . .	24	19	21	13	7	10	30	124
Erfurt	9	7	9	3	3	5	14	50
Schleswig	44	30	17	19	15	11	37	173
Hannover	7	2	2	3	2	2	9	27
Hildesheim . . .	8	5	3	4	4	4	12	40
Lüneburg	4	2	4	2	4	3	19	38
Stade	15	7	8	6	2	4	14	56
Osnabrück . . .	3	2	3	3	2	1	12	26
Aurich	7	5	3	4	5	2	6	32
Münster	6	4	1	1	1	—	1	14
Minden	6	6	4	3	2	—	8	29
Arnsberg	17	5	5	1	1	1	1	31
Cassel	8	8	9	6	3	4	26	64
Wiesbaden . . .	10	5	2	2	1	4	45	69
Coblenz	8	5	4	6	9	7	106	145
Düsseldorf . . .	4	2	2	1	1	1	3	14
Köln	11	9	4	7	3	2	23	59
Trier	17	9	10	12	12	6	92	158
Aachen	9	7	6	4	4	5	18	53
Sigmaringen . .	1	1	1	1	—	2	4	10.

21,4 von einer stattlichen Anzahl anderer Regierungsbezirke übertroffen. Von den 36 Regierungsbezirken weisen nicht weniger als 22 Verhältniszahlen von über 20 v. H. auf, und nur in 7 Regierungsbezirken sind diese Zahlen kleiner als 10.

Aus der großen Zahl der Zerstückelungsfälle mit einer großen Menge neuer Besitzungen und aus der vorher nachgewiesenen Tatsache, daß bei den Zerstückelungen weit überwiegend Grundstücke unter 2 *ha* entstehen, geht mit Deutlichkeit hervor, daß die meisten Fälle der Zerstückelung überhaupt nicht neue landwirtschaftliche Betriebe zur Folge haben, sondern es sich hier um die Fälle handelt, in denen infolge der Ausbreitung der Städte und der Industrie neue Parzellen den landwirtschaftlichen Betrieben entzogen werden, um sie sofort oder später Wohnzwecken oder industriellen Unternehmungen zuzuführen.

Hier zeigt sich m. E. auch der Unterschied zwischen der Zerstückelung für landwirtschaftliche einerseits und für industrielle und städtische Zwecke andererseits. Bei diesen wird es leicht sein, gleich im ersten Jahre, in dem auch der Hauptbesitzer wechselt, eine große Zahl von Grundstücken weiter zu veräußern, während bei der Zerlegung in landwirtschaftliche Betriebe, wie an einer früheren Stelle bereits hervorgehoben ist, die Aufteilung sich über eine Reihe von Jahren erstreckt. Bei der Aufteilung landwirtschaftlicher Besitzungen zu anderen Zwecken wird es überdies nicht selten vorkommen, daß dasselbe Grundstück mehrmals statistisch als zerstückelt nachgewiesen wird. Man braucht nur an die Erwerbung eines Bauerngutes vor den Toren einer Großstadt durch mehrere Gesellschaften oder Private zu erinnern, deren ausgesprochene

Im Durchschnitt der Jahre 1912/1913 entfallen von der Gesamtzahl der Besitzwechselfälle infolge abgezweigten Kaufs usw. auf Fälle, in denen bei Zerstückelung einer Besitzung

im Regierungsbezirk	2	3	4	5	6	7	8 und mehr
	Grundstücksübertragungen vorgekommen sind, Hundertteile						
Königsberg . . .	47,9	22,9	8,3	6,3	6,3	—	8,3
Gumbinnen . . .	26,1	19,6	15,2	10,9	—	6,5	21,7
Allenstein . . .	39,5	28,9	10,5	5,3	2,6	5,3	7,9
Danzig	27,3	22,7	9,1	13,6	13,6	9,1	4,5
Marienwerder .	19,5	12,2	14,6	9,8	4,9	9,8	29,3
Potsdam	17,6	16,7	11,8	10,8	11,8	10,8	20,6
Frankfurt	26,9	25,0	5,8	5,8	9,6	5,8	21,2
Stettin	28,9	18,9	13,3	10,0	6,7	5,6	16,7
Köslin.	28,6	23,2	8,9	12,5	3,6	7,1	16,1
Stralsund	20,2	20,2	20,2	10,1	—	—	20,2
Posen	44,9	18,4	15,3	6,1	5,1	5,1	5,1
Bromberg	28,6	19,0	9,5	14,3	9,5	9,5	9,5
Breslau	22,7	20,6	14,4	10,3	7,2	9,3	15,5
Liegnitz.	18,1	19,3	14,5	10,8	8,4	10,8	18,1
Oppeln	28,3	21,7	17,4	8,7	3,3	3,3	17,4
Magdeburg . . .	24,3	19,1	15,4	13,2	7,4	3,7	16,9
Merseburg . . .	19,4	15,3	16,9	10,5	5,6	8,1	24,2
Erfurt	18,0	14,0	18,0	6,0	6,0	10,0	28,0
Schleswig	25,4	17,3	9,8	11,0	8,7	6,4	21,4
Hannover	25,9	7,4	7,4	11,1	7,4	7,4	33,3
Hildesheim . . .	20,0	12,5	7,5	10,0	10,0	10,0	30,0
Lüneburg	10,5	5,3	10,5	5,3	10,5	7,9	50,0
Stade	26,8	12,5	14,3	10,7	3,6	7,1	25,0
Osnabrück . . .	11,5	7,7	11,5	11,5	7,7	3,8	46,2
Aurich	21,9	15,6	9,4	12,5	15,6	6,3	18,8
Münster.	42,9	28,6	7,1	7,1	7,1	—	7,1
Minden	20,7	20,7	13,8	10,3	6,9	—	27,6
Arnsberg	54,8	16,1	16,1	3,2	3,2	3,2	3,2
Cassel	12,5	12,5	14,1	9,4	4,7	6,3	40,6
Wiesbaden . . .	14,5	7,2	2,9	2,9	1,4	5,8	65,2
Coblenz	5,5	3,4	2,8	4,1	6,2	4,8	73,1
Düsseldorf . . .	28,6	14,3	14,3	7,1	7,1	7,1	21,4
Köln.	18,6	15,3	6,8	11,9	5,1	3,4	39,0
Trier	10,8	5,7	6,3	7,6	7,6	3,8	58,2
Aachen	17,0	13,2	11,3	7,5	7,5	9,4	34,0
Sigmaringen . .	10,0	10,0	10,0	10,0	—	20,0	40,0.

Absicht in der weiteren Parzellierung der von ihnen erworbenen Ländereien besteht, die sie über kurz oder lang verwirklichen.

Bei der Feststellung, welche Teile landwirtschaftlichen Besitzes überhaupt zu anderen Zwecken als denen landwirtschaftlicher Betriebe abgezweigt werden, wird man vornehmlich an alle Abzweigungen unter 2 *ha* zu denken haben. Es wäre aber durchaus irrig, anzunehmen, daß nicht auch unter diesen Abzweigungen eine nicht unerhebliche Anzahl weiter landwirtschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt ist. Dies geht schon mit Deutlichkeit aus den Zahlen der Ansiedelungskommission und der Rentengutsbildung durch die früheren Generalkommissionen (jetzigen Landeskulturämter) hervor. Von 1903 bis 1914 hat die Zahl der unter 2 *ha* von der Ansiedelungskommission für Posen und Westpreußen ausgelegten landwirtschaftlichen Stellen kaum je unter 200 betragen; meist schwankten die Zahlen zwischen 100 und 150. Die Jahre 1903, 1908, 1909 und 1910 zeigen sogar Zahlen von über 200. Noch größer ist die Anzahl der von den Generalkommissionen unter 2 *ha* gebildeten Rentengüter, und zwar hat man sich hier im Jahre 1908 entschlossen, ein erheblich größeres Gewicht als bisher auf die Rentengutsbildungen von landwirtschaftlichen Betrieben unter 1 und zwischen 1 und $2^1/_2$ *ha* zu legen. Wie bekannt, ist dies der Hauptsache nach geschehen, um unselbständige Stellen für landwirtschaftliche Arbeiter zur Bekämpfung des Arbeitermangels auf dem Lande zu schaffen. Mit Ausnahme des Jahres 1893 sind bis zum Jahre 1905 jährlich nur zwischen 27 und 97 Rentengüter unter $2^1/_2$ *ha* gebildet worden.

Infolge von **Kauf** usw. wechselten den Eigentümer land- und forstwirtschaftliche **unter** 2 *ha* große abgezweigte Grundstücke:

in den Regierungsbezirken	in den Jahren										im Durchschnitt der Jahre 1904 bis 1913
	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	
1. Königsberg	570	397	528	466	598	541	776	807	937	883	650
2. Gumbinnen	669	720	664	699	747	712	783	852	651	726	722
3. Allenstein	858	762	737	854	633	673	834	1 023	836	790	800
4. Danzig	364	587	713	538	415	625	523	670	431	429	530
5. Marienwerder	857	880	787	697	757	753	884	738	889	831	807
6. Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7. Potsdam	2 699	2 886	3 123	3 083	2 927	2 875	3 013	2 711	2 779	2 478	2 857
8. Frankfurt	1 770	1 948	2 028	1 846	2 014	1 908	2 011	1 811	1 915	1 844	1 910
9. Stettin	998	987	997	1 109	905	1 077	1 052	1 115	1 168	1 143	1 055
10. Köslin	1 156	861	1 016	828	870	883	1 055	931	970	915	949
11. Stralsund	74	63	89	76	65	99	140	202	167	195	117
12. Posen	1 541	1 490	1 513	1 570	1 465	1 615	1 768	1 577	1 578	1 300	1 542
13. Bromberg	571	532	457	461	612	648	703	629	593	533	574
14. Breslau	1 311	1 550	1 744	1 818	1 687	2 010	2 150	2 186	2 213	2 137	1 881
15. Liegnitz	1 132	1 331	1 562	1 601	1 790	1 844	2 292	2 253	2 346	2 321	1 847
16. Oppeln	2 260	2 242	2 093	2 735	2 676	2 576	2 349	2 561	2 552	2 542	2 459
17. Magdeburg	1 527	1 742	1 790	1 795	1 496	1 348	1 572	1 730	1 478	1 310	1 579
18. Merseburg	1 485	1 742	1 703	1 656	1 815	1 777	1 895	1 808	1 560	1 767	1 721
19. Erfurt	636	770	968	680	662	573	664	804	834	748	734
20. Schleswig	4 689	4 977	6 120	6 354	5 561	5 612	6 176	6 008	5 682	5 440	5 662
21. Hannover	1 747	2 242	2 045	1 762	1 706	1 972	1 820	2 136	2 260	2 220	1 991
22. Hildesheim	980	793	1 015	667	811	747	889	1 186	1 013	881	898
23. Lüneburg	2 385	1 971	2 181	2 306	2 139	2 460	2 768	2 793	2 963	3 140	2 511
24. Stade	1 927	1 947	2 039	2 030	2 867	2 912	2 936	2 656	2 808	3 009	2 513
25. Osnabrück	1 464	1 223	1 079	1 264	1 430	1 489	1 762	2 029	1 657	1 606	1 500
26. Aurich	475	443	463	417	533	469	522	574	544	648	509
27. Münster	1 312	1 429	1 502	1 479	1 832	1 622	2 051	2 386	2 682	2 941	1 924
28. Minden	1 299	1 554	1 737	1 550	1 572	1 688	2 036	2 137	2 086	2 077	1 774
29. Arnsberg	1 481	1 652	1 480	1 629	1 295	1 305	1 377	1 713	1 650	2 333	1 592
30. Cassel	2 959	3 333	3 489	3 719	3 060	2 975	3 225	3 165	3 101	3 035	3 206
31. Wiesbaden	2 815	2 551	3 689	3 572	3 064	2 470	2 361	2 772	3 461	3 718	3 047
32. Coblenz	6 287	7 327	8 244	8 798	6 117	6 412	6 122	5 749	6 277	5 338	6 667
33. Düsseldorf	1 211	1 341	1 183	1 268	1 211	859	810	963	907	835	1 059
34. Köln	1 919	2 165	2 642	3 344	2 678	1 948	1 746	2 227	1 190	1 473	2 133
35. Trier	5 754	8 287	7 029	8 684	7 977	7 464	6 970	6 982	6 820	6 393	7 236
36. Aachen	837	1 941	1 372	696	864	1 533	1 215	1 397	1 439	932	1 223
37. Sigmaringen	1 066	1 169	1 204	1 056	1 184	1 008	899	720	730	854	989
Staat	**61 085**	**67 835**	**71 025**	**73 107**	**68 035**	**67 482**	**70 149**	**72 001**	**71 167**	**69 765**	**69 165.**

Das Jahr 1906 zeigt bereits 139 und das Jahr 1907 250 solcher Stellen. Im Jahre 1908 sind es aber bereits 410 Stellen unter 1 *ha* und 139 Stellen zwischen 1—2½ *ha*. 1910 wird die Spitze der Bewegung erreicht; hier werden 624 Rentengutsgründungen unter 1 *ha* und 200 zwischen 1—2½ *ha* nachgewiesen.

Erheblich wichtiger als diese Rentengutsgründungen für die Erhaltung der Trennstücke unter 2 *ha* für den landwirtschaftlichen Betrieb ist die überwiegend im Westen Preußens bestehende Möglichkeit, ohne Errichtung neuer landwirtschaftlicher Gebäude und ohne Aufführung eines Wohnhauses, die Trennstücke unter Kultur zu nehmen und zu belassen. Es ist hier nicht an die Fälle der Zusammenlegung solcher Stücke mit einem angrenzenden oder benachbarten landwirtschaftlichen Betrieb gedacht, die für die gesamte Besitzwechselstatistik, wie an anderer Stelle gezeigt ist, keine große Rolle spielen, sondern an die Fälle des verschiedenartigen landwirtschaftlichen Klein- und Streubesitzes, bei denen die Betriebsgebäude und ihre Lage nicht die gleiche Bedeutung haben wie bei dem Wechsel sonstigen landwirtschaftlichen Besitzes. Infolge der Art der Bewirtschaftung der Weingüter sind diese Fälle vornehmlich in den Weingutsbezirken anzutreffen; aber auch sonst kommen sie überall vor, wo ein Feldgartenbau mit dem Spaten und der Hacke betrieben wird, wo der Obstbau eine große Ausdehnung besitzt — es sei hier für den Osten an die Gegend um Werder erinnert — und wo überhaupt der Kleinbesitz ohne Zugtiere, z. B. bei den Bergleuten im Saargebiet, oder sonst als Nebenbetrieb zu Hause ist. Die Schrebergärten und ähnliche Anlagen im Umkreise der Großstädte zählen dagegen nicht hierher, weil sie fast ausschließlich auf Pachtland ausgeübt werden, überdies geschlossene Gärten bilden und als solche nicht mehr zu den landwirtschaftlichen Betrieben zählen.

In welcher Ausdehnung auf diese Weise auch Abzweigungen unter 2 *ha* der Landwirtschaft erhalten bleiben, läßt sich infolge der mangelhaften Auskünfte, die die Besitzwechselstatistik gibt, bedauerlicherweise nicht feststellen. Es fehlen leider auch alle Anhaltspunkte, um wenigstens schätzungsweise zu irgendwelchen Grenzzahlen zu gelangen, und zwar vor allem deshalb, weil gerade in den Bezirken, in denen die Fortführung der Landwirtschaft auf kleinen Abzweigungen ohne Gründung neuer landwirtschaftlicher Stellen aller Wahrscheinlichkeit nach umfangreich ist, zugleich auch die Entwicklung der Städte und der Industrie in viel größerem Maße Abzweigungen landwirtschaftlicher Besitzungen für nicht landwirtschaftliche Zwecke notwendig macht als in den übrigen Teilen Preußens. Man braucht dabei nur daran zu denken, daß je zersplitterter der Besitz ist, je größer auch die Zahl der einzelnen Trennstücke werden muß, die der Bau einer neuen Eisenbahn, eines neuen Weges für sich in Anspruch nimmt. Hierzu kommt, daß die Gegenden mit Kleinbesitz im allgemeinen auch be-

Infolge von Kauf usw. wechselten den Eigentümer land- und forstwirtschaftliche 2 bis 5 *ha* große abgezweigte Grundstücke:

in den Regierungsbezirken	in den Jahren 1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	im Durchschnitt der Jahre 1896 bis 1913	im halben Durchschnitt der Jahre 1896 bis 1913
1. Königsberg	210	162	224	226	164	208	224	226	240	204	205	102,5
2. Gumbinnen	405	332	347	337	299	233	285	244	214	227	322	161
3. Allenstein	424	348	326	356	300	304	397	395	247	243	356	178
4. Danzig	147	179	236	162	102	175	118	132	136	87	147	73,5
5. Marienwerder . . .	316	339	271	277	258	245	310	197	194	204	300	150
6. Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7. Potsdam	536	529	572	675	524	692	603	530	475	518	501	250,5
8. Frankfurt	363	359	427	386	414	313	399	355	362	327	347	173,5
9. Stettin	291	236	227	311	235	206	225	299	299	278	250	125
10. Köslin	319	279	348	245	233	240	248	262	235	228	263	131
11. Stralsund	26	19	42	24	33	20	13	40	38	28	21	10,5
12. Posen	577	567	527	547	396	493	506	539	392	326	482	241
13. Bromberg	257	220	178	203	200	218	136	190	148	96	205	102,5
14. Breslau	247	303	344	324	358	367	356	366	345	272	284	142
15. Liegnitz	232	271	268	299	236	335	412	386	405	360	286	143
16. Oppeln	373	311	318	386	466	326	360	351	361	320	318	159
17. Magdeburg	449	596	639	492	517	337	394	485	472	359	414	207
18. Merseburg	320	341	428	418	344	364	392	363	373	388	322	161
19. Erfurt	81	81	129	81	77	119	102	105	114	96	95	47,5
20. Schleswig	1 300	1 609	2 128	1 836	1 565	1 433	1 556	1 457	1 372	1 277	1 272	636
21. Hannover	186	234	167	200	170	151	169	175	216	222	179	89,5
22. Hildesheim	95	82	104	87	90	87	116	128	91	120	85	42,5
23. Lüneburg	286	251	261	319	340	506	444	359	379	323	301	150,5
24. Stade	210	206	234	253	318	276	363	272	323	333	244	122
25. Osnabrück	122	99	112	161	191	167	171	174	292	271	141	70,5
26. Aurich	120	101	120	88	110	122	131	117	136	132	131	65,5
27. Münster	177	238	175	175	201	178	181	196	166	189	147	73,5
28. Minden	117	154	153	116	116	100	113	107	145	152	109	54,5
29. Arnsberg	180	170	133	153	154	129	184	147	162	221	138	69
30. Cassel	164	195	174	196	257	205	206	153	161	133	141	70,5
31. Wiesbaden	41	75	121	160	182	112	88	134	169	108	96	48
32. Coblenz	112	196	276	106	295	105	130	230	281	110	[1] 172	86
33. Düsseldorf	207	183	170	141	157	151	104	206	112	133	[1] 156	78
34. Köln	150	142	153	150	257	172	150	137	411	126	[1] 177	88,5
35. Trier	284	237	244	222	240	182	215	268	216	207	[1] 228	114
36. Aachen	140	161	111	94	108	123	84	118	105	114	[1] 112	56
37. Sigmaringen	28	33	22	23	54	53	31	59	38	21	26	13
Staat . . .	**9 492**	**9 838**	**10 709**	**10 229**	**9 961**	**9 447**	**9 966**	**9 902**	**9 825**	**8 753**	**8 973**	**4 486,5**

[1] Im Durchschnitt der Jahre 1903 bis 1913, da das rheinische Rechtsgebiet erst vom Jahre 1903 ab in die Erhebung einbeschlossen wurde.

sonders industrie- und volkreich sind und daher auch die Aufsaugung landwirtschaftlichen Besitzes zu der Landwirtschaft fremden Zwecken erheblich häufiger ist als in anderen Gegenden.

Es muß daher davon Abstand genommen werden, in irgendeiner Form weiter diese Frage zu erörtern. Es sei nur, um ein Bild von der ungeheueren Bedeutung der Abzweigungen unter 2 *ha* und der zwischen 2 und 5 *ha*, die zum Teil auch noch — und zwar hier vornehmlich im Osten — häufig dem landwirtschaftlichen Betriebe entzogen werden, zu geben, eine Übersicht über die Abzweigungen unter 2 *ha* und eine zweite zwischen 2 und 5 *ha* für die Jahre 1904 – 13 auf Seite 68 und 69 abgedruckt. Man wird bei dem Studium dieser Übersichten zugeben müssen, wie wichtig die Feststellung ist, was eigentlich mit diesen Trennstücken weiter geschieht und wie groß die jährlich immer weiter um sich greifende Beschränkung unserer Ernährungsgrundlage ist oder sein müßte, falls auch nur die Mehrzahl dieser Trennstücke der Landwirtschaft entzogen wird.

b) Der Kauf ohne Besitzteilung.

Von allen Arten des statistisch erfaßten Besitzwechsels ist der wichtigste der Kauf von ungeteilten landwirtschaftlichen Grundstücken. Dem Kauf wird in der Statistik gleichgeachtet der Tausch, die Enteignung und die Zwangsversteigerung. Ausgeschieden ist dagegen die Schenkung für den Todesfall sowie die Grundstücksüberlassung bei Lebzeiten der Eigentümer an Abkömmlinge, Stief- oder Schwiegerkinder. In den Jahren 1896 – 1913 wurden im ganzen, wie die große Tabelle auf Seite 9 zeigt, 454 719 ungeteilte Grundstücke verkauft, während in demselben Zeitraum in allen Größenklassen zusammen nur 251 849 abgezweigte Grundstücke durch Kauf ihren Eigentümer wechselten. Auch die im Erbgang und den ihm gleichgeachteten Eigentumsübergängen den Besitzer wechselnden Grundstücke zählten während der gesamten Jahre nur 386 604. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß, wie bereits an anderer Stelle erörtert wurde, eine große Zahl von ungeteilten Erbübergängen statistisch nicht erfaßt wird, während demgegenüber die Zahl der bei der Statistik nicht in die Erscheinung tretenden verkauften Grundstücke kleiner sein wird, da die Rechtsverhältnisse zwischen Käufer und Verkäufer auf eine grundbuchliche Beurkundung drängen. Aber selbst wenn die Zahl der tatsächlichen Erbübergänge die der Verkäufe übertreffen sollte, so beanspruchen doch die Verkäufe ein viel höheres wirtschaftliches Interesse als die Vererbungen.

In den einzelnen Größenklassen ist dagegen das Verhältnis zwischen Erbübergängen und Verkäufen verschieden. Es

wechselten in den Jahren 1896—1913 ungeteilte Grundstücke den Besitzer mit einer Fläche von je

	2—5 *ha*	5—20 *ha*	20—50 *ha*
1. durch Kauf	11 121	9 558	2 809
2. durch Erbgang	7 301	8 923	3 820
mithin infolge von Kauf mehr oder weniger....	+ 3 820	+ 635	— 1 011
	50—100 *ha*	100—200 *ha*	200 u. mehr *ha*
1. durch Kauf	949	483	515
2. durch Erbgang	1 115	262	243
mithin infolge von Kauf mehr oder weniger ...	— 166	+ 221	+ 272.

Da bereits an einer früheren Stelle darauf hingewiesen ist, daß besonders bei den kleinen Grundstücken, vornehmlich im Westen bei ungeteiltem Erbübergang die Grundbucheintragung verhältnismäßig selten erfolgt, während bei zunehmender Größe der Erbe aus wirtschaftlichen Gründen auf die Eintragung seines Eigentumsrechts halten muß, so ist anzunehmen, daß, da in den Größenklassen zwischen 20 und 100 *ha* die statistisch erfaßten Erbübergänge die Verkäufe erheblich übertreffen, auch in den Größenklassen zwischen 2 und 20 *ha* die Vererbung häufiger vorkommt als die Verkäufe. Es mag aber schon hier erwähnt sein, daß durchaus nicht, wie man vielleicht auch aus dem Aufbau der Übersicht folgern könnte, mit abnehmender Größenklasse die tatsächlichen Vererbungen gegenüber den Verkäufen ständig an Bedeutung zunehmen. Es ist vielmehr sicher, daß in der kleinsten Größenklasse zwischen 2 und 5 *ha* die Verkäufe verhältnismäßig häufiger sind und daher auch den Erbübergängen gegenüber eine größere Rolle spielen als in der nächstfolgenden Größenklasse von 5—20 *ha*. Während nämlich die 9 558 durchschnittlichen Verkäufe von Grundstücken zwischen 5 und 20 *ha* auf einen Grundstücksbestand im Jahre 1893 von 416 353 entfallen, kommen die 11 121 durchschnittlichen Verkäufe in der Größenklasse zwischen 2 und 5 *ha* nur auf einen Grundstücksbestand von 354 021. Die Gründe dieser Erscheinung werden später erörtert werden.

Von der Größenklasse zwischen 20 und 50 *ha* an kann man aber ganz sicher aus der Übersicht den Schluß ziehen, daß die Verkäufe mit zunehmender Größe des Grundstücks gegenüber den Erbübergängen ständig an Bedeutung zunehmen, d. h., daß bei dem Großgrundbesitz der Besitz weniger fest ist als bei den bäuerlichen Besitzungen. Wie stark die Verkäufe gegenüber den Erbübergängen in diesen Größenklassen mit zunehmender Größe steigen, zeigen am besten die Verhältniszahlen. Es übertrafen die statistisch erfaßten Erbübergänge die Käufe in der Größenklasse von 20—50 *ha* um 36 %, in der Größenklasse von 50—100 *ha* um 17,5 %, und es übertrafen die Verkäufe die Erbübergänge in der Größenklasse zwischen 100 und 200 *ha* um 84,4 % und in der Größenklasse von über 200 *ha* um 111,9 %.

Über den Besitzwechsel von mindestens 2 *ha* großen Grundstücken infolge von Kauf usw. in ungeteiltem Zustande, und zwar in absoluten Zahlen und im Verhältnis zum Grundstücksbestande im Durchschnitt der Jahre 1896—1913 für den Staat und die einzelnen Regierungsbezirke, gibt die Übersicht auf Seite 71 Auskunft.

Die höchste Verhältniszahl für alle Größenklassen zusammen hat hiernach der Regierungsbezirk Marienwerder (6,13). Über 4 % liegen die Verhältniszahlen im Regierungsbezirk Danzig und in den Regierungsbezirken Ostpreußens, im Regierungsbezirk Stralsund, Bromberg und in der Provinz Schleswig-Holstein. Die kleinsten Zahlen finden wir dagegen in den Weingutsbezirken, und zwar in Coblenz und Trier mit je 0,11 und in Wiesbaden mit 0,22 %. Wegen ihrer noch unter 1 v. H. liegenden Verhältniszahl sind außerdem zu nennen Hannover, Hildesheim, Cassel, Münster, Minden, Aachen und Köln sowie schließlich auch Erfurt. Wenn auch die besonders niedrigen Ziffern für die Weingutsbezirke sich zum Teil deshalb so niedrig stellen, weil hier ein ziemlich reger Verkauf von Trennstücken stattfindet, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß im Westen der Landbesitz viel länger bei einer Familie erhalten bleibt als im Osten. Die Elblinie bildet hier eine markante Scheidelinie. In keinem Regierungsbezirk westlich der Elbe, mit Ausnahme von Aurich, erhebt sich die Verhältniszahl der Verkäufe zum gesamten Grundstücksbestande über 2, und nur die noch zum Teil in das ost-elbische Gebiet hineinragenden Bezirke Magdeburg und Merseburg nähern sich mit 1,93 und 1,96 % dieser Zahl, während sonst die Zahlen erheblich unter 2 liegen. Demgegenüber hat keine der östlichen Provinzen Verhältniszahlen, die unter 2 liegen. Die niedrigste zeigt der Regierungsbezirk Frankfurt mit 2,37; unter 3 liegen die Zahlen außerdem nur noch in den Bezirken Oppeln, Potsdam und Stettin.

Besonders bemerkenswert ist es, daß Schleswig-Holstein, das für den Besitzwechsel eine besonders interessante Landschaft ist, mit 4,15 sich, übereinstimmend mit seiner Lage, in die ostelbischen Bezirke eingliedert, obwohl man es sonst zum Westen zu rechnen pflegt.

Um diese Zahlen in ihrer Bedeutung zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß die Verhältniszahl 1 einen durchschnittlichen Übergang des gesamten Grundstücksbestandes in die Hand anderer Familien durch Kauf innerhalb von 100 Jahren, die Zahl 2 innerhalb von 50 Jahren, 3 innerhalb von 33⅓, 4 innerhalb von 25 und 5 innerhalb von 20 Jahren und so fort bedeutet. Der Unterschied zwischen der Verhältniszahl 1 und 2 ist demnach in wirtschaftlicher Hinsicht viel größer als der zwischen 4 und 5, da von 1 zu 2 sich die Besitzzeit um die Hälfte von 100 auf 50 Jahre verringert, während von 4—5 der Unterschied nur 5 Jahre beträgt. So ergibt sich der Schluß, daß im Osten der gesamte landwirtschaftliche Besitz in der Berichtszeit sehr beweglich gewesen ist. In den meisten Regierungsbezirken hat, falls die Zahl der Verkäufe auch außerhalb der Berichtszeit die gleiche war, innerhalb von 25 Jahren, also in weniger als einem Menschenalter, durchschnittlich jeder landwirtschaftliche Betrieb seine Familie gewechselt, und da sich die Berichtszeit auf 18 Jahre erstreckt, so sind in den meisten östlichen Regierungsbezirken während dieser Zeit über 70 % der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe verkauft und gekauft worden. Über die Gründe wird erst später zu sprechen sein. Hier mag nur, um irrtümlichen Schlüssen vorzubeugen, darauf hingewiesen werden, daß mit Ausnahme der Größenklassen von 2—5 und über 200 *ha* — auch diese Ausnahmen gelten nur bis zu einem gewissen Grade — der Wechsel des Besitzes erfahrungsgemäß der Hauptsache nach nur unter den Angehörigen des landwirtschaftlichen Berufs stattfindet. Wenn also auch nicht im Osten die gleiche Seßhaftigkeit der landwirtschaftlichen Besitzer, wie im Westen, festzustellen ist, so ist doch aus der Häufigkeit des Besitzwechsels nicht zu folgern, daß der Landmann im Osten seinem Beruf weniger zugetan ist als im Westen.

Die Zahl der Verkäufe im Verhältnis zum Besitzstande ist selbstverständlich in den einzelnen Größenklassen, ebenso wie im Staate, so auch innerhalb der einzelnen Regierungsbezirke recht verschieden. Der Feststellung für das gesamte Staatsgebiet entsprechend sind die kleinsten Verhältniszahlen innerhalb der Größenklassen am häufigsten in der zwischen 20 und 50 *ha* zu finden, und zwar in 15 Regierungsbezirken; 9 mal liegt die kleinste Ziffer in der Größenklasse zwischen 5 und 20 *ha*, 7 mal in der zwischen 50 und 100 *ha*, 3 mal in der zwischen 100 und 200 *ha*, nur 1 mal in der über 200 *ha* und keinmal in der kleinsten Besitzgruppe von 2 bis 5 *ha*. Da auch

Infolge von Kauf, Tausch, Enteignung, Zwangsversteigerung usw. gingen im Jahresdurchschnitt 1896/1913 [1]) ungeteilt in andere Hand über Besitzungen

im Staate — in den Regierungsbezirken	in der Größenklasse von . . . *ha* 2 bis 5		5 bis 20		20 bis 50		50 bis 100		100 bis 200		200 und mehr		in allen Größenklassen zusammen [2])	
	überhaupt	v. H. des Grundstücksbestandes [3])	überhaupt	v. H. des Grundstücksbestandes [3])	überhaupt	v. H. des Grundstücksbestandes [3])	überhaupt	v. H. des Grundstücksbestandes [3])	überhaupt	v. H. des Grundstücksbestandes [3])	überhaupt	v. H. des Grundstücksbestandes [3])	überhaupt	v. H. des Grundstücksbestandes [3])
Staat [4]) [5])	**11 099**	**3,03**	**9 542**	**2,16**	**2 807**	**1,73**	**949**	**1,95**	**483**	**3,98**	**515**	**4,01**	**25 430**	**2,44**
Regierungsbezirke														
1. Königsberg	362	5,89	385	4,21	144	2,80	90	3,09	57	7,22	50	5,21	1 090	4,35
2. Gumbinnen	831	7,12	611	4,25	157	2,43	64	3,28	40	6,35	24	5,91	1 728	4,87
3. Allenstein	441	6,97	457	4,50	147	2,41	66	2,57	36	6,77	34	7,76	1 182	4,52
4. Danzig	274	7,06	448	5,10	151	3,99	59	4,46	21	5,00	20	5,32	972	5,24
5. Marienwerder	846	8,20	906	6,10	261	3,75	88	3,88	49	6,61	54	6,63	2 205	6,13
6. Stadtkreis Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7. Potsdam	449	4,41	340	2,73	115	1,35	43	1,13	21	3,82	22	2,97	993	2,74
8. Frankfurt	535	3,75	405	1,82	121	1,27	40	1,91	22	7,12	36	4,97	1 165	2,37
9. Stettin	289	4,93	242	2,55	67	1,44	25	1,99	14	5,79	21	3,20	662	2,98
10. Köslin	276	4,29	346	2,66	96	2,00	28	2,87	22	8,63	45	4,74	813	3,08
11. Stralsund	49	3,65	43	5,64	18	4,85	6	4,29	5	5,26	11	2,97	131	4,25
12. Posen	640	5,37	787	2,97	155	2,51	30	4,44	23	10,18	39	3,66	1 674	3,60
13. Bromberg	463	7,57	689	5,50	202	3,87	55	5,22	35	10,67	40	6,21	1 484	5,73
14. Breslau	775	3,86	571	2,63	169	2,88	35	4,01	23	5,53	29	3,27	1 607	3,22
15. Liegnitz	808	3,82	578	2,59	182	2,77	55	5,28	24	7,45	34	4,84	1 682	3,23
16. Oppeln	804	2,99	503	1,97	66	1,75	8	3,83	7	3,85	13	1,97	1 406	2,46
17. Magdeburg	260	3,18	164	1,66	46	0,92	23	0,88	10	2,51	7	2,22	510	1,93
18. Merseburg	336	3,18	205	1,45	57	1,03	21	1,55	10	2,46	7	2,03	636	1,96
19. Erfurt	88	1,17	38	0,52	7	0,55	3	2,01	3	3,57	3	3,41	141	0,86
20. Schleswig	907	7,24	854	4,26	370	2,38	123	2,14	31	2,85	12	3,03	2 297	4,15
21. Hannover	84	1,53	53	0,58	16	0,32	4	0,30	1	0,54	1	2,56	160	0,76
22. Hildesheim	70	1,05	38	0,50	10	0,48	2	0,62	1	1,54	—	—	121	0,72
23. Lüneburg	133	2,69	98	1,32	35	0,59	16	0,50	9	0,65	6	1,29	296	1,27
24. Stade	195	3,30	111	1,12	30	0,68	12	0,56	3	0,45	1	1,47	351	1,52
25. Osnabrück	99	2,70	73	1,06	22	0,45	6	0,28	1	0,20	1	1,12	202	1,11
26. Aurich	208	3,97	84	1,65	25	1,04	6	0,79	1	2,38	—	—	323	2,38
27. Münster	105	1,26	62	0,57	22	0,36	8	0,34	2	0,55	1	1,22	199	0,71
28. Minden	100	1,01	43	0,39	10	0,25	4	0,66	1	0,75	1	1,18	159	0,62
29. Arnsberg	149	1,62	102	0,87	26	0,62	8	0,73	3	1,21	2	1,80	291	1,10
30. Cassel	186	1,05	116	0,63	30	0,67	11	3,93	6	5,04	3	3,45	352	0,86
31. Wiesbaden	45	0,24	14	0,15	2	0,79	1	3,70	—	—	—	—	62	0,22
32. Coblenz	28	0,14	8	0,05	2	0,49	1	2,22	—	—	—	—	39	0,11
33. Düsseldorf	120	1,51	105	1,16	32	1,01	6	0,98	1	0,79	—	—	264	1,26
34. Köln	63	0,56	31	0,30	6	0,52	1	0,36	1	0,83	—	—	103	0,45
35. Trier	30	0,15	10	0,06	2	0,13	1	0,37	—	—	—	—	43	0,11
36. Aachen	52	0,55	23	0,29	6	0,58	3	1,45	1	1,39	1	5,26	87	0,46

[1]) Für die Regierungsbezirke der Rheinprovinz ist der Durchschnitt aus den Jahren 1903 bis 1913 zugrunde gelegt worden. — [2]) einschl. der Grundstücke ohne Größenangabe. — [3]) Als Grundstücksbestand ist der nach der Zu- bezw. Abnahme der Grundstücke von der Grundeigentumsstatistik des Jahres 1878 bis zu derjenigen von 1893 für die Jahre 1896 bis 1913 errechnete Durchschnittsgrundstücksbestand verwendet worden — [4]) Für die Berechnung des Staatsdurchschnitts sind der Durchschnitt des Staates ohne die Rheinprovinz und derjenige der Rheinprovinz je für sich berechnet und die beiden Durchschnittszahlen dann addiert worden. — [5]) ohne die Hohenzollernschen Lande, über die Angaben vom Grundstücksbestande nicht vorhanden sind.

bei den Regierungsbezirken, in denen die kleinste Verhältniszahl innerhalb der verschiedenen Größenklassen in der von 5 – 20 *ha* oder 50 – 100 *ha* liegt, auch in der Größenklasse von 20 – 50 *ha* die entsprechenden Verhältniszahlen nur sehr wenig höher sind, so gilt für alle Regierungsbezirke, daß unter den Eigentümern landwirtschaftlicher Betriebe der mittlere Bauernstand am seßhaftesten ist. Wenn auch im allgemeinen die Seßhaftigkeit dieses Bauernstandes in den Regierungsbezirken geringer ist, in denen auch sonst eine hohe Beweglichkeit des Grundbesitzes in den Größenklassen über 100 *ha* und denen unter 20 und vor allem unter 5 *ha* nachgewiesen ist, so ist doch der Abstand zu dem regen Besitzwechsel der anderen Größenklassen auch hier meist recht erheblich. Zum Beweise hierfür sei nur auf die beiden Regierungsbezirke Königsberg und Bromberg Bezug genommen. In ersterem Bezirke wurden in der Größenklasse zwischen 20 und 50 *ha* jährlich 2,8 v. H. des Grundstücksbestandes ungeteilt veräußert. In den Größenklassen von 2 – 20 und von 100 *ha* an schwanken diese Verhältniszahlen dagegen zwischen 4,21 und 7,22. In Bromberg ist die Verhältniszahl für die Größenklasse 20 – 50 *ha* 3,87, während sie in den vorgenannten anderen Größenklassen zwischen 5,50 und 10,67 liegt.

Eine bemerkenswerte Ausnahme macht der Regierungsbezirk Stralsund. Die niedrigste Verhältniszahl der Verkäufe (2,97) liegt hier nur deshalb in der Größenklasse über 200 *ha*, weil der größere Teil der Besitzungen in dieser Größenklasse Domänen oder fideikommissarisch gebundene Grundstücke sind und daher für den Verkauf ausscheiden. Das erklärt aber noch nicht, warum hier die Bauernbesitzer in den Größenklassen zwischen 20 und 100 *ha* ihren Besitz außerordentlich häufig wechseln. Nach der Auffassung von Sachverständigen, die der Verfasser gesprochen hat, sollen hier noch Nachwirkungen des in der Schwedenzeit rücksichtslos ausgeübten Bauernlegens in Neu-Vorpommern zu spüren sein, das die Bauernmarkungen stark zerrissen und zerrieben hat und vielfach nur einzelne Bauerngehöfte innerhalb großer Besitzungen bestehen ließ, sodaß der einzelne Bauer nicht den gleichen Rückhalt an einer geschlossenen Bauernschaft hat wie in anderen Gegenden und daher nicht gleich seßhaft ist.

Die Spitzen der Verhältniszahlen für den Besitzwechsel bei einer Vergleichung der Größenklassen zeigen nicht das gleiche einheitliche Bild wie die niedrigsten Ziffern. Der Hauptsache nach sind es aber auch hier nur zwei Besitzgruppen, die die Höchstziffern enthalten und zwar 14 mal finden wir sie in der Größenklasse von 100 – 200 *ha* und 13 mal in der zwischen 2 und 5 *ha*; 5 mal ist noch die Besitzgruppe von 200 und mehr *ha* zu nennen und nur 3 mal die Besitzgruppe von 50 – 100 *ha*. Es ist wichtig festzustellen, daß es die drei Weinbezirke sind, in denen die Spitze in dieser Besitzgruppe liegt, da in ihnen diese Größenklasse eigentlich den Abschluß der Besitzgröße bildet. Die Güter mit einem größeren Umfange sind dort so selten, daß sie für den Besitzwechsel als ausgeschaltet gelten können. Im Regierungsbezirk Wiesbaden entfielen unter mehr als 28 000 Besitzungen nur 29, in Coblenz unter fast 36 000 Besitzungen nur 39 und in Trier unter rund 38 000 Besitzungen nur 103 auf die Besitzgruppe über 100 *ha*. Dementsprechend werden auch die absoluten Besitzwechselzahlen für diese Gruppe so gering, daß sich in Wiesbaden für die 18 und in Coblenz und Trier für die 11 Berichtsjahre hier keine jährlichen Durchschnittszahlen bilden ließen. Überdies sind auch die Höchstziffern in der Gruppe von 50 – 100 *ha* mehr als Zufallsziffern denn als gesetzmäßige anzusprechen, da zu ihrer Bildung nur ganz wenige Verkäufe genügten. Auch sonst grenzen die Regierungsbezirke, in denen die eine oder die andere Größenklasse die höchsten Verhältniszahlen aufzuweisen hat, aneinander. Hier scheinen entweder gleiche landwirtschaftliche Verhältnisse vorzuliegen oder es ist ein verwandter Bauernschlag zu finden. So haben die höchsten Ziffern in der Größenklasse von 2 – 5 *ha* die Regierungsbezirke Magdeburg und Merseburg, dann die Regierungsbezirke Schleswig, Lüneburg, Stade, Osnabrück, Aurich, Münster und schließlich in der Rheinprovinz Düsseldorf. Etwas weniger zusammenhängend scheinen zunächst die Regierungsbezirke Gumbinnen, Danzig und Marienwerder, die durch die Regierungsbezirke Allenstein und Königsberg getrennt werden. Doch auch diese beiden Regierungsbezirke haben, wenn auch nicht die Höchstziffern, so doch ganz besonders hohe Verhältniszahlen aufzuweisen. In der Größenklasse zwischen 100 und 200 *ha* liegen die Höchstziffern im Regierungsbezirk Frankfurt, in der Provinz Pommern sowie in den Provinzen Posen und Schlesien. Von den fünf anderen Regierungsbezirken, in denen die Höchstziffern noch in dieser Größenklasse liegen, scheiden Erfurt, Hildesheim und Köln aus, weil hier infolge der geringen Besitzwechselzahlen auch die Verhältniszahlen keine besondere Bedeutung besitzen, sondern als Zufallszahlen anzusehen sind. Als wirklich isolierte Bezirke mit der Spitze des Besitzwechsels in der genannten Größenklasse bleiben nur die Regierungsbezirke Königsberg und Cassel übrig. Hinsichtlich der in der Größenklasse über 200 *ha* liegenden Spitzen muß auf eine derartige Darstellung verzichtet werden, da auch hier der Besitzwechsel der geringen Zahl des Grundbesitzes dieser Größenklasse entsprechend so unbedeutend gewesen ist, daß irgendwelche wirtschaftlichen Schlüsse sich hieraus nicht ergeben. Eine Ausnahme bildet nur der Regierungsbezirk Allenstein, der jährlich mit 34 Besitzwechselfällen eine Verhältniszahl von 7,76 aufweist. Erinnert man sich daran, daß der nördlich von Allenstein gelegene Regierungsbezirk Königsberg die Höchstziffer in der Größenklasse zwischen 100 und 200 *ha* aufweist, und daß im Regierungsbezirk Allenstein infolge der Geringwertigkeit des Bodens die den Gütern des Regierungsbezirks Königsberg entsprechenden Besitzungen einen größeren Umfang haben, so gehören auch diese beiden Regierungsbezirke gewissermaßen zusammen. Kein einziges Mal werden die Höchstziffern in den Größenklassen zwischen 5 und 20 *ha* und zwischen 20 und 50 *ha* gefunden, ein weiterer Beweis für die Seßhaftigkeit des Bauernstandes im Verhältnis zu den anderen Besitzergruppen.

Zur weiteren Klarstellung der charakteristischen Unterschiede im Besitzwechsel durch Kauf werden die Verhältniszahlen der einzelnen Besitzgruppen in den verschiedenen Regierungsbezirken miteinander verglichen. Hierbei scheiden die westlichen Bezirke jenseits von Schleswig wegen ihrer unbedeutenden Verkaufszahlen überhaupt aus. Während nämlich die Verhältniszahlen in den Regierungsbezirken westlich der Elbe nur ganz ausnahmsweise über 3 % liegen, bildet diese Zahl für die östlichen Regierungsbezirke mit Ausnahme der Größenklassen zwischen 5 und 50 *ha* fast die Regel. Eine darunterliegende Zahl hat für die Größenklasse von 2 – 5 *ha* nur Oppeln (2,99). Selbst unter 4 % liegt die Verhältniszahl in dieser Größenklasse nur in den Regierungsbezirken Frankfurt, Stralsund sowie in den Bezirken der Provinz Schlesien, von der der Regierungsbezirk Oppeln bereits genannt war. Besonders bemerkenswerte hohe Verhältniszahlen haben dagegen hier Gumbinnen 7,12, Allenstein 6,97, Danzig 7,06, Marienwerder 8,20, sodann Bromberg mit 7,57 und Schleswig mit 7,24. In der Größenklasse zwischen 5 und 20 *ha* kommen Verhältniszahlen über 7 % überhaupt nicht vor. Die höchste ist 6,10 (Regierungsbezirk Marienwerder). Über 5 liegen die Zahlen nur noch in Danzig, Stralsund und Bromberg. In nicht weniger als 8 Regierungsbezirken wird im Gegensatz hierzu nicht einmal die Zahl 3 erreicht. Daß in der nächsten Größenklasse zwischen 20 und 50 *ha* die Spitzenzahl sogar auf 4,85 (Stralsund) sinkt, ist bereits gesagt. Aber selbst eine Verhältniszahl über 3 findet sich nur in den Regierungsbezirken Danzig und Marienwerder sowie in Bromberg. Die Größenklasse zwischen 50 und 100 *ha* hat zwar bereits höhere Verhältniszahlen als die vorhergehende, aber auch hier liegen die Spitzen unter 6. Verhältniszahlen über 5 hat nur der Regierungsbezirk Bromberg (5,22) und der Regierungsbezirk Liegnitz (5,28). Doch sind es hier nur noch sechs Regierungsbezirke, die nicht einmal die Verhältniszahl 3 aufweisen. Zu den höchsten Zahlen gelangen wir dagegen bei der Betrachtung der Größenklasse zwischen 100 und 200 *ha*. Die beiden Regierungsbezirke der Provinz Posen haben hier Verhältniszahlen von über 10. Das bedeutet, daß, im Durchschnitt gerechnet, während der 18 jährigen Berichtsperiode jedes Grundstück, selbst wenn man die Zerstückelungen und Abtrennungen nicht rechnet, durch Kauf reichlich 1¾ mal seinen Besitzer gewechselt hat. Der ganze Osten mit Ausnahme von Potsdam (3,82) und Oppeln (3,85) hat in dieser Besitzgruppe Verhältniszahlen, die größer sind als 5. Es zeigt sich also auch hier, daß der Grundbesitz zwischen 100 und 200 *ha* sich am wenigsten in der Familie zu halten vermag. In der letzten Besitzgruppe über 200 *ha* ist der Besitzwechsel gegenüber den mittelbäuerlichen Besitzgruppen zwischen 5 und 100 *ha* auch verhältnismäßig stark, doch vermag er sich in den einzelnen Regierungsbezirken nur in dem äußersten Osten mit dem Besitzwechsel in der Besitzgruppe zwischen 100 und 200 *ha* zu messen. Innerhalb der Regierungsbezirke Ostpreußens und Westpreußens schwankt er zwischen 5,21 und 7,76 %. Im günstigsten Falle wechselte hier durchschnittlich jeder Besitz über 200 *ha* innerhalb von 20 Jahren einmal seinen Besitzer. Ähnlich häufig war der Besitzwechsel in dieser Gruppe in den Regierungsbezirken Frankfurt (4,97), Köslin (4,74) und Liegnitz (4,84). Im Regierungsbezirk Bromberg steigt die Verhältniszahl sogar auf 6,21. Nur in drei Bezirken liegt die Verhältniszahl unter 3.

Um nun zum Schluß noch die Unterschiede im Besitzwechsel durch Kauf zwischen dem Osten und dem Westen unter besonderer Hervorhebung der Weingutsbezirke zu veranschaulichen, ist die folgende Übersicht ausgearbeitet worden, und zwar sind hier, um dem alten Brauche zu folgen, die östlichen Provinzen einschließlich Sachsens verstanden, während

zu den westlichen Provinzen Schleswig-Holstein gezählt ist. Obwohl die Umstellung dieser beiden Provinzen ihrem Charakter nicht voll entspricht, gelangt man trotzdem auf Grund dieser Übersicht zu der Feststellung der auffallenden Unterschiede zwischen den östlichen und westlichen Landesteilen. Es gingen nämlich hiernach infolge von Kauf, Tausch, Enteignung, Zwangsversteigerung usw. im Jahresdurchschnitt 1896/1913[1]) Besitzungen ungeteilt in andere Hand über

in den Landesteilen	in der Größenklasse von . . . *ha*: 2 bis 5		5 bis 20		20 bis 50		50 bis 100		100 bis 200		200 und mehr		in allen Größenklassen zusammen[2])	
	überhaupt	v. H. des Grundstücksbestandes[3])	überhaupt	v. H. des Grundstücksbestandes[3])	überhaupt	v. H. des Grundstücksbestandes[3])	überhaupt	v. H. des Grundstücksbestandes[3])	überhaupt	v. H. des Grundstücksbestandes[3])	überhaupt	v. H. des Grundstücksbestandes[3])	überhaupt	v. H. des Grundstücksbestandes[3])
Östliche Provinzen bis einschl. Sachsens	8 525	4,5	7 716	3,0	2 162	2,3	737	2,7	420	6,1	488	4,4	20 082	3,4
Westliche Provinzen ohne Wiesbaden, Coblenz und Trier[4]) [5])	2 470	2,1	1 793	1,2	641	1,0	209	1,0	63	1,2	27	1,7	5 204	1,5
Wiesbaden, Coblenz, Trier[5])	103	0,2	32	0,1	6	0,3	3	0,9	—	—	—	—	144	0,1
Westliche Provinzen insgesamt[4]) [5])	2 573	1,4	1 825	1,0	647	1,0	212	1,0	63	1,2	27	1,6	5 348	1,2
Staat[4]) [5]) . . .	**11 098**	**3,0**	**9 541**	**2,2**	**2 809**	**1,7**	**949**	**1,9**	**483**	**4,0**	**515**	**4,0**	**25 430**	**2,4**
Demgegenüber in den Jahren[4]) 1913	10 095	2,7	10 053	2,2	2 860	1,8	1 041	2,2	589	4,9	439	3,5	25 124	2,3
1912	10 405	2,8	10 966	2,4	3 164	2,0	1 144	2,4	628	5,2	542	4,3	26 888	2,5
1911	10 267	2,7	10 629	2,3	3 107	1,9	1 035	2,1	627	5,2	549	4,3	26 245	2,5
1910	11 266	3,0	11 817	2,6	3 419	2,1	1 226	2,5	592	4,9	632	5,0	28 997	2,7
1909	11 040	3,0	10 661	2,4	3 241	2,0	1 037	2,1	565	4,7	563	4,4	27 156	2,6
1908	11 073	3,0	10 054	2,2	2 949	1,8	984	2,0	500	4,1	455	3,6	26 043	2,5
1907	11 139	3,0	10 012	2,2	3 040	1,9	1 000	2,1	529	4,4	490	3,8	26 236	2,5
1906	11 242	3,1	10 007	2,2	3 185	2,0	1 150	2,4	637	5,3	718	5,6	26 989	2,6
1905	11 198	3,1	9 754	2,2	3 094	1,9	1 092	2,2	596	4,9	672	5,2	26 464	2,5
1904	10 412	2,8	8 934	2,0	2 704	1,7	880	1,8	445	3,7	580	4,5	24 014	2,3
1903	10 811	3,0	8 911	2,0	2 689	1,7	889	1,8	449	3,7	579	4,5	24 368	2,3.

[1]) Für die Regierungsbezirke der Rheinprovinz ist der Durchschnitt aus den Jahren 1903 bis 1913 zugrunde gelegt worden. — [2]) einschl. der Grundstücke ohne Größenangabe. — [3]) als Grundstücksbestand ist für den Durchschnitt der Jahre 1896/1913 der nach der Zu- bezw. Abnahme der Zahl der Grundstücke von der Grundeigentumsstatistik des Jahres 1878 bis zu derjenigen von 1893 für die Jahre 1896 bis 1913 errechnete Durchschnittsgrundstücksbestand verwendet worden, für die einzelnen Jahre jedoch der nach vorstehendem für jedes Jahr errechnete Grundstücksbestand. — [4]) ohne die Hohenzollerschen Lande, über die Angaben vom Grundstücksbestand nicht vorhanden sind. — [5]) Zur Ermittlung der Durchschnittsergebnisse sind die Zahlen für Rheinland und die übrigen Landesteile je für sich berechnet und dann addiert worden.

Es bewegten sich also die Verkäufe im Jahresdurchschnitte in den östlichen Provinzen zwischen 2,3 und 6,1 v. H. des Grundstücksbestandes, in den westlichen Provinzen ausschließlich der Weingutsbezirke nur zwischen 1 und 2,1 und in den Bezirken Wiesbaden, Coblenz und Trier zwischen 0,1 und 0,9. Besonders wichtige Aufschlüsse gibt die Tabelle über die bereits besprochene Verkaufsbewegung in den verschiedenen Größenklassen. Für die östlichen Provinzen tritt ganz markant die besonders starke Verkaufsneigung der Besitzer von Grundstücken zwischen 100 und 200 *ha* hervor, und auch in den westlichen Provinzen wird der Besitzwechsel in dieser Größenklasse nur von dem auch sonst stets regen Besitzwechsel in der Gruppe zwischen 2 und 5 *ha* und in der von 200 und mehr *ha* übertroffen. Auch hier haben die niedrigsten Zahlen die Gruppen zwischen 20 und 50 und zwischen 50 und 100 *ha*.

Bei diesem Ergebnis der Besitzwechselstatistik über die Verkäufe innerhalb der einzelnen Größenklassen könnte es zunächst erstaunlich erscheinen, daß die Verkäufe bei den kleinsten nachgewiesenen landwirtschaftlichen Betrieben zwischen 2 und 5 *ha* mit der einzigen Ausnahme des Besitzwechsels in der Größenklasse von 100 bis 200 *ha* innerhalb der östlichen Provinzen prozentual am häufigsten sind. Man würde eher auf einen besonders geringen Besitzwechsel gerechnet haben, da die Besitzer dieser Güter hauptsächlich für den Eigenbedarf arbeiten und daher von Konjunkturschwankungen in der Landwirtschaft unabhängiger sind als die Besitzer größeren Grundbesitzes. Die Erklärung dieser Erscheinung liegt zu einem Teil darin, daß sich unter dieser Besitzgruppe häufig Betriebe befinden, die mit einem anderen Gewerbe, wie Gastwirtschaft, Schlächterei, Bäckerei, Müllerei, vereinigt sind, und es ganz natürlich ist, daß die Besitzer derartiger Betriebe öfter durch die Verhältnisse zu einem Verkaufe gedrängt werden als die Inhaber rein landwirtschaftlicher Betriebe. Zudem fühlen sich wohl auch die Besitzer dieser kleinen landwirtschaftlichen Betriebe noch nicht so mit der Scholle verwachsen wie der Bauernstand, da sich unter ihnen vielfach die emporstrebenden Landarbeiter befinden, die ebenso wie ihre Kinder in ihrem Wesen freizügiger sind als die Bauern. Dagegen würde die Annahme fehlgehen, in diesem stärkeren Besitzwechsel auch den Ausdruck einer geringeren wirtschaftlichen Kraft zu sehen. Eine solche geringere Kraft müßte sich in der Zahl der Zwangsversteigerungen widerspiegeln. Obwohl die Zahl der landwirtschaftlichen Besitzungen in der Größenklasse zwischen 5 und 20 *ha* (416 353) die der Besitzungen zwischen 2 und 5 *ha* (354 021) nach der Grundeigentumsstatistik von 1893 nicht besonders überragt, sind doch ständig verhältnismäßig erheblich mehr Zwangsversteigerungen in der Größenklasse zwischen 5 und 20 *ha* als in der zwischen 2 und 5 *ha* vorgekommen. Zum Beweise seien die Zwangsversteigerungszahlen verschiedener Jahre von 1900 an wiedergegeben. Es kamen zur Zwangsversteigerung

im Jahre	Grundstücke in der Größenklasse von 2—5 *ha*	von 5—20 *ha*
1900	290	472
1905	257	322
1910	168	266
1911	162	244
1912	134	218
1913	158	262.

Auch die außerordentlich hohe Zahl für die Verkäufe in der Größenklasse zwischen 100 und 200 *ha* in den östlichen Provinzen ist für den Kenner der landwirtschaftlichen Verhältnisse verständlich. Es ist schon bei dem Kapitel über die abgezweigten Verkäufe darauf hingewiesen worden, daß auf Grund unbefriedigender Betriebsergebnisse die Erweiterung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes in höherem Maße von den Besitzern dieser Betriebe als von den Großgrundbesitzern

vorgenommen wird. Im Osten ist die Besitzgröße zwischen 100 und 200 *ha* wirtschaftlich besonders ungünstig, weil hier bereits hauptsächlich mit fremden Arbeitskräften gearbeitet werden muß und der Besitzer sich nur mit der Leitung und Aufsicht beschäftigen kann, was zur Folge hat, daß auch die Familienmitglieder überhaupt nicht oder in nur geringerem Grade mitarbeiten. Diese Betriebsgröße reicht aber andererseits noch nicht aus, um ohne Schwierigkeit einen Besitzer, der lediglich Aufsichtsperson ist, zu ernähren. Dazu kommt, daß die Besitzer solcher Güter in den östlichen Provinzen wirtschaftlich vielfach schwächer sind als die Eigentümer von sonstigen landwirtschaftlichen Betrieben. Gerade in dieser Größenklasse pflegen sich Inspektoren und andere landwirtschaftliche Betriebsbeamte die Besitzungen auszusuchen, um mit eigenem Gelde als selbstständige Inhaber wirtschaften zu können. Diese Käufe sollen aber, wie häufig von Kennern landwirtschaftlicher Verhältnisse betont wird, mit unzureichenden Mitteln getätigt werden. Vor allem soll nicht genügend Rücksicht auf das notwendige Betriebskapital für eine rationelle Bewirtschaftung genommen werden. Ob in dieser Besitzgruppe auch, wie behauptet wird, sich noch am häufigsten Besitzer finden, die nicht die genügenden Eigenschaften und Vorkenntnisse haben, um einen Besitz dieses Umfanges zu bewirtschaften, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls genügen die angeführten Tatsachen vollkommen, um zu verstehen, daß die überragende Spitze der Verkäufe innerhalb der östlichen Provinzen in der Besitzgruppe zwischen 100 und 200 *ha* liegt. Wieviel schwächer die Besitzer von Betrieben zwischen 100 und 200 *ha* als die mit einem Besitz von 200 u. mehr *ha* dastehen, zeigt überdies wiederum die Statistik über die Zwangsversteigerungen. Innerhalb der östlichen Provinzen einschließlich Sachsens waren nach der Grundeigentumsstatistik von 1893 in der Größenklasse zwischen 100 und 200 *ha* 6 952 und in der Größenklasse von 200 und mehr *ha* 11 440 Betriebe vorhanden. Obwohl also die erste Besitzgruppe nur 60,8 vom Hundert der Betriebe der zweiten Gruppe enthält, stellte sich die Zahl der Zwangsversteigerungen:

a) in der Größenklasse von 100 bis 200 *ha*

in den Provinzen	in den Jahren 1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914	1900/1914 überhaupt	1900/1914 im Durchschnitt
	auf																
Ostpreußen	19	5	11	13	14	10	3	3	12	5	1	4	5	8	6	119	7,9
Westpreuß.	6	12	2	1	—	2	2	4	1	4	1	3	2	3	3	46	3,0
Brandenbg.	1	5	10	1	1	4	2	2	1	3	2	—	1	2	—	35	2,3
Pommern .	2	3	4	1	1	1	—	5	2	4	3	2	2	1	1	32	2,1
Posen . . .	2	—	3	2	2	—	4	—	1	1	3	4	1	2	1	26	1,7
Schlesien .	3	7	11	7	5	1	—	2	1	3	—	3	1	3	—	47	3,1
Sachsen . .	3	5	4	2	1	2	1	3	—	1	—	3	1	1	—	27	1,8
zusammen	**36**	**37**	**45**	**27**	**24**	**20**	**12**	**19**	**18**	**21**	**10**	**19**	**13**	**20**	**11**	**332**	**22,1**

b) in der Größenklasse von 200 und mehr *ha*

in den Provinzen	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914	1900/1914 überhaupt	1900/1914 im Durchschnitt
	auf																
Ostpreußen	9	13	13	12	12	7	1	7	—	7	3	3	3	3	2	95	6,3
Westpreuß.	9	6	3	5	2	4	3	2	2	1	4	1	1	2	—	45	3,0
Brandenbg.	7	4	3	7	5	2	5	2	5	2	1	4	5	4	1	57	3,8
Pommern .	7	5	4	5	3	2	2	2	1	6	2	1	3	1	—	44	2,9
Posen . . .	3	3	5	1	2	—	—	—	3	3	1	2	1	1	1	26	1,7
Schlesien .	7	12	8	4	2	3	1	2	1	—	3	2	1	3	1	50	3,3
Sachsen . .	1	4	2	2	1	1	—	—	1	1	—	2	1	—	—	16	1,0
zusammen	**43**	**47**	**38**	**36**	**27**	**19**	**12**	**15**	**13**	**20**	**14**	**15**	**15**	**14**	**5**	**333**	**22,2.**

Die Seßhaftigkeit des Bauernstandes, die sich ganz besonders stark in dem Besitzwechsel der beiden Größenklassen zwischen 20 und 100 *ha* ausprägt, wird noch dadurch erhöht, daß hier überhaupt nur selten ein verkaufter Betrieb in andere Hände als die eines Bauern oder Bauernsohnes übergeht, sodaß selbst, wenn die Scholle den Besitzer wechselt, doch nicht ein Berufswechsel erfolgt. Gegenüber dieser Seßhaftigkeit ist der Großgrundbesitz von 200 und mehr *ha* beweglich zu nennen. Aber zweifellos bleiben hier die Verkäufe hinter der Erwartung der Feinde des Großgrundbesitzes zurück, die gerne behaupten, daß der Großgrundbesitzer seinen Besitz nur als eine Handelsware betrachte. Zudem ist gegenüber einer solchen Behauptung darauf hinzuweisen, daß ein Großgrundbesitzer viel häufiger in die Zwangslage des Verkaufs geraten muß als der Bauernstand. Zu einem großen Teil schon deshalb, weil die Grundlage seines Betriebes nicht mehr die Schaffung des Eigenbedarfs, sondern die Produktion für den Getreidebedarf der großen Städte ist und er auch aus manchen anderen Gründen ganz anders von den wirtschaftlichen Konjunkturen abhängt als der Bauernstand. Schließlich fehlt ihm auch das Anerbenrecht und die Einrichtung der Höferollen. Bei starker hypothekarischer Belastung des Gutes gegenüber den übrigen Erben hat der erbende Übernehmer eines großen Gutes bei der Höhe des für einen Großbetrieb erforderlichen Betriebskapitals mit erheblich anderen Schwierigkeiten zu kämpfen als der Anerbe eines Bauerngutes. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß im Osten ein bestimmter Teil des Großgrundbesitzes aus Domänen besteht oder fideikommissarisch gebunden ist. Da dieser Teil nur ausnahmsweise zum Verkauf kommen kann, würde die Prozentzahl der Verkäufe der Güter von 200 und mehr *ha* sich etwas erhöhen, sobald man von dem Grundstücksbestande diese meist unverkäuflichen Betriebe absetzte. Ihre Zahl ist aber nicht so groß, daß die Verhältniszahl die bei der Besitzgröße zwischen 100 und 200 *ha* festgestellte Verhältniszahl von 6 übertreffen würde. Nimmt man z. B. an, daß dieser Besitz, der überhaupt nicht zum Verkauf kommt[1]), 10 % des Besitzstandes der Güter von 200 und mehr *ha* ausmacht, so würde die Verhältniszahl der Verkäufe zum Grundstücksbestande sich doch nur auf 4,7 und selbst bei 20 % nur auf 5,3 erhöhen.

Für die westlichen Provinzen kann schon deshalb auf zusammenfassende Besprechungen der Unterschiede der Verkäufe in den einzelnen Größenklassen verzichtet werden, weil hier die Unterschiede nur zwischen 1 v. H. und 1,6 v. H. schwankten. Auch sind die landwirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen westlichen Provinzen, wie z B. in Schleswig-Holstein und dem größten Teile der Rheinprovinz, zu verschieden, als daß man hier eine Zusammenfassung der Provinzen für die Größenklassen vornehmen könnte. In der Übersicht sind die westlichen Provinzen nur ausgeschieden, um die östlichen Provinzen zu erhalten. Nur die durch den Weinbau beherrschten Bezirke Wiesbaden, Coblenz und Trier bilden für den Besitzwechsel eine Einheit, da hier die kleinen Betriebe zwischen 2 und 5 *ha* den Ausschlag in der Grundeigentumsverteilung und auch im Besitzwechsel geben. Neben dieser Besitzgruppe ist nur noch die von 5 – 20 *ha* von einiger Bedeutung, die aber immerhin nur noch $1/3$ so viel Betriebe in sich vereinigt, wie die Größenklasse zwischen 2 und 5 *ha*.

An dieser Stelle soll auch noch die der Arbeit beigegebene Karte von Preußen Tafel I mit wenigen Worten besprochen werden. Nach dem Vorgang der früheren Bearbeitung stellt diese Karte die sämtlichen Fälle des Besitzwechsels der Grundstücke über 2 *ha*, also sowohl die des Erbgangs als die des Kaufs bei geteiltem und ungeteiltem Besitz, und zwar für die einzelnen Kreise gegenüber. Die Gesamtzahl der Besitzübergänge ist auf 100 zurückgeführt; alsdann ist berechnet worden, welchen Anteil die Erbübergänge einerseits und die der Käufe andererseits an der Zahl 100 besitzen. Obwohl diese Methode durch die Hineinnahme der Abzweigungen, die anderen wirtschaftlichen Gesetzen unterliegen als die Übergänge ungeteilten Grundbesitzes, ungenau ist, bildet diese Karte wiederum eine Bestätigung von der Annahme der Elblinie als einer Grenze des Besitzwechsels in Preußen. Östlich von der Elbe überwiegen im allgemeinen die Verkäufe, westlich davon die Erbübergänge.

[1]) Domänen werden jedes Jahr nur in einer bestimmten Anzahl verkauft.



Weiter ergibt aber auch wiederum diese Karte, daß sich Schleswig-Holstein in seinem gesamten Besitzwechsel durchaus in den Osten eingliedert und daß der Besitzwechsel meist nicht sprungweise von einem Kreis zum anderen Kreis ein anderer ist, sondern fast regelmäßig größere zusammenhängende Gebiete ein ähnliches Verhältnis des Besitzwechsels im Erbgang und im Kauf zeigen. Es sei hier nur an das interessante Überwiegen des Erbgangs in den Kreisen Züllichau, Crossen, Guben, Cottbus und Spremberg des Regierungsbezirks Frankfurt mit den immerhin starken Erbübergängen einer großen Zahl der sich daran anschließenden Kreise erinnert und ebenso an das starke Überwiegen der Verkäufe über die Vererbung in dem westlichen Teile des rheinisch-westfälischen Industriegebiets bis nach dem Kreise Siegen herunter.

Um weiteres Material für das Verhältnis der Erbübergänge zu den Verkäufen zu erhalten ist, in der nachfolgenden Übersicht der Besitzwechsel von ungeteilten Grundstücken im Jahresdurchschnitt der Jahre 1896 bis 1913 für den Kauf und für den Erbgang auch in den einzelnen Regierungsbezirken gegenübergestellt.

Hiernach gingen von **ungeteilten** Grundstücken von 2 und mehr *ha* im Jahresdurchschnitt 1896/1913[1]) in andere Hand über

im **Staate** — in den Regierungsbezirken	in der Größenklasse von . . . *ha* infolge von: 2 bis 5 Kauf	2 bis 5 Erbgang	5 bis 20 Kauf	5 bis 20 Erbgang	20 bis 50 Kauf	20 bis 50 Erbgang	50 bis 100 Kauf	50 bis 100 Erbgang	100 bis 200 Kauf	100 bis 200 Erbgang	200 u. mehr Kauf	200 u. mehr Erbgang	in allen Größenklassen zusammen[2]) infolge von: Kauf	in allen Größenklassen zusammen[2]) Erbgang
Staat[3])	**11 099**	**7 263**	**9 542**	**8 890**	**2 807**	**3 817**	**949**	**1 114**	**483**	**262**	**515**	**242**	**25 430**	**21 606**
Königsberg	362	151	385	238	144	141	90	71	57	16	50	18	1 090	636
Gumbinnen	831	309	611	381	157	183	64	49	40	13	24	8	1 728	944
Allenstein	441	190	457	309	147	182	66	69	36	11	34	8	1 182	769
Danzig	274	101	448	238	151	96	59	29	21	10	20	5	972	479
Marienwerder	846	276	906	395	261	183	88	58	49	17	54	16	2 205	946
Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Potsdam	449	252	340	308	115	200	43	91	21	13	22	12	993	877
Frankfurt	535	412	405	576	121	243	40	47	22	7	36	15	1 165	1 303
Stettin	289	173	242	257	67	135	25	33	14	6	21	14	662	620
Köslin	276	168	346	330	96	131	28	26	22	7	45	19	813	680
Stralsund	49	13	43	13	18	8	6	3	5	1	11	5	131	43
Posen	640	388	787	717	155	162	30	16	23	5	39	21	1 674	1 311
Bromberg	463	172	689	287	202	131	55	22	35	7	40	13	1 484	631
Breslau	775	425	571	421	169	137	35	18	23	8	29	18	1 607	1 029
Liegnitz	808	382	578	403	182	140	55	23	24	5	34	11	1 682	963
Oppeln	804	640	503	544	66	89	8	5	7	3	13	10	1 406	1 292
Magdeburg	260	228	164	256	46	135	23	66	10	9	7	6	510	701
Merseburg	336	293	205	332	57	128	21	32	10	8	7	6	636	799
Erfurt	88	103	38	80	7	14	3	1	3	1	3	2	141	201
Schleswig	907	260	854	389	370	299	123	114	31	20	12	5	2 297	1 088
Hannover	84	138	53	206	16	120	4	32	1	5	1	1	160	501
Hildesheim	70	146	38	150	10	49	2	9	1	2	—	2	121	357
Lüneburg	133	145	98	200	35	157	16	79	9	36	6	11	296	627
Stade	195	185	111	262	30	109	12	54	3	16	1	2	351	627
Osnabrück	99	119	73	181	22	119	6	48	1	10	1	2	202	478
Aurich	208	112	84	93	25	46	6	12	1	1	—	1	323	265
Münster	105	225	62	243	22	155	8	49	2	10	1	4	199	687
Minden	100	245	43	258	10	90	4	15	1	3	1	3	159	613
Arnsberg	149	205	102	217	26	84	8	21	3	5	2	3	291	535
Cassel	186	429	116	372	30	98	11	9	6	5	3	2	352	915
Wiesbaden	45	116	14	45	2	3	1	1	—	—	—	—	62	166
Coblenz	28	51	8	19	2	2	1	—	—	—	—	—	39	72
Düsseldorf	120	108	105	108	32	38	6	7	1	2	—	1	264	264
Köln	63	45	31	31	6	5	1	1	1	—	—	1	103	82
Trier	30	31	10	15	2	1	1	1	—	—	—	—	43	48
Aachen	52	30	23	20	6	4	3	2	1	1	1	—	87	56.

[1]) Für die Regierungsbezirke der Rheinprovinz ist der Durchschnitt aus den Jahren 1903 bis 1913 zugrunde gelegt worden. — [2]) einschl. der Grundstücke ohne Größenangabe. — [3]) ohne die Hohenzollernschen Lande.

Auch hier müssen, je kleiner die Besitzungen sind, die Zahlen mit um so größerer Vorsicht benutzt werden, da, wie bereits hervorgehoben ist, besonders im Westen und hier wieder vor allem in der Rheinprovinz und in Wiesbaden bei den kleineren Besitzungen, die ungeteilt auf den Erben übergehen, die Umschreibung des Grundbuches nur in einer beschränkten Zahl von Fällen vorgenommen wird. Aber sieht man von der Rheinprovinz ab, so wird sich selbst in der Größenklasse von 2 – 5 *ha* ein tatsächliches Überwiegen des Kaufs über den Erbgang annehmen lassen können, falls mindestens durchschnittlich die doppelte Anzahl von Grundstücken durch Kauf als durch Erbgang jährlich den Besitzer gewechselt hat. Nimmt man diesen Maßstab, so ist für die genannte Größenklasse der Kauf in den Provinzen Ostpreußen und Westpreußen häufiger als der Erbgang gewesen, ebenso in den Regierungsbezirken Bromberg, Liegnitz und schließlich Schleswig. Dies ist besonders charakteristisch, weil dies, wie die spätere Übersicht auf Seite 77 zeigt, bis auf Liegnitz auch die Landesteile sind, die besonders hohe Verhältniszahlen für die Käufe zum Gesamtbestande des Grundbesitzes in der genannten Größenklasse besitzen. Im Westen überwiegt in den meisten Regierungsbezirken trotz der mangelhaften statistischen Erfassung des Erbgangs bereits in dieser Größenklasse die Vererbung den Kauf. Eine interessante Ausnahme bildet Aurich, in dessen Bereich 208 Verkäufe nur 112 statistisch erfaßten Vererbungen gegenüberstehen. Da anzunehmen ist, daß im Regierungsbezirk Aurich das Verhältnis der grundbuchlich eingetragenen zu den grundbuchlich nicht erfaßten Erbübergängen

ungefähr das gleiche sein wird wie in den Regierungsbezirken Lüneburg, Osnabrück und Minden, bei denen die Erbübergänge weit häufiger sind als die Käufe, so kann man daraus schließen, daß tatsächlich in Aurich das Verhältnis der Erbübergänge zu den Käufen von landwirtschaftlichem Grundbesitz erheblich ungünstiger liegt als in den benachbarten Bezirken.

In der Größenklasse zwischen 5 und 20 *ha* ist das Übergewicht der Käufe über die Erbgänge nur noch in wenigen Regierungsbezirken bedeutend. Meist halten sich hier im Osten die Jahresdurchschnittszahlen ungefähr die Wage, während im Westen mit ganz geringen Ausnahmen die Erbübergänge bereits, und zwar zum Teil ganz erheblich überwiegen. Auffallend viele Verkäufe im Verhältnis zu Erbgängen sind festzustellen im Regierungsbezirk Marienwerder (906 zu 395), Stralsund (43 zu 13), Bromberg (689 zu 287) und wiederum Schleswig (854 zu 389).

Der mittelbäuerliche Besitz zwischen 20 und 50 *ha* zeigt selbst im Osten nicht selten ein Überwiegen der Erbgänge über die Verkäufe, und selbst dort, wo mehr Verkäufe als Erbübergänge nachgewiesen sind, ist verhältnismäßig das Übergewicht der Käufe nicht bedeutend. Hervorzuheben ist nur der Regierungsbezirk Stralsund, in dem 18 Verkäufe nur 8 Erbübergängen gegenüberstehen. Auch Schleswig ist hier zu nennen, das 370 Verkäufe und nur 299 Erbübergänge aufweist. Im Westen ist, mit Ausnahme der Rheinprovinz, das Überwiegen der Vererbung über die Verkäufe ganz gewaltig. Die Jahresdurchschnittszahlen der Erbübergänge sind meist ein Vielfaches. Wenn man im Regierungsbezirk Wiesbaden und in der Rheinprovinz andere Verhältnisse findet, so ist das nur auf die Erbsitte der Erbteilung einerseits und daneben auch auf den schon häufiger erwähnten Mangel der Eintragungen selbst bei Vererbungen in diesen Größenklassen zurückzuführen.

In der Größenklasse zwischen 50 und 100 *ha* zeigen sich mit den Erscheinungen in der Größenklasse zwischen 20 und 50 *ha* übereinstimmende Verhältnisse, nur daß hier die Käufe im Verhältnis zu den Erbgängen fast überall etwas zunehmen. Hier halten sich im Osten wieder Erbübergänge und Verkäufe ziemlich die Wage, die auf die Seite der Käufe durch ihre größere Zahl etwas herabgedrückt ist. In Hannover und Westfalen sind dagegen auch hier wieder die Erbübergänge ein Vielfaches der Verkäufe.

Dasselbe zeigt sich für diese beiden Provinzen auch noch in der Größenklasse zwischen 100 und 200 *ha*, während in den übrigen Regierungsbezirken, besonders im Osten, nunmehr die Käufe ein Vielfaches der Erbübergänge bilden. Das besonders zähe Festhalten des westfälischen und hannoverschen Menschenschlages an seiner Scholle, von dem auch an anderer Stelle die Rede ist, tritt hier wieder in die Erscheinung.

Auch in der Größenklasse von 200 und mehr *ha* überwiegen im Osten durchgängig die Verkäufe die Erbübergänge; doch ist dies Überwiegen in den meisten Bezirken nicht mehr so stark wie in der vorher beschriebenen Größenklasse. Auch hier wieder ein Beweis, daß sich der Großgrundbesitz auf seinem Grund und Boden im allgemeinen noch immer besser zu halten vermag als die großbäuerlichen Besitzer mit ihren Betrieben zwischen 100 und 200 *ha*. Wegen des geringen Vorkommens des Großgrundbesitzes im Westen braucht auf die Zahlen der letzten Größenklasse für die westlichen Regierungsbezirke nicht eingegangen zu werden.

Über die Bewegung des Besitzwechsels im ungeteilten Kauf innerhalb des Staatsgebiets in den einzelnen Größenklassen während der Berichtsjahre ist bereits in der allgemeinen Übersicht auf Seite 6 gesprochen worden. Die ebenfalls auf Seite 6 abgebildeten Diagramme, in denen zum Zwecke der Vergleichbarkeit die jährlichen Durchschnittszahlen des Besitzwechsels in allen Besitzgruppen gleich 1 000 gesetzt sind, haben eine sehr interessante Übereinstimmung der Kurve des Besitzwechsels in den Gruppen von 5 *ha* an in allen charakteristischen Merkmalen ergeben, während die an und für sich auch ruhiger verlaufende Linie des Besitzwechsels der Grundstücke von 2 – 5 *ha* ein abweichendes Bild ergibt. Es zeigt sich hier für das preußische Staatsgebiet, für das große Zahlen zur Verfügung stehen, daß Kauf und Verkauf der Grundstücke in allen Besitzgruppen über 5 *ha* von gleichen wirtschaftlichen Gründen abzuhängen scheinen, die aber auf den Besitzwechsel in jeder Größenklasse in verschiedener Stärke wirken. Der Besitzwechsel der Grundstüche von 2 – 5 *ha* muß dagegen von diesen Gründen ziemlich unabhängig sein. Diese Unabhängigkeit drückt sich auch darin aus, daß der Ausschlag über die Grundzahl 1 000 sowohl nach oben als auch unten nicht über 10 % hinausgeht. Diese besondere Eigenbewegung der Verkäufe in dieser Besitzgruppe wird durch die gleichen Gründe erklärt, die zur Deutung des hohen Besitzwechsels an sich in der Größenklasse zwischen 2 und 5 *ha* herangezogen wurden (S. 73). Die Landwirte im Nebenberuf sind von den auf die Landwirtschaft allgemein wirkenden wirtschaftlichen Verhältnissen unabhängiger als die reinen Landwirte. Das stärkere Gefühl der Freizügigkeit, das in dieser Besitzgruppe herrscht, wird von den wirtschaftlichen Verhältnissen ebenfalls nicht stark beeinflußt. Hierzu kommt schließlich, aber nicht an letzter Stelle, daß diese Besitzgruppe in der Hauptsache für den eigenen Bedarf der Familien arbeitet und daher die Preiskonjunkturen landwirtschaftlicher Produkte weniger spürt.

Bei den übrigen Besitzgruppen liegt der Tiefpunkt und die Spitze der Bewegung dagegen von der Mittellinie erheblich entfernt, und zwar steht

bei der Besitzgruppe von	5–20 *ha*	20–50 *ha*	50–100 *ha*	100–200 *ha*	200 u. mehr *ha*
der Tiefpunkt bei	837	838	783	647	772
der Höhepunkt bei	1 245	1 223	1 299	1 319	1 391.

Die Gleichartigkeit der Bewegungslinie innerhalb der Besitzgruppen in den einzelnen Regierungsbezirken tritt, wie die Verhältniszahlen in den Tabellen auf S. 11 ff. zeigen, im Osten noch überall hervor; doch ist diese Erscheinung hier nicht mehr mit der gleichen Deutlichkeit zu erkennen wie für das gesamte Staatsgebiet, und zwar einmal wohl deshalb, weil, je kleiner die Zahlen werden, stets die Gesetzmäßigkeit des Verlaufs einer wirtschaftlichen Bewegung nie so klar zutage tritt wie bei großen Zahlen, bei denen sich Zufälligkeiten besser gegeneinander aufheben; sodann wirken hier aber örtliche Unterschiede, die bei jedem Regierungsbezirk und in jeder Größenklasse ganz naturgemäß die gesetzmäßige Linie etwas verschieben müssen.

Zur Veranschaulichung der Bewegung innerhalb der Größenklassen und der Regierungsbezirke sind noch die niedrigsten und höchsten Verhältniszahlen der Verkäufe zum Grundeigentumsbestande unter Zusetzung der Jahreszahlen, in denen diese Verhältniszahlen aufgetreten sind, wiedergegeben. Die Rheinprovinz ist hierbei außer Betracht geblieben, weil in ihr der Besitzwechsel erst seit dem Jahre 1903 erhoben wird (s. nebenstehende Übersicht).

Wenn man bedenkt, daß die höchsten und niedrigsten Zahlen von diesen und jenen Zufälligkeiten mitbestimmt werden und daß, wenn auch nicht die Höchstzahlen oder die niedrigsten Zahlen in den verschiedenen Größenklassen und Regierungsbezirken völlig zusammentreffen, eine Übereinstimmung auch dann besteht, wenn in die Jahre der Zahlen für Spitze und Tiefpunkt einzelner Regierungsbezirke und Gruppen wenigstens verhältnismäßig hohe oder niedrige Zahlen

Hiernach betrugen in der Größenklasse von . . . *ha*

die niedrigsten bezw. höchsten Ziffern der Besitzübergänge im ungeteilten Kauf im Verhältnis zum Grundstücksbestande[1])

im Regierungsbezirk	2–5 Hundertteile	2–5 im Jahre	5–20 Hundertteile	5–20 im Jahre	20–50 Hundertteile	20–50 im Jahre	50–100 Hundertteile	50–100 im Jahre	100–200 Hundertteile	100–200 im Jahre	200 u. mehr Hundertteile	200 u. mehr im Jahre
1. Königsberg.	4,79	1909	3,59	1903	1,74	1897	1,93	1898	4,10	1897	2,56	1897
	7,37	1902	5,44	1913	4,66	1912	5,97	1912	12,71	1911	9,97	1906
2. Gumbinnen.	5,91	1909	3,38	1900	1,59	1900	1,31	1898	2,52	1896	2,28	1896
	8,21	1896	5,19	1906	3,74	1912	6,38	1913	12,12	1912	10,39	1910
3. Allenstein .	5,86	1909	4,03	1897	1,84	1899	1,64	1897	2,68	1901	2,80	1898
	8,92	1901	5,26	1901	2,97	1910	3,94	1912	10,75	1913	12,05	1906
4. Danzig . . .	4,83	1897	3,75	1898	2,87	1901	2,43	1896	2,61	1904	2,58	1897
	8,35	1909	6,46	1910	5,40	1910	6,45	1910	8,45	1910	7,45	1905
5. Marienwerder	6,70	1913	4,70	1899	2,15	1896	2,36	1901	3,36	1896	3,92	1897
	10,19	1898	8,81	1910	5,25	1910	5,64	1910	11,16	1906	10,25	1905
6. Potsdam . .	3,55	1912	2,16	1910	1,07	1902	0,93	1908	2,32	1898	2,13	1897
	5,68	1898	3,26	1902	1,76	1905	1,29	1906	5,76	1912	5,68	1905
7. Frankfurt .	3,20	1912	1,66	1899	1,03	1913	1,20	1904	4,52	1897	3,43	1897
	4,42	1896	2,11	1898	1,50	1904	2,84	1910	9,09	1906	7,06	1906
8. Stettin . . .	3,74	1896	1,94	1899	0,85	1901	1,17	1900	0,79	1896	1,94	1896
	6,10	1912	3,37	1912	2,13	1913	3,83	1910	11,44	1909	5,18	1904
9. Köslin . . .	3,59	1904	2,29	1900	1,25	1898	1,69	1908	3,18	1903	3,14	1896
	5,15	1898	2,98	1909	3,08	1910	4,28	1910	17,74	1913	7,28	1906
10. Stralsund. .	2,25	1904	3,33	1896	2,07	1900	0,68	1898	1,05	1906	1,08	1904
	5,93	1909	8,75	1913	10,76	1913	7,25	1907	10,42	1907	4,59	1901
11. Posen. . . .	4,44	1913	2,17	1900	1,90	1900	2,64	1896	4,51	1896	1,61	1907
	6,44	1898	4,35	1910	3,38	1910	5,93	1906	18,67	1905	6,96	1905
12. Bromberg .	6,27	1913	3,74	1896	2,30	1896	2,78	1901	4,37	1901	3,57	1907
	9,32	1910	8,70	1910	5,90	1910	7,59	1905	18,77	1905	10,19	1906
13. Breslau. . .	3,37	1912	2,11	1913	2,25	1896	3,10	1902	3,16	1898	1,68	1898
	4,36	1901	3,00	1907	3,61	1907	5,25	1911	9,11	1905	5,52	1906
14. Liegnitz . .	3,10	1904	2,35	1904	2,15	1899	3,59	1896	4,67	1896	2,84	1907
	4,34	1898	2,99	1905	3,42	1909	6,93	1905	9,32	1909	7,97	1910
15. Oppeln . . .	1,67	1913	1,20	1912	1,23	1911	1,40	1902	0,57	1912	0,45	1901
	3,86	1897	2,38	1908	2,45	1908	7,32	1906	6,78	1911	3,63	1903
16. Magdeburg.	2,51	1912	1,41	1906	0,55	1913	0,62	1913	1,00	1909	0,32	1907
	4,40	1897	1,93	1908	1,39	1909	1,21	1901	3,75	1906	4,75	1910
17. Merseburg .	2,40	1913	1,12	1911	0,69	1912	0,75	1913	1,22	1912	0,30	1896
	3,88	1901	1,87	1903	1,39	1898	2,01	1908	3,74	1896	3,51	1903
18. Erfurt . . .	0,62	1912	0,36	1913	0,31	1906	0,65	1913	1,20	1908	—	
	1,77	1897	0,82	1897	1,21	1897	2,76	1896	7,23	1910	7,78	1910
19. Schleswig .	5,62	1896	3,20	1896	1,72	1900	1,41	1896	1,89	1899	1,79	1908
	8,28	1911	5,48	1910	3,16	1910	2,90	1906	4,66	1898	4,28	1904
20. Hannover. .	0,85	1912	0,10	1911	0,14	1910	0,07	1906	—		—	
	3,05	1897	0,80	1900	0,52	1896	0,81	1897	2,22	1899	7,89	1898
21. Hildesheim .	0,68	1906	0,29	1906	0,24	1912	—	1898	—		—	
	1,47	1896	0,92	1909	0,91	1908	1,51	1908	7,58	1901	1,59	1899
22. Lüneburg .	2,08	1907	1,07	1911	0,47	1902	0,25	1911	0,29	1902	0,41	1913
	4,14	1898	1,69	1900	0,78	1909	0,70	1910	1,16	1908	2,44	1896
23. Stade	2,07	1912	0,86	1903	0,48	1913	0,28	1912	—	1911	—	
	6,03	1902	1,35	1897	1,00	1909	0,98	1905	0,89	1903	2,90	1907
24. Osnabrück .	1,50	1913	0,77	1911	0,28	1906	0,05	1897	—		—	
	4,34	1902	1,59	1904	0,66	1901	0,48	1911	0,80	1905	2,35	1905
25. Aurich . . .	3,06	1902	1,17	1899	0,69	1897	0,38	1911	—		—	
	5,05	1911	2,39	1912	1,46	1904	1,39	1913	4,76	1910	11,11	1905
26. Münster . .	0,62	1913	0,29	1913	0,11	1900	0,08	1909	—		—	
	2,36	1896	0,93	1896	0,60	1912	0,61	1907	1,66	1908	2,47	1909
27. Minden . . .	0,49	1913	0,21	1912	0,05	1907	—	1905	—		—	
	1,51	1899	0,61	1896	0,44	1897	1,34	1908	3,73	1899	2,38	1900
28. Arnsberg . .	0,97	1909	0,53	1913	0,43	1905	0,46	1904	0,40	1911	—	
	2,89	1897	1,20	1896	0,96	1896	1,19	1902	3,61	1912	4,63	1897
29. Cassel . . .	0,70	1912	0,42	1911	0,42	1913	1,06	1913	2,42	1913	—	
	1,47	1897	0,88	1898	0,84	1899	5,69	1909	9,65	1897	13,79	1902
30. Wiesbaden .	0,09	1911	0,04	1911	—		—		—		—	
	0,58	1896	0,28	1901	1,97	1903	7,14	1904	8,33	1908	—	.

[1]) Der Berechnung der Verhältniszahlen ist der nach der Zu- bezw. Abnahme der Zahl der Grundstücke von der Grundeigentumsstatistik des Jahres 1878 bis zu derjenigen von [illegible] für jedes Jahr errechnete Grundstücksbestand zugrundegelegt. In denjenigen Fällen, in denen in den einzelnen Größenklassen keine Besitzübergänge vorgekommen sind, ist als niedrigste Ziffer ein Strich eingestellt worden. Hat nur in einem Jahre kein Besitzwechsel stattgefunden, so ist die betreffende Jahreszahl neben dem Strich vermerkt, sind in mehreren Jahren keine Besitzübergänge vorgekommen, dann sind die Jahreszahlen nicht eingestellt worden.

mit anderen zusammenfallen, so wird man besonders unter Heranziehung des Haupttabellenwerks zugeben müssen, daß hier auch eine bemerkenswerte Übereinstimmung herrscht.

So tritt zunächst die Gegenbewegung des Besitzwechsels in der Größenklasse zwischen 2 und 5 *ha* zu der Bewegung in den anderen Größenklassen, besonders zu denen über 100 *ha* deutlich hervor. Fast regelmäßig liegt das Jahr der Spitze in der Größenklasse zwischen 2 und 5 *ha* vor dem des Tiefpunkts. Eine Ausnahme hiervon machen nur die Regierungsbezirke Danzig, Stettin, Stralsund, Schleswig und Aurich. Unter den 25 anderen Regierungsbezirken erscheint nicht weniger als 16 mal für den Tiefstand das Jahr 1912 oder 1913, einmal ist es das Jahr 1911 und viermal das Jahr 1909. Von den dann noch übrigbleibenden 4 Regierungsbezirken ist zweimal das Jahr 1904 und je einmal das Jahr 1906 und 1907 als das Jahr des Tiefstands zu nennen. Ebenso kann das Überwiegen bestimmter Jahreszahlen für den Höhepunkt festgestellt werden. In den 25 Regierungsbezirken allgemeiner Übereinstimmung sind 18 zu nennen, die den Höhepunkt der Verkäufe der Besitzungen zwischen 2 und 5 *ha* in den Jahren 1896–1899 erreichen.

Bei den Grundstücken von 100 und mehr *ha* können für eine Vergleichung nur die ersten 19 Regierungsbezirke einschließlich Schleswigs herangezogen werden, da in den anderen diese Größenklasse zu selten vorkommt, als daß sich gesetzmäßig Zahlen daraus ableiten ließen. In der Größenklasse von 200 u. mehr *ha* sind es nur die Regierungsbezirke Stralsund, Posen und Bromberg sowie Schleswig, bei denen das Jahr der Höchstzahl für die Verkäufe vor dem der niedrigsten Zahl liegt. Unter den anderen 14 Regierungsbezirken (Erfurt kommt für diese Vergleichung nicht in Frage) sind 11 Regierungsbezirke, in denen der Tiefpunkt in den Jahren 1896–1898 erreicht wird. Auch bei den Grundstücken zwischen 100 und 200 *ha* spielen die Jahre 1896—1898 für die Erreichung des Tiefpunkts eine bedeutsame Rolle. Sie erscheinen 9 mal unter den 15 östlichen Regierungsbezirken, bei denen das Jahr des Tiefpunkts vor dem des Höhepunkts liegt. Es würde zu weit führen, weitere Übereinstimmungen, die auch hinsichtlich der Höchstzahlen bei diesen beiden Besitzgruppen vorhanden, aber nicht ganz so leicht zu erkennen sind, darzustellen. Es sei nur noch darauf hingewiesen, daß besonders bemerkenswerte Jahre für den Höhepunkt in der Größenklasse von 200 und mehr *ha* die Jahre 1903–1906 sind (14 mal), während in der Größenklasse zwischen 100 und 200 *ha* das Jahr, in dem die Höchstziffer erreicht wird, meist später liegt.

Ähnliche Gesetzmäßigkeiten lassen sich auch in den bäuerlichen Besitzgruppen von 5–100 *ha* finden, und zwar tritt die Übereinstimmung mit der Ziffernfolge in den Größenklassen von 100 und mehr *ha* mit zunehmender Größenklasse stärker hervor. So liegt z. B. innerhalb der vorher berücksichtigten 19 östlichen Regierungsbezirke das Jahr des Höhepunkts in der Größenklasse zwischen 50 und 100 *ha* nur in 4 Regierungsbezirken, in der Größenklasse von 20–50 *ha* in 5 Regierungsbezirken und in der Größenklasse von 5–20 *ha* in 6 Regierungsbezirken vor dem des Tiefpunktes.

Sodann geht aus der vorstehenden Übersicht neben dem schon an anderer Stelle besprochenen Umfange des Besitzwechsels die größere oder geringere Unruhe in der Bewegung innerhalb der Besitzgruppen und der Regierungsbezirke hervor. So ist ein Unterschied von rund 5 Hundertteilen zwischen dem Tiefpunkt und dem Höhepunkt in einem Regierungsbezirk der Bewegung in der Größenklasse zwischen 2 und 5 *ha* überhaupt nicht, in der Größenklasse zwischen 5 und 20 *ha* nur 2 mal (Stralsund und Bromberg), in der Größenklasse von 20–50 *ha* sogar nur 1 mal (Stralsund), dagegen in der Größenklasse zwischen 50 und 100 *ha* bereits 4 mal zu finden. In den Größenklassen von 100–200 und 200 und mehr *ha*, bei denen schon aus früher erwähnten Gründen nur die 19 östlichen Regierungsbezirke berücksichtigt werden können, findet man einen Unterschied von 5 Hundertteilen 13- bezw. 8 mal.

In allgemeiner Übereinstimmung hiermit zeigt sich auch bei einer genauen Vergleichung der Zahlen, daß der Ausschlag

des Pendels der Bewegung innerhalb der einzelnen Regierungsbezirke zwischen dem Höhepunkt und dem Tiefpunkt am stärksten in der Größenklasse zwischen 100 und 200 *ha* und am ruhigsten in den Gruppen zwischen 5 und 20 und zwischen 20 und 50 *ha* ist. Sehr erhebliche Ausschläge sind auch in der Größenklasse von 200 und mehr *ha* und in der zwischen 50 und 100 *ha* zu verzeichnen, während die Unruhe der Bewegung in der kleinsten Gruppe zwischen 2 und 5 *ha* zwischen dem ruhigen Gang der mittelbäuerlichen Besitzungen und dem unruhigen des Großbesitzes von 100 und mehr *ha* liegt

Nachdem an der Hand der vorstehenden Übersichten besonders auch bei der Besprechung der auf Seite 6 befindlichen Tabelle und graphischen Zeichnung eine gewisse Gesetzmäßigkeit der Bewegung des Besitzwechsels festgestellt ist, handelt es sich zum Schluß darum, ob bestimmte wirtschaftliche Erscheinungen für die Art der Bewegung als maßgebend nachgewiesen werden können. Ein solcher Nachweis braucht auch bei dem Vorliegen einer Gesetzmäßigkeit nicht ohne weiteres zu glücken, da für die Hervorrufung gleichmäßiger Bewegungen ein so großer Komplex statistisch nicht greifbarer wirtschaftlicher Bedingungen zusammengewirkt haben kann, daß sich hier der Maßstab der statistischen Untersuchung als unzureichend erweist. Aber wenigstens zwei besonders wichtig erscheinende Gründe können in ihrem Einfluß auf die Besitzwechselbewegung untersucht werden, die wieder in sich eine gewisse Abhängigkeit voneinander haben können, nämlich der Kornpreis und der Preis der Güter. Diese Gesetzmäßigkeit kann in ganz verschiedener Form hervortreten. Zunächst kann eine Übereinstimmung in der Bewegung derart festgestellt werden, daß mit heraufgehendem Kornpreis auch der Preis der Güter und der Besitzwechsel zunimmt, oder es kann im Gegenteil gerade der heraufgehende Kornpreis den Besitzwechsel vermindern, den Güterpreis aber in die Höhe drücken. Diese gegenseitige Abhängigkeit kann ferner entweder gleichzeitig in die Erscheinung treten, oder es kann die eine Bewegung der anderen regelmäßig in einem gewissen Abstand folgen. Um sich hierüber ein Bild zu verschaffen, ist die graphische Darstellung Tafel II angefertigt worden, die sich am Ende der Abhandlung befindet. Bei dieser sind, um die Schwankungen einzelner Jahre, wie sie sich z. B. bei der Besprechung der Spitzen- und Tiefpunkte in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren zeigen, auszugleichen, stets drei Jahre als eine Einheit zusammengefaßt, sodaß in jedem Kartogramm für jede Linie, die die Bewegung zwischen 1895 – 1912 darstellt, nur 6 Punkte, die sich in der Mitte einer dreijährigen Einheit befinden, von Bedeutung sind. Des ferneren mußten, um einen vergleichenden Maßstab zu finden, die in dem Zeitraum von 1895 – 1897 gefundenen Mittelwerte für den Besitzwechsel, den Roggenpreis und den Güterpreis gleich 100 gesetzt werden, wobei der Roggenpreis nach den Notierungen der für die einzelnen Provinzen in Betracht kommenden Getreidebörsen eingesetzt worden ist. Die Darstellung ist im einzelnen für die Provinzen Ostpreußen bis Schleswig-Holstein gegeben, weil nur innerhalb dieser, wie schon häufiger erwähnt, die Zahl der Verkäufe groß genug gewesen ist, um überhaupt das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein einer Abhängigkeit von anderen wirtschaftlichen Erscheinungen nachweisen zu können. Westpreußen und Posen sind alsdann noch in einem besonderen Kartogramm zusammengefaßt, weil sie auf der einen Seite wegen des Kampfes um den Boden zwischen den Nationalitäten und der Tätigkeit der Ansiedelungskommission eine Einheit bilden und auf der anderen Seite sich dadurch von den anderen östlichen Provinzen abheben. Eine weitere Einheit ist zwischen den Provinzen Brandenburg, Pommern, Schlesien und Ostpreußen in einem besonderen Diagramm hergestellt, da diese Landesteile wegen ihrer landwirtschaftlichen Struktur bis zu einem bestimmten Grade eine größere Einheit bilden. Die Verhältnisse in den Provinzen Sachsen und Schleswig-Holstein mußten dagegen je für sich behandelt werden. Schließlich ist noch zu bemerken, daß einerseits die Bewegung der Verkäufe der Güter über 100 *ha* (schwarze Linie) und andererseits die der Bauerngüter von 5 – 20 *ha* (rote Linie) mit den entsprechenden Kaufpreisen (schwarzgestrichelte und rotgestrichelte Linie) und dem Roggenpreis (grüngestrichelte Linie) verglichen sind.

Zunächst sei hier auf den Besitzwechsel der Güter von 5 – 20 *ha* aufmerksam gemacht. In den Provinzen Westpreußen und Posen geht ganz deutlich die Linie des Besitzwechsels mit der Linie der Güterpreise parallel; nur scheint der Besitzwechsel dabei die Neigung zu haben, stärker zu steigen als die Preise, während er von der unruhigen Kurve der Roggenpreise unabhängig zu sein scheint. Eine ähnliche Parallelentwicklung ist in der Provinz Pommern und in der Provinz Schleswig-Holstein zu beobachten, während in der Provinz Ostpreußen der Güterpreis erheblich stärker steigt, als der Besitzwechsel. Immerhin ist auch hier noch ein stetiges, wenn auch langsames Ansteigen der Verkäufe zu verzeichnen. In Brandenburg, Schlesien und Sachsen dagegen hat der Besitzwechsel der Hauptsache nach in den Berichtsjahren eine fallende Tendenz gehabt. Charakteristisch ist hierbei, daß in diesen drei Provinzen der Preis für die Güter von 5 – 20 *ha* am geringsten gestiegen ist. In Brandenburg beträgt diese Steigerung nur 40 %, in Schlesien etwas über 30 % und in Sachsen sogar nur 18 %. Auch in allen diesen Provinzen zeigt der Verlauf der Bewegung eine starke Unabhängigkeit von dem Roggenpreis. Diese Unabhängigkeit gegenüber dem Roggenpreis ist zunächst erklärlich, da das wirtschaftliche Schwergewicht der Güter zwischen 5 und 20 *ha*, abgesehen von der Eigenwirtschaft, die von der Preisgestaltung überhaupt unabhängig ist, in der Aufzucht und in dem Preis des Viehs und der Milchprodukte besteht. Da aber auch für das Schlachtvieh das Jahr 1896 ebenso wie für den Roggenpreis einen außerordentlichen Tiefpunkt darstellt, von dem aus sich — allerdings mit größeren Schwankungen — doch mit einer ähnlichen Kurve der Preis aufwärts bewegt hat und die Butterpreise sich von 1900 an fast ständig gehoben haben, so würde man annehmen müssen, daß sich eine an den Roggenpreis erinnernde Kurve des Besitzwechsels der Güter von 5 – 20 *ha* ergeben müsse, wenn überhaupt eine Abhängigkeit zwischen den Viehpreisen, also dem wirtschaftlichen Ertrag der Güter zwischen 5 und 20 *ha* und der Höhe der Verkäufe besteht. Neben dieser Unabhängigkeit des Besitzwechsels dieser Besitzgruppe gegenüber dem wirtschaftlichen Ertrage ist aber zu gleicher Zeit eine Übereinstimmung mit der Bewegung der Güterpreise festzustellen, und zwar dahin, daß mit stark steigenden Preisen der Besitzwechsel eine erhebliche Zunahme erfährt, während bei geringerem Ansteigen der Preise auch der Besitzwechsel nur wenig Belebung oder sogar einen Rückgang aufweist. Es fragt sich nur, ob die Preise erheblich steigen, weil der Besitzwechsel zunimmt oder ob infolge der steigenden Preise der Besitzwechsel ansteigt. Man wird hier wohl eine gegenseitige Abhängigkeit annehmen können, doch ist allem Anscheine nach festzustellen, daß infolge starker Nachfrage stark steigende Preise wie in Posen und Westpreußen den Besitzwechsel heben, daß ein fallendes Angebot wie in Brandenburg, Sachsen und Schlesien die Preise hebt, und daß im übrigen die Preise während der Berichtszeit die Neigung zum ständigen Steigen gehabt haben.

Erheblich anders gestaltet sich das Verhältnis der Verkaufsbewegung der großen Güter zu dem Roggenpreis. Hier ist ganz deutlich zu sehen, wie zwischen dem Zeitraum von 1904 bis 1906 und dem Zeitraum von 1907 – 1909 der steigenden

Linie des Roggenpreises eine fallende Linie des Besitzwechsels entspricht, so in Westpreußen und Posen, in Brandenburg, in Schlesien, in Ostpreußen und in Sachsen, und daß in diesen Provinzen die nur geringe Steigung des Roggenpreises von 1895—1897 zu 1904—1906, die von der Erhöhung der Betriebskosten aufgezehrt wurde, zu einem starken Ansteigen des Besitzwechsels führte. In den Provinzen Westpreußen, Schlesien, Ostpreußen, Sachsen und bis zu einem bestimmten Grade auch in Brandenburg zeigt sich die Abhängigkeit zwischen Roggenpreis und Besitzwechsel schließlich auch in der weiteren gegensätzlichen Bewegung von 1907—1909 zu 1910—1912. Wenn hier in Posen eine Abweichung von den anderen, bisher besprochenen östlichen Provinzen zu konstatieren ist, so liegt das wohl an dem Umfang der vorher bereits getätigten Verkäufe an großen Gütern und dem Versuch des polnischen sowie des deutschen Großgrundbesitzes, ihren Besitz zu erhalten. In Pommern scheint der Besitzwechsel sich von den Roggenpreisen in starkem Maße unabhängig entwickelt zu haben. Hier liegt nach der graphischen Kurve allem Anschein nach eine starke Beeinflussung des Besitzwechsels der großen Güter durch die Kaufpreise vor. Sieht man von Posen mit seinen besonderen Verhältnissen ab, so ist in keiner Provinz von 1895 an der Preis prozentual ähnlich stark gestiegen wie in Pommern. Es scheinen hier die Güter ganz besonders stark gesucht worden zu sein; aus welchen Gründen, ist hier nicht zu erörtern. Die Unabhängigkeit des Besitzwechsels von dem Roggenpreise in der Provinz Schleswig-Holstein scheint mir dagegen gerade für die Abhängigkeit des Besitzwechsels der großen Güter von seinen wirtschaftlichen Erträgen zu sprechen; denn in Schleswig-Holstein ist nicht so sehr der Getreidebau als die Weidewirtschaft und die Viehzucht die Grundlage der Wirtschaft. Die Preise des Schlachtviehs, besonders des Rindviehs und ebenso die der Butter haben im Großhandel nicht die rückläufige Bewegung der Roggenpreise mitgemacht, sondern sind weiter gestiegen. Man kann also den wichtigen Schluß ziehen, daß die Verkaufsneigung des großbäuerlichen und Groß-Grundbesitzers mit Besserung der Preise sinkt und daß vornehmlich nur ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse oder wirtschaftliche Schwierigkeiten ihn zur Preisgabe seines Bodens veranlassen. Eine Handelsware ist die Scholle für den Großgrundbesitz hiernach nicht.

Anmerkung. Der Gedanke, die Abhängigkeit zwischen Roggenpreis und Besitzwechsel könnte nicht in einer gegensätzlichen, sondern auch in einer Parallelbewegung bestehen, bei der der Spitze des Besitzwechsels die Spitze des Roggenpreises im nächsten Zeitraum folgt, ist abgesehen von manchen anderen Gründen, die sich aus dem Diagramm ergeben, schon deshalb nicht richtig, weil bei gleichlaufender Bewegung logischerweise nur der Besitzwechsel dem Roggenpreise folgen könnte, aber nicht umgekehrt.

Der Besitzwechsel im Kriege.

Wie zu erwarten war, hat der Besitzwechsel im Kriege gegenüber den Friedensjahren eine ganz erhebliche Abnahme zu verzeichnen. Die Abnahme tritt deutlich bei einer Vergleichung der Tabellen auf Seite 8 und 9 und auf Seite 32 und 33 hervor, die die im Durchschnitt der Jahre im Besitzwechsel übergegangenen Grundstücke nachweisen. Zur Erleichterung dieses Vergleichs ist die auf Seite 80 u. 81 folgende Übersicht aufgestellt, die diese Durchschnittszahlen nebeneinanderstellt.

Nach dieser Tabelle sind im Staat in allen nachgewiesenen Kategorien des Besitzwechsels die Durchschnittszahlen auf fast die Hälfte und darunter gesunken. Bei dem ungeteilten Erbübergang ist dies nur ein Beweis dafür, daß hier noch weniger als in Friedenszeiten aus verständlichen Gründen daran gedacht wurde, den Erbübergang auch grundbuchlich eintragen zu lassen. Auch bei den Erbübergängen, bei denen eine Teilung des Grundstücks stattgefunden hat, wird man trotz der damit verbundenen Rechtsunsicherheit auf eine grundbuchliche Klarstellung der Verhältnisse verzichtet haben. Da aber bei geteiltem Erbübergang die Nichtbeurkundung im Grundbuch sehr erhebliche Nachteile mit sich bringt, ist zu vermuten, daß diese Nichteintragung nicht der ausschließliche Grund des Rückgangs der nachgewiesenen Ermittelungen gewesen ist. Es liegt vielmehr nahe, zur Klärung dieses Rückganges daneben auch noch die Tatsache heranzuziehen, daß der größte Teil der jüngeren ländlichen Bevölkerung im Felde stand und der landwirtschaftliche Besitzerstand durch die schweren Verluste im Kriege besonders getroffen wurde, sodaß in zahlreichen Fällen während des Krieges nicht mehr die gleiche Zahl der Erben bei der Erbteilung vorhanden war wie im Frieden. Die Gedenktafeln, die man in rein ländlichen Ortschaften für die Gefallenen errichtet findet, geben ein beredtes Zeugnis, welch großer Prozentsatz der Söhne des ländlichen Besitzerstandes sein Leben für das Vaterland gelassen hat.

Daneben darf ein anderer Grund für den Rückgang der Erbteilungen nicht außer acht gelassen werden. Zu den Erbteilungen wird auch die Überlassung des ganzen Grundstücks oder eines Teils des Grundstücks an einen oder mehrere Erben auch bei Lebzeiten des Besitzers gerechnet. Während des Krieges kam diese Art der Überlassung bei Lebzeiten des alten Besitzers sehr viel seltener vor als im Frieden. Solange der Sohn im Felde stand oder als Verwundeter nicht imstande war, das Gut mit voller Arbeitskraft zu bewirtschaften, behielt der Vater den landwirtschaftlichen Betrieb gern oder ungern in seiner Hand. Es mußte hierdurch auch eine Verringerung der statistisch nachgewiesenen Erbteilungen eintreten. Für die Richtigkeit dieser Darstellung scheint mir auch zu sprechen, daß der ungeteilte Erbgang im Bezirke Düsseldorf und vor allem Coblenz während des Krieges eine Zunahme erfahren hat. Wenn diese Zunahme nicht auch in den anderen Bezirken mit starker Erbteilung zu bemerken ist, so liegt das eben an der geringen Neigung der Bevölkerung den Erbübergang bei einem Erben eintragen zu lassen.

Der erheblich über 50% hinausgehende Rückgang der Abzweigungen bei Verkäufen während des Krieges befindet sich in völliger Übereinstimmung mit der Erwartung auf Grund des Stockens des gesamten wirtschaftlichen Lebens oder, genauer gesagt, bei seiner völligen Umstellung auf die Kriegswirtschaft. Zahlreiche Anlässe, die im Frieden für die Abzweigungen maßgebend waren, fielen fort. Die Abgabe von Land für Bahnbauten, Wegebauten und Wasserbauten hörten fast vollständig auf, und wenn auch die in den Tabellen durch Kauf hervorgerufenen Abzweigungen nicht die abgezweigten Grundstücke unter 2 *ha* enthalten, so wirkt dieses Moment doch auch auf die sonst vorgekommenen größeren Abzweigungen ermäßigend. Vor allem wird aber während des Krieges viel weniger der Wunsch rege gewesen sein, aus wirtschaftlichen oder sonstigen Gründen Grenzregulierungen vorzunehmen. Und selbst die Aufteilung von Gütern ist während des Krieges ins Stocken geraten.

Bei diesen gegen die Abzweigung von Grundstücken während des Krieges wirkenden Gründen wird man sich noch eher zu wundern haben, daß die Abzweigungen im Jahresdurchschnitt noch immerhin die Höhe von insgesamt 6 146 im Staate erreichen. Man darf aber nicht vergessen, daß die

Vergleichende Übersicht des Besitzwechsels der Vorkriegs-

Zahl der durchschnittlich jährlich a) während der Vorkriegsjahre 1896 bis 1913

Staat — Regierungs-bezirke	Besitzwechsel im Erbgang									Besitzwechsel durch Kauf								
	überhaupt			abgezweigt			ungeteilt			überhaupt			abgezweigt			ungeteilt		
	zu a	zu b überhaupt	zu b v. H. der Sp. 2	zu a	zu b überhaupt	zu b v. H. der Sp. 5	zu a	zu b überhaupt	zu b v. H. der Sp. 8	zu a	zu b überhaupt	zu b v. H. der Sp. 11	zu a	zu b überhaupt	zu b v. H. der Sp. 14	zu a	zu b überhaupt	zu b v. H der Sp. 17
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
Staat	24 542	12 036	49,0	2 861	1 261	44,1	21 681	10 775	49,7	39 909	19 267	48,3	14 439	6 164	42,7	25 470	13 103	51,4
Regierungs-bezirke																		
1. Königsberg . .	651	324	49,8	15	3	20,0	636	321	50,5	1 498	845	56,4	407	155	38,1	1 090	690	63,3
2. Gumbinnen . . .	959	426	44,4	15	2	13,3	944	424	44,9	2 278	1 070	47,0	549	136	24,8	1 728	935	54,1
3. Allenstein . . .	782	349	44,6	13	4	30,8	769	346	45,0	1 835	675	36,8	653	155	23,7	1 182	520	44,0
4. Danzig	496	221	44,6	18	4	22,2	479	216	45,1	1 356	548	40,4	384	78	20,3	972	470	48,4
5. Marienwerder .	976	433	44,4	30	5	16,7	946	428	45,2	2 879	1 175	40,8	674	125	18,5	2 205	1 050	47,6
6. Stadtkr. Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7. Potsdam	897	424	47,3	20	7	35,0	877	416	47,4	1 827	1 007	55,1	835	399	47,8	993	608	61,2
8. Frankfurt . . .	1 327	619	46,6	24	15	62,5	1 303	604	46,4	1 705	1 011	59,3	541	240	44,4	1 165	772	66,3
9. Stettin	653	305	46,7	33	4	12,1	620	300	48,4	1 113	677	60,8	451	177	39,2	662	500	75,5
10. Köslin	710	291	41,0	30	4	13,3	680	288	42,4	1 374	599	43,6	561	147	26,2	813	452	55,6
11. Stralsund	44	22	50,0	1	—	—	43	22	51,2	190	120	63,2	59	13	22,0	131	107	81,7
12. Posen	1 428	613	42,9	117	22	18,8	1 311	591	45,1	2 454	662	27,0	780	122	15,6	1 674	541	32,3
13. Bromberg . . .	645	271	42,0	14	2	14,3	631	269	42,6	1 913	638	33,4	429	60	14,0	1 484	578	38,9
14. Breslau	1 044	492	47,1	15	5	33,3	1 029	487	47,3	2 012	935	46,5	404	161	39,9	1 607	774	48,2
15. Liegnitz	975	458	47,0	12	8	66,7	963	450	46,7	2 094	1 081	51,6	412	204	49,5	1 682	876	52,1
16. Oppeln	1 372	932	67,9	80	32	40,0	1 292	900	69,7	1 846	623	33,7	440	143	32,5	1 406	481	34,2
17. Magdeburg . . .	783	344	43,9	82	38	46,3	701	306	43,7	1 138	506	44,5	627	226	36,0	510	280	54,9
18. Merseburg . . .	873	338	38,7	74	32	43,2	799	306	38,3	1 112	525	47,2	476	265	55,7	636	260	40,9
19. Erfurt	340	165	48,5	139	52	37,4	201	113	56,2	281	136	48,4	139	62	44,6	141	74	52,5
20. Schleswig . . .	1 167	589	50,5	80	62	77,5	1 088	527	48,4	4 263	2 610	61,2	1 966	1 035	52,6	2 297	1 575	68,6
21. Hannover	507	239	47,1	6	11	183,3	501	228	45,5	400	159	39,8	240	112	46,7	160	47	29,4
22. Hildesheim . . .	404	188	46,5	46	33	71,7	357	156	43,7	238	146	61,3	117	82	70,1	121	64	52,9
23. Lüneburg . . .	635	342	53,9	7	5	71,4	627	337	53,7	751	387	51,5	455	212	46,6	296	176	59,5
24. Stade	656	357	54,4	29	9	31,0	627	348	55,5	683	353	51,7	332	181	54,5	351	171	48,7
25. Osnabrück . . .	484	257	53,1	6	5	83,3	478	251	52,5	428	213	49,8	226	135	59,7	202	77	38,1
26. Aurich	287	150	52,3	22	11	50,0	265	139	52,5	498	219	44,0	175	50	28,6	323	169	52,3
27. Münster	699	450	64,4	13	6	46,2	687	444	64,6	427	262	61,4	228	176	77,2	199	86	43,2
28. Minden	632	346	54,7	19	11	57,9	613	335	54,6	317	160	50,5	158	102	64,6	159	58	36,5
29. Arnsberg	562	354	63,0	27	24	88,9	535	330	61,7	497	346	69,6	205	186	90,7	291	159	54,6
30. Cassel	1 137	366	32,2	222	71	32,0	915	295	32,2	561	189	33,7	210	99	47,1	352	89	25,3
31. Wiesbaden . . .	568	248	43,7	402	199	49,5	166	48	28,9	178	172	96,6	115	152	132,2	62	20	32,3
32. Coblenz	575	384	66,8	503	235	46,7	72	149	206,9	245	172	70,2	206	104	50,5	39	68	174,4
33. Düsseldorf . . .	314	309	98,4	50	40	80,0	264	268	101,5	506	397	78,5	241	160	66,4	264	237	89,8
34. Köln	200	83	41,5	118	40	33,9	82	43	52,4	348	189	54,3	245	137	55,9	103	52	50,5
35. Trier	443	174	39,3	395	150	38,0	48	24	50,0	347	257	74,1	304	236	77,6	43	21	48,8
36. Aachen	183	117	63,9	127	77	60,6	56	39	69,6	240	166	69,2	153	114	74,5	87	51	58,6
37. Sigmaringen . .	135	60	44,4	60	32	53,3	75	28	37,3	81	37	45,7	42	22	52,4	40	15	37,5

neue Kriegsindustrie, die überdies vielfach an bisher nur mäßig industriellen Stellen emporwuchs, ihrerseits auch Land beanspruchte.

Schließlich ist auch der Besitzübergang im ungeteilten Kauf, wenn auch nicht ganz, so doch fast auf die Hälfte zurückgegangen, und zwar von 25 470 auf 13 103. Bei diesem Rückgang ist es aber bemerkenswert, daß in den einzelnen Größenklassen der Rückgang von dieser Zahl nicht unwesentlich abweicht. Während er in der ersten Größenklasse von 11 121 auf 5 289 also auf mehr als die Hälfte zurückgegangen ist, bewegt sich der Rückgang in den übrigen Größenklassen unter diesem Hundertsatz. Immerhin fehlt auch bei der Besitzgröße von 5–20 *ha* und von 20–50 *ha* an dieser Zahl nicht viel, und auch bei der nächstfolgenden Größenklasse von 50–100 *ha* beziffert sich der Rückgang noch immer auf 41 %.

Die rückläufige Bewegung ist in der nächsten Besitzkategorie von 100–200 *ha* am geringsten. Hier stellt sich der Besitzwechsel im Kriege noch fast auf 67 % der durchschnittlichen Bewegung im Frieden. Die letzte Besitzgruppe über 200 *ha* zeigt demgegenüber wieder das gleiche Bild wie die Besitzgruppe von 50–100 *ha*. Auch hier beträgt der Rückgang 41 v. H.

Die Tatsache, daß die Spitze des Besitzwechsels durch Kauf auch im Kriege nicht bei den Gütern von 200 u. mehr *ha*, wie vielfach vermutet wird, sondern bei den Gütern zwischen 100 und 200 *ha* liegt, hat in den wirtschaftlichen schon mehrfach gekennzeichneten Schwierigkeiten der Besitzgruppe zwischen 100 und 200 *ha* und in den besseren wirtschaftlichen Verhältnissen der größeren Güter ihren Grund (vergl. S. 73 f.).

Von besonderem Interesse ist die Bewegung des Besitzwechsels während der einzelnen Jahre. In weitaus den meisten Regierungsbezirken bezeichnet das Jahr 1915 die Minimalzahl. An und für sich kann diese Erscheinung gegenüber dem Besitzwechsel im Jahre 1914, das zu einem Teil noch in die Friedenszeit fällt, nicht besonders überraschen. Dagegen würde man zunächst leicht vermuten können, daß in den Jahren 1917 und 1918 infolge des Darniederliegens der Friedenswirtschaft und der Ermüdung des deutschen Volkes auch der Besitz-

zeit 1896/1913 mit demjenigen der Kriegsjahre 1914/1918.

und b) in den Kriegsjahren 1914 bis 1918 in andere Hand übergegangenen Besitzungen.

Von den durch Kauf ungeteilt in andere Hand übergegangenen Besitzungen (Spalte 17 u. 18) entfielen auf die Größenklasse von																		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1.
2 bis unter 5 *ha*			5 bis unter 20 *ha*			20 bis unter 50 *ha*			50 bis unter 100 *ha*			100 bis unter 200 *ha*			200 *ha* und darüber			
zu a	zu b		zu a	zu b		zu a	zu b		zu a	zu b		zu a	zu b		zu a	zu b		
	überhaupt	v. H. der Sp. 20		überhaupt	v. H. der Sp. 23		überhaupt	v. H. der Sp. 26		überhaupt	v. H. der Sp. 29		überhaupt	v. H. der Sp. 32		überhaupt	v. H. der Sp. 35	
20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	
11 121	**5 289**	**47,6**	**9 558**	**5 016**	**52,5**	**2 809**	**1 534**	**54,6**	**949**	**560**	**59,0**	**483**	**323**	**66,9**	**515**	**304**	**59,0**	**St.**
362	211	58,3	385	266	69,1	144	90	62,5	90	51	56,7	57	39	68,4	50	33	66,0	1.
831	432	52,0	611	339	55,5	157	93	59,2	64	35	54,7	40	25	62,5	24	11	45,8	2.
441	174	39,5	457	222	48,6	147	66	44,9	66	26	39,4	36	14	38,9	34	17	50,0	3.
274	118	43,1	448	228	50,9	151	72	47,7	59	30	50,8	21	15	71,4	20	7	35,0	4.
846	352	41,6	906	462	51,0	261	141	54,0	88	45	51,1	49	26	53,1	54	22	40,7	5.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6.
449	267	59,5	340	207	60,9	115	70	60,9	43	28	65,1	21	16	76,2	22	20	90,9	7.
535	319	59,6	405	245	60,5	121	79	65,3	40	30	75,0	22	18	81,8	36	26	72,2	8.
289	200	69,2	242	197	81,4	67	55	82,1	25	18	72,0	14	11	78,6	21	15	71,4	9.
276	128	46,4	346	195	56,4	96	62	64,6	28	21	75,0	22	19	86,4	45	27	60,0	10.
49	37	75,5	43	36	83,7	18	13	72,2	6	6	100,0	5	5	100,0	11	8	72,7	11.
640	191	29,8	787	263	33,4	155	52	33,5	30	12	40,0	23	10	43,5	39	11	28,2	12.
463	166	35,9	689	287	41,7	202	74	36,6	55	26	47,3	35	13	37,1	40	12	30,0	13.
775	355	45,8	571	278	48,7	169	78	46,2	35	20	57,1	23	20	87,0	29	18	62,1	14.
808	380	47,0	578	313	54,2	182	97	53,3	55	39	70,9	24	20	83,3	34	26	76,5	15.
804	271	33,7	503	169	33,6	66	22	33,3	8	7	87,5	7	5	71,4	13	4	30,8	16.
260	140	53,8	164	90	54,9	46	18	39,1	23	16	69,6	10	9	90,0	7	7	100,0	17.
336	128	38,1	205	83	40,5	57	25	43,9	21	8	38,1	10	7	70,0	7	9	128,6	18.
88	44	50,0	38	16	42,1	7	4	57,1	3	2	66,7	3	3	100,0	3	4	133,3	19.
907	582	64,2	854	609	71,3	370	268	72,4	123	84	68,3	31	22	71,0	12	9	75,0	20.
84	20	23,8	53	19	35,8	16	5	31,3	4	1	25,0	1	1	100,0	1	—	—	21.
70	37	52,9	38	18	47,4	10	5	50,0	2	2	100,0	1	2	200,0	—	—	—	22.
133	68	51,1	98	63	64,3	35	20	57,1	16	9	56,3	9	7	77,8	6	8	133,3	23.
195	93	47,7	111	55	49,5	30	14	46,7	12	6	50,0	3	2	66,7	1	—	—	24.
99	30	30,3	73	33	45,2	22	8	36,4	6	4	66,7	1	2	200,0	1	—	—	25.
208	109	52,4	84	42	50,0	25	13	52,0	6	4	66,7	1	—	—	—	—	—	26.
105	40	38,1	62	28	45,2	22	10	45,5	8	5	62,5	2	1	50,0	1	—	—	27.
100	28	28,0	43	18	41,9	10	8	80,0	4	2	50,0	1	1	100,0	1	1	100,0	28.
149	77	51,7	102	53	52,0	26	17	65,4	8	8	100,0	3	3	100,0	2	2	100,0	29.
186	47	25,3	116	26	22,4	30	8	26,7	11	3	27,3	6	3	50,0	3	2	66,7	30.
45	14	31,1	14	6	42,9	2	1	50,0	1	—	—	—	—	—	—	—	—	31.
28	44	157,1	8	15	187,5	2	4	200,0	1	3	300,0	—	2	—	—	—	—	32.
120	114	95,0	105	90	85,7	32	28	87,5	6	4	66,7	1	1	100,0	—	—	—	33.
63	28	44,4	31	19	61,3	6	2	33,3	2	2	100,0	1	—	—	—	—	—	34.
30	16	53,3	10	4	40,0	2	1	50,0	1	—	—	—	1	—	—	—	—	35.
52	24	46,2	23	16	69,6	6	7	116,7	3	1	33,3	1	2	200,0	1	1	100,0	36.
22	5	22,7	16	8	50,0	2	2	100,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	37.

wechsel ein noch geringerer als im Jahre 1915 gewesen sein müßte. Wider Erwarten findet man aber 1916 eine geringe Aufwärtsbewegung, 1917 eine bereits erheblichere und 1918 sogar eine Bewegung, die der Friedensbewegung nahekommt. Zur Deutung dieser Erscheinung wird man zunächst daran denken, daß die Verkäufe mit der Dauer des Krieges schon deshalb eine Zunahme zeigen mußten, weil in nicht wenigen Fällen der alte Besitzer durch den Tod seines Erben im Kriege häufiger als im Frieden gezwungen war, sein Besitztum zu veräußern. Daß aber dieser Grund nicht allein und nicht einmal zu einem größeren Teile das Ansteigen der Verkaufsziffern in den späteren Kriegsjahren erklärt, scheinen mir die Zahlen der Käufe in den westlichen Provinzen Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau und der Rheinprovinz zu beweisen. Denn wenn der Verlust des Erben durch den Krieg die hauptsächlichste Erklärung der ansteigenden Verkäufe gewesen wäre, so müßte die Zunahme der Käufe in den genannten Regierungsbezirken, in denen die Vererbung die Verkäufe weit mehr als im Osten überwog, besonders stark gewesen sein. Demgegenüber findet man aber, daß sich auch hier die Verkäufe in den engen Grenzen halten, die während der Friedenszeit zu beobachten waren. Wenn nun mit wenigen Ausnahmen auch in den westlichen Regierungsbezirken die Zunahme der Käufe nur bis zu ähnlichen Hundertsätzen wie im Frieden beobachtet wird, so wird man den Schluß zu ziehen haben, daß die allgemein wirksamen Interessen mit der Länge des Krieges für das Volk wieder eine höhere Bedeutung gewannen. Demgegenüber darf man wohl auch kaum die besonders starke Zunahme des Besitzwechsels durch Kauf im Jahre 1918 damit zu begründen versuchen, daß während der letzten Monate der Krieg in Deutschland bereits beendet war. Denn abgesehen davon, daß sich diese Besitzwechselbewegung des Jahres 1918 deutlich im Jahre 1917 vorbereitet, ist dieser Zeitraum doch zu kurz gewesen, um einen erheblichen Einfluß auf den Besitzwechsel des ganzen Jahres auszuüben; auch stand die Wirtschaft infolge der heimströmenden Krieger und der schwierigen Demobilmachung mehr als je unter dem Zeichen der Kriegsverhältnisse.

Auch in den einzelnen Größenklassen ist das Ansteigen des Besitzwechsels in den letzten beiden Kriegsjahren 1917 und 1918 in den meisten Fällen in der Richtung der Bewegung im Frieden zu beobachten. Hier finden sich 1918 die höchsten Zahlen im Verhältnis zum Grundstücksbestande in der Größenklasse von 2 – 5 *ha* und daneben in denen von 100 und mehr *ha*, während die niedrigsten Verkaufszahlen, wie auch im Frieden, fast regelmäßig bei dem bäuerlichen Besitzstande von 20 – 50 *ha* und von 50 – 100 *ha* zu finden sind.

Um die Verhältnisse des Besitzwechsels infolge ungeteilten Kaufes innerhalb der einzelnen Jahre noch besonders stark in die Erscheinung treten zu lassen, ist in der nächsten Übersicht die Durchschnittszahl der Jahre 1914 – 1918 in allen Größenklassen gleichmäßig gleich 1 000 gesetzt und nunmehr berechnet worden, wie hoch sich in jedem einzelnen Jahre der Besitzwechsel im Verhältnis zur Tausendzahl gestaltet hat. Zum Vergleich des Besitzwechsels zwischen den verschiedenen Größenklassen kann also die nachfolgende Tabelle nicht verwandt werden, da an Stelle der verschiedenen Höhe des Besitzwechsels die Zahl 1 000 gesetzt ist.

Vom Besitzwechsel infolge ungeteilten Kaufes entfielen im preußischen Staate (ohne die Rheinprovinz) aufs Tausend des Jahresdurchschnitts 1914 bis 1918

im Jahre	in der Größenklasse von . . . *ha* 2 bis 5	5 bis 20	20 bis 50	50 bis 100	100 bis 200	200 und mehr	überhaupt
1914	1 033	1 064	1 054	971	764	646	1 024
1915	504	513	495	504	434	474	502
1916	698	708	711	695	761	838	705
1917	1 066	1 081	1 171	1 231	1 399	1 540	1 126
1918	1 699	1 633	1 571	1 598	1 648	1 503	1 642.

Die verhältnismäßige Gleichmäßigkeit der Bewegung innerhalb der einzelnen Größenklassen während der Jahre 1914 bis 1918 tritt hier klar zutage. Nur das Jahr 1914 zeichnet sich durch größere Unterschiede aus; denn während dieses Jahr in den Größenklassen von 2 – 50 *ha* noch Zahlen, die über dem auf 1 000 berechneten Durchschnitt liegen, zeigt, bleiben sie in den anderen Besitzgruppen darunter, und zwar charakteristischerweise abnehmend mit zunehmender Größenklasse. Das Jahr 1914 ist zur Hälfte noch ein Friedensjahr gewesen. Die Verkäufe größerer Güter pflegen aber zum größeren Teile in der zweiten Hälfte eines Jahres zu liegen, weil die Wirtschaftsperiode vom 1. Juni gerechnet wird und die Auseinanderrechnung sich erheblich leichter nach dem 1. Juni als während der Bestellungszeit vor diesem Termine durchführen läßt. Da, je größer die Güter werden, ein desto größerer Wert auf eine rationelle Buch- und Wirtschaftsführung und auf die Auseinandersetzung gelegt wird, so müssen sich die Kriegsverhältnisse, die bereits mit der Ermordung des österreichischen Thronfolgers wirtschaftlich zu spüren waren, stärker in den Besitzwechselzahlen der höheren Besitzgruppen ausgedrückt haben als in den anderen.

Interessant ist ferner, daß mit steigender Größenklasse die Ziffern des Jahres 1917 zunehmen, eine Erscheinung, die auch schon für das Jahr 1916 mit einer einzigen Unterbrechung, der Besitzgruppe von 50 – 100 *ha*, zu beobachten ist. Es muß demnach angenommen werden, daß mit zunehmendem Besitzumfange die wirtschaftlichen Verhältnisse stärker dem normalen Besitzwechsel zudrängten.

Anmerkung: Die Rheinprovinz ist in der Übersicht in Übereinstimmung mit der Tabelle auf Seite 77 fortgelassen worden. Der im übrigen sehr geringe Besitzwechsel dieser Art in der genannten Provinz, der demzufolge auf das Gesamtergebnis des Staates keinen Einfluß hat, ist wegen der Andersartigkeit der Mehrzahl der unter die Landwirtschaft gerechneten Besitzungen für das Gesamtbild ohne Wert.

Innerhalb der einzelnen Regierungsbezirke ist der Rückgang des Besitzwechsels während des Krieges gegenüber den Vorkriegsjahren von 1896 bis 1913 selbstverständlich recht verschieden gewesen. Da die Zahlen im Erbgange, wie schon häufiger erwähnt, sich in keiner Weise mit den tatsächlichen Erbfällen zu decken brauchen, soll hier nur auf die Verkäufe eingegangen werden. Bei den Abzweigungen bewegt sich innerhalb der einzelnen Regierungsbezirke die Verhältniszahl der durchschnittlichen jährlichen Abzweigungen während des Krieges zu denen der Vorkriegszeit zwischen 14 v. H. (Bromberg) und 132,2 v. H. (Wiesbaden).

Die Verhältniszahl steht über 60 außerdem noch im Regierungsbezirk Hildesheim, in den Regierungsbezirken der Provinz Westfalen und in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Trier und Aachen, während in 14 Bezirken die Verhältniszahl unter 40 gesunken ist. Da diese Bezirke mit Ausnahme von Aurich sämtlich im Osten liegen und, wie gezeigt, nur der Westen die hohen Verhältniszahlen enthält, ergibt sich wieder ein charakteristischer Unterschied zwischen dem Osten und dem Westen. Dieser Unterschied dürfte hier mit den industriellen Verhältnissen zusammenhängen, da bei den ungeteilten Käufen ein derartiger Unterschied nicht festzustellen ist.

Der Kauf von ungeteilten Besitzungen ist überhaupt, wie schon aus den Zahlen für den Staat hervorgeht, lebhafter gewesen als der von Abzweigungen. Niedrige Zahlen unter 40 v.H. sind nur in 9 Regierungsbezirken anzutreffen, und die niedrigste Ziffer ist hier nicht 14, sondern 25,3 (Cassel). Die auffallend hohe Verkaufsziffer für Coblenz (174,4 v. H.) kann z. T. eine Zufallsziffer sein, die durch den überhaupt stets geringen Umsatz an ungeteiltem Besitz im Kauf hervorgerufen worden ist. Doch mag der Aufstieg der durchschnittlichen Jahreszahl von Verkäufen von 39 vor dem Kriege auf 68 während des Krieges in diesem Bezirk auch mit dem Rückgang der Erbteilung zusammenhängen. Denn eigentümlicherweise hat dieser Bezirk zusammen mit dem Regierungsbezirk Düsseldorf einzig und allein auch eine Erhöhung der Erbübergänge von ungeteiltem Besitz während des Krieges zu verzeichnen. Und gerade Düsseldorf ist es auch wieder, das bei den Verkäufen von ungeteilten Gütern nach Coblenz die größte Verhältniszahl (89,8) aufweist. Mag vielleicht auch der Erklärungsgrund ein anderer sein, als völlig zufällig kann diese charakteristische Übereinstimmung nicht gewertet werden.

Bei einem Vergleich des Verhältnisses des Besitzwechsels während des Krieges zu dem vor dem Kriege innerhalb der einzelnen Größenklassen der Regierungsbezirke scheint es mir von Interesse zu sein, daß die Unterschiede der Verhältniszahlen des Besitzwechsels im Kriege zu dem vor dem Kriege in bestimmten Grenzen eine Gleichmäßigkeit zu haben scheinen. So bewegen sich z. B. die Verhältniszahlen

in den Regierungsbezirken	zwischen		
Königsberg	56,7	und	69,1
Gumbinnen	54,8	„	62,5
Allenstein	38,9	„	50,0
Danzig	35,0	„	71,4
Marienwerder	40,7	„	54,0
Potsdam	59,5	„	90,9
Frankfurt	59,6	„	81,8
Stettin	69,2	„	82,1
Köslin	46,4	„	86,4
Stralsund	72,2	„	100,0
Posen	28,2	„	43,5
Bromberg	30,0	„	47,3
Breslau	45,8	„	87,0
Liegnitz	47,0	„	83,3
Oppeln	30,8	„	87,5
Magdeburg	39,1	„	100,0
Schleswig	64,2	„	75,0.

Die großen Unterschiede, die in dieser Reihe zunächst für Danzig und Breslau enthalten sind, verschwinden, sobald man bei diesen beiden Bezirken die wirtschaftlich besonders ungünstig dastehende Größe zwischen 100 und 200 *ha* ausnimmt. Alsdann bewegen sich die Zahlen für Danzig zwischen 35 und 50,9 und in Breslau zwischen 45,8 und 62,1. Für die Bezirke Liegnitz, Oppeln und Magdeburg, die auch im Gegensatz zu den übrigen Bezirken größere Unterschiede aufweisen, lassen sich für die Zahlen interessante Einschnitte feststellen. Es haben sich nämlich die Ziffern im Regierungsbezirk Liegnitz bewegt

bei der Besitzgruppe von 2 bis 50 *ha*	zwischen 47,0	und 54,2
„ „ „ „ 50 „ 200 u. mehr *ha*	„ 70,9	„ 83,8

im Regierungsbezirk Magdeburg

bei der Besitzgruppe von 2 bis 50 *ha*	zwischen 39,1	und 54,9
„ „ „ „ 50 „ 200 u. mehr *ha*	„ 69,6	„ 100,0

im Regierungsbezirk Oppeln

bei der Besitzgruppe von 2 bis 50 *ha*	zwischen 33,3	und 33,7
„ „ „ „ 50 „ unter 200 *ha*	„ 71,4	„ 87,5,

während hier allerdings in der Besitzgruppe 200 und mehr *ha* die Zahl nur 30,8 betrug. Es ergibt sich hiernach für die östlichen Regierungsbezirke die Tatsache, daß der Rückgang des Besitzwechsels im Kauf entweder zwischen sämtlichen Besitzgruppen oder wenigstens zwischen den drei kleineren Besitzgruppen einerseits und den drei größeren Besitzgruppen andererseits keine erheblichen Unterschiede aufzuweisen hat. Die Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse während des Krieges muß also im Osten innerhalb der einzelnen Regierungsbezirke auf die Kaufsneigung in den verschiedenen Besitzgruppen ganz ähnlich gewirkt haben.

Für den Westen ist ein ähnlicher Versuch der Vergleichung nicht unternommen worden, weil zum Teil schon in der Besitzgruppe zwischen 20 und 50 *ha*, stets aber in den höheren Gruppen die Besitzwechselfälle so gering sind, daß aus ihnen wegen der Zufälligkeit, die bei der Änderung von kleinen Zahlen stets vorliegen kann, sich keine gesetzmäßigen Erscheinungen ableiten lassen. In einer größeren Anzahl westlicher Regierungsbezirke ist sogar der gesamte Besitzwechsel von ungeteilten landwirtschaftlichen Gütern so gering gewesen, daß er selbst im Höchstfalle nicht 1/2 % des Grundstücksbestandes erreichte. So bewegten sich diese Besitzwechselfälle in den Jahren 1914—1918

in den Regierungsbezirken

Hannover	zwischen 37	und 57	od. 0,17	und 0,27	d. Grundstücksbestandes
Münster	„ 50	„ 116	„ 0,18	„ 0,41	„ „
Minden	„ 26	„ 107	„ 0,10	„ 0,41	„ „
Cassel	„ 67	„ 116	„ 0,16	„ 0,27	„ „
Wiesbaden	„ 11	„ 25	„ 0,04	„ 0,09	„ „
Coblenz	„ 11	„ 28	„ 0,03	„ 0,08	„ „
Köln	„ 39	„ 71	„ 0,17	„ 0,31	„ „
Trier	„ 13	„ 26	„ 0,03	„ 0,07	„ „
Aachen	„ 20	„ 86	„ 0,11	„ 0,47	„ „.

Besonders in den Weingutsbezirken haben also hiernach während des Krieges überhaupt kaum noch Verkäufe von landwirtschaftlichem Besitz in ungeteiltem Zustande stattgefunden, eine Erscheinung, die allerdings zum Teil auch schon im Frieden zu beobachten war.

Der Besitzwechsel nach dem Kriege.

Zur Vermeidung von Irrtümern sei gleich hier vermerkt, daß dem gesamten Besitzwechsel nach dem Kriege 1919—1921 der Umfang Preußens am Schluß des Jahres 1921 zugrunde gelegt worden ist. Der Regierungsbezirk Oppeln erscheint also noch erheblich größer, als er z. Z. ist. Demzufolge sind auch bei der Vergleichung mit dem Besitzwechsel vor dem Kriege sämtliche Zahlen dieses Besitzwechsels für den genannten Umfang Preußens umgerechnet worden.

Im Gegensatz zu den Kriegszeiten hat der Besitzwechsel in den drei Jahren nach dem Kriege, 1919—1921, die noch statistisch erfaßt und bearbeitet werden konnten, gegenüber dem Frieden erheblich zugenommen. An und für sich ist diese Erscheinung nicht erstaunlich, da man von vornherein mit einem Ausgleich der zu geringen Zahlen des Besitzwechsels während des Krieges in den unmittelbar darauffolgenden Jahren rechnen mußte. Nur scheint es befremdlich, daß diese Zunahme ausschließlich auf eine außerordentlich hohe Verstärkung der Erbgänge zurückzuführen ist, die v. H. des Besitzwechsels durch Erbgang vor 1914 157,2 beträgt, während die Verkäufe demgegenüber auf 83,9 v. H. der Verkäufe der Vorkriegszeit zurückgegangen sind. Man hätte eher nach dem Alter der zum Heeresdienst im Kriege Eingezogenen und besonders derer, die in den ersten Schlachtreihen standen, erwartet, daß später, wenn die im Felde gefallenen Söhne der Besitzer normaler Weise zur Erbfolge berufen gewesen wären, sich eine erhebliche Vermehrung der Verkäufe zeigen würde. Es wäre aber irrig aus dem Umstande, daß verhältnismäßig wenige Besitzer im Kriege gefallen sind, zu folgern, daß hierdurch der Besitzwechsel im Erbgange nur unwesentlich beeinflußt worden wäre. Um diesen Einfluß festzustellen, muß mangels genügender Unterlagen die untere und obere Grenze der Wahrscheinlichkeit für die Zahl der im Kriege gefallenen Besitzer gefunden werden. Zunächst sollen von je 1 000 Besitzern nur 5 %, also 50, eingezogen gewesen und von diesen nur 6 %, also 3, gefallen sein. Es würden dann auf 1 000 Besitzungen 3 Erbfälle mehr entfallen als sonst, und da diese Erbfälle im allgemeinen erst zu einer Änderung des Grundbuches nach dem Kriege geführt haben, würde die Steigerung des Besitzwechsels sich in der Mittelzahl der drei ersten Jahre nach dem Kriege auswirken müssen. Im Durchschnitt entfiele also auf jedes Jahr ein weiterer Erbfall. Da ferner auf 1 000 Besitzungen, falls jeder Besitzer sein Gut nach einer Besitzzeit von der Dauer einer Generation vererbt, jährlich rund 33 Erbfälle entfallen, so würde innerhalb der drei nachgewiesenen Nachkriegsjahre sich durch die im Kriege gefallenen Besitzer eine Vermehrung des Besitzwechsels im Erbgange um durchschnittlich jährlich rund 3 % gegenüber der Vorkriegszeit ergeben. Für die obere Grenze soll angenommen werden, daß nicht 5 % sondern 30 % von je 1 000 Besitzern eingezogen gewesen und daß von diesen je 300 10 % gefallen sind, alsdann würde sich eine Vermehrung der Erbfälle von 30 oder ein Anwachsen des Besitzwechsels infolge Erbgang für die drei Jahre um 30 % ergeben. Der wahrscheinliche Einfluß des Krieges auf den Besitzwechsel im Erbgang in der Nachkriegszeit schwankt also zwischen 3 und 30 %.

Anmerkung. Die Tatsache, daß in bestimmten Landesteilen Preußens eine große Zahl von Erbfolgen grundbuchlich nicht in die Erscheinung treten, ändert an dieser Berechnung nichts, da man von der sicheren Annahme ausgehen darf, daß im allgemeinen genau so viel der durch den Tod des Besitzers im Kriege entstandenen Erbschaften grundbuchlich eingetragen werden, wie es der sonstigen Gewohnheit entspricht.



Die Steigerung des Besitzwechsels ungeteilter Grundstücke im Erbgange hat aber in den drei Nachkriegsjahren für das Preußische Staatsgebiet nicht 30, sondern 60,6 v. H. betragen. Man sieht also, daß, wenn auch der Besitzwechsel im Erbgang durch die Zahl der im Kriege gefallenen Besitzer erheblich beeinflußt sein kann, er doch nicht zur Erklärung der tatsächlich eingetretenen Steigerung genügt. Auch ein Rückgang an Verkäufen in den Jahren 1919—1921 kann nicht der Grund für die Höhe des Besitzwechsels im Erbgang gewesen sein, da die Verkäufe von abgezweigten Grundstücken die Vererbung des Grundbesitzes kaum berühren und die Zahl der Verkäufe von ungeteiltem Grundbesitz 99 v. H. von den Verkäufen vor dem Kriege betragen hat, also fast auf dem gleichen Stand verblieben ist.

Man wird vielmehr bei dem Versagen dieser Gründe zur Erklärung die mit großer Wahrscheinlichkeit bestehende Annahme heranziehen müssen, daß zu einem großen Teil die auch sonst während des Krieges vorgekommenen Erbfälle erst nach seiner Beendigung grundbuchlich eingetragen und damit erst statistisch erfaßt wurden. Auf diese Weise konnte auch nur der geringe Besitzwechsel im Erbgange während des Krieges gedeutet werden. Sodann darf man auch nicht vergessen, daß, wie ebenfalls in dem Kapitel über den Besitzwechsel im Kriege hervorgehoben wurde, zu den Erbfällen die weit verbreitete Sitte der Übergabe des Gutes bei Lebzeiten an einen Abkömmling oder Schwiegersohn, selbst wenn diese Überlassung in der Form eines Kaufes stattfindet, gezählt wird. Während des Krieges konnten solche Übergaben aber nur in beschränktem Maße stattfinden, die nun in den Jahren nach Kriegsschluß nachgeholt wurden.

Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß die Folgen des Krieges für den Besitzwechsel noch einmal später besonders fühlbar werden. In dem Maße, in dem die Generation, die im Felde gestanden hat, zur Erbfolge herankommt, in dem Maße wird infolge der großen Zahl der gefallenen Besitzersöhne sich eine Verschiebung im Besitz-

Vergleichende Übersicht des Wechsels im ländlichen Grundbesitz in der

Staat — Regierungsbezirke	Zahl der durchschnittlich jährlich a) während der Vorkriegsjahre 1896 bis 1913																	
	Infolge von Erbgang									Infolge von Kauf								
	überhaupt			abgezweigt			ungeteilt			überhaupt			abgezweigt			ungeteilt		
	zu a	zu b überhaupt	zu b v. H. der Sp. 2	zu a	zu b überhaupt	zu b v. H. der Sp. 5	zu a	zu b überhaupt	zu b v. H. der Sp. 8	zu a	zu b überhaupt	zu b v. H. der Sp. 11	zu a	zu b überhaupt	zu b v. H. der Sp. 14	zu a	zu b überhaupt	zu b v. H der Sp. 17
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
Staat . . .	**20 894**	**32 836**	**157,2**	**2 667**	**3 571**	**133,9**	**18 226**	**29 265**	**160,6**	**30 559**	**25 636**	**83,9**	**11 841**	**7 102**	**60,0**	**18 717**	**18 534**	**99,0**
Regierungsbezirke																		
1. Königsberg	592	1 185	200,2	15	9	60,0	577	1 176	203,8	1 342	1 490	111,0	380	297	78,2	962	1 193	124,0
2. Gumbinnen	762	1 566	205,5	13	7	53,8	749	1 559	208,1	1 736	2 068	119,1	435	352	80,9	1 301	1 716	131,9
3. Allenstein .	749	1 699	226,8	12	7	58,3	737	1 692	229,6	1 719	1 807	105,1	601	323	53,7	1 118	1 484	132,7
4. Westpreußen	100	214	214,0	1	2	200,0	99	212	214,1	498	455	91,4	31	34	109,7	467	420	89,9
5. Potsdam . .	897	1 629	181,6	20	42	210,0	877	1 587	181,0	1 827	1 544	84,5	835	435	52,1	993	1 109	111,7
6. Frankfurt .	1 327	2 182	164,4	24	35	145,8	1 303	2 147	164,8	1 705	1 732	101,6	541	319	59,0	1 165	1 413	121,3
7. Berlin[1]) . .	—	7	—	—	—	—	—	7	—	—	21	—	—	14	—	—	7	—
8. Stettin . . .	653	1 173	179,6	33	19	57,6	620	1 154	186,1	1 113	1 221	109,7	451	269	59,6	662	952	143,8
9. Köslin . . .	716	1 362	190,2	30	21	70,0	686	1 341	195,5	1 384	1 101	79,6	565	163	28,8	819	938	114,5
10. Stralsund .	44	59	134,1	1	1	100,0	43	58	134,9	190	175	92,1	59	29	49,2	131	146	111,5
11. Schneidemühl	421	752	178,6	15	10	66,7	406	742	182,8	876	668	76,3	291	78	26,8	585	590	100,9
12. Breslau . .	996	1 768	177,5	14	22	157,1	982	1 746	177,8	1 946	1 632	83,9	393	314	79,9	1 553	1 318	84,9
13. Liegnitz . .	975	1 611	165,2	12	16	133,3	963	1 596	165,7	2 094	1 976	94,4	412	298	72,3	1 682	1 678	99,8
14. Oppeln . .	1 341	2 606	194,3	78	98	125,6	1 263	2 508	198,6	1 822	1 029	56,5	434	207	47,7	1 388	822	59,2
15. Magdeburg	783	1 351	172,5	82	88	107,3	701	1 263	180,2	1 138	710	62,4	627	251	40,0	510	459	90,0
16. Merseburg	873	1 204	137,9	74	108	145,9	799	1 096	137,2	1 112	601	54,0	476	237	49,8	636	363	57,1
17. Erfurt . . .	340	381	112,1	139	118	84,9	201	263	130,8	281	150	53,4	139	69	49,6	141	81	57,4
18. Schleswig .	940	1 225	130,3	73	127	174,0	867	1 098	126,6	3 102	3 117	100,5	1 561	1 182	75,7	1 541	1 935	125,6
19. Hannover .	507	642	126,6	6	10	166,7	501	632	126,1	400	227	56,8	240	137	57,1	160	90	56,3
20. Hildesheim	404	479	118,6	46	92	200,0	357	386	108,1	238	135	56,7	117	67	57,3	121	68	56,2
21. Lüneburg .	635	1 069	168,3	7	55	785,7	627	1 014	161,7	751	612	81,5	455	312	68,6	296	300	101,4
22. Stade . . .	656	887	135,2	29	36	124,1	627	851	135,7	683	462	67,6	332	192	57,8	351	270	76,9
23. Osnabrück	484	647	133,7	6	14	233,3	478	632	132,2	428	302	70,6	226	150	66,4	202	152	75,2
24. Aurich . . .	287	329	114,6	22	29	131,8	265	300	113,2	498	405	81,3	175	189	108,0	323	216	66,9
25. Münster . .	699	894	127,9	13	6	46,2	687	888	129,3	427	239	56,0	228	151	66,2	199	88	44,2
26. Minden . .	632	876	138,6	19	23	121,1	613	853	139,2	317	173	54,6	158	89	56,3	159	84	52,8
27. Arnsberg .	562	669	119,0	27	65	240,7	535	604	112,9	497	340	68,4	205	154	75,1	291	186	63,9
28. Cassel . . .	1 137	1 475	129,7	222	322	145,0	915	1 153	126,0	561	246	43,9	210	106	50,5	352	139	39,5
29. Wiesbaden	568	875	154,0	402	781	194,3	166	94	56,6	178	140	78,7	115	120	104,3	62	20	32,3
30. Coblenz . .	575	571	99,3	503	476	94,6	72	94	130,6	245	141	57,6	206	126	61,2	39	15	38,5
31. Düsseldorf	314	331	105,4	50	71	142,0	264	261	98,9	506	239	47,2	241	83	34,4	264	155	58,7
32. Köln	200	271	135,5	118	189	160,2	82	83	101,2	348	166	47,7	245	107	43,7	103	60	58,3
33. Trier	443	438	98,9	395	395	100,0	48	43	89,6	347	159	45,8	304	142	46,7	43	17	39,5
34. Aachen . .	147	214	145,6	106	176	166,0	41	38	92,7	169	116	68,6	111	81	73,0	58	36	62,1
35. Sigmaringen	135	200	148,1	60	100	166,7	75	99	132,0	81	59	72,8	42	36	85,7	40	22	55,0

*) nach dem Staatsumfange am Schlusse des Jahres 1921. — [1]) Die hier aufgeführten Besitzungen liegen in demjenigen Teile des Reg.-Bez. Potsdam, der nach dem

wechsel geltend machen. Über die Art der Verschiebung könnten hier nur Vermutungen ausgesprochen werden, da diese von der Sinnesart unserer Bauern und Großgrundbesitzer, sowie von den wirtschaftlichen Verhältnissen, die dann bestehen werden, abhängt. Es wird aber nicht nur von wissenschaftlichem sondern auch von praktischem Interesse sein, diese Verschiebung dann späterhin festzustellen, da sich aus ihr gegebenenfalls auch wichtige Schlüsse für gesetzgeberische Maßnahmen ergeben werden.

Bei der Besitzwechselverschiebung nach dem Kriege zeigt sich wieder die auffällige Verschiedenheit zwischen dem östlichen und dem westlichen Teile Preußens. Auch der Besitzwechsel in der Provinz Schleswig-Holstein zeigt mit einer Ausnahme erneut die Zugehörigkeit dieser Provinz zum Osten. Ihr steht diesmal aus dem Westen auch der Regierungsbezirk Lüneburg nahe, der auch schon bei dem Besitzwechsel der früheren Jahre Neigung zu Zahlen zeigte, die zwischen denen des Ostens und des Westens lagen. Der Bezirk Magdeburg ist seiner Lage an beiden Seiten der Elbe entsprechend in seinem Besitzwechsel wiederum zwiespältig. Auf die besondere Eigentümlichkeit einiger östlichen Bezirke, besonders des Regierungsbezirks Oppeln bei dem Besitzwechsel im Kauf wird bei der Besprechung dieser Art des Besitzwechsels noch eingegangen werden.

Die wichtigsten Zahlen des Besitzwechsels der Jahre 1919 bis 1921 gibt die nachstehende Tabelle an, die auch die Vergleichszahlen der Jahre 1896 bis 1913 enthält.

Nach dieser Übersicht hat auch der Besitzwechsel von abgezweigten Grundstücken im Erbgange erheblich zugenommen. Im Durchschnitt der Jahre wurden jährlich nach dem Kriege 3 571 und vor dem Kriege 2 667 derartige Besitzwechselfälle in dem neuen Umfang des Staatsgebiets gezählt. Die Steigerung betrug demnach 33,9 %. Die Übersicht über die Regierungsbezirke zeigt jedoch, daß eine Änderung in der Sitte der Erbteilung innerhalb der einzelnen Landesteile nicht eingetreten ist, da die Steigerung, die die Abzweigungen im Erbgange in

Vorkriegszeit 1896/1913*) mit demjenigen der Nachkriegszeit 1919/1921*).

und b) in den Jahren 1919 bis 1921 in andere Hand übergegangenen Besitzungen

Von den infolge von Kauf ungeteilt in andere Hand übergegangenen Besitzungen (Sp. 17 und 18) entfielen auf die Größenklasse von																		Wiederholung der Bezeichnung in Spalte 1
2 bis unter 5 *ha*			5 bis unter 20 *ha*			20 bis unter 50 *ha*			50 bis unter 100 *ha*			100 bis unter 200 *ha*			200 *ha* und darüber			
zu a	zu b überhaupt	zu b v. H. der Sp. 20	zu a	zu b überhaupt	zu b v. H. der Sp. 23	zu a	zu b überhaupt	zu b v. H. der Sp. 26	zu a	zu b überhaupt	zu b v. H. der Sp. 29	zu a	zu b überhaupt	zu b v. H. der Sp. 32	zu a	zu b überhaupt	zu b v. H. der Sp. 35	
20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	
8 676	7 819	90,1	6 521	7 054	108,2	2 011	2 116	105,2	716	753	105,2	382	402	105,2	383	313	81,7	St.
314	358	114,0	334	465	139,2	130	172	132,3	86	94	109,3	51	52	102,0	45	49	108,9	1.
602	693	115,1	451	684	151,7	132	198	150,0	59	84	142,4	36	35	97,2	21	21	100,0	2.
417	510	122,3	431	639	148,3	141	193	136,9	63	74	117,5	34	41	120,6	32	25	78,1	3.
154	123	79,9	177	182	102,8	74	69	93,2	32	26	81,3	18	14	77,8	12	6	50,0	4.
449	500	111,4	340	380	111,8	115	128	111,3	43	56	130,2	21	19	90,5	22	20	90,9	5.
535	637	119,1	405	517	127,7	121	151	124,8	40	49	122,5	22	23	104,5	36	31	86,1	6.
—	3	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	7.
289	437	151,2	242	345	142,6	67	90	134,3	25	23	92,0	14	23	164,3	21	20	95,2	8.
278	249	89,6	349	425	121,8	97	143	147,4	28	48	171,4	22	39	177,3	45	35	77,8	9.
49	60	122,4	43	59	137,2	18	13	72,2	6	6	100,0	5	4	80,0	11	5	45,5	10.
203	173	85,2	212	244	115,1	86	93	108,1	29	34	117,2	34	24	70,6	21	19	90,5	11.
751	594	79,1	547	502	91,8	168	127	75,6	35	29	82,9	23	25	108,7	29	18	62,1	12.
808	744	92,1	578	652	112,8	182	170	93,4	55	52	94,5	24	25	104,2	34	19	55,9	13.
794	465	58,6	495	293	59,2	66	46	69,7	8	6	75,0	7	6	85,7	13	5	38,5	14.
260	223	85,8	164	152	92,7	46	43	93,5	23	20	87,0	10	11	110,0	7	9	128,6	15.
336	182	54,2	205	119	58,0	57	38	66,7	21	14	66,7	10	6	60,0	7	4	57,1	16.
88	48	54,5	38	26	68,4	7	3	42,9	3	1	33,3	3	2	66,7	3	2	66,7	17.
677	816	120,5	534	741	138,8	226	264	116,8	70	76	108,6	17	26	152,9	7	9	128,6	18.
84	53	63,1	53	26	49,1	16	7	43,8	4	2	50,0	1	1	100,0	1	1	100,0	19.
70	38	54,3	38	19	50,0	10	8	80,0	2	1	50,0	1	1	100,0	—	1	—	20.
133	129	97,0	98	109	111,2	35	27	77,1	16	18	112,5	9	9	100,0	6	8	133,3	21.
195	146	74,9	111	87	78,4	30	25	83,3	12	9	75,0	3	3	100,0	1	—	—	22.
99	68	68,7	73	60	82,2	22	16	72,7	6	5	83,3	1	2	200,0	1	1	100,0	23.
208	142	68,3	84	49	58,3	25	18	72,0	6	5	83,3	1	1	100,0	—	1	—	24.
105	42	40,0	62	31	50,0	22	12	54,5	8	2	25,0	2	1	50,0	1	—	—	25.
100	48	48,0	43	26	60,5	10	7	70,0	4	1	25,0	1	1	100,0	1	1	100,0	26.
149	88	59,1	102	64	62,7	26	20	76,9	8	9	112,5	3	3	100,0	2	2	100,0	27.
186	72	38,7	116	47	40,5	30	12	40,0	11	3	27,3	6	3	50,0	3	2	66,7	28.
45	12	26,7	14	6	42,9	2	1	50,0	1	—	—	—	1	—	—	—	—	29
28	10	35,7	8	5	62,5	2	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	30.
120	80	66,7	105	57	54.3	32	15	46,9	6	2	33,3	1	2	200,0	—	—	—	31.
63	28	44,4	31	24	77,4	6	5	83,3	1	2	200,0	1	—	—	—	—	—	32.
30	14	46,7	10	3	30,0	2	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	33.
35	25	71,4	12	9	75,0	6	1	16,7	3	—	—	1	—	—	1	—	—	34.
22	12	54,5	16	9	56,3	2	1	50,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	35.

Gesetz vom 27. April 1920 dem Stadtkreise Berlin einverleibt ist, und betreffen das Jahr 1921; sie sind bei Berlin nur nachrichtlich, im übrigen beim Reg.-Bez. Potsdam gebracht.

den einzelnen Bezirken erfahren haben, sich in den zu erwartenden Grenzen halten. Nur Lüneburg scheint eine Ausnahme zu machen. Hier hat die Steigerung der jährlich im Erbgang geteilten Grundstücke nach dem Kriege nicht weniger als 785,7 v. H. solcher Teilungen vor dem Kriege betragen. Da aber die Zahl der im Erbgang geteilten Grundstücke vor dem Kriege durchschnittlich jährlich nur 7 betrug und aus der großen Tabelle auf Seite 46 Spalte 11 hervorgeht, daß nur das Jahr 1919 die bedeutsame Höhe des Jahresdurchschnitts von 55 in der statistisch erfaßten Nachkriegszeit hervorgerufen hat, so ist anzunehmen, daß es sich bei diesem Regierungsbezirk lediglich um eine Zufallsbildung handelt. Die bei Lüneburg festgestellte Steigerung überragt bei weitem die Verhältniszahlen aller anderen Regierungsbezirke. So hat der Regierungsbezirk Arnsberg, bei dem nach Lüneburg die größte Vermehrung der durch Erbgang abgezweigten Grundstücke eingetreten ist, nur die Verhältniszahl 240,7, also 545 Punkte unter Lüneburg. Auch im übrigen läßt sich aus den durchschnittlichen Jahreszahlen der Nachkriegszeit in den einzelnen Regierungsbezirken und aus ihrem Verhältnis zu den entsprechenden Zahlen der Vorkriegszeit für die Erbteilungen nichts Besonderes entnehmen. Die durch den Krieg hervorgerufene Abnahme der bei einer Erbteilung in Betracht kommenden Erben hat auf der einen Seite die Zahlen ermäßigt, während auf der anderen Seite die Zahlen dadurch erhöht wurden, daß so manche Erbteilung, besonders auch die in früheren Kapiteln bereits erwähnte Überlassung eines großen Teils des Besitzes an den Erben zu Lebzeiten des Besitzers, auf die Zeit nach dem Kriege verschoben oder wenigstens erst in dieser Zeit beurkundet wurde. Im allgemeinen ist die Beeinflussung der Zahlen durch das zweite Moment stärker gewesen, da die meisten Regierungsbezirke, in denen reale Erbteilungen häufiger zu beobachten sind, erhöhte Zahlen haben. Als besondere Ausnahme hiervon ist Erfurt zu nennen, wo die durchschnittliche Jahreszahl von 139 auf 118, und Coblenz, wo sie von 503 auf 476 zurückging.

Überblickt man die Zahlen in der Übersicht für den Erbgang ungeteilten Besitzes, so tritt hier der erwähnte Gegensatz zwischen dem Osten und dem Westen wieder scharf hervor. Mit Ausnahme des Regierungsbezirks Stralsund, der bei seiner Kleinheit voraussichtlich eine Zufallsziffer enthalten wird, bewegt sich im Osten bis einschließlich des halb ost- und des halb west-elbischen Regierungsbezirks Magdeburg die Ziffer, die die Vermehrung des Erbganges nach dem Kriege zu dem vor dem Kriege nachweist, zwischen 164,8 (Frankfurt) und 229,6 (Allenstein). In den Bezirken von Merseburg an schwanken diese Ziffern zwischen 56,6 (Wiesbaden) und, ausschließlich Lüneburgs, 139,2 (Minden). Die Höchstziffer der westlichen Bezirke übertrifft demnach selbst Stralsund (134,9) nur um 4,3 Punkte und bleibt hinter der sonstigen kleinsten Ziffer des Ostens noch um 25,6 Punkte zurück. Und selbst wenn man den an die Elbe grenzenden Regierungsbezirk Lüneburg, der sich, wie bereits erwähnt, in seinen Zahlen östlich gebärdet, einschließt, so bleibt selbst diese Höchstziffer für den Westen 161,7 noch hinter der niedrigsten Ziffer des Ostens, außer Stralsund, um 3,1 Punkt zurück (Regierungsbezirk Frankfurt). Dieser auffällige Unterschied kann m. E. bei der Gleichmäßigkeit seiner Erscheinung unmöglich als Zufall gewertet werden. Hier muß ein grundsätzlicher Unterschied zwischen dem Westen und dem Osten vorhanden sein, der diesmal auf einem etwas anderen Gebiete als sonst zu liegen scheint, da die Provinz Schleswig-Holstein mit der Ziffer 126,6 sich in die westlichen Bezirke einordnet.

Man könnte zur Erklärung zunächst an den Einfluß der früher bereits festgestellten erheblich höheren Verkaufszahlen im Osten, die die Zahl der Erbgänge mindern können, denken. Denn wenn infolge der häufigen Verkäufe von Grundbesitz statt 100 Erbfällen in 3 Jahren auf je 1 000 Besitzungen nur 15 im Durchschnitt der Vorkriegszeit entfielen, so würde sich der Einfluß der durch den Tod von Besitzern im Kriege hervorgerufenen Vermehrung der Erbgänge viel stärker auswirken, als vorher berechnet ist. Diese Möglichkeit besteht aber schon deshalb nicht, weil die Verhältniszahlen der durch Erbgang übergegangenen Besitzungen zu der Zahl der vorhandenen Besitzungen, wie die Tabelle auf S. 10 ff. (Sp. 15 und 16) nachweist, gerade in den meisten östlichen Bezirken ziemlich hoch liegen und vielfach sogar höhere Ziffern aufweisen als die Bezirke des Westens.

Ohne mit Bestimmtheit das Richtige getroffen haben zu wollen, glaube ich, diesen Unterschied zwischen Osten und Westen zu einem Teil darauf zurückführen zu können, daß das durchschnittliche Alter der Besitzer landwirtschaftlicher Grundstücke im Osten unter dem im Westen liegt und infolgedessen im allgemeinen eine höhere Zahl von Besitzern aus den östlichen Landesteilen zum Heeresdienst während des Krieges eingezogen war und gefallen ist als aus dem Westen. Zum anderen, vielleicht überwiegenden Teile liegt im Osten eine häufigere Übernahme des Besitzes noch zu Lebzeiten des Besitzers durch den Erben vor. Man darf nicht vergessen, daß neben den gefallenen Grundeigentümern eine stattliche Anzahl von Besitzern im Kriege Verletzungen erlitten haben wird, die sie zu einer selbständigen oder umfangreichen Mitarbeit in der Wirtschaft unfähig gemacht haben. Während nun im Westen in solchen Fällen der Sohn oder ein Verwandter zunächst selbständig die Wirtschaft führt, ohne eingetragener Eigentümer zu werden, verlangt der Nachfolger des landwirtschaftlichen Besitzes im Osten von dem bisherigen Besitzer auch die formelle Übergabe der Wirtschaft. Sollte meine Annahme zur Erklärung der behandelten Erscheinung, die irgendeinen derartigen Grund unter allen Umständen haben muß, zutreffen, so würde sich hier eine sehr interessante Tatsache für die tieferen Unterschiede des Ostens und Westens, die mit den Rassenfragen zusammenhängen, ergeben.

Die Zahl der durchschnittlich in der Nachkriegszeit durch Kauf in andere Hände übergegangenen Besitzungen hat gegenüber der Friedenszeit nicht unerheblich abgenommen, sie hat nur 83,9 v. H. des früheren Besitzwechsels betragen. Dieser Rückgang des Besitzwechsels ist aber ausschließlich eine Folge der erheblichen Einschränkungen des Besitzwechsels von abgezweigten Stücken. Denn während die im Kauf ungeteilt übergegangenen Besitzungen im jährlichen Durchschnitt 18 534 betrugen und damit nur 183 unter dem jährlichen Durchschnitt vor dem Kriege lagen, steht bei den Abzweigungen der jährliche Durchschnitt von 7 102 in den Jahren 1919 bis 1921 der Durchschnittszahl von 11 841 in der Vorkriegszeit gegenüber. Der Rückgang beträgt somit hier 40 v. H. Bei den bereits an anderer Stelle mitgeteilten wichtigsten Gründen für derartige Abzweigungen im Kauf kann dieser Rückgang nicht befremden. Die geringe Lebhaftigkeit im Handel und Wandel, die Unsicherheit der Verhältnisse mußten in den letzten Jahren diese Abnahme mit sich bringen. Innerhalb der einzelnen Regierungsbezirke schwankt die Verhältniszahl zwischen 26,8 (Regierungsbezirk Schneidemühl) und 109,7 (Regierungsbezirk Westpreußen). Über 100 liegt die Verhältniszahl außerdem nur noch im Regierungsbezirk Aurich und im Regierungsbezirk Wiesbaden und unter 30 nur noch im Regierungsbezirk Köslin. Unter den 35 Regierungsbezirken bewegt sich in 27 Fällen die Verhältniszahl zwischen 30 und 80. Die Unterschiede erscheinen danach nicht größer, als sie nach den besonderen lokalen Einflüssen in den einzelnen Gegenden Preußens zu erwarten sind.

Der Besitzwechsel von ungeteiltem Kauf für das gesamte Staatsgebiet ist demgegenüber dem Besitzwechsel in den Vor-

kriegsjahren ziemlich gleichgeblieben. Diese Erscheinung ist aber nur eine Folge des starken Besitzwechsels im Jahre 1919 gewesen; ohne diesen würde die Zahl der Verkäufe erheblich gesunken sein. Einen Überblick über die Verschiedenartigkeit des Besitzwechsels im Kauf für Preußen während der Jahre 1919 bis 1921 gibt die nachstehende Übersicht, bei der in derselben Weise wie bei den gleichen Übersichten für die Kriegszeit und die Vorkriegszeit die Rheinprovinz außer Betracht geblieben ist.

Vom Besitzwechsel infolge ungeteilten Kaufes entfielen im preußischen Staate (ohne die Rheinprovinz) aufs Tausend des Jahresdurchschnitts 1919 bis 1921 Fälle

im Jahre	in der Größenklasse von . . . *ha* 2—5	5—20	20—50	50—100	100-200	200 und mehr	überhaupt
1919	1 278	1 335	1 433	1 459	1 439	1 407	1 332
1920	944	931	894	902	922	869	929
1921	778	734	673	638	642	728	739.

Hiernach hat sich in allen Größenklassen der Absturz in ähnlicher Stärke vom Jahre 1919 bis 1921 bewegt. Am geringsten ist er bei der Größenklasse zwischen 2 und 5 *ha* gewesen, in welcher Gruppe der Unterschied trotzdem noch immer 500 Punkte beträgt (1 278 im Jahre 1919 zu 778 im Jahre 1921). Am stärksten ist er in den beiden Größenklassen zwischen 20 und 100 *ha* und in der Größenklasse zwischen 100 und 200 *ha* gewesen; in diesen drei Gruppen weist das Jahr 1921 nicht mehr die Hälfte der Besitzwechselfälle des Jahres 1919 auf. Diese Erscheinung stimmt durchaus mit dem in anderen Kapiteln hervorgehobenen besonderen Wesen des Besitzwechsels in den einzelnen Größenklassen überein. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Landwirtschaft hatten sich vom Jahre 1919 bis zum Jahre 1921 anscheinend außerordentlich günstig entwickelt. Es ist daher nur folgerichtig, daß die Größenklasse zwischen 100 und 200 *ha*, bei der schon früher auf die besonders starke Abhängigkeit von dem jeweiligen wirtschaftlichen Druck hingewiesen wurde, jetzt einen auffallend günstigen Verlauf des Besitzwechsels zeigen mußte, während die Größenklasse zwischen 2 und 5 *ha*, bei der sich aus den besonderen Verhältnissen dieser Besitzgruppe heraus eine große Unabhängigkeit gegenüber den speziellen Verhältnissen der Landwirtschaft gezeigt hatte (vergl. S. 73 u. 76), auch hier noch am wenigsten von der ständigen und starken Besserung in der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft berührt wurde. Innerhalb der bäuerlichen Besitzgruppen zwischen 20 und 100 *ha* wurde der Rückgang des Besitzwechsels noch dadurch verschärft, daß im ersten Nachkriegsjahre der Besitzwechsel durch Kauf mehr als in den übrigen Gruppen gegenüber der Vorkriegszeit zugenommen hat, da die infolge des zähen Festhaltens an der Scholle niedrigen Verkaufszahlen der Vorkriegszeit im Verhältnis stärker durch die bei allen Besitzgruppen gleichmäßig wirkenden aus dem Kriege stammenden Verkaufsnotwendigkeiten beeinflußt wurden. Zur Erläuterung der durch den Krieg veranlaßten Verkäufe sei daran erinnert, daß in vielen Fällen, in denen der Besitzer gefallen war und überhaupt kein Nachkomme oder nur minderjährige Nachkommen vorhanden waren, die Notwendigkeit des Verkaufs gegeben war. Ebenso werden manche Bauern, da ihre Verwundungen die eigene Mitarbeit nicht mehr zuließen, sich häufiger, wenn auch schweren Herzens, haben entschließen müssen, ihren Hof aufzugeben, ein Verkaufsgrund, der bei den Bauern sogar im höheren Maße vorliegt als bei den Größengruppen, bei denen die Mitarbeit des Besitzers nicht gefordert wird oder in denen der Besitzer noch ein anderes Gewerbe betreibt.

Der Umfang der Verkäufe im gesamten Staatsgebiet während der Nachkriegsjahre ist, wie hiernach festgestellt ist, wesentlich eine Folge der hohen Verkaufszahlen im Jahre 1919. Sobald man nun die Bewegung des Besitzwechsels in den einzelnen Regierungsbezirken miteinander vergleicht, ergibt sich weiter, daß die hohe Zahl des Jahres 1919 ausschließlich auf dem Besitzwechsel in den östlichen Provinzen beruht. Um dies zu veranschaulichen, ist die Übersicht Seite 88 aufgestellt worden, die die Durchschnittszahlen der ungeteilten Verkäufe im Jahre 1896—1913 mit denen der Jahre 1919 und 1921 vergleicht, und die östlichen Bezirke einschließlich Magdeburgs und Schleswigs von den westlichen trennt. Dabei sind nur die Größenklassen bis 100 *ha* berücksichtigt, weil in den höheren Gruppen die westlichen Bezirke wegen des Mangels an solchen Besitzungen kein Vergleichsmaterial mehr bieten.

Die Durchsicht dieser Tabellen ergibt für die Vergleichung des durchschnittlichen Besitzwechsels von 1896—1913 und des Besitzwechsels im Jahre 1919 für die östlichen Regierungsbezirke folgendes Resultat:

Es überragt in den 15 östlichen Regierungsbezirken der Besitzwechsel des Jahres 1919 den durchschnittlichen Besitzwechsel der Vorkriegsjahre

in der Größenklasse

von 2— 5 *ha* in 13 Regierungsbezirken, und zwar meist sehr erheblich,
„ 5— 20 *ha* „ 14 „ und zwar meist in noch größerem Umfange,
„ 20— 50 *ha* „ 14 „ und zwar in dem gleichen Ausmaß,
„ 50—100 *ha* „ 14 „ in verschiedenem Umfange.

Eine Ausnahme hiervon bildet eigentlich nur der Regierungsbezirk Oppeln, der in den Größenklassen von 2—20 *ha* Zahlen aufweist, die erheblich unter dem Durchschnitt der Vorkriegsjahre liegen, in der Größenklasse von 20—50 *ha* Zahlen, die nur um ein geringes hinter dem Durchschnitt der Jahre 1896—1913 zurückbleiben und in der letzten nachgewiesenen Größenklasse von 50—100 *ha* gleiche Zahlen. Außerdem ist für die Größenklasse von 2—5 *ha* als weitere Ausnahme noch der Regierungsbezirk Westpreußen zu nennen, in dem im Jahre 1919 nur 128 Verkäufe vorgekommen sind, während die Durchschnittszahl der Vorkriegsjahre sich auf 154 beläuft.

Das umgekehrte Verhalten zeigen die 18 westlichen Regierungsbezirke. Hier liegt der Besitzwechsel des Jahres 1919 unter der Durchschnittszahl der Vorkriegsjahre

in der Größenklasse von 2— 5 *ha* in 16 Regierungsbezirken,
„ „ „ „ 5— 20 *ha* „ 13 „
„ „ „ „ 20 - 50 *ha* „ 11 „
„ „ „ „ 50—100 *ha* „ 10 „ .

Diese letzte Größenklasse muß man jedoch, wie die Übersicht zeigt, bei der ferneren Vergleichung ausschalten, weil die Zahl der Verkäufe hier sowohl vor als nach dem Kriege so gering ist, daß der Zufall bei ihrer Bildung eine zu bedeutsame Rolle gespielt haben kann. Unter den 7 Regierungsbezirken, die im Jahre 1919 in der Größenklasse von 20—50 *ha* höhere Zahlen als die Durchschnittszahlen der Vorkriegsjahre aufweisen, beträgt die größte prozentuale Steigerung 50 % (Köln), während in den östlichen Teilen Preußens in mehreren Regierungsbezirken die Steigerung innerhalb dieser Größengruppe über 100 % hinausgeht. In der Besitzgruppe von 5—20 *ha* ist unter den 5 Regierungsbezirken, die hier eine Ausnahme bilden, auf den Regierungsbezirk Stade und den Regierungsbezirk Arnsberg hinzuweisen, bei denen die Steigerung jedoch nur wenige Prozent beträgt. Eine bemerkbare Aufwärtsbewegung ist nur für den Regierungsbezirk Lüneburg von 98 auf 144 und für Aachen von 12 auf 18 festzustellen. In der Größenklasse von 2—5 *ha* sind es überhaupt nur diese beiden Regierungsbezirke, bei denen die umgekehrte Bewegung wie bei den anderen westlichen Bezirken nachgewiesen ist.

Vergleichende Übersicht der ungeteilten Verkäufe im Durchschnitt der Vorkriegsjahre 1896/1913 mit denen der Jahre 1919 und 1921 unter Trennung der östlichen und westlichen Regierungsbezirke.

Regierungsbezirke	Zahl der durch Kauf ungeteilt in andere Hand übergegangenen Besitzungen in der Größenklasse von																			
	2 bis 5 *ha*					5 bis 20 *ha*					20 bis 50 *ha*					50 bis 100 *ha*				
	im Durchschnitt der Jahre 1896/1913	im Jahre 1919	im Jahre 1921	im Jahre 1919 mehr als 1921 überhaupt	im Jahre 1919 mehr als 1921 Hundertteile	im Durchschnitt der Jahre 1896/1913	im Jahre 1919	im Jahre 1921	im Jahre 1919 mehr als 1921 überhaupt	im Jahre 1919 mehr als 1921 Hundertteile	im Durchschnitt der Jahre 1896/1913	im Jahre 1919	im Jahre 1921	im Jahre 1919 mehr als 1921 überhaupt	im Jahre 1919 mehr als 1921 Hundertteile	im Durchschnitt der Jahre 1896/1913	im Jahre 1919	im Jahre 1921	im Jahre 1919 mehr als 1921 überhaupt	im Jahre 1919 mehr als 1921 Hundertteile
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
a) Östliche Regierungsbezirke einschl. Magdeburgs und Schleswigs.																				
1. Königsberg	314	529	241	288	119,5	334	760	268	492	183,6	130	297	87	210	241,4	86	155	53	102	192,5
2. Gumbinnen	602	935	561	374	66,7	451	1 015	428	587	137,1	132	286	136	150	110,3	59	122	51	71	139,2
3. Allenstein	417	661	414	247	59,7	431	820	548	272	49,6	141	254	147	107	72,8	63	91	55	36	65,5
4. Westpreußen	154	128	109	19	17,4	177	200	168	32	19,0	74	96	58	38	65,5	32	34	20	14	70,0
5. Potsdam	449	643	377	266	70,6	340	496	297	199	67,0	115	165	111	54	48,6	43	80	40	40	100,0
6. Frankfurt	535	825	464	361	77,8	405	698	389	309	79,4	121	218	112	106	94,6	40	72	39	33	84,6
7. Stettin	289	494	355	139	39,2	242	425	248	177	71,4	67	129	52	77	148,1	25	39	13	26	200,0
8. Köslin	278	326	178	148	83,1	349	588	270	318	117,8	97	208	67	141	210,4	28	67	32	35	209,4
9. Stralsund	49	65	47	18	38,3	43	91	36	55	152,8	18	20	8	12	150,0	6	8	2	6	300,0
10. Schneidemühl	203	213	145	68	46,9	212	298	223	75	33,6	86	108	84	24	28,6	29	43	19	24	126,3
11. Breslau	751	781	436	345	79,1	547	659	349	310	88,8	168	171	94	77	81,9	35	44	17	27	158,8
12. Liegnitz	808	976	555	421	75,9	578	869	481	388	80,7	182	238	107	131	122,4	55	69	31	38	122,6
13. Oppeln	794	465	485	— 20	— 4,1	495	315	300	15	5,0	66	62	38	24	63,2	8	8	7	1	14,3
14. Magdeburg	260	301	168	133	79,2	164	187	113	74	65,7	46	52	40	12	30,0	23	28	9	19	211,1
15. Schleswig	677	1 050	593	457	77,1	534	950	552	398	71,9	226	396	153	243	158,8	70	118	42	76	181,0
b) Westliche Regierungsbezirke ausschl. Magdeburgs und Schleswigs.																				
1. Merseburg	336	227	131	96	73,3	205	171	63	108	171,4	57	53	26	27	103,8	21	15	12	3	25,0
2. Erfurt	88	65	29	36	124,1	38	24	21	3	14,3	7	3	1	2	200,0	3	3	—	3	—
3. Hannover	84	59	39	20	51,3	53	36	9	27	300,0	16	6	6	—	—	4	3	—	3	—
4. Hildesheim	70	48	29	19	65,5	38	21	13	8	61,5	10	9	7	2	28,6	2	2	—	2	—
5. Lüneburg	133	158	103	55	53,4	98	144	73	71	97,3	35	45	17	28	164,7	16	30	13	17	130,8
6. Stade	195	190	126	64	50,8	111	114	77	37	48,1	30	36	14	22	157,1	12	15	7	8	114,3
7. Osnabrück	99	96	51	45	88,2	73	64	40	24	60,0	22	30	5	25	500,0	6	9	3	6	200,0
8. Aurich	208	199	113	86	76,1	84	74	33	41	124,2	25	37	8	29	362,5	6	12	2	10	500,0
9. Münster	105	48	34	14	41,2	62	40	14	26	185,7	22	16	8	8	100,0	8	2	1	1	100,0
10. Minden	100	64	29	35	120,7	43	40	19	21	110,5	10	16	2	14	700,0	4	3	—	3	—
11. Arnsberg	149	117	66	51	77,3	102	104	31	73	235,6	26	35	15	20	133,3	8	16	5	11	220,0
12. Cassel	186	101	62	39	62,9	116	62	35	27	77,1	30	13	5	8	160,0	11	3	4	— 1	— 25,0
13. Wiesbaden	45	14	11	3	27,3	14	7	2	5	250,0	2	1	—	1	—	1	—	—	—	—
14. Coblenz	28	12	9	3	33,3	8	6	6	—	—	2	1	—	1	—	1	—	1	—	—
15. Düsseldorf	120	97	64	33	51,6	105	72	40	32	80,0	32	16	13	3	23,1	6	2	2	—	—
16. Köln	63	28	27	1	3,7	31	32	20	12	60,0	6	9	2	7	350,0	1	3	2	1	50,0
17. Trier	30	18	8	10	125,0	10	6	—	6	—	2	—	—	—	—	1	—	1	—	—
18. Aachen	35	41	13	28	215,4	12	18	7	11	157,1	6	3	1	2	200,0	3	—	1	—	—

Neben diesen charakteristischen Unterschieden zwischen dem Osten und dem Westen ergibt sich aus der Übersicht ferner, daß innerhalb der drei vergleichbaren Größengruppen der Besitzwechsel des Jahres 1919 in seinem Verhältnis zu dem Jahresdurchschnitt der Vorkriegsjahre in den größeren Größenklassen stärker gewesen ist als in der niederen. Dies beweisen neben den meisten Verhältniszahlen des Besitzwechsels des Jahres 1919 zu dem Jahresdurchschnitt der Vorkriegsjahre auch die Ausnahmen. Es sei daran erinnert, daß in der Größenklasse zwischen 2 und 5 *ha* in den östlichen Landesteilen zwei Regierungsbezirke im Jahre 1919 geringere Zahlen hatten als im Durchschnitt der Vorkriegsjahre, während in der Größenklasse von 5—20 und 20—50 *ha* nur ein Regierungsbezirk die Ausnahme bildete (Oppeln) und bei diesem der Rückgang erheblich geringer war (von 495 auf 315 und von 66 auf 62) als in der vorhergenannten Größenklasse (794 zu 465), und daß in den westlichen Landesteilen in der Größenklasse von 2—5 *ha* nur in zwei Regierungsbezirken im Jahre 1919 höhere Zahlen zu finden waren als im Durchschnitt der Vorkriegsjahre, während in der Größenklasse von 5—20 *ha* fünf Regierungsbezirke und in der von 20—50 *ha* sieben Regierungsbezirke genannt werden mußten, in denen die Verkäufe des Jahres 1919 den Durchschnitt der Verkäufe in den Vorkriegsjahren übertrafen.

Nun sollte man meinen, daß bei diesem Ergebnis für die Verkäufe ländlichen Grundbesitzes in den östlichen Regierungsbezirken sich wenigstens der Rückgang innerhalb der Nachkriegsjahre stärker bemerkbar machen müßte als im Westen, d. h., daß die Zahl der Verkaufsfälle des Jahres 1919 in ihrem Verhältnis zu den Verkaufsfällen des Jahres 1921 im Osten höher liegt als im Westen. Eine Vergleichung ergibt aber, daß, wenn auch die Bewegung in den einzelnen Regierungsbezirken verschieden ist, bei den östlichen und westlichen Landesteilen, je als ein Ganzes genommen, das Gegenteil der Fall ist. Dies wird durch folgende kleine Auszählung bewiesen:

Die Besitzwechselfälle des Jahres 1919 waren mehr als doppelt so groß wie im Jahre 1921

in der Größenklasse	in den östlichen Regierungsbezirken	in den westlichen Regierungsbezirken
von 2—5 *ha*	1 mal,	4 mal,
„ 5—20 „	4 „ ,	9 „ ,
„ 20—50 „	7 „ ,	14 „ .

Dagegen überragte der Besitzwechsel des Jahres 1919 den des Jahres 1921 nur um weniger als 50 v. H.

in der Größenklasse	in den östlichen Regierungsbezirken	in den westlichen Regierungsbezirken
von 2— 5 *ha*	5 mal,	4 mal,
„ 5—20 „	4 „ ,	2 „ ,
„ 20—50 „	3 „ ,	2 „ .

Auch hier sei wieder auf die hervortretende Übereinstimmung der Bewegung innerhalb der einzelnen Größenklassen im Osten und Westen hingewiesen. Wenn auch mit Ausnahme von Oppeln in der Größenklasse zwischen 2 und 5 *ha* das Ergebnis des Jahres 1921 stets unter dem von 1919 liegt, so ist doch der Rückgang, wie die vorstehenden kleinen Zahlenreihen zeigen, in der ersten Größenklasse weniger ausgeprägt als in der mittleren und in dieser wieder geringer als in der von 20 bis 50 *ha*.

Alles in allem findet sich auch nach dem Kriege ein tiefgreifender Unterschied zwischen dem Osten und Westen. Hier verringern die Verhältnisse nach dem Kriege bereits im ersten Jahre die Neigung zum Verkauf noch unter das Durchschnittsmaß vor dem Kriege, bis im Laufe der drei Jahre der Verkauf fast überhaupt aufhört; dort dagegen steigern sich im ersten Jahre nach dem Kriege die Verkäufe weit über den Durchschnitt der Vorkriegsjahre, um bei dem dann auch eintretenden Rückgang im Jahre 1921 im allgemeinen nur die Durchschnittszahlen der Jahre bis 1913 zu erreichen. Durch nichts kann die Zähigkeit, mit der unsere westdeutsche Bauernschaft an der Scholle hängt, besser veranschaulicht werden. Die zahlreichen Gründe, die der Krieg für die Aufgabe des Besitzes geschaffen hat, haben die Familien nur dazu geführt, am Besitz noch fester zu halten als bisher. Die hohen Preise, die nach dem Kriege für alle Besitzgrößen geboten wurden, haben sie nicht verlocken können, ihren angestammten Hof zu verlassen. Die Schwierigkeiten für die Erhaltung des Besitzes, die der Tod oder die Arbeitsunfähigkeit des Besitzers bot, müssen, wie auch schon an anderer Stelle erwähnt, in zahlreichen Fällen auf irgendeinem Wege überwunden worden sein.

Demgegenüber steht der ostdeutsche Grundbesitzer. Wenn er auch nicht in gleichem Maße mit seinem Besitz auf Gedeih und Verderb verbunden ist wie der westdeutsche, so gibt er doch im allgemeinen, wie aus den Zahlen des Besitzwechsels hervorgeht, sein Eigentum nicht leichtsinnig auf; aber die Folgen des Krieges haben auf seine etwas größere Neigung zum Verkauf fördernd gewirkt, sei es daß die höheren Preise im ersten Jahre, als die Entwertung des Geldes gegenüber dem Sachwert noch nicht begriffen war, ihn zum Verkauf anreizten, sei es daß die Hoffnung, das Gut trotz des Verlustes des Besitzers dauernd den Kindern erhalten zu können, geringer war als im Westen. Dabei darf man nicht übersehen, daß die wirtschaftliche Lage der Besitzer im Osten vielfach schwieriger sein dürfte als jenseits der Elbe. Der leichte Boden wiegt in stärkerem Maße vor, und die Erbsitte, die das Anerbenrecht fast nicht kennt, belastet den Erben des Hofes zugunsten seiner Geschwister stärker als im Westen, wo die anderen Kinder mit erheblich geringeren Erbteilen abgefunden zu werden pflegen. Sicherlich kann aber auch in dem Verhalten des Ostens ein stärkerer Unternehmergeist liegen, der sich nicht an dem Überkommenen festklammert und stets nur in die Fußtapfen der Eltern tritt, sondern eine ihm günstig erscheinende Konjunktur ausnutzt, um neues, vielleicht längst geplantes, durchzuführen.

Welche Unterschiede aber auch zwischen dem Osten und Westen vorliegen, und wie sie auch begründet sein mögen, gleichmäßig ist östlich und westlich der Elbe das Bewußtsein gewachsen, daß bei dem Niedergang der Valuta, der Unsicherheit der mobilen Werte, der erschwerten Lebensbedingungen in den Städten der Grundbesitz das wertvollste Gut ist, das man mit allen Kräften zu behalten bestrebt ist, und das auch den höchsten Preisangeboten zu widerstehen vermag.

Kritik über die geltende Erhebungsmethode des Besitzwechsels und neue Vorschläge.

Bei der Einführung der Besitzwechselstatistik ist man von dem zutreffenden Gesichtspunkt ausgegangen, daß man die veranstaltete Erhebung über den Bestand der landwirtschaftlichen Grundstücke auf eine längere Zeit nur nutzen könne, wenn man daneben einen ständigen Einblick in den Wechsel des Besitzes erhalte. Zugleich sollte die Besitzwechselstatistik auch selbständig Aufgaben lösen können. So sollte sie z. B. die Feststellung ermöglichen, wie stark die Seßhaftigkeit der Landwirte in den verschiedenen Teilen Preußens und innerhalb der verschiedenen Besitzgrößen ist, oder wieweit auch der landwirtschaftlich genutzte Boden ein Handelsobjekt geworden ist. Auch über das von manchen Seiten behauptete Bauernlegen sowie über die gefürchtete Güterschlächterei und über die Zersplitterung des Grund und Bodens durch die besonders in manchen Gegenden herrschende Erbsitte der Realteilung wollte man Auskunft erhalten. Da man aber zugleich kostspielige und zeitraubende Erhebungsmethoden vermeiden wollte, verzichtete man auf eine eingehende Individualstatistik. Man glaubte sich mit der zu Anfang der Abhandlung dargestellten Erhebungsmethode begnügen zu können, bei der im Falle der Abzweigung unter Außerachtlassung der Verhältnisse des alten Grundstücks nur die neu entstandenen Besitzungen statistisch erfaßt wurden. Man knüpfte dabei die Erhebung an die Eintragung im Grundbuch als einen Verwaltungsakt, der die Feststellung des Besitzüberganges sicherte und dabei die Art der Erhebung einfach zu gestalten schien.

Es erscheint durchaus verständlich, daß man, ohne bisher praktische Erfahrungen auf diesem Gebiete zu besitzen, mit der beschlossenen Statistik die gestellten Aufgaben in einer verhältnismäßig leichten Form hoffte lösen zu können; aber die inzwischen gewonnenen Erfahrungen haben, wie bereits aus vorliegender Abhandlung hervorgeht, deutlich gezeigt, daß diese Hoffnung getäuscht wurde.

Zunächst konnte man, ehe die Statistik nicht längere Jahre durchgeführt war, keine Kenntnis davon besitzen, in welch erheblichem Umfang der Besitzwechsel sich bei dieser Methode überhaupt der Feststellung entzieht, da besonders bei kleinerem Grundbesitz, vornehmlich in Erbfällen, aber auch bei Käufen und selbst bei Abzweigungen eine Eintragung in das Grundbuch über den Wechsel des Eigentümers nicht vorgenommen wird. Dadurch war von vornherein eine Besitzwechselstatistik, die sich allein auf die Grundbucheintragungen stützte, zu einer Unvollkommenheit verurteilt, die das zu gewinnende Bild trüben mußte.

Gegen die schematische Einteilung der statistisch erfaßten Grundstücke in die einzelnen Größenklassen ohne Feststellung ihrer tatsächlichen Größe würde sich vom Standpunkt der reinen Besitzwechselstatistik bei dem großen Vorzug der Vereinfachung, den diese Methode besitzt, nicht viel einwenden lassen; doch hat diese grobe Klassifizierung es verhindert, die Besitzwechselstatistik als eine Fortschreibung des Grundstücksbestandes zu verwenden, sodaß es nur unter Zuhilfenahme von Wahrscheinlichkeitshypothesen gelingen kann, wenigstens einen ganz allgemeinen Überblick über den heutigen Grundstücksbestand in Preußen zu erhalten.

An und für sich war es ein fruchtbarer Gedanke, den Grundbuchämtern bei der Aufstellung des statistischen

Urmaterials aufzugeben, die Zerstückelungen eines alten Grundstücks, d. h. den Übergang des gesamten alten Besitzes auf zwei oder mehrere neue Besitzer, unter Hervorhebung der Anzahl der neuen Besitzungen kenntlich zu machen. Leider hat man aber auch hierbei die mit diesem Gedanken verknüpfte Absicht nicht erreicht. In den meisten Fällen — von Realteilungen bei Erbschaften abgesehen — erstreckt sich die Zertrümmerung eines Gutes auf mehrere Jahre; in der Statistik erscheint aber die Zersplitterung nur in dem Jahre, in dem auch der letzte Rest des Gutes an einen neuen Besitzer übergeht, und nur mit der Anzahl neuer Besitzungen, die in diesem Jahre grundbuchlich beurkundet werden, während die in früheren Jahren verkauften Grundstücke nur gewöhnliche Abzweigungen zu sein schienen. Behält der Besitzer auch nur einen verschwindend kleinen Teil seines Gutes für sich und seine Erben, so kann durch die Statistik auch in den Fällen, in denen das Gut lediglich zum Zwecke der Zertrümmerung geteilt wurde, ein Fall der Zersplitterung überhaupt nicht festgestellt werden.

Auch die Hervorhebung der Fälle der Zusammenlegung, d. h. des Erwerbes eines landwirtschaftlichen Grundstücks durch den Besitzer eines in der gleichen Gemeinde liegenden landwirtschaftlich genutzten Grundstücks, vermag nur einen unvollkommenen Einblick in diese wirtschaftlich wichtige Tatsache zu geben. Alle Fälle der Zusammenlegung, bei denen der Käufer bereits ein Gut in einer anderen Gemarkung besitzt, bleiben statistisch unerhoben, also vornehmlich die Erwerbung neuen Grundbesitzes in benachbarten Gemeinden durch die Eigentümer selbständiger Gutsbezirke. Dazu kommt, daß es zweifelhaft erscheint, ob die Grundbuchämter bei der Aufstellung des Urmaterials jedesmal in der Lage sind, einwandfrei festzustellen, ob der Käufer bereits einen anderen Besitz in der Gemeinde hat. Auf Schwierigkeiten stößt diese Feststellung besonders in den Gemeinden der westlichen Provinzen mit ausgedehntem, zersplittertem Grundbesitz. Nur so ist es wohl auch zu erklären, daß in der Rheinprovinz und in der Provinz Hessen-Nassau sowie vor allem in den drei Weingutsbezirken eine so geringe Zahl von Zusammenlegungen der ungeheuren Zersplitterung gegenübersteht. Denn wenn tatsächlich ohne nennenswerte Zusammenlegungen die Zersplitterung des Grundbesitzes in diesen Bezirken den Umfang hat, der sich aus der Statistik ergibt, so würde sich daraus eine Vermehrung des Kleinbesitzes und der landwirtschaftlichen Besitzer ergeben, die kaum glaublich erscheint.

Nicht einmal die Abnahme des der Landwirtschaft gewidmeten Grund und Bodens läßt sich aus der Besitzwechselstatistik entnehmen. Weder wird angegeben, ob ungeteilte Grundstücke bei einem Besitzwechsel ihren landwirtschaftlichen Charakter verlieren, noch ob die unzähligen kleinen Trennstücke unter 2 *ha*, die jährlich abgezweigt werden, der Landwirtschaft erhalten bleiben oder anderen Zwecken zugeführt werden. Nur auf Grund verschiedener Erwägungen und mit Hilfe anderer Feststellungen war es möglich, wenigstens bis zu einem bestimmten Grade, die Grenzen des Verlustes an Grund und Boden für die Landwirtschaft zu schätzen.

Bedauerlich ist es auch, daß die Besitzwechselstatistik nicht einmal in eine unmittelbare Verbindung mit den Zahlen der selbst durch staatliche Beihilfe geschaffenen Ansiedlungen treten kann. Ganz abgesehen von dem bereits erwähnten Mangel bei der Erfassung der Zersplitterung des Grundbesitzes, ließen sich die Zahlen des Besitzwechsels und die über die Ansiedlungen nicht ohne weiteres vergleichen, weil die Einteilung der Größenklassen verschieden war.

Feinere Unterscheidungen und Untersuchungen sind völlig ausgeschlossen. Es sei nur auf die Frage der Gründe des Verkaufs eines landwirtschaftlichen Grundstücks hingewiesen, ob der ehemalige Besitzer infolge seines Alters seinen Besitz aufgab, infolge von Überlastung durch Hypotheken, bei Gelegenheit einer Erbteilung und ob die Aufgabe des Besitzes unter Ankauf eines neuen Besitzes oder ohne diesen erfolgte. Richtig wäre es auch, besonders bei größeren Gütern, den bisherigen Beruf festzustellen, um so der Frage nachgehen zu können, in welchem Umfange heute tatsächlich Nichtlandwirte landwirtschaftliche Besitzungen erwerben, wobei der wichtige Unterschied zu machen ist, ob sie diese Besitzungen nur aus Spekulationszwecken für eine kurze Dauer erwerben oder um einen sicheren Besitz für ihre Familie zu erhalten. Die Besitzzeit, nach der ein landwirtschaftlicher Betrieb verkauft oder auch vererbt wird, ist daher von keiner geringeren Bedeutung. Zweifellos besteht, wenn auch nicht in dem gleichen Umfange, wie bei dem Hausbesitz, auch bei den landwirtschaftlichen Gütern die Überfremdungsgefahr. Wie leicht würde durch eine richtige Besitzwechselstatistik diese brennende Frage gelöst werden können.

Bei Erbteilungen schließlich ist es wegen der großen Bedeutung der Erbsitte für die gesamte Landwirtschaft von großem Wert, nicht bloß ganz allgemeine, sondern eingehendere Kenntnis von der Art der Erbteilungen zu erhalten. So müßte z. B. festgestellt werden können, ob bei Abzweigungen infolge Überlassung eines Teiles des Grundbesitzes an den Erben bei Lebzeiten in der Mehrzahl der Fälle der alte Besitzer sich den Hof vorbehält oder ihn dem Erben überläßt und von welchem Umfange überhaupt die Zurückhaltung eines Teiles des Besitzes ist, um so die Bedeutung dieser Erbsitte für den landwirtschaftlichen Betrieb, vor allem für die größeren oder kleineren Schwierigkeiten, unter denen der neue Besitzer die Bewirtschaftung übernimmt, festzustellen. Über die Bedeutung und den Umfang des Anerbenrechts, über die Frage, in welcher Form die Erben durch Belastung des vererbten Grundstücks abgefunden werden, könnte die Besitzwechselstatistik bei richtiger Gestaltung eingehenden Aufschluß erteilen, während sie heute bei allen diesen Fragen hierfür völlig unbrauchbar ist. Es läßt sich nicht einmal feststellen, ob die realen Erbteilungen hauptsächlich bei Besitzungen vorkommen, bei denen keine Betriebsgebäude auf dem Grundstück vorhanden sind, und welchen Grad die durch Erbteilungen hervorgerufenen Zersplitterungen erreicht haben.

Die Beispiele volkswirtschaftlich bedeutender Feststellungen, die uns eine genaue Besitzwechselstatistik geben könnte, die die heutige unbeantwortet läßt, könnten noch weiter vermehrt werden. Die im vorstehenden gegebene Kritik zusammen mit dem Ergebnisse der Untersuchungen auf Grund der vorliegenden Zahlen der Besitzwechselstatistik mit ihren vielen zahlreichen Hypothesen, Zweifeln und Lücken beweist aber m. E. zur Genüge, daß die heutige Besitzwechselstatistik so wertlos ist, daß sie ohne großes Bedauern aufgegeben werden kann, daß aber andererseits eine neue individuell zu gestaltende Besitzwechselstatistik, die allerdings mit einer neuen Grundeigentumsstatistik verknüpft werden müßte, nicht zu entbehren ist.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau kann nur gelingen, wenn man klare Einsicht in die wirtschaftlichen Verhältnisse und Zusammenhänge erhält, die heute so verworren liegen, daß einzelne, noch so umfangreiche Beobachtungen ein Bild über die Gesamtlage nicht zu geben vermögen. Bei der heutigen Pflicht des Reiches, alle wirtschaftlichen Fragen in seinen Machtbereich zu ziehen, und bei den diametral entgegengesetzten Anschauungen über die Bedeutung und den Wert der wirtschaftlichen Vorgänge in unserem Volke, werden alle wirtschaftlichen Verhältnisse von der Parteien Haß und Gunst heiß umstritten. Immer wieder werden irgend welche Erscheinungen, die sich nur hie und da und manchmal sogar nur vorübergehend bemerkbar machen, werden Erfahrungen, die man persönlich gemacht zu haben glaubt, benutzt, um die Regierung zu Verwaltungsmaßnahmen und zu gesetzgeberischen

Eingriffen zu nötigen, die von der schwerwiegendsten Bedeutung für die Volkswirtschaft sind oder werden können. Nur durch zahlenmäßige Erfassung der wirtschaftlichen Erscheinungen würde die Regierung in den Stand gesetzt sein, festzustellen, welche tatsächliche Bedeutung den einzelnen Klagen oder Anklagen beizumessen ist. So ließ sich z. B. selbst bei dem ungenügenden Material, das die heutige Besitzwechselstatistik bietet, wenigstens mit einem großen Grad von Wahrscheinlichkeit nachweisen, daß sich das Bauernlegen, von dem so viel Aufhebens gemacht wurde, in engen Grenzen hält und nur dort vorkommt, wo nicht nur persönliche, sondern auch volkswirtschaftliche Gründe dazu drängen; und ebenso konnte über die Gefahr der Zersplitterung und des Verlustes an landwirtschaftlichem Boden immerhin mehr und positiveres ausgesagt werden als auf Grund zufälliger persönlicher und immer örtlich bleibender Beobachtungen.

Nun ist der landwirtschaftliche Grund und Boden unser kostbarstes Gut, zumal seitdem nach dem Kriege die Anschaffung ausländischen Getreides nur unter großen Opfern möglich ist. Ihn zu pflegen ist oberstes Gesetz für Privatwirtschaft und Volkswirtschaft. Die zu dieser Pflege notwendigen Gesetze und sonstigen Maßnahmen müssen, wie hier für die ganze Volkswirtschaft nachgewiesen ist, auf eine genaue und zuverlässige Kenntnis der Verhältnisse aufgebaut sein. Diese kann nur durch eine sorgfältige jahrelang durchgeführte Besitz- und Betriebsstatistik gewonnen werden, deren Methode durch Wissenschaft und Praxis ausgearbeitet und ständig kontrolliert wird. Selbst eine umfassende, aber erst in der Not der Stunde für den Augenblick angeordnete Erhebung ist, wie die Erfahrungen während der Kriegszeit hinreichend gelehrt haben, wegen ihrer überstürzten Einführung mit so großen Mängeln behaftet, daß sich aus ihr eine schiefe Darstellung der Tatsache und eine mangelhafte Anschauung ergibt, die zu falschen Maßnahmen führen muß.

Wenn auch auf Grund dieser Ausführungen die Dringlichkeit einer eingehenden Besitz- und Besitzwechsel-Statistik für die landwirtschaftlichen Grundstücke allgemein zugegeben werden wird, so werden trotzdem vielfach gegen die tatsächliche Durchführung einer solchen Statistik wegen der zu erwartenden hohen Kosten Bedenken erhoben werden. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß statistische Aufnahmen im Vergleich zu anderen billig sind, weil zu ihnen wenig Material, wohl aber viel Büroarbeit erforderlich ist, die eine verhältnismäßig geringe Steigerung der Kosten erfahren hat. Heute ist eine Statistik deshalb, an dem Index des Innenwertes der Mark gemessen, sogar billiger als vor dem Kriege und erfordert weniger Aufwendungen als andere Staatsausgaben. Die Gesamtkosten einer neuen Besitzwechselstatistik sind unter den Preisverhältnissen zu Ende April 1923 auf 16 Millionen geschätzt worden unter der Voraussetzung, daß der Besitzwechsel wieder den gleichen Umfang erreicht wie vor dem Kriege. Diese 16 Millionen entsprechen 1 000 Zentnern Koks, die im Frieden 1 000 *M* gekostet haben, oder 320 Zentnern Roggen, deren Friedenspreis sich auf 3 200 *M* stellte.

Diesen gering zu nennenden Ausgaben stehen als Aktivposten gegenüber die vielfachen Schlichtungen volkswirtschaftlicher Streitigkeiten im Volke, die infolge der Leidenschaft, mit der sie geführt werden, nicht abzuschätzendes Unheil anrichten, die Verhütung falscher Gesetze und Verordnungen oder sonstiger Maßnahmen, deren Schaden unüberschbar sein kann, und schließlich die tatsächliche Möglichkeit, auf Grund objektiver Erkenntnis die landwirtschaftlichen Interessen hüten und fördern zu können.

Ebensowenig wie danach finanzielle Bedenken der Statistik entgegenstehen, ebensowenig kann bei näherer Untersuchung von Schwierigkeiten der Erhebung gesprochen werden. Die Erhebung muß an Verwaltungsakte geknüpft sein, die die Erfassung der Besitzwechselvorgänge gewährleisten. Die Eintragungen in das Grundbuch kommen, wie sich aus der heutigen Besitzwechselstatistik ergeben hat, nicht in Betracht, und zwar nicht allein deshalb, weil die Grundbuchämter keine Kenntnis von sämtlichen Grundstücksübertragungen erhalten, sondern auch deshalb, weil die grundbuchlichen Eintragungen nur sehr wenig von dem enthalten, was eine individuelle Besitzwechselstatistik fordern müßte, sodaß den Amtsgerichten ein erhebliches Mehr an Arbeitslast zufallen würde. Dagegen läßt sich die statistische Aufnahme des Besitzwechsels ohne Schwierigkeit an steuerliche Vorgänge anknüpfen. Jeder Besitzwechsel unterliegt der steuerlichen Erfassung. Bei den Käufen und Verkäufen auch abgetrennter Teile eines Grundstücks kommt die Grunderwerbssteuer und meist auch die Wertzuwachssteuer in Frage, und bei den Erbübergängen ist es die Erbschaftssteuer, die die Besitzübertragung vor ihr Forum zieht. Da nun wegen dieser Steuern die Steuerbehörden sehr eingehende Fragebogen an die Steuerpflichtigen versenden, die diese selbst auszufüllen haben, so ist es leicht, diesem Steuerformular auch eine statistische Fragekarte beizufügen, die ebenfalls von dem Steuerpflichtigen auszufüllen sein würde. Der Steuerpflichtige würde hierbei keinen besonderen Schwierigkeiten begegnen, da diese Fragekarte kaum etwas enthalten dürfte, dessen Beantwortung nicht auch die Steuerbehörde fordert, und fast alle Fragen sich nur auf Tatsachen, deren Kenntnis der Pflichtige besitzt, beziehen. Da außerdem diese Tatsachen leicht kontrolliert werden können und auch zum größten und im wichtigsten Teile steuerlich nachgeprüft werden müssen, ist die Gefahr falscher Angaben so gering, daß für die Statistik weitere Sicherheitsmaßnahmen nicht getroffen zu werden brauchen, als daß auch die Steuerbehörden Änderungen des Tatsachenmaterials, die sich aus ihrer steuerlichen Prüfung ergeben, in die Fragekarte übertragen.

Eine die Wissenschaft und die Praxis wie auch die Pflichtigen befriedigende statistische Fragekarte zu gestalten, ist nicht leicht. Es wird zweifellos einer erheblichen Kritik und mancher Besprechungen mit den Sachverständigen aller interessierten Kreise bedürfen, um hier das richtige Maß zu finden. Die nachstehend abgedruckten Entwürfe werden daher unter allem Vorbehalt der Öffentlichkeit übergeben mit der Bitte, sie einer eingehenden Durchsicht und einer Kritik zu unterziehen. Auf die Gründe, weshalb die Fragekarten die hier wiedergegebene Gestalt erhalten haben, einzugehen, ist an dieser Stelle nicht notwendig, da sie gewissermaßen das Endergebnis der gesamten statistischen Untersuchung über die Besitzwechselstatistik und ihre Bedeutung sind und sich bei der Vorbereitung für die Einführung der neuen Statistik, die hoffentlich im Interesse unserer Landwirtschaft nicht lange auf sich warten lassen wird, die Gelegenheit ergeben wird, im einzelnen die Formblätter zu besprechen.

Kreis .... 19 /
Regierungsbezirk ....

Zählkarte

über den Wechsel im ländlichen Grundbesitz infolge ungeteilten Erbüberganges.

1. Lage des Grundstückes (Gemeinde, Gutsbezirk) ....
2. Größe des Grundstücks . . . . *ha*
3. Nutzungsart des Grundstücks (Landwirtschaft, Waldgut, Gärtnerei) ....
4. Grundsteuer-Reinertrag (in Mark ausgedrückt) . . . . *M* ..... *ϑ*
5. Gebäudesteuer-Nutzungswert . . . . *M* ..... *ϑ*
6. Hat das Grundstück ein Wohnhaus für den Besitzer (ja oder nein) . . . .
7. Hat das Grundstück die zum Betriebe notwendigen Gebäude (ja oder nein) . . . .

8. Sind Nebenbetriebe vorhanden (Sägemühle, Gastwirtschaft, Brennerei, Windmühle usw.) und welche
9. Gesamthöhe der eingetragenen Hypotheken und Grundschulden . . . . ℳ
10. Höhe der darunter (Frage 9) enthaltenen Sicherungshypotheken . . . . ℳ
11. Sind Roggen- oder andere wertbeständige Renten eingetragen und welche
12. Falls ja, welche Höhe hatten die jährlichen Renten am Tage des Erbüberganges in Mark ausgedrückt . . . . . ℳ
13. Hat der Erbe ein Altenteil zu entrichten (ja od. nein)
14. Falls ja, wie hoch war der Jahreswert des Altenteils am Tage des Erbüberganges . . . . ℳ
15. Wert des ererbten Grundbesitzes (katasteramtlicher) ℳ
16. Etwaiger Übernahmepreis des Grundstücks . . . . ℳ
17. Hat der Erbe andere Erben abzufinden (ja oder nein) , in welcher Höhe . . . . ℳ
18. Falls Erben abzufinden sind, wird diese Abfindung durch Belastung des Grundstücks stattfinden (ja oder nein)
19. Falls ja: a) in welcher Höhe ℳ, b) in welcher Form (Rente, Hypothek, Sicherungshypothek)
20. Name, Alter und bisheriger Beruf des Erben
21. Name, Alter, Beruf, sowie eventueller Todestag des Erblassers
22. Falls der Übergang bei Lebzeiten des Erblassers stattfand, Datum der Übergabe
23. Verwandtschaftsverhältnis des Erben zum Erblasser
24. Hat der Erbe bereits anderen landwirtschaftlichen Grundbesitz: wo (Gemeinde, Gutsbezirk)
(Kreis) , von welcher Größe ha;
hat dieser Grundbesitz ein Wohnhaus (ja oder nein) ,
sind Betriebsgebäude darauf (ja oder nein) . . . . . ,
wie wird er genutzt (landwirtschaftlich, gärtnerisch)

(Ort) , den 19

(Unterschrift des Erben, Testamentsvollstreckers)

Kreis 19 /

Regierungsbezirk

Zählkarte

über den Wechsel im ländlichen Grundbesitz infolge abgezweigten Erbüberganges.

1. Lage des Grundstücks (Gemeinde, Gutsbezirk)
2. Größe des Grundstücks (von dem die Erbübergänge abgezweigt wurden) . . . . ha
3. Nutzungsart dieses Grundstücks (Landwirtschaft, Waldgut, Gärtnerei)
4. Grundsteuer-Reinertrag des Gesamtgrundstücks (in Mark ausgedrückt) . . . . ℳ ₰
5. Gebäudesteuer-Nutzungswert des „ . . . . ℳ ₰
6. Hat das Gesamtgrundstück ein Wohnhaus für den Besitzer (ja oder nein) . . . .
7. Hat das Gesamtgrundstück die zum Betriebe notwendigen Gebäude (ja oder nein) . . . .
8. Sind Nebenbetriebe vorhanden (Sägemühle, Gastwirtschaft, Brennerei, Windmühle usw.) und welche
9. Gesamthöhe der eingetragenen Hypotheken und Grundschulden . . . . ℳ
10. Höhe der darunter (Frage 9) enthaltenen Sicherungshypotheken . . . . ℳ
11. Sind Roggen- oder andere wertbeständige Renten eingetragen und welche
12. Falls ja, welche Höhe hatten die jährlichen Renten am Tage des Erbübergangs in Mark ausgedrückt . . . . ℳ
13. Hat der etwa noch lebende Erblasser sich einen Teil des Grundstücks vorbehalten (ja oder nein) . . . .
14. Falls ja, welche Größe hatte dieses vorbehaltene Grundstück . . . . ha
15. Hat der vorbehaltene Teil des Grundstücks ein Wohnhaus (ja oder nein) , Betriebsgebäude (ja oder nein)
16. Hat sich der Erblasser ein Altenteil ausbedungen (ja oder nein) . . . .
17. Falls ja, wie hoch war der jährliche Rentenwert des Altenteils am Tage des Erbübergangs . . . . ℳ
18. Name, Alter und Beruf, sowie eventueller Todestag des Erblassers

19. Des	1. Erben	2. Erben	3. Erben	4. Erben
a) Vorname				
b) Vatersname				
c) Alter (in Jahren)				
d) Stand				
e) Verwandtschaftsverhältnis mit dem Erblasser				
20. Größe des ererbten Teilgrundstücks	ha	ha	ha	ha
21. Bisherige Nutzungsart dieses Teilgrundstücks (Landwirtschaft, Gärtnerei)				
22. Grundsteuer-Reinertrag des ererbten Teiles	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰
23. Ist ein Wohnhaus auf dem ererbten Teile (ja oder nein)				
24. Sind Betriebsgebäude auf dem ererbten Teile (ja oder nein)				
25. Gebäudesteuer-Nutzungswert der ererbten Gebäude	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰	ℳ ₰
26. Schätzungsweiser Wert des ererbten Grundstücksteils nebst Gebäuden	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
27. Übernahmepreis des ererbten Grundstücks nebst Gebäuden	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
28. Belastung des ererbten Grundstücks:				
a) mit Hypotheken und Grundschulden	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
b) mit jährlichen Renten (Wert z. Z. des Erbübergangs)	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
29. Hat der Erbe bereits anderen landwirtschaftl. Grundbesitz:				
a) von welcher Größe	ha	ha	ha	ha
b) von welcher Nutzungsart (Landwirtschaft, Gärtnerei)				
c) wo (Gemeinde, Gutsbezirk) Kreis				
d) mit Wohnhaus (ja oder nein)				
e) mit Betriebsgebäuden (ja oder nein)				

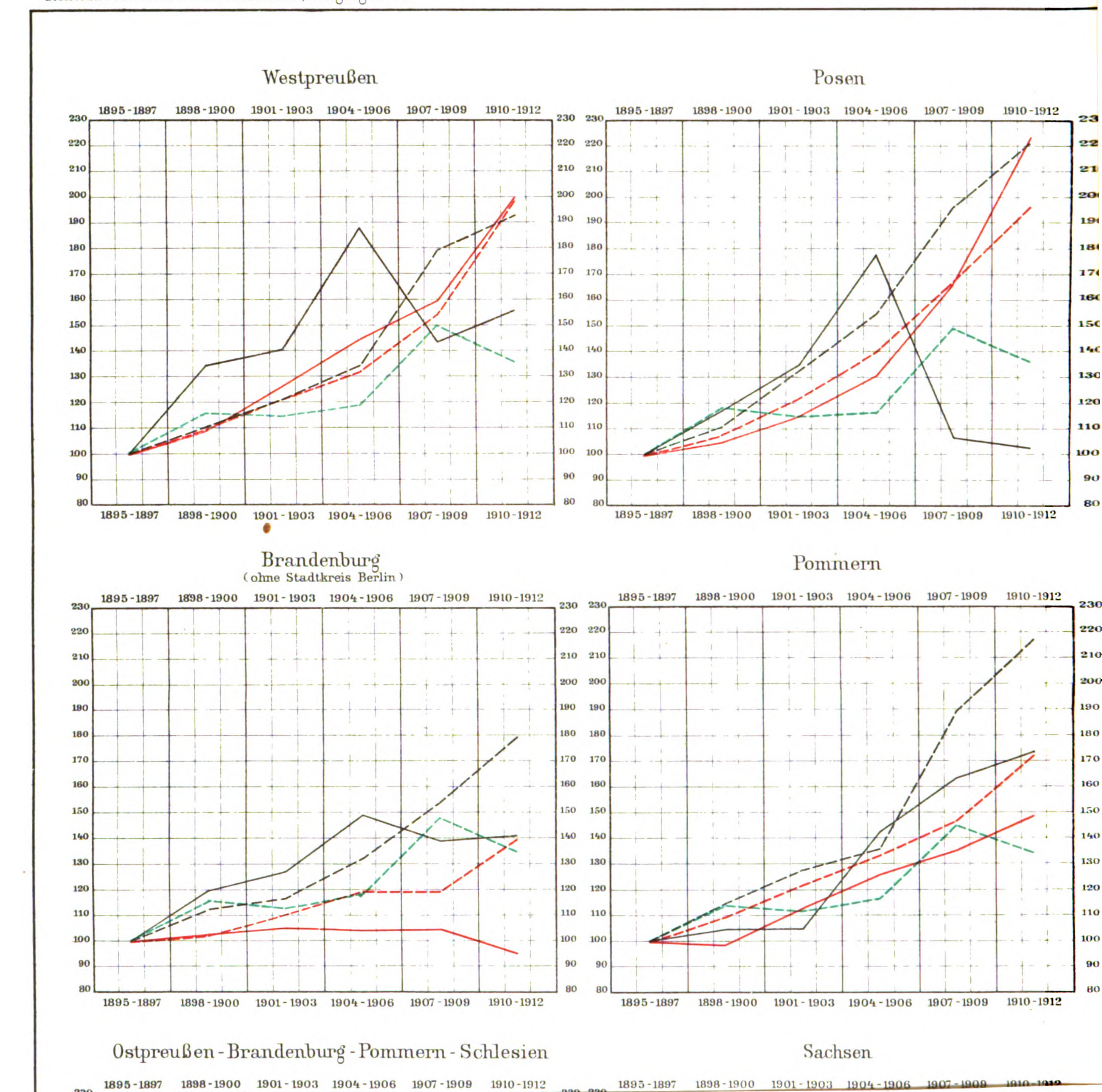
(Ort) , den 192 .

(Unterschrift des Haupterben, Testamentsvollstreckers)



Vergleichung der Bewegung der Roggenpreise mit den

und dem Besitzwechsel der Besitzungen



aufpreisen für Güter von 5 bis 20 und über 100 ha Größe
gleicher Größe in den Jahren 1895 bis 1912.



Westpreußen und Posen

Schlesien

Ostpreußen

Schleswig

Kreis .... 19 /
Regierungsbezirk ....

Zählkarte

über den Wechsel im ländlichen Grundbesitz infolge ungeteilten Kaufes.

1. Lage des Grundstücks (Gemeinde, Gutsbezirk) ....
2. Größe des Grundstücks .... ha
3. Datum der Auflassung (Tag, Monat, Jahr) ....
4. Grundsteuer-Reinertrag (in Mark ausgedrückt) .... ℳ .... ₰
5. Gebäudesteuer-Nutzungswert .... ℳ .... ₰
6. Hat das Grundstück ein Wohnhaus für den Besitzer (ja oder nein) ....
7. Hat das Grundstück die zum Betriebe notwendigen Gebäude (ja oder nein) ....
8. Sind Nebenbetriebe vorhanden (Sägemühle, Gastwirtschaft, Brennerei, Windmühle usw.) und welche ....
9. Gesamthöhe der eingetragenen Hypotheken und Grundschulden .... ℳ
10. Höhe der darunter (Frage 9) enthaltenen Sicherungshypotheken .... ℳ
11. Sind Roggen- oder sonstige wertbeständige Renten eingetragen und welche ....
12. Falls ja, welche Höhe hatten die jährlichen Renten am Tage des Kaufabschlusses in Mark umgerechnet .... ℳ
13. Höhe des Kaufpreises .... ℳ
14. Wie wird der Kaufpreis belegt ....
15. Name, und Beruf des Verkäufers ....
16. Name, und bisheriger Beruf des Käufers ....
17. Hat der Verkäufer das Grundstück geerbt (ja oder nein) .... wann (Jahr) ....
18. Hat der Verkäufer das Grundstück gekauft (ja oder nein) .... wann (Jahr) ....
19. Besteht zwischen Käufer und Verkäufer ein Verwandtschaftsverhältnis, falls ja, welches ....
20. Ist der Käufer Ausländer, falls ja, welcher Nationalität ....
21. Hat der Käufer bereits anderen landwirtschaftlichen Grundbesitz: wo (Gemeinde, Gutsbezirk) ....
(Kreis) ...., von welcher Größe .... ha;
hat dieser Grundbesitz ein Wohnhaus (ja oder nein) ....,
sind Betriebsgebäude darauf (ja oder nein) ....,
wie wird er genutzt (landwirtschaftlich, gärtnerisch) ....
22. Kann der Verkäufer einen Grund für den Verkauf angeben (Alter, Krankheit, Auswanderung usw.) ....

(Ort) ...., den .... 192....

(Unterschrift des Käufers) ....

Kreis .... 19 /
Regierungsbezirk ....

Zählkarte

über den Wechsel im ländlichen Grundbesitz infolge abgezweigten Kaufes.

1. Lage des Grundstücks (Gemeinde, Gutsbezirk) ....
2. Größe des Grundstücks (von dem der Abverkauf stattgefunden hat) .... ha
3. Größe des abverkauften Teiles .... ha
4. Bisherige Nutzungsart des abverkauften Teiles (Landwirtschaft Gärtnerei usw.) ....
5. Datum der Auflassung des gekauften Teiles (Tag, Monat, Jahr) ....
6. Grundsteuer-Reinertrag des gekauften Teiles (in Mark ausgedrückt) .... ℳ .... ₰
7. Befindet sich auf dem gekauften Teile ein Wohnhaus (ja oder nein) ....
8. Stehen auf dem gekauften Teile Betriebsgebäude (ja oder nein) ....
9. Sind auf dem gekauften Teile Nebenbetriebe vorhanden (Sägemühle, Gastwirtschaft, Brennerei, Windmühle usw.) und welche ....
10. Gebäudesteuer-Nutzungswert der mitgekauften Gebäude .... ℳ .... ₰
11. Gesamthöhe der auf dem gekauften Teilgrundstück eingetragenen Hypotheken und Grundschulden .... ℳ
12. Höhe der darunter (Frage 11) enthaltenen Sicherungshypotheken .... ℳ
13. Sind Roggen- oder sonstige wertbeständige Renten auf dem gekauften Teile eingetragen und welche ....
14. Falls ja, welche Höhe hatten die jährlichen Renten am Tage des Kaufabschlusses in Mark umgerechnet .... ℳ
15. Höhe des Kaufpreises des gekauften Teilgrundstücks .... ℳ
16. Wie wird dieser Kaufpreis belegt ....
17. Wert des gekauften Teilgrundstücks .... ℳ
18. Name, und Beruf des Verkäufers ....
19. „ „ „ „ Käufers ....
20. Besteht zwischen Käufer und Verkäufer ein Verwandtschaftsverhältnis, falls ja, welches ....
21. Ist der Käufer Ausländer, falls ja, welcher Nationalität ....
22. Zu welchem Zweck ist dieser Teil gekauft worden (Chausseebau, Eisenbahn, Fabrikanlage, Grenzberichtigung, Siedelung usw.) ....
23. Sind während der letzten drei Jahre von dem Hauptgrundstück schon andere Grundstücke abverkauft worden (ja oder nein) .... falls ja, wann das letzte Mal (Jahr) ....
24. Hat der Käufer bereits anderen landwirtschaftlichen Grundbesitz: wo (Gemeinde, Gutsbezirk) ....
(Kreis) ...., von welcher Größe .... ha;
hat dieser Grundbesitz ein Wohnhaus (ja oder nein) ....,
sind Betriebsgebäude darauf (ja oder nein) ....,
wie wird er genutzt (landwirtschaftlich, gärtnerisch) ....

(Ort) ...., den .... 192....

(Unterschrift des Käufers) ....

Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle

im Freistaat Preussen (ohne Saargebiet) während des Jahres 1921*).

A. Die Geburten im Staate 1921.

I. Geschlecht, Familienstand und Lebensfähigkeit der Geborenen.

(Tab. 1) Zeit der Geburten	Geborene			Lebendgeborene					Totgeborene				
	überhaupt	davon männlich		ehelich		unehelich		überhaupt	ehelich		unehelich		überhaupt
		überhaupt	v. H. d. Gesamtzahl	männlich	weiblich	männl.	weiblich		männl.	weiblich	männl.	weiblich	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Januar	88 095	45 762	51,95	39 236	36 470	4 859	4 472	85 037	1 398	1 156	269	235	3 058
Februar	84 809	43 927	51,80	37 845	35 207	4 398	4 330	81 780	1 434	1 121	250	224	3 029
März	91 599	47 449	51,80	41 195	38 472	4 560	4 303	88 530	1 394	1 168	300	207	3 069
April	85 749	44 499	51,89	38 838	36 132	4 015	3 863	82 848	1 407	1 054	239	201	2 901
Mai	85 289	44 383	52,04	38 872	35 874	4 038	3 777	82 561	1 262	1 052	211	203	2 728
Juni	78 786	41 135	52,21	36 087	33 086	3 708	3 508	76 389	1 137	884	203	173	2 397
Juli	83 256	43 190	51,88	38 147	35 558	3 664	3 394	80 763	1 160	908	219	206	2 493
August	80 951	41 988	51,87	37 000	34 590	3 601	3 289	78 480	1 165	936	222	148	2 471
September	80 582	41 950	52,06	36 639	34 027	3 905	3 560	78 131	1 182	876	224	169	2 451
Oktober	78 876	40 706	51,61	35 784	33 521	3 511	3 486	76 302	1 171	960	240	203	2 574
November	77 898	40 143	51,53	35 079	33 140	3 659	3 401	75 279	1 156	1 019	249	195	2 619
Dezember	85 583	44 490	51,98	38 506	35 731	4 403	4 027	82 667	1 289	1 095	292	240	2 916
Summe	**1 001 473**	**519 622**	51,89	**453 228**	**421 808**	**48 321**	**45 410**	**968 767**	**15 155**	**12 229**	**2 918**	**2 404**	**32 706**

II. Familienstand der Mütter der Geborenen.

(Tab. 2) Familienstand der Mütter	Lebendgeborene		Totgeborene	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1	2	3	4	5
Ehelich:				
Verheiratet	453 038	421 618	15 144	12 220
Verwitwet	181	177	10	9
Geschieden	9	13	1	—
Zusammen	**453 228**	**421 808**	**15 155**	**12 229**
Unehelich:				
Ledig	46 941	44 206	2 856	2 346
Verwitwet	1 257	1 090	54	52
Geschieden	105	103	8	6
Unbekannt (bei Findlingen)	18	11	—	—
Zusammen	**48 321**	**45 410**	**2 918**	**2 404**

III. Mehrgeburten.

(Tab. 3) Art der Mehrgeburt	Zahl der Fälle	Von den Kindern sind							
		lebendgeboren				totgeboren			
		Knaben		Mädchen		Knaben		Mädchen	
		ehel.	uneh.	ehel.	uneh.	ehel.	uneh.	ehel.	uneh.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Zwillinge:									
2 Knaben	3 924	6 978	504	—	—	320	46	—	—
1 Knabe, 1 Mädchen	4 329	3 887	275	3 922	280	145	22	110	17
2 Mädchen	3 664	—	—	6 463	548	—	—	283	34
Drillinge:									
3 Knaben	35	87	6	—	—	12	—	—	—
2 Knaben, 1 Mädchen	43	70	2	39	1	12	2	2	1
1 Knabe, 2 Mädchen	41	36	2	68	4	2	1	8	2
3 Mädchen	39	—	—	99	9	—	—	9	—
Sonst. Mehrgeburten	1	4	—	—	—	—	—	—	—
Summe	12 076	11 062	789	10 591	842	491	71	412	54

IV. Religionsbekenntnis der Eltern der Geborenen.

(Tab. 4) Religionsbekenntnis der Eltern	Geborene überhaupt	Lebendgeborene		Totgeborene	
		männl.	weibl.	männl.	weibl.
1	2	3	4	5	6
Ehelich:					
Evangelisch. Vater und					
evangelische Mutter	498 028	248 954	232 501	9 230	7 343
röm.-katholische Mutter	28 506	14 364	13 394	417	331
anders christliche Mutter	457	235	211	5	6
jüdische Mutter	249	131	114	3	1
sonstige Mutter	329	138	154	20	17
Zusammen	**527 569**	**263 822**	**246 374**	**9 675**	**7 698**
Röm.-kathol. Vater und					
evangelische Mutter	29 936	15 258	13 899	414	365
röm.-katholische Mutter	322 485	162 790	151 121	4 703	3 871
anders christliche Mutter	95	48	46	1	—
jüdische Mutter	87	52	33	1	1
sonstige Mutter	84	38	34	6	6
Zusammen	**352 687**	**178 186**	**165 133**	**5 125**	**4 243**
And. christl. Vater und					
evangelische Mutter	475	247	218	7	3
röm.-katholische Mutter	99	43	55	1	—
anders christliche Mutter	2 833	1 437	1 340	31	25
jüdische Mutter	2	1	1	—	—
sonstige Mutter	30	13	16	—	1
Zusammen	**3 439**	**1 741**	**1 630**	**39**	**29**
Jüdischer Vater und					
evangelische Mutter	362	186	164	3	9
röm.-katholische Mutter	110	70	37	2	1
anders christliche Mutter	6	4	2	—	—
jüdische Mutter	6 295	3 150	2 974	87	84
sonstige Mutter	39	15	16	6	2
Zusammen	**6 812**	**3 425**	**3 193**	**98**	**96**
Sonstiger Vater und					
evangelische Mutter	3 692	1 881	1 723	58	30
röm.-katholische Mutter	775	400	354	11	10
anders christliche Mutter	139	70	66	2	1
jüdische Mutter	49	19	27	2	1
sonstige Mutter	7 258	3 684	3 308	145	121
Zusammen	**11 913**	**6 054**	**5 478**	**218**	**163**
Unehelich:					
Evangelische Mutter	64 298	31 150	29 551	1 957	1 640
Röm.-katholische Mutter	33 672	16 659	15 410	897	706
Anders christliche Mutter	142	67	71	4	—
Jüdische Mutter	402	198	188	11	5
Sonstige Mutter	539	247	190	49	53
Zusammen	99 053	48 321	45 410	2 918	2 401
Summe	**1 001 473**	**501 549**	**467 218**	**18 073**	**14 633**
		968 767		**32 706**	

*) einschl. der bis zum 1. April 1922 nachträglich gemeldeten Geburten und Sterbefälle.

V. Beruf und Erwerbzweig der Eltern der Geborenen.

(Tab. 5) Beruf und Erwerbzweig des Vaters der ehelichen, der Mutter der unehelichen Kinder	Lebendgeborene				Totgeborene			
	ehelich		unehelich		ehelich		unehelich	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
1	2	3	4	5	6	7	8	9
A. 1. Landwirtschaft (auch Weinbau), Gärtnerei und Tierzucht	106 453	99 302	15 490	14 680	3 536	2 764	722	594
A. 2. Forstwirtschaft (auch Jagd) und Fischerei	2 822	2 649	42	25	79	80	16	5
B. 3. Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, Torfgräberei	58 019	53 685	511	446	1 791	1 428	18	16
4. Industrie der Steine und Erden, auch Steinbrüche, Glashütten	6 081	5 541	202	173	198	161	11	6
5. Metallverarbeitung, auch Drahtzieherei	37 016	34 204	171	159	1 116	948	17	11
6. Maschinen, Werkzeuge, Instrumente, Apparate	18 604	17 252	167	156	547	437	14	8
7. Chemische Industrie	1 660	1 613	74	89	64	57	8	1
8. Forstwirtschaftliche Nebenerzeugnisse, Leuchtstoffe, Seifen, Fette, Öle, Firnisse	781	704	23	23	18	19	1	2
9. Textilindustrie	3 733	3 451	731	726	127	133	52	39
10. Papier, auch Buchbinderei	1 003	914	133	100	38	29	5	1
11. Leder, auch Lohmühlen, Tapezierarbeiten	2 972	2 745	52	43	96	75	5	4
12. Holz- und Schnitzstoffe	12 057	11 245	110	80	411	287	3	9
13. Nahrungs- und Genußmittel, auch Destillation	12 789	11 684	452	383	413	339	21	16
14. Bekleidungsgewerbe	10 402	9 781	1 721	1 575	345	313	99	89
15. Reinigungsgewerbe	1 839	1 739	246	225	67	46	11	13
16. Baugewerbe	43 306	40 323	79	69	1 318	1 098	5	7
17. Vervielfältigungsgewerbe	2 042	1 872	93	94	71	53	2	10
18. Künstler und künstlerische Betriebe für gewerbliche Zwecke	633	528	9	10	18	6	2	1
19. a) Fabrikanten, Gesellen und Gehilfen, deren Erwerbstätigkeit zweifelhaft bleibt (ohne die Fabrikarbeiter)	2 278	2 364	18	19	164	121	2	2
19. b) Fabrikarbeiter ohne nähere Bezeichnung	11 012	10 494	1 681	1 536	388	314	84	90
C. 20. Handelsgewerbe	29 681	27 719	1 478	1 469	953	814	116	85
21. Versicherungsgewerbe	669	642	8	10	18	18	1	—
22. Verkehrsgewerbe (einschließlich Straßenreinigung, Abdeckerei, Leichenbestattung)	40 019	37 157	109	98	1 312	1 013	10	9
23. Beherbergung und Erquickung	4 248	4 000	133	117	151	148	20	9
D. 24. a) Häusliche Dienste, einschl. persönlicher Bedienung (ohne das ländliche Gesinde)	1 138	1 206	9 081	8 644	54	45	592	466
24. b) Lohnarbeit wechselnder Art (Tagelöhner, Arbeiter, ohne die ländlichen)	13 865	13 114	3 763	3 603	721	583	324	252
E. 25. a) Stehendes Heer und Kriegsflotte, Armee- und Marineverwaltung	1 757	1 572	—	3	45	48	—	1
25. b) Reichs-, Staats-, Gemeinde- und andere öffentliche Verwaltung, soweit nicht anderswo inbegriffen	13 728	12 616	68	81	435	297	4	7
25. c) Kirche und Gottesdienst, auch Mission	678	633	—	1	18	17	—	—
25. d) Bildung, Erziehung und Unterricht, auch Kunstsammlungen	5 073	4 699	43	57	123	93	2	1
25. e) Gesundheitspflege und Krankendienst, auch Tierheilkunde	2 005	1 856	116	130	52	50	11	7
25. f) Literatur, Presse und Schaustellungen aller Art, auch Musik	2 264	2 036	193	166	81	60	10	9
F. 26. Ohne Beruf und Berufsangabe, einschl. Insassen von Anstalten für Erziehung und Unterricht, für Arme, Invalide, Sieche, Irre, für Strafe und Besserung	2 601	2 468	11 324	10 420	387	335	730	634
Summe	453 228	421 808	48 321	45 410	15 155	12 229	2 918	2 404

VI. Berufsstellung der Eltern der Geborenen.

(Tab. 6) Berufsstellung des Vaters der ehelichen, der Mutter der unehelichen Kinder	Lebendgeborene				Totgeborene			
	ehelich		unehelich		ehelich		unehelich	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
1	2	3	4	5	6	7	8	9
A. Landwirtschaft:								
a) Selbständige, Betriebs-, Geschäftsleiter, höhere Forstbeamte usw.	55 043	51 328	545	529	1 726	1 312	24	27
b) Wirtschaftsbeamte, Aufsichts- und Rechnungspersonal	2 283	2 082	175	158	68	43	9	9
c) Ländliches Gesinde (Knechte, Mägde) und sonstige Hilfspersonen	10 314	9 455	4 953	4 779	313	292	246	216
d) Ländliche Tagelöhner, Arbeiter	40 602	38 132	9 482	8 926	1 397	1 094	433	330
B. Industrie und Handwerk:								
a) Selbständige, Betriebs-, Geschäftsleiter usw.	33 960	31 542	596	558	1 027	844	29	22
b) Technisch und kaufmännisch gebildetes Aufsichts- u. Rechnungspersonal	10 815	10 056	43	42	291	242	5	3
c) Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge und andere mit Berufs- oder gewerblicher Ausbildung	111 752	103 639	1 328	1 209	3 333	2 681	70	77
d) Andere Hilfspersonen ohne gewerbliche Vorbildung, wie Handlanger, Kutscher, auch Heizer, Maschinisten, Fabrikarbeiter, Arbeiter usw.	60 210	56 115	3 204	2 887	1 768	1 507	172	150
C. Handel und Verkehr:								
a) Selbständige, Betriebs-, Geschäftsleiter usw.	17 662	16 515	133	131	535	431	13	8
b) Kaufmännisch gebildetes Aufsichts- und Rechnungspersonal	8 651	8 058	350	303	212	171	23	19
c) Handlungsgehilfen, auch Kellner usw.	33 303	30 856	484	421	1 019	823	58	34
d) And. Hilfspersonen, Packer, Hausdiener, Geschäftskutscher, Arbeiter usw.	8 638	8 165	126	162	318	235	15	3
D. Häusliche Dienste und Lohnarbeit:								
1. Häusliche Dienste, einschl. persönl. Bedienung (ohne das ländl. Gesinde)	1 077	1 108	3 890	3 696	47	38	276	236
2. Lohnarbeit wechselnder Art (Tagelöhner, Arbeiter, ohne die ländlichen)	12 741	11 991	2 456	2 404	553	449	222	163
E. Militärpersonen, Beamte, Angehörige freier Berufsarten:								
a) Offiziere, höhere Beamte, Anwälte, Ärzte, Künstler bei Musik u. Theater	8 729	8 115	68	73	221	168	2	2
b) Unteroffiziere und Gemeine, Verwaltungspersonal	11 613	10 615	60	74	331	246	3	6
c) Kastellane, Portiers, Boten, Arbeiter, Dienstpersonal in Anstalten usw.	2 555	2 378	80	114	78	50	9	6
F. Ohne Beruf und Berufsangabe:								
1. Rentner, Pensionäre, Altsitzer usw.	1 748	1 642	171	143	45	52	3	6
2. Von öffentlicher Unterstützung Lebende	5	10	1	1	—	—	—	—
3. Insassen von öffentlichen Anstalten	20 854	19 388	10 470	9 935	1 561	1 294	703	565
davon: Insassen solcher Anstalten, die in der Tabelle A. V. unter F. 26. nicht genannt sind	20 679	19 190	9 024	8 524	1 531	1 268	579	459
4. Andere Personen	673	618	9 706	8 865	312	257	603	522
Summe	453 228	421 808	48 321	45 410	15 155	12 229	2 918	2 404

B. Eheschließungen.

I. Zeit der Eheschließungen.

(Tab. 7)

Monat	Zahl der Fälle
1	2
Januar	32 545
Februar	30 166
März	35 970
April	41 947
Mai	54 274
Juni	31 603
Juli	33 020
August	30 549
September	40 029
Oktober	49 426
November	45 472
Dezember	37 106
Summe . . .	462 107

II. Bisheriger Familienstand der Eheschließenden.

(Tab. 8)

Familienstand des Mannes	Familienstand der Frau			Zusammen
	Jungfrauen	Witwen	Geschiedene Frauen	
1	2	3	4	5
Junggesellen	373 221	26 750	6 454	406 425
Witwer	25 022	13 337	2 403	40 762
Geschiedene Männer	9 656	3 430	1 834	14 920
Zusammen . .	407 899	43 517	10 691	462 107

III. Blutsverwandtschaft der Eheschließenden.

(Tab. 9)

Art der Blutsverwandtschaft	Zahl der Fälle
1	2
Geschwisterkinder	1 049
Oheim und Nichte	102
Neffe und Tante	16
Summe . . .	1 167

IV. Religionsbekenntnis der Eheschließenden.

(Tab. 10)

Religionsbekenntnis des Mannes	Religionsbekenntnis der Frau					Zusammen
	Evangelisch	Römisch-katholisch	Anders christlich	Jüdisch	Sonstig, unbestimmt oder nicht angegeben	
1	2	3	4	5	6	7
Evangelisch	271 581	23 421	517	417	510	296 446
Römisch-katholisch	25 657	125 914	105	120	95	151 891
Anders christlich	551	101	946	2	9	1 609
Jüdisch	608	179	18	4 049	54	4 908
Sonstig, unbestimmt oder nicht angegeben	3 936	836	23	52	2 406	7 253
Zusammen . . .	302 333	150 451	1 609	4 640	3 074	462 107

V. Alter der Eheschließenden.

(Tab. 11)

Alter des Mannes	Alter der Frau						Zusammen
	Unter 20 Jahre	Über 20 bis 30 Jahre	Über 30 bis 40 Jahre	Über 40 bis 50 Jahre	Über 50 bis 60 Jahre	Über 60 Jahre	
1	2	3	4	5	6	7	8
Unter 20 Jahre	1 106	1 854	41	2	—	—	3 003
Über 20 bis 30 Jahre	30 412	242 195	17 684	658	33	6	290 988
„ 30 „ 40 „	2 477	76 755	35 331	2 766	137	10	117 476
„ 40 „ 50 „	172	9 370	16 040	6 585	719	34	32 920
„ 50 „ 60 „	28	1 443	3 638	5 101	2 369	280	12 859
„ 60 Jahre	11	308	646	1 343	1 659	894	4 861
Zusammen . . .	34 206	331 925	73 380	16 455	4 917	1 224	462 107

Noch: V. Alter der Eheschließenden.

(Noch: Tab. 11) Alter des Mannes in Jahren	Alter der Frau in Jahren: 15 bis unter 16	16 bis unter 17	17 bis unter 18	18 bis unter 19	19 bis unter 20	20 bis unter 21	21 bis unter 22	22 bis unter 23	23 bis unter 24	24 bis unter 25	25 bis unter 26	26 bis unter 27	27 bis unter 28	28 bis unter 29	29 bis unter 30	30 bis unter 31	31 bis unter 32	32 bis unter 33	33 bis unter 34	34 bis unter 35	35 bis unter 36	36 bis unter 37	37 bis unter 38	38 bis unter 39	39 bis unter 40	40 bis unter 45	45 bis unter 50	50 bis unter 55	55 bis unter 60	60 und darüber	Zusammen	darunter Männer: verwitwete	darunter Männer: geschiedene
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34
18 bis unter 19	—	9	28	66	102	79	62	32	32	11	16	5	4	4	2	3	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	457	—	—
19 „ „ 20	2	22	132	281	464	444	384	281	184	116	88	49	29	18	14	9	7	12	1	5	1	1	—	—	—	1	1	—	—	—	2 546	—	—
20 „ „ 21	3	66	274	737	1 279	1 369	1 206	808	595	472	291	174	91	70	55	28	22	15	11	4	4	5	3	6	2	—	—	1	—	—	7 591	3	1
21 „ „ 22	4	156	616	1 725	3 022	3 764	4 192	3 273	2 344	1 573	1 112	760	500	334	212	165	97	76	56	38	33	20	9	9	13	19	5	1	—	1	24 129	26	6
22 „ „ 23	5	113	529	1 542	3 053	3 979	4 687	4 377	3 249	2 337	1 544	1 090	711	468	324	205	159	88	99	54	40	30	21	9	8	21	3	—	—	—	28 745	54	14
23 „ „ 24	—	85	442	1 319	2 785	3 964	5 143	5 085	4 790	3 534	2 331	1 486	1 024	692	445	366	219	163	133	76	50	47	24	37	12	35	5	2	—	1	34 295	136	33
24 „ „ 25	2	67	327	1 059	2 208	3 492	4 726	5 226	5 080	4 571	3 175	2 078	1 415	977	647	426	297	220	155	122	72	56	41	31	25	51	9	2	—	1	36 558	175	83
25 „ „ 26	—	37	216	769	1 846	2 774	4 046	4 629	4 987	4 874	3 907	2 749	1 826	1 221	859	631	386	270	204	140	105	64	51	46	25	52	17	2	1	—	36 734	243	171
26 „ „ 27	2	31	160	607	1 359	2 241	3 230	3 777	4 371	4 443	4 031	3 199	2 228	1 531	991	701	465	325	248	177	116	75	70	47	35	70	19	3	1	—	34 553	359	233
27 „ „ 28	1	25	155	484	1 083	1 809	2 779	3 352	3 792	3 836	3 824	3 278	2 666	1 758	1 223	847	587	388	282	207	171	119	73	49	33	94	11	4	2	1	32 933	472	312
28 „ „ 29	1	23	98	337	778	1 420	2 183	2 618	2 904	3 368	3 302	3 080	2 689	2 106	1 454	1 011	679	458	351	243	169	120	85	61	50	107	18	8	2	1	29 724	536	403
29 „ „ 30	—	15	85	251	631	1 060	1 683	2 068	2 467	2 547	2 693	2 534	2 329	1 963	1 654	1 151	727	505	392	265	224	133	108	67	47	106	16	2	2	1	25 726	664	515
30 „ „ 31	—	13	63	159	491	866	1 274	1 688	1 931	2 119	2 163	2 165	2 012	1 853	1 556	1 201	818	578	454	353	257	181	123	95	47	134	32	3	2	—	22 631	814	619
31 „ „ 32	—	5	32	134	331	593	849	1 227	1 467	1 503	1 644	1 739	1 653	1 468	1 299	1 097	862	603	464	344	281	196	127	77	62	147	38	7	5	2	18 256	921	682
32 „ „ 33	—	4	33	83	238	420	660	891	1 070	1 323	1 382	1 456	1 332	1 292	1 141	969	793	641	489	381	246	199	148	111	84	170	31	13	—	—	15 600	1 072	717
33 „ „ 34	1	3	17	73	185	309	484	695	843	1 041	1 087	1 176	1 148	1 054	970	910	759	644	552	435	297	235	159	115	90	191	38	13	1	—	13 525	1 203	741
34 „ „ 35	—	6	16	41	116	237	370	542	672	778	823	897	907	878	826	742	662	557	441	401	313	195	173	130	89	208	47	6	2	1	11 076	1 228	781
35 „ „ 36	1	2	10	38	102	146	281	387	490	637	671	731	747	757	705	681	554	520	443	378	338	230	172	136	108	220	51	10	1	2	9 549	1 285	739
36 „ „ 37	—	3	9	28	62	137	198	296	381	487	517	617	635	586	622	561	442	454	418	365	291	240	188	140	106	253	61	12	2	—	8 111	1 267	747
37 „ „ 38	—	2	4	20	56	102	170	272	309	349	440	470	519	477	484	527	443	380	361	322	279	234	191	153	118	259	71	18	—	2	7 032	1 254	715
38 „ „ 39	—	—	6	13	32	59	121	179	236	294	325	386	444	437	430	450	363	355	338	281	281	212	179	168	109	316	82	15	3	2	6 116	1 351	641
39 „ „ 40	—	1	6	11	27	60	86	141	203	239	284	301	368	372	397	400	376	357	301	303	239	202	188	138	138	329	88	19	5	1	5 580	1 436	644
40 „ „ 45	—	4	12	32	73	164	244	409	450	602	728	806	1 000	1 070	1 206	1 239	1 148	1 220	1 218	1 113	982	963	822	800	695	2 171	729	190	47	14	20 151	6 664	2 659
45 „ „ 50	1	2	1	9	38	52	89	116	183	228	291	362	378	481	511	583	562	573	601	599	590	597	612	588	535	2 390	1 295	374	108	20	12 769	6 315	1 800
50 „ „ 55	—	1	1	5	8	22	47	50	82	98	103	135	132	150	170	194	205	238	242	255	255	307	283	278	307	1 649	1 356	721	246	81	7 621	5 069	900
55 „ „ 60	—	2	2	4	5	9	26	29	34	48	40	59	52	69	88	81	92	98	84	104	123	106	113	129	144	951	1 145	886	516	199	5 238	4 054	491
60 und darüber	—	—	1	4	6	9	11	19	28	28	30	40	39	48	56	48	63	63	57	59	58	56	69	89	84	574	769	865	794	894	4 861	4 161	273
Zusammen . .	**23**	**697**	**3 275**	**9 831**	**20 380**	**29 580**	**39 231**	**42 467**	**43 174**	**41 456**	**36 842**	**31 822**	**26 878**	**22 134**	**18341**	**15226**	**11788**	**9 802**	**8 395**	**7 024**	**5 815**	**4 823**	**4 032**	**3 509**	**2 966**	**10518**	**5 937**	**3 177**	**1 740**	**1224**	**462 107**	**40 762**	**14 920**
darunter verwitw. Frauen	—	—	—	1	12	34	87	205	353	576	866	1 227	1 650	2 079	2 410	2 622	2 638	2 616	2 640	2 427	2 180	1 874	1 684	1 468	1 273	4 901	3 285	2 076	1 326	1007	43 517		
geschied. „	—	—	—	—	5	14	40	87	175	292	374	490	530	621	606	631	596	548	534	486	432	428	398	362	338	1 349	760	365	144	86	10 691		

VI. Beruf und Erwerbzweig der Eheschließenden.

(Tab. 12)

		Beruf und Erwerbzweig	Männer	Frauen
		1	2	3
A.	1.	Landwirtschaft (auch Weinbau), Gärtnerei und Tierzucht	84 334	42 870
A.	2.	Forstwirtschaft (auch Jagd) und Fischerei	1 984	61
B.	3.	Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, Torfgräberei	46 086	1 159
B.	4.	Industrie der Steine und Erden, auch Steinbrüche, Glashütten	4 949	657
B.	5.	Metallverarbeitung, auch Drahtzieherei	45 840	1 728
B.	6.	Maschinen, Werkzeuge, Instrumente, Apparate	24 391	1 882
B.	7.	Chemische Industrie	2 200	584
B.	8.	Forstwirtschaftliche Nebenerzeugnisse, Leuchtstoffe, Seifen, Fette, Öle, Firnisse	719	116
B.	9.	Textilindustrie	4 240	6 879
B.	10.	Papier, auch Buchbinderei	1 067	863
B.	11.	Leder, auch Lohmühlen, Tapezierarbeiten	3 882	462
B.	12.	Holz- und Schnitzstoffe	12 236	393
B.	13.	Nahrungs- und Genußmittel, auch Destillation	14 964	3 279
B.	14.	Bekleidungsgewerbe	11 893	24 296
B.	15.	Reinigungsgewerbe	2 708	2 985
B.	16.	Baugewerbe	40 474	221
B.	17.	Vervielfältigungsgewerbe	3 267	918
B.	18.	Künstler und künstlerische Betriebe für gewerbliche Zwecke	1 120	191
B.	19.	a) Fabrikanten, Gesellen und Gehilfen, deren Erwerbstätigkeit zweifelhaft bleibt (ohne die Fabrikarbeiter)	3 192	237
B.	19.	b) Fabrikarbeiter ohne nähere Bezeichnung	10 185	8 026
C.	20.	Handelsgewerbe	45 872	23 997
C.	21.	Versicherungsgewerbe	1 222	186
C.	22.	Verkehrsgewerbe (einschl. Straßenreinigung, Abdeckerei, Leichenbestattung)	36 093	2 801
C.	23.	Beherbergung und Erquickung	4 588	985
D.	24.	a) Häusliche Dienste, einschl. persönlicher Bedienung (ohne das ländliche Gesinde)	885	30 691
D.	24.	b) Lohnarbeit wechselnder Art (Tagelöhner, Arbeiter, ohne die ländlichen)	14 729	12 496
E.	25.	a) Stehendes Heer und Kriegsflotte, Armee- und Marineverwaltung	2 827	7
E.	25.	b) Reichs-, Staats-, Gemeinde- und andere öffentliche Verwaltung, soweit nicht anderswo inbegriffen	19 351	1 742
E.	25.	c) Kirche und Gottesdienst, auch Mission	507	31
E.	25.	d) Bildung, Erziehung und Unterricht, auch Kunstsammlungen	6 035	2 094
E.	25.	e) Gesundheitspflege und Krankendienst, auch Tierheilkunde	2 892	2 188
E.	25.	f) Literatur, Presse und Schaustellungen aller Art, auch Musik	3 629	2 392
F.	26.	Ohne Beruf und Berufsangabe, einschließl. Insassen von Anstalten für Erziehung und Unterricht, für Arme, Invalide, Sieche, Irre, für Strafe und Besserung	3 746	284 690
		Summe	462 107	462 107

VII. Berufsstellung der Eheschließenden.

(Tab. 13)

Berufsstellung	Männer	Frauen
1	2	3
A. Landwirtschaft:		
a) Selbständige, Betriebs-, Geschäftsleiter, höhere Forstbeamte usw.	35 518	3 439
b) Wirtschaftsbeamte, Aufsichts- und Rechnungspersonal	2 113	1 143
c) Ländl. Gesinde (Knechte, Mägde) und sonstige Hilfspersonen	14 371	16 211
d) Ländliche Tagelöhner, Arbeiter	34 316	22 138
B. Industrie und Handwerk:		
a) Selbständige, Betriebs-, Geschäftsleiter usw.	30 567	10 132
b) Technisch und kaufmännisch gebildetes Aufsichts- und Rechnungspersonal	14 082	1 866
c) Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge und andere mit Berufs- oder gewerblicher Ausbildung	133 652	23 774
d) Andere Hilfspersonen ohne gewerbliche Vorbildung, wie Handlanger, Kutscher, auch Heizer, Maschinisten, Fabrikarbeiter, Arbeiter usw.	55 112	19 104
C. Handel und Verkehr:		
a) Selbständige, Betriebs-, Geschäftsleiter usw.	19 317	3 324
b) Kaufmännisch gebildetes Aufsichts- und Rechnungspersonal	17 496	9 940
c) Handlungsgehilfen, auch Kellner usw.	40 541	13 381
d) Andere Hilfspersonen, Packer, Hausdiener, Geschäftskutscher, Arbeiter usw.	10 421	1 324
D. Häusliche Dienste und Lohnarbeit:		
1. Häusliche Dienste, einschließlich persönlicher Bedienung (ohne das ländliche Gesinde)	885	30 691
2. Lohnarbeit wechselnder Art (Tagelöhner, Arbeiter, ohne die ländlichen)	14 729	12 496
E. Militärpersonen, Beamte, Angehörige freier Berufsarten:		
a) Offiziere, höhere Beamte, Anwälte, Ärzte, Künstler bei Musik und Theater	13 412	3 187
b) Unteroffiziere und Gemeine, Verwaltungspersonal	19 507	3 630
c) Kastellane, Portiers, Boten, Arbeiter, Dienstpersonal in Anstalten usw.	2 322	1 637
F. Ohne Beruf und Berufsangabe:		
1. Rentner, Pensionäre, Altsitzer usw.	2 203	1 681
2. Von öffentlicher Unterstützung Lebende	10	1
3. Insassen von öffentlichen Anstalten	65	27
4. Andere Personen	1 468	282 981
Summe	462 107	462 107
Darunter Analphabeten*)	798	961

*) Unter den Analphabeten befinden sich hauptsächlich ausländische Arbeiter.

C. Sterbefälle.

I. Zeit der Sterbefälle (mit Einschluß der Totgeborenen).

(Tab. 14)

Monat	Männliche Personen	Weibliche Personen
1	2	3
Januar	25 182	24 771
Februar	23 745	23 381
März	25 936	25 285
April	23 072	22 476
Mai	24 002	22 607
Juni	20 966	19 595
Juli	23 087	21 544
August	24 468	22 928
September	22 517	21 332
Oktober	22 580	21 872
November	22 317	22 685
Dezember	27 875	28 353
Summe	285 747	276 829

II. Familienstand der Gestorbenen.

(Tab. 15)

Alter der Gestorbenen	Ledige einschl. Kinder männl.	Ledige einschl. Kinder weibl.	Verheiratete männl.	Verheiratete weibl.	Verwitwete männl.	Verwitwete weibl.	Geschiedene männl.	Geschiedene weibl.
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Totgeboren	18 073	14 633	—	—	—	—	—	—
Über 0 bis 15 Jahre	96 560	77 767	—	—	—	—	—	—
„ 15 „ 20 „	8 726	6 680	6	135	—	—	—	—
„ 20 „ 25 „	9 921	6 443	886	2 157	16	67	5	11
„ 25 „ 30 „	4 615	3 492	2 683	5 096	55	244	24	59
„ 30 „ 40 „	3 909	3 332	9 277	12 180	224	1 212	116	208
„ 40 „ 50 „	2 824	2 531	14 588	12 773	655	2 069	217	226
„ 50 „ 60 „	2 923	2 867	20 559	14 739	2 309	5 547	280	250
„ 60 „ 70 „	3 163	3 746	24 825	15 938	7 692	17 158	232	220
„ 70 „ 80 „	2 276	3 969	17 409	9 221	15 206	30 415	100	178
„ 80 Jahre	788	1 766	4 300	1 512	9 913	17 781	18	50
Alter unbekannt	329	98	35	31	10	28	—	—
Summe	154 107	127 324	94 568	73 782	36 080	74 521	992	1 202

III. Beruf und Erwerbzweig der Gestorbenen bezw. ihrer Eltern

(mit Ausschluß der Totgeborenen).

(Tab. 16) Beruf und Erwerbzweig	Kinder (über 0 bis 15 Jahre) männl.	Kinder (über 0 bis 15 Jahre) weibl.	Erwachsene (über 15 Jahre) männl.	Erwachsene (über 15 Jahre) weibl.
1	2	3	4	5
A. 1. Landwirtschaft (auch Weinbau), Gärtnerei und Tierzucht	23 951	19 264	30 762	19 448
A. 2. Forstwirtschaft (auch Jagd) und Fischerei	433	379	924	278
B. 3. Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, Torfgräberei	12 952	10 669	9 167	2 699
B. 4. Industrie der Steine und Erden, auch Steinbrüche, Glashütten	1 097	822	1 586	431
B. 5. Metallverarbeitung, auch Drahtzieherei	5 811	4 552	8 436	2 360
B. 6. Maschinen, Werkzeuge, Instrumente, Apparate	2 758	2 220	4 178	1 118
B. 7. Chemische Industrie	241	225	535	130
B. 8. Forstwirtschaftliche Nebenerzeugnisse, Leuchtstoffe, Seifen, Fette, Öle, Firnisse	113	94	190	40
B. 9. Textilindustrie	860	700	1 647	1 252
B. 10. Papier, auch Buchbinderei	190	153	366	133
B. 11. Leder, auch Lohmühlen, Tapezierarbeiten	477	367	1 049	304
B. 12. Holz- und Schnitzstoffe	1 910	1 505	4 542	1 353
B. 13. Nahrungs- u. Genußmittel, auch Destillation	2 101	1 674	4 257	1 539
B. 14. Bekleidungsgewerbe	2 236	1 769	5 730	4 660
B. 15. Reinigungsgewerbe	414	295	718	560
B. 16. Baugewerbe	7 065	5 614	9 476	2 940
B. 17. Vervielfältigungsgewerbe	318	228	704	205
B. 18. Künstler und künstlerische Betriebe für gewerbliche Zwecke	72	58	277	72
B. 19. a) Fabrikanten, Gesellen u. Gehilfen, deren Erwerbstätigkeit zweifelhaft bleibt (ohne die Fabrikarbeiter)	489	416	1 150	379
B. 19. b) Fabrikarbeiter ohne nähere Bezeichnung	2 664	2 129	2 357	1 183
C. 20. Handelsgewerbe	4 094	3 284	11 956	5 056
C. 21. Versicherungsgewerbe	77	75	238	52
C. 22. Verkehrsgewerbe (einschl. Straßenreinigung, Abdeckerei, Leichenbestattung)	6 566	5 146	7 512	2 789
C. 23. Beherbergung und Erquickung	742	649	2 188	963
D. 24. a) Häusliche Dienste, einschl. persönlicher Bedienung (ohne das ländliche Gesinde)	2 870	2 466	653	4 340
D. 24. b) Lohnarbeit wechselnder Art (Tagelöhner, Arbeiter, ohne die ländlichen)	5 465	4 367	7 897	6 261
E. 25. a) Stehendes Heer und Kriegsflotte, Armee- und Marineverwaltung	199	123	588	56
E. 25. b) Reichs-, Staats-, Gemeinde- und andere öffentliche Verwaltung, soweit nicht anderswo inbegriffen	1 799	1 392	4 719	1 129
E. 25. c) Kirche und Gottesdienst, auch Mission	61	67	508	384
E. 25. d) Bildung, Erziehung und Unterricht, auch Kunstsammlungen	491	363	1 188	845
E. 25. e) Gesundheitspflege und Krankendienst, auch Tierheilkunde	238	191	782	1 121
E. 25. f) Literatur, Presse und Schaustellungen aller Art, auch Musik	382	279	770	391
F. 26. Ohne Beruf und Berufsangabe, einschließlich Insassen von Anstalten für Erziehung und Unterricht, für Arme, Invalide, Sieche, Irre, für Strafe und Besserung	7 424	6 232	44 064	119958
Summe	**96 560**	**77 767**	**171114**	**184429**

IV. Dauer der Ehe der Gestorbenen.

(Tab. 17) Dauer der Ehe der zur Zeit ihres Todes verheirateten Personen	Zahl der gestorbenen Männer	Zahl der gestorbenen Frauen
1	2	3
Über 0 bis 5 Jahre	6 047	6 523
„ 5 „ 10 „	4 474	4 562
„ 10 „ 15 „	5 605	5 194
„ 15 „ 20 „	5 992	4 785
„ 20 „ 25 „	7 552	5 423
„ 25 „ 30 „	7 755	5 221
„ 30 „ 35 „	8 160	5 516
„ 35 „ 40 „	7 072	4 996
„ 40 „ 45 „	6 077	4 150
„ 45 „ 50 „	4 828	3 406
„ 50 Jahre	2 687	1 893
Dauer unbekannt	28 319	22 113
Summe	**94 568**	**73 782**

V. Alter der Gestorbenen nach Alterstagen, Monaten und Jahren.

(Tab. 18) Alter in Tagen bezw. Monaten und Jahren	Männliche Personen	Weibliche Personen	Davon sind unehelich geboren männl.	Davon sind unehelich geboren weibl.
1	2	3	4	5
Totgeborene	18 073	14 633	2 918	2 404
Über 0 bis 1 Tag[1]	7 544	5 533	1 228	947
„ 1 „ 2 Tage	3 701	2 746	638	465
„ 2 „ 3 „	2 210	1 593	376	292
„ 3 „ 4 „	1 232	954	177	164
„ 4 „ 5 „	834	710	151	140
„ 5 „ 6 „	752	593	138	91
„ 6 „ 7 „	760	567	138	85
„ 7 „ 8 „	706	556	129	91
„ 8 „ 9 „	611	474	112	96
„ 9 „ 10 „	530	418	100	63
„ 10 „ 11 „	548	427	86	73
„ 11 „ 12 „	547	384	102	64
„ 12 „ 13 „	565	480	117	84
„ 13 „ 14 „	538	466	91	90
„ 14 „ 15 „	534	463	93	86
„ 15 „ 30 „	6 330	5 180	1 200	951
Über 0 bis 1 Monat	27 942	21 544	4 876	3 782
„ 1 „ 2 Monate	8 036	6 102	1 736	1 346
„ 2 „ 3 „	7 390	5 300	1 523	1 212
„ 3 „ 4 „	6 041	4 730	1 202	967
„ 4 „ 5 „	4 977	3 828	860	749
„ 5 „ 6 „	4 069	3 065	681	514
„ 6 „ 7 „	3 400	2 741	549	479
„ 7 „ 8 „	2 988	2 416	484	390
„ 8 „ 9 „	2 556	2 128	372	344
„ 9 „ 10 „	2 248	1 897	349	282
„ 10 „ 11 „	1 833	1 639	282	238
„ 11 „ 12 „	1 653	1 416	249	244
Zus. (mit Totgeb.)	**91 206**	**71 439**	**16 081**	**12 951**
Über 0 bis 1 Jahr	73 133	56 806	13 163	10 547
Davon 1921 geboren	54 920	42 563	9 974	7 994
„ 1920 „	18 213	14 243	3 189	2 553
Über 12 bis 15 Monate	3 707	3 279		
„ 15 „ 18 „	2 564	2 193		
„ 18 „ 21 „	1 733	1 425		
„ 21 „ 24 „	1 197	1 046		
Über 1 bis 2 Jahre	9 201	7 943		
„ 2 „ 3 „	2 338	2 143		
„ 3 „ 4 „	1 321	1 247		
„ 4 „ 5 „	1 073	976		
„ 5 „ 6 „	967	850		
„ 6 „ 7 „	1 194	1 065		
„ 7 „ 8 „	1 093	1 019		
„ 8 „ 9 „	948	913		
„ 9 „ 10 „	961	778		
„ 10 „ 11 „	845	751		
„ 11 „ 12 „	791	715		
„ 12 „ 13 „	838	802		
„ 13 „ 14 „	904	909		
„ 14 „ 15 „	953	850		
Zus. (ohne Totgeb.)	**96 560**	**77 767**		
Altersjahre. (Fünfjährige Gruppen)				
Über 0 bis 5 Jahre	87 066	69 115		
„ 5 „ 10 „	5 163	4 625		
„ 10 „ 15 „	4 331	4 027		
„ 15 „ 20 „	8 732	6 815		
„ 20 „ 25 „	10 828	8 678		
„ 25 „ 30 „	7 377	8 891		
„ 30 „ 35 „	6 506	8 594		
„ 35 „ 40 „	7 020	8 338		
„ 40 „ 45 „	8 475	8 409		
„ 45 „ 50 „	9 809	9 190		
„ 50 „ 55 „	11 652	10 396		
„ 55 „ 60 „	14 419	13 007		
„ 60 „ 65 „	17 482	17 400		
„ 65 „ 70 „	18 430	19 662		
„ 70 „ 75 „	18 926	23 153		
„ 75 „ 80 „	16 065	20 630		
„ 80 „ 85 „	10 025	13 717		
„ 85 „ 90 „	4 023	5 868		
„ 90 „ 95 „	852	1 311		
„ 95 „ 100 „	106	184		
„ 100 Jahre	13	29		
Unbekanntes Alter	374	157		
Summe (ohne Totgeb.)	**267674**	**262196**		
	529 870			

[1] davon 59 männl. und 45 weibl. unehel. tote Findlinge.

VI. Alter der Gestorbenen nach Geburtsjahren.

(Tab. 19)

Geburtsjahr der Gestorbenen	Männliche	Weibliche
	Personen	
1	2	3
1921 { totgeboren	18 073	14 633
1921 { lebendgeboren	54 920	42 563
1920	23 866	19 287
1919	4 931	4 170
1918	1 708	1 546
1917	1 139	1 076
1916	968	895
1915	1 074	961
1914	1 160	1 039
1913	1 051	975
1912	978	853
1911	856	782
1910	830	687
1909	793	745
1908	870	846
1907	918	897
1906	1 068	928
1905	1 237	1 076
1904	1 599	1 353
1903	1 830	1 456
1902	2 230	1 616
1901	2 494	1 615
1900	2 448	1 624
1899	2 213	1 785
1898	2 131	1 834
1897	1 869	1 754
1896	1 731	1 714
1895	1 650	1 766
1894	1 500	1 823
1893	1 432	1 834
1892	1 327	1 766
1891	1 330	1 778
1890	1 272	1 667
1889	1 243	1 700
1888	1 275	1 724
1887	1 364	1 734
1886	1 350	1 731
1885	1 414	1 742
1884	1 403	1 746
1883	1 424	1 601
1882	1 429	1 587
1881	1 428	1 597
1880	1 612	1 631
1879	1 689	1 665
1878	1 749	1 721
1877	1 804	1 748
1876	1 853	1 780
1875	1 906	1 850
1874	2 000	1 860
1873	1 992	1 818
1872	2 086	1 955
1871	1 849	1 666
1870	2 117	1 969
1869	2 424	2 133
1868	2 402	2 006
1867	2 498	2 214
1866	2 617	2 467
1865	2 699	2 399

(Noch: Tab. 19)

Geburtsjahr der Gestorbenen	Männliche	Weibliche
	Personen	
1	2	3
1864	2 830	2 658
1863	3 012	2 706
1862	2 975	2 679
1861	3 161	2 794
1860	3 254	3 185
1859	3 692	3 603
1858	3 599	3 578
1857	3 641	3 729
1856	3 440	3 664
1855	3 455	3 556
1854	3 637	3 919
1853	3 794	3 981
1852	3 880	4 302
1851	3 924	4 288
1850	4 082	4 809
1849	4 186	4 804
1848	3 709	4 803
1847	3 295	4 283
1846	3 420	4 436
1845	3 588	4 456
1844	3 375	4 330
1843	2 952	3 989
1842	3 021	3 993
1841	2 589	3 264
1840	2 559	3 464
1839	2 134	2 919
1838	1 800	2 543
1837	1 544	2 138
1836	1 336	1 954
1835	1 086	1 579
1834	902	1 316
1833	686	1 024
1832	485	725
1831	408	535
1830	265	442
1829	165	268
1828	129	200
1827	87	114
1826	55	78
1825	31	61
1824	24	38
1823	9	27
1822	13	14
1821	15	18
1820	1	6
1819	4	4
1818	1	4
1817	—	2
1816	—	1
vor 1816	—	1
Unbekanntes Geburtsjahr	374	157

(Noch: Tab. 19)

Geburtsjahr der Gestorbenen	Männliche	Weibliche
	Personen	
1	2	3
Wiederholung.		
Jahre 1921 und 1920	96 859	76 483
Jahrzehnt 1919-1910	14 695	12 984
" 1909-1900	15 487	12 156
" 1899-1890	16 455	17 721
" 1889-1880	13 942	16 793
" 1879-1870	19 045	18 032
" 1869-1860	27 872	25 241
" 1859-1850	37 144	39 429
" 1849-1840	32 694	41 822
" 1839-1830	10 646	15 175
" 1829-1820	529	824
Jahre 1819-1816	5	11
vor 1816	—	1
Unbekanntes Geburtsjahr	374	157
Summe (mit Totgeb.)	285 747	276 829
	562 576	

VII. Religionsbekenntnis der Gestorbenen

(mit Ausschluß der Totgeborenen).

(Tab. 20)

Religions-bekenntnis	Kinder (über 0 bis 15 Jahre)		Erwachsene (über 15 Jahre)	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1	2	3	4	5
Evangelisch	52 247	41 713	108 853	120 265
Römisch-katholisch	41 294	33 718	56 842	59 662
Anders christlich	238	188	584	783
Jüdisch	324	251	2 525	2 349
Sonstig, unbestimmt oder nicht angegeben	2 457	1 897	2 310	1 370
Summe	96 560	77 767	171 114	184 429

VIII. Berufsstellung der Gestorbenen bezw. ihrer Eltern (mit Ausschluß der Totgeborenen).

(Tab. 21)

Berufsstellung	Kinder im Alter von				Erwachsene im Alter von																		Gestorbene überhaupt	
	über 0 bis 1 Jahr		über 1 bis 15 Jahren		über 15 bis 20 Jahren		über 20 bis 25 Jahren		über 25 bis 30 Jahren		über 30 bis 40 Jahren		über 40 bis 50 Jahren		über 50 bis 60 Jahren		über 60 bis 70 Jahren		über 70 Jahren		unbekannten Alters			
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
A. Landwirtschaft:																								
a) Selbständige, Betriebs-, Geschäftsleiter, höhere Forstbeamte usw.	6 466	4 985	2 267	2 147	82	133	155	184	232	252	723	640	1 305	786	2 581	1 344	4 402	1 920	5 928	2 480	12	5	24 153	14 876
b) Wirtschaftsbeamte, Aufsichts- und Rechnungspersonal	295	203	89	81	33	7	30	7	23	18	44	39	51	28	112	50	174	88	111	116	1	—	963	637
c) Ländliches Gesinde (Knechte, Mägde) und sonstige Hilfspersonen	2 755	2 113	520	436	633	353	513	339	267	196	250	194	184	127	332	171	364	204	388	267	2	—	6 208	4 400
d) Ländliche Tagelöhner, Arbeiter	9 074	7 031	2 167	2 042	587	326	586	356	311	333	488	438	691	618	1 310	1 095	2 200	1 885	2 883	3 255	26	19	20 323	17 398
B. Industrie und Handwerk:																								
a) Selbständige, Betriebs-, Geschäftsleiter usw.	3 663	2 891	1 228	1 109	29	71	105	181	197	226	621	462	1 326	547	2 368	829	3 583	1 238	4 513	1 891	11	—	17 644	9 445
b) Technisch u kaufmännisch gebildetes Aufsichts- u. Rechnungspersonal	1 056	803	417	368	55	25	115	32	112	47	282	97	419	124	548	124	526	198	323	203	1	2	3 854	2 023
c) Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge u andere mit Berufs- oder gewerblicher Ausbildung	14 996	11 654	4 144	3 840	1 874	295	2 030	366	1 146	398	1 820	727	2 144	792	2 422	859	2 664	1 100	2 051	1 554	14	7	35 305	21 592
d) Andere Hilfspersonen ohne gewerbl. Vorbild., wie Handlanger, Kutscher, Heizer, Maschinisten, Fabrikarbeiter, Arbeiter usw.	9 435	7 501	2 569	2 264	765	273	959	318	459	222	761	345	1 079	348	1 557	450	1 482	507	680	451	11	4	19 757	12 683
C. Handel und Verkehr:																								
a) Selbständige, Betriebs-, Geschäftsleiter usw	1 718	1 324	558	547	20	26	74	47	135	87	481	184	1 010	288	1 584	494	1 774	664	1 464	858	5	1	8 823	4 520
b) Kaufmännisch gebildetes Aufsichts- und Rechnungspersonal	832	695	262	242	72	119	174	198	122	131	250	143	432	132	642	104	531	86	224	71	—	—	3 541	1 921
c) Handlungsgehilfen, auch Kellner usw.	3 744	2 845	1 064	933	371	160	568	208	406	206	705	343	689	245	808	275	716	307	377	361	4	2	9 452	5 885
d) Andere Hilfspersonen, Packer, Hausdiener, Geschäftskutscher usw.	1 185	919	329	291	74	23	146	24	106	21	171	67	253	70	294	92	298	129	170	161	2	1	3 028	1 798
D. Häusliche Dienste und Lohnarbeit:																								
1. Häusliche Dienste, einschl. persönl. Bedienung (ohne das ländl. Gesinde)	1 393	1 171	192	179	13	267	18	343	12	187	26	175	24	164	66	242	103	311	72	353	—	—	1 919	3 392
2. Lohnarbeit wechselnder Art (Tagelöhner, Arbeiter, ohne die ländlichen)	3 149	2 437	759	688	164	131	241	168	131	137	244	228	415	287	704	468	951	772	904	1 277	1	3	7 663	6 596
E. Militärpersonen, Beamte, Angehörige freier Berufsarten:																								
a) Offiziere, höhere Beamte, Anwälte, Ärzte, Künstler bei Musik u. Theater	626	419	235	221	29	15	102	55	118	61	230	147	337	145	571	219	629	236	432	282	3	—	3 312	1 800
b) Unteroffiziere u. Gemeine, Verwaltungspersonal	1 121	811	306	277	190	59	397	97	254	97	315	146	361	121	466	125	385	93	183	86	7	—	3 985	1 912
c) Kastellane, Portiers, Boten, Arbeiter, Dienstpersonal in Anstalten usw.	257	210	82	94	11	12	19	37	21	54	60	82	83	74	152	89	241	95	223	101	1	—	1 150	848
F. Ohne Beruf und Berufsangabe:																								
1. Rentner, Pensionäre, Altsitzer usw.	307	247	163	152	10	24	84	22	117	46	265	144	567	303	1 811	1 254	6 983	4 920	21 181	14 820	12	11	31 500	21 943
2. Von öffentl. Unterstützung Lebende	2	2	3	1	—	—	2	—	4	—	3	2	7	9	40	17	123	83	131	480	—	—	315	594
3. Nicht im Haushalte ihrer Familie lebende Studierende, Seminaristen usw.	—	—	30	13	200	32	106	7	24	—	8	2	1	—	—	—	—	—	—	—	2	—	371	54
4. Insassen von öffentlichen Anstalten	6 843	5 150	4 694	3 715	2 957	1 906	4 122	3 176	3 032	3 257	5 591	6 352	6 737	5 621	7 477	5 488	7 184	6 045	5 873	7 956	48	27	54 558	48 693
davon: Insassen solcher Anstalten, die in der Tabelle C. III. unter F. 26. nicht genannt sind	6 113	4 557	4 070	3 207	2 614	1 120	3 783	1 851	2 767	1 666	5 032	2 835	5 949	2 547	6 586	2 323	5 430	2 145	2 742	2 024	20	5	45 106	24 280
5. Andere Personen	4 216	3 395	1 349	1 321	563	2 558	282	2 513	148	2 915	188	5 975	169	6 770	226	9 614	599	16 181	1 899	27 869	211	75	9 850	79 186
Summe	**73 133**	**56 806**	**23 427**	**20 961**	**8 732**	**6 815**	**10 828**	**8 678**	**7 377**	**8 891**	**13 526**	**16 932**	**18 284**	**17 599**	**26 071**	**23 403**	**35 912**	**37 062**	**50 010**	**64 892**	**374**	**157**	**267 674**	**262 196**

Die Volkszahl deutscher Städte Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts.*)

(Mit einer Karte, 4 Tabellen und einer graphischen Darstellung.)

Von

Dr. Wilhelm Franke.

Seit dem 8. Jahrhundert wachsen die deutschen Städte aus Ansiedelungen im Anschluß an Römerstädte, Pfalzen, Fliehburgen, Klöster, Furten und Häfen empor. Sie füllen sich infolge starker Volkszunahme und der kräftigen und glänzenden Regierung der deutschen Könige, werden mit Befestigungen versehen, mit Markt- und anderen Rechten ausgestattet, erhalten einen eigenen Gerichtsbezirk und schaffen sich eine umfangreiche Gemeindeorganisation. Im 12. und 13. Jahrhundert nimmt die Bevölkerung derartig weiter zu, daß nicht nur die vorhandenen Städte sich zum Teil bedeutend erweitern müssen, sondern zahlreiche Neugründungen entstehen, sowohl in den alten Stammlanden als auch auf neuem Boden im Osten. Die Ursache dieser starken Volksbewegung liegt nach Püschel[1]) in der Aufteilung des vorhandenen Bodens im Mutterland, in der Unzufriedenheit mit der bestehenden Verfassung, in verhängnisvollen Naturereignissen. Man kann vom 12. bis zum 14. Jahrhundert von einer Blüte deutschen Städtewesens reden, die sich in den Kolonial- und Randgebieten bis ins 16. Jahrhundert hinein erstreckt. Die Grundlage hierfür bildet für Norddeutschland vornehmlich der Handel, in Mittel- und Süddeutschland weit mehr noch das Handwerk. Im Kampfe des Kaisertums gegen Papsttum und territoriale Gewalten zogen die Städte den weitaus größten Nutzen. Sie erlangten gegen Abgabe von Kapitalien umfangreiche Privilegien, oft Freiheit und Unabhängigkeit. In Norddeutschland bildet den Höhepunkt der Blüte für die Hansestädte das 14. Jahrhundert. Bis zur ersten Hälfte desselben haben sie im großen und ganzen die Ausdehnung gewonnen, die sie ein halbes Jahrtausend behielten. Durch Zusammenschluß in Bünde vermochten sie, sich ihrer Feinde zu erwehren. Der Ausspruch „Augsburger Pracht, Venediger Macht, Ulmer Geld geht durch alle Welt" kennzeichnet treffend die Bedeutung der süddeutschen Städte. Einen Höhepunkt ihrer Macht erkennt man in der entscheidenden Bedeutung, die einer ihrer Bürger, der Augsburger Jakob Fugger, bei der Kaiserwahl 1519 ausübte[2]). Die Niederlage und weiter zunehmende Schwäche der Zentralgewalt, das Fehlen einer Reichswirtschaftspolitik, das Erwachen und Erstarken des Nationalgefühls der Nachbarvölker sind letzten Endes Hauptgründe des Verfalles der deutschen Städte. Uneinigkeit, Konkurrenzneid, Eifersucht untereinander und im Innern sozialer Zwist, Cliquenherrschaft, selbstsüchtiger Klassengeist beförderten die Entartung der Stadtwirtschaft und weiterhin den Niedergang ihrer Bedeutung. Diese Zustände konnten nicht ohne Einfluß auf die Volkszahl bleiben.

[1]) Püschel: Das Anwachsen der deutschen Städte. Berlin 1910 S. 9. — [2]) Er durfte es ungestraft wagen, 1523 an Karl V. zu schreiben: „Es ist auch bekannt und liegt am Tage, daß Eure kaiserliche Majestät die römische Krone ohne meine Hilfe nicht hätten erlangen können, wie ich solches mit eigenhändigem Schreiben der Kommissare Eurer Majestät beweisen kann." — Ehrenberg: Das Zeitalter der Fugger. Jena 1912 I. S. 112.

Wenn man sich eine genauere Kenntnis von dem Zustand eines Gemeinwesens verschaffen will, ist es unerläßlich, zunächst festzustellen, aus wieviel Personen es besteht. Nur sehr unvollkommen sind wir über die Volkszahl der deutschen Städte im Mittelalter unterrichtet[1]). Ursache dieser mangelhaften Kenntnis ist eine uns unerklärliche Scheu vor der Öffentlichkeit[2]), verbunden mit dem Befangensein in der alttestamentlichen Auffassung, daß ein Zählen der Bevölkerung Hungersnot, Krieg oder Krankheit herbeiführe, andererseits das Fehlen eines geeigneten Beamtenapparates und die Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung einer Zählung geltend machen.

Anfang des 18. Jahrhunderts erwachte allenthalben ein volkswirtschaftlich-statistisches Interesse, das, verursacht durch den Merkantilismus, weiter verbreitet wurde durch das Versicherungswesen, die Tontinen, durch politisch-arithmetische Untersuchungen eines Graunt, Patty, Halley, Wargentin, Büsching auf Grund vorhandener Tauf-, Trau-, Sterbelisten, Seelentabellen und mit teleologischen Gedanken — Süßmilch — vielfach verbunden war. So begegnet man seit der Mitte des 18. Jahrhunderts in fast allen Ländern Versuchen von Bevölkerungsaufnahmen[2]). In den meisten Ländern blieb es bei diesen Versuchen. In Brandenburg-Preußen fand die erste allgemeine Volkszählung für alle Provinzen 1725 statt[3]); ein Verzeichnis der Untertanen war schon 1654 angelegt worden; weitere statistische Aufnahmen scheiterten am Widerstand der Stände. Friedrich der Große, dem die

[1]) Noch zu Anfang des 18. Jahrhunderts erregte die Veröffentlichung der Getauften, Getrauten, Gestorbenen in dem Anzeiger von Frankfurt a. M. den heftigen Unwillen der gesamten Bürgerschaft. — Gust. Freytag: Bilder aus der deutschen Vergangenheit. Leipzig 1916 III. 362. — [2]) Günther: Geschichte der deutschen Statistik. München 1911 S. 9. — [3]) Behre: Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen. 1905 S. 171. — Sie ist nur in Bruchstücken überliefert. Die Absicht, die Volkszahl durch eine wirkliche Volkszählung zu ermitteln, taucht in Brandenburg zum ersten Male Mai 1644 auf. In beschränktem Umfang fand 1697 eine Zählung statt, über deren Ergebnisse nichts zu ermitteln ist. Auch die späteren — 1746 — sind mit wenigen Ausnahmen als verloren zu betrachten.

*) Die Arbeit ist aus einem im historisch-geographischen Seminar der Universität Berlin gehaltenen Referat erwachsen und wurde dort im Winter-Semester 1921 als Dissertation eingereicht.



„Peuplierung“ seines Landes sehr am Herzen lag[1]), sorgte für Ergänzung und Vervollkommnung des Zählsystems, überwachte die Zuverlässigkeit und schritt scharf gegen Unrichtigkeiten ein[2]). Es fanden Aufnahmen statt 1740, 1744, 1748 und dann regelmäßig von Jahr zu Jahr bis 1787 mit Ausnahme des Zeitraumes von 1757—1764. Für die Zeit von 1788—1798 sind nur spärliche Angaben vorhanden. Die rege Anteilnahme Friedrich Wilhelms III an statistischen Untersuchungen führte auf Drängen Steins 1805 zur Gründung des Preußischen Statistischen Amtes unter Leitung von Krug. In Österreich stammt die erste Volkszählung aus der Zeit Maria Theresias — 1754. Nach Gürtler[3]) erscheinen von 1770 ab fast ein ganzes Jahrhundert hindurch die Volksaufnahmen wenig vertrauenswürdig. In Württemberg hört man von Volksaufnahmen 1769, 1771, 1795, in Holstein, Oldenburg, Dänemark, Lauenburg 1769, 1803, 1810, in Sachsen 1697, in Bayreuth 1697, 1787, in Hessen-Darmstadt 1777, 1785, 1806, 1815, in Bayern 1771, 1794, 1807, in Baden 1812, in Belgien 1754, 1795, 1803, in Frankreich und den von ihm besetzten Ländern 1789, 1801, 1807, 1811, 1821. In den Reichsstädten und der Mehrzahl der Städte der geistlichen Territorien sind Volksaufnahmen, wenn überhaupt, sehr dürftig und ungenau. Die ersten allgemeinen Zählungen über ein weiteres Gebiet nach einheitlichem System stammen aus dem Jahre 1811. Die Genauigkeit unserer heutigen Zählungen können die damaligen bei weitem nicht beanspruchen. Die meisten dieser Volksaufnahmen wurden streng geheim gehalten und sind in den Wirren der Revolutionskriege verlorengegangen. Indessen haben wir auf Grund von Berechnungen in der zeitgenössischen Literatur, in historisch-politischen Schriften, Reisebeschreibungen, Kalendern allenthalben Bevölkerungsangaben, die uns in Verbindung mit den durch archivalische Veröffentlichung der Steuertabellen, Bürgerverzeichnisse gewonnenen Zahlen förderliche Anhaltspunkte geben. Die Erkenntnis der unbedingten Notwendigkeit einer genau geregelten Statistik für ein geordnetes Staatswesen führte auf dem Wiener Kongreß zu dem Beschluß, für das deutsche Bundesgebiet periodische Volkszählungen vorzunehmen. Die Ausführung dieser Bestimmung ließ jedoch viel zu wünschen übrig. Am zuverlässigsten sind noch die Angaben der im deutschen Zollverein geeinten Staaten, weil hier die Einnahmen prozentual der Bevölkerung verteilt wurden. Dazu war eine einheitliche Statistik und Kontrolle erforderlich[4]). Krug, Hoffmann, dessen Nachfolger und zweiter Leiter des Preußischen Statistischen Landesamtes, Dieterici sowie v. Viebahn, der Archivar des Deutschen Zollvereins, haben die Ergebnisse der Zählungen systematisch zusammengestellt und gewürdigt. Ihre Schriften haben besondere Berücksichtigung bei Aufstellung der beigefügten Tabellen gefunden. Neue, z. T. noch nicht veröffentlichte Zahlen lieferten die historischen Tabellen der Jahre 1769, 1770, 1786, 1798, 1804, von denen allerdings sich nur noch spärliche Reste im Archiv des Preuß. Statist. Landesamtes befinden. Weitere Hauptschriften sind aus dem Literaturverzeichnis ersichtlich.

Ein Betrachten der Karte wie der Tabelle führt zu der Feststellung, daß im Römischen Reich deutscher Zunge von einer „Reichshauptstadt, die die ganze Kraft der Nation an sich zöge“, einer Stadt von der überragenden Bedeutung wie Paris oder London nicht die Rede sein kann[5]). Die geschichtliche Entwicklung, der häufige Wechsel der Dynastien und Herrscher, der große Umfang des Reiches im Mittelalter, die zerstreute Lage des Königsgutes schufen eine Reihe von Zentren, deren bedeutendstes, Wien, mit 207 000 Einwohnern kaum ein Drittel der Einwohnerzahl von Paris, ein Fünftel der von London zählte.

Es folgen der Größe nach geordnet: Berlin, Hamburg — über 100 000 — Prag, Königsberg, Breslau, Dresden — über 50 000 — Straßburg, München, Frankfurt a./M., Köln, Augsburg, Danzig, Graz, Braunschweig, Bremen über 30 000 Seelen, wenn wir die Städte der nur lose mit dem Reich verknüpften österreichischen Niederlande, Brüssel, Gent, Antwerpen — über 50 000 — Brügge über 30 000 Einwohner, sowie eines Teiles des westfälischen Kreises — Lüttich 50 000 Seelen — unberücksichtigt lassen, Straßburg und Danzig hingegen als Städte mit ganz überwiegend deutscher Bevölkerung hinzuziehen. Alle größereren Plätze über 50 000 Einwohner liegen also nicht in den deutschen Stammlanden, sondern in den Kolonial- und Grenzgebieten, eine Erscheinung, die auch sonst in der Geschichte nicht selten ist Man denke im Altertum an Syrakus, Neapel, Ephesus, Alexandria, Karthago gegenüber Athen, Sparta, Korinth, Megara, Tyrus u. a., in neuerer Zeit an New-York, Chicago, Philadelphia, Buenos Aires. Nicht die schlechtesten Elemente der Nationen waren es, die unzufrieden, durch heimatliche Verhältnisse bedrückt, gedrängt durch wirtschaftliche Not, Naturereignisse, eingeengt durch kleinliche Politik, bedroht wegen ihres Glaubens oder politischer Gesinnung, in der freieren Fremde ihr Glück suchten und oftmals fanden. Pflegen doch die Kolonisten die kulturellen und politischen Einrichtungen des Mutterlandes in weiterem, gröberem Maßstabe zu übernehmen. Der deutsche Bauer erhielt in Koloniallanden die doppelte Anzahl Morgen. In den Städten wurde der Markt noch einmal so groß angelegt wie daheim, ähnlich Klöster und Kirchen.

Wien, Berlin, Hauptstädte, Verwaltungs-, Verkehrs-, Handelsmittelpunkte bedeutender Länder, haben ihre Blüte ihrer günstigen Lage und ihren Landesherren zu verdanken. Beide sind am Schnittpunkte der wichtigsten Verkehrslinien Europas gelegen, die eine als Zentrum im Donaubecken, den Verkehr vermittelnd zwischen Frankreich, Süddeutschland — Ungarn, Orient; Schlesien, Preußen, Böhmen, Polen — Italien, Ungarn, die andere im Urstromtal, „den Weg beherrschend zwischen zwei Flußgebieten und Meeren“, als Verkehrsmittelpunkt und Umschlageplatz zwischen England, Hamburg — Schlesien, Orient; Stettin, Frankfurt, Königsberg, Posen — Magdeburg, Mittel- und Süddeutschland, nach Anlage des Müllrosekanals emporgeblüht. Wie Maria Theresia, Joseph II. sich das Wohl ihrer Hauptstadt angelegen sein ließen, so wandte besonders Friedrich der Große Berlin seine Fürsorge zu und förderte sein Wachstum. Laufend mußte ihm darüber Bericht erstattet werden[1]). Obwohl es 1661 erst 6 800 Seelen faßte, überschritt im Dezember 1754 die Zivilbevölkerung die ersten Hunderttausend, überflügelte damit Hamburg und erreichte 1818 mit Garnison die zweiten Hunderttausend. Hamburg, einer der günstigst gelegenen Häfen Europas, wächst stetig nach der zweiten Plünderung Antwerpens 1585. Es nimmt als Importplatz seinen Aufschwung seit Anfang des 17. Jahrhunderts. 1648 gilt es als die volksreichste Stadt ganz Deutschlands. Es bildete die Haupteinfallspforte des englischen Handels nach dem Kontinent als Niederlassung der „*merchants adventurers*“ und wurde Haupthafen für einen großen Teil Hannovers, Preußens, Sachsens, Österreichs mit regen Beziehungen zu Rußland. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bis 1792, besonders seit dem Amerikanischen Unabhängigkeitskriege war der Handel mit Frankreich überaus rege und hatte den mit

[1]) Behre, S. 338. Friedrich der Große baute auch als Erster in Deutschland sein Wirtschaftssystem auf einer geregelten Handelsstatistik auf. — [2]) Behre, S. 183/84. Günther S. 16. Absichtliche Verfälschungen sind nach Behre ausgeschlossen. — [3]) Gürtler: Volkszählungen unter Maria Theresia und Joseph II, Innsbruck 1909. S. 26, 50. — [4]) v. Viebahn: Statistik des zollvereinten Deutschlands. Berlin 1858, I. XI. — [5]) Deutschland hat soviel Hauptstädte, als es darin Staaten gibt. Jede derselben zeichnet sich durch diesen oder jenen Vorzug, diese oder jene Eigenheit aus. E. 1. Abt. IV. S. 27.

[1]) Koser: Geschichte Friedrich des Großen II, 103.

England vielfach übertroffen. Das änderte sich seit der Französischen Revolution. 1800 war der Schiffsverkehr Hamburgs mit England auf das Vierzehnfache von dem des Jahres 1789 gestiegen[1]). Hamburg hatte inzwischen das Erbe des von den Franzosen besetzten Amsterdam angetreten und war der erste Getreidemarkt des Kontinents geworden. Von ihr sagt Gaspary[2]): „Nächst London ist sie die wichtigste Handelsstadt Europas, die in neuerer Zeit selbst Amsterdam überflügelte". Das beträchtliche Wachstum der englischen Industriebevölkerung infolge der durch den Krieg stark angeregten Gewerbetätigkeit machte eine vermehrte Getreideeinfuhr nötig. Diese verzehnfachte sich von 1790—1800[3]). England lieferte Kohlen für Hamburgs Zuckersiedereien, Kolonial- und Textilwaren, die in diesen Jahren wie ein breiter Strom ganz Deutschland überfluteten.

Königsberg, die zweitgrößte Residenz der Hohenzollern, ist Ausfuhrhafen für Preußen, einen Teil von Polen und später von Rußland[4]) für Holz, Getreide und Rauchwaren gegen englische Fabrik- und Kolonialwaren. Es zieht einen größeren Teil des polnischen Getreidehandels an sich, seitdem durch die erste Teilung Polens Danzig Freistaat geworden ist. Danzigs Einwohnerzahl nimmt ab, seit es kein Hinterland mehr hat und durch Preußens Wirtschaftspolitik eingeengt wird[5]). Zählt es 1750 noch 46 000 Einwohner, so ist seine Einwohnerzahl kurz nach der preußischen Besitzergreifung auf 36 200 Seelen gesunken.

Bemerkenswert ist die hohe Einwohnerzahl der dritten Residenz des Preußischen Staates, „des Mittelpunktes der schlesischen Bucht." Trotz der Schäden der Schlesischen Kriege steht Breslau an siebenter Stelle hinter Prag, Brüssel, Königsberg, 1819 an fünfter, die es bis nach 1870 behauptete. Es hat stets zu den bevölkertsten Städten gehört[6]), wenn auch seine Bedeutung nicht so in Erscheinung tritt. Ständig kamen hierher ukrainische, siebenbürgische, macedonische Kaufleute, die Pelze, Baumwolle, Talg, Honig gegen Tuche und Leinwand verhandelten, wie auch eine kleine armenisch-griechische Gemeinde und Schule vorhanden war[7]). Auf keinem Wege konnten diese wie auch die Österreicher die Produkte aus England, Holland, Frankreich so schnell und wohlfeil beziehen wie über Breslau[8]). Hinzu kommt die Bedeutung als Haupt- und Verwaltungsmittelpunkt eines weiträumigen Gebietes inmitten emsiger Heimindustrie und stete Angehörigkeit zu einem großen Staatsverband. Unter preußischer Herrschaft nimmt zwar der Handel mit Österreich und dem Orient, später auch mit Polen ab, durch Förderung und Anlage zahlreicher Fabriken werden aber Ersatz und neue Erwerbsmöglichkeiten geschaffen[9]). Da es von der Kantonpflicht befreit war, hielten sich eine Menge junger Leute in seinen Mauern auf, die dem Waffendienst entgehen wollten. Die furchtbare wirtschaftliche Not der Lausitzer und schlesischen Weber[10]) und Landbewohner, die Wahrscheinlichkeit, hier schnelleren und leichteren Erwerb zu finden, trieb viele unbemittelte Existenzen hierher. Lebhaft sind darüber des Magistrats Klagen[1]).

Ähnlich wie mit Breslau und Königsberg verhält es sich mit Dresden und Prag. Auch sie zählen über 50000 Einwohner, gehören einem größeren Staatswesen an, sind Hauptorte eines beträchtlichen Territoriums, Umschlagplätze, Mittelpunkte wichtiger Verkehrslinien, Hauptpunkte in sich geschlossener Handels- und Wirtschaftsteile. Zum Wachstum und zur Blüte Dresdens, des Stapelplatzes der Produkte von und für Böhmen, trägt die Anmutigkeit und Fruchtbarkeit der Umgebung und die betriebsame Bevölkerung nicht weniger bei[2]) als die Verbindung des prachtliebenden Fürstenhauses mit Polen, das die „Föhrdenstadt der Leipziger Bucht" mit zahlreichen prunkenden Bauten schmückte. 1750 ist Dresden daher nächst Berlin, Hamburg, Prag und Brüssel die größte Stadt Deutschlands.

Das Wachstum der größeren Städte liegt in ihrer geographischen Lage[3]) und geschichtlichen Entwicklung begründet. Das weiträumige, ebene Gebiet Norddeutschlands, die stete Bedrohung durch fremdsprachige Nachbarn machten das Bestehen geschlossener Staaten größeren Flächenraumes erforderlich und ließen Städte nur an geographisch besonders bevorzugten Orten zu größeren Gemeinwesen anwachsen, während die vielgestaltigen Gebirgsbildungen Mittel- und Süddeutschlands die Entwicklung zahlreicher kleiner Staaten mit einer größeren Anzahl Städte geringerer Einwohnerzahl begünstigten. Um sich lebensfähig zu erhalten, mußten sie sich durch Bannmeilen- und Stapelrecht, Schaffung eines Pfahlbürgertums Mittel schaffen zur Wahrung ihrer Selbständigkeit, Abwehr der Konkurrenz der Nebenbuhler, Abschwächung der Angriffe der Nachbarn. Die Städte auf Kolonialboden waren weit mehr im Vorteil als die des Mutterlandes; konnten sie doch ihren Einfluß auf ein weiteres Gebiet geltend machen und um so größeren Nutzen ziehen, je mehr, von einem zielbewußten Gedanken geleitet, Landwirtschaft und Industrie gefördert wurde und sich hob. Hinzu kam, daß die Aufsicht des Landesherrn oft weitsichtiger gehandhabt wurde als die des städtischen Rates[4]).

Die Städte auf eigentlichem Reichsboden waren im allgemeinen zu mächtig geworden (Markgrafenfehde — Nürnberg), um von den Territorialherren unterworfen und Hauptorgan eines selbständigen Staates zu werden; sie waren zu gering an Macht, um Mittelpunkt eines eigenen geschlossenen Territoriums zu werden, um sich an der Spitze eines größeren städtischen Bundes halten zu können. So war Verkümmern ihr Los[5]). Dies wurde noch befördert durch die völlige Ohnmacht der Reichsgewalt, das Fehlen einer Reichswirtschaftspolitik zu einer Zeit, in der sich die Verschiebung des Schwerpunktes der Welthandelswege von den Binnenmeeren zum offenen Ozean vollzog. Die oberdeutschen Kaufleute hatten im 16. Jahrhundert den Warenhandel meist aufgeben und sich der Kapitalspekulation widmen müssen, wie ja auch in Italien die Genuesen, Florentiner, Venetianer. Durch den wiederholten Bankerott des Spanischen und Französischen Staates büßten sie einen großen Teil ihres Vermögens, woran Bürger und Handwerker erheblich beteiligt waren, ein. Den Rest von Wohlhabenheit verloren sie durch den Dreißigjährigen Krieg

[1]) Stutzer: Die Großstädte einst und jetzt. Berlin 1917. S. 170. — [2]) Gaspary: Vollständiges Handbuch der neuesten Erdbeschreibung 1. Abt. V, 181. Weimar 1821. — [3]) Vogel I: Die Hansestädte und die Kontinentalsperre. München 1913. S. 6. — [4]) Königsberg ist gegenüber den von Rußland stark begünstigten baltischen Häfen insofern im Vorteil, als sein Vorhafen Pillau nicht zufriert, und die Waren trotz aller Gegenmaßnahmen Rußlands den Weg über Königsberg während der Wintermonate nehmen müssen. — Arnstadt: Haupt- und Residenzstadt Königsberg. Königsberg 1890 S. 325. — [5]) Hintze, Die Hohenzollern und ihr Werk. Brl. 1913 S. 391. — [6]) Vgl. auch Eulenburg: Zur historischen Bevölkerungsstatistik Breslaus. In Konrads Jahrbüchern Bd. 29, Jahrg. 1905 S. 520. — [7]) Wendt: Darstellungen zur schlesischen Geschichte 21. Bd. 1916 S. 177. — [8]) Zimmermann: Beyträge zur Beschreibung Schlesiens. Brieg 1783. Bd. 11. S. 334. — [9]) Wendt a. a. O. S. 188. Ziekursch: Ergebnis der friderizianischen Stadtverwaltung. Jena 1908. S. 19. — [10]) Mitteilungen des Breslauer Stadtarchivs. 9. Jahrg. 1909. S. 47.

[1]) M. d. Br. St. A. 9. S. 243. — [2]) Penck: Lage der deutschen Großstädte. Städtebauliche Vorträge V. Heft 5. Berlin 1912 S. 18. — [3]) Penck a. a. O. S 33. Keine der deutschen Großstädte läßt klarer und deutlicher als die Reichshauptstadt erkennen, welch große Bedeutung die geographische Lage für die Entwicklung einer Stadt hat. — [4]) Sieveking: Grundzüge der neueren Wirtschaftsgeschichte in Meisters Grundriss II, 21. — [5]) Schmoller: Die Bevölkerungsbewegung der deutschen Städte. Berlin 1911 S. 181. Aus dem handelsgewaltigen Köln wird seit dem 14. Jahrhundert die lebenslustige Faschingsstadt.



und die langjährige Auseinandersetzung zwischen Habsburg und Bourbon um die Vorherrschaft in Europa. Von diesen Schäden begannen sich Städte und Bürgertum Ende des 18. Jahrhunderts zu erholen, als die Koalitions- und Napoleonischen Kriege wiederum Unsummen von fleißig Erspartem zu Gunsten der Fremden fortführten oder vernichteten. Kein Wunder, wenn Unternehmungsgeist, Betriebsamkeit, Stolz und Pflichtgefühl dem Bürger allmählich verloren gingen, die Volkswirtschaft und ihre Institutionen erstarrten! Die Einwohnerzahl von Köln, Frankfurt a. M., Augsburg, Nürnberg, Ulm ist daher Ende des 18. Jahrhunderts kaum so hoch wie zwei Jahrhunderte vorher[1]).

Des „Reiches Schatzkästlein", Nürnberg, zählte in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts etwa 30000 Seelen. Die Verschiebung der Welthandelswege nach Westen, die Markgrafenfehde setzten weiterem Wachstum ein Ziel. Immerhin war seine Einwohnerzahl Anfang des 17. Jahrhunderts auf 40000 angewachsen. Erst der Dreißigjährige Krieg untergrub die Grundlage zukünftigen Wiederaufbaues. Die kaiserliche Macht war gebrochen und damit auch die der Reichsstädte. Der Spanische Erbfolgekrieg, der Siebenjährige Krieg vernichteten die spärlichen Ansätze der Entwicklung. Die Schulden der Stadt waren immer mehr gestiegen und betrugen 1791 — 9 454 941 *fl.* — 3 000 000 lasteten auf den Ämtern, 4 633 533 *fl.* schuldete die Stadt ihren Bürgern. Im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts steigerten sie sich so, daß der Staatsbankerott unvermeidlich erschien. Trotz allem verteidigte sie mit unvergleichlicher Zähigkeit ihre Freiheit. Als „erste unter den unmittelbaren Städten des Reichs reklamiert sie an das französische Gouvernement Schutz und Wohlwollen der großen Republik". 1780 wird Nürnbergs Einwohnerzahl mit 30 000 angegeben, 1816 beträgt sie nur noch 25 200, 1818: 26 900. Nur allmählich vermochte sie sich in den Bayerischen Staat einzuordnen, und dieser konnte den rechten Nutzen aus ihrer günstigen Lage und betriebsamen Bevölkerung ziehen. Die in allen Ständen herrschende Armut wirkt, wie Freiherr von Lockner in einem Gutachten ausführte[2]), sehr nachteilig auf ihre Entwicklung. Er befürwortet „Anlage zweckmäßig eingerichteter Schulanstalten, Beförderung der Industrie und Aufmunterung der Einwohner, um die schlummernden Kräfte zu wecken und den Charakter des Volkes wieder zu erheben".

Die zweite der süddeutschen bedeutenden Handelsstädte ist Augsburg. Seine Blüte liegt ebenfalls im 15. Jahrhundert. Ende dieses Jahrhunderts überschritt die Zahl der reichen Leute das prozentuale Verhältnis zur Bevölkerungsbewegung um das Doppelte und Dreifache. Auf allen Handelswegen, in allen größeren Handelsplätzen erschienen Augsburger Kaufherren oder ihre Faktoren. Das venezianische Geschäft bildete das Rückgrat des Augsburger Handels. Mit der Bedeutung Venedigs stand und fiel die Blüte Augsburgs. Von Venedig bezog Augsburg die Baumwolle für die heimische Webeindustrie; dorthin ging ein großer Teil des Augsburger Barchent. Das Vordringen der Türken, der Rückgang des Levantehandels veranlaßte die Augsburger Kaufherren, auf den neuentdeckten Handelswegen ein neues Venedig zu gründen. Das Unternehmen mißglückte; zu weit war Augsburg vom Ozean, als daß sich die Stellung, die sich die Augsburger Kaufherren dann in Antwerpen durch Beherrschung des Gewürzhandels schufen, auf die Dauer haltbar gewesen wäre. Vorübergehend war auch die zukunftsreiche Blüte der Kattunindustrie in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Der Ratsdeputation, die über die furchtbare Notlage und Schuldenlast klagte, riet Napoleon den Anschluß an Bayern. Gewährte die Stadt noch im Jahre 1590 — 60 000 Menschen Beschäftigung und Erwerb, so sind ihrer 1703 nur noch 26 300 vorhanden, die sich gegen Ende des Jahrhunderts auf 36 300 vermehrten und dann wieder zurückgingen — 27 800 Seelen (1812), 29 800 (1818). Dazu kommt, daß sich seit Ende des 18. Jahrhunderts „die aufsaugende Wirkung der wittelsbachischen Residenz" fühlbar machte. Das Alpenvorland gewährt wenig Raum für die Entwickelung einer zweiten bedeutenden Großstadt[1]). Alle diese Städte waren wohl, begünstigt durch ihre Lage, wichtige Verkehrsknoten- und Industriepunkte, sie ermangelten aber eines genügend großen Hinterlandes und einer weitsichtigen Leitung. Die Wirtschaftspolitik der einzelnen Stadt bedurfte der Ablösung durch die des Staates[2]). Die einzelne Stadtwirtschaft mußte zugunsten der gesamten Staatswirtschaft beschränkt werden. Tritt eine Stadt einem größeren Staatskörper bei und kann ihre Eigenart unter Zurückdrängung selbstsüchtiger Sonderinteressen zeitig zum Nutzen eines großen Ganzen Verwendung finden, nimmt ihre Bevölkerung zu.

Straßburg, das 1697 noch 26 000 Einwohner zählt, ist 1750 auf 47 000 gestiegen und übertrifft 1800 alle süd- und mitteldeutschen Städte an Volkszahl.

Danzig gereicht die Blüte des Polnischen Staates im 16. Jahrhundert zum Vorteil. In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts wird seine Volkszahl mit 65 000 angegeben. Die Kämpfe um die Beherrschung der Ostsee lassen ihre Bevölkerung zurückgehen. 1750 zählt sie 46 000 Einwohner. Die Abschließung vom Hinterland durch die Teilung Polens führt zu weiterem Sinken; 1795 umfaßt sie nur noch 36 200 Bewohner. Der Übergang in preußischen Besitz läßt sie auf 44 500 im Jahre 1806, auf 53 800 im Jahre 1819 anschwellen. Ihre günstige geographische Lage an der Weichselmündung kann im 18. Jahrhundert infolge der Zugehörigkeit Kongreßpolens zu Rußland nicht voll wirksam werden.

In Westdeutschland hat Köln 1754 genau so viel Einwohner wie 1574 — 44 500 — 1800 — 38 800. Dem Französischen Staate einverleibt, kann seine vorteilhafte Lage im Zentrum der rheinischen Bucht inmitten fruchtbaren Landes zur Geltung kommen. Es zählt 1816 — 52 900, dem Preußischen Staate angehörig 1819 — 56 400 Seelen, während Frankfurt am Main (1780 — 42 200, 1810 — 40 500, 1823 erst 43 900 Bewohner) kaum zunimmt.

Die Städte der Österreichischen Niederlande, die fast stets eine der Hauptkampfstätten bildeten, wenn es um die Vormachtstellung in Europa ging, sind infolge der dauernden Kämpfe und Besitzwechsel im Vergleich zu früheren Jahrhunderten an Volkszahl zurückgegangen. Belgiens unvergleichliche Lage am Weltmeer und zu den Hauptverkehrsstraßen, die Fruchtbarkeit des Bodens, die Betriebsamkeit der Einwohner vermögen eine stark angehäufte Bevölkerung zu ernähren. An Städtereichtum übertrifft es sämtliche deutschen Lande. Von den acht Städten über 50 000 Einwohner der Länder, die man damals staatsrechtlich als zum Römischen Reich deutscher Zunge gehörig ansah — Wien, Berlin, Hamburg, Prag, Brüssel, Gent, Antwerpen, Dresden — lagen allein drei auf niederländischem Boden. Der Verwaltungsmittelpunkt Brüssel faßt 1770 — 74 400 Seelen; 1800 geht er zurück auf 66 300, um 1819 wieder auf 75 100 zu steigen.

Die Ereignisse Ende des 18. Jahrhunderts spiegeln sich deutlich im Fallen und Steigen der Volkszahl ab. Die unruhigen Zeiten, die Kriege der Revolutionszeit bewirken bei

[1]) Köln 1300: 60, 1800: 42,1; Nürnberg 1500: 30, 1785: 30; Aachen 1600: 24, 1800: 23,4; Ulm 1400: 20, 1800: 11,6; Augsburg 1510: 51,8, 1795: 36,3; Mainz 1300: 25, 1790: 27; Lübeck 1500: 23,7, 1800: 22,9 (in Tausenden angegeben). — [2]) K. Kreisarchiv Nürnberg XXIII 11/1 Nr. 95.

[1]) Penck S. 32. Neben dem großwerdenden München sind nicht nur Augsburg, sondern auch alle anderen Städte an der Donau zurückgeblieben. — [2]) Meinecke: Zeitalter der Erhebung. Bielefeld 1906. S. 16.

allen Gemeinden 1792—1805 für West- und Süddeutschland, besonders das Rhein-, Schelde-, Main- und Donaugebiet, 1806 bis 1813 für Norddeutschland, einen zum Teil beträchtlichen Rückgang. Dies gilt für:

Frankfurt a./M.	1790: 42,6	Augsburg	1785: 35,0
	1810: 40,5		1800: 21,2
Mainz	1790: 27,0	Nürnberg	1785: 35,0
	1800: 21,2		1800: 28,9
Würzburg	1785: 21,4	Doornik	1780: 25,7
	1798: 15,5		1800: 21,3
Bamberg	1780: 21,0	Berlin	1800: 172,1
	1798: 17,1		1810: 162,9

ferner für Brüssel, Brandenburg, Fürth, Gent, Heidelberg, Löwen, Mannheim, Regensburg, Ulm u. a. Bei vielen hat neben der Bürde des Krieges die Auflösung oder Umgestaltung des Staates oder Reiches volksvermindernd gewirkt[1]). Für Norddeutschland war die Zeit von 1780—1803 im wesentlichen ruhig und friedlich; für manche Städte läßt sich daher eine Zunahme buchen:

Berlin	1780: 140,6	Bremen	1785: 30,6
	1800: 172,1		1823: 40,3
Chemnitz	1770: 6,9	Braunschweig	1773: 22,4
	1790: 9,9		1793: 30,5

Emden 1785: 7,9
1800: 10,9
1805: 11,4,

ferner für Bautzen, Prenzlau, Flensburg, Kiel u. a. Allgemein springt in die Augen das starke Steigen der Residenzen. Ursache hierfür ist das Wachsen der Beamtenschaft, des Hofes, Vergrößerung der Garnison. Zumal gilt dies für die badische Hauptstadt Karlsruhe. Ihre Volkszahl verfünffacht sich in 40 Jahren. Die erhebliche Vergrößerung Badens gibt hier den Ausschlag neben der Gunst der beherrschenden Lage am Eingang des Schwarz- und Odenwaldes gegenüber der Zaberner Steige. Auch für München gilt das. Zusammenwachsend mit Vorstädten überschreitet es das fünfte Zehntausend und überflügelt Straßburg. Cassel wird Hauptstadt des Königreichs Westfalen und steigt von 18 400 im Jahre 1800 auf 23 100 im Jahre 1813, um nach Auflösung des Königreichs wieder zu fallen. Aachen, einmal befreit von der Ungunst politischer Grenzlage und in Aussicht genommen als Hauptstadt des erneuerten Karolingerreiches, erfreut sich der besonderen Fürsorge Napoleons. Es steigt von 23 700 auf 32 000 Einwohner im Jahre 1815. Darmstadt verdoppelt seine Einwohnerzahl in 45, Wiesbaden in 20 Jahren.

Die durch die Hungerjahre 1771/72 verursachte wirtschaftliche Notlage ist erkennbar an der weit überwiegenden Zahl der Todesfälle. Es stehen:

in Nürnberg[2]) . . 3 722 Todesfälle — 1 425 Geburten,
„ Freiburg Sa. . 588 „ — 231 „ ,
„ Ansbach . . . 1 148 „ — 551 „ ,
„ Glauchau . . . 567 „ — 87 „

gegenüber.

Die von Napoleon verhängte Kontinentalsperre übt auf die Volkszahl verschiedene Wirkung aus. Hamburg, das sich nach Ausbruch der Revolution in Frankreich des Zuzuges zahlreicher französischer und später auch holländischer Familien zu erfreuen hatte, büßte durch seine Einbeziehung in den Französischen Staat seinen Handel mit England ein[3]), wenn auch zeitweilig ein schwunghafter Schmuggel über Tönning, Glückstadt, Altona und später Helgoland betrieben wurde.

[1]) Regensburg 1800: 22,0, 1819: 18,9; Ansbach 1783: 13,0, Mannheim 1777: 25,4, 1797: 21,0, 1812: 18,2, 1830: 19,2; Bamberg 1800: 20,0, 1818: 17,5; Hildesheim 1790: 14,0, 1811: 10,8 u. a. —
[2]) Strakosch-Graßmann: Die Volkszahl der deutschen Städte in Gegenwart und Vergangenheit. Korneuburg 1907. p. 26,3 p. 53. —
[3]) Stutzer a. a. O. p. 59. 1804—1813 lief in Hamburg kein einziges Schiff ein.

Millionen und Abermillionen zogen die Franzosen seit 1797 durch Erpressungen, Kontributionen, Zwangsanleihen u. a. aus den Hansestädten. 12 Millionen Livres erhielt April 1797 die französische Regierung, 100 000 Livres allein Talleyrand Bestechungsgelder, um sie für die hanseatischen Wünsche gefügig zu machen[1]). Allein in Hamburg beliefen sich die Kosten der französischen Besatzung und des durch sie verursachten Schadens bis 1809 auf 81 Millionen Mark. Die Blockade vernichtete die blühenden Kattunfabriken und Zuckersiedereien. Reederei und Schiffahrt lagen danieder. Hamburgs Schiffsbestand[2]) ging von 248 Schiffen mit 23206 Lasten im Jahre 1798 auf 101 Schiffe mit 7 616 Lasten im Jahre 1816 zurück. Der Gesamtverlust, den die Alsterstadt nur während der Schreckenszeit der Belagerung 1814 erlitt, betrug 230¼ Millionen Mark. Trotz der Belagerung und verheerender Seuchen, die Hunderte von Bewohnern dahinrafften[3]), zählte die Bevölkerung 1821 schon wieder 127 000 Seelen gegenüber 100 200 Menschen 10 Jahre früher.

Großen Schaden brachte die Blockade den größeren Ostseehäfen. Die Ostsee wird allmählich zum Nebenmeer, wozu das steigende Auftreten der Amerikaner mit der weiter zunehmenden Bedeutung der transatlantischen und tropischen Rohstoffe beiträgt. Sechs in Hamburg 1789 aus Amerika einlaufenden Schiffen stehen 192 im Jahre 1800 gegenüber[4]), ähnlich in Bremen. Die von Bremen nach Hannover und Celle versandten Kolonialwaren — Tabakblätter, Kaffee, Zucker — betrugen 1792 das Achtfache der Menge, die Mitte des Jahrhunderts dorthin abging[5]). Den nachhaltigsten Schaden übte die Blockade auf die größte deutsche Ostseestadt aus. Holz und Getreide, in Königsberg und den übrigen preußischen Häfen aufgestapelt, waren dem Verderben geweiht. Empfindlich wurden hier wie in Polen und Rußland die englischen Waren vermißt, und der zeitweilig lebhafte Schmuggelhandel konnte nur vorübergehend ungenügenden Ersatz bringen. Nach 1815 kommt infolge der englischen Kornzollpolitik und des Anfalles der südpreußischen — früher polnischen — Gebietsteile an Rußland[6]) der alte Handel nicht mehr recht in Fluß, zumal da Danzig, jetzt dem Preußischen Staate angehörig, einen Teil des Kornhandels wieder an sich zog. Auch die Holzausfuhr erreicht infolge der englischen Prohibitivmaßregeln nicht wieder die alte Höhe. Es gingen nach Großbritannien

im Jahre 1880: 176 000 loads Ostsee-
2 500 „ kanadisches Holz,
im Jahre 1821: 92 000 „ Ostsee-
295 000 „ kanadisches Holz[7]).

Der gesamte Schiffsverkehr nahm um mehr als 60 % ab[8]). Hierzu kamen die Schäden der französisch-russischen Feldzüge. Die Residenz zählt daher 1819 ungefähr die gleiche Anzahl Köpfe[9]) wie 1780 und muß den Platz als zweitgrößte Stadt Preußens Breslau überlassen, während Hamburg trotz größerer Schäden 1821 einen nicht unbedeutenden Zuwachs aufweisen kann. Ähnlich verhält es sich mit Stettin, das

1780: 21 600,
1819: 25 800 Einwohner zählt.

[1]) v. Bippen: Bremen Br. 1904 S. 294. — [2]) Vogel I a. a. O. S. 59. — [3]) Stutzer a. a. O. S. 171. Davon legen die vielen Massengräber allenthalben in Schleswig-Holstein, besonders in Altona, Ottensen, Lübeck ergreifendes Zeugnis ab. [4]) Vogel I a. a O. S. 59. — [5]) v. Bippen a. a. O. S. 266. — [6]) Penck a. a. O. S. 13. Auch Königsberg leidet wie Danzig durch die Nachbarschaft der russischen Grenze, die ihr wirtschaftlich einen großen Teil des Memelgebietes raubt. — [7]) Vogel II, Deutschlands Lage zum Meer im Wandel der Zeiten. Berlin 1913 S. 24. — [8]) Faber: Königberg, Haupt- und Residenzstadt. K. 1840 p. 313; 1792 betrug die Zahl der ein- und auslaufenden Schiffe: 2 387, 1824: 567, erst im Jahre 1839 waren es wieder 2 390. — [9]) 1790: 62 000, 1819: 63 500.

Lübeck zieht aus der Ausschaltung Hamburgs infolge der englischen Blockade vorübergehend Nutzen. Es nimmt, wie aus der Geburtenzahl ersichtlich[1]), beträchtlich zu und fängt an wieder aufzublühen. Nach Blüchers Niederlage wird es dann von den Franzosen um so ärger ausgeplündert. Es nimmt von 1780—1812 um 4350 Seelen ab und zählt

1785: 21 600,
1807: 24 600,
1810: 23 600,
1812 u. 1819: 22 000 Bewohner.

1811 standen 200 Häuser leer, 300 kamen zur Subhastation. Es war durch Krieg und Sperre so geschwächt, daß es lange Zeit als herabgekommene Stadt galt[2]) und seitdem endgültig die führende Stellung an der Spitze der deutschen Häfen der westlichen Ostsee verloren hat.

Anders verhält es sich mit den kleineren Ostseehäfen, hier blühte ein lebhafter Schmuggelhandel, der noch lange nach 1815 den Behörden viel zu schaffen machte.

Rostock wächst von	12 600 — 1795	auf	15 500 — 1819,
Greifswald	„	3 700 — 1800	„	7 700 — 1819,
Kolberg	„	3 600 — 1785	„	7 500 — 1819,
Stralsund	„	11 200 — 1800	„	15 900 — 1817,
Kiel	„	4 500 — 1786	„	10 000 — 1819.

Günstig wird auch die Entwickelung der rheinischen Industrieorte beeinflußt. Infolge der Vernichtung der südfranzösischen Industrie, zumal Lyons, machte die rheinische schon in den neunziger Jahren glückliche Fortschritte. Diese vergrößert sich noch durch die Ausschaltung der englischen Konkurrenz und für die linksrheinischen Orte durch den Anfall an Frankreich. Sie nehmen daher an Volkszahl zu. Krefelds Seelenzahl verdreifacht sich[3]); es zählt in Tausenden:

	1780: 5,8,	Elberfeld	1790: 13,9,
	1800: 7,4,		1815: 21,7,
	1815: 13,2,	Lennep	1776: 3,00,
	1819: 15,9,		1819: 5,3,
Barmen	1792: 7,7,	Hamm	1776: 2,00,
	1819: 19,5,		1819: 5,00.

Auch die österreichischen Orte hatten von der Benachteiligung des englischen Wettbewerbes Nutzen. Brünn wächst. Seine Einwohnerzahl beträgt 1780: 14,8 — 1800: 23,2 — 1819: 33,2. Ähnlich Linz und Steyr.

Der sächsischen Industrie hat die Kontinentalsperre zunächst nicht zum Schaden gereicht. Die Engländer waren seit 1770 auf dem Weltmarkt als Konkurrenten in der Baumwollabteilung neben der Schweiz, Indien und Sachsen erschienen. Es war ihnen durch Einführung maschinellen Betriebes binnen kurzem gelungen, die beiden ersten aus dem Felde zu schlagen. Verzweifelt wehrte sich die sächsische Industrie. Durch geschicktes Nachahmen der englischen Verbesserungen und Erhöhung eigener Handfertigkeit blühte noch einmal in den neunziger Jahren die verfeinerte Kattunweberei und -druckerei. Im Jahre 1804 erfolgte die Überwindung auch der sächsischen Kattunindustrie[4]). Die Kontinentalsperre vermochte den Zersetzungsprozeß noch eine Zeitlang aufzuhalten. Wenn auch die sächsischen Städte unter den fortwährenden Durchzügen und Requisitionen fremder Truppen schwer litten und die Last der Befreiungskriege zumeist zu tragen hatten, wächst doch ihre Einwohnerzahl. So stieg Chemnitz, der Hauptsitz der Kattunindustrie, von 9 900 1770 — auf 14 400 1815 zumal eine Folge der Zunahme der Fabrikarbeiter, der durch maschinellen Betrieb und den englischen Wettbewerb konkurrenzunfähig gewordenen, ehemals selbständigen Weber. Zwickau steigt von 3 900 Seelen im Jahre 1780 auf 6 000 im Jahre 1815. Auch Dresden hat eine Zunahme zu verzeichnen[1]). Leipzig, der Mittelpunkt der sächsisch-thüringischen Flachlandbucht, begründet gerade in dieser Zeit seine Bedeutung als Weltmeßplatz. In immer steigender Zahl fanden sich Kaufleute aus allen Weltteilen hier ein. Zum ersten Male erschienen jetzt polnische und russische Juden, die sonst nur bis Frankfurt a. O. oder Breslau zu reisen pflegten, hier in größerer Zahl.

[1]) Reisner: Die Einwohnerzahl deutscher Städte in früheren Jahrhunderten. Jena 1903. S. 19. — [2]) Vogel I, 31. — [3]) Acta Bor. III. S. 274, 328. Es verdoppelte von 1740—86 seine Einwohnerzahl. — [4]) König: Die sächsische Baumwollindustrie am Ende des vorigen Jahrhunderts. Leipzig 1899. S. 354.

Die Messen in Frankfurt a./M. und Braunschweig gingen zugunsten der Leipziger zurück. Nicht zufällig spielt sich gerade vor den Toren dieser Stadt die Entscheidung um die Zukunft Europas ab. Infolgedessen nimmt seine Einwohnerzahl nicht so zu, wie man das bei seiner steigenden Bedeutung annehmen sollte[2]).

Die Bemühungen auf dem Wiener Kongreß, eine Einigung aller Deutschen herbeizuführen, wie das den Patrioten vorschwebte, schlugen infolge der übermächtigen Schwierigkeiten im Innern und von außen fehl. Immerhin gegenüber dem Zustande von 1792 bedeutet die Neuordnung einen Fortschritt. Im Jahre 1792 bestand das Reich aus zwei Groß- und 322 anderen Staaten und politischen Verbänden[3]). Aus dem Zusammenbruch erhob sich der Deutsche Bund mit 39 Staaten. Diese waren lebensfähiger geworden, ihr innerer Zusammenhang gebessert, der Bund gegen das Ausland durch geschlossenere Lage der größten deutschen Länder gesichert. Von den 61 Reichsstädten und Dörfern, deren Städtefreiheit zuletzt nur als Schutzwall für „verzopftes Spießbürgertum und Klassenherrschaft" mißbraucht wurde, blieben 1815 nur 4 übrig. Die einzelnen Länder hatten ihre Städtezahl vermehrt. Ihre Sache war es jetzt, sie ihrem Staatskörper zweckmäßig einzuordnen und den rechten Nutzen aus der Neuerwerbung zu ziehen. Die Stadt erhielt eine bessere Verwaltung, die Gunst der geographischen Lage konnte sich wieder auswirken. Die Bürger dieser Zeit glichen noch denen des 17. Jahrhunderts. Es gab noch kein „kompaktes, selbstbewußtes, zu politischer Wirksamkeit befähigtes Bürgertum", die Intelligenz und Tatkraft der Beamten konnte aber den Unternehmungsgeist des Bürgers nicht ersetzen. Ein tätiges Bürgertum zu schaffen, war das Bestreben der Steinschen Städteordnung für Preußen[4]), die die bürgerliche Verwaltung den überlieferten Korporationen entzog und sie in die Hände gewählter Kollegien legte. Von ähnlich freiheitlichen Gedanken war die Gewerbeordnung beseelt, die allein schon notwendig geworden war durch die vielen industriellen Betriebe, die sich nicht in das System der Zünfte einordnen ließen. Es war ein schwer durchzuführendes Werk, wenn man an die Widerstände der privilegierten Stände, der Zünfte, an das teilnahmlose Ruhebedürfnis denkt, das sich nach der schweren Zeit insbesondere in breiten Schichten des Bürgertums geltend machte[5]). Bitter not tat eine rege Anteilnahme auf allen Gebieten der städtischen Verwaltung, insbesondere in verkehrstechnischer und sanitärer Hinsicht.

Der Verkehr war 1792 durch eine Unzahl von Hebestellen und Schlagbäumen gehemmt. In Bayern fielen die Binnenzölle 1807/08, in Preußen 1818. Vordem gab es in Preußen 67 verschiedene Zoll- und Akzisetarife mit 2 775 Positionen[6]). Mit der Erweiterung des Zollvereins wurde die Freiheit des deutschen Binnenverkehrs immer weiter ausgedehnt. Die Bestimmung des Wiener Kongresses, die Schiffahrt besonders auf dem Rhein und der Elbe solle frei sein bis zum Meer,

[1]) Dresden 1790: 54,9, 1815: 59,2. — [2]) 1780: 29,4, 1819: 36,4. — [3]) Viebahn I, 30. Es bestand aus 2 Großstaaten, 75 reichsfürstlichen, 98 reichsgräflichen Staaten, 61 Reichsstädten und -dörfern, 34 Reichsstiftern, 25 Ritterschaftskantonen und Herrlichkeiten, zusammen 324 Staaten. — [4]) Meinecke: Zeitalter der Erhebung. S. 16. — [5]) M. d. St. A. Breslau 9. 1909. S. 244. Zu den Stadtverordnetenwahlen 1817 erschienen kaum ein Viertel aller Stimmfähigen. — [6]) D. Schäfer: Deutsche Geschichte 1917. II. 326.

wird zwar von den Niederlanden rigoros ausgelegt, begünstigt aber mit das Wachstum Kölns. Die Verkehrsmöglichkeit auf allen Binnenwasserstraßen ist keine sehr große oder befriedigende infolge der Versandung, der Stromhindernisse, des Mangels an Regulierung und Eindeichung. Auch auf dem Lande ist die Verkehrsmöglichkeit noch eine minimale zu nennen. Die Landstraßen waren in denkbar schlechtester Verfassung, bei nasser Witterung kaum passierbar; besser sah es in Süddeutschland und Österreich aus, deren Verkehrswege sehr gerühmt werden. Zwar waren die Städte verpflichtet, die Straßen in Ordnung zu halten, sie kamen aber dieser Pflicht sehr wenig nach. Meist werden die Chausseen geschildert als von tiefen Löchern durchsetzt; in der Mark waren sie wenig gefestigt und führten mitunter durch knietiefen Sand. In den Rheinlanden klagte man über die Knüppeldämme und regellos in den Weg geworfenen Steine[1]), in Thüringen lauten die Schilderungen ähnlich[2]). In Mittel- und Norddeutschland förderte Napoleon den Straßenbau durch Anlage einer größeren Anzahl von Militärstraßen. Der Zustand der Straßen in den Städten war vielfach noch schlechter als der der Chausseen, im Sommer voll unerträglichen Staubes, im Winter voll von Morast. Meist waren sie krumm, winklig und eng. Von Breslau heißt es, die Straßen seien zwar breiter als in den meisten anderen Städten Deutschlands, im Grunde aber doch sehr schmal[3]). Von Berlin[4]) wird allgemein die Breite und Gradheit der Straßen, die gute und weitläufige Bauart der Häuser gerühmt, ähnlich von Königsberg die gesunde Lage[5]), von Wien das Pflaster aus Quadersteinen[6]). Eine Pflasterung war allgemein in den Städten nicht durchgeführt; wo sie vorhanden war, wurde sie eher als Nachteil denn als Vorteil empfunden[7]). Besonders übel sah es in den Straßen der Reichs- und Bischofsstädte aus, für die oft jahrelang nichts getan wurde, auf denen oft üppig Gras und Unkraut wucherte. Bei der Besitznahme Erfurts 21. August 1802 durch Preußen sah sich der Rat plötzlich veranlaßt, vorher den Unrat und Schlamm, mit denen die Straßen und Gassen hoch bedeckt waren, in aller Eile abfahren und diese reinigen zu lassen[8]). Von Sauberkeit war man noch weit entfernt. Der Süden Deutschlands, insbesondere Wien[9]) übertraf an Reinlichkeit weit den Norden. Hier waren schon bei geringem Regenwetter die besten Straßen sogar der Residenzen kaum gangbar[10]). Da eine Kanalisation noch fehlte, war es allgemein üblich, allen Abfall und Unrat auf die Straßen zu werfen. Goethes Ausspruch „Breslau sei eine lärmende, schmutzige Stadt", trifft für eine große Anzahl deutscher Städte zu. Wohl gab es einige, wie Berlin, mit einer geregelten Straßenreinigung. Diese genügte jedoch bei weitem nicht. Um die Sauberkeit zu heben, versuchte man es in einigen (Lübeck, Breslau, Frankfurt am Main) mit einer Verpachtung an Gärtner; nach Ansicht vieler vergrößerte man nur dadurch das Übel[1]); in anderen glaubte man durch Bewässerung durch fließendes Wasser (Erfurt) zu helfen[2]), ganz vereinzelt hört man schon von gemauerter Kanalisation und Wasserkunst — Wien, Bunzlau[3]). Eine Straßenbeleuchtung war, wenn überhaupt, noch äußerst mangelhaft[4]), wenn auch im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts mancherlei Fortschritt erzielt war. Im allgemeinen wird man sagen können, daß die Verkehrszustände noch sehr im argen lagen, daß man aber doch trotz häufigen Mangels an Gemeinsinn, an Kapital, an technischem Können bestrebt war, die Übelstände zu mildern. Diese Zustände innerhalb der Städte konnten nicht ohne Einfluß auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung bleiben.

Ende des 18. Jahrhunderts war die Sterblichkeit in den Städten noch eine sehr hohe. In den meisten übertreffen — noch weit in das 19. Jahrhundert hinein — die Todesfälle die Geburten sehr beträchtlich[5]). Immerhin hat sich der Gesundheitszustand im Vergleich zu den vorangegangenen Jahrhunderten ganz wesentlich, insbesondere auf dem Lande gebessert. Von großen Seuchen blieb Deutschland während des 18. Jahrhunderts im wesentlichen verschont. Wenn sich die Städte trotz des großen Übergewichts der Sterbeziffer von den Schäden des Dreißigjährigen Krieges erholen und um ein geringes zunehmen, ist das bei der Beschränkung der Freizügigkeit nur auf Zuzug aus den kleinen Landstädten zurückzuführen. Beim Überschauen der Sterbe- und Taufllisten ist es wohl zu verstehen, daß sich die Ansicht entwickeln konnte, die Städte bildeten als volksverzehrendes Element keinen Nutzen für den Staat, bevölkerungspolitisch betrachtet. Hören wir das sachverständige Urteil des verdienten Statistikers Süßmilch[6]): „Folglich ist es klar, daß der heimliche Schaden, den der Staat von den Städten erleidet, einer Pest fast gleich zu achten ist. Die Städte sind daher ein wirkliches Übel für den Staat, freilich ein notwendiges, dem sich nicht abhelfen läßt". Als Gründe für die hohe Sterblichkeit nimmt er Sittenlaxheit, Alkoholismus, Überfluß an Nahrungsmitteln und Mangel an Bewegung, besonders die dicke und ungesunde Atmosphäre, die über vielen Städten lagerte, die Enge und Kleinheit der Straßen und Wohnungen an. Eine ärztliche Autorität äußert sich über die Gründe des schlechten Gesundheitszustandes Lübecks in jener Zeit folgendermaßen[7]): „Die Straßen waren von hohen Wällen und Mauern derart umgeben, die nach der Trave und Wakenitz abwärts führenden Straßen mit Türmen so verschlossen, daß nur die hochgelegenen Häuser genügend frische Luft erhalten konnten. Auf den Höhen hinter den Häusern lagen seichte

[1]) G. Freytag: Bilder aus der deutschen Vergangenheit. IV, 379. — [2]) Overmann: Die ersten Jahre der preußischen Herrschaft in Erfurt 1897, S. 23. Die Chausseen befanden sich in schlechtestem Zustand. Nur die große Landstraße nach Weimar war leidlich in Stand, seitdem im Jahre 1777 die Großherzogin Amalie von Weimar einmal mit dem Wagen umgeworfen war. Die Straße befand sich 1803, wie das Weimarer Ministerium nach Berlin meldete, in bodenlos schlechtem Zustand. — [3]) Bemerkungen eines Reisenden durch die königlich-preußischen Staaten, 3. Band, Altenburg 1781. S. 131. — [4]) Formey: Versuch einer medizinischen Topographie Berlins. Berlin 1796. S. 18. — [5]) Faber: Königsberg. K. 1840. S. 12. Die Stadt wird bei ihrer bergigen Lage von einer gesunden und reinen Luft durchstrichen. — [6]) Stutzer a. a. O. S. 106. — [7]) Gebauer: Breslaus kommunale Wirtschaft. Jena 1902. S. 183. — Menzels Chroniken von Breslau. Wer über das schlechte Pflaster der schlesischen Städte fahre, der sei zuweilen geneigt zu wünschen, daß lieber gar keins vorhanden sei. Overmann, S. 24. An gar vielen Orten finden sich tiefe Löcher, wo gar leicht Menschen und Vieh verunglücken können. — Bericht des Magistrats vom 7 V. 1804. — [8]) Overmann a. a. O. S. 25. S. 7. — [9]) Stutzer, a. a. O. S. 10. Man findet hier keine unreinen Rinnsteine, wie in Berlin, da diese sämtlich verdeckt sind. In Berlin watet man im Kote oder Staube, Wien hat unterirdische Kanäle. — [10]) Formey, a. a. O. S. 18. Selbst in der Leipziger Straße, einer der schönsten Straßen Berlins, ist selbst bei geringem Regen kaum durchzukommen. — M. d. B. St. A. 9. S. 143. Ein Fremder, der die Untiefen der bei Regenwetter grundlosen Straßen nicht kennt, muß zufrieden sein, mit Verlust der Schuhe, besudelt, mit gesunden Beinen durchzukommen. Die Vorstellungen wegen besseren Pflasters mußten aus Geldmangel unberücksichtigt bleiben.

[1]) Reisner, S. 120. — Ziekursch, a. a. O. S. 46. — [2]) Overmann, a. a. O. S. 24. Der Nutzen bestand nach damaliger Ansicht in der Bewässerung der Gärten, Bequemlichkeit des Wasserschöpfens, Reinlichkeit der Stadt, Gesundheit der Luft, Unterstützung der Rettungsanstalten bei Feuer. — [3]) Ziekursch, a. a. O. S. 51. — [4]) Gebauer, a. a. O. S. 185. Das Publikum riskierte bei der Beschaffenheit der Straßen, trotz der Beleuchtung, Arme und Beine zu brechen. Dirr: Augsburg S. 242. Napoleon sah in dem schlechten Pflaster und dem Fehlen der Straßenbeleuchtung die augenscheinlichsten Beweise des Niedergangs Augsburgs. — [5]) Reisner, S. 119. Behrens: Lübecks Topographie und Statistik 1829. S. 119. Nikolai: Reisen durch Deutschland und die Schweiz, Berlin und Stuttgart 1781. Beilage IV. Wernicke: Das Verhältnis zwischen Geborenen und Gestorbenen. Jena 1889, S. 89. In den Städten übertreffen im 16., 17. und 18. Jahrhundert überall die Sterbefälle die Geburten. — [6]) Göttliche Ordnung.... Berlin 1761/62 I § 150. — [7]) Reisner, a. a. O. S. 109.

Brunnen ganz in der Nähe von tiefen Kloaken, die oft ein Jahrhundert und länger nicht gereinigt wurden. Das Wasser dieser Brunnen, besonders gesundheitsschädlich, wurde allgemein zum Trinken benutzt". So kamen in Lübeck auf hundert Geburten durchschnittlich 119 Sterbefälle, während auf dem Lande das Verhältnis 100:76,7 war[1]). Für Breslau stellte sich das Verhältnis zwischen Geborenen und Gestorbenen in den letzten vier Jahrhunderten[2]):

Jahreszahl	Geburten	Todesfälle	Pro Jahr Geburten	Pro Jahr Todesfälle	Pro Jahr Überschuß an Geburten
1586—1590	6 092	6 057	1 218	1 211	+ 7
1686—1690	5 787	6 170	1 157	1 234	— 77
1786—1790	8 470	8 910	1 694	1 762	— 68
1886—1890	56 059	48 133	11 212	9 627	+ 1 585[3]).

In Berlin war das Verhältnis relativ ein sehr gutes. Süßmilch schreibt es der Breite und Lage der Straßen, der Bauart der Häuser zu. Ähnliches gilt von kleineren Städten; in Goldberg übertreffen an Zahl von 1613—1788 mit Ausnahme der Jahre 1750—1779 in jedem Jahrzehnt die Getauften die Gestorbenen[4]).

Auch der Zunftzwang ist einer Vermehrung der Bevölkerung hinderlich, wie allgemein hervorgehoben wird[5]). In Preußen griff hier die Reformgesetzgebung ein und lockerte, wie schon kurz vorher von den Franzosen in den von ihnen besetzten Gebieten geschehen war, die Gebundenheit der Zünfte. Dadurch wurde der Betätigung der Tüchtigen freie Bahn geschaffen und Unternehmungsgeist und Schaffensfreude angeregt.

Die verkehrstechnischen, wirtschaftlichen, sozialen und sanitären Zustände in den Städten Ende des 18 Jahrhunderts waren derartig, daß sie schlecht geeignet erschienen zur Aufnahme einer größeren Volksmenge. Es machten sich allenthalben jedoch Bestrebungen immer reger geltend, die Mißstände abzustellen. Diese Bestrebungen wurden Anfang des 18. Jahrhunderts unter Durchbrechung des vormundschaftlichen Regimentes vielfach durch Gewährung einer freieren Verwaltung unterstützt. Damit wurde der Grund gelegt zu neuer Blüte deutschen Städtewesens.

Von einer städtischen Fabrikindustrie, einer starken städtischen Fabrikarbeiterschaft, wie sie das Charakteristikum unserer Tage ist, kann man um 1800 noch nicht wohl reden[6]). Es zeigen sich indes schlichte Anfänge. Man denke an die Bemühungen Friedrichs des Großen und anderer Landesherren zur Förderung der „Industrialisierung". Indessen brachte diese dem platten Lande meist größeren Nutzen als den Städten. In der Praxis war mit dem Grundsatz „Gewerbe und Handel den Städten, Grundbesitz dem Adel" gebrochen. Spinner und Leineweber waren schon unter Friedrich dem Großen die einzigen Handwerker, denen erlaubt war, in größerer Anzahl auf dem Lande ihr Gewerbe zu treiben. Nur 2,6 % der Gesamtbevölkerung Preußens gehörten 1792 dem Handwerkerstande an[7]), und davon hatte die Hälfte ihren Wohnsitz auf dem Lande. So kann man nur von dörflicher Heimarbeit reden, die besonders dort blühte, wo der karge Boden bei zunehmender Bevölkerung nicht die hinreichenden Mittel zum Lebensunterhalt bot. Wurde diese nicht mehr lohnend, mußte sich, wie im Anfang der neunziger Jahre in Schlesien und Sachsen, große Not einstellen[1]). Diese entstand dadurch, daß in den sechziger Jahren in England jene aufsehenerregenden Erfindungen gemacht wurden, die den Anfang zum Umsturz des gesamten Wirtschaftslebens bilden sollten[2]). Den sächsischen Mechanikern war es nur mit Hilfe englischer Fachleute gelungen, die Webereimaschinen nachzuahmen. Diese Erfindungen zeitigten in England ein schnelles Anwachsen der Lohnarbeiterschaft. Zwei neue Fachgruppen treten hinzu: die Maschinenspinner und -bauer, deren Zahl in dieser Zeit auch in Sachsen anschwillt[3]). Die Kontinentalsperre verursachte insofern Schaden, als es durch die Absperrung von England nicht möglich war, die englischen Verbesserungen in dem Umfange aufzunehmen, wie es im Frieden geschehen wäre. Dadurch wurde der Abstand der überlegenen Konkurrenz zu groß. Die natürliche Folge war eine Flut billiger englischer Waren, Erdrückung der schwachen deutschen Fabrikanfänge[4]) und später entsetzliche Not der deutschen Weberbevölkerung. Da gleichzeitig die englische Kornzollpolitik den Abfluß der landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus Deutschland erschwerte, andrerseits die Umstellung des Wirtschaftslebens von Hand- zum maschinellen Betriebe nicht so schnell vor sich ging, um den Überschuß der um die Existenz ringenden Kräfte voll aufzunehmen, war eine Folge eine von Jahr zu Jahr steigende Auswanderung großen Maßstabes[5]).

Allgemein ist die Einwohnerzahl in den Städten 1819 um ein Geringes höher als 1780. Die jährliche Zunahme beträgt 0,5 %[6]). Eine Ausnahme bilden die Residenzstädte und Mittelpunkte von Verwaltungsgebieten. Diese nahmen um mehr als 1 % zu; das gleiche gilt von einigen Häfen wie Rostock, Greifswald, Wismar, Kolberg, Bremen, Emden. Karlsruhe hat den größten Zuwachs aufzuweisen: 9,3 %, dann folgen Barmen 5,7 %, Krefeld 5,1 %, Burg 4,3 %, Hannover, Linz, Brünn 2 %. Weit beträchlicher ist die Zahl derer, die eine Volksverminderung buchen; es sind: Brüssel, Ostende, Augsburg, Nürnberg, Bamberg, Ansbach, Straubing, Regensburg, Trient, Brixen, Heilbronn, Heidelberg, Mannheim, Mainz, Klausthal, Zittau, Potsdam, Stargard. Der jährliche Zuwachs der Städte von 5 000 Einwohnern und mehr im ganzen 18. Jahrhundert beträgt, soweit feststehende Zahlen vorliegen, bis 1 %; nur sehr wenige machen davon eine Ausnahme wie Berlin, Krefeld 5 %, Elberfeld 4 %, Remscheid 4,8 %, Hirschberg 1,7 %, Chemnitz 1,8 % u. a. Weit größer ist der Zuwachs im 19. Jahrhundert 1820 bis 1910; er beträgt im Durchschnitt 2,6 %, während er in Belgien nur 0,9 % mißt. Zahlreiche Städte nehmen erheblich mehr zu: Groß-Berlin, Leipzig, Chemnitz, Plauen, Kiel über 15 %, Nürnberg, Düsseldorf, Hannover, Elberfeld, Berlin, Spandau, Bielefeld, Zwickau und Pilsen 10 %. Eine große Anzahl der belgischen Städte haben 1910 noch die gleiche oder ein wenig höhere Volkszahl

[1]) Reisner, a. a. O. S. 119; nach Wernicke S. 57 schwankt das Verhältnis zwischen Gestorbenen und Geborenen, in den Städten ist es 100:96 — 66, auf dem Lande 100:135 — 110 — [2]) Zimmermann, a. a. O. Bd. XI, S. 314. — [3]) Statistisches Jahrbuch der deutschen Städte 1890 Bd. I, S. 45; 1891 Bd. II, S. 30 ff. — [4]) Zimmermann, a. a. O. Bd XI, 314 — [5]) Behre a. a. O. S. 328. Süßmilch-Baumann: Die göttliche Ordnung III, 309. — [6]) M. d. Br. St. A. 9, S. 80. — [7]) Behre, S. 351. 1785 waren im ganzen preußischen Staate in Stadt und Land vorhanden 98 075 Arbeiter, 1793 — 157 302 Arbeiter, davon in der

Leinen-	59 666	Arbeiter
Woll-	56 114	„
Baumwoll-	10 106	„
Seiden-	6 288	„
Lederindustrie	4 177	„ ,

1798 waren es 177 007 Arbeiter.

[1]) M. d. Br. St. A. 9. — 1909 — S. 47. — [2]) Es waren 1769 die Spinnmaschine, 1770 die Watt'sche Dampfmaschine, 1772 Hargreaves Jennymachine, 1775 Cramptons Mule, 1780 dieselbe mit Wasserkraft betrieben, 1785 die Dampfmaschine in der Textilindustrie, 1790 im Bergbau angewendet, 1807 das erste Dampfschiff Fultons. — [3]) König a. a. O. S. 354. — [4]) Während in England im Jahre 1810 schon 5 000 Dampfmaschinen im Gang waren, gelangen dieselben in Deutschland erst nach 1830 zu größerer Verbreitung, ihre Zahl beträgt in Preußen 1837: 421, in Sachsen 1846: 197. — [5]) Wendt a. a. O. S. 193: Nach einer „vielleicht übertriebenen" Angabe sollen aus Schlesien 1818 bis 1827 250 000 Deutsche nach Polen ausgewandert sein. — [6]) vergl. Tab. 1 und 2.

als 1780[1]), ähnlich wie auch einige Städte Deutschlands, die abseits von den heutigen Verkehrslinien liegen wie Rothenburg, Dinkelsbühl, Eichstedt, Weißenburg, Kaufbeuren, Hall, Ansbach, Züllichau, Goldberg, Klaustal, Nikolsburg. Bei der Neuordnung der Verhältnisse auf dem Wiener Kongreß wurde dem Erben des alten Römischen Reiches Deutscher Nation, dem Deutschen Bunde, fast der gesamte burgundische Kreis entzogen. Damit ging dem deutschen Staatsverband endgiltig ein dichtbesiedeltes städtereiches Gebiet verloren. Durch inneren Zuwachs und Hinzufügung Schlesiens, das staatsrechtlich seit 1740 als außerhalb des Reiches stehend angesehen wurde, glich sich der Volksverlust 1819 aus, auch die Städtedichtigkeit kommt der von 1792 ziemlich gleich. Auf tausend Gesamteinwohner kommen 1792: 106, 1819: 104 Städte. 1792 kamen auf 2 854 *qkm* eine Stadt, 1819 auf 2 811[2]). Die grundlegende Veränderung der Verhältnisse 1819 bestand darin, daß Österreich aus Deutschland hinaus-, Preußen hineingewachsen ist. Von den 217 Städten mit 5 000 Einwohnern und darüber, die zusammen 3 000 300 Einwohner zählten, lag ein Drittel auf österreichischem Gebiet mit mehr als einem Drittel der Einwohnerzahl[3]), 1819 war es bei 224 Städten mit 3 238 900 Seelen nur noch ein Sechstel, während umgekehrt auf Preußen 1792 kaum ein Sechstel, 1819 weit mehr als ein Drittel fällt[4]). Preußen, Bayern, Hannover zählen 1819 z. T. mehr als doppelt so viel Städte und Städter wie 1792, nämlich

Preußen: 51 Städte mit 704 800 E.; 1819: 99 mit 1 414 100 E.
Bayern: 11 „ „ 154 800 E.; 1819: 27 „ 328 000 E.
Hannover: 6 „ „ 54 000 E.; 1819; 10 „ 107 100 E.

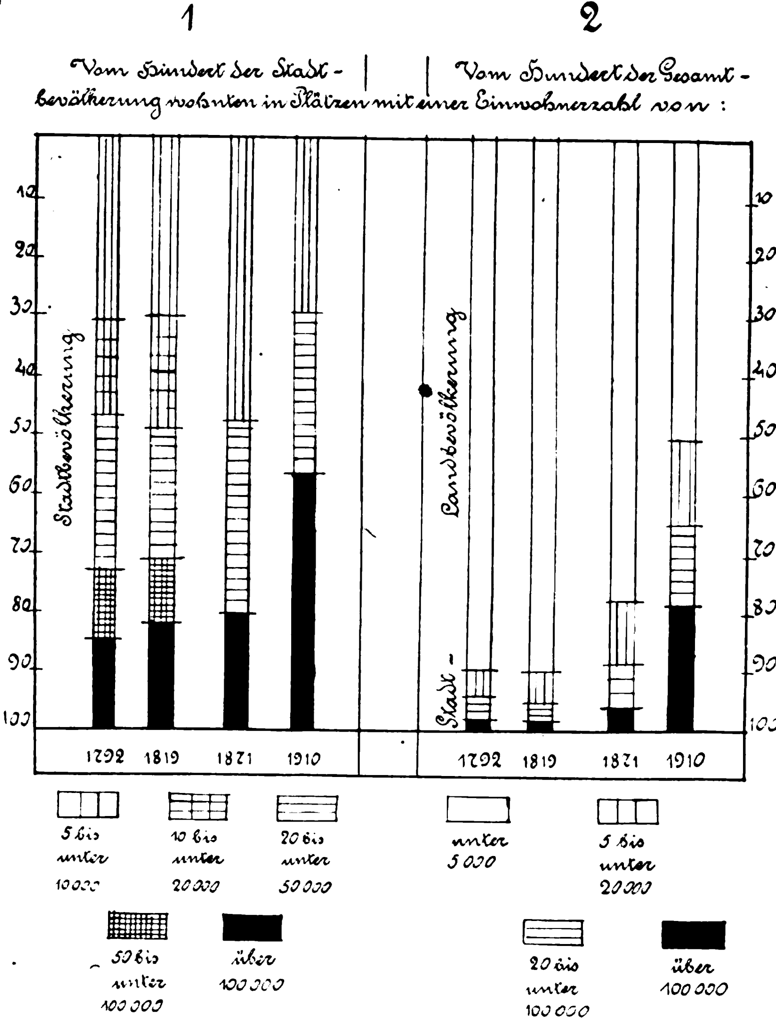
Württemberg verdreifacht seine Städtezahl:
3 Städte mit 31 100 Einw.; 1819: 10 mit 94 200 Einw.

Den größten Zuwachs haben Baden und Hessen-Darmstadt
1 Stadt mit 5 000 Einw.; 1819: 6 mit 67 600 Einw,
1 „ „ 9 600 „ ; 1819: 5 „ 62 100 „ .

Sachsen sinkt bei innerem Zuwachs infolge des erheblichen Landverlustes von
16 Städten mit 178 000 Einw. 1819 auf 12 mit 169 000 Einw.

Die größten deutschen Städte liegen 1819 nicht mehr ganz ausschließlich auf Kolonialboden. Wien, Berlin, Hamburg, Prag, Breslau, Königsberg, Dresden, Danzig stehen Köln und München gegenüber.

Die Hauptmasse der deutschen Bevölkerung — 90 % — wohnte 1792 bis 1819 noch auf dem Lande oder in kleineren Orten unter 5 000 Einwohnern, in der Stadt 10,63 bezw. 10,45 v. H. der Bevölkerung. Von den Städtern hatten ihre Behausung in Kleinstädten: 47 bezw. 49 v. H., davon der überwiegende Teil, 31 v. H. in Gemeinden unter 10 000 Einwohnern. In Mittelstädten (20—100 000) wohnte ein weiteres Drittel 38 bezw. 33 v. H., ein Sechstel, 15 bezw. 18 v. H. in Großstädten über 100 000 Einwohnern, 1871 hat sich noch wenig geändert. Es wohnte im Deutschen Reich damaligen Umfanges kaum ein Viertel der Bewohner in den Städten, 23,5 v. H. — davon fast die Hälfte, 47 v. H. in Kleinstädten, ein Drittel in Mittel-, ein Fünftel in Großstädten. Das Verhältnis hat sich nicht wesentlich geändert, wenn man das Reich von gleichem Flächenraum annimmt wie 1871, also unter Ausscheidung von Österreich und Luxemburg und Hinzufügung der Provinzen Preußen, Posen, Schleswig sowie Elsaß-Lothringens. Lediglich für die Großstädte ist eine Änderung 1819 eingetreten; ein Neuntel der städtischen Bevölkerung hätte dann in Großstädten gewohnt. Das Reich, seit 1871 geeint, geleitet von einer starken, klugen und besonnen erwägenden Politik blühte wieder auf; der Bevölkerungsüberschuß konnte eine dem Gemeinwohl förderliche Verwendung finden. Die Auswanderung nahm ab. Die vom Staate begünstigte Industrialisierung kam diesmal in allen Provinzen weit mehr den Städten zugute als dem Lande. Die Städte füllten sich wieder, neue erstanden und überflügelten die alten. So hat 1910 das Land und seine Volksverteilung ein anderes Gesicht. Die Hälfte des Volkes hat jetzt ihren Wohnsitz in der Stadt, $^{11}/_{25}$, fast die Hälfte von dieser, wohnen umgekehrt wie 1819 in der Großstadt, mehr als ein Viertel in Mittelstädten, ein reichliches Drittel in Kleinstädten. Von einem Agrarstaat ist das Reich zu einem Industriestaat erwachsen, dessen Schwerpunkt in der Großstadt ruht. Die Mehrzahl der Städte über 500 000 Einwohner liegt, wie 1819 die über 50 000, auch heute noch auf Kolonialboden. Berlin, Wien, Hamburg, Leipzig, Dresden, Breslau gegenüber Köln und München. Eine graphische Darstellung möge den Reichtum an Städten mit 5 000 Einwohnern und darüber, die jeweils 1792, 1819, 1871, 1910 zum Deutschen Reiche gehörten, anschaulicher gestalten. Zeichnung 1 stellt die Verteilung der Städtebewohner in Städten mit 5 000 Seelen und mehr auf die einzelnen Größenklassen — 5—20 000, 20—100 000, 100 000 und darüber — in Prozenten dar, Zeichnung 2 läßt die Wandlung der Verhältnisse zwischen Stadt- und Landbevölkerung deutlich erscheinen.



Die Grundlage früherer Blüte deutscher Städte bildete ein macht- und ruhmvolles Königtum, die Autonomie der Städte im Gegensatz zur politischen und wirtschaftlichen Schwäche der Nachbarn und daran anknüpfend ein blühender Ostsee- und Levantehandel wie auch eine rege Gewerbetätigkeit. Die glänzende Entwickelung der Städte Ende des 19. Jahrhunderts ist nicht weniger verursacht durch die Wirkungen der ungeheuren Fortschritte der Naturwissenschaften und der Technik, die an Stelle der organischen Kraft den maschinellen Betrieb setzten, und das Aufkommen von Großstädten im Ge-

[1]) Tab. 1 Evergem, Meulebeke, Somergem, Ardoye, Diest, Ruysselede, Ypern, Doornik, Roulers haben 1910 eine nicht viel höhere Volkszahl als im 15. oder 17. Jahrhundert — [2]) Tab. 4 Nr. 22. — [3]) Tab. 4 Nr. 2 und 22. — [4]) Tab. 4 Nr. 3 b.

biet von Kohle und Bergbau besonders begünstigte, als von einer starken, zielbewußten Zentralgewalt, unter der das Reich, zumal bis 1890, stand. Die Grundlage zu dieser Blüte wird in der Zeit von 1780 bis 1820 gelegt. 1792 wurde die Gunst der geographischen Lage zurückgedrängt durch die geschichtliche Entwicklung der politisch-dynastischen Staatsbildungen. Eine Reichshauptstadt war entsprechend dem Fehlen einer Zentralgewalt nicht vorhanden; die altberühmten Reichsplätze waren zumal infolge der übermächtigen Konkurrenz und des Wirtschaftssystems der Nachbarn, der Erstarrung, des Verfalls von Handel, Gewerbe und Verwaltung bedeutend an Volkszahl zurückgegangen und von den Residenzen überflügelt worden. Wir sahen das Geschick der Städte in sturmbewegter Zeit sich spiegeln im Auf und Ab der Volkszahl. 1820 ist die alte politische Stadtfreiheit verschwunden. Die Städte, allgemein fast erdrückt unter der Bürde der Schulden und beeinträchtigt durch die Schäden der Kriege, stehen jetzt auf einer entwicklungsfähigen Grundlage; sie sind einbezogen in ein größeres Territorium, haben eine freiere Stadtverfassung, Gewerbeordnung, die Bürger sind angeregt zu lebendiger Teilnahme an den Geschicken der Stadt, Handel und Verkehr ist erleichtert. Lag der Schwerpunkt der ersten Blüte der deutschen Städte in Süddeutschland, am Rhein und an der Donau sowie an der Ostsee, so zeigt unsere Epoche schon die folgende Verschiebung an. Gemäß der größeren Anteilnahme der östlichen Völker an Europas Geschick, Handel und Verkehr liegen die größten deutschen Städte auf Kolonialboden, dem Schwerpunkt Europas am nächsten, überall zu Lande und Wasser leicht erreichbar, Berlin, Dresden, Breslau, Prag und später Leipzig. Der Beginn der immer stärkeren Zunahme des tropischen und transozeanischen Handels und Verkehrs infolge vermehrter Nachfrage und größeren Bedarfs an fremden Produkten, der Stillstand des binnenmeerischen, die Beeinträchtigung durch das Vordringen Rußlands äußert sich in der Zunahme der Nordseehäfen, insbesondere Hamburgs, im Stillstand oder geringen Anwachsen der Ostseehäfen. Der Boden ist bereitet. die Frucht gelegt; es bedurfte des geeigneten Pflegers und des Sonnenscheins, des Gründers des neuen Reiches und der Gunst der Zeiten, um die schlummernden Kräfte zu wecken. Die geographische Lage ist der Grundstein für die Entwickelung einer Stadt, eines Landes. Wie es gelingt, die wirtschaftlichen, politischen, sozialen Kräfte unter Rücksichtnahme auf die geschichtliche Entwicklung zu ergiebiger Arbeit zu organisieren, davon hängt das Geschick der Stadt, des Landes ab.

Verzeichnis

der Abkürzungen für die am häufigsten benutzte Literatur.

Strakosch-Graßmann: Die Volkszahl der deutschen Städte in Vergangenheit und Gegenwart. Gymnasialprogramm. Korneuburg . . . A.

A. Fr. Büsching: Erdbeschreibung Hamburg 1780 ff. . B.

Behrens: Topographie und Statistik Lübecks. Lübeck 1829 Bh.

Beloch: *Bulletin de l'Institut international de Statistique Tom III. Rome* 1885 . . . Bl.

Bücher: Zur mittelalterlichen Bevölkerungsstatistik insbesondere Frankfurts a. M. Tübingen 1881 . . . Büch.

Gaspary: Vollständiges Handbuch der neuesten Erdbeschreibung. Weimar 1799 . . . C.

Crome: Über die Größe und Bevölkerung sämtlicher europäischer Staaten. Leipzig 1785 . . . Cr.

Cannabich: Neueste Kunde vom Königreich der Niederlande. Weimar 1821 . . . D.

Dieterici: Über die Vermehrung der Bevölkerung in Europa. Abh. der Berl. Akad. d. Wiss. Akad.-philos.-hist. Klasse. 1850 . . . Dit.

Hassel, Gaspary u. a.: Vollständiges Handbuch der neuesten Erdbeschreibung. Wien 1799 . . . E.

Eheberg: Straßburg. Konrads Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 7 und 8. Bd. 1883 . . . Ehe.

Herbin: *Statistique générale et particulière de la France.* Paris 1803 . . . Fr.

Gothaischer Hofkalender 1780, 1785, 1789, 1794, 1799, 1800 G.

Hofmann: Beiträge zur Statistik des preußischen Staates. Berlin 1821 . . . H.

v. Inama-Sternegg: Bevölkerung des Mittelalters und der neueren Zeit. Handwörterbuch f. Staatswissenschaften. II, S. 882—898 . . . I.

ders.: Wiener statistische Monatsschrift. Wien 1886 . . In.

ders.: Österreichisches Städtebuch. 1887—89, 1914 . . Östb.

Krug: Topographisch-statistisches Wörterbuch für Preußen. Halle 1796 . . . K.

Kirchhof: Beiträge zur Bevölkerungsstatistik Erfurts. Erf. 1871 . . . Kir.

Körössi: *Statistique internationale des grandes villes.* Budapest 1876 . . . Kör.

Merkel: Erdbeschreibung Kursachsens. Leipzig 1804 . . M.

Mémoires sur l'état de la population, des fabriques etc. Mémoires couronnés par l'académie royale des sciences et belles lettres de Bruxelles. 14. Bd. Brüssel 1838 . . Mém.

Sieveking: Grundzüge der neueren Wirtschaftsgeschichte — in Meisters, Grundriß II, 2 . . . Mst. II 2

Normann: Geographisch-statistisches Handbuch. Hamburg 1786 . . . No.

Nikolai: Reisen durch Deutschland und die Schweiz. Brl. Stuttg. 1781 . . . Ni.

Hain: Handbuch der Statistik des österreichischen Kaiserstaates. Wien 1852 . . . O.

Reichardt: Der Passagier auf der Reise durch Deutschland. Reutlingen 1814 . . . P.

Pöhlitz: Geschichte der Statistik des Königreichs Sachsen. Leipzig 1810 . . . Pöl.

Reiffenberg, Baron de: *Sur la statistique ancienne de la Belgique. Bruxelles* 1825 . . . Rf.

Reisner: Die Einwohnerzahl deutscher Städte in früheren Jahrhunderten. Jena 1903 . . . R.

Riegger: Materialien zur alten und neuen Statistik Böhmens. Prag 1787 . . . Rg.

Schmoller: Die Bevölkerungsbewegung der deutschen Städte von ihrem Ursprung bis ins 19. Jahrhundert in der Festschrift zum 70. Geburtstag O. v. Gierkes. Berlin 1911 . . . Sch.

Stein: Handbuch der Geographie und Statistik. Hamburg 1821 . . . St.

Trautenberger: Chronik von Brünn. Brünn 1891—1897 . Tr.

D. Schäfer: Die politische und militärische Bedeutung der Großstädte. Jena 1913 . . .

Eulenburg: Zur historischen Bevölkerungsstatistik. Konrads Jahrbücher Bd. 29. 1905 S. 519 . . . U.

v. Viebahn: Statistik des zollvereinten Deutschland. Bd. 1 u. 2. Berlin 1858 . . . V.

Memminger: Württembergische Jahrbücher. Jhg. 1847 . W.

W. Vogel: Die Hansestädte und die Kontinentalsperre. Münch. 1913 . . . Vogel I

do.: Deutschlands Lage zum Meere im Wandel der Zeiten. Berlin 1913 . . . Vogel II

Wernicke: Das Verhältnis zwischen Geborenen und Gestorbenen. Jena 1889 . . . Wer.

Wutstrack: Beschreibung Pommerns. Stettin 1793—95 . Wut.

Wegemann: Die Volkszahl Schleswig-Holsteins. Zeitschrift für Schleswig-Holsteins Geschichte. Bd. 47. Leipzig 1917 . . . Weg.

Melhop: Historische Topographie Hamburgs. Hamburg 1895 Y.

Zimmermann: Beyträge zur Beschreibung Schlesiens. Brieg 1783 . . . . Z.

Statistik des Deutschen Reiches 1875, Bd. 25, 2; 1879, Bd. 37, 2; 1915, Bd. 240 . . . . R. St.

Österreichische Statistik 1910, 1 . . . . Ö. St.

Schweizer Statistik 1871, Bd 64 . . . . S. St.

Annuaire statistique de la Belgique. Bruxelles 1911 . . . St. B.

Dictionnaires des Communes Belgiques. Bruxelles 1844 . D. C. B.

Fabricius: Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Hessen. III. 1864 . . . . H.

Fürbringer: Emden. E. 1892 . . . . Fürb.

Süßmilch: Göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts. Berlin 1761.

Ziekursch: Ergebnis der friderizianischen Städteverwaltung. Jena 1908 . . . . Ziek.

Penck: Die Lage der deutschen Großstädte. Städtebauliche Vorträge V. Heft 5. Berlin 1912 . . . .

Mitteilungen des Breslauer Stadtarchivs 9, 1909 . . M. d. Br. St. A. 9

Fr. Meinecke: Zeitalter der deutschen Erhebung 1795 bis 1815. Bielefeld 1906 . . . .

K. K. Statistische Zentralkommission. Allgemeines Verzeichnis der Ortsgemeinden Österreichs. Wien 1915 K K. Z.

v. Liechtenstern: Handbuch der neuesten Geographie des österreichischen Kaiserreichs. Wien 1817 . . . . Li.

Jaarcyfers voor het Koninkryk der Nederlanden. 1918. *s'Gravenhage* 1919 . . . . Ned.

Historische Tabellen des Archivs des Preußischen Statistischen Landesamtes . . . . H. Tb.

Tabelle 1.

Die Tabelle enthält die Volkszahl der Städte:

a) die im Jahre 1792 3 500 Einwohner und mehr zählten,
b) die im Jahre 1819 3 500 Seelen und darüber ergaben.

Die Städte sind nach ihrer Staatsangehörigkeit und Größe geordnet. Die Volkszahl ist in Tausenden angegeben. Der Buchstabe neben der Zahl bedeutet die Herkunft abgekürzt, — der genaue Titel der Quelle ist aus dem Literaturverzeichnis ersichtlich. † bedeutet: die Bevölkerung ist mit Ausschluß des Militärs, Hofes und Klerus oder der Vorstädte vermerkt.

Österreich	1780	1792	1800
1. Wien	206 ÖB.	207 ÖB.	231 Kör.
2. Prag	83 No.	76 ÖB.	76 Kör.
3. Graz	33 No.	36 Cr.	30 G.
4. Triest	—	22,9 Li.	24,7 Li.
5. Brünn	†14 No.	22,8 T.	23,2 T.
6. Laybach	—	12 No.	—
7. Olmütz	—	11 No.	8,6 E.
8. Iglau	10 No.	10,3 ÖB.	10,9 Li.
9. Innsbruck	10 No.	10,2 G. C.	10,2 E.
10. Klagenfurt	—	10 No. G.	—
11. Linz	—	10 No.	17 C.
12. Freiburg i. Br.	8 No.	7,9 A.	9 A.
13. Görz	—	7,9 Li.	—
14. Eger	—	7,6 E.	—
15. Rovereith	6 No.	7,5 No.	—
16. Nikolsburg	—	7 Li.	—
17. Troppau	—	6 E.	—
18. Steyr	—	6 E.	—
19. Reichenberg	—	6 E.	—
20. Wiener Neustadt	—	6 E. Li.	—
21. Prosznitz	—	6 E. Li.	—
22. Pilsen	—	6 E.	—
23. Bozen	—	6 C.	—
24. Sternberg	—	6 E.	—
25. Znaym	—	5,2 J.	—
26. Budweis	—	5,2 E.	—
27. Kuttenberg	—	5 E.	—
28. Marburg	—	5 No.	5 C.
29. Teschen	—	4,2 C.	—
30. Bielitz	—	4,2 C.	—
31. Carlstadt	—	4 Li.	—
32. Königgrätz	—	4 E.	—
33. Neutitschein	—	4 C.	—
34. Chrudim	—	4 C.	—

Österreich. Niederlande	1792	1800	1819
1. Brüssel	74,4 Mém.	66,3 C.	75,1 D.
2. Gent	59 Mém.	56 Fr.	60,8 D.
3. Antwerpen	56,4 Rf.	58,9 Rf.	60,1 D.
4. Brügge	33,7 Fr.	—	34,2 D.
5. Doornik	21,3 Fr.	—	23,3 D.
6. Mecheln	20,5 J.	20,5 Mém.	22,9 D.
7. Löwen	20 Mém.	18,6 Fr.	25,4 D.
8. Bergen	18,3 Fr.	—	19,8 E.
9. Namen	17 Mém.	17 Fr.	16,2 D.
10. Cortryk	13,7 Fr.	13,9 D.	—
11. Ypern	11,5 Rf.	15,1 Fr.	12,9 Rf.
12. Lokeren	11 C.	—	12,9 D.
13. Lier	10,5 J.	—	10,5 D.
14. St Nikolas	10 Mém.	10,9 C.	11,5 D.
15. Aalst	9,8 Mém.	11 C.	12,2 D.
16. Ostende	9,8 Mém.	10,8 C.	10,5 St.
17. Renaix	9,5 C.	—	9,9 D.
18. Luxemburg	9 No C.	10 Fr.	9,4 D.
19. Thielt	8,9 C.	—	9,8 D.
20. Turnhout	8,8 J.	8,1 Fr.	10,8 D.
21. Poperingem	8 C.	—	9,1 D.
22. Roulers	8 C.	8 C.	8,5 D.
23. Zèle	7,6 C.	—	8,4 D.
24. Ath	7,6 C.	—	8,5 D.
25. Hamme	7,2 C.	—	8,4 D.
26. Evergem	6,9 C.	—	—
27. Eupen	6,8 No.	—	—
28. Meulebeke	6,7 C.	—	7,7 D.
29. Nivelles	6,4 Mém.	6,5 Fr.	7 D.
30. Wetteren	6,3 C.	—	7,4 D
31. Thienen	6,3 J.	7,8 Rf.	7,9 D.
32. Somergem	6,2 C.	—	6,4 D.
33. Grammont	6,1 Mém.	—	5,9 E.
34. Ardoye	5,9 C.	—	6,1 St. B.
35. Eekloo	5,8 Fr. C.	—	6,3 D.
36. Diest	5,7 C. Fr.	—	5,8 D.
37. Ruysselède	5,3 C.	—	5,3 D.
38. Perwels	5,3 C.	—	5,5 D.
39. Waerschoot	5,2 C.	—	5,3 D.
40. Crouyshoutem	5,2 E.	—	5,8 D.
41. Termonde Dendermonde	5 Fr.	—	5,8 D.

Kgr. Preußen	1780	1792	1800
1. Berlin	140,6 A.	150,8 A.	172,1 A.
2. Königsberg	60 A.	62 K.	60,8 HTb.
3. Breslau	—	56,6 A.	54,3 U.
4. Magdeburg	30 No.	29 K.	36,7 A.
5. Potsdam	27,7 Ni.	26,7 K.	—
6. Stettin	23 No.	23 K.	—
7. Halle	20,2 B.	20,6 K.	19,6 A.
8. Elbing	15,8 E.	15,8 K.	16,5 HTb.
9. Halberstadt	13,7 No.	12,7 K.	11,5 A.
10. Ansbach	—	13 A.	—

	1780	1792	1800
11. Brandenburg	†10,1 Ni.	12,2 A.	—
12. Fürth	—	12 A.	—
13. Quedlinburg	—	11 K.	—
14. Frankfurt a./O.	9,9 K.	10,1 A.	12,5 A.
15. Glogau	—	9,5 E.	—
16. Bayreuth	10 No.	9,4 K.	10 E.
17. Stargard	9,5 No.	9,2 No.	9,2 HTb.
18. Tilsit	8,1 K.	9 K.	—
19. Prenzlau	8 No.	8,8 K.	9,2 A.
20. Erlangen	8 No.	8,7 K.	—
21. Glatz	—	8,7 K.	8,7 A.
22. Brieg	†4,8 A.	8 K.	—
23. Schweidnitz	†6,1 K.	8 K. No.	—
24. Emden	7,9 K.	8 Fb.	10,3 Fb.
25 Minden	8 No.	7,1 K.	6,9 A.
26. Wesel	†4,5 A.	7,1 K.	—
27. Küstrin	—	7 K.	6,7 HTb.
28. Liegnitz	—	6,9 K.	—
29. Spandau	6 No.	6,8 K.	5,5 A.
30. Neisse	†4,4 Zk.	6,7 K.	—
31. Schwabach	—	6,6 K.	—
32. Wernigerode	5 No.	6,5 K.	—
33. Hirschberg	6,2 K.	6,5 K.	—
34. Aschersleben	—	6,4 No.	8,1 A.
35. Neuruppin	5,3 A.	6,4 A.	7 A.
36. Grüneberg	†6,6 Zk.	6,3 A.	—
37. Herford	—	5,9 A.	—
38. Krefeld	5 B.	5,8 No.	7,4 Fr.
39. Kottbus	5,8 No.	5,8 No.	5,4 HTb.
40. Memel	—	5,8 K.	5,7 HTb.
41. Stendal	4,5 No.	5,6 K.	—
42. Gumbinnen	4,9 K.	5,6 HTb.	6 HTb.
43. Landsberg a./W.	5,4 No.	5,4 K.	6,7 HTb.
44. Züllichau	—	5,4 K.	6 HTb.
45. Bielefeld	—	5,4 K.	—
46. Insterburg	4,9 HTb.	5,4 HTb.	6,6 HTb.
47. Goldberg	4,6 Zk.	5,3 K.	—
48. Kleve	5,3 A.	5,2 K.	4,9 V.
49. Braunsberg	4,4 K.	5,1 HTb.	—
50. Soest	—	5 K.	—
51. Iserlohn	4,3 B.	5 K.	4,4 A.
52. Marienburg	—	4,9 HTb.	—
53. Salzwedel	—	4,9 A.	—
54. Burg	4,9 B.	4,8 K.	—
55. Hof	4,7 C.	4,8 C.	—
56. Stolp	—	4,4 A.	—
57. Kolberg	—	4,3 K.	—
58. Schönebeck	—	4,3 K.	—
59. Wittstock	—	4,3 K.	—
60. Wrietzen	—	4,3 K.	—
61. Anklam	—	4,2 HTb.	—
62. Sagan	3,5 A.	4,2 K.	—
63. Duisburg	—	3,9 K.	—
64. Graudenz	—	3,7 K.	—
65. Jauer	—	3,6 K.	—
66. Bromberg	—	3,6 HTb.	3,9 K.
67. Frankenstein	—	3,5 K.	—
68. Crossen	—	3,5 K.	—
69. Königsberg	—	3,5 K.	4 HTb.
70 Pasewalk	—	3,5 K.	—
71. Goldap	—	†3,5 HTb. 3,3 HTb.	3,7 HTb. †2,6 HTb.
72. Greifenhagen	—	3,5 HTb.	—
73. Schmiedeberg	—	3,5 K.	—
74. Barth	—	3,5 HTb.	—

Kfm. Sachsen	1780	1792	1800
1. Dresden	—	53 B.	55,2 M.
2. Leipzig	29 G.	29,4 A.	32,1 A.
3. Bautzen	—	10,2 C.	11,3 E.
4. Chemnitz	—	9,9 E.	10,8 E.
5. Freiberg	8,1 A.	8,7 A.	9,2 Pö.
6. Zittau	—	7,4 A.	7,1 E.
7. Görlitz	8,6 No.	7,2 A.	—
8. Wittenberg	6,4 A.	7 C.	7 M.
9. Merseburg	5,4 A.	6 No.	—
10. Naumburg	—	6 M.	—
11. Lauban	8 No.	6 No.	—
12 Suhl	—	5,9 A.	6 C.
13. Plauen	4,1 A.	5,7 C.	5,7 A.
14. Langensalza	5,9 A.	5,3 No.	5,4 M.
15. Eisleben	4,5 No.	5,2 A.	—
16. Guben	—	5,1 E.	5,8 A.
17. Torgau	—	4,8 A.	—
18. Zeitz	—	4,7 M.	—
19. Großenhain	—	4,6 A.	—
20. Zwickau	—	4,1 C.	—
21. Eilenberg	—	4 A.	—
22. Meißen	—	3,5 A.	—
23. Annaberg	—	3,5 A.	—

Kfstt. Bayern	1780	1792	1800
1. München	37,8 A.	48 B.	—
2. Düsseldorf	†17,1 E.	22,1 A.	†11,8 E.
3. Mannheim	25,4 A.	21,5 A.	22 G.
4. Elberfeld	13 No.	13,9 A.	16,9 A.
5. Heidelberg	—	10,6 B.	9 C.
6. Remscheid	—	8,1 A.	—
7. Barmen	—	7,7 A.	—
8. Landshut	6,1 No.	7,2 C.	—
9. Straubing	7,5 A.	5,4 A.	—
10. Ingolstadt	—	5,3 A.	4,8 A.
11. Amberg	—	5 No.	—
12. Kreuznach	—	4,9 A.	—
13. Eschweiler	—	4 E.	—
14. Düren	3,6 A.	3,7 A.	—
15. Mülheim	—	3,7 A.	—
16. Zweibrücken	—	3,6 No.	—

Freie und Reichsstädte	1780	1792	1800
1. Hamburg	—	100,2 Y. G.	—
2. Frankfurt a. M.	42,2 No.	42,6 B.	40 A.
3. Köln	—	42,5 A.	38,8 Fr.
4. Augsburg	35 No.	36,3 C.	28,9 E.
5. Nürnberg	30 No.	30 No. G.	—
6. Bremen	40 No.	30 A.	36 A.
7. Lübeck	21,6 A.	22,9 R.	22,8 A.
8. Regensburg	21 No.	21,6 Ni.	22,9 C.
9. Aachen	—	21,2 A.	23,7 A.
10. Ulm	—	15 G. No.	—
11. Mülhausen i. Th.	—	9,3 A.	—
12. Nordhausen	9 No.	9 No.	8,4 A.
13. Goslar	8,5 No.	8,5 No.	5,5 A.
14. Heilbronn	8 B.	7,2 A.	5,9 A.
15. Reutlingen	6,9 B.	6,9 B.	7,5 C.
16. Memmingen	—	6,7 B.	—
17. Wetzlar	—	6 No.	—
18. Worms	—	6 B.	4,5 A.
19. Dinkelsbühl	—	6 C.	—
20. Schwäbisch Hall	—	5,7 C.	—
21. Nördlingen	—	5,5 B.	7 C.
22. Rothenburg Tb.	—	5,5 A.	5,7 E.
23. Kaufbeuren	—	5,4 B.	5 C.
24. Eßlingen	—	5,4 B.	—
25. Schweinfurth	—	5,4 A.	5 C.
26. Speier	—	5 No.	3,7 E.
27. Schwäbisch Gmünd	—	5 No.	5 C.
28. Landau	—	5 A.	5,1 A.
29. Dortmund	—	4,2 A.	—
30. Rastadt	—	4 C.	—
31. Stade	—	3,8 E.	—
32. Essen	—	3,7 A.	—

Kurfürstentum Braunschweig-Lüneburg	1780	1792	1800
1. Hannover	12,8 E.	16,5 A.	—
2. Lüneburg	—	10 No.	—
3. Göttingen	—	8,3 A.	—
4. Klausthal	8 No.	7,9 C.	—
5. Celle	—	6 No.	7,8 A.
6. Harburg	—	5,3 A.	—

Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel	1780	1792	1800
1. Braunschweig	22,4 A.	30,5 A.	30 C.
2. Wolfenbüttel	6 No.	6,4 A.	—
3. Helmstedt	—	4,7 A.	—

Herzogtum Württemberg	1780	1792	1800
1. Stuttgart	20 No.	19,5 A.	20,3 Kör.
2. Tübingen	5,9 A.	6,3 A.	—
3. Ludwigsburg	6,7 No.	5,3 A.	—
4. Göppingen	—	4,8 A.	—

Markgrafschaft Baden	1780	1792	1800
1. Pforzheim	—	5 A.	—
2. Karlsruhe	—	3,8 E.	—
3. Bruchsal	—	3,6 E.	—

Landgrafschaft Hessen-Kassel	1780	1792	1800
1. Kassel	19 A.	18,4 E.	—
2. Hannover	12 No.	11,9 G.	—
3. Marburg L.	—	5,6 A.	6,5 A.
4. Schmalkalden	—	5 C.	—
5. Eschwege	4,1 A.	3,8 A.	—

Landgrafschaft Hessen-Darmstadt	1780	1792	1800
1. Darmstadt	—	9,6 A.	—
2. Gießen	—	4,7 No.	—

Herzogtum Mecklenburg-Schwerin	1780	1792	1800
1. Rostock	8,5 No.	10,8 A.	13,6 A.
2. Schwerin	9,9 A.	10 C.	9,1 E.
3. Güstrow	—	6,7 K.	6,5 A.

Herzogtum Mecklenburg-Strelitz	1780	1792	1800
1. Neustrelitz	—	6 No.	—
2. Neubrandenburg	—	4 No.	—

Fürstentümer Anhalt	1780	1792	1800
Dessau	7 No.	8,6 A.	9,2 E.
Zerbst	6 No.	8 C.	—
Köthen	—	5,5 A.	5,1 A.
Bernburg	—	4 A.	—

Sächs. Fürstentümer Sachsen-Weimar	1780	1792	1800
1. Eisenach	7 No.	8,2 A.	—
2. Weimar	6,3 A.	6,6 No.	—
3. Jena	—	4 C.	—

Koburg, Gotha, Altenburg	1780	1792	1800
Koburg	6,9 No.	7 C.	—
Gotha	11,2 No.	11 G.	11,5 G.
Altenburg	9 No.	8,8 A.	8,7 E.

Grafschaft Reuß j. Linie	1780	1792	1800
1. Gera	7 No.	6,6 A.	—

Grafschaft Reuß ä. Linie	1780	1792	1800
1. Greiz	—	4 A.	—

Herzogtum Vorpommern (Schweden)	1780	1792	1800
1. Stralsund	10,6 G.	11 G.	11,2 W.
2. Wismar	5,4 A.	6 C.	6,5 A.
3. Greifswald	—	5,4 A.	3,7 A.

Hzgt. Holstein (Dänemark)	1780	1792	1800
1. Altona	20 No.	24 G.	23,1 A.
2. Rendsburg	3,6 A.	6,9 A.	—
3. Kiel	4,5 A.	6,5 A.	7 A.
4. Glückstadt	—	3,5 E.	—

Grafschaft Oldenburg	1780	1792	1800
1. Oldenburg	5 No.	5 B.	—

Städte der geistlichen Fürstentümer	1780	1792	1800
1. Lüttich	—	50 Fr.	—
2. Mainz	30 No.	27 A.	21,4 Fr.
3. Würzburg	15 No.	21,4 A.	16 C.
4. Bamberg	—	20 B.	17,1 Sch.
5. Erfurt	14,6 Kir.	16,9 A.	—
6. Salzburg	14 No.	14 J.	11,3 Li.
7. Münster	—	12 E.	—
8. Hildesheim	—	12 No.	—
9. Trient	—	11,5 Ö. St.	11,7 Ö. St.
10. Bonn	—	9,6 A.	9 C.
11. Trier	—	8,3 Fr.	—
12. Fulda	—	7,5 E.	—
13. Koblenz	—	7,3 A.	10,7 Fr.
14. Osnabrück	6 No.	7 No.	—
15. Passau	7 No.	6,5 No.	6,2 A.
16. Freising	—	6 No.	6 A.
17. Aschaffenburg	—	6 C.	—
18. Bruchsal	—	6 C.	—
19. Hasselt	—	5,8 Fr.	—
20. St. Traud	—	5,8 Fr.	—
21. Paderborn	—	5,3 A.	—
22. Eichstedt	—	5 C.	—
23. Burtscheid	—	4 C.	—
24. Duderstadt	—	4 C.	—
25. Neuß	—	4,4 C.	—
26. Heiligenstadt	—	3,5 C.	—
27. Kösfeld	—	3,5 E.	—

Fürstentum Wied	1780	1792	1800
1. Neuwied	—	4 C.	—

Deutsche Lande unter fremder Herrschaft.

Frankreich Elsaß-Lothringen	1780	1792	1800
1. Straßburg	† 43,1 A.	49,9 Ehe.	49,1 A.
2. Metz	—	46,3 A.	46,2 A.
3. Kolmar	13,2 A.	13,4 C.	—
4. Schlettstadt	—	7,8 A.	—
5. Hagenau	—	7 A.	—
6. Diedenhofen	4,2 A.	5 A.	5,1 A.

Dänemark Herzogtum Schleswig	1780	1792	1800
1. Flensburg	—	11,5 Ni.	13,1 E.
2. Schleswig	—	7,1 A.	—

Freistaat Danzig	1780	1792	1800
1. Danzig	—	36,2 A.	40,3 HTb.

Königreich Polen	1780	1792	1800
1. Posen	8,4 U.	12,4 K.	16,1 H.
2. Lissa	9 No.	9,1 A.	—
3. Rawitsch	—	7,3 A.	8,1 A.
4. Thorn	—	6,1 K.	9 A.
5. Fraustadt	—	5,3 C.	—

Tab. 1, b.

Österreich	1810	1815	1819
1. Wien	238 K.	244 Kir.	253,8 Ö. B.
2. Prag	—	† 79,6 E.	96,6 Ö. B.
3. Triest	32,7 Li.	—	36 E. Li.
4. Graz	31,8 Ö. B.	—	36 Ö. B.
5. Brünn	25,8 E.	—	33,3 T. D.
6. Linz	17,2 E	—	18,7 St.
7. Trient	—	—	12 Ö B.
8. Olmütz	—	11 E.	11,9 Ö. B.
9. Laybach	—	—	11,5 St.
10. Salzburg	9,8 Li.	14,9 Ö. B.	11,2 Ö. B.
11. Iglau	—	11 E.	11 E
12. Innsbruck	—	—	10,5 Li.
13. Steyr	—	—	10 E.
14. Rovereith	—	—	9,8 E.
15. Troppau	—	—	9,7 E.
16. Rovigno	10 C.	—	9,5 E.
17. Klagenfurt	—	—	9,1 E. St.
18. Görz	8,5 Li.	—	9 Li. E.
19. Reichenberg	—	—	8,1 E.
20. Bozen	—	—	8,1 E.
21. Eger	—	—	8,1 E.
22. Prosznitz	6,5 E.	—	8 E.
23. Sternberg	—	—	8 E.
24. Pilsen	—	—	7,6 E.
25. Nikolsburg	7 Li.	—	7,1 E.
26. Wiener Neustadt	—	—	6,5 E.
27. Kuttenberg	—	—	6,2 E.
28. Pirano	—	—	6,2 E.
29. Budweis	—	—	5,9 E.
30. Königgrätz	—	—	5,5 E.
31. Neutitschein	—	—	5,4 E.
32. Teschen	4,2 C.	—	5,4 E.
33. Znaym	5,1 E.	—	5,1 E.
34. Capo d'Istria	5,1 E.	—	5,1 E.
35. Bielitz	5 E.	—	5 E.
36. Chrudim	—	—	4,7 Li.
37. Carlstadt	—	4,2 Li.	—
38. Freiberg (Mähren)	—	3,6 Li.	—

Preußen	1810	1815	1819
1. Berlin	162,9 A.	188,5 E	200,9 H.
2. Breslau	68,1 U.	76,8 E.	78,1 H.
3. Königsberg	61,6 G.	63,2 E.	63,9 A.
4. Köln	42,1 A.	52,9 A.	56,4 H.
5. Danzig	44,5 E.	52,8 E.	53,8 H.
6. Magdeburg	31,4 A.	34,6 A.	36,7 H.
7. Aachen	27,3 A.	32,1 A.	33,6 H.
8. Düsseldorf	11,8 E.	18 E.	26,7 H.
9. Stettin	—	25 E.	25,8 H.
10. Potsdam	—	23,4 E.	25 H.
11. Posen	—	22,7 E.	24,6 H
12. Halle	—	31,6 E.	23,9 H.
13. Erfurt	16,6 A.	15,1 A.	21,3 H.
14. Elberfeld	16,9 A.	20,2 A.	21,6 H.
15. Elbing	15,8 K.	—	19,5 H.
16. Barmen	14,8 A.	—	19,5 H.
17. Münster	14,7 A.	18,3 E.	17,9 H.
18. Frankfurt a./Oder	—	15,5 E.	16,1 H.
19. Stralsund	—	—	15,9 H.
20. Krefeld	—	14,8 E.	15,9 H.
21. Koblenz	—	13,8 E.	14,9 H.
22. Halberstadt	13,2 A.	14,7 E.	14,7 H.
23. Quedlinburg	10,6 A.	11,5 E.	12,9 H.
24. Brandenburg	—	12 E.	12,8 H.
25. Wesel	11,3 A.	—	12,1 H.
26. Neisse	6,3 Zk.	8,6 E.	11,9 H.
27. Tilsit	9,9 HTb.	11,9 E.	11,7 A.
28. Trier	12,8 E.	—	11,4 H.
29. Glogau	9,1 Zk.	7,2 E.	11,2 H.
30. Bonn	9,2 A.	9,9 E.	10,6 H. A.
31. Brieg	—	9,9 E.	10,5 H.
32. Thorn	7,1 A.	9 E.	10,5 H.
33. Nordhausen	8,9 A.	9,1 E.	10,4 A.
34. Eupen	—	9,7 E.	10,2 A.
35. Burg	—	9,1 E.	9,9 H.
36. Schweidnitz	—	9,9 E.	9,9 H.
37. Mühlhausen i. Th.	9,3 A.	9,6 A.	9,9 H. A.
38. Görlitz	—	8,6 A.	9,9 H.
39. Liegnitz	—	9,1 E.	9,6 H.
40 Prenzlau	—	9,3 E.	9,4 H.
41. Grünberg	8,6 Zk.	9,1 E.	9,1 H.
42. Minden	6,8 E.	8,5 E.	9 H.
43. Naumburg S.	—	8,7 E.	9 E. H.
44. Landsberg a. W.	—	8,6 E.	8,8 H.
45. Merseburg	4,5 M.	7,5 E.	8,8 H.
46. Aschersleben	7,7 A.	8,7 E.	8,5 H.
47. Memel	—	8,2 E.	8,4 H.
48. Stargard	—	8,3 E.	8,4 A.
49. Graudenz	—	7,6 E.	8,3 H.
50. Glatz	†4,9 A.	7,3 C.	8,2 A.
51. Remscheid	5,5 A.	8 A.	8 H.
52. Greifswald	—	7,5 E.	7,7 H.
53. Lissa	—	7,9 E.	7,7 H.
54. Rawitsch	—	8,1 H.	7,7 H.
55. Bromberg	—	6,9 E.	7,6 H.
56. Kolberg	—	7,4 E.	7,5 H.
57. Guben	—	7,4 E.	7,5 H.
58. Zeitz	5 M.	6,6 E.	7,2 H.
59. Torgau	—	6,3 E.	7,1 H.
60. Spandau	—	6,2 E.	7 H.
61. Kleve	—	6,5 E.	6,9 H.
62. Soest	—	6,7 E.	6,9 H.
63. Kreuznach	—	7,2 E.	6,9 H. E.
64. Neu-Ruppin	—	5,7 E.	6,9 H.
65. Wittenberg	—	6,2 E.	6,7 H.
66. Paderborn	—	5,8 E.	6,7 H.
67. Bielefeld	5,6 A.	6,6 E.	6,6 H.
68. Neuß	—	6,4 E.	6,5 H.
69. Herford	5,6 A.	6,2 E.	6,4 H.
70. Eisleben	5,5 A.	6,8 E.	6,4 H.
71. Saarbrücken	—	6,4 E.	6,4 H.
72. Fraustadt	6,2 E.	—	6,3 E.
73. Hirschberg	5,6 Zk.	5,9 E.	6,2 H.
74. Braunsberg	—	5,8 E.	6,2 H.
75. Anklam	—	5,8 E.	6,2 H.
76. Küstrin	—	—	6 H.
77. Langensalza	—	6,2 E.	6 A.
78. Stolp	—	5,5 E.	5,9 H.
79. Saarlouis	—	—	5,9 E.
80. Kottbus	—	6,4 E.	5,7 H.
81. Salzwedel	—	5,7 E.	5,7 H.
82. Goldberg	5,8 Zk.	5,3 E.	5,7 H.
83. Stendal	4,9 A.	5,4 E.	5,6 H.
84. Jauer	4,7 Zk.	4,6 E.	5,6 H.
85. Insterburg	—	5,5 E.	5,6 H.
86. Gumbinnen	—	6,1 H.	5,6 H.
87. Weißenfels	—	4,3 A.	5,6 A.
88. Marienwerder	—	5,5	5,5 H.
89. Öls	—	4,6 E.	5,5 H.
90. Züllichau	—	—	5,4 E.
91. Kösfeld	—	5,5 E.	5,5 H.
92. Mülheim a. d. Ruhr	—	5,2 E.	5,5 H.
93. Suhl	5,7 M.	5,7 E.	5,5 H.
94. Frankenstein	—	4,6 E.	5,4 H.
95. Iserlohn	—	5,2 E.	5,3 H.
96. Lennep	—	4,6 E.	5,3 H.
97. Eilenburg	—	4,5 E.	5,1 E.
98. Wernigerode	4	—	5 E.
99. Hamm	—	5 E.	5 H.
100. Marienburg	5 HTb.	4,9 E.	4,9 H.
101. Bunzlau	3,3 K 94	—	4,9 H.
102. Düren	—	4,9 E.	4,9 H.

	1810	1815	1819
103. Köslin	3,3 HTb.	4,9 E.	4,9 H.
104. Oppeln	3,4 K.	4,1 E.	4,9 H.
105. Pasewalk	3,7 HTb.	4,7 E.	4,9 H.
106. Krotoschin	4,1 A.	4,7 E.	4,9 H.
107. Schönebeck	4,6 K.	4,6 E.	4,9 H.
108. Essen	4,2 A.	4,7 E.	4,8 H.
109. Ratibor	3,4 K.	3,9 E.	4,8 H.
110. Gnesen	—	3,8 E.	4,8 H.
111. Kempen	—	4,3 E.	4,8 H.
112. Charlottenburg	3,6 A.	4,5 E.	4,7 A.
113. Rathenow	3,9 A.	4,5 E.	4,7 A.
114. Wrietzen	—	4,6 E.	4,7 H.
115. Ronsdorf	—	3,9 E.	4,7 H.
116. Neuwied	—	4,6 E.	4,7 H.
117. Königsberg Nm.	3,9 HTb.	4,2 E.	4,7 H.
118. Rade v. W.	4,6 E.	4,6 E.	4,7 H.
119. Duisburg	4,5 A.	4,5 E.	4,6 H.
120. Wittstock	—	4,5 E.	4,6 H.
121. Burtscheid	—	4,6 E.	4,6 H.
122. Dahlen Wf.	—	4,5 E.	4,6 H.
123. Pillau	—	3,6 E.	4,5 H.
124. Dortmund	—	4,5 E.	4,5 H.
125. Sagan	4,3 K.	4,4 E.	4,5 H.
126. Schwedt	† 3 K.	4,4 E.	4,5 H.
127. Wolgast	—	4,4 E.	4,5 H.
128. Kulm	—	3,6 E.	4,4 H.
129. Lauban	—	—	4,4 H.
130. Gardelegen	4,3 E.	4,3 E.	4,3 H.
131. Löwenberg	3,1 K.	4,1 E.	4,3 H.
132. Sangerhausen	—	4,1 E.	4,2 H.
133. Warendorf	—	4 E.	4,2 H.
134. Osterode	—	4,2 E.	4,2 H.
135. Neustadt Schl.	3,6 E.	4,1 E.	4,2 H.
136. Treptow/Rega	3,3 K.	4 E.	4,1 H.
137. Kalbe	—	3,9 E.	4,1 H.
138. Leobschütz	† 3 E.	† 3,2 E.	4,1 H.
139. Schmiedeberg	3,5 K.	4 E.	4 H
140. Meseritz	—	3,7 E.	3,9 H.
141. Demmin	2,9 HTb.	—	3,9 H.
142. Sorau	—	3,3 E.	3,9 H.
143. Jülich	—	3,1 E.	3,9 H.
144. Hohensalza	2,6 HTb.	3,8 E.	3,9 H.
145. Bocholt	—	3,8 E.	3,9 A.
146. Lübben	—	3,5 E.	3,9 A.
147. Barth	—	4 E.	3,8 H.
148. Mülheim a. Rh.	—	3,8 E.	3,8 H.
149. Neurode i. Schl.	—	3,9 E.	3,8 H.
150. Rügenwalde	—	3,8 E.	3,8 H.
151. Siegen	—	4,3 E.	3,8 H.
152. Treuenbrietzen	—	3,7 E.	3,8 H.
153. Ostrowo	—	3,6 E.	3,8 H.
154. Rogasen	—	3,9 E.	3,8 H.
155. Malmedy	—	3,7 E.	3,8 H.
156. Reichenbach i. Schl.	2,8 K.	4 E.	3,8 H.
157. Greifenhagen Po.	—	3,9 E.	3,7 H.
158. Heiligenstadt	—	3,9 E.	3,7 H.
159. Luckenwalde	—	3,8 E.	3,7 H.
160. Neuhaldensleben	—	3,7 E.	3,7 H.
161. Krossen	3,5 K.	3,6 E.	3,6 H.
162. Kosel	3,2 K.	—	3,6 H.
163. Solingen	—	3,5 E.	3,5 H.
164. Gleiwitz	—	3 E.	3,5 H.
165. Hettstedt	—	—	3,5 H.

Kgr. Sachsen	1810	1815	1819
1. Dresden	—	—	59,2 A.
2. Leipzig	35,3 A.	35,1 A.	36,4 Kr.
3. Chemnitz	12 E.	14,4 A.	12 E.
4. Freiberg	—	—	11,9 A.
5. Bautzen	11,5 E.	—	8,5 A.
6. Plauen	—	—	6,8 A.
7. Zittau	8 E.	—	6,7 A.
8. Meißen	—	—	5,9 A.
9. Zwickau	—	—	5,8 A.
10. Pirna	—	—	5,4 A.
11. Großenhain	—	4,2 E.	5,3 A.
12. Annaberg	4,5 C.	—	5,1 A.
13. Döbeln	—	—	4,5 E.
14. Großschönau	—	—	4 E.
15. Mittweida	—	—	3,8 E.
16. Glauchau	—	—	3,7 E.
17. Kamenz	—	—	3,5 E.
18. Frankenberg	3,1 A.	—	3,5 E.

Kgr. Bayern	1810	1815	1819
1. München	—	—	53,7 A.
2. Augsburg	27,8 A.	—	29,8 A.
3. Nürnberg	29 Pa.	25,2 A.	26,9 A.
4. Würzburg	20 A.	—	26,5 A.
5. Regensburg	21,4	—	18,9 A.
6. Bamberg	18 E.	—	17,5 A.
7. Ansbach	11,4 A.	—	12,9 E.
8. Fürth	12,7 A.	12,7 E.	12,8 E.
9. Bayreuth	—	11,2 E.	12,3 E.
10. Erlangen	8,6 A.	9,1 E.	9,3 E.
11. Landshut	—	7,8 E.	8,1 A.
12. Aschaffenburg	—	—	7,3 A.
13. Amberg	†6,5 E.	—	7,1 A.
14. Schwabach	—	—	6,9 A.
15. Passau	—	6,2 E.	6,9 A.
16. Straubing	6,2 A.	—	6,8 A.
17. Memmingen	—	—	6,7 A.
18. Dinkelsbühl	—	—	6,4 A.
19. Zweibrücken	—	5 E.	6 A.
20. Hof	—	—	6 E.
21. Eichstedt	5,2 E.	5,6 E.	6 E.
22. Nördlingen	—	—	5,8 E.
23. Speier	—	5,2 E.	5,8 A.
24. Kempten	5,4 A.	4,8 E.	5,6 A.
25. Schweinfurth	—	5,1 E.	5,5 A.
26. Ingolstadt	5,4 A.	4,8 A.	5,4 A.
27. Rothenburg a. T.	—	—	5,1 A.
28. Neuburg	—	4,4 E.	4,4 E.
29. Kaufbeuren	—	4,2 E.	—
30. Windsheim	—	4 E.	—
31. Dillingen	—	3,1 E.	3,8 E.
32. Weißenburg Nrdg.	—	3,7 E.	—
33. Frankenthal Pf.	3,2 E.	3,6 E.	—
34. Kitzingen	—	3,6 E.	—
35. Lauingen	—	3,5 E.	—
36. Freising	—	3,5 E.	—

Großherzogtum Baden	1810	1815	1819
1. Mannheim	20,1 A.	20,6 E.	20,6 E.
2. Karlsruhe	10,6 Wch.	15,2 A.	15,8 E.
3. Heidelberg	9,8 A.	9,8 E.	10,4 St.
4. Freiburg i. Br.	10,1 A.	10,1 E.	10,1 E.
5. Bruchsal	—	—	5,4 E.
6. Pforzheim	5,3 A.	—	5,3 A.
7. Lahr	—	—	4,7 E.
8. Konstanz	—	—	4,5 E.
9. Rastadt	—	—	4,2 E.
10. Weinheim	—	—	4 E.
11. Durlach	—	—	3,9 E.

Königreich Hannover	1810	1815	1819
1. Hannover	17,6 A.	24 E.	27,5 E.
2. Hildesheim	10,8 A.	11,2 A.	11,9 A.
3. Emden	10,8 A.	11 E.	11,5 Fb.
4. Lüneburg	10 E.	—	11,3 A
5. Göttingen	9,5 A.	—	9,8 A.
6. Osnabrück	9,2 A.	—	9,3 A.
7. Celle	8,4 A.	—	8,4 A.

	1810	1815	1819
8. Klausthal	7 E.	—	7,1 E.
9. Goslar	5,7 E.	—	5,7 E.
10. Hameln	—	—	5,1 E.
11. Eimbeck	—	—	4,9 E.
12. Münden	—	—	4,5 E.
13. Stade	3,8 E.	—	4,3 E.
14. Duderstadt	—	—	4 E.
15. Verden	—	—	3,5 E.

Herzogtum Braunschweig	1810	1815	1819
1. Braunschweig	27 P.	—	32 E.
2. Wolfenbüttel	—	—	6,6 A.
3. Helmstedt	5,2 E.	—	5,2 E.

Herzogtum Nassau	1810	1815	1819
1. Wiesbaden	3,1 A.	4,1 A.	5,5 A.

Königreich Württemberg	1810	1815	1819
1. Stuttgart	22,4 E.	23,7 E.	22,7 A.
2. Ulm	—	11 E.	15,2 A.
3. Eßlingen	7,2 A.	—	10 A.
4. Reutlingen	—	—	8,8 E.
5. Tübingen	—	6,5 E.	7,6 A.
6. Heilbronn	7,2 Cr.	—	6,9 A.
7. Schwäbisch-Hall	—	—	6,3 E.
8. Schwäbisch-Gmünd	—	—	5,6 E.
9. Ludwigsburg Nkr.	—	—	5,2 E.
10. Rottenburg	—	—	5,1 E.
11. Biberach	—	—	4,5 E.
12. Göppingen	4,8 A. 94	—	4,4 E.
13. Tuttlingen	3,1 A.	3,9 E.	4,1 E.
14. Ebingen	—	—	3,9 E.
15. Calw	—	—	3,8 E.
16. Nürtingen	—	—	3,6 E.
17. Ravensburg	—	—	3,6 E.

Großherzogtum Luxemburg	1810	1815	1819
1. Luxemburg	—	—	9,4 D.

Freie und Reichsstädte	1810	1815	1819
1. Hamburg	106,9 E.	—	125,5 Y.
2. Frankfurt a./M.	40,5 E.	—	41,5 V.
3. Bremen	36,6 V.	37,7 P.	40,6 A.
4. Lübeck	24,6 R.	23,7 Be.	24,1 E.

Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin	1810	1815	1819
1. Rostock	14,2 E.	—	15,5 E.
2. Schwerin	10 E.	—	10,2 A.
3. Wismar	—	6,7 E.	8,1 A.
4. Güstrow	—	7,1 E.	7,7 A.
5. Parchim	—	—	4 E.

Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz	1810	1815	1819
1. Neustrelitz	—	—	6,2 A.
2. Neubrandenburg	—	—	5,1 E.

Fürstentümer Anhalt	1810	1815	1819
Dessau	7 No.	8,6 A.	8,9 E.
Zerbst	6 No.	8 C.	8,2 C.
Köthen	—	5,5 A.	6 A.
Bernburg	—	—	5,3 E

Kurfürstent. Hessen-Kassel	1810	1815	1819
1. Kassel	23,2 E.	19,8 E.	23,3 A.
2. Hanau	—	—	12 E.
3. Fulda	7,5 E.	7,7 A.	8,3 A.
4. Marburg	—	6,5 E.	6,2 E.
5. Hersfeld	—	—	5,2 A.
6. Eschwege	4,4 A.	4,5 E.	—

Großhzgt. Hessen-Darmstadt	1810	1815	1819
1. Mainz	—	—	25,2 E.
2. Darmstadt	11,3 A.	15,2 E.	18,3 X.
3. Worms	—	6,2 E.	6,3 A.
4. Offenbach	—	6,6 E.	6,2 A.
5. Gießen	—	5,5 E.	6,1 A.

Hzgt. Holstein (Dänemark)	1810	1815	1819
1. Altona	23,1 E.	—	24 E.
2. Kiel	—	—	10 A.
3. Rendsburg	—	—	7,6 A.
4. Glücksstadt	—	—	5,2 E.

Großherzogtum Oldenburg	1810	1815	1819
1. Oldenburg	5,1 A.	5,2 E.	5,9 A.

Sächsische Herzogtümer Großhzgt. Sachsen Weimar-Eisenach	1810	1815	1819
1. Eisenach	7,7 A.	—	8,3 E.
2. Weimar	7,3 A.	—	8,2 E.
3. Jena	—	—	4,5 E.

Gotha-Altenburg, Koburg	1810	1815	1819
1. Gotha	—	—	11,1 E.
2. Altenburg	—	—	10,2 E.
Koburg	—	8 A.	8,2 E.

Herzogtum Meiningen	1810	1815	1819
1. Meiningen	—	—	4,2 E.
2. Hildburghausen	—	—	3,5 E.
3. Rudolstadt	—	—	4,1 E.

Fürstentum Reuß ält. L.	1810	1815	1819
1. Greiz	—	—	6,2 E.

Fürstentum Reuß jüng. L.	1810	1815	1819
1. Gera	7,4 E.	—	8,1 A.
2. Schleiz	—	—	4,6 A.

Deutsche Lande außerhalb des deutschen Bundes.

Frankreich (Elsaß-Lothringen)	1810	1815	1819
1. Straßburg	52,5 A.	—	50 A.
2. Metz	—	—	42,5 A.
3. Kolmar	14,1 A.	15,1 A.	17,9 A.
4. Mühlhausen Elsaß	9,3 A.	9,4 A.	9,6 A.
5. Schlettstadt	—	—	9,3 A.
6. Hagenau	7 A.	—	7,1 E.
7. Diedenhofen	5,4 A.	—	5,9 A.

Dänemark (Hzgt. Schleswig)	1810	1815	1819
1. Flensburg	—	16 E.	10,2 A.
2. Schleswig	—	—	7,8 A.

Tabelle 2.

Die Tabelle enthält für jedes Land die Einwohnerzahl der Städte, die 1792 5 000 Einwohner und mehr zählten, in Tausenden nach Größenklassen geordnet.

Länder	Anzahl	Städte über 100 000 Einwohner	Anzahl	Städte von 50 000 bis unter 100 000 Einwohner	Anzahl	Städte von 20 000 bis unter 50 000 Einwohner	Anzahl	Städte von 10 000 bis unter 20 000 Einwohner	Anzahl	Städte von 5 000 bis unter 10 000 Einwohner	Summe	Summe der Einwohnerzahl der Städte von 5 000 bis unter 100 000 Einwohner
Geistl. Fürstentümer	—	—	1	50,0	3	68,4	5	66,4	13	86,1	22	270,9
Öster. Niederlande	—	—	3	189,8	4	95,5	7	92,0	27	189,3	41	566,6
Österreich	1	207,0	1	76,0	3	81,7	6	63,5	17	106,3	28	534,5
Preußen R.-L.	1	150,8	—	—	4	99,3	6	71,0	23	152,5	34	473,6
Sachsen	—	—	1	53,0	1	29,4	1	10,2	13	85,4	16	178,0
Bayern	—	—	—	—	3	91,6	2	24,5	6	38,7	11	154,8
Br.-Lüneburg (Hannover)	—	—	—	—	—	—	2	26,5	4	27,5	6	54,0
Hessen-Kassel	—	—	—	—	—	—	2	30,3	2	10,6	4	40,9
Hessen-Darmstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	1	9,6	1	9,6
Württemberg	—	—	—	—	—	—	1	19,5	2	11,6	3	31,1
Baden	—	—	—	—	—	—	—	—	1	5,0	1	5,0
Beide Mecklenburg	—	—	—	—	—	—	2	20,8	2	12,7	4	33,5
Anhalt	—	—	—	—	—	—	—	—	3	22,1	3	22,1
Sächs. Fstt.	—	—	—	—	—	—	1	11,0	4	30,6	5	41,6
Freie und Reichsst.	1	100,2	—	—	8	247,1	1	15,0	18	113,5	28	475,8
Braunschweig-Wolfenbüttel	—	—	—	—	1	30,5	—	—	1	6,4	2	36,9
Holstein (Dän.)	—	—	—	—	1	24,0	—	—	2	13,4	3	37,4
Schwed. Vorpommern	—	—	—	—	—	—	1	11,0	2	11,4	3	22,4
Oldenburg (Dän.)	—	—	—	—	—	—	—	—	1	5,0	1	5,0
Reuß j. L.	—	—	—	—	—	—	—	—	1	6,6	1	6,6
Wied	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe	**3**	**458,0**	**6**	**368,8**	**28**	**767,5**	**37**	**461,7**	**143**	**944,3**	**217**	**3 000,3**
Preußen Ges. L.	1	150,8	2	118,6	4	99,3	7	86,8	37	249,3	51	704,8
Schleswig	—	—	—	—	—	—	1	11,5	1	7,1	2	18,6
Elsaß-Lothringen	—	—	—	—	2	96,2	1	13,4	3	19,8	6	129,4

Tabelle 3.

Die Tabelle enthält für jedes Land die Anzahl der Städte, die 1819 5 000 Einwohner und mehr zählten, in Tausenden nach Größenklassen geordnet.

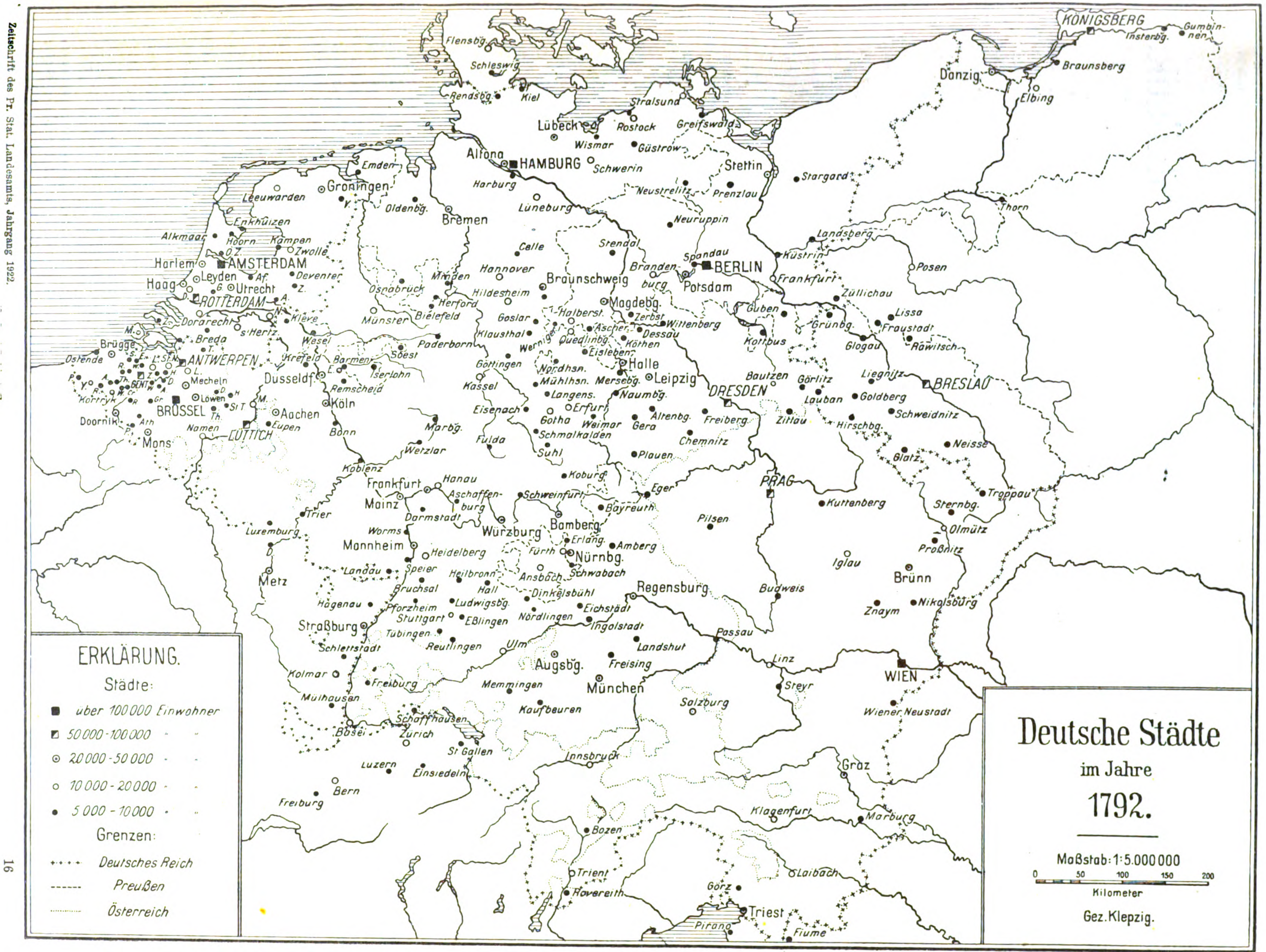
Länder	Anzahl	Städte über 100 000 Seelen	Anzahl	Städte von 50 000 bis unter 100 000 Seelen	Anzahl	Städte von 20 000 bis unter 50 000 Seelen	Anzahl	Städte von 10 000 bis unter 20 000 Seelen	Anzahl	Städte von 5 000 bis unter 10 000 Seelen	Summe der Anzahl	Summe der Bevölkerung der Städte von 5 000 bis über 100 000 Einwohner
Österreich	1	253,8	1	96,6	3	105,3	8	96,8	22	158,4	35	710,9
Preußen B.-L.	1	200,9	2	134,5	8	214,6	17	228,9	55	382,3	83	1 161,2
Bayern	—	—	1	53,7	3	83,2	5	74,4	18	116,7	27	328,0
Sachsen	—	—	1	59,2	1	36,4	2	23,9	8	49,5	12	169,0
Württemberg	—	—	—	—	1	22,7	2	25,2	7	45,5	10	93,4
Baden	—	—	—	—	1	20,6	3	36,3	2	10,7	6	67,6
Hannover	—	—	—	—	1	27,5	3	34,7	6	44,9	10	107,1
Hessen-Kassel	—	—	—	—	1	23,3	1	12,0	3	19,7	5	55,0
Hessen-Darmstadt	—	—	—	—	1	25,2	1	18,3	3	18,6	5	62,1
Braunschweig	—	—	—	—	1	32,0	—	—	2	11,8	3	43,8
2 Mecklenburg	—	—	—	—	—	—	2	25,7	4	27,1	6	52,8
Sächsische Herzogtümer	—	—	—	—	—	—	2	21,3	3	24,7	5	46,0
4 Anhalt	—	—	—	—	—	—	—	—	4	28,4	4	28,4
Luxemburg	—	—	—	—	—	—	—	—	1	9,4	1	9,4
Nassau	—	—	—	—	—	—	—	—	1	5,5	1	5,5
Oldenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	1	5,9	1	5,9
2 Reuß	—	—	—	—	—	—	—	—	2	14,3	2	14,3
Holstein	—	—	—	—	1	24,0	1	10,0	2	12,8	4	46,8
Freie und Reichsstädte	1	125,5	3	106,2	—	—	—	—	—	—	4	231,7
Summe	**3**	**580,2**	**8**	**450,2**	**22**	**614,8**	**47**	**607,5**	**144**	**986,2**	**224**	**3 238,9**
Preußen Ges. L.	1	200,9	4	252,2	9	239,2	20	270,6	65	451,2	99	1 414,1
Dän. Schleswig	—	—	—	—	—	—	1	10,2	1	7,8	2	18,0
Fr. Elsaß-Lothringen	—	—	1	50,0	1	42,5	1	17,9	4	31,9	7	142,3

Tabelle 4.

Lfde. Nr.	Name	Jahreszahl	Fläche qkm	Fläche Q. M.	Gesamtbevölkerung	Auf den qkm	Städtische Bevölkerung in Städten mit 5 000 Einwohn. und mehr		Auf 1 000 Einwohner kommen Städter	1 Stadt auf qkm	Bemerkungen
1	Geistliche Fürstentümer.	1792	84 797	1) 1 540	2) 3 339 000	39	22	4) 270 900	84	—	1) V I 32. — 2) V II 21.
2	Stammlande	1792	189 361	3 439	8 871 000	47	28	534 500	60	6 763	
		1819	179 125	3) 3 580	3) 9 482 227	48	35	710 900	75	5 118	3) V II 40. — 4) Tab. II und III.
	Österreich mit burgundischem Kreis	1792	215!792	1) 3 919	2) 11 368 000	52	69	1 101 100	100	3 128	
	Öster. Niederlande (Belgien)	1792	26 430	1) 480	2) 2 497 000	95	41	566 600	227	645	
3	Ges. Lande Preußen	1792	201 255	3 655	5) 5 929 366	29	51	704 800	119	3 946	5) V II 31. — 6) H, 129. — 7) St. R. 240,11. — 8) St. R. 25,2 S. 27.
		1819	276 119	5 014,61	6) 10 976 252	39	99	1 414 100	130	2 789	
		1871	7) 347 509	—	7) 24 639 706	71	—	—	—	—	
		1910	348 779	—	40 165 219	115	814	20 601 484	512	428	
	Nur zum Römischen Reich Deutscher Nation	1792	89 532	1) 1 626	2 983 000	33	34	473 600	159	2 633	ohne Preußen u. Schlesien
	zum Deutschen Bunde gehörige Lande	1819	182 113	3 307,36	8 453 660	46	83	1 161 200	137	2 194	ohne Preußen u. Posen.
4	Bayern	1792	52 407	1) 861	2) 2 053 000	39	11	154 800	75	4 764	9) St. R. 37,2 S. 30. *) V II 92.
		1819	76 372	3) 1 387	9)*) 3 707 966	48	27	328 000	88	2 829	
		1871	75 863	—	4 863 450	64	—	—	—	—	
		1910	75 870	—	6 887 291	91	93	2 372 484	344	816	St. R. 240,13.
5	Sachsen	1792	37 773	1) 686	1) 1 980 000	52	16	178 000	90	2 361	9) St. R. 37,2 S. 30.
		1819	14 977	3) 272	9) 1 216 833	81	12	169 000	139	1 248	
		1871	14 993	—	2 556 244	171	—	—	—	—	
		1910	14 993	—	4 806 661	321	130	2 902 591	603	11	
6	Hannover	1792	29 238	10) 531	869 643	29	6	54 000	62	4 873	10) V II 111.
		1819	38 470	10) 699,66	1 360 024	35	10	107 100	79	3 847	
		1871	38 285	—	1 963 080	51	26	339 200	172	1 472	
		1910	38 509	—	2 942 436	76	43	1 071 805	242	895	
7	Württemberg	1792	9 140	1) 166	2) 661 000	72	3	31 100	47	3 046	†) St. R. 240, 105. 11) St. R. 25,2.
		1819	19 507	3) 354	9)†) 1 411 537	72	10	94 200	66	1 951	
		1871	19 504	—	7) 1 818 539	93	23	300 800	165	848	
		1910	19 507	—	7) 2 437 574	125	48	872 192	357	406	
8	Baden	1792	3 414	1) 62	20 300	59	1	5 000	25	3 414	9) St. R. 240, 105.
		1819	15 307	3) 278	9) 1 032 276	67	6	67 600	65	2 531	
		1871	15 084	—	1 461 562	97	16	225 093	154	943	
		1910	15 070	—	2 142 833	142	30	811 254	378	502	
9	Hessen-Kassel, Regbez.	1792	8 425	1) 153	12) 453 899	54	4	40 900	90	2 106	12) V II 124.
		1818	9 140	3) 166	12) 567 866	62	5	55 000	96	1 828	
		1871	10 106	—	9) 767 362	77	8	113 250	147	1 263	
		1910	10 084	—	1 008 053	100	13	303 459	301	775	
10	Hessen-Darmstadt	1792	3 854	1) 70	2) 215 000	56	1	9 600	45	3 854	
		1819	8 425	3) 153	9) 643 821	76	5	62 100	96	1 685	
		1871	7 678	—	7) 852 894	111	10	162 700	191	768	
		1910	7 688	—	7) 1 282 051	167	31	538 045	419	248	
11	Mecklenburg-Schwerin u. Strelitz	1792	15 802	1) 287	338 000	21	4	33 500	99	3 951	
		1819	15 968	3) 290	9) 462 500	29	6	52 800	114	2 661	
		1871	16 233	—	654 689	41	12	11) 133 968	203	1 352	
		1910	16 056	—	746 400	46	15	240 038	321	1 070	
12	Oldenburg	1792	2 753	50	71 000	25	1	5 500	78	2 753	13) V II 113.
		1819	6 277	114	13) 226 885	36	1	5 900	26	6 277	
		1871	6 399,60	—	314 591	49,5	1	13 600	43	6 400	
		1910	6 429	—	483 042	75	—	—	—	—	
13	Schleswig	1792	9 030	—	267 527	29	2	18 600	69	4 515	14) Weg S. 66.
		1819	9 030	14) 164	306 835	33	2	18 000	59	4 515	
	Holstein	1792	8 479	1) 154	2) 320 000	38	3	37 400	117	2 826	15) V II 117.
		1819	9 581	3) 174	15) 360 600	37,5	4	46 800	129	2 395	
	Schleswig-Holstein	1792	17 509	318	587 527	33	5	56 000	95	3 502	16) E 3 Abt. I 143.
		1819	18 611	338	696 000	37	6	64 000	92	3 102	
		1871	18 287	—	1 045 873	57	17	242 450	231	1 075	
		1910	19 018	—	1 621 004	85	34	756 029	466	559	
14	Sachsen-Ernestinische Lande	1792	7 764	141	405 000	52	5	41 600	102	1 552	17) St. R. 25,2 S. 48.
		1819	9 471	172	525 800	56	5	46 000	87	1 894	
		1871	9 378,57	—	17) 790 601	84	16	157 100	198	586	
		1910	9 378,57	—	1 169 216	125	29	453 801	372	323	
15	Braunschweig	1792	3 729	68	198 000	53	2	36 900	186	1 864	
		1819	3 729	68	229 805	61	3	43 800	191	1 243	
		1871	3 690	—	312 170	84	5	87 400	280	738	
		1910	3 672	—	494 339	135	7	215 797	436	524	

Noch: Tabelle 4.

Lfde. Nr.	Name	Jahreszahl	Fläche qkm	Fläche Q. M.	Gesamtbevölkerung	Auf den qkm	Städtische Bevölkerung in Städten mit 5 000 Einwohn. und mehr		Auf 1 000 Einwohner kommen Städter	1 Stadt auf qkm	Bemerkungen
16	Anhalt	1792	2 808	51	128 000	46	3	22 100	172	936	[20]) V. I 379.
		1819	2 412	43,8	[20]) 124 564	52	4	28 400	239	603	
		1871	2 347	—	203 437	87	4	58 800	227	586	
		1910	2 299	—	331 128	144	12	187 425	566	191	
17	Schwed. Vorpommern	1792	4 570	83	[2]) 125 000	27	3	22 400	179	1 523	
18	Nassau	1792	2 478	45	128 000	51	—	—	—	—	
		1819	4 708	86	[22]) 316 787	67	1	5 500	17	4 708	[22]) V. I, 470.
19	Beide Reuß	1792	1 156	21	[21]) 70 000	69	1	6 600	94	1 156	[21]) C I. Abt. II 183.
		1819	1 180	21	[9]) 85 551	72	2	14 300	167	590	
		1871	1 146	—	134 126	117	3	36 400	271	382	
		1910	1 143	—	225 521	197	7	108 904	481	163	
20	Freie u. Reichsstädte	1792	7 323	133	773 000	106	28	475 800	615	261	
		1819	1 069	19,42	266 800	249	4	231 700	868	267	
		1871	948	—	513 534	541	10 (4)	406 600	791	95	
		1910	969	—	1 430 789	1 476	8 (3)	1 241 652	867	121	
21	Luxemburg	1819	6 057	110	[23]) 260 114	43	1	9 400	36	6 057	[23]) V II 129.
		1871	2 587	—	[24]) 197 328	76	2	19 728	99	1 293	[24]) St. R. 240, 180 u. 87.
22	**Deutsches Reich**	1792	**619 458**	[1]) **11 250**	**28 185 000**	**45**	**217**	**3 000 300**	**106,2**	**2 854**	
		1819	**627 648**	**11 400**	[25]) **31 039 500**	**49**	**224**	**3 238 400**	**104,5**	**2 802**	[25]) Die fehlenden Staaten sind berechnet nach Viebahn u. St. R. 25,2 S. 41.
		1871	**539 829**	—	**41 058 792**	**76**	**602**	**9 704 173**	**235**	**896**	
		1910	**540 858**	—	**64 925 993**	**120**	**1 299**	**31 673 636**	**488**	**416**	
23	Elsaß-Lothringen	1792	14 520	—	850 000	58	6	129 400	152	2 420	
		1819	14 520	—	1 286 950	88	7	142 300	111	2 074	
		1871	14 512	—	1 549 738	107	20	334 400	216	726	
		1910	14 522	—	1 874 014	129	42	722 706	386	346	



Deutsche Städte
im Jahre
1792.
Maßstab: 1:5.000000
0 50 100 150 200
Kilometer
Gez. Klepzig.
ERKLÄRUNG.
Städte:
über 100000 Einwohner
50000-100000
20000-50000
10000-20000
5000-10000
Grenzen:
Deutsches Reich
Preußen
Österreich
KÖNIGSBERG
Danzig
Elbing
Thorn
Posen
BRESLAU
BERLIN
Potsdam
Stettin
HAMBURG
Altona
Lübeck
Bremen
Hannover
Braunschweig
Magdebg.
Halle
Leipzig
DRESDEN
PRAG
Brünn
Olmütz
WIEN
Graz
Triest
Linz
Passau
Salzburg
München
Augsbg.
Regensburg
Nürnbg.
Würzburg
Frankfurt
Mainz
Mannheim
Straßburg
Köln
Aachen
Dusseldf.
AMSTERDAM
ROTTERDAM
ANTWERPEN
BRÜSSEL
LÜTTICH
Haag
Harlem
Leyden
Utrecht
Groningen
Metz
Trier
Koblenz
Zürich
Basel
Bern
Innsbruck

Die repräsentative Methode in der Statistik.

Von

Dr. Johannes Lucht,

Wissenschaftlichem Hilfsarbeiter im Preußischen Statistischen Landesamt.

Vorbemerkung des Herausgebers: Ich habe die nachfolgende Arbeit, so wie sie aus der Feder des Verfassers hervorgegangen ist, aufgenommen, möchte aber ausdrücklich bemerken, daß ich den praktischen Versuch, über den Verfasser am Schluß berichtet, methodisch nicht für ganz einwandfrei und daher die aus ihm gezogenen Folgerungen nicht für schlüssig halte. Es soll versucht werden, die sehr wichtige Frage nach dem Wert der repräsentativen Methode durch weitere Versuche zu klären.

Die repräsentative Methode nimmt in der Statistik eine bedeutsame und zugleich umstrittene Stellung ein. Sie ist in den letzten Jahren stärker in den Vordergrund getreten, nicht zuletzt auch durch den Einfluß des Krieges, der vor allen Dingen eine schnelle Übersicht über die untersuchten Gegenstände verlangte. Die Methode hat zwar auch schon vorher ziemlich häufig Anwendung gefunden; nur war bei diesen Erhebungen eine genügende theoretische Durcharbeitung zu vermissen. Es kann daher die verschiedenartige Einstellung nicht wundernehmen, die in den Kreisen der Statistik der repräsentativen Methode gegenüber eingenommen wurde.

In der heutigen Zeit erweckt dieses Problem der statistischen Methodologie noch verstärktes Interesse. Einmal ist es die finanzielle Seite einer Erhebung, die dazu zwingt, jede Statistik auf die notwendigsten Dinge zu beschränken und diese Angaben mit den einfachsten Mitteln zu gewinnen. Dazu kommt, daß jetzt die Gebiete der Sozialstatistik, vornehmlich der Wirtschaftsstatistik stark in den Vordergrund getreten sind, Gebiete, deren komplizierte Struktur oft eine erschöpfende Erhebung unmöglich macht. Schließlich kommt noch die Ansicht in Betracht, die Schott vertritt, „daß der repräsentativen Methode in Zukunft von der amtlichen Statistik viel mehr Beachtung geschenkt werden muß, als es bisher geschehen ist. Wie anders wollte man wohl des massenhaften sozialstatistischen Materials Herr werden, das im Krieg zusammengerafft worden ist, wie anders die statistischen Aufgaben alle bewältigen, die der Friede uns bescheren wird!" (S. 3).[1])

Was ist nun unter der repräsentativen Methode zu verstehen? und welchen Zwecken soll und kann sie dienen? Ganz summarisch ausgedrückt beruht die repräsentative Methode auf dem Prinzip, vom Teil aufs Ganze zu schließen, Ergebnisse aus dem ersteren für das letztere gültig zu erklären. Natürlich gibt diese Bestimmung nur den allgemeinen Rahmen ab, über die weitere Ausgestaltung hat große Unkenntnis und Streit geherrscht; erst allmählich sind die Grundzüge der Methode deutlicher herausgehoben worden.

Der norwegische Statistiker Kiaer, der Begründer der repräsentativen Methode — er hat die erste systematische Erhebung nach dieser Methode angestellt — charakterisiert z. B. ihr Wesen in folgender Weise: „Die repräsentative Methode ist eine eigentümliche Art der schon längst in der Statistik, besonders in Amerika, eingebürgerten partiellen Untersuchungsmethode. Sie hat mit dieser das gemeinsam, daß sie sich anstatt das Untersuchungsobjekt im ganzen, wie z. B. ein ganzes Land, eine ganze Stadt, zu beobachten, nur mit einzelnen Teilen desselben beschäftigt. Sie ist insofern, wie diese, eine *pars-pro-toto*-Statistik, unterscheidet sich aber von den gewöhnlichen partiellen Untersuchungen dadurch, daß die einzelnen beobachteten Teile so arrangiert sind, daß sie insgesamt ein Miniaturbild des Ganzen darstellen, mit anderen Worten das Ganze in verkleinertem Maßstabe repräsentieren sollen. Die Methode bildet somit gewissermaßen ein Zwischenglied zwischen den gewöhnlichen partiellen und den vollständigen Untersuchungen". (S. 2)[1]). Die repräsentative Methode ist also als Spezialfall aus einer statistischen Erhebungsmethode hervorgegangen, die schon älteren Datums ist. Die partiellen oder Teilerhebungen bilden den Anfang aller statistischen Untersuchungen. Die Vollzählungen sind erst eine Errungenschaft des 19. Jahrhunderts, und zwar hat man diese für so bedeutungsvoll angesehen, daß man die Anwendung der repräsentativen Methode als einen Rückfall bezeichnete. Für die frühere Wertschätzung der Teilerhebung ist auch die Tatsache bezeichnend, die Westergaard erwähnt, daß nämlich „zu Beginn des 19. Jahrhunderts und selbst viel später die Statistiker, besonders in Frankreich, auf einen Zensus mit dem größtmöglichen Mißtrauen blickten" [2]). Die Beschränkung auf ein Teilgebiet, die die repräsentative Erhebung auszeichnet, wird aber ausdrücklich in der Absicht gemacht, die daraus gewonnenen Ergebnisse auf das Gesamtgebiet zu übertragen. Eine repräsentative Erhebung ist also gerade keine Teilerhebung in dem geringschätzigen Sinne v. Mayrs, daß die Ergebnisse Aufschluß nur über das Teilgebiet geben. Durch die Auswahl des Teilgebiets hebt sich die repräsentative Erhebung von jeder anderen Teilerhebung ab.

Einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Entwicklung der repräsentativen Methode haben die Fortschritte der biologischen Statistik ausgeübt. Die Biologie muß darauf verzichten, erschöpfende Zählungen vornehmen zu können.

Da man mit dem Grundsatz gebrochen hat, daß in der Natur alles typisch sei, gilt es nun auch in der Biologie, Tatsachenmaterial zu sammeln. Infolge der Unmöglichkeit der Sammlung aller Fälle muß die Natur der biologisch-statistischen Untersuchungen mit Notwendigkeit repräsentativ sein. Zugleich war diese zunehmende Anwendung der Statistik in der Biologie auch von großer Wirkung auf die Aus-

[1]) Beiträge zur Statistik der Stadt Mannheim Nr. 34. Schott: Das Stichprobenverfahren in der Städtestatistik 1917.

[1]) Allgem. Stat. Archiv, V Tübingen 1899 — [2]) H. Westergaard, *On the future of statistics. Journal of the Royal Statistical Society vol 81 London* 1913 S. 509.

gestaltung der mathematischen Methoden. Von einer Auswahl im eigentlichen Sinne kann bei einer biologischen Statistik nicht gesprochen werden; hier haben wir es mit einer mehr oder minder großen Zahl von Stichproben zu tun. Diese Beschränkung auf die bloße Zahl bei der Gewinnung der Teilgesamtheit muß natürlich die Anwendung mathematischer Gesetze und Formeln begünstigen; hinzukommt, daß die Erscheinungen in der Naturwelt eine viel größere Regelmäßigkeit aufweisen, als wir sie bei menschlichen Dingen finden. Unter dem Einfluß dieser biologischen Vorarbeiten hat im Gegensatz zu der oben definierten Auswahlmethode sich die sogenannte Stichprobenmethode entwickelt, die teilweise — eben in Anlehnung an die Biologie — für die einzig begründete gehalten wird. Während z. B. Kaufmann in seinem bekannten Lehrbuch „Theorie und Methoden der Statistik"[1]) noch zusammenfassend sagt: „Die eigentliche Repräsentativmethode ist eine solche, die sich planmäßig auf die Auszählung eines Teils der die betreffende soziale Masse zusammensetzenden Individuen oder Einzelfälle beschränkt" (S. 363) und Schott in seiner Definition die beiden Richtungen deutlich einander gegenüber stellt, in seinem „Grundriß der Statistik"[2]) beschränkt sich Žižek lediglich auf das Stichprobenverfahren: „Da werden aus der Gesamtmasse nicht typische Einzelfälle ausgewählt, sondern es werden Teile — meist eine Anzahl von kleinen Bruchteilen — aufs Geratewohl herausgegriffen; die Auswahl wird dem Walten des Zufalls überlassen bezw. sie erfolgt nach einem Kriterium, das mit der zu untersuchenden Größe in keinerlei Zusammenhang steht und daher dem Zufall gleichgestellt werden kann, z. B. — bei Personen oder Gemeinden — nach dem Anfangsbuchstaben des Namens". (S. 191).

Bevor nun auf die nähere Darstellung der repräsentativen Methode eingegangen wird, sollen hier ein paar kurze Bemerkungen über die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der Methode ihren Platz finden. Das Ideal einer jeden statistischen Untersuchung wird wohl stets eine erschöpfende Erhebung sein, die alle Individuen oder Fälle einer Gesamtheit umfaßt. In vielen Fällen aber wird und kann dies nur ein Ideal bleiben; vielfach erscheint es unmöglich, eine Vollständigkeit in der zahlenmäßigen Erfassung herbeizuführen, entweder muß die repräsentative Erhebung die Vollzählung ganz ersetzen oder mindestens aus Zweckmäßigkeitsgründen an ihre Stelle treten.

So wird z. B. in Kulturländern eine erschöpfende Volkszählung selbstverständlich erscheinen; bei unzivilisierten Ländern wird man schon sehr zufrieden sein müssen, wenn man auf Grund repräsentativer Zählungen Angaben über die Bevölkerungszahl erhalten kann. Von solchen Fällen soll übrigens ganz abgesehen werden, in denen eine erschöpfende Zählung beabsichtigt worden war, aber nicht erreicht werden konnte. Solche Mängel sind in jeder Statistik fast unausbleiblich und werden kaum ganz beseitigt werden können. Diese Lücken werden größtenteils von geringer Bedeutung sein, können aber zuweilen doch die Ergebnisse beeinflussen. Etwas anders liegen die Dinge schon, wenn man manchmal bei Zählungen zum Schluß einen Bruchteil der Fälle absichtlich wegläßt, einen Rest, den man nicht mehr berücksichtigen zu müssen glaubt, weil die ohne ihn gewonnenen Ergebnisse davon nicht mehr beeinflußt werden. Man nimmt an oder man sollte sich darüber Klarheit verschaffen, daß die fortgelassenen Fälle einen repräsentativen Teil darstellen. Hierin liegt schon der Kern der repräsentativen Methode verborgen, daß es überflüssig erscheint, bei jeder Zählung alle Einzelfälle heranzuziehen. Diesen Beispielen kann man andere entgegenstellen, bei denen eine Vollzählung nicht möglich oder nur unter großen Schwierigkeiten durchzuführen ist. Die zu untersuchende Gesamtheit kann von so verwickelter Struktur sein, daß es undurchführbar erscheint, von allen Einzelindividuen Beantwortung aller gestellten und notwendigen Fragen zu erlangen. Es sei als Beispiel auf das Frageschema hingewiesen, das Kiaer in seinem Aufsatz im Allgemeinen Statistischen Archiv gibt[1]). Will man die Untersuchung allgemein und zugleich eingehend durchführen, so kann dies nur auf Kosten der Genauigkeit geschehen. In bezug auf den Kreis der einbezogenen Fälle ist es also von großer Wichtigkeit, was erfragt werden soll; jedes tiefere Eindringen bedingt einen Verzicht auf Vollzählung. Andere Hindernisse liegen wieder in der technischen Durchführung der statistischen Erhebungen. Man braucht z. B. nur an solche Fragen zu denken, bei denen man ein gewisses Mißtrauen der Befragten in Berücksichtigung ziehen muß; überläßt man die Beantwortung dem Ermessen des Befragten, so wird man ebenfalls die Frage aufwerfen, ob die wirklich einlaufenden Angaben als repräsentativ anzusehen sind. Die aus den Angaben gezogenen Schlüsse werden von vornherein ein wenig zu günstig ausfallen, denn die Individuen, die hinsichtlich des erfragten Merkmals günstiger gestellt sind, werden eher gewillt sein, Auskunft zu geben. Ähnlich liegen die Verhältnisse beim Korrespondentenverfahren, der schriftlichen Befragung; auch dabei ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die Angaben lückenhaft bleiben.

Schließlich kann der Zweck einer Erhebung einen Einfluß darauf ausüben, ob man die Zählung erschöpfend oder repräsentativ durchführt; erschöpfend durchgeführte Zählungen werden zu ihrer Aufbereitung lange Zeiträume erfordern. Sie werden dann so gut wie wertlos sein, wenn es sich darum handelt, die Ergebnisse in möglichst kurzer Zeit zur Verfügung zu haben, und für viele Zwecke ist dieses unerläßlich. Der Grad der Genauigkeit braucht in zahlreichen Fällen garnicht so groß zu sein, wie ihn eine Vollzählung erreicht; für viele praktische und Verwaltungszwecke ist ein schneller ungefährer Überblick vollkommen ausreichend.

---

[1]) Tübingen 1913. — [2]) München und Leipzig 1921.

[1]) Die repräsentative Untersuchungsmethode. Allgemeines Statistisches Archiv V Tübingen 1899 S. 5 und 6:

„Es wurde durch speziell damit vertraute Agenten (Zähler) nach folgenden Punkten gefragt:

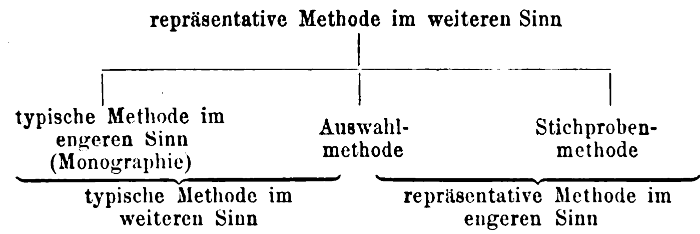
Aufenthaltsort, Name, Geburtsort, Geburtsjahr, Berufsstellung des Vaters bei der Geburt; Beschaffenheit der Schulbildung und Fachbildung; Jahr, in welchem er (sic) zu arbeiten anfing und in welcher Stellung und für welchen Lohn; spätere Berufsstellungen mit Angabe der Jahre und der dabei erzielten Einkommen aus eigener Arbeit oder Wirksamkeit, besonders in den Jahren 1875, 1885, 1890 (Volkszählungsjahre) und 1894; Spezifikation der sonstigen Einnahmen (Nebenberuf, Arbeit der Hausfrau, der erwachsenen Kinder, Renten, eigenes Wohnhaus usw.); besteuertes Vermögen und Einkommen; ob er öffentliche Armenunterstützung gehabt hat oder zur Zeit der Zählung hat, eventuell: in wie vielen Jahren; jährlicher Betrag des Mietzinses, jährliche Ausgabe für Nahrung, für Heizung, für Bekleidung, für Krankenversicherung, Lebensversicherung und dergl.; Betrag der sonstigen Ausgaben, Anzahl der der betreffenden Haushaltung angehörigen Personen, Erwachsenen und Kinder; ob er (sic) in der Regel feste oder mehr zufällige oder wechselnde Arbeit hat; Anzahl der Arbeitstage im letzten Jahre; Anzahl von Arbeitstagen, welche verloren gingen a) wegen Krankheit, b) wegen fehlender Gelegenheit zur Arbeit, aus sonstigen Ursachen (welche?); Arbeitsfähigkeit: a) vollständig oder so gut wie vollständig arbeitsfähig, b) teilweise invalid, c) ganz oder fast ganz invalid; Zivilstand, eventuell seit wann verheiratet; seit wann verwitwet; Zahl der Kinder, welche am Ende 1894 lebten, und Geburtsjahr eines jeden derselben; Zahl der bis Ende 1894 verstorbenen Kinder mit Angabe der Geburtsjahre und Sterbejahre; für die vom Auslande Eingewanderten: Einwanderungsjahr; für die Ausgewanderten: Auswanderungsjahr; für die Invaliden: seit wann invalid? aus welcher Ursache? dauernd oder vorübergehend? gewöhnlicher Arbeitsverdienst vor und nach Eintreten der Invalidität."

Will der Statistiker bei der Unmöglichkeit einer Vollzählung nicht auf jegliche Zählung verzichten und zu bloßen Schätzungen greifen oder sich auf die subjektiv gefärbten Angaben verlassen, die ihm eine Enquete liefert, so wird er mit Notwendigkeit auf die Teilerhebungen hingewiesen. Hier stehen ihm verschiedene Verfahren zur Verfügung; neben der repräsentativen Methode kommen noch die partielle Erhebungsmethode und die typische oder monographische Methode in Frage. Es erscheint zweckmäßig, mit ein paar Worten diese beiden anderen Methoden zu streifen; so erhalten wir einen guten Überblick darüber, wie es mit der Ähnlichkeit oder Verschiedenheit dieser Methoden beschaffen ist, aus den Worten, mit denen Kiaer 1901 auf der Tagung des Internationalen Statistischen Instituts zu Budapest die Eigentümlichkeiten der drei Methoden dargelegt hat: „Eine eingehende (detaillierte) Untersuchung eines gewissen Distrikts oder eines gewissen Stadtteils ist nicht eine repräsentative Untersuchung. Wenn der fragliche Distrikt oder Stadtteil als typisch angesehen werden kann, hat man eine typologische Untersuchung vor sich. Aber es ist selbstverständlich, daß man deren Ergebnisse nicht für ein ganzes Land oder eine ganze Stadt verallgemeinern kann. Es würde anders sein, wenn man, anstatt einen einzigen Distrikt oder Stadtteil zu prüfen, eine große Zahl von Örtlichkeiten prüft, die in einer verhältnismäßig gleichen Weise über die verschiedenen Distrikte des Landes oder über alle verschiedenen Bezirke der Stadt verteilt sind.

Wenn man an Stelle einer verhältnismäßigen Verteilung der Örtlichkeiten oder Beobachtungseinheiten Angaben ganz zufällig in der Art sammelte, daß man an einem Ort eine große Anzahl von Angaben sammelt, an einem anderen sehr wenige, so würde dies eine partielle, aber nicht eine repräsentative sein.

Die repräsentative Methode verlangt eine große Zahl von Beobachtungseinheiten derart, daß die Örtlichkeiten verschiedenen Charakters möglichst in denselben Verhältnissen dargestellt werden, in denen sie in dem Ganzen auftreten". (S. 66)[1]).

Im Anschluß hieran wird es zweckmäßig sein, noch einen anderen Versuch einer Systematik der verschiedenen Teilerhebungen zu erwähnen. Es handelt sich um das von Schott aufgestellte Schema, in dem er die verschiedenen Methoden folgendermaßen gruppiert[2]):



Ein Vergleich mit der Darstellung Kiaers zeigt, daß hier eine andere Anordnung gewählt worden ist. Auch Schott gibt der typischen Methode einen besonderen Platz, wirft dann aber partielle und repräsentative Methode (in der älteren Form) unter dem Namen Auswahlmethode, zusammen. Diesen beiden stellt er dann noch — neu im Vergleich zu Kiaer — die Stichprobenmethode gegenüber. Die dritte Reihe seines Schemas bringt erst die Trennung zwischen der repräsentativen Methode und den anderen Methoden.

Die beiden anderen Methoden, die einerseits als Grenzfall, andererseits als ein Oberbegriff der repräsentativen Methode gegenüber gestellt werden können, mögen nun kurz beschrieben werden. So liegt das Eigentümliche der typischen Methode darin, daß ein oder nur wenige Einzelfälle aus der Gesamtheit herausgegriffen werden, von denen man annehmen kann, daß sie in ihren wesentlichen Eigenschaften und Merkmalen ein Bild von dem durchschnittlichen Charakter der zu erforschenden Gesamtheit zu geben vermögen oder wie v. Mayr es ausdrückt: Ihr Wesen besteht „in einer auf Erzielung eingehender monographischer Darstellung des Falls abzielender Beobachtung ausgelesener vereinzelter Elemente" der sozialen Masse, „welche seitens des Beobachters nach dessen persönlicher gewissenhafter Überzeugung als Typen der konkreten Elemente anzusehen sind". (S. 15)[1]). Diese wenigen Einzelfälle werden nach allen Richtungen hin auf das sorgsamste untersucht und gerade die quantitative Beschränkung auf solche kleinen Teile erlaubt es, bis in die kleinsten Details hineinzudringen. Bemerkenswert ist noch, daß bei der typischen Methode die rein statistischen Mittel des Zählens und Messens nicht allein in Frage kommen; ihnen tritt ergänzend eine ausführliche Beschreibung des Falls oder der Fälle zur Seite. Dieses Moment verstärkt noch die Ansicht, daß die typische Methode insofern aus dem Bereich der statistischen Forschung herausfällt, als man durch die Untersuchung weniger Fälle die Zusammensetzung der ganzen Gesamtheit erkennen will; sie hat ihre Berechtigung und bleibt statistische Forschungsmethode, wenn sie unter Beschränkung auf die zugrunde liegenden Fälle diese in eingehender Weise statistisch untersucht.

Durch die geringe Anzahl der Fälle unterscheidet sich die typische Methode, theoretisch wenigstens, scharf von den beiden anderen Verfahren. Bei ihr ist die intensive Beschränkung, wie Altschul[2]) es nennt, besonders weit durchgeführt. Die typische Erhebung ist ihrer Natur nach keine Massenbeobachtung, die partielle und besonders die repräsentative Erhebung soll es sein. In der Praxis können allerdings die Grenzen zwischen typischer und partieller Erhebung verschwinden.

Eine Gewähr, daß die typische Methode befriedigende Ergebnisse liefert, wird in den meisten Fällen nicht gegeben sein. Dies hat vor allem seinen Grund in den beiden Grundfragen der Methode: Was heißt typisch? Wie kann entschieden werden, welcher Einzelfall typisch ist und wie kann er herausgefunden werden? Will man für irgendeine Gesamtheit den Typus aufstellen, so muß man sich zuerst klar darüber werden, was unter dem Begriff des Typischen zu verstehen ist; die große Schwierigkeit liegt eben darin, daß der Begriff nicht eindeutig gebraucht wird. Der Typus einer Gesamtheit kann mit ihrem Durchschnitt zusammenfallen, typisch und durchschnittlich dasselbe bedeuten. Das setzt aber voraus, daß der Durchschnitt keine bloße Rechengröße ist; wenn er auch nicht genau erreicht wird, so muß doch ein Teil der Fälle nahe mit ihm übereinstimmen. Besondere Bedeutung erlangt die Gleichsetzung Typus = Durchschnitt, wenn die Einzelfälle irgendeiner bestimmten Regel, einem Gesetz unterworfen zu sein scheinen (typisches Mittel; Beisp.: Körpergröße). — Einen ganz anderen Sinn erhält der Begriff des Typischen, wenn man etwa sagt, in der chemischen Industrie sei der ungelernte Arbeiter typisch. Hier fällt er mit dem Begriff des Häufigsten (des dichtesten Werts) zusammen. Irgendwelche für die chemische Industrie wesentlichen Aufschlüsse werden durch diese Aussage nicht gewonnen; denn in diesem Sinn ist der ugelernnte Arbeiter auch für andere Industrien typisch (z. B. Gummiindustrie, elektrotechnische Industrie, Nahrungsmittelindustrie).

[1]) *Bulletin de l' Institut International de Statistique.* Bd. XIII Budapest 1903 pg. 66—78. — [2]) Beiträge zur Statistik der Stadt Mannheim Nr. 34. Schott: Das Stichprobenverfahren in der Städtestatistik (S. 5) Mannheim 1917.

[1]) G. v. Mayr: Statistik und Gesellschaftslehre. 1. Bd. Theoretische Statistik. Tübingen 1914. — [2]) Altschul: Studie über die Methode der Stichprobenerhebung. Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie. 10. Jahrg. Leipzig und Berlin 1913, S. 110—152.



Wieder eine andere Bedeutung legt man dem Typus bei, wenn man auf die Frage, welche Betriebe für die elektrotechnische Industrie typisch seien, etwa die Antwort erhält: A. E. G., Siemens, Schuckert. Hier deckt sich der Begriff des Typischen mit dem des Bedeutsamsten, des Überragenden.

Bei der chemischen Industrie könnte man ebensogut den Fabrikhandwerker, den Hof- und Lagerarbeiter als typisch bezeichnen, in der elektrotechnischen Industrie ist auch der Kleinbetrieb typisch. — Welche Vorstellung hat man vom Begriff des Typus, wenn man an den typischen Beamten, den typischen Handwerker, die typische kapitalistische Unternehmung denkt? Hierbei hat man ein Idealbild vor Augen, das alle wesentlichen Züge in vollster Reinheit und Ausgeprägtheit beieinander enthält und in der Wirklichkeit in dieser Weise nie vorkommt. Eine Einzelerscheinung ist um so typischer, je mehr sie sich dem Ideal annähert. Dieser „Idealtypus", wie er auch genannt wird, ist eine gedankliche Konstruktion, der natürlich auch jede ethische Wertung fehlt. — Statistisch läßt sich solch ein Idealtypus nie ermitteln; für die statistische Betrachtung kämen nur die beiden ersten Auffassungen in Betracht.

Hat man den Begriff des Typischen festgelegt, und will man nun die typischen Fälle herausgreifen, so lassen sich im allgemeinen zwei Tendenzen erkennen, um zu dieser Bestimmung des Typischen zu gelangen. Einmal muß man sich wohl hauptsächlich dem subjektiven Eindruck des Erhebungsleiters anvertrauen. Dies wird besonders dann der Fall sein müssen, wenn über die Gesamtheit nur sehr wenige Erfahrungen gesammelt worden sind; denn selbst bei noch so persönlichem Ermessen müssen dem Forscher doch wenigstens die elementarsten Merkmale der Gesamtheit bekannt sein, aus deren Kenntnis heraus er dann seine Auswahl treffen kann. Je größer seine Erfahrungen von der Gesamtheit sind, um so mehr können objektive Erwägungen bei der Auswahl des Typischen mitspielen und die subjektiven Gefühlseindrücke zurückdrängen. Hier tritt nun der „fehlerhafte Zirkel" zutage, der nach Juraschek der typischen Methodo zugrunde liegt, Durch die Untersuchung der typischen Fälle soll Aufklärung über die Struktur der Gesamtmasse verschafft werden; die Auswahl der Typen ist aber nur möglich, wenn die Gesamtheit in allgemeinen Zügen schon bekannt ist.

Selbst wenn man hiervon absieht, erscheint die Auswahl der Typen noch mit anderen Schwierigkeiten verknüpft. Eine solche kann durch „rein technische Bedingungen der monographischen Forschung" (Kaufmann) hervorgerufen werden. Um von dem Einzelfall zuverlässige Angaben zu erhalten, muß er schon in mancher Hinsicht gewisse Mindestbedingungen erfüllen. Der als typisch herausgegriffene Fall wird daher im allgemeinen über dem Durchschnitt stehen, der sich aus der Gesamtheit ergibt und der ja eigentlich den Typus darstellen soll. Zuletzt bleibt immer noch die Frage offen, inwieweit nun wirklich die ausgelesenen Fälle — mag ihre Auswahl auch keinerlei Bedenken mehr unterliegen — für die Gesamtheit eintreten können. Man kann sich nur dem anschließen, was Kiaer zu diesem Punkte sagt: „Ohne die Nützlichkeit dieser Form der partiellen Untersuchung zu bestreiten, denke ich doch, daß sie im Vergleich zu den repräsentativen Untersuchungen gewisse Nachteile darbieten. Selbst wenn man die Verhältnisse kennt, in denen die verschiedenen Typen in der Gesamtheit vorkommen, ist man weit entfernt, zu einem glaubhaften Ergebnis für das Ganze zu gelangen; denn das Ganze umfaßt nicht nur die Typen, d. h. die Durchschnittsverhältnisse, sondern auch die ganze Mannigfaltigkeit der Fälle, die im Leben vorkommen". (S. 181).

[1]) *Bulletin de l' Institut International de Statistique.* Bd. X. 1897 S. 180—185.

Man hat die Gefahr, die durch die Auswahl nur weniger Typen hervorgerufen wird, dadurch vermindern wollen, daß man die Zahl der Untersuchungsfälle — immer noch im Rahmen der Monographie — vermehrt hat. Mit diesem Schritt nähert man sich schon der partiellen Erhebung. Bei dieser wird ein gewisser Bruchteil der Fälle einer Gesamtheit herausgegriffen. Der Unterschied gegen die repräsentative Methode oder vielmehr der Vorzug dieser besteht darin, daß die repräsentative Methode eine sorgfältige Auswahl — sorgfältig sowohl als bewußte als auch als zufällige Auswahl — voraussetzt, die partielle Erhebung eine solche nicht hat. Meist handelt es sich um ein oder mehrere größere Teilgebiete, deren Verhältnisse eingehend untersucht werden. Hierbei kann man in Anlehnung an das Schottsche Schema von einer typischen Methode in großem Maßstabe sprechen. Der grundlegende Unterschied zwischen typischer und partieller Methode besteht darin, daß die letztere sich nicht nur auf die typischen Fälle beschränkt, sondern in ihrem Teilgebiet alle individuellen Verschiedenheiten umfaßt. Ist dadurch die Forderung einer größeren Zahl von Fällen, die das Risiko einer falschen Übertragung von Teilergebnissen verringert, erfüllt, so bleibt immer noch die Frage bestehen, ob die Ergebnisse aus den ausgesuchten Fällen auf alle Fälle übertragen werden dürfen. Diese Übertragung wird, wenn keine besonderen Grundsätze der Auswahl befolgt werden, nur in wenigen Fällen zu richtigen Schlußfolgerungen führen. Man wird kaum mit dem Umstand rechnen können, der allgemeine Charakter der Gesamtheit werde auch in dem Teil so vorwiegen, daß die besonderen Eigentümlichkeiten der Teilmasse nicht zur Geltung kommen. Man kann sich nur selten auf den Satz von Kiaer stützen, den er zu Gunsten der repräsentativen Methode anführt: „... das Fundamentalprinzip, auf dem die repräsentative Methode sich aufbaut, ist, daß dieselbe Ordnung und Regelmäßigkeit, die sich überall zeigt, ebenso in dem menschlichen Leben als in der Schöpfung überhaupt, sich nicht nur in den großen Dingen, sondern auch in den kleinsten, nicht nur in dem Ganzen, sondern auch in den Teilen wiederfindet". (S. 120).[1])

Wie die partielle Methode hat es auch die repräsentative mit einem größeren Teil der Fälle oder Individuen einer Gesamtheit zu tun. Wie groß dieser Teil ausfallen wird, kann verschieden sein, insbesondere was das relative Verhältnis zur Gesamtheit betrifft. Der absolute Umfang der Teilmasse muß auf jeden Fall immer beträchtlich sein. Das ist auch ein Hauptmerkmal der repräsentativen Erhebung, daß sie — obwohl Teilbeobachtung — doch Massenbeobachtung sein soll.

Es ist aber falsch, hierauf ein zu großes Gewicht zu legen. Ganz mit Recht sagt Kiaer: „Es ist noch eine grundlegende Bemerkung zu machen, was die Untersuchungen betrifft, die nicht die Gesamtheit eines Landes betreffen: Die Genauigkeit der Ergebnisse hängt nicht so sehr von der mehr oder weniger großen Zahl der Beobachtungen ab, als von einer guten Methode, eine genaue Repräsentation zu sichern. Man muß besonders die Sammlung von Angaben vermeiden, die leicht zu erhalten sind; denn die leichten Angaben geben oft eine ungenaue Repräsentation". (S. XCIII)[2]). Eine gute Lösung des Problems, wie kann die Auswahl repräsentativ gestaltet werden, entscheidet zum großen Teil über den Wert der Methode. Viele Einwendungen, die gegen die repräsentative Methode erhoben werden, stützen sich auf das Argument, daß das repräsentative Verfahren ein Ergebnis liefert, das nur für das untersuchte Teilgebiet Geltung hat, und daß nur eine erschöpfende Zählung allgemein gültige Resultate

[1]) *Bulletin de l'Institut International de Statistique.* Bd. XIV. Berlin 1905. S. 119—134. — [2]) *Bulletin de l'Institut International de Statistique.* Bd. IX. Rom 1896. S. XCIII—XCVIII.



ergibt. Solche Einwürfe, wie sie z. B. v. Mayr erhebt, richten sich aber nur gegen solche Untersuchungen, die nicht auf repräsentativer Grundlage aufgebaut sind.

Das wichtigste Prinzip bei der Auswahl besteht darin, daß dieselbe in **planmäßiger** Weise erfolgt. Von diesem Standpunkt aus können solche Teilerhebungen in den meisten Fällen nicht als repräsentativ angesehen werden, bei denen seitens des Erhebungsleiters überhaupt keine Auswahl der Fälle vorgenommen worden ist, sondern er die der Erhebung zugrunde liegenden Fälle von vornherein als selbständig gegebene Gesamtheit vorfindet. Hierbei handelt es sich um eine Zusammenstellung von Fällen, deren Auslese nach irgendeinem anderen der Erhebung fernliegenden Merkmal zustandegekommen ist.

Hierhin sind vor allen Dingen diejenigen Untersuchungen zu rechnen, die sich z. B. mit Gesamtheiten von Soldaten, Schülern, Kranken usw. befassen; besonders die medizinische Statistik kommt hier in Frage. Solche „Anstaltsergebnisse" dienen oft dazu, den Zustand der ganzen Bevölkerung zu charakterisieren. (Körpergröße, Haarfarbe, Gesundheitslage usw.). Wenn derartige Angaben verwertet werden, um weitergehende Schlüsse daraus zu ziehen, so ist es zum mindesten erforderlich, sich über den Grad ihrer repräsentativen Kraft Klarheit zu verschaffen.

Bei älteren Erhebungen hatte man auch noch dem Übelstand Rechnung zu tragen, daß man auf ganz bestimmte Bezirke zurückgreifen mußte, um überhaupt zuverlässige Angaben zu erhalten. Das zeigt das Beispiel von Laplace, der 1802 eine Zählung der Bevölkerung Frankreichs durchführte. Bei der Auswahl der Teilbezirke war er gezwungen, solche Orte zu nehmen, deren Lokalbehörden imstande waren, zuverlässige Angaben zu liefern. Es liegt hier fast derselbe Fall wie oben vor, daß die Teilmasse durch andere Merkmale bestimmt wird.

Wie ist nun die Auswahl des repräsentativen Teils vorzunehmen? Hier kommt zuerst die ältere Form in Betracht, wie sie von Kiaer eingeführt worden ist. Es werden viele kleine Teilgebiete resp. Einzelfälle — und darauf ist der größte Nachdruck zu legen — ausgewählt und zwar in der Weise, daß sie möglichst gleichmäßig, d. h. den wirklichen Verhältnissen entsprechend, über das Gesamtgebiet verteilt sind. Jede örtliche und sachliche Verschiedenheit, die sich in der Gesamtheit nachweisen läßt, soll auch in dem ausgelesenen Teil entsprechende Berücksichtigung finden oder kurz gesagt, es soll durch die Auswahl ein Abbild des Ganzen hergestellt werden. Die beste Lösung des Problems wäre es natürlich, wenn sich der Wunsch von Kiaer erfüllen ließe: „Das Ideal einer Repräsentation im verkleinerten Maßstabe des Ganzen z. B. $^1/_{10}$ oder $^1/_{20}$ ist das mittels Division der vollständigen Ziffern durch die genannten Nenner hervortretende Miniaturbild". (S. 18).[1] Ein solches Ideal läßt sich natürlich nirgends auffinden; in der Praxis kommt nur die Zusammenfassung von ähnlichen Fällen oder Individuen zu Gruppen in Frage, die dann ihre verhältnismäßige Verteilung bei der Auswahl finden. Um die Schwierigkeiten zu vermeiden, die in der letzten Forderung liegt, kann man vielleicht den Vorschlag Kaufmanns berücksichtigen und soviel Gruppen bilden, als repräsentative Fälle zur Beobachtung gelangen sollen.

Selbst bei großer Sorgfalt des Erhebungsleiters ist es nicht ausgeschlossen, daß — mehr oder weniger unbewußt — subjektive Momente eine Rolle spielen können. Dieser Umstand trägt natürlich viel dazu bei, daß über die repräsentative Methode absprechende Urteile gefällt werden. Will man überhaupt die repräsentative Methode „in extremis" zulassen, so wird doch zum mindesten die Forderung erhoben, daß die Auswahl der Teilgesamtheit „nach durchaus objektiven Erwägungen erfolgt" (v. Mayr). Das Grundprinzip für eine gute Auswahl liegt nun vor allen Dingen in einer zweckmäßigen Gruppierung der Einzelfälle. Bei dieser Gruppenbildung wird die Abgrenzung der Gruppen gegeneinander sowie die Einreihung der Einzelfälle in dieselben dem freien Ermessen des Erhebungsleiters oft noch genug Spielraum lassen. Diese Einwirkungen können in ihrer Wirkung sehr geschwächt werden, mit ihrem Bestehen wird man aber rechnen müssen.

[1] Allgem. Stat. Archiv V. Tübingen 1899.

Andere Schwierigkeiten können neu hinzutreten, um das Problem der Auswahl noch mehr zu komplizieren. Es sei in diesem Zusammenhang auf die Erfahrungen hingewiesen, die Julin anläßlich einer belgischen Erhebung über Arbeiterversicherung gemacht hat[1]). Es sollten $^1/_{10}$ der Bevölkerung repräsentativ erfaßt werden. Unter dieser Voraussetzung konnte überhaupt keine Großstadt in die Untersuchung einbezogen werden. Die Bestimmung der Merkmale, die zur Gruppenbildung dienen konnten (wie z. B. Stadt- und Landgemeinden, industrielle und ländliche Gemeinden, Wohn- und Arbeitsbevölkerung, Altersverteilung usw.) gestaltete sich ebenfalls schwierig. Das Zusammentreffen dieser Schwierigkeiten hat es schließlich auch herbeigeführt, daß die repräsentative Erhebung — wie ein Vergleich mit einer nachträglich vorgenommenen Vollzählung gezeigt hat — zu ganz falschen Ergebnissen geführt hat, obwohl nur ganz wenige Angaben gefordert waren. Wenn man nun auch alle diese Bedenken berücksichtigt, so wird man in manchen Fällen doch zu einer zweckbewußten Auslese greifen und nur ihre Mängel möglichst vermeiden müssen.

Bei diesem Auswahlverfahren ist die repräsentative Methode nicht stehengeblieben. Durch den Einfluß der Fortschritte der biologischen Statistik ist das Verfahren der **zufälligen Auslese** zur Geltung gekommen. Bei dieser Auslese stützt man sich auf das Gesetz der großen Zahl. Unter Hinweis auf die Wirkung dieses Gesetzes nimmt man an, daß die individuellen Verschiedenheiten der Einzelfälle, die sich in der Gesamtheit vorfinden, in dem ausgewählten Teil in annähernd gleichen Verhältnissen vertreten sein werden, wenn nur dafür Sorge getragen wird, daß eine genügend große Zahl von Fällen herausgegriffen wird. Für den Statistiker, der die Erhebung unternimmt, bleiben also in diesem Falle die Verschiedenheiten der Einzelelemente ganz bedeutungslos; ihm muß nur ein Verfahren zur Verfügung stehen, das es ihm ermöglicht, aus der Gesamtheit der Fälle ohne Bevorzugung oder Benachteiligung eines Teils eine bestimmte Anzahl von Fällen herauszugreifen. In der Sprache der Wahrscheinlichkeitsrechnung würde dies bedeuten, daß **Gleichmöglichkeit der Fälle** vorhanden sein muß; jeder Einzelfall soll von der Auslese erfaßt werden können und zwar mit der gleichen Wahrscheinlichkeit wie alle anderen.

Das einfachste und naheliegendste Mittel, daß diese Gleichmöglichkeit wahren würde, ist in der Entscheidung durch das **Los** gegeben. Diese Form der Auswahl wird aber nur wenig angewandt. Der häufigste Fall ist der, daß die gesamten Fälle der Reihe nach mit Hilfe irgend eines Prinzips geordnet werden. Die Auszählung aus diesem fortlaufenden Verzeichnis erfolgt dann nach einer bestimmten Regel, die aber in keinerlei Zusammenhang mit dem Inhalt und Zweck der Erhebung stehen darf. Die Auswahl der Fälle nach dieser Regel soll so verlaufen, daß sie „jede Betätigung einer Absicht desjenigen, der die Ausführung vornimmt, auf die Begünstigung eines oder einer Gruppe von

[1]) *Bulletin de l'Institut International de Statistique* Bd. XIII. Budapest 1903. S. 66—78.



Fällen vollkommen ausschließt". (S. 14)[1]). Es können z. B. die Einzelfälle fortlaufend numeriert und dann bestimmte Nummern herausgegriffen werden, oder es können die Fälle nach dem Alphabet geordnet sein; es werden dann nur die Fälle genommen, die mit bestimmten Buchstaben beginnen. Solche mechanischen Auswahlprinzipien können ganz verschieden geartet sein, auch miteinander kombiniert werden, so daß eine mehrstufige Auslese eintreten kann. Voraussetzung ist nur, daß das Auswahlprinzip der zu untersuchenden Größe wesensfremd ist. Daß an dem einmal gewählten Ausleseverfahren streng festgehalten wird, ist eine zweite Voraussetzung, die niemals außer Acht zu lassen ist.

Ein wichtiger Unterschied zwischen Auswahl- und der Stichprobenmethode — beide in dem bestimmten gegensätzlichen Sinne gefaßt — ist darin zu erblicken, daß die eine subjektiv bestimmt ist oder bestimmt sein kann, während die andere nach objektiven Gesichtspunkten vorgeht. Kann in dem ersten Falle die Subjektivität durch ein gutes Auswahlverfahren gemindert werden, so kann andererseits selbst bei der Stichprobenmethode eine — wenn auch unbewußte — Auslese der Fälle nach irgend einem Merkmal eintreten; „denn die scheinbar so einfache Bedingung vollkommen willkürlicher Auswahl der die Teilgesamtheit bildenden Exemplare ist in Wirklichkeit äußerst schwer zu erfüllen. Vielmehr: obgleich die Auswahl oder vielleicht besser Absonderung gänzlich willkürlich vorgenommen ist, sind die untersuchten Elemente — die Teilgesamtheit — doch in bezug auf das Untersuchungsmerkmal vielleicht nicht neutral gewesen". (S. 41)[2]). Im Anschluß daran führt Schott das Beispiel einer Mannheimer Familienzählung an, die sich auf die Kinderzahl bezog. Es wurde zuerst aus den Registern eine repräsentative Auszählung der Familiennamen mit den Anfangsbuchstaben A, B und M vorgenommen, hinterher aber doch eine Vollzählung ausgeführt. Beim Vergleich der beiden Zählungen zeigte sich ein erheblicher Unterschied in der Zusammensetzung der Familien nach der Kinderzahl. Der Grund wurde darin gefunden, daß unter den Familien mit den gewählten Anfangsbuchstaben sich verhältnismäßig viele jüdische befanden. Da diese im allgemeinen kinderreicher waren, setzte dies natürlich den durchschnittlichen Kinderbestand in der repräsentativen Erhebung in die Höhe.

Wenn hier Auswahlmethode und Stichprobenmethode auseinandergehalten werden, so soll damit nicht gesagt sein, daß die beiden nicht miteinander kombiniert werden können; im allgemeinen wird aber die Stichprobenmethode häufiger Anwendung finden.

Im Anschluß hieran sei noch auf eine bedeutsame Frage hingewiesen, die auch mit dem Auswahlproblem zusammenhängt. Es handelt sich um einen Spezialfall der repräsentativen Methode, um die sogenannte Variantenmethode. Bei der repräsentativen Methode wird meistens stillschweigend die Voraussetzung gemacht, daß eine homogene Gesamtmasse vorliegt. Ist nun ein solcher Grad von Homogenität nicht vorhanden, so will die Variantenmethode diesen Übelstand dadurch beheben, daß sie die Gesamtheit in mehrere Teile zerlegt, von denen jeder für sich einen genügenden Grad von Homogenität aufweist. Jeder Teil wird dann für sich untersucht. Die Anwendung der Variantenmethode kommt besonders in Betracht, wenn es sich um eine große Zahl von Fällen handelt und man der Überzeugung ist, daß mit der Zahl der Fälle auch die individuellen Verschiedenheiten größer werden und die Gesamtheit eine komplizierte Struktur erhält. Die Variantenmethode ist aber theoretisch noch nicht genügend durchgearbeitet worden. Bei der mathematisch orientierten repräsentativen Methode kann gesagt werden, daß sie indirekt auf das Variantenprinzip Bezug nimmt. Wir haben zwar keine Regeln dafür, wie die Zerlegung der Gesamtfälle nach den einzelnen Varianten vorzunehmen ist; aber wir suchen uns doch Gewißheit zu verschaffen, ob eine solche Notwendigkeit überhaupt vorliegt. Die Prüfung, ob wir es mit einer normalen Verteilung zu tun haben, dient gerade dem Zweck, die Homogenität des Materials festzustellen. Es ist leicht möglich, daß sich dabei eine Gesamtheit nicht so homogen erweist, wie man bei elementarer Betrachtung glaubte anzunehmen.

Tschuprow, der sich besonders um die praktische Anwendung der mathematischen Methoden Bowleys verdient gemacht hat, empfiehlt die Gesamtheit in mehrere homogene Teile zu zerlegen und bei jedem dieser Teile eine repräsentative Erhebung nach Bowleyscher Methode durchzuführen. Altschul[1]) betont ebenfalls, daß die Zerlegung des Materials unbedingt jeder Erhebung vorausgehen muß. Wird dieser Grundsatz durchgeführt und jeder Teil besonders behandelt, so entfällt auch der oft gemachte Einwurf, daß eine Masse nur dann erkannt werden kann, wenn ihre Homogenität nachgewiesen ist. Hat man sich nun auch den Gedanken der Teilung zu eigen gemacht, so ergibt sich immer noch die Frage, inwieweit man erkennen kann, ob ein homogenes Material vorliegt und wie man die einzelnen Teilmassen gegebenenfalls von einander trennen kann.

Zum Abschluß der Erörterungen über die Auswahl der Fälle sei noch auf einen wichtigen Punkt hingewiesen. Wir haben eine Reihe von Verfahren kennen gelernt, die — mehr oder weniger gut — eine Vollzählung ersetzen sollen. Wie auch der Wert des einzelnen Verfahrens beurteilt werden mag, auf jeden Fall trägt es viel zur richtigen Würdigung der Ergebnisse bei, wenn bei jeder Erhebung stets eine Beschreibung des Verfahrens gegeben wird, nach dem diese angelegt worden ist. Oft findet man nur angegeben, daß sich die Untersuchung auf ausgewählte Fälle aufbaut, ohne daß näher dargelegt ist, wie diese Auswahl zustande gekommen ist.

Sind bisher die Fragen der Auswahl des repräsentativen Teils behandelt worden, so erscheint es noch wichtiger, die Gründe dafür klar zu legen, daß die Übertragung der Ergebnisse auf die Gesamtmasse als zulässig erachtet werden kann. Es muß eine Kontrolle der Repräsentativkraft des Teils stattfinden. In dieser Hinsicht lassen sich wieder grundsätzlich zwei Richtungen unterscheiden; die eine kann als empirische, die andere als mathematische bezeichnet werden. Die erste stellt den Gedanken der Prüfung auf Grund anderer Erfahrungen in den Vordergrund; die zweite — wiederum in Anlehnung an die biologischen Untersuchungen — zieht die Sätze der Wahrscheinlichkeitsrechnung zur Kontrolle heran. Darüber, welche der beiden Kontrollmöglichkeiten als die maßgebende angesehen werden muß, herrscht auch dort Meinungsverschiedenheit, wo der Gedanke der repräsentativen Methode durchaus anerkannt wird. Bei der Anwendung des empirischen Kontrollverfahrens kann als das grundlegendste Prinzip jedenfalls der Vergleich der repräsentativen Erhebung mit einer erschöpfenden Erhebung bezeichnet werden. Die Gesamtheit, die in bezug auf gewisse Merkmale untersucht werden soll, ist ja meistens in ihren allgemeinen Grundzügen und vielleicht auch in anderen besonderen Eigenschaften schon bekannt. Diese Erfahrungen werden verwertet, um zu prüfen, ob wirkliche Repräsentation vorliegt. Der Vergleich geht dann nach dem Prinzip vor sich, das v. Bortkiewicz 1901

[1]) E. Czuber. Wahrscheinlichkeitsrechnung und ihre Anwendung auf Fehlerausgleichung, Statistik und Lebensversicherung. 1. Bd. Leipzig-Berlin 1914. 3. Aufl. — [2]) S. Schott. Statistik. Leipzig-Berlin 1913.

[1]) a. a. O.



auf der Tagung des Internationalen Statistischen Instituts zu Budapest besonders betont hat: „Diese Methode (der Kontrolle) besteht darin, die Gesamtgruppe und die Teilgruppe, die als repräsentativ für die erste angesehen wird, untereinander von einem anderen Gesichtspunkt aus zu vergleichen, als von dem, auf den sich die fragliche repräsentative Untersuchung bezieht.“ (S. 71).[1]) Hinsichtlich gewisser Eigenschaften, die bei der Gesamtheit der Fälle festgestellt werden können, werden Gesamt- und Teilmasse daraufhin untersucht, ob bei beiden die Typen- oder Klassenverteilung der festgestellten Merkmale ungefähr dieselbe ist. Liefert dieser Vergleich übereinstimmende Ergebnisse, so liegt darin der Hauptbeweisgrund des empirischen Verfahrens: „In demselben Maße, in dem die partielle Untersuchung sich genau gezeigt, was die Angaben betrifft, die kontrolliert werden können, ist sie wahrscheinlich auch genau in dem, was die Angaben betrifft, die nicht mit Hilfe der allgemeinen kontrolliert werden können.“ (Kiaer S. 184).[2]) Eine weitere Nachprüfung der Übereinstimmung kann darin bestehen, daß man sich nicht nur mit der Ausführung der repräsentativen Erhebung nach einer Methode begnügt, sondern dieselbe noch nach einem oder mehreren anderen Verfahren durchführt. Liefern diese verschiedenen Methoden in befriedigender Weise übereinstimmende Ergebnisse, so kann daraus mit genügender Sicherheit geschlossen werden, daß das gemeinsame Resultat sich bei einer Vollzählung ebenfalls wieder herausstellen würde. Man kann dieses Verfahren auch noch dahin abändern, daß man nicht auf das ganze ausgewählte Teilgebiet die verschiedenen Methoden anwendet, sondern man zerlegt dasselbe in verschiedene Untergruppen und benutzt nun zur Untersuchung jeder dieser Teilgruppen entweder je eine andere der zur Verfügung stehenden repräsentativen Methoden, oder auch für alle Untergruppen dieselbe Methode. Eine Bürgschaft für die Repräsentativkraft der Ergebnisse ist wieder darin zu erblicken, daß man durch die verschiedenen Methoden zu gleichen Ergebnissen gelangt ist. Bedenklich ist es schon, in den Ergebnissen selbst die Mittel zu einer Kontrolle zu suchen. Die Einzelheiten eines Ergebnisses müssen sich wohl untereinander in Übereinstimmung befinden und dürfen nicht in offenbarem Widerspruch mit anderen Tatsachen stehen, deren Richtigkeit durch die allgemeine Erfahrung oder andere statistische Untersuchungen bestätigt wird. Will man aber in der regelmäßigen Wiederkehr derselben Ergebnisse ebenfalls eine Sicherheit dafür erblicken, daß sie mit der Wirklichkeit im Einklang stehen, so erscheint das wenig stichhaltig. Dem Ergebnis können systematische Fehler anhaften, die ebenso regelmäßig mitgeführt werden und auch bei Wiederholungen nicht verschwinden. Dies müßte unter Umständen auch dann beachtet werden, wenn die Teilgesamtheit — wie oben angeführt — in verschiedenen Untergruppen geteilt und jede derselben für sich untersucht wird.

Eine besondere Stellung kommt wohl den Fällen zu, in denen die Zählung für die ganze Gesamtheit durchgeführt und eine repräsentative Erhebung eines ausgewählten Teils nur deshalb nachträglich vorgenommen wird, um einen Vergleich zwischen den Ergebnissen der Vollzählung und der repräsentativen Teilzählung zu ziehen. Es besteht wohl kein Zweifel, daß ein günstiger Ausfall solcher Vergleiche ganz besonders geeignet ist, das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der repräsentativen Methode zu erhöhen, da man ja in solchen Fällen die wirklichen Tatsachen den abgeleiteten Ergebnissen gegenüberstellen kann. Solche nachträglichen repräsentativen Zählungen, die man als statistische Experimente bezeichnen kann, sind verschiedentlich ausgeführt worden, so zum ersten Male von Kiaer in Verbindung mit der allgemeinen norwegischen Volkszählung von 1891 — die Zählung sollte Angaben über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse liefern — ferner z. B. von Mayet auf Grund der badischen Viehzählungen von 1890—1899 und von Schott, der für die Stadt Mannheim die Angaben der Volkszählung vom 1. Dezember 1916 nach repräsentativer Methode verarbeitete; es sollten hierbei Aufschlüsse über die Zusammensetzung der weiblichen Bevölkerung nach Alter und Familienstand gewonnen werden. Alle Zählungen haben befriedigende Ergebnisse geliefert. Bei jeder Teilerhebung ist übrigens eine andere Methode angewandt worden, von Mayet die Auswahl nach der alphabetischen Reihenfolge, während Schott streng nach dem Nummernprinzip vorging. Kiaer nahm die Auswahl in dreifacher Abstufung vor, zuerst eine Auswahl der Erhebungsorte, in denen dann männliche Personen bestimmter Altersgruppen und mit Namen, die mit bestimmten Buchstaben anfangen, ausgewählt wurden.

Wie man nun über die Zuverlässigkeit der angeführten Prüfungsverfahren denken mag, es muß jedenfalls bemerkt werden, daß auch noch so günstige Ergebnisse kein allgemein gültiges Urteil über die Brauchbarkeit der Methode abgeben können; eine solche Kontrolle kann lediglich für den gerade vorliegenden konkreten Fall eine Entscheidung bringen; den repräsentativen Untersuchungen mit günstigen Ergebnissen lassen sich auch solche zur Seite stellen, die ungünstig ausgefallen sind.

Stellt in solchen Fällen die repräsentative Untersuchung nur eine Verwertung schon vorliegender Angaben von Vollzählungen dar, so bestehen noch andere Zusammenhänge zwischen erschöpfender und repräsentativer Zählung, die mehr einem praktischen Bedürfnis dienen sollen. Die repräsentative Erhebung kann einmal mit einer Vollzählung parallel und gleichzeitig laufen oder sie kann als Fortsetzung einer solchen angewandt werden. Bei gleichzeitiger Vornahme beider Erhebungen wird ein doppeltes Ziel verfolgt: Die allgemeine Zählung soll Aufschluß über die Grundmerkmale der Gesamtheit geben; diese sind leicht erfaßbar und können daher von sämtlichen Fällen gewonnen werden. Für einen ausgewählten Teil dagegen wird noch eine eingehende und detaillierte Erfassung anderer Merkmale vorgenommen, deren Kenntnis noch erwünscht ist. Die erschöpfende Zählung liefert — um ein in der Literatur oft gebrauchtes Bild anzuführen — das Skelett der in Frage stehenden Gesamtheit, während die repräsentative Zählung es mit Fleisch und Blut bedeckt. Jene bleibt an der Oberfläche, während diese in die Tiefe geht. Die vollständige Zählung liefert — meistens — auch die Angaben für solche Zwecke, für die die absoluten Zahlen erforderlich sind; um gewisse Durchschnittswerte und Verhältniszahlen zu gewinnen, ist die repräsentative Untersuchung völlig ausreichend. Hier ist auch auf den bemerkenswerten Vorschlag von Schott hinzuweisen, der die Zählungen wie bisher als erschöpfende beibehalten will; die Aufbereitung kann dann teilweise auf repräsentativer Grundlage erfolgen.

In dem anderen oben erwähnten Fall soll die repräsentative Erhebung ein Bild von den Veränderungen geben, die im Laufe der Zeit bei einer Gesamtheit eingetreten sind. Sie kommt besonders für solche Gebiete in Frage, für die zwar Vollzählungen — aber nur in längeren Zwischenräumen — gemacht werden; für die Zwischenzeit könnten repräsentative Erhebungen Aufschluß geben, wobei mit jeder Vollzählung eine Richtigstellung der Grundlagen vor sich zu gehen hätte. Zu diesem Zweck werden wohl zeitweise Vollzählungen nicht entbehrt werden können. Ebenso könnte man bei häufiger (jährlich) stattfindenden Zählungen daran denken, teilweise die Vollzählungen durch repräsentative Erhebungen zu ersetzen und

[1]) *Bulletin de l'Institut International de Statistique.* Bd. XIII. Budapest 1903. S. 66—78. — [2]) *Bulletin de l'Institut Internationale Statistique.* Bd. X. 1897. S. 180—185.



nur ab und zu eine Vollzählung zu veranstalten. Hierbei kommt es vielfach nur auf die Verschiebungen in der Verteilung der einzelnen Merkmale, d. h. auf die gegenseitigen Verhältnisse derselben zu einander an. Selbst die absoluten Zahlen können mit Hilfe einer Repräsentativerhebung auf indirekte Weise berechnet werden; für viele praktische Zwecke braucht es sich nur um die Feststellung einer Zu- oder Abnahme zu handeln, wobei es nicht so sehr auf die Größe als auf den Sinn der Bewegung ankommt. Daß übrigens bei einer derartig angelegten repräsentativen Erhebung zugleich auch unsere Kenntnis von der Struktur der Masse vertieft werden kann, mag noch erwähnt werden; es braucht aber keineswegs der Fall zu sein.

In allen diesen Fällen ergibt sich schließlich die selbstverständliche Forderung, bei der Anlage der Erhebung die Fragen so zu stellen, daß die Ergebnisse mit denjenigen der allgemeinen Statistik in Verbindung gebracht werden können.

Für das empirische Kontrollverfahren erscheinen diese Zusammenhänge als das einzige Mittel, eine richtige Durchführung der repräsentativen Methode anzuzeigen oder um mit Kaufmann zu sprechen: „Beide zusammengenommen sind aber diese zwei Methoden, allgemeiner gesagt, die Begründung der Repräsentativerhebung auf den Ergebnissen einer erschöpfenden Auszählung, oder in concreto, die Zusammenstellung der für die ausgelesenen Fälle ermittelten Durchschnitts- und Verhältniszahlen mit analogen, sich aus einer erschöpfenden Auszählung ergebenden Größen, bei dem heutigen Zustand der statistischen Methodologie als das einzige Verfahren zu betrachten, welches den typischen Charakter der Ergebnisse der Repräsentativerhebung endgültig gewährleistet". (S. 370).[1]) Ist eine solche Begründung nicht gegeben, so haben wir nur — meint derselbe Autor — eine Sammlung von Stichproben vor uns, die zu sehr an das Vertrauen zum „statistischen Gefühl" des Erhebungsleiters appelliert.

Dieser Hinweis leitet uns zu der zweiten Prüfungsmethode über, die sich auf mathematische Grundlagen stützt. Sie soll gerade dazu beitragen, daß die Auswahl nach der Stichprobenmethode nicht dem Einwand Kaufmanns ausgesetzt ist und eben nur „Stichproben" liefert. Die mechanischen Prinzipien, die der Auswahl zugrunde liegen, sollen die Entnahme der Stichproben in systematischer Weise regeln. Vor allen Dingen soll das Prinzip der Gleichmöglichkeit der Fälle gewahrt bleiben; die Auswahl der repräsentativen Fälle soll unter denselben Umständen vor sich gehen, wie sie etwa beim Kugelexperiment, dem Herausziehen einer Kugel bestimmter Farbe aus einem Behälter mit Kugeln verschiedener Farbe, vorliegen. Ist dies der Fall, so kann man auf unsere Gesamtheit die Sätze der Wahrscheinlichkeitsrechnung und der Fehlertheorie anwenden, die uns aussagen, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein bestimmtes Ereignis oder ein bestimmter Zustand eintreten kann, und welcher Fehler den tatsächlich eingetretenen Werten anhaftet, d. h. innerhalb welcher Grenzen der wirkliche Wert der gesuchten Größe mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist. Mit diesen Hilfsmitteln können wir die Zuverlässigkeit bestimmen, die wir den Ergebnissen der repräsentativen Erhebung beilegen dürfen. Eins muß jedoch schon im voraus bemerkt werden; alle Behauptungen. die wir aufstellen können, sind nur Wahrscheinlichkeitsaussagen; wenn wir auch die Wahrscheinlichkeit so groß wie nur möglich machen können, zur Gewißheit, daß es so und nicht anders sein muß, gelangen wir doch nicht.

Es ist jetzt die Durchführung des mathematischen Prüfungsverfahrens darzustellen, immer unter der Voraussetzung, daß alle Fälle gleichmöglich sind. Wie das erreicht werden kann, ist schon angeführt worden. Es dürfte aber nicht ganz überflüssig erscheinen, auf ein konkretes Beispiel hinzuweisen, das Bowley in seiner *Address* gegeben hat[1]).

Auch bei den mathematisch-statistischen Verfahren ist festzustellen, daß die Praxis zuerst von einfachen theoretischen Erwägungen ausgegangen ist. Ein Beispiel dafür bietet die Ermittlung der Bevölkerung Frankreichs durch Laplace im Jahre 1802. Die Größe derselben suchte er aus den Bevölkerungszahlen von 30 kleinen Distrikten zu ermitteln. Für diese ausgewählten Bezirke wurde sowohl die Zahl der Bevölkerung als auch der jährlichen Geburten ermittelt und aus beiden Zahlen ein Geburtenquotient berechnet. Da die Geburtenzahlen für das ganze Land durch Schätzungen ermittelt werden konnten, ließ sich aus ihr mit Hilfe des Geburtenquotienten die Gesamtbevölkerung errechnen. Im Anschluß daran läßt Laplace eine wahrscheinlichkeitstheoretische Untersuchung folgen, um festzustellen, welche Sicherheit dieses Verfahren bietet. Er legt das Schema des Kugelexperiments zugrunde und betrachtet die Geburtenzahl als Zahl der günstigen Fälle und die Bevölkerungszahl als Zahl der möglichen Fälle. Das Verhältnis für den Teilbezirk kann als Wahrscheinlichkeit einer Geburt aufgefaßt werden, und es kann die Wahrscheinlichkeit angegeben werden, mit der die Bevölkerungszahl für das ganze Land um einen bestimmten Betrag von der errechneten Größe abweichen kann.

Diese Betrachtung geht von der Voraussetzung aus, daß der Geburtenquotient im ganzen Land derselbe ist, eine Voraussetzung, die durchaus nicht zutrifft; dieser Geburtenquotient ist in keiner Weise repräsentativ und der Vergleich mit der Urnenziehung nicht statthaft.

Einen Fortschritt bedeutet es schon, wenn Westergaard die ausgewählten Bezirke daraufhin untersuchen will, ob sie sich etwa hinsichtlich ihrer Bevölkerungs-, Geburten- oder Sterbezahl um einen gemeinsamen Oszillationspunkt herum gruppieren. Ist dies der Fall, so kann man von diesem Durchschnitt die Rechnung weiter führen. In gleicher Weise kann man auch noch vorgehen, wenn sich bei der Prüfung nicht ein, sondern mehrere solcher Oszillationspunkte sich ergeben. Man muß sich nur einigermaßen vergewissern, ob die festgestellte Gruppierung derjenigen im ganzen Land entspricht. Erst wenn man zu dem Ergebnis kommt, daß überhaupt keine Regelmäßigkeiten in den ausgewählten Bezirken gefunden werden können, wird man genötigt sein, von einer Berechnung auf repräsentativer Grundlage abzusehen.

Erst in neuerer Zeit hat die mathematische Methode eine strengere Ausbildung erfahren. Man sieht die ausgewählten Fälle als eine Beobachtungsreihe an, auf die die Sätze oder Wahrscheinlichkeitslehre angewendet werden können. Ist die Gesamtheit der Fälle eine solche, deren Verteilung um ihren Mittelwert dem Fehlergesetz folgt, so hat ja die Teilgesamtheit infolge des befolgten Auswahlprinzips denselben Charakter, sie gehört auch zu einer Normalkurve. Berechnen wir den arithmetischen Durchschnitt der Teilfälle, so gruppieren sich die Einzelfälle symmetrisch um denselben herum und zwar gemäß dem Gaußschen Fehlergesetz

$$\Phi(x) = \frac{2}{\sqrt{\pi}} \int_0^x e^{-t^2} dt .$$

Die einzelnen Fälle können dann als Abweichungen vom Mittelwert angesehen werden, die mit gewissen positiven oder negativen Fehlern behaftet sind. Die Zahl der Abweichungen resp. der Fehler ist eine Funktion ihrer Größe, d. h. je größer

[1]) Kaufmann: Theorie und Methoden der Statistik. Tübingen 1913.

[1]) *Journal of the Royal Statistical Society vol.* LXIX S. 550. London 1906. *Adress to the Economic Science and Statistics Section of the British Association for the Advancement of Science.* Jork 1906.



der Unterschied (der Fehler) zwischen einer Abweichung (einem Einzelfall) und dem Mittelwert ist, um so geringer ist die Zahl der Abweichungen oder der mit dem entsprechenden Fehler behafteten Fälle.

Man kann nun einmal feststellen, ob die Fälle unserer Teilgesamtheit wirklich zu einer normalen Fehlerkurve gehören und sodann ein Maß für den Fehler angeben, der den gewonnenen Ergebnissen anhaftet. Als ein solches Fehlermaß kommt der mittlere und der wahrscheinliche Fehler in Frage. Der mittlere Fehler berechnet sich nach der Formel

$$\mu = \sqrt{\frac{\Sigma a^2}{n-1}}$$

Hierbei ist unter a die (positive oder negative) Differenz eines der Einzelwerte von dem gemeinsamen Durchschnitt zu verstehen. Σa^2 bedeutet die Summe der Quadrate dieser Differenzen, gebildet für alle Einzelwerte. n ist die Zahl der ausgewählten Fälle, stellt also den Umfang der Beobachtungsreihe dar. Aus dem mittleren Fehler läßt sich leicht der wahrscheinliche Fehler r berechnen. Aus der Beziehung

$$r = \rho \cdot \sqrt{2} \cdot \mu$$

ergibt sich

$$r = \rho \cdot \sqrt{\frac{2\,\Sigma a^2}{n-1}}$$

$\rho = 0{,}47694$ bedeutet eine wahrscheinlichkeitstheoretische Konstante. Der wahrscheinliche Fehler hat eine gewisse praktische Bedeutung. Er stellt diejenige Fehlergrenze — vom arithmetischen Mittelwert aus nach beiden Seiten gemessen — dar, in die irgend ein beliebiger Einzelwert mit derselben Wahrscheinlichkeit $^1/_2$ hineinfallen als auch nicht hineinfallen kann.

Hat man diese Fehlermaße, insbesondere den mittleren Fehler, bestimmt, so kann man daraus die Unsicherheit feststellen, mit der wir rechnen müssen, wenn wir die Ergebnisse auf die Gesamtheit übertragen, d. h. ihr die berechneten Werte zuschreiben. Die Größe, deren Kenntnis immer am erwünschtesten ist, ist wohl der Durchschnittswert, das arithmetische Mittel der Fälle. Auch für diesen lassen sich Fehlergrenzen berechnen. Der oben errechnete Fehler stellt den mittleren Fehler eines Einzelwerts dar. Ist n die Zahl der Einzelwerte, so hat ihr Durchschnitt den mittleren Fehler $\frac{\mu}{\sqrt{n}}$. Die Zuverlässigkeit ist also um so größer, je größer die Zahl der beobachteten Fälle ist. Schreiben wir der Gesamtheit den errechneten Mittelwert zu, so haben wir mit einem Fehler von der Größe $\frac{\mu}{\sqrt{n}}$ zu rechnen.

Diese Darlegungen stützen sich auf die von vornherein gemachte Annahme, daß die Gesamtheit in der Verteilung ihrer Einzelfälle um den Mittelwert einer normalen Fehlerkurve folgt. Lassen sich diese Berechnungen auch dann noch anwenden, wenn die Voraussetzung der Gültigkeit des Fehlergesetzes nicht erfüllt ist? Diese Frage ist es, die Bowley in den Vordergrund seiner Betrachtungen über das Stichprobenproblem gestellt hat. Ausgehend von dem Satz, daß „die Genauigkeit des Mittelwerts von Stichproben von Größen, die dem normalen Fehlergesetz entsprechen, umgekehrt proportional der Quadratwurzel aus ihrer Zahl ist“, stellt er nun zur Erörterung, „ob diese Regel auf Stichproben von Größen Anwendung findet, die nicht dem Fehlergesetz entsprechen, d. h. nicht ohne große Unwahrscheinlichkeit von einer normalen Verteilung erhalten werden“ (S. 308.)[1]). Er gibt selbst eine bejahende Antwort. Abgesehen von dem Hinweis auf eine mathematische Begründung dieses Standpunktes, führt er zur Bekräftigung noch ein Beispiel an. Er setzt eine Gesamtheit mit normaler Verteilung voraus, deren Mittelwert aber im Laufe der Jahre Änderungen erfährt. Betrachten wir nun die Verteilung der Mittelwerte für den ganzen Zeitraum, so werden wir sicher zu keiner normalen Verteilung gelangen. Wenn wir aber aufs Geratewohl immer je einige der Jahre zusammenfassen, so wird dadurch der Einfluß der Zeit eliminiert und die Mittelwerte der ausgewählten Stichproben entsprechen dem Fehlergesetz. Wie in diesem Beispiel die Einwirkung der Zeit aufgehoben wird, ebenso wird es auch bei anderen Merkmalen der Fall sein.

Zu ähnlichen Schlußfolgerungen kommt auch Isserlis in einer Arbeit über die Größe des Mittelwerts einer Gesamtheit, der aus Stichproben berechnet worden ist[1]). Auch er kommt letzten Endes zu dem Schluß, daß es nicht unbedingt erforderlich ist, daß die Gesamtgröße einer normalen Verteilung entsprechen muß. Bei nicht normalen Gesamtheiten macht er nur zur Bedingung, daß die Größe der Gesamtheit bedeutend ist und das Verhältnis der Zahl der Stichproben zur Gesamtzahl nicht sehr klein ist, oder wie es in seinem zusammenfassenden Ergebnis heißt: „Wenn Stichproben von der Größe n von einer Bevölkerung von der Größe N genommen werden, deren Verteilung nicht normal ist, dann hat die Verteilung der Mittelwerte eine bekannte Häufigkeitskurve vorausgesetzt, daß N groß und n/N nicht sehr klein ist“ (S. 81.). Bei einer Gesamtheit, die dem Fehlergesetz folgt, sind solche Voraussetzungen überhaupt nicht nötig, lediglich eine völlig bedeutungslose Beschränkung der Gesamtzahl der Fälle nach unten wird gefordert.

Ist also die Frage, ob die Stichproben einer nicht normalen Gesamtheit ihrerseits doch dem Fehlergesetz folgen können, in bejahender Weise gelöst, so ergibt sich nun die praktische Aufgabe, festzustellen, ob dies auch wirklich der Fall ist. Sind wir dabei zu einer Übereinstimmung mit der theoretischen Verteilung gelangt, so ist es leicht, jetzt die zweite Frage Bowleys zu lösen: „Wie können wir die Präzision entweder der Originalgruppe, von der wir Stichproben haben, oder der Stichproben messen?“[2]) Diese Frage ist oben schon beantwortet worden. Der mittlere Fehler für eine einzelne Stichprobe war

$$\mu = \sqrt{\frac{\Sigma a^2}{n-1}}$$

und für den Mittelwert ergab sich der mittlere Fehler mit $\frac{\mu}{\sqrt{n}}$. Hieraus folgt der Wert der Präzision mit $\frac{1}{\mu\sqrt{2}}$ resp. $\frac{\sqrt{n}}{\mu\sqrt{2}}$.

Bowley hält diese Formeln selbst dann als das beste Genauigkeitsmaß für anwendbar, wenn die Stichproben nicht einer normalen Verteilung entsprechen. Er hält es aber für zweckmäßig, ihre Anwendbarkeit noch durch eine andere Methode nachzuweisen. Die n Stichproben werden in $\frac{n}{m}$ Gruppen zu je m Elementen eingeteilt. Für jede Gruppe wird der Mittelwert berechnet. Die Verteilung dieser Mittelwerte wird nun ihrerseits daraufhin untersucht, ob sie vielleicht dem Fehlergesetz entspricht. Ist dies der Fall, so wird für diese neue Beobachtungsreihe der mittlere Fehler μ_1 berechnet. Für den Mittelwert dieser $\frac{n}{m}$ Mittelwerte ergibt sich dann der mittlere Fehler mit $\frac{\mu_1}{\sqrt{\frac{n}{m}}}$. Von diesem kann nun angenommen werden, daß er dem mittleren Fehler gleich ist, den wir dem Mittelwert aus den n Stichproben zuschreiben, denn

[1]) A. L. Bowley *Elements of Statistics. 3 ed.* London 1907 p. 308—313.

[1]) *Journal of the Royal Statistical Society vol. LXXX.* 1918 London. S. 75—81. — [2]) Bowley *Elements* S. 308.

der Mittelwert aller n Stichproben muß ja gleich dem Mittelwert der $\frac{n}{m}$ Mittelwerte sein. Es soll also gleich sein

$$\frac{\mu_1}{\sqrt{\frac{n}{m}}} = \frac{\mu}{\sqrt{n}} \text{ oder}$$

$$\mu = \mu_1 \sqrt{m}$$

Diesen Wert von μ können wir nun in Vergleich setzen mit dem, den wir aus der Formel

$$\mu = \sqrt{\frac{\Sigma a^2}{n-1}}$$

erhalten haben. Eine Übereinstimmung beider wird die Brauchbarkeit dieses mittleren Fehlers als Sicherheitsmaß nur erhöhen.

Ist für den gewählten Wert von m die Übereinstimmung der Verteilung der $\frac{m}{n}$ Mittelwerte mit einer normalen Verteilung noch nicht gegeben, so soll m allmählich bis zu der zulässigen Höchstgrenze vergrößert werden. Findet man im Laufe dieser Untersuchungen eine Übereinstimmung, so kann man das eben geschilderte Verfahren anwenden. Im anderen Falle muß man darauf verzichten, auf diesem Wege etwas über die fragliche Gesamtheit aussagen zu können. Bei der Zusammenfassung mehrerer Einzelwerte in einen Mittelwert werden natürlich die individuellen Verschiedenheiten mehr ausgeglichen und die Reihe der Mittelwerte wird sich einer normalen Fehlerkurve besser anpassen.

Wie nun auch die Übereinstimmung der Verteilung unserer empirischen Stichproben mit der theoretischen Verteilung beschaffen sein mag, in der Häufigkeitskurve der Stichproben, auch wenn sie nicht normal ist, sieht Bowley doch die beste Darstellung der Häufigkeitsverhältnisse der Fälle in der Gesamtheit; die Häufigkeitskurven der Gesamtmasse der Fälle und der Teilmasse können doch bei einer vorliegenden Anormalität einander ähnlich sein. Unter dieser Annahme kann man auch die Verteilung der Fälle auf gewisse Klassen der Gesamtheit berechnen und dazu den mittleren Fehler angeben, der bei diesen Berechnungen begangen werden kann, d. h. auch die dritte Frage Bowleys, „ob wir außer ihrem Mittelwert noch etwas anderes von der Originalgruppe erfahren können“,[1]) kann in befriedigender Weise beantwortet werden. Sind z. B. die ausgewählten n Stichproben in Klassen eingeordnet und fallen m Fälle in eine bestimmte Klasse hinein, so kann man daraus schließen, daß auch in der ursprünglichen Gesamtheit die Warscheinlichkeit $\frac{m}{n} = p$ dafür besteht, daß ein Fall zwischen diesen Klassengrenzen liegt, oder anders ausgedrückt, p stellt den Bruchteil der Gesamtfälle dar, der in diese Klassengrenzen hineinfällt, und $N \cdot p$, die absolute Zahl der innerhalb dieser Grenzen liegenden Fälle, wenn N die Zahl der Fälle der Gesamtheit ist. Der mittlere Fehler für diese Bestimmung von p ergibt sich dann mit

$$\sqrt{\frac{p(1-p)}{n}}$$

Auf diese Weise lassen sich für jede Klasse, die unterschieden worden ist, der Bruchteil der hineinfallenden Fälle und zugleich auch die Grenzen angeben. in denen dieser Bruchteil schwankt. Je größer natürlich das Klassenintervall ist, um so größer wird auch die Genauigkeit der Zahl m in Hinsicht auf die Darstellung der wirklichen Verteilung in der Originalmasse sein. Bei Klassen mit nur geringer Besetzung wird man eben deswegen von einer Fehlerberechnung Abstand nehmen müssen. Man wird deshalb Einteilungen vermeiden, die auf zu kleine Klassenzahlen führen.

Die mathematischen Methoden sind mit einiger Vorsicht zu gebrauchen, da sie erhebliche mathematische Kenntnisse voraussetzen. Man kann sich aber mit Recht der Meinung Schotts anschließen, der auch für empirische Statistiker eine größerere Kenntnis der mathematischen Seite der Statistik fordert, und zugleich mit Tschuprow erwarten, daß denselben von der Mathematik Regeln gegeben werden, deren sie sich ohne besondere Vorbildung bedienen können; man wird aber davor warnen müssen, daß die Mathematik den Rahmen ihrer Zuständigkeit überschreitet und Wissenschaft wird, wo sie nur Methode sein soll.

Als Abschluß der theoretischen Überlegungen soll noch eine der wichtigsten Fragen der repräsentativen Methode etwas ausführlicher erörtert werden: Es ist dies die Frage nach der Zahl der Fälle. Welche Anzahl ist als hinreichend anzusehen, um eine zuverlässige Repräsentation zu gewährleisten? Lassen sich hierfür allgemeine Regeln aufstellen, die etwas über die Zahl der Fälle aussagen können? Mit Nachdruck muß darauf hingewiesen werden, daß nirgends in der Statistik so gesündigt wird wie gerade in der zahlenmäßigen Fundierung der Ergebnisse. Wie oft stößt man auf Angaben und Forschungsresultate, denen allgemeine Geltung beigelegt wird und die — wenn man näher hinschaut — nur auf eine ganz geringe und meistens willkürlich zusammengetragene Anzahl von Beobachtungen sich stützen. In vielen Fällen wird dann oft nicht angegeben, auf welcher Grundlage das benutzte Material gewonnen ist. Als allgemeine Regel kann wohl gelten, daß ein nicht unbeträchtlicher Bruchteil der Gesamtheit ausgewählt werden muß, damit eine gute Repräsentation gesichert erscheint; man kann es als gewisse Norm ansprechen, daß $^1/_{10}$ der Gesamtfälle als hinreichend erachtet wird. Begnügt man sich mit erheblich kleineren Teilen der Gesamtheit, so läuft man Gefahr, sich der typischen Methode zn nähern und mit ihren Unvollkommenheiten rechnen zu müssen. Welchen Bruchteil man wirklich zu nehmen hat, hängt wieder in erheblichem Maße von den anderen Umständen ab. Das Ausleseverfahren spielt hierbei eine sehr wichtige Rolle. Die empirische Richtung legt der Auswahl eine größere Bedeutung bei als der Zahl der Fälle. Nach Kiaer z. B. hängt der wissenschaftliche Wert einer repräsentativen Erhebung vielmehr von dem ersten Moment ab als von dem zweiten. Allerdings können im einzelnen die Verhältnisse sehr verschieden sein; Kiaer sagt selbst, „die Versuche, die er schon gemacht hat, haben ihm bewiesen, daß gewisse statistische Erscheinungen eine viel größere Zahl von repräsentativen Beobachtungen und viel mehr Vorsichtsmaßregeln verlangen als andere. Die Vermehrung der Bevölkerung und die Wanderungen können durch die repräsentative Methode nicht ebenso sicher bestimmt werden wie die Relativziffern der Geburten und Todesfälle. Was verschiedene wirtschaftliche Beziehungen betrifft, z. B. Einkommen und Vermögen usw. scheint die besagte Methode ohne Schwierigkeiten sehr gute Ergebnisse zu geben“ (S. 68.)[1]).

Anders liegen die Dinge bei der Stichprobenmethode. Ist einmal das mechanisch-objektive Verfahren der Auslese festgelegt, so ist jeder Fall seiner Individualität beraubt und — natürlich im Rahmen des Verfahrens — jedem anderen gleichwertig. Von diesem Standpunkt wird man der Zahl der Stichproben eine erhöhte Bedeutung zumessen. Soll das Gesetz der großen Zahl in Wirkung treten, so müssen auch die Fälle der Teilerhebung zahlreich genug sein. Dies gilt sowohl in absoluter als auch in relativer Beziehung. Will man sich auf das Gesetz der großen Zahl stützen, so kommt in erster Linie dafür nur die absolute Zahl der Fälle in Betracht. Berücksichtigt man aber dabei das Verhältnis der Teilmasse zur Gesamtheit zu wenig, so muß man mit den Schwierigkeiten rechnen, auf die besonders Kaufmann hingewiesen hat, und ist der Gefahr ausgesetzt, daß die physische Komponente — wenn man diesen

[1]) Bowley. Elements S. 308.

[1]) *Bulletin de l'Institut International de Statistique.* Bd. XIII. S. 66—78.

Ausdruck von Schott gebrauchen will — erheblich ins Gewicht fällt. Die Einwände, die Kaufmann gegen die ausschließliche Berücksichtigung der absoluten Zahl macht, stützen sich hauptsächlich darauf, daß mit der zunehmenden Größe einer Masse auch ihre individuellen Verschiedenheiten wachsen. Kaufmann weist die Annahme zurück, daß hierbei dieselben Verhältnisse wie beim Kugelexperiment gegeben sind, bei dem schon eine „verhältnismäßig" geringe Zahl von Ziehungen zu einer richtigen Darstellung des Mischungsverhältnisses einer großen Anzahl von Kugeln verschiedener Farbe führen kann. Es bleibt dabei gleichgültig, ob diese Gesamtzahl etwa vergrößert oder verkleinert wird, wenn nur das Mischungsverhältnis gewahrt bleibt. Bei den Tatsachen des menschlichen und natürlichen Geschehens liegen die Dinge aber ganz anders; in dieser Hinsicht kann man wohl der Meinung Kaufmanns zustimmen. Dieselbe Teilmasse von gleicher Größe würde eine ganze andere Repräsentativkraft erhalten, wenn man die Gesamtmasse um ein Mehrfaches vergrößern würde. Je kleiner die Menge der ausgewählten Fälle im Verhältnis zur Gesamtheit ist, um so größer ist die Möglichkeit, daß Fälle mit gewissen Eigenschaften oder Merkmalen in ihr nicht die entsprechende Vertretung finden, daß also die physische Komponente vergrößert wird. Man braucht aber doch nicht zu befürchten, daß bei einer gut durchgeführten Auswahl solche Fälle eintreten können, wie sie Kaufmann als Beispiele anführt. Die ersten Beispiele lassen sich überhaupt nicht mehr unter den Begriff einer repräsentativen Erhebung bringen.

Wenn diese Bemerkungen auch den „empirischen" Forscher dazu bringen können, neben der absolut genügend großen Zahl der repräsentativen Fälle auch das Verhältnis zur Gesamtheit nicht zu vernachlässigen, so gilt dies keineswegs für die Vertreter der mathematischen Stichprobenmethode Für sie kommt das Verhältnis zur Gesamtheit garnicht in Frage. Die Kontrollmöglichkeit, die darin liegt, wird ja durch die Fehlerberechnungen vollkommen ersetzt. In all diesen mathematischen Formeln spielt aber nur die absolute Zahl der Stichproben eine Rolle. Sie gibt den Ausschlag über die Genauigkeit, die man den Ergebnissen beimessen darf. Die mathematischen Statistiker betonen immer wieder, daß es nur auf die absolute Zahl der Fälle ankommt. So sagt z. B. Bowley: „Es ist zu bemerken, daß die Präzision dieser und der folgenden Messungen in keiner Weise von der Größe der durch Stichproben untersuchten Bevölkerung abhängt, sondern nur von ihrer Natur und von der Zahl der gewählten Stichproben, wenn der Wahlbereich mit der Gruppe von gleicher Ausdehnung ist. Hier habe ich 2 von je 19 als Stichproben genommen; aber die Ergebnisse würden ebenso gut Anwendung finden, wenn die Originalliste auf das Hundertfache oder auf irgend eine Größe ausgedehnt würde; dann würde aber nur die Nachprüfung (Verifikation) unmöglich sein" (S. 551)[1]. Und an anderer Stelle führt er den gleichen Gedanken aus: „Wir können durch Stichproben so gute Resultate erhalten wie wir wollen, und sehr oft sind ganz kleine Stichproben genügend; die einzige Schwierigkeit ist, sich zu vergewissern, daß jede Person oder jedes Ding die gleiche Chance hat, in die Untersuchung einbezogen zu werden".

Anwendungen der repräsentativen Methode.

Im Anschluß an diese theoretischen Ausführungen sollen einige praktische Anwendungen der repräsentativen Methode geschildert werden. Die Gebiete, in denen repräsentative Erhebungen stattgefunden haben, sind ziemlich mannigfach. Es sei an die Statistik der Reichspostverwaltung, an die Untersuchungen der Kommission für Arbeiterstatistik, an die Saatenstands- und Erntestatistik, an die Preis- und Teuerungsstatistik erinnert. Als neuere einmalige Erhebungen seien die deutsche Lohnstatistik und die Untersuchung des tschechoslowakischen Staatsamtes für Statistik über den Einfluß der landwirtschaftlichen Betriebsgröße auf die Anbauverteilung erwähnt; beide Erhebungen mögen hier kurz beschrieben werden.

Die Erhebung der Löhne im Februar 1920[1]) „sollte der Erkenntnis der tatsächlichen Zustände auf diesem vielumstrittenen Gebiet dienen und in Verbindung mit der gleichzeitig wiederholten Erhebung über die Teuerungsverhältnisse die dringend notwendigen Unterlagen für eine gesunde Lohn- und Gehaltspolitik bilden". (S. 47). Es sollten 25 000 Betriebe befragt werden; tatsächlich wurden nur 11 697 Betriebe mit 1 559 954 Arbeitern einbezogen. Hierbei sollte der Forderung Rechnung getragen werden, daß alle Gewerbegruppen und alle Gegenden Deutschlands bei der Auswahl berücksichtigt werden, ebenso daß Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe entsprechend vertreten sind. Die Auswahl der Betriebe wurde den Arbeitsgemeinschaften übertragen. Die Grundsätze ihrer Auswahl sind nicht bekannt; jedenfalls scheint ihr Vorgehen nicht einheitlich gewesen zu sein. Die Prozentzahlen der erfaßten Betriebe sind ziemlich gering; da die größeren Betriebe stärkere Vertretung gefunden haben, sind die entsprechenden Zahlen der erfaßten Arbeiter erheblich höher und als ausreichend anzusehen. Für jede Arbeitsgemeinschaft wurden nur die typischen Berufsarten bearbeitet, teilweise (für die Berechnung des durchschnittlichen Monatsverdienstes) von diesen nur diejenigen, die in den Erhebungswochen ununterbrochen in dem Betrieb beschäftigt gewesen waren.

Das Ziel der Lohnerhebung war eine Kenntnis des durchschnittlichen Stundenlohns sowie des durchschnittlichen Monatsverdienstes. Gibt die Erhebung mit den errechneten durchschnittlichen Stundenlöhnen ein im ganzen zutreffendes Bild, so braucht dies für den zweiten Fall nicht zuzutreffen. Bei der Berechnung des durchschnittlichen Monatsverdienstes können verschiedene Ursachen (z. B. Kurzarbeit) für jeden Betrieb eine andere Rolle spielen, sodaß sich für die Gesamtheit der Betriebe ein Bild ergeben kann, das dem aus der Erhebung gewonnenen nicht entspricht.

Veranlassung zu der Untersuchung des tschechischen Staatsamtes für Statistik hat die Einführung eines Bodenbeschlagnahmegesetzes im Jahre 1919 gegeben, durch das der Großgrundbesitz mit mindestens 150 *ha* Ackerfläche oder 250 *ha* Gesamtfläche für staatlich beschlagnahmt erklärt wurde. Eine Besprechung dieser Untersuchung, die von dem Vizepräsidenten Auerhan in der Zeitschrift des tschechischen Staatsamts veröffentlicht wurde, hat Winkler gegeben.[2])

Als Grundlage der Untersuchung hat die Anbauflächenerhebung vom Jahre 1918 gedient. Da ihre Angaben nur in Sammellisten niedergelegt sind, hat man sich der technischen Schwierigkeiten wegen entschlossen, nur eine repräsentative Auszählung vorzunehmen. Diese umfaßte den ganzen Grundbesitz von 12 ausgewählten Gerichtsbezirken Böhmens, die aber nur 2,59 % der Tschechoslowakei darstellen; die Ackerfläche der 12 Bezirke beträgt nur 2,03 % der gesamten Ackerfläche. Diese Zahlen sind als zu niedrig anzusehen. Bei der Auswahl selbst ist man nicht einwandfrei genug vorgegangen: große Teile des Gesamtstaates sind überhaupt nicht berücksichtigt, obwohl darauf geachtet wurde, „es möchten sowohl Bezirke mit bedeutenden Hundertsätzen des Grundbesitzes als auch solche mit geringen, weiter Bezirke mit fruchtbaren und solche mit gebirgigen Böden, endlich Bezirke aus allen Teilen Böhmens vertreten sein." (S. 455.) Bei der Bestimmung

[1]) *Journal of the Royal Statistical Society vol.* L. XIX. 1906. London. S. 549—558.

[1]) Lohn- und Gehaltserhebung vom Februar 1920. Statistik des Deutschen Reiches. Bd. 293. — [2]) Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. 117. Bd. (3. F. 62. Bd.) S. 449—460. 1921.



der Zähleinheiten, die durch den landwirtschaftlichen Betrieb gebildet wurde, ist man gleichfalls nicht einheitlich vorgegangen, da Bezirksgrenzen zugleich auch Betriebsgrenzen sein sollen. Die Untersuchung verläuft so, daß für die unterschiedenen Betriebsgrößenklassen die Prozentsätze der einzelnen Fruchtarten in der Anbauverteilung angegeben werden; zur Nachprüfung, ob die angenommene „Biegung" zu Recht besteht, d. h. ob die Vorzüge des Großbetriebs bei einer Betriebsgröße von 100—200 *ha* am größten sind, werden mathematische Methoden herangezogen, die aber zu keinem prägnanten Ergebnis führen und keine Bestätigung dafür geben, daß eine „Biegung" vorliegt, obwohl man in Wirklichkeit durchaus zu dieser Annahme berechtigt ist. Vergleiche, die von Winkler zwischen der Gesamt- und der Teilmasse einmal hinsichtlich des zur Untersuchung stehenden Gesichtspunktes und dann auch nach verschiedenen anderen Gesichtspunkten angestellt worden sind, zeigen, daß diese Teilerhebung in keiner Weise Anspruch darauf machen kann, repräsentativ zu sein.

Im Zusammenhang mit den vorhergegangenen allgemeinen Erörterungen sind nun ebenfalls Berechnungen angestellt worden, die die Anwendbarkeit der repräsentativen Methode einer neuen Prüfung unterziehen sollen. Zu diesem Zweck sind die Ergebnisse der beiden Viehzählungen aus den Jahren 1920 und 1921 herangezogen worden. Mit Hilfe der Angaben der ersten Zählung sollen die Zahlen für die zweite Zählung berechnet und den durch diese Zählung wirklich festgestellten Zahlen gegenübergestellt werden. Auf dem Gebiet der Viehzählungen sind derartige Versuche in früherer Zeit ebenfalls schon gemacht worden. In dem Preußischen Statistischen Landesamt sind auf Grund der Viehzählung von 1892 die Zahlen für 1897, 1900 und 1902 berechnet und mit den betreffenden Zählungsergebnissen verglichen worden. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind zusammengefaßt in dem Tabellenwerk „Errechnung des Viehstandes vom 1. Dezember 1897, 1900 und 1902 für einen Kreis jedes Regierungsbezirkes des preußischen sowie für sämtliche Kreise des Regierungsbezirkes Bromberg, ausgeführt auf Grund der Zählungsergebnisse dieser Jahre für je ein Zehntel sämtlicher Gemeinden vermöge der Verhältniszahlen, welche aus den Ergebnissen für 1892 berechnet sind. Ein Beitrag zur Prüfung der Frage der Stichprobenviehzählungen, vorgelegt vom Königlich Preußischen Statistischen Bureau." In dem betreffenden Kreis jedes Regierungsbezirkes wurden 1892 für ein Zehntel sämtlicher Gemeinden die Viehzahlen (für Pferde, Rindvieh, Schafe und Schweine) festgestellt und ihr Verhältnis zum Viehbestand des ganzen Kreises berechnet. Für das gleiche Gemeindezehntel wurde dann aus den Zählungsergebnissen der Jahre 1897, 1900 und 1902 wiederum der Viehbestand ermittelt und von diesem aus mittelst der für 1892 gewonnenen Verhältniszahl auf den Viehbestand des ganzen Kreises geschlossen. Mit diesem errechneten Bestand werden die Zählungsergebnisse verglichen und das Mehr und Weniger festgestellt. Die Ergebnisse sind für die repräsentative Methode nicht sehr günstig; eine Durchsicht der Tabellen zeigt, daß die Unterschiede oft beträchtlich sind. Zu diesen schlechten Ergebnissen hat das eingeschlagene Verfahren wesentlich beigetragen. Von den drei Gemeindearten, Stadtgemeinden, Landgemeinden und Gutsbezirken, sind lediglich die Landgemeinden bei der Auswahl des Schätzungszehntels und zwar nach ihrem typischen Charakter berücksichtigt worden. Nur dadurch ist es möglich, wenn sich z. B. für den Kreis Kreuzburg in Schlesien bei den Schafen gegenüber einem gezählten Bestand von 2 170 Schafen ein Bestand von 108 333 Schafen errechnet. (S. 13). Ebenso ist die Schätzungseinheit zu klein, da sich dadurch zu kleine Zahlen ergeben. Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß für einen Zeitraum von 10 Jahren ein und dieselbe Schätzungsbasis beibehalten worden ist.

Auf diese Mängel macht Mayet aufmerksam, der sich in einem Gutachten zu den preußischen Berechnungen und auch in einer eigenen Arbeit ausführlich über dieses Problem geäußert hat.[1]) Er hat die jährlich stattfindenden Viehzählungen in Baden für seine Berechnungen benutzt. Er wählt ebenfalls ein Zehntel der „unsortierten" Gemeinden und zwar auf Grund der alphabetischen Reihenfolge. Diese Auswahl erfolgt für jeden Amtsbezirk; geschätzt wird aber für jeden der 4 Landeskommissariatsbezirke. Die in jedem Landeskommissariatsbezirk liegenden Amtsbezirke werden mit ihren Schätzungszehnteln zu einer Summe, dem Schätzungszehntel für den Landeskommissariatsbezirk zusammengefaßt. Das Schätzungsverfahren ist dasselbe wie bei der preußischen Untersuchung. Hinsichtlich der Ergebnisse — sie beziehen sich auf Rindvieh und Schweine — ist festzustellen, daß sie sehr günstig ausgefallen sind; auch für die einzelnen Altersklassen der Vieharten ergab sich gute Übereinstimmung. Zu erwähnen ist noch, daß Mayet nur für einen Zeitraum von 5 Jahren schätzt und alle 5 Jahre die Verhältniszahlen neuberechnet.

Die Rechnungen auf Grund der preußischen Viehzählungen vom 1. Dezember 1920 und 1921 sind in ganz ähnlicher Weise durchgeführt. Sie umfassen alle preußischen Provinzen, unberücksichtigt blieben die Stadt Berlin und die Hohenzollernschen Lande. Die Zählungseinheit bildet in diesem Fall nicht die Gemeinde, sondern der Kreis; geschätzt wird für den Provinz und den Staat. Die Auswahl der Kreise erfolgte in doppelter Weise, einmal nach der alphabetischen Reihenfolge, und dann nach dem typischen Charakter der Kreise. Das erste Mal werden die 528 Kreise innerhalb jeder Provinz alphabetisch geordnet und sodann provinzweise — nach der für die in der Statistik üblichen Reihenfolge der Provinzen — aneinandergereiht und durchlaufend numeriert. Die Auswahl eines Zehntels erfolgt dann so, daß alle Kreise, deren Ordnungsnummer mit einer bestimmten Ziffer endigt (z. B. 3, 13, 23), herausgegriffen werden. Diese Auswahl wurde viermal für die Ziffern 3, 5, 8, 0 durchgeführt und liefert uns so die Grundlagen für vier nebeneinanderlaufende Schätzungen, die mit Schätzung I, II, III und IV bezeichnet werden mögen, sodaß also die Schätzung I alle Kreise umfaßt, deren Ordnungsnummer die Endziffer 3 hat usw. Es wurde aber nicht nur für den Staat (Gesamtheit der elf Provinzen), sondern auch für jede Provinz geschätzt.

Verteilung der ausgewählten Kreise auf die einzelnen Provinzen.

Provinz	Zahl der Kreise	Davon ein Zehntel und zwar die Kreise umfassend, deren Ordnungsnummer auf . . . endigt			
		3	5	8	0
1	2	3	4	5	6
Ostpreußen	44	5	4	4	4
Brandenburg	39	4	4	4	4
Pommern	34	3	4	3	3
Grenzmark Posen-Westpreußen	9	1	1	1	1
Schlesien	74	7	7	8	8
Sachsen	53	6	5	5	5
Schleswig-Holstein . . .	22	2	3	2	2
Hannover	80	8	8	8	8
Westfalen	56	5	5	6	6
Hessen-Nassau	42	5	4	4	4
Rheinprovinz	75	7	8	8	7
Summe . . .	528	53	53	53	52

[1]) Stichprobenerhebungen in der Zwischenzeit zwischen großen Vollzählungen längerer Periodizität: *Bulletin de l'Institut International de Statistique*. Bd. XIV. S. 258—276. 1905.

Die Schätzungen wurden für die 5 wichtigsten Tiergattungen durchgeführt (Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine und Ziegen). Für jede dieser Gattungen werden 1920 und 1921 in den ausgewählten Kreisen die Bestandszahlen ermittelt und zuerst provinzweise, dann die Provinzsummen für den ganzen Staat zusammengestellt. Für 1920 wird das Verhältnis zwischen den Bestandszahlen der ausgewählten Kreise und denen der gesamten Kreise berechnet; dieses wird dann in die Zahlen der ausgewählten Kreise für 1921 hineindividiert, wodurch für 1921 sich die Viehzahlen für die ganze Provinz resp. den Staat ergeben. Eine Tabelle mag den Gang der Rechnung veranschaulichen. Sie bezieht sich auf die Berechnung des Pferdebestandes nach der Schätzung I:

Berechnung des Pferdebestandes nach Schätzung I.

Provinz	1920			1921	
	Anzahl in dem Zehntel der Kreise	Anzahl in allen Kreisen	Spalte 2 in % von Spalte 3	Anzahl in dem Zehntel der Kreise	geschätzte Zahl für alle Kreise
1	2	3	4	5	6
Ostpreußen	57 701	479 134	12,043	58 388	484 763
Brandenburg	33 940	272 990	12,433	34 903	280 729
Pommern	19 136	242 860	7,879	19 981	253 598
Grenzmark Posen-Westpreußen	6 009	46 723	12,861	6 378	49 592
Schlesien	31 947	315 092	10,139	33 174	327 192
Sachsen	24 635	215 804	11,415	25 550	223 828
Schleswig-Holstein	11 901	163 424	7,282	12 306	168 992
Hannover	26 620	278 987	9,542	27 722	290 526
Westfalen	7 317	170 574	4,290	7 422	173 007
Hessen-Nassau	10 956	83 519	13,118	11 167	85 127
Rheinprovinz	18 586	174 786	10,632	19 440	182 810
Summe	**248 748**	**2 443 893**	**10,097**	**256 423**	**2 520 164**
					2 519 355

Die Bedeutung der Zahlen der Spalten 2—5 ist klar. Spalte 6 ergibt sich durch Division der Zahlen von Spalte 5 durch die entsprechenden Zahlen von Spalte 4. Einer Erläuterung bedürfen noch die beiden Summenzahlen in Spalte 6. Die erste ist die Summe der Schätzungsergebnisse der einzelnen Provinzen. Das andere Mal hat man für den ganzen Staat das Schätzungszehntel gebildet und ebenso geschätzt wie für jede Provinz.

Die Zahlen, die sich nun für Spalte 6 ergeben, sind mit den Zahlen der Zählung zu vergleichen. Berechnet man den Unterschied zwischen den Schätzungs- und Zählungsergebnissen und drückt ihn noch in Prozenten der Zählungsergebnisse aus, so kommen wir zu folgenden Tabellen:

Vergleich der tatsächlichen Bestandszahlen der Zählung vom 1. Dezember 1921 mit den auf Grund der Zählung vom 1. Dezember 1920 geschätzten Zahlen.

Schätzung I.

Pferde.

	Bestandszahlen gezählt	Bestandszahlen geschätzt	Differenzen absolut	Differenzen v. H
Ostpreußen	483 358	484 763	+ 1 405	+ 0,29
Brandenburg	281 930	280 729	— 1 201	— 0,43
Pommern	254 003	253 598	— 405	— 0,16
Grenzmark Posen-Westpreußen	48 708	49 592	+ 884	+ 1,81
Schlesien	317 368	327 192	+ 9 824	+ 3.10
Sachsen	224 840	223 828	— 1 012	— 0.45
Schleswig-Holstein	165 148	168 992	+ 3 844	+ 2,33
Hannover	289 061	290 526	+ 1 465	+ 0,51
Westfalen	177 497	173 007	— 4 490	— 2,53
Hessen-Nassau	85 576	85 127	— 449	— 0,53
Rheinprovinz	176 543	182 810	+ 6 267	+ 3.55
Summe	2 504 032	2 520 164	+ 16 132	+ 0,64
		2 519 355	+ 15 323	+ 0.61

Noch: Schätzung I.

Rindvieh.

	Bestandszahlen gezählt	Bestandszahlen geschätzt	Differenzen absolut	Differenzen v. H.
Ostpreußen	1 108 680	1 103 539	— 5 141	— 0,46
Brandenburg	831 162	858 024	+ 26 862	+ 3,23
Pommern	800 027	846 184	+ 46 157	+ 5,77
Grenzmark Posen-Westpreußen	150 454	150 043	— 411	— 0,27
Schlesien	1 432 775	1 466 050	+ 33 275	+ 2,32
Sachsen	741 115	747 052	+ 5 937	+ 0,80
Schleswig-Holstein	772 886	792 294	+ 19 408	+ 2,51
Hannover	1 236 169	1 243 140	+ 6 971	+ 0,56
Westfalen	703 067	713 983	+ 10 916	+ 1,55
Hessen-Nassau	514 822	503 250	— 11 572	— 2,25
Rheinprovinz	912 544	927 006	+ 14 462	+ 1,58
Summe	**9 203 701**	**9 350 565**	**+146 864**	**+ 1,60**
		9 327 929	+124 228	+ 1,35

Schafe.

	gezählt	geschätzt	absolut	v. H.
Ostpreußen	409 465	413 836	+ 4 371	+ 1,07
Brandenburg	513 851	521 157	+ 7 306	+ 1,42
Pommern	758 995	745 562	— 13 433	— 1,77
Grenzmark Posen-Westpreußen	107 398	90 637	— 16 761	— 15,61
Schlesien	203 670	193 253	— 10 417	— 5,11
Sachsen	626 683	657 639	+ 30 956	+ 4,94
Schleswig-Holstein	144 239	159 077	+ 14 838	+ 10,29
Hannover	554 937	573 224	+ 18 287	+ 3,30
Westfalen	171 276	211 869	+ 40 593	+ 23,70
Hessen-Nassau	224 737	223 584	— 1 153	— 0,51
Rheinprovinz	136 726	117 005	— 19 721	— 14,42
Summe	**3 851 977**	**3 906 843**	**+ 54 866**	**+ 1,42**
		3 951 186	+ 99 209	+ 2.58

Schweine.

	gezählt	geschätzt	absolut	v. H.
Ostpreußen	1 051 030	1 055 503	+ 4 473	+ 0,43
Brandenburg	1 013 773	1 013 478	— 295	— 6.03
Pommern	954 707	965 218	+ 10 511	+ 1,10
Grenzmark Posen-Westpreußen	159 095	155 342	— 3 753	— 2,36
Schlesien	996 873	1 049 208	+ 52 335	+ 5,29
Sachsen	1 314 597	1 259 504	— 55 093	— 4,19
Schleswig-Holstein	774 573	897 171	+122 598	+ 15,83
Hannover	1 809 346	1 773 079	— 36 267	— 2,00
Westfalen	1 040 770	983 230	— 57 540	— 5,53
Hessen-Nassau	551 827	554 386	+ 2 559	+ 0,46
Rheinprovinz	778 889	802 298	+ 23 409	+ 3,01
Summe	**10 445 480**	**10 508 417**	**+ 62 937**	**+ 0.60**
		10 350 697	— 94 783	— 0.91

Ziegen.

	gezählt	geschätzt	absolut	v. H.
Ostpreußen	48 375	48 466	+ 91	+ 0,19
Brandenburg	306 672	304 222	— 2 450	— 0,80
Pommern	96 511	93 248	— 3 263	— 3,38
Grenzmark Posen-Westpreußen	37 988	39 366	+ 1 378	+ 3,63
Schlesien	417 890	419 514	+ 1 624	+ 0.40
Sachsen	410 248	409 755	— 493	— 0,12
Schleswig-Holstein	48 778	45 888	— 2 890	— 5.92
Hannover	286 551	295 589	+ 9 038	+ 3,15
Westfalen	279 134	280 265	+ 1 131	+ 0,41
Hessen-Nassau	238 613	229 401	— 9 212	— 3.86
Rheinprovinz	348 987	378 322	+ 29 335	+ 8,41
Summe	**2 519 747**	**2 544 036**	**+ 23 619**	**0,94**
		2 539 647	+ 19 900	0,79.

Schätzung II.

Pferde.

	gezählt	geschätzt	absolut	v. H.
Ostpreußen	483 358	490 341	+ 6 983	+ 1,44
Brandenburg	281 930	281 040	— 890	— 0,32
Pommern	254 003	256 299	+ 2 296	+ 0,90
Grenzmark Posen-Westpreußen	48 708	54 849	+ 6 141	+ 12,61
Schlesien	317 368	320 212	+ 2 844	+ 0,90

Noch: Schätzung II.

Noch: Pferde.

	Bestandszahlen gezählt	Bestandszahlen geschätzt	Differenzen absolut	Differenzen v. H.
Sachsen	224 840	225 856	+ 1 016	+ 0,45
Schleswig-Holstein	165 148	167 491	+ 2 343	+ 1,42
Hannover	289 061	288 289	— 772	— 0,27
Westfalen	177 497	183 733	— 6 236	+ 3,51
Hessen-Nassau	85 576	86 277	+ 701	+ 0,82
Rheinprovinz	176 543	177 743	+ 1 200	+ 0,68
Summe	**2 504 032**	**2 532 130**	**+ 28 098**	**+ 1,12**
		2 523 971	+ 19 939	+ 0,80
Rindvieh.				
Ostpreußen	1 108 680	1 130 546	+ 21 866	+ 1,97
Brandenburg	831 162	818 749	— 12 413	— 1,49
Pommern	800 027	804 476	+ 4 449	+ 0,56
Grenzmark Posen-Westpreußen	150 454	130 194	— 20 260	— 13,47
Schlesien	1 432 775	1 440 685	+ 7 910	+ 0,55
Sachsen	741 115	748 088	+ 6 973	+ 0,94
Schleswig-Holstein	772 886	792 514	+ 19 628	+ 2,54
Hannover	1 236 169	1 261 662	+ 25 493	+ 2,06
Westfalen	703 067	727 581	+ 24 514	+ 3,49
Hessen-Nassau	514 822	511 949	— 2 873	— 0,56
Rheinprovinz	912 544	931 150	+ 18 606	+ 2,04
Summe	**9 203 701**	**9 297 594**	**+ 93 893**	**+ 1,02**
		9 274 075	+ 70 374	+ 0,76
Schafe.				
Ostpreußen	409 465	429 250	+ 19 785	+ 4,83
Brandenburg	513 851	517 590	+ 3 739	+ 0,73
Pommern	758 995	774 879	+ 15 884	+ 2,09
Grenzmark Posen-Westpreußen	107 398	112 676	+ 5 278	+ 4,91
Schlesien	203 670	210 861	+ 7 191	+ 3,53
Sachsen	626 683	629 495	+ 2 812	+ 0,45
Schleswig-Holstein	144 239	168 536	+ 24 297	+ 16,85
Hannover	554 937	538 842	— 16 095	— 2,90
Westfalen	171 276	190 759	+ 19 483	+ 11,38
Hessen-Nassau	224 737	216 924	— 7 813	— 3,48
Rheinprovinz	136 726	144 825	+ 8 099	+ 5,92
Summe	**3 851 977**	**3 934 637**	**+ 82 660**	**+ 2,15**
		3 956 511	+104 534	+ 2,71
Schweine.				
Ostpreußen	1 051 030	1 102 622	+ 51 592	+ 4,91
Brandenburg	1 013 773	1 024 737	+ 10 964	+ 1,08
Pommern	954 707	966 737	+ 12 030	+ 1,26
Grenzmark Posen-Westpreußen	159 095	106 432	— 52 663	— 33,10
Schlesien	996 873	987 306	— 9 567	— 0,96
Sachsen	1 314 597	1 357 125	+ 42 528	+ 3,24
Schleswig-Holstein	774 573	634 757	—139 816	— 18,05
Hannover	1 809 346	2 090 689	+281 343	+ 15,55
Westfalen	1 040 770	1 066 587	+ 25 817	+ 2,48
Hessen-Nassau	551 827	547 738	— 4 089	— 0,74
Rheinprovinz	778 889	804 489	+ 25 600	+ 3,29
Summe	**10 445 480**	**10 689 219**	**+243 739**	**+ 2,33**
		10 750 192	+304 706	+ 2,92
Ziegen.				
Ostpreußen	48 375	49 801	+ 1 426	+ 2,95
Brandenburg	306 672	296 089	— 10 583	— 3,45
Pommern	96 511	97 963	+ 1 452	+ 1,50
Grenzmark Posen-Westpreußen	37 988	46 105	+ 8 117	+ 21,37
Schlesien	417 890	414 613	— 3 277	— 0,78
Sachsen	410 248	404 320	— 5 928	— 1,44
Schleswig-Holstein	48 778	50 227	+ 1 449	+ 2,97
Hannover	286 551	275 681	— 10 870	— 3,79
Westfalen	279 134	277 541	— 1 593	— 0,57
Hessen-Nassau	238 613	238 895	+ 282	+ 0,12
Rheinprovinz	348 987	348 255	— 732	— 0,21
Summe	**2 519 747**	**2 499 490**	**— 20 257**	**— 0,80**
		2 490 186	— 29 561	— 1,17.

Schätzung III.

Pferde.

	Bestandszahlen gezählt	Bestandszahlen geschätzt	Differenzen absolut	Differenzen v. H.
Ostpreußen	483 358	481 152	— 2 206	— 0,46
Brandenburg	281 930	282 848	+ 918	+ 0,33
Pommern	254 003	251 332	— 2 671	— 1,05
Grenzmark Posen-Westpreußen	48 708	51 256	+ 2 548	+ 5,23
Schlesien	317 368	328 282	+ 10 914	+ 3,44
Sachsen	224 840	222 073	— 2 767	— 1,23
Schleswig-Holstein	165 148	162 932	— 2 216	— 1,34
Hannover	289 061	291 588	+ 2 527	+ 0,87
Westfalen	177 497	175 995	— 1 502	— 0,85
Hessen-Nassau	85 576	85 533	— 43	— 0,05
Rheinprovinz	176 543	173 087	— 3 456	— 1,96
Summe	**2 504 032**	**2 506 078**	**+ 2 046**	**+ 0,08**
		2 511 474	+ 7 442	+ 0,30
Rindvieh.				
Ostpreußen	1 108 680	1 096 783	— 11 897	— 1,07
Brandenburg	831 162	836 268	+ 5 106	+ 0,61
Pommern	800 027	783 998	— 16 029	— 2,00
Grenzmark Posen-Westpreußen	150 454	153 104	+ 2 650	+ 1,76
Schlesien	1 432 775	1 468 604	+ 35 829	+ 2,50
Sachsen	741 115	724 814	— 16 301	— 2,20
Schleswig-Holstein	772 886	754 120	— 18 766	— 2,43
Hannover	1 236 169	1 275 855	+ 39 686	+ 3,21
Westfalen	703 067	696 596	— 6 471	— 0,92
Hessen-Nassau	514 822	516 877	+ 2 055	+ 0,40
Rheinprovinz	912 544	877 829	— 34 715	— 3,80
Summe	**9 203 701**	**9 184 848**	**— 18 853**	**— 0,20**
		9 126 634	— 77 067	— 0,84
Schafe.				
Ostpreußen	409 465	386 663	— 22 802	— 5,57
Brandenburg	513 851	514 279	+ 428	+ 0,08
Pommern	758 995	747 236	— 11 759	— 1,55
Grenzmark Posen-Westpreußen	107 398	126 087	+ 18 689	+ 17,40
Schlesien	203 670	185 607	— 18 063	— 8,87
Sachsen	626 683	613 096	— 13 587	— 2,17
Schleswig-Holstein	144 239	112 858	— 31 381	— 21,76
Hannover	554 937	627 645	+ 72 708	+ 13,10
Westfalen	171 276	200 421	+ 29 145	+ 17,02
Hessen-Nassau	224 737	229 841	+ 5 104	+ 2,27
Rheinprovinz	136 726	129 837	— 6 889	— 5,04
Summe	**3 851 977**	**3 873 570**	**+ 21 593**	**+ 0,56**
		3 847 957	— 4 020	— 0,10
Schweine.				
Ostpreußen	1 051 030	1 069 509	+ 18 479	— 1,76
Brandenburg	1 013 773	1 012 121	— 1 652	— 0,16
Pommern	954 707	979 952	+ 25 245	+ 2,64
Grenzmark Posen-Westpreußen	159 095	203 045	+ 43 950	+ 27,63
Schlesien	996 873	1 056 543	+ 59 670	+ 5,99
Sachsen	1 314 597	1 303 776	— 10 821	— 0,82
Schleswig-Holstein	774 573	783 201	+ 8 628	+ 1,11
Hannover	1 809 346	1 689 858	—119 488	— 6,61
Westfalen	1 040 770	992 125	— 48 645	— 4,67
Hessen-Nassau	551 827	535 351	— 16 476	— 2,99
Rheinprovinz	778 889	698 613	— 80 276	— 10,31
Summe	**10 445 480**	**10 324 094**	**—121 386**	**— 1,16**
		10 342 304	—103 176	— 0,99
Ziegen.				
Ostpreußen	48 375	47 496	— 879	— 1,82
Brandenburg	306 672	319 753	+ 13 081	+ 4,27
Pommern	96 511	92 670	— 3 841	— 3,98
Grenzmark Posen-Westpreußen	37 988	36 200	— 1 788	— 4,71
Schlesien	417 890	437 715	+ 19 825	+ 4,74
Sachsen	410 248	408 057	— 2 191	— 0,53

Noch: Schätzung III.

Noch: Ziegen.

	Bestandszahlen gezählt	Bestandszahlen geschätzt	Differenzen absolut	Differenzen v. H.
Schleswig-Holstein . . .	48 778	46 584	— 2 194	— 4,50
Hannover	286 551	288 604	+ 2 053	+ 0,72
Westfalen	279 134	277 496	— 1 638	— 0,59
Hessen-Nassau	238 613	233 908	— 4 705	— 1,97
Rheinprovinz	348 987	339 759	— 9 228	— 2,64
Summe . . .	**2 519 747**	**2 528 242**	**+ 8 495**	**+ 0,34**
		2 536 289	+ 16 542	+ 0,66.

Schätzung IV.

Pferde.

	Bestandszahlen gezählt	Bestandszahlen geschätzt	Differenzen absolut	Differenzen v. H.
Ostpreußen	483 358	479 069	— 4 289	— 0,89
Brandenburg	281 930	282 746	+ 816	+ 0,29
Pommern	254 003	251 027	— 2 976	— 1,17
Grenzmark Posen-Westpreußen	48 708	47 624	— 1 084	— 2,23
Schlesien	317 368	321 336	+ 3 968	+ 1,25
Sachsen	224 840	223 163	— 1 677	— 0,75
Schleswig-Holstein . . .	165 148	163 240	— 1 908	— 1,16
Hannover	289 061	285 657	— 3 404	— 1,18
Westfalen	177 497	171 829	— 5 668	— 3,19
Hessen-Nassau	85 576	85 431	— 145	— 0,17
Rheinprovinz	176 543	178 969	+ 2 426	+ 1,46
Summe . . .	**2 504 032**	**2 490 091**	**— 13 941**	**— 0,56**
		2 489 656	— 14 376	— 0,57

Rindvieh.

	Bestandszahlen gezählt	Bestandszahlen geschätzt	Differenzen absolut	Differenzen v. H.
Ostpreußen	1 108 680	1 100 962	— 7 718	— 0,70
Brandenburg	831 162	832 066	+ 904	+ 0,11
Pommern	800 027	786 750	— 13 277	— 1,66
Grenzmark Posen-Westpreußen	150 454	154 377	+ 3 923	+ 2,61
Schlesien	1 432 775	1 442 315	+ 9 540	+ 0,67
Sachsen	741 115	759 645	+ 18 530	+ 2,50
Schleswig-Holstein . . .	772 886	770 598	— 2 288	— 0,30
Hannover	1 236 169	1 227 639	— 8 530	— 0,69
Westfalen	703 067	647 756	— 55 311	— 7,87
Hessen-Nassau	514 822	526 031	+ 11 209	+ 2,18
Rheinprovinz	912 544	935 414	+ 22 870	+ 2,51
Summe . . .	**9 203 701**	**9 183 553**	**— 20 148**	**— 0,22**
		9 191 080	— 12 621	— 0,14

Schafe.

	Bestandszahlen gezählt	Bestandszahlen geschätzt	Differenzen absolut	Differenzen v. H.
Ostpreußen	409 465	411 617	+ 2 152	+ 0,53
Brandenburg	513 851	498 847	— 15 004	— 2,92
Pommern	758 995	772 060	+ 13 065	+ 1,72
Grenzmark Posen-Westpreußen	107 398	109 350	+ 1 952	+ 1,82
Schlesien	203 670	213 508	+ 9 838	+ 4,83
Sachsen	626 683	645 665	+ 18 982	+ 3,03
Schleswig-Holstein . . .	144 239	147 399	+ 3 160	+ 2,19
Hannover	554 937	558 391	+ 3 454	+ 0,62
Westfalen	171 276	171 535	+ 259	+ 0,15
Hessen-Nassau	224 737	212 813	— 11 924	— 5,31
Rheinprovinz	136 726	129 137	— 7 589	— 5,55
Summe . . .	**3 851 977**	**3 870 322**	**+ 18 345**	**+ 0,48**
		3 845 352	— 6 625	— 0,17

Schweine.

	Bestandszahlen gezählt	Bestandszahlen geschätzt	Differenzen absolut	Differenzen v. H.
Ostpreußen	1 051 030	1 017 037	— 33 993	— 3,23
Brandenburg	1 013 773	1 047 422	+ 33 649	+ 3,32
Pommern	954 707	971 369	+ 16 662	+ 1,75
Grenzmark Posen-Westpreußen	159 095	149 759	— 9 336	— 5,87
Schlesien	996 873	1 037 187	+ 40 314	+ 4,04
Sachsen	1 314 597	1 333 490	+ 18 893	+ 1,44
Schleswig-Holstein . . .	774 573	720 418	— 54 155	— 6,99
Hannover	1 809 346	1 734 485	— 74 861	— 4,14
Westfalen	1 040 770	978 131	— 62 639	— 6,02
Hessen-Nassau	551 827	546 252	— 5 575	— 1,01
Rheinprovinz	778 889	871 435	+ 91 546	+ 11,75
Summe . . .	10 445 480	10 406 985	— 38 495	— 0,37
		10 449 689	+ 4 209	+ 0,04

Noch: Schätzung IV.

Ziegen.

	Bestandszahlen gezählt	Bestandszahlen geschätzt	Differenzen absolut	Differenzen v. H.
Ostpreußen	48 375	51 003	+ 2 628	+ 5,43
Brandenburg	306 672	309 706	+ 3 034	+ 0,99
Pommern	96 511	102 363	+ 5 852	+ 6,06
Grenzmark Posen-Westpreußen	37 988	35 802	— 2 186	— 5,75
Schlesien	417 890	421 148	+ 3 258	+ 0,78
Sachsen	410 248	438 794	+ 28 546	+ 6,97
Schleswig-Holstein . . .	48 778	45 799	— 2 979	— 6,11
Hannover	286 551	279 649	— 6 902	— 2,41
Westfalen	279 134	279 959	+ 825	+ 0,30
Hessen-Nassau	238 613	250 690	+ 12 077	+ 5,06
Rheinprovinz	348 987	347 041	— 1 946	— 0,56
Summe . . .	**2 519 747**	**2 561 954**	**+ 42 207**	**+ 1,68**
		2 562 059	+ 42 312	+ 1,68.

Diese Tabellen bieten nun die endgültigen Resultate; wir sehen, welche Unterschiede zwischen der Zählung und der Schätzung bestehen und wie groß diese im Verhältnis zu dem wirklich gezählten Bestand sind.

Diese Vergleiche sind für die 4 verschiedenen Schätzungen und für jede der 5 Tiergattungen durchgeführt worden; sämtliche Ergebnisse sind hier ausführlich angeführt, um über den Grad der Übereinstimmung ein Urteil zu ermöglichen.

Um darüber Aufschluß zu gewinnen, welchen Einfluß die Größe der Teilgesamtheit auf die Brauchbarkeit der Resultate ausübt, sind je 2 der Schätzungszehntel der Kreise zusammengefaßt worden. So bilden einerseits die Zehntel der Schätzungen I und III als auch andererseits die Zehntel der Schätzungen II und IV die Grundlage für zwei neue Schätzungen; die beiden neuen Schätzungen — sie sollen mit Schätzung V und VI bezeichnet werden — umfassen jetzt 20 % der Gesamtheit, einen Prozentsatz, der schon als vollkommen ausreichend angesehen werden kann. Endlich sind alle 4 Zehntel zu einer einzigen Teilgesamtheit (Schätzung VII) vereinigt worden. Die folgenden Tabellen bringen die Ergebnisse für diese drei neuen Schätzungen.

Schätzung V.

Pferde.

	Bestandszahlen gezählt	Bestandszahlen geschätzt	Differenzen absolut	Differenzen v. H.
Ostpreußen	483 358	483 030	— 328	— 0,07
Brandenburg	281 930	281 617	— 313	— 0,11
Pommern	254 003	252 285	— 1 718	— 0,68
Grenzmark Posen-Westpreußen	48 708	49 976	+ 1 268	+ 2,60
Schlesien	317 368	327 789	+ 10 421	+ 3,28
Sachsen	224 840	223 012	— 1 828	— 0,81
Schleswig-Holstein . . .	165 148	165 070	— 78	— 0,05
Hannover	289 061	290 957	+ 1 896	+ 0,68
Westfalen	177 497	175 248	— 2 249	— 1,27
Hessen-Nassau	85 576	85 298	— 278	— 0,33
Rheinprovinz	176 543	178 554	+ 2 011	+ 1,14
Summe . . .	**2 504 032**	**2 512 836**	**+ 8 804**	**+ 0,35**
		2 510 516	+ 6 484	+ 0,26

Rindvieh.

	Bestandszahlen gezählt	Bestandszahlen geschätzt	Differenzen absolut	Differenzen v. H.
Ostpreußen	1 108 680	1 100 246	— 8 434	— 0,76
Brandenburg	831 162	848 737	+ 17 575	+ 2,11
Pommern	800 027	807 524	+ 7 497	+ 0,94
Grenzmark Posen-Westpreußen	150 454	150 860	+ 406	+ 0,27
Schlesien	1 432 775	1 467 427	+ 34 652	+ 2,42
Sachsen	741 115	734 409	— 6 706	— 0,91
Schleswig-Holstein . . .	772 886	765 589	— 7 297	— 0,94
Hannover	1 236 169	1 255 083	+ 18 914	+ 1,53.

Noch: Schätzung V.

Noch: Rindvieh.

	Bestandszahlen gezählt	Bestandszahlen geschätzt	Differenzen absolut	Differenzen v. H.
Westfalen	703 067	701 637	— 1 430	— 0,20
Hessen-Nassau	514 822	508 392	— 6 430	— 1,25
Rheinprovinz	912 544	898 009	— 14 535	— 1,59
Summe	**9 203 701**	**9 237 913**	**+ 34 212**	**+ 0,37**
		9 220 301	+ 16 600	+ 0,18

Schafe.

	gezählt	geschätzt	absolut	v. H.
Ostpreußen	409 465	402 217	— 7 248	— 1,77
Brandenburg	513 851	518 587	+ 4 736	+ 0,92
Pommern	758 995	746 410	— 12 585	— 1,66
Grenzmark Posen-Westpreußen	107 398	92 298	— 15 100	— 14,06
Schlesien	203 670	189 777	— 13 893	— 6,82
Sachsen	626 683	642 417	+ 15 734	+ 2,51
Schleswig-Holstein	144 239	133 304	— 10 935	— 7,58
Hannover	554 937	600 040	+ 45 103	+ 8,13
Westfalen	171 276	204 273	+ 32 997	+ 19,27
Hessen-Nassau	224 737	225 263	+ 526	+ 0,23
Rheinprovinz	136 726	125 973	— 10 753	— 7,87
Summe	**3 851 977**	**3 880 559**	**+ 28 582**	**+ 0,74**
		3 904 074	+ 52 097	+ 1,35

Schweine.

	gezählt	geschätzt	absolut	v. H.
Ostpreußen	1 051 030	1 062 376	+ 11 346	+ 1,08
Brandenburg	1 013 773	1 012 842	— 931	— 0,09
Pommern	954 707	974 550	+ 19 843	+ 2,08
Grenzmark Posen-Westpreußen	159 095	163 517	+ 4 422	+ 2,78
Schlesien	996 873	1 053 423	+ 56 550	+ 5,67
Sachsen	1 314 597	1 279 013	— 35 584	— 2,71
Schleswig-Holstein	774 573	820 804	+ 46 231	+ 5,96
Hannover	1 809 346	1 733 484	— 75 862	— 4,19
Westfalen	1 040 770	989 144	— 51 626	— 4,96
Hessen-Nassau	551 827	547 394	— 4 433	— 0,80
Rheinprovinz	778 889	753 873	— 25 016	— 3,21
Summe	**10 445 480**	**10 390 420**	**— 55 060**	**— 0,53**
		10 346 382	— 99 098	— 0,95

Ziegen.

	gezählt	geschätzt	absolut	v. H.
Ostpreußen	48 375	48 002	— 373	— 0,77
Brandenburg	306 672	310 713	+ 4 041	+ 1,32
Pommern	96 511	93 067	— 3 444	— 3,57
Grenzmark Posen-Westpreußen	37 988	38 482	+ 494	+ 1,30
Schlesien	417 890	429 365	+ 11 475	+ 2,75
Sachsen	410 248	408 970	— 1 278	— 0,31
Schleswig-Holstein	48 778	46 319	— 2 459	— 5,04
Hannover	286 551	291 845	+ 5 294	+ 1,85
Westfalen	279 134	278 807	— 327	— 0,12
Hessen-Nassau	238 613	231 492	— 7 121	— 2,98
Rheinprovinz	348 987	355 615	+ 6 628	+ 1,90
Summe	**2 519 747**	**2 532 677**	**+ 12 930**	**+ 0,51**
		2 538 132	+ 18 385	+ 0,73.

Schätzung VI.

Pferde.

	gezählt	geschätzt	absolut	v. H.
Ostpreußen	483 358	483 630	+ 272	+ 0,06
Brandenburg	281 930	282 025	+ 95	+ 0,03
Pommern	254 003	253 625	— 378	— 0,15
Grenzmark Posen-Westpreußen	48 708	48 107	— 601	— 1,23
Schlesien	317 368	320 728	+ 3 360	+ 1,06
Sachsen	224 840	225 171	+ 331	+ 0,15
Schleswig-Holstein	165 148	165 423	+ 275	+ 0,17
Hannover	289 061	287 072	— 1 989	— 0,69
Westfalen	177 497	178 053	+ 556	+ 0,31
Hessen-Nassau	85 576	85 752	+ 176	+ 0,21
Rheinprovinz	176 543	178 339	+ 1 796	+ 1,02
Summe	**2 504 032**	**2 507 925**	**+ 3 893**	**+ 0,16**
		2 506 275	+ 2 243	+ 0,09

Noch: Schätzung VI.

Rindvieh.

	Bestandszahlen gezählt	Bestandszahlen geschätzt	Differenzen absolut	Differenzen v. H.
Ostpreußen	1 108 680	1 112 595	+ 3 915	+ 0,35
Brandenburg	831 162	825 665	— 5 497	— 0,66
Pommern	800 027	795 166	— 4 861	— 0,61
Grenzmark Posen-Westpreußen	150 454	153 849	+ 3 395	+ 2,26
Schlesien	1 432 775	1 441 325	+ 8 550	+ 0,60
Sachsen	741 115	751 438	+ 10 223	+ 1,38
Schleswig-Holstein	772 886	778 957	+ 6 071	+ 0,79
Hannover	1 236 169	1 245 520	+ 9 351	+ 0,76
Westfalen	703 067	682 014	— 21 053	— 2,99
Hessen-Nassau	514 822	518 572	+ 3 750	+ 0,73
Rheinprovinz	912 544	932 756	+ 20 212	+ 2,22
Summe	**9 203 701**	**9 237 857**	**+ 34 156**	**+ 0,37**
		9 233 631	+ 29 930	+ 0,33

Schafe.

	gezählt	geschätzt	absolut	v. H.
Ostpreußen	409 465	418 667	+ 9 202	+ 2,25
Brandenburg	513 851	505 657	— 8 194	— 1,60
Pommern	758 995	773 782	+ 14 787	+ 1,95
Grenzmark Posen-Westpreußen	107 398	109 355	+ 1 957	+ 1,82
Schlesien	203 670	212 127	+ 8 457	+ 4,15
Sachsen	626 683	635 096	+ 8 413	+ 1,34
Schleswig-Holstein	144 239	151 440	+ 7 201	+ 4,99
Hannover	554 937	549 143	— 5 794	— 1,04
Westfalen	171 276	180 907	+ 9 631	+ 5,62
Hessen-Nassau	224 737	214 983	— 9 754	— 4,34
Rheinprovinz	136 726	138 264	+ 1 538	+ 1,13
Summe	**3 851 977**	**3 889 421**	**+ 37 444**	**+ 0,97**
		3 900 122	+ 48 145	+ 1,25

Schweine.

	gezählt	geschätzt	absolut	v. H.
Ostpreußen	1 051 030	1 055 815	+ 4 785	+ 0,46
Brandenburg	1 013 773	1 036 257	+ 22 484	+ 2,22
Pommern	954 707	969 032	+ 14 325	+ 1,50
Grenzmark Posen-Westpreußen	159 095	146 151	— 12 944	— 8,14
Schlesien	996 873	1 007 727	+ 10 854	+ 1,09
Sachsen	1 314 597	1 349 262	+ 34 665	+ 2,64
Schleswig-Holstein	774 573	679 881	— 94 692	— 12,23
Hannover	1 809 346	1 903 095	+ 93 749	+ 5,18
Westfalen	1 040 770	1 018 344	— 22 426	— 2,16
Hessen-Nassau	551 827	546 846	— 4 981	— 0,90
Rheinprovinz	778 889	837 329	+ 58 440	+ 7,50
Summe	**10 445 480**	**10 549 739**	**+104 259**	**+ 1,00**
		10 601 420	+155 940	+ 1,49

Ziegen.

	gezählt	geschätzt	absolut	v. H.
Ostpreußen	48 375	50 363	+ 1 988	+ 4,11
Brandenburg	306 672	302 234	— 4 438	— 1,45
Pommern	96 511	100 466	+ 3 955	+ 4,10
Grenzmark Posen-Westpreußen	37 988	39 702	+ 1 714	+ 4,51
Schlesien	417 890	418 232	+ 342	+ 0,08
Sachsen	410 248	416 782	+ 6 534	+ 1,59
Schleswig-Holstein	48 778	48 094	— 684	— 1,40
Hannover	286 551	277 915	— 8 636	— 3,01
Westfalen	279 134	278 606	— 528	— 0,18
Hessen-Nassau	238 613	245 759	+ 7 146	+ 2,99
Rheinprovinz	348 987	347 675	— 1 312	— 0,38
Summe	**2 519 747**	**2 525 806**	**+ 6 059**	**+ 0.24**
		2 523 443	+ 3 696	+ 0,15.

Schätzung VII.

Pferde.

	gezählt	geschätzt	absolut	v. H.
Ostpreußen	483 358	483 311	— 47	— 0,01
Brandenburg	281 930	281 819	— 111	— 0,04
Pommern	254 003	253 013	— 990	— 0,39
Grenzmark Posen-Westpreußen	48 708	49 030	+ 322	+ 0,66
Schlesien	317 368	324 254	+ 6 886	+ 2,17

Noch: Schätzung VII.

Noch: Pferde.

	Bestandszahlen gezählt	Bestandszahlen geschätzt	Differenzen absolut	Differenzen v. H.
Sachsen	224 840	223 958	— 882	— 0,39
Schleswig-Holstein	165 148	165 122	— 26	— 0,02
Hannover	289 061	288 745	— 216	— 0,29
Westfalen	177 497	176 470	— 1 027	— 0,58
Hessen-Nassau	85 576	85 528	— 48	— 0,06
Rheinprovinz	176 543	178 417	+ 1 874	+ 1,06
Summe	**2 504 032**	**2 509 667**	**+ 5 635**	**+ 0,23**
		2 508 369	+ 4 337	+ 0,17
Rindvieh.				
Ostpreußen	1 108 680	1 105 837	— 2 843	— 0,27
Brandenburg	831 162	836 288	+ 5 126	+ 0,62
Pommern	800 027	801 102	+ 1 075	+ 0,13
Grenzmark Posen-Westpreußen	150 454	152 138	+ 1 684	+ 1,12
Schlesien	1 432 775	1 454 695	+ 21 920	+ 1,53
Sachsen	741 115	742 095	+ 980	+ 0,13
Schleswig-Holstein	772 886	772 203	— 683	— 0,09
Hannover	1 236 169	1 249 793	+ 13 624	+ 1,10
Westfalen	703 067	694 580	— 8 487	— 1,21
Hessen-Nassau	514 822	514 195	— 627	— 0,12
Rheinprovinz	912 544	914 072	+ 1 528	+ 0,17
Summe	**9 203 701**	**9 236 998**	**+ 33 297**	**+ 0,36**
		9 226 846	+ 23 145	+ 0,25
Schafe.				
Ostpreußen	409 465	409 242	— 223	— 0,05
Brandenburg	513 851	511 166	— 2 685	— 0,52
Pommern	758 995	759 061	+ 66	+ 0,01
Grenzmark Posen-Westpreußen	107 398	106 236	— 1 162	— 1,08
Schlesien	203 670	200 052	— 3 618	— 1,78
Sachsen	626 683	638 301	+ 11 618	+ 1,85
Schleswig-Holstein	144 239	145 199	+ 960	+ 0,67
Hannover	554 937	572 756	+ 17 819	+ 3,21
Westfalen	171 276	197 422	+ 26 146	+ 15,27
Hessen-Nassau	224 737	219 837	— 4 900	— 2,18
Rheinprovinz	136 726	132 783	— 3 943	— 2,88
Summe	**3 851 977**	**3 892 055**	**+ 40 078**	**+ 1,04**
		3 902 040	+ 50 063	+ 1,30
Schweine.				
Ostpreußen	1 051 030	1 059 441	+ 8 411	+ 0,80
Brandenburg	1 013 773	1 025 297	+ 11 524	+ 1,12
Pommern	954 707	971 613	+ 16 906	+ 1,77
Grenzmark Posen-Westpreußen	159 095	154 623	— 4 472	— 2,81
Schlesien	996 873	1 031 926	+ 35 053	+ 3,52
Sachsen	1 314 597	1 311 555	— 3 042	— 0,23
Schleswig-Holstein	774 573	748 223	— 26 350	— 3,41
Hannover	1 809 346	1 836 174	+ 26 828	+ 1,48
Westfalen	1 040 770	1 002 169	— 38 601	— 3,71
Hessen-Nassau	551 827	547 082	— 4 745	— 0,86
Rheinprovinz	778 889	799 736	+ 20 847	+ 2,68
Summe	**10 445 480**	**10 487 839**	**+ 42 359**	**+ 0,41**
		10 477 839	+ 32 359	+ 0,30
Ziegen.				
Ostpreußen	48 375	48 961	+ 586	+ 1,21
Brandenburg	306 672	306 592	— 80	— 0,03
Pommern	96 511	96 109	— 402	— 0,42
Grenzmark Posen-Westpreußen	37 988	38 968	+ 980	+ 2,58
Schlesien	417 890	423 563	+ 5 673	+ 1,36
Sachsen	410 248	412 647	+ 2 399	+ 0,58
Schleswig-Holstein	48 778	47 391	— 1 387	— 2,84
Hannover	286 551	284 176	— 2 375	— 0,83
Westfalen	279 134	278 717	— 417	— 0,15
Hessen-Nassau	238 613	238 827	+ 214	+ 0,09
Rheinprovinz	348 987	351 029	+ 2 042	+ 0,59
Summe	2 519 747	2 526 820	+ 7 233	+ 0,29
		2 530 702	+ 10 955	+ 0,43.

Eine Durchsicht der Tabellen läßt erkennen, daß die Ergebnisse nur zum Teil befriedigen können. Geht man zuerst auf die beiden Zahlen für den ganzen Staat ein, so könnte man für beide Berechnungsarten mit der Übereinstimmung zwischen Zählung und Schätzung zufrieden sein, obwohl sich selbst hier — in starker Abhängigkeit allerdings von der Viehgattung — Abweichungen bis zu 3 % ergeben. Für solche Zwecke, bei denen es nur auf den Staatsbestand ankommt, dürften diese Unterschiede ohne weiteres außer Acht gelassen werden. Ein anderes Bild ergibt sich aber, wenn wir die Ergebnisse für die einzelnen Provinzen betrachten. Die Unterschiede, die hier in Frage kommen, sind teilweise so beträchtlich, daß die Schätzung ein ganz falsches Bild ergibt. Wie schon oben erwähnt, hängt die Größe der Abweichungen sehr von der Viehgattung ab; während sich bei den Pferden und Ziegen die Differenzen — absolut und relativ — fast durchweg in ziemlich engen Grenzen halten, ergeben sich bei den anderen Arten, dem Rindvieh, den Schafen und Schweinen, große absolute und prozentuale Unterschiede. Besonders bei den Schafen und Schweinen ist die Übereinstimmung zwischen Zählen und Schätzung recht wenig befriedigend. Oftmals sind die absoluten Abweichungen für eine Provinz größer als für den ganzen Staat. Die Abweichungen betragen vielfach über 10 %, ja sogar 20 – 30 % der Zählungsergebnisse, selbst wenn man von der Grenzmark absieht, in der nur ein einziger Kreis als Repräsentant der gesamten Provinz dient. Aus allen diesen Überlegungen heraus kommt man zu dem Ergebnis, daß eine repräsentative Erhebung nach dem eingeschlagenen Auswahlverfahren für die Zwecke einer Viehzählung nicht zu sehr brauchbaren Ergebnissen führt.

Vergleicht man die Ergebnisse mit den Ergebnissen der vorher erwähnten Untersuchungen, so stehen sie im starken Gegensatz zu der von Mayet erzielten guten Übereinstimmung, wenn sie auch nicht so ungünstig ausgefallen sind wie die früheren preußischen Ergebnisse. Lassen sich für diese Unstimmigkeit vielleicht Gründe angeben?

Zur Erklärung dieser schlechten Übereinstimmung wäre vielleicht darauf hinzuweisen, daß $^1/_5$ der gesamten Kreise Stadtkreise sind und daß gerade die 4 ausgewählten Schätzungszehntel mindestens ebensoviel Stadtkreise enthalten, als den wirklichen Verhältnissen entspricht. Einmal wird dadurch der Prozentsatz der Viehzahlen, die als Berechnungsbasis dienen, für die Provinzen vielfach sehr gemindert (statt der zu erwartenden 10 % manchmal nur 4 – 5 %), sodann kommt dies aber infolge der geringen Besetzung der Stadtkreise darauf heraus, daß praktisch die Schätzung auf den übrigen Landkreisen sich aufbaut. Hierbei zeigt sich in doppelter Weise die Schwäche, die dem ganzen Verfahren anhaftet, daß nämlich die Zahl der Zähleinheiten (Kreise) zu gering ist. Besonders gilt dies für die Provinz, weniger schon für den Staat. Durch die geringe Zahl der Kreise ist es sehr wohl möglich, daß die Verhältnisse der einzelnen Kreise einen zu großen, ja ausschlaggebenden Einfluß auf das Ergebnis ausüben können. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß vielfach nicht einmal der Sinn der Bewegung der Bestandszahlen von 1920 auf 1921 durch die Schätzung richtig getroffen wird; während die Zählung z. B. für eine Provinz eine Zunahme ergibt, zeigt die Schätzung eine Abnahme der Bestandszahlen, d. h. im Gegensatz zur ganzen Provinz haben in den ausgewählten Kreisen (als Ganzes genommen) die Bestandszahlen abgenommen. Daß dadurch die Unterschiede sehr beträchtlich werden müssen, liegt auf der Hand. Will man die Kreise als Zähleinheiten beibehalten, so darf man nicht für die Provinz, sondern nur für den Staat schätzen. Bei einer praktischen Anwendung der repräsentativen Methode für die Zwecke einer Viehzählung

müßte man auf die Gemeinden zurückgehen und innerhalb jeder Provinz ein Zehntel sämtlicher Gemeinden als Schätzungsgrundlage nehmen; es würde sich dann auch bei den Provinzergebnissen bessere Übereinstimmung zeigen.

Zeigen sich für die einzelnen Viehgattungen im ganzen schon recht erhebliche Abweichungen, so müssen diese teilweise noch größer werden, wenn die Viehgattungen nach einzelnen Altersklassen auseinandergehalten werden und für jede Altersklasse einzeln geschätzt wird. Für eins der 4 erwähnten Zehntel der Kreise, für die Schätzung I, ist eine solche Berechnung durchgeführt worden. Die Ergebnisse sind in den folgenden Tabellen niedergelegt:

Vergleich der tatsächlichen Bestandszahlen der Zählung vom 1. Dezember 1921 mit den auf Grund der Zählung vom 1. Dezember 1920 geschätzten Zahlen (nach Altersklassen getrennt).

Schätzung VIII.

Pferde.

	unter 3 Jahre alte Pferde und Fohlen				3 bis noch nicht 5 Jahre alte Pferde				5 Jahre alte und ältere Pferde			
	Bestandszahlen		Differenzen		Bestandszahlen		Differenzen		Bestandszahlen		Differenzen	
	gezählt	geschätzt	absolut	v. H.	gezählt	geschätzt	absolut	v. H.	gezählt	geschätzt	absolut	v. H.
Ostpreußen	136 703	137 437	+ 754	+ 0,55	52 378	51 772	— 606	— 1,16	294 277	294 218	— 59	— 0,02
Brandenburg	48 332	48 159	— 173	— 0,36	24 210	24 587	+ 377	+ 1,56	209 388	208 901	— 487	— 0,23
Pommern	50 760	51 721	+ 961	+ 1,89	25 598	23 050	— 2 548	— 9,95	177 645	179 248	+ 1 603	+ 0,90
Grenzmark Posen-Westpreußen	9 298	9 689	+ 391	+ 4,21	5 090	5 937	+ 847	+16,64	34 320	33 248	— 1 072	— 3,12
Schlesien	61 522	64 856	+ 3 334	+ 5,42	32 692	32 501	— 191	— 0,58	223 154	230 162	+ 7 008	+ 3,14
Sachsen	37 090	39 705	+ 2 615	+ 7,05	18 959	20 429	+ 1 470	+ 7,75	168 791	168 392	— 399	— 0,24
Schleswig-Holstein	48 756	52 029	+ 3 273	+ 6,71	19 281	19 669	+ 388	+ 2,01	97 111	96 229	— 882	— 0,90
Hannover	66 981	65 253	— 1 728	— 2,58	27 818	28 589	+ 771	+ 2,77	194 262	193 360	— 902	— 0,46
Westfalen	45 054	51 442	+ 5 588	+12,40	20 130	18 928	— 1 202	— 5,97	112 313	112 306	— 7	—
Hessen-Nassau	13 253	13 073	— 180	— 1,36	6 458	5 479	— 979	—15,16	65 865	66 117	+ 252	+ 0,38
Rheinprovinz	37 212	37 018	— 194	— 0,52	18 716	17 945	— 771	— 4,12	120 615	125 950	+ 5 335	+ 4,42
Summe	**554 961**	**561 008**	**+ 6 047**	**+ 1,09**	**251 330**	**248 622**	**— 2 708**	**— 1,08**	**1 697 741**	**1 707 584**	**+ 9 843**	**+ 0,58**

Rindvieh.

	Kälber				Jungvieh				2 Jahre altes und älteres Rindvieh			
Ostpreußen	64 264	61 633	— 2 631	— 4,09	432 083	429 580	— 2 503	— 0,58	612 333	613 384	+ 1 051	+ 0,17
Brandenburg	66 427	66 427	—	—	261 863	268 226	+ 6 363	+ 2,43	502 872	523 062	+ 20 190	+ 4,01
Pommern	70 128	79 458	+ 9 330	+13,31	261 089	286 741	+25 652	+ 9,83	468 810	482 099	+ 13 289	+ 2,83
Grenzmark Posen-Westpreußen	13 095	13 769	+ 674	+ 5,15	46 059	45 549	+ 510	+ 1,11	91 300	90 637	— 663	— 0,73
Schlesien	124 576	127 043	+ 2 467	+ 1,98	410 625	422 707	+12 082	+ 2,94	897 574	918 494	+ 20 920	+ 2,33
Sachsen	73 420	71 678	— 1 742	— 2,37	218 111	212 467	— 5 644	— 2,59	449 584	459 733	+ 10 149	+ 2,26
Schleswig-Holstein	45 121	49 373	— 4 252	— 9,42	336 788	357 344	+20 556	+ 6,10	390 977	383 469	— 7 508	— 1,92
Hannover	94 872	95 726	+ 854	+ 0,90	427 331	429 119	+ 1 788	+ 0,42	713 966	716 660	+ 2 694	+ 0,38
Westfalen	36 381	33 450	— 2 931	— 8,06	223 982	248 832	+24 850	+11,09	442 704	433 852	— 8 852	— 2,00
Hessen-Nassau	41 286	41 714	+ 428	+ 1,04	147 647	139 894	— 7 753	— 5,25	325 889	324 851	— 1 038	— 0,32
Rheinprovinz	56 147	53 805	— 2 342	— 4,17	262 345	258 597	— 3 748	— 1,43	594 052	607 426	+ 13 374	+ 2,25
Summe	**685 717**	**698 713**	**+12 996**	**+ 1,90**	**3 027 923**	**3 074 591**	**+46 668**	**+ 1,54**	**5 490 061**	**5 563 102**	**+127 102**	**+ 2,32**

Schafe.

	unter 1 Jahr alte Schafe und Schafböcke einschließlich Lämmer				1 Jahr alte und ältere Schafe			
	Bestandszahlen		Differenzen		Bestandszahlen		Differenzen	
	gezählt	geschätzt	absolut	v. H.	gezählt	geschätzt	absolut	v. H.
Ostpreußen	89 965	86 943	— 3 022	— 3,36	319 500	326 441	+ 6 941	+ 2,17
Brandenburg	157 129	167 957	+ 10 828	+ 6,89	356 722	353 322	— 3 400	— 0,95
Pommern	228 593	222 563	— 6 030	— 2,64	530 402	523 039	— 7 364	— 1,39
Grenzmark Posen-Westpreußen	34 523	30 654	— 3 869	— 11,21	72 875	59 676	— 13 199	— 18,11
Schlesien	64 472	57 139	— 5 333	— 8,54	141 198	136 254	— 4 944	— 3,50
Sachsen	194 847	222 573	+ 27 726	+ 14,23	431 836	435 417	+ 3 581	+ 0,83
Schleswig-Holstein	43 629	56 098	+ 12 469	+ 28,58	100 610	102 892	+ 2 282	+ 2,27
Hannover	171 311	190 635	+ 19 324	+ 11,28	383 626	383 378	— 248	— 0,06
Westfalen	52 645	77 309	+ 24 664	+ 46,85	118 631	136 903	+ 18 272	+ 15,40
Hessen-Nassau	66 025	62 571	— 3 454	— 5,23	158 712	161 006	+ 2 294	+ 1,45
Rheinprovinz	41 078	37 757	— 3 321	— 8,08	95 648	79 222	— 16 426	— 17,17
Summe	**1 142 217**	**1 214 975**	**+ 72 758**	**+ 6,37**	**2 709 760**	**2 735 425**	**+ 25 665**	**+ 0,95**

Schweine.

	unter 1/2 Jahr alte Schweine				1/2 bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine				1 Jahr alte und ältere Schweine			
	Bestandszahlen		Differenzen		Bestandszahlen		Differenzen		Bestandszahlen		Differenzen	
	gezählt	geschätzt	absolut	v. H.	gezählt	geschätzt	absolut	v. H.	gezählt	geschätzt	absolut	v. H.
Ostpreußen	653 397	659 813	+ 6 416	+ 0,98	249 598	245 734	— 3 864	— 1,55	148 035	150 163	+ 2 128	+ 1,44
Brandenburg	599 409	591 044	— 8 365	— 1,40	227 926	226 216	— 1 710	— 0,75	186 438	191 913	+ 5 475	+ 2,94
Pommern	607 110	599 213	— 7 897	— 1,30	218 156	212 113	— 6 043	— 2,77	129 441	152 340	+ 22 899	+ 17,69
Grenzmark Posen-Westpreußen	97 183	95 780	— 1 403	— 1,44	39 976	37 030	— 946	— 2,49	23 936	21 887	— 2 049	— 8,56
Schlesien	646 657	679 614	+ 32 957	+ 5,10	244 177	257 089	+ 12 912	+ 5,29	106 539	112 010	+ 5 471	+ 5,14
Sachsen	764 684	702 320	— 62 364	— 8,16	337 896	337 693	— 203	— 0,06	212 017	229 986	+ 17 969	+ 8.48
Schleswig-Holstein	543 523	659 154	+ 115 631	+ 21,27	155 629	156 339	+ 710	+ 0,46	75 421	69 829	— 5 592	— 7,41
Hannover	1 070 531	1 026 658	— 43 873	— 4,10	433 650	442 206	+ 8 556	+ 1,97	305 165	310 629	+ 5 464	+ 1,79
Westfalen	517 946	452 404	— 65 542	— 12,65	369 170	381 641	+ 12 471	+ 3,38	153 654	171 642	+ 17 988	+ 11,71
Hessen-Nassau	297 237	294 349	— 2 888	— 9,72	160 976	167 040	+ 6 064	+ 3,77	93 614	91 373	— 2 241	— 2,39
Rheinprovinz	459 384	489 939	+ 30 555	+ 6,65	228 254	222 751	— 5 503	— 2,41	91 251	87 470	— 3 781	— 4,14
Summe	**6 256 561**	**6 114 983**	**— 141 578**	**— 2,26**	**2 663 408**	**2 674 763**	**+ 11 355**	**+ 0,43**	**1 525 511**	**1 566 667**	**+ 41 156**	**+ 2,70**

Ziegen.

	unter 1 Jahr alte Ziegen				1 Jahr alte und ältere Ziegen			
	Bestandszahlen		Differenzen		Bestandszahlen		Differenzen	
	gezählt	geschätzt	absolut	v. H.	gezählt	geschätzt	absolut	v. H.
Ostpreußen	13 069	13 519	+ 450	+ 3,44	35 306	34 926	— 380	— 1,08
Brandenburg	76 113	79 361	+ 3 248	+ 4,27	230 559	223 886	— 6 673	— 2,89
Pommern	24 901	23 432	— 1 469	— 5,90	71 610	69 846	— 1 764	— 2,46
Grenzmark Posen-Westpreußen	9 261	11 770	+ 2 509	+ 27,09	28 727	27 703	— 1 024	— 3,56
Schlesien	102 619	104 859	+ 2 240	+ 2,18	315 271	316 194	+ 923	+ 0.29
Sachsen	107 261	105 559	— 1 702	— 1,59	302 987	302 608	— 379	— 0.13
Schleswig-Holstein	11 260	11 851	+ 591	+ 5,25	37 518	34 074	— 3 444	— 9,18
Hannover	60 172	66 980	+ 6 808	+ 11,31	226 379	228 573	+ 2 194	+ 0,97
Westfalen	59 604	65 506	+ 5 902	+ 9,90	219 530	213 291	— 6 239	— 2,81
Hessen-Nassau	45 243	41 856	— 3 387	— 7,49	193 370	188 855	+ 5 485	+ 2,84
Rheinproviuz	73 543	79 721	+ 6 178	+ 8,40	275 444	299 352	+ 23 908	+ 8,68
Summe	**583 046**	**602 693**	**+ 19 647**	**+ 3,37**	**1 936 701**	**1 936 492**	**— 209**	**— 0,01.**

Auf einen Unterschied muß hingewiesen werden; während bei allen anderen Vieharten die meisten Tiere sich in der höchsten Altersklasse befinden, ist es bei den Schweinen umgekehrt. Hieraus erklären sich zum Teil auch die besonders großen Abweichungen bei dieser Tiergattung.

Wie zu erwarten war, bewegen sich in dieser Tabelle die prozentualen Unterschiede in weiteren Grenzen als für die Viehgattung insgesamt; besonders hohe Sätze zeigen sich in den schwächer besetzten Altersklassen. Die Zahlen für den ganzen Staat sind in dieser Tabelle nur durch das Schätzungsverfahren — angewandt auf den ganzen Staat — nicht aber auch durch Summation der einzelnen Provinzzahlen berechnet.

Neben diesem zufälligen Auswahlverfahren, das uns keine sehr günstigen Ergebnisse geliefert hat, ist noch eine Auswahl der Kreise vorgenommen worden, die bewußt auf die Besonderheiten derselben Rücksicht nimmt. Einmal sind alle Teile des Staates berücksichtigt worden. Dieser Forderung ist dadurch entsprochen worden, daß innerhalb jeder Provinz der gleiche Prozentsatz der Kreise gewählt worden ist und zwar so, daß dies auch für jeden Regierungsbezirk gilt und daß die Kreise nicht alle nahe aneinanderliegen. Die eigentliche Auswahl in den Regierungsbezirken ist nach verschiedenen Gesichtspunkten erfolgt; so kommen dabei der Viehstand, die Art der Fütterung und die Betriebsgröße in Frage. Die ausgewählten Kreise (20 %) sollen in ihrer Gesamtheit genommen ein verkleinertes Abbild des Regierungsbezirkes resp. der Provinz geben. Das Rechnungsverfahren ist das gleiche wie oben; geschätzt wird wieder für die Provinzen und den Staat. Die folgenden Tabellen veranschaulichen das Ergebnis dieses Auswahlverfahrens:

Schätzung IX.

Pferde.

	Bestandszahlen		Differenzen	
	gezählt	geschätzt	absolut	v. H.
Ostpreußen	483 358	488 028	+ 4 670	+ 0,97
Brandenburg	281 930	281 202	— 728	— 0,26
Pommern	254 003	255 672	+ 1 669	+ 0,66
Grenzmark Posen-Westpreußen	48 708	49 206	+ 498	+ 1,02
Schlesien	317 368	323 532	+ 6 164	+ 1,94
Sachsen	224 840	226 007	+ 1 167	+ 0,52
Schleswig-Holstein	165 148	165 905	+ 757	+ 0,46
Hannover	289 061	289 019	— 42	— 0,01
Westfalen	177 497	178 049	+ 552	+ 0,31
Hessen-Nassau	85 576	84 132	— 1 444	— 1,69
Rheinprovinz	176 543	171 720	— 4 823	— 2,73
Summe	**2 504 032**	**2 512 472**	**+ 8 440**	**+ 0,31**
		2 514 114	+ 10 082	+ 0,40

Rindvieh.

	gezählt	geschätzt	absolut	v. H.
Ostpreußen	1 108 680	1 117 601	+ 8 921	+ 0,80
Brandenburg	831 162	831 671	+ 509	+ 0,06
Pommern	800 027	816 811	+ 16 784	+ 2.10
Grenzmark Posen-Westpreußen	150 454	150 317	— 137	— 0,09
Schlesien	1 432 775	1 456 879	+ 24 104	+ 1.68
Sachsen	741 115	726 941	— 14 174	— 1.91
Schleswig-Holstein	772 886	776 839	+ 3 953	+ 0,51
Hannover	1 236 169	1 243 290	+ 7 121	+ 0,58
Westfalen	703 067	692 115	— 10 952	— 1,56
Hessen-Nassau	514 822	514 315	— 507	— 0,10
Rheinprovinz	912 544	894 672	— 17 872	— 1,96
Summe	**9 203 701**	**9 221 451**	**+ 17 750**	**+ 0,19**
		9 210 340	+ 6 639	+ 0,07

Noch: Schätzung IX.

Schafe.

	Bestandszahlen gezählt	Bestandszahlen geschätzt	Differenzen absolut	Differenzen v. H.
Ostpreußen	409 465	410 541	+ 1 076	+ 0,26
Brandenburg	513 851	512 867	— 984	— 0,19
Pommern	758 995	760 477	+ 1 482	+ 0,20
Grenzmark Posen-Westpreußen	107 398	109 583	+ 2 185	+ 2,03
Schlesien	203 670	204 931	+ 1 261	+ 0,62
Sachsen	626 683	630 407	+ 3 724	+ 0,59
Schleswig-Holstein	144 239	142 940	— 1 299	— 0,90
Hannover	554 937	567 484	+ 12 547	+ 2,26
Westfalen	171 276	168 380	— 2 896	— 1,69
Hessen-Nassau	224 737	226 793	+ 2 056	+ 0,91
Rheinprovinz	136 726	139 276	+ 2 550	+ 1,87
Summe	**3 851 977**	**3 873 679**	**+ 21 702**	**+ 0,56**
		3 898 025	+ 46 048	+ 1,20

Schweine.

	Bestandszahlen gezählt	Bestandszahlen geschätzt	Differenzen absolut	Differenzen v. H.
Ostpreußen	1 051 030	1 071 291	+ 20 261	+ 1,93
Brandenburg	1 013 773	1 030 669	+ 16 896	+ 1,67
Pommern	954 707	981 247	+ 26 540	+ 2,78
Grenzmark Posen-Westpreußen	159 095	156 839	— 2 256	— 1,42
Schlesien	996 873	1 069 334	+ 72 461	+ 7,27
Sachsen	1 314 597	1 303 638	— 10 959	— 0,83
Schleswig-Holstein	774 573	710 396	— 64 177	— 8,29
Hannover	1 809 346	1 907 224	+ 97 878	+ 5,41
Westfalen	1 040 770	1 029 496	— 11 274	— 1,08
Hessen-Nassau	551 827	543 879	— 7 948	— 1,44
Rheinprovinz	778 889	742 358	— 36 531	— 4,69
Summe	**10 445 480**	**10 546 371**	**+100 891**	**+ 0,97**
		10 512 312	+ 66 832	+ 0,64

Noch: Schätzung IX.

Ziegen.

	Bestandszahlen gezählt	Bestandszahlen geschätzt	Diffezenzen absolut	Diffezenzen v. H.
Ostpreußen	48 375	48 821	+ 446	+ 0,92
Brandenburg	306 672	297 682	— 8 990	— 2,93
Pommern	96 511	97 216	+ 705	+ 0,73
Grenzmark Posen-Westpreußen	37 988	38 040	+ 52	+ 0,14
Schlesien	417 890	416 001	— 1 889	— 0,45
Sachsen	410 248	416 869	+ 6 621	+ 1,61
Schleswig-Holstein	48 778	50 477	+ 1 699	+ 3,48
Hannover	286 551	286 184	— 367	— 0,13
Westfalen	279 134	273 908	— 5 226	— 1,87
Hessen-Nassau	238 613	239 833	+ 1 220	+ 0,51
Rheinprovinz	348 987	331 222	— 17 765	— 5,09
Summe	**2 519 747**	**2 496 253**	**— 23 494**	**— 0,93**
		2 512 196	— 7 551	— 0,30.

Die Tabellen sagen ungefähr dasselbe aus, was wir schon bei der zufälligen Auswahl erkannt haben. Wir erhalten keine besseren Ergebnisse, obwohl diesmal die Stadtkreise fast ganz unberücksichtigt geblieben sind und daher auch mindestens 20 % der Viehzahlen durch die Auswahl erfaßt worden sind. Wenn wir uns auf die Wiedergabe der relativen Differenzen beschränken, bietet eine Gegenüberstellung der Ergebnisse beider Auswahlverfahren folgendes Bild:

Gegenüberstellung der verhältnismäßigen Differenzen der drei Schätzungen V, VI und IX.

	Pferde			Rindvieh			Schafe			Schweine			Ziegen		
	V	VI	IX	V	VI	IX	V	VI	IX	V	VI	IX	V	VI	IX
Ostpreußen	+0,07	+0,06	+0,97	—0,76	+0,35	+0,80	— 1,77	+2,25	+0,26	+1,08	+ 0,46	+1,93	—0,77	+4,11	+0,92
Brandenburg	—0,11	+0,03	—0,26	+2,11	—0,66	+0,06	+ 0,92	—1,60	—0,19	—0,09	+ 2,22	+1,67	+1,32	—1,45	—2,93
Pommern	—0,68	—0,15	+0,66	+0,94	—0,61	+2,10	— 1,66	+1,95	+0,20	+2,08	+ 1,50	+2,78	—3,57	+4,08	+0,73
Grenzmark Posen-Westpreußen	+2,60	—1,23	+1,02	+0,27	+2,26	—0,09	—14,06	+1,82	+2,03	+2,78	— 8,14	—1,42	+1,30	+4,51	+0,14
Schlesien	+3,28	+1,06	+1,94	+2,42	+0,60	+1,68	— 6,82	+4,15	+0,62	+5,67	+ 1,09	+7,27	+2,75	+0,08	—0,45
Sachsen	—0,81	+0,15	+0,52	—0,91	+1,38	—1,91	+ 2,51	+1,34	+0,59	—2,71	+ 2,64	—0,83	—0,31	+1,59	+1,61
Schleswig-Holstein	—0,05	+0,17	+0,46	—0,94	+0,79	+0,51	— 7,58	+4,99	—0,90	+5,96	—12,23	—8,29	—5,04	—1,40	+3,48
Hannover	+0,68	—0,69	—0,01	+1,53	+0,76	+0,58	+ 8,13	—1,04	+2,26	—4,19	+ 5,18	—5,41	+1,85	—3,01	—0,13
Westfalen	—1,27	+0,31	+0,81	—0,20	—2,99	—1,56	+19,27	+5,62	—1,69	—4,96	— 2,16	—1,08	—0,12	—0,18	—1,87
Hessen-Nassau	—0,33	+0,21	1,69	—1,25	+0,73	—0,10	+ 0,23	—4,34	+0,91	—0,81	— 0,90	—1,44	—2,98	+2,99	+0,51
Rheinprovinz	+1,14	+1,02	—2,73	—1,59	+2,22	—1,96	— 7,87	+1,13	+1,87	—3,21	+ 7,50	—4,69	+1,90	—0,38	—5,09
Summe	+0,35	+0,16	+0,31	+0,37	+0,37	+0,19	+ 0,74	+0,97	+0,56	—0,53	+ 1,00	+0,97	+0,51	+0,24	—0,93
	+0,26	+0,09	+0,40	+0,18	+0,33	+0,07	+ 1,35	+1,25	+1,20	—0,97	+ 1,49	+0,61	+0,73	+0,15	—0,30.

Aus dieser Gegenüberstellung geht deutlich hervor, daß beide Methoden ungefähr zu den gleichen Ergebnissen kommen; das eine Mal liefert die zufällige Auswahl, das andere Mal die bewußte Auswahl etwas bessere Ergebnisse. Auf Grund dieser Untersuchungen läßt sich jedenfalls nicht entscheiden, welcher der beiden Auswahlmethoden der Vorzug zu geben wäre.

Es muß späteren und eingehenderen Untersuchungen vorbehalten bleiben, diese wichtige Frage der zweckmäßigen Auslese zu klären; insbesondere wird es noch weiterer Untersuchungen bedürfen, um über die Anwendbarkeit der repräsentativen Erhebung als Ersatz einer Vollzählung zu einer klaren Entscheidung zu gelangen.

Die Ergebnisse der Fleischbeschau bei dem in das

1. Nach Unter-

Untersuchungsstellen	Eingeführt und zur Unter-													
	Frisches Fleisch						Zubereitetes Fleisch							
	Rindfleisch einschl. Kalbfleisch		Schweinefleisch		Sonstiges Fleisch		Rindfleisch einschl. Kalbfleisch		Schweineschinken		Speck		Sonstiges Schweinefleisch	
	Tierkörper	Gewicht kg	Tierkörper	Gewicht kg	Tierkörper	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
A. Ständige Untersuchungsstellen.														
1. Königsberg i. Pr.	68	12 500	488	21 262	70	10 310	46	306	—	—	5 943	45 978	697	3 733
2. Tilsit	1	20	478	21 730	85	15 977	1	6	1 263	11 123	1 269	11 377	4	29
3. Eydtkuhnen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4. Prostken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5. Berlin	65 088	753 616	48 44[illegible]	2 884 677	12	2 496	90 527	237 623	16 673	104 411	263 296	2 006 577	663 611	2 864 292
6. Stettin	—	—	1 012	64 256	—	—	55 338	110 500	740	4 732	22 112	119 996	9 978	31 300
7. Saßnitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8. Breslau	—	—	2 684	134 059	—	—	26	120	277	1 112	147 150	1 027 470	40 044	810 424
9. Kattowitz	41	7 750	830	47 581	—	—	—	—	18	69	3 999	26 669	5	15
10. Myslowitz	—	—	376	10 154	—	—	—	—	—	—	—	47 735	—	—
11. Ratibor	—	—	—	—	—	—	—	—	6	19	13	34	1	2
12. Magdeburg	—	—	696	39 002	—	—	3	5	182	896	57 976	605 650	6 717	131 074
13. Halle a. S.	—	4	2 288	134 940	5	133	—	—	55	200	19 801	146 289	42 327	333 613
14. Erfurt	87	11 555	638	75 968	—	—	1	4	108	415	121 161	797 979	27 020	399 462
15. Halberstadt	—	—	3 478	112 520	—	—	—	—	—	—	1	3	8 855	43 632
16. Altona	3 170	793 026	21 367	43 292	19 502	363 043	5 715	34 177	144	849	6 968	41 095	394 102	1 423 627
17. Elmshorn	214	44 071	30	5 388	—	—	—	—	—	—	76 594	378 196	8 189	223 665
18. Flensburg	4	760	6	616	—	—	65	5 543	—	—	2	15	3 776	25 198
19. Kiel	140	29 282	10	1 611	1	249	93	500	150	548	8 138	56 347	50 725	493 202
20. Rendsburg	—	—	—	—	—	—	—	—	21	82	27	87	3	2
21. Geestemünde	192	11 817	—	—	—	—	—	—	—	—	88	196	57	190
22. Bentheim	109	3 361	6 842	33 755	—	—	108	3 480	6 880	44 573	2 832	19 466	93 002	868 422
23. Emden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
24. Weener	—	—	—	—	—	—	2 119	26 391	—	—	136	1 074	10 090	60 669
25. Bocholt	—	—	—	—	—	—	—	—	1	9	7 278	35 100	1 068	25 009
26. Borken	—	—	204	2 294	—	—	127	618	—	—	4 024	27 719	7 622	32 403
27. Kotten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
28. Suderwick	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
29. Münster i./W.	135	34 152	784	64 320	—	—	26	216	15 168	72 751	49 806	298 627	5 439	69 699
30. Bielefeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
31. Dortmund	70	4 048	254	19 882	—	—	81	361	3 219	10 578	48 823	367 087	24 577	208 010
32. Lippstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23	77	8	33
33. Gronau	12	20 048	—	5 930	—	—	8	25	428	1 718	5 597	36 810	2 961	11 541
34. Gütersloh	—	—	8 322	518 140	—	—	—	—	10 678	66 784	703 902	5 472 239	170 297	4 318 071
35. Gelsenkirchen	14 456	775 578	1 857	117 329	—	—	77	14 190	7 351	42 016	26 645	185 337	12 545	252 448
36. Hagen (Westf.)	38	8 432	100	8 129	—	—	—	—	—	—	5 135	35 095	1 323	4 687
37. Witten	—	—	—	—	—	—	—	—	3	13	—	—	—	—
38. Bochum	10	825	344	16 326	—	—	—	—	1 457	9 871	2 188	14 648	6 129	52 267
39. Siegen	—	—	711	14 378	—	—	—	—	5	20	16	46	—	—
40. Frankfurt a./M.	—	—	3 224	233 977	—	—	—	—	2 040	9 002	10 464	62 022	10 830	101 759
41. Coblenz	20	4 730	50	5 083	—	—	—	—	20	72	74	7 265	—	—
42. Crefeld	—	—	537	45 959	—	—	16 528	204 245	6	23	15 207	140 931	35 489	186 427
43. Düsseldorf	3 589	786 948	1 023	93 371	1	30	21 554	109 486	32	112	44 631	333 315	48 624	516 295
44. Duisburg	458	25 044	745	65 475	—	—	—	—	44	146	91 709	616 063	15 565	343 370
45. Duisburg-Ruhrort	305	17 286	1 276	87 748	—	—	11 713	40 179	6 986	36 693	189 654	1 410 329	57 819	914 146
46. Elberfeld	258	7 230	423	42 347	1	22	142	683	9 619	42 328	156 375	1 110 568	101 696	2 226 477
47. Emmerich	193	5 262	55	6 800	—	—	1	2	4	17	—	—	1 340	15 870
48. Essen	133	4 214	1 917	134 419	853	19 983	—	—	1 094	8 813	272 698	1 940 714	9 926	270 270
49. Goch	—	—	—	—	—	—	—	—	408	1 120	12 533	63 129	21 334	204 631
50. Kaldenkirchen	—	—	309	19 016	—	—	4 700	133 821	52 358	290 679	117 401	779 927	207 123	2 751 762
51. Cleve	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
52. Neuß	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
53. Köln	22 413	4 170 192	14 362	1 436 233	—	214 462	1 055	103 412	52 201	298 886	243 112	1 699 302	154 800	1 471 151
54. Trier	—	—	—	—	—	—	—	—	31	145	1 698	12 456	9	8
55. Aachen	406	24 874	366	34 298	—	—	310	8 830	68	291	10 523	180 004	6 860	125 008
56. Düren	—	—	55	5 673	—	—	—	—	—	—	5 258	54 461	418	12 198
57. Barmen	1 340	80 493	5 644	446 844	—	—	130	25 880	13 355	39 561	23 722	173 389	28 899	775 230
58. Mülheim a./d. Ruhr	—	—	527	31 079	—	—	1	1	7	21	7 696	71 217	10 105	277 213
59. München Gladbach	—	—	172	13 069	—	—	—	—	35	195	2 170	13 065	23 993	84 000
60. Solingen	480	29 207	31	2 282	—	—	—	—	—	—	5 626	94 102	—	—
Zusammen	113 430	7 666 325	132 955	7 101 212	20 530	626 705	210 495	1 060 604	203 135	1 100 893	2 801 494	20 567 277	2 329 002	22 962 534

Zollinland eingeführten Fleische für das Jahr 1921.

suchungsstellen.

suchung gestellt sind:

Sonstiges Fleisch		Därme		Zubereitete Fette: Schweineschmalz			Rindertalg, Premier jus, Oleomargarin			Margarine			Kunstspeisefette			Sonstiges Fett warmblütiger Tiere			Wiederholung der Spalte 1
Fleischstücke	Gewicht kg	Packstücke	Gewicht kg	Sendungen	Packstücke	Gewicht kg	Sendungen	Packstücke	Gewicht kg	Sendungen	Packstücke	Gewicht kg	Sendungen	Packstücke	Gewicht kg	Sendungen	Packstücke	Gewicht kg	
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	
346	19 781	3	471	209	44 207	1 642 219	32	1 803	135 397	1	85	1 531	4	159	27 092	—	—	—	1.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.
2 213	2 785	10 392	1 594 018	322	40 130	2 276 442	95	6 530	647 011	86	100	314	16	4 852	126 794	1	43	8 297	5.
9	60	3 045	389 543	993	81 489	5 852 788	60	2 009	392 581	—	—	—	—	—	—	12	264	81 183	6.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.
—	—	114	8 457	66	9 091	560 947	1	1	1	2	2	5	—	—	—	1	30	5 194	8.
3	15	52	4 651	38	8 297	1 288 024	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9.
—	—	21	1 540	3	370	61 757	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
—	—	—	—	18	18	37	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11.
—	—	30	2 448	70	621	71 155	10	12	16	8	8	11	—	—	—	—	—	—	12.
24 733	65 788	2 881	377 451	44	5 904	311 062	23	962	224 072	10	69	10 099	—	—	—	5	251	56 555	13.
—	—	1 304	59 851	35	12 114	352 234	1	5	2 441	1	1	1	1	40	5 125	—	—	—	14.
—	—	104	3 035	—	—	—	1	7	2 740	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15.
4 300	2 520	11 504	638 650	116	7 240	770 064	29	777	162 299	—	—	—	3	769	107 404	—	—	—	16.
4	9	—	—	23	23	57	1	1	3	2	2	2	—	—	—	—	—	—	17.
4	639	1 228	163 669	91	2 569	125 146	137	2 767	170 772	—	—	—	1	6	400	—	—	—	18.
—	—	29	4 301	16	792	30 574	34	973	71 332	—	—	—	5	423	13 057	—	—	—	19.
—	—	74	11 113	2	9	893	3	15	418	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20.
—	—	—	—	20	928	34 081	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21.
—	—	89	14 905	77	13 352	622 758	200	12 666	2 342 676	2	2	3	1	804	30 200	7	151	38 618	22.
—	—	—	—	1	5	250	3	4	1 319	—	—	—	5	923	9 329	—	—	—	23.
—	—	85	14 921	28	37	434	12	2 706	77 412	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25.
—	—	302	49 364	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	27.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28.
—	—	—	—	51	4 174	167 128	5	6	381	5	19	25	1	190	9 092	—	—	—	29.
—	—	—	—	13	4 186	398 024	3	160	25 233	—	—	—	1	60	10 000	—	—	—	30.
2 895	35 319	—	—	93	28 194	1 020 867	1	40	1 000	—	—	—	2	150	3 000	1	10	260	31.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	32.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	33.
186	43 052	12	2 441	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	34.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	35.
—	—	1	253	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	36.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	37.
77	48	56	508	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	38.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	39.
3 562	5 235	2 486	525 255	253	478 422	2 308 765	5	260	17 734	4	453	10 782	2	665	38 370	—	—	—	40.
—	—	54	12 044	34	4 463	177 649	—	—	—	1	100	2 436	—	—	—	—	—	—	41.
—	—	2 028	315 724	62	13 731	438 874	53	2 332	372 130	4	1 898	27 605	3	800	18 998	—	—	—	42.
—	—	5 159	1 034 909	75	15 356	622 141	7	556	92 722	4	557	16 570	—	—	—	—	—	—	43.
—	—	15	3 209	74	15 070	1 010 585	26	3 024	604 071	—	—	—	—	—	—	—	—	—	44.
—	—	88	23 881	22	4 135	185 726	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	45.
—	—	237	25 520	76	12 885	791 524	91	5 559	990 566	3	3	62	2	86	1 020	—	—	—	46.
26	211	577	120 242	212	50 288	2 539 630	103	9 548	1 527 889	—	—	—	—	—	—	2	498	105 974	47.
2 760	27 804	465	100 893	237	39 123	2 598 543	4	961	29 543	—	—	—	—	—	—	—	—	—	48.
—	—	—	—	27	2 432	239 150	55	4 293	725 282	—	—	—	1	30	435	4	165	29 003	49.
745	32 349	97	24 320	449	93 119	4 478 713	57	6 887	486 822	8	660	13 265	2	400	4 350	1	29	708	50.
—	—	—	—	178	62 714	2 251 813	157	24 104	3 729 489	29	16 366	241 422	22	5 737	196 903	—	—	—	51.
—	—	—	—	14	537	90 713	44	2 171	400 100	—	—	—	8	2 074	222 508	—	—	—	52.
7 058	1 452 524	8 250	1 768 799	343	76 956	3 225 739	131	8 486	1 166 527	54	17 429	319 381	9	1 704	55 527	—	—	—	53.
—	—	57	11 311	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	54.
—	—	169	22 797	81	15 455	593 622	19	1 995	72 903	40	19 159	347 167	—	—	—	—	—	—	55.
—	—	4	1 032	6	451	16 066	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	56.
33	7 908	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	57.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	58.
8 771	36 257	1 165	237 969	3	51	1 042	—	—	—	1	200	5 046	—	—	—	—	—	—	59.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	60.
57 725	1 732 304	52 177	7 569 495	4 475	1 148 938	37 157 236	1 403	101 620	14 472 882	265	57 113	995 727	89	19 872	879 604	34	1 441	325 792	Zus.

Noch: 1. Nach Unter-

Untersuchungsstellen	Eingeführt und zur Unter-													
	Frisches Fleisch						Zubereitetes Fleisch							
	Rindfleisch einschl. Kalbfleisch		Schweinefleisch		Sonstiges Fleisch		Rindfleisch einschl. Kalbfleisch		Schweineschinken		Speck		Sonstiges Schweinefleisch	
	Tierkörper	Gewicht kg	Tierkörper	Gewicht kg	Tierkörper	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
B. Außerordentliche Untersuchungsstellen.														
1. Elbing	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24	6 284	—	—
2. Potsdam	—	—	80	2 747	—	—	—	—	—	—	—	—	127	9 306
3. Liegnitz	—	—	286	38 055	—	—	1	1	37	142	166	402	11	17
4. Gleiwitz	—	—	144	9 395	—	—	—	—	2	8	9	20	182	4 828
5. Hindenburg O.S.	—	—	196	22 005	—	—	—	—	—	—	—	—	344	9 469
6. Königshütte O.S.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29 202	216 613	4 001	63 076
7. Hannover	1 090	64 067	2 012	99 570	430	10 400	945	88 200	522	1 775	29 176	204 417	1 867	45 045
8. Nienburg (Weser)	—	—	—	—	—	—	15	37	29	121	94	375	2	6
9. Hameln	—	—	—	—	—	—	—	—	11	45	28	72	—	—
10. Harburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	452	12 586
11. Lüneburg	—	—	—	—	—	—	—	—	8	24	1	3	—	—
12. Wilhelmshaven	—	—	—	—	—	—	—	—	44	165	263	628	1	4
13. Cassel	—	—	921	63 619	—	—	—	34 733	—	—	44 896	303 824	27 503	383 772
14. Remscheid	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
15. Wiesbaden	—	—	—	3	—	5	—	—	90	387	—	—	135	331
16. Hamborn	205	9 352	1 098	85 820	—	—	—	—	—	—	2 272	11 321	—	—
17. Mörs	—	—	—	—	—	—	—	—	1	4	3	7	—	—
18. Oberhausen	—	—	—	—	—	—	—	—	84	191	321	375	33	46
Zusammen	**1 295**	**73 419**	**4 737**	**321 214**	**430**	**10 405**	**961**	**122 971**	**828**	**2 862**	**106 455**	**744 341**	**34 658**	**528 486**
Staat. (A. u. B. zusammen)	**114 725**	**7 739 744**	**137 692**	**7 422 426**	**20 960**	**637 110**	**211 456**	**1 183 575**	**203 963**	**1 103 755**	**2 907 949**	**21 311 618**	**2 363 660**	**23 491 020**
Hiervon ab die in Tab. 3 bezeichneten Mengen	—	—	—	—	—	—	161	21 000	—	—	—	—	—	—
Staat 1921	[1])114725 [2]) *371*	7 739 744 *12 252*	[3])137692 [4]) *1 362*	7 422 426 *8 987*	20 960 *3*	[5])637110 *758*	[6])211295 *148*	1 162 575 *414*	203 963 *144*	1 103 755 *693*	[7])2907949 *2 507*	21 311 618 *13 105*	[8]) 2 363 660 [9]) *15 181*	23 491 020 *38 778*
„ 1920	807 450 *184*	13 881 657 *16 343*	764 890 *12*	2 627 067 *384*	3 600 —	102 812 —	6 568 647 *31 818*	10876236 *33 675*	670 011 *2 480*	4 879 649 *16 292*	5 574 570 *12 964*	53 463 671 *67 242*	3 757 719 *9 038*	28 013 820 *73 522*
1921 gegen 1920 mehr	—	—	—	4 795 359	17 360	534 298	—	—	—	—	—	—	—	—
1921 gegen 1920 weniger	692 725	6 141 913	627 198	—	—	—	6 357 352	9 713 661	466 048	3 775 894	2 666 621	32 152 053	1 394 059	4 522 800
oder in Hundertteil. mehr	—	—	—	182,54	482,22	519,68	—	—	—	—	—	—	—	—
oder in Hundertteil. weniger	85,79	44,24	82,00	—	—	—	96,78	89,31	69,56	77,38	47,84	60,14	37,10	16,14

*) Die Zeilen mit gewöhnlichen Zahlen betreffen das eingeführte und zur Untersuchung gestellte Fleisch, die mit schrägen Zahlen das davon beanstandete Fleisch. — 515 Kisten und Säcke = 15 955 kg (Spalten 2 und 3). — [2]) darunter *251* Fleischstücke = *776* kg, Lungen = *40* kg (Spalten 2 und 3). — [3]) darunter 3 148 halbe Tier- Körbe = 7 285 kg sowie 200 Lebern (Spalten 4 und 5). — [4]) *1 277* Fleischstücke und Lungen = *1 624* kg (Spalten 4 und 5). — [5]) darunter frische Köpfe, Lebern und 24 Packstücke = 6 284 kg (Spalten 12 und 13). — [8]) darunter 10 397 halbe Tierkörper = 579 791 kg, 1 033 Packstücke und Fässer = 151 203 kg (Spalten 14 und 15). — [9]) darunter

Zollinland eingeführten Fleische für das Jahr 1921.

suchungsstellen *)

suchung gestellt sind:

Sonstiges Fleisch		Därme		Zubereitete Fette: Schweineschmalz			Rindertalg, Premier jus, Oleomargarin			Margarine			Kunstspeisefette			Sonstiges Fett warmblütiger Tiere			Wiederholung der Spalte 1
Fleisch-stücke	Ge-wicht kg	Pack-stücke	Ge-wicht kg	Sen-dun-gen	Pack-stücke	Ge-wicht kg	Sen-dun-gen	Pack-stücke	Ge-wicht kg	Sen-dun-gen	Pack-stücke	Ge-wicht kg	Sen-dun-gen	Pack-stücke	Ge-wicht kg	Sen-dun-gen	Packstücke	Ge-wicht kg	
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	
—	—	8	273	30	4 152	242 100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.
—	—	—	—	1	60	9 912	—	—	—	2	3 800	105 000	—	—	—	—	—	—	2.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21	48	87	—	—	—	3.
—	—	1	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6.
—	—	—	—	9	2 490	120 805	1	1 340	26 800	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11.
1	1	—	—	17	17	69	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.
—	—	1	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14.
—	—	—	—	9	2 419	96 851	3	1 367	64 213	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18.
1	**1**	**10**	**313**	**66**	**9 138**	**469 737**	**4**	**2 707**	**91 013**	**2**	**3 800**	**105 000**	**21**	**48**	**87**	—	—	—	
57 726	**1 732 305**	**52 187**	**7 569 808**	**4 541**	**1 158 076**	**37 626 973**	**1 407**	**104 327**	**14 563 895**	**267**	**60 913**	**1 100 727**	**110**	**19 920**	**879 691**	**34**	**1 441**	**325 792**	
11	2 000	—	—	—	—	—	1	27	5 210	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
[10] **57 715** *140*	**1 730 305** *16 971*	**52 187** —	**7 569 808** —	**4 541** *78*	**1 158 076** *5 070*	**37 626 973** *522 737*	**1 406** *26*	**104 300** *1 043*	**14 558 685** *162 971*	**267** *1*	**60 913** *1 000*	**1 100 727** *10 000*	**110** *8*	**19 920** *3 365*	**879 691** *346 095*	**34** *2*	**1 441** *61*	**325 792** *10 113*	St.
80 045 *541*	5 765 164 *6 011*	47 133 *13*	8 909 451 *1 018*	12 584 *33*	637 117 *5 637*	55 084 026 *285 776*	1 230 *15*	79 414 *991*	10 899 206 *192 569*	4 377 *25*	1 095 384 *16 963*	21 777 312 *369 609*	1 143 *6*	52 128 *1 567*	2 536 676 *31 501*	34 —	1 096 —	266 999 —	
— 22 330	— 4 034 859	5 054 —	— 1 339 643	— 8 043	520 959 —	— 17 457 053	176 —	24 886 —	3 659 479 —	— 4 110	— 1 034 471	— 20 676 585	— 1 033	— 32 208	— 1 656 985	— —	345 —	58 793 —	
— 27,90	— 69,99	10,72 —	— 15,04	— 63,91	81,77 —	— 31,69	14,31 —	31,34 —	33,58 —	— 93,90	— 94,44	— 94,95	— 90,38	— 61,79	— 65,32	— —	31,48 —	22,02 —	

[?]) darunter 690 halbe Tierkörper = 51 680 kg, 13 011 Fleischviertel = 771 435 kg, 62 691 Fleischstücke = 88 101 kg, 1 500 Lebern = 9 000 kg, frische Eingeweide = 19 738 kg, [...]körper = 109 359 kg, 25 311 Fleischstücke = 141 726 kg, Schweinsköpfe und Innereien = 12 498 kg, frische Eingeweide = 5 930 kg, Gefrierinnereien = 2 956 kg, 57 Packstücke und [L]ungen = 214 462 kg (Spalte 7). — [6]) darunter Kleinfleisch = 2 944 kg, Innereien = 34 733 kg, 1 022 Fässer = 102 390 kg (Spalten 8 und 9). — [7]) darunter Fleischstücke = 47 735 kg, [...] halbe Tierkörper = 236 kg (Spalten 14 und 15). — [10]) darunter 46 Fässer Lebern = 8 081 kg, 186 Packstücke = 43 052 kg, 300 Kisten corned Beef = 11 700 kg (Spalten 16 u. 17).

Herkunftsländer	Eingeführt und zur Unter-													
	Frisches Fleisch						Zubereitetes Fleisch							
	Rindfleisch einschl. Kalbfleisch		Schweinefleisch		Sonstiges Fleisch		Rindfleisch einschl. Kalbfleisch		Schweineschinken		Speck		Sonstiges Schweinefleisch	
	Tierkörper	Gewicht kg	Tierkörper	Gewicht kg	Tierkörper	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1. Aus Zollausschlüssen	3 170	793 026	22 023	78 010	19 502	363 043	—	—	37	158	137	6 499	557	12 75[illegible]
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2. Freistaat Danzig	—	—	4	7	12	2 496	18	46	38	126	5 2[illegible]	32 678	185	32[illegible]
	—	—	—	—	*2*	*608*	—	—	—	—	—	—	—	—
3. Memelgebiet	390	133 983	4 835	193 723	137	25 977	54	122	1 444	11 860	1 823	13 013	2 015	7 010
	1	*5*	—	—	*1*	*150*	—	—	*1*	*7*	—	—	—	—
4. Belgien	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	6	6	713	2 157
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5. Dänemark	378	78 843	874	43 680	1	249	11 476	69 073	248	1 796	248	751	269 900	693 424
	—	*40*	*2*	*284*	—	—	—	—	—	—	—	—	*9 629*	*7 274*
6. Frankreich	—	—	—	3	—	5	—	—	4	15	3 786	22 771	31	28
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7. Großbrit. und Irland	224	15 058	641	12 708	—	—	148	13 193	46	214	31	42	21 356	45 386
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8. Luxemburg	—	—	—	—	—	—	—	—	7	29	20	21	16	2[illegible]
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
9. Niederlande	9 119	374 941	37 635	2 006 415	14	214 723	24 187	256 406	6 737	40 372	31 239	271 481	202 781	983 84[illegible]
	85	*2 436*	*1 087*	*1 096*	—	—	—	—	*44*	*151*	*19*	*234*	*2 358*	*12 510*
10. Norwegen	—	—	1	15	—	—	20	113	36	132	51	62	3 143	5 392
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11. Deutsch-Österreich	900	8 611	463	36 549	—	—	3	14	2	9	300	9 876	9	9
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12. Ungarn	87	11 555	1 224	46 502	—	—	—	—	7	27	629	20 642	14	19
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
13. Jugoslavien	52	16 145	17 237	1 552 839	—	—	603	1 893	4 308	20 030	2 929	32 001	6 518	17 978
	—	—	*187*	*624*	—	—	—	—	*2*	*15*	—	—	*173*	*428*
14. Tschecho-Slowakei	41	7 750	234	17 207	—	—	—	—	13	50	1	1	11	12
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
15. Polen	—	—	434	13 168	—	—	—	—	5	54	678	11 348	12	151
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
16. Rußland	—	—	—	—	—	—	1	14	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
17. Lettland	—	—	—	—	—	—	34 306	12 262	111	752	—	—	67	290
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
18. Estland	—	—	4	200	—	—	69	1 995	84	647	5	25	76	1 447
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
19. Finnland	—	—	—	—	—	—	201	573	285	2 294	—	—	503	696
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
20. Litauen	92	18 043	165	14 174	18	310	350	1 715	1 797	9 904	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	*24*	*108*	—	—	—	—
21. Schweden	5 504	17 720	458	47 340	—	—	52 859	112 408	63	215	123	103	193 243	758 029
	—	—	*5*	*15*	—	—	*142*	*87*	—	—	—	—	*1 011*	*2 611*
22. Schweiz	13	3 547	—	—	—	—	8	291	19	49	206	1 104	74	108
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
23. Türkei	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
24. Montenegro	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
25. Afrika	—	—	—	—	—	—	2	4	4	10	16	16	14	18
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
26. Asien	—	—	1 247	92 189	—	—	—	—	2	12	7	28	20	1 004
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
27. Australien	—	—	—	—	366	7 280	—	—	5	31	2	10	2	14
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
28. Canada	—	—	—	—	—	—	—	—	3	9	293	1 753	1	4
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
29. Südamerika	26 119	1 675 948	4 012	231 504	—	—	47	852	339	1 281	1 963	17 394	3 352	27 361
	—	—	*1*	*91*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
30. Verein. Staaten von Amerika	68 6[illegible]	4 584 574	46 201	3 036 193	910	23 027	87 104	712 601	188 315	1 013 661	2 858 168	20 869 963	1 659 047	20 933 502
	285	*9 771*	*80*	*6 877*	—	—	*6*	*327*	*73*	*412*	*2 488*	*12 871*	*2 010*	*15 955*
31. Unbekannt	—	—	—	—	—	—	—	—	2	16	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

*) Vergl. die Anmerkung *) auf Seite 144.

Zollinland eingeführten Fleische für das Jahr 1921.
ländern*).

suchung gestellt sind:

Sonstiges Fleisch		Därme		Zubereitete Fette															Wiederholung der Spalte 1
				Schweineschmalz			Rindertalg, Premier jus, Oleomargarin			Margarine			Kunstspeisefette			Sonstiges Fett warmblütiger Tiere			
Fleisch-stücke	Ge-wicht kg	Pack-stücke	Ge-wicht kg	Sen-dun-gen	Pack-stücke	Ge-wicht kg	Sen-dun-gen	Pack-stücke	Ge-wicht kg	Sen-dun-gen	Pack-stücke	Ge-wicht kg	Sen-dun-gen	Pack-stücke	Ge-wicht kg	Sen-dun-gen	Packstücke	Ge-wicht kg	
16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	
—	—	30	2 506	34	4 144	241 362	11	101	16 043	—	—	—	1	707	102 000	—	—	—	1.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	*1*	*707*	*102 000*	—	—	—	
200	901	131	14 745	11	70	9 817	20	1 475	73 185	1	85	1 531	4	159	27 092	—	—	—	2.
2	*6*	—	—	—	—	—	*1*	*12*	*360*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
249	1 184	20	457	19	19	89	8	8	7	1	1	1	—	—	—	—	—	—	3.
—	—	—	—	*1*	*1*	*53*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
50	10 733	1 435	192 226	3	576	48 568	4	1 082	37 610	7	2 692	65 000	—	—	—	—	—	—	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
7 818	13 749	14 888	970 999	333	10 183	862 754	195	3 797	244 028	45	55	135	1	20	3 527	1	60	10 000	5.
—	—	—	—	*22*	*748*	*128 938*	*1*	*1*	*40*	—	—	—	*1*	*20*	*3 527*	*1*	*60*	*10 000*	
6	748	1 550	286 133	—	—	—	10	1 770	120 872	3	750	18 648	—	—	—	—	—	—	6.
—	—	—	—	—	—	—	*2*	*429*	*32 513*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	2 282	495 627	5	410	10 276	34	1 562	491 224	15	15	23	—	—	—	2	53	11 069	7.
—	—	—	—	—	—	—	*4*	*131*	*40 364*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	5	480	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
13 809	166 377	10 159	2 088 854	593	146 202	5 554 856	173	17 096	870 028	148	56 553	991 902	59	15 337	442 916	2	12	270	9.
71	*11 500*	—	—	*7*	*324*	*9 499*	*1*	*25*	*653*	*1*	*1 000*	*10 000*	*2*	*544*	*13 877*	—	—	—	
10 091	25 796	45	7 049	10	88	14 280	6	271	46 457	26	28	79	1	25	4 186	1	16	1 816	10.
—	—	—	—	—	—	—	*1*	*1*	*113*	—	—	—	*1*	*25*	*4 186*	*1*	*1*	*113*	
—	—	508	30 552	2	83	11 254	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	2 965	45 124	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	321	21 868	8	284	55 120	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13.
—	—	—	—	*1*	*3*	*300*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	157	14 533	1	35	5 695	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	1 040	105 581	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	10	127	—	—	—	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	154	17 496	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
5	44	132	20 747	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
4	16	34	4 784	2	21	973	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	193	29 215	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
6 505	10 949	4 230	599 158	15	162	14 839	23	458	77 943	12	14	58	1	37	1 218	—	—	—	21.
—	—	—	—	*3*	*74*	*6 165*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	478	33 478	24	24	53	—	—	—	—	—	—	5	5	3	—	—	—	22.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	55	8 525	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	1	100	6 930	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	2	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	233	46 395	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	165	26 470	—	—	—	26.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	27	1 663	542 538	—	—	—	—	—	—	12	398	122 540	27.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	14	745	33 105	1	60	11 512	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	1 508	314 341	32	5 793	523 927	177	16 239	2 754 336	—	—	—	—	—	—	4	138	29 288	29.
—	—	—	—	*21*	*2 724*	*321 987*	*1*	*1*	*180*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
18 989	1 501 808	9 622	2 218 800	3 433	989 136	30 233 074	716	58 694	9 268 631	9	720	23 350	36	3 405	262 279	12	764	150 809	30.
67	*5 465*	—	—	*23*	*1 196*	*55 795*	*15*	*443*	*88 748*	—	—	—	*3*	*2 069*	*222 505*	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	1	50	9 479	—	—	—	1	60	10 000	—	—	—	31.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	

Noch: Die Ergebnisse der Fleischbeschau bei dem in das Zollinland eingeführten Fleische für das Jahr 1921.

3. Nicht untersucht wurden:

Herkunftsländer	Frisches Fleisch			Zubereitetes Fleisch								Zubereitete Fette						
	Rindfleisch einschl. Kalbfleisch	Schweinefleisch	Sonstiges Fleisch	Rindfleisch einschl. Kalbfleisch		Schweineschinken	Speck	Sonstiges Schweinefleisch	Sonstiges Fleisch		Därme	Schweineschmalz	Rindertalg, Premier jus, Oleomargarin			Margarine	Kunstspeisefette	Sonstiges Fett warmblütiger Tiere
				Fleischstücke	Gewicht kg				Fleischstücke	Gewicht kg			Sendungen	Packstücke	Gewicht kg			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
Norwegen . . . . a	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	27	5 210	—	—	—
b	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Vereinigte Staaten von Amerika a	—	—	—	161	21 000	—	—	—	11	2 000	—	—	—	—	—	—	—	—
b	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Staat																		
a) nicht untersucht, weil freiwillig zurückgezogen	—	—	—	161	21 000	—	—	—	11	2 000	—	—	1	27	5 210	—	—	—
b) ohne weitere Untersuchung beanstandet wegen Verstoßes gegen die Verbote des § 5 Nr. 1 oder § 6 Abs. 1 der Ausführungsbestimmungen D zum Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetze	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen (a und b) . . .	—	—	—	**161**	**21 000**	—	—	—	**11**	**2 000**	—	—	**1**	**27**	**5 210**	—	—	—

4. Außerdem wurden beanstandet:

Herkunftsländer	Frisches Fleisch — Veränderte Teile von[1])				Zubereitetes Fleisch — Veränderte Teile von[2])								Zum Genuß ungeeignete Teile von Schweineherzschlägen	
	insgesamt Tierkörpern	Rindfleisch einschl Kalbfleisch kg	Schweinefleisch kg	sonstigem Fleisch kg	insgesamt Fleischstücken	Rindfleisch einschl. Kalbfleisch kg	Schweineschinken kg	Speck kg	sonstigem Schweinefleisch kg	sonstigem Fleisch kg	Därmen: Packstücke	Därmen: Gewicht kg	Stück	kg
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1. Dänemark	6	28	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2. Großbritannien und Irland . . .	—	—	—	—	186	—	—	—	23	—	—	—	—	—
3. Niederlande	202	1	132	—	29	80	—	—	—	—	—	—	3 569	177
4. Jugoslavien	6	—	28	—	145	—	102	—	—	—	—	—	—	—
5. Litauen	23	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6. Schweden	—	—	—	—	572	15	—	—	144	—	—	—	1 971	2 615
7. Vereinigte Staaten von Amerika	46	371	—	—	2 569	—	—	2 772	566	200	—	—	348	217
Staat . . .	**283**	**410**	**160**	—	**3 501**	**95**	**102**	**2 772**	**733**	**200**	—	—	**5 888**	**3 009**

[1]) Vergl. § 18 (1) I. C. der Ausführungsbestimmungen D zum Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetze. — [2]) desgl. § 19 (1) I. d.

5. Von den beanstandeten Mengen (Nachweisung 1 und 2) wurden nach der Raffinierung wieder freigegeben:

Herkunftsländer	Zubereitete Fette — Schweineschmalz			Zubereitete Fette — Kunstspeisefette		
	Sendungen	Packstücke	Gewicht kg	Sendungen	Packstücke	Gewicht kg
1	2	3	4	5	6	7
1. Aus Zollausschlüssen	—	—	—	1	707	56 000
2. Dänemark	20	733	103 426	—	—	—
3. Niederlande	2	10	900	—	—	—
4. Schweden	2	60	3 098	—	—	—
5. Südamerika	19	2 474	225 650	—	—	—
6. Vereinigte Staaten von Amerika . .	11	822	37 383	—	—	—
Staat . . .	54	4 099	370 457	1	707	56 000

Die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau in Preußen für das Jahr 1921

im Vergleich mit den Vorjahren, insbesondere das Vorkommen der Tuberkulose beim Rindvieh in Preußen sowie in den anderen Staaten des Deutschen Reichs vor und nach dem Krieg.

Von

Dr. M. Kupperberg, Berlin.

Inhaltsangabe.

Bei den vorliegenden Zahlenergebnissen der Schlachtvieh- und Fleischbeschau in Preußen für das Jahr 1921 (Seiten 153 bis 175) sind zum Zweck einer vergleichenden Beurteilung die gleichen Ergebnisse aus dem Jahre 1920 und dem letzten Friedensjahr 1913 herangezogen. Diese Gegenüberstellung läßt die Bewegung der Schlachtungsziffern verfolgen, bietet sonach eine Unterlage für die Feststellung des Maßes der Befriedigung des Fleisch- und Fettbedarfs der Bevölkerung aus inländischen Quellen vor und nach dem Kriege. In dieser Hinsicht sind die Schlachtungsergebnisse bereits verschiedentlich (Nr. 22 der Stat. Korr. des Jahres 1922, Nr. 3 der Stat. Korr. 1923 und S. 311 ff. der „Zeitschrift des Preuß. Statistischen Landesamts“) behandelt worden.

Die veterinärärztlichen Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau gestatten ferner, einen Einblick in den Gesundheitszustand des Viehstandes zu gewinnen und lassen das Maß der Verbreitung übertragbarer Krankheiten, insbesondere der für die Menschen ansteckungsfähigen Tuberkulose erkennen.

1. Der Umfang der Schlachtvieh- und Fleischbeschau sowie der Trichinenschau in Preußen.

Zur richtigen Beurteilung des Umfangs der Schlachtungen, auf den die vorliegenden Ergebnisse sich erstrecken, muß zunächst allgemein folgendes vorausgeschickt werden:

Der amtlichen Schlachtvieh- und Fleischbeschau im Sinne des Ausführungsgesetzes vom 28. Juni 1902 zum Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetz vom 3. Juni 1900 (R. G. Bl. S. 547 und Gesetzsammlg. S. 229), das den Schutz der Volksgesundheit bezweckt, sind vornehmlich gewerbliche Schlachtungen, d. h. Schlachtungen, von denen das Fleisch dem Markt zugeführt oder gewerbsmäßig in Anstalten verwendet wird, unterstellt. Was aber die Schlachtungen für den eigenen Haushalt der Viehbesitzer, die sogenannten Hausschlachtungen, betrifft, so ist die Schlachtvieh- und Fleischbeschau im Wege der Polizeiverordnung in Preußen mit Ausnahme der Regierungsbezirke Stade und Aurich für Hausschlachtungen von Rindvieh nur im Alter über 3 Monate vorgeschrieben. Im Regierungsbezirk Osnabrück ist sie darüber hinaus auf Schafe und Ziegen und in den Regierungsbezirken Cassel und Wiesbaden auch auf Schweine und Pferde und schließlich in Oppeln noch auf Ziegen und Schafe ausgedehnt. In einer verhältnismäßig geringen Anzahl Gemeinden besteht schließlich für sämtliche Schlachtungen der Schlachthauszwang, der den Beschauzwang in sich schließt. Von den 262 Städten Preußens mit einer Bevölkerung von 10 000 und mehr Einwohnern sind es 209 Städte, und von den 848 Stadtgemeinden mit einer Bevölkerung von unter 10 000 Einwohnern sind es 175 Städte, also im ganzen 384 Gemeinden mit Schlachthauszwang, in denen außer den gewerblichen auch die Schlachtungen für den Selbstbedarf der Viehhalter der Schlachtvieh- und Fleischbeschau unterworfen sind.

Die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau erstrecken sich demnach in der Hauptsache auf die gewerblichen Schlachtungen und umfassen einen verhältnismäßig kleinen Teil der Hausschlachtungen.

Viel ausgedehnter hingegen nur bezüglich der Hausschlachtungen von Schweinen ist die Trichinenschau. Die amtliche Trichinenschau wird im Sinne des oben angeführten Gesetzes gelegentlich der Schlachtvieh- und Fleischbeschau bei sämtlichen Schweineschlachtungen für gewerbliche Zwecke wie bei denjenigen Schweineschlachtungen für den Selbstbedarf der Viehhalter ausgeübt, die an Orten mit Schlachthauszwang in Schlachthäusern stattfinden müssen. In Preußen ist darüber hinaus die Trichinenschau allein in den meisten Regierungsbezirken, und zwar mit Ausnahme von sechs Bezirken (Sigmaringen, Trier, Münster, Aurich, Köslin, Allenstein), 8 Kreisen des Regierungsbezirks Gumbinnen und 9 Kreisen des Bezirks Königsberg, durch Polizeiverordnungen auch für Hausschlachtungen von Schweinen, die sonst dem Schlachtvieh- und Fleischbeschauzwang nicht unterliegen, eingeführt.

Die Trichinenschau in Preußen, die teils in Verbindung mit der Schlachtvieh- und Fleischbeschau im Sinne des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes vom 3. Juni 1900 bei gewerblichen Schweineschlachtungen sowie bei Hausschlachtungen an Orten mit Schlachthauszwang und teils allein gemäß den Polizeiverordnungen bei einem großen Teil der übrigen Hausschlachtungen ausgeübt wird, ist also in bezug auf Schweineschlachtungen umfassender als die Schlachtvieh- und Fleischbeschau. Daher weisen die Ergebnisse der Trichinenschau in Preußen, die vierteljährlich veröffentlicht werden, für den ganzen Staat stets auch eine größere Anzahl auf Trichinen untersuchter Schweine nach als die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau. Für einzelne Regierungsbezirke sind aller-

dings die Schweinezahlen beider Ergebnisse in der Regel einander gleich. Das sind die Bezirke Oppeln, Cassel und Wiesbaden, in denen für Hausschlachtungen von Schweinen sowohl der Schlachtvieh- und Fleichbeschau- wie der Trichinenschauzwang besteht und in denen also die Schweineschlachtungen, sei es für gewerbliche Zwecke, sei es für den Selbstbedarf der Viehhalter, schon bei der Schlachtvieh- und Fleischbeschau der Trichinenschau unterzogen werden. Beide Beschauergebnisse müssen daher in diesen 3 Bezirken die gleiche Zahl Schweine umfassen. Aus dem entgegengesetzten Grunde decken sich ferner beide Ergebnisse in der Regel auch für die Bezirke Allenstein, Köslin, Aurich, Münster und Trier, da in diesen Bezirken mit Ausnahme einzelner Gemeinden der Trichinenschauzwang für Hausschlachtungen von Schweinen nicht besteht. In den übrigen Regierungsbezirken hingegen, in denen für Hauschlachtungen von Schweinen nur die Trichinenschau vorgeschrieben ist, ist die Gesamtzahl der auf Trichinen untersuchten Schweine nach den Ergebnissen der Trichinenschau größer als die in den Ergebnissen der Schlachtvieh- und Fleischbeschau nachgewiesene Schweinezahl; denn die Trichinenschauzahl umfaßt sowohl die Schweineschlachtungen, die gelegentlich der Schlachtvieh- und Fleischbeschau der Trichinenschau unterworfen waren, wie auch die Hausschlachtungen, bei denen nur die Trichinenschau, ausgeübt wurde. So erklärt es sich aus dem größeren örtlichen Umfang der Trichinenschau in Preußen, daß die vierteljährlichen Ergebnisse der Trichinenschau für den ganzen Staat wesentlich größere Schweinezahlen aufweisen als die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau.

2. Die Schlachtungen und die Fleischversorgung der Bevölkerung in den Jahren 1921, 1920 und 1913.

Da unter sämtlichen Viehschlachtungen die Schweineschlachtungen die Hauptmenge darstellen und für den Fleisch- und Fettbedarf der Bevölkerung die Hauptquelle bilden, in den Ergebnissen der Schlachtvieh- und Fleischbeschau aber, wie oben gezeigt, nicht erschöpfend zum Ausdruck kommen, so sind die aus den Vierteljahrsergebnissen der Trichinenschau gewonnenen Jahreszahlen der Schweineschlachtungen, die außer gewerblichen viele, wenn auch nicht alle Hausschlachtungen umfassen, zur Ergänzung der vorliegenden Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau herangezogen worden.

Die Ergebnisse für die Jahre 1921, 1920 und für das letzte Friedensjahr 1913 sind untereinander in Beziehung gebracht worden. Diese vergleichende Gegenüberstellung läßt, vom ernährungswirtschaftlichen und vom veterinärärztlichen Standpunkte aus beurteilt, folgendes über die nachkriegs- und vorkriegszeitlichen Verhältnisse erkennen:

Aus der Gegenüberstellung der Ergebnisse in bezug auf die Zahl der geschlachteten Tiere ersieht man zunächst, daß die Schlachtungen im Jahre 1921 im Vergleich mit 1920 ganz erheblich zugenommen haben. Die Mehrschlachtungen beliefen sich 1921 auf 1½ Million Stück Rindvieh (3,3 Millionen gegen 1,8 Millionen in 1920), 2,6 Millionen Schweine (7,3 Millionen gegen 4,7 Millionen) und 934 000 Schafe (rund 1 352 000 gegen 418 000). Gleichzeitig haben sich die Schlachtungen von Pferden, Hunden und insbesondere von Ziegen, deren Fleisch in den vorangegangenen Notjahren in breiten Schichten des Volkes genossen wurde, vermindert.

Das Ansteigen der Zahl der wichtigsten Viehschlachtungen im Jahre 1921 könnte zu der Meinung verleiten, als ob bereits in diesem Jahr die Fleisch- und Fettversorgung der Bevölkerung ein befriedigendes Maß erreicht hätte. Das ist aber nicht der Fall. Daß 1921 die Schlachtungen einen größeren Umfang angenommen haben, beruht lediglich darauf, daß in diesem Jahr bereits der freie Vieh- und Fleischhandel bestanden hat, während 1920, und zwar bis zum 1. Oktober, also in den ersten 9 Monaten 1920, die Schlachtungen und der Fleischverbrauch noch von der öffentlichen Hand durch das System der Zwangswirtschaft, das in den Kriegsjahren eingeführt wurde, geregelt waren. Die Fleisch- und Fettmenge, die nach dem staatlichen Verteilungsplan auf den Kopf der Bevölkerung entfiel, bewegte sich in den Jahren der öffentlichen Fleischversorgung in den Grenzen zwischen 200 und 250 *g* wöchentlich, wogegen die durchschnittliche wöchentliche Verbrauchsmenge im letzten Friedensjahr (1913) sich auf fast 1 000 *g* belief. Während der ganzen Dauer der staatlichen Viehumlagen und der öffentlichen Fleischversorgung bis zum 1. Oktober 1920 wurden allerdings viele Tiere, insbesondere Schweine und Schafe, geheim geschlachtet; diese sogenannten „Schwarzschlachtungen" entgingen aber der amtlichen Schlachtvieh- und Fleischbeschau und der statistischen Erfassung. Es war daher zu erwarten, daß nach Aufhebung der öffentlichen Fleischbewirtschaftung die Zahl der Schlachtungen ansteigen und in höherem Maße in den Ergebnissen der amtlichen Beschau zum Vorschein kommen würde.

Wie unzureichend aber die Deckung des Fleisch- und Fettbedarfs im Jahre 1921 trotz der Zunahme der Schlachtungen war, erkennt man, wenn man die Schlachtungsziffern und die Bevölkerungsgröße dieses Jahres denen des letzten Friedensjahres 1913 gegenüberstellt. Es zeigt sich hierbei, daß die Zahl der Schlachtungen, die 1921 3,3 Millionen Stück Rindvieh und 7,3 Millionen Schweine betragen hat, erheblich hinter den 3,8 Millionen Rindviehschlachtungen und den 12,6 Millionen Schweineschlachtungen des Jahres 1913 zurückgeblieben ist. Die Bevölkerung Preußens ist aber in diesen beiden Jahren nicht gleich geblieben, sondern sie hat sich von rund 37,5 Millionen im Jahre 1913 auf 39 Millionen Einwohner im Jahre 1921 vermehrt. Waren sonach 1921 500 000 Stück Rindvieh und 5 300 000 Schweine weniger geschlachtet als im Jahre 1913, so mußte die Fleischversorgung 1921 um so ungenügender ausfallen, als die Bevölkerung in diesem Jahr 1,5 Millionen Personen mehr gezählt hat als 1913. Die rein ziffernmäßige Abnahme der Schlachtungszahl veranschaulicht aber noch nicht erschöpfend das ganze Maß des Fleisch- und Fettmangels. Denn man muß bei dem Vergleich noch beachten, daß die Schlachttiere des Jahres 1921, die aus dem unzureichend ernährten und abgemagerten Viehstand der Kriegsjahre stammten, ein wesentlich geringeres Gewicht aufwiesen als die im Jahre 1913 geschlachteten Tiere. Es muß weiterhin beachtet werden, daß in der Masse der Rindviehschlachtungen 1921 die Jungrinder und Kälber zahlreicher vertreten waren als im Jahr vor dem Krieg: unter je 100 Schlachttieren der Rindviehgattung waren 64 Stück Jungvieh im Jahr 1921, 1913 aber betrug der Anteil des Jungviehs nur 61 v. H.

In der „Statistischen Korrespondenz" vom 10. Juni 1922 und vom 18. Januar 1923 sind unter Beachtung der verschiedenen Schlachtgewichte und unter Berücksichtigung der ausländischen Einfuhr von Fleisch und Fett Ermittlungen über den Fleisch- und Fettverbrauch der gesamten Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung Preußens im besonderen für die Jahre 1921 und 1913 angestellt worden. Diese Berechnungen haben ergeben, daß der durchschnittliche Jahresverbrauch eines Einwohners ganz Preußens, der im Jahre 1913 sich auf 49,36 *kg* Fleisch und Fett belaufen hat, auf 33,48 *kg* im Jahre 1921 gesunken ist.

Die Ermittlungen über den Fleisch- und Fettverbrauch der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung Preußens allein haben gezeigt, daß ihr im Jahre 1913 aus inländischen Schlachtungen 838 *t* Fleisch und Fett zur Verfügung gestanden hat, während diese Bevölkerungsschicht, die in der Folgezeit sich um 320 000 Personen vermehrt hat, im Jahre 1921 auf nur 454 *t*

angewiesen war. Einschließlich der Fleisch- und Fetteinfuhr aus dem Ausland betrug der durchschnittliche Prokopfverbrauch dieser Bevölkerungsschicht 30,79 *kg* im Jahre 1921 gegen 51,82 *kg* im Jahre 1913. In wöchentlichen Mengen ausgedrückt, belief sich der Verbrauch eines Einwohners im Jahre 1913 auf durchschnittlich 2 Pfund, im Jahre 1921 aber auf nur 1,18 Pfund.

3. Das Vorkommen der Tuberkulose bei dem Schlachtvieh in Preußen und in den übrigen Staaten des Deutschen Reichs.

Zeigen die Schlachtungszahlen und die vorstehenden Berechnungen, daß die Fleischversorgung der Bevölkerung überhaupt und ihrer nichtlandwirtschaftlichen Kreise im besonderen nicht nur in den Kriegsjahren, sondern auch noch im Jahre 1921 im Vergleich mit den Verhältnissen vor dem Krieg sehr unzureichend war, so lassen die veterinärärztlichen Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau erkennen, daß der Gesundheitszustand der Schlachttiere sich gegen früher gebessert hat. Das Vorkommen der Tuberkulose namentlich beim Rindvieh hat an Häufigkeit nachgelassen. Innerhalb des Schlachtviehs sind bei der amtlichen Beschau in den Jahren 1921 und 1920 im Vergleich mit 1913 für ganz Preußen folgende Zahlen tuberkulöser Tiere festgestellt worden:

Im Jahre	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungvieh	Kälber
1913 rund	68 400	55 700	303 200	37 000	7 800
1920 „	24 000	15 800	138 000	24 600	2 400
1921 „	37 700	24 200	197 100	31 700	4 500

Im Jahre	Schweine	Schafe	Ziegen	Pferde
1913 rund	244 000	1 500	900	200
1920 „	33 200	700	1 000	100
1921 „	77 200	1 600	1 000	160.

Tuberkulosefälle beim Schlachtvieh in den einzelnen Provinzen Preußens in den Jahren 1913, 1920 und 1921.

A. Zahl der Schlachttiere, an denen die Beschau vorgenommen wurde.
B. Zahl der mit Tuberkulose behafteten Tiere.
C. Prozentzahl der tuberkulösen Tiere.

(Tab. a) Provinzen		1913					1920					1921				
		Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt
1		2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1. Ostpreußen	A	4 970	10 008	36 687	24 301	94 108	8 038	15 295	28 398	24 498	37 509	5 718	10 099	30 688	23 398	79 059
	B	677	925	9 240	1 033	194	379	594	6 177	885	86	347	446	6 434	779	121
	C	*13,62*	*9,24*	*25,19*	*4,25*	*0,21*	*4,72*	*3,88*	*21,75*	*3,61*	*0,23*	*6,07*	*4,42*	*20,97*	*3,33*	*0,15*
2. Brandenburg	A	5 976	36 245	59 298	29 353	169 402	5 557	14 513	35 201	30 021	48 644	6 967	20 616	51 418	36 395	138 145
	B	1 231	3 338	16 607	1 884	402	1 500	1 021	9 327	1 678	203	1 589	1 638	12 306	1 896	264
	C	*20,60*	*9,21*	*28,01*	*6,42*	*0,24*	*26,99*	*7,04*	*26,50*	*5,59*	*0,42*	*22,81*	*7,95*	*23,93*	*5,21*	*0,19*
3. Stadt Berlin	A	75 631	43 587	52 862	28 688	173 454	9 134	14 666	42 367	24 077	40 249	37 132	23 679	79 119	57 871	162 308
	B	24 798	11 800	26 165	3 693	1 313	2 441	2 607	17 380	2 439	282	7 881	4 592	26 863	4 766	689
	C	*32,79*	*27,07*	*49,50*	*12,87*	*0,76*	*26,72*	*17,78*	*41,02*	*10,13*	*0,70*	*21,22*	*19,39*	*33,95*	*8,24*	*0,42*
4. Pommern	A	1 536	18 696	34 456	10 095	97 718	1 381	9 285	20 999	12 105	37 138	1 422	10 537	25 768	12 936	73 420
	B	519	3 665	12 273	1 279	524	592	1 237	6 317	928	234	474	1 629	7 518	1 028	252
	C	*33,79*	*19,60*	*35,62*	*12,67*	*0,54*	*42,87*	*13,32*	*30,08*	*7,67*	*0,63*	*33,33*	*15,46*	*29,18*	*7,95*	*0,34*
5. Grenzmark Pos.-Westpr.	A	296	1 906	4 815	3 543	16 647	284	993	3 256	4 354	6 653	221	1 128	3 832	3 858	13 639
	B	117	208	1 237	252	23	97	88	701	150	11	65	90	771	116	26
	C	*39,53*	*10,91*	*25,69*	*7,11*	*0,14*	*34,15*	*8,86*	*21,53*	*3,45*	*0,17*	*29,41*	*7,98*	*20,12*	*3,01*	*0,19*
6. Niederschles.	A	8 808	45 154	61 855	32 490	257 262	10 393	24 512	39 912	28 644	81 446	12 653	34 390	51 376	38 267	188 883
	B	2 707	8 735	22 452	3 491	1 080	2 612	2 593	12 322	2 422	453	2 658	3 472	15 844	2 901	613
	C	*30,73*	*19,34*	*36,30*	*10,74*	*0,42*	*25,13*	*10,58*	*30,87*	*8,46*	*0,56*	*21,01*	*10,10*	*30,81*	*7,58*	*0,32*
7. Oberschlesien	A	4 674	16 630	58 516	35 491	110 135	6 647	9 796	27 782	22 084	24 539	13 371	15 825	55 375	31 097	82 258
	B	1 635	2 348	18 178	1 842	252	1 522	927	6 348	1 283	76	2 405	1 541	10 147	1 526	108
	C	*34,98*	*14,12*	*31,07*	*5,19*	*0,23*	*22,90*	*9,46*	*22,85*	*5,81*	*0,31*	*17,99*	*9,74*	*18,32*	*4,91*	*0,13*
8. Sachsen	A	10 147	31 018	67 956	29 793	128 876	11 583	10 100	39 320	24 493	34 511	11 586	17 549	50 445	33 081	106 788
	B	2 963	7 623	24 189	3 959	686	4 673	1 593	14 245	2 844	231	4 241	3 075	16 524	3 384	515
	C	*29,20*	*24,58*	*35,60*	*13,29*	*0,53*	*40,34*	*15,77*	*36,23*	*11,61*	*0,67*	*36,60*	*17,52*	*32,76*	*10,23*	*0,48*
9. Schleswig-Holstein	A	15 676	9 000	43 488	25 959	73 491	10 727	5 062	30 452	28 072	21 425	8 207	5 285	33 601	29 366	57 090
	B	3 211	2 324	19 123	5 693	942	1 879	748	10 482	3 292	186	1 225	900	11 725	3 291	402
	C	*20,48*	*25,82*	*43,97*	*21,93*	*1,28*	*17,52*	*14,78*	*34,42*	*11,73*	*0,87*	*14,93*	*17,03*	*34,89*	*11,21*	*0,70*
10. Hannover	A	16 317	27 026	51 118	24 368	111 682	10 241	20 508	28 988	33 454	52 624	11 142	14 886	33 743	23 564	94 944
	B	2 705	4 394	11 082	2 413	377	801	843	7 281	1 611	137	1 089	1 598	6 535	1 567	200
	C	*16,58*	*16,26*	*21,68*	*9,90*	*0,34*	*7,82*	*4,11*	*25,12*	*4,82*	*0,26*	*9,77*	*10,73*	*19,37*	*6,65*	*0,21*
11. Westfalen	A	10 686	23 024	155 288	26 864	173 059	9 327	23 357	54 273	40 510	77 539	15 550	23 584	97 292	38 161	152 353
	B	1 641	1 986	44 507	1 171	186	1 234	944	10 808	1 366	82	2 365	1 167	19 257	1 350	94
	C	*15,36*	*8,63*	*28,66*	*4,36*	*0,11*	*13,23*	*4,04*	*19,91*	*3,37*	*0,11*	*15,21*	*4,95*	*19,79*	*3,54*	*0,06*
12. Hessen-Nassau	A	30 909	7 420	64 063	44 810	174 281	7 634	4 556	34 249	29 597	60 654	18 555	7 965	57 931	48 336	143 711
	B	7 968	1 874	22 863	4 695	653	813	416	8 904	1 657	158	2 160	830	14 869	3 113	436
	C	*25,78*	*25,26*	*35,69*	*10,48*	*0,37*	*10,65*	*9,13*	*26,00*	*5,60*	*0,26*	*11,64*	*10,42*	*25,67*	*6,44*	*0,30*
13. Rheinprovinz	A	62 457	34 451	228 833	60 773	320 703	32 490	26 247	113 166	56 671	82 421	65 303	35 805	192 281	84 314	334 260
	B	18 244	6 458	74 927	5 541	1 131	5 461	2 169	27 455	3 958	271	11 237	3 181	48 105	5 897	756
	C	*29,21*	*18,75*	*32,74*	*9,12*	*0,35*	*16,81*	*8,26*	*24,26*	*6,98*	*0,33*	*17,21*	*8,88*	*25,02*	*6,99*	*0,23*
14. Hohenzoll. Lande	A	370	145	1 272	1 755	3 336	289	270	996	743	1 174	284	172	879	1 273	2 464
	B	27	12	334	80	18	10	15	268	43	9	5	9	190	48	13
	C	*7,30*	*8,28*	*26,26*	*4,56*	*0,54*	*3,46*	*5,56*	*26,91*	*5,79*	*0,77*	*1,76*	*5,23*	*21,62*	*3,77*	*0,53*
Staat zusammen	A	**248 453**	**304 310**	**920 507**	**378 283**	**1 904 154**	**123 725**	**179 160**	**499 359**	**359 323**	**606 526**	**208 111**	**221 520**	**763 748**	**461 917**	**1 629 322**
	B	**68 443**	**55 690**	**303 177**	**37 026**	**7 781**	**24 014**	**15 795**	**138 015**	**24 556**	**2 419**	**37 741**	**24 168**	**197 088**	**31 662**	**4 489**
	C	**27,55**	**18,30**	**32,91**	**9,79**	**0,41**	**19,41**	**8,82**	**27,64**	**6,83**	**0,40**	**18,14**	**10,91**	**25,81**	**6,85**	**0,28**

Setzt man diese Fälle in Beziehung zur Gesamtzahl der Schlachttiere, um das Maß der Verbreitung der Tuberkulose ermitteln zu können, so findet man folgende Häufigkeit der Tuberkulosefälle in den Jahren vor und nach dem Krieg.

Von je 100 beschauter Schlachttiere waren tuberkulös:

Im Jahre	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungvieh	Kälber
1913	27,55	18,30	32,94	9,79	0,41
1920	19,41	8,82	27,64	6,83	0,40
1921	18,14	10,91	25,81	6,85	0,28.

Im Jahre	Schweine	Schafe	Ziegen	Pferde
1913	2,41	0,12	0,7	0,19
1920	1,83	0,17	0,4	0,11
1921	1,83	0,12	0,7	0,16.

Aus dieser Ermittlung geht deutlich hervor, daß die Zahl der tuberkulösen Tiere mit einziger Ausnahme der Schafe, bei denen die an sich geringen Ziffern (1,2 Tuberkulosefälle bei je 1 000 Tieren) in 1921 und 1913 gleich waren, wesentlich geringer geworden ist. Insbesondere das Großvieh und namentlich die Kühe, bei denen die Tuberkulose am meisten vorkommt, heben sich gegen die häufigen Tuberkulosefälle im Jahre 1913 recht günstig ab. Während 1913 rund 28 Ochsen, 18 Bullen und 33 Kühe unter je 100 dieser Schlachttiere mit Tuberkulose behaftet waren, waren es schon 1920 nur 19 Ochsen, 9 Bullen und 28 Kühe. 1921 ist die Zahl der tuberkulösen Bullen etwas gestiegen (auf 11 v. H.), war aber immer noch erheblich geringer als im Jahre 1913. Bei den Ochsen und Kühen dagegen hat sich die Häufigkeit der Tuberkulose noch weiter vermindert: die Krankheit kam 1921 nur bei 18 Ochsen und 26 Kühen unter je 100 Stück vor.

Auch beim Jungvieh, bei dem die Tuberkulose in der Regel weniger häufig auftritt sowie bei den Kälbern und den übrigen Schlachttieren, wo sie noch seltener vorkommt, hat sich die Zahl der Tuberkulosefälle zwischen 1913 und 1921 vermindert, und zwar beim Jungvieh von 9,8 auf 6,8, bei den Kälbern von 0,41 auf 0,28 und bei den Schweinen von 2,4 auf 1,8 v. H.

Dieser Rückgang der Tuberkulose bei den Schlachttieren der Rindviehgattung seit 1913 ist in sämtlichen Provinzen Preußens, sowohl in den mit verhältnismäßig geringer wie auch in den mit großer Verbreitung der Tuberkulose zu beobachten. Die vorstehende Tabelle a auf Seite 151 veranschaulicht den Wandel der Verhältnisse in den einzelnen Provinzen.

Im Jahre 1913 wies die Stadt Berlin, deren Schlachtviehmarkt ja von verschiedenen Viehgegenden beschickt wird, die höchste Zahl tuberkulöser Kühe auf, nämlich 49,5 v. H., also die Hälfte der Zahl der Schlachtkühe. Im Jahre 1920 sank diese Zahl auf 41 v. H. und 1921 auf 34 v. H. Beträchtlich über den Durchschnitt im ganzen Lande (18,3 v. H.) war hier 1913 auch die Zahl der tuberkulösen Bullen, und zwar 27,1 v. H., im Jahre 1921 dagegen belief sie sich auf nur 19,4 v. H. Nächst Berlin zeigte sich in Schleswig-Holstein offenbar infolge des Viehverkehrs mit Dänemark eine hohe Prozentzahl tuberkulöser Kühe (44 v. H.), die aber 1920 auf 34,4 und 1921 auf 34,9 v. H. zurückgegangen ist. An dritter Stelle wies Niederschlesien 1913 36,3 v. H., 1921 dagegen 30,8 v. H. mit Tuberkulose behafteter Kühe auf. Es folgten ferner mit höheren Zahlen als der Durchschnitt in ganz Preußen Hessen-Nassau mit 35,7, Pommern und Sachsen mit 35,6 v. H. tuberkulöser Kühe, die sich im Jahre 1921 auf 25,7 v. H. in Hessen-Nassau, 32,7 v. H. in Sachsen und 29,2 in Pommern vermindert haben.

Die übrigen Provinzen, und zwar allen voran Hannover und Ostpreußen, wiesen vor dem Krieg eine wesentlich niedrigere Prozentzahl tuberkulöser Kühe unter den Schlachtrindern auf als der Durchschnitt im ganzen Staat. In Hannover waren 1913 unter 100 Schlachtkühen 21,7 Kühe tuberkulös, bis 1921 haben sich diese Fälle auf 19,4 v. H. verringert. In Ostpreußen betrug die Zahl 1913 25,2 v. H., im Jahre 1921 dagegen 21 v. H. In der Grenzmark Posen-Westpreußen ist sie in diesen Jahren von 25,7 auf 20,1, in Sigmaringen von 26,3 auf 21,6, in Brandenburg von 28 auf 24, in Westfalen von 28,7 auf 19,8, in Oberschlesien von 31,1 auf 18,3 und in der Rheinprovinz von 32,7 auf 25 v. H. zurückgegangen.

Die Abnahme der Tuberkulosefälle beschränkt sich nicht allein auf die Kühe, sondern sie zeigt sich auch bei den Bullen, Ochsen, bei dem Jungvieh und den Kälbern. Wie aus der nachstehenden Tabelle b hervorgeht, hat sich die Häufigkeit der Tuberkulose im Zeitraum 1913 bis 1921 fast unausgesetzt von Jahr zu Jahr bei allen Rindvieharten vermindert. Die Abnahme zeigte sich schon merklich im Jahre 1915, nachdem die zahlreichen, durch den Heeresbedarf hervorgerufenen Schlachtungen eine starke Verringerung des Rindviehbestandes bewirkt hatten.

Tuberkulosefälle beim Schlachtvieh im Zeitraum 1913 bis 1921.

A. Zahl der Schlachttiere, an denen die Beschau vorgenommen wurde.
B. Zahl der mit Tuberkulose behafteten Tiere
C. Prozentzahl der tuberkulösen Tiere.

(Tab. b) Jahr		Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder	Kälber
1		2	3	4	5	6
1913	A	248 453	304 310	920 507	378 283	1 904 154
	B	68 443	55 690	303 177	37 026	7 781
	C	*27*,55	*18*,30	*32*,94	*9*,79	*0*,41
1914	A	245 725	349 274	912 167	387 836	1 831 742
	B	65 216	61 165	291 171	33 911	7 659
	C	*26*,54	*17*,51	*31*,92	*8*,74	*0*,42
1915	A	216 903	371 142	1 264 372	824 214	2 223 096
	B	47 110	53 002	334 516	48 781	6 888
	C	*21*,72	*14*,28	*26*,46	*5*,92	*0*,31
1916	A	186 375	239 171	789 770	403 725	1 246 014
	B	35 626	32 482	213 624	27 006	4 599
	C	*19*,12	*13*,58	*27*,05	*6*,69	*0*,37
1917	A	231 586	386 017	1 075 304	667 120	1 336 120
	B	35 606	44 589	279 784	38 746	4 478
	C	*15*,37	*11*,55	*26*,02	*5*,81	*0*,31
1918	A	225 002	371 998	992 593	1 073 247	859 025
	B	30 007	33 217	255 437	62 344	3 123
	C	*13*,34	*8*,93	*25*,73	*5*,81	*0*,36
1919	A	149 790	198 294	486 449	555 885	360 031
	B	26 799	16 288	145 749	39 420	2 327
	C	*17*,89	*8*,21	*29*,96	*7*,09	*0*,65
1920	A	123 725	179 160	499 359	359 323	606 526
	B	24 014	15 795	138 015	24 556	2 419
	C	*19*,41	*8*,82	*27*,64	*6*,83	0,40
1921	A	208 111	221 520	763 748	461 917	1 629 322
	B	37 741	24 168	197 088	31 662	4 489
	C	*18*,14	*10*,91	*25*,81	*6*,85	*0*,28.

Dieser Rückgang der Tuberkulose des Rindviehs in sämtlichen Provinzen des Landes läßt darauf schließen, daß seit 1913 in bezug auf diese Seuche eine Reinigung und Gesundung des Viehstandes eingetreten ist. Diese Reinigung, die sich in den Kriegsjahren und während der ganzen Dauer der feindlichen Verkehrssperre abgespielt hat, scheint u. a. einmal eine unwillkürliche Nebenfolge der Kriegsverhältnisse und der staatlich geregelten Kriegswirtschaft zu sein. Zur Zeit des Bestehens der staatlichen Viehumlagen sowie der Regelung der Schlachtungen und der Fleischversorgung und auch schon in den Jahren 1914 bis 1915, in denen die Schlachtungen sehr zahlreich waren,[1]) dürfte ein großer Teil des tuberkulös behafteten, mangelhaft ernährten und wenig nutzbringenden Großviehs abge-

[1]) Vergl. Dr. Kupperberg, Die Entwicklung der Viehwirtschaft unter dem Einfluß des Weltkrieges im Zeitraum 1913 bis 1918. Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts, Jahrg. 1920, S. 190 bis 192.



stoßen worden sein.[1]) Freilich ist nicht das ganze Fleisch, sondern nur der bei der amtlichen Beschau für tauglich befundene Teil in den Genuß der Menschen übergegangen. Mit der Abschlachtung dieser Träger der Tuberkulose mußte sich die Ansteckungsgefahr für das übrige Vieh und den Nachwuchs im Laufe der

[Fortsetzung des Textes auf Seite 178.]

[1]) In diesem Punkt begegnen sich die Ausführungen mit der von E. Scharr, Die Rindertuberkulose und ihre Bekämpfung, Heft 48 der Arbeiten der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg, vertretenen Ansicht.

1. Zahl der Schlachttiere, an denen die Beschau vorgenommen wurde.*)

(Übers. 1) Art der Schlachtungen bezw. Untersuchungen	Erhebungsjahr	Pferde und andere Einhufer	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen	Hunde
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1. Ordnungsmäßige Schlachtungen	1921	73 526	204 393	219 303	724 000	449 899	1 605 496	4 133 917	1 341 206	145 282	1 649
	1920	73 313	116 618	175 594	438 875	340 479	574 644	1 742 944	407 080	224 778	2 423
	1913	99 559	246 226	302 854	892 384	371 554	1 884 023	9 944 656	1 332 880	124 370	2 261
2. Schlachtungen, bei denen eine Beschau der Tiere im lebenden Zustande nicht stattgefunden hat	1921	22 917	3 718	2 217	39 748	12 018	23 826	77 062	10 832	2 962	—
	1920	26 703	7 107	3 566	60 484	18 844	31 882	73 494	10 791	5 639	—
	1913	4 872	2 227	1 456	28 123	6 729	20 131	56 977	4 560	977	—
3. Zusammen	1921	96 443	208 111	221 520	763 748	461 917	1 629 322	[1]) 4 210 979	1 352 038	148 244	1 649
	1920	100 016	123 725	179 160	499 359	359 323	606 526	[1]) 1 816 438	417 871	230 417	2 423
	1913	104 431	248 453	304 310	920 507	378 283	1 904 154	[1])10001633	1 337 440	125 347	2 261
1921 gegen 1920 mehr (+) oder weniger (—)		— 3 573	+ 84 386	+ 42 360	+264 389	+102 594	+1 022 796	+2 394 541	+934 167	— 82 173	— 774
1921 gegen 1920 in % mehr (+) oder weniger (—)		— 3,57	+ 68,20	+ 23,64	+ 52,95	+ 28,55	+ 168,63	+ 131,83	+ 223,55	— 35,66	—31,94
1921 gegen 1913 mehr (+) oder weniger (—)		— 7 988	— 40 342	— 82 790	—156 759	+ 83 634	— 274 832	—5 790 654	+ 14 598	+ 22 897	— 612
1921 gegen 1913 in % mehr (+) oder weniger (—)		— 7,65	— 16,24	— 27,21	— 17,03	+ 22,11	— 14,43	— 57,90	+ 1,09	+ 18,27	—27,07
4. Zahl der Schlachttiere nach Abzug der unter „2. Beanstandungen ganzer Tierkörper. I. Untauglich" nachgewiesenen Tiere	1921	93 752	207 663	221 380	757 944	460 925	1 626 746	4 207 095	1 351 127	148 010	1 646
	1920	96 947	122 972	179 013	492 376	357 930	603 735	1 814 405	416 899	229 034	2 400
	1913	103 100	247 845	304 009	911 347	376 753	1 896 524	9 990 257	1 336 323	125 045	2 255
1921 gegen 1920 mehr (+) oder weniger (—)		— 3 195	+ 84 691	+ 42 367	+265 568	+102 995	+1 023 011	+2 392 690	+934 228	— 81 024	— 754
1921 gegen 1920 in % mehr (+) oder weniger (—)		— 3,30	+ 68,87	+ 23,67	+ 53,94	+ 28,78	+ 169,45	+ 131,87	+ 224,09	— 35,38	—31,42
1921 gegen 1913 mehr (+) oder weniger (—)		— 9 348	— 40 182	— 82 629	—153 403	+ 84 172	— 269 778	—5 783 162	+ 14 804	+ 22 965	— 609
1921 gegen 1913 in % mehr (+) oder weniger (—)		— 9,07	— 16,21	— 27,18	— 16,83	+ 22,34	— 14,23	— 57,89	+ 1,11	+ 18,37	—27,01
5. Von den unter „3. Zusammen" aufgeführten Schlachttieren sind untersucht durch a) tierärztliche Beschauer und Beschauämter, an denen neben Tierärzten auch andere Personen als Beschauer tätig sind	1921	96 443	181 308	183 131	609 669	328 465	1 280 285	2 987 322	1 209 780	116 661	1 505
	1920	100 016	102 658	146 579	394 003	254 046	413 532	992 267	360 126	202 835	2 274
	1913	104 431	221 323	256 259	710 834	241 335	1 497 067	7 203 416	1 194 152	73 271	1 883
b) nicht tierärztliche Beschauer	1921	—	26 803	38 389	154 079	133 452	349 037	1 223 657	142 258	31 583	144
	1920	—	21 067	32 581	105 356	105 277	192 994	824 171	57 745	27 582	149
	1913	—	27 130	48 051	209 673	136 948	407 087	2 798 217	143 288	52 076	378
6. Von den untersuchten Tieren sind wegen Unzuständigkeit des nicht tierärztlichen Beschauers nebenbezeichnete Tiere dem zuständigen tierärztlichen Beschauer überwiesen: a) vor der Schlachtung	1921	—	39	16	351	53	51	462	7	3	—
	1920	—	41	17	364	70	338	319	22	1	—
	1913	—	42	23	478	119	255	774	108	6	—
b) nach der Schlachtung	1921	—	689	364	10 579	2 047	2 185	13 450	618	113	—
	1920	—	970	311	11 890	2 395	2 827	8 790	732	115	—
	1913	—	1 084	941	17 577	4 123	7 377	30 466	905	207	—
7. Gesamtzahl der auf Trichinen und Finnen untersuchten Schweine einschließl. derjenigen, bei denen auch die Schlachtvieh- u. Fleischbeschau vorgenommen wurde. (Nach den Vierteljahrsergebnissen der Trichinenschau in Preußen)	1921	—	—	—	—	—	—	7 257 770	—	—	—
	1920	—	—	—	—	—	—	4 660 247	—	—	—
	1913	—	—	—	—	—	—	12 555 736	—	—	—

*) ohne das Saargebiet und die abgetretenen Landesteile. — [1]) einschließlich 2 281 (bezw. 1501 und 2 116) Schweine, die nicht dem Schlachtvieh- und Fleischbeschauzwange, sondern lediglich dem Trichinenschauzwange unterlagen und bei der Untersuchung wegen Krankheiten oder Mängel beanstandet wurden.

(Übers. 2)

Grund der Beanstandung oder Minderwertigkeitserklärung	Erhebungsjahr	I. Untauglich									
		Pferde und andere Einhufer	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen	Hunde
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1. Infektionskrankheiten											
1. Eitrige oder jauchige Blutvergiftung (*Pyaemie*, *Septikaemie*)	1921	1 065	168	45	2 359	241	943	512	149	49	—
	1920	*1 168*	*285*	*50*	*2 652*	*302*	*961*	*297*	*135*	*61*	*1*
	1913	*529*	*267*	*118*	*4 107*	*423*	*3 279*	*1 703*	*171*	*49*	—
2. Milzbrand, Rauschbrand, Rinderseuche	1921	8	19	11	143	87	10	32	16	3	—
	1920	*3*	*19*	*13*	*101*	*45*	*6*	*7*	*10*	—	—
	1913	*3*	*39*	*26*	*331*	*98*	*15*	*1 319*	*5*	—	—
3. Rotz	1921	39	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1920	*66*	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1913	*11*	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4. Schweineseuche	1921	—	—	—	—	—	—	78	—	—	—
	1920	—	—	—	—	—	—	*39*	—	—	—
	1913	—	—	—	—	—	—	*914*	—	—	—
5. Schweinepest	1921	—	—	—	—	—	—	313	—	—	—
	1920	—	—	—	—	—	—	*18*	—	—	—
	1913	—	—	—	—	—	—	*1 367*	—	—	—
6. Rotlauf der Schweine	1921	—	—	—	—	—	—	1 035	—	—	—
	1920	—	—	—	—	—	—	*549*	—	—	—
	1913	—	—	—	—	—	—	*957*	—	—	—
7. Tuberkulose	1921	22	63	19	1 283	194	56	313	8	27	—
	1920	*13*	*102*	*16*	*1 525*	*274*	*60*	*193*	*6*	*16*	—
	1913	*43*	*112*	*60*	*2 224*	*466*	*175*	*1 494*	*16*	*64*	*1*
8. Strahlenpilzkrankheit oder Traubenpilzkrankheit	1921	1	3	—	4	2	1	1	—	—	—
	1920	—	—	*2*	*2*	*3*	—	*1*	—	—	—
	1913	*4*	—	—	*4*	*2*	—	*10*	—	—	—
9. Andere Infektionskrankheiten	1921	76	5	3	104	11	77	21	3	1	—
	1920	*97*	*13*	*5*	*153*	*28*	*94*	*13*	*2*	*9*	—
	1913	*24*	*3*	*3*	*60*	*25*	*338*	*44*	*19*	*7*	*1*
2. Invasionskrankheiten											
10. Trichinen	1921	—	—	—	—	—	—	74	—	—	1
	1920	—	—	—	—	—	—	*20*	—	—	—
	1913	—	—	—	—	—	—	*195*	—	—	*2*
11. Gesundheitsschädliche Finnen *Cysticercus cellulosae* und *Cysticercus inermis*	1921	—	—	1	5	12	2	278	—	1	—
	1920	—	—	—	*1*	*11*	*1*	*110*	*1*	*1*	—
	1913	—	*4*	*11*	*11*	*26*	*4*	*194*	—	—	—
12. Miescher'sche Schläuche	1921	—	—	—	—	—	—	20	—	—	—
	1920	*1*	—	—	—	—	—	*8*	—	*1*	—
	1913	—	—	—	—	—	—	*95*	—	—	—
13. Andere Invasionskrankheiten	1921	1	—	1	3	1	2	3	1	—	—
	1920	*1*	—	—	*5*	*2*	—	*5*	*4*	—	—
	1913	*2*	*2*	—	*3*	*1*	*2*	*11*	*5*	*1*	—
3. Andere Krankheiten und Mängel											
14. Gelbsucht	1921	14	2	—	46	12	185	147	21	3	—
	1920	*5*	*4*	*1*	*36*	*14*	*131*	*115*	*24*	*4*	—
	1913	*3*	*2*	*3*	*76*	*18*	*522*	*601*	*55*	*4*	—
15. Allgemeine Wassersucht	1921	38	13	7	398	71	89	56	203	37	—
	1920	*57*	*53*	*6*	*407*	*123*	*103*	*65*	*197*	*42*	—
	1913	*95*	*32*	*12*	*373*	*83*	*205*	*183*	*284*	*51*	*1*
16. *Leukaemie* oder *Pseudoleukaemie*	1921	7	14	2	152	16	11	16	2	—	—
	1920	*9*	*15*	*3*	*174*	*10*	*5*	*11*	*4*	—	—
	1913	*8*	*10*	*4*	*230*	*22*	*41*	*64*	*5*	*3*	—
17. *Uraemie*	1921	2	4	—	9	1	4	8	2	—	—
	1920	*3*	*3*	*2*	*11*	*2*	*9*	*8*	*3*	—	—
	1913	*2*	*4*	*3*	*26*	*9*	*23*	*34*	*30*	*2*	—
18. Geschwülste	1921	20	7	3	76	6	2	8	2	3	—
	1920	*30*	*10*	*1*	*99*	*9*	*7*	*7*	*1*	*4*	—
	1913	*55*	*7*	*7*	*139*	*12*	*21*	*39*	*2*	*1*	—
19. Wässerigkeit, Durchsetzung mit Blutungen, Kalk- oder Farbstoffablagerungen	1921	2	1	2	2	1	3	—	—	—	—
	1920	—	—	—	*2*	—	*1*	—	—	—	—
	1913	—	—	—	*3*	*1*	*2*	—	—	—	—
20. Unreife oder ungenügende Entwickelung der Kälber	1921	—	—	—	—	—	8	—	—	—	—
	1920	—	—	—	—	—	*8*	—	—	—	—
	1913	—	—	—	—	—	*5*	—	—	—	—
21. Im § 33 Abs. 2 der Ausführungsbestimmungen A [1]) genannte Mängel	1921	426	38	11	240	88	518	300	108	27	1
	1920	*454*	*81*	*19*	*432*	*134*	*527*	*211*	*178*	*63*	*4*
	1913	*98*	*32*	*16*	*351*	*77*	*1 542*	*900*	*175*	*27*	—

[1]) zum Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetze.

ganzer Tierkörper.

Pferde und andere Einhufer	II. Bedingt tauglich								III. Im Nahrungs- und Genußwert erheblich herabgesetzt								Wiederholung der Spalte 1
	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen	
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	1	—	—	—	1.
—	—	—	3	—	1	—	—	—	1	—	14	—	1	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	2.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	890	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.
—	—	—	—	—	—	573	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	5 677	—	—	—	—	—	—	—	22	—	—	
—	—	—	—	—	—	2 577	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.
—	—	—	—	—	—	182	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	10 331	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	17 692	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6.
—	—	—	—	—	—	14 539	—	—	—	—	—	—	—	8	—	—	
—	—	—	—	—	—	9 308	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	
—	133	67	1 258	202	103	1 495	12	6	367	139	7 523	815	158	1 389	22	23	7.
—	181	57	2 138	290	72	694	4	14	1 217	173	12 558	1 487	230	672	14	23	
—	285	146	1 640	372	297	4 273	9	5	536	302	7 944	864	295	6 522	26	19	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	4	2	42	4	17	22	2	—	17	5	393	57	167	104	30	6	9.
—	4	4	63	19	28	35	3	5	150	50	1 553	570	989	270	51	63	
—	1	—	32	3	45	20	—	—	15	9	213	59	300	88	13	1	
—	—	—	—	—	—	94	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
—	—	—	—	—	—	48	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	173	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	125	186	161	411	14	763	1	—	77	63	116	361	8	77	—	—	11.
—	60	109	98	326	14	196	—	—	42	67	79	284	2	18	2	—	
—	314	562	348	676	31	2 126	—	—	$612\,^{10}/_{4}$	$582\,^{3}/_{4}$	$585\,^{8}/_{4}$	816	14	287	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—	1	—	85	—	—	12.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	29	3	1	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	286	2	—	
—	—	—	6	—	—	8	—	—	3	4	47	34	10	47	51	1	13.
—	—	1	3	—	2	4	—	—	8	3	81	110	48	70	135	3	
—	3	—	4	4	1	4	1	1	3	2	46	27	6	16	8	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	11	3	227	47	545	662	196	19	14.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	30	7	380	59	445	480	179	11	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	31	8	287	36	964	1 133	224	26	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	44	15	870	107	99	105	637	32	15
—	—	—	1	—	—	—	—	—	191	12	1 261	356	233	225	1 000	31	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	47	2	425	72	108	224	394	15	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	—	1	—	—	16.
—	—	—	3	—	—	1	—	—	—	—	10	2	1	1	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	1	52	6	12	50	22	—	17.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	25	3	95	10	14	42	20	3	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	13	2	51	5	44	88	19	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	18.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	1	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	236	46	$4\,051\,^{10}/_{4}$	606	613	1 352	1 000	125	19.
—	—	—	1	—	—	—	—	—	1 002	151	$8\,833\,^{2}/_{2}$	1 986	2 053	1 927	2 002	144	
—	—	—	1	—	—	1	—	—	159	56	$2\,744\,^{3}/_{4}$	$497\,^{3}/_{4}$	1 010	$3\,550\,^{1}/_{4}$	700	51	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 385	—	—	—	20.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4 695	—	—	—	
—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	7 294	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	—	—	1	—	—	21.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	4	—	—	

(Noch: Übers. 2)

Grund der Beanstandung oder Minderwertigkeitserklärung	Erhebungsjahr	I. Untauglich: Pferde und andere Einhufer	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen	Hunde
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Noch: Andere Krankheiten und Mängel											
22. Fäulnis	1921	558	56	15	258	75	197	263	180	21	—
	1920	691	92	17	498	192	298	142	198	1 111	18
	1913	70	23	4	157	36	173	172	39	7	—
23. Geruchs- und Geschmacksabweichungen des Fleisches	1921	50	9	1	67	17	31	82	21	8	—
	1920	40	13	1	89	20	48	44	39	5	—
	1913	9	9	2	98	23	108	260	28	6	—
24. Vollständige Abmagerung infolge einer vorstehend nicht genannten Krankheit	1921	41	13	7	325	89	142	80	97	30	1
	1920	46	34	3	410	128	237	52	107	34	—
	1913	81	28	8	466	98	470	218	134	52	—
25. Verschiedene andere Erkrankungen und Mängel	1921	321	33	12	330	68	295	244	98	24	—
	1920	385	29	8	386	96	295	118	63	32	—
	1913	294	34	24	501	110	705	602	149	28	1
Zusammen	1921	2 691	448	140	5 804	992	2 576	3 884	911	234	3
	1920	3 069	753	147	6 983	1 393	2 791	2 033	972	1 383	23
	1913	1 331	608	301	9 160	1 530	7 630	11 376	1 117	302	6

2a. Sondernachweisung der tuberkulösen Tiere, bei denen sich die Beanstandung — abgesehen von veränderten Teilen — auf Fleischviertel beschränkte.

(Übers. 2a)

Beurteilung	Erhebungsjahr	Fleischviertel von: Ochsen	Bullen	Kühen	Jungrindern über 3 Monate alt	Kälbern bis 3 Monate alt	Schweinen	Schafen	Ziegen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1. Untauglich	1921	19	1	189	31	7	41	1	—
	1920	17	7	330	43	5	12	—	2
	1913	31	23	478	54	9	566	2	—
2. Bedingt tauglich	1921	486	277	3 894	679	269	3 093	9	16
	1920	341	206	3 347	421	74	879	19	15
	1913	1 331	940	6 608	1 028	788	12 105	70	13
3. Im Nahrungs- und Genußwert erheblich herabgesetzt	1921	355	166	4 258	588	297	2 118	8	20
	1920	255	100	4 303	449	71	584	6	20
	1913	941	480	6 507	834	821	9 468	45	13
4. Tauglich ohne Einschränkung	1921	588	380	3 583	706	183	3 240	18	12
	1920	359	223	2 592	391	78	897	19	19
	1913	1 733	1 425	7 471	1 180	574	15 009	119	6
Zusammen	1921	1 448	824	11 924	2 004	756	8 492	36	48
	1920	972	536	10 572	1 304	228	2 372	44	56
	1913	4 036	2 868	21 064	3 096	2 192	37 148	236	32
Mithin von ganzen Tieren	1921	362	206	2 981	501	189	2 123	9	12
	1920	243	134	2 643	326	57	593	11	14
	1913	1 009	717	5 266	774	548	9 287	59	8

2b. Sondernachweisung der wegen Einfinnigkeit beanstandeten, jedoch nach 21tägiger Durchkühlung freigegebenen Rinder.

Außer den in der Zusammenstellung 2 Zeile 11 als beanstandet nachgewiesenen finnigen Tieren wurden wegen Einfinnigkeit

1921 . . . . . . 1 646 Rinder über 3 Monate alt, 29 Kälber bis 3 Monate alt,
1920 . . . . . . 1 036 „ „ „ „ „, 6 „ „ „ „ „,
1913 . . . . . . 2 592 10/4 „ „ „ „ „, 8 „ „ „ „ „

beanstandet, jedoch nach 21tägiger Durchkühlung dem freien Verkehr übergeben.

3. Beschwerden.

Gegen die Entscheidungen wurde Beschwerde eingelegt

1921 in 208 Fällen, 1920 in 138 Fällen, 1913 in 720 Fällen

hierbei wurde das angefochtene Gutachten

1921 bestätigt in 137 Fällen, gemildert in 63 Fällen, verschärft in 8 Fällen,
1920 „ „ 84 „, „ „ 44 „, „ „ 10 „,
1913 „ „ 597 „, „ „ 108 „, „ „ 15 „.

Wegen örtlichen Milzbrandes bei Schweinen wurden 1921 unschädlich beseitigt — kg veränderte Teile.
„ „ „ „ „ „ 1920 „ „ — „ „ „.
„ „ „ „ „ „ 1913 „ „ — „ „ „.

ganzer Tierkörper.

Pferde und andere Einhufer	II. Bedingt tauglich: Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen	III. Im Nahrungs- und Genußwert erheblich herabgesetzt: Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen	Wiederholung der Spalte 1
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	—	85	16	21	61	24	1	22.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	37	7	269	59	104	96	46	3	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	45$^{1}/_{4}$	24	31	93	16	—	
—	—	—	1	—	—	—	—	—	57	6	441	64	132	833	102	69	23.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	104	18	938	156	151	553	152	42	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	40	14	507	74	127	4 911	70	183	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24	1	1	—	6	—	24.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	29	3	3	—	—	1	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	—	—	1	—	
—	11	4	162	21	51	161	16	—	279	100	5 867$^{5}/_{4}$	911	1 369	2 946$^{1}/_{4}$	1 105	168	25.
1	35	9	305	48	72	164	64	12	979	262	13 278$^{1}/_{4}$	2 592$^{2}/_{4}$	3 932	4 492	1 882	294	
—	17	6	148	25	103	732	11	—	330	173$^{3}/_{4}$	6 712$^{3}/_{4}$	1 068	2 957	5 769	894	142	
—	273	259	1 630	638	185	23 703	31	6	1 108	386	19 709$^{15}/_{4}$	3 027	5 521	7 713$^{1}/_{4}$	3 195	444	Zus.
1	280	180	2 615	683	189	16 436	71	31	3 788	753	39 381$^{5}/_{4}$	7 675$^{2}/_{4}$	12 902	8 884	5 486	619	
—	620	714	2 173	1 080	478	32 645	21	6	1 788$^{10}/_{4}$	1 151$^{4}/_{4}$	19 562$^{14}/_{4}$	3 544$^{2}/_{4}$	13 151	22 995$^{1}/_{4}$	2 367	437	

4. Beanstandungen veränderter Teile.

Von den in der Übersicht 2 in den Spalten II und III aufgeführten sowie von den im übrigen nicht beanstandeten Schlachttieren sind unschädlich beseitigt worden:

(Übers. 4) Beanstandungsgründe	Erhebungsjahr	I. Köpfe von: Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen	II. Zungen von: Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1. Tuberkulose	1921	1	400	11	360	8	—	—	250	1	115	2	—
	1920	1	413	15	207	1	—	—	238	11	35	1	—
	1913	3	832	18	1 366	—	1	—	380	7	375	—	—
2. Schweineseuche	1921	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1920	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1913	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3. Schweinepest	1921	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1920	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1913	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4. Rotlauf der Schweine	1921	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1920	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1913	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
5. Strahlenpilzkrankheit oder Traubenpilzkrankheit	1921	14	901	14	22	4	5	12	1 249	13	7	1	—
	1920	2	615	6	25	4	9	2	871	4	6	1	1
	1913	8	1 893	44	191	3	15	4	1 991	22	38	—	3
6. Hülsenwürmer	1921	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1920	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1913	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7. Gehirnblasenwürmer	1921	—	—	—	—	141	2	—	—	—	—	—	—
	1920	—	—	—	—	143	2	—	—	—	—	—	—
	1913	—	2	—	—	891	6	—	—	—	—	—	—
8. Leberegel	1921	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1920	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1913	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
9. Lungenwürmer	1921	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1920	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1913	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10. Andere tierische Schmarotzer	1921	—	27	1	1	—	—	3	13	—	42	—	—
	1920	—	20	1	—	—	—	—	10	—	9	—	—
	1913	3	179	3	8	14	—	—	64	1	225	2	—
11. Geschwülste	1921	24	48	12	28	4	3	—	24	2	3	—	—
	1920	23	54	16	10	8	8	3	32	6	5	—	3
	1913	8	76	22	92	10	6	6	31	3	9	—	2
12. Entzündungen einschl. abgekapselter Eiterherde	1921	134	374	47	90	16	2	42	154	32	22	2	1
	1920	126	470	89	36	12	28	49	233	56	12	1	24
	1913	121	381	117	461	30	7	16	141	67	92	7	—
13. Andere Erkrankungen und Mängel	1921	83	251	51	36	21	9	31	164	32	76	9	1
	1920	102	648	231	40	22	34	21	462	178	20	2	20
	1913	55	365	63	175	43	13	9	187	31	78	4	1
Zusammen	1921	256	2 001	136	537	194	21	88	1 854	80	265	14	2
	1920	254	2 220	358	318	190	81	75	1 846	255	87	5	48
	1913	198	3 728	267	2 294	991	48	35	2 794	131	817	13	6

Noch: Von den in der Übersicht 2 in den Spalten II und III aufgeführten sowie

(Noch: Übers. 4) Beanstandungsgründe	Erhebungsjahr	III. Lungen von						IV. Lebern von							
		Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen	Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen	Pferden	Rindern
1	2	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28
1. Tuberkulose	1921	99	281 271	3 950	62 006	1 482	999	35	32 804	1 885	29 594	311	206	21	19 701
	1920	71	192 952	2 101	26 796	664	952	23	28 098	747	11 737	144	251	10	15 117
	1913	149	446 700	6 636	177 112	1 407	771	35	50 110	2 949	92 171	278	196	13	51 814
2. Schweineseuche	1921	—	—	—	14 392	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1920	—	—	—	4 947	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1913	—	—	—	128 158	—	—	—	—	—	52	—	—	—	—
3. Schweinepest	1921	—	—	—	1 766	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1920	—	—	—	181	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1913	—	—	—	15 354	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4. Rotlauf der Schweine	1921	—	—	—	7	—	—	—	—	—	6	—	—	—	—
	1920	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1913	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5. Strahlenpilzkrankheit od. Traubenpilzkrankheit	1921	3	189	4	31	8	—	—	128	—	156	11	2	—	5
	1920	3	131	2	5	5	—	5	26	—	14	3	—	—	4
	1913	6	455	6	99	170	2	3	114	2	108	54	1	—	12
6. Hülsenwürmer	1921	104	8 953	111	6 283	12 997	153	109	6 920	71	37 027	6 301	188	—	—
	1920	48	5 958	61	2 555	4 800	385	97	4 888	45	13 192	2 382	276	—	—
	1913	135	16 456	76	11 583	20 861	133	280	11 765	57	71 720	9 141	212	—	—
7. Gehirnblasenwürmer	1921	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1920	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1913	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8 Leberegel	1921	—	1 205	—	1	163	12	17	35 427	220	1 013	40 609	1 147	—	—
	1920	—	807	1	—	20	5	49	25 586	116	754	12 783	2 846	—	—
	1913	—	1 321	—	—	—	—	17	40 639	35	1 345	40 370	1 283	—	—
9. Lungenwürmer	1921	—	1 388	439	22 730	45 810	542	—	—	—	—	—	—	—	—
	1920	1	2 082	558	10 674	14 217	1 251	—	—	—	—	—	—	—	—
	1913	1	1 653	293	65 379	77 157	753	—	—	—	—	—	—	—	—
10. Andere tierische Schmarotzer	1921	288	333	66	694	9 849	21	324	144	32	665	466	55	25	239
	1920	141	269	7	329	1 944	80	267	100	10	411	156	132	30	94
	1913	299	786	47	2 269	10 055	31	381	175	16	1 312	871	18	12	402
11. Geschwülste	1921	74	353	59	136	61	8	57	340	82	292	29	4	23	88
	1920	74	319	37	89	30	4	59	304	44	175	19	5	27	107
	1913	109	423	125	347	133	6	71	743	101	433	68	9	8	71
12. Entzündungen einschl. abgekapselter Eiterherde	1921	3 197	13 349	5 103	22 233	5 576	394	1 173	6 312	1 121	3 065	1 109	118	2 438	2 296
	1920	3 365	12 357	4 001	8 132	2 479	682	1 101	5 413	935	1 479	547	168	2 721	2 882
	1913	2 315	17 196	12 477	138 741	6 613	189	702	11 269	3 123	8 245	1 324	88	264	3 030
13. Andere Erkrankungen und Mängel	1921	1 364	11 066	1 174	81 393	5 023	306	826	2 075	355	1 696	448	48	990	1 500
	1920	1 580	11 389	1 273	24 318	2 721	1 110	948	2 116	450	1 152	257	1 353	1 061	3 320
	1913	1 387	29 352	3 856	627 260	8 539	266	979	4 405	1 093	3 983	917	60	202	3 123
Zusammen	1921	5 129	318 107	10 906	211 672	80 969	2 435	2 541	84 150	3 766	73 514	49 284	1 768	3 497	23 829
	1920	5 283	226 264	8 041	78 026	26 880	4 469	2 549	66 531	2 347	28 914	16 291	5 031	3 849	21 524
	1913	4 401	514 342	23 516	1166302	124 935	2 151	2 468	119 220	7 376	179 369	53 023	1 867	499	58 452

5. Beanstandungen von Muskelfleisch, Knochen, Fett- und Hautteilen von

(Übers. 5) Erhebungsjahr	Pferden kg	Rindern, ausgenommen Kälber kg	Kälbern, bis 3 Monate alt kg	Schweinen kg	Schafen kg	Ziegen kg
1921	38 184	148 338	2 579	45 223	3 215	79
1920	42 482	164 056	2 785	18 848	1 541	146
1913	32 809	242 042	6 091	148 261	2 767	152

veränderter Teile.

von den im übrigen nicht beanstandeten Schlachttieren sind unschädlich beseitigt worden:

V. Därme von				VI. Sonstige einzelne Organe (je eines Tieres) von						VII. Sämtliche Baucheingeweide von						Wiederholung der Spalte 1
Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen	Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen	Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen	
29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	
273	16 880	46	38	31	35 515	686	16 874	60	70	24	18 728	427	5 663	25	34	1.
184	*6 174*	*21*	*39*	*23*	*27 737*	*316*	*6 901*	*35*	*75*	*29*	*20 720*	*249*	*1 971*	*6*	*42*	
772	*87 616*	*54*	*76*	*34*	*57 923*	*1 493*	*57 228*	*91*	*67*	*15*	*27 734*	*1 011*	*25 238*	*47*	*41*	
—	2	—	—	—	—	—	1 024	—	—	—	—	—	1	—	—	2.
—	—	—	—	—	—	—	*394*	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	*12*	—	—	—	—	—	*9 574*	—	—	—	—	—	*15*	—	—	
—	2 571	—	—	—	—	—	822	—	—	—	—	—	1 030	—	—	3.
—	*213*	—	—	—	—	—	*77*	—	—	—	—	—	*80*	—	—	
—	*7 528*	—	—	—	—	—	*4 518*	—	—	—	—	—	*6 814*	—	—	
—	9 344	—	—	—	—	—	8 718	—	—	—	—	—	4	—	—	4.
—	*6 987*	—	—	—	—	—	*6 468*	—	—	—	—	—	*22*	—	—	
—	*5 388*	—	—	—	—	—	*4 740*	—	—	—	—	—	*9*	—	—	
1	13	—	—	2	138	2	794	1	—	2	5	9	2	—	—	5.
—	*46*	—	—	*1*	*101*	*1*	*262*	—	—	—	*12*	—	*26*	—	—	
1	*8*	—	—	*1*	*412*	*7*	*986*	*6*	*3*	—	*3*	*4*	*10*	—	—	
—	—	—	—	1	165	2	349	26	1	—	—	—	1	—	—	6.
—	—	—	—	*4*	*147*	*5*	*204*	*128*	*1*	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	*1*	*370*	*8*	*876*	*124*	*9*	—	—	—	*1*	—	—	
—	—	—	—	—	11	1	—	20	—	—	—	—	—	—	—	7.
—	—	—	—	—	*12*	—	—	*16*	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	*1*	*51*	—	—	*194*	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
3	130	28	—	7	109	7	531	102	29	—	6	—	29	—	—	10.
1	*72*	*15*	—	*12*	*166*	*6*	*356*	*38*	*424*	*3*	*8*	—	*9*	*1*	*1*	
1	*279*	*33*	*1*	—	*473*	*18*	*1 733*	*241*	*183*	*1*	*11*	—	*62*	*1*	—	
2	36	—	—	106	419	125	221	13	—	12	105	1	14	—	—	11.
3	*30*	*1*	—	*78*	*398*	*89*	*104*	*5*	*7*	*26*	*96*	*1*	*6*	*1*	—	
7	*85*	*3*	—	*189*	*691*	*764*	*424*	*24*	*8*	*3*	*137*	*9*	*42*	—	*1*	
1 025	1 915	1 223	74	1 559	12 428	2 070	6 705	564	142	815	2 209	308	792	100	37	12.
1 317	*1 211*	*171*	*90*	*1 751*	*12 239*	*1 538*	*3 075*	*267*	*288*	*763*	*2 801*	*438*	*565*	*127*	*53*	
2 539	*5 281*	*321*	*31*	*503*	*21 968*	*5 152*	*35 825*	*714*	*114*	*100*	*2 342*	*979*	*1 631*	*115*	*17*	
412	1 427	488	31	1 003	4 247	1 338	4 168	478	90	988	2 417	411	1 051	274	45	13.
997	*961*	*156*	*83*	*972*	*5 794*	*972*	*2 463*	*300*	*150*	*818*	*3 855*	*748*	*769*	*391*	*493*	
1 610	*3 904*	*276*	*60*	*390*	*10 801*	*4 036*	*13 616*	*860*	*92*	*191*	*3 739*	*950*	*2 779*	*362*	*48*	
1 716	**32 318**	**1 785**	**143**	**2 709**	**53 032**	**4 231**	**40 206**	**1 264**	**332**	**1 841**	**23 470**	**1 156**	**8 587**	**399**	**116**	**Zus.**
2 532	*15 694*	*364*	*212*	*2 841*	*46 594*	*2 927*	*20 304*	*789*	*945*	*1 639*	*27 492*	*1 436*	*3 448*	*526*	*589*	
4 930	*110 101*	*687*	*168*	*1 119*	*92 689*	*11 478*	*129 520*	*2 254*	*476*	*310*	*33 966*	*2 953*	*36 601*	*525*	*107*	

6. Gesamtzahl der mit Tuberkulose behafteten Tiere.

(Übers. 6) Erhebungsjahr	Pferde	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1921	155	37 741	24 168	197 088	31 662	4 489	77 232	1 594	1 060
1920	*107*	*24 014*	*15 795*	*138 015*	*24 556*	*2 419*	*33 211*	*701*	*1 013*
1913	*203*	*68 443*	*55 690*	*303 177*	*37 026*	*7 781*	*243 899*	*1 545*	*909*

Anhang.

A. Von den in der Übersicht 1 nachgewiesenen Schlachttieren, an denen die Beschau vorgenommen wurde, entfielen auf die Provinzen und Regierungsbezirke:

(Übers. 7) Provinzen — Regierungsbezirke	Erhebungsjahr	Pferde und andere Einhufer	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Davon Schweine, die lediglich dem Trichinenschauzwange unterlagen und bei der Untersuchung beanstandet wurden	Schafe	Ziegen	Hunde
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
A. Provinzen												
1. Ostpreußen	1921	10 459	5 718	10 099	30 688	23 398	79 059	208 803	8	97 694	2 753	—
	1920	13 514	8 038	15 295	28 398	24 498	37 509	150 342	2	48 870	1 162	—
	1913	8 360	4 970	10 008	36 687	24 301	94 108	458 405	66	96 256	4 143	—
2. Brandenburg	1921	7 715	6 967	20 616	51 418	36 395	138 145	347 914	237	62 107	11 302	102
	1920	6 549	5 557	14 513	35 201	30 021	48 644	106 830	491	17 451	9 520	86
	1913	9 115	5 976	36 245	59 298	29 353	169 402	775 833	171	93 766	13 310	113
3. Stadt Berlin	1921	11 386	37 132	23 679	79 119	57 871	162 308	595 186	4	409 983	19 535	20
	1920	8 877	9 134	14 666	42 367	24 077	40 249	147 310	—	77 424	78 104	30
	1913	17 030	75 631	43 587	52 862	28 688	173 454	1 355 873	1	499 780	689	12
4. Pommern	1921	3 918	1 422	10 537	25 768	12 936	73 420	200 178	40	57 473	2 785	—
	1920	4 435	1 381	9 285	20 999	12 105	37 138	110 143	20	18 069	4 942	2
	1913	2 292	1 536	18 696	34 456	10 095	97 718	402 407	59	100 516	1 806	—
5. Grenzm. Posen-Westpr	1921	691	221	1 128	3 832	3 858	13 639	36 207	20	9 455	1 991	—
	1920	822	284	993	3 256	4 354	6 653	19 136	9	3 106	520	—
	1913	80	296	1 906	4 815	3 543	16 647	97 706	49	16 121	2 701	—
6. Niederschlesien	1921	12 120	12 653	34 390	51 376	38 267	188 883	270 607	236	42 637	28 786	671
	1920	8 659	10 393	24 512	39 912	28 644	81 446	83 586	273	11 502	27 398	422
	1913	12 741	8 808	45 154	61 855	32 490	257 262	798 890	185	70 541	25 324	1 623
7. Oberschlesien	1921	2 998	13 371	15 825	55 375	31 097	82 258	396 327	—	7 939	15 411	294
	1920	3 034	6 647	9 796	27 782	22 084	24 539	226 803	—	4 292	12 987	840
	1913	2 376	4 674	16 630	58 516	35 491	110 135	668 900	—	7 709	12 058	226
8. Sachsen	1921	10 434	11 586	17 549	50 445	33 081	106 788	382 427	681	90 783	20 102	540
	1920	8 672	11 583	10 100	39 320	24 493	34 511	125 659	353	32 210	22 648	1 023
	1913	9 888	10 147	31 018	67 956	29 793	128 876	808 736	798	108 101	16 686	216
9. Schleswig-Holstein	1921	3 581	8 207	5 285	33 601	29 366	57 090	137 061	61	46 052	1 933	4
	1920	3 491	10 727	5 062	30 452	28 072	21 425	88 849	23	38 913	1 721	5
	1913	4 316	15 676	9 000	43 488	25 959	73 491	438 348	15	33 091	1 072	3
10. Hannover	1921	8 374	11 142	14 886	33 743	23 564	94 944	278 411	225	125 040	5 309	—
	1920	5 869	10 241	20 508	28 988	33 454	52 624	110 555	147	51 692	5 540	1
	1913	9 206	16 317	27 026	51 118	24 368	111 682	726 702	404	126 433	3 303	—
11. Westfalen	1921	7 224	15 550	23 584	97 292	38 161	152 353	298 211	595	76 619	7 053	9
	1920	8 495	9 327	23 357	54 273	40 510	77 539	106 206	89	18 173	30 499	4
	1913	10 730	10 686	23 024	155 288	26 864	173 059	926 964	188	19 405	7 572	11
12. Hessen-Nassau	1921	3 697	18 555	7 965	57 931	48 336	143 711	522 625	—	91 246	15 356	—
	1920	10 324	7 634	4 556	34 249	29 597	60 654	381 724	—	26 051	19 983	7
	1913	2 969	30 909	7 420	64 063	44 810	174 281	851 324	—	45 155	13 444	—
13. Rheinprovinz	1921	13 780	65 303	35 805	192 281	84 314	334 260	534 676	174	234 708	15 847	9
	1920	17 232	32 490	26 247	113 166	56 671	82 421	158 044	94	70 013	15 299	3
	1913	15 325	62 457	34 451	228 833	60 773	320 703	1 683 111	180	120 421	23 019	57
14. Hohenzoll. Lande	1921	66	284	172	879	1 273	2 464	2 346	—	302	81	—
	1920	43	289	270	996	743	1 174	1 251	—	75	94	—
	1913	3	370	145	1 272	1 755	3 336	8 434	—	145	220	—
B. Regierungsbezirke												
1. Königsberg	1921	5 266	4 194	6 447	14 147	8 202	36 872	99 978	5	41 646	640	—
	1920	7 520	5 693	8 925	12 168	6 775	14 137	55 811	—	19 843	329	—
	1913	6 411	3 026	4 186	16 125	10 584	39 961	205 887	62	40 893	954	—
2. Gumbinnen	1921	1 857	885	2 071	7 464	6 385	15 863	39 964	1	22 748	723	—
	1920	2 384	1 387	3 459	7 005	6 514	8 623	30 532	—	12 058	423	—
	1913	1 286	838	2 711	8 608	4 670	17 318	95 816	1	20 933	942	—
3. Allenstein	1921	2 430	451	909	5 865	5 906	16 769	42 619	—	25 614	638	—
	1920	2 610	727	1 571	5 819	7 171	8 499	46 350	2	12 715	198	—
	1913	289	777	1 939	6 894	6 012	18 762	95 401	—	28 832	1 193	—
4. Westpreußen	1921	906	188	672	3 212	2 905	9 555	26 242	2	7 686	752	—
	1920	1 000	231	1 340	3 406	4 038	6 250	17 619	—	4 254	212	—
	1913	374	329	1 172	5 150	3 035	18 067	61 301	3	5 598	1 054	—
5. Potsdam	1921	4 126	2 528	9 527	26 436	16 508	62 605	167 313	97	29 727	4 447	—
	1920	3 490	1 586	6 368	17 891	14 873	19 432	50 947	41	7 960	3 028	2
	1913	4 834	2 569	17 512	32 609	15 395	85 930	352 211	70	52 169	2 782	—
6. Frankfurt	1921	3 589	4 439	11 089	24 982	19 887	75 540	180 601	140	32 380	6 855	102
	1920	3 059	3 971	8 145	17 310	15 148	29 212	55 883	450	9 491	6 492	84
	1913	4 281	3 407	18 733	26 689	13 958	83 472	423 622	101	41 597	10 528	113
7. Berlin	1921	11 386	37 132	23 679	79 119	57 871	162 308	595 186	4	409 983	19 535	20
	1920	8 877	9 134	14 666	42 367	24 077	40 249	147 310	—	77 424	78 104	30
	1913	17 030	75 631	43 587	52 862	28 688	173 454	1 355 873	1	499 780	689	12
8. Stettin	1921	2 033	932	7 994	12 986	7 587	35 697	106 285	38	27 604	1 871	—
	1920	2 313	859	7 175	10 711	7 390	17 195	50 465	17	7 469	3 656	—
	1913	1 253	694	14 438	15 615	5 465	45 935	225 095	58	49 122	767	—
9. Köslin	1921	1 228	283	1 875	8 832	4 283	24 287	63 493	—	20 568	626	—
	1920	1 398	322	1 404	6 145	3 289	13 192	41 339	—	5 208	956	2
	1913	495	553	3 150	13 954	3 588	32 506	122 194	1	36 656	714	—
10. Stralsund	1921	657	207	668	3 950	1 066	13 436	30 400	2	9 301	288	—
	1920	724	200	706	4 143	1 426	6 751	18 339	3	5 392	330	—
	1913	544	289	1 108	4 887	1 012	19 277	55 118	—	14 738	325	—

Noch: A. Von den in der Übersicht 1 nachgewiesenen Schlachttieren, an denen die Beschau vorgenommen wurde, entfielen auf die Provinzen und Regierungsbezirke:

(Noch: Übers. 7) Regierungsbezirke	Erhebungsjahr	Pferde und andere Einhufer	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über	Kälber bis	Schweine	Davon Schweine, die lediglich dem Trichinenschauzwange unterlagen und bei der Untersuchung beanstandet wurden	Schafe	Ziegen	Hunde
						3 Monate alt						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
11. Schneidemühl	1921	691	221	1 128	3 832	3 858	13 639	36 207	20	9 455	1 991	—
	1920	822	284	993	3 256	4 354	6 653	19 136	9	3 106	520	—
	1913	80	296	1 906	4 815	3 543	16 647	97 706	49	16 121	2 701	—
12. Breslau	1921	7 913	8 731	24 261	26 316	20 762	104 314	171 940	208	32 389	15 116	413
	1920	5 451	7 359	16 540	22 943	15 608	34 275	48 281	247	8 495	15 008	250
	1913	9 358	6 362	32 032	28 439	20 187	146 664	498 662	144	45 808	12 059	1 170
13. Liegnitz	1921	4 207	3 922	10 129	25 060	17 505	84 569	98 667	28	10 248	13 670	258
	1920	3 208	3 034	7 972	16 969	13 036	47 171	35 305	26	3 007	12 390	172
	1913	3 383	2 446	13 122	33 416	12 303	110 598	300 228	41	24 733	13 265	453
14. Oppeln	1921	2 998	13 371	15 825	55 375	31 097	82 258	396 327	—	7 939	15 411	294
	1920	3 034	6 647	9 796	27 782	22 084	24 539	226 803	—	4 292	12 987	840
	1913	2 376	4 674	16 630	58 516	35 491	110 135	668 900	—	7 709	12 058	226
15. Magdeburg	1921	3 963	4 439	9 620	17 940	15 679	40 143	191 514	428	30 274	8 018	464
	1920	2 472	5 202	4 195	14 089	12 371	10 526	66 089	207	11 708	11 484	890
	1913	4 078	4 866	20 154	23 169	12 113	45 835	366 531	426	43 811	1 779	85
16. Merseburg	1921	5 184	5 536	6 083	21 121	10 807	44 193	133 091	169	35 041	8 819	16
	1920	5 383	5 646	4 919	19 239	9 279	16 671	43 356	114	14 592	6 020	29
	1913	4 813	3 577	8 592	29 367	9 238	55 502	311 516	350	42 536	10 834	32
17. Erfurt	1921	1 287	1 611	1 846	11 384	6 595	22 452	57 822	84	25 468	3 265	60
	1920	817	735	986	5 992	2 843	7 314	16 214	32	5 910	5 144	104
	1913	997	1 704	2 272	15 420	8 442	27 539	130 689	22	21 754	4 073	99
18. Schleswig	1921	3 581	8 207	5 285	33 601	29 366	57 090	137 061	61	46 052	1 933	4
	1920	3 491	10 727	5 062	30 452	28 072	21 425	88 849	23	38 913	1 721	5
	1913	4 316	15 676	9 000	43 488	25 959	73 491	438 348	15	33 091	1 072	3
19. Hannover	1921	3 256	3 900	4 646	6 637	5 702	24 587	82 546	140	24 823	1 562	—
	1920	2 479	3 411	8 365	7 728	5 380	14 999	26 793	95	14 161	2 581	—
	1913	3 393	7 201	9 922	8 490	6 006	28 880	212 931	190	35 771	1 219	—
20. Hildesheim	1921	1 438	1 624	3 308	6 977	4 670	24 920	61 912	34	21 511	2 177	—
	1920	980	1 473	2 824	5 769	3 229	10 973	24 506	13	9 503	1 662	1
	1913	1 468	1 559	7 584	8 184	6 877	33 603	138 363	106	19 315	738	—
21. Lüneburg	1921	1 406	1 619	1 934	4 802	4 562	13 238	48 339	21	16 963	377	—
	1920	978	1 073	3 395	5 108	5 895	8 447	18 302	26	6 441	293	—
	1913	1 482	2 725	2 900	8 046	3 600	14 946	130 858	34	16 220	92	—
22. Stade	1921	1 045	2 493	1 272	3 350	3 875	8 417	39 254	5	20 025	116	—
	1920	822	3 055	2 261	3 615	7 511	3 724	16 005	11	8 927	51	—
	1913	1 080	3 089	3 362	6 864	5 510	7 058	92 276	36	17 819	202	—
23. Osnabrück	1921	819	816	3 137	8 492	3 035	17 604	27 545	25	12 390	858	—
	1920	359	347	2 729	3 747	4 574	9 917	15 463	2	3 197	365	—
	1913	1 429	491	2 651	11 947	1 288	16 803	97 715	38	8 102	396	—
24. Aurich	1921	410	690	589	3 485	1 720	6 178	18 815	—	29 328	219	—
	1920	251	882	934	3 021	6 865	4 564	9 486	—	9 463	588	—
	1913	354	1 252	607	7 587	1 087	10 392	54 559	—	29 206	656	—
25. Münster	1921	1 810	1 682	7 434	21 049	7 000	35 601	68 585	—	20 528	882	2
	1920	1 673	1 487	10 858	11 707	8 912	18 680	30 060	—	4 250	847	1
	1913	2 987	1 431	5 419	31 029	3 986	38 220	200 047	—	4 386	1 992	—
26. Minden	1921	1 143	1 729	4 358	13 397	6 504	23 923	59 241	545	8 739	2 695	—
	1920	772	2 027	3 974	15 141	9 013	23 846	23 264	79	2 906	27 402	—
	1913	1 545	1 778	5 245	25 448	4 139	30 682	178 131	149	5 132	1 496	—
27. Arnsberg	1921	4 271	12 139	11 792	62 846	24 657	92 829	170 385	50	47 352	3 476	7
	1920	6 050	5 813	8 525	27 425	22 585	35 013	52 882	10	11 017	2 250	3
	1913	6 198	7 477	12 360	98 811	18 739	104 157	548 786	39	9 887	4 084	11
28. Cassel	1921	1 467	3 708	3 148	16 582	19 313	46 234	307 944	—	27 852	9 577	—
	1920	1 137	2 420	2 207	13 386	15 309	32 937	246 341	—	9 617	8 800	—
	1913	849	7 967	3 675	23 025	16 592	49 966	426 139	—	17 763	7 973	—
29. Wiesbaden	1921	2 230	14 847	4 817	41 349	29 023	97 477	214 681	—	63 394	5 779	—
	1920	9 187	5 214	2 349	20 863	14 288	27 717	135 383	—	16 434	11 183	7
	1913	2 120	22 942	3 745	41 038	28 218	124 315	425 185	—	27 392	5 471	—
30. Coblenz	1921	642	8 558	2 531	23 577	17 842	46 577	40 496	81	6 940	1 891	—
	1920	588	5 349	2 326	17 257	11 143	20 329	29 425	73	4 745	1 603	—
	1913	775	8 476	2 426	26 452	15 262	53 158	113 619	52	5 014	4 108	—
31. Düsseldorf	1921	8 930	27 130	23 113	99 044	28 996	142 289	326 450	57	150 200	8 278	3
	1920	13 095	17 077	16 918	51 051	22 524	25 904	77 950	17	45 648	8 233	3
	1913	10 200	27 478	21 085	133 408	18 769	138 560	1 009 477	90	82 419	7 966	53
32. Köln	1921	2 734	19 330	6 821	37 889	16 855	84 383	108 599	26	50 788	4 082	—
	1920	1 991	6 859	4 194	25 614	10 167	13 944	28 694	4	11 661	3 945	—
	1913	2 705	19 352	8 276	39 416	10 115	79 552	359 211	35	23 320	7 028	—
33. Trier	1921	541	2 971	1 975	12 203	11 928	29 829	22 802	1	7 344	327	—
	1920	567	1 201	1 542	7 846	6 462	13 870	10 895	—	3 977	247	—
	1913	615	3 082	1 536	7 398	12 207	20 207	56 465	—	2 932	1 140	—
34. Aachen	1921	933	7 314	1 365	19 568	8 693	31 182	36 329	9	19 436	1 269	6
	1920	991	2 004	1 267	11 398	6 375	8 374	11 080	—	4 012	1 271	—
	1913	1 030	4 069	1 128	22 159	4 420	29 226	144 339	3	6 736	2 777	4
35. Sigmaringen	1921	66	284	172	879	1 273	2 464	2 346	—	302	81	—
	1920	43	289	270	996	743	1 174	1 251	—	75	94	—
	1913	3	370	145	1 272	1 755	3 336	8 434	—	145	220	—

B. Von den in der Übersicht 2 bei laufender Nummer 4, 5, 6, 7, 10 und 11

(Übers. 8)

Regierungs-bezirke[1])	Erhebungsjahr	4. Schweineseuche: untauglich (Schweine)	4. Schweineseuche: bedingt tauglich (Schweine)	5. Schweinepest: untauglich (Schweine)	5. Schweinepest: bedingt tauglich (Schweine)	6. Rotlauf der Schweine: untauglich (Schweine)	6. Rotlauf der Schweine: bedingt tauglich (Schweine)	7. Tuber- Untauglich: Pferde und andere Einhufer	Untauglich: Ochsen	Untauglich: Bullen	Untauglich: Kühe	Untauglich: Jungrinder über 3 Monate alt	Untauglich: Kälber bis 3 Monate alt	Untauglich: Schweine	Untauglich: Schafe	Untauglich: Ziegen	Untauglich: Hunde	Bedingt: Ochsen	Bedingt: Bullen	Bedingt: Kühe	Bedingt: Jungrinder über 3 Monate alt	Bedingt: Kälber bis 3 Monate alt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1. Königsberg	1921	1	13	—	—	22	479	—	2	1	87	7	2	6	—	—	—	1	2	60	4	—
	1920	—	9	—	6	13	324	1	4	—	53	12	—	2	—	—	—	1	—	77	7	4
	1913	12	218	150	2 826	40	364	1	6	2	127	13	9	7	—	—	—	7	3	63	15	7
2. Gumbinnen	1921	1	10	—	3	7	247	—	3	—	22	3	—	—	—	1	—	—	1	22	2	—
	1920	1	1	—	—	6	196	—	1	—	46	6	1	—	—	—	—	—	—	13	1	—
	1913	13	187	60	862	28	306	—	3	—	32	9	2	4	—	—	—	—	1	29	—	—
3. Allenstein	1921	—	—	—	2	6	200	1	—	—	20	3	—	2	—	—	—	1	—	4	—	—
	1920	—	1	1	6	10	165	—	—	—	11	—	—	—	—	—	—	1	1	12	5	—
	1913	6	97	11	244	22	384	—	1	—	28	7	1	11	—	1	—	1	1	18	7	—
4. Westpreußen	1921	—	3	—	1	6	257	—	—	—	6	6	1	1	—	—	—	—	—	11	—	—
	1920	5	46	1	10	8	315	—	—	—	24	1	—	1	—	—	—	1	1	29	—	1
	1913	13	153	88	783	29	345	—	2	—	30	6	2	10	—	1	—	1	2	22	4	1
5. Potsdam	1921	1	98	3	77	57	718	1	2	—	41	5	3	16	—	—	—	—	1	41	10	1
	1920	—	56	—	10	14	507	2	6	—	48	16	1	2	—	2	—	12	—	87	16	4
	1913	65	201	47	141	61	165	4	1	4	83	10	4	85	—	1	—	—	5	54	17	3
6. Frankfurt	1921	—	22	1	5	44	1 205	2	8	—	51	9	1	3	—	—	—	10	3	39	9	1
	1920	3	46	2	11	36	1 897	—	11	1	57	12	2	4	—	2	—	11	2	60	14	4
	1913	32	101	17	69	32	361	2	10	1	100	21	8	49	1	1	—	6	5	45	3	8
7. Berlin	1921	7	40	7	43	40	236	1	2	—	49	4	3	12	1	1	—	49	32	340	41	43
	1920	7	39	2	14	21	84	—	1	—	73	5	—	2	1	—	—	48	10	661	55	14
	1913	74	1 120	136	2 018	96	115	—	5	3	98	15	7	179	—	—	—	122	60	211	62	84
8. Stettin	1921	—	30	19	71	24	455	—	1	1	16	—	1	4	—	—	—	2	1	30	4	1
	1920	—	4	—	—	21	521	—	2	2	27	8	5	4	—	1	—	6	6	58	9	4
	1913	11	73	39	109	18	103	—	3	5	44	6	2	28	2	1	—	1	3	40	8	4
9. Köslin	1921	—	3	—	2	18	248	—	1	—	36	3	1	—	—	1	—	—	—	23	1	1
	1920	—	8	—	—	13	375	—	3	—	35	5	—	4	—	—	—	—	—	16	1	—
	1913	7	69	28	183	7	65	—	2	—	72	8	2	17	—	—	—	—	2	33	10	2
10. Stralsund	1921	—	7	17	79	17	106	1	—	—	19	2	—	5	—	—	—	—	—	2	2	—
	1920	—	—	1	45	6	67	—	—	—	20	3	1	5	—	—	—	—	1	3	4	—
	1913	16	10	18	14	7	30	2	1	3	39	1	3	16	—	—	—	1	1	9	1	—
11. Schneidemühl	1921	1	6	—	3	4	443	—	3	1	20	6	1	3	—	—	—	—	—	7	2	1
	1920	—	17	—	7	6	539	—	2	1	22	3	1	2	—	—	—	2	2	19	—	—
	1913	7	48	16	302	37	481	—	1	3	34	9	1	16	—	2	—	1	—	12	4	1
12. Breslau	1921	2	34	—	6	44	1 096	—	6	1	32	15	7	5	—	—	—	11	4	45	14	1
	1920	4	29	5	7	23	602	—	10	—	38	15	7	7	—	—	—	19	3	49	24	1
	1913	34	280	41	182	54	286	1	20	8	113	45	23	42	1	3	1	7	6	47	17	20
13. Liegnitz	1921	1	19	3	15	20	833	1	9	1	72	7	2	4	—	—	—	7	3	40	7	3
	1920	3	47	2	22	19	1 136	—	7	—	64	20	6	7	—	—	—	12	4	55	20	1
	1913	13	207	20	269	34	330	3	11	8	192	44	19	56	1	3	—	5	7	101	12	15
14. Oppeln	1921	2	36	2	143	27	2 337	—	1	—	14	6	—	1	—	1	—	2	—	13	4	2
	1920	1	29	—	4	11	1 692	—	3	—	16	5	5	1	—	1	—	6	2	26	5	3
	1913	19	465	16	197	93	4 153	1	8	1	52	27	5	24	—	5	—	15	1	37	7	5
15. Magdeburg	1921	5	37	7	141	83	850	3	4	3	60	11	3	23	2	—	—	5	3	22	6	3
	1920	—	4	—	4	15	340	1	24	1	114	17	4	28	—	—	—	9	2	36	10	2
	1913	39	77	19	123	30	80	5	7	3	99	31	10	163	5	1	—	2	3	29	17	9
16. Merseburg	1921	—	10	12	103	42	816	—	4	2	32	5	3	12	—	—	—	3	1	35	10	4
	1920	—	1	—	2	24	712	1	4	—	65	6	2	11	—	—	—	17	2	88	10	3
	1913	33	150	14	143	19	53	3	8	—	80	14	6	62	1	2	—	7	3	93	11	15
17. Erfurt	1921	2	40	1	7	33	502	—	—	—	13	2	1	3	—	—	—	1	2	16	3	1
	1920	—	9	—	—	12	317	—	2	—	26	3	—	1	—	—	—	3	—	25	2	—
	1913	1	28	1	13	5	59	—	2	1	31	4	2	14	—	—	—	4	2	19	5	1
18. Schleswig	1921	12	96	83	354	53	412	—	2	—	47	12	7	27	—	—	—	1	4	90	23	9
	1920	—	1	—	11	15	183	—	1	2	91	27	4	17	—	1	—	3	2	144	37	13
	1913	132	195	308	736	38	123	2	3	1	81	53	19	146	1	1	—	13	6	186	62	26

[1]) Fortsetzung siehe Seite 165 und 166.

aufgeführten beanstandeten ganzen Tierkörpern entfielen auf die Regierungsbezirke:

wegen																					
kulose											10. Trichinen		11. gesundheitsschädlicher Finnen (*Cysticercus cellulosae* und *Cysticercus inermis*)								Wiederholung der Spalte 1
tauglich			Im Nahrungs- und Genußwert erheblich herabgesetzt								un-taug-lich	be-dingt taug-lich	Untauglich								
Schwei-ne	Scha-fe	Zie-gen	Och-sen	Bullen	Kühe	Jung-rinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schwei-ne	Scha-fe	Zie-gen	Schweine		Och-sen	Bullen	Kühe	Jung-rinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schwei-ne	Scha-fe	Zie-gen	
24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	
15	—	—	7	3	370	23	5	22	—	—	3	9	—	—	—	—	—	9	—	—	1.
18	—	—	*15*	*3*	*491*	*48*	*5*	*17*	*1*	*1*	*3*	*2*	—	—	—	—	—	*9*	—	—	
84	—	—	*9*	*4*	*353*	*41*	*7*	*47*	—	—	*5*	*6*	—	—	—	—	—	*3*	—	—	
4	—	—	4	4	139	11	1	4	—	—	2	2	—	—	—	1	—	2	—	—	2.
4	—	—	*5*	*3*	*220*	*14*	*1*	*4*	—	*1*	*1*	—	—	—	—	—	—	*2*	—	—	
6	—	—	*2*	*2*	*87*	*6*	*1*	*13*	—	—	*14*	*8*	—	—	—	*1*	—	*4*	—	—	
11	—	—	4	—	66	7	—	—	—	—	5	6	—	—	1	—	—	10	—	—	3.
4	—	—	*9*	*1*	*85*	*15*	*1*	*3*	—	—	*5*	*7*	—	—	—	—	—	*7*	—	—	
27	—	—	*6*	*3*	*96*	*16*	*3*	*29*	*2*	—	*6*	*11*	—	—	—	—	—	*7*	—	—	
23	1	—	1	—	45	1	2	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	—	—	4.
10	—	—	*6*	—	*82*	*9*	*1*	*3*	—	—	—	—	—	—	—	—	*1*	*4*	—	—	
30	*1*	—	*1*	*2*	*91*	*10*	*2*	*8*	—	—	—	*2*	—	—	—	—	—	*2*	—	—	
48	—	—	11	13	193	36	8	37	—	—	2	2	—	—	—	—	—	3	—	—	5.
26	—	—	*58*	*9*	*772*	*97*	*12*	*18*	—	—	—	*3*	—	—	—	—	—	*4*	—	—	
132	*1*	—	*5*	*5*	*209*	*16*	*6*	*132*	—	*3*	*10*	*6*	—	*2*	—	—	—	*1*	—	—	
16	—	—	15	5	215	35	10	22	—	1	3	3	—	—	—	3	1	3	—	—	6.
23	—	—	*84*	*14*	*480*	*79*	*16*	*31*	—	—	*4*	—	—	—	—	—	—	*4*	—	—	
91	—	—	*7*	*11*	*208*	*29*	*6*	*68*	—		*7*	*6*	—	*2*	—	*5*	—	*9*	—	—	
240	5	2	24	11	371	62	11	299	2	4	21	13	—	—	—	1	—	106	—	—	7.
50	*3*	*5*	*12*	*5*	*430*	*26*	*3*	*63*	—	—	—	*4*	—	—	—	—	—	*4*	—	—	
987	*4*	—	*192*	*85*	*254*	*65*	*51*	*2 362*	*1*	*1*	*14*	*18*	—	*3*	*1*	*1*	—	*26*	—	—	
29	—	—	9	5	201	18	6	22	—	1	2	3	—	—	—	—	—	3	—	—	8.
10	—	—	*35*	*14*	*345*	*28*	*8*	*18*	—	—	—	*1*	—	—	—	—	—	*3*	—	—	
55	—	—	*4*	*9*	*99*	*18*	*6*	*68*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	*1*	—	—	
29	—	—	8	3	112	18	2	9	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	9.
15	—	—	*13*	*2*	*101*	*18*	*10*	*17*	—	*1*	—	—	—	—	—	—	—	*3*	—	—	
38	—	—	*3*	*2*	*161*	*19*	*5*	*29*	—	—	*1*	*1*	*1*	—	—	—	—	—	—	—	
6	—	—	—	1	70	5	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	—	10.
6	—	—	*3*	—	*143*	*8*	*2*	*3*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	*5*	—	—	
12	—	—	*1*	—	*61*	*9*	—	*22*	—	—	—	—	—	—	*1*	—	—	—	—	—	
5	—	—	9	1	72	18	3	11	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11.
3	—	—	*16*	*3*	*114*	*17*	—	*12*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	*2*	—	—	
18	—	—	*1*	*2*	*53*	*16*	*2*	*16*	—	—	*2*	*3*	—	—	—	—	—	—	—	—	
27	—	—	41	9	294	62	16	70	4	2	2	2	—	—	—	2	—	6	—	—	12.
12	*1*	—	*232*	*19*	*655*	*176*	*22*	*28*	*2*	*6*	—	*6*	—	—	—	—	—	*4*	—	—	
157	—	—	*37*	*13*	*341*	*64*	*13*	*431*	*10*	*3*	*11*	*3*	—	*1*	—	*2*	*1*	*7*	—	—	
26	—	1	20	9	472	50	14	29	2	3	2	2	—	—	—	—	—	3	—	—	13.
26	—	—	*147*	*16*	*1 023*	*189*	*53*	*55*	*1*	*4*	*1*	*1*	—	—	—	*4*	—	—	—	—	
148	—	*1*	*23*	*26*	*544*	*67*	*28*	*238*	*3*	*1*	*11*	*4*	—	—	—	*4*	—	*5*	—	—	
22	—	—	9	5	86	16	1	11	—	1	20	22	—	—	—	2	—	38	—	—	14.
15	—	—	*43*	*1*	*197*	*34*	*3*	*16*	—	—	*1*	—	—	—	—	*1*	—	*2*	—	—	
110	—	*1*	*16*	*3*	*133*	*25*	*9*	*43*	—	*2*	*98*	*83*	—	—	—	—	—	*60*	—	—	
125	—	—	18	5	250	32	5	151	2	1	1	8	—	—	—	—	—	8	—	—	15.
45	—	—	*276*	*8*	*744*	*82*	*5*	*62*	—	—	*2*	*4*	—	—	—	—	—	*8*	—	—	
269	*1*	—	*17*	*19*	*227*	*38*	*6*	*452*	*1*	—	*4*	*1*	—	—	*2*	*1*	—	*7*	—	—	
56	1	1	14	4	130	24	7	33	7	1	—	1	—	—	—	—	—	4	—	—	16.
42	—	—	*101*	*4*	*607*	*102*	*19*	*39*	*4*	*1*	—	*1*	—	—	—	—	—	*3*	—	—	
209	*2*	*1*	*14*	*3*	*250*	*41*	*12*	*183*	*4*	—	*2*	*5*	—	*1*	—	*1*	—	*9*	—	—	
23	—	—	7	1	152	19	2	15	—	—	—	5	—	—	—	1	—	5	—	—	17.
4	—	—	*15*	*3*	*206*	*17*	*1*	*3*	*1*	—	*1*	*2*	—	—	—	—	—	*2*	—	—	
29	—	—	*5*	*10*	*176*	*17*	*17*	*118*	—	—	—	*2*	*1*	—	—	—	—	*6*	—	—	
158	1	—	4	5	109	36	11	43	—	—	1	1	—	—	1	—	—	4	—	—	18.
66	—	—	*12*	*6*	*424*	*88*	*8*	*14*	—	—	—	—	—	—	—	*4*	—	*1*	—	—	
382	—	—	*15*	*5*	*177*	*56*	*17*	*168*	—	—	—	—	—	—	*1*	*3*	—	—	—	—	

Noch: B. Von den in der Übersicht 2 bei laufender Nummer 4, 5, 6, 7, 10 und 11

(Noch: Übers. 8)

Beanstandungen wegen

Noch: 11. gesundheitsschädlicher Finnen (*Cysticercus cellulosae* und *Cysticercus inermis*)

Regierungsbezirke[1]	Erhebungsjahr	Bedingt tauglich: Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen	Im Nahrungs- und Genußwert erheblich herabgesetzt: Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen
1	2	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60
1. Königsberg	1921	6	7	6	26	—	43	—	—	4	4	9	31	1	6	—	—
	1920	*4*	*6*	*3*	*19*	*1*	*15*	—	—	*16*	*17*	*6*	*65*	—	—	—	—
	1913	*6*	*9*	*9*	*26*	*2*	*4*	—	—	*3*	*6*	*6*	*13*	—	—	—	—
2. Gumbinnen	1921	1	1	—	4	—	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1920	—	*2*	*2*	*2*	—	*5*	—	—	—	*1*	—	—	—	—	—	—
	1913	*1*	*5*	*3*	*6*	—	*3*	—	—	—	*3*	*3*	—	—	*1*	—	—
3. Allenstein	1921	—	2	2	12	—	9	—	—	—	—	4	15	—	1	—	—
	1920	—	—	—	*12*	—	*11*	—	—	*1*	—	*1*	*1*	—	—	—	—
	1913	—	*3*	*3*	*14*	*1*	*11*	—	—	*3*	*4*	*9*	*38*	—	*2*	—	—
4. Westpreußen	1921	—	1	2	6	—	6	—	—	—	1	5	14	—	1	—	—
	1920	—	—	—	*5*	—	*6*	—	—	*1*	*1*	*3*	*21*	—	*1*	—	—
	1913	—	*2*	—	*3*	—	*2*	—	—	*2*	*5*	*9*	*21*	—	—	—	—
5. Potsdam	1921	—	3	6	16	—	10	—	—	3	—	7	5	—	—	—	—
	1920	*1*	*1*	*6*	*22*	—	*6*	—	—	*1*	*3*	*2*	*10*	—	*2*	—	—
	1913	*3*	*19*	*8*	*41*	*1*	*2*	—	—	*2*	*25*	*14*	*27*	—	—	—	—
6. Frankfurt	1921	2	17	8	22	—	9	—	—	1	4	2	27	—	1	—	—
	1920	—	*7*	*5*	*22*	—	*5*	—	—	*1*	—	*2*	*6*	*1*	*1*	*1*	—
	1913	*7*	*44*	*17*	*43*	*1*	*6*	—	—	*4*	*22*	*16*	*30*	—	—	—	—
7. Berlin	1921	34	6	15	59	4	208	—	—	12	6	13	97	2	26	—	—
	1920	*4*	*9*	*5*	*24*	*3*	*17*	—	—	*2*	*8*	*7*	*77*	—	*1*	—	—
	1913	*88*	*45*	*7*	*55*	*11*	*33*	—	—	*298 3/4*	*131 2/4*	*25*	*102*	*6*	*18*	—	—
8. Stettin	1921	3	10	2	5	1	12	—	—	—	—	2	4	1	2	—	—
	1920	—	*8*	*1*	*3*	*1*	*3*	—	—	*1*	*12*	*8*	*8*	*1*	*2*	—	—
	1913	—	*10*	*3*	*4*	—	—	—	—	*2*	*29*	*8*	*13*	*1*	*1*	—	—
9. Köslin	1921	—	2	8	2	—	3	—	—	—	—	—	4	—	—	—	—
	1920	—	—	*1*	*1*	—	*2*	—	—	—	*1*	*5*	*3*	—	—	—	—
	1913	—	*1*	*3*	*3*	—	*2*	—	—	—	*3*	*3*	*3*	—	—	—	—
10. Stralsund	1921	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1920	—	—	—	*1*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1913	—	*2*	*2*	*1*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11. Schneidemühl	1921	—	3	2	6	—	—	—	—	—	1	4	3	—	20	—	—
	1920	—	*1*	*2*	*2*	—	*1*	—	—	—	*2*	*3*	*8*	—	—	—	—
	1913	—	*6*	*4*	*13*	—	—	—	—	*3*	*7*	*9*	*17*	*1*	—	—	—
12. Breslau	1921	4	33	9	28	4	27	—	—	—	3	2	7	—	—	—	—
	1920	*3*	*16*	*4*	*23*	*1*	*6*	—	—	—	—	—	*1*	—	—	—	—
	1913	*13*	*138*	*27*	*47*	*2*	*19*	—	—	*6*	*29*	*17*	*45*	*1*	—	—	—
13. Liegnitz	1921	5	12	9	20	—	5	—	—	—	3	2	7	—	—	—	—
	1920	*1*	*2*	*8*	*9*	—	*2*	—	—	—	*4*	*8*	*1*	—	—	—	—
	1913	*3*	*53*	*22*	*37*	*1*	*4*	—	—	*1*	*15*	*15*	*24*	*1*	—	—	—
14. Oppeln	1921	1	9	16	10	—	294	—	—	—	1	3	3	—	5	—	—
	1920	*3*	*10*	*10*	*16*	—	*19*	—	—	*2*	—	*1*	*2*	—	—	—	—
	1913	*5*	*57*	*36*	*94*	*2*	*1 905*	—	—	*3*	*24*	*30*	*74*	*1*	*226*	—	—
15. Magdeburg	1921	2	3	2	25	1	17	—	—	2	2	—	6	1	2	—	—
	1920	*3*	*5*	*1*	*21*	—	*15*	—	—	*1*	*1*	*1*	*7*	—	—	—	—
	1913	*12*	*30*	*5*	*32*	*3*	*5*	—	—	*5*	*23*	*9*	*46*	—	*2*	—	—
16. Merseburg	1921	—	3	3	5	1	16	—	—	2	—	1	5	1	2	—	—
	1920	*3*	*1*	*3*	*4*	—	*17*	—	—	*2*	*2*	*1*	*3*	—	*3*	—	—
	1913	*6*	*19*	*22*	*25*	*1*	*29*	—	—	*4*	*7*	*22*	*18*	—	*7*	—	—
17. Erfurt	1921	—	8	7	18	—	10	—	—	1	1	1	5	—	1	—	—
	1920	—	—	*5*	*10*	—	*5*	—	—	—	—	*1*	—	—	—	—	—
	1913	*10*	*11*	*25*	*33*	—	*16*	—	—	—	*2*	*13*	*19*	—	*2*	—	—
18. Schleswig	1921	12	7	7	37	1	3	—	—	13	6	9	36	1	—	—	—
	1920	*19*	*4*	*9*	*34*	*2*	*2*	—	—	*6*	*1*	*11*	*18*	—	*2*	*1*	—
	1913	*39*	*13*	*29*	*47*	*2*	*3*	—	—	*37*	*12*	*44*	*61*	*2*	—	—	—

[1]) Fortsetzung siehe Seite 167.

aufgeführten beanstandeten ganzen Tierkörpern entfielen auf die Regierungsbezirke:

(Noch: Übers. 8)

Regierungsbezirke[1]	Erhebungsjahr	Beanstandungen wegen: 4. Schweineseuche		5. Schweinepest		6. Rotlauf der Schweine		7. Tuberkulose: Untauglich										Bedingt tauglich				
		untauglich (Schweine)	bedingt tauglich (Schweine)	untauglich (Schweine)	bedingt tauglich (Schweine)	untauglich (Schweine)	bedingt tauglich (Schweine)	Pferde und andere Einhufer	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen	Hunde	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
19. Hannover	1921	—	9	47	31	24	385	1	—	—	34	5	—	16	—	—	—	1	—	13	2	1
	1920	—	17	—	1	11	278	1	—	—	38	2	—	5	—	—	—	5	1	49	5	1
	1913	48	332	70	299	13	77	3	—	1	64	6	—	53	1	1	—	14	13	27	11	11
20. Hildesheim	1921	1	9	1	5	38	384	2	1	—	35	10	5	17	—	1	—	—	—	10	2	—
	1920	—	11	1	—	16	227	2	11	3	77	22	—	7	—	—	—	2	1	25	—	—
	1913	25	37	14	34	20	51	1	2	3	40	19	8	58	1	3	—	2	3	13	11	1
21. Lüneburg	1921	4	22	4	24	30	317	—	—	—	19	4	1	7	1	—	—	—	—	26	2	—
	1920	—	5	—	1	23	257	1	2	—	46	4	1	6	—	—	—	1	1	54	8	3
	1913	20	80	22	38	15	49	2	—	1	28	1	1	53	—	—	—	2	1	28	6	1
22. Stade	1921	5	13	1	11	27	189	1	1	—	26	8	1	23	—	—	—	1	—	11	3	2
	1920	—	4	—	—	22	160	—	2	—	44	11	1	6	1	—	—	—	1	34	4	—
	1913	49	141	41	85	11	29	1	1	2	24	8	—	45	—	—	—	4	1	11	7	4
23. Osnabrück	1921	—	39	1	4	12	326	—	—	1	29	4	—	8	—	—	—	—	—	16	—	—
	1920	—	5	—	—	14	144	—	—	—	29	—	—	2	—	—	—	—	—	10	—	—
	1913	13	89	8	132	8	30	—	—	—	35	4	3	15	—	—	—	—	—	12	—	—
24. Aurich	1921	—	—	—	9	4	20	—	—	—	9	—	—	2	—	—	—	1	—	5	—	—
	1920	—	—	—	1	—	10	—	—	—	18	4	—	—	—	—	—	—	—	32	1	—
	1913	1	37	—	—	6	10	—	—	—	40	8	2	15	—	1	—	1	—	19	1	2
25. Münster	1921	1	16	3	—	28	173	1	1	—	37	—	—	6	1	—	—	—	—	10	—	—
	1920	—	14	—	2	10	182	—	—	—	23	—	—	1	—	—	—	—	2	24	1	—
	1913	9	85	37	75	10	79	1	—	1	43	2	—	20	—	—	—	—	—	25	1	2
26. Minden	1921	3	70	70	1 115	61	693	—	1	3	41	3	—	11	—	—	—	—	—	11	1	2
	1920	—	7	1	5	41	575	1	1	2	46	11	2	5	1	1	—	3	3	44	1	1
	1913	17	113	32	156	86	420	2	3	1	65	5	1	26	—	1	—	7	1	38	1	1
27. Arnsberg	1921	8	82	6	160	55	560	1	2	1	89	1	1	9	—	1	—	7	—	43	1	5
	1920	1	15	—	1	20	287	1	—	—	46	3	1	7	—	—	—	—	—	54	2	—
	1913	53	168	26	43	57	268	2	3	1	116	8	4	30	1	1	—	6	3	61	4	6
28. Cassel	1921	6	37	5	39	73	1685	—	2	1	54	18	4	34	—	6	—	4	1	52	16	4
	1920	6	92	1	—	46	1499	—	3	2	100	20	5	17	—	2	—	4	4	152	22	7
	1913	18	160	5	26	23	166	3	3	3	78	24	5	63	—	9	—	5	2	58	16	7
29. Wiesbaden	1921	10	22	2	35	44	637	1	2	2	63	15	4	26	3	8	—	7	5	55	9	9
	1920	5	29	1	—	31	498	—	—	1	59	14	7	19	3	5	—	3	1	49	8	3
	1913	59	133	47	84	11	36	1	1	1	66	25	11	84	1	15	—	5	2	44	7	18
30. Coblenz	1921	—	6	1	3	9	185	—	1	1	19	—	—	6	—	1	—	3	1	31	2	4
	1920	2	17	—	—	12	146	—	2	—	26	3	—	4	—	1	—	4	1	39	3	2
	1913	12	87	1	43	1	29	—	1	—	50	6	8	28	—	4	—	7	1	37	10	7
31. Düsseldorf	1921	5	54	3	63	61	513	1	2	—	108	10	2	12	—	3	—	4	1	54	8	1
	1920	1	8	—	—	22	187	—	—	1	86	10	1	9	—	—	—	2	4	46	6	—
	1913	31	363	23	65	39	220	2	—	2	132	11	2	43	—	2	—	13	3	83	9	11
32. Köln	1921	—	3	12	17	9	49	4	—	—	22	7	1	1	—	1	—	8	—	36	10	—
	1920	—	2	—	12	1	33	1	—	—	23	3	—	2	—	—	—	4	—	20	3	—
	1913	20	128	10	27	2	22	—	1	—	54	9	1	19	—	4	—	12	2	59	9	6
33. Trier	1921	—	—	—	—	2	19	—	1	—	20	3	1	6	—	—	—	1	1	16	2	1
	1920	—	—	—	—	1	27	—	—	—	15	—	3	4	—	—	—	—	—	14	2	1
	1913	1	2	2	—	1	9	1	—	—	22	5	4	7	—	1	—	9	2	25	6	15
34. Aachen	1921	—	4	2	6	10	106	—	1	—	40	—	—	2	—	2	—	3	1	27	2	3
	1920	—	—	—	—	2	45	1	—	—	18	2	—	1	—	—	—	2	—	14	2	—
	1913	3	39	—	9	3	3	—	3	1	24	1	—	6	—	—	—	4	1	41	6	3
35. Sigmaringen	1921	—	—	—	—	1	11	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—
	1920	—	—	—	—	4	12	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	20	2	—
	1913	8	4	—	1	1	7	—	—	—	8	1	—	—	—	—	—	1	—	11	5	1

[1]) Fortsetzung von Seite 162.

(Noch: Übers. 8) Regierungsbezirke[1])	Erhebungsjahr	Beanstandungen																				
		Noch: 7. Tuberkulose											10. Trichinen		11. gesundheitsschädlicher							
		Noch: Bedingt taugl.			Im Nahrungs- und Genußwert erheblich herabgesetzt										Untauglich							
		Schweine	Schafe	Ziegen	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen	untauglich Schweine	bedingt tauglich Schweine	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen
1	2	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44
19. Hannover . . .	1921	65	—	—	3	4	84	18	5	56	1	—	1	2	—	—	—	—	1	4	—	—
	1920	*32*	—	—	*20*	*1*	*359*	*30*	*7*	*14*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	*6*	—	—
	1913	*180*	—	—	*13*	*12*	*85*	*24*	*5*	*236*	*1*	—	—	—	—	—	—	*1*	*1*	*4*	—	—
20. Hildesheim . .	1921	48	2	—	3	2	102	13	2	9	—	—	2	2	—	—	—	—	—	5	—	—
	1920	*26*	—	—	*26*	*11*	*292*	*41*	*6*	*11*	*2*	—	*1*	*7*	—	—	—	—	—	*3*	—	—
	1913	*108*	—	—	*2*	*4*	*67*	*16*	*2*	*85*	*1*	—	—	*2*	—	—	—	*1*	*1*	*7*	—	—
21. Lüneburg . . .	1921	53	—	—	2	2	93	7	—	20	—	—	—	5	—	—	—	—	—	15	—	—
	1920	*21*	—	—	*3*	*1*	*286*	*19*	*3*	*12*	—	—	—	*8*	—	—	*1*	—	—	*8*	—	—
	1913	*87*	—	—	*2*	*4*	*96*	*13*	*2*	*83*	—	—	*2*	—	—	—	—	—	—	*7*	—	—
22. Stade	1921	29	—	—	4	—	46	12	1	20	—	—	1	1	—	—	—	—	—	4	—	—
	1920	*12*	—	—	*2*	*2*	*186*	*24*	*1*	*13*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	*3*	—	—
	1913	*52*	—	—	*2*	*1*	*90*	*6*	*4*	*43*	—	—	—	—	—	*1*	—	*1*	—	*1*	—	—
23. Osnabrück . .	1921	9	—	—	—	1	65	10	—	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—
	1920	*4*	—	—	—	*2*	*51*	*1*	*1*	*2*	—	*1*	—	—	—	—	—	—	—	*2*	—	—
	1913	*17*	—	—	—	*1*	*109*	—	*1*	*16*	—	—	—	—	—	—	*1*	—	—	—	—	—
24. Aurich.	1921	12	—	—	2	—	89	10	1	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1920	*1*	—	—	—	*1*	*126*	*20*	*1*	*5*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1913	*28*	—	—	*2*	*3*	*113*	*2*	*1*	*52*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
25. Münster. . . .	1921	14	—	—	1	1	170	8	—	21	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—
	1920	*4*	—	—	—	*3*	*137*	*12*	—	*6*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1913	*48*	—	—	—	—	*197*	*2*	—	*41*	—	—	—	—	—	—	*1*	—	—	—	—	—
26. Minden	1921	46	—	—	3	3	81	8	—	15	—	—	—	1	—	—	1	—	—	4	—	1
	1920	*16*	—	*1*	*15*	*5*	*456*	*9*	*2*	*16*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	*4*	—	*1*
	1913	*136*	—	—	*5*	*1*	*144*	*9*	*3*	*63*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	*4*	—	—
27. Arnsberg . . .	1921	38	—	—	30	12	844	32	5	67	2	—	—	1	—	—	—	—	—	7	—	—
	1920	*24*	—	—	*9*	*5*	*674*	*34*	*5*	*24*	*1*	*1*	—	*1*	—	—	—	—	—	—	—	—
	1913	*108*	—	—	*16*	*29*	*802*	*31*	*12*	*291*	*1*	—	*2*	*2*	—	—	—	*2*	—	*2*	—	—
28. Cassel.	1921	94	—	1	11	5	337	73	9	72	—	3	1	3	—	—	—	—	—	9	—	—
	1920	*64*	—	*1*	*13*	*10*	*748*	*79*	*15*	*48*	—	—	*1*	*1*	—	—	—	—	—	*13*	*1*	—
	1913	*109*	—	—	*15*	*4*	*295*	*65*	*15*	*169*	—	*1*	*5*	*10*	*1*	—	*3*	—	—	*14*	—	—
29. Wiesbaden . .	1921	80	—	—	5	3	254	32	4	77	1	5	1	—	—	—	—	1	—	—	—	—
	1920	*61*	—	*6*	*2*	*1*	*507*	*34*	*4*	*48*	—	*5*	—	—	—	—	—	*2*	—	—	—	—
	1913	*139*	—	—	*12*	*4*	*261*	*18*	*15*	*213*	*1*	*2*	—	—	*1*	*1*	—	*2*	—	—	—	—
30. Coblenz	1921	11	—	1	21	1	407	14	2	18	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—
	1920	*10*	—	—	*9*	—	*273*	*19*	*3*	*18*	—	*1*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1913	*36*	—	*1*	*16*	—	*253*	*22*	*14*	*72*	—	*3*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
31. Düsseldorf . .	1921	74	—	—	23	12	859	46	13	125	1	—	—	—	—	—	1	—	—	6	—	—
	1920	*21*	—	*1*	*9*	*14*	*746*	*59*	*2*	*25*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	*2*	—	—
	1913	*244*	—	*1*	*27*	*20*	*1 156*	*40*	*20*	*481*	*1*	*2*	—	—	—	—	*1*	*1*	—	*7*	—	—
32. Köln.	1921	32	1	—	33	9	398	41	10	65	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	—	—
	1920	*8*	—	—	*13*	*4*	*235*	*28*	*3*	*14*	—	*1*	—	—	—	—	—	—	—	*2*	—	—
	1913	*85*	—	—	*59*	*9*	*514*	*37*	*5*	*195*	—	*1*	—	—	—	—	—	—	*1*	—	—	—
33. Trier	1921	8	—	—	4	—	116	6	2	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—
	1920	*7*	—	—	*2*	—	*107*	*9*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1913	*73*	—	—	*3*	*2*	*73*	*9*	—	*18*	—	—	*1*	—	—	—	—	—	—	—	—	—
34. Aachen	1921	18	1	—	16	—	207	10	—	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1920	*4*	—	—	*7*	—	*184*	*18*	*5*	*9*	*2*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1913	*36*	—	—	*3*	*4*	*126*	*14*	*5*	*34*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	*1*	—	—
35. Sigmaringen .	1921	1	—	—	1	—	24	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1920	—	—	—	*5*	*2*	*72*	*4*	*2*	*1*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1913	*3*	—	—	*1*	—	*43*	*3*	—	*3*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

[1]) Fortsetzung von Seite 163 und 164.

aufgeführten beanstandeten ganzen Tierkörpern entfielen auf die Regierungsbezirke:

wegen

Finnen (*Cysticercus cellulosae* und *Cysticercus inermis*)

Bedingt tauglich								Im Nahrungs- und Genußwert erheblich herabgesetzt								Wiederholung der Spalte 1
Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen	
45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	
3	6	1	5	—	5	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	19.
1	9	—	9	2	4	—	—	1	1	1	4	—	—	—	—	
11	9	4	13	2	15	—	—	42	48	8	18	—	1	—	—	
—	3	3	5	—	10	—	—	3	1	—	1	—	—	—	—	20.
1	3	3	3	—	7	—	—	1	1	—	2	—	1	—	—	
3	12	3	6	—	13	—	—	3	17	7	11	—	1	—	—	
1	1	1	1	—	11	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	21.
1	—	—	2	—	8	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	
2	3	2	6	1	9	—	—	2	—	2	1	—	1	—	—	
5	3	2	5	—	5	—	—	5	—	—	1	1	—	—	—	22.
—	4	1	3	1	3	—	—	—	—	—	1	—	2	—	—	
8	9	10	5	—	1	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	
—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23.
—	—	—	1	—	1	—	—	—	3	—	6	—	1	—	—	
—	3	2	1	—	2	—	—	2	9	15	1	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24.
—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
1	—	1	—	—	—	—	—	—	1	3	2	—	—	—	—	
—	—	2	—	—	1	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	25.
—	4	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
1	2	4	2	—	—	—	—	2	5	12	5	—	—	—	—	
—	1	1	1	—	6	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	26.
1	1	10	4	1	1	—	—	—	—	—	4	—	—	—	—	
—	—	3	2	—	5	—	—	—	1	5	—	—	2	—	—	
3	10	6	14	—	6	1	—	6	5	12	24	—	3	—	—	27.
2	7	4	18	—	—	—	—	1	1	4	11	—	1	—	—	
6	11	16	14	—	—	—	—	12	28	53	47	—	1	—	—	
2	2	2	16	—	26	—	—	3	—	5	7	—	7	—	—	28.
1	1	1	22	1	27	—	—	3	—	4	9	—	1	—	—	
15	9	8	30	—	32	—	—	11	11	21	47	—	9	—	—	
3	3	9	15	—	2	—	—	5	5	4	22	—	—	—	—	29.
1	—	1	5	—	1	—	—	—	—	—	3	—	—	—	—	
37	11	24	28	1	—	—	—	19	3	18	26	—	—	—	—	
3	1	2	6	—	4	—	—	1	1	7	5	—	—	—	—	30.
—	—	—	4	—	4	—	—	—	1	2	1	—	—	—	—	
8	3	6	16	—	1	—	—	18	8	36	20	—	6	—	—	
10	13	11	10	—	5	—	—	4	13	10	8	—	—	—	—	31.
7	5	6	12	—	1	—	—	2	3	—	2	—	—	—	—	
14	14	26	9	—	2	—	—	$73\,^{2}/_{4}$	82	$101\,^{8}/_{4}$	21	—	5	—	—	
24	14	12	26	1	—	—	—	10	3	11	16	—	—	—	—	32.
4	2	3	5	—	2	—	—	—	4	2	4	—	—	—	—	
8	1	9	6	—	2	—	—	21	7	17	11	—	2	—	—	
1	1	3	1	1	—	—	—	1	1	3	3	—	—	—	—	33.
—	1	—	2	1	—	—	—	—	—	—	6	—	—	—	—	
6	8	3	13	—	—	—	—	26	13	29	46	1	—	—	—	
—	—	2	2	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	34.
—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
1	—	2	1	—	—	—	—	8	1	6	8	—	—	—	—	
—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	35.
—	—	2	1	—	—	—	—	—	—	5	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	

C. Von den in der Übersicht 2a aufgeführten beanstandeten

(Übers. 9) Regierungsbezirke[1])	Erhebungsjahr	Untauglich								Bedingt tauglich							
										Zahl der Fleisch-							
		Ochsen	Bullen	Kühen	Jungrindern über 3 Monate alt	Kälbern bis 3 Monate alt	Schweinen	Schafen	Ziegen	Ochsen	Bullen	Kühen	Jungrindern über 3 Monate alt	Kälbern bis 3 Monate alt	Schweinen	Schafen	Ziegen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
1. Königsberg . .	1921	—	—	2	2	—	—	—	—	6	7	198	18	2	66	1	—
	1920	—	—	—	—	3	—	—	—	7	10	113	10	1	21	2	—
	1913	2	—	12	3	—	2	—	—	13	20	254	12	2	247	—	—
2. Gumbinnen . .	1921	—	—	4	1	—	3	—	—	—	3	32	2	—	2	—	—
	1920	—	—	14	—	2	—	—	—	—	—	17	—	—	—	—	—
	1913	1	—	—	—	—	—	—	—	2	1	26	3	—	8	—	—
3. Allenstein . .	1921	—	—	13	—	—	—	—	—	5	—	13	2	—	13	—	—
	1920	—	—	6	—	—	—	—	—	—	1	22	—	—	12	—	—
	1913	—	—	10	—	—	—	—	—	2	9	54	5	2	82	—	—
4. Westpreußen .	1921	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	31	2	2	29	—	—
	1920	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40	1	—	17	—	—
	1913	—	2	1	—	—	—	—	—	3	3	55	11	3	89	1	—
5. Potsdam . . .	1921	2	—	8	2	—	—	—	—	5	9	77	9	1	60	—	—
	1920	2	—	15	7	—	—	—	—	7	1	71	5	3	8	—	—
	1913	—	1	17	3	—	7	—	—	11	20	163	18	11	215	3	2
6. Frankfurt . . .	1921	—	—	18	3	—	1	—	—	6	4	93	23	11	70	1	—
	1920	—	—	42	5	—	1	—	—	19	1	79	8	3	26	—	—
	1913	—	2	13	1	—	3	—	—	7	25	172	22	9	230	—	—
7. Berlin	1921	—	—	4	—	—	—	—	—	134	68	466	96	31	320	2	—
	1920	4	—	37	4	—	—	—	1	62	32	514	44	8	113	3	5
	1913	4	5	30	6	—	404	—	—	639	289	496	150	160	2 188	9	—
8. Stettin	1921	—	—	2	—	—	—	—	—	2	8	55	8	5	83	—	—
	1920	—	2	2	—	—	—	—	—	10	6	68	6	—	39	—	—
	1913	—	—	9	—	1	2	—	—	5	15	110	30	12	195	—	—
9. Köslin	1921	—	—	7	—	—	—	—	—	3	4	24	8	—	12	—	—
	1920	—	—	1	—	—	—	—	—	1	5	22	3	—	14	—	—
	1913	—	—	10	—	—	4	—	—	1	9	173	15	3	95	—	—
10. Stralsund . . .	1921	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—
	1920	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	9	—	—	—	—	—
	1913	—	—	3	—	—	—	—	—	—	1	26	2	—	20	—	—
11. Schneidemühl	1921	—	—	4	—	—	—	—	—	4	1	16	4	—	6	—	—
	1920	—	—	6	—	—	—	—	—	2	2	17	—	—	2	—	—
	1913	—	2	16	3	—	—	—	—	2	6	57	6	—	34	—	—
12. Breslau	1921	—	—	1	2	1	—	—	—	26	13	114	31	4	58	—	1
	1920	1	—	11	3	—	—	—	—	15	2	97	11	—	5	—	—
	1913	2	2	28	10	2	14	—	—	96	99	395	45	54	437	—	—
13. Liegnitz . . .	1921	4	—	17	—	—	—	—	—	15	33	119	30	17	37	3	2
	1920	6	—	39	—	—	—	—	—	17	15	115	20	7	17	5	—
	1913	3	2	36	—	—	4	—	—	23	52	282	32	68	332	2	2
14. Oppeln	1921	4	—	2	—	—	—	—	—	4	4	54	13	—	26	—	1
	1920	—	—	1	1	—	—	—	—	8	3	48	7	—	10	—	—
	1913	2	—	4	—	—	1	—	—	21	30	248	31	5	130	—	1
15. Magdeburg . .	1921	2	—	1	1	1	2	—	—	29	21	116	53	14	499	—	—
	1920	2	—	19	—	—	—	—	—	39	12	111	34	10	119	—	—
	1913	—	—	3	—	—	25	—	—	22	86	229	58	29	1 096	1	—
16. Merseburg . .	1921	1	—	4	2	—	3	—	—	57	11	118	40	17	145	1	1
	1920	—	—	5	2	—	—	—	—	24	11	76	19	—	26	3	4
	1913	1	—	13	1	—	2	—	—	29	28	264	48	40	526	46	—
17. Erfurt	1921	—	—	2	—	—	—	—	—	9	3	53	5	7	30	—	—
	1920	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	22	8	3	5	—	—
	1913	—	—	1	—	—	1	—	—	13	22	236	38	12	147	—	—
18. Schleswig . . .	1921	—	—	—	—	—	1	—	—	16	20	539	110	25	282	—	—
	1920	—	—	4	2	—	1	—	—	16	25	513	73	15	102	—	—
	1913	9	—	28	4	—	44	—	—	62	44	535	228	48	1 154	2	1

[1]) Fortsetzung siehe Seite 171 und 172.

Fleischvierteln entfielen auf die Regierungsbezirke:

Im Nahrungs- und Genußwert erheblich herabgesetzt								Tauglich ohne Einschränkung								
viertel von																
Ochsen	Bullen	Kühen	Jungrindern über 3 Monate alt	Kälbern bis 3 Monate alt	Schweinen	Schafen	Ziegen	Ochsen	Bullen	Kühen	Jungrindern über 3 Monate alt	Kälbern bis 3 Monate alt	Schweinen	Schafen	Ziegen	Wiederholung der Spalte 1
19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	
1	9	277	23	2	50	3	—	9	12	143	9	—	84	—	—	1.
3	6	149	18	3	8	2	—	14	8	94	—	5	31	—	—	
8	7	260	21	2	140	—	—	25	33	266	12	—	383	—	—	
—	1	40	2	1	3	—	—	—	—	12	3	3	4	—	—	2.
—	—	42	—	6	—	—	—	—	—	11	—	—	—	—	—	
1	—	28	5	—	6	—	—	4	3	34	8	—	6	—	—	
5	—	[42	3	—	—	—	—	6	—	24	3	—	35	—	—	3.
—	—	36	—	—	6	—	—	—	3	12	—	—	14	—	—	
—	2	41	6	—	42	—	—	2	13	47	9	2	76	—	—	
—	—	22	—	—	8	—	—	—	3	35	6	2	47	—	—	4.
—	—	18	—	—	—	—	—	—	—	42	3	—	23	—	—	
—	2	37	4	—	74	—	—	5	9	63	9	5	93	3	—	
2	—	57	4	—	25	—	—	7	7	82	17	3	71	—	—	5.
—	—	76	12	2	4	—	—	7	3	54	8	3	8	—	—	
3	4	169	22	5	135	—	2	26	47	227	29	20	283	5	—	
8	5	114	22	8	19	—	—	6	3	75	24	5	102	3	—	6.
12	3	84	6	3	12	—	—	25	—	55	5	6	33	—	—	
2	8	205	19	5	111	—	—	11	45	174	38	2	328	—	—	
67	23	352	66	8	85	—	—	203	117	542	110	53	591	6	—	7.
22	4	373	33	5	48	—	3	92	56	548	63	11	163	5	11	
351	110	258	84	163	1 110	11	—	954	504	716	184	133	4 010	—	—	
—	10	70	4	11	91	—	—	2	2	49	4	—	74	—	—	8.
12	8	93	7	—	45	—	—	6	—	49	3	—	40	—	—	
—	9	77	16	10	81	—	—	11	12	140	38	13	338	—	—	
5	2	31	11	—	5	—	—	—	6	22	5	—	27	—	—	9.
3	1	26	3	—	9	—	—	—	2	19	2	—	9	—	—	
—	6	112	9	2	21	—	—	3	9	217	12	3	160	—	—	
—	—	11	2	—	—	—	—	—	—	15	2	—	—	—	—	10.
—	—	16	—	—	—	—	—	—	—	12	—	—	—	—	—	
—	3	44	2	—	19	—	—	—	—	71	—	—	13	—	—	
6	3	24	2	—	3	—	—	6	—	16	2	—	11	—	—	11.
2	2	24	—	—	4	—	—	8	4	25	—	—	2	—	—	
6	2	31	14	—	—	—	—	—	10	84	9	—	38	—	—	
20	14	93	18	—	20	—	—	38	41	188	53	11	98	—	3	12.
12	6	71	7	—	1	—	—	12	8	121	19	—	10	—	—	
39	41	284	55	35	396	2	—	135	170	661	102	37	381	2	—	
8	13	119	19	23	7	2	3	17	50	193	35	12	80	3	3	13.
23	1	212	28	12	9	3	—	30	24	134	16	9	26	4	—	
24	30	316	33	69	167	3	2	34	88	426	43	55	661	3	—	
6	4	25	1	—	17	—	—	10	4	67	30	—	25	—	3	14.
5	—	18	6	—	6	—	—	15	5	69	22	—	8	—	—	
11	3	88	14	3	43	—	—	46	43	384	39	8	194	—	3	
17	7	134	38	14	255	—	—	48	32	81	40	3	532	—	—	15.
34	7	154	36	2	42	—	—	17	17	68	34	8	171	—	—	
17	59	218	61	26	678	—	—	33	99	238	41	33	1 613	3	—	
11	9	80	26	6	79	—	—	75	—	146	52	17	161	3	3	16.
12	4	111	17	—	15	—	8	24	9	100	18	—	23	5	—	
19	14	226	55	19	279	17	—	47	54	329	48	53	649	93	—	
11	4	117	18	11	26	—	—	12	9	160	21	6	28	—	—	17.
4	—	53	17	2	9	—	—	4	—	61	11	3	6	—	—	
6	6	189	26	9	173	—	—	13	20	278	28	15	91	—	—	
5	—	101	16	5	59	—	—	19	24	792	146	26	382	—	—	18.
3	3	914	41	3	13	—	—	13	28	385	52	26	132	—	—	
23	2	179	88	31	356	—	—	98	74	902	300	57	1 898	2	3	

(Noch: Übers. 9)

Regierungs-bezirke[1])	Erhebungsjahr	Zusammen – Zahl der Fleischviertel von: Ochsen	Bullen	Kühen	Jungrindern über 3 Monate alt	Kälbern bis 3 Monate alt	Schweinen	Schafen	Ziegen	Mithin von ganzen Tieren: Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen
1	2	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50
1. Königsberg	1921	16	28	620	52	4	200	4	—	4	7	155	13	1	50	1	—
	1920	24	24	356	28	12	60	4	—	6	6	89	7	3	15	1	—
	1913	48	60	792	48	4	772	—	—	12	15	198	12	1	193	—	—
2. Gumbinnen	1921	—	4	88	8	4	12	—	—	—	1	22	2	1	3	—	—
	1920	—	—	84	—	8	—	—	—	—	—	21	—	2	—	—	—
	1913	8	4	88	16	—	20	—	—	2	1	22	4	—	5	—	—
3. Allenstein	1921	16	—	92	8	—	48	—	—	4	—	23	2	—	12	—	—
	1920	—	4	76	—	—	32	—	—	—	1	19	—	—	8	—	—
	1913	4	24	152	20	4	200	—	—	1	6	38	5	1	50	—	—
4. Westpreußen	1921	—	4	88	8	4	84	—	—	—	1	22	2	1	21	—	—
	1920	—	—	100	4	—	40	—	—	—	—	25	1	—	10	—	—
	1913	8	16	156	24	8	256	4	—	2	4	39	6	2	64	1	—
5. Potsdam	1921	16	16	224	32	4	156	—	—	4	4	56	8	1	39	—	—
	1920	16	4	216	32	8	20	—	—	4	1	54	8	2	5	—	—
	1913	40	72	576	72	36	640	8	4	10	18	144	18	9	160	2	1
6. Frankfurt	1921	20	12	300	72	24	192	4	—	5	3	75	18	6	48	1	—
	1920	56	4	260	24	12	72	—	—	14	1	65	6	3	18	—	—
	1913	20	80	564	80	16	672	—	—	5	20	141	20	4	168	—	—
7. Berlin	1921	404	208	1 364	272	92	996	8	—	101	52	341	68	23	249	2	—
	1920	180	92	1 472	144	24	324	8	20	45	23	368	36	6	81	2	5
	1913	1 948	908	1 500	424	456	7 712	20	—	487	227	375	106	114	1 928	5	—
8. Stettin	1921	4	20	176	16	16	248	—	—	1	5	44	4	4	62	—	—
	1920	28	16	212	16	—	124	—	—	7	4	53	4	—	31	—	—
	1913	16	36	336	84	36	616	—	—	4	9	84	21	9	154	—	—
9. Köslin	1921	8	12	84	24	—	44	—	—	2	3	21	6	—	11	—	—
	1920	4	8	68	8	—	32	—	—	1	2	17	2	—	8	—	—
	1913	4	24	512	36	8	280	—	—	1	6	128	9	2	70	—	—
10. Stralsund	1921	—	—	28	4	—	—	—	—	—	—	7	1	—	—	—	—
	1920	—	—	40	—	—	—	—	—	—	—	10	—	—	—	—	—
	1913	—	4	144	4	—	52	—	—	—	1	36	1	—	13	—	—
11. Schneidemühl	1921	16	4	60	8	—	20	—	—	4	1	15	2	—	5	—	—
	1920	12	8	72	—	—	8	—	—	3	2	18	—	—	2	—	—
	1913	8	20	188	32	—	72	—	—	2	5	47	8	—	18	—	—
12. Breslau	1921	84	68	396	104	16	176	—	4	21	17	99	26	4	44	—	1
	1920	40	16	300	40	—	16	—	—	10	4	75	10	—	4	—	—
	1913	272	312	1 368	212	128	1 228	4	—	68	78	342	53	32	307	1	—
13. Liegnitz	1921	44	96	448	84	52	124	8	8	11	24	112	21	13	31	2	2
	1920	76	40	500	64	28	52	12	—	19	10	125	16	7	13	3	—
	1913	84	172	1 060	108	192	1 164	8	4	21	43	265	27	48	291	2	1
14. Oppeln	1921	24	12	148	44	—	68	—	4	6	3	37	11	—	17	—	1
	1920	28	8	136	36	—	24	—	—	7	2	34	9	—	6	—	—
	1913	80	76	724	84	16	368	—	4	20	19	181	21	4	92	—	1
15. Magdeburg	1921	96	60	332	132	32	1 288	—	—	24	15	83	33	8	322	—	—
	1920	92	36	352	104	20	332	—	—	23	9	88	26	5	83	—	—
	1913	72	244	688	160	88	3 412	4	—	18	61	172	40	22	853	1	—
16. Merseburg	1921	144	20	348	120	40	388	4	4	36	5	87	30	10	97	1	1
	1920	60	24	292	56	—	64	8	12	15	6	73	14	—	16	2	3
	1913	96	96	832	152	112	1 456	156	—	24	24	208	38	28	364	39	—
17. Erfurt	1921	32	16	332	44	24	84	—	—	8	4	83	11	6	21	—	—
	1920	8	—	136	36	8	20	—	—	2	—	34	9	2	5	—	—
	1913	32	48	704	92	36	412	—	—	8	12	176	23	9	103	—	—
18. Schleswig	1921	40	44	1 432	272	56	724	—	—	10	11	358	68	14	181	—	—
	1920	32	56	1 816	168	44	248	—	—	8	14	454	42	11	62	—	—
	1913	192	120	1 644	620	136	3 452	4	4	48	30	411	155	34	863	1	1

[1]) Fortsetzung siehe Seite 173.

Fleischvierteln entfielen auf die Regierungsbezirke:

Regierungsbezirke[1]) (Noch: Übers. 9)	Erhebungsjahr	Untauglich								Bedingt tauglich							
		Zahl der Fleischviertel von															
		Ochsen	Bullen	Kühen	Jungrindern über 3 Monate alt	Kälbern bis 3 Monate alt	Schweinen	Schafen	Ziegen	Ochsen	Bullen	Kühen	Jungrindern über 3 Monate alt	Kälbern bis 3 Monate alt	Schweinen	Schafen	Ziegen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
19. Hannover	1921	—	1	5	—	—	13	—	—	2	5	26	8	2	92	—	—
	1920	—	—	4	—	—	—	—	—	11	6	47	5	1	36	—	—
	1913	—	—	2	—	—	4	—	—	18	18	35	15	16	254	—	—
20. Hildesheim	1921	—	—	5	—	2	6	—	—	—	1	29	2	1	42	—	—
	1920	1	2	7	5	—	1	—	1	8	9	27	4	—	13	—	—
	1913	—	2	6	3	—	3	2	—	—	5	40	8	5	149	1	—
21. Lüneburg	1921	—	—	4	—	—	—	—	—	2	—	10	—	—	9	—	—
	1920	1	—	7	—	—	—	—	—	3	2	10	1	—	2	—	—
	1913	—	—	3	—	—	4	—	—	8	—	17	3	4	86	—	—
22. Stade	1921	1	—	7	2	—	—	—	—	—	—	25	5	—	24	—	—
	1920	—	—	19	2	—	—	—	—	—	4	24	7	—	3	—	—
	1913	—	2	11	1	—	3	—	—	—	4	45	8	2	23	—	—
23. Osnabrück	1921	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25	—	—	20	—	—
	1920	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	14	18	—	—	—	—
	1913	—	—	10	2	—	2	—	—	—	—	54	—	2	50	—	—
24. Aurich	1921	—	—	8	2	—	1	—	—	—	3	42	1	—	35	—	—
	1920	—	3	6	4	—	—	—	—	2	5	30	15	—	17	—	—
	1913	—	—	12	5	—	2	—	—	7	—	99	10	1	84	—	—
25. Münster	1921	—	—	9	—	—	—	—	—	3	3	48	3	—	5	—	—
	1920	—	—	1	—	—	—	—	—	2	3	130	4	2	1	—	—
	1913	—	—	6	2	—	1	—	—	—	2	107	2	—	35	—	—
26. Minden	1921	3	—	10	1	—	—	—	—	2	1	35	6	3	39	—	—
	1920	—	—	28	2	—	2	—	—	5	3	126	2	1	18	3	—
	1913	—	—	16	—	—	1	—	—	11	5	69	7	2	247	—	—
27. Arnsberg	1921	—	—	6	—	—	—	—	—	21	5	289	12	3	115	1	—
	1920	—	—	7	—	—	—	—	—	5	7	154	18	—	36	—	—
	1913	—	—	21	2	—	6	—	—	24	26	501	37	11	522	1	—
28. Cassel	1921	2	—	7	1	—	6	1	—	17	3	103	34	10	112	—	2
	1920	—	—	2	5	—	—	—	—	8	8	85	19	—	56	—	—
	1913	2	—	14	3	—	6	—	—	21	15	192	42	22	529	—	2
29. Wiesbaden	1921	—	—	7	1	—	—	—	—	26	8	376	78	72	227	—	8
	1920	—	—	7	1	—	1	—	—	16	4	240	26	15	28	1	6
	1913	1	—	10	3	—	5	—	—	86	28	453	30	120	581	2	2
30. Coblenz	1921	—	—	4	2	3	—	—	—	13	5	71	11	7	31	—	—
	1920	—	—	5	—	—	6	—	—	8	3	60	12	3	19	—	—
	1913	—	—	6	2	2	3	—	—	30	4	171	24	26	141	—	—
31. Düsseldorf	1921	—	—	17	9	—	4	—	—	26	16	405	27	17	386	—	1
	1920	—	—	22	—	—	—	—	—	29	20	312	24	1	76	2	—
	1913	2	1	110	—	4	11	—	—	79	33	694	30	50	1 488	2	3
32. Köln	1921	—	—	2	—	—	1	—	—	35	13	155	22	13	149	—	—
	1920	—	—	2	—	—	—	—	—	8	4	57	4	—	15	—	—
	1913	—	—	7	—	—	—	—	—	69	22	169	19	40	335	—	—
33. Trier	1921	—	—	9	—	—	—	—	—	8	1	41	3	2	21	—	—
	1920	—	—	2	—	—	—	—	—	5	—	28	4	—	4	—	—
	1913	—	—	—	—	—	—	—	—	10	10	34	16	9	56	—	—
34. Aachen	1921	—	—	—	—	—	—	—	—	10	3	94	13	3	48	—	—
	1920	—	—	—	—	—	—	—	—	4	2	49	7	1	19	—	—
	1913	—	2	6	—	—	2	—	—	17	9	146	23	20	300	—	—
35. Sigmaringen	1921	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1920	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—
	1913	2	—	4	—	—	—	—	—	—	—	7	—	—	—	—	—

[1]) Fortsetzung von Seite 168.

Noch: C. Von den in der Übersicht 2a aufgeführten beanstandeten

(Noch: Übers. 9) Regierungs-bezirke[1])	Er-he-bungs-jahr	Im Nahrungs- und Genußwert erheblich herabgesetzt								Tauglich ohne Einschränkung							
		Zahl der Fleischviertel															
		Ochsen	Bullen	Kühen	Jungrindern über 3 Monate alt	Kälbern bis 3 Monate alt	Schweinen	Schafen	Ziegen	Ochsen	Bullen	Kühen	Jungrindern über 3 Monate alt	Kälbern bis 3 Monate alt	Schweinen	Schafen	Ziegen
1	2	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34
19. Hannover . . .	1921	3	5	23	10	2	67	—	—	3	17	26	10	—	68	—	—
	1920	5	2	59	4	3	26	—	—	12	12	46	11	—	22	—	—
	1913	25	19	43	21	17	291	—	—	9	23	36	12	3	159	—	—
20. Hildesheim . .	1921	—	—	38	1	5	15	—	—	—	3	36	5	—	81	—	—
	1920	—	3	45	15	—	8	—	—	11	2	5	—	—	14	—	3
	1913	—	6	54	7	1	143	—	—	—	7	48	6	2	113	5	—
21. Lüneburg . . .	1921	2	—	24	—	—	11	—	—	—	—	6	—	—	—	—	—
	1920	—	—	25	3	—	—	—	—	—	2	6	—	—	2	—	—
	1913	4	—	20	3	4	54	—	—	8	—	28	2	—	96	—	—
22. Stade	1921	—	—	28	9	—	34	—	—	3	—	16	4	—	2	—	—
	1920	—	8	35	10	—	3	—	—	—	—	6	5	—	2	—	—
	1913	—	5	66	7	2	32	—	—	—	5	30	12	—	18	—	—
23. Osnabrück . .	1921	—	—	20	—	—	2	—	—	—	—	23	—	—	18	—	—
	1920	—	1	16	18	—	—	—	—	—	3	2	—	—	—	—	—
	1913	—	1	55	—	2	31	—	—	—	3	49	2	—	61	—	—
24. Aurich.	1921	—	6	57	—	—	42	—	—	—	3	61	9	—	6	—	—
	1920	2	2	54	26	—	32	—	—	—	10	38	23	—	3	—	—
	1913	4	—	92	2	3	120	—	—	9	—	117	11	—	26	—	—
25. Münster	1921	—	2	25	—	—	2	—	—	1	7	58	5	—	13	—	—
	1920	—	1	49	2	—	—	—	—	2	—	92	2	2	3	—	—
	1913	—	—	147	—	—	11	—	—	—	2	52	—	—	45	—	—
26. Minden	1921	2	—	33	5	6	26	—	—	9	3	54	—	3	39	—	—
	1920	12	6	168	2	3	28	1	—	7	3	70	6	—	16	—	—
	1913	5	3	108	5	6	105	—	—	4	8	95	12	—	315	—	—
27. Arnsberg . . .	1921	27	7	472	22	5	119	3	—	16	—	109	6	—	58	—	—
	1920	8	—	198	24	—	57	—	—	3	5	53	6	—	7	—	—
	1913	28	16	577	33	10	561	—	—	12	30	385	12	11	311	3	—
28. Cassel	1921	18	—	140	55	8	94	—	2	15	5	50	18	18	84	3	—
	1920	14	8	170	24	—	62	—	—	2	—	39	24	—	14	—	—
	1913	22	13	182	50	24	433	—	2	31	12	164	33	14	548	—	—
29. Wiesbaden . .	1921	41	9	672	116	119	324	—	12	5	7	33	17	5	41	—	—
	1920	28	4	469	48	21	38	—	9	—	—	40	5	—	21	3	5
	1913	127	32	788	57	202	984	6	6	26	12	89	46	6	230	—	—
30. Coblenz	1921	8	3	57	12	9	12	—	—	19	8	72	23	5	37	—	—
	1920	2	2	53	6	—	2	—	—	14	3	66	18	5	17	—	—
	1913	27	—	203	30	10	84	—	—	27	4	144	24	38	204	—	—
31. Düsseldorf . .	1921	29	14	516	44	21	359	—	3	21	10	226	12	6	295	—	—
	1920	19	14	366	18	3	64	—	—	24	14	196	18	—	52	2	—
	1913	58	32	992	39	73	1 939	6	1	81	50	688	15	25	1 082	—	—
32. Köln	1921	37	10	311	31	27	238	—	—	20	5	56	11	—	44	—	—
	1920	13	4	71	7	—	19	—	—	15	—	18	5	—	6	—	—
	1913	123	38	279	29	65	656	—	—	28	12	57	8	15	61	—	—
33. Trier	1921	16	3	40	2	6	8	—	—	—	—	38	3	—	27	—	—
	1920	1	—	27	6	—	4	—	—	2	—	15	2	—	—	—	—
	1913	2	1	16	2	—	18	—	—	16	9	50	18	15	106	—	—
34. Aachen	1921	—	3	93	6	—	13	—	—	18	2	77	21	5	75	—	—
	1920	4	—	26	5	3	10	—	—	—	2	41	8	—	19	—	—
	1913	4	6	118	15	23	175	—	—	35	15	174	18	9	419	—	—
35. Sigmaringen .	1921	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1920	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—
	1913	2	—	5	—	—	—	—	—	—	—	8	—	—	—	—	—

[1]) Fortsetzung von Seite 168 und 169.

Fleischvierteln entfielen auf die Regierungsbezirke:

Zusammen von Ochsen	Bullen	Kühen	Jungrindern über 3 Monate alt	Kälbern bis 3 Monate alt	Schweinen	Schafen	Ziegen	Mithin von ganzen Tieren Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen	Wiederholung der Spalte 1
35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	
8	28	80	28	4	240	—	—	2	7	20	7	1	60	—	—	19.
28	20	156	20	4	84	—	—	7	5	39	5	1	21	—	—	
52	60	116	48	36	708	—	—	13	15	29	12	9	177	—	—	
—	4	108	8	8	144	—	—	—	1	27	2	2	36	—	—	20.
20	16	84	24	—	36	—	4	5	4	21	6	—	9	—	1	
—	20	148	24	8	408	8	—	—	5	37	6	2	102	2	—	
4	—	44	—	—	20	—	—	1	—	11	—	—	5	—	—	21.
4		48	4	—	4	—	—	1	1	12	1	—	1	—	—	
20	—	68	8	8	240	—	—	5	—	17	2	2	60	—	—	
4	—	76	20	—	60	—	—	1	—	19	5	—	15	—	—	22.
—	12	84	24	—	8	—	—	—	3	21	6	—	2	—	—	
—	16	152	28	4	76	—	—	—	4	38	7	1	19	—	—	
—	—	68	—	—	40	—	—	—	—	17	—	—	10	—	—	23.
—	4	36	36	—	—	—	—	—	1	9	9	—	—	—	—	
—	4	168	4	4	144	—	—	—	1	42	1	1	36	—	—	
—	12	168	12	—	84	—	—	—	3	42	3	—	21	—	—	24.
4	20	128	68	—	52	—	—	1	5	32	17	—	13	—	—	
20	—	320	28	4	232	—	—	5	—	80	7	1	58	—	—	
4	12	140	8	—	20	—	—	1	3	35	2	—	5	—	—	25.
4	4	272	8	4	4	—	—	1	1	68	2	1	1	—	—	
—	4	312	4	—	92	—	—	—	1	78	1	—	23	—	—	
16	4	132	12	12	104	—	—	4	1	33	3	3	26	—	—	26.
24	12	392	12	4	64	4	—	6	3	98	3	1	16	1	—	
20	16	288	24	8	668	—	—	5	4	72	6	2	167	—	—	
64	12	876	40	8	292	4	—	16	3	219	10	2	73	1	—	27.
16	12	412	48	—	100	—	—	4	3	103	12	—	25	—	—	
64	72	1 484	84	32	1 400	4	—	16	18	371	21	8	350	1	—	
52	8	300	108	36	296	4	4	13	2	75	27	9	74	1	1	28.
24	16	296	72	—	132	—	—	6	4	74	18	—	33	—	—	
76	40	552	128	60	1 516	—	4	19	10	138	32	15	379	—	1	
72	24	1 088	212	196	592	—	20	18	6	272	53	49	148	—	5	29.
44	8	756	80	36	88	4	20	11	2	189	20	9	22	1	5	
240	72	1 340	136	328	1 800	8	8	60	18	335	34	82	450	2	2	
40	16	204	48	24	80	—	—	10	4	51	12	6	20	—	—	30.
24	8	184	36	8	44	—	—	6	2	46	9	2	11	—	—	
84	8	524	80	76	432	—	—	21	2	131	20	19	108	—	—	
76	40	1 164	92	44	1 044	—	4	19	10	291	23	11	261	—	1	31.
72	48	896	60	4	192	4	—	18	12	224	15	1	48	1	—	
220	116	2 484	84	152	4 520	8	4	55	29	621	21	38	1 130	2	1	
92	28	524	64	40	432	—	—	23	7	131	16	10	108	—	—	32.
36	8	148	16	—	40	—	—	9	2	37	4	—	10	—	—	
220	72	512	56	120	1 052	—	—	55	18	128	14	30	263	—	—	
24	4	128	8	8	56	—	—	6	1	32	2	2	14	—	—	33.
8	—	72	12	—	8	—	—	2	—	18	3	—	2	—	—	
28	20	100	36	24	180	—	—	7	5	25	9	6	45	—	—	
28	8	264	40	8	136	—	—	7	2	66	10	2	34	—	—	34.
8	4	116	20	4	48	—	—	2	1	29	5	1	12	—	—	
56	32	444	56	52	896	—	—	14	8	111	14	13	224	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	35.
—	—	4	4	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	
4	—	24	—	—	—	—	—	1	—	6	—	—	—	—	—	

D. Von den in der Übersicht 6 aufgeführten tuberkulösen Tieren entfielen auf die Regierungsbezirke:

(Übers. 10) Regierungsbezirke	Erhebungsjahr	Pferde	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1. Königsberg	1921	—	198	279	3 534	405	63	1 199	17	1
	1920	4	188	316	3 047	457	40	554	12	1
	1913	5	458	557	5 138	418	105	3 040	26	3
2. Gumbinnen	1921	2	42	53	970	98	12	81	3	1
	1920	1	53	90	1 098	75	20	69	3	1
	1913	—	68	80	1 289	136	11	416	11	—
3. Allenstein	1921	1	75	44	1 037	129	13	546	44	4
	1920	—	101	79	1 015	131	11	324	12	—
	1913	1	97	94	1 183	179	35	1 566	35	7
4. Westpreußen	1921	3	32	70	893	147	33	664	31	5
	1920	1	37	109	1 017	222	15	335	15	2
	1913	2	54	194	1 630	300	43	1 479	15	3
5. Potsdam	1921	6	598	926	7 258	991	139	3 694	40	15
	1920	7	495	587	5 632	949	85	1 160	12	20
	1913	7	639	1 941	10 276	1 114	233	10 714	92	10
6. Frankfurt	1921	4	991	712	5 048	905	125	2 464	44	17
	1920	2	1 005	434	3 695	729	118	874	28	12
	1913	6	592	1 397	6 331	770	169	11 293	37	13
7. Berlin	1921	6	7 881	4 592	26 863	4 766	689	10 942	136	31
	1920	2	2 441	2 607	17 380	2 439	282	3 551	59	118
	1913	8	24 798	11 800	26 165	3 693	1 313	38 695	91	9
8. Stettin	1921	4	345	1 341	4 117	636	125	2 205	36	10
	1920	1	462	994	3 411	523	132	965	6	7
	1913	2	265	2 628	5 476	572	284	6 000	38	8
9. Köslin	1921	—	107	271	2 528	322	74	1 182	9	2
	1920	2	106	220	1 879	312	56	579	2	1
	1913	—	203	875	5 056	552	185	3 139	17	6
10. Stralsund	1921	3	22	17	873	70	53	274	6	—
	1920	—	24	23	1 027	93	46	232	1	1
	1913	2	51	162	1 741	155	55	1 553	4	1
11. Schneidemühl	1921	1	65	90	771	116	26	355	12	1
	1920	1	97	88	701	150	11	175	3	4
	1913	—	117	208	1 237	252	23	2 505	23	6
12. Breslau	1921	6	1 811	2 155	8 030	1 535	321	2 987	101	104
	1920	14	1 860	1 749	6 822	1 264	192	837	30	100
	1913	23	1 958	5 959	10 471	1 936	530	11 043	138	104
13. Liegnitz	1921	6	847	1 317	7 814	1 366	292	2 028	54	229
	1920	3	752	844	5 500	1 158	261	808	17	131
	1913	18	749	2 776	11 981	1 555	550	11 164	106	94
14. Oppeln	1921	3	2 405	1 541	10 147	1 526	108	5 421	41	95
	1920	2	1 522	927	6 348	1 283	76	3 049	13	53
	1913	3	1 635	2 348	18 178	1 842	252	13 698	59	113
15. Magdeburg	1921	15	1 633	1 561	6 344	1 584	187	7 314	118	47
	1920	8	2 114	605	5 646	1 399	80	2 819	48	61
	1913	10	1 465	5 422	8 976	1 977	253	21 005	158	20
16. Merseburg	1921	13	2 447	1 399	8 168	1 446	238	4 636	392	116
	1920	5	2 415	901	7 328	1 278	135	1 595	224	77
	1913	18	1 047	1 797	10 694	1 323	346	14 309	499	52
17. Erfurt	1921	1	161	115	2 012	354	90	806	12	14
	1920	1	144	87	1 271	167	16	171	6	8
	1913	—	451	404	4 519	659	87	2 718	12	7
18. Schleswig	1921	1	1 225	900	11 725	3 291	402	3 719	21	16
	1920	4	1 879	748	10 482	3 292	186	2 707	11	5
	1913	8	3 211	2 324	19 123	5 693	942	11 923	23	20

Noch: D. Von den in der Übersicht 6 aufgeführten tuberkulösen Tieren entfielen auf die Regierungsbezirke:

(Noch: Übers. 10) Regierungsbezirke	Erhebungsjahr	Pferde	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
19. Hannover	1921	15	609	907	1 759	671	73	1 650	11	3
	1920	7	301	343	2 767	661	68	597	5	6
	1913	10	1 609	2 223	2 015	1 056	113	5 301	7	5
20. Hildesheim	1921	4	263	442	1 735	408	66	1 276	93	15
	1920	2	279	281	1 594	296	22	498	43	7
	1913	2	215	1 247	2 040	720	71	3 669	19	7
21. Lüneburg	1921	1	112	144	1 071	243	26	1 270	8	—
	1920	1	98	104	1 368	272	34	466	3	1
	1913	5	532	505	1 759	318	118	4 567	2	—
22. Stade	1921	2	64	30	432	127	12	291	5	—
	1920	—	72	40	633	169	5	138	3	—
	1913	1	179	268	1 148	212	26	1 313	3	1
23. Osnabrück	1921	1	10	37	835	29	1	99	1	—
	1920	—	1	11	323	20	1	59	—	1
	1913	5	24	89	2 367	20	19	526	3	—
24. Aurich	1921	1	31	38	703	89	22	272	8	—
	1920	—	50	64	596	193	7	125	3	4
	1913	2	146	62	1 753	87	30	1 128	3	2
25. Münster	1921	3	156	116	3 576	104	2	417	7	—
	1920	3	200	125	2 095	129	9	111	—	—
	1913	1	58	81	6 256	127	6	1 686	2	1
26. Minden	1921	5	289	316	1 941	293	20	922	4	11
	1920	3	243	287	2 787	286	31	399	20	31
	1913	13	398	418	5 351	242	36	3 261	4	5
27. Arnsberg	1921	4	1 920	735	13 740	953	72	1 631	44	3
	1920	7	791	532	5 926	951	42	687	14	2
	1913	10	1 185	1 487	32 900	802	144	7 129	16	14
28. Cassel	1921	—	696	407	3 948	1 552	104	4 999	81	76
	1920	—	320	232	3 551	974	84	3 271	31	40
	1913	5	1 359	971	6 900	1 798	132	10 514	27	64
29. Wiesbaden	1921	3	1 464	423	10 921	1 561	332	4 306	59	136
	1920	3	493	184	5 353	683	74	2 132	21	211
	1913	3	6 609	903	15 963	2 897	521	9 199	31	99
30. Coblenz	1921	1	1 850	397	6 226	1 337	153	1 111	16	48
	1920	1	1 021	281	4 308	700	55	728	17	33
	1913	5	2 303	526	8 836	1 545	180	2 574	14	113
31. Düsseldorf	1921	20	3 668	1 482	24 705	1 647	234	5 319	63	28
	1920	7	2 567	1 060	13 628	1 397	43	1 260	15	28
	1913	20	6 764	3 307	43 751	1 575	425	17 392	12	30
32. Köln	1921	10	4 083	950	9 804	1 601	157	1 654	44	19
	1920	5	1 377	565	5 360	976	36	1 371	8	36
	1913	4	6 700	1 980	12 861	977	218	4 226	6	45
33. Trier	1921	1	375	146	2 406	608	98	507	9	1
	1920	2	177	101	1 621	372	70	251	6	—
	1913	2	842	268	1 889	807	107	1 703	7	16
34. Aachen	1921	9	1 261	206	4 964	704	114	981	24	12
	1920	8	319	162	2 538	513	67	306	10	11
	1913	2	1 635	377	7 590	637	201	3 376	5	25
35. Sigmaringen	1921	—	5	9	190	48	13	10	—	—
	1920	—	10	15	268	43	9	8	—	—
	1913	—	27	12	334	80	18	75	—	6

Die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau bei Schlachtungen im Freistaat Waldeck und Pyrmont für das Jahr 1921*).

1. Zahl der Schlachttiere, an denen die Beschau vorgenommen wurde.

(Übers. 1) Art der Schlachtungen bezw. Untersuchungen	Pferde und andere Einhufer	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen	Hunde
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1. Ordnungsmäßige Schlachtungen	19	108	345	660	1 003	4 464	5 140	1 131	238	—
2. Schlachtungen, bei denen eine Beschau der Tiere im lebenden Zustande nicht stattgefunden hat	25	2	—	66	11	8	93	5	5	—
3. **Zusammen**	**44**	**110**	**345**	**726**	**1 014**	**4 472**	**5 233**	**1 136**	**243**	—
4. Zahl der Schlachttiere nach Abzug der unter „2. Beanstandungen ganzer Tierkörper. I. Untauglich" nachgewiesenen Tiere	44	110	345	714	1 014	4 469	5 218	1 135	243	—
5. Von den unter „3. Zusammen" aufgeführten Schlachttieren sind untersucht durch a) tierärztliche Beschauer und Beschauämter, an denen neben Tierärzten auch andere Personen als Beschauer tätig sind	44	59	163	371	519	1 960	2 531	463	182	—
b) nicht tierärztliche Beschauer	—	51	182	355	495	2 512	2 702	673	61	—
6. Von den untersuchten Tieren sind wegen Unzuständigkeit des nicht tierärztlichen Beschauers nebenbezeichnete Tiere dem zuständigen tierärztlichen Beschauer überwiesen a) vor der Schlachtung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
b) nach der Schlachtung	—	—	—	27	7	5	74	—	—	—

*) Die Ergebnisse für Waldeck und Pyrmont werden mit Beginn des Jahres 1922 im Auftrage der dortigen Regierung durch das Preußische Statistische Landesamt bearbeitet.

2. Beanstandungen

(Übers. 2) Grund der Beanstandung oder Minderwertigkeitserklärung	I. Untauglich: Pferde und andere Einhufer	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen	Hunde
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1. Infektionskrankheiten										
1. Eitrige oder jauchige Blutvergiftung (*Pyaemie, Septikaemie*)	—	—	—	5	—	2	3	—	—	—
2. Milzbrand, Rauschbrand, Rinderseuche	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—
3. Rotz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4. Schweineseuche	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5. Schweinepest	—	—	—	—	—	—	9	—	—	—
6. Rotlauf der Schweine	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—
7. Tuberkulose	—	—	—	2	—	—	1	—	—	—
8. Strahlenpilzkrankheit oder Traubenpilzkrankheit	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
9. Andere Infektionskrankheiten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2. Invasionskrankheiten										
10. Trichinen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11. Gesundheitsschädliche Finnen (*Cysticercus cellulosae* und *Cysticercus inermis*)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12. Mieschersche Schläuche	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
13. Andere Invasionskrankheiten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3. Andere Krankheiten und Mängel										
14. Gelbsucht	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
15. Allgemeine Wassersucht	—	—	—	1	—	—	—	1	—	—
16. *Leukaemie* ober *Pseudoleukaemie*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
17. *Uraemie*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
18. Geschwülste	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
19. Wässerigkeit, Durchsetzung mit Blutungen, Kalk- oder Farbstoffablagerungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
20. Unreife oder ungenügende Entwicklung der Kälber	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
21. Im § 33 Abs. 2 der Ausführungsbestimmungen A genannte Mängel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
22. Fäulnis	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—
23. Geruchs- und Geschmacksabweichungen des Fleisches	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
24. Vollständige Abmagerung infolge einer vorstehend nicht genannten Krankheit	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
25. Verschiedene andere Erkrankungen und Mängel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	—	—	—	12	—	3	15	1	—	—

2a. Sondernachweisung der tuberkulösen Tiere, bei denen sich die Beanstandung — abgesehen von veränderten Teilen — auf Fleischviertel beschränkte.

(Übers. 2a) Beurteilung	Fleischviertel von							
	Ochsen	Bullen	Kühen	Jungrindern über 3 Monate alt	Kälbern bis 3 Monate alt	Schweinen	Schafen	Ziegen
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1. Untauglich	—	—	2	—	—	2	—	—
2. Bedingt tauglich	—	—	2	—	—	2	—	—
3. Im Nahrungs- und Genußwert erheblich herabgesetzt	—	—	8	—	—	6	—	—
4. Tauglich ohne Einschränkung	—	—	4	—	—	2	—	—
Zusammen	—	—	16	—	—	12	—	—
Mithin von ganzen Tieren	—	—	4	—	—	3	—	—

2b. Sondernachweisung
der wegen Einfinnigkeit beanstandeten, jedoch nach 21tägiger Durchkühlung freigegebenen Rinder.

Außer den in der Zusammenstellung 2 Zeile 11 als beanstandet nachgewiesenen finnigen Tieren wurden wegen Einfinnigkeit 3 Rinder über 3 Monate alt, — Kälber bis 3 Monate alt. beanstandet, jedoch nach 21tägiger Durchkühlung dem freien Verkehr übergeben.

3. Beschwerden.

Gegen die Entscheidungen wurde Beschwerde eingelegt
in — Fällen,
hierbei wurde das angefochtene Gutachten
bestätigt in — Fällen, gemildert in — Fällen, verschärft in — Fällen.

Wegen örtlichen Milzbrandes bei Schweinen wurden unschädlich beseitigt — *kg* veränderte Teile.

ganzer Tierkörper.

II. Bedingt tauglich								III. Im Nahrungs- und Genußwert erheblich herabgesetzt								Wiederholung der Spalte 1
Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen	
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.
—	—	—	—	—	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.
—	—	—	—	—	21	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6.
—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	7	—	—	4	—	—	7.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	14.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	—	—	2	—	—	19.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—	—	—	20.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	22.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11	—	1	6	13	—	25.
—	—	—	2	—	57	—	—	—	—	24	—	6	12	13	—	Zus.

4. Beanstandungen

Von den in der Übersicht 2 in den Spalten II und III aufgeführten sowie von den

(Übers. 4) Beanstandungsgründe	I. Köpfe von						II. Zungen von						III. Lungen von					
	Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen	Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen	Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
1. Tuberkulose	—	2	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	126	—	53	—	—
2. Schweineseuche	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14	—	—
3. Schweinepest	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	—	—
4. Rotlauf der Schweine	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5. Strahlenpilzkrankheit oder Traubenpilzkrankheit	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6. Hülsenwürmer	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	33	—	25	17	—
7. Gehirnblasenwürmer	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8. Leberegel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
9. Lungenwürmer	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	27	62	2
10. Andere tierische Schmarotzer	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11. Geschwülste	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12. Entzündungen einschl. abgekapselter Eiterherde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	1	8	10	—
13. Andere Erkrankungen und Mängel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	1	10	—	—
Zusammen	—	2	—	4	—	—	—	1	—	—	—	—	—	172	2	142	89	2

5. Beanstandungen von Muskelfleisch, Knochen, Fett- und Hautteilen von

Pferden	Rindern, ausgenommen Kälber	Kälbern bis 3 Monate alt	Schweinen	Schafen	Ziegen
kg	*kg*	*kg*	*kg*	*kg*	*kg*
—	71	—	21	1	—

Jahre vermindern. Auch das Jungvieh, für dessen Aufzucht die Futtermittel in den Kriegsjahren noch weniger zur Verfügung gestanden haben als heute, wurde in diesen Jahren zahlreicher geschlachtet als im Friedensjahr 1913. Die Abstoßung der unzureichend ernährten, der tuberkulösen Erkrankung zugänglichen Jungrinder dürfte ebenfalls die Ausbreitung der Tuberkulose gehemmt und so auch zur Verminderung der Zahl der tuberkulösen Tiere unter dem herangewachsenen Großvieh beigetragen haben.

Neben diesen kriegszeitlichen Umständen dürfte zweitens der Rückgang der Tuberkulose beim Rindvieh mit dem Einfluß des neuen Reichsviehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909, das am 1. Mai 1912 in Kraft getreten ist, wesentlich zusammenhängen.[1]) Das Gesetz unterscheidet sich vom früheren u. a. dadurch, daß es im § 10 in die Reihe der zu bekämpfenden Seuchen auch die Tuberkulose des Rindviehs aufgenommen hat, den Viehhaltern die Pflicht zur Anzeige und eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Seuche in ihrer offenen, die Gefahr der Ansteckung in sich bergenden Form vorschreibt. Die wichtigsten Bestimmungen der preußischen Ausführungsanweisung zu diesem Gesetz (viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 1. Mai 1912), die unter Aufsicht der beamteten Tierärzte und unter Mitwirkung der Polizeibehörden durchgeführt werden, schreiben in bezug auf die Bekämpfung der Tuberkulose in Verbindung mit der Anzeigepflicht die klinische und bakteriologische Untersuchung verdächtigter, die Absonderung und Tötung tuberkulös behafteter Tiere sowie die Desinfektion der Standplätze und Ställe der Rinder vor. Zur Vorbeugung der Gefahr der Ansteckung ordnen sie beim Verdacht der Tuberkulose die Unschädlichmachung der Milch kranker Kühe an; sie regeln ferner die amtliche Beaufsichtigung und die seuchenfreie Betriebsführung der Molkereien und untersagen schließlich die Verwendung der Milch von Kühen, bei denen durch die klinische und bakteriologische Untersuchung der beamteten Tierärzte die Tuberkulose festgestellt wurde. Das staatlich anerkannte freiwillige Tuberkulosetilgungsverfahren nach Ostertag, das auf Grund freiwilliger Vereinbarung mit den Viehbesitzern unter Leitung der Landwirtschaftskammern durchgeführt wird, auf dessen Grundsätzen übrigens die gesetzlichen Bestimmungen über die Bekämpfung der Tuberkulose des Rindviehs im wesentlichen beruhen, geht in bezug auf die Aufsicht und Behandlung der angeschlossenen Herde über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus und richtet sein Augenmerk insbesondere auf die tuberkulosefreie Aufzucht der Kälber.[1]) Auch dieses Tuberkulosetilgungsverfahren dürfte dazu beigetragen haben, daß in den Jahren 1913 bis 1921 die Häufigkeit der Tuberkulosefälle bei den Schlachttieren der Rindviehgattung, insbesondere bei den Kühen, sich vermindert hat.

[1]) Viehseuchengesetzgebung für das Deutsche Reich und für Preußen. Zusammengestellt und mit Anmerkungen versehen von F. Backhaus. Berlin 1912.

[1]) R. v. Ostertag, Die Bekämpfung der Tuberkulose des Rindes mit besonderer Berücksichtigung der klinischen und bakteriologischen Feststellung. Berlin 1913. S. 349 ff.



veränderter Teile.

im übrigen nicht beanstandeten Schlachttieren sind unschädlich beseitigt worden:

IV. Lebern von						V. Därme von						VI. Sonstige einzelne Organe (je eines Tieres) von						VII. Sämtliche Baucheingeweide von						Wiederholung der Spalte 1
Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen	Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen	Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen	Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen	
20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
—	30	—	30	—	—	—	15	—	32	—	—	—	6	—	10	—	—	—	20	1	1	—	—	1.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	—	—	3.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	16	—	—	—	—	—	7	—	—	—	—	—	—	—	—	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	5.
—	25	—	105	18	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	6.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.
—	21	—	—	94	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9.
—	1	—	1	—	—	—	—	—	5	—	—	—	—	—	2	3	—	—	—	—	—	—	—	10.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11.
—	5	—	2	1	—	—	—	—	2	—	—	—	6	—	1	—	—	—	3	—	2	—	—	12.
—	3	—	2	—	—	4	—	1	8	—	—	—	1	8	10	1	—	—	—	—	—	—	—	13.
—	85	—	140	113	—	4	15	1	93	—	—	—	14	11	36	4	—	—	23	1	8	—	—	Zus.

6. Gesamtzahl der mit Tuberkulose behafteten Tiere.

Pferde	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über	Kälber bis	Schweine	Schafe	Ziegen
				3 Monate alt				
1	2	3	4	5	6	7	8	9
—	6	22	111	36	1	82	—	—

Die Wirkung der oben geschilderten kriegszeitlichen Verhältnisse und des Viehseuchengesetzes auf die Abnahme der Tuberkulose beim Rindvieh zeigt sich außer Preußen auch in den meisten übrigen Staaten des Deutschen Reichs. Verfolgt man das Maß der Verbreitung der Rindviehtuberkulose in der Zeit nach 1913 in den anderen Staaten des Reichs, so zeigen sich folgende Verhältnisse:

Beachtet man an der Hand der nachstehenden Tabelle c auf Seite 180/181 das Vorkommen der Tuberkulose beim Rindvieh zunächst in den Ländern, die nebst Preußen einen verhältnismäßig großen Auftrieb an Schlachttieren aufweisen, wie Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Thüringen und Hessen, so sieht man, daß im Vergleich mit dem Stand im Jahre 1913 die Zahl der Tuberkulosefälle bei den Bullen, Ochsen, beim Jungvieh und bei den Kälbern im Jahre 1920 und noch mehr im Jahre 1921 sich wesentlich vermindert hat, und zwar durchschnittlich um den dritten Teil der Zahl des Jahres 1913. Bezüglich der tuberkulösen Kühe bildeten jedoch Bayern und Thüringen, teilweise auch Sachsen eine Ausnahme. In Bayern betrug 1913 die Zahl dieser Tiere 25 v. H. der Schlachtkühe, 1920 sank sie auf 24,6 v. H., 1921 aber betrug sie 28 v. H., war also höher als im Jahre 1913. Ähnlich verhält es sich in Thüringen, wo die Zahl der tuberkulösen Kühe 35,4 v. H. in den Jahren 1913 und 1920 und 37,2 v. H. im Jahre 1921 betrug. In Sachsen war 1913 fast die Hälfte der Schlachtkühe tuberkulös (49,7 v. H.), 1920 zeigte sich keine Änderung, und nur 1921 sank diese Zahl auf 42 v. H. In den 3 übrigen der genannten Länder, in Württemberg, Baden und Hessen, haben sich die Tuberkulosefälle auch bei den Kühen seit 1913 in ähnlichem Maße wie bei dem männlichen Großvieh und den Jungrindern vermindert.

In Hamburg und Mecklenburg-Schwerin, in denen der Auftrieb an Schlachtvieh weniger bedeutsam ist als in den besprochenen Ländern, jedoch höher als in den übrigen Staaten des Reichs, zeigt sich zwischen 1913 und 1921 ein Rückgang der Tuberkulose bei sämtlichen Schlachttieren der Rindviehgattung: bei den Kühen im besonderen ist die Zahl der tuberkulösen Tiere in Hamburg von 42,5 v. H. im Jahre 1913 auf 33,2 in 1921, und in Mecklenburg-Schwerin ist sie von 42 v. H. auf 27,8 v. H. gesunken.

In den Staaten Braunschweig und Anhalt, die eine verhältnismäßig geringe Zahl Schlachttiere aufweisen, zeigt sich bei dem gesamten Rindvieh ein ungünstiger Stand: die Tuberkulosefälle haben sich in den Nachkriegsjahren gegen 1913 vermehrt. In den restlichen 7 Ländern hingegen ist die Zahl der tuberkulösen Tiere mit geringer Ausnahme bezüglich der Kühe in Lippe und Mecklenburg-Strelitz bei dem gesamten Rindvieh erheblich gesunken.

Gliedert man die Staaten des Reichs unter dem Gesichtspunkt der größeren Zahl der Schlachttiere und des Vorkommens der Tuberkulose innerhalb der größeren Masse, so sieht man, daß die Zahl der Schlachttiere in Preußen erheblich höher ist (um etwa ein Drittel) als die Summe der Tiere in allen übrigen Ländern des Reichs. Hinsichtlich des Vorkommens der Tuberkulose bei der größeren Masse zeigt sich, wenn man nur auf die Zahl der tuberkulösen Kühe achtet, daß sie in den Ländern ohne Preußen von 36,1 v. H. im Jahre 1913 auf 30,4 in 1920 und auf 31,3 im Jahre 1921 zurückgegangen ist; in

Tuberkulosefälle beim Schlachtvieh in den einzelnen Staaten

A = Zahl der geschlachteten Tiere. B = Zahl der

(Tab. c) Staat	Jahr	Pferde			Ochsen			Bullen			Kühe		
		A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Bayern	1913	12 137	23	0,19	106 731	20 652	19,35	49 260	6 986	14,18	172 005	42 970	24,98
	1920	11 163	12	0,11	50 505	5 215	10,33	47 102	2 543	5,40	163 746	40 253	24,58
	1921	14 165	24	0,17	63 521	9 141	14,39	55 429	4 796	8,65	197 189	55 970	28,38
Sachsen	1913	14 315	56	0,39	31 699	14 395	45,41	44 862	16 362	36,47	152 373	75 721	49,69
	1920	10 975	17	0,15	15 333	5 340	34,83	26 808	6 358	23,72	67 105	33 323	49,66
	1921	13 168	32	0,24	31 305	9 518	30,40	34 180	7 930	23,20	108 232	45 330	41,88
Württemberg	1913	1 702	5	0,29	16 245	3 583	22,06	13 289	2 105	15,84	45 947	15 826	34,44
	1920	2 937	6	0,20	11 627	1 320	11,35	10 945	889	8,12	43 084	10 517	24,41
	1921	3 204	10	0,31	9 847	1 276	12,96	10 820	893	8,25	56 139	14 643	26,08
Baden	1913	2 072	5	0,24	29 112	5 286	18,16	12 027	2 047	17,02	38 915	10 685	27,46
	1920	3 805	7	0,18	14 232	1 242	8,73	11 230	813	7,24	38 416	8 766	22,82
	1921	3 081	7	0,23	19 369	2 212	11,42	16 124	1 568	9,72	39 907	9 216	23,09
Thüringen	1913	2 424	5	0,21	6 156	1 529	24,84	6 962	1 593	22,88	48 422	17 164	35,45
	1920	1 914	13	0,68	3 220	791	24,57	5 103	836	16,38	25 006	8 858	35,42
	1921	2 705	6	0,22	5 554	1 351	24,32	8 198	1 315	16,04	41 458	15 415	37,18
Hessen	1913	1 674	8	0,48	17 448	5 108	29,28	1 848	358	19,37	37 345	15 136	40,53
	1920	3 115	1	0,03	4 549	854	18,77	1 932	229	11,85	22 809	6 863	30,09
	1921	2 762	2	0,07	7 120	1 691	23,75	2 221	363	16,34	42 998	12 519	29,12
Hamburg	1913	6 303	4	0,06	27 964	10 143	36,27	7 766	3 428	44,14	11 615	4 941	42,54
	1920	7 607	5	0,07	3 288	712	21,65	2 080	353	16,97	11 842	4 588	38,74
	1921	7 281	2	0,03	9 267	1 506	16,25	4 437	793	17,87	18 295	6 062	33,13
Mecklenburg-Schwerin	1913	1 854	9	0,49	991	314	31,69	9 103	3 250	35,70	21 888	9 198	42,02
	1920	2 329	2	0,09	634	123	19,40	2 231	383	17,17	17 252	5 531	32,06
	1921	2 142	2	0,09	455	122	26,81	2 000	276	13,80	13 139	3 652	27,80
Oldenburg	1913	856	—	—	1 945	147	7,56	1 144	82	7,17	7 085	753	10,63
	1920	509	1	0,20	5 302	175	3,30	2 352	93	3,95	5 147	735	14,28
	1921	628	1	0,16	3 226	177	5,49	1 556	87	5,59	5 012	677	13,51
Braunschweig	1913	502	5	1,00	1 219	95	7,79	8 438	1 256	14,89	5 900	1 326	22,47
	1920	563	—	—	975	221	22,67	1 899	171	9,00	5 596	1 881	33,61
	1921	618	1	0,16	1 025	146	14,24	4 201	672	16,00	5 489	1 359	24,76
Anhalt	1913	1 446	3	0,21	922	384	41,65	3 259	636	19,52	4 993	1 842	36,89
	1920	697	1	0,14	1 558	834	53,53	1 566	287	18,33	3 734	1 699	45,50
	1921	1 532	3	0,20	1 353	689	50,92	2 548	475	18,64	4 669	1 888	40,44
Bremen	1913	2 751	4	0,15	5 863	1 127	19,22	5 772	1 186	20,55	3 719	1 371	36,86
	1920	862	—	—	1 155	100	8,66	1 761	113	6,42	1 810	573	31,66
	1921	2 042	3	0,15	4 267	537	12,58	3 503	572	16,33	3 685	1 216	33,00
Lippe	1913	274	—	—	56	5	8,93	1 170	49	4,19	2 369	409	17,26
	1920	175	—	—	71	18	25,35	730	60	8,22	1 652	286	17,31
	1921	236	—	—	83	15	18,07	845	45	5,33	1 691	332	19,63
Lübeck	1913	513	1	0,19	411	83	20,19	1 799	450	25,01	21 016	10 259	48,82
	1920	245	—	—	1 681	265	15,76	2 474	325	13,14	4 326	1 333	30,81
	1921	452	1	0,22	244	56	22,95	1 399	112	8,01	5 064	2 040	40,28
Mecklenburg-Strelitz	1913	352	—	—	113	49	43,36	308	84	27,27	2 184	736	33,70
	1920	529	—	—	120	18	15,00	393	56	14,25	2 098	672	32,03
	1921	332	—	—	84	27	32,14	336	72	21,43	1 684	576	34,20
Waldeck und Pyrmont	1913	4	—	—	193	13	6,74	534	34	6,37	875	155	17,71
	1920	99	—	—	55	5	9,09	252	10	3,97	534	101	18,91
	1921	44	—	—	110	6	5,45	345	22	6,38	726	111	15,29
Schaumburg-Lippe	1913	42	1	2,38	23	3	13,04	132	11	8,33	1 055	228	21,61
	1920	64	—	—	16	2	12,50	143	2	1,40	508	61	12,01
	1921	68	—	—	46	2	4,35	183	9	4,92	805	114	14,16
Zusammen	1913	**49 221**	**129**	**0,26**	**247 091**	**62 916**	**25,46**	**167 673**	**39 917**	**23,81**	**577 706**	**208 720**	**36,13**
	1920	**47 588**	**65**	**0,14**	**114 321**	**17 235**	**15,08**	**119 001**	**13 521**	**11,36**	**414 665**	**126 040**	**30,40**
	1921	**54 460**	**94**	**0,17**	**156 876**	**28 472**	**18,15**	**148 325**	**20 000**	**13,48**	**546 182**	**171 120**	**31,83**
Preußen	1913	**104 431**	**203**	**0,19**	**248 453**	**68 443**	**27,55**	**304 310**	**55 690**	**18,30**	**920 507**	**303 177**	**32,94**
	1920	**100 016**	**107**	**0,11**	**123 725**	**24 014**	**19,41**	**179 160**	**15 795**	**8,82**	**499 359**	**138 015**	**27,64**
	1921	**96 443**	**155**	**0,16**	**208 111**	**37 741**	**18,14**	**221 520**	**24 168**	**10,91**	**763 748**	**197 088**	**25,81**
Deutsches Reich	1913	**153 652**	**332**	**0,22**	**495 544**	**131 359**	**26,51**	**471 983**	**95 607**	**20,26**	**1 498 213**	**511 897**	**34,17**
	1920	**147 604**	**172**	**0,12**	**238 046**	**41 249**	**17,33**	**298 161**	**29 316**	**9,83**	**914 024**	**264 055**	**28,89**
	1921	**150 903**	**249**	**0,17**	**364 987**	**66 213**	**18,14**	**369 845**	**44 168**	**11,94**	**1 309 930**	**368 208**	**28,11**

Preußen allein ist sie aber von 32,9 v. H. auf 27,6 und 25,8 v. H. gesunken.

Daher zeigt sich im Durchschnitt des ganzen Deutschen Reichs, daß zwischen 1913 und 1921 die Zahl der Tuberkulosefälle bei den Kühen sich von 34,2 v. H. auf 28,1 v. H., bei den Bullen von 20,3 auf 11,9 v. H., bei den Ochsen von 26,5 auf 18,1 v. H., bei den Jungrindern von 9,7 auf 6,9 v. H. und bei den Kälbern von 0,45 auf 0,3 v. H. vermindert hat.

des Deutschen Reichs in den Jahren 1913, 1920 und 1921.

tuberkulösen Tiere. C = Prozentzahl der tuberkulösen Tiere.

Jungvieh			Kälber			Schweine			Schafe			Jahr	Staat
A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C		
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	2	1
137 818	7 990	5,80	688 030	2 908	0,42	1 911 468	28 688	1,50	109 407	243	0,22	1913	Bayern
118 950	4 898	4,12	205 880	829	0,40	278 073	3 030	1,09	106 711	99	0,09	1920	
149 693	7 341	4,90	568 894	1 664	0,29	678 718	9 776	1,44	239 674	226	0,09	1921	
22 406	4 225	18,86	428 449	2 658	0,62	1 451 910	74 922	5,16	216 757	254	0,12	1913	Sachsen
26 133	4 129	15,80	157 250	1 091	0,69	334 219	14 307	4,28	50 862	176	0,35	1920	
23 092	4 315	18,69	307 014	1 469	0,48	651 218	24 903	3,82	178 603	433	0,24	1921	
89 343	9 460	10,59	183 347	897	0,49	520 193	8 495	1,63	20 563	52	0,25	1913	Württemberg
54 982	3 245	5,90	51 107	233	0,46	44 303	745	1,68	14 562	26	0,18	1920	
72 173	4 451	6,17	152 296	532	0,35	143 923	2 182	1,52	31 822	25	0,08	1921	
61 445	4 972	8,09	164 576	541	0,33	477 787	7 559	1,58	19 188	46	0,24	1913	Baden
35 993	1 536	4,27	66 072	157	0,24	49 131	610	1,24	25 175	29	0,12	1920	
65 675	3 392	5,16	146 514	417	0,28	132 395	1 925	1,45	40 079	52	0,13	1921	
22 958	2 582	11,25	88 393	520	0,59	507 504	10 841	2,14	62 270	284	0,46	1913	Thüringen
15 924	1 544	9,70	35 824	253	0,71	173 099	2 188	1,26	20 047	94	0,47	1920	
21 295	3 144	14,76	71 256	263	0,37	378 215	5 508	1,46	49 288	229	0,46	1921	
32 480	3 822	11,77	68 375	368	0,54	360 656	9 811	2,72	8 686	62	0,71	1913	Hessen
14 448	1 446	10,01	31 988	178	0,56	23 549	545	2,31	10 209	35	0,34	1920	
28 190	2 248	7,97	58 536	267	0,46	88 378	1 816	2,05	20 576	29	0,14	1921	
33 577	3 880	11,56	53 213	646	1,21	525 371	12 889	2,45	93 282	42	0,05	1913	Hamburg
15 309	718	4,69	11 842	76	0,64	35 855	651	1,82	37 168	9	0,02	1920	
27 296	1 217	4,46	65 808	325	0,49	149 922	2 587	1,73	84 625	9	0,01	1921	
7 566	1 531	20,24	74 901	239	0,32	176 010	4 727	2,69	35 931	12	0,03	1913	Mecklenburg-Schwerin
12 487	1 072	8,58	37 240	64	0,17	49 570	917	1,85	12 598	6	0,05	1920	
7 666	678	8,84	52 386	158	0,30	97 560	1 905	1,95	31 596	20	0,06	1921	
5 873	460	7,83	15 619	19	0,12	96 362	1 284	1,33	6 868	1	0,01	1913	Oldenburg
6 005	232	3,86	5 284	21	0,40	80 822	1 150	1,42	8 296	—	—	1920	
6 312	302	4,78	13 468	6	0,04	98 862	1 452	1,47	11 739	5	0,04	1921	
7 502	694	9,25	20 961	62	0,30	275 976	10 496	3,80	20 514	47	0,23	1913	Braunschweig
4 580	331	7,23	7 288	29	0,40	121 109	4 022	3,32	6 435	31	0,48	1920	
4 613	603	13,07	18 880	40	0,21	193 612	6 089	3,14	15 360	57	0,37	1921	
2 407	365	15,16	12 190	56	0,46	99 677	4 976	4,99	11 920	41	0,34	1913	Anhalt
1 169	152	13,00	3 066	26	0,85	15 309	660	4,31	4 878	19	0,39	1920	
2 087	250	11,98	8 244	43	0,52	45 597	1 840	4,01	7 155	32	0,45	1921	
1 990	254	12,76	13 669	127	0,93	114 213	1 473	1,29	14 007	—	—	1913	Bremen
932	107	11,48	5 384	20	0,37	18 116	388	2,14	5 089	2	0,04	1920	
1 398	221	15,81	14 650	39	0,27	54 482	929	1,71	14 677	1	0,01	1921	
619	22	3,55	6 279	8	0,13	33 616	480	1,43	679	—	—	1913	Lippe
1 089	51	4,68	2 797	3	0,11	6 117	106	1,73	722	—	—	1920	
766	44	5,74	5 394	2	0,04	14 822	179	1,21	1 796	2	0,11	1921	
2 370	608	25,65	14 709	65	0,44	41 792	1 261	3,02	5 220	5	0,10	1913	Lübeck
1 285	184	14,32	2 553	13	0,51	8 480	165	1,95	3 200	—	—	1920	
1 354	160	11,82	8 472	36	0,42	15 333	381	2,48	5 460	—	—	1921	
815	114	13,99	8 559	38	0,44	25 186	1 142	4,53	5 122	6	0,12	1913	Mecklenburg-Strelitz
1 490	143	9,60	2 063	12	0,58	9 035	445	4,93	1 747	—	—	1920	
1 152	143	12,41	4 894	14	0,29	16 346	550	3,36	4 360	3	0,07	1921	
1 689	116	6,87	4 977	2	0,04	10 839	173	1,60	1 078	1	0,09	1913	Waldeck und Pyrmont
798	22	2,76	2 159	1	0,05	2 500	38	1,52	499	—	—	1920	
1 014	36	3,55	4 472	1	0,02	5 233	82	1,57	1 136	—	—	1921	
190	10	5,26	1 652	1	0,06	6 187	59	0,95	248	3	1,20	1913	Schaumburg-Lippe
232	5	2,16	1 199	—	—	1 184	23	1,94	201	—	—	1920	
282	9	3,19	2 098	1	0,05	3 895	44	1,13	899	—	—	1921	
431 048	**41 105**	**9,54**	**1 847 899**	**9 155**	**0,50**	**6 634 747**	**179 276**	**2,70**	**631 740**	**1 099**	**0,17**	1913	**Zusammen**
311 806	**19 815**	**6,35**	**628 996**	**3 006**	**0,48**	**1 250 471**	**29 990**	**2,40**	**308 399**	**526**	**0,17**	1920	
414 058	**28 554**	**6,90**	**1 503 276**	**5 277**	**0,35**	**2 768 511**	**62 148**	**2,24**	**738 845**	**1 123**	**0,15**	1921	
378 283	**37 026**	**9,79**	**1 904 154**	**7 781**	**0,41**	**10 001 633**	**243 899**	**2,44**	**1 337 440**	**1 545**	**0,12**	1913	**Preußen**
359 323	**24 556**	**6,83**	**606 526**	**2 419**	**0,40**	**1 816 438**	**33 211**	**1,83**	**417 871**	**701**	**0,17**	1920	
461 917	**31 662**	**6,85**	**1 629 322**	**4 489**	**0,28**	**4 210 979**	**77 232**	**1,83**	**1 352 038**	**1 594**	**0,12**	1921	
809 331	**78 131**	**9,65**	**3 752 053**	**16 936**	**0,45**	**16 636 380**	**423 175**	**2,54**	**1 969 180**	**2 644**	**0,13**	1913	**Deutsches Reich**
671 129	**44 371**	**6,61**	**1 235 522**	**5 425**	**0,44**	**3 066 909**	**63 201**	**2,06**	**726 270**	**1 227**	**0,17**	1920	
875 975	**60 216**	**6,87**	**3 132 598**	**9 766**	**0,31**	**6 979 490**	**139 380**	**2,00**	**2 090 883**	**2 717**	**0,13**	1921	

Diesen Rückgang der Tuberkulose beim Rindvieh in Preußen und in den meisten übrigen Ländern des Deutschen Reichs im Zeitraum 1913 bis 1921 darf man zu einem wesentlichen Teil auf die Wirkung des neuen Reichsviehseuchengesetzes von 1909 und auf die Ausmerzung der tuberkulös behafteten Tiere in den Jahren 1914, 1915 und der Zeit des Bestehens der staatlichen Viehumlagen und der öffentlichen Fleischversorgung, wie oben näher gezeigt wurde, zurückführen.



Vorläufige Ergebnisse der Viehzählung

1. Der Viehbestand im Staate

Staat	Zeit der Zählung	Viehhaltende Haushaltungen	1. Pferde (ohne						
			Unter 3 Jahre alte Pferde und Fohlen				3 bis noch nicht 5 Jahre alte Pferde		
			Unter 1 Jahr alte Fohlen	1 bis noch nicht 2 Jahre alte Pferde	2 bis noch nicht 3 Jahre alte Pferde	zusammen	Zuchthengste	Die übrigen Pferde	zusammen
1	1a	2	3	4	5	6	7	8	9
A. Staat[1])	1. 12. 22	**3 946 474**	**215 730**	**198 050**	**176 711**	**590 491**	**6 234**	**257 358**	**263 592**
	1. 12. 21	*4 033 143*	*211 862*	*182 058*	*159 665*	*553 585*	*5 546*	*245 345*	*250 891*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 21 mehr (+) oder weniger (—)		— 86 669	+ 3 868	+ 15 992	+ 17 046	+ 36 906	+ 688	+ 12 013	+ 12 701
in % mehr (+) oder weniger (—)		— 2,15	+ 1,83	+ 8,78	+ 10,68	+ 6,67	+ 12,41	+ 4,90	+ 5,06
	1. 12. 13	[3]) 2 927 142	.	.	.	370 775	.	.	.
Außerdem: Waldeck[2])	1. 12. 22	9 390	667	650	380	1 697	22	561	583

Staat	Zeit der Zählung	Noch: 4. Rindvieh					5.		
		2 Jahre alte und ältere Bullen, Stiere und Ochsen	2 Jahre alte und ältere Kühe			überhaupt	Unter 1 Jahr alte Schafe und Schafböcke einschl. Lämmer	1 Jahr alte und	
			Milchkühe	Die übrigen Kühe, auch Färsen, Kalbinnen	zusammen			Schafböcke	Mutterschafe (Zibben)
1	1a	22	23	24	25	26	27	28	29
A. Staat[1])	1.12.22	**458 257**	**4 488 580**	**492 679**	**4 981 259**	**8 867 361**	**1 054 830**	**65 417**	**2 269 866**
	1.12.21	*480 333*	*4 568 673*	*447 077*	*5 015 750*	*9 210 673*	*1 146 726*	*69 483*	*2 360 722*
1. 12. 22 gegen 1. 12 21 mehr (+) oder weniger (—)		—22 076	— 80 093	+45 602	— 34 491	— 343 312	— 91 896	— 4 066	— 90 856
in % mehr (+) oder weniger (—)		— 4,60	— 1,75	+ 10,20	— 0,69	— 3,73	— 8,01	— 5,85	— 3,85
	1.12.13	692 463	.	.	5 615 893	10 353 221	.	.	.
Außerdem: Waldeck[2])	1.12.22	1 119	15 740	1 173	16 913	30 313	5 175	123	15 182

Staat	Zeit der Zählung	Noch: 6. Schweine			7. Ziegen				
		Noch: 1 Jahr alte und ältere Schweine		überhaupt	Unter 1 Jahr alte Ziegen und Ziegenböcke einschl. Lämmer	1 Jahr alte und ältere Ziegen			überhaupt
		Die übrigen Schweine	zusammen			Ziegenböcke	Ziegen (Geißen)	zusammen	
1	1a	42	43	44	45	46	47	48	49
A. Staat[1])	1.12.22	**983 768**	**1 536 688**	**9 580 631**	**492 522**	**39 794**	**1 907 878**	**1 947 672**	**2 440 194**
	1.12.21	*928 824*	*1 524 517*	*10 440 153*	*580 745*	*42 424*	*1 917 360*	*1 959 784*	*2 540 529*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 21 mehr (+) oder weniger (—)		+ 54 944	+ 12 171	— 859 522	—88 223	— 2 630	— 9 482	— 12 112	— 100 335
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 5,92	+ 0,80	— 8,23	— 15,19	— 6,20	— 0,49	— 0,62	— 3,95
	1 12.13	899 805	1 799 972	15 461 307	.	.	.	.	1 878 079
Außerdem: Waldeck[2])	1.12.22	4 751	7 571	38 412	1 707	105	6 480	6 585	8 292

[1]) ohne das Saargebiet und ohne die abgetretenen Landesteile. Es fehlen noch die Ergebnisse der Kreise Johannisburg, Stuhm, Ostprignitz, Land-
1921 eingesetzt worden. — [2]) Die Ergebnisse für Waldeck sind im Auftrage der dortigen Regierung im Preußischen Statistischen Landesamte bearbeitet. —
haltungen mit diesen Tieren allein am 1. Dezember 1913 nicht gezählt worden sind. — [4]) Bei der Dezemberzählung 1913 sind die Militärpferde miterhoben
nicht gezählt worden sind.

vom 1. Dezember 1922 in Preußen.

am 1. Dezember 1922.

Militärpferde)				2.	3.	4. Rindvieh						Wiederholung der Spalte 1 und 1a
5 Jahre alte und ältere Pferde			überhaupt	Maultiere und Maulesel	Esel	Kälber			Jungvieh			
Zuchthengste	Die übrigen Pferde	zusammen				unter 6 Wochen alt	6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alt	zusammen	3 Monate bis noch nicht 1 Jahr alt	1 bis noch nicht 2 Jahre alt	zusammen	
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	
7 799	**1 657 950**	**1 665 749**	**2 519 832**	**19 903**	**4 022**	**233 835**	**412 833**	**646 668**	**1 356 190**	**1 424 987**	**2 781 177**	A. 1.12.22
6 779	*1 728 486*	*1 735 265*	*2 539 741*	*20 790*	*4 334*	*247 950*	*436 457*	*684 407*	*1 520 543*	*1 509 640*	*3 030 183*	1.12.21
+ 1 020	— 70 536	— 69 516	— 19 909	— 887	— 312	— 14 115	— 23 624	— 37 739	— 164 353	— 84 653	— 249 006	
+ 15,05	— 4,08	— 4,01	— 0,78	— 4,27	— 7,20	— 5,69	— 5,41	— 5,51	— 10,81	— 5,61	— 8,22	
.	.	2 244 946	[4]) 2 615 721	[5]) 1 025	[5]) 6 085	.	.	915 222	.	.	3 129 643	1.12.13
12	4 538	4 550	6 830	4	4	1 004	1 846	2 850	4 727	4 704	9 431	1.12.22

Schafe			6. Schweine									Wiederholung der Spalte 1 und 1a
ältere Schafe		überhaupt	Unter 1/2 Jahr alte Schweine			1/2 bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine				1 Jahr alte und ältere Schweine		
Hammel (Schöpse)	zusammen		Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht 1/2 Jahr alte Schweine	zusammen	Zuchteber	Zuchtsauen	Die übrigen Schweine	zusammen	Zuchteber	Zuchtsauen	
30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	
256 129	**2 591 412**	**3 646 242**	**1 657 672**	**3 672 315**	**5 329 987**	**37 165**	**321 625**	**2 355 166**	**2 713 956**	**26 070**	**526 850**	A. 1.12.22
290 206	*2 720 411*	*3 867 137*	*1 934 312*	*4 310 601*	*6 244 913*	*35 691*	*334 380*	*2 300 652*	*2 670 723*	*24 611*	*571 082*	1.12.21
— 34 077	— 128 999	— 220 895	— 276 640	— 638 286	— 914 926	+ 1 474	— 12 755	+ 54 514	+ 43 233	+ 1 459	— 44 232	
— 11,74	— 4,74	— 5,71	— 14,30	— 14,81	— 14,65	+ 4,13	— 3,81	+ 2,37	+ 1,62	+ 5,93	— 7,75	
.	.	3 345 516	.	.	9 064 337	36 836	483 567	4 076 595	4 596 998	30 751	869 416	1.12.13
454	15 759	20 934	7 189	12 593	19 782	132	1 280	9 677	11 089	104	2 716	1.12.22

8.	9. Federvieh					10. Bienenstöcke (Bienenvölker)			Wiederholung der Spalte 1 und 1a
Zahme Kaninchen	Gänse (Gänseriche, Gänse und Gänseküken)	Enten (Enteriche, Enten und Entenküken)	Hühner (Hähne, Hühner und Küken)	Trut- und Perlhühner (Hähne, Hühner und Küken)	überhaupt	mit beweglichen Waben	mit unbeweglichen Waben	überhaupt	
50	51	52	53	54	55	56	57	58	
1 700 090	**2 945 301**	**947 903**	**34 988 769**	**388 370**	**39 270 343**	**533 713**	**395 147**	**928 860**	A. 1.12.22
2 414 797	*3 154 075*	*1 145 650*	*36 680 377*	*408 016*	*41 388 118*	*595 072*	*474 981*	*1 070 053*	1.12.21
— 714 707	— 208 774	— 197 747	— 1 691 608	— 19 646	— 2 117 775	— 61 359	— 79 834	— 141 193	
— 29,60	— 6,62	— 17,26	— 4,61	— 4,82	— 5,12	— 10,31	— 16,81	— 13,19	
.	3 615 014	1 435 746	38 547 679	317 240	[5]) 43 915 679	639 735	624 116	[5]) 1 263 851	1.12.13
1 244	9 631	1 883	105 634	567	117 715	2 218	795	3 013	1.12.22

kreis Breslau und Grafschaft Schaumburg. Zur Durchführung der Vergleichung sind bei den genannten Kreisen die Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Dezember
[3]) Bei der Beurteilung der Zahlen der Haushaltungen ist zu berücksichtigen, daß Maultiere, Esel, Kaninchen, Federvieh und Bienenstöcke und so auch die Haus-
worden. — [5]) Nach dem Ergebnis der Dezemberzählung 1912, da die Maultiere, Maulesel, Esel sowie das Federvieh und die Bienenstöcke am 1. Dezember 1913

Provinzen — Regierungsbezirke	Viehhaltende Haushaltungen	1. Pferde (ohne Militärpferde): Unter 3 Jahre alte Pferde und Fohlen: Unter 1 Jahr alte Fohlen	1 bis noch nicht 2 Jahre alte Pferde	2 bis noch nicht 3 Jahre alte Pferde	zusammen	3 bis noch nicht 5 Jahre alte Pferde: Zuchthengste	die übrigen Pferde	zusammen	5 Jahre alte und ältere Pferde: Zuchthengste	die übrigen Pferde	zusammen	überhaupt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
B. Provinzen												
1. Ostpreußen[1]	307 913	52 588	47 456	41 644	141 688	1 381	54 053	55 434	1 851	284 122	285 973	483 095
2. Brandenburg[1]	366 455	17 359	17 894	16 106	51 359	559	23 828	24 387	805	201 969	202 774	278 520
3. Stadt Berlin	85 758	151	129	177	457	6	633	639	10	39 525	39 535	40 631
4. Pommern	244 014	17 977	18 568	18 220	54 765	680	26 588	27 268	891	172 117	173 008	255 041
5. Grenzmark Posen-Westpr.	52 291	3 654	3 543	3 132	10 329	124	5 067	5 191	115	33 066	33 181	48 701
6. Niederschlesien[1]	337 916	14 628	13 354	12 421	40 403	601	20 231	20 832	641	146 222	146 863	208 098
7. Oberschlesien	155 258	7 592	7 314	6 181	21 087	199	9 376	9 575	328	53 219	53 547	84 209
8. Sachsen	437 398	14 478	13 743	12 223	40 444	396	19 319	19 715	645	163 712	164 357	224 516
9. Schleswig-Holstein	185 210	21 041	17 365	14 057	52 463	386	19 920	20 306	427	93 624	94 051	166 820
10. Hannover	434 477	26 398	24 945	22 757	74 100	540	29 847	30 387	626	186 898	187 524	292 011
11. Westfalen	476 116	19 123	15 732	13 395	48 250	540	20 752	21 292	518	104 863	105 381	174 923
12. Hessen-Nassau[1]	263 197	5 235	5 129	4 058	14 422	201	7 240	7 441	259	61 827	62 086	83 949
13. Rheinprovinz	587 959	15 187	12 607	12 084	39 878	600	19 994	20 594	671	113 171	113 842	174 314
14. Hohenzollernsche Lande	12 512	319	271	256	846	21	510	531	12	3 615	3 627	5 004
C. Regierungsbezirke												
1. Königsberg	113 137	21 578	19 206	16 731	57 515	496	20 342	20 838	817	105 031	105 848	184 201
2. Gumbinnen[1]	85 055	14 227	13 427	12 718	40 372	449	15 597	16 046	401	84 101	84 502	140 920
3. Allenstein	78 078	12 309	10 808	8 746	31 863	278	13 348	13 626	285	69 381	69 666	115 155
4. Westpreußen[1]	31 643	4 474	4 015	3 449	11 938	158	4 766	4 924	348	25 609	25 957	42 819
5. Potsdam[1]	182 318	9 499	9 530	7 682	26 711	322	11 135	11 457	516	114 003	114 519	152 687
6. Frankfurt	184 137	7 860	8 364	8 424	24 648	237	12 693	12 930	289	87 966	88 255	125 833
7. Berlin	85 758	151	129	177	457	6	633	639	10	39 525	39 535	40 631
8. Stettin	111 469	7 551	7 912	8 432	23 895	282	12 035	12 317	401	71 781	72 182	108 394
9. Köslin	99 982	6 564	6 900	6 721	20 185	231	11 163	11 394	325	72 700	73 025	104 604
10. Stralsund	32 563	3 862	3 756	3 067	10 685	167	3 390	3 557	165	27 636	27 801	42 043
11. Schneidemühl	52 291	3 654	3 543	3 132	10 329	124	5 067	5 191	115	33 066	33 181	48 701
12. Breslau[1]	185 873	9 347	8 258	7 145	24 750	429	11 837	12 266	489	84 979	85 468	122 484
13. Liegnitz	152 043	5 281	5 096	5 276	15 653	172	8 394	8 566	152	61 243	61 395	85 614
14. Oppeln	155 258	7 592	7 314	6 181	21 087	199	9 376	9 575	328	53 219	53 547	84 209
15. Magdeburg	176 186	7 582	7 189	6 497	21 268	167	10 122	10 289	276	74 280	74 556	106 113
16. Merseburg	192 014	5 594	4 959	4 159	14 712	180	6 668	6 848	338	72 013	72 351	93 911
17. Erfurt	69 198	1 302	1 595	1 567	4 464	49	2 529	2 578	31	17 419	17 450	24 492
18. Schleswig	185 210	21 041	17 365	14 057	52 463	386	19 920	20 306	427	93 624	94 051	166 820
19. Hannover	83 250	3 825	3 545	3 453	10 823	47	4 733	4 780	77	36 071	36 148	51 751
20. Hildesheim	93 372	2 388	2 361	2 077	6 826	137	3 078	3 215	111	29 546	29 657	39 698
21. Lüneburg	86 779	4 639	4 387	4 307	13 333	199	6 217	6 416	295	42 931	43 226	62 975
22. Stade	69 403	7 230	6 289	5 416	18 935	46	6 316	6 362	42	37 862	37 904	63 201
23. Osnabrück	58 576	3 306	3 897	3 670	10 873	35	4 841	4 876	33	24 156	24 189	39 938
24. Aurich	43 097	5 010	4 466	3 834	13 310	76	4 662	4 738	68	16 332	16 400	34 448
25. Münster	139 841	9 832	7 453	6 325	23 610	263	9 550	9 813	329	35 760	36 089	69 512
26. Minden	108 383	4 391	4 299	3 768	12 458	114	5 619	5 733	69	30 600	30 669	48 860
27. Arnsberg	227 892	4 900	3 980	3 302	12 182	163	5 583	5 746	120	38 503	38 623	56 551
28. Cassel[1]	147 795	4 265	4 335	3 213	11 813	102	5 041	5 143	92	39 874	39 966	56 922
29. Wiesbaden	115 402	970	794	845	2 609	99	2 199	2 298	167	21 953	22 120	27 027
30. Coblenz	103 682	830	866	1 388	3 084	26	1 959	1 985	30	14 631	14 661	19 730
31. Düsseldorf	247 587	8 257	5 811	4 742	18 810	262	8 270	8 532	378	52 092	52 470	79 812
32. Köln	105 289	2 662	2 345	2 008	7 015	133	3 450	3 583	127	23 093	23 220	33 818
33. Trier	65 769	1 205	1 260	1 764	4 229	41	2 822	2 863	26	9 718	9 744	16 836
34. Aachen	65 632	2 233	2 325	2 182	6 740	138	3 493	3 631	110	13 637	13 747	24 118
35. Sigmaringen	12 512	319	271	256	846	21	510	531	12	3 615	3 627	5 004

[1]) Vergl. die Anmerkung 1 auf Seite 182/183, 188, 192 und 200.

2. Maultiere und Maulesel	3. Esel	4. Rindvieh: Kälber: unter 6 Wochen alt	Kälber: 6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alt	Kälber: zusammen	Jungvieh: 3 Monate bis noch nicht 1 Jahr alt	Jungvieh: 1 bis noch nicht 2 Jahre alt	Jungvieh: zusammen	2 Jahre alte und ältere Bullen, Stiere und Ochsen	2 Jahre alte und ältere Kühe: Milchkühe	2 Jahre alte und ältere Kühe: Die übrigen Kühe, auch Färsen, Kalbinnen	2 Jahre alte und ältere Kühe: zusammen	überhaupt	Wiederholung der Spalte 1
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	
													B.
356	110	21 312	35 520	56 832	200 235	198 272	398 507	43 851	479 125	84 251	563 376	1 062 566	1.
3 817	830	21 532	42 464	63 996	112 666	125 710	238 376	44 961	399 119	50 299	449 418	796 751	2.
361	27	645	498	1 143	620	656	1 276	689	16 011	315	16 326	19 434	3.
2 204	181	25 546	39 605	65 151	105 827	121 137	226 964	26 131	391 640	40 648	432 288	750 534	4.
182	22	4 181	7 663	11 844	20 800	22 931	43 731	6 440	72 052	10 547	82 599	144 614	5.
1 946	216	24 288	52 809	77 097	126 831	145 941	272 772	97 511	482 043	51 712	533 755	981 135	6.
538	59	7 521	19 130	26 651	42 189	41 247	83 436	13 787	182 419	16 143	198 562	322 436	7.
7 029	639	25 133	43 291	68 424	98 066	109 970	208 036	60 517	345 551	40 593	386 144	723 121	8.
216	94	24 167	26 619	50 786	157 503	159 994	317 497	30 707	325 835	41 416	367 251	766 241	9.
829	240	32 993	55 768	88 761	197 085	203 294	400 379	44 397	610 465	63 787	674 252	1 207 789	10.
244	433	12 244	21 049	33 293	103 886	89 377	193 263	15 772	394 802	19 511	414 313	656 641	11.
297	101	13 750	27 282	41 032	67 565	74 463	142 028	16 574	274 992	29 673	304 665	504 299	12.
1 880	1 069	18 475	37 832	56 307	115 516	126 077	241 593	54 648	492 624	40 945	533 569	886 117	13.
4	1	2 048	3 303	5 351	7 401	5 918	13 319	2 272	21 902	2 839	24 741	45 683	14.
													C.
118	52	10 325	15 341	25 666	78 204	85 828	164 032	19 323	184 610	33 860	218 470	427 491	1.
69	7	5 590	9 585	15 175	61 765	57 668	119 433	10 417	137 803	24 368	162 171	307 196	2.
65	17	3 610	8 046	11 656	41 098	39 416	80 514	11 017	105 594	20 458	126 052	229 239	3.
104	34	1 787	2 548	4 335	19 168	15 360	34 528	3 094	51 118	5 565	56 683	98 640	4.
1 942	670	11 649	19 702	31 351	54 728	62 146	116 874	15 749	200 485	22 951	223 436	387 410	5.
1 875	160	9 883	22 762	32 645	57 938	63 564	121 502	29 212	198 634	27 348	225 982	409 341	6.
361	27	645	498	1 143	620	656	1 276	689	16 011	315	16 326	19 434	7.
1 219	100	11 793	19 730	31 523	50 313	55 685	105 998	13 742	158 863	18 575	177 438	328 701	8.
667	51	10 261	15 909	26 170	40 495	47 458	87 953	9 577	175 585	16 304	191 889	315 589	9.
318	30	3 492	3 966	7 458	15 019	17 994	33 013	2 812	57 192	5 769	62 961	106 244	10.
182	22	4 181	7 663	11 844	20 800	22 931	43 731	6 440	72 052	10 547	82 599	144 614	11.
1 434	112	14 263	31 173	45 436	71 355	82 900	154 255	58 650	248 858	29 960	278 818	537 159	12.
512	104	10 025	21 636	31 661	55 476	63 041	118 517	38 861	233 185	21 752	254 937	443 976	13.
538	59	7 521	19 130	26 651	42 189	41 247	83 436	13 787	182 419	16 143	198 562	322 436	14.
3 488	246	11 758	18 289	30 047	43 564	49 638	93 202	25 695	139 046	17 553	156 599	305 543	15.
3 324	378	10 263	19 441	29 704	41 279	46 231	87 510	29 862	153 452	17 842	171 294	318 370	16.
217	15	3 112	5 561	8 673	13 223	14 101	27 324	4 960	53 053	5 198	58 251	99 208	17.
216	94	24 167	26 619	50 786	157 503	159 994	317 497	30 707	325 835	41 416	367 251	766 241	18.
180	66	6 063	11 940	18 003	31 836	35 158	66 994	7 824	103 359	8 773	112 132	204 953	19.
420	57	5 037	8 390	13 427	19 428	23 942	43 370	12 879	78 182	6 084	84 266	153 942	20.
157	60	7 884	11 932	19 816	34 619	37 091	71 710	7 493	128 346	11 244	139 590	238 609	21.
29	24	8 390	13 066	21 456	49 741	53 673	103 414	10 508	110 283	14 818	125 101	260 479	22.
35	26	4 007	7 674	11 681	23 011	23 611	46 622	3 812	109 725	6 158	115 883	177 998	23.
8	7	1 612	2 766	4 378	38 450	29 819	68 269	1 881	80 570	16 710	97 280	171 808	24.
60	140	4 178	7 874	12 052	50 012	37 828	87 840	5 082	161 656	4 905	166 561	271 535	25.
52	59	4 171	7 254	11 425	25 415	24 718	50 133	4 904	117 415	7 225	124 640	191 102	26.
132	234	3 895	5 921	9 816	28 459	26 831	55 290	5 786	115 731	7 381	123 112	194 004	27.
120	43	9 614	19 048	28 662	44 521	48 609	93 130	12 309	159 389	17 841	177 230	311 331	28.
177	58	4 136	8 234	12 370	23 044	25 854	48 898	4 265	115 603	11 832	127 435	192 968	29.
247	115	4 511	9 561	14 072	24 710	28 288	52 998	19 824	117 098	11 093	128 191	215 085	30.
457	188	3 900	7 063	10 963	33 709	36 775	70 484	7 343	126 852	10 231	137 083	225 873	31.
532	584	2 796	5 371	8 167	14 958	14 773	29 731	8 721	75 283	5 355	80 638	127 257	32.
269	61	4 811	10 838	15 649	24 941	28 202	53 143	9 628	108 201	8 555	116 756	195 176	33.
375	121	2 457	4 999	7 456	17 198	18 039	35 237	9 132	65 190	5 711	70 901	122 726	34.
4	1	2 048	3 303	5 351	7 401	5 918	13 319	2 272	21 902	2 839	24 741	45 683	35.

Provinzen — Regierungsbezirke	5. Schafe						6. Schweine								1 Jahr
	Unter 1 Jahr alte Schafe und Schafböcke einschl. Lämmer	1 Jahr alte und ältere Schafe				überhaupt	Unter 1/2 Jahr alte Schweine			1/2 bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine					
		Schafböcke	Mutterschafe (Zibben)	Hammel (Schöpse)	zusammen		Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht 1/2 Jahr alte Schweine	zusammen	Zuchteber	Zuchtsauen	die übrigen Schweine	zusammen	Zuchteber
1	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40
B. Provinzen														
1. Ostpreußen[1])	79 423	11 586	286 648	12 518	310 752	390 175	164 951	419 364	584 315	7 276	46 788	198 712	252 776	3 937
2. Brandenburg[1])	151 485	8 742	293 690	40 296	342 728	494 213	152 149	392 045	544 194	3 096	22 688	201 534	227 318	2 452
3. Stadt Berlin	2 291	114	2 319	1 912	4 345	6 636	3 015	9 341	12 356	71	228	8 684	8 983	42
4. Pommern	219 643	12 451	438 232	57 826	508 509	728 152	166 933	378 295	545 228	3 254	22 231	187 575	213 060	2 862
5. Grenzmark Posen-Westpr.	32 556	1 753	61 798	9 297	72 848	105 404	25 997	62 400	88 397	561	4 703	31 641	36 905	424
6. Niederschlesien[1])	52 533	3 330	101 572	17 221	122 123	174 656	93 469	280 394	373 863	3 070	18 843	166 357	188 270	2 185
7. Oberschlesien	6 746	492	13 816	2 167	16 475	23 221	39 313	128 954	168 267	995	8 684	38 574	48 253	651
8. Sachsen	192 592	7 676	351 397	54 049	413 122	605 714	224 518	430 744	655 262	4 256	32 654	308 816	345 726	3 231
9. Schleswig-Holstein	41 159	3 061	87 600	3 330	93 991	135 150	131 371	281 212	412 583	2 262	21 688	132 005	155 955	1 540
10. Hannover	145 896	9 515	326 513	19 151	355 179	501 075	355 009	491 833	846 842	4 470	63 460	358 163	426 093	3 387
11. Westfalen	42 064	2 458	98 678	7 824	108 960	151 024	128 880	245 171	374 051	3 207	41 701	325 705	370 613	2 045
12. Hessen-Nassau[1])	55 096	1 244	130 499	13 992	145 735	200 831	80 683	205 773	286 456	1 751	15 420	171 921	189 092	1 331
13. Rheinprovinz	31 747	2 841	74 050	15 966	92 857	124 604	88 542	334 735	423 277	2 826	21 995	220 150	244 971	1 948
14. Hohenzollernsche Lande	1 599	154	3 054	580	3 788	5 387	2 842	12 054	14 896	70	542	5 329	5 941	35
C. Regierungsbezirke														
1. Königsberg	32 191	4 366	118 043	4 562	126 971	159 162	57 430	154 677	212 107	2 716	17 898	76 712	97 326	1 543
2. Gumbinnen[1])	14 439	2 136	63 978	1 346	67 460	81 899	57 330	131 041	188 371	2 582	14 176	64 119	80 877	1 111
3. Allenstein	21 462	4 088	75 275	2 904	82 267	103 729	32 478	90 719	123 197	1 273	9 125	36 587	46 985	813
4. Westpreußen[1])	11 331	996	29 352	3 706	34 054	45 385	17 713	42 927	60 640	705	5 589	21 294	27 588	470
5. Potsdam[1])	62 566	3 667	127 137	19 668	150 472	213 038	76 676	204 954	281 630	1 589	10 747	97 947	110 283	1 335
6. Frankfurt	88 919	5 075	166 553	20 628	192 256	281 175	75 473	187 091	262 564	1 507	11 941	103 587	117 035	1 117
7 Berlin	2 291	114	2 319	1 912	4 345	6 636	3 015	9 341	12 356	71	228	8 684	8 983	42
8. Stettin	112 175	5 883	215 701	32 336	253 920	366 095	69 738	154 027	223 765	1 362	9 476	84 788	95 626	1 036
9. Köslin	78 919	4 847	154 203	19 934	178 984	257 903	74 319	177 196	251 515	1 124	9 619	81 490	92 233	930
10. Stralsund	28 549	1 721	68 328	5 556	75 605	104 154	22 876	47 072	69 948	768	3 136	21 297	25 201	896
11. Schneidemühl	32 556	1 753	61 798	9 297	72 848	105 404	25 997	62 400	88 397	561	4 703	31 641	36 905	424
12. Breslau[1])	29 618	1 879	56 770	9 666	68 315	97 933	57 208	163 203	220 411	1 888	11 326	90 497	103 711	1 295
13. Liegnitz	22 915	1 451	44 802	7 555	53 808	76 723	36 261	117 191	153 452	1 182	7 517	75 860	84 559	890
14. Oppeln[1])	6 746	492	13 816	2 167	16 475	23 221	39 313	128 954	168 267	995	8 684	38 574	48 253	651
15. Magdeburg	83 179	3 423	149 524	24 129	177 076	260 255	110 777	209 458	320 235	1 615	14 266	111 582	127 463	1 348
16. Merseburg	85 748	3 591	152 058	23 765	179 414	265 162	87 018	170 860	257 878	2 232	14 221	140 572	157 025	1 550
17. Erfurt	23 665	662	49 815	6 155	56 632	80 297	26 723	50 426	77 149	409	4 167	56 662	61 238	333
18. Schleswig	41 159	3 061	87 600	3 330	93 991	135 150	131 371	281 212	412 583	2 262	21 688	132 005	155 955	1 540
19. Hannover	19 007	1 220	45 034	2 425	48 679	67 686	93 519	95 992	189 511	771	12 240	70 148	83 159	578
20. Hildesheim	39 662	1 184	98 972	7 835	107 991	147 653	52 861	89 664	142 525	597	6 089	76 390	83 076	646
21. Lüneburg	25 540	2 351	60 004	2 264	64 619	90 159	87 477	121 597	209 074	1 223	11 983	98 708	111 914	1 145
22. Stade	26 530	2 418	54 557	1 614	58 589	85 119	51 770	89 211	140 981	675	13 055	56 402	70 132	398
23. Osnabrück	20 548	1 863	36 160	4 718	42 741	63 289	59 072	60 371	119 443	773	14 298	37 875	52 946	534
24. Aurich	14 609	479	31 786	295	32 560	47 169	10 310	34 998	45 308	431	5 795	18 640	24 866	86
25. Münster	8 472	751	16 835	612	18 198	26 670	40 483	89 710	130 193	1 592	20 910	108 542	131 044	676
26. Minden	14 783	742	36 958	2 224	39 924	54 707	59 736	78 171	137 907	933	15 864	97 825	114 622	761
27. Arnsberg	18 809	965	44 885	4 988	50 838	69 647	28 661	77 290	105 951	682	4 927	119 338	124 947	608
28. Cassel[1])	42 609	940	97 793	8 159	106 892	149 501	62 842	127 230	190 072	1 242	9 957	114 874	126 073	975
29. Wiesbaden	12 487	304	32 706	5 833	38 843	51 330	17 841	78 543	96 384	509	5 463	57 047	63 019	356
30. Coblenz	7 773	522	19 338	3 640	23 500	31 273	11 784	73 814	85 598	353	3 070	46 284	49 707	207
31. Düsseldorf	10 570	1 171	24 544	5 628	31 343	41 913	36 898	119 815	156 713	1 411	10 289	88 053	99 753	856
32. Köln	4 642	342	9 382	3 504	13 228	17 870	9 228	41 468	50 696	398	2 420	34 870	37 688	296
33. Trier	4 252	306	11 691	1 666	13 663	17 915	20 371	57 610	77 981	360	3 899	32 164	36 423	340
34. Aachen	4 510	500	9 095	1 528	11 123	15 633	10 261	42 028	52 289	304	2 317	18 779	21 400	249
35. Sigmaringen	1 599	154	3 054	580	3 788	5 387	2 842	12 054	14 896	70	542	5 329	5 941	35

[1]) Vergl. die Anmerkung 1 auf Seite 182/183, 188, 192 und 200.

alte und ältere Schweine				7. Ziegen					8.	9. Federvieh					10. Bienenstöcke (Bienenvölker)			
					1 Jahr alte und ältere Ziegen													
Zuchtsauen	die übrigen Schweine	zusammen	überhaupt	Unter 1 Jahr alte Ziegen und Ziegenböcke einschl. Lämmer	Ziegenböcke	Ziegen (Geißen)	zusammen	überhaupt	Zahme Kaninchen	Gänse (Gänseriche, Gänse und Gänseküken)	Enten (Enteriche, Enten und Entenküken)	Hühner (Hähne, Hühner und Kücken)	Trut- und Perlhühner (Hähne, Hühner und Küken)	überhaupt	mit beweglichen Waben	mit unbeweglichen Waben	überhaupt	Wiederholung der Spalte 1
41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
																		B.
54 722	84 227	142 886	979 977	12 894	1 261	38 297	39 558	52 452	48 328	333 235	121 040	3 187 575	83 386	3 725 236	38 510	90 551	129 061	1.
44 759	139 718	186 929	958 441	70 254	5 013	225 138	230 151	300 405	286 179	339 317	103 302	3 476 083	55 643	3 974 345	64 398	25 488	89 886	2.
405	6 686	7 133	28 472	7 168	451	32 146	32 597	39 765	77 279	15 288	11 077	524 144	2 860	553 369	2 307	429	2 736	3.
50 275	67 997	121 134	879 422	21 313	1 718	69 632	71 350	92 663	65 505	229 120	96 866	2 739 770	51 142	3 116 898	43 577	33 329	76 906	4.
8 613	14 471	23 508	148 810	9 946	503	28 743	29 246	39 192	38 662	70 408	13 484	486 597	10 931	581 420	7 741	8 479	16 220	5.
26 885	40 963	70 033	632 166	64 986	5 997	178 093	184 090	249 076	345 948	521 723	84 660	2 759 578	47 773	3 413 734	79 780	14 813	94 593	6.
15 646	10 528	26 825	243 345	23 485	1 454	95 180	96 634	120 119	53 972	234 732	23 131	923 476	13 463	1 194 802	25 437	3 776	29 213	7.
62 308	157 223	222 762	1 223 750	88 314	10 106	292 242	302 348	390 662	360 117	409 376	124 302	3 931 695	48 034	4 513 407	56 770	17 706	74 476	8.
34 384	35 512	71 436	639 974	9 437	868	37 965	38 833	48 270	49 689	85 104	73 622	2 180 882	15 927	2 355 535	46 349	31 046	77 395	9.
131 554	174 629	309 570	1 582 505	43 252	3 048	230 162	233 210	276 462	64 845	230 941	107 472	4 557 886	23 355	4 919 654	24 536	109 185	133 721	10.
46 106	105 146	153 297	897 961	39 969	2 107	214 223	216 330	256 299	79 785	130 557	64 662	3 485 856	10 392	3 691 467	41 713	25 317	67 030	11.
23 871	80 816	106 018	581 566	40 389	2 508	191 035	193 543	233 932	91 033	202 723	31 793	2 079 970	6 930	2 321 416	37 499	10 551	48 050	12.
26 346	64 901	93 195	761 443	59 940	4 620	269 503	274 123	334 063	136 932	133 028	78 562	4 535 712	18 327	4 765 629	60 136	23 916	84 052	13.
976	951	1 962	22 799	1 175	140	5 519	5 659	6 834	1 816	9 749	13 930	119 545	207	143 431	4 960	561	5 521	14.
																		C.
18 921	37 460	57 924	367 357	3 876	374	12 500	12 874	16 750	17 856	86 600	43 394	1 290 173	28 546	1 448 713	15 475	40 858	56 333	1.
16 473	22 672	40 256	309 504	2 082	253	5 520	5 773	7 855	13 808	85 424	25 980	905 512	17 789	1 034 705	10 864	25 270	36 134	2.
12 133	13 220	26 166	196 348	4 044	446	10 866	11 312	15 356	10 009	137 984	40 235	667 249	30 479	875 947	7 202	16 494	23 696	3.
7 195	10 875	18 540	106 768	2 892	188	9 411	9 599	12 491	6 655	23 227	11 431	324 641	6 572	365 871	4 969	7 929	12 898	4.
20 509	85 993	107 837	499 750	32 908	2 722	115 364	118 086	150 994	123 436	158 241	65 234	1 832 176	31 705	2 087 356	34 563	11 907	46 470	5.
24 250	53 725	79 092	458 691	37 346	2 291	109 774	112 065	149 411	162 743	181 076	38 068	1 643 907	23 938	1 886 989	29 835	13 581	43 416	6.
405	6 686	7 133	28 472	7 168	451	32 146	32 597	39 765	77 279	15 288	11 077	524 144	2 860	553 369	2 307	429	2 736	7.
20 090	38 728	59 854	379 245	10 903	782	38 078	38 860	49 763	29 998	86 707	43 619	1 223 099	22 457	1 375 882	18 942	12 949	31 891	8.
20 563	19 675	41 168	384 916	9 299	789	27 551	28 340	37 639	27 089	125 059	37 149	1 139 031	19 771	1 321 010	12 942	16 091	29 033	9.
9 622	9 594	20 112	115 261	1 111	147	4 003	4 150	5 261	8 418	17 354	16 098	377 640	8 914	420 006	11 693	4 289	15 982	10.
8 613	14 471	23 508	148 810	9 946	503	28 743	29 246	39 192	38 662	70 408	13 484	486 597	10 931	581 420	7 741	8 479	16 220	11.
15 924	22 823	40 042	364 164	31 654	2 989	91 371	94 360	126 014	163 639	308 338	53 040	1 488 560	25 375	1 875 313	38 076	6 131	44 207	12.
10 961	18 140	29 991	268 002	33 332	3 008	86 722	89 730	123 062	182 309	213 385	31 620	1 271 018	22 398	1 538 421	41 704	8 682	50 386	13.
15 646	10 528	26 825	243 345	23 485	1 454	95 180	96 634	120 119	53 972	234 732	23 131	923 476	13 463	1 194 802	25 437	3 776	29 213	14.
33 263	76 718	111 329	559 027	25 999	3 263	102 271	105 534	131 533	75 160	119 765	55 965	1 698 979	24 159	1 898 868	14 971	7 919	22 890	15.
23 012	59 818	84 380	499 283	45 948	5 037	125 308	130 345	176 293	247 384	222 676	56 112	1 631 242	18 926	1 928 956	27 654	7 657	35 311	16.
6 033	20 687	27 053	165 440	16 367	1 806	64 663	66 469	82 836	37 573	66 935	12 225	601 474	4 949	685 583	14 145	2 130	16 275	17.
34 384	35 512	71 436	639 974	9 437	868	37 965	38 833	48 270	49 689	85 104	73 622	2 180 882	15 927	2 355 535	46 349	31 046	77 395	18.
33 871	37 683	72 132	344 802	8 225	539	53 688	54 227	62 452	13 850	32 357	10 468	858 285	4 581	905 691	3 276	10 810	14 086	19.
13 367	51 632	65 645	291 246	15 546	1 041	84 714	85 755	101 301	17 507	75 271	13 317	751 234	6 676	846 498	6 402	4 256	10 658	20.
36 229	43 459	80 833	401 821	8 571	825	47 115	47 940	56 511	13 054	74 301	19 058	1 051 805	6 487	1 151 651	5 513	37 730	43 243	21.
18 277	19 164	37 839	248 952	4 063	317	18 687	19 004	23 067	7 689	31 423	40 258	832 694	3 173	907 548	4 810	32 653	37 463	22.
28 175	16 706	45 415	217 804	4 816	209	20 043	20 252	25 068	5 146	13 142	8 908	664 889	1 190	688 129	3 256	17 250	20 506	23.
1 635	5 985	7 706	77 880	2 031	117	5 915	6 032	8 063	7 599	4 447	15 463	398 979	1 248	420 137	1 279	6 486	7 765	24.
13 742	29 041	43 459	304 696	8 479	566	37 180	37 746	46 225	15 011	33 931	18 918	1 182 671	2 406	1 237 926	11 159	10 481	21 640	25.
24 335	45 640	70 736	323 265	11 241	505	64 129	64 634	75 875	13 340	49 331	12 519	889 443	2 270	953 563	10 157	8 804	18 961	26.
8 029	30 465	39 102	270 000	20 249	1 036	112 914	113 950	134 199	51 434	47 295	33 225	1 413 742	5 716	1 499 978	20 397	6 032	26 429	27.
17 933	66 290	85 198	401 343	26 805	1 567	116 194	117 761	144 566	47 979	179 555	19 009	1 175 480	5 066	1 379 110	22 471	6 971	29 442	28.
5 938	14 526	20 820	180 223	13 584	941	74 841	75 782	89 366	43 054	23 168	12 784	904 490	1 864	942 306	15 028	3 580	18 608	29.
3 552	11 770	15 529	150 834	11 437	662	61 612	62 274	73 711	12 578	13 833	8 914	767 010	2 677	792 434	15 210	6 149	21 359	30.
9 437	28 597	38 890	295 356	21 290	1 763	87 518	89 281	110 571	79 098	78 474	39 797	1 919 383	7 694	2 045 348	15 476	4 938	20 414	31.
2 418	7 780	10 494	98 878	14 703	1 255	67 877	69 132	83 835	28 773	23 909	14 738	810 220	4 146	853 013	11 997	3 520	15 517	32.
8 947	11 768	21 055	135 459	5 289	374	23 168	23 542	28 831	3 515	4 155	4 635	468 649	1 314	478 753	10 609	5 307	15 916	33.
1 992	4 986	7 227	80 916	7 221	566	29 328	29 894	37 115	12 968	12 657	10 478	570 450	2 496	596 081	6 844	4 002	10 846	34.
976	951	1 962	22 799	1 175	140	5 519	5 659	6 834	1 816	9 749	13 930	119 545	207	143 431	4 960	561	5 521	35.

Kreise (* = Stadtkreise)	Viehhaltende Haushaltungen	1. Pferde (ohne Militärpferde): Unter 1 Jahr alte Fohlen	1. Pferde: 1 bis noch nicht 2 Jahre alte Pferde	1. Pferde: 2 bis noch nicht 3 Jahre alte Pferde	1. Pferde: 3 bis noch nicht 5 Jahre alte: Zuchthengste	1. Pferde: 3 bis noch nicht 5 Jahre alte: alle anderen 3 bis noch nicht 5 Jahre alten Pferde	1. Pferde: 5 Jahre alte und ältere: Zuchthengste	1. Pferde: 5 Jahre alte und ältere: alle anderen 5 Jahre alten und älteren Pferde	1. Pferde: überhaupt	2. Maultiere und Maulesel	3. Esel	4. Rindvieh: Kälber: Unter 6 Wochen alt	4. Rindvieh: Kälber: 6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alt	4. Rindvieh: Jungvieh: 3 Monate bis noch nicht 1 Jahr alt	4. Rindvieh: Jungvieh: 1 bis noch nicht 2 Jahre alt	4. Rindvieh: 2 Jahre altes und älteres Rindvieh: Bullen, Stiere und Ochsen	4. Rindvieh: 2 Jahre altes und älteres Rindvieh: Milchkühe	4. Rindvieh: 2 Jahre altes und älteres Rindvieh: die übrigen Kühe, auch Färsen, Kalbinnen	4. Rindvieh: überhaupt	5. [Schafe]: Unter 1 Jahr alte Schafe und Schafböcke einschl. Lämmer	5. 1 und …: Schafböcke
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1. Reg.-Bez. Königsberg.																					
1. Braunsberg	7 148	2 465	2 029	1 706	78	2 106	192	6 824	15 400	4	—	681	1 200	7 556	8 665	1 705	11 173	2 327	33 307	1 268	398
2. Fischhausen	9 707	1 182	1 096	920	18	1 220	26	8 160	12 622	20	1	1 059	1 000	5 476	6 220	838	17 130	2 391	34 114	1 669	260
3. Friedland	7 324	1 658	1 442	1 287	31	1 394	32	7 079	12 923	—	5	900	1 151	5 087	5 983	1 633	12 531	2 255	29 540	3 577	424
4. Gerdauen	5 715	1 402	1 359	1 193	35	1 304	36	6 940	12 269	21	8	599	959	4 780	6 068	1 623	11 440	1 903	27 372	2 119	301
5. Heiligenbeil	7 856	1 492	1 379	1 108	27	1 482	23	7 440	12 951	1	2	891	1 276	7 136	7 584	1 701	13 879	2 541	35 008	2 357	265
6. Heilsberg	7 810	2 339	2 028	1 776	51	2 586	41	8 865	17 686	2	—	1 061	1 758	7 875	8 208	1 494	13 955	2 823	37 174	1 535	607
7. *Königsberg i. Pr.	7 641	11	8	70	—	127	—	2 880	3 096	2	12	17	30	69	97	25	684	201	1 123	56	1
8. Königsberg i. Pr.	9 036	1 464	1 317	1 115	26	1 298	25	9 100	14 345	32	9	876	1 297	5 659	7 376	1 753	18 525	3 578	39 064	2 220	231
9. Labiau	9 132	908	836	852	25	1 224	60	6 972	10 877	1	1	654	879	4 113	4 036	726	13 298	1 894	25 600	1 221	162
10. Mohrungen	9 602	1 631	1 471	1 372	45	1 598	53	8 754	14 924	2	7	716	1 267	6 021	6 200	1 576	16 100	2 446	34 326	3 979	383
11. Preußisch Eylau	9 061	2 014	1 907	1 641	38	1 918	50	9 527	17 095	5	—	951	1 477	8 346	8 153	2 025	18 136	3 193	42 281	4 363	378
12. Preußisch Holland	6 942	1 870	1 556	1 304	24	1 501	45	7 401	13 701	—	1	492	814	5 670	5 430	1 126	14 188	2 073	29 793	2 855	278
13. Rastenburg	8 012	1 572	1 393	1 166	71	1 178	203	7 644	13 227	22	1	751	1 189	4 588	5 742	1 845	11 320	2 692	28 127	3 043	434
14. Wehlau	8 151	1 570	1 385	1 221	27	1 406	31	7 445	13 085	6	5	677	1 044	5 828	6 066	1 253	12 251	3 543	30 662	1 929	244
2. Reg.-Bez. Gumbinnen.																					
1. Angerburg	6 629	1 202	1 109	887	22	1 108	24	6 962	11 314	—	1	505	944	4 492	4 277	880	9 580	2 241	22 919	1 376	308
2. Darkehmen	5 945	1 193	1 180	1 121	253	1 044	79	7 017	11 887	16	1	576	800	4 979	5 621	1 300	11 151	2 597	27 024	1 860	292
3. Goldap	7 138	979	935	949	12	1 481	18	7 813	12 187	12	2	444	1 150	5 369	4 675	1 093	11 187	1 994	25 912	1 881	310
4. Gumbinnen	7 711	1 235	1 267	1 166	10	1 227	10	7 859	12 774	14	—	534	934	5 854	5 864	1 206	11 463	2 213	28 068	1 252	300
5. *Insterburg	2 844	39	48	30	—	63	1	657	838	5	—	17	26	115	170	38	655	66	1 087	38	3
6. Insterburg	8 745	1 796	1 589	1 475	68	1 431	206	9 653	16 218	14	1	730	1 310	7 197	7 042	1 088	15 720	2 888	35 975	1 759	196
7. Niederung	10 174	1 488	1 468	1 395	18	1 651	10	8 783	14 813	1	1	428	392	7 622	4 814	632	23 188	2 314	39 390	674	125
8. Oletzko	6 744	1 222	1 187	1 039	12	1 694	6	6 839	11 999	3	—	387	903	4 057	3 526	808	10 077	1 689	21 447	1 744	239
9. Pillkallen	8 216	1 703	1 679	1 669	15	2 015	10	9 267	16 358	—	—	797	1 197	7 946	8 370	1 187	13 998	3 093	36 588	1 291	132
10. Stallupönen	7 401	1 252	1 027	1 181	18	1 444	23	7 738	12 683	3	—	398	848	5 676	5 788	1 205	10 596	2 321	26 832	1 222	128
11. *Tilsit	3 614	61	40	39	—	230	—	1 131	1 501	—	—	17	46	312	242	38	1 297	56	2 008	53	3
12. Tilsit-Ragnit	9 894	2 057	1 898	1 767	21	2 209	14	10 382	18 348	1	1	757	1 035	8 146	7 279	942	18 891	2 896	39 946	1 289	100
3. Reg.-Bez. Allenstein.																					
1. *Allenstein	2 625	20	23	8	—	35	—	563	649	—	1	6	19	73	75	17	409	50	649	41	12
2. Allenstein	8 866	1 440	1 234	998	21	1 387	21	8 889	13 990	3	3	384	956	4 439	4 274	717	13 094	2 303	26 167	2 466	505
3. Johannisburg[1])	8 407	1 475	1 041	865	16	1 494	16	8 098	13 005	3	4	447	888	4 935	3 792	1 074	12 055	1 697	24 888	2 127	452
4. Lötzen	6 788	1 258	1 056	863	28	1 379	16	6 902	11 502	3	2	399	755	3 810	3 488	800	9 357	1 839	20 448	1 478	309
5. Lyck	8 196	1 750	1 682	1 381	54	1 995	29	7 874	14 765	5	1	328	698	4 458	3 868	930	10 630	2 429	23 341	2 023	544
6. Neidenburg	5 742	865	794	606	20	985	6	4 943	8 219	1	—	232	549	3 598	3 668	1 520	8 426	1 974	19 967	3 143	383
7. Ortelsburg	10 691	1 307	1 401	1 049	27	1 565	19	8 619	13 987	5	1	327	1 096	5 219	5 653	1 592	15 620	3 794	33 301	1 899	546
8. Osterode i. Ostpr.	11 265	1 190	1 089	892	45	1 539	126	8 814	13 695	31	4	620	1 302	4 829	5 506	2 488	15 084	2 932	32 761	5 149	460
9. Rössel	7 729	1 937	1 576	1 429	45	1 820	34	7 213	14 054	11	—	525	931	6 207	5 936	970	10 697	1 849	27 115	1 536	536
10. Sensburg	7 769	1 067	912	655	22	1 149	18	7 466	11 289	3	1	342	852	3 530	3 156	909	10 222	1 591	20 602	1 600	341
4. Reg.-Bez. Westpreußen.																					
1. *Elbing	3 442	18	16	16	—	38	—	762	850	—	—	10	8	83	67	14	388	20	590	17	4
2. Elbing	4 752	876	757	594	20	768	21	4 076	7 112	—	2	195	176	4 058	2 507	384	10 247	989	18 556	794	85
3. Marienburg (Westpr.)	3 275	549	453	424	12	554	42	2 492	4 526	—	3	174	59	3 010	1 522	216	6 923	377	12 281	272	36
4. Marienwerder	5 736	750	710	588	57	850	175	4 901	8 031	4	18	399	538	2 535	2 888	633	8 724	1 075	16 792	2 377	225
5. Rosenberg i. Westpr.	8 439	1 129	1 051	1 015	17	1 325	47	7 035	11 619	94	8	625	1 160	4 019	4 302	1 135	13 565	1 916	26 722	5 684	450
6. Stuhm[1])	5 999	1 152	1 028	812	52	1 231	63	6 343	10 681	6	3	384	607	5 463	4 074	712	11 271	1 188	23 699	2 187	196
5. Reg.-Bez. Potsdam.																					
1. Angermünde	11 342	716	754	648	35	984	37	7 773	10 947	251	20	798	1 393	3 171	4 095	1 382	10 979	1 480	23 298	9 152	408
2. Beeskow-Storkow	9 630	358	347	238	4	526	13	4 772	6 258	92	39	382	915	2 390	2 213	807	9 608	978	17 293	2 765	217
3. *Brandenburg (Havel)	2 940	8	4	5	—	11	—	805	833	—	—	10	40	89	47	7	358	22	573	62	2
4. *Eberswalde	1 675	4	1	15	—	9	—	250	279	6	1	3	1	1	11	3	81	—	100	14	3
5. Jüterbog-Luckenwalde	10 950	614	587	417	12	683	17	6 776	9 106	19	33	984	1 946	4 687	4 706	867	14 307	1 325	28 822	2 621	104
6. Niederbarnim	20 893	446	578	473	15	631	22	7 837	10 002	134	48	415	755	2 166	2 359	629	8 763	1 308	16 395	1 961	173
7. Oberbarnim	12 326	391	387	326	12	426	18	7 088	8 648	354	25	595	1 142	2 870	3 993	1 978	8 527	1 206	20 311	6 635	348
8. Osthavelland	13 243	594	549	475	15	603	12	7 935	10 183	59	50	674	880	2 677	3 643	1 115	13 053	2 188	24 230	1 253	111
9. Ostprignitz[1])	12 042	1 150	939	858	31	1 308	30	10 988	15 304	140	33	1 113	1 613	6 407	6 680	1 076	23 390	1 731	42 010	5 894	463
10. *Potsdam	2 418	2	2	7	—	23	—	538	572	2	1	1	—	11	7	6	69	15	109	12	1
11. Prenzlau	9 151	1 153	1 289	981	46	1 382	61	8 811	13 723	334	12	1 154	1 876	4 384	5 705	1 842	14 289	2 069	31 319	15 207	567
12. Ruppin	12 930	703	804	732	53	958	212	10 351	13 813	131	20	753	1 283	4 565	5 763	1 397	20 366	2 392	36 519	2 984	253
13. Teltow	14 509	455	336	311	20	544	14	7 934	9 614	172	31	869	1 653	3 584	3 745	1 049	12 738	1 326	24 964	1 476	110
14. Templin	9 326	502	551	455	21	630	48	6 456	8 663	101	33	492	747	2 745	3 135	688	9 591	1 263	18 661	5 386	273
15. Westhavelland	10 117	619	701	439	28	688	14	6 905	9 394	72	8	733	1 139	3 354	4 382	1 504	13 900	2 059	27 071	2 397	140
16. Westprignitz	11 120	1 043	1 007	806	18	989	9	8 182	12 054	47	5	1 262	1 665	6 150	6 708	530	21 603	1 898	39 816	2 967	384
17. *Wittenberge	1 992	9	14	14	—	20	—	241	298	—	2	15	21	46	53	7	258	33	433	15	8
18. Zauch-Belzig	15 714	732	680	482	12	720	9	10 361	12 996	28	309	1 396	2 633	5 431	4 901	862	18 605	1 658	35 486	1 765	102

[1]) Statt der fehlenden Ergebnisse sind die Zahlen der Dezemberzählung 1921 eingesetzt.

chafe			6. Schweine									7. Ziegen				8.	9. Federvieh					10. Bienenstöcke (Bienenvölker)			
Jahr alte ältere			Unter 1/2 Jahr alte Schweine		1/2 bis noch nicht 1 Jahr alte			1 Jahr alte und ältere					1 Jahr alte und ältere												
Mutterschafe (Zibben)	Hammel (Schöpse)	überhaupt	Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht 1/2 Jahr alte Schweine	Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	überhaupt	Unter 1 Jahr alte Ziegen und Ziegenböcke einschl. Lämmer	Ziegenböcke	Ziegen (Geißen)	überhaupt	Zahme Kaninchen	Gänse (Gänseriche, Gänse und Gänseküken)	Enten (Enteriche, Enten und Entenküken)	Hühner (Hähne, Hühner und Küken)	Trut- u. Perlhühner (Hähne, Hühner und Küken)	überhaupt	mit beweglichen Waben	mit unbeweglichen Waben	überhaupt	Wiederholung der Spalte 1
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	
																									1.
6 723	238	8 627	2 331	10 033	338	2 573	5 496	91	1 278	4 039	26 179	263	23	1 197	1 483	1 021	8 175	3 440	90 406	1 877	103 898	805	1 904	2 709	1.
7 224	294	9 447	4 432	11 629	174	961	5 123	84	1 105	1 925	25 433	165	31	518	714	1 158	6 491	4 013	109 558	2 424	122 486	1 400	2 643	4 043	2.
12637	438	17 076	4 397	11 043	178	900	5 307	124	1 573	2 442	25 964	159	10	545	714	850	5 663	3 179	83 037	2 345	94 224	1 134	3 393	4 527	3.
9 841	207	12 468	4 847	10 503	123	863	5 253	101	1 411	2 440	25 541	215	24	578	817	1 019	6 105	2 962	79 098	2 084	90 249	1 007	3 365	4 372	4.
7 220	357	10 199	3 060	11 017	208	1 650	6 473	117	1 206	2 943	26 674	297	26	934	1 257	1 312	5 365	3 212	93 517	1 697	103 791	942	2 780	3 722	5.
10085	38	12 265	4 096	12 003	361	2 187	6 318	166	1 779	4 277	31 187	350	29	1 312	1 691	1 126	9 761	2 945	107 915	3 017	123 638	1 190	2 441	3 631	6.
76	5	138	613	3 319	6	9	2 528	—	12	197	6 684	187	17	798	1 002	1 962	485	164	39 351	53	40 053	190	210	400	7.
7 615	364	10 430	4 035	11 378	184	956	4 670	114	1 120	1 945	24 402	287	28	807	1 122	1 492	5 958	3 851	105 092	2 576	117 477	1 499	3 262	4 761	8.
4 200	60	5 643	5 599	13 473	185	1 441	5 370	101	1 499	1 746	29 414	265	29	717	1 011	964	5 265	2 783	91 213	1 468	100 729	1 029	1 651	2 680	9.
10646	807	15 815	5 449	13 500	170	1 545	6 026	130	2 040	4 505	33 365	652	43	1 619	2 314	1 471	6 003	3 506	104 601	2 228	116 338	1 114	3 681	4 795	10.
13286	336	18 363	4 420	14 296	199	1 622	7 312	145	1 630	2 913	32 537	262	22	949	1 233	1 473	7 114	3 875	113 508	2 282	126 779	1 433	4 264	5 697	11.
9 120	367	12 620	3 876	10 747	194	1 154	5 607	106	1 424	3 194	26 302	266	19	1 002	1 287	880	5 045	2 770	93 505	1 652	102 972	1 486	3 560	5 046	12.
12539	621	16 637	5 270	10 014	207	861	5 960	157	1 503	2 225	26 197	227	25	773	1 025	1 906	9 238	3 939	87 820	2 589	103 586	902	3 713	4 615	13.
6 831	430	9 434	5 005	11 722	189	1 176	5 269	107	1 341	2 669	27 478	281	48	751	1 080	1 222	5 932	2 755	91 552	2 254	102 498	1 344	3 991	5 335	14.
																									2.
6 502	168	8 354	4 252	9 192	138	926	4 391	87	1 072	1 748	21 806	253	24	750	1 027	1 203	7 938	2 732	70 860	1 975	83 505	902	1 485	2 387	1.
7 536	159	9 847	4 147	9 580	152	898	4 901	73	1 052	1 930	22 733	103	13	271	387	861	5 738	2 573	76 759	1 640	86 710	1 260	1 499	2 759	2.
7 556	89	9 836	4 185	10 820	184	1 252	5 707	51	1 280	1 978	25 457	215	25	543	783	844	6 670	2 048	75 856	1 750	86 324	572	1 381	1 953	3.
6 423	199	8 174	5 740	11 410	265	1 321	7 442	82	1 270	2 255	29 785	111	20	260	391	1 608	6 061	2 490	84 038	1 968	94 557	911	3 237	4 148	4.
159	2	202	396	1 730	5	23	1 134	3	18	427	3 736	48	11	222	281	968	460	182	13 829	214	14 685	128	51	179	5.
6 507	153	8 615	6 586	13 702	271	1 656	7 012	131	2 008	2 919	34 285	266	22	736	1 024	1 963	8 821	2 915	109 761	2 289	123 786	1 306	4 728	6 034	6.
2 320	31	3 150	8 218	18 344	528	2 451	7 724	284	3 612	2 598	43 762	262	53	671	986	1 133	11894	2 133	96 708	1 388	112 123	1 305	2 334	3 639	7.
6 428	251	8 662	3 008	9 742	110	884	4 125	57	959	1 192	20 077	312	33	837	1 182	790	13663	4 134	60 717	1 887	80 401	423	1 241	1 664	8.
7 908	57	9 388	6 400	13 319	301	1 446	6 695	99	1 254	2 488	32 002	133	19	291	443	1 338	7 030	2 145	94 280	1 559	105 014	1 429	3 124	4 553	9.
5 994	79	7 423	5 490	12 001	253	1 090	6 076	104	1 410	2 289	28 713	84	10	203	297	1 091	5 114	2 010	81 405	1 516	90 045	928	2 267	3 195	10.
186	2	244	770	3 462	16	99	1 117	9	161	152	5 786	110	7	280	397	696	893	116	16 171	102	17 282	184	147	331	11.
6 459	156	8 004	8 138	17 739	359	2 127	7 795	131	2 377	2 696	41 362	185	16	456	657	1 313	11142	2 502	125 128	1 501	140 273	1 516	3 776	5 292	12.
																									3.
93	3	149	343	1 180	5	56	483	7	56	147	2 277	171	13	469	653	942	667	221	13 695	134	14 717	30	141	171	1.
9 583	390	12 944	3 742	9 265	138	1 148	3 384	115	1 719	1 424	20 935	617	44	1 660	2 321	1 004	13193	3 682	87 179	3 655	107 709	878	2 063	2 941	2.
8 656	145	11 380	2 835	9 984	111	1 063	3 779	37	1 310	1 301	20 420	169	22	430	621	932	18905	5 149	60 090	3 971	88 115	839	1 684	2 523	3.
6 523	226	8 536	3 361	8 461	140	849	3 905	86	1 183	1 523	19 508	304	32	916	1 252	760	13511	3 815	60 334	2 602	80 262	647	1 495	2 142	4.
10344	142	13 053	4 310	11 299	138	1 232	5 300	85	1 812	1 742	25 918	346	29	911	1 286	1 111	23927	8 368	70 854	4 336	107 485	767	1 399	2 166	5.
6 831	359	10 716	2 330	7 408	72	663	2 648	37	747	810	14 715	543	93	845	1 481	780	12071	3 391	50 742	2 202	68 406	562	1 178	1 740	6.
6 185	208	8 838	3 631	11 437	104	1 060	4 032	62	1 163	1 173	22 662	318	52	909	1 279	1 115	18139	3 205	80 512	4 530	106 386	904	1 941	2 845	7.
9 921	1 158	16 688	4 705	14 008	139	978	5 222	119	1 486	1 501	28 158	761	91	1 791	2 643	1 375	15789	4 964	101 881	2 257	124 891	982	2 335	3 317	8.
9 624	169	11 865	4 226	9 249	300	1 208	4 368	176	1 542	2 319	23 388	468	39	1 872	2 379	1 045	8729	2 992	80 211	3 900	95 832	856	2 288	3 144	9.
7 515	104	9 560	2 995	8 428	126	868	3 466	89	1 115	1 280	18 367	347	31	1 063	1 441	945	13053	4 448	61 751	2 892	82 144	737	1 970	2 707	10.
																									4.
20	2	43	273	1 636	2	11	836	—	25	361	3 144	278	10	677	965	1 544	290	136	20 059	54	20 539	193	103	296	1.
1 752	22	2 653	1 413	5 499	101	1 407	3 310	51	580	2 076	14 437	466	9	1 547	2 022	611	3 783	1 354	50 322	632	56 091	762	774	1 536	2.
559	7	874	1 029	4 616	61	553	3 035	21	265	1 209	10 789	347	26	1 306	1 679	555	2 523	1 042	33 943	473	37 981	412	545	957	3.
6 386	846	9 834	3 951	7 208	152	979	3 908	102	1 569	2 445	20 314	695	53	2 922	3 670	1 452	3 751	2 258	62 968	1 015	69 992	534	1 209	1 743	4.
15795	2 424	24 353	5 622	12 116	170	1 310	5 613	160	2 693	2 627	30 311	495	31	1 236	1 762	1 286	6 999	3 752	88 639	2 183	101 573	1 629	2 521	4 150	5.
4 840	405	7 628	5 425	11 852	219	1 329	4 592	136	2 063	2 157	27 773	611	59	1 723	2 393	1 207	5 881	2 889	68 710	2 215	79 695	1 439	2 777	4 216	6.
																									5.
17897	1 315	28 772	5 220	13 243	126	778	6 481	95	1 468	6 178	33 589	2 874	222	11335	14431	4 857	7 243	4 766	107 404	2 360	121 773	2 519	643	3 162	1.
4 857	651	8 490	3 646	8 841	59	470	4 464	37	565	3 099	21 181	1 770	104	5 233	7 107	6 401	7 776	2 509	80 161	1 629	92 075	1 422	693	2 115	2.
111	13	188	117	663	1	4	491	4	6	363	1 649	554	24	1 777	2 355	6 379	268	503	18 060	117	18 948	169	97	266	3.
35	7	59	72	223	—	3	182	3	6	102	591	227	15	877	1 119	2 145	96	174	8 413	58	8 741	152	2	154	4.
5 094	1 111	8 930	7 889	15 494	192	1 162	8 672	172	2 975	5 831	42 387	1 355	100	4 377	5 832	15 508	7 849	2 024	112 458	880	123 211	1 722	1 093	2 815	5.
2 594	1 123	5 851	3 469	10 563	96	467	4 867	72	642	5 371	25 547	4 643	355	17471	22469	17 065	12271	5 603	172 994	3 562	194 430	1 757	574	2 331	6.
12255	2 867	22 105	3 435	10 486	85	418	4 594	59	815	5 319	25 211	2 912	237	8 898	12047	8 989	38856	3 744	116 651	2 187	161 438	2 375	239	2 614	7.
2 872	550	4 786	2 656	14 354	55	209	3 881	67	405	6 998	28 625	2 274	211	8 391	10876	10 684	8 214	6 508	129 007	2 617	146 346	2 209	547	2 756	8.
11295	2 413	20 065	9 850	20 882	151	1 413	11631	125	2 867	6 863	53 782	1 103	101	3 749	4 953	4 843	11139	4 019	155 680	2 572	173 410	2 992	1 931	4 923	9.
5	21	39	66	168	2	7	166	1	8	159	577	367	15	1 094	1 476	2 641	133	522	16 525	69	17 249	327	40	367	10.
30120	2 352	48 246	8 009	16 465	230	1 227	8 336	192	2 651	5 858	42 968	1 307	108	4 783	6 198	3 643	9 229	5 538	113 749	3 453	131 969	3 613	718	4 331	11.
6 959	1 360	11 556	4 314	18 596	86	615	5 597	44	825	8 267	38 344	2 405	167	8 178	10750	4 870	7 771	5 381	140 320	2 529	156 001	2 265	1 000	3 265	12.
2 352	683	4 621	4 751	12 192	83	600	6 719	56	864	5 637	30 902	3 566	335	9 941	13842	11 782	10693	4 136	133 432	1 763	150 024	2 229	533	2 762	13.
13580	2 148	21 387	4 235	12 679	113	823	5 581	106	1 547	5 884	30 968	1 715	171	7 041	8 927	3 445	6 663	3 530	94 121	2 143	106 457	2 575	602	3 177	14.
5 907	1 343	9 787	2 215	14 475	55	310	3 880	107	352	6 855	28 249	1 751	247	7 559	9 557	5 991	7 301	6 346	116 347	2 109	132 103	1 871	865	2 736	15.
8 188	725	12 264	7 954	14 703	91	1 070	10807	88	2 406	4 008	41 127	688	77	2 895	3 660	2 252	12013	4 923	136 537	1 745	155 218	3 006	1 090	4 096	16.
37	5	65	265	701	2	4	706	—	6	173	1 857	182	11	622	815	1 641	186	166	9 824	32	10 208	216	43	259	17.
2 979	981	5 827	8 513	20 226	162	1 167	10892	107	2 101	9 028	52 196	3 215	222	11143	14580	10 300	10540	4 842	170 493	1 880	187 755	3 144	1 197	4 341	18.

Kreise (* = Stadtkreise)	Viehhaltende Haushaltungen	1. Pferde (ohne Militärpferde)								2.	3.	4. Rindvieh								5.	
					3 bis noch nicht 5 Jahre alte		5 Jahre alte und ältere					Kälber		Jungvieh		2 Jahre altes und älteres Rindvieh					1 … und
		Unter 1 Jahr alte Fohlen	1 bis noch nicht 2 Jahre alte Pferde	2 bis noch nicht 3 Jahre alte Pferde	Zuchthengste	alle anderen 3 bis noch nicht 5 Jahre alten Pferde	Zuchthengste	alle anderen 5 Jahre alten und älteren Pferde	überhaupt	Maultiere und Maulesel	Esel	Unter 6 Wochen alt	6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alt	3 Monate bis noch nicht 1 Jahr alt	1 bis noch nicht 2 Jahre alt	Bullen, Stiere und Ochsen	Milchkühe	die übrigen Kühe, auch Färsen, Kalbinnen	überhaupt	Unter 1 Jahr alte Schafe und Schafböcke einschl. Lämmer	Schafböcke
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
6. Reg.-Bez. Frankfurt.																					
1. Arnswalde	7 324	462	569	609	24	1 132	49	4 967	7 812	45	2	809	1 647	4 097	4 513	1 306	10 273	1 444	24 089	12 761	833
2. Calau	16 443	285	296	420	9	668	11	3 643	5 332	28	5	467	1 228	3 095	3 024	2 354	11 181	1 747	23 096	2 315	100
3. *Cottbus	2 450	6	—	3	—	33	1	389	432	2	—	6	3	5	11	5	110	18	158	20	1
4. Cottbus	10 310	270	275	265	9	397	18	2 742	3 976	26	3	319	972	2 475	2 579	1 514	13 851	1 366	23 076	1 047	70
5. Crossen	9 826	453	400	403	7	513	13	3 617	5 406	31	14	497	1 372	3 388	3 194	1 128	13 398	1 840	24 817	1 636	139
6. *Forst	1 407	2	2	5	—	15	—	481	505	—	1	5	11	24	36	5	179	16	276	12	1
7. *Frankfurt a. O.	3 160	8	9	3	1	33	—	995	1 049	5	2	7	64	92	118	62	418	59	820	110	9
8. Friedeberg N. M.	9 723	493	571	570	14	986	10	5 495	8 139	51	2	603	1 125	2 619	2 656	1 015	11 971	1 469	21 458	7 013	301
9. *Guben	3 415	8	4	18	—	33	—	425	488	—	—	16	32	79	67	12	478	62	746	30	3
10. Guben	8 474	457	506	526	11	583	11	3 224	5 318	36	9	326	1 294	3 498	4 087	1 512	11 309	1 715	23 741	2 257	135
11. Königsberg (Neumark)	14 945	983	1 083	977	24	1 373	38	9 775	14 253	340	8	1 208	2 148	5 945	6 657	1 869	14 261	2 150	34 238	15 340	768
12. *Landsberg a. W.	1 369	11	20	20	—	35	2	765	853	122	1	21	33	126	115	53	547	246	1 141	100	17
13. Landsberg	10 683	468	527	637	2	799	1	6 904	9 338	82	18	803	1 604	3 676	3 882	919	15 274	1 311	27 469	5 746	354
14. Lebus	16 272	970	942	834	35	1 165	37	10 697	14 680	704	34	939	2 055	5 358	6 318	4 175	13 199	2 199	34 243	10 494	556
15. Luckau	12 477	493	494	461	12	668	16	4 937	7 081	30	5	735	1 758	4 363	4 768	2 847	14 882	2 120	31 473	3 113	115
16. Lübben	6 107	354	338	178	7	396	8	2 736	4 017	5	3	310	980	2 614	2 611	2 147	8 541	1 019	18 222	2 326	169
17. Oststernberg	7 700	366	382	448	5	835	4	5 009	7 049	63	5	566	1 141	3 073	3 049	1 038	9 675	1 432	19 974	4 920	190
18. Soldin	8 423	531	653	635	22	993	25	6 431	9 290	132	14	858	1 736	3 760	4 413	1 869	11 971	1 523	26 130	10 271	739
19. Sorau	12 493	404	431	468	16	526	13	3 856	5 714	33	6	494	1 383	3 758	4 281	2 165	15 754	1 764	29 599	1 468	81
20. Spremberg	4 418	54	94	78	3	123	8	1 326	1 686	16	4	66	243	652	771	210	3 200	433	5 575	298	19
21. Weststernberg	8 633	398	475	519	21	861	10	5 020	7 304	75	20	428	937	2 664	2 886	1 245	8 803	1 647	18 610	4 999	231
22. Züllichau-Schwiebus	8 085	384	293	347	15	526	14	4 532	6 111	49	4	400	996	2 577	3 528	1 762	9 359	1 768	20 390	2 643	244
7. *Berlin	85 758	151	129	177	6	633	10	39 525	40 631	361	27	645	498	620	656	689	16 011	315	19 434	2 291	114
davon:																					
Verwaltungsbezirk 1	*3 208*	*4*	—	*1*	—	*38*	—	*4 739*	*4 782*	*15*	—	—	—	*1*	—	—	*486*	*9*	*496*	*5*	*1*
" 2	*2 960*	*1*	*2*	—	—	*63*	*1*	*2 724*	*2 791*	*13*	—	—	—	*1*	—	—	*904*	—	*905*	*10*	*2*
" 3	*4 972*	*1*	*2*	*8*	—	*9*	—	*3 007*	*3 027*	*24*	*2*	*4*	—	—	—	—	*1 198*	*3*	*1 205*	*20*	*3*
" 4	*3 959*	*1*	*1*	*1*	—	*21*	—	*1 933*	*1 957*	*16*	—	*2*	*2*	—	*2*	*1*	*1 078*	—	*1 085*	*22*	*2*
" 5	*4 070*	*5*	*3*	*3*	—	*28*	—	*3 787*	*3 826*	*14*	—	*402*	*325*	*28*	*263*	*278*	*2 078*	—	*3 374*	*703*	*24*
darunter auf dem Städtischen Vieh- und Schlachthofe	84	2	1	—	—	—	—	65	68	—	—	400	323	28	260	278	732	—	2 021	681	24
Verwaltungsbezirk 6	*3 904*	*10*	*4*	*2*	—	*11*	—	*4 328*	*4 355*	*61*	*3*	*1*	—	*4*	—	—	*1 028*	—	*1 033*	*10*	*1*
" 7	*4 219*	*4*	*4*	*11*	—	*71*	—	*2 445*	*2 535*	*10*	*3*	—	*2*	*2*	*4*	*1*	*613*	*1*	*623*	*20*	*5*
" 8	*5 299*	*15*	*23*	*15*	—	*48*	—	*1 069*	*1 170*	*4*	—	*15*	*33*	*57*	*76*	*17*	*733*	*23*	*954*	*61*	*6*
darunter auf dem Städtischen Schlachthofe	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	7	—	8	—	—
Verwaltungsbezirk 9	*2 092*	—	—	—	—	—	—	*852*	*852*	*8*	—	—	—	*3*	—	—	*140*	*3*	*146*	*10*	*4*
" 10	*2 583*	*4*	—	—	—	*4*	*4*	*352*	*364*	—	*2*	*5*	*2*	*10*	*7*	*4*	*267*	*3*	*298*	*13*	*1*
" 11	*3 496*	*1*	—	*4*	—	*6*	—	*1 347*	*1 358*	*25*	—	*3*	—	—	—	—	*397*	*1*	*401*	*18*	—
" 12	*4 535*	—	—	*7*	—	*29*	—	*874*	*910*	*14*	*3*	*4*	*1*	*4*	*3*	—	*379*	*2*	*393*	*8*	—
" 13	*3 542*	*9*	*29*	*44*	*1*	*72*	*1*	*1 132*	*1 288*	*13*	—	*10*	*19*	*45*	*34*	*6*	*546*	*17*	*677*	*166*	*3*
" 14	*6 058*	*8*	*7*	*8*	*2*	*39*	—	*2 531*	*2 595*	*30*	*6*	*14*	*15*	*26*	*23*	*30*	*1 602*	*50*	*1 760*	*51*	*7*
" 15	*4 505*	*5*	*1*	*1*	*1*	*12*	—	*870*	*890*	*5*	*1*	*1*	*4*	*5*	*16*	*3*	*254*	*4*	*287*	*36*	*2*
" 16	*4 912*	*6*	*5*	*4*	—	*25*	—	*634*	*674*	*2*	*2*	*15*	*7*	*25*	*25*	*3*	*180*	*11*	*266*	*61*	*5*
" 17	*7 496*	*18*	*27*	*36*	—	*79*	*1*	*2 064*	*2 225*	*11*	—	*118*	*16*	*146*	*29*	*175*	*2 185*	*50*	*2 719*	*286*	*16*
" 18	*2 863*	*42*	*6*	*9*	—	*16*	—	*1 863*	*1 936*	*28*	*2*	*23*	*40*	*76*	*104*	*106*	*622*	*85*	*1 056*	*181*	*6*
" 19	*5 026*	*12*	*13*	*12*	—	*22*	*3*	*1 543*	*1 605*	*60*	*2*	*20*	*24*	*152*	*42*	*57*	*807*	*22*	*1 124*	*547*	*17*
" 20	*6 059*	*5*	*2*	*11*	*2*	*40*	—	*1 431*	*1 491*	*8*	*1*	*8*	*8*	*35*	*28*	*8*	*514*	*31*	*632*	*63*	*9*
8. Reg.-Bez. Stettin.																					
1. Anklam	5 131	629	653	552	21	718	23	4 075	6 671	81	2	757	1 205	2 524	3 333	834	9 984	875	19 512	5 633	380
2. Cammin	7 814	639	599	620	15	841	14	5 639	8 367	16	14	1 137	1 451	4 153	4 580	822	14 606	1 837	28 586	8 778	576
3. Demmin	8 217	842	964	809	35	1 065	28	7 068	10 811	55	3	1 174	1 635	3 944	4 677	900	14 677	1 333	28 340	13 068	787
4. Greifenberg	6 487	548	552	697	15	1 000	23	4 789	7 624	6	7	1 177	1 420	4 898	4 883	724	13 596	1 411	28 109	7 110	405
5. Greifenhagen	9 252	572	638	742	12	1 008	9	5 986	8 967	205	10	1 153	2 287	5 228	5 281	882	12 632	1 707	29 170	7 346	414
6. Naugard	9 355	619	695	884	15	1 497	7	6 671	10 388	60	4	1 062	1 945	4 852	5 266	735	18 358	1 871	34 089	8 722	431
7. Pyritz	8 059	667	754	743	29	1 018	40	6 844	10 095	277	11	1 272	2 598	5 710	7 042	3 399	12 408	2 342	34 771	22 423	850
8. Randow	14 247	832	921	908	26	1 248	24	8 518	12 477	246	11	1 253	2 055	4 969	5 576	1 965	16 263	2 077	34 158	9 281	533
9. Regenwalde	8 517	776	701	843	73	1 249	189	6 488	10 319	111	4	990	1 699	4 288	4 965	1 036	14 505	1 617	29 100	12 563	611
10. Saatzig	7 897	846	863	1 010	24	1 408	18	5 924	10 093	85	10	1 102	2 231	6 308	6 347	1 851	14 922	2 071	34 832	13 729	518
11. *Stargard i. Pom.	2 376	9	20	15	—	73	2	595	714	2	3	37	61	143	140	45	571	66	1 063	228	12
12. *Stettin	5 289	18	4	16	—	40	—	2 619	2 697	51	6	5	25	30	52	41	914	55	1 122	61	7
13. Ueckermünde	9 840	279	271	307	9	501	11	3 156	4 534	12	3	314	584	1 700	1 610	178	6 962	579	11 927	737	114
14. Usedom-Wollin	8 988	275	277	286	8	369	13	3 409	4 637	12	12	360	534	1 566	1 933	330	8 465	734	13 922	2 496	245
9. Reg.-Bez. Köslin.																					
1. Belgard	8 477	576	661	660	27	937	19	6 116	8 996	122	5	1 009	1 512	3 427	4 226	978	14 349	1 405	26 906	9 183	509
2. Bublitz	3 610	216	258	260	9	362	7	2 894	4 006	27	4	391	596	1 470	1 930	363	6 517	671	11 938	2 300	209
3. Bütow	5 270	273	266	216	4	489	14	2 638	3 900	12	—	366	464	1 264	1 428	165	6 882	555	11 124	1 707	226
4. Dramburg	6 256	400	492	446	16	793	17	4 097	6 261	130	5	553	1 054	2 769	2 875	640	8 646	1 327	17 864	7 812	338
5. Köslin	6 812	499	517	421	16	703	13	5 138	7 307	2	1	812	1 287	2 865	3 456	553	13 338	883	23 194	5 673	327

Schafe: Jahr alte ältere: Mutterschafe (Zibben)	Hammel (Schöpse)	überhaupt	6. Schweine: Unter ½ Jahr alte Schweine: Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	1 Jahr alte und ältere: Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	überhaupt	7. Ziegen: Unter 1 Jahr alte Ziegen und Ziegenböcke einschl. Lämmer	1 Jahr alte und ältere: Ziegenböcke	Ziegen (Geißen)	überhaupt	8. Zahme Kaninchen	9. Federvieh: Gänse (Gänseriche, Gänse und Gänseküken)	Enten (Enteriche, Enten und Entenküken)	Hühner (Hähne, Hühner und Küken)	Trut- u. Perlhühner (Hähne, Hühner und Küken)	überhaupt	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): mit beweglichen Waben	mit unbeweglichen Waben	überhaupt	Wiederholung der Spalte 1
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	
																									6.
21998	2 155	37 747	4 248	9 372	84	605	6 090	94	1 320	3 139	24 952	1 403	58	3 895	5 356	2 239	8 943	3 170	78 921	1 988	93 022	1 470	864	2 334	1.
4 847	555	7 817	6 356	14 394	138	872	7 178	92	2 534	3 245	34 809	2 973	218	7 733	10924	21 872	8 056	2 530	111 347	1 366	123 299	1 308	1 465	2 773	2.
21	8	50	74	329	—	7	200	—	6	140	756	274	30	895	1 199	3 984	141	91	12 535	116	12 883	335	15	350	3.
2 053	240	3 410	3 655	12 206	58	693	5 208	39	1 241	1 535	24 635	1 137	111	3 708	4 956	10 668	4 399	796	84 343	1 245	90 783	974	847	1 821	4.
3 393	488	5 656	4 009	11 124	86	899	4 456	43	1 183	3 543	25 343	1 987	83	6 213	8 283	7 200	15937	1 157	79 650	580	97 324	1 652	728	2 380	5.
7	1	21	74	312	—	2	177	—	4	38	607	195	8	826	1 029	1 800	230	45	8 635	59	8 969	75	34	109	6.
302	189	610	195	453	5	32	342	9	64	134	1 234	594	27	2 073	2 694	5 754	549	257	16 575	74	17 455	177	81	258	7.
12221	1 671	21 206	4 318	12 045	84	923	6 640	71	1 879	2 208	28 168	1 618	84	4 636	6 338	5 269	8 724	1 977	91 498	1 405	103 604	1 315	626	1 941	8.
25	18	76	158	704	4	34	419	—	17	137	1 473	1 021	39	2 636	3 696	5 434	448	202	13 685	46	14 381	307	18	325	9.
3 615	302	6 309	2 957	9 738	68	566	4 666	37	1 255	1 634	20 921	1 594	91	5 594	7 279	6 256	9 266	902	70 754	595	81 517	1 405	781	2 186	10.
28013	3 103	47 224	6 547	14 129	136	830	9 105	113	1 611	5 963	38 434	3 636	239	12082	15957	6 450	10574	5 300	151 706	2 686	170 266	3 005	642	3 647	11.
244	17	378	128	564	15	68	508	6	62	134	1 485	318	30	1 044	1 392	1 602	296	225	10 590	145	11 256	207	31	238	12.
9 291	407	15 798	5 824	13 424	90	1 051	8 176	50	1 811	3 610	34 036	1 972	119	5 176	7 267	5 100	15651	1 898	123 384	1 168	142 101	1 719	382	2 101	13.
18239	2 885	32 174	6 921	14 278	144	957	7 451	124	1 525	5 529	36 929	4 937	318	14129	19384	11 851	17672	4 992	159 683	3 617	185 964	4 073	600	4 673	14.
5 703	1 063	9 994	9 312	17 216	155	1 202	8 560	105	3 754	3 907	44 211	2 362	114	5 567	8 043	16 166	12150	1 905	116 404	1 147	131 606	1 730	2 372	4 102	15.
4 041	496	7 032	2 622	7 085	70	483	5 150	29	1 018	1 753	18 210	543	50	1 643	2 236	3 890	6 792	983	57 333	768	65 876	897	738	1 635	16.
9 019	1 101	15 230	3 559	9 826	56	557	5 037	35	823	3 879	23 772	2 207	171	5 256	7 634	6 993	11108	1 962	84 448	1 186	98 704	1 213	621	1 834	17.
24268	3 186	38 464	5 915	11 657	107	934	7 369	111	1 719	4 086	31 898	1 442	93	4 171	5 706	3 355	7 699	3 701	99 794	1 999	113 193	1 654	445	2 099	18.
3 257	352	5 158	2 269	9 089	59	413	6 979	39	613	1 733	21 194	2 192	114	6 678	8 984	12 255	11034	1 602	88 712	1 170	102 518	2 704	1 143	3 847	19.
818	86	1 221	1 174	3 038	37	156	1 783	19	517	530	7 254	574	29	2 246	2 849	3 792	1 942	511	30 973	483	33 909	573	303	876	20.
7 769	1 367	14 366	3 061	7 261	67	418	4 422	51	721	2 525	18 526	2 312	148	7 139	9 599	5 433	13949	1 927	78 836	1 159	95 871	1 311	535	1 846	21.
7 409	938	11 234	2 097	8 847	44	239	3 671	50	573	4 323	19 844	2 055	117	6 434	8 606	15 380	15516	1 935	74 101	936	92 488	1 731	310	2 041	22.
2 319	1 912	6 636	3 015	9 341	71	228	8 684	42	405	6 686	28 472	7 168	451	32146	39765	77 279	15288	11077	524 144	2 860	553 369	2 307	429	2 736	7.
7	*8*	*21*	*28*	*197*	—	—	*214*	—	—	*68*	*507*	*78*	*9*	*368*	*455*	*1 851*	*112*	*149*	*13 237*	*31*	*13 529*	*16*	—	*16*	1.
6	*6*	*24*	*9*	*144*	—	—	*175*	—	—	*85*	*413*	*112*	*3*	*435*	*550*	*2 548*	*87*	*104*	*14 331*	*23*	*14 545*	*28*	—	*28*	2.
10	*11*	*44*	*52*	*275*	*2*	*2*	*332*	*2*	*4*	*68*	*737*	*240*	*19*	*1 195*	*1 454*	*4 480*	*364*	*390*	*23 212*	*28*	*23 994*	*24*	—	*24*	3.
14	*27*	*65*	*89*	*230*	*4*	*8*	*264*	*2*	*21*	*122*	*740*	*225*	*13*	*939*	*1 177*	*2 886*	*227*	*535*	*19 622*	*27*	*20 411*	*10*	*1*	*11*	4.
410	*294*	*1 431*	*39*	*155*	—	*8*	*204*	*1*	*4*	*707*	*1 118*	*116*	*12*	*533*	*661*	*2 999*	*194*	*162*	*16 146*	*9*	*16 511*	*16*	—	*16*	5.
393	278	1 376	—	38	—	—	64	—	—	648	750	5	—	17	22	52	2	16	480	—	498	—	—	—	
4	*11*	*26*	*26*	*129*	*1*	*2*	*143*	—	*1*	*58*	*360*	*144*	*8*	*633*	*785*	*2 975*	*107*	*146*	*16 420*	*22*	*16 695*	*4*	—	*4*	6.
12	*23*	*60*	*41*	*302*	—	*2*	*345*	*1*	*6*	*332*	*1 029*	*162*	*14*	*1 327*	*1 503*	*3 391*	*238*	*304*	*25 048*	*53*	*25 643*	*62*	*15*	*77*	7.
34	*99*	*200*	*264*	*887*	*7*	*17*	*532*	*5*	*36*	*802*	*2 550*	*757*	*36*	*3 217*	*4 010*	*5 951*	*1 027*	*1 069*	*35 526*	*194*	*37 826*	*259*	*37*	*296*	8.
—	—	—	—	—	—	—	4	—	—	—	4	—	—	1	1	—	—	6	39	—	45	—	—	—	
10	*42*	*66*	*24*	*105*	—	*8*	*377*	*1*	*2*	*135*	*652*	*128*	*13*	*880*	*1 021*	*1 536*	*854*	*314*	*14 500*	*45*	*15 713*	*7*	—	*7*	9
18	*26*	*58*	*67*	*189*	*1*	*3*	*182*	—	*6*	*161*	*609*	*262*	*15*	*1 319*	*1 596*	*2 574*	*266*	*317*	*23 147*	*136*	*23 866*	*190*	*116*	*306*	10.
2	*14*	*34*	*87*	*121*	*2*	*3*	*237*	—	*17*	*233*	*700*	*120*	*11*	*860*	*991*	*2 969*	*243*	*331*	*20 540*	*23*	*21 137*	*3*	*3*	*6*	11.
26	*39*	*73*	*172*	*243*	—	*5*	*264*	*2*	*10*	*246*	*942*	*336*	*38*	*1 932*	*2 306*	*4 257*	*408*	*426*	*32 479*	*286*	*33 599*	*356*	*24*	*380*	12.
32	*32*	*233*	*177*	*633*	*5*	*8*	*568*	*3*	*18*	*259*	*1 671*	*508*	*17*	*1 680*	*2 205*	*3 788*	*782*	*400*	*24 978*	*125*	*26 285*	*152*	*32*	*184*	13.
54	*141*	*253*	*218*	*722*	*5*	*20*	*971*	*2*	*12*	*279*	*2 229*	*361*	*36*	*2 245*	*2 642*	*5 354*	*991*	*810*	*34 412*	*137*	*36 350*	*55*	*20*	*75*	14.
31	*27*	*96*	*97*	*274*	*2*	*3*	*241*	—	*3*	*225*	*845*	*495*	*24*	*1 887*	*2 406*	*4 412*	*352*	*210*	*26 132*	*58*	*26 752*	*87*	*33*	*120*	15.
36	*66*	*168*	*106*	*393*	*7*	—	*230*	*3*	*9*	*180*	*928*	*597*	*35*	*2 687*	*3 319*	*4 925*	*717*	*1 082*	*34 229*	*285*	*36 313*	*274*	*28*	*302*	16.
435	*312*	*1 049*	*316*	*668*	*15*	*19*	*555*	*3*	*7*	*676*	*2 259*	*766*	*46*	*3 415*	*4 227*	*7 115*	*3 629*	*1 381*	*50 785*	*478*	*56 273*	*202*	*33*	*235*	17.
418	*317*	*922*	*385*	*1 679*	*3*	*34*	*1 816*	*11*	*90*	*797*	*4 815*	*277*	*26*	*1 140*	*1 443*	*2 153*	*2 261*	*930*	*20 627*	*297*	*24 115*	*155*	*4*	*159*	18.
661	*344*	*1 569*	*599*	*1 230*	*8*	*70*	*491*	*3*	*120*	*782*	*3 303*	*752*	*39*	*2 595*	*3 386*	*5 108*	*1 663*	*953*	*37 341*	*351*	*40 308*	*299*	*37*	*336*	19.
99	*73*	*244*	*219*	*765*	*9*	*16*	*543*	*3*	*39*	*471*	*2 065*	*732*	*37*	*2 859*	*3 628*	*6 007*	*756*	*1 064*	*41 432*	*252*	*43 504*	*108*	*46*	*154*	20.
																									8.
12576	1 592	20 181	5 047	9 405	93	734	3 678	93	1 836	1 781	22 667	178	23	480	681	1 317	4 154	2 355	60 811	1 575	68 895	1 589	477	2 066	1.
16846	3 197	29 397	6 173	13 233	92	807	7 392	76	1 882	2 615	32 270	341	40	1 084	1 465	1 222	7 220	3 560	95 227	1 154	107 161	1 362	1 658	3 020	2.
27076	3 915	44 846	5 745	12 482	165	781	6 165	149	1 910	4 233	31 630	233	33	1 270	1 536	1 202	6 745	4 229	104 657	2 052	117 683	3 516	685	4 201	3.
13111	1 843	22 469	6 005	13 228	84	664	7 502	77	1 594	1 750	30 904	391	17	1 010	1 418	1 165	8 163	3 198	80 641	1 177	93 179	1 202	1 574	2 776	4.
12973	1 446	22 179	5 084	10 431	83	673	6 988	81	1 525	3 820	28 685	1 830	116	7 022	8 968	2 263	6 816	3 639	106 267	2 814	119 536	1 700	812	2 512	5.
16263	3 053	28 469	6 653	15 469	112	873	9 283	63	1 525	2 520	36 498	829	41	2 274	3 144	1 711	7 095	3 758	114 447	1 524	126 824	804	1 285	2 089	6.
42181	5 377	70 831	7 470	13 509	127	1 009	8 412	97	1 853	4 621	37 098	1 509	105	4 524	6 138	1 630	11118	6 540	123 813	3 552	145 023	2 030	1 568	3 598	7.
17317	2 678	29 809	6 864	15 113	252	952	7 962	125	2 053	5 632	38 953	1 663	166	6 572	8 401	5 432	8 487	4 513	133 536	2 633	149 169	2 052	823	2 875	8.
23624	3 104	39 902	7 177	15 443	106	796	9 630	106	2 009	3 813	39 080	750	44	2 255	3 049	1 793	11999	4 309	101 752	1 725	119 785	1 184	2 005	3 189	9.
25861	4 518	44 626	5 935	14 066	94	803	9 021	79	1 905	3 834	35 737	1 003	60	3 259	4 322	1 313	9 037	4 336	110 130	2 123	125 626	1 599	1 289	2 888	10.
369	137	686	318	870	5	27	823	4	83	287	2 417	413	18	1 530	1 961	2 070	399	222	17 378	115	18 112	130	26	156	11.
108	106	282	349	1 122	3	21	892	3	36	399	2 825	342	21	1 383	1 746	4 990	321	515	36 703	110	37 649	379	62	441	12.
1 560	233	2 644	4 065	11 513	89	755	3 807	46	1 053	2 292	23 620	833	53	3 132	4 018	1 927	2 485	1 025	69 484	1 195	74 189	670	235	905	13.
5 896	1 137	9 774	2 853	8 143	57	581	3 233	37	826	1 131	16 861	588	45	2 283	2 916	1 963	2 668	1 420	68 253	710	73 051	725	452	1 177	14.
																									9.
18361	2 599	30 652	6 005	14 085	111	806	7 823	96	1 952	2 037	32 915	846	56	2 524	3 426	1 927	11210	3 334	90 424	1 879	106 847	785	1 161	1 946	1.
5 999	674	9 182	2 712	6 368	69	378	3 181	45	1 167	708	14 628	271	41	1 069	1 381	791	5 471	1 288	38 506	629	45 894	248	651	899	2.
3 912	187	6 032	2 450	6 231	63	477	2 448	37	506	549	12 761	457	44	1 600	2 101	1 562	5 960	1 587	47 970	849	56 366	511	815	1 326	3.
14117	2 014	24 281	3 518	8 603	65	543	5 636	58	1 271	2 483	22 177	878	80	3 002	3 960	1 439	7 374	1 999	54 115	1 049	64 537	368	1 122	1 490	4.
9 966	584	16 550	6 868	14 546	58	620	7 569	58	1 616	1 408	32 743	718	65	1 721	2 504	2 340	6 916	3 063	93 170	1 699	104 848	1 915	1 063	2 978	5.

Kreise — (* = Stadtkreise)	Viehhaltende Haushaltungen	1. Pferde (ohne Militärpferde): Unter 1 Jahr alte Fohlen	1 bis noch nicht 2 Jahre alte Pferde	2 bis noch nicht 3 Jahre alte Pferde	3 bis noch nicht 5 Jahre alte: Zuchthengste	3 bis noch nicht 5 Jahre alte: alle anderen 3 bis noch nicht 5 Jahre alten Pferde	5 Jahre alte und ältere: Zuchthengste	5 Jahre alte und ältere: alle anderen 5 Jahre alten und älteren Pferde	überhaupt	2. Maultiere und Maulesel	3. Esel	4. Rindvieh: Kälber: Unter 6 Wochen alt	Kälber: 6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alt	Jungvieh: 3 Monate bis noch nicht 1 Jahr alt	Jungvieh: 1 bis noch nicht 2 Jahre alt	2 Jahre altes und älteres Rindvieh: Bullen, Stiere und Ochsen	Milchkühe	die übrigen Kühe, auch Färsen, Kalbinnen	überhaupt	5. …: Unter 1 Jahr alte Schafe und Schafböcke einschl. Lämmer	1 … und …: Schafböcke
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Noch: 9. Reg.-Bez. Köslin.																					
6. *Kolberg	1 911	17	15	26	5	56	—	505	624	—	3	41	50	106	116	21	804	31	1 169	126	10
7. Kolberg-Körlin	5 586	546	543	770	15	1 376	17	5 692	8 959	17	3	1 117	1 945	4 520	5 030	735	16 857	1 148	31 352	5 956	361
8. Lauenburg i. Pommern	8 698	715	617	525	22	913	44	6 554	9 390	15	7	957	1 221	3 307	4 149	1 262	15 695	1 767	28 358	5 411	421
9. Neustettin	12 888	962	1 066	1 035	31	1 660	111	9 301	14 166	62	7	1 160	2 028	5 987	6 626	1 208	21 973	2 451	41 433	13 655	688
10. Rummelsburg	6 520	297	291	302	24	576	15	4 482	5 987	64	3	619	883	2 062	2 666	664	10 247	963	18 104	4 834	265
11. Schivelbein	3 750	290	319	369	13	521	9	2 909	4 430	21	3	456	935	2 125	2 269	362	6 878	825	13 850	3 846	159
12. Schlawe	12 702	811	787	746	13	1 221	17	10 325	13 920	86	3	1 241	1 635	5 009	5 578	1 037	24 451	1 810	40 761	7 615	667
13. *Stolp	2 471	5	13	14	—	50	—	562	644	8	2	16	39	54	64	22	406	20	621	101	11
14. Stolp	15 031	957	1 055	931	36	1 506	42	11 487	16 014	101	5	1 523	2 260	5 530	7 045	1 567	28 542	2 448	48 915	10 700	653
10. Reg.-Bez. Stralsund.																					
1. Franzburg	7 638	842	836	664	29	669	35	6 597	9 672	81	6	870	954	3 911	4 613	626	14 604	1 335	26 913	9 593	482
2. *Greifswald	1 644	24	26	14	—	15	4	529	612	—	—	11	19	103	99	16	457	10	715	21	5
3. Greifswald	6 821	874	833	607	53	728	41	6 029	9 165	68	8	856	1 086	3 451	4 324	906	13 430	1 338	25 391	7 804	470
4. Grimmen	6 439	1 206	1 118	927	37	1 027	36	6 980	11 331	48	7	1 064	1 034	4 211	4 811	640	14 776	1 354	27 890	4 709	340
5. Rügen	8 265	904	932	844	48	935	47	6 958	10 668	116	9	684	857	3 278	4 104	612	13 625	1 676	24 836	6 401	416
6. *Stralsund	1 756	12	11	11	—	16	2	543	595	5	—	7	16	65	43	12	300	56	499	21	8
11. Reg.-Bez. Schneidemühl.																					
1. Bomst	2 530	123	149	117	4	163	4	1 320	1 880	3	1	167	438	994	1 024	257	3 922	438	7 240	113	31
2. Deutsch Krone	11 260	810	689	656	28	1 029	35	8 000	11 247	67	5	872	1 541	4 282	5 098	1 543	15 359	2 190	30 885	10 733	501
3. Flatow	6 482	744	719	583	26	934	19	4 988	8 013	8	1	599	1 211	3 130	3 229	419	10 368	1 882	20 838	7 476	420
4. Fraustadt	3 125	180	200	151	5	170	2	2 143	2 851	18	1	300	613	1 455	1 797	1 263	4 864	769	11 061	249	18
5. Meseritz	5 309	269	256	299	11	620	11	3 218	4 684	35	2	432	982	2 514	2 616	1 024	7 266	990	15 824	2 751	110
6. Netzekreis	7 129	546	604	526	11	641	5	3 919	6 252	5	2	754	972	2 614	2 984	412	10 937	1 241	19 914	1 665	136
7. Schlochau	9 430	731	723	597	36	1 141	30	6 610	9 868	40	3	741	1 178	4 064	4 133	733	14 219	2 000	27 068	8 166	465
8. *Schneidemühl	3 202	9	16	25	—	53	1	398	502	—	1	5	15	38	35	8	259	15	375	27	5
9. Schwerin a./Warthe	3 824	242	187	178	3	316	8	2 470	3 404	6	6	311	713	1 709	2 015	781	4 858	1 022	11 409	1 376	67
12. Reg.-Bez. Breslau.																					
1. *Breslau	11 348	8	31	53	15	246	3	3 397	3 753	69	9	5	6	26	23	46	239	21	366	32	21
2. Breslau[1])	14 783	433	322	320	9	588	38	6 031	7 741	340	5	999	1 855	3 801	4 901	4 773	14 269	1 830	32 428	916	90
3. *Brieg	1 540	6	3	8	1	27	—	237	282	2	1	—	1	12	49	66	107	13	248	3	—
4. Brieg	6 451	509	438	400	9	653	3	3 881	5 893	9	1	982	2 062	4 369	4 415	1 896	13 234	1 457	28 415	699	32
5. Frankenstein	5 586	318	290	280	14	437	5	2 901	4 245	9	—	466	1 146	2 957	3 252	1 655	10 444	1 280	21 200	740	51
6. Glatz	7 345	223	190	196	9	390	32	2 336	3 376	39	2	392	835	2 410	3 216	2 167	10 632	1 229	20 881	597	44
7. Groß Wartenberg	4 915	324	271	262	9	396	10	1 978	3 250	11	4	329	815	1 750	1 837	1 062	6 602	790	13 185	586	61
8. Guhrau	6 323	387	441	303	11	421	12	3 726	5 301	42	14	629	1 382	3 308	3 746	3 899	10 218	1 549	24 731	2 063	103
9. Habelschwerdt	7 437	193	266	399	9	481	—	2 215	3 563	8	1	477	1 027	3 485	3 978	1 990	14 773	1 464	27 194	942	91
10. Militsch	8 756	785	716	523	22	854	35	4 228	7 163	49	4	674	1 709	4 353	4 672	2 474	14 064	2 128	30 074	1 041	46
11. Münsterberg	4 266	280	229	220	19	359	4	2 519	3 630	127	5	399	983	2 271	2 810	1 863	8 363	772	17 461	1 211	50
12. Namslau	4 170	625	457	404	9	579	9	3 101	5 184	26	3	598	1 302	2 943	2 931	1 854	6 947	1 182	17 757	2 336	103
13. Neumarkt	9 138	636	526	354	46	608	44	5 023	7 237	83	6	827	1 821	3 780	4 479	3 959	13 650	1 567	30 083	2 113	91
14. Neurode	5 972	110	104	108	9	149	4	1 313	1 797	12	2	258	599	1 560	2 031	1 941	8 095	791	15 275	106	19
15. Nimptsch	4 898	308	273	205	19	305	19	2 918	4 047	125	2	575	1 061	2 363	3 273	3 209	8 819	1 076	20 376	2 400	101
16. Oels	10 276	806	658	630	23	1 083	15	6 302	9 517	62	6	1 112	2 300	5 251	5 748	3 866	15 362	2 216	35 855	2 838	192
17. Ohlau	8 606	506	451	337	24	597	11	4 440	6 366	47	5	1 001	2 317	4 356	5 041	3 108	14 217	1 771	31 811	1 149	69
18. Reichenbach	6 497	238	275	188	7	357	8	2 761	3 834	57	1	439	859	2 137	2 358	1 442	8 041	782	16 058	1 550	128
19. *Schweidnitz	1 270	7	4	5	—	17	—	303	336	2	—	8	2	12	31	44	200	26	323	7	2
20. Schweidnitz	10 638	441	382	327	12	590	9	4 944	6 705	24	10	875	1 567	3 674	4 712	2 916	13 650	1 775	29 169	2 234	151
21. Steinau	4 168	250	291	248	11	317	12	2 471	3 600	12	—	395	833	2 074	2 669	2 032	6 414	883	15 300	1 046	72
22. Strehlen	5 040	284	224	202	22	361	24	2 516	3 633	27	4	468	1 001	2 047	2 783	2 321	8 329	925	17 874	574	34
23. Striegau	5 818	250	195	150	3	315	6	2 686	3 605	39	—	501	1 037	2 189	2 700	1 854	7 405	700	16 386	1 375	95
24. Trebnitz	9 120	731	572	426	34	740	23	5 735	8 261	182	22	886	2 318	4 686	4 940	3 683	15 091	1 863	33 467	873	58
25. Waldenburg	13 518	185	200	199	6	366	7	2 653	3 616	4	1	262	604	1 545	1 941	1 369	7 459	683	13 863	389	67
26. Wohlau	7 994	504	449	398	77	601	156	4 364	6 549	27	4	706	1 731	3 996	4 364	3 161	12 234	1 187	27 379	1 798	108
13. Reg.-Bez. Liegnitz.																					
1. Bolkenhain	4 404	200	203	190	3	382	11	1 890	2 879	24	—	370	671	1 976	2 236	1 295	8 784	672	16 004	659	36
2. Bunzlau	8 725	309	299	272	8	498	13	3 837	5 236	15	3	481	1 112	3 051	3 270	1 933	14 553	927	25 327	905	54
3. Freystadt	9 048	405	363	436	14	552	13	3 955	5 738	34	5	530	1 342	3 616	4 045	2 055	12 069	1 445	25 102	1 951	99
4. *Glogau	1 109	—	—	—	—	2	—	191	193	2	—	4	—	1	1	—	10	4	20	2	—
5. Glogau	9 442	484	569	517	23	647	14	6 649	8 903	34	11	1 033	2 520	5 572	6 452	4 094	16 205	2 230	38 106	2 924	240
6. *Görlitz	2 596	15	14	11	1	27	—	655	723	3	—	9	9	27	61	36	365	33	540	45	1
7. Görlitz	8 996	339	342	306	13	552	9	3 601	5 162	11	5	672	1 261	3 360	3 865	1 986	17 039	1 212	29 395	1 046	57
8. Goldberg-Haynau	7 171	470	356	309	18	603	10	4 569	6 335	18	4	724	1 357	3 394	4 180	3 369	14 083	1 410	28 517	3 019	131
9. *Grünberg	2 476	5	4	1	—	21	—	332	363	—	—	5	4	25	21	3	119	15	192	22	7
10. Grünberg	7 265	234	223	240	6	330	7	2 715	3 755	29	10	256	675	2 157	2 425	1 140	9 657	1 428	17 738	1 549	79
11. *Hirschberg	1 579	8	17	17	—	15	1	305	363	3	—	20	23	73	92	62	384	22	676	40	6
12. Hirschberg	7 912	187	135	162	2	262	6	1 881	2 635	33	6	365	798	2 259	2 572	1 927	10 635	879	19 435	405	27
13. Hoyerswerda	7 797	67	157	314	2	394	—	1 427	2 361	4	2	272	873	2 022	2 024	742	10 679	630	17 242	247	39

[1]) Statt der fehlenden Ergebnisse sind die Zahlen der Dezemberzählung 1921 eingesetzt.

am 1. Dezember 1922.

5. Schafe: 1 Jahr alte und ältere: Mutterschafe (Zibben)	Hammel (Schöpse)	überhaupt	6. Schweine: Unter ½ Jahr alte Schweine: Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	1 Jahr alte und ältere: Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	überhaupt	7. Ziegen: Unter 1 Jahr alte Ziegen und Ziegenböcke einschl. Lämmer	1 Jahr alte und ältere: Ziegenböcke	Ziegen (Geißen)	überhaupt	8. Zahme Kaninchen	9. Federvieh: Gänse (Gänseriche, Gänse und Gänseküken)	Enten (Enteriche, Enten und Entenküken)	Hühner (Hähne, Hühner und Küken)	Trut- u. Perlhühner (Hähne, Hühner und Küken)	überhaupt	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): mit beweglichen Waben	mit unbeweglichen Waben	überhaupt	Wiederholung der Spalte 1
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	
																									9.
129	18	283	472	1 451	4	27	782	2	50	212	3 000	167	12	573	752	802	288	213	12 833	70	13 404	147	7	154	6.
12597	1 113	20 027	8 502	18 397	73	880	8 791	98	2 553	1 697	40 991	518	48	1 358	1 924	1 233	10110	2 850	98 139	1 360	112 459	1 905	1 339	3 244	7.
10390	1 403	17 625	4 702	12 725	131	967	4 267	84	1 225	1 489	25 590	641	86	1 554	2 281	2 827	13004	4 011	101 566	2 316	120 897	905	1 595	2 500	8.
24776	3 198	42 317	9 727	23 215	165	1 477	9 765	142	3 591	2 965	51 047	1 342	123	4 220	5 685	2 343	20132	4 740	130 964	2 769	158 605	1 407	2 307	3 714	9.
8 523	1 072	14 697	3 941	9 605	56	606	4 240	57	1 052	860	20 417	831	45	2 181	3 057	1 934	8 765	2 430	70 038	1 317	82 550	415	1 292	1 707	10.
6 691	1 221	11 917	3 403	7 469	41	517	4 098	51	963	864	17 406	234	17	803	1 054	611	5 045	1 545	40 029	889	47 508	720	625	1 345	11.
15999	2 047	26 328	12454	27 501	135	1 310	12505	81	2 702	2 474	59 162	978	87	3 271	4 336	3 574	9 392	3 794	167 844	1 533	182 563	1 830	1 696	3 526	12.
131	50	293	256	739	2	25	809	4	26	183	2 044	335	11	1 088	1 434	2 226	175	240	13 861	57	14 333	83	9	92	13.
22612	3 754	37 719	9 309	26 261	151	986	9 576	117	1 889	1 746	50 035	1 083	74	2 587	3 744	3 480	21217	6 055	179 572	3 355	210 199	1 703	2 409	4 112	14.
																									10.
21507	1 444	33 026	5 752	11 163	115	522	5 329	204	2 560	2 946	28 591	272	43	1 172	1 487	1 347	4 956	3 608	87 942	2 415	98 921	3 089	1 119	4 208	1.
54	18	98	201	1 041	6	27	420	3	17	143	1 858	73	5	142	220	1 334	120	165	11 362	24	11 671	195	18	213	2.
16679	1 458	26 411	5 210	11 071	224	888	4 410	237	2 296	2 122	26 458	229	30	885	1 144	1 687	4 972	3 493	80 462	1 630	90 557	2 977	922	3 899	3.
12075	1 584	18 708	6 355	11 532	243	865	5 549	215	2 419	2 313	29 491	199	23	723	945	1 103	4 012	3 943	89 719	2 188	99 862	3 337	1 017	4 354	4.
17940	1 041	25 798	5 029	11 286	178	809	5 136	235	2 313	1 911	26 897	253	33	813	1 099	1 793	3 140	4 601	94 781	2 609	105 131	1 974	1 183	3 157	5.
73	11	113	329	979	2	25	453	2	17	159	1 966	85	13	268	366	1 154	154	288	13 374	48	13 864	121	30	151	6.
																									11.
195	28	367	692	2 353	13	178	1 653	12	239	548	5 688	513	26	1 620	2 159	2 831	3 955	298	22 253	218	26 724	605	183	788	1.
20715	3 610	35 559	5 893	12 289	122	949	6 845	94	1 743	3 474	31 409	2 066	81	6 620	8 767	4 485	15568	3 719	102 198	2 716	124 201	1 674	2 476	4 150	2.
15417	1 979	25 292	4 456	10 688	103	1 019	3 747	90	1 836	1 556	23 495	808	56	2 417	3 281	1 926	11674	1 894	66 392	2 562	82 522	874	1 523	2 397	3.
240	32	539	1 194	3 957	21	200	2 075	8	218	441	8 114	814	55	1 785	2 654	4 121	4 398	783	33 572	422	39 175	729	184	913	4.
4 496	894	8 251	2 358	6 656	65	393	3 652	47	815	2 659	16 645	1 262	77	3 913	5 252	11 165	7 579	1 206	52 644	662	62 091	1 274	278	1 552	5.
2 409	487	4 697	3 491	9 216	57	564	5 160	41	1 262	1 681	21 472	1 720	75	4 262	6 057	4 689	8 906	822	73 618	941	84 287	794	834	1 628	6.
15506	1 755	25 892	5 400	12 041	135	1 019	5 974	91	1 800	2 170	28 630	1 404	91	3 284	4 779	2 403	14235	3 629	87 591	2 904	108 359	1 066	2 594	3 660	7.
28	13	73	249	597	2	15	363	3	23	215	1 467	518	14	1 969	2 501	3 019	350	172	12 802	79	13 403	64	53	117	8.
2 792	499	4 734	2 264	4 603	43	366	2 172	38	677	1 727	11 890	841	28	2 873	3 742	4 023	3 743	961	35 527	427	40 658	661	354	1 015	9.
																									12.
25	92	170	119	792	28	36	358	2	17	169	1 521	1 061	96	2 025	3 182	13 431	3 158	527	49 986	82	53 753	420	62	482	1.
1 644	309	2 959	4 344	11 533	110	467	5 583	108	870	1 558	24 573	2 818	220	7 732	10770	11 672	28029	5 514	110 561	2 255	146 359	2 416	264	2 680	2.
3	1	7	23	287	—	1	174	3	5	63	556	172	16	706	894	2 276	669	69	6 711	20	7 469	174	10	184	3.
1 111	187	2 029	4 752	10 478	132	953	3 900	66	1 203	832	22 316	1 472	120	3 009	4 601	3 171	14205	1 644	54 776	814	71 439	2 069	295	2 364	4.
1 431	303	2 525	1 808	5 683	55	438	2 824	41	484	721	12 054	1 000	134	3 174	4 308	2 905	11463	1 555	53 011	747	66 776	1 485	353	1 838	5.
893	231	1 765	943	4 374	16	165	2 595	14	239	319	8 665	1 785	204	6 039	8 028	5 196	10958	1 321	60 960	1 130	74 369	1 509	260	1 769	6.
2 025	283	2 955	1 609	5 148	36	270	2 665	21	317	572	10 638	969	56	2 023	3 048	3 185	5 711	981	42 482	523	49 697	790	127	917	7.
3 559	697	6 422	2 348	8 128	59	477	4 718	40	616	1 029	17 415	1 036	71	2 186	3 293	5 701	9 635	2 583	61 269	1 231	74 718	1 644	202	1 846	8.
1 896	474	3 403	1 010	4 700	32	156	2 629	18	313	384	9 242	1 687	114	5 871	7 672	3 325	8 140	767	59 257	513	68 677	2 166	373	2 539	9.
1 846	344	3 277	3 009	9 350	63	631	5 110	36	815	1 373	20 387	1 343	128	3 557	5 028	8 988	12054	1 973	76 863	962	91 852	1 473	243	1 716	10.
2 208	97	3 566	1 801	5 500	62	411	2 506	38	384	476	11 178	745	78	2 339	3 162	2 252	10573	1 906	43 874	797	57 150	1 303	252	1 555	11.
3 820	565	6 824	2 207	5 666	61	365	2 939	55	1 011	725	13 029	573	38	1 726	2 337	4 296	8 142	1 853	41 496	968	52 459	1 182	391	1 573	12.
3 506	646	6 356	3 534	9 070	147	947	5 035	107	1 041	1 684	21 565	1 471	165	3 947	5 583	7 702	21437	3 761	79 881	1 684	106 763	2 167	398	2 565	13.
209	82	416	601	3 127	23	153	2 701	11	178	179	6 973	1 073	94	4 946	6 113	2 804	9 574	615	38 139	377	48 705	1 226	154	1 380	14.
4 059	553	7 113	2 463	5 944	87	383	3 259	88	831	845	13 900	366	48	1 005	1 419	3 027	12739	2 701	46 449	1 007	62 896	1 026	117	1 143	15.
4 778	904	8 712	3 779	11 984	131	714	6 784	61	845	2 060	26 358	2 159	186	6 066	8 411	11 293	15324	4 068	95 428	1 998	116 818	2 361	437	2 798	16.
2 281	222	3 721	5 281	11 904	179	784	5 673	148	1 521	1 482	26 972	1 878	146	6 163	8 187	5 331	18765	2 885	75 049	1 311	98 010	1 995	182	2 177	17.
4 274	337	6 289	1 648	5 087	74	343	3 345	42	564	736	11 839	1 018	112	2 992	4 122	6 218	10909	1 931	51 109	1 150	65 099	1 588	210	1 798	18.
6	1	16	81	188	—	2	213	—	2	32	518	119	19	473	611	2 429	544	143	5 330	124	6 141	102	11	113	19.
4 713	1 010	8 108	3 206	9 087	163	707	5 260	92	1 021	1 087	20 623	1 414	201	3 516	5 131	9 256	24334	4 333	77 002	1 502	107 171	2 409	345	2 754	20.
1 853	714	3 685	1 753	4 084	31	481	3 046	34	603	818	10 650	704	66	1 666	2 436	5 404	7 581	1 581	40 788	766	50 716	986	148	1 134	21.
1 550	232	2 390	2 241	6 065	105	399	2 774	72	775	995	13 426	660	87	2 274	3 021	2 174	10610	1 698	45 854	795	58 957	1 125	100	1 225	22.
2 755	472	4 697	1 827	4 906	68	422	3 223	48	486	783	11 763	771	97	1 617	2 485	7 131	15647	2 684	40 546	955	59 832	1 214	196	1 410	23.
1 589	315	2 835	3 207	8 946	113	680	5 268	66	863	1 799	20 942	1 425	108	5 167	6 700	9 424	13105	2 599	87 493	1 630	104 827	2 194	561	2 755	24.
502	62	1 020	1 328	3 966	48	303	2 394	23	246	586	8 894	2 426	305	7 581	10312	18 183	11523	1 519	68 156	782	81 980	1 370	209	1 579	25.
4 234	533	6 673	2 286	7 206	65	638	5 521	61	674	1 516	17 967	1 509	80	3 571	5 160	6 865	13509	1 829	76 090	1 252	92 680	1 682	231	1 913	26.
																									13.
1 354	135	2 184	1 348	5 053	50	327	2 398	30	393	407	10 006	627	64	1 741	2 432	2 596	9 395	1 618	39 869	850	51 732	1 569	272	1 841	1.
1 654	339	2 952	1 634	6 178	100	307	4 186	51	532	949	13 937	2 260	209	5 509	7 978	12 286	13664	1 686	80 689	1 394	97 433	2 547	459	3 006	2.
4 025	511	6 586	2 543	7 185	39	449	6 117	30	567	1 462	18 392	2 142	140	5 153	7 435	13 462	10092	1 491	74 434	859	86 876	2 482	487	2 969	3.
4	10	16	16	118	—	2	162	—	1	88	387	92	19	455	566	1 705	317	55	6 072	46	6 490	113	19	132	4.
6 409	899	10 472	2 986	10 678	59	726	7 464	45	769	1 652	24 379	2 168	173	5 297	7 638	10 998	13933	2 963	93 151	1 495	111 542	2 808	601	3 409	5.
26	3	75	71	350	1	8	296	—	6	86	818	370	31	921	1 322	6 258	592	140	13 285	108	14 125	340	—	340	6.
998	384	2 485	1 957	5 588	74	296	4 591	80	661	807	14 054	2 533	177	6 009	8 719	12 138	13854	1 698	78 814	1 925	96 291	3 435	449	3 884	7.
6 575	638	10 363	2 997	7 469	202	668	3 643	113	1 044	1 530	17 666	1 303	185	3 008	4 496	8 955	13299	2 913	78 697	2 085	96 994	2 864	349	3 213	8.
12	23	64	78	210	1	6	307	—	10	111	723	547	32	1 874	2 453	4 608	436	72	9 494	44	10 046	275	18	293	9.
2 677	438	4 743	2 215	6 275	37	377	4 855	28	444	1 818	16 049	1 879	137	6 422	8 438	6 857	9 213	980	53 646	680	64 519	1 144	434	1 578	10.
69	10	125	19	245	4	2	196	—	1	46	513	189	30	613	832	2 515	790	91	7 571	130	8 582	194	28	222	11.
702	136	1 270	733	3 656	39	179	2 117	11	116	555	7 406	1 707	196	5 073	6 976	6 960	8 917	1 288	63 982	950	75 137	1 528	245	1 773	12.
366	66	718	2 204	6 812	53	572	3 176	44	1 731	711	15 303	1 343	119	3 097	4 559	7 207	8 711	438	47 138	303	56 590	1 423	1 193	2 616	13.

Kreise (* = Stadtkreise)	Viehhaltende Haushaltungen	1. Pferde (ohne Militärpferde): Unter 1 Jahr alte Fohlen	1. Pferde: 1 bis noch nicht 2 Jahre alte Pferde	1. Pferde: 2 bis noch nicht 3 Jahre alte Pferde	1. Pferde: 3 bis noch nicht 5 Jahre alte: Zuchthengste	1. Pferde: 3 bis noch nicht 5 Jahre alte: alle anderen 3 bis noch nicht 5 Jahre alten Pferde	1. Pferde: 5 Jahre alte und ältere: Zuchthengste	1. Pferde: 5 Jahre alte und ältere: alle anderen 5 Jahre alten und älteren Pferde	1. Pferde: überhaupt	2. Maultiere und Maulesel	3. Esel	4. Rindvieh: Kälber: Unter 6 Wochen alt	4. Rindvieh: Kälber: 6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alt	4. Rindvieh: Jungvieh: 3 Monate bis noch nicht 1 Jahr alt	4. Rindvieh: Jungvieh: 1 bis noch nicht 2 Jahre alt	4. Rindvieh: 2 Jahre altes und älteres Rindvieh: Bullen, Stiere und Ochsen	4. Rindvieh: 2 Jahre altes und älteres Rindvieh: Milchkühe	4. Rindvieh: 2 Jahre altes und älteres Rindvieh: die übrigen Kühe, auch Färsen, Kalbinnen	4. Rindvieh: überhaupt	5. Unter 1 Jahr alte Schafe und Schafböcke einschl. Lämmer	5. 1 und: Schafböcke
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Noch: 13. Reg.-Bez. Liegnitz.																					
14. Jauer	4 425	170	157	184	3	282	4	2 426	3 226	78	4	441	898	1 850	2 359	2 012	7 878	811	16 249	904	59
15. Landeshut	5 775	137	139	216	2	316	2	1 562	2 374	8	—	389	682	2 001	2 418	1 864	9 031	853	17 238	224	28
16. Lauban	10 039	287	314	311	10	508	4	2 624	4 058	29	7	514	1 078	2 961	3 270	1 517	15 153	1 105	25 598	709	56
17. *Liegnitz	2 009	6	5	9	—	37	—	631	688	—	—	10	15	38	55	25	306	23	472	43	3
18. Liegnitz	6 870	390	331	266	16	577	9	5 350	6 939	100	3	895	1 628	3 582	4 675	3 168	14 103	1 656	29 707	1 702	93
19. Löwenberg	9 762	400	341	324	13	634	2	3 456	5 170	4	14	701	1 199	3 781	4 176	2 118	19 197	1 064	32 236	1 379	103
20. Lüben	5 290	236	251	232	10	285	6	2 952	3 972	25	13	514	1 186	2 604	2 920	2 098	8 456	968	18 746	1 723	71
21. Rothenburg i. Ob. Laus.	10 835	154	150	184	7	257	13	2 111	2 876	13	7	473	1 164	2 741	3 058	2 266	14 322	1 150	25 174	455	84
22. Sagan	8 342	274	296	332	5	495	6	3 323	4 731	16	3	476	1 282	3 361	3 788	2 180	12 885	1 400	25 372	1 003	58
23. Schönau	4 124	211	170	153	10	272	11	1 705	2 532	10	5	308	678	1 786	1 944	1 321	8 089	567	14 693	703	33
24. Sprottau	6 052	293	260	290	6	446	11	3 096	4 402	19	2	563	1 181	3 238	3 134	1 650	9 183	1 248	20 197	1 256	87
14. Reg.-Bez. Oppeln.																					
1. *Beuthen	1 944	14	9	15	1	12	—	446	497	—	9	1	6	8	5	3	101	7	131	—	1
2. Beuthen	4 381	28	21	24	1	92	—	403	569	—	2	17	32	71	110	19	452	44	745	12	2
3. Cosel	11 622	671	586	378	62	785	181	4 280	6 943	74	2	810	1 515	3 127	2 632	575	12 290	1 615	22 564	489	41
4. Falkenberg	6 237	371	353	328	14	533	8	2 710	4 317	17	—	556	1 376	3 056	2 878	1 422	9 926	1 105	20 319	846	40
5. *Gleiwitz	2 347	11	4	13	—	23	—	747	798	1	1	5	12	47	33	2	308	17	424	—	—
6. Groß Strehlitz	11 152	349	396	340	3	581	9	3 374	5 052	109	13	280	727	2 088	1 959	644	12 207	861	18 766	901	51
7. Grottkau	5 823	435	435	342	21	574	6	3 864	5 677	38	5	661	1 639	3 570	4 169	2 001	12 702	1 345	26 087	492	29
8. Hindenburg O. S.	7 241	11	2	9	—	45	2	952	1 021	3	1	7	15	53	32	14	248	63	432	4	—
9. Kreuzburg	7 826	726	671	534	17	604	20	3 906	6 478	24	6	499	1 248	2 492	2 993	1 571	9 199	1 108	19 110	685	68
10. Leobschütz	12 789	1 162	820	739	13	1 157	12	4 803	8 706	22	—	900	2 376	5 090	5 025	898	19 535	1 954	35 778	289	27
11. Lublinitz	2 502	127	139	66	4	120	3	1 268	1 727	6	1	112	303	734	660	257	4 117	182	6 365	1	4
12. *Neisse	1 761	7	7	6	—	21	—	346	387	1	—	29	56	115	105	33	598	47	983	41	1
13. Neisse	8 787	731	972	823	18	1 103	3	4 448	8 098	73	4	933	2 712	5 997	6 164	2 067	20 596	2 000	40 469	543	44
14. Neustadt O./S.	13 369	905	924	769	10	1 077	8	4 442	8 135	46	5	821	2 319	4 848	4 632	1 029	20 515	1 579	35 743	1 057	60
15. *Oppeln	2 024	14	3	15	—	22	11	271	336	—	—	9	19	22	13	6	162	17	248	7	—
16. Oppeln	20 364	673	559	566	11	843	7	4 917	7 576	25	1	697	1 646	3 468	2 899	551	22 943	1 354	33 558	171	14
17. *Ratibor	2 514	14	12	39	—	36	—	342	443	1	—	9	42	108	64	14	445	29	711	1	—
18. Ratibor	9 307	531	466	377	10	495	10	2 808	4 697	22	2	488	1 147	2 599	2 197	586	10 381	658	18 056	169	11
19. Rosenberg O. S.	8 365	378	432	401	6	541	25	3 683	5 466	30	—	304	861	2 150	2 430	1 121	11 698	734	19 298	497	73
20. Rybnik	1 322	20	8	17	—	20	—	316	381	2	—	40	77	269	206	24	1 167	106	1 889	—	—
21. Tarnowitz	2 969	40	59	58	1	63	1	581	803	2	—	48	81	248	278	153	1 276	231	2 315	13	3
22. Tost-Gleiwitz	10 612	374	436	322	7	629	22	4 312	6 102	42	7	295	921	2 029	1 763	797	11 553	1 087	18 445	528	23
15. Reg.-Bez. Magdeburg.																					
1. *Aschersleben	2 481	13	14	13	—	70	—	668	778	18	2	17	27	81	103	135	319	50	732	926	2
2. Calbe	17 705	279	257	283	10	384	10	4 937	6 160	322	50	476	799	1 437	1 805	2 258	5 469	674	12 918	4 613	181
3. Gardelegen	11 492	903	757	657	9	1 099	8	5 824	9 257	54	12	1 169	1 690	4 502	5 151	1 097	16 290	1 864	31 763	4 148	213
4. Grafsch. Wernigerode	5 632	53	61	48	—	133	1	1 171	1 467	34	1	173	247	589	857	373	2 783	261	5 283	1 541	47
5. *Halberstadt	2 615	7	5	41	1	36	3	697	790	159	—	19	27	39	83	367	450	169	1 154	1 315	24
6. Halberstadt	8 259	219	247	199	3	363	34	3 695	4 760	338	14	482	902	1 761	2 238	1 997	6 872	640	14 892	7 459	274
7. Jerichow I	12 905	697	691	583	18	930	99	7 234	10 252	191	40	1 499	2 283	4 516	4 697	2 130	12 683	1 463	29 271	10 652	536
8. Jerichow II	12 072	881	858	835	26	1 087	5	6 857	10 549	54	30	1 544	2 518	5 599	5 586	1 300	14 617	2 114	33 278	4 334	208
9. *Magdeburg	7 747	31	32	29	—	92	3	2 682	2 869	28	2	21	41	84	158	97	547	81	1 029	497	35
10. Neuhaldensleben	13 743	313	280	289	7	571	29	5 042	6 531	427	14	540	1 081	2 312	2 695	2 581	8 357	875	18 441	8 239	268
11. Oschersleben	11 542	216	222	195	4	395	9	3 672	4 713	611	10	478	845	1 573	2 149	2 944	6 030	590	14 609	9 320	237
12. Osterburg	9 660	1 413	1 286	1 015	23	1 302	24	7 053	12 116	57	6	1 277	1 909	6 270	7 363	1 177	15 822	2 781	36 599	3 324	212
13. *Quedlinburg	2 306	22	19	16	—	63	—	735	855	55	6	16	20	90	103	253	242	101	825	2 634	69
14. Quedlinburg	8 970	97	111	86	6	180	4	2 559	3 043	138	15	245	391	873	887	1 536	3 452	277	7 661	4 205	106
15. Salzwedel	10 132	1 000	955	975	19	1 389	9	6 231	10 578	55	1	1 832	2 487	6 177	6 867	1 122	20 714	2 061	41 260	2 363	190
16. *Stendal	3 138	14	10	23	4	79	1	430	561	—	—	18	33	55	67	10	311	23	517	26	4
17. Stendal	10 043	846	849	734	14	1 017	9	5 793	9 262	39	4	1 171	1 718	4 655	5 146	938	12 557	2 031	28 216	3 535	142
18. Wanzleben	14 809	274	247	208	14	436	18	4 693	5 890	752	33	269	470	1 122	1 595	3 632	4 198	762	12 048	8 204	467
19. Wolmirstedt	10 935	304	288	268	9	496	10	4 307	5 682	156	6	512	801	1 829	2 088	1 748	7 333	736	15 047	5 844	208
16. Reg.-Bez. Merseburg.																					
1. Bitterfeld	13 881	249	249	231	6	365	4	4 205	5 309	121	25	602	1 050	2 285	2 569	2 057	8 461	964	17 988	3 907	131
2. Delitzsch	12 024	578	502	344	18	721	22	6 725	8 910	206	41	1 060	1 921	4 015	4 518	3 170	15 092	1 670	31 446	7 260	282
3. Eckartsberga	8 117	269	238	220	3	290	15	3 744	4 779	153	7	603	1 123	2 269	2 389	1 090	8 740	865	17 079	5 614	188
4. *Eisleben	2 442	22	—	12	—	16	—	564	614	—	2	12	24	47	39	32	178	17	349	20	4
5. *Halle a. S.	4 920	16	15	19	27	67	182	1 888	2 214	73	6	20	13	39	64	244	386	53	819	136	59
6. Liebenwerda	11 809	282	227	265	9	369	9	3 965	5 126	56	6	583	1 387	3 087	3 140	1 192	12 256	1 649	23 294	1 374	51
7. Mansfelder Gebirgskr.	12 100	191	159	131	9	140	7	2 307	2 944	166	28	313	609	1 402	1 593	985	5 769	497	11 168	4 355	138
8. Mansfelder Seekreis	16 353	216	203	184	10	392	12	4 258	5 275	697	36	526	841	1 908	2 410	3 079	6 694	876	16 334	13 870	529
9. *Merseburg	1 543	16	10	11	2	8	1	307	355	22	—	13	26	55	72	60	137	20	383	84	3
10. Merseburg	13 183	389	300	211	20	373	3	5 510	6 806	317	34	568	970	2 127	2 550	2 676	10 296	974	20 161	7 439	349
11. *Naumburg	1 914	11	5	4	—	15	1	363	399	2	4	13	9	37	34	11	163	21	288	49	2

Schafe: Jahr alte und ältere: Mutterschafe (Zibben)	Schafe: Jahr alte und ältere: Hammel (Schöpse)	Schafe: überhaupt	6. Schweine: Unter 1/2 Jahr alte Schweine: Unter 8 Wochen alte Ferkel	6. Schweine: Unter 1/2 Jahr alte Schweine: 8 Wochen bis noch nicht 1/2 Jahr alte Schweine	6. Schweine: 1/2 bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchteber	6. Schweine: 1/2 bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchtsauen	6. Schweine: 1/2 bis noch nicht 1 Jahr alte: übrige Schweine	6. Schweine: 1 Jahr alte und ältere: Zuchteber	6. Schweine: 1 Jahr alte und ältere: Zuchtsauen	6. Schweine: 1 Jahr alte und ältere: übrige Schweine	6. Schweine: überhaupt	7. Ziegen: Unter 1 Jahr alte Ziegen und Ziegenböcke einschl. Lämmer	7. Ziegen: 1 Jahr alte und ältere: Ziegenböcke	7. Ziegen: 1 Jahr alte und ältere: Ziegen (Geißen)	7. Ziegen: überhaupt	8. Zahme Kaninchen	9. Federvieh: Gänse (Gänseriche, Gänse und Gänseküken)	9. Federvieh: Enten (Enteriche, Enten und Entenküken)	9. Federvieh: Hühner (Hähne, Hühner und Küken)	9. Federvieh: Trut- u. Perlhühner (Hähne, Hühner und Küken)	9. Federvieh: überhaupt	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): mit beweglichen Waben	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): mit unbeweglichen Waben	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): überhaupt	Wiederholung der Spalte 1
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	
																									13.
2 698	423	4 084	1 622	4 610	54	416	2 773	38	445	514	10 472	540	98	1 206	1 844	5 116	10038	2 212	41 433	905	54 588	1 322	146	1 468	14.
366	61	679	946	3 617	27	215	1 462	15	126	299	6 707	1 464	166	3 814	5 444	4 362	7 334	644	38 265	571	46 814	1 348	267	1 615	15.
947	201	1 913	1 364	5 740	50	233	3 046	38	494	722	11 687	3 251	265	8 709	12225	16 942	14351	1 733	75 725	1 814	93 623	2 393	176	2 569	16.
1	14	61	133	400	1	2	432	1	13	143	1 125	334	32	888	1 254	5 994	1 441	247	13 522	61	15 271	111	20	131	17.
2 931	1 019	5 745	2 796	7 275	111	650	4 340	87	925	1 231	17 415	894	120	2 148	3 162	7 189	17260	3 729	69 499	1 675	92 163	2 082	270	2 352	18.
2 320	525	4 327	2 089	8 366	78	455	3 723	54	461	588	15 814	3 269	311	7 760	11340	14 292	15299	1 920	96 902	1 647	115 768	3 085	313	3 398	19.
3 633	325	5 752	1 674	4 825	28	331	3 721	38	529	906	12 052	803	53	1 813	2 669	5 226	9 307	1 167	50 001	798	61 273	1 188	265	1 453	20.
890	93	1 522	2 362	7 591	49	209	5 272	70	400	1 231	17 184	2 315	154	6 175	8 644	7 426	11126	1 171	77 677	886	90 860	2 881	867	3 748	21.
1 597	423	3 081	1 849	5 995	45	450	5 433	39	521	923	15 255	1 289	74	3 722	5 085	6 979	8 017	1 076	67 006	1 213	77 312	2 895	1 305	4 200	22.
1 035	103	1 874	1 072	4 006	44	291	1 857	24	320	397	8 011	753	132	2 319	3 204	2 499	7 445	1 078	39 067	898	48 488	1 395	252	1 647	23.
3 513	776	5 632	1 553	4 949	36	346	4 293	54	452	964	12 647	1 260	91	2 996	4 347	9 739	8 554	1 210	55 079	1 061	65 904	2 282	247	2 529	24.
																									14.
—	—	1	69	655	1	10	189	2	14	61	1 001	263	11	860	1 134	850	1 274	230	5 999	73	7 576	8	4	12	1.
7	—	21	531	1 791	2	13	404	2	37	177	2 957	526	19	2 244	2 789	1 199	2 558	221	9 982	57	12 818	70	10	80	2.
864	67	1 461	2 890	9 660	70	457	2 745	48	940	1 014	17 824	1 516	149	6 646	8 311	2 842	17794	1 932	61 909	1 516	83 151	1 718	187	1 905	3.
1 605	161	2 652	2 625	7 467	52	583	2 947	32	543	544	14 793	1 254	111	4 453	5 818	3 434	11005	1 482	53 929	882	67 298	2 145	321	2 466	4.
—	—	—	123	918	1	18	460	1	55	52	1 628	383	7	1 685	2 075	3 281	4 144	351	15 029	78	19 602	106	6	112	5.
2 140	212	3 304	2 105	8 449	67	490	1 372	31	1 015	388	13 917	1 208	99	6 119	7 426	2 109	15218	1 279	53 833	714	71 044	2 386	231	2 617	6.
503	101	1 125	3 184	7 990	138	780	3 247	53	913	796	17 101	1 272	104	3 551	4 927	3 146	14244	1 865	63 693	847	80 649	1 617	191	1 808	7.
—	2	6	495	2 559	12	19	633	—	8	153	3 879	1 115	40	3 486	4 641	1 912	5 641	429	18 284	167	24 521	50	6	56	8.
1 463	311	2 527	3 118	8 204	62	716	2 820	60	2 099	1 211	18 290	1 222	44	3 881	5 147	6 170	10937	2 576	55 010	1 490	70 013	1 339	234	1 573	9.
360	78	754	4 440	14 153	75	799	6 020	80	1 555	1 104	28 226	2 046	114	11529	13689	3 608	28515	2 523	109 176	1 217	141 431	2 851	418	3 269	10.
72	9	86	624	2 734	8	152	435	14	434	83	4 484	152	12	484	648	610	3 708	258	12 218	195	16 379	392	90	482	11.
5	4	51	82	467	4	17	226	3	14	92	905	290	29	1 090	1 409	2 272	1 473	157	8 520	121	10 271	151	3	154	12.
1 292	87	1 966	3 569	11 360	102	819	4 021	54	680	950	21 555	2 597	211	9 356	12164	4 009	21731	1 852	93 766	1 251	118 600	2 823	308	3 131	13.
2 129	164	3 410	4 767	13 046	99	1 183	3 760	63	2 057	959	25 934	1 940	103	10146	12189	4 664	24107	1 874	96 880	892	123 753	2 513	465	2 978	14.
3	—	10	111	321	11	20	72	11	19	25	590	164	19	770	953	1 190	1 458	87	6 506	119	8 170	142	—	142	15.
422	90	697	3 772	12 376	113	977	2 469	50	1 497	564	21 818	2 865	130	11423	14418	3 580	25331	1 181	89 128	689	116 329	2 967	616	3 583	16.
—	—	1	63	695	1	3	131	1	6	43	943	194	10	893	1 097	1 074	1 582	132	7 246	29	8 989	41	7	48	17.
394	25	599	1 906	7 827	27	309	1 451	35	661	479	12 695	1 339	55	6 885	8 279	1 888	11801	1 091	50 023	464	63 379	1 629	148	1 777	18.
1 782	717	3 069	2 431	8 415	54	635	2 364	62	1 843	778	16 582	861	35	2 813	3 709	2 536	12658	1 621	44 961	1 521	60 761	1 037	270	1 307	19.
—	5	5	182	724	1	48	188	4	97	80	1 324	170	4	638	812	191	1 725	163	6 381	80	8 349	109	20	129	20.
10	12	38	451	1 855	8	60	510	3	83	157	3 127	586	28	1 440	2 054	772	3 014	262	9 572	216	13 064	109	27	136	21.
765	122	1 438	1 775	7 288	87	576	2 110	42	1 076	818	13 772	1 522	120	4 788	6 430	2 635	14814	1 565	51 431	845	68 655	1 234	214	1 448	22.
																									15.
63	12	1 003	376	1 141	2	5	1 145	—	5	442	3 116	274	41	697	1 012	2 664	443	243	14 503	52	15 241	285	37	322	1.
9 217	2 288	16 299	5 586	14 133	55	269	8 811	38	491	5 086	34 469	2 307	284	9 557	12148	10 124	8 144	3 600	132 861	1 138	145 743	937	145	1 082	2.
9 525	701	14 587	14000	19 646	282	2 463	11431	169	6 023	6 408	60 422	1 597	110	5 989	7 696	2 414	13413	3 270	133 917	1 784	152 384	1 241	1 001	2 242	3.
4 365	246	6 199	1 295	3 144	6	118	2 616	14	346	1 897	9 436	513	105	2 540	3 158	2 188	1 994	693	44 640	313	47 640	372	64	436	4.
1 774	542	3 655	378	1 194	8	4	759	4	25	384	2 756	276	55	760	1 091	3 196	408	327	17 740	112	18 587	98	3	101	5.
13628	1 878	23 239	2 998	9 132	58	317	4 902	24	422	4 226	22 079	1 565	242	6 093	7 900	3 774	7 426	2 224	78 633	1 060	89 343	913	259	1 172	6.
20090	3 001	34 279	8 290	17 254	122	1 369	9 535	145	2 100	6 168	44 983	2 987	767	9 704	13458	7 693	9 862	9 378	166 517	4 995	190 752	2 154	781	2 935	7.
10077	1 434	16 053	7 158	18 331	126	1 086	9 587	71	1 280	6 032	43 671	2 554	145	10063	12762	4 166	6 094	4 918	157 876	1 642	170 530	1 698	770	2 468	8.
1 032	421	1 985	974	3 243	20	38	1 497	10	56	1 017	6 855	1 044	136	1 941	3 121	7 607	792	906	52 513	301	54 512	397	66	463	9.
15282	2 450	26 239	7 994	16 679	66	717	8 497	85	1 438	7 763	43 239	2 337	149	9 524	12010	3 256	7 215	5 491	103 782	1 790	118 278	867	242	1 109	10.
12478	3 602	25 637	4 153	12 821	29	185	5 900	16	276	4 463	27 843	1 991	264	7 902	10157	4 174	7 393	3 377	87 513	1 396	99 679	468	131	599	11.
7 387	301	11 224	11836	13 350	220	1 888	8 524	175	5 215	5 133	46 341	879	95	3 974	4 948	2 753	11644	5 290	125 439	2 475	144 848	1 617	1 183	2 800	12.
2 537	389	5 629	358	1 171	7	12	871	7	52	562	3 040	211	47	781	1 039	2 066	472	405	16 365	219	17 461	379	14	393	13.
7 134	1 010	12 455	3 034	7 824	17	102	4 314	17	269	2 616	18 193	1 196	145	5 815	7 156	3 279	4 554	1 388	66 838	690	73 470	476	117	593	14.
4 802	445	7 800	19802	23 853	350	3 235	11618	359	10840	6 635	76 692	988	72	3 848	4 908	2 345	14086	3 141	148 124	1 510	166 861	822	1 690	2 512	15.
63	17	110	797	1 423	2	25	1 167	—	35	731	4 180	281	5	1 309	1 595	2 154	200	126	18 636	51	19 013	57	31	88	16.
7 923	491	12 091	9 487	13 247	110	1 598	8 135	107	2 772	4 677	40 133	1 222	126	6 053	7 401	4 108	9 444	2 969	123 512	1 074	136 999	873	894	1 767	17.
13792	3 257	25 720	5 675	17 539	25	241	5 988	56	594	7 140	37 258	2 298	294	8 287	10879	4 492	10064	4 670	111 036	1 722	127 492	735	167	902	18.
8 355	1 644	16 051	6 586	14 333	110	594	6 285	51	1 024	5 338	34 321	1 479	181	7 434	9 094	2 707	6 117	3 549	98 534	1 835	110 035	582	324	906	19.
																									16.
6 833	1 027	11 898	4 073	10 049	107	648	8 863	59	708	3 849	28 356	3 260	319	9 681	13260	16 543	14106	2 834	110 829	1 097	128 866	1 166	206	1 372	1.
12571	2 566	22 679	7 372	13 787	252	1 169	11096	180	1 979	5 096	40 931	3 227	366	8 512	12105	24 368	18724	4 649	118 510	1 310	143 193	2 239	560	2 799	2.
14232	1 927	21 961	5 746	9 104	112	887	7 587	69	1 112	2 187	26 804	2 668	407	7 117	10192	7 691	12308	3 200	112 089	1 318	128 915	2 091	351	2 442	3.
207	7	238	248	759	5	13	808	—	5	490	2 328	215	36	511	762	3 401	358	60	10 272	44	10 734	85	14	99	4.
399	53	647	252	1 004	7	57	1 008	5	95	553	2 981	613	50	1 541	2 204	8 661	745	655	30 362	58	31 820	176	46	222	5.
1 401	473	3 299	4 724	11 741	127	1 033	6 064	78	1 632	1 623	27 022	2 442	249	5 725	8 416	9 275	11288	1 386	82 546	803	96 023	1 575	1 452	3 027	6.
10665	639	15 797	2 911	8 017	66	230	7 374	51	415	3 131	22 195	1 787	190	8 924	10901	6 934	7 940	1 648	90 415	986	100 989	1 175	317	1 492	7.
18122	3 303	35 824	6 132	11 756	103	523	9 177	140	637	7 344	35 812	2 781	453	9 523	12757	12 919	12227	3 946	108 542	1 967	126 682	1 881	292	2 173	8.
184	33	304	245	365	8	5	614	9	15	192	1 453	135	38	484	657	2 387	390	242	9 139	67	9 838	105	18	123	9.
11210	1 154	20 152	6 290	12 338	162	1 043	12079	97	1 410	4 771	38 190	3 796	471	8 428	12695	22 527	20203	5 574	121 499	1 342	148 618	1 856	229	2 085	10.
14	27	92	140	334	4	11	476	5	46	150	1 166	299	46	721	1 066	4 532	404	220	10 397	20	11 041	231	31	262	11.

Kreise (* = Stadtkreise)	Viehhaltende Haushaltungen	1. Pferde (ohne Militärpferde)								2.	3.	4. Rindvieh								5.	
					3 bis noch nicht 5 Jahre alte		5 Jahre alte und ältere					Kälber		Jungvieh		2 Jahre altes und älteres Rindvieh					1 … und
		Unter 1 Jahr alte Fohlen	1 bis noch nicht 2 Jahre alte Pferde	2 bis noch nicht 3 Jahre alte Pferde	Zuchthengste	alle anderen 3 bis noch nicht 5 Jahre alten Pferde	Zuchthengste	alle anderen 5 Jahre alten und älteren Pferde	überhaupt	Maultiere und Maulesel	Esel	Unter 6 Wochen alt	6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alt	3 Monate bis noch nicht 1 Jahr alt	1 bis noch nicht 2 Jahre alt	Bullen, Stiere und Ochsen	Milchkühe	die übrigen Kühe, auch Färsen, Kalbinnen	überhaupt	Unter 1 Jahr alte Schafe und Schafböcke einschl. Lämmer	Schafböcke
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Noch: 16. Reg.-Bez. Merseburg.																					
12. Naumburg	2 439	120	97	90	3	102	2	1 457	1 871	9	13	242	396	839	901	330	3 315	399	6 422	1 410	37
13. Querfurt	12 137	313	380	303	16	528	19	5 235	6 794	411	22	616	1 126	2 496	3 219	3 157	9 479	1 265	21 358	11 704	780
14. Saalkreis	15 027	278	206	207	10	383	4	4 508	5 596	449	39	399	710	1 521	2 307	3 188	6 245	988	15 358	6 942	247
15. Sangerhausen	13 819	302	278	220	13	388	17	4 013	5 231	249	34	644	1 203	2 488	2 690	1 240	10 720	794	19 779	8 930	290
16. Schweinitz	7 563	591	463	379	6	627	4	4 648	6 718	8	15	966	2 129	4 465	4 419	1 174	13 449	1 511	28 113	1 462	75
17. Torgau	9 268	567	557	461	10	560	22	5 563	7 740	111	9	991	2 018	3 672	4 259	1 869	12 949	1 405	27 163	3 071	140
18. *Weißenfels	1 393	18	10	8	4	32	1	403	476	6	—	10	7	24	20	66	73	21	221	70	7
19. Weißenfels	13 444	409	392	281	5	454	7	4 840	6 388	191	11	636	1 201	2 716	3 098	2 317	10 501	1 355	21 824	4 457	150
20. *Wittenberg	1 539	9	14	33	—	20	—	463	539	1	—	18	46	145	80	8	577	52	926	12	—
21. Wittenberg	9 134	513	421	378	6	553	3	4 203	6 077	35	37	994	1 885	3 901	3 900	951	11 797	1 469	24 897	1 556	79
22. *Zeitz	1 788	6	—	10	—	31	—	378	425	10	—	3	3	7	6	32	65	5	121	13	1
23. Zeitz	6 177	229	233	157	3	234	3	2 466	3 325	31	9	431	744	1 734	1 954	934	6 110	972	12 879	2 013	49
17. Reg.-Bez. Erfurt.																					
1. *Erfurt	3 280	15	15	8	—	71	2	1 346	1 457	4	—	7	22	40	31	56	183	72	411	98	6
2. Erfurt	5 058	138	196	166	12	287	5	2 025	2 829	9	1	389	704	1 577	1 545	596	5 974	497	11 282	2 305	72
3. Grafschaft Hohenstein	9 206	233	243	173	8	333	1	2 501	3 492	70	2	400	754	2 000	2 153	500	7 290	644	13 741	4 045	164
4. Heiligenstadt	7 452	216	227	177	5	223	4	1 946	2 798	24	4	271	564	1 439	1 515	613	5 705	563	10 670	2 514	88
5. Langensalza	6 496	147	269	345	6	505	3	1 973	3 248	29	1	605	978	2 150	2 154	783	7 765	869	15 304	4 426	78
6. *Mühlhausen	2 473	13	22	21	1	44	—	452	553	4	4	19	31	43	61	52	193	26	425	232	8
7. Mühlhausen	7 043	133	232	246	6	319	5	1 367	2 308	—	—	327	513	1 194	1 419	370	6 100	537	10 460	3 011	69
8. *Nordhausen	1 727	7	1	2	—	21	—	507	538	12	—	10	14	26	27	66	144	7	294	98	—
9. Schleusingen	8 721	16	20	23	—	68	—	722	849	5	—	183	278	834	1 016	207	4 875	407	7 800	189	5
10. Weißensee	5 370	110	156	205	3	344	5	1 808	2 631	53	1	399	619	1 407	1 491	855	5 218	593	10 582	3 243	86
11. Worbis	9 095	218	174	157	8	215	6	2 034	2 812	7	1	253	657	1 406	1 656	601	6 268	498	11 339	2 952	66
12. Ziegenrück	3 277	56	40	44	—	99	—	738	977	—	1	249	427	1 107	1 033	261	3 338	485	6 900	552	20
18. Reg.-Bez. Schleswig.																					
1. *Altona	4 735	7	5	11	—	63	—	1 726	1 812	50	—	1	5	16	29	5	123	240	419	8	1
2. Bordesholm	7 747	767	689	527	15	660	13	3 948	6 619	13	5	926	753	5 170	5 056	481	13 237	1 651	27 274	357	35
3. Eckernförde	7 917	897	877	707	22	913	25	4 891	8 332	5	4	1 377	982	7 094	6 646	1 027	19 452	2 552	39 130	920	112
4. Eiderstedt	3 149	609	717	326	26	460	17	1 270	3 425	—	—	435	508	4 242	4 685	1 455	6 228	1 193	18 746	4 725	317
5. *Flensburg	2 799	12	13	15	—	81	—	698	819	—	—	19	25	126	166	24	617	22	999	14	3
6. Flensburg	7 459	1 165	830	855	8	1 464	15	5 143	9 480	8	5	1 642	1 746	11 346	9 740	975	24 922	1 831	52 202	1 293	125
7. Herzogtum Lauenburg	10 588	719	720	663	19	869	6	5 908	8 904	26	12	744	874	4 484	5 085	481	18 347	1 734	31 749	2 988	197
8. Husum	7 120	1 572	1 064	902	29	1 540	82	3 909	9 098	5	1	1 824	2 909	11 073	12 532	3 403	17 495	2 999	52 235	6 497	462
9. Insel Helgoland	79	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2
10. *Kiel	9 286	11	17	38	—	79	—	1 431	1 576	15	2	13	16	50	44	35	312	59	529	81	10
11. *Neumünster	3 280	12	12	11	2	30	1	357	425	1	1	21	20	116	105	29	362	37	690	8	2
12. Norderdithmarschen	6 681	1 233	1 021	809	20	1 381	14	4 698	9 176	3	—	1 306	2 079	11 555	13 653	6 052	13 144	3 100	50 889	1 482	110
13. Oldenburg	8 368	849	882	826	23	1 153	13	6 176	9 922	4	6	1 981	936	5 884	6 554	949	18 426	2 007	36 737	1 699	93
14. Pinneberg	19 863	1 113	848	680	22	796	17	6 475	9 951	27	20	1 059	1 606	8 396	9 109	1 487	18 394	2 523	42 574	1 081	150
15. Plön	9 191	957	943	738	18	937	20	5 969	9 582	12	5	1 651	838	6 956	6 774	981	20 309	2 691	40 200	2 190	108
16. Rendsburg	10 053	1 921	1 537	1 121	32	1 563	36	6 483	12 693	3	7	1 829	2 812	14 064	12 936	1 450	25 962	3 334	62 387	1 321	133
17. Schleswig	10 908	1 573	1 182	1 156	26	1 977	21	5 896	11 831	3	3	1 691	2 320	14 327	12 304	1 247	29 422	2 280	63 591	1 689	186
18. Segeberg	8 719	1 245	1 175	830	13	1 134	12	6 369	10 778	4	9	1 896	1 337	9 714	9 490	1 210	24 747	2 492	50 886	1 069	99
19. Steinburg	12 534	2 381	1 680	1 121	39	1 307	64	6 612	13 204	13	5	1 568	1 477	15 537	14 034	2 330	21 267	3 103	59 316	2 345	182
20. Stormarn	16 719	881	813	742	22	915	26	6 328	9 727	19	9	818	934	5 532	6 526	671	21 783	2 164	38 428	1 478	117
21. Süderdithmarschen	9 595	1 902	1 466	1 173	26	1 283	30	6 299	12 179	—	—	1 618	2 016	12 823	13 602	3 441	16 226	2 952	52 678	2 834	171
22. Süd Tondern	5 934	1 213	872	802	24	1 271	15	2 668	6 865	—	—	1 748	2 422	8 993	10 877	2 973	14 925	2 423	44 361	7 044	441
23. *Wandsbek	2 486	2	2	4	—	44	—	370	422	5	—	—	4	5	47	1	135	29	221	36	5
19. Reg.-Bez. Hannover.																					
1. Diepholz	4 373	411	321	281	2	381	1	2 431	3 828	—	2	917	1 979	3 889	4 330	936	10 504	1 438	23 993	1 290	141
2. Hameln-Pyrmont	12 917	435	389	322	13	531	10	4 060	5 760	23	23	550	1 009	2 423	2 681	838	9 808	654	17 963	2 402	167
3. *Hannover	11 637	51	58	90	1	161	9	3 330	3 700	25	5	24	57	233	322	67	1 174	217	2 094	276	17
4. Hannover	4 811	187	163	136	4	169	7	1 781	2 447	21	6	194	308	879	1 176	334	3 946	326	7 163	1 061	34
5. Hoya	5 219	453	430	480	3	577	4	3 371	5 318	6	14	690	1 163	4 163	4 435	543	10 679	833	22 506	1 134	59
6. Linden	8 041	226	177	155	8	206	5	2 469	3 246	40	5	356	559	1 453	1 830	779	5 501	457	10 935	1 196	65
7. Neustadt a. Rübenbge.	6 568	281	277	243	—	318	3	3 119	4 241	5	1	407	747	2 222	2 665	301	9 075	875	16 292	2 223	82
8. Nienburg	4 865	213	223	270	1	310	4	2 325	3 346	4	—	394	876	2 549	2 618	290	7 889	581	15 197	1 114	123
9. Springe	6 718	280	249	174	5	316	8	3 200	4 232	49	4	455	748	1 766	2 276	1 180	6 426	678	13 529	2 689	132
10. Stolzenau	5 748	358	392	367	1	432	1	2 417	3 968	—	1	714	1 594	3 286	3 428	653	12 248	886	22 809	2 753	144
11. Sulingen	3 872	295	297	328	7	422	—	2 545	3 894	1	2	656	1 343	3 234	2 997	911	9 496	498	19 135	2 082	151
12. Syke	8 481	635	569	607	2	910	25	5 023	7 771	6	3	706	1 557	5 739	6 400	992	16 613	1 330	33 337	787	105
20. Reg.-Bez. Hildesheim.																					
1. Alfeld	5 705	109	100	81	3	231	2	1 563	2 089	4	2	305	546	1 267	1 401	372	4 643	255	8 789	1 224	63
2. Duderstadt	5 079	172	157	129	1	186	5	1 647	2 297	—	—	235	442	1 107	1 294	300	4 115	295	7 788	2 293	33
3. Einbeck	4 875	102	211	172	40	158	8	1 621	2 312	79	3	329	629	1 268	1 414	600	5 423	197	9 860	1 978	72
4. *Göttingen	2 503	7	—	1	—	26	—	408	442	2	1	3	—	—	10	32	132	20	197	7	—
5. Göttingen	7 088	314	268	221	18	392	13	2 905	4 131	35	5	559	806	2 192	2 523	1 405	6 732	696	14 913	5 233	117
6. *Goslar	1 559	7	10	18	2	22	—	289	348	15	1	3	20	47	90	10	169	69	408	131	6

am 1. Dezember 1922.

Schafe			6. Schweine									7. Ziegen				8.	9. Federvieh					10. Bienenstöcke (Bienenvölker)			Wiederholung der Spalte 1
1 Jahr alte und ältere		überhaupt	Unter 1/2 Jahr alte Schweine		1/2 bis noch nicht 1 Jahr alt			1 Jahr alte und ältere			überhaupt	Unter 1 Jahr alte Ziegen und Ziegenböcke einschl. Lämmer	1 Jahr alte und ältere		überhaupt	Zahme Kaninchen	Gänse (Gänseriche, Gänse und Gänseküken)	Enten (Enteriche, Enten und Entenküken)	Hühner (Hähne, Hühner und Küken)	Trut- u. Perlhühner (Hähne, Hühner und Küken)	überhaupt	mit beweglichen Waben	mit unbeweglichen Waben	überhaupt	
Mutterschafe (Zibben)	Hammel (Schöpse)		Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht 1/2 Jahr alte Schweine	Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine			Ziegenböcke	Ziegen (Geißen)											
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	
																									16.
1 872	527	3 846	2 291	3 404	62	471	2 877	37	586	922	10 650	1 395	120	1 958	3 473	4 991	4 570	1 394	29 481	514	35 959	900	110	1 010	12.
22386	4 070	38 940	7 082	13 315	144	1 146	12070	83	1 095	4 581	39 516	3 423	456	9 677	13556	14 875	19162	5 518	131 351	1 671	157 702	1 808	263	2 071	13.
12876	2 347	22 412	5 657	13 220	172	451	7 672	69	788	8 110	36 139	3 959	463	10012	14434	19 267	12699	5 028	119 242	1 771	138 740	1 420	237	1 657	14.
19936	1 384	30 540	5 224	8 698	128	800	11779	61	1 068	3 512	31 270	3 599	381	11711	15691	6 173	14087	2 978	126 304	1 301	144 670	1 930	264	2 194	15.
3 185	606	5 328	6 913	11 481	161	1 729	6 835	102	3 591	2 915	33 727	1 125	78	3 311	4 514	7 187	10099	1 413	83 758	553	95 823	1 640	1 268	2 908	16.
4 939	683	8 833	6 179	11 083	187	1 383	8 230	129	2 193	2 436	31 820	2 036	237	6 430	8 703	7 940	14912	2 864	82 760	1 514	102 050	2 142	769	2 911	17.
210	24	311	86	322	1	5	377	—	12	120	923	134	22	411	567	2 525	344	263	6 785	55	7 447	60	12	72	18.
6 105	1 806	12 518	6 664	13 631	168	1 083	11456	148	1 937	3 566	38 653	4 799	369	7 955	13123	29 593	23441	5 800	99 612	1 113	129 966	2 102	272	2 374	19.
1	9	22	93	479	—	20	832	—	18	213	1 655	120	6	710	836	2 901	309	79	9 137	24	9 549	101	85	186	20.
2 215	752	4 602	5 597	9 462	163	1 112	8 311	126	2 510	2 427	29 708	1 585	97	7 720	9 402	14 208	13013	3 604	89 161	810	106 588	1 714	701	2 415	21.
5	3	22	60	327	—	8	263	—	5	74	737	123	45	422	590	5 015	380	232	7 284	15	7 911	52	14	66	22.
2 490	345	4 897	3 039	6 184	93	394	4 724	102	1 155	1 556	17 247	2 427	138	3 824	6 389	13 471	10967	2 525	41 767	573	55 832	1 205	146	1 351	23.
																									17.
74	68	246	228	585	3	6	651	3	13	168	1 657	339	79	1 071	1 489	6 465	480	413	19 648	136	20 677	315	17	332	1.
3 635	578	6 590	2 936	5 223	35	640	4 094	31	624	1 406	14 989	1 753	335	4 465	6 553	5 949	6 837	1 715	69 436	807	78 795	1 543	174	1 717	2.
10371	1 067	15 647	3 852	6 344	93	506	7 657	49	834	3 331	22 666	2 206	201	8 186	10593	3 206	7 358	1 762	75 349	694	85 163	1 772	393	2 165	3.
5 748	565	8 915	3 774	5 964	54	611	7 916	62	1 044	4 319	23 744	1 592	134	7 811	9 537	1 206	9 462	1 755	59 132	268	70 617	1 970	243	2 213	4.
7 800	1 436	13 740	3 430	7 983	58	740	7 299	46	745	1 460	21 761	2 220	357	4 449	7 026	2 736	9 295	1 605	83 580	1 154	95 634	2 196	153	2 349	5.
364	40	644	316	776	13	31	877	10	47	340	2 410	299	98	934	1 331	2 256	513	277	14 383	130	15 303	369	50	419	6.
6 510	939	10 529	2 700	5 120	42	469	7 747	35	748	1 906	18 767	1 591	104	7 064	8 759	1 059	8 761	831	60 456	258	70 306	1 754	135	1 889	7.
16	48	162	173	426	2	17	503	6	18	463	1 608	133	20	503	656	1 804	148	298	9 823	145	10 414	108	4	112	8.
424	36	654	592	2 405	6	32	4 360	4	70	812	8 281	1 630	83	10316	12029	3 375	4 199	727	38 862	108	43 896	656	238	894	9.
6 648	625	10 602	2 752	5 162	36	531	4 334	33	675	1 353	14 876	1 681	241	4 696	6 618	3 319	6 092	1 401	71 081	727	79 301	1 330	255	1 585	10.
6 925	520	10 463	4 641	6 589	45	390	9 204	38	855	4 789	26 551	2 196	125	10967	13288	1 132	8 366	872	72 730	354	82 322	1 339	283	1 622	11.
1 300	233	2 105	1 329	3 849	22	194	2 020	16	360	340	8 130	727	29	4 201	4 957	5 066	5 424	569	26 994	168	33 155	793	185	978	12.
																									18.
11	3	23	187	469	1	18	567	2	2	90	1 336	93	14	203	310	2 153	431	691	39 289	87	40 498	36	9	45	1.
1 046	142	1 580	5 189	8 874	70	678	4 695	69	1 634	1 384	22 593	490	37	2 008	2 535	2 745	4 802	3 995	94 694	1 311	104 802	3 501	2 216	5 717	2.
1 962	102	3 096	9 066	11 610	153	1 106	5 749	136	3 235	1 768	32 823	517	33	1 532	2 082	1 758	5 077	4 587	113 807	1 464	124 935	2 209	2 016	4 225	3.
12794	183	18 019	552	1 584	19	184	601	12	132	111	3 195	42	4	110	156	302	765	3 557	22 985	59	27 366	550	186	736	4.
9	6	32	482	1 054	—	19	295	6	21	49	1 926	76	9	260	345	1 042	193	331	21 229	39	21 792	41	49	90	5.
1 989	82	3 489	8 035	16 687	170	1 578	3 679	86	1 972	810	33 017	240	32	743	1 015	659	2 801	2 369	123 286	385	128 841	2 237	1 893	4 130	6.
8 149	745	12 079	7 995	11 442	158	1 130	9 011	160	2 737	3 803	36 436	619	54	4 551	5 224	1 521	10060	3 657	134 820	789	149 326	2 951	1 248	4 199	7.
15472	273	22 704	4 697	10 308	70	1 221	2 694	40	830	746	20 606	158	28	526	712	854	2 231	3 523	83 016	154	88 924	1 226	996	2 222	8.
14	—	16	—	—	—	—	3	—	—	15	18	3	1	17	21	65	4	54	1 069	2	1 129	—	—	—	9.
27	5	123	809	2 196	—	8	913	—	11	228	4 165	337	20	875	1 232	4 259	1 029	1 076	63 314	144	65 563	254	245	499	10.
12	1	23	429	1 828	4	24	976	4	52	50	3 367	52	3	148	203	1 842	292	169	20 077	342	20 880	143	94	237	11.
2 043	99	3 734	5 821	12 594	52	1 175	4 834	58	1 127	1 297	26 958	214	21	769	1 004	1 822	2 547	4 358	80 617	418	87 940	1 320	487	1 807	12.
3 518	126	5 436	6 462	11 175	105	855	7 793	109	1 739	1 462	29 700	518	37	2 204	2 759	1 126	3 585	5 015	114 893	1 454	124 947	3 346	641	3 987	13.
1 920	102	3 253	11280	38 168	169	1 825	22224	94	1 937	5 017	80 714	1 043	115	3 607	4 765	6 780	7 480	4 244	215 978	1 557	229 259	2 154	1 658	3 812	14.
3 604	331	6 233	6 271	9 792	131	924	7 471	120	2 500	1 422	28 631	702	53	2 658	3 413	1 747	4 429	5 254	123 777	1 600	135 060	6 578	1 821	8 399	15.
2 429	33	3 916	11366	21 551	174	1 999	7 600	111	3 268	1 996	48 065	716	69	2 323	3 108	2 772	5 174	2 273	129 668	1 161	138 276	2 386	3 352	5 738	16.
3 164	101	5 140	10540	21 985	249	1 825	5 200	90	3 262	1 203	44 354	382	47	1 312	1 741	2 247	3 763	2 382	146 928	437	153 510	2 726	2 510	5 236	17.
2 681	84	3 933	10538	18 456	156	1 142	9 683	124	2 605	3 419	46 123	724	41	3 332	4 097	1 326	7 265	4 144	125 998	1 400	138 807	5 111	4 497	9 608	18.
3 581	88	6 196	12321	40 193	279	2 530	18605	134	3 094	3 233	80 389	742	72	3 142	3 956	5 189	2 893	4 064	137 789	643	145 389	2 737	2 977	5 714	19.
3 085	209	4 889	10030	17 066	117	1 128	11777	122	2 505	5 032	47 777	1 087	105	5 256	6 448	5 016	10433	6 012	199 380	1 744	217 569	3 710	2 129	5 839	20.
4 679	251	7 935	7 583	19 055	130	1 854	6 129	43	1 438	1 903	38 135	493	57	1 815	2 365	2 692	5 147	5 856	114 040	605	125 648	2 084	1 185	3 269	21.
15379	348	23 212	1 520	4 532	53	457	1 195	20	271	242	8 290	75	14	309	398	328	4 309	5 562	55 433	109	65 413	890	821	1 711	22.
32	16	89	198	593	2	8	311	—	12	232	1 356	114	2	265	381	1 444	394	449	18 795	23	19 661	159	16	175	23.
																									19.
2 770	176	4 377	4 773	4 905	45	1 528	3 276	40	3 031	1 695	19 293	234	9	810	1 053	73	4 802	877	60 159	73	65 911	108	994	1 102	1.
6 326	487	9 382	6 873	11 495	53	705	10729	64	1 447	6 210	37 576	1 855	96	11833	13784	1 947	7 173	2 193	98 734	765	108 865	860	471	1 331	2.
462	58	813	1 405	2 885	43	187	3 401	8	220	1 723	9 872	962	61	4 671	5 694	8 682	1 311	777	63 772	591	66 451	218	270	488	3.
2 693	103	3 891	2 229	3 848	39	240	3 268	12	620	2 053	12 309	483	25	3 763	4 271	873	1 833	606	37 937	259	40 635	199	483	682	4.
2 371	76	3 640	19345	10 457	118	1 158	7 098	85	6 307	2 429	46 997	341	33	2 277	2 651	112	2 191	1 358	88 107	268	91 924	158	1 375	1 533	5.
2 994	175	4 430	3 314	6 513	27	353	6 000	30	782	3 261	20 280	906	67	8 347	9 320	605	1 768	702	53 484	390	56 344	202	298	500	6.
5 178	334	7 817	6 911	7 884	67	1 018	6 217	48	3 072	3 332	28 549	667	36	4 838	5 541	361	3 101	554	62 164	245	66 064	330	1 256	1 586	7.
2 480	115	3 832	7 421	5 844	59	963	4 813	45	3 090	1 705	23 940	405	21	2 634	3 060	247	974	271	55 343	610	57 198	91	1 374	1 465	8.
7 013	542	10 376	3 994	7 263	32	298	5 870	50	657	3 961	22 125	1 156	86	8 088	9 330	523	2 759	1 220	55 335	863	60 177	51	490	541	9.
6 029	187	9 113	8 101	10 831	85	2 048	5 457	55	3 450	3 044	33 071	435	23	2 263	2 721	140	2 372	485	80 709	171	83 737	258	1 190	1 448	10.
5 146	100	7 479	9 014	4 891	73	1 304	4 254	59	4 127	3 484	27 206	194	16	926	1 136	87	1 492	526	61 961	101	64 080	322	1 346	1 668	11.
1 572	72	2 536	20139	19 176	130	2 438	9 765	82	7 068	4 786	63 584	587	66	3 238	3 891	200	2 581	899	140 580	245	144 305	479	1 263	1 742	12.
																									20.
4 022	103	5 412	3 157	5 723	25	370	4 567	33	593	2 881	17 349	825	95	5 979	6 899	702	2 477	1 135	42 655	570	46 837	203	341	544	1.
4 597	407	7 330	4 105	5 923	27	354	4 629	39	1 142	5 476	21 695	1 054	40	4 726	5 820	523	6 837	445	44 918	378	52 578	513	184	697	2.
6 703	870	9 623	3 435	5 894	30	401	6 040	32	703	2 582	19 120	669	37	4 493	5 199	878	5 065	907	38 902	239	45 113	407	283	690	3.
9	14	30	312	630	6	47	872	1	12	447	2 327	106	10	764	880	1 575	342	205	14 632	48	15 227	163	117	280	4.
10875	1 163	17 388	5 542	9 545	99	1 082	7 422	85	1 977	5 684	31 436	1 945	86	8 108	10139	1 379	13239	1 506	73 153	939	88 837	1 072	434	1 506	5.
426	32	595	318	380	2	3	423	8	65	499	1 698	143	3	693	839	891	141	69	9 635	110	9 955	201	2	203	6.

Kreise (* = Stadtkreise)	Viehhaltende Haushaltungen	1. Pferde (ohne Militärpferde): Unter 1 Jahr alte Fohlen	1 bis noch nicht 2 Jahre alte Pferde	2 bis noch nicht 3 Jahre alte Pferde	3 bis noch nicht 5 Jahre alte: Zuchthengste	3 bis noch nicht 5 Jahre alte: alle anderen 3 bis noch nicht 5 Jahre alten Pferde	5 Jahre alte und ältere: Zuchthengste	5 Jahre alte und ältere: alle anderen 5 Jahre alten und älteren Pferde	überhaupt	2. Maultiere und Maulesel	3. Esel	4. Rindvieh: Kälber: Unter 6 Wochen alt	Kälber: 6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alt	Jungvieh: 3 Monate bis noch nicht 1 Jahr alt	Jungvieh: 1 bis noch nicht 2 Jahre alt	2 Jahre altes und älteres Rindvieh: Bullen, Stiere und Ochsen	Milchkühe	die übrigen Kühe, auch Färsen, Kalbinnen	überhaupt	5 …: Unter 1 Jahr alte Schafe und Schafböcke einschl. Lämmer	un…: Schafböcke
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Noch: 20. Reg.-Bez. Hildesheim.																					
7. Goslar	7 025	203	234	203	12	232	9	2 747	3 640	36	9	388	658	1 374	1 980	1 249	6 166	492	12 307	5 664	186
8. Gronau	4 400	139	119	97	15	145	15	1 538	2 068	26	4	310	412	808	1 333	736	3 437	337	7 373	2 430	87
9. *Hildesheim	3 162	12	5	3	—	13	—	555	588	9	2	6	15	17	25	28	127	54	272	168	7
10. Hildesheim	5 634	166	130	133	6	212	2	2 490	3 139	69	6	296	430	996	1 527	1 375	5 141	460	10 225	1 775	53
11. Ilfeld	3 160	71	66	60	3	98	5	708	1 011	13	—	127	235	549	589	112	2 367	177	4 156	1 077	35
12. Marienburg i. Hann	7 927	252	228	213	9	279	37	3 600	4 618	57	10	525	916	2 094	2 672	2 261	8 455	791	17 714	3 916	198
13. Münden	4 097	127	125	97	3	137	3	1 272	1 764	15	4	199	324	869	999	324	3 567	340	6 622	1 708	33
14. Northeim	6 189	184	189	170	15	276	3	1 756	2 593	25	6	397	630	1 509	1 702	1 165	5 615	553	11 571	3 812	104
15. Osterode am Harz	7 914	191	173	143	6	239	4	1 877	2 633	8	1	427	725	1 783	1 918	285	7 670	228	13 036	4 504	75
16. Peine	9 762	204	233	221	1	279	1	2 871	3 810	18	1	636	973	2 066	2 695	2 032	8 668	637	17 707	2 170	57
17. Uslar	3 919	125	112	107	3	118	4	1 171	1 640	8	1	249	528	1 071	1 277	560	3 953	377	8 015	1 505	41
18. Zellerfeld	3 374	3	1	8	—	35	—	528	575	1	1	43	101	411	493	33	1 802	106	2 989	67	17
21. Reg.-Bez. Lüneburg.																					
1. Bleckede	2 940	325	303	308	2	355	1	2 526	3 820	4	3	494	575	2 165	2 290	247	8 048	735	14 554	737	110
2. Burgdorf	9 674	501	461	321	11	579	7	4 241	6 121	21	6	714	1 102	3 482	4 264	1 337	13 007	1 216	25 122	2 666	186
3. *Celle	1 875	1	4	1	126	48	250	223	653	5	—	8	12	34	58	12	192	9	325	24	4
4. Celle	7 930	399	399	322	8	443	6	3 699	5 276	44	7	917	1 377	3 623	3 930	828	12 411	1 181	24 267	4 230	367
5. Dannenberg	2 724	167	172	145	—	179	—	1 675	2 338	—	1	261	402	1 480	1 301	50	4 697	500	8 691	395	50
6. Fallingbostel	6 321	343	266	280	1	416	3	3 616	4 925	7	2	681	886	2 771	3 264	443	10 916	1 104	20 065	2 131	206
7. Gifhorn	7 193	295	361	298	5	458	4	3 714	5 135	8	—	732	1 222	3 222	3 408	1 199	12 518	789	23 090	3 632	213
8. *Harburg	3 750	5	11	2	—	14	—	599	631	2	1	1	18	17	29	14	140	10	229	28	8
9. Harburg	9 017	487	410	448	5	617	6	3 775	5 748	13	14	363	718	2 761	2 978	458	10 535	899	18 712	1 455	160
10. Isenhagen	3 698	285	309	343	9	441	3	1 921	3 311	21	11	647	1 197	2 365	2 243	481	8 155	689	15 777	3 145	279
11. Lüchow	6 006	412	377	326	4	462	1	3 559	5 141	5	6	615	1 223	3 719	3 358	205	11 938	937	21 995	701	173
12. *Lüneburg	2 078	2	2	7	—	16	—	278	305	—	—	3	5	10	16	3	101	20	158	10	3
13. Lüneburg	4 417	263	216	240	3	383	1	2 735	3 841	7	1	488	492	1 516	1 811	330	6 981	601	12 219	1 169	75
14. Soltau	4 317	193	192	279	1	357	—	1 752	2 774	6	1	325	332	1 093	1 209	285	5 814	323	9 381	2 728	229
15. Uelzen	9 329	617	561	665	8	993	12	5 788	8 644	12	2	963	1 549	3 932	4 100	1 211	13 371	1 368	26 494	1 527	219
16. Winsen	5 510	344	343	322	16	456	1	2 830	4 312	2	5	672	822	2 429	2 832	390	9 522	863	17 530	962	69
22. Reg.-Bez. Stade.																					
1. Achim	4 877	279	209	246	2	288	8	2 023	3 055	1	1	243	565	2 019	2 282	180	6 892	515	12 696	614	83
2. Blumenthal	5 980	219	162	147	2	195	—	988	1 713	—	2	219	341	1 753	1 911	334	2 822	600	7 980	371	35
3. Bremervörde	3 793	341	316	264	2	361	—	2 736	4 020	2	—	707	1 228	2 598	2 731	315	8 815	624	17 018	2 427	247
4. *Geestemünde	2 408	18	12	22	2	25	—	367	446	2	—	56	39	160	197	56	459	83	1 050	28	3
5. Geestemünde	4 048	502	389	345	3	452	3	2 961	4 655	1	5	1 173	1 403	5 503	6 020	914	9 959	1 626	26 598	1 954	169
6. Hadeln	3 446	705	552	437	11	449	—	2 254	4 408	2	—	768	691	3 758	4 313	1 239	5 741	1 331	17 841	1 036	93
7. Jork	3 502	277	279	199	1	302	—	1 733	2 791	—	1	155	391	2 523	2 298	196	3 059	384	9 006	1 214	210
8. Kehdingen	3 713	947	876	703	8	653	8	2 135	5 330	4	1	333	630	3 521	4 309	2 394	3 516	1 303	16 006	2 481	192
9. *Lehe	2 849	12	10	20	—	40	—	233	315	—	—	47	40	85	111	12	350	66	711	27	3
10. Lehe	4 324	602	494	396	3	506	—	2 591	4 592	1	—	1 189	1 084	5 726	6 566	1 132	8 989	1 789	26 475	1 323	110
11. Neuhaus a/d. Oste	5 680	896	770	661	2	681	5	2 985	6 000	—	1	606	1 071	4 583	5 067	1 614	8 332	1 471	22 744	2 589	176
12. Osterholz	5 623	435	365	284	—	420	3	2 887	4 394	1	1	573	1 343	4 229	4 304	699	10 279	1 422	22 849	1 547	223
13. Rotenburg (Hann.)	4 756	485	602	527	1	509	—	3 635	5 759	5	4	635	1 082	2 949	3 322	380	11 519	857	20 744	4 117	298
14. Stade	6 747	642	546	509	1	569	8	4 266	6 541	3	2	854	1 657	4 752	4 591	498	12 498	1 416	26 266	2 051	155
15. Verden	4 335	299	258	237	2	305	7	2 506	3 614	3	6	299	487	2 650	2 770	267	7 189	534	14 196	843	88
16. Zeven	3 322	571	449	419	6	561	—	3 562	5 568	4	—	533	1 014	2 932	2 881	278	9 864	797	18 299	3 908	333
23. Reg.-Bez. Osnabrück.																					
1. Aschendorf	4 140	305	372	369	13	479	2	1 607	3 147	1	7	289	783	2 953	3 245	133	7 711	1 041	16 155	4 486	395
2. Bersenbrück	8 679	785	765	692	4	994	10	4 968	8 218	4	5	749	1 075	3 997	3 933	728	21 752	804	33 038	931	71
3. Grafschaft Bentheim	7 880	696	639	456	6	783	5	3 107	5 692	12	—	563	1 105	3 831	4 487	596	14 725	1 637	26 944	3 366	160
4. Hümmling	3 429	171	629	579	1	560	—	1 691	3 631	—	—	497	922	2 112	2 092	267	8 852	371	15 113	5 300	678
5. Iburg	5 144	170	178	197	1	260	1	1 803	2 610	—	4	235	316	1 014	1 049	413	9 037	273	12 337	180	26
6. Lingen	6 005	367	397	477	4	534	2	3 022	4 803	4	1	584	1 437	3 227	2 748	760	14 121	519	23 396	921	75
7. Melle	4 732	161	179	229	—	396	3	1 496	2 464	1	—	218	317	1 028	1 073	114	7 833	281	10 864	333	24
8. Meppen	4 493	278	349	309	2	346	9	2 521	3 814	2	1	425	881	2 464	2 437	398	9 359	747	16 711	4 021	332
9. *Osnabrück	5 618	8	10	5	1	24	1	863	912	2	1	9	24	62	85	29	616	26	851	41	14
10. Osnabrück	5 304	215	193	161	3	253	—	1 709	2 534	3	3	194	422	1 315	1 328	178	8 011	301	11 749	454	43
11. Wittlage	3 152	150	186	196	—	212	—	1 369	2 113	6	4	244	392	1 008	1 134	196	7 708	158	10 840	515	45
24. Reg.-Bez. Aurich.																					
1. Aurich	7 900	965	697	705	9	924	1	3 131	6 432	—	2	309	711	8 429	7 155	288	17 131	4 203	38 226	2 897	182
2. *Emden	1 832	22	18	8	—	28	—	246	322	—	—	3	34	125	105	3	563	60	893	75	1
3. Emden	4 602	695	653	475	21	611	34	2 084	4 573	—	4	108	66	4 807	3 022	125	8 170	1 723	18 021	2 237	61
4. Leer	10 537	665	781	689	4	762	4	2 756	5 661	1	—	327	802	7 087	5 593	632	19 423	3 287	37 151	2 827	68
5. Norden	6 244	670	685	569	8	678	2	2 369	4 981	—	1	267	188	4 677	3 774	206	9 122	1 621	19 855	2 046	39
6. Weener	3 849	554	505	436	21	513	5	1 624	3 658	1	—	45	55	3 668	2 830	58	8 941	1 669	17 266	1 687	23
7. *Wilhelmshaven	1 168	2	—	1	—	4	—	145	152	—	—	—	1	—	1	—	7	1	10	13	—
8. Wittmund	6 965	1 437	1 127	951	13	1 142	22	3 977	8 669	6	—	553	909	9 657	7 339	569	17 213	4 146	40 386	2 827	105

… 1. Dezember 1922.

chafe			6. Schweine									7. Ziegen				8.	9. Federvieh					10. Bienenstöcke (Bienenvölker)			Wiederholung der Spalte 1
ahr alte ältere			Unter ½ Jahr alte Schweine		½ bis noch nicht 1 Jahr alte			1 Jahr alte und ältere					1 Jahr alte und ältere												
Mutterschafe (Zibben)	Hammel (Schöpse)	überhaupt	Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	überhaupt	Unter 1 Jahr alte Ziegen und Ziegenböcke einschl. Lämmer	Ziegenböcke	Ziegen (Geißen)	überhaupt	Zahme Kaninchen	Gänse (Gänseriche, Gänse und Gänseküken)	Enten (Enteriche, Enten und Entenküken)	Hühner (Hähne, Hühner und Küken)	Trut- u. Perlhühner (Hähne, Hühner und Küken)	überhaupt	mit beweglichen Waben	mit unbeweglichen Waben	überhaupt	
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	
																									20.
13439	641	19 930	3 222	6 542	38	415	4 676	72	923	4 693	20 581	1 491	109	7 428	9 028	1 486	2 893	1 763	57 121	775	62 552	261	592	853	7.
4 699	400	7 616	3 156	3 923	24	182	3 015	25	506	2 765	13 596	619	44	4 672	5 335	351	1 501	822	35 791	430	38 544	186	164	350	8.
528	4	707	299	731	4	—	907	1	6	479	2 427	204	5	1 065	1 274	2 115	221	124	19 155	47	19 547	83	119	202	9.
4 650	635	7 113	2 532	6 046	26	167	3 247	52	375	4 356	16 801	941	72	5 313	6 326	754	2 547	881	50 690	721	54 839	104	173	277	10.
3 891	237	4 240	1 239	1 931	11	146	1 997	14	277	1 125	6 740	713	39	2 638	3 390	1 090	2 450	439	25 655	71	28 615	254	40	294	11.
13306	597	18 017	4 609	7 925	55	762	7 658	90	1 144	4 584	26 827	1 572	109	8 852	10533	791	2 650	1 282	74 587	643	79 162	350	449	799	12.
3 642	351	5 734	2 413	4 438	30	324	3 173	29	918	2 596	13 921	726	44	3 831	4 601	734	5 812	594	33 794	422	40 622	632	179	811	13.
9 196	927	14 039	4 762	6 966	50	464	6 437	44	1 006	3 039	22 768	886	118	4 912	5 916	926	9 190	1 099	52 284	195	62 768	548	263	811	14.
10985	500	16 064	4 681	6 815	48	315	9 122	24	678	2 373	24 056	1 085	81	6 728	7 894	981	8 853	755	55 372	345	65 325	723	297	1 020	15.
4 547	278	7 052	5 109	9 354	88	446	7 909	47	1 284	4 530	28 767	1 427	94	8 447	9 968	1 451	3 957	696	80 807	554	86 014	302	446	748	16.
4 194	647	6 387	3 638	6 269	34	607	3 125	49	1 754	3 074	18 550	749	36	3 743	4 528	448	6 929	522	29 698	164	37 313	346	149	495	17.
263	29	376	332	629	—	1	1 171	1	4	449	2 587	391	19	2 322	2 732	432	167	73	12 385	25	12 650	54	24	78	18.
																									21.
1 792	26	2 665	5 411	6 133	69	587	5 810	58	2 472	1 676	22 216	255	17	1 583	1 855	268	3 683	1 390	56 430	564	62 067	404	855	1 259	1.
5 768	374	8 994	7 411	10 387	81	1 135	9 272	87	2 612	3 730	34 715	1 084	92	6 340	7 516	1 323	5 426	1 325	92 728	597	100 076	193	2 261	2 454	2.
77	14	119	155	919	12	6	991	2	22	189	2 296	104	10	742	856	450	171	161	9 811	23	10 166	8	—	8	3.
9 827	281	14 705	6 659	11 057	89	757	9 355	92	2 826	3 379	34 214	959	66	5 383	6 408	587	6 033	1 122	97 972	601	105 728	492	8 054	8 546	4.
1 207	19	1 671	3 787	3 390	20	394	2 773	23	1 852	1 418	13 657	168	13	1 101	1 282	139	2 188	1 170	31 057	150	34 565	314	637	951	5.
5 195	190	7 722	11532	7 596	108	1 421	7 222	103	5 447	3 595	37 024	547	53	3 397	3 997	494	2 940	793	88 516	387	92 636	395	3 549	3 944	6.
8 968	391	13 204	5 934	10 766	87	954	9 406	84	2 255	3 552	33 038	755	76	3 820	4 651	729	8 061	1 095	74 377	779	84 312	502	1 569	2 071	7.
32	10	78	404	1 150	4	20	808	6	30	339	2 761	239	8	645	892	1 519	973	599	30 279	87	31 938	32	348	380	8.
2 999	111	4 725	6 493	10 183	107	1 500	7 103	91	2 299	3 563	31 339	814	77	4 005	4 896	2 132	9 332	2 910	110 564	431	123 237	520	3 138	3 658	9.
6 532	185	10 141	5 309	10 174	96	832	6 908	76	2 303	2 336	28 034	309	25	1 451	1 785	220	4 403	743	49 909	381	55 436	192	2 445	2 637	10.
1 175	18	2 067	9 252	12 185	88	1 174	7 917	68	3 602	3 054	37 340	451	105	1 427	1 983	784	6 777	2 668	80 612	430	90 487	322	1 113	1 435	11.
8	1	22	166	422	4	3	875	3	13	273	1 759	63	10	439	512	1 626	500	119	11 103	69	11 791	384	11	395	12.
3 039	246	4 529	5 243	7 359	89	646	6 741	88	1 919	2 837	24 922	658	66	3 262	3 986	563	3 688	1 033	60 838	343	65 902	532	1 668	2 200	13.
7 689	63	10 709	4 053	5 839	69	607	4 711	80	1 812	1 755	18 926	529	30	3 113	3 672	268	3 036	728	62 309	473	66 546	734	6 547	7 281	14.
3 684	265	5 695	10691	15 962	249	1 201	12249	237	4 879	8 894	54 362	1 149	138	7 676	8 963	1 365	9 456	2 352	120 785	1 019	133 612	410	2 693	3 103	15.
2 012	70	3 113	4 977	8 075	51	746	6 567	47	1 886	2 869	25 218	487	39	2 731	3 257	587	7 634	850	74 515	153	83 152	79	2 842	2 921	16.
																									22.
1 652	15	2 364	4 392	7 415	40	815	4 752	19	1 561	1 514	20 508	307	29	1 556	1 892	118	1 058	629	53 030	94	54 811	283	1 120	1 403	1.
696	14	1 116	1 336	5 344	24	430	2 386	19	491	574	10 604	417	21	2 087	2 525	892	1 613	1 308	48 555	348	51 824	736	870	1 606	2.
5 101	204	7 979	4 552	5 911	49	772	3 237	30	1 190	1 633	17 374	137	12	868	1 017	184	1 930	1 050	52 685	130	55 795	249	3 096	3 345	3.
95	9	135	366	1 143	5	19	544	—	17	148	2 242	66	6	391	463	1 092	169	283	16 961	13	17 426	20	132	152	4.
3 650	243	6 016	2 528	5 460	37	823	2 818	25	864	968	13 523	268	19	1 059	1 346	287	2 323	1 702	46 794	206	51 025	300	2 297	2 597	5.
1 846	25	3 000	582	2 919	32	826	2 070	13	210	709	7 361	149	10	593	752	259	1 534	6 074	37 557	260	45 425	149	1 315	1 464	6.
3 117	14	4 555	1 578	4 908	22	872	6 773	10	240	1 244	15 647	201	20	965	1 186	280	1 354	3 700	39 931	68	45 053	27	175	202	7.
4 716	36	7 425	622	2 936	34	931	2 381	12	165	638	7 719	199	13	914	1 126	277	2 335	6 556	38 012	317	47 220	290	872	1 162	8.
45	7	82	305	885	4	12	824	3	13	123	2 169	116	7	487	610	1 401	242	807	21 253	62	22 364	13	67	80	9.
3 267	66	4 766	1 258	4 610	39	967	3 125	13	338	802	11 152	225	26	1 021	1 272	507	2 962	3 159	51 410	187	57 718	277	2 662	2 939	10.
4 461	23	7 249	1 524	5 521	44	988	3 836	11	256	1 208	13 388	289	37	1 126	1 452	388	3 015	7 790	60 602	508	71 915	318	2 362	2 680	11.
2 976	68	4 814	2 103	7 029	40	681	3 272	21	947	856	14 949	426	15	1 971	2 412	228	1 421	1 700	54 720	95	57 936	299	1 824	2 123	12.
8 041	217	12 673	8 441	10 924	83	1 351	6 844	75	3 736	2 132	33 586	383	38	1 370	1 791	202	3 537	1 877	88 712	448	94 574	911	7 113	8 024	13.
4 804	217	7 227	6 903	11 589	107	1 609	6 214	66	1 927	2 989	31 404	407	23	1 864	2 294	1 249	4 050	2 469	93 825	218	100 562	471	3 309	3 780	14.
1 677	98	2 706	7 844	5 824	57	970	4 248	40	3 467	1 600	24 050	385	27	1 786	2 198	219	1 789	502	58 880	164	61 335	96	1 517	1 613	15.
8 413	358	13 012	7 436	6 793	58	989	3 078	41	2 855	2 026	23 276	88	14	629	731	106	2 091	652	69 767	55	72 565	371	3 922	4 293	16.
																									23.
6 963	1 647	13 491	2 746	3 494	21	713	2 206	21	1 651	1 110	11 962	222	9	897	1 128	203	393	492	33 786	77	34 748	156	1 730	1 886	1.
1 895	93	2 990	11375	11 449	214	2 982	7 398	130	5 886	2 414	41 848	433	21	1 919	2 373	375	1 921	2 494	135 938	611	140 964	219	2 692	2 911	2.
6 057	254	9 837	6 638	8 075	58	2 091	3 783	48	3 303	1 798	25 794	476	33	3 411	3 920	874	5 317	989	83 340	58	89 704	613	3 331	3 944	3.
7 611	1 976	15 565	2 317	4 062	35	849	1 542	12	1 280	601	10 698	107	12	369	488	21	253	118	40 714	12	41 097	117	2 615	2 732	4.
478	16	700	3 846	5 969	69	1 259	4 132	45	1 331	1 939	18 590	507	20	2 464	2 991	359	619	367	48 692	126	49 804	311	316	627	5.
2 741	36	3 773	6 025	7 056	94	1 629	4 373	70	3 301	1 505	24 053	231	21	1 293	1 545	342	983	990	77 936	73	79 982	379	2 003	2 382	6.
806	19	1 182	9 116	4 726	78	1 634	4 314	70	4 060	2 402	26 400	250	12	1 280	1 542	379	698	390	55 211	52	56 351	279	341	620	7.
7 329	596	12 278	4 776	5 336	57	1 258	2 909	37	2 945	1 139	18 457	390	27	1 633	2 050	227	894	1 339	56 606	65	58 904	400	2 913	3 313	8.
245	29	329	613	1 299	7	65	1 849	3	87	525	4 448	563	11	2 883	3 457	1 748	358	198	29 557	28	30 141	129	163	292	9.
925	13	1 435	5 861	4 288	100	982	3 108	62	2 350	1 839	18 590	544	20	3 018	3 582	407	994	789	56 886	56	58 725	239	578	817	10.
1 110	39	1 709	5 759	4 617	40	836	2 261	36	1 981	1 434	16 964	1 093	23	876	1 992	211	712	742	46 223	32	47 709	414	568	982	11.
																									24.
5 869	21	8 969	2 220	8 125	64	1 195	3 892	24	227	1 061	16 808	236	6	649	891	907	552	1 908	81 570	58	84 088	239	1 596	1 835	1.
298	—	374	93	545	2	11	265	1	2	72	991	78	9	213	300	965	59	315	12 369	7	12 750	65	104	169	2.
6 126	22	8 446	726	2 542	70	768	2 456	14	192	918	7 686	136	10	435	581	853	367	2 782	41 175	45	44 369	56	189	245	3.
7 038	186	10 119	2 644	8 192	53	948	4 388	9	376	711	17 321	585	27	1 864	2 476	1 440	325	2 674	81 682	810	85 491	315	1 912	2 227	4.
4 011	17	6 113	2 059	5 791	77	581	2 371	14	280	1 139	12 312	396	26	1 058	1 480	1 246	481	2 318	63 745	110	66 654	199	475	674	5.
3 428	42	5 180	756	2 403	55	709	1 505	9	169	718	6 324	169	8	472	649	402	313	1 851	34 320	19	36 503	82	471	553	6.
44	—	57	74	190	2	4	106	—	—	66	442	39	2	86	127	878	98	189	7 952	20	8 259	—	—	—	7.
4 972	7	7 911	1 738	7 210	108	1 579	3 657	15	389	1 300	15 996	392	29	1 138	1 559	908	2 252	3 426	76 166	179	82 023	323	1 739	2 062	8.

Kreise (* = Stadtkreise)	Viehhaltende Haushaltungen	1. Pferde (ohne Militärpferde)								2.	3.	4. Rindvieh								5.	
					3 bis noch nicht 5 Jahre alte		5 Jahre alte und ältere					Kälber		Jungvieh		2 Jahre altes und älteres Rindvieh					
		Unter 1 Jahr alte Fohlen	1 bis noch nicht 2 Jahre alte Pferde	2 bis noch nicht 3 Jahre alte Pferde	Zuchthengste	alle anderen 3 bis noch nicht 5 Jahre alten Pferde	Zuchthengste	alle anderen 5 Jahre alten und älteren Pferde	überhaupt	Maultiere und Maulesel	Esel	Unter 6 Wochen alt	6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alt	3 Monate bis noch nicht 1 Jahr alt	1 bis noch nicht 2 Jahre alt	Bullen, Stiere und Ochsen	Milchkühe	die übrigen Kühe, auch Färsen, Kalbinnen	überhaupt	Unter 1 Jahr alte Schafe und Schafböcke einschl. Lämmer	Schafböcke
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
25. Reg.-Bez. Münster.																					
1. Ahaus	8 345	897	765	682	9	921	3	2 020	5 297	2	6	432	1 342	5 175	4 016	402	15 513	239	27 119	755	54
2. Beckum	11 256	1 076	766	598	17	727	9	4 245	7 438	4	36	308	288	6 791	4 718	421	17 155	554	30 235	1 241	62
3. Borken	8 863	959	899	866	24	909	5	1 965	5 627	8	9	552	1 243	5 638	4 819	491	17 561	528	30 832	1 087	100
4. *Bottrop	7 523	27	20	8	—	100	1	596	752	1	—	1	8	26	49	7	299	83	473	132	25
5. *Buer	9 733	74	50	50	2	145	7	925	1 253	2	—	16	37	148	179	16	871	71	1 338	197	16
6. Coesfeld	8 386	1 282	867	769	34	1 170	25	2 934	7 081	2	13	538	709	5 626	3 705	352	16 164	362	27 456	514	59
7. *Gladbeck	5 629	34	81	22	1	80	—	429	647	1	1	10	21	93	107	24	538	76	869	123	22
8. Lüdinghausen	10 993	1 327	899	682	32	1 100	16	3 523	7 579	7	22	306	348	5 869	3 381	295	14 401	372	24 972	849	40
9. *Münster	4 428	66	70	53	—	134	1	1 077	1 401	—	4	26	38	251	317	42	1 470	61	2 205	46	8
10. Münster	6 973	1 111	827	690	25	1 101	26	3 963	7 743	9	21	422	731	5 334	4 036	488	16 649	286	27 946	533	54
11. *Osterfeld	2 710	7	7	4	—	12	2	146	178	—	—	1	1	7	10	2	71	6	98	69	15
12. *Recklinghausen	4 849	16	23	22	—	70	1	576	708	—	—	2	9	27	40	9	179	15	281	169	10
13. Recklinghausen	22 837	794	611	565	37	840	13	3 179	6 039	9	9	195	359	2 027	2 170	239	10 451	576	16 017	873	85
14. Steinfurt	12 174	958	623	484	16	926	8	3 267	6 282	8	9	518	1 060	4 855	3 667	574	16 201	401	27 276	427	67
15. Tecklenburg	9 898	602	466	448	9	681	14	3 969	6 189	4	2	622	1 289	4 516	4 040	1 150	20 390	1 064	33 071	877	89
16. Warendorf	5 244	602	479	382	57	634	198	2 946	5 298	3	8	229	391	3 629	2 574	570	13 743	211	21 347	580	45
26. Reg.-Bez. Minden.																					
1. *Bielefeld	4 064	6	3	—	—	33	—	770	812	3	—	1	2	12	7	—	79	10	111	7	—
2. Bielefeld	12 096	185	180	155	—	239	3	1 838	2 600	6	4	142	232	766	891	440	5 145	419	8 035	306	30
3. Büren	6 323	667	589	368	15	679	12	3 493	5 823	12	9	444	909	3 966	3 251	342	11 215	677	20 804	4 066	185
4. Halle i./W.	5 814	227	160	177	—	280	2	2 295	3 141	1	2	439	333	1 044	1 232	854	10 975	652	15 529	501	40
5. *Herford	3 560	12	18	23	—	52	—	348	453	—	—	21	32	40	48	9	418	31	599	20	4
6. Herford	16 543	322	441	465	2	665	—	2 970	4 865	9	4	370	583	1 644	1 794	341	11 324	735	16 791	948	65
7. Höxter	9 800	771	525	444	30	791	19	3 219	5 799	6	13	467	765	3 508	3 496	319	9 382	1 169	19 106	1 761	84
8. Lübbecke	9 724	352	599	631	6	622	—	2 450	4 660	—	—	781	1 411	2 604	3 003	264	18 106	672	26 841	1 247	81
9. Minden	17 368	394	469	561	8	805	2	3 570	5 809	5	5	649	1 031	2 731	2 936	362	16 076	1 168	24 953	877	84
10. Paderborn	7 711	389	364	310	6	438	10	3 287	4 804	1	8	260	659	2 807	2 172	287	10 312	344	16 841	1 579	57
11. Warburg	5 535	600	516	358	40	520	18	2 870	4 922	—	3	389	812	2 646	2 924	553	7 954	787	16 065	2 803	74
12. Wiedenbrück	9 845	466	435	276	7	495	3	3 490	5 172	9	11	208	485	3 647	2 964	1 133	16 429	561	25 427	668	38
27. Reg.-Bez. Arnsberg.																					
1. Altena	10 976	350	256	216	5	365	1	1 629	2 822	5	13	306	499	1 975	1 678	670	9 558	631	15 317	445	37
2. Arnsberg	8 900	332	234	179	5	360	8	1 992	3 110	5	20	293	310	2 308	1 687	323	7 388	275	12 584	1 796	60
3. *Bochum	6 069	11	19	41	3	70	—	841	985	15	3	4	4	13	21	10	274	13	339	135	11
4. Bochum	13 842	89	80	110	3	152	2	976	1 412	4	5	19	32	162	179	44	1 182	107	1 725	848	42
5. Brilon	7 216	276	228	139	12	274	3	1 946	2 878	9	8	344	773	2 167	2 092	534	9 449	608	15 967	1 493	45
6. *Dortmund	11 680	57	86	270	3	155	1	2 522	3 094	8	5	15	22	71	104	37	673	66	988	329	18
7. Dortmund	23 857	307	250	220	6	425	10	2 178	3 396	4	6	62	130	593	713	119	2 913	432	4 962	512	48
8. *Gelsenkirchen	8 214	15	3	40	—	83	2	1 013	1 156	15	5	—	—	9	27	15	221	59	331	146	13
9. Gelsenkirchen	13 281	35	44	31	4	168	2	851	1 135	3	1	2	8	33	64	19	433	66	625	435	29
10. *Hagen	2 508	14	6	14	—	24	—	785	843	3	9	2	15	37	82	30	318	10	494	218	9
11. Hagen	6 702	176	112	120	4	201	15	1 120	1 748	6	10	74	163	680	861	117	4 281	259	6 435	493	33
12. *Hamm	3 669	5	9	12	—	44	3	422	495	2	1	4	1	31	34	6	255	34	365	24	3
13. Hamm	15 378	672	629	442	19	698	9	3 895	6 364	10	12	226	371	2 698	2 514	358	8 954	824	15 945	1 366	58
14. Hattingen	8 850	144	131	96	1	173	3	997	1 545	4	17	34	74	511	635	109	3 076	96	4 535	410	49
15. *Herne	4 503	11	9	34	—	60	—	423	537	5	1	1	2	11	6	6	148	11	185	138	11
16. *Hörde	1 504	1	1	—	—	32	—	121	155	—	—	1	—	4	2	3	16	3	29	26	13
17. Hörde	12 485	233	198	135	7	249	8	1 711	2 541	2	21	52	96	456	574	99	3 144	271	4 692	551	47
18. *Iserlohn	1 103	4	—	3	—	9	—	277	293	1	—	—	3	7	11	3	99	—	123	6	2
19. Iserlohn	8 436	265	178	157	19	211	1	1 780	2 611	3	12	95	146	1 180	1 050	134	4 569	161	7 335	500	33
20. Lippstadt	7 204	575	506	307	25	470	19	3 269	5 171	4	26	405	697	3 494	3 083	279	8 267	567	16 792	3 485	65
21. *Lüdenscheid	1 215	1	—	4	—	8	—	170	183	—	—	6	1	23	22	1	121	3	177	10	1
22. Meschede	6 496	353	205	135	9	280	5	1 878	2 865	7	9	759	502	3 315	2 178	475	9 681	352	17 262	2 023	88
23. Olpe	7 908	98	84	53	2	116	2	882	1 237	—	3	272	470	1 981	1 743	611	8 877	469	14 423	275	35
24. Schwelm	5 506	122	95	48	2	150	3	1 048	1 468	3	7	51	138	639	754	53	3 581	219	5 435	277	41
25. Siegen	15 235	8	5	25	—	68	—	741	847	6	8	202	193	942	1 237	426	10 343	377	13 720	710	38
26. Soest	8 642	713	578	440	34	640	22	4 335	6 762	7	31	392	667	3 354	3 264	483	10 641	743	19 544	1 319	48
27. *Witten	2 383	6	12	4	—	24	—	311	357	1	1	7	5	24	26	7	188	21	278	92	1
28. Wittgenstein	4 130	27	22	27	—	74	1	390	541	—	—	267	599	1 741	2 190	815	7 081	704	13 397	747	87
28. Reg.-Bez. Cassel.																					
1. *Cassel	5 033	11	18	22	—	42	—	1 322	1 415	3	1	9	15	34	58	17	345	56	534	121	8
2. Cassel	9 616	191	195	146	4	206	4	1 986	2 732	6	1	360	455	1 034	1 299	365	5 424	493	9 430	1 025	34
3. Eschwege	8 081	189	213	146	4	232	11	1 752	2 547	33	—	350	661	1 591	1 935	1 008	6 894	745	13 184	2 520	101
4. Frankenberg	4 547	238	233	154	3	183	3	1 493	2 307	—	—	528	1 157	2 577	2 515	619	7 728	866	15 990	2 163	31
5. Fritzlar	4 973	224	231	180	3	242	4	1 938	2 822	7	2	470	809	1 860	2 122	974	6 177	657	13 069	2 100	38
6. Fulda	8 327	259	301	215	7	438	2	2 300	3 522	3	2	571	1 353	3 415	3 870	813	11 679	1 539	23 240	1 592	28
7. Gelnhausen	8 220	109	88	92	1	167	1	1 394	1 852	7	8	570	1 224	2 540	2 551	256	10 533	944	18 618	2 117	40
8. Gersfeld	3 668	102	98	70	—	115	—	904	1 289	—	1	429	740	1 981	2 186	367	7 070	1 014	13 787	917	11
9. Grafsch. Schaumburg[1])	9 680	291	265	211	2	347	7	2 805	3 928	2	3	409	970	2 164	1 882	331	8 495	283	14 534	1 102	49

[1]) Statt der fehlenden Ergebnisse sind die Zahlen der Dezemberzählung 1921 eingesetzt.

am 1. Dezember 1922.

Schafe: Jahr alte und ältere: Mutterschafe (Zibben)	Schafe: Hammel (Schöpse)	Schafe: überhaupt	6. Schweine: Unter ½ Jahr alte Schweine: Unter 8 Wochen alte Ferkel	6. Schweine: Unter ½ Jahr alte Schweine: 8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	6. Schweine: ½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchteber	6. Schweine: ½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchtsauen	6. Schweine: ½ bis noch nicht 1 Jahr alte: übrige Schweine	6. Schweine: 1 Jahr alte und ältere: Zuchteber	6. Schweine: 1 Jahr alte und ältere: Zuchtsauen	6. Schweine: 1 Jahr alte und ältere: übrige Schweine	6. Schweine: überhaupt	7. Ziegen: Unter 1 Jahr alte Ziegen und Ziegenböcke einschl. Lämmer	7. Ziegen: 1 Jahr alte und ältere: Ziegenböcke	7. Ziegen: 1 Jahr alte und ältere: Ziegen (Geißen)	7. Ziegen: überhaupt	8. Zahme Kaninchen	9. Federvieh: Gänse (Gänseriche, Gänse und Gänseküken)	9. Federvieh: Enten (Enteriche, Enten und Entenküken)	9. Federvieh: Hühner (Hähne, Hühner und Kücken)	9. Federvieh: Trut- u. Perlhühner (Hähne, Hühner und Kücken)	9. Federvieh: überhaupt	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): mit beweglichen Waben	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): mit unbeweglichen Waben	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): überhaupt	Wiederholung der Spalte 1
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	
																									25.
914	41	1 764	1 832	7 142	103	2 230	7 423	31	586	2 178	21 525	297	30	1 522	1 849	381	3 413	1 284	86 248	126	91 071	752	1 011	1 763	1.
3 244	28	4 575	4 243	9 134	97	1 658	14438	74	1 858	3 098	34 600	1 009	54	5 748	6 811	1 966	2 666	3 297	121 931	529	128 423	1 970	746	2 716	2.
1 486	62	2 735	2 074	7 742	122	2 643	9 687	48	752	1 636	24 704	382	46	1 406	1 834	589	1 837	1 197	82 995	184	86 213	681	809	1 490	3.
611	14	782	435	2 433	5	53	1 817	2	24	417	5 186	274	15	743	1 032	582	2 654	754	39 566	52	43 026	37	14	51	4.
577	39	829	864	4 372	39	151	3 007	25	211	698	9 367	351	31	1 172	1 554	1 014	1 709	665	52 257	158	54 789	71	22	93	5.
1 193	45	1 811	3 048	5 387	201	2 948	9 473	48	999	2 593	24 697	454	38	2 000	2 492	741	2 880	1 792	91 680	136	96 488	1 280	1 117	2 397	6.
276	17	438	635	2 642	18	87	1 922	4	136	321	5 765	237	29	749	1 015	683	1 117	230	31 231	33	32 611	71	20	91	7.
1 537	38	2 464	4 738	7 600	211	1 952	11675	91	2 031	3 028	31 326	702	27	3 553	4 282	1 351	2 871	2 592	110 182	131	115 776	1 370	435	1 805	8.
70	2	126	514	1 157	17	82	2 118	1	97	595	4 581	253	19	1 221	1 493	1 397	479	387	28 873	41	29 780	156	82	238	9.
985	25	1 597	4 217	5 951	179	1 975	9 143	81	1 473	2 886	25 905	446	35	2 607	3 088	652	1 986	1 723	81 145	150	85 004	1 615	847	2 462	10.
190	4	278	134	846	14	5	822	2	10	125	1 958	117	15	314	446	322	476	132	13 778	18	14 404	22	5	27	11.
313	17	509	413	1 692	11	67	1 053	1	52	425	3 714	360	37	862	1 259	845	706	323	21 902	29	22 960	53	22	75	12.
1 937	149	3 044	4 653	12 274	161	1 426	10689	69	1 598	3 292	34 162	1 869	88	5 469	7 426	2 343	6 824	1 775	142 429	540	151 568	503	787	1 290	13.
877	43	1 414	4 491	6 808	183	1 932	10799	95	1 401	3 007	28 716	793	46	4 355	5 194	1 232	1 912	1 186	99 227	142	102 467	800	1 538	2 338	14.
1 445	52	2 463	6 004	10 478	163	2 142	6 932	76	1 821	2 883	30 499	673	33	3 540	4 246	529	1 669	880	118 867	72	121 488	621	1 879	2 500	15.
1 180	36	1 841	2 188	4 052	68	1 559	7 544	28	693	1 859	17 991	262	23	1 919	2 204	384	732	701	60 360	65	61 858	1 157	1 147	2 304	16.
																									26.
11	—	18	55	473	2	5	1 708	—	15	132	2 390	278	8	1 726	2 012	1 529	164	105	19 065	5	19 339	115	70	185	1.
749	59	1 144	3 040	4 047	65	812	7 537	45	1 309	4 693	21 548	1 569	71	11013	12653	1 870	1 010	662	58 708	197	60 577	491	289	780	2.
9 910	361	14 522	4 892	6 018	71	849	9 401	212	1 535	4 094	27 072	670	43	3 202	3 915	198	8 142	1 445	68 662	292	78 541	1 919	594	2 513	3.
986	128	1 655	5 999	7 780	84	1 475	5 421	84	2 161	2 245	25 249	619	27	3 268	3 914	637	779	724	66 749	73	68 325	444	563	1 007	4.
114	4	142	437	1 036	13	76	1 860	6	59	635	4 122	233	12	1 273	1 518	334	140	156	14 546	132	14 974	91	107	198	5.
2 310	284	3 607	8 113	7 189	184	2 902	9 721	84	3 999	7 484	39 676	1 701	67	9 715	11483	3 881	1 520	781	123 933	149	126 383	527	909	1 436	6.
5 632	294	7 771	5 542	8 822	82	734	12706	62	1 801	4 570	34 319	1 479	59	8 062	9 600	772	13466	2 199	72 631	421	88 717	1 614	417	2 031	7.
2 900	153	4 381	10179	10 059	95	2 762	6 760	55	4 894	4 365	39 169	718	30	3 411	4 159	242	1 444	790	105 372	55	107 661	434	918	1 352	8.
2 595	308	3 864	11849	13 898	169	3 400	11649	99	5 114	9 423	55 601	1 382	107	10379	11868	1 949	4 818	1 245	149 899	343	156 305	629	1 046	1 675	9.
3 834	374	5 844	2 898	4 636	36	900	9 574	32	1 516	2 810	22 402	704	26	3 232	3 962	625	4 846	1 517	68 038	222	74 623	1 321	991	2 312	10.
6 468	169	9 514	3 958	6 360	72	486	7 731	32	779	3 319	22 737	1 104	34	4 580	5 718	310	11977	1 798	56 424	190	70 389	1 043	502	1 545	11.
1 449	90	2 245	2 774	7 853	60	1 463	13757	50	1 153	1 870	28 980	784	21	4 268	5 073	993	1 025	1 097	85 416	191	87 729	1 529	2 398	3 927	12.
																									27.
1 228	83	1 793	184	1 310	8	60	5 661	38	77	556	7 894	1 027	65	10086	11178	4 781	1 751	954	65 243	609	68 557	1 380	539	1 919	1.
3 507	437	5 800	1 317	3 517	34	465	8 199	45	588	1 507	15 672	1 103	55	6 924	8 082	1 110	2 174	1 823	63 533	174	67 704	2 296	596	2 892	2.
290	25	461	350	1 640	11	45	1 264	19	29	402	3 760	308	14	843	1 165	1 076	1 161	753	36 326	89	38 329	—	1	1	3.
1 232	54	2 176	1 053	3 766	35	103	3 885	24	223	1 148	10 237	868	38	3 745	4 651	2 506	2 976	1 601	66 381	182	71 140	101	16	117	4.
4 675	193	6 406	2 092	4 117	40	349	7 582	23	551	1 582	16 336	896	36	4 354	5 286	282	1 160	909	50 711	106	52 886	1 179	777	1 956	5.
664	111	1 122	671	3 115	15	44	3 195	5	79	886	8 010	858	52	3 018	3 928	3 816	2 989	2 034	61 390	135	66 548	67	51	118	6.
1 430	208	2 198	2 454	7 968	43	223	8 438	36	445	3 538	23 145	1 839	88	7 799	9 726	4 094	6 436	2 997	118 382	435	128 250	231	78	309	7.
463	69	691	488	2 835	9	20	1 442	2	33	403	5 232	251	34	692	977	1 236	1 480	549	49 005	135	51 169	—	—	—	8.
1 132	56	1 652	598	3 648	2	59	3 189	7	47	553	8 103	736	46	2 041	2 823	1 656	2 315	926	69 425	86	72 752	36	15	51	9.
114	9	350	29	396	—	1	361	—	12	119	918	223	6	1 198	1 427	1 682	516	382	14 961	23	15 882	116	21	137	10.
742	76	1 344	366	1 218	20	78	2 452	31	94	654	4 913	724	52	4 382	5 158	3 120	1 194	905	41 736	242	44 127	653	139	792	11.
87	4	118	175	875	3	6	1 658	5	16	297	3 035	204	14	1 173	1 391	1 172	218	253	18 275	66	18 812	105	2	107	12.
2 484	413	4 321	4 163	8 484	91	586	10600	88	1 073	4 135	29 220	1 372	82	7 446	8 900	3 180	4 550	4 653	118 648	801	128 652	1 666	327	1 993	13.
1 423	24	1 906	593	2 054	17	91	3 063	10	147	624	6 599	691	26	3 340	4 057	1 675	1 418	1 047	55 183	164	57 812	216	46	262	14.
317	9	475	263	1 561	5	9	1 059	2	12	430	3 341	227	17	586	830	773	1 124	345	21 995	59	23 523	13	—	13	15.
330	1	370	71	375	—	—	439	—	2	60	947	123	4	326	453	733	210	228	7 023	—	7 461	130	5	135	16.
1 541	486	2 625	1 225	3 121	58	176	4 874	30	273	1 873	11 630	1 645	54	8 038	9 737	3 129	2 372	1 818	64 276	185	68 651	464	51	515	17.
13	17	38	7	92	—	—	234	3	7	37	380	124	2	533	659	630	107	64	6 494	11	6 676	40	1	41	18.
938	364	1 835	731	1 912	36	172	5 605	21	313	624	9 414	947	56	7 028	8 031	3 178	2 324	1 132	52 795	270	56 521	868	230	1 098	19.
5 752	764	10 066	3 994	4 542	47	490	10063	52	854	3 906	23 948	716	23	4 393	5 132	1 006	3 727	2 014	71 175	735	77 651	1 522	500	2 022	20.
35	—	46	9	77	—	—	178	1	4	16	285	101	7	613	721	1 393	127	98	6 398	2	6 625	70	8	78	21.
5 911	289	8 311	1 500	3 944	42	602	7 885	30	1 057	1 244	16 304	608	28	4 021	4 657	206	1 076	1 100	52 926	142	55 244	2 450	599	3 049	22.
1 105	25	1 440	369	2 468	26	393	7 169	18	339	661	11 443	977	44	6 698	7 719	305	423	557	53 126	411	54 517	994	848	1 842	23.
711	28	1 057	253	1 111	6	80	1 726	5	55	298	3 534	339	35	2 286	2 660	3 163	928	623	29 592	107	31 250	321	75	396	24.
3 403	221	4 372	242	2 045	3	8	8 106	—	14	453	10 871	1 675	88	12459	14222	2 093	362	665	81 677	82	82 786	3 138	583	3 721	25.
3 701	920	5 988	4 784	7 276	116	706	8 687	84	1 517	4 055	27 225	997	40	5 466	6 503	1 947	3 316	4 120	93 947	414	101 797	1 654	272	1 926	26.
188	24	305	100	435	2	15	486	4	27	126	1 195	164	5	638	807	1 284	470	231	13 595	29	14 325	45	—	45	27.
1 469	78	2 381	580	3 388	13	146	1 838	25	141	278	6 409	506	25	2 788	3 319	208	391	444	29 474	22	30 331	642	252	894	28.
																									28.
191	192	512	321	1 147	5	39	1 647	2	26	748	3 935	378	25	1 928	2 331	6 610	1 168	580	25 698	171	27 617	288	67	355	1.
2 556	211	3 826	3 657	7 852	78	655	5 198	159	1 000	7 161	25 760	2 110	94	9 475	11679	2 297	13383	1 273	62 612	346	77 614	838	207	1 045	2.
6 382	556	9 559	3 361	4 590	51	313	8 174	35	486	3 597	20 607	1 751	221	7 725	9 697	2 247	9 969	1 364	54 911	274	66 518	1 281	343	1 624	3.
7 743	374	10 311	2 473	5 855	74	784	3 903	45	858	2 387	16 379	406	30	1 880	2 316	554	5 882	557	43 367	120	49 926	858	558	1 416	4.
5 042	270	7 450	3 161	6 804	69	596	4 795	60	866	3 689	20 040	1 146	82	4 891	6 119	489	9 671	712	49 786	221	60 390	684	162	846	5.
2 898	352	4 870	2 027	6 400	86	579	6 341	45	1 099	2 309	18 886	793	68	4 813	5 674	4 277	3 078	585	68 733	173	72 569	1 330	297	1 627	6.
4 132	481	6 770	2 176	7 065	57	877	3 472	38	1 034	2 436	17 155	1 492	61	4 984	6 537	2 209	10312	871	63 876	530	75 589	1 284	329	1 613	7.
2 053	70	3 051	650	2 526	35	192	2 693	9	307	633	7 045	640	20	3 386	4 046	1 685	3 037	274	26 863	142	30 316	793	135	928	8.
2 261	157	3 569	7 432	11 176	74	566	8 275	63	1 941	4 342	33 869	2 197	68	8 083	10348	2 191	2 702	932	70 193	189	74 016	756	735	1 491	9.

Kreise (* = Stadtkreise)	Viehhaltende Haushaltungen	1. Pferde (ohne Militärpferde): Unter 1 Jahr alte Fohlen	1 bis noch nicht 2 Jahre alte Pferde	2 bis noch nicht 3 Jahre alte Pferde	3 bis noch nicht 5 Jahre alte: Zuchthengste	3 bis noch nicht 5 Jahre alte: alle anderen 3 bis noch nicht 5 Jahre alten Pferde	5 Jahre alte und ältere: Zuchthengste	5 Jahre alte und ältere: alle anderen 5 Jahre alten und älteren Pferde	Pferde überhaupt	2. Maultiere und Maulesel	3. Esel	4. Rindvieh: Kälber: Unter 6 Wochen alt	Kälber: 6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alt	Jungvieh: 3 Monate bis noch nicht 1 Jahr alt	Jungvieh: 1 bis noch nicht 2 Jahre alt	2 Jahre altes und älteres Rindvieh: Bullen, Stiere und Ochsen	Milchkühe	die übrigen Kühe, auch Färsen, Kalbinnen	Rindvieh überhaupt	5. Unter 1 Jahr alte Schafe und Schafböcke einschl. Lämmer	Schafböcke
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Noch: 28. Reg.-Bez. Cassel																					
10. *Hanau	1 826	5	2	5	—	36	—	287	335	2	2	4	2	19	21	9	104	2	161	3	1
11. Hanau	8 530	125	109	134	6	289	4	2 004	2 671	2	1	291	518	1 382	1 376	203	6 603	591	10 964	921	18
12. Herrsch. Schmalkalden	7 120	11	6	12	—	21	10	476	536	—	1	113	215	763	933	353	4 334	372	7 083	207	7
13. Hersfeld	6 163	225	211	180	7	254	5	1 391	2 273	4	—	483	1 032	2 451	2 642	552	7 549	851	15 560	1 216	29
14. Hofgeismar	7 450	265	306	160	7	216	2	2 563	3 519	1	2	442	813	2 078	2 295	686	8 126	603	15 043	3 227	70
15. Homberg	4 080	178	199	153	6	197	5	1 660	2 398	6	—	449	803	1 789	1 980	551	5 285	716	11 573	2 072	31
16. Hünfeld	3 898	245	194	147	6	282	5	1 453	2 332	2	2	408	909	2 346	2 412	645	6 679	1 012	14 411	1 255	13
17. Kirchhain	4 231	186	163	101	3	222	2	1 380	2 057	3	3	408	850	1 947	2 079	405	6 050	990	12 729	2 619	75
18. Marburg	7 646	366	310	210	5	325	3	2 667	3 886	4	5	673	1 722	3 520	3 934	531	10 357	1 388	22 125	4 008	60
19. Melsungen	5 417	152	173	134	5	174	—	1 616	2 254	4	1	424	855	1 566	1 755	941	5 921	566	12 028	1 639	29
20. Rotenburg i. Hess.-Nass.	6 289	178	225	191	5	251	6	1 735	2 591	2	—	522	941	1 958	2 192	592	7 004	916	14 125	2 074	59
21. Schlüchtern	5 095	92	96	70	2	115	1	1 291	1 667	3	5	399	744	1 981	2 212	353	6 891	1 307	13 887	2 522	29
22. Witzenhausen	6 185	86	126	71	9	141	8	1 203	1 644	21	1	186	356	945	1 252	558	4 451	472	8 220	2 127	94
23. Wolfhagen	4 931	173	253	148	3	216	3	1 961	2 757	3	1	353	552	1 505	1 562	500	6 114	427	11 013	2 924	51
24. Ziegenhain	6 789	364	320	261	14	330	6	2 293	3 588	2	1	763	1 352	3 075	3 546	680	9 576	1 031	20 023	2 138	34
29. Reg.-Bez. Wiesbaden.																					
1. Biedenkopf	9 281	79	66	27	1	117	15	1 371	1 676	—	—	530	1 262	3 263	3 353	392	14 504	1 000	24 304	2 112	29
2. Dillkreis	8 959	26	29	45	66	74	95	757	1 092	—	5	170	322	1 475	1 962	158	11 291	888	16 266	1 518	22
3. *Frankfurt a/M.	9 945	51	56	28	—	163	5	3 590	3 893	25	2	26	33	118	140	171	1 115	482	2 085	180	17
4. Höchst	7 778	75	41	58	1	100	4	1 578	1 857	81	2	66	87	307	354	87	2 563	109	3 573	179	9
5. Limburg	8 868	100	106	103	1	250	13	1 643	2 216	—	3	520	893	2 104	2 431	229	8 267	959	15 403	700	15
6. Oberlahnkreis	7 443	98	85	45	5	95	5	1 440	1 773	4	1	414	920	1 989	2 234	183	8 241	1 274	15 255	886	31
7. Obertaunuskreis	3 069	15	12	10	2	40	—	756	835	15	2	28	43	154	217	30	1 278	68	1 818	191	9
7a. Königstein a. Taunus	3 952	13	11	18	1	58	1	699	801	14	7	63	91	287	372	52	2 279	204	3 348	356	7
8. Oberwesterwaldkreis	4 416	29	21	23	2	53	1	456	585	—	2	242	502	1 824	1 966	275	9 834	1 023	15 666	228	12
9. Rheingaukreis	4 957	5	7	17	1	64	3	558	655	1	10	36	69	239	297	460	2 109	210	3 420	90	6
10. Sankt Goarshausen	5 771	53	47	61	2	120	5	1 342	1 630	1	4	373	736	1 741	1 920	618	7 341	615	13 344	931	32
11. Unterlahnkreis	7 192	60	69	92	1	293	4	1 200	1 719	6	11	453	762	1 955	2 174	486	8 172	970	14 972	1 093	25
12. Untertaunuskreis	6 551	87	57	132	2	355	3	1 693	2 329	2	1	372	753	2 102	2 038	420	8 947	738	15 370	1 508	54
13. Unterwesterwaldkreis	7 807	26	28	45	3	89	—	567	758	4	1	232	457	1 504	1 837	248	8 295	820	13 393	257	10
14. Usingen	3 879	74	53	37	5	72	5	904	1 150	2	2	198	378	1 107	1 066	106	6 256	594	9 705	1 438	14
15. Westerburg	5 866	23	14	12	—	31	3	472	555	1	—	274	642	2 029	2 629	186	9 658	1 534	16 952	550	5
16. *Wiesbaden	1 945	6	2	5	—	27	—	704	744	14	1	5	10	13	20	16	190	9	263	44	3
17. Wiesbaden	7 723	150	90	87	6	198	5	2 223	2 759	7	4	134	274	833	844	148	5 263	335	7 831	226	4
30. Reg.-Bez. Coblenz.																					
1. Adenau	4 478	37	39	40	2	102	1	462	683	26	6	230	673	1 911	2 146	2 690	7 407	860	15 917	722	26
2. Ahrweiler	6 798	71	59	46	2	141	1	1 008	1 328	47	36	157	383	1 058	1 215	1 342	5 728	270	10 153	428	48
3. Altenkirchen	12 129	105	99	154	3	172	—	914	1 447	3	4	445	942	2 514	2 658	1 574	13 735	1 088	22 956	200	48
4. *Coblenz	1 244	2	3	4	—	13	1	413	436	9	1	1	5	15	20	25	308	1	375	9	1
5. Coblenz	7 170	50	40	40	—	223	2	1 541	1 896	18	10	69	102	320	546	579	3 823	530	5 969	168	23
6. Cochem	6 366	52	35	51	2	91	1	969	1 201	6	4	163	400	1 234	1 607	1 919	7 984	704	14 011	518	30
7. Kreuznach	10 784	34	151	369	—	337	6	1 035	1 932	32	4	451	924	2 199	2 284	1 667	10 530	723	18 778	192	22
8. Mayen	10 413	234	170	156	12	286	8	3 901	4 767	36	6	305	811	1 572	1 771	1 240	8 978	1 247	15 924	1 282	105
9. Meisenheim	2 469	22	70	231	—	113	1	184	621	—	1	349	718	1 364	1 377	526	4 212	260	8 806	137	3
10. Neuwied	12 931	81	64	75	3	137	4	1 415	1 779	33	19	496	915	2 534	2 399	1 701	14 068	879	22 992	542	130
11. Sankt Goar	6 567	15	10	16	—	32	—	335	408	13	21	191	368	1 208	2 106	2 317	7 380	621	14 191	204	13
12. Simmern	6 388	53	54	154	—	172	5	686	1 124	4	—	870	1 591	4 074	4 904	3 275	12 463	1 375	28 552	659	20
13. Wetzlar	10 316	62	63	39	2	114	—	1 472	1 752	12	—	480	1 237	3 230	3 639	562	13 617	1 640	24 405	2 164	44
14. Zell	5 629	12	9	13	—	26	—	296	356	8	3	304	492	1 477	1 616	407	6 865	895	12 056	548	9
31. Reg.-Bez. Düsseldorf.																					
1. *Barmen	4 430	42	24	19	—	93	1	1 668	1 847	13	4	25	39	107	158	21	939	69	1 358	175	16
2. Cleve	9 152	1 119	562	440	22	724	38	3 336	6 241	17	9	532	1 068	6 705	6 893	711	16 658	1 753	34 320	561	76
3. *Crefeld	4 738	54	40	21	3	65	4	1 020	1 207	30	3	15	17	131	101	29	685	91	1 069	137	12
4. Crefeld	4 987	324	225	182	4	334	7	1 397	2 473	11	2	104	192	641	836	216	2 811	320	5 120	72	21
5. Dinslaken	6 864	219	168	151	5	215	13	1 049	1 820	3	—	90	276	1 345	1 163	64	4 214	375	7 527	568	43
6. *Düsseldorf	12 060	55	50	58	—	188	1	2 813	3 165	42	13	16	19	47	74	30	1 133	44	1 363	304	14
7. Düsseldorf	10 544	436	313	289	14	473	18	2 004	3 547	13	13	105	189	585	849	154	4 249	428	6 559	821	57
8. *Duisburg	9 862	23	18	18	—	65	—	1 780	1 904	20	5	9	13	22	30	14	417	53	558	487	25
9. *Elberfeld	3 133	18	27	9	—	45	—	1 191	1 290	9	7	5	6	49	66	113	582	85	906	113	17
10. *Essen	19 166	52	54	26	2	171	12	3 215	3 532	22	10	6	19	88	107	118	1 004	56	1 398	385	32
11. Essen	14 365	155	108	93	7	189	7	1 459	2 018	5	5	21	40	182	278	47	1 393	107	2 068	523	40
12. Geldern	9 749	1 067	802	629	18	924	26	3 460	6 926	15	3	631	1 098	4 315	5 040	1 178	14 947	1 355	28 564	690	100
13. Gladbach	8 226	243	172	123	10	233	9	1 502	2 292	19	7	114	186	646	758	382	3 213	271	5 570	332	31
14. Grevenbroich	7 992	371	289	204	46	393	111	2 352	3 766	72	13	211	338	1 116	1 292	658	5 014	422	9 101	694	73
15. *Hamborn	8 113	13	11	41	—	53	—	799	917	4	2	3	3	32	40	22	220	25	345	252	25
16. Kempen i/Rheinprov.	12 422	691	544	400	31	715	11	3 282	5 674	34	13	310	580	2 003	2 477	1 103	10 323	761	17 557	474	89
17. Lennep	7 441	288	213	205	3	305	6	1 194	2 214	4	13	142	201	981	1 273	102	8 060	276	11 035	355	35
18. Mettmann	9 859	263	241	304	8	502	14	1 706	3 038	14	19	87	157	769	955	142	4 384	266	6 760	626	129
19. Mörs	16 115	1 105	721	579	28	766	42	4 728	7 969	22	5	472	917	5 195	5 719	722	15 984	1 668	30 677	766	99
20. *Mülheim a./d. Ruhr	9 934	80	58	64	2	89	2	1 209	1 504	9	5	12	34	117	183	26	956	75	1 403	260	36

am 1. Dezember 1922.

Schafe: Jahr alte ältere: Mutterschafe (Zibben)	Schafe: Jahr alte ältere: Hammel (Schöpse)	Schafe: überhaupt	6. Schweine: Unter ½ Jahr alte Schweine: Unter 8 Wochen alte Ferkel	6. Schweine: Unter ½ Jahr alte Schweine: 8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	6. Schweine: ½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchteber	6. Schweine: ½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchtsauen	6. Schweine: ½ bis noch nicht 1 Jahr alte: übrige Schweine	6. Schweine: 1 Jahr alte und ältere: Zuchteber	6. Schweine: 1 Jahr alte und ältere: Zuchtsauen	6. Schweine: 1 Jahr alte und ältere: übrige Schweine	6. Schweine: überhaupt	7. Ziegen: Unter 1 Jahr alte Ziegen und Ziegenböcke einschl. Lämmer	7. Ziegen: 1 Jahr alte und ältere: Ziegenböcke	7. Ziegen: 1 Jahr alte und ältere: Ziegen (Geißen)	7. Ziegen: überhaupt	8. Zahme Kaninchen	9. Federvieh: Gänse (Gänseriche, Gänse und Gänseküken)	9. Federvieh: Enten (Enteriche, Enten und Entenküken)	9. Federvieh: Hühner (Hähne, Hühner und Küken)	9. Federvieh: Trut- u. Perlhühner (Hähne, Hühner und Küken)	9. Federvieh: überhaupt	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): mit beweglichen Waben	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): mit unbeweglichen Waben	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): überhaupt	Wiederholung der Spalte 1
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	
																									28.
7	80	91	120	166	1	9	223	1	3	75	598	129	14	597	740	2 654	535	384	11 626	44	12 589	350	7	357	10.
1 480	326	2 745	2 222	5 212	58	409	4 898	38	950	2 232	16 019	2 058	116	7 126	9 300	5 899	10501	1 270	61 239	95	73 105	987	179	1 166	11.
394	37	645	761	1 766	13	23	3 613	4	27	1 447	7 654	1 004	55	7 410	8 469	1 835	3 499	748	36 280	91	40 618	608	113	721	12.
2 730	130	4 105	3 446	4 666	31	263	5 833	18	356	2 893	17 506	995	51	4 471	5 517	2 434	7 447	670	51 329	223	59 669	1 102	475	1 577	13.
6 852	456	10 605	4 879	9 118	74	745	6 132	61	1 746	5 510	28 265	1 242	61	4 788	6 091	1 205	12916	1 869	60 107	237	75 129	1 109	238	1 347	14.
4 540	296	6 939	2 642	4 497	73	350	4 017	41	756	2 386	14 762	968	29	3 988	4 985	590	5 893	519	38 942	223	45 577	802	198	1 000	15.
2 709	190	4 167	1 608	3 190	28	240	4 969	24	504	1 519	12 082	521	35	3 222	3 778	1 787	4 032	427	40 211	692	45 362	993	221	1 214	16.
6 952	298	9 944	2 148	4 815	40	343	3 537	26	574	1 436	12 919	508	22	2 391	2 921	436	5 331	670	42 334	59	48 394	581	219	800	17.
9 466	575	14 109	4 019	8 168	87	725	4 474	61	1 377	2 940	21 851	1 184	57	4 689	5 930	2 898	9 698	764	79 617	161	90 240	1 843	380	2 223	18.
4 290	231	6 189	3 127	5 135	85	365	5 101	54	787	3 625	18 279	1 062	144	4 743	5 949	609	9 669	712	43 184	160	53 725	848	183	1 031	19.
4 514	723	7 370	3 646	6 129	50	380	5 254	38	560	4 843	20 900	1 251	88	5 875	7 214	1 281	11116	579	49 394	188	61 277	1 139	500	1 639	20.
4 935	432	7 918	1 626	4 510	27	511	3 243	16	797	2 066	12 796	1 159	38	4 029	5 226	1 955	7 658	829	43 744	126	52 357	989	337	1 326	21.
4 496	763	7 480	1 605	3 684	39	200	6 286	68	399	2 425	14 706	1 196	81	6 261	7 538	691	9 263	995	37 281	261	47 800	874	289	1 163	22.
6 948	406	10 329	3 028	6 199	63	497	5 261	41	908	3 460	19 457	1 113	65	4 242	5 420	397	11369	707	47 998	160	60 234	813	209	1 022	23.
4 222	553	6 947	2 707	6 560	44	296	7 535	28	572	2 131	19 873	1 502	42	5 197	6 741	749	11426	718	66 155	180	78 479	1 321	590	1 911	24.
																									29.
6 757	159	9 057	2 404	9 483	75	882	5 101	34	814	1 742	20 535	800	52	3 988	4 840	721	1 432	560	80 608	77	82 677	1 338	406	1 744	1.
6 419	211	8 170	649	5 051	20	64	5 534	2	66	765	12 151	721	46	4 008	4 775	777	387	1 025	64 079	71	65 562	1 211	381	1 592	2.
321	419	937	528	1 563	9	84	1 968	9	134	584	4 879	988	67	4 930	5 985	16 690	3 195	1 911	68 631	205	73 942	479	26	505	3.
516	470	1 174	577	2 465	33	101	2 883	17	144	695	6 915	868	67	4 292	5 227	7 145	5 057	2 015	64 078	105	71 255	673	109	782	4.
1 184	304	2 203	2 049	8 637	61	552	4 100	37	799	1 208	17 443	1 530	55	7 864	9 449	668	1 255	769	74 619	121	76 764	1 064	166	1 230	5.
2 042	320	3 279	1 320	6 135	28	360	4 962	28	491	1 476	14 800	1 053	70	6 617	7 740	609	958	805	59 793	28	61 584	1 024	142	1 166	6.
577	98	875	161	953	1	24	1 565	4	47	267	3 022	322	34	2 431	2 787	1 941	1 185	541	24 663	68	26 457	537	94	631	7.
1 037	121	1 521	484	1 304	20	93	1 545	6	100	536	4 088	603	54	3 603	4 260	1 472	1 339	598	30 216	278	32 431	562	66	628	7a.
535	47	822	430	4 677	15	203	2 866	5	148	627	8 971	263	8	973	1 244	160	181	258	40 780	19	41 238	617	207	824	8.
146	110	352	354	1 617	5	64	1 710	6	49	349	4 154	652	62	3 472	4 186	1 119	511	469	27 646	77	28 703	570	71	641	9.
2 075	1 021	4 059	911	5 369	25	751	2 733	24	400	900	11 113	655	41	3 739	4 435	988	628	371	45 962	124	47 085	1 141	397	1 538	10.
2 359	566	4 043	1 890	6 806	55	733	3 868	27	794	1 245	15 418	1 141	76	6 843	8 060	1 182	455	559	59 663	133	60 810	1 339	343	1 682	11.
3 355	902	5 819	2 114	7 059	78	680	2 859	89	691	1 177	14 747	1 032	83	5 277	6 392	1 174	656	541	56 952	202	58 351	1 579	505	2 084	12.
1 142	319	1 728	524	4 532	16	102	4 215	4	130	565	10 088	991	59	5 400	6 450	386	320	277	52 726	52	53 375	720	218	938	13.
2 931	367	4 750	1 496	4 538	28	302	2 513	38	604	647	10 166	409	34	2 251	2 694	640	1 234	282	37 087	45	38 648	750	143	893	14.
856	260	1 671	515	4 269	11	173	3 862	5	96	409	9 340	384	21	2 468	2 873	161	219	181	43 813	111	44 324	626	156	782	15.
143	12	202	138	337	1	15	253	—	27	136	907	168	17	1 204	1 389	2 609	249	258	14 642	18	15 167	257	45	302	16.
311	127	668	1 297	3 748	28	280	4 510	21	404	1 198	11 486	1 004	95	5 481	6 580	4 612	3 907	1 364	58 532	130	63 933	541	105	646	17.
																									30.
2 882	145	3 775	587	3 094	27	223	1 847	13	239	555	6 585	464	44	1 974	2 482	178	172	116	37 921	325	38 534	522	731	1 253	1.
1 825	171	2 472	484	3 846	22	121	2 808	9	130	435	7 855	896	69	5 089	6 054	1 018	532	534	46 934	325	48 325	938	210	1 148	2.
468	65	781	1 076	6 398	32	587	4 997	44	457	759	14 350	1 576	50	9 319	10945	1 074	769	540	89 520	221	91 050	1 927	538	2 465	3.
48	30	88	19	524	5	13	414	—	7	66	1 048	64	5	366	435	669	110	138	9 877	19	10 144	101	3	104	4.
514	99	804	377	3 414	11	71	3 219	17	125	1 120	8 354	678	60	4 097	4 835	1 158	568	612	45 383	253	46 816	587	86	673	5.
1 922	198	2 668	1 069	4 542	28	267	2 167	18	721	530	9 342	509	62	2 345	2 916	218	142	167	35 771	22	36 102	805	248	1 053	6.
174	131	519	1 139	6 019	17	183	4 107	8	155	982	12 610	1 257	64	6 943	8 264	1 400	1 987	2 123	82 329	266	86 705	1 311	505	1 816	7.
2 103	832	4 322	1 615	8 426	55	497	3 377	23	600	954	15 547	1 331	55	5 603	6 989	1 658	795	549	79 564	460	81 368	2 168	423	2 591	8.
132	56	328	386	2 481	12	97	915	2	35	315	4 243	242	18	1 359	1 619	134	961	1 051	21 067	32	23 111	436	101	537	9.
1 502	96	2 270	817	6 776	39	370	7 180	13	180	820	16 195	1 788	74	9 596	11458	1 776	888	1 003	99 772	187	101 850	1 922	563	2 485	10.
315	214	746	383	4 116	8	107	2 503	3	47	354	7 521	717	39	4 371	5 127	214	146	254	38 363	47	38 810	1 037	773	1 810	11.
974	796	2 449	1 347	9 164	31	152	2 889	30	259	840	14 712	538	33	2 732	3 303	514	321	456	57 272	92	58 141	1 660	1 202	2 862	12.
5 841	292	8 341	2 125	10 253	59	304	7 064	23	508	3 637	23 973	1 035	68	6 182	7 285	2 402	6 346	1 167	93 672	187	101 372	1 081	318	1 399	13.
638	515	1 710	360	4 761	7	78	2 797	4	89	403	8 499	342	21	1 636	1 999	165	96	204	29 565	241	30 106	715	448	1 163	14.
																									31.
305	23	519	82	467	6	18	479	1	13	63	1 129	198	30	852	1 080	3 744	549	342	26 946	149	27 986	135	16	151	1.
1 088	45	1 770	4 261	9 989	191	1 904	7 369	121	1 234	4 397	29 466	774	77	3 162	4 013	1 054	3 092	2 408	101 898	632	108 030	1 857	558	2 415	2.
256	119	524	200	1 728	5	40	548	4	71	261	2 857	471	27	1 349	1 847	1 537	2 285	643	36 258	72	39 258	251	68	319	3.
462	14	569	1 043	3 162	48	273	1 617	40	344	847	7 374	714	54	2 273	3 041	969	4 424	998	42 949	211	48 582	459	179	638	4.
1 275	34	1 920	1 815	4 784	43	569	3 110	27	791	989	12 128	501	48	1 282	1 831	945	2 101	650	57 550	98	60 399	525	246	771	5.
537	604	1 459	621	2 823	9	22	2 811	3	62	605	6 956	850	50	2 944	3 844	5 882	2 795	2 036	91 210	186	96 227	316	91	407	6.
1 613	162	2 653	1 269	3 858	60	255	3 284	57	283	1 250	10 316	1 318	102	5 539	6 959	3 349	3 847	2 766	91 132	661	98 406	946	92	1 038	7.
546	38	1 096	238	2 832	3	40	2 029	4	19	524	5 689	351	16	1 596	1 963	2 392	3 016	1 335	76 079	321	80 751	73	15	88	8.
188	268	586	65	556	2	9	301	1	25	71	1 030	118	14	609	741	2 572	481	423	21 678	50	22 632	71	30	101	9.
1 802	322	2 541	829	4 247	19	61	3 457	8	139	924	9 684	717	50	3 490	4 257	5 663	2 973	2 084	126 490	209	131 756	112	—	112	10.
1 479	452	2 494	862	3 887	22	145	3 208	12	131	1 095	9 362	803	63	2 934	3 800	2 723	1 979	1 656	85 534	184	89 353	210	34	244	11.
1 047	46	1 883	5 622	14 214	225	1 547	9 651	109	1 539	2 563	35 470	935	114	4 156	5 205	1 372	4 546	2 525	103 500	169	110 740	1 483	557	2 040	12.
564	65	992	792	2 832	36	143	1 657	28	160	621	6 269	1 384	92	5 325	6 801	2 523	3 313	1 311	55 272	117	60 013	475	322	797	13.
1 591	782	3 140	1 710	4 962	61	359	3 539	37	318	1 562	12 548	1 504	95	6 032	7 631	2 363	3 603	2 069	67 338	399	73 409	634	280	914	14.
403	29	709	548	3 431	29	36	2 022	8	26	354	6 454	243	32	571	846	1 243	3 049	715	39 972	166	43 902	—	—	—	15.
943	83	1 589	3 099	11 808	89	638	5 418	71	765	1 460	23 348	1 657	124	5 119	6 900	3 229	7 689	1 816	80 815	324	90 644	664	335	999	16.
902	22	1 314	111	1 068	8	51	1 612	8	41	199	3 098	368	30	2 210	2 608	5 671	1 156	752	47 001	243	49 152	513	261	774	17.
1 429	278	2 462	849	2 337	37	199	2 675	25	219	787	7 128	830	77	4 504	5 411	5 557	2 726	2 732	73 163	343	78 964	590	140	730	18.
1 300	60	2 225	6 372	15 919	232	1 506	11450	140	1 742	4 564	41 925	1 630	163	6 524	8 317	3 281	8 625	3 434	178 356	1 284	191 699	2 510	424	2 934	19.
763	79	1 138	442	1 998	18	42	1 971	18	78	503	5 070	616	36	2 332	2 984	2 861	2 294	1 864	75 771	165	80 094	104	22	126	20.

Kreise (* = Stadtkreise) (** = Oberämter)	Viehhaltende Haushaltungen	1. Pferde (ohne Militärpferde)								2.	3.	4. Rindvieh								5.	
					3 bis noch nicht 5 Jahre alte		5 Jahre alte und ältere					Kälber		Jungvieh		2 Jahre altes und älteres Rindvieh					1 … und …
		Unter 1 Jahr alte Fohlen	1 bis noch nicht 2 Jahre alte Pferde	2 bis noch nicht 3 Jahre alte Pferde	Zuchthengste	alle anderen 3 bis noch nicht 5 Jahre alten Pferde	Zuchthengste	alle anderen 5 Jahre alten und älteren Pferde	überhaupt	Maultiere und Maulesel	Esel	Unter 6 Wochen alt	6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alt	3 Monate bis noch nicht 1 Jahr alt	1 bis noch nicht 2 Jahre alt	Bullen, Stiere und Ochsen	Milchkühe	die übrigen Kühe, auch Färsen, Kalbinnen	überhaupt	Unter 1 Jahr alte Schafe und Schafböcke einschl. Lämmer	Schafböcke
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Noch: 31. Reg.-Bez. Düsseldorf.																					
21. *München Gladbach	5 595	133	108	61	7	119	2	1 256	1 686	12	7	71	118	306	353	202	1 551	55	2 656	54	21
22. *Neuß	2 170	30	25	26	3	33	1	481	599	4	1	14	17	79	81	51	383	19	644	58	8
23. Neuß	5 918	305	248	154	24	333	23	2 190	3 277	30	8	185	299	879	852	577	4 621	306	7 719	124	33
24. *Oberhausen	6 693	8	1	8	—	27	—	748	792	3	—	2	4	11	7	2	100	3	129	86	5
25. Rees	8 344	821	510	403	16	654	16	2 784	5 204	2	5	593	882	6 269	5 956	415	16 289	880	31 284	713	46
26. *Remscheid	3 055	8	8	20	—	74	2	410	522	1	2	3	14	41	51	12	448	16	585	78	8
27. *Rheydt	2 590	10	19	5	—	7	—	360	401	12	—	5	13	17	18	11	156	6	226	8	2
28. *Solingen	2 085	27	8	14	—	36	—	337	422	1	1	10	10	64	78	13	504	47	726	64	6
29. Solingen	16 620	278	230	174	9	388	11	1 983	3 073	12	13	100	244	891	993	190	5 004	358	7 780	428	53
30. *Sterkrade	5 365	19	14	22	—	57	1	379	492	2	—	7	20	76	94	18	610	41	866	362	19
32. Reg.-Bez. Köln.																					
1. Bergheim	9 453	374	313	229	30	417	26	2 890	4 279	39	29	320	557	1 428	1 623	1 075	6 355	627	11 985	1 081	36
2. *Bonn	3 164	2	4	4	1	12	—	783	806	22	17	11	16	29	16	40	467	28	607	85	18
3. Bonn	8 863	106	96	134	9	220	6	2 153	2 724	77	271	170	276	699	745	433	5 000	223	7 546	272	10
4. Euskirchen	7 049	308	274	214	20	369	21	2 417	3 623	113	25	400	756	1 776	1 866	1 559	6 955	463	13 775	617	23
5. Gummersbach	8 006	123	72	68	2	93	3	643	1 004	7	4	235	355	1 291	1 068	435	6 626	181	10 191	372	21
6. *Köln	18 710	165	185	158	10	387	15	5 085	6 005	81	22	207	161	279	389	319	2 880	922	5 157	1 111	38
7. Köln	9 562	276	229	165	21	402	21	2 564	3 678	22	70	136	236	617	919	254	5 389	212	7 763	276	42
8. Mülheim a. Rhein	8 240	211	187	172	5	265	9	1 002	1 851	33	22	116	272	962	830	329	4 904	330	7 743	102	29
9. Rheinbach	5 624	190	175	111	13	289	14	1 627	2 419	87	49	386	857	1 769	1 826	1 956	6 833	728	14 355	291	20
10. Siegkreis	17 664	490	485	475	16	648	11	2 759	4 884	46	70	511	1 200	3 241	3 016	1 331	16 176	1 141	26 616	204	55
11. Waldbröl	4 986	73	51	78	1	78	—	388	669	1	2	177	421	1 290	1 166	686	6 560	130	10 430	142	31
12. Wipperfürth	3 968	344	274	200	5	270	1	782	1 876	4	3	127	264	1 577	1 309	304	7 138	370	11 089	89	19
33. Reg.-Bez. Trier (ohne das Saargebiet).																					
1. Bernkastel	8 254	13	66	162	—	169	—	681	1 091	10	5	446	749	2 402	2 782	578	13 071	805	20 833	755	52
2. Bitburg	7 533	217	253	380	10	756	6	1 680	3 302	73	26	1 211	2 406	4 851	4 954	1 662	16 309	1 579	32 972	474	44
3. Daun	5 686	78	45	59	3	129	3	627	944	38	6	421	1 167	2 759	2 772	2 061	10 827	1 018	21 025	422	45
4. Merzig-Wadern (Rest)	3 711	48	30	57	1	83	2	418	639	6	—	163	299	793	898	94	5 199	170	7 616	41	14
5. Prüm	5 949	130	106	176	6	279	1	832	1 530	26	7	591	1 591	3 699	4 654	3 649	12 753	1 267	28 204	993	59
6. Saarburg	5 741	400	391	345	11	525	2	1 536	3 210	2	3	238	604	1 403	2 107	169	8 641	1 163	14 325	28	13
7. Sankt Wendel-Baumholder (Rest)	5 111	86	148	302	—	271	1	526	1 334	1	—	607	1 210	2 620	2 576	326	9 263	562	17 164	655	7
8. *Trier	1 997	2	8	11	—	33	1	390	445	30	4	45	24	28	70	24	561	20	772	111	6
9. Trier	14 509	138	143	192	8	445	7	1 985	2 918	45	6	518	1 425	3 386	4 401	688	19 731	1 185	31 334	452	25
10. Wittlich	7 278	93	70	80	2	132	3	1 043	1 423	38	4	571	1 363	3 000	2 988	377	11 846	786	20 931	321	41
34. Reg.-Bez. Aachen.																					
1. *Aachen	2 889	39	42	45	—	126	—	962	1 214	15	18	10	38	511	502	48	1 640	230	2 979	83	13
2. Aachen	13 353	405	404	334	20	458	14	1 971	3 606	18	17	127	524	2 825	2 959	295	8 954	1 032	16 716	838	76
3. Düren	12 495	414	390	347	49	580	35	3 262	5 077	220	36	426	813	2 369	2 578	1 716	10 533	906	19 341	873	48
4. Erkelenz	6 648	352	349	324	21	575	11	1 781	3 413	12	4	285	412	1 375	1 694	903	5 687	433	10 789	354	45
5. Geilenkirchen	4 851	260	296	285	9	390	6	1 113	2 359	3	6	201	463	1 510	1 625	540	5 136	388	9 863	482	47
6. Heinsberg	7 021	159	255	316	11	402	7	1 050	2 200	5	4	371	547	1 660	1 787	817	7 634	451	13 267	616	147
7. Jülich	7 136	367	327	294	20	613	28	2 331	3 980	18	17	345	653	1 890	2 083	905	6 854	939	13 669	592	61
8. Monschau	3 275	62	112	99	—	99	2	262	636	2	8	173	258	1 911	1 324	697	6 524	235	11 122	81	41
9. Schleiden	7 964	175	150	138	8	250	7	905	1 633	82	11	519	1 291	3 147	3 487	3 211	12 228	1 097	24 980	591	22
35. Reg.-Bez. Sigmaringen.																					
1. **Gammertingen	2 477	110	83	72	—	225	4	1 120	1 614	2	—	365	701	1 516	1 352	680	4 542	660	9 816	72	9
2. **Haigerloch	2 369	9	11	18	—	25	4	357	424	—	—	252	387	1 283	1 058	339	3 615	554	7 488	310	7
3. **Hechingen	4 126	24	35	27	1	57	—	411	555	—	—	399	803	1 618	967	363	5 639	358	10 147	635	10
4. **Sigmaringen	3 540	176	142	139	20	203	4	1 727	2 411	2	1	1 032	1 412	2 984	2 541	890	8 106	1 267	18 232	582	128
Außerdem:																					
Waldeck.																					
1. Kreis der Twiste	2 915	211	223	115	8	162	5	1 499	2 223	2	2	338	549	1 473	1 512	368	4 751	447	9 438	1 455	31
2. „ des Eisenberges	3 409	296	279	152	9	246	4	1 711	2 697	1	2	362	722	1 934	1 982	352	6 899	354	12 605	2 125	59
3. „ der Eder	3 066	160	148	113	5	153	3	1 328	1 910	1	—	304	575	1 320	1 210	399	4 090	372	8 270	1 595	33

am 1. Dezember 1922.

Schafe – 1 Jahr alte und ältere – Mutterschafe (Zibben)	Schafe – 1 Jahr alte und ältere – Hammel (Schöpse)	Schafe – überhaupt	6. Schweine – Unter ½ Jahr alte Schweine – Unter 8 Wochen alte Ferkel	6. Schweine – Unter ½ Jahr alte Schweine – 8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	6. Schweine – ½ bis noch nicht 1 Jahr alte – Zuchteber	6. Schweine – ½ bis noch nicht 1 Jahr alte – Zuchtsauen	6. Schweine – ½ bis noch nicht 1 Jahr alte – übrige Schweine	6. Schweine – 1 Jahr alte und ältere – Zuchteber	6. Schweine – 1 Jahr alte und ältere – Zuchtsauen	6. Schweine – 1 Jahr alte und ältere – übrige Schweine	6. Schweine – überhaupt	7. Ziegen – Unter 1 Jahr alte Ziegen und Ziegenböcke einschl. Lämmer	7. Ziegen – 1 Jahr alte und ältere – Ziegenböcke	7. Ziegen – 1 Jahr alte und ältere – Ziegen (Geißen)	7. Ziegen – überhaupt	8. Zahme Kaninchen	9. Federvieh – Gänse (Gänseriche, Gänse und Gänseküken)	9. Federvieh – Enten (Enteriche, Enten und Entenküken)	9. Federvieh – Hühner (Hähne, Hühner und Küken)	9. Federvieh – Trut- u. Perlhühner (Hähne, Hühner und Küken)	9. Federvieh – überhaupt	10. Bienenstöcke (Bienenvölker) – mit beweglichen Waben	10. Bienenstöcke (Bienenvölker) – mit unbeweglichen Waben	10. Bienenstöcke (Bienenvölker) – überhaupt	Wiederholung der Spalte 1
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	
																									31.
311	24	410	328	1 854	14	83	717	14	44	203	3 257	760	65	2 821	3 646	1 675	987	548	39 798	176	41 509	142	149	291	21.
283	678	1 027	127	1 084	8	52	442	3	36	84	1 836	213	16	978	1 207	540	1 027	413	18 093	81	19 614	161	47	208	22.
1 438	1 175	2 770	1 543	4 766	71	340	2 700	29	300	989	10 738	1 271	102	6 064	7 437	1 106	2 962	1 128	53 226	180	57 496	765	291	1 056	23.
530	17	638	227	1 894	1	8	1 426	—	5	352	3 913	242	6	820	1 068	1 178	1 539	592	41 845	53	44 029	6	1	7	24.
980	30	1 769	2 741	8 210	107	1 695	7 288	39	761	2 068	22 909	589	73	2 060	2 722	1 338	2 375	1 234	94 974	369	98 952	1 690	478	2 168	25.
231	8	325	19	126	1	3	262	1	—	18	430	187	13	692	892	3 131	214	184	17 252	40	17 690	5	9	14	26.
20	—	30	45	248	—	4	296	3	7	71	674	100	16	767	883	1 304	595	293	18 443	35	19 366	101	47	148	27.
136	16	222	22	186	2	20	297	4	14	54	599	81	8	600	689	1 291	362	317	13 781	50	14 510	59	11	70	28.
1 131	125	1 737	686	2 453	43	184	4 684	34	224	843	9 151	1 521	140	9 055	10716	7 999	2 977	2 192	110 364	595	116 128	555	233	788	29.
991	30	1 402	330	2 092	21	43	1 733	7	46	276	4 548	344	30	858	1 232	606	893	337	32 695	132	34 057	64	2	66	30.
																									32.
1 241	80	2 438	1 767	6 276	63	388	3 146	52	405	1 233	13 330	1 509	134	7 305	8 948	1 338	3 277	1 812	82 356	554	87 999	899	193	1 092	1.
121	4	228	103	1 269	5	14	713	4	15	127	2 250	256	17	1 300	1 573	1 491	576	371	19 608	37	20 592	203	50	253	2.
388	15	685	979	3 310	42	163	3 260	29	217	608	8 608	1 499	112	6 702	8 313	2 167	1 630	971	53 296	225	56 122	1 016	231	1 247	3.
743	867	2 250	1 755	5 733	66	324	2 671	56	378	716	11 699	1 147	102	4 620	5 869	1 195	2 335	1 303	67 498	178	71 314	1 114	259	1 373	4.
491	193	1 077	70	964	9	54	2 796	1	40	244	4 178	828	62	5 908	6 798	1 878	755	630	57 591	445	59 421	1 308	448	1 756	5.
1 719	1 278	4 146	1 249	5 172	44	229	3 400	28	318	1 545	11 985	2 275	251	6 828	9 354	11 226	4 374	3 245	134 247	911	142 777	1 264	110	1 374	6.
2 276	685	3 279	1 133	4 569	43	198	2 577	39	258	914	9 731	1 791	150	6 994	8 935	2 755	3 227	1 854	72 524	516	78 121	820	127	947	7.
234	12	377	321	1 530	26	147	2 340	13	126	544	5 047	1 583	76	6 642	8 301	2 220	1 772	1 135	57 995	233	61 135	813	285	1 098	8.
745	213	1 269	871	4 310	25	202	2 330	27	241	454	8 460	748	84	3 531	4 363	349	1 595	1 121	52 060	186	54 962	1 063	362	1 425	9.
615	46	920	754	6 337	61	484	6 676	32	310	1 046	15 700	2 272	202	12579	15053	3 266	3 181	1 516	139 652	682	145 031	2 018	678	2 696	10.
535	25	733	170	1 333	8	132	2 873	5	73	129	4 723	442	35	2 973	3 450	274	522	369	41 771	123	42 785	904	553	1 457	11.
274	86	468	56	665	6	85	2 088	10	37	220	3 167	353	30	2 495	2 878	614	665	411	31 622	56	32 754	575	224	799	12.
																									33.
2 162	718	3 687	1 122	8 341	15	136	4 206	6	288	689	14 803	443	31	2 291	2 765	485	736	536	50 091	47	51 410	1 462	1 064	2 526	1.
1 205	128	1 851	4 249	7 932	81	871	5 177	60	1 603	1 801	21 774	664	36	2 455	3 155	228	318	502	76 994	205	78 019	2 233	629	2 862	2.
1 812	108	2 387	1 166	4 294	22	277	2 127	16	639	601	9 142	473	27	1 782	2 282	103	170	241	43 210	29	43 650	398	404	802	3.
207	17	279	1 239	3 751	16	226	1 202	19	425	650	7 528	485	34	2 331	2 850	126	316	220	22 300	73	22 909	913	363	1 276	4.
2 139	307	3 498	1 254	4 910	40	602	2 462	16	738	765	10 787	622	36	2 407	3 065	145	156	181	47 654	137	48 128	463	498	961	5.
104	22	167	3 484	5 118	38	608	3 600	114	2 223	2 441	17 626	419	46	2 169	2 634	269	662	619	41 698	43	43 022	1 294	364	1 658	6.
1 952	28	2 642	1 320	5 668	9	191	1 961	8	257	588	10 002	599	21	2 869	3 489	146	777	1 213	39 204	202	41 396	960	177	1 137	7.
380	40	537	163	1 011	10	48	656	5	43	239	2 175	149	44	661	854	876	215	227	11 941	43	12 426	104	37	141	8.
999	188	1 664	3 463	9 681	103	538	6 784	73	1 598	2 287	24 527	1 069	77	4 883	6 029	678	495	615	83 019	348	84 477	1 673	1 309	2 982	9.
731	110	1 203	2 911	6 904	26	402	3 989	23	1 133	1 707	17 095	366	22	1 320	1 708	459	310	281	52 538	187	53 316	1 109	462	1 571	10.
																									34.
206	72	374	93	711	7	48	472	—	13	146	1 490	116	27	326	469	1 285	663	642	26 232	240	27 777	121	33	154	1.
2 079	69	3 062	1 099	4 421	47	321	2 580	23	270	853	9 614	1 142	78	3 997	5 217	4 237	2 734	2 680	105 900	377	111 691	883	339	1 222	2.
1 576	335	2 832	2 336	7 331	90	572	4 054	81	492	1 070	16 026	1 510	167	7 040	8 717	2 880	2 948	2 116	106 962	478	112 504	1 867	814	2 681	3.
509	538	1 446	1 341	5 897	31	263	2 155	22	218	689	10 616	1 105	51	4 052	5 208	1 088	1 744	871	57 756	118	60 489	690	469	1 159	4.
906	55	1 490	994	4 283	20	238	1 535	21	225	420	7 736	464	56	1 502	2 022	517	1 298	1 206	48 320	706	51 530	672	362	1 034	5.
1 261	77	2 101	1 489	6 964	24	287	1 565	17	154	384	10 884	921	48	4 225	5 194	858	781	509	68 465	88	69 843	612	358	970	6.
869	284	1 806	1 801	5 028	55	383	3 111	43	441	869	11 731	913	69	3 361	4 343	1 654	1 903	1 832	72 689	320	76 744	1 043	562	1 605	7.
111	8	241	224	2 105	9	21	1 043	18	13	24	3 457	142	19	557	718	69	146	64	27 077	76	27 363	114	335	449	8.
1 578	90	2 281	884	5 288	21	184	2 264	24	166	531	9 362	908	51	4 268	5 227	380	440	558	57 049	93	58 140	842	730	1 572	9.
																									35.
356	3	440	287	2 608	6	54	982	2	69	72	4 080	151	31	1 040	1 222	102	1 966	2 673	19 640	17	24 296	1 145	77	1 222	1.
872	262	1 451	382	2 073	15	54	1 322	4	117	203	4 170	167	10	842	1 019	523	2 011	2 647	22 356	116	27 130	1 016	144	1 160	2.
685	16	1 346	680	3 387	22	147	1 291	13	296	152	5 988	509	43	1 912	2 464	638	2 283	3 798	31 742	24	37 847	1 153	114	1 267	3.
1 141	299	2 150	1 493	3 986	27	287	1 734	16	494	524	8 561	348	56	1 725	2 129	553	3 489	4 812	45 807	50	54 158	1 646	226	1 872	4.
																									W.
3 861	95	5 442	2 364	3 470	53	342	3 572	31	830	1 558	12 220	657	26	2 256	2 939	469	3 339	843	34 039	190	38 411	823	204	1 027	1.
7 290	204	9 678	2 051	4 872	44	383	3 343	35	692	928	12 348	378	38	1 489	1 905	330	1 860	607	39 370	239	42 076	818	393	1 211	2.
4 031	155	5 814	2 774	4 251	35	555	2 762	38	1 194	2 265	13 874	672	41	2 735	3 448	445	4 432	433	32 225	138	37 228	577	198	775	3.

Endgültige Ergebnisse der Schweinezählung vom 1. Juni 1922 im Freistaat Preußen.

1. Der Schweinebestand im Staate am 1. Juni 1922.

Staat	Zeit der Zählung	Haushaltungen mit Schweinen	Unter ½ Jahr alte Schweine			½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine				1 Jahr alte und ältere Schweine				Gesamtzahl der Schweine
			Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	zusammen	Zuchteber	Zuchtsauen	Die übrigen Schweine	zusammen	Zuchteber	Zuchtsauen	Die übrigen Schweine	zusammen	
1	1a	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
A. Staat[1]	1. 6. 22	2 756 770	1 804 947	4 514 676	6 319 623	26 793	339 989	1 276 396	1 643 178	26 761	560 383	133 991	721 135	8 683 936
	1. 12. 21	[2]) .	*1 934 308*	*4 310 608*	*6 244 916*	*35 691*	*334 379*	*2 300 651*	*2 670 721*	*24 611*	*571 082*	*928 826*	*1 524 519*	*10 440 156*
1. 6. 22 gegen 1. 12. 21 mehr (+) oder weniger (—)			— 129 361	+ 204 068	+ 74 707	— 8 898	+ 5 610	— 1 024 255	— 1 027 543	+ 2 150	— 10 699	— 794 835	— 803 384	— 1 756 220
in % mehr (+) oder weniger (—)			— 6,69	+ 4,73	+ 1,20	— 24,93	+ 1,68	— 44,52	— 38,47	+ 8,74	— 1,87	— 85,57	— 52,70	— 16,82
davon:														
1. Städte	1. 6. 22	507 021	153 951	688 537	842 488	1 581	17 474	173 349	192 404	1 485	22 562	16 210	40 257	1 075 149
	1. 12. 21	[2]) .	*186 390*	*533 964*	*720 354*	*2 463*	*17 553*	*382 383*	*402 399*	*1 638*	*24 076*	*130 398*	*156 112*	*1 278 865*
1. 6. 22 gegen 1. 12. 21 mehr (+) oder weniger (—)			— 32 439	+ 154 573	+ 122 134	— 882	— 79	— 209 034	— 209 995	— 153	— 1 514	— 114 188	— 115 855	— 203 716
in % mehr (+) oder weniger (—)			— 17,40	+ 28,95	+ 16,95	— 35,81	— 0,45	— 54,67	— 52,19	— 9,34	— 6,29	— 87,57	— 74,21	— 15,93
2. Landgemeinden	1. 6. 22	2 023 772	1 440 418	3 437 284	4 877 702	21 015	289 357	913 068	1 223 440	19 052	461 829	91 910	572 791	6 673 933
	1. 12. 21	[2]) .	*1 523 265*	*3 282 180*	*4 805 445*	*27 818*	*287 152*	*1 695 639*	*2 010 609*	*16 981*	*470 560*	*698 644*	*1 186 185*	*8 002 239*
1. 6. 22 gegen 1. 12. 21 mehr (+) oder weniger (—)			— 82 847	+ 155 104	+ 72 257	— 6 803	+ 2 205	— 782 571	— 787 169	+ 2 071	— 8 731	— 606 734	— 613 394	— 1 328 306
in % mehr (+) oder weniger (—)			— 5,44	+ 4,73	+ 1,50	— 24,46	+ 0,77	— 46,15	— 39,15	+ 12,20	— 1,86	— 86,84	— 51,71	— 16,60
3. Gutsbezirke	1. 6. 22	225 977	210 578	388 855	599 433	4 197	33 158	189 979	227 334	6 224	75 992	25 871	108 087	934 854
	1. 12. 21	[2]) .	*224 653*	*494 464*	*719 117*	*5 410*	*29 674*	*222 629*	*257 713*	*5 992*	*76 446*	*99 784*	*182 222*	*1 159 052*
1. 6. 22 gegen 1. 12. 21 mehr (+) oder weniger (—)			— 14 075	— 105 609	— 119 684	— 1 213	+ 3 484	— 32 650	— 30 379	+ 232	— 454	— 73 913	— 74 135	— 224 198
in % mehr (+) oder weniger (—)			— 6,27	— 21,36	— 16,64	— 22,42	+ 11,74	— 14,67	— 11,79	+ 3,87	— 0,59	— 74,07	— 40,68	— 19,34
Staat	2. 6. 14	2 519 794	.	.	10 115 562	37 797	480 903	3 323 202	3 841 902	36 927	1 039 562	231 157	1 307 646	15 265 110
1. 6. 22 gegen 2. 6. 14 mehr (+) oder weniger (—)		+ 236 976	.	.	— 3 795 939	— 11 004	— 140 914	— 2 046 806	— 2 198 724	— 10 166	— 479 179	— 97 166	— 586 511	— 6 581 174
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 9,40	.	.	— 37,53	— 29,11	— 29,30	— 61,59	— 57,23	— 27,53	— 46,09	— 42,03	— 44,85	— 43,11

[1]) ohne die abgetretenen Landesteile; inbegriffen den einverleibten Kreis Pyrmont. — [2]) nicht ermittelt.

2. Der Schweinebestand in den Provinzen und Regierungsbezirken am 1. Juni 1922.

Provinzen — Regierungsbezirke	Haushaltungen mit Schweinen	Unter 1/2 Jahr alte Schweine			1/2 bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine				1 Jahr alte und ältere Schweine				Gesamtzahl der Schweine
		Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht 1/2 Jahr alte Schweine	zusammen	Zuchteber	Zuchtsauen	die übrigen Schweine	zusammen	Zuchteber	Zuchtsauen	die übrigen Schweine	zusammen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
B. Provinzen													
1. Ostpreußen	251 867	212 802	355 552	568 354	5 564	48 403	135 499	189 466	4 671	60 574	21 024	86 269	844 089
2. Brandenburg	257 823	123 664	370 576	494 240	2 371	31 380	197 743	231 494	2 314	41 428	18 160	61 902	787 636
3. Stadt Berlin	7 223	1 995	11 604	13 599	32	345	5 946	6 323	33	385	3 407	3 825	23 747
4. Pommern	200 684	176 824	373 240	550 064	2 570	28 481	134 088	165 139	2 841	50 308	15 211	68 360	783 563
5. Grenzmark Posen-Westpr.	37 047	25 821	60 023	85 844	417	4 967	18 097	23 481	402	7 964	2 035	10 401	119 726
6. Niederschlesien	201 092	108 313	311 660	419 973	2 081	19 556	72 403	94 040	2 252	26 747	8 198	37 197	551 210
7. Oberschlesien	92 457	52 923	114 438	167 361	702	10 608	21 834	33 144	589	14 714	2 281	17 584	218 089
8. Sachsen	361 549	182 677	585 705	768 382	3 116	36 017	199 820	238 953	3 405	61 299	13 765	78 469	1 085 804
9. Schleswig-Holstein	132 509	152 595	310 788	463 383	1 531	22 873	67 388	91 792	1 532	39 397	6 212	47 141	602 316
10. Hannover[1])	369 343	400 104	722 039	1 122 143	2 942	60 898	170 072	233 912	3 667	146 672	16 219	166 558	1 522 613
11. Westfalen	339 246	172 088	606 046	778 134	2 134	36 289	99 626	138 049	1 944	56 528	10 822	69 294	985 477
12. Hessen-Nassau	187 215	73 580	273 387	346 967	1 318	16 447	73 064	90 829	1 326	24 482	6 250	32 058	469 854
13. Rheinprovinz	310 110	118 116	407 071	525 187	1 976	23 239	79 564	104 779	1 757	28 869	10 285	40 911	670 877
14. Hohenzollernsche Lande	8 605	3 445	12 547	15 992	39	486	1 252	1 777	28	1 016	122	1 166	18 935
C. Regierungsbezirke													
1. Königsberg	96 069	79 157	128 248	207 405	1 831	17 872	58 881	78 584	1 892	22 127	9 259	33 278	319 267
2. Gumbinnen	73 566	69 028	114 397	183 425	2 251	16 072	35 483	53 806	1 451	18 041	4 431	23 923	261 154
3. Allenstein	57 405	41 157	72 839	113 996	886	9 007	20 073	29 966	827	12 676	3 765	17 268	161 230
4. Westpreußen	24 827	23 460	40 068	63 528	596	5 452	21 062	27 110	501	7 730	3 569	11 800	102 438
5. Potsdam	129 334	57 928	181 534	239 462	1 311	15 465	124 621	141 397	1 203	18 981	11 273	31 457	412 316
6. Frankfurt	128 489	65 736	189 042	254 778	1 060	15 915	73 122	90 097	1 111	22 447	6 887	30 445	375 320
7. Berlin	7 223	1 995	11 604	13 599	32	345	5 946	6 323	33	385	3 407	3 825	23 747
8. Stettin	91 766	62 898	158 517	221 415	1 004	13 502	70 367	84 873	1 068	19 330	7 111	27 509	333 797
9. Köslin	80 625	88 489	166 458	254 947	915	11 008	45 687	57 610	990	20 903	4 885	26 778	339 335
10. Stralsund	28 293	25 437	48 265	73 702	651	3 971	18 034	22 656	783	10 075	3 215	14 073	110 431
11. Schneidemühl	37 047	25 821	60 023	85 844	417	4 967	18 097	23 481	402	7 964	2 035	10 401	119 726
12. Breslau	114 980	64 790	182 415	247 205	1 320	11 043	45 345	57 708	1 317	16 086	5 317	22 720	327 633
13. Liegnitz	86 112	43 523	129 245	172 768	761	8 513	27 058	36 332	935	10 661	2 881	14 477	223 577
14. Oppeln	92 457	52 923	114 438	167 361	702	10 608	21 834	33 144	589	14 714	2 281	17 584	218 089
15. Magdeburg	146 670	82 039	235 422	317 461	1 212	16 109	104 947	122 268	1 440	33 367	6 501	41 308	481 037
16. Merseburg	159 944	72 889	266 493	339 382	1 564	15 078	78 201	94 843	1 629	22 202	6 068	29 899	464 124
17. Erfurt	54 935	27 749	83 790	111 539	340	4 830	16 672	21 842	336	5 730	1 196	7 262	140 643
18. Schleswig	132 509	152 595	310 788	463 383	1 531	22 873	67 388	91 792	1 532	39 397	6 212	47 141	602 316
19. Hannover[1])	68 999	102 983	140 898	243 881	453	11 419	31 060	42 932	581	37 124	2 754	40 459	327 272
20. Hildesheim	83 039	35 870	138 515	174 385	435	6 204	51 631	58 270	664	14 474	2 789	17 927	250 582
21. Lüneburg	75 042	87 154	188 036	275 190	925	12 057	43 966	56 948	1 284	37 904	3 963	43 151	375 289
22. Stade	59 667	78 056	123 072	201 128	439	11 862	21 793	34 094	419	22 568	3 219	26 206	261 428
23. Osnabrück	51 823	70 590	92 629	163 219	550	14 446	15 904	30 900	574	31 756	2 384	34 714	228 833
24. Aurich	30 773	25 451	38 889	64 340	140	4 910	5 718	10 768	145	2 846	1 110	4 101	79 209
25. Münster	107 373	64 896	202 563	267 459	1 044	17 578	30 584	49 206	714	18 240	3 777	22 731	339 396
26. Minden	97 258	73 986	185 342	259 328	582	14 526	36 565	51 673	662	29 444	4 580	34 686	345 687
27. Arnsberg	134 615	33 206	218 141	251 347	508	4 185	32 477	37 170	568	8 844	2 465	11 877	300 394
28. Cassel	119 881	49 719	191 885	241 604	981	9 857	57 499	68 337	1 015	18 298	4 690	24 003	333 944
29. Wiesbaden	67 334	23 861	81 502	105 363	337	6 590	15 565	22 492	311	6 184	1 560	8 055	135 910
30. Coblenz	63 683	16 306	70 791	87 097	161	3 003	13 088	16 252	150	3 663	1 338	5 151	108 500
31. Düsseldorf	111 523	47 680	169 780	217 460	1 047	10 615	39 405	51 067	872	11 275	5 111	17 258	285 785
32. Köln	53 964	16 166	61 978	78 144	317	2 336	7 943	10 596	336	2 772	1 374	4 482	93 222
33. Trier	42 691	22 133	59 956	82 089	191	4 099	13 083	17 373	205	9 011	1 708	10 924	110 386
34. Aachen	38 249	15 831	44 566	60 397	260	3 186	6 045	9 491	194	2 148	754	3 096	72 984
35. Sigmaringen	8 605	3 445	12 547	15 992	39	486	1 252	1 777	28	1 016	122	1 166	18 935

[1]) Vergl. die Anmerkung 4 auf Seite 210.

3. Der Schweinebestand in den Kreisen

Kreise — (* = Stadtkreise)	Haushaltungen mit Schweinen	Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht 1/2 Jahr alte Schweine	1/2 bis noch nicht 1 Jahr alte			1 Jahr alte und ältere			Gesamtzahl der Schweine
				Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1. Reg.-Bez. Königsberg.										
1. Braunsberg	6 153	8 056	6 680	154	2 141	4 978	140	1 927	1 105	25 181
2. Fischhausen	8 201	5 431	9 336	110	1 021	4 627	114	1 199	743	22 581
3. Friedland	6 482	4 995	9 213	128	1 050	4 079	164	1 795	494	21 918
4. Gerdauen	6 107	4 434	9 462	104	1 012	3 838	107	1 423	459	20 839
5. Heiligenbeil	7 004	6 754	8 536	138	1 330	5 166	135	1 692	585	24 336
6. Heilsberg	6 875	7 440	8 310	276	1 931	4 533	281	2 526	1 081	26 378
7. *Königsberg i. Pr.	2 530	617	2 981	1	6	680	4	5	176	4 470
8. Königsberg i. Pr.	7 585	5 448	8 862	142	1 186	3 925	124	1 298	619	21 604
9. Labiau	8 590	6 692	12 379	128	1 617	3 366	126	1 709	623	26 640
10. Mohrungen	8 296	6 613	12 555	161	1 490	5 586	137	2 042	893	29 477
11. Preußisch Eylau	8 064	6 758	11 092	131	1 635	5 199	148	1 847	568	27 378
12. Preußisch Holland	6 272	5 275	8 952	108	1 214	6 084	129	1 528	981	24 271
13. Rastenburg	6 582	5 073	10 297	119	694	2 926	155	1 618	472	21 354
14. Wehlau	7 328	5 571	9 593	131	1 545	3 894	128	1 518	460	22 840
2. Reg.-Bez. Gumbinnen.										
1. Angerburg	5 511	4 449	8 719	87	847	2 137	93	1 171	269	17 772
2. Darkehmen	5 581	5 019	8 412	102	1 083	2 898	93	1 215	404	19 226
3. Goldap	6 280	5 314	9 146	141	1 440	2 661	79	1 369	319	20 469
4. Gumbinnen	6 513	6 234	10 547	222	1 408	3 158	111	1 499	394	23 573
5. *Insterburg	1 609	416	1 490	8	16	807	5	22	20	2 784
6. Insterburg	7 990	7 121	12 173	251	1 806	4 291	191	2 265	590	28 688
7. Niederung	8 835	11 950	16 023	537	2 863	6 346	391	3 774	878	42 762
8. Oletzko	5 786	4 218	8 260	79	967	1 950	46	1 092	274	16 886
9. Pillkallen	7 424	6 549	10 211	286	1 814	3 767	140	1 350	267	24 384
10. Stallupönen	6 689	6 201	10 900	206	1 265	3 116	141	1 596	385	23 810
11. *Tilsit	2 208	1 348	3 014	22	165	585	6	128	55	5 323
12. Tilsit-Ragnit	9 140	10 209	15 502	310	2 398	3 767	155	2 560	576	35 477
3. Reg.-Bez. Allenstein.										
1. *Allenstein	919	525	922	8	45	383	1	12	20	1 916
2. Allenstein	5 939	4 307	6 688	92	1 015	1 719	119	1 911	469	16 320
3. Johannisburg	6 421	5 104	7 559	77	1 274	1 945	69	1 307	442	17 777
4. Lötzen	5 694	4 240	8 255	96	815	1 668	94	1 294	353	16 815
5. Lyck	7 188	5 296	10 475	130	1 318	2 350	70	1 830	584	22 053
6. Neidenburg	3 898	3 018	5 020	51	677	2 006	40	769	278	11 859
7. Ortelsburg	6 886	4 398	7 102	58	1 033	2 262	51	1 183	266	16 353
8. Osterode i. Ostpr.	7 874	5 291	11 328	79	1 011	3 274	90	1 398	448	22 919
9. Rössel	6 353	5 017	8 115	205	1 092	2 776	205	1 772	500	19 682
10. Sensburg	6 233	3 961	7 375	90	727	1 690	88	1 200	405	15 536
4. Reg.-Bez. Westpreußen.										
1. *Elbing	1 531	464	1 784	—	9	764	14	13	102	3 150
2. Elbing	4 271	4 126	5 405	70	879	3 951	51	972	870	16 324
3. Marienburg (Westpr.)	2 620	2 259	4 263	51	560	4 061	37	475	722	12 428
4. Marienwerder	4 389	4 403	9 235	154	1 057	3 166	108	1 570	499	20 192
5. Rosenberg i. Westpr.	6 923	7 262	10 927	109	1 488	4 154	150	2 748	808	27 646
6. Stuhm	5 093	4 946	8 454	212	1 459	4 966	141	1 952	568	22 698
5. Reg.-Bez. Potsdam.										
1. Angermünde	9 236	3 880	12 446	105	1 190	9 100	95	1 384	939	29 139
2. Beeskow-Storkow	7 063	2 178	9 063	67	859	4 399	24	481	267	17 338
3. *Brandenburg (Havel)	590	77	715	1	26	416	1	10	22	1 268
4. *Eberswalde	297	43	310	1	—	191	2	8	7	562
5. Jüterbog-Luckenwalde	8 038	6 377	15 947	165	1 635	7 470	175	2 683	916	35 368
6. Niederbarnim	9 172	2 015	9 706	50	542	7 578	55	645	571	21 162
7. Oberbarnim	7 651	2 180	8 451	47	671	7 986	63	696	621	20 715
8. Osthavelland	9 384	1 455	7 732	50	620	11 802	39	366	637	22 701
9. Ostprignitz	10 466	6 564	21 862	116	1 384	8 286	103	2 271	666	41 252
10. *Potsdam	210	37	217	4	35	96	—	9	65	463
11. Prenzlau	8 133	6 084	13 884	171	1 662	11 391	210	2 437	1 385	37 224
12. Ruppin	10 872	2 904	11 352	69	1 215	12 294	43	693	1 065	29 635
13. Teltow	9 451	2 976	12 591	81	1 131	6 760	58	782	602	24 981
14. Templin	8 035	4 222	9 798	92	1 224	8 363	112	1 625	1 258	26 694
15. Westhavelland	7 686	1 630	5 569	59	584	11 072	29	376	1 051	20 370
16. Westprignitz[1]	9 472	7 048	21 311	68	979	4 707	76	2 370	270	36 829
17. *Wittenberge[2]	1 161	189	1 393	1	12	318	—	13	2	1 928
18. Zauch-Belzig	12 417	8 069	19 187	164	1 696	12 392	118	2 132	929	44 687

[1]) mit Ausschluß des jetzigen Stadtkreises Wittenberge. — [2]) seit dem 1. August 1922 Stadtkreis.

Kreise — (* = Stadtkreise)	Haushaltungen mit Schweinen	Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht 1/2 Jahr alte Schweine
1	2	3	4
6. Reg.-Bez. Frankfurt.			
1. Arnswalde	6 101	3 489	10 492
2. Calau	10 343	6 032	13 936
3. *Cottbus	300	111	289
4. Cottbus	7 316	3 884	10 528
5. Crossen	7 699	3 349	9 367
6. *Forst	216	65	227
7. *Frankfurt a. O.	417	142	539
8. Friedeberg N. M.	6 696	5 162	12 293
9. *Guben	566	222	521
10. Guben	6 716	3 085	10 021
11. Königsberg (Neumark)	11 503	4 642	16 316
12. *Landsberg a. W.	549	251	704
13. Landsberg	8 405	5 286	14 803
14. Lebus	11 294	4 131	14 530
15. Luckau	9 469	7 641	16 220
16. Lübben	4 900	2 819	7 691
17. Oststernberg	5 976	2 527	8 509
18. Soldin	7 226	5 040	12 750
19. Sorau	7 641	2 991	10 709
20. Spremberg	2 704	1 216	3 367
21. Weststernberg	6 606	2 381	8 755
22. Züllichau-Schwiebus	5 846	1 270	6 475
7. *Berlin	7 223	1 995	11 604
davon:			
Verwaltungsbezirk 1	*68*	*35*	*153*
„ 2	*90*	*9*	*173*
„ 3	*190*	*122*	*343*
„ 4	*243*	*92*	*340*
„ 5	*88*	*20*	*273*
darunter auf dem Städtischen Vieh- und Schlachthofe	2	—	120
Verwaltungsbezirk 6	*79*	*20*	*145*
„ 7	*401*	*89*	*680*
„ 8	*808*	*105*	*1 178*
darunter auf dem Städtischen Schlachthofe	2	—	—
Verwaltungsbezirk 9	*205*	*31*	*371*
„ 10	*184*	*35*	*312*
„ 11	*138*	*42*	*184*
„ 12	*273*	*73*	*336*
„ 13	*446*	*65*	*810*
„ 14	*661*	*171*	*1 039*
„ 15	*334*	*20*	*429*
„ 16	*325*	*61*	*437*
„ 17	*594*	*141*	*898*
„ 18	*666*	*382*	*1 128*
„ 19	*828*	*355*	*1 538*
„ 20	*602*	*127*	*837*
8. Reg.-Bez. Stettin.			
1. Anklam	4 708	4 701	8 481
2. Cammin	7 148	6 191	14 001
3. Demmin	7 764	6 258	12 750
4. Greifenberg	5 603	5 656	13 146
5. Greifenhagen	7 459	4 521	12 619
6. Naugard	8 020	6 554	16 733
7. Pyritz	7 018	4 928	13 975
8. Randow	11 054	4 846	16 086
9. Regenwalde	7 680	6 896	15 907
10. Saatzig	7 132	5 538	14 502
11. *Stargard i. Pom.	932	351	1 211
12. *Stettin	778	408	1 162
13. Ueckermünde	8 830	2 825	8 969
14. Usedom-Wollin	7 640	3 225	8 975
9. Reg.-Bez. Köslin.			
1. Belgard	7 192	7 020	15 031
2. Bublitz	3 058	3 463	5 975
3. Bütow	2 847	2 731	4 392
4. Dramburg	5 345	3 632	9 690

am 1. Juni 1922.

½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchteber	½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchtsauen	½ bis noch nicht 1 Jahr alte: übrige Schweine	1 Jahr alte und ältere: Zuchteber	1 Jahr alte und ältere: Zuchtsauen	1 Jahr alte und ältere: übrige Schweine	Gesamtzahl der Schweine
5	6	7	8	9	10	11
58	622	4 963	85	1 270	607	21 586
67	1 238	4 356	80	2 251	559	28 519
—	5	161	1	3	8	578
48	854	2 076	37	1 170	165	18 762
49	1 179	4 654	49	951	379	19 977
—	4	71	—	1	2	370
3	21	270	3	38	21	1 037
59	1 080	2 541	56	1 884	213	23 288
2	10	143	2	20	45	965
60	713	2 611	40	1 094	298	17 922
94	1 263	8 073	110	1 567	473	32 538
3	20	125	3	88	24	1 218
61	1 253	3 855	66	1 802	269	27 395
145	1 549	7 434	136	1 355	642	29 922
115	1 844	6 728	114	3 136	659	36 457
45	665	2 259	24	939	202	14 644
43	804	5 341	35	822	447	18 528
94	997	5 468	119	1 935	836	27 239
28	478	2 044	43	519	172	16 984
11	188	937	24	500	83	6 326
37	620	3 585	37	574	270	16 259
38	508	5 427	47	528	513	14 806
32	345	5 946	33	385	3 407	23 747
—	3	65	—	3	4	263
—	4	38	—	—	15	239
—	3	120	2	13	25	628
—	21	65	1	2	41	562
—	2	33	1	5	2 666	3 000
—	—	—	—	—	2 661	2 781
1	4	56	—	—	—	226
1	3	176	1	9	23	982
1	19	597	9	38	25	1 972
—	—	69	—	—	—	69
1	4	140	—	2	11	560
—	8	132	1	1	23	512
—	12	119	—	3	5	365
1	5	181	1	17	22	636
3	12	237	2	20	15	1 164
3	16	376	—	6	66	1 677
—	—	153	—	1	2	605
—	5	96	—	9	8	616
1	10	604	2	23	84	1 763
16	142	1 782	8	67	321	3 846
1	18	495	1	145	17	2 570
3	54	481	4	21	34	1 561
84	989	3 824	112	1 884	476	20 551
85	1 137	5 410	87	1 909	569	29 389
103	968	6 178	132	2 112	671	29 172
78	1 015	5 579	77	1 469	525	27 545
62	957	5 278	82	1 449	406	25 374
76	1 046	5 547	56	1 504	579	32 095
85	1 173	7 335	114	1 733	831	30 174
153	1 714	8 995	134	1 836	887	34 651
81	940	7 792	113	1 979	781	34 489
80	1 017	6 339	76	1 585	682	29 819
6	45	499	1	71	29	2 213
4	30	698	6	51	67	2 426
59	1 638	4 682	42	908	390	19 513
48	833	2 211	36	840	218	16 386
68	923	4 413	91	1 942	587	30 075
37	467	1 461	52	1 138	130	12 723
35	439	1 130	30	600	151	9 508
51	637	3 625	58	1 184	475	19 352

Kreise (* = Stadtkreise)	Haushaltungen mit Schweinen	Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchteber	½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchtsauen	½ bis noch nicht 1 Jahr alte: übrige Schweine	1 Jahr alte und ältere: Zuchteber	1 Jahr alte und ältere: Zuchtsauen	1 Jahr alte und ältere: übrige Schweine	Gesamtzahl der Schweine
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Noch: 9. Reg.-Bez Köslin.										
5. Köslin	5 492	7 670	14 224	45	819	4 366	70	1 659	360	29 213
6. *Kolberg	1 125	957	1 610	2	22	255	1	59	22	2 928
7. Kolberg-Körlin	6 169	9 216	17 206	89	1 185	6 762	93	2 365	616	37 532
8. Lauenburg i. Pommern	6 226	5 762	9 795	82	890	2 753	90	1 340	375	21 087
9. Neustettin	10 724	10 938	22 350	152	1 575	5 515	180	3 484	619	44 813
10. Rummelsburg	5 033	4 671	8 854	65	729	1 658	65	1 053	182	17 277
11. Schivelbein	3 389	3 308	7 956	43	499	2 732	39	912	298	15 787
12. Schlawe	11 072	15 582	26 300	82	1 369	6 347	105	3 216	368	53 369
13. *Stolp	886	590	1 011	1	14	181	4	30	14	1 845
14. Stolp	12 067	12 949	22 064	163	1 440	4 489	112	1 921	688	43 826
10. Reg.-Bez. Stralsund.										
1. Franzburg	7 054	6 310	11 244	118	843	5 170	200	2 637	911	27 433
2. *Greifswald	653	155	984	2	33	361	1	13	28	1 577
3. Greifswald	6 307	5 811	10 103	213	1 063	4 343	176	2 391	728	24 828
4. Grimmen	6 105	6 933	12 322	168	1 222	4 855	188	2 583	667	28 938
5. Rügen	7 337	6 042	12 189	145	787	2 966	217	2 428	875	25 649
6. *Stralsund	837	186	1 423	5	23	339	1	23	6	2 006
11. Reg.-Bez. Schneidemühl.										
1. Bomst	1 847	822	2 631	11	-200	689	12	218	64	4 647
2. Deutsch Krone	8 410	5 195	12 745	99	1 106	4 304	99	1 481	562	25 591
3. Flatow	4 809	4 758	8 790	72	876	1 721	67	1 821	234	18 339
4. Fraustadt	2 219	1 200	3 880	15	192	1 118	11	201	91	6 708
5. Meseritz	4 230	2 033	6 443	37	412	3 483	52	760	233	13 453
6. Netzekreis	4 917	4 463	8 604	49	756	1 569	39	1 141	210	16 831
7. Schlochau	6 979	5 496	12 168	105	955	2 683	92	1 639	356	23 494
8. *Schneidemühl	676	200	657	5	21	121	1	22	21	1 048
9. Schwerin a./Warthe	2 960	1 654	4 105	24	449	2 409	29	681	264	9 615
12. Reg.-Bez. Breslau.										
1. *Breslau	635	220	913	5	16	428	1	8	49	1 640
2. Breslau	9 737	3 363	13 860	100	582	4 249	96	830	447	23 527
3. *Brieg	385	102	361	—	1	77	1	4	10	556
4. Brieg	5 143	4 436	10 125	82	802	2 915	73	1 247	473	20 153
5. Frankenstein	3 386	2 441	5 510	52	425	1 267	52	581	196	10 524
6. Glatz	2 899	1 765	3 630	11	162	472	24	266	44	6 374
7. Groß Wartenberg	3 733	2 228	5 879	25	224	771	19	350	69	9 565
8. Guhrau	4 790	2 323	8 934	31	414	2 116	37	623	107	14 585
9. Habelschwerdt	3 525	2 199	4 032	12	154	574	24	398	45	7 438
10. Militsch	6 727	3 531	10 267	55	620	1 698	33	855	208	17 267
11. Münsterberg	3 335	2 308	5 704	51	385	1 236	41	471	132	10 328
12. Namslau	3 612	2 868	6 378	46	489	1 499	59	915	255	12 509
13. Neumarkt	6 921	4 270	11 234	111	894	2 151	107	1 084	430	20 281
14. Neurode	2 893	1 465	3 486	15	111	361	17	252	47	5 754
15. Nimptsch	4 205	2 777	7 425	57	330	1 762	91	821	204	13 467
16. Oels	7 512	3 967	12 728	70	662	4 293	64	794	402	22 980
17. Ohlau	7 046	4 717	12 524	170	834	4 567	131	1 411	459	24 813
18. Reichenbach	3 681	2 130	5 581	48	430	1 900	58	599	222	10 968
19. *Schweidnitz	269	97	285	—	—	79	—	3	14	478
20. Schweidnitz	6 611	3 650	10 141	100	688	2 807	98	1 086	346	18 916
21. Steinau	3 055	1 616	5 390	18	408	1 344	39	538	116	9 469
22. Strehlen	4 284	2 633	7 410	62	484	1 610	79	674	163	13 115
23. Striegau	4 182	1 982	5 491	43	335	1 745	56	580	240	10 472
24. Trebnitz	7 094	3 304	10 904	74	655	2 716	46	772	359	18 830
25. Waldenburg	3 492	1 367	4 149	31	311	1 098	23	251	119	7 349
26. Wohlau	5 828	3 031	10 074	51	627	1 610	48	673	161	16 275
13. Reg.-Bez. Liegnitz.										
1. Bolkenhain	2 990	2 260	4 441	41	408	1 118	29	388	173	8 858
2. Bunzlau	4 519	2 476	7 039	47	367	955	64	579	171	11 698
3. Freystadt	5 590	2 401	8 918	28	560	2 585	33	486	138	15 149
4. *Glogau	211	28	234	—	3	59	—	1	6	331
5. Glogau	7 109	3 339	12 602	53	790	3 052	45	679	251	20 811
6. *Görlitz	292	68	309	—	3	164	—	7	8	559
7. Görlitz	4 588	2 291	6 739	49	321	1 325	79	676	130	11 610
8. Goldberg-Haynau	4 698	3 181	7 455	93	739	2 077	114	1 012	173	14 844
9. *Grünberg	369	58	349	—	2	147	—	11	18	585
10. Grünberg	5 758	1 882	7 866	41	578	1 897	33	369	227	12 893

Kreise (* = Stadtkreise)	Haushaltungen mit Schweinen	Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchteber	½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchtsauen	½ bis noch nicht 1 Jahr alte: übrige Schweine	1 Jahr alte und ältere: Zuchteber	1 Jahr alte und ältere: Zuchtsauen	1 Jahr alte und ältere: übrige Schweine	Gesamtzahl der Schweine
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Noch: 13. Reg.-Bez. Liegnitz.										
11. *Hirschberg	205	43	276	—	8	52	—	3	28	410
12. Hirschberg	2 709	1 172	4 039	16	108	454	24	122	52	5 987
13. Hoyerswerda	5 240	3 347	6 448	36	751	1 119	40	1 644	111	13 496
14. Jauer	3 029	1 634	4 669	42	466	1 553	43	430	198	9 035
15. Landeshut	2 417	1 393	2 946	14	241	345	15	112	34	5 100
16. Lauban	3 940	2 351	5 235	29	271	715	50	451	101	9 203
17. *Liegnitz	608	113	639	—	5	291	—	3	14	1 065
18. Liegnitz	5 139	2 961	8 336	75	737	2 074	79	837	290	15 389
19. Löwenberg	4 857	2 597	7 130	55	386	979	65	574	93	11 879
20. Lüben	3 627	1 620	6 587	27	324	1 238	42	585	151	10 574
21. Rothenburg i. Ob.-Laus.	6 745	2 781	8 615	26	221	1 421	84	455	133	13 736
22. Sagan	5 314	2 378	8 079	30	472	1 491	44	539	155	13 188
23. Schönau	2 429	1 549	3 820	34	338	473	26	325	69	6 634
24. Sprottau	3 729	1 600	6 474	25	414	1 474	26	373	157	10 543
14. Reg.-Bez. Oppeln.										
1. *Beuthen (Rest)[1]	372	114	378	—	13	161	1	23	44	734
2. Beuthen (Rest)[1]	1 473	411	1 285	18	43	179	2	22	21	1 981
3. Cosel	7 796	4 322	8 672	42	621	1 579	42	877	125	16 280
4. Falkenberg	4 908	3 492	6 967	39	645	1 428	28	437	149	13 185
5. *Gleiwitz	784	207	767	3	21	172	2	65	15	1 252
6. Groß Strehlitz	5 805	2 506	5 873	36	721	732	39	833	90	10 830
7. Grottkau	4 340	3 394	7 842	107	886	2 522	54	796	195	15 796
8. Hindenburg O.S. (Rest)[1]	1 743	566	1 261	6	13	336	—	2	19	2 203
9. Kreuzburg	5 444	3 721	8 235	69	1 085	2 035	62	1 881	296	17 384
10. Leobschütz	9 558	6 801	13 919	59	1 028	3 135	71	1 571	257	26 841
11. Lublinitz (Rest)[1]	1 712	1 033	1 963	10	242	185	11	414	22	3 880
12. *Neisse	345	78	477	2	11	160	2	15	32	777
13. Neisse	5 944	4 452	9 975	87	894	2 494	44	676	167	18 789
14. Neustadt O./S.	9 929	6 411	12 350	63	1 264	2 034	69	2 040	234	24 465
15. *Oppeln	269	144	283	—	14	91	2	30	19	583
16. Oppeln	10 020	5 527	10 278	52	1 014	952	47	1 498	106	19 474
17. *Ratibor	617	323	563	—	8	142	1	7	13	1 057
18. Ratibor (Rest)[1]	6 412	3 047	6 930	17	348	561	20	627	28	11 578
19. Rosenberg O. S.	6 440	3 190	8 078	43	915	1 530	50	1 629	313	15 748
20. Rybnik (Rest)[1]	737	215	787	2	36	59	1	99	1	1 200
21. Tarnowitz (Rest)[1]	1 406	551	1 255	5	53	294	2	67	13	2 240
22. Tost-Gleiwitz (Rest)[1]	6 403	2 418	6 300	42	733	1 053	39	1 105	122	11 812
15. Reg.-Bez. Magdeburg.										
1. *Aschersleben	1 680	155	2 094	1	5	604	1	5	29	2 894
2. Calbe	14 503	2 561	18 259	38	319	6 819	27	396	209	28 628
3. Gardelegen	10 321	13 295	25 615	232	2 585	7 059	228	6 052	796	55 862
4. Grafsch. Wernigerode	4 430	675	5 074	5	153	2 429	14	318	53	8 721
5. *Halberstadt	1 310	140	1 727	9	9	652	—	19	25	2 581
6. Halberstadt	7 808	1 330	11 141	34	284	4 559	22	488	190	18 048
7. Jerichow I	10 521	6 496	17 125	95	1 761	10 264	104	1 939	643	38 427
8. Jerichow II	10 407	5 934	14 657	101	1 867	9 939	66	1 136	952	34 652
9. *Magdeburg	2 934	227	3 226	8	39	1 686	3	53	87	5 329
10. Neuhaldensleben	12 213	4 284	19 287	66	665	8 988	96	1 524	288	35 198
11. Oschersleben	10 680	1 321	13 334	14	127	7 363	21	296	216	22 692
12. Osterburg	7 661	10 840	17 907	124	1 912	6 148	214	5 154	518	42 817
13. *Quedlinburg	1 272	182	1 540	3	10	732	4	18	8	2 497
14. Quedlinburg	7 863	1 445	10 247	8	101	3 755	19	247	52	15 874
15. Salzwedel	9 117	21 193	26 672	290	3 679	8 113	405	11 586	1 035	72 973
16. *Stendal	2 101	244	2 408	1	33	1 219	2	19	19	3 945
17. Stendal	8 815	6 792	15 531	99	1 691	6 992	113	2 521	388	34 127
18. Wanzleben	13 117	1 804	15 705	28	221	9 807	45	691	302	28 603
19. Wolmirstedt	9 917	3 121	13 873	56	648	7 819	56	905	691	27 169
16. Reg.-Bez. Merseburg.										
1. Bitterfeld	11 470	3 696	17 829	73	607	4 434	49	672	182	27 542
2. Delitzsch	9 887	5 812	19 361	210	1 230	7 184	271	1 878	926	36 872
3. Eckartsberga	7 203	4 710	12 778	64	1 142	2 844	65	1 054	201	22 858
4. *Eisleben	1 478	147	1 333	4	14	725	—	5	10	2 238
5. *Halle a. S.	1 231	158	1 700	—	5	567	8	82	74	2 594
6. Liebenwerda	8 564	5 189	12 723	97	1 184	2 270	83	1 501	308	23 355

Kreise (* = Stadtkreise)	Haushaltungen mit Schweinen	Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine
1	2	3	4
Noch: 16. Reg.-Bez. Merseburg.			
7. Mansfelder Gebirgskr.	11 059	2 055	13 950
8. Mansfelder Seekreis	15 313	3 160	20 893
9. *Merseburg	810	180	995
10. Merseburg	11 323	4 510	21 417
11. *Naumburg	530	217	808
12. Naumburg	1 993	1 917	4 874
13. Querfurt	11 295	4 630	22 761
14. Saalkreis	13 614	2 161	18 358
15. Sangerhausen	12 478	5 389	18 515
16. Schweinitz	6 599	6 562	13 160
17. Torgau	7 929	6 801	15 431
18. *Weißenfels	524	143	709
19. Weißenfels	12 104	5 628	22 118
20. *Wittenberg	906	111	1 690
21. Wittenberg	7 829	6 505	15 572
22. *Zeitz	454	161	521
23. Zeitz	5 351	3 047	8 997
17. Reg.-Bez. Erfurt.			
1. *Erfurt	660	338	743
2. Erfurt	4 297	2 353	7 702
3. Grafschaft Hohenstein	8 129	3 519	11 904
4. Heiligenstadt	6 788	3 714	9 503
5. Langensalza	5 629	4 140	11 039
6. *Mühlhausen	1 108	321	1 374
7. Mühlhausen	6 293	3 846	9 652
8. *Nordhausen	744	70	910
9. Schleusingen	5 604	1 807	6 788
10. Weißensee	4 418	2 764	7 678
11. Worbis	8 634	3 570	12 448
12. Ziegenrück	2 631	1 307	4 049
18. Reg.-Bez. Schleswig.			
1. *Altona	477	147	1 372
2. Bordesholm	5 680	5 379	11 016
3. Eckernförde	5 883	10 234	13 129
4. Eiderstedt	1 515	1 325	1 979
5. *Flensburg	1 232	833	1 558
6. Flensburg	5 855	10 759	14 200
7. Herzogtum Lauenburg	9 157	7 055	18 820
8. Husum	5 392	7 334	8 427
9. Insel Helgoland[2]	21	13	16
10. *Kiel	2 346	1 045	2 623
11. *Neumünster	2 090	609	2 857
12. Norderdithmarschen	5 193	7 260	14 011
13. Oldenburg	7 383	7 115	14 982
14. Pinneberg	13 213	12 033	41 580
15. Plön	7 630	6 914	15 372
16. Rendsburg	8 812	12 419	22 111
17. Schleswig	7 877	13 086	21 240
18. Segeberg	7 900	9 203	21 558
19. Steinburg	9 541	17 217	37 193
20. Stormarn	12 425	7 843	24 040
21. Süderdithmarschen[3]	7 892	10 038	17 976
22. Süd-Tondern	4 379	4 603	3 680
23. *Wandsbek	616	131	1 048
19. Reg.-Bez. Hannover.			
1. Diepholz	4 007	6 978	7 163
2. Hameln[4]	11 600	4 666	20 553
3. *Hannover	4 488	629	6 361
4. Hannover	4 097	1 405	6 103
5. Hoya	4 693	22 409	14 008
6. Linden	7 347	2 368	13 352
7. Neustadt a. Rübenbge.	5 932	6 693	13 401
8. Nienburg	4 665	8 841	9 901
9. Springe	6 386	2 029	12 160

[1]) nach der Grenzfestsetzung verbliebene Teile. — [2]) seit dem 1. 10. 22 selbständiger Kreis. — [3]) mit Ausschluß des jetzigen Kreises Insel Helgoland. — [4]) inbegriffen

…am 1. Juni 1922.

$^1/_2$ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchteber	$^1/_2$ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchtsauen	$^1/_2$ bis noch nicht 1 Jahr alte: übrige Schweine	1 Jahr alte und ältere: Zuchteber	1 Jahr alte und ältere: Zuchtsauen	1 Jahr alte und ältere: übrige Schweine	Gesamtzahl der Schweine
5	6	7	8	9	10	11
30	208	3 737	35	406	94	20 515
53	368	7 989	81	609	378	33 531
1	8	410	2	12	7	1 615
110	930	7 556	119	1 419	530	36 591
2	23	154	2	16	9	1 231
30	443	1 499	37	674	228	9 702
89	1 040	6 348	81	1 155	430	36 534
75	452	9 573	76	648	278	31 621
63	823	3 154	67	1 111	163	29 285
137	2 408	3 622	108	3 216	361	29 574
160	1 459	3 496	142	2 082	480	30 051
1	5	238	—	14	17	1 127
153	1 065	6 822	147	1 971	617	38 521
1	25	189	—	19	—	2 035
125	1 220	2 777	135	2 438	351	29 123
—	—	60	—	—	10	752
86	419	2 553	121	1 220	414	16 857
2	7	247	—	6	21	1 364
32	830	1 285	34	481	83	12 800
67	595	2 523	59	825	195	19 687
66	645	3 139	67	1 206	199	18 539
45	836	1 475	45	713	106	18 399
3	25	288	2	25	32	2 070
30	488	1 058	33	689	108	15 904
1	15	397	1	6	19	1 419
5	35	468	2	84	27	9 216
32	609	1 007	32	555	139	12 816
37	445	3 870	43	823	198	21 434
20	300	915	18	317	69	6 995
—	3	343	1	32	4	1 902
74	844	1 503	71	1 717	182	20 786
119	1 102	1 913	136	3 458	268	30 359
6	162	219	6	193	11	3 901
1	40	143	—	26	5	2 606
106	1 423	1 254	114	2 778	139	30 773
114	1 149	4 888	127	2 937	312	35 402
35	1 457	1 132	29	1 221	255	19 890
—	—	14	—	—	—	43
—	10	387	—	20	69	4 154
2	23	292	6	76	75	3 940
35	1 316	1 809	26	1 345	116	25 918
76	526	3 399	134	2 181	199	28 612
125	1 943	15 440	87	2 260	1 201	74 669
87	850	2 618	128	2 666	178	28 813
121	1 998	3 256	123	3 621	395	44 044
141	2 054	2 374	123	3 645	349	43 012
110	1 496	4 778	121	2 646	501	40 413
171	2 513	9 612	124	3 552	810	71 192
95	1 082	8 598	109	2 748	780	45 295
91	2 187	2 877	49	1 851	312	35 381
20	688	359	17	409	47	9 823
2	7	180	1	15	4	1 388
23	1 264	910	54	3 373	278	20 043
42	685	6 207	43	1 606	172	33 974
1	105	2 090	5	180	87	9 458
14	199	2 715	17	703	57	11 213
78	1 140	2 051	89	6 896	312	46 983
14	355	2 714	39	795	133	19 770
37	1 029	2 003	54	3 155	209	26 581
31	710	1 317	43	3 466	186	24 495
15	313	3 424	36	635	104	18 716

…den einverleibten Kreis Pyrmont.

Kreise (* = Stadtkreise)	Haushaltungen mit Schweinen	Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht $^1/_2$ Jahr alte Schweine	$^1/_2$ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchteber	$^1/_2$ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchtsauen	$^1/_2$ bis noch nicht 1 Jahr alte: übrige Schweine	1 Jahr alte und ältere: Zuchteber	1 Jahr alte und ältere: Zuchtsauen	1 Jahr alte und ältere: übrige Schweine	Gesamtzahl der Schweine
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Noch: 19. Reg.-Bez. Hannover.										
10. Stolzenau	5 246	11 294	11 735	48	2 036	1 914	53	3 868	481	31 429
11. Sulingen	3 500	12 303	6 905	55	1 169	2 430	54	4 627	281	27 824
12. Syke	7 038	23 368	19 256	95	2 414	3 285	94	7 820	454	56 786
20. Reg.-Bez. Hildesheim.										
1. Alfeld	5 473	2 015	8 774	19	391	2 701	29	608	110	14 647
2. Duderstadt	4 861	2 760	7 807	28	328	4 513	44	1 244	217	16 941
3. Einbeck	4 519	2 291	9 926	20	312	2 809	36	758	131	16 283
4. *Göttingen	1 002	253	1 200	1	1	375	2	10	57	1 899
5. Göttingen	6 771	4 820	13 149	72	1 016	5 448	94	2 176	365	27 140
6. *Goslar	1 017	234	1 171	3	40	312	2	54	6	1 822
7. Goslar	6 741	1 563	9 453	27	339	4 880	62	1 156	183	17 663
8. Gronau	4 236	1 300	6 983	22	263	2 125	27	426	44	11 190
9. *Hildesheim	1 421	131	1 714	1	6	557	1	9	21	2 440
10. Hildesheim	5 436	1 067	7 796	18	228	4 421	30	436	206	14 202
11. Ilfeld	2 626	764	3 668	9	239	858	16	260	60	5 874
12. Marienburg i. Hann.	7 673	3 202	13 689	49	560	4 615	94	1 389	250	23 848
13. Münden	3 310	1 978	5 061	29	356	2 412	30	942	284	11 092
14. Northeim	5 757	3 100	11 229	48	458	3 776	65	1 094	220	19 990
15. Osterode am Harz	7 153	2 907	13 707	20	318	2 766	33	663	151	20 565
16. Peine	9 157	3 531	15 616	30	513	5 082	60	1 355	170	26 357
17. Uslar	3 794	3 743	5 263	39	836	3 619	38	1 889	302	15 729
18. Zellerfeld	2 092	211	2 309	—	—	362	1	5	12	2 900
21. Reg.-Bez. Lüneburg.										
1. Bleckede	3 590	5 919	10 885	66	496	1 453	72	2 644	91	21 626
2. Burgdorf	8 706	6 176	17 192	44	1 141	3 378	78	2 642	269	30 920
3. *Celle	1 344	99	1 887	—	5	363	—	25	7	2 386
4. Celle	6 943	6 030	16 737	68	896	3 907	112	2 735	288	30 773
5. Dannenberg	2 369	3 698	6 083	14	322	1 177	30	1 969	116	13 409
6. Fallingbostel	5 784	12 389	12 459	82	1 291	2 837	121	5 789	314	35 282
7. Gifhorn	6 695	5 650	18 653	65	723	3 303	83	2 311	166	30 954
8. *Harburg	1 406	237	2 113	7	38	613	8	22	15	3 053
9. Harburg	7 021	6 410	13 829	86	1 984	4 385	71	2 626	376	29 767
10. Isenhagen	3 464	5 812	12 439	85	918	3 840	79	2 199	312	25 684
11. Lüchow	5 267	9 263	17 111	96	1 082	3 616	127	3 879	355	35 529
12. *Lüneburg	988	237	1 395	—	3	411	1	17	15	2 079
13. Lüneburg	4 090	5 064	11 542	56	535	2 434	112	2 134	431	22 308
14. Soltau	3 788	4 584	9 103	63	671	1 837	80	1 885	100	18 323
15. Uelzen	8 486	10 927	23 603	155	1 153	7 744	254	4 957	873	49 666
16. Winsen	5 101	4 659	13 005	38	799	2 668	56	2 070	235	23 530
22. Reg.-Bez. Stade.										
1. Achim	4 096	5 792	10 790	17	1 018	1 732	19	1 688	244	21 300
2. Blumenthal	5 026	2 980	9 338	8	366	809	12	645	70	14 228
3. Bremervörde	3 525	4 487	7 129	27	811	1 702	31	1 495	146	15 828
4. *Geestemünde	1 492	475	2 233	—	30	304	2	28	2	3 074
5. Geestemünde	3 618	3 136	7 549	34	859	898	23	1 005	202	13 706
6. Hadeln	3 051	3 671	3 457	20	379	291	18	558	164	8 558
7. Jork	3 062	4 394	8 699	19	706	3 619	16	725	359	18 537
8. Kehdingen	3 499	3 460	5 195	15	451	865	10	508	317	10 821
9. *Lehe	1 385	478	1 863	5	32	403	1	9	14	2 805
10. Lehe	3 897	4 281	5 672	17	862	655	25	669	112	12 293
11. Neuhaus a/d. Oste	5 265	4 502	7 850	14	599	1 727	14	734	306	15 746
12. Osterholz	4 898	3 164	10 991	24	700	953	21	1 095	129	17 077
13. Rotenburg (Hann.)	4 239	10 766	12 499	75	1 315	1 844	82	4 039	246	30 866
14. Stade	5 917	8 586	13 107	83	1 925	3 246	66	2 299	433	29 745
15. Verden	3 626	10 208	8 787	49	808	1 600	48	3 939	213	25 652
16. Zeven	3 071	7 676	7 913	32	1 001	1 145	31	3 132	262	21 192
23. Reg.-Bez. Osnabrück.										
1. Aschendorf	3 424	4 397	4 972	16	781	688	34	1 863	115	12 866
2. Bersenbrück	8 148	12 775	19 206	169	2 699	2 465	187	6 613	342	44 456
3. Grafschaft Bentheim	6 249	10 123	8 879	35	1 992	1 319	43	3 711	348	26 450
4. Hümmling	3 073	3 278	3 981	27	1 042	595	17	1 191	38	10 169
5. Iburg	4 982	4 440	9 246	55	1 407	1 810	46	1 614	304	18 922
6. Lingen	5 464	6 323	10 416	76	1 678	1 544	67	3 617	234	23 955
7. Melle	4 647	11 006	9 103	41	1 495	1 972	55	4 857	290	28 819
8. Meppen	4 045	6 588	7 043	40	1 336	1 092	36	3 301	316	19 752
9. *Osnabrück	3 557	453	4 454	2	36	1 196	2	109	22	6 274
10. Osnabrück	5 077	5 160	9 159	62	1 079	2 049	58	2 534	176	20 277
11. Wittlage	3 157	6 047	6 170	27	901	1 174	29	2 346	199	16 893

Kreise (* = Stadtkreise)	Haushaltungen mit Schweinen	Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht 1/2 Jahr alte Schweine	1/2 bis noch nicht 1 Jahr alte			1 Jahr alte und ältere			Gesamtzahl der Schweine
				Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
24. Reg.-Bez. Aurich.										
1. Aurich	6 231	5 787	8 004	28	1 205	1 077	30	427	157	16 715
2. *Emden	446	259	411	—	8	82	—	2	—	762
3. Emden	3 458	2 369	4 224	18	441	944	19	449	180	8 644
4. Leer	7 403	5 442	9 939	23	768	1 168	21	467	136	17 964
5. Norden	4 433	3 062	5 264	18	895	913	24	443	142	10 761
6. Weener	2 989	1 816	4 096	13	352	819	8	278	228	7 610
7. *Wilhelmshaven	190	209	184	1	3	117	—	1	19	534
8. Wittmund	5 623	6 507	6 767	39	1 238	598	43	779	248	16 219
25. Reg.-Bez. Münster.										
1. Ahaus	7 064	7 493	12 639	79	2 451	1 327	18	1 043	177	25 227
2. Beckum	10 272	5 562	25 567	71	966	3 109	76	2 597	371	38 319
3. Borken	7 458	7 754	15 865	64	1 729	1 686	35	1 039	290	28 462
4. *Bottrop	3 312	981	3 692	5	30	467	2	23	35	5 235
5. *Buer	4 888	1 724	5 409	18	152	1 212	15	241	140	8 911
6. Coesfeld	7 798	5 281	17 514	136	2 033	2 289	59	1 731	509	29 552
7. *Gladbeck	3 368	853	4 278	11	110	664	7	126	59	6 108
8. Lüdinghausen	9 405	6 854	21 958	133	1 390	3 539	124	2 630	353	36 981
9. *Münster	2 077	665	3 495	6	71	783	7	126	53	5 206
10. Münster	6 606	4 219	15 888	106	1 558	3 179	111	1 872	364	27 297
11. *Osterfeld	1 494	475	1 606	3	17	182	1	6	13	2 303
12. *Recklinghausen	2 492	797	2 853	1	43	422	1	41	33	4 191
13. Recklinghausen	15 950	7 254	21 530	102	1 772	4 597	95	1 942	407	37 699
14. Steinfurt	11 054	5 478	21 294	135	1 709	2 783	64	1 959	483	33 905
15. Tecklenburg	9 133	5 971	16 043	124	2 454	3 169	68	1 813	248	29 890
16. Warendorf	5 002	3 535	12 932	50	1 093	1 176	31	1 051	242	20 110
26. Reg.-Bez. Minden.										
1. *Bielefeld	1 777	265	2 157	—	3	367	—	6	22	2 820
2. Bielefeld	10 846	4 599	16 187	41	711	3 030	66	1 780	375	26 789
3. Büren	6 004	3 298	16 376	46	434	4 018	50	1 872	90	26 184
4. Halle i./W.	5 319	8 154	11 321	57	1 392	1 404	68	2 706	416	25 518
5. *Herford	3 089	880	4 345	3	75	770	2	164	82	6 321
6. Herford	15 615	14 035	22 631	113	2 887	4 967	107	5 135	875	50 750
7. Höxter	8 884	4 311	20 592	45	606	4 143	77	1 894	248	31 916
8. Lübbecke	9 257	13 097	15 936	53	2 816	2 510	59	5 478	738	40 687
9. Minden	16 150	13 542	27 776	120	3 172	6 357	112	6 118	906	58 103
10. Paderborn	6 062	3 851	14 291	31	916	2 201	34	1 849	296	23 469
11. Warburg	5 240	2 389	11 924	42	375	4 368	48	779	127	20 052
12. Wiedenbrück	9 015	5 565	21 806	31	1 139	2 430	39	1 663	405	33 078
27. Reg.-Bez. Arnsberg.										
1. Altena	6 504	794	9 916	6	42	141	7	96	13	11 015
2. Arnsberg	6 990	1 510	14 818	31	276	1 007	42	615	46	18 345
3. *Bochum	2 047	621	2 394	3	20	525	3	19	114	3 699
4. Bochum	6 039	1 089	6 332	15	137	2 028	28	243	140	10 012
5. Brilon	6 642	1 817	12 276	26	331	2 080	25	617	96	17 268
6. *Dortmund	4 197	1 073	5 367	11	44	1 560	10	90	126	8 281
7. Dortmund	13 642	2 600	16 762	38	215	4 339	38	527	317	24 836
8. *Gelsenkirchen	2 846	1 030	3 234	12	38	646	4	38	48	5 050
9. Gelsenkirchen	4 868	985	5 200	1	43	940	5	65	42	7 281
10. *Hagen	353	78	542	2	8	97	—	15	7	749
11. Hagen	3 126	680	4 370	10	64	310	13	134	33	5 614
12. *Hamm	2 184	386	2 962	1	7	382	2	25	11	3 776
13. Hamm	12 496	3 902	20 748	86	533	4 595	86	1 213	395	31 558
14. Hattingen	4 014	615	4 902	12	96	1 068	9	143	63	6 908
15. *Herne	2 297	318	2 844	3	24	547	2	19	37	3 794
16. *Hörde	583	64	735	—	—	188	—	—	4	991
17. Hörde	6 520	1 146	8 889	20	137	2 020	33	309	118	12 672
18. *Iserlohn	223	52	286	2	7	38	—	1	—	386
19. Iserlohn	4 719	1 280	8 001	18	132	504	33	364	40	10 372
20. Lippstadt	6 231	2 495	17 363	36	413	2 681	57	913	233	24 191
21. *Lüdenscheid	211	36	273	—	—	12	—	—	6	327
22. Meschede	6 061	2 094	14 558	27	389	1 364	50	1 198	163	19 843
23. Olpe	6 847	1 933	13 084	14	295	405	7	313	47	16 098
24. Schwelm	2 179	428	2 844	5	35	430	6	54	22	3 824
25. Siegen	11 237	1 168	17 181	—	6	240	1	12	17	18 625
26. Soest	7 724	4 104	17 472	116	719	3 625	94	1 671	285	28 086
27. *Witten	643	132	649	2	3	251	3	30	15	1 085
28. Wittgenstein	3 192	776	4 139	11	171	454	10	120	27	5 708

Kreise (* = Stadtkreise)	Haushaltungen mit Schweinen	Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht 1/2 Jahr alte Schweine
1	2	3	4
28. Reg.-Bez. Cassel.			
1. *Cassel	1 603	144	2 045
2. Cassel	7 970	2 563	10 189
3. Eschwege	6 854	2 424	11 062
4. Frankenberg	3 912	2 301	5 963
5. Fritzlar	4 568	2 498	8 699
6. Fulda	6 879	2 467	11 294
7. Gelnhausen	5 800	2 291	6 196
8. Gersfeld	3 078	1 457	4 438
9. Grafsch. Schaumburg	9 484	4 174	20 062
10. *Hanau	216	88	198
11. Hanau	5 258	2 194	7 445
12. Herrsch. Schmalkalden	5 156	1 655	6 432
13. Hersfeld	5 347	1 288	9 270
14. Hofgeismar	6 663	3 655	10 969
15. Homberg	3 719	1 959	6 323
16. Hünfeld	3 559	1 343	7 000
17. Kirchhain	3 454	1 566	5 950
18. Marburg	5 981	3 018	8 602
19. Melsungen	4 874	2 083	8 308
20. Rotenburg i. Hess.-N.	5 810	2 119	9 465
21. Schlüchtern	4 031	2 074	5 087
22. Witzenhausen	5 124	1 995	7 697
23. Wolfhagen	4 586	2 250	8 335
24. Ziegenhain	5 955	2 113	10 856
29. Reg.-Bez. Wiesbaden.			
1. Biedenkopf	7 592	3 376	8 939
2. Dillkreis	6 339	807	7 881
3. *Frankfurt a./M.	1 353	631	1 969
4. Höchst	2 393	584	3 543
5. Limburg	6 487	2 265	7 515
6. Oberlahnkreis	5 620	1 569	7 137
7. Obertaunuskreis	1 130	321	1 732
7a. Königstein a. Taunus	1 572	436	2 069
8. Oberwesterwaldkreis	3 610	1 224	5 049
9. Rheingaukreis	2 131	662	1 958
10. Sankt Goarshausen	3 681	2 058	3 369
11. Unterlahnkreis	4 986	2 198	5 593
12. Untertaunuskreis	4 841	2 103	5 355
13. Unterwesterwaldkreis	4 858	1 316	5 307
14. Usingen	2 554	1 648	3 433
15. Westerburg	3 790	1 243	4 800
16. *Wiesbaden	302	133	449
17. Wiesbaden	4 095	1 287	5 404
30. Reg.-Bez. Coblenz.			
1. Adenau	2 437	608	2 740
2. Ahrweiler	4 305	1 012	4 834
3. Altenkirchen	8 125	2 175	9 181
4. *Coblenz	260	97	570
5. Coblenz	3 586	1 024	3 911
6. Cochem	3 840	1 331	3 904
7. Kreuznach	6 265	1 112	7 401
8. Mayen	4 964	1 982	6 137
9. Meisenheim	1 690	258	1 890
10. Neuwied	7 529	2 726	7 436
11. Sankt Goar	3 904	946	3 684
12. Simmern	4 893	1 047	5 117
13. Wetzlar	8 251	1 456	9 615
14. Zell	3 634	532	4 371
31. Reg.-Bez. Düsseldorf.			
1. *Barmen	186	50	299
2. Cleve	7 496	5 939	14 167
3. *Crefeld	1 264	203	1 760
4. Crefeld	2 788	1 057	4 086
5. Dinslaken	4 815	2 997	7 025
6. *Düsseldorf	2 805	459	4 194
7. Düsseldorf	4 283	1 130	6 005
8. *Duisburg	2 555	650	3 686

am 1. Juni 1922.

½ bis noch nicht 1 Jahr alte			1 Jahr alte und ältere			Gesamtzahl der Schweine
Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	
5	6	7	8	9	10	11
8	18	762	3	28	56	3 064
54	430	5 852	90	1 116	412	20 706
49	238	2 130	47	576	242	16 768
65	747	1 856	50	1 032	252	12 266
61	511	3 347	68	845	289	16 318
66	633	2 135	66	1 110	191	17 962
45	1 135	2 615	45	1 130	259	13 716
15	208	571	5	348	77	7 119
51	504	3 982	77	1 814	144	30 808
—	21	86	1	7	11	412
30	410	1 581	42	971	242	12 915
2	29	1 149	3	23	36	9 329
27	174	2 388	31	365	190	13 733
66	999	4 654	59	1 716	289	22 407
45	339	2 523	65	643	228	12 125
19	246	1 305	28	511	164	10 616
22	256	1 468	25	586	106	9 979
81	631	3 297	52	1 296	333	17 310
58	371	2 860	59	752	245	14 736
43	339	3 498	52	536	259	16 311
36	577	2 250	29	912	232	11 197
42	227	1 791	46	467	152	12 417
53	494	3 118	36	969	140	15 395
43	320	2 281	36	545	141	16 335
46	948	2 124	37	1 030	210	16 710
7	110	1 315	3	76	116	10 315
11	86	1 356	10	155	117	4 335
11	102	545	15	154	57	5 011
37	745	1 283	33	784	141	12 803
27	459	1 282	29	480	108	11 091
3	44	198	8	53	16	2 375
3	90	206	6	85	12	2 907
8	366	327	2	131	31	7 138
8	63	227	5	20	18	2 961
24	668	1 282	26	531	232	8 190
37	923	1 402	42	809	138	11 142
68	1 008	1 201	48	650	84	10 517
5	134	259	3	88	32	7 144
20	306	709	23	661	162	6 962
7	208	377	5	86	16	6 742
1	13	141	3	39	37	816
14	317	1 331	13	352	33	8 751
5	172	205	2	238	33	4 003
9	90	198	11	139	44	6 337
13	677	618	21	582	46	13 313
—	15	179	1	14	71	947
8	69	725	9	143	71	5 960
15	325	416	13	641	87	6 732
3	141	581	8	163	20	9 429
19	407	980	18	562	239	10 344
3	57	505	4	80	54	2 851
14	504	545	12	180	98	11 515
3	74	400	1	49	52	5 209
21	125	2 624	13	266	262	9 475
40	312	3 921	32	503	248	16 127
8	35	1 191	5	103	13	6 258
1	3	195	3	19	11	581
132	1 789	3 282	113	1 634	1 011	28 067
4	66	434	4	64	46	2 581
49	446	1 176	34	335	191	7 374
35	596	1 259	38	905	147	13 002
6	42	1 374	7	64	130	6 276
48	292	1 404	37	281	169	9 366
3	20	1 063	6	40	88	5 556

Kreise (* = Stadtkreise) (** = Oberämter)	Haushaltungen mit Schweinen	Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	½ bis noch nicht 1 Jahr alte			1 Jahr alte und ältere			Gesamtzahl der Schweine
				Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Noch: 31. Reg.-Bez. Düsseldorf.										
9. *Elberfeld	289	84	424	3	13	203	3	31	16	777
10. *Essen	4 733	757	5 912	10	71	2 016	13	123	117	9 019
11. Essen	5 512	1 115	6 267	11	91	1 547	11	133	106	9 281
12. Geldern	8 021	6 651	18 022	161	1 610	4 361	167	1 999	562	33 533
13. Gladbach	2 967	632	3 778	29	199	934	16	152	123	5 863
14. Grevenbroich	5 574	1 551	7 721	66	410	1 531	38	327	180	11 824
15. *Hamborn	3 187	1 105	3 341	15	30	696	4	18	82	5 291
16. Kempen i./Rheinpr.	7 046	3 545	11 396	60	731	3 160	82	732	482	20 188
17. Lennep	2 271	665	2 465	6	45	162	3	50	17	3 413
18. Mettmann	2 705	1 008	3 751	26	170	864	15	259	147	6 240
19. Mörs	14 830	6 684	24 524	183	1 761	6 175	148	2 060	630	42 165
20. *Mülheim a./d. Ruhr	2 793	340	3 426	5	44	1 136	4	63	34	5 052
21. *München Gladbach	1 267	282	1 640	11	108	428	2	38	15	2 524
22. *Neuß	857	190	1 295	8	35	178	8	64	47	1 825
23. Neuß	4 674	1 566	6 626	62	443	1 397	38	254	176	10 562
24. *Oberhausen	2 414	623	2 824	—	4	453	1	8	10	3 923
25. Rees	6 710	5 972	13 502	79	1 360	2 380	49	1 325	377	25 044
26. *Remscheid	187	63	226	—	1	151	2	9	70	522
27. *Rheydt	350	45	384	—	6	92	1	5	16	549
28. *Solingen	349	225	418	1	6	63	1	12	32	758
29. Solingen	5 647	1 265	7 169	31	199	568	22	220	54	9 528
30. *Sterkrade	2 948	827	3 447	2	24	723	2	51	25	5 101
32. Reg.-Bez. Köln.										
1. Bergheim	6 372	2 508	7 205	57	420	1 092	51	374	242	11 949
2. *Bonn	857	136	1 182	4	23	333	6	15	9	1 708
3. Bonn	5 025	1 622	5 142	25	148	498	28	226	67	7 756
4. Euskirchen	4 470	1 758	5 536	55	339	1 294	59	413	201	9 655
5. Gummersbach	5 519	641	6 354	5	32	107	1	55	8	7 203
6. *Köln	2 992	1 055	4 346	36	269	2 170	39	326	376	8 627
7. Köln	4 965	1 497	5 720	32	212	922	73	351	254	9 061
8. Mülheim a Rhein	3 369	1 300	3 437	20	126	198	10	140	21	5 252
9. Rheinbach	3 925	850	4 767	30	244	704	26	230	98	6 949
10. Siegkreis	9 753	3 235	10 474	46	376	477	33	437	78	15 156
11. Waldbröl	3 783	923	4 171	5	108	59	4	140	15	5 425
12. Wipperfürth	2 934	631	3 644	2	39	89	6	65	5	4 481
33. Reg.-Bez. Trier (ohne das Saargebiet).										
1. Bernkastel	4 874	1 383	6 785	5	103	1 516	7	339	103	10 241
2. Bitburg	5 176	4 176	7 619	27	767	2 068	35	1 599	248	16 539
3. Daun	3 119	1 474	2 890	10	347	640	10	604	42	6 017
4. Merzig-Wadern (Rest)	2 364	1 162	3 292	5	207	327	12	458	280	5 743
5. Prüm	3 753	2 170	3 831	22	627	777	18	904	166	8 515
6. Saarburg	5 016	4 134	9 064	42	750	2 201	46	2 301	371	18 909
7. Sankt Wendel-Baumholder (Rest)	3 153	871	4 133	10	148	1 453	14	225	68	6 922
8. *Trier	674	297	1 175	2	15	426	6	66	49	2 036
9. Trier	9 456	3 831	14 042	44	676	1 993	35	1 550	232	22 403
10. Wittlich	5 106	2 635	7 125	24	459	1 682	22	965	149	13 061
34. Reg.-Bez. Aachen (ohne die Kreise Eupen und Malmedy).										
1. *Aachen	378	225	630	10	56	231	3	59	11	1 225
2. Aachen	5 292	2 294	5 757	30	358	799	33	359	156	9 786
3. Düren	7 381	3 024	8 126	75	630	1 563	61	541	196	14 216
4. Erkelenz	4 469	1 579	6 002	32	341	951	21	232	131	9 289
5. Geilenkirchen	3 585	1 942	4 112	15	387	522	20	250	37	7 285
6. Heinsberg	4 672	2 237	5 531	29	592	368	9	180	31	8 977
7. Jülich	5 396	2 266	6 821	42	609	1 195	30	346	118	11 427
8. Monschau	2 397	739	2 747	2	18	56	2	21	5	3 590
9. Schleiden	4 679	1 525	4 840	25	195	360	15	160	69	7 189
35. Reg.-Bez. Sigmaringen.										
1. **Gammertingen	1 717	491	2 600	2	59	131	7	63	14	3 367
2. **Haigerloch	1 717	603	2 510	5	38	168	3	120	8	3 455
3. **Hechingen	2 545	1 084	2 978	6	92	186	3	349	35	4 733
4. **Sigmaringen	2 626	1 267	4 459	26	297	767	15	484	65	7 380

Statistik der Wetterbeobachter nach Beruf und Beobachtungsdauer in Norddeutschland.

Von

Prof. Dr. C. **Kaßner,**

Abteilungsvorsteher des Preußischen Meteorologischen Instituts.

Dem Preußischen Meteorologischen Institut unterstehen nicht nur die Wetterstationen in Preußen, sondern es sind ihm auch auf Grund besonderer Verhandlungen die übrigen Staaten Norddeutschlands, mit Ausnahme der Freistaaten Sachsen und Hessen und der von der deutschen Seewarte in Hamburg längs der Küsten eingerichteten Stationen, angegliedert worden. Das Institut übernimmt die wissenschaftliche Aufsicht, z. B. durch Inspektionsreisen, prüft die einlaufenden Beobachtungen und veröffentlicht sie dann in geeigneter Form, die jetzt freilich in erster Linie durch die vorhandenen Mittel bestimmt und allzu eng begrenzt wird. Die Einzelstaaten aber tragen die Kosten für die Instrumente und die Entschädigungen an die Beobachter.

Die Beobachter sind mit Ausnahme der zwei auf dem Brocken und der Schneekoppe im Nebenamte tätig und alle (auch diese zwei) haben nicht die Eigenschaft als Beamte. Ein kleiner Teil von ihnen erhält eine Art Aufwands-Entschädigung, die keine volle Bezahlung darstellt, sondern es wird immer ein gewisser Opfermut aus Interesse an der Sache erwartet. Bis zu der Revolution 1918 konnte man auch darauf bauen. Seitdem aber, als alles ins Wanken geriet und man nicht von heute auf morgen mit festen Verhältnissen und gesicherten Zuständen rechnen konnte, ist auch hier ein Wandel zum Schlechteren eingetreten, wozu freilich die steigende Teuerung den Hauptanlaß bot. Bisher wurden in allen norddeutschen Staaten die Beobachter der Stationen höherer Ordnung[1]), d. h. solcher, die dreimal täglich zu bestimmten Stunden die Instrumente (Barometer, Thermometer usw.) ablesen und auch sonst tagsüber möglichst oft und tunlichst genau den Wetterverlauf aufschreiben, bis zur Revolution mit einigen hundert Mark jährlich entschädigt, wozu noch weitere kleinere Summen kamen, nämlich für die Ausführung besonderer Beobachtungen (Sonnenschein, Schneedichte usw.) und für die Meldungen an die Wetterdienststellen zur Aufstellung der Vorhersagen. Außerdem hatten die Beobachter Einnahmen für Berichte an Zeitungen und für Auskünfte. Alles zusammen ergab eine Summe, die bei dem damaligen Geldwerte, namentlich in kleineren Orten, ein willkommener und daher geschätzter Zuschuß zum Einkommen war, wozu noch das Ansehen als „Wetterverständiger" kam. Einer Reihe langjähriger verdienter Beobachter konnte auch eine Auszeichnung (Orden, Titel) verschafft werden, was ja jetzt nach der Weimarer Verfassung nicht mehr zulässig ist. Dieser Umstand sowie auch die rasch zunehmende Teuerung haben den früher sicher vorhandenen Anreiz zur Übernahme einer Station sehr stark vermindert; vielfach ist er auch ganz erloschen, und es kostet immer größere Mühe und sehr viel mehr Schreibarbeit, auch nur die allernotwendigsten Stationen zu erhalten, die für Staats- und Privatzwecke wirklich unentbehrlich sind.

[1]) Es gibt gegenwärtig in Preußen 113 und in Nichtpreußen 38 derartiger Stationen.

Zu diesen Stationen kommen nun noch solche, an denen nur die Niederschläge oder nur die Gewitter beobachtet werden, jene an Zahl über 2 000, diese über 1 000. Die Beobachter dieser Stationen sind vollkommen freiwillig tätig und erhalten in Preußen nichts, während die meisten andern norddeutschen Staaten etwas, wenn auch wenig, etwa 100 – 200 ℳ jährlich, zahlen. Das geht bei der kleinen Zahl, die dort auf jeden Staat fallen, leicht und belastet die Kasse wenig, anders aber in Preußen mit seinen reichlich 2 000 Stationen, die nach gleichem Satze 200 000 bis 400 000 ℳ jährlich erfordern würden. Diese Geldfrage war es für mich als Vorsteher der Abteilung für die Messung der Niederschläge, die mich veranlaßte, einmal zu untersuchen, welchen Einfluß auf die Länge der Beobachtungszeit der genannte Geldunterschied zwischen den preußischen und nichtpreußischen Beobachtern an den sogenannten Regenstationen hat. Ich habe dabei zugleich die einzelnen Berufsstände gesondert behandelt, jedoch nur nach großen Gruppen. Z. B. wurden unter „Lehrer" alle Lehrer, auch solche an Landwirtschaftsschulen, und Seminaristen zusammengefaßt, unter „Landwirte" auch Gutsinspektoren, unter „Gärtner" auch Baumschulenbesitzer usw., damit nicht Einzelfälle ein allzu großes Gewicht erhalten. Es wurde ferner kein Unterschied zwischen Beamten im Dienst und im Ruhestand gemacht, da er nicht immer sicher festzustellen war.

Die nachstehenden Zahlen wurden im Frühjahr 1922 ermittelt; wenn auch seitdem mancher Wechsel eingetreten ist, so wurde das Gesamtbild dadurch nicht verschoben. Es beobachteten damals:

	Männer	Frauen	Zusammen
Preußen	2 005 (99 %)	19 (1 %)	2 024
Nichtpreußen	260 (96 %)	10 (4 %)	270.

Von den Frauen gehörten dem Lehrfach in Preußen 7, in Nichtpreußen 1 an; ohne Beruf waren dort 5, hier 9. Der geringen Gesamtzahl wegen, habe ich die Frauen hier nicht getrennt aufgeführt.

In der Tabelle 1 gebe ich eine Übersicht über alle Beobachter nach Beruf und Staaten, wobei ich für den Beruf mich tunlichst an die Gruppen im Statistischen Handbuch für den preußischen Staat im Jahre 1918 (S. 45) anschloß. Volle Übereinstimmung ließ sich nicht erreichen, da der Beruf nicht immer genau genug für eine strenge Einordnung bekannt war. So sind unter „Förster" auch die städtischen Förster eingeordnet, weil es mir wichtiger schien, den Charakter des Berufes in seiner Stellung zu Natur und wirtschaftlichem Leben hervorzuheben, als etwa die Tatsache, daß diese Förster Angestellte oder Gemeindebeamte sind, während es bei einem städtischen Rendanten mir richtiger schien, ihn als Gemeindebeamten zu zählen. Die Gruppe Angestellte habe ich wegen ihrer Farblosigkeit durch Zuteilung zu anderen Gruppen möglichst klein gehalten.



1. Beruf der Niederschlagsbeobachter Norddeutschlands nach Staaten und Provinzen.

Gebiet	1. Beamte usw.						2. Angestellte	3. Handel, Verkehr			4. Industrie, Bergbau				5. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei					6. Ohne Beruf und Unbekannt	Summe
	Ärzte	Lehrer	Geistliche	Staatsbeamte	Provinz- u. Gemeindebeamte	Rechtsanwälte	Angestellte	Apotheker	Kaufleute	Gastwirte	Industrie, Gewerbe, Handwerk	Zuckerfabriken	Bergwerke	Bäder	Landwirte	Förster	Gärtner	Fischer	Seeleute	Ohne Beruf und Unbekannt	
Ostpreußen	—	55	5	12	14	—	3	—	4	—	2	1	—	—	24	21	—	—	—	3	144
Westpreuß.-Pos.	—	20	3	5	8	—	4	—	—	—	—	—	—	—	11	8	2	—	—	2	63
Pommern	2	53	4	12	4	—	4	—	—	—	2	—	—	—	17	10	7	1	1	3	120
Brandenburg	—	66	5	24	10	—	13	3	5	1	6	—	—	—	24	16	12	—	—	6	191
Schlesien	[1] 3	145	8	13	16	—	11	4	3	2	13	3	1	2	22	36	22	1	—	11	316
Sachsen	—	79	10	14	16	—	9	2	4	—	7	5	—	—	20	13	12	—	—	6	197
Schleswig-Holst.	—	52	4	3	10	—	3	—	2	1	2	—	—	—	13	2	1	—	1	1	95
Hannover	3	107	8	20	22	1	2	2	2	1	6	—	6	—	14	17	3	—	—	4	218
Westfalen	3	98	4	10	36	—	4	5	1	1	4	—	7	—	6	11	9	—	—	4	203
Hessen-Nassau	—	96	9	13	22	—	5	—	2	1	7	—	1	1	11	22	10	—	—	8	208
Rheinprovinz	1	134	6	9	34	—	4	5	2	1	7	—	1	—	8	17	8	—	—	11	248
Mecklenburg, Lübeck	—	19	1	1	3	—	5	1	—	—	5	—	—	—	1	3	4	2	2	2	49
Oldenburg, Bremen	—	5	—	4	3	—	1	—	2	—	3	—	—	—	1	—	—	—	—	3	22
Braunschweig	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—	39	—	—	—	—	41
Lippe, Waldeck	—	6	2	5	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	2	3	—	—	—	—	20
Thüringen	—	67	5	2	8	—	4	1	2	1	1	1	1	—	7	22	9	—	—	7	138
Hohenzollern	1	15	2	1	1	—	—	—	—	--	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	21
Summe Preußen	[1] 13	920	68	136	193	1	62	21	25	8	56	9	16	3	170	173	86	2	2	60	2 024
Nichtpreußen	—	97	8	12	14	—	12	3	4	2	9	1	1	—	11	67	13	2	2	12	270
„ ohne Braunschweig	—	97	8	12	14	—	11	3	4	1	9	1	1	—	11	28	13	2	2	12	229

Beruf der Niederschlagsbeobachter in Hundertsteln der Anzahl jedes Gebietes.

Gebiet	Ärzte	Lehrer	Geistliche	Staatsbeamte	Provinz- u. Gemeindebeamte	Rechtsanwälte	Angestellte	Apotheker	Kaufleute	Gastwirte	Industrie, Gewerbe, Handwerk	Zuckerfabriken	Bergwerke	Bäder	Landwirte	Förster	Gärtner	Fischer	Seeleute	Ohne Beruf und Unbekannt	Summe
Ostpreußen	—	38	3	8	10	—	2	—	3	—	1	1	—	—	17	15	—	—	—	2	100
Westpreuß.-Pos.	—	32	5	8	13	—	6	—	—	—	—	—	—	—	17	13	3	—	—	3	100
Pommern	2	44	3	10	3	—	3	—	—	—	2	—	—	—	14	8	6	1	1	3	100
Brandenburg	—	35	3	13	5	—	7	2	3	1	3	—	—	—	13	8	6	—	—	3	102
Schlesien	1	46	3	4	5	—	3	1	1	1	4	1	0	1	7	11	7	0	—	3	99
Sachsen	—	40	5	7	8	—	5	1	2	—	4	3	—	—	10	7	6	—	—	3	101
Schleswig-Holst.	—	55	4	3	11	—	3	—	2	1	2	—	—	—	14	2	1	—	1	1	100
Hannover	1	49	4	9	10	0	1	1	1	0	3	—	3	—	6	8	1	—	—	2	99
Westfalen	1	48	2	5	18	—	2	3	0	0	2	—	3	—	3	5	4	—	—	2	98
Hessen-Nassau	—	46	4	6	11	—	2	—	1	0	3	—	0	0	5	11	5	—	—	4	98
Rheinprovinz	0	54	2	4	14	—	2	2	1	0	3	—	0	—	3	7	3	—	—	4	99
Mecklenburg, Lübek	—	39	2	2	6	—	10	2	—	—	10	—	—	—	2	6	8	4	4	4	99
Oldenburg, Bremen	—	23	—	18	14	—	5	—	9	—	14	—	—	—	5	—	—	—	—	14	102
Braunschweig	—	—	—	—	—	—	2	—	—	2	—	—	—	—	—	95	—	—	—	—	99
Lippe, Waldeck	—	30	10	25	—	—	5	5	—	—	—	—	—	—	10	15	—	—	—	—	100
Thüringen	—	49	4	1	6	—	3	1	1	1	1	1	1	—	5	16	7	—	—	5	102
Hohenzollern	5	71	10	5	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	101
Summe Preußen	1	46	3	7	10	0	3	1	1	0	3	0	1	0	8	8	4	0	0	3	99
Nichtpreußen	—	36	3	4	5	—	4	1	2	1	3	0	0	—	4	25	5	1	1	4	99
„ ohne Braunschweig	—	42	3	5	6	—	5	1	2	0	4	0	0	—	5	12	6	1	1	5	98

[1] davon 1 Tierarzt

Im einzelnen sei folgendes bemerkt:

1. Beamte usw. Zur ersten Untergruppe Ärzte gehören in gewisser Hinsicht auch die Bäder (s. 4), und dabei ist erstaunlich und betrüblich, wie gering diese Zahlen hier sind. Am ehesten kann man die mangelhafte Beteiligung noch bei den Ärzten verstehen, sofern sie Stadt- oder Landpraxis außer dem Hause haben, weniger schon bei Anstaltsärzten und am wenigsten bei den Bädern, die doch nicht bloß hinsichtlich der Zahl der Kurgäste, sondern auch in der Heilwirkung ihrer Quellen sehr vom Wetter abhängen. Von hunderten von Badeorten haben nur 3 eine einfache Regenstation, einige allerdings auch eine Station höherer Ordnung, aber es sind und bleiben doch immer nur einzelne trotz aller Bestrebungen der Zentralstelle der Balneologie und der Balneologischen Gesellschaft, denen beiden ich angehöre. Nicht bloß bei der jetzigen Teuerung, sondern auch schon vor dem Kriege lehnten einige Badeorte eine wissenschaftlich zuverlässige Station ab, wohl weil sie Ergebnisse befürchteten, die mit den Anpreisungen des Klimas ihres Ortes nicht im Einklang stehen (s. auch 3).

Der Lehrstand ist im allgemeinen in erfreulicher Weise vertreten; er bildet die weitaus stärkste Untergruppe, die in den preußischen Provinzen mindestens ein Drittel aller Beobachter umfaßt, in Westfalen und Hannover die Hälfte und in der Rheinprovinz und Schleswig-Holstein sogar über die Hälfte. Bei der Zahl 71 v. H. in Hohenzollern ist jedoch zu bedenken, daß es sich dort um insgesamt nur 21 Beobachter handelt, von denen drei Viertel allerdings Lehrer sind. In Braunschweig ist überhaupt kein Lehrer tätig, da dort die Wetterbeobachtungen dem Forstwesen unterstellt sind und die Förster amtlich mit ihnen beauftragt werden; trotzdem ist es

auffällig, daß kein einziger Lehrer freiwillig eine Station übernommen hat. Dabei ist zu beachten, daß die Unterrichtsverwaltungen immer wieder durch Erlasse auf die Wichtigkeit der Wetterbeobachtungen für die Schüler und das praktische Leben hinweisen. Ich habe, um diese braunschweigische Eigenart auszusondern, den Zahlen für Nichtpreußen diejenigen für Nichtpreußen ohne Braunschweig angefügt. Dadurch nähern sich letztere Werte den preußischen und sind mit ihnen auch sachlich vergleichbar.

Bei den Geistlichen war eine Trennung nach dem Bekenntnis nicht möglich, da es vielfach nicht bekannt war. Ein nennnenswerter Unterschied scheint nicht vorhanden zu sein, wenn man von dem durchschnittlichen Bekenntnis der Provinzen ausgeht.

Die verhältnismäßig große Zahl von Staats-, Provinz- und Gemeindebeamten ist vor allem darauf zurückzuführen, daß eine ganze Reihe Eisenbahn- und Wasserbaubeamte sowie Chausseeaufseher und Wegewärter dienstlich zu den Beobachtungen verpflichtet sind; ebenso haben Magistrate städtische Beamte damit beauftragt, aber doch in sehr engen Grenzen. Es ist bedauerlich, wie wenig Verständnis noch in städtischen Verwaltungskreisen für den unmittelbaren eigenen Nutzen solcher Beobachtungen[1]) vorhanden ist. Es wird auch darin solange keine Besserung eintreten, als nicht von allen Ingenieuren bei der Diplomprüfung die Kenntnis der Grundlehren der Wetterkunde verlangt wird.

2. Angestellte. Hier ist auf das oben Gesagte zu verweisen.

3. Handel und Verkehr. Die Beteiligung der Apotheker am Wetterdienst ist verhältnismäßig groß, denn in Preußen kommt auf je 184 Apotheken, aber erst auf je 1 570 Ärzte ein Beobachter. An den Krankenanstalten, wo man bei dem außerordentlichen Einfluß des Wetters auf den Menschen ein besonderes Entgegenkommen finden sollte, war es mit der Übernahme von Wetterbeobachtungen nicht erst seit den schwierigen Nachkriegszeiten, sondern auch schon vorher recht schwer, eine Wetterstation unterzubringen. Deswegen gibt es zwar Äußerungen über den Wettereinfluß auf den Menschen in der medizinischen Literatur, aber wenige davon sind zahlenmäßig begründet. (s. a. 1).

Daß Kaufleute nur gering vertreten sind, ist begreiflich, ebenso bei Gastwirten. Erwähnen möchte ich aber doch einen einfachen Gastwirt in Schleswig-Holstein, der seit 31 Jahren musterhaft beobachtet und dabei nicht ein einziges Meßglas zerbrochen hat. Es gibt eben in jedem Beruf vorzügliche und schlechte Beobachter.

4. Industrie, Bergbau usw. Daß die Zuckerfabriken fast nur in Schlesien und Sachsen vertreten sind, ist auffällig, wenn auch diese Provinzen besonders viele Zuckerrüben anbauen; aber es fehlen ganz die anderen Rübengegenden in Pommern, Hannover, Rheinland usw. Von rund 230 Rübenzuckerfabriken in Preußen beteiligen sich nur 9, also 25 : 1, an den Wetterbeobachtungen: gewöhnlich wird gesagt, daß während der „Campagne“ keine Zeit dazu und sonst zu wenig Personal vorhanden sei.

Die Bergwerke, die ja meist im Westen liegen, wodurch sich deren Beteiligung am Wetterbeobachten auf diese Gegenden beschränkt, messen die Niederschläge vor allem für die Entwässerung der Gruben (meist Ruhrkohlenzechen) und für die Beurteilung der dazu notwendigen Pumparbeit. Jedoch sind solche Messungen neuerdings für die Frage der Wasserentziehung (Trockenlegung von Brunnen und Quellen) durch den Bergwerksbetrieb sehr wichtig geworden, wie ich in meinem oben erwähnten Buche (S. 107 ff.) unter Anführung der Gesetze nachwies.

Über die Bäder war schon unter 1 gesprochen worden.

5. Land- und Forstwirschaft, Fischerei. So groß verhältnismäßig hier die Zahl der Landwirte erscheint, so klein ist sie doch im Vergleich mit der Zahl aller Landwirte in unserm Gebiete. Nimmt man nur die Güter mit mindestens 100 *ha*, so gibt es deren in Preußen rund 19 100 und in Nichtpreußen 2 500, sodaß dort auf 112, hier auf 228 Güter je 1 Beobachter kommt. Das gilt aber nur für diejenigen Güter, die in Preußen mit Instrumenten des Preußischen Meteorologischen Institutes, in Nichtpreußen mit auf dortige staatliche Kosten angeschafften Regenmessern beobachten. Wesentlich günstiger wird aber das Bild, wenn man erfährt, daß auf vielen Gütern, selbst viel kleiner als 100 *ha*, privatim der Niederschlag gemessen, aber nicht den staatlichen Wetterämtern mitgeteilt wird. Manche Rübensamenzüchtereien und Gärtnereien haben schön eingerichtete Wetterstationen mit guten Instrumenten für alle Wetterelemente — ich habe selbst mehrere auf Wunsch eingerichtet —, aber sie wollen ihre Beobachtungen nur für ihre Zwecke verwenden und lehnen eine Berichterstattung an Landeswetterämter ab. Recht viele Landwirte haben zwar auch Regenmesser, aber nicht die vorschriftsmäßigen, sondern kleinere, die man, da der Regen von dem blechernen Auffanggefäß gleich in das Meßglas läuft, nicht im Winter gebrauchen kann, weil der Frost die Gläser beim Gefrieren des Wassers zersprengen würde. Die meisten Landwirte wollen überhaupt nur während der Zeit des Wachstums ihrer Feldpflanzen, also bis zur Ernte, beobachten, obwohl doch die Feststellung z. B. der Winterfeuchte für die Beurteilung des Aufgehens der Saat und schließlich für den Ernteertrag, für die Mieten usw. wichtig ist.

Demgegenüber ist die Beteiligung des Forstfaches an den Wetterbeobachtungen merklich größer, selbst wenn man von Braunschweig aus oben schon genanntem Grunde absieht; denn die landwirtschaftlich benutzte Fläche in Preußen verhält sich zu der forstwirtschaftlichen wie 8 : 3, wogegen das Verhältnisl der Beobachter beider Berufsstände 8 : 8 ist. Allerdings ist zu bedenken, daß es wohl für die ganze landwirtschaftliche Fläche Landwirte gibt, nicht aber für die forstwirtschaftliche auch überall Förster, besonders nicht für einen großen Teil der privaten Wälder. Trotzdem bleibt aber noch ein Überschuß zugunsten des Forstfaches.

Verhältnismäßig recht gering ist die Beteiligung der Gärtner, wenn auch manche Großbetriebe Regenmesser und vereinzelt auch Sonnenscheinmesser besitzen. Der Grund für diesen Mangel ist wohl darin zu suchen, daß alle Gärtnereien Brunnen und Wasserleitungen haben und meist auch so viel Arbeitskräfte annehmen, daß etwaige Zeiten der Trockenheit durch Sprengen und Gießen überwunden werden.

Faßt man nun die Untergruppen zu Gruppen zusammen und vergleicht sie mit der Zahl aller Angehörigen der letzteren Gruppen, wie sie die erwähnte Statistik bei der Berufszählung liefert, so erhält man umstehende Übersicht:

Da das Verhältnis aller Beobachter in Preußen zu denen in Nichtpreußen 13,3 % beträgt, so sind in Nichtpreußen verhältnismäßig wenig Beamte tätig, wobei freilich nicht vergessen werden darf, daß die große Zahl der Braunschweiger Förster hier nicht berücksichtigt ist, wohl aber bei Gruppe 5 stark erhöhend wirkt; ohne diese wäre das Verhältnis oder der Anteil Nichtpreußens in Gruppe 5 nur 13 %, also dem Gesamtdurchschnitt entsprechend. In Gruppe 1 würde der Anteil bei Zurechnung dieser Förster auf 12,8 anwachsen.

[1]) Vergl. Kaßner, Gerichtliche und Verwaltungsmeteorologie. Das Wetter in der Rechtsprechung für Gerichte und Rechtsanwälte, Verwaltungen, Magistrate und Hausbesitzer, Berufsgenossenschaften und Versicherungsgesellschaften, für Gewerbe, Handel und Technik. Mit 438 Beispielen aus der Praxis. Berlin und Leipzig, Vereinigung wissenschaftlicher Verleger, 1921.

2. Zahl der Beobachter und Zahl aller Berufsangehörigen

	1. Beamte usw.	2. Angestellte	3. Handel, Verkehr	4. Industrie, Bergbau	5. Land- und Forstwirtschaft	6. Ohne Beruf, Unbekannt.
a) Zahl der Beobachter						
Preußen	1 331	62	54	84	433	60
Nichtpreußen . .	131	12	9	11	95	12
Verhältnis (%) .	10	19	17	13	22	20
b) Zahl der Beobachter in Hundertsteln der Gesamtzahl						
Preußen	66	3	3	4	21	3
Nichtpreußen . .	49	4	3	4	35	4
c) Zahl aller Berufsangehörigen in Hundertsteln der Gesamtzahl						
Preußen	5	1	13	43	29	9
Nichtpreußen . .	6	2	13	36	32	12.

Sehr lehrreich ist aber die Gegenüberstellung der vier letzten Zeilen unter b und c. Während es nach c 5–6 % Beamte in Preußen und Nichtpreußen gibt, gehören 66 und 49 % Beobachter dieser Gruppe an, und davon sind nicht weniger als 46 und 36 % aus dem Lehrfach. Zum Teil hängt das mit den wiederholten Äußerungen der Unterrichtsministerien zusammen, wonach die Beobachtung und Besprechung des Wetters in der Schule und in den Seminaren gewünscht wird, zum Teil aber auch mit dem Interesse und Verständnis, das viele Lehrer für das Wetter haben, zumal sie oft selbst Garten- oder Landwirtschaft, Bienenzucht u. dergl. betreiben. Umgekehrt ist Industrie und Bergbau nur mit einem Zehntel an den Beobachtungen beteiligt, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß ein großer Teil der Industriebetriebe, der in Werkstätten stattfindet, keinen Platz zum Aufstellen des Regenmessers hat. Andererseits haben in den Vereinigten Staaten einige große Werke bereits Meteorologen als Wetterberater angestellt; sie sollen z. B. die geeignete Jahreszeit für das Verschiffen großer Metallarbeiten, wie Schienen, Maschinen usw. nach Gegenden mit klimatischen Besonderheiten (Regenzeit, Tornados usw.) angeben, Ratschläge für den Wettereinfluß auf die Art, Form und Verwendung ihrer Erzeugnisse (Windmotoren, Fahrzeuge usw.) erteilen usw.

Handel und Verkehr ist auch nicht stark unter den Beobachtern vertreten, wie schon früher besprochen wurde.

Weiter wurde noch untersucht, wie sich die Zahl der Beobachter zur Größe und Bevölkerungszahl der einzelnen Provinzen und Kleinstaaten verhält, worüber Tabelle 3 Aufschluß gibt. Die Werte sind alle stark abgerundet, da es mir nicht auf absolute Zahlen, sondern nur auf die Größenordnung ankam. Dabei sind für die Provinz Brandenburg die Werte mit und ohne Berlin angegeben werden, weil die hier besonders große Dichte der Bevölkerung zu falschen Vorstellungen führen würde; so kommt in dieser Provinz einschließlich Berlins ein Beobachter auf 33 000 Einwohner, ohne Berlin aber schon auf 12 000 Einwohner, was dem allgemeinen Durchschnitt viel besser entspricht. Ähnlich würde man in der Rheinprovinz bei dem Ausscheiden der dichtbesiedelten Industriegegend Köln-Essen und in Westfalen durch Weglassen der Dortmunder Gegend eine günstigere Verhältniszahl bekommen.

Im allgemeinen geht aus der vorletzten Spalte hervor, daß, je flacher ein Bezirk ist, um so mehr Quadratkilometer auf 1 Station kommen. Jedoch macht auch in manchen Provinzen die Gewinnung von Beobachtern größere Schwierigkeiten als in anderen, worüber später bei dem Dienstalter gesprochen

3. Verhältnis der Beobachterzahl zur Größe und Bevölkerungszahl der Gebiete.

Gebiet	Zahl der Beobachter %	Größe in *qkm* (rund)	%	Bevölkerung in 1 000 Einw. (rund)	%	1 Beobachter kommt auf (rund) *qkm*	1 000 Einw.
Ostpreußen	7	38 500	13	2 230	6	270	15
Westpreußen-Posen	3	7 700	3	330	1	120	5
Pommern	6	30 200	10	1 780	5	250	15
Brandenburg[1]) . . .	9	40 000	14	6 250	17	210	33
Schlesien	16	36 300	13	5 270	14	110	17
Sachsen	10	25 300	9	3 130	9	130	16
Schleswig-Holstein	5	10 100	4	970	3	110	10
Hannover	11	38 500	13	3 020	8	180	14
Westfalen	10	20 200	7	4 490	12	100	22
Hessen-Nassau . . .	10	15 700	5	2 270	6	80	11
Rheinprovinz	12	25 000	9	6 720	18	100	27
Hohenzollern	1	1 200	0	70	0	60	3
Mecklenburg, Lübeck	18	16 400	40	880	22	340	18
Oldenburg, Bremen	8	6 900	17	830	21	310	38
Braunschweig . . .	15	3 700	9	480	12	90	12
Lippe, Waldeck . .	7	2 600	6	260	7	130	13
Thüringen	51	11 800	28	510	38	90	11
Preußen	**100**	**288700**	**100**	**36 530**	**99**	**140**	**18**
Nichtpreußen	**99**	**41 400**	**100**	**3 960**	**100**	**150**	**15**
[1]) ohne Berlin . . .	9	39 000	14	2 346	7	220	12

werden soll. Am weitmaschigsten ist das Beobachtungsnetz in Mecklenburg und Oldenburg; jedoch wird es in letzterem Staat jetzt verdichtet, da man bei wasserwirtschaftlichen Fragen diesen Mangel erkannt hat. Befriedigend sind die Zustände im größten Teile der Grenzmark Westpreußen-Posen und der Provinzen Schlesien, Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau sowie in Braunschweig und Thüringen.

Damit will ich die allgemeinen Bemerkungen schließen und mich der Frage der Beobachtungsdauer der einzelnen Berufsstände zuwenden, die, wie erwähnt, der Ausgangspunkt der ganzen Untersuchung war. Mit Rücksicht auf die geringe Zahl von Beobachtern in mehreren Berufen wird von einem allgemeinen Nachweis nach Provinzen und Staaten, wie in Tabelle 1, hier abgesehen, doch wird er für einzelne Berufe und Berufsgruppen erwähnt werden.

Die Tabelle 4 gibt eine eingehende Übersicht über die Beobachtungsdauer bei den einzelnen Berufsständen, und zwar für die wirkliche Zahl der Beobachter und für die Anteile der Stufen der Beobachtungszeit an der Gesamtzahl aller Beobachter. Im allgemeinen kann man sagen, daß je kleiner die Grundzahlen sind, um so größer die Hundertstel, wie z. B. bei den Zuckerfabriken und Gastwirten (s. u.). Jedoch gilt das nicht in jedem Fall. So sind z. B. in Preußen die Grundzahlen bei den Geistlichen und Angestellten nahezu gleich, und doch findet man nach 10 Jahren bei jenen nur noch 34 %, bei diesen aber 63 %; hier muß man bedenken, daß die Geistlichen die Wetterbeobachtungen insgesamt freiwillig übernommen haben, während unter den Angestellten eine ganze Anzahl auftragsweise damit beschäftigt ist und die Tätigkeit nicht ohne weiteres niederlegen kann.

Aus der Summenspalte ergibt sich für Preußen und Nichtpreußen ein so geringer, fast verschwindender Unterschied in den Hundertzahlen, daß man schließen muß: die (freilich sehr geringe) Entschädigung der meisten nichtpreußischen Beobachter bildet keinen Anreiz, die Wetterbeobachtungen jahrzehntelang fortzuführen, wohl aber dürfte der Umstand der zu geringen oder Nichtbezahlung der Anlaß dazu sein, daß ein merklicher Teil der Beobachter diese Tätigkeit schon nach kurzer Zeit wieder aufgibt. Wenn nach 10 Jahren in

4. Dauer der Beobachtungszeit nach Berufsständen.

Beobachtungsdauer	1. Beamte usw.						2. Angestellte	3. Handel, Verkehr			4. Industrie, Bergbau				5. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei					6. Ohne Beruf und Unbekannt	Summe
	Ärzte	Lehrer	Geistliche	Staatsbeamte	Provinz- u. Gemeindebeamte	Rechtsanwälte	Angestellte	Apotheker	Kaufleute	Gastwirte	Industrie, Gewerbe, Handwerk	Zuckerfabriken	Bergwerke	Bäder	Landwirte	Förster	Gärtner	Fischer	Seeleute	Ohne Beruf und Unbekannt	
Preußen.																					
alle	13	920	68	136	193	1	62	21	25	8	56	9	16	3	170	173	86	2	2	60	2 024
mindest. 10 Jahre	4	374	23	61	84	—	39	15	12	4	24	8	7	1	81	69	36	2	—	21	865
„ 20 „	3	140	14	21	38	—	12	8	5	2	13	7	6	1	44	34	20	—	—	6	374
„ 25 „	2	74	9	9	24	—	4	3	4	2	7	3	3	—	22	19	7	—	—	4	196
„ 30 „	—	34	5	1	10	—	1	2	2	2	3	1	2	—	16	3	3	—	—	1	86
Nichtpreußen.																					
alle	—	97	8	12	14	—	12	3	4	2	9	1	1	—	11	67	13	2	2	12	270
mindest. 10 Jahre	—	46	5	5	9	—	5	3	2	2	7	1	—	—	7	36	5	1	—	4	138
„ 20 „	—	24	3	—	2	—	4	1	1	2	2	1	—	—	3	10	2	—	—	—	55
„ 25 „	—	5	—	—	1	—	2	—	—	1	1	1	—	—	2	4	—	—	—	—	17
„ 30 „	—	1	—	—	1	—	2	—	—	1	1	—	—	—	2	2	—	—	—	—	10
In Hundertsteln aller Beobachter.																					
Preußen.																					
alle	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
mindest. 10 Jahre	31	41	34	45	44	(100)	63	71	48	50	43	89	44	33	47	40	42	(100)	—	35	43
„ 20 „	23	15	21	15	20	—	19	38	20	25	23	78	38	33	26	20	23	—	—	10	18
„ 25 „	15	8	13	7	12	—	6	14	16	25	13	33	19	—	13	11	8	—	—	7	10
„ 30 „	—	4	7	1	5	—	2	10	8	25	5	11	12	—	9	2	3	—	—	2	4
Nichtpreußen.																					
alle	100	100	100	100	100	—	100	100	100	100	100	100	100	—	100	100	100	100	100	100	100
mindest. 10 Jahre	—	47	63	42	64	—	42	(100)	50	(100)	78	(100)	—	—	64	54	38	(50)	—	33	51
„ 20 „	—	25	38	—	14	—	33	(33)	25	(100)	22	(100)	—	—	27	15	15	—	—	—	20
„ 25 „	—	5	—	—	7	—	17	—	—	(50)	11	(100)	—	—	18	6	—	—	—	—	6
„ 30 „	—	1	—	—	7	—	17	—	—	(25)	11	—	—	—	18	3	—	—	—	—	4

Preußen 43 % und in Nichtpreußen sogar 51 % noch tätig sind, so zeugt das für die lebhafte Anteilnahme der Beobachter an der ohne Hinblick auf eine nennenswerte Entschädigung übernommenen Ehrenpflicht. Man darf aber nicht schließen, daß in Preußen 100 – 43 = 57 % (absolut 1 259) und in Nichtpreußen 100 – 51 = 49 % (absolut 132) schon vor Vollendung einer 10 jährigen Tätigkeit wieder aufhörten, denn diese Zahlen 43 und 51 % besagen ja nur, daß von den augenblicklich tätigen Beobachtern 43 % und 51 % schon 10 Jahre lang wirken. Tatsächlich wechseln aber alljährlich 500 – 600 Stationen ihre Beobachter, davon etwa 450 – 500 in Preußen – in 10 Jahren also 5 000 – 6 000! Ursachen zum Wechsel sind: Tod, hohes Alter, Kränklichkeit, Verzug durch Versetzung oder dergl., Unbrauchbarwerden des Beobachtungsplatzes (z. B. durch Bebauung oder durch Hochwachsen von Nachbarbäumen), Fehlen eines Vertreters, Unlust usw. Die Geldfrage spielt nach Übernahme der Beobachtungen, zumal nach einem Jahre, keine allzu große Rolle; gewöhnlich erfolgt schon vorher die Ablehnung.

Unter den 17 Berufsständen der Tabelle 4, die in Preußen und Nichtpreußen vorkommen, findet man noch

	nach 10 Jahren	20 Jahren	25 Jahren	30 Jahren
in Preußen . . .	16	15	15	15
in Nichtpreußen	15	12	8	7.

Die etwas bezahlten Beobachter in Nichtpreußen schneiden also viel schlechter als die preußischen ab, die ihre Tätigkeit von vornherein ohne Aussicht auf Entschädigung übernommen haben, nur aus Interesse an der Sache.

5. Beobachtungsdauer nach Berufsgruppen.

Beobachtungsdauer	Anzahl						In Hundertsteln					
	1. Beamte	2. Angestellte	3. Handel, Verkehr	4. Industrie, Bergbau	5. Land- u. Forstwirtschaft	6. Unbestimmt	1. Beamte	2. Angestellte	3. Handel, Verkehr	4. Industrie, Bergbau	5. Land- u. Forstwirtschaft	6. Unbestimmt
Preußen.												
alle	1 361	62	54	84	433	60	100	100	100	100	100	100
mindestens 10 Jahre . . .	546	39	31	40	188	21	40	63	57	48	44	35
„ 20 „ . . .	216	12	15	27	98	6	16	19	28	32	23	10
„ 25 „ . . .	118	4	9	13	49	4	9	6	17	15	11	7
„ 30 „ . . .	50	1	6	6	22	1	4	2	11	7	5	2
Nichtpreußen.												
alle	131	12	9	11	95	12	100	100	100	100	100	100
mindestens 10 Jahre . . .	65	5	7	8	49	4	50	42	78	73	52	33
„ 20 „ . . .	29	4	4	3	15	—	22	33	44	27	16	—
„ 25 „ . . .	6	2	1	2	6	—	5	17	11	18	6	—
„ 30 „ . . .	2	2	1	1	4	—	2	17	11	9	4	—

Im allgemeinen findet man in Tabelle 4 bei allen den Berufsständen, die in Preußen mindestens 100 Beobachter aufweisen, im wesentlichen die gleichen Hundertzahlen wie in der letzten Summenspalte. Eine beachtenswerte Ausnahme bilden aber die Werte für die Förster. Da sie in Braunschweig amtlich mit den Beobachtungen beauftragt sind, so ist es verständlich, daß nach 10 Jahren die Hundertzahl (54) für Nichtpreußen wesentlich größer als in Preußen ist. Überraschenderweise aber kehrt sich das Verhältnis bei 20 Jahren um, denn es ist 20 : 15 und entsprechend bei 25 Jahren 11 : 6. Vermutlich hängt das mit der Versetzung der Förster in Nichtpreußen zusammen. Das gleiche findet man bei den Provinz- und Gemeindebeamten, wo Oldenburg bestimmend ist. Ebenso auffällig ist, daß in Nichtpreußen kein Staatsbeamter außer den in anderen Berufen eingeordneten nach 10 Jahren noch beobachtet, während in Preußen sogar noch nach 30 Jahren einer tätig ist.

Einen übersichtlichen Auszug aus Tabelle 4 bietet Tabelle 5, in der die Berufsstände wieder wie früher in großen Gruppen zusammengefaßt sind. Auch hier zeigt sich deutlich, daß in der Land- und Forstwirtschaft die Beobachter in Nichtpreußen nicht solange aushalten wie in Preußen. Das gleiche ist bei der Beamtengruppe für 25 und 30 Jahre zu beobachten. Bei den anderen Gruppen darf man nicht zu weit gehende Vergleiche und Schlüsse ziehen, da die Grundzahlen in Nichtpreußen gar zu klein sind.

Die Tabelle 5 hat dann durch Bildung der Unterschiede der Jahresstufenzahlen gegeneinander die Tabelle 6 ergeben.

6. Abnahme der Beobachterzahl (Hundertstel).

Beobachtungsdauer	1.	2.	3.	4.	5.	6.
Preußen.						
Bis 10 Jahre	60	37	43	52	56	65
Von 10 bis 20 Jahre	24	44	29	16	21	25
„ 20 „ 30 „	12	17	17	25	18	8
Nichtpreußen.						
Bis 10 Jahre	50	58	22	27	48	67
Von 10 bis 20 Jahre	28	9	34	46	36	33
„ 20 „ 30 „	20	16	33	18	12	—

Im allgemeinen ist danach die Abnahme bis zum 10. Jahre in Preußen, dann aber in Nichtpreußen größer.

Fast 200 Personen, darunter reichlich ein Drittel Lehrer, beobachten in Preußen seit mindestens einem Vierteljahrhundert Tag für Tag die Niederschläge, ohne jedes Entgelt; fast 400 sind schon 20 Jahre lang so tätig — wahrlich, auch ein Ehrenzeugnis für unser Volk!

Bücheranzeigen.

An dieser Stelle werden alle der Schriftleitung der „Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts", Berlin SW 68, Lindenstr. 28, zur Verfügung gestellten Bücher usw. dem Zitat nach angezeigt. Inhaltsangaben und Besprechungen bleiben vorbehalten.

Meißner, Dr. Otto: Ministerialdirektor, Grundriß der Verfassung und Verwaltung des Reichs und Preußens. Berlin: Vahlen 1922. 139 S.

(Die Selbstverwaltung in Wissenschaft und Praxis, herausgegeben von Walter Pietsch und Dr. Fritz Haneld. H 1.)

Eine Folge der Staatsumwälzung nach dem Weltkriege ist die Neuordnung großer Teile des Staats- und Verwaltungsrechts sowohl im Deutschen Reich wie in den einzelnen Ländern. Je weniger der einzelne in der Lage ist, diese Veränderungen selbständig zu verfolgen, um so größer ist das Verlangen nach einem kurzen Grundriß, der einen schnellen Überblick über das geltende Recht ermöglicht. Diesem Wunsch kommt das obengenannte Werk entgegen. Es enthält in seinem ersten Teil (auf 47 Seiten) einen allerdings sehr kurzen, aber recht klaren Überblick über die neuen Verfassungen des Reiches und Preußens, in einem zweiten längeren, aber als „Anhang" bezeichneten Teil (auf rund 90 Seiten) ein Verzeichnis der wichtigsten Behörden des Reiches und Preußens und ihres Aufgabenkreises. Man wird dem Verfasser die Anerkenntnis nicht versagen können, daß er auf diesem kleinen Raume ein Maximum von Belehrung bietet. Wie jeder, der heute darangeht, ein Werk über das geltende Recht zu schreiben, muß er es allerdings in Kauf nehmen, daß Teile des Werkes schon veralten, kaum daß es die Druckerpresse verlassen hat; es läßt sich daher darüber streiten, ob es zweckmäßig war, bei den einzelnen Behörden nicht nur ihre Zuständigkeit, sondern sogar ihre Adresse anzugeben. Die Darstellung des geltenden Rechtes im ersten Teil muß sich naturgemäß nur auf das Allerwichtigste beschränken; sie ist im ganzen recht gut gelungen. Irrig ist die Angabe (Seite 10 und 28), daß die Rechnungslegung und Entlastung nach Artikel 86 der Reichsverfassung durch Gesetz erfolge; Artikel 86 bestimmt nur, daß die Prüfung der Rechnung durch Gesetz geregelt wird. Auf Seite 15, wo von der Beteiligung des Reichsrats an der Reichsverwaltung die Rede ist, fehlt der doch sehr wichtige Hinweis darauf, daß dem Reichsrat die Mitwirkung beim Erlaß einer sehr großen Anzahl von Rechts- und Verwaltungsvorschriften durch die Reichsverfassung übertragen ist (Artikel 77, 88 u. a.).

Das Buch ist besonders für alle Personen geeignet, die sich kurz über die Grundzüge des derzeitigen preußischen Verfassungs- und Verwaltungsrechts unterrichten wollen.

Dr. Saenger.

Collier, Dr. W. A.: Einführung in die Variationsstatistik mit besonderer Berücksichtigung der Biologie. Berlin: Springer 1921. VI, 72 S.

Das Colliersche Buch ist dazu bestimmt, ein zeitraubendes Einarbeiten in die Probleme der Variationsstatistik zu ersparen; der Verfasser will damit ein Mittel geben, sich schnell der mathematisch-statistischen Methoden zu bedienen. Er bietet in knapper Form eine Sammlung von Begriffen, Sätzen und Formeln, die als richtig hingenommen werden müssen; auf eingehende Begründungen und Beweise ist ganz verzichtet

worden. Durch diese Beschränkung können auch in der kleinen Schrift viele Fragen berührt werden, die für die mathematische Behandlung von Beobachtungsreihen von Interesse sind. Ausgehend von den Grundbegriffen und Voraussetzungen der Variationsstatistik wird gezeigt, wie eine Beobachtungsreihe untersucht werden kann; ihre Kennzeichnung durch Quartile und Mittelwerte, die Binomialreihe als Verteilungsmaßstab, das Wesen der Verteilungs- und Summenkurven werden dargestellt. Standardabweichung und Standardwerte, die Methoden der Zuverlässigkeitsbestimmung finden ihre Berücksichtigung. Den Schluß bildet eine Betrachtung der für die Biologie bedeutungsvollen alternativen Variation. In einem Anhang wird noch auf Wesen und Gebrauch des Korrelationskoeffizienten hingewiesen. Wenn man also nur über die Anwendung der variationsstatistischen Methoden belehrt sein will, kann das vorliegende Buch dazu gute Dienste leisten.

Lucht.

Czuber, Dr. Emanuel: Die statistischen Forschungsmethoden. Wien: L. W. Seidel & Sohn 1921. X, 238 S.

Das Buch Czubers, das in vieler Hinsicht ein Gegenstück zu dem vortrefflichen Werk von G. Udny Yule „*An Introduction to the Theory of Statistics*" bildet und sowohl in der Anlage als auch in dem dargebotenen Stoff sich oft eng an das englische Vorbild anschließt, gibt eine zusammenhängende und ausführliche Darstellung der Methoden, die zur Untersuchung statistischer Massen in zahlenmäßiger Weise angewandt werden können. Die Anlage des Buches ist als sehr zweckmäßig zu bezeichnen. Das Gebiet der statistischen Forschung wird allmählich erweitert; mit dem Fortschreiten des Werkes wird immer ein neues Moment in die Untersuchung einbezogen. In jedem Abschnitt liegen schon die Richtlinien für den folgenden. Als weiterer Vorzug des Buches ist der Umstand anzusehen, daß es der Verfasser niemals versäumt, die theoretischen Darlegungen durch zahlreiche Beispiele aus den verschiedensten Gebieten zu ergänzen.

Von den drei Abschnitten bringt der erste die Theorie der festen Merkmale, der alternativen Variation, bei der nur nach dem Vorhandensein oder Fehlen eines Merkmals gefragt und von jeder Untersuchung des Merkmals in quantitativer Hinsicht abgesehen wird. Die Bildung der verschiedenen Klassen der Merkmale, die mittelbare und unmittelbare Abhängigkeit derselben bilden den Inhalt dieses Abschnitts. Der zweite Abschnitt behandelt die Theorie der veränderlichen Merkmale; die Stärke, mit der das Merkmal an den einzelnen Beobachtungen auftritt, ist hier das Untersuchungsobjekt. Ausführlich wird erörtert, wie die Gliederung eines Kollektivs durch Verteilungs- und Summentafel dargestellt und durch Häufigkeitspolygon oder -kurven veranschaulicht werden kann. Als Mittel, ein Kollektiv in kurzer und bestimmter Form durch eine Zahl zu kennzeichnen, werden die verschiedenen Mittelwerte angeführt. Demselben Zweck sollen bezüglich der Ausbreitung und Lagerung der Kollektivglieder die einzelnen Streuungsmaße dienen, wie sie sich in mittlerer und durchschnittlicher Abweichung, in Quartilen und Perzentilen bieten. Die Kapitel über Korrelationsrechnung behandeln das gleichzeitige Auftreten zweier Variabeln an einem Kollektivglied. Die Aufstellung der Korrelationstabelle und ihre rechnerische Auswertung geben ein Bild von der Art des Auftretens der beiden Variabeln, die unter bestimmten Voraussetzungen durchgeführte Berechnung des Korrelationskoeffizienten ein Maß der Abhängigkeit zwischen ihren Stärkegraden.

Der letzte Abschnitt soll die Zusammenhänge zwischen der Wahrscheinlichkeitsrechnung und den statistischen Reihen untersuchen. Die Verteilung der Reihenglieder soll daraufhin geprüft werden, ob sie sich apriorisch bestimmbaren Verteilungsgesetzen anpaßt. Die Kriterien werden hergeleitet, mit denen man über die „Zufallsnatur" statistischer Reihen entscheiden kann. Mit Recht macht der Verfasser darauf aufmerksam, daß es nur wenige Materien gibt, auf die die gefundenen Bedingungen zutreffen, und zwar gehören diese meist der Bevölkerungsstatistik, der Anthropometrie oder den naturwissenschaftlichen Disziplinen an, während bei Reihen über wirtschaftliche Dinge eine Annäherung an theoretische Verteilungen nur selten zu finden ist. Eine solche theoretische Verteilung ist in der Entwicklung der Binomialreihe gegeben, die aber bei großen Beobachtungszahlen zu umständlichen Rechnungen führt. Sie ist deshalb zweckmäßig durch eine einfache Formel, ihr Häufigkeitspolygon durch die normale Häufigkeitskurve zu ersetzen, die auch ein größeres Anwendungsgebiet hat. An dieser Stelle weist Czuber auch mit Nachdruck auf die oft unzutreffende Verquickung der Theorie der Kollektive mit der Fehlertheorie hin. Die Streuungsmaße bedeuten nicht dasselbe wie die Genauigkeitsmaße der Fehlertheorie.

Alle diese Methoden werden klar und ausführlich abgeleitet und vielfach in ihren mathematischen Konsequenzen weiter verfolgt; ja man kann sagen, daß der Verfasser manchmal hierin des Guten zuviel getan hat. Für eine praktische Statistik werden viele mathematische Ableitungen kaum in Frage kommen; sie haben nur große wissenschaftliche Bedeutung. Besonders gilt dies für die Statistik über wirtschaftliche Dinge, bei der es überhaupt zweifelhaft ist, ob die dargelegten Forschungsmethoden in nennenswertem Umfange angewandt werden können. Es kann aber jedem Statistiker empfohlen werden, das Czubersche Buch in die Hand zu nehmen und sich wenigstens über die grundlegenden Dinge Aufklärung zu verschaffen.

Lucht.

Schmittmann, Prof. Dr. B.: Führer durch die deutsche Sozialversicherung in ihrer Gestaltung nach dem Kriege. 3. erweiterte Auflage. Düsseldorf: L. Schwann 1921. XV, 280 S.

Der Führer wird vielfach den in praktischer Wohlfahrts- oder Sozialarbeit stehenden Personen als Ratgeber empfohlen. Eigentlich hat das Schmittmannsche Buch derartige Empfehlungen gar nicht nötig. Von dem Werk ist nach der zweiten in verhältnismäßig kurzer Zeit die dritte Auflage erschienen. Diese Tatsache ist an und für sich schon ein Beweis für die Brauchbarkeit der Schrift und spricht dafür, daß der Führer ein lebhaftes Bedürfnis befriedigt. Wie ein guter Freund geleitet er den Fachmann wie den Laien durch das Gebiet der deutschen Sozialversicherung. Der spröde Stoff ist einfach und systematisch bearbeitet, und dabei sind alle bis zum Erscheinen des Buches erfolgten Veränderungen berücksichtigt worden. Die gesetzlichen Bestimmungen werden durch eine Reihe gut gewählter Beispiele erläutert. Bei der Darstellung des Verfahrens in den einzelnen Versicherungszweigen ist besonders auch auf die Leistungen und ihre Voraussetzungen Wert gelegt worden. Wertvoll erscheint ferner die Gegenüberstellung der Pflicht- und Mehrleistungen bei der Krankenversicherung. Zum Überfluß bringt schließlich der Anhang eine Anzahl von Beispielen für Eingaben, Anträge und Beschwerden.

Infolge der andauernden Geldentwertung sind nach der Drucklegung des besprochenen Buches weitere Abänderungen der gesetzlichen Bestimmungen eingetreten. Es wäre erwünscht wenn der Herr Verfasser unter Berücksichtigung der letzteren seinen Führer durch einen Anhang ergänzen würde.

Rbg.



Nicklisch, Dr. H.: Wirtschaftliche Betriebslehre. 5. Auflage. Stuttgart: C. E. Poeschel 1922. VI, 330 S.

Der Verfasser geht in seinem nach manchen Richtungen hin durchaus originellen Werk davon aus, daß neben der Volkswirtschaftslehre heute die Betriebswirtschaftslehre steht. Im Mittelpunkt dieser Wissenschaft steht die Unternehmung, der Betrieb; sie sucht die Gesetzmäßigkeiten des Betriebslebens zu erforschen und darzustellen. Dabei unterscheidet sie Zusammenhänge, die für das innere Leben der Betriebe von Bedeutung sind, und andere, deren Bedeutung im Verkehr der Unternehmungen miteinander zur Geltung kommt. Im akademischen Unterricht wird deshalb nach Nicklisch von einer wirtschaftlichen Betriebslehre und einer betriebswirtschaftlichen Verkehrslehre als Teilgebieten der Betriebswirtschaftslehre gesprochen.

Nicklisch behandelt in seinem Buch zunächst im Anschluß an die volkswirtschaftlichen Grundbegriffe Bedürfnis, Gut, Wert, Preis die Grundlagen der wirschaftlichen Betriebslehre. Eingehend wird ferner die Unternehmung behandelt; die für den Statistiker so wesentliche Unterscheidung von Unternehmung und Betrieb ist nicht berührt. Die Organisation der Arbeit (vor allem die wissenschaftliche Betriebsführung) sowie die Organisation des Vermögens sind eingehend geschildert. Für den Statistiker sind insbesondere die Untersuchungen über die Rentabilität von Bedeutung. Ein Schlußkapitel sucht Buchhaltung und Statistik zu kennzeichnen und voneinander abzugrenzen. **M.**

Calmes. Dr. Albert: Die Statistik im Fabrik- und Warenhandelsbetrieb. 6. neu bearb. u. verm. Aufl. Leipig: I. A. Gloeckner. 1921. VIII, 268 S.

Man kann eine Anzahl von Eingängen und Vorgängen, die für eine Unternehmung von Bedeutung sind, zahlenmäßig verfolgen und später in Tabellenform zusammenstellen. Man kann also eine Vermögensstatistik, eine Statistik der Gewinne und Verluste, eine Kassen- und Finanzstatistik, eine Beamten-, Arbeiter- und Lohnstatistik, eine Statistik der Beschäftigung, eine Lagerstatistik, eine Statistik des Verkaufs, eine Unkosten- und Fabrikationsstatistik aufstellen. Manche dieser Statistiken kann man täglich, manche wöchentlich, wieder andere monatlich oder jährlich aufmachen; die meisten der Statistiken kann man ferner graphisch wiedergeben. All das setzt Calmes eingehend auseinander. Außerdem hat fast jede Unternehmung, insbesondere jeder Industriezweig noch besondere Bedürfnisse, die sie zahlenmäßig dargestellt wissen will, die naturgemäß für die Unternehmung von größter Bedeutung sind, die aber in eine allgemeine Darstellung nicht eingehen können.

M.

Rauecker, Dr. Bruno: Die Berufsfreude im modernen Wirtschaftsleben. Berlin-Zentralverlag, G. m. b H. 1922. 54 S. (Staat und Wirtschaft. Einzeldarstellungen in Grundrissen).

Der Verfasser hat festgestellt, daß „an der seelischen Beziehungslosigkeit des arbeitenden Menschen zu seinem Beruf der gesamte Umkreis unserer Kultur erkrankt ist“. Er sucht nach einigen Bemerkungen über die Tatsachen und Folgen der „Berufsnot“ einige Wege zur Überwindung dieser Not zu zeigen. Mittel zur Stärkung der Berufsfreude außerhalb der Betriebe sieht er in der Berufsberatung, deren Aufgaben, Voraussetzungen und Organisation er andeutet, ferner in einer Verfeinerung der Arbeitsnachweismethoden und in der Umschulung der Arbeiter aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Ist es gelungen, mit diesen Mitteln die zweckmäßigste Berufsauslese außerhalb der Betriebe durchzuführen, so wird in den Betrieben die Anpassung der Arbeiter an ihre Arbeit mit Hilfe der „wissenschaftlichen Betriebsführung“ diese Maßnahmen ergänzen müssen. Weitere Mittel zur Stärkung der Berufsfreude in den Betrieben sieht der Verfasser vor allem in einer zweckmäßigen Lohnpolitik und in einer Stärkung der Werk- und Arbeitsehre.

M.

Luxemburg, Rosa: Die Akkumulation des Kapitals. Band I u. II. Leipzig-Berlin: Frankes Verlag G. m. b. H. 1921.

In dem ersten Band des Werkes suchte Frau Luxemburg das Problem der stetigen Akkumulation des Kapitals, also der stetigen Erweiterung der kapitalistischen Produktion zu lösen im Anschluß an Ausführungen, die Karl Marx im zweiten Band seines „Kapitals“ über die Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals gemacht hatte. Sie fußt zwar auf der Marxschen Darstellung, kritisiert aber eingehend seine Schemata und mathematischen Formeln und baut auf dem Torso weiter. Während bisher die Marxisten angenommen hatten, daß die Akkumulation des Kapitals und die Erweiterung der kapitalistischen Produktion derart erfolgte, daß das Kapital innerhalb des von ihm beherrschten Gebietes seine Macht erweitere, betont sie, daß die Erweiterung derart vor sich gehe, daß der Kapitalismus sich auf Kosten aller nichtkapitalistischen Produktionsformen ausdehne. Akkumulation des Kapitals und Imperialismus sind nur zwei verschiedene Arten eines und desselben Vorganges. Die Erklärung der ökonomischen Wurzeln des Imperialismus muß aus den Gesetzen der Kapitalakkumulation abgeleitet werden. Mit großer Gründlichkeit und Belesenheit gibt sie eine historisch-kritische Darstellung des Versuchs, das Problem der Akkumulation und der Reproduktion des Kapitals zu lösen.

Der erste Band des Werkes erschien 1913. Bald darauf begann eine heftige Polemik gegen das Buch der Verfasserin in der sozialistischen Presse. An dieser zum Teil minderwertigen Polemik übt Frau Luxemburg in dem zweiten Band, der während ihres Aufenthaltes im Gefängnis entstand, eine große Antikritik. Insbesondere scheint mir ihre Auseinandersetzung mit dem österreichischen Marxisten Otto Bauer, der wohl die tiefste und inhaltreichste Kritik in der „Neuen Zeit“ geübt hatte, dauernd wertvoll.

M.

Gratz, Josephine: Die Frauenberufe in der Mode-Industrie. M.-Gladbach: Volksvereinsverlag G. m. b. H. 1921. 62 S.

Über die Frauenberufe und die Möglichkeiten der Frauenarbeit in normalen und Übergangszeiten sind eine Reihe größerer Werke, wie die der Frau Levy-Rathenau, der Damen Oppenheimer und Radomsky, kleinere Broschüren und eine unzählige Menge von Zeitschriften- und Tageszeitungsartikel geschrieben und veröffentlicht worden.

Wer sich bei ihnen auf einem bestimmten Gebiete der gewerblichen Frauenberufsarbeit, dem der Mode, einen Überblick über alle Forderungen und Möglichkeiten verschaffen will, findet wohl hier und dort einige Angaben; eine zusammenhängende lückenlose Übersicht läßt sich schwerlich gewinnen. Da hilft die kleine leicht lesbare Broschüre der Frau Josephine Gratz. Aber auch sie bietet kein umfassendes ausführliches Werk dar; ihre Ausführungen geben trotzdem über dieses Gebiet der gewerblichen Frauenarbeit einen ausgezeichneten Überblick.

Den größten Teil des Buches nimmt die Behandlung der Schneiderin ein. Sie sieht ihn wohl als grundlegenden, aber nicht als den ausschließlichen Beruf der Mode an. Der speziellen Behandlung der Berufe geht eine, allerdings äußerst knapp und auch zu allgemein gehaltene Einführung voraus,

die sich mit der Frage nach dem Modegebiet und der Frage der Voraussetzungen dieser Berufe befaßt.

Ihre Schrift bietet einen Beitrag zur Frage der Lösung der doch ziemlich brennenden Frauenberufsfrage. Sie lenkt aber auch die Blicke auf ein Gebiet, das, wie den wenigsten bekannt, hier fast jeglicher Frauenveranlagung einen Nährboden bietet.

Jedes ins Leben tretende junge Mädchen sollte diese Schrift lesen; jeder Berufsberater seinen Blick darauf werfen. Jeder, der eine allgemeine Einführung in die behandelten Probleme sucht, wird es mit Nutzen lesen. Es ist eine Schrift voller Anregung und Ausblicke.

G. v. D.

Die mineralischen Rohstoffe Bayerns und ihre Wirtschaft. Herausgegeben vom Bayerischen Oberbergamt. Band I: Die jüngeren Braunkohlen. München und Berlin: R. Oldenborg 1922. IV, 128 S.

Im Brennpunkt des volkswirtschaftlichen Interesses steht neben anderen gleichbedeutenden Fragen — nicht erst seit dem Tage von Versailles — die Kohlenfrage und, mit ihr aufs engste verknüpft, die Frage der Energie- und Wärmewirtschaft. Deutschlands Kohlenbasis ist, wie allen bekannt, von Grund auf verändert. Wichtige Teile mit bedeutenden Kohlenvorkommen, die von hohem Heizwert und ausgezeichneter Qualität sind, gehören nicht mehr zu Deutschland. Ein Bezug dieser Kohlen ist aus verschiedenen Gründen nicht möglich. Um aber der deutschen Volkswirtschaft entsprechende Kohlenmengen zur Verfügung stellen zu können, muß auf minderwertige Kohlenvorkommen zurückgegriffen werden, auf Vorkommen, die im Frieden aus privatwirtschaftlichen Gründen durchaus nicht abbauwürdig waren, keinerlei Beachtung fanden und auch weiteren Kreisen wohl bis heute unbekannt geblieben sind. Damit bleibt aber die Frage offen, ob bei anderen als den durch Versailles herausgebildeten wirtschaftlichen Verhältnissen die Abtretung deutscher Gebiete bei der Kohlenfrage die Bedeutung erlangt hätte, die sie heute einnimmt, eine Frage, die hier nur angedeutet sein soll.

All diese Fragen der Energiewirtschaft sind neu. Das darüber vorhandene Material ist meist veraltet und leider an vielen Stellen zersplittert, auch oft sehr widersprechend. Da ist es sicherlich ein glücklicher Gedanke gewesen, wenn gerade jetzt, wo die Probleme der Energiewirtschaft an Bedeutung mehr und mehr gewinnen, von sachkundiger Stelle über diese Fragen Material geboten wird. Namentlich die bayerischen Behörden, das Bayerische Oberbergamt und die Bayerische Landeskohlenstelle haben eine Reihe Veröffentlichungen zu dieser Frage erscheinen lassen. Unter ihnen nimmt das vorliegende Werk, das zwar nur ein engbegrenztes Gebiet, die Vorkommen und die Gewinnung der jüngeren Braunkohlen des Freistaates Bayern, behandelt, durch die Art seines inneren Aufbaus eine besondere Stellung ein. Es wird in monographischer Form von einer Reihe von Fachleuten zu den einzelnen Fragen Stellung genommen. Die Ergebnisse sind daher durchaus ungleichartig, was aber keineswegs den Wert des Buches als Nachschlagewerk oder Handbuch, so wie es wohl auch gedacht ist, mindert. Das Werk stellt den ersten Band einer Reihe von Einzeldarstellungen der technisch wichtigen im Bergbau gewonnenen bayerischen Mineralien dar. Es hat einen Vorläufer in dem 1911 von Ammon herausgegebenen Werk „Bayerische Braunkohlen und ihre Verwertung".

Die erste Hälfte des Werkes bringt in geschlossenen Darstellungen äußerst ausführliche Schilderungen über die Geologie der Braunkohlenlagerstätten, die aber für den geologisch nicht Vorgebildeten wenig verständlich sind. Man erfährt aber auf diese Weise von Vorkommen in Oberfranken, der nördlichen und südlichen Oberpfalz, in Niederbayern, in Unterfranken, am Rhön und schließlich im Alpenvorlande und liest mit Interesse die von den Verfassern zu den einzelnen Vorkommen aufgestellten theoretischen Betrachtungen über Entstehung und Stärke der Vorkommen, erfährt dabei, daß das Gesamtvorkommen der bayerischen Braunkohlen auf 120 Millionen Tonnen geschätzt wird. Wesentlich verständlicher, man kann wohl sagen, allgemeinverständlich ist der zweite Teil, der die technisch-wirtschaftliche Auswertung der bayerischen Braunkohlenvorkommen zum Gegenstande hat. Er bringt zunächst eine Erörterung darüber, welche Braunkohlen auch noch unter den schlechtesten wirtschaftlichen Bedingungen abbauwürdig sind, welche Abbaumethoden in Frage kommen, wie die gewonnene Rohbraunkohle veredelt werden kann, ob durch Brikettherstellung oder direkte Verfeuerung in Überlandzentralen, sodann eine Reihe allerdings nur bis Ende 1920 reichender statistischer Daten über Produktion, Löhne und Leistung der Arbeiterschaft usw., um dann als Abschluß eine ausführliche Beschreibung und Würdigung der gegenwärtig vorhandenen Braunkohlenbetriebe zu bieten. Gerade dieser Teil, mit zahlreichen Lichtbildern und besonders wichtigen Tabellen über Heizwert und Zusammensetzung der Kohle sowie Ergebnisse von Verdampfungsversuchen versehen, ist besonders wichtig. Auf ihn wird wohl am meisten zurückgegriffen werden.

Alles in allem ein Buch, das sich nicht nur an Fachkreise wendet, sondern weit darüber hinaus jeden interessieren muß, der sich speziell mit wirtschaftlichen und wohl auch politischen Fragen des bayerischen Landes beschäftigt.

G. v. D.

Diehl, Karl: Sozialwissenschaftliche Erläuterungen zu David Ricardos Grundgesetzen der Volkswirtschaft und Besteuerung. 3. Aufl. T. 1 und 2. Leipzig: Meiner 1921/22.

Die neue Ausgabe des bekannten Diehlschen Werkes ist ein unveränderter Abdruck der 2. Auflage, die im Jahre 1905 bei Wilhelm Engelmann in Leipzig erschienen ist. Die wissenschaftliche Literatur der letzten 17 Jahre ist mithin in dem Buche nicht berücksichtigt. Für die rein darstellenden und dogmenhistorischen Abschnitte des Werkes ist dieser Umstand ohne große Bedeutung; denn über die Frage, was Ricardo eigentlich gelehrt hat, und wieweit er in seinen Lehren von seinen Vorgängern abhängig gewesen ist, könnte auch heute kaum etwas wesentlich anderes gesagt werden, als Diehl im Jahre 1905 ausgeführt hat. In diesen Abschnitten ist das Buch auch gegenwärtig noch für jeden, der sich mit Ricardo beschäftigt, ein unentbehrlicher und zuverlässiger Führer. Dagegen stört in den kritischen Abschnitten die Nichtberücksichtigung der neueren Literatur häufig recht empfindlich. Besonders bedauerlich ist es, daß auch positive Irrtümer nicht geändert worden sind; so z. B. zitiert Diehl auf S. 114 des ersten Bandes eine Äußerung, die angeblich Karl Marx im Jahre 1847 im „Elend der Philosophie" getan haben soll, die aber in Wahrheit Friedrich Engels in dem Vorwort zu einer neuen Ausgabe der Marxschen Schrift im Jahre 1884 niedergeschrieben hat. Der Irrtum, auf den übrigens Bortkiewicz bereits einmal aufmerksam gemacht hat, ist nicht unwesentlich; denn der Leser erhält dadurch eine ganz falsche Vorstellung von der Entstehung der Marxschen Lehre über das Verhältnis von Wert und Preis.

Wenn das Werk auf der vollen wissenschaftlichen Höhe erhalten werden soll, wird sich der Verfasser einmal zu einer gründlichen Umarbeitung der kritischen Abschnitte entschließen



müssen. Dabei könnte er die Ausführungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse zu Lebzeiten Ricardos ohne Bedenken erheblich verkürzen, um Raum für die Betrachtung der durch den Krieg hervorgerufenen Umwälzungen und für Berücksichtigung der neueren theoretischen Literatur zu gewinnen. Gewiß ist für die Beurteilung Ricardos die Frage nicht ohne Bedeutung, ob seine Lehren, wenn auch nicht der Ausdruck ewig geltender Naturgesetze, so doch mindestens richtige Abstraktionen aus den Zeitverhältnissen sind. Aber diese Frage ließe sich immerhin auf weniger Raum genügend beantworten. Den deutschen Leser, der täglich unter den Folgen der Geldentwertung zu leiden hat und in jeder Nummer seiner Zeitung, sofern er sich diesen Luxus noch leisten kann, Erörterungen über Markstabilisierung findet, berührt es doch eigenartig, wenn z. B. in dem Kapitel über das Geld die Richtigkeit der Ricardoschen Geldtheorie lediglich an den englischen Verhältnissen im Anfang des neunzehnten Jahrhunderts geprüft wird, während über die uns alle aufs tiefste bewegenden Fragen der Gegenwart kein Wort gesagt wird. Hätte Diehl sich grundsätzlich auf rein historische Betrachtungen beschränkt und jede Erörterung über Gegenwartsfragen ausgeschaltet, so wäre dagegen nichts zu sagen. Aber er hat die deutschen Gegenwartsfragen zur Zeit der zweiten Auflage seines Buches, z. B. den Kampf um den Bülowschen Zolltarif, ausführlich erörtert, obwohl diese Ausführungen in eine rein historische Studie über Ricardo ebensowenig hineingehören wie Betrachtungen über die Markstabilisierung.

Neben diesen mehr äußerlichen Bedenken habe ich auch grundsätzliche gegen den Standpunkt zu erheben, von dem aus Diehl Ricardo kritisiert. Diehl, der sehr stark von Stammler beeinflußt ist, geht davon aus, daß die Nationalökonomie nicht die Gesetze zu erforschen habe, wie sich der „Mensch" oder die „Menschen" zu den Gütern verhalten, sondern nur die Phänomene einer konkret gegebenen Gesellschaftsordnung, d. h. einer Gesellschaft auf bestimmter rechtlicher Grundlage. Er geht so weit zu behaupten, daß die sozialen Erscheinungen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung prinzipiell von denen der individualistischen so verschieden seien, daß eine gemeinsame Betrachtung beider unmöglich sei. Es sei sogar fraglich, ob es in der sozialistischen Gesellschaftsordnung so etwas wie Wert oder Preis überhaupt noch geben werde. Er kommt mithin dazu, für jede Rechtsordnung gewissermaßen eine eigene Nationalökonomie zu fordern. Diese Behauptungen scheinen mir nach der entgegengesetzten Richtung genau so weit über die Wahrheit hinauszugehen wie die Ricardoschen. Sie unterschätzen das bleibende Element im wirtschaftlichen Leben gegenüber dem geschichtlich wandelbaren ebenso, wie Ricardo es überschätzt; sie übertreiben den Einfluß der Rechtsordnung so sehr, wie Ricardo ihn zu gering achtet. Gewiß unterscheiden sich, wie insbesondere die Untersuchungen Diltheys und seines Schülers Spranger gezeigt haben, der Renaissancemensch und der Mensch der Gegenwart, der ästhetische, religiöse, theoretische und ökonomische Mensch erheblich voneinander; doch bleiben immerhin gewisse Elementartriebe wie der Selbsterhaltungs-, Geschlechtsbetrieb usw. im wesentlichen überall dieselben; und eben so falsch wie Ricardos Annahme von der unwandelbaren Gleichheit der Menschennatur ist jedenfalls die Meinung, daß die Natur des Menschen sich mit der Rechtsordnung ändere. Wenn der Bolschewismus in Rußland einen Mißerfolg erlitten hat, so ist das ja zum großen Teile gerade darauf zurückzuführen, daß nicht gleichzeitig mit Einführung der sozialistischen Rechtsordnung eine seelische Einstellung der wirtschaftenden Personen auf die genossenschaftliche Produktion erfolgt ist, so daß die veränderte Rechtsordnung mit der unveränderten Menschennatur in Widerspruch geriet, ein Widerspruch, an dem der Bolschewismus gescheitert ist. Es ist auch unrichtig, wenn Diehl behauptet, die sozialen Phänomene der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaftsordnung seien so verschieden, daß eine gemeinsame Betrachtung unmöglich sei, und wenn er dies an dem Beispiel von Wert und Preis nachzuweisen versucht. Wer die moderne Kultur bejaht – und das tut der Sozialismus ebenso wie der Kapitalismus –, der erkennt damit auch die Notwendigkeit wirtschaftlicher Produktion an; die unentbehrliche Voraussetzung jeder Produktion ist aber, daß die wirtschaftlichen Güter, nach dem Maße ihrer Bedeutung für die Wohlfahrt der Verbraucher in eine Reihe geordnet, – etwas anderes bedeutet die Wert- und Preisbildung gar nicht – und die meist nur in beschränkter Menge vorhandenen Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden auf die Produktion der verschiedenen Güter zweckmäßig verteilt werden. Anders könnte selbstverständlich die sozialistische Gesellschaft auch nicht verfahren, wenn sie nicht Gefahr laufen will, daß z. B. plötzlich einmal die Menschen in einem Überfluß von Schuhen ersticken, während sie keine Hemden haben. In diesem Sinne muß es selbstverständlich Wert und Preis unter der sozialistischen Gesellschaftsordnung genau so geben wie unter der kapitalistischen. Für diese Ansicht kann ich mich auf die Autorität namhafter Vertreter der neueren Nationalökonomie berufen. So erhebt z. B. die Grenznutzentheorie für ihre Sätze den Anspruch auf Geltung unter jeder Rechtsordnung, und auch ein Gegner dieser Theorie wie Cassel, der bekanntlich jede Wertlehre ablehnt, betont in seinem Lehrbuch der theoretischen Sozialökonomie ausdrücklich, daß die von ihm aufgestellten Prinzipien der Preisbildung in einer sozialistischen Gesellschaft unverändert aufrechtzuerhalten sein würden.

Mit dem meines Erachtens übertriebenen historischen Relativismus Diehls hängt es zusammen, daß er auch die Methode der isolierenden Abstraktion grundsätzlich verwirft. Auch dieser Ansicht kann ich mich in keiner Weise anschließen. Die Methode der isolierenden Abstraktion ist für die Sozialwissenschaft dasselbe, was für die Naturwissenschaft das Experiment ist; sie ist gewissermaßen ein Experiment in Gedanken. Bei der Untersuchung der Bodenrente durch Ricardo und Thünen hat sie ausgezeichnete Ergebnisse geliefert, und daß sie viel mißbraucht worden ist, rechtfertigt durchaus nicht ihre grundsätzliche Verwerfung.

Der einseitige methodologische Standpunkt Diehls trägt auch die Schuld daran, daß er zu keiner befriedigenden Wert- oder Preistheorie gelangt, und da diese Theorie die Grundlage für die Theorie der Bodenrente, des Lohns usw. bildet, so wirkt auch seine Kritik der Ricardoschen Lehren, so treffend sie in vielen Einzelheiten ist, im ganzen doch nicht recht überzeugend. Trotz dieser Mängel wird jeder Leser auch die kritischen Teile des Diehlschen Buches mit Nutzen und nicht ohne Anregung lesen.

K. Keller.

Eingesandte Schriften.

Rothschild, Hans: Die süddeutsche Baumwollindustrie. Stuttgart: Moritz 1922. 77 S.

Sartorius von Waltershausen, A.: Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Geschichte, Theorie und Politik. Leipzig und Berlin: Teubner 1922. 283 S.

Bernardino, Anselmo: *Saggio di una bibliografia della letteratura economico finanziaria della guerra e del dopo guerra.* (1915–1921.) *Torino 1922.* 109 S.

Buchholtz, Paul: Der Haushaltsplan in Reich, Staat und Gemeinde. Berlin: Heymann 1922. VII, 210 S.

Dieckmann, C.: Verwaltungsrecht. Ein Hand- und Lehrbuch zur Einführung in die Verfassung und innere Verwaltung des Deutschen Reichs und Preußens. Berlin: Vahlen 1922. 848 S.

Dunkelberg, Karl: Vom Schleppen und Fahren. Schiffahrtsrechtl. Betrachtungen und Winke. 3. verm. Aufl. Duisburg: „Rhein" 1922. 84 S. (Schriften des Vereins zur Wahrung der Rheinschiffahrtsinteressen.)

Dunkmann, Karl: Die Lehre vom Beruf. Eine Einführung in die Geschichte und Soziologie des Berufs. Berlin: Trowitzsch 1922. 321 S.

Winkler, Wilhelm: Die statistischen Verhältniszahlen. Eine methodolog. Untersuchung. Leipzig und Wien: Deuticke 1923. VII, 178 S. (Wiener Staatswissenschaftl. Studien. N. F. Bd. 2.)

Žižek, Franz: Fünf Hauptprobleme der statistischen Methodenlehre. München und Leipzig: Duncker & Humblot 1922. 53 S.

Roepke, Wilhelm: Die Arbeitsleistung im deutschen Kalibergbau. Berlin und Leipzig: Vereinigung der wissenschaftl. Verleger 1922. 80 S. (Sozialwissenschaftl. Forschungen Abt. 3, H. 1.)

Bachi, R.: *L'Italia economica nel 1921. Annuario del'a vita commerciale. Anno XIII. Torino: Societa Tipografico-Editrice Nazionale. 1922.* XI, 460 S.

Braun, Gerhard: Der Soziallohn und seine wirtschaftliche Bedeutung. Berlin und Leipzig: Vereinigung Wissenschaftl. Verleger 1922. 56 S. (Sozialwissenschaftl. Forschungen. Abt. 3, H. 2.)

Twardowski, Fritz: Das amerikanische Schiffahrtsproblem. Berlin und Leipzig: Vereinigung Wissenschaftl. Verleger 1922. VIII, 175 S. (Sozialwissenschaftl. Forschungen. Abt. 4, H. 1.)

Firle, Rudolf: Einfluß des Weltkrieges auf Schiffahrt und Handel in der Ostsee. Berlin und Leipzig: Vereinigung Wissenschaftl. Verleger 1922. 110 S. (Sozialwissenschaftl. Forschungen. Abt. 4, H. 2.)

Franqué, Otto von: Folgen der Kriegs- und Nachkriegszeit für Mutter und Kind. Bonn: Röhrscheid 1923. 22 S.

Häfner, Wilhelm: Motive der internationalen Sozialpolitik. Untersuchungen über ihre Entwicklung. Berlin u. Leipzig: Vereinigung Wissenschaftl. Verleger 1922. XIV, 154 S. (Sozialwissenschaftl. Forschungen. Abt. 3. H. 3)

Hecke, Wilhelm: Der Geburtenrückgang und seine Folgen. Mit einem Geleitworte von Michael Hainisch. Leipzig und Wien: Deuticke 1923. 20 S. (Veröffentlichungen des Volksgesundheitsamtes im Bundesminist. f. soziale Verwaltung. 20.)

Hoffmann, Walter: Die Industrie des Halleschen Wirtschaftsbezirkes. Halle: Mitteldeutsche Nachrichten 1922.

Biermann, W. Ed.: Briefwechsel zwischen Wilhelm Roscher und Gustav Schmoller. Wilhelm Stieda. Ansprache, . . . am 29. April 1922. Zwei Beiträge zur Literaturgeschichte der Nationalökonomie. Greifswald: Bamberg 1922. 72 S.

Jaenisch, Ernst: Die bayerischen Bierbrauereien während des Krieges und nach dem Kriege. München, Berlin und Leipzig: Schweitzer 1922. 252 S.

Knauss, Robert: Die deutsche, englische und französische Kriegsfinanzierung. Berlin und Leipzig: Vereinigung Wissenschaftl. Verleger 1923. 194 S. (Sozialwissenschaftl. Forschungen. Abt. 5, H. 1.)

Landwehr, Ottokar: Übervölkertes Land. Eine bevölkerungspolit. Studie. Wien u. Leipzig: Braumüller 1923. 59 S.

Business Prospects Year Book. *Ed by D. Willson Lloyd and A. P. Barnett. . . . 17.* 1923. *Cardiff: Business Statistics Company* 1922.

Taylor, G. R. Stirling: Gildenpolitik. Ein praktisches Programm für die Arbeiterpartei und die Genossenschaften. Aus dem Engl. übersetzt von Otto Eccius. Tübingen: Mohr 1922. 116 S. (Schriften der engl. Gildenbewegung. 3.)

Deutsch - Nordisches Jahrbuch f. Kulturaustausch und Volkskunde. Jena: Diederichs 1922. 1923.

Helfritz, Hans: Grundriß des preußischen Kommunalrechts. Berlin: Vahlen 1922. 103 S. (Die Selbstverwaltung in Wissenschaft und Praxis. H. 2.)

Schulz, Hermann: Wegweiser für die deutsche Sozialversicherung. Berlin: Vahlen 1922. 126 S. (Die Selbstverwaltung in Wissenschaft und Praxis. H. 3.)

Treptow, Ferdinand: Städtische Melde- und Wahlämter. Berlin: Vahlen 1922. 79 S. (Die Selbstverwaltung in Wissenschaft und Praxis. H. 4.)

Goeze, Wilhelm: Grundriß der Wohlfahrtskunde. Berlin: Vahlen 1922. 71 S. (Die Selbstverwaltung in Wissenschaft u. Praxis. H. 5.)

Bovensiepen, Rudolf: Lateinische Rechtssprichwörter, verdeutscht u. erl. Berlin: Vhalen 1922. 48 S. (Die Selbstverwaltung in Wissenschaft u. Praxis. H. 6.)

Eckart, Waldemar: Das deutsche Beamtengesetz. Eine Einführung in die Grundgedanken . . . des Entwurfs. Berlin: Vahlen 1922. 36 S. (Die Selbstverwaltung in Wissenschaft u. Praxis. H. 7.)

Boethke, Wilhelm: Finanzbehörden und Steuergerichte des Reichs. Berlin: Vahlen 1923. 79 S. (Die Selbstverwaltung in Wissenschaft u. Praxis. H. 8.)

Herbst, Richard: Die städtischen Nachrichtenämter. Aufbau, Einrichtung, Arbeitsgang . . . Berlin: Vahlen 1923. 122 S. (Die Selbstverwaltung in Wissenschaft u. Praxis. H. 9.)

Handboek voor de Kennis van Nederland en Koloniën. 's-Gravenhage; Nyhoff 1922. XVIII, 602 S.

Der politische Almanach. 1923 Jahrb. d. öffentl. Lebens. Hrsg. Maxim. Müller-Jabusch. Berlin: Selbstverlag 1923. XVIII, 468 S. 8°.

Bünnagel, E. M.: Die Eignungsprüfung in ihrer wirtschaftlichen u. sozialen Bedeutung. Köln: Neubner 1922. (Kölner wirtschafts- und sozialwissenschaftl. Studien. H. 3.)

Danziger Wirtschaft und Statistik. Hrsg. von Dr. Martin J. Funk. Danzig: A. W. Kafemann G. m. b. H. H. 1: Wirtschaftspolitische Stellung u. weltwirtschaftliche Bedeutung der Freien Stadt Danzig. 1923. 232 S.



Statistische Korrespondenz.

Zwerggemeinden in Preußen nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919. — Unbewohnter Gutsbezirke gab es (nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 8. Oktober 1919) in Preußen insgesamt 269 (vergl. die Angaben des Aufsatzes auf Seite 2*). Weit geringer an Zahl, aber dafür kommunalrechtlich und kommunalpolitisch bei weitem wichtiger sind die „Zwerggemeinden", unter denen hier diejenigen Landgemeinden verstanden sein sollen, die bei der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 eine Einwohnerzahl von nur 10 oder noch weniger Personen gehabt haben, dennoch aber als selbständige Kommunaleinheiten geführt werden. Ihrer wurden insgesamt 26 gezählt, nämlich 8 im Regierungsbezirke Gumbinnen, 4 im Regierungsbezirke Königsberg, 3 im Regierungsbezirke Stettin, 2 im Regierungsbezirke Potsdam und je 1 in den Regierungsbezirken Allenstein, Köslin, Liegnitz, Magdeburg, Hildesheim, Lüneburg, Cassel, Coblenz und Trier. Eine besondere Gruppe innerhalb dieser Zwerggemeinden bilden die völlig unbewohnten Landgemeinden, deren es zur Zeit der Erhebung insgesamt 5 (nämlich 2 im Regierungsbezirk Gumbinnen und je 1 in den Regierungsbezirken Köslin, Liegnitz und Coblenz) gab.

Kommunaleinheiten sind Personen des öffentlichen Rechtes und sollen als solche ihr selbständiges rechtliches Dasein führen. Diese Tatsache läßt erkennen, daß unbewohnte Landgemeinden ganz selbstverständlich eine anomale Erscheinung insofern sind, als ja auch das Dasein der juristischen Person lebendige Menschen voraussetzt, die den Rechtswillen der juristischen Persönlichkeit tragen und nach außen hin zur Geltung bringen. Bewohnte Zwerggemeinden sind zwar nicht in diesem Sinne juristische Anomalien, aber auch sie sind insofern zweckwidrige Gebilde, als sie im allgemeinen den Aufgaben eines modernen Gemeindelebens nicht gewachsen sein können oder aber, wenn die Leistungsfähigkeit der wenigen Einwohner den Anforderungen, die das Gemeindeleben stellt, genügt, erkennen lassen, daß dieses Gemeindeleben nach Inhalt und Umfang hinter den Anforderungen einer modernen Zeit doch wohl zurückgeblieben ist

Die Entwicklungsgeschichte der Zwerggemeinden ist heute mit Sicherheit nur noch ganz ausnahmsweise festzustellen. So sind die beiden unbewohnten Gemeinden des Regierungsbezirkes Gumbinnen, (Awiszen und Grünwalde) im Kriege niedergebrannt und noch nicht wieder aufgebaut worden. Die Einwohnerzahl anderer (so z. B. die der Landgemeinden Pareyken und Loschen im Regierungsbezirk Königsberg) ist infolge des sogenannten Bauernlegens zurückgegangen. Auch nicht eine einzige der in der nachstehenden Tabelle aufgeführten Zwerggemeinden hat ihr kommunalrechtlich und kommunalpolitisch selbständiges Dasein bereits als Zwerggemeinde begonnen. Vielmehr haben sie ausnahmslos früher eine größere Bevölkerungszahl aufgewiesen und diese erst im Laufe der Zeit aus Gründen irgendwelcher Art verloren. Die in der Tabelle den heutigen Einwohnerzahlen zum Vergleiche beigefügten Einwohnerzahlen nach dem Stande vom 1. Dezember 1871 belegen diese Tatsache.

Die Verwaltungspraxis ist denn auch stets dahin gegangen, Zwerggemeinden mit Nachbargemeinden zu vereinigen. Soweit dieses nicht geschehen ist, liegt der Grund in Interessengegensätzen zwischen den für den Zusammenschluß in Frage kommenden Gemeinden, gelegentlich auch in örtlichen Schwierigkeiten. Trotzdem wird es die Aufgabe der z. Zt. im Gange befindlichen Reform des Kommunalrechtes sein, mit den Zwerggemeinden eine Erscheinung zu beseitigen, die, wenn auch nicht schlechthin unerträglich, so doch mit dem derzeitigen Entwicklungszustande des kommunalen Lebens nicht mehr verträglich ist.

Nachstehende Tabelle gibt ein Verzeichnis der Zwerggemeinden nach ihrer Bevölkerungszahl, gegliedert nach Kreisen und Regierungsbezirken.

Die preußischen Zwerggemeinden mit 10 und weniger Einwohnern einschließlich der unbewohnten Landgemeinden nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 8. Oktober 1919.

Landgemeinden	Kreis	Regierungsbezirk	Ortsanwesende Bevölkerung vom 8. 10. 1919[1])
1	2	3	4
1. Pareyken	Labiau	Königsberg	7 (99)
2. Kipitten	Friedland	„	8 (29)
3. Prauerschitten	„	„	6 (109)
4. Loschen	Pr. Eylau	„	10 (29)
5. Anmuth	Niederung	Gumbinnen	8 (19)
6. Medlauk	„	„	5 (19)
7. Juckstein	Ragnit	„	10 (21)
8. Baltruschen	Pillkallen	„	7 (30)
9. Endruscheiten	„	„	9 (14)
10. Tarpupönen	Stallupönen	„	10 (31)
11. Awiszen	Darkehmen	„	[2]) — (20)
12. Grünwalde	„	„	[2]) — (64)
13. Lissuhnen	Sensburg	Allenstein	9 (33)
14. Klein Lukow	Prenzlau	Potsdam	10 (44)
15. Strehlow	Templin	„	8 (25)
16. Groß Below	Demmin	Stettin	7 (23)
17. Wüstenfelde	„	„	9 (23)
18. Neuendorf A	Anklam	„	8 (24)
19. Brotzen	Rummelsburg	Köslin	[2]) — (44)
20. Polkwitzer Neuländer	Glogau	Liegnitz	[2]) — (—)
21. Polvitz-Neuemühle	Gardelegen	Magdeburg	6 (50)
22. Deppoldshausen	Göttingen	Hildesheim	10 (12) [3])
23. Landwehr	Burgdorf	Lüneburg	8 (27)
24. Wollstein	Witzenhausen	Cassel	6 (56)
25. Schwobacherhof, fürstliche Gemeinde	Wetzlar	Coblenz	[2]) — (—) [3])
26. Beifels	Bitburg	Trier	4 (14)

[1]) ohne ausländische Kriegsgefangene. Die in Klammer gesetzten Zahlen geben die Bevölkerung nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1871 an. — [2]) unbewohnt. — [3]) war im Jahre 1871 Gutsbezirk.

Vorläufige Ergebnisse der Volkszählung vom 15. Februar 1921 in der Tschechoslovakischen Republik. — Das Staatliche Statistische Amt in Prag veröffentlicht die „Vorläufigen Ergebnisse" der am 15. Februar 1921 in der tschechoslovakischen Republik vorgenommenen Volkszählung:

Die in 5 Länder (Böhmen, Mähren, Schlesien, Slovakei und Podkarpatská Rus) und 22 Gaue (ausschließlich der Hauptstadt Prag) eingeteilte Republik umfaßt eine Fläche von 140 485 qkm mit 15 379 Gemeinden, 1 933 776 Häusern (von diesen 60 486 unbewohnt) und zählt 13 595 816 Einwohner. Die Bevölkerungsdichte beträgt mithin für den gesamten Staat 97 Köpfe je qkm (gegenüber 128,3 im Deutschen Reiche), schwankt allerdings sehr stark zwischen 152 in Schlesien und 48 in Podkarpatská Rus, dem östlichen (früher ungarischen) Teile des Landes. Sieht man von der Hauptstadt Prag mit ihren 3 888 Einwohnern auf den qkm Bodenfläche ab, so sind am dichtesten besiedelt die Gaue Teschen mit 244, Leipa und Louny mit je 174, Jungbunzlau mit 150 Einwohnern. Ihnen stehen als am dünnsten bevölkert die Gaue Podkarpatská Rus mit 48 Einwohnern und Lipt. Sv. Mikuláš mit 42 Einwohnern gegenüber.

Zu bemerken bleibt hierbei, daß in die Erhebung diejenigen Gemeinden nicht einbezogen worden sind, die — obwohl staatsrechtlich zur Republik gehörig — von ihr zur Zeit der Zählung noch

nicht verwaltet wurden, ferner diejenigen Gemeinden des Hultschiner Ländchens, über deren staatsrechtliche Zugehörigkeit damals noch nicht entschieden war.

Vergleicht man die Ergebnisse dieser Volkszählung mit denjenigen der im Jahre 1911 im ehemaligen Österreich durchgeführten, so zeigt sich ein Rückgang der Volkszahl um insgesamt 785 Köpfe. Von der Hauptstadt Prag abgesehen (die einen Bevölkerungszuwachs von 9,7 % aufweist), zeigen eine Zunahme der Volkszahlen vor allem die Gaue Teschen (7,2 %) und Nitra (7,5 %), während in Königgrätz und Jungbunzlau die Bevölkerungsziffer prozentual am stärksten (um 6,6 und 5,8 %) zurückgegangen ist. Insgesamt weisen von den 22 Gauen 10 Gaue eine Abnahme, ihrer 12 (und die Hauptstadt Prag) eine Zunahme der Bevölkerung auf.

Besondere Beachtung in Deutschland dürften die statistischen Angaben über die nationalen Verhältnisse der Tschechoslovakischen Republik beanspruchen. Da die Bezirksübersichten, auf denen die vorläufigen Ergebnisse gegründet sind, Mitteilungen über die Nationalität indessen nicht enthalten, sind als Grundlage der im folgenden kurz wiedergegebenen Berechnungen nicht die Gaue und die politischen Gemeinden, sondern die Gerichtsbezirke angenommen worden. Diese Gerichtsbezirke sind ihrerseits wieder in 4 Gruppen eingeteilt worden, und zwar in solche mit 80—100 % Tschechen, in solche mit 50—80 % Tschechen, in solche mit 20—50 % Tschechen und in solche mit weniger als 20 % Tschechen, unter denen sich also auch die nicht als besondere Gruppe herausgehobenen rein deutschen Bezirke befinden. Die Daten von 1910 sind dem jetzigen Umfange dieser Bezirke angepaßt worden.

Seit dem Jahre 1910 ist in den überwiegend tschechischen Bezirken Böhmens die Bevölkerung von 4 285 511 auf 4 276 721 Köpfe, in den überwiegend deutschen Bezirken daselbst von 2 496 452 auf 2 388 211 — also ganz wesentlich stärker — zurückgegangen. Noch auffallender hat sich die Nationalitätenverschiebung in Mähren und dem Troppauer Gebiete gestaltet. In den überwiegend tschechischen Bezirken dieser Landesteile ist die Bevölkerung von 2 178 745 Köpfen im Jahre 1910 auf 2 226 912 gestiegen. In den überwiegend deutschen Bezirken ist demgegenüber ein Rückgang der Bevölkerung von 776 410 auf 747 582 zu verzeichnen. Im ganzen ergibt sich, daß — trotz der Kriegsverluste — die Bevölkerung in den überwiegend tschechischen Bezirken des ganzen Landes noch gestiegen ist, und zwar von 6 464 256 auf 6 503 633 Köpfe, während die überwiegend deutschen Bezirke einen Bevölkerungsrückgang von 3 272 862 auf 3 135 793 Köpfe aufweisen.

Die Gründe dieser Verschiebung sind z. Zt. noch recht undurchsichtig. Es mag angenommen werden, daß die blutigen Verluste der Deutschen während des Weltkrieges stärker gewesen sind als diejenigen der tschechischen Bevölkerungsteile. Auch die Wanderbewegung mag zu dem von dem Statistischen Staatsamte mitgeteilten Ergebnisse beigetragen haben. Andererseits sind schon jetzt in der statistischen Fachpresse lebhafte Klagen von deutscher Seite darüber erhoben worden, daß die für die Zählung erlassenen Ausführungsbestimmungen eine richtige Erfassung der Nationalität zum Schaden des Deutschtums verhindern (vergl. Deutsches Statistisches Zentralblatt, 13. Jahrgang, Nr. 1/2 S. 14 f und 5/6 S. 71 ff). Inwieweit hierdurch das Ergebnis beeinträchtigt ist, wird sich erst übersehen lassen, wenn die endgültigen Ergebnisse vorliegen.

Zahl und Größe der preußischen Städte, Landgemeinden und Gutsbezirke nach dem Gebietsstande vom 1. April 1922, zusammengestellt auf Grund des endgiltigen Ergebnisses der Volkszählung vom 8. Oktober 1919. — Mit Rücksicht auf die bevorstehende Neuordnung des kommunalen Verfassungsrechtes in Preußen dürften die nachfolgenden Angaben allgemeineres Interesse finden:

Von der preußischen Gesamtbevölkerung (in Höhe von 36 094 944 Personen) wohnten nach dem Ergebnis der Volkszählung am 8. Oktober 1919: 19 001 476 (= 52,64 %) in Städten, 17 093 468 (= 47,36 %) in Landgemeinden und Gutsbezirken. Gegenüber der ländlichen Bevölkerung überwiegt die städtische nur in der Rheinprovinz mit 4 110 739 = 60,72 % Städtern zu 2 658 730 = 39,28 % Landbewohnern. Unter den Regierungsbezirken weisen Magdeburg, Erfurt, Hannover, Arnsberg, Wiesbaden, Düsseldorf und Köln eine vorwiegend städtische Bevölkerung auf. Der verhältnismäßig am stärksten städtisch besiedelte Regierungsbezirk des ganzen Staates ist Düsseldorf mit 2 742 149 (= 76,65 %) städtischen gegenüber 835 113 (= 23,35 %) ländlichen Einwohnern.

Am 1. April 1922 umfaßte das Gebiet Preußens (ohne das Saargebiet) insgesamt 1 091 Städte. Von diesen waren Großstädte insgesamt 27, nämlich 24 mit einer Einwohnerzahl von 100 000 bis 500 000, 2 (Breslau und Köln) mit einer solchen von 500 000 bis 1 000 000 und 1 (Berlin) mit mehr als 1 000 000.

Von diesen Großstädten entfallen 11 allein auf die Rheinprovinz und von diesen wieder 9 auf den Regierungsbezirk Düsseldorf. In weitem Abstande folgt die Provinz Westfalen mit 4 Großstädten, von denen 3 auf den Regierungsbezirk Arnsberg kommen. 3 Großstädte weist Sachsen, je 2 die Provinzen Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau auf. Keine Großstädte gibt es: (von Berlin abgesehen) in der Provinz Brandenburg, in der Provinz Oberschlesien, in der Grenzmark Posen-Westpreußen und in den Hohenzollernschen Landen. Die übrigen Provinzen haben je eine Großstadt, und zwar die Provinzialhauptstädte Königsberg, Stettin, Breslau und Hannover.

Zwergstädte mit 1 000 und weniger Einwohnern gibt es im ganzen 37, von denen 11 auf die Provinz Hannover, je 7 auf die Provinzen Niederschlesien und Hessen-Nassau, 4 auf die Provinz Brandenburg, je 2 auf die Grenzmark und Oberschlesien und je 1 auf Ostpreußen, Sachsen, Schleswig-Holstein und die Rheinprovinz kommen. Am größten ist die Zahl der Städte mit 2 000 bis 3 000 Einwohnern (210); es folgt die Gruppe derjenigen mit 3 000 bis 5 000 Einwohnern (207), die Gruppe derer von 1 000 bis 2 000 Einwohnern (196) und derjenigen von 10 000 bis 20 000 Einwohnern (117). Mittelstädte mit einer Einwohnerzahl von 20 000 bis 50 000 sind insgesamt 87 gezählt worden. Von ihnen befinden sich in der Rheinprovinz 16, in Westfalen 15, in Sachsen 13, in Brandenburg und Hannover je 9, in Niederschlesien und Pommern je 6, in Hessen-Nassau 4, in Oberschlesien und Ostpreußen je 3, in Schleswig-Holstein 2 und in der Grenzmark 1. Fast rein ländlichen Charakter weisen die Hohenzollernschen Lande auf, woselbst sich nur 2 Kleinstädte, je eine mit einer Einwohnerzahl von 3 000 bis 5 000 und 5 000 bis 10 000, befinden.

Städtisch am stärksten besiedelt unter den Regierungsbezirken ist Düsseldorf mit insgesamt 24 Mittel- und Großstädten. Ihm folgen Arnsberg mit 14, Merseburg und Münster mit je 7, Potsdam, Frankfurt und Magdeburg mit je 6 Mittel- und Großstädten.

Von den insgesamt 29 677 Landgemeinden Preußens haben eine Einwohnerzahl von mehr als 15 000 heute nur noch 27. Ihrer 8 sind durch das Genfer Diktat dem Preußischen Staate verlorengegangen. Die Zahl der Großlandgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern beläuft sich auf insgesamt 225. Auch sie sind am stärksten in der Rheinprovinz (mit 70) und in Westfalen (mit 88) vertreten. Überhaupt keine Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern finden sich in Ostpreußen, in der Grenzmark Posen-Westpreußen und in den Hohenzollernschen Landen.

Zahlenmäßig an erster Stelle stehen die Landgemeinden mit 300 bis 500 Einwohnern (5 950). Es folgen diejenigen mit 500 bis 1 000 (5 205) und mit 200 bis 300 (5 030). Unbewohnter Landgemeinden gibt es in Ostpreußen (Regierungsbezirk Gumbinnen) 2, in Pommern (Regierungsbezirk Köslin), Niederschlesien (Regierungsbezirk Liegnitz) und in der Rheinprovinz (Regierungsbezirk Coblenz) je 1. Die Zahl der Zwerggemeinden mit 50 und weniger Einwohnern beläuft sich auf 1 116. Sie finden sich vornehmlich in der Provinz Ostpreußen (433); erst in weitem Abstande folgen die

anderen Provinzen, unter denen Pommern und Hannover mit je 147 führen.

Von den 11 981 preußischen Gutsbezirken sind sämtliche Großgutsbezirke mit mehr als 5 000 Einwohnern mit der Abtretung der oberschlesischen Gebiete dem Preußischen Staate verlorengegangen. Von denen mit 3 000 bis 5 000 Einwohnern ist nur ein einziger (im Regierungsbezirk Königsberg) bei Preußen verblieben. Am stärksten unter den Gutsbezirken vertreten sind diejenigen mit 50 bis 100 Einwohnern (3 163) und diejenigen mit 50 und weniger Einwohnern (3 118). Unbewohnt waren 269 Gutsbezirke (33 in Ostpreußen, 20 in Brandenburg, 18 in Pommern, 1 in der Grenzmark, 68 in Niederschlesien, 27 in Oberschlesien, 24 in Sachsen, 8 in Schleswig-Holstein, 42 in Hannover und 28 in Hessen-Nassau).

Auch diese Feststellungen lassen wieder erkennen, wie empfindlich der durch die Genfer Entscheidung herbeigeführte Verlust großer Teile Oberschlesiens gewesen ist. Durch sie hat Preußen insgesamt 13 Städte, von diesen 1 mit mehr als 50 000 Einwohnern, 325 Landgemeinden, darunter 31 Großlandgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern, und 268 Gutsbezirke, darunter sämtliche 8 Gutsbezirke der Provinz mit mehr als 2 000 Einwohnern, eingebüßt.

Nachstehende Tabelle gibt die Einzelheiten.

Zahl und Größenklassen der preußischen Städte, Landgemeinden und Gutsbezirke nach dem Gebietsstande vom 1. April 1922, zusammengestellt auf Grund des endgiltigen Ergebnisses der Volkszählung vom 8. Oktober 1919.

Größenklassen der Gemeindeeinheiten	Ostpreußen	Brandenburg [1]	Stadt Berlin [2]	Pommern	Grenzmark Posen-Westpreußen	Niederschlesien	Oberschlesien [3]	Sachsen	Schleswig-Holstein [4]	Hannover	Westfalen	Hessen-Nassau	Rheinprovinz [5]	Hohenzollernsche Lande	Staatsgebiet [6]
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
A. Städte mit . . . . . . Einwohnern:															
1. 1 000 und weniger	1	4	—	—	2	7	2	1	1	11	—	7	1	—	37
2. über 1 000 bis 2 000	7	29	—	12	6	24	5	31	5	23	12	31	11	—	196
3. „ 2 000 „ 3 000	21	26	—	15	4	18	4	35	8	23	20	22	14	—	210
4. „ 3 000 „ 5 000	18	24	—	12	5	16	6	30	15	20	16	24	20	1	207
5. „ 5 000 „ 10 000	18	31	—	19	6	17	7	15	8	14	22	7	20	1	185
6. „ 10 000 „ 20 000	7	9	—	8	—	12	3	14	5	8	16	5	30	—	117
7. „ 20 000 „ 30 000	—	5	—	3	—	5	1	8	—	7	8	3	11	—	51
8. „ 30 000 „ 40 000	2	3	—	3	1	1	2	4	2	1	5	1	2	—	27
9. „ 40 000 „ 50 000	1	1	—	—	—	—	—	1	—	1	2	—	3	—	9
10. „ 50 000 „ 100 000	1	3	—	—	—	2	2	—	1	3	7	1	5	—	25
11. „ 100 000 „ 500 000	1	—	—	1	—	—	—	3	2	1	4	2	10	—	24
12. „ 500 000 „ 1 000 000	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1	—	2
13. „ 1 000 000	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Gesamtzahl der Städte	77	135	1	73	24	103	32	142	47	112	112	103	128	2	1 091
B. Landgemeinden mit . . . . . . Einwohnern:															
1. unbewohnte Landgemeinden .	2	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	1	—	5
2. 50 und weniger . .	433	110	—	147	8	116	13	47	21	147	10	20	43	1	1 116
3. über 50 bis 100 . .	974	332	—	282	27	406	43	187	116	389	42	115	137	7	3 057
4. „ 100 „ 150 . .	824	392	—	292	24	451	55	302	123	414	54	203	205	13	3 352
5. „ 150 „ 200 . .	541	359	—	270	34	391	88	350	169	354	60	193	193	6	3 008
6. „ 200 „ 300 . .	793	587	—	381	72	592	152	524	287	712	120	383	410	17	5 030
7. „ 300 „ 500 . .	658	659	—	425	125	712	257	624	256	882	225	527	573	27	5 950
8. „ 500 „ 1 000 . .	447	397	—	264	92	595	333	567	203	772	371	533	590	41	5 205
9. „ 1 000 „ 2 000 . .	59	141	—	47	21	187	124	241	73	268	282	183	338	10	1 974
10. „ 2 000 „ 3 000 . .	1	30	—	6	1	28	24	61	21	41	109	19	115	—	456
11. „ 3 000 „ 5 000 . .	4	17	—	6	1	22	10	24	20	15	77	12	91	—	299
12. „ 5 000 „ 10 000 . .	—	4	—	4	—	7	5	5	10	3	56	9	51	—	154
13. „ 10 000 „ 15 000 . .	—	—	—	—	—	4	4	2	1	1	19	1	12	—	44
14. „ 15 000	—	1	—	—	—	1	4	—	—	1	13	—	7	—	27
Gesamtzahl der Landgemeinden	4 736	3 029	—	2 125	405	3 513	1 112	2 934	1 300	3 999	1 438	2 198	2 766	122	29 677
C. Gutsbezirke mit . . . . . . Einwohnern:															
1. unbewohnte Gutsbezirke . . .	33	20	—	18	1	68	27	24	8	42	—	28	—	—	269
2. 50 und weniger . .	450	454	—	303	22	815	195	513	71	118	3	174	—	—	3 118
3. über 50 bis 100 . .	718	441	—	501	44	830	191	277	65	44	11	41	—	—	3 163
4. „ 100 „ 150 . .	483	351	—	495	49	493	137	150	34	29	4	10	—	—	2 235
5. „ 150 „ 200 . .	249	226	—	395	38	179	83	56	39	9	2	—	—	—	1 276
6. „ 200 „ 300 . .	218	235	—	404	37	110	81	54	40	7	—	1	—	—	1 187
7. „ 300 „ 500 . .	115	98	—	184	15	24	36	24	29	7	—	3	—	—	535
8. „ 500 „ 1 000 . .	44	23	—	31	7	4	9	5	35	2	—	1	—	—	161
9. „ 1 000 „ 2 000 . .	8	4	—	3	1	1	2	2	9	1	—	—	—	—	31
10. „ 2 000 „ 3 000 . .	—	3	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	5
11. „ 3 000 „ 5 000 . .	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
12. „ 5 000 „ 10 000 . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
13. „ 10 000 „ 15 000 . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
14. „ 15 000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gesamtzahl der Gutsbezirke	2 319	1 855	—	2 334	215	2 524	761	1 106	330	259	20	258	—	—	11 981

[1]) ohne die durch Gesetz vom 27. April 1920 in die Stadt Berlin einverleibten Gemeindeeinheiten. — [2]) im Sinne des Gesetzes vom 27. April 1920. — [3]) ohne das dem polnischen Staate zugeteilte oberschlesische Gebiet. — [4]) ohne das an Dänemark abgetretene nordschleswigsche Gebiet. — [5]) ohne das Saargebiet, in dem die Volkszählung vom 8. Oktober 1919 nicht durchgeführt worden ist, sowie ohne die an Belgien abgetretenen Kreise Eupen und Malmedy. — [6]) siehe die Anmerkungen 1 bis 5.

Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im Jahre 1919. (Endgültiges Ergebnis) — Das Preußische Statistische Landesamt läßt in kurzem als Heft 265 seiner Veröffentlichungsreihe „Preußische Statistik (Amtliches Quellenwerk)" die Bearbeitung der Statistik der Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle für 1919 im Druck erscheinen. Hieraus sei an dieser Stelle auszugsweise folgendes mitgeteilt:

Im Jahre 1919 wurden im Freistaat Preußen in seinem damaligen Umfange 827 335 Geburten[1]), 527 172 Eheschließungen und 640 980 Sterbefälle[1]) (ohne Militärpersonen) beurkundet.

Das Jahr 1919 war nach jeder Richtung hin ein Übergangsjahr. Auf die Geburtenzahl wirkte noch die geringere Eheschließungszahl der Kriegszeit, während die Zahl der Eheschließungen bereits unter voller Wirkung der heimgekehrten Truppen stand. Der Staatsumfang hatte sich bereits um die Regierungsbezirke Posen und Bromberg vermindert, von denen nur noch einige Kreise bei Preußen verblieben waren. Dagegen war die Abtretung von Westpreußen, Danzig und Nordschleswig, die später durch den Friedensschluß erzwungen wurde, noch nicht erfolgt, ebenso gehörten Eupen und Malmedy noch zum preußischen Staatsgebiet; auch aus dem Saargebiet sind für das Jahr 1919 noch sämtliche Zählkarten vollständig eingegangen. Der Umfang des preußischen Staates war also für das Jahr 1919 zwar schon geringer als vor dem Kriege, jedoch war der Unterschied nicht so groß, daß man nicht auch die absoluten Zahlen der standesamtlichen Statistik des Jahres 1919 mit denen der Vorkriegszeit vergleichen kann.

In den eingangs genannten Zahlen der Geborenen und Gestorbenen sind beidemal die Totgeburten eingerechnet, sodaß also die Zahl der Registereintragungen für das Jahr 1919 1 970 295 betrug. Für das Jahr 1913 waren 2 153 549 Registerfälle zu verbuchen gewesen. Die Abnahme beträgt also 8,5 v. H. Im einzelnen sind die Unterschiede zwischen 1919 und 1913 aber beträchtlich. Den 827 335 Geburten des Jahres 1919 standen 1 209 385 im Jahre 1913 gegenüber, den 527 172 Eheschließungen (1919) 323 709 (1913), den 640 980 Sterbefällen (1919) 656 424 (1913). Die Zahl der Geburten betrug also im Jahre 1919 nur ungefähr zwei Drittel derjenigen von 1913, wogegen die Zahl der Eheschließungen um mehr als die Hälfte größer und die Zahl der Todesfälle in beiden Jahren nicht sehr verschieden war.

Eine Geburtenzahl von weniger als 1 000 000 wurde, abgesehen von den Jahren 1915 bis 1918, letztmals im Jahre 1871 mit 868 726 festgestellt. 1872 war die erste Million bereits um rund 25 000 überschritten. 1876 betrug die Geburtenzahl über 1 100 000. Darauf sank sie wieder ein wenig, blieb jedoch immer höher als 1 000 000 und überschritt 1 100 000 zum zweiten Male im Jahre 1885. Von da ab stieg sie mit gelegentlichen Rückschlägen weiter, bis im Jahre 1895 1 200 000 überschritten wurden. Es folgte ein weiteres Steigen, und im Jahre 1901 wurden 1 300 000 zum ersten Male überschritten. 1902 und 1903 war die Geburtenzahl wieder etwas kleiner, 1904 wiederum größer als 1 300 000. In den folgenden Jahren schwankte die Zahl. Auch 1906 und 1908 wurden 1 300 000 überschritten; in den dazwischen liegenden Jahren blieb die Zahl etwas darunter. Mit 1909 trat dann ein deutlicher Umschwung ein. 1910 stand sie bereits auf wenig mehr als 1¼ Million, 1913 und 1914 war sie kaum über 1 200 000. Dann folgen die Kriegsjahre mit rund 919 000, 698 000, 623 000 und 631 000 und schließlich das Jahr 1919 mit 827 335. Der Geburtenausfall, den die Kriegsereignisse mit sich gebracht hatten, war also noch wesentlich stärker als der Geburtenrückgang, der bereits in der Vorkriegszeit begonnen hatte.

Die Zahl der Eheschließungen des Jahres 1919 (527 172) ist in Preußen noch niemals erreicht worden. Im Jahre 1871 wurden weniger als 200 000 Ehen geschlossen, 1872 und 1873 ging die Eheschließungszahl sprunghaft auf über 250 000 in die Höhe. Von da ab sank sie wieder bis zum Ende der siebziger Jahre, stieg darauf langsam an und erreichte im Jahre 1900 beinahe die Zahl 300 000. Es folgt darauf ein halbes Jahrzehnt des ungefähren Gleichbleibens, 1905 war sie fast genau 300 000; 1906 wurde das dritte Hunderttausend bereits um 10 000 überschritten. Bis zum Jahre 1910 folgte dann wieder eine Periode der Schwankungen ohne große Unterschiede, 1911 schnellte jedoch die Heiratszahl um weitere 10 000 gegen das Vorjahr auf rund 321 000 herauf, 1912 betrug sie sogar rund 328 000 und 1913 rund 324 000. Es folgen darauf die Kriegsjahre mit rund 286 000, 178 000, 177 000, 199 000 und 1918 bereits wiederum mit 230 000. Sodann kam der Sprung auf 527 172.

Die Zahl der Sterbefälle des Jahres 1919 (640 980) war dagegen im Vergleich mit der bis 1871 zurückreichenden Periode gering. Mit Ausnahme des Jahres 1874, in dem bei der wesentlich kleineren Einwohnerzahl 694 652 Sterbefälle registriert wurden, war deren Zahl bis zum Jahre 1910 niemals unter 700 000 heruntergegangen. Auch 1911 wurden wieder 733 000 Sterbefälle gezählt. 1910 betrug deren Zahl rund 675 000, 1912 672 000, 1913 656 000. Die Sterblichkeit der Kriegsjahre mit denen der Friedensjahre zu vergleichen, hat, ohne genauer in den Gegenstand einzudringen, keinen Zweck.

Der Krieg hatte schon im Jahre 1915 einen Sterbeüberschuß[2]) von 36 000 gebracht, der 1916 auf 124 000, 1917 auf 254 000 und 1918 auf 405 000 anschwoll, während noch 1914 ein Geburtenüberschuß von 367 000 zu verzeichnen gewesen war, und während in den Jahren vorher die Geburten fast regelmäßig die Sterbefälle um mehr als eine halbe Million übertroffen hatten; 1919 stand der Geburtenüberschuß (177 986) noch stark unter dem Einfluß des Krieges.

Die Geburten verteilten sich im Jahre 1919 auf die einzelnen Kalendermonate ziemlich ungleichmäßig. Die ersten sieben Monate waren noch sehr von der Wirkung des vorangehenden Kriegsjahres abhängig, und es schwankte die Zahl der Geburten monatlich um 50 000. Im August waren es bereits rund 71 000, im September und Oktober jeweils über, im November und Dezember ein wenig unter 100 000. Wenn also die Geburtenzahl in sämtlichen Monaten des Jahres so stark gewesen wäre wie in den vier letzten, so würde das Jahr mit 1,2 Millionen Geburten abgeschlossen haben. Es kann jedoch an dieser Stelle vorausschickend bemerkt werden, daß das Jahr 1920 keine Geburtenzahl gebracht hat, die die Million wesentlich übersteigt.

Von den Geborenen jedes Monats waren rund 52 v. H. Knaben; 10,3 v. H. der Geborenen waren unehelich. Mehrlingsgeburten wurden 10 710 registriert, durch die 21 532 Kinder zur Welt kamen. Von den Mehrlingsgeburten waren 110 Drillingsgeburten und 1 eine Vierlingsgeburt von vier ehelichen lebenden Mädchen.

Aus rein evangelischen Ehen stammten 395 432, aus rein katholischen Ehen 281 322, aus rein jüdischen Ehen 3 839 Kinder; aus Mischehen beider christlichen Konfessionen entsprossen 53 692 Kinder, und zwar ungefähr gleichviel mit evangelischem und mit katholischem Vater, aus christlich-jüdischen Mischehen kamen 737 Kinder zur Welt. Von den unehelichen Müttern waren 54 900 evangelisch, 30 025 katholisch und 219 jüdisch.

Geheiratet wurde im Jahre 1919 am stärksten im Oktober und November mit je über 65 000 Eheschließungen. Den zweiten Höhepunkt im Jahre erreichte die Heiratskurve im Mai mit 51 000, ihren Tiefstand im Januar mit nicht ganz 22 000. Von den Eheschließenden waren zu rund vier Fünfteln beide Teile vorher unverheiratet. Außerdem heirateten 62 000 Witwer und 66 000 Witwen, jedoch entfiel nur ein knappes Drittel dieser Ehen auf beiderseitig vorher verheiratet gewesene, während sich

[1]) einschl. Totgeburten. — [2]) einschl. der Sterbefälle von Militärpersonen

zwei Drittel sowohl der Witwer wie der Witwen für die zweite Ehe einen Junggesellen bezw. ein Mädchen wählten. Von geschiedenen Männern gingen 9 590, von geschiedenen Frauen 6 946 eine neue Ehe ein, in beiden Fällen die große Mehrzahl mit solchen, die bisher nicht verheiratet gewesen waren. Blutsverwandt waren 1 999 Eheschließende, davon zumeist Geschwisterkinder; Oheim und Nichte heirateten sich in 118, Neffe und Tante in 19 Fällen. Von den Eheschließenden waren in 314 334 Fällen beide Teile evangelisch, in 147 321 beide Teile römisch-katholisch, in 1 063 beide Teile anderschristlich, in 4 407 beide Teile jüdisch; in 55 689 Fällen wurden Ehen zwischen Angehörigen christlicher Konfessionen, jedoch nicht der gleichen, geschlossen. Mischehen, von denen der eine Teil der jüdischen Religion angehörte, wurden 1 472[1]) registriert. Die jüdischen Mischehen betrugen also 25,0 v. H. aller Ehen, bei denen Juden überhaupt beteiligt waren, während die christlichen Mischehen[1]) nur 11,4 v. H. der Ehen ausmachten, in denen der eine Teil einer christlichen Konfession angehörte.

Von den eheschließenden Männern standen 308 255 im Alter von 20 bis 30 Jahren, von den Frauen im gleichen Alter 388 398. Unter 20 Jahren heirateten 2 076 Männer und elfmal soviel (22 488) Frauen. Das Altersjahrzehnt 30 bis 40 war bei den Männern mit 155 603, bei den Frauen mit 91 294 belegt. Im Alter von über 60 Jahren heirateten noch 4 349 Männer und 1 063 Frauen, und zwar waren bei 722 Paaren beide Teile über 60 Jahre. In 27 413 Fällen stand der Mann in einem jüngeren Altersjahrzehnt als die Frau.

Die Sterblichkeit war im Jahre 1919, wie dies stets der Fall ist, in den ersten Monaten des Kalenderjahres am stärksten. Von den Gestorbenen standen 96 890 im ersten Lebensjahr und 19 446 im zweiten. Bis zum 15. Lebensjahre einschließlich waren bereits 170 104, also 27,6 v. H. der im Jahre 1919 gestorbenen Personen[2]) verstorben. Im Alter von über 100 Jahren starben 20 Männer und 18 Frauen.

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in den preußischen Großstädten im zweiten Vierteljahr 1921. — Im Durchschnitt des zweiten Vierteljahres 1921 war die Heiratsziffer in den 28 preußischen Großstädten 13,83 ‰, die Geburtenziffer 22,13 ‰, die Sterbeziffer 12,33 ‰ und die Ziffer des Geburtenüberschusses 9,05 ‰. Damit war die Heiratsziffer höher, die Geburtenziffer und die Sterbeziffer aber niedriger und die Ziffer des Geburtenüberschusses wieder höher als im vorhergehenden Vierteljahr. Vergleichen wir die Ziffern des Berichtsvierteljahrs mit denen für die Jahre 1913 und 1920, für das erste und das zweite Vierteljahr 1920 und für das erste Vierteljahr 1921, so ergibt sich folgendes Bild:

Zeitraum	Auf 1 000 der mittleren Bevölkerung entfielen			
	Eheschließungen	Geburten mit Totgeborene	Sterbefälle ohne Totgeborene	Geburtenüberschuß
1913	8,90	24,20	13,35	10,85
1920	14,93	25,36	15,39	9,08
1920 I. Vierteljahr	12,41	25,39	21,04	3,42
1920 II. „	16,28	23,52	13,26	9,41
1921 I. „	11,15	22,77	13,77	8,13
1921 II. „	13,83	22,13	12,33	9,05.

Die Heiratsziffer war im Berichtsvierteljahr (zweites Quartal 1921) höher als im Jahre 1913 und in den ersten Vierteljahren von 1920 und 1921, aber niedriger als im Jahre 1920 und im zweiten Quartal von 1920. In der ersten Hälfte beider Jahre 1920 und 1921 stieg die Heiratsziffer, jedoch 1920

[1]) einschl. der Mischehen, bei denen der eine Teil konfessionslos oder dessen Religion nicht angegeben war. — [2]) ohne Totgeburten.

höher als 1921. — Die Geburtenziffer des Berichtsvierteljahres war die niedrigste der ganzen Vergleichsreihe. Wie im vorigen Jahre fiel die Geburtenziffer auch in diesem Jahre vom ersten zum zweiten Vierteljahr ab, jedoch im laufenden Jahre nicht so stark wie 1920. — Aber auch die Sterbeziffer war im Berichtsvierteljahr niedriger als in den übrigen Vergleichszeiträumen. Der Unterschied der Entwicklung in den beiden neuesten Jahren ist dabei sehr groß, 1920 ein Abfall vom ersten zum zweiten Quartal um rund 1/3 der ganzen Ziffer, 1921 nur um 10,5 %. — Die Ziffer des Geburtenüberschusses weist gegen das vorhergehende Quartal eine Steigerung auf; jedoch ist diese bei weitem nicht so groß wie zur entsprechenden Zeit des Vorjahres, da bereits das erste Quartal eine wesentlich höhere Ziffer als das erste Vierteljahr 1920 hatte. — Gegenüber dem Vorkriegsjahr 1913 hatte das Berichtsvierteljahr eine hohe Heiratsziffer, aber niedrige Geburten-, Sterbe- und Geburtenüberschußziffern. Letzteres ist besonders zu beachten.

Im Durchschnitt der 28 Städte stand die Heiratsziffer im Berichtsvierteljahr um 15,05 % niedriger als im gleichen Vierteljahr des Vorjahres. In den einzelnen Städten waren die Unterschiede aber recht beträchtlich.[1]) In 7 Orten lag die Veränderung gegen das Vergleichsvierteljahr zwischen einer Zunahme von 10 % und einer Abnahme von 10 %, war also gering; in 10 Orten betrug die Senkung zwischen 10 und 20 %, in 8 weiteren zwischen 20 und 30 %, in einer Stadt (Cassel) sogar 32 %. In 2 Orten war eine Steigerung der Heiratsziffer von mehr als 10 % festzustellen, und zwar für Gelsenkirchen um 13,25 % und für Hamborn um 31,87 %. Im einzelnen sei auf die nachstehende Tabelle verwiesen; es sei hier nur noch erwähnt, daß auffallenderweise die Städte mit hoher Zunahme (Gelsenkirchen und Hamborn) und die mit der größten Abnahme (Elberfeld und Cassel) in ungefähr der gleichen Gegend des Staates liegen.

Die Geburtenziffer stand im Durchschnitt der Großstädte des Staates im Berichtsvierteljahr um 5,9 % niedriger als im gleichen Vierteljahr des Vorjahres. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Städten waren wesentlich geringer als bei der Heiratsziffer: 8 Städte hatten eine Erhöhung und 15 eine Senkung bis zu 10 %, eine (Wiesbaden) eine stärkere Zunahme (um 10,3 %) und 4 (Berlin, Frankfurt a. M., Kiel und Cassel) eine stärkere Abnahme bis zu über 15 % (Berlin).

Die Sterbeziffer sank im Durchschnitt vom gleichen Quartal des Vorjahres zum letzten Vierteljahr um 7,0 %. In 2 Städten nahm sie bis 2 % zu und in 11 Orten bis zu 10 % ab. Eine stärkere Zunahme hatte nur Saarbrücken (14,77 %), eine stärkere Abnahme von 10—20 % 12 Städte und von über 20 % Erfurt (20,4 %) und Wiesbaden (21,1 %).

Der Geburtenüberschuß ging im Durchschnitt um 3,8 % herab. Im einzelnen waren in je 5 Städten die Zunahme und die Abnahme geringer als 10 %. In 7 weiteren Städten stieg die Ziffer, in 4 sank sie vom gleichen Quartal des Vorjahres zum Berichtsvierteljahr um 10—20 %. Eine stärkere Zunahme hatten Hamborn (22,6 %), Hannover (32,8 %), Aachen (32,9 %) und schließlich Wiesbaden, wo die vorherige Sterbeüberschußziffer von 0,24 ‰ sich in einer Geburtenüberschußziffer von 5,90 ‰ verwandelte.

Die Veränderungen gegen das entsprechende Vierteljahr des Jahres 1920 waren also am stärksten bei der Geburtenüberschuß- und bei der Heiratsziffer, wesentlich schwächer bei der Geburten- und der Sterbeziffer.

[1]) Da die absolute Höhe der bevölkerungsstatistischen Ziffern in den einzelnen Städten von lokalen Unterschieden abhängt (Vorkommen von Krankenhäusern und Kliniken innerhalb des Weichbildes, durch die Nachbarbezirke mit versorgt werden, und außerhalb, wodurch eine Abwanderung der Sterbenden und auch der zu erwartenden Geburten stattfindet), ist ein vertikaler Vergleich der nachstehende Tabelle nur mit Vorbehalt angängig.

Die Bevölkerungsbewegung in den preußischen Großstädten während des Jahres 1920 und im 2. Vierteljahr 1921.

Städte	Auf 1 000 der mittleren Bevölkerung entfielen: Eheschließungen 1920	2. Vierteljahr 1920	2. Vierteljahr 1921	Zu- oder Abnahme von Sp. 3 zu 4 %	Geborene insgesamt 1920	2. Vierteljahr 1920	2. Vierteljahr 1921	Zu- oder Abnahme von Sp. 7 zu 8 %	Gestorbene ohne Totgeborene 1920	2. Vierteljahr 1920	2. Vierteljahr 1921	Zu- oder Abnahme von Sp. 11 zu 12 %	Geburtenüberschuß 1920	2. Vierteljahr 1920	2. Vierteljahr 1921	Zu- oder Abnahme von Sp. 15 zu 16 %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
1. Berlin[1]	14,29	16,03	13,07	− 18,47	17,54	18,46	15,63	− 15,33	14,35	12,21	11,73	− 4,17	2,51	5,51	3,31	− 39,93
2. Köln	15,62	17,54	15,52	− 11,52	26,87	27,32	25,49	− 6,70	14,28	13,36	12,67	− 5,16	11,72	13,06	12,09	− 7,43
3. Breslau	12,86	14,14	12,32	− 12,87	26,81	26,55	24,51	− 7,57	17,88	15,00	15,30	+ 2,00	7,97	10,56	8,51	− 19,41
4. Frankfurt a./M.	16,46	18,40	14,01	− 23,86	21,63	22,01	19,74	− 10,31	13,89	12,45	10,85	− 12,85	6,85	8,14	8,18	− 3,08
5. Düsseldorf	15,48	17,18	14,16	− 17,58	22,13	22,33	22,69	+ 1,61	13,17	11,95	10,99	− 8,03	8,21	9,64	11,08	+ 14,94
6. Hannover	14,99	16,91	13,09	− 22,59	20,69	21,13	21,60	+ 2,22	13,91	13,05	11,24	− 13,87	5,79	7,05	9,36	+ 32,77
7. Essen	14,83	14,84	15,54	+ 4,72	25,14	25,61	27,44	+ 7,15	14,16	12,52	11,99	− 4,23	10,25	12,37	14,67	+ 18,59
8. Magdeburg	14,90	17,57	12,84	− 26,92	25,45	25,57	24,17	− 5,48	16,17	13,87	13,19	− 4,90	8,36	10,79	9,99	− 7,41
9. Königsberg i. Pr.	15,01	15,93	12,07	− 24,23	29,56	30,56	27,94	− 8,57	18,42	16,35	15,79	− 3,43	10,46	13,40	11,21	− 16,12
10. Stettin	14,81	15,56	13,06	− 16,07	24,38	24,16	23,17	− 4,10	18,48	16,56	14,02	− 15,34	5,03	6,82	8,41	+ 23,31
11. Duisburg	15,63	16,57	16,34	− 1,39	28,29	28,42	29,12	+ 2,46	14,70	13,07	11,27	− 13,77	12,62	14,56	16,95	+ 16,41
12. Dortmund	15,43	15,50	15,96	+ 2,97	27,32	28,16	27,42	− 2,63	16,20	13,41	11,87	− 11,48	10,34	13,96	14,98	+ 7,31
13. Kiel	13,53	13,58	11,36	− 16,35	24,50	25,82	23,01	− 10,88	14,36	13,73	12,27	− 10,63	9,38	11,15	10,08	− 9,60
14. Halle a. S.	14,88	16,90	13,59	− 19,59	27,25	27,88	27,08	− 2,87	19,54	15,64	15,15	− 3,13	6,69	11,31	10,72	− 5,22
15. Altona	14,80	17,22	13,19	− 23,40	22,26	23,17	21,78	− 6,00	14,53	12,76	12,10	− 5,17	6,91	9,66	8,56	− 11,39
16. Elberfeld	15,72	18,81	13,18	− 29,93	24,00	25,44	24,24	− 4,72	13,64	13,16	11,23	− 14,67	9,67	11,43	12,32	+ 7,79
17. Gelsenkirchen	14,76	14,19	16,07	+ 13,25	31,02	31,33	31,76	+ 1,37	15,88	15,17	12,58	− 17,07	14,18	15,83	17,92	+ 16,59
18. Barmen	15,50	18,92	15,78	− 16,60	21,04	22,02	21,08	− 4,27	13,41	11,41	9,42	− 17,44	6,72	9,45	10,96	+ 15,98
19. Aachen	15,17	18,29	15,56	− 14,93	24,47	24,19	23,88	− 1,28	16,85	16,65	14,14	− 15,08	6,53	6,54	8,69	+ 32,87
20. Cassel	14,60	15,99	10,87	− 32,02	26,23	27,34	24,10	− 11,85	13,49	11,43	11,51	+ 0,70	11,70	14,73	11,87	− 19,42
21. Bochum	15,24	15,69	14,84	− 5,42	33,65	34,58	35,33	+ 2,17	17,07	14,81	14,54	− 1,82	15,44	18,54	19,58	+ 5,61
22. Crefeld	15,17	18,53	17,93	− 3,24	20,58	21,88	22,30	+ 1,92	13,21	11,88	11,57	− 2,61	6,59	9,34	9,81	+ 5,03
23. Mülheim a./d. Ruhr	14,61	14,99	15,07	+ 0,53	23,25	24,13	23,84	− 1,20	12,71	11,96	10,21	− 14,63	9,90	11,46	12,96	+ 13,09
24. Erfurt	14,63	15,83	12,02	− 24,07	26,48	27,15	25,15	− 7,37	16,54	16,35	13,01	− 20,43	9,09	10,11	10,97	+ 8,51
25. Wiesbaden	15,12	16,17	13,89	− 14,10	20,61	18,60	20,51	+ 10,27	17,70	17,91	14,13	− 21,11	1,92	− 0,24	5,90	+ 2558,33
26. Saarbrücken	14,72	15,85	15,27	− 3,66	27,03	27,43	25,54	− 6,89	12,71	12,59	14,45	+ 14,77	12,98	12,98	10,13	− 21,96
27. Hamborn	16,00	14,37	18,95	+ 31,87	37,20	35,05	37,62	+ 7,33	17,15	14,16	12,05	− 14,90	19,00	19,86	24,35	+ 22,61
28. Münster	13,32	16,92	12,45	− 26,42	24,56	26,90	26,83	− 0,26	16,31	14,45	13,15	− 9,00	7,43	11,47	12,95	+ 12,90
Durchschnitt	14,93	16,28	13,83	− 15,05	25,36	23,52	22,13	− 5,91	15,39	13,26	12,33	− 7,01	9,08	9,41	9,05	− 3,83

[1]) einschl. der früheren Städte Charlottenburg, Neukölln, Berlin-Schöneberg, Berlin-Lichtenberg und Berlin-Wilmersdorf, jedoch noch nicht im Umfange der neuen Stadtgemeinde.

Die größte Spannung war im Berichtsvierteljahr bei der Heiratsziffer zwischen Hamborn (18,95 ‰) und Cassel (10,87 ‰) = 8,08 Tausendstel-Teile, bei der Geburtenziffer zwischen Hamborn (37,62 ‰) und Berlin (15,63 ‰) = 21,99 tausendstel Teile, bei der Sterbeziffer zwischen Königsberg i. Pr. (15,79 ‰) und Barmen (9,42 ‰) = 6,37 tausendstel Teile und bei der Geburtenüberschußziffer zwischen Hamborn (24,35 ‰) und Berlin (3,31 ‰) = 21,04 tausendstel Teile. Die größte Spannung bestand also bei der Geburtenziffer und bei der Geburtenüberschußziffer zwischen den gleichen Städten Hamborn und Berlin.

Vorläufige Ergebnisse über Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle in Preußen im ersten Halbjahr 1921 (und 1920). — Die Zahl der Lebendgeborenen in Preußen betrug im ersten Halbjahr 1921 494 769 (507 566), die der Totgeburten 17 122 (17 503). Eheschließungen fanden 226 312 (268 629) statt. Die Zahl der Sterbefälle betrug 262 780 (317 976). Es starben im Alter von:

0— 1 Jahr	60 349 (61 064)	30—45 Jahren	24 046 (33 020)
1— 5 Jahren	13 044 (17 827)	45—60 „	33 641 (40 003)
5—15 „	9 132 (14 153)	60—70 „	36 142 (41 697)
15—18 „	4 190 (6 791)	über 70 „	57 212 (65 225)
18—30 „	22 693 (34 436)	unbekannt . . .	2 331 (3 760).

Unter den Todesfällen waren solche infolge „übertragbarer Krankheiten" 71 676 (116 870), darunter an epidemischen Kinderkrankheiten (Diphtherie, Scharlach, Masern, Keuchhusten) 5 554 (6 736), infolge von Tuberkulose 29 624 (33 528) und Influenza (Grippe) 5 357 (37 154). Die besonders starke Abnahme der Sterbefälle in der Klasse der 5—15 jährigen erklärt sich durch das Hineinwachsen der schwach besetzten Generation 1915/16 in diese Altersgruppe.

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in den preußischen Großstädten im 3. Vierteljahr 1921. — Im Durchschnitt des 3. Vierteljahrs 1921 entfielen in den 27 preußischen Großstädten (ohne Saarbrücken, da das Saargebiet dem Preußischen Statistischen Landesamt kein statistisches Material mehr liefern darf) auf 1 000 Einwohner 12,43 Eheschließungen, 20,50 Geburten, 12,04 Sterbefälle und 7,76 Geburtenüberschuß. Damit blieb das 3. Vierteljahr 1921 durchweg unter den entsprechenden Ziffern, die sich für das 3. Vierteljahr 1920 ergeben hatten; besonders stark ist die Abweichung bei den Heiratsziffern (1920: 14,47 ‰) und dann auch bei den Geburtenziffern (1920: 21,99 ‰), während sie bei den Sterbeziffern (1920: 12,57 ‰) nicht erheblich ist. Verglichen mit dem entsprechenden Vierteljahr des Jahres 1913 hatte das Berichtsvierteljahr eine sehr hohe Heiratsziffer (1913: 8,14 ‰), aber eine niedrige Geburtenziffer (1913: 24,05 ‰); auch die Sterbeziffer (1913: 12,66 ‰) war 1921 etwas kleiner, sodaß sich ein gegen 1913 recht verminderter Geburtenüberschuß ergab. Verwiesen wird auf die nachstehende Tabelle, die auch die Ziffern für den ganzen Staat enthält. Auffallend sind dabei die großen Unterschiede zwischen den Ziffern der Großstädte und den Staatsziffern, vornehmlich bei den Eheschließungen, jedoch auch bei den Geburten, und in geringerem Umfang bei den Sterbefällen. Geburtenziffer, Sterbeziffer und Ziffer des Geburtenüberschusses waren übrigens im Staat stets größer als im Durchschnitt der Städte, während dies bei der Heiratsziffer für 1913 nicht zutraf.

Eine Abnahme der durchschnittlichen Heiratsziffer des Berichtsvierteljahrs gegen die des 3. Vierteljahrs des Vorjahrs findet sich bei sämtlichen Großstädten mit Ausnahme von Crefeld, wo im Berichtsvierteljahr noch 4,72 % mehr Eheschließungen stattfanden als im Vergleichsquartal. In einigen Städten ging, wie die nachstehende Übersicht zeigt, die Heiratshäufigkeit ganz beträcht-

Die Bevölkerungsbewegung in den preußischen Großstädten im 3. Vierteljahre 1913, 1920 und 1921.

Städte	Auf 1 000 der mittleren Bevölkerung entfielen															
	Eheschließungen				Geborene insgesamt				Gestorbene ohne Totgeborene				Geburtenüberschuß			
	3. Vierteljahr 1913	3. Vierteljahr 1920	3. Vierteljahr 1921	Zu- oder Abnahme von Sp. 3 zu 4 %	3. Vierteljahr 1913	3. Vierteljahr 1920	3. Vierteljahr 1921	Zu- oder Abnahme von Sp. 7 zu 8 %	3. Vierteljahr 1913	3. Vierteljahr 1920	3. Vierteljahr 1921	Zu- oder Abnahme von Sp. 11 zu 12 %	3. Vierteljahr 1913	3. Vierteljahr 1920	3. Vierteljahr 1921	Zu- oder Abnahme von Sp. 15 zu 16 %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
1. Berlin[1])	7,96	13,84	11,56	— 13,34	19,57	16,36	13,94	— 14,79	11,06	11,60	10,67	— 8,02	7,85	4,16	2,73	— 34,38
2. Köln	9,56	16,02	13,88	— 13,36	26,60	26,37	23,14	— 12,25	13,61	12,14	12,71	+ 4,70	12,05	13,41	9,70	— 27,83
3. Breslau	7,43	12,06	11,37	— 5,72	27,56	26,21	24,29	— 7,33	16,61	15,93	15,97	+ 0,25	10,02	9,52	7,62	— 19,96
4. Frankfurt a./M.	9,27	16,87	13,25	— 21,46	20,28	21,31	17,83	— 16,33	10,65	11,86	11,20	— 5,56	8,97	8,67	5,94	— 31,49
5. Düsseldorf	9,67	16,15	12,71	— 21,30	27,97	21,60	20,47	— 5,23	12,08	11,41	12,11	+ 6,13	15,23	9,57	7,72	— 19,33
6. Hannover	6,85	15,23	11,80	— 22,52	20,61	19,44	18,65	— 4,06	11,24	11,36	10,54	— 7,22	8,60	7,24	7,39	+ 2,07
7. Essen	7,93	14,83	14,56	— 1,82	30,30	24,80	26,38	+ 6,37	11,80	10,33	11,29	+ 9,29	17,62	13,89	14,38	+ 3,53
8. Magdeburg	6,56	14,19	12,09	— 14,80	23,44	24,49	21,68	— 11,47	13,54	14,34	13,98	— 2,51	8,95	9,19	6,94	— 24,48
9. Königsberg i. Pr.	6,90	14,23	11,23	— 21,08	27,38	28,60	27,53	— 3,74	17,87	16,55	13,52	— 18,31	8,74	11,26	13,00	+ 15,45
10. Stettin	7,67	13,97	11,93	— 14,60	21,76	22,64	21,81	— 3,67	16,85	17,18	14,36	— 16,41	4,33	4,54	6,70	+ 47,58
11. Duisburg	9,18	15,84	14,65	— 7,51	33,41	27,77	28,20	+ 1,55	14,23	11,51	12,18	+ 5,82	18,32	15,28	15,28	—
12. Dortmund	9,81	14,87	14,72	— 1,01	36,28	26,93	28,82	+ 7,02	15,46	14,50	11,32	— 21,93	19,75	11,73	16,83	+ 43,48
13. Kiel	7,54	13,58	9,79	— 27,91	23,85	22,62	20,31	— 10,21	9,87	11,60	9,83	— 15,26	13,08	10,30	9,75	— 5,34
14. Halle a. S.	8,67	14,90	12,17	— 18,32	25,55	25,86	24,21	— 6,3[illegible]	17,78	17,83	18,04	+ 1,18	6,92	7,17	5,32	— 25,80
15. Altona	10,42	13,24	12,08	— 8,76	22,75	21,53	19,42	— 9,80	13,21	9,80	10,28	+ 4,90	8,57	11,01	8,27	— 24,89
16. Elberfeld	7,12	15,16	13,02	— 14,12	22,35	23,44	21,46	— 8,45	10,56	10,77	9,87	— 8,36	11,12	12,07	10,73	— 11,10
17. Gelsenkirchen	9,40	15,64	14,00	— 10,49	38,44	29,61	32,21	+ 8,78	15,98	12,52	13,59	+ 8,55	21,85	16,19	17,77	+ 9,76
18. Barmen	6,87	15,58	11,31	— 27,41	18,60	20,86	18,66	— 10,55	8,91	9,73	9,82	+ 0,92	9,10	10,41	8,37	— 19,60
19. Aachen	9,42	17,26	13,47	— 21,96	21,77	23,68	24,28	+ 2,53	15,15	15,24	15,72	+ 3,15	5,73	7,58	7,76	+ 2,37
20. Cassel	6,51	13,92	11,60	— 16,67	21,28	24,68	20,68	— 16,21	10,38	12,74	11,37	— 10,75	10,16	11,39	8,67	— 23,88
21. Bochum	7,89	15,45	13,32	— 13,79	38,77	33,25	34,23	+ 2,95	15,71	13,49	14,42	+ 6,89	21,67	18,92	18,57	— 1,85
22. Crefeld	8,60	15,26	15,98	+ 4,72	21,33	20,35	18,65	— 8,35	12,13	10,65	12,40	+ 16,43	8,75	9,07	5,74	— 36,71
23. Mülheim a./d. Ruhr	8,91	14,57	13,35	— 8,37	29,30	21,97	21,57	— 1,82	10,09	9,12	10,45	+ 14,58	18,17	12,35	10,60	— 14,17
24. Erfurt	7,82	14,98	11,64	— 22,30	26,10	25,16	22,94	— 8,82	12,99	16,01	13,76	— 14,05	12,05	8,40	8,05	— 4,17
25. Wiesbaden	7,59	15,47	12,34	— 20,23	14,82	21,22	18,28	— 13,85	13,16	15,71	15,85	+ 0,89	0,92	4,54	1,69	— 62,78
26. Hamborn	7,92	17,05	16,22	— 4,87	45,20	36,63	40,28	+ 9,96	16,03	15,32	14,84	— 3,13	28,47	20,22	24,17	+ 19,54
27. Münster	5,30	14,57	9,43	— 35,28	26,06	22,97	25,17	+ 9,58	12,76	14,45	12,06	— 16,54	13,01	7,58	12,41	+ 63,72
Durchschnitt	8,14	14,47	12,43	— 14,10	24,05	21,99	20,50	— 6,78	12,66	12,57	12,04	— 4,22	10,62	8,70	7,76	— 10,80

[1]) einschl. der früheren Städte Charlottenburg, Neukölln, Berlin-Schöneberg, Berlin-Lichtenberg und Berlin-Wilmersdorf, jedoch noch nicht im Umfange der neuen Stadtgemeinde.

lich herab, z. B. in Frankfurt am Main, Düsseldorf, Hannover, Königsberg i. Pr., Kiel, Barmen, Aachen, Erfurt, Wiesbaden und besonders in Münster. Dagegen übertraf die Heiratsziffer des Berichtsvierteljahrs die des 3. Vierteljahrs von 1913 überall, jedoch in verschiedenem Ausmaße, am geringsten in Altona mit 15,9 % Zunahme, am stärksten in Hamborn mit 104,8 %, Crefeld mit 85,8 % und Magdeburg mit 84,3 %, während die durchschnittliche Zunahme von 1913 zu 1921 52,7 % betrug.

Auf 1 000 der mittleren Bevölkerung entfielen:

	im 3. Vierteljahr	Eheschließungen	Geburten einschl. Totgeborene	Gestorbene ohne Totgeborene	Geburtenüberschuß
im Durchschnitt der Großstädte	1921	12,43	20,50	12,04	7,76
	1920	14,47	21,99	12,57	8,70
	1913	8,14	24,05	12,66	10,62
im Staat	1921	21,64	25,49	13,41	11,31
	1920	25,88	25,79	13,61	11,40
	1913	6,59	29,50	14,63	14,05.

Trotz der im Durchschnitt um fast 7 % gesunkenen Geburtenziffer hatten 8 Großstädte im Berichtsvierteljahr eine höhere Geburtenziffer als im Vergleichsvierteljahr des Jahres 1920, nämlich Essen, Duisburg, Dortmund, Gelsenkirchen, Aachen, Bochum, Hamborn und Münster. Im Vergleich zum entsprechenden Vierteljahr von 1913 war die Geburtenziffer des Durchschnitts aller Großstädte im Berichtsvierteljahr insgesamt um 14,76 % gesunken, jedoch hatte eine höhere Geburtenziffer, von kleineren Unterschieden in Stettin und Barmen abgesehen, Wiesbaden mit einer Zunahme von 14,82 ‰ auf 18,28 ‰, also um 23,35 %.

Die Sterblichkeit hatte zwischen den beiden Vierteljahren von 1920 und 1921 im Gegensatz zum durchschnittlichen Ergebnis in 14 Städten zugenommen. Andere wiederum weisen eine beträchtliche Abnahme auf. Gegen das entsprechende Vierteljahr von 1913 war die Sterblichkeit im Berichtsvierteljahr im Durchschnitt um 4,9 % kleiner; 10 Städte hatten aber eine stärkere Sterblichkeit; am stärksten war das Anwachsen gleichfalls in Wiesbaden (von 13,16 ‰ auf 15,85 ‰).

Das Ergebnis ist daher seit 1920 nur in 9 Städten (Hannover, Essen, Königsberg i. Pr., Stettin, Dortmund, Gelsenkirchen, Aachen, Hamborn und Münster) ein erhöhter Geburtenüberschuß, der freilich in Münster 63,7 %, in Stettin 47,6 % und in Dortmund 43,5 % ausmachte, während sämtliche übrigen Städte im Berichtsvierteljahr einen zum Teil beträchtlich kleineren Geburtenüberschuß (in Wiesbaden Abnahme 62,8 %) als im 3. Vierteljahr des Vorjahres hatten. Im Vergleich zwischen 1913 und 1921 nahm der Geburtenüberschuß im Durchschnitt der Städte gleichfalls ab, was nicht ausschloß, daß 4 Städte (Königsberg i. Pr., Stettin, Aachen und Wiesbaden) im 3. Vierteljahr 1921 einen stärkeren Geburtenüberschuß als im gleichen Quartal von 1913 hatten. Ein Sterbeüberschuß ergab sich in keiner der Städte.

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in Preußen in den ersten 3 Vierteljahren des Jahres 1921. — Es liegen jetzt die Zahlen der standesamtlichen Statistik für die ersten 3 Vierteljahre des Jahres 1921 vor, während die Zählkarten für das 4. Vierteljahr zurzeit bearbeitet werden. Aus dem bereits abgeschlossenen Material ergibt sich, daß im Jahre 1921 die Heiratsziffer des Vorjahres (28,88 Heiratende auf 1 000 Einwohner) nicht erreicht werden wird, daß die Geburtenziffer (1920 26,57 ‰) ungefähr gleich sein und die Sterbeziffer (1920 15,36 ‰) darunter bleiben wird, sodaß sich ein etwas größerer Geburtenüberschuß ergeben wird.

In beiden Jahren zeigen Heirats- und Geburtenziffern in den 3 ersten zum Vergleich stehenden Vierteljahren in ihrer Entwicklung eine große Ähnlichkeit. Die niedrigste Heiratsziffer brachte stets das erste Quartal (1921 20,78 ‰, 1920 23,66 ‰), dann folgte im

zweiten der Gipfel (1921 26,66 ‰, 1920 33,40 ‰) und darauf eine Senkung, jedoch nicht auf den Stand des ersten Quartals (1921 auf 21,64 ‰, 1920 auf 25,88 ‰). Genau so ist auch die Entwicklung im letzten Vorkriegsjahre 1913 gewesen: Das erste Vierteljahr hatte eine Heiratsziffer von 12,39 ‰, das zweite eine solche von 17,92 ‰, das dritte eine von 13,16 ‰.

Die Geburtenziffer dagegen entwickelte sich 1921 und 1920 gleichartig fallend: Das erste Vierteljahr (1921 27,53 ‰, 1920 29,07 ‰) brachte den höchsten Stand, das zweite (1921 26,14 ‰, 1920 26,64 ‰) den mittleren, das dritte (1921 25,49 ‰, 1920 25,79 ‰) den tiefsten, während 1913 die Geburtenziffer des dritten Quartals (29,45 ‰) sich fast wieder auf den Stand des ersten (29,58 ‰) gehoben hatte.

Das Jahre 1921 wird, wie gesagt, eine günstigere Sterblichkeit haben als das Jahr vorher, und, wie noch hinzugefügt werden soll, als das Jahr 1913. Sie war auch in den 3 Vierteljahren des Jahres 1921 nicht sehr verschieden: Das erste hatte eine solche von 14,56 ‰, das zweite 13,00 ‰, das dritte 13,41 ‰, während im Jahre vorher das erste mit 19,83 ‰ die beiden anderen mit 13,80 ‰ und 13,61 ‰ bei weitem übertroffen hatte. Das Berichtsjahr ähnelt hierbei mehr dem Jahre 1913 mit 15,77 ‰ Sterblichkeit im ersten, 14,91 ‰ Sterblichkeit im zweiten und 14,61 ‰ Sterblichkeit im dritten Quartal.

Der Geburtenüberschuß des Jahres 1920 war durch die höhere Sterblichkeit des ersten Vierteljahrs ungünstig beeinflußt, welche Ursache 1921 fehlte. Er war also 1921 in den drei ersten Vierteljahren gleichartiger als im Vorjahre, aber durchweg geringer als im Jahre 1913.

Das Gesagte ist in der nachstehenden Tabelle übersichtlich dargestellt:

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in Preußen auf 1000 Einwohner im 1., 2. und 3. Vierteljahr 1921, 1920 und 1913.

Zeitraum		Heiratende	Geborene (einschl. Totgeborener)	Totgeborene	Gestorbene ohne Totgeborene	Geburtenüberschuß
		auf 1000 Einwohner				
1		2	3	4	5	6
1921	1. Vierteljahr	20,78	27,53	0,96	14,56	+ 12,02
	2. „	26,66	26,14	0,84	13,00	+ 12,30
	3. „	21,64	25,49	0,77	13,41	+ 11,31
1920	1. Vierteljahr	23,66	29,07	1,01	19,83	+ 8,24
	2. „	33,40	26,64	0,85	13,80	+ 12,00
	3. „	25,88	25,79	0,77	13,61	+ 11,40
1913	1. Vierteljahr	12,39	29,58	0,93	15,77	+ 12,88
	2. „	17,92	28,78	0,86	14,91	+ 13,01
	3. „	13,16	29,45	0,82	14,61	+ 14,03.

Die Ernte in Preußen 1921. — Mit dem Abbau der Zwangsbewirtschaftung änderten sich mit den Vorbedingungen der Ernteerhebungen und den an diese gestellten Ansprüchen auch die Maßnahmen für die Feststellung der geernteten Mengen an Feldfrüchten, indem statt der Flächenerhebung nach Betrieben wieder eine solche nach Gemeinden, wie sie vor dem Kriege üblich war, angeordnet wurde. Ferner verzichtete man auf die seit 1915 ausgeführten Vorschätzungen der Ernte durch Kreisausschüsse und beschränkte sich auf die Vorschätzungen kurz vor und während der Ernte sowie auf die endgültige Feststellung der Hektarerträge Anfang November durch die Saatenstandsberichterstatter.

Das Ergebnis der Ermittelungen für 1921 liegt jetzt vor, nachdem die Berichte über den Saatenstand bereits allmonatlich von April bis Dezember in der Statistischen Korrespondenz die Entwicklung und den Stand der Feldfrüchte sowie die Angaben der Vorschätzungen durch die landwirtschaftlichen Vertrauensmänner gebracht haben. In der beigegebenen Tabelle sind die abgetretenen Gebiete einschl. Oberschlesiens, das Saargebiet und die Kreise Eupen und Malmedy nicht einbegriffen. Wie aus der Gegenüberstellung zum Vorjahre zunächst ersichtlich ist, haben die Flächen an Wintergetreide, den meisten Hülsenfrüchten, Kartoffeln, Zuckerrüben, Klee und Luzerne mehr oder weniger zugenommen, alle übrigen sich verringert. Im ganzen gleichen sich jedoch diese Zu- und Abnahmen aus, da die gesamte Ackerfläche von 11 623 109 ha nur um 150 804 ha oder 1,3 v. H. gegen 1920 größer war. Auch die Wiesenflächen sind fast unverändert geblieben. Anders gestalten sich aber die Vergleiche mit den vorjährigen Ernteziffern; vor allem fallen hierbei ins Auge die durchweg höheren Hektarerträge beim Getreide, und zwar sind sie bei den wichtigsten Getreidearten, dem Winterweizen, um 3,6 dz, dem Roggen, um 4,9 dz besser. Alle übrigen Feldfrüchte außer Wicken und Raps konnten jedoch die vorjährigen Erträge nicht erreichen, da die überaus große Hitze und vor allem der andauernde Regenmangel im Sommer die Entwicklung hemmte. Erfreulicherweise wurden nicht alle Gegenden des Landes gleichmäßig hart von der anhaltenden Dürre betroffen. Ein ungefähres Bild darüber, in welchen Gegenden die Niederschläge mehr oder weniger reichlich und rechtzeitig gekommen sind und dementsprechend auf die Entwicklung der Feldfrüchte einwirken konnten, bringt nachstehende Zusammenstellung der Hektarerträge von den wichtigsten Fruchtarten nach Staat und Provinzen.

Staat — Provinzen	Hektarerträge in dz von Winterweizen	Winterroggen	Sommergerste	Hafer	Kartoffeln	Runkelrüben	Klee	Wiesen, gewöhnliche
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Staat	**21,8**	**16,1**	**18,0**	**16,2**	**104,2**	**263,8**	**33,0**	**27,6**
Provinzen								
I. Ostpreußen	16,8	15,7	14,1	13,8	127,7	307,7	24,4	24,8
II. Brandenburg	23,1	15,2	18,3	16,6	97,7	290,8	34,4	29,0
III. Stadt Berlin	18,4	17,5	18,8	18,5	99,9	379,0	33,2	36,1
IV. Pommern	23,5	16,6	18,3	16,1	142,6	250,3	32,4	30,3
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	18,9	13,1	13,2	12,0	89,1	174,4	22,8	25,4
VI. Niederschlesien	22,0	16,8	19,4	17,7	89,4	217,3	36,6	25,1
VII. Oberschlesien	21,4	16,8	19,8	17,6	72,2	170,0	32,6	19,3
VIII. Sachsen	24,8	16,5	22,0	20,2	92,7	263,0	40,9	27,9
IX. Schleswig-Holstein	27,4	16,3	19,2	16,7	149,0	383,5	40,8	29,9
X. Hannover	23,9	16,1	16,1	18,2	124,7	264,1	42,9	28,7
XI. Westfalen	20,1	17,4	14,0	15,8	116,9	331,4	43,6	30,2
XII. Hessen-Nassau	19,5	16,3	12,3	14,8	78,5	219,7	38,2	28,7
XIII. Rheinprovinz	19,0	15,6	10,2	12,0	67,6	231,5	29,4	22,1
XIV. Hohenz. Lande	18,5	15,3	16,3	13,5	106,5	321,0	52,1	46,1

Hiernach sind außer Ostpreußen die Küstengebiete und angrenzenden Provinzen am günstigsten bedacht worden, besonders Pommern und Schleswig-Holstein; dagegen hat die Rheinprovinz recht mäßig abgeschnitten, da die Erträge sämtlich unter den Durchschnittsziffern des Staates liegen.

Für die einzelnen Fruchtarten errechnen sich die Gesamtmengen aus dem Vielfachen der Ernteflächen mit den Hektarerträgen in den einzelnen Berichtsbezirken. Da nun die Getreidearten teilweise größere Flächen und durchweg höhere Hektarerträge gegen 1920 aufweisen, so ergeben sich naturgemäß bei den meisten auch höhere Erntemengen, die bei den wichtigsten, und zwar bei Winterweizen 40,6 v. H. und bei Winterroggen sogar 43,0 v. H. ausmachen. Faßt man die Erntemengen an Brotkorn (Weizen, Spelz, Roggen) zusammen, so ergeben sich 6,657 Millionen Tonnen gegen 4,798 des Vorjahres, mithin 1,859 Millionen Tonnen oder 38,75 v. H. mehr. Im ganzen sind an Getreide 11,491 Millionen Tonnen ermittelt worden gegen 9,505 von 1920 oder 20,9 v. H. mehr, obwohl die Ernteflächen um 76 348 ha oder 1,1 v. H. kleiner waren. Geringere Erträge haben dagegen die Hülsenfrüchte außer Wicken sowie die Hackfrüchte außer Zuckerrüben gebracht. Von ersteren sind die Angaben über die Erntemengen aber nur als Vergleichszahlen zu den früheren Ernten verwendbar und mit der Einschränkung zu benutzen, daß

Die Ernte der wichtigsten Fruchtarten in Preußen in den Jahren 1921, 1920 und 1913.

Fruchtarten	Ernte 1921 Erntefläche ha	Ernte 1921 Ernteertrag vom ha dz	Ernte 1921 Ernteertrag im ganzen dz	Ernte 1920 Erntefläche ha	Ernte 1920 Ernteertrag vom ha dz	Ernte 1920 Ernteertrag im ganzen dz	Ernte 1913 Erntefläche ha	Ernte 1913 Ernteertrag vom ha dz	Ernte 1913 Ernteertrag im ganzen dz
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Winterweizen	682 298	21,8	14 871 968	614 553	17,2	10 580 310	872 162	25,6	22 286 373
Sommerweizen	102 198	20,0	2 046 128	134 740	17,6	2 374 988	134 785	25,4	3 424 997
Spelz, Emer, Einkorn	11 088	15,3	169 513	10 844	12,3	133 332	16 756	16,0	268 431
Winterroggen	3 053 660	16,1	49 014 046	3 050 531	11,2	34 280 862	3 793 533	19,2	72 948 582
Sommerroggen	44 221	10,7	471 595	66 606	9,2	611 329	46 370	13,4	622 003
Wintergerste	81 573	22,8	1 861 432	80 145	17,8	1 429 011	30 167	24,9	750 895
Sommergerste	543 848	18,0	9 788 910	589 438	16,1	9 484 850	668 833	23,7	15 834 747
Hafer	2 049 962	16,2	33 107 924	2 087 543	15,6	32 540 284	2 546 353	22,3	56 821 732
Gemenge aus Getreide aller Art	242 657	14,7	3 578 603	253 453	14,3	3 617 170	—	—	—
Buchweizen	42 016	7,1	298 283	44 989	9,7	437 966	—	—	—
Erbsen	112 692	12,9	1 451 353	103 089	14,1	1 456 514	—	—	—
Speisebohnen	4 844	9,8	47 635	6 290	12,6	78 941	—	—	—
Ackerbohnen	75 515	15,4	1 164 364	72 570	16,3	1 179 730	—	—	—
Wicken	87 593	10,4	909 452	83 130	10,1	838 783	—	—	—
Lupinen	188 120	8,4	1 577 142	180 222	11,0	1 979 375	—	—	—
Gemenge aus Hülsenfrüchten mit Getreide	182 891	13,9	2 542 538	212 183	14,0	2 980 577	—	—	—
„ „ „ ohne „	77 360	12,0	928 692	75 021	12,9	969 300	—	—	—
Kartoffeln	1 775 928	104,2	185 136 663	1 600 778	118,9	190 327 290	1 815 073	168,0	304 913 792
Zuckerrüben	295 062	205,7	60 684 319	244 289	243,9	59 589 080	345 077	304,4	105 033 160
Runkelrüben	379 003	263,8	99 998 553	380 109	329,6	125 283 056	297 155	427,3	126 960 023
Kohlrüben	176 593	213,3	37 675 975	177 966	255,0	45 381 833	—	—	—
Möhren	28 678	168,7	4 838 121	33 703	243,4	8 203 267	—	—	—
Weißkohl	21 297	167,6	3 569 283	24 087	258,5	6 226 412	—	—	—
Raps und Rübsen	53 975	11,3	607 703	58 569	11,1	648 864	17 920	15,0	268 764
Klee auch mit Beimischung von Gräsern	1 209 287	33,0	39 927 763	1 197 220	48,6	58 172 822	1 073 241	55,9	59 976 174
Luzerne	100 750	45,8	4 613 552	90 219	58,9	5 318 213	84 435	63,3	5 348 103
Be- (Ent-) wässerungswiesen	26 833	42,7	1 144 837	26 631	53,4	1 422 680	96 415	57,9	5 580 090
Andere Wiesen	2 791 615	27,6	76 936 158	2 792 723	39,0	109 049 237	2 673 511	44,6	119 296 084

(Fortsetzung)

1921 gegen 1920 | 1913 mehr (+), weniger (—)

Fruchtarten	1920 Erntefläche ha	1920 Erntefläche v. H.	1920 Ernteertrag dz	1920 Ernteertrag v. H.	1913 Erntefläche ha	1913 Erntefläche v. H.	1913 Ernteertrag dz	1913 Ernteertrag v. H.
1	11	12	13	14	15	16	17	18
Winterweizen	+ 67 765	+ 11,0	+ 4 291 658	+ 40,6	— 189 864	— 21,8	— 7 414 405	— 33,8
Sommerweizen	— 32 542	— 24,2	— 328 860	— 13,8	— 32 587	— 24,2	— 1 378 869	— 40,3
Spelz, Emer, Einkorn	+ 244	+ 2,3	+ 36 181	+ 27,1	— 5 668	— 33,8	— 98 918	— 36,9
Winterroggen	+ 3 129	+ 0,1	+ 14 733 184	+ 43,0	— 739 873	— 19,5	— 23 934 536	— 32,8
Sommerroggen	— 22 385	— 33,6	— 139 734	— 22,9	— 2 149	— 4,6	— 150 408	— 24,2
Wintergerste	+ 1 428	+ 1,8	+ 432 421	+ 30,3	+ 51 406	+ 170,4	+ 1 110 537	+ 147,9
Sommergerste	— 45 590	— 7,7	+ 304 060	+ 3,2	— 124 985	— 18,7	— 6 045 837	— 38,2
Hafer	— 37 581	— 1,8	+ 567 640	+ 1,7	— 496 391	— 19,5	— 23 713 808	— 41,7
Gemenge aus Getreide aller Art	— 10 796	— 4,3	— 38 567	— 1,1	—	—	—	—
Buchweizen	— 2 973	— 6,6	— 139 683	— 31,9	—	—	—	—
Erbsen	+ 9 603	+ 9,3	— 5 161	— 0,4	—	—	—	—
Speisebohnen	— 1 446	— 23,0	— 31 306	— 39,7	—	—	—	—
Ackerbohnen	+ 2 945	+ 4,1	— 15 366	— 1,3	—	—	—	—
Wicken	+ 4 463	+ 5,4	+ 70 669	+ 8,4	—	—	—	—
Lupinen	+ 7 898	+ 4,4	— 402 233	— 20,3	—	—	—	—
Gemenge aus Hülsenfrüchten mit Getreide	— 29 292	— 13,8	— 438 039	— 14,7	—	—	—	—
„ „ „ ohne „	+ 2 339	+ 3,1	— 40 608	— 4,2	—	—	—	—
Kartoffeln	+ 175 150	+ 10,9	— 5 190 627	— 2,7	— 39 145	— 2,2	— 119 777 129	— 39,3
Zuckerrüben	+ 50 773	+ 20,8	+ 1 095 239	+ 1,8	— 50 015	— 14,5	— 44 348 841	— 42,2
Runkelrüben	— 1 106	— 0,3	— 25 284 503	— 20,2	+ 81 848	+ 27,5	— 26 961 470	— 21,2
Kohlrüben	— 1 373	— 0,8	— 7 705 858	— 17,0	—	—	—	—
Möhren	— 5 025	— 14,9	— 3 365 146	— 41,0	—	—	—	—
Weißkohl	— 2 790	— 11,6	— 2 657 129	— 42,7	—	—	—	—
Raps und Rübsen	— 4 594	— 7,8	— 41 161	— 6,3	+ 36 055	+ 201,2	+ 338 939	+ 126,1
Klee auch mit Beimischung von Gräsern	+ 12 067	+ 1,0	— 18 245 059	— 31,4	+ 136 046	+ 12,7	— 20 048 411	— 33,4
Luzerne	+ 10 531	+ 11,7	— 704 661	— 13,2	+ 16 315	+ 19,8	— 734 551	— 13,7
Be- (Ent-) wässerungswiesen	+ 202	+ 0,8	— 277 843	— 19,5	+ 187 686	+ 6,8	— 46 795 179	— 38,3
Andere Wiesen	— 1 108	— 0,0	— 32 113 079	— 29,4				

sie auch Körnermengen von Hülsenfrüchten enthalten, die zur Grünverfütterung und zum Umpflügen als Düngung verwendet worden sind. Für letztere Verwendungsart sind die Flächen nicht bekannt, sie werden jedoch bei Wicken und Lupinen ziemlich beträchtlich sein. An Kartoffeln ist der Durchschnitts-Hektarertrag um 14,7 dz gegen das Vorjahr geringer ausgefallen; trotzdem ergibt sich eine Gesamternte von 18,50 gegen 19,0 Millionen Tonnen oder nur 2,7 v. H. weniger, weil der Kartoffelanbau eine Zunahme von 10,9 v. H. gegen 1920 aufweist. Es ist auch nicht außer acht zu lassen, daß kranke Knollen wenig aufgetreten sind und daher die wirkliche Ernte an gesunden Kartoffeln wohl annähernd der vorjährigen gleichgestellt werden kann. Bei Zuckerrüben liegen die Ernteverhältnisse ähnlich wie vorstehend, nur

noch etwas ausgeprägter, da trotz des gegen 1920 geringeren Hektarertrages von 38,2 dz ein größerer Ernteertrag von 1,8 v. H. erzielt wurde. Runkelrüben, Kohlrüben, Möhren und Weißkohl haben jedoch sowohl geringere Anbaufläche wie auch erheblich kleinere Hektarerträge gegen das Vorjahr; daher betragen die Erntemengen 17,0 bis 47,7 v. H. weniger. Recht unbefriedigend sind besonders die Erträge der Klee- und Luzernefelder sowie der Wiesen; denn die Gesamtmengen an Heu bleiben gegen 1920 um 5,134 Millionen Tonnen oder 29,5 v. H. zurück; schon der erste Schnitt fiel fast allgemein sehr mäßig aus, und der letzte versagte meist überall. Sonst sind die Mengen in tadelloser Beschaffenheit eingebracht worden, wie dies auch von allen übrigen Feldfrüchten gesagt werden kann. Verluste waren nur hier und dort durch Hagelschlag, bei Kartoffeln noch durch das massenhafte Auftreten der grauen Erdraupe, der Engerlinge und Mäuse nachgewiesen. Infolge der unbefriedigenden Ernten an Rauhfutter und an Futterrüben sind die Klagen der Landwirte über große Knappheit der Futtermittel recht häufig.

Die Gegenüberstellung der Ergebnisse von 1921 und der letzten Friedensernte 1913 zeigt das bekannte Bild, daß die Flächen sämtlicher Getreidearten außer Wintergerste durchschnittlich etwa um 1/5, an Zuckerrüben um 1/7, an Kartoffeln aber nur um 2,2 v. H. kleiner sind, dagegen die Flächen der übrigen 1913 ermittelten und daher vergleichbaren Fruchtarten (Kohlrüben, Futterpflanzen und Wiesen) sich teilweise stark vergrößert haben. Als ganz natürlich erscheint die auffällige Zunahme der Ölfruchtfläche mit Raps und Rübsen, die bereits 1916 infolge des großen Fettmangels und der hierdurch außerordentlich gestiegenen Preise für Öle und Kraftfutter begann. Das fast ebenso starke Anwachsen der Fläche für Wintergerste ist wohl zum Teil auf die frühe Reife dieser Getreideart zurückzuführen, die zumeist schon Ende Juni die Ernte und somit Verwertung von Stroh und Korn ermöglicht. Außerdem dürfte mitsprechen, daß ihre Hektarerträge fast stets wesentlich höher sind als die der Sommergerste. Die merklich gesteigerte Zunahme des Anbaues an Futterrüben und Futterpflanzen ist wohl hauptsächlich auf den seit Jahren bestehenden Mangel an Kraftfuttermitteln zurückzuführen, um behelfsmäßigen Ersatz hierfür zu erzeugen. Vergleicht man die Ernteerträge sämtlicher Fruchtarten, so zeigen sich durchweg außer bei Wintergerste und Raps Rückgänge, die in den meisten Fällen sehr erheblich sind. Die Ursache dieses Ergebnisses ist zunächst die bei vielen Fruchtarten verkleinerte Erntefläche, dann weiter die ungewöhnliche Hitze und Dürre des Sommers, besonders aber bei fast allen die seit Beginn des Krieges sehr merklich zurückgegangene Fruchtbarkeit des Ackerbodens, da letzterer in der Not der Zeit zu sehr ausgemergelt und abgebaut wurde.

Die Volksernährung durch die Brotkorn- und Kartoffelernte 1921. — Wie auf Seite 8* mitgeteilt wurde, hat Preußen nach dem jetzigen Umfange, also ohne die Abtretungsgebiete einschl. Oberschlesiens, das Saargebiet und die Kreise Eupen und Malmedy, im letzten Jahre an Brotkorn (Weizen, Spelz, Roggen) 6,657 Millionen Tonnen, an Kartoffeln 18,514 Millionen Tonnen geerntet. Es drängt sich nunmehr die Frage auf, inwieweit diese Mengen dem Verbrauche zur Verfügung stehen und für die Ernährung der Bevölkerung ausreichen. Allerdings hat solche Feststellung für Preußen allein nur einen bedingten Wert, da es kein für sich geregeltes und abgeschlossenes Verbrauchsgebiet ist; dagegen berührt sie sich unmittelbar mit den Lebensfragen des deutschen Volkes, wenn gleichzeitig die entsprechenden Angaben für das Reich mit berücksichtigt werden.

Nach Abzug der benötigten Mengen an Saatgut und der kranken Kartoffeln verbleiben zu Verbrauchszwecken

	in Preußen	im Reich
Brotgetreide	6 037 023 Tonnen	9 010 017 Tonnen
Kartoffeln	14 207 142 „	19 654 025 „ .

Vor dem Kriege waren im Durchschnitt der Jahre 1893 bis 1914 unter Berücksichtigung der Ein- und Ausfuhr im Deutschen Reiche verfügbar zum Verbrauche für menschliche und tierische Ernährung sowie für gewerbliche Zwecke 238,6 kg Brotkorn und 600,1 kg Kartoffeln auf den Kopf der Bevölkerung. Letztere umfaßt nach der Volkszählung von 1919 nach dem jetzigen Gebietsumfange 36 094 944 Personen in Preußen, 59 267 510 im Reich.

Von den im laufenden Berichtsjahre für den Verbrauch verfügbaren Mengen entfallen somit auf den Kopf der Bevölkerung

	in Preußen	im Reich
Brotgetreide	167,25 kg	152,02 kg
Kartoffeln	396,38 „	331,62 „ .

Um die Ernährungsmöglichkeiten in Deutschland ähnlich und so ausreichend zu bemessen wie vor dem Kriege, würde demnach das hierfür vorhandene heimische Erzeugnis nicht entfernt ausreichen, da in damaliger Zeit die Kopfmenge an Brotkorn um 86,58 kg, an Kartoffeln um 268,48 kg größer war. Diese Zahlen erscheinen auf den ersten Blick äußerst hoch, doch darf nicht übersehen werden, daß in den Kopfmengen vor dem Kriege der sehr starke Verbrauch für tierische Ernährung und besonders für gewerbliche Zwecke wie z. B. zur Erzeugung von Spiritus, Bier, Hefe, Stärke usw. mitenthalten war. Einen solchen unbeschränkten Verbrauch an Nahrungs- und Genußmitteln kann sich das deutsche Volk aber auf absehbare Zeit nicht gestatten; nur eine etwas reichlichere Versorgung mit den nötigsten Nahrungsmitteln als bisher kann bestenfalls angestrebt werden.

Nachdem von August v. J. ab die Zwangsbewirtschaftung für Getreide auf das Umlageverfahren abgebaut worden ist, hat man amtlich 200 g täglich oder im ganzen Wirtschaftsjahr 73 kg Mehl zu Markenbrot auf den Kopf der nicht selbstversorgenden Bevölkerung festgesetzt; diese Kopfmenge entspricht ungefähr derjenigen, die während des Krieges und in den Folgejahren 1919 und 1920 zugestanden wurde.

Da für das Mehl eine Ausmahlung von 85 % vorgeschrieben ist, so entfallen somit auf den Kopf etwa 84 kg Brotgetreide. Es ist jedoch nicht möglich, schon am Beginn und im Verlaufe des ersten Teils des laufenden Wirtschaftsjahres die wirklich benötigte durchschnittliche Kopfmenge für eine einigermaßen ausreichende Ernährung zu bestimmen, da letztere in der Hauptsache davon abhängt, welche Mengen an sonstigen Nahrungsmitteln wie Kartoffeln, Gemüse, Fleisch, Fett, Milch, Käse usw. verfügbar und so preiswert sind, daß sie der Bevölkerung auch erreichbar werden. Zieht man nun in Betracht, daß den Landwirten und den sonstigen Selbstversorgern, also solchen Bevölkerungskreisen, denen außer Brot auch alle sonstigen Nahrungsmittel greifbar zur Verfügung stehen, amtlich eine jährliche Kopfmenge an Brotkorn von 144 kg zugestanden worden ist, so wird es nicht zu hoch gegriffen sein, wenn man als außerordentlich mittlere Brotkornmenge für alle Erzeugnisse der Bäckereien und zum Küchenverbrauch auf den Kopf der Gesamtbevölkerung einschl. des Schwundes etwa das Doppelte der Markenration von 84 kg, also 168 kg der Berechnung für den Gesamtverbrauch zu Grunde legt. Hierfür spricht auch besonders noch, daß wir in der großen Zahl unserer Schwerarbeiter sowie in allen jenen Schichten der beruflich tätigen Personen, die während der Arbeitszeit vornehmlich auf Brotnahrung angewiesen sind, starke Verbraucherkreise haben.

Auch bei Kartoffeln wird man bei dem jetzigen freien Handel nicht weniger als das 1½fache der früheren zwangsmäßigen Ration für Nichtselbstversorger, die einschließlich des Schwundes 200 kg jährlich betrug, in Rechnung stellen müssen, da diese Menge während des Krieges den Landwirten und sonstigen Selbstbewirtschaftern als Kopfverbrauch zugebilligt worden war.

Unter Zugrundelegung von obigen 168 kg Brotgetreide und 300 kg oder 6 Zentner Kartoffeln als jährliche Durchschnittsmenge auf den Kopf der Bevölkerung ergeben sich ein Gesamtverbrauch

	in Preußen	im Reich
an Brotgetreide . . .	6 063 951 Tonnen	9 956 942 Tonnen
„ Kartoffeln	10 828 483 „	17 780 253 „ .



Hiernach ist die ermittelte Ernte an Kartoffeln für den Tischverbrauch völlig ausreichend; es bleibt sogar ein Überschuß in Preußen von fast 3,4 Millionen, im Reich von 2,0 Millionen Tonnen zu gewerblichen Zwecken, zur Viehfütterung usw., der allerdings ziemlich gering ist, wenn man bedenkt, daß die Futtermittel im ganzen äußerst knapp sind und der Verbrauch an Kartoffeln in den Brennereien allein im Betriebsjahre 1913/14 etwa 3,6 Millionen Tonnen betrug. An Brotgetreide deckt die Ernte in Preußen allenfalls den Bedarf der eigenen Bevölkerung, im Reich ergibt sich jedoch ein Fehlbetrag von etwa 1,0 Million Tonnen. Rechnet man hinzu, daß bestimmte Mengen dieses Getreides unbedingt zur Aufzucht von Jungvieh erforderlich sind und ferner die Brennereien, Nährmittelfabriken usw. eine mehr oder weniger große kontingentierte Menge zur Weiterführung ihrer Betriebe benötigen, so kann mit dem Fehlen einer oder von zwei weiteren Millionen Tonnen Brotkorn gerechnet werden. Daß die Beschaffung dieser Fehlmengen dem Reich infolge des tiefen Standes unserer Zahlungsmittel ungeheure Summen kostet, ist bekannt.

Der Weinbau in Preußen 1921. — Die amtlichen Ermittelungen über den Umfang und Ertrag der Weinberge sind gleichzeitig mit der Erhebung des landwirtschaftlich genutzten Bodens und seines Ertrages im Jahre 1878 erstmalig festgestellt worden. Seitdem hat man diese Ermittelung alljährlich wiederholt und von 1902 ab auch Fragen über die von den Winzern erzielten Preise für Most und Trauben gestellt, von 1906 ab endlich getrennte Angaben für Weiß- und Rotwein sowie über die Güte des geernteten Gewächses eingefordert. Nach dem jetzt vorliegenden Ergebnisse des Jahres 1921 waren im ganzen Staatsgebiet 19 416 ha Rebland vorhanden, von denen 2 900 ha nicht im Ertrage standen; es entfallen Hektar auf

Regierungsbezirke	überhaupt	im Ertrage mit weißem Gewächs	im Ertrage mit rotem Gewächs	zusammen	nicht im Ertrage
Potsdam	1,0	0,3	0,2	0,5	0,5
Frankfurt	104,3	42,7	28,6	71,3	33,0
Schneidemühl	82,0	35,0	30,0	65,0	17,0
Liegnitz	582,5	421,4	118,1	539,5	43,0
Merseburg	369,6	178,9	58,8	237,7	131,9
Erfurt	0,5	0,5	—	0,5	—
Cassel	0,3	—	0,3	0,3	—
Wiesbaden	3 817,4	2 816,4	54,7	2 871,1	946,3
Coblenz	8 981,4	6 913,3	775,7	7 689,0	1 292,4
Köln	99,8	27,2	22,2	49,4	50,4
Trier	5 377,4	4 987,1	4,5	4 991,6	385,8
Staat 1921	**19 416,2**	**15 422,8**	**1 093,1**	**16 515,9**	**2 900,3**
„ 1920	**19 433**	**15 618**	**1 087**	**16 705**	**2 728**

Die abgetretenen Gebiete und das Saargebiet, in denen der Weinbau jedoch sehr gering ist — 1919 waren es 26 ha — sind nicht einbegriffen.

Wie aus der Verteilung der Rebfläche auf die einzelnen Regierungsbezirke ersichtlich ist, kommen für den Weinbau nur wenige Gegenden des Staatsgebietes in Betracht, da die Beschaffenheit und Gestaltung des Bodens sowie das Klima des zumeist über den 50. Breitengrad liegenden Landes sich nicht besonders hierfür eignen. Der weitaus größte Anteil der Rebfläche mit 94,0 v. H. entfällt auf das Rheingebiet und seine Verzweigungen wie das Main-, Nahe-, Ahr- und Moselgebiet. Obwohl die ganze Rebfläche nur 0,065 v. H. der gesamten Staatsfläche ausmacht, ist sie in den dafür in Betracht kommenden Gegenden doch sehr ständig, da seit 1878 mit geringen Schwankungen in den einzelnen Jahren nur eine Verminderung von etwa 600 ha zu verzeichnen ist. Für den Anbau kommen im ganzen 523 Ortschaften in Betracht, von denen 281 als die sogenannten Weingemeinden mit je 10 ha und mehr Ertragsfläche gelten, auf die 15 739 ha oder 95,3 v. H. der gesamten Ertragsfläche entfallen.

Das Verhältnis des preußischen Weinbaues zu dem des übrigen Deutschlands ergibt sich aus folgenden Zahlen nach der Ermittelung von 1920

	Ertragsfähige Rebfläche ha	v. H. des ganzen Gebiets	Anteil an der Reichsrebfläche v. H.
Preußen	16 705	0,056	23,0
Bayern	18 780	0,248	25,8
Württemberg	10 897	0,558	15,0
Baden	12 675	0,841	17,5
Hessen	13 604	1,769	18,7
Deutsches Reich	**72 661**	**0,152**	**100,0.**

Von 1908 ab wird die statistische Bearbeitung des Weinbaues sowohl nach Regierungsbezirken als auch nach natürlichen Gebieten vorgenommen, die für den Anbau annähernd gleiche Vorbedingungen bieten und hinsichtlich der Eigenart der Gewächse sich nahestehen: Als solche Weinbaugebiete werden in Preußen angenommen: 1. Die in den Regierungsbezirken Potsdam, Frankfurt, Schneidemühl und Liegnitz, 2. die in einigen Kreisen des Merseburger Bezirkes sowie 3. die im Saale- und Unstrutgebiete vorkommenden Weingemeinden, 4. das Maingebiet, 5. der Rheingau, 6. das Rheingebiet außer dem Rheingau, 7. das Nahegebiet, 8. die Gebiete der Mosel, Saar und Ruwer, 9. das Ahr-, 10. das Lahngebiet und 11. die in den Kreisen Erfurt (Land), Witzenhausen, Gelnhausen und Obertaunus vereinzelt vorkommenden Weinbau treibenden Gemeinden.

Die Mosternte ist im Berichtsjahre mit 496 377 hl im Werte von 853 933 437 *M* ermittelt worden.

In den einzelnen Weinbaugebieten wurden nachstehende Ergebnisse festgestellt:

Weinbaugebiete	Ertragsfläche ha	Mostertrag überhaupt hl	Mostertrag überhaupt *M*	Mostertrag vom Hektar hl	Mostertrag vom Hektar *M*	Wert eines Hektoliters *M*
			Weiß- und Rotweine zusammen:			
1.	675,8	2 579	3 009 995	3,8	4 454	1 167,1
2.	56,4	188	213 484	3,3	3 785	1 135,6
3.	181,8	1 089	1 027 664	6,0	5 653	943,7
4.	97,6	1 160	2 852 904	11,9	29 231	2 459,4
5.	2 280,6	40 330	150 751 586	17,7	66 102	3 738,0
6.	1 936,3	26 489	38 536 027	13,7	19 902	1 454,8
7.	2 778,3	60 630	74 898 473	21,8	26 958	1 235,3
8.	7 881,7	356 922	573 859 774	45,3	72 809	1 607,8
9.	597,3	6 287	8 027 968	10,5	13 440	1 276,9
10.	29,2	703	755 562	24,1	25 875	1 074,8
11.	0,9	.	.	.	.	.
zusammen	**16 515,9**	**496 377**	**853 933 437**	**30,1**	**51 704**	**1 720,3;**
			Weißweine:			
1.	499,1	2 273	2 677 691	4,6	5 365	1 178,0
2.	26,2	91	106 244	3,5	4 055	1 167,5
3.	153,0	856	864 769	5,6	5 652	1 010,2
4.	96,1	1 146	2 842 404	11,9	29 578	2 480,3
5.	2 239,3	39 851	146 536 636	17,8	65 439	3 677,1
6.	1 739,0	24 197	36 576 138	13,9	21 033	1 511,6
7.	2 714,4	58 920	73 512 839	21,7	27 083	1 247,7
8.	7 877,2	356 886	573 816 974	45,3	72 845	1 607,8
9.	52,8	583	605 118	11,0	11 461	1 037,9
10.	25,2	671	717 162	26,6	28 459	1 068,8
11.	0,5	.	.	.	.	.
zusammen	**15 422,8**	**485 474**	**838 255 975**	**31,5**	**54 352**	**1 726,7;**
			Rotweine:			
1.	176,7	306	332 304	1,7	1 881	1 086,0
2.	30,2	97	107 240	3,2	3 551	1 105,6
3.	28,8	233	162 895	8,1	5 656	699,1
4.	1,5	14	10 500	9,3	7 000	750,0
5.	41,3	479	4 214 950	11,6	102 057	8 799,5
6.	197,3	2 292	1 959 889	11,6	9 934	855,1
7.	63,9	1 710	1 385 634	26,8	21 684	810,3
8.	4,5	36	42 800	8,0	9 511	1 188,9
9.	544,5	5 704	7 422 850	10,5	13 632	1 301,3
10.	4,0	32	38 400	8,0	9 600	1 200,0
11.	0,4	.	.	.	.	.
zusammen	**1 093,1**	**10 903**	**15 677 462**	**10,0**	**14 342**	**1 437,9.**

Wie durch vorstehende Übersicht veranschaulicht wird, ist die Ergiebigkeit und Wirtschaftlichkeit des Weinbaues in den einzelnen Gebieten sehr verschieden gewesen. Besonders hervorragend sind die Ergebnisse des Hektarertrages im 8. Gebiet (Mosel, Saar, Ruwer) mit 45,8 hl und 72 809 *M* — im Vorjahre 51,4 hl und 67 869 *M* —, hinter denen alle anderen Gebiete meist weit zurückbleiben, und zwar außer dem Rheingau die nächstbesten (7. Nahegebiet und 10. Lahngebiet) um etwa die Hälfte nach der Menge und dem Dreifachen an Wert, die sehr geringen östlichen Gebiete (Brandenburg, Posen, Schlesien und Sachsen) sogar um das 13 und 18fache. Die Erntemenge des 8. Gebietes umfaßt allein 71,9 v. H. der ganzen Weinernte, obwohl die Ertragsfläche nur 47,7 v. H. der gesamten Ertragsfläche ausmacht. Der Rheingau (5. Gebiet) hat im Vergleich zum Mosel- usw. Gebiet nur eine mäßige Ernte hinsichtlich der Menge vom Hektar aufzuweisen (etwas über $^1/_3$), die Wirtschaftlichkeit bleibt aber mit 66 102 *M* Hektarertrag wenig zurück, weil für die Gewächse dieses Gebietes die höchsten Preise erzielt wurden. Das Hektoliter bewertete man dort mit durchschnittlich 3 738 *M* auf mehr als das Doppelte und Dreifache in allen übrigen Gebieten außer im Maingebiet. Einzelne Gemeinden im Main- und Moselgebiet weisen Hektoliterpreise auf für Weißwein bis 3 500 *M*, im Rheingau jedoch bis 6 000 *M* und im Einzelfalle sogar bis 8 500 *M*. Für Rotwein wurden gleichfalls im Rheingau bis 9 500 *M* erzielt, wodurch sich der riesig hohe Hektarerlös dieses Gebietes von 102 057 *M* erklärt. Im ganzen ist jedoch die Rotweinernte sowohl hinsichtlich der Menge wie auch der Bewertung vom Hektar erheblich geringer ausgefallen als die der Weißweine, denn die Gesamtdurchschnitte des Hektarertrages der weißen und roten Gewächse verhalten sich zueinander wie etwa 1 : 3 nach der Menge und 1 : 4 nach dem Werte.

In nachstehender Zusammenstellung sind die Staatsergebnisse der Mosternte der letzten Jahre zum Zwecke des Vergleichs aufgeführt:

im Jahre	Weingemeinden	Mostertrag von Hektaren	Mostertrag überhaupt hl	Mostertrag im Gesamtwerte *M*	Durchschnitts-Ertrag vom Hektar hl	Durchschnitts-Preis für das Hektoliter *M*
1911 . .	237	17 100	537 197	44 136 256	31,4	82,2
1912 . .	236	17 101	422 558	21 511 808	24,7	50,9
1913 . .	233	17 216	218 264	15 925 798	12,7	73,0
1914 . .	236	16 986	223 302	11 683 994	13,1	52,3
1915 . .	228	16 429	737 905	44 390 575	44,9	60,2
1916 . .	225	16 392	262 264	38 854 540	16,0	148,1
1917 . .	213	16 618	566 316	207 519 141	34,1	366,4
1918 . .	218	16 537	543 888	111 315 285	32,9	204,7
1919 . .	282	16 503	394 060	389 183 677	23,9	987,6
1920 . .	289	16 705	603 172	758 224 037	36,1	1 257,1
1921 . .	281	16 516	496 377	853 933 437	30,1	1 720,3.

Hiernach ist 1921 die Menge des gewonnenen Mostes merklich gegen die des Vorjahres zurückgeblieben, gehört aber immerhin mit 30,1 hl vom Hektar noch zu den guten Ernten, da rechnerisch im Durchschnitt der letzten 10 Jahre ein Hektarertrag von nur 26,8 hl gewonnen wird. Ein voller Herbst wie 1920 wurde im Berichtsjahre durch die heftigen Nachfröste des Frühjahrs und besonders durch das sehr verbreitete Auftreten des Heu- und Sauerwurmes verhindert. Die erfreuliche Fülle von vier guten bis vollen Ernten und einer mittleren (1919) im letzten Jahrfünft von 1917 bis 1921 bildet gleichsam einen Ausgleich für die voraufgegangenen mageren Jahrfünfte, von denen der Zeitraum 1902—1906 nur 2, von 1907—1911 und 1912—1916 sogar nur je 1 bessere Ernte aufweisen. Die Preise für Most haben sich seit 1918 sprunghaft aufwärts bewegt und sind von 1918—1919 um fast das Fünffache, im nächsten Jahre um 27,3 v. H. und im letzten Jahre um 36,9 v. H. für ein Hektoliter gestiegen. Seit Kriegsbeginn sind sie auf etwa das 32fache gestiegen. Erwägt man, daß im Dezember 1921 die Reichsinderziffern für die Kosten der Lebenshaltung auf rund das 16fache, die für die Kosten der Ernährung allein auf das 21fache gestiegen waren, so erscheint diese Steigerung immerhin recht erheblich.

Als besondere Ursache für die hohe Preisbewertung der 1921er Ernte ist jedenfalls die außerordentliche Güte des „Heurigen" anzusehen, dessen Trauben in dem bis zur Lese anhaltenden warmen bis heißen Sommer sich voll auswachsen und zur Edelreife entwickeln konnten. Nachstehende Zusammenstellung bringt ein nach Hundertteilen errechnetes, für weißes und rotes Gewächs getrennt geordnetes Ergebnis über die Güte der Weine in den einzelnen Weinbaugebieten 1921 sowie zum Vergleiche auch die entsprechenden Staatsziffern in den Jahren rückwärts bis 1911.

Weinbau	Weißes Gewächs sehr gut	gut	mittel	gering	sehr gering	Rotes Gewächs sehr gut	gut	mittel	gering	sehr gering
1	93	7	0	0	—	64	24	8	4	—
2	6	—	93	—	—	6	—	93	1	—
3	24	36	39	1	—	—	24	75	1	—
4	83	17	—	—	—	100	—	—	—	—
5	96	4	—	—	—	100	—	—	—	—
6	79	19	2	—	—	29	65	6	—	—
7	91	8	1	0	—	100	—	—	—	—
8	79	21	0	0	0	100	—	—	—	—
9	57	43	0	—	—	66	34	0	—	—
10	76	24	—	—	—	—	100	—	—	—
Staat 1921 . .	**82**	**18**	**0**	**0**	**0**	**65**	**31**	**4**	**0**	—
„ 1920 . .	10	64	25	1	0	1	28	68	1	1
„ 1919 . .	0	10	65	23	2	0	11	79	9	1
„ 1918 . .	1	7	73	19	—	—	20	76	4	—
„ 1917 . .	57	39	3	1	—	66	31	1	—	—
„ 1916 . .	—	6	55	33	6	—	15	77	6	2
„ 1915 . .	41	52	7	0	—	1	18	81	—	—
„ 1914 . .	—	11	81	7	1	13	43	44	0	—
„ 1913 . .	2	19	64	14	1	—	3	84	13	0
„ 1912 . .	—	4	53	31	12	—	12	56	21	11
„ 1911 . .	33	59	8	0	—	10	69	21	0	—.

In sämtlichen Gebieten mit Ausnahme des wegen Geringfügigkeit des Anbaues wenig in Betracht kommenden zweiten und dritten wurden demnach alle weißen Gewächse überwiegend mit „sehr gut", der Rest fast durchweg mit „gut" bewertet; bei Rotwein ist das Ergebnis ähnlich, teilweise noch günstiger. Infolgedessen erreichten die Staatsdurchschnitte eine Höhe an besten Qualitäten, wie sie bei Rotwein nur etwa im Jahre 1917 vorhanden waren, bei Weißwein aber von keiner Ernte zurück bis zur erstmaligen Feststellung der Güte (1906) auch nur annähernd erreicht wurden.

Von den geernteten Trauben sind 16 567 Doppelzentner verkauft worden zum Keltern am anderen Orte; 127 dz wurden zum Verspeisen sowie zur Essigfabrikation usw. abgegeben. Die dafür erzielten Preise schwanken je nach Bewertung und Güte der Trauben von 300 bis zu 2 000 *M* für den dz; der Durchschnittspreis betrug 833 *M*. Faßt man alle bereits erzielten und noch erwarteten Geldwerte für Most und Trauben zusammen, so ergibt sich für die Weinernte 1921 nahezu eine Milliarde Mark gegen etwa 12 Millionen im Jahre 1914.

Die Waldbrände in den Regierungsbezirken Preußens 1917 und 1918. — Im Anschluß an unsere Veröffentlichung über die Waldbrände in Preußen während der Jahre 1915 und 1916 (s. Zeitschr., 61. Jahrg. 1921, S. 30*) werden in nachstehender Zusammenstellung die Waldbrände Preußens während der Jahre 1917 und 1918 behandelt. Wie bisher ist auch jetzt wieder eine Feststellung der versicherten Besitzungen gemacht worden, woraus sich ergibt, daß im allgemeinen eine Versicherung von Waldflächen gegen Brandschäden nur in geringem Umfange stattgefunden hat.

Die Zahl der Waldbrände wurde für das Jahr 1917 auf 371 ermittelt, während man im Jahre 1918 nur ungefähr die Hälfte davon (191) feststellen konnte. Betrug im Jahre 1917 die verwüstete Fläche 7 550,64 ha, so sank sie im Jahre 1918 auf 2 234,98 ha oder weniger als ein Drittel des Vorjahres. Die Höhe des angerichteten Schadens belief sich im Jahre 1917 auf 6 579 199 *M*, während er fürs Jahr 1918 nur 1 583 975 *M* oder weniger als ein Viertel des Jahres 1917 betrug.

13*

Die Waldbrände in Preußen während der Jahre 1917 und 1918.

Regierungsbezirke	Im Jahre 1917 überhaupt Brände	Besitzungen	Fläche ha	Schaden M	davon versichert Besitzungen	Fläche ha	Schaden M	Im Jahre 1918 überhaupt Brände	Besitzungen	Fläche ha	Schaden M	davon versichert Besitzungen	Fläche ha	Schaden M
1. Königsberg . . .	3	4	61,69	51 893	.	.	.	4	4	27,25	1 840	.	.	.
2. Gumbinnen . . .	2	2	5,95	1 820 000	.	.	.	11	11	34,00	20 133	.	.	.
3. Allenstein	5	6	20,50	13 900	.	.	.	3	3	2,25	5 800	.	.	.
4. Danzig	3	4	315,60	921 500	1	0,30	4 500	—	—	—	—	—	—	—
5. Marienwerder .	7	9	48,85	17 300	.	.	.	6	6	100,32	614 400	1	5,00	6 000
6. Stadt Berlin . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7. Potsdam	49	54	316,14	164 231	1	5,00	294	22	24	164,68	56 630	.	.	.
8. Frankfurt	23	31	484,85	271 672	2	30,25	66 500	9	9	17,95	13 550	.	.	.
9. Stettin	8	12	260,00	132 860	.	.	.	3	3	52,00	26 500	.	.	.
10. Köslin	16	16	118,35	124 410	.	.	.	2	2	1,25	1 700	.	.	.
11. Stralsund	—	—	—	—	—	—	—	1	1	15,00	10 000	.	.	.
12. Posen	4	4	11,75	4 400	.	.	.	5	7	10,76	5 014	.	.	.
13. Bromberg	2	2	6,25	7 300	.	.	.	1	1	0,13	600	1	0,13	600
14. Breslau	5	5	34,68	2 887	.	.	.	2	3	4,20	5 480	.	.	.
15. Liegnitz	5	6	37,33	3 300	.	.	.	15	17	125,80	59 337	1	4,00	997
16. Oppeln	10	10	64,40	15 416	1	1,00	541	1	1	0,50	300	1	0,50	300
17. Magdeburg . . .	12	14	114,90	90 138	2	70,00	17 624	2	2	5,75	2 900	.	.	.
18. Merseburg . . .	5	5	320,10	1 032 360	.	.	.	4	4	12,87	9 100	.	.	.
19. Erfurt	3	3	13,75	6 772	.	.	.	1	1	0,50	200	.	.	.
20. Schleswig	18	18	249,72	137 357	3	143,12	25 017	4	4	86,00	24 100	.	.	.
21. Hannover	8	14	81,25	36 365	.	.	.	3	3	2,00	6 100	.	.	.
22. Hildesheim . . .	5	5	27,00	21 200	.	.	.	1	1	2,50	5 000	.	.	.
23. Lüneburg	61	101	3 815,75	1 224 871	2	51,00	11 251	19	29	1 100,10	329 627	1	22,00	21 077
24. Stade	8	13	600,50	213 672	2	171,50	63 619	5	5	111,00	168 600	.	.	.
25. Osnabrück . . .	13	14	81,74	55 490	.	.	.	13	19	91,74	31 950	5	46,15	14 900
26. Aurich	2	2	12,00	10 000	.	.	.	—	—	—	—	—	—	—
27. Münster	10	10	120,21	76 100	2	51,00	1 900	6	7	42,00	31 800	.	.	.
28. Minden	5	5	12,00	8 874	3	3,00	1 074	6	7	10,64	13 000	.	.	.
29. Arnsberg	17	19	32,93	31 962	10	16,18	18 455	11	14	35,21	17 489	7	22,33	12 599
30. Cassel	14	14	13,12	10 750	.	.	.	6	6	15,60	7 467	.	.	.
31. Wiesbaden . . .	9	9	15,50	10 520	1	0,20	120	5	5	16,50	20 680	.	.	.
32. Coblenz	3	3	12,00	1 605	.	.	.	—	—	—	—	—	—	—
33. Düsseldorf . . .	14	17	179,76	41 460	11	174,41	37 960	8	10	16,85	32 105	3	4,75	6 175
34. Köln	7	7	21,90	3 444	5	20,40	1 244	5	5	16,28	8 500	3	5,28	4 400
35. Trier	4	6	12,90	4 480	4	6,90	1 180	1	1	1,25	800	.	.	.
36. Aachen	11	11	27,07	10 710	5	18,97	6 102	5	5	111,85	53 123	2	3,70	2 763
37. Sigmaringen . .	—	—	—	—	—	—	—	1	1	0,25	150	.	.	.
Staat . . .	371	455	7 550,61	6 579 199	55	763,23	257 381	191	221	2 234,98	1 583 975	25	113,84	69 811.

Die größte Zahl der Brände (über 10) und vom Brande betroffenen Besitzungen wurde im Jahre 1917 in den Regierungsbezirken Lüneburg, Potsdam, Frankfurt, Schleswig, Arnsberg, Köslin, Cassel, Düsseldorf, Osnabrück, Magdeburg und Aachen festgestellt, während im Jahre 1918 nur in 6 Regierungsbezirken (Potsdam, Lüneburg, Liegnitz, Osnabrück, Gumbinnen und Arnsberg) 10 und mehr Brände nachgewiesen werden konnten. Im Jahre 1917 wurden im Stadtkreise Berlin und in den Regierungsbezirken Stralsund und Sigmaringen Waldbrände nicht ermittelt, wogegen im Jahre 1918 wieder außer dem Stadtkreise Berlin noch die Regierungsbezirke Danzig, Aurich und Coblenz durch Waldbrände verschont blieben.

Über 200 ha beschädigte Flächen wurden im Jahre 1917 in den Regierungsbezirken Lüneburg, Stade, Frankfurt, Merseburg, Potsdam, Danzig, Stettin und Schleswig festgestellt, demgegenüber im Jahre 1918 nur bei einem Regierungsbezirk (Lüneburg) eine beschädigte Fläche mit über 200 ha nachgewiesen wurde. Im Jahre 1917 wurde bei 14 Regierungsbezirken ein Waldbrandschaden von über 50 000 M festgestellt, während im Jahre 1918 nur sechs Regierungsbezirke von einem Schaden in dieser Höhe und mehr betroffen wurden.

Die im Durchschnitt auf einen Brand entfallende Fläche betrug im Jahre 1917 20,35 ha mit einem durchschnittlichen Schaden von 17 734 M, wogegen sich für das Jahr 1918 das Mittel auf 11,70 ha mit 8 293 M Schaden belief. Der angerichtete Schaden auf einen ha stellte sich für 1917 durchschnittlich auf 871 M gegenüber 709 M im Jahre 1918.

Die versicherten Besitzungen findet man wieder, wie in den Vorjahren, mit wenigen Ausnahmen hauptsächlich in den westlichen Provinzen, wo sie allerdings nur einen geringen Teil der überhaupt betroffenen Besitzungen betragen. Im Jahre 1917 waren 12,1 und im Jahre 1918 nur 11,3 v. H. der betroffenen Besitzungen und 10,1 bezw. 5,1 v. H. der beschädigten Fläche versichert. Der durch Brand verursachte Schaden war im Jahre 1917 mit 3,9 und im Jahre 1918 mit 4,4 v. H. durch Versicherung gedeckt.

Das Ergebnis der Viehzählung in Preußen vom 1. Dezember 1921 mit einem Rückblick auf die Vorjahre. — Am 1. Dezember 1921 hat in Preußen wie auch in den übrigen Ländern des Deutschen Reichs eine Viehzählung stattgefunden,

Staat — Provinzen	Zeit der Zählung	Viehhaltende Haushaltungen[2])	1. Pferde (ohne Militärpferde)[3])				2.	3.	4. Rindvieh			
			Unter 3 Jahre alte Pferde und Fohlen	3 bis noch nicht 5 Jahre alte Pferde	5 Jahre alte und ältere Pferde	zusammen	Maultiere und Maulesel[4])	Esel[4])	Unter 3 Monate alte Kälber	3 Monate bis noch nicht 2 Jahre altes Jungvieh	2 Jahre alte und …: Bullen, Stiere und Ochsen	Milchkühe[5])
1	1a	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A. **Staat**[1])	1. 12. 21	**4 088 622**	**556 299**	**252 693**	**1 747 495**	**2 556 487**	**20 803**	**4 260**	**692 092**	**3 042 706**	**483 207**	**4 550 074**
	1. 12. 20	*4 067 305*	*454 939*	*248 983*	*1 794 720*	*2 498 642*	*1 026*	*6 087*	*764 731*	*3 135 619*	*427 335*	*4 443 733*
1. 12. 21 gegen 1. 12. 20: mehr (+) oder weniger (−)		+ 21 317	+ 101 360	+ 3 710	− 47 225	+ 57 845	+ 19 777	− 1 827	− 72 639	− 92 913	+ 55 872	+ 106 341
in % mehr (+) oder weniger (−)		+ 0,52	+ 22,28	+ 1,49	− 2,63	+ 2,32	+ 1 927,58	− 30,01	− 9,50	− 2,96	+ 13,07	+ 2,39
	1. 12. 13	2 989 814	373 206	2 270 799		2 644 005	—	—	924 574	3 153 502	695 188	5 673 10
B. **Provinzen.**												
1. **Ostpreußen**	1. 12. 21	311 409	136 703	52 378	294 277	483 358	430	110	64 264	432 083	45 425	486 572
	1. 12. 20	*311 012*	*119 803*	*55 001*	*304 487*	*479 291*	*35*	*114*	*76 763*	*413 964*	*41 707*	*489 601*
1. 12. 21 gegen 1. 12. 20: mehr (+) oder weniger (−)		+ 397	+ 16 900	− 2 623	− 10 210	+ 4 067	+ 395	− 4	− 12 499	+ 18 119	+ 3 718	− 3 029
in % mehr (+) oder weniger (−)		+ 0,13	+ 14,11	− 4,77	− 3,35	+ 0,85	+ 1 128,57	− 3,51	− 16,28	+ 4,38	+ 8,91	− 0,62
2. **Brandenburg**	1. 12. 21	369 930	48 332	24 210	209 388	281 930	3 846	879	66 427	261 863	49 283	402 246
	1. 12. 20	*369 266*	*37 741*	*23 760*	*211 489*	*272 990*	*131*	*1 322*	*75 202*	*263 152*	*40 730*	*394 347*
1. 12. 21 gegen 1. 12. 20: mehr (+) oder weniger (−)		+ 664	+ 10 591	+ 450	− 2 101	+ 8 940	+ 3 715	− 443	− 8 775	− 1 289	+ 8 553	+ 7 899
in % mehr (+) oder weniger (−)		+ 0,18	+ 28,06	+ 1,89	− 0,99	+ 3,27	+ 2 835,88	− 33,51	− 11,67	− 0,49	+ 21,00	+ 2,00
3. **Stadt Berlin**	1. 12. 21	101 670	519	909	46 119	47 547	404	34	381	1 220	512	14 583
	1. 12. 20	*97 865*	*337*	*1 153*	*48 389*	*49 879*	*86*	*119*	*748*	*1 303*	*700*	*11 226*
1. 12. 21 gegen 1. 12. 20: mehr (+) oder weniger (−)		+ 3 805	+ 182	− 244	− 2 270	− 2 332	+ 318	− 85	− 367	− 83	− 188	+ 3 357
in % mehr (+) oder weniger (−)		+ 3,89	+ 54,01	− 21,16	− 4,69	− 4,68	+ 369,77	− 71,43	− 49,06	− 6,37	− 26,86	+ 29,9
4. **Pommern**	1. 12. 21	243 607	50 760	25 598	177 645	254 003	2 408	195	70 128	261 089	31 350	396 000
	1. 12. 20	*243 453*	*40 328*	*23 585*	*178 977*	*242 890*	*64*	*283*	*81 396*	*255 337*	*23 384*	*381 319*
1. 12. 21 gegen 1. 12. 20: mehr (+) oder weniger (−)		+ 154	+ 10 432	+ 2 013	− 1 332	+ 11 113	+ 2 344	− 88	− 11 268	+ 5 752	+ 7 966	+ 14 681
in % mehr (+) oder weniger (−)		+ 0,06	+ 25,87	+ 8,54	− 0,74	+ 4,58	+ 3 662,50	− 31,10	− 13,84	+ 2,25	+ 34,07	+ 3,8
5. **Grenzmark Posen-Westpreußen**	1. 12. 21	53 009	9 298	5 090	34 320	48 708	186	28	13 095	46 059	7 085	74 677
	1. 12. 20	*52 451*	*6 922*	*4 906*	*34 915*	*46 743*	*7*	*59*	*14 467*	*41 322*	*5 608*	*71 803*
1. 12. 21 gegen 1. 12. 20: mehr (+) oder weniger (−)		+ 558	+ 2 376	+ 184	− 595	+ 1 965	+ 179	− 31	− 1 372	+ 4 737	+ 1 477	+ 2 874
in % mehr (+) oder weniger (−)		+ 1,06	+ 34,33	+ 3,75	− 1,70	+ 4,20	+ 2 557,14	− 52,54	− 9,48	+ 11,46	+ 26,34	+ 4,00
6. **Niederschlesien**	1. 12. 21	344 821	36 806	20 291	153 979	211 076	1 924	213	88 017	305 259	104 469	479 965
	1. 12. 20	*354 935*	*28 502*	*19 291*	*156 165*	*203 958*	*65*	*296*	*99 204*	*335 295*	*97 820*	*453 597*
1. 12. 21 gegen 1. 12. 20: mehr (+) oder weniger (−)		− 10 114	+ 8 304	+ 1 000	− 2 186	+ 7 118	+ 1 859	− 83	− 11 187	− 30 036	+ 6 649	+ 26 368
in % mehr (+) oder weniger (−)		− 2,85	+ 29,13	+ 5,18	− 1,40	+ 3,49	+ 2 860,00	− 28,04	− 11,28	− 8,96	+ 6,80	+ 5,81
7. **Oberschlesien**	1. 12. 21	227 631	24 716	12 401	69 175	106 292	716	68	36 559	105 366	16 258	219 689
	1. 12. 20	*249 785*	*21 294*	*11 915*	*77 925*	*111 134*	*12*	*68*	*38 660*	*114 721*	*14 774*	*226 495*
1. 12. 21 gegen 1. 12. 20: mehr (+) oder weniger (−)		− 22 154	+ 3 422	+ 486	− 8 750	− 4 842	+ 704	—	− 2 101	− 9 355	+ 1 484	− 6 806
in % mehr (+) oder weniger (−)		− 8,87	+ 16,07	+ 4,08	− 11,23	− 4,36	+ 5 866,67	—	− 5,43	− 8,15	+ 10,04	− 3,00
8. **Sachsen**	1. 12. 21	440 265	37 090	18 959	168 791	224 840	7 226	660	73 420	218 111	64 588	343 633
	1. 12. 20	*446 306*	*27 893*	*17 471*	*170 440*	*215 804*	*181*	*1 114*	*66 062*	*213 503*	*54 667*	*318 507*
1. 12. 21 gegen 1. 12. 20: mehr (+) oder weniger (−)		− 6 041	+ 9 197	+ 1 488	− 1 649	+ 9 036	+ 7 045	− 454	+ 7 358	+ 4 608	+ 9 921	+ 25 126
in % mehr (+) oder weniger (−)		− 1,35	+ 32,97	+ 8,52	− 0,97	+ 4,19	+ 3 892,27	− 40,75	+ 11,14	+ 2,16	+ 18,15	+ 7,89
9. **Schleswig-Holstein**	1. 12. 21	188 783	48 756	19 281	97 111	165 148	314	97	45 121	336 788	25 999	323 931
	1. 12. 20	*185 073*	*43 902*	*19 615*	*99 907*	*163 424*	*54*	*241*	*41 637*	*342 920*	*20 693*	*323 306*
1. 12. 21 gegen 1. 12. 20: mehr (+) oder weniger (−)		+ 3 710	+ 4 854	− 334	− 2 796	+ 1 724	+ 260	− 144	+ 3 484	− 6 132	+ 5 306	+ 625
in % mehr (+) oder weniger (−)		+ 2,00	+ 11,06	− 1,70	− 2,80	+ 1,05	+ 481,48	− 59,75	+ 8,37	− 1,79	+ 25,64	+ 0,19
10. **Hannover**	1. 12. 21	436 558	66 981	27 818	194 262	289 061	830	260	94 872	427 331	46 571	605 358
	1. 12. 20	*428 661*	*55 170*	*26 624*	*197 193*	*278 987*	*77*	*405*	*112 856*	*453 647*	*36 355*	*589 770*
1. 12. 21 gegen 1. 12. 20: mehr (+) oder weniger (−)		+ 7 897	+ 11 811	+ 1 194	− 2 931	+ 10 074	+ 753	− 145	− 17 984	− 26 316	+ 10 216	+ 15 588
in % mehr (+) oder weniger (−)		+ 1,84	+ 21,41	+ 4,48	− 1,49	+ 3,61	+ 977,92	− 35,80	− 15,94	− 5,80	+ 28,10	+ 2,64
11. **Westfalen**	1. 12. 21	493 456	45 054	20 130	112 313	177 497	333	465	36 381	223 982	17 139	405 783
	1. 12. 20	*479 137*	*34 826*	*20 129*	*115 619*	*170 574*	*47*	*437*	*41 080*	*230 139*	*13 838*	*392 367*
1. 12. 21 gegen 1. 12. 20: mehr (+) oder weniger (−)		+ 14 319	+ 10 228	+ 1	− 3 306	+ 6 923	+ 286	+ 28	− 4 699	− 6 157	+ 3 301	+ 13 416
in % mehr (+) oder weniger (−)		+ 2,99	+ 29,37	+ 0,004	− 2,86	+ 4,06	+ 608,51	+ 6,41	− 11,44	− 2,68	+ 23,85	+ 3,42
12. **Hessen-Nassau**	1. 12. 21	262 271	13 253	6 458	65 865	85 576	281	113	41 286	147 647	17 874	276 837
	1. 12. 20	*261 142*	*8 997*	*6 094*	*68 428*	*83 519*	*150*	*298*	*41 746*	*155 587*	*16 754*	*273 722*
1. 12. 21 gegen 1. 12. 20: mehr (+) oder weniger (−)		+ 1 129	+ 4 256	+ 364	− 2 563	+ 2 057	+ 131	− 185	− 460	− 7 940	+ 1 120	+ 3 115
in % mehr (+) oder weniger (−)		+ 0,43	+ 47,30	+ 5,97	− 3,75	+ 2,46	+ 87,33	− 62,08	− 1,10	− 5,10	+ 6,68	+ 1,14
13. **Rheinprovinz**	1. 12. 21	602 621	37 212	18 716	120 615	176 543	1 899	1 137	56 147	262 345	54 027	498 485
	1. 12. 20	*576 018*	*28 635*	*18 979*	*127 177*	*174 791*	*117*	*1 328*	*70 241*	*299 003*	*57 662*	*496 312*
1. 12. 21 gegen 1. 12. 20: mehr (+) oder weniger (−)		+ 26 603	+ 8 577	− 263	− 6 562	+ 1 752	+ 1 782	− 191	− 14 094	− 36 658	− 3 635	+ 2 173
in % mehr (+) oder weniger (−)		+ 4,62	+ 29,95	− 1,39	− 5,16	+ 1,00	+ 1 523,08	− 14,38	− 20,07	− 12,26	− 6,30	+ 0,44
14. **Hohenzollernsche Lande**	1. 12. 21	12 591	819	454	3 635	4 908	6	1	5 994	13 563	2 627	22 315
	1. 12. 20	*12 201*	*589*	*460*	*3 609*	*4 658*	—	*3*	*4 669*	*15 726*	*2 643*	*21 361*
1. 12. 21 gegen 1. 12. 20: mehr (+) oder weniger (−)		+ 390	+ 230	− 6	+ 26	+ 250	+ 6	− 2	+ 1 325	− 2 163	− 16	+ 954
in % mehr (+) oder weniger (−)		+ 3,20	+ 39,05	− 1,30	+ 0,72	+ 5,37	—	− 66,67	+ 28,38	− 13,75	− 0,61	+ 4,47

[1]) nach dem Stande der Grenzen bis 1. Dezember 1921. Die Abweichung der Zahlen des Ergebnisses vom 1. Dezember 1920 gegenüber der früheren Veröffentlichung erklärt sich aus nach-
des Unterschiedes der Zahlen dieser Spalte ist zu berücksichtigen, daß 1921 der Umfang der Zählung größer war, da 1920 und 1913 die Maultiere, Esel und Bienenstöcke und 1913 auch die Kaninchen
dem Ergebnis der Dezemberzählung 1921 sind die Zahlen der vorangegangenen Zählung, d. h. vom 1. Dezember 1912, eingesetzt worden. — [5]) auch milchende Arbeitskühe und wegen Trächtigkeit trocken

bei der außer Pferden, Rindvieh, Schweinen, Schafen, Ziegen, Geflügel und Kaninchen auch Maultiere, Esel und Bienenstöcke, die seit Dezember 1912 nicht mehr gezählt waren, wieder erhoben wurden. Diese Viehbestandsaufnahme ist die zweite Dezemberzählung

...ltere: Die übrigen Kühe auch Färsen, Kalbinnen	zusammen	5. Schafe	6. Schweine: Unter 1/2 Jahr alte Schweine	1/2 bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine	1 Jahr alte und ältere Schweine	zusammen	7. Ziegen	8. Zahme Kaninchen	9. Federvieh⁶): Gänse (Gänseriche, Gänse und Gänseküken)	Enten (Enteriche, Enten und Entenküken)	Hühner (Hähne, Hühner und Küken)	Trut- und Perlhühner (Hähne, Hühner und Küken)	zusammen	10. Bienenstöcke (Bienenvölker)⁴)	Wiederholung der Spalten 1 und 1a
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	
															A.
501 163	9 269 242	3 865 872	6 285 096	2 677 876	1 535 274	10 498 246	2 574 373	2 428 279	3 206 768	1 157 496	36 857 471	450 742	41 672 477	1 071 510	1. 12. 21
387 368	9 158 786	4018077	5 454 713	2 674 186	1 255 022	9 383 921	2651535	3 833 865	3269305	1 370 514	32 900 259	369 405	37 909 483	1276098	1. 12. 20
−113795	+ 110 456	−152205	+ 830 383	+ 3 690	+ 280 252	+1114325	−77 162	−1405586	−62 537	− 213 018	+3957212	+81 337	+3762994	−204588	
+ 29,38	+ 1,21	− 3,79	+ 15,22	+ 0,14	+ 22,33	+ 11,87	− 2,91	− 36,66	− 1,91	− 15,54	+ 12,03	+ 22,02	+ 9,93	− 16,03	
	10 446 364	3 346 349	9 152 693	4 618 482	1 819 784	15 590 959	1 909 752	.	3 714 170	1 446 646	38 925 951	324 274	44 411 041	—	1. 12. 13
															B. 1.
80 336	1 108 680	409 465	653 397	249 598	148 035	1 051 030	48 375	62 489	375 666	130 091	3 285 783	101 324	3 892 864	157 985	1. 12. 21
58 868	1 080 903	424 562	623 161	231 218	134 288	988 667	45 205	108 002	420 993	171 088	3 176 492	117 657	3 886 230	200 130	1. 12. 20
− 21 468	+ 27 777	−15 097	+ 30 236	+18 380	+ 13 747	+ 62 363	+ 3 170	− 45 513	−45 327	− 40 997	+ 109 291	−16 333	+ 6 634	−42 145	
− 36,47	+ 2,57	− 3,56	+ 4,85	+ 7,95	+ 10,24	+ 6,31	+ 7,01	− 42,14	− 10,77	− 23,96	+ 3,44	− 13,88	+ 0,17	− 21,06	
															2.
51 343	831 162	513 851	599 409	227 926	186 438	1 013 773	306 672	359 819	390 225	119 829	3 712 904	62 861	4 285 819	107 185	1. 12. 21
36 844	810 275	519 788	548 650	248 212	160 353	957 215	328 481	510 732	395 075	148 760	3 454 757	46 534	4 045 126	115 281	1. 12. 20
− 14 499	+ 20 887	− 5 937	+ 50 759	−20 286	+ 26 085	+ 56 558	−21 809	− 150 913	− 4 850	− 28 931	+ 258 147	+16 327	+ 240 693	− 8 096	
− 39,35	+ 2,58	− 1,14	+ 9,25	− 8,17	+ 16,27	+ 5,91	− 6,64	− 29,55	− 1,23	− 19,45	+ 7,47	+ 35,09	+ 5,95	− 7,02	
															3.
947	17 643	6 777	11 354	8 852	7 517	27 723	47 510	138 214	23 439	11 664	634 639	2 880	672 622	2 826	1. 12. 21
575	14 552	5 517	17 215	10 349	5 015	32 579	50 094	187 443	14 325	11 877	486 185	1 995	514 382	2 747	1. 12. 20
+ 372	+ 3 091	+ 1 260	− 5 861	− 1 497	+ 2 502	− 4 856	− 2 584	− 49 229	+ 9 114	− 213	+ 148 454	+ 885	+ 158 240	+ 79	
+ 64,70	+ 21,24	+ 22,84	− 34,05	− 14,47	+ 49,89	− 14,91	− 5,16	− 26,26	+ 63,62	− 1,79	+ 30,53	+ 44,36	+ 30,76	+ 2,88	
															4.
41 460	800 027	758 995	607 110	218 156	129 441	954 707	96 511	123 815	257 201	114 458	2 931 837	62 736	3 366 232	106 462	1. 12. 21
26 807	768 243	741 380	559 046	218 483	112 477	890 006	97 206	219 576	254 613	147 043	2 738 869	53 315	3 193 840	125 276	1. 12. 20
+ 14 653	+ 31 784	+17 615	+ 48 064	− 327	+ 16 964	+ 64 701	− 695	− 95 761	+ 2 588	− 32 585	+ 192 968	+ 9 421	+ 172 392	−18 814	
+ 54,66	+ 4,14	+ 2,38	+ 8,60	− 0,15	+ 15,08	+ 7,27	− 0,71	− 43,61	+ 1,02	− 22,16	+ 7,05	+ 17,67	+ 5,40	− 15,02	
															5.
9 538	150 454	107 398	97 183	37 976	23 936	159 095	37 988	41 852	71 900	15 856	511 038	11 605	610 399	21 281	1. 12. 21
6 637	139 837	101 071	95 488	39 991	21 753	157 232	39 360	58 210	76 170	20 626	478 891	10 115	585 802	19 216	1. 12. 20
+ 2 901	+ 10 617	+ 6 327	+ 1 695	− 2 015	+ 2 183	+ 1 863	− 1 372	− 16 358	− 4 270	− 4 770	+ 32 147	+ 1 490	+ 24 597	+ 2 065	
+ 43,71	+ 7,59	+ 6,26	+ 1,78	− 5,04	+ 10,04	+ 1,18	− 3,49	− 28,10	− 5,61	− 23,13	+ 6,71	+ 14,73	+ 4,20	+ 10,75	
															6.
56 329	1 034 039	180 332	414 848	186 707	70 859	672 414	254 624	411 337	537 248	106 342	2 892 499	54 888	3 590 977	103 306	1. 12. 21
45 572	1 031 488	184 912	371 802	181 015	54 029	606 846	304 821	621 854	531 215	150 815	2 772 120	41 388	3 495 568	128 904	1. 12. 20
+ 10 757	+ 2 551	+ 4 580	+ 43 046	+ 5 692	+ 16 830	+ 65 568	−50 197	− 210 517	+ 6 033	− 44 503	+ 120 379	+13 500	+ 95 409	−25 598	
+ 23,60	+ 0,25	+ 2,48	+ 11,58	+ 3,14	+ 31,15	+ 10,80	− 16,47	− 33,85	+ 1,14	− 29,50	+ 4,34	+ 32,62	+ 2,73	− 19,86	
															7.
20 864	398 736	23 338	231 309	57 470	35 680	324 459	163 266	90 288	296 546	34 717	1 249 385	18 129	1 598 777	39 038	1. 12. 21
15 851	410 501	23 298	260 912	65 728	40 105	366 745	180 459	152 217	344 353	46 796	1 326 545	13 806	1 731 500	55 789	1. 12. 20
+ 5 013	− 11 765	+ 40	− 29 603	− 8 258	− 4 425	− 42 286	−17 193	− 61 929	−47 807	− 12 079	− 77 160	+ 4 323	− 132 723	−16 751	
+ 31,63	− 2,87	+ 0,17	− 11,35	− 12,56	− 11,03	− 11,53	− 9,53	− 40,68	− 13,88	− 25,81	− 5,82	+ 31,31	− 7,67	− 30,03	
															8.
41 363	741 115	626 683	764 684	337 896	212 017	1 314 597	410 248	477 949	412 715	140 428	4 124 374	52 969	4 730 486	81 227	1. 12. 21
29 782	682 521	603 594	691 807	338 943	155 641	1 186 391	413 239	706 723	409 174	196 273	3 756 480	41 518	4 403 445	87 654	1. 12. 20
+ 11 581	+ 58 594	+23 089	+ 72 877	− 1 047	+ 56 376	+ 128 206	− 2 991	− 228 774	+ 3 541	− 55 845	+ 367 894	+11 451	+ 327 041	− 6 427	
+ 38,89	+ 8,58	+ 3,83	+ 10,53	− 0,31	+ 36,22	+ 10,81	− 0,72	− 32,37	+ 0,87	− 28,45	+ 9,79	+ 27,58	+ 7,43	− 7,33	
															9.
41 047	772 886	144 239	543 523	155 629	75 421	774 573	48 778	74 163	88 805	84 957	2 246 133	19 074	2 438 969	81 398	1. 12. 21
40 327	768 883	188 761	307 794	126 091	61 802	495 687	47 684	139 838	97 766	89 174	1 901 801	12 468	2 101 209	78 054	1. 12. 20
+ 720	+ 4 003	−44 522	+ 235 729	+29 538	+ 13 619	+ 278 886	+ 1 094	− 65 675	− 8 961	− 4 217	+ 344 332	+ 6 606	+ 337 760	+ 3 344	
+ 1,79	+ 0,52	− 23,59	+ 76,59	+ 23,43	+ 22,04	+ 56,26	+ 2,29	− 46,97	− 9,17	− 4,73	+ 18,11	+ 52,98	+ 16,07	+ 4,28	
															10.
62 037	1 236 169	554 937	1 070 531	433 650	305 165	1 809 346	286 551	116 828	242 262	141 614	4 653 456	24 895	5 062 227	146 103	1. 12. 21
50 138	1 242 766	618 559	798 261	420 978	244 204	1 463 443	277 019	207 187	247 766	149 183	4 141 471	15 157	4 553 577	176 195	1. 12. 20
+ 11 899	− 6 597	−63 622	+ 272 270	+12 672	+ 60 961	+ 345 903	+ 9 532	− 90 359	− 5 504	− 7 569	+ 511 985	+ 9 738	+ 508 650	−30 092	
+ 23,73	− 0,53	− 10,29	+ 34,11	+ 3,01	+ 24,96	+ 23,64	+ 3,44	− 43,61	− 2,22	− 5,07	+ 12,36	+ 64,25	+ 11,17	− 17,08	
															11.
19 782	703 067	171 276	517 946	369 170	153 654	1 040 770	279 134	157 033	151 441	91 117	3 736 041	12 019	3 990 618	77 164	1. 12. 21
13 394	690 818	207 006	452 561	381 175	113 151	946 887	268 764	266 658	139 006	77 699	2 965 621	5 501	3 187 827	94 809	1. 12. 20
+ 6 388	+ 12 249	−35 730	+ 65 385	−12 005	+ 40 503	+ 93 883	+10 370	− 109 625	+12 435	+ 13 418	+ 770 420	+ 6 518	+ 802 791	−17 645	
+ 47,69	+ 1,77	− 17,26	+ 14,45	− 3,15	+ 35,80	+ 9,91	+ 3,86	− 41,11	+ 8,95	+ 17,27	+ 25,98	+ 118,49	+ 25,18	− 18,61	
															12.
31 178	514 822	224 737	297 237	160 976	93 614	551 827	238 613	126 322	194 009	45 278	2 098 201	8 356	2 345 844	50 370	1. 12. 21
25 708	513 517	236 762	265 089	177 796	76 744	519 629	249 870	214 792	197 167	56 116	1 910 275	3 632	2 167 190	67 199	1. 12. 20
+ 5 470	+ 1 305	−12 025	+ 32 148	−16 820	+ 16 870	+ 32 198	−11 257	− 88 470	− 3 158	− 10 838	+ 187 926	+ 4 724	+ 178 654	−16 829	
+ 21,28	+ 0,25	− 5,08	+ 12,13	− 9,46	+ 21,98	+ 6,20	− 4,51	− 41,19	− 1,60	− 19,31	+ 9,84	+ 130,07	+ 8,24	− 25,04	
															13.
41 540	912 544	136 726	459 384	228 254	91 251	778 889	348 987	244 546	156 142	107 861	4 660 886	18 723	4 943 612	91 906	1. 12. 21
33 536	956 754	157 717	448 535	229 261	73 570	751 366	342 642	435 651	134 644	92 488	3 682 541	6 171	3 915 844	116 122	1. 12. 20
+ 8 004	− 44 210	−20 991	+ 10 849	− 1 007	+ 17 681	+ 27 523	+ 6 345	− 191 105	+21 498	+ 15 373	+ 978 345	+12 552	+1027768	−24 216	
+ 23,87	− 4,62	− 13,31	+ 2,42	− 0,44	+ 24,03	+ 3,66	+ 1,85	− 43,87	+ 15,97	+ 16,62	+ 26,57	+ 203,40	+ 26,25	− 20,85	
															14.
3 399	47 898	7 118	17 181	5 616	2 246	25 043	7 116	3 624	9 169	13 284	120 295	283	143 031	5 259	1. 12. 21
3 329	47 728	5 150	14 392	4 946	1 890	21 228	6 691	4 982	7 038	12 546	108 211	148	127 943	8 722	1. 12. 20
+ 70	+ 170	+ 1 968	+ 2 789	+ 670	+ 356	+ 3 815	+ 425	− 1 358	+ 2 131	+ 738	+ 12 084	+ 135	+ 15 088	− 3 463	
+ 2,10	+ 0,36	+ 38,21	+ 19,38	+ 13,55	+ 18,84	+ 17,97	+ 6,35	− 27,26	+ 30,28	+ 5,88	+ 11,17	+ 91,22	+ 11,79	− 39,70	

...träglichen Grenzberichtigungen. Aus einzelnen Kreisen der Provinz Oberschlesien fehlen noch die Ergebnisse von insgesamt 170 Gemeindeeinheiten, darunter 164 des Kreises Rybnik. — ²) Bei der Beurteilung ... sowie das Federvieh und so auch die Haushaltungen mit diesen Tieren allein nicht gezählt worden sind. — ³) Bei der Dezemberzählung 1913 sind die Militärpferde miterhoben. — ⁴) Zum Vergleich mit ... stehende Kühe. — ⁶) Bei der Dezemberzählung 1913 ist das Federvieh nicht erhoben worden; es sind daher die Zahlen der Dezemberzählung 1912 eingesetzt worden.

seit der Aufhebung der staatlichen Viehbewirtschaftung und öffentlichen Fleischversorgung der Bevölkerung (seit 1. Oktober 1920). Das vorläufige, aus der ersten Bearbeitung des Zählstoffs gewonnene Ergebnis für die Provinzen und den ganzen Staat ist, dem Ergebnis aus der vorjährigen Dezemberzählung gegenübergestellt, in der nachstehenden Tabelle dargestellt. In einem Teil des Kreises Rybnik (164 Gemeinden) und 6 anderen Gemeinden des den Polen zugesprochenen, aber noch nicht abgetretenen Gebietsteils Oberschlesiens konnte die Zählung nicht ausgeführt werden. Die fehlenden Zahlen sind aber nicht von wesentlichem Belang, da die ganze Provinz Oberschlesien eine verhältnismäßig geringe viehwirtschaftliche Bedeutung besitzt: sie steht in dieser Hinsicht in der Reihenfolge der 14 Provinzen an 11 ter bis 10 ter Stelle.

Wie die vorstehende Tabelle zeigt, beziffert sich der bei der diesmaligen Zählung ermittelte Pferdebestand Preußens auf rund 2 600 000 Stück. Er weist seit Dezember 1920 eine Zunahme um 58 000 Tiere auf. Diese Zunahme rührt teils daher, daß der Genuß von Pferdefleisch und die Pferdeschlachtung, die in den Vorjahren ein großes Maß erreicht hatten, seit Aufhebung der öffentlichen Fleischversorgung wesentlich nachgelassen haben. Daß aber auch die Pferdezucht im verflossenen Jahr besser betrieben wurde, dafür spricht die Vermehrung des Nachwuchses um 100 000 Stück. Die aus dem Vergleich der Bestandszahlen der über 5 Jahre alten Pferde sich ergebende Abnahme um 47 000 Stück erscheint aus dem Grunde so groß, weil in der höheren Zahl von Dezember 1920 noch ein Teil der Maultiere, die an jenem Tage nicht erhoben wurden, aber verschiedentlich aus Unachtsamkeit zu den Pferden gezählt wurden, enthalten sein dürfte.

An Maultieren hatte Preußen im Jahre 1912 innerhalb der heutigen Staatsgrenzen 1 000 Stück. Bei der diesmaligen Zählung sind rund 21 000 Maultiere ermittelt worden. Die Zunahme um 20 000 Stück spricht dafür, daß diese Arbeitstiere infolge der Pferdenot in den Kriegsjahren eine recht ausgedehnte Verwendung in gewerblichen und noch in landwirtschaftlichen Betrieben gefunden haben. Dies um so mehr, als der heutige Pferdebestand hinter demjenigen im letzten Friedensjahr (2 650 000 Stück im Dezember 1913) noch um 100 000 Stück zurückbleibt. Die Provinz Oberschlesien steht hinsichtlich ihrer Pferdezahl (106 000 Stück) an zehnter Stelle der Provinzenreihe. Sie wird durch Abtretung eines Gebietsteils an Polen etwa den vierten Teil ihrer Pferdezahl einbüßen.

Der Rindviehbestand Preußens zählt zur Zeit 9,3 Millionen Stück. Gegen den Stand von Dezember 1920 weist die heutige Zahl der Milchkühe (4 550 000) einen Zuwachs um über 100 000 Stück und die Zahl der Bullen und Ochsen eine Zunahme um 56 000 Stück auf. Dieser Zugang rührt hauptsächlich aus der heimischen Nachzucht her. Der Bestand des Jungviehs und der Kälber hat sich hingegen seit Dezember 1920 um 166 000 Stück verringert. Die Verminderung des jüngeren Bestandes hängt aber in der Hauptsache teils mit der Aufrückung in die ältere Gruppe des Großviehs, wodurch diese, wie gezeigt, in ihrer Zahl gestiegen war, und teils mit den seit der Wiedereinführung des freien gewerblichen Fleischhandels beträchtlich zugenommenen Schlachtungen zusammen. Der gesamte Rindviehbestand verzeichnet dennoch einen Zuwachs um 110 000 Stück seit Dezember 1920 Noch ist aber die Rindviehzahl im Jahre 1913 (10,5 Millionen) nicht erreicht: ihr gegenüber bleibt der gegenwärtige Bestand um über 1 Million Stück zurück. Der Rindviehbesitz Oberschlesiens ist verhältnismäßig gering: er beziffert sich auf nur 400 000 Stück = 4,3 v. H. der Staatssumme. Von dieser Zahl entfällt auf den an Polen abzutretenden Gebietsteil etwa der fünfte Teil.

An Schweinen hat die diesmalige Zählung einen Bestand von 10½ Millionen Stück ergeben. Im Vergleich mit der Zahl zu der gleichen Zeit des Vorjahres zeigt sich ein Zuwachs um über 1 Million Schweine. Berücksichtigt man noch neben dieser Vermehrung, daß die meist dem heimischen Schweinebestand entstammenden Schlachtungen in den ersten 9 Monaten 1921 2700000 gegen nur 750 000 Schweine in der gleichen Zeit des Vorjahres (als noch die Zwangsumlage bestand) betrugen, so sieht man, daß die Schweinezucht im Jahre 1921 recht namhafte Fortschritte gemacht hat. Freilich an der Zahl im Dezember 1913 (über 15,6 Mill.) gemessen, stellt der gegenwärtige Schweinebestand erst zwei Drittel jener Zahl dar. Die Provinz Oberschlesien besitzt auch hinsichtlich der Schweinezucht keine namhafte Bedeutung. Sie zählt kaum 350 000 Schweine, und ihr Verlust durch Abtretung wird sich auf etwa 100 000 Stück beziffern.

Im Unterschied von den anderen Viehgattungen hat sich bei dem Schafbestand Preußens ein Rückgang gezeigt. Die Zahl der Schafe ist von 4 018 000 im Dezember 1920 auf 3 865 000 im Dezember 1921 gesunken, sie hat sich also um 150 000 Stück vermindert. Diese Abnahme ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Nachzucht im Jahre 1921 nicht hinreichend genug war, um die seit Freigabe des Fleischhandels um das Dreifache zugenommenen Schafschlachtungen zu ersetzen; diese nahmen vielmehr noch einen Teil des Grundstocks in Anspruch.

Ähnlich wie bei den Schafen hat sich die Zahl der Ziegen, die zur Zeit rund 2 600 000 Stück beträgt, gegen den höheren Stand von Dezember 1920 um fast 80 000 Stück vermindert. Die Ziegenzucht scheint demnach seit Aufhebung der öffentlichen Fleisch- und Milchbewirtschaftung im Nachlassen begriffen zu sein. Von Einfluß waren hierbei auch die Dürre und die Futterknappheit des Sommers 1921. Dieselben Ursachen dürften eine Einschränkung der Kaninchenzucht und die Abnahme der Zahl der Kaninchen um fast 1½ Millionen Stück (2,4 Mill. gegen 3,8 Mill. im Dezember 1920) bewirkt haben.

Bei dem Geflügel hat die diesmalige Zählung einen Bestand von nahezu 42 Millionen Stück gegen 38 Mill. im Vorjahre ergeben. Die Vermehrung um 4 Mill. zeigt sich ausschließlich bei den Hühnern. Während die Gänse- und Entenschlachtungen zahlreicher waren als die Nachzucht und die Zahl dieses Geflügels sich infolgedessen gegen das Vorjahr vermindert hat, scheint das Zuchtinteresse im verflossenen Jahr aus dem Anreiz der hohen Eierpreise sich mehr den Hühnern zugekehrt zu haben: ihre Zahl (inbegriffen Truthühner) beträgt zur Zeit 37,3 Mill. gegen 33,3 im Dezember 1920.

Was endlich den Stand der Bienenzucht betrifft, so war diesmal ein Bestand von 1 072 000 Bienenstöcken gezählt worden. Bei der letzten, dem Kriege vorangegangenen Zählung (Dezember 1912) waren 1 276 000 Bienenstöcke vorhanden. Diese Verminderung um 200 000 Stück zeugt davon, daß die Bienenzucht während der Kriegszeit beträchtlich eingeschränkt und scheinbar erst nach Kriegsende allmählich mit ihrem Wiederaufbau begonnen wurde.

Schädlinge und Krankheiten der Feldfrüchte in Preußen 1921. — Alljährlich gehen ungeheure Summen dem deutschen Volke verloren durch die Schädigungen, die auch die aufs sorgfältigste angebauten, hoffnungsreichen Saat- und Erntebestände durch Schädlinge und Krankheiten erleiden. Deren Bekämpfung ist um so nötiger, als wir, wie bekannt, heut auf die Erzeugnisse des eigenen Anbaus angewiesen sind.

Durch enge Zusammenarbeit des Preußischen Statistischen Landesamts, das von jeher diesen Schäden besondere Aufmerksamkeit zuwandte, mit der Biologischen Reichsanstalt sind die Vorbedingungen für die Bekämpfung wesentlich verbessert worden. Genaue Nachweisungen über das örtliche Auftreten von Schädlingen werden auf das schnellste der Reichsanstalt übermittelt. Sie bieten so die Grundlage für das schnelle Eingreifen an den Entstehungsherden dieser Schäden. Die zusammenfassende Zusammenstellung für 1921 ist im folgenden abgedruckt. In Sp. 2 ist die landwirtschaftlich genutzte Fläche angegeben, um einen Anhalt für die Bedeutung der Schäden zu geben. Die meisten und vielseitigsten Meldungen fallen naturgemäß in die eigentliche Sommerzeit von Anfang Juni bis Anfang Oktober, da in diesen Monaten die hauptsächlichsten Pflanzenkrankheiten wie Brand, Rost usw. sowie die meisten in Betracht kommenden Insektenarten vorkommen. Die Auswinterungen Anfang Mai betreffen jedenfalls Fälle, die erst spät als solche er-

Auftreten von Schädlingen usw. an Feldfrüchten in Preußen 1921.

Staat / Regierungsbezirke	Landwirtschaftlich genutzte Fläche ha	Anzahl der Meldungen der Saatenstandsberichterstatter über das hauptsächlichste Vorkommen von Schädlingen usw. an Feldfrüchten: Auswinterung an Getreide	Auswinterung an Klee	Auswinterung an Raps	Brandkrankheiten an Getreide	Rostkrankheiten an Getreide	Blattrollkrankheit an Kartoffeln	Schwarzbeinigkeit an Kartoffeln	Wild	Saatkrähen	Mäuse	Hamster	Maulwürfe	Engerlinge	Drahtwürmer	Erdflöhe	Rapskäfer	Fritfliegen	Runkelfliegen	Blattläuse an Rüben	Kohlraupen	Blattläuse an Bohnen	Graue Made an Kartoffeln	Erdraupe
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
Staat: Anfang April		373	35	249	1	3	—	—	27	22	485	18	7	1	2	1	9	8	—	—	1	—	—	—
„ Mai		299	56	—	—	2	—	—	27	29	745	3	7	5	243	13	86	10	—	—	1	—	—	—
„ Juni		—	—	—	16	19	—	—	28	7	263	8	2	50	243	171	101	110	79	5	—	—	—	—
„ Juli		—	—	—	781	423	154	29	11	—	269	—	1	31	63	52	44	43	50	—	5	—	—	—
„ August		—	—	—	812	371	128	27	13	—	608	2	—	60	18	12	—	21	145	14	—	35	—	—
„ September		—	—	—	30	5	613	129	14	—	1 126	12	—	135	22	15	—	—	20	26	—	—	17	—
„ Oktober		—	—	—	—	—	3	2	10	—	1 549	9	1	213	29	26	—	2	11	328	80	—	131	81
„ November		—	—	—	—	—	—	—	76	—	1 965	3	10	214	36	6	1	20	2	7	—	—	32	7
„ Dezember		—	—	—	—	—	—	—	53	322	1 832	1	3	6	4	—	—	2	—	—	—	—	—	—
im ganzen	17 812 874	672	91	249	1 640	823	898	187	259	380	8 842	56	31	715	660	296	241	216	307	380	87	35	180	88
Regierungsbezirke:																								
1. Königsberg	970 278	15	5	—	119	42	2	—	4	5	346	—	4	3	29	79	3	22	3	44	—	—	—	1
2. Gumbinnen	709 295	22	5	—	17	12	—	2	—	—	72	—	5	3	10	28	—	6	2	—	2	—	—	—
3. Allenstein	710 330	8	3	—	23	10	—	6	1	8	137	—	7	4	5	17	—	7	4	27	7	—	—	—
4. Marienwerder	214 743	4	1	—	15	8	—	—	—	4	69	—	1	1	3	6	3	1	2	11	1	—	—	—
5. Potsdam	1 132 668	24	—	—	45	30	50	18	5	7	337	2	—	29	11	2	1	15	16	6	—	—	15	—
6. Frankfurt	984 934	26	—	20	63	35	33	20	1	6	272	—	3	19	9	—	16	5	9	10	—	—	17	—
7. Stettin	843 534	25	1	2	92	93	16	12	4	7	484	2	—	8	10	4	4	2	52	66	12	—	9	—
8. Köslin	874 036	31	2	1	74	38	10	8	18	3	345	—	2	4	14	7	4	5	11	77	5	—	1	—
9. Stralsund	304 791	13	—	—	29	64	6	3	3	1	199	1	2	3	4	3	1	2	64	7	3	—	2	—
10. Schneidemühl	438 230	8	—	3	13	4	3	2	1	4	103	—	—	6	8	2	1	5	—	17	1	—	—	—
11. Breslau	901 656	81	3	6	85	28	39	7	4	10	466	—	—	53	25	8	35	3	—	4	1	—	21	40
12. Liegnitz	726 067	35	1	13	70	21	48	10	7	7	339	2	—	95	29	3	23	3	3	4	4	—	21	6
13. Oppeln	794 302	28	3	2	43	22	23	2	—	14	161	—	—	63	25	1	18	4	6	3	1	—	13	13
14. Magdeburg	772 595	36	2	17	116	86	77	6	9	33	858	8	—	61	43	7	18	34	38	6	—	—	64	5
15. Merseburg	710 594	43	21	19	125	53	70	8	4	23	775	28	—	72	44	2	10	20	3	2	—	—	14	—
16. Erfurt	226 252	15	5	13	64	26	27	4	1	5	325	8	—	29	33	10	8	4	2	4	—	—	2	—
17. Schleswig	1 138 604	23	7	5	41	44	16	—	7	18	261	1	1	15	22	20	14	3	—	4	14	16	—	—
18. Hannover	336 817	12	—	23	41	21	59	5	—	14	263	—	—	9	32	9	10	4	15	4	3	1	—	—
19. Hildesheim	291 694	15	—	4	63	31	24	6	6	8	383	1	1	57	72	11	5	6	9	1	—	—	—	—
20. Lüneburg	515 679	19	—	3	43	19	69	5	4	5	433	—	—	15	8	1	5	14	46	16	2	3	—	—
21. Stade	361 635	15	1	3	16	10	27	5	—	4	47	—	—	1	8	—	—	5	—	2	—	3	—	—
22. Osnabrück	288 765	7	—	9	16	5	55	1	9	13	107	—	—	—	20	—	7	2	—	5	1	—	—	—
23. Aurich	224 715	4	—	1	6	9	4	—	—	2	31	—	1	—	6	2	—	1	—	1	1	6	—	—
24. Münster	430 383	29	5	2	30	6	29	6	1	12	25	—	1	2	7	3	1	3	1	20	3	6	—	1
25. Minden	337 571	9	—	17	33	15	38	5	6	6	137	—	—	3	17	2	1	2	3	—	—	—	—	—
26. Arnsberg	340 356	38	6	1	51	16	44	11	15	23	212	1	1	—	26	16	—	6	—	5	12	—	—	3
27. Cassel	540 487	14	13	47	62	29	31	13	13	12	583	—	1	30	77	10	19	12	4	5	1	—	—	5
28. Wiesbaden	275 023	12	1	13	24	5	14	5	11	27	227	—	—	18	13	12	3	2	6	5	—	—	1	6
29. Coblenz	297 834	14	3	17	42	5	16	3	44	7	218	—	1	10	6	6	3	7	1	2	2	—	—	—
30. Düsseldorf	322 570	16	2	—	54	8	31	3	6	35	113	—	—	37	10	10	4	4	2	12	5	—	—	5
31. Cöln	217 602	8	—	1	64	12	21	8	5	23	121	1	—	30	20	1	13	—	—	—	2	—	—	2
32. Trier	306 179	17	1	4	33	6	7	1	50	18	261	1	—	24	2	1	1	1	3	4	3	—	—	1
33. Aachen	189 607	3	—	3	26	6	8	2	19	16	74	—	—	6	10	12	10	6	1	5	1	—	—	—
34. Sigmaringen	66 425	3	—	—	2	4	1	—	1	—	58	—	—	5	2	1	—	—	1	1	—	—	—	—
Außerdem:																								
Waldeck und Pyrmont	60 485	3	1	1	4	2	2	1	4	—	29	—	—	—	3	—	1	—	—	—	—	—	—	—

kannt und dann noch zu Nach- oder Umbestellungen führten. Ungewöhnlich sind auch die Anfang April und Mai gemeldeten Fälle über Rost und Brand im Getreide und Auftreten von Insekten; sie erklären sich jedoch aus dem recht zeitigen Beginn des sommerlichen Wetters. Wenn auch die Zahl der angegebenen Meldungen 17 333 beträgt, so wurden damit sicher nicht alle vorkommenden Fälle erfaßt, da viele unentdeckt blieben oder auch wegen Geringfügigkeit oder aus sonstigen Gründen nicht angegeben wurden. Zu einer wirklichen Plage haben sich die Schädigungen im Jahre 1921 nirgends ausgewachsen, wenn sie auch in den einzelnen Fällen den Ertrag stark beeinflußt haben mögen. Erhebliche Einbußen an Halmfrüchten sind durch Drahtwürmer, Erdflöhe, Fritfliegen, Rapskäfer, Saatkrähen und Auswinterung, an Kartoffeln durch Engerlinge, Mäuse, graue Maden und Erdraupen, an Rüben und Kohl durch Blattläuse und an Klee durch Mäuse verursacht worden. Den Kartoffeln hat ferner die Blattrollkrankheit und Schwarzbeinigkeit geschadet. Vergleicht man die Häufigkeit der Fälle in den einzelnen Landesteilen nach der Größe der landwirtschaftlich genutzten Fläche, so ergeben sich die meisten in den Bezirken der Provinzen Sachsen und Hessen-Nassau sowie in den an diese angrenzenden Bezirken Hildesheim, Lüneburg, Coblenz und Arnsberg, während Ostpreußen außer Königsberg sowie Schleswig-Holstein und die Bezirke Stade, Aurich und Münster am wenigsten betroffen wurden.

Bei den Angaben für Mäuse, die allein mehr als die Hälfte aller gemeldeten Fälle ausmachen, ist die merkbare Verminderung in den Monaten Juni und Juli nicht etwa als eine Abnahme der Zahl der Tiere zu deuten, sondern dadurch zu erklären, daß sie in den um diese Zeit hochbewachsenen Feldern verborgen sind. Die höchste Vermehrung der Mäuse, die durch den trockenen Sommer dieses Jahres sehr begünstigt wurde, brachten wie alljährlich die Herbstmonate, in denen sie von den abgeernteten Feldern auf die Kartoffel- und Kleeschläge abwanderten und auch den jungen Saaten Schaden zufügten. An Abwehrmaßnahmen, die bisher und vornehmlich im Frühjahr angewandt werden, wenn die Tiere noch selten auftreten, kommen Gift und Fallen in Betracht. Der Löfflersche Mäusetyphusbazillus wird selten oder kaum erwähnt. Die wirksamste Vernichtung geschieht in den meisten Jahren jedoch durch den Winter, besonders durch anhaltendes Glatteis; aber auch solches wird von kräftigen Tieren in günstig gelegenen Nestern überstanden. Gegen Brand und Rost des Getreides ist Beizen des Saatgutes mit Kupfervitriol ein wirksamer Schutz, dessen Durchführung, wie es in einzelnen Landesteilen schon geschehen ist, genossenschaftlich organisiert werden sollte.

Die Sterblichkeit der Kinder bis zu 15 Jahren infolge Tuberkulose in den preußischen Großstädten 1913 und 1919. — In welch furchtbarer Weise Krieg und Hungerblockade auf die Zunahme der Erkrankungen und Sterbefälle an Tuberkulose eingewirkt haben, ist allgemein bekannt. Besonders litten unter dem Mangel an zureichender und guter Nahrung die Städte, vor allem wieder die großen mit ihren dicht zusammengeballten Menschenmassen, und daher war es kein Wunder, daß die Sterblichkeits-Zunahme an Tuberkulose selbst auf den Bevölkerungsanteil übergriff, der in der Vorkriegszeit verhältnismäßig weniger unter dieser Volksseuche zu leiden hatte — auf die Kinder.

Wie verderblich die Folgen des Krieges auch auf die Tuberkulose-Sterblichkeit unserer Großstadtkinder eingewirkt haben, sei durch einen Vergleich der Durchschnittsziffern aus 31 preußischen Großstädten der Jahre 1913 und 1919 erläutert, wobei daran erinnert wird, daß das letzte Kriegsjahr 1918 den eigentlichen Höhepunkt der Tuberkulose-Sterblichkeit darstellt. Leider ist aber für dieses Jahr kein genauer Bevölkerungsaufbau nachgewiesen, sodaß deshalb das Jahr 1919 gewählt wurde, dessen Sterblichkeit im allgemeinen zwar schon etwas geringer ist als die des Vorjahres, dessen Todesziffern aber gerade bei den Kindern das Vorjahr noch in den Schatten stellen.

Während im Jahre 1913 aus der gesamten jugendlichen Bevölkerung von 2 667 996 Großstadtkindern bis zu 15 Jahren nur 2 347 infolge von Tuberkulose starben — was einer Sterblichkeit von 8,80 auf 10 000 Lebende dieses Bevölkerungsanteils entspricht — forderte diese Seuche im Jahre 1919 bei einer Kinderzahl von nur 2 233 940 Köpfen 3 485 Opfer, d. h. 15,60 auf 10 000. Die Sterbeziffer ist also im Jahre 1919 fast doppelt so hoch wie 1913. Im Gesamtstaat hat die Tuberkulosesterblichkeit der Kinder sich nur von 6,53 im Jahre 1913 auf 10,87 im Jahre 1919 erhöht, woraus sich unzweifelhaft die verhältnismäßig stärkere Anteilnahme der Großstädte an der Sterblichkeitszunahme ergibt. Das Bemerkenswerteste bei diesem starken Anwachsen der kindlichen Tuberkulosesterblichkeit liegt vor allem darin, daß von den einzelnen Arten der Tuberkulose die Lungentuberkulose am meisten zugenommen hat. Ihre Ziffer ist von 3,81 (auf 10 000) auf 8,63 gestiegen, hat sich also mehr als verdoppelt. Dagegen hat die Sterblichkeit an Tuberkulose anderer Organe, die sonst bei Kindern eine größere Rolle spielte und ihr Leben verhältnismäßig mehr bedrohte (tuberkulöse Hirnhautentzündung, Knochen- und Drüsentuberkulose) nicht so stark zugenommen; ihr Anteil ist von 4,49 nur auf 6,40 gestiegen. Die Miliartuberkulose hat wenig zugenommen, sie ist von 0,49 nur auf 0,57 gestiegen. Werden die verstorbenen Kinder in drei Altersgruppen von 0—1, 1—5 und 5—15 Jahren eingeteilt, so findet man die geringste Sterblichkeitszunahme bei der ersten Gruppe, bei den Säuglingen. Ihre Sterblichkeit (auf 10 000 dieses Alters) stieg von 21,61 im Jahre 1913 nur auf 27,65 im Jahre 1919, während bei den 1—5 jährigen eine Zunahme von 13,18 auf 30,73 und bei den 5—15 jährigen eine solche von 5,46 auf 11,02 eingetreten ist; die beiden letzteren haben sich also mehr als verdoppelt. Die Tuberkulosesterbeziffer der 1—5 jährigen übertrifft im Jahre 1919 sogar die der Säuglingsklasse, während sie 1913 nur etwa zwei Drittel derselben betrug. Vergleicht man die Sterblichkeit der Knaben mit der der Mädchen, so zeigt sich eine stärkere Zunahme bei letzteren. Während im Jahre 1913 die Knaben eine Tuberkulosesterblichkeit von 8,88, die Mädchen eine solche von 8,72 aufwiesen, wuchs die Sterbeziffer der letzteren im Jahre 1919 auf 16,79; bei den Knaben stieg sie dagegen nur auf 14,42. Die Ursache dieser Erscheinung dürfte zweifellos in einer besonders starken Zunahme der Sterblichkeit bei den Mädchen im Anfang der Pubertätszeit (Lungentuberkulose) zu suchen sein, da bekanntlich diese Entwicklungszeit besonders das weibliche Geschlecht für Lungenerkrankungen empfänglich macht. Mit der starken Zunahme der Tuberkulosesterblichkeit bei den Kindern der Großstädte hat sich naturgemäß deren Anteil an der Kindersterblichkeit überhaupt vermehrt; er ist von 5,25 im Jahre 1913 auf 9,92 vom Hundert im Jahre 1919 gestiegen. Dagegen ist der Anteil der kindlichen Tuberkulosesterblichkeit zur Gesamtsterblichkeit an Tuberkulose von 16,50 im Jahre 1913 auf 14,61 % im Jahre 1919 gefallen. Scheinbar hat also die Kinder-Tuberkulose nicht in dem Maße zugenommen wie die der Erwachsenen. Leider aber ist das nicht der Fall, vielmehr ist die verhältnismäßige Zunahme bei den Kindern sogar größer als bei den Erwachsenen; denn bei dem scheinbaren Rückgange des Kinderanteils an der Tuberkulosesterblichkeit überhaupt ist zu berücksichtigen, daß der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung von 34,46 % im Jahre 1913 auf 29,45 % im Jahre 1919, mithin um 5 % zurückgegangen ist, während der Rückgang ihres Sterbeanteils bei der Tuberkulose kaum 2 % beträgt.

Die tödlichen Verunglückungen in Preußen in den Jahren 1918 und 1919. — Es verunglückten in Preußen (ohne die Kriegsverletzten) insgesamt im Jahre 1918 15 207 m. und 4 998 w. gegen 15 400 m. und 5 122 w. Personen im Jahre 1917. Bei beiden Geschlechtern ist demnach eine geringe Abnahme der Todesfälle dieser Art festzustellen. Im Jahre 1919 endeten durch tödlichen Unglücksfall 15 696 m. und 4 655 w. Personen. Während in diesem Jahre die Zahl der weiblichen Verunglückten weiter abgenommen hat, ist die der männlichen wieder gestiegen und übertrifft auch noch die Zahl des Jahres 1917. Von 100 000 Lebenden sind 1917 48,4 (74,6 m., 23,5 w.), 1918 47,6 (73,7 m., 22,9 w.) und 1919 51,7 (83,4 m., 22,7 w.) tödlich verunglückt.

Von den Verunglückten entfielen

auf die Altersklassen	1918 überhaupt		1918 auf 100 000 Lebende jedes Geschlechts der einzelnen Altersklassen		1919 überhaupt		1919 auf 100 000 Lebende jedes Geschlechts der einzelnen Altersklassen	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
bis 5 Jahre	1 135	789	61,3	43,6	954	650	67,6	47,7
über 5 „ 15 „	2 069	709	42,6	14,8	1 994	731	44,9	16,7
„ 15 „ 60 „	10 201	2 408	81,8	18,1	11 037	2 116	95,9	16,3
„ 60 Jahre . . .	1 715	1 052	117,7	56,9	1 617	1 127	111,1	61,8
unbekannten Alters .	87	40	—	—	94	31	—	—
zusammen . . .	15 207	4 998	—	—	15 696	4 655	—	—.

Wird die Gesamtzahl der tödlich verunglückten männlichen oder weiblichen Personen in den Berichtsjahren 1918 und 1919 jedes-

mal gleich 100 gesetzt, so ergibt sich, daß im Alter von 0—5 Jahren die Knaben nur mit 7,5 und 6,1, die Mädchen mit 15,8 und 14,0 vom Hundert aller verunglückten männlichen oder weiblichen Personen vertreten waren. Die vielleicht auffallende Tatsache, daß scheinbar mehr Mädchen als Knaben und — wie weiter unten ersichtlich — mehr alte Frauen als alte Männer tödlich verunglückten, erklärt sich einfach dadurch, daß beim männlichen Geschlecht die meisten Verunglückungen in den Altersklassen von 15—60 Jahren Berufsverunglückungen sind, während beim weiblichen Geschlecht derartige Verunglückungen einen nicht so starken Anteil haben, sodaß bei ihm die tödlichen Unfälle sich etwas mehr auf die anderen Altersklassen verteilen. In den Altersklassen von 5—15 Jahren ist bei den Mädchen im Jahre 1918 eine kleine Abnahme (auf 14,2), im Jahre 1919 dagegen eine kleine Zunahme (auf 15,7) eingetreten, während bei den Knaben in beiden Jahren ein erheblicher Anstieg der Ziffern (auf 13,6 und 12,7) nachzuweisen ist. Von den 15—60 Jahre alten Personen verunglückten verhältnismäßig mehr Männer als Frauen (1918 67,1 m., 48,2 w. und 1919 70,3 m., 45,5 w.). Bei den über 60 Jahre alten Personen ist wieder das weibliche Geschlecht stärker belastet; die Verhältnisziffern stellen sich bei den Männern auf 11,3 und 10,3, bei den Frauen auf 21,0 und 24,2.

Von den einzelnen großen Berufsgruppen sind die Männer beteiligt:

	1918		1919	
	überhaupt	v. H. der verunglückten männlichen Personen	überhaupt	v. H. der verunglückten männlichen Personen
Bergbau u. Hüttenwesen	2 875	18,9	2 804	17,9
Übrige Industrien . . .	4 756	31,3	4 822	30,7
Land- u. Forstwirtschaft	2 730	18,0	2 728	17,4
Handel und Verkehr . .	2 214	14,6	2 350	15,0.

Wie gewöhnlich sind die meisten tödlichen Verunglückungen der männlichen Personen in den industriellen Berufen vorgekommen, von denen am stärksten 1918 das Baugewerbe mit 1 130, 1919 dagegen die Metallindustrie mit 1 202 Todesfällen beteiligt ist. Dementsprechend sind, wie auch in früheren Jahren, die Provinzen mit den größten Industriebezirken am stärksten belastet.

Von allen tödlich Verunglückten entfallen auf die Provinzen

	1918				1919			
	überhaupt		davon erwerbstätig		überhaupt		davon erwerbstätig	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	w.	w.
Ostpreußen. . . .	697	282	458	167	754	280	558	172
Westpreußen . . .	573	222	377	126	649	246	477	158
Stadtkreis Berlin	639	419	519	344	1 220	489	1 093	413
Ldspolizeibz. Berlin	855	543	674	448	1 493	630	1 318	537
Brandenburg . .	1 433	597	1 121	440	1 544	597	1 189	473
Pommern	516	180	400	121	602	210	467	142
Posen[1])	590	286	391	163	83	16	70	12
Schlesien.	1 948	619	1 582	434	2 435	701	1 981	461
Sachsen	1 032	325	824	228	1 204	332	989	252
Schleswig-Holstein	559	179	425	123	526	192	418	140
Hannover	961	298	737	202	976	275	770	202
Westfalen	2 216	417	1 901	254	2 011	335	1 694	201
Hessen-Nassau . .	618	202	503	136	612	219	499	151
Rheinprovinz . .	3 410	966	2 714	656	3 057	757	2 415	484
Hohenzoll. Lande	15	6	10	5	23	6	18	3
zusammen	15 207	4 998	11962	3399	15 696	4 655	12 638	3 264

[1]) 1919 nur der bei Preußen verbleibende Teil.

Aus der nachstehenden Übersicht ist zu erkennen, auf welche Art die tödlichen Verunglückungen erfolgt sind.

Im Jahre 1918 waren demnach bei den männlichen Verunglückten wieder die meisten Todesfälle durch Überfahren, Ertrinken und durch Sturz sowie durch Verschütten und Erschlagen verursacht; im Jahre 1919 dagegen stehen an erster Stelle die Verunglückungen durch Erschießen (Schußverletzungen und Explosionen). Es folgen dann Überfahren, Ertrinken, Sturz, Verschütten und Erschlagen.

Es verunglückten

durch	männliche Personen		weibliche Personen	
	1918	1919	1918	1919
Ertrinken	2 180	2 172	563	554
Sturz	2 095	1 922	953	961
Überfahren	3 137	2 693	943	665
Maschinenverletzung einschl. elektr. Stroms .	817	722	114	76
Verbrennen und Verbrühen	790	678	740	759
Ersticken.	700	736	529	506
darunter:				
durch Rauch und Gase.	597	579	458	401
Verschütten und Erschlagen	1 560	1 699	67	89
Vergiftung[1])	337	243	259	228
Schlag und Biß usw. von Tieren	247	247	29	23
Stoß, Schlag, Anprall	268	180	34	18
Erschießen, Schußverletzungen u. Explosionen	1 310	[2]) 3 481	259	[3]) 499
Stich- und Schnittwunden	33	[4]) 53	10	12
Erfrieren	92	58	47	29
Blitzschlag	82	45	52	28
Sonnenstich	13	16	7	10
Luftverkehr	282	52	15	1
Fliegerangriffe	115	—	93	—
Sonstige Ereignisse	50	69	30	32
Nicht angegeben und unbekannt	1 099	630	254	165.

[1]) ausschließlich der durch Rauch und Gase verursachten Fälle, die den Verunglückungen durch Ersticken zugeteilt sind. — [2]) darunter Revolutionsopfer 1 617. — [3]) desgl. 226. — [4]) desgl. 4.

Bei den Verunglückten weiblichen Geschlechts waren 1918 am häufigsten Sturz, Überfahren, Verbrennen und Verbrühen, Ertrinken sowie Ersticken, 1919 Sturz, Verbrennen und Verbrühen, Überfahren, Ertrinken und Ersticken. Den genannten Todesursachen sind weit über die Hälfte der männlichen und weiblichen Verunglückten zum Opfer gefallen.

Durch elektrischen Strom verunglückten tödlich 1918 268 (255 m., 13 w.), 1919 247 (239 m., 8 w.) Personen. Im Jahre 1917 kamen auf diese Weise 225 (217 m., 8 w.) Personen ums Leben.

Die Krankenhausstatistik der allgemeinen Heilanstalten Preußens im Jahre 1919. — Da das Jahr 1919 das erste Friedensjahr nach dem Weltkriege ist, erscheint es zweckmäßig, seinen Zahlen die des letzten Friedensjahres 1913 gegenüberzustellen. Beim Vergleich dieser beiden Jahre miteinander werden um so bemerkenswertere Ergebnisse sich herausstellen, als durch die inzwischen erfolgten Gebietsverluste sehr wesentliche Änderungen in der Masse des statistischen Materials herbeigeführt wurden. Während in der Kriegszeit, die als solche nicht gut mit der Vorkriegszeit verglichen werden kann, ein großer Teil der Krankenanstalten ganz oder teilweise zu Reservelazaretten umgewandelt war, sind diese 1919 bereits wieder zum größten Teil ihrer ursprünglichen Bestimmung zurückgegeben.

Im Jahre 1919 waren in Preußen 2 185 allgemeine Heilanstalten vorhanden, während es 1913 im alten größeren Preußen deren 2 344 gab; es ist also eine Abnahme von 159 Anstalten eingetreten. Diese Abnahme erklärt sich in folgender Weise: in den Provinzen, die einen Gebietsverlust erlitten haben, sind 188 Anstalten weniger vorhanden als 1913, wobei nur 12 Anstalten neu hinzugekommen, dagegen 200 fortgefallen sind, während in den übrigen Provinzen die Zahl der Anstalten um 49 zugenommen hat, aber nur 20 fortgefallen sind, sodaß das Gesamtergebnis den oben angeführten Verlust von 159 Anstalten erkennen läßt. Wenn daher trotz des starken Abganges an Anstalten die Zahl der Betten im Berichtsjahre um 20 702 oder 11,68 % größer ist als 1913 (im größeren Preußen), so ist die Zunahme nur zum geringsten Teile durch Eröffnung neuer Anstalten zu erklären; auch bauliche Vergrößerungen bereits bestehender Anstalten dürften nicht in besonderem Grade zur Vermehrung der Lagerstellen beigetragen haben; vielmehr ist die verhältnismäßig starke Zunahme der Betten-

Zahl, Größe und Belegung sämtlicher allgemeinen Heilanstalten im Jahre 1919.*)

Regierungsbezirke — Staat	Zahl der					Summe der Verpflegungstage	Es kamen auf 10 000 Einwohner		Auf 1 Bett kamen Verpflegte
	Anstalten	Betten	Verpflegten				Betten	Verpflegte	
			männlich	weiblich	überhaupt				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Regierungsbezirke.									
Königsberg	65	3 688	15 283	20 373	35 656	859 619	41,68	402,94	9,67
Gumbinnen	19	1 109	5 798	5 920	11 718	273 059	20,16	213,01	10,57
Allenstein	20	1 127	4 822	4 811	9 633	308 479	21,00	179,47	8,55
Marienwerder	16	986	4 086	4 245	8 331	198 540	38,28	323,46	8,45
Potsdam	176	16 121	46 142	76 644	122 786	3 878 664	51,77	394,32	7,62
Frankfurt	64	4 236	16 980	16 005	32 985	996 441	34,35	267,51	7,79
Stadtkreis Berlin	74	13 251	48 858	71 620	120 478	3 388 764	69,65	633,26	9,09
Stettin	55	3 121	11 376	13 707	25 083	711 207	35,08	281,91	8,04
Köslin	36	1 895	7 140	7 625	14 765	444 585	29,00	225,93	7,79
Stralsund	13	826	5 658	6 392	12 050	259 974	33,86	494,02	14,59
Schneidemühl	14	615	2 429	2 171	4 600	127 945	18,81	140,72	7,48
Breslau	151	11 259	37 003	46 569	83 572	2 583 235	62,30	462,42	7,42
Liegnitz	87	5 162	16 780	20 662	37 442	1 180 326	43,72	317,13	7,25
Oppeln	112	8 743	33 834	20 613	54 447	1 838 298	38,28	238,39	6,23
Magdeburg	61	5 008	18 752	25 218	43 970	1 178 884	40,21	353,03	8,78
Merseburg	59	4 187	20 235	17 833	38 068	1 040 605	31,24	284,07	9,09
Erfurt	28	2 142	6 666	9 067	15 733	474 235	39,40	289,42	7,35
Schleswig	81	5 799	23 344	31 149	54 493	1 399 711	39,66	372,68	9,40
Hannover	37	3 257	13 126	16 676	29 802	887 320	42,51	388,93	9,15
Hildesheim	57	3 467	13 122	15 439	28 561	996 314	61,06	502,98	8,24
Lüneburg	25	1 808	7 521	7 894	15 415	411 475	31,95	272,42	8,53
Stade	14	1 028	4 166	4 142	8 308	211 205	23,78	192,20	8,08
Osnabrück	44	2 281	8 452	9 636	18 088	541 673	55,90	443,24	7,93
Aurich	17	925	3 881	4 898	8 779	196 768	33,38	316,84	9,49
Münster	102	10 232	41 544	34 398	75 942	2 523 187	87,32	648,09	7,42
Minden	68	4 660	12 808	19 067	31 875	1 151 668	60,67	415,01	6,84
Arnsberg	132	19 198	87 651	65 476	153 127	4 796 282	75,34	600,90	7,98
Cassel	41	4 197	15 719	17 041	32 760	994 203	40,21	313,82	7,81
Wiesbaden	92	8 311	31 073	41 868	72 941	2 002 555	67,59	593,21	8,78
Coblenz	73	4 736	15 326	19 988	35 314	1 085 086	61,61	459,39	7,46
Düsseldorf	188	26 170	108 359	99 125	207 484	6 773 662	73,16	580,01	7,93
Köln	100	12 668	44 186	51 213	95 399	3 090 043	94,60	712,42	7,53
Trier [1])	29	1 956	8 036	9 489	17 525	474 716	43,38	388,62	8,96
Aachen	31	3 433	13 355	14 989	28 344	820 048	54,19	447,44	8,26
Sigmaringen	4	284	559	434	993	58 098	40,14	140,35	3,50
Staat 1919*)	**2 185**	**197 886**	**754 070**	**832 397**	**1 586 467**	**48 156 874**	**53,37**	**427,90**	**8,02**
1918	**2 190**	**196 063**	**734 401**	**816 502**	**1 550 903**	**44 861 330**	**46,22**	**365,59**	**7,91**
1917	**2 196**	**191 762**	**726 708**	**725 670**	**1 452 378**	**42 493 889**	**45,20**	**342,37**	**7,57**
1916	**2 163**	**187 277**	**633 020**	**660 602**	**1 293 622**	**38 015 176**	**44,35**	**306,38**	**6,91**
1913*)	**2 151**	**164 176**	**843 927**	**591 934**	**1 435 262**	**40 062 736**	**43,59**	**381,10**	**8,74**

*) nach dem Gebietsumfang vom 1. 10. 1920. — [1]) ohne das Saargebiet.

zahl durch bessere Raumausnutzung (dichtere Belegung) zu erklären. Auf eine Anstalt kamen 1913 durchschnittlich 75,59, 1919 aber 90,57 Betten. Die Zahl der im Jahre 1919 Verpflegten belief sich auf 52 258 oder 3,41 % mehr als 1913, die Zahl der Verpflegungstage ist aber um 5 441 399 oder um 12,74 im Jahre 1919 gestiegen. Somit kommen im Berichtsjahre auf einen Verpflegten im Durchschnitt 30,35 Verpflegungstage gegen 27,84 im Jahre 1913. Wären die hinzugekommenen Betten durch Kranke mit der durchschnittlichen Verpflegungsdauer von 1913 voll ausgenutzt worden, so hätten im Jahre 1919 wenigstens rund 270 000 Kranke mehr verpflegt werden können. Trotz der etwas längeren durchschnittlichen Verpflegungsdauer ist denn auch 1919 das einzelne Bett nicht so ausgenutzt worden wie im Vergleichsjahre, in dem 8,66 Kranke im Jahre auf ein Bett kamen, während es 1919 nur 8,02 waren. Auf 10 000 Einwohner berechnet, hat sich die Zahl der Betten von 42,54 im Jahre 1913 auf 53,37 im Jahre 1919, die Zahl der Verpflegten von 368,37 auf 427,90 erhöht. Sämtliche bisher angegebenen Zahlen und Ziffern für 1913 beziehen sich — das sei nochmals hervorgehoben — auf den früheren Gebietsumfang; doch ist, um einen direkten Vergleich mit dem jetzigen Gebiete zu ermöglichen, in der vorstehenden Tabelle bei den hier angeführten Zahlen und Ziffern für 1913 der jetzige Gebietsumfang zu Grunde gelegt (Reduktion der Zahlen und Ziffern auf das jetzige kleinere Preußen). Es hätte eigentlich erwartet werden dürfen, daß die im Berichtsjahre zur Verfügung stehende größere Zahl der Betten mehr beansprucht worden wäre. Bei der herrschenden Wohnungsnot — so sollte man annehmen — hätte mancher Erkrankte, der früher in Hauspflege blieb, es vorgezogen, ein Krankenhaus aufzusuchen, und da ferner in den ersten Monaten des Jahres 1919 die Influenza noch stark herrschte, hätte auch dieser Umstand eigentlich eine stärkere Belegung der Heilanstalten herbeiführen müssen. Vielleicht haben die wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere die Nöte des Mittelstandes, es veranlaßt, daß mancher Patient, der früher das Krankenhaus aufgesucht hätte, ihm jetzt fernblieb; ganz wird aber die geringere Belegung der Krankenhäuser hierdurch nicht erklärt, da wenigstens in den öffentlichen Anstalten im Jahre 1919 die Verpflegungskosten noch keineswegs übermäßig hoch waren.

Die Krankenbewegung (unter besonderer Berücksichtigung der Geisteskranken) in den Anstalten für Geisteskranke, Epileptiker usw. in Preußen 1919. — Die Zahl der Anstalten dieser Art betrug im Jahre 1919 303, während im letzten Jahre vor dem Kriege (1913) deren 367 vorhanden waren. Die Abnahme um 64 Anstalten seit 1913 ist jedoch nicht ohne weiteres der Einbuße durch Gebietsabtretungen zuzuschreiben. In den Provinzen, deren Gebietsumfang durch Abtretungen verkleinert wurde, betrug die Abnahme gegen 1913 37 Anstalten, in den übrigen aber auch 31, denen hier allerdings ein Zugang von 4 neuen Anstalten gegenübersteht, sodaß im ganzen in den unberührten Provinzen 27 Anstalten weniger vorhanden sind. Schon hieraus ist ersichtlich, daß die Gebietsverluste nicht allein die Ursache der Verminderung der Anstalten waren. Tatsächlich sind denn auch nur 21 Anstalten mit den abgetretenen Gebieten verlorengegangen, sodaß immer noch eine direkte Abnahme von 43 Anstalten für ganz Preußen zu verzeichnen ist. Auf die Ursachen hierfür wird später noch näher eingegangen werden. Die Zahl der Betten, die 1913 (im alten, größeren Preußen) 106 882 (100 032)[1]) betrug, ist im Berichtsjahre auf 95 839 gesunken. Doch kommen 1919 auf eine Anstalt rund 316 Betten, während es im Jahre 1913 nur rund 291 (289)[1]) waren. So ist denn auch die Zahl der verpflegten Geistes- und Nervenkranken von 154 219 (144 127)[1]) im Jahre 1913 auf 106 242 im Berichtsjahre zurückgegangen; demgemäß hat sich auch die Zahl der Verpflegungstage von 34 774 295 (31 490 057)[1]) auf 22 824 106 verringert. Die Zahl der durchschnittlichen Verpflegungstage, die auf einen Kranken fielen, ist 1919 etwas kleiner geworden; sie betrug 214,8 Tage gegen 225,5 (218,8)[1]) im Jahre 1913.

Die Gründe für diesen Rückgang in der Zahl der Anstalten, Betten und deren Benutzung sind mannigfacher Natur. Krieg und Hungerblockade haben die Insassen dieser Anstalten ganz besonders hart betroffen; Tuberkulose und Grippe fanden bei den durch Hunger erschöpften Geisteskranken nur wenig Widerstand, zumal da bei dieser Art von Kranken eine gute Ernährung von lebenswichtiger Bedeutung ist. In den Jahren 1917 und 1918 sind von den Kranken nicht weniger als 19,25 und 15,50 v. H. dem Hunger und Krankheiten erlegen, während 1913 z. B. die Sterblichkeit nur 5,7 v. H. betragen hat. Ferner ist die Zahl der behandlungsbedürftigen Alkoholiker auf einen Bruchteil der Zahl solcher Kranken vor dem Kriege gesunken. Sie betrug im Berichtsjahre nur ein Fünftel bis ein Viertel der Zahlen von 1913. Endlich dürfte aber noch zu berücksichtigen sein, daß im Kriege ein Teil männlicher Zukunftskranker dieser Anstalten gefallen oder verstorben ist. Auch dieser Ausfall trägt zur Erklärung des Rückganges bei. Ein nicht unwesentlicher Grund dürfte noch schließlich darin zu finden sein, daß die veränderten Geldwertverhältnisse es vielen Kranken unmöglich machen, in solche Anstalten sich aufnehmen zu lassen oder darin zu verbleiben, zumal da es sich ja meist um Dauerkranke mit monate- oder gar jahrelangem Aufenthalt handelt. Auch haben gerade die Anstalten für Geisteskranke im Verhältnis zu sonstigen Krankenanstalten besonders starke Unkosten, vor allem beim Personal, das in größerem Umfange männlich ist, sodaß durch die Kosten allein für dieses die Rentabilität vieler Privatanstalten in Frage gestellt oder aufgehoben wird. Alle diese Umstände vereint dürften die Abnahme der Anstalten genügend erklären.

An Geisteskranken allein wurden im Jahre 1919 91 399 gegen 137 978 (130 163)[1]) im Jahre 1913 behandelt. Sowohl Bestand wie Zugang im Berichtsjahre weisen gegenüber dem Jahre 1913 nicht unerhebliche Unterschiede auf. Der erhebliche Bestandsüberschuß an männlichen Kranken, der im Jahre 1913 zu verzeichnen war, hat im Jahre 1919 einem, wenn auch kleinen, Überschuß des weiblichen Anteils Platz gemacht, und auch der Zugang an Kranken, der vor dem Kriege beim männlichen Geschlecht um die Hälfte etwa stärker war, zeigt jetzt fast die gleichen Zahlen bei beiden Geschlechtern.

Die Sterblichkeit betrug im Berichtsjahre immerhin noch 10,92 v. H., d. h. fast das Doppelte des Vergleichsjahres. Von den einzelnen Krankheitsformen (s. Tab. 1 und 2) weisen den bei weitem stärksten Rückgang gegen 1913, wie schon erwähnt, die Alkoholiker auf. Diese Abnahme ist beim männlichen Geschlecht verhältnismäßig stärker als beim weiblichen. Bei den Paralytikern (Gehirnerweichung)

(Tab. 1)

Krankheitsformen	Bestand am 1. Januar 1913		Zugang im Jahre 1913		Abgang im Jahre 1913: überhaupt		Abgang im Jahre 1913: davon durch Tod		Bestand am 31. Dezember 1913	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1. Einfache Seelenstörung	25 671	27 903	11 772	12 119	11 256	11 378	1 926	2 514	26 187	28 644
2. Paralytische Seelenstörung . .	2 515	889	3 215	892	3 188	864	1 493	426	2 542	917
3. Imbezillität (angeborene), Idiotie und Kretinismus . . .	13 070	9 684	2 935	2 140	2 398	1 562	529	366	13 607	10 262
4. Epilepsie mit und ohne Seelenstörung	7 231	5 713	3 071	1 422	2 958	1 297	538	336	7 344	5 838
5. Alkoholismus	2 062	230	4 966	478	5 060	421	154	11	1 968	287
Zusammen . . .	**50 549**	**44 419**	**25 959**	**17 051**	**24 860**	**15 522**	**4 640**	**3 653**	**51 648**	**45 948**
	[1]) (47 468)	(41 604)	(24 870)	(16 221)	(23 780)	(14 753)	(4 383)	(3 441)	(48 558)	(43 072)

(Tab. 2)

Krankheitsformen	Bestand am 1. Januar 1919		Zugang im Jahre 1919		Abgang im Jahre 1919: überhaupt		Abgang im Jahre 1919: davon durch Tod		Bestand am 31. Dezember 1919	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1. Einfache Seelenstörung	14 402	18 867	6 912	9 771	7 903	10 669	2 424	3 324	13 411	17 969
2. Paralytische Seelenstörung . .	1 110	484	2 332	775	2 080	734	947	357	1 362	525
3. Imbezillität (angeborene), Idiotie und Kretinismus . . .	9 672	8 469	2 698	2 109	2 555	2 122	904	900	9 815	8 456
4. Epilepsie mit und ohne Seelenstörung	4 350	4 380	1 887	1 453	1 988	1 417	581	494	4 249	4 416
Alkoholismus	657	86	870	115	868	109	39	9	659	92
Zusammen . . .	**30 191**	**32 286**	**14 699**	**14 223**	**15 394**	**15 051**	**4 895**	**5 084**	**29 496**	**31 458**

[1]) Die eingeklammerten Zahlen zeigen die Angaben von 1913, zurückgeführt auf den Gebietsumfang von 1919.

(Tab. 3)

Krankheitsformen	Zugang im Jahre 1913		Abgang im Jahre 1913 überhaupt		Abgang im Jahre 1913 davon durch Tod		Bestand am 31. Dezember 1913		Zugang im Jahre 1919		Abgang im Jahre 1919 überhaupt		Abgang im Jahre 1919 davon durch Tod		Bestand am 31. Dezember 1919	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
1. Einfache Seelenstörung	45,86	43,43	43,85	40,78	7,50	9,01	102,01	102,66	47,99	51,79	54,87	56,55	16,83	17,62	93,12	95,24
2. Paralytische Seelenstörung	127,83	100,34	126,76	97,19	59,36	47,92	101,07	103,15	210,09	160,12	187,39	151,65	85,32	73,76	122,70	108,47
3. Imbezillität (angeborene), Idiotie und Kretinismus	22,46	22,10	18,35	16,13	4,05	3,78	104,11	105,37	27,89	25,90	26,42	25,06	9,35	10,63	101,48	99,85
4. Epilepsie mit und ohne Seelenstörung	42,47	24,89	40,91	22,70	7,44	5,88	101,56	102,19	43,38	33,17	45,70	32,35	13,36	11,28	97,68	100,82
5. Alkoholismus	240,83	207,83	245,39	183,01	7,47	4,78	95,44	124,78	132,42	133,72	132,12	126,74	5,94	10,47	100,30	106,98
Zusammen	51,35	38,39	49,18	34,94	9,18	8,22	102,17	103,44	48,69	44,05	50,99	46,62	16,21	15,75	97,70	97,44

(Tab. 4)

Krankheitsformen	Zugang überhaupt		davon waren unter 16 Jahre alt		davon waren erblich belastet		davon waren Trinker		Von je 100 des Zugangs (Sp. 2 bezw. 3) waren unter 16 Jahre alt		erblich belastet		Trinker	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1. Einfache Seelenstörung	6 912	9 771	139	89	1 157	2 117	237	48	2,01	0,91	16,74	21,67	3,43	0,49
2. Paralytische Seelenstörung	2 332	775	7	9	145	65	37	9	0,30	1,16	6,22	8,39	1,59	1,16
3. Imbezillität (angeborene), Idiotie und Kretinismus	2 698	2 109	1 141	756	679	581	98	74	42,29	35,85	25,17	27,55	3,63	3,51
4. Epilepsie mit und ohne Seelenstörung	1 887	1 453	296	206	301	258	105	26	15,69	14,18	15,95	17,76	5,56	1,79
5. Hysterie	1 309	1 997	32	58	93	333	14	6	2,44	2,90	7,10	16,68	1,07	0,30
6. Neurasthenie	1 729	1 681	8	11	203	219	22	9	0,46	0,65	11,74	13,03	1,27	0,54
7. Chorea	48	84	11	31	9	8	—	—	22,92	36,90	18,75	9,52	—	—
8. Tabes	209	58	—	—	4	3	4	—	—	—	1,91	5,17	1,91	—
9. Andere Krankheiten des Nervensystems	2 065	1 693	65	54	124	91	28	1	3,15	3,19	6,00	5,38	1,36	0,06
10. Alkoholismus	870	115	—	—	116	22	870	115	—	—	13,33	19,13	100,00	100,00
11. Morphinismus und andere narkotische Vergiftungen	267	148	1	—	25	16	10	5	0,37	—	9,36	10,81	3,75	3,38
12. Andere Krankheiten	799	986	67	70	20	28	1	—	8,39	7,10	2,50	2,84	0,13	—
Zusammen	21 125	20 870	1 767	1 284	2 876	3 741	1 426	293	8,36	6,15	13,61	17,93	6,75	1,40
	[1](31 546)	(21 823)	(1 712)	(1 335)	(6 773)	(4 770)	(7 713)	(669)	(5,43)	(6,12)	(21,47)	(21,86)	(24,45)	(3,07)

[1]) Die eingeklammerten Zahlen zeigen die Angaben von 1913, zurückgeführt auf den Gebietsumfang von 1919.

zeigen die Männer eine Abnahme von etwa 40 %, während die Frauen nicht in gleichem Maße zurückgegangen sind (etwa 30 %). Recht erheblich ist auch die Abnahme der an „einfacher Seelenstörung" Leidenden. Auch bei dieser Erkrankung weisen die Männer wieder im Vergleich zum Jahre 1913 günstigere Ziffern auf. Insbesondere ist der Zugang, der 1913 bei beiden Geschlechtern ungefähr gleich stark war, beim weiblichen Geschlecht um mehr als ein Drittel größer als beim männlichen. Selbst bei den an angeborener Imbezillität, Idiotie und Kretinismus Behandelten, die sich doch zu erheblichem Teile aus dem Kindesalter ergänzen und bei denen eine zahlenmäßige Beschränkung durch den Krieg beim männlichen Geschlechte kaum in erheblichem Umfange erfolgt sein kann, zeigen die Männer günstigere Verhältnisse als das weibliche Geschlecht. Das gleiche ist in etwas stärkerem Grade noch bei den Epileptikern zu beobachten. Wenn vom Alkoholismus abgesehen wird, so ist die auffallende Abnahme in der Zahl der männlichen Behandelten, wie schon erwähnt, in dem Umstande zu suchen, daß die männlichen Zukunftskandidaten für diese Anstalten im Kriege gefallen oder sonstwie gestorben sind. Vielleicht hat auch der Mangel an Alkohol so manchen Ausbruch von Geisteskrankheiten anderer Art verhindert oder wenigstens verzögert. Wenn man bei Betrachtung der Tabelle 4 den Anteil nachgewiesener Trinker am Zugang beider Jahre vergleicht, so dürfte die oben ausgesprochene Vermutung als richtig anzusehen sein. Stimmt diese Tatsache doch auch mit den ärztlichen Erfahrungen überein, daß eine ganze Reihe von geistigen Erkrankungen, wenn nicht durch Alkohol direkt verursacht, so doch in ihrem Ausbruch beschleunigt oder sonstwie verschlimmert wird. Sollte, was leider zu befürchten ist, der Alkoholmißbrauch künftig wieder zunehmen, so wird vielleicht die Statistik der nächsten Jahre darauf eine eindeutige Antwort geben. Tabelle 3 zeigt die Verhältnisziffern für beide Jahre nur für Geisteskranke, den Anfangsbestand = 100 gesetzt. Tabelle 4 gibt die Geistes- und Nervenkranken des Berichtsjahres, den Zugang nach Krankheitsformen unter besonderer Hervorhebung der Jugendlichen, der erblich Belasteten und der Trinker (zum Vergleich auch die Zahlen des Jahres 1913 im gleichen Gebietsumfange wie 1919).

Todesursachen der im Jahre 1920 in Preußen Gestorbenen nach Altersklassen. — In Preußen (ohne Saargebiet) starben im Jahre 1920 insgesamt 581 209 Personen oder 156,8 auf 10 000 Lebende. Annähernd ein Drittel (183 799) aller Verstorbenen (49,6 auf 10 000 Lebende) sind übertragbaren Krankheiten, die in einem weiteren Artikel noch besonders besprochen werden, zum Opfer gefallen. Nach Höhe der Sterbeziffern geordnet, schließen sich die folgenden Todesursachen an: Altersschwäche mit 16,9, Krankheiten der Kreislauforgane mit 16,5, Krankheiten der Verdauungsorgane mit 12,4, andere benannte Todesursachen mit 12,2, angeborene Lebensschwäche und Bildungsfehler sowie Gehirnschlag und andere Krankheiten des Nervensystems mit je 10,1, Krebs und andere Neubildungen mit 9,1, Krankheiten der Atmungsorgane mit 6,8, Verunglückung oder andere gewaltsame Einwirkung mit 5,2, Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane mit 2,9, Selbstmord und unbekannte Todesursachen mit je 2,1, im Kindbett gestorben (außer

Todesursachen	Es starben 1920 im Alter bis 1 Jahr		über 1 bis 5 Jahre		über 5 bis 15 Jahre		über 15 bis 30 Jahre		über 30 bis 60 Jahre		über 60 bis 70 Jahre	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Angeborene Lebensschwäche und Bildungsfehler	21 093	16 304	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Altersschwäche (über 60 Jahre)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 533	4 019
Im Kindbett gestorben (außer Kindbettfieber)	—	—	—	—	—	—	—	820	—	1 213	—	—
Übertragbare Krankheiten (einschl. Kindbettfieber)	14 135	11 123	9 043	8 399	6 248	7 427	19 134	22 395	24 925	27 942	9 074	9 385
Krankheiten der Atmungsorgane	2 873	2 371	862	773	348	396	959	959	2 890	2 436	2 844	2 251
Krankheiten der Kreislauforgane (Herz usw.)	1 826	1 418	430	385	819	906	1 803	1 863	8 057	8 761	7 830	8 436
Gehirnschlag und andere Krankheiten des Nervensystems	1 858	1 329	924	767	1 310	1 217	1 561	1 403	5 746	4 840	3 606	3 977
Krankheiten der Verdauungsorgane	13 578	10 639	1 244	1 080	779	746	1 140	1 716	3 634	4 240	1 950	2 077
darunter:												
a) Magen- und Darmkatarrh	8 688	6 696	711	632	165	189	59	94	222	266	195	235
b) Brechdurchfall	4 071	3 387	320	279	50	63	13	13	21	36	17	25
c) Blinddarmentzündung	4	6	28	17	203	151	287	266	318	216	70	48
Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane	219	158	174	151	272	296	527	758	2 020	2 237	1 256	882
Krebskrankheit und andere Neubildungen	42	41	30	39	93	79	276	378	6 025	8 853	5 258	5 701
Selbstmord	—	—	—	—	57	16	1 682	1 026	2 178	1 150	695	302
Mord und Totschlag	77	55	10	7	36	21	303	120	402	96	67	27
Verunglückung oder andere gewaltsame Einwirkung	198	148	768	504	1 656	563	6 069	767	5 371	814	896	355
Andere benannte Todesursachen	15 658	11 673	1 942	1 703	661	511	792	710	2 404	2 978	1 459	1 897
Todesursache nicht angegeben und unbekannt	2 083	1 634	210	243	155	155	293	219	497	522	325	372
Gestorbene überhaupt	73 640	56 893	15 637	14 051	12 434	12 333	34 539	33 134	64 149	66 082	37 793	39 681

Todesursachen	Es starben 1920 im Alter über 70 Jahre		unbekannt		Summe der Gestorbenen zusammen			Von je 100 Gestorbenen starben		
	m.	w.	m.	w.	1920¹)	1919	1913	1920¹)	1919	1913
1	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
Angeborene Lebensschwäche und Bildungsfehler	—	—	—	—	37 397	29 268	42 695	6,43	4,69	6,88
Altersschwäche (über 60 Jahre)	22 577	33 419	1	14	62 563	79 124	65 442	10,76	12,68	10,55
Im Kindbett gestorben (außer Kindbettfieber)	—	—	—	—	2 033	1 866	2 054	0,35	0,30	0,33
Übertragbare Krankheiten (einschl. Kindbettfieber)	6 446	8 104	8	11	183 799	203 769	145 801	31,62	32,65	23,50
Krankheiten der Atmungsorgane	2 599	2 787	1	1	25 350	32 637	32 677	4,36	5,23	5,27
Krankheiten der Kreislauforgane (Herz usw.)	7 975	10 750	1	4	61 264	65 210	62 849	10,54	10,45	10,13
Gehirnschlag und andere Krankheiten des Nervensystems	3 814	4 986	2	—	37 340	40 720	42 928	6,42	6,52	6,92
Krankheiten der Verdauungsorgane	1 319	1 681	—	—	45 823	37 591	72 419	7,88	6,02	11,67
darunter:										
a) Magen- und Darmkatarrh	215	361	—	—	18 728	13 701	32 610	3,22	2,20	5,26
b) Brechdurchfall	11	31	—	—	8 337	4 214	18 306	1,43	0,68	2,95
c) Blinddarmentzündung	24	42	—	—	1 680	1 636	2 424	0,29	0,26	0,39
Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane	1 191	587	—	—	10 728	12 951	11 939	1,85	2,07	1,92
Krebskrankheit und andere Neubildungen	3 086	3 889	—	1	33 791	34 074	34 350	5,81	5,46	5,54
Selbstmord	506	203	27	9	7 851	6 784	9 214	1,35	1,09	1,48
Mord und Totschlag	32	11	8	6	1 278	1 351	889	0,22	0,22	0,14
Verunglückung oder andere gewaltsame Einwirkung	558	557	92	21	19 337	22 385	16 893	3,33	3,59	2,72
Andere benannte Todesursachen	1 002	1 657	4	3	45 054	44 503	66 172	7,75	7,13	10,66
Todesursachen nicht angegeben und unbekannt	386	441	46	20	7 601	11 924	14 133	1,31	1,91	2,28
Gestorbene überhaupt	51 491	69 072	190	90	581 209	624 157	620 455	100	100	100

¹) ohne Saargebiet.

Kindbettfieber) mit 0,6 [1]) und endlich Mord und Totschlag mit 0,3 auf 10 000 Lebende. Den Summen der Gestorbenen für 1920 sind die Grundzahlen für 1913 und 1919 gegenübergestellt. Ein direkter Vergleich dieser Zahlen aber ist ebensowenig angängig wie ein Vergleich der rohen Sterbeziffern (Verhältnisziffern, wie gewöhnlich, berechnet auf 10 000 Lebende), weshalb letztere nicht gebracht werden. Die Verschiedenheit des Altersaufbaues der Bevölkerung von 1920 ist besonders gegenüber der von 1913 zu groß, um einen solchen Vergleich ohne weiteres zu gestatten. Wie wenig ein solcher angebracht ist, mag eine Gegenüberstellung der Gesamtsterbeziffern dieser Jahre roh und geeicht (abgestimmt) zeigen: Sterbeziffern auf 10 000 Lebende

	roh	geeicht (abgestimmt) [2])
1913 . . .	149,0	150,3
1919 . . .	157,9	177,0
1920 . . .	153,6	182,6.

[1]) Auf 10 000 weibliche Personen im Alter von 15—50 Jahren entfallen 1,9 Sterbefälle. — [2]) Die geeichten (abgestimmten) Ziffern sind berechnet auf eine Bevölkerung von der Zusammensetzung der preußischen nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 (Standard-Bevölkerung). — [3]) s. vorstehende Gegenüberstellung.

Während also die auf gewöhnliche Weise berechnete Sterbeziffer im Berichtsjahre bereits eine Verkleinerung gegenüber 1919 aufweist und etwa in der Mitte zwischen den Ziffern von 1913 und 1919 steht, zeigt ihre Umrechnung [3]) auf das deutlichste, daß von einer wirklichen Besserung der Sterblichkeit gegen das Vorjahr noch nicht die Rede sein kann, sondern daß im Gegenteil der erhebliche Abstand von 1919 gegen das letzte Friedensjahr sich noch vergrößert, die Sterblichkeit sich also im Berichtsjahre noch weiter verschlechtert hat.

Diese Ziffern zeigen auf das deutlichste die Zwecklosigkeit eines Vergleichs der rohen Sterbeziffern auch bei den einzelnen Todesursachen. Statt dessen ist ein Vergleich der drei Jahre nach dem Anteil der Gestorbenen an den einzelnen Todesursachen in der folgenden Tabelle beigefügt.

Beachtenswert ist hierbei vor allem die Verschiebung der Ziffern bei den Krankheiten der Verdauungsorgane, deren Anteil auf 100 Gestorbene von 11,67 im Jahre 1913 auf 6,02 und 7,88 in den Jahren 1919 und 1920 zurückgegangen ist. Dieser Rückgang ist nicht nur auf die Geburtenabnahme und die damit verbundene

Verringerung des Anteils der kleinen und kleinsten Kinder (Säuglinge) — die Krankheiten der Verdauungsorgane spielen bei diesen Kindern als Todesursache eine sehr große Rolle — sondern auch auf eine tatsächliche Abnahme der Sterblichkeit an diesen Krankheiten bei den Säuglingen zurückzuführen. In geringerem Grade ist dies auch bei der Gruppe „andere benannte Todesursachen" der Fall.

Die Entwicklung des Höheren Mädchenschulwesens in Preußen von 1912 bis 1919. — Im Jahre 1912 belief sich die Gesamtzahl der Höheren Mädchenschulen im preußischen Staate auf insgesamt 466 Anstalten (nämlich 5 Staatsanstalten, 237 Gemeindeanstalten, 79 Stiftungsanstalten und 145 Privatanstalten). Im Jahre 1919 war ihre Zahl auf 522 (5 Staatsanstalten, 280 Gemeindeanstalten, 7 Stiftungsanstalten und 230 Privatanstalten) angewachsen. Die Zahl der Staatsanstalten ist hiernach die gleiche geblieben, die der Gemeindeanstalten von 237 auf 280 gestiegen. In Hinsicht auf die Stiftungsanstalten ist zu berücksichtigen, daß diese vom Jahre 1914 ab zum ganz überwiegenden Teile den Privatanstalten zugezählt worden sind. Aus dieser Änderung der Zählmethode ergibt sich der Rückgang von 79 auf 7 Anstalten. Will man den Zuwachs an nichtöffentlichen Anstalten feststellen, so müssen hiernach die Stiftungs- und Privatanstalten zusammengezählt werden. Alsdann ergibt sich, daß die Zahl dieser Schulen von 224 auf 237 angewachsen ist. Die Entwicklung des Gemeindeschulwesens ist hiernach am schnellsten vorangeschritten.

Verhältnismäßig am stärksten zugenommen hat die Zahl der Höheren Mädchenschulen in der Provinz Westfalen (nämlich von 39 auf 55 = 41 %), alsdann folgen die Provinzen Schleswig-Holstein (von 13 auf 17 = 30,8 %), Sachsen (von 28 auf 35 = 25 %) und Brandenburg (von 69 auf 82 = 18,8 %). Eine Zunahme weisen weiterhin auf: Westpreußen (von 18 auf 19), Posen (von 8 auf 9), Hannover (von 34 auf 36), Hessen-Nassau (von 34 auf 39) und die Rheinprovinz (von 105 auf 115). Nur in der Stadt Berlin ist die Zahl der Höheren Mädchenschulen — und zwar von 27 auf 24 — zurückgegangen.

I.

Provinzen — Staat	Inhaber der Genehmigung	Anstalten 1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1. Ostpreußen	Gemeinden	10	10	11	11	11	11	11	11
	Private	11	10	10	10	10	10	10	10
2. Westpreußen .	Gemeinden	10	10	10	10	10	10	12	12
	Stiftungen	1	1	—	—	—	—	—	—
	Private	7	7	8	7	7	7	7	7
3. Stadtkreis Berlin . .	Staat	2	2	2	2	2	2	2	2
	Gemeinden	8	8	8	10	10	10	11	11
	Stiftungen	1	1	—	—	—	—	—	—
	Private	16	15	15	13	13	13	12	11
4. Brandenburg . . .	Gemeinden	46	50	53	55	56	56	56	56
	Stiftungen	3	3	2	3	3	3	3	4
	Private	20	16	16	17	18	18	22	22
5. Pommern	Gemeinden	11	12	12	11	11	11	11	13
	Private	5	4	4	3	3	3	3	3
6. Posen . .	Staat	1	1	1	1	1	1	1	1
	Gemeinden	2	2	2	2	2	2	2	2
	Private	5	5	5	5	5	5	6	6
7. Schlesien .	Gemeinden	17	18	17	18	18	18	19	19
	Stiftungen	9	9	—	—	—	—	—	—
	Private	28	27	34	34	35	35	35	35
8. Sachsen .	Staat	1	1	1	1	1	1	1	1
	Gemeinden	20	21	24	24	25	25	25	25
	Stiftungen	5	5	1	1	1	1	1	1
	Private	2	2	6	6	8	8	8	8
9. Schleswig-Holstein .	Gemeinden	10	10	10	12	13	14	14	14
	Private	3	4	4	4	3	3	3	3
10. Hannover	Gemeinden	23	24	23	23	23	23	23	23
	Stiftungen	4	5	—	—	—	—	—	—
	Private	7	6	11	10	12	12	12	13
11. Westfalen	Gemeinden	21	21	23	26	27	28	28	29
	Stiftungen	14	14	1	1	1	1	1	1
	Private	4	4	17	17	24	25	26	25
12. Hessen-Nassau . .	Gemeinden	17	17	17	17	17	18	18	18
	Stiftungen	8	8	—	—	—	—	—	—
	Private	9	8	17	17	20	20	20	21
13. Rheinprovinz .	Staat	1	1	1	1	1	1	1	1
	Gemeinden	42	45	45	46	46	46	46	47
	Stiftungen	34	34	1	1	1	1	1	1
	Private	28	28	62	62	64	64	65	66
Staat . . .	**Staat**	5	5	5	5	5	5	5	5
	Gemeinden	237	248	255	265	269	272	276	280
	Stiftungen	79	80	5	6	6	6	6	7
	Private	145	136	209	205	222	223	229	230
Zusammen . . .		**466**	**469**	**474**	**481**	**502**	**506**	**516**	**522**

Im Jahre 1912 und 1913 sind Anstalten, die hauptsächlich von Stiftungen, katholischen Ordensgenossenschaften usw. unterhalten werden, nach ihrem Wesen den Stiftungsanstalten zugerechnet worden. Diese Anstalten müssen aber nach dem Konzessionsinhaber als Privatanstalten gezählt werden.

Über die konfessionellen Verhältnisse der Schülerinnen geben die nachstehenden Tabellen (II und III) Auskunft. Wie sich aus ihnen ergibt, hat die Gesamtzahl der Schülerinnen von 153 524 (im Jahre 1912) auf 208 167 (im Jahre 1919) zugenommen. Im einzelnen ist zu ersehen, daß die Zahl der staatliche Anstalten besuchenden Schülerinnen etwas zurückgegangen ist. Der sehr erhebliche Rückgang der Stiftungsanstalten besuchenden Schülerinnen (von 21 933 auf 1 678) ergibt sich aus der oben erwähnten Änderung der Zählmethode. Eben aus ihr erklärt sich auch der besonders starke Zuwachs für die Privatanstalten. In der für das Jahr 1919 ermittelten Zahl von 72 812 Schülerinnen von Privatanstalten dürften gut 20 000 Schülerinnen der im Jahre 1912 unter Stiftungsanstalten ausgewiesenen Schulen enthalten sein. Wie die Zahl der Gemeindeanstalten, so hat sich auch die Zahl der sie besuchenden Schülerinnen (absolut und relativ) am stärksten vermehrt.

II.

Bekenntnisses	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Schülerinnen								
evangelisch.	104 276	106 568	109 157	110 641	114 664	119 804	127 149	136 399
katholischen	37 699	39 332	40 321	40 705	42 787	46 162	50 889	58 476
jüdischen. .	11 278	11 347	11 258	11 399	11 614	12 005	12 265	12 659
sonstigen. .	271	293	336	392	443	529	488	633
zusammen	**153 524**	**157 540**	**161 072**	**163 137**	**169 508**	**178 500**	**190 791**	**208 167**
Auf Tausend								
evangelisch.	679,2	676,5	677,7	678,2	676,5	671,2	666,4	655,2
katholischen	245,6	249,7	250,3	249,5	252,4	258,6	266,7	280,9
jüdischen. .	73,5	72,0	69,9	69,9	68,5	67,2	64,3	60,8
sonstigen. .	1,8	1,9	2,1	2,4	2,6	3,0	2,6	3,0

bei 618,2 bezw. 363,0 — 10,4 und 8,4 der Gesamtbevölkerung

Von der Gesamtzahl der Schülerinnen (153 524) im Jahre 1912 waren 104 276 (= 679,2 pro Mille) evangelischen, 37 699 (= 245,6 pro Mille) katholischen Bekenntnisses, 11 278 (= 73,5 pro Mille) jüdischer Religion. Von Angehörigen sonstiger Bekenntnisse sind 271 (= 1,8 pro Mille) gezählt worden. Im Jahre 1919 belief sich die Zahl der evangelischen Schülerinnen auf 136 399 (= 655,2 pro Mille), die der katholischen auf 58 476 (= 280,9 pro Mille), der jüdischen auf 12 656 (= 60,8 pro Mille) und derjenigen sonstiger Bekenntnisse auf 631 (= 3,0 pro Mille). Als wesentliches Ergebnis ist hiernach festzustellen, daß die Zahl der katholischen Schülerinnen im Verhältnis zu den Zahlen der evangelischen und jüdischen Schülerinnen nicht unerheblich zugenommen hat.

Berücksichtigt man, daß (nach der Volkszählung im Jahre 1910) von der Gesamtbevölkerung Preußens 618,2 v. T. evangelisch, 363 v. T. katholisch, 10,4 v. T. jüdisch gewesen sind und 8,4 pro Mille sonstigen Bekenntnissen angehört haben, so zeigt sich, daß die jüdischen Bevölkerungsteile annähernd 6 mal mehr Schüle-

rinnen in die höheren Mädchenschulen entsenden, als nach ihrer Kopfstärke zu erwarten wäre, und daß auch die Zahl der evangelischen Schülerinnen dieser Anstalten stärker als der Anteil der evangelischen Bevölkerung ist. Doch scheinen diese Unterschiede, wie die obigen Zahlen zeigen, langsam zu verschwinden.

III.

Art der Schulen	Schülerinnen 1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919
1	2	3	4	5	6	7	8	9
In Staatsanstalten								
Lyzeum	1 727	1 675	1 474	1 443	1 486	1 448	1 427	1 415
davon								
evang. Bek.	.	.	1 044	1 037	1 069	1 039	994	1 001
kath. „	.	.	279	256	257	256	280	265
jüd. „	.	.	149	145	154	150	150	144
sonst. „	.	.	2	5	6	3	3	5
Oberlyzeum	688	739	729	741	772	794	746	652
davon								
evang. Bek.	.	.	517	517	558	553	533	479
kath. „	.	.	192	196	180	203	165	132
jüd. „	.	.	19	27	34	37	45	39
sonst. „	.	.	1	1	—	1	3	2
Studienanstalt	277	377	446	470	527	575	572	573
davon								
evang. Bek.	.	.	285	293	321	367	360	343
kath. „	.	.	105	118	123	121	121	134
jüd. „	.	.	54	58	83	85	89	93
sonst. „	.	.	2	1	—	2	2	3
zusammen	2 692	2 791	2 649	2 654	2 785	2 817	2 745	2 640
In Gemeindeanstalten								
Lyzeum	82 840	85 780	89 693	94 075	98 587	103249	109513	119222
davon								
evang. Bek.	.	.	73 152	76 143	79 867	83 274	88 180	95 246
kath. „	.	.	9 315	10 419	11 020	12 075	13 373	15 577
jüd. „	.	.	6 983	7 223	7 380	7 524	7 615	7 912
sonst. „	.	.	243	290	320	376	345	487
Oberlyzeum	4 423	5 364	5 397	5 004	4 924	5 816	6 072	6 618
davon								
evang. Bek.	.	.	4 310	3 568	3 902	4 664	4 931	5 350
kath. „	.	.	969	925	878	961	992	1 072
jüd. „	.	.	117	108	140	183	141	187
sonst. „	.	.	1	3	4	8	8	9
Studienanstalt	2 631	3 111	3 490	3 655	3 999	4 397	4 892	5 197
davon								
evang. Bek.	.	.	2 416	2 459	2 619	2 892	3 161	3 415
kath. „	.	.	599	682	726	766	888	921
jüd. „	.	.	460	487	620	706	802	826
sonst. „	.	.	15	27	34	33	41	35
zusammen	89 894	94 255	98 580	102734	107510	113462	120477	131037
In Stiftungsanstalten								
Lyzeum	19 926	20 002	1 229	1 310	1 380	1 352	1 329	1 316
davon								
evang. Bek.	.	.	1 164	1 245	1 305	1 279	1 257	1 235
kath. „	.	.	36	32	42	38	37	44
jüd. „	.	.	27	31	30	31	35	36
sonst. „	.	.	2	2	3	4	—	1
Oberlyzeum	1 791	2 115	276	248	231	304	321	362
davon								
evang. Bek.	.	.	268	245	229	297	315	353
kath. „	.	.	7	2	—	4	5	7
jüd. „	.	.	1	1	2	3	1	2
Studienanstalt	216	283	—	—	—	—	—	—
zusammen	21 933	22 400	1 505	1 558	1 611	1 656	1 650	1 678
In Privatanstalten								
Lyzeum	36 960	36 113	54 740	52 983	54 289	56 987	62 035	68 627
davon								
evang. Bek.	.	.	25 020	23 867	24 009	24 567	26 408	27 967
kath. „	.	.	26 300	25 880	27 143	29 127	32 215	37 230
jüd. „	.	.	3 350	3 173	3 062	3 193	3 327	3 339
sonst. „	.	.	70	63	75	100	85	91
Oberlyzeum	1 877	1 813	3 100	2 664	2 842	3 066	3 290	3 563
davon								
evang. Bek.	.	.	924	758	748	834	951	980
kath. „	.	.	2 090	1 777	1 993	2 145	2 291	2 511
jüd. „	.	.	86	129	100	85	47	72
sonst. „	.	.	—	—	1	2	1	—
Studienanstalt	168	168	498	544	471	512	594	622
davon								
evang. Bek.	.	.	57	109	37	38	59	30
kath. „	.	.	429	418	425	466	522	583
jüd. „	.	.	12	17	9	8	13	9
zusammen	39 005	38 094	58 338	56 191	57 602	60 565	65 919	72 812
In sämtlichen Anstalten								
Lyzeum	**141453**	**143570**	**147136**	**149811**	**155742**	**163036**	**174304**	**190580**
außerd. Knaben	**1 651**	**1 654**	**1 586**	**1 588**	**1 915**	**2 156**	**2 458**	**3 188**
Oberlyzeum	**8 779**	**10 031**	**9 502**	**8 657**	**8 769**	**9 980**	**10 429**	**11 195**
Studienanstalt	**3 292**	**3 939**	**4 434**	**4 669**	**4 997**	**5 484**	**6 058**	**6 392**

Staatsanstalten besuchten im Jahre 1919: 69,05 % evangelische Schülerinnen, 20,11 % katholische Schülerinnen und 10,45 % jüdische Schülerinnen. Die entsprechenden Zahlen für die Gemeindeanstalten waren: 79,38 % — 13,41 % und 6,81 %; für die Privatanstalten 39,80 % — 55,38 % und 4,70 %. Die heute noch als Stiftungsanstalten ausgewiesenen Schulen wurden von 94,64 % evangelischen Schülerinnen gegenüber nur 3,04 % katholischen und 2,26 % jüdischen Schülerinnen besucht. Es ergibt sich hieraus, daß die Stiftungs- und Gemeindeanstalten von den evangelischen Schülerinnen bevorzugt werden, daß die katholischen Schülerinnen vorwiegend die Privatanstalten besuchen und die jüdischen Schülerinnen verhältnismäßig stark die Staatsanstalten.

Die Studienanstalten wurden von 59,26 % evangelischen, 25,63 % katholischen und 14,52 % jüdischen Schülerinnen besucht; die Oberlyzeen von 63,98 % evangelischen, 33,25 % katholischen und 2,68 % jüdischen Schülerinnen. Die entsprechenden Zahlen für die Lyzeen sind: 65,82 % — 27,87 % und 6,00 %.

Die organische Einrichtung der Schulen, insonderheit die Verbindung von Anstalten verschiedenen Charakters, ergibt sich aus der Tabelle IV.

IV.

Bestandteile der Schulen*)	Anstalten 1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Staatsanstalten								
L, FS, WK, SK, gSt	1	1	1	1	1	1	1	1
L, FS, WK, SK, rgSt	2	2	2	2	2	2	2	2
L, FS, WK, SK, oSt	1	1	1	1	1	1	1	1
L, FS, WK, SK	1	1	1	1	1	1	1	1
Gemeindeanstalten								
L, FS, WK, SK, rgSt	4	2	1	1	3	2	—	—
L, FS, WK, SK	—	10	10	11	15	13	13	15
L, FS, WK	10	—	—	—	—	—	1	2
L, FS, gSt	1	—	—	—	—	—	—	—
L, FS, rgSt	—	2	4	4	4	4	5	8
L, FS, oSt	1	1	—	1	2	2	2	2
L, FS	7	7	11	12	13	15	15	15
L, WK, gSt	1	—	—	—	—	—	—	—
L, WK, SK, rgSt	—	4	4	6	1	1	1	1
L, WK, rgSt	2	1	1	—	—	—	—	—
L, WK, SK, oSt	1	1	1	1	1	1	1	1
L, WK, SK	43	43	42	43	38	42	46	44
L, WK	—	1	3	3	3	4	2	4
L, rgSt	11	13	15	15	19	20	20	19
L, oSt	—	—	1	1	—	1	1	1
L	146	152	150	156	159	156	158	156
FS, WK, SK, rgSt	1	1	1	—	—	1	1	—
FS, WK, SK	1	1	2	1	2	2	2	2
FS	1	1	1	1	1	1	1	2
WK, SK, rgSt	—	—	—	1	1	—	—	1
WK, SK	4	4	4	5	4	4	4	4
gSt	1	2	2	1	1	1	1	1
rgSt	2	2	2	2	2	2	2	2
Stiftungsanstalten								
L, FS, WK, SK, rgSt	1	3	—	—	—	—	—	—
L, FS, WK, SK	—	9	—	—	1	1	—	—
L, FS, WK	12	2	—	—	—	—	—	—
L, FS	4	4	—	—	—	—	—	—
L, WK, SK	17	11	4	5	4	4	5	5
L, WK	—	4	1	—	—	—	—	—
L, rgSt	1	2	—	—	—	—	—	—
L	42	43	—	1	1	1	1	1
FS	1	1	—	—	—	—	—	1
WK, SK	1	1	—	—	—	—	—	—

Bestandteile der Schulen*)	Anstalten							
	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Privatanstalten								
L, FS, WK, SK, rgSt	—	—	1	—	—	—	—	—
L, FS, WK, rgSt	—	—	—	—	1	1	—	—
L, FS, WK, SK	—	2	6	8	1	1	1	1
L, FS, WK	5	2	4	3	11	11	10	11
L, FS, rgSt	1	1	1	1	1	1	1	1
L, FS	12	11	18	16	17	20	22	29
L, WK, SK, rgSt	—	—	2	—	—	—	—	—
L, WK, rgSt	1	1	—	1	—	—	1	2
L, WK, SK	—	10	14	13	10	8	8	8
L, WK	18	6	12	8	7	7	9	8
L, rgSt	—	—	4	4	4	4	4	5
L	102	100	141	144	146	145	147	139
FS	3	1	3	3	3	3	3	4
WK, SK	—	2	3	3	3	4	4	4
WK	2	—	—	—	—	—	—	—
SK	—	—	—	—	18	18	18	18
rgSt	1	—	—	1	—	—	1	—
Summe der Anstalten								
*) L = **Lyzeum**	448	453	456	463	467	470	479	483
FS = **Frauenschule**	70	66	68	67	80	83	82	98
WK = **Wissenschaftliche Klasse**	129	126	121	118	111	112	114	118
SK = **Seminarklasse**	[1]) 10	109	100	103	107	107	109	109
St = **Studienanstalt:**								
g = **gymnasialer Richtung**	4	3	3	2	2	2	2	2
rg = **realgymnasialer „**	27	34	38	38	38	38	38	41
o = **Oberrealschulrichtung**	3	3	3	4	4	5	5	5

[1]) Wie sich diese 10 Anstalten auf Staats-, Gemeinde- und Stiftungsanstalten verteilen, kann nicht angegeben werden.

Diese Tabelle wird in Hinsicht auf die Oberlyzeen und die Studienanstalten durch die nachfolgende Tabelle V ergänzt.

V.

Bestandteile der Oberlyzeen und Studienanstalten		Schülerinnen							
		1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Staatsanstalten									
Oberlyzeum	Frauenschule	216	198	191	228	298	292	236	141
	Wissenschaftliche Klassen	408	417	400	381	385	371	389	388
	Seminarklasse	64	124	138	132	89	131	121	123
Studienanstalt	gymn. Richtung	65	95	125	158	191	212	211	198
	realg. „	136	178	201	215	233	239	243	252
	Oberrealschulrichtung	76	104	120	97	103	124	118	123
Gemeindeanstalten									
Oberlyzeum	Frauenschule	445	465	676	594	767	871	733	933
	Wissenschaftliche Klassen	3890	3725	3474	3228	3426	3981	4378	4548
	Seminarklasse	88	1174	1247	1182	731	964	961	1137
Studienanstalt	gymn. Richtung	312	244	279	159	154	167	262	200
	realg. „	2209	2725	3025	3296	3619	3943	4280	4626
	Oberrealschulrichtung	110	142	186	200	226	287	350	371
Stiftungsanstalten									
Oberlyzeum	Frauenschule	254	228	—	—	—	—	—	10
	Wissenschaftliche Klassen	1531	1522	198	184	203	251	284	274
	Seminarklasse	6	365	78	64	28	53	37	78
Studienanstalt	realg. Richtung	216	283	—	—	—	—	—	—
Privatanstalten									
Oberlyzeum	Frauenschule	374	370	521	416	525	516	561	747
	Wissenschaftliche Klassen	1503	1135	2130	1785	1819	2024	2197	2232
	Seminarklasse	—	308	449	463	498	526	532	584
Studienanstalt	realg. Richtung	168	168	498	544	471	512	594	622
Summe der Anstalten									
Oberlyzeum	**Frauenschule**	1289	1261	1388	1238	1590	1679	1530	1831
	Wissenschaftliche Klassen	7332	6799	6202	5578	5833	6627	7248	7442
	Seminarklasse	158	1971	1912	1841	1346	1674	1651	1922
Studienanstalt	**gymn. Richtung**	377	339	404	317	345	379	473	398
	realg. „	2729	3354	3724	4055	4323	4694	5117	5500
	Oberrealschulrichtung	186	246	306	297	329	411	468	494

Tabelle V läßt den überwiegend starken Besuch der Studienanstalten realgymnasialer Richtung gegenüber dem der gymnasialen oder der Oberrealschul-Richtung erkennen:

Insgesamt besuchten im Jahre 1912: 2 729 Schülerinnen die Studienanstalten der realgymnasialen Richtung, nur 377 solche der gymnasialen und 186 solche der Oberrealschul-Richtung. Bis zum Jahre 1919 ist dann die Besuchsziffer der realgymnasialen Anstalten auf 5 500, die der gymnasialen auf 398, die der Oberrealschulen auf 494 gestiegen. Absolut am stärksten hat also der Besuch der realgymnasialen Anstalten und verhältnismäßig am stärksten der der Oberrealschulen zugenommen, während die Anstalten der gymnasialen Richtung so gut wie gar keinen Besuchszuwachs erfahren haben. Unter den privaten Studienanstalten fehlen diejenigen gymnasialer Richtung und die Oberrealschulen überhaupt; sie sind samt und sonders Realgymnasial-Anstalten. In den gemeindlichen Studienanstalten der gymnasialen Richtung ist die Besuchszahl von 312 im Jahre 1912 auf nur noch 200 im Jahre 1919 zurückgegangen, während die der realgymnasialen Gemeindeanstalten von 2 209 im Jahre 1912 auf 4 626 im Jahre 1919, die der gemeindlichen Oberrealschulen von 110 im Jahre 1912 auf 371 im Jahre 1919 gestiegen ist. Verhältnismäßig am stärksten — und stärker als die Besuchszahlen der realgymnasialen Anstalten und der Oberrealschulen — ist die der gymnasialen Staatsanstalten angewachsen. Im Jahre 1912 besuchten 65 Schülerinnen Staatsanstalten der gymnasialen Richtung, 136 solche der realgymnasialen Richtung und 76 die der Oberrealschul-Richtung. Für 1919 sind die entsprechenden Zahlen: 198, 252 und 123. Den Staatsanstalten ist also zugute gekommen, was den Gemeindeanstalten verlorengegangen ist; im ganzen bleibt aber der obige Satz, daß sich bei der gymnasialen Richtung fast ein Stillstand zeigt, bestehen.

Ganz außerordentlich stark ist die Zunahme der Seminarschülerinnen an den Oberlyzeen. Deren Zahlen sind an den Staatsanstalten von 64 auf 123, an den gemeindlichen Anstalten von 88 auf 1 137, an den Stiftungsanstalten — trotz deren zahlenmäßigen Rückganges — von 6 auf 78, an den Privatanstalten von 308 (im Jahre 1913) auf 584, insgesamt also von 158 (im Jahre 1912) auf 1 922 (im Jahre 1919) gestiegen. Demgegenüber hat der Besuch der wissenschaftlichen Klassen innerhalb des gleichen Zeitraumes eine Zunahme nur von 7 332 auf 7 442 erfahren, und ihr Besuch ist an den Staatsanstalten sogar (von 408 auf 388) zurückgegangen. Einen nennenswerten Besuchszuwachs weist auch die Frauenschule auf. Die Zahlen für 1912 und 1919 sind hier: 1 289 und 1 831. Bemerkenswert ist auch hier der Rückgang bei den Staatsanstalten (von 216 auf 141).

Die Leiter der Staatsanstalten waren samt und sonders männlich. Bei den Gemeindeanstalten ist die Zahl der weiblichen Leiterinnen in einer ganz verschwindenden Minderheit. Im Jahre 1912 standen 220 männlichen Schulleitern 16 weibliche, im Jahre 1919 264 männlichen 14 weibliche gegenüber. In den dazwischenliegenden Jahren finden sich einer Erwähnung werte Abweichungen von den genannten Zahlen nicht.

Bei den Privatanstalten überwiegt — wie wohl nicht zu bezweifeln ist: aus finanziellen Gründen — die weibliche Leitung durchaus. Im Jahre 1912 gab es an den Privatanstalten 18 männliche Leiter, deren Zahl bis zum Jahre 1919 auf 42 gestiegen ist. Unter weiblicher Leitung standen im Jahre 1912: 129 Anstalten, im Jahre 1919: 188. Daß der Prozentsatz männlicher Leiter im Verhältnis zu demjenigen der weiblichen eine beträchtliche Zunahme erfahren hat, ist immerhin bemerkenswert.

Staatsanstalten, Gemeindeanstalten, Stiftungsanstalten und Privatanstalten hatten im Jahre 1912: insgesamt 252 Leiter und 215 Leiterinnen; im Jahre 1919: 314 Leiter und 206 Leiterinnen. Daß also in diesen und allen dazwischenliegenden Jahren die Zahl der männlichen Leiter größer als die der weiblichen ist, ergibt sich aus den oben angegebenen Zahlen für die Staats- und Gemeindeanstalten.

Tabelle VI soll ausweisen, inwieweit die vollbeschäftigten Lehrer männlicher und inwieweit sie weiblicher Leitung unterstellt gewesen sind. Tabelle VII gibt eine Übersicht über die vollbeschäftigten Lehrkräfte.

VI.

Von den vollbeschäftigten Lehrern waren unterstellt	m. = männlicher, w. = weiblicher Leitung	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
akademisch gebildete Lehrer	m.	1016	.	1249	1270	1266	1228	1224	1209
	w.	190	.	261	234	166	166	158	151
akademisch gebildete Lehrerinnen	m.	496	.	670	734	895	973	1052	1075
	w.	274	.	359	446	474	543	588	618
ordentliche Lehrer	m.	467	.	480	495	502	479	473	459
	w.	6	.	7	6	6	4	7	7
ordentliche Lehrerinnen	m.	1673	.	1786	1841	2094	2092	2191	2194
	w	1684	.	1370	1328	1257	1342	1382	1448
Sprachlehrerinnen	m.	18	.	21	15	30	22	22	21
	w.	73	.	55	58	54	64	66	67
Elementarlehrer	m.	119	.	111	114	109	112	116	115
	w.	6	.	5	5	4	7	3	4
Elementarlehrerinnen	m.	53	.	111	127	150	147	163	172
	w.	149	.	160	157	147	160	168	178
technische Lehrer	m.	79	.	98	98	99	108	109	106
	w.	9	.	10	9	11	9	15	8
technische Lehrerinnen	m.	632	.	794	818	891	899	954	979
	w.	514	.	511	503	491	547	567	614

VII.

Vollbeschäftigte Lehrer	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Staatsanstalten								
akademisch gebildete Lehrer	33	37	40	40	45	44	41	40
akademisch gebildete Lehrerinnen	27	28	32	35	44	45	50	46
ordentliche Lehrer	24	22	21	19	24	18	16	16
„ Lehrerinnen	44	36	36	41	39	40	40	37
Sprachlehrerinnen	—	1	1	1	1	—	—	—
Elementarlehrer	—	1	—	1	—	—	—	—
Elementarlehrerinnen	5	6	6	5	6	6	7	7
technische Lehrer	1	2	2	2	2	2	2	1
„ Lehrerinnen	20	27	23	24	32	30	28	35
zusammen Lehrer	**58**	**62**	**63**	**62**	**71**	**64**	**59**	**57**
zusammen Lehrerinnen	**96**	**98**	**98**	**106**	**122**	**121**	**125**	**125**
Gemeindeanstalten								
akademisch gebildete Lehrer	939	1042	1141	1194	1167	1152	1153	1144
akademisch gebildete Lehrerinnen	440	512	589	658	782	873	939	965
ordentliche Lehrer	435	460	453	469	470	453	443	438
„ Lehrerinnen	1542	1557	1591	1686	1864	1917	2014	2028
Sprachlehrerinnen	6	5	7	8	18	14	15	12
Elementarlehrer	115	117	111	114	108	111	114	114
Elementarlehrerinnen	50	87	100	114	131	136	153	160
technische Lehrer	76	93	93	95	96	105	105	103
„ Lehrerinnen	571	634	706	748	785	829	870	901
zusammen Lehrer	**1565**	**1712**	**1798**	**1872**	**1841**	**1821**	**1815**	**1799**
zusammen Lehrerinnen	**2609**	**2795**	**2993**	**3214**	**3580**	**3769**	**3991**	**4066**
Stiftungsanstalten								
akademisch gebildete Lehrer	123	160	13	16	14	14	12	13
akademisch gebildete Lehrerinnen	141	178	18	21	22	24	28	28
ordentliche Lehrer	10	14	5	6	5	5	5	5
„ Lehrerinnen	620	550	25	29	31	31	32	30
Sprachlehrerinnen	30	29	2	—	1	1	1	—
Elementarlehrer	9	6	1	—	—	—	—	—
Elementarlehrerinnen	108	118	—	1	1	—	—	—
technische Lehrer	6	4	—	—	—	—	—	—
„ Lehrerinnen	242	259	12	12	12	15	16	18
zusammen Lehrer	**148**	**184**	**19**	**22**	**19**	**19**	**17**	**18**
zusammen Lehrerinnen	**1141**	**1134**	**57**	**63**	**67**	**71**	**77**	**76**
Privatanstalten								
akademisch gebildete Lehrer	111	139	316	254	206	184	176	163
akademisch gebildete Lehrerinnen	162	161	390	466	521	574	623	654
ordentliche Lehrer	4	7	8	7	9	7	16	7
„ Lehrerinnen	1151	1053	1504	1413	1417	1446	1487	1547
Sprachlehrerinnen	55	50	66	64	64	71	72	76
Elementarlehrer	1	1	4	4	5	8	5	5
Elementarlehrerinnen	39	52	165	164	159	165	171	183
technische Lehrer	5	7	13	10	12	10	17	10
„ Lehrerinnen	313	319	564	537	553	572	607	639
zusammen Lehrer	**121**	**154**	**341**	**275**	**232**	**209**	**214**	**185**
zusammen Lehrerinnen	**1720**	**1635**	**2689**	**2644**	**2714**	**2828**	**2960**	**3099**
Summe der Anstalten								
akademisch gebildete Lehrer	**1206**	**1378**	**1510**	**1504**	**1432**	**1394**	**1382**	**1360**
akademisch gebildete Lehrerinnen	**770**	**879**	**1029**	**1180**	**1369**	**1516**	**1640**	**1693**
ordentliche Lehrer	**473**	**503**	**487**	**501**	**508**	**483**	**480**	**466**
„ Lehrerinnen	**3357**	**3196**	**3156**	**3169**	**3351**	**3434**	**3573**	**3642**
Sprachlehrerinnen	**91**	**85**	**76**	**73**	**84**	**86**	**88**	**88**
Elementarlehrer	**125**	**125**	**116**	**119**	**113**	**119**	**119**	**119**
Elementarlehrerinnen	**202**	**263**	**271**	**284**	**297**	**307**	**331**	**350**
technische Lehrer	**88**	**106**	**108**	**107**	**110**	**117**	**124**	**114**
„ Lehrerinnen	**1146**	**1239**	**1305**	**1321**	**1382**	**1446**	**1521**	**1593**

Von akademisch gebildeten Lehrern arbeiteten im Jahre 1912 unter weiblicher Leitung nur 190, unter männlicher dagegen 1 016; im Jahre 1919 sind die entsprechenden Zahlen 151 und 1 209. Die Zahl der akademisch gebildeten Lehrerinnen, die unter männlicher Leitung unterrichteten, hat sich in den Jahren von 1912 bis 1919 von 496 auf 1 075, diejenige der unter weiblicher Leitung unterrichtenden Lehrerinnen dieser Kategorie von 274 auf 618 erhöht.

Unter männlicher Leitung unterrichteten ordentliche Lehrerinnen im Jahre 1912 1 673, im Jahre 1919 2 194; die entsprechenden Zahlen der unter weiblicher Leitung unterrichtenden ordentlichen Lehrerinnen sind 1 684 und 1 448.

Nach allem ist festzustellen, daß in den Jahren seit 1912 die Zahl der männlichen Leiter und die der unter männlicher Leitung arbeitenden Lehrkräfte erheblich zugenommen hat.

Die folgende Tabelle (VIII) gewährt einen Überblick über die Zahl der nichtvollbeschäftigten Lehrer. Bemerkenswert wäre hier, daß deren Zahl im allgemeinen einen erfreulichen Rückgang erfahren hat. Nur die Zahl der nichtvollbeschäftigten akademisch gebildeten Lehrerinnen hat zugenommen.

VIII.

Nichtvollbeschäftigte Lehrer	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Staatsanstalten								
akademisch gebildete Lehrer	8	14	15	7	7	10	9	7
akademisch gebildete Lehrerinnen	—	2	1	6	3	7	4	9
ordentliche Lehrer	1	—	1	1	1	—	2	1
„ Lehrerinnen	5	4	5	7	5	4	4	4
Sprachlehrerinnen	3	3	5	1	—	—	1	—
Elementarlehrer	1	1	1	—	—	1	—	1
Elementarlehrerinnen	—	1	—	—	—	—	—	—
technische Lehrer	—	1	1	—	—	—	—	—
„ Lehrerinnen	8	2	2	3	2	3	4	4
zusammen Lehrer	**10**	**16**	**18**	**8**	**8**	**11**	**11**	**9**
zusammen Lehrerinnen	**16**	**12**	**13**	**17**	**10**	**14**	**13**	**17**
Gemeindeanstalten								
akademisch gebildete Lehrer	237	250	250	244	283	286	282	286
akademisch gebildete Lehrerinnen	4	14	11	28	38	35	43	75
ordentliche Lehrer	17	16	18	21	24	17	17	20
„ Lehrerinnen	88	71	75	69	49	56	49	47
Sprachlehrerinnen	9	5	8	3	11	8	9	4
Elementarlehrer	29	33	32	28	25	33	35	31
Elementarlehrerinnen	15	19	24	39	26	31	25	19
technische Lehrer	65	58	58	59	55	53	54	50
„ Lehrerinnen	99	113	108	117	113	106	99	101
zusammen Lehrer	**348**	**357**	**358**	**352**	**387**	**389**	**388**	**387**
zusammen Lehrerinnen	**215**	**222**	**226**	**256**	**237**	**236**	**225**	**246**
Stiftungsanstalten								
akademisch gebildete Lehrer	283	284	11	9	9	9	8	8
akademisch gebildete Lehrerinnen	6	6	—	—	—	2	2	—
ordentliche Lehrer	21	9	—	1	1	2	2	2
„ Lehrerinnen	38	25	5	3	4	4	3	4
Sprachlehrerinnen	8	8	1	1	1	—	—	—
Elementarlehrer	18	24	1	—	—	—	—	—
Elementarlehrerinnen	11	13	—	—	—	—	—	—
technische Lehrer	19	28	1	1	1	1	—	—
„ Lehrerinnen	61	55	5	6	6	6	6	6
zusammen Lehrer	**341**	**345**	**13**	**11**	**11**	**12**	**10**	**10**
zusammen Lehrerinnen	**124**	**107**	**11**	**10**	**11**	**12**	**11**	**10**

Nichtvollbeschäftigte Lehrer	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Privatanstalten								
akademisch gebildete Lehrer	779	766	941	788	698	690	653	663
akademisch gebildete Lehrerinnen	37	33	35	38	56	65	82	84
ordentliche Lehrer	105	85	71	45	44	46	43	44
„ Lehrerinnen	103	79	107	93	119	119	112	114
Sprachlehrerinnen	54	39	39	22	21	23	20	23
Elementarlehrer	61	41	56	53	50	44	30	34
Elementarlehrerinnen	12	4	9	10	8	5	5	3
technische Lehrer	88	83	92	77	71	71	63	69
„ Lehrerinnen	181	141	174	163	167	193	183	170
zusammen Lehrer	**1033**	**975**	**1160**	**963**	**863**	**851**	**789**	**810**
zusammen Lehrerinnen	**387**	**296**	**364**	**326**	**371**	**405**	**402**	**394**
Summe der Anstalten								
akademisch gebildete Lehrer	**1307**	**1314**	**1217**	**1048**	**997**	**995**	**952**	**964**
akademisch gebildete Lehrerinnen	**47**	**55**	**47**	**72**	**97**	**109**	**131**	**168**
ordentliche Lehrer	**144**	**110**	**90**	**68**	**70**	**65**	**64**	**67**
„ Lehrerinnen	**234**	**179**	**192**	**172**	**177**	**183**	**168**	**169**
Sprachlehrerinnen	**74**	**55**	**53**	**27**	**33**	**31**	**30**	**27**
Elementarlehrer	**109**	**99**	**90**	**81**	**75**	**78**	**65**	**66**
Elementarlehrerinnen	**38**	**37**	**33**	**49**	**34**	**36**	**30**	**22**
technische Lehrer	**172**	**170**	**152**	**137**	**127**	**125**	**117**	**119**
„ Lehrerinnen	**349**	**311**	**289**	**289**	**288**	**308**	**292**	**281**

Die Kosten des höheren Mädchenschulwesens und deren Aufbringung in den Jahren 1912—1919. — Die Gesamtkosten des höheren Mädchenschulwesens und die von Staat und Gemeinden dafür aufgewendeten Beträge sind mit dessen fortschreitender Entwicklung in den Jahren 1912—1919 (vergleiche Seite 24*) naturgemäß erheblich angewachsen. Während im Jahre 1912 die damals bestehenden 5 staatlichen Anstalten Kosten im Betrage von insgesamt 835 850 *M* verursacht haben, ist dieser Betrag seitdem ständig, und zwar bis auf 999 750 *M* im Jahre 1919 (das also heißt: um 19,6 %), gestiegen. Da die Zahl der staatlichen Anstalten in diesen Jahren die gleiche geblieben ist, entfielen hiernach auf ihrer jede im Jahre 1912 167 170 *M*, im Jahre 1919 199 950 *M* Gesamtkosten.

Die Zahl der diese 5 Staatsanstalten besuchenden Schülerinnen ist von 2 692 im Jahre 1912 auf 2 640 im Jahre 1919 zurückgegangen. Auf die einzelne Schülerin entfielen also im Jahre 1912 310,49 *M*, im Jahre 1919 378,69 *M* Unkosten.

Unter den Einnahmequellen der Staatsanstalten stand in den Jahren bis 1918 das Schulgeld an erster Stelle; erst an zweiter Stelle folgten die staatlichen Beiträge. Im Jahre 1919 hat sich dieses Verhältnis insofern umgekehrt, als der Betrag der Staatsbeiträge mit 473 785 *M* zum ersten Male über den des Schulgeldes mit 462 483 *M* hinausgewachsen ist. Die Gesamtkosten wurden somit im Jahre 1919 aus den Staatsbeiträgen zu 47,4 % (im Jahre 1912 zu 40,5 %), aus dem Schulgelde zu 46,3 % (im Jahre 1912 zu 54,2 %) gedeckt. Nur 6,3 % sind aus Gemeinde- und Stiftungsbeiträgen (4 330 *M* = 0,4 % und 11 743 *M* = 1,2 %) sowie aus sonstigen Quellen (47 409 *M* = 4,7 %) aufgekommen. Die entsprechenden Verhältnisziffern des Jahres 1912 sind: 0,5 % aus den Gemeindebeiträgen, 1,6 % aus solchen von Stiftungen, 3,2 % aus den sonstigen Quellen.

Während in den Jahren von 1912 bis 1919 die Zahl der staatlichen Anstalten mit 5 die gleiche geblieben, die Zahl ihrer Besucherinnen sogar ein wenig (von 2 692 auf 2 640) zurückgegangen ist, hat die Anzahl der gemeindlichen höheren Mädchenschulen eine Vermehrung von 237 auf 280, diejenige der sie besuchenden Schülerinnen eine Zunahme von 89 894 auf 131 037 erfahren. Diesem Zuwachs entsprechend sind hier auch die Gesamtkosten recht erheblich — nämlich von 21 342 773 *M* im Jahre 1912 auf 33 784 853 *M* im Jahre 1919, d. h. um 58,3 % — gestiegen.

An der Aufbringung dieses Betrages sind vornehmlich die Gemeinden beteiligt, deren Aufwendungen von 8 663 147 *M* im Jahre 1912 auf 15 504 381 *M*, im Jahre 1919 (d. h. um 78,97 %) gestiegen sind und 45,9 % der Gesamtkosten decken. Anders als bei den Staatsanstalten stehen indessen bei denen der Gemeinden die Einnahmen aus dem Schulgelde (mit 12 111 235 *M* im Jahre 1912, 17 070 187 *M* im Jahre 1919) auch heute noch an erster Stelle. Es wurden damit im Jahre 1919 50,5 % der Gesamtkosten gedeckt. Aus Staatsbeiträgen wurden im Jahre 1912 495 322 *M*, im Jahre 1919 924 428 *M* gedeckt. Trotz dieses verhältnismäßig starken Anwachsens belief sich die finanzielle Beteiligung des Staates an den Gemeindeanstalten im Jahre 1919 doch nur auf 2,7 % der Gesamtkosten.

Bemerkenswert ist die verhältnismäßig starke Erhöhung der Staatszuschüsse im Jahre 1919. Sie zeigen gegenüber dem Stande des Vorjahres eine Zunahme um gut 33 %, während die Gesamtkosten von 1918 auf 1919 nur um 11 %, die Gemeindebeiträge nur um 13,01 %, die Einnahmen aus dem Schulgelde nur um 8,38 % gestiegen sind.

Die Finanzierung der höheren Mädchenschulen in Preußen 1912 bis 1919.

Einnahmequellen	1912 *M*	1913 *M*	1914 *M*	1915 *M*	1916 *M*	1917 *M*	1918 *M*	1919 *M*
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Staatsanstalten								
Beiträge des Staates	338 730	344 470	349 745	362 493	380 585	384 887	399 785	473 785
„ von Gemeinden	4 100	4 300	4 300	4 325	4 325	4 100	4 330	4 330
„ „ Stiftungen	13 087	13 091	13 091	11 731	13 610	1 943	11 359	11 743
Schulgeld	453 022	460 907	472 070	475 099	483 292	484 601	467 119	462 483
Sonstige Quellen	26 911	30 832	29 524	38 922	30 538	43 969	42 511	47 409
Gesamte Kosten	**835 850**	**853 600**	**868 730**	**892 570**	**912 350**	**919 500**	**925 104**	**999 750**
Gemeindeanstalten								
Beiträge des Staates	495 322	606 078	699 270	705 795	675 045	734 997	694 312	924 428
„ von Gemeinden	8 663 147	10 047 857	11 211 833	12 209 720	13 617 492	13 244 335	13 719 767	15 504 381
„ „ Stiftungen	4 635	4 836	23 542	4 527	7 558	5 847	5 905	6 420
Schulgeld	12 111 235	12 706 402	13 423 939	14 179 540	14 660 302	15 059 431	15 750 628	17 070 187
Sonstige Quellen	68 434	103 698	110 511	139 316	135 825	168 443	265 927	279 437
Gesamte Kosten	**21 342 773**	**23 468 871**	**25 469 095**	**27 238 898**	**29 096 222**	**29 213 053**	**30 436 539**	**33 784 853**
Stiftungsanstalten								
Beiträge des Staates	24 534	39 539	33 084	33 084	33 084	33 084	33 084	36 684
„ von Gemeinden	128 830	138 735	8 800	31 518	8 800	8 800	9 400	9 400
Privatanstalten								
Beiträge des Staates	100 850	93 420	132 690	156 440	194 240	198 395	228 203	265 433
„ von Gemeinden	366 016	463 292	712 265	724 178	782 441	811 149	891 111	1 065 039
Zusammen								
Beiträge des Staates	**959 436**	**1 083 507**	**1 214 789**	**1 257 812**	**1 282 951**	**1 351 363**	**1 355 384**	**1 700 330**
„ von Gemeinden	**9 162 093**	**10 654 184**	**11 937 198**	**12 969 741**	**14 413 058**	**14 068 384**	**14 624 608**	**16 583 150**

Verteilt man die Gesamtkosten auf die einzelnen Schülerinnen, so ergibt sich, daß die Schülerinnen der Staatsanstalten im Jahre 1912 durchschnittlich 310,49 *M*, im Jahre 1919 durchschnittlich 378,69 *M* gekostet haben. An Staatsbeiträgen entfielen auf den Kopf der Schülerin der Staatsanstalten: im Jahre 1912 125,83 *M* und im Jahre 1919 179,46 *M*. Die Gemeindezuschüsse betrugen, auf den Kopf gerechnet, 1,52 *M* (im Jahre 1912) und 1,64 *M* (im Jahre 1919).

Der auf die einzelne Schülerin der Gemeindeanstalten entfallende Anteil an den Gesamtkosten stieg von 237,42 *M* im Jahre 1912 auf 257,83 *M* im Jahre 1919. Von diesen Beträgen entfielen im Jahre 1912 96,37 *M* auf Gemeindezuschüsse und 5,51 *M* auf Staatsbeiträge, im Jahre 1919 118,32 *M* auf Gemeindezuschüsse und 7,05 *M* auf Staatsbeiträge. Von den auf den Kopf entfallenden Gesamtkosten wurden durch Staats- und Gemeindebeiträge zusammen aufgebracht: für die Schülerin staatlicher Anstalten 41,0 % im Jahre 1912, 47,8 % im Jahre 1919, für die Schülerin von Gemeindeanstalten 42,9 % im Jahre 1912 und 48,6 % im Jahre 1919. An Schulgeld entfielen auf den Kopf der Schülerin: an den Staatsanstalten 169,03 *M* im Jahre 1912, 175,18 *M* im Jahre 1919, an den Gemeindeanstalten 134,73 *M* im Jahre 1912 und 130,27 *M* im Jahre 1919.

Die Beiträge des Staates zur Unterhaltung von Stiftungs- und Privatanstalten beliefen sich im Jahre 1912 auf 125 384 *M*, im Jahre 1919 auf 302 117 *M*, sind also um 140,95 % gestiegen. Die Beiträge von Gemeinden für Anstalten dieser Art sind von 494 846 *M* im Jahre 1912 auf 1 074 439 *M* im Jahre 1919, also um 117,13 % angewachsen. Insgesamt hat Preußen für Zwecke des höheren Mädchenschulwesens 1912 959 436 *M*, 1919 1 700 330 *M* zur Verfügung gestellt, seine Leistungen also von 1912 auf 1919 um 77,22 % erhöht. Während des gleichen Zeitraumes sind die von den Gemeinden geleisteten Beiträge von 9 162 093 *M* auf 16 583 150 *M* (das sind 81 %) gestiegen. Der Mehraufwand des Staates und der Gemeinden zusammengenommen betrug hiernach im Jahre 1919 gegenüber dem Jahre 1912 8 161 951 *M* oder 80,61 %.

Das Prinzipalsoll der direkten Steuern sämtlicher preußischen Städte und Landgemeinden nach Gemeindegrößenklassen im Rechnungsjahre 1919. — Durch den Erlaß des Herrn Ministers des Innern vom 19. Februar 1920 — IVa 13 718 II — ist das Statistische Landesamt beauftragt worden, Erhebungen über die Steuern und Schulden sämtlicher preußischen Gemeinden für das Rechnungsjahr 1919 nach dem Stande vom 31. März 1920 vorzunehmen. Die Ergebnisse dieser Erhebung bilden eine wesentliche Grundlage für die Neugestaltung des kommunalen Steuerwesens in den Gemeinden. Sie ist deshalb auch im Gegensatze zu den entsprechenden Erhebungen der letzten Jahre, die sich auf sämtliche Städte und nur die größeren Landgemeinden erstreckten, auf sämtliche Landgemeinden ausgedehnt worden, was zum letzten Male im Rechnungsjahre 1911 anläßlich der großen finanzstatistischen Erhebung der Fall war.

Einige Ergebnisse dieser neuesten Statistik sind bereits veröffentlicht (Stat. Korrespondenz, Jahrgang 47, Nr. 39). Es handelt sich in jenem Aufsatz um das Prinzipalsoll der direkten Steuern in sämtlichen preußischen Städten im Rechnungsjahre 1919, und zwar waren die Städte provinzweise geordnet. Ergänzend hierzu ist in der folgenden Nachweisung die Gliederung nach Gemeindegrößenklassen durchgeführt und bei dieser Anordnung auch der auf die Landgemeinden bezügliche Zahlenstoff berücksichtigt. Die Hauptergebnisse der Erhebung über die Gemeindesteuern und -schulden werden im Statistischen Jahrbuch für den Freistaat Preußen in dem demnächst erscheinenden 18. Bande veröffentlicht werden, und außerdem werden voraussichtlich in einem Aufsatze der „Zeitschrift des Statistischen Landesamts" die Gesamtergebnisse der Erhebung gemeindeweise behandelt werden.

In der nachstehenden Übersicht sind die preußischen Städte nach der Höhe ihrer Bevölkerungszahl auf 9 Gemeindegrößenklassen verteilt worden, und ihnen gesellen sich drei weitere Gruppen hinzu, die die Landgemeinden umfassen.

Aus der Übersicht geht hervor, daß sich der Gesamtbetrag des Prinzipalsteuersolls nach dem Stande vom 1. Januar 1920 in den preußischen Städten auf 678,6 und in sämtlichen Landgemeinden auf 262,4 Mill. *M* belief. Von den bei der Erhebung im Rechnungsjahre 1919 berücksichtigten Gemeinden betrug im Rechnungsjahre 1911 in den Städten das Prinzipalsoll der umlagefähigen direkten Steuern 317,6 und in den Landgemeinden 121,4 Mill. *M*. Der durchschnittliche Kopfbetrag des umlagefähigen Solls ist in den Städten von 17,7 *M* im Rechnungsjahre 1911 auf 36,7 *M* im Berichtsjahre gestiegen. Die entsprechenden Kopfbeträge in den Landgemeinden beliefen sich in den beiden Jahren auf 7,3 und 15,4 *M*. Im Zeitraume 1911/19

in	Es betrug die Einwohnerzahl nach der Volkszählung vom 8. X. 1919	nach dem Stande vom 1. 1. 1920 das Prinzipalsoll der Einkommensteuer Mill. *M*	Grundsteuer Mill. *M*	Gebäudesteuer Mill. *M*	Gewerbesteuer Mill. *M*	Betriebssteuer Mill. *M*	direkten Steuern zusammen überhaupt Mill. *M*	direkten Steuern zusammen auf 1 Einw. *M*
I. Berlin	1 902 509	88,2	0,004	16,6	17,7	0,234	122,8	64,6
den Städten mit mehr als								
II. 200 000 Einw. (ohne Berlin)	4 861 220	165,8	0,234	26,4	20,3	0,408	213,2	43,9
III. 100 000 bis 200 000 Einw.	2 334 748	69,9	0,128	11,5	7,8	0,173	89,5	38,3
IV. 50 000 „ 100 000 „	2 095 956	53,4	0,124	8,1	7,0	0,166	68,7	32,8
V. 25 000 „ 50 000 „	2 036 049	48,2	0,292	6,7	7,8	0,178	62,6	30,8
VI. 10 000 „ 25 000 „	2 257 125	48,5	0,311	0,6	0,4	0,046	4,9	14,5
VII. 5 000 „ 10 000 „	1 315 709	20,9	0,523	6,4	7,4	0,208	63,1	28,0
VIII. 2 000 „ 5 000 „	1 352 804	19,2	0,528	3,2	3,1	0,141	27,8	21,1
IX. den Städten mit nicht mehr als 2 000 Einw.	333 546	3,5	1,052	2,9	2,6	0,165	25,9	19,2
sämtlichen Städten	**18 489 666**	**517,6**	**3,195**	**82,5**	**73,6**	**1,719**	**678,6**	**36,7**
den Landgemeinden mit mehr als								
X. 10 000 Einw.	2 096 375	53,1	0,276	6,6	5,7	0,106	65,8	31,4
XI. 5 000 bis 10 000 Einw.	1 225 143	23,5	0,607	2,4	2,9	0,073	29,4	24,0
XII. den Landgemeinden mit nicht mehr als 5 000 Einw.	13 686 018	119,8	24,038	13,3	9,2	0,916	167,2	12,2
sämtlichen Landgemeinden	**17 007 536**	**196,3**	**24,921**	**22,3**	**17,8**	**1,095**	**262,4**	**15,4**
sämtlichen Städten und Landgemeinden[1]	**35 497 202**	**713,9**	**28,116**	**104,8**	**91,3**	**2,814**	**940,9**	**26,5**
dagegen 1911[1]	34 589 113	272,6	28,178	93,3	41,9	2,970	439,0	12,7.

[1]) ausschließlich des an Polen, die Tschecho-Slowakei, Dänemark und Belgien abgetretenen sowie des zum Freistaat Danzig gehörigen Gebiets und ausschl. der im Memel- und Saargebiet gelegenen Gemeinden.

ist das gesamte Prinzipalsoll der direkten Steuern bei den Städten um 113,7 und bei den Landgemeinden um 116,1 v. H. gewachsen. Die Steigerung war beim Soll der Einkommensteuer 4,45 mal so groß wie beim Soll der Realsteuern; während sie nämlich bei jenem 161,9 v. H. betrug, machte sie bei diesem nur 36,4 v. H. aus.

Während das Prinzipalsoll der Betriebssteuer in sämtlichen Gemeinden im Rechnungsjahre 1919 gegenüber dem Soll des Rechnungsjahres 1911 eine Abnahme um 5,3, ebenfalls das Soll der Grundsteuer eine geringe Abnahme, nämlich um 0,2 v. H., zeigte und die entsprechende Zunahme beim Gebäudesteuersoll 12,3 v. H. betrug, ist das Soll der Gewerbesteuer in den Städten und Landgemeinden um 117,8 und das Soll der Einkommensteuer, wie wir bereits sahen, sogar um 161,9 v. H. gewachsen. Hierin zeigt sich wohl bereits ein Wiederaufleben des wirtschaftlichen Lebens nach dem Kriege, doch muß bei der Beurteilung dieser Zahlen auch die nach dem Kriege einsetzende Markentwertung berücksichtigt werden, die eine nominelle Steigerung der Einnahmen, insbesondere aus dem Einkommen und dem gewerblichen Ertrage, nach sich zog. Es zeigt sich dies auch besonders in der Abnahme des Prinzipalsolls der Einkommensteuer der Einkommen von nicht mehr als 900 M nach den fingierten Normalsteuersätzen. Betrug dieses Soll nämlich im Rechnungsjahre 1911 noch 10,6, so 1919 nur noch 5,8 Mill. M. Diese beiden Zahlen beleuchten die durch die Valutaverschlechterung bedingte Steigerung der Einkommen ganz deutlich. Die geringe Zunahme des Gebäudesteuerprinzipalsolls läßt sich wohl zum Teil durch den Stillstand der Bautätigkeit während der Kriegsjahre und der Folgezeit erklären, doch hat sie ebenso wie die, wenn auch unbeträchtliche, Abnahme des Grundsteuerprinzipalsolls vorwiegend ihren Grund in den nicht mehr zeitgemäßen Bestimmungen der Grund- und Gebäudesteuergesetzgebung aus dem Jahre 1861, die für die kommunale Besteuerung des Grundbesitzes noch immer in Geltung sind. Zum Beweise mögen einige Angaben über die staatliche Veranlagung der Realsteuern in Preußen während des Zeitraums 1911/1919 dienen. Im Gegensatze zu der vorstehenden Übersicht beziehen sich diese Zahlen noch auf das alte Staatsgebiet Preußens, und außerdem umfaßt die Veranlagung auch die Gutsbezirke. Nach den Mitteilungen des Finanzministeriums, die im Statistischen Jahrbuch für den Freistaat Preußen im 17. Bande S. 376 fg. veröffentlicht sind, betrug der Grundsteuerreinertrag im gesamten Staate[1]) im Durchschnitt auf 1 ha[2])

im Jahre	überhaupt	in den Städten	auf dem Lande
	M	M	M
1911—1918 je . .	13,1	19,1	13,0
1919	13,4	19,2	13,0.

Diese Angaben weisen zahlenmäßig die Unveränderlichkeit der Grundsteuerreinerträge nach. In den neun angeführten Jahren hat sich nur der Grundsteuerreinertrag in den Städten im Zeitraum 1918/19 ein klein wenig gehoben, was dadurch hervorgerufen sein wird, daß ehemaliges Brach- und Ödland in der Nähe der Städte in den Zeiten der Not landwirtschaftlich nutzbar gemacht wurde. Die nach diesen unveränderten Grundsteuerreinerträgen staatlich veranlagte Grundsteuer betrug in denselben Jahren unverändert 1,3 M auf 1 ha der steuerpflichtigen Liegenschaften (S. 376 a. a. O.), und zwar unverändert 1,8 M in den Städten und 1,2 M auf dem Lande.

Die Gebäudesteuer wird nach dem jährlichen Nutzungswert bemessen, der sich vorwiegend nach dem unter Zugrundelegung eines rückwärts liegenden zehnjährigen Zeitraums gefundenen mittleren jährlichen Mietswerte bestimmt. Die Grundlage und den Maßstab der Besteuerung bildet „regelmäßig der Mietswert, der nach den durchschnittlichen Ergebnissen eines rückwärts liegenden Zeitraums von 10—25 Jahren ermittelt ist". Der Gebäudesteuernutzungswert wie auch die Gebäudesteuer sind somit im Vergleich zur Grundsteuer wenigstens etwas beweglich. So betrug der Gebäudesteuernutzungswert im gesamten Staate[1])

im Jahre	überhaupt	in den Städten	davon zu 4 v. H. des jährlichen Nutzungswertes eingeschätzt: überhaupt	in den Städten	auf dem Lande
	Mill. M	Mill. M	Mill. M	Mill. M	Mill. M
1919 . . .	3 156,1	2 445,4	2 515,7	1 920,6	595,1
1918 . . .	3 142,7	2 438,7	2 511,2	1 918,5	592,8
1917 . . .	3 129,9	2 430,1	2 507,6	1 915,2	592,5
1916 . . .	3 114,4	2 420,4	2 501,2	1 911,1	590,1
1915 . . .	3 085,4	2 390,0	2 484,5	1 892,0	592,5
1914 . . .	3 029,9	2 347,2	2 445,5	1 862,7	582,8
1913 . . .	2 954,0	2 291,0	2 394,2	1 826,5	567,6
1912 . . .	2 861,9	2 214,6	2 326,7	1 771,0	555,8
1911 . . .	2 764,8	2 140,2	2 252,6	1 715,6	537,0.

Die staatlich veranlagte Gebäudesteuer selbst ist mit dem wenigstens etwas angestiegenen Gebäudesteuernutzungswert mitgegangen. So betrug sie bei den zu . . . v. H. des jährlichen Nutzungswertes veranlagten Gebäuden in Millionen Mark

im Jahre	insgesamt zu 4 v. H.	zu 2 v. H.	davon in den Städten zu 4 v. H.	zu 2 v. H.
1911	90,1	10,2	68,6	8,5
1919	100,6	12,8	76,8	10,5.

Diese Übersichten lassen erkennen, daß die Grundsteuer überhaupt nicht und die Gebäudesteuer nur in ganz geringem Umfange sich den gerade in den letzten Jahren namentlich infolge der Valutaverschlechterung gänzlich veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen haben anpassen können, während die Gewerbesteuer die wirtschaftliche Entwicklung schon stärker widerspiegelt. Die staatlich veranlagte Gewerbesteuer nämlich zeigt in den entsprechenden Jahren die folgende Entwicklung in Preußen. Sie betrug

im Jahre 1919	96,2	Mill. M
„ „ 1918	89,4	„ „
„ „ 1917	73,1	„ „
„ „ 1916	61,6	„ „
„ „ 1915	51,9	„ „
„ „ 1914	53,5	„ „
„ „ 1913	51,2	„ „
„ „ 1912	48,0	„ „
„ „ 1911	45,6	„ „.

Wie aus der Übersicht auf Seite 29* hervorgeht, verteilte sich in den Gemeindegrößengruppen das Prinzipalsoll der direkten Steuern auf die einzelnen Steuerarten folgendermaßen:

V. H. des Prinzipalsolls der direkten Steuern entfielen im Rechnungsjahre 1919

	auf die Einkommensteuer	die Grund- u. Gebäudesteuer	die Gewerbesteuer	die Betriebssteuer
in den Städten mit				
mehr als 25 000 Einw.	76,4	12,6	10,8	0,2
„ „ 10 b. 25 000 Einw.	76,9	11,0	11,7	0,3
nicht mehr als 10 000 Einw.	74,3	14,6	10,4	0,6
in den Landgemeinden mit				
mehr als 10 000 Einw.	80,7	10,5	8,6	0,2
nicht mehr als 10 000 Einw.	72,8	20,5	6,1	0,5
in sämtlichen Städten und Landgemeinden	75,9	14,1	9,7	0,3
dagegen 1911	62,1	27,7	9,6	0,7.

Während im Berichtsjahre die der Gemeindebesteuerung zugrunde liegende staatlich veranlagte Einkommensteuer allein etwas mehr als $^3/_4$ des gesamten Prinzipalsteuersolls ausmachte, betrug das umlagefähige Soll der Einkommen- und -Gewerbesteuer im Rechnungsjahre 1911 zusammen erst rund 72 v. H. des entsprechenden Gesamtprinzipalsteuersolls. In den Gemeindegrößengruppen zeigen sich bemerkenswerte Unterschiede in der Verteilung des Prinzipalsolls der direkten Steuern auf die einzelnen Steuer-

[1]) ohne Helgoland und die Hohenzollernschen Lande. — [2]) Bei Errechnung der Verhältnisziffern ist die Fläche der steuerpflichtigen und der steuerfreien Liegenschaften zugrunde gelegt.

[1]) ohne Helgoland und die Hohenzollernschen Lande.

arten. Die obigen Zahlen lassen u. a. deutlich erkennen, wie sehr **bei den Gemeinden mit nicht mehr als 10 000 Einwohnern die Steuern vom Grundbesitze von Bedeutung sind und den Anteil der Einkommensteuer am gesamten Steuersoll entsprechend herabdrücken.**

Die Städte, deren Bevölkerungsanteil an der Gesamtbevölkerung 52,1 v. H. ausmachte, vereinigten auf sich 72,1 v. H. des gesamten Prinzipalsolls sämtlicher preußischen Städte und Landgemeinden. Umgekehrt betrugen die entsprechenden Verhältnisziffern bei den Landgemeinden 47,9 und 27,9 v. H. der Gesamtbevölkerung bezw. des gesamten Prinzipalsteuersolls. Die höchsten Anteile an letzterem wiesen die Städte mit mehr als 200 000 Einw. (22,7) und die kleinen Landgemeinden mit weniger als 5 000 Einw. (17,8 v. H.) auf, deren Bevölkerungsanteile 13,7 und 38,6 v. H. betrugen. Überwiegen im allgemeinen die Steueranteile die Bevölkerungsanteile, so ist dies bei den Kleinstädten und den Landgemeinden bis zu 10 000 Einwohnern nicht der Fall. Am bedeutendsten ist der Unterschied bei den Landgemeinden bis zu 5 000 Einwohnern, wo der Prinzipalsteueranteil hinter dem Bevölkerungsanteil um 20,8 v. H. zurückbleibt.

Das auf 1 Einwohner entfallende Prinzipalsoll der direkten Steuern bringt die durchschnittliche steuerliche Leistungsfähigkeit der Gemeinden zum Ausdruck. Am steuerkräftigsten ist danach Berlin mit 64,6 *M*. Es folgen die Städte in der Reihenfolge der Größenklassenzugehörigkeit. Bei den Landgemeinden zeigt sich dasselbe Bild: Je größer die Gemeinden, je steuerkräftiger sind sie. Mit Ausnahme der Städte und Landgemeinden mit nicht mehr als 5 000 Einwohnern betrug das auf 1 Einwohner entfallende Prinzipalsteuersoll über 20 *M*. Den geringsten Kopfbetrag wiesen die kleinen Landgemeinden auf, bei denen er sich auf nur 12,2 *M* belief, das waren nur 50 Pf. weniger, als der durchschnittliche Kopfbetrag in sämtlichen Städten und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911 ausmachte.

Hypothekenbewegung in Preußen 1919 und 1920. — Während der Kriegszeit war die hypothekarische Belastung des Grundbesitzes allmählich zurückgegangen. Wie schon nach der Abnahme der Minderbelastung im Berichtsjahre 1918 anzunehmen war, ist dann in der Nachkriegszeit eine erneute buchmäßige Mehrbelastung eingetreten. Wie die endgültigen Ergebnisse der Hypothekenbewegung für 1919 und die vorläufigen Ergebnisse für 1920 zeigen, ist die Mehrverschuldung von 1919 auf 1920 verhältnismäßig hoch gewesen. Es betrugen nämlich

in den Rechnungsjahren	die Hypotheken-Eintragungen Mill. *M*	die Hypotheken-Löschungen überhaupt Mill. *M*	die Hypotheken-Löschungen v. H. der Eintragungen	der Überschuß der Eintragungen über die Löschungen Mill. *M*
	a) in den städtischen Bezirken			
1919	3 683,81	2 199,76	59,7	1 484,05
1920	7 078,02	2 902,18	41,0	4 175,84
	b) in den ländlichen Bezirken			
1919	2 449,38	1 620,01	66,1	829,37
1920	3 821,57	1 968,24	51,5	1 853,33
	c) insgesamt			
1919	6 133,19	3 819,77	62,3	2 313,42
1920	10 899,59	4 870,42	44,7	6 029,17.

Hiernach haben sich von 1919 auf 1920 insgesamt die Eintragungen um 4 766,4 Mill. *M*, d. i. um über drei Viertel, die Löschungen um 1 050,7 Mill. *M*, d. i. um über ein Viertel, vermehrt. Die verhältnismäßige Zunahme der Neueintragungen ist in den Städten mit 92,1 % erheblich stärker gewesen als auf dem Lande mit 56,02 %. Die gelöschten Posten haben im Stadtbezirke um 31,9 %, im Landbezirke um 21,5 % zugenommen. Der Jahresüberschuß der Hypothekeneintragungen über die Löschungen ist im Rechnungsjahre 1920 sehr erheblich gestiegen, und zwar insgesamt um über das Anderthalbfache. Diese Steigerung erstreckt sich sowohl auf die städtischen als auf die ländlichen Bezirke; sie beträgt in den Städten 181,4 %, auf dem Lande dagegen 123,5 %. Die erneute, verhältnismäßig bedeutende hypothekarische Mehrbelastung des Grundbesitzes darf **aber durchaus nicht als Beweis für die ungünstige Lage der Grundbesitzer gewertet werden.** Die andauernde Geldentwertung und in deren Gefolge die ständigen Preis- und Lohnerhöhungen ermöglichten es vielmehr — was ja auch schon aus der weiteren Zunahme der Löschungen teilweise hervorgeht und in den Berichten mancher Amtsgerichte ausdrücklich bestätigt wird — vielen Grundstückseigentümern, lästige Hypothekenschulden abzustoßen. Wenn trotzdem eine erhebliche buchmäßige Verschuldungszunahme eingetreten ist, so findet diese vor allem ihre Erklärung in der durch den niedrigen Stand unserer Valuta und dessen Folgeerscheinungen bedingten Eintragung hoher Beträge bei Neubauten, Umbauten, größeren Reparaturen, geschäftlichen Neuanschaffungen, Ergänzungen des lebenden und toten Inventars, beim Besitzwechsel sowie bei Erbauseinandersetzungen. Auch zur Deckung von Steuern und in der Absicht, späteren Steuern mit Schulden entgegenzuwirken, wurden gelegentlich Neueintragungen vorgenommen. Schließlich ist die Hypothekenbewegung in manchen Gebieten auch wesentlich durch Kreditgewährung an gemeinnützige Siedlungsunternehmungen beeinflußt worden. Im Kreise Niederbarnim gelangten beispielsweise 3 Mill. *M* durch die Neuenhagener Baugenossenschaft Neuenhagen sowie 1 200 000 *M* durch die Siedlungsgesellschaft Niederbarnim G. m. b. H. zur Buchung, und im Landkreise Waldenburg wurden nach Löschung von 6 Mill. *M* zuerst 10 Mill. *M* und dann noch 3 Mill. *M* für Bergmannswohnstätten eingetragen.

Auf dem Lande entfällt die Neubelastung fast ausschließlich auf die großen Güter, für deren Besitzer die höhere Bewertung der Handarbeit neben den unbedingt erforderlichen Neuanschaffungen für die Wirtschaft (Vieh, Maschinen, Saatgut) eine beträchtliche Mehrausgabe bildet. Daß die städtische hypothekarische Verschuldung verhältnismäßig stärker zugenommen hat als die ländliche, läßt sich unschwer mit den großen Geldbedürfnissen von Handel und Industrie in Zusammenhang bringen.

Ferner betrugen

in den Provinzen		in den städtischen Bezirken: die Hypotheken-Eintragungen Mill. *M*	die Hypotheken-Löschungen überhaupt Mill. *M*	die Hypotheken-Löschungen v. H. der Eintragungen	der Überschuß der Eintragungen über die Löschungen Mill. *M*	in den ländlichen Bezirken: die Hypotheken-Eintragungen Mill. *M*	die Hypotheken-Löschungen überhaupt Mill. *M*	die Hypotheken-Löschungen v. H. der Eintragungen	der Überschuß der Eintragungen über die Löschungen Mill. *M*
Ostpreußen	1919	160,91	67,61	42,0	93,30	350,15	136,51	39,0	213,64
	1920	291,34	77,68	26,7	213,66	477,74	158,30	33,1	319,44
Brandenburg	1919	631,21	353,83	56,1	277,38	335,32	189,61	56,5	145,71
	1920	1 174,25	463,06	39,4	711,19	455,86	236,08	51,8	219,78
Stadt Berlin	1919	218,76	183,36	83,8	35,40	—	—	—	—
	1920	777,40	286,55	36,9	490,85	—	—	—	—
Pommern .	1919	119,09	57,45	48,2	61,64	167,79	92,15	54,9	75,64
	1920	203,74	58,16	28,5	145,58	324,65	114,21	35,2	210,44
Grenzm. Posen-Westpr.	1919	22,14	8,76	39,6	13,38	43,44	18,46	42,5	24,98
	1920	40,63	9,89	24,3	30,74	71,60	24,01	33,5	47,59
Niederschlesien	1919	202,82	113,72	56,1	89,10	296,30	173,60	58,6	122,70
	1920	385,03	123,77	32,1	261,26	483,33	198,93	41,2	284,40
Oberschlesien	1919	162,73	78,14	48,0	84,59	143,08	68,23	47,7	74,85
	1920	157,00	64,38	41,0	92,62	105,19	100,18	95,2	5,01
Sachsen . .	1919	281,97	162,72	59,8	119,25	269,70	182,14	67,5	87,56
	1920	446,46	173,66	38,9	272,80	338,01	218,99	64,8	119,02
Schleswig-Holstein	1919	170,89	96,46	56,4	74,43	200,06	133,26	66,6	66,80
	1920	369,55	126,45	34,2	243,10	346,21	186,97	54,0	159,24
Hannover .	1919	213,99	143,29	67,0	70,70	168,01	191,56	114,0	— 23,55
	1920	395,83	161,14	40,7	234,69	319,90	186,28	58,2	133,62
Westfalen .	1919	335,18	190,83	56,9	144,35	154,82	120,04	77,5	34,78
	1920	606,77	248,73	41,0	358,04	243,25	144,96	59,6	98,29
Hessen-Nassau	1919	217,43	146,66	67,5	70,77	62,81	74,73	119,0	— 11,92
	1920	438,38	263,70	60,2	174,68	118,12	82,35	69,7	35,77
Rheinprovinz	1919	944,76	595,55	63,0	349,21	254,68	232,76	91,4	21,92
	1920	1 787,95	843,50	47,2	944,45	529,65	307,91	58,1	221,74
Hohenzollernsche Lande	1919	1,93	1,35	69,9	0,58	3,20	6,97	217,8	— 3,77
	1920	3,71	1,50	40,3	2,21	8,07	9,07	112,4	— 1,00.

Nach Landesteilen zeigen im Stadtgebiete im Rechnungsjahre 1920 die Rheinprovinz und Brandenburg, wo die Mehrverschuldung gegen 1919 um fast das Eindreiviertelfache bezw. um etwas über das Anderthalbfache zugenommen hat, die größte Mehrverschuldung, die geringste dagegen, abgesehen von den Hohenzollernschen Landen, die Grenzmark Posen-Westpreußen. Ganz ungewöhnlich hoch war die Zunahme der hypothekarischen Mehrverschuldung von 1919 auf 1920 in Berlin, wo sie sich rund auf das Dreizehnfache belief. Unter den Landgebieten wiesen Ostpreußen und danach Niederschlesien die höchste, Oberschlesien, wo der Überschuß der Eintragungen sogar um über neun Zehntel zurückgegangen war, die niedrigste Mehrbelastung auf. In den Landbezirken der Hohenzollernschen Lande war auch 1920 noch eine Minderverschuldung von 1 Mill. *M* (gegen 3,8 Mill. *M* im Vorjahre) zu verzeichnen. —

Demnächst folgt noch ein Aufsatz, der die Hypothekenschuldner nach Berufsgruppen behandelt.

Die Steuern der preußischen Landkreise im Rechnungsjahre 1920. — Bei der Kreisbesteuerung im Berichtsjahre ist gegenüber der seitherigen Besteuerung durch die neue Reichseinkommensteuer-Gesetzgebung eine wesentliche Änderung eingetreten. Die bisherige kommunale Einkommensteuer ist durch den Anteil an der vom Reiche erhobenen Einkommen-, Lohn- und Körperschaftssteuer ersetzt worden. Näheres über die Einzelheiten der Reform in bezug auf die kommunale Besteuerung ist in einem früheren Aufsatz (vergl. Seite 33*) über die Provinzialbesteuerung im Rechnungsjahre 1920 mitgeteilt worden. Was dort gesagt ist, gilt zum größten Teile auch für die Kreisbesteuerung in Preußen.

In der folgenden Übersicht sind die berichtigten Sollbeträge der nach ihren Hauptarten gegliederten Kreissteuern für das Rechnungsjahr 1920 in Staat und Provinzen wiedergegeben. Die Angaben entstammen dem Zahlenstoffe der neuesten amtlichen Erhebung über die Steuern und Schulden der preußischen Kommunalverbände, deren Gesamtergebnis im Statistischen Jahrbuch für den Freistaat Preußen im 18. Bande veröffentlicht werden wird.

Es betrug

in	die Einwohnerzahl nach der Volkszählung am 8. Oktober 1919	das berichtigte Soll der den Kreisen überwiesenen Steuern	indirekten Kreissteuern	direkten Kreissteuern	gesamten Kreissteuern überhaupt	gesamten Kreissteuern auf 1 Einw.
	1 000	Mill. *M*	Mill. *M*	Mill. *M*	Mill. *M*	*M*
Ostpreußen	1 783,8	18,1	4,3	30,3	52,8	29,6
Brandenburg	2 084,4	23,1	5,3	29,9	58,2	27,9
Pommern	1 388,4	17,4	3,8	21,2	42,5	30,6
Posen-Westpreußen	294,3	1,7	0,8	1,6	4,2	14,2
Niederschlesien	2 229,8	17,3	4,0	31,8	53,1	23,8
Oberschlesien	1 923,0	7,5	1,2	11,5	20,2	10,5
Sachsen	2 194,1	19,9	3,0	29,2	52,1	23,8
Schleswig-Holstein	955,6	9,3	3,4	10,9	23,6	24,7
Hannover	2 209,4	21,7	3,3	25,9	50,9	23,0
Westfalen	3 060,7	29,8	2,7	34,2	66,7	21,8
Hessen-Nassau	1 544,0	11,3	1,8	15,3	28,4	18,4
der Rheinprovinz	3 609,5	30,1	3,7	21,7	55,5	15,4
den Hohenzoll. Landen	70,8	0,5	0,1	0,7	1,3	18,6
dem Staate	23 347,9	207,7	37,5	264,2	509,4	21,8.

Die gesamten Kreissteuern in Preußen beliefen sich im Berichtsjahre nach dem Stande vom 31. März 1921 auf 509,4 Mill. *M*, das sind 21,8 *M* auf den Kopf der Bevölkerung. Im Vorjahre machte der entsprechende Betrag nur 346,4 und im Rechnungsjahre 1913 gar nur 112,7 Mill. *M* aus. Diese Zahlen sind jedoch mit denen des Berichtsjahres nicht recht vergleichbar, weil in den Angaben für 1913 und 1919 die Kreiseinkommensteuer einschl. des an die Provinzialverbände abzuführenden Anteiles derselben mit inbegriffen ist, während im Rechnungsjahre 1920 in dem den Landkreisen vom Reiche überwiesenen Anteile an der Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer Beträge für die Provinzialverbände nicht enthalten sind. Die aus obigen Zahlen errechnete Zunahme der Kreissteuern im Zeitraume 1913/1920 um 352,0 v. H. und im Zeitraume 1919/1920 um 47,1 v. H. ergibt demgemäß kein richtiges Bild von der wachsenden finanziellen Inanspruchnahme der Landkreisbevölkerung seitens der Landkreise. Das Soll der den Landkreisen überwiesenen Steuern, d. h. der Anteile an den vom Reiche erhobenen Steuern, nämlich der Einkommen- und Körperschaftssteuer, der Grunderwerbsteuer, Wertzuwachssteuer und der Umsatzsteuer, sämtlich einschl. der Beträge für Verwaltung und Erhebung dieser Steuern, ferner der in den Gemeinden und Gutsbezirken aufgekommenen Betriebssteuer, desgl. der in den Städten mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern sowie in den Landgemeinden und Gutsbezirken aufgekommenen Wanderlagersteuer, endlich der in den Gutsbezirken erhobenen Warenhaussteuer, betrug im Berichtsjahre insgesamt 207,7 Mill. *M*, das sind 40,8 v. H. der gesamten Kreissteuern. Durch die im Laufe der Rechnungsjahre 1919 und 1920 in Kraft getretenen und auch die Kreisbesteuerung beeinflussenden Reichsgesetze, betreffend die Besteuerung des Einkommens, des Grunderwerbes und des Umsatzes, ist eine Vergleichung des Zahlenstoffes vom Berichtsjahre mit dem auch nur des Vorjahres sehr erschwert, weil einige der Steuern zwar im Rechnungsjahre 1920 voll in Erscheinung treten, jedoch im vorhergehenden Jahre überhaupt noch nicht (Einkommensteuer) oder nur z. T. schon in Geltung waren (Grunderwerbsteuer seit dem 1. Oktober 1919 und die neue Umsatzsteuer nach der Novelle zum Umsatzsteuergesetz vom 24. Dezember 1919 seit dem 1. Januar 1920). Der im Rechnungsjahre 1919 den Kreisen zufließende Betrag an überwiesenen Steuern in Höhe von 11,6 Mill. *M* ist daher mit der Angabe des Berichtsjahres gar nicht vergleichbar. Ähnliches gilt von den indirekten Steuern. Ihr Soll betrug im Rechnungsjahre 1920 37,5 Mill. *M* oder 7,4 v. H. der gesamten Kreissteuern. Am ehesten zur Vergleichung heranzuziehen sind noch die Ertragssteuern. Das berichtigte Soll der Realsteuern betrug im Berichtsjahre 264,2 Mill. *M* oder 51,9 v. H. der gesamten Kreissteuern. Gegenüber dem Vorjahre, in dem der entsprechende Betrag nur 96,8 Mill. *M* ausmachte, beläuft sich die Zunahme auf 173,1 v. H. Die Ertragssteuersteigerung ist zurückzuführen z. T. auf die erhöhte Leistungsfähigkeit der Kreise, zumeist aber auf eine stärkere Heranziehung der Steuerpflichtigen. Im Zeitraume 1919/20 stieg das umlagefähige Soll der Realsteuern von 107,3 auf 108,4 Mill. *M*, also um 0,98 v. H., während die durchschnittlichen Zuschläge zu den Realsteuern von 90,16 v. H. im Rechnungsjahre 1919 auf 243,82 v. H. im Berichtsjahre stiegen. Gegenüber der außerordentlichen Zunahme des berichtigten Solls der Realsteuern im Zeitraume 1919/1920 um 173,1 v. H. ist es von Interesse zu erwähnen, daß gemäß § 3 des Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz vom 13. Januar 1921 für das Steuerjahr 1920 die Steigerung des Einkommensteuer-Erträgnisses auf nur 35 v. H. beschränkt ist.

Die einzelnen Provinzen waren am gesamten Steuersoll der Landkreise mit folgenden Hundertsätzen beteiligt, die von den entsprechenden Bevölkerungsanteilen z. T. erheblich abweichen.

Es entfielen nämlich

auf	v. H. der durch die Volkszählung am 8. Oktober 1919 festgestellten Bevölkerung sämtlicher preußischen Landkreise	v. H. sämtlicher Kreissteuern für das Rechnungsjahr 1920
Ostpreußen	7,64	10,36
Brandenburg	8,93	11,43
Pommern	5,95	8,34
die Grenzmark Posen-Westpreußen	1,26	0,82
Niederschlesien	9,55	10,43
Oberschlesien	8,24	3,97
Sachsen	9,40	10,23
Schleswig-Holstein	4,09	4,63
Hannover	9,46	9,99
Westfalen	13,11	13,09
Hessen-Nassau	6,61	5,57
die Rheinprovinz	15,46	10,90
die Hohenzollernschen Lande	0,30	0,26.

Besonders stark blieben demnach die Steueranteile in der Rheinprovinz und in Oberschlesien hinter den Bevölkerungsanteilen zurück; auch in Hessen-Nassau, der Grenzmark Posen-Westpreußen, den Hohenzollernschen Landen und in Westfalen waren erstere kleiner als letztere. In den übrigen 7 Provinzen war es umgekehrt. Das höchste Kreissteuersoll zeigte Westfalen mit 66,7 Mill. ℳ oder 13,1 v. H. sämtlicher Kreissteuern für das Rechnungsjahr 1920. Es folgten mit Beträgen zwischen 58,2 und 50,9 Mill. ℳ Brandenburg, die Rheinprovinz, Niederschlesien, Ostpreußen, Sachsen und Hannover. In den übrigen Provinzen blieb das Steuersoll hinter dem Betrage von 50 Mill. ℳ zurück, am meisten mit 20,2, 4,2 und 1,3 Mill. ℳ in Oberschlesien, der Grenzmark Posen-Westpreußen und den Hohenzollernschen Landen. Auf den Kopf der Bevölkerung war der Kreissteuerbetrag in Pommern mit 30,6 ℳ am höchsten. Mit 29,6 und 27,9 ℳ folgten Ostpreußen und Brandenburg. In den Hohenzollernschen Landen (18,6), Hessen-Nassau (18,4), der Rheinprovinz (15,4), der Grenzmark Posen-Westpreußen (14,2) machte der Kopfbetrag noch nicht 20 ℳ aus; am niedrigsten war er mit 10,5 ℳ in Oberschlesien.

Die Provinzialsteuern im Rechnungsjahre 1920. — Im Rechnungsjahre 1920 machte sich bei der Provinzialbesteuerung in Preußen die neue Reichssteuer-Gesetzgebung zum ersten Male dahin bemerkbar, daß die Provinzial- usw. Verbände nicht mehr wie bisher Zuschläge zu der staatlich veranlagten Einkommensteuer erheben konnten und für diesen Ausfall an dem Aufkommen der Reichs-Einkommen- und Körperschaftssteuer beteiligt wurden. Erschwert diese Tatsache allein schon eine Vergleichung der Angaben für das Rechnungsjahr 1920 mit denen der Vorjahre, so ist infolge der durch den Friedensvertrag von Versailles bedingten Änderungen im Gebietsumfange Preußens und ihrer Rückwirkungen auf das Finanz- und Steuerwesen der beteiligten Provinzialverbände, weiter durch die Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin und die dadurch bedingte Verkleinerung des Provinzialverbandes von Brandenburg eine Vergleichung der absoluten Steuerbeträge usw. nicht angängig, weil die Unterlagen, die zur Feststellung der auf die abgetretenen usw. Gebiete entfallenden Anteile an Provinzialsteuern erforderlich sind, zum größten Teile nicht zur Verfügung stehen.

Das Prinzipalsoll der Realsteuern, wie es für die Verteilung der Provinzial- usw. Steuern des Rechnungsjahres 1920 gemäß § 25 des Kreis- und Provinzial-Abgaben-Gesetzes vom 23. April 1906 nach dem Stande vom 1. Januar 1920 ermittelt worden ist, betrug im ganzen 184,0 Mill. ℳ, von denen 101,5 Mill. ℳ oder 55,2 v. H. auf die Landkreise und 82,5 Mill. ℳ oder 44,8 v. H. auf die Stadtkreise entfielen. Der Bevölkerungsanteil der Stadtkreise an der Gesamtbevölkerung betrug aber nur 29,9 v. H., sodaß der Anteil des Prinzipalsolls der Realsteuern in den Stadtkreisen den bezüglichen Bevölkerungsanteil um 14,9 v. H. überstieg. Von maßgebendem Einfluß auf die Höhe des Realsteueranteils der Stadtkreise sind die hohen Beträge ihres Prinzipalsolls an Gebäude- und Gewerbesteuer. Sie machten nicht weniger als 56,4 bezw. 54,7 v. H. des Solls der staatlich veranlagten Beträge der Gebäude- bezw. Gewerbesteuer überhaupt aus. In den Provinzen entfiel naturgemäß auf den industriell so sehr bedeutenden und daneben volkreichsten Provinzialverband der Rheinprovinz der Löwenanteil des Prinzipalsolls der Realsteuern im ganzen Staate mit insgesamt 45,8 Mill. ℳ oder 24,9 v. H. der Gesamtsumme. Bei den übrigen Verbänden schwankte der Gesamtbetrag des Prinzipalsolls der Realsteuern, wenn man von dem Provinzialverbande von Posen und dem hohenzollernschen Landeskommunalverbande absieht, zwischen 24,4 und 1,4 Mill. ℳ bei den Provinzialverbänden von Schlesien und Westpreußen.

Die von den Provinzial- usw. Verbänden erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten Realsteuern lassen eine Vergleichung mit denen der Vorjahre zu, und wir lassen nachstehend die betreffenden Angaben für die Rechnungsjahre 1913, 1918, 1919 und 1920 folgen.

Von den den Provinzialsteuern (Bezirkssteuern, Landeskommunalabgaben) zugrunde gelegten staatlich veranlagten Realsteuern wurden erhoben

beim	im Rechnungsjahre 1913 %[1])	1918 %[1])	1919 %[1])	1920 %[1])
Provinzialverband von Ostpreußen[2]) . . .	22,59	25,0	54,0	82,0
„ „ Westpreußen . . .	24,1	25,9	41,5	132,3
„ „ Brandenburg . . .	14,0	18,0	36,0	127,0
„ „ Pommern	21,0	24,0	44,0	212,6
„ „ Posen	22,2	.[3])	.[3])	54,4
„ „ Schlesien	9,5	10,0	12,48	111,1
Landarmenverband der Prov. Schlesien[4]) .	7,05	7,96	7,39	36,23
Provinzialverband von Sachsen	15,0	16,5	16,5	100,0
„ „ Schleswig-Holstein[5])	20,0	20,5	32,5	54,0
„ „ Hannover	15,0	16,0	38,0	83,7
„ „ Westfalen	13,5	13,5	30,5	97,0
Bezirksverband des Reg.-Bez. Cassel . . .	10,0	12,0	36,0	205,0
„ „ „ „ Wiesbaden .	7,5	7,5	21,0	21,0
Provinzialverband der Rheinprovinz . . .	14,0	13,0	31,5	57,48
Landeskommunalverband der Hohenzollernschen Lande	20,654	11,85	10,97	225,088.

Die Übersicht läßt erkennen, daß sich die Entwicklung der Zuschläge bis zum Rechnungsjahre 1918 noch durchweg in normalen Bahnen bewegte, indem im allgemeinen eine geringe Erhöhung eingetreten ist. Am größten war die Steigerung im Zeitraume 1913/1918 beim Provinzialverbande von Brandenburg mit 28,6 v. H. Im Rechnungsjahre 1919 weisen die Verbände bereits sehr erhebliche Zuschlagssteigerungen auf. In den Provinzial- usw. Verbänden von Ostpreußen, Brandenburg, Hannover, Westfalen, Cassel, Wiesbaden und der Rheinprovinz beträgt die Steigerung der Zuschläge in diesem einen Jahre 100 und mehr Prozent. Im Berichtsjahre nun schwellen die Zuschläge teilweise ganz außerordentlich an. Abgesehen von dem Provinzialverbande von Posen, für den eine Vergleichung wegen des Fehlens der Angaben vom Vorjahre nicht möglich ist, zeigen 9 Verbände im Rechnungsjahre 1920 Zuschläge, die mehr als das Dreifache derjenigen des Vorjahres ausmachen, und zwar Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien einschließlich des Landarmenverbandes der Provinz Schlesien, Sachsen, Westfalen, Cassel und die Hohenzollernschen Lande. Beim Provinzialverbande von Schleswig-Holstein betrug der Zuschlag zwar nur das 1,7 fache des vorjährigen, es blieb aber bei der Erhebung von nur 54 % ein Fehlbetrag von 12,7 Mill. ℳ, der den Kreisen gestundet wurde und von dem ein Teil durch eine langfristige Anleihe gedeckt werden sollte. Wären diese 12,7 Mill. ℳ ebenfalls durch Provinzialsteuern aufgebracht worden, so hätte der Zuschlag das 5,7 fache des vorjährigen Zuschlages betragen. Noch in 4 anderen Kommunal-Verbänden betragen die Zuschläge im Berichtsjahre mehr als das 5 fache der Zuschläge des Rechnungsjahres 1919, nämlich beim Provinzial- usw. Verbande von Cassel das 5,7-, Sachsen das 6,1-, Schlesien das 8,9- und Hohenzollern gar das 20,5 fache. Verhältnismäßig gering ist das Anwachsen der Realsteuer-Zuschläge im Zeitraume 1919/20 in den Provinzialverbänden der Rheinprovinz und von Ostpreußen, in denen die Zuschläge im Berichtsjahre das 1,8- und 1,5 fache derjenigen des Vorjahres betrugen.

---

[1]) Es sind die allgemeinen Prozentsätze angegeben, d. h. ohne Berücksichtigung etwaiger ausschließlicher sowie Mehr- oder Minderbelastungen einzelner Kreise. — [2]) In der Provinz Ostpreußen besteht ein die ganze Provinz umfassender Landarmenverband, und außerdem bildet hinsichtlich gewisser Zwecke jeder Stadt- und Landkreis einen besonderen Landarmenverband. Ein Teil der in den anderen Provinzen von den Provinzial- usw. Verbänden aufzubringenden Armenlast wird demnach in der Provinz Ostpreußen von den Kreisen getragen. Bei Übernahme dieser Aufwendungen durch den Provinzialverband würde sich der Prozentsatz der Provinzialsteuer für das Rechnungsjahr 1913 um 4,6 und für 1918 und 1919 um je 2,5 % erhöht haben. Für 1920 fehlt die Angabe. — [3]) Die Angaben für 1918 und 1919 waren nicht zu erhalten. — [4]) mit Ausschluß der Stadt Breslau. — [5]) ausschl. des Kreises Herzogtum Lauenburg.

Im Bezirksverband Wiesbaden sind sie sogar mit 21 % unverändert geblieben; diese sind aber erhoben worden vom Prinzipalsoll nach dem Stande vom 1. Januar 1919 zuzüglich einer Steigerung von 35 %. Würde das Prinzipalsoll nach dem Stande vom 1. Januar 1920 der Berechnung des Bezirkssteuerzuschlages zugrunde gelegt worden sein, so ergäbe sich ein Zuschlag von 25,3 v. H. und eine Steigerung um das 1,2 fache gegenüber dem Zuschlage des Vorjahres.

Bei dieser außergewöhnlich stark gesteigerten Inanspruchnahme der staatlich veranlagten Realsteuern seitens der Provinzial- usw. Verbände im Berichtsjahre hat sicher die fortdauernde Geldentwertung und die damit verbundene gewaltige Preis- und Lohnsteigerung sehr stark mitgewirkt. Doch ist hierin nicht die einzige Ursache zu suchen. Im Rechnungsjahre 1920 sind zum ersten Male die Provinzialzuschläge zur Einkommensteuer fortgefallen, und an ihre Stelle sind die den Provinzial- usw. Verbänden überwiesenen Anteile an der Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer getreten. Die Höhe dieser Anteile steht noch nicht endgültig fest. Gemäß § 3 des Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetze vom 13. Januar 1921 ist den Kommunalverbänden als Mindestbetrag das Einkommensteuer-Aufkommen vom Rechnungsjahre 1919 zuzüglich 35 % garantiert; jedoch schweben noch zwischen den beteiligten Ressorts Verhandlungen darüber, welcher Teil der nach dem 10. März 1920 von den Kommunalverbänden beschlossenen Nachtragsumlagen dem Garantiebetrage zugerechnet werden soll. Die Provinzial- usw. Verbände haben in ihren Nachweisungen als berichtigten Sollbetrag des Anteils an der Reichs-Einkommen- und Körperschaftssteuer das Aufkommen des Rechnungsjahres 1919 einschließlich sämtlicher Nachtragsumlagen zuzüglich 35 % eingesetzt. Da ergibt sich nun, daß sich das Verhältnis zwischen dem Aufkommen aus Einkommensteuern und Realsteuern in den Provinzialverbänden der neuen Regelung zufolge im Zeitraume 1919/20 erheblich verschoben hat. Es entfielen nämlich im Vorjahre vom Sollbetrage der Provinzialsteuern in Höhe von 215,2 Mill. ℳ auf die Einkommensteuer 70,9 v. H., während im Berichtsjahre von der Summe des berichtigten Sollbetrages der Provinzialsteuern (Realsteuern) und des Anteils an der Reichs-Einkommen- und Körperschaftssteuer im Gesamtbetrage von 381,8 Mill. ℳ auf den Einkommensteuer-Anteil nur 53,5 v. H. entfielen. Diese Verschiebung tritt noch deutlicher hervor, wenn man den berichtigten Sollbetrag der von den Verbänden erhobenen Realsteuern durch das Prinzipalsoll der Realsteuern dividiert und die sich für die Rechnungsjahre 1919 und 1920 ergebenden Quotienten vergleicht. Dieser Quotient, die Belastungsziffer der Realsteuern, betrug im Rechnungsjahre 1919 0,3064 und im Berichtsjahre 0,9613. Die Realsteuer-Belastung beträgt demnach im Rechnungsjahre 1920 das 3,15 fache der des Vorjahres, während die Einkommensteuer, die nur um 35 v. H. gestiegen ist, das 1,35 fache der des vorhergehenden Rechnungsjahres ausmacht.

Der berichtigte Sollbetrag der Provinzialsteuern im Rechnungsjahre 1920 betrug 177,5 Mill. ℳ, das sind 5,3 ℳ auf den Kopf der Bevölkerung. Dabei sind beim Provinzialverbande von Pommern in der Staatssumme die wirklich benötigten 16,9 Mill. ℳ einberechnet, wiewohl infolge der finanziellen Notlage der Kommunalverbände zunächst nur 7,8 Mill. ℳ umgelegt worden sind. Beim Provinzialverbande von Brandenburg sind in den Angaben noch 3,3 Mill. ℳ der seit dem 1. Oktober 1920 mit Berlin vereinigten 6 Stadtkreise und Teile der Landkreise Teltow, Niederbarnim und Osthavelland mit einberechnet, da sie bis zum 30. 9. 1920 noch zum Provinzialverbande von Brandenburg gehörten. Dieser verliert künftighin durch die Eingemeindungen einen sehr großen Prozentsatz seiner bisherigen Realsteuereinnahmen. Das Prinzipalsoll der Realsteuern des Provinzialverbandes von Brandenburg einschl. der mit Berlin vereinigten Gemeinden betrüge nämlich im Berichtsjahre 29,8 Mill ℳ, während ohne diese Gemeinden es sich nur auf 11,4 Mill. ℳ beläuft. Der Provinzialverband von Brandenburg verliert demnach nach den Angaben für das Rechnungsjahr 1920 18,5 Mill. ℳ oder 61,9 v. H., also nicht ganz ²/₃ seiner staatlich veranlagten Realsteuern.

Der Anteil an der Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer für das Rechnungsjahr 1920 belief sich für die Provinzial- usw. Verbände auf 204,4 Mill. ℳ, das sind 6,2 ℳ auf 1 Einwohner.

Die Schulden der preußischen Landkreise im Rechnungsjahre 1920. — Die Schulden der preußischen Landkreise beliefen sich am Schlusse des Rechnungsjahres 1920 auf nicht weniger als 3,41 Milliarden ℳ. Unter Berücksichtigung des Gebietsumfanges Preußens am 31. März 1921 betrugen die Schulden derselben Kreise im Rechnungsjahre 1913 nur 0,65, desgl. 1918 schon 3,36 und im Jahre 1919 wieder etwas weniger, nämlich 3,09 Milliarden ℳ. Während also die Verschuldung der preußischen Landkreise in den Kriegsjahren ganz gewaltig zugenommen hat, im Jahresdurchschnitt nämlich um 103,2 v. H. des Schuldbetrages vom letzten Friedensjahre, so zeigte sich demgegenüber im Zeitraume 1918/19 eine geringe und — wie der Schuldenbetrag vom Berichtsjahre im Vergleiche zu dem des Rechnungsjahres 1919 zeigte — nur vorübergehende Abnahme der preußischen Kreisschulden, und zwar um 8,0 v. H. Im Verlaufe des Rechnungsjahres 1920 vermehrten sich die gesamten Schulden der preußischen Landkreise wieder um 10,2 v. H. und erreichten mit dem oben angegebenen Betrage — dem 5,2 fachen desjenigen vom letzten Friedensjahre — eine noch nicht dagewesene Höhe. Die auf 1 Einwohner entfallenden Schuldenbeträge zeigen eine entsprechende Entwicklung. Fielen nämlich noch 1913 nur 26,7 ℳ auf den Kopf der Bevölkerung, so 1918 bereits 142,3 (+ 433 v. H.), 1919 nur 132,0 (− 7 v. H.), 1920 aber wieder 146,0 ℳ (+ 11 v. H.). Der Kopfbetrag der Kreisschulden erreichte also im Berichtsjahre das 5,5 fache desjenigen vom Rechnungsjahre 1913.

Die Grundzahlen geben jedoch nicht das richtige Bild von der wachsenden Verschuldung der Kreise, weil sie die ebenfalls wachsende Leistungsfähigkeit, mit der ein angemessenes Anwachsen der Verschuldung (werbende Anlagen!) ohne Gefahr für die Finanzgebarung Hand in Hand gehen kann, außer Betracht lassen. Früher konnte als zuverlässiger und ausreichender Vergleichsmaßstab die Steuerkraft, wie sie sich im Prinzipalsoll der den Kreissteuern in den betreffenden Rechnungsjahren zugrunde liegenden staatlich veranlagten direkten Steuern ausdrückte, verwendet werden. Dieser Maßstab ist jedoch im Berichtsjahre infolge des Fortfalls der Kreiseinkommensteuer nicht mehr anwendbar. Wenn wir, der veränderten Gesetzgebung Rechnung tragend, in Anlehnung an die Novelle zum Kreis- und Provinzialabgabengesetz vom 26. August 1921 unter Steuerkraft im Gegensatze zu dem in den Veröffentlichungen des Preußischen Statistischen Landesamts bisher üblichen Gebrauche nunmehr die Summe aus dem Prinzipalsoll der Realsteuern und dem Anteile an der Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer verstehen und die Schulden zu dieser Steuerkraft in Beziehung setzen, so zeigen sie bei den preußischen Landkreisen ein weniger bedenkliches Bild. Die Verschuldung beträgt nämlich im ganzen Staate im Berichtsjahre nur das 12,4 fache der Steuerkraft. Von einer Vergleichung dieser Schuldenbelastungsziffer mit entsprechenden Verhältnisziffern der Vorjahre muß Abstand genommen werden. Die durch die Reichsfinanzreform hervorgerufene Änderung in der Besteuerung des Einkommens ist zu einschneidend gewesen, als daß ohne große Künsteleien die Belastung der Kreise durch ihre Schulden unter Berücksichtigung der Steuerkraft im Berichtsjahre mit der entsprechenden Belastung in den vorhergehenden Rechnungsjahren verglichen werden könnte. Es ist aber anzunehmen, daß nach der Neuregelung der kommunalen Ertragsbesteuerung, die durch die vorgesehene Inanspruchnahme der bisher ausschließlich den Kommunalverbänden überlassenen Grundsteuer seitens des Staates nötig werden wird, künftighin wieder das Verhältnis der Schulden der Kreise zu ihrer Steuerkraft für die einzelnen Rechnungsjahre verglichen werden kann.

Von den Kreisschulden entfielen im gesamten Staate

im Rechnungsjahre	langfristigen Anleihen		auf die Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder		schwebenden Schulden	
	überhaupt Mill. ℳ	v. H. der Gesamtsumme	überhaupt Mill. ℳ	v. H. der Gesamtsumme	überhaupt Mill ℳ	v. H. der Gesamtsumme
1920 . . .	2 297,4	67,4	16,2	0,5	1 095,0	32,1
1919 . . .	1 739,4	56,2	21,3	0,7	1 333,3	43,1
1918 . . .	1 462,1	43,5	11,6	0,3	1 888,0	56,2
1913 . . .	639,2	98,1	6,1	0,9	6,1	0,9.

Ein Teil der langfristigen Anleihen, nämlich im Rechnungsjahre 1920 109,8 Mill. ℳ (4,8 v. H.), desgl. 1919 96,3 (5,5), 1918 59,3 (4,1) und 1913 63,9 Mill ℳ (10,0 v. H.), entfiel auf Schuldverschreibungen, die auf den Inhaber lauten. Während sich die Hypotheken- usw. Schulden im Verlaufe des Berichtsjahres um 5,1 Mill. ℳ verringert haben und sie im Rahmen der Gesamtschulden eine sehr untergeordnete Rolle spielen, hat sich der Betrag der langfristigen Anleihen dauernd und nicht unbeträchtlich vermehrt. Ferner ist zu ersehen, wie sich während des Krieges das Verhältnis der fundierten zu den unfundierten Schulden zuungunsten jener verschoben hat. Ganz im Gegensatze zur Zeit vor dem Kriege spielten nämlich in den Kriegs- und Nachkriegsjahren die nur vorübergehend aufgenommenen Darlehen eine bedeutende und teilweise (1918) sogar überragende Rolle. Das außergewöhnliche Anwachsen dieser Schuldenart von nur 6,1 Mill. ℳ im Rechnungsjahre 1913 auf 1 888,0 Mill. ℳ im letzten Kriegsjahre, d. h. um nicht weniger als das 307 fache, ist eine Folgeerscheinung des Krieges und wohl zu allermeist durch die großen Aufwendungen auch der Landkreise auf dem Gebiete der Kriegswirtschaft, insbesondere der Kriegswohlfahrtspflege, verursacht worden. Anderseits lassen die Angaben der beiden folgenden Jahre aber erkennen, daß die Bemühungen der preußischen Landkreise, ihre „Kriegskonten" zu beseitigen, zu sehr greifbaren Resultaten geführt haben. Sowohl die absolute Abnahme der schwebenden Schulden, nämlich von 1,9 Milliarden ℳ im Rechnungsjahre 1918 auf 1,3 im Nächst- und weiter auf 1,1 Milliarden ℳ im Berichtsjahre, als auch in Verbindung damit die Verschiebung des Verhältnisses zwischen den unfundierten und den fundierten Schulden im Zeitraume 1918/20 zeigen eine ganz beträchtliche und andauernde Entspannung, eine Tatsache, die wohl zum größten Teile auf die Wirkungen des § 59 Landessteuergesetzes vom 30. März 1920 zurückzuführen ist. Nach diesem Paragraphen übernimmt nämlich das Reich die bisher von den Ländern und Kommunalverbänden geleisteten Aufwendungen auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege nebst Zinsen, Diskontbeträgen und Kosten. Da nun die Kommunalverbände während der Kriegszeit kürzere und langfristige Kredite der verschiedensten Art und zu den verschiedensten Zeiten aufgenommen haben und diese Kredite wiederum zu den verschiedensten Zeiten zurückgezahlt oder durch andere Kredite ersetzt werden mußten, so ist es so gut wie unmöglich, nachträglich festzustellen, welche Kredite gerade für die Ausgaben der Familienunterstützung und der Kriegswohlfahrtspflege beansprucht worden sind. Es ist daher von Interesse zu erwähnen, daß vom sächsischen Ministerium des Innern geltend gemacht worden ist, daß eine ins einzelne gehende Berechnung der entstandenen Kosten und Zinsen bei Anmeldung der Ansprüche aus § 59 des Landessteuergesetzes für die größeren Kommunalverbände undurchführbar sei und dies auch für die kleineren Gemeinden eine Arbeitslast verursache, die bei der heutigen Überlastung der Verwaltungsbehörden mit Dienstgeschäften unerträglich sei und nur durch Anstellung neuer Hilfskräfte und in langer Zeit geleistet werden könne. Das sächsische Ministerium des Innern hat daher für die Berechnung der nach § 59 Abs. 2 a. a. O. vom Reich zu erstattenden Zinsen usw. Vorschläge gemacht, mit denen sich die Reichsminister der Finanzen und des Innern einverstanden erklärt haben (Runderlaß der Reichsminister der Finanzen und des Innern vom 18. Oktober 1920 — I. C. 4 372 —, desgl. vom Reichsminister des Innern vom 14. Oktober 1921 — I. C. 28 089 —). Danach dürfen für die Summen, die von den Verbänden für die Familienunterstützung und Kriegswohlfahrtspflege in einem Monat verausgabt worden sind, jeweils vom 1. oder 15. des Monats ab, in dem sie aufgewendet worden sind, 4½ v. H. Zinsen bis zum 1. April 1920 berechnet werden. Auf der anderen Seite werden ebenfalls für die Rückzahlungen vom 1. oder 15. des Monats ab, in dem sie erfolgt sind, 4½ v. H. Zinsen berechnet, und es sind diese Zinsbeträge von den vorbezeichneten Zinsen in Abzug zu bringen.

Aus diesen Darlegungen geht hervor, daß in der Folgezeit wohl mit einem immer weiteren Rückgange des Anteils der kommunalen schwebenden Schulden an den Gesamtschulden zu rechnen ist, zumal da die von den Kreisen selbst zu deckenden sonstigen schwebenden Schulden zum größten Teile in fundierte Schulden umgewandelt werden dürften. Auch diese Tatsache ist zu berücksichtigen, wenn die hohen Schuldbeträge der preußischen Landkreise betrachtet werden. Die nominell noch sehr hohen Summen der nur vorübergehend aufgenommenen Darlehen der Kreise sind letzten Endes zum größten Teile nicht Kreis-, sondern Reichsschulden, und somit erscheinen die schwebenden wie die gesamten Kreisschulden in einem wesentlich anderen Lichte, als dies anfänglich der Fall zu sein schien.

Die Verteilung der nach ihren Hauptarten gegliederten Kreisschulden auf die Landkreise in den einzelnen Provinzen, ferner die auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Schuldbeträge und endlich die Schuldenbelastung in Bezug auf die Steuerkraft zeigt die nachfolgende Übersicht.

Es betrugen in den preußischen Landkreisen am Schlusse des Rechnungsjahres 1920

in	die langfristigen Anleihen		Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder		schwebenden Schulden		sämtlichen Kreisschulden		
	überhaupt Mill. ℳ	v. H. der Gesamtschulden	überhaupt Mill. ℳ	v. H. der Gesamtschulden	überhaupt Mill. ℳ	v. H. der Gesamtschulden	überhaupt Mill. ℳ	auf 1 Einw. ℳ	das ...fache der Steuerkraft
Ostpreußen . .	110,5	46,6	1,9	0,8	124,9	52,7	237,3	133,0	13,4
Brandenburg .	370,9	68,1	1,1	0,2	172,3	31,7	544,3	261,1	15,5
Pommern . . .	150,3	62,5	1,2	0,5	88,8	37,0	240,3	173,1	12,6
Posen-Westpr. .	13,8	38,3	0,03	0,1	22,2	61,6	36,0	122,3	21,7
Niederschlesien.	138,7	47,3	0,6	0,2	153,6	52,4	292,9	131,4	12,8
Oberschlesien .	30,9	36,7	0,4	0,5	52,8	62,8	84,1	43,7	7,3
Sachsen	158,6	60,3	0,8	0,3	103,7	39,4	263,0	119,9	9,4
Schlesw.-Holst.	294,5	79,7	7,5	2,0	67,8	18,3	369,7	386,9	29,2
Hannover . . .	279,1	80,6	0,4	0,1	66,8	19,3	346,4	156,8	12,7
Westfalen . . .	290,2	77,6	1,2	0,3	82,7	22,1	374,2	122,2	9,2
Hessen-Nassau.	134,4	64,4	0,5	0,2	73,9	35,4	208,8	135,2	13,8
der Rheinprov.	323,1	79,5	0,6	0,1	82,6	20,3	406,8	112,6	9,3
den Hohenzoll. Landen	2,4	44,6	—	—	3,0	55,4	5,4	76,0	9,9
dem Staat . .	**2 297,4**	**67,4**	**16,2**	**0,5**	**1 095,0**	**32,1**	**3 408,6**	**146,0**	**12,4.**

Bei der Beurteilung der Verschuldung der Landkreise, so groß und erdrückend sie auch auf den ersten Blick erscheinen mag, muß stets die bedeutende Markentwertung während des Beobachtungszeitraumes mit in Betracht gezogen werden, die finanzpolitisch zur Folge hat, daß die Finanzlage in „ungeheurer Verzerrung" erscheint.

Die direkten Gemeindesteuern sämtlicher preußischen Städte und Landgemeinden nach Gemeindegrößenklassen im Rechnungsjahre 1919. — Im Anschluß an die vorangegangenen Aufsätze über das Prinzipalsoll der direkten Steuern der preußischen Städte und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1919[1]) weist die nachfolgende Übersicht das berichtigte Soll der direkten Gemeindesteuern der preußischen Gemeinden im Rechnungsjahre 1919 in den Gemeindegrößengruppen nach.

[1]) Vergl. „Zeitschrift", 61. Jahrg. 1921 Seite 70*, desgl. 62. Jahrg. 1922 Seite 29*.

Es betrug in	das berichtigte Soll für das Rechnungsjahr 1919 einschl. aller Nachtragsumlagen der direkten Gemeindesteuern: gesamten Einkommensteuer Mill. M	Steuern vom Grundbesitze Mill. M	Gewerbesteuer Mill. M	Betriebssteuer Mill. M	zusammen Mill. M	zusammen auf 1 Einw. M	das ...fache des Prinzipalsteuersolls
I. Berlin (alten Umfangs)	391,9	34,3	37,1	0,2	463,5	243,6	3,77
den Städten mit mehr als							
II. 200 000 Einw. (ohne Berlin)	732,2	72,9	86,8	0,7	892,6	183,6	4,19
III. 100 000 bis 200 000 Einw.	303,6	33,8	36,9	0,2	374,5	160,4	4,18
IV. 50 000 „ 100 000 „	210,6	23,5	44,3	0,3	278,7	133,0	4,06
V. 25 000 „ 50 000 „	187,5	20,9	30,3	0,3	239,0	117,4	3,82
VI. 10 000 „ 25 000 „	185,2	22,9	30,7	0,2	239,1	105,9	3,79
VII. 5 000 „ 10 000 „	68,0	11,0	9,2	0,2	88,5	67,2	3,18
VIII. 2 000 „ 5 000 „	53,7	10,7	7,3	0,2	71,9	53,2	2,77
IX. den Städten mit nicht mehr als 2 000 Einw.	8,4	2,1	1,1	0,06	11,6	34,9	2,40
sämtlichen Städten	**2 141,2**	**232,2**	**283,6**	**2,5**	**2 659,5**	**143,8**	**3,92**
den Landgemeinden mit mehr als							
X. 10 000 Einw.	191,8	23,3	32,7	0,1	247,9	118,3	3,77
XI. 5 000 bis 10 000 Einw.	75,7	10,5	11,9	0,1	98,2	80,1	3,33
XII. den Landgemeinden mit nicht mehr als 5 000 Einw.	278,5	97,3	23,5	1,5	400,8	29,3	2,40
sämtlichen Landgemeinden	**546,0**	**131,0**	**68,2**	**1,7**	**746,9**	**43,9**	**2,85**
sämtlichen Städten und Landgemeinden zusammen[1]	**2 687,2**	**363,2**	**351,8**	**4,2**	**3 406,4**	**96,0**	**3,62**
dagegen 1911[1]	426,4	241,5	91,7	3,8	763,4	22,1	1,74.

[1] ausschließlich des an Polen, die Tschecho-Slowakei, Dänemark und Belgien abgetretenen sowie des zum Freistaat Danzig gehörigen Gebiets und ausschl. der im Memel- und Saargebiet gelegenen Gemeinden, jedoch einschließlich des jetzt an Polen abgetretenen Teiles von Oberschlesien.

Danach betrug das berichtigte Soll der direkten Gemeindesteuern sämtlicher preußischen Städte 2,7, desgl. sämtlicher Landgemeinden 0,7 Milliarden Mark, das waren 93,0 und 95,2 v. H. des Gesamtsteueraufkommens in den betreffenden Gemeindearten. Gegenüber dem berichtigten Soll der direkten Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911, das in den bei der Erhebung im Berichtsjahre berücksichtigten Gemeinden nur 0,8 Milliarden Mark ausmachte, zeigten die direkten Gemeindesteuern 1919 eine Zunahme um das 3,5 fache. Das Sollaufkommen der direkten Steuern verteilte sich in den Gemeinden auf die einzelnen Steuerarten folgendermaßen:

Es entfielen v. H. des berichtigten Solls der direkten Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1919 auf

bei	die Einkommensteuer	die Steuern vom Grundbesitze	die Gewerbesteuer	die Betriebssteuer
den Städten	80,5	8,7	10,7	0,1
den Landgemeinden	73,1	17,5	9,1	0,2.

Diese Anteilsätze der berichtigten Sollbeträge der einzelnen direkten Gemeindesteuern weichen von den entsprechenden Hundertsätzen der staatlich veranlagten direkten Steuern z. T. erheblich ab. Auf die einzelnen Steuerarten verteilte sich nämlich das Prinzipalsoll der direkten Steuern in den Städten und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1919 nach dem Stande vom 1. Januar 1920 folgendermaßen:

in	v. H. des Prinzipalsolls der direkten Steuern entfielen auf die Einkommensteuer	Steuern vom Grundbesitze	Gewerbesteuer	Betriebssteuer
den Städten	76,3	12,7	10,8	0,3
den Landgemeinden	74,8	18,0	6,8	0,4.

Die Abweichungen der Anteilsätze haben ihren Grund in der verschiedenartigen Verteilung des Gemeindesteuerbedarfs auf die Maßstabsteuern in den Städten und Landgemeinden. Die durchschnittlichen Gemeindezuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern betrugen nämlich im Rechnungsjahre 1919

in	bei der Einkommensteuer %	den Steuern vom Grundbesitze %	der Gewerbesteuer %	der Betriebssteuer %
Berlin	444,1	206,1	209,7	95,7
den Städten mit mehr als				
200 000 Einw. (ohne Berlin)	441,5	273,3	428,1	171,1
100 000 bis 200 000 Einw.	434,4	290,0	471,8	134,7
50 000 „ 100 000 „	394,6	287,0	635,0	198,8
25 000 „ 50 000 „	389,2	300,0	415,1	171,9
10 000 „ 25 000 „	381,6	329,7	414,7	113,0
den Städten mit nicht mehr als 10 000 Einw.	298,8	277,5	288,2	125,0
den Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einw.	361,4	337,6	575,4	101,9
den Landgemeinden mit nicht mehr als 10 000 Einw.	247,3	267,1	293,7	160,2.

Bemerkenswert ist bei diesen Prozentsätzen die teilweise außerordentliche Belastung der Gewerbesteuer, deren Einschätzung — wie im Aufsatz über das Prinzipalsoll der direkten Steuern in sämtlichen preußischen Städten und Landgemeinden in Nr. 23 des laufenden Jahrgangs der „Statistischen Korrespondenz" näher ausgeführt worden ist — im Gegensatze zu derjenigen der Steuern vom Grundbesitze wenigstens einigermaßen mit der wirtschaftlichen Entwicklung und der Geldentwertung Schritt gehalten hat, sodaß der zugrunde liegende gewerbliche Ertrag annähernd der Wirklichkeit entsprechen dürfte, während man dies von der Grund- und Gebäudesteuer nicht sagen kann.

So betrugen nach der Übersicht bei den größeren Landgemeinden die durchschnittlichen Zuschläge zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer 575,4 v. H., während bei denselben Gemeinden die Steuern vom Grundbesitze nur mit 337,6 v. H. der staatlich veranlagten Beträge zur Deckung des Gemeindesteuerbedarfes herangezogen wurden. Der Unterschied zwischen den durchschnittlichen Zuschlägen zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer und denjenigen zu den umlagefähigen Grundbesitzsteuern ist also bei den Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern ganz beträchtlich. Noch bedeutender ist er in den Städten mit mehr als 50 000 bis 100 000 Einwohnern. Hier beliefen sich die durchschnittlichen Zuschläge zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer auf 635,0 v. H., desgl. zu den staatlich veranlagten Steuern vom Grundbesitze auf nur 287,0 v. H.

Der auf 1 Einwohner entfallende Betrag der direkten Gemeindesteuern, der bei der von Berlin gebildeten ersten Gruppe mit 243,6 M am höchsten war, verringert sich bei den Städten und Landgemeinden von Gruppe zu Gruppe und erreicht bei den nicht mehr als 5 000 Einwohner zählenden Landgemeinden mit 29,3 M den niedrigsten Durchschnittsbetrag. Die Kopfbeträge berücksichtigen jedoch nicht die steuerliche Leistungsfähigkeit der Gemeinden und liefern somit für die Beurteilung der Belastung durch direkte Gemeindesteuern keinen brauchbaren Maßstab. Einen solchen erhält man durch Division des Prinzipalsolls der staatlich veranlagten direkten Steuern in das berichtigte Sollaufkommen der direkten Gemeindesteuern. Da ergibt sich, daß die Belastung durch direkte Gemeindesteuern im Berichtsjahre in sämtlichen Städten das 3,92 und in sämtlichen Landgemeinden das 2,85 fache des Prinzipalsolls beträgt. Für sämtliche preußischen Gemeinden beträgt der entsprechende Quotient im Rechnungsjahre 1919 3,62 und im Rechnungsjahre 1911 1,74, sodaß die Steigerung der Belastung durch direkte Gemeindesteuern im Zeitraum 1911/1919 108 v. H. ausmacht.

ZEITSCHRIFT

DES

PREUSSISCHEN STATISTISCHEN LANDESAMTS.

HERAUSGEGEBEN VON DEM PRÄSIDENTEN

DR. SAENGER,

GEHEIMEM OBERREGIERUNGSRAT.

62. JAHRGANG.

1922.

3. und 4. Abteilung.

Inhalt:

Statistische Korrespondenz.

Voranzeige: Abteilung 1 und 2 des Jahrgangs 63 werden im November erscheinen und neben anderen Beiträgen eine etwa 200 Seiten umfassende, von den ersten Fachleuten auf dem Gebiete des Sparkassenwesens verfaßte Abhandlung über „Die deutschen Sparkassen, ihre Entwicklung und ihre Bedeutung“ bringen.

Berlin SW68.

Verlag des Preussischen Statistischen Landesamts.

1923.

Seiten 2 bis 4 des Umschlages werden gefl. Beachtung empfohlen.

Im unterzeichneten Verlage erscheint:

Zeitschrift

des

Preussischen Statistischen Landesamts.

Herausgegeben von dessen Präsidenten.

62. Jahrgang.

Diese Zeitschrift hat sich folgende Aufgaben gestellt:

1. Veröffentlichung des neuesten sowohl durch das Preußische Statistische Landesamt als auch durch andere Staatsbehörden erhobenen und aufbereiteten statistischen Stoffes über den Freistaat Preußen und seine einzelnen Teile;
2. gedrängte Mitteilung von statistischen Nachrichten über das Deutsche Reich und dessen Einzelstaaten;
3. Berichterstattung über die Zustände der übrigen Kulturländer in Form statistischer Korrespondenzen;
4. statistische Vergleichung der Zustände Preußens und seiner Gebietsteile unter sich sowie mit den entsprechenden Zuständen anderer Kulturstaaten;
5. Besprechung wichtiger, das Interesse der Gegenwart berührender staatswirtschaftlicher und staatswissenschaftlicher Fragen, soweit ihnen meßbare Tatsachen zugrunde liegen;
6. Fortbildung der Theorie und der Technik der Statistik, insbesondere auch der internationalen Statistik;
7. Anzeige und Besprechung wichtiger literarischer Erscheinungen statistischen und staatswirtschaftlichen Inhalts.

Sie erscheint vom 43. Jahrgang an statt in Vierteljahrsheften in zwanglosen, dem jeweiligen Bedürfnis angepaßten Abteilungen. — Einzelne Abteilungen werden nicht abgegeben; dagegen sind volle ältere Jahrgänge käuflich. Vorhanden sind noch die Jahrgänge 2 bis 37 (1862 bis 1897), 38 (1898) und 40 bis 61 (1900 bis 1921).

Mit der 3. Abteilung des Jahrgangs 1915 ist der erste Teil des Inhaltsverzeichnisses zur Zeitschrift für die 1861 bis 1912 erschienenen 52 Jahrgänge, nach Stichworten des Inhalts geordnet, herausgegeben worden. Der zweite und dritte Teil, Inhalt nach Ländern und Verfassern, ist in der 2. und 3. Abteilung des Jahrgangs 1916 veröffentlicht worden. Das ganze Inhaltsverzeichnis kann auch als Sonderabdruck durch unsern Verlag bezogen werden.

Bei Überfülle des Stoffes werden zur Zeitschrift besonders käufliche „Ergänzungshefte" herausgegeben, zu deren Abnahme jedoch kein Bezieher der Zeitschrift verpflichtet ist.

Die Titel der neuesten Ergänzungshefte finden sich hierunter verzeichnet.

Berlin SW 68, Lindenstraße 28.

Verlag des Preussischen Statistischen Landesamts.

(Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.)

Die Titel der neuesten Ergänzungshefte zur Zeitschrift lauten:

Erg.-Heft **XXXI. Der Viehstand nach der Stückzahl der Tiere auf Grund der außerordentlichen Viehzählung vom 1. Dezember 1908.** Herausgegeben vom Preuß. Statist. Landesamte. (67 S.) 1910.

„ **XXXII. Die langfristigen Anleiheschulden sowie die vorübergehend aufgenommenen Darlehen der mehr als 10 000 Einwohner zählenden preußischen Städte und Landgemeinden nach dem Stande vom 31. März 1906.** Bearbeitet im Preußischen Statistischen Landesamte. (208 S.) 1910.

„ **XXXIII. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1908.** Bearbeitet von Dr. A. Petersilie, Geh. Regierungsrat u. Professor, Mitglied des Preuß. Statistischen Landesamts und Leiter der Statist. Abteilung der Preuß. Central-Genossenschafts-Kasse. (152 S.) 1910.

„ **XXXIV. Der Viehstand nach der Stückzahl der Tiere auf Grund der außerordentlichen Zählung vom 1. Dezember 1909.** Herausgegeben vom Preußischen Statistischen Landesamte. (67 S.) 1910.

„ **XXXV. Statistik der Gärtnerei in Preußen nach der Erhebung vom 2. Mai 1906.** Im Auftrage des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten bearbeitet von Dr. A. Petersilie, Geh. Regierungsrat u. Professor, Mitglied des Preuß. Statist. Landesamts. (XL u. 155 S.) 1910.

„ **XXXVI. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1909.** Bearbeitet usw. wie bei Heft XXXIII. (180 S.) 1911.

„ **XXXVII. Der Viehstand nach der Stückzahl der Tiere auf Grund der außerordentlichen Zählung vom 1. Dezember 1910.** Herausgegeben vom Preußischen Statistischen Landesamte. (67 S.) 1911.

Erg.-Heft **XXXVIII. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1910.** Bearbeitet usw. wie bei Heft XXXIII. (194 S.) 1912.

„ **XXXIX. Der Viehstand nach der Stückzahl der Tiere auf Grund der außerordentlichen Zählung vom 1. Dezember 1911.** Herausgegeben vom Preußischen Statistischen Landesamte. (67 S.) 1912.

„ **XL. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1911.** Bearbeitet usw. wie bei Heft XXXIII. (176 S.) 1913.

„ **XLI. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1912.** Bearbeitet usw. wie bei Heft XXXIII. (218 S.) 1914.

„ **XLII. Grundbesitzverteilung in Preußen nach den Ergebnissen der ländlichen Verschuldungsstatistik für 1902.** Herausgegeben vom Preußischen Statistischen Landesamte. (86 S.)

„ **XLIII. Die preuß. Landtagswahlen von 1913.** Mit 3 Tafeln kartograph. Darstellungen. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. jur. H. Höpker, Regierungsrat, Mitglied des Preuß. Statist. Landesamts. (LIII u. 211 S.) 1916.

„ **44. Kaufpreise ländlicher Grundstücke in Preußen im Durchschnitt aus den Jahren 1895 bis 1912.** Mit einer im amtlichen Auftrage verfaßten Einleitung von Dr. Paul Seiler, wissenschaftlichem Hilfsarbeiter beim Preußischen Stat. Landesamte. (XLI u. 161 S.) 1917.

„ **45. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftstatistik für 1913 u. 1914.** Bearb. in der Statist. Abteilung der Preuß. Central-Genossenschafts-Kasse. (140 u. 108* S.) 1918.

„ **46.** Desgl. 1915/16. (120 u. 107* S.) 1919.

Fortsetzung siehe Rückenumschlag.

ZEITSCHRIFT

DES

DES PREUSSISCHEN STATISTISCHEN LANDESAMTS.

HERAUSGEGEBEN VON DEM PRÄSIDENTEN

DR. SAENGER,

GEHEIMEM OBERREGIERUNGSRAT.

62. JAHRGANG.

1922.

Berlin SW68.

Verlag des Preussischen Statistischen Landesamts.

1923.

Inhaltsübersicht.

I. und II. Abteilung.

Statistische Korrespondenz.

III. und IV. Abteilung.



Statistische Korrespondenz.

Die Kinderzulagen in der deutschen Beamtenbesoldung.

Von

Dr. phil. Peter Quante,

Wissenschaftlichem Hilfsarbeiter im Preußischen Statistischen Landesamt.

Einleitung.

Die Berücksichtigung des Familienstandes bei der Entlohnung der öffentlichen und der privaten Arbeitnehmer — Beamten, Arbeiter und Angestellten — hat zwar besonders in den letzten Jahren einen sehr starken Umfang angenommen, sodaß Frauen- und Kinderzulagen auch da gezahlt werden, wo man sich früher aus grundsätzlichen wie praktischen Erwägungen heraus aufs entschiedenste dagegen sträubte. Man hat mit dieser Entlohnungsform, die von Anfang an nur neben den anderen Lohnmethoden eine Rolle zu spielen bestimmt war, nie aber die sonst übliche Art der Entlohnung ersetzen sollte, alle möglichen Erfahrungen machen können, die bereits zu einigen praktisch sehr wichtigen Ausgestaltungen geführt haben. Gleichwohl muß festgestellt werden, daß weder grundsätzlich noch praktisch über diese Frage der Frauen- und Kinderzulagen auch nur einigermaßen Einigkeit herrscht. Im Gegenteil ist der Streit der Meinungen gerade in der letzten Zeit mehr denn je entfacht, und aus dem Lager der Arbeitgeber sowohl wie der Arbeitnehmer sind Stimmen laut geworden, die erkennen lassen, daß nicht einmal innerhalb der Vertreter derselben Interessen eine einheitliche Meinung vorhanden ist, daß vielmehr bei den einzelnen Fachrichtungen der Unternehmer oder den einzelnen Gewerkschaften der Arbeitnehmer je nach den individuellen mehr oder minder zufälligen Erfahrungen die Frage des Familienlohns in zustimmendem oder ablehnendem Sinne entschieden wird. So nützlich derartige Auslassungen für die Klärung des ganzen Frageninhalts sind, so berechtigt viele der vorgebrachten Gründe im einzelnen erscheinen, so unbefriedigend ist auf der andern Seite der Eindruck, den man nach dem Lesen all dieser Abhandlungen gewonnen hat: vielfach werden Argumente aneinander gereiht, die zwar an sich richtig sind, keineswegs aber in dem behaupteten Umfang zutreffen; oft sind es auch bloße Schlagwörter, die die fehlenden Gründe ersetzen müssen. Selten nur wird der Versuch gemacht, unter nüchterner Abwägung alles dessen, was für und wider spricht, die Wirkungen der untersuchten Maßregeln im einzelnen und im Zusammenhang mit den übrigen volkswirtschaftlichen Erscheinungen zu beleuchten. Vor allem lassen auch die ernster zu nehmenden Abhandlungen die Beibringung von Unterlagen vermissen, aus denen tatsächlich und unzweideutig die Richtigkeit und Allgemeingültigkeit der ausgesprochenen Behauptungen hervorgeht.

Diese Lücke will der vorliegende Aufsatz wenigstens zu einem Teil füllen, indem er dasjenige Zahlenmaterial beibringen und sinngemäß erläutern will, das für eine Beurteilung der erwähnten Verhältnisse bei den deutschen Beamten (und Staatsangestellten) erforderlich und wichtig ist. Ausgehend von einer Darlegung der historischen Entwicklung des Zulagenwesens, wird der Verfasser die Wirkungen der neueren Regelung im Vergleich vor allem mit den Friedensverhältnissen untersuchen und die Frage daran knüpfen, wieweit die heutigen Zustände besserungsbedürftig sind und ob und inwieweit im Rahmen der gegenwärtigen Verhältnisse die Möglichkeit zu einer solchen Abänderung vorliegt. Die Beschränkung zunächst auf die Beamtenbesoldung hat der Verfasser mit Absicht durchgeführt, weil hier seines Erachtens die Probleme einfacher und für eine zustimmende Behandlung der Frage günstiger liegen als bei den Privatangestellten und den Arbeitern; jedoch soll bereits hier die Hoffnung ausgesprochen werden, daß es möglich sein wird, die Untersuchung auch auf diese Gruppen, und dann in erweitertem Rahmen, auszudehnen.

Kapitel 1.
Die Berücksichtigung des Familienstandes in der Vorkriegszeit.

Wenn wir nunmehr zur Betrachtung der Verhältnisse in der staatlichen Besoldung übergehen, so muß der Auffassung entgegengetreten werden, als wenn der Vorkriegszeit der Begriff einer Berücksichtigung des Familienstandes ganz unbekannt gewesen wäre. In den meisten dieser an sich schon seltenen Fälle handelt es sich allerdings nur um eine im zahlenmäßigen Ausmaß recht geringe Differenzierung nach Verheirateten und Unverheirateten, sodaß man hier eigentlich von einer „Haushalts"-Zulage sprechen müßte[1]). Vielleicht gehört in diesen Zusammenhang die Tatsache, daß die evangelischen Pfarrer stets eine höhere Besoldung erhalten haben als die katholischen Geistlichen, die infolge der erzwungenen Ehelosigkeit in der Regel wohl geringere Bedürfnisse haben als die meist verheirateten evangelischen Pfarrer. Die geringere Besoldung der Lehrerinnen ist wohl nur zum Teil aus dem geringeren Bedarf zu erklären; hier kommt hinzu, daß die Lehrerinnen regelmäßig weniger Stunden zu geben haben als ihre männlichen Kollegen. Mit Sicherheit sind hier folgende Fälle anzuführen: Seit 1907 erhalten unverheiratete Beamte in Hessen nur die Hälfte des Wohnungsgeldzuschusses, außer wenn sie in ihrem eigenen Haushalt Eltern oder nahen Verwandten Wohnung und Unterhalt gewähren. Dieselbe Regelung wird fast gleichzeitig in Sachsen eingeführt. Seit dem neuen Diensteinkommensgesetz für die preußischen Lehrer (26. Mai 1909) erhalten die unverheirateten Lehrer ohne eigenen Hausstand eine um ein Drittel geringere Mietsentschädigung. Generell ist ferner der Wohnungsgeldzuschuß für die Leutnants, die zu den Subalternoffizieren zählen, wie für die Post- und Telegrafengehilfinnen (zu den mittleren Beamten gehörig) niedriger als für die entsprechenden Offiziers- und Beamtengruppen, weil diese beiden Gruppen teils grundsätzlich, teils gewohnheitsmäßig unverheiratet sind. Handelt es sich in all diesen Fällen um eine unterschiedliche Regelung des Wohnungsgeldzuschusses, der ohnehin seinem Wesen nach

[1]) Vergl. zum folgenden die Darstellung bei L. Hubrich, Kindererziehungsbeihilfen für Beamte, Berlin 1913, S. 39ff., woselbst auch die maßgebenden Gesetzesbestimmungen angeführt sind.

sich eher zu einer bedarfsmäßigen Regelung eignet, so kommen auch unmittelbare Verschiedenheiten des Gehalts vor, wie in Oldenburg, wo seit 1912 die unverheirateten Beamten dem sogenannten „Ledigenabzug" unterliegen. Das Mindereinkommen beträgt hierbei 125–150 ℳ jährlich.

Ein eigentliches System von Familienzulagen in der Form der Kinderzulagen gibt es seit 1912 in **Ungarn**. Diese Regelung sieht für die höheren und mittleren Beamten für jedes Kind bis zu drei Kindern einschließlich 200 Kronen, für die Unterbeamten 100 Kronen jährlich vor, jedesmal ohne Rücksicht auf die Höhe des Gehalts selbst. Die Kinder der höheren und mittleren Beamten erhalten diese Zulage bis zum 24., die der Unterbeamten bis zum 16. Lebensjahr; in besonderen Fällen, wie bei erfolgreichem Studium, kann auch hier die Frist bis zum 24. Lebensjahr hinausgeschoben werden. Eigenartig ist die Beschränkung der Zulage auf drei Kinder. Rechtlich ist zu bemerken, daß diese Zulage steuerfrei bleibt, nicht verpfändet und nicht beschlagnahmt werden kann.

Eine eigenartige Form der Familienzulagen findet sich einige Jahre vor dem Kriege in **Finnland**, im Besoldungsgesetz für die Lehrer und Lehrerinnen.[1]) Hier sind für die unverheirateten Männer und Frauen Grundlohn und Alterszulagen gleich; darüber hinaus werden je nach dem Familienstand Zulagen gewährt. Im Augenblick der Heirat und bei der Geburt jedes Kindes erhält der Mann oder die erwerbende Frau eine Zulage in Form einer dauernden Erhöhung des Einkommens. Die gleiche Vergünstigung wird Unverheirateten zuteil, die bedürftige Verwandte unterhalten.

In all den genannten Fällen werden die Familienzulagen in der Vorkriegszeit nur gezahlt an Beamte oder Personen mit Beamtencharakter, eine Tatsache, die um so weniger geeignet ist, in Theorie und Praxis auf das Gebiet der privaten Entlohnung überzugreifen, als man dem Beamtengehalt, abgesehen von dem Streit um Leistungs- oder Alimentationstheorie, immer eine besondere Stellung gegenüber der privaten Entlohnung beigemessen und sich deshalb mit Besonderheiten hier willig abgefunden hat, die im Gebiet des privaten Wirtschaftslebens sicher stärksten Widerspruch und Beunruhigung hervorgerufen hätten.

Soweit an **Arbeiter** vor dem Kriege derartige Zulagen gewährt werden, handelt es sich ausnahmslos um solche im Dienst von Gemeinden oder öffentlichen Körperschaften. **Hubrich**[2]) hat in seinem schon genannten Buch eine Liste der Städte veröffentlicht, in denen vor dem Kriege Kinderzulagen an städtische Beamte und Arbeiter gezahlt worden sind. Das Verfahren ist hierbei in den einzelnen Orten verschieden, teils wird ein Zuschuß für alle Kinder gezahlt – unter Umständen unter Begrenzung auf eine Höchstzahl –, teils nur für Kinder über das zweite oder dritte hinaus; da wo feste Haushaltszulagen bestehen, werden diese in kinderreichen Familien erhöht. Ein Beispiel der Berücksichtigung der kinderreichen Familien bildet die Regelung für die städtischen Arbeiter in Breslau[3]): Die Zulage erhalten alle Familien mit drei und mehr Kindern, und zwar monatlich bei 3 Kindern 9 ℳ, bei 4 Kindern 11 ℳ, bei 5 Kindern 12,50 ℳ, bei 6 Kindern 13,50 ℳ, bei 7 Kindern 14 ℳ; während sich in diesen Sätzen eine sinkende Tendenz bemerkbar macht, wird darüber hinaus für jedes weitere Kind eine Zulage von 2 ℳ gezahlt.

[1]) Vergl. Agnes Herrmann, Artikel „Geburtenzunahme und Lohntheorie" in Soziale Praxis, Jahrg. 24, Nr. 51 vom 16. September 1915. — [2]) Hubrich a. a. O. S. 73ff.; vergl. auch O. Landsberg, „Geburtenrückgang und Sozialpolitik", in (Brauns) Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung, II. Bd., Berlin 1913, S. 318ff., ferner die bei G. Braun, Der Soziallohn (Sozialwissenschaftl. Forschungen, Abt. III, Heft 2), Berlin u. Leipzig 1922, S. 7 genannte Literatur. — [3]) Vergl. Soziale Praxis, Jahrg. 23, Nr. 33 vom 14. Mai 1914.

Kapitel 2.

Verhandlungen im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhause.

Während so, abgesehen vom Ausland, der Gedanke der Berücksichtigung des Familienstandes nur in kleineren deutschen Staaten und in einigen Gemeinden zur Durchführung kommt, hat man sich in den größten deutschen Verwaltungen, im Reich und in Preußen, bis zum Kriege ablehnend hiergegen verhalten. Das bedeutet aber keineswegs, daß sich hier keine Bestrebungen dieser Art gezeigt hätten. Abgesehen von bescheidenen Ansätzen in den Jahren 1905 und 1907[1]), unternimmt der deutsche Reichstag zuerst 1913 einen bedeutsamen Vorstoß in dieser Richtung: Er nimmt auf Grund von Zentrumsanträgen am 18. Februar 1913 einen Beschluß an, „die verbündeten Regierungen zu ersuchen, Kinderzulagen für die Reichsbeamten einzuführen"[2]). Diesem allgemein gehaltenen Beschluß sind in der Budgetkommission Anträge vorhergegangen, die die Kinderzulagen lediglich auf Unterbeamte bis zu einer bestimmten Gehaltsgrenze, und zwar vom 3. Kinde an, beschränken wollen. In der Aussprache, die zu dem Beschluß des Reichstages führt, weist ein Zentrumsabgeordneter darauf hin, daß das Prinzip der Kinderzulagen kein Novum in der Gesetzgebung sei, weil dieser Grundsatz bereits in der preußischen Steuergesetzgebung durchgeführt sei. Von einem Vertreter der evangelisch-kirchlichen Richtung werden die Kinderzulagen besonders aus ethischen Gründen befürwortet.

Im preußischen Abgeordnetenhause wird die Königliche Staatsregierung durch Beschluß vom 13. März 1913[3]) ersucht, „in einem Nachtragsetat für das Etatsjahr 1913 eine ausreichende Summe zur Gewährung von Teuerungszulagen an kinderreiche Unterbeamte und mittlere Beamte mit einem 3 000 ℳ nicht übersteigenden Gehalt in allen Verwaltungen unter Abstufung nach der Zahl der Kinder anzufordern". Dagegen wird ein Antrag des Zentrums: „die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, noch in dieser Session dem Landtage eine Vorlage zugehen zu lassen, durch welche für die unteren und mittleren Beamten mit kinderreicher Familie mit der Zahl der Kinder steigende, fest normierte Erziehungsbeihilfen eingeführt werden", wegen noch vielfach vorhandener Bedenken zunächst der Budgetkommission überwiesen. Aus den vorhergehenden Verhandlungen ist folgendes hervorzuheben: Die Konservativen stellen sich auf die Seite der vom Zentrum eingebrachten Anträge, wünschen auch die Ausdehnung der Zulagen auf die höheren Beamten; die Freikonservativen erklären sich bereit, „neben dem starren Prinzip der Abwertung der geleisteten Dienste auch die soziale Fürsorge für die Beamten in den Vordergrund zu rücken und die Einkünfte der Beamten danach zu bemessen, wie sie nach ihren Familienverhältnissen Bedürfnisse haben". Der Sprecher der sozialdemokratischen Partei dagegen widerrät den Anträgen auf das entschiedenste unter Hinweis auf einen Beschluß des Verbandes der unteren Post- und Telegrafenbeamten, der sicher die Stellung eines großen, wenn nicht des größten Teiles der Beamtenschaft wiedergebe. Der Finanzminister äußert zwar Bedenken, daß mit diesen Zulagen ein ganz neues Prinzip eingeführt werde, das bis dahin bei unserer Besoldung noch nicht gegolten habe: „Während bis jetzt sich unsere Besoldung darauf aufbaut, daß lediglich die Leistungen des Beamten in Betracht kommen und daß diese abgegolten werden, bezwecken

[1]) Vergl. Verhandlungen der Verfassunggebenden Nationalversammlung, Band 332, Sitzung vom 17. Januar 1920. — [2]) Drucksachen des Reichstages, I. Session 1912/13, Nr. 716 IId, und Stenographische Berichte des Reichstages, I. Session 1912/13. — [3]) Drucksachen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, V. Session 1912/13, Nr. 1256, 3d und Nr. 1269, und Stenographische Berichte, 21. Legislaturperiode V. Session 1912/13.



die Anträge, daß in Zukunft neben der Leistung auch noch der Familienstand des betreffenden Beamten in Rücksicht gezogen werden muß. Das ist ein Grundsatz, der vollständig von dem abweicht, was bis dahin Regel gewesen ist". Gleichwohl spricht sich der Finanzminister trotz allen Bedenken zum Schluß für die Kinderzulagen aus: „Ich muß sagen, daß dieser Gedanke dem modernen Empfinden durchaus entspricht und daß auch die Königliche Staatsregierung diesem Gedanken durchaus sympathisch gegenübersteht. Wenn ein Beamter eine größere Unterhaltslast als ein anderer hat, dann kann es sich rechtfertigen, daß er auch andere Bezüge bekommt".

Im Frühjahr 1914 wird auf Grund von nationalliberalen Anträgen aus Anlaß eines Gesetzentwurfs zur Abänderung der Besoldungsordnung erneut im Preußischen Abgeordnetenhause[1]) über die Einführung von Erziehungsbeihilfen oder Kinderzulagen verhandelt. Folgender Antrag der verstärkten Budgetkommission gelangt zur einstimmigen Annahme: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, mit möglichster Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den für Beamte mit kinderreichen Familien den dadurch bedingten gesteigerten Bedürfnissen ohne Kürzung ihres sonstigen Diensteinkommens Rechnung getragen wird". Bei der Beratung werden Bedenken vor allem in der Richtung geäußert, daß die Gewährung von Familienzulagen einer allgemeinen Gehaltsaufbesserung hinderlich sein könne, ein Argument, das auch heute noch viel in Beamtenkreisen vertreten wird. Wie es im Sinne dieser Anträge liegt, betonen die Freikonservativen durchaus den bevölkerungspolitischen Grundsatz. Gegenüber den mehrfach ausgesprochenen Bedenken, daß die Gewährung von Kinderzulagen eine Abkehr von dem bisherigen System des Leistungsentgeltes bedeute, führt der Vertreter dieser Partei aus, daß die übliche Gehaltssteigerung durch A l t e r s z u l a g e n bereits eine Durchbrechung dieses Prinzips und eine generelle Berücksichtigung der Familienverhältnisse bedeute. Ablehnend verhalten sich vor allem die Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie. Aus dem Kommissionsbericht sind folgende Ausführungen hervorzuheben, die hinsichtlich der Gründe für die Zulagen zu den sonstigen Ausführungen in gewissem Gegensatz stehen: „Im übrigen sollten die Kinderzulagen nicht etwa einen Anreiz zur Schaffung größerer Familien bilden, sondern sie sollten einen Ausgleich für soziale Notstände schaffen. Durch Kinderzulagen könne nicht etwa der Geburtenrückgang bekämpft werden; ein so tiefliegendes ethisches Problem werde dadurch nicht berührt. Die Kinderzulagen sollten den dringendsten Bedürfnissen da abhelfen, wo es durch die Gehaltszahlung nicht geschehen könne, und in diesem Gesichtspunkt liege auch ein wesentlicher Vorzug einer organischen Einarbeitung des Gedankens in die Gehaltsregelung".

Im übrigen sprechen bei der Behandlung dieses Themas wenigstens für die Zeit vor dem Kriege — und mehr noch im Kriege selbst! — vor allem bevölkerungspolitische Momente mit; wie Hubrich[2]) richtig bemerkt, wird „die Gewährung von Kinderzulagen oder Erziehungsbeihilfen an kinderreiche Beamte aus zwei großen Gesichtspunkten befürwortet, aus dem Interesse des Staates an der Vermehrung seiner Bevölkerung und aus der Verpflichtung des Staates, seinen Beamten und deren Familien einen angemessenen Unterhalt zu gewähren". Die Absicht, bevölkerungspolitische Momente zur Geltung zu bringen und vor allem dem sich damals bereits anbahnenden Geburtenrückgang zu steuern, geht aus der Tatsache hervor, daß in den meisten Fällen bei einer Gewährung von Kinderzulagen nur die k i n d e r r e i c h e n Familien in Betracht kommen sollen. Das normale Gehalt reicht, so ist der allgemeine Eindruck, für eine Familie mit geringerer Kinderzahl aus, darüber hinaus müsse man, um einen vor allem aus militärischen Gründen notwendigen starken Bevölkerungszuwachs zu sichern, vom 3. oder 4. Kinde ab dem Beamten namhafte Beihilfen zur Deckung der Ernährungs- und sonstigen Aufzuchtkosten gewähren. Mit anderen Worten: Die Kinderzulagen sollen dem befürchteten Umsichgreifen des Zweikindersystems entgegenwirken, wie es sich vor allem in Frankreich in besorgniserregender Weise bemerkbar gemacht hat. Eine Bestätigung dieser Befürchtungen hinsichtlich der deutschen Beamten glaubt man u. a. in den Veröffentlichungen über die Geburtenzahlen in den einzelnen Berufen zu finden; so zitiert Hubrich[1]) selbst aus dem Statistischen Jahrbuch für den Preußischen Staat vom Jahre 1910 folgende bemerkenswerte Zahlen: Auf 100 Eheschließungen kommen im Jahre 1909 bei den landwirtschaftlichen Unternehmern 663 Geburten, bei gewerblichen Unternehmern 458, bei Unternehmern in Handel und Verkehr 395, bei technisch und kaufmännisch gebildetem Aufsichts-, Büro- und Rechnungspersonal 267, bei den Handlungsgehilfen 269, bei Offizieren, höheren Beamten, Anwälten, Ärzten und Künstlern nur 229, bei Unteroffizieren, Büro- und Verwaltungspersonal nur 192; der Durchschnitt auf 100 Eheschließungen überhaupt beträgt 418 Geburten. Durch die Einbeziehung der Personen des Soldatenstandes werden die Verhältnisse etwas verdunkelt, doch kann hier zur Ergänzung die Angabe herangezogen werden, daß bei Angehörigen der zivilen Hof-, Staats- usw. Verwaltung 264 Geburten auf je 100 Eheschließungen (der Männer) entfallen. Im Jahre 1913 sind die entsprechenden Zahlen für den Durchschnitt der preußischen Bevölkerung 374 Geburten, bei den Offizieren, höheren Beamten usw. 201, bei Unteroffizieren, Büro- und Verwaltungspersonal 162, in der Hof-, Staats- usw. Verwaltung 229 Geburten.

Aus Zahlenangaben dieser Art kann man natürlich nichts weiter als einen ganz allgemeinen Eindruck gewinnen; für die Behandlung des Problems der Kinderzahl und des Geburtenrückgangs sowie seiner Bekämpfung braucht man aber eine zuverlässige Sondererhebung, aus der man genaue Einblicke in die Verteilung der Kinder auf die einzelnen Beamtengruppen und innerhalb der einzelnen Familien herleiten kann. Da vor allem die Volksvertretungen, angeregt durch private Darstellungen[2]) und im Zusammenhang mit den erwähnten Verhandlungen, solche genaueren Einblicke verlangen[3]), entschließen sich sowohl die Reichs- wie die preußische Staatsverwaltung zu derartigen Zählungen ihrer Beamten.

Kapitel 3.

Erhebungen über Familienstand und Kinderzahl der Beamten und Lehrer 1912/13.

Die Erhebung im Reich wird am 1. Oktober 1912 vorgenommen und erscheint in Nr. 703 der Drucksachen des Reichstages im Januar 1913 unter dem Titel „Statistik über den Haus- und Familienstand und über die Kinderzahl der männlichen Beamten und Unterbeamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung". Sowohl beim Familienstand wie bei der Kinderzahl werden die höheren, mittleren und Unterbeamten getrennt nachgewiesen; außerdem wird in jeder Gruppe eine genaue Unterscheidung der Altersklassen von 5 zu 5

[1]) Drucksachen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 22. Legislaturperiode II. Session 1914/15, Nr. 441, 443, 549, 550, und Stenographische Berichte, 22. Legislaturperiode II. Session 1914/15. — [2]) Hubrich a. a. O. S. 12.

[1]) Hubrich a. a. O. S. 14. — [2]) Vergl. Winters, Die deutsche Beamtenfrage, Berlin 1918, S. 47, insbesondere die dort herangezogene Schrift von Eisenstadt und Guradze „Über die Kinderarmut der mittleren Postbeamten" (Erhebung von 1911). — [3]) Vergl. Verhandlungen des Reichstages XIII. Legislaturperiode, I. Session, Band 301, Anlagen, Drucksache Nr. 703.

Jahren vorgenommen. Für die etatsmäßig und die nichtetatsmäßig angestellten Beamten werden die Zahlen gesondert angegeben.

In Preußen führt die Staatsregierung die Erhebung über den Haus- und Familienstand am 1. Oktober 1913 durch; das Ergebnis ist veröffentlicht in der Sammlung der Drucksachen des Preußischen Hauses der Abgeordneten (Anlagen), 22. Legislaturperiode, II. Session 1914/15 im 6. Band als Anlage 1 zu Nr. 550 „Hauptnachweisung über den Haus- und Familienstand der männlichen Beamten im ganzen preußischen Staat", erschienen unter dem 8. Juni 1914. Die Aufnahme ist erfolgt nach drei Wohnungsgeldzuschußgruppen, die den höheren, den mittleren oder Kanzlei- und den Unterbeamten entsprechen, auch hier getrennt nach etatsmäßig angestellten und diätarisch beschäftigten Beamten, aber ohne Scheidung nach Altersklassen. Dafür werden aber die Kinder selbst in Altersklassen eingeteilt mit den Grenzen von 6, 16, 18, 21 Jahren.

In denselben Zeitraum mit dem 1. April 1913 als Stichtag fällt eine private Erhebung des Deutschen Lehrervereins[1]), die sich auf alle dem Verein angeschlossenen sowie den größten Teil der anderweitig organisierten Lehrer im Deutschen Reich erstreckt und u. a. auch wertvolle Angaben über Alter, Familienstand und Kinderzahl der befragten Lehrer zur Darstellung bringt. Soweit diese Erhebung mit den eben genannten vergleichbar ist, werden ihre Zahlen im folgenden mit verwertet werden.

Für die Betrachtung des vorliegenden Materials empfiehlt es sich, durch Zusammenfassung der drei Zählungen zu einem für die gesamte deutsche Beamtenschaft vor dem Kriege geltenden Ergebnis die Grundlage der Untersuchung zu verbreitern. Es kommen in Frage im Reich im ganzen 190 977 männliche Beamte, in Preußen 313 270, bei der Erhebung des Deutschen Lehrervereins 138 950 Lehrer, also insgesamt 643 197 Beamte und Lehrpersonen. Ferner erscheint es angebracht, im allgemeinen bei der Betrachtung der Kinderzahl keine Trennung von etatsmäßigen und nichtetatsmäßigen Beamten vorzunehmen; ganz abgesehen davon, daß diese Trennung bei der Reichserhebung nicht möglich wäre, ist sie auch praktisch von geringerer Bedeutung, da bei den mittleren Beamten der weitaus größte Teil der nichtetatsmäßigen Beamten unverheiratet, also kinderlos ist, bei den Unterbeamten immerhin ein großer Teil der jüngeren Altersklassen.

Ehe wir auf die Zahl der Kinder im einzelnen eingehen, seien einige Bemerkungen und Nachweise über den Haus- und Familienstand vorausgeschickt.

Die Beamten der Reichspost- und Telegrafenverwaltung, die preußischen Beamten sowie die Lehrer verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Familienstands- und Hausstandsgruppen (der Hausstand kann für die Lehrer nicht angegeben werden): (s. nebenstehende Übersicht 1.)

Bei den verheirateten Beamten und Lehrern in Spalte 3 sind auch die verwitweten und geschiedenen eingerechnet. Die Zahlen in Spalte 6 ergeben sich als Differenz der Spalten 4 und 3.

Setzt man die Zahl der Beamten und Lehrer in Spalte 7 — zum Vergleich mit Spalte 6 dagegen die Zahlen der Ledigen in Spalte 2 — gleich 100, so erhält man für die einzelnen Familienstands- und Hausstandsgruppen folgende Verhältniszahlen: (s. nebenstehende Übersicht 2.)

[1]) veröffentlicht in den „Schulstatistischen Blättern" (Beilage zur Pädagogischen Zeitung), 13. Jahrgang 1915.

Übersicht 1.

	Ledig	Verheiratet, verheiratet gewesen	mit Hausstand	ohne Hausstand	Ledig mit Hausstand	Gesamtzahl
1	2	3	4	5	6	7
Höhere Beamte	6 964	21 607	22 647	5 924	1 040	28 571
Mittlere Beamte, etatsmäßig angestellt	12 945	138 185	140 362	10 768	2 177	151 130
nichtetatsmäßig	18 769	7 490	7 719	18 540	229	26 259
zusammen . .	31 714	145 675	148 081	29 308	2 406	177 389
Unterbeamte, etatsmäßig angestellt	10 721	251 739	252 818	9 642	1 079	262 460
nichtetatsmäßig	15 713	20 114	20 422	15 405	308	35 827
zusammen . .	26 434	271 853	273 240	25 047	1 387	298 287
Summe der Beamten	65 112	439 135	443 968	60 279	4 833	504 247
Lehrer allein . .	43 171	95 779	.	.	.	138 950
Beamte u. Lehrer zusammen . .	**108 283**	**534 914**	.	.	.	**643 197.**

Übersicht 2.

	Ledig %	Verheiratet, verheiratet gewesen %	mit Hausstand %	ohne Hausstand %	Ledig mit Hausstand, v. H. von Sp. 2
1	2	3	4	5	6
Höhere Beamte	24,37	75,63	79,27	20,73	14,93
Mittlere Beamte, etatsmäßig angestellt . .	8,57	91,43	92,88	7,12	16,82
nichtetatsmäßig	71,48	28,52	29,40	70,60	1,22
zusammen . . .	17,88	82,12	83,48	16,52	7,59
Unterbeamte, etatsmäßig angestellt . .	4,08	95,92	96,83	3,67	10,06
nichtetatsmäßig	43,86	56,14	57,00	43,00	1,96
zusammen . . .	8,86	91,14	91,60	8,40	5,25
Summe der Beamten	12,91	87,09	88,05	11,95	7,42
Lehrer allein	31,07	68,93	.	.	.
Beamte u. Lehrer zusammen	16,84	83,16	.	.	. .

Zieht man zunächst die Gesamtheit der Beamten in Betracht, so ergibt sich aus den mitgeteilten Zahlen, daß rund 17 v. H. aller Beamten ledig sind, dagegen nur 13 v. H., wenn man die Lehrer nicht berücksichtigt, ein gewiß nicht erheblicher Teil, vor allem, wenn man überlegt, daß die nichtetatsmäßig angestellten mit hierin enthalten sind. Zieht man diese ab, was bei den mittleren und den Unterbeamten für das Reich und Preußen, bei den höheren Beamten nur für Preußen möglich ist, so ergibt sich folgendes: Von den etatsmäßigen höheren Beamten (nur Preußen) sind ledig 21,46 %, von den mittleren 8,57, von den Unterbeamten 4,08 %. Mehr als 90% Verheiratete (oder Verwitwete und Geschiedene) finden sich bei den etatsmäßigen mittleren Beamten und bei den Unterbeamten insgesamt; hier sind von den etatsmäßig angestellten überhaupt nur 4% ledig. Der erheblich geringere Anteilsatz Verheirateter bei den nichtetatsmäßigen Beamten erklärt sich ohne weiteres aus dem jüngeren Alter und der unsicheren Zukunftsaussicht; der Anteil der Ledigen nimmt hier nach den Unterbeamten zu stark ab (für Preußen sind die drei Zahlen nacheinander 60,54 — 54,80 — 31,69), sodaß bei den



nichtetatsmäßigen Unterbeamten die Zahl der Ledigen noch weit unter der Hälfte bleibt. Bei den Lehrern liegt der Anteilsatz der Ledigen mit 31 % verhältnismäßig sehr hoch, noch über dem Satz für die höheren Beamten. Diese hohe Zahl erklärt sich aus der Tatsache, daß die Lehrer regelmäßig bereits in sehr jungen Jahren in ihren Beruf treten[1]) und infolgedessen der naturgemäß starke Anteil der jüngeren Altersklassen, in denen die Ledigen überwiegen, den Gesamtdurchschnitt der Ledigen erheblich hinauftreibt.

Die Zahl der Beamten mit eigenem Hausstand ist durchweg etwas größer als die der Verheirateten, sodaß angenommen werden darf, daß die Differenz beider Zahlen ledige Beamte mit eigenem Hausstand betrifft. Geht man von dieser Voraussetzung aus, so zeigt sich, daß die Zahl der ledigen Beamten, die im eigenen Hausstand leben, verhältnismäßig sehr gering ist; von den gesamten Ledigen sind es nur etwa 7½ %, bei den mittleren Beamten allein etwa ebensoviel, nur bei den höheren Beamten steigt die Ziffer bis auf 15 %.

Vergleicht man die hier für die Beamten angegebenen Zahlen mit denen für die gesamte männliche Reichsbevölkerung (nach dem Stande der Volkszählung vom 1. Dezember 1910), so stellt sich heraus, daß der Anteil der Verheirateten bei den Beamten erheblich größer ist als bei der sonstigen Reichsbevölkerung. In den Altersklassen von mehr als 20 bis zu 65 Jahren sind von der männlichen Reichsbevölkerung verheiratet, verwitwet oder geschieden 68,4 %, von den Beamten dagegen ausschließlich der Lehrer 87,1 %, unter Einschluß der Lehrer immerhin noch 83,16 %. Am stärksten ist der Unterschied in den Altersklassen von mehr als 30 bis zu 40 Jahren; dieser Vergleich kann allerdings nur für die Reichsbeamten und die Lehrer durchgeführt werden, von denen im ganzen 80,7 bezw. 68,93 % verheiratet sind. In den genannten Altersklassen selbst sind von den Reichspostbeamten 91,17 %, von den Lehrern 85,38 % verheiratet, von der männlichen Gesamtbevölkerung dagegen 82,12 %.

Obwohl also der Anteil der Verheirateten, besonders in den für die Familiengründung maßgebendsten Jahren, bei den Beamten — weniger bei den Lehrern — erheblich größer ist als bei der gesamten Reichsbevölkerung, scheint doch bei den Beamten, wie aus den auf Seite 227 mitgeteilten Zahlen hervorgeht, die Zahl der Geburten, infolgedessen auch die Zahl der Kinder um ein Bedeutendes geringer zu sein als im Reichsdurchschnitt. Man hat sich infolge dieser Verhältnisse bereits vor dem Kriege geradezu daran gewöhnt, von einem Zweikindersystem der Beamten zu sprechen. Welche Tatsachen hier in Wirklichkeit vorliegen, soll ein Überblick über die Zählungsergebnisse von 1912 und 1913 zeigen. Wegen der geringen zeitlichen Entfernung zwischen den einzelnen Erhebungen dürfen die Ergebnisse auch hinsichtlich der Kinderzahl als zu gleicher Zeit gültig verwertet werden.

Von den 534 914 verheirateten (verwitweten oder geschiedenen) Beamten und Lehrern haben lebende Kinder (auch solche, die bereits aus der häuslichen Gemeinschaft ausgeschieden sind) — (s. nebenstehende Übersicht 3.)

Für die Aufstellung dieser Übersicht 3 sind die Zahlen der Reichsbeamten, die im Original nur in Form von Prozentsätzen angegeben sind, aus diesen berechnet worden, ohne daß sich hierbei Abweichungen von der Gesamtsumme ergeben hätten.

Am stärksten vertreten sind sowohl in den einzelnen Beamtengruppen wie in der Gesamtzahl die Familien mit zwei Kindern, die fast ein Viertel der Gesamtheit ausmachen. Nicht viel geringer sind die Anteilzahlen in den Familien mit

[1]) Nach der Erhebung des Lehrervereins haben ein Anstellungsalter von 20 und weniger Jahren 48,30 % aller in die Erhebung einbezogenen Lehrer.

Übersicht 3.

Kinderzahl	Höhere Beamte	%	Mittlere Beamte	%	Unterbeamte	%
1	2	3	4	5	6	7
0	3 988	18,46	21 754	14,93	31 805	11,70
1	4 451	20,60	32 848	22,55	55 197	20,30
2	5 811	26,89	36 807	25,27	61 420	22,59
3	3 806	17,61	24 000	16,48	44 161	16,24
4	1 984	9,18	13 566	9,31	29 644	10,90
5	904	4,18	7 581	5,20	19 703	7,25
6 und mehr	663	3,07	9 119	6,26	29 923	11,01
zusammen	21 607	100,00	145 675	100,00	271 853	100,00

Kinderzahl	Lehrer	%	Beamte allein	%	Beamte u. Lehrer	%
1	8	9	10	11	12	13
0	15 144	15,81	57 547	13,10	72 691	13,59
1	22 731	23,73	92 496	21,06	115 227	21,54
2	23 659	24,69	104 038	23,69	127 687	23,87
3	14 779	15,43	71 967	16,39	86 746	16,22
4	8 424	8,80	45 194	10,29	53 618	10,02
5	4 744	4,95	28 188	6,42	32 932	6,16
6 und mehr	6 308	6,59	39 705	9,04	46 013	8,60
zusammen	95 779	100,00	439 135	100,00	534 914	100,00

einem und mit drei Kindern; insgesamt beträgt der Anteil der Familien mit 1—3 Kindern bei der Gesamtheit der Beamten und Lehrer 61,63 %, bei den höheren Beamten allein 65,10, bei den mittleren 64,30, bei den Lehrern 63,85 und bei den Unterbeamten 59,13 %. Den wichtigsten Posten unter den verbleibenden rund 40 % nehmen die Familien ohne Kinder ein, während fast durchweg — mit Ausnahme der höheren Beamten — die Familien mit 5 Kindern am geringsten vertreten sind. Untersucht man, wie groß der Anteil der Familien mit höchstens 2 Kindern ist, so ergibt sich folgendes: Von den Beamten und Lehrern haben 0—2 Kinder 59,00 %, von den Beamten allein 57,85, von den höheren Beamten 65,95, von den mittleren 62,75, von den Lehrern 64,23, von den Unterbeamten 54,59 %. Es handelt sich also in allen Fällen um mehr als die Hälfte, sogar bei den Unterbeamten, wo die Zahl der Beamten mit mehr als zwei Kindern noch am größten ist. Dieses Überwiegen der kinderarmen Beamten tritt noch deutlicher in Erscheinung, wenn man abweichend von Übersicht 3 die Kinderzahl auf sämtliche Beamten einschließlich der Ledigen bezieht. Faßt man hier die ledigen Beamten und die kinderlos verheirateten in einer Zahl zusammen, so ergeben sich hinsichtlich der Kinderzahl folgende Vomhundertsätze:

Übersicht 4.

Kinderzahl	Höhere Beamte	Mittlere Beamte	Unterbeamte	Lehrer	Beamte allein	Beamte und Lehrer
1	2	3	4	5	6	7
0	38,33	30,14	19,52	41,97	24,32	28,14
1	15,58	18,52	18,50	16,36	18,34	17,91
2	20,34	20,75	20,59	17,02	20,63	19,85
3	13,32	13,53	14,80	10,64	14,27	13,49
4	6,94	7,65	9,93	6,06	8,96	8,34
5	3,16	4,27	6,61	3,41	5,59	5,12
6 und mehr	2,32	5,14	10,03	4,54	7,87	7,15
zusammen	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00

Sieht man also vom Familienstand der Beamten ab, so ist im Durchschnitt der Beamten (ohne Lehrer) fast ein volles Viertel kinderlos, unter Einbeziehung der Lehrer sogar mehr als ein Viertel; bei den höheren Beamten beträgt dieser Anteil erheblich mehr als ein Drittel, bei den Unterbeamten senkt er sich bis auf etwa ein Fünftel.



Im übrigen nimmt jetzt naturgemäß im Vergleich mit Übersicht 3 der Anteil der Beamten mit höchstens zwei Kindern zu; er beträgt nunmehr bei sämtlichen Beamten (ohne Lehrer) 63,29 %, bei den Beamten und Lehrern 65,90, bei den höheren Beamten 74,25, bei den mittleren 69,41, bei den Lehrern 73,35 und schließlich bei den Unterbeamten 58,61 %. Der Unterschied ist also nicht allzu erheblich trotz Einbeziehung der ledigen Beamten.

Zählt man, von einer anderen Betrachtungsweise ausgehend, alle Beamten mit zwei und mehr Kindern zusammen, so gehören hierher bei den Beamten allein 57,31, bei den Beamten und Lehrern 53,95 %, bei den höheren Beamten 46,19, bei den mittleren 51,31, bei den Lehrern 41,67 und bei den Unterbeamten 61,98 %. Demnach ist bei den Unterbeamten, und zwar bei diesen allein, die Zahl der Beamten mit zwei und mehr Kindern größer als die der Beamten mit zwei und weniger Kindern.

Wenn man also in der Vorkriegszeit von einem „Zweikindersystem" der Beamten gesprochen hat, so ist dies, wie aus den obigen Zahlen hervorgeht, auf keinen Fall so zu verstehen, als wenn Familien mit zwei Kindern die Regel gewesen wären, sondern nur so, daß im Durchschnitt auf jeden Beamten etwa zwei Kinder entfallen. Da die Kinderzahl in unserem Fall insgesamt 1 332 860 beträgt, so kommen auf jeden Beamten ohne Unterscheidung des Familienstandes 2,07 Kinder, wenn man die Lehrer einschließt, 2,21 Kinder dagegen ohne die Lehrer, auf jeden höheren Beamten 1,56, mittleren Beamten 1,88, Unterbeamten 2,47, auf jeden Lehrer 1,56 Kinder. Für die Verheirateten (Verwitweten und Geschiedenen) ist das Verhältnis sogar bedeutend günstiger: hier entfallen auf jede Familie 2,49, ohne die Lehrer 2,54 Kinder, bei den höheren Beamten 2,06, bei den mittleren Beamten 2,29, bei den Unterbeamten 2,71 Kinder, bei den Lehrern endlich 2,27 Kinder. Man könnte also ebenso gut von einem Drei- wie von einem Zweikindersystem sprechen.

Für bevölkerungspolitische wie für allgemeine wirtschaftliche Zwecke ist es erforderlich, neben dieser Betrachtungsweise, die vom einzelnen Beamten als Familienoberhaupt ausgeht, die Untersuchung auf die Zahl der Kinder selbst und ihre Verteilung auf die einzelnen Familien auszudehnen. Um dies durchführen zu können, müssen die Kinder der Reichsbeamten abermals errechnet werden; für die Familien bis zu 5 Kindern einschließlich kann die Kinderzahl aus der Zahl der betreffenden Beamten ohne weiteres gewonnen werden, für die Familien mit 6 und mehr Kindern muß von der Schätzung ausgegangen werden, daß sich in ihnen durchschnittlich etwa 7 Kinder befinden; die Abstimmung mit der für die Kinder angegebenen Gesamtdurchschnittszahl ergibt die Richtigkeit dieser Annahme.

Die Verteilung der Kinder auf die einzelnen Familiengrößen und Beamtengruppen geht aus der folgenden Übersicht 5 hervor.

Die Ergebnisse dieser Übersicht erscheinen auf den ersten Blick überraschend. Denn während von sämtlichen Beamten (ohne Lehrer) 63,29 %, mit Einschluß der Lehrer 65,90 % höchstens zwei Kinder haben, befinden sich bei den Beamten allein nur 26,94 % der Kinder, bei den Beamten und Lehrern 27,81 % — bei den Unterbeamten sind es sogar nur 24,16 % — in Familien mit einem und zwei Kindern. Aus Familien mit drei und mehr Kindern stammen demnach bei den Beamten allein 73,06 %, bei den Beamten und Lehrern 72,19 % der Kinder, bei den Unterbeamten 75,84 %, also rund drei Viertel aller Kinder. In den Familien mit vier und mehr Kindern beträgt der Anteil bei den Beamten immerhin noch 53,70 %, bei den Beamten und Lehrern 52,67, bei den Unterbeamten 57,85 %, also in jedem Fall mehr als die Hälfte.

Übersicht 5.

Kinderzahl je Familie	Kinder von höheren Beamten	%	Kinder von mittleren Beamten	%	Kinder von Unterbeamten	%
1	2	3	4	5	6	7
1	4 451	10,02	32 848	9,83	55 197	7,49
2	11 622	26,16	73 614	22,02	122 840	16,67
3	11 418	25,70	72 000	21,54	132 483	17,98
4	7 936	17,86	54 264	16,21	118 576	16,09
5	4 520	10,17	37 905	11,34	98 515	13,37
6 und mehr	4 484	10,09	63 609	19,03	209 210	28,39
zusammen	**44 431**	**100,00**	**334 240**	**100,00**	**736 821**	**100,00**

Kinderzahl je Familie	Kinder von Lehrern	%	Kinder von Beamten allein	%	Kinder von Beamten und Lehrern	%
1	8	9	10	11	12	13
1	22 731	10,46	92 496	8,29	115 227	8,65
2	47 298	21,76	208 076	18,65	255 374	19,16
3	44 337	20,40	215 901	19,35	260 238	19,52
4	33 696	15,50	180 776	16,21	214 472	16,09
5	23 720	10,91	140 940	12,63	164 660	12,35
6 und mehr	45 586	20,97	277 303	24,86	322 889	24,23
zusammen	**217 368**	**100,00**	**1 115 492**	**100,00**	**1 332 860**	**100,00**

Aus diesen Zahlenangaben geht vor allem eins mit aller Deutlichkeit hervor: Wenn man die dargestellten Erhebungen für bevölkerungs- und familienpolitische Zwecke gebrauchen will, so ist es zum mindesten sehr einseitig, sich auf die Auszählung der Beamten mit soviel oder soviel Kindern zu beschränken und danach die Bedeutung der einzelnen Gruppen zu bestimmen. Vielmehr muß man, wie es oben geschehen ist, ergänzend von der Kinderzahl ausgehen, muß gewissermaßen die einzelnen Beamten mit der Zahl ihrer Kinder „gewichten"; dann erhält man in der Regel ein ganz anderes Bild wie bei der ersten Betrachtungsweise. Während bei dieser die Beamtenfamilien mit drei und mehr Kindern nur ein reichliches Drittel aller Familien (unter Einschluß der Ledigen) ausmachen — genau 36,69 % bei den Beamten allein, 34,10 % bei den Beamten und Lehrern und 41,37 % bei den Unterbeamten — und damit auf besondere Berücksichtigung anscheinend keinen allzu großen Anspruch erheben können, stellt sich bei der zweiten Art der Behandlung heraus, daß diese Familien drei Viertel aller Kinder vertreten, also gerade vom Standpunkt der Bevölkerungspolitik fast ausschließlich und vorzugsweise Berücksichtigung finden müssen.

Die so gewonnenen Ergebnisse bedürfen nach mehreren Richtungen einer Ergänzung.

In der Zahl der Kinder sind auch die Kinder enthalten, die bereits über 21 Jahre alt sind, im großen und ganzen also wohl nicht mehr in der Familie ihrer Eltern wohnen und ihnen auch wirtschaftlich nicht mehr zur Last fallen dürften. Bei der preußischen Erhebung sind die Zahlen für die einzelnen Altersstufen (bis zu 6 Jahren, über 6 bis 16 Jahre, über 16 bis 18 Jahre, über 18 bis 21 Jahre, über 21 Jahre) besonders angegeben und in der folgenden Übersicht 6 aufgeführt.

Es sind demnach volljährige Kinder vorhanden bei der Gesamtheit der Beamten 15,39 % der Kinder überhaupt, bei den höheren Beamten 25,83, bei den mittleren 19,75 und bei den Unterbeamten 12,21 %. Der Anteil der volljährigen Kinder nimmt also mit dem Range der Beamten stark ab; er ist bei den Unterbeamten nur noch halb so groß wie bei den höheren Beamten. Die Größe dieses Anteils der bereits volljährigen Kinder ist in dem Zusammenhange der hier behandelten

Übersicht 6.

Altersgliederung der Beamtenkinder in Preußen.

Alter	Zahl der Kinder der							
	höheren Beamten		mittleren Beamten		Unterbeamten		Beamten insgesamt	
		%		%		%		%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
bis 6	8 602	22,01	45 856	18,04	128 348	26,88	182 806	23,71
über 6—16	13 618	34,84	105 968	41,69	209 751	43,93	329 337	42,73
„ 16—18	2 911	7,45	23 707	9,33	39 874	8,35	66 492	8,63
„ 18—21	3 863	9,88	28 459	11,20	41 201	8,63	73 523	9,54
„ 21	10 096	25,83	50 209	19,75	58 308	12,21	118 613	15,39
zusammen	39 090	100,00	254 199	100,00	477 482	100,00	770 771	100,00

Probleme eigentlich nur in einer Richtung wichtig: Sie bestimmt die Zahl der augenblicklich von den Eltern zu versorgenden Kinder, sofern man davon ausgeht, daß die Fürsorge der Eltern für die Kinder bis zu deren vollendetem 21. Lebensjahr dauert. Damit wird sie auch bedeutsam in finanzieller Hinsicht, wenn von Staats wegen Zulagen gezahlt werden; dann bedeutet diese Zahl, daß sich die jeweilige Belastung der Staatsfinanzen bei gegebener Kinderzahl um so stärker vermindert, je größer der Anteil der über 21 Jahre alten ist. Sonst ist diese Zahl für die Zwecke dieser Abhandlung nicht weiter zu verwerten. Weder die Zahl der in einer Familie überhaupt befindlichen Kinder noch die Zahl der von den Eltern im Laufe ihres Lebens zu versorgenden Kinder wird davon berührt; jedes Kind, auch das älteste, hat einmal die wirtschaftlichen Leistungen der Eltern erforderlich gemacht.

Im übrigen hat es den Anschein, als ob bei der Benutzung der Erhebungen zur Erörterung bevölkerungs- und besoldungspolitischer Probleme vielfach Irrtümer unterlaufen sind. Die Tatsache, daß im Augenblick der Zählung auf einen verheirateten Beamten durchschnittlich so und soviel Kinder kommen, hat man vielfach so aufgefaßt, als ob diese Zahl auch die Anzahl der auf eine Beamtenehe überhaupt durchschnittlich (im Laufe ihres Bestehens) entfallenden Kinder wäre. Ein Beispiel dieser Art findet sich in der sehr verdienstlichen Schrift von Dr. **Franz Hitze**, Geburtenrückgang und Sozialreform[1]); Hitze bespricht die Ergebnisse der beiden Beamtenerhebungen in der Form, daß „im Durchschnitt auf die Ehe des höheren Beamten .... usw." so und soviel Kinder kommen, und zwar in einem Kapitel, das mit den Worten beginnt: „Die heutige Besoldungsordnung wirkt geradezu geburtenfeindlich." Bei der Betrachtung der Verhältnisse in den Lehrerfamilien heißt es: „Auf 100 Ehen kamen also im Durchschnitt 268 Kinder[2]). Also auch hier bevölkerungspolitische Unterbilanz! Der starke Geburtenrückgang ergibt sich daraus, daß die Lehrer im Alter von mehr als 58 Jahren meist drei oder vier Kinder, die Lehrer im Alter von 54 bis 58 Jahren meistens zwei bis drei Kinder und die unter 54 Jahren in der Mehrheit nur zwei Kinder hatten." Bei dieser Schlußfolgerung wird übersehen, daß die Kinderzahl notwendig um so geringer sein muß, in je niedrigerem Alter die Eltern stehen, da bei längerer Ehedauer, solange die Frau noch in gebärfähigem Alter steht, ohne weiteres noch Zuwachs an Kindern zu erwarten ist. Der von Hitze aus dem „Tag" zitierte Satz wird nur dann allgemein ausgesprochen werden können, wenn feststeht, daß regelmäßig und dauernd in den angezogenen Altersklassen die durchschnittliche Kinderzahl größer ist, als einem noch möglichen Geburtenzuwachs in den anderen Altersklassen entspricht. Tatsächlich sind auch die Unterschiede bei weitem nicht so groß, wie es der angeführte Satz erscheinen läßt; die durchschnittliche Kinderzahl beträgt beispielsweise (errechnet) für die Lehrer über 58 Jahre 4,1, für diejenigen von 54—58 Jahren 3,8 Kinder. Diese Zahlen seien hier nur zur Richtigstellung genannt, ohne damit die Möglichkeit, aus ihnen auf einen Geburtenrückgang überhaupt zu schließen, leugnen zu wollen[1]). Nach Anführung der Zahl der Kinder, die auf die einzelnen Familiengruppen bei den Beamten entfallen, bemerkt Hitze, diese Zahlen seien durchaus unzureichend, weil „drei bis vier Kinder im Durchschnitt auf jede Ehe nötig sind, um die Bevölkerungsziffer im Gleichgewicht zu erhalten." Die in dieser und ähnlicher Form gezogenen Schlüsse sind übereilt. Ein Durchschnitt von 2,21 Kindern auf jeden im Augenblick der Erhebung vorhandenen Beamten oder von 2,54 Kindern auf jeden verheirateten Beamten am Zählungstage besagt noch nichts darüber, daß auf jede Ehe eines Beamten im Laufe ihres Bestehens auch nicht mehr Kinder durchschnittlich entfallen — ganz abgesehen davon, daß auch die Zahl der bis dahin erfolgten Geburten überhaupt noch größer sein muß, weil ein Teil der Kinder vor dem Zählungstage bereits gestorben ist. In der Erhebung des Deutschen Lehrervereins, in der zwischen Kindern überhaupt und lebenden Kindern unterschieden wird, ist festgestellt, daß auf jede Ehe am Zählungstage 2,68 Kinder überhaupt gegenüber 2,27 lebenden Kindern entfallen; das bedeutet, daß 15,30% der Kinder vor dem Zählungstage gestorben sind.

Noch schlagender kommt die mißverständliche Auffassung zum Ausdruck in der Schrift von Zeiler, Der Beamtengehalt auf neuen Grundlagen[2]); es heißt hier: „Nur eine Zahl sei

[1]) erschienen als 3. Heft der Sammlung „Ehe und Volksvermehrung" im Volksvereinsverlag M.-Gladbach 1917; vergl. insbesondere S. 66 ff. — [2]) Bei dieser Zahl handelt es sich um die bis zum Zeitpunkt der Zählung überhaupt geborenen Kinder von Lehrern, also einschließlich der inzwischen verstorbenen, während mit den sonst von Hitze benutzten Zahlen nur lebende Kinder gemeint sind.

[1]) Ein interessantes Verfahren, aus einer Bestandserhebung auf einen Geburtenrückgang zu schließen, bietet der Aufsatz von Fr. Böhm, Die Hauptergebnisse der Familienstatistik der bayerischen etatsmäßigen Staatsbeamten nach dem Stande vom 1. Juli 1916, im „Allgemeinen Statistischen Archiv", II. Band 1918/19, München 1920; vergl. besonders S. 168 ff. — [2]) Berlin 1918 (R. v. Deckers Verlag), besonders S. 15. Die im Text angeführte Zahl von 3,5 Kindern (genau 3,57 Kindern) im Reichsdurchschnitt ergibt sich, wenn man für 1912 die Zahl der Lebendgeborenen durch die Zahl der Eheschließungen teilt. Es ist offensichtlich, daß ein solches Verfahren für die hier behandelten Probleme nie zum Ziele führen kann, vor allem dann nicht, wenn man die so gewonnene Zahl vergleicht mit der bei einer Bestandsaufnahme ermittelten Zahl der Kinder, diese wieder bezogen auf die Zahl der Väter (nicht der Eheschließungen!). Will man dagegen tatsächlich dieser Bestandsaufnahme eine andere gegenüberstellen, die sich auf die gesamte Reichsbevölkerung bezieht, so bietet sich das Material der Volkszählung von 1910 dar (Statistik des Deutschen Reichs, Band 240, 1). Bei dieser Erhebung betrug die Zahl der Familienhaushaltungen 13 238 237, die Zahl der in den Haushaltungen anwesenden Kinder des Haushaltungsvorstandes 28 026 729; es kamen demnach auf jeden Haushalt 2,12 Kinder, eine Zahl, die sogar wesentlich geringer ist als die auf Seite 230 für die Verheirateten ermittelte Zahl von 2,49. Ganz vergleichbar sind auch diese Zahlen nicht, denn bei den Beamten sind sowohl die über 21 Jahre alten, überhaupt die nicht mehr versorgungsbedürftigen Kinder, wie die am Erhebungstage abwesenden Kinder mitgezählt; sie erhöhen deshalb die Zahl gegenüber der Volkszählung. Zieht man die Kinder über 21 Jahre, deren Anteil bei den (preußischen) Beamten 15,39% beträgt, von den Kindern überhaupt ab, so ergibt sich ein Durchschnitt von 2,11 Kindern statt der vorstehend genannten Zahl von 2,49 je verheirateten Beamten.

Grundsätzliches zu der ganzen Frage findet sich in einem Aufsatz von Fr. Burgdörfer, Familienstatistik im „Allgemeinen Statistischen Archiv" (München, Berlin und Leipzig 1917), 10. Band 1916/17, besonders S. 492 ff. Hier wird der Unterschied zwischen der „familienstatistischen Momentaufnahme" und der Geburten- oder Kinderzahl unter Berücksichtigung der Ehedauer an dem Beispiel ausländischer Familienstatistiken eingehend aufgezeigt. Wie groß vor dem Kriege die durchschnittliche Kinderzahl je Ehe (beim Abschluß der Gebärzeit oder bei Auflösung der Ehe) war, ist für Deutschland nicht festgestellt (a. a. O. S. 484 f.). Lediglich in Preußen war mit der Reichsvolkszählung von 1910 eine familienstatistische Bestandsaufnahme verbunden, bei der an sämtliche verheirateten, verwitweten und geschiedenen Frauen mit deutscher Muttersprache (Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat 1914, S. 13 ff.) die Frage nach der Gesamtzahl der von ihnen geborenen Kinder gestellt wurde. Nach dem Ergebnis dieser Befragung trafen auf jede verheiratete usw. Frau etwa 4,01 Geburten (a a.O.S.485).

hier genannt: Gegenüber 3,5 Kindern im Reichsdurchschnitt entfallen auf jede Ehe der mittleren Postbeamten nur 1,9 Kinder!" Bei der Betrachtung der Umfrage über die 499 höheren Beamten in Düsseldorf macht Zeiler zwar im Anschluß an Most die Feststellung, „das Ergebnis ist dadurch etwas getrübt, daß bei manchem der Beamten noch weiterer Zuwachs zu erwarten war;" leider zieht er aber aus dieser Feststellung nicht die notwendigen Folgerungen, beruhigt sich vielmehr dabei, daß dies „nur auf den kleinsten Teil der Gesamtheit zutreffe". Für unsere Untersuchungen über die Beamten im Reich und in Preußen müssen wir dem in wesentlichen Zügen widersprechen, wie noch aus dem Folgenden zu ersehen sein wird.

Sieht man sich die Zahlen der Reichserhebung und derjenigen des Lehrervereins — für Preußen ist eine solche Betrachtung leider nicht möglich — auf das hier behandelte Problem hin genauer an, so gewinnt man den Eindruck, daß die Verhältnisse 1913 doch wesentlich günstiger liegen, als sie in bevölkerungspolitischen Abhandlungen dargestellt werden. Bei der Reichserhebung kann man die durchschnittliche Kinderzahl eines verheirateten Beamten in Altersklassen von 5 zu 5 Jahren, bei der Lehrererhebung in jährlichen Altersklassen ablesen. Nimmt man nun für jede Beamtengruppe ein bestimmtes Alter an, das im Durchschnitt jeder Beamte im Dienst erreicht, so kann man die Kinderzahl für dieses Alter errechnen und, unter der Voraussetzung, daß auch die bisher jüngeren Beamten diese Kinderzahl erreichen, diese Zahl als die durchschnittliche Kinderzahl sämtlicher Beamten der betreffenden Gruppe einsetzen. Ist, wie hier angenommen werden soll, das üblicherweise erreichte Durchschnittsalter eines Unterbeamten 45 Jahre, so ist die zugehörige Kinderzahl 3,25 als das Mittel aus 3,0 für die Altersklasse von 40—45 und 3,5 für die Altersklasse von 45—50 Jahren. Für die mittleren Beamten ergibt sich auf dieselbe Weise für ein Alter von 50 Jahren eine Kinderzahl von 2,4, für die höheren Beamten für ein Alter von 55 Jahren eine Kinderzahl von 2,15. Bei den Lehrern beträgt die durchschnittliche Kinderzahl eines Verheirateten im Alter von 50 Jahren 3,37, also nach Abzug der vermutlich Gestorbenen (15,30 % wie auf S. 231) 2,85 Kinder. Das bedeutet für den Durchschnitt sämtlicher verheirateten Reichsbeamten **2,99** Kinder (bei einer Kinderzahl von 461 064), unter Hinzurechnung der Lehrer **2,94** Kinder (bei einer Gesamtkinderzahl von 734 034). Wir können somit für die Zeit vor dem Kriege geradezu von einem durchgängigen D r e i - k i n d e r s y s t e m bei den deutschen Beamten sprechen; mit dieser Zahl wäre auch der bevölkerungspolitischen Forderung einer für die Erhaltung der Bevölkerung notwendigen Kinderzahl Genüge geleistet. Nicht viel weniger als drei Kinder entfallen auch dann auf jeden einzelnen Beamten im Durchschnitt, wenn man die ledigen Beamten mitzählt, denn es ist zu erwägen, daß auch von den jeweils an einem bestimmten Stichtag Ledigen ein großer Teil später heiratet. So steigt, um nur diese eine Zahl zu nennen, die Zahl der verheirateten Reichsbeamten von 80,7 % im Durchschnitt sämtlicher Altersstufen auf 96,8 % bei Erreichung des 45. Lebensjahres. Daraus würde sich als Kinderzahl für die Gesamtheit der Reichsbeamten einschließlich der Ledigen 2,89 ergeben. Auf Seite 230 haben wir die durchschnittliche Kinderzahl nach der Bestandsaufnahme für die Beamten allein mit 2,21, für die Beamten und Lehrer mit 2,07 ermittelt. Überlegt man, daß die Kinderzahl der Reichsbeamten bei der Bestandsaufnahme je Beamten 1,8 beträgt, das Verhältnis zwischen dieser Zahl und der soeben gefundenen von 2,89 also gleich 1 : 1,6 ist, so kann man dieses Verhältnis auf die Kinder der gesamten Beamten und Lehrer übertragen und gelangt dabei zu folgenden Zahlen: **3,54** Kinder durchschnittlich für die Beamten allein und **3,31** Kinder für die Beamten und Lehrer. Diese Endzahlen geben also die Zahl der durchschnittlich auf einen Beamten und Lehrer entfallenden **ü b e r l e b e n d e n** Kinder wieder; rechnet man die vermutlich gestorbenen hinzu, so ergibt sich auch hier eine Zahl von etwa vier Geburten.

Als Ergebnis dieser Darlegungen ist im Zusammenhang mit den Bestrebungen auf Einführung von Kinderzulagen zunächst folgendes festzustellen: Wenn man vor allen Dingen die Familien mit drei und mehr Kindern bedenken will, so kommt gerade diese Absicht insofern den Tatsachen entgegen, als, wie oben berechnet, drei Viertel aller Beamtenkinder in Familien mit drei und mehr Kindern leben. Wenn man im übrigen daran gedacht hat, durch eine solche Zulagenpolitik dem Geburtenrückgang zu steuern, so liegen hier in mehrfacher Hinsicht Irrtümer vor: Einmal hat man aus falsch verstandenen Zahlen heraus die Kinderarmut der Beamten für größer gehalten, als sie tatsächlich gewesen ist, ferner hat man geglaubt, aus dieser falschen Einstellung heraus, dem vermuteten Geburtenrückgang durch in ihrem Ausmaß doch recht bescheidene Mittel entgegenwirken zu können. Immerhin ist anzuerkennen, daß gerade einige der bedeutendsten Wortführer diesem Irrtum nicht verfallen, sondern eine gehaltliche Bevorzugung der kinderreicheren Familien aus dem Grunde vorschlagen, aus dem man sie **immer** befürworten kann, ganz gleich, wie man sonst zu der Frage der Bevölkerungspolitik steht: Im Interesse der lebenden und der kommenden Generation eine geregelte und gedeihliche Aufzucht der vorhandenen und normalerweise zu erwartenden Kinder zu ermöglichen. Hierauf wird später noch zurückzukommen sein.

Kapitel 4.
Kinderzulagen im Kriege; Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerungszulagen.

Bei Ausbruch des großen Krieges ist der Stand der Dinge im wesentlichen unverändert: Die Beamtengehälter haben nur in wenigen Punkten gegenüber den Bestimmungen der Gehaltsreform von 1909 kleine Änderungen erfahren, Frauen- oder Kinderzulagen werden im Reich und in Preußen in keiner Form gewährt.

Erst durch die Not der Kriegszeit ringt sich allmählich der Gedanke einer Berücksichtigung des Familienstandes durch, und zwar verhältnismäßig spät und auch dann erst sehr zaghaft. Im Sommer 1915 tauchen vereinzelte Nachrichten auf[1]), daß einzelne Reichs- und preußische Verwaltungen an ihre Arbeiter einmalige Teuerungszulagen unter Staffelung nach der Kopfzahl der Familien zahlen; so bewilligt die preußische Eisenbahnverwaltung einmalig an ledige und verheiratete Arbeiter ohne Kinder 8 ℳ, Verheiratete mit 1 bis 2 Kindern (bis zu 14 Jahren) 20 ℳ, mit mehr als 2 Kindern 25 ℳ; diese Zulagen werden gezahlt ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens. Die württembergische Eisenbahnverwaltung gewährt ihren Arbeitern und Hilfsunterbeamten mit einem Einkommen unter 1 400 ℳ, soweit sie verheiratet sind und Kinder zu versorgen haben, laufende Beihilfen. Sonst bleibt es in dieser ersten Zeit des Krieges in der Regel bei einmaligen Zulagen; solche sind zunächst auch bei Stadtverwaltungen, Großbanken usw. üblich[2]).

Für die Staatsbeamten — und ähnlich für die Reichsbeamten — beginnen die **laufenden** Kriegsbeihilfen mit dem

[1]) Vergl. Soziale Praxis, Jahrg. 24, Nr. 32 vom 6. Mai 1915, Nr. 39 vom 24. Juni 1915, Nr. 49 vom 2. September 1915. — [2]) Über die Entwicklung des Familienlohns vor allem auch in der Privatindustrie sowie seine theoretische und praktische Ausgestaltung sind sehr lesenswert die Ausführungen von E. Timm in seiner Hamburger Dissertation über „Die modernen Familienstandslöhne" (Manuskript der Hamburger Staatsbibliothek) 1921.

1. Oktober 1915[1]); diese erste laufende Zulage gilt ausschließlich für verheiratete (auch verwitwete und geschiedene) Beamte mit einem Diensteinkommen (ungerechnet den Wohnungsgeldzuschuß) von höchstens 2 100 *M* und einem oder mehr Kindern unter 15 Jahren. Alle kinderlosen Beamten sowie alle höheren Beamten gehen leer aus. Die gewährten Sätze selbst sind sehr gering; sie betragen bei 1—2 Kindern monatlich 6 *M*, für jedes weitere Kind 3 *M*.

Vom 1. April 1916 ab[2]) werden ohne Änderung der grundsätzlichen Regelung lediglich die Sätze erhöht: für 1 Kind gibt es nunmehr 6 *M*, für 2 Kinder 8 *M*, für jedes weitere Kind 4 *M*. Auffällig ist bei der bisherigen Regelung die Bevorzugung des ersten Kindes; von einer Durchsetzung bevölkerungspolitischer Grundsätze ist hierbei noch nichts zu spüren, ganz abgesehen von der praktisch sehr geringen Höhe der Zulage, die für den Beamten mit dem vorgesehenen Höchstgehalt von 2 100 *M* auf jedes Kind durchschnittlich vom Oktober 1915 ab 1,7%, vom April 1916 ab 2,3% des eigentlichen Diensteinkommens ausmacht. Von Interesse ist gleichwohl in diesem Zusammenhang, daß im preußischen Abgeordnetenhause[3]) gelegentlich der Beratung des Eisenbahnetats am 10. März 1916 ein Zentrumsabgeordneter unter starkem Beifall seiner Fraktion feststellt, daß die preußische Regierung sich unter dem Eindruck der Kriegsnot und des Geburtenrückgangs zu einer Berücksichtigung der Kinderzahl bei der Besoldung verstanden habe.

Für die Lohnangestellten höherer Ordnung sind die gleichen Grundsätze maßgebend, nur daß hier mangels eines Wohnungsgeldzuschusses die Gehaltsgrenze mit 2 400 *M* (statt 2 100 *M*) gerechnet wird. Bei den von den einzelnen Staatsverwaltungen beschäftigten Arbeitern (Lohnangestellten niederer Ordnung) dagegen geht man bei der Zulagengewährung über die verheirateten Arbeiter mit Kindern hinaus[4]): Unter Ablehnung einer allgemein gleichen Regelung — was mit der von Ort zu Ort durch Angebot und Nachfrage verschiedenen Gestaltung der Verhältnisse erklärt wird — werden Teuerungszulagen da, wo sie gezahlt werden, nach vier Gruppen bemessen: Unverheiratete, Verheiratete ohne Kinder unter 14 Jahren, Verheiratete mit 1—3 Kindern, Verheiratete mit 4 und mehr Kindern. Seit März 1916 werden so allmonatlich Zulagen gezahlt: je nach der örtlichen Teuerung für ledige Arbeiter 3—4 *M*, für Verheiratete ohne Kinder 5—8 *M*, für Verheiratete mit höchstens 3 Kindern 8—15 *M*, für solche mit mehr als 3 Kindern 12—20 *M*.

Für die Beamten ohne Kinder sind bisher keine Zulagen vorgesehen. Erst seit dem Junierlaß 1916 erhalten auch die kinderlos verheirateten Beamten mit Wirkung vom 1. Juli 1916 ab Zulagen, und zwar bis zu einer Gehaltsgrenze von 2 400 *M*, während für die Kriegsbeihilfen für Kinder die Grenze 3 000 *M* beträgt (ohne Wohnungsgeldzuschuß, bei den Angestellten jeweils 300 *M* mehr). Einen auf die Gewährung der neuen Zulagen hinzielenden Antrag hat das Abgeordnetenhaus in seiner Sitzung vom 9. Juni 1916 einstimmig angenommen. Im einzelnen bewegen sich die neuen Sätze in folgender Höhe, wobei die bedachten Beamten in drei Klassen nach der Höhe ihres Wohnungsgeldzuschusses eingeteilt werden:

	Gehalt bis 2 400 *M*			bis 3 000 *M*		
	Klasse 1	2	3	1	2	3
	M					
Verheiratete ohne Kinder	8	6	5	—	—	—
„ mit 1 Kind	12	10	8	8	6	5
„ „ 2 Kindern	14	12	10	10	8	7
„ „ 3 „	18	16	14	13	11	10
für jedes weitere Kind	4 *M* mehr			3 *M* mehr.		

Mit dieser Regelung ist gegenüber der vom 1. April ab geltenden eine Frauen- oder Hausstandszulage neu hinzugetreten; die Sätze für die Kinder sind im übrigen dieselben geblieben. Neu ist ferner die Unterscheidung mehrerer Einkommensgruppen, innerhalb deren mit größerem Einkommen fallende Zulagen gewährt werden. Hierdurch wird in verstärktem Maße der Grundsatz durchgeführt, der bei der ganzen bisherigen Ausgestaltung der Teuerungszulagen maßgebend gewesen ist: Die im ganzen für die Beamtenschaft notwendige Einschränkung wird in der Weise gemildert, daß den unteren Schichten wenigstens das zur Existenz Notwendige gegeben werden soll, während die oberen Schichten diese Einschränkung zunächst ganz selbst tragen müssen; es findet also eine gewisse Angleichung der Einkommen statt, ähnlich wie sie in letzter Zeit teilweise durch die Gewährung von „Kopfzuschlägen" versucht worden ist[1]).

In der Beamtenschaft selbst findet dieser Grundsatz nicht durchweg Anerkennung. Mitte Oktober 1916[2]) tritt in Berlin eine Vorständeversammlung verschiedener unterer und mittlerer Beamtenverbände zusammen und erhebt zum Beschluß: Da die bisher gewährten Teuerungsbeihilfen nach der Zahl der Kinder unzureichend seien — der Nahrungsverbrauch betrage inzwischen 80—90% des gesamten Einkommens —, so müßten neben den Kriegs- und Kinderbeihilfen Ausgleichszulagen von 25% des jeweiligen Gehalts gewährt werden. Ähnlich äußert sich eine Eingabe der Arbeitsgemeinschaft der Verbände mittlerer Reichs-Post- und Telegrafenbeamten. Daraufhin werden sowohl im Reichstag wie im preußischen Landtag von allen Parteien Anträge gestellt, die auf Zahlung einer einmaligen Kriegsteuerungszulage im Sinne dieser Ausführungen abzielen. Der Erlaß des preußischen Finanzministers mit dem Datum des 15. November 1916 verfügt daraufhin eine einmalige Zulage (neben den laufenden Beihilfen) an sämtliche Beamten, auch höhere Beamten, mit einem Einkommen bis 4 500 *M*; Unverheiratete erhalten 40 *M*, kinderlos Verheiratete 60 *M*, Verheiratete mit einem Kind unter 15 Jahren (wenn sich die Kinder noch in Berufsausbildung befinden, unter 18 Jahren) 90 *M*, mit 2 Kindern 120 *M*, mit 3 Kindern 150 *M*, 4 Kindern 180 *M*, 5 und mehr Kindern 200 *M*. Diese Regelung erfährt scharfen Widerspruch, vor allem bei den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses vom 7. Dezember 1916. Mit allem Nachdruck wird zunächst als einmütige Ansicht des Haushaltsausschusses die Berücksichtigung des Familienstandes und insbesondere der Kinderzahl als erforderlich festgestellt, allgemein aber Beschwerde geführt über die unzureichende Höhe der letztgewährten Sätze, vor allem über die bei 5 Kindern abnehmende Staffelung und die Höchstgrenze. Einstimmig wird beschlossen, von der Regierung die Erhöhung der einmaligen Zulage auf 100 *M* für die kinderlos Verheirateten und auf 30 *M* für jedes einzelne Kind zu verlangen. Zugleich wird eine Erhöhung der laufenden Beihilfen unter Ausdehnung auf die höheren Beamten befürwortet. Zu der grundsätzlichen

[1]) Erlaß vom 22. September 1915 (Reichs- und Staatsanzeiger vom 27. September 1915). Für die Folgezeit werden im allgemeinen nur die betreffenden preußischen Vorschriften angeführt; im Reich sind die Regelungen nach denselben Grundsätzen und zur gleichen Zeit erfolgt. — [2]) Erlaß vom 18. März 1916 (Reichs- und Staatsanzeiger vom 28. März 1916). — [3]) Stenographische Berichte, 22. Legislaturperiode, III. Session, Spalte 1 584 f. — [4]) Vergl. Anlagen zu den Stenographischen Berichten des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 22. Legislaturperiode, III. Session 1916/17, Drucksache Nr. 155.

[1]) Vergl. hierzu die Ausführungen in meinem Aufsatz „Lohnpolitik und Lohnentwicklung im Kriege" in dieser Zeitschrift, Jahrg. 1919, S. 329 f. — [2]) Vergl. Soziale Praxis, Jahrg. 26, Nr. 11 vom 14. Dezember 1916.



Frage, ob eine Berücksichtigung der Kinderzahl auch zur Grundlage für künftige Besoldungsregelungen gemacht werden solle, äußert sich der Abgeordnete Delius[1]) für die Fortschrittliche Volkspartei dahin, daß sich seine Partei auf ein solches Prinzip noch nicht festlegen könne, daß aber während des Krieges eine Regelung, wie sie hier vorgenommen worden sei, die einzig richtige und gerechte sei. In ihrem Weihnachtserlaß (vom 22. Dezember 1916)[2]) erhöht die Regierung nachträglich die im November festgesetzten Zulagen auf das vom Landtag gewünschte Maß. Gleichzeitig wird für den 1. Februar 1917 folgende Erhöhung der laufenden Kriegszulagen und Beihilfen verfügt: für kinderlos verheiratete (auch höhere) Beamte bis zu einem Jahreseinkommen von 4 500 *M* monatlich 12 *M*, für jedes Kind 5 *M*.

Gemäß einem Kommissionsantrag im Abgeordnetenhause vom 20. März 1917[3]) werden die laufenden Kriegsbeihilfen vom 1. April 1917 ab auch für ledige Beamte bis zu 2 300 *M* Diensteinkommen in Höhe von 10 *M* monatlich gewährt; Verheiratete mit dem gleichen Einkommen erhalten monatlich 15 *M*, mit einem Einkommen bis zu 4 800 *M* 12 *M*; bei Vorhandensein von Kindern werden darüber hinaus die Beamten mit einem Einkommen bis zu 7 800 *M* bedacht. Die Sätze für jedes Kind, die bei jedem weiteren Kind immer um eine Mark monatlich steigen, betragen in der untersten Einkommensgruppe 12 *M* usf., in der mittleren 11 *M* usf., in der oberen 10 *M* usf. Die stärkere Betonung des bevölkerungspolitischen Prinzips, die sich in der Erhöhung der Zulage für jedes spätere Kind auswirkt, geht auf den Antrag eines Unterausschusses für Bevölkerungspolitik zurück, der auch die Beamten mit noch höherem Einkommen als 7 800 *M* vom 5. Kinde an bedenken will; diese Absicht scheitert jedoch am Widerstand der Regierung.

Während diese laufenden Kriegsbeihilfen unverändert bis Ende 1918 fortgewährt werden, kommen als Neuerung vom 1. Juli 1917 ab Kriegsteuerungszulagen für die verheirateten Beamten mit einem Höchstgehalt von 13 000 *M* in Anwendung. Im Gegensatz zu den „Kriegsbeihilfen", für die hauptsächlich soziale Gesichtspunkte ausschlaggebend sind, stellen die Kriegsteuerungszulagen nach einem Urteil der Sozialen Praxis eine Art Zuschuß zu den Wohnungs- und Repräsentationsgeldern dar; umgekehrt wie bei den Kriegsbeihilfen steigen die Teuerungszulagen mit der Höhe des Gehalts und der höheren Lebenshaltung[4]). Mit anderen Worten, diese Kriegsteuerungszulagen entsprechen den Ausgleichszuschlägen, die in bestimmten Vomhundertsätzen des Grundgehalts vom 1. April 1920 ab gewährt werden, wirken also dem Nivellierungsbestreben der erstgenannten Art entgegen. Die Beamten der niedrigsten Tarifklasse (des Wohnungsgeldzuschusses) V erhalten jährlich 360 *M*, der Klasse IV 540 *M*, Klasse III 720 *M*, Klasse II 900 *M*, entsprechend für jedes Kind 36, 54, 72, 90 *M*, also auch für die Kinder eine mit der Gehaltshöhe steigende Zulage. Für unverheiratete Beamte bis zu einem Gehalt von 6 000 *M* werden 300 *M* in allen Tarifklassen gleichmäßig gewährt. Durch das Gesetz vom 30. Mai 1917 ist inzwischen die Steuerfreiheit sämtlicher Kriegsteuerungszulagen und -Beihilfen ausgesprochen worden.

Durch die vom 1. April 1918 ab geltende Regelung[5]) werden die Kriegsteuerungszulagen für alle Tarifklassen mit Ausnahme der höchsten (II.) erhöht, und zwar mit jeder höheren Klasse um immer geringere Beträge, für die Kinder auf 60, 70, 80, 90 *M*. Unverheiratete bis zu 7 800 *M* Einkommen erhalten 70% der Beträge für die kinderlos Verheirateten. In teueren Orten wird ein Zuschlag von 20% gezahlt.

So bleibt der Zustand bis über das Kriegsende hinaus: Ein Nebeneinander von Kriegsbeihilfe mit verhältnismäßig niedrigen, aber für die unteren Gehaltsgruppen günstigeren Sätzen, und von Kriegsteuerungszulage mit verhältnismäßig hohen, für die oberen Gruppen günstigeren Sätzen.

Neben diesen laufenden Zuwendungen, Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerungszulagen, werden im Laufe des Krieges außer der bereits genannten Zuwendung von Weihnachten 1916 noch zwei einmalige Kriegsteuerungszulagen gezahlt: zu Weihnachten 1917[1]) eine solche von 200 *M* an sämtliche verheirateten Beamten (150 *M* für die Unverheirateten), sowie von 20 *M* für jedes Kind; aus den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses[2]) zu diesem Punkt ist hervorzuheben, daß der Sozialdemokrat Leinert mit allem Nachdruck bei der Gewährung von Teuerungszulagen einen Ausbau des Bevölkerungsprinzips fordert, um „den kinderreichen Familien das Durchkommen zu erleichtern". Ferner im September 1918[3]) eine Kriegsteuerungszulage in Höhe von 500 bis 1 000 *M*. Berechnet wird sie auf der Grundlage eines Grundbetrages von 250 *M*, dem ein volles Monatsgehalt hinzugezählt wird, unter Abrundung auf die genannte Unter- oder Obergrenze. Auf jedes Kind entfällt auch hier ein Zuschlag von 10% der Gesamtzulage des verheirateten Beamten. Unverheiratete erhalten 70% des Satzes für kinderlos Verheiratete.

In der Zeit der Demobilmachung tritt eine grundsätzliche Änderung in der Gewährung der Teuerungsbeihilfen ein. Es erfolgt vom 1. Januar 1919 ab[4]) eine Regelung, die ziemlich gleichmäßige Sätze für die Beamten aller Gehaltsklassen bis 13 000 *M* einschließlich vorsieht. Innerhalb dieser Obergrenze betragen die Grenzen 1 800 und 4 800 *M*. In der Ortsklasse A erhalten die verheirateten Beamten nacheinander in den drei Gruppen 200, 195, 190 *M* monatlich, in sonstigen teueren Orten 180, 170, 160 *M*, in allen übrigen Orten 150, 140, 130 *M*. Für jedes Kind, das sich in Schul- oder Berufsausbildung befindet (ohne Altersgrenze), werden 50, 40 oder 30 *M* gewährt. Ledige Beamte erhalten 80% der den kinderlos verheirateten zustehenden Sätze.

Durch diese Regelung ist gegenüber dem bisherigen Zustand eine Änderung in zweifacher Richtung erfolgt: Einmal wird gegenüber den Kriegsbeihilfen der Grundsatz der mit steigendem Gehalt fallenden Beihilfe stark gemildert, was am meisten in der Ortsklasse A zutage tritt, auf der andern Seite wird aber gegenüber den Kriegsteuerungszulagen und ihren mit steigendem Gehalt merklich steigenden Sätzen eine starke Nivellierung erzielt, die sich vor allem bei den Kindern fühlbar macht.

Vom 1. September 1919 an[5]) wird die Kinderzulage einheitlich für alle Orte auf 50 *M* monatlich festgesetzt. Gleichzeitig erhalten die Beamten eine einmalige Beschaffungsbeihilfe in Höhe von 600 *M* für Ledige, 1 000 *M* für Verheiratete und 200 *M* für jedes Kind (in Schul- oder Berufsausbildung).

Vom 1. Januar 1920 ab werden die Sätze der Teuerungszulagen um 150% erhöht, also für die Beamten mit höchstens

[1]) Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 22. Legislaturperiode, III. Session 1916/17, Spalte 2 646 f. — [2]) Ministerialblatt für die preußische innere Verwaltung 1917, S. 4. — [3]) Sammlung der Drucksachen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 22. Legislaturperiode, III. Session, Drucksache Nr. 517. — Verfügung vom 28. März 1917 (Finanzministerialblatt 1917, Nr. 8). — [4]) Soziale Praxis, Jahrg. 26, Nr. 49 vom 6. September 1917. — [5]) Verfügung vom 26. März 1918 (Finanzministerialblatt 1918 Nr. 7).

[1]) Verfügung vom 17. Dezember 1917 (Finanzministerialblatt 1918 Nr. 1). — [2]) Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 22. Legislaturperiode, III. Tagung 1916/18, Sitzung vom 14. Dezember 1917. — [3]) Verfügung vom 2. September 1918 (Finanzministerialblatt 1918 Nr. 18/19). — [4]) Verfügung vom 4. März 1919 (Finanzministerialblatt 1919 Nr. 6). — [5]) Verfügung vom 2. Oktober 1919 (Finanzministerialblatt 1919 Nr. 19).

1 800 ℳ auf 500, 450 oder 375 ℳ. Die Kinderzulage bleibt unverändert 50 ℳ monatlich. Diese Regelung, die am 17. Januar 1920 in der Nationalversammlung angenommen wird, entspricht nicht dem ursprünglichen Plan der Regierung; diese wollte zunächst die Teuerungszulagen **und** die Kinderzulagen gleichmäßig, und zwar um 50% erhöhen. Infolge des Drängens vor allem des Deutschen Beamtenbundes ist die Regierung schließlich auf die Erhöhung lediglich der allgemeinen Teuerungszulage eingegangen, obwohl dieses Vorgehen in der Nationalversammlung vor allem von seiten des Zentrums (Abgeordneter **Allekotte**) starken Widerspruch gefunden hat.

Seit dem 1. April 1920 gilt das neue Besoldungsgesetz mit seinen zahlreichen Änderungen, dessen Auswirkung auf die für Kinder zur Verfügung stehenden Mittel in einem späteren Abschnitt dieses Aufsatzes behandelt werden soll. Als Abschluß der oben aufgezeigten geschichtlichen Darstellung folgt hier eine Übersicht über die absolute und relative Höhe der Kinderzulagen in den einzelnen Beamtengruppen an der Hand von bestimmten Gehaltssätzen, die in der Regel den in den Verfügungen genannten Grenzsätzen entsprechen; für jeden Gehaltssatz ist bei jedem Datum (Eintritt einer Veränderung) in Spalte 3 das gesamte Einkommen eines kinderlos verheirateten Beamten in Ortsklasse A unter Einschluß des Wohnungsgeldzuschusses und der Kriegsteuerungszulagen angegeben, in Spalte 4—7 der Betrag der Kinderzulagen einschließlich der Kinderkriegsbeihilfen für 1 bis 4 Kinder; in Spalte 8—11 wird dann nachgewiesen, wieviel vom Hundert der Beträge in Spalte 3 die jeweilige Kinderzulage ausmacht.

Eine gewisse Entwicklung läßt sich, wie aus der Übersicht hervorgeht, eigentlich erst von Juli 1916 ab verfolgen, dem Zeitpunkt, von dem ab auch für die Eltern selbst Teuerungszulagen gewährt werden. Der zwischen April und Juli liegende Rückgang der Kinderzulagen erklärt sich dadurch, daß von der an sich höheren Zulage im Juli nunmehr ein Teil den Eltern zugerechnet werden muß, während sie bis dahin ganz den Kindern zugute gekommen ist. Das stärkste Ansteigen liegt überall zwischen dem Februar und April 1917 — abgesehen von den höheren Beamten der Tarifklasse 2 durchweg eine Erhöhung auf das $2\frac{1}{2}$ bis 3fache bei den Familien mit vier Kindern. Aus der etwas schwächeren Steigerung für die Familien mit weniger Kindern ist die bis April 1918 beobachtete Tendenz ersichtlich, die kinderreicheren Familien besser zu bedenken. Der relativ höchste Satz ist mit Januar 1919 erreicht; hier macht der Betrag für ein Kind bei den Unterbeamten mit 1 200 ℳ Gehalt fast 15 % des Gesamteinkommens eines kinderlos verheirateten Beamten aus, bei den höheren Beamten der Tarifklasse 2 immerhin noch 5 %. Für 1920 senkt sich dieses Verhältnis wieder, da die Kinderzulagen trotz erheblicher Steigerung der Teuerungszulagen nicht mit erhöht werden, ist aber mit Ausnahme der Gehaltsgruppe von 1 200 ℳ immer noch günstiger als für das Jahr 1918. Was die einzelnen Beamten- und Gehaltsgruppen angeht, so sind die Sätze der Kinderzulagen in ihrer absoluten Höhe überall zu den gleichen Zeitpunkten ziemlich gleich, im Verhältnis zum Einkommen der Eltern dagegen am höchsten bei den Beamten mit 1 200 ℳ, während sie bei den oberen Beamten mit 7 800 ℳ Gehalt Anfang 1920 nur die Hälfte des bei 1 200 ℳ errechneten Vomhundertsatzes ausmachen, zu den vorhergehenden Zeitpunkten sogar noch viel weniger, zum Teil ein Drittel bis ein Viertel. Ähnliches, wenn auch nicht in demselben Maße, gilt auch für die übrigen besser gestellten Beamten, sodaß als Schlußergebnis festzuhalten ist, daß sich hinsichtlich der Kinderzulagen die Einkommensverhältnisse der mittleren und höheren Beamten in sich und gegenüber den Unterbeamten im Laufe des Krieges und der Nachkriegszeit schrittweise gebessert haben.

Übersicht 7.

Die Kinderzulagen im Verhältnis zum Einkommen der kinderlos Verheirateten (in Ortsklasse A).

Datum	Gehalt	Gesamteinkommen eines kinderlos Verheirateten	Betrag der Kinderzulagen für				Kinderzulagen in Prozenten des Einkommens eines kinderlos Verheirateten bei			
			1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 Kinder	1 Kind	2 Kindern	3 Kindern	4 Kindern
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	%	%	%	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
a) Unterbeamte (Tarifklasse 5)										
Okt. 1915	1 200	1 680	72	72	108	144	4,29	4,29	6,43	8,57
April 1916	1 200	1 680	72	96	144	192	4,29	5,71	8,57	11,43
Juli 1916	1 200	1 776	48	72	120	168	2,70	4,05	6,76	9,46
Febr. 1917	1 200	1 824	60	120	180	240	3,29	6,58	9,87	13,16
April 1917	1 200	1 860	144	300	468	648	7,74	16,13	25,16	34,84
Juli 1917	1 200	2 220	180	372	576	792	8,11	16,76	25,95	35,68
April 1918	1 200	2 460	204	420	648	888	8,29	17,07	26,34	36,10
Jan. 1919	1 200	4 080	600	1 200	1 800	2 400	14,71	29,41	44,12	58,82
Jan. 1920	1 200	7 680	600	1 200	1 800	2 400	7,81	15,62	23,44	31,25
April 1920[1]	4 300 Gr. II	9 450	900	1 800	2 700	3 600	9,52	19,05	28,57	38,10
Okt. 1915	2 100	2 580	72	72	108	144	2,79	2,79	4,19	5,58
April 1916	2 100	2 580	72	96	144	192	2,79	3,72	5,58	7,44
Juli 1916	2 100	2 676	48	72	120	168	1,79	2,69	4,48	6,28
Febr. 1917	2 100	2 724	60	120	180	240	2,20	4,40	6,61	8,81
April 1917	2 100	2 760	144	300	468	648	5,22	10,87	16,96	23,48
Juli 1917	2 100	3 120	180	372	576	792	5,77	11,92	18,46	25,38
April 1918	2 100	3 360	204	420	648	888	6,07	12,50	19,29	26,43
Jan. 1919	2 100	4 920	600	1 200	1 800	2 400	12,20	24,39	36,59	48,78
Jan. 1920	2 100	8 430	600	1 200	1 800	2 400	7,12	14,23	21,35	28,47
April 1920	7 500 Gr. IV	16 500	900	1 800	2 700	3 600	5,45	10,91	16,36	21,82
b) Mittlere Beamte (Tarifklasse 4)										
Okt. 1915	2 100	2 900	72	72	108	144	2,48	2,48	3,72	4,97
April 1916	2 100	2 900	72	96	144	192	2,48	3,31	4,97	6,62
Juli 1916	2 100	2 996	48	72	120	168	1,60	2,40	4,01	5,61
Febr. 1917	2 100	3 044	60	120	180	240	1,97	3,94	5,91	7,88
April 1917	2 100	3 080	144	300	468	648	4,68	9,74	15,19	21,04
Juli 1917	2 100	3 620	198	408	630	864	5,47	11,27	17,40	23,87
April 1918	2 100	3 780	214	440	678	928	5,66	11,64	17,94	24,55
Jan. 1919	2 100	5 240	600	1 200	1 800	2 400	11,45	22,90	34,35	45,80
Jan. 1920	2 100	8 750	600	1 200	1 800	2 400	6,86	13,71	20,57	27,43
April 1920	6 200 Gr.VII	13 800	900	1 800	2 700	3 600	6,52	13,04	19,57	26,09
Febr. 1917	4 500	5 444	60	120	180	240	1,10	2,20	3,31	4,41
April 1917	4 500	5 444	132	276	432	600	2,42	5,07	7,94	11,03
Juli 1917	4 500	5 984	186	384	594	816	3,11	6,42	9,93	13,64
April 1918	4 500	6 144	202	416	642	880	3,29	6,77	10,45	14,32
Jan. 1919	4 500	7 640	600	1 200	1 800	2 400	7,85	15,71	23,56	31,41
Jan. 1920	4 500	11 150	600	1 200	1 800	2 400	5,38	10,76	16,14	21,52
April 1920	9 300 Gr.VII	19 950	900	1 800	2 700	3 600	4,51	9,02	13,53	18,05
c) Höhere Beamte (Tarifklasse 3)										
Febr. 1917	4 500	5 944	60	120	180	240	1,01	2,02	3,03	4,04
April 1917	4 500	5 944	132	276	432	600	2,22	4,64	7,27	10,09
Juli 1917	4 500	6 664	204	420	648	888	3,06	6,30	9,72	13,33
April 1918	4 500	6 744	212	436	672	920	3,14	6,47	9,96	13,64
Jan. 1919	4 500	8 140	600	1 200	1 800	2 400	7,37	14,74	22,11	29,48
Jan. 1920	4 500	11 650	600	1 200	1 800	2 400	5,15	10,30	15,45	20,60
April 1920	9 700 Gr. XI	20 550	900	1 800	2 700	3 600	4,38	8,76	13,14	17,52
d) Höhere Beamte (Tarifklasse 2)										
April 1917	7 800	9 480	120	252	396	552	1,27	2,66	4,18	5,82
Juli 1917	7 800	10 380	210	432	666	912	2,02	4,16	6,42	8,79
April 1918	7 800	10 380	210	432	666	912	2,02	4,16	6,42	8,79
Jan. 1919	7 800	11 760	600	1 200	1 800	2 400	5,10	10,20	15,31	20,41
Jan. 1920	7 800	15 180	600	1 200	1 800	2 400	3,95	7,91	11,86	15,81
April 1920	14 200 Gr.XII	28 800	900	1 800	2 700	3 600	3,13	6,25	9,38	12,50

[1]) Die Zulage bezieht sich im April 1920 stets auf Kinder im Alter von mehr als 6 bis zu 14 Jahren.

Zum Vergleich mit der ab 1. April 1920 geltenden Neuregelung der Beamtengehälter sind bei jeder Beamten- und Gehaltsgruppe in der letzten Zeile die entsprechenden oder wenigstens nach Möglichkeit entsprechenden Sätze der neuen Ordnung beigefügt. Mit Ausnahme der Gehaltsgruppe II — früher 1 200 ℳ — bedeuten diese neuen Sätze überall einen

Rückgang des Anteils der Kinderzulagen am Einkommen der Eltern. Dieser Rückgang ist noch am geringsten beim Anfangsgehalt der Gruppe VII — früher 2100 ℳ —, macht sich aber in allen übrigen Fällen sehr wohl bemerkbar.

Kapitel 5.

Die Besoldungsreform von 1920. Grundsätzliches zur Frage der Kinderzulagen.

Am 28. April 1920 nimmt die Nationalversammlung in dritter Lesung das neue Besoldungsgesetz an, das sofort mit Wirkung vom 1. April in Kraft tritt. Etwas später, am 7. Mai, kommt das preußische Gesetz betr. das Diensteinkommen der unmittelbaren Staatsbeamten (Beamten-Diensteinkommensgesetz) zustande. Der Hauptnachdruck liegt jetzt im Gegensatz zu früher auf der reichsgesetzlichen Regelung, da die Länder, vor allem Preußen, mit der Abgabe ihrer Verkehrs- und des größten Teils der Finanzverwaltung an das Reich und infolge der neuen Grundsätze, die später im Besoldungssperrgesetz ihren Niederschlag gefunden haben, in Besoldungsangelegenheiten keine Selbständigkeit gegenüber dem Reich mehr besitzen, sondern im großen und ganzen die Reichsbesoldungsordnung unverändert übernehmen müssen. Es genügt somit, um die Grundsätze kennenzulernen, von denen sich Regierung und Volksvertretung bei der Neuordnung hinsichtlich der sozialen Zulagen haben leiten lassen, wenn wir die entsprechenden Verhandlungen und Vorlagen der Nationalversammlung verfolgen. Wie es in dieser Zeit, in der viele wichtige Gesetze in denkbar kurzer Zeit geschaffen werden müssen, nicht sehr verwunderlich ist, gehen die Verhandlungen an den hier behandelten Problemen, die von so einschneidender Bedeutung für die Zukunft sind, ziemlich achtlos vorüber; andere Fragen, wie die der Diätare und der Soldaten in der Besoldungsordnung, beanspruchen das Interesse der Nationalversammlung. Etwas ausführlicher äußert sich die Regierung in der „Begründung", die sie ihrem Gesetzentwurf am 26. März 1920[1]) mitgibt. Der entsprechende Abschnitt sei hier wörtlich mitgeteilt:

„Da unter der durch den Krieg bedingten Teuerung kinderreiche Familien besonders zu leiden hatten, sind die öffentlichen Gemeinwesen dazu übergegangen, ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern Kinderzulagen zu gewähren, um die drückendsten Sorgen von ihnen fern zu halten. An sich ist es, wie im Artikel 119 der Reichsverfassung anerkannt, soziale Pflicht des Staates, kinderreichen Familien ausgleichende Fürsorge zuteil werden zu lassen. Dieser Anspruch auf besondere Hilfe steht jedem Staatsbürger, nicht dem Staatsbeamten als solchem, zu. Solange aber die allgemeine Durchführung des Grundsatzes der Reichsverfassung allein schon an seiner Kostspieligkeit scheitert, kann jedenfalls der Staat angesichts des besonderen Verhältnisses, in dem der Beamte zu ihm steht, diesem seine öffentlichrechtliche Fürsorgepflicht nicht versagen. Es würde auch einem großen Teil der Beamtenschaft gegenüber zu offenbaren Härten führen, die einmal bewilligten Kinderzulagen nachträglich zu entziehen.

Mit Unrecht wird von gewissen Seiten versucht, das System der Kinderzuschläge als einen Verstoß gegen die Leistungstheorie hinzustellen. Bei dem Entgelt jeder Berufsarbeit sind neben dem Wert der Arbeitsleistung für den Arbeitgeber die Selbstkosten der Arbeit für den Arbeitnehmer zu berücksichtigen, wozu auch die Unterhaltskosten des Beamten und seiner Familie gehören. Die Kinderzuschläge stellen nur eine im staats- und lebenerhaltenden Sinne durchgeführte Fortentwicklung des sozialen Gedankens dar, der der Hinterbliebenen-Versorgung der Beamten zugrunde liegt.

Verfehlt ist ferner der Einwand, daß die Kinderzuschläge dem freien Erwerbsleben fremd seien und dem Beamten damit eine unerwünschte Sonderstellung eingeräumt würde. Es sei nur auf den Tarifvertrag der rheinischen Textilindustrie vom 15. Mai 1919 und den Tarifvertrag der Angestelltenverbände mit dem Zechenverbande vom 22. Juli 1919 verwiesen, die beide besondere Kinderzuschläge vorsehen, wie solche noch neuerdings im rheinisch-westfälischen Bergbau und in der Berliner Metallindustrie eingeführt sind.

Das Hauptbedenken gegen die Kinderzuschläge bestand in der Besorgnis, daß diese nicht als Ergänzung ausreichend bemessener Besoldungen, sondern als Ersatz dafür eingeführt, die Grundgehälter mit Rücksicht auf sie also niedriger bemessen werden sollten. Die Höhe der im Entwurf vorgeschlagenen Sätze beweist das Gegenteil, und auch der Deutsche Beamtenbund, der anfänglich zu den Gegnern der Kinderzuschläge gehörte, hat sich davon überzeugt und demgemäß seinen ursprünglichen Widerspruch fallen lassen. Selbstverständlich können die Kinderzuschläge nur einen Beitrag zu den Kosten der Aufzucht darstellen; denn die Erziehung des Nachwuchses ist in erster Linie sittliche Pflicht der Eltern. Die Grundgehälter aber allgemein um ein Mehrfaches des Kinderzuschlages zu erhöhen, verbietet der Ernst der Finanzlage des Reiches.

Da der Unterhalt von Kindern in Großstädten teurer ist als auf dem Lande, liegt es nahe, die Kinderzuschläge in einem Hundertsatz (10 v. H.) des Ortszuschlages zu gewähren. Weitgehende Unterscheidungen müssen jedoch aus sozialen Gründen vermieden werden; deshalb sollen alle planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten in gleicher Weise die Kinderzuschläge aus dem ungekürzten Ortszuschlag, und zwar in Höhe von mindestens 30 ℳ monatlich erhalten. Hiernach werden die Kinderzuschläge mindestens 360 ℳ und höchstens 500 ℳ jährlich betragen, wozu noch der Teuerungszuschlag zu treten hätte. Sonderfälle — wie Mehrkosten durch den Besuch auswärtiger Schulen usw. — können im Rahmen des Gesetzes nicht geregelt werden. Gegebenenfalls hätte Hilfe aus dispositiven Mitteln zu erfolgen".

Aus diesen Darlegungen geht einwandfrei hervor, daß es der Reichsregierung abseits von allen theoretischen Bedenken und Spitzfindigkeiten vor allem darum zu tun ist, für ein praktisches Problem, das sich im Laufe der Kriegsjahre herausgebildet hat und sich nicht durch Theorien vom „Leistungslohn" hinweg diskutieren läßt, eine vernünftige Formulierung zu finden, die auch grundsätzlichen Gegnern des „Bedarfslohns" es ermöglicht, in dieser praktischen Frage mit der Regierung einig zu gehen. Die Regierung kann diese ganze Frage nur vom praktischen und vor allem vom finanziellen Standpunkt aus ansehen und tut recht daran, Gegenmeinungen abzulehnen, die nicht ebenfalls auf gesunden praktischen Erwägungen basiert, sondern lediglich aus mehr oder minder theoretischen Bedenken und Bedenklichkeiten hergeholt sind.

Die wesentlichsten Argumente der Richtung, mit der sich hier die Regierung auseinandersetzt, finden sich anschaulich und übersichtlich zusammengestellt in der von Sachkunde getragenen Broschüre von Fritz Winters, Die deutsche Beamtenfrage[1]). Winters steht ebenfalls unter dem Eindruck der aus den Vorkriegserhebungen gefolgerten Kinderarmut der Beamten und spricht sich demgemäß auch für eine stärkere Betonung bevölkerungspolitischer Grundsätze in der Beamten-

[1]) Verhandlungen der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Band 342, Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Zu Nr. 2471.

[1]) Berlin 1918, Gutenberg-Druckerei und Verlag, S. 65f.



besoldung aus. Er will diese Zwecke jedoch mit anderen wie den sonst vorgeschlagenen Mitteln erreichen: „Obenan und unverletzlich muß der Grundsatz der gleichen Bezahlung der gleichen Leistung bestehen bleiben. Wird das Gehalt allgemein so bemessen, daß der Beamte in der Lage ist, rechtzeitig zur Ehe zu schreiten und eine größere Familie zu unterhalten, werden die Dienstaltersstufen allgemein so gelegt, daß während der erfahrungsgemäß kostenreichsten Jahre der Beamte wirtschaftlich am stärksten dasteht, so dient man der Bevölkerungspolitik, ohne die berechtigten Interessen der Beamten und die aus der Natur des Beamtengehalts sich ergebenden Grundsätze zu verletzen. Eine Differenzierung aber, die etwa mit der Eheschließung einsetzt und mit dem Vorhandensein von Kindern und ihrer steigenden Zahl sich vertieft, bringt wesensfremde Elemente in die Besoldung hinein, sie ist dann keine Bezahlung der Dienstleistung mehr, sondern gleichzeitig eine Bezahlung von außerhalb des Beamtenverhältnisses liegenden persönlichen Eigenschaften und Leistungen . . ." In dem Streit zwischen Leistungs- und Alimentationstheorie des Beamtengehalts hat sich Winters auf den Standpunkt gestellt, daß die Besoldung jedenfalls „keine Rente oder Alimentation ist", sondern daß das Gehalt als „eine besondere Art des Arbeitslohnes" anzusehen sei[1]). Daraus leitet er dann seine Ablehnung jeglicher Differenzierung nach dem Bedarf her. Ohne hier zu der Frage des juristischen und volkswirtschaftlichen Charakters des Beamtengehalts im einzelnen Stellung zu nehmen, sei zur Ergänzung und Berichtigung der Wintersschen Ausführungen folgendes gesagt: Auch wenn man den Rentencharakter des Gehalts bestreitet — es sind schwerwiegende juristische und historische Gründe vorhanden, ihn zu bejahen![2]) —, wird man sich doch schwer dazu entschließen können, das Gehalt als „Leistungs"-Entgelt aufzufassen, vor allem deshalb, weil jede Möglichkeit fehlt, einen Maßstab für den Wert dieser „Leistung" zu finden, auf Grund dessen dann eine angemessene Bezahlung durchgeführt werden könnte. Diese Schwierigkeit haftet schon der Ermittlung der Leistung in der Privatindustrie an – man vergleiche die Versuche, einen Ausdruck für den „reinen Arbeitsertrag" oder eine richtige „Zurechnung" für den Anteil der Arbeit am Produktionsergebnis zu finden, – obwohl hier in der auf den Gewinn eingestellten geldmäßigen Rechnung eher ein Zusammenhang zwischen Arbeitsleistung und Arbeitserfolg konstruiert werden kann. Vollends aber ist eine solche Beziehung der Beamtentätigkeit auf einen meßbaren Erfolg zwecks richtiger Abgeltung der Leistung unmöglich, weil hier selbst in den Betriebsverwaltungen der Gedanke der Arbeitsleistung für das Allgemeinwohl vorwaltet und sich deshalb der allenfalls erzielbare Überschuß wohl nach den Unkosten, also nach der Höhe der Besoldungen usw., nicht aber diese Unkosten sich nach dem Überschuß richten können. Die einseitigen Verfechter des Leistungsprinzips übersehen dabei vollkommen[3]), daß jeder Lohn und jedes Gehalt in gewissem Sinne einen Alimentierungscharakter aufweist, sei es nun in dem Sinne, daß ein gewisser kulturell bestimmter „Mindestbedarf" gedeckt sein muß, oder so, daß man von einer Abstufung der einzelnen Lebenshaltungen als jeweiligen Repräsentanten bestimmter „Leistungen" ausgeht. Auf jeden Fall — die theoretischen Erörterungen sollen an dieser Stelle nicht fortgeführt werden — muß man beim Lohn und erst recht beim Beamtengehalt, ohne in Widerspruch zu den Tatsachen zu geraten, die Berücksichtigung des Bedarfs als lohnbestimmenden Faktors anerkennen. Es sei hier nur noch erwähnt, daß der Einfluß der Leistung auf die Lohnhöhe, den die Verfechter des Leistungsprinzips einfach als gegeben hinnehmen, gar nicht so selbstverständlich ist, sondern erst bewiesen werden müßte — sofern man ihn nicht lediglich als Forderung aufstellt. Dann aber entbehrt das Leistungsprinzip erst recht jedes strengeren Rechtfertigungsgrundes gegenüber dem Bedarfsprinzip. Wenn man in diesem Sinne, wie es Winters selbst tut, die Höhe des Lohnes oder Gehalts von der Versorgung einer bestimmten Familiengröße abhängig machen will, so ist nicht recht einzusehen, was diese Art der Berechnung mit dem sonst so heftig verfochtenen Leistungsprinzip noch zu tun haben soll; die Bildung von verschiedenen „Leistungsgruppen" kann dann doch allenfalls nur so vor sich gehen, daß man je nach der vermuteten höheren Leistung einen höheren Gesamtbedarf (eines bestimmten Familienstandes) zur Grundlage der Besoldung macht. Ob man dies dann noch Bezahlung nach der Leistung oder nach Leistung kombiniert mit Bedarf nennen will, ist lediglich eine Frage der zweckmäßigen Benennung. Sicher ist jedenfalls, daß hier nicht die Leistung im eigentlichen Sinne abgegolten wird[1]).

Liegt es somit im Wesen des Lohnes oder Gehalts, daß für seine Höhe die Vorstellung eines bestimmten Bedarfs vorhanden sein muß, so steht offenbar nichts im Wege, statt eines generellen für eine bestimmte „Leistungsgruppe" vorgesehenen Bedarfes einen individuellen Bedarf innerhalb der Leistungsgruppe zur Grundlage der Berechnung zu machen. Der ganze Unterschied gegenüber der von Winters vorgetragenen Auffassung besteht dann darin, daß er die Gehaltshöhe auf einen möglichen Bedarf stellen will, während die Gegenmeinung von einem tatsächlichen Bedarf ausgeht. Auch ohne Kinderzulagen hat die Beamtenbesoldung von jeher unbestritten nach dem Familienstand differenziert,[2]) weil sie für die verschiedenen Lebensalter, d. h. für verschiedene Bedarfsstufen verschiedene Sätze vorsieht, sodaß zwei Beamte mit den gleichen Leistungen, in Stellungen gleicher Verantwortlichkeit und mit gleichen Anforderungen an Eifer, Fleiß usw., doch ein ganz verschiedenes Gehalt bekommen, weil sie verschieden alt sind und man deshalb einen verschiedenen Familienstand (und Kinderzahl) bei ihnen vermutet. Es ist von jeher der Sinn der Dienstalterszulagen gewesen, den stärkeren Bedarf eines vermuteten Familienstandes zu decken, nicht etwa — das wird im Ernst niemand behaupten wollen — eine höhere Leistung zu entgelten. Will man die Sprache des Fiktionalismus anwenden, so kann man sagen: Die bisherige Besoldungsordnung behandelt den Beamten so, als ob er bei der festen Anstellung heiratete und sich in bestimmten Zeiträumen seine Familie durch Kinderzuwachs bis zu einer bestimmten Größe ausdehnte. Diese Gestaltung der Besoldungsordnung ist lediglich aus praktischen Gesichtspunkten heraus erfolgt, hat mit einer grundsätzlichen Stellungnahme zur Frage des Leistungsprinzips nichts mehr zu tun. Wenn es nun feststeht, daß die Voraussetzungen für die besondere Regelung dieser Art inzwischen andere geworden sind — und sie haben sich im Kriege und in der Nachkriegszeit wesentlich geändert —,

[1]) Winters a. a. O. S. 61. — [2]) Vergl. hierzu insbesondere die bei Winters und Hubrich angeführte Literatur, sowie F. Kühnert, Der Beamte, im „Handbuch der Politik", 3. Auflage, Band IV, S. 471 ff. — [3]) So auch der Staatssekretär des Reichspostamts Kraetke, wenn er in der 49. Sitzung der Budgetkommission des Reichstages vom 24. Januar 1913 (Amtliches Protokoll S. 2) sagt: „Für die Bildung der Besoldungsgruppen . . . sei bestimmend gewesen, mit welchem Betrage die Arbeitsleistung der betroffenen Beamten als abgegolten angesehen wurde".

[1]) Vergl. hierzu Timm a. a. O. S. 38 ff. — [2]) „Zeiler sagt in einem Aufsatz der Beamtenrundschau mit Recht: Die Dienstalterszulagen der Beamten seien im Grunde nichts anderes als verkappte Familienstandszulagen nach starrem Schema . . . . . Hält man das Fortschreiten vom Schematischen zum Differenziert-Flüssigen für die typische Entwicklung einer jeden Neueinrichtung des Wirtschafts- und Rechtslebens, so bedeuten die Familienstandslöhne gegenüber den Alterszulagen die angemessene und notwendige nächste Stufe." Timm a. a. O. S. 83. Vergl. auch oben S. 227.

dann ist kein Grund abzusehen, warum nicht ebenfalls aus rein praktischen Gründen das bisherige System verworfen und jetzt nicht nach einem bloß vermuteten, sondern nach dem tatsächlichen Bedarf neben der Leistung bezahlt werden soll; Leistung hier genommen als Ausdruck für bestimmte Vorbildung, Verantwortlichkeit, Selbständigkeit der Stellung usw. Man muß jedenfalls diese Differenzierung nach dem Familienstand vornehmen, wenn man sich der von Winters selbst aufgestellten Forderung anschließt[1]): „Innerhalb der Besoldung müssen sich die Lebensverhältnisse der Beamten ungehemmt auswirken können, sie muß also den nötigen Spielraum lassen, um allen bevölkerungspolitischen Ansprüchen genügen zu können". Gerade wenn man den bevölkerungspolitischen Grundsatz so weit faßt, wie es hier Winters tut, kann man sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß jede auf einen bestimmten Familienstand abgestellte generelle Regelung für noch weitergehende bevölkerungspolitische Ansprüche eben nicht den nötigen Spielraum läßt, sondern die ärgste Hemmung bedeuten muß. Wenn es wahr wäre, daß die Friedensbesoldungsordnung auf das Zweikindersystem zugeschnitten war, was erst bewiesen werden müßte, dann könnte eine auf denselben Grundsätzen beruhende Nachkriegsbesoldung auf keinen Fall bevölkerungspolitisch günstiger ausgestaltet werden; denn inzwischen haben wir einen Krieg verloren und so viel an den gerade auch für die Beamten notwendigen Finanzmitteln eingebüßt, daß generell wirklich nur eine Besoldung für eine Familie mit höchstens zwei Kindern in Frage kommen kann[2]). Angenommen, man hielte dies für kein Unglück, weil eine durchschnittliche Kinderzahl von zwei Kindern entweder schon erreicht oder erstrebenswert sei, so ist zu bedenken, daß hierbei allemal nur von einem Durchschnitt die Rede ist; wie aus den Ausführungen zu den Erhebungen von 1912/13 hervorgeht, gibt es gerade bei einem Durchschnitt von zwei Kindern unendlich viel Familien mit 3, 4, 5 und mehr Kindern; für diese könnte Abhilfe doch wieder nur durch Kinderzulagen geschaffen werden. Nicht anders wäre es im Grunde, wenn man nicht zwei, sondern drei Kinder als Durchschnitt einsetzte usf.

In der oben angeführten Regierungsbegründung werden mit Recht die praktischen Gründe, die für die Kinderzulagen und ihre Beibehaltung sprechen, besonders betont; der Nachdruck liegt hierbei auf der finanziellen Wirkung: Wenn ein Gehalt, wie es Winters wünscht, gleichmäßig für eine Mehrkinderfamilie ausreichend sein soll, so würde das gegenüber dem Regierungsentwurf die Steigerung aller Grundgehälter um diejenigen Beträge bedeuten, die für die Aufzucht mehrerer Kinder erforderlich sind. Diese Erhöhung des Besoldungsaufwandes verbietet sich schon deshalb von selbst, weil nach Lage der Finanzen die jeweils für die Beamten usw. bewilligten Beträge als ein Maximum angesehen werden müssen; zum andern würde aber eine Regelung, wie sie Winters wünscht, einen ungeheueren Luxus darstellen, da ein Riesenaufwand erforderlich wäre, um beispielsweise das Gehalt für vier Kinder durchgehend ausreichend zu gestalten, während doch die Familien dieser Größe nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Beamten ausmachen und der volle Erfolg einer solchen „großzügigen" Besoldungspolitik verdoppelt den Familien mit geringerem Bedarf zuteil werden würde; diese Beamten würden gewissermaßen auf Kosten des Staates, so wie die Dinge einmal liegen, eine erhebliche „Differentialrente"[1]) beziehen. In einer Zeit, die wie die heutige noch auf allen möglichen Gebieten durch geeignete Maßnahmen eine Überleitung der vorhandenen Vorräte an die Stellen des größten Bedarfs durchführen muß, ist eine solche Verschwendung, zumal wenn sie sich im wesentlichen nur auf theoretische und noch dazu angreifbare Gründe stützen kann, durchaus unangebracht. Schließlich sei hier noch folgender Gedanke kurz gestreift: Die im Sinne der Wintersschen Ausführungen erforderlichen Mehrbeträge, denen auf der andern Seite keine gesellschaftliche Mehrproduktion gegenüberstünde, würden jedenfalls nur durch eine neue Notenausgabe aufgebracht werden können, also die bei dem augenblicklichen Mechanismus gelegentlich jeder Verausgabung von Staatsmitteln eintretende Inflation ins Ungemessene steigern. Diese Inflation wirkt um so verhängnisvoller, als ihre unmittelbare Folge bei dem nach wie vor beschränkten Subsistenzmittelvorrat eine neue erhebliche Preissteigerung gerade der notwendigsten Gegenstände des täglichen Gebrauchs sein muß, wodurch sich die Lebenshaltung vor allem der kinderreicheren Familien abermals stark verteuert: Es müssen neue Gehaltserhöhungen eintreten, die eine neue Erhöhung aller Fracht- und Posttarife usw. zur Folge haben und damit alle Preise neu in die Höhe treiben; die hier entstehende „Schraube ohne Ende" ist in Ausmaß und Wirkung verschieden von dem bei jeder bisherigen Gehaltserhöhung eintretenden Wettlauf aller Preise, Löhne usw. Denn hierbei hat es sich ausschließlich immer nur um Erhaltung des bisherigen Reallohns gehandelt; die im Sinne der Wintersschen Ausführungen liegenden Gehaltserhöhungen zielen dagegen auf eine Steigerung des Reallohns, auf die Sicherung eines größeren Anteils am Volkseinkommen für die Beamtenschaft ab — ihre Wirkung würde aber die sein, daß der Reallohn gerade der am wenigsten bedürftigen Kreise steigt, während für diejenigen, zu deren Besten die ganzen Mittel aufgewendet werden, kein Entrinnen aus dem verhängnisvollen Kreislauf der dauernden Preissteigerungen auf diese Weise möglich ist. Hiermit soll keineswegs gesagt sein, daß nicht in normalen Zeiten auf diesem Wege eine Hebung der gesamten Beamtenschaft zu erzielen sei: Das sind Pläne und Wünsche, die eine andere wirtschaftliche Lage zur Voraussetzung haben; heute kann die Aufgabe nur sein, das für die Beamtenschaft im ganzen mögliche Maß von Einkommen möglichst rationell zu verwenden.

Es ist Winters und seinen Anhängern zugute zu halten, daß sie von einer wesentlich optimistischeren Auffassung der Lage[2]) ausgegangen sind als vor allem die Regierung selbst, der die Ereignisse wohl in allem Recht gegeben haben. Derselbe Optimismus findet sich ja auch in den Reden vor allem der linksgerichteten Abgeordneten, wenn sie in der Nationalversammlung festzustellen sich bemühen, daß jetzt im Gegen-

[1]) Winters a. a. O. S. 67. — [2]) Vergl. hierzu die Ausführungen des gerade mit diesen Verhältnissen sehr vertrauten Abgeordneten C. Delius im Berliner Tageblatt Nr. 228 vom 16. Mai 1922: „Ich stehe immer auf dem Standpunkte, daß bei der Bezahlung der Beamten das Leistungsprinzip in erster Linie zur Geltung kommen müßte. Aber das ist nur möglich in einem Staate mit normalen finanziellen Verhältnissen. Unser armer Staat kann nicht jedem Beamten so viel geben, daß eine normale Familie (mit zwei Kindern) — also erst recht keine größere Familie! D. Verf. — davon leben kann. Auch mit Rücksicht auf die gesamte Wirtschaftslage unseres Volkes ließe sich jetzt ein solcher Standpunkt nicht vertreten. Deshalb muß der Ausgleich in den sozialen Zulagen (Ehe- und Kinderzulagen) gesucht werden. Damit können sich viele Beamte, insbesondere auch die Gewerkschaftsleitungen, nicht befreunden. Das hilft aber nichts. Finanzielle und soziale Gesichtspunkte von so durchschlagender Kraft lassen sich nicht beiseite schieben".

[1]) Eine ähnliche „Differentialrente" hat A. Günther neuerdings für die jugendlichen Industriearbeiter festgestellt. — [2]) Winters glaubt a. a. O. S. 68 noch die Erwartung aussprechen zu dürfen, daß „namhafte allgemeine Gehaltserhöhungen auf vollkommen neuer Grundlage nicht zu umgehen sein werden". Partielle Aufbesserungen lediglich für kinderreichere Familien oder Gehaltsverschiebungen im Rahmen der bereits bewilligten Mittel lehnt er ab: Es wird noch zu zeigen sein, daß die Reformen seit April 1920 nicht einmal dieses bescheidenere Ziel erreicht haben, geschweige denn die von Winters gewünschte allgemeine Aufbesserung.

satz zu Unterlassungen der alten Regierung ein glückliches Zeitalter für die Beamten anbrechen soll, in dem ihnen all die wirtschaftlichen Rechte zuteil werden sollten, die früher verkümmert seien: Sicher sind all diese Bemühungen ehrlich gemeint und getragen vom besten Willen, müssen aber an der einmal bestehenden Unzulänglichkeit aller Mittel scheitern. In der Lohn- und Gehaltspolitik kann es sich wie in jeder anderen Politik nur darum handeln, das Erreichbare durchzusetzen, und da etwas Ideales nicht herzustellen ist, muß man sich vorläufig und wahrscheinlich auf lange Zeit hinaus mit einem Optimum innerhalb der knappen zur Verfügung stehenden Mittel begnügen [1]).

In engem Zusammenhang mit diesen Fragen steht das Argument der Familienlohngegner, die Gewährung von Familienzulagen führe eine Niedrighaltung der Grundgehälter [2]) und damit in letzter Linie auch eine Schädigung gerade der kinderreichen Familien herbei. Um auf dieses Argument einzugehen, sei hier zunächst mit aller Deutlichkeit erklärt: Es liegt im Wesen der Gewährung von Kinderzulagen, daß sie eine gewisse Niedrighaltung der Grundgehälter ermöglichen; eine Kinderzulage, die so gering ist, daß sie neben den unveränderten sonstigen Gehaltsteilen gezahlt wird, ist praktisch wertlos. Das geht aus den obigen Ausführungen einwandfrei hervor. Es gibt nur die beiden Wege, eine größere Familie befriedigend zu versorgen: Entweder man gewährt ein für eine große Familie ausreichendes Grundgehalt (System Winters), dann muß bei eintretender Teuerung das Gehalt nach dem jeweiligen Bedarf dieser großen Familie erhöht werden —, oder man zahlt neben einem geringeren Grundgehalt, das etwa für ein kinderloses Ehepaar ausreicht, Kinderzulagen in angemessener Höhe, dann muß ebenfalls bei zunehmender Teuerung sowohl das Grundgehalt wie die Kinderzulagen erhöht werden, je nach den tatsächlichen Verhältnissen vielleicht beide in verschiedener Stärke, aber doch immer so, daß das Realeinkommen das gleiche bleibt. Warum in diesem Fall ein besonderer Anlaß für die Regierung bestehen soll, die Grundgehälter niedrig zu halten, ist nicht einzusehen. Im Gegenteil scheint mir bei einer solchen Differenzierung viel eher eine gerechte und den tatsächlichen Verhältnissen angemessene Regelung möglich: Während bei dem Wintersschen System der Teuerungsausgleich immer nur schematisch vorgenommen werden kann unter der Fiktion, daß die Teuerung für alle Familiengrößen gleichmäßig steige [3]), kann hier dem Bedarf viel feiner nachgegangen und die Not da, wo sie am stärksten auftritt, auch am nachdrücklichsten gelindert werden [4]). Es berührt etwas

[1]) Vergl. hierzu Timm a. a. O. S. 59 f.: „Die Familienstandslöhne vereinheitlichen den Realbedarf (innerhalb einer Gruppe von Arbeitern, die untereinander vergleichbar sind), d. h. sie sorgen dafür, daß die niedrigere Lebenshaltung nicht eher gekürzt wird, bis unter Berücksichtigung aller Bedingtheiten alle höheren Lebenshaltungen auf das Maß der niedrigeren gebracht sind . . . . . Es wird die Befriedigung höherstufiger Bedürfnisse unterbunden zugunsten von Lebensnotwendigkeiten". — [2]) Vergl. Hubrich a. a O. S. 57 ff. — [3]) Es wird weiter unten zu zeigen sein, daß diese Voraussetzung erweisbar falsch ist. Vergl. insbesondere S. 264. — [4]) Es ist bezeichnend für die Geistesrichtung mancher Beamtenvertreter, daß sie diese Sachlage gerade als ein Argument g e g e n die Kinderzulagen ausnützen. Hubrich a. a O. S. 58 äußert sich hierzu folgendermaßen: „Jedenfalls werden die Anhänger des Systems (der Kinderzulagen) zugeben müssen, daß die Bewilligung besonderer Zulagen an kinderreiche Beamte einer allgemeinen Gehaltserhöhung nicht förderlich sein kann. Während heute die Notwendigkeit allgemeiner Gehaltserhöhungen gerade mit der Notlage begründet werden kann und begründet wird, in die besonders kinderreiche Familien infolge der fortschreitenden Verteuerung des Lebensunterhalts geraten, wird dieses Moment in Zukunft versagen". Man beachte die Offenherzigkeit, mit der hier zugegeben wird, daß man gar zu gern das unbestrittene Elend der kinderreichen Beamten als Begründung für ständige Gehaltserhöhungen, die den weniger Bedürftigen zugute kommen würden, dauernd beibehalten möchte.

merkwürdig, wenn dann von den Gegnern des Familienlohns, wie es sich bei den Teuerungsverhandlungen der letzten Jahre gezeigt hat, unaufhörlich die Forderung nach einem „Kopfzuschlag" gestellt und unter großem Aufwand von litterarischen Mitteln verteidigt wird. Wenn die Kinderzulage falsch ist, dann ist der Kopfzuschlag doppelt falsch, denn er widerspricht s o w o h l dem Leistungsprinzip [1]) w i e dem Grundsatz einer vernünftigen Bedarfsregelung, da die Nutznießer des Kopfzuschlages diejenigen Kreise sind, deren Bedarf ohnehin am geringsten ist, während er für kinderreiche Familien mit größerer Kopfzahl immer wertloser wird. Wenn die Regierung in ihrer Begründung den Einwand der Gegner mit dem Hinweis auf die verhältnismäßig geringe Höhe der Kinderzulagen glaubt entkräften zu sollen, so kommt sie den Gegnern unnötig weit entgegen. Zeigt sich nämlich wirklich, daß bei einer Differenzierung nach dem Familienstand die Grundgehälter zu niedrig ausfallen, so ist damit n i c h t bewiesen, daß die Schuld an den Kinderzulagen liegt, sondern es ist bewiesen, daß die bisher undifferenzierte Besoldung für die Eltern und erst recht für die Kinder unzureichend gewesen ist; dann erst liegt es klar zutage, daß eine Erhöhung des ganzen Besoldungsniveaus unabweisbar geworden ist [2]). So muß eine ernsthafte Besoldungspolitik also immer, zum mindesten rechnerisch, eine solche Differenzierung fordern, damit überhaupt erst einmal ein gerechter Vergleich zwischen Arbeitsleistung und Arbeitserfolg, zwischen Bedarf und Bedarfsdeckung möglich ist.

An das eben besprochene Argument der Familienlohngegner von der Niedrighaltung der Grundgehälter schließt sich ein anderes unmittelbar an, mit dem sich zwar die Regierung nicht auseinandersetzt, das aber vor allem in der Litteratur [3]) eine größere Rolle spielt: Es wird behauptet, die Gewährung von Kinderzulagen bedeute auf dem Umwege über die Niedrighaltung der Grundgehälter gleichzeitig eine nachteilige Gestaltung der Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge, weil diese von der Höhe des Grundgehalts abhängig seien. Dieser Einwand dürfte eigentlich ernsthaft kaum erhoben werden, denn es liegt ohne weiteres klar auf der Hand, daß diesem Übelstand durch eine einfache technische Änderung in den für die Höhe der Pension geltenden Bestimmungen abgeholfen werden kann.

Eine bestimmte Eigenart des Regierungsentwurfs liegt in der besonderen Ausgestaltung der Kinderzulage: sie soll hiernach in einem Hundertsatz des Ortszuschlages bestehen. Damit ist ausgedrückt, daß die Kinderzulagen sowohl mit der Gehaltshöhe wie mit der örtlichen Teuerung steigen oder fallen sollen. Da nämlich bei höheren Grundgehältern in gewissen Abständen auch ein höherer Ortszuschlag gezahlt wird, so entsteht eine gewisse Tendenz, die Kinderzulagen nach

[1]) Es sei hier nur angedeutet, daß der Kopfzuschlag vor allem mit der naiven Begründung gerettet werden soll, daß die verschiedene „Leistung" ja durch das verschiedene Grundgehalt abgegolten sei, während die Teuerung, die doch für alle gleich (!) sei, einen überall gleichen Betrag zu ihrer Deckung erfordere. Ein ärgerer Rattenkönig von Widersprüchen und logischen Unmöglichkeiten läßt sich schwer denken; mit ernsthafter Beweisführung haben solche Argumente eigentlich nichts mehr zu tun. Es sei der Deutlichkeit halber noch einmal betont, daß die Anhänger des Kopfzuschlages offenbar vorhaben, d i e Leistung und d i e Teuerung nebeneinander durch verschiedene Geldsummen abzugelten, etwa wie man den Nahrungs-, Bekleidungs-, Wohnungs- usw. Bedarf nebeneinander befriedigt. Die Argumentation spricht für sich selbst und spricht sich damit ihr eigenes Urteil. — [2]) Vergl. hierzu Timm a. a O S. 73, Anm. [1]): „Nachdem aber einmal Familienstandslöhne sich eingebürgert haben werden — darin wird man den Vertretern dieser Lohnform unter den Arbeitnehmern Recht geben müssen —, wird die Einigkeit in Lohnfragen unter den Arbeitnehmern weit größer sein, als zur Zeit der gleichmäßigen Löhne, da manche gut lebende Ledige kein Interesse am Lohnkampf hatten, während ihre kinderreichen Genossen in dürftigen Verhältnissen lebten". — [3]) Vergl. Hubrich a. a. O. S. 57.

dem sonstigen Diensteinkommen abzustufen, d. h. also eine „standesgemäße" Versorgung der Kinder zu ermöglichen. Diese Tendenz wirkt sich nicht voll aus, da die Kinderzulagen nach der Regierungsvorlage nach unten auf einen bestimmten Mindestsatz begrenzt sind (360 *M* jährlich). Andererseits bedeutet die Regelung im Anschluß an die Ortszulage eine Anpassung an den örtlich verschiedenen Bedarf, wobei allerdings die Mehrkosten, die aus der Unterbringung der Kinder in anderen Schulorten, den höheren Fahrtkosten usw. entstehen, absichtlich nicht berücksichtigt sind.

Dieser Plan der Regierung verfällt im Reichshaushaltsausschuß der Ablehnung. Der Ausschuß einigt sich auf eine in allen Gruppen und Ortsklassen gleiche Kinderzulage, die nur nach dem Alter verschieden gestaffelt wird — bis zu 6 Jahren 40 *M*, bis zu 14 Jahren 50 *M*, darüber hinaus bis zum vollendeten 21. Lebensjahre 60 *M* monatlich. Die Steigerung nach dem Alter ist in gewissem Umfange bereits mit dem Regierungsplan verknüpft gewesen, insofern als auch innerhalb derselben Gehaltsgruppe bei Überschreiten bestimmter Gehaltsgrenzen die Orts- und damit auch die Kinderzulage erhöht werden sollte. Im Plenum wird dann die Abänderung des Ausschusses angenommen. Zieht man ferner die Gestaltung der Dienstalterszulagen hier heran, die ebenfalls von großer Bedeutung für die Versorgung der heranwachsenden Kinder sind, so ist es hier bei der Regierungsvorlage geblieben, die eine zweijährige Steigerung vorsieht. Im Gegensatz hierzu haben verschiedene Beamtenkreise den Wunsch ausgesprochen, die Dienstalterszulagen alljährlich steigen zu lassen, ein Vorgehen, das in seiner Wirkung äußerst bedenklich gewesen wäre, wie später noch zu belegen sein wird. Der Haushaltsausschuß hat diese Forderung auch nicht als berechtigt anerkennen können und es bei der Regierungsvorlage bewenden lassen.

Kapitel 6.

Die Gehaltsentwicklung von April 1920 bis Oktober 1922.

Durch die Annahme der Besoldungsgesetze in der Nationalversammlung und in der preußischen Verfassunggebenden Landesversammlung tritt die erwähnte Regelung der Kinderzulagen mit Wirkung vom 1. April 1920 in Kraft. Wie bereits auf S. 235 f. festgestellt, hat sich durch diese Neuordnung der Dinge das Verhältnis zwischen der Kinderzulage und den sonstigen Dienstbezügen für alle Beamten mit Ausnahme der niedrigsten Gehaltssätze verschlechtert, obwohl die absoluten Beträge überall (unter Annahme der mittleren Kinderzulage für Kinder von 6—14 Jahren) um 50% gegen früher gestiegen sind. Dieser verhältnismäßige Rückgang der Kinderzulagen beträgt zwar nie mehr als ein Viertel des vor dem 1. April gültigen Anteilsatzes, bedeutet aber dennoch offenbar eine fühlbare Einbuße vor allem für Familien mit mehreren Kindern.

Die erste und notwendigste Abänderung, die die neuen Sätze erfahren, besteht darum auch in einer Erhöhung der Kinderzulagen. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 ab[1]) werden die Teuerungs- oder Ausgleichszuschläge zu den Kinderzulagen, die bis dahin ebenfalls 50 % wie bei den sonstigen Dienstbezügen betragen haben, erhöht auf 150% in Orten der Ortsklasse A, 125% in B, 100 % in C, 75% in D und E. Gegenüber dem bisher gleichen Satz von monatlich 75 *M* für Kinder in mittlerem Alter bedeuten diese Notzuschläge eine Erhöhung wie von 100 auf 166,67 in Ortsklasse A, auf 150 in B, 133,33 in C, 116,67 in D und E. Der Mehrbetrag schwankt also zwischen zwei Dritteln und einem Sechstel der alten Sätze; der Unterschied in der Berücksichtigung der Teuerungsentwicklung in Orten der Klasse A gegenüber D und E ist demnach recht erheblich.

[1]) Preußisches Gesetz vom 18. Dezember 1920 (Gesetzsammlung 1921 S. 218), betr. die Gewährung von Notzuschlägen zu den gesetzlichen Kinderbeihilfen usw.

Diese unterschiedliche Behandlung der verschiedenen Ortsklassen hinsichtlich der Höhe der Ausgleichszuschläge wird bei den nächsten Änderungen der Dienstbezüge vorläufig beibehalten. Durch die Neuregelung vom 8. Februar 1921 mit Gültigkeit vom 1. Januar[1]) wird die Ausgleichszulage für die Dienstbezüge mit Ausnahme der Kinderzulagen auf 70 bis 55 % in Abstufung nach den Ortsklassen erhöht. Wenn also auch für die Kinderzulagen selbst keine Änderungen vorgesehen sind, so werden diese doch in ihrer Bedeutung für die Bedarfsdeckung aus Anlaß der sonstigen Erhöhungen zweifellos herabgedrückt, und zwar offenbar mit voller Absicht, da sich damals große Kreise der Beamtenschaft gegen die Regelung vom Oktober 1920 als gegen eine die Familienväter ungerecht bevorzugende Maßnahme gewandt haben. Diesmal gibt die Regierung im Gegensatz zu ihrer früheren Haltung den einer Differenzierung abholden Tendenzen nach.

Eine weitere Änderung mit abermals neuen Grundsätzen tritt vom 1. August 1921 ab ein, auf Grund der Vereinbarungen mit den Organisationen der Reichsbeamten, Angestellten und Arbeiter vom 25. August. Die allgemeine Ausgleichszulage wird hierbei auf 93—85 % je nach der Ortsklasse erhöht, für die Kinderzulagen dagegen auf 200 % in Ortsklasse A, 175 in B und C, 150 in D und E. Hiermit ist abermals eine nicht unbeträchtliche Erhöhung der für die Kinder gewährten Bezüge erfolgt, und zwar gegenüber der Regelung vom Oktober 1920 wie von 100 auf 120 in Ortsklasse A, 122,22 in B, 137,5 in C, 142,86 in D und E; die Kinderzulage für ein mittleres Kindesalter beträgt demnach in Ortsklasse A einschließlich der Ausgleichszulage 150 *M*, in B und C 137,50 *M*, in D und E 125 *M*. Die Staffelung der Kinderzulagen nach Ortsklassen ist danach zwar schwächer als im Oktober 1920, aber doch noch stärker als diejenige der sonstigen Einkommensteile.

Während bisher die Grundgehälter, Ortszulagen und Kinderzulagen dieselben geblieben sind wie in der Regelung vom April 1920 und nur die jeweiligen Ausgleichszuschläge sich geändert haben, werden auch diese Grundzahlen vom 1. Oktober 1921 ab wesentlich erhöht[2]). Die Kinderzulagen betragen nunmehr 150, 200 oder 250 *M* monatlich. Dazu tritt überall ein Ausgleichszuschlag von 20 %. Die Staffelung nach Ortsklassen und die unterschiedliche Behandlung der Kinderzulagen gegenüber den sonstigen Bezügen sind somit fortgefallen. Die Steigerung der Bezüge für die Kinder von 150 *M* in Ortsklasse A und von 125 *M* in E auf gleichmäßig 240 *M* bedeutet eine Steigerung wie von 100 auf 160 in A und auf 192 in E.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1922 ab[3]) wird neben den im übrigen unverändert gebliebenen Bezügen noch ein „Kopfzuschlag" gewährt, der 20 % von den ersten 10 000 *M* des Diensteinkommens, in der Regel also 2 000 *M* jährlich beträgt. Dieser Kopfzuschlag ist das Ergebnis der vor allem von den radikaleren Beamtenorganisationen in die Besoldung hineingebrachten Nivellierungstendenz; in unserem Zusammenhange interessiert er besonders in der Richtung, daß er das Verhältnis zwischen den Kinderzulagen und den sonstigen Bezügen weiter zu ungunsten der Kinderzulagen verschiebt. Die eben-

[1]) Preußische Verordnung über die Gewährung von Notzuschlägen zum Grundgehalt, zur Grundvergütung und zum Ortszuschlag der Staatsbeamten und Lehrpersonen usw. (G.-S. S. 302). — [2]) Preußisches Gesetz über die Änderung der Dienst- und Versorgungsbezüge der unmittelbaren Staatsbeamten, vom 24. November 1921 (G.-S. S. 553). — [3]) Preußisches Gesetz über die Gewährung eines weiteren Ausgleichszuschlages an unmittelbare Staatsbeamte und Lehrpersonen, vom 9. Februar 1922 (G.-S. S. 35).



falls vom 1. Januar ab gezahlten „Wirtschaftsbeihilfen“[1]) für „Orte mit besonders schwierigen Wirtschaftsverhältnissen“ (entsprechend den Überteuerungszuschüssen für Staatsarbeiter) wirken in der gleichen Richtung, da sie für sämtliche Gehaltsgruppen und Familiengrößen in derselben Teuerungsklasse gleich hoch bemessen sind.

Der 1. April 1922 bringt verschiedene Neuerungen[2]): Es werden erhöht die Grundgehälter in den Gruppen I–XII, die Kinderbeihilfen auf monatlich 200, 250 und 300 *M*, der allgemeine Ausgleichszuschlag auf 30 %, der „weitere Ausgleichszuschlag“ (Kopfzuschlag) ebenfalls auf 30 % von den ersten 10 000 *M*, also auf 3 000 *M* jährlich. Die Kinderzulage für Kinder von 6–14 Jahren einschließlich der Teuerungszulage beträgt nunmehr 325 *M* monatlich, was einer Steigerung seit Oktober 1921 von 100 auf 135,42 gleichkommt. Ganz neu ist die Einführung einer Frauenbeihilfe für männliche verheiratete Beamte, in Höhe von 2 500 *M* jährlich. In den dieser Regelung vorhergehenden Reichstagsverhandlungen tritt vor allem das Zentrum für eine stärkere Erhöhung der Kinderzulagen ein; der Hauptausschuß nimmt eine Entschließung des Abgeordneten Deglerk (Dnat.) an, daß bei künftiger Erhöhung der Beamtenbezüge dem Familienstande in höherem Maße als bisher Rechnung getragen werden soll.

Die dann folgenden Änderungen, die nunmehr allmonatlich erfolgen, sind für das hier behandelte Problem der Kinderzulagen von geringerer Bedeutung. Der allgemeine Ausgleichszuschlag steigt allmählich bis auf 677 % vom Grundgehalt, Ortszuschlag und der Kinderbeihilfe, der Kopfzuschlag beträgt vom 1. Mai ab unverändert 5 500 *M* jährlich. Insofern wird also die vom 1. Januar ab verfolgte Nivellierungstendenz nicht weitergeführt.

Eine grundsätzliche Neuregelung tritt am 1. Oktober 1922 ein[3]): Die Grundgehälter und Ortszulagen sämtlicher Gruppen werden erheblich erhöht und fortan monatlich berechnet, die Kinderbeihilfen steigen auf 2 000, 2 500, 3 000 *M* monatlich, der allgemeine Ausgleichszuschlag auf 3 % für die erste Oktoberhälfte, 11 % für die zweite Hälfte; der Frauenzuschlag beträgt 1 000 *M* monatlich. Der Kopfzuschlag fällt fort. Anstatt der Wirtschaftsbeihilfen werden jetzt örtliche Sonderzuschläge auf Grundgehalt, Ortszulage und Kinderzulagen gezahlt. In den grundsätzlichen Zügen ist demnach diese Regelung am ehesten mit derjenigen vom Oktober 1921 zu vergleichen. Die Anpassung der Sonderzuschläge auch an die Kinderzulagen stellt im Gegensatz zu der Fassung bei den Wirtschaftsbeihilfen eine durchaus befriedigende Lösung dar.

Die Auswirkung dieser verschiedenen Änderungen auf die Dienstbezüge und sonstigen Zulagen eines Beamten soll im folgenden an einem konkreten Beispiel dargestellt werden. Zu diesem Zweck ist ein Beamter der Besoldungsgruppe II als der praktisch niedrigsten Gruppe im 8. Dienstjahr ausgewählt, in einem Ort der Ortsklasse A ohne Wirtschaftsbeihilfe oder örtlichen Sonderzuschlag; seine Bezüge werden von Termin zu Termin verfolgt, und zwar wird hierbei das Einkommen eines Ledigen, eines kinderlos Verheirateten, schließlich eines Verheirateten mit 1, 2, 3 und 4 Kindern in Vergleich gesetzt. In der folgenden Übersicht 8 sind die jeweiligen Gesamtbezüge für jeden Familienstand angegeben, außerdem ist bei jedem Datum mitgeteilt, um wieviel vom Hundert sich das Einkommen gegen den vorigen Stand erhöht hat.

Übersicht 8.

Diensteinkommen und Kinderzulagen vom April 1920 bis zum Oktober 1922 (dargestellt an einem Beamten der Besoldungsgruppe II).

Datum	Jährlicher Gesamtbetrag der Dienstbezüge einschließlich Kinderzulagen eines					
	Ledigen	kinderlos Verheirateten	Verheirateten mit 1 Kind	2 Kindern	3 Kindern	4 Kindern
	M	*M*	*M*	*M*	*M*	*M*
1	2	3	4	5	6	7
April 1920	11 700	11 700	12 600	13 320	14 040	14 760
Oktober 1920	11 700	11 700	1 3200	14 400	15 600	16 800
demnach Erhöhung %	0	0	4,76	8,11	11,11	13,82
Januar 1921	13 260	13 260	14 760	15 960	17 160	18 360
demnach Erhöhung %	13,33	13,33	11,82	10,83	10,00	9,29
August 1921	15 054	15 054	16 854	18 294	19 734	21 174
demnach Erhöhung %	13,53	13,53	14,12	14,62	15,00	15,33
Oktober 1921	17 280	17 280	20 160	22 320	24 480	26 640
demnach Erhöhung %	14,79	14,79	19,62	22,91	24,05	25,81
Januar 1922	19 280	19 280	22 160	24 320	26 480	28 640
demnach Erhöhung %	11,57	11,57	9,92	8,96	8,17	7,51
April 1922	28 090	30 590	34 490	37 610	40 730	43 850
demnach Erhöhung %	45,70	58,66	55,64	54,65	53,81	53,11
Mai 1922	37 345	39 845	44 795	48 755	52 715	56 675
demnach Erhöhung %	32,95	30,25	29,88	29,63	29,43	29,25
Oktober 1922	193 884	205 884	237 984	263 664	289 344	315 024
demnach Erhöhung %	419,17	416,71	431,27	440,79	448,88	455,84

Diese Zahlen bestätigen in exakter Weise das in dem obigen Überblick mitgeteilte Ergebnis: Die Aufbesserung für ein kinderloses Ehepaar oder für den ledigen Beamten erfolgt stets in anderer Höhe wie für Ehepaare mit Kindern. Vom April zum Oktober 1920 werden lediglich Familien mit Kindern aufgebessert, im Januar 1921 ist die Erhöhung bei den Ledigen und kinderlos Verheirateten am größten und nimmt mit jedem weiteren Kinde nicht sehr stark, aber merklich ab. Der August 1921 hingegen bringt eine schwache Bevorzugung der Familien mit Kindern. Erst im Oktober 1921 ist eine stärkere Berücksichtigung der Kinder gegenüber der allgemeinen Erhöhung festzustellen: Die Steigerung ist bereits bei zwei Kindern um 50 % höher als beim kinderlosen Ehepaar. Zum Januar 1922 hin tritt dann wieder die entgegengesetzte Entwicklung ein, ähnlich wie zum Januar 1921. Im April 1922 ist die Erhöhung abermals für die kinderlos Verheirateten am höchsten, doch ist der Unterschied für die Familien mit Kindern sehr gering, noch geringer im Mai 1922, wo freilich dank der Erhöhung der Kopfzuschläge das Gehalt des Ledigen die stärkste Steigerung aufweist. Im Oktober 1922 liegt bei den Familien mit Kindern eine stärkere Steigerung vor, deren Ausmaß allerdings von Kind zu Kind leicht abnimmt; auch hier ist die Erhöhung für den ledigen Beamten etwas größer als für den kinderlos verheirateten.

Während in Übersicht 8 die Steigerung der Gesamtbezüge in den einzelnen Familienstandsgruppen immer auf den Stand der letztvorhergegangenen Regelung bezogen wird, weist die folgende Übersicht die Entwicklung einheitlich auf der Grund-

[1]) Erlaß des preußischen Finanzministers betr. die Gewährung und Zahlung von Wirtschaftsbeihilfen an Beamte, Lehrpersonen an öffentlichen Schulen und Angestellte, vom 21. Februar 1922, und Gesetz über die Gewährung von Wirtschaftsbeihilfen an unmittelbare Staatsbeamte und Lehrpersonen, vom 18. März 1922 (G.-S. S. 63). — [2]) Preußisches Gesetz über Änderungen in der Beamtenbesoldung, vom 19. April 1922 (G.-S. S. 83). — [3]) Preußisches Gesetz über Änderungen der Dienst- und Versorgungsbezüge der unmittelbaren Staatsbeamten, vom 21. November 1922 (G.-S. S. 431).

lage vom April 1920 nach, wobei die Bezüge des Ausgangsmonats in jeder Spalte gleich 100 gesetzt werden.

Übersicht 9.

Verhältnismäßige Steigerung der Gesamtbezüge vom April 1920 bis zum Oktober 1922 (April 1920=100).

Datum	Jährlicher Gesamtbetrag der Dienstbezüge einschließlich Kinderzulagen eines					
	Ledigen	kinderlos Verheirateten	Verheirateten mit 1 Kind	2 Kindern	3 Kindern	4 Kindern
	M	M	M	M	M	M
1	2	3	4	5	6	7
April 1920	100	100	100	100	100	100
Oktober 1920	100	100	104,76	108,11	111,11	113,82
Januar 1921	113,33	113,33	117,14	119,82	122,22	124,39
August 1921	128,67	128,67	133,76	137,34	140,56	143,45
Oktober 1921	147,69	147,69	160,00	167,57	174,36	180,49
Januar 1922	164,79	164,79	175,87	182,58	188,60	194,04
April 1922	240,09	261,45	273,73	282,36	290,10	297,09
Mai 1922	319,19	340,56	355,52	366,03	375,46	383,97
Oktober 1922	1 657,13	1 759,69	1 888,76	1 979,46	2 060,85	2 134,81

Bis zum Oktober 1922 ergibt sich eine Gesamtsteigerung auf das rund 17 bis 21fache; das bedeutet, daß die Erhöhung der Bezüge beispielshalber bei einem Beamten mit 4 Kindern um rund 21 % größer ist als beim kinderlosen Ehepaar. Gegenüber der oben (auf S. 240) bereits als unzulänglich erkannten Regelung vom April 1920 ist demnach eine nicht unerhebliche Verbesserung in den Bezügen der kinderreicheren Familien festzustellen; es wird noch eingehend zu prüfen sein, ob auch diese Verbesserung gewissen Mindestansprüchen genügt. Im übrigen ist die Steigerung bei den Beamten mit mehr Kindern zu allen Zeiten größer als bei denen mit weniger oder gar keinen Kindern. Diese Tatsache steht durchaus nicht im Widerspruch mit der oben festgestellten, daß öfter von einem Termin zum andern eine Verschlechterung der Verhältnisse der kinderreicheren Beamten eingetreten ist, sondern erklärt sich lediglich aus der Wahl des anderen Ausgangspunktes.

Zur besseren Veranschaulichung des Verhältnisses zwischen dem Einkommen der Beamten mit mehr oder weniger Kindern ist in der nächsten Übersicht das Einkommen eines kinderlosen Ehepaares jeweils gleich 100 gesetzt und die anderen Spalten danach umgerechnet.

Übersicht 10.

Entwicklung der Gesamtbezüge vom April 1920 bis zum Oktober 1922 im Verhältnis zum Einkommen eines kinderlosen Ehepaares.

Datum	Jährlicher Gesamtbetrag der Dienstbezüge einschließlich Kinderzulagen eines					
	Ledigen	kinderlos Verheirateten	Verheirateten mit 1 Kind	2 Kindern	3 Kindern	4 Kindern
	M	M	M	M	M	M
1	2	3	4	5	6	7
April 1920	100	100	107,69	113,85	120,00	126,15
Oktober 1920	100	100	112,82	123,08	133,33	143,59
Januar 1921	100	100	111,31	120,36	129,41	138,46
August 1921	100	100	111,96	121,52	131,09	140,65
Oktober 1921	100	100	116,67	129,17	141,67	154,17
Januar 1922	100	100	114,94	126,14	137,34	148,55
April 1922	91,83	100	112,75	122,95	133,15	143,35
Mai 1922	93,73	100	112,42	122,36	132,30	142,24
Oktober 1922	94,17	100	115,59	128,06	140,54	153,01

Es stellt sich auch hier heraus, daß tatsächlich im April 1920 die Lage eines Beamten mit Kindern relativ am ungünstigsten gewesen ist, im Oktober 1922 dagegen fast am günstigsten; hier weist nur noch der Oktober 1921 einen geringen Vorteil auf. Das **Mehr**einkommen eines Beamten mit vier Kindern beläuft sich im April 1920 auf ein Viertel des Einkommens eines kinderlosen Ehepaares, im Oktober 1922 dagegen auf die Hälfte dieses Einkommens. Die Entwicklung führt somit hinsichtlich der Kinderzulagen vom Oktober 1921 aus über nicht sehr erhebliche Senkungen etwa auf denselben Stand zurück.

Kapitel 7.

Gehalt und Bedarf im April und Oktober 1922.

Nachdem wir so einen allgemeinen Überblick über die Entwicklung der Kinderzulagen in der neueren Zeit gewonnen haben, können wir dazu übergehen, aus der neuesten Entwicklung die beiden letzten grundlegenden Regelungen, nämlich diejenigen vom April und vom Oktober 1922, herauszugreifen und an ihnen die tatsächliche Auswirkung der Bestimmungen über die Kinderzulagen darzustellen. Es wird hierbei vor allem zu zeigen sein, welche Bedeutung hinsichtlich der Bedarfsdeckung der Oktoberregelung gegenüber den Aprilsätzen zukommt, ob und wieweit die Verbesserung der Kinderzulagen, die bereits einwandfrei festgestellt ist, endgültig befriedigende Verhältnisse geschaffen hat; wenn nicht, in welchem Umfang auch die jetzigen Mittel noch hinter einem allgemein anerkannten Bedarf zurückbleiben. Schließlich dürfte noch die Frage aufgeworfen werden, wenn sich ein Mangel für den Unterhalt der Kinder ergibt, auf welchem Wege dem abzuhelfen sei.

a) Notbedarf für Kinder.

Um ein Urteil darüber zu gewinnen, ob die für die Kinder zur Verfügung stehenden Beträge — worunter vorbehaltlich näherer Erläuterung hier und im folgenden immer die jeweiligen Dienstalters- und Kinderzulagen verstanden sein sollen — ausreichend oder nicht ausreichend bemessen sind, ist es zunächst erforderlich, einen einigermaßen sicheren Vergleichsmaßstab aufzufinden. Zu diesem Zweck hat der Verfasser einen Notbedarf für Kinder unter Zuhilfenahme bekannter und anderweitig veröffentlichter statistischer Daten konstruiert. Den Ausgangspunkt hierfür bilden die allmonatlich von den Statistischen Landesämtern für bestimmte Gemeinden berechneten Teuerungszahlen, die hier aber nach gewissen Umrechnungen in ihrem absoluten (Mark-) Betrage verwendet werden; hieraus wird zunächst eine Art Normalbedarf für Erwachsene gewonnen, und daraus wieder — für die Ernährungszahlen unter Benutzung der Untersuchungen von Engel[1]) und einigen Physiologen — für jedes Lebensalter der Kinder ein Notbedarf für Kinder.

Um Unterlagen zunächst für die Verwendung der Reichsteuerungsstatistik zu gewinnen, hat der Verfasser die Entwicklung der Teuerungsziffer in vier preußischen Orten der Ortsklasse A beobachtet, für die während des Jahres 1922 abweichend von noch teureren Orten keine Wirtschaftsbeihilfen gezahlt worden sind. Es sind dies Goch (Rhld.), Königsberg i. Pr., Merseburg und Ratibor. Für die Auswahl gerade dieser Orte spricht außer dem eben erwähnten Umstand, der eine gewisse Gleichmäßigkeit in den Zahlenergebnissen erwarten läßt, vor allem die Tatsache, daß sie geographisch gut verteilt liegen — je ein Ort im Nordosten, Südosten, Westen und im Herzen des Freistaates Preußen — und hin-

[1]) Engel, Die Lebenskosten belgischer Arbeiterfamilien früher und jetzt, in „*Bulletin de l'Institut international de Statistique*", Rom 1895.



sichtlich ihrer landwirtschaftlichen und industriellen Umgebung auch wohl mittlere Verhältnisse widerspiegeln. Die Nichtbenutzung von A-Orten mit Wirtschaftsbeihilfen bedarf keiner eingehenderen Begründung; hier sind die Verhältnisse zu extrem und innerhalb der einzelnen Orte wieder so verschieden, wie es ja auch durch die verschiedene Höhe dieser Wirtschaftsbeihilfen sich erweist, daß Normalziffern aus ihnen keinesfalls gewonnen werden könnten.

In der folgenden Übersicht 11 sind die Teuerungszahlen der genannten vier Orte für alle Zeitpunkte angegeben, an denen, wie auf S. 240ff. ausgeführt, eine Änderung der für die Kinderzulagen maßgebenden Bestimmungen eingetreten ist, außerdem zum Vergleich mit dem letzten Monat noch für den September 1922. Der Stichtag der Teuerungszahl ist jedesmal etwa der 20. des Monats, demgemäß ist auch für Königsberg, das zweimal monatlich an das Preußische Statistische Landesamt berichtet, die zweite Stichtagszahl herangezogen. Die Verwendung dieser aus der zweiten Monatshälfte stammenden Zahlen als Gesamtbedarfszahlen für den ganzen Monat[1]) bedarf einer gewissen Begründung: Wenn in den behandelten Zeiträumen die Teuerung von Monat zu Monat gleichmäßig, gleichsam in arithmetischer Progression, zunähme, würde dem Monatsdurchschnitt offenbar ein Stichtag aus der Monatsmitte entsprechen. So aber verläuft die Teuerung, wie vor allem aus der Entwicklung vom Januar 1922 ab hervorgeht, in stets stärker steigender Kurve, also gewissermaßen in geometrischer Progression. Man begeht demnach sicher keinen Fehler, wenn man annimmt, daß die durchschnittliche Teuerung des ganzen Monats derjenigen der zweiten Monatshälfte entspricht[2]). Diese Annahme ist vor allem wichtig für den Oktober 1922, denn dieser Monat liegt in einer Zeit, die von Monat zu Monat annähernd Verdopplungen der Teuerungszahlen aufweist; im April dagegen scheinen die Verhältnisse einigermaßen stabil zu sein, da hier die Verschiebung zum Mai hin nicht sehr stark ist.

Bei jedem Datum sind in der zweiten Zeile die Ausgaben für Miete, Heizung und Beleuchtung genannt und von den Gesamtausgaben der ersten Zeile abgezogen, sodaß sich in der dritten Zeile als Rest die Ausgaben für die reine Ernährung ergeben, hier, wie stets im folgenden, absolut (als Markbeträge) zu verstehen. In der letzten Spalte ist jedesmal der Durchschnitt aus den vier Orten — ungewogen — hinzugefügt. Trotz allen Abweichungen im einzelnen liegt dieser Durchschnitt jeweils so, daß selbst die höchste und die geringste Abweichung in der Mehrzahl aller Fälle unter 10 % des Durchschnitts bleibt. Besonders günstig liegen in dieser Hinsicht die Verhältnisse in den Monaten April und Oktober 1922, die für unsere weitere Betrachtung am meisten in Frage kommen. Im April stimmt der Durchschnitt (für die Ernährung) fast genau mit der Zahl für Goch überein; eine ziemlich geringe Abweichung zeigt die Zahl für Merseburg, und selbst Ratibor liegt nur etwa 6 % über dem Durchschnitt; auf der andern Seite bleibt allerdings Königsberg um rund 10 % dahinter zurück. Im Oktober liegt die niedrigste Teuerungszahl, diejenige von Ratibor, nur 4 % unter dem Durchschnitt, die von Merseburg und Königsberg zwischen beiden; nur die Zahl von Goch geht mit 9 % darüber hinaus.

Übersicht 11.

Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten vom April 1920 bis zum Oktober 1922.

Datum	Die Kosten für Ernährung, Miete, Heizung und Beleuchtung in einer fünfköpfigen Familie betragen in den nachstehend genannten Orten				im Durchschnitt ℳ
	Goch ℳ	Königsberg ℳ	Merseburg ℳ	Ratibor ℳ	
1	2	3	4	5	6
April 1920	763,15	696,02	787,82	727,42	743,60
Miete, Heizung usw.	— 85,50	116,32	106,00	94,40	100,55
Ernährung	677,65	579,70	681,82	633,02	643,05
Oktober 1920	891,19	730,44	815,65	743,08	795,09
Miete, Heizung usw.	— 99,25	139,20	104,50	96,20	109,79
Ernährung	791,94	591,24	711,15	646,88	685,30
Januar 1921	965,51	876,11	915,52	1 038,74	948,97
Miete, Heizung usw.	— 115,50	132,35	114,00	122,70	121,14
Ernährung	850,01	743,76	801,52	916,04	827,83
August 1921	1 137,31	979,89	984,75	1 190,09	1 073,01
Miete, Heizung usw.	— 129,15	162,56	133,50	138,00	140,80
Ernährung	1 008,16	817,33	851,25	1 052,09	932,21
Oktober 1921	1 258,40	1 125,07	1 082,47	1 260,05	1 181,50
Miete, Heizung usw.	— 129,15	188,08	139,50	141,00	149,43
Ernährung	1 129,25	936,99	942,97	1 119,05	1 032,07
Januar 1922	1 657,31	1 558,31	1 468,87	1 696,55	1 595,26
Miete, Heizung usw.	— 181,20	237,51	180,00	212,40	202,78
Ernährung	1 476,11	1 320,80	1 288,87	1 484,15	1 392,48
April 1922	2 886,93	2 693,51	2 988,92	2 971,41	2 885,20
Miete, Heizung usw.	— 320,00	406,25	333,00	255,25	328,63
Ernährung	2 566,93	2 287,26	2 655,92	2 716,16	2 556,57
Mai 1922	3 321,71	2 838,48	3 179,06	3 042,74	3 095,50
Miete, Heizung usw.	— 422,25	487,93	376,50	339,00	406,42
Ernährung	2 899,46	2 350,55	2 802,56	2 703,74	2 689,08
September 1922 ..	11 105,66	10 055,73	11 335,54	10 868,81	10 841,46
Miete, Heizung usw.	—1757,50	1 414,60	1 580,00	1 342,50	1 523,67
Ernährung	9 348,16	8 641,13	9 755,54	9 526,31	9 317,79
Oktober 1922	21 645,00	20 205,30	19 441,44	19 079,68	20 092,86
Miete, Heizung usw.	—2010,00	2 432,30	2 072,50	1 805,00	2 079,95
Ernährung	19 635,00	17 773,00	17 368,94	17 274,68	18 012,91

Bei dem oben geschilderten Verfahren erhält man, wie aus Übersicht 11 hervorgeht, als Ausgabebetrag für die monatliche Ernährung einer fünfköpfigen Familie, bestehend aus Mann, Frau und drei Kindern im Alter von 12, 7 und 1½ Jahren, im April 1922 2 556,57 ℳ und im Oktober 1922 18 012,91 ℳ. Rechnet man die hierfür angeschafften Lebensmittel nach ihrem Nährwert in Kalorien um, so ergibt sich

[1]) eigentlich nur für vier Wochen; für den Vergleich dieser Bedarfszahlen mit dem monatlichen Einkommen des Beamten ist indes von der Hinzurechnung der Beträge für die überschießenden 2—3 Tage abgesehen worden, obwohl dadurch der Monatsbedarf im Verhältnis zum Gehalt etwas zu gering erscheint. Dieser Fehler ist aber als unbedenklich zu bezeichnen, da er eine etwaige Überhöhung, wenn sich eine solche aus dem im Text angegebenen Verfahren ergeben sollte, wieder ausgleicht und überhaupt bei der Tendenz dieses Vergleichs eine zu kleine Bedarfszahl erwünschter ist als eine zu große. — [2]) Einen Beweis für die Richtigkeit dieser Annahme bieten die im Juni 1923 für Berlin ermittelten Indexziffern. Dieser Monat zeigt einen ähnlichen Teuerungsverlauf wie der Oktober 1922: In beiden Fällen ist die Teuerungszahl gegen den Vormonat etwa auf das Doppelte gestiegen. Die für die Reichsteuerungsstatistik in Berlin festgestellte Indexziffer vom 6. Juni beträgt 5 450 (1913/14 = 1), vom 20. Juni 8 033. Nach dem als Durchschnitt aus den 26 Arbeitstagen des Juni errechneten Index der „Industrie- und Handelszeitung" (vergl. Nr. 151 vom 3. Juli 1923) ist die Teuerung im Juni auf das 8 434 fache gestiegen, eine Zahl, die von der 2. Stichtagszahl der Reichstatistik nur um 5 % abweicht. Nach der Methode der Reichsstatistik würde der Berliner Durchschnitt dagegen 6 742 betragen. Es entspricht also augenscheinlich bei einer Teuerungsentwicklung, wie sie sich in den genannten Monaten vollzogen hat, der wirkliche Monatsdurchschnitt fast annähernd der 2. Stichtagszahl.

ein Betrag von 11 490 Kalorien für die tägliche Ernährung. Wenn auch keineswegs gesagt werden kann, daß dieser Betrag an Kalorien für den Bedarf der genannten fünfköpfigen Familie besonders hoch ist, wollen wir ihn dennoch nach dem Vorgang von Meerwarth in Schmollers Jahrbüchern[1]) auf eine Summe von 10 050 Kalorien täglich reduzieren. Dieser Betrag ergibt sich nämlich, wenn man nach dem Ansatz von Zuntz und andern für den erwachsenen Mann eine Kalorienmenge von 3 000 täglich annimmt und für die Frau und die Kinder entsprechende Bruchteile dieser Zahl einsetzt; die hierfür notwendigen Angaben entnehmen wir der Schrift „Die deutsche Volksernährung und der englische Aushungerungsplan" (herausgegeben von Paul Eltzbacher)[2]) und gelangen danach zu 2 400 Kalorien (= 80 %) für die erwachsene Frau und der Reihe nach 2 250 (= 75 %), 1 500 (= 50 %) und 900 (= 30 %) Kalorien für die drei Kinder im Alter von 12, 7 und 1½ Jahren. Da wir für den weiteren Verlauf dieser Untersuchung Verhältniszahlen für jedes Kindesalter brauchen und die hier genannten Zuntzschen Zahlen nur Mittelwerte darstellen, so werden wir das hier gewonnene Ergebnis von 10 050 Kalorien täglich nach einem anderen Maßstab in Werteinheiten für jedes Alter umrechnen. Diesen Maßstab glaubt der Verfasser in den von Engel so genannten Quets gefunden zu haben. Setzt man die Anzahl der Ernährungseinheiten bei einem männlichen Erwachsenen gleich 100, so ergeben sich für die einzelnen Altersjahre folgende Sätze:

Über 0— 1 Jahr	28,6	über 11—12 Jahre	60,0
„ 1— 2 Jahre	31,4	„ 12—13 „	62,9
„ 2— 3 „	34,3	„ 13—14 „	65,7
„ 3— 4 „	37,1	„ 14—15 „	68,6
„ 4— 5 „	40,0	„ 15—16 „	71,4
„ 5— 6 „	42,9	„ 16—17 „	74,3
„ 6— 7 „	45,7	„ 17—18 „	77,1
„ 7— 8 „	48,6	„ 18—19 „	80,0
„ 8— 9 „	51,4	„ 19—20 „	82,9
„ 9—10 „	54,3	„ 20—21 „	85,7
„ 10—11 „	57,1	Erwachsene Frau	85,7.

Die Summe der Quets für die geschilderte Familie von fünf Köpfen beträgt 328,6. Es gilt jetzt, zur Ermittlung des in Geld ausgedrückten Nahrungsbedarfs für jedes Kindesalter die Kosten je Quet festzustellen. Die errechneten 10 050 Kalorien täglich (nach Zuntz) machen von den bei der Berechnung der Teuerungszahl benutzten Einheiten 87,47 % aus. Infolgedessen sind auch von den monatlichen Ernährungskosten diese 87,47 % zu errechnen; man gelangt somit zu einem Gesamtbedarf von 2 236,18 *M* im April und von 15 755,89 *M* im Oktober 1922 für 10 050 Kalorien oder 328,6 Quets. Die Kosten für ein Quet betragen mithin im April 6,8053 *M* monatlich, im Oktober 47,9485 *M* monatlich. Die hiernach auf jedes Alter entfallenden Kosten sind in den folgenden Übersichten für April und Oktober in der Spalte „Ernährung" angegeben.

[1]) 45. Jahrg., Heft 3, S. 129. — [2]) Braunschweig 1914, S. 22 f. Für eine eingehendere Behandlung dieser Frage sei hier auf das Lehrbuch der Physiologie des Menschen (herausgegeben von Zuntz und Loewy), 3. Aufl., Leipzig 1920, besonders S. 726 ff. verwiesen. Über den gleichen Gegenstand unterrichten Tigerstedt, Untersuchungen über die Nahrungszufuhr des Menschen in ihrer Abhängigkeit von Alter, Geschlecht und Beruf (Skandinavisches Archiv für Physiologie, XXXIV 1916, S. 162 ff., 238 f., ferner Franz Schütz, Über das Ernährungsbudget (Zeitschrift für Hygiene und Infektionskrankheiten, 83. Band 1917), S. 62. Ein Vergleich der Zahlen bei Zuntz und bei den letztgenannten Verfassern zeigt, daß die Zuntzschen Zahlen keineswegs sehr hoch gegriffen sind, vielmehr in der Regel, besonders bei den jüngeren Kindern, Mindestwerte darstellen.

Übersicht 12a.

Notbedarf für Kinder im April 1922.

Lebensjahr	Quets	Monatliche Kosten für					Jährliche Kosten *M*
		Ernährung *M*	Bekleidung *M*	Summe von Spalte 3 + 4 *M*	Sonstiges *M*	Gesamtbedarf Spalte 5 + 6 *M*	
1	2	3	4	5	6	7	8
Über 0— 1	28,6	194,63	48,66	243,29	60,82	304,11	3 649,32
„ 1— 2	31,4	213,69	53,42	267,11	66,78	333,89	4 006,68
„ 2— 3	34,3	233,42	58,36	291,78	72,95	364,73	4 376,76
„ 3— 4	37,1	252,48	63,12	315,60	78,90	394,50	4 734,00
„ 4— 5	40,0	272,21	68,05	340,26	85,07	425,33	5 103,96
„ 5— 6	42,9	291,95	72,99	364,94	91,24	456,18	5 474,16
„ 6— 7	45,7	311,00	77,75	388,75	97,19	485,94	5 830,08
„ 7— 8	48,6	330,74	82,69	413,43	103,36	516,79	6 201,48
„ 8— 9	51,4	349,79	87,45	437,24	109,31	546,55	6 558,60
„ 9—10	54,3	369,53	92,38	461,91	115,48	577,39	6 928,68
„ 10—11	57,1	388,58	97,15	485,73	121,43	607,16	7 285,92
„ 11—12	60,0	408,32	102,08	510,40	127,60	638,00	7 656,00
„ 12—13	62,9	428,05	107,01	535,06	133,76	668,82	8 025,84
„ 13—14	65,7	447,11	111,78	558,89	139,72	698,61	8 383,32
„ 14—15	68,6	466,84	116,71	583,55	145,89	729,44	8 753,28
„ 15—16	71,4	485,90	121,48	607,38	151,85	759,23	9 110,76
„ 16—17	74,3	505,63	123,91	629,54	157,38	786,92	9 443,04
„ 17—18	77,1	524,69	131,17	655,86	163,97	819,83	9 837,96
„ 18—19	80,0	544,42	136,11	680,53	170,13	850,66	10 297,92
„ 19—20	82,9	564,16	141,04	705,20	176,30	881,50	10 578,00
„ 20—21	85,7	583,21	145,80	729,01	182,25	911,26	10 935,12

Übersicht 12b.

Notbedarf für Kinder im Oktober 1922.

Lebensjahr	Quets	Monatliche Kosten für				
		Ernährung *M*	Bekleidung *M*	Summe von Spalte 3 + 4 *M*	Sonstiges *M*	Gesamtbedarf Spalte 5 + 6 *M*
1	2	3	4	5	6	7
Über 0— 1	28,6	1 371,33	411,40	1 782,73	445,63	2 228,36
„ 1— 2	31,4	1 508,58	452,57	1 961,15	490,29	2 451,44
„ 2— 3	34,3	1 644,63	493,39	2 138,02	534,51	2 672,53
„ 3— 4	37,1	1 778,89	533,67	2 312,56	578,14	2 890,70
„ 4— 5	40,0	1 917,94	575,38	2 493,32	623,33	3 116,65
„ 5— 6	42,9	2 056,99	617,10	2 674,09	668,52	3 342,61
„ 6— 7	45,7	2 191,25	657,38	2 848,63	712,16	3 560,79
„ 7— 8	48,6	2 330,30	699,09	3 029,39	757,35	3 786,74
„ 8— 9	51,4	2 464,55	739,37	3 203,92	800,98	4 004,90
„ 9—10	54,3	2 603,60	781,08	3 384,68	846,17	4 230,85
„ 10—11	57,1	2 737,86	821,36	3 559,22	889,81	4 449,03
„ 11—12	60,0	2 876,91	863,07	3 739,98	934,99	4 674,98
„ 12—13	62,9	3 015,96	904,79	3 920,75	980,19	4 900,94
„ 13—14	65,7	3 150,22	945,07	4 095,29	1 023,82	5 119,11
„ 14—15	68,6	3 289,27	986,77	4 276,04	1 069,01	5 345,05
„ 15—16	71,4	3 423,52	1 027,06	4 450,58	1 112,65	5 563,23
„ 16—17	74,3	3 562,57	1 068,77	4 631,34	1 157,84	5 789,18
„ 17—18	77,1	3 696,83	1 109,05	4 805,88	1 201,47	6 007,35
„ 18—19	80,0	3 835,88	1 150,76	4 986,64	1 246,66	6 233,30
„ 19—20	82,9	3 974,93	1 192,48	5 167,41	1 291,85	6 459,26
„ 20—21	85,7	4 109,19	1 232,76	5 341,95	1 335,49	6 677,44

Als zweiter wichtiger und unentbehrlicher Faktor muß nächst der Ernährung die Bekleidung in die Berechnung eines Notbedarfs für Kinder eingesetzt werden. Auch hierfür entnehmen wir die Angaben über die Kosten aus der Reichsteuerungsstatistik. Seit April 1922 werden regelmäßig neben den Kosten für Ernährung, Miete, Heizung und Beleuchtung auch diejenigen für Bekleidung erhoben, und zwar nach einem Schema, das, ins Absolute umgerechnet, auch nur von einer ziemlich notdürftigen Bedarfsdeckung ausgeht. Hierbei werden zwar nicht die absoluten Sätze in Mark veröffentlicht, sondern nur die Verteuerung gegenüber dem Frieden, wohl aber wird von einem absoluten Friedenssatz als Durchschnitt für das Deutsche Reich ausgegangen. Dieser Kostensatz beträgt für

1913/14 13,93 M[1]); da die Teuerung für die Bekleidung im April 1922 mit dem 48,29-fachen, im Oktober mit dem 386,64-fachen angegeben ist, so sind die absoluten Bekleidungskosten im April 672,68 M, im Oktober 5 385,90 M. Um die Möglichkeit zu haben, auch diese Bekleidungsausgaben bei den Kindern jedes Alters einzusetzen, wird unterstellt, daß hier das gleiche Bedarfsverhältnis vorliegt wie bei der Ernährung, sodaß also ein Betrag, der zu den jeweiligen Ernährungsausgaben im gleichen Verhältnis steht wie bei der Gesamtteuerungszahl der fünfköpfigen Familie, auch bei jedem Kindesalter als Bekleidungsausgaben eingesetzt werden kann. Bezogen auf die – unverkürzte – Nahrungsration von 2 556,57 M im April und 18 012,91 M im Oktober bedeuten die Ausgaben für Bekleidung im April 26,31 %, im Oktober 29,90 %. Um abgerundete Zahlen zu erhalten, errechnen wir die Bekleidungsausgaben für jedes Kindesalter in der Weise, daß wir zu den Ernährungsausgaben im April 25 %, im Oktober 30 % zuschlagen. Die Reduktion, die oben bei den Nahrungseinheiten vorgenommen ist, erstreckt sich damit auch auf die Bekleidungskosten, was unter dem Gesichtspunkt, möglichst Mindestzahlen zu erhalten, nur zweckmäßig ist. Die sich ergebenden Zahlen sind in den Übersichten 12a und b in Spalte 4 aufgeführt.

Mit den bisher nachgewiesenen Beträgen sind also gerade die Kosten für eine sehr notdürftige Ernährung und Bekleidung gedeckt; es fehlen noch die Beträge, die unbedingt für die Aufzucht und Erziehung der Kinder erforderlich sind. Um einzelnes zu nennen: die Kosten für Körper- und Gesundheitspflege, die gerade im frühesten Kindesalter erheblicher zu sein pflegen, für vermehrte Beheizung der Wohnräume, Aufsichts- und Erziehungskosten, Ausgaben für Schul- und Berufsausbildung, wobei die letztgenannten vor allem in höherem Alter eine große Rolle spielen, Fahrgeld, ferner ein Anwachsen der sogenannten „Generalausgaben", also der Ausgaben für Wohnung, Beleuchtung usw.; kurz, alles in allem Ausgaben, die nicht so verhältnismäßig einfach, wie das bei Ernährung und Bekleidung der Fall ist, im einzelnen als besondere Ausgaben für die Kinder nachgewiesen werden können, nach aller Erfahrung aber die Gesamtausgaben der Familie nicht unwesentlich zu steigern pflegen, weil sich gewöhnlich mit dem Vorhandensein von Kindern über die bloßen Ernährungs- und Bekleidungskosten hinaus eine ganze Reihe von Bedürfnissen einstellt, die für kinderlose Ehepaare nicht vorhanden sind. Wir wollen annehmen, daß diese ganze Gruppe des „Sonstigen" ein Fünftel der Gesamtausgaben für jedes Kind ausmacht; das heißt mit andern Worten, es müssen auf die bisher genannten Beträge noch 25 % aufgeschlagen werden, um zu den Gesamtausgaben zu gelangen. Auf diese Weise kommen für ein Kind in jedem Lebensjahr von 0 bis zu 21 Jahren die Summen zustande, die in Übersicht 12a und 12b in Spalte 7 angegeben sind. Zum Vergleich mit den im April noch jahresweise berechneten Gehältern sind die Zahlen dann noch für diesen Monat in Spalte 8 in Jahresbeträge umgerechnet.

Im Anschluß an diese Berechnungen wollen wir versuchen, die fortlaufenden Ausgaben für die Kinder in einer Familie zu berechnen, in der die Kinderzahl allmählich zunimmt, zunächst bis zu vier Kindern. Hierbei gehen wir, vor allem im Interesse eines späteren Vergleichs mit den Gehältern, von der Fiktion[2]) aus, daß das erste Kind ein Jahr nach der planmäßigen Anstellung des Beamten geboren wird, das zweite Kind zwei Jahre später, das dritte Kind also nach 5 Dienstjahren, das vierte nach 7 Dienstjahren. Wie sich dann die Mindestausgaben für Kinder auf jedes einzelne Jahr bis zum 28. Dienstjahr einschließlich verteilen, ergibt sich aus den folgenden Übersichten 13a und 13b, in denen mit leicht abgerundeten Werten gerechnet ist.

[1]) Vgl. „Wirtschaft und Statistik", Jahrg. 1922, Nr. 17, S. 573. — [2]) Über die grundsätzliche Bedeutung solcher Fiktionen für die Statistik vgl. Meerwarth a. a. O. S. 743ff.

Übersicht 13a.

Jährliche Ausgaben für den Notbedarf von 1 bis 4 Kindern im April 1922.

	1 Kind M	2 Kinder M	3 Kinder M	4 Kinder M
1	2	3	4	5
Nach 1 Dienstjahr	3 650	3 650	3 650	3 650
„ 2 Dienstjahren	4 010	4 010	4 010	4 010
„ 3 „	4 380	8 030	8 030	8 030
„ 4 „	4 740	8 750	8 750	8 750
„ 5 „	5 110	9 490	13 140	13 140
„ 6 „	5 470	10 210	14 220	14 220
„ 7 „	5 840	10 950	15 330	18 980
„ 8 „	6 200	11 670	16 410	20 420
„ 9 „	6 570	12 410	17 520	21 900
„ 10 „	6 930	13 130	18 600	23 340
„ 11 „	7 300	13 870	19 710	24 820
„ 12 „	7 660	14 590	20 790	26 260
„ 13 „	8 030	15 330	21 900	27 740
„ 14 „	8 390	16 050	22 980	29 180
„ 15 „	8 760	16 790	24 090	30 660
„ 16 „	9 120	17 510	25 170	32 100
„ 17 „	9 490	18 250	26 280	33 580
„ 18 „	9 850	18 970	27 360	35 020
„ 19 „	10 220	19 710	28 470	36 500
„ 20 „	10 580	20 430	29 550	37 940
„ 21 „	10 950	21 170	30 660	39 420
„ 22 „	—	10 580	20 430	29 550
„ 23 „	—	10 950	21 170	30 660
„ 24 „	—	—	10 580	20 430
„ 25 „	—	—	10 950	21 170
„ 26 „	—	—	—	10 580
„ 27 „	—	—	—	10 950
zusammen	153 250	306 500	459 750	613 000

Übersicht 13b.

Monatliche Ausgaben für den Notbedarf von 1 bis 4 Kindern im Oktober 1922[1]).

	1 Kind M	2 Kinder M	3 Kinder M	4 Kinder M
1	2	3	4	5
Nach 1 Dienstjahr	2 230	2 230	2 230	2 230
„ 2 Dienstjahren	2 460	2 460	2 460	2 460
„ 3 „	2 680	4 910	4 910	4 910
„ 4 „	2 900	5 360	5 360	5 360
„ 5 „	3 120	5 800	8 030	8 030
„ 6 „	3 350	6 250	8 710	8 710
„ 7 „	3 570	6 690	9 370	11 600
„ 8 „	3 790	7 140	10 040	12 500
„ 9 „	4 010	7 580	10 700	13 380
„ 10 „	4 240	8 030	11 380	14 280
„ 11 „	4 460	8 470	12 040	15 160
„ 12 „	4 680	8 920	12 710	16 060
„ 13 „	4 900	9 360	13 370	16 940
„ 14 „	5 130	9 810	14 050	17 840
„ 15 „	5 350	10 250	14 710	18 720
„ 16 „	5 570	10 700	15 380	19 620
„ 17 „	5 790	11 140	16 040	20 500
„ 18 „	6 020	11 590	16 720	21 400
„ 19 „	6 240	12 030	17 380	22 280
„ 20 „	6 460	12 480	18 050	23 180
„ 21 „	6 680	12 920	18 710	24 060
„ 22 „	—	6 460	12 480	18 050
„ 23 „	—	6 680	12 920	18 710
„ 24 „	—	—	6 460	12 480
„ 25 „	—	—	6 680	12 920
„ 26 „	—	—	—	6 460
„ 27 „	—	—	—	6 680
zusammen	93 630	187 260	280 890	374 520

Die Kostenaufwendung ist hier jeweils bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres angenommen, sodaß der Unterhaltszwang für das 1. Kind bereits nach 22 Dienstjahren ent-

[1]) Wegen der Monatssummen vergl. Anmerkung [1]) zu Übersicht 14b.

fällt, für das 2. Kind nach 24 Dienstjahren, für das 3. nach 26, während er für das 4. Kind mit Ablauf des 28. Dienstjahres aufhört. Durch diese zeitliche Verschiebung, die das 4. Kind erst nach 6 Jahren in den Kreis der elterlichen Fürsorge eintreten, ebenso auch erst 6 Jahre später aus ihr austreten läßt, ergibt sich ein etwas anderes Bild, als wenn man die Sätze für ein Kind lediglich vervierfachte, also ein gleichzeitiges Nebeneinander der 4 Kinder annähme, was zwar rechnerisch möglich, gemessen an jeder Wirklichkeit aber durchaus unzweckmäßig wäre.

Mit diesem Maßstab ausgerüstet, wollen wir nunmehr die Beamtenbesoldung im April und im Oktober 1922 als den Monaten der letzten grundlegenden Änderungen einer Prüfung daraufhin unterziehen, wieweit sie eine Deckung dieses Kinder-Notbedarfs zuläßt oder mehr als eine solche bloße Mindestkostendeckung erlaubt. Es sei hier wegen des nachfolgenden Ver-

Übersicht 14a.

Dienstalters- und Kinder-

Dienstjahre	Gruppe I						Gruppe II					
	Jeweilige Gehaltssteigerung	Gesamte Gehaltssteigerung	Es stehen demnach zur Verfügung für 1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 Kinder	Jeweilige Gehaltssteigerung	Gesamte Gehaltssteigerung	Es stehen demnach zur Verfügung für 1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 Kinder
	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Nach 1 Dienstjahr	—	—	3 120	3 120	3 120	3 120	—	—	3 120	3 120	3 120	3 120
„ 2 Dienstjahren	910	910	4 030	4 030	4 030	4 030	780	780	3 900	3 900	3 900	3 900
„ 3 „	—	910	4 030	7 150	7 150	7 150	—	780	3 900	7 020	7 020	7 020
„ 4 „	910	1 820	4 940	8 060	8 060	8 060	780	1 560	4 680	7 800	7 800	7 800
„ 5 „	—	1 820	4 940	8 060	11 180	11 180	—	1 560	4 680	7 800	10 920	10 920
„ 6 „	780	2 600	5 720	8 840	11 960	11 960	1 820	3 380	6 500	9 620	12 740	12 740
„ 7 „	—	2 600	6 500	9 620	12 740	15 860	—	3 380	7 280	10 400	13 520	16 640
„ 8 „	780	3 380	7 280	10 400	13 520	16 640	780	4 160	8 060	11 180	14 300	17 420
„ 9 „	—	3 380	7 280	11 180	14 300	17 420	—	4 160	8 060	11 960	15 080	18 200
„ 10 „	780	4 160	8 060	11 960	15 080	18 200	780	4 940	8 840	12 740	15 860	18 980
„ 11 „	—	4 160	8 060	11 960	15 860	18 980	—	4 940	8 840	12 740	16 640	19 760
„ 12 „	780	4 940	8 840	12 740	16 640	19 760	1 690	6 630	10 530	14 430	18 330	21 450
„ 13 „	—	4 940	8 840	12 740	16 640	20 540	—	6 630	10 530	14 430	18 330	22 230
„ 14 „	1 820	6 760	10 660	14 560	18 460	22 360	650	7 280	11 180	15 080	18 980	22 880
„ 15 „	—	6 760	11 440	15 340	19 240	23 140	—	7 280	11 960	15 860	19 760	23 660
„ 16 „	780	7 540	12 220	16 120	20 020	23 920	650	7 930	12 610	16 510	20 410	24 310
„ 17 „	—	7 540	12 220	16 900	20 800	24 700	—	7 930	12 610	17 290	21 190	25 090
„ 18 „	—	7 540	12 220	16 900	20 800	24 700	—	7 930	12 610	17 290	21 190	25 090
„ 19 „	—	7 540	12 220	16 900	21 580	25 480	—	7 930	12 610	17 290	21 970	25 870
„ 20 „	—	7 540	12 220	16 900	21 580	25 480	—	7 930	12 610	17 290	21 970	25 870
„ 21 „	—	7 540	12 220	16 900	21 580	26 260	—	7 930	12 610	17 290	21 970	26 650
„ 22 „	—	7 540	—	12 220	16 900	21 580	—	7 930	—	12 610	17 290	21 970
„ 23 „	—	7 540	—	12 220	16 900	21 580	—	7 930	—	12 610	17 290	21 970
„ 24 „	—	7 540	—	—	12 220	16 900	—	7 930	—	—	12 610	17 290
„ 25 „	—	7 540	—	—	12 220	16 900	—	7 930	—	—	12 610	17 290
„ 26 „	—	7 540	—	—	—	12 220	—	7 930	—	—	—	12 610
„ 27 „	—	7 540	—	—	—	12 220	—	7 930	—	—	—	12 610
insgesamt			177 060	274 820	372 580	470 340			187 720	286 260	384 800	483 340

Übersicht 14b.

Dienstalters- und Kinder-

Dienstjahre	Gruppe I						Gruppe II					
Nach 1 Dienstjahr	—	—	2 140	2 140	2 140	2 140	—	—	2 140	2 140	2 140	2 140
„ 2 Dienstjahren	428	428	2 568	2 568	2 568	2 568	535	535	2 675	2 675	2 675	2 675
„ 3 „	—	428	2 568	4 708	4 708	4 708	—	535	2 675	4 815	4 815	4 815
„ 4 „	1 070	1 498	3 638	5 778	5 778	5 778	535	1 070	3 210	5 350	5 350	5 350
„ 5 „	—	1 498	3 638	5 778	7 918	7 918	—	1 070	3 210	5 350	7 490	7 490
„ 6 „	428	1 926	4 066	6 206	8 346	8 346	1 177	2 247	4 387	6 527	8 667	8 667
„ 7 „	—	1 926	4 601	6 741	8 881	11 021	—	2 247	4 922	7 062	9 202	11 342
„ 8 „	428	2 354	5 029	7 169	9 309	11 449	428	2 675	5 350	7 490	9 630	11 770
„ 9 „	—	2 354	5 029	7 704	9 844	11 984	—	2 675	5 350	8 025	10 165	12 305
„ 10 „	1 070	3 424	6 099	8 774	10 914	13 054	428	3 103	5 778	8 453	10 593	12 733
„ 11 „	—	3 424	6 099	8 774	11 449	13 589	—	3 103	5 778	8 453	11 128	13 268
„ 12 „	428	3 852	6 527	9 202	11 877	14 017	428	3 531	6 206	8 881	11 556	13 696
„ 13 „	—	3 852	6 527	9 202	11 877	14 552	—	3 531	6 206	8 881	11 556	14 231
„ 14 „	428	4 280	6 955	9 630	12 305	14 980	1 070	4 601	7 276	9 951	12 626	15 301
„ 15 „	—	4 280	7 490	10 165	12 840	15 515	—	4 601	7 811	10 486	13 161	15 836
„ 16 „	321	4 601	7 811	10 486	13 161	15 836	428	5 029	8 239	10 914	13 589	16 264
„ 17 „	—	4 601	7 811	11 021	13 696	16 371	—	5 029	8 239	11 449	14 124	16 799
„ 18 „	—	4 601	7 811	11 021	13 696	16 371	—	5 029	8 239	11 449	14 124	16 799
„ 19 „	—	4 601	7 811	11 021	14 231	16 906	—	5 029	8 239	11 449	14 659	17 334
„ 20 „	—	4 601	7 811	11 021	14 231	16 906	—	5 029	8 239	11 449	14 659	17 334
„ 21 „	—	4 601	7 811	11 021	14 231	17 441	—	5 029	8 239	11 449	14 659	17 869
„ 22 „	—	4 601	—	7 811	11 021	14 231	—	5 029	—	8 239	11 449	14 659
„ 23 „	—	4 601	—	7 811	11 021	14 231	—	5 029	—	8 239	11 449	14 659
„ 24 „	—	4 601	—	—	7 811	11 021	—	5 029	—	—	8 239	11 449
„ 25 „	—	4 601	—	—	7 811	11 021	—	5 029	—	—	8 239	11 449
„ 26 „	—	4 601	—	—	—	7 811	—	5 029	—	—	—	8 239
„ 27 „	—	4 601	—	—	—	7 811	—	5 029	—	—	—	8 239
insgesamt[1])			119 840	185 752	251 664	317 576			122 408	189 176	255 944	322 712

[1]) Da es sich in den einzelnen Dienstjahren jeweils um Monatsbeträge handelt, stellen auch die Gesamtzahlen nur ein Zwölftel der tatsächlich in 21 bis 27

gleichs mit Beamten verschiedener Besoldungsgruppen nochmal darauf hingewiesen, daß zunächst beim Bedarf der Kinder, wie es ja im Wesen eines Notbedarfs liegt, von jeder Unterscheidung nach Einkommensgruppen der Eltern abgesehen und nur der reine überall gleiche Notbedarf ins Auge gefaßt werden soll. Das Moment der standesgemäßen Alimentation auch der Kinder soll erst später berücksichtigt werden.

b) Dienstalters- und Kinderzulagen.

Zum Zweck des Vergleichs gehen wir davon aus, daß das Anfangsgehalt jeder einzelnen Beamtengruppe einschließlich der Frauenzulage für den Bedarf eines kinderlos verheirateten Beamten ausreichend sein soll, und lassen alle sonstigen späteren Einkommensteile zunächst und in erster Linie für die inzwischen geborenen und heranwachsenden Kinder Verwendung finden. Die theoretische Begründung für die Berechtigung

Übersicht 14a.

Gruppe III						Gruppe IV						Gruppe V					
Jeweilige Gehaltssteigerung	Gesamte Gehaltssteigerung	Es stehen demnach zur Verfügung für 1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 Kinder	Jeweilige Gehaltssteigerung	Gesamte Gehaltssteigerung	Es stehen demnach zur Verfügung für 1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 Kinder	Jeweilige Gehaltssteigerung	Gesamte Gehaltssteigerung	Es stehen demnach zur Verfügung für 1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 Kinder
M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
zulagen im April 1922																	
—	—	3 120	3 120	3 120	3 120	—	—	3 120	3 120	3 120	3 120	—	—	3 120	3 120	3 120	3 120
910	910	4 030	4 030	4 030	4 030	2 080	2 080	5 200	5 200	5 200	5 200	1 300	1 300	4 420	4 420	4 420	4 420
—	910	4 030	7 150	7 150	7 150	—	2 080	5 200	8 320	8 320	8 320	—	1 300	4 420	7 540	7 540	7 540
910	1 820	4 940	8 060	8 060	8 060	1 040	3 120	6 240	9 360	9 360	9 360	1 300	2 600	5 720	8 840	8 840	8 840
—	1 820	4 940	8 060	11 180	11 180	—	3 120	6 240	9 360	12 480	12 480	—	2 600	5 720	8 840	11 960	11 960
1 820	3 640	6 760	9 880	13 000	13 000	910	4 030	7 150	10 270	13 390	13 390	1 040	3 640	6 760	9 880	13 000	13 000
—	3 640	7 540	10 660	13 780	16 900	—	4 030	7 930	11 050	14 170	17 290	—	3 640	7 540	10 660	13 780	16 900
780	4 420	8 320	11 440	14 560	17 680	910	4 940	8 840	11 960	15 080	18 200	2 080	5 720	9 620	12 740	15 860	18 980
—	4 420	8 320	12 220	15 340	18 460	—	4 940	8 840	12 740	15 860	18 980	—	5 720	9 620	13 520	16 640	19 760
780	5 200	9 100	13 000	16 120	19 240	910	5 850	9 750	13 650	16 770	19 890	780	6 500	10 400	14 300	17 420	20 540
—	5 200	9 100	13 000	16 900	20 020	—	5 850	9 750	13 650	17 550	20 670	—	6 500	10 400	14 300	18 200	21 320
780	5 980	9 880	13 780	17 680	20 800	1 820	7 670	11 570	15 470	19 370	22 490	780	7 280	11 180	15 080	18 980	22 100
—	5 980	9 880	13 780	17 680	21 580	—	7 670	11 570	15 470	19 370	23 270	—	7 280	11 180	15 080	18 980	22 880
780	6 760	10 660	14 560	18 460	22 360	780	8 450	12 350	16 250	20 150	24 050	1 820	9 100	13 000	16 900	20 800	24 700
—	6 760	11 440	15 340	19 240	23 140	—	8 450	13 130	17 030	20 930	24 830	—	9 100	13 780	17 680	21 580	25 480
1 820	8 580	13 260	17 160	21 060	24 960	780	9 230	13 910	17 810	21 710	25 610	780	9 880	14 560	18 460	22 360	26 260
—	8 580	13 260	17 940	21 840	25 740	—	9 230	13 910	18 590	22 490	26 390	—	9 880	14 560	19 240	23 140	27 040
—	8 580	13 260	17 940	21 840	25 740	—	9 230	13 910	18 590	22 490	26 390	—	9 880	14 560	19 240	23 140	27 040
—	8 580	13 260	17 940	22 620	26 520	—	9 230	13 910	18 590	23 270	27 170	—	9 880	14 560	19 240	23 920	27 820
—	8 580	13 260	17 940	22 620	26 520	—	9 230	13 910	18 590	23 270	27 170	—	9 880	14 560	19 240	23 920	27 820
—	8 580	13 260	17 940	22 620	27 300	—	9 230	13 910	18 590	23 270	27 950	—	9 880	14 560	19 240	23 920	28 600
—	8 580	—	13 260	17 940	22 620	—	9 230	—	13 910	18 590	23 270	—	9 880	—	14 560	19 240	23 920
—	8 580	—	13 260	17 940	22 620	—	9 230	—	13 910	18 590	23 270	—	9 880	—	14 560	19 240	23 920
—	8 580	—	—	13 260	17 940	—	9 230	—	—	13 910	18 590	—	9 880	—	—	14 560	19 240
—	8 580	—	—	13 260	17 940	—	9 230	—	—	13 910	18 590	—	9 880	—	—	14 560	19 240
—	8 580	—	—	—	13 260	—	9 230	—	—	—	13 910	—	9 880	—	—	—	14 560
—	8 580	—	—	—	13 260	—	9 230	—	—	—	13 910	—	9 880	—	—	—	14 560
		191 620	291 460	391 300	491 140			210 340	311 480	412 620	513 760			214 240	316 680	419 120	521 560
zulagen im Oktober 1922						Übersicht 14b.											
—	—	2 140	2 140	2 140	2 140	—	—	2 140	2 140	2 140	2 140	—	—	2 140	2 140	2 140	2 140
535	535	2 675	2 675	2 675	2 675	642	642	2 782	2 782	2 782	2 782	642	642	2 782	2 782	2 782	2 782
—	535	2 675	4 815	4 815	4 815	—	642	2 782	4 922	4 922	4 922	—	642	2 782	4 922	4 922	4 922
535	1 070	3 210	5 350	5 350	5 350	1 284	1 926	4 066	6 206	6 206	6 206	642	1 284	3 424	5 564	5 564	5 564
—	1 070	3 210	5 350	7 490	7 490	—	1 926	4 066	6 206	8 346	8 346	—	1 284	3 424	5 564	7 704	7 704
535	1 605	3 745	5 885	8 025	8 025	535	2 461	4 601	6 741	8 881	8 881	642	1 926	4 066	6 206	8 346	8 346
—	1 605	4 280	6 420	8 560	10 700	—	2 461	5 136	7 276	9 416	11 556	—	1 926	4 601	6 741	8 881	11 021
1 177	2 782	5 457	7 597	9 737	11 877	535	2 996	5 671	7 811	9 951	12 091	1 284	3 210	5 885	8 025	10 165	12 305
—	2 782	5 457	8 132	10 272	12 412	—	2 996	5 671	8 346	10 486	12 626	—	3 210	5 885	8 560	10 700	12 840
535	3 317	5 992	8 667	10 807	12 947	535	3 531	6 206	8 881	11 021	13 161	642	3 852	6 527	9 202	11 342	13 482
—	3 317	5 992	8 667	11 342	13 482	—	3 531	6 206	8 881	11 556	13 696	—	3 852	6 527	9 202	11 877	14 017
535	3 852	6 527	9 202	11 877	14 017	535	4 066	6 741	9 416	12 091	14 231	642	4 494	7 169	9 844	12 519	14 659
—	3 852	6 527	9 202	11 877	14 552	—	4 066	6 741	9 416	12 091	14 766	—	4 494	7 169	9 844	12 519	15 194
428	4 280	6 955	9 630	12 305	14 980	1 177	5 243	7 918	10 593	13 268	15 943	535	5 029	7 704	10 379	13 054	15 729
—	4 280	7 490	10 165	12 840	15 515	—	5 243	8 453	11 128	13 803	16 478	—	5 029	8 239	10 914	13 589	16 264
428	4 708	7 918	10 593	13 268	15 943	535	5 778	8 988	11 663	14 338	17 013	535	5 564	8 774	11 449	14 124	16 799
—	4 708	7 918	11 128	13 803	16 478	—	5 778	8 988	12 198	14 873	17 548	—	5 564	8 774	11 984	14 659	17 334
—	4 708	7 918	11 128	13 803	16 478	—	5 778	8 988	12 198	14 873	17 548	—	5 564	8 774	11 984	14 659	17 334
—	4 708	7 918	11 128	14 338	17 013	—	5 778	8 988	12 198	15 408	18 083	—	5 564	8 774	11 984	15 194	17 869
—	4 708	7 918	11 128	14 338	17 013	—	5 778	8 988	12 198	15 408	18 083	—	5 564	8 774	11 984	15 194	17 869
—	4 708	7 918	11 128	14 338	17 548	—	5 778	8 988	12 198	15 408	18 618	—	5 564	8 774	11 984	15 194	18 404
—	4 708	—	7 918	11 128	14 338	—	5 778	—	8 988	12 198	15 408	—	5 564	—	8 774	11 984	15 194
—	4 708	—	7 918	11 128	14 338	—	5 778	—	8 988	12 198	15 408	—	5 564	—	8 774	11 984	15 194
—	4 708	—	—	7 918	11 128	—	5 778	—	—	8 988	12 198	—	5 564	—	—	8 774	11 984
—	4 708	—	—	7 918	11 128	—	5 778	—	—	8 988	12 198	—	5 564	—	—	8 774	11 984
—	4 708	—	—	—	7 918	—	5 778	—	—	—	8 988	—	5 564	—	—	—	8 774
—	4 708	—	—	—	7 918	—	5 778	—	—	—	8 988	—	5 564	—	—	—	8 774
		119 840	185 966	252 092	318 218			133 108	201 374	269 640	337 906			130 968	198 806	266 644	334 482

Dienstjahren zur Verfügung stehenden Beträge dar. Vergl. Übersicht 13b.

eines solchen Vorgehens, d. h. der Einbeziehung der Dienstalterszulagen in die Ausgaben für Kinder, ist bereits in den Ausführungen auf S. 237 ff. gegeben. Hier ist noch zu erwähnen, daß zu den Dienstalterszulagen im Sinne der folgenden Darstellung auch diejenigen Beträge zu rechnen sind, die sich durch eine Erhöhung der Ortszulagen infolge Überschreitens der entsprechenden Gehaltsgrenze ergeben. Es ist ferner bei dieser Darstellung unberücksichtigt geblieben, daß bei weitem nicht alle Gruppen der Beamtenbesoldungsordnung „Eingangsgruppen" sind, sodaß beispielsweise wohl das Anfangsgehalt der Gruppe VII, nicht aber das der Gruppe VIII oder IX unter normalen Verhältnissen für den Bedarf eines kinderlos verheirateten Beamten zur Verfügung stehen dürfte. Da diese sogenannten „Aufstiegsgruppen" erst nach mehrjähriger, oft vieljähriger Dienstzeit erreicht zu werden pflegen, wobei in der Regel 4 Dienstjahre am Besoldungsdienstalter eingebüßt werden können, so geht daraus hervor, daß der Einkommensbezug der Beamten dieser Gruppen in ihren jüngeren Jahren

Noch: Übersicht 14a.

Dienstjahre	Gruppe VI						Gruppe VII					
	Jeweilige Gehaltssteigerung	Gesamte Gehaltssteigerung	Es stehen demnach zur Verfügung für 1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 Kinder	Jeweilige Gehaltssteigerung	Gesamte Gehaltssteigerung	Es stehen demnach zur Verfügung für 1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 Kinder
	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M
1	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43
									Dienstalters- und Kinder-			
Nach 1 Dienstjahr	—	—	3 120	3 120	3 120	3 120	—	—	3 120	3 120	3 120	3 120
„ 2 Dienstjahren	1 300	1 300	4 420	4 420	4 420	4 420	1 300	1 300	4 420	4 420	4 420	4 420
„ 3 „	—	1 300	4 420	7 540	7 540	7 540	—	1 300	4 420	7 540	7 540	7 540
„ 4 „	2 340	3 640	6 760	9 880	9 880	9 880	2 340	3 640	6 760	9 880	9 880	9 880
„ 5 „	—	3 640	6 760	9 880	13 000	13 000	—	3 640	6 760	9 880	13 000	13 000
„ 6 „	1 040	4 680	7 800	10 920	14 040	14 040	1 300	4 940	8 060	11 180	14 300	14 300
„ 7 „	—	4 680	8 580	11 700	14 820	17 940	—	4 940	8 840	11 960	15 080	18 200
„ 8 „	2 080	6 760	10 660	13 780	16 900	20 020	1 300	6 240	10 140	13 260	16 380	19 500
„ 9 „	—	6 760	10 660	14 560	17 680	20 800	—	6 240	10 140	14 040	17 160	20 280
„ 10 „	1 040	7 800	11 700	15 600	18 720	21 840	1 300	7 540	11 440	15 340	18 460	21 580
„ 11 „	—	7 800	11 700	15 600	19 500	22 620	—	7 540	11 440	15 340	19 240	22 360
„ 12 „	910	8 710	12 610	16 510	20 410	23 530	1 300	8 840	12 740	16 640	20 540	23 660
„ 13 „	—	8 710	12 610	16 510	20 410	24 310	—	8 840	12 740	16 640	20 540	24 440
„ 14 „	910	9 620	13 520	17 420	21 320	25 220	1 300	10 140	14 040	17 940	21 840	25 740
„ 15 „	—	9 620	14 300	18 200	22 100	26 000	—	10 140	14 820	18 720	22 620	26 520
„ 16 „	910	10 530	15 210	19 110	23 010	26 910	2 340	12 480	17 160	21 060	24 960	28 860
„ 17 „	—	10 530	15 210	19 890	23 790	27 690	—	12 480	17 160	21 840	25 740	29 640
„ 18 „	—	10 530	15 210	19 890	23 790	27 690	—	12 480	17 160	21 840	25 740	29 640
„ 19 „	—	10 530	15 210	19 890	24 570	28 470	—	12 480	17 160	21 840	26 520	30 420
„ 20 „	—	10 530	15 210	19 890	24 570	28 470	—	12 480	17 160	21 840	26 520	30 420
„ 21 „	—	10 530	15 210	19 890	24 570	29 250	—	12 480	17 160	21 840	26 520	31 200
„ 22 „	—	10 530	—	15 210	19 890	24 570	—	12 480	—	17 160	21 840	26 520
„ 23 „	—	10 530	—	15 210	19 890	24 570	—	12 480	—	17 160	21 840	26 520
„ 24 „	—	10 530	—	—	15 210	19 890	—	12 480	—	—	17 160	21 840
„ 25 „	—	10 530	—	—	15 210	19 890	—	12 480	—	—	17 160	21 840
„ 26 „	—	10 530	—	—	—	15 210	—	12 480	—	—	—	17 160
„ 27 „	—	10 530	—	—	—	15 210	—	12 480	—	—	—	17 160
insgesamt . . .			230 880	334 620	438 360	542 100			242 840	350 480	458 120	565 760

Noch: Übersicht 14b.

Dienstjahre	Gruppe VI						Gruppe VII					
									Dienstalters- und Kinder-			
Nach 1 Dienstjahr	—	—	2 140	2 140	2 140	2 140	—	—	2 140	2 140	2 140	2 140
„ 2 Dienstjahren	1 391	1 391	3 531	3 531	3 531	3 531	856	856	2 996	2 996	2 996	2 996
„ 3 „	—	1 391	3 531	5 671	5 671	5 671	—	856	2 996	5 136	5 136	5 136
„ 4 „	749	2 140	4 280	6 420	6 420	6 420	749	1 605	3 745	5 885	5 885	5 885
„ 5 „	—	2 140	4 280	6 420	8 560	8 560	—	1 605	3 745	5 885	8 025	8 025
„ 6 „	749	2 889	5 029	7 169	9 309	9 309	749	2 354	4 494	6 634	8 774	8 774
„ 7 „	—	2 889	5 564	7 704	9 844	11 984	—	2 354	5 029	7 169	9 309	11 449
„ 8 „	642	3 531	6 206	8 346	10 486	12 626	749	3 103	5 778	7 918	10 058	12 198
„ 9 „	—	3 531	6 206	8 881	11 021	13 161	—	3 103	5 778	8 453	10 593	12 733
„ 10 „	642	4 173	6 848	9 523	11 663	13 803	1 391	4 494	7 169	9 844	11 984	14 124
„ 11 „	—	4 173	6 848	9 523	12 198	14 338	—	4 494	7 169	9 844	12 519	14 659
„ 12 „	642	4 815	7 490	10 165	12 840	14 980	749	5 243	7 918	10 593	13 268	15 408
„ 13 „	—	4 815	7 490	10 165	12 840	15 515	—	5 243	7 918	10 593	13 268	15 943
„ 14 „	642	5 457	8 132	10 807	13 482	16 157	749	5 992	8 667	11 342	14 017	16 692
„ 15 „	—	5 457	8 667	11 342	14 017	16 692	—	5 992	9 202	11 877	14 552	17 227
„ 16 „	642	6 099	9 309	11 984	14 659	17 334	749	6 741	9 951	12 626	15 301	17 976
„ 17 „	—	6 099	9 309	12 519	15 194	17 869	—	6 741	9 951	13 161	15 836	18 511
„ 18 „	—	6 099	9 309	12 519	15 194	17 869	—	6 741	9 951	13 161	15 836	18 511
„ 19 „	—	6 099	9 309	12 519	15 729	18 404	—	6 741	9 951	13 161	16 371	19 046
„ 20 „	—	6 099	9 309	12 519	15 729	18 404	—	6 741	9 951	13 161	16 371	19 046
„ 21 „	—	6 099	9 309	12 519	15 729	18 939	—	6 741	9 951	13 161	16 371	19 581
„ 22 „	—	6 099	—	9 309	12 519	15 729	—	6 741	—	9 951	13 161	16 371
„ 23 „	—	6 099	—	9 309	12 519	15 729	—	6 741	—	9 951	13 161	16 371
„ 24 „	—	6 099	—	—	9 309	12 519	—	6 741	—	—	9 951	13 161
„ 25 „	—	6 099	—	—	9 309	12 519	—	6 741	—	—	9 951	13 161
„ 26 „	—	6 099	—	—	—	9 309	—	6 741	—	—	—	9 951
„ 27 „	—	6 099	—	—	—	9 309	—	6 741	—	—	—	9 951
insgesamt . . .			142 096	211 004	279 912	348 820			144 450	214 642	284 834	355 026

zu günstig erscheinen muß. Das ist bei der Beurteilung der Übersichten 14a und 14b auf Seite 246 bis 249 vor allem zu beachten.

Für die richtige Einschätzung dieser Zahlen muß man sich auch vor allem und in erster Linie vergegenwärtigen, daß dem Vergleich zwischen dem Kindernotbedarf und den mit der Besoldungsgruppe steigenden Dienstalterszulagen ein fiktiver Charakter innewohnt, der sich vor allem in den höheren Gruppen geltend macht und hier den Umfang der zulässigen Schlußfolgerungen wesentlich einschränkt. Einmal trifft es nicht zu, daß der Beamte einer höheren Besoldungsgruppe immer und ohne weiteres die sämtlichen Dienstalterszulagen lediglich für die Versorgung seiner Kinder verwenden kann. Je höher die Stellung ist, eine desto größere Rolle spielen Repräsentations-, Bildungs- und sonstige Kulturbedürfnisse, sodaß ein nennenswerter Teil der Dienstalterszulagen in Ergänzung des auch hier relativ knapp bemessenen Anfangsgehalts mit für persönliche Zwecke des Beamten selbst

Noch: Übersicht 14a.

zulagen im April 1922

Gruppe VIII						Gruppe IX						Gruppe X					
Jeweilige Gehaltssteigerung	Gesamte Gehaltssteigerung	Es stehen demnach zur Verfügung für 1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 Kinder	Jeweilige Gehaltssteigerung	Gesamte Gehaltssteigerung	Es stehen demnach zur Verfügung für 1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 Kinder	Jeweilige Gehaltssteigerung	Gesamte Gehaltssteigerung	Es stehen demnach zur Verfügung für 1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 Kinder
M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61
—	—	3 120	3 120	3 120	3 120	—	—	3 120	3 120	3 120	3 120	—	—	3 120	3 120	3 120	3 120
1 950	1 950	5 070	5 070	5 070	5 070	2 080	2 080	5 200	5 200	5 200	5 200	2 600	2 600	5 720	5 720	5 720	5 720
—	1 950	5 070	8 190	8 190	8 190	—	2 080	5 200	8 320	8 320	8 320	—	2 600	5 720	8 840	8 840	8 840
1 950	3 900	7 020	10 140	10 140	10 140	3 120	5 200	8 320	11 440	11 440	11 440	2 600	5 200	8 320	11 440	11 440	11 440
—	3 900	7 020	10 140	13 260	13 260	—	5 200	8 320	11 440	14 560	14 560	—	5 200	8 320	11 440	14 560	14 560
1 560	5 460	8 580	11 700	14 820	14 820	2 080	7 280	10 400	13 520	16 640	16 640	2 600	7 800	10 920	14 040	17 160	17 160
—	5 460	9 360	12 480	15 600	18 720	—	7 280	11 180	14 300	17 420	20 540	—	7 800	11 700	14 820	17 940	21 060
1 560	7 020	10 920	14 040	17 160	20 280	2 080	9 360	13 260	16 380	19 500	22 620	2 600	10 400	14 300	17 420	20 540	23 660
—	7 020	10 920	14 820	17 940	21 060	—	9 360	13 260	17 160	20 280	23 400	—	10 400	14 300	18 200	21 320	24 440
2 600	9 620	13 520	17 420	20 540	23 660	2 080	11 440	15 340	19 240	22 360	25 480	2 600	13 000	16 900	20 800	23 920	27 040
—	9 620	13 520	17 420	21 320	24 440	—	11 440	15 340	19 240	23 140	26 260	—	13 000	16 900	20 800	24 700	27 820
1 560	11 180	15 080	18 980	22 880	26 000	1 950	13 390	17 290	21 190	25 090	28 210	2 600	15 600	19 500	23 400	27 300	30 420
—	11 180	15 080	18 980	22 880	26 780	—	13 390	17 290	21 190	25 090	28 990	—	15 600	19 500	23 400	27 300	31 200
1 560	12 740	16 640	20 540	24 440	28 340	1 950	15 340	19 240	23 140	27 040	30 940	3 640	19 240	23 140	27 040	30 940	34 840
—	12 740	17 420	21 320	25 220	29 120	—	15 340	20 020	23 920	27 820	31 720	—	19 240	23 920	27 820	31 720	35 620
—	12 740	17 420	21 320	25 220	29 120	—	15 340	20 020	23 920	27 820	31 720	—	19 240	23 920	27 820	31 720	35 620
—	12 740	17 420	22 100	26 000	29 900	—	15 340	20 020	24 700	28 600	32 500	—	19 240	23 920	28 600	32 500	36 400
—	12 740	17 420	22 100	26 000	29 900	—	15 340	20 020	24 700	28 600	32 500	—	19 240	23 920	28 600	32 500	36 400
—	12 740	17 420	22 100	26 780	30 680	—	15 340	20 020	24 700	29 380	33 280	—	19 240	23 920	28 600	33 280	37 180
—	12 740	17 420	22 100	26 780	30 680	—	15 340	20 020	24 700	29 380	33 280	—	19 240	23 920	28 600	33 280	37 180
—	12 740	17 420	22 100	26 780	31 460	—	15 340	20 020	24 700	29 380	34 060	—	19 240	23 920	28 600	33 280	37 960
—	12 740	—	17 420	22 100	26 780	—	15 340	—	20 020	24 700	29 380	—	19 240	—	23 920	28 600	33 280
—	12 740	—	17 420	22 100	26 780	—	15 340	—	20 020	24 700	29 380	—	19 240	—	23 920	28 600	33 280
—	12 740	—	—	17 420	22 100	—	15 340	—	—	20 020	24 700	—	19 240	—	—	23 920	28 600
—	12 740	—	—	17 420	22 100	—	15 340	—	—	20 020	24 700	—	19 240	—	—	23 920	28 600
—	12 740	—	—	—	17 420	—	15 340	—	—	—	20 020	—	19 240	—	—	—	23 920
—	12 740	—	—	—	17 420	—	15 340	—	—	—	20 020	—	19 240	—	—	—	23 920
		262 860	371 020	479 180	587 340			302 900	416 260	529 620	642 980			345 800	466 960	588 120	709 280

Noch: Übersicht 14b.

zulagen im Oktober 1922

44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61
—	—	2 140	2 140	2 140	2 140	—	—	2 140	2 140	2 140	2 140	—	—	2 140	2 140	2 140	2 140
963	963	3 103	3 103	3 103	3 103	1 177	1 177	3 317	3 317	3 317	3 317	1 498	1 498	3 638	3 638	3 638	3 638
—	963	3 103	5 243	5 243	5 243	—	1 177	3 317	5 457	5 457	5 457	—	1 498	3 638	5 778	5 778	5 778
1 605	2 568	4 708	6 848	6 848	6 848	1 177	2 354	4 494	6 634	6 634	6 634	1 498	2 996	5 136	7 276	7 276	7 276
—	2 568	4 708	6 848	8 988	8 988	—	2 354	4 494	6 634	8 774	8 774	—	2 996	5 136	7 276	9 416	9 416
963	3 531	5 671	7 811	9 951	9 951	1 177	3 531	5 671	7 811	9 951	9 951	1 498	4 494	6 634	8 774	10 914	10 914
—	3 531	6 206	8 346	10 486	12 626	—	3 531	6 206	8 346	10 486	12 626	—	4 494	7 169	9 309	11 449	13 589
963	4 494	7 169	9 309	11 449	13 589	1 177	4 708	7 383	9 523	11 663	13 803	2 140	6 634	9 309	11 449	13 589	15 729
—	4 494	7 169	9 844	11 984	14 124	—	4 708	7 383	10 058	12 198	14 338	—	6 634	9 309	11 984	14 124	16 264
963	5 457	8 132	10 807	12 947	15 087	1 177	5 885	8 560	11 235	13 375	15 515	1 498	8 132	10 807	13 482	15 622	17 762
—	5 457	8 132	10 807	13 482	15 622	—	5 885	8 560	11 235	13 910	16 050	—	8 132	10 807	13 482	16 157	18 297
963	6 420	9 095	11 770	14 445	16 585	1 177	7 062	9 737	12 412	15 087	17 227	1 391	9 523	12 198	14 873	17 548	19 688
—	6 420	9 095	11 770	14 445	17 120	—	7 062	9 737	12 412	15 087	17 762	—	9 523	12 198	14 873	17 548	20 223
963	7 383	10 058	12 733	15 408	18 083	1 070	8 132	10 807	13 482	16 157	18 832	1 391	10 914	13 589	16 264	18 939	21 614
—	7 383	10 593	13 268	15 943	18 618	—	8 132	11 342	14 017	16 692	19 367	—	10 914	14 124	16 799	19 474	22 149
—	7 383	10 593	13 268	15 943	18 618	—	8 132	11 342	14 017	16 692	19 367	—	10 914	14 124	16 799	19 474	22 149
—	7 383	10 593	13 803	16 478	19 153	—	8 132	11 342	14 552	17 227	19 902	—	10 914	14 124	17 334	20 009	22 684
—	7 383	10 593	13 803	16 478	19 153	—	8 132	11 342	14 552	17 227	19 902	—	10 914	14 124	17 334	20 009	22 684
—	7 383	10 593	13 803	17 013	19 688	—	8 132	11 342	14 552	17 762	20 437	—	10 914	14 124	17 334	20 544	23 219
—	7 383	10 593	13 803	17 013	19 688	—	8 132	11 342	14 552	17 762	20 437	—	10 914	14 124	17 334	20 544	23 219
—	7 383	10 593	13 803	17 013	20 223	—	8 132	11 342	14 552	17 762	20 972	—	10 914	14 124	17 334	20 544	23 754
—	7 383	—	10 593	13 803	17 013	—	8 132	—	11 342	14 552	17 762	—	10 914	—	14 124	17 334	20 544
—	7 383	—	10 593	13 803	17 013	—	8 132	—	11 342	14 552	17 762	—	10 914	—	14 124	17 334	20 544
—	7 383	—	—	10 593	13 803	—	8 132	—	—	11 342	14 552	—	10 914	—	—	14 124	17 334
—	7 383	—	—	10 593	13 803	—	8 132	—	—	11 342	14 552	—	10 914	—	—	14 124	17 334
—	7 383	—	—	—	10 593	—	8 132	—	—	—	11 342	—	10 914	—	—	—	14 124
—	7 383	—	—	—	10 593	—	8 132	—	—	—	11 342	—	10 914	—	—	—	14 124
		162 640	234 116	305 592	377 068			171 200	244 174	317 148	390 192			210 576	289 114	367 652	446 190

und allenfalls für „Generalunkosten“ in der Familie herangezogen werden muß. Ferner liegt der tatsächliche Bedarf für Kinder um so mehr über dem Notbedarf, je mehr der Beamte bestrebt ist, seinen Kindern bei entsprechender Veranlagung mindestens dasselbe Maß an Bildung und Erwerbsmöglichkeiten mitzugeben, das seiner eigenen Stellung entspricht. Hierbei sei noch gar nicht so sehr an das besonders verteuernde Universitätsstudium oder die Ausstattung heiratsfähiger Töchter gedacht. Besonders wichtig ist in dieser Richtung die Tatsache, daß die Vorbildung zu einem höheren oder mehr geistigen Beruf den Eltern viel länger die Unterhaltslast auferlegt, als wenn sie ihre Kinder Berufe wählen lassen, in denen sie verhältnismäßig frühzeitig erwerben können. Von all diesen Momenten wird, wie gesagt, mit vollem Bewußtsein abgesehen, wenn man den Kindernotbedarf mit den gesamten Dienstalterszulagen auch der höheren Besoldungsgruppen vergleicht. Die Bedeutung eines solchen Vergleichs liegt auch keineswegs in der – ohne weiteres selbstverständlichen – Feststellung, daß der Notbedarf in den höheren Gruppen besser gedeckt werden kann, sondern liegt darin, daß hierbei besonders im Vergleich mit der Vorkriegszeit Maßstäbe zu einer zweckmäßigen Regelung dieser ganzen Frage gewonnen werden können. In diesem Sinne sind auch die nachfolgenden Ausführungen vor allem zu verstehen.

Das Anfangsgehalt eines kinderlos verheirateten Beamten, nicht dasjenige eines Junggesellen, ist mit voller Absicht als Ausgangspunkt gewählt worden. Die wirklichen Bedarfsverhältnisse des Junggesellen scheinen mir noch so verworren und ungeklärt, daß ich es nicht für angängig halte, sich bei so weittragenden Untersuchungen auf sie zu beziehen. Ich könnte es gegenwärtig nicht rechtfertigen, einen zahlenmäßig begründeten Unterschied zwischen dem Bedarf eines Junggesellen und dem eines kinderlosen Ehepaares zu machen, sondern unterstelle für die Zwecke dieser Arbeit als richtig, was vielfach behauptet wird, daß der Lebensunterhalt eines nicht im Familienhaushalt lebenden, sondern auf Wirtshauskost usw. angewiesenen Junggesellen nicht wesentlich billiger ist als der eines Ehepaares ohne Kinder. Es wird meines Erachtens weder theoretisch noch praktisch viel gewonnen, wenn man vom unverheirateten Beamten als der Basis der ganzen Untersuchung ausgehen, dann die Mehrkosten für einen Verheirateten-Haushalt berechnen und schließlich als letzte Korrektur die Ausgaben für die Kinder in Rechnung ziehen will. Es kommen dabei so viele Unsicherheiten in die Rechnung, daß man sich lieber auf einen festeren Boden begibt, wie er sich ohne weiteres in der Wahl des kinderlosen Ehepaares als Ausgangspunkt der ganzen Darstellung darbietet. Diesem Ehepaar lassen wir in jeder Gehaltsgruppe ein Jahr nach der festen Anstellung das erste Kind, je zwei Jahre später noch weitere Kinder geboren werden, sodaß sich einerseits der Bedarf in dem bereits geschilderten Ausmaß verändert, andrerseits sich aber auch das Einkommen durch die Gewährung von Dienstalters- und Kinderzulagen erhöht. In den Übersichten 14a und 14b auf S. 246–249 sind diese Berechnungen für die Gruppen I–X der aufsteigenden Gehälter, und zwar oben für April 1922, unten für Oktober 1922 durchgeführt. In den Spalten 2, 8, 14 usw. ist angegeben, um wieviel das Gehalt jeweils nach zwei Dienstjahren steigt einschließlich des etwaigen Mehrbetrags an Ortszulage (diese selbst ist bereits im Anfangsgehalt enthalten); in den Spalten 3, 9, 15 usw. ist der gesamte Betrag der jeweils erreichten Zulagen verzeichnet. Zu dieser allgemein und jedem Beamten gewährten Einkommenssteigerung, die naturgemäß in den verschiedenen Gruppen verschieden hoch ist, tritt beim Vorhandensein von Kindern die Kinderzulage für jedes Kind hinzu, die für alle Gruppen gleich hoch ist und sich nur für die verschiedenen Altersjahre der Kinder selbst unterscheidet. Im April 1922 beträgt sie für Kinder bis zu 6 Jahren bei 30 % Ausgleichszuschlag 3 120 ℳ, bis zum 14. Lebensjahr 3 900 ℳ, darüber hinaus bis zu 21 Jahren 4 680 ℳ jährlich, im Oktober 1922 in den betreffenden Altersgruppen bei durchschnittlich 7 % Ausgleichszuschlag 2 140, 2 675 und 3 120 ℳ monatlich. Wie hoch sich die Kinderzulagen insgesamt stellen, wenn man von der schon mehrfach erwähnten Fiktion eines zweijährigen Abstandes der einzelnen Geburten ausgeht, ersieht man aus den Übersichten 15a und 15b.

Übersicht 15a.

Jahresbetrag der Kinderzulagen für 1—4 Kinder im April 1922.

Dienstjahre	1 Kind ℳ	2 Kinder ℳ	3 Kinder ℳ	4 Kinder ℳ
1	2	3	4	5
Nach 1 Dienstjahr . . .	3 120	3 120	3 120	3 120
„ 2 Dienstjahren .	3 120	3 120	3 120	3 120
„ 3 „ .	3 120	6 240	6 240	6 240
„ 4 „ .	3 120	6 240	6 240	6 240
„ 5 „ .	3 120	6 240	9 360	9 360
„ 6 „ .	3 120	6 240	9 360	9 360
„ 7 „ .	3 900	7 020	10 140	13 260
„ 8 „ .	3 900	7 020	10 140	13 260
„ 9 „ .	3 900	7 800	10 920	14 040
„ 10 „ .	3 900	7 800	10 920	14 040
„ 11 „ .	3 900	7 800	11 700	14 820
„ 12 „ .	3 900	7 800	11 700	14 820
„ 13 „ .	3 900	7 800	11 700	15 600
„ 14 „ .	3 900	7 800	11 700	15 600
„ 15 „ .	4 680	8 580	12 480	16 380
„ 16 „ .	4 680	8 580	12 480	16 380
„ 17 „ .	4 680	9 360	13 260	17 160
„ 18 „ .	4 680	9 360	13 260	17 160
„ 19 „ .	4 680	9 360	14 040	17 940
„ 20 „ .	4 680	9 360	14 040	17 940
„ 21 „ .	4 680	9 360	14 040	18 720
„ 22 „ .	—	4 680	9 360	14 040
„ 23 „ .	—	4 680	9 360	14 040
„ 24 „ .	—	—	4 680	9 360
„ 25 „ .	—	—	4 680	9 360
„ 26 „ .	—	—	—	4 680
„ 27 „ .	—	—	—	4 680
Zusammen . . .	**82 680**	**165 360**	**248 040**	**330 720**

Übersicht 15b.

Monatsbetrag der Kinderzulagen für 1—4 Kinder im Oktober 1922

Dienstjahre	1 Kind ℳ	2 Kinder ℳ	3 Kinder ℳ	4 Kinder ℳ
1	2	3	4	5
Nach 1 Dienstjahr . . .	2 140	2 140	2 140	2 140
„ 2 Dienstjahren .	2 140	2 140	2 140	2 140
„ 3 „ .	2 140	4 280	4 280	4 280
„ 4 „ .	2 140	4 280	4 280	4 280
„ 5 „ .	2 140	4 280	6 420	6 420
„ 6 „ .	2 140	4 280	6 420	6 420
„ 7 „ .	2 675	4 815	6 955	9 095
„ 8 „ .	2 675	4 815	6 955	9 095
„ 9 „ .	2 675	5 350	7 490	9 630
„ 10 „ .	2 675	5 350	7 490	9 630
„ 11 „ .	2 675	5 350	8 025	10 165
„ 12 „ .	2 675	5 350	8 025	10 165
„ 13 „ .	2 675	5 350	8 025	10 700
„ 14 „ .	2 675	5 350	8 025	10 700
„ 15 „ .	3 210	5 885	8 560	11 235
„ 16 „ .	3 210	5 885	8 560	11 235
„ 17 „ .	3 210	6 420	9 095	11 770
„ 18 „ .	3 210	6 420	9 095	11 770
„ 19 „ .	3 210	6 420	9 630	12 305
„ 20 „ .	3 210	6 420	9 630	12 305
„ 21 „ .	3 210	6 420	9 630	12 840
„ 22 „ .	—	3 210	6 420	9 630
„ 23 „ .	—	3 210	6 420	9 630
„ 24 „ .	—	—	3 210	6 420
„ 25 „ .	—	—	3 210	6 420
„ 26 „ .	—	—	—	3 210
„ 27 „ .	—	—	—	3 210
Zusammen . . .	**56 710**	**113 420**	**170 130**	**226 840**

Zählt man die Beträge in den Spalten 2—5 der Übersichten 15a und b zu den Gesamtsteigerungen aus dem Dienstalter hinzu, so erhält man die Summen, die in den Übersichten 14a und b in den Spalten 4—7, 10—13, 16—19 usw. dargestellt sind. Das sind die Beträge, die unter den angenommenen Voraussetzungen tatsächlich für 1, 2, 3 und 4 Kinder in den einzelnen Beamtengruppen gezahlt werden. Dabei ist immer daran festgehalten, daß die tatsächliche Fürsorge mit der Vollendung des 21. Lebensjahres aufhört, sodaß mit dem Wegfall der nackten Kinderzulage auch die dann noch weiter bestehende Dienstalterszulage nicht mehr dem betreffenden Kinde zugute gerechnet wird. Am Ende jeder Gruppenübersicht sind die Beträge jeweils für 1, 2, 3 und 4 Kinder aufgerechnet; es zeigt sich ohne weiteres, daß diese Summenzahlen mit wachsender Kinderzahl in immer schwächerem Maße zunehmen: Das erklärt sich aus der Tatsache, daß zwar jedem Kinde der gleiche Betrag an reiner Kinderzulage gewährt wird, daß aber der Gesamtbetrag an Dienstalterszulagen sich auf immer mehr Köpfe verteilt, auf jeden Kopf also um so weniger entfällt. Im Sinne einer Politik der Bevölkerungsvermehrung, wie wir sie in den Kriegsjahren 1917 und 1918 kennen gelernt haben, ist also diese Regelung durchaus unzweckmäßig.

Die Beschränkung der Übersichten auf höchstens 4 Kinder ist vor allem aus technischen und Raumgründen durchgeführt, so wünschenswert an sich die Darstellung auch für die Familien mit mehr Kindern gewesen wäre, da sich in diesen nach den Zahlen der Übersicht 5 auf Seite 230 insgesamt 36,59 % aller Kinder, also mehr als ein volles Drittel, befinden. Aber einerseits ist anzunehmen, daß dieser Anteil für die Gegenwart geringer ist, und dann gilt er in dieser Stärke vor allem für die Unterbeamten, für die man die fehlenden Zahlen, wie noch zu zeigen sein wird, ohne große Schwierigkeiten aus dem dargebotenen Material erschließen kann; und vor allem ist in der folgenden Übersicht 16 die Darstellung der Schlußsummen absolut und relativ für die Familien bis zu 7 Kindern einschließlich durchgeführt.

Übersicht 16.

Besoldungsgruppe	An Dienstalters- und Kinderzulagen stehen im April 1922 jährlich zur Verfügung für							Setzt man den Notbedarf für						
	1 Kind M	2 Kinder M	3 Kinder M	4 Kinder M	5 Kinder M	6 Kinder M	7 Kinder M	1 Kind 154 200	2 Kinder 308 400	3 Kinder 462 600	4 Kinder 616 800	5 Kinder 771 000	6 Kinder 925 200	7 Kinder 1 079 400
								jeweils gleich 100, so belaufen sich die vorstehenden Zulagen auf						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
I . .	177 060	274 820	372 580	470 340	568 100	665 860	763 620	114,82	89,11	80,54	76,25	73,68	71,97	70,74
II . .	187 720	286 260	384 800	483 340	581 880	680 420	778 960	121,74	92,82	83,18	78,36	75,47	73,54	72,17
III . .	191 620	291 460	391 300	491 140	590 980	690 820	790 660	124,27	94,51	84,59	79,63	76,65	74,67	73,25
IV . .	210 340	311 480	412 620	513 760	614 900	716 040	817 180	136,41	101,00	89,20	83,29	79,75	77,89	75,71
V . .	214 240	316 680	419 120	521 560	624 000	726 440	828 880	138,94	102,68	90,60	84,56	80,85	78,51	76,79
VI . .	230 880	334 620	438 360	542 100	645 840	749 580	853 320	149,73	108,50	94,76	87,89	83,77	81,02	79,06
VII . .	242 840	350 480	458 120	565 760	673 400	781 040	888 680	157,48	113,64	99,08	91,78	87,34	84,42	82,83
VIII . .	262 860	371 020	479 180	587 340	695 500	803 660	911 820	170,47	120,30	103,58	95,22	90,21	86,86	84,47
IX . .	302 900	416 260	529 620	642 980	756 340	869 700	983 060	196,43	134,97	114,48	104,24	98,10	94,00	91,07
X . .	345 800	466 960	588 120	709 280	830 440	951 600	1 072 760	224,25	151,41	127,13	114,99	107,71	102,85	99,38
desgleichen im Oktober 1922 monatlich¹)								93 630	187 260	280 890	374 520	468 150	561 780	655 410
I . .	119 840	185 752	251 664	317 576	383 488	449 400	515 312	127,99	99,19	89,60	84,80	81,92	80,00	78,62
II . .	122 408	189 176	255 944	322 712	389 480	456 248	523 016	130,74	101,02	91,12	86,17	83,20	81,21	79,80
III . .	119 840	185 966	252 092	318 218	384 344	450 470	516 596	127,99	99,31	89,75	84,97	82,10	80,19	78,82
IV . .	133 108	201 374	269 640	337 906	406 172	474 438	542 704	142,16	107,54	95,99	90,22	86,76	84,45	82,80
V . .	130 968	198 806	266 644	334 482	402 320	470 158	537 996	139,88	106,17	94,93	89,31	85,94	83,69	82,09
VI . .	142 096	211 004	279 912	348 820	417 728	486 636	555 544	151,76	112,68	99,65	93,14	89,23	86,62	84,76
VII . .	144 450	214 642	284 834	355 026	425 218	495 410	565 602	154,28	114,62	101,40	94,79	90,83	88,19	86,30
VIII . .	162 640	234 116	305 592	377 068	448 544	520 020	591 496	173,71	125,02	108,79	100,68	95,81	92,57	90,25
IX . .	171 200	244 174	317 148	390 122	463 096	536 070	609 044	182,85	130,89	112,91	104,17	98,92	95,42	92,93
X . .	210 576	289 114	367 652	446 190	524 728	603 266	681 804	224,90	154,39	130,89	119,14	112,09	107,38	104,03

¹) Vergl. Anmerkung ¹) zu Übersicht 14b.

c) Vergleich zwischen Einkommen und Bedarf im April 1922.

Betrachten wir nunmehr die beiden Übersichten 14a und b auf Seite 246—249 für April und Oktober 1922 getrennt, so ist für den April zunächst folgendes festzustellen: Beim Vergleich zwischen den für die Kinder zur Verfügung stehenden Beträgen und dem oben angegebenen „Notbedarf" ist in sämtlichen Gruppen von I bis X ein mehr oder minder großer Fehlbetrag vorhanden, der im großen und ganzen nach den höheren Gruppen hin regelmäßig abnimmt, weil, wie bereits auf Seite 249 betont, nur der notdürftige, nicht der standesgemäße Bedarf der Kinder in Beziehung gesetzt wird zum steigenden Einkommen der Väter. Zur besseren Veranschaulichung dieser Tatsachen sind die Beträge, die hinter dem Notbedarf zurückbleiben, in Übersicht 14 durch nautische Zahlen gekennzeichnet.

Durch alle Gruppen zieht sich ein solcher Fehlbetrag bereits für das 1. Kindesjahr hin, weil hier unserer Annahme gemäß noch keine Dienstalterszulagen gezahlt werden und die Kinderzulage allein nicht ausreicht, nicht einmal zur Deckung des Notbedarfs. Der Fehlbedarf macht in diesem 1. Lebensjahr rund ein Siebentel des Notbedarfs aus und fällt praktisch natürlich noch weit stärker ins Gewicht, weil abgesehen von den bereits aufgeführten Kosten hier ein großer Teil der notwendigsten Anschaffungen gemacht werden muß. Das 2. Lebensjahr ist mit einer einzigen Ausnahme — immer im Sinne unseres „Notbedarfs" — ausreichend versorgt, weil hier die erste Dienstalterszulage eintritt. In Gruppe II ist diese Dienstalterszulage aber so knapp bemessen, knapper als in Gruppe I, daß der gesamte Betrag nicht einmal für den Notbedarf des 2. Lebensjahres ausreicht. Überhaupt stellt sich Gruppe II in jeder Hinsicht als die ungünstigste heraus, was die Versorgung der Kinder gerade in den jüngeren Jahren angeht; denn hier bleiben die Gehaltsbeträge selbst beim Vorhandensein von nur einem Kind bis zu dessen vollendetem 5. Lebensjahr hinter dem Bedarf zurück; der Grund liegt darin, daß auch die

zweite Dienstalterszulage ganz unzureichend und knapper als in Gruppe I ist. Im übrigen kommen Fehlbeträge bei nur einem Kind nur noch in Gruppe I und III, und zwar im 3. und 5. Lebensjahr, oder nach 3 und nach 5 Dienstjahren vor. In allen übrigen Gruppen und Lebensaltern sind die Beträge für ein Kind ausreichend.

Dagegen stellen sich bei nur zwei Kindern in den drei untersten Besoldungsgruppen dauernd Fehlbeträge heraus, solange beide Kinder nebeneinander versorgungsbedürftig sind, d. h. also mit Ausnahme der beiden letzten Jahre des jüngeren von ihnen.

Für 3 und 4 Kinder, und erst recht natürlich für 5 und mehr Kinder liegen die Verhältnisse noch ungünstiger, und zwar erstreckt sich die mangelhafte Deckung des Notbedarfs, soweit die Zeit nach 5 Dienstjahren in Frage kommt, bis zur Gruppe V einschließlich hinauf. In allen bisher genannten Fällen bedeutet die Tatsache des Fehlbetrages in den meisten einzelnen Lebensjahren auch einen endgültigen Fehlbetrag, wenn man die ganze Versorgungszeit der Kinder in Betracht zieht; der Nachweis hierfür findet sich in Übersicht 16, in der die Gesamtbeträge für die Kinder in summa mit dem Gesamtnotbedarf verglichen werden.

Für nur zwei Kinder macht sich bereits von Gruppe III an in den meisten Lebensjahren eine fühlbare Erleichterung bemerkbar, ohne daß aber für die ganze Versorgungszeit die Summe bereits ausreichend wäre. Das ist erst dauernd der Fall von Gruppe IV ab. Gleichwohl bleiben noch bis in Gruppe VII hinein auch hier einzelne Lebensjahre zu gering bedacht.

Für drei Kinder nebeneinander haben wir einen durchgehenden Fehlbetrag bereits bis zur Besoldungsgruppe V festgestellt; wie aus Übersicht 16 hervorgeht, ist die Versorgung in summa auch für die Gruppen VI und VII unzureichend, jedoch machen hier wenigstens die jüngeren Jahre eine teilweise Ausnahme. Wenn im ganzen die gezahlten Summen auch von Gruppe VIII an zureichen, ist doch erst für Gruppe X (immer natürlich mit Ausnahme des 1. Lebensjahres) ein völliges Verschwinden der knappen Jahre zu bemerken.

Für vier Kinder geht die Knappheit sogar bis zu Gruppe VIII hinauf; selbst in Gruppe X liegen hier noch zwei Jahre ziemlich ungünstig. Mit noch größerer Kinderzahl werden die Verhältnisse naturgemäß immer schwieriger: Bei 5 und 6 Kindern sind die Zulagen erst in Gruppe X ausreichend, bei 7 Kindern noch nicht einmal hier.

Will man diese Ergebnisse sachgemäß würdigen und vor allem die scheinbar verhältnismäßig günstige Gestaltung bei den höheren Gruppen in das rechte Licht rücken, so muß man sich immer folgendes vor Augen halten: Für den Notbedarf der Kinder sind hier, wie bereits auf Seite 247 f. ausgeführt, die gesamten Dienstalterszulagen in Anspruch genommen worden, sodaß für die Eltern und ihre Bedürfnisse lediglich das stets sehr knappe Anfangsgehalt auch in den spätesten Jahren, solange überhaupt Kinder zu ernähren sind, zur Verfügung steht; und, was gerade vom Standpunkt der besseren Besoldung der höheren Leistung wesentlich ist: Die Einkommensbeträge auch der höheren Gruppen, die eine freiere und standesgemäße Lebenshaltung für Eltern und Kinder ermöglichen sollen, reichen gerade hin, den Kindern das Notdürftigste zu gewähren, sobald ihre Zahl über 2—3 hinausgeht. Von einer Abgeltung der Leistung in dem Sinne, daß auch eine etwas größere Familie davon mit ihren Kindern ausreichend, geschweige denn „standesgemäß" leben könnte, kann gar keine Rede sein. Da also, um mehrere Kinder zu versorgen, mindestens die gesamten Dienstalterszulagen bis in die höchsten Gruppen hinein aufgezehrt werden müssen, so entsteht für die meisten Beamten die Notwendigkeit, von dem knappen Anfangsgehalt die gesamten Kosten für die Ernährung, Bekleidung usw. der Eltern, Miete, Heizung, Beleuchtung, Werbungskosten wie Fahrgeld u. dergl., Bildungs- und Kulturausgaben, Steuern usw. zu bestreiten.

Die wichtigsten dieser Ausgaben können mit einiger Sicherheit nach dem bereits angewandten Verfahren berechnet werden, sodaß wir hier gewissermaßen einen Notbedarf für ein Ehepaar konstruieren können. Ernährung und Bekleidung sind ein bestimmtes Vielfaches der für die Kinder ermittelten Zahlen, die Kosten für Heizung, Beleuchtung und Miete entnehmen wir den Teuerungszahlen für die 4 A-Orte; schließlich können wir noch die Steuern für jedes Gehalt gemäß den für April 1922 geltenden Abzugsbestimmungen berechnen. Es ergibt sich somit folgende Übersicht:

Übersicht 17.

Anfangsgehalt und Notbedarf eines verheirateten Beamten im April 1922.

Besoldungsgruppe	Jährliches Anfangsgehalt M	Notbedarf M	Verhältnis zwischen Notbedarf und Anfangsgehalt, wenn Anfangsgehalt = 100	Verhältnis zwischen Notbedarf und Anfangsgehalt, wenn Notbedarf = 100
1	2	3	4	5
I	23 960	24 276	101,32	98,70
II	27 210	24 601	90,41	110,61
III	30 200	24 900	82,45	121,29
IV	31 500	25 030	79,46	125,85
V	33 840	25 264	74,66	133,95
VI	35 790	25 459	71,13	140,58
VII	38 780	25 758	66,42	150,56
VIII	42 420	26 122	61,58	162,39
IX	46 320	26 512	57,24	174,71
X	51 260	27 006	52,68	189,81

Es stellt sich also heraus, daß in den Gruppen der „unteren Beamten" (Gruppe I—IV) im besten Fall 20 % des Gehalts, in den Gruppen der Assistenten und Sekretäre (V—VII) höchstens 33 % oder ein Drittel für andere Bedürfnisse wie die vorstehend genannten zur Verfügung stehen. Erst für die gehobenen mittleren und die höheren Beamten bessern sich die Verhältnisse stärker, sodaß von Gruppe VII bis X immerhin fast 40—50 % des Gehalts freier verwandt werden können. In allen Fällen ist natürlich zu berücksichtigen, daß das Mehr an Gehalt, das über die Deckung des „Notbedarfs" hinausgeht, in erster Linie zur weiteren Auffüllung der sehr notdürftig angenommenen Ernährung und Bekleidung sowie vor allen Dingen zur Ergänzung der unzureichenden Kinderzulagen zwecks Deckung des Kindernotbedarfs verwandt werden muß, sodaß der Betrag, der wirklich für andere Zwecke frei ist, selbst in den höheren Gruppen sich erheblich herabmindern dürfte. Gleichwohl darf man der Meinung Ausdruck verleihen, daß für die kinderlosen Ehepaare der höheren Gruppen, rein gemessen am bescheidenen Bedarf, ein einigermaßen zureichendes Einkommen bereits im Anfangsgehalt vorgesehen ist; es ist ferner festzustellen, daß auch beim Vorhandensein von höchstens zwei Kindern, wenn man auch hier von den untersten Gruppen absieht, noch eine bescheiden ausreichende Lebensführung möglich ist.

Ganz anders liegen die Dinge dagegen bei Familien mit 3 und mehr Kindern mit Ausnahme der höchsten aufgeführten Gruppen, aber auch in diesen selbst, wenn die Kinderzahl über 4 hinausgeht. Um dieses näher zu kennzeichnen, muß man davon ausgehen, daß die Beamten aller Gruppen, wie es praktisch wohl immer der Fall sein wird, die eben errechneten Mehrbeträge ihres Anfangsgehalts (oder des in dieser Höhe fortlaufend gedachten Gehalts) zur Ergänzung der als unzu-

reichend erkannten Beträge aus Dienstalters- und Kinderzulagen, d. h. für den Unterhalt der Kinder, und zwar in gleichem Ausmaße wie für sich selbst, verwenden. Wir wollen diese Rechnung für die als Grenzgruppen genannten Gruppen IV, VII und X durchführen. Beim Vorhandensein von nur einem Kind ist demnach zu der Zulagensumme in Übersicht 16 hinzuzurechnen der Betrag des Anfangsgehalts auf die Dauer von 21 Jahren, bei 2 Kindern auf die Dauer von 23, bei 3 Kindern von 25, bei 4 Kindern von 27 Jahren usw.

Es ergeben sich hieraus folgende Zahlen:

Übersicht 18.
Gesamteinkommen und Notbedarf einer Beamtenfamilie mit 1—7 Kindern im April 1922.

Besoldungsgruppe und Kinderzahl	Gesamteinkommen ℳ	Gesamtnotbedarf ℳ	Verhältnis zwischen Notbedarf und Einkommen, wenn Einkommen = 100	Verhältnis zwischen Notbedarf und Einkommen, wenn Notbedarf = 100
1	2	3	4	5
Gruppe IV.				
Kinderlos	789 160	525 630	66,61	150,14
Mit 1 Kind	871 840	679 830	77,98	128,24
„ 2 Kindern	1 035 980	884 090	85,34	117,18
„ 3 „	1 200 120	1 088 350	90,69	110,27
„ 4 „	1 364 260	1 292 610	94,75	105,54
„ 5 „	1 528 400	1 496 070	97,94	102,17
„ 6 „	1 692 540	1 701 130	100,51	99,50
„ 7 „	1 856 680	1 905 390	102,62	97,44
Gruppe VII.				
Kinderlos	974 540	540 918	55,50	180,16
Mit 1 Kind	1 057 2[illegible]0	695 118	65,74	152,09
„ 2 Kindern	1 242 420	900 834	72,51	137,92
„ 3 „	1 427 620	1 106 550	77,51	129,02
„ 4 „	1 612 820	1 312 266	81,36	122,90
„ 5 „	1 798 020	1 517 982	84,43	118,45
„ 6 „	1 983 220	1 723 698	86,91	115,06
„ 7 „	2 168 420	1 929 414	88,98	112,39
Gruppe X.				
Kinderlos	1 339 580	567 126	42,34	236,21
Mit 1 Kind	1 422 260	721 326	50,72	197,17
„ 2 Kindern	1 645 940	929 538	56,47	177,07
„ 3 „	1 869 620	1 137 750	60,85	164,33
„ 4 „	2 093 300	1 345 962	64,30	155,52
„ 5 „	2 316 980	1 554 174	67,08	149,08
„ 6 „	2 540 660	1 762 386	69,37	144,16
„ 7 „	2 764 340	1 970 598	71,29	140,28

In den drei aufgeführten Gehaltsgruppen stellt sich beim Vorhandensein nur eines Kindes sogar noch ein günstigeres Verhältnis heraus als bei dem auf das Anfangsgehalt angewiesenen kinderlosen Ehepaar der Übersicht 17, weil, wie wir gesehen haben, das erste Kind erheblich über den Notbedarf hinaus Zuwendungen erhalten kann. Dagegen machen sich bereits vom 2. Kinde an fühlbare Unterschiede bemerkbar, die dahin führen, daß in Gruppe IV beim Vorhandensein von 3 Kindern nur noch 10 % des Gesamteinkommens (in 25 Jahren), von 4 Kindern sogar nur noch 5 % — in den Gruppen I—III also noch erheblich weniger — für andere Zwecke zur Verfügung stehen. In Gruppe VII sind bei 3 Kindern rund 22, bei 4 Kindern 19 % für andere Zwecke frei. In Gruppe X kommen wir immerhin auf Sätze von rund 40 und 35 %. Sieht man von den günstigeren Zahlen ab, so geht aus den mitgeteilten Tatsachen vor allem hervor, daß bei den unteren Beamten, die ausweislich der Erhebungen von 1912/13 (vergl. S. 228 ff.) den stärksten Nachwuchs an Kindern zu stellen pflegen, die Verhältnisse im April 1922 denkbar ungünstig liegen, und daß sich zu den höheren Gruppen hin nur ganz allmählich eine Erleichterung vollzieht, die aber keinesfalls, selbst bei den höchsten Gruppen nicht, so erheblich ist, daß die „freien" Beträge mehr decken als die in den betreffenden Beamtenschichten gerade üblichen notwendigsten Aufwendungen. Für die höchsten Gruppen ist ferner vor allem in Betracht zu ziehen, daß der Gehaltsbezug in der geschilderten Weise erst in späteren Jahren, meist jenseits des 30. Lebensjahres beginnt, selbst wenn vorher schon Kinder vorhanden sind, und daß die ganze Rechnung über den Haufen geworfen wird, sobald man den Kindern etwas mehr als das bloß Notwendige zubilligt; das wird aber meistens der Fall sein müssen, vor allem in je höherer Stellung sich der Vater selbst befindet.

Zum Abschluß dieser Erörterungen sei noch einer anderen Möglichkeit Erwähnung getan, den Einfluß der Kinderzahl und der damit steigenden Ausgaben auf die wirtschaftliche Lage der Beamtenfamilien darzulegen. Wir können zu diesem Zweck annehmen, daß jeder Beamte seinen Kindern gerade das im Notbedarf angegebene Maß von Unterhalt zuteil werden läßt, und dann zusehen, in welchem Maße nun durch das verbleibende Einkommen der Notbedarf der Eltern selbst gedeckt wird.

Die sich bei diesem Verfahren ergebenden Zahlen sind in Übersicht 19 dargestellt.

Im großen und ganzen herrscht zwischen diesen Zahlen und den in Übersicht 18 dargestellten eine gewisse Ähnlichkeit; im allgemeinen sind hier die Verhältniszahlen der letzten Spalte etwas höher als dort — am wenigsten noch in Gruppe IV —, weil der Unterschied zwischen Einkommen und Bedarf sich nach der Verkleinerung beider Zahlen um denselben Betrag (den Notbedarf für Kinder) im Verhältnis stärker auswirken muß als vorher; bei 6 und 7 Kindern in Gruppe IV übertrifft der Notbedarf das Einkommen, sodaß hier die Verhältniszahlen in Übersicht 19 geringer sein müssen als in 18.

Übersicht 19.

Besoldungsgruppe und Kinderzahl	Gesamteinkommen nach Abzug des Kinder-Notbedarfs ℳ	Notbedarf für Eltern nach Abzug des Kinder-Notbedarfs ℳ	Einkommen in Vomhunderten des Notbedarfs
1	2	3	4
Gruppe IV.			
Bei 1 Kind	717 640	525 630	136,53
„ 2 Kindern	727 580	575 690	126,38
„ 3 „	737 520	625 750	117,86
„ 4 „	747 460	675 810	110,60
„ 5 „	757 400	725 870	104,34
„ 6 „	767 340	775 930	98,89
„ 7 „	777 280	825 990	94,10
Gruppe VII.			
Bei 1 Kind	903 020	540 918	166,94
„ 2 Kindern	934 020	592 434	157,66
„ 3 „	965 020	643 950	149,86
„ 4 „	996 020	695 466	143,22
„ 5 „	1 027 020	746 982	137,49
„ 6 „	1 058 020	798 498	132,50
„ 7 „	1 089 020	850 014	128,12
Gruppe X.			
Bei 1 Kind	1 268 060	567 126	223,59
„ 2 Kindern	1 337 540	621 138	215,34
„ 3 „	1 407 020	675 150	208,40
„ 4 „	1 476 500	729 162	202,49
„ 5 „	1 545 980	783 174	197,40
„ 6 „	1 615 460	837 186	192,96
„ 7 „	1 684 940	891 198	189,06

Während also der Fortschritt in Übersicht 19 gegenüber 18 in den Gruppen VII und X um so stärker hervortritt, je mehr Kinder vorhanden sind, liegt es in Gruppe IV anders: Die Zahlen nähern sich bis zum 5. Kind rasch einander; vom 6. Kind an liegen die Verhältnisse in Übersicht 18, wenn auch nicht bedeutend, so immerhin etwas günstiger. Hinsichtlich des

Unterschiedes zwischen den einzelnen Besoldungsgruppen ist zu bemerken, daß das Deckungsverhältnis für die Eltern bei zunehmender Kinderzahl sich zwar verschlechtert, aber in immer geringerem Maße, je höher die Besoldungsgruppe ist. Die Spanne beträgt in den angegebenen Fällen von 1 bis zu 7 Kindern bei Gruppe IV 100 : 68,92, bei Gruppe VII 100 : 76,75, bei Gruppe X 100 : 84,56; aus diesen Zahlen ist der Grad der durch die Kinderzahl eingetretenen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Eltern bei notdürftiger Versorgung der Kinder ohne weiteres ablesbar. Auch hier sind alle Berechnungen immer unter der Voraussetzung gemacht, daß die Kinder in allen Gruppen dieselbe notdürftige Alimentierung erhalten; steigt dagegen der Aufwand für die Kinder mit der Gehaltshöhe oder besser mit dem Gesamteinkommen, so steht für die Versorgung der Eltern selbst ein entsprechend geringerer Einkommensteil zur Verfügung, sodaß sich die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen wesentlich mildern dürften. Im übrigen soll hier auf dieses Problem nicht weiter eingegangen werden, da für den Zweck der Untersuchung vorläufig angenommen werden soll, daß für den Unterhalt der Kinder in sämtlichen Beamtengruppen der gleiche Betrag aufgewendet wird.

Mit diesen Feststellungen verlassen wir den April 1922 und gehen zum Oktober 1922 über als dem Monat, der die nächste und bis zum Juni 1923 letzte allgemeine Gehaltsreform gebracht hat.

d) Vergleich zwischen Einkommen und Bedarf im Oktober 1922.

Vergleicht man die Zahlen des Oktobers 1922[1]) im ganzen mit denen des Aprils, so erhält man den Eindruck, daß sich die Verhältnisse für die Kinder einigermaßen gebessert haben. Um zunächst aber auf die Einzelheiten einzugehen, so ist festzustellen, daß auch hier das 1. Lebensalter überall einen Fehlbetrag aufweist, der aber diesmal nur ein Fünfundzwanzigstel des tatsächlichen (Not-) Bedarfs ausmacht gegenüber einem Siebentel im April. Das 2. Lebensjahr ist überall ausreichend versorgt, das 3. nur bei Gruppe I–III nicht. Im Gegensatz zum April weist hier Gruppe II bereits eine fühlbare Besserung gegen Gruppe I auf, dagegen ist bei Gruppe III sowohl im einzelnen wie in den Summenzahlen wieder ein Rückschritt zu verzeichnen, fast bis auf den Stand von Gruppe I hinab.

Für ein Kind allein sind mit Ausnahme je eines Jahres in den Gruppen I–III und abgesehen vom 1. Lebensjahr überhaupt die gezahlten Beträge überall ausreichend, bei 2 Kindern liegen zwar in den drei untersten Gruppen noch recht oft, besonders in den älteren Jahren, Fehlbeträge vor, jedoch erreicht die Gesamtsumme in Gruppe II den Gesamtbedarf vollständig, in den beiden andern Gruppen fast genau. Im übrigen liegen hier die Dinge ganz ähnlich wie im April, das Verhältnis zwischen Versorgung und Bedarf ist kaum höher als dort.

Für 3 Kinder gilt bis Gruppe III einschließlich dasselbe wie im April, daß nämlich jenseits des 5., zweimal sogar schon jenseits des 3. Dienstjahres die Zulagen unzureichend sind; in Gruppe IV dagegen tritt dies erst nach 8 Dienstjahren ein, in Gruppe V und besonders VI werden die Fälle ausreichender Versorgung schon zahlreicher, obwohl in der Gesamtsumme sich ein Fehlbetrag herausstellt. Von Gruppe VII ab, die ihrerseits noch manche Lücken aufweist, übersteigt die Summe der gewährten Beträge den Notbedarf.

4 Kinder erhalten in den Gruppen I–V durchweg vom 7., meist schon vom 5. oder gar 3. Lebensjahr des ältesten bis zum 19. Lebensjahr des jüngsten Kindes unzureichende Zulagen, erst von Gruppe VI ab wird die Zahl der Jahre unten und oben größer, in denen die Zulagen ausreichen, jedoch liegt ein Fehlbetrag in der Gesamtsumme noch bis zu Gruppe VIII einschließlich vor. Bei 5, 6 und 7 Kindern wird der Notbedarf erst in Gruppe X durch die Zulagen voll gedeckt.

Es ist also, wenn man die Zahlen für Oktober 1922 mit denen für April im ganzen vergleicht, eine gewisse Besserung der wirtschaftlichen Lage hinsichtlich der Kinder unverkennbar. Jedoch darf diese Besserung auch nicht überschätzt werden. Das Deckungsverhältnis[1]) zwischen den Zulagebeträgen und dem Notbedarf liegt in Gruppe I um etwa 11 % günstiger als im April, in Gruppe IV 6–10 %, in Gruppe VII 1–5 %, in Gruppe X etwa ebensoviel. In einigen Fällen ist für Oktober sogar ein Rückgang des Versorgungsstandes festzustellen, so vor allem in Gruppe IX bis zu 4 Kindern einschließlich. Wo eine Verbesserung eingetreten ist, ist sie durchgehend bei größerer Kinderzahl stärker.

Entsprechend dem Verfahren beim April 1922 soll auch für den Oktober im folgenden aufgezeigt werden, in welchem Verhältnis das Anfangsgehalt jeder Gruppe zu dem betreffenden Notbedarf (einschließlich Steuerabzug) steht, welchen Teil dieses Gehalts der kinderlos verheiratete Beamte für die Deckung des Notbedarfs aufwenden muß, oder in anderer Betrachtungsweise ein Wievielfaches vom Notbedarf das Gehalt ausmacht. Man erhält hierbei folgende Zahlen:

Übersicht 20.

Anfangsgehalt und Notbedarf eines verheirateten Beamten im Oktober 1922.

Besoldungsgruppe	Monatliches Anfangsgehalt	Notbedarf	Verhältnis zwischen Notbedarf und Anfangsgehalt, wenn	
			Anfangsgehalt	Notbedarf
	M	M	= 100	
1	2	3	4	5
I	13 947	14 879	106,78	93,74
II	15 552	15 040	96,71	103,40
III	17 371	15 222	87,63	114,12
IV	18 548	15 339	82,70	120,92
V	20 581	15 543	75,52	132,41
IV	21 972	15 682	71,37	140,11
VII	24 647	15 949	64,71	154,54
VIII	27 108	16 195	59,74	167,38
IX	29 783	16 463	55,28	180,91
X	32 886	16 773	51,00	196,07

Gemessen am Notbedarf ist also gegenüber dem April (Übersicht 17) in den Gruppen I–VI eine Verschlechterung eingetreten, die in Gruppe I–IV nicht ganz unbedeutend ist, in V und VI allerdings nur wenige Punkte ausmacht; die Besserstellung der Gruppen VII–X, die innerhalb dieser Gruppen ziemlich gleich und kaum erheblich ist, gleicht das Weniger in den unteren Gruppen nicht aus, schon deshalb nicht, weil es sich in diesen um den Hauptteil der Beamten handelt[2]). In Gruppe II sind jetzt nur etwa 3 % des Gehalts für andere Zwecke wie den „Notbedarf" frei gegenüber 10 % im April, in Gruppe IV 17 % gegenüber 20,5 %; in Gruppe VII dagegen 35 statt 33 %, in X 49 statt 47 %.

Um die Wirkungen dieser Verschiebungen auf das Verhältnis des Gesamteinkommens zum gesamten Notbedarf (für Eltern und Kinder zusammen) überblicken zu können, wird hier ein Teil der Zahlen wiedergegeben, die ausführlich in Übersicht 18 für den April aufgestellt sind.

[1]) Vergl. die Übersichten 14a und b und 16.

[1]) Vergl. in Übersicht 16 die Relativzahlen. — [2]) In Gruppe I—VI befinden sich nach dem Entwurf des Reichshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1923 655 675 von insgesamt 764 000 = 85,82 % aller planmäßigen Beamten.

Übersicht 21.

Gesamteinkommen und Notbedarf einer Beamtenfamilie mit 1—7 Kindern im Oktober 1922.

Besoldungsgruppe und Kinderzahl	Gesamt-ein-kommen [1]) ℳ	Gesamt-not-bedarf [1]) ℳ	Verhältnis zwischen Notbedarf und Einkommen, wenn Einkommen = 100	Verhältnis zwischen Notbedarf und Einkommen, wenn Notbedarf = 100
1	2	3	4	5
Gruppe IV.				
Kinderlos	465 906	322 119	69,14	144,64
Mit 1 Kind	522 616	415 749	79,55	125,70
„ 2 Kindern	627 978	540 057	86,00	116,28
„ 3 „	733 340	664 365	90,59	110,38
„ 4 „	838 702	788 673	94,03	106,34
„ 5 „	944 064	912 981	96,71	103,40
„ 6 „	1 049 426	1 037 289	98,84	101,17
„ 7 „	1 154 788	1 161 597	100,59	99,41
Gruppe VII.				
Kinderlos	605 327	334 929	55,33	180,73
Mit 1 Kind	662 037	428 559	64,73	154,48
„ 7 Kindern	1 378 953	1 181 727	85,70	116,69
Gruppe X.				
Kinderlos	844 472	352 233	44,71	239,75
Mit 1 Kind	901 182	445 863	49,48	202,12
„ 7 Kindern	1 767 042	1 208 919	68,41	146,17

Ein Vergleich mit Übersicht 18 zeigt ohne weiteres, daß zwar zum Oktober hin im allgemeinen eine Verbesserung eingetreten ist, daß diese Verbesserung aber denkbar geringfügig ist. Bei Gruppe IV stellt sich sogar für 1 und 2 Kinder eine kleine Verschlechterung heraus, während die Verhältnisse bei 3 Kindern fast ganz gleich liegen. In Gruppe III, die zahlenmäßig viel bedeutender ist als Gruppe IV (sie enthält nach dem Voranschlag für 1923 192 000 Beamte gegenüber 134 000 in Gruppe IV), ist die Verschlechterung noch erheblicher; sie reicht hier bis zu 4 Kindern einschließlich (Verhältnis von Gesamteinkommen zu Gesamtnotbedarf im April 101,85, im Oktober 100,22 : 100). Im übrigen beträgt die Verbesserung des Versorgungsstandes bei 7 Kindern in Gruppe IV 2 %, bei 1 – 7 Kindern in Gruppe VII 1,6 – 3,8 %, in Gruppe X 2,5 – 4,2 %.

Zum Vergleich mit den Beamten mit Kindern ist in Übersicht 18 und 21 bei allen drei Gruppen Einkommen und Bedarf auch für das kinderlose Ehepaar angegeben. Hier zeigen sich dieselben Tatsachen, die oben für die Beamten mit Kindern dargestellt sind, in verstärktem Maße: In Gruppe IV ein noch stärkerer Rückgang des Versorgungsstandes, in Gruppe VII ein ganz geringfügiger Fortschritt, in Gruppe X zwar ein Fortschritt, der aber noch viel geringer ist als bei den Beamten mit einem Kinde.

Schließlich sei auch hier, wenigstens teilweise, die Berechnung durchgeführt, die in Übersicht 19 für April 1922 dargestellt ist. Zieht man von den Zahlen in Übersicht 21 beiderseits den Notbedarf der Kinder ab, so erhält man die in Übersicht 22 aufgeführten Zahlen.

Die Analogie dieser Übersicht mit den Zahlen in Übersicht 19 ist in jeder Hinsicht gewahrt: Auch hier trifft es bei Gruppe IV zu, daß der Unterschied, den der Oktober vor dem April voraus hat, sich immer mehr verkleinert, bis er bei 7 Kindern ins Gegenteil umschlägt, auch hier tritt der Vorteil bei den Gruppen VII und X mit größerer Kinderzahl stärker hervor, auch hier wird das Maß der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Eltern durch die zunehmende Kinderzahl zu den höheren Gruppen hin immer geringer, und zwar beträgt die Spannung von 1 zu 7 Kindern in den Gruppen IV, VII und X 100 : 74,07, : 81,00, : 87,60. Andrerseits bestehen aber

[1]) in den Spalten 2 und 3 Monats- statt Jahresbeträge.

Übersicht 22.

Besoldungsgruppe und Kinderzahl	Gesamteinkommen [1]) nach Abzug des Kinder-Notbedarfs ℳ	Notbedarf für Eltern [1]) nach Abzug des Kinder-Notbedarfs ℳ	Einkommen in Vomhunderten des Notbedarfs
1	2	3	4
Gruppe IV.			
Bei 1 Kind	428 986	322 119	133,18
„ 2 Kindern	440 718	352 797	124,92
„ 3 „	452 450	383 475	117,99
„ 4 „	464 182	414 153	112,08
„ 5 „	475 914	444 831	106,99
„ 6 „	487 646	475 509	102,55
„ 7 „	499 378	506 187	98,65
Gruppe VII.			
Bei 1 Kind	568 407	334 929	169,71
„ 7 Kindern	723 543	526 317	137,47
Gruppe X.			
Bei 1 Kind	807 552	352 233	229,27
„ 7 Kindern	1 111 632	553 509	200,83

auch gewisse Unterschiede gegenüber April 1922: Im allgemeinen sind, wie zu erwarten, auch hier die Zahlen der letzten Spalte höher als dort, d. h. also es ist das Verhältnis von Einkommen zu Notbedarf günstiger als im April; in Gruppe IV dagegen stellt sich der Oktober 1922, soweit es sich um 1 – 2 Kinder handelt, ungünstiger als der April dar. Nach den eben im Anschluß an Übersicht 21 für Gruppe III gemachten Feststellungen ist auch in diesem Falle eine Verschlechterung hinsichtlich der Versorgung der Eltern vorhanden: sie ergibt sich in Gruppe III bei 4 Kindern aus einem Rückgang des Deckungsverhältnisses von 102,59 auf 100,42 : 100. Wichtig ist vor allem noch der Unterschied in den Spannungen, die für Oktober ein günstigeres Verhältnis bedeuten als für April. Während nämlich, wie oben gezeigt, im Hinblick auf die jeweilige Gruppe und den jeweiligen Familienstand die Verhältnisse sich nicht wesentlich gebessert haben, ist insofern ein nicht ganz unbedeutender Fortschritt zu verzeichnen, als in allen Gruppen, und zwar am meisten in den unteren, die Lage der Beamten mit mehr Kindern sich stärker gehoben hat als die Lage der Beamten mit weniger Kindern. Wenn es sich auch im ganzen um keine großen Verschiebungen handelt, wird doch hierbei eins deutlich: Auf der einen Seite hat sich das Realeinkommen (soweit es aus dem Verhältnis zwischen Einkommen und Notbedarf erschlossen werden kann) bei den höheren Gruppen etwas, wenn auch nicht nennenswert, mehr gebessert als bei den unteren, soweit nicht überhaupt bei diesen eine Senkung erfolgt ist; auf der andern Seite aber ist die infolge Erhöhung der Kinderzulagen für die Beamten mit mehr Kindern eintretende Verbesserung ihres Realeinkommens bei den unteren Gruppen stärker als bei den oberen.

Kapitel 8.

Gehalt und Bedarf 1913/14.

Bevor wir an Hand des dargestellten Zahlenmaterials zu einer Kritik der Besoldung vom April 1920 und ihrer einzelnen Abänderungen übergehen, ist es zweckmäßig, einen ähnlichen Maßstab auch an das Besoldungssystem von 1913/14 zu legen, weil wir nur so einen bestimmten, auch zahlenmäßig gesicherten Eindruck davon bekommen können, was gegenüber dem Frieden anders geworden ist, wieweit vor allem durch die Gewährung der Kinderzulagen für die Familien mit Kindern etwa eine relative Besserstellung erreicht worden ist – von einer absoluten

[1]) in Spalte 2 und 3 Monats- statt Jahresbeträge.



Verbesserung kann natürlich keine Rede sein, da die infolge des verlustreichen Krieges für jeden Volksgenossen, besonders für Beamte, Arbeiter und Angestellte eingetretene Herabdrückung des Lebensstandards von vornherein in Kauf genommen werden muß; wohl aber läßt sich mit Hilfe geeigneter Vergleiche die Untersuchung ermöglichen, ob und inwieweit die größeren Familien mehr oder weniger von diesem Niedergang betroffen worden sind als die kleineren Familien oder die kinderlosen Beamten.

Zunächst handelt es sich für diesen Zweck darum, einen Friedensnotbedarf für Kinder zu ermitteln. Für 1913/14 liegen zwar für das ganze Reichsgebiet geltende Angaben[1]) für Ernährung, Heizung und Beleuchtung und Miete in einer Zahl vor (90,93 *M* für die fünfköpfige Familie), nicht dagegen gesonderte Angaben für die Ernährung. Wir müssen diese also rückwärts schließend aus den absoluten Werten für die Nachkriegszeit und dem auch vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Ernährungsindex gewinnen. Als Grundlage für diese Berechnung wählen wir ebenfalls unsere 4 A – Orte (ohne Wirtschaftsbeihilfe), und zwar für die Monate Januar, August und Oktober 1921, weil man wegen der in diesem Jahre gleichmäßigen Zunahme der Teuerung praktisch ebenso gut eine wie beide Stichtagszahlen als Repräsentanten der jeweiligen Monatsteuerung nehmen und somit ohne Fehler die von uns gewählte eine Stichtagszahl mit dem aus beiden gebildeten Index kombinieren darf. Nehmen wir aus den 4 Orten einen Monatsdurchschnitt und dividieren diesen durch den Ernährungsindex, so gewinnen wir 4 kaum voneinander abweichende Zahlen für die Friedenszeit (1913/14). Die geringen Abweichungen statt der wünschenswerten Gleichheit erklären sich daraus, daß der Reichs-Ernährungsindex abgestellt ist auf die Verhältnisse in den „Eildienst-Gemeinden", sodaß sich bei Verwendung dieses Maßstabes für unsere 4 ausgewählten Gemeinden notwendig kleine Unterschiede zeigen müssen; um hier jede mögliche Willkür, die sich aus der Wahl nur eines Ortes und eines Monats für die Berechnung ergeben hätte, zu vermeiden, wurde das eben bezeichnete etwas umständliche Verfahren gewählt, weil es die Gewähr dafür bietet, daß in den gewonnenen Zahlen etwaige Unterschiede ausgeglichen werden können. Die einzelnen Zahlen sind bei diesem Verfahren folgende:

Monat	Durchschn. Ernährungskosten *M*	Ernährungsindex	Demnach Friedens-Ernährungskosten *M*
Januar 1921	827,83	1 423	58,17
August „	932,21	1 589	58,67
Oktober „	1 032,07	1 757	58,74
Durchschnittliche Ernährungskosten im Frieden			58,53

Die stärkste Abweichung von dem so ermittelten Durchschnitt 58,53 *M* nach unten weist die aus dem Januar zurückgerechnete Zahl mit weniger als 2/3 %, die stärkste nach oben die Zahl aus dem Oktober mit 1/3 % auf, Abweichungen, die praktisch bedeutungslos sind.

Da diese 58,53 *M* den Preis für 11 490 Kalorien darstellen, so erhalten wir für die früher angenommenen 10 050 Kalorien 51,20 *M* und für 1 Quet (insgesamt 328,6) 0,1558 *M*. Hieraus errechnen wir wieder wie für 1922 den Ernährungsnotbedarf für jedes Kindesalter, schlagen auch hier 25% (die genaue Zahl[2]) ist 23,80%) für die Bekleidung darauf und auf die Summe aus beiden Gegenständen abermals 25%; die so gewonnenen Zahlen aufs Jahr umgerechnet ergeben den Friedensnotbedarf für jedes einzelne Kindesalter.

[1]) in „Wirtschaft und Statistik" (herausgegeben vom Statistischen Reichsamt), Jahrg. 1922, Heft 17, S. 573. — [2]) Vergl. S. 245 mit Anmerkung [1]).

Übersicht 23.

Notbedarf für Kinder 1913/14.

Lebensjahr	Quets	Ernährung *M*	Bekleidung *M*	Summe von Sp. 3 + 4 *M*	Sonstiges *M*	Gesamtkosten Sp. 5 + 6 *M*	Jährliche Kosten *M*
1	2	3	4	5	6	7	8
Über 0— 1 ..	28,6	4,46	1,12	5,58	1,39	6,97	83,64
„ 1— 2 ..	31,4	4,89	1,22	6,11	1,53	7,64	91,68
„ 2— 3 ..	34,3	5,34	1,34	6,68	1,67	8,35	100,20
„ 3— 4 ..	37,1	5,78	1,45	7,23	1,80	9,03	108,36
„ 4— 5 ..	40,0	6,23	1,56	7,79	1,95	9,74	116,88
„ 5— 6 ..	42,9	6,68	1,67	8,35	2,09	10,44	125,28
„ 6— 7 ..	45,7	7,12	1,78	8,90	2,28	11,18	133,56
„ 7— 8 ..	48,6	7,57	1,89	9,46	2,37	11,83	141,96
„ 8— 9 ..	51,4	8,00	2,00	10,00	2,50	12,50	150,00
„ 9—10 ..	54,3	8,46	2,12	10,58	2,64	13,22	158,64
„ 10—11 ..	57,1	8,90	2,22	11,12	2,78	13,90	166,80
„ 11—12 ..	60,0	9,35	2,34	11,69	2,92	14,61	175,32
„ 12—13 ..	62,9	9,80	2,45	12,25	3,06	15,31	183,72
„ 13—14 ..	65,7	10,24	2,56	12,80	3,20	16,00	192,00
„ 14—15 ..	68,6	10,69	2,67	13,36	3,34	16,70	200,40
„ 15—16 ..	71,4	11,12	2,78	13,90	3,48	17,38	208,56
„ 16—17 ..	74,3	11,58	2,90	14,48	3,62	18,10	217,20
„ 17—18 ..	77,1	12,01	3,00	15,01	3,75	18,76	225,12
„ 18—19 ..	80,0	12,46	3,12	15,58	3,89	19,47	233,64
„ 19—20 ..	82,9	12,92	3,23	16,15	4,04	20,19	242,28
„ 20—21 ..	85,7	13,35	3,34	16,69	4,17	20,86	250,32

Im folgenden wird der Bedarf, der auf diese Weise entsteht, für 1 – 4 Kinder nebeneinander dargestellt, ebenfalls unter der Annahme eines Unterschiedes von 2 Jahren.

Übersicht 24.

Jährliche Ausgaben für den Notbedarf von 1 bis 4 Kindern 1913/14.

Dienstjahre	1 Kind *M*	2 Kinder *M*	3 Kinder *M*	4 Kinder *M*
1	2	3	4	5
Nach 1 Dienstjahr ...	85	85	85	85
„ 2 Dienstjahren ..	95	95	95	95
„ 3 „ ..	105	190	190	190
„ 4 „ ..	110	205	205	205
„ 5 „ ..	120	225	310	310
„ 6 „ ..	130	240	335	335
„ 7 „ ..	135	255	360	445
„ 8 „ ..	145	275	385	480
„ 9 „ ..	150	285	405	510
„ 10 „ ..	160	305	435	545
„ 11 „ ..	170	320	455	575
„ 12 „ ..	180	340	485	615
„ 13 „ ..	185	355	505	640
„ 14 „ ..	195	375	535	680
„ 15 „ ..	205	390	560	710
„ 16 „ ..	210	405	585	745
„ 17 „ ..	220	425	610	780
„ 18 „ ..	230	440	635	815
„ 19 „ ..	235	455	660	845
„ 20 „ ..	245	475	685	880
„ 21 „ ..	255	490	710	915
„ 22 „ ..	—	245	475	685
„ 23 „ ..	—	255	490	710
„ 24 „ ..	—	—	245	475
„ 25 „ ..	—	—	255	490
„ 26 „ ..	—	—	—	245
„ 27 „ ..	—	—	—	255
Zusammen ...	**3 565**	**7 130**	**10 695**	**14 260**

Wenn wir nunmehr darangehen, diesen Friedensnotbedarf mit den im Frieden gezahlten Zulagen zu vergleichen, müssen wir uns von vornherein darüber klar sein, daß wir hier ein etwas anderes Verfahren anwenden müssen wie für 1922. Da vor dem Kriege keine Kinderzulagen gezahlt werden, muß notwendig im Gehalt ein bestimmter Satz enthalten sein, von dem dieser Notbedarf gedeckt werden kann. Wie hoch ist dieser Satz nun anzunehmen? Ohne ein gewisses Maß von

Schätzungen können wir mangels bestimmter Unterlagen nicht zu dieser Zahl gelangen, immerhin soll versucht werden, einige zahlenmäßige Anhaltspunkte auch für die Lösung dieser Frage zu gewinnen. Zu diesem Zweck stellen wir zunächst den Notbedarf für ein kinderloses Ehepaar fest; er beträgt monatlich 28,93 ℳ für Ernährung, 7,23 ℳ für Bekleidung, 31,15 ℳ für Heizung, Beleuchtung und Miete (die Gesamtkosten der fünfköpfigen Familie für Ernährung, Miete, Heizung und Beleuchtung betragen, auf dieselbe Weise wie auf S. 256 für die Ernährung allein zurückgerechnet, 89,68 ℳ monatlich; davon ab die 58,53 ℳ für Ernährung, ergibt 31,15 für die restlichen Ausgaben), insgesamt also 68,56 ℳ oder aufs Jahr gerechnet 822,72 ℳ. Um von diesem Notbedarf, der auf Nachkriegsverhältnisse zugeschnitten ist, zu normalen Friedensverhältnissen zu gelangen, wollen wir annehmen, daß man vom Frieden bis jetzt für die Beamten in Ernährung und Bekleidung einen Entbehrungsfaktor von 40% — was sicher nicht zu gering gerechnet ist — einsetzen muß, sodaß der jetzige herabgeminderte Bedarf nur 60% des Friedensbedarfs betrüge. Um von dem jetzigen Bedarf auf den Friedensbedarf zu kommen, ist also die Nachkriegszahl für Ernährung und Bekleidung um zwei Drittel zu erhöhen (60 % + 40 % = 100 %); das eine von diesen beiden Dritteln mag als Ergänzung der notdürftigen Ernährung und Bekleidung, das andere als Ausgabe für andere notwendige Bedürfnisse einschl. der Steuern gelten, die im Nachkriegsverbrauch nicht vorgesehen sind. Ferner müssen wir, um einen richtigen Vergleich für einen Beamten der Friedens-Ortsklasse A vorzunehmen, die Ausgaben für Heizung, Beleuchtung und Miete auf 40 ℳ monatlich entsprechend dem im Frieden gezahlten Wohnungsgeldzuschuß eines Unterbeamten (die im Bedarfsschema der Reichsteuerungsstatistik vorgesehene Zweizimmerwohnung hat in Berlin damals 35 ℳ monatlich gekostet) erhöhen. Der gesamte Notbedarf für Mann und Frau beträgt dann monatlich 100,27 oder rund 1 210 ℳ jährlich. Das niedrigste Gehalt eines Reichs- oder preußischen Beamten beträgt seit der Gehaltsreform von 1909 in Ortsklasse A einschließlich Wohnungsgeldzuschuß 1 580 ℳ. Zieht man den Notbedarf für Mann und Frau hiervon ab, so bleiben 370 ℳ übrig zur Deckung der Unterhaltskosten für Kinder.

Mit diesen 370 ℳ als festem Beitrag zu den Kosten des Kinderunterhalts wollen wir fortan rechnen und diese Summe bei jedem Gehalt auch der höheren Friedensklassen in Ansatz bringen; zur Verfügung stehen demnach für die Kinder in jeder Klasse ein Grundbetrag von 370 ℳ und die jeweiligen nach je drei Jahren gewährten Dienstalterszulagen.

Genau wie für 1922 sollen im folgenden für 1913/14 die hiernach für Kinder zur Verfügung stehenden Beträge in den einzelnen Klassen, die den jetzigen Gehaltsgruppen entsprechen, für jedes Dienstjahr und in summa für 1 bis 7 Kinder dargestellt werden. Einige Schwierigkeiten bereitet hierbei die Auswahl dieser Klassen, da bei der Besoldungsreform von 1920 jeweils eine größere Zahl von Friedensgehaltsklassen in eine einzige Besoldungsgruppe zusammengezogen worden ist; als Richtschnur hat bei dieser Auswahl immer der Grundsatz gegolten, nach Möglichkeit diejenige Friedensklasse auszuwählen, die unter allen in Betracht kommenden am ungünstigsten gestellt ist, um zu günstige Zufallsergebnisse auszuschalten. Wenn es in einigen Fällen den Anschein hat, als wenn der Verfasser in dieser Richtung zu streng vorgegangen ist und eine zu niedrige Friedensklasse ausgewählt hat, so möge man vor allem bedenken, daß man sich durch die gleiche Bezeichnung des Dienstgrades nicht täuschen lassen darf; so entsprechen z. B. die jetzt Sekretäre genannten Beamten (Gruppe VI) vielfach im Frieden den Assistenten, während die Friedens-„Sekretäre" jetzt Obersekretäre, Inspektoren und Oberinspektoren (nach der Bezeichnung der Reichsbesoldungsordnung) sind. Die Auswahl beschränkt sich im einzelnen auf die jetzigen Gehaltsgruppen II bis VIII (für Gruppe I ist auch im Frieden keine praktisch bedeutungsvolle Vergleichsklasse vorhanden) und ergibt folgende Vergleichsklassen der preußischen Besoldungsordnung von 1909:

Gruppe II =	Klasse 3	(Amtsdiener)	1 100—1 600 ℳ
„ III =	„ 4	(Ober-Amtsdiener)	1 200—1 700 „
„ IV =	„ 5	(Lokomotivheizer)	1 200—1 800 „
„ V =	„ 8	(Zugführer)	1 400—2 100 „
„ VI =	„ 10	(Förster)	1 400—2 500 „
„ VII =	„ 13	(Sekretär)	1 650—3 300 „
„ VIII =	„ 24	(Lehrer in gehob. Stellung)	2 400—4 800 „.

Auf die höheren Gruppen in diesem Zusammenhang einzugehen, erübrigt sich, weil die für die Erkenntnis der Vorkriegsbesoldung notwendigen Zahlen sich bereits hinreichend aus den angeführten Fällen gewinnen lassen.

Unter Berücksichtigung des schon erwähnten Grundbetrages von 370 ℳ jährlich ergeben sich für die fraglichen 7 Klassen im Frieden folgende für die Versorgung der Kinder in Betracht kommenden Zulagensätze:

Übersicht 25.

Dienstjahre	Gruppe II = Klasse 3	Gruppe III = Klasse 4	Gruppe IV = Klasse 5	Gruppe V = Klasse 8	Gruppe VI = Klasse 10	Gruppe VII = Klasse 13	Gruppe VIII = Klasse 24
1	2	3	4	5	6	7	8
Nach 1 Dienstjahr	370	370	370	370	370	370	370
„ 2 Dienstjahren	370	370	370	370	370	370	370
„ 3 „	450	450	470	490	570	620	770
„ 4 „	450	450	470	490	570	620	770
„ 5 „	450	450	470	490	570	620	770
„ 6 „	520	520	570	610	770	870	1 170
„ 7 „	520	520	570	610	770	870	1 170
„ 8 „	520	520	570	610	770	870	1 170
„ 9 „	590	590	670	730	970	1 120	1 570
„ 10 „	590	590	670	730	970	1 120	1 570
„ 11 „	590	590	670	730	970	1 120	1 570
„ 12 „	660	660	770	850	1 170	1 370	1 870
„ 13 „	660	660	770	850	1 170	1 370	1 870
„ 14 „	660	660	770	850	1 170	1 370	1 870
„ 15 „	730	730	870	970	1 320	1 620	2 170
„ 16 „	730	730	870	970	1 320	1 620	2 170
„ 17 „	730	730	870	970	1 320	1 620	2 170
„ 18 „	800	800	970	1 070	1 470	1 820	2 470
„ 19 „	800	800	970	1 070	1 470	1 820	2 470
„ 20 „	800	800	970	1 070	1 470	1 820	2 470
„ 21 „	870	870	970	1 070	1 470	2 020	2 770
„ 22 „	870	870	970	1 070	1 470	2 020	2 770
„ 23 „	870	870	970	1 070	1 470	2 020	2 770
„ 24 „	870	870	970	1 070	1 470	2 020	2 770
„ 25 „	870	870	970	1 070	1 470	2 020	2 770
„ 26 „	870	870	970	1 070	1 470	2 020	2 770
„ 27 „	870	870	970	1 070	1 470	2 020	2 770

Vergleichen wir diese Zulagen mit den in Übersicht 24 zusammengestellten Bedarfssätzen für 1—4 Kinder, so ergibt sich folgendes: Bis zu 3 Kindern reichen die Zulagen (einschließlich des Grundbetrages) selbst in den untersten genannten Klassen in sämtlichen Altersjahren aus; bei 4 Kindern stellt sich in Klasse 3 und 4 entsprechend Gruppe II und III nach 11 und nach 13 bis 21 Dienstjahren ein nicht sehr erheblicher Fehlbetrag heraus; über Klasse 4 hinaus sind sonst die Beträge, gemessen am Bedarf, überall und für jedes Kindesalter ausreichend.

Sieht man von den einzelnen Altersjahren der Kinder ab und vergleicht nur die Gesamtbeträge an Zulagen mit dem jeweiligen Gesamtbedarf für Kinder, so ergeben sich noch günstigere Verhältnisse, da sich hier die Fehlbeträge einzelner Jahre mit den Überschüssen anderer Jahre ausgleichen.

Übersicht 26.

Klasse entspr. Gruppe	An Dienstalterszulagen einschließlich des Grundbetrages stehen 1913/14 zur Verfügung für 1 Kind ℳ	2 Kinder ℳ	3 Kinder ℳ	4 Kinder ℳ	5 Kinder ℳ	6 Kinder ℳ	7 Kinder ℳ
1	2	3	4	5	6	7	8
3/ II...	12 860	14 600	16 340	18 080	19 820	21 560	23 300
4/ III...	12 860	14 600	16 340	18 080	19 820	21 560	23 300
5/ IV...	14 670	16 610	18 550	20 490	22 430	24 370	26 310
8/ V...	15 970	18 110	20 250	22 390	24 530	26 670	28 810
10/ VI...	21 020	23 960	26 900	29 840	32 780	35 720	38 660
13/ VII...	25 020	29 060	33 100	37 140	41 180	45 220	49 260
24/VIII...	33 570	39 110	44 650	50 190	55 730	61 270	66 810
	Setzt man den Notbedarf						
	3 565	7 130	10 695	14 260	17 825	21 390	24 955
jeweils gleich 100, so belaufen sich die obigen Zulagen auf							
3/ II...	360,73	204,77	152,78	126,79	111,19	100,79	93,37
4/ III...	360,73	204,77	152,78	126,79	111,19	110,79	93,37
5/ IV...	411,50	232,96	173,45	143,69	125,83	113,93	105,43
8/ V...	447,97	254,00	189,34	157,01	137,62	124,68	115,45
10/ VI...	589,62	336,04	251,52	209,26	183,89	166,99	154,92
13/ VII...	701,82	407,57	309,49	260,45	231,02	211,41	197,40
24/VIII...	941,65	548,53	417,48	351,96	312,65	286,44	267,72

Nach dieser Zusammenstellung liegen selbst in den beiden untersten hier behandelten Klassen die Verhältnisse außerordentlich günstig: Bis zu 6 Kindern einschließlich ist hier der Bedarf mehr als vollständig gedeckt, von Klasse 5 (entsprechend IV) an für sämtliche aufgeführten 7 Kinder; von Klasse 8 (entprechend V) an würden die Beträge sogar für noch mehr Kinder reichen, jedenfalls sind sie für die einbezogenen 7 Kinder im besten Sinne reichlich zu nennen.

Um eine nähere und eingehendere Vorstellung darüber zu bekommen, wie sich die „standesgemäße“ Versorgung der Kinder, von der bisher stets abgesehen wurde, unter diesen Umständen gestalten kann, hat der Verfasser folgende Berechnung vorgenommen: Der Notbedarf für Kinder ist in allen Klassen in demselben Verhältnis zum „standesgemäßen“ Bedarf aufgehöht worden, in dem das Anfangsgehalt der höheren Klassen dasjenige von Klasse 3 (entsprechend II) übertrifft, in Klasse 24 (entsprechend VIII) also z. B. auf das 2,34 fache. Setzt man diesen neuen Notbedarf nunmehr ebenfalls gleich 100, so ergeben sich als Ausdruck des Deckungsverhältnisses zwischen Zulagen und Bedarf für die Dienstalterszulagen einschließlich des Grundbetrages von 370 ℳ folgende Werte:

Übersicht 27.

Anfangsgehalt abzügl. 370 ℳ: Klasse	ℳ	Kl. 3 = 100	Verhältnis der standesgemäßen Bedarfsdeckung bei 1 Kind	2 Kindern	3 Kindern	4 Kindern	5 Kindern	6 Kindern	7 Kindern
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
3/ II	1210	100	360,73	204,77	152,78	126,79	111,19	100,79	93,37
4/ III	1310	108,26	333,21	189,15	141,12	117,12	102,71	93,10	86,25
5/ IV	1310	108,26	380,10	215,19	160,22	132,73	116,23	105,24	97,39
8/ V	1830	151,24	296,20	167,88	125,19	103,82	90,99	82,44	76,34
10/ VI	1830	151,24	389,86	222,12	166,31	138,36	121,59	110,41	102,43
13/ VII	2080	171,90	408,27	237,10	180,04	151,51	134,39	122,98	114,83
24/VIII	2830	233,88	402,62	234,53	178,50	150,49	133,68	122,47	114,47
Durchschnitt ohne 8/V			379,13	217,14	163,16	136,17	119,96	109,16	101,46

Unter Verwendung des nach dem obigen Verfahren errechneten standesgemäßen Bedarfs ergibt sich für alle genannten Klassen lediglich mit einer Ausnahme eine praktisch sehr weit gehende Übereinstimmung in den Deckungsverhältnissen, wie sich am besten aus dem zur Illustrierung beigefügten Durchschnitt aus 6 von diesen Klassen ersehen läßt. Die Ausnahme betrifft die Zugführer der Klasse 8, und es darf nicht wundernehmen, daß gerade diese Klasse eine Besonderheit aufweist, da es sich hier um „gehobene Unterbeamte“ handelt, also Beamte mit dem Gehalt wie Unterbeamte und dem Wohnungsgeldzuschuß wie mittlere Beamte: daraus ergibt sich mit Notwendigkeit in dem Verhältnis zwischen den Anfangsgehältern, das für den Ausdruck des „Standesgemäßen“ beim Kinderbedarf maßgebend ist, für diese Klasse eine zu hohe Zahl, sodaß auch der standesgemäße Kinderbedarf selbst verhältnismäßig zu hoch und der Deckungsquotient zu niedrig wird. Anstatt also störend zu wirken, bestätigt diese Abweichung in der Übersicht im Gegenteil die Regel: daß nämlich in der vor dem Kriege geltenden Besoldungsordnung das Zulagenwesen im großen und ganzen so geordnet ist, daß dem „standesgemäßen“ Aufbau der Anfangsgehälter auch ein ähnlicher Aufbau der Zulagen und damit eine „standesgemäße“ Versorgung der Kinder entspricht. Die nicht sehr großen Unterschiede in den Zahlen der einzelnen Klassen weisen sogar die Tendenz auf, diese Versorgung der Kinder nach den höheren Klassen zu immer noch etwas reichlicher zu gestalten, als der Spannung der Anfangsgehälter entsprechen würde. Für 5—7 Kinder ist in dieser Weise durch die steigenden Dienstalterszulagen „standesgemäß“ gesorgt, bei weniger Kindern kommt der Überschuß diesen selbst und den Eltern zugute. Wenn dieser Besoldungsordnung auch der Gedanke einer Differenzierung nach dem Familienstande durchaus fremd ist, so ist sie doch, wie gerade aus diesen letzten Mitteilungen erhellt, ihrem innersten Wesen nach auf das Bedürfnis einer Familie, und zwar einer ziemlich großen Familie, zugeschnitten. Darin liegt auf jeden Fall ihre Stärke, liegt vor allem das, was sie gerade auch für heutige Besoldungspläne als ein Vorbild erscheinen läßt, von dem noch viel zu lernen ist, wenn man diese Gedanken nur an der rechten Stelle und im rechten Sinne verwertet.

Kapitel 9.

Kritik des gegenwärtigen Kinderzulagenwesens.

An diese Tatsachen erscheint es mir am richtigsten eine Kritik der heutigen Besoldungsordnung anzuknüpfen. Vergleicht man sowohl die Zahlen, die für den Bedarf der Eltern, wie diejenigen, die für den Notbedarf der Kinder gewonnen sind, miteinander, so zeigt sich in den beiden Zeitpunkten 1913/14 und Oktober 1922 folgendes: Das Anfangsgehalt in Klasse 3 entsprechend Gruppe II, das überhaupt in der Friedensbesoldungsordnung das niedrigste Gehalt darstellt, ist immerhin so reichlich bemessen, daß hiervon ein Ehepaar bei bescheidener Lebensführung und bei knapper, aber reichlicherer Ernährung und Bekleidung als jetzt unter normalen Verhältnissen leben und doch noch eine Summe erübrigen kann, die die ersten Jahre für die Ernährung, Bekleidung usw. einiger kleiner Kinder ausreicht. Verengt man für die Nachkriegszeit dieses Bedarfsschema in Ernährung und Bekleidung lediglich für den Beamten und seine Ehefrau um 40 %, sodaß nur noch ein sehr knapper Nahrungs- und Kleidungsbedarf neben den dringendsten Ausgaben für Miete, Heizung, Beleuchtung und Steuern gedeckt werden kann, so ist für die Deckung dieses Bedarfs das Anfangsgehalt der Gruppe II einschließlich der Frauenzulage fast vollständig (genau zu 96,71 %) erforderlich. Bei den nächst höheren Gruppen gestaltet sich dieses Verhältnis zwar etwas günstiger, wenn man den „Entbehrungsfaktor“ einmal als gegeben annimmt, in Gruppe III und IV sogar etwas günstiger als im Frieden, aber erst etwa in Gruppe V ist das Anfangsgehalt so hoch, daß hiermit die eben dargestellte knappste Friedenslebensführung erreicht werden kann. Nimmt man all diese Einschränkungen als notwendig

und durch die lange Kriegs- und Nachkriegszeit mit ihrem Übermaß von Not und Entbehrung als zwangsläufig geboten hin und versucht sich damit abzufinden, so gewinnt die Betrachtung ein noch trostloseres Gesicht, wenn man sich der Deckungsmöglichkeit des Kinderbedarfs zuwendet.

Hier sind wir zunächst von ein und demselben knappen Bedarf für Friedens- und Nachkriegszeit ausgegangen ohne Einsetzung eines Entbehrungsfaktors; gleichwohl hätte man erwarten dürfen, es bestünde wenigstens für diesen Teil des Beamtenbudgets auch nach dem Kriege eine volle Ausgleichsmöglichkeit. Die Tatsachen zeigen ein ganz anderes Bild: Im Frieden ist in Klasse 3 bis zu sechs Kindern einschließlich volle Bedarfsdeckung vorhanden, dabei allerdings von 4 Kindern an mit gelegentlichen Fehlbeträgen in einzelnen, besonders den älteren, Lebensjahren. Im Oktober 1922 sind die Zulagen gerade ausreichend für zwei Kinder, wobei sich hier schon in mehreren Jahren Fehlbeträge zeigen; von 3 Kindern an sind die Gesamtzulagen gegenüber den Gesamtkosten um 10–20 % zu niedrig. Erst in Gruppe X ist die Versorgung, soweit Familien mit 3–5 Kindern in Frage kommen, annähernd so reichlich wie im Frieden in Klasse 3! Die eben ermittelte Tatsache ist in ihrer Bedeutung, vor allem für die Frage der Verelendung der deutschen Beamtenschaft, so wichtig, daß sie noch einmal in aller Deutlichkeit hervorgehoben zu werden verdient: Erst der Beamte der Gruppe V, also ein Assistent, kann sich jetzt eine Lebensführung gestatten, wie sie im Frieden einem Amtsdiener der Klasse 3 möglich gewesen ist; hat er dabei noch mehrere Kinder, so müßte er neben den jetzigen Kinderzulagen die Dienstalterszulagen eines Regierungsrats (Gruppe X) erhalten, um seinen Kindern etwa das gleiche an Ernährung, Bekleidung usw. zu gewähren wie jener kleine Unterbeamte im Frieden. Und bei all dem ist für die Kinder nur an die Deckung des – für alle Beamtengruppen gleich hoch gewählten – Notbedarfs gedacht. Will man vollends darangehen, auch hier zu untersuchen, wie weit ein „standesgemäßer" Kinderbedarf im Sinne der Ausführungen auf S. 258 mit den vorhandenen Mitteln gedeckt werden kann, so stellt sich ein vollkommen unzulängliches Ergebnis heraus, wie es aus der folgenden Übersicht zu ersehen ist:

Übersicht 28.

Verhältnis der Anfangsgehälter (Gruppe II = 100)	Verhältnis der standesgemäßen Bedarfsdeckung bei						
	1 Kind	2 Kindern	3 Kindern	4 Kindern	5 Kindern	6 Kindern	7 Kindern
1	2	3	4	5	6	7	8
II 100	121,74	92,82	83,18	78,36	75,47	73,54	72,17
III 110,99	111,97	85,15	76,21	71,75	69,06	67,28	66,00
IV 115,77	117,83	87,24	77,05	71,94	68,89	66,85	65,40
V 124,87	111,72	82,56	72,85	67,99	65,01	63,13	61,74
VI 131,53	113,84	82,49	72,04	66,82	63,69	61,60	60,11
VII 142,52	110,50	79,74	69,48	64,36	61,28	59,23	57,77
VIII 155,90	109,34	77,16	66,44	61,08	57,86	55,72	54,18
IX 170,23	115,39	79,29	67,25	61,23	57,63	55,22	53,50
X 188,39	119,03	80,37	67,48	61,03	57,17	54,59	52,75
Spannung zwischen Gruppe II und X (II = 100)	97,77	86,59	81,13	77,88	75,75	74,23	73,09

In dieser Übersicht sind abweichend von den obigen Ausführungen die Zahlen vom April 1922 eingesetzt, weil sie aus zwei Gründen gegenüber dem Oktober ein günstigeres Ergebnis liefern: Die Spannung zwischen den Anfangsgehältern ist im April etwas geringer als im Oktober, sodaß die an sich etwas kleineren Deckungsverhältniszahlen des Aprils bei der Umrechnung eine geringere Kürzung erfahren als die größeren Zahlen des Oktobers; außerdem zeigt der Aufbau der Zahlen von Gruppe zu Gruppe im April eine stetige Zunahme, während er im Oktober von manchen Rückschlägen unterbrochen wird und dadurch ein unruhiges Bild ergibt. Am standesgemäßen Bedarf der Kinder gemessen, werden die für die Kinder zur Verfügung stehenden Zulagen von Gruppe zu Gruppe geringwertiger; dieser Abfall ist bei einem Kind noch nicht wahrzunehmen[1]), bei 2–4 Kindern gelegentlich ganz schwach unterbrochen, von 5 Kindern an tritt er ungehemmt in Erscheinung. Mit jedem Kinde mehr wird die Spannung zwischen Gruppe II und X im Sinne einer standesgemäßen Bedarfsdeckung größer; während diese standesgemäße Bedarfsdeckung bei 2 Kindern noch rund 87 % derjenigen von Gruppe II beträgt, sinkt sie bei 4 Kindern auf 78, bei 7 Kindern auf 73 %. Dieses Sinken im Gegensatz zu der leicht ansteigenden Tendenz der Friedensbesoldung erklärt sich vor allem aus der Tatsache, daß neben den von Gruppe zu Gruppe im allgemeinen steigenden Dienstalterszulagen die durchweg gleiche Kinderzulage für den Unterhalt der Kinder maßgebend ist. Auf diese Weise ist endgültig kein Prinzip klar durchgeführt: Weder ist die Tendenz der standesgemäßen Versorgung der Kinder rein vorhanden wie im Frieden, noch ist das reine Bedarfsdeckungsprinzip befolgt, wie es eigentlich im Sinne der überall gleichen Kinderzulage liegt; denn die am Notbedarf gemessene Versorgungsmöglichkeit steigt, wie aus den Zahlen in Übersicht 16 hervorgeht, von Gruppe III bis Gruppe X bei 3–6 Kindern etwa um ein Drittel bis fast zur Hälfte. Wägt man die Durchführung beider Prinzipien gegeneinander ab, so überwiegt bei der Regelung im Jahre 1922 immerhin noch dasjenige der standesgemäßen Bedarfsdeckung.

Als ein großer Mangel macht sich vor allem, besonders im Hinblick auf die Friedensregelung die Tatsache bemerkbar, daß die letzte Dienstalterszulage bereits nach 14–16 Jahren gewährt wird, sodaß der von da ab notwendige Mehrbedarf, der bei 2 Kindern in unsern Übersichten bis zum 22., bei 3 Kindern bis zum 24. Dienstjahr usf. erforderlich ist, nicht mehr aus steigenden Mitteln gedeckt werden kann. In den Gruppen I bis VII steigen infolgedessen die für die Kinder zur Verfügung stehenden Beträge nach 16, in den höheren Gruppen nach 14 Dienstjahren nur noch insoweit, als die Kinderzulagen durch die Überschreitung der Altersgrenzen erhöht werden; im übrigen und im wesentlichen bleiben diese Beträge von da ab konstant. Es ist also nicht verwunderlich, daß sich regelmäßig, abgesehen von den Familien mit 1–2 Kindern und von den höheren Gruppen, in den aufgeführten Jahren, die zusammenfallen mit den mittleren und höheren Lebensjahren der Kinder, namhafte Fehlbeträge ergeben. Da unsere Beamtenschaft, wie aus allem Obigen ersichtlich ist, in stärkstem Maße für die Versorgung ihrer Kinder von der Höhe der Dienstalterszulagen abhängig ist, war es ein gefährliches Danaergeschenk für die Beamten, als nach der Revolution die Regierung dem Drängen der Verbände nachgab und von dem alten und in diesem Zusammenhang bewährten System einer stärkeren Auseinanderziehung der Zulagensteigerung abging, ohne gleichzeitig entsprechend hohe Kinderzulagen festzusetzen. Jetzt sieht man, daß diese Forderung der Verbände theoretisch und praktisch bedenklich ist. Will man eine Verbesserung der Beamtenbezüge durchsetzen, so darf man wohl, wie es auch vielfach geschehen ist, eine Erhöhung der Anfangsgehälter fordern; nie und nimmer aber ist es richtig, solange wenigstens die Alterszulagen allein

[1]) Beamte mit nur einem Kinde können diesem also auch heute noch eine „standesgemäße" Erziehung angedeihen lassen. Die praktischen Folgerungen aus dieser Erkenntnis liegen auf der Hand und offenbaren sich bereits vielfach in einem entsprechenden Verhalten der verheirateten Beamten aller Besoldungsgruppen.

oder zum wesentlichen Teil den durch das Heranwachsen der Kinder entstehenden Mehrbedarf decken müssen, ein Aufhören dieser Steigerung bereits nach 14 oder gar noch weniger Jahren zu fordern. Geradezu grotesk mutet dieses Verlangen aber an, wenn gleichzeitig, wie es namhafte Verbände taten, von der Regierung verlangt wird, auf jegliche Kinderzulage zu verzichten. Solche Forderungen können nur in der Richtung einer *bewußten Herabminderung der Kinderzahl*[1]) liegen und widersprechen allen bevölkerungspolitischen Grundsätzen. Die Vertreter solcher Forderungen bleiben eine Aufklärung darüber schuldig, wie sie sich in Familien mit Kindern die weitere Versorgung dieser Kinder gedacht haben, wenn das Steigen des Gehalts ein Ende erreicht, gleichzeitig aber der eigentlich hohe Bedarf für die Kinder erst eintritt[2]). Man hätte denn von der Erwägung ausgehen müssen, daß bereits nach diesen geforderten 14 oder weniger Jahren das Gehalt in allen Gruppen eine solche Höhe erreicht hätte, daß davon der Höchstbedarf einer Familie mit *mehreren* Kindern gedeckt werden könnte. Dem stehen aber ohne weiteres die schon öfter erwähnten Finanznöte entgegen.

Ein weiterer Fehler, der sich auch erst in der jetzigen Besoldungsordnung geltend gemacht hat und der Friedensordnung fremd ist, liegt in folgendem: Da mit der Erhöhung der Grundgehälter im Laufe des Dienstes von Zeit zu Zeit durch Überschreiten der dafür maßgebenden Grenzen eine Erhöhung des Ortszuschlages verbunden ist, ergibt sich hieraus eine ganz stoßweise Entwicklung des Beamteneinkommens, das hierdurch in keiner Weise den wirklichen Verhältnissen angepaßt werden kann, sondern gegenüber dem tatsächlichen Bedarf eine ganz willkürliche Steigerung erfährt. Noch merkwürdiger wird diese Erscheinung, wenn infolge des eben geschilderten Verfahrens die Steigerung in einer höheren Gruppe im Endergebnis geringer ausfällt als in einer niedrigeren. So liegt es z. B. im Oktober 1922 bei Gruppe III gegenüber II und Gruppe V gegenüber IV. Diese Unregelmäßigkeit und Willkür sowohl innerhalb derselben Gruppen wie im Vergleich der Gruppen miteinander läßt oft die letzten Reste der Möglichkeit schwinden, einen Ausgleich zwischen Einkommen und Bedarf herzustellen.

Im Zusammenhang hiermit sei noch einer anderen Tatsache Erwähnung getan, die auch in Verbindung steht mit der Entwicklung der Dienstalterszulagen und dann in Erscheinung tritt — das war bereits im Frieden so —, wenn ein Beamter aus einer niedrigeren in eine höhere Gruppe emporrückt. Nach den geltenden Bestimmungen erhält er dann den nächsthöheren Gehaltssatz in der Aufstiegsgruppe mit der Maßgabe, daß er hierdurch nicht mehr als 4 Dienstjahre verlieren darf. Um ein Beispiel zu nennen, aus dem das Fehlerhafte dieser Regelung ersichtlich ist: Ein Beamter in Gruppe V, der in das 11. Dienstjahr treten soll mit einem Grundgehalt von 17 000 M (nach der Regelung vom Oktober 1922), wird nach Gruppe VI übergeführt, erhält demnach 17 500 M als Gehalt des 7. Dienstjahres. Aus Übersicht 14 b geht hervor, daß er in Gruppe V bereits eine Gesamtgehaltssteigerung von 3 852 M erreicht hätte, in Gruppe VI beträgt diese Steigerung aber nur 2 889 M. Das heißt also mit andern Worten: Der Beamte erlangt zwar einen kleinen Vorteil in seinem Einkommen, der wirkliche Vorteil der Überführung in eine höhere Gruppe bleibt ihm aber versagt, da die Spannung zwischen beiden Gruppen, wie sie sich im Anfangs- und Endgehalt zeigt, ihm nicht voll zugute kommt, sondern zum größten Teil aufgezehrt wird durch die Minderbeträge bei den für die Kinder verfügbaren Summen. Eine Regelung, die wirklich dem beförderten Beamten den Vorteil der höheren Gruppe sichert, wäre darin zu erblicken, daß jedenfalls dasjenige Dienstalter der nächsten Gruppe erreicht werden müßte, dessen Gesamtgehaltssteigerung derjenigen der verlassenen Gruppe mindestens gleichkommt; also in unserem Beispiel auch in Gruppe VI das 11. Dienstjahr mit 4 173 M. Maßgebend wäre dann also nicht mehr die absolute Höhe des Grundgehalts, sondern die Differenz der fraglichen Gehaltssätze und der Anfangsgehälter.

Abschließend läßt sich also von der jetzigen Regelung der Beamtenbesoldung, soweit die Versorgung der Kinder in Frage kommt, folgendes sagen: Diese Regelung entspricht selbst nach der in ihrem Fortschritt durchaus anzuerkennenden Oktoberänderung nicht den Ansprüchen, die man im Interesse einer auch nur knappen Versorgung der Kinder an sie stellen muß. Selbst wenn man die gesamten Dienstalterszulagen jeder Gruppe neben den Kinderzulagen für den Bedarf der Kinder zur Verfügung hält, und selbst wenn man annimmt, daß die Dienstalterszulagen nach dem obigen Schema, d. h. also *die erste Zulage ein Jahr nach der Geburt des ersten Kindes*, gewährt werden, was wohl praktisch vor allem in den höheren Gruppen in den seltensten Fällen vorkommt — dasselbe gilt hier auch von den entsprechenden Friedensverhältnissen —, selbst dann genügen diese Beträge außer in ganz kleinen Familien nicht dem Bedarf, wobei zunächst unterstellt wird, daß dieser Bedarf in allen Gruppen gleich sein soll; erst in relativ hohen Gruppen ist hier ein einigermaßen befriedigendes Verhältnis zwischen Deckung und Notbedarf festzustellen. Geht man aber von der praktisch wohl ebenso wichtigen Voraussetzung einer standesgemäßen Bedarfsdeckung sowohl für Eltern wie für Kinder aus, so liegen die Verhältnisse genau im umgekehrten Sinne für die höheren Gruppen hinsichtlich der Kinder immer ungünstiger. Auf jeden Fall müssen also Mittel und Wege gefunden werden, dieser Benachteiligung *nicht nur der kinderreichen Beamten*, sondern überhaupt der Beamten mit Kindern entgegenzuwirken.

Bei dieser ganzen Beurteilung der gegenwärtigen Besoldungsordnung sind, wie schon erwähnt, im Frieden wie jetzt zu günstige Voraussetzungen gemacht worden. In vielen Fällen, besonders in den höheren Besoldungsgruppen, erfolgt die feste Anstellung erst einige Jahre nach der Verheiratung des betreffenden Beamten, sodaß oft schon mehrere Kinder vorhanden sind, ehe überhaupt eine einzige Dienstalterszulage gezahlt wird; die ganze bisherige Darstellung beruht aber auf dem Gedanken, der somit auch den Wert einer *Mindestforderung* hat, daß die erste Zulage bereits dann gezahlt wird, wenn das erste Kind ein Jahr alt ist. Der Einfluß dieser zu günstigen Annahme sei an einem Beispiel aus Gruppe X gezeigt: Ein Beamter, dem mit 27 Jahren das erste Kind geboren wird, werde mit 31 Jahren fest angestellt. Dann bleiben die für die Kinder gezahlten Beträge (einschließlich Dienstalterszulagen) bei 2 Kindern 7 Jahre, bei 3 Kindern 8 Jahre, bei 4 Kindern 11 Jahre hinter dem Be-

[1]) Zu der Frage selbst, ob eine Einschränkung der Kinderzahl unter den heutigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen erwünscht ist oder nicht, soll hier keinerlei Stellung genommen werden. Die Ausführungen im Text sollen jedenfalls mit aller Deutlichkeit dartun, daß das kritisierte Gehaltssystem eine ganz bestimmte Nachwuchspolitik zur Folge hat, der sich die Anhänger dieses Systems dann nicht mehr entziehen können. — [2]) Daß dieser hohe Bedarf nicht immer so fühlbar wird, weil die Kinder in vielen Fällen bereits in jüngeren Jahren selbst verdienen, bedeutet keinen Beweis gegen die oben festgestellte Tatsache. Die Not verschwindet nicht dadurch, daß man ihr ausweicht. Und volkswirtschaftlich ist es auf jeden Fall ein unerfreulicher Zustand, wenn Kinder bereits von 14 Jahren an Geld verdienen *müssen*, weil die Not im Elternhause sie dazu zwingt.

darf zurück, während bei der bisherigen Annahme überhaupt nur zweimal sich ein Fehlbetrag herausstellt.

Ganz ähnlich wirkt die schon erwähnte Tatsache des Zurückgleitens in ein niedrigeres Dienstalter bei Überführung des Beamten in eine höhere Gruppe. In dem bereits erwähnten Beispiel der Überführung von Gruppe V nach VI bedeutet die Beförderung hinsichtlich der Versorgung der Kinder auf volle 10 Jahre eine Verschlechterung gegenüber dem Zustand in der verlassenen Gruppe. Zwei weitere Beispiele aus dem Oktober 1922 mögen folgen: Wird ein Beamter aus Gruppe VII nach 12 Dienstjahren nach Gruppe VIII übergeführt (9. Dienstjahr), so erleidet er in den Zulagen eine fühlbare Einbuße, die erst nach weiteren 6 Dienstjahren überholt wird. Rückt er aus Gruppe VIII nach 10 Dienstjahren nach Gruppe IX auf (7. Dienstjahr), so kann er in dieser Gruppe erst nach weiteren 8 Jahren den Verlust an Kinder- und Dienstalterszulagen einholen.

Durch die beiden eben genannten Umstände wird die ohnehin ziemlich geringe Spannung zwischen den unteren und oberen Gruppen hinsichtlich der Notbedarfsversorgung — sie beträgt bei 3—4 Kindern von Gruppe II bis X etwa 100 : 140 — noch ganz bedeutend abgeschwächt, sodaß im Endergebnis auch die höheren Gruppen nicht wesentlich besser abschließen dürften als die unteren. Und was vollends die Frage der „standesgemäßen" Versorgung der Kinder angeht, für die auf Seite 259 die einzelnen Zahlen gegeben sind, so verschlechtert sich gerade diese naturgemäß auch recht erheblich, sodaß man bei 3 Kindern in Gruppe X annehmen darf, daß diese standesgemäße Versorgung hier nur etwa drei Viertel derjenigen von Gruppe II beträgt, in der ihrerseits nur etwas über vier Fünftel der notdürftigen Versorgung gedeckt sind.

Kapitel 10.

Die Notwendigkeit angemessener Kinderzulagen.

Bei den bisherigen Betrachtungen haben wir die Bedarfsentwicklung der verschiedenen Familienstandsgruppen nur im ganzen untersucht und sind der Frage noch nicht nachgegangen, in welchem Grade sich die einzelnen Bestandteile dieses Notbedarfs vom Frieden bis zum April oder Oktober 1922 verteuert haben und welche Folgerungen sich daraus für die Teuerung des Gesamtbedarfs der einzelnen Familiengrößen ergeben. Es handelt sich hier mit andern Worten um die Frage, ob die in der Regel einheitlich veröffentlichte „Teuerungszahl", die abgestellt ist auf den fingierten Bedarf einer Arbeiterfamilie mit drei Kindern, als Repräsentant „der Teuerung" überhaupt gelten könne oder ob sie nur Geltung für die angenommene Einkommensgruppe und innerhalb dieser vielleicht auch nur für den bestimmten Familienstand hat. Diese Frage hat neben ihrer theoretischen auch eine starke praktische Bedeutung. Geht man nämlich von der, soweit ich sehe, bisher ziemlich allgemein geltenden Annahme aus, daß die Teuerung für alle Familiengrößen gleich ist, dann muß man für die Beurteilung der sozialen Zulagen zu einem sehr günstigen Ergebnis gelangen, wie es sich z. B. im „Geschäftsbericht der deutschen Reichsbahn über das Rechnungsjahr 1921"[1]) niederschlägt: Während der Lebenshaltungsindex für April 1922 von 1 im Frieden auf 32 gestiegen ist, beträgt nach hier zusammengestellten Zahlen die Gehaltssteigerung in Gruppe III, Stufe 3 (Eisenbahnschaffner) beim ledigen Beamten das 17 fache, beim kinderlos verheirateten das 18 fache, beim Verheirateten mit 1 Kind zwischen 6 und 14 Jahren das 21 fache, mit 2 Kindern das 23 fache des Friedensgehalts; demnach ist es also dem Verheirateten mit 2 Kindern, und das würde bei jeder größeren Kinderzahl erst recht gelten, am besten gelungen, sich mit seinem Gehalt der Teuerung anzupassen; aus dieser Auffassung der Sachlage läßt es sich dann allerdings erklären, warum die kinderlosen Beamten und Arbeiter — das war bereits im Krieg vielfach zu hören — so oft mit Neid und Mißbilligung auf ihre „glücklicheren" Kollegen blicken, die sich zwar auch einschränken müssen, aber, wie aus den mitgeteilten Zahlen hervorgeht, doch nicht so stark gegenüber dem Frieden wie die Beamten **ohne** Kinder und demzufolge ohne Kinderzulagen. Diese ganze Auffassung ist **falsch**. Sie beruht vor allem auf der mißverstandenen Bedeutung der Teuerungszahl. Es muß hier auf das entschiedenste betont werden: **Die Reichsteuerungszahl gibt zunächst nichts anderes wieder wie die Teuerung des genau festgestellten Bedarfs einer Familie mit 3 Kindern von 12, 7 und 1½ Jahren.** Ob sie darüber hinaus noch als Teuerungszahl für andere Bedarfsgruppen verwendet werden kann, ist stets im einzelnen zu untersuchen und keineswegs etwa selbstverständlich; **auf keinen Fall ist die Teuerungszahl der Ausdruck „der Geldentwertung"**[1]).

a) Der erste Grund: Verschiedene Teuerung des Bedarfs in den einzelnen Familiengrößen.

Es läßt sich im Gegensatz zu der Meinung, die an einer einheitlichen Teuerungszahl festhalten will, aus dem vorhandenen Material nachweisen, daß die Teuerung für die verschiedenen Familiengrößen je nach der Kinderzahl ganz verschieden ist. Das mag zunächst aus einer einfachen Deduktion klar werden.

Angenommen, zu einer bestimmten Zeit habe ein Beamter ein Einkommen von 140 *M* monatlich, das sich folgendermaßen auf die einzelnen Bedarfsgruppen verteile:

	beim kinderlosen Ehepaar	beim Ehepaar mit 3 Kindern
Miete	30 *M*	30 *M*
Ernährung und Bekleidung	40 „	80 „
Sonstiges	70 „	30 „
Zusammen	140 „	140 „.

Die Teuerung wirke nun in der Weise ein, daß die Miete auf das Doppelte, Ernährung und Bekleidung auf das 100 fache, das Sonstige auf das 80 fache im Preise steigen; eine solche unterschiedliche Behandlung der einzelnen Bedarfsgruppen rechtfertigt sich aus der Betrachtung der tatsächlichen Entwicklung: Im April 1922 beispielshalber ist für das Reichsgebiet die Ernährung auf das 43,56 fache, Heizung und Beleuchtung auf das 34,97 fache, die Miete auf das 2,87 fache, die Bekleidung auf das 48,29 fache im Preise gestiegen, während die zusammengefaßte Teuerung durchschnittlich das 34,36-fache ausmacht.

In unserm Schema ergeben sich dann folgende Bedarfszahlen:

	beim kinderlosen Ehepaar	beim Ehepaar mit 3 Kindern
Miete	60 *M*	60 *M*
Ernährung und Bekleidung	4 000 „	8 000 „
Sonstiges	5 600 „	2 400 „
Zusammen	9 660 „	10 460 „
Steigerung von 100 auf	6 900 „	7 471 „.

Es stellt sich also heraus, daß die Kosten für den gegen früher **gleichen** Bedarf beim kinderlosen Ehepaar auf das

[1]) Berlin 1923, gedruckt in der Reichsdruckerei, S. 34. Statt des im Text angegebenen 23fachen für zwei Kinder steht im Original fälschlich das 29fache.

[1]) Vergl. K. Bräuer, Die Anpassung der Löhne und Gehälter an die Lebenskosten (Veröffentlichungen der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft, Heft XVIII), Dresden 1922, S. 11ff. u. S. 20.

69 fache, beim Ehepaar mit 3 Kindern auf das 75 fache gestiegen sind. Lediglich, um den beiden verglichenen Beamten dasselbe Realeinkommen zu gewähren wie beim Beginn dieser Teuerungsentwicklung, müßte der Beamte mit Kindern demnach eine Ausgleichssumme in Form einer Kinderzulage erhalten. Höheres Nominaleinkommen im Vergleich mit dem kinderlosen Beamten bedeutet hier ausschließlich Erhaltung des Realeinkommens; gleiches Nominaleinkommen bedeutet für den Beamten mit Kindern eine Herabdrückung der Lebenshaltung.

Damit haben wir die eine Wurzel gefunden (es wird sich im Verlauf der Untersuchung noch eine zweite zeigen), aus der mit Notwendigkeit und zwangsläufig die Kinderzulagen hervorwachsen. Diese Notwendigkeit leugnen kann nur, wer nicht einsehen will, daß es wenn je gerade hier nicht auf das Nominal-, sondern das Realeinkommen ankommt[1]).

Um das obige Schema an der Wirklichkeit zu orientieren, und vor allem, um aus den tatsächlichen Verhältnissen neue wichtige Erkenntnisse zu gewinnen, wollen wir die Entwicklung des Bedarfs in den verschiedenen Familiengrößen unter Benutzung des bereits früher beigebrachten Materials darstellen. Hierbei gehen wir für die Friedenszeit aus von den Berechnungen auf S. 256 ff. Wir legen aber im Gegensatze zu den Ausführungen auf S. 257 nicht eine „friedensmäßige“, sondern eine „nachkriegsmäßige“ Bedarfsdeckung für den Notbedarf zugrunde. Die Erklärung hierfür liegt auf der Hand: Für den Vergleich mit 1922 liegen die genauen Preisangaben nur für den geschilderten Bedarfsumfang vor, während darüber hinaus mangels genauer Unterlagen nur Näherungswerte gewonnen werden können. Andrerseits war für die oben durchgeführte Betrachtung der Friedensverhältnisse die Erweiterung des knappen Notbedarfs auf einen den Friedensverhältnissen angemessenen Bedarf durchaus am Platze, weil gerade aufgezeigt werden sollte, daß das Gehalt trotz größeren Bedarfsanforderungen — selbst bei Vorhandensein von Kindern — reichlicher war als in der Nachkriegszeit; außerdem spielt bei dieser Betrachtung die Rücksicht auf einen unmittelbaren Vergleich mit 1922 nicht mit.

Abzulehnen ist dagegen die vielfach in der Litteratur angetroffene Meinung, als ob die mehr oder minder reichliche Ausstattung des für die Teuerungsstatistik benutzten Normalbedarfs einen grundsätzlichen Einfluß auf die Höhe der Teuerungsziffer ausübe[2]).

Die Kosten für Ernährung und Bekleidung im Notbedarf des kinderlosen Ehepaares betragen im Durchschnitt der vier genannten Orte 1913/14 36,16 ℳ, die Kosten für Miete, Heizung und Beleuchtung 31,15 ℳ, wie auf S. 257 berechnet. Diese Summe entspricht etwa dem im Frieden üblichen Wohnungsgeldzuschuß für einen Unterbeamten der Ortsklasse B; insgesamt erhalten wir also als Notbedarf eines Unterbeamten in Orten der Friedensortsklasse B 67,31 ℳ. Die Tatsache, daß von den vier Orten nur Königsberg im Frieden sich in B befindet, während die andern in C und D eingruppiert sind, ist hier nicht entscheidend, weil Königsberg als größte Stadt und als Provinzialhauptstadt mit ihrer Beamtenzahl durchschlägt und es für die Eingruppierung in die Ortsklasse im Zusammenhang unserer Untersuchung ja nur auf die Miete ankommt, die mit 25 ℳ monatlich sicherlich dem Satz der B-Orte entspricht.

Ferner müssen wir zur Durchführung der Berechnung das durchschnittliche Friedensgehalt eines Unterbeamten der Klasse 3 entsprechend Gruppe II in Ortsklasse B heranziehen.

---

[1]) Soweit es sich gegenwärtig übersehen läßt, hat diesen Zusammenhang zwischen Einkommens- und Bedarfsentwicklung lediglich Timm (a. a. O. S. 44 ff.) behandelt, und zwar, wie hervorgehoben werden muß, in durchaus mustergültiger Weise: „Dagegen ist von Wichtigkeit die Erkenntnis, daß in der Tat die Art der Zusammensetzung des Bedarfs die Tendenz der Beharrung zeigt und in dieser Richtung eine Einwirkung auf die Höhe des Nominallohnes stattfinden kann. Das besagt in normalen Zeiten oder in Zeiten gleichmäßiger Geldentwertung nichts Besonderes: Die Lohnhöhe bleibt auf jeden Fall für alle gleich bewerteten Arbeiter gleich hoch. Schwierigkeiten aber ergeben sich bei unverhältnismäßiger Verteuerung insbesondere lebenswichtiger Güter. Eine schematische Darstellung wird die sodann notwendig eintretenden Verschiebungen klar erkennen lassen ....“ Nach der Darstellung dieses Schemas, das in den Grundzügen, wenn auch nicht in der Ausführung dem unsrigen ähnelt, heißt es weiter: „Tritt keine Abstufung des Lohns nach dem Familienstand ein, so verändert sich die Reallebenshaltung derart, daß regelmäßig der Ledige einen Vorteil, der Kinderreiche einen Nachteil haben würde. Die Bedeutung der bisherigen Deduktionen liegt darin, daß gezeigt wurde, wie Familienstandslöhne aus gleichmäßigen Löhnen herauswachsen können, wie also in der Tat die Familienstandslöhne eine Erscheinungsform des Lohnes sind“. — [2]) Diesem Irrtum ist vor allem auch Bräuer verfallen: Auf S. 32 seiner oben genannten Schrift behauptet er bei der Beschreibung der Teuerungszahl des Statistischen Reichsamts, die auf die Friedenskosten des „gegenwärtigen, eingeschränkten Lebensbedarfs“ bezogen wird: „Daraus ergibt sich schon von vornherein, daß die gewonnenen Verhältniszahlen zu niedrig sind, weil ja die Lebenshaltung im Jahre 1913 eine weit reichhaltigere war.“ Diese in keiner Weise zwingende Begründung sucht Bräuer durch folgende Sätze plausibler zu machen: „Geht man von der früheren Lebenshaltung, dem Vorkriegsverbrauch, aus, so erscheint die Teuerung zu groß, weil der frühere Lebensaufwand nahezu bei allen Schichten der Bevölkerung eine größere Menge von Gütern und Leistungen umfaßt, als der Aufwand nach dem Kriege darstellt. Geht man dagegen von dem gegenwärtigen Verbrauch einer Normalfamilie aus und stellt fest, was die heutige, viel bescheidenere Lebensführung vor dem Kriege gekostet hätte, so würde der erhaltene Teuerungsfaktor zu klein, weil nicht das Maß der eigentlichen Verteuerung, sondern nur die Verteuerung gemessen an dem einfacheren Aufwand, ermittelt wird!“ Bräuer traut seinen eigenen Gründen offenbar nicht allzu viel an Beweiskraft zu, denn er gibt an keiner Stelle seiner Schrift ein zahlenmäßig durchgeführtes Beispiel für seine Behauptung (wobei er sich nämlich selbst widerlegt hätte), sondern begnügt sich mit der resignierten Feststellung, daß man die „wirkliche Teuerungsziffer“ doch nicht finden, sondern sich für einen der beiden Wege entscheiden müsse. Die ganze Beweisführung, wie sie hier versucht wird, geht natürlich in der Irre. Es ist in keiner Weise einzusehen, warum die Steigerung der Kosten eines bestimmten Vorkriegsbedarfs deshalb größer oder geringer sein soll, weil dieser Vorkriegsbedarf selbst reichlich oder weniger reichlich ausgestattet ist. Ob die Teuerungsziffer, d. h. also der Quotient aus den jetzigen und den früheren Kosten, mehr oder minder hoch ist, hängt doch einzig und allein von der Preisbewegung der in dem Normalbedarf enthaltenen Artikel, nicht aber von dem Umfang dieses Normalbedarfs ab. Es läßt sich logischerweise nur folgendes sagen: Je niedriger (relativ) im Frieden und je höher jetzt der Preis der einzelnen Artikel steht, desto höher ist jetzt die Teuerungsziffer, je höher im Frieden und je niedriger jetzt der Preis steht, desto niedriger ist die Teuerungsziffer. Die Menge und Anzahl dieser Artikel selbst spielt keine Rolle. Nimmt man einen Friedensnormalbedarf mit insgesamt 50 ℳ an, dessen einzelne Artikel sich durchschnittlich auf das 1 000 fache verteuert haben, so ist die Teuerung viel größer, als wenn man von einem doppelt so reichlichen Friedensbedarf von 100 ℳ ausgeht, dessen einzelne Artikel sich durchschnittlich nur auf das 800 fache verteuert haben: 50 000 durch 50 ist eben einmal größer als 80 000 durch 100! Es stellt sich somit heraus, daß die ganze Angelegenheit, die Bräuer grundsätzlich zu lösen sucht, eine reine Tatfrage ist. Das hätte auch dem Verfasser selbst auffallen müssen, wenn er die sehr treffende Bemerkung auf S. 34 seiner Schrift auch für diesen Fragenkomplex herangezogen hätte.

Nimmt man an, daß der Beamte 30 Jahre[1]) im Dienst ist, so hat er in dieser Zeit 52 890 *M* verdient, das macht im Jahresdurchschnitt 1 763 *M*. Zieht man hiervon die preußische Staatseinkommensteuer zuzüglich 100 % Kommunalsteuer mit insgesamt 62 *M* jährlich ab, so verbleibt ein Nettoeinkommen von 1 701 *M* = 141,75 *M* monatlich. Nimmt man an, daß der durch dieses Einkommen begrenzte Gesamtbedarf sich jeweils zusammensetzt aus dem oben geschilderten Notbedarf für Eltern mit 67,31 *M*, aus dem durchschnittlichen Notbedarf für Kinder mit 14,15 *M* je Kind (als Monatsdurchschnitt aus den auf S. 256 angegebenen Zahlen), sowie aus dem Sonstigen als Differenz aus Gehalt und Notbedarf, so erhält man folgende Zahlen für den Unterbeamten der Klasse 3 in B:

Übersicht 29.

Es entfallen auf die einzelnen Bedarfsgruppen und Familiengrößen

	kinderloses Ehepaar	Ehepaar mit		
		1 Kind	2 Kindern	3 Kindern
1	2	3	4	5
1913/14				
Notbedarf für Eltern . .	67,31	67,31	67,31	67,31
„ „ Kinder. .	—	14,15	28,30	42,45
Sonstiges.	74,44	60,29	46,14	31,99
Gesamtkosten (= Gehalt)	**141,75**	**141,75**	**141,75**	**141,75**
April 1922				
Notbedarf für Eltern[2]).	1 908,33	1 908,33	1 908,33	1 908,33
„ „ Kinder. .	—	611,90	1 223,80	1 835,70
Sonstiges.	2 556,27	2 070,36	1 584,45	1 098,54
Gesamtkosten	**4 464,60**	**4 590,59**	**4 716,58**	**4 842,57**
Steigerung von 1913/14 bis April 1922 (1913/14 = 1)	31,50	32,39	33,27	34,16

Während die Notbedarfszahlen für April 1922 aus den früher mitgeteilten Angaben entnommen sind, ist die Zahl für das Sonstige folgendermaßen zustandegekommen: Die obengenannte Gesamtteuerungszahl von 89,68 *M* für Ernährung, Miete usw.[3]) erhöht sich durch Hinzufügen der Bekleidungszahl (13,93 *M*) auf 103,61 *M*, die entsprechende Teuerungszahl vom April 1922[4]) ebenso auf 3 557,87 *M*. Diese zweite Zahl ist das 34,34 fache der ersten, sie gibt also unter der Annahme dieses Gesamtbedarfs die durchschnittliche Teuerung wieder; es wird nun angenommen, daß die Teuerung des Sonstigen dieser durchschnittlichen Preissteigerung entspricht, jedenfalls also hinter der Teuerung von Ernährung und Bekleidung (die im April im Reich das 43,56 fache und das 48,29 fache ausmacht) merklich zurückbleibt. Die Kosten für das Sonstige sind demnach vom Frieden bis zum April 1922 durchgehend auf das 34,34 fache des Friedensbetrages erhöht und ergeben so die in der Übersicht aufgeführten Zahlen. Das Endergebnis zeigt etwa dieselben Verhältnisse, wie wir sie in unserm Schema kennengelernt haben: Bei 3 Kindern ist die Gesamtteuerung 8,45 % höher als beim kinderlosen Ehepaar.

Wendet man dasselbe Verfahren auf den Oktober 1922 an, so erhält man folgende Zahlen:

[1]) Mangels genauerer Unterlagen mußte die Zahl von 30 Jahren vorläufig schätzungsweise eingesetzt werden. Für einen Teil der Beamten, nämlich die preußischen Philologen (Studienräte und Direktoren), ist inzwischen der Nachweis geliefert, daß die obige Annahme der Wirklichkeit sehr nahe kommt: E. Simon hat in seiner Schrift „Untersuchungen über die Dienstdauer der preußischen Philologen" (im Verlage des Preußischen Philologenverbandes), Berlin 1923, auf S. 66 die durchschnittliche Dienstdauer der Studienräte und Direktoren auf 31,6 Jahre für 1909—13, auf 28,3 Jahre für 1921 festgestellt. Die Dienstdauer der mittleren und unteren Beamten dürfte etwas höher liegen, sodaß 30 Jahre einen angemessenen Durchschnitt darstellen. — [2]) im Gegensatz zu S. 252 ohne die Steuern. — [3]) Vergl. S. 257. — [4]) Vergl. S. 243.

	kinderloses Ehepaar	Ehepaar mit		
		1 Kind	2 Kindern	3 Kindern
1	2	3	4	5
Notbedarf für Eltern . .	13 655,00	13 655,00	13 655,00	13 655,00
„ „ Kinder. .	—	4 458,57	8 917,14	13 375,71
Sonstiges.	16 811,53	13 615,89	10 420,26	7 224,62
Gesamtkosten	**30 466,53**	**31 729,46**	**32 992,40**	**34 255,33**
Steigerung gegen 1913/14 (= 1)	214,93	223,84	232,75	241,66.

Die Teuerung des Sonstigen beträgt hier, in derselben Weise wie für April 1922 aus der Reichsteuerungszahl berechnet, das 225,81 fache gleich 23 398,81 (18 012,91 + 5 385,90) durch 103,61. Bei 3 Kindern ist diesmal die Gesamtteuerung 12,44 % höher als beim kinderlosen Ehepaar.

Dieselbe Nachweisung sei im folgenden für die Gruppen VII und X aufgestellt. Der „Notbedarf für Eltern" erfährt dabei insofern eine Änderung, als statt des bisher eingesetzten Betrages für Miete, Heizung und Beleuchtung ein Satz angenommen wird, der dem monatlichen Wohnungsgeldzuschuß für mittlere und höhere Beamte in Ortsklasse B entspricht.

Das Friedensanfangsgehalt des mit Gruppe VII vergleichbaren Beamten der Klasse 13 beträgt 1 650 *M*, sein Wohnungsgeldzuschuß in B 630 *M* oder monatlich 52,50 *M*. Rechnet man diesen Betrag als Kosten für Miete, Heizung und Beleuchtung zu Ernährung und Bekleidung mit 36,16 *M* hinzu, so erhält man 88,66 *M* als neuen Notbedarf für Eltern in Gruppe VII; das durchschnittliche Monatsgehalt abzüglich Steuern stellt sich auf 267,10 *M*.

Demnach erhalten wir für die Bedarfsentwicklung eines Beamten der Gruppe VII folgende Zahlen:

Übersicht 30.

	kinderloses Ehepaar	Ehepaar mit		
		1 Kind	2 Kindern	3 Kindern
1	2	3	4	5
1913/14				
Notbedarf für Eltern . .	88,66	88,66	88,66	88,66
„ „ Kinder. .	—	14,15	28,30	42,45
Sonstiges.	178,44	164,29	150,14	135,99
Gesamtkosten (= Gehalt)	**267,10**	**267,10**	**267,10**	**267,10.**

Wenn man annimmt, daß die 21,35 *M* Mehrbetrag beim Bedarf für Eltern ausschließlich auf Wohnungsmiete entfallen, und wenn man ferner die Verteuerung der Miete gemäß den Zahlen der Reichsstatistik mit dem 2,87 fachen für April 1922 einsetzt, so erhält man folgendes Bild:

	kinderloses Ehepaar	Ehepaar mit		
		1 Kind	2 Kindern	3 Kindern
1	2	3	4	5
April 1922				
Notbedarf für Eltern . .	1 969,60	1 969,60	1 969,60	1 969,60
„ „ Kinder. .	—	611,90	1 223,80	1 835,70
Sontiges	6 127,63	5 641,72	5 155,81	4 669,90
Gesamtkosten	**8 097,23**	**8 223,22**	**8 349,21**	**8 475,20**
Steigerung gegen 1913/14 (= 1)	30,32	30,79	31,26	31,73
Oktober 1922				
Notbedarf für Eltern . .	13 824,73	13 824,73	13 824,73	13 824,73
„ „ Kinder. .	—	4 458,57	8 917,14	13 375,71
Sonstiges.	40 298,89	37 103,25	33 907,62	30 711,98
Gesamtkosten	**54 123,62**	**55 386,55**	**56 649,49**	**57 912,42**
Steigerung gegen 1913/14 (= 1)	202,63	207,86	212,09	216,82.

Die Teuerung ist bei 3 Kindern im April um 4,65 %, im Oktober um 7 % höher als beim kinderlosen Ehepaar. Wir finden also hier, wenn die Steigerungsunterschiede an sich auch geringer sind als in Gruppe II, doch dasselbe Verhältnis zwischen den beiden Monaten wie dort.

Zum Vergleich mit der jetzigen Gruppe X ziehen wir die Friedensklasse 40 der preußischen Besoldungsordnung (Oberlehrer usw. mit 2 700 – 7 200 ℳ Gehalt) heran. Das monatliche Durchschnittsgehalt nach Steuerabzug beträgt hier im Frieden 505 ℳ, der Wohnungsgeldzuschuß monatlich 76,67 ℳ, diesen zum Ernährungs- und Bekleidungsbedarf hinzugerechnet ergibt 112,83 ℳ, sodaß nach der obigen Annahme auf die Miete allein ein Mehrbetrag von 45,52 ℳ entfällt.

Die Bedarfsentwicklung in Gruppe X stellt sich demnach folgendermaßen dar:

Übersicht 31.

	kinderloses Ehepaar	Ehepaar mit 1 Kind	Ehepaar mit 2 Kindern	Ehepaar mit 3 Kindern
1	2	3	4	5
1913/14				
Notbedarf für Eltern . .	112,83	112,83	112,83	112,83
„ „ Kinder. .	—	14,15	28,30	42,45
Sonstiges.	392,17	378,02	363,87	349,72
Gesamtkosten (=Gehalt)	505,00	505,00	505,00	505,00
April 1922				
Notbedarf für Eltern . .	2 038,97	2 038,97	2 038,97	2 038,97
„ „ Kinder. .	—	611,90	1 223,80	1 835,70
Sonstiges.	13 467,12	12 981,21	12 495,30	12 009,38
Gesamtkosten	**15 506,09**	**15 632,08**	**15 758,07**	**15 884,05**
Steigerung gegen 1913/14 (= 1)	30,70	30,95	31,20	31,45
Oktober 1922				
Notbedarf für Eltern . .	14 016,88	14 016,88	14 016,88	14 016,88
„ „ Kinder. .	—	4 458,57	8 917,14	13 375,71
Sonstiges.	88 567,67	85 372,01	82 176,40	78 980,76
Gesamtkosten	**102 584,55**	**103 847,49**	**105 110,42**	**106 373,35**
Steigerung gegen 1913/14 (= 1)	203,14	205,64	208,14	210,64

In Gruppe X ist die Teuerung bei 3 Kindern im April um 2,44 %, im Oktober um 3,69 % größer als beim kinderlosen Ehepaar.

Vergleicht man die Ergebnisse der drei Besoldungsgruppen miteinander, so stellt sich folgendes heraus: Beim kinderlosen Ehepaar ist die Gesamtbedarfssteigerung für denselben Monat fast überall gleich; größere Unterschiede zeigen sich erst bei mehreren Kindern, und zwar nimmt die Steigerung nach den höheren Gruppen hin zwar nicht sehr stark, aber doch merklich ab. Diese Erscheinung hat ihren Grund darin, daß die Mehrbeträge, die durch die größere Kinderzahl im April und Oktober 1922 im Gesamtbedarf erforderlich werden, überall bei den verschiedenen Gruppen gleich sind und deshalb gegenüber dem höheren Gesamtbedarf der höheren Gruppen verhältnismäßig immer weniger ausmachen. Dieser Unterschied, der beim ersten und bei jedem weiteren Kinde entsteht, beträgt im April 1922 in sämtlichen Gruppen 125,99 ℳ, im Oktober 1 262,93 ℳ, also im Oktober rund das Zehnfache gegenüber dem April, während sonst der Bedarf vom April zum Oktober nur auf das Siebenfache gestiegen ist. Dieser Mehrbetrag ist die Differenz zwischen dem jeweiligen Mehr an Kindernotbedarf und dem Weniger an Sonstigem: Während im Frieden das Mehr an Kindernotbedarf mit 14,15 ℳ und das Weniger an Sonstigem mit ebenfalls 14,15 ℳ sich gegenseitig ausgleichen, sodaß der Gesamtbedarf in allen Familiengrößen derselbe bleibt, liegt es 1922 anders; dieselben 14,15 ℳ steigern sich beim Kindernotbedarf auf das 43,24fache im April oder auf das 315,09fache im Oktober, beim Sonstigen dagegen nur auf das 34,34fache oder das 225,84fache. Das Auftreten eines solchen Mehrbetrages bei größerer Kinderzahl beruht also ausschließlich darauf, daß der Bedarf für die Kinder und der sonstige Bedarf sich in der Preisgestaltung verschieden entwickeln — bei gleicher Preisentwicklung würde kein Mehrbedarf zustande kommen —; der Mehrbedarf in Geld ist also um so größer, je mehr sich die genannten Bedarfsgruppen in ihrer Preisentwicklung unterscheiden, ist ferner um so größer, je höher der Kindernotbedarf selbst ist; alles dies unter der Voraussetzung, daß man für alle Familiengrößen von der gleichen Friedensbedarfssumme ausgeht, sodaß der für die Kinder erforderliche Mehrbetrag den Betrag für das Sonstige um ebenso viel verkürzt.

Es liegt nahe, diesen Zusammenhang in einer Formel auszudrücken, um über die konkreten hier benutzten Zahlen hinaus zu einer genauen quantitativen Bestimmung des Abhängigkeitsverhältnisses der einzelnen Größen zu gelangen.

Ist in den Übersichten 29 – 31 der Notbedarf für Eltern im Frieden gleich e, der Nachkriegsbedarf entsprechend $e \cdot t_e$ (wobei t_e die Teuerung von e darstellt), k und $k \cdot t_k$ der jeweilige Kindernotbedarf, s und $s \cdot t_s$ der jeweilige „sonstige“ Bedarf des kinderlosen Ehepaares, so ist offenbar, wenn g_o das Nachkriegsgehalt des kinderlosen Ehepaares, g_n das Gehalt des Ehepaares mit n Kindern darstellt,

$$g_n = e \cdot t_e + n \cdot k \cdot t_k + (s - n \cdot k) \cdot t_s$$
$$g_o = e \cdot t_e + s \cdot t_s$$

Ziehen wir beide Gleichungen voneinander ab, so bedeutet die Differenz $g_n - g_o$ auf der linken Seite die für n Kinder erforderliche Kinderzulage z_n; es ist also

$$\begin{aligned} z_n &= e \cdot t_e + n \cdot k \cdot t_k + s \cdot t_s - n \cdot k \cdot t_s - e \cdot t_e - s \cdot t_s \\ &= n \cdot k \cdot t_k - n \cdot k \cdot t_s \\ &= n \cdot k \cdot (t_k - t_s). \end{aligned}$$

Wie sich aus den bisherigen Ausführungen ergibt, wirkt sich diese Tatsache, die wir als den ersten Grund zur Entstehung der Kinderzulagen festgestellt haben, immerhin nur in ziemlich engen Grenzen aus, und sie wird immer bedeutungsloser, wenn sich die Preisentwicklung der einzelnen Bedarfsgruppen mehr und mehr ausgleicht. Vom April bis zum Oktober 1922 hat sich dieser Unterschied, wie auch aus den obigen Zahlen hervorgeht, wesentlich verschärft; es liegt aber durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß in Zukunft eine Annäherung beider Entwicklungsreihen eintreten könnte, was vor allem dann der Fall sein würde, wenn die Teuerung der Wohnungsmieten diejenige der anderen Bedarfsgegenstände einholte.

b) Der zweite Grund: Die verschiedene Bedarfseinschränkung in den einzelnen Familiengrößen.

Haben wir bisher gesehen, wie sich die Bedarfskosten entwickelt hätten, wenn man von dem Grundsatz ausgeht, den vom Frieden her gewohnten Bedarf in jeder einzelnen Besoldungs- und Familiengruppe auch jetzt voll zu decken, so wollen wir im folgenden untersuchen, in welcher Weise die tatsächliche Bedarfsgestaltung durch die Gehaltsentwicklung und unter Mitwirkung des „Entbehrungsfaktors“ beeinflußt wird.

Da das Gehalt, wie wir bereits festgestellt haben, niemals der Bedarfsentwicklung sich anpaßt, sondern stets dahinter zurückbleibt, so entsteht allemal in jeder Besoldungsgruppe und für jede Familiengröße ein Fehlbetrag, der eine Verringerung der für den Gesamtbedarf aufzuwendenden Mittel bedeutet. Diese Verringerung kann sich unserer Voraussetzung gemäß nicht am Notbedarf für Erwachsene und für Kinder auswirken, denn diese Beträge sind bereits Minimalzahlen, sondern sie kann sich nur am Sonstigen äußern.

Berechnen wir auch hier das Gehalt als Durchschnittsverdienst in 30 Dienstjahren [1]) unter Abzug der Steuern, so erhalten wir in Gruppe II im April 1922 ein durchschnittliches Monatsgehalt von 2 547,50 ℳ; da sich gemäß dem Friedenssatz ein Gesamtbedarf von 4 464,60 ℳ ergeben hat, so liegt hier ein Fehlbetrag von 1 917,10 ℳ vor, um den sich also die Befriedigung der sonstigen Bedürfnisse verkürzt; hierfür stehen demnach beim kinderlosen Ehepaar nur noch zur Verfügung statt 2 556,27 ℳ: 639,17 ℳ, das heißt 25,04 % des erforderlichen Betrages. Bei einem Kind beträgt das Gehalt einschließlich Kinderzulage (als Durchschnitt aus 21 Jahren) 2 872,60 ℳ, sodaß das Sonstige hier nur mit 352,37 ℳ oder mit 17,02 % des erforderlichen Betrages gedeckt werden kann. Bei 2 Kindern reicht das Gehalt von 3 197,70 ℳ nur noch mit 65,57 ℳ oder zu 4,14 % für Sonstiges. Bei 3 Kindern endlich bleibt es im Gesamtbetrag von 3 523,80 ℳ um 220,23 ℳ hinter dem für den Notbedarf der Eltern und der Kinder erforderlichen Betrage zurück!

Im Oktober liegen die Verhältnisse noch ungünstiger: Das Gehalt beträgt hier für das kinderlose Ehepaar nach Steuerabzug monatlich 17 345 ℳ, sodaß für das Sonstige 3 690 ℳ oder 21,95 % der benötigten Summe zur Verfügung stehen; bei einem Kind kann das Gehalt von 19 855,48 ℳ das Sonstige mit 1 741,91 ℳ oder zu 12,79 % decken, bei 2 Kindern reicht das Gehalt nicht einmal zur Deckung des Notbedarfs für Eltern und Kinder, sondern bleibt um 206,18 ℳ dahinter zurück.

Trotz der bereits gewährten Kinderzulage befindet sich also der Beamte mit Kindern in allen Fällen in ungünstigerer Lage, sowohl absolut wie relativ, als der Beamte mit weniger Kindern und erst recht als derjenige ohne Kinder. Im April kann der Beamte mit 3 Kindern trotz Kinderzulagen nicht einmal seinen Notbedarf decken, der Beamte mit 1 und 2 Kindern kann dies zwar, muß aber hinsichtlich des sonstigen Bedarfs auf einen größeren Teil gegenüber dem Frieden verzichten als das kinderlose Ehepaar. Würde keine Kinderzulage gewährt, so würden sich diese Mißverhältnisse nur noch verstärken; wollte man beispielshalber das Gehalt des kinderlosen Beamten um den doppelten Betrag der Kinderzulage erhöhen, im übrigen aber keine Zulage mehr zahlen, so würde der Beamte mit 2 Kindern absolut genau so dastehen wie bisher, relativ gegen den Kinderlosen noch weit schlechter, da dieser nunmehr bereits die *Hälfte* des sonstigen vom Frieden gewohnten Bedarfs bestreiten könnte gegenüber 4 % beim Beamten mit 2 Kindern; der Beamte mit 3 Kindern würde auch absolut noch schlechter dastehen, da ihm ja jetzt auch noch der Betrag der 3. Zulage fehlen würde.

Geht man also einmal davon aus, daß die Einbuße, die alle Beamten gegenüber dem Frieden erleiden müssen, auch für alle *gleichmäßig* sein soll, so kann man die Regelung, die sich bei *nominell gleicher Besoldung* ergeben würde, nur als *im höchsten Grade ungerecht und einseitig auf den Vorteil der kinderlosen und kinderarmen Beamten zugeschnitten* bezeichnen. Wie wir bereits gesehen haben, ist eine Verkürzung gegenüber dem Friedensbedarf nur in der Weise möglich, daß der Notbedarf nach wie vor befriedigt und nur am Sonstigen gekürzt werden kann. Würde dieser Grundsatz überall gleichmäßig durchgeführt, dann würde das Realeinkommen zwar naturgemäß gegenüber dem Frieden kleiner, es würde aber bei allen Familiengrößen *in gleichem Grade kleiner*. Würde man in unserem Fall den Beamten mit Kindern ebenfalls die 25,04 % ihres vom Frieden her gewohnten Bedarfs gewähren wie dem kinderlosen Ehepaar, so wäre dazu an Gehalt erforderlich bei 1 Kind 3 038,65 ℳ, bei 2 Kindern 3 528,88 ℳ, d. h. bei 1 Kind 119,28 %, bei 2 Kindern 138,53 % vom Gehalt des kinderlosen Ehepaares (2 547,50 ℳ).

[1]) Vergl. S. 263.

Sänke der Anteil am Sonstigen etwa auf 10 % des vom Frieden her Gewohnten, so wären die entsprechenden Gehälter beim kinderlosen Ehepaar 2 163,96 ℳ, bei 1 Kind 2 727,37 ℳ, bei 2 Kindern 3 290,58 ℳ oder 100 : 126,0 : 152,06; d. h. die Gehälter würden zwar absolut kleiner sein als bei der obigen Regelung, die Differenzierung zwischen den einzelnen Familiengrößen wäre aber noch stärker als bei jener.

Diese Tatsache bildet die zweite Wurzel der Kinderzulagen: Die Verkürzung des Realeinkommens gegenüber dem Frieden bedingt eine Differenzierung der Gehälter, um diese Verkürzung für sämtliche Familiengrößen gleichmäßig zu gestalten. Wichtig ist hierbei vor allem, daß diese Notwendigkeit der Differenzierung im Gegensatz zum ersten Grunde *nicht* von einer Verschiedenheit der Preisentwicklung in den einzelnen Bedarfsgruppen abhängt. Nehmen wir an, daß in unserm eingangs dieser Ausführungen angegebenen Schema überall eine hundertfache Verteuerung eintritt, daß aber das Gehalt nur auf das Achtzigfache steigt, so ergibt sich folgendes:

Es steigt

	beim kinderlosen, Ehepaar	beim Ehepaar mit 3 Kindern
die Miete	von 30 auf 3 000 ℳ	von 30 auf 3 000 ℳ
Ernährung u. Bekleidung	„ 40 „ 4 000 „	„ 80 „ 8 000 „
das Sonstige	„ 70 „ 7 000 „	„ 30 „ 3 000 „
der Gesamtbedarf	„ **140** „ **14 000** „	„ **140** „ **14 000** „
das Gehalt dagegen ..	„ 140 „ 11 200 „	„ 140 „ 11 200 „.

Statt 7 000 ℳ kann demnach das kinderlose Ehepaar nur noch 4 200 ℳ oder 60 % für Sonstiges ausgeben, das Ehepaar mit 3 Kindern statt 3 000 ℳ 200 ℳ oder 6,67 %. Wollte man auch hier dem zweiten Ehepaar das Gleiche gewähren wie dem ersten, nämlich 60 % des im Frieden Gewohnten, so müßte es 12 800 ℳ bezahlt bekommen oder 114,29 % vom Gehalt des kinderlosen Beamten. Bei gleichmäßigem Rückgang des Sonstigen auf 10 % betrügen die Gehälter 7 700 und 11 300 ℳ, die sich verhalten wie 100 : 146,75.

Wir kommen also zu folgendem Schluß: Die Verkürzung eines von früher her gewohnten Bedarfes bedingt, wenn sie alle Familiengrößen gleichmäßig treffen soll, auch ohne Verschiedenheit der Preissteigerung in den einzelnen Bedarfsgruppen eine Differenzierung der Nominalgehälter nach der Kinderzahl, die um so stärker sein muß, je größer die Verkürzung gegen früher ist.

Ist f der Deckungsfaktor, der wiedergibt, welcher Teil des vom Frieden her gewohnten Sonstigen durch das verkürzte Gehalt gedeckt wird, und nimmt man die Teuerung gemäß der obigen Voraussetzung für sämtliche Bedarfsgruppen als gleich (= t) an, so gestaltet sich die Formel auf S. 264 folgendermaßen:

$$g_n = e \cdot t + n \cdot k \cdot t + (s - n \cdot k) \cdot t \cdot f$$
$$g_0 = e \cdot t + s \cdot t \cdot f$$
$$\overline{z_n = e \cdot t + n \cdot k \cdot t + s \cdot t \cdot f - n \cdot k \cdot t \cdot f - e \cdot t - s \cdot t \cdot f}$$
$$= n \cdot k \cdot t - n \cdot k \cdot t \cdot f$$
$$= n \cdot k \cdot t \cdot (1 - f).$$

Bei der Entwicklung der Beamtenbesoldung von 1913/14 bis 1922 kombinieren sich, wie ohne weiteres ersichtlich, beide Gründe, sodaß in hervorragendem Maße jetzt Kinderzulagen erforderlich sind, immer zu dem Zweck, das Bedarfsdeckungsverhältnis zwischen den einzelnen Familiengrößen *genau so zu gestalten wie im Frieden*. Hierbei ist noch in keiner Weise an eine Verbesserung des Realeinkommens der einen Gruppe auf Kosten der anderen gedacht; das sei hier, um jedes Mißverständnis auszuschließen, ausdrücklich betont. Zur Rechtfertigung der so begründeten Kinderzulagen brauchen also im strengen Sinne die für Kinderzulagen ins Feld geführten Argumente auf S. 236 ff. noch nicht

herangezogen zu werden; diese Gründe treten aber voll in Wirksamkeit, wenn man darüber hinaus an eine Differenzierung der Gehälter denken will oder wenn man überhaupt die Zurückrechnung auf die Friedensverhältnisse außer acht lassen und die ganze Regelung neu in die Gegenwart hineinstellen will.

Wenn wir zunächst nach diesen allgemeinen Feststellungen die letzte Berechnung auch für die Gruppen VII und X durchführen, so gelangen wir dabei zu folgenden Zahlen:

Übersicht 32.

	kinderloses Ehepaar	Ehepaar mit 1 Kind	Ehepaar mit 2 Kindern	Ehepaar mit 3 Kindern
1	2	3	4	5
Gruppe VII				
April 1922				
Durchschnittsgehalt . .	3 900,66	4 225,76	4 550,86	4 875,96
davon für Sonstiges . .	1 931,06	1 644,26	1 357,46	1 070,66
= v. H. des Friedensbedarfs	31,51	29,14	26,33	22,93
Oktober 1922				
Durchschnittsgehalt . .	26 603,27	29 113,75	31 623,23	34 133,71
davon für Sonstiges . .	12 778,54	10 830,45	8 881,36	6 933,27
= v. H. des Friedensbedarfs	31,71	29,19	26,19	22,58
Gruppe X				
April 1922				
Durchschnittsgehalt . .	4 972,11	5 298,21	5 623,31	5 948,41
davon für Sonstiges . .	2 933,14	2 647,34	2 360,54	2 073,74
= v. H. des Friedensbedarfs	21,78	20,39	18,89	17,27
Oktober 1922				
Durchschnittsgehalt . .	37 003,27	39 513,75	42 024,23	44 534,71
davon für Sonstiges . .	22 986,39	21 038,30	19 090,21	17 142,12
= v. H. des Friedensbedarfs	25,95	24,64	23,23	21,70

Vergleicht man die Beträge, die in den Gruppen VII und X für den sonstigen Bedarf zur Verfügung stehen, mit den oben bei Gruppe II angeführten, so zeigt sich, daß diese Beträge in sämtlichen Gruppen zu den Familien mit mehr Kindern hin um dasselbe Maß abnehmen, nämlich im April gleichmäßig um 286,80 *M*, im Oktober um 1 948,09 *M*. Aus der Gleichheit dieser Zahlen erklärt es sich auch, daß die Unterschiede in den Verhältniszahlen, die bei jedem Datum angegeben sind, um so geringer werden, je höher die Besoldungsgruppe ist. Die Unterschiedsbeträge sind deshalb überall dieselben, weil wir überall mit einem g l e i c h e n Kindernotbedarf rechnen. Würde der Kinderbedarf in den höheren Gruppen zunehmen („standesgemäße“ Versorgung), so würde nach den obigen Ausführungen auch ein größerer Unterschied zwischen den in den einzelnen Familiengruppen erforderlichen Beträgen nötig sein.

Stellt man auch hier die in der obigen Darstellung und besonders in Übersicht 32 gewonnenen Zahlenergebnisse in allgemeinen Ausdrücken dar, so erhält man nach Analogie der beiden bereits genannten Formeln folgende Gleichungen:

$$g_n = e \cdot t_e + n \cdot k \cdot t_k + (s - n \cdot k) \cdot t_s \cdot f$$
$$g_o = e \cdot t_e + s \cdot t_s \cdot f$$

$$z_n = e \cdot t_e + n \cdot k \cdot t_k + s \cdot t_s \cdot f - n \cdot k \cdot t_s \cdot f - e \cdot t_e - s \cdot t_s \cdot f$$
$$= n \cdot k \cdot t_k - n \cdot k \cdot t_s \cdot f$$
$$z_n = n \cdot k \cdot (t_k - t_s \cdot f).$$

Eine kurze Überlegung zeigt, daß die erste und die zweite Formel nur Spezialfälle der eben gewonnenen Formel darstellen. Tritt, wie im ersten Falle, keine Verkürzung des „Sonstigen“ ein, sodaß also f gleich 1 wird, dann ändert sich in der letzten Formel der Ausdruck $t_s \cdot f$ in t_s, d. h. es erscheint die erste Formel. Nimmt man, wie im zweiten Falle, die Teuerung für alle Bedarfsgruppen als gleich an, so ändert sich die obige Formel folgendermaßen:

$$z_n = n \cdot k \cdot (t - t \cdot f)$$
$$= n \cdot k \cdot t \cdot (1 - f);$$

das ist aber die zweite Formel.

Allgemein gesprochen ergibt sich also, ausgehend von einem n i c h t d i f f e r e n z i e r t e n Friedensgehalt, dennoch als Folgeerscheinung der Teuerung und der dahinter zurückbleibenden Gehaltsentwicklung eine Kinderzulage zum Ausgleich der hierdurch für die Beamten mit mehr Kindern ungünstigeren Lage. Die Höhe dieser Kinderzulage hängt, wie aus obiger Formel einwandfrei hervorgeht, nicht von der Höhe des Friedensgehalts, sondern lediglich von der Größe des Kindernotbedarfs, der Teuerung dieses Notbedarfs, der Teuerung des „Sonstigen“ sowie von dem Deckungsfaktor des Sonstigen ab; und zwar in folgendem Sinne: Die Kinderzulage ist gleich dem Friedenskindernotbedarf mal der Differenz aus der Teuerung des Kindernotbedarfs und aus dem Produkt der Teuerung und des Deckungsfaktors des Sonstigen. Die Kinderzulage muß also um so höher sein, je größer der Kindernotbedarf und seine Teuerung, je geringer andrerseits die Teuerung und der Deckungsfaktor des Sonstigen sind.

Will man den Ausdruck $t_s \cdot f$ in unserer allgemeinen Formel durch einen anderen ersetzen, in dem sich die tatsächliche Gehaltsentwicklung wiederspiegelt, so kann das folgendermaßen geschehen: $t_s \cdot f$ gibt offenbar die Kostensteigerung für das Sonstige vom Frieden bis jetzt wieder, ist mit andern Worten der Quotient aus beiden Größen. Anders bezeichnet ist das Sonstige im Frieden gleich g — e (wie oben), jetzt also, wenn m die Gehaltssteigerung bedeutet, gleich $g \cdot m - e \cdot t_e$. Statt $t_s \cdot f$ kann man demnach setzen $\frac{g \cdot m - e \cdot t_e}{g - e}$.

c) Möglichkeiten einer Neuregelung der Kinderzulagen.

Nachdem wir so an einigen hervorragenden Beispielen nachgewiesen haben, in welchem gegen die bisherige Regelung erweiterten Umfang eine Differenzierung der Gehälter durch Gewährung von Kinderzulagen nötig wäre, um innerhalb der allgemeinen Einschränkung die vom Frieden gewohnten Verhältnisse wiederherzustellen, wollen wir nunmehr dazu übergehen, die Durchführbarkeit dieser Maßnahmen zu prüfen.

Dazu ist es zunächst erforderlich, einen Überblick über die gegenwärtige Kinderzahl der Beamten zu gewinnen. Ausführliche Zahlen, wie wir sie auf S. 228ff. für die Friedenszeit haben bringen können, stehen jetzt leider nicht zur Verfügung. Es bleibt hier nur der Weg, aus den in den Haushaltsplänen angegebenen Zahlen die erforderlichen Schlüsse zu ziehen; seit mit der Neuregelung der Besoldungsordnung Kinderzulagen allgemein üblich geworden sind, werden sie in den Haushaltsplänen gesondert neben den Grundgehältern usw. nachgewiesen. Für unseren Zweck ziehen wir die Angaben im „Entwurf des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1923“[1]) heran. In den Erläuterungen sind hier bei jedem Titel die Beträge an Kinderzulagen für sämtliche Beamtengruppen der betreffenden Behörde in einer Summe ausgeworfen, sodaß es im ganzen möglich ist, von einigen Ausnahmen abgesehen, den jährlich zur Auszahlung gelangenden Betrag zusammenzustellen. Nimmt man nun an, daß durchschnittlich für jedes Kind die für Kinder von 6 bis 14 Jahren vorgesehene Summe gezahlt wird, so kann man die Gesamtkinderzahl ermitteln, indem man die Summe der überhaupt gezahlten Beträge durch diese mittlere Kinderzulage teilt. Wie sich aus den sonstigen

[1]) Berlin 1922, gedruckt in der Reichsdruckerei.

Zahlenangaben ergibt, ist der Entwurf im wesentlichen nach dem Stand vom August, für die Verwaltung der Reichsbahn dagegen vom Oktober 1922 aufgestellt. Insgesamt sind ausgeworfen an Kinderzulagen 3 326 128 000 ℳ, wenn man auch die Beträge bei der Reichsbahn auf den Stand vom August zurückrechnet. Diese Summe, geteilt durch 3 000 ℳ als den mittleren Jahresbetrag der Kinderzulage, ergibt eine Zahl von 1 108 709 Kindern. Die Zahl der — planmäßigen und außerplanmäßigen — Beamten, für die die genannte Summe nachgewiesen wird, beträgt 840 582. Es entfallen also auf jeden Beamten ohne Unterschied der Besoldungsgruppe, des Familienstandes und der Familiengröße 1,32 Kinder. Diese Zahl gibt natürlich nur diejenigen Kinder wieder, die Anspruch auf den Bezug der Kinderzulage haben, also in der Regel die Kinder bis zu 21, in vielen Fällen sogar nur bis zu 14 Jahren, in manchen Fällen auch noch ältere bis zu 24 Jahren. Wir können annehmen, daß es sich durchschnittlich um Kinder unter 18 Jahren handelt.

Nach den Zahlen auf S. 231 (Übersicht 6) entfallen von den überhaupt lebenden Kindern auf diejenigen unter 18 Jahren 75,07, unter 21 Jahren 84,61 %. Nimmt man dieses Verhältnis auch jetzt noch als gültig an, so erhält man für die Gegenwart eine durchschnittliche Kinderzahl von 1,49 Kindern unter 21 Jahren und von 1,76 Kindern einschließlich der schon erwachsenen. Gegenüber der Friedensdurchschnittszahl von 2,21 bedeutet der jetzige Stand also einen Rückgang auf 80 %. Will man von dieser Zahl der gegenwärtig lebenden Kinder auf die Anzahl der einem Beamten im Laufe seiner Dienstzeit überhaupt heranwachsenden Kinder schließen, so muß man diese Zahl nach der Angabe auf S. 232 im Verhältnis von 1 : 1,6 erhöhen und gelangt so zu 2,81 Kindern gegen 3,54 im Frieden. Wenn, wie es der Fall zu sein scheint, die Familien mit 5 und mehr Kindern gegenüber dem Frieden an Zahl zurückgehen, so kann dieser immerhin noch verhältnismäßig hohe Durchschnitt von 2,81 Kindern nur so zustande kommen, daß die Familien mit 3 und 4 Kindern (immer im Laufe der ganzen Dienstzeit verstanden) einen bedeutenderen Anteil ausmachen als früher. Während früher die Extreme, d. h. also die ganz kleinen und die ganz großen Familien, mehr hervortraten, scheint sich jetzt eine gewisse Gleichmäßigkeit anzubahnen. Man geht nach allem wohl nicht fehl, wenn man für die Gegenwart etwa folgende Verteilung auf die einzelnen Familiengrößen bei der durchschnittlichen Kinderzahl von 2,81 annimmt: In je 30 % aller Fälle dürfte ein Nachwuchs von 2 und 3 Kindern zu erwarten sein; dann machen die Beamten mit weniger Kindern 15 %, diejenigen mit 4 und mehr Kindern 25 % aller Fälle aus. Eine wesentlich andere Zusammensetzung ist nicht denkbar, wenn man einmal von dem angegebenen Anteil der Familien mit 2 Kindern ausgeht und die Voraussetzung einer Abnahme der ganz großen Familien anerkennt. 3 und mehr Kinder haben demnach 55 % aller Beamten zu erwarten, wobei auf diese Familien drei Viertel aller Kinder entfallen. Bei den unteren Beamten dürfte sich wie im Frieden die Kinderzahl etwas erhöhen, bei den mittleren und höheren entsprechend erniedrigen. Wir wollen jedenfalls für die hier anzustellenden Betrachtungen von einem Durchschnittsbestand von 1,5 Kindern je Beamten gleichmäßig in allen Besoldungsgruppen ausgehen.

Bei der Berechnung der in jeder Gruppe erforderlichen Mehrbeträge an Kinderzulagen wollen wir davon ausgehen, daß diese Regelung im großen und ganzen keine höheren Kosten verursachen darf als die gegenwärtige Regelung. Nehmen wir also genau wie bei der Aufstellung der letzten Übersichten an, daß jeder Beamte durchschnittlich 30 Jahre lang ein planmäßiges Diensteinkommen bezieht, so ergibt sich in jeder Gruppe ein bestimmter jährlicher finanzieller Gesamtaufwand, den es nur nach den obigen Grundsätzen anders zu verteilen gilt. Das geschieht am besten in der Weise, daß wir zunächst den Betrag feststellen, der für Notbedarf und Sonstiges auf den durchschnittlichen Beamten mit $1^1/_2$ Kindern entfällt und gemäß unserer Annahme die Summe darstellt, die mit der Beamtenzahl vervielfältigt den Gesamtbetrag an Gehältern und Kinderzulagen ergibt.

Der Notbedarf für Eltern und Kinder ist bereits festgestellt. Das Sonstige für die Familie mit $1^1/_2$ Kindern beträgt in Gruppe II im April 1922 208,97 ℳ als arithmetisches Mittel aus 352,37 ℳ (bei 1 Kind) und 65,57 ℳ (bei 2 Kindern)[1]), d. h. also 11,44 % des ohne Verkürzung erforderlichen Betrages. Nimmt man überall als Sonstiges diese 11,44 %, so erhält man

beim kinderlosen Ehepaar	292,44 ℳ
„ Ehepaar mit 1 Kind	236,85 „
„ „ „ 2 Kindern	181,26 „

usw., mit jedem weiteren Kinde 55,59 ℳ weniger; um diesen neuen Bedarf zu decken, sind an Gehalt erforderlich

beim kinderlosen Ehepaar . .	2 200,77 ℳ	statt	2 547,50 ℳ bisher
„ Ehepaar mit 1 Kind . .	2 757,08 „	„	2 872,60 „ „
„ „ „ 2 Kindern	3 313,39 „	„	3 197,70 „ „
usw. steigend um je	556,31 „	„	325,10 „ „ .

Sieht man die Differenz zwischen den jeweiligen Beträgen als Kinderzulagen an, so erhöht sich bei diesem Vorschlag die Kinderzulage von 325,10 ℳ monatlich auf 556,31 ℳ (wobei der Steuerabzug stets berücksichtigt ist). Da der durchschnittliche Bestand von $1^1/_2$ Kindern eine Zahl von 2,81 Kindern im Laufe der Dienstzeit bedeutet, so bringt diese Regelung für alle Beamten mit 3 und mehr Kindern (im Laufe der Dienstzeit), d. h. also für die Mehrzahl aller Beamten eine Verbesserung in ihren Bezügen, während die kinderlosen Beamten und diejenigen mit einem und zwei Kindern eine Einbuße erleiden. Technisch würde sich diese Regelung so auswirken, daß jeder Beamte als Grundgehalt das oben angegebene Durchschnittsgehalt des kinderlosen Ehepaares erhielte, das nur wenig über dem bisherigen Anfangsgehalt der Gruppe II (im April etwa 2 100 ℳ monatlich) liegt, unter Fortfall der Dienstalterszulagen; die bisher gezahlten Alterszulagen müßten dann in die Kinderzulagen hineingearbeitet werden, die ja dann fast das Doppelte des bisherigen Betrages ausmachen; hier sind sie nur mit ihrem Durchschnittswert angegeben, in der Praxis müßten sie natürlich von Jahr zu Jahr oder von 2 zu 2 Jahren steigend gestaltet werden.

Eine Zurücksetzung der kinderlosen und kinderarmen Beamten wäre in dieser Regelung keineswegs zu erblicken: Weisen sie nach, daß die nun nicht mehr steigenden Gehälter für ihren Bedarf zu gering seien, so ist der auf S. 239 angedeutete Fall eingetreten; es liegt dann klar zutage, daß die bisherigen Sätze tatsächlich zu gering sind und einer Aufbesserung bedürfen. Gelingt ihnen dieser Nachweis nicht, so dürfen sie sich erst recht nicht beklagen, denn die Beamten mit 3 und mehr Kindern, also der größte Teil aller Beamten, haben ja bisher, wie mehrfach gezeigt, unter noch viel ungünstigeren Bedingungen leben müssen und stünden, am Bedarf gemessen, erst nach dieser Neuregelung mit dem kinderlosen oder kinderarmen Beamten gleich. Der — geringe — Ausfall an Gesamtverdienst würde übrigens bei den Beamten mit zwei Kindern dadurch wettgemacht werden, daß sie gerade in den Jahren größter wirtschaftlicher Anspannung ausreichende Bezüge bekommen, nicht erst, wie bisher, im hohen Alter, wenn die Kinder versorgt sind.

Da die hier vorgeschlagene Regelung davon ausgeht, die Friedensbedarfsdeckung gewissermaßen in verkleinertem Maßstabe auf die Gegenwart zu übertragen, nicht dagegen eine

[1]) Vergl. S. 265.

vollständige Neuordnung ohne historische Anknüpfung zu schaffen, so kann sie natürlich auch noch nicht allen idealen Forderungen genügen. Wie bereits gezeigt, ist hier nur eine Kinderzulage von 556,31 ℳ durchschnittlich angenommen, während der „Notbedarf“ im Durchschnitt 611,90 ℳ ausmacht; demzufolge ist auch hier nach 5 Kindern der Punkt erreicht, wo mit weiterem Kinderzuwachs kein Betrag für das Sonstige mehr erübrigt werden kann, sondern die anderen Beträge selbst angegriffen werden müssen.

Finanziell bedeutet die Neuregelung keine Mehrausgabe von Staatsmitteln. Das zu betonen, ist wichtig; denn einer Notlage der kinderreicheren Beamten einfach dadurch begegnen zu wollen, daß man die Zulagen dieser Beamten erhöht, ohne an einer anderen Stelle abzubauen, ist wohl eine sehr einfache und bequeme Forderung, mit den gegenwärtigen Finanzmitteln aber schlechterdings nicht durchführbar. Um diese Gleichheit der Gesamtausgaben nachzuweisen, seien folgende Zahlen genannt: Berechnet man für die durchschnittlichen Gehälter und Kinderzulagen alten Stils die 30fachen Beträge (wir sind von einer durchschnittlich 30jährigen Dienstzeit ausgegangen), so ergeben sich 91 054,50 ℳ; tun wir dasselbe für die Gehälter und Zulagen neuer Ordnung, so bekommen wir 91 057,05 ℳ.

Für dieselbe Gruppe II steht im Oktober bei 1½ Kindern ein Betrag von 767,86 ℳ als Mittel aus 1 741,91 ℳ und − 206,18 ℳ[1]) für das Sonstige zur Verfügung; das sind nur noch 6,39 % des Friedensmaßes. Hiernach umgerechnet ergeben sich nacheinander folgende Zahlen zur Deckung des Sonstigen: Für kinderlose Beamte 1 074,26 ℳ, Beamte mit 1 Kind 870,06 ℳ, mit 2 Kindern 665,85 ℳ usf., um je 204,20 ℳ fallend. Die Gehälter stellen sich entsprechend auf 14 729,26, 18 983,63, 23 237,99 ℳ usf., um je 4 254,37 ℳ steigend. Das neue Durchschnittsgehalt liegt dabei etwa um 2 600 ℳ unter dem alten und nur noch wenig über dem bisherigen Anfangsgehalt (14 167 ℳ). Da der Unterschied in den durchschnittlichen Gehaltssummen je nach der Familiengröße bisher 2 510,48 ℳ beträgt, so bedeutet auch hier der neue Kinderzulagensatz fast eine Verdopplung. Immerhin bleibt auch diese Zulage hinter dem Bedarf von 4 458,57 ℳ noch etwas zurück, sodaß auch hier nach 5 Kindern ein Fehlbetrag eintritt.

Für Gruppe VII und X seien noch die wichtigsten Zahlen aus dem Oktober genannt: Für das Sonstige kommen hier in der durchschnittlichen Familie der Gruppe VII 9 855,91 ℳ (als Mittel aus 10 830,45 ℳ und 8 881,36 ℳ)[2]) oder 27,70 % des notwendigen Betrages in Frage, das kinderlose Ehepaar kann demnach hierfür 11 186,97, die anderen je 887,11 ℳ weniger ausgeben; die neuen Gehälter steigen von 25 011,70 ℳ für je 1 Kind mehr um 3 571,46 ℳ gegenüber bisher 26 603,27 ℳ und 2 510,48 ℳ Kinderzulage. Diese sehr viel geringeren Unterschiede gegenüber der bisherigen Regelung erklären sich aus dem reichlicheren Deckungsverhältnis für das Sonstige im Vergleich mit Gruppe II.

Daß sich bei einer Verschlechterung dieses Deckungsverhältnisses trotz absolut höheren Einkommensbeträgen die Gehaltsunterschiede mit zunehmender Familiengröße erhöhen müssen, geht aus den folgenden Zahlen für Gruppe X hervor: In der mittleren Familie kann das Sonstige zu 23,95 % gedeckt werden, die Gehälter unterscheiden sich hier, anfangend mit 35 228,84 ℳ für das kinderlose Ehepaar, um je 3 693,21 ℳ, sodaß also der Kinderzuschlag immer noch etwas höher ist als in Gruppe VII.

Noch besser läßt sich dieser Zusammenhang nachweisen, wenn man die Rechnung für Gruppe X auch im April durchführt: Die Deckung des sonstigen Bedarfs erfolgt hier in der Familie mit 1½ Kindern zu 19,66 %; daraus ergibt sich als Betrag der Kinderzulage 516,37 ℳ, also fast ebenso viel wie im gleichen Monat in Gruppe II (556,31 ℳ) bei 11,44 %.

Wenn man sich, wie es hier geschehen ist, für die Regelung des Kinderzulagenwesens streng an die entsprechenden Friedensverhältnisse anschließt, erhält man je nach der vom Frieden bis jetzt eingetretenen Verschlechterung verschieden hohe Beträge zum Ausgleich der für die einzelnen Familiengrößen verschiedenen Bedarfskosten. Praktisch ließe sich natürlich mit solchen verschiedenen Sätzen nicht viel anfangen, und man müßte schon aus technischen Gründen die Kinderzulage überall gleich hoch bemessen. Maßgebend könnte hier nur der Satz der Gruppe II sein, der ja auch dem tatsächlichen Bedarf am nächsten kommt; ergeben sich dann in den höheren Gruppen etwas höhere Zahlen für die Familien mit mehr Kindern als eben nachgewiesen, so mag man dieses Mehr auf das Konto der „standesgemäßen“ Versorgung setzen; auf jeden Fall sind diese Mehrbeträge auch im Sinne der kinderlosen und kinderarmen Beamten als unbedenklich zu bezeichnen, da sie gegenüber dem höheren Gesamteinkommen wenig ins Gewicht fallen.

Führen wir eine solche gleichmäßige Gestaltung der Kinderzulagen für sämtliche Gehaltsgruppen durch, so können wir gleich den weiteren Schritt tun und die Kinderzulage in der Höhe des oben errechneten Bedarfs festsetzen, d. h. also für den Oktober 1922 mit 4 458,57 ℳ durchschnittlich im Monat. Für die bei der Bestandsaufnahme als Durchschnitt ermittelten 1½ Kinder bedeutet diese Zahl gegenüber der für Gruppe II festgestellten Kinderzulagensumme von 4 254,37 ℳ eine Mehranrechnung von 306,30 ℳ. Das bloße Durchschnittsgehalt für das kinderlose Ehepaar verringert sich somit um diese 306,30 ℳ auf 14 422,96 oder rund 14 423 ℳ. Wie sich die bisherige Regelung und der neue Vorschlag unter der eben gemachten Annahme auswirken, zeigt folgende Gegenüberstellung für die Beamten mit 0−4 Kindern:

Gesamtverdienst eines Beamten der Gruppe II in 30 Dienstjahren

	bei einem Gehalt von 17 345 ℳ und einer Kinderzulage von 2 510,48 ℳ	bei einem Gehalt von 14 423 ℳ und einer Kinderzulage von 4 458,57 ℳ	Verhältnis zwischen den neuen und alten Sätzen (diese = 100)
	ℳ	ℳ	%
kinderlos	6 244 200,00	5 192 280,00	83,15
mit 1 Kind . . .	6 876 840,96	6 315 839,64	91,84
„ 2 Kindern . .	7 509 481,92	7 439 399,28	99,07
„ 3 „ . .	8 142 122,88	8 562 958,92	105,17
„ 4 „ . .	8 774 763,84	9 686 518,56	110,39.

Hiernach ist für die Familie mit 2 Kindern praktisch keine Änderung eingetreten, für die Familie mit 3 Kindern bedeutet der neue Vorschlag einen Vorteil von 5 %, mit 4 Kindern von 10 % usw., während das Ehepaar mit einem Kinde etwa 8 %, der kinderlose Beamte 17 % einbüßt. Hierbei ist vorausgesetzt, daß jedes Kind 21 Jahre lang die Kinderzulage erhält. Wenn allgemein oder in der Mehrzahl der Fälle der Kinderzulagenbezug früher eingestellt wird, so würde sich dadurch naturgemäß das Einkommen der kinderarmen Beamten etwas erhöhen, das der kinderreichen Beamten etwas senken. Ob und wieweit infolge früherer Selbständigkeit der Kinder eine Herabsetzung des durchschnittlichen Höchstalters für den Bezug der Kinderzulage möglich ist, könnte nur durch eine eingehende Erhebung auf der Grundlage der Erhebungen von 1912/13 festgestellt werden. Obwohl in dem eben ausgeführten Vorschlag die Kinderzulagen gegen früher fast verdoppelt sind, bedeutet diese Neuregelung nichts grundlegend Neues, sondern nur eine in der Mehrzahl aller Fälle verhältnismäßig geringfügige Verschiebung des Einkommens nach dem Ort des größten Bedarfs, wobei eigentlich nur der kinderlose Beamte nach unten stärker aus dem

[1]) Vergl. S. 265. — [2]) Vergl. S. 266, Übersicht 32.

allgemeinen Rahmen herausfällt. Dieses Ergebnis wird auch nicht weiter überraschen, wenn man überlegt, daß trotz allen Mängeln im einzelnen bereits in der bisherigen Regelung die Tendenz zu einer angemessenen Versorgung der Kinder hervortritt und sich nur kraft entgegenstehender Meinungen und Bedenken nicht voll auswirken kann. Daß diese Bedenken in einsichtigen Beamtenkreisen infolge des gewaltigen Eindrucks der Tatsachen mehr und mehr schwinden, darf man wohl u. a. aus der Programmerklärung des Deutschen Beamtenbundes vom 24. April 1923 folgern, in der unter grundsätzlicher Betonung des Leistungsprinzips für diese Zeit erhöhter wirtschaftlicher Schwierigkeiten die Gewährung angemessener Kinderzulagen gefordert wird.

Um im Anschluß an die obige Berechnung noch einige Zahlen zu nennen, so würde in Gruppe VII die Erhöhung der Kinderzulage auf das durchschnittliche Bedarfsmaß einen Rückgang des Durchschnittsgehalts von 25 011,70 M auf 23 681 M, in Gruppe X von 35 228,84 M auf 34 081 M bedeuten. In allen drei Fällen und somit auch in sämtlichen Besoldungsgruppen beträgt die Differenz, wie leicht zu ersehen ist, gleichmäßig 2 922 M monatlich. Diese 2 922 M würden also überall vom Gehalt abgezogen und den Kindern zugute kommen. Weil dieser Unterschiedsbetrag überall gleich ist, muß auch in sämtlichen Gehaltsgruppen der Mehr- oder Minderbetrag bei den gleichen Familiengrößen überall derselbe sein. Daraus folgt weiter, daß die Änderung in den höheren Gehaltsgruppen verhältnismäßig immer weniger ausmacht, solange wir von der überall gleichen Kinderzulage ausgehen.

Die hier beschriebene Regelung sieht bewußt von einer „standesgemäßen" Festsetzung der Kinderzulage ab und geht dabei von folgenden Erwägungen aus: Für die Beamten der untersten Besoldungsgruppen wird nach Lage der Dinge immer nur die Deckung eines angemessenen „Notbedarfs" für Mann, Frau und Kinder möglich sein. Ihnen bleibt entsprechend ihrer Einkommenslage keine weitere Wahl in der Verwendung der ihnen zufließenden Mittel. Für sie bedeutet daher die Gewährung einer ausreichenden Kinderzulage überhaupt erst die Möglichkeit der materiellen Sicherung, auf der sich erst alles Weitere aufbauen kann. Je höher die Besoldungsgruppe ist, je mehr das „Leistungsprinzip" betont wird, um so größer wird die Wahlfreiheit des Beamten bezüglich seines Einkommens. Nach wie vor enthält sein Gehalt einen Betrag zur Deckung des Notbedarfs für Eltern und Kinder — es liegt an ihm und muß an ihm liegen, wie er die über den Notbedarf hinaus verfügbaren Mittel verwenden will. Er kann sie lediglich im eigensten Interesse, für mehr materielle oder höhere Zwecke wie Kunst, Wissenschaft usw. verbrauchen, er kann sie aber auch über den notwendigsten Bedarf hinaus seinen Kindern zuführen und in ihrer „standesgemäßen" Erziehung eine Hauptaufgabe seiner Erwerbs- und Berufstätigkeit erblicken. Jeder durch eine weitergehende Differenzierung der Gehälter erzwungene Schematismus wäre hier vom Übel und würde das Verantwortungsgefühl lähmen. Denn darin haben die Gegner der Kinderzulagen unbedingt Recht, daß ihre Ausgestaltung nie dahin führen darf, daß das Verantwortungsgefühl des Beamten ausgeschaltet wird. Die hier vorgeschlagene Regelung scheint mir in diesem Sinne durchaus in der Richtung einer zweckmäßigen Politik zu liegen. Denn sie gewährt dort, wo nur knappe Mittel vorhanden sind, dem Beamten als Familienvater zwar ausreichende, aber immerhin so begrenzte Beträge, daß bei ihrer zweckdienlichen Verwendung sein volles Verantwortungsbewußtsein eingesetzt werden muß; sie nötigt dort, wo die Mittel etwas reichlicher fließen, den Beamten, unter eigener Verantwortung die Zuteilung der Mittel an die von ihm selbst als die wichtigsten erkannten Zwecke vorzunehmen. Diese gesunde Mischung von Staatshilfe und eigener Verantwortung scheint mir gerade das Wertvolle an dieser oder einer ähnlichen Regelung zu sein [1]).

Ein weiterer Vorzug des ganzen hier vorgeschlagenen Verfahrens liegt m. E. darin, daß es nicht mit einer bestimmten bevölkerungspolitischen Einstellung verquickt ist. Gewiß kann sich gerade der Bevölkerungspolitiker eine solche Regelung dienstbar machen: hier kommt es aber nur darauf an, das sei mit Entschiedenheit betont, im Interesse der lebenden und der künftigen Generation einen Ausgleich zwischen den widerstreitenden Interessen der Selbst- und der Arterhaltung zu finden; nicht aber soll hier einer bestimmten Politik der Volks*vermehrung* das Wort geredet werden. Das sind Erörterungen, die auf einer anderen Grundlage ausgetragen werden müssen. Hier sollte nur gezeigt werden, wie bei einer bestimmten durchschnittlichen Familiengröße die vorhandenen Mittel bestmöglich verwendet werden können. Welches jeweils diese maßgebende Familiengröße ist, müßte von Zeit zu Zeit durch Erhebungen wie die von 1912/13 festgestellt und danach der für die weiteren Berechnungen erforderliche „Deckungsfaktor" ermittelt werden.

[1]) In ähnlichem Sinne spricht Zahn in seinem Vortrag über „Familie und Familienpolitik" (Berlin, 1918) bei der Betrachtung der bayerischen Kinderzulagenversicherung von einer „gesunden Mischung von Selbsthilfe und Staatshilfe".

Die Steuern und Schulden der Städte und Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1919.

Im amtlichen Auftrage bearbeitet
von
Oberregierungsrat Prof. Dr. **Oskar Tetzlaff.**

Inhaltsangabe.

I. Vorbemerkungen.

Durch Erlaß des Herrn Ministers des Innern vom 31. März 1911 — I b 3474 — ist nach den Vorschlägen des Statistischen Landesamts eine alljährlich zu wiederholende Statistik über den Steuern- und Schuldenstand sämtlicher Städte und der mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden sowie auch der höheren Kommunalverbände Preußens angeordnet worden. Die Ergebnisse dieser Erhebungen werden alljährlich im „Statistischen Jahrbuch für den Freistaat Preußen" veröffentlicht. Während die Angaben über die Steuern und Schulden der Provinzialverbände und Landkreise im Statistischen Jahrbuch regelmäßig für jeden Kommunalverband besonders gebracht werden, ist es mit Rücksicht auf den großen Umfang des Zahlenstoffes nicht möglich, auch die Ergebnisse für jede einzelne Gemeinde im Statistischen Jahrbuch zu veröffentlichen. Für die letzten Jahre vor dem Weltkriege wurden wenigstens noch die Erhebungsergebnisse für die mehr als 10 000 Einwohner zählenden Stadt- und Landgemeinden in dem Statistischen Jahrbuch einzeln gebracht, während für die späteren Jahre nur noch die nach ihren Hauptarten gegliederten Steuern und Schulden der in Gemeindegrößenklassen und provinzweise zusammengefaßten Gemeinden nachgewiesen worden sind. Der 18. Band des Statistischen Jahrbuchs enthält zum erstenmal wieder auch Angaben für die einzelnen Gemeinden, die mehr als 10 000 Einwohner zählten, für das Rechnungsjahr 1919, allerdings nur bezüglich ihres Steuerwesens. Für die Rechnungsjahre 1910, 1912 und 1913 sind die Ergebnisse der Gemeindesteuern- und -schuldenstatistik für jede bei der Erhebung berücksichtigte Gemeinde, also auch für die nicht mehr als 10 000 Einwohner zählenden Kleinstädte, in je einem Aufsatze dieser „Zeitschrift"[1]) veröffentlicht worden. Eine weitere auf das Rechnungsjahr 1917 bezügliche entsprechende Veröffentlichung erfolgte im 60. Jahrgange der Zeitschrift, doch blieben bei ihr aus Sparsamkeitsrücksichten die Ergebnisse für die einzelnen Städte mit nicht mehr als 5 000 Einwohnern außer Betracht. Diese Veröffentlichung unterscheidet sich von ihren Vorgängerinnen auch noch dadurch, daß bei ihr zum erstenmal die der direkten Gemeindebesteuerung zugrunde liegenden Maßstabssteuern berücksichtigt, dafür aber die weniger bedeutungsvollen Arten von Gemeindesteuern nicht besonders aufgeführt, sondern nur in dem Gesamtbetrage der betreffenden Steuergruppe (überwiesene, indirekte, direkte Gemeindesteuern) mitenthalten sind.

[1]) Vergl. Jahrgang 52, 54 und 56 der „Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamtes."



Die auf das Rechnungsjahr 1919 bezügliche Erhebung über den Stand der Gemeindesteuern und -schulden, deren Hauptergebnisse in der folgenden Veröffentlichung behandelt werden, ist durch Erlaß des Herrn Ministers des Innern vom 19. Februar 1920 — IV a. 13 718 II — im Gegensatze zu den vorangegangenen Erhebungen auf sämtliche Städte und Landgemeinden ausgedehnt worden. Dabei sind alle von Preußen abgetretenen Gemeinden, mit Ausnahme der oberschlesischen, nicht mehr berücksichtigt worden. Eine gemeindeweise Veröffentlichung der Erhebungsergebnisse für sämtliche Städte und Landgemeinden war aus Raum- und Sparsamkeitsrücksichten nicht angängig. Es sind daher in der abgedruckten Tafel 1 auf den Seiten 272 bis 297, die die Hauptergebnisse der Erhebung für das Rechnungsjahr 1919 für die einzelnen Gemeinden nachweist, nur die Städte und Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern berücksichtigt worden. Für den so begrenzten Kreis von Gemeinden weist die Tafel 1 das berichtigte Soll der indirekten und direkten Gemeindesteuern sowie das Soll der den Gemeinden vom Reiche oder Staate überwiesenen Steueranteile nach, ferner die den direkten Gemeindesteuern zugrunde liegenden Maßstabssteuern und die davon erhobenen Gemeindezuschläge, endlich die Schulden nach dem Stande am Schlusse des Rechnungsjahres. Die Tafel enthält lediglich die betreffenden Grundzahlen, nur bei den direkten Gemeindesteuern ist daneben auch der Hundertsatz angegeben, den sie vom gesamten Gemeindesteuersoll ausmachen. Ergänzend zur Tafel 1 bringt die Tafel 2 für die Städte und Landgemeinden, die nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 mehr als 10 000 Einwohner besaßen, für die Rechnungsjahre 1911, 1918 und 1919 Vergleichszahlen aus dem Stoffgebiet der Gemeinde-Steuer- und -Schuldenstatistik, und zwar Angaben über die steuerliche Leistungsfähigkeit sowie über den Gemeindesteuerbedarf und die Belastung durch Gemeindesteuern und -schulden. Diese Tafel gibt also ein Bild von der Entwickelung des Steuer- und Schuldenwesens in 373 preußischen Gemeinden, die nach der letzten Volkszählung mehr als 10 000 Einwohner besaßen, im Zeitraum 1911/1919; dabei sind alle von Preußen abgetretenen Gemeinden, mit Ausnahme der oberschlesischen, nicht mehr berücksichtigt worden. Die in der Tafel enthaltenen Zahlen für 1918 sind bisher an anderer Stelle überhaupt noch nicht veröffentlicht worden, während der auf die Rechnungsjahre 1911 und 1919 bezügliche Zahlenstoff wenigstens z. T. auch schon in den Bänden 10 und 18 des Statistischen Jahrbuchs für den Freistaat Preußen enthalten ist. Mit Rücksicht auf die in der Tafel 2 zwecks Vergleichung mit den Rechnungsjahren 1918 und 1911 aufgeführten zahlreichen Verhältniszahlen, die das Steuer- und Schuldenwesen der Gemeinden im Rechnungsjahre 1919 betreffen, fehlen die entsprechenden Angaben in der Tafel 1, um unnötige Wiederholungen zu vermeiden. Durch diese Maßregel wurde es außerdem ermöglicht, in der Tafel 1 auch verschiedene Arten von indirekten und überwiesenen Steuern besonders zu berücksichtigen, für deren Nachweisung sonst kein Raum zur Verfügung gestanden hätte.

Die Tafeln 3a bis c und Tafel 5 dienen der Nachweisung der hauptsächlichen Ergebnisse über die Gemeindesteuern und -schulden des Rechnungsjahres 1919 in ihrer Verteilung auf Gemeindegrößenklassen und Provinzen; zur Vergleichung sind dabei die entsprechenden Zahlen für das Rechnungsjahr 1911 angegeben, unter Berücksichtigung derselben Gebietsabtretungen, die bei der auf das Rechnungsjahr 1919 bezüglichen Erhebung außer Betracht gelassen worden sind.

II. Die Gemeindesteuern in den preußischen Städten und Landgemeinden.

1. Die gesetzlichen Grundlagen für die Gemeindebesteuerung in Preußen.

Die gesetzlichen Grundlagen für die Gemeindebesteuerung in Preußen sind in einem Aufsatze des Verfassers über „Die Gemeindesteuern des Rechnungsjahres 1911 in Preußen in ihrer Verteilung auf Stadt- und Landkreise" im 57. Jahrgange dieser Zeitschrift eingehend behandelt worden. Hieran anschließend enthält der Aufsatz über „Die Steuern und Schulden der Städte und großen Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1917" im 60. Jahrgange der Zeitschrift die seit 1911 bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1917 erlassenen gesetzlichen Bestimmungen über die Gemeindesteuern. Da die für 1911 und 1917 gültigen Bestimmungen im wesentlichen auch noch für das Berichtsjahr in Kraft waren, so werden wir unter Hinweis auf die genannten Veröffentlichungen im folgenden nur die seit dem 1. April 1918 in Kraft getretenen neuen Gesetzesbestimmungen, soweit sie für das Rechnungsjahr 1919 Geltung hatten, anführen.

Am 1. August 1918 erging eine preußische Verordnung zur Ausführung des Reichs-Umsatzsteuergesetzes vom 26. Juli 1918 und ergänzend hierzu eine weitere Verordnung vom 21. September desselben Jahres. Die wesentlichsten Bestimmungen dieser Verordnungen sind die folgenden:

Die Umsatzsteuer wird

1. in den Stadtgemeinden durch den Gemeindevorstand,
2. in den Landgemeinden und in den Gutsbezirken durch den Kreisausschuß

veranlagt.

Für Stadtgemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern hat die Veranlagung auf ihren Antrag durch den Kreisausschuß zu erfolgen.

Auf Antrag von Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern ist die Veranlagung durch den Kreisausschuß dem Gemeindeverbande — in der Rheinprovinz und Westfalen der Bürgermeisterei bezw. dem Amte — zu überweisen.

Soweit die Verwaltung des Warenumsatzstempels (Tarif Nr. 10, §§ 76 bis 83 des Reichsstempelgesetzes in der Fassung des Ges. über einen Warenumsatzstempel vom 26. Juni 1916) in Stadtgemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern dem Kreisausschuß und in Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern dem Gemeindevorstande zugestanden hat, behält es hierbei auch für die Veranlagung der Umsatzsteuer sein Bewenden, wenn die Stadt- oder Landgemeinde nicht bis zum 15. August 1918 bei der Oberbehörde die Regelung der Zuständigkeit im Sinne der Vorschrift des Abs. 1 beantragt hat.

Für die Bevölkerungszahl ist das Ergebnis der jeweilig letzten Volkszählung maßgebend (§ 1).

Oberbehörden sind die Regierungspräsidenten und für die Stadt Berlin die Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern; sie entscheiden endgültig über die Verwaltungsbeschwerde nach § 23 Abs. 2 des Umsatzsteuergesetzes.

Im übrigen finden auf die Rechtsmittel gegen die Veranlagung der Umsatzsteuer in den Fällen, in denen die Steuer durch den Gemeindevorstand veranlagt worden ist, die Vorschriften der §§ 69, 70, 75 K. A. G. v. 14. Juli 1893, in den Fällen, in denen die Steuer durch den Kreisausschuß veranlagt worden ist, die Vorschriften der §§ 14 Abs. 2, 11 Abs. 4 und 5 des Kr. u. Pr. Abg. Ges. vom 23. April 1906 mit der Maßgabe Anwendung, daß in erster Instanz stets der Bezirksausschuß zuständig ist (§ 2).

Die Umsatzsteuer ist, wenn sie von dem Kreisausschusse veranlagt worden ist, an die Kreiskommunalkasse, in allen anderen Fällen an die Gemeindekasse zu zahlen.

[Fortsetzung des Textes auf Seite 303.]



(Tafel 1)

Stadtgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern — *Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern: Namen	Kreis	Einwohnerzahl nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919	Prinzipalsoll der direkten Steuern, wie es in kreisangehörigen Städten und in Landgemeinden für die Verteilung der Kreissteuern gemäß § 7 des Kreis- und Provinzial-Abgabengesetzes vom 23. April 1906, in Stadtkreisen für die Verteilung der Provinzialsteuern gemäß § 25 a. a. O. nach dem Stande vom 1. Januar 1920 ermittelt worden ist, nämlich der: Einkommensteuer der Einkommen von mehr als 900 M (1 000 M)	Einkommensteuer der Einkommen von nicht mehr als 900 M nach den fingierten Normalsteuersätzen (1 000 M)	Grundsteuer (1 000 M)	Gebäudesteuer (1 000 M)	Gewerbesteuer (1 000 M)	direkten Steuern zusammen einschl. der Betriebssteuer (1 000 M)	Im Rechnungsjahre 1919 wurden für Gemeindezwecke Zuschläge zu den der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten direkten Steuern erhoben, nämlich zu: der Staatseinkommensteuer %	den fingierten Normalsteuersätzen für Einkommen von nicht mehr als 900 M %	der staatlich veranlagten Grundsteuer %	Gebäudesteuer %	Gewerbesteuer %	Betriebssteuer %
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1. Provinz Ostpreußen.														
1. Königsberg i. Pr.	Stadtkreis	260 895	5 484	—	4	1 225	872	7 608	522,5	—	d. 310,62		I./III. 490 IV. 304	490
2. Elbing	"	67 127	1 090	10	2	164	132	1 401	487,5	487,5	437,5	437,5	d. 500	437,5
3. Tilsit	"	44 424	737	—	5	139	104	989	630	—	380	380	d. 490,27	300
4. Insterburg	"	38 340	383	—	2	113	64	565	562,5	—	d. 360		360	360
5. Allenstein	"	34 731	410	3	1	101	60	578	260	260	260	260	260	260
6. Gumbinnen	Gumbinnen	17 374	188	4	0,9	51	27	273	350	350	362,5	362,5	362,5	137,5
7. Marienburg	Marienburg	15 774	215	0,5	3	45	29	293	487,5	487,5	400	400	400	312,5
8. Osterode i. Ostpr.	Osterode i. Ostpr.	14 826	208	—	0,8	37	22	269	487,5	—	d. 564,25		487,5	250
9. Lyck	Lyck	13 602	158	—	0,6	36	20	215	420	—	d. 300		d. 347,36	300
10. Rastenburg	Rastenburg	13 275	121	0,5	2	27	26	178	375	300	300	300	375	375
11. Braunsberg Ostpr.	Braunsberg	13 076	103	4	4	26	14	152	320	320	275	275	275	200
12. Marienwerder	Marienwerder	11 817	88	—	1	43	20	153	375	—	d. 331		I./II. 375 III. 325 IV. 275	325
13. Ortelsburg	Ortelsburg	9 336	138	—	1	22	14	176	390	—	d. 460		310	310
14. Deutsch Eylau	Rosenberg	9 266	129	—	0,5	28	19	178	400	—	280	280	I. 350 II. 300 III./IV. 280	200
15. Lötzen	Lötzen	9 178	118	—	0,7	24	13	157	410	—	410	410	410	410
16. Heilsberg	Heilsberg	7 769	55	2	2	13	3	75	400	400	400	400	400	400
17. Goldap	Goldap	7 555	101	2	1	17	10	132	420	360	370	370	370	370
18. Angerburg	Angerburg	7 324	63	1	2	13	5	85	530	380	360	360	360	360
19. Bartenstein	Friedland	7 300	53	4	2	19	9	87	500	500	500	500	500	500
20. Ragnit	Ragnit	6 765	65	—	2	14	13	95	550	—	525	525	d. 633	300
21. Pillau	Fischhausen	6 559	63	0,9	0,8	13	9	86	475	475	275	275	300	200
22. Stallupönen	Stallupönen	6 540	98	2	1	14	26	142	430	350	300	300	300	300
23. Wormditt	Braunsberg	5 964	45	—	1	10	7	64	200	—	200	200	200	200
24. Neidenburg	Neidenburg	5 581	89	2	1	12	7	112	400	400	400	400	400	400
25. Preußisch Holland	Preußisch Holland	5 558	53	—	3	11	7	74	440	—	400	400	400	250
26. Sensburg	Sensburg	5 480	65	1	1	14	8	90	460	460	460	460	460	460
27. Tapiau	Wehlau	5 454	35	2	1	10	6	54	550	400	550	400	550	550
28. Marggrabowa	Oletzko	5 368	92	—	1	16	15	125	485	—	485	485	485	485
29. Wehlau	Wehlau	5 346	46	0,3	2	12	7	68	460	280	300	300	460	460
30. Bischofsburg	Rössel	5 129	41	—	0,9	11	5	58	550	—	350	350	d. 414	200
2. Berlin	Stadtkreis	1 902 509	88 248	—	4	16 633	17 704	122 823	350	—	d. 208		220	100
3. Provinz Brandenburg.														
1. Charlottenburg	Stadtkreis	322 766	17 364	—	1	3 061	1 314	21 771	350	—	d. 186,44		I./II. 220 III. 200 IV. 150	100
2. Neukölln	"	262 127	6 186	—	0,7	1 220	443	7 864	350	—	d. 238		d. 323,5	100
3. Berlin-Schöneberg	"	175 092	7 183	—	0,9	1 581	410	9 190	350	—	d. 190,27		I./II. 220 III. 180 IV. 150	150
4. Berlin-Lichtenberg	"	144 643	4 245	—	2	665	314	5 237	350	—	d. 267		I./II. 250 III. 200 IV. 175	100
5. Berlin-Wilmersdorf	"	139 406	7 247	—	0,6	1 453	237	8 944	325	—	d. 204		I./II. 220 III. 150 IV. 90	100
6. Spandau	"	95 474	3 611	—	4	432	410	4 469	350	—	d. 275,06		d. 240	150
7. Frankfurt a. O.	"	65 055	1 093	—	8	234	115	1 455	400	—	454	454	579	454
8. Potsdam	"	58 397	1 666	—	1	315	103	2 091	330	—	d. 242,81		d. 200	135
9. Brandenburg (Havel)	"	52 972	1 395	9	6	166	139	1 721	360	360	360	360	d. 255	175
10. Cottbus	"	48 046	1 362	13	1	193	195	1 769	375	375	375	375	375	200
11. Landsberg a. W.	"	39 752	665	—	9	115	92	883	400	—	300	300	d. 300	300
12. Guben	"	37 987	941	—	3	110	138	1 195	450	—	d. 301		d. 395	100
13. Cöpenick	Teltow	32 583	1 029	—	1	125	68	1 226	350	—	d. 287,78		I./II. 260 III./IV. 160	—
14. Forst	Stadtkreis	32 216	1 138	—	1	111	201	1 454	375	—	d. 251,55		d. 300	—
15. Eberswalde	"	26 786	759	—	0,4	93	55	909	375	—	d. 397,5		375	230
16. Rathenow	Westhavelland	24 885	742	—	2	80	93	920	373	—	373	373	I./III. 373 IV. 358	273
17. Wittenberge	Westprignitz	24 257	484	—	3	56	36	580	450	—	d. 300		d. 300	300
18. Luckenwalde	Jüterbog-Luckenw.	22 742	601	—	1	58	134	798	302	—	242	242	d. 486	—
19. Fürstenwalde	Lebus	21 522	405	—	1	69	47	524	325	—	d. 370		I./II. 400 III. 356 IV. 325	70
20. Prenzlau	Prenzlau	19 650	293	—	10	65	38	409	481	—	320	320	d. 408,66	100
21. Cüstrin	Königsberg (Nm.)	18 522	269	—	5	47	39	362	320	—	320	320	320	—
22. Neuruppin	Ruppin	17 215	266	—	2	53	30	354	360	—	360	360	360	260
23. Sorau N./L.	Sorau	15 651	346	5	2	50	42	445	312,5	312,5	312,5	312,5	312,5	54
24. Oranienburg	Niederbarnim	12 777	311	—	3	49	26	390	350	—	d. 320		d. 299,76	100
25. Finsterwalde	Luckau	12 754	465	—	0,5	30	52	549	300	—	300	300	300	300

Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern im Rechnungsjahre 1919.

Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1919 nach dem Stande vom 31. März 1920: der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 14a, 15a und 16a) 1 000 M	der überwiesenen Steuern: überhaupt 1 000 M	darunter Anteil an der vom Reich erhobenen: Grunderwerbsteuer 1 000 M	Wertzuwachssteuer 1 000 M	Umsatzsteuer 1 000 M	der indirekten Gemeindesteuern: überhaupt 1 000 M	darunter: Grundstücks-Umsatzsteuer der Gemeinden und Gemeindezuschläge zur Reichsgrunderwerbsteuer 1000 M	Gemeindezuschläge zur Reichswertzuwachssteuer 1 000 M	Schankkonzessionssteuer 1 000 M	Biersteuer 1 000 M	Lustbarkeitssteuer 1 000 M	Hundesteuer 1 000 M	der direkten Gemeindesteuern: überhaupt 1 000 M	vom gesamten Steueraufkommen (Sp. 13) %	darunter: Einkommensteuer 1 000 M	Steuern vom Grundbesitz 1 000 M	Gewerbesteuer 1 000 M	Schulden am 31. März 1920: Langfristige Anleihen überhaupt 1 000 M	in Form von Schuldverschreibungen, die auf den Inhaber lauten 1 000 M	Hypotheken und Grundschulden sowie Restkaufgelder 1 000 M	Schwebende Schulden 1 000 M	Sämtliche Schulden (Sp. 17a, 18 u. 19) 1 000 M	Wiederholung der Spalte 1
13	14a	14b	14c	14d	15a	15b	15c	15d	15e	15f	15g	16a	16b	16c	16d	16e	17a	17b	18	19	20	
																						1.
46 556	306	—	223	—	4345	2 295	182	101	33	1669	66	41 904	90,0	33 657	3 899	4 235	67 130	63 024	38 619	78 358	184 107	1.
7 492	147	—	67	79	439	170	20	14	6	201	29	6 906	92,2	5 594	587	706	16 154	10 604	2 184	5 011	23 349	2.
6 866	89	—	40	50	545	276	—	10	7	240	11	6 232	90,8	5 163	558	498	17 588	—	29	9 287	26 903	3.
3 474	433	—	30	403	336	118	25	10	4	168	12	2 704	77,8	2 055	410	229	15 758	54	1 430	250	17 437	4.
1 627	117	14	84	19	327	97	—	17	3	200	10	1 183	72,7	767	264	144	13 122	—	689	4 000	17 812	5.
1 228	29	—	8	20	133	70	—	6	2	47	8	1 065	86,8	774	189	100	4 823	—	488	3 580	8 892	6.
1 650	59	—	28	13	133	73	—	7	3	43	7	1 458	88,4	1 150	190	114	9 361	—	17	—	9 377	7.
1 433	15	—	4	11	94	27	5	2	1	15	5	1 324	92,4	998	216	107	7 169	—	472	2 500	10 142	8.
1 022	19	—	13	5	63	35	—	4	2	18	4	941	92,0	754	115	68	5 427	—	1 505	3 353	10 286	9.
831	21	2	10	8	55	25	3	3	2	18	6	755	90,9	558	87	105	7 690	—	1 273	365	9 328	10.
522	7	—	0,4	6	39	28	—	—	1	7	2	477	91,3	349	85	41	2 486	—	18	1 159	3 664	11.
834	16	—	7	8	82	41	2	6	2	27	3	736	88,3	502	142	86	2 734	—	20	761	3 515	12.
733	12	—	8	4	32	11	—	—	0,8	17	3	689	94,0	538	108	41	1 047	—	226	740	2 013	13.
734	20	—	13	7	70	49	3	10	0,8	4	3	644	87,8	505	80	56	3 730	1 206	—	100	3 830	14.
662	15	—	6	8	36	25	—	1	1	7	0,9	612	92,4	464	97	48	3 603	—	54	2 175	5 832	15.
351	1	—	—	1	19	10	—	0,6	3	3	2	331	94,3	255	60	12	984	—	14	142	1 140	16.
684	2	—	—	2	8	—	—	—	0,4	6	2	674	98,5	567	68	36	1 130	—	158	145	1 432	17.
385	6	—	1	5	37	17	—	—	0,5	19	0,9	342	88,8	267	54	19	1 078	—	41	100	1 219	18.
477	12	—	10	2	30	23	—	0,7	1	3	2	434	91,1	284	104	43	2 069	—	51	—	2 120	19.
519	2	—	0,9	2	31	16	—	—	0,3	12	2	485	93,6	317	86	81	1 538	—	—	—	1 538	20.
349	6	5	—	1	20	12	—	3	1	3	0,7	323	92,7	260	36	26	735	—	—	—	735	21.
525	—	—	—	—	7	2	—	—	0,7	2	2	518	98,6	420	45	51	1 008	—	—	—	1 008	22.
144	7	—	3	4	9	7	—	—	0,3	1	0,3	129	89,1	91	22	14	449	—	—	—	449	23.
447	12	—	2	10	24	14	4	2	0,6	3	1	411	92,0	329	51	29	736	—	20	60	815	24.
380	3	—	3	—	32	19	4	2	0,5	6	1	345	90,8	260	54	30	1 866	—	—	100	1 966	25.
437	3	—	2	1	18	11	—	—	0,6	5	2	416	95,2	310	66	37	2 422	—	—	—	2 422	26.
273	2	—	—	2	15	10	—	—	0,8	4	0,6	255	93,7	174	45	35	497	—	89	—	587	27.
595	5	—	2	3	14	—	5	—	0,5	7	2	576	96,8	414	83	75	1 227	—	—	—	1 227	28.
310	4	—	4	0,9	24	18	—	—	0,6	5	1	281	90,8	213	39	28	1 152	—	57	39	1 248	29.
333	5	—	2	3	24	13	2	2	0,7	5	0,6	305	91,4	243	41	20	2 378	—	4	243	2 624	30.
479 507	9497	259	362	7207	6476	504	—	—	270	4805	897	463 533	96,7	391 882	34 295	37 132	1 000 502	865 502	36 300	888 837	1 925 639	2.
																						3.
72 226	776	—	186	401	4425	1 330	—	—	—	2912	182	67 026	92,8	59 396	5 861	1 738	263 431	184 042	6 525	33 710	303 667	1.
32 947	269	—	55	147	2096	551	—	75	34	1281	156	30 582	92,8	26 150	2 969	1 445	190 413	1 153	—	220 550	410 963	2.
31 092	436	74	14	324	1715	673	—	—	—	863	179	28 940	93,1	25 072	2 974	868	152 203	57 552	5 128	34 000	191 331	3.
19 056	198	—	6	188	545	256	—	—	18	211	61	18 313	96,1	15 713	1 788	801	91 257	20 949	2 680	68 945	162 882	4.
28 294	338	233	12	92	1369	976	—	22	—	220	152	26 587	94,0	23 118	3 016	445	103 799	43 570	2 628	25 000	131 427	5.
13 604	1030	—	48	946	399	200	—	—	20	121	58	12 175	89,5	10 026	1 180	949	86 526	12 067	2 679	24 800	114 005	6.
7 265	123	—	35	88	575	160	35	30	17	300	34	6 567	90,4	4 805	1 092	645	25 871	14 048	1 027	915	27 813	7.
6 827	155	—	25	78	550	347	—	—	8	169	26	6 122	89,7	5 116	789	208	38 618	7 429	574	13 800	52 992	8.
6 420	69	—	2	56	646	175	3	15	9	422	23	5 704	88,8	4 726	618	350	15 351	2 255	392	5 250	20 993	9.
7 812	150	—	39	104	325	215	35	14	7	39	15	7 337	93,9	5 859	728	741	29 661	12 227	1 342	—	31 003	10.
3 717	110	2	49	59	393	328	—	17	—	38	11	3 214	86,5	2 551	374	280	13 248	834	1 456	—	14 704	11.
4 923	69	—	8	61	121	82	—	6	4	24	5	4 734	96,2	3 846	340	545	9 462	722	846	3 268	13 576	12.
4 705	54	—	36	19	207	114	—	—	5	78	10	4 445	94,5	3 925	372	148	12 439	1 225	811	12 550	25 800	13.
5 936	104	11	15	79	135	85	—	16	3	22	9	5 697	96,0	4 435	287	972	29 205	—	106	4 399	33 710	14.
4 189	44	—	26	11	208	139	—	6	2	48	13	3 937	94,0	3 346	372	213	7 646	—	243	2 000	9 888	15.
3 724	35	—	—	35	283	151	—	—	2	120	10	3 406	91,5	2 769	307	325	6 807	153	355	3 360	10 521	16.
2 734	15	—	10	—	195	110	—	2	3	74	7	2 525	92,3	2 191	189	139	15 621	—	293	—	15 914	17.
3 041	70	12	18	40	145	85	—	—	3	45	12	2 826	92,9	2 031	144	651	8 487	—	39	3 200	11 726	18.
1 916	19	—	8	11	104	53	8	—	—	37	5	1 793	93,6	1 330	261	201	4 281	1 739	54	—	4 335	19.
1 975	26	—	—	22	99	78	—	—	2	13	6	1 849	93,6	1 438	252	157	4 880	—	185	2 100	7 165	20.
1 283	54	—	33	21	54	35	—	—	—	15	4	1 175	91,6	858	166	151	4 410	—	42	780	5 232	21.
1 722	38	—	15	15	135	57	3	—	2	66	6	1 550	90,0	1 235	199	110	7 559	—	260	1 000	8 819	22.
1 407	23	—	—	23	56	43	—	—	1	8	4	1 329	94,4	1 041	156	131	2 044	—	674	—	2 718	23.
1 422	20	—	13	7	170	105	1	—	1	56	6	1 232	86,6	989	171	70	4 100	82	171	970	5 241	24.
1 863	77	—	11	66	80	27	10	—	2	37	5	1 706	91,6	1 448	95	160	4 846	—	213	55	5 114	25.

(Noch: Tafel 1) Stadtgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern — *Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern			Prinzipalsoll der direkten Steuern, wie es in kreisangehörigen Städten und in Landgemeinden für die Verteilung der Kreissteuern gemäß § 7 des Kreis- und Provinzial-Abgabengesetzes vom 23. April 1906, in Stadtkreisen für die Verteilung der Provinzialsteuern gemäß § 25 a. a. O. nach dem Stande vom 1. Januar 1920 ermittelt worden ist, nämlich der						Im Rechnungsjahre 1919 wurden für Gemeindezwecke Zuschläge zu den der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten direkten Steuern erhoben, nämlich zu					
Namen	Kreis	Einwohnerzahl nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919	Einkommensteuer der Einkommen von mehr als 900 ℳ 1 000 ℳ	Einkommensteuer der Einkommen von nicht mehr als 900 ℳ nach den fingierten Normalsteuersätzen 1 000 ℳ	Grundsteuer 1 000 ℳ	Gebäudesteuer 1 000 ℳ	Gewerbesteuer 1 000 ℳ	direkten Steuern zusammen einschl. der Betriebssteuer 1 000 ℳ	der Staatseinkommensteuer %	den fingierten Normalsteuersätzen für Einkommen von nicht mehr als 900 ℳ %	der staatlich veranlagten Grundsteuer %	der staatlich veranlagten Gebäudesteuer %	der staatlich veranlagten Gewerbesteuer %	der staatlich veranlagten Betriebssteuer %
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Noch: 3. Provinz Brandenburg.														
26. Sommerfeld	Crossen	10 700	137	—	2	26	18	184	400	—	400	400	I. 540 II. 490 III./IV. 400	400
27. Spremberg	Spremberg	10 563	526	—	0,5	32	67	626	330	—	230	230	330	115
28. Arnswalde	Arnswalde	9 799	99	3	6	21	10	139	200	200	180	180	180	180
29. Senftenberg	Calau	9 553	136	—	0,8	22	10	171	420	—	420	420	420	200
30. Perleberg	Westprignitz	9 551	177	0,9	3	26	24	233	350	350	350	350	350	100
31. Bernau	Niederbarnim	9 204	129	—	4	25	20	180	330	—	d. 352		275	60
32. Schwedt a. O.	Angermünde	8 866	139	3	6	23	23	193	300	300	300	300	300	200
33. Schwiebus	Züllichau-Schwieb.	8 768	109	2	3	21	13	150	400	250	400	400	d. 846	100
34. Nauen	Osthavelland	8 734	174	—	8	25	17	225	420	—	d. 258		258	158
35. Freienwalde a. O.	Oberbarnim	8 323	114	0,8	1	34	11	161	267	240	200	200	200	50
36. Angermünde	Angermünde	8 211	90	2	2	21	11	126	560	560	255	255	255	200
37. Strausberg	Oberbarnim	8 198	99	1	1	23	10	135	350	350	d. 280		150	150
38. Jüterbog	Jüterbog-Luckenw.	7 891	113	0,6	0,8	21	20	157	375	375	300	300	300	—
39. Pritzwalk	Ostprignitz	7 840	128	3	4	21	20	176	250	250	250	250	250	100
40. Züllichau	Züllichau-Schwiebus	7 794	101	4	2	20	13	141	320	320	d. 340		320	100
41. Zehdenick	Templin	7 622	46	0,9	2	21	7	77	325	325	425	255	I./II. 425 III. 425 IV. 325	175
42. Lübben	Lübben	7 194	95	—	1	20	12	130	360	—	250	250	250	100
43. Crossen a. O.	Crossen	6 980	168	3	3	19	15	210	215	215	215	215	215	210
44. Wittstock	Ostprignitz	6 886	118	—	5	16	20	160	220	—	220	220	220	220
45. Neudamm	Königsberg (Nm.)	6 800	150	3	1	16	27	197	320	320	320	320	320	200
46. Werder a. H.	Zauch-Belzig	6 788	254	—	1	19	29	304	216	—	251	251	231	116
47. Wriezen	Oberbarnim	6 725	82	1	1	20	15	119	300	300	300	300	300	240
48. Templin	Templin	6 344	66	—	4	17	8	96	100	100	100	100	100	10
49. Fürstenberg a O.	Landkr. Guben	6 319	81	2	3	15	14	116	430	250	430	430	430	150
50. Havelberg	Westprignitz	5 945	47	2	5	14	9	78	300	300	300	300	300	100
51. Strasburg Uckerm.	Prenzlau	5 895	71	—	9	12	2	104	400	—	200	200	200	100
52. Königsberg (Neum.)	Königsberg (Nm.)	5 791	58	2	6	14	8	87	390	390	360	360	360	50
53. Berlinchen	Soldin	5 764	84	0,6	6	11	9	110	230	230	230	230	230	230
54. Driesen	Friedeberg (Nm.)	5 642	88	—	3	13	14	119	300	—	250	250	300	200
55. Soldin	Soldin	5 591	64	—	6	12	10	92	275	275	275	275	275	125
56. Zielenzig	Oststernberg	5 268	52	—	2	10	10	74	350	—	d. 320		300	200
57. Treuenbrietzen	Zauch-Belzig	5 261	73	1	6	10	4	95	165	165	165	165	165	65
58. Kyritz	Ostprignitz	5 139	85	2	3	13	11	115	215	215	215	215	215	215
59. Dahme	Jüterbog-Luckenw.	5 075	55	—	2	12	8	78	375	—	275	275	275	150
60. *Berlin-Steglitz	Teltow	83 366	2 433	—	0,4	577	95	3 110	300	—	d. 215,45		I./II. 220 III. 180 IV. 125	100
61. * „ -Pankow	Niederbarnim	57 923	1 717	—	1	307	131	2 159	350	—	d. 313,45		I. 325 II. 3[illegible]0 III. 200 IV. 150	100
62. * „ -Lichterfelde	Teltow	47 213	1 752	—	1	313	60	2 130	310	—	d. 262,44		I./II. 240 III./IV. 125	100
63. * „ -Weißensee	Niederbarnim	45 880	942	—	1	195	130	1 272	350	—	d 415,75		d. 471,33	40
64. * „ -Friedenau	Teltow	43 833	1 501	—	—	370	62	1 935	250	—	d. 149,76		I. 200 II. 190 III. 160 IV. 110	100
65. * „ -Reinickendorf	Niederbarnim	41 263	1 307	—	0,8	187	146	1 644	395	—	d. 414,72		I./II. 880 III./IV. 200	100
66. * „ -Tempelhof	Teltow	34 363	1 397	—	1	248	146	1 795	350	—	d. 271,8		I./II. 250 III. 150 IV. 100	50
67. * „ -Treptow	„	30 701	2 314	—	0,5	197	232	2 747	350	—	d. 261,65		I./II. 220 III. 175 IV. 160	—
68. * „ -Oberschöneweide	Niederbarnim	25 612	1 263	—	0,06	123	205	1 593	200	—	d. 309,01		d. 593,1	40
69. *Nowawes	Teltow	25 582	558	—	0,4	79	41	680	260	—	d. 377,2		I./II. 800 III./IV. 200	100
70. *Berlin-Friedrichsfelde	Niederbarnim	24 399	864	—	3	123	34	1 026	350	—	d. 427,69		d 225,68	100
71. * „ -Mariendorf	Teltow	20 699	835	—	2	122	53	1 013	300	—	d. 467,47		I./II. 230 III./IV. 110	100
72. * „ -Tegel	Niederbarnim	20 590	879	—	0,2	109	86	1 077	350	—	d. 346,67		d 784,78	100
73. *Zehlendorf	Teltow	20 557	1 155	—	1	173	25	1 357	400	—	d. 402		I./III. 150 IV. 100	—
74. *Bln.-Niederschönhausen	Niederbarnim	18 906	505	—	0,6	91	20	618	350	—	d. 375		I./II. 300 III./IV. 250	200
75. *Friedrichshagen	„	14 844	457	—	0,1	65	25	550	260	—	d. 350		I./II. 400 III./IV. 270	250
76. *Berlin-Britz	Teltow	13 477	399	—	3	55	64	523	300	—	d. 512,63		I./II. 220 III./IV. 200	—
77. *Adlershof	„	12 655	390	—	0,2	46	16	454	350	—	d. 559,11		I./II. 800 III./IV. 225	75
78. *Berlin-Lankwitz	„	12 397	454	—	0,9	72	31	558	350	—	d. 421,09		I./II. 300 III./IV. 150	100

Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1919 nach dem Stande vom 31. März 1920: der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 14a, 15a und 16a) 1 000 M	der überwiesenen Steuern: überhaupt 1 000 M	der überwiesenen Steuern, darunter Anteil an der vom Reich erhobenen: Grunderwerbsteuer 1 000 M	Wertzuwachssteuer 1 000 M	Umsatzsteuer 1 000 M	der indirekten Gemeindesteuern: überhaupt 1 000 M	darunter: Grundstücks-Umsatzsteuer der Gemeinden und Gemeindezuschläge zur Reichsgrunderwerbsteuer 1000 M	Gemeindezuschläge zur Reichswertzuwachssteuer 1 000 M	Schankkonzessionssteuer 1 000 M	Biersteuer 1 000 M	Lustbarkeitssteuer 1 000 M	Hundesteuer 1 000 M	der direkten Gemeindesteuern: überhaupt 1 000 M	vom gesamten Steuer-aufkommen (Sp. 13) %	darunter: Einkommensteuer 1 000 M	Steuern vom Grundbesitz 1 000 M	Gewerbesteuer 1 000 M	Schulden am 31. März 1920: Langfristige Anleihen überhaupt 1 000 M	in Form von Schuldverschreibungen, die auf den Inhaber lauten 1 000 M	Hypotheken und Grundschulden sowie Restkaufgelder 1 000 M	Schwebende Schulden 1 000 M	Sämtliche Schulden (Sp. 17a, 18 u. 19) 1 000 M	Wiederholung der Spalte 1
13	14a	14b	14c	14d	15a	15b	15c	15d	15e	15f	15g	16a	16b	16c	16d	16e	17a	17b	18	19	20	
																						3.
884	11	—	6	6	45	32	1	2	1	6	2	828	93,7	609	112	104	1 967	—	—	1 412	3 379	26.
2 152	28	—	6	22	56	27	5	1	1	16	5	2 068	96,1	1 757	73	236	2 180	—	16	3 200	5 396	27.
306	16	—	5	11	14	6	—	—	0,8	6	1	277	90,5	208	50	17	897	—	20	—	917	28.
856	25	—	12	13	41	11	5	2	5	17	1	789	92,2	627	98	63	2 308	—	—	120	2 428	29.
968	0,3	—	0,09	—	57	39	—	—	—	14	4	911	94,1	724	102	84	6 052	26	12	—	6 064	30.
669	13	—	10	3	34	29	—	—	1	2	1	622	93,0	468	104	50	1 816	—	1 004	—	2 820	31.
577	13	—	2	12	23	17	—	—	1	2	3	541	93,7	389	82	69	1 228	—	20	7	1 255	32.
649	8	—	3	4	33	29	—	—	—	3	2	608	93,7	405	93	110	2 189	—	30	—	2 219	33.
917	7	—	—	7	25	19	—	—	0,5	3	3	884	96,4	753	85	45	2 749	—	72	—	2 821	34.
466	14	—	10	4	64	53	—	—	1	5	4	388	83,2	295	71	22	737	—	—	278	1 015	35.
626	8	—	2	6	37	26	—	—	0,8	8	2	581	92,8	492	58	29	1 760	—	240	1 176	3 176	36.
478	4	—	3	2	46	29	0,02	—	0,9	12	4	428	89,5	344	68	15	2 970	—	—	—	2 970	37.
652	12	—	7	5	29	20	—	—	3	4	2	612	93,9	490	65	57	1 900	—	39	615	2 553	38.
502	18	—	7	11	34	14	9	—	2	8	2	449	89,5	336	62	50	870	—	63	—	933	39.
450	6	—	4	2	35	13	1	—	—	5	2	409	90,9	291	75	43	1 679	—	—	—	1 679	40.
358	7	3	—	4	19	11	—	—	0,7	6	0,9	332	92,8	234	61	35	820	—	—	—	820	41.
491	8	—	2	7	62	22	—	—	1	6	2	420	85,6	335	54	30	2 189	—	—	12	2 201	42.
702	195	20	—	175	26	19	—	—	—	4	2	482	68,6	392	51	36	1 986	—	34	125	2 146	43.
402	13	—	9	4	15	6	—	—	—	8	1	374	93,0	264	65	44	815	—	—	—	815	44.
635	13	—	—	13	33	20	—	—	0,7	10	2	589	92,8	446	54	88	964	—	—	372	1 336	45.
797	0,05	—	0,05	—	66	52	—	3	1	3	8	731	91,7	622	49	59	1 814	—	67	—	1 881	46.
391	6	—	—	6	34	24	—	—	0,9	7	2	350	89,7	242	62	44	603	—	75	—	678	47.
103	3	—	—	3	4	—	—	—	0,6	3	0,8	96	93,3	67	21	8	1 282	—	—	120	1 402	48.
554	5	—	0,6	5	35	20	0,9	—	1	12	1	513	92,7	374	78	60	790	—	—	—	790	49.
262	4	—	—	4	24	17	—	—	—	4	3	234	89,3	150	55	27	705	—	79	—	784	50.
382	6	—	—	6	15	11	—	—	0,4	3	1	361	94,5	295	41	24	187	—	52	—	239	51.
335	1	—	—	1	23	21	—	—	—	2	—	311	92,9	216	67	28	735	—	—	—	735	52.
282	12	—	6	5	15	10	—	—	0,1	4	0,7	256	90,7	194	39	23	528	—	—	—	528	53.
360	9	—	—	9	16	10	—	—	—	4	1	335	93,2	251	40	44	1 325	—	32	310	1 666	54.
267	5	—	—	5	17	14	—	—	—	—	2	246	91,9	186	39	21	310	—	8	700	1 018	55.
279	4	—	3	1	18	14	—	—	—	4	0,5	257	92,1	190	38	29	383	—	—	40	423	56.
165	2	—	—	2	9	3	—	—	0,8	3	3	154	93,4	122	24	8	496	—	—	—	496	57.
258	4	—	1	3	28	21	—	—	0,5	4	2	227	87,8	167	35	24	359	—	—	—	359	58.
305	5	—	3	2	9	8	—	—	—	—	1	291	95,4	225	41	24	499	—	—	—	499	59.
11 108	54	—	22	31	649	301	—	25	9	270	44	10 406	93,7	8 882	1 263	256	61 382	—	3 314	7 500	72 196	60.
8 154	47	—	10	37	230	158	—	—	6	38	28	7 877	96,6	6 276	965	633	39 145	—	991	3 000	43 136	61.
8 125	129	—	110	19	504	374	78	—	3	16	33	7 491	92,2	6 449	940	98	22 489	—	400	—	22 889	62.
7 093	182	104	30	48	462	240	43	—	7	140	32	6 449	90,9	4 803	799	846	37 195	—	4 055	3 500	44 751	63.
5 391	75	53	3	19	428	215	3	—	—	172	38	4 888	90,7	4 211	564	111	15 354	—	177	3 852	19 382	64.
6 370	79	—	53	26	196	164	—	—	5	5	22	6 095	95,7	4 822	780	490	18 497	—	610	4 916	24 023	65.
6 625	92	—	9	83	336	178	—	—	5	119	34	6 196	93,5	5 102	685	407	8 983	—	843	1 265	11 091	66.
12 679	53	—	53	—	312	96	—	—	6	192	17	12 315	97,1	11 083	523	709	14 425	—	1 498	—	15 923	67.
5 134	49	—	11	38	101	83	—	—	3	5	10	4 985	97,1	3 124	396	1 463	9 711	—	—	3 750	13 461	68.
3 111	88	43	31	14	176	144	8	—	2	15	6	2 848	91,5	2 388	319	139	5 062	—	151	89	5 302	69.
4 126	98	32	54	11	527	133	54	—	4	66	8	3 501	84,9	2 875	556	68	31 289	—	90	13 184	44 563	70.
5 181	54	6	28	20	534	72	0,08	—	3	11	8	4 593	88,6	3 844	599	149	9 906	—	1 453	3 500	14 859	71.
4 237	20	—	1	19	84	31	—	—	4	38	12	4 133	97,5	3 083	375	673	24 491	—	1 414	7 100	33 005	72.
6 024	109	—	103	7	382	234	117	—	3	7	20	5 533	91,8	4 601	835	97	20 109	—	169	913	21 191	73.
2 304	84	46	34	4	129	82	11	—	2	20	13	2 092	90,8	1 645	374	71	6 743	—	—	2 800	9 543	74.
2 404	5	—	5	—	157	114	—	—	3	31	10	2 242	93,2	1 827	230	180	4 721	—	—	2 800	7 521	75.
997	82	34	25	23	69	54	—	—	2	4	9	845	84,8	351	390	105	17 733	—	1 413	2 360	21 506	76.
2 355	23	12	3	8	61	37	—	—	2	18	4	2 272	96,4	1 532	303	436	4 462	—	—	1 600	6 062	77.
2 291	36	31	2	3	73	60	—	—	1	3	9	2 182	95,2	1 683	333	164	12 820	—	2 963	—	15 783	78

(Noch: Tafel 1)

Stadtgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern — *Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern: Namen	Kreis	Einwohnerzahl nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919	Prinzipalsoll der direkten Steuern, wie es in kreisangehörigen Städten und in Landgemeinden für die Verteilung der Kreissteuern gemäß § 7 des Kreis- und Provinzial-Abgabengesetzes vom 23. April 1906, in Stadtkreisen für die Verteilung der Provinzialsteuern gemäß § 25 a. a. O. nach dem Stande vom 1. Januar 1920 ermittelt worden ist, nämlich der: Einkommensteuer der Einkommen von mehr als 900 ℳ 1 000 ℳ	Einkommensteuer der Einkommen von nicht mehr als 900 ℳ nach den fingierten Normalsteuersätzen 1 000 ℳ	Grundsteuer 1 000 ℳ	Gebäudesteuer 1 000 ℳ	Gewerbesteuer 1 000 ℳ	direkten Steuern zusammen einschl. der Betriebssteuer 1 000 ℳ	Im Rechnungsjahre 1919 wurden für Gemeindezwecke Zuschläge zu den der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten direkten Steuern erhoben, nämlich zu: der Staatseinkommensteuer %	den fingierten Normalsteuersätzen für Einkommen von nicht mehr als 900 ℳ %	der staatlich veranlagten Grundsteuer %	der staatlich veranlagten Gebäudesteuer %	der staatlich veranlagten Gewerbesteuer %	der staatlich veranlagten Betriebssteuer %
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Noch: 3. Provinz Brandenburg.														
79. *Berlin-Schmargendorf	Teltow	11 583	520	—	0,3	103	16	641	350	—	d. 413,5		I./II. 228 III./IV. 128	100
80. * „ -Wittenau	Niederbarnim	10 190	1 628	—	0,5	51	60	1 740	200	—	d. 524,87		d. 620	100
81. *Bln.-Niederschöneweide	Teltow	9 611	393	—	0,1	58	39	492	142	—	d. 349,95		I./II. 264 III./IV. 182	82
82. *Hermsdorf b. Berlin	Niederbarnim	7 662	189	1	0,3	41	6	238	350	350	d. 398,67		I./II. 230 III./IV. 190	150
83. *Bln.-Hohenschönhausen	„	6 732	294	—	2	34	38	368	400	—	635,6	635,6	I./II. 250 III./IV. 200	100
84. *Velten	Osthavelland	6 678	97	1	0,9	18	5	123	340	340	d. 999		340	205
85. *Berlin-Grunewald	Teltow	6 448	1 966	—	5	143	13	2 127	225	—	d. 229,3		I. II. 150 III./IV. 75	100
86. *Mahlsdorf	Niederbarnim	6 105	134	—	2	21	3	160	325	—	d. 745,94		250	120
87. *Berlin-Rosenthal	„	6 053	364	—	2	28	53	447	250	—	d. 587,17		d. 483	130
88. *Lauta	Calau	5 829	19	0,2	0,4	8	4	32	260	—	260	260	260	100
89. *Hegermühle	Oberbarnim	5 782	102	0,3	0,2	10	4	116	200	200	d. 308,92		I./II. 250 III./IV. 200	130
90. *Staaken	Osthavelland	5 534	107	0,2	0,8	16	3	128	260	260	d. 520		260	100
91. *Berlin-Johannisthal	Teltow	5 474	424	—	0,2	31	33	488	300	—	d. 669,55		I./II. 300 III./IV. 100	—
92. *Alt-Glienicke	„	5 021	99	—	0,9	15	2	118	260	—	d. 620,37		I. 250 II. 165 III./IV. 150	—
4. Provinz Pommern.														
1. Stettin	Stadtkreis	232 726	6 264	—	11	1 156	851	8 303	510	—	d. 250		225	200
2. Stolp	„	37 603	702	—	4	100	66	875	500	—	400	400	d. 400	400
3. Stralsund	„	36 396	439	3	5	122	58	632	335	220	d. 230,5		I./II. 250 III./IV. 150	200
4. Greifswald	„	34 374	211	6	7	81	24	332	470	470	445	445	445	155
5. Kolberg	Kolberg-Körlin	29 021	257	4	3	89	35	391	450	450	450	450	450	400
6. Stargard i. Pom.	Stadtkreis	28 629	388	—	6	79	39	515	500	—	d. 260		d. 276	200
7. Köslin	Köslin	27 005	251	5	10	69	38	374	500	500	240	240	240	210
8. Swinemünde	Usedom-Wollin	15 587	206	4	0,1	77	32	323	430	430	380	380	380	380
9. Lauenburg i. Pom.	Lauenburg i. P.	14 777	125	3	0,6	36	27	192	410	410	380	380	410	410
10. Anklam	Anklam	14 355	204	4	4	36	36	286	312,5	312,5	d. 312,5		312,5	—
11. Neustettin	Neustettin	13 264	162	—	2	30	18	212	495	—	330	330	330	300
12. Demmin	Demmin	12 001	141	3	5	29	13	191	425	425	240	240	240	240
13. Pasewalk	Ueckermünde	11 041	78	2	5	26	16	128	500	300	500	500	500	—
14. Belgard (Persante)	Belgard	10 406	94	2	2	22	15	135	600	600	600	560	600	400
15. Gollnow	Naugard	10 155	117	—	7	18	16	159	312,5	—	312,5	312,5	312,5	—
16. Bütow	Bütow	8 660	86	—	2	19	10	117	425	—	260	260	d. 364,6	200
17. Altdamm	Randow	8 390	92	2	2	17	14	128	350	350	350	350	350	50
18. Pyritz	Pyritz	8 199	82	2	7	21	7	121	485	485	485	485	485	100
19. Greifenberg i. Pom.	Greifenberg	7 974	72	1	3	17	11	105	320	320	320	320	320	120
20. Schivelbein	Schivelbein	7 634	63	2	2	18	10	97	380	380	380	380	380	100
21. Treptow a. Rega	Greifenberg	7 719	58	1	5	16	7	89	300	300	275	275	275	125
22. Greifenhagen	Greifenhagen	7 323	135	2	9	16	17	181	180	180	180	180	180	—
23. Schlawe i. Pom.	Schlawe	7 063	126	4	3	2	15	150	460	460	460	460	460	250
24. Barth	Franzburg	6 898	75	0,3	3	14	10	102	260	260	260	260	260	40
25. Wolgast	Greifswald	6 820	80	2	2	16	10	111	387,5	100	387,5	387,5	387,5	100
26. Polzin	Belgard	6 033	67	2	2	13	11	95	310	310	310	310	310	340
27. Rummelsburg i. P.	Rummelsburg	6 031	58	2	2	11	5	79	300	300	300	300	300	200
28. Dramburg	Dramburg	5 977	52	2	3	11	5	73	265	265	245	245	245	245
29. Ueckermünde	Ueckermünde	5 760	50	0,8	1	12	6	70	400	400	400	400	400	—
30. Rügenwalde	Schlawe	5 608	71	—	6	11	13	102	400	—	400	400	400	400
31. Cammin i. Pom.	Cammin	5 540	46	2	1	13	7	70	515	335	405	405	405	100
32. Naugard	Naugard	5 329	75	1	2	11	17	106	406	306	228	228	228	—
33. Labes	Regenwalde	5 183	55	—	2	10	9	76	460	—	200	200	200	100
34. Bublitz	Bublitz	5 112	60	2	2	8	6	79	425	425	400	400	400	400
35. *Züllchow	Randow	7 953	112	2	0,7	19	11	144	325	325	390	390	779,25	315
36. *Torgelow	Ueckermünde	6 325	77	0,8	0,4	10	13	102	375	375	375	375	375	375
5. Verwaltungsbezirk Westpreußen-Posen.														
1. Schneidemühl	Stadtkreis	32 569	891	—	1	83	81	1 059	285	—	d. 261		240	240
2. Deutsch Krone	Deutsch Krone	8 191	73	—	5	19	9	107	300	—	225	225	225	150
3. Schönlanke	Czarnikau	7 596	101	3	2	14	18	139	350	350	350	350	350	200
4. Fraustadt	Fraustadt	7 297	105	2	1	15	19	143	210	210	210	210	210	—
5. Meseritz	Meseritz	6 334	59	2	3	17	8	89	375	375	250	250	250	50
6. Schwerin a. Warthe	Schwerin a. Warthe	6 097	56	2	4	13	5	80	150	150	150	150	150	150
7. Jastrow	Deutsch Krone	5 468	39	1	2	8	4	55	240	240	200	200	200	200

Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern im Rechnungsjahre 1919.

Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1919 nach dem Stande vom 31. März 1920																	Schulden am 31. März 1920					
der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 14a, 15a und 16a)	der überwiesenen Steuern				der indirekten Gemeindesteuern							der direkten Gemeindesteuern					Langfristige Anleihen		Hypotheken und Grundschulden sowie Restkaufgelder	Schwebende Schulden	Sämtliche Schulden (Sp. 17a, 18 u. 19)	Wiederholung der Spalte 1
	überhaupt	darunter Anteil an der vom Reich erhobenen Grunderwerbsteuer	darunter Anteil an der vom Reich erhobenen Wertzuwachssteuer	darunter Anteil an der vom Reich erhobenen Umsatzsteuer	überhaupt	darunter Grundstücks-Umsatzsteuer der Gemeinden und Gemeindezuschläge zur Reichsgrunderwerbsteuer	darunter Gemeindezuschläge zur Reichswertzuwachssteuer	darunter Schankkonzessionssteuer	darunter Biersteuer	darunter Lustbarkeitssteuer	darunter Hundesteuer	überhaupt	vom gesamten Steueraufkommen (Sp. 13)	darunter Einkommensteuer	darunter Steuern vom Grundbesitz	darunter Gewerbesteuer	überhaupt	in Form von Schuldverschreibungen, die auf den Inhaber lauten				
1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	%	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	
13	14a	14b	14c	14d	15a	15b	15c	15d	15e	15f	15g	16a	16b	16c	16d	16e	17a	17b	18	19	20	
																						3.
2 578	3	—	0,3	3	68	44	—	4	—	5	14	2 507	97,2	1 925	552	29	3 781	—	390	1 787	5 957	79.
3 151	38	—	18	19	25	21	—	—	0,7	0,8	2	3 089	98,0	2 505	270	314	9 527	—	204	—	9 731	80.
1 668	12	—	—	12	36	32	—	—	2	0,8	0,8	1 620	97,1	1 232	264	122	6 534	—	197	1 200	7 930	81.
1 043	20	—	16	3	108	72	13	—	1	13	9	916	87,8	740	163	12	314	—	109	1 720	2 142	82.
1 375	51	—	51	—	80	66	—	—	1	2	11	1 245	90,5	898	255	91	5 638	—	1 582	945	8 165	83.
573	6	—	3	3	28	23	—	1	0,7	2	1	539	94,0	335	174	28	8 637	—	132	—	8 768	84.
6 253	72	—	50	22	264	254	—	—	—	—	10	5 917	94,6	5 520	358	39	5 364	—	1 686	—	7 050	85.
659	0,1	—	0,1	—	92	86	0,5	—	—	2	3	567	86,0	391	167	8	582	—	—	200	782	86.
1 424	23	—	15	9	78	74	—	—	1	1	2	1 323	92,9	880	187	255	3 293	—	153	750	4 196	87.
189	6	—	—	6	2	—	—	—	—	2	—	181	95,8	92	27	61	130	—	—	—	130	88.
282	—	—	—	—	37	21	1	—	—	14	0,2	245	86,9	205	30	9	247	—	—	—	247	89.
332	6	—	5	0,8	9	6	—	—	0,4	0,7	3	317	95,5	280	17	19	662	—	—	—	662	90.
3 352	37	2	9	26	9	3	—	—	2	3	1	3 306	98,6	2 854	230	222	1 238	—	—	—	1 238	91.
489	0,3	—	—	0,3	5	0,4	—	—	0,4	2	3	483	98,8	372	107	4	430	—	—	800	1 230	92.
																						4.
39 216	495	—	78	326	2021	1 062	86	152	31	560	130	36 700	93,6	31 842	2 973	1 841	141 899	75 987	2 619	21 404	165 922	1.
4 969	74	—	44	30	234	113	49	8	3	52	8	4 661	93,8	3 955	414	282	25 656	2 337	—	3 000	28 656	2.
2 422	104	—	38	37	192	141	—	10	6	24	12	2 125	87,8	1 673	314	131	8 325	6 269	1 801	9 021	19 147	3.
2 136	21	—	0,6	21	288	134	4	7	3	132	8	1 827	85,5	1 319	381	124	16 532	407	2 056	525	19 114	4.
2 176	41	1	17	24	317	132	—	12	2	163	6	1 818	83,5	1 230	414	160	12 590	151	—	795	13 384	5.
2 525	32	—	8	24	269	127	33	12	4	81	11	2 224	88,1	1 892	219	108	5 380	834	141	5 850	11 371	6.
1 781	34	—	17	17	186	71	6	4	2	97	5	1 561	87,7	1 279	188	90	9 784	66	51	6 500	16 335	7.
1 813	22	—	11	11	245	149	9	14	2	66	5	1 546	85,3	1 036	350	146	6 289	—	—	1 000	7 289	8.
978	22	—	5	17	61	28	0,9	—	1	28	3	895	91,6	640	138	112	2 720	—	16	—	2 737	9.
1 056	40	—	8	26	68	51	6	—	1	5	5	949	89,8	707	135	107	1 882	—	47	1 258	3 188	10.
1 077	25	—	14	10	83	65	—	2	0,9	14	2	970	90,0	805	104	58	4 510	50	88	122	4 719	11.
774	29	5	2	22	72	55	—	1	1	12	2	673	86,9	560	80	30	1 957	—	8	—	1 965	12.
727	20	—	11	9	78	71	0,3	—	1	4	2	629	86,5	400	155	74	711	—	154	395	1 260	13.
804	10	—	—	10	38	12	—	2	1	21	2	756	94,0	530	134	88	1 576	—	—	1 000	2 576	14.
494	8	—	5	3	5	—	—	—	—	4	1	481	97,3	354	78	49	1 238	—	59	—	1 297	15.
527	9	—	5	4	53	34	9	0,9	0,7	6	2	465	88,2	375	54	35	639	—	21	—	660	16.
489	14	—	13	2	33	28	—	—	0,8	2	1	442	90,4	324	67	51	552	—	—	35	587	17.
583	16	—	12	4	19	17	—	—	—	1	1	547	93,9	365	140	40	923	—	14	175	1 112	18.
375	9	—	2	7	32	29	—	—	0,7	1	0,9	334	89,2	234	65	34	989	—	3	421	1 412	19.
386	10	—	2	9	18	7	—	—	—	9	1	358	92,6	244	75	38	365	—	—	—	365	20.
281	5	—	—	5	17	8	—	—	0,5	6	2	258	91,9	180	57	20	1 337	—	—	—	1 337	21.
351	9	—	5	4	3	—	—	—	—	1	1	339	96,6	262	46	31	910	—	12	292	1 214	22.
835	17	—	7	10	38	31	3	—	—	3	2	780	93,4	684	25	70	875	—	74	300	1 249	23.
332	8	—	—	8	25	16	—	—	—	8	0,7	299	90,2	230	44	25	1 789	—	4	—	1 793	24.
457	3	—	—	3	28	16	—	—	—	6	1	426	93,2	301	72	52	207	—	—	485	692	25.
306	3	—	1	2	8	5	—	—	—	2	0,5	296	96,5	213	44	35	864	—	8	—	871	26.
275	—	—	—	—	39	33	—	—	0,3	4	1	236	85,9	180	39	16	495	—	—	—	495	27.
190	3	—	—	3	6	4	—	—	0,4	0,6	0,9	181	95,5	133	34	13	493	—	4	—	497	28.
310	1	—	—	1	5	—	—	—	0,1	3	2	304	98,1	227	55	22	687	—	—	801	1 488	29.
485	9	—	4	5	6	—	—	—	—	4	2	470	97,0	346	69	54	678	—	—	—	678	30.
310	4	—	—	4	15	11	—	0,7	—	2	1	291	93,9	205	58	27	519	—	—	190	709	31.
362	3	—	—	3	12	10	—	—	0,8	0,9	0,6	347	96,0	281	29	38	843	—	—	121	963	32.
299	4	—	0,4	4	9	7	—	—	0,6	0,5	0,9	286	95,6	243	23	19	154	—	—	300	454	33.
346	3	—	0,6	2	5	2	—	—	0,2	2	0,7	339	97,8	271	40	26	164	—	—	254	418	34.
620	2	—	—	2	20	5	—	—	—	14	1	598	96,4	399	79	119	634	—	40	300	974	35.
368	5	—	5	—	15	11	—	—	0,4	2	2	347	94,4	253	45	48	352	—	—	—	352	36.
																						5.
3 843	29	—	22	7	310	158	—	15	4	128	7	3 503	91,2	3 078	247	171	9 433	—	281	4 404	14 118	1.
347	12	—	8	4	33	21	—	—	0,5	9	3	301	87,0	228	51	21	2 601	—	34	100	2 735	2.
562	19	3	9	7	47	38	2	1	0,5	2	2	496	88,3	356	68	71	477	—	93	590	1 160	3.
333	19	—	6	13	16	5	—	—	0,4	10	0,8	298	89,6	224	34	40	1 953	569	—	—	1 953	4.
287	3	—	—	3	18	13	—	—	0,5	3	2	265	92,5	197	49	20	920	—	26	1 160	2 106	5.
122	4	—	—	4	2	—	—	—	0,8	0,6	1	115	94,9	81	25	8	452	—	—	—	452	6.
129	7	—	4	3	5	—	—	—	0,3	4	0,5	117	90,4	87	21	8	621	—	77	—	698	7.

(Noch: Tafel 1)

Stadtgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern — *Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern			Prinzipalsoll der direkten Steuern, wie es in kreisangehörigen Städten und in Landgemeinden für die Verteilung der Kreissteuern gemäß § 7 des Kreis- und Provinzial-Abgabengesetzes vom 23. April 1906, in Stadtkreisen für die Verteilung der Provinzialsteuern gemäß § 25 a. a. O. nach dem Stande vom 1. Januar 1920 ermittelt worden ist, nämlich der						Im Rechnungsjahre 1919 wurden für Gemeindezwecke Zuschläge zu den der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten direkten Steuern erhoben, nämlich zu					
			Einkommensteuer der Einkommen von								der staatlich veranlagten			
Namen	Kreis	Einwohnerzahl nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919	mehr als 900 ℳ 1 000 ℳ	nicht mehr als 900 ℳ nach den fingierten Normalsteuersätzen 1 000 ℳ	Grundsteuer 1 000 ℳ	Gebäudesteuer 1 000 ℳ	Gewerbesteuer 1 000 ℳ	direkten Steuern zusammen einschl. der Betriebssteuer 1 000 ℳ	der Staatseinkommensteuer %	den fingierten Normalsteuersätzen für Einkommen von nicht mehr als 900 ℳ %	Grundsteuer %	Gebäudesteuer %	Gewerbesteuer %	Betriebssteuer %
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
6. Provinz Niederschlesien.														
1. Breslau	Stadtkreis	528 260	18 124	—	6	2 778	2 316	23 283	421,17	—	d. 329,91		397,1	150
2. Görlitz	„	80 332	1 593	—	4	344	266	2 216	260	—	d. 269,06		d. 286,94	200
3. Liegnitz	„	70 337	1 292	—	6	250	180	1 733	325	—	325	325	d. 325	325
4. Waldenburg i. Schl.	Waldenburg	37 192	617	—	0,8	95	62	777	375	—	d. 451,82		d. 570	50
5. Schweidnitz	Stadtkreis	26 982	478	18	5	89	72	665	300	300	d. 254,8		310	185
6. Brieg	„	26 414	533	—	2	85	71	694	250	—	187,5	187,5	I./II. 275 III./IV. 200	100
7. Glogau	Glogau	25 750	381	—	0,6	106	84	575	350	—	d. 250		250	—
8. Grünberg i. Schles.	Grünberg	22 206	641	—	3	63	81	791	316,2	—	290	290	d. 358,55	225
9. Hirschberg i. Schles.	Hirschberg	21 428	424	—	1	82	61	570	300	—	320	320	320	—
10. Bunzlau	Bunzlau	16 023	293	—	2	47	47	391	100	—	100	100	100	100
11. Sagan	Sagan	15 315	342	—	0,9	44	62	450	200	—	200	200	200	—
12. Reichenbach i. Schles.	Reichenbach	15 194	259	5	5	37	36	343	246,71	200	240	200	d. 271,19	100
13. Glatz	Glatz	15 101	221	—	7	49	44	322	290	—	325	310	d. 346,51	50
14. Lauban	Lauban	14 479	175	—	2	45	26	248	356,5	—	356,5	356,5	356,5	—
15. Striegau	Striegau	13 910	175	2	4	33	28	243	371,5	371,25	371,25	371,25	d. 443,75	60
16. Oels	Oels	13 725	231	—	0,7	36	24	293	210	—	235	235	235	67,5
17. Neusalz a. Oder	Freystadt	12 986	461	—	0,3	30	59	551	370	—	d. 370		370	—
18. Landeshut i Schles.	Landeshut	12 134	234	—	1	32	48	316	287,5	—	287,5	287,5	d. 375	137,5
19. Jauer	Jauer	11 592	113	7	6	32	19	179	400	400	400	400	400	50
20. Ohlau	Ohlau	10 203	142	—	3	22	26	195	230	—	d. 215		I./II. 270 III./IV. 215	—
21. Gottesberg	Waldenburg	10 057	95	0,4	0,6	17	8	122	400	400	400	400	d. 615	100
22. Haynau	Goldberg-Haynau	9 760	130	—	0,7	26	26	184	350	—	350	350	350	—
23. Frankenstein i. Schl.	Frankenstein	9 263	149	—	0,5	21	26	198	240	—	240	240	240	50
24. Strehlen	Strehlen	9 185	114	—	2	21	15	153	212,5	—	212,5	212,5	212,5	117,5
25. Freiburg i. Schles.	Landkr. Schweidnitz	8 325	181	—	0,5	21	49	252	220	—	200	200	200	100
26. Münsterberg i. Schles.	Münsterberg	8 146	120	3	3	18	17	162	263	263	263	263	263	—
27. Trebnitz	Trebnitz	7 761	80	5	2	18	10	116	299,5	243,5	252,5	252,5	252,5	125
28. Neurode	Neurode	7 490	254	—	0,8	16	60	331	175	—	175	175	d. 215	100
29. Hoyerswerda	Hoyerswerda	7 256	98	1	2	14	9	125	315	315	d. 448		315	200
30. Lüben	Lüben	6 942	61	1	0,3	17	10	90	213	213	213	213	213	—
31. Sprottau	Sprottau	6 941	82	—	1	20	15	119	100	—	105	105	105	—
32. Goldberg	Goldberg-Haynau	6 498	53	2	2	15	9	82	300	300	312	312	312	312
33. Löwenberg i. Schl.	Löwenberg	6 283	74	—	2	17	11	105	180	—	200	200	200	—
34. Namslau	Namslau	5 896	79	2	0,8	13	18	114	170	170	175	175	175	—
35. Habelschwerdt	Habelschwerdt	5 846	73	—	2	13	15	103	62,5	—	75	75	75	75
36. Schmiedeberg i. Schl.	Hirschberg	5 786	78	3	2	12	9	104	200	200	200	200	200	—
37. Wohlau	Wohlau	5 775	67	—	0,9	14	9	91	150	—	150	150	150	—
38. Steinau	Steinau	5 132	58	0,7	1	10	5	76	215	215	215	215	215	50
39. *Langenbielau	Reichenbach	15 630	288	8	4	32	26	360	280	280	280	280	d. 256,5	100
40. *Dittersbach	Waldenburg	11 586	129	—	0,3	19	7	156	287,5	—	d. 333,75		d. 554	100
41. *Weißwasser	Rothenburg i. O.L.	11 352	182	—	0,2	29	40	252	278,75	—	250	250	d. 767,75	100
42. *Weißstein	Waldenburg	11 053	143	0,04	0,8	18	19	181	300	300	250	250	d. 511	50
43. *Niederhermsdorf	„	10 341	209	—	0,5	17	22	249	260	—	310	310	I./II. 360 III./IV. 310	110
44. *Brockau	Landkr. Breslau	8 068	71	—	0,4	20	2	94	300	—	d. 300		300	300
45. *Ober Salzbrunn	Waldenburg	7 475	117	—	2	25	16	161	281,25	—	d. 250		d. 598	50
46. *Schreiberhau	Hirschberg	6 833	69	1	0,6	24	7	103	210	210	210	210	210	100
47. *Penzig (Ob. Laus.)	Landkr. Görlitz	6 523	133	2	1	12	32	181	220	220	200	200	220	200
48. *Peterswaldau	Reichenbach	5 709	50	3	4	9	5	72	240	240	240	240	240	100
49. *Fellhammer	Waldenburg	5 431	53	0,7	0,2	6	0,7	61	300	300	300	300	300	85
50. *Kumersdorf (Riesengeb.)	Hirschberg	5 286	112	0,4	1	13	18	146	170	150	195	195	195	100
7. Provinz Oberschlesien.														
1. Königshütte	Stadtkreis	74 811	1 032	—	0,2	158	121	1 314	350	—	350	350	I./II. 700 III. 525 IV. 350	350
2. Beuthen	„	71 187	1 917	—	1	229	292	2 443	291,67	—	d. 302,93		d. 539	200
3. Gleiwitz	„	69 028	1 253	—	2	208	257	1 725	430	—	d. 298		d. 700	350
4. Kattowitz	„	45 422	1 404	—	0,1	202	246	1 856	375	—	d. 341,1		I./II. 375 III./IV. 295	300
5. Ratibor	„	36 994	936	—	5	115	194	1 252	300	—	312,5	275	I. 406,25 II./IV. 312,5	300
6. Oppeln	„	35 483	415	24	3	98	97	639	310	310	310	310	d. 313,36	250
7. Neisse	„	28 020	294	—	4	89	50	440	250	—	200	200	I./II. 220 III. 220 IV. 180	200
8. Myslowitz	Landkr. Kattowitz	18 021	189	2	0,6	43	42	277	325	325	d. 355		d. 630	100
9. Neustadt O. S.	Neustadt O. S.	15 963	249	6	2	36	38	333	246	246	245	245	d. 418,75	100
10. Tarnowitz	Tarnowitz	14 399	150	1	0,5	35	21	209	350	350	d. 350		350	350
11. Leobschütz	Leobschütz	12 008	159	2	8	29	26	226	250	250	250	250	250	100

Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1919 nach dem Stande vom 31. März 1920: der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 14a, 15a und 16a) 1 000 M	der überwiesenen Steuern: überhaupt 1 000 M	darunter Anteil an der vom Reich erhobenen: Grunderwerbsteuer 1 000 M	Wertzuwachssteuer 1 000 M	Umsatzsteuer 1 000 M	der indirekten Gemeindesteuern: überhaupt 1 000 M	darunter: Grundstücks-Umsatzsteuer der Gemeinden und Gemeindezuschläge zur Reichsgrunderwerbsteuer 1000 M	Gemeindezuschläge zur Reichswertzuwachssteuer 1 000 M	Schankkonzessionssteuer 1 000 M	Biersteuer 1 000 M	Lustbarkeitssteuer 1 000 M	Hundesteuer 1 000 M	der direkten Gemeindesteuern: überhaupt 1 000 M	vom gesamten Steueraufkommen (Sp. 13) %	darunter: Einkommensteuer 1 000 M	Steuern vom Grundbesitz 1 000 M	Gewerbesteuer 1 000 M	Schulden am 31. März 1920: Langfristige Anleihen: überhaupt 1 000 M	in Form von Schuldverschreibungen, die auf den Inhaber lauten 1 000 M	Hypotheken und Grundschulden sowie Restkaufgelder 1 000 M	Schwebende Schulden 1 000 M	Sämtliche Schulden (Sp. 17a, 18 u. 19) 1 000 M	Wiederholung der Spalte 1
13	14a	14b	14c	14d	15a	15b	15c	15d	15e	15f	15g	16a	16b	16c	16d	16e	17a	17b	18	19	20	
																						6.
96 787	1 159	—	240	891	5 230	2 044	—	—	58	2 939	190	90 398	93,4	71 328	9 311	9 668	208 228	92 549	2 665	50 257	261 150	1.
9 127	2 712	—	—	2 702	694	333	20	31	5	84	27	5 722	62,7	4 118	942	646	39 092	2 736	4 059	1 921	45 072	2.
6 912	195	49	57	89	808	398	48	42	7	120	29	5 908	85,5	4 392	846	652	25 006	4 961	665	4 865	30 535	3.
3 308	37	—	8	29	240	134	2	—	3	95	5	3 031	91,6	2 207	379	444	8 118	—	101	—	8 219	4.
1 895	24	—	11	13	174	84	11	4	3	64	9	1 697	89,5	1 274	246	172	5 132	315	483	3 717	9 332	5.
1 989	71	18	18	35	218	128	—	21	—	63	7	1 700	85,5	1 351	160	186	3 522	2 038	525	3 113	7 160	6.
2 468	52	—	6	46	161	117	—	—	—	38	6	2 255	91,4	1 772	268	215	11 295	4 000	167	—	11 462	7.
2 665	59	3	9	47	91	57	2	—	—	28	6	2 515	94,4	2 026	192	292	4 714	—	64	1 420	6 198	8.
2 080	38	5	4	29	185	85	3	—	3	21	7	1 857	89,3	1 331	290	236	4 934	589	82	1 700	6 716	9.
544	45	10	20	16	96	63	19	5	2	4	3	403	74,0	297	52	52	8 944	—	379	—	9 323	10.
999	18	—	0,01	18	14	—	—	—	—	9	4	967	96,7	756	89	122	1 598	—	—	250	1 848	11.
920	28	—	4	24	57	45	—	—	0,9	7	4	835	90,8	624	87	122	2 627	—	146	1 382	4 155	12.
1 131	21	—	4	17	88	37	—	—	0,7	47	3	1 022	90,4	686	173	161	3 988	—	112	500	4 600	13.
995	22	3	15	5	13	—	—	—	1	8	3	960	96,5	707	174	80	1 936	796	333	186	2 454	14.
1 027	12	—	4	8	50	21	8	—	1	17	3	965	94,0	700	139	125	3 884	—	30	—	3 914	15.
769	19	—	3	16	72	36	—	5	2	10	2	677	88,1	531	87	58	2 420	—	—	225	2 645	16.
1 705	91	—	7	83	19	16	—	—	0,5	2	0,6	1 595	93,6	1 264	114	218	2 227	—	—	2 857	5 084	17.
1 066	1	—	1	—	46	37	—	—	0,2	8	2	1 019	95,5	757	94	166	1 230	—	144	40	1 413	18.
804	20	—	8	12	49	24	—	—	0,8	19	5	735	91,3	492	155	87	4 349	—	67	—	4 416	19.
628	4	—	—	4	50	25	—	—	0,9	21	3	574	91,5	458	58	58	2 180	—	412	394	2 986	20.
659	16	—	3	13	46	11	2	3	0,9	28	1	597	90,6	477	72	47	1 252	—	42	38	1 332	21.
827	12	—	6	6	41	35	—	—	0,6	4	2	774	93,6	588	94	92	1 857	—	135	1 616	3 608	22.
521	13	—	3	10	34	19	—	—	0,7	12	1	474	91,0	357	56	61	1 778	—	—	800	2 578	23.
367	8	—	—	8	14	8	—	—	1	3	2	345	94,1	266	48	31	941	—	—	210	1 151	24.
644	19	—	4	16	51	35	—	—	0,7	13	2	574	89,1	429	44	100	509	—	200	—	709	25.
442	5	—	2	3	14	6	—	—	0,5	4	4	422	95,6	322	55	46	1 955	—	98	60	2 113	26.
383	12	—	5	6	32	22	2	—	0,6	5	1	340	88,7	263	50	25	501	—	48	170	719	27.
1 084	20	—	9	11	35	27	—	0,9	1	4	2	1 029	95,0	869	29	130	781	—	—	—	781	28.
446	9	—	5	4	19	8	—	—	0,7	9	1	417	93,5	319	70	27	851	—	257	733	1 841	29.
231	8	1	4	3	25	19	—	—	0,6	4	2	197	85,6	138	38	22	1 144	—	365	—	1 508	30.
174	10	—	4	6	9	5	—	—	—	1	3	155	89,1	115	23	17	1 173	—	62	54	1 290	31.
332	10	—	3	6	29	25	—	—	0,5	2	1	294	88,4	210	51	30	1 023	—	—	248	1 271	32.
214	6	—	—	6	24	16	—	1	0,6	4	2	185	86,4	127	36	22	2 026	—	199	257	2 482	33.
214	8	—	—	8	11	10	—	—	—	1	0,6	195	91,0	138	24	32	1 165	—	81	—	1 246	34.
81	9	—	1	8	2	—	—	—	—	1	0,7	70	86,4	47	11	12	569	—	37	150	756	35.
271	12	—	5	6	22	17	0,6	—	0,6	3	0,8	237	87,5	188	23	26	400	—	100	50	549	36.
169	5	—	4	2	13	10	—	—	—	2	1	151	89,4	115	22	14	834	—	62	—	895	37.
200	20	—	13	7	18	10	3	—	—	3	2	163	81,3	128	23	11	814	—	5	135	954	38.
1 226	38	—	3	34	49	38	—	—	—	9	3	1 179	93,1	1 001	103	74	1 862	—	78	350	2 290	39.
597	6	4	0,6	1	15	7	0,4	—	0,5	6	1	576	96,4	451	70	55	559	—	158	20	737	40.
1 583	22	—	—	22	47	19	—	—	0,7	25	1	1 514	95,6	1 184	74	254	1 772	—	15	956	2 742	41.
670	14	—	1	12	29	16	—	—	0,6	12	1	627	93,6	480	47	99	108	—	—	60	168	42.
702	20	6	0,5	14	9	4	—	—	0,5	3	1	672	95,8	541	54	77	239	—	100	—	339	43.
318	12	—	11	1	35	12	—	3	0,5	18	1	271	85,4	203	61	7	759	—	37	—	796	44.
622	29	23	1	5	43	35	—	—	0,4	5	3	550	88,4	402	64	84	674	—	10	198	883	45.
500	16	—	16	—	57	54	—	—	0,02	1	2	428	85,5	360	52	14	980	—	14	306	1 299	46.
433	11	—	5	6	20	7	3	0,6	0,5	7	2	402	92,8	297	27	77	351	—	—	4	355	47.
200	7	6	—	1	20	16	—	—	0,1	3	1	173	86,6	128	32	12	529	—	35	50	614	48.
181	0,7	—	—	0,7	6	3	—	—	0,3	3	0,4	174	96,2	152	20	2	130	—	6	—	136	49.
330	3	—	3	—	26	19	—	—	0,3	5	2	301	91,2	236	29	36	444	—	—	—	444	50.
																						7.
5 604	92	24	48	19	332	202	—	17	6	99	7	5 181	92,4	3 747	550	874	9 213	—	187	4 550	13 949	1.
8 755	241	—	93	148	579	194	—	10	10	360	5	7 935	90,6	5 630	721	1 576	11 996	1 137	1 589	5 201	18 786	2.
10 653	162	—	62	90	477	255	—	19	9	184	9	10 014	94,0	7 579	626	1 793	18 328	—	2 459	4 445	25 232	3.
7 572	173	—	78	94	411	265	—	17	6	110	12	6 988	92,3	5 384	703	889	3 936	631	2 749	9 626	16 312	4.
4 368	69	—	6	56	107	73	—	12	6	10	7	4 192	96,0	3 130	337	714	8 891	—	474	3 600	12 964	5.
2 339	43	12	12	20	105	71	—	6	5	16	7	2 191	93,7	1 560	313	311	8 444	3 097	86	2 400	10 930	6.
1 361	51	6	19	26	237	92	—	9	3	125	8	1 073	78,8	775	185	107	5 147	20	1 518	799	7 464	7.
1 166	9	—	2	7	34	7	—	4	1	20	1	1 123	96,3	703	157	262	2 366	57	135	2 500	5 001	8.
922	15	3	1	11	25	9	—	—	—	14	2	881	95,6	628	93	159	3 660	—	121	100	3 882	9.
834	20	—	8	12	73	44	8	—	0,9	18	2	741	88,8	543	128	65	1 859	162	41	380	2 280	10.
614	15	—	2	13	42	26	2	—	2	11	2	557	90,7	397	86	72	704	—	422	1 574	2 700	11.

(Noch: Tafel 1)

Stadtgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern — *Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern: Namen	Kreis	Einwohnerzahl nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919	Prinzipalsoll der direkten Steuern, wie es in kreisangehörigen Städten und in Landgemeinden für die Verteilung der Kreissteuern gemäß § 7 des Kreis- und Provinzial-Abgabengesetzes vom 23. April 1906, in Stadtkreisen für die Verteilung der Provinzialsteuern gemäß § 25 a. a. O. nach dem Stande vom 1. Januar 1920 ermittelt worden ist, nämlich der: Einkommensteuer der Einkommen von mehr als 900 ℳ 1 000 ℳ	Einkommensteuer der Einkommen von nicht mehr als 900 ℳ nach den fingierten Normalsteuersätzen 1 000 ℳ	Grundsteuer 1 000 ℳ	Gebäudesteuer 1 000 ℳ	Gewerbesteuer 1 000 ℳ	direkten Steuern zusammen einschl. der Betriebssteuer 1 000 ℳ	Im Rechnungsjahre 1919 wurden für Gemeindezwecke Zuschläge zu den der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten direkten Steuern erhoben, nämlich zu der Staatseinkommensteuer %	den fingierten Normalsteuersätzen für Einkommen von nicht mehr als 900 ℳ %	der staatlich veranlagten Grundsteuer %	Gebäudesteuer %	Gewerbesteuer %	Betriebssteuer %
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Noch: 7. Provinz Oberschlesien.														
12. Kreuzburg O. S.	Kreuzburg	11 484	148	0,9	1	29	25	205	337,5	337,5	337,5	337,5	337,5	—
13. Rybnik	Rybnik	11 303	161	2	0,8	28	21	214	300	300	300	300	300	300
14. Nikolai	Pleß	9 983	117	—	2	13	19	152	320	—	320	320	320	200
15. Ziegenhals	Landkr. Neisse	8 712	79	—	2	19	21	121	165	—	185	185	185	130
16. Cosel	Cosel	7 142	150	1	1	22	26	201	195	195	195	195	195	100
17. Oberglogau	Neustadt O. S.	6 872	68	2	5	12	10	96	300	300	300	300	300	133,33
18. Patschkau	Landkr. Neisse	6 180	98	—	2	13	12	127	100	—	100	100	100	—
19. Pleß	Pleß	6 047	52	1	0,4	14	9	77	312,5	250	325	325	325	125
20. Sohrau O. S.	Rybnik	5 974	40	2	1	7	4	54	205	205	205	205	205	100
21. Rosenberg O. S.	Rosenberg O. S.	5 684	39	0,9	1	10	7	58	180	180	180	180	180	100
22. Peiskretscham	Tost-Gleiwitz	5 565	26	1	2	7	2	38	420	420	500	500	500	500
23. Groß Strehlitz	Groß Strehlitz	5 363	84	0,2	0,4	11	12	108	220	220	220	220	220	100
24. Lublinitz	Lublinitz	5 157	47	2	0,5	10	7	68	320	320	320	320	320	100
25. *Hindenburg	Hindenburg	66 911	658	—	1	116	101	879	295	—	d. 605,65		d. 761,88	200
26. *Bismarckhütte	Landkr. Beuthen	26 588	1 039	—	0,1	48	215	1 303	300	—	d. 300		I./II. 486 III./IV. 310	300
27. *Zaborze	Hindenburg	25 432	529	—	0,4	36	125	691	210	—	230	230	d. 320	150
28. *Schwientochlowitz	Landkr. Beuthen	23 219	637	—	0,4	38	101	778	250	—	250	250	250	250
29. *Bogutschütz	„ Kattowitz	22 292	385	—	0,5	35	36	457	220	—	d. 286		d. 387	100
30. *Roßberg	„ Beuthen	21 530	308	—	0,5	32	12	352	360	—	d. 380		d. 1 439	380
31. *Ruda	Hindenburg	20 115	410	—	1	24	62	497	250	—	270	270	d. 318	225
32. *Siemianowitz	Landkr. Kattowitz	18 438	267	—	0,3	33	39	339	250	—	d. 277,24		d. 391,43	100
33. *Lipine	„ Beuthen	17 119	568	4	0,1	29	24	627	250	250	200	200	I. 600 II./IV. 200	200
34. *Mikultschütz	Tarnowitz	16 336	166	3	0,4	18	8	195	340	340	450	450	I./II. 1000 III./IV. 500	450
35. *Zalenze	Landkr. Kattowitz	15 781	240	—	0,2	22	39	302	230	—	250	250	250	100
36. *Laurahütte	„ „	15 592	328	—	0,05	30	57	415	250	—	270	270	d. 331,3	100
37. *Biskupitz	Hindenburg	14 232	142	3	0,2	16	11	172	265	265	300	300	d. 543	265
38. *Domb	Landkr. Kattowitz	14 049	181	3	0,8	22	56	262	265	265	d. 300		d. 300	200
39. *Miechowitz	„ Beuthen	13 381	121	—	0,5	14	0,9	137	320	—	320	320	d. 395	320
40. *Bielschowitz	Hindenburg	13 311	141	—	0,6	13	2	157	375	—	350	350	d. 700	275
41. *Hohenlinde	Landkr. Beuthen	12 076	187	2	0,5	14	29	233	260	260	280	280	I./II. 310 III./IV. 280	310
42. *Bobrek	„ „	11 753	111	—	0,06	15	21	147	250	—	d. 250		d. 318,43	100
43. *Chorzow	„ Kattowitz	11 654	259	—	1	20	53	333	175	—	240	240	d. 488,89	200
44. *Rosdzin	„ „	10 984	297	—	0,3	21	69	388	285	—	390	390	480	200
45. *Radzionkau	Tarnowitz	10 833	62	2	0,6	10	2	76	300	300	300	300	300	100
46. *Scharley	Landkr. Beuthen	10 666	93	3	0,4	15	8	120	210	210	270	270	d. 1 395	260
47. *Deutsch Piekar	„ „	9 732	66	0,4	0,4	9	2	78	275	275	290	290	290	310
48. *Kochlowitz	„ Kattowitz	9 573	82	0,5	0,4	8	3	95	270	270	d. 445,16		d. 1 251	200
49. *Schoppinitz	„ „	9 493	155	3	0,3	14	49	221	250	250	300	300	340	300
50. *Neudorf Kr. Kattowitz	„ „	8 656	75	0,9	0,2	10	3	90	300	300	d. 395,08		d. 2 043,44	100
51. *Eichenau	„ „	8 628	155	1	0,2	13	39	208	200	200	200	200	329,8	100
52. *Orzegow	„ Beuthen	8 501	150	2	0,2	11	15	178	250	—	d. 305,52		d. 281,88	100
53. *Schlesiengrube	„ „	7 755	95	—	0,2	10	3	109	250	—	d. 284		I./II. 400 III./IV. 300	250
54. *Radlin	Rybnik	7 098	101	1	1	7	52	162	200	200	315	315	668	100
55. *Tichau	Pleß	6 492	33	0,6	2	4	2	42	400	400	400	400	400	100
56. *Neu Heiduk	Landkr. Beuthen	6 302	94	—	0,02	8	6	109	280	—	280	280	d. 453	280
57. *Birkenhain	„ „	6 181	133	1	0,05	7	171	312	145	145	160	160	220	100
58. *Karf	„ „	6 058	52	2	0,08	7	2	63	300	300	350	350	390	400
59. *Neudorf Kr. Oppeln	„ Oppeln	5 834	33	2	0,8	6	2	43	220	220	d. 469,11		250	200
60. *Birkental	„ Kattowitz	5 776	65	1	0,5	6	8	80	250	250	300	300	300	150
61. *Ostrog	„ Ratibor	5 686	54	2	0,6	7	8	71	240	240	300	300	300	100
62. *Paulsdorf	Hindenburg	5 674	33	—	0,06	5	0,5	38	250	—	300	300	300	300
63. *Kunzendorf	„	5 666	23	1	0,07	5	0,4	29	220	220	270	270	270	200
64. *Nieder Rydultau	Rybnik	5 625	19	2	0,4	5	3	30	305	305	325	325	325	100
65. *Schomberg	Landkr. Beuthen	5 549	45	1	0,2	6	2	54	200	200	d. 214,87		300	300
66. *Michalkowitz	„ Kattowitz	5 513	40	0,5	0,4	7	1	49	200	200	250	250	250	100
67. *Sosnitza	Hindenburg	5 322	33	0,9	0,3	5	3	42	260	260	310	310	d. 576	300
68. *Laband	Tost-Gleiwitz	5 037	55	2	0,2	5	0,9	63	220	220	235	235	d. 4 912,8	235
8. Provinz Sachsen.														
1. Magdeburg	Stadtkreis	285 856	8 405	0,04	36	1 358	1 067	10 889	450	450	d. 267,20		I. 250 II./IV. 200	200
2. Halle a. S.	„	182 326	5 354	—	9	786	612	6 775	420	—	d. 353		d. 354	100
3. Erfurt	„	129 646	2 761	—	17	590	406	3 784	375	—	d. 375		375	100

Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern im Rechnungsjahre 1919.

Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1919 nach dem Stande vom 31. März 1920: der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 14a, 15a und 16a) 1 000 M	der überwiesenen Steuern: überhaupt 1 000 M	darunter Anteil an der vom Reich erhobenen: Grunderwerbsteuer 1 000 M	Wertzuwachssteuer 1 000 M	Umsatzsteuer 1 000 M	der indirekten Gemeindesteuern: überhaupt 1 000 M	darunter: Grundstücks-Umsatzsteuer der Gemeinden und Gemeindezuschläge zur Reichsgrunderwerbsteuer 1000 M	Gemeindezuschläge zur Reichswertzuwachssteuer 1 000 M	Schankkonzessionssteuer 1 000 M	Biersteuer 1 000 M	Lustbarkeitssteuer 1 000 M	Hundesteuer 1 000 M	der direkten Gemeindesteuern: überhaupt 1 000 M	vom gesamten Steueraufkommen (Sp. 13) %	darunter: Einkommensteuer 1 000 M	Steuern vom Grundbesitz 1 000 M	Gewerbesteuer 1 000 M	Schulden am 31. März 1920: Langfristige Anleihen überhaupt 1 000 M	in Form von Schuldverschreibungen, die auf den Inhaber lauten 1 000 M	Hypotheken und Grundschulden sowie Restkaufgelder 1 000 M	Schwebende Schulden 1 000 M	Sämtliche Schulden (Sp. 17a, 18 u. 19) 1 000 M	Wiederholung der Spalte 1
13	14a	14b	14c	14d	15a	15b	15c	15d	15e	15f	15g	16a	16b	16c	16d	16e	17a	17b	18	19	20	
																						7.
719	30	—	21	9	26	16	—	2	0,9	4	3	663	92,3	477	103	83	2 048	—	—	—	2 048	12.
726	3	—	—	3	58	19	—	4	2	33	1	665	91,5	512	85	64	1 107	—	599	312	2 018	13.
511	8	—	2	6	18	11	—	0,8	0,8	4	0,7	485	94,9	373	49	61	830	—	178	—	1 008	14.
362	22	15	2	5	25	23	—	—	—	2	0,9	314	86,9	237	37	38	869	—	90	—	959	15.
403	7	—	—	7	18	12	—	1	1	2	2	377	93,8	282	45	50	630	—	40	—	670	16.
280	11	6	2	3	9	5	—	—	0,6	2	1	259	92,6	182	48	28	999	—	—	—	999	17.
161	8	—	2	6	27	9	2	—	—	14	2	126	78,4	98	16	12	665	—	276	100	1 041	18.
262	0,7	—	0,7	—	15	9	—	2	0,6	3	0,9	246	93,9	169	48	28	656	—	—	—	656	19.
133	5	—	3	2	17	12	—	—	0,5	3	0,8	111	83,4	85	18	8	147	—	19	—	165	20.
113	2	—	2	—	5	3	—	—	0,7	1	0,6	105	93,1	72	19	13	164	—	210	—	374	21.
183	2	—	1	0,5	13	11	—	—	0,5	1	0,7	168	91,8	112	42	11	418	—	—	38	456	22.
205	7	—	1	6	0,6	—	—	—	—	—	0,6	198	96,4	146	25	25	984	—	80	95	1 159	23.
227	3	—	1	2	15	7	—	—	1	6	0,7	209	92,2	151	35	23	790	—	92	63	946	24.
5 229	96	—	54	36	271	81	—	—	5	180	4	4 862	93,0	3 230	708	920	4 840	—	462	4 094	9 396	25.
4 734	125	—	38	87	47	40	—	—	2	4	2	4 562	96,4	3 370	153	1 036	805	—	94	1 066	1 965	26.
1 708	46	—	6	40	18	13	—	—	2	2	0,3	1 645	96,3	1 201	83	360	256	—	—	1 663	1 919	27.
1 989	0,5	—	0,5	—	6	—	—	—	—	5	1	1 982	99,7	1 631	97	253	278	—	—	843	1 121	28.
1 643	19	17	2	—	20	12	—	1	1	3	2	1 604	97,6	1 365	117	121	1 012	—	—	230	1 242	29.
1 382	25	—	23	2	72	27	17	—	0,9	27	0,7	1 285	93,0	1 000	118	166	1 356	—	108	1 138	2 602	30.
1 416	13	—	1	12	21	6	—	—	1	13	0,5	1 382	97,6	920	67	394	79	—	306	100	485	31.
1 030	7	—	5	3	30	11	—	1	0,9	16	0,6	993	96,4	753	93	147	793	—	—	—	793	32.
1 674	31	—	—	31	16	9	—	—	—	6	0,7	1 628	97,2	1 440	59	128	251	—	—	—	251	33.
779	8	6	2	—	43	23	9	1	0,8	9	—	727	93,4	576	83	68	550	—	31	117	699	34.
767	17	—	16	1	17	8	—	0,2	0,6	8	0,5	733	95,5	577	57	98	408	—	—	345	753	35.
1 077	3	—	0,8	3	6	—	—	0,7	1	3	1	1 068	99,1	835	80	153	835	—	—	—	835	36.
476	32	—	3	1	8	2	—	—	0,9	5	0,3	436	91,6	263	47	125	635	—	—	—	635	37.
860	4	—	2	2	21	16	—	2	0,3	3	0,6	836	97,2	601	73	161	502	—	32	—	534	38.
478	3	—	0,4	3	6	2	—	—	0,5	3	0,3	469	98,1	418	47	3	332	—	—	408	740	39.
779	2	—	1	0,9	11	6	—	—	0,2	5	—	765	98,3	692	59	14	58	—	27	479	565	40.
568	2	—	0,2	1	6	3	—	—	0,7	2	0,05	561	98,7	431	39	90	641	—	—	—	641	41.
528	4	—	0,3	3	6	2	—	—	0,8	4	0,3	518	98,1	418	47	53	100	—	24	252	376	42.
784	10	0,7	7	3	12	5	—	3	0,7	3	0,4	762	97,2	454	50	258	75	—	—	—	75	43.
1 376	8	5	3	0,2	12	5	—	2	—	4	0,5	1 357	98,6	945	84	327	15	—	—	27	42	44.
249	4	—	3	2	7	5	—	—	0,4	0,8	—	238	95,7	202	31	5	224	—	—	—	224	45.
454	3	—	1	2	17	16	—	—	0,6	1	0,2	434	95,5	268	52	114	566	—	126	432	1 124	46.
251	3	—	1	1	11	8	—	—	0,5	2	0,2	236	94,3	202	28	5	162	—	18	67	247	47.
320	0,7	0,6	—	0,08	6	3	—	0,7	0,3	2	0,05	314	98,0	237	39	38	174	—	—	40	214	48.
592	10	10	—	—	5	2	—	0,5	0,5	2	0,2	577	97,5	386	44	146	108	—	—	200	308	49.
350	2	—	2	0,04	5	4	—	—	0,3	1	0,01	342	98,0	240	47	55	219	—	—	120	339	50.
310	1	—	0,5	0,9	7	4	—	0,2	0,5	2	0,08	301	97,3	156	26	119	43	—	—	—	43	51.
509	0,5	—	0,2	0,3	5	3	—	—	0,5	2	0,2	503	98,9	421	42	40	8	—	22	470	500	52.
329	—	—	—	—	5	2	—	—	0,8	2	0,2	324	98,5	284	30	10	107	—	—	265	371	53.
376	15	0,06	3	13	8	5	—	—	—	3	—	353	93,9	263	25	64	462	—	14	—	476	54.
177	0,06	—	0,02	0,04	6	3	—	0,4	0,2	2	0,1	171	96,7	139	25	7	100	—	—	—	100	55.
280	—	—	—	—	2	—	—	—	0,2	1	0,3	278	99,4	227	22	29	—	—	—	—	—	56.
585	0,02	—	—	0,02	4	2	—	—	0,4	1	0,1	581	99,3	193	12	376	659	—	108	—	767	57.
199	1	—	—	1	5	—	—	—	—	4	0,1	193	97,2	160	26	7	44	—	—	18	62	58.
113	—	—	—	—	1	0,8	—	—	—	0,1	0,5	112	98,8	77	30	5	100	—	—	—	100	59.
228	0,4	—	0,05	0,4	5	2	—	0,2	0,6	2	0,2	223	97,7	180	19	24	192	—	—	—	192	60.
182	0,7	—	0,7	—	4	3	—	—	0,09	0,3	0,03	177	97,6	132	22	23	40	—	—	20	60	61.
132	1	—	0,7	0,5	8	7	—	—	0,08	0,8	0,3	123	93,0	106	15	1	85	—	—	30	115	62.
81	4	4	—	—	5	2	—	—	0,02	2	—	72	89,0	58	13	0,8	—	—	—	152	152	63.
148	0,4	—	0,4	—	3	2	—	—	—	0,6	—	145	98,0	117	17	11	136	—	—	25	161	64.
140	1	—	—	—	1	0,2	—	—	—	0,7	1	138	98,5	119	14	5	—	—	75	53	128	65.
116	9	—	0,5	0,2	2	0,2	—	0,6	0,4	1	0,2	105	90,6	84	18	3	64	—	—	—	64	66.
121	4	0,3	3	0,4	10	5	4	—	0,2	0,7	—	107	88,4	53	17	37	—	—	7	12	19	67.
185	—	—	—	—	2	2	—	—	—	0,4	—	183	99,0	125	13	45	25	—	81	53	159	68.
																						8.
46 208	961	144	180	584	2196	868	23	—	21	1 190	94	43 051	93,2	36 768	3 724	2 510	172 097	102 541	810	1 000	173 907	1.
29 232	570	—	104	418	814	422	—	42	24	273	54	27 849	95,3	22 629	2 932	2 275	89 186	72 845	11 510	24 110	124 805	2.
17 188	30	—	6	—	763	110	4	—	20	409	61	16 395	95,4	12 637	2 290	1 458	79 561	70 903	1 173	21 700	102 433	3.

(Noch: Tafel 1)

Stadtgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern — *Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern			Prinzipalsoll der direkten Steuern, wie es in kreisangehörigen Städten und in Landgemeinden für die Verteilung der Kreissteuern gemäß § 7 des Kreis- und Provinzial-Abgabengesetzes vom 23. April 1906, in Stadtkreisen für die Verteilung der Provinzialsteuern gemäß § 25 a. a. O. nach dem Stande vom 1. Januar 1920 ermittelt worden ist, nämlich der						Im Rechnungsjahre 1919 wurden für Gemeindezwecke Zuschläge zu den der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten direkten Steuern erhoben, nämlich zu					
			Einkommensteuer der Einkommen von								der staatlich veranlagten			
Namen	Kreis	Einwohnerzahl nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919	mehr als 900 ℳ 1 000 ℳ	nicht mehr als 900 ℳ nach den fingierten Normalsteuersätzen 1 000 ℳ	Grundsteuer 1 000 ℳ	Gebäudesteuer 1 000 ℳ	Gewerbesteuer 1 000 ℳ	direkten Steuern zusammen einschl. der Betriebssteuer 1 000 ℳ	der Staatseinkommensteuer %	den fingierten Normalsteuersätzen für Einkommen von nicht mehr als 900 ℳ %	Grundsteuer %	Gebäudesteuer %	Gewerbesteuer %	Betriebssteuer %
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Noch: 8. Provinz Sachsen.														
4. Halberstadt	Stadtkreis	47 144	1 095	—	22	168	172	1 461	345	—	d. 211,94		d. 187,20	100
5. Mühlhausen i. Th.	"	34 094	765	—	20	96	142	1 026	315	—	270	270	d. 270	100
6. Weißenfels	"	33 501	741	5	6	91	90	936	400	400	400	400	d. 462,71	130
7. Nordhausen	"	33 387	1 067	—	7	128	191	1 398	390	—	230	230	d. 300,5	230
8. Zeitz	"	32 222	785	3	3	96	112	1 001	350	230	370	370	370	100
9. Stendal	"	29 367	386	—	4	87	44	524	375	—	315	315	315	200
10. Naumburg	"	28 545	509	9	3	107	47	678	250,5	167	d.195	195	195	100
11. Aschersleben	"	27 550	754	—	23	78	118	975	293,75	—	412	235	d. 316,74	100
12. Quedlinburg	"	25 962	1 232	—	24	73	193	1 524	280	—	205	220	d. 220	200
13. Burg b. M.	Jerichow I	23 026	457	—	10	57	49	575	325	—	325	325	325	50
14. Merseburg	Merseburg	22 748	450	—	7	64	39	562	457,5	—	d. 274,31		267,5	65
15. Eisleben	Stadtkreis	22 713	445	—	6	60	115	628	262,5	—	275	275	d. 275	100
16. Wittenberg Bez. Halle	Wittenberg	22 421	541	—	5	66	76	691	260	—	260	260	260	—
17. Schönebeck a. E.	Calbe	18 452	375	—	4	46	33	460	300	—	300	300	300	70
18. Wernigerode	Grfsch. Wernigerode	18 389	346	—	5	65	43	462	375	—	350	275	350	50
19. Eilenburg	Delitzsch	17 746	278	—	6	41	76	403	350	—	400	400	400	—
20. Bitterfeld	Bitterfeld	16 538	747	—	3	45	65	861	296,25	—	d. 403,26		281,25	—
21. Staßfurt	Calbe	16 483	337	2	7	42	37	425	375	375	300	300	300	—
22. Suhl	Schleusingen	14 742	824	—	2	34	101	963	281,25	—	250	250	250	100
23. Salzwedel	Salzwedel	14 500	223	—	5	41	28	299	325	—	325	325	325	—
24. Delitzsch	Delitzsch	13 865	205	—	5	32	24	268	337,5	—	337,5	337,5	337,5	—
25. Torgau	Torgau	13 492	212	3	2	41	28	287	200	200	200	200	200	60
26. Tangermünde	Stendal	13 124	294	—	3	27	34	360	345	—	225	225	d. 292	125
27. Oschersleben (Bode)	Oschersleben	11 819	254	0,2	11	31	63	361	444	444	300	300	d. 300	150
28. Langensalza	Langensalza	11 740	176	—	7	28	26	238	300	—	d. 340,25		300	200
29. Calbe a. S.	Calbe	11 452	290	3	20	26	28	367	330	330	d. 253,76		230	—
30. Sangerhausen	Sangerhausen	11 258	199	—	10	33	31	275	375	—	190	190	190	—
31. Neuhaldensleben	Neuhaldensleben	9 742	111	—	3	34	19	168	500	—	200	200	200	85
32. Groß Salze	Calbe	9 158	274	2	9	26	26	338	230	230	230	230	230	70
33. Hettstedt	Mansfeld. Gebirgskr.	8 590	94	—	3	14	8	120	265	—	300	300	300	300
34. Aken a. E.	Calbe	8 109	122	2	4	17	21	166	270	270	300	300	300	—
35. Heiligenstadt	Heiligenstadt	8 087	138	2	3	19	30	192	175	175	180	180	180	—
36. Gardelegen	Gardelegen	7 925	119	2	3	22	14	161	400	300	300	300	300	200
37. Schkeuditz	Merseburg	7 361	128	0,7	2	20	18	170	218,75	218,75	237,5	237,5	237,5	62,5
38. Sömmerda	Weißensee	7 082	211	0,4	7	16	51	286	262,5	200	200	200	d. 200	25
39. Genthin	Jerichow II	5 905	142	—	1	17	16	177	260	—	d. 353,90		200	—
40. Artern	Sangerhausen	5 438	147	—	6	14	30	198	240	—	200	200	200	60
41. Teuchern	Ldkr. Weißenfels	5 360	45	3	2	8	4	62	385	385	385	385	385	100
42. Gerbstedt	Mansfelder Seekr.	5 240	43	2	11	8	3	66	175	175	205	205	205	150
43. Osterburg	Osterburg	5 156	70	2	3	12	8	96	337,5	337,5	337,5	337,5	337,5	247,5
44. Egeln	Wanzleben	5 112	65	—	4	12	12	93	175	—	225	225	225	—
45. Bleicherode	Grafsch. Hohenstein	5 052	180	—	4	13	33	231	200	—	d. 285		250	40
46. *Thale	Landkr. Quedlinburg	12 427	377	2	1	30	73	485	200	200	200	200	200	200
47. *Helbra	Mansfelder Seekr.	8 440	98	0,4	1	12	3	116	205	205	225	225	225	60
48. *Groß Ottersleben	Wanzleben	6 894	113	0,2	13	14	3	143	240	—	240	240	200	100
49. *Holzweißig	Bitterfeld	6 276	84	0,5	2	6	12	105	225	225	225	225	I/II. 250 III/IV. 225	—
50. *Ammendorf	Saalkreis	6 192	136	0,4	3	16	20	176	260	260	220	220	d. 440	—
51. *Väthen	Landkr. Stendal	5 654	86	2	0,5	12	7	108	360	360	360	360	360	360
52. *Piesteritz	Wittenberg	5 560	135	0,8	0,6	12	14	162	160	160	160	160	160	160
9. Prov. Schleswig-Holstein.														
1. Kiel	Stadtkreis	205 330	5 509	—	5	966	470	6 965	437,5	—	d. 267		d. 300	150
2. Altona	"	168 729	4 581	—	4	952	660	6 210	398	—	d. 513,61		200	100
3. Flensburg	"	60 941	1 365	—	3	244	233	1 852	365	—	d. 295		d. 260	225
4. Neumünster	"	36 173	1 009	—	0,9	121	135	1 268	330	—	d. 200		200	150
5. Wandsbek	"	35 399	1 153	—	1	172	104	1 432	379,2	—	d. 332,8		I. 250 II. 200 III/IV. 100	100
6. Itzehoe	Steinburg	18 658	345	—	1	65	60	473	412,5	—	d. 400		d. 381,25	100
7. Schleswig	Schleswig	16 923	228	—	1	60	44	335	390	—	d. 390		d. 390	100
8. Rendsburg	Rendsburg	15 665	271	—	1	54	34	362	437,5	—	231,25	375	375	206,[illegible]
9. Elmshorn	Pinneberg	13 753	387	—	2	50	56	497	480	—	d. 480		480	—
10. Heide	Norderdithmarschen	10 142	187	1	3	36	31	260	400	150	230	230	230	—
11. Husum	Husum	9 391	183	2	1	36	30	254	350	275	d. 350		350	50
12. Pinneberg	Pinneberg	6 702	137	—	2	22	26	187	325	—	350	350	350	—
13. Eckernförde	Eckernförde	6 680	135	—	0,9	20	22	178	331,25	—	331,25	331,25	331,25	—
14. Ütersen	Pinneberg	6 451	111	—	2	16	16	146	460	—	330	330	330	35

Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern im Rechnungsjahre 1919.

Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1919 nach dem Stande vom 31. März 1920																	Schulden am 31. März 1920					
der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 14a, 15a und 16a)	der überwiesenen Steuern				der indirekten Gemeindesteuern							der direkten Gemeindesteuern					Langfristige Anleihen		Hypotheken und Grundschulden sowie Restkaufgelder	Schwebende Schulden	Sämtliche Schulden (Sp. 17a, 18 u. 19)	Wiederholung der Spalte 1
	überhaupt	darunter Anteil an der vom Reich erhobenen: Grunderwerbsteuer	Wertzuwachssteuer	Umsatzsteuer	überhaupt	darunter: Grundstücks-Umsatzsteuer der Gemeinden und Gemeindezuschläge zur Reichsgrunderwerbsteuer	Gemeindezuschläge zur Reichswertzuwachssteuer	Schankkonzessionssteuer	Biersteuer	Lustbarkeitssteuer	Hundesteuer	überhaupt	vom gesamten Steueraufkommen (Sp. 13)	darunter: Einkommensteuer	Steuern vom Grundbesitz	Gewerbesteuer	überhaupt	in Form von Schuldverschreibungen, die auf den Inhaber lauten				
1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	%	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	
13	14a	14b	14c	14d	15a	15b	15c	15d	15e	15f	15g	16a	16b	16c	16d	16e	17a	17b	18	19	20	
																						8.
4 944	64	—	27	37	271	133	—	7	5	107	18	4 609	93,2	3 855	419	331	22 585	11 259	488	11 815	34 888	4.
3 244	35	8	5	22	148	80	5	—	2	50	11	3 061	94,4	2 361	314	383	18 962	8 154	—	1 660	20 622	5.
4 284	127	—	63	63	294	98	52	—	4	129	10	3 863	90,2	3 154	291	415	11 226	806	70	—	11 296	6.
5 362	114	20	25	68	221	195	—	—	—	17	9	5 027	93,7	4 044	311	659	15 541	4 047	217	5 216	20 975	7.
4 015	293	63	24	190	289	226	—	—	3	52	8	3 433	85,5	2 662	363	405	11 178	—	112	2 500	13 790	8.
2 374	51	—	35	16	197	116	—	8	0,02	65	9	2 126	89,6	1 700	286	135	10 436	6 171	97	2 240	12 773	9.
2 090	77	19	58	0,2	351	169	—	17	4	148	13	1 662	79,5	1 335	231	93	9 412	4 886	317	4 923	14 652	10.
3 088	47	—	17	30	176	109	—	3	2	53	10	2 864	92,8	2 212	277	372	5 838	53	374	4 585	10 797	11.
4 234	41	—	8	33	142	85	—	2	3	43	10	4 050	95,7	3 377	216	452	11 659	1 830	268	1 062	12 989	12.
1 913	9	—	—	9	102	80	—	—	2	12	8	1 802	94,2	1 422	219	160	6 151	2 186	35	2 438	8 623	13.
1 768	39	—	14	24	165	29	—	—	4	126	5	1 564	88,5	1 283	199	83	4 920	1 609	1 255	6 341	12 517	14.
1 786	32	—	3	29	92	33	—	6	5	43	6	1 661	93,0	1 165	180	314	2 569	14	107	2 895	5 571	15.
2 229	43	—	20	23	281	108	8	—	4	154	8	1 905	85,5	1 520	183	201	2 619	—	274	488	3 381	16.
1 587	17	—	8	—	119	40	3	5	2	61	7	1 452	91,4	1 209	150	92	1 741	35	—	1 050	2 791	17.
1 887	34	—	17	17	100	86	—	—	1	6	6	1 753	92,9	1 416	196	141	4 337	1 518	—	—	4 337	18.
1 781	27	—	9	18	104	53	7	—	0,7	39	4	1 650	92,6	1 170	177	303	4 641	—	162	1 100	5 903	19.
2 682	29	—	17	11	177	51	26	2	2	92	4	2 476	92,3	2 071	194	212	668	—	216	1 125	2 009	20.
1 667	31	16	—	16	22	—	—	—	2	15	5	1 613	96,8	1 357	145	112	258	—	23	—	281	21.
2 988	6	—	—	6	40	24	—	1	3	8	4	2 942	98,5	2 597	91	253	1 988	5	40	740	2 768	22.
1 037	13	—	—	13	88	61	—	—	2	19	6	936	90,2	694	150	92	3 976	—	207	926	5 109	23.
1 035	14	—	—	14	99	42	7	—	1	9	5	923	89,1	719	121	82	2 523	—	131	—	2 654	24.
692	21	—	6	15	58	0,6	2	—	2	51	2	612	88,5	469	86	57	2 557	—	—	380	2 937	25.
1 159	23	2	—	22	33	22	—	—	0,7	8	1	1 103	95,2	930	69	102	1 954	306	93	—	2 047	26.
1 395	7	—	—	7	33	25	—	—	—	6	1	1 354	97,1	1 033	127	192	1 689	—	315	1 073	3 076	27.
762	12	—	—	12	66	29	—	5	—	26	5	685	89,8	485	121	77	6 772	1 945	70	218	7 060	28.
1 243	15	—	—	15	42	26	—	—	1	14	1	1 185	95,4	997	129	59	801	—	55	—	856	29.
991	12	—	4	9	43	37	—	—	0,5	3	3	936	94,4	799	83	54	946	—	—	1 036	1 982	30.
831	27	—	15	13	72	24	13	3	0,7	30	2	731	88,0	618	74	39	1 448	—	—	232	1 680	31.
898	10	—	—	10	37	27	—	—	—	0,7	4	851	94,8	710	80	60	634	—	272	50	955	32.
355	3	—	—	3	16	6	—	—	1	3	0,9	336	94,8	260	52	23	931	—	11	—	941	33.
444	6	—	—	6	20	16	—	0,4	—	3	0,8	418	94,1	288	67	63	254	62	—	90	344	34.
388	6	—	—	6	27	25	—	—	—	2	0,3	355	91,4	259	42	54	1 075	—	11	85	1 171	35.
645	7	—	4	2	43	24	—	—	—	18	2	595	92,2	474	76	42	1 498	—	47	199	1 744	36.
443	11	—	—	11	13	10	—	—	0,6	2	1	419	94,6	325	51	42	1 858	—	—	800	2 658	37.
730	22	—	—	22	21	9	—	—	0,5	10	0,9	687	94,2	539	46	102	1 341	—	7	150	1 498	38.
496	9	—	4	4	20	9	—	—	—	9	2	467	94,2	368	64	35	719	—	31	—	750	39.
457	3	—	—	3	0,8	—	—	—	—	0,3	0,5	453	99,2	353	39	61	365	—	41	20	426	40.
260	3	—	—	3	10	4	—	—	0,5	4	0,8	248	95,1	193	38	16	329	—	—	—	329	41.
137	4	—	—	4	11	3	—	—	0,09	6	1	123	89,4	79	37	6	390	—	2	—	392	42.
306	3	—	3	—	13	10	—	—	0,3	2	0,9	290	94,8	210	50	28	349	—	282	120	751	43.
212	2	—	0,02	2	14	7	—	—	—	6	1	196	92,5	129	38	30	775	—	50	—	825	44.
520	17	—	—	17	12	8	—	—	—	3	0,9	491	94,5	361	49	82	1 397	27	95	174	1 666	45.
1 150	4	—	—	4	48	28	—	4	1	11	3	1 099	95,5	887	63	147	1 408	—	60	800	2 268	46.
276	5	—	0,1	0,07	32	9	—	—	0,7	8	0,9	240	86,8	202	30	7	—	—	46	—	46	47.
356	0,3	—	—	0,3	15	10	—	—	—	3	2	341	95,7	271	65	5	926	—	—	70	996	48.
530	4	—	2	2	20	12	—	—	—	8	0,2	507	95,6	462	18	27	224	—	14	142	379	49.
521	12	—	2	10	23	16	—	—	0,5	5	2	485	93,1	355	41	89	636	—	486	—	1 122	50.
473	—	—	—	—	16	14	—	—	0,5	2	0,3	457	96,5	376	47	33	289	—	—	150	439	51.
273	0,6	—	—	0,6	12	8	—	—	0,6	3	0,7	260	95,3	217	21	22	262	—	4	—	265	52.
																						9.
32 886	250	2	76	116	2 170	772	76	79	—	1 152	78	30 466	92,6	26 321	2 675	1 447	114 593	66 470	2 860	16 415	133 868	1.
33 381	402	17	68	312	2 955	1 254	60	70	—	1 507	64	30 024	89,9	23 494	5 211	1 306	155 000	57 400	15 000	—	170 000	2.
11 773	1 253	238	945	57	3 544	2 138	812	49	6	523	16	6 975	59,3	5 608	756	597	49 839	30 393	370	—	50 209	3.
3 970	62	30	—	32	330	205	—	27	—	88	10	3 578	90,1	3 049	236	289	19 491	3 608	97	9 093	28 681	4.
5 884	148	39	48	49	528	298	38	21	—	153	17	5 208	88,5	4 414	604	188	14 990	6 091	287	16 493	31 770	5.
2 153	25	—	—	25	227	112	—	—	1	110	3	1 901	88,3	1 403	252	243	10 901	2 825	69	—	10 970	6.
1 519	18	—	4	14	113	48	3	—	1	57	4	1 388	91,4	981	239	166	8 311	—	—	868	9 179	7.
1 802	23	—	6	17	174	61	—	6	2	98	7	1 605	89,1	1 272	204	125	7 109	1 328	121	4 203	11 433	8.
2 713	48	—	48	—	85	52	3	—	—	23	6	2 580	95,1	2 091	234	255	11 730	654	—	1 275	13 005	9.
988	26	—	5	21	77	38	—	—	—	36	3	885	89,6	725	88	72	5 546	—	85	200	5 831	10.
1 046	30	15	—	15	158	92	—	—	—	63	3	858	82,0	613	140	103	6 278	—	58	420	6 755	11.
755	20	8	7	5	57	44	7	—	—	5	1	678	89,8	508	83	87	2 702	—	—	—	2 702	12.
768	17	—	2	15	24	10	—	—	0,8	11	2	728	94,7	584	67	77	1 029	—	—	1 264	2 293	13.
747	12	—	3	9	44	32	0,9	—	—	10	2	690	92,4	578	60	53	2 417	—	8	58	2 483	14.

(Noch: Tafel 1)

Stadtgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern — *Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern: Namen	Kreis	Einwohnerzahl nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919	Prinzipalsoll der direkten Steuern, wie es in kreisangehörigen Städten und in Landgemeinden für die Verteilung der Kreissteuern gemäß § 7 des Kreis- und Provinzial-Abgabengesetzes vom 23. April 1906, in Stadtkreisen für die Verteilung der Provinzialsteuern gemäß § 25 a. a. O. nach dem Stande vom 1. Januar 1920 ermittelt worden ist, nämlich der: Einkommensteuer der Einkommen von mehr als 900 ℳ 1 000 ℳ	Einkommensteuer der Einkommen von nicht mehr als 900 ℳ nach den fingierten Normalsteuersätzen 1 000 ℳ	Grundsteuer 1 000 ℳ	Gebäudesteuer 1 000 ℳ	Gewerbesteuer 1 000 ℳ	direkten Steuern zusammen einschl. der Betriebssteuer 1 000 ℳ	Im Rechnungsjahre 1919 wurden für Gemeindezwecke Zuschläge zu den der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten direkten Steuern erhoben, nämlich zu: der Staatseinkommensteuer %	den fingierten Normalsteuersätzen für Einkommen von nicht mehr als 900 ℳ %	der staatlich veranlagten: Grundsteuer %	Gebäudesteuer %	Gewerbesteuer %	Betriebssteuer %
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Noch: 9. Provinz Schleswig-Holstein.														
15. Bad Oldesloe	Stormarn	6 336	87	2	3	20	19	133	415	250	280	280	280	100
16. Glückstadt	Steinburg	6 117	114	—	0,7	18	11	144	405	—	405	405	405	56
17. Wedel	Pinneberg	5 567	148	—	4	15	6	174	312,5	—	d. 375		312,5	125
18. Mölln	Herzt. Lauenburg	5 240	86	0,3	0,6	13	9	110	145	145	145	145	145	—
19. *Blankenese	Pinneberg	11 637	418	0,8	2	85	13	520	275	260	296	296	150	12,7
20. *Neumühlen-Dietrichsdorf	Bordesholm	7 689	226	—	0,6	24	12	263	218,75	—	d. 375,80		522,47	319
21. *Schiffbek	Stormarn	7 682	96	—	0,7	22	11	130	475	—	d.4775,55	525	d. 811	200
22. *Tellingstedt Ksp.	Norderdithmarschen	6 643	65	0,6	18	9	3	97	218,75	218,75	218,75	218,75	218,75	—
23. *Sande	Stormarn	6 271	139	0,4	0,7	17	8	165	175	175	d.1185,77	225	I./II. 450 III. 150 IV. 50	100
24. *Stellingen-Langenfelde	Pinneberg	5 940	106	—	2	27	18	154	425	—	d. 428		200	200
25. *Albersdorf, Ksp. Holst.	Süderdithmarschen	5 747	48	0,7	13	8	2	72	225	225	225	225	225	225
26. *Groß Flottbek	Pinneberg	5 345	220	0,2	1	37	3	262	255	202,5	350	350	100	100
27. *Marne, Land	Süderdithmarschen	5 155	107	0,5	44	7	2	161	150	150	150	150	150	150
28. *Brunsbüttelkoog	„	5 031	60	—	8	14	9	91	412,5	—	412,5	412,5	412,5	412,5
29. *Büdelsdorf	Rendsburg	5 010	80	—	0,8	11	11	102	300	—	250	250	250	150
10. Provinz Hannover.														
1. Hannover	Stadtkreis	310 431	11 987	—	12	1 851	1 311	15 194	360	—	d. 280		280	100
2. Osnabrück	„	85 017	1 881	—	6	262	254	2 409	350	—	350	350	I./II. 350 III./IV. 280	100
3. Linden vor Hannover	„	82 374	1 984	—	4	251	239	2 482	360	—	d. 297,29		d. 270,81	195
4. Harburg	„	65 933	1 781	—	2	259	254	2 301	337,5	—	260	260	I. 348,75 II. 337,5 III./IV. 270	100
5. Hildesheim	„	53 499	1 328	14	4	214	169	1 734	345	230	d. 345		d. 374	150
6. Göttingen	„	41 246	760	—	5	186	72	1 027	365	—	d. 365		365	100
7. Lehe Flecken	Lehe	38 105	399	—	5	114	35	555	410	—	340	340	340	—
8. Wilhelmshaven	Stadtkreis	29 111	662	0,1	0,6	109	67	843	355	355	d. 236		d. 233	100
9. Lüneburg	„	27 579	573	—	2	98	85	761	375	—	335	335	d. 440,34	215
10. Emden	„	26 627	609	—	6	82	97	797	400	—	d. 296		d. 273	200
11. Geestemünde	„	24 474	856	—	3	95	100	1 056	272,5	—	250	200	I./II. 250 III. 225 IV. 200	100
12. Celle	„	23 589	466	—	2	75	56	602	414,17	—	414,17	414,17	414,17	100
13. Hameln	Hameln	23 187	366	2	9	75	53	506	340	300	d. 368		d. 343	100
14. Goslar	Goslar	20 470	385	—	4	69	48	508	360	—	200	200	200	100
15. Peine	Peine	16 014	338	—	2	43	89	473	400	—	225	225	d. 205	50
16. Leer	Leer	11 703	205	—	4	36	31	279	375	—	d. 260		260	200
17. Uelzen	Uelzen	11 564	220	1	0,8	36	45	305	237,5	237,5	268,75	268,75	268,75	125
18. Münden (Hann.-Münden)	Münden	11 161	239	—	2	33	33	308	310	—	d. 300		I./II. 350 III./IV. 250	200
19. Stade	Stade	10 590	194	3	1	38	24	262	375	375	375	375	375	375
20. Lehrte	Burgdorf	10 550	126	0,5	3	23	18	171	410	260	360	360	d. 346,75	250
21. Nienburg a. Weser	Nienburg	10 541	162	2	2	26	22	215	400	400	d. 363		d. 679	40
22. Norden	Norden	10 290	98	2	4	25	14	143	400	200	200	200	200	200
23. Verden	Verden	9 983	131	1	1	33	20	188	350	250	350	350	350	200
24. Lingen	Lingen	9 490	100	2	0,7	20	7	130	390	390	390	390	390	—
25. Einbeck	Einbeck	9 072	162	—	8	26	21	218	365	—	d. 247		d. 227,30	—
26. Northeim	Northeim	9 022	127	2	5	21	21	177	390	240	370	370	370	200
27. Papenburg	Aschendorf	8 630	85	2	1	16	10	115	230	230	230	230	230	230
28. Clausthal	Zellerfeld	7 740	184	2	0,9	20	11	218	340	240	240	240	240	240
29. Osterode a. Harz	Osterode a. Harz	6 876	100	2	4	17	12	136	214	214	250	250	I. 300 II. 287,5 III. 275 IV. 260	86
30. Alfeld	Alfeld	6 566	174	—	3	21	53	252	312,5	—	375	375	375	200
31. Duderstadt	Duderstadt	6 504	59	3	3	15	9	89	405	405	405	405	405	—
32. Bad Lauterberg im Harz Flecken	Osterode a. Harz	6 129	80	2	0,8	13	4	99	288	288	300	300	300	200
33. Aurich	Aurich	5 996	88	3	0,4	22	10	124	280	280	280	280	280	202
34. Meppen	Meppen	5 687	52	1	1	9	4	67	375	375	375	375	375	375
35. Soltau	Soltau	5 484	75	1	0,6	13	9	99	260	260	260	260	260	100
36. *Wilhelmsburg	Landkr. Harburg	28 402	639	—	11	105	75	831	350	—	1315	278	310	—
37. *Blumenthal	Blumenthal	10 300	152	—	0,9	26	13	193	390	—	333	400	270	270
38. *Hemelingen	Achim	8 110	169	—	2	24	41	237	405	—	d. 405		405	—
39. *Aumund	Blumenthal	6 768	109	—	0,4	15	18	142	320	—	d. 319		320	320
40. *Misburg	Ldkr. Hannover	5 399	51	2	1	9	8	71	270	270	d. 825		270	270

Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern im Rechnungsjahre 1919.

Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1919 nach dem Stande vom 31. März 1920																	Schulden am 31. März 1920					Wiederholung der Spalte 1
der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 14a, 15a und 16a)	der überwiesenen Steuern				der indirekten Gemeindesteuern							der direkten Gemeindesteuern					Langfristige Anleihen		Hypotheken und Grundschulden sowie Restkaufgelder	Schwebende Schulden	Sämtliche Schulden (Sp. 17a, 18 u. 19)	
	überhaupt	darunter Anteil an der vom Reich erhobenen			überhaupt	darunter						überhaupt	vom gesamten Steueraufkommen (Sp. 13)	darunter			überhaupt	in Form von Schuldverschreibungen, die auf den Inhaber lauten				
		Grunderwerbsteuer	Wertzuwachssteuer	Umsatzsteuer		Grundstücks-Umsatzsteuer der Gemeinden und Gemeindezuschläge zur Reichsgrunderwerbsteuer	Gemeindezuschläge zur Reichswertzuwachssteuer	Schankkonzessionssteuer	Biersteuer	Lustbarkeitssteuer	Hundesteuer			Einkommensteuer	Steuern vom Grundbesitz	Gewerbesteuer						
1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	%	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	
13	14a	14b	14c	14d	15a	15b	15c	15d	15e	15f	15g	16a	16b	16c	16d	16e	17a	17b	18	19	20	
																						9.
576	14	—	7	6	42	32	1	—	—	7	2	520	90,3	405	68	46	3 369	—	—	260	3 629	15.
603	8	—	3	5	22	9	—	—	—	12	0,5	573	95,1	452	76	45	2 739	—	—	—	2 739	16.
627	7	2	3	1	29	21	3	—	—	4	1	591	94,2	498	73	19	1 788	—	199	—	1 987	17.
190	9	—	9	—	8	—	—	—	—	8	0,6	173	91,0	141	19	13	1 388	—	6	120	1 513	18.
1 378	54	23	26	5	135	115	—	—	—	14	6	1 189	86,3	910	258	22	4 066	—	50	40	4 155	19.
799	3	—	—	3	17	6	—	—	—	9	3	779	97,4	555	92	131	2 236	—	49	350	2 634	20.
830	12	—	7	5	52	26	5	—	—	18	2	766	92,4	543	148	74	2 879	—	95	900	3 874	21.
206	6	—	5	0,7	9	8	—	—	—	0,8	—	191	92,8	132	54	5	1 646	—	58	—	1 704	22.
399	6	—	1	4	20	15	1	—	—	3	0,4	374	93,6	294	48	32	964	—	—	399	1 363	23.
609	3	—	3	—	77	54	3	—	—	16	4	530	87,0	364	128	36	6 707	—	—	700	7 407	24.
154	—	—	—	—	2	—	—	—	—	2	—	152	98,6	100	46	5	3 534	—	—	70	3 604	25.
698	14	13	1	—	58	52	—	—	—	3	3	626	89,7	490	133	3	2 231	—	—	979	3 210	26.
233	—	—	—	—	2	—	—	—	—	2	—	232	99,2	151	77	3	2 041	—	—	—	2 041	27.
411	—	—	—	—	5	—	—	—	—	4	1	406	98,8	275	95	35	2 512	—	—	150	2 662	28.
301	—	—	—	—	7	5	—	—	—	0,8	0,7	295	97,8	239	27	28	290	—	6	318	614	29.
																						10.
54 889	896	—	309	553	4885	1 844	284	142	61	2455	100	49 107	89,5	39 800	5 650	3 625	146 980	11 630	7 101	8 184	162 266	1.
8 353	203	—	122	63	466	137	91	16	9	180	14	7 685	92,0	5 928	931	820	36 113	7 414	95	18 954	55 162	2.
9 293	161	—	69	92	309	187	73	18	11	3	16	8 824	94,9	7 408	765	643	25 038	359	1 094	7 800	33 931	3.
8 339	140	—	35	95	647	272	—	30	6	323	17	7 552	90,6	6 013	677	855	15 722	5 860	165	—	15 887	4.
6 482	123	—	32	91	481	274	26	24	6	133	19	5 878	90,7	4 478	760	633	23 074	4 962	746	11 435	35 255	5.
4 174	107	—	40	51	403	209	40	14	6	112	17	3 664	87,8	2 650	687	324	27 162	2 618	—	5 450	32 612	6.
2 993	51	—	38	13	227	61	38	—	—	120	7	2 716	90,7	2 178	410	128	11 870	—	—	1 456	13 326	7.
2 862	39	—	5	23	296	23	5	32	5	220	11	2 526	88,3	2 108	259	157	5 353	1 922	—	—	5 353	8.
3 245	49	—	18	31	124	88	0,6	—	2	25	9	3 071	94,7	2 356	332	376	10 829	—	837	2 500	14 166	9.
3 677	24	6	—	18	254	63	—	27	0,2	94	6	3 400	92,5	2 868	260	266	13 609	4 953	973	496	15 078	10.
3 578	132	—	46	87	153	34	41	14	2	58	5	3 293	92,0	2 829	196	265	15 030	—	—	1 450	16 480	11.
2 886	60	—	33	13	203	84	—	5	3	99	11	2 623	90,9	2 049	310	261	11 023	3 567	85	5 616	16 724	12.
2 040	50	—	20	30	190	93	—	5	2	81	9	1 799	88,2	1 314	316	167	10 946	5 480	1 010	850	12 806	13.
1 756	47	—	19	25	128	85	—	—	1	35	7	1 580	90,0	1 343	142	94	5 229	—	—	—	5 229	14.
2 500	86	—	9	77	88	39	9	0,8	3	33	3	2 326	93,0	2 045	102	178	4 571	845	7	—	4 578	15.
1 109	43	—	16	27	65	34	16	—	0,7	10	4	1 001	90,3	807	111	80	6 274	3 326	40	—	6 314	16.
865	36	—	10	26	87	53	—	2	2	28	2	742	85,8	546	100	95	4 990	—	84	—	5 074	17.
1 085	13	—	—	13	85	45	18	4	1	14	2	987	90,9	770	105	111	5 888	3 270	120	—	6 008	18.
996	22	—	—	22	63	45	—	—	0,9	14	3	911	91,5	671	148	88	2 860	—	—	170	3 030	19.
667	6	—	—	6	31	23	—	2	0,7	3	1	631	94,5	472	93	64	1 578	—	55	400	2 033	20.
991	10	2	7	1	58	20	16	0,5	1	18	3	922	93,1	673	101	148	3 184	—	—	—	3 184	21.
633	11	—	—	11	48	23	—	—	0,4	22	3	575	90,8	487	58	27	137	—	202	941	1 280	22.
773	22	—	10	12	43	31	—	—	1	7	3	708	91,6	520	119	67	2 306	—	156	68	2 530	23.
540	17	—	9	8	18	1	5	—	1	8	0,9	506	93,6	397	82	27	1 998	—	—	—	1 998	24.
686	20	—	—	20	36	26	—	—	—	7	3	630	91,9	498	83	48	2 269	—	—	200	2 469	25.
740	13	—	6	8	30	22	—	—	1	4	2	697	94,2	517	100	79	4 979	2 966	47	—	5 026	26.
281	9	—	—	9	9	4	—	—	—	4	0,9	263	93,3	199	39	23	1 461	—	—	—	1 461	27.
681	7	—	—	7	11	—	—	—	1	8	2	664	97,4	586	50	26	861	—	—	145	1 005	28.
318	—	—	—	—	40	22	11	—	0,6	4	2	278	87,5	194	53	30	1 753	—	42	344	2 138	29.
891	37	5	20	11	56	43	11	—	—	0,4	2	799	89,6	508	91	198	2 279	—	510	550	3 339	30.
390	3	—	—	3	22	18	—	—	—	2	2	365	93,6	249	76	40	1 024	—	—	—	1 024	31.
286	4	—	—	4	24	13	—	—	—	7	0,6	258	90,3	206	40	11	775	—	—	400	1 175	32.
404	10	0,9	2	7	22	10	—	—	0,7	9	2	372	92,1	276	62	32	1 099	29	14	—	1 113	33.
259	2	—	—	2	4	1	—	—	—	3	0,4	252	97,4	198	37	15	510	—	—	155	665	34.
299	15	—	7	7	14	—	7	—	0,7	5	0,5	270	90,5	211	35	24	603	—	—	—	603	35.
3 375	71	—	53	18	326	131	94	5	2	88	6	2 978	88,2	2 237	507	234	8 727	—	—	—	8 727	36.
740	8	—	8	—	8	5	—	—	—	2	0,4	725	97,9	597	91	36	1 336	—	29	500	1 865	37.
1 185	77	2	16	59	28	10	14	—	—	4	0,7	1 079	91,1	788	109	182	975	—	41	96	1 112	38.
508	6	—	6	—	9	8	—	—	—	0,6	0,1	494	97,1	351	48	94	—	—	343	—	343	39.
239	3	—	3	—	12	8	—	—	1	3	—	224	93,7	113	84	26	513	—	—	3	516	40.

(Noch: Tafel 1)

Stadtgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern — *Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern: Namen	Kreis	Einwohnerzahl nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919	Prinzipalsoll der direkten Steuern, wie es in kreisangehörigen Städten und in Landgemeinden für die Verteilung der Kreissteuern gemäß § 7 des Kreis- und Provinzial-Abgabengesetzes vom 23. April 1906, in Stadtkreisen für die Verteilung der Provinzialsteuern gemäß § 25 a. a. O nach dem Stande vom 1. Januar 1920 ermittelt worden ist, nämlich der: Einkommensteuer der Einkommen von mehr als 900 M (1 000 M)	Einkommensteuer der Einkommen von nicht mehr als 900 M nach den fingierten Normalsteuersätzen (1 000 M)	Grundsteuer (1 000 M)	Gebäudesteuer (1 000 M)	Gewerbesteuer (1 000 M)	direkten Steuern zusammen einschl. der Betriebssteuer (1 000 M)	Im Rechnungsjahre 1919 wurden für Gemeindezwecke Zuschläge zu den der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten direkten Steuern erhoben, nämlich zu: der Staatseinkommensteuer (%)	den fingierten Normalsteuersätzen für Einkommen von nicht mehr als 900 M (%)	der staatlich veranlagten Grundsteuer (%)	der staatlich veranlagten Gebäudesteuer (%)	der staatlich veranlagten Gewerbesteuer (%)	der staatlich veranlagten Betriebssteuer (%)
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
11. Provinz Westfalen.														
1. Dortmund	Stadtkreis	295 026	6 855	—	21	1 091	1 060	9 044	400	—	d. 361,28		d. 393,41	d. 282,68
2. Gelsenkirchen	"	168 557	3 829	—	6	388	443	4 674	385	—	270	270	d. 1 010,79	d. 304,33
3. Bochum	"	142 760	3 656	—	8	453	440	4 568	350	—	d. 361,51		d. 1 151,97	100
4. Münster	"	100 452	2 195	—	14	424	236	2 878	366	—	d. 208,77		I/II. 275 III./IV. 225	150
5. Hagen (Westfalen)	"	92 862	3 403	—	3	350	563	4 326	500	—	d. 397		492	100
6. Buer	"	88 668	1 353	—	10	166	120	1 653	406	—	400	400	d. 5 627,45	100
7. Bielefeld	"	79 049	2 652	—	2	333	428	3 421	370,5	—	230	230	I. 425 II. 337,5 III./IV. 262,5	100
8. Bottrop	Ldkr. Recklinghausen	71 139	1 276	—	4	124	115	1 521	435	—	400	400	d. 3 221,81	—
9. Herne	Stadtkreis	64 118	1 078	—	3	146	112	1 343	406	—	d. 413,63		d. 1 461,81	225
10. Recklinghausen	"	60 626	971	—	5	147	101	1 227	465	—	d. 397,83		d. 1 711,01	150
11. Gladbeck	Ldkr. Recklinghausen	52 834	805	—	7	97	73	983	400	—	350	350	d. 4 817,45	100
12. Hamm (Westfalen)	Stadtkreis	45 756	964	—	4	138	139	1 248	442,75	—	d. 450		d. 458,75	350
13. Witten	"	37 441	1 317	7	2	116	219	1 664	300	300	245	245	d. 283,78	100
14. Herford	"	34 835	617	—	6	87	127	839	390	—	400	400	I. 460 II. 420 III. 380 IV. 340	400
15. Hörde	"	33 237	905	2	0,8	78	112	1 101	390	290	375	375	d 571	100
16. Paderborn	Paderborn	32 095	390	4	7	97	45	545	468	360	375	350	350	125
17. Lüdenscheid	Stadtkreis	30 808	1 210	—	0,6	94	261	1 567	287,5	—	d. 234,21		230	200
18. Iserlohn	"	29 263	874	—	2	115	170	1 164	350	—	400	230	I/III. 260 IV. 230	150
19. Siegen	Siegen	29 020	782	4	2	105	179	1 074	324,5	312,5	250	250	250	—
20. Wattenscheid	Ldkr. Gelsenkirchen	28 120	470	—	1	61	37	571	310	—	d. 326,56		1 116,25	—
21. Minden	Minden	25 986	568	7	9	100	94	782	345	340	d. 365,59		355	255
22. Bocholt	Borken	24 934	300	5	2	55	62	426	502	495	d. 693		d. 1 007,88	100
23. Haspe	Landkr. Hagen	23 597	891	—	2	64	180	1 138	312,5	—	d. 381,1		d. 394,46	—
24. Gütersloh	Wiedenbrück	20 194	332	3	4	47	53	440	311	311	321	321	d. 340,44	100
25. Soest	Soest	20 177	291	4	14	56	42	409	385	385	425	425	425	100
26. Schwelm	Schwelm	19 790	758	—	2	59	157	979	400	—	d. 278,15		d. 441,42	—
27. Gevelsberg	"	19 046	793	—	1	53	162	1 010	465	—	250	250	d. 306,74	—
28. Castrop	Ldkr. Dortmund	18 961	283	2	2	37	30	356	340	340	350	350	350	100
29. Ahlen	Beckum	18 014	334	3	4	34	40	416	437,5	437,5	472,5	472,5	d. 1 733,37	—
30. Lippstadt	Lippstadt	17 920	286	110	9	46	58	511	360	360	255	255	355	100
31. Unna	Ldkr. Hamm	17 039	399	—	9	44	48	501	375	—	375	375	375	—
32. Lünen	" Dortmund	16 800	304	2	2	36	39	384	500	500	520	520	520	—
33. Rheine	Steinfurt	15 726	215	—	1	45	25	287	518	—	d. 377,44		d. 381,48	235
34. Altena	Altena	14 664	703	—	0,9	47	158	910	300	—	300	300	300	—
35. Hattingen	Hattingen	14 457	214	—	2	33	38	287	335	—	300	300	d. 347,88	—
36. Schwerte	Landkr. Hörde	14 073	429	2	2	36	76	546	345	345	352	352	352	100
37. Hohenlimburg	" Iserlohn	13 720	752	—	3	39	156	950	275	—	300	300	I./II. 312,5 III./IV. 262,5	—
38. Menden	" "	12 407	252	3	2	25	47	328	380	300	360	305	d 474,18	—
39. Neheim	Arnsberg	11 309	280	—	1	25	41	348	420	—	400	400	I. 470 II./III 450 IV. 410	—
40. Arnsberg	"	11 181	169	—	2	35	14	221	226	—	240	240	d. 631	—
41. Kamen	Landkr. Hamm	10 575	167	—	3	20	11	203	390	—	525	525	d. 2 835,47	—
42. Coesfeld	Coesfeld	9 619	85	2	2	24	10	125	390,5	255	d. 382,50		382,5	150
43. Gronau	Ahaus	9 305	216	3	1	26	17	265	480	480	d. 428,61		d. 1 979,09	225
44. Beckum	Beckum	9 221	107	1	4	23	16	152	353	353	372	372	935	—
45. Wetter (Ruhr)	Landkr. Hagen	8 921	446	—	1	24	70	542	350	—	385	385	d. 416	—
46. Dorsten	Ldkr. Recklinghausen	8 042	85	—	0,8	18	11	116	460	—	405	405	d. 638,76	405
47. Werl	Soest	7 964	94	—	9	14	25	143	480	—	500	500	500	500
48. Dülmen	Coesfeld	7 935	128	3	2	15	14	163	356	356	d. 370		370	146
49. Warendorf	Warendorf	7 353	74	2	3	15	8	103	355	200	277,6	277,6	277,6	158,85
50. Höxter	Höxter	7 121	88	2	6	19	13	127	306	306	306	306	306	100
51. Haltern	Coesfeld	6 972	57	2	1	11	6	77	325	325	350	350	350	115
52. Bad Oeynhausen	Minden	6 674	187	2	0,8	45	26	263	246	246	d. 206,46		240	240
53. Plettenberg	Altena	6 555	332	—	0,8	16	76	425	337,5	—	325	325	325	—
54. Ibbenbüren	Tecklenburg	6 344	78	2	2	12	18	112	281,25	281,25	270	270	d. 348	—
55. Olpe	Olpe	6 185	209	—	0,8	13	27	250	318,75	—	350	350	350	125
56. Warburg	Warburg	6 102	86	2	7	16	11	122	274,5	274,5	274,5	274,5	274,5	150
57. Geseke	Lippstadt	6 032	59	0,4	12	9	7	88	300	300	317	317	317	100
58. Borken	Borken	5 690	100	3	2	11	11	128	343,5	337,5	343,5	343,5	343,5	126
59. Burgsteinfurt	Steinfurt	5 655	114	1	1	13	17	147	420	420	335	335	335	110
60. Brilon	Brilon	5 593	77	2	6	9	5	99	100	100	100	100	100	50
61. Herdecke	Landkr. Hagen	5 532	142	0,3	2	14	37	195	380	280	280	280	d. 313	—

Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1919 nach dem Stande vom 31. März 1920: der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 14a, 15a und 16a) 1 000 M	der überwiesenen Steuern: überhaupt 1 000 M	darunter Anteil an der vom Reich erhobenen: Grunderwerbsteuer 1 000 M	Wertzuwachssteuer 1 000 M	Umsatzsteuer 1 000 M	der indirekten Gemeindesteuern: überhaupt 1 000 M	darunter: Grundstücks-Umsatzsteuer der Gemeinden und Gemeindezuschläge zur Reichsgrunderwerbsteuer 1000 M	Gemeindezuschläge zur Reichswertzuwachssteuer 1 000 M	Schankkonzessionssteuer 1 000 M	Biersteuer 1 000 M	Lustbarkeitssteuer 1 000 M	Hundesteuer 1 000 M	der direkten Gemeindesteuern: überhaupt 1 000 M	vom gesamten Steueraufkommen (Sp. 13) %	darunter: Einkommensteuer 1 000 M	Steuern vom Grundbesitz 1 000 M	Gewerbesteuer 1 000 M	Schulden am 31. März 1920: Langfristige Anleihen: überhaupt 1 000 M	in Form von Schuldverschreibungen, die auf den Inhaber lauten 1 000 M	Hypotheken und Grundschulden sowie Restkaufgelder 1 000 M	Schwebende Schulden 1 000 M	Sämtliche Schulden (Sp. 17a, 18 u. 19) 1 000 M	Wiederholung der Spalte 1
13	14a	14b	14c	14d	15a	15b	15c	15d	15e	15f	15g	16a	16b	16c	16d	16e	17a	17b	18	19	20	
																						II.
42 624	775	101	101	389	2878	928	90	—	42	1772	46	38 971	91,4	30 778	4 017	4 127	165 519	85 286	14 999	81 200	261 717	1.
21 945	366	—	—	366	1612	401	—	29	17	505	22	19 966	91,0	14 347	1 083	4 512	49 311	30 135	1 004	40 000	90 314	2.
21 997	508	63	95	293	2164	709	85	70	19	1249	33	19 325	87,9	12 639	1 667	5 008	78 044	16 749	222	19 300	97 566	3.
10 646	254	3	32	219	856	360	—	30	14	419	33	9 536	89,6	8 004	875	644	36 935	4 369	535	17 832	55 302	4.
21 048	269	—	80	169	810	271	53	32	11	423	20	19 969	94,9	15 672	1 354	2 935	48 331	26 717	526	5 197	54 054	5.
12 039	61	—	41	19	267	105	—	17	5	129	11	11 711	97,3	5 070	727	5 910	17 615	—	—	15 150	32 765	6.
12 998	317	7	63	246	234	—	—	26	—	179	29	12 447	95,8	9 797	773	1 871	36 888	9 630	2 166	—	39 054	7.
10 211	46	—	13	33	235	46	—	—	5	173	10	9 930	97,3	5 719	509	3 703	3 205	—	—	3 600	6 805	8.
8 048	101	—	24	78	741	319	14	8	7	381	12	7 206	89,5	4 942	617	1 640	35 417	2 443	1 376	—	36 793	9.
6 921	145	6	6	98	330	111	—	19	5	182	12	6 446	93,1	4 436	618	1 388	18 446	—	243	22 900	41 589	10.
7 370	21	—	3	18	181	72	—	—	3	104	2	7 168	97,3	3 278	361	3 528	3 361	—	80	—	3 441	11.
6 164	145	13	69	63	476	141	81	13	—	233	8	5 543	89,9	4 240	647	644	27 085	8 317	167	6 650	33 903	12.
5 577	38	27	12	—	247	117	—	—	4	118	8	5 292	94,9	4 378	288	622	21 765	—	647	5 738	28 150	13.
3 663	88	—	24	64	201	73	26	7	—	86	9	3 373	92,1	2 437	370	558	14 593	9 453	10	1 152	15 755	14.
4 448	55	4	23	28	139	30	0,5	7	—	98	4	4 253	95,6	3 318	292	640	10 065	—	652	12 056	22 773	15.
2 828	78	20	27	32	193	135	—	7	3	42	5	2 557	90,4	2 017	376	161	4 086	—	245	—	4 331	16.
4 523	28	—	—	28	146	98	—	—	2	39	7	4 349	96,2	3 520	221	604	7 863	344	260	2 000	10 124	17.
4 942	62	—	18	44	332	200	—	12	4	110	7	4 548	92,0	3 867	272	404	17 919	—	132	10 187	28 238	18.
4 374	55	—	38	—	366	225	38	—	4	95	5	3 953	90,4	3 250	272	431	9 191	88	30	1 212	10 433	19.
2 173	15	—	—	15	69	37	—	—	2	28	2	2 089	96,1	1 459	204	426	7 874	—	473	—	8 347	20.
3 267	49	—	12	37	230	113	—	—	—	108	8	2 988	91,5	2 213	394	374	10 671	10 563	477	3 840	14 988	21.
3 081	18	4	8	6	135	54	—	3	—	73	5	2 927	95,0	1 867	392	667	4 081	221	—	6 200	10 281	22.
4 303	37	—	9	27	112	98	—	5	—	7	2	4 154	96,5	3 359	206	589	9 607	—	—	—	9 607	23.
1 534	56	—	37	19	59	44	—	—	—	11	5	1 419	92,5	1 075	164	179	4 853	—	260	769	5 881	24.
1 793	25	—	6	19	72	40	4	—	—	25	4	1 696	94,6	1 219	297	177	7 557	—	460	—	8 018	25.
4 365	34	—	12	22	15	3	—	—	0,6	8	4	4 316	98,9	3 450	171	695	5 925	—	122	—	6 046	26.
4 515	66	—	28	39	64	30	—	1	—	30	3	4 385	97,1	3 753	134	498	5 839	—	148	1 000	6 986	27.
1 333	6	—	3	3	21	12	—	—	2	6	1	1 306	98,0	970	136	199	2 333	—	—	—	2 333	28.
2 594	26	—	26	—	126	56	—	0,6	3	63	3	2 442	94,2	1 566	181	696	1 137	—	177	490	1 804	29.
1 912	37	—	12	25	76	36	12	4	—	21	3	1 799	94,1	1 455	141	202	5 301	—	33	1 000	6 334	30.
1 843	40	10	—	30	54	22	—	—	—	30	2	1 749	94,9	1 446	158	145	10 037	—	141	—	10 178	31.
1 977	29	—	24	5	26	18	—	—	1	6	0,7	1 922	97,2	1 464	195	263	3 057	—	439	6 153	9 649	32.
1 462	29	—	11	19	41	18	—	1	—	19	3	1 392	95,2	1 118	177	95	3 319	—	—	914	4 234	33.
3 576	45	—	5	40	61	35	—	4	1	18	2	3 470	97,0	2 862	141	466	4 432	—	—	3 110	7 542	34.
1 360	12	—	—	12	119	42	—	5	2	67	3	1 228	90,3	993	104	132	2 709	—	—	2 322	5 031	35.
2 232	45	—	17	28	52	41	—	5	—	5	1	2 136	95,7	1 736	135	263	1 671	—	2	—	1 673	36.
2 777	25	—	10	15	30	25	—	—	—	3	1	2 722	98,0	2 146	123	453	2 453	—	—	1 150	3 603	37.
1 281	27	—	12	15	50	15	—	—	1	33	1	1 204	94,0	906	77	221	3 146	—	161	—	3 307	38.
1 445	25	—	7	18	29	16	—	—	0,4	9	3	1 392	96,3	1 075	105	212	2 258	—	—	—	2 258	39.
650	24	0,06	17	7	18	14	—	—	—	2	2	607	93,4	427	89	91	2 635	—	—	950	3 585	40.
1 137	2	—	—	2	28	13	—	—	2	11	3	1 106	97,3	666	118	322	1 370	—	—	—	1 370	41.
519	11	—	8	3	30	21	—	—	—	6	3	478	92,1	338	100	39	794	—	—	406	1 200	42.
1 560	14	—	2	12	38	11	—	—	0,8	25	1	1 508	96,7	1 055	117	334	2 786	—	—	2 006	4 791	43.
652	12	—	7	5	12	4	—	—	—	7	1	628	96,3	376	101	151	2 739	—	—	115	2 853	44.
2 063	13	4	0,6	8	22	7	—	—	1	13	1	2 029	98,3	1 639	96	293	2 275	—	—	440	2 715	45.
614	14	—	6	8	43	32	—	—	1	9	0,7	558	90,8	407	77	71	1 127	—	—	210	1 337	46.
700	8	—	—	8	14	11	—	—	—	2	0,6	678	96,8	448	119	109	761	—	89	—	849	47.
622	17	—	8	10	19	12	—	—	0,7	4	2	586	94,1	465	65	54	698	—	—	147	845	48.
318	11	—	6	6	26	23	—	—	—	2	0,7	281	88,3	208	48	23	1 334	—	—	—	1 334	49.
412	5	—	—	5	16	13	—	—	—	2	2	391	94,9	274	76	40	1 311	485	—	—	1 311	50.
274	3	—	3	—	13	8	—	—	0,5	4	0,8	259	94,3	195	44	20	525	—	76	73	675	51.
822	—	—	—	—	200	84	100	—	—	14	3	622	75,7	463	93	62	2 150	—	38	1 400	3 588	52.
1 382	26	—	4	22	12	8	—	—	0,9	2	1	1 343	79,2	1 101	43	199	1 225	—	—	1 250	2 475	53.
357	2	—	—	2	20	12	—	2	—	6	0,2	335	93,8	238	39	58	559	—	—	—	559	54.
814	14	0,4	2	11	28	21	—	2	0,2	4	1	772	94,8	629	48	95	1 590	—	—	600	2 190	55.
344	3	0,6	0,3	2	7	6	—	—	—	0,7	0,5	334	97,1	240	64	28	770	—	—	—	770	56.
307	12	—	5	7	14	12	—	—	—	1	0,6	281	91,6	191	67	23	1 821	—	—	—	1 821	57.
462	8	—	—	8	17	7	—	—	—	8	2	438	94,6	355	43	39	430	—	—	—	430	58.
589	12	—	—	12	16	9	—	—	—	6	1	561	95,3	456	48	57	1 104	—	—	341	1 445	59.
116	2	—	—	2	11	11	—	—	—	—	0,3	102	88,3	82	14	5	6 669	—	—	—	6 669	60.
836	7	—	2	5	16	12	—	—	—	4	0,6	812	97,2	654	44	114	946	—	42	564	1 552	61.

(Noch: Tafel 1)

Stadtgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern — *Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern			Prinzipalsoll der direkten Steuern, wie es in kreisangehörigen Städten und in Landgemeinden für die Verteilung der Kreissteuern gemäß § 7 des Kreis- und Provinzial-Abgabengesetzes vom 23. April 1906, in Stadtkreisen für die Verteilung der Provinzialsteuern gemäß § 25 a. a. O. nach dem Stande vom 1. Januar 1920 ermittelt worden ist, nämlich der						Im Rechnungsjahre 1919 wurden für Gemeindezwecke Zuschläge zu den der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten direkten Steuern erhoben, nämlich zu					
			Einkommensteuer der Einkommen von								der staatlich veranlagten			
Namen	Kreis	Einwohnerzahl nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919	mehr als 900 ℳ 1 000 ℳ	nicht mehr als 900 ℳ nach den fingierten Normalsteuersätzen 1 000 ℳ	Grundsteuer 1 000 ℳ	Gebäudesteuer 1 000 ℳ	Gewerbesteuer 1 000 ℳ	direkten Steuern zusammen einschl. der Betriebssteuer 1 000 ℳ	der Staatseinkommensteuer %	den fingierten Normalsteuersätzen für Einkommen von nicht mehr als 900 ℳ %	Grundsteuer %	Gebäudesteuer %	Gewerbesteuer %	Betriebssteuer %
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Noch: 11. Prov. Westfalen.														
62. Bünde	Landkr. Herford	5 527	280	—	0,6	20	84	384	256	—	256	256	256	256
63. Oelde	Beckum	5 195	88	—	1	10	21	122	331	—	356	356	356	—
64. *Recklinghausen	Lkr. Recklinghausen	49 422	841	—	12	96	59	1 010	400	—	d. 480		d. 2 964,99	170
65. *Wanne	Ldkr. Gelsenkirchen	40 410	700	—	1	83	46	833	392	—	285	285	d. 1 011	—
66. *Eickel	" "	34 189	459	2	1	66	29	559	401	—	346	346	d. 1 767	—
67. *Osterfeld	" Recklinghausen	30 097	578	3	1	59	44	687	383	383	330	330	d. 1 458,66	—
68. *Langendreer	Ldkr. Bochum	26 773	555	—	5	56	26	643	375	—	375	375	d. 2 067,91	375
69. *Horst	Lkr. Recklinghausen	23 412	301	—	2	41	51	395	429	—	d. 270		d. 318,28	—
70. *Weitmar	Ldkr. Bochum	22 840	783	—	3	39	96	921	356	—	351,67	351,67	d. 416,01	—
71. *Datteln	Lkr. Recklinghausen	20 002	326	—	11	34	36	408	570	—	640	640	d. 700	60
72. *Herten	" "	18 347	290	—	3	37	20	350	427	—	d. 458		d. 805	427
73. *Werne	Ldkr. Bochum	18 291	326	—	2	35	35	399	325	—	325	325	d. 651,25	—
74. *Königssteele	Hattingen	16 788	261	—	3	31	19	315	580	—	580	580	d. 1 276,41	580
75. *Lütgendortmund	Ldkr. Dortmund	15 639	235	—	3	28	27	293	375	—	375	375	d. 757	—
76. *Langerfeld	Schwelm	15 126	377	—	2	46	53	478	498	—	345	345	I. 565 II. 515 III. 465 IV. 365	—
77. *Annen	Landkr. Hörde	14 271	447	1	2	27	49	527	300	200	300	300	d. 406,69	100
78. *Kirchhörde	" "	14 189	231	—	3	27	37	299	255	—	255	255	d. 219,14	100
79. *Röhlinghausen	Ldkr. Gelsenkirchen	13 350	260	—	0,4	25	34	319	356	—	250	250	d. 983	—
80. *Gerthe	Landkr. Bochum	12 480	343	—	4	22	55	424	231	—	275	275	d. 300	100
81. *Mengede	" Dortmund	12 459	210	1	3	25	26	265	412,5	412,5	412,5	412,5	412,5	100
82. *Emsdetten	" Steinfurt	12 189	176	2	4	18	34	234	385	385	d. 572,12		472,5	150
83. *Ickern	" Dortmund	12 134	159	0,5	1	18	36	215	350	350	350	350	350	100
84. *Marl	Lkr. Recklinghausen	12 130	128	0,8	4	17	5	155	360	360	380	380	d. 7 224,74	380
85. *Linden	Hattingen	11 400	176	0,7	1	21	22	221	350	—	350	350	d. 539	—
86. *Lüdenscheid	Altena	11 392	393	2	6	19	63	485	320	320	320	320	320	—
87. *Brambauer	Ldkr. Dortmund	11 084	273	—	2	19	70	364	250	—	390	390	390	240
88. *Werdohl	Altena	11 049	463	1	2	25	96	589	240	240	308	240	240	—
89. *Marten	Ldkr. Dortmund	10 998	227	1	2	20	15	267	379,7	379,7	375	375	d. 1 186,13	125
90. *Brackwede	Ldkr. Bielefeld	10 642	235	—	0,7	21	44	301	330	—	280	280	I./II. 380 III./IV. 280	280
91. *Weidenau	Siegen	10 498	351	—	0,9	29	53	434	245	—	298	240	d. 417,72	100
92. *Aplerbeck	Ldkr. Hörde	10 321	162	—	3	20	21	207	350	350	350	350	d. 489,4	—
93. *Altenbochum	Ldkr. Bochum	10 142	175	—	2	18	6	202	375	—	375	375	d. 2 067,49	225
94. *Boele	Ldkr. Hagen	10 097	181	—	3	17	60	262	475	—	475	475	475	—
95. *Waltrop	Lkr. Recklinghausen	10 017	109	—	9	17	6	141	640	—	640	640	d. 4 732,63	—
96. *Günnigfeld	Ldkr. Gelsenkirchen	9 778	131	—	0,8	16	6	154	310	—	300	300	d. 1 460	100
97. *Hordel	Ldkr. Bochum	9 230	116	—	0,9	15	8	141	340	—	340	340	340	100
98. *Dahlhausen	Hattingen	9 194	208	1	0,9	18	27	256	350	—	350	350	d. 628	—
99. *Schildesche	Ldkr. Bielefeld	8 566	98	2	1	13	6	120	500	500	500	500	500	500
100. *Altenderne-Oberbecker	Ldkr. Dortmund	8 460	126	—	0,8	13	14	154	430	—	430	430	d. 498,99	100
101. *Lengerich	Tecklenburg	8 422	104	3	10	12	14	142	304	258,66	225	225	d. 408,49	100
102. *Habinghorst	Ldkr. Dortmund	8 310	101	—	0,4	15	5	123	330	330	330	330	d. 8 005	100
103. *Selm	Lüdinghausen	8 305	98	0,9	4	11	2	116	450	450	450	450	d. 2 882,18	450
104. *Borghorst	Steinfurt	8 296	81	3	6	15	10	117	479	479	682	682	652	224
105. *Rienke	Ldkr. Bochum	8 195	112	—	1	14	12	140	350	—	350	350	350	100
106. *Hövel	Lüdinghausen	8 106	77	1	3	11	14	107	405	405	405	405	d. 574,33	100
107. *Börnig	Ldkr. Dortmund	8 037	117	0,5	0,9	14	8	141	360	360	360	360	d. 680	100
108. *Rheine r. d. E.	Steinfurt	8 002	48	1	3	12	2	66	507,5	507,5	557,5	557,5	d. 902,69	387,5
109. *Gohfeld	Herford	7 939	96	4	5	9	18	132	322	322	322	322	322	322
110. *Voerde	Schwelm	7 819	297	—	2	19	74	392	310	—	260	260	261	—
111. *Ochtrup	Steinfurt	7 534	49	2	6	10	6	73	405	405	675	600	600	150
112. *Halver	Altena	7 515	218	—	7	13	51	289	350	—	250	250	250	—
113. *Sieker	Ldkr. Bielefeld	7 486	86	2	2	10	2	101	462	462	450	450	450	450
114. *Letmathe	Ldkr. Iserlohn	7 484	192	—	2	19	32	245	310	—	270	270	270	270
115. *Ibbenbüren	Tecklenburg	7 480	89	2	9	5	13	118	300	300	250	250	d. 310,55	—
116. *Schüren	Ldkr. Hörde	7 354	126	—	1	13	5	146	295	295	295	295	d. 870	—
117. *Rauxel	Ldkr. Dortmund	7 349	115	0,4	1	15	19	151	287,5	287,5	287,5	287,5	d. 1 192	100
118. *Klafeld-Geisweid	Kreis Siegen	7 211	250	0,6	0,6	17	55	324	305	305	373	315	315	100
119. *Hüsten	Arnsberg	7 156	140	0,8	1	13	20	176	370	370	370	370	357,5	100
120. *Elspe	Olpe	7 044	211	0,4	3	7	40	261	203	203	203	203	203	—
121. *Mühlinghausen	Schwelm	7 019	342	—	0,8	16	89	450	370	—	230	230	230	—
122. *Bad Lippspringe	Paderborn	6 993	38	2	4	11	5	61	189	189	189	189	189	189
123. *Kirchhunden	Olpe	6 956	62	0,5	2	9	8	82	285	285	310	310	310	—
124. *Plettenberg	Altena	6 791	211	—	4	10	66	291	312,5	—	250	250	250	—
125. *Laer	Ldkr. Bochum	6 611	123	—	2	12	6	143	375	—	375	375	d. 1 983,20	225

Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1919 nach dem Stande vom 31. März 1920																	Schulden am 31. März 1920					
der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 14a, 15a und 16a)	der überwiesenen Steuern				der indirekten Gemeindesteuern							der direkten Gemeindesteuern					Langfristige Anleihen		Hypotheken und Grundschulden sowie Restkaufgelder	Schwebende Schulden	Sämtliche Schulden (Sp. 17a, 18 u. 19)	Wiederholung der Spalte 1
	überhaupt	darunter Anteil an der vom Reich erhobenen			überhaupt	darunter						überhaupt	vom gesamten Steueraufkommen (Sp. 13)	darunter			überhaupt	in Form von Schuldverschreibungen, die auf den Inhaber lauten				
		Grunderwerbsteuer	Wertzuwachssteuer	Umsatzsteuer		Grundstücks-Umsatzsteuer der Gemeinden und Gemeindezuschläge zur Reichsgrunderwerbsteuer	Gemeindezuschläge zur Reichswertzuwachssteuer	Schankkonzessionssteuer	Biersteuer	Lustbarkeitssteuer	Hundesteuer			Einkommensteuer	Steuern vom Grundbesitz	Gewerbesteuer						
1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	%	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	
13	14a	14b	14c	14d	15a	15b	15c	15d	15e	15f	15g	16a	16b	16c	16d	16e	17a	17b	18	19	20	
																						11.
1 033	7	—	—	7	11	6	—	—	—	4	0,7	1 016	98,3	763	49	203	866	—	180	—	1 046	62.
397	0,2	—	0,2	—	8	7	—	—	—	1	0,4	388	97,9	276	40	72	608	—	—	—	608	63.
6 101	25	—	6	19	70	31	—	—	2	33	4	6 006	98,4	3 569	439	1 995	6 850	—	135	2 181	9 166	64.
4 288	20	—	10	10	471	259	2	—	4	202	4	3 797	88,6	2 973	241	583	9 216	—	127	2 000	11 343	65.
3 765	—	—	—	—	74	31	—	—	4	37	2	3 691	98,0	2 864	230	597	5 590	—	1 130	5 000	11 721	66.
3 180	22	—	9	14	54	22	—	—	2	27	2	3 104	97,6	2 265	200	639	1 282	—	—	2 000	3 282	67.
3 032	4	—	—	4	83	18	—	—	3	60	4	2 945	97,1	2 246	228	466	2 475	—	—	550	3 025	68.
2 334	13	—	9	4	177	43	—	—	2	87	1	2 144	91,9	1 755	126	263	829	—	16	1 100	1 945	69.
3 771	4	2	0,6	2	54	32	—	—	2	18	3	3 713	98,5	3 168	146	398	2 145	—	—	500	2 645	70
2 872	11	—	11	—	38	3	—	—	1	33	2	2 823	98,3	2 351	286	185	1 933	—	—	346	2 279	71.
2 025	26	—	6	20	75	26	—	—	1	45	2	1 924	95,0	1 500	187	233	3 049	—	—	1 000	4 049	72.
1 575	—	—	—	—	34	23	—	—	1	9	1	1 541	97,8	1 192	121	227	3 267	—	—	—	3 267	73.
1 899	5	—	0,5	5	21	10	—	—	2	8	1	1 872	98,6	1 469	199	199	1 208	—	—	1 460	2 668	74.
1 233	10	6	0,7	4	18	6	—	—	1	10	0,4	1 205	97,7	882	116	208	1 900	—	—	1 086	2 986	75.
3 057	3	—	3	—	72	66	—	—	1	3	2	2 981	97,5	2 542	165	274	5 717	—	14	—	5 731	76.
1 422	—	—	—	—	50	32	—	3	1	12	1	1 372	96,5	1 087	86	198	106	—	—	775	881	77.
873	—	—	—	—	32	21	—	2	5	3	0,5	841	96,3	683	76	80	356	—	109	—	465	78.
1 351	2	—	1	1	19	10	0,6	—	0,8	7	1	1 330	98,4	926	63	341	1 491	—	31	—	1 522	79.
1 404	19	5	—	14	24	14	—	—	0,8	8	1	1 361	96,9	1 009	72	280	3 778	—	—	—	3 778	80.
1 048	9	2	7	—	17	7	—	—	0,8	7	1	1 023	97,6	823	115	84	1 777	—	34	200	2 011	81.
995	1	1	0,4	—	15	9	—	—	—	6	1	979	98,3	692	127	159	1 731	—	41	100	1 872	82.
692	3	0,7	2	—	7	3	—	—	0,4	3	0,2	682	98,6	447	70	165	383	—	25	57	465	83.
1 103	13	—	13	—	19	8	—	—	0,7	7	3	1 071	97,1	594	77	399	1 128	—	—	—	1 128	84.
882	13	6	1	5	34	15	—	—	0,8	18	0,6	836	94,7	618	76	141	868	—	—	300	1 168	85.
1 550	—	—	—	—	9	4	—	—	0,6	4	0,8	1 541	99,4	1 257	81	203	757	—	—	975	1 732	86.
1 207	6	5	1	—	215	16	1	—	0,7	4	—	985	81,6	631	82	271	22	—	—	—	22	87.
1 816	—	—	—	—	7	2	—	—	0,6	4	0,6	1 809	99,6	1 509	65	235	1 710	—	—	—	1 710	88.
1 180	18	14	4	—	39	6	4	—	0,5	28	0,5	1 123	95,2	856	84	182	428	—	—	743	1 171	89.
1 080	2	—	2	—	23	20	—	—	—	2	—	1 056	97,7	870	60	125	1 762	—	—	—	1 762	90.
1 641	24	—	19	5	44	41	—	—	1	1	1	1 572	95,8	1 183	71	318	1 110	—	—	—	1 110	91.
881	15	2	—	13	21	12	—	0,6	0,9	7	0,3	845	95,9	643	94	107	123	—	—	200	323	92.
920	2	1	—	0,7	18	12	—	—	0,6	5	0,7	901	97,9	696	74	130	2 447	—	—	—	2 447	93.
1 634	—	—	—	—	10	8	—	—	—	1	1	1 624	99,4	1 235	102	288	1 654	—	17	2 000	3 671	94.
1 311	10	2	4	5	26	10	5	—	0,8	8	2	1 275	97,2	800	162	313	1 437	—	88	65	1 590	95.
695	0,1	—	0,1	—	7	4	—	—	0,6	2	0,4	688	99,0	567	51	69	670	—	—	—	670	96.
449	2	0,7	—	0,9	6	2	—	—	0,4	3	0,6	442	98,4	394	38	11	75	—	—	1 374	1 450	97.
999	15	4	1	10	19	13	—	—	0,6	4	0,6	966	96,6	726	65	175	666	—	—	500	1 166	98.
634	7	7	—	0,08	18	13	—	—	—	5	0,3	609	96,1	512	68	28	893	—	—	—	893	99.
735	5	1	0,6	3	8	5	—	—	—	3	0,3	722	98,3	593	61	68	58	—	—	—	58	100.
440	—	—	—	—	13	10	—	—	0,2	2	0,8	427	97,0	323	48	55	1 398	—	—	100	1 498	101.
895	2	—	2	—	16	6	—	—	0,5	10	—	877	98,0	391	50	436	648	—	65	—	713	102.
562	1	—	0,8	0,5	8	2	—	0,3	—	5	0,9	553	98,3	423	67	62	700	—	—	—	700	103
619	0,5	—	0,5	—	18	9	0,5	1	0,3	5	1	600	97,0	395	137	67	1 360	—	—	1 292	2 652	104.
461	13	13	—	0,8	15	12	—	—	0,3	2	0,9	432	93,9	356	42	34	235	—	—	2 716	2 951	105
546	4	—	4	—	23	15	—	0,4	0,8	5	2	519	95,1	380	59	80	1 065	—	—	—	1 065	106.
591	0,5	—	—	0,5	11	8	—	—	0,3	3	0,07	580	98,1	416	52	112	55	—	—	—	55	107.
376	7	—	1	6	11	7	—	—	—	4	0,6	357	95,1	235	89	32	784	—	—	775	1 559	108.
416	5	—	0,02	5	4	—	—	—	—	4	—	407	98,0	306	44	57	380	—	—	—	380	109.
1 414	4	—	4	—	29	27	—	—	0,4	1	1	1 381	97,6	1 135	54	192	1 144	—	—	60	1 204	110.
357	0,3	—	0,3	—	8	3	—	—	0,2	3	2	349	97,6	212	99	36	637	—	—	200	837	111.
994	—	—	—	—	14	10	—	—	0,5	1	2	980	98,6	804	49	127	559	—	—	—	559	112.
474	—	—	—	—	13	13	—	—	—	0,5	—	461	97,2	401	52	7	362	—	—	—	362	113.
728	9	—	0,1	9	15	4	—	—	—	11	0,6	704	96,7	561	56	86	1 363	—	—	644	2 007	114.
344	0,9	0,08	—	0,8	3	2	—	0,3	—	0,9	—	341	98,9	265	35	40	292	—	—	—	292	115
485	6	0,7	—	5	11	7	—	—	—	4	0,1	468	96,6	370	51	47	55	—	—	150	205	116.
648	1	—	1	—	11	8	—	—	0,5	2	0,4	636	98,1	367	47	221	596	—	61	—	657	117.
1 178	10	—	7	3	9	6	—	—	0,5	2	0,3	1 159	98,4	921	54	184	290	—	—	—	290	118.
700	0,6	—	—	0,6	8	5	—	—	—	1	1	691	98,8	496	55	140	539	—	—	—	539	119.
536	0,3	—	—	0,3	8	6	—	—	2	—	—	528	98,5	428	20	80	216	—	—	80	296	120.
1 420	2	—	2	—	2	—	—	—	—	0,6	1	1 417	99,8	1 169	40	208	567	—	—	—	567	121.
163	6	6	—	—	21	14	0,4	3	—	3	1	136	83,6	98	29	8	532	—	—	—	532	122.
229	—	—	—	—	1	0,8	—	—	—	0,01	0,5	228	99,4	169	35	23	201	—	—	—	201	123.
864	—	—	—	—	10	6	—	—	0,4	3	1	854	98,8	656	35	163	256	—	—	—	256	124.
669	3	3	—	—	13	7	—	—	0,6	5	0,7	653	97,6	483	49	120	1 459	—	—	—	1 459	125.

(Noch: Tafel 1)

Stadtgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern — *Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern			Prinzipalsoll der direkten Steuern, wie es in kreisangehörigen Städten und in Landgemeinden für die Verteilung der Kreissteuern gemäß § 7 des Kreis- und Provinzial-Abgabengesetzes vom 23. April 1906, in Stadtkreisen für die Verteilung der Provinzialsteuern gemäß § 25 a. a. O. nach dem Stande vom 1. Januar 1920 ermittelt worden ist, nämlich der						Im Rechnungsjahre 1919 wurden für Gemeindezwecke Zuschläge zu den der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten direkten Steuern erhoben, nämlich zu					
Namen	Kreis	Einwohnerzahl nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919	Einkommensteuer der Einkommen von mehr als 900 ℳ 1 000 ℳ	Einkommensteuer der Einkommen von nicht mehr als 900 ℳ nach den fingierten Normalsteuersätzen 1 000 ℳ	Grundsteuer 1 000 ℳ	Gebäudesteuer 1 000 ℳ	Gewerbesteuer 1 000 ℳ	direkten Steuern zusammen einschl. der Betriebssteuer 1 000 ℳ	der Staatseinkommensteuer %	den fingierten Normalsteuersätzen für Einkommen von nicht mehr als 900 ℳ %	der staatlich veranlagten Grundsteuer %	der staatlich veranlagten Gebäudesteuer %	der staatlich veranlagten Gewerbesteuer %	der staatlich veranlagten Betriebssteuer %
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Noch: 11. Prov. Westfalen.														
126. *Berghofen	Ldkr. Hörde	6 544	96	—	1	11	2	110	370	370	370	370	370	—
127. *Suderwich	Lkr. Recklinghausen	6 528	109	—	2	11	5	128	440	—	d. 470		d. 3 020,84	180
128. *Bockum	Lüdinghausen	6 518	54	1	3	7	4	71	405	405	405	405	d. 1 499,71	100
129. *Gadderbaum	Ldkr. Bielefeld	6 506	61	4	0,1	4	3	73	235	225	225	225	225	—
130. *Östrich	Iserlohn	6 480	191	—	4	14	27	237	280	—	250	250	250	250
131. *Westenfeld	Ldkr. Gelsenkirchen	6 438	124	—	1	12	11	148	330	—	320	320	320	50
132. *Asseln	Ldkr. Dortmund	6 421	142	0,6	4	10	13	169	314	314	314	314	314	—
133. *Hemer	Kreis Iserlohn	6 410	181	1	1	15	43	242	215	215	215	215	215	215
134. *Sodingen	Ldkr. Dortmund	6 409	119	0,6	0,7	11	13	145	360	360	360	360	d. 1 372	100
135. *Holzwickede	Ldkr. Hörde	6 304	83	—	3	10	3	100	375	—	375	375	d. 395	—
136. *Heven	Hattingen	6 272	88	—	2	10	3	104	385	—	390	390	390	200
137. *Westerholt	Lkr. Recklinghausen	6 214	93	—	0,6	12	4	110	355	—	355	355	d. 7 043,40	355
138. *Neuhaus	Paderborn	6 178	31	1	2	7	4	46	300	300	340	340	340	340
139. *Werne	Lüdinghausen	5 991	88	1	8	8	23	128	250	250	160	160	d. 239,02	100
140. *Stiepel	Hattingen	5 913	65	—	3	8	6	82	440	—	440	440	d. 1 954	—
141. *Bövinghausen bei Lütgendortmund	Ldkr. Dortmund	5 879	111	—	1	9	9	131	312,50	—	312,50	312,50	d. 1 311	—
142. *Eiserfeld	Siegen	5 794	112	—	1	13	20	146	258	—	250	250	d. 668,88	100
143. *Bergkamen	Ldkr. Hamm	5 771	81	0,4	1	7	9	99	338	338	350	350	d. 495	350
144. *Kirchlinde	„ Dortmund	5 734	81	—	1	9	10	102	337,50	—	337,50	337,50	d. 670	—
145. *Hervest	Lkr. Recklinghausen	5 616	94	1	1	10	21	129	611	611	d. 278,71		d. 765,52	250
146. *Kierspe	Altena	5 483	194	—	4	7	44	250	400	—	400	400	400	400
147. *Greven	Landkr. Münster	5 471	113	—	0,8	11	8	133	348	—	395	d. 370	380	130
148. *Heeßen	Beckum	5 442	48	1	5	8	1	64	285	285	356,25	356,25	d. 5 008	285
149. *Barop	Landkr. Hörde	5 345	73	—	2	10	3	88	400	—	400	400	400	100
150. *Schönholthausen	Meschede	5 337	41	0,5	4	3	2	50	425	425	425	425	d. 1 190	425
151. *Holthausen	Dortmund	5 275	95	0,5	0,9	9	5	111	360	360	360	360	d. 2 646	100
152. *Massen	Landkr. Hamm	5 251	100	0,8	4	8	6	120	281	—	306	306	d. 448	181
153. *Kirchhellen	Lkr. Recklinghausen	5 114	55	2	6	4	2	69	498	300	498	498	498	298
154. *Welper	Hattingen	5 079	396	—	0,9	11	50	459	270	—	270	270	270	—
12. Provinz Hessen-Nassau.														
1. Frankfurt a. M.	Stadtkreis	433 002	21 598	—	37	3 503	3 886	29 074	433,8	—	d. 248		d. 238,3	—
2. Cassel	„	162 391	4 887	34	9	806	667	6 417	430	230	d. 232,95		200	100
3. Wiesbaden	„	97 566	3 933	—	7	1 114	317	5 383	492,5	—	d. 171,85		150	150
4. Hanau	„	36 564	1 299	—	3	163	214	1 685	375	—	d. 304,5		d. 326,05	300
5. Höchst	Höchst	28 423	1 782	—	9	108	240	2 142	245	—	250	250	250	125
6. Fulda	Fulda	23 881	637	—	1	84	125	849	287,5	—	d. 312,67		287,5	287,5
7. Marburg a. d. Lahn	Marburg	23 009	417	—	1	99	35	555	352,5	—	d. 352,5		d. 662,6	352,5
8. Biebrich	Ldkr. Wiesbaden	19 504	524	—	4	97	48	674	362,5	—	d. 310,2		d. 303,05	130
9. Bad Homburg	Obertaunuskreis	15 492	423	—	5	88	38	555	288,75	—	d. 400,3		385	262,5
10. Eschwege	Eschwege	12 070	330	3	7	39	49	430	475	475	d. 270		270	270
11. Limburg a. L.	Limburg	11 842	223	2	2	48	19	295	270	270	200	200	200	100
12. Hersfeld	Hersfeld	10 049	232	—	2	32	41	309	370	—	385	385	385	385
13. Schmalkalden	Herrsch. Schmalkald.	9 682	218	2	1	28	48	299	405	405	d. 442,72		405	135
14. Oberlahnstein	Sankt Goarshausen	8 594	140	—	2	23	17	182	300	—	200	200	200	80
15. Oberursel (Taunus)	Obertaunuskreis	7 789	362	—	3	33	40	439	266	—	d. 251		174	74
16. Bad Ems	Unterlahnkreis	6 502	107	0,5	1	43	21	173	260	160	d. 205,33		I. 250 II. 220 III./IV. 190	90
17. Rinteln	Grafsch. Schaumburg	5 207	92	2	6	15	7	123	410	410	435	435	435	435
18. Dillenburg	Dillkreis	5 199	183	—	2	15	20	220	370	—	200	200	200	100
19. Niederlahnstein	Skt. Goarshausen	5 038	94	1	1	14	15	127	310	210	210	210	210	30
20. *Griesheim a. M.	Höchst	11 348	425	1	0,9	45	33	507	230	230	d. 300		210	210
21. *Fechenheim	Hanau	8 209	588	0,3	1	30	181	802	250	—	250	250	250	250
22. *Nied	Höchst	7 482	133	0,09	0,9	19	3	157	215	195	215	215	215	115
23. *Großauheim	Hanau	7 047	94	3	1	14	9	122	230	230	260	260	260	260
24. *Niederzwehren	Ldkr. Cassel	5 970	115	—	2	12	18	148	172,5	—	190	190	185	185
25. *Dotzheim	„ Wiesbaden	5 808	57	1	2	15	6	82	277,5	277,5	d. 518,75		343,75	226
26. *Bergen	Hanau	5 552	59	1	5	14	3	84	370	370	370	370	370	370
27. *Langenselbold	Landkr. Hanau	5 311	47	2	9	8	3	69	175	175	175	175	175	175
28. *Steinbach-Hallenberg	Grafsch. Schmalkald.	5 227	76	2	1	7	11	97	250	—	d. 234		200	200
29. *Schwanheim	Höchst	5 037	151	—	3	13	16	183	207,5	—	225	225	225	100
13. Rheinprovinz.														
1. Köln	Stadtkreis	633 904	21 602	—	38	3 680	2 323	27 697	528	—	d. 210		d. 619	135
2. Essen	„	439 257	13 925	—	23	1 498	1 122	16 591	470	—	d. 480		d. 1 611	500
3. Düsseldorf	„	407 338	15 634	—	21	2 228	2 096	20 007	495	—	d. 201		d. 303,79	d. 144

Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern im Rechnungsjahre 1919.

Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1919 nach dem Stande vom 31. März 1920																	Schulden am 31. März 1920					
der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 14a, 15a und 16a)	der überwiesenen Steuern				der indirekten Gemeindesteuern							der direkten Gemeindesteuern					Langfristige Anleihen		Hypotheken und Grundschulden sowie Restkaufgelder	Schwebende Schulden	Sämtliche Schulden (Sp. 17a, 18 u. 19)	Wiederholung der Spalte 1
	überhaupt	darunter Anteil an der vom Reich erhobenen Grunderwerbsteuer	Wertzuwachssteuer	Umsatzsteuer	überhaupt	darunter Grundstücks-Umsatzsteuer der Gemeinden und Gemeindezuschläge zur Reichsgrunderwerbsteuer	Gemeindezuschläge zur Reichswertzuwachssteuer	Schankkonzessionssteuer	Biersteuer	Lustbarkeitssteuer	Hundesteuer	überhaupt	vom gesamten Steueraufkommen (Sp. 13)	darunter Einkommensteuer	Steuern vom Grundbesitz	Gewerbesteuer	überhaupt	in Form von Schuldverschreibungen, die auf den Inhaber lauten				
1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	%	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	
13	14a	14b	14c	14d	15a	15b	15c	15d	15e	15f	15g	16a	16b	16c	16d	16e	17a	17b	18	19	20	
																						11.
481	2	2	—	0,7	11	7	—	—	0,4	4	0,3	468	97,2	410	51	7	122	—	—	150	272	126.
754	2	—	1	0,8	4	2	—	—	0,3	2	0,4	748	99,2	528	60	160	294	—	—	286	580	127.
383	2	—	2	—	6	2	—	0,9	—	0,4	0,9	375	98,0	269	44	62	473	—	—	—	473	128.
221	0,5	0,5	—	—	2	1	—	—	—	—	0,3	219	99,0	189	10	20	319	—	—	60	379	129.
717	11	—	3	8	11	2	—	—	—	2	0,6	695	96,9	581	45	68	1 505	—	—	400	1 905	130.
456	2	—	2	—	6	4	—	—	0,3	0,7	0,6	448	98,2	364	43	41	532	—	—	—	532	131.
555	12	5	2	5	17	13	—	—	0,4	3	0,7	527	94,9	449	41	36	66	—	—	295	361	132.
505	—	—	—	—	8	6	—	—	—	1	0,8	497	98,4	381	33	82	303	—	—	—	303	133.
563	8	—	—	8	7	2	—	—	0,5	4	0,1	548	97,4	433	44	72	312	—	—	—	312	134.
370	3	1	—	1	8	6	—	—	0,4	2	0,2	360	97,1	299	48	13	268	—	—	150	418	135.
421	6	0,9	4	1	10	6	—	—	0,4	3	0,6	405	96,3	345	46	13	242	—	—	—	242	136.
618	3	—	0,6	3	24	4	—	—	0,6	19	0,2	591	95,6	330	45	215	444	—	—	600	1 044	137.
154	2	2	—	—	14	6	—	—	0,8	6	1	139	89,8	94	27	14	161	—	—	—	161	138.
324	3	—	1	2	13	9	—	0,9	0,3	2	0,6	308	95,1	227	26	55	352	—	—	43	395	139.
514	0,7	0,6	0,1	—	12	—	—	—	0,6	10	0,6	502	97,6	342	48	111	275	—	—	—	275	140.
505	3	1	0,2	2	7	5	—	—	0,3	3	—	495	97,9	347	34	114	892	—	—	417	1 308	141.
487	8	0,8	6	2	22	20	—	—	0,3	1	0,4	457	93,8	289	36	132	756	—	—	1 000	1 756	142.
404	2	0,3	1	0,7	8	3	—	—	—	4	0,4	394	97,5	264	63	67	138	—	—	—	138	143.
386	3	2	0,3	1	5	1	—	—	—	3	0,2	378	98,0	275	34	70	266	—	—	403	669	144.
1 382	6	—	2	4	573	563	—	—	0,4	7	3	803	58,1	604	33	166	357	—	—	—	357	145.
1 180	—	—	—	—	17	15	—	—	0,3	1	0,7	1 163	98,6	942	43	176	349	—	—	—	349	146.
449	0,7	—	0,7	—	8	3	—	—	—	5	0,9	440	98,0	362	44	33	573	—	—	—	573	147.
251	0,3	—	0,3	—	9	7	—	—	—	0,2	2	242	96,3	131	46	63	288	—	10	50	348	148.
376	0,5	—	0,5	—	7	5	0,5	0,4	0,4	—	0,3	369	98,1	308	48	13	12	—	161	—	173	149.
273	—	—	—	—	3	—	—	—	0,3	1	0,1	270	98,9	216	33	19	160	—	—	129	289	150.
501	0,4	—	—	0,4	8	6	—	—	0,2	1	0,1	493	98,4	372	36	84	108	—	—	—	108	151.
344	0,4	—	0,4	—	13	11	—	—	—	2	—	331	96,2	264	36	31	306	—	—	36	342	152.
345	3	—	0,1	2	6	5	—	—	0,09	0,6	1	336	97,4	274	52	9	694	—	12	100	807	153.
1 190	2	0,2	2	—	5	—	—	—	0,6	4	0,3	1 183	99,4	1 043	33	107	261	—	—	—	261	154.
																						12.
119 825	4 667	—	126	4 437	6 542	3 515	126	139	4	2 571	187	108 616	90,6	89 720	9 245	9 650	405 203	323 841	48 949	78 920	533 072	1.
28 090	157	107	—	—	1 463	587	—	35	27	724	52	26 471	94,2	23 298	1 898	1 261	82 936	74 710	1 011	23 114	107 060	2.
22 916	315	—	65	222	1 418	511	—	58	22	496	56	21 183	92,4	18 811	1 921	431	117 704	86 220	1 295	14 597	133 595	3.
6 582	144	—	24	112	184	155	0,8	—	8	—	19	6 254	95,0	5 020	521	699	32 812	9 401	—	3 879	36 691	4.
5 496	144	—	81	63	59	28	—	11	6	—	14	5 293	96,3	4 396	294	599	19 167	—	127	—	19 294	5.
2 781	58	8	27	23	208	105	—	4	5	82	5	2 516	90,5	1 895	266	349	10 185	5 666	—	991	11 176	6.
2 273	30	—	15	15	213	171	13	—	4	16	8	2 030	89,3	1 426	366	230	11 683	4 528	—	250	11 933	7.
2 324	57	27	0,5	30	95	48	—	3	9	29	5	2 173	93,5	1 711	315	144	16 651	12 000	—	2 000	18 651	8.
2 102	48	—	36	12	275	259	—	—	2	10	4	1 779	84,6	1 283	345	145	17 086	4 091	45	—	17 131	9.
1 938	30	—	8	21	65	31	0,3	0,7	2	28	2	1 844	95,1	1 581	127	133	5 404	2 792	215	524	6 143	10.
878	48	6	8	18	77	29	—	5	—	41	3	753	85,7	618	99	34	1 224	—	195	36	1 455	11.
1 285	32	—	10	22	58	32	—	—	2	20	2	1 196	93,0	887	129	175	3 967	374	244	26	4 237	12.
1 417	38	—	25	13	33	20	0,2	2	4	4	2	1 346	95,0	1 003	130	212	2 772	146	—	925	3 697	13.
553	3	—	—	3	18	14	—	—	1	2	1	532	96,3	448	48	35	1 535	—	15	—	1 550	14.
1 112	28	—	18	10	82	75	—	—	2	3	4	1 001	90,0	837	91	72	2 143	—	61	650	2 854	15.
467	4	—	0,7	3	26	17	—	—	1	3	2	437	93,6	297	92	46	1 180	768	—	345	1 525	16.
521	1	—	—	0,9	22	8	—	—	3	7	1	498	95,5	376	90	30	1 160	—	—	462	1 622	17.
787	14	—	4	10	24	22	—	—	0,5	1	1	749	95,2	676	34	39	772	77	41	99	912	18.
415	20	5	—	15	15	9	—	—	0,6	3	2	381	91,7	315	33	33	631	—	—	—	631	19.
1 246	32	6	13	13	22	13	—	—	4	3	3	1 191	95,6	981	139	70	3 904	—	26	982	4 912	20.
2 477	83	3	73	7	48	39	—	—	—	10	—	2 346	94,7	1 809	79	455	4 346	—	531	979	5 856	21.
345	3	—	3	—	11	6	—	—	—	4	1	330	95,7	280	42	7	1 172	—	—	113	1 285	22.
321	9	—	7	3	27	20	—	—	—	5	2	285	88,8	221	40	22	2 107	—	3	238	2 348	23.
421	29	—	29	—	30	15	—	—	1	14	0,4	362	86,0	283	34	44	1 632	—	87	200	1 919	24.
467	—	—	—	—	49	30	9	0,2	2	6	1	418	89,5	262	127	28	764	—	—	—	764	25.
310	5	—	5	—	10	6	—	—	0,6	3	0,9	296	95,2	210	72	12	1 072	—	—	140	1 212	26.
130	1	—	1	—	6	—	—	—	—	5	0,8	123	94,2	87	29	6	549	—	107	—	655	27.
288	—	—	—	—	6	0,6	—	—	—	5	0,3	282	98,0	238	20	24	906	—	200	185	1 291	28.
397	4	2	1	0,6	9	4	—	—	—	4	0,7	384	96,8	312	36	35	522	—	50	120	692	29.
																						13.
155 995	3 088	1 364	424	1 140	11 482	5 805	—	—	52	5 393	232	141 425	90,7	118 971	7 991	14 389	456 691	316 966	21 708	427 021	905 420	1.
91 634	1 303	196	95	678	4 356	1 296	—	211	49	2 435	75	85 974	93,8	59 952	7 830	18 075	154 318	92 463	7 888	104 386	266 592	2.
93 252	1 368	—	373	873	4 326	1 404	—	107	78	2 533	203	87 558	93,9	76 719	4 726	6 073	304 000	190 700	—	148 000	452 000	3.

(Noch: Tafel 1) Stadtgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern — *Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern			Prinzipalsoll der direkten Steuern, wie es in kreisangehörigen Städten und in Landgemeinden für die Verteilung der Kreissteuern gemäß § 7 des Kreis- und Provinzial-Abgabengesetzes vom 23. April 1906, in Stadtkreisen für die Verteilung der Provinzialsteuern gemäß § 25 a. a. O. nach dem Stande vom 1. Januar 1920 ermittelt worden ist, nämlich der						Im Rechnungsjahre 1919 wurden für Gemeindezwecke Zuschläge zu den der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten direkten Steuern erhoben, nämlich zu					
Namen	Kreis	Einwohnerzahl nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919	Einkommensteuer der Einkommen von mehr als 900 ℳ	Einkommensteuer der Einkommen von nicht mehr als 900 ℳ nach den fingierten Normalsteuersätzen	Grundsteuer	Gebäudesteuer	Gewerbesteuer	direkten Steuern zusammen einschl. der Betriebssteuer	der Staatseinkommensteuer	den fingierten Normalsteuersätzen für Einkommen von nicht mehr als 900 ℳ	der staatlich veranlagten Grundsteuer	der staatlich veranlagten Gebäudesteuer	der staatlich veranlagten Gewerbesteuer	der staatlich veranlagten Betriebssteuer
			1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	%	%	%	%	%	%
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Noch: 13. Rheinprovinz.														
4. Duisburg	Stadtkreis	244 302	6 905	—	17	825	1 140	8 908	380	—	d. 239		d. 699	100
5. Elberfeld	„	157 218	5 053	—	5	809	705	6 585	475	—	d. 247		I. 450 II. 350 III./IV. 310	100
6. Barmen	„	156 326	4 970	—	4	730	845	6 560	475	—	d. 233		I. 450 II. 350 III./IV. 215	100
7. Aachen	„	145 748	3 763	—	12	746	528	5 062	490	—	d. 350		d. 721	100
8. Mülheim a. d. Ruhr	„	127 027	4 112	—	21	335	506	4 981	375	—	d. 325		d. 385	150
9. Crefeld	„	124 325	3 679	—	10	540	572	4 811	505	—	d. 286,7		I. 510 II. 460 III./IV. 310	100
10. Hamborn	„	110 102	2 340	—	5	280	230	2 860	375	—	d. 413,12		d. 1 266,95	d. 485,69
11. Oberhausen	„	98 677	2 498	—	3	252	176	2 934	425	—	d. 300		d. 671,74	200
12. Bonn	„	91 410	2 428	—	9	521	233	3 200	350	—	d. 195		250	100
13. Remscheid	„	72 568	3 792	—	2	275	730	4 805	400	—	d. 221,51		I./II. 300 III./IV. 230	d. 208,46
14. München Gladbach	„	64 031	2 128	12	2	279	353	2 780	480	200	d. 321		d. 1 055	100
15. Coblenz	„	56 676	1 422	—	6	352	278	2 066	400	—	d. 226,25		I./II. 775 III./IV. 575	500
16. Trier	„	53 248	1 303	—	6	188	212	1 715	492	—	302,5	302,5	d. 731,87	305
17. Solingen	„	48 912	1 773	—	3	204	465	2 450	360	—	d. 220,87		I. 800 II. 665 III. 435 IV. 200	100
18. Sterkrade	„	46 265	1 020	—	4	100	108	1 235	375	—	d. 240		I./II. 695,82 III. 484,01 IV. 419,94	100
19. Rheydt	„	42 821	1 215	12	3	149	227	1 608	475	200	d. 230		d. 891	100
20. Neuß	„	39 819	1 008	—	6	140	146	1 302	600	—	d. 299		I./II. 600 III./IV. 450	100
21. Düren	Düren	33 992	1 294	—	7	159	150	1 612	418	—	d. 328,41		d. 339	100
22. Viersen	Gladbach	29 799	664	—	8	79	79	832	480	—	d. 277,5		d. 647,1	—
23. Ohligs	Landkr. Solingen	28 279	1 036	3	3	96	228	1 369	375	250	250	250	I. 800 II. 650 III. 450 IV. 250	100
24. Wald	„ „	25 883	728	—	2	80	162	974	375	—	d. 256,4		I. 800 II. 650 III./IV. 250	—
25. Kreuznach	Kreuznach	24 785	709	—	13	94	132	951	430	—	d. 355,61		350	100
26. Mörs	Mörs	24 507	376	4	5	52	40	479	470	320	620	470	d. 1 266	100
27. Velbert	Mettmann	24 306	1 219	—	2	72	275	1 569	450	—	380	380	d. 538,51	—
28. Eschweiler	Landkr. Aachen	24 133	413	—	9	60	57	541	395	—	d. 388		d. 766	—
29. Wesel	Rees	22 278	381	—	8	84	58	533	303,75	—	350	300	300	25
30. Dinslaken	Dinslaken	21 815	300	—	6	51	24	383	412,5	—	d. 371,07		d. 1 551,52	125
31. Odenkirchen	Gladbach	19 115	258	11	7	40	29	346	500	500	d. 241		d. 1 140	—
32. Neuwied	Neuwied	18 676	551	—	4	68	82	706	345	—	260	260	400	100
33. Siegburg	Siegkreis	18 093	404	—	1	51	32	490	280	—	d. 260		260	260
34. Hilden	Ldkr. Düsseldorf	18 018	501	—	5	48	74	629	330	—	265	265	I. 740 II. 640 III./IV. 240	—
35. Cleve	Cleve	17 824	393	—	2	69	44	509	325	—	d. 208,79		I. 325 II. 275 III. 225 IV. 200	—
36. Wetzlar	Wetzlar	17 635	584	—	3	54	85	727	406,25	—	350	250	I./II. 400 III. 350 IV. 275	250
37. Bergisch Gladbach	Lkr. Mülheim a. Rhein	16 733	493	3	4	36	63	601	525	525	d. 450,72		d. 870,75	100
38. Gummersbach	Gummersbach	16 171	536	—	3	39	103	683	390	—	d. 400		400	—
39. Stolberg Rhl.	Landkr. Aachen	15 855	302	—	0,6	43	56	404	445	—	445	445	d. 566,58	170
40. Steele	Landkr. Essen	15 519	219	—	0,7	42	19	282	480	—	d. 419,06		d. 1 555	330
41. Höhscheid	Landkr. Solingen	15 447	314	—	4	36	34	389	425	—	d. 302,97		I. 800 II. 700 III. 500 IV. 300	—
42. Wermelskirchen	Lennep	15 133	350	—	3	35	59	448	494,32	—	488,55	488,55	495	—
43. Ratingen	Ldkr. Düsseldorf	14 809	339	—	2	38	38	418	370	—	d. 302,63		d. 867,26	150
44. Ronsdorf	Lennep	14 211	333	—	2	45	66	448	475	—	325	325	I. 500 II 425 III./IV. 300	—
45. Cronenberg	Mettmann	13 385	578	—	3	35	136	754	375	—	375	375	375	—
46. Euskirchen	Euskirchen	13 253	359	—	8	44	77	489	381	—	370	370	I./II. 390 III./IV. 370	100
47. Emmerich	Rees	13 165	265	—	1	40	44	352	425	—	d. 426,98		d. 444,28	100
48. Lennep	Lennep	13 095	355	—	2	46	55	459	400	—	464	464	I./II. 483,33 III./IV. 400	—
49. Werden	Landkr. Essen	13 060	259	—	1	35	27	323	335	—	335	335	335	—

Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern im Rechnungsjahre 1919.

der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 14a, 15a und 16a)	Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1919 nach dem Stande vom 31. März 1920: der überwiesenen Steuern: überhaupt	darunter Anteil an der vom Reich erhobenen: Grunderwerbsteuer	Wertzuwachssteuer	Umsatzsteuer	der indirekten Gemeindesteuern: überhaupt	darunter: Grundstücks-Umsatzsteuer der Gemeinden und Gemeindezuschläge zur Reichsgrunderwerbsteuer	Gemeindezuschläge zur Reichswertzuwachssteuer	Schankkonzessionssteuer	Biersteuer	Lustbarkeitssteuer	Hundesteuer	der direkten Gemeindesteuern: überhaupt	vom gesamten Steuer-aufkommen (Sp. 13)	darunter: Einkommensteuer	Steuern vom Grundbesitz	Gewerbesteuer	Schulden am 31. März 1920: Langfristige Anleihen: überhaupt	in Form von Schuldverschreibungen, die auf den Inhaber lauten	Hypotheken und Grundschulden sowie Restkaufgelder	Schwebende Schulden	Sämtliche Schulden (Sp. 17a, 18 u. 19)	Wiederholung der Spalte 1
1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	%	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	1 000 M	
13	14a	14b	14c	14d	15a	15b	15c	15d	15e	15f	15g	16a	16b	16c	16d	16e	17a	17b	18	19	20	
																						13.
44 337	552	111	162	278	2939	1 260	42	37	36	1500	63	40 846	92,1	30 824	2 034	7 967	97 901	42 613	1 083	27 300	126 284	4.
35 921	154	17	36	—	1864	604	7	65	26	1119	42	33 903	94,4	29 083	1 911	2 895	119 500	69 200	1 800	82 500	203 800	5.
36 862	392	—	22	349	1203	661	22	37	18	435	29	35 267	95,7	30 027	1 738	3 492	81 163	75 756	1 730	86 042	168 934	6.
30 319	219	144	25	—	1316	523	—	17	26	695	54	28 785	94,9	21 952	2 570	4 251	59 853	45 760	234	21 909	81 996	7.
18 539	327	44	88	187	622	183	—	41	14	350	33	17 591	94,9	14 287	1 093	2 200	54 879	42 595	424	11 550	66 853	8.
25 696	557	117	90	314	1890	624	69	47	20	1077	44	23 249	90,5	18 928	1 610	2 701	63 904	60 940	2 329	36 663	102 896	9.
13 120	142	33	68	41	646	216	—	41	9	367	9	12 331	94,0	8 391	1 174	2 738	19 143	—	1 351	—	20 494	10.
12 822	262	38	74	150	658	247	—	42	9	345	14	11 902	92,8	10 036	743	1 112	20 157	—	635	20 983	41 775	11.
14 151	437	139	146	132	1373	562	—	—	14	763	35	12 341	87,2	10 640	1 121	571	55 939	34 315	729	21 093	77 761	12.
18 358	303	118	68	99	364	213	—	12	8	116	15	17 691	96,4	15 039	638	2 001	31 147	7 480	—	27 465	58 612	13.
14 582	179	—	37	141	669	165	—	8	7	477	12	13 735	94,2	9 103	902	3 724	44 454	19 385	205	9 689	54 348	14.
10 049	226	—	—	184	967	627	—	25	13	273	28	8 856	88,1	6 035	816	1 969	29 158	21 582	849	19 450	49 456	15.
9 983	167	49	33	41	820	340	—	22	12	427	19	8 996	90,1	6 845	587	1 550	60 507	52 845	423	1 000	61 930	16.
11 930	172	—	76	97	417	84	—	—	3	322	8	11 341	95,1	7 276	467	3 594	33 849	15 465	432	—	34 281	17.
5 243	53	—	30	24	182	84	—	19	4	66	7	5 008	95,5	3 820	274	911	4 480	—	92	4 450	9 022	18.
8 513	126	—	15	101	438	121	15	10	4	279	11	7 948	93,4	5 571	349	2 025	21 503	3 767	275	4 000	25 778	19.
9 593	47	—	20	27	598	191	—	4	—	396	8	8 948	93,8	7 522	437	987	33 858	6 000	2 110	8 850	44 818	20.
6 925	71	8	22	24	382	137	—	—	—	236	9	6 472	93,5	5 411	552	508	15 255	5 675	574	421	16 251	21.
4 212	91	2	11	78	250	136	—	—	3	105	5	3 871	91,9	3 120	242	509	8 387	4 334	42	—	8 429	22.
5 747	50	—	12	38	120	12	—	—	4	100	5	5 577	97,0	3 698	248	1 628	17 310	—	—	—	17 310	23.
4 389	141	—	13	127	96	35	—	—	3	52	6	4 152	94,6	2 809	214	1 130	16 259	—	—	—	16 259	24.
4 134	79	—	33	46	125	81	—	—	2	38	4	3 930	95,1	3 087	377	462	9 131	1 075	982	4 495	14 608	25.
2 839	36	—	20	16	161	81	17	—	3	54	7	2 642	93,1	1 850	278	512	5 642	—	—	400	6 042	26.
7 543	40	—	11	28	173	98	8	—	0,7	66	—	7 331	97,2	5 568	281	1 482	5 938	—	115	1 050	7 103	27.
2 587	24	—	2	18	133	37	—	1	3	87	5	2 430	93,9	1 723	266	441	11 818	5 000	—	—	11 818	28.
1 994	43	—	11	32	158	42	—	—	3	104	9	1 793	89,9	1 327	290	176	8 033	735	329	3 226	11 588	29.
2 066	31	3	25	3	109	62	—	—	2	40	4	1 926	93,2	1 391	207	326	5 373	—	304	1 893	7 570	30.
1 639	29	25	—	3	54	41	—	—	1	9	2	1 557	95,0	1 108	115	334	3 201	—	—	2 000	5 201	31.
2 621	68	—	21	47	131	69	—	—	3	53	6	2 423	92,4	1 971	186	264	8 505	—	320	2 800	11 625	32.
1 740	43	8	20	15	181	39	—	—	2	137	4	1 515	87,1	1 289	139	83	4 365	—	194	—	4 558	33.
2 320	33	—	15	18	57	40	—	—	2	12	4	2 229	96,1	1 589	140	500	3 112	—	—	—	3 112	34.
2 001	58	—	21	37	128	46	—	—	—	76	6	1 814	90,7	1 534	147	133	8 050	552	—	—	8 050	35.
3 293	39	—	28	11	121	30	25	—	—	60	6	3 133	95,1	2 675	147	308	7 279	32	—	—	7 279	36.
3 460	36	—	20	16	86	49	—	0,5	3	28	6	3 338	96,5	2 606	180	551	5 271	—	953	580	6 803	37.
3 071	40	—	7	33	57	24	—	—	1	26	5	2 975	96,9	2 369	176	430	4 730	—	—	—	4 730	38.
2 520	16	—	—	16	113	14	—	—	—	96	3	2 391	94,9	1 872	197	319	4 818	2 000	—	—	4 818	39.
1 716	25	—	1	24	53	27	—	—	2	22	2	1 638	95,5	1 149	182	303	6 341	—	55	700	7 096	40.
1 756	4	0,08	0,4	3	38	18	—	—	1	15	3	1 714	97,6	1 361	122	231	4 070	—	—	—	4 070	41.
2 109	—	—	—	—	28	22	—	—	2	2	2	2 081	98,7	1 598	176	308	2 368	—	—	3 900	6 268	42.
1 780	5	—	5	—	52	29	—	—	2	19	2	1 723	96,8	1 262	120	339	1 776	—	—	—	1 776	43.
1 937	—	—	—	—	16	13	—	—	1	0,2	1	1 921	99,2	1 447	153	321	4 116	69	—	2 000	6 116	44.
2 925	32	—	11	21	36	26	—	—	1	3	6	2 857	97,7	2 226	144	487	2 510	—	104	3 345	5 958	45.
2 007	36	—	6	30	118	77	—	2	—	35	3	1 853	92,3	1 366	192	294	2 036	—	36	1 274	3 346	46.
1 731	22	—	6	15	103	47	—	—	—	53	4	1 606	92,8	1 221	178	205	2 375	—	—	500	2 875	47.
2 039	29	—	2	27	44	25	1	—	1	14	2	1 966	96,4	1 502	222	242	7 258	—	—	600	7 858	48.
1 022	9	—	2	7	32	—	—	—	—	30	1	981	96,0	781	114	86	4 540	3 540	31	—	4 571	49.

(Noch: Tafel 1) Stadtgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern — *Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern			Prinzipalsoll der direkten Steuern, wie es in kreisangehörigen Städten und in Landgemeinden für die Verteilung der Kreissteuern gemäß § 7 des Kreis- und Provinzial-Abgabengesetzes vom 23. April 1906, in Stadtkreisen für die Verteilung der Provinzialsteuern gemäß § 25 a. a. O. nach dem Stande vom 1. Januar 1920 ermittelt worden ist, nämlich der						Im Rechnungsjahre 1919 wurden für Gemeindezwecke Zuschläge zu den der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten direkten Steuern erhoben, nämlich zu					
			Einkommensteuer der Einkommen von								der staatlich veranlagten			
Namen	Kreis	Einwohnerzahl nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919	mehr als 900 ℳ 1 000 ℳ	nicht mehr als 900 ℳ nach den fingierten Normalsteuersätzen 1 000 ℳ	Grundsteuer 1 000 ℳ	Gebäudesteuer 1 000 ℳ	Gewerbesteuer 1 000 ℳ	direkten Steuern zusammen einschl. der Betriebssteuer 1 000 ℳ	der Staatseinkommensteuer %	den fingierten Normalsteuersätzen für Einkommen von nicht mehr als 900 ℳ %	Grundsteuer %	Gebäudesteuer %	Gewerbesteuer %	Betriebssteuer %
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Noch: 13. Rheinprovinz.														
50. Mayen	Mayen	13 010	162	3	4	35	22	228	426	426	d. 426		426	276
51. Lüttringhausen	Lennep	12 388	342	—	3	31	79	457	435	—	320	320	d. 426,1	—
52. Opladen	Landkr. Solingen	12 247	257	—	2	41	27	328	337,5	—	d. 333,49		d. 343,75	100
53. Radevormwald	Lennep	11 085	332	—	6	25	98	461	325	—	275	275	I. 375 II./IV. 275	—
54. Mettmann	Mettmann	11 083	314	—	16	30	53	415	400	—	d. 225		I. 600 II. 525 III. 375 IV. 225	—
55. Goch	Cleve	10 737	206	—	4	25	36	272	370	—	340	340	I. 440 II. 390 III. 365 IV. 340	100
56. Uerdingen	Landkr. Crefeld	10 561	521	—	1	40	96	660	411,25	—	d. 434		367,5	100
57. Wülfrath	Mettmann	10 453	278	—	9	22	43	353	330	—	230	230	I./II. 330 III./IV. 280	—
58. Dülken	Kempen (Rhprv.)	10 183	265	0,9	2	27	41	336	380	150	d. 260		d. 697,8	—
59. Gräfrath	Landkr. Solingen	10 045	259	—	2	28	49	338	400	—	260	250	I. 760 II. 660 III. 460 IV. 260	—
60. Süchteln	Kempen (Rhprv.)	9 933	142	—	8	15	14	181	480	—	320	320	I./II. 480 III./IV. 320	—
61. Andernach	Mayen	9 807	209	0,5	5	28	36	279	338,5	338,5	338,5	338,5	338,5	151
62. Brühl	Landkr. Köln	9 780	192	—	3	35	43	274	300	—	350	350	I./II. 500 III./IV. 380	200
63. Langenberg	Mettmann	9 021	350	—	1	31	54	437	450	—	250	250	250	—
64. Rheindahlen	Gladbach	8 257	88	—	8	10	9	116	350	—	300	300	300	100
65. Honnef	Siegkreis	8 015	148	—	4	37	11	202	320	—	300	300	300	31,85
66. Jülich	Jülich	7 925	157	—	7	20	28	212	200	—	190	190	190	50
67. Kempen a. Rhein	Kempen a. Rhein	7 793	139	—	3	20	28	191	285	—	d. 285		285	—
68. Leichlingen	Landkr. Solingen	7 330	130	—	5	14	14	164	450	—	450	450	450	—
69. Kirn	Kreuznach	6 870	127	1	1	20	14	164	330	330	340	340	340	100
70. Burscheid	Landkr. Solingen	6 766	216	—	5	15	34	271	343,75	—	343,75	343,75	343,75	—
71. Wipperfürth	Wipperfürth	6 547	91	—	4	15	8	118	340	—	290	290	290	100
72. Boppard	Sankt Goar	6 516	91	4	2	24	12	134	150	150	170	170	170	—
73. Kettwig	Landkr. Essen	6 487	198	—	0,7	20	12	231	324	—	305	305	305	—
74. Geldern	Geldern	6 189	103	—	1	15	22	142	250	—	200	200	I. 300 II. 275 III. 250 IV. 200	50
75. Ahrweiler	Ahrweiler	6 176	136	3	2	17	12	170	285	180	420	350	350	—
76. Wittlich	Wittlich	6 084	115	0,8	4	15	12	148	187,5	187,5	d. 232		206,25	125
77. Bendorf	Landkr. Coblenz	6 046	102	—	3	14	21	140	340	—	340	340	I./II. 350 III./IV. 340	85
78. Erkelenz	Erkelenz	5 929	102	1	16	13	14	147	255	155	200	200	I./II. 300 III./IV. 200	—
79. *Rotthausen	Landkr. Essen	29 413	508	—	1	54	54	618	338	—	338	338	d. 1 425,28	—
80. *Homberg	Mörs	25 103	598	3	2	58	70	733	503	300	350	350	d. 717,72	50
81. *Benrath	Ldkr. Düsseldorf	23 218	755	0,5	5	78	295	1 135	215	215	205	205	d. 409,23	—
82. *München Gladbach	Gladbach	22 614	427	3	3	43	51	527	300	200	d. 332		d. 550	—
83. *Wiesdorf	Landkr. Solingen	21 837	1 657	—	2	96	293	2 049	250	—	155	155	I. 700 II. 600 III. 800 IV. 250	50
84. *Kray	Landkr. Essen	20 707	432	—	2	43	56	534	385	—	365	365	d. 1 434,33	100
85. *Godesberg	Landkr. Bonn	18 807	661	4	8	107	32	812	300	300	d. 291,52		I./II. 290 III./IV. 190	—
86. *Katernberg	Ldkr. Essen	17 019	412	—	0,8	34	64	511	430	—	330	330	d. 541	—
87. *Vilich	„ Bonn	16 679	305	5	8	39	40	398	400	200	200	200	200	—
88. *Vohwinkel	Mettmann	15 081	410	—	3	52	64	530	340	—	d. 365		375	—
89. *Walsum	Dinslaken	14 903	144	1	10	32	46	234	290	290	300	300	d. 486,33	100
90. *Würselen	Ldkr. Aachen	13 362	177	2	6	20	11	217	280	100	290	290	d. 888,38	290
91. *Repelen-Baerl	Mörs	13 237	282	2	13	20	31	348	410	250	440	440	d. 1 102,45	d. 276,17
92. *Richrath-Reusrath	Ldkr. Solingen	13 163	213	3	4	23	30	275	390	390	d. 304,9		I./II. 680 III./IV. 310	—
93. *Hardenberg-Neviges	Mettmann	12 878	237	—	7	28	30	303	400	—	400	360	I./II. 450 III./IV. 400	—
94. *Hochemmerich	Mörs	12 721	278	1	5	32	15	332	350	350	510	510	d. 2 574,37	d. 297
95. *Huckingen	Ldkr. Düsseldorf	12 245	322	0,9	4	29	24	380	305	305	d. 382,67		d. 344,81	300
96. *Stoppenberg	„ Essen	12 242	226	—	2	25	27	279	430	—	330	330	d. 839	—
97. *Bensberg	„ Mülheim	12 080	136	—	7	14	10	168	455	—	442	442	765	442
98. *Neuwerk	Gladbach	11 836	58	3	4	16	7	90	450	250	d. 444		I./III. 450 IV. 350	—
99. *Eilendorf	Ldkr. Aachen	10 916	133	3	3	20	10	169	340	340	340	340	340	60

Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern im Rechnungsjahre 1919.

Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1919 nach dem Stande vom 31. März 1920																	Schulden am 31. März 1920					Wiederholung der Spalte 1
der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 14a, 15a und 16a)	der überwiesenen Steuern				der indirekten Gemeindesteuern							der direkten Gemeindesteuern					Langfristige Anleihen		Hypotheken und Grundschulden sowie Restkaufgelder	Schwebende Schulden	Sämtliche Schulden (Sp. 17a, 18 u. 19)	
	überhaupt	darunter Anteil an der vom Reich erhobenen Grunderwerbsteuer	Wertzuwachssteuer	Umsatzsteuer	überhaupt	darunter Grundstücks-Umsatzsteuer der Gemeinden und Gemeindezuschläge zur Reichsgrunderwerbsteuer	Gemeindezuschläge zur Reichswertzuwachssteuer	Schankkonzessionssteuer	Biersteuer	Lustbarkeitssteuer	Hundesteuer	überhaupt	vom gesamten Steueraufkommen (Sp. 13)	darunter Einkommensteuer	Steuern vom Grundbesitz	Gewerbesteuer	überhaupt	in Form von Schuldverschreibungen, die auf den Inhaber lauten				
1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1000ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	%	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	1 000 ℳ	
13	14a	14b	14c	14d	15a	15b	15c	15d	15e	15f	15g	16a	16b	16c	16d	16e	17a	17b	18	19	20	
																						13.
1 060	4	—	—	4	74	42	—	2	0,8	24	6	981	92,6	702	180	96	3 003	—	—	105	3 108	50.
2 257	22	—	13	9	6	2	—	—	0,8	1	2	2 229	98,8	1 797	110	323	419	—	—	815	1 234	51.
1 553	23	5	11	7	60	30	—	—	—	27	3	1 470	94,7	1 174	142	154	3 080	—	—	2 500	5 580	52.
1 545	12	3	0,1	9	22	11	2	—	0,4	6	3	1 510	97,8	1 077	85	348	618	—	71	948	1 638	53.
2 244	37	3	9	25	53	39	—	—	0,9	10	3	2 154	96,0	1 728	110	317	941	—	—	3 614	4 555	54.
1 170	57	—	3	53	35	14	—	—	—	19	2	1 079	92,2	829	96	153	1 892	46	83	—	1 974	55.
2 736	64	2	4	58	36	20	—	—	2	13	2	2 636	96,3	2 095	180	360	3 897	108	373	—	4 270	56.
1 173	18	—	4	14	33	19	—	—	1	11	2	1 121	95,6	918	71	132	516	—	30	1 318	1 864	57.
1 451	24	—	2	22	64	40	—	—	—	22	1	1 364	94,0	1 009	71	284	2 380	—	42	—	2 422	58.
1 543	15	—	3	12	20	15	—	—	1	2	2	1 508	97,7	1 101	77	330	3 802	—	75	—	3 877	59.
828	7	—	2	5	16	12	—	—	0,8	2	1	805	97,1	689	73	42	1 831	—	69	100	2 000	60.
1 018	12	—	—	12	70	57	—	—	0,4	10	2	936	92,0	704	110	121	2 074	—	—	—	2 074	61.
1 164	14	—	—	14	55	25	—	—	1	27	3	1 095	94,0	831	138	124	5 373	—	—	—	5 373	62.
1 683	14	—	—	14	17	9	—	—	0,6	7	1	1 651	98,1	1 436	80	135	4 909	—	25	1 500	6 434	63.
435	3	—	3	0,4	24	20	2	—	0,6	2	0,3	407	93,6	322	55	29	603	—	—	—	603	64.
819	31	—	27	4	119	105	—	—	—	10	4	668	81,6	501	133	34	3 368	—	—	—	3 368	65.
553	21	—	8	13	19	9	—	—	—	10	1	512	92,7	406	63	42	117	—	—	1 000	1 117	66.
572	8	—	6	1	25	16	—	—	—	8	0,9	538	94,2	396	64	78	901	—	10	300	1 212	67.
740	3	—	2	0,9	21	9	—	—	0,8	9	2	717	96,8	566	88	63	1 203	—	35	—	1 238	68.
593	16	—	—	16	14	9	—	—	1	3	1	563	95,0	441	73	49	2 484	—	—	—	2 484	69.
943	7	0,3	4	3	12	8	—	—	0,9	1	2	924	98,0	734	69	121	592	—	—	—	592	70.
464	4	—	—	4	21	16	—	—	0,4	3	1	439	94,7	355	57	26	782	—	—	30	812	71.
269	1	—	—	1	62	53	—	—	2	6	0,7	206	76,5	142	44	20	631	—	—	—	631	72.
774	13	—	0,7	12	19	9	0,5	—	0,9	7	1	742	95,9	641	62	39	1 792	—	54	75	1 921	73.
376	11	—	2	9	15	8	0,4	—	2	3	2	350	93,0	273	33	43	1 000	—	19	—	1 019	74.
545	6	—	—	6	21	17	—	—	0,4	2	1	518	95,1	411	66	42	1 344	—	—	547	1 891	75.
314	12	7	—	5	7	—	—	—	0,6	6	1	294	93,7	223	46	24	818	—	—	—	818	76.
610	7	3	—	5	41	36	—	—	—	4	0,8	562	92,1	436	55	71	1 978	—	—	—	1 978	77.
430	5	—	—	5	22	13	—	—	—	8	0,8	403	93,8	326	58	20	2 398	—	57	233	2 688	78.
2 714	45	18	2	25	40	27	0,03	—	2	9	3	2 630	96,9	1 745	186	699	2 946	—	1 694	4 500	9 140	79.
3 624	27	—	7	20	97	39	6	—	5	44	4	3 500	96,6	2 785	214	501	7 398	—	107	3 360	10 865	80.
4 995	65	—	41	24	140	107	—	—	3	23	7	4 790	95,9	3 286	174	1 329	4 695	—	3 148	—	7 843	81.
2 047	27	10	6	11	52	36	—	—	2	12	2	1 969	96,2	1 369	154	445	907	—	31	300	1 238	82.
6 915	93	9	37	47	156	28	—	—	3	119	6	6 666	96,4	4 502	151	2 012	10 202	—	622	64	10 888	83.
3 008	11	—	4	7	79	50	—	—	1	27	1	2 918	97,0	1 790	152	975	486	—	218	—	704	84.
3 647	338	227	105	6	169	146	—	—	2	14	7	3 140	86,1	2 712	345	82	7 096	—	851	—	7 947	85.
1 591	18	4	2	13	57	19	27	—	1	9	1	1 516	95,3	1 101	111	304	2 723	—	—	812	3 534	86.
1 574	50	34	12	3	111	95	—	—	2	13	2	1 413	89,8	1 239	93	81	1 609	—	—	1 000	2 609	87.
1 908	18	—	3	14	45	36	—	—	2	3	4	1 844	96,7	1 412	198	235	1 977	—	20	3 425	5 422	88.
873	8	—	6	3	34	17	—	—	1	14	2	830	95,2	566	125	139	633	—	77	300	1 010	89.
632	0,2	—	—	0,2	36	12	—	—	—	22	2	596	94,3	421	73	100	188	—	—	—	188	90.
1 797	79	10	65	4	71	20	27	—	1	19	4	1 647	91,7	1 155	146	344	992	—	—	100	1 092	91.
1 130	10	—	8	2	45	14	6	—	1	13	3	1 075	95,1	827	75	173	1 443	—	—	900	2 343	92.
1 210	10	—	2	9	25	16	—	—	1	6	2	1 174	97,0	917	125	132	1 531	—	—	2 500	4 031	93.
1 606	27	—	14	9	30	9	—	—	2	17	3	1 549	96,5	977	189	381	1 508	—	235	34	1 777	94.
1 532	9	—	7	2	27	13	—	—	2	11	0,9	1 496	97,7	1 080	136	279	952	—	—	—	952	95.
893	11	3	3	5	32	19	4	—	0,9	6	2	850	95,2	540	86	225	1 618	—	102	444	2 163	96.
1 172	34	7	22	4	57	38	—	—	2	11	6	1 081	92,3	881	90	105	996	—	25	—	1 021	97.
457	7	—	5	3	25	13	—	—	0,6	9	1	425	93,0	297	93	34	84	—	54	230	368	98.
611	1	—	0,5	0,7	11	6	—	—	—	5	0,7	599	97,9	487	78	34	370	—	—	—	370	99.

(Noch: Tafel 1)

Stadtgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern — *Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern			Prinzipalsoll der direkten Steuern, wie es in kreisangehörigen Städten und in Landgemeinden für die Verteilung der Kreissteuern gemäß § 7 des Kreis- und Provinzial-Abgabengesetzes vom 23. April 1906, in Stadtkreisen für die Verteilung der Provinzialsteuern gemäß § 25 a. a. O. nach dem Stande vom 1. Januar 1920 ermittelt worden ist, nämlich der						Im Rechnungsjahre 1919 wurden für Gemeindezwecke Zuschläge zu den der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegten direkten Steuern erhoben, nämlich zu					
			Einkommensteuer der Einkommen von								der staatlich veranlagten			
Namen	Kreis	Einwohnerzahl nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919	mehr als 900 ℳ 1 000 ℳ	nicht mehr als 900 ℳ nach den fingierten Normalsteuersätzen 1 000 ℳ	Grundsteuer 1 000 ℳ	Gebäudesteuer 1 000 ℳ	Gewerbesteuer 1 000 ℳ	direkten Steuern zusammen einschl. der Betriebssteuer 1 000 ℳ	der Staatseinkommensteuer %	den fingierten Normalsteuersätzen für Einkommen von nicht mehr als 900 ℳ %	Grundsteuer %	Gebäudesteuer %	Gewerbesteuer %	Betriebssteuer %
1a	1b	1c	2a	2b	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Noch: 13. Rheinprovinz.														
100. *Rondorf	Ldkr. Cöln	10 749	245	2	16	28	14	306	235	235	280	330	300	100
101. *Lintfort	Mörs	10 523	124	1	2	16	27	169	350	230	435	435	d. 773	100
102. *Heumar	Ldkr. Mülheim	10 463	151	—	8	23	38	221	350	—	d. 200		300	100
103. *Haan	Mettmann	9 940	344	—	5	25	83	458	325	—	275	230	I. 275 II. 250 III./IV. 230	—
104. *Kohlscheid	Ldkr. Aachen	9 651	137	—	4	14	11	167	272,5	—	310	310	d. 882	135
105. *Schonnebeck	„ Essen	9 647	195	—	1	18	29	243	430	—	330	330	d. 637	—
106. *Frechen	„ Cöln	9 318	193	2	9	19	23	247	300	300	400	400	400	200
107. *Kupferdreh	„ Essen	9 119	203	2	2	22	29	258	280	280	270	270	345	—
108. *Fischeln	„ Crefeld	9 001	254	1	4	17	41	317	300	270	d. 361,44		d. 186	160
109. *Troisdorf	Siegkreis	9 001	358	—	1	18	28	406	170	—	170	170	245	170
110. *Hürth	Ldkr. Cöln	8 154	296	1	3	13	34	347	200	200	290	290	290	200
111. *Betzdorf	Altenkirchen	7 955	83	2	0,6	19	7	112	425	425	425	425	425	100
112. *Kevelaer	Geldern	7 930	67	3	3	19	12	104	347,5	347,5	310,62	310,62	246,25	125
113. *Büsbach	Ldkr. Aachen	7 926	115	3	2	15	2	136	350,3	200	200	200	200	—
114. *Geistingen	Siegkreis	7 722	124	2	9	11	19	165	306	306	425	425	425	100
115. *Sankt Tönis	Kempen i. Rhpr.	7 400	72	—	5	13	7	99	500	—	600	600	600	100
116. *Alsdorf	Ldkr. Aachen	7 372	162	2	3	14	18	199	315,19	220	320	320	d. 355	100
117. *Waldbröl	Waldbröl	7 290	53	2	4	8	5	73	510	510	d. 800		800	100
118. *Willich	Ldkr. Crefeld	7 245	287	—	12	14	75	389	150	—	d. 216		d. 236	—
119. *Worringen	„ Cöln	7 040	88	—	21	6	10	125	350	—	380	380	380	100
120. *Höngen	„ Aachen	7 005	95	—	5	8	9	118	240	—	310	240	646	100
121. *Eitorf	Siegkreis	7 004	84	—	4	10	13	112	337,5	—	375	375	375	125
122. *Heiligenhaus	Mettmann	6 891	234	—	9	16	41	299	340	—	340	290	340	150
123. *Friemersheim	Mörs	6 875	98	0,4	3	15	4	121	395	295	860	345	677	100
124. *Karnap	Ldkr. Essen	6 875	110	—	1	15	18	144	310	—	320	320	320	100
125. *Lobberich	Kempen i. Rhpr.	6 863	93	4	5	14	10	126	500	—	500	500	863	—
126. *Türnich	Bergheim	6 826	120	—	5	6	11	142	300	300	450	450	450	100
127. *Broich	Ldkr. Aachen	6 719	65	0,7	10	8	1	85	310	260	600	450	d. 556	50
128. *Giesenkirchen	„ Gladbach	6 711	55	3	2	10	10	80	400	300	450	350	I./II. 450 III./IV. 350	250
129. *Lövenich	„ Cöln	6 679	102	0,8	12	12	4	131	320	320	320	320	320	100
130. *Lindlar	Wipperfürth	6 658	26	4	8	6	2	46	695	585	310	310	310	—
131. *Hüls	Kempen i. Rhpr.	6 601	83	3	3	12	12	112	300	300	230	230	230	100
132. *Erkrath	Ldkr. Düsseldorf	6 548	144	—	7	13	20	185	320	—	320	320	320	—
133. *Wickrath	„ Grevenbroich	6 439	153	2	9	14	17	196	325	100	309,7	309,7	248,8	100
134. *Straelen	Geldern	6 198	37	3	11	7	4	63	343	343	420	420	420	150
135. *Werden, Land	Ldkr. Essen	6 151	89	—	5	10	11	115	400	—	400	400	d. 1 039	100
136. *Sieglar	Siegkreis	5 963	89	0,6	4	11	26	131	170	170	170	170	170	—
137. *Much	„	5 949	27	4	8	4	0,7	45	405	405	405	405	405	—
138. *Overath	Lkr. Mülheim a. Rhein	5 931	70	—	8	4	5	88	536	—	450	450	d. 735	450
139. *Spellen	Dinslaken	5 931	38	0,4	8	6	2	54	300	315	315	315	315	100
140. *Herzogenrath	Ldkr. Aachen	5 551	72	0,8	3	10	6	92	390	390	390	390	d. 474,60	390
141. *Gressenich	„ „	5 495	43	2	5	7	0,8	57	310	200	400	200	d. 350	100
142. *Wahn	Lkr. Mülheim a. Rhein	5 462	169	—	8	11	10	198	300	—	400	400	400	100
143. *Schlebusch	Ldkr. Solingen	5 422	135	—	3	14	9	161	325	—	d. 390,62		I. 775 II./IV. 387,5	—
144. *Breyell	Kempen i. Rhpr.	5 417	39	3	2	8	6	58	343,75	343,75	343,75	343,75	343,75	—
145. *Conz	Ldkr. Trier	5 339	54	—	2	9	2	67	225	—	225	225	225	100
146. *Neuhückeswagen	Lennep	5 267	139	—	7	11	29	185	200	—	200	200	200	—
147. *Wiehl	Gummersbach	5 249	74	1	2	7	7	92	355	—	480	425	385	255
148. *Morsbach	Waldbröl	5 216	32	1	3	3	2	42	375	375	d. 520		375	100
149. *Eckenhagen	„	5 162	25	1	2	3	1	33	500	500	d. 1 400		475	100
150. *Bedburg	Bergheim	5 160	128	0,2	15	9	10	163	290	160	195	195	195	—
151. *Drabenderhöhe	Gummersbach	5 147	105	1	2	6	20	134	330	—	450	300	I./III. 350 IV. 250	—
152. *Brand	Ldkr. Aachen	5 137	50	0,8	2	8	9	70	232	200	242	242	d. 332	50
153. *Haaren	„ „	5 046	48	1	3	10	3	65	300	200	330	330	330	150
154. *Mechernich	Schleiden	5 040	58	0,7	1	6	5	72	380	250	505	505	505	250
155. *Anrath	Ldkr. Crefeld	5 014	80	1	2	7	10	99	312,5	—	d. 301,88		338,39	—
14. Hohenzollernsche Lande.														
1. Sigmaringen	Sigmaringen	5 277	109	2	3	3	10	126	150	150	200	200	200	—

Berichtigtes Soll für das Rechnungsjahr 1919 nach dem Stande vom 31. März 1920 | Schulden am 31. März 1920

der gesamten Gemeindesteuern (Sp. 14 a, 15a und 16 a) 1 000 M	der überwiesenen Steuern: überhaupt 1 000 M	darunter Anteil an der vom Reich erhobenen: Grunderwerbsteuer 1 000 M	Wertzuwachssteuer 1 000 M	Umsatzsteuer 1 000 M	der indirekten Gemeindesteuern: überhaupt 1 000 M	darunter: Grundstücks-Umsatzsteuer der Gemeinden und Gemeindezuschläge zur Reichsgrunderwerbsteuer 1000 M	Gemeindezuschläge zur Reichswertzuwachssteuer 1 000 M	Schankkonzessionssteuer 1 000 M	Biersteuer 1 000 M	Lustbarkeitssteuer 1 000 M	Hundesteuer 1 000 M	der direkten Gemeindesteuern: überhaupt 1 000 M	vom gesamten Steueraufkommen (Sp. 13) %	darunter: Einkommensteuer 1 000 M	Steuern vom Grundbesitz 1 000 M	Gewerbesteuer 1 000 M	Langfristige Anleihen: überhaupt 1 000 M	in Form von Schuldverschreibungen, die auf den Inhaber lauten 1 000 M	Hypotheken und Grundschulden sowie Restkaufgelder 1 000 M	Schwebende Schulden 1 000 M	Sämtliche Schulden (Sp. 17a, 18 u. 19) 1 000 M	Wiederholung der Spalte 1
13	14a	14b	14c	14d	15a	15b	15c	15d	15e	15f	15g	16a	16b	16c	16d	16e	17a	17b	18	19	20	
																						13.
822	20	—	20	—	31	10	—	—	2	17	2	772	93,8	600	124	47	1 599	—	—	420	2 019	100.
908	4	—	3	0,2	5	3	—	—	0,2	1	0,9	899	99,0	652	74	173	249	—	—	600	849	101.
1 461	33	28	3	3	7	—	—	—	—	3	4	1 421	97,3	1 261	71	88	1 470	—	—	—	1 470	102.
1 639	7	—	2	5	35	27	—	—	0,9	5	2	1 597	97,4	1 290	72	236	2 745	—	—	1 000	3 745	103.
533	—	—	—	—	13	8	—	—	—	4	1	520	97,5	374	56	89	1 312	—	—	—	1 312	104.
729	7	2	3	2	25	13	4	—	0,7	6	0,6	698	95,7	414	60	224	1 316	—	398	386	2 100	105.
859	0,3	—	0,3	—	41	24	—	—	—	15	2	818	95,2	613	113	91	305	—	—	—	305	106.
774	11	4	0,7	7	22	13	—	—	1	9	0,2	740	95,7	576	62	102	620	—	—	75	695	107.
1 029	38	18	4	16	19	10	—	—	0,9	6	2	972	94,5	807	89	76	479	—	—	—	479	108.
814	51	5	8	38	35	17	—	—	—	15	2	729	89,5	627	32	68	113	—	—	—	113	109.
781	4	—	4	—	16	9	—	—	1	4	1	762	97,5	626	48	87	6	—	—	—	6	110.
501	—	—	—	—	31	11	—	—	0,8	18	1	470	93,8	352	84	34	1 196	—	—	—	1 196	111.
346	0,2	—	0,2	—	14	12	—	—	—	0,1	2	331	95,9	194	104	31	760	—	—	—	760	112.
395	3	—	1	1	13	3	—	—	—	8	1	379	96,1	325	35	19	398	—	—	—	398	113.
580	10	—	7	3	20	18	—	—	0,4	0,3	1	549	94,8	384	83	82	564	—	—	—	564	114.
541	2	—	—	2	15	10	—	—	—	4	1	524	96,9	428	56	38	840	—	—	176	1 015	115.
511	0,2	0,2	—	—	17	1	—	—	—	16	0,7	493	96,5	345	37	111	564	—	—	50	614	116.
427	—	—	—	—	7	5	—	—	0,4	1	0,8	419	98,3	281	100	38	587	—	—	146	733	117.
763	31	0,7	7	23	20	16	—	—	—	3	2	711	93,2	473	61	177	545	—	—	—	545	118.
768	3	—	0,09	3	37	21	—	—	3	12	0,8	728	94,8	589	102	37	55	—	—	—	55	119.
385	0,7	—	—	0,7	9	3	—	—	—	5	0,9	375	97,5	256	34	84	371	—	—	173	544	120.
557	4	—	1	3	17	9	—	—	0,5	6	2	535	96,1	436	52	46	40	—	—	—	40	121.
1 126	10	—	2	8	32	26	—	—	0,6	5	0,5	1 084	96,3	870	76	137	2 846	—	—	425	3 271	122.
517	0,3	—	0,3	—	31	10	10	—	0,7	10	0,4	485	94,0	383	76	26	525	—	—	—	525	123.
809	20	0,2	—	20	8	0,1	—	—	0,9	6	1	782	96,6	548	51	182	818	—	—	339	1 157	124.
639	13	—	1	12	22	14	—	—	—	7	0,8	604	94,5	450	67	87	1 087	—	—	—	1 087	125.
564	5	—	4	1	16	9	—	—	—	6	1	543	96,2	410	48	85	125	—	18	—	143	126.
337	—	—	—	—	7	4	—	—	—	2	0,7	330	98,0	182	94	54	110	—	—	223	333	127.
401	9	3	0,1	7	17	14	—	—	0,4	2	0,4	374	93,4	289	45	40	69	—	—	50	119	128.
621	0,9	—	0,9	—	56	48	—	—	2	5	1	564	90,8	472	75	17	61	—	—	1 000	1 061	129.
249	3	—	2	0,6	8	7	—	—	0,4	0,09	0,9	238	95,6	190	42	6	298	—	—	—	298	130.
358	4	—	—	4	15	5	—	—	0,7	9	0,7	339	94,7	280	33	25	1 299	—	—	150	1 449	131.
749	8	—	6	2	22	14	—	—	0,9	6	0,8	719	96,1	582	65	72	521	—	—	100	621	132.
617	5	—	—	5	18	13	—	—	0,6	3	0,5	594	96,3	480	70	43	846	—	7	—	853	133.
243	3	—	0,4	2	9	5	—	—	—	2	1	232	95,3	137	75	19	161	—	—	—	161	134.
616	24	15	6	3	18	14	—	—	0,5	3	0,6	574	93,3	410	60	104	1 430	—	—	825	2 255	135.
332	10	—	10	—	11	5	—	—	—	5	0,4	311	93,8	242	26	43	—	—	—	—	—	136.
61	7	1	—	6	10	7	—	—	—	2	1	44	72,6	31	12	0,7	861	—	—	—	861	137.
522	—	—	—	—	18	11	—	—	—	3	4	504	96,6	408	54	39	19	—	—	58	76	138.
181	2	—	—	2	14	1	—	—	0,6	11	1	165	91,0	114	45	6	5	—	—	77	82	139.
369	—	—	—	—	9	5	—	—	—	2	2	360	97,6	283	51	24	283	—	—	—	283	140.
184	—	—	—	—	6	—	—	—	—	5	0,5	178	96,9	136	38	4	192	—	—	—	192	141.
647	0,3	—	0,3	—	24	14	—	—	2	6	1	623	96,3	514	73	35	58	—	—	—	58	142.
614	1	—	1	—	9	6	—	—	0,6	2	0,9	604	98,3	464	71	68	270	—	—	752	1 023	143.
203	—	—	—	—	10	6	—	—	0,2	4	0,3	193	95,0	141	32	20	216	—	—	190	406	144.
287	—	—	—	—	12	4	—	—	0,7	7	0,6	276	95,9	249	22	5	350	—	—	—	350	145.
445	—	—	—	—	7	4	—	—	0,3	2	1	438	98,4	342	34	61	90	—	—	400	490	146.
369	0,4	—	0,3	0,06	6	3	—	—	—	2	1	362	98,2	298	40	23	271	—	—	200	471	147.
183	—	—	—	—	4	1	—	—	0,3	2	0,6	178	97,5	140	28	9	228	—	—	50	278	148.
223	—	—	—	—	6	5	—	—	0,2	0,6	0,6	217	97,1	134	76	7	299	—	9	100	408	149.
435	1	—	—	1	25	20	—	—	—	5	1	409	93,9	341	47	21	72	—	—	110	182	150.
451	4	—	0,01	4	8	1	—	—	—	0,7	1	439	97,4	345	26	69	175	—	—	100	275	151.
206	4	—	4	—	7	5	—	—	—	1	0,7	195	94,9	139	25	32	46	—	12	80	138	152.
177	1	—	—	1	2	—	—	—	—	1	0,5	174	98,3	138	28	7	649	—	40	—	689	153.
295	1	—	—	1	6	—	—	—	—	5	0,3	288	97,8	223	38	26	355	—	—	—	355	154.
333	2	—	0,8	1	6	4	—	—	0,5	2	0,4	324	97,5	259	26	39	403	—	0,7	—	404	155.
																						14.
222	7	—	—	7	14	11	—	—	—	0,5	2	201	90,7	171	11	19	351	—	—	—	351	1.

Die Gemeindesteuern und Schulden der nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 mehr als 10 000 Einwohner zählenden preußischen Städte und Landgemeinden in den Rechnungsjahren 1911, 1918 und 1919.

(Tafel 2)

Stadtgemeinden († = Stadtkreise)	Einwohnerzahl nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919	Das der Kreis- bezw. Provinzialbesteuerung zugrunde liegende Prinzipalsoll der direkten Steuern nach dem Stande vom			Das berichtigte Soll der gesamten direkten Gemeindesteuern am Schlusse des Rechnungsjahres betrug das ... fache der ihnen zugrunde liegenden staatlich veranlagten direkten Steuern			Das berichtigte Soll der gesamten Gemeindesteuern (direkte, indirekte und überwiesene Steuern) am Schlusse des Rechnungsjahres						Die gesamten Schulden am Schlusse des Rechnungsjahres					
		1. 1. 1912	1. 1. 1919	1. 1. 1920	1911	1918	1919	1911 betrug		1918 betrug		1919 betrug		1911 betrugen		1918 betrugen		1919 betrugen	
	1 000	auf 1 Einw. M	auf 1 Einw. M	auf 1 Einw. M				überhaupt Mill. M	auf 1 Einw. M	überhaupt Mill. M	auf 1 Einw. M	überhaupt Mill. M	auf 1 Einw. M	überhaupt Mill. M	das ...fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern	überhaupt Mill. M	das ...fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern	überhaupt Mill. M	das ...fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern
1	2	3a	3b	3c	4a	4b	4c	5a	5b	5c	5d	5e	5f	6a	6b	6c	6d	6e	6f
I. Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern.																			
†Königsberg i. Pr.	261	14,6	24,5	29,2	2,4	2,9	5,5	9,8	39,4	21,1	81,0	46,6	178,4	87,0	24,1	153,0	24,0	184,1	24,2
†Berlin	1 903	32,8	50,1	64,6	1,2	2,0	3,8	101,1	49,7	190,8	103,9	479,5	252,0	442,9	6,8	1 350,5	14,7	1 925,6	15,7
†Charlottenburg	323	40,4	62,3	67,5	1,2	1,6	3,1	16,6	54,9	33,4	110,0	72,2	223,8	156,5	12,8	271,8	14,4	303,7	14,0
†Neukölln	262	12,9	21,8	30,0	1,4	1,9	3,9	5,6	22,3	12,5	47,0	32,9	125,7	70,2	21,8	219,6	37,8	411,0	52,3
†Stettin	233	15,7	27,7	35,7	2,1	2,4	4,4	8,6	35,5	18,5	71,6	39,2	168,5	67,8	17,9	135,4	18,9	165,9	20,0
†Breslau	528	19,5	38,8	44,1	1,8	2,1	3,9	20,5	39,2	40,0	85,0	96,8	183,2	117,9	11,6	222,3	12,2	261,2	11,2
†Magdeburg	286	19,3	32,7	38,1	1,9	2,0	4,0	11,1	39,2	20,1	69,5	46,2	161,6	67,1	12,3	140,1	14,8	173,9	16,0
†Kiel	205	13,7	30,2	33,9	2,6	2,6	4,4	8,6	39,9	17,5	87,6	32,9	160,2	73,6	24,8	116,5	19,3	133,9	19,2
†Hannover	310	22,1	38,2	48,9	1,4	1,4	3,2	10,9	35,6	19,0	61,0	54,9	176,8	77,7	11,5	173,4	14,6	162,3	10,7
†Dortmund	295	16,7	25,7	30,7	2,2	2,5	4,3	9,1	40,9	20,5	71,2	42,6	144,5	92,9	25,0	192,7	26,1	261,7	28,9
†Frankfurt a. M.	433	37,3	44,8	67,1	1,4	2,4	3,7	25,3	58,7	51,0	115,6	119,8	276,7	297,7	18,5	495,1	25,0	533,1	18,3
†Cöln	634	22,3	30,5	43,7	1,6	2,2	5,1	23,0	41,0	51,8	75,3	156,0	246,1	213,1	17,1	541,8	25,8	905,4	32,7
†Essen	439	17,9	35,7	37,8	2,2	2,4	5,2	13,4	44,7	40,4	90,9	91,6	208,6	55,7	10,4	188,8	11,9	266,6	16,1
†Düsseldorf	407	23,5	44,3	49,1	1,6	1,9	4,4	16,1	43,5	38,5	93,3	93,3	228,9	182,5	21,1	323,7	17,7	452,0	22,6
†Duisburg	244	13,6	30,2	36,5	2,2	2,8	4,6	8,7	37,2	21,8	90,8	44,3	181,5	56,1	17,6	95,8	13,2	126,3	14,2
II. Städte mit mehr als 100 000 bis 200 000 Einwohnern.																			
†Berlin-Schöneberg	175	29,2	42,7	52,5	1,2	2,1	3,2	6,9	39,3	16,9	96,8	31,1	177,6	90,9	17,9	129,7	17,4	191,3	20,8
† „ -Lichtenberg	145	13,1	28,2	36,2	1,5	2,0	3,5	2,2	24,8	8,2	58,8	19,1	131,7	26,9	23,7	134,2	34,1	162,9	31,1
† „ -Wilmersdorf	139	39,6	55,0	64,2	1,2	1,9	3,0	7,3	61,0	15,2	109,4	28,3	203,0	58,5	12,4	76,4	10,0	131,4	14,7
†Halle a. S.	182	18,8	30,3	37,2	1,8	2,2	4,1	6,9	37,8	11,5	69,6	29,2	160,3	35,6	10,4	105,6	21,1	124,8	18,4
†Erfurt	130	16,4	27,8	29,2	1,7	1,7	4,3	4,1	32,4	6,8	52,3	17,2	132,6	31,8	15,3	80,7	22,2	102,4	27,1
†Altona	169	18,0	28,0	36,8	2,1	2,6	4,8	7,6	42,3	13,9	78,8	33,4	197,8	65,2	20,3	155,7	31,4	170,0	27,4
†Gelsenkirchen	169	10,9	18,4	27,7	2,7	3,0	4,3	5,9	34,6	10,1	58,6	21,9	130,2	31,0	16,6	62,9	19,9	90,3	19,3
†Bochum	143	14,5	29,7	32,0	2,2	2,7	4,2	4,9	35,6	13,0	91,6	22,0	154,1	26,4	13,3	93,9	22,2	97,6	21,4
†Münster	100	15,9	21,5	28,6	1,7	1,7	3,8	2,6	29,1	4,0	39,7	10,6	106,0	24,8	17,1	35,7	16,6	55,3	19,2
†Cassel	162	19,8	39,6	39,5	1,5	1,5	4,1	5,1	32,7	10,0	65,1	28,1	173,0	43,3	14,0	103,9	17,0	107,1	16,7
†Elberfeld	157	22,2	32,2	41,9	2,1	2,6	5,2	8,7	50,4	14,3	88,4	35,9	228,5	64,5	16,9	145,9	28,0	203,8	31,0
†Barmen	156	18,0	32,4	42,0	2,3	2,5	5,4	7,7	44,8	13,9	86,1	36,9	235,8	65,2	21,2	131,8	25,2	168,9	25,3
†Aachen	146	20,9	30,9	34,7	1,9	2,5	5,7	6,6	42,7	12,2	82,2	30,3	208,0	36,4	11,2	73,3	16,0	82,0	16,2
†Mülheim a. d. R.	127	14,7	33,8	39,2	2,0	2,3	3,5	3,8	33,2	9,7	83,9	18,5	145,9	27,0	15,9	54,9	14,1	66,9	13,4
†Crefeld	124	19,7	34,2	38,7	1,9	3,2	4,8	5,2	40,7	15,0	116,5	25,7	206,7	53,2	21,1	87,9	19,9	102,9	21,4
†Hamborn	110	12,9	21,6	26,0	2,4	2,7	4,3	3,2	31,1	6,3	61,1	13,1	119,2	9,4	7,1	21,1	9,6	20,5	7,2
III. Städte mit mehr als 50 000 bis 100 000 Einwohnern.																			
†Elbing	67	10,7	17,8	20,9	2,3	2,7	4,9	1,5	26,3	3,4	51,7	7,5	111,6	7,1	11,4	20,3	17,3	23,3	16,7
†Spandau	95	12,4	29,1	46,8	2,0	1,6	2,7	3,0	35,8	6,0	51,7	13,6	142,5	31,1	30,0	78,5	23,4	114,0	25,5
†Frankfurt a. O.	65	11,9	18,1	22,4	2,1	2,3	4,5	2,0	29,3	3,2	45,8	7,3	111,7	10,0	12,6	23,1	18,4	27,8	19,1
†Potsdam	58	19,6	30,5	35,8	1,3	1,6	2,9	1,9	30,4	2,8	52,0	6,8	116,9	17,1	14,1	37,6	23,0	53,0	25,3
†Brandenburg (Havel)	53	12,9	26,4	32,5	2,3	2,9	3,3	1,8	32,8	4,2	82,3	6,4	121,2	12,8	18,5	16,4	12,3	21,0	12,2
†Görlitz	80	15,2	21,4	27,6	1,7	1,6	2,6	2,4	28,5	3,4	37,1	9,1	113,6	25,5	19,6	28,3	14,5	45,1	24,9
†Liegnitz	70	13,4	17,9	24,6	1,5	2,0	3,4	1,6	23,6	2,9	39,6	6,9	98,3	9,1	10,1	28,6	22,3	30,5	17,6
†Königshütte	75	8,2	14,3	17,6	2,9	2,9	3,9	1,8	24,8	3,1	43,5	5,6	74,9	5,3	8,8	14,6	14,2	13,9	10,6
†Beuthen	71	12,8	24,6	34,3	2,1	2,8	3,3	2,0	29,0	4,4	61,7	8,8	123,0	12,6	15,2	19,1	10,9	18,8	7,7
†Gleiwitz	69	11,8	21,2	25,0	2,9	2,9	5,8	2,5	36,8	4,7	66,2	10,7	154,3	12,3	15,5	26,6	17,8	25,2	14,6
†Flensburg	61	13,3	21,7	30,4	2,5	2,9	3,8	2,3	37,1	4,9	71,2	11,8	193,2	13,0	15,6	46,2	30,7	50,2	27,1
†Osnabrück	85	14,6	22,1	28,3	1,9	2,1	3,2	2,0	30,7	3,9	49,4	8,4	98,3	16,6	17,2	40,1	22,9	55,2	22,9
†Linden vor Hannover	82	11,9	24,7	30,1	2,1	2,0	3,6	2,1	27,4	4,4	52,1	9,3	112,8	10,2	11,5	35,5	16,9	33,9	13,7
†Harburg	66	20,3	25,9	34,9	1,8	2,4	3,3	2,7	39,9	4,2	64,3	8,3	126,5	13,7	10,0	23,6	14,0	15,9	6,9
†Hildesheim	53	14,6	26,9	32,4	2,0	2,2	3,4	1,8	32,0	3,8	68,9	6,5	121,2	14,6	17,6	28,9	19,7	35,3	20,3
†Hagen (Westfalen)	93	13,5	32,5	46,6	2,8	2,9	4,6	3,7	41,3	9,2	98,5	21,0	226,7	21,4	17,6	51,6	17,0	54,1	12,5
†Buer	89	8,9	9,3	18,6	3,1	4,7	7,1	1,9	29,3	5,1	44,2	12,0	135,8	8,1	13,7	27,1	25,3	32,8	19,8
†Bielefeld	79	18,3	34,9	43,4	2,0	2,3	3,6	3,1	38,8	6,4	83,9	13,0	164,4	22,2	15,4	36,0	13,4	39,1	11,4
Bottrop	71	7,3	14,5	21,4	3,2	4,1	6,5	1,3	24,9	4,4	61,9	10,2	143,5	2,7	7,3	2,8	2,7	6,8	4,5
†Herne	64	11,5	17,3	20,9	2,3	2,6	5,4	1,6	26,9	3,0	49,8	8,0	125,5	7,1	10,5	28,2	27,0	36,8	27,4
†Recklinghausen	61	11,0	16,7	20,2	2,8	2,9	5,3	1,8	32,6	3,0	51,5	6,9	114,2	11,2	18,9	26,3	27,3	41,6	33,9
Gladbeck	53	8,8	13,0	18,6	2,4	4,2	7,3	1,1	25,5	2,9	55,2	7,4	139,5	2,2	5,8	2,6	3,8	3,4	3,5
†Wiesbaden	98	35,6	48,2	55,2	1,1	1,6	3,9	5,7	50,0	8,2	82,9	22,9	234,9	57,6	14,2	98,8	20,7	133,6	24,5
†Oberhausen	99	10,8	21,8	29,7	2,5	2,7	4,1	2,7	29,1	6,2	60,9	12,8	129,9	6,6	6,7	26,6	12,1	41,8	14,[illegible]
†Bonn	91	24,2	32,8	35,0	1,5	1,6	3,9	3,6	40,5	5,5	61,0	14,2	154,8	30,8	14,5	62,5	21,2	77,8	24,[illegible]
†Remscheid	73	15,1	46,2	66,2	2,3	2,6	3,7	2,7	37,0	9,5	123,6	18,4	253,0	20,7	18,4	46,6	13,2	58,6	12,2
†München Gladbach	64	17,8	37,6	43,4	2,2	3,5	4,9	2,8	41,4	8,7	136,7	14,6	227,7	27,8	23,4	44,0	18,3	54,3	19,6
†Coblenz	57	19,7	30,1	36,5	1,3	2,0	4,3	1,8	31,0	4,0	69,4	10,0	177,3	12,0	10,4	34,7	20,0	49,5	23,[illegible]
†Trier	53	13,0	21,7	32,2	2,0	2,3	5,3	1,5	30,1	3,3	56,1	10,0	187,5	20,6	31,7	38,9	30,5	61,9	36,1

Allgemeine Bemerkung: Den Berechnungen auf den Kopf der Bevölkerung liegen für die Rechnungsjahre 1911 und 1918 die Ergebnisse der Personenstandsaufnahme für diese Rechnungsjahre, für das Rechnungsjahr 1919 die der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 zugrunde.

Noch: Die Gemeindesteuern und Schulden der nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 mehr als 10 000 Einwohner zählenden preußischen Städte und Landgemeinden in den Rechnungsjahren 1911, 1918 und 1919.

(Noch: Tafel 2) Stadtgemeinden († = Stadtkreise)	Einwohnerzahl nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919	Das der Kreis- bezw. Provinzialbesteuerung zugrunde liegende Prinzipalsoll der direkten Steuern nach dem Stande vom			Das berichtigte Soll der gesamten direkten Gemeindesteuern am Schlusse des Rechnungsjahres betrug das ... fache der ihnen zugrunde liegenden staatlich veranlagten direkten Steuern			Das berichtigte Soll der gesamten Gemeindesteuern (direkte, indirekte und überwiesene Steuern) am Schlusse des Rechnungsjahres						Die gesamten Schulden am Schlusse des Rechnungsjahres					
		1. 1. 1912	1. 1. 1919	1. 1. 1920	1911	1918	1919	1911 betrug		1918 betrug		1919 betrug		1911 betrugen		1918 betrugen		1919 betrugen	
		auf 1 Einw.	auf 1 Einw.	auf 1 Einw.				überhaupt	auf 1 Einw.	überhaupt	auf 1 Einw.	überhaupt	auf 1 Einw.	überhaupt	das ... fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern	überhaupt	das ... fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern	überhaupt	das ... fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern
	1 000	M	M	M				Mill. M	M	Mill. M	M	Mill. M	M	Mill. M		Mill. M		Mill. M	
1	2	3a	3b	3c	4a	4b	4c	5a	5b	5c	5d	5e	5f	6a	6b	6c	6d	6e	6f
IV. Städte mit mehr als 25 000 bis 50 000 Einwohnern.																			
†Tilsit	44	11,7	20,6	22,3	2,4	2,8	6,3	1,2	30,6	2,5	65,2	6,9	154,6	11,0	24,3	18,3	23,2	26,9	27,2
†Insterburg	38	9,1	17,6	14,7	2,8	2,4	4,8	0,7	23,0	1,6	47,8	3,5	90,6	6,2	20,9	13,6	23,3	17,4	30,9
†Allenstein	35	7,2	12,8	16,6	1,9	1,8	2,1	0,6	17,2	1,1	26,9	1,6	46,8	7,3	29,7	15,6	30,0	17,8	30,8
†Cottbus	48	17,4	32,9	36,8	1,9	2,5	4,2	1,8	36,0	4,1	87,8	7,8	162,6	14,5	17,2	23,6	15,2	31,0	17,5
†Landsberg a. W.	40	9,8	19,3	22,2	1,9	2,3	3,6	0,8	20,1	1,8	48,8	3,7	93,5	5,0	12,9	11,0	15,5	14,7	16,6
†Guben	38	11,0	28,1	31,5	1,9	2,0	4,0	0,9	22,6	1,7	59,9	4,9	129,6	4,5	10,5	11,1	13,6	13,6	11,4
Cöpenick	33	13,1	22,2	37,6	2,1	2,2	3,6	0,9	30,2	1,7	51,2	4,7	144,4	12,1	29,6	17,7	24,8	25,8	21,1
†Forst	32	15,5	36,2	45,1	2,0	2,2	3,9	1,1	32,7	2,9	80,8	5,9	184,3	4,6	8,6	12,2	9,4	33,7	21,7
†Eberswalde	27	12,5	24,7	33,9	1,8	2,1	4,3	0,7	25,7	1,4	53,8	4,2	156,4	5,6	17,1	7,9	12,6	9,9	10,9
†Stolp	38	9,7	16,3	23,8	2,1	2,7	5,3	0,8	23,9	1,6	47,1	5,0	132,1	9,5	28,8	18,5	32,5	28,7	32,8
†Stralsund	36	11,2	16,0	17,4	1,8	2,0	3,4	0,8	23,1	1,3	36,8	2,4	66,5	7,8	19,4	15,9	28,8	19,1	30,3
†Greifswald	34	11,3	12,1	9,7	1,9	2,9	5,5	0,6	23,5	0,9	38,3	2,1	62,2	5,1	18,8	16,8	58,0	19,1	57,6
Kolberg	29	9,6	16,7	13,5	2,5	2,5	4,7	0,7	25,3	0,9	44,8	2,2	75,0	9,6	38,4	11,9	33,8	13,4	34,3
†Stargard i. Pommern	29	9,7	11,9	18,0	2,0	2,1	4,3	0,6	21,7	1,0	29,4	2,5	88,2	4,1	14,8	8,5	20,1	11,4	22,1
Köslin	27	8,9	15,3	13,8	2,0	2,3	4,2	0,4	18,6	0,9	36,6	1,8	65,9	3,7	17,7	9,8	25,7	16,8	43,7
†Schneidemühl	33	9,3	18,0	32,5	2,3	2,0	3,8	0,6	23,5	1,2	39,5	3,6	118,0	6,1	25,4	13,5	25,8	14,1	13,3
Waldenburg i. Schles	37	13,5	21,7	20,9	1,8	2,5	3,9	0,6	28,3	1,1	58,6	3,8	89,0	5,1	18,6	5,2	12,5	8,2	10,6
†Schweidnitz	27	10,4	17,3	24,6	1,9	2,0	2,6	0,7	22,7	1,0	36,9	1,9	70,2	6,0	18,1	8,8	18,2	9,8	14,0
†Brieg	26	12,1	24,3	26,3	1,4	1,5	2,5	0,5	18,4	1,1	38,9	2,0	75,3	5,2	15,4	7,3	10,8	7,2	10,3
Glogau	26	15,2	22,7	22,3	1,7	2,0	3,9	0,7	27,4	1,8	47,0	2,5	95,8	4,6	12,2	7,7	12,7	11,5	19,9
†Kattowitz	45	15,7	27,3	40,9	2,5	2,6	3,8	1,8	42,1	3,6	76,0	7,6	166,7	7,5	10,9	15,6	12,2	16,8	8,8
†Ratibor	37	12,7	25,6	33,8	2,0	2,5	3,4	1,0	27,1	2,3	65,5	4,4	118,1	6,5	13,4	11,8	12,9	13,0	10,4
†Oppeln	35	10,3	16,9	18,0	2,1	2,7	3,4	0,8	22,8	1,6	47,4	2,3	65,9	8,5	24,1	10,2	17,6	10,9	17,1
†Neisse	28	8,7	15,1	15,7	1,9	1,7	2,4	0,6	18,8	0,9	28,5	1,4	48,6	4,1	15,5	7,5	16,5	7,5	17,0
†Halberstadt	47	16,2	30,3	31,0	1,8	1,9	3,2	1,5	32,1	2,9	63,9	4,9	104,9	15,0	19,7	29,5	21,4	34,9	23,9
†Mühlhausen i. Th.	34	13,4	26,7	30,1	1,9	1,7	3,0	1,0	27,8	1,6	49,7	3,2	95,2	6,1	12,8	12,8	14,7	20,6	20,1
†Weißenfels	34	12,7	18,6	27,9	2,2	3,0	4,1	1,0	28,7	1,8	58,9	4,3	127,9	3,5	8,2	11,0	19,4	11,3	12,1
†Nordhausen	33	20,2	36,0	41,9	1,9	2,2	3,6	1,3	41,3	2,6	84,3	5,4	160,6	7,9	12,2	20,9	18,6	21,0	15,0
†Zeitz	32	11,9	23,5	31,1	2,0	1,9	3,4	1,0	29,9	1,5	47,3	4,0	124,6	4,2	10,4	7,6	10,2	13,8	13,8
†Stendal	29	12,2	16,8	17,8	2,1	2,4	4,1	0,7	27,5	1,1	43,2	2,4	80,8	8,9	26,8	11,9	26,8	12,8	30,1
†Naumburg	29	14,6	18,3	23,8	1,7	1,7	2,5	0,7	27,0	1,1	37,7	2,1	73,2	10,4	26,4	15,1	28,5	14,7	21,6
†Aschersleben	28	14,6	27,3	35,4	2,2	2,2	2,9	1,0	33,2	1,8	66,6	3,1	112,1	5,0	12,0	9,5	12,8	10,8	11,1
†Quedlinburg	26	19,4	34,2	58,7	1,7	1,9	2,7	1,0	36,2	1,8	69,1	4,2	163,1	8,4	16,1	9,9	10,9	13,0	8,5
†Neumünster	36	13,9	28,2	35,1	2,0	2,1	2,8	1,1	31,2	2,0	60,7	4,0	109,8	9,8	20,7	17,1	18,8	28,7	22,6
†Wandsbek	35	14,5	25,3	40,5	2,1	2,2	3,6	1,3	36,2	2,1	61,5	5,9	166,2	10,4	19,8	20,5	23,3	31,8	22,2
†Göttingen	41	19,2	28,1	24,9	1,8	1,9	3,6	1,4	41,0	2,0	58,9	4,2	101,2	11,9	17,8	25,4	27,2	32,6	31,8
Lehe, Flecken	38	8,7	9,3	14,6	2,3	2,9	4,9	0,8	20,7	1,1	29,3	3,0	78,5	6,1	17,7	10,2	28,8	13,8	24,0
†Wilhelmshaven	29	8,4	24,9	28,9	2,0	2,0	3,0	0,7	18,6	1,5	61,0	2,9	98,3	4,6	15,6	4,6	7,7	5,4	6,4
†Lüneburg	28	15,0	21,0	27,6	1,8	2,7	4,0	0,8	28,5	1,6	59,3	3,2	117,6	6,9	16,5	12,4	21,8	14,2	18,6
†Emden	27	12,3	21,2	29,9	1,9	2,2	4,3	0,6	27,8	1,4	51,4	3,7	138,1	8,4	29,1	13,3	23,7	15,1	18,9
†Hamm (Westfalen)	46	12,9	21,8	27,3	2,5	2,2	4,4	1,6	35,0	2,4	54,4	6,2	134,7	9,5	16,4	29,7	30,2	33,9	27,2
†Witten	37	14,5	36,9	44,4	2,2	2,3	3,2	1,3	33,4	3,2	87,5	5,6	149,0	9,7	17,7	20,6	15,3	28,1	16,9
†Herford	35	11,4	20,9	24,1	2,4	2,7	4,0	0,9	28,1	1,9	59,3	3,7	105,1	6,5	17,4	19,2	28,3	15,8	18,8
†Hörde	33	12,2	25,1	33,1	2,3	2,2	3,9	0,9	28,7	1,9	58,8	4,4	133,8	2,8	6,9	18,3	22,2	22,8	20,7
Paderborn	32	11,5	13,0	17,0	2,1	2,6	4,7	0,8	25,6	1,2	37,9	2,8	88,1	3,8	11,1	4,5	10,6	4,3	8,0
†Lüdenscheid	31	14,1	29,1	50,9	2,0	2,2	2,8	1,0	32,0	2,5	66,5	4,5	146,8	4,9	10,6	9,2	8,3	10,1	6,5
†Iserlohn	29	15,2	28,8	39,8	2,2	2,4	3,9	1,1	34,9	2,2	71,5	4,9	168,9	7,5	15,8	21,5	24,6	28,2	24,3
Siegen	29	16,5	34,0	37,0	2,2	2,4	3,7	1,2	40,6	2,5	86,1	4,4	150,7	8,7	18,6	8,9	8,8	10,4	9,7
Wattenscheid	28	9,7	16,3	20,3	2,5	2,2	3,7	0,7	25,8	1,1	37,3	2,2	77,3	2,0	7,2	4,3	9,1	8,3	14,6
Minden	26	14,2	25,2	30,1	1,9	1,7	3,8	0,9	32,1	1,4	46,4	3,3	125,7	8,6	22,2	12,2	15,8	15,0	19,2
†Hanau	37	20,5	32,9	46,1	1,6	2,2	3,7	1,4	35,7	2,9	76,2	6,6	180,0	17,6	22,3	32,4	25,8	36,7	21,8
Höchst	28	37,4	52,7	75,4	1,4	1,4	2,5	1,0	56,1	2,4	81,3	5,5	193,4	4,2	6,6	17,5	11,5	19,3	9,0
†Solingen	49	15,5	37,8	50,1	2,2	2,6	4,6	1,9	37,9	5,2	103,1	11,9	243,9	16,9	21,7	27,1	14,1	34,3	14,0
†Sterkrade	46	9,4	21,5	26,7	2,9	3,0	4,1	1,0	29,0	2,9	67,0	5,2	113,3	1,8	5,2	4,9	5,2	9,0	7,3
†Rheydt	43	15,6	32,7	37,6	2,1	4,2	4,9	1,6	35,3	6,2	140,8	8,5	198,8	15,5	22,4	24,5	16,9	25,8	16,0
†Neuß	40	15,7	28,5	32,7	1,7	2,1	6,9	1,3	32,5	2,6	64,3	9,6	240,9	20,1	33,3	31,6	27,5	44,8	34,4
Düren	34	26,0	30,5	47,4	1,8	2,2	4,0	1,5	47,7	2,8	73,5	6,9	203,7	6,3	7,8	16,3	14,0	16,3	10,1
Viersen	30	12,7	25,0	27,9	2,1	3,6	4,7	0,9	29,4	2,9	94,1	4,2	141,4	4,1	10,4	6,4	8,2	8,4	10,1
Ohligs	28	13,7	28,8	48,4	1,9	2,4	4,1	0,8	28,1	2,3	69,8	5,7	203,2	4,3	10,7	11,5	12,0	17,3	12,7
Wald	26	11,0	28,5	37,6	2,2	2,5	4,3	0,7	25,6	1,9	73,2	4,4	169,6	2,6	9,1	10,2	13,7	16,3	16,7
V. Städte mit mehr als 10 000 bis 25 000 Einwohnern.																			
Gumbinnen	17	8,4	12,1	15,7	2,2	2,6	3,9	0,3	21,3	0,7	34,7	1,2	70,7	2,9	23,5	3,5	14,5	8,9	32,5
Marienburg	16	7,4	11,0	18,6	2,7	2,7	5,0	0,3	21,3	0,6	33,6	1,7	104,6	5,1	42,7	9,4	46,5	9,4	32,0
Osterode i. Ostpr.	15	7,6	10,6	18,2	2,5	2,9	4,9	0,3	22,8	0,5	32,3	1,4	96,6	2,6	24,5	8,5	49,8	10,1	37,6
Lyck	14	7,3	9,7	15,8	2,3	2,9	4,4	0,2	17,1	0,5	31,5	1,0	75,2	2,2	22,0	6,1	41,4	10,3	47,7
Rastenburg	13	6,8	12,4	13,4	2,4	2,6	4,2	0,2	18,2	0,4	35,0	0,8	62,6	5,1	62,1	8,6	54,5	9,3	52,5

Noch: Die Gemeindesteuern und Schulden der nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 mehr als 10 000 Einwohner zählenden preußischen Städte und Landgemeinden in den Rechnungsjahren 1911, 1918 und 1919.

(Noch: Tafel 2)

Stadtgemeinden († = Stadtkreise)	Einwohnerzahl nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919	Das der Kreis- bezw. Provinzialbesteuerung zugrunde liegende Prinzipalsoll der direkten Steuern nach dem Stande vom			Das berichtigte Soll der gesamten direkten Gemeindesteuern am Schlusse des Rechnungsjahres betrug das … fache der ihnen zugrunde liegenden staatlich veranlagten direkten Steuern			Das berichtigte Soll der gesamten Gemeindesteuern (direkte, indirekte und überwiesene Steuern) am Schlusse des Rechnungsjahres						Die gesamten Schulden am Schlusse des Rechnungsjahres					
								1911 betrug		1918 betrug		1919 betrug		1911 betrugen		1918 betrugen		1919 betrugen	
		1. 1. 1912 auf 1 Einw.	1. 1. 1919 auf 1 Einw.	1. 1. 1920 auf 1 Einw.	1911	1918	1919	überhaupt Mill. M	auf 1 Einw. M	überhaupt Mill. M	auf 1 Einw. M	überhaupt Mill. M	auf 1 Einw. M	überhaupt Mill. M	das … fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern	überhaupt Mill. M	das … fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern	überhaupt Mill. M	das … fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern
	1 000	M	M	M															
1	2	2a	3b	3c	4a	4b	4c	5a	5b	5c	5d	5e	5f	6a	6b	6c	6d	6e	6f
Noch: V. Städte mit mehr als 10 000 bis 25 000 Einwohnern.																			
Braunsberg Ostpr.	13	6,3	11,8	11,6	2,2	2,4	3,1	0,2	15,5	0,4	29,7	0,5	39,9	2,2	25,5	2,2	15,3	3,7	24,1
Marienwerder	12	9,8	11,8	13,0	2,4	3,0	4,8	0,4	28,4	0,5	38,4	0,8	70,5	2,3	18,2	2,8	18,2	3,5	22,9
Rathenow	25	10,2	24,5	37,0	2,7	2,9	3,7	0,8	32,9	1,8	75,3	3,7	149,7	4,4	17,9	6,5	11,1	10,5	11,4
Wittenberge	24	10,3	22,5	23,9	2,4	2,6	4,4	1,6	75,5	1,3	62,0	2,7	112,7	3,4	16,2	13,4	28,6	15,9	27,2
Luckenwalde	23	10,5	28,0	35,1	2,1	2,5	3,5	0,6	26,0	1,6	74,1	3,0	133,7	3,8	15,4	6,3	10,3	11,7	14,7
Fürstenwalde	22	13,5	19,7	24,3	1,8	2,7	3,4	0,6	25,6	1,2	55,8	1,9	89,0	4,8	15,6	4,4	10,8	4,8	8,3
Prenzlau	20	10,7	14,6	20,8	1,9	2,4	4,5	0,4	19,7	0,8	36,2	2,0	100,5	2,7	11,7	4,3	12,8	7,2	17,5
Cüstrin	19	10,2	18,4	19,6	2,1	1,8	3,2	0,4	22,5	0,5	34,6	1,3	69,2	1,7	9,6	3,4	11,6	5,2	14,4
Neuruppin	17	10,0	17,8	20,6	2,0	2,5	4,4	0,4	21,8	0,7	48,1	1,7	100,0	3,7	19,9	4,6	17,2	8,8	24,9
Sorau N./L.	16	12,3	21,4	28,5	1,7	1,9	3,0	0,4	22,9	0,6	42,5	1,4	89,9	2,0	8,9	2,0	6,5	2,7	6,1
Oranienburg	13	12,8	22,7	30,5	1,9	2,1	3,2	0,4	28,1	0,7	54,8	1,4	111,3	2,1	12,4	4,5	15,7	5,2	13,4
Finsterwalde	13	11,4	32,0	43,1	2,1	2,4	3,1	0,8	26,6	1,0	81,7	1,9	146,1	1,4	9,6	2,5	6,2	5,1	9,3
Sommerfeld	11	9,6	14,1	17,2	2,0	2,6	4,5	0,2	20,5	0,4	37,8	0,9	82,6	0,5	4,9	1,6	10,8	3,4	18,4
Spremberg	11	15,0	43,0	59,3	2,0	2,1	3,3	0,4	31,4	0,9	95,0	2,2	203,7	2,4	13,9	2,3	5,8	5,4	8,6
Swinemünde	16	11,7	11,6	20,7	2,2	3,0	4,8	0,5	31,7	0,7	37,2	1,8	116,3	6,7	38,4	7,0	33,6	7,3	22,5
Lauenburg i. Pomm.	15	7,7	12,6	13,0	2,0	2,2	4,7	0,3	22,6	0,4	31,3	1,0	66,2	2,0	19,6	3,3	19,1	2,7	14,2
Anklam	14	11,2	17,2	19,9	2,0	2,4	3,3	0,4	24,3	0,6	43,8	1,1	73,6	2,5	14,7	2,9	11,7	3,2	11,1
Neustettin	13	8,0	11,5	16,0	2,0	2,6	4,6	0,2	17,8	0,4	32,2	1,1	81,2	0,6	5,8	3,9	25,0	4,7	22,2
Demmin	12	9,5	15,7	16,0	1,6	1,7	3,5	0,2	16,7	0,3	29,7	0,8	64,5	1,7	14,6	1,8	11,1	2,0	10,3
Pasewalk	11	9,2	11,8	11,6	2,1	2,5	4,9	0,2	21,7	0,3	32,3	0,7	65,9	0,8	7,7	0,9	7,9	1,3	9,8
Belgard (Persante)	10	6,7	10,0	12,9	2,5	2,8	5,6	0,2	18,6	0,3	29,4	0,8	77,3	1,9	29,5	2,3	22,9	2,6	19,1
Gollnow	10	6,7	11,4	15,6	2,0	1,9	3,0	0,1	13,7	0,2	21,8	0,5	48,7	0,6	8,9	0,8	6,7	1,3	8,2
Grünberg i. Schlesien	22	14,8	27,1	35,6	1,8	1,9	3,2	0,6	27,1	1,2	53,3	2,7	120,0	2,0	5,9	2,7	4,5	6,2	7,8
Hirschberg i. Schlesien	21	15,6	25,4	26,6	1,8	1,9	3,3	0,6	31,0	1,0	52,7	2,1	97,0	3,4	10,8	4,6	9,6	6,7	11,8
Bunzlau	16	13,1	20,5	24,4	1,0	1,0	1,0	0,2	15,0	0,4	23,7	0,5	34,0	4,0	18,9	5,6	18,2	9,3	23,9
Sagan	15	12,2	27,2	29,4	1,5	1,9	2,2	0,3	18,9	0,8	51,0	1,0	65,3	1,5	7,9	1,3	3,3	1,8	4,1
Reichenbach i. Schlesien	15	11,7	18,0	22,6	1,6	2,1	2,4	0,3	20,5	0,6	39,4	0,9	60,5	2,2	11,5	2,9	11,0	4,2	12,1
Glatz	15	10,2	16,6	21,3	1,6	1,7	3,2	0,3	19,3	0,5	31,4	1,1	74,9	1,8	10,5	2,2	8,2	4,6	14,3
Lauban	14	12,3	17,2	17,2	1,7	2,0	3,9	0,3	22,2	0,5	35,3	1,0	68,7	3,0	16,7	2,4	10,4	2,5	9,9
Striegau	14	8,9	13,1	17,5	1,8	2,1	4,0	0,3	17,6	0,4	30,1	1,0	73,8	2,0	15,3	2,8	15,7	3,9	16,1
Oels	14	9,9	15,6	21,4	1,4	1,6	2,3	0,2	16,4	0,3	26,9	0,8	56,0	2,7	23,5	2,6	12,8	2,6	9,0
Neusalz a. Oder	13	11,3	20,3	42,5	1,9	2,1	2,9	0,3	23,7	0,6	45,2	1,7	131,3	1,4	9,4	2,2	8,2	5,1	9,2
Landeshut i. Schlesien	12	11,8	26,7	26,1	1,9	2,2	3,2	0,3	23,3	0,7	59,4	1,1	87,9	1,5	9,6	1,4	4,5	1,4	4,5
Jauer	12	9,7	10,8	15,5	1,5	2,1	4,1	0,2	14,0	0,3	23,1	0,8	69,4	2,9	22,1	3,8	26,3	4,4	24,6
Ohlau	10	8,7	17,2	19,1	1,8	1,9	3,0	0,2	17,7	0,3	34,3	0,6	61,5	1,3	16,7	2,6	15,9	3,0	15,3
Gottesberg	10	6,1	8,3	12,1	2,1	2,3	4,9	0,1	12,5	0,2	20,5	0,7	65,6	0,6	8,7	0,9	11,5	1,3	10,9
Myslowitz	18	11,3	13,7	15,4	2,6	2,8	4,1	0,5	31,6	0,7	40,2	1,2	64,7	2,7	14,0	4,5	18,1	5,0	18,0
Neustadt O. S.	16	11,6	17,4	20,8	2,1	2,2	2,7	0,5	25,1	0,6	38,7	0,9	57,7	4,4	19,8	3,9	13,9	3,9	11,7
Tarnowitz	14	8,5	11,9	14,5	2,5	3,2	3,6	0,3	22,3	0,5	39,7	0,8	57,9	1,7	14,9	2,1	12,9	2,3	10,9
Leobschütz	12	9,1	16,2	18,8	1,9	2,0	2,5	0,3	19,2	0,4	33,3	0,6	51,1	2,7	23,2	3,9	20,7	2,7	12,0
Kreuzburg O. S.	11	9,4	15,4	17,9	2,4	2,5	3,2	0,3	24,1	0,4	39,9	0,7	62,6	1,7	15,3	1,9	10,9	2,0	9,5
Rybnik	11	8,3	13,8	18,9	2,5	2,8	3,1	0,2	23,0	0,4	40,8	0,7	64,2	1,2	13,5	1,7	13,4	2,0	9,4
Burg b. Magdeburg	23	10,2	19,4	25,0	2,0	2,5	3,1	0,5	22,4	1,1	51,1	1,9	83,1	7,5	30,4	7,9	18,8	8,6	15,0
Merseburg	23	11,4	19,7	24,7	1,8	2,2	2,8	0,5	23,3	1,0	44,5	1,8	77,7	3,9	15,8	8,2	18,0	12,5	22,3
†Eisleben	23	9,7	16,1	27,6	2,2	2,8	2,7	0,6	22,9	1,1	48,0	1,8	78,6	3,1	13,4	4,9	13,2	5,6	8,9
Wittenberg, Bez. Halle	22	11,0	23,4	30,8	1,9	2,0	2,8	0,5	22,0	1,2	48,6	2,2	99,4	2,0	7,9	1,6	2,7	3,4	4,9
Schönebeck a. E.	18	11,1	14,0	24,9	1,9	3,1	3,2	0,4	22,8	0,8	47,5	1,6	86,0	1,5	7,2	0,8	3,1	2,8	6,1
Wernigerode	18	14,0	19,6	25,1	1,8	2,2	3,8	0,5	27,9	0,8	45,9	1,9	102,6	4,9	18,8	4,5	13,3	4,3	9,4
Eilenburg	18	11,1	17,7	22,7	1,6	2,0	4,1	0,3	18,3	0,7	37,9	1,8	100,3	2,3	12,2	5,6	17,3	5,9	14,7
Bitterfeld	17	14,3	20,7	52,1	1,7	2,6	2,9	0,4	26,0	1,1	60,5	2,7	162,2	1,2	5,8	1,8	5,1	2,0	2,3
Staßfurt	16	15,0	19,0	25,8	2,1	2,3	3,8	0,6	33,4	0,7	44,7	1,7	101,1	0,3	1,1	0,2	0,6	0,3	0,7
Suhl	15	10,1	59,2	65,3	1,9	1,8	3,1	0,3	22,5	1,6	110,8	3,0	202,7	1,7	11,9	2,6	3,2	2,8	2,9
Salzwedel	15	11,4	16,9	20,6	1,9	2,5	3,1	0,3	24,4	0,5	44,1	1,0	71,5	2,9	19,0	4,1	20,7	5,1	17,1
Delitzsch	14	11,0	13,5	19,3	1,6	2,1	3,5	0,3	19,2	0,4	31,3	1,0	74,7	1,4	9,8	1,8	9,9	2,7	9,9
Torgau	13	10,2	19,8	21,3	1,6	1,7	2,1	0,3	18,6	0,4	35,1	0,7	51,3	2,4	16,9	2,8	12,3	2,9	10,2
Tangermünde	13	8,1	26,1	27,4	2,4	2,4	3,1	0,3	20,1	0,9	70,0	1,2	88,3	1,3	11,6	1,0	3,1	2,0	5,7
Oschersleben (Bode)	12	11,9	22,4	30,5	2,4	2,7	3,8	0,4	30,2	0,8	62,9	1,4	118,0	1,4	8,9	2,4	8,8	3,1	8,5
Langensalza	12	10,3	17,7	20,3	2,0	2,5	2,9	0,3	23,4	0,5	45,3	0,8	64,9	6,5	49,3	7,3	37,0	7,1	29,7
Calbe a. S.	11	12,5	35,3	32,1	2,3	2,2	3,2	0,4	31,4	0,9	79,5	1,2	108,5	1,2	8,2	0,9	2,2	0,9	2,3
Sangerhausen	11	12,4	18,9	24,4	2,2	1,9	3,4	0,3	28,4	0,4	38,1	1,0	88,0	1,0	6,7	2,0	9,6	2,0	7,2
Itzehoe	19	12,9	14,9	25,4	2,5	3,0	4,0	0,6	30,2	1,0	47,6	2,2	115,4	3,6	14,2	9,2	29,5	11,0	23,2
Schleswig	17	9,9	16,9	19,8	2,7	2,7	4,1	0,6	29,1	0,9	47,6	1,5	89,8	4,1	20,8	6,0	18,8	9,2	27,4
Rendsburg	16	10,1	18,5	23,1	2,3	2,7	4,4	0,5	26,3	0,8	53,9	1,8	115,1	3,6	20,3	6,5	23,8	11,4	31,6
Elmshorn	14	14,9	32,2	36,1	2,4	2,7	5,2	0,6	38,5	1,3	91,5	2,7	197,3	4,7	21,5	9,0	19,7	13,0	26,2
Heide	10	13,9	22,7	25,6	2,3	2,4	3,4	0,3	35,9	0,5	56,6	1,0	97,4	2,6	19,6	4,9	24,3	5,8	22,4
†Geestemünde	24	14,4	32,9	43,2	1,2	2,4	3,1	0,6	25,2	2,1	84,7	3,6	146,2	7,4	20,5	14,0	17,5	16,5	15,6
†Celle	24	12,3	20,6	25,5	1,8	2,2	4,4	0,6	26,2	1,2	49,9	2,9	122,4	9,8	33,3	13,3	26,8	16,7	27,8
Hameln	23	11,1	19,1	21,8	2,1	2,3	3,6	0,6	26,4	1,0	48,5	2,0	88,0	8,9	36,8	10,4	25,9	12,8	25,3
Goslar	20	13,2	23,8	24,8	1,7	1,9	3,1	0,5	24,4	0,8	47,8	1,8	85,8	4,1	16,5	5,1	13,4	5,2	10,3
Peine	16	12,0	34,2	29,6	2,1	2,1	4,9	0,5	32,9	1,1	77,4	2,5	156,1	1,9	9,4	2,0	4,1	4,6	9,7

Noch: Die Gemeindesteuern und Schulden der nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 mehr als 10 000 Einwohner zählenden preußischen Städte und Landgemeinden in den Rechnungsjahren 1911, 1918 und 1919.

(Noch: Tafel 2)

Stadtgemeinden	Einwohnerzahl nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919	Das der Kreis- bezw. Provinzialbesteuerung zugrunde liegende Prinzipalsoll der direkten Steuern nach dem Stande vom			Das berichtigte Soll der gesamten direkten Gemeindesteuern am Schlusse des Rechnungsjahres betrug das ... fache der ihnen zugrunde liegenden staatlich veranlagten direkten Steuern			Das berichtigte Soll der gesamten Gemeindesteuern (direkte, indirekte und überwiesene Steuern) am Schlusse des Rechnungsjahres						Die gesamten Schulden am Schlusse des Rechnungsjahres					
		1. 1. 1912	1. 1. 1919	1. 1. 1920				1911 betrug		1918 betrug		1919 betrug		1911 betrugen		1918 betrugen		1919 betrugen	
		auf 1 Einw.	auf 1 Einw.	auf 1 Einw.	1911	1918	1919	überhaupt Mill.	auf 1 Einw.	überhaupt Mill.	auf 1 Einw.	überhaupt Mill.	auf 1 Einw.	überhaupt Mill.	das ...fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern	überhaupt Mill.	das ...fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern	überhaupt Mill.	das ...fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern
	1 000	M	M	M				M	M	M	M	M	M	M		M		M	
1	2	3a	3b	3c	4a	4b	4c	5a	5b	5c	5d	5e	5f	6a	6b	6c	6d	6e	6f

Noch: V. Städte mit mehr als 10 000 bis 25 000 Einwohnern.

Stadtgemeinden	2	3a	3b	3c	4a	4b	4c	5a	5b	5c	5d	5e	5f	6a	6b	6c	6d	6e	6f
Leer	12	11,8	19,8	23,8	2,8	2,8	3,6	0,4	34,4	0,7	59,8	1,1	94,7	5,1	35,0	5,5	24,7	6,8	22,7
Uelzen	12	13,7	17,6	26,4	2,0	2,1	2,4	0,3	30,1	0,4	38,6	0,9	74,8	2,2	16,5	3,5	17,0	5,1	16,7
Münden (Hann. Münden)	11	13,3	21,3	27,6	1,9	2,0	3,2	0,3	26,6	0,6	45,5	1,1	97,2	5,1	35,7	4,8	18,6	6,0	19,5
Stade	11	12,9	20,1	24,7	1,8	2,0	3,5	0,3	26,6	0,4	42,1	1,0	94,0	1,6	11,3	2,1	10,4	3,0	11,6
Lehrte	11	10,8	13,3	16,2	2,3	2,2	3,7	0,2	27,7	0,3	31,7	0,7	63,2	0,8	8,1	1,6	12,7	2,0	11,9
Nienburg a. Weser	11	11,6	16,5	20,4	2,2	2,7	4,3	0,3	29,5	0,5	46,6	1,0	94,0	1,4	11,6	2,5	15,7	3,2	14,8
Norden	10	12,5	11,2	13,9	1,9	2,2	4,0	0,2	25,2	0,3	25,8	0,6	61,5	0,6	7,0	0,3	3,0	1,3	8,9
Bocholt	25	9,2	16,0	17,1	2,6	3,4	6,9	0,7	25,3	1,4	56,5	3,1	123,6	2,0	7,9	8,0	19,4	10,3	24,2
Haspe	24	11,3	34,8	48,2	2,7	2,7	3,7	0,8	33,2	2,3	95,3	4,3	182,4	5,6	20,8	8,8	10,6	9,6	8,5
Gütersloh	20	12,5	19,2	21,8	1,8	2,3	3,2	0,5	24,4	0,9	45,8	1,5	75,9	3,2	13,7	5,0	13,7	5,9	13,4
Soest	20	13,6	16,2	20,3	2,0	2,8	4,1	0,5	27,9	0,8	38,8	1,8	88,9	2,8	10,9	5,9	18,2	8,0	19,6
Schwelm	20	14,1	31,8	49,5	2,3	2,7	4,4	0,7	33,7	1,9	87,9	4,4	220,5	4,2	14,3	5,8	8,4	6,0	6,2
Gevelsberg	19	10,6	40,9	53,0	2,5	2,3	4,3	0,6	28,4	2,0	100,5	4,5	237,1	2,1	10,2	3,4	4,3	7,0	6,9
Castrop	19	7,9	11,4	18,8	2,7	3,4	3,7	0,4	23,4	0,8	39,8	1,3	70,3	1,7	11,5	1,8	5,9	2,3	6,6
Ahlen	18	8,1	16,1	23,1	2,0	3,4	5,9	0,2	19,8	0,9	58,4	2,6	144,0	1,4	14,6	1,9	7,5	1,8	4,3
Lippstadt	18	13,3	24,5	28,5	2,0	2,2	3,5	0,5	29,3	1,7	93,2	1,9	106,7	2,3	10,3	3,6	7,8	6,3	12,4
Unna	17	10,7	14,7	29,4	2,0	3,2	3,5	0,4	23,5	0,8	49,3	1,8	108,2	8,2	43,9	10,5	43,1	10,2	20,3
Lünen	17	7,8	17,6	22,9	2,5	2,7	5,0	0,3	20,8	0,8	50,7	2,0	117,7	1,6	16,2	6,2	22,5	9,6	25,1
Rheine	16	13,1	18,7	18,3	2,3	2,8	4,9	0,5	31,4	0,8	54,4	1,5	93,0	2,4	12,1	3,3	11,8	4,2	14,7
Altena	15	15,8	56,3	62,0	1,9	2,1	3,8	0,5	31,3	1,7	118,4	3,6	243,9	2,1	9,1	3,2	4,0	7,5	8,3
Hattingen	14	10,4	21,8	19,9	2,7	2,5	4,3	0,4	31,3	0,8	56,2	1,4	94,0	2,2	15,8	2,8	9,4	5,0	17,5
Schwerte	14	12,6	26,7	38,8	2,5	2,5	3,9	0,4	30,2	1,0	68,1	2,2	158,6	1,3	7,5	1,3	3,2	1,7	3,1
Hohenlimburg	14	14,8	46,4	69,3	1,9	2,1	2,9	0,4	29,2	1,4	103,2	2,8	202,4	1,7	8,2	2,6	4,0	3,6	3,8
Menden	12	9,9	19,2	26,5	2,3	2,6	3,7	0,3	22,7	0,6	51,6	1,3	103,2	1,6	13,8	2,8	12,1	3,3	10,1
Neheim	11	11,3	18,1	30,7	2,3	3,4	4,0	0,3	26,2	0,7	63,2	1,4	127,8	1,2	10,1	2,3	11,1	2,3	6,5
Arnsberg	11	13,5	15,8	19,8	1,7	1,9	2,7	0,3	23,9	0,3	32,9	0,6	58,1	2,1	14,6	3,2	19,0	3,6	16,2
Kamen	11	8,0	15,5	19,2	2,9	2,9	5,5	0,3	24,9	0,5	45,6	1,1	107,5	1,0	11,9	1,2	7,7	1,4	6,8
Fulda	24	13,2	25,9	35,6	1,7	2,0	3,0	0,6	25,6	1,4	56,2	2,8	116,5	9,9	33,4	10,9	17,1	11,2	13,2
Marburg a. d. L.	23	16,1	21,5	24,1	1,7	2,0	3,7	0,7	30,3	1,0	47,1	2,3	98,8	6,3	17,8	8,6	19,2	11,9	21,5
Biebrich	20	17,7	32,1	34,6	2,2	1,8	3,2	0,9	43,9	1,2	60,1	2,3	119,2	6,5	17,3	6,3	9,8	18,7	27,7
Bad Homburg	15	23,3	28,4	35,8	1,5	1,8	3,2	0,6	38,3	0,9	56,7	2,1	135,7	6,1	17,7	11,2	24,0	17,1	30,9
Eschwege	12	14,3	28,4	35,6	2,0	2,2	4,3	0,4	29,7	0,8	64,6	1,9	160,6	2,9	16,5	5,0	14,1	6,1	14,3
Limburg a. L.	12	17,8	19,7	24,9	1,8	1,9	2,6	0,4	34,3	0,5	43,1	0,9	74,2	1,2	6,3	1,6	6,5	1,5	4,9
Hersfeld	10	14,8	33,6	30,7	1,5	2,0	3,9	0,2	25,3	0,7	69,4	1,3	127,9	3,1	21,4	4,8	14,7	4,2	13,7
Kreuznach	25	15,1	29,9	38,4	2,1	2,5	4,1	0,8	35,1	1,9	78,8	4,1	166,8	7,7	21,7	13,6	18,8	14,6	15,4
Mörs	25	8,8	14,0	19,5	2,7	3,6	5,5	0,6	26,2	1,3	54,2	2,8	115,8	4,8	22,6	6,5	19,9	6,0	12,6
Velbert	24	11,7	44,2	64,6	2,3	2,7	4,7	0,7	29,5	2,9	122,1	7,5	310,4	2,4	8,5	7,2	7,0	7,1	4,5
Eschweiler	24	11,8	16,5	22,4	2,0	2,9	4,5	0,6	24,5	1,2	51,8	2,6	107,2	3,4	11,8	5,5	14,6	11,8	21,8
Wesel	22	13,8	19,3	23,9	2,0	1,9	3,4	0,7	29,6	1,1	40,4	2,0	89,5	4,5	13,0	7,6	15,0	11,6	21,7
Dinslaken	22	12,8	12,2	17,5	2,7	3,4	5,0	0,3	36,9	0,9	44,3	2,1	94,7	1,6	14,3	4,1	16,3	7,6	19,8
Odenkirchen	19	8,7	16,3	18,1	2,7	3,8	4,5	0,5	24,5	1,2	62,0	1,6	85,8	1,5	8,8	4,3	13,5	5,2	15,0
Neuwied	19	16,2	30,6	37,8	2,0	2,2	3,4	0,7	34,6	1,3	69,7	2,6	140,4	4,1	13,4	4,5	8,1	11,6	16,5
Siegburg	18	9,4	25,2	27,1	1,5	1,5	3,1	0,3	16,1	0,8	41,1	1,7	96,2	1,1	6,6	5,0	10,1	4,6	9,3
Hilden	18	11,2	25,9	34,9	1,8	2,3	3,5	0,4	22,2	1,2	62,5	2,3	128,7	1,5	7,6	2,4	6,8	3,1	5,0
Cleve	18	15,1	23,6	28,6	1,4	1,8	3,6	0,4	24,1	0,9	46,8	2,0	112,3	5,2	19,0	8,3	19,1	8,1	15,8
Wetzlar	18	15,8	38,5	41,2	2,2	2,4	4,3	0,5	37,2	1,4	96,3	3,3	186,7	4,7	22,0	5,3	9,1	7,8	10,0
Bergisch Gladbach	17	10,9	26,3	35,9	2,6	2,7	5,6	0,5	30,4	1,2	75,5	3,5	206,8	2,2	12,9	4,0	9,8	6,8	11,3
Gummersbach	16	12,6	40,3	42,2	2,2	2,5	4,4	0,5	28,1	1,3	105,0	3,1	189,9	2,0	9,8	4,2	8,5	4,7	6,9
Stolberg Rhl.	16	16,1	22,1	25,5	2,3	3,3	5,9	0,6	38,0	1,2	74,4	2,5	159,0	2,3	9,2	3,4	9,5	4,8	11,9
Steele	16	9,2	20,5	18,2	2,6	2,6	5,8	0,4	26,6	0,7	56,5	1,7	110,6	1,6	11,9	7,2	29,1	7,1	25,2
Höhscheid	15	7,4	16,0	25,2	2,6	2,9	4,4	0,3	19,7	0,8	46,9	1,8	113,7	0,3	2,2	2,6	10,0	4,1	10,5
Wermelskirchen	15	8,3	15,0	29,6	2,4	3,8	4,6	0,3	21,2	0,9	59,3	2,1	139,4	0,8	6,2	1,3	5,7	6,3	14,0
Ratingen	15	11,2	21,4	28,2	1,6	1,8	4,1	0,3	19,7	0,6	41,5	1,8	120,2	1,4	9,4	1,8	5,9	1,8	4,3
Ronsdorf	14	10,2	24,0	31,5	2,3	2,6	4,3	0,4	24,6	0,9	64,2	1,9	136,3	2,6	16,4	4,5	13,1	6,1	13,7
Cronenberg	13	10,0	38,7	56,3	2,0	2,2	3,8	0,3	21,6	1,2	88,0	2,9	218,5	1,6	12,2	2,8	5,5	6,0	7,9
Euskirchen	13	15,4	31,7	36,9	1,8	1,8	3,8	0,4	31,5	0,8	60,6	2,0	151,5	1,9	9,9	2,2	5,1	3,3	6,9
Emmerich	13	13,6	27,2	26,7	2,8	2,1	4,6	0,5	40,6	0,8	60,1	1,7	131,5	3,4	18,9	2,5	7,4	2,9	8,2
Lennep	13	15,6	24,0	35,1	2,2	2,6	4,3	0,5	35,3	0,8	65,4	2,0	155,7	3,0	14,7	5,3	17,1	7,9	17,1
Werden	13	10,0	17,1	24,7	1,8	1,5	3,0	0,2	18,7	0,4	29,6	1,0	78,3	1,2	10,4	4,0	16,4	4,6	14,2
Mayen	13	9,0	13,2	17,6	2,5	2,4	4,3	0,3	24,1	0,5	33,5	1,1	81,5	2,2	16,8	2,4	13,3	3,1	13,6
Lüttringhausen	12	8,5	26,6	36,9	2,2	2,6	4,9	0,3	19,1	0,9	70,9	2,3	182,2	0,5	4,5	1,0	3,0	1,2	2,7
Opladen	12	15,0	24,4	26,8	1,6	2,1	4,5	0,3	26,5	0,6	52,6	1,6	126,8	1,3	8,9	3,9	13,4	5,6	17,0
Radevormwald	11	7,6	23,1	41,6	2,6	2,8	3,3	0,2	20,4	0,7	66,0	1,5	139,3	0,8	9,3	1,1	4,5	1,6	3,6
Mettmann	11	12,8	37,4	37,4	1,8	1,9	5,2	0,3	26,8	0,8	74,4	2,2	202,5	0,8	5,4	1,0	2,4	4,6	11,0
Goch	11	12,8	28,4	25,3	2,1	1,9	4,0	0,3	24,1	0,6	57,2	1,2	109,0	0,9	6,2	2,0	6,4	2,0	7,3
Uerdingen	11	30,4	47,0	62,5	1,0	2,1	4,0	0,3	33,2	1,2	104,1	2,7	259,1	2,9	9,2	3,7	7,1	4,3	6,5
Wülfrath	10	11,6	19,2	33,8	1,6	2,4	3,2	0,2	22,2	0,5	49,1	1,2	112,2	0,5	4,1	0,6	2,8	1,9	5,3
Dülken	10	12,1	24,7	33,0	2,3	2,8	4,1	0,3	29,7	0,8	75,3	1,5	142,5	1,1	9,0	1,6	6,3	2,4	7,2
Gräfrath	10	10,2	22,9	33,7	2,3	2,7	4,5	0,3	25,8	0,7	64,6	1,5	153,6	1,1	10,0	2,3	10,1	3,9	11,5

Noch: Die Gemeindesteuern und Schulden der nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 mehr als 10 000 Einwohner zählenden preußischen Städte und Landgemeinden in den Rechnungsjahren 1911, 1918 und 1919.

(Noch: Tafel 2)

*Landgemeinden	Einwohnerzahl nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919	Das der Kreisbezw. Provinzialbesteuerung zugrunde liegende Prinzipalsoll der direkten Steuern nach dem Stande vom			Das berichtigte Soll der gesamten direkten Gemeindesteuern am Schlusse des Rechnungsjahres betrug das ... fache der ihnen zugrunde liegenden staatlich veranlagten direkten Steuern			Das berichtigte Soll der gesamten Gemeindesteuern (direkte, indirekte und überwiesene Steuern) am Schlusse des Rechnungsjahres						Die gesamten Schulden am Schlusse des Rechnungsjahres					
								1911 betrug		1918 betrug		1919 betrug		1911 betrugen		1918 betrugen		1919 betrugen	
		1. 1. 1912 auf 1 Einw.	1. 1. 1919 auf 1 Einw.	1. 1. 1920 auf 1 Einw.	1911	1918	1919	überhaupt Mill. M	auf 1 Einw. M	überhaupt Mill. M	auf 1 Einw. M	überhaupt Mill. M	auf 1 Einw. M	überhaupt Mill. M	das ...fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern	überhaupt Mill. M	das ...fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern	überhaupt Mill. M	das ...fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern
	1 000	M	M	M															
1	2	3a	3b	3c	4a	4b	4c	5a	5b	5c	5d	5e	5f	6a	6b	6c	6d	6e	6f
VI. Landgemeinden mit mehr als 25 000 Einwohnern.																			
*Berlin-Steglitz	83	21,2	26,8	37,3	1,4	2,0	3,4	2,6	37,0	4,8	57,4	11,1	133,2	28,2	18,8	56,5	25,0	72,2	23,2
* „ -Pankow	58	16,6	24,4	37,3	1,7	2,3	3,7	2,1	41,9	3,7	62,1	8,2	140,8	18,6	22,3	28,7	19,9	43,1	20,0
* „ -Lichterfelde	47	26,0	37,7	45,1	1,5	2,1	3,5	2,0	44,8	4,0	89,6	8,1	172,1	12,5	10,9	20,8	12,3	22,9	10,[illegible]
* „ -Weißensee	46	12,1	28,2	27,7	2,1	2,2	5,1	1,4	32,2	3,1	66,4	7,1	154,6	23,9	45,0	39,8	29,9	44,8	35,[illegible]
* „ -Friedenau	44	28,0	26,4	44,1	1,2	2,2	2,5	1,5	39,0	2,9	63,2	5,4	123,0	9,3	8,5	18,2	15,2	19,4	10,0
* „ -Reinickendorf	41	14,4	31,9	39,9	1,9	2,2	3,7	1,4	38,2	3,1	75,6	6,4	154,4	12,5	23,3	17,5	13,4	24,0	14,6
* „ -Tempelhof	34	21,3	34,9	52,2	1,6	2,4	3,5	1,1	45,4	3,0	89,2	6,6	192,8	5,7	11,1	10,2	8,6	11,1	6,2
* „ -Treptow	31	23,1	90,7	89,5	1,5	1,9	4,5	1,2	45,4	4,9	175,9	12,7	413,0	5,7	9,2	11,5	4,5	15,9	5,[illegible]
* „ -Oberschöneweide	26	21,4	49,8	62,2	2,0	2,6	3,1	1,1	46,2	3,6	134,0	5,1	200,5	5,3	10,3	10,1	7,5	13,5	8,5
*Nowawes	26	11,6	17,3	26,6	2,0	2,7	4,2	0,6	25,3	1,3	51,3	3,1	121,6	3,6	12,5	4,5	10,5	5,3	7,[illegible]
*Hindenburg	67	7,5	12,6	13,1	3,1	3,3	5,5	1,6	24,6	2,9	44,0	5,2	78,1	3,6	7,6	5,0	6,1	9,4	10,7
*Bismarckhütte	27	7,5	38,4	49,0	3,0	1,7	3,5	0,6	24,2	1,9	69,1	4,7	178,0	0,7	4,1	3,8	4,9	2,0	1,5
*Zaborze	25	14,4	19,6	27,2	2,0	2,0	2,4	0,8	28,9	1,0	39,7	1,7	67,2	0,2	0,5	1,5	3,0	1,9	2,[illegible]
*Wilhelmsburg	28	12,6	14,7	29,3	2,2	2,2	3,6	1,1	34,6	1,5	41,9	3,4	118,8	3,6	9,0	6,6	12,3	8,7	10,5
*Recklinghausen	49	9,3	14,1	20,4	2,8	3,0	6,0	1,2	27,3	2,1	43,5	6,1	123,5	1,8	4,4	6,4	9,2	9,2	9,1
*Wanne	40	9,2	14,1	20,6	2,5	2,8	4,6	1,0	24,2	1,8	43,8	4,3	106,1	3,2	8,6	10,5	18,2	11,3	13,6
*Eickel	34	7,8	13,5	16,3	2,7	2,9	6,6	0,8	22,1	1,4	38,9	3,8	110,1	1,6	6,2	5,3	11,3	11,7	21,0
*Osterfeld	30	10,9	17,6	22,8	2,3	2,3	4,5	0,7	26,1	1,3	41,3	3,2	105,7	0,9	2,8	1,4	2,5	3,3	4,5
*Langendreer	27	9,2	16,1	24,0	3,4	2,9	4,6	0,9	32,6	1,3	48,2	3,0	113,2	2,9	11,5	2,6	6,0	3,0	4,7
*Rotthausen	29	12,0	13,6	21,0	2,1	3,2	4,3	0,7	25,4	1,4	45,4	2,7	92,3	0,7	2,1	7,8	18,4	9,1	14,[illegible]
*Homberg	25	11,8	19,7	29,2	2,3	2,7	4,8	0,8	29,3	1,5	55,4	3,6	144,4	6,6	21,5	8,4	16,1	10,9	14,[illegible]
VII. Landgemeinden mit mehr als 10 000 bis 25 000 Einwohnern.																			
*Berlin-Friedrichsfelde	24	17,2	27,0	42,0	1,9	2,2	3,4	0,8	39,6	1,6	67,3	4,1	169,1	6,9	19,3	23,6	36,4	44,6	43,5
* „ -Mariendorf	21	21,7	30,8	48,9	1,6	2,6	4,5	0,9	51,2	1,8	88,0	5,2	250,3	5,8	15,2	15,4	23,9	14,9	14,[illegible]
* „ -Tegel	21	21,6	37,5	52,3	1,8	2,3	3,8	0,8	42,7	1,9	91,3	4,2	205,8	12,3	28,9	20,9	26,8	33,0	30,7
*Zehlendorf	21	36,9	54,7	66,0	1,8	2,2	4,1	1,4	80,8	2,8	137,4	6,0	293,0	8,8	13,3	15,4	14,0	21,2	15,6
*Berlin-Niederschönhaus.	19	14,6	22,8	32,7	1,9	2,2	3,4	0,5	32,8	1,0	55,9	2,3	121,9	3,7	15,1	6,1	14,5	9,5	15,4
*Friedrichshagen	15	15,0	35,8	37,0	1,9	1,8	4,1	0,5	34,1	1,0	67,4	2,4	162,0	3,3	15,1	5,6	10,4	7,5	13,7
*Berlin-Britz	13	11,8	25,8	38,8	2,6	2,6	1,6	0,5	44,1	1,0	71,6	1,0	73,9	8,9	62,9	13,4	38,0	21,5	41,1
*Adlershof	13	11,5	17,1	35,9	2,9	4,7	5,0	0,4	36,6	1,4	81,4	2,4	186,1	1,8	13,8	2,7	9,1	6,1	13,4
*Berlin-Lankwitz	12	21,8	39,1	45,0	2,1	2,4	3,9	0,5	49,3	1,1	98,5	2,3	184,8	5,2	23,2	15,5	34,0	15,8	28,3
* „ -Schmargendorf	12	29,2	49,1	55,3	2,5	2,2	3,9	0,7	87,4	1,3	111,8	2,6	222,6	4,0	17,3	4,8	8,4	6,0	9,3
* „ -Wittenau	10	18,1	60,8	170,7	2,2	2,8	1,8	0,5	49,2	2,1	178,3	3,2	309,3	5,7	33,9	6,0	8,3	9,7	5,6
*Langenbielau	16	9,9	19,7	23,0	2,1	2,4	3,3	0,4	21,8	0,8	49,7	1,3	81,0	1,6	8,7	1,8	5,8	2,3	8,4
*Dittersbach	12	7,2	9,7	13,4	2,0	2,7	3,7	0,2	15,4	0,3	27,0	0,6	51,6	0,5	5,7	0,7	6,8	0,7	4,7
*Weißwasser	11	11,7	18,0	22,2	2,0	3,1	6,0	0,3	26,4	0,6	56,9	1,6	139,4	1,5	10,5	1,8	9,0	2,7	10,9
*Weißstein	11	7,6	11,9	16,4	2,2	2,5	3,5	0,2	18,2	0,3	31,2	0,7	60,6	0,2	2,1	0,1	1,0	0,2	0,9
*Niederhermsdorf	10	14,5	19,3	24,1	1,7	2,1	2,7	0,3	24,8	0,4	41,0	0,7	67,9	0,1	0,8	0,3	1,8	0,3	1,4
*Schwientochlowitz	23	4,0	28,0	33,5	2,7	2,1	2,6	0,2	12,3	1,3	58,1	2,0	85,7	0,3	5,4	0,3	0,5	1,1	1,4
*Bogutschütz	22	6,6	16,9	20,5	2,4	1,9	3,5	0,4	16,6	0,7	33,4	1,6	73,7	1,0	6,6	1,1	3,0	1,2	2,7
*Roßberg	22	10,3	13,6	16,4	2,2	2,7	3,7	0,5	23,1	0,8	39,5	1,4	64,2	1,4	6,5	2,1	7,9	2,6	7,4
*Ruda	20	5,1	20,3	24,7	2,0	2,2	2,8	0,1	10,0	0,9	45,4	1,4	70,4	0,04	0,6	0,5	1,4	0,5	1,0
*Siemianowitz	18	5,7	9,3	18,4	2,6	3,2	2,9	0,3	15,4	0,6	31,5	1,0	55,9	1,0	9,1	0,9	5,1	0,8	2,3
*Lipine	17	13,6	17,7	36,6	1,7	2,8	2,6	0,4	23,5	0,9	50,5	1,7	97,8	0,3	1,4	0,4	1,4	0,3	0,4
*Mikultschütz	16	4,6	8,4	12,0	2,2	2,7	3,7	0,2	11,9	0,4	23,9	0,8	47,7	0,5	7,6	0,6	4,8	0,7	3,6
*Zalenze	16	9,7	15,3	19,1	2,0	1,9	2,4	0,3	19,4	0,5	29,2	0,8	48,6	0,5	3,1	0,8	3,0	0,8	2,5
*Laurahütte	16	6,9	23,4	26,6	2,5	2,7	2,6	0,3	18,0	0,8	65,5	1,1	69,1	0,9	7,9	0,8	3,0	0,8	2,0
*Biskupitz	14	4,6	10,5	12,1	2,4	2,3	2,5	0,2	12,1	0,3	27,6	0,5	33,5	0,4	6,3	0,5	4,1	0,6	3,7
*Domb	14	5,2	13,5	18,6	2,5	2,2	3,2	0,2	14,7	0,4	31,6	0,9	61,2	0,4	5,5	0,6	3,8	0,5	2,0
*Miechowitz	13	2,6	5,0	10,3	3,0	5,0	3,4	0,1	8,4	0,3	26,0	0,5	35,7	0,1	5,9	0,7	11,8	0,7	5,4
*Bielschowitz	13	2,5	5,5	11,8	2,4	2,7	4,9	0,1	7,3	0,2	15,9	0,8	58,5	0,1	4,0	0,1	1,1	0,6	3,6
*Hohenlinde	12	6,2	14,4	19,3	2,3	2,1	2,4	0,2	14,7	0,4	31,7	0,6	47,0	0,5	7,8	0,7	4,2	0,6	2,8
*Bobrek	12	6,2	9,8	12,5	2,4	2,3	3,5	0,1	16,2	0,3	24,1	0,5	45,0	0,2	3,7	0,3	2,8	0,4	2,6
*Chorzow	12	7,4	21,3	28,5	2,1	2,3	2,3	0,1	5,4	0,6	49,5	0,8	67,3	0,1	1,3	0,1	0,3	0,1	0,2
*Rosdzin	11	19,8	26,7	35,3	1,5	2,1	3,5	0,2	20,0	0,6	56,2	1,4	125,3	0,2	0,9	0,2	0,7	0,04	0,1
*Radzionkau	11	2,7	4,9	7,0	2,5	2,5	3,1	0,1	7,8	0,1	13,2	0,2	22,9	0,2	7,6	0,3	6,4	0,2	2,9
*Scharley	11	10,9	13,5	11,2	2,3	4,2	3,6	0,8	26,0	0,6	57,1	0,5	42,6	0,3	2,8	1,1	8,3	1,1	9,4
*Thale	12	7,6	29,4	39,0	2,3	2,0	2,3	0,3	20,4	0,7	61,3	1,2	92,6	0,7	7,0	1,4	4,1	2,3	4,7
*Blankenese	12	27,6	38,5	44,7	1,3	1,4	2,3	0,8	43,2	0,3	57,8	1,4	118,4	0,9	5,3	0,8	3,8	4,2	8,0
*Blumenthal	10	14,6	19,4	18,8	1,7	2,4	3,8	0,3	27,1	0,5	48,1	0,7	71,8	0,8	4,7	1,1	5,9	1,9	9,7
*Horst	23	9,0	10,8	16,9	2,6	4,4	5,4	0,6	25,9	1,2	49,2	2,3	99,7	0,8	4,1	0,9	3,4	1,9	4,9
*Weitmar	23	7,3	24,2	40,3	3,0	2,8	4,0	0,5	22,0	1,8	77,4	3,8	165,1	1,3	7,9	2,2	4,0	2,6	2,9
*Datteln	20	6,4	11,3	20,4	3,5	4,2	6,9	0,4	23,2	0,9	48,0	2,9	143,6	1,6	15,2	2,0	9,3	2,3	5,6
*Herten	18	9,6	13,5	19,1	2,9	3,5	5,5	0,5	29,7	0,9	47,7	2,0	110,4	1,9	10,5	3,2	12,9	4,0	11,6
*Werne	18	10,2	15,9	21,8	2,2	2,8	3,9	0,4	24,0	0,8	46,1	1,6	86,1	1,1	6,4	2,8	9,6	3,3	8,2
*Königssteele	17	8,0	13,8	18,8	2,3	2,7	6,0	0,1	20,1	0,2	38,6	1,9	113,1	0,1	1,5	0,1	1,7	2,7	8,5
*Lütgendortmund	16	7,3	13,9	18,8	3,2	2,8	4,1	0,4	23,8	0,6	40,7	1,2	78,8	1,4	13,0	1,4	7,0	3,0	10,2
*Langerfeld	15	15,3	26,1	31,6	2,2	2,3	6,2	0,6	38,6	0,9	59,2	3,1	202,1	2,5	10,7	4,4	10,8	5,7	12,0

Noch: Die Gemeindesteuern und Schulden der nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 mehr als 10 000 Einwohner zählenden preußischen Städte und Landgemeinden in den Rechnungsjahren 1911, 1918 und 1919.

(Noch: Tafel 2) *Landgemeinden — Gemeindegrößengruppen	Einwohnerzahl nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919	Das der Kreis- bezw. Provinzialbesteuerung zugrunde liegende Prinzipalsoll der direkten Steuern nach dem Stande vom			Das berichtigte Soll der gesamten direkten Gemeindesteuern am Schlusse des Rechnungsjahres betrug das ...fache der ihnen zugrunde liegenden staatlich veranlagten direkten Steuern			Das berichtigte Soll der gesamten Gemeindesteuern (direkte, indirekte und überwiesene Steuern) am Schlusse des Rechnungsjahres						Die gesamten Schulden am Schlusse des Rechnungsjahres					
		1. 1. 1912 auf 1 Einw.	1. 1. 1919 auf 1 Einw.	1. 1. 1920 auf 1 Einw.				1911 betrug		1918 betrug		1919 betrug		1911 betrugen		1918 betrugen		1919 betrugen	
								überhaupt	auf 1 Einw.	überhaupt	auf 1 Einw.	überhaupt	auf 1 Einw.	überhaupt	das ...fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern	überhaupt	das ...fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern	überhaupt	das ...fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern
	1 000	M	M	M	1911	1918	1919	Mill. M	M	Mill. M	M	Mill. M	M	Mill. M		Mill. M		Mill. M	
1	2	3a	3b	3c	4a	4b	4c	5a	5b	5c	5d	5e	5f	6a	6b	6c	6d	6e	6f
Noch: VII. Landgemeinden mit mehr als 10 000 bis 25 000 Einwohnern.																			
*Annen	14	8,8	25,2	36,9	2,6	2,0	2,6	0,3	24,0	0,7	52,4	1,4	99,6	0,2	1,9	0,1	0,3	0,9	1,7
*Kirchhörde	14	7,2	20,4	21,1	2,7	2,3	2,8	0,3	23,4	0,6	47,1	0,9	61,6	0,2	2,3	0,5	1,7	0,5	1,6
*Röhlinghausen	13	10,9	17,2	23,9	2,3	2,6	4,2	0,3	25,7	0,6	45,8	1,4	101,2	0,5	3,6	1,5	6,4	1,5	4,8
*Gerthe	12	9,6	24,8	34,0	2,0	2,1	3,2	0,2	20,5	0,7	54,3	1,4	112,5	0,7	9,3	1,6	5,1	3,8	8,9
*Mengede	12	8,5	22,6	21,2	2,9	3,2	3,9	0,1	27,7	0,6	74,3	1,0	84,1	0,4	8,0	1,6	8,2	2,0	7,6
*Emsdetten	12	9,3	16,0	19,2	2,0	2,4	4,2	0,2	19,5	0,4	39,2	1,0	81,7	0,4	3,5	1,4	7,8	1,9	8,0
*Ickern	12	8,2	14,6	17,7	2,7	2,5	3,2	0,1	20,6	0,4	37,0	0,7	57,0	0,1	3,5	0,3	1,8	0,5	2,2
*Marl	12	5,3	9,2	12,8	2,4	4,1	6,9	0,1	15,2	0,4	39,7	1,1	90,9	0,5	13,2	0,7	7,1	1,1	7,3
*Linden	11	7,6	10,0	19,4	3,0	4,4	3,8	0,3	24,4	0,5	44,7	0,9	77,4	0,8	9,0	0,7	6,4	1,2	5,3
*Lüdenscheid	11	9,2	32,3	42,6	1,8	1,9	3,2	0,2	17,1	0,7	64,3	1,6	136,1	0,5	4,9	0,7	1,9	1,7	3,6
*Brambauer	11	11,1	22,6	32,8	2,3	2,3	2,7	0,3	26,7	0,6	51,8	1,2	108,9	0,2	2,0	0,1	1,8	0,02	0,1
*Werdohl	11	10,7	51,7	53,3	1,8	2,3	3,1	0,2	21,7	1,3	120,1	1,8	164,4	0,6	5,8	0,5	0,9	1,7	2,9
*Marten	11	9,4	16,8	24,3	2,7	2,5	4,2	0.3	28,1	0,5	41,7	1,2	107,3	0,5	4,5	0,7	4,0	1,2	4,4
*Brackwede	11	9,5	21,2	28,3	2,1	2,5	3,5	0,2	20,4	0,5	53,1	1,1	101,5	1,0	9,5	1,2	5,6	1,8	5,9
*Weidenau	10	11,6	33,4	41,3	2,5	2,5	3,6	0,3	30,9	0,9	89,8	1,6	156,3	0,6	5,4	1,0	2,8	1,1	2,6
*Aplerbeck	10	6,4	13,4	20,1	2,6	2,8	4,1	0,2	17,8	0,4	38,8	0,9	85,3	0,2	2,6	0,1	0,9	0,3	1,6
*Altenbochum	10	7,9	11,8	19,9	2,9	3,6	4,5	0,2	22,5	0,4	43,4	0,9	90,7	0,5	6,4	2,1	17,4	2,4	12,1
*Boele	10	10,2	17,9	25,9	2,3	3,7	6,2	0,2	24,3	0,7	68,5	1,6	161,8	0,5	5,8	1,5	8,2	3,7	14,0
*Waltrop	10	7,4	11,8	14,1	2,7	3,5	9,0	0,2	22,2	0,4	43,3	1,3	130,9	0,6	9,4	1,4	12,5	1,6	11,3
*Griesheim a. M.	11	16,4	36,5	44,7	1,4	1,8	2,4	0,4	30,2	0,9	68,4	1,2	109,8	1,8	8,9	3,9	8,1	4,9	9,7
*Benrath	23	13,9	38,0	48,9	1,7	2,8	4,2	0,5	21,6	2,6	114,9	5,0	215,1	3.9	13,1	5,1	5,8	7,8	6,9
*München Gladbach	23	6,2	17,3	23,3	2,3	4,5	3,7	0,4	15,4	1,9	79,2	2,0	90,5	0,7	4,5	1,3	3,2	1,2	2,4
*Wiesdorf	22	30,3	62,6	93,8	1,4	2,1	3,3	0,8	48,5	3,3	137,3	6,9	316,7	1,3	2.6	1,7	1,1	10,9	5,3
*Krey	21	11,1	21,4	25,8	2,3	3,2	5,5	0,5	28,7	1,4	71,2	3,0	145,3	0,7	3,3	0,8	1,9	0,7	1,3
*Godesberg	19	27,6	46,0	43,2	1,1	1,4	3,9	0,6	39,3	1,3	77,2	3,6	193,9	7,5	17,9	8,1	11,5	7,9	9,8
*Katernberg	17	23,1	17,0	30,0	1,9	3,4	3,0	0,5	31,3	1,1	59,8	1,6	93,5	0,5	1,1	0,5	1,5	3,5	6,9
*Vilich	17	11,4	21,1	23,9	1,2	1,2	3,6	0,3	17,2	0,5	28,3	1,6	94,4	1,3	7,4	1,4	4,2	2,6	6,6
*Vohwinkel	15	13,7	21,6	35,1	2,1	2,6	3,5	0,5	30,8	0,9	58,3	1,9	126,5	1,8	6,1	5,2	16,4	5,4	10,2
*Walsum	15	10,6	13,0	15,7	2,1	2,8	3,6	0,2	23,5	0,5	38,8	0,9	58,6	0,3	3,2	1,1	5,9	1,0	4,3
*Würselen	13	10,7	12,7	16,2	1,7	1,8	2,8	0,2	18,5	0,3	23,9	0,6	47,3	0,2	1,6	0,2	1,2	0,2	0,9
*Repelen-Baerl	13	12,9	18,3	26,3	1,8	2,7	4,7	0,3	26,1	0,8	60,1	1,8	135,7	0,9	5,5	1,0	4,0	1,1	3,1
*Richrath-Reusrath	13	8,6	14,2	20,9	2,1	3,4	3,9	0,3	19,7	0,7	50,4	1,1	85,8	0,7	6,7	1,6	8,6	2,3	8,5
*Hardenberg-Neviges	13	9,4	19,6	23,5	2,1	2,5	3,9	0,3	20,8	0,7	50,7	1,2	94,0	0,9	7,3	3,3	13,0	4,0	13,3
*Hochemmerich	13	15,3	23,5	26,1	2,1	3,0	4,7	0,3	38,3	0,9	73,1	1,6	126,2	1,2	8,5	2,1	7,3	1,8	5,4
*Huckingen	12	11,9	29,9	31,1	1,8	2,0	3,9	0,2	23,4	0,8	63,8	1,5	125,1	0,2	1.7	1,0	2,7	1,0	2,5
*Stoppenberg	12	13,4	14,0	22,8	2,0	2,6	3,0	0,3	24,8	0,5	37,2	0,9	73,0	0,6	3,8	0,5	2,7	2,2	7,7
*Bensberg	12	5,8	13,2	13,9	2,3	3,1	6,4	0,2	17,8	0,5	43,3	1,2	97,0	0,4	5,7	0,7	4,2	1,0	6,1
*Neuwerk	12	4,1	8,2	7,6	2,2	2,7	4,7	0,1	10,2	0,3	23,5	0,5	38,6	0,1	2,6	0,3	3,2	0,4	4,1
*Eilendorf	11	10,2	13,0	15,4	1,6	2,0	3,6	0,2	17,0	0,3	26,0	0,6	56,0	0,2	2,2	0,4	2,8	0,4	2,2
*Rondorf	11	10,1	20,9	28.5	1,7	1,8	2,5	0,2	21,0	0,5	42,7	0,8	76,5	0,4	4,3	0,8	3,7	2,0	6,6
*Lintfort	11	9,9	13,0	16,1	1,7	2,5	5,3	0.02	18,3	0,3	33,0	0,9	86,3	0,1	5,2	0,9	6,5	0,8	5,0
*Heumar	10	15,6	14,5	21,1	1,4	4,3	6,4	0,3	26,1	0,8	71,1	1,5	139,7	0,3	1,9	1,0	6,6	1,5	6,7
Zusammenfassung.																			
Städte mit mehr als																			
I. 200 000 Einw.	6 764	25,1	39,6	49,7	1,5	2,1	4,0	288,4	44,2	596,9	88,9	1 448,9	214,2	2 058,6	12,6	4 620,2	17,4	6 266,6	18,6
II. 100 000—200 000 Einw.	2 335	19,3	31,9	38,3	1,8	2,3	4,2	88,6	39,1	181,0	78,3	401,4	171,9	689,9	15,8	1 493,7	20,2	1 878,1	21,0
III. 50 000—100 000 "	2 096	15,1	25,1	32,8	2,0	2,4	4,1	66,6	33,3	138,5	64,2	308,4	147,1	462,2	15,3	994,2	18,3	1 255,2	18,3
IV. 25 000— 50 000 "	2 036	13,5	24,6	30,8	2,0	2,3	3,8	58,2	29,6	120,2	60,7	259,4	127,4	448,6	17,0	862,0	17,7	1 095,7	17,5
V. 10 000— 25 000 "	2 257	11,6	21,8	28,0	2,0	2,4	3,8	58,8	26,3	121,6	54,7	255,6	113,2	396,9	15,3	608,1	12,5	823,7	13,1
I.—V. zusammen	**15 488**	**19,3**	**31,9**	**40,0**	**1,7**	**2,2**	**4,0**	**560,5**	**37,4**	**1 158,2**	**75,3**	**2 673,6**	**172,6**	**4 056,2**	**14,0**	**8 578,2**	**17,5**	**11 319,2**	**18,3**
Landgemeinden mit mehr als																			
VI. 25 000 Einw.	818	14,9	25,6	34,0	1,9	2,3	3,9	25,0	33,2	52,4	63,3	115,5	141,2	150,8	13,4	276,4	13,0	352,7	12,7
VII. 10 000—25 000 Einw.	1 278	11,5	22,0	29,7	2,0	2,5	3,7	29,4	25,6	72,1	58,3	145,8	114,1	126,2	9,6	227,7	8,3	337,2	8.9
VI.—VII. zusammen	**2 096**	**12,8**	**23,5**	**31,4**	**2,0**	**2,4**	**3,8**	**54,4**	**28,6**	**124,5**	**60,3**	**261,4**	**124,7**	**277,0**	**11,3**	**504,0**	**10,4**	**689,9**	**10,5**
I.—VII. zusammen	**17 584**	**18,6**	**30,9**	**39,0**	**1,7**	**2,2**	**4,0**	**614,9**	**36,4**	**1 282,7**	**73,5**	**2 935,0**	**166,9**	**4 333,2**	**13,8**	**9 082,3**	**16,8**	**12 009,1**	**17,5**

[Fortsetzung des Textes von Seite 271.]

Der dem Reiche und dem Staate zustehende Betrag ist nach Bestimmung des Finanzministers abzuführen (§ 3).

Von der nach § 36 Abs. 1 des Umsatzsteuergesetzes dem Staate zustehenden Veranlagungs- und Erhebungsvergütung überweist der Staat 6 v. H. den Kreisen und Gemeinden nach näherer Bestimmung des § 5 (§ 4).

Die nach § 1 mit der Veranlagung der Steuer betrauten Kreise und Gemeinden erhalten die im § 4 bezeichneten 6 v. H. in voller Höhe, soweit es sich um die Steuer nach § 10 des Umsatzsteuergesetzes handelt, im übrigen in Höhe von 3 v. H.

Die nach Abs. 1 verbleibenden 3 v. H. erhalten diejenigen Gemeinden, in denen eine gewerbliche Tätigkeit im Sinne des § 1 Abs. 1 oder eine Versteigerung im Sinne des § 1 Abs. 3 des Umsatzsteuergesetzes stattfindet. Findet die gewerbliche Tätigkeit oder die Versteigerung in einem Gutsbezirke statt, so tritt an seine Stelle der Kreis, zu dem der Gutsbezirk gehört. Sind hiernach mehrere Gemeinden und Kreise (Gutsbezirke) berechtigt, so wird der Betrag nach besonderen Bestimmungen verteilt, deren wichtigste die folgenden sind:

1. Der Verteilung wird der Ertrag und, wenn ein solcher nicht erzielt wird, das Anlage- und Betriebskapital des steuerpflichtigen Unternehmens zugrunde gelegt.

   Der Ertrag wird in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 und der §§ 32 Abs. 2, 47, 48 und 48a des K. A. G. ermittelt und auf die Gemeinden und Kreise verteilt. Auf die Feststellung des Anlage- und Betriebskapitals findet der § 23 des Gewerbesteuergesetzes sinngemäße Anwendung.
2. Steuerbeträge unter 500 *M* und die bei der Verteilung nach Nr. 1 im einzelnen Falle sich ergebenden Teilbeträge unter 10 *M* verbleiben den mit der Veranlagung betrauten Kreisen und Gemeinden (§ 5).

Über die Verwendung desjenigen Teiles der Verwaltungs- und Erhebungsvergütung des § 36 Abs. 1 des Umsatzsteuergesetzes, über den in den §§ 4 und 5 dieser Verordnung eine Bestimmung nicht getroffen ist, sowie des im § 36 Abs. 2 des Umsatzsteuergesetzes vorgesehenen Anteils der Gemeinden und Gemeindeverbände erlassen die Minister des Innern und der Finanzen die näheren Vorschriften (§ 6).

Die Verordnung tritt mit dem 1. August 1918 in Kraft (§ 8).

In direktem Zusammenhange mit dem Umsatzsteuergesetze steht das am 17. Juli 1919 erlassene preußische Gesetz zur Änderung des Warenhaussteuergesetzes vom 18. Juli 1900, dessen einziger Paragraph folgendermaßen lautet:

Dem § 1 des Warenhaussteuergesetzes vom 18. Juli 1900 ist folgender Abs. 5 anzufügen:

Unternehmungen, denen die Befreiungsvorschrift des § 36 Abs. 5 des Umsatzsteuergesetzes vom 26. Juli 1918 zusteht, sind vom 1. April 1919 an mit ihrem gesamten Umsatz von der Warenhaussteuer freizulassen.

Das Reichsumsatzsteuergesetz vom 26. Juli 1918 wurde bereits wieder am 31. Dezember 1919 außer Kraft gesetzt, und an seine Stelle sind die Bestimmungen des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 getreten. Danach unterliegen der Umsatzsteuer im allgemeinen

1. Lieferungen und sonstige Leistungen, die jemand innerhalb der von ihm selbständig ausgeübten gewerblichen oder beruflichen Tätigkeit im Inland gegen Entgelt ausführt. Als gewerbliche Tätigkeit im Sinne des Gesetzes gelten auch die Urerzeugung und der Handel.
2. Entnahmen von Gegenständen aus dem eigenen Betrieb, um sie zu Zwecken, die außerhalb der gewerblichen oder beruflichen Tätigkeit liegen, zu gebrauchen oder verbrauchen.
3. Lieferungen auf Grund einer Versteigerung.

Im § 44 des Reichsgesetzes ist ausgesprochen, daß Länder und Gemeinden sowie Gemeindeverbände von dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ab Steuern vom Warenumsatz nicht mehr erheben dürfen.

Nach dem Grunderwerbsteuergesetz vom 12. Sept. 1919 wird vom Reiche beim Übergang des Eigentums an inländischen Grundstücken eine Grunderwerbsteuer erhoben. Der § 39 des Landessteuergesetzes vom 30. März 1920 bestimmt, daß (mit Wirkung vom 1. Oktober 1919 ab, vergl. § 62 des Landessteuerges.) Gemeinden und Gemeindeverbände, die bereits vor dem 1. Januar 1918 Abgaben der im Grunderwerbsteuergesetze geregelten Art erhoben haben, bis zum 31. März 1923 eine Sonderzuweisung aus dem in der Gemeinde bezw. dem Gemeindeverbande aufkommenden Reichsanteile in Höhe von einem Viertel dieses Anteiles erhalten. Kommen gleichzeitig Gemeinden und Gemeindeverbände in Frage, so erhalten sie gemäß § 6 des Preuß. Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz vom 13. Januar 1921 die auf Grund des § 39 des Landessteuergesetzes vom Reiche zu zahlende Sonderzuweisung je zur Hälfte.

Gemäß § 2 des preuß. Gesetzes, betr. die Erhebung von Zuschlägen zur Grunderwerbsteuer vom 7. Mai 1920 dürfen Zuschläge zur Grunderwerbsteuer, rückwirkend vom 1. Oktober 1919 ab, erheben:

1. Stadtkreise bis zur Höhe von 1 v. H.,
2. Landkreise bis zur Höhe von $^1/_2$ v. H.,
3. kreisangehörige Gemeinden bis zur Höhe von $^1/_2$ v. H.

Solange eine kreisangehörige Gemeinde keine Zuschläge erhebt sowie für selbständige Gutsbezirke darf der Kreis deren Anteil erheben. Die gemäß § 2 dieses Gesetzes beschlossenen Zuschläge bedürfen keiner Genehmigung.

Die bisher bezüglich der kommunalen Verbrauchssteuern bestehenden reichsgesetzlichen Beschränkungen (vergl. die betreffenden Ausführungen auf S. 84 des 57. Jahrgangs der „Zeitschrift") haben durch einige neuere Reichsgesetze Modifikationen erfahren, die für die Gemeindebesteuerung des Rechnungsjahres 1919 schon wirksam waren.

Nach Art. V. I des Zollvereinigungsvertrages vom 8. Juli 1867 in Verbindung mit § 1 des Reichsgesetzes vom 27. Mai 1885 sowie § 13 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 und des Artikels 10 der Anweisung zur Ausführung des K. A. G. vom 14. Juli 1893 unterliegen ausländische Erzeugnisse, die bereits mit einem Zolle von mehr als 3 *M* für 100 kg belegt worden sind, keiner weiteren Abgabe für Rechnung der Kommunen; ausgenommen von dieser Bestimmung sind nur Bier und Branntwein. Gemäß § 50 des Weinsteuergesetzes vom 26. Juli 1918 findet Art. 5. I, Abs. 1 bis 4 des Zollvereinigungsvertrages auch auf Wein, Traubenmost, weinähnliche und weinhaltige Getränke keine Anwendung. Ferner gehört fortab zu den kommunalen Verbrauchssteuern, die auf zur Konsumtion bestimmte inländische und vereinsländische Erzeugnisse gelegt werden dürfen, nicht mehr eine Steuer auf das zur Bierbereitung bestimmte Malz, da gemäß § 63 Abs. 2 des Biersteuergesetzes vom 26. Juli 1918 nur noch eine kommunale Steuer vom fertigen Biere zulässig ist. Im übrigen kommen hinsichtlich der Abgabenerhebung von Bier für Rechnung von Gemeinden gemäß § 63 des Biersteuergesetzes vom 26. Juli 1918 die Vorschriften im Artikel 5. II § 7 des Vertrags vom 8. Juli 1867, die Fortdauer des deutschen Zoll- und Handelsvereins betreffend, mit den folgenden Änderungen in Anwendung.

Die Abgabe darf nur vom fertigen Bier erhoben werden.

Die Grenze, bis zu der das Bier für Rechnung von Gemeinden besteuert werden darf, wird auf 65 Pfg. für ein hl Bier festgesetzt. Für Einfachbier im Sinne dieses Gesetzes darf die Abgabe nicht mehr als 30 Pfg. für ein hl betragen.

Abgaben von Bier für Rechnung von Gemeinden sind bei dem Übergange des versteuerten Bieres nach anderen Orten von den Gemeinden in dem nachweislich gezahlten Betrage zu erstatten. In Fällen, in denen bisher eine solche Erstattung nicht stattgefunden hat, kann die oberste Landesverwaltungsbehörde den bisherigen Zustand bis zum 1. Oktober 1920 noch fortdauern lassen.

Für die Fälligkeit, Einzahlung und Stundung der von Gemeinden erhobenen Abgaben vom fertigen Bier gelten die im § 11 festgesetzten Fristen.

2. Die Gemeindesteuern der Städte und Landgemeinden nach ihren Hauptarten.

a. Die Gemeindesteuern sämtlicher Städte und Landgemeinden in den Rechnungsjahren 1911 und 1919.

Die Tafeln 3a, 3b und 3c stellen die wichtigsten Erhebungsergebnisse über die Gemeindesteuern der nach Größenklassen und Provinzen gegliederten Städte und Landgemeinden Preußens im Rechnungsjahre 1919 den entsprechenden Zahlen des Rechnungsjahres 1911 vergleichend gegenüber. Dabei sind bei den Angaben für das Rechnungsjahr 1911 die gleichen Gebietsabtretungen berücksichtigt, die bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1919 vollzogen waren, und ebenso entspricht die provinzielle Gliederung der Gemeinden für 1911 der Neueinteilung des Freistaates Preußen, wie sie für das Rechnungsjahr 1919 gültig war; die Abtretungen in Oberschlesien sind also bei den Angaben der Tafeln 3a—c noch **nicht** berücksichtigt.

In der Tafel 3a ist das berichtigte Sollaufkommen der Gemeindesteuern sämtlicher Städte und Landgemeinden, die auf Größenklassen und Provinzen verteilt sind, für die Rechnungsjahre 1911 und 1919 nachgewiesen, und zwar gegliedert in direkte, indirekte und überwiesene Steuern. Dabei mußten für die nicht mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden statt der berichtigten Sollbeträge des Rechnungs-

Die Gemeindesteuern sämtlicher Städte und Landgemeinden Preußens in den Rechnungsjahren 1911 und 1919.

(Tafel 3a)

Staat — Provinzen a = Sämtliche Städte b = Sämtliche Landgemeinden	Es betrug am Schlusse des Rechnungsjahres das berichtigte Soll der direkten Gemeindesteuern 1911 Mill. ℳ	auf 1 Einw. ℳ	das … fache des Prinzipalsteuersolls	direkten Gemeindesteuern 1919 Mill. ℳ	auf 1 Einw. ℳ	das … fache des Prinzipalsteuersolls	indirekten Gemeindesteuern 1911 Mill. ℳ	auf 1 Einw. ℳ	indirekten Gemeindesteuern 1919 Mill. ℳ	auf 1 Einw. ℳ	den Gemeinden überwiesenen Steuern 1911 Mill. ℳ	auf 1 Einw. ℳ	den Gemeinden überwiesenen Steuern 1919 Mill. ℳ	auf 1 Einw. ℳ	gesamten Gemeindesteuern 1911 Mill. ℳ	auf 1 Einw. ℳ	gesamten Gemeindesteuern 1919 Mill. ℳ	auf 1 Einw. ℳ
1	2a	2b	2c	3a	3b	3c	4a	4b	5a	5b	6a	6b	7a	7b	8a	8b	9a	9b
A. Staat																		
I. Berlin	90,4	44,4	1,5	463,5	243,6	3,8	8,4	4,2	6,5	3,4	1,4	0,7	9,5	5,0	100,2	49,3	479,5	252,0
Städte mit mehr als																		
II. 200 000 Einw. (ohne Berlin)	165,6	36,9	1,9	892,6	183,6	4,2	20,9	4,7	59,9	12,3	0,8	0,2	16,9	3,5	187,4	41,8	969,4	199,4
III. 100 000—200 000 Einw.	79,8	36,2	2,0	374,5	160,4	4,2	9,6	4,3	21,8	9,3	0,1	0,1	5,0	2,2	89,5	40,6	401,4	171,9
IV. 50 000—100 000 „	61,1	29,5	2,3	278,7	133,0	4,1	6,3	3,0	20,0	9,5	0,2	0,1	9,7	4,6	67,7	32,6	308,4	147,1
V. 25 000— 50 000 „	48,4	26,9	2,2	239,0	117,4	3,8	4,3	2,4	15,4	7,6	0,1	0,03	5,0	2,5	52,7	29,3	259,4	127,4
VI. 10 000— 25 000 „	56,5	24,5	2,2	239,1	105,9	3,8	4,3	1,9	12,2	5,4	0,1	0,03	4,3	1,9	60,9	26,4	255,6	113,2
VII. 5 000— 10 000 „	25,2	18,9	2,0	88,5	67,2	3,2	1,9	1,4	4,9	3,7	0,02	0,01	1,9	1,5	27,2	20,4	95,3	72,4
VIII. 2 000— 5 000 „ }	25,9	15,6	1,9	71,9	53,2	2,8	2,1	1,3	4,2	3,1	0,01	0,01	1,6	1,2	28,1	16,8	77,7	57,4
IX. nicht mehr als 2 000 Einw. }				11,6	34,9	2,4			0,7	2,2			0,3	0,7			12,6	37,8
I.—IX. Sämtliche Städte	**553,0**	**30,9**	**1,9**	**2 659,5**	**143,8**	**3,9**	**57,9**	**3,2**	**145,7**	**7,9**	**2,7**	**0,2**	**54,1**	**2,9**	**613,6**	**34,3**	**2 859,3**	**154,6**
Landgemeinden mit mehr als																		
X. 25 000 Einw.	26,0	27,2	2,4	109,3	133,5	3,9	3,9	4,1	4,9	6,0	—	—	1,3	1,6	29,9	31,3	115,5	141,2
XI. 10 000—25 000 Einw.	27,4	23,2	2,2	138,6	108,5	3,7	3,0	2,6	5,2	4,0	0,03	0,03	2,0	1,6	30,5	25,8	145,8	114,1
XII. 5 000—10 000 „	24,6	20,4	2,1	98,2	80,1	3,3	2,2	1,9	3,8	3,1	0,02	0,01	1,2	0,9	26,8	22,3	103,1	84,2
XIII. nicht mehr als 5 000 Einw.	143,8	10,8	1,9	400,8	29,3	2,4	8,3	0,6	14,3	1,0	0,01	0,001	4,8	0,3	152,2	11,4	419,8	30,7
X.—XIII. Sämtl. Landgemeinden	**221,8**	**13,3**	**2,0**	**746,9**	**43,9**	**2,9**	**17,5**	**1,0**	**28,2**	**1,7**	**0,1**	**0,004**	**9,3**	**0,5**	**239,4**	**14,3**	**784,3**	**46,1**
I.—XIII. Städte u. Landgem. zus.	**774,8**	**22,4**	**1,9**	**3 406,4**	**96,0**	**3,6**	**75,4**	**2,2**	**173,9**	**4,9**	**2,8**	**0,1**	**63,4**	**1,8**	**852,9**	**24,7**	**3643,6**	**102,6**
B. Provinzen																		
I. Ostpreußen a	17,9	23,6	2,7	79,4	99,2	4,9	2,0	2,7	7,5	9,4	0,03	0,04	1,5	1,9	19,9	26,3	88,4	110,4
b	8,5	8,1	2,4	20,8	18,6	3,4	0,3	0,3	0,5	0,5	0,001	0,001	0,4	0,4	8,8	8,4	21,8	19,5
II. Brandenburg (ohne Berlin) a	59,0	28,4	1,7	276,4	126,6	3,3	8,2	3,9	16,8	7,7	0,3	0,1	5,0	2,3	67,5	32,4	298,3	136,6
b	34,4	18,8	1,9	157,7	83,2	3,2	6,0	3,3	8,8	4,6	—	—	2,7	1,4	40,4	22,1	169,2	89,2
III. Pommern a	16,8	22,4	2,2	68,6	90,3	4,2	1,3	1,8	4,9	6,4	0,1	0,1	1,2	1,6	18,2	24,3	74,7	98,3
b	4,8	7,8	1,7	15,8	23,9	2,7	0,2	0,3	0,6	0,9	—	—	0,6	0,9	5,0	8,1	17,0	25,8
IV. Posen-Westpreußen a	1,6	15,0	2,4	6,0	53,0	3,0	0,1	1,2	0,5	4,7	0,0002	0,002	0,2	1,3	1,7	16,2	6,7	59,1
b	1,0	5,8	1,9	2,0	11,5	2,0	0,03	0,2	0,1	0,6	—	—	0,03	0,2	1,0	5,9	2,1	12,2
V. Niederschlesien a	32,2	25,5	1,9	137,7	108,5	3,5	3,1	2,4	9,2	7,3	0,03	0,03	5,0	3,9	35,3	27,9	151,9	119,7
b	12,9	8,5	1,7	33,5	22,2	2,1	0,8	0,6	1,8	1,2	0,01	0,004	0,5	0,3	13,7	9,1	35,8	23,8
VI. Oberschlesien a	13,3	23,7	2,5	46,3	81,3	3,6	1,0	1,8	2,7	4,8	0,1	0,1	1,1	1,9	14,4	25,6	50,1	88,0
b	14,0	9,8	2,3	47,2	30,8	2,9	0,6	0,4	1,0	0,7	0,045	0,03	0,6	0,4	14,6	10,3	48,8	31,9
VII. Sachsen a	40,7	26,5	2,0	161,3	104,7	3,5	3,8	2,4	8,6	5,6	0,1	0,1	3,1	2,0	44,6	29,0	173,1	112,4
b	16,6	11,4	1,5	42,3	28,3	1,8	0,9	0,6	1,4	0,9	0,01	0,0049	0,3	0,2	17,5	12,0	44,0	29,4
VIII. Schleswig-Holstein a	24,4	32,6	2,5	95,8	132,5	4,2	2,6	3,4	11,1	15,4	0,1	0,1	2,6	3,6	27,1	36,1	109,6	151,5
b	11,5	18,1	2,0	32,0	48,2	2,6	1,2	1,9	2,3	3,4	—	—	0,6	0,9	12,7	20,0	34,9	52,5
IX. Hannover a	30,9	26,2	1,9	127,3	104,3	3,4	3,3	2,8	10,0	8,2	0,1	0,049	2,6	2,2	34,3	29,0	140,0	114,6
b	23,2	13,4	1,8	62,1	35,0	2,6	0,9	0,5	1,4	0,8	0,0001	0,00004	0,4	0,2	24,0	13,9	64,0	36,0
X. Westfalen a	55,1	29,1	2,5	267,8	123,7	4,2	4,6	2,4	14,7	6,8	0,1	0,1	4,4	2,0	59,8	31,6	286,8	132,5
b	42,1	18,1	2,6	161,6	69,6	3,8	2,4	1,0	4,3	1,9	0,001	0,0003	0,9	0,4	44,5	19,1	166,8	71,9
XI. Hessen-Nassau a	42,2	37,7	1,6	195,9	174,7	3,6	4,8	4,3	11,3	10,1	0,1	0,1	6,0	5,4	47,0	42,0	213,2	190,2
b	9,7	8,6	1,6	27,4	23,9	1,9	1,0	0,9	1,0	0,9	0,0004	0,0004	0,3	0,3	10,7	9,4	28,7	25,1
XII. Rheinprovinz a	128,3	33,3	2,1	732,9	178,3	4,6	14,7	3,8	41,7	10,2	0,4	0,1	11,8	2,9	143,4	37,2	786,4	191,3
b	42,7	15,5	2,0	143,6	54,0	2,9	3,2	1,2	4,9	1,8	0,002	0,001	2,0	0,7	45,9	16,7	150,5	56,6
XIII. Hohenzollern. Lande a	0,2	19,9	1,7	0,6	54,6	2,2	0,02	1,8	0,02	1,7	—	—	0,02	1,6	0,2	21,7	0,6	57,8
b	0,6	9,9	1,6	0,8	13,7	1,3	0,03	0,4	0,01	0,2	—	—	—	—	0,6	10,3	0,8	13,9

jahres 1911 die entsprechenden Istbeträge eingesetzt werden, weil erstere nicht erhoben worden sind. Daß der Einfluß, den diese Maßnahme auf die Vergleichbarkeit ausübt, nicht allzu bedeutend ist, kann man daraus schließen, daß das Mehr des Ist an Gemeindesteuern in den nicht mehr als 10 000 Einwohner zählenden Städten gegenüber dem berichtigten Soll im Rechnungsjahre 1911 auch nur 1,1 v. H. ausmachte.

Aus der Tafel 3a ergibt sich nun, daß der gesamte Steuerbedarf der preußischen Städte und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1919 bereits 3 643,6 Mill. ℳ und 102,6 ℳ auf 1 Einwohner betrug. Gegenüber dem Friedensjahre 1911, in dem das entsprechende Soll erst 852,9 Mill. ℳ und 24,7 ℳ auf den Kopf ausmachte, bedeutet das eine Zunahme um das 3,3fache. Am gesamten Gemeindesteuerbedarf des Rechnungsjahres 1919 waren die Städte mit 2 859,3 Mill. ℳ oder 78,5 v. H. und die Landgemeinden mit 784,3 Mill. ℳ oder 21,5 v. H.

Die den direkten Gemeindesteuern der Städte und Landgemeinden Preußens in den Rechnungsjahren 1911 und 1919 zugrunde liegenden Maßstabssteuern nach dem Stande vom 1. Januar 1912 und 1. Januar 1920.

(Tafel 3b)

Staat — Provinzen a = Sämtliche Städte b = Sämtliche Landgemeinden	Das Prinzipalsoll der direkten Steuern, wie es in kreisangehörigen Städten und in Landgemeinden für die Verteilung der Kreissteuern gemäß § 7 des Kreis- und Provinzial-Abgaben-Gesetzes vom 23. April 1906, in Stadtkreisen für die Verteilung der Provinzialsteuern gemäß § 25 a. a. O. nach dem hierunter bezeichneten Stande ermittelt worden ist, nämlich der															
	Einkommensteuer der Einkommen von				Grundsteuer		Gebäudesteuer		Gewerbesteuer		Betriebssteuer		direkten Steuern zusammen			
	mehr als 900 ℳ		nicht mehr als 900 ℳ nach den fingierten Normalsteuersätzen		1. 1. 1912	1. 1. 1920	1. 1. 1912	1. 1. 1920	1. 1. 1912	1. 1. 1920	1. 1. 1912	1. 1. 1920	1. 1. 1912		1. 1. 1920	
	1. 1. 1912	1. 1. 1920	1. 1. 1912	1. 1. 1920									überhaupt	auf 1 Einw	überhaupt	auf 1 Einw
	1000 ℳ	1000 ℳ	1000 ℳ	1000 ℳ	1000 ℳ	1000 ℳ	1000 ℳ	1000 ℳ	1000 ℳ	1000 ℳ	1000 ℳ	1000 ℳ	1000 ℳ	ℳ	1000 ℳ	ℳ
1	2a	2b	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6a	6b	7a	7b	8a	8b	8c	8d
A. Staat																
I. Berlin	40 696	88 248	—	—	4	4	15 883	16 633	8 734	17 704	290	234	65 608	32,3	122 823	64,6
Städte mit mehr als																
II. 200 000 Einw. (ohne Berlin)	64 678	165 842	481	0,04	204	234	22 827	26 442	9 180	20 272	395	408	97 765	21,8	213 198	43,9
III. 100 000—200 000 Einw.	30 259	69 854	420	34	132	128	10 276	11 536	3 931	7 811	180	173	45 199	20,5	89 537	38,3
IV. 50 000—100 000 „	19 002	53 323	485	45	128	124	6 933	8 074	3 089	6 973	168	166	29 806	14,4	68 704	32,8
V. 25 000— 50 000 „	14 995	48 036	524	133	270	292	5 298	6 676	2 619	7 299	160	178	23 865	13,3	62 614	30,8
VI. 10 000— 25 000 „	16 684	48 305	743	240	534	523	5 930	6 427	3 167	7 399	230	208	27 288	11,8	63 102	28,0
VII. 5 000— 10 000 „	7 562	20 662	522	204	558	528	2 947	3 209	1 557	3 050	147	141	13 293	10,0	27 793	21,1
VIII. 2 000— 5 000 „ }	7 655	18 848	712	338	1 326	1 052	3 167	2 908	1 656	2 633	225	165	14 741	8,8	25 944	19,2
IX. nicht mehr als 2 000 Einw. }		3 374		125		311		569		425		46			4 850	14,5
I.—IX. Sämtliche Städte	**201 532**	**516 493**	**3 887**	**1 118**	**3 156**	**3 195**	**73 260**	**82 475**	**33 933**	**73 566**	**1 795**	**1 719**	**317 564**	**17,7**	**678 565**	36,7
Landgemeinden mit mehr als																
X. 25 000 Einw.	8 397	22 290	164	8	70	44	3 035	3 374	964	2 092	56	45	12 685	13,3	27 852	34,0
XI. 10 000—25 000 Einw.	9 115	30 695	310	75	192	232	2 666	3 247	1 280	3 591	67	61	13 630	11,5	37 901	29,7
XII. 5 000—10 000 „	8 513	23 299	359	155	575	607	2 263	2 402	1 083	2 911	79	73	12 873	10,7	29 447	24,0
XIII. nicht mehr als 5 000 Einw.	34 425	115 339	5 886	4 419	24 184	24 038	12 095	13 292	4 672	9 163	972	916	82 234	6,2	167 167	12,2
X.—XIII. Sämtl. Landgemeinden	**60 450**	**191 623**	**6 719**	**4 656**	**25 022**	**24 921**	**20 058**	**22 314**	**7 999**	**17 758**	**1 174**	**1 095**	**121 423**	**7,3**	**262 367**	15,4
I.—XIII. Städte u. Landgem. zus.	**261 982**	**708 116**	**10 606**	**5 774**	**28 178**	**28 116**	**93 319**	**104 789**	**41 932**	**91 324**	**2 970**	**2 814**	**438 987**	**12,7**	**940 932**	**26,5**
B. Provinzen																
I. Ostpreußen a	4 153	11 649	236	73	106	108	2 154	2 530	787	1 734	68	73	7 504	9,9	16 168	20,2
I. Ostpreußen b	925	3 437	358	354	1 540	1 540	616	629	113	156	48	47	3 601	3,4	6 163	5,5
II. Brandenburg (ohne Berlin) a	25 580	66 466	513	130	355	361	9 740	11 498	2 958	5 558	224	203	39 371	18,9	84 215	38,6
II. Brandenburg (ohne Berlin) b	12 722	38 956	612	412	1 844	1 852	4 662	5 578	1 279	2 585	153	146	21 272	11,7	49 528	26,1
III. Pommern a	4 566	11 957	249	93	193	207	2 165	2 406	835	1 601	77	75	8 084	10,8	16 338	21,5
III. Pommern b	1 007	3 777	254	170	929	948	557	619	179	231	45	44	2 970	4,8	5 789	8,8
IV. Posen-Westpreußen a	359	1 572	37	19	35	34	209	231	76	172	12	11	728	6,8	2 039	17,9
IV. Posen-Westpreußen b	170	645	51	45	185	186	89	94	19	22	9	8	523	3,2	1 000	5,7
V. Niederschlesien a	11 398	30 427	473	97	136	130	4 454	4 905	1 992	4 248	137	142	18 589	14,7	39 950	31,5
V. Niederschlesien b	3 194	10 503	736	567	2 097	2 124	1 379	1 515	552	1 070	109	105	8 067	5,3	15 885	10,5
VI. Oberschlesien a	3 432	9 539	179	65	69	71	1 355	1 518	644	1 639	43	44	5 722	10,2	12 877	22,6
VI. Oberschlesien b	3 362	12 036	525	298	788	790	1 085	1 261	528	1 848	48	48	6 336	4,4	16 281	10,6
VII. Sachsen a	13 773	35 262	503	105	709	703	4 636	5 146	2 335	4 794	154	146	22 110	14,4	46 155	30,0
VII. Sachsen b	5 140	16 358	726	574	3 448	3 455	1 561	1 722	795	1 534	111	100	11 781	8,1	23 743	15,9
VIII. Schleswig-Holstein a	6 388	17 493	116	15	89	88	2 844	3 136	1 125	2 152	80	73	10 642	14,2	22 956	31,7
VIII. Schleswig-Holstein b	2 685	8 533	189	140	2 156	2 159	1 079	1 281	281	379	60	57	6 449	10,1	12 549	18,9
IX. Hannover a	10 922	29 219	405	93	268	274	4 102	4 609	1 922	3 630	121	112	17 740	15,0	37 937	31,1
IX. Hannover b	5 847	16 015	703	502	4 070	4 043	1 749	1 908	764	1 290	146	137	13 280	7,7	23 894	13,4
X. Westfalen a	15 766	49 492	443	223	347	362	5 080	6 162	2 548	7 370	139	151	24 322	12,9	63 760	29,5
X. Westfalen b	9 696	32 823	805	479	2 413	2 386	2 814	3 035	1 388	3 813	140	130	17 256	7,4	42 666	18,4
XI. Hessen-Nassau a	19 927	41 002	155	104	289	292	6 207	6 853	2 731	6 243	134	124	29 443	26,3	54 619	48,7
XI. Hessen-Nassau b	3 084	10 592	527	366	1 588	1 544	1 074	1 164	382	806	85	77	6 741	6,0	14 548	12,7
XII. Rheinprovinz a	44 482	123 961	572	97	549	555	14 428	16 844	7 221	16 686	316	330	67 569	17,5	158 473	38,6
XII. Rheinprovinz b	12 454	37 525	1 181	717	3 853	3 784	3 356	3 472	1 684	3 993	221	195	22 749	8,3	49 684	18,7
XIII. Hohenzoll. Lande a	91	205	5	4	7	7	5	6	25	34	—	—	133	12,7	255	24,9
XIII. Hohenzoll. Lande b	165	424	52	33	111	113	36	38	34	31	—	—	398	6,5	638	10,5

beteiligt; im Rechnungsjahre 1911 betrug der entsprechende Anteil der Städte erst 71,9 v. H. gegen einen solchen von 28,1 v. H. bei den Landgemeinden. Im Zeitraum 1911/1919 ist das Soll der gesamten Gemeindesteuern bei den Städten um das 3,7fache und bei den Landgemeinden auch schon um das 2,8fache gestiegen. Hierbei muß jedoch berücksichtigt werden, daß im Rechnungsjahre 1919 bereits eine starke Entwertung des Geldes eingetreten war. Nach der Lebenshaltungsindexziffer des Statistischen Reichsamtes betrug Ende März bis Anfang April 1920 die Kaufkraft der Mark nur noch 1/7 bis 1/8 Goldmark!

Das auf 1 Einwohner entfallende Soll der gesamten Gemeindesteuern stellt einen vergleichbaren Maßstab für den durchschnittlichen Steuerbedarf der Gemeinden in den einzelnen Landesteilen und Gemeindegrößenklassen dar. Was letztere anbetrifft, so läßt die Tafel 3a erkennen, daß der durchschnittliche Steuerbedarf mit der Größe der Gemeinden wächst. Von 37,8 ℳ bei den Städten mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern steigt der Kopfbetrag im Rechnungsjahre 1919 von Gruppe zu Gruppe bis auf 199,4 ℳ bei den Großstädten mit über 200 000 Einwohnern und darüber hinaus bis auf 252 ℳ bei der Stadt Berlin. Im Rechnungsjahre 1911 belief

Die direkten Gemeindesteuern sämtlicher Städte und Landgemeinden Preußens in den Rechnungsjahren 1911 und 1919.

(Tafel 3c)

Staat — Provinzen; a = Sämtliche Städte, b = Sämtliche Landgemeinden	Es betrug am Schlusse des Rechnungsjahres das berichtigte Soll der: Gemeindeeinkommensteuer 1911 überhaupt 1 000 ℳ	Gemeindeeinkommensteuer 1911 v. H. der direkten Gemeindesteuern	Gemeindeeinkommensteuer 1911 v. H. der gesamten Gemeindesteuern	Gemeindeeinkommensteuer 1919 überhaupt 1 000 ℳ	Gemeindeeinkommensteuer 1919 v. H. der direkten Gemeindesteuern	Gemeindeeinkommensteuer 1919 v. H. der gesamten Gemeindesteuern	Gemeindesteuern vom Grundbesitze 1911 1 000 ℳ	Gemeindesteuern vom Grundbesitze 1919 1 000 ℳ	Gemeindesteuern vom Gewerbebetriebe 1911 1 000 ℳ	Gemeindesteuern vom Gewerbebetriebe 1919 1 000 ℳ	Gemeindesteuern v. Schankbetriebe 1911 1 000 ℳ	Gemeindesteuern v. Schankbetriebe 1919 1 000 ℳ	von den Gemeinden erhobenen Realsteuern zusammen 1911 überhaupt 1 000 ℳ	Realsteuern 1911 v. H. der direkten Gemeindesteuern	Realsteuern 1911 v. H. der gesamten Gemeindesteuern	Realsteuern 1919 überhaupt 1 000 ℳ	Realsteuern 1919 v. H. der direkten Gemeindesteuern	Realsteuern 1919 v. H. der gesamten Gemeindesteuern
1	2a	2b	2c	3a	3b	3c	4	5	6	7	8	9	10a	10b	10c	11a	11b	11c
A. Staat																		
I. Berlin	46 841	51,9	46,7	391 882	84,5	81,7	28 770	34 295	14 452	37 132	292	224	43 514	48,2	43,4	71 651	15,5	14,9
Städte mit mehr als																		
II. 200 000 Einw. (ohne Berlin)	101 273	61,1	54,0	732 227	82,0	75,5	44 853	72 906	18 845	86 791	664	698	64 362	38,9	34,4	160 395	18,0	16,5
III. 100 000—200 000 Einw.	48 110	60,3	53,8	303 616	81,1	75,6	22 260	33 831	9 016	36 854	399	233	31 675	39,7	35,4	70 918	18,9	17,7
IV. 50 000—100 000 „	36 736	60,1	54,3	210 592	75,6	68,3	15 663	23 526	8 369	44 280	373	330	24 405	39,9	36,0	68 136	24,4	22,1
V. 25 000— 50 000 „	29 699	61,4	56,4	187 491	78,4	72,3	12 343	20 902	6 047	30 299	294	306	18 684	38,6	35,5	51 508	21,6	19,9
VI. 10 000— 25 000 „	35 100	62,1	57,6	185 245	77,5	72,5	13 927	22 913	7 235	30 682	275	235	21 437	37,9	35,2	53 830	22,5	21,1
VII. 5 000— 10 000 „	14 896	59,1	54,8	68 016	76,9	71,4	7 033	11 016	3 101	9 239	181	180	10 315	40,9	37,9	20 436	23,1	21,4
VIII. 2 000— 5 000 „	14 148 (VIII u. IX)	54,6 (VIII u. IX)	50,3 (VIII u. IX)	53 728	74,7	69,2	8 323 (VIII u. IX)	10 677	3 162 (VIII u. IX)	7 313	287 (VIII u. IX)	199	11 772 (VIII u. IX)	45,4 (VIII u. IX)	41,9 (VIII u. IX)	18 189	25,3	23,4
IX. nicht mehr als 2 000 Einw.				8 400	72,3	66,6		2 110		1 053		61				3 225	27,7	25,6
I.—IX. Sämtliche Städte	**326 803**	**59,1**	**53,8**	**2 141 197**	**80,5**	**74,9**	**153 172**	**232 178**	**70 227**	**283 643**	**2 765**	**2 466**	**226 164**	**40,9**	**36,9**	**518 287**	**19,5**	**18,1**
Landgemeinden mit mehr als																		
X. 25 000 Einw.	14 143	54,4	47,4	85 627	78,4	74,1	7 383	10 424	4 394	13 179	78	38	11 855	45,6	39,7	23 641	21,6	20,5
XI. 10 000—25 000 Einw.	14 926	54,4	48,9	106 181	76,6	72,8	7 792	12 861	4 637	19 524	82	71	12 511	45,6	41,0	32 455	23,4	22,3
XII. 5 000—10 000 „	.	.	.	75 661	77,1	73,4	.	10 487	.	11 915	.	101	.	.	.	22 503	22,9	21,8
XIII. nicht mehr als 5 000 Einw.	.	.	.	278 499	69,5	66,3	.	97 273	.	23 545	.	1 483	.	.	.	122 301	30,5	29,1
X.—XIII. Sämtl. Landgemeinden	**107 140**	**48,3**	**44,8**	**545 968**	**73,1**	**69,6**	**92 056**	**131 045**	**21 295**	**68 163**	**1 331**	**1 692**	**114 682**	**51,7**	**47,9**	**200 900**	**26,9**	**25,6**
I.—XIII. Städte u. Landgem. zus.	**433 943**	**56,0**	**50,9**	**2 687 164**	**78,9**	**73,8**	**245 228**	**363 223**	**91 522**	**351 806**	**4 096**	**4 158**	**340 846**	**44,0**	**40,0**	**719 187**	**21,1**	**19,7**
B. Provinzen																		
I. Ostpreußen a	10 282	57,6	51,7	62 654	78,9	70,9	5 623	8 859	1 803	7 631	143	268	7 569	42,4	38,0	16 758	21,1	19,0
I. Ostpreußen b	2 989	35,0	33,9	12 613	60,5	57,9	5 208	7 615	261	477	85	143	5 554	65,0	63,0	8 236	39,5	37,8
II. Brandenburg (ohne Berlin) a	33 924	57,5	50,3	232 988	84,3	78,1	20 058	28 399	4 729	14 713	286	287	25 073	42,5	37,2	43 399	15,7	14,6
II. Brandenburg (ohne Berlin) b	15 311	44,5	37,9	124 024	78,6	73,3	16 569	23 677	2 342	9 824	155	201	19 066	55,5	47,2	33 701	21,4	19,9
III. Pommern a	9 839	58,6	54,1	56 307	82,0	75,3	5 171	7 797	1 659	4 380	121	150	6 951	41,4	38,2	12 328	18,0	16,5
III. Pommern b	2 020	42,0	40,7	10 617	67,3	62,5	2 433	4 170	299	889	52	97	2 784	58,0	56,0	5 157	32,7	30,3
IV. Posen-Westpreußen a	890	55,9	51,7	4 945	82,0	73,6	521	664	168	402	14	17	703	44,1	40,9	1 084	18,0	16,1
IV. Posen-Westpreußen b	390	41,0	39,9	1 374	68,7	64,4	519	577	35	41	7	6	561	59,0	57,3	625	31,3	29,3
V. Niederschlesien a	19 301	59,9	54,6	106 815	77,6	70,8	8 597	15 435	4 122	15 259	184	171	12 903	40,1	36,5	30 865	22,4	20,3
V. Niederschlesien b	5 986	46,5	43,6	23 379	69,9	65,3	5 844	7 461	931	2 476	105	153	6 880	53,5	50,1	10 090	30,1	28,2
VI. Oberschlesien a	7 896	59,3	54,8	34 011	73,5	67,9	3 650	4 721	1 709	7 448	67	96	5 426	40,7	37,7	12 265	26,5	24,5
VI. Oberschlesien b	7 521	53,7	51,4	34 061	72,2	69,8	4 643	6 190	1 783	6 844	63	77	6 489	46,3	44,4	13 111	27,8	26,9
VII. Sachsen a	24 851	61,0	55,8	130 290	80,8	75,3	10 706	17 042	4 999	13 826	163	162	15 868	39,0	35,6	31 030	19,2	17,9
VII. Sachsen b	7 763	46,8	44,4	30 050	71,0	68,3	7 578	9 403	1 148	2 760	89	108	8 815	53,2	50,4	12 271	29,0	27,9
VIII. Schleswig-Holstein a	12 582	51,5	46,4	78 011	81,4	71,2	9 504	12 044	2 249	5 687	98	81	11 851	48,5	43,7	17 811	18,6	16,3
VIII. Schleswig-Holstein b	4 578	39,9	36,0	21 051	65,8	60,4	6 226	9 711	618	1 147	62	82	6 906	60,1	54,3	10 940	34,2	31,4
IX. Hannover a	18 446	59,7	53,8	101 125	79,4	72,3	8 434	14 992	3 784	11 040	234	150	12 452	40,3	36,8	26 182	20,6	18,7
IX. Hannover b	10 589	45,7	44,1	41 891	67,4	65,5	10 887	16 535	1 491	3 412	188	290	12 566	54,3	52,3	20 238	32,6	31,6
X. Westfalen a	33 848	61,4	56,6	196 153	73,2	68,4	12 445	21 609	8 422	49 802	381	227	21 248	38,6	35,6	71 637	26,8	25,0
X. Westfalen b	22 786	54,2	51,2	121 166	75,0	72,6	12 284	19 118	6 796	21 106	189	232	19 269	45,8	43,3	40 456	25,0	24,3
XI. Hessen-Nassau a	26 873	63,7	57,1	162 948	83,2	76,4	10 673	17 525	4 422	15 262	219	122	15 314	36,3	32,6	32 909	16,8	15,4
XI. Hessen-Nassau b	4 606	47,4	43,1	20 203	73,8	70,4	4 396	5 293	606	1 749	105	115	5 107	52,6	47,8	7 157	26,2	24,9
XII. Rheinprovinz a	81 094	63,2	56,6	582 647	79,5	74,1	28 999	48 761	17 657	100 958	563	510	47 219	36,8	32,9	150 229	20,5	19,1
XII. Rheinprovinz b	22 401	52,5	48,8	105 142	73,2	69,9	15 132	20 932	4 911	17 365	231	189	20 274	47,5	44,2	38 485	26,8	25,6
XIII. Hohenzoll. Lande a	136	65,1	59,9	421	75,4	71,2	21	35	52	102	—	—	73	34,9	32,2	137	24,6	23,2
XIII. Hohenzoll. Lande b	200	32,8	31,5	397	47,9	47,1	337	361	73	72	—	—	410	67,2	64,5	433	52,1	51,3

sich der Kopfbetrag der die Kleinstädte mit nicht mehr als 5 000 Einwohnern umfassenden letzten Städtegruppe auf 16,8 ℳ, um, von Gruppe zu Gruppe steigend, bei Berlin einen Betrag von 49,8 ℳ zu erreichen. Dieselbe Tendenz zeigt sich bei den Landgemeinden: Von 11,4 ℳ bei den Landgemeinden mit nicht mehr als 5 000 Einwohnern steigt der Kopfbetrag der Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911 bis auf 31,3 ℳ bei den Landgemeinden mit über 25 000 Einwohnern, und entsprechend im Rechnungsjahre 1919 von 30,7 ℳ bis auf 141,2 ℳ.

Den durchschnittlichen Kopfbetrag der gesamten Gemeindesteuern der Städte im Rechnungsjahre 1919 in Höhe von 154,6 ℳ erreichten oder überschritten nur die Städte zweier Provinzen, nämlich in Hessen-Nassau (190,2) und der Rheinprovinz (191,8 ℳ). Läßt man die Stadt Berlin bei Berechnung des Kopfbetrages für die Gesamtheit der Städte außer Betracht, so erhält man einen Kopfbetrag von nur 143,5 ℳ. Auch ihn würden außer den Städten der schon genannten beiden Provinzen nur noch die schleswig-holsteinischen Städte mit 151,5 ℳ übertreffen. Die niedrigsten Kopfbeträge weisen die posen-westpreußischen und hohenzollernschen Städte mit 59,1 bezw. 57,8 ℳ auf. Der durchschnittliche Kopfbetrag der preußischen Landgemeinden im Rechnungsjahre 1919 in Höhe von 46,1 ℳ wurde auch bloß von den Landgemeinden in vier Provinzen überschritten; am meisten mit 89,2 ℳ in Brandenburg (Vororte Berlins!), ferner in Westfalen (71,9) und der Rheinprovinz (56,6), wo die großen Landgemeinden des Industriegebiets auf die Höhe des Gesamtsteuerbedarfs der Landgemeinden einen entscheidenden Einfluß ausüben, sowie in Schleswig-Holstein (52,5 ℳ). Von den Landgemeinden dieser Provinz zeichneten sich viele durch ein hohes Gemeindesteuersoll aus; es erreichte bei einer großen Anzahl einen Kopfbetrag, der mehr als doppelt so hoch war wie der Durchschnittssatz der Landgemeinden für ganz Preußen (46,1 ℳ). Zu diesen schleswig-holsteinischen Landgemeinden mit einem besonders hohen Steuerbedarf gehörten die Hamburger Vororte Blankenese (118,4), Eidelstedt (106,5), Gr. Flottbek (130,5), Kl. Flottbek (98,9), Lockstedt (109,1), Nienstedten (118,6) und Stellingen (102,5 ℳ), sämtlich im Kreise Pinneberg gelegen, ferner Neu Rahlstedt (121,7), Oldenfelde (94,1) und Schiffbek (108) im Kreise Stormarn, Friedrichskoog (106,5), Kr. Süderdithmarschen, Hedwigenkoog (320,2), Neuenkirchen (149,9) und Wesselburen (174,7) im Kreise Norderdithmarschen, Elmschenhagen, Kr. Plön (97,2), Kronshagen (102,1) und Neumühlen-Dietrichsdorf (104) im Kreise Bordesholm, Schacht-Audorf, Kr. Rendsburg (101,3) sowie Holtenau (97,6 ℳ) im Kreise Eckernförde.

Wir sahen, daß sich das berichtigte Soll der gesamten Gemeindesteuern in Preußen für das Rechnungsjahr 1919 auf 3 643,6 Mill. ℳ und 102,6 ℳ auf den Kopf der Bevölkerung belief. Zählt man, um den Steuerbedarf der preußischen Kommunalverbände überhaupt zu erhalten, den Gemeindesteuern noch diejenigen Steuern der höheren Kommunalverbände hinzu, die in den Gemeindesteuern n i c h t schon mitenthalten sind — und zwar 37,65 Mill. ℳ von den Gutsbezirken erhobene direkte Kreissteuern, 36,94 Mill. ℳ indirekte und 11,63 Mill. ℳ überwiesene Steuern der Landkreise — so ergibt sich ein G e s a m t b e d a r f a n K o m m u n a l s t e u e r n für das Rechnungsjahr 1919 in Höhe von 3 729,82 Mill. ℳ und 100,60 ℳ auf den Kopf der Bevölkerung.

Da die Rechnungsergebnisse für die Staatssteuern des Rechnungsjahres 1919 noch nicht vorliegen, so ist es mißlich, den auf 1 Einwohner entfallenden Bedarf an Staatssteuern festzustellen, zumal die bisher allein bekannten Zahlen des Voranschlages für diesen Zweck wenig brauchbar erscheinen. Berechnungen auf Grund dieser Voranschlagszahlen können jedenfalls nur als Minimalbeträge gewertet werden. Mit dieser Einschränkung wäre für 1919 mit einem Staatssteueraufkommen, einschließlich der Vergütungen für Erhebungs- und Verwaltungskosten und nach Abzug der an die Gemeinden und Gemeindeverbände erstatteten Beträge, in Höhe von rund 1 667 Mill. ℳ zu rechnen, d. h. einem Betrage, der noch nicht der Hälfte der Kommunalsteuern entsprach. Auf 1 Einwohner Preußens würden danach im Rechnungsjahre 1919 an Staats- und Kommunalsteuern rund 146 ℳ entfallen. Die Kopfbelastung durch Reichssteuern für das Rechnungsjahr 1919 festzustellen, begegnet z. Zt. noch ähnlichen Schwierigkeiten wie die entsprechende Feststellung für die Staatssteuern. In den betreffenden Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts[1]) fehlen genauere Angaben über einige gerade sehr ins Gewicht fallende neue Steuerarten, wie z. B. die außerordentliche Kriegsabgabe für 1919 und die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachse. Setzt man den für diese Steuerarten veranschlagten Betrag von zusammen $5^1/_2$ Milliarden ℳ ein, so kommt man auf einen Gesamtsteuerertrag des Reiches von rund 13 695 Mill. ℳ und einen Kopfbetrag von 227 ℳ. In dem genannten Betrage an Reichssteuern sind die Anteile von Ländern und Gemeinden nicht mitenthalten. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß eine genaue Feststellung der preußischen Staatssteuern z. Zt. nicht möglich ist, wird man doch sagen können, daß der in Preußen aufzubringende Bedarf an Reichs-, Staats- und Kommunalsteuern im Rechnungsjahre 1919 mindestens 370 ℳ auf den Kopf der Bevölkerung betrug.

Verteilt man die gesamten Gemeindesteuern auf direkte, indirekte und überwiesene Steuern, so ergibt sich aus der Tafel 3a folgendes:

[1]) Vergl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 41. Jahrg., S. 190.

Es betrug nach dem Stande am Schlusse des Rechnungsjahres das berichtigte Soll

bei	der direkten Gemeindesteuern				der indirekten Gemeindesteuern				der den Gemeinden überwiesenen Steuern			
	1911		1919		1911		1919		1911		1919	
	überhaupt Mill. ℳ	v. H. der gesamten Gemeindesteuern	überhaupt Mill. ℳ	v. H. der gesamten Gemeindesteuern	überhaupt Mill. ℳ	v. H. der gesamten Gemeindesteuern	überhaupt Mill. ℳ	v. H. der gesamten Gemeindesteuern	überhaupt Mill. ℳ	v. H. der gesamten Gemeindesteuern	überhaupt Mill. ℳ	v. H. der gesamten Gemeindesteuern
den Städten zusammen . . .	553,0	90,1	2 659,5	93,0	57,9	9,9*	145,7	5,1	2,7	.*	54,1	1,9
den Landgemeinden zus. . .	221,8	92,7	746,9	95,2	17,5	7,3*	28,2	3,6	0,1	.*	9,3	1,2
den Städten und Landgemeinden zusammen . .	774,8	90,8	3 406,4	93,5	75,4	9,2*	173,9	4,8	2,8	.*	63,4	1,7.

*) Bei der Erhebung für das Rechnungsjahr 1911 wurde nur die den Gemeinden nach den gesetzlichen Bestimmungen verbleibende Wertzuwachssteuer erhoben und bei den indirekten Gemeindesteuern verrechnet, während bei der Erhebung für das Rechnungsjahr 1919 die Anteile der Gemeinden an der Reichswertzuwachssteuer bei den überwiesenen und die Gemeindezuschläge zur Reichswertzuwachssteuer bei den indirekten Gemeindesteuern nachgewiesen worden sind. Aus diesem Grunde müssen bei einer Vergleichung der Beträge des Rechnungsjahres 1919 mit denen des Rechnungsjahres 1911 die indirekten und überwiesenen Steuern zusammengefaßt werden. In dem prozentualen Anteil der indirekten Steuern des Rechnungsjahres 1911 an den gesamten Gemeindesteuern ist der auf die überwiesenen Steuern entfallende Anteil mitenthalten.

Aus der Übersicht geht hervor, daß gegenüber den direkten Gemeindesteuern die indirekten und die überwiesenen Steuern für die Deckung des Steuerbedarfs der Gemeinden in Preußen nur eine untergeordnete Rolle spielten. Schon im Friedensjahre 1911 wurden rund $^9/_{10}$ des Bedarfs der Städte und fast 93 v. H. des Steuerbedarfs der Landgemeinden durch direkte Steuern gedeckt, und im Rechnungsjahre 1919 erhöhten sich die betreffenden Anteile noch bis auf 93 v. H. bei den Städten und 95,2 v. H. bei den Landgemeinden. Entsprechend war auch die Steigerung im Zeitraum 1911/1919 bei den direkten Steuern eine erheblich stärkere als bei den indirekten und überwiesenen Steuern; während sie für die erstgenannte Art von Steuern bei den Städten das 3,8 fache und bei den Landgemeinden das 2,4 fache betrug, wuchs das Aufkommen aus indirekten und überwiesenen Steuern zusammen im Zeitraum 1911/1919 nur um das 2,3 fache bei den Städten und um das 1,1 fache bei den Landgemeinden.

b. Die Gemeindesteuern der nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 mehr als 10 000 Einwohner zählenden Städte und Landgemeinden in den Rechnungsjahren 1911, 1918 und 1919.

Die auf den Seiten 298 bis 303 abgedruckte Tafel 2 enthält für alle Städte und Landgemeinden, die nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 mehr als 10 000 Einwohner besaßen, für die Rechnungsjahre 1911, 1918 und 1919 Vergleichszahlen für ihr Steuer- und Schuldenwesen. Bezüglich der Entwickelung der Gemeindesteuern der in Betracht kommenden 373 Gemeinden in dem Berichtszeitraum ergibt sich danach folgendes:

Der gesamte Bedarf an Gemeindesteuern in den 264 Städten und 109 Landgemeinden, die nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 mehr als 10 000 Einwohner besaßen und mit 17,58 Mill. 49,5 v. H. der gesamten Bevölkerung der Städte und Landgemeinden Preußens ausmachten, stellte sich im Rechnungsjahre 1919 auf 2 935 Mill. *M* und 166,9 *M* auf 1 Einwohner. Im Vorjahre betrugen die entsprechenden Zahlen erst 1 282,7 Mill. und 73,5 *M* und im Rechnungsjahre 1911 614,9 Mill. bezw. 36,4 *M*, wobei zu bemerken ist, daß den Berechnungen auf den Kopf der Bevölkerung das Ergebnis der Personenstandsaufnahme für diese Rechnungsjahre zugrunde gelegen hat. Der Steuerbedarf dieser Gemeinden machte im Rechnungsjahre 1911 72,1 v. H., im Rechnungsjahre 1919 schon 80,6 v. H. des Steuerbedarfs sämtlicher preußischen Städte und Landgemeinden aus (vergl. Tafel 3 a). Die Steigerung des Gemeindesteuerbedarfs in diesen nach der letzten Volkszählung mehr als 10 000 Einwohner zählenden Gemeinden betrug im Zeitraum 1911/1918 das 1,1 fache und im Zeitraum 1911/1919 das 3,8 fache; die Steigerung der entsprechenden Kopfbeträge war etwas geringer als die des Steuerbedarfes selbst, sie stellte sich nämlich in dem Zeitraum 1911/1918 nur auf das 1 fache und im Zeitraum 1911/1919 auf das 3,6 fache. Bei der bedeutenden Zunahme des Gemeindesteuerbedarfs von 1918 auf 1919 ist die im letzteren Jahre schon stark zunehmende Geldentwertung zu berücksichtigen.

Verteilt man die Städte und Landgemeinden, die nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 mehr als 10 000 Einwohner zählten, auf die in der Tafel 2 unterschiedenen 7 Gemeindegrößengruppen, so waren die den einzelnen Gruppen zugehörigen Gemeinden am Gemeindesteuerbedarf sämtlicher preußischen Städte und Landgemeinden (vergl. Tafel 3 a) in den Rechnungsjahren 1911 und 1919 mit folgenden Hundertsätzen beteiligt:

Es entfielen v. H. der gesamten Gemeindesteuern der preußischen Städte und Landgemeinden

auf	im Rechnungsjahre 1911	im Rechnungsjahre 1919
die Städte mit mehr als 200 000 Einw.[1]) . . .	33,8	39,8
100 000 bis 200 000 „ [1]) . . .	10,4	11,0
50 000 „ 100 000 „ [1]) . . .	7,8	8,5
25 000 „ 50 000 „ [1]) . . .	6,8	7,1
10 000 „ 25 000 „ [1]) . . .	6,9	7,0
die Landgemeinden mit mehr als 25 000 Einw.[1]) . . .	2,9	3,2
10 000 bis 25 000 „ [1]) . . .	3,4	4,0.

Der Anteil am gesamten Gemeindesteuerbedarf ist danach bei sämtlichen Größengruppen im Rechnungsjahre 1919 höher als im Rechnungsjahre 1911; am bedeutendsten war die Zunahme des Anteils bei den Großstädten mit mehr als 200 000 Einwohnern (17,8 v. H.) sowie bei den Landgemeinden mit mehr als 10 000 bis 25 000 Einwohnern (17,6 v. H.).

Die Zunahme des Gemeindesteuerbedarfs der Gemeindegrößengruppen innerhalb des Zeitraums 1911/1919 und von 1918 auf 1919 veranschaulicht folgende Übersicht:

bei	Es betrug das berichtigte Soll der gesamten Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1919 das ... fache des Steuerbetrages		Es betrug das auf 1 Einwohner entfallende Soll der gesamten Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1919 das ... fache des entsprechenden Kopfbetrages	
	im Rechnungsjahre 1911	im Rechnungsjahre 1918	im Rechnungsjahre 1911	im Rechnungsjahre 1918
den Städten mit mehr als 200 000 Einw.[1]) . . .	5,0	2,4	4,8	2,4
100 000 bis 200 000 „ [1]) . . .	4,5	2,2	4,4	2,2
50 000 „ 100 000 „ [1]) . . .	4,6	2,2	4,4	2,3
25 000 „ 50 000 „ [1]) . . .	4,5	2,2	4,3	2,1
10 000 „ 25 000 „ [1]) . . .	4,8	2,1	4,3	2,1
den Landgemeinden mit mehr als 25 000 Einw [1]) . . .	4,6	2,2	4,3	2,2
10 000 bis 25 000 „ [1]) . . .	5,0	2,0	4,5	2,0
den Städten und Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einw.[1]) . .	4,8	2,3	4,6	2,3.

Im Rechnungsjahre 1911 schwankte bei den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern[1]) das auf 1 Einwohner entfallende Soll der gesamten Gemeindesteuern zwischen 44,2 *M* bei den Städten mit mehr als 200 000 Einwohnern und 25,6 *M* bei den Landgemeinden mit mehr als 10 000 – 25 000 Einwohnern. In den Rechnungsjahren 1918 und 1919 wiesen die Großstädte mit über 200 000 Einwohnern ebenfalls die höchsten entsprechenden Kopfbeträge mit 88,9 bezw. 214,2 *M* auf, während diese mit 54,7 bezw. 113,2 *M* bei den Städten mit über 10 000 bis 25 000 Einwohnern am geringsten waren.

Den durchschnittlichen Kopfbetrag an Gemeindesteuern in Höhe von 214,2 *M*, den die mehr als 200 000 Einwohner zählenden Städte im Rechnungsjahre 1919 aufwiesen, erreichten oder übertrafen nur 5 von den in Betracht kommenden 15 Großstädten, nämlich Frankfurt a. M. (276,7), Berlin (252,0), Köln (246,1), Düsseldorf (228,9) und Charlottenburg (223,8 *M*). Entsprechend hohe Kopfbeträge zeigte der Bedarf an Gemeindesteuern sonst nur noch vornehmlich in etlichen Industriegemeinden sowie in einigen Berliner Vororten. Aus der die Städte mit mehr als 100 000 bis 200 000 Einwohnern umfassenden Gruppe II gehören hierher Barmen (235,8) und Elberfeld (228,5), desgleichen aus der Gruppe III (St. m. m. a. 50 000 bis 100 000 E.) Remscheid (253,0), Wiesbaden (234,9), München Gladbach (227,7) und Hagen (Westfalen 226,7), aus den Städtegruppen IV und V Solingen (243,9), Neuß (240,9) bezw.

[1]) bei Zugrundelegung der nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 festgestellten Einwohnerzahl.

Velbert (310,4), Uerdingen (259,1), Altena (243,9), Gevelsberg (237,1), Schwelm (220,5) und Cronenberg (218,5 *M*), endlich die großen Landgemeinden B.-Treptow (413,0), Wiesdorf (316,7), B.-Wittenau (309,3), Zehlendorf (293,0), B.-Mariendorf (250,3), B.-Schmargendorf (222,6) und Benrath (215,1 *M*). Von den 373 Gemeinden, die nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 mehr als 10 000 Einwohner besaßen, erreichten 40 (10,7 v. H.) schon einen Kopfbetrag an Gemeindesteuern von mindestens 200 *M*. Bei 60 Gemeinden (16,1 v. H.) schwankte er zwischen 150 und 200 *M*, bei 124 (33,2 v. H.) desgleichen zwischen 100 und 150 *M*, während 149 Gemeinden (39,9 v. H.) einen Kopfbetrag von 100 *M* nicht erreichten oder noch nicht überschritten. In 5 Städten und 10 Landgemeinden machte der Steuerbedarf nicht mehr als 50 *M* auf 1 Einwohner aus; dies waren die Stadtkreise Allenstein (46,8) und Neisse (48,6) sowie die Städte Braunsberg Ostpr. (39,9), Gollnow (48,7) und Bunzlau (34,0 *M*), endlich die Landgemeinden Mikultschütz (47,7), Zalenze (48,6), Biskupitz (33,5), Miechowitz (35,7), Hohenlinde (47,0), Bobrek (45,0), Radzionkau (22,9) und Scharley (42,6) in Schlesien, ferner Würselen (47,3) und Neuwerk (38,6) in der Rheinprovinz.

In der folgenden Übersicht sind die den 7 unterschiedenen Gemeindegrößengruppen angehörenden Städte und Landgemeinden nach der Höhe ihrer auf 1 Einwohner entfallenden Gemeindesteuern auf 9 Kopfbetragsgruppen verteilt worden.

Es betrug das auf 1 Einwohner entfallende berichtigte Soll der Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1919 bei . . . Gemeinden

in der Gemeindegrößengruppe	nicht mehr als 50 *M*	mehr als 50 bis 75 *M*	mehr als 75 bis 100 *M*	mehr als 100 bis 125 *M*	mehr als 125 bis 150 *M*	mehr als 150 bis 175 *M*	mehr als 175 bis 200 *M*	mehr als 200 bis 225 *M*	mehr als 225 *M*
I. Städte mit mehr als 200 000 Einw.	—	—	—	—	2	3	4	2	4
II. „ „ „ „ 100 000 bis 200 000 „	—	—	—	2	4	3	2	3	2
III. „ „ „ „ 50 000 „ 100 000 „	—	1	2	9	7	3	3	—	4
IV. „ „ „ „ 25 000 „ 50 000 „	2	7	12	10	11	10	4	2	2
V. „ „ „ „ 10 000 „ 25 000 „	3	33	36	30	17	9	5	7	4
VI. Landgemeinden mit mehr als 25 000 „	—	1	2	8	3	3	2	1	1
VII. „ „ „ „ 10 000 bis 25 000 Einw. . .	10	18	22	10	11	6	3	4	4
I. bis VII. Städte und Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einw.	**15**	**60**	**74**	**69**	**55**	**37**	**23**	**19**	**21.**

3. Die direkten Gemeindesteuern der Städte und Landgemeinden und die ihnen zugrundeliegenden Maßstabssteuern.

a. Das Prinzipalsoll und das Umlagesoll der direkten Steuern sämtlicher Städte und Landgemeinden in den Rechnungsjahren 1911 und 1919.

Die indirekten Gemeindesteuern und die den Gemeinden überwiesenen Steuern machten im Rechnungsjahre 1919 nur 6,5 v. H. des gesamten Steuerbedarfs der Städte und Landgemeinden aus, und auch im Rechnungsjahre 1911 entfielen noch nicht ganz 1/10 des Steuerbedarfs auf diese Arten von Gemeindesteuern. Wir sehen davon ab, auf die Erhebungsergebnisse für die einzelnen Arten von indirekten und überwiesenen Steuern näher einzugehen und verweisen bezüglich der betreffenden Zahlen für die einzelnen Gemeinden auf die Tafel 1. Eine Zusammenstellung der entsprechenden Erhebungsergebnisse für die nach Gemeindegrößenklassen und nach Provinzen gegliederten Gemeinden findet sich auf den S. 351 und 352 des 18. Bandes des „Statistischen Jahrbuchs für den Freistaat Preußen". Wir wenden uns im folgenden gleich der wichtigsten Art von Gemeindesteuern, den direkten Steuern, zu.

Die direkten Gemeindesteuern wurden im Rechnungsjahre 1919 noch gemäß den Bestimmungen des K. A. G. erhoben. Als Grundlage der Besteuerung dienten die umlagefähigen Beträge der Staatseinkommensteuer und der staatlich veranlagten Realsteuern. Aus den Tafeln 3a und 3b ergibt sich nun, daß das Prinzipalsoll der direkten Steuern, das der Gemeindebesteuerung zugrunde gelegen hat, bei den preußischen Städten im Zeitraum 1911/1919 von 317,6 Mill. *M* auf 678,6 Mill. *M*, desgleichen bei den Landgemeinden von 121,4 Mill. auf 262,4 Mill. *M* gestiegen ist, so daß der Gesamtbetrag der staatlich veranlagten umlagefähigen direkten Steuern nach dem Stande vom 1. Januar 1920 in den Städten und Landgemeinden zusammen 940,9 Mill. *M* und 26,5 *M* auf 1 Einwohner betrug gegenüber 439 Mill. *M* und 12,7 *M* am 1. Januar 1912. Das berichtigte Soll der direkten Gemeindesteuern ist im gleichen Zeitraum von 553 Mill. auf 2 659,5 Mill. *M* bei den Städten und von 221,8 Mill. auf 746,9 Mill. *M* bei den Landgemeinden gestiegen und erreicht somit im Rechnungsjahre 1919 einen Gesamtbetrag von 3 406,4 Mill. *M* und einen Kopfbetrag von 96 *M* gegen erst 774,8 Mill. *M* und 22,4 *M* im Rechnungsjahre 1911. Die Steigerung des Umlagesolls der direkten Steuern war also im Beobachtungszeitraum eine wesentlich größere als die des Prinzipalsolls der direkten Steuern; während diese bei den Städten nur das 1,1 fache und bei den Landgemeinden das 1,2 fache des Betrages von 1911 ausmachte, war das berichtigte Soll der direkten Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1919 bei den Städten um das 3,8 fache und bei den Landgemeinden auch um das 2,4 fache höher als im Rechnungsjahre 1911.

Während das umlagefähige Soll der staatlich veranlagten Grundsteuer (28,1 Mill. *M*) und der Betriebssteuer (2,8 Mill. *M*) nach dem Stande vom 1. Januar 1920 gegen den Stand vom 1. Januar 1912 nur unbedeutende Unterschiede aufweist, ist das entsprechende Soll der staatlich veranlagten Gewerbesteuer in den Städten und Landgemeinden zusammen von 41,9 auf 91,3 Mill. *M*, das der Gebäudesteuer von 93,3 auf 104,8 Mill. *M* und das Soll der Einkommensteuer einschließlich der nur fingierten Steuersätze für die Einkommen von nicht mehr als 900 *M* von 272,6 Mill. auf 713,9 Mill. *M* gestiegen. Von den Gemeindesteuern der Städte und Landgemeinden zeigte die Steuer vom Schankbetriebe (vergl. Tafel 3c) im Zeitraum 1911/1919 auch bloß eine Zunahme von 4,1 auf 4,2 Mill. *M*, während die Gemeindesteuern vom Grundbesitz von 245,2 auf 363,2, die Gewerbesteuern von 91,5 auf 351,8 und endlich die Gemeindeeinkommensteuer von 433,9 auf 2 687,2 Mill. *M* gestiegen sind. Betrachtet man Städte und Landgemeinden für sich, so ergibt sich folgendes.

Es betrug im Zeitraum 1911/1919

die Zunahme des Prinzipalsolls

bei	der Einkommensteuer das ... fache	der Grund- und Gebäudesteuer das ... fache	der Gewerbesteuer das ... fache	der direkten Steuern zusammen das ... fache
den Städten	1,5	0,1	1,2	1,1
den Landgemeinden	1,9	0,05	1,2	1,2

die Zunahme des berichtigten Solls

bei	der Gemeindeeinkommensteuer das ... fache	der Grundbesitzsteuern der Gemeinden das ... fache	der Gemeindegewerbesteuer das ... fache	der direkten Gemeindesteuern zusammen das ... fache
den Städten	5,6	0,5	3,0	3,8
den Landgemeinden	4,1	0,4	2,2	2,4.

Aus diesen Angaben ist ersichtlich, daß ebenso wie bei den direkten Steuern überhaupt so auch bei den einzelnen Arten der direkten Steuern — wenn auch nicht bei allen im gleichen Maße — im Zeitraum 1911/1919 die Zunahme des Umlagesolls die des Prinzipalsolls bedeutend überstieg.

Das Prozentverhältnis von Umlagesoll und Prinzipalsoll der direkten Steuern liefert einen brauchbaren Maßstab für die Vergleichung der gemeindlichen Belastung durch direkte Steuern. Dabei ist es nur von geringem Belang, ob man der betreffenden Berechnung die Grundzahlen oder die entsprechenden Kopfbeträge zugrunde legt; denn es können nur durch die Abrundungen bei der Berechnung auf 1 Einwohner kleine Abweichungen gegenüber der Berechnung unter Benutzung der Grundzahlen entstehen. Um nun ein Bild von der verschiedenartigen durchschnittlichen Belastung der einzelnen Arten der staatlich veranlagten direkten Steuern durch die Gemeindezuschläge in den unterschiedenen Gemeindegrößenklassen zu geben, sind in der folgenden Übersicht die auf 1 Einwohner entfallenden Beträge des Prinzipalsteuersolls und des Umlagesolls der Einkommensteuer und der Realsteuern (ausschließlich der Betriebssteuer) für die Rechnungsjahre 1911 und 1919 vergleichend gegenübergestellt, und außerdem ist angegeben, wie viel % des Prinzipalsolls dieser Steuerarten das entsprechende Umlagesoll ausmachte. Für das Rechnungsjahr 1911 fehlen dabei die auf das Umlagesoll entfallenden Beträge der nicht mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden. Das Umlagesoll dieser kleinen Landgemeinden nach dem Stande vom 31. März 1912 ist nicht erhoben worden. Wollte man an ihrer Stelle die betreffenden Istbeträge zugrunde legen, so wäre noch eine sehr zeitraubende besondere Auszählung der betreffenden Angaben aus der Gemeindefinanzstatistik für das Rechnungsjahr 1911 unter Berücksichtigung der bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1919 erfolgten Gebietsabtretungen erforderlich gewesen, wovon aus Sparsamkeitsrücksichten abgesehen wurde.

Es betrug bei	der Einkommensteuer						der Grund- und Gebäudesteuer						der Gewerbesteuer					
	Prinzipalsoll auf 1 Einw.		Umlagesoll auf 1 Einw.		Umlagesoll v. H. des Prinzipalsolls		Prinzipalsoll auf 1 Einw.		Umlagesoll auf 1 Einw.		Umlagesoll v. H. des Prinzipalsolls		Prinzipalsoll auf 1 Einw.		Umlagesoll auf 1 Einw.		Umlagesoll v. H. des Prinzipalsolls	
	1911 ℳ	1919 ℳ	1911 ℳ	1919 ℳ	1911	1919	1911 ℳ	1919 ℳ	1911 ℳ	1919 ℳ	1911	1919	1911 ℳ	1919 ℳ	1911 ℳ	1919 ℳ	1911	1919
I. Berlin	20,0	46,4	23,0	205,9	115,1	444	7,8	8,7	14,1	18,0	181,1	207	4,3	9,3	7,1	19,5	165,5	210
den Städten mit mehr als																		
II. 200 000 Einw.	14,5	34,1	22,6	150,6	155,4	442	5,1	5,5	10,0	15,0	194,8	273	2,0	4,2	4,2	17,9	205,3	426
III. 100 000 bis 200 000 „	13,9	29,9	21,8	130,0	156,8	435	4,7	5,0	10,1	14,5	213,9	290	1,8	3,8	4,1	15,8	229,3	479
IV. 50 000 „ 100 000 „	9,4	25,5	17,7	100,5	188,6	394	3,4	3,9	7,5	11,2	221,7	287	1,5	3,3	4,1	21,1	273,1	639
V. 25 000 „ 50 000 „	8,6	23,7	16,5	92,1	191,4	389	3,1	3,4	6,9	10,3	221,6	303	1,5	3,6	3,4	14,9	232,8	414
VI. 10 000 „ 25 000 „	7,6	21,5	15,2	82,1	201,5	382	2,8	3,1	6,0	10,2	215,2	329	1,4	3,3	3,2	13,6	230,3	412
VII. 5 000 „ 10 000 „	6,1	15,9	11,2	51,7	184,3	325	2,6	2,8	5,3	8,4	200,7	300	1,2	2,3	2,3	7,0	200,8	304
VIII. den Städten mit nicht mehr als 5 000 Einw.	5,0	13,5	8,5	36,8	169,1	273	2,7	2,9	5,0	7,6	185,7	262	1,0	1,8	1,9	5,0	192,5	278
I. bis VIII. sämtlichen Städten	**11,5**	**28,0**	**18,3**	**115,8**	**159,1**	**414**	**4,3**	**4,6**	**8,6**	**12,6**	**200,4**	**274**	**1,9**	**4,0**	**3,9**	**15,3**	**207,0**	**383**
den Landgemeinden mit mehr als																		
IX. 25 000 Einw.	9,0	27,3	14,8	104,7	165,2	384	3,3	4,2	7,7	12,7	237,8	302	1,0	2,6	4,6	16,1	455,8	619
X. 10 000 bis 25 000 „	8,0	24,1	12,6	83,1	158,4	345	2,4	2,7	6,6	10,1	272,7	374	1,1	2,8	3,9	15,3	362,3	546
XI. 5 000 „ 10 000 „	7,4	19,1	.	61,8	.	324	2,4	2,5	.	8,6	.	344	0,9	2,4	.	9,7	.	404
XII. den Landgemeinden mit nicht mehr als 5 000 Einw.	3,0	8,8	.	20,3	.	231	2,7	2,7	.	7,1	.	263	0,4	0,7	.	1,7	.	243
IX. bis XII. sämtlichen Landgemeinden	4,0	11,5	6,4	32,1	159,5	279	2,7	2,8	5,5	7,7	204,2	275	0,5	1,0	1,3	4,0	266,2	400
I. bis XII. den Städten und Landgemeinden zus.	**7,9**	**20,1**	**12,5**	**75,7**	**159,2**	**377**	**3,5**	**3,7**	**7,1**	**10,2**	**201,8**	**273**	**1,2**	**2,6**	**2,6**	**9,9**	**218,3**	**381**

Während im Rechnungsjahre 1911 die durchschnittlichen Zuschläge sowohl zur Einkommensteuer als auch zu den Realsteuern bei der Gesamtheit der Landgemeinden höher waren als bei den Städten zusammen, hat sich das Bild von der Belastung im Rechnungsjahre 1919 stark verändert. Nur die durchschnittlichen Zuschläge zur Gewerbesteuer sind bei den Landgemeinden noch um ein Beträchtliches höher als bei den Städten; die Belastung der Grund- und Gebäudesteuer ist bei beiden Gemeindearten ziemlich gleich hoch, und die Einkommensteuer ist bei den Städten wesentlich stärker belastet als bei den Landgemeinden.

Betrachtet man die Belastungsverhältnisse in den einzelnen Gemeindegrößenklassen im Rechnungsjahre 1919, so ergibt sich aus der Übersicht folgendes: Bei den Großstädten mit über 200 000 Einwohnern war die Belastung der Einkommensteuer am höchsten, doch gab ihr, wenigstens in der Gruppe II, die Belastung der Gewerbesteuer nicht mehr allzuviel nach. In den übrigen Städtegruppen, mit Ausnahme der die Städte mit mehr als 5 000 bis 10 000 Einwohnern umfassenden Gruppe VII, und ebenso in den Gruppen IX bis XI, denen die Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern angehören, waren die durchschnittlichen Zuschläge zur Gewerbesteuer bei weitem höher als die Zuschläge zu den übrigen direkten Steuern. Bei den betreffenden Städtegruppen und bei den Landgemeinden mit über 25 000 Einwohnern folgten dann erst in beträchtlichem Abstande die Einkommensteuerzuschläge, während bei den Landgemeinden mit mehr als 5 000 bis 25 000 Einwohnern auch die durchschnittlichen Zuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer noch die der Einkommensteuer übertrafen. Bei der letzten Gruppe (XII), die die Landgemeinden mit nicht mehr als 5 000 Einwohnern vereinigt, waren die durchschnittlichen Zuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer noch beträchtlich höher als die zur Gewerbesteuer, während die Einkommensteuer auch hier die geringste Belastung zeigte.

Zieht man nur das Aufkommen an Gemeindesteuern in Betracht, ohne Rücksicht auf sein Prozentverhältnis zu den Maßstabssteuern, so sieht man auf den ersten Blick, eine wie überragende Rolle die Einkommensteuer gegenüber den Realsteuern in den Gemeinden gespielt hat. Bei den Städten standen im Rechnungsjahre 1911 dem Kopfbetrage an Gemeindeeinkommensteuern in Höhe von 18,3 ℳ bei den Grundbesitz- und Gewerbesteuern Kopfbeträge von nur 8,6 und 3,9 ℳ gegenüber, und bei den Landgemeinden lauten die entsprechenden Zahlen: 6,4 ℳ zu 5,5 und 1,3 ℳ. Im Rechnungsjahre 1919 hatte sich dies Verhältnis noch wesentlich mehr zu Gunsten der Einkommensteuer verschoben. Ihrem

Kopfbetrage von 115,8 M bei den Städten standen nur solche von 12,6 und 15,3 M bei den Grundbesitzsteuern und der Gewerbesteuer gegenüber, und bei den Landgemeinden betrug das Einkommensteuersoll auf 1 Einwohner in demselben Rechnungsjahre auch schon 32,1 M gegen nur 7,7 M und 4,0 M bei den Grundbesitz- und Gewerbesteuern.

Der durchschnittliche Bedarf der Gemeinden an Einkommen- und Realsteuern, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, war bei den Großstädten am höchsten und verringerte sich im allgemeinen bei jeder folgenden Städtegruppe, und bei den Landgemeinden zeigt sich die gleiche Erscheinung. Bei der Gemeindeeinkommensteuer machte der Kopfbetrag in den ersten vier Gruppen, die die Städte mit über 50 000 Einwohnern umfassen, im Rechnungsjahre 1919 mehr als 100 M aus, und die Quote sinkt dann in den folgenden Gruppen bis auf rund 37 M bei den Kleinstädten mit nicht mehr als 5 000 Einwohnern. Auch die großen Landgemeinden mit über 25 000 Einwohnern zeigten einen Kopfbetrag an Gemeindeeinkommensteuer von schon rund 105 M, während sich dieser bei den folgenden Landgemeindegruppen bis zu einem Betrage von rund 20 M bei den nicht mehr als 5 000 Einwohner zählenden Gemeinden ermäßigte. Bei den kommunalen Grundbesitzsteuern schwankten die Kopfbeträge zwischen 18 (I) und 7,6 M (VIII) in den Städtegruppen sowie zwischen 12,7 (IX) und 7,1 M (XII) in den Landgemeindegruppen. Bei der Gemeindegewerbesteuer beliefen sich die entsprechenden Kopfbeträge auf 19,5 (I) und 5 M (VIII) bezw. 16,1 (IX) und 1,7 M (XII). Bei der Gewerbesteuer zeigten die Städte mit mehr als 50 000 bis 100 000 Einwohnern eine Abweichung von der vorstehend angegebenen Regel; ihr Kopfbetrag überstieg nämlich noch den der vorhergehenden Größengruppen, darunter sogar den von Berlin. Es verlohnt sich, den Gründen für diese Ausnahmeerscheinung nachzugehen. Zu diesem Zwecke ist es nötig, auf die Gewerbesteuerbeträge der zur Gruppe IV gehörigen Städte näher einzugehen. Da ergibt sich nun folgendes:

Es betrug das berichtigte Soll der Gemeindegewerbesteuer nach dem Stande vom 31. März 1920

bei	überhaupt 1 000 M	auf 1 Einwohner M	v. H. der staatlich veranlagten Gewerbesteuerbeträge
Elbing	706	10,5	d. 500
Spandau	949	9,9	d. 240
Frankfurt a. O.	645	9,9	579
Potsdam	208	3,6	d. 200
Brandenburg (Havel)	350	6,6	d. 255
Görlitz	646	8,0	d. 287
Liegnitz	652	9,3	d. 325
Königshütte	874	11,7	700
Beuthen	1 576	22,1	d. 539
Gleiwitz	1 793	26,0	d. 700
Flensburg	597	9,8	d. 260
Osnabrück	820	9,7	350
Linden vor Hannover	643	7,8	d. 271
Harburg	855	13,0	349
Hildesheim	633	11,8	d. 374
Hagen (Westfalen)	2 935	31,6	492
Buer	5 910	66,7	d. 5 627
Bielefeld	1 871	23,7	425
Bottrop	3 703	52,0	d. 3 222
Herne	1 640	25,6	d. 1 461
Recklinghausen	1 388	22,9	d. 1 711
Gladbeck	3 528	66,8	d. 4 817
Wiesbaden	431	4,4	150
Oberhausen	1 112	11,3	d. 672
Bonn	571	6,2	250
Remscheid	2 001	27,6	300
München Gladbach	3 724	58,2	d. 1 055
Coblenz	1 969	34,7	775
Trier	1 550	29,1	d. 732.

Da sieht man, daß bei 13 von den in Betracht kommenden 29 Städten der sich für die Gruppe IV ergebende durchschnittliche Kopfbetrag an Gewerbesteuer in Höhe von 21,1 M noch überschritten wird und bei einigen von ihnen, wie den Industriestädten Buer, Bottrop, Gladbeck und München Gladbach, sogar noch um das 2½ bis über das 3 fache. Das Gewerbesteuersoll dieser 13 Städte im Gesamtbetrage von 33,6 Mill. M betrug nicht weniger als 75,9 % des Gewerbesteuersolls sämtlicher 29 Gemeinden, die dieser Gruppe angehören, während ihr Bevölkerungsanteil nur 42,8 % ausmacht. In dem außergewöhnlich hohen Gewerbesteuersoll dieser 13 vorwiegend in großen Industriegebieten gelegenen Gemeinden ist also der Grund dafür zu suchen, daß der durchschnittliche Kopfbetrag der Gruppe IV eine so bedeutende Höhe erreicht.

Seit dem Übergange der Einkommensteuer auf das Reich und der im Zusammenhang damit erfolgten Aufhebung des Rechtes der Kommunalverbände, zu den staatlich veranlagten Beträgen für eigene Zwecke Zuschläge zu erheben, ist von seiten der Gemeinden wiederholt darauf hingewiesen worden, daß mit der Entziehung dieses wichtigen Rechtes der Gemeindefinanzverwaltung das Rückgrat gebrochen worden sei. Daß es sich hierbei nicht bloß um ein Schlagwort, sondern um eine Tatsache handelt, die sich ziffernmäßig belegen läßt, erkennt man schon bei Betrachtung der auf Seite 307 abgedruckten Tafel 3c, und insbesondere ihrer Spalten 2b, 2c, 3b und 3c.

Danach deckten die preußischen Gemeinden schon im Friedensjahre 1911 rund 56 % ihrer direkten Steuern und 51 % ihres Gesamtsteuerbedarfes aus dem Aufkommen der Gemeindeeinkommensteuer, und im Rechnungsjahre 1919, dem letzten Jahre, in dem die Gemeinden ihr Zuschlagsrecht noch ausgeübt haben, waren die auf die Einkommensteuer entfallenden entsprechenden Anteile bereits auf 79 bezw. 74 % gestiegen. Für die Städte allein stellte sich der Anteil der Einkommensteuer am gesamten Steuerbedarf noch etwas höher als bei den Landgemeinden. Er betrug nämlich 1911 rund 59 v. H. der direkten und 53 v. H. der gesamten Gemeindesteuern, desgleichen 1919: 81 und 75 v. H.; bei den Landgemeinden machten dagegen die entsprechenden Prozentsätze für 1911 nur 48 und 45, desgleichen für 1919 73 und 70 aus.

Als Ersatz für das den Gemeinden entzogene Recht der Erhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer gewährleistet das am 13. Januar 1921 erlassene **preußische Ausführungsgesetz zum Landessteuergesetz** jeder Gemeinde und jedem Gemeindeverbande für das Steuerjahr 1920 die für das Steuerjahr 1919 aus der Einkommensteuer bezogene Einnahme zuzüglich einer Steigerung von 35 v. H. (§ 3 a. a. O.). Daß diese Zuweisungen den den Gemeinden durch das entzogene Zuschlagsrecht erwachsenen Ausfall nicht wettmachten, zeigt das Ergebnis der Gemeindesteuerstatistik für das Rechnungsjahr 1920, das im 19. Bande des „Statistischen Jahrbuchs für den Freistaat Preußen" demnächst veröffentlicht wird. Zur Zeit liegen die betreffenden Ergebnisse für die **Stadt Berlin** noch nicht vor, so daß bei einer vergleichsweisen Heranziehung der Zahlen für 1920 Berlin außer Betracht gelassen werden muß. Dies hat weiter zur Folge, daß bei einer Vergleichung der Zahlen für das Rechnungsjahr 1920 mit denen des Vorjahres bei letzteren außer den Angaben für Berlin selbst auch die für die eingemeindeten Städte und Landgemeinden unberücksichtigt bleiben müssen, da diese im Rechnungsjahre 1919 noch selbständige Gemeinden waren, ihre Steuerbeträge also in denen Berlins nicht mitenthalten sind. In der folgenden Übersicht ist nun das Aufkommen aus der Gemeindeeinkommensteuer im Rechnungsjahre 1919 den den Gemeinden für das Rechnungsjahr 1920 vorläufig gewährleisteten Mindestbeträgen an der Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer und ferner

das Aufkommen aus Realsteuern in den Rechnungsjahren 1919 und 1920 vergleichend gegenübergestellt; dabei sind die prozentualen Anteile dieser Steuerarten an den gesamten Gemeindesteuern für beide Rechnungsjahre besonders angegeben.

Es betrugen bei	die Gemeindeeinkommensteuer im Rechnungsjahre 1919		der Anteil an der Reichseinkommensteuer im Rechnungsjahre 1920 (vorläufig gewährleistete Mindestbeträge)		die Realsteuern im Rechnungsjahre 1919		die Realsteuern im Rechnungsjahre 1920	
	1 000 ℳ	v. H. der gesamten Gemeindesteuern	1 000 ℳ	v. H. der gesamten Gemeindesteuern	1 000 ℳ	v. H. der gesamten Gemeindesteuern	1 000 ℳ	v. H. der gesamten Gemeindesteuern
den Städten mit mehr als								
I. 200 000 Einw.[1]) (ohne Berlin)	646 681	74,8	839 034	60,1	148 334	17,2	401 025	28,7
II. 100 000 bis 200 000 Einw.[1])	239 714	74,2	307 726	60,0	60 980	18,9	144 840	28,2
III. 50 000 „ 100 000 „ [1])	200 565	68,0	244 199	51,9	65 988	22,4	169 542	36,0
IV. 25 000 „ 50 000 „ [1])	183 566	72,1	237 019	57,4	50 988	20,0	123 825	30,0
V. 10 000 „ 25 000 „	185 245	72,5	220 890	54,7	53 830	21,1	136 203	33,7
VI. 5 000 „ 10 000 „	68 016	71,4	76 470	53,3	20 436	21,4	49 870	34,8
VII. 2 000 „ 5 000 „	53 728	69,2	55 775	50,2	18 189	23,4	42 013	37,8
VIII. den Städten mit nicht mehr als 2 000 Einw.	8 400	66,6	8 198	45,1	3 225	25,6	7 884	43,4
I. bis VIII. sämtlichen Städten (ohne Berlin)	**1 585 915**	**72,8**	**1 989 311**	**57,3**	**421 969**	**19,4**	**1 075 202**	**31,0**
den Landgemeinden mit mehr als								
25 000 Einw.[1])	30 873	68,8	32 460	50,8	11 692	26,1	28 548	44,3
10 000 bis 25 000 Einw.[1])	80 311	72,9	89 136	53,6	25 338	23,0	64 981	39,1
5 000 „ 10 000 „ [1])	62 495	72,2	70 403	49,4	19 976	23,1	62 497	43,8

[1]) ohne die in Berlin eingemeindeten Städte und Landgemeinden.

Bei sämtlichen in der Übersicht unterschiedenen Gemeindegrößengruppen zeigt sich im Rechnungsjahre 1920 ein sehr bedeutender Rückgang des Prozentsatzes, den das Aufkommen aus den Anteilen an der Reichseinkommensteuer von dem Gesamtsteuerbedarfe der Gemeinden ausmachte, gegenüber dem entsprechenden Anteile der Gemeindeeinkommensteuer im Rechnungsjahre 1919. Andererseits tritt als Folge davon ein starkes Anschwellen des Prozentsatzes der Realsteuern am Gesamtsteuerbedarfe hervor.

Erwähnt sei noch, daß bei den Zahlen für 1920 zu berücksichtigen ist, daß 4 größere Gemeinden, die 1919 noch Landgemeinden waren, nämlich Homberg (Niederrhein), Wiesdorf, Vohwinkel und Haan, bereits zu den Städten zählten, ebenso die frühere Landgemeinde Neuhückeswagen, die in die Stadt Hückeswagen eingemeindet worden ist.

b. Das Prinzipalsoll und das Umlagesoll der nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 mehr als 10 000 Einwohner zählenden Städte und Landgemeinden in den Rechnungsjahren 1911, 1918 und 1919.

Das der Gemeindebesteuerung für das Rechnungsjahr 1919 zugrunde liegende Soll der staatlich veranlagten direkten Steuern betrug für die nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 über 10 000 Einwohner zählenden Städte und Landgemeinden zusammen 685,7 Mill. ℳ gegen 539,2 Mill. ℳ im Vorjahre und 314,3 Mill. ℳ im Friedensjahre 1911. Das bedeutet eine Zunahme um 71,6 v. H. im Zeitraum 1911/18 und um 118,2 v. H. im Zeitraum 1911/19. Das von den Maßstabssteuern erhobene Umlagesoll, und zwar das berichtigte Soll der direkten Gemeindesteuern nach dem Stande vom Schlusse des Rechnungsjahres, belief sich für dieselben Gemeinden im Berichtsjahre auf 2 735,4 Mill. ℳ gegen 1 195,2 Mill. ℳ im Rechnungsjahre 1918 und nur 538,7 Mill. ℳ im Rechnungsjahre 1911. Es betrug also die Zunahme des Umlagesolls der direkten Gemeindesteuern im Zeitraum 1911/1918 121,9 und im Zeitraum 1911/1919 nicht weniger als 407,8 v. H. Demnach sind in den Städten und Landgemeinden, die nach der letzten Volkszählung mehr als 10 000 Einwohner besaßen, die direkten Gemeindesteuern im Berichtsjahre 1919 und im vorangegangenen Rechnungsjahre gegenüber dem Friedensjahre 1911 erheblich stärker gestiegen als das ihnen zugrunde liegende staatlich veranlagte Soll der direkten Steuern. Die Steigerung des Umlagesolls war im Zeitraum 1911/1918 um das 1,7 fache und im Zeitraum 1911/1919 sogar um das 3,5 fache größer als die des Prinzipalsolls der direkten Steuern.

Die in der Tafel 2 unterschiedenen Gemeindegrößenklassen zeigten die folgenden Beträge an staatlich veranlagten direkten Steuern und direkten Gemeindesteuern in den Rechnungsjahren 1911, 1918 und 1919.

Es betrug bei den nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 auf die folgenden Größenklassen verteilten Gemeinden	das der Kreis- bezw. Provinzialbesteuerung zugrunde liegende Prinzipalsoll der direkten Steuern nach dem Stande vom 1. 1. 1912 Mill. ℳ	1. 1. 1919 Mill. ℳ	1. 1. 1920 Mill. ℳ	die Zunahme des Prinzipalsolls der direkten Steuern im Zeitraum 1911/1918 %	1911/1919 %	das Umlagesoll der direkten Gemeindesteuern nach dem Stande am Schlusse des Rechnungsjahres 1911 Mill. ℳ	1918 Mill. ℳ	1919 Mill. ℳ	die Zunahme des Umlagesolls der direkten Gemeindesteuern im Zeitraum 1911/1918 %	1911/1919 %
den Städten mit mehr als										
I. 200 000 Einw.	163,4	265,4	336,0	62,4	105,6	246,6	553,4	1 356,2	124,4	450,0
II. 100 000 bis 200 000 „	43,7	73,8	89,5	68,9	104,8	79,0	168,7	374,5	113,5	374,1
III. 50 000 „ 100 000 „	30,3	54,2	68,7	78,9	126,7	59,1	128,9	278,7	118,1	371,6
IV. 25 000 „ 50 000 „	26,5	48,6	62,6	83,4	136,2	53,0	112,5	239,0	112,3	350,9
V. 10 000 „ 25 000 „	26,0	48,6	63,1	86,9	142,7	52,9	114,4	239,1	116,3	352,0
den Landgemeinden mit mehr als										
VI. 25 000 Einw.	11,2	21,2	27,9	89,3	149,1	21,2	49,1	109,3	131,6	415,6
VII. 10 000 bis 25 000 „	13,2	27,3	37,9	106,8	187,1	26,9	68,3	138,6	153,9	415,2.

Danach ist in sämtlichen Gemeindegrößenklassen sowohl im Zeitraum 1911/1918 als auch im Zeitraum 1911/1919 das Umlagesoll der direkten Gemeindesteuern erheblich stärker gestiegen als das Prinzipalsoll der staatlich veranlagten direkten Steuern. Die Zunahme des Umlagesolls betrug im Zeitraum 1911/1918 bei den Großstädten der Gruppe I schon das 2 fache der Zunahme des Prinzipalsolls, und sie machte bei der Gruppe II das 1,6 fache und bei den folgenden Gruppen III bis VII das 1,5, 1,3, 1,3, 1,5 und 1,4 fache der Zunahme des Prinzipalsolls aus. Noch viel beträchtlicher war die Steigerung des Umlagesolls im Verhältnis zu der des Maßstabssteuersolls im Zeitraum 1911/1919. Hier betrug die Steigerung beim Umlagesoll in

der Gruppe I bereits das 4,3 fache und in den folgenden Größenklassen entsprechend das 3,6, 2,9, 2,6, 2,5, 2,8 und 2,2 fache der Zunahme des Prinzipalsolls.

Bemerkenswert ist das im Vergleich zu sämtlichen Städtegruppen erheblich stärkere Wachsen des Solls der staatlich veranlagten direkten Steuern im Berichtszeitraum bei den Landgemeindegruppen.

Aus den Spalten 3a, 3b und 3c der Tafel 2 läßt sich für die Städte und Landgemeinden, die nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 mehr als 10 000 Einwohner besaßen, die Entwickelung ihrer steuerlichen Leistungsfähigkeit in dem Zeitraum 1911/1919 verfolgen. Bei der Vergleichung der Zahlen für die Rechnungsjahre 1918 und 1919 mit denen des Vorkriegsjahres 1911 muß jedoch immer die Entwertung der Mark seit Beendigung des Krieges berücksichtigt werden. Da hiervon jedoch alle Gemeinden getroffen worden sind, so spielt dieses Moment bei der Vergleichung der Steuerkraft der einzelnen Gemeinden untereinander keine entscheidende Rolle, es kommt vielmehr nur für die Bewertung der Steigerung der Steuerkraft in den Nachkriegsjahren gegen das Rechnungsjahr 1911 in Betracht. Aus der Tafel 2 geht nun hervor, daß das umlagefähige Soll der direkten Steuern in sämtlichen Städten und Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern im Rechnungsjahre 1911 18,6 M auf 1 Einwohner betrug, während der entsprechende Kopfbetrag in den Rechnungsjahren 1918 und 1919 30,9 bezw. 39 M ausmachte. Die Steigerung der sich in diesem Kopfbetrage ausdrückenden durchschnittlichen steuerlichen Leistungsfähigkeit der mehr als 10 000 Einwohner zählenden Gemeinden Preußens betrug also im Zeitraum 1911/1918 das 0,7 fache und im Zeitraum 1911/1919 das 1,1 fache. Von den unterschiedenen 7 Gemeindegrößenklassen zeigten die Landgemeinden mit mehr als 10 000 bis 25 000 Einwohnern sowohl im Zeitraum 1911/1918 als auch im Zeitraum 1911/1919 die bedeutendste Zunahme der Steuerkraft mit dem 0,9 bezw. 1,6 fachen; am geringsten war diese mit dem 0,6 fachen im Zeitraum 1911/1918 bei den Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern und dem 1,0 fachen im Zeitraum 1911/1919 bei den beiden ersten Gruppen, die die Großstädte mit über 100 000 Einwohnern umfassen.

Im Rechnungsjahre 1919 zeigten die sieben Gemeindegrößengruppen folgende Kopfbeträge der staatlich veranlagten direkten Steuern:

I. Städte mit mehr als	200 000	Einw.	49,7 M
II. „ „ „ „	100 000—200 000	„	38,3 „
VI. Landgemeinden mit mehr als	25 000	„	34,0 „
III. Städte „ „ „	50 000—100 000	„	32,8 „
IV. „ „ „ „	25 000— 50 000	„	30,8 „
VII. Landgemeinden „ „ „	10 000— 25 000	„	29,7 „
V. Städte „ „ „	10 000— 25 000	„	28,0 „.

Den hohen durchschnittlichen Kopfbetrag der staatlich veranlagten direkten Steuern im Rechnungsjahre 1919 von 49,7 M in der Gruppe 1 übertrafen nur 3 Großstädte, jedoch noch sehr beträchtlich, nämlich Charlottenburg (67,5), Frankfurt a. M. (67,1) und Berlin (64,6 M). Erst in weitem Abstande folgten dann mit Kopfbeträgen von 49,1, 48,9, 44,1, 43,7 M Düsseldorf, Hannover, Breslau und Cöln. Die geringste Steuerkraft zeigten von den Großstädten dieser Gruppe Dortmund, Neukölln und Königsberg i. Pr. mit 30,7, 30,0 und 29,2 M. Auch in der zweiten, die Städte mit mehr als 100 000 bis 200 000 Einwohnern umfassenden Gruppe zeichneten sich 4 Großstädte durch ihre besonders hohe Steuerkraft aus, vor allem Bln.-Wilmersdorf, das einen Kopfbetrag an staatlich veranlagten direkten Steuern von 64,2 M aufwies. In Bln.-Schöneberg betrug er auch noch 52,5 M, in Barmen (42,0) und Elberfeld (41,9) desgleichen mehr als 40 M. In dieser Gruppe gab es aber auch schon 4 Großstädte, deren entsprechender Kopfbetrag noch nicht 30 M erreichte. Dies waren Erfurt (29,2), Münster (28,6), Gelsenkirchen (27,7) und Hamborn (26,0). Von den Städten mit mehr als 50 000 bis 100 000 Einwohnern wiesen die folgenden eine besonders hohe Steuerkraft auf: Remscheid (66,2), Wiesbaden (55,2), Spandau (46,8), Hagen (Westfalen 46,6), Bielefeld (43,4) und München Gladbach (43,4 M). Anderseits gab es in dieser Gruppe auch schon Städte, deren Kopfbetrag an staatlich veranlagten direkten Steuern die Summe von 20 M nicht wesentlich überstieg oder noch nicht einmal erreichte. Hierzu gehören Elbing (20,9), Frankfurt a. O. (22,4), Königshütte (17,6), Buer (18,6), Bottrop (21,4), Herne (20,9), Recklinghausen (20,2) und Gladbeck (18,6 M). Unter den Städten der Gruppen IV und V befanden sich 12 bezw. 17, die sich durch eine besonders hohe steuerliche Leistungsfähigkeit auszeichneten; bei ihnen allen betrug das Soll der staatlich veranlagten direkten Steuern mehr als 40 M auf 1 Einwohner, und bei 13 von ihnen machte der betreffende Kopfbetrag noch über 50 M aus. Es waren dies die Stadtkreise Solingen (50,1), Lüdenscheid (50,9) und Quedlinburg (58,7) sowie die Städte Bitterfeld (52,1), Gevelsberg (53,0), Cronenberg (56,3), Spremberg (59,3), Altena (62,0), Uerdingen (62,5), Velbert (64,6), Suhl (65,3), Hohenlimburg (69,3) und Höchst (75,4 M). Auch unter den mehr als 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinden gab es 22, bei denen das auf 1 Einwohner entfallende Soll der staatlich veranlagten direkten Steuern noch über 40 M, und darunter 9, bei denen es noch über 50 M betrug. Letzteres war der Fall bei den Berliner Vororten Bln.-Tempelhof (52,2), Bln.-Tegel (52,3), Bln.-Schmargendorf (55,3), Bln.-Oberschöneweide (62,2), Zehlendorf (66,0), Bln.-Treptow (89,5) und Bln.-Wittenau (170,7), außerdem noch bei den Landgemeinden Werdohl (53,3) und Wiesdorf (93,8 M).

Nur bei 27 von den mehr als 10 000 Einwohner zählenden 373 preußischen Gemeinden machte das Soll der staatlich veranlagten direkten Steuern im Rechnungsjahre 1919 noch nicht 15 M auf den Kopf der Bevölkerung aus. Zu dieser Gruppe der steuerschwächsten Gemeinden gehörten 2 Stadtkreise, 12 Städte und 13 Landgemeinden; 6 von diesen Gemeinden besaßen über 25 000 Einwohner, nämlich Insterburg (14,7), Greifswald (9,7), Kolberg (13,5), Köslin (13,8), Flecken Lehe (14,6) und die Landgemeinde Hindenburg (13,1 M). Die geringste Steuerkraft zeigten neben Greifswald die Landgemeinden Miechowitz (10,3), Neuwerk (7,6) und Radzionkau (7,0 M).

In der folgenden Übersicht sind die den 7 unterschiedenen Gemeindegrößengruppen angehörenden Städte und Landgemeinden nach der Höhe ihrer Kopfbeträge an staatlich veranlagten direkten Steuern auf 9 Kopfbetragsgruppen verteilt worden.

Es betrug das auf 1 Einwohner entfallende Soll der umlagefähigen staatlich veranlagten direkten Steuern nach dem Stande vom 1. Januar 1920 bei . . . . Gemeinden

in der Gemeindegrößengruppe	nicht mehr als 15 M	mehr als 15 bis 20 M	mehr als 20 bis 25 M	mehr als 25 bis 30 M	mehr als 30 bis 35 M	mehr als 35 bis 40 M	mehr als 40 bis 45 M	mehr als 45 bis 50 M	mehr als 50 M
I. Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern	—	—	—	2	2	4	2	2	3
II. „ „ „ „ 100 000 bis 200 000 Einw.	—	—	—	4	2	6	2	—	2
III. „ „ „ „ 50 000 „ 100 000 „	—	3	7	3	8	2	2	2	2
IV. „ „ „ „ 25 000 „ 50 000 „	5	7	10	8	10	8	4	4	4
V. „ „ „ „ 10 000 „ 25 000 „	9	32	33	26	12	15	6	2	9
VI. Landgemeinden mit mehr als 25 000 Einwohnern	1	1	5	5	—	3	1	2	3
VII. „ „ „ „ 10 000 bis 25 000 E.	12	19	18	9	6	8	8	2	6
I.-VII. Städte u. Landgemeind. m. mehr als 10 000 E.	27	62	73	57	40	46	25	14	29.

Bis zum Übergang der Einkommensteuer auf das Reich durch das Gesetz vom 29. März 1920 bildeten die direkten Steuern das Rückgrat der Gemeindebesteuerung. Die durch sie verursachte steuerliche Belastung war ein Gradmesser für die gesamte finanzielle Lage der Gemeinden. Bei Feststellung dieser Belastung war es erforderlich, auch die steuerliche Leistungsfähigkeit der Gemeinden mit in Betracht zu ziehen, und das geschah in der Weise, daß man den Betrag der direkten Gemeindesteuern durch die ihm zugrunde liegenden staatlich veranlagten direkten Steuern dividierte. Den sich ergebenden Quotienten nannten wir die Belastungsziffer der direkten Gemeindesteuern. Diese Belastungsziffern lieferten ein einwandfreies Bild von der mehr oder weniger hohen Belastung der einzelnen Gemeinden durch direkte Gemeindesteuern, und sie waren daher für Vergleichszwecke besonders brauchbar. In den Spalten 4a, 4b und 4c der Tafel 2 sind für die Gemeinden, die nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 mehr als 10 000 Einwohner besaßen, die Belastungsziffern der direkten Gemeindesteuern für die Rechnungsjahre 1911, 1918 und 1919 nachgewiesen. Danach hat sich die durchschnittliche Belastungsziffer für die Gesamtheit der Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern von 1,7 im Rechnungsjahre 1911 auf 2,2 im Rechnungsjahre 1918 und 4,0 im Rechnungsjahre 1919 erhöht. Das bedeutet, daß die durschnittlichen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern in den Städten und Landgemeinden, die nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 mehr als 10 000 Einwohner betrugen, von 170% im Rechnungsjahre 1911 auf 400% im Rechnungsjahre 1919 gestiegen sind. In den unterschiedenen 7 Gemeindegrößenklassen schwankten die durchschnittlichen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern zwischen 150 (Gruppe I) und 200% (Gruppen III, IV, V, VII) im Rechnungsjahre 1911 sowie zwischen 370 (Gruppe VII) und 420% (Gruppe II) im Rechnungsjahre 1919.

Vergleicht man die Steigerung der durchschnittlichen Belastung der Gemeinden der einzelnen Größenklassen durch direkte Gemeindesteuern in den Rechnungsjahren 1918 und 1919 gegenüber dem Friedensjahre 1911 mit der entsprechenden Steigerung der Steuerkraft der Gemeinden dieser Gruppen, wie sie sich in dem Kopfbetrage des Prinzipalsolls der direkten Steuern ausdrückt, so ergibt sich folgendes.

Es betrug:

in der Gemeindegrößengruppe	im Zeitraum 1911/1918 die Zunahme der Steuerkraft das ...fache	im Zeitraum 1911/1918 die Zunahme der Belastungsziffer der direkten Gemeindesteuern das ...fache	im Zeitraum 1911/1919 die Zunahme der Steuerkraft das ...fache	im Zeitraum 1911/1919 die Zunahme der Belastungsziffer der direkten Gemeindesteuern das ...fache
Städte mit mehr als				
I. 200 000 Einw.¹)	0,6	0,4	1,0	1,7
II. 100 000 bis 200 000 „ ¹)	0,7	0,3	1,0	1,8
III. 50 000 „ 100 000 „ ¹)	0,7	0,2	1,2	1,1
IV. 25 000 „ 50 000 „ ¹)	0,8	0,2	1,8	0,9
V. 10 000 „ 25 000 „ ¹)	0,9	0,2	1,4	0,9
Landgemeinden mit mehr als				
VI. 25 000 Einw.¹)	0,7	0,2	1,8	1,1
VII. 10 000 bis 25 000 „ ¹)	0,9	0,3	1,6	0,9.

¹) nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 8. Oktober 1919.

Während also im Rechnungsjahre 1918 die Steigerung der Steuerkraft der Gemeinden gegenüber der des Friedensjahres 1911 in sämtlichen Gemeindegruppen erheblich stärker war als die Steigerung der Belastung durch direkte Gemeindesteuern, verändert sich das Bild im folgenden Rechnungsjahre schon wesentlich. Bei den Großstädten ist die Zunahme der Belastung durch direkte Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1919 gegenüber der entsprechenden Belastung im Rechnungsjahre 1911 sogar erheblich stärker als die Zunahme der Steuerkraft im gleichen Zeitraum, und bei den meisten übrigen Gemeindegruppen bleibt die Zunahme der Belastung durch direkte Gemeindesteuern auch nicht mehr allzu sehr hinter der Zunahme der Steuerkraft zurück.

Was nun die Belastung der einzelnen Gemeinden durch direkte Gemeindesteuern anbetrifft, so ergibt sich bezüglich des Rechnungsjahres 1919 aus der Tafel 2 folgendes:

Es betrug im Rechnungsjahre 1919 die Belastungsziffer der direkten Gemeindesteuern bei . . . . Gemeinden

in der Gemeindegrößengruppe	nicht mehr als 2	mehr als 2 bis 2,5	mehr als 2,5 bis 3	mehr als 3 bis 3,5	mehr als 3,5 bis 4	mehr als 4 bis 4,5	mehr als 4,5 bis 5	mehr als 5 bis 5,5	mehr als 5,5 bis 6	mehr als 6
I. Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern	—	—	—	2	5	4	1	3	—	—
II. „ „ „ „ 100 000 bis 200 000 Einw.	—	—	1	4	—	6	2	2	1	—
III. „ „ „ „ 50 000 „ 100 000 „	—	—	3	6	7	3	3	3	1	3
IV. „ „ „ „ 25 000 „ 50 000 „	—	5	7	7	19	11	7	2	—	2
V. „ „ „ „ 10 000 „ 25 000 „	1	6	15	39	26	31	16	4	5	1
VI. Landgemeinden mit mehr als 25 000 Einwohnern	—	2	—	5	3	4	3	2	1	1
VII. „ „ „ „ 10 000 bis 25 000 E.	2	8	12	17	21	10	5	4	2	7
I.-VII. Städte u. Landgemeind. m. mehr als 10 000 E.	**3**	**21**	**38**	**80**	**81**	**69**	**37**	**20**	**10**	**14.**

Bei 12 von den 31 Großstädten mit über 100 000 Einwohnern betrug die Belastungsziffer der direkten Steuern nicht mehr als 4; am niedrigsten war sie mit 3,0, 3,1, 3,2, 3,2 und 3,3 bei B.-Wilmersdorf, Charlottenburg, Hannover, B.-Schöneberg und Münster. Umgekehrt zeigten von den Großstädten die folgenden 6 schon Belastungsziffern von mehr als 5: Cöln (5,1), Essen (5,2), Elberfeld (5,3), Barmen (5,4), Königsberg i. Pr. (5,5) und Aachen (5,7). Unter den 89 Städten mit mehr als 25 000 bis 100 000 Einwohnern gab es noch 15, deren Belastung durch direkte Steuern nicht mehr als das 3fache der staatlich veranlagten Beträge ausmachte. Dies waren Allenstein (2,1), Spandau (2,7), Potsdam (2,9), Görlitz (2,6), Schweidnitz (2,6), Brieg (2,5), Neisse (2,4), Mühlhausen i. Th. (3,0), Naumburg (2,5), Aschersleben (2,9), Quedlinburg (2,7), Neumünster (2,8), Wilhelmshaven (3,0), Lüdenscheid (2,8) und Höchst (2,5). In 11 Städten dieser Größenklassen betrug dagegen die Belastungsziffer schon über 5, und zwar in Tilsit (6,3), Stolp (5,3), Greifswald (5,5), Gleiwitz (5,8), Buer (7,1), Bottrop (6,5), Herne (5,4), Recklinghausen (5,3), Gladbeck (7,3), Neuß (6,9) und Trier (5,3). Auch in der Gruppe V (Städte mit über 10 000 – 25 000 Einw.) waren unter den 144 Gemeinden 10 mit entsprechend hohen Belastungsziffern vorhanden. Es handelt sich um die folgenden Städte: Belgard (Persante, 5,6), Elmshorn (5,2), Bocholt (6,9), Ahlen (5,9), Kamen (5,5), Mörs (5,5), Bergisch Gladbach (5,6), Stolberg Rhl. (5,9), Steele (5,8) und Mettmann (5,2). Andererseits gab es in dieser Größenklasse auch noch 7 Städte, deren Belastung durch direkte Gemeindesteuern noch nicht über

250 % der Maßstabssteuern ausmachte; es waren dies die schlesischen Städte Bunzlau (1,0), Sagan (2,2), Reichenbach i. Schl. (2,4), Oels (2,3) und Leobschütz (2,5), ferner Torgau (2,1) sowie Uelzen (2,4).

Von den 109 Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern zeigten schon 17 eine Belastungsziffer der direkten Steuern von über 5, und darunter die folgenden 8 Gemeinden eine solche von über 6: Eickel (6,6), Datteln (6,9), Langerfeld (6,2), Marl (6,9), Boele (6,2), Waltrop (9,0), Bensberg (6,4) und Heumar (6,4). Noch verhältnismäßig niedrig war dagegen die Belastung in B.-Friedenau (2,5), B.-Britz (1,6), B.-Wittenau (1,8), Zaborze (2,4), Zalenze (2,4), Biskupitz (2,5), Hohenlinde (2,4), Chorzow (2,3), Thale (2,3), Blankenese (2,3), Griesheim a. M. (2,4) und Rondorf (2,5).

c. Die Gemeindezuschläge der Städte und der mehr als 5 000 Einwohner zählenden Landgemeinden zu den Maßstabsteuern im Rechnungsjahre 1919.

In den Spalten 7 bis 12 der Tafel 1 sind die von den einzelnen Städten und Landgemeinden mit mehr als 5 000

Die Zuschläge der Städte und der mehr als 5 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens zur umlagefähigen Staatseinkommensteuer im Rechnungsjahre 1919.

(Tafel 4 a)

Staat — Provinzen	Zahl der Gemeinden	Es erhoben im Rechnungsjahre 1919 . . . Gemeinden Zuschläge zur umlagefähigen Staatseinkommensteuer											
		bis einschl. 100 %	über 100 bis einschl. 150 %	über 150 bis einschl. 200 %	über 200 bis einschl. 250 %	über 250 bis einschl. 300 %	über 300 bis einschl. 350 %	über 350 bis einschl. 400 %	über 400 bis einschl. 450 %	über 450 bis einschl. 500 %	über 500 bis einschl. 550 %	über 550 bis einschl. 600 %	über 600 %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
A. Staat													
Städte mit mehr als													
I. 200 000 Einwohnern	15	—	—	—	—	—	3	3	4	2	3	—	—
II. 100 000—200 000 Einwohnern	16	—	—	—	—	—	4	6	2	3	1	—	—
III. 50 000—100 000 „	29	—	—	—	—	2	8	8	5	6	—	—	—
IV. 25 000— 50 000 „	60	—	—	—	3	9	12	21	5	7	—	2	1
V. 10 000— 25 000 „	144	1	—	2	7	18	35	40	22	15	3	1	—
VI. 5 000— 10 000 „	188	5	5	17	22	33	40	27	19	14	5	1	—
VII. Städte mit nicht mehr als 5 000 Einwohnern	656	24	45	119	128	155	91	56	21	10	2	3	2
Sämtliche Städte	**1 108**	**30**	**50**	**138**	**160**	**217**	**193**	**161**	**78**	**57**	**14**	**7**	**3**
Landgemeinden mit mehr als													
VIII. 25 000 Einwohnern	21	—	—	1	2	4	7	5	1	—	1	—	—
IX. 10 000—25 000 Einwohnern	88	—	—	3	17	20	20	15	7	3	—	2	1
X. 5 000—10 000 „	183	—	4	15	32	38	42	25	14	8	3	—	2
B. Provinzen													
I. Ostpreußen													
Sämtliche Städte	77	—	—	3	3	12	10	18	8	11	6	3	3
II. Brandenburg													
a) Sämtliche Städte	142	2	5	21	20	30	35	21	5	2	—	1	—
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	33	—	1	3	3	9	14	3	—	—	—	—	—
III. Berlin	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—
IV. Pommern													
a) Sämtliche Städte	73	1	2	6	2	16	13	10	8	11	2	2	—
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	2	—	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—
V. Posen-Westpreußen													
Sämtliche Städte	24	2	3	2	4	8	2	2	—	1	—	—	—
VI. Niederschlesien													
a) Sämtliche Städte	103	5	5	21	29	22	12	8	1	—	—	—	—
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	12	—	—	1	3	8	—	—	—	—	—	—	—
VII. Oberschlesien													
a) Sämtliche Städte	45	1	1	8	9	12	11	1	2	—	—	—	—
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	44	—	1	5	19	13	3	3	—	—	—	—	—
VIII. Sachsen													
a) Sämtliche Städte	142	2	13	33	27	26	18	16	5	2	—	—	—
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	7	—	—	2	3	1	—	1	—	—	—	—	—
IX. Schleswig-Holstein													
a) Sämtliche Städte	47	—	1	—	3	12	14	7	8	2	—	—	—
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	11	—	1	1	3	3	—	—	2	1	—	—	—
X. Hannover													
a) Sämtliche Städte	113	—	2	9	24	24	19	23	10	1	1	—	—
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	5	—	—	—	—	1	2	1	1	—	—	—	—
XI. Westfalen													
a) Sämtliche Städte	111	6	1	6	8	19	24	26	10	9	2	—	—
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	91	—	—	1	8	12	24	23	12	6	1	2	2
XII. Hessen-Nassau													
a) Sämtliche Städte	103	10	12	19	20	20	8	7	5	2	—	—	—
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	10	—	—	2	6	1	—	1	—	—	—	—	—
XIII. Rheinprovinz													
a) Sämtliche Städte	125	1	4	10	11	15	26	22	16	16	3	1	—
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	77	—	1	4	6	14	25	12	7	4	3	—	1
XIV. Hohenzollernsche Lande													
Sämtliche Städte	2	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—

Einwohnern im Rechnungsjahre 1919 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern nachgewiesen. Ergänzend hierzu enthalten die Tafeln 4a, 4b und 4c Nachweisungen der Gemeindezuschläge zur Staatseinkommensteuer und zu den staatlich veranlagten Realsteuern sämtlicher Städte und der mehr als 5 000 Einwohner zählenden Landgemeinden, die nach Größenklassen und Provinzen gegliedert sind.

Was die Einkommensteuerzuschläge anbetrifft, so sind in der Tafel 4a 12 Zuschlagsgruppen unterschieden. Die Zahl der Städte, deren Zuschläge im Berichtsjahre nicht mehr als 100 % ausmachten, betrug nur noch 30, d. w. 2,7 v. H. (gegen 4,2 und 6,4 v. H. in den Rechnungsjahren 1917[1]) und 1911[1]). Andererseits erhoben im Rechnungsjahre 1919 schon 513 Städte oder 46,3 v. H. (1917 erst 2,3 v. H.!) Zuschläge von über 300 % und davon 24 Städte noch solche von über 500 %. Von den Landgemeinden, die mehr als 5 000 Einwohner besaßen, wiesen bereits 156 oder 53,4 v. H.

[1]) unter Zugrundelegung der Zahl der Städte nach dem alten Gebietsumfange Preußens.

Die Zuschläge der Städte und der mehr als 5 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens zur staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer im Rechnungsjahre 1919.

(Tafel 4b)

Staat — Provinzen	Zahl der Gemeinden	Es erhoben im Rechnungsjahre 1919 . . . Gemeinden Zuschläge zur umlagefähigen Grund- und Gebäudesteuer											
		bis einschl. 100 %	über 100 bis einschl. 150 %	über 150 bis einschl. 200 %	über 200 bis einschl. 250 %	über 250 bis einschl. 300 %	über 300 bis einschl. 350 %	über 350 bis einschl. 400 %	über 400 bis einschl. 450 %	über 450 bis einschl. 500 %	über 500 bis einschl. 550 %	über 550 bis einschl. 600 %	über 600 %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
A. Staat													
Städte mit mehr als													
I. 200 000 Einwohnern	15	—	—	1	7	3	2	1	—	1	—	—	—
II. 100 000—200 000 Einwohnern	16	—	—	1	5	3	2	3	1	—	1	—	—
III. 50 000—100 000 „	29	—	—	2	4	7	8	5	2	1	—	—	—
IV. 25 000— 50 000 „	60	—	—	4	15	12	11	13	4	1	—	—	—
V. 10 000— 25 000 „	144	1	—	6	20	30	30	36	9	6	2	2	2
VI. 5 000— 10 000 „	188	4	4	27	31	39	34	25	14	8	2	—	—
VII. Städte mit nicht mehr als 5 000 Einwohnern	656	19	36	124	152	147	99	43	20	5	7	1	3
Sämtliche Städte	**1 108**	**24**	**40**	**165**	**234**	**241**	**186**	**126**	**50**	**22**	**12**	**3**	**5**
Landgemeinden mit mehr als													
VIII. 25 000 Einwohnern	21	—	1	—	2	5	6	2	2	1	—	—	2
IX. 10 000—25 000 Einwohnern	88	—	—	5	8	22	19	13	10	3	3	3	2
X. 5 000—10 000 „	183	—	1	14	32	22	37	31	19	6	4	4	13
B. Provinzen													
I. Ostpreußen													
Sämtliche Städte	77	—	—	6	4	24	13	15	6	4	4	1	—
II. Brandenburg													
a) Sämtliche Städte	142	1	7	25	30	36	22	14	3	2	—	—	2
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	33	—	1	—	2	4	6	3	6	1	3	2	5
III. Berlin	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
IV. Pommern													
a) Sämtliche Städte	73	1	1	11	13	16	12	9	4	3	1	2	—
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	2	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—
V. Posen-Westpreußen													
Sämtliche Städte	24	2	3	4	11	2	1	1	—	—	—	—	—
VI. Niederschlesien													
a) Sämtliche Städte	103	4	7	23	30	16	15	6	1	1	—	—	—
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	12	—	—	2	5	3	2	—	—	—	—	—	—
VII. Oberschlesien													
a) Sämtliche Städte	45	1	—	9	9	9	14	2	—	1	—	—	—
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	44	—	—	3	8	18	7	4	2	1	—	—	1
VIII. Sachsen													
a) Sämtliche Städte	142	2	8	32	36	30	18	13	3	—	—	—	—
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	7	—	—	2	4	—	—	1	—	—	—	—	—
IX. Schleswig-Holstein													
a) Sämtliche Städte	47	—	1	2	7	12	12	6	4	1	2	—	—
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	11	—	1	—	3	1	1	1	2	—	—	—	2
X. Hannover													
a) Sämtliche Städte	113	—	1	7	21	36	20	16	7	2	3	—	—
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	5	—	—	—	—	—	2	—	1	—	—	—	2
XI. Westfalen													
a) Sämtliche Städte	111	6	2	3	14	22	18	30	9	4	2	—	1
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	91	—	—	2	11	14	22	21	8	6	—	3	4
XII. Hessen-Nassau													
a) Sämtliche Städte	103	6	9	30	30	16	7	2	3	—	—	—	—
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	10	—	—	2	4	2	—	1	—	—	1	—	—
XIII. Rheinprovinz													
a) Sämtliche Städte	125	1	1	12	28	22	33	12	10	4	—	—	2
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	77	—	—	8	5	7	22	13	12	2	3	2	3
XIV. Hohenzollernsche Lande													
Sämtliche Städte	2	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—

Einkommensteuerzuschläge von über 300 % und 9 davon noch Zuschläge von über 500 % auf. Unter den Gemeinden, die sich durch besonders hohe Einkommensteuerzuschläge (über 500 %) auszeichneten, befanden sich nicht weniger als 12 ostpreußische Städte, während von den übrigen Provinzen die Rheinprovinz nur mit je 4 Städten und großen Landgemeinden, Pommern mit 4 Städten, Westfalen mit 2 Städten und 5 großen Landgemeinden, Brandenburg und Hannover endlich bloß mit je 1 Stadt vertreten waren. Von größeren Städten gehörten zu dieser Gruppe Königsberg i. Pr. (522,5), Stettin (510), Cöln (528), Crefeld (505), ferner Tilsit (630), Insterburg (562,5), Belgard (600), Bocholt (502), Rheine (518), Neuß (600) und Bergisch Gladbach (525 %).

Die Zuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer waren bei den Städten im allgemeinen etwas niedriger als die Einkommensteuerzuschläge. Die Zuschlagsgrenze von 300 % überschritten bei dieser Steuerart erst 404 Städte (36,5 v. H.) gegen 513 bei der Einkommensteuer. Von den großen Landgemeinden dagegen erhoben im Berichtsjahre bereits 180, d. w. 61,6 v. H., Zuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer

Die Zuschläge der Städte und der mehr als 5 000 Einwohner zählenden Landgemeinden Preußens zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer im Rechnungsjahre 1919.

(Tafel 4c)

Staat — Provinzen	Zahl der Gemeinden	Es erhoben im Rechnungsjahre 1919 . . . Gemeinden Zuschläge zur umlagefähigen Gewerbesteuer										
		nicht mehr als 200 %	über 200 bis 300 %	über 300 bis 400 %	über 400 bis 500 %	über 500 bis 600 %	über 600 bis 700 %	über 700 bis 800 %	über 800 bis 900 %	über 900 bis 1 000 %	über 1 000 bis 2 000 %	über 2 000 %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
A. Staat												
Städte mit mehr als												
I. 200 000 Einwohnern	15	—	7	4	1	—	2	—	—	—	1	—
II. 100 000—200 000 Einwohnern	16	2	4	3	2	1	—	1	—	—	3	—
III. 50 000—100 000 „	29	2	7	4	3	2	3	2	—	—	3	3
IV. 25 000— 50 000 „	60	3	21	18	8	3	2	3	1	—	1	—
V. 10 000— 25 000 „	144	7	31	61	20	6	6	4	2	—	6	1
VI. 5 000— 10 000 „	188	35	68	57	22	1	2	—	1	1	1	—
VII. Städte mit nicht mehr als 5 000 Einwohnern	656	192	293	142	21	6	1	—	1	—	—	—
Sämtliche Städte	**1 108**	**241**	**431**	**289**	**77**	**19**	**16**	**10**	**5**	**1**	**15**	**4**
Landgemeinden mit mehr als												
VIII. 25 000 Einwohnern	21	1	5	4	2	1	—	2	—	—	4	2
IX. 10 000—25 000 Einwohnern	88	4	20	17	13	8	6	5	3	2	6	4
X. 5 000—10 000 „	183	16	53	48	21	8	9	5	4	1	10	8
B. Provinzen												
I. Ostpreußen												
Sämtliche Städte	77	7	21	31	15	2	1	—	—	—	—	—
II. Brandenburg												
a) Sämtliche Städte	142	38	66	30	5	2	—	—	1	—	—	—
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	33	3	21	4	2	1	1	1	—	—	—	—
III. Berlin	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IV. Pommern												
a) Sämtliche Städte	73	14	28	20	8	3	—	—	—	—	—	—
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	2	—	—	1	—	—	—	1	—	—	—	—
V. Posen-Westpreußen												
Sämtliche Städte	24	9	13	2	—	—	—	—	—	—	—	—
VI. Niederschlesien												
a) Sämtliche Städte	103	32	45	23	1	1	1	—	—	—	—	—
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	12	1	6	1	—	3	—	1	—	—	—	—
VII. Oberschlesien												
a) Sämtliche Städte	45	9	18	11	3	1	3	—	—	—	—	—
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	44	—	14	14	4	3	2	1	—	1	3	2
VIII. Sachsen												
a) Sämtliche Städte	142	42	67	31	2	—	—	—	—	—	—	—
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	7	3	2	1	1	—	—	—	—	—	—	—
IX. Schleswig-Holstein												
a) Sämtliche Städte	47	5	22	16	4	—	—	—	—	—	—	—
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	11	4	3	—	2	1	—	—	1	—	—	—
X. Hannover												
a) Sämtliche Städte	113	9	56	36	10	1	1	—	—	—	—	—
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	5	—	2	2	1	—	—	—	—	—	—	—
XI. Westfalen												
a) Sämtliche Städte	111	12	26	41	14	2	3	—	—	1	8	4
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	91	1	14	21	14	4	7	2	2	2	13	11
XII. Hessen-Nassau												
a) Sämtliche Städte	103	50	41	8	2	1	1	—	—	—	—	—
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	10	3	5	2	—	—	—	—	—	—	—	—
XIII. Rheinprovinz												
a) Sämtliche Städte	125	13	27	39	13	6	6	10	4	—	7	—
b) Landgem. mit mehr als 5 000 Einw.	77	6	11	23	12	5	5	6	4	—	4	1
XIV. Hohenzollernsche Lande												
Sämtliche Städte	2	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—

von über 300 %. Während es im ganzen auch nur 20 Städte gab, deren Zuschläge zu den Grundbesitzsteuern noch den Satz von 500 % überschritten, war das bereits bei 31 Landgemeinden mit einer Bevölkerungszahl von über 5 000 der Fall; unter ihnen befanden sich allein 10 Berliner Vororte. An großen Städten mit Zuschlägen von mehr als 500 % der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer kamen nur die folgenden sieben in Betracht: Osterode i. Ostpr. (564,3), Belgard (600 Grundst., 560 Gebäudest.), Altona (513,6), Bocholt (693), Lünen (520), Kamen (525) und Mörs (620 % der Grundsteuer).

Im Rechnungsjahre 1919 wurden die Gemeindesteuern vom Grundbesitze in 175 Städten, d. s. 15,8 v. H., desgleichen in 78 mehr als 5 000 Einwohner zählenden Landgemeinden (26,7 v. H.) auf Grund einer besonderen Gemeindesteuerordnung erhoben. Die Verteilung dieser Gemeinden auf die einzelnen Gemeindegrößenklassen zeigt die folgende Übersicht; außerdem sind in ihr die durchschnittlichen Hundertsätze, die die besonderen Gemeindesteuern von der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer ausmachten, für die in Frage kommenden Städte und großen Landgemeinden auf bestimmte Zuschlagsgruppen verteilt worden.

Gemeindegrößengruppen	Im Rechnungsjahre 1919 erhoben .... Städte bezw. Landgemeinden besondere Steuern vom Grundbesitz		Die besonderen Gemeindesteuern vom Grundbesitze betrugen bei .... Städten bezw. Landgemeinden mehr als					
	überhaupt	v. H. sämtlicher Gemeinden der betr. Gemeindegrößengruppe	100 bis 200 %	200 bis 300 %	300 bis 400 %	400 bis 500 %	500 bis 600 %	600 %
			des Solls der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer					
I. Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern ...	15	100	1	10	3	1	—	—
II. „ „ „ „ 100 000 bis 200 000 Einw.	15	93,8	1	7	5	1	1	—
III. „ „ „ „ 50 000 „ 100 000 „	17	58,6	2	9	5	1	—	—
IV. „ „ „ „ 25 000 „ 50 000 „	31	51,7	2	17	10	2	—	—
V. „ „ „ „ 10 000 „ 25 000 „	48	33,3	—	14	24	8	1	1
VI. „ „ „ „ 5 000 „ 10 000 „	21	11,2	—	9	8	4	—	—
VII. „ „ nicht mehr als 5 000 „	28	4,3	2	10	9	2	3	2
I.-VII. Sämtliche Städte ...	**175**	**15,8**	**8**	**76**	**64**	**19**	**5**	**3**
VIII. Landgemeinden mit mehr als 25 000 Einwohnern	13	61,9	1	5	3	3	—	1
IX. „ „ „ „ 10 000 bis 25 000 E.	28	31,8	1	7	9	7	4	—
X. „ „ „ „ 5 000 „ 10 000 „	37	20,2	—	8	11	5	4	9.

Da sieht man, daß von den Städten und Landgemeinden mit mehr als 25 000 Einwohnern bereits über die Hälfte besondere Gemeindesteuern vom Grundbesitze eingeführt hatten. Unter den Großstädten mit mehr als 10 000 Einwohnern gab es nur noch eine, bei der dies nicht der Fall war, nämlich Gelsenkirchen. Bei 8 Städten und 18 großen Landgemeinden machte das Aufkommen der besonderen Gemeindesteuern vom Grundbesitze schon über 500 % der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer aus. Die betreffenden Städte waren Altona (513,6), Flecken Wyck (523,2), Haselünne (526 Grundst.), Osterode i. Ostpr. (564,3), Bergen auf Rügen (590), Mittenwalde (629,8), Teltow (654,1) und Bocholt (693 %); von größeren Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern gehörten zu dieser Gruppe die Berliner Vororte B.-Britz (512,6), Adlershof (559,1) und B.-Wittenau (524,9), ferner die großen Landgemeinden Hindenburg (605,7) und Emsdetten (572,1 %).

Auch bei den Zuschlägen zur Gewerbesteuer wurde die Grenze von 300 % von erheblich weniger Städten überschritten, als dies bei den Einkommensteuerzuschlägen der Fall war; doch war die Anzahl der Städte mit 436 (39,4 v. H.) etwas höher als die entsprechende Zahl bei den Grundbesitzsteuern. Von den großen Landgemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern überschritten schon 193 oder 66,1 v. H. die Zuschlagsgrenze von 300 %. Während Gemeindezuschläge von über 500 % im Berichtsjahre bei der Einkommensteuer nur bei 2,4 v. H., desgleichen bei den Grundbesitzsteuern bei 3,6 v. H. der in die Untersuchung einbezogenen 1 400 Gemeinden vorkamen, betrug der entsprechende Anteil bei der Gewerbesteuer bereits 11,3 v. H. Nicht weniger als 158 Gemeinden, und zwar 70 Städte und 88 größere Landgemeinden, erhoben Zuschläge zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer von mehr als 500 %, und bei 19 Städten und 34 Landgemeinden betrugen diese Zuschläge noch über 1 000 %. Abgesehen von einer Stadt — es handelt sich um Wattenscheid — erhoben die Gemeinden, deren Gewerbesteuersoll mehr als 1 000 % des staatlich veranlagten Steuersolls ausmachte, die Gewerbesteuer auf Grund einer besonderen Steuerordnung. Im ganzen gab es im Berichtsjahre 129 Städte (11,6 v. H.) und 109 mehr als 5 000 Einwohner zählende Landgemeinden (37,3 v. H.), die eine besondere Gewerbesteuer eingeführt hatten. Wie sich diese Gemeinden auf die einzelnen Gemeindegrößenklassen verteilen, zeigt die umseitige Übersicht. Außerdem sind in ihr die durchschnittlichen Prozentsätze, die die besonderen Gemeindesteuern von der staatlich veranlagten Gewerbesteuer ausmachten, für die in Frage kommenden Gemeinden auf 13 Zuschlagsgruppen verteilt worden.

Am stärksten waren danach die besonderen Gewerbesteuern bei den Städten mit über 50 000 — 100 000 Einwohnern (Gruppe III) vertreten (65,5 v. H.), und dieser Gruppe schlossen sich auch noch mit Anteilen von über 50 v. H. die Großstädte mit mehr als 200 000 Einwohnern (Gruppe I) sowie die Landgemeindegruppen VIII und IX an. Von den 18 Städten, deren besondere Gewerbesteuer noch über 1 000 % der staatlich veranlagten Beträge ausmachte, entfielen 11 bezw. 7 auf das Industriegebiet Westfalens und der Rheinprovinz. Die höchsten Prozentsätze der staatlich veranlagten Gewerbesteuer zeigten mit 2 835,5 Kamen, 3 221,8 Bottrop, 4 817,5 Gladbeck und 5 627,5 Buer. Unter den großen Landgemeinden gab es nicht weniger als 34, deren besondere Gewerbesteuer mehr als 1 000 % der staatlich veranlagten Beträge ausmachte, und bei 14 von ihnen betrug dieser Prozentsatz noch über 2 000. Zu dieser Gruppe gehörten aus dem westfälischen Industriegebiet die Landgemeinden: Altenbochum (2 067,5), Langendreer (2 067,9), Holthausen (2 646), Salm (2 882,2), Recklinghausen (2 965), Suderwich (3 020,8), Waltrop (4 732,6), Heeßen (5 008), Westerholt (7 043,4), Marl (7 224,7) und Habinghorst (8 005); aus der Rheinprovinz nur Hochemmerich (2 574,1) und aus Oberschlesien Laband (4 912,3) und Neudorf, Kr. Kattowitz (2 043,4 %).

Gemeindegrößengruppen	Im Rechnungsjahre 1919 erhoben .... Städte bezw. Landgemeinden besondere Gemeinde-Gewerbesteuern überhaupt	v. H. sämtlicher Gemeinden d. betr. Gemeindegrößengruppe	Die besonderen Gemeindegewerbesteuern betrugen bei .... Städten bezw. Landgemeinden mehr als 100 bis 200 %	200 bis 300 %	300 bis 400 %	400 bis 500 %	500 bis 600 %	600 bis 700 %	700 bis 800 %	800 bis 900 %	900 bis 1 000 %	1 000 bis 2 000 %	2 000 bis 3 000 %	3 000 bis 5 000 %	5 000 %
			des Solls der staatlich veranlagten Gewerbesteuer												
I. Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern . . .	8	53,3	—	2	3	—	—	2	—	—	—	1	—	—	—
II. „ „ „ „ 100 000 bis 200 000 Einw.	6	37,5	—	—	2	—	—	—	1	—	—	3	—	—	—
III. „ „ „ „ 50 000 „ 100 000 „	19	65,5	1	5	2	1	1	2	1	—	—	3	—	2	1
IV. „ „ „ „ 25 000 „ 50 000 „	25	41,7	1	8	8	4	2	1	—	1	—	—	—	—	—
V. „ „ „ „ 10 000 „ 25 000 „	48	33,3	—	7	15	8	2	6	1	2	—	6	1	—	—
VI. „ „ „ „ 5 000 „ 10 000 „	12	6,4	1	2	3	2	—	2	—	1	—	1	—	—	—
VII. „ „ nicht mehr als 5 000 „	11	1,7	1	4	3	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—
I.-VII. Sämtliche Städte . . .	**129**	**11,6**	**4**	**28**	**36**	**16**	**6**	**14**	**3**	**4**	—	**14**	**1**	**2**	**1**
VIII. Landgemeinden mit mehr als 25 000 Einwohnern	11	52,4	—	—	1	1	1	—	2	—	—	4	2	—	—
IX. „ „ „ „ 10 000 bis 25 000 E.	48	54,5	—	5	8	7	6	4	4	3	1	6	2	1	1
X. „ „ „ „ 5 000 „ 10 000 „	50	27,3	1	3	5	8	4	5	2	3	1	10	3	2	3

Schließlich sei noch erwähnt, daß im Rechnungsjahre 1919 die Städte Usedom, Betsche und Niedenstein sowie 361 Landgemeinden (= 1,2 v. H. sämtlicher Landgemeinden) überhaupt keine direkten Gemeindesteuern erhoben haben. Von den steuerfreien Landgemeinden entfielen 179 auf die Provinz Hessen-Nassau, das waren schon 8,1 % ihrer Landgemeinden überhaupt, desgleichen 132 (4,4 %) auf die Rheinprovinz. Von den übrigen Provinzen waren beteiligt Sachsen mit 22, Westfalen mit 8, die Hohenzollernschen Lande mit 7, Niederschlesien, Schleswig-Holstein und Hannover mit je 3, Posen-Westpreußen mit 2 Landgemeinden, endlich Ostpreußen und Pommern mit je einer.

III. Die Schulden der preußischen Städte und Landgemeinden.

1. Die Schulden sämtlicher Städte und Landgemeinden am Schlusse der Rechnungsjahre 1911 und 1919.

In der Tafel 5 auf Seite 321 sind die Schulden der Städte und Landgemeinden Preußens am Schlusse der Rechnungsjahre 1911 und 1919, getrennt nach ihren Hauptarten, für die nach Größengruppen und provinzweise gegliederten Gemeinden nachgewiesen. Danach betrugen die gesamten Schulden der preußischen Städte und Landgemeinden am Schlusse des Rechnungsjahres 1919 bereits fast 13½ Milliarden Mark. An dieser Summe waren die Städte allein mit 11,9 Milliarden und darunter die Großstädte mit über 100 000 Einwohnern mit 8,14 Milliarden *M* oder 60,4 v. H. beteiligt. Gegen das Friedensjahr 1911 hatten sich die Schulden der Städte bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1919 um das 1,7fache, die der Landgemeinden um das 1,3fache vermehrt. Die Zunahme der Gemeindeschulden war danach in dem Berichtszeitraum bei weitem nicht so stark wie die der Gemeindesteuern; letztere waren, wie wir sahen, bei den Städten um das 3,7fache und bei den Landgemeinden um das 2,3fache gestiegen.

An den Gemeindeschulden nach dem Stande vom 31. März 1920 waren die Städte und Landgemeinden der einzelnen Landesteile folgendermaßen beteiligt:

Es entfielen v. H. der Schulden sämtlicher preußischen Gemeinden auf:

in	Städte	Landgemeinden	in	Städte	Landgemeinden
Ostpreußen	2,8	0,2	Sachsen	5,0	0,5
Berlin	14,3	—	Schleswig-Holstein .	3,9	1,1
Brandenburg	12,6	4,3	Hannover	3,8	1,2
Pommern	2,4	0,2	Westfalen	7,9	1,6
Posen-Westpreußen .	0,2	0,02	Hessen-Nassau . . .	7,0	0,7
Niederschlesien . . .	3,5	0,4	d. Rheinprovinz . . .	23,5	1,4
Oberschlesien	1,0	0,3	d. Hohenzoll. Landen	0,01	0,03

Die auf 1 Einwohner entfallenden Schulden nach dem Stande vom 31. März 1920 erreichten bei den Städten bereits einen durchschnittlichen Betrag von 642,7 *M*, während er sich bei den Landgemeinden auf 94,6 *M* stellte. Für die Kopfquoten der Schulden in den Gemeindegruppen gilt die gleiche Regel wie für die Kopfbeträge an Gemeindesteuern: sie wachsen mit der Größe der Gemeinden. Bei den dorfähnlichen Städten mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern machten die Schulden auf den Kopf der Bevölkerung erst 103,4 *M* aus, bei den Städten mit über 25 000 – 50 000 Einwohnern überschritten sie bereits einen Betrag von 500 *M*, von den Großstädten wurde ein solcher von 900 *M* fast erreicht, und Berlin zeigte schon einen Kopfbetrag von über 1 000 *M*. In entsprechender Weise steigen die Beträge in den Landgemeindegruppen, beginnend mit 54 *M* bei den Landgemeinden mit nicht mehr als 5 000 Einwohnern und endigend mit 431 *M* bei den Landgemeinden mit über 25 000 Einwohnern. In den Provinzen schwankten die entsprechenden Kopfbeträge der Städte zwischen 846,6 *M* in Hessen-Nassau und 225,6 *M* in Posen-Westpreußen (bei Ausschluß der Hohenzollernschen Lande, in denen es nur 2 Kleinstädte gibt), desgleichen die der Landgemeinden zwischen 304,4 *M* in Brandenburg (Berliner Vororte!) und 12,2 *M* in Posen-Westpreußen.

Von den gesamten städtischen Schulden am 31. März 1920 entfielen 8 139,8 Mill. *M* (68,5 %) auf langfristige Anleihen und davon 3 870,3 Mill. *M* auf Inhaberschuldverschreibungen, 3 406,6 Mill. *M* (28,7 %) auf kurzfristige Darlehen und 336,1 Mill. *M* (2,8 %) auf Hypotheken-, Grundschulden und Restkaufgelder. Bei den Landgemeinden waren die drei Hauptschuldenarten in entsprechender Reihenfolge mit 1 272,1 Mill., 259,3 Mill. und 77,9 Mill. *M* oder 79, 16,1 und 4,8 % am Gesamtschuldenbetrage beteiligt.

Es wurde bereits erwähnt, daß sich die gesamten Schulden der Städte im Zeitraum 1911/1919 um das 1,7fache, die der

Die Schulden sämtlicher Städte und Landgemeinden Preußens am Schlusse der Rechnungsjahre 1911 und 1919.

(Tafel 5)

Staat — Provinzen; a = Sämtliche Städte, b = Sämtliche Landgemeinden	Es betrugen am Schlusse des Rechnungsjahres: die langfristigen Anleihen				die Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder		die kurzfristigen Darlehen				sämtliche Schulden					
	1911		1919		1911	1919	1911		1919		1911			1919		
	überhaupt 1 000 M	in Form von Schuldverschreibungen, die auf den Inhaber lauten 1 000 M	überhaupt 1 000 M	in Form von Schuldverschreibungen, die auf den Inhaber lauten 1 000 M	1 000 M	1 000 M	überhaupt 1 000 M	v. H. der Gesamtschulden	überhaupt 1 000 M	v. H. der Gesamtschulden	überhaupt 1 000 M	auf 1 Einw. M	das ..fache des Prinzipalsteuersolls	überhaupt 1 000 M	auf 1 Einw. M	das ..fache des Prinzipalsteuersolls
1	2a	2b	2c	2d	3a	3b	4a	4b	4c	4d	5a	5b	5c	5d	5e	5f
A. Staat																
I. Berlin	424 897	413 651	1000502	865 502	16 834	36 300	1 177	0,3	888 837	46,2	442 908	217,8	6,8	1 925 639	1 012,2	15,7
Städte mit mehr als																
II. 200 000 Einw. (ohne Berlin)	1459712	1197750	2888402	1649266	148712	155827	7 218	0,4	1296705	29,9	1615643	360,1	16,5	4 340 934	893,0	20,4
III. 100 000—200 000 Einw.	647 607	478 293	1316672	743 432	28 701	48 757	19 537	2,8	512 664	27,3	695 845	315,7	15,4	1 878 093	804,4	21,0
IV. 50 000—100 000 „	456 460	178 640	958 270	364 841	17 289	26 812	8 450	1,8	270 070	21,5	482 199	232,4	16,2	1 255 152	598,8	18,3
V. 25 000— 50 000 „	389 862	110 614	844 448	165 030	13 910	28 266	4 321	1,1	223 028	20,4	408 093	227,3	17,1	1 095 742	538,2	17,5
VI. 10 000— 25 000 „	401 660	62 415	655 321	75 368	11 146	21 193	1 589	0,4	147 158	17,9	414 395	179,6	15,2	823 672	364,9	13,1
VII. 5 000— 10 000 „	164 729	4 294	252 386	6 360	3 569	8 259	827	0,5	37 442	12,6	169 125	126,8	12,7	298 087	226,6	10,7
VIII. 2 000— 5 000 „	149238 (VIII u. IX)	230 (VIII u. IX)	194 538	493	3 433 (VIII u. IX)	8 705	760 (VIII u. IX)	0,5 (VIII u. IX)	27 410	11,9	153431 (VIII u. IX)	92,1 (VIII u. IX)	10,4 (VIII u. IX)	230 652	170,5	8,9
IX. nicht mehr als 2 000 Einw.			29 291	25		1 955			3 257	9,4				34 504	103,4	7,1
I.—IX. Sämtliche Städte	4094165	2445888	8139831	3870316	243595	336072	43 878	1,0	3406571	28,7	4381638	244,8	13,8	11882474	642,7	17,5
Landgemeinden mit mehr als																
X. 25 000 Einw.	142 970	3 851	282 629	—	14 601	15 786	1 429	0,9	54 287	15,4	159 000	166,6	12,5	352 702	430,9	12,7
XI. 10 000—25 000 Einw.	115 385	—	255 991	—	11 917	15 024	1 916	1,5	66 158	19,6	129 217	109,3	9,5	337 173	263,8	8,9
XII. 5 000—10 000 „	83 946	—	139 325	—	4 332	7 238	48	0,05	33 542	18,6	88 326	73,3	6,9	180 105	147,0	6,1
XIII. nicht mehr als 5 000 Einw.	327 925	—	594 154	—	4 498	39 830	4 561	1,4	105 354	14,2	336 984	25,3	4,1	739 338	54,0	4,4
X.—XIII. Sämtl. Landgemeinden	670 225	3 851	1272098	—	35 347	77 878	7 954	1,1	259 341	16,1	713 526	42,8	5,9	1 609 317	94,6	6,1
I.—XIII. Städte u. Landgem. zus.	4764390	2449739	9411929	3870316	278942	413950	51 832	1,0	3665912	27,2	5095164	147,3	11,6	13491791	380,1	14,3
B. Provinzen																
I. Ostpreußen a	146 797	63 767	216 093	74 888	23 747	48 076	1 019	0,6	116 254	30,6	171 562	226,9	22,9	380 424	475,0	23,5
b	8 375	—	18 497	—	88	1 072	167	1,9	4 808	19,7	8 631	8,2	2,4	24 377	21,8	4,0
II. Brandenburg (ohne Berlin) a	533 685	265 573	1199628	360 168	43 522	33 232	21 392	3,6	471 787	27,7	598 599	288,1	15,2	1 704 646	780,8	20,2
b	220 474	3 851	462 536	—	24 334	30 469	4 563	1,8	84 023	14,6	249 371	136,3	11,7	577 027	304,4	11,7
III. Pommern a	130 038	65 566	262 866	86 101	7 005	7 671	2 426	1,7	55 708	17,1	139 469	186,4	17,3	326 245	429,0	20,0
b	12 185	—	22 719	—	409	2 527	108	0,9	2 648	9,5	12 702	20,6	4,3	27 894	42,3	4,8
IV. Posen-Westpreußen a	11 112	777	18 682	569	218	673	486	4,1	6 289	24,5	11 816	111,1	16,2	25 644	225,6	12,6
b	991	—	1 521	—	16	258	17	1,7	354	16,6	1 024	6,2	2,0	2 133	12,2	2,1
V. Niederschlesien a	219 357	103 067	383 313	107 984	12 756	14 142	1 750	0,7	79 692	16,7	233 863	184,9	12,6	477 148	375,9	11,9
b	21 327	—	40 144	—	1 650	7 543	339	1,5	9 030	15,9	23 316	15,4	2,9	56 716	37,6	3,6
VI. Oberschlesien a	76 001	7 382	89 353	5 102	5 701	11 515	194	0,2	35 804	26,2	81 896	145,6	14,3	136 672	240,1	10,6
b	20 647	—	25 441	—	551	2 488	177	0,8	14 489	34,2	21 376	15,0	3,4	42 418	27,7	2,6
VII. Sachsen a	269 398	153 960	542 570	291 202	7 174	20 890	1 113	0,4	106 130	15,8	277 685	180,6	12,6	669 590	434,8	14,5
b	36 864	—	43 595	—	525	6 334	632	1,7	10 911	17,9	38 021	26,2	3,2	60 841	40,7	2,6
VIII. Schleswig-Holstein a	211 827	138 749	455 159	168 769	3 192	19 795	5	0,002	55 190	10,4	215 023	286,6	20,2	530 144	733,1	23,1
b	35 595	—	131 502	—	303	4 614	486	1,3	13 786	9,2	36 384	57,2	5,6	149 902	225,8	12,0
IX. Hannover a	239 708	88 250	432 718	59 382	7 822	14 464	1 215	0,5	71 737	13,8	248 746	210,6	14,0	518 919	425,0	13,7
b	49 257	—	138 818	—	330	5 629	267	0,5	21 638	13,0	49 854	28,8	3,8	166 085	93,4	7,0
X. Westfalen a	375 660	146 405	759 666	204 799	11 783	26 782	2 639	0,7	283 188	26,5	390 082	206,0	16,0	1 069 635	494,2	16,8
b	100 823	—	161 248	—	448	3 022	573	0,6	45 634	21,7	101 844	43,8	5,9	209 904	90,4	4,9
XI. Hessen-Nassau a	444 486	346 702	766 911	524 687	45 121	52 640	752	0,2	129 449	13,6	490 359	438,2	16,7	949 000	846,6	17,4
b	56 762	—	79 429	—	2 626	4 359	285	0,5	12 049	12,6	59 674	52,7	8,9	95 837	83,9	6,6
XII. Rheinprovinz a	1009904	651 912	2011231	1121087	58 720	49 893	9 708	0,9	1106505	34,9	1078332	279,4	16,0	3 167 629	770,6	20,0
b	103 494	—	144 519	—	4 024	9 234	332	0,3	39 052	20,3	107 850	39,2	4,7	192 806	72,5	3,9
XIII. Hohenzoll. Lande a	1 296	127	1 139	76	—	—	2	0,2	—	—	1 298	124,1	9,8	1 139	111,3	4,5
b	3 431	—	2 130	—	43	328	7	0,2	919	27,2	3 481	56,6	8,7	3 377	55,8	5,3

Landgemeinden um das 1,8 fache vermehrt haben. Die entsprechende Steigerung war jedoch bei den drei Hauptarten der Schulden eine durchaus ungleichmäßige. Sie betrug nämlich bei

in	den langfristigen Anleihen das . . . fache	den Hypotheken-, Grundschulden und Restkaufgeldern das . . . fache	den kurzfristigen Darlehen das . . . fache
den Städten	1,0	0,4	76,6
den Landgemeinden	0,9	1,2	31,6.

Die außergewöhnliche Vermehrung der schwebenden Schulden ist eine Folgeerscheinung der Kriegsverhältnisse, die sich in ähnlichem Ausmaße auch bei den höheren Kommunalverbänden gezeigt hat. Da ein beträchtlicher Teil dieser Schulden durch Kriegswohlfahrts- und ähnliche Zwecke verursacht wurde, für die das Reich gemäß § 59 des Landessteuergesetzes vom 30. März 1920 Ersatz zu leisten hat, ist in der Folgezeit wieder mit einem erheblichen Rückgang dieser Art von Kommunalschulden zu rechnen. Auch dürfte ein Teil

der aus eigenen Mitteln der Kommunalverbände zu deckenden schwebenden Schulden im Laufe der Zeit in fundierte Schulden umgewandelt werden. Wie bedeutend noch im Rechnungsjahre 1919 der Anteil der schwebenden Schulden an den gesamten Schulden in sämtlichen Gemeindegrößenklassen und Landesteilen war, zeigt die Spalte 4d der Tafel 5.

Vorläufig ist mit einem merkbaren Abbau der schwebenden Schulden noch nicht zu rechnen, da sich die Kommunalverbände vielfach gezwungen sehen, neue kurzfristige Darlehen aufzunehmen, um ihren Etat balanzieren zu können. Ehe nicht endgültig feststeht, mit welchen Anteilen aus Reichssteuerüberweisungen die Kommunalverbände zu rechnen haben, wird es unvermeidlich sein, daß sie versuchen werden, sich zur Deckung des Fehlbetrages, der aus eigenen Steuern und den überwiesenen Steueranteilen nicht gedeckt werden konnte, die erforderlichen Mittel durch kurzfristige Kredite zu verschaffen. Immerhin zeigt sich schon teilweise eine Wirkung des § 59 des Landessteuergesetzes. Dies gilt namentlich für die Landkreise, deren schwebende Schuld sich von 1 333,3 Mill. ℳ im Rechnungsjahre 1919 auf 1 095 Mill. ℳ im folgenden und auf 955,8 Mill. ℳ im Rechnungsjahre 1921 vermindert hat, so daß der Anteil dieser Schuldenart an den gesamten Schulden von 43,1 % im Rechnungsjahre 1919 auf 32,2 % im Rechnungsjahre 1920 und 24,5 % im Rechnungsjahre 1921 zurückgegangen ist. Diesen Berechnungen liegt für alle drei Jahre der Gebietsumfang der Landkreise nach dem Stande vom Schlusse des Rechnungsjahres 1921 zugrunde, d. h. sämtliche Abtretungsgebiete sind nicht mehr berücksichtigt.

Bei den Provinzialverbänden, für die eine Ersatzleistung des Reiches gemäß § 59 Landessteuergesetzes nicht in Frage kommt, zeigt sich im Gegensatz zu den Landkreisen im Zeitraum 1919/21 eine sehr bedeutende Zunahme der schwebenden Schulden, wie die folgende Übersicht erkennen läßt.

Es betrugen bei den	die Gesamtschulden am Schlusse des Rechnungsjahres			Von den Gesamtschulden entfielen auf schwebende Schulden					
	1919	1920	1921	1919		1920		1921	
	Mill. ℳ	Mill. ℳ	Mill. ℳ	überhaupt Mill. ℳ	v. H. der Gesamtschulden	überhaupt Mill. ℳ	v. H. der Gesamtschulden	überhaupt Mill. ℳ	v. H. der Gesamtschulden
Landkreisen	3 091,0	3 405,1	3 903,1	1 333,3	43,1	1 095,0	32,2	955,8	24,5
Provinzial- usw. Verbänden	673,6	980,3	1 126,2	162,7	24,1	325,8	33,2	390,6	34,7.

Die neuesten Angaben über Gemeindeschulden, die z. Zt. vorliegen, beziehen sich auf den Stand am Schlusse des Rechnungsjahres 1920, doch fehlen dabei die Zahlen für Berlin. Zwecks Vergleichung mit dem Vorjahre müssen daher für das Rechnungsjahr 1919 die Angaben für Berlin und die in diese Stadt eingemeindeten Städte und Landgemeinden außer Betracht gelassen werden. Dann erhält man folgendes Ergebnis:

Es betrugen bei	sämtliche Gemeindeschulden am Schlusse des Rechnungsjahres		Von den Gesamtschulden entfielen auf schwebende Schulden			
	1919	1920	1919		1920	
	1 000 ℳ	1 000 ℳ	überhaupt 1 000 ℳ	v. H. der Gesamtschulden	überhaupt 1 000 ℳ	v. H. der Gesamtschulden
den Städten mit nicht mehr als						
I. 200 000 Einwohnern[1]) (ohne Berlin)	3 626 304	3 793 071	1 042 445	28,7	702 211	18,5
II. 100 000 bis 200 000 Einwohnern[1])	1 392 454	1 760 461	384 719	27,6	423 927	24,1
III. 50 000 „ 100 000 „ [1])	1 141 147	1 475 909	245 270	21,5	360 423	24,4
IV. 25 000 „ 50 000 „ [1])	1 069 942	1 535 466	210 478	19,7	317 259	20,7
V. 10 000 „ 25 000 „	823 672	1 189 122	147 158	17,9	229 431	19,3
VI. 5 000 „ 10 000 „	298 087	471 521	37 442	12,6	102 988	21,8
VII. 2 000 „ 5 000 „	230 652	321 939	27 410	11,9	63 563	19,7
VIII. den Städten mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern	34 504	44 612	3 257	9,4	8 306	18,6
I.-VIII. sämtlichen Städten (ohne Berlin)	**8 616 760**	**10 592 100**	**2 098 179**	**24,3**	**2 208 108**	**20,8**
Landgemeinden mit mehr als						
25 000 Einwohnern[1])	85 851	83 611	26 504	30,9	18 075	21,6
10 000 bis 25 000 Einwohnern[1])	147 449	172 248	30 114	20,4	33 330	19,4
5 000 „ 10 000 „ [1])	146 710	188 793	27 927	19,0	40 862	21,6.

[1]) ohne die in Berlin eingemeindeten Städte und Landgemeinden.

Der Anteil der schwebenden Schulden an den Gesamtschulden ist danach zwar bei den Städten überhaupt von 24,3 auf 20,8 v. H. zurückgegangen, doch ist dies lediglich dem Einfluß der die Großstädte mit über 200 000 Einw. umfassenden Gruppe I zu verdanken, die auch einen Rückgang des absoluten Betrages um 340 Mill. ℳ aufweist. Beim Stadtkreise Cöln betrug die Verminderung der schwebenden Schuld am Schlusse des Rechnungsjahres 1920 gegen den gleichen Stand des Vorjahres allein 372 Mill. ℳ und bei Essen auch noch über 100 Millionen. Dagegen zeigen andere Großstädte, wie z. B. Frankfurt a. M. (+ 110,4 Mill.), eine starke Zunahme dieser Schuldenart.

Der Rückgang der schwebenden Schulden wie der Schulden überhaupt im Zeitraum 1919/20 bei den Landgemeinden mit über 25 000 Einwohnern findet z. T. seine Erklärung durch das Ausscheiden der Landgemeinde Homberg (Niederrhein) aus dieser Gruppe, deren Schulden Ende 1919 noch 10,9 Mill. ℳ (darunter 3,4 Mill. schwebende Schulden) betrugen. Sodann fällt hier auch die Abstoßung von 3 Mill. ℳ schwebender Schulden durch die Landgemeinde Eickel ins Gewicht.



Im Gegensatze zu der verhältnismäßig sehr kleinen Zahl von Gemeinden, die im Rechnungsjahre 1919 keine Steuern mehr erhoben, gab es noch eine sehr erhebliche Zahl schuldenfreier Gemeinden. Städte dieser Art waren allerdings nur 6 vorhanden, dagegen betrug die Anzahl solcher Landgemeinden noch 10 186, d. w. 33,9 v. H. Die schuldenfreien Städte waren die folgenden: Schirwindt, Kr. Pillkallen; Lieberose, Kr. Lübben; Usedom; Schlichtingsheim, Kr. Fraustadt; Gebesee, Kr. Weißensee und Lemförde, Kr. Diepholz. Die schuldenfreien Landgemeinden verteilten sich folgendermaßen auf die einzelnen Landesteile:

	Schuldenfreie Landgemeiden am 31. März 1920	
	überhaupt	v. H. der gesamten Landgemeinden
A. **Staat**	10 186	33,9
B. **Provinzen.**		
I. Ostpreußen	2 120	44,8
II. Brandenburg	1 259	41,5
III. Pommern	1 024	48,3
IV. Grenzmark Posen-Westpr.	162	40,0
V. Niederschlesien	1 601	45,6
VI. Oberschlesien	608	42,3
VII. Sachsen	780	26,6
VIII. Schleswig-Holstein	288	22,2
IX. Hannover	876	21,9
X. Westfalen	211	14,6
XI. Hessen-Nassau	264	12,0
XII. Rheinprovinz	956	31,9
XIII. Hohenzollernsche Lande	37	30,3
C. Regierungsbezirke.		
1. Königsberg	742	53,7
2. Gumbinnen	794	41,5
3. Allenstein	467	40,7
4. Marienwerder	117	40,1
5. Potsdam	548	38,9
6. Frankfurt	711	43,8
7. Stettin	494	50,7
8. Köslin	480	50,7
9. Stralsund	50	24,9
10. Schneidemühl	162	40,0
11. Breslau	1 006	49,8
12. Liegnitz	595	39,8
13. Oppeln	608	42,3
14. Magdeburg	196	20,4
15. Merseburg	507	32,4
16. Erfurt	77	19,0
17. Schleswig	288	22,2
18. Hannover	45	8,3
19. Hildesheim	44	7,3
20. Lüneburg	512	38,8
21. Stade	94	13,6
22. Osnabrück	163	30,6
23. Aurich	18	5,7
24. Münster	17	7,0
25. Minden	52	11,4
26. Arnsberg	142	19,1
27. Cassel	112	8,5
28. Wiesbaden	152	17,3
29. Coblenz	290	28,7
30. Düsseldorf	58	19,4
31. Köln	58	21,7
32. Trier	475	54,7
33. Aachen	75	23,5
34. Sigmaringen	37	30,3.

Danach war der Prozentsatz der schuldenfreien Landgemeinden in den drei hannoverschen Regierungsbezirken Aurich (5,7), Hildesheim (7,3) und Hannover (8,3) sowie in den Reg.-Bez. Münster (7) und Cassel (8,5 %) besonders gering, während er in den Bezirken Königsberg, Stettin, Köslin und Trier schon über 50 ausmachte.

2. Die Schulden sämtlicher Städte und Landgemeinden am Schlusse der Rechnungsjahre 1911 und 1919 im Verhältnis zur Steuerkraft dieser Gemeinden.

Das staatlich veranlagte Soll der direkten Steuern, das der Gemeindebesteuerung für das Rechnungsjahr 1919 zugrunde gelegen hat, gibt einen brauchbaren Maßstab für die Steuerkraft der Gemeinden in diesem Rechnungsjahre ab. Dividiert man den Schuldenbetrag einer einzelnen Gemeinde oder Gemeindegruppe durch den entsprechenden Betrag ihres Prinzipalsolls an direkten Steuern, so drückt der sich ergebende Quotient aus, das Wievielfache des Prinzipalsolls die Schulden ausmachten, oder mit anderen Worten: in welchem Verhältnis die Verschuldung der betreffenden Gemeinde oder Gemeindegruppe zu ihrer Steuerkraft stand.

Aus der Tafel 5 (Sp. 5f) ergibt sich, daß die Belastung der Städte durch ihre Schulden am Schlusse des Rechnungsjahres 1919 in den Provinzen Ostpreußen und Schleswig-Holstein am stärksten gewesen ist; hier machten die Schulden schon das 23,5 und 23,1 fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern aus. Bei den brandenburgischen (20,2) und pommerschen (20,0) Städten sowie bei denen der Rheinprovinz (20,0) überstiegen oder erreichten die Schulden auch noch das 20 fache des Prinzipalsteuersolls. Sonst blieben die Städte aller übrigen Provinzen noch hinter der durchschnittlichen Belastung zurück, die für die Städte des ganzen Staatsgebietes das 17,5 fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern ausmachte. Von den Städtegruppen standen die Gruppen II bis IV über dem Staatsdurchschnitt, die Gruppe V erreichte ihn gerade, und die übrigen Gruppen blieben dahinter zurück, am meisten mit dem 7,1 fachen die Städte mit nicht mehr als 2 000 Einwohnern. Bei den Landgemeinden betrugen die Schulden durchschnittlich nur das 6,1 fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern. Diesen Satz übertrafen die brandenburgischen und schleswig-holsteinischen Landgemeinden sehr bedeutend, erstere mit dem 11,7, letstere mit dem 12 fachen des Prinzipalsteuersolls. Sonst standen nur noch die hannoverschen (7,0) und hessen-nassauischen Landgemeinden (6,6fache) über dem Staatsdurchschnitt. Die geringste Belastung durch Schulden zeigten die Landgemeinden in Oberschlesien (2,6), Sachsen (2,6) und Posen-Westpreußen (2,1 fache). Die Landgemeindegruppen X (12,7) und XI (8,9-fache) überstiegen den Staatsdurchschnitt noch beträchtlich, in der Gruppe XII wurde er gerade erreicht, während die Schulden bei der letzten Gruppe XIII, die die Landgemeinden mit nicht mehr als 5 000 Einwohnern umfaßte, nur das 4,4fache des Prinzipalsteuersolls ausmachten.

Die Verschuldung der Gemeinden im Verhältnis zu ihrer Steuerkraft zeigt im Berichtsjahre gegenüber dem Friedensjahre 1911 eine nicht allzu bedeutende Veränderung, da in der Zwischenzeit die beiden in Frage stehenden Faktoren eine starke Zunahme erfahren haben. Im Rechnungsjahre 1911 betrugen die Schulden sämtlicher Gemeinden auch bereits das 11,6 fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern gegenüber dem 14,3fachen im Rechnungsjahre 1919; das bedeutet eine Steigerung der Belastung durch Schulden um 23,3 v. H. Bei den Städten allein betrug die entsprechende Zunahme schon 26,8, bei den Landgmeinden dagegen nur 3,4 v. H.

3. Die Schulden der nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 mehr als 10 000 Einwohner zählenden Städte und Landgemeinden am Schlusse der Rechnungsjahre 1911, 1918 und 1919 im Verhältnis zur Steuerkraft dieser Gemeinden.

In den letzten Spalten der Tafel 2 sind für die Gemeinden, die nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 mehr als 10 000 Einwohner zählten, ihre gesamten Schulden nach dem Stande am Ende der Rechnungsjahre 1911, 1918 und 1919

nachgewiesen, und dabei ist neben den in Millionen *M* aufgeführten Beträgen angegeben, das Wievielfache des Prinzipalsolls der direkten Steuern die Schulden ausmachten. Für die Rechnungsjahre 1919 und 1911 ergibt sich danach hinsichtlich der Belastung der 373 berücksichtigten Gemeinden durch ihre Schulden das folgende.

Gemeindegrößengruppen	Schluß des Rechnungsjahres	Es waren schuldenfrei ... Gemeinden	Es betrugen bei ..... Gemeinden die gesamten Schulden: nicht mehr als das 1 fache	mehr als das 1 bis 2 fache	mehr als das 2 bis 3 fache	mehr als das 3 bis 5 fache	mehr als das 5 bis 7 fache	mehr als das 7 bis 10 fache	mehr als das 10 bis 15 fache	mehr als das 15 bis 20 fache	mehr als das 20 bis 25 fache	mehr als das 25 bis 30 fache	mehr als das 30 fache (des Prinzipalsolls der direkten Steuern)
Städte mit mehr als													
I. 200 000 Einwohnern ...	1919	—	—	—	—	—	—	—	4	6	2	1	2
	1911	—	—	—	—	—	1	—	5	4	5	—	—
II. 100 000—200 000 " ...	1919	—	—	—	—	—	—	1	2	5	3	3	2
	1911	—	—	—	—	—	—	1	5	6	4	—	—
III. 50 000—100 000 " ...	1919	—	—	—	—	2	1	1	8	5	6	4	2
	1911	—	—	—	—	—	2	3	10	11	1	1	1
IV. 25 000— 50 000 " ...	1919	—	—	—	—	—	2	6	16	12	12	2	10
	1911	—	—	—	—	—	3	5	14	21	8	7	2
V. 10 000— 25 000 " ...	1919	—	1	—	4	11	12	26	39	19	16	9	7
	1911	—	—	1	1	3	10	32	39	30	15	2	11
Landgemeinden mit mehr als													
VI. 25 000 Einwohnern	1919	—	—	1	1	2	2	4	7	1	2	—	1
	1911	—	1	—	2	2	1	5	5	1	3	—	1
VII. 10 000—25 000 "	1919	—	7	8	13	13	13	16	12	2	—	1	3
	1911	—	3	9	7	15	19	16	8	7	1	1	2
I.—VII. zusammen ...	1919	—	8	9	18	28	30	54	88	50	41	20	27
	1911	—	4	10	10	20	36	62	86	80	37	11	17.

Danach betrugen in beiden Rechnungsjahren die Schulden bei annähernd ²/₅ der Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern (1911: 38,1 %, 1919: 39,4 %) nicht mehr als das 10fache und bei annähernd ¹/₄ (1911: 23,1 %, 1919: 23,6 %) mehr als das 10 bis 15fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern. Während jedoch im Rechnungsjahre 1911 die Schulden bei 21,4 v. H. der Gemeinden über das 15 bis 20fache und nur bei 17,4 v. H. noch über das 20fache des Prinzipalsolls ausmachten, zeigten im Rechnungsjahre 1919 die Anteile der Gemeinden an den entsprechenden Belastungsgruppen eine starke Abweichung gegenüber 1911; denn mehr als das 15 bis 20fache des Prinzipalsteuersolls machten die Schulden 1919 nur bei 13,4 v. H., über das 20fache dagegen bei 23,6 v. H. der Gemeinden aus. Die Anzahl der Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern, deren Schulden mehr als das 20fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern betrugen, hat sich von 65 im Rechnungsjahre 1911 auf 88 im Rechnungsjahre 1919 vermehrt, und unter diesen Gemeinden gab es 27 (1911: 17), bei denen die Verschuldung schon mehr als das 30fache der Steuerkraft ausmachte. Zu diesen besonders hoch verschuldeten Gemeinden gehörten 4 Großstädte, 12 Mittelstädte und 7 Kleinstädte sowie 4 größere Landgemeinden. Unter diesen durch ihre Schulden besonders belasteten Gemeinden befanden sich allein 7 ostpreußische Städte, — wir sahen bereits an anderer Stelle, daß die Städte dieser Provinz überhaupt am stärksten verschuldet waren —, ferner gehörten dazu 6 Groß-Berliner Gemeinden, 5 Mittelstädte Pommerns, die rheinischen Stadtkreise Cöln, Elberfeld, Trier und Neuß, endlich die Städte Recklinghausen, Stendal, Göttingen, Rendsburg und Bad Homburg. Die höchsten Anteile des Prinzipalsteuersolls erreichten die Schulden von den in Betracht kommenden 373 Gemeinden mit dem 52,3, 52,5 und 57,6fachen bei den Städten Neukölln, Rastenburg und Greifswald.

Berücksichtigte man auch die Kleinstädte mit nicht mehr als 10 000 Einwohnern, so würde man sehen, daß die Verschuldung einzelner dieser Gemeinden hinter der der höchstverschuldeten größeren Städte nicht nur nicht zurückbleibt, sondern diese teilweise noch übertrifft. Zum Beweise mögen die folgenden Beispiele dienen: Es betrugen am 31. März 1920 die Gemeindeschulden bei Lötzen (37,2), Reinerz (38,7), Polkwitz (34,9), Uslar (32,9) und Fritzlar (38,2) zwischen dem 30 und 40fachen des Prinzipalsteuersolls, desgleichen bei Gemünden, Neuwarp, Müncheberg und Brilon schon das 42,7, 55,3, 63,6 und 67,4fache, bei Fischhausen das 87,2fache und bei Westerland sogar das 223,9fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern.

4. Die Schulden der gesamten preußischen Kommunalverbände nach dem Stande vom 31. März 1920.

Gleichzeitig mit der jährlichen Erhebung über die Steuern und Schulden der Gemeinden in Preußen wird eine entsprechende Erhebung für die preußischen Landkreise und Provinzialverbände durchgeführt, deren Ergebnisse in dem „Statistischen Jahrbuch für den Freistaat Preußen" veröffentlicht werden. Der 17. Band dieses Statistischen Jahrbuches enthält die betreffenden Angaben über die Steuern und Schulden der höheren Kommunalverbände im Rechnungsjahre 1919. An Hand dieser Nachweisungen in Verbindung mit den vorstehend veröffentlichten entsprechenden Zahlen über die Gemeinden läßt sich der Stand der Verschuldung in sämtlichen niederen und höheren Kommunalverbänden Preußens am Schlusse des Rechnungsjahres 1919 angeben. Da die Verhandlungen mit den ausländischen Staaten, an die ehemals preußisches Gebiet abgetreten worden ist, zwecks Übernahme eines Teils der öffentlichen Schulden der preußischen Kommunalverbände auf die betreffenden Staaten noch nicht zum Abschluß gekommen sind, kann hierauf bei der folgenden Untersuchung keine Rücksicht genommen werden. Die Regelung wird besonders auf den Schuldenstand der Provinzialverbände von Ost- und Westpreußen, Schleswig-Holstein und der Rheinprovinz sowie der bei Preußen nur teilweise verbliebenen Landkreise von Einfluß sein. Die Schulden der bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1919 gänzlich abgetretenen oder nicht mehr unter preußischer Verwaltung stehenden Landkreise, Städte und Landgemeinden sind bei den folgenden Angaben bereits unberücksichtigt geblieben. Die Schulden des Provinzialverbandes von Posen konnten nicht mit aufgenommen werden, weil dieser Verband keine Angaben gemacht hatte. Da sein Gebiet fast vollständig an Polen abgetreten werden mußte, so wird Polen auch wohl fast seine gesamten Schulden mit übernehmen.

Die Schulden der preußischen Kommunalverbände am Schlusse des Rechnungsjahres 1919.

(Tafel 6)

Landesteile — Staat	Es betrugen am 31. März 1920 die gesamten Schulden: der Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbände			der Landkreise			der Städte			der Landgemeinden			der Kommunalverbände zusammen		
	überhaupt Mill. M	auf 1 Einw. M*)	das ..fache des Prinzipalsteuersolls[1])	überhaupt Mill. M	auf 1 Einw. M*)	das ..fache des Prinzipalsteuersolls[2])	überhaupt Mill. M	auf 1 Einw. M*)	das ..fache des Prinzipalsteuersolls[3])	überhaupt Mill. M	auf 1 Einw. M*)	das ..fache des Prinzipalsteuersolls[3])	überhaupt Mill. M	auf 1 Einw. M*)	das ..fache des Prinzipalsteuersolls[4])
1	2a	2b	2c	3a	3b	3c	4a	4b	4c	5a	5b	5c	6a	6b	6c
Ostpreußen	43,2	21,9	2,3	220,6	123,7	16,5	380,4	475,0	23,5	24,4	21,8	4,0	668,6	300,0	23,5
Stadt Berlin	—	—	—	—	—	—	1 925,6	1 012,2	15,7	—	—	—	1 925,6	1 012,2	15,7
Brandenburg (ohne Berlin)	109,5	25,2	1,0	508,7	178,7	8,7	1 704,6	780,8	20,2	577,0	304,4	11,7	2 899,9	667,1	20,6
Pommern	133,9	74,9	5,8	216,7	152,9	14,9	326,2	429,0	20,0	27,9	42,3	4,8	704,7	394,4	22,6
Posen-Westpreußen	[5]) 24,2	57,6	1,6	42,4	144,0	16,3	25,6	225,6	12,6	2,1	12,2	2,1	94,4	288,6	26,4
Niederschlesien	} 50,0	9,5	0,7	258,7	114,7	9,7	477,1	375,9	11,9	56,7	37,6	3,6	[6]) 842,6	282,0	13,7
Oberschlesien				62,2	32,4	3,0	136,7	240,1	10,6	42,4	27,7	2,6	[6]) 241,3	105,7	7,5
Sachsen	76,8	24,5	1,3	225,9	101,9	6,7	669,6	434,8	14,5	60,8	40,7	2,6	1 033,1	330,2	14,2
Schleswig-Holstein	20,8	14,8	0,7	343,2	359,1	20,4	530,1	733,1	23,1	149,9	225,8	12,0	1 044,0	714,1	27,8
Hannover	59,2	19,6	1,2	310,7	138,2	11,5	518,9	425,0	13,7	166,1	93,4	7,0	1 054,9	349,7	16,8
Westfalen	36,3	8,1	0,5	361,6	113,5	7,4	1 069,6	494,2	16,8	209,9	90,4	4,9	1 677,4	373,8	15,7
Hessen-Nassau	36,6	16,1	0,6	155,0	100,4	7,5	949,0	846,6	17,4	95,8	83,9	6,6	1 236,4	543,7	17,7
Rheinprovinz	80,4	11,9	0,5	382,9	106,1	5,9	3 167,6	770,6	20,0	192,8	72,5	3,9	3 823,7	564,9	18,4
Hohenzollernsche Lande	2,8	39,0	3,6	5,5	77,1	6,8	1,1	111,3	4,5	3,4	55,8	5,8	12,7	179,3	14,3
Freistaat Preußen	**673,6**	**19,8**	**1,0**	**3 094,1**	**127,1**	**8,9**	**11 882,5**	**642,7**	**17,5**	**1 609,3**	**94,6**	**6,1**	**17 259,5**	**465,5**	**17,6**

*) Den Berechnungen auf den Kopf der Bevölkerung ist die Einwohnerzahl nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 zugrunde gelegt worden. — [1]) Prinzipalsoll der direkten Steuern, wie es für die Provinzialbesteuerung nach dem Stande vom 1. Januar 1919 ermittelt worden ist. — [2]) desgl., soweit es der Kreisbesteuerung des Rechnungsjahres 1919 zugrunde gelegen hat. — [3]) desgl., wie es in kreisangehörigen Städten und in Landgemeinden für die Verteilung der Kreissteuern gemäß § 7 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 23. April 1906, in Stadtkreisen für die Verteilung der Provinzialsteuern gemäß § 25 a. a. O. nach dem Stande vom 1. Januar 1920 ermittelt worden ist. — [4]) Der Berechnung liegt die Summe aus dem Prinzipalsoll der direkten Steuern zugrunde, soweit es im Rechnungsjahre 1919 der Kommunalbesteuerung zugrunde gelegen hat, und zwar in Gutsbezirken nach dem Stande vom 1. Januar 1919, in den Städten und Landgemeinden nach dem Stande vom 1. Januar 1920. — [5]) Die Schulden des ehemaligen Provinzialverbandes von Westpreußen. — [6]) Die Schulden des ehemaligen Provinzialverbandes von Schlesien sind in dem Betrage für Niederschlesien enthalten.

Infolgedessen wird das Fehlen dieser Angaben bei der Beurteilung der gesamten Verschuldung der preußischen Kommunalverbände nicht sehr ins Gewicht fallen. Die Schulden der an Polen abgetretenen Gemeinden und Gemeindeverbände Oberschlesiens sind dagegen in den folgenden Zahlenangaben noch mitenthalten. In der oben abgedruckten Tafel 6 sind die Schulden der preußischen Kommunalverbände am Schlusse des Rechnungsjahres 1919, und zwar getrennt für Provinzialverbände, Landkreise, Städte und Landgemeinden, in ihrer Verteilung auf die einzelnen Provinzen nachgewiesen.

Danach betrugen die Schulden sämtlicher Provinzialverbände, ausschließlich des von Posen, sowie sämtlicher Landkreise und Gemeinden am 31. März 1920 17,26 Milliarden M. Die Reichsschulden machten an demselben Tage 183,18 Milliarden M aus, so daß die Schulden der preußischen Kommunalverbände sich fast auf $^1/_{10}$ des Betrages der gesamten Reichsschulden beliefen. An der Gesamtschuldsumme der preußischen Kommunalverbände waren die Städte mit 11,9 Milliarden M oder 68,8 v. H., desgleichen die Landgemeinden mit 1,6 Milliarden M oder 9,3 v. H., die Landkreise mit 3,1 Milliarden M oder 17,9 v. H. und die Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbände mit 0,7 Milliarden M oder 3,9 v. H. beteiligt.

Was die Verteilung der Schulden sämtlicher Kommunalverbände auf die einzelnen Landesteile anbetrifft, so ergibt sich aus der Tafel 6, daß die Rheinprovinz mit 22,2 v. H. den höchsten Anteil aufwies; dann folgten mit 16,8 und 11,2 v. H. die Provinz Brandenburg und die Stadt Berlin, so daß auf die drei genannten Landesteile zusammen rund die Hälfte aller Schulden der Kommunalverbände entfiel. Von den übrigen Provinzen waren mit Anteilen von mehr als 5 v. H. noch Westfalen (9,7), Hessen-Nassau (7,2), Hannover (6,1), Sachsen (6,0) und Schleswig-Holstein (6,0 v. H.) beteiligt.

Im Verhältnis zur steuerlichen Leistungsfähigkeit, wie sie im Soll der umlagefähigen direkten Steuern, dem sogenannten Prinzipalsteuersoll, zum Ausdruck kommt, war von den einzelnen Arten der Kommunalverbände die Verschuldung der Stadtgemeinden am höchsten; sie betrug das 17,5 fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern, wie es in kreisangehörigen Städten für die Verteilung der Kreissteuern gemäß § 7 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 23. April 1906, in Stadtkreisen für die Verteilung der Provinzialsteuern gemäß § 25 a. a. O. nach dem Stande vom 1. Januar 1920 ermittelt worden ist. Vergleichsweise gering war die Verschuldung der Provinzialverbände, sie machte nur rund das 1 fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern, wie es der Provinzialbesteuerung zugrunde lag, aus. Insgesamt beliefen sich die Schulden der Kommunalverbände auf das 17,6 fache ihrer durchschnittlichen Steuerkraft, wie sie nach den in der Anmerkung 4 zur Tafel 6 angegebenen Grundlagen berechnet worden ist. Verhältnismäßig am stärksten war die kommunale Verschuldung in Schleswig-Holstein; sie betrug hier nicht weniger als das 27,8 fache des Prinzipalsteuersolls. In Posen-Westpreußen (26,4) sowie in Ostpreußen (23,5), Pommern (22,6) und in Brandenburg (20,6 fache) machte die Belastung durch Kommunalschulden auch noch mehr als das 20 fache der Steuerkraft der Kommunalverbände aus.

Auf 1 Einwohner entfielen an Kommunalschulden im gesamten Staate durchschnittlich 465,5 M. Da die preußischen Staatsschulden am 1. April 1920 sich auf 5,9 Milliarden M oder 159,1 M auf 1 Einwohner beliefen, mit diesem Datum jedoch 10,69 Milliarden M Staatsschulden auf das Reich übergegangen sind, ein Schuldbetrag also, der am 31. März 1920 noch zur preußischen Staatsschuld rechnete, so belaufen sich die gesamten Staats- und Kommunalschulden in Preußen am 31. März 1920 auf

10,69 Milliarden M Staatsschulden
und 5,90 „ „ „
und 17,26 „ „ Kommunalschulden,

also auf insgesamt 33,85 Milliarden M oder rund 913 M auf 1 Einwohner in Preußen.

Das Reich hatte am 31. März 1920 183,183 Milliarden *M* Schulden[1]) oder 3 040 *M* auf 1 Einwohner des Reichs[2]). Da nun auf jedem Preußen auch die Reichsschuld lastet, so ergibt die Summe aus dem Kopfbetrag an Reichsschuld im Reiche und dem Kopfbetrag an Staats- und Kommunalschulden in Preußen die auf 1 Einwohner in Preußen durchschnittlich ruhende Last an öffentlichen Schulden überhaupt. Sie betrug am 31. März 1920 nicht weniger als 3 953 *M*.

[1]) ausschl. der mit dem 1. April 1920 von Preußen auf das Reich übergehenden 10,69 Milliarden *M*. — [2]) Die ortsanwesende Bevölkerung am 8. Oktober 1919 betrug nach den Angaben im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, 41. Jahrgang, 1920, S. 1, 60 247 806 (ausschl. der Bevölkerung des Saargebiets und der Kreise Eupen und Malmedy).

IV. Ausblicke.

Mit dem Rechnungsjahre 1919 schließt eine bedeutungsvolle Periode des kommunalen Steuerwesens in Preußen ab, die im Jahre 1895 mit dem Inkrafttreten des Kommunalabgabengesetzes und des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern begonnen, also gerade einen Zeitraum von 25 Jahren umfaßt hat. Durch die beiden genannten Gesetze war den Gemeinden in gewissem Umfange eine Steuerautonomie verliehen und damit die Grundlage für eine blühende Entwickelung des Gemeindefinanzwesens in Preußen gegeben, wie sie während der letzten zwei Jahrzehnte vor dem Weltkriege stattfand. Der unglückliche Kriegsausgang und die damit verbundene Umgestaltung des Steuerwesens hat auch für die Kommunalverbände einschneidende Änderungen zur Folge gehabt, und nicht zum wenigsten ist davon gerade der Verwaltungszweig betroffen worden, auf dem die Lebensfähigkeit der Gemeinden usw. in erster Linie beruht, nämlich das kommunale Finanzwesen. Durch die bisher geltende staatliche Gesetzgebung war den Kommunalverbänden das Recht auf Selbstverwaltung in weitgehendem Maße zugebilligt, was vor allem darin seinen Ausdruck fand, daß den Gemeinden und höheren Kommunalverbänden das Recht der Erhebung von Zuschlägen zu der Staatseinkommensteuer und den lediglich für Zwecke der Kommunalbesteuerung vom Staate veranlagten Realsteuern verliehen war. Die Steuergesetzgebung des Reiches beschränkte lediglich das Recht der Kommunalverbände auf die Erhebung gewisser indirekter Steuern. In diesen Verhältnissen ist nun eine entscheidende Wandlung eingetreten. Um für die gewaltigen Summen, die das Reich seit dem Ende des Krieges alljährlich aufzubringen hat, Deckung zu finden, sah sich das Reichsfinanzministerium veranlaßt, nach neuen, für Reichszwecke bisher noch nicht erschlossenen Einnahmequellen Umschau zu halten, und es nahm die am meisten Ertrag versprechenden Quellen in erster Linie für sich in Anspruch. Zu ihnen gehörte vor allem die Einkommensteuer, deren Erhebung durch das Gesetz vom 29. März 1920 den Ländern und Gemeinden entzogen und auf das Reich übertragen wurde. Wenn auch der größere Teil des Ertrages der Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer den Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) zugute kommen soll — ihr zuerst auf $^2/_3$ des örtlichen Aufkommens normierter Betrag soll auf $^3/_4$ erhöht werden —, so kommt den Anteilen der Gemeinden an der Reichseinkommensteuer nicht entfernt die Bedeutung zu, die die früheren Gemeindezuschläge zur Staatseinkommensteuer für die ganze Finanzgebarung der Gemeinden gehabt hatten. Die Zuschläge der Gemeinden zur Staatseinkommensteuer bildeten den beweglichen Faktor bei der Deckung des Gemeindefinanzbedarfs; durch sie wurde der aus anderen Einnahmequellen nicht zu deckende Fehlbedarf aufgebracht. Das ist von nun ab ganz anders. Der Gemeindeanteil an der Reichseinkommensteuer — mag er in dem jetzt in Vorbereitung befindlichen Steuerverteilungsgesetz mit diesem oder jenem Prozentsatz des örtlichen Aufkommens festgesetzt werden — bleibt in Zukunft ein mehr oder weniger unbeweglicher Einnahmefaktor, der sich nicht wie früher nach dem Gemeindebedürfnis richtet. Die Gemeinden sind daher fortab darauf angewiesen, durch Erhöhung ihrer Realsteuerzuschläge den durch sonstige Einnahmequellen nicht zu deckenden Fehlbedarf aufzubringen. Doch da droht ihnen bereits eine neue Schranke. Auch der Staat sieht sich durch die eigene finanzielle Notlage gezwungen, Einnahmequellen, auf die er bisher verzichtet hat, für sich auszunutzen, und darunter fallen — sehr zum Schaden der Gemeinden — jetzt auch die Realsteuern, deren Erhebung der Staat seit der Miquelschen Steuerreform lediglich den Kommunalverbänden überlassen hatte. Durch das „Gesetz über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen vom 14. Februar 1923", dessen Geltungsdauer auf die Rechnungsjahre 1923 bis 1925 beschränkt ist, ist den Gemeinden zwar gemäß § 18 a. a. O. die Erhebung von Zuschlägen zu den staatlich veranlagten Beträgen gestattet, jedoch mit der Maßgabe, daß Zuschläge über 200 v. H. der Genehmigung bedürfen. Ein Gesetz über die Einführung einer staatlichen Gewerbesteuer ist gleichfalls in Vorbereitung, und es ist daher auch mit einer Beschränkung des Rechtes der Gemeinden auf Heranziehung dieser Steuerart für eigene Zwecke demnächst zu rechnen. Man darf daher wohl sagen, daß mit dem Rechnungsjahre 1923 eine neue Ära des kommunalen Abgabenwesens in Preußen beginnen wird, die sich von der für die Gemeinden so gedeihlichen Zeit unter der Geltung des Kommunalabgabengesetzes von 1893 in vieler Hinsicht wesentlich unterscheiden wird. Das Bild, das die Statistik der kommunalen Finanzen für die Rechnungsjahre 1920 bis 1922 bietet, gibt in keiner Weise genügende Anhaltspunkte, um daraus auch auf die zukünftigen Finanzverhältnisse der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Inkrafttreten des Steuerverteilungsgesetzes, dem Nachfolger des Kommunalabgabengesetzes von 1893 bezüglich des kommunalen Steuerwesens, einigermaßen zuverlässige Schlüsse zu ziehen. Wohl ist die preußische kommunale Steuer- und Schuldenstatistik auch seit 1919 regelmäßig fortgesetzt worden — z. Zt. wird an der Zusammenstellung der Ergebnisse für das Rechnungsjahr 1921 gearbeitet —, und die Veröffentlichung der wichtigsten Zahlen erfolgt nach wie vor im „Statistischen Jahrbuch für den Freistaat Preußen", dagegen erscheint es sehr zweifelhaft, daß für diese Jahre auch eine gemeindeweise Veröffentlichung der statistischen Ergebnisse in der „Zeitschrift" stattfinden wird. Jedenfalls behalten wir uns vor, bei der zunächst in Aussicht genommenen gemeindeweisen Veröffentlichung der Ergebnisse für das Rechnungsjahr 1923 Vergleichszahlen für das Rechnungsjahr 1921 zu bringen, da sich die Erhebung für dieses Jahr ebenso wie die für das Rechnungsjahr 1919 auf sämtliche preußischen Gemeinden erstreckt hat.

Zur neuesten Entwicklung der Löhne.

Von

Professor Dr. **Rudolf Meerwarth.**

Die Untersuchung hat sich zum Ziel gesetzt, die Entwicklung der Löhne seit der Vorkriegszeit, etwa seit dem Frühjahr 1914, bis gegen die Mitte des Jahres 1923 zu verstehen. Es wird darauf verzichtet, die Entwicklung während des Krieges im besonderen nachzuweisen. Die deutsche Volkswirtschaft war während des Krieges ganz überwiegend auf die Arbeit für den Kriegsbedarf eingestellt; sie bot ein durchaus anormales Bild dar. Vielfach waren an Stelle der Männer Frauen und Jugendliche, an Stelle der Gelernten Ungelernte und Angelernte tätig. Es wird damit nicht verkannt, daß die Lohnentwicklung während des Kriegs, wie gelegentlich noch zu zeigen sein wird, für das Verständnis der Lohnentwicklung nach dem Krieg von Bedeutung ist.[1]

Die Entwicklung der Arbeitslöhne wird verstanden mit Hilfe der Theorie, mit Hilfe einer Lohntheorie. In einer Einleitung sollen kurz zwei Lohntheorien gekennzeichnet werden, die in den letzten zehn Jahren starken Einfluß gewonnen haben. Es soll versucht werden, die für das Verständnis der neuesten Entwicklung der Löhne zweckmäßige Theorie zu gewinnen und mit Hilfe dieser Theorie die tatsächliche Lohnentwicklung zu verstehen.

Die erste der beiden Lohntheorien, die ich hier darstellen will, findet sich niedergelegt in einer Arbeit des russischen Nationalökonomen Tugan-Baranowsky über die „Soziale Theorie der Verteilung", einer Arbeit, die in Brauns Annalen für Soziale Politik und Gesetzgebung, Band II, Berlin 1913, erschienen ist. Es ist hier nicht beabsichtigt, eine dogmengeschichtliche Untersuchung zu liefern; es wird darauf verzichtet, die zahlreichen Wurzeln, Abarten usw. dieser Theorie aufzusuchen. Die Auffassung Tugan-Baranowskys wird ferner nur soweit wiedergegeben, als sie den Arbeitslohn und seine Bestimmungsgründe zum Gegenstande hat und Argumente enthält, die für die folgenden Ausführungen von Bedeutung sind.

Es ist zunächst nicht unwesentlich, den Ausgangspunkt der Theorie Tugans aufzuzeigen, also zu zeigen, von welcher Fragestellung seine Theorie ausgeht. Seine Theorie interessiert, wie er an entscheidender Stelle hervorhebt, nicht der Arbeitslohn in diesem oder jenem Industriezweige, sondern vor allem „der durchschnittliche Lohn, also die Summe der Arbeitslöhne in allen Industriezweigen durch die Summe aller Vertreter der gesamten Arbeiterklasse dividiert."

Tugan wendet sich zunächst gegen eine Reihe moderner Theoretiker, für welche die Einkommensbildung, also insbesondere die Bildung des Arbeitslohns, des Kapitalprofits und der Grundrente, ein besonderer Fall der Preisbildung ist. Nach der Auffassung dieser Theoretiker ist die Verteilungstheorie in die allgemeine Preislehre einzubeziehen; ein besonderes Verteilungsproblem neben dem Wert- und Preisproblem besteht danach nicht. Die Verteilung ist jedoch, wie Tugan dagegen ausführt, ein soziales Phänomen, das das Zusammenwirken mehrerer gesellschaftlicher Gruppen zur Voraussetzung hat. Genauer definiert er das Problem der Verteilung als das Problem der Abhängigkeitsverhältnisse zwischen den Einkommen derjenigen sozialen Klassen, die durch die Bedingungen der kapitalistischen Produktion und des Austausches miteinander verknüpft sind. Er gibt zu, daß auch der für die Preisbildung relevante Tauschakt ein soziales Phänomen ist, glaubt aber, daß zwischen dem Tauschphänomen und dem Verteilungsphänomen ein grundlegender Unterschied besteht. Im Tauschakt begegnen sich nach ihm zwei Individuen, die nicht notwendig verschiedenen Klassen angehören müssen. Darum gehen auch die Vertreter etwa der Grenznutzentheorie von der Voraussetzung der sozialen Gleichheit der im Austausch sich begegnenden Individuen aus. Die Preistheorie beruht auf der Voraussetzung der sozialen Gleichheit der Teilnehmer des Tauschaktes. Im Gebiet des Warenaustausches kann, wie Tugan ausführt, jeder Verkäufer einer bestimmten Ware zum Käufer derselben werden, da die Käufer und Verkäufer zu derselben sozialen Klasse gehören. „Ein Kapitalist kann heute eine Baumwollspinnerei besitzen und Spinnmaschinen kaufen; morgen aber kann er seine Spinnerei veräußern, eine Maschinenfabrik erwerben und zum Verkäufer der Maschinen werden."

Wenn aber, wie Tugan fortfährt, der Kapitalist einen Arbeiter mietet, so sind die Rollen des Käufers und Verkäufers nicht umzukehren: der Verkäufer der Arbeitskraft kann nicht zum Käufer derselben werden, da er dazu aus der Arbeiterklasse in die Kapitalistenklasse übergehen müßte, was als allgemeiner Fall unmöglich ist. Tugan glaubt daher, daß diejenigen Volkswirte, die die Lohnbildung als einen besonderen Fall der allgemeinen Preisbildung behandeln, das am meisten Charakteristische des Verteilungsprozesses verkennen: die soziale Ungleichheit der Kontrahenten.

Tugan gibt zu, daß der Arbeitslohn seiner äußeren Form nach nichts anderes ist als der Preis der Ware Arbeitskraft. Jedoch weist, wie er näher ausführt, die Ware Arbeitskraft wesentliche Unterschiede gegenüber allen übrigen Waren auf. Alle übrigen Waren sind äußere Produkte oder Mittel der wirtschaftlichen Tätigkeit von Menschen; die Arbeitskraft des Menschen ist der Mensch selbst. Die Eigenschaft der Arbeitskraft, von der Person des Arbeiters unzertrennlich zu sein, übt nach Tugan den größten Einfluß auf die objektiven Bedingungen der Gestaltung des Arbeitslohns aus. Als erste Folge dieser Eigenschaft erscheint die Unmöglichkeit der Produktion der Arbeitskraft, als zweite die eigentümliche gesellschaftliche Stellung der Käufer und Verkäufer der Arbeitskraft.

Zur Kennzeichnung der ersten Folge (Unmöglichkeit der Produktion der Arbeitskraft) geht Tugan von dem Begriff des Produzierens aus: eine Arbeit verrichten in der Absicht, ein bestimmtes wirtschaftliches Produkt zu schaffen Die Entstehung der Arbeitshände ist aber kein Produktionsprozeß. Wäre sie ein Produktionsprozeß, so müßte jede Vermehrung der Nachfrage nach Arbeitshänden, jede Erhöhung des Arbeitslohns und der Lebenshaltung der Arbeiterklassen zur Ver-

[1]) Über die Entwicklung der Löhne während des Krieges hat Dr. Quante sorgfältige Untersuchungen angestellt; sie sind in der in dieser Zeitschrift (59. Jahrgang 1919) veröffentlichten Arbeit: „Lohnpolitik und Lohnentwicklung im Kriege" niedergelegt.



mehrung der Bevölkerung führen, eine Auffassung, die die Anhänger des ehernen Lohngesetzes geteilt haben. Tatsächlich aber hat die Hebung des Lebensstandards der arbeitenden Klassen zu einer Verminderung der Geburten geführt. In jedem Fall haben die Kapitalisten keine direkten Mittel, die Zahl der Arbeiter zu vermehren; die Zahl der für sie nötigen Arbeitshände, die auf dem Markt erscheint, hängt nicht im mindesten von ihrem Willen ab. Es ist nach Tugan ganz ungereimt, von der Produktion der Arbeitskraft zu sprechen; „diese wird gar nicht produziert, sondern entsteht infolge des Lebens des Arbeiters, was ein höchst komplizierter, durch verschiedene Faktoren bestimmter Prozeß ist."

Die bereits angedeutete zweite Folge der Eigenschaft der Arbeitskraft, von der Person des Arbeiters unzertrennlich zu sein, besteht darin, daß die Verkäufer und die Käufer der Arbeitskraft zwei verschiedenen und sozial ungleichen gesellschaftlichen Klassen angehören. Die Verkäufer der Arbeitskraft bilden durch die Natur dieses Verkaufs eine besondere soziale Klasse: die Arbeiterklasse. Die Käufer der Arbeitskraft werden durch diesen Kauf selbst zu einer andern sozialen Klasse: zu Kapitalisten. Soziale Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse bei diesem Tauschakt ignorieren, heißt den Kern des Problems ausschalten. „Der Verkäufer der Arbeitskraft verkauft nur deshalb seine Arbeitskraft, weil er nichts anderes zu verkaufen hat. Umgekehrt, die Käufer der Arbeitskraft müssen zur Möglichkeit dieses Kaufs Kapital besitzen, was sie in den Stand setzt, die erworbene Arbeitskraft produktiv auszunutzen. Während die Arbeiter durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft ihre Freiheit und die Herrschaft über ihre Person verlieren, behaupten die Kapitalisten durch den Kauf der fremden Arbeitskraft ihre eigene Freiheit. Der ganze Tauschakt setzt soziale Ungleichheit voraus und hat zur Folge, die Machtstellung der Kapitalisten zu befestigen und den Arbeiter in seine Abhängigkeit zu bringen."

Man kann also auch nach Tugan die Arbeitskraft als eine Ware betrachten: aber sie ist nach ihm eine ganz besondere Ware, die sich von allen übrigen Waren grundsätzlich unterscheidet.

Mit großem Nachdruck wendet sich nun Tugan gegen die Behauptung, daß das Gesetz von Angebot und Nachfrage die Erklärung des Arbeitslohnproblems biete. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage beruht auf der Voraussetzung, daß die Nachfrage nach einer bestimmten Ware von deren Preis abhängt. Die Erhöhung des Preises einer Ware verringert die Nachfrage nach ihr. Tugan behauptet nun hinsichtlich der Ware Arbeitskraft, daß die Nachfrage nach der Arbeitskraft von deren Preis unabhängig ist, sofern dieser Preis nicht den ganzen Profit des Kapitalisten verschlingt. Der Kapitalist wird nicht aufhören zu produzieren, solange irgend ein Profit da ist, und seine Nachfrage nach den Arbeitshänden wird sich nicht verringern, wie hoch auch der Arbeitslohn — bis zu dieser Grenze — steigt. Das Gleichgewicht des Angebots von und der Nachfrage nach Arbeitskräften kann, was den Arbeitslohn betrifft, bei den verschiedensten Lohnsätzen erreicht werden.

Bei der großen Bedeutung, die gerade dieser Darlegung Tugans zukommt, sei auch sein Beispiel, das die Eigentümlichkeit des Arbeitslohns im Vergleich zu anderen Preisen zeigen will, wiedergegeben: „Für Stiefelproduktion sind Leder und die Arbeit des Stiefelproduzenten nötig. Setzen wir voraus, daß die Besitzer der Lederfabriken den Lederpreis erhöhen. Ist der Besitzer der Stiefelfabriken gezwungen, das Leder zu höherem Preis zu kaufen, so muß das zur Verringerung seiner Gewinne führen und seine Profitrate muß unter die Profitrate des Besitzers der Lederfabrik sinken, falls jene früher dieser gleich war. Aber die Besitzer der Stiefelfabrik wie der Lederfabrik sind beide gleichmäßig Kapitalisten. Ist die Profitrate in einem Produktionszweig höher als im andern, so muß das Kapital aus weniger einträglichen in mehr einträgliche Produktionszweige — in unserm Fall aus der Stiefelproduktion in die Lederproduktion — übergehen. Das muß den Lederpreis herabsetzen, und auf diese Weise wird der Lederpreis zu seiner normalen Höhe zurückgeführt; die Kapitalisten in der Lederproduktion werden nicht imstande sein, ihre Profite auf Kosten der Profite in der Stiefelproduktion zu heben.

Nun aber setzen wir voraus, daß die Arbeiter der Stiefelfabrik etwa durch einen erfolgreichen Streik ihre Löhne erhöhen und auf diese Weise den Profit des Fabrikherrn verringern. Kann er aus der Steigerung der Löhne dieselbe Konsequenz ziehen wie aus der Steigerung des Preises eines andern Produktionsmittels, etwa des Leders? Kann er sein Kapital aus der Stiefelproduktion in die Produktion der teurer gewordenen Ware — Arbeitskraft — versetzen? Offenbar nicht, da Arbeitskraft nicht in kapitalistischen Betrieben erzeugt wird. Wenn aber der Fabrikherr in der Absicht, seine Gewinne zu erhöhen, sein Kapital aus der Stiefelproduktion in irgend einen andern Produktionszweig versetzen würde, so würde er die Erhöhung seiner Gewinne nicht erreichen, da die Vermehrung der Produktion einer andern Ware deren Preis verringern und zugleich die Nachfrage nach den in diesem Zweig beschäftigten Arbeitern steigern müßte. So ist der Fabrikherr gezwungen, die Verringerung seines Profits auf Kosten der Vermehrung der Löhne hinzunehmen. Die Arbeitskraft wird aber in diesem Fall ihren Preis erhöhen nicht wegen der Verringerung ihres Angebots, sondern wegen des Übergangs eines Teiles der Profite der Kapitalisten in die Hände der Arbeiter."

Die Lohnhöhe wird also nach Tugan durch ganz andere Faktoren bestimmt als durch das Verhältnis des Angebots zur Nachfrage. Die Verteilung des Sozialprodukts zwischen den verschiedenen Klassen ist kein einfacher Tauschprozeß, sondern ein kompliziertes Ergebnis des Kampfes der sozialen Klassen um den höchstmöglichen Anteil am Sozialprodukt, eines Kampfes, in dem die Kräfte der kämpfenden Klassen höchst ungleich sind.

Aus diesen Ausführungen sind bereits diejenigen Faktoren zu erkennen, die nach Tugan die durchschnittliche Lohnhöhe in einer bestimmten Gesellschaft bestimmen:

1. die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit, welche die Menge des Sozialprodukts, das zwischen den verschiedenen sozialen Klassen zu verteilen ist, feststellt;
2. die soziale Macht der arbeitenden Klasse, welche die Quote des Sozialprodukts, über welche die Arbeiterklasse verfügen kann, festsetzt.

Je höher — ceteris paribus — die Arbeitsproduktivität ist, desto höher muß auch die Höhe des „realen, durchschnittlichen gesellschaftlichen Arbeitslohns, d. h. die Menge der Konsumartikel, über welche der Arbeiter verfügen kann", sein. Tugan hebt im besonderen hervor, daß die Arbeitsproduktivität bisher der mächtigste Faktor in der Bestimmung des nationalen Niveaus der Löhne in den verschiedenen Ländern gewesen ist. Infolge der Unterschiede der Arbeitsproduktivität war der Lohn in Amerika höher als in Europa, höher in England als auf dem Kontinent. Auf die Erhöhung der Arbeitsproduktivität ist eine Erhöhung der Löhne in den letzten Jahrzehnten vor dem Krieg zurückzuführen. Tugan hebt auch den gegenseitigen Zusammenhang zwischen der Lohnhöhe und der Arbeitsproduktivität hervor: die Erhöhung der Löhne, die Hebung der Lebenshaltung der Arbeiter, steigert auch die Arbeitsleistung; er glaubt allerdings, daß diese Abhängigkeit „nur in engen Grenzen" gelte.

Die Arbeitsproduktivität bestimmt die höchstmögliche Grenze des Arbeitslohns; diese Grenze kann der Lohn nie erreichen, da dann der Profit verschwunden wäre. Als unterste Grenze des Arbeitslohns erscheint Tugan das physiologische Existenzminimum, das notwendig ist, damit der Arbeiter mit seiner Familie existieren und arbeiten kann. Wie er ausführt, fällt der Lohn bis zur untersten Grenze fast nie, da sich die Arbeiter im allgemeinen bessere Existenzbedingungen sichern können.

Auf welchem Niveau zwischen diesen beiden Grenzen der Arbeitslohn sich tatsächlich einstellt, hängt von den Bedingungen ab, unter denen der soziale Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern sich abspielt, hängt von der sozialen Macht der Arbeiterklasse ab.

Wie bereits hervorgehoben worden ist, soll keine dogmengeschichtliche Darstellung geboten werden; es wird beispielsweise darauf verzichtet, die Auffassungen von Stolzmann, Lexis usw., die mit derjenigen Tugan-Baranowskys in mancher Hinsicht starke Verwandtschaft zeigen, wiederzugeben. Es sei lediglich an den von Lexis in seiner „Allgemeinen Volkswirtschaftslehre“ aufgestellten Leitsatz erinnert, „daß der Anteil der Arbeiterklasse an dem jährlichen Ertrag der nationalen Produktion sich nach der verhältnismäßigen ökonomischen Macht bestimmt, mit der sie ihr Interesse dem Kapital gegenüber geltend zu machen vermag“. Man hat in der Polemik gegen Tugan oft betont, Tugan habe bei der Entscheidung der Frage, ob Machtmomente oder „ökonomische Gesetze“ die Lohnhöhe endgültig bestimmen, der Macht die tragende Rolle zugewiesen. Es ist auch zuzugeben, daß Tugan heftig die Bedeutung „ökonomischer Gesetze“, insbesondere des Gesetzes von Angebot und Nachfrage, kritisiert und bekämpft hat. Aus seinen allerdings überraschend kurzen Ausführungen über die Bedeutung der Arbeitsproduktivität für die Lohnhöhe muß — vielleicht nicht ganz im Sinne Tugans — der Schluß gezogen werden, daß auch in seiner Theorie rein ökonomische „Kräfte“ die entscheidenden Lohnbestimmungsgründe sind; das „Machtmoment“ wirkt lediglich modifizierend.

Während Tugans „Soziale Theorie der Verteilung“ nur den Durchschnittslohn eines Landes und seine Entwicklung erklären will, erhebt die zweite der hier behandelten Lohntheorien vor allem den Anspruch, ein Schema zur Erklärung der Lohnhöhe in den einzelnen Industriezweigen eines Landes abzugeben. Es ist die Lohntheorie Cassels, wie sie in seiner „Theoretischen Sozialökonomie“, Leipzig 1919, niedergelegt ist. Für Cassel ist die Lohntheorie ganz im Gegensatz zu Tugan-Baranowsky ein organischer Teil der allgemeinen Preisbildungstheorie. Die Arbeit ist ein Produktionsfaktor; der Arbeitslohn ist der Preis dieses Produktionsfaktors. Der Preis der Arbeit wird wie der Preis jedes Produktionsfaktors bestimmt durch das Angebot von Arbeit im Verhältnis zur Nachfrage nach Arbeit. Der Preis der Arbeit wird durch ihre relative Knappheit bestimmt. Nachfrage nach Arbeit ist Nachfrage nach den fertigen Produkten (oder Dienstleistungen) wie sie von den Konsumenten ausgeht. Der Arbeitslohn ist — von der Nachfrageseite aus definiert — ein Ausdruck für die Schätzung der Arbeit seitens der Konsumenten, seitens der Nachfrager. Die Gesamtnachfrage, die entfaltet wird, ist gleich dem Gesamteinkommen oder gleich dem Gesamtergebnis der Produktion. Die Gesamtproduktion hängt aber wiederum in hohem Maße von der Menge der Arbeitsleistungen ab. Der Lohn ist also in hohem Maße von der Menge der Arbeitsleistungen abhängig.

Zunächst soll die auf dem Arbeitsmarkt angebotene Menge Arbeit der verschiedenen Art und Qualität als gegeben angenommen werden; es soll im besonderen die Nachfrage nach Arbeit untersucht werden.

Die Preisbildung der Arbeit ist, wie die Preisbildung überhaupt, nach Cassel in erster Linie vom Prinzip der Knappheit bestimmt. Das heißt nach Cassel: die Arbeit jeder Art und Qualität erhält einen Preis, der genau so hoch sein muß, daß die Nachfrage nach ihr auf die zur Verfügung stehende Menge der betreffenden Arbeit beschränkt wird. Ist die Nachfrage nach irgend einer Kategorie von Arbeit ungenügend, so ist das ein Zeichen dafür, daß der Preis der betreffenden Arbeit zu hoch gesetzt ist und — wenn keine Beschränkung des Angebots möglich ist — um eine gesteigerte Nachfrage herbeizuführen, herabgesetzt werden muß. Umgekehrt muß, wenn die Nachfrage das Angebot übertrifft, der Arbeitslohn gesteigert werden.

Der Arbeitslohn ist der Ausdruck für die Schätzung der betreffenden Arbeit seitens der Konsumenten. Dieser Satz bildet nach Cassel den zentralen Inhalt der ganzen Theorie des Arbeitslohns.

In der Praxis erfolgt die Lohnbildung, wie Cassel ausführt, meistens in der Weise, daß für eine bestimmte Art von Arbeit ein Lohn in derjenigen Höhe festgesetzt wird, die erforderlich erscheint, um ein hinreichendes Angebot von genügend qualifizierter Arbeitskraft heranzuziehen. Die Beantwortung der Frage, ob dabei das richtige Maß getroffen ist, muß der späteren Erfahrung überlassen bleiben: ein knappes Angebot wird eine Erhöhung des Lohnes notwendig machen, während ein überreiches Angebot früher oder später den Lohn drücken muß. Cassel betont, daß in größtem Maßstab in der angegebenen Weise die Arbeitslöhne nach gemeinsamen Verhandlungen von Verbänden der Arbeiter und der Arbeitgeber festgestellt und von Zeit zu Zeit berichtigt werden. Die Praxis setzt zunächst versuchsweise unter Rücksicht auf die letzte Erfahrung, die Preise der verschiedenen Arbeitsarten fest und berechnet auf Grund dieser Preise die Preise der fertigen Produkte, ist aber immer bereit, diese Preisbildung nach den Anweisungen, die von der tatsächlichen Nachfrage gegeben werden, zu berichtigen.

Die Entwicklung der Gesamtnachfrage nach Arbeit hängt, wie bereits ausgeführt, von der Größe der gesellschaftlichen Kaufkraft, von dem Gesamteinkommen der Tauschwirtschaft oder von dem Gesamtergebnis der Produktion ab. Jeder Umstand, der das Ausmaß der gesellschaftlichen Produktion steigert, verstärkt auch die allgemeine Nachfrage nach Arbeit und wirkt in der Richtung einer Erhöhung der Löhne.

Bisher wurde davon ausgegangen, daß die Nachfrage nach den fertigen Gütern auch die Nachfrage nach den verschiedenen Arten und Qualitäten von Arbeit eindeutig bestimmt. Von dieser Regel gibt es jedoch Ausnahmen, die das Prinzip der Knappheit als Lohnbestimmungsgrund modifizieren. Eine bestimmte Art von Arbeit kann von einer andern ersetzt werden: Substitution verschiedener Arten und Qualitäten von Arbeit gegeneinander, oder der Produktionsfaktor Arbeit kann von den andern Produktionsfaktoren Boden und Kapital (arbeitssparende Maschinen) verdrängt werden.

Die Arbeitslohntheorie, wie sie nach Cassel hier wiedergegeben wurde, war bisher auf der Voraussetzung aufgebaut, daß der Produktionsfaktor Arbeit in seinen verschiedenen Arten und Qualitäten gegeben ist. Nunmehr wird das Angebot von Arbeit zu analysieren sein bei gegebener Nachfrage.

Die Knappheit der Arbeit ist durch zwei Faktoren bedingt, erstens durch die Knappheit der Arbeiter selbst, zweitens durch die Begrenzung der Arbeitsleistung pro Arbeiter. Cassel weist mit Recht darauf hin, daß die Arbeiter tatsächlich eine heterogene Masse bilden, in der alle denkbaren verschiedenen Arten und Qualitäten vertreten sind. Es kann eine Knappheit der Arbeit bestimmter höherer Qualität an der Seite einer stets vorhandenen Arbeitslosigkeit bestehen. Die Menge der Arbeiter wird in erster Linie durch die Volksvermehrung bestimmt. Diese zeigt in den einzelnen Arbeiterschichten eine ver-

schiedene Stärke. Wenn die höheren Schichten der Arbeiterschaft relativ zu wenig Kinder aufziehen, so kann vielleicht eine relativ zu große Knappheit an qualifizierten Arbeitern eintreten. Umgekehrt kann die große Kinderzahl der niedrigen Schichten der Arbeiterschaft zur Folge haben, daß eine gewisse Überfüllung des Marktes für ungelernte Arbeiter und für Arbeiter niedriger Qualität eintritt.

Cassel betont ferner, daß die Knappheit der Arbeiter auch im Verhältnis zur Knappheit des Kapitals betrachtet werden muß. Eine Volksvermehrung in schnellerem Tempo als die Kapitalsvermehrung muß unvermeidlich die Marktlage für den Produktionsfaktor Arbeit verschlechtern.

Die Knappheit des Produktionsfaktors Arbeit hängt nicht lediglich von der Zahl der Arbeiter ab, sondern auch von der Menge Arbeit, die durchschnittlich von dem einzelnen Arbeiter geleistet wird. Diese Menge Arbeit hängt einmal von der täglichen Arbeitszeit ab, die gesetzlich oder durch Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geregelt wird. Ferner findet häufig eine von den Arbeitern selbst ausgehende absichtliche Regulierung des Arbeitsangebots zur Verteidigung oder Besserung der Marktlage statt. Wenn infolge zurückgehender Nachfrage eine gewisse Arbeitslosigkeit eintritt, so würde man, wie Cassel ausführt, nach allgemeinen preistheoretischen Gründen meinen, daß das überwiegende Angebot von Arbeit den Lohn herabdrücken müßte, daß ferner dieser Lohndruck nicht eher aufhören würde, als bis die Arbeitslosigkeit durch die Stimulierung der Nachfrage verschwunden wäre. Die Wirklichkeit zeigt jedoch ein anderes Bild. Die Arbeitslosen widersetzen sich mit größter Zähigkeit jeder Reduktion der herrschenden Lohnsätze. Die Arbeitslosen werden in ihrem Festhalten am vollen Lohn von ihren Genossen moralisch und materiell unterstützt.

Man findet schließlich, wie Cassel andeutet, auch Bestrebungen innerhalb der Arbeiterschaft, durch Beschränkung der dargebotenen Arbeitsmenge die Knappheit der Arbeitskraft dauernd zu steigern, um einen höheren Lohn zu erlangen. Ist diese Beschränkung der Arbeitsleistung allgemein, so hat die dadurch herbeigeführte Verminderung der Produktenmenge eine Verminderung der gesamten Kaufkraft der Bevölkerung zur Folge.

Für Cassel sind demnach als Lohnbestimmungsgründe rein wirtschaftliche Ursachenreihen entscheidend. Der Arbeitslohn ist der Ausdruck für die Schätzung der betreffenden Arbeit durch die Nachfrage. Die Nachfrage als Ganzes betrachtet hängt von dem Gesamtergebnis der Produktion ab. Was die Angebotseite betrifft, so ist hier die Volksvermehrung von entscheidender Bedeutung, die aber in den einzelnen Arbeiterschichten in verschiedenem Maße zur Geltung kommt. Nimmt die Volksvermehrung schneller zu als die Kapitalvermehrung, oder sind im Verhältnis zum vorhandenen Kapital zuviel Arbeitskräfte vorhanden, so muß sich die Lage der Arbeiter verschlechtern. Aber, um das Schlagwort zu gebrauchen: ökonomische Gesetze sind entscheidend. Der Einfluß des „Machtmoments" kann sich vor allem dann äußern, wenn infolge eines Rückgangs der Nachfrage nach preistheoretischen Gründen bei dem Überangebot an Arbeitskräften eine Senkung des Arbeitslohns eintreten müßte.

Es soll im folgenden untersucht werden, ob es mit Hilfe der wiedergegebenen Theorien möglich ist, die neueste Entwicklung der Arbeitslöhne in Deutschland zu verstehen. Damit wird gleichzeitig eine jede der beiden Theorien auf ihre Brauchbarkeit untersucht; es wird, um Cassels Worte zu gebrauchen, untersucht, ob die Modifikationen einer Theorie, die ihre Anpassung an die Wirklichkeit erfordert, durchgeführt werden können, ohne daß man dadurch in Widerspruch mit den Grundgedanken der Theorie versetzt wird.

Bevor der Versuch unternommen wird, sei noch ein grundsätzlicher Einwand berührt. Hinter der Casselschen Lohntheorie steht die Casselsche Preistheorie; die Lohntheorie ist für ihn ein organischer Teil der Preistheorie. Nach Cassel ist es die Aufgabe der Preisbildung, die Nachfrage nach jedem einzelnen Gut genau soweit zu beschränken, daß das Angebot für die Versorgung der Nachfrage ausreicht. Demgegenüber wird heute oft betont, daß „unsere Wirtschaft aus einer Konkurrenzwirtschaft mit überwiegendem Angebot eine Monopolwirtschaft mit überwiegender Nachfrage geworden sei; der Preis habe seine regulierende Kraft verloren, seitdem es möglich ist, die Selbstkosten so gut wie unbeschränkt auf die Käufer abzuwälzen."[1])

In ähnlicher Weise wird hinsichtlich des Arbeitslohns argumentiert. Auch er habe seine regulierende Kraft verloren, seitdem die in Arbeitsgemeinschaften zusammenwirkenden Arbeiter und Arbeitgeber jede Lohnerhöhung durch eine Preiserhöhung der hergestellten Ware ausgleichen, also die Lohnerhöhung auf den Konsumenten abwälzen. Zweifellos haben bei einer gegen früher verarmten Volkswirtschaft mit den Inflationserscheinungen die Überwälzungsvorgänge eine besondere Bedeutung; sie modifizieren oder verschieben die Probleme, wie später noch gelegentlich der Kennzeichnung der Lohnentwicklung darzulegen sein wird. Grundsätzlich können aber auch gegenwärtig die Kartelle oder sonstige monopolistische Organisationen ihre Preise, auf die sie ihre jetzigen Selbstkosten zu überwälzen trachten, nicht ins Blaue hinein festsetzen. Nach wie vor erfolgt diese Preisfestsetzung in Berücksichtigung von Umfang und Intensität der Nachfrage, wobei häufig an Stelle des Grundsatzes „großer Umsatz, kleiner Nutzen" der Grundsatz „kleiner Umsatz, großer Nutzen" getreten ist, ein Grundsatz, der für die Arbeiterschaft dieser Industriezweige verhängnisvolle Bedeutung haben kann. Unter anderm will gerade die folgende Darstellung die entscheidende Bedeutung der Nachfrage für den Preis- und Lohnbildungsprozeß zeigen.

Für die Zwecke unserer Untersuchung über die tatsächliche Entwicklung der Löhne wird zunächst ein Ausschnitt wiedergegeben, der die Entwicklung der Geldlöhne behandelt. Der Ausschnitt ist so gewählt worden, daß seine Ergebnisse nach einigen Richtungen hin repräsentative Bedeutung haben.

In den ersten (Übersicht 1a und 1b, Übersicht 2a und 2b) der folgenden Übersichten sind für eine Anzahl wichtiger Arbeiterberufe Groß-Berlins die Wochenlöhne und die Stundenlöhne, die im Frühjahr 1914 und in der Zeit von April bis Juni 1923 galten, nachgewiesen. Die Wochenlöhne decken sich mit den normalen Verdiensten, die im Frühjahr 1914 bei der damals üblichen neunstündigen Arbeitszeit, und mit den normalen Verdiensten, die in den letzten 9 Monaten des Jahres 1922 und in den ersten 6 Monaten des Jahres 1923 bei der achtstündigen Arbeitszeit erzielt worden sind; es sind also weder Überstunden noch Arbeitszeitverkürzungen berücksichtigt. Den Wochenlöhnen sind in einer zweiten Übersicht die entsprechenden Stundenlöhne beigefügt.

Es sind im einzelnen die Löhne gelernter, angelernter und ungelernter Arbeiter aus wichtigen Industriezweigen herangezogen worden. Aus dem Baugewerbe ist der gelernte Maurer und der ungelernte Bauhilfsarbeiter, aus dem Buchdruck der gelernte Buchdrucker, aus der Maschinen- und elektrotechnischen Industrie ein gelernter Arbeiter, etwa der Schlosser, ein angelernter Arbeiter, etwa der Fräser, und ein ungelernter Arbeiter, also der Hof- und Transportarbeiter, aus der chemischen Großindustrie der ungelernte Betriebsarbeiter und der gelernte Fabrikhandwerker aufgenommen worden.

[1]) Vergl. H. Lindemann: Die Mitwirkung der Arbeiterklasse beim wirtschaftlichen Wiederaufbau; Sozialistische Monatshefte, 58. Band, 1922 S. 2.

Übersicht 1 a.

Großberliner Berufe	Normaler Wochenlohn Frühjahr 1914 bei täglich 9 stündiger Arbeitszeit	Normaler Wochenlohn bei täglich 8 stündiger Arbeitszeit														
		April 1922	Mai 1922	Juni 1922	Juli 1922	August 1922	September 1922	Oktober 1922	November 1922	Dezember 1922	Januar 1923	Februar 1923	März 1923	April 1923	Mai 1923	Juni 1923
	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Baugewerbe:																
Maurer	44,28	1 008,00	1 248,00	1 536,00	1 764,96	2 088,00	3 707,04	5 272,80	8 332,80	15 600,00	23 553,12	50 400,00	72 048,00	81 600,00	93 120,00	254 448,00
Bauhilfsarbeiter	30,78	974,40	1 200,00	1 488,00	1 677,12	1 983,84	3 521,76	5 006,40	7 847,04	14 820,00	22 410,24	47 904,00	68 448,00	77 520,00	88 176,00	239 184,00
Buchdruck:																
Buchdrucker	34,38	773,00	933,00	1 093,00	1 312,23	1 638,19	2 622,23	4 345,31	7 337,00	12 773,00	20 769,00	43 125,00	69 606,00	71 250,00	86 350,00	199 692,00
Maschinen- und elektrotechnische Industrie:																
Gelernter Arbeiter	42,12	946,08	1 151,52	1 292,16	1 959,36	2 183,52	3 504,96	5 308,32	8 606,88	16 774,56	28 192,80	58 452,00	75 683,04	77 160,00	112 398,72	276 982,08
Angelernter Arbeiter	39,96	873,60	1 057,44	1 187,52	1 799,52	2 008,80	3 226,56	4 915,68	7 970,40	14 988,96	24 969,00	51 965,76	67 368,00	68 662,08	99 868,80	247 166,88
Ungelernter Arbeiter	30,78	794,40	951,36	1 068,48	1 620,00	1 813,44	2 899,20	4 366,08	7 068,96	13 797,60	22 294,08	46 236,00	59 798,88	60 942,24	88 517,76	221 737,92
Chemische Großindustrie:																
Betriebsarbeiter	27,00	838,08	1 027,20	1 147,20	1 380,00	2 016,89	3 289,85	4 600,62	8 400,00	15 230,00	24 073,85	53 540,00	65 472,00	69 450,24	90 604,80	247 698,24
Gelernter Handwerker	38,88	880,22	1 080,00	1 207,20	1 510,80	2 211,02	3 607,57	5 046,28	9 214,08	16 705,00	26 291,08	58 362,00	72 019,20	76 400,16	99 688,32	270 840,00

Übersicht 1 b.

Großberliner Berufe	Wenn Wochenlohn vom Frühjahr 1914 = 1, dann Wochenlohn vom														
	April 1922	Mai 1922	Juni 1922	Juli 1922	August 1922	September 1922	Oktober 1922	November 1922	Dezember 1922	Januar 1923	Februar 1923	März 1923	April 1923	Mai 1923	Juni 1923
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Baugewerbe:															
Maurer	24,49	28,18	34,69	39,86	47,15	83,72	119,08	188,18	352,30	532,14	1 138,21	1 627,10	1 842,82	2 102,98	5 746,34
Bauhilfsarbeiter	31,66	38,99	48,34	54,49	64,46	114,42	162,65	254,94	481,48	728,08	1 556,34	2 223,78	2 518,52	2 864,72	7 770,76
Buchdruck:															
Buchdrucker	22,48	27,14	31,79	38,17	47,65	76,27	126,40	213,41	371,52	603,81	1 254,36	2 024,61	2 072,43	2 511,63	5 808,38
Maschinen- und elektrotechnische Industrie:															
Gelernter Arbeiter	22,46	27,34	30,68	46,52	51,84	83,21	126,03	204,34	398,26	669,34	1 387,75	1 796,84	1 831,91	2 668,54	6 576,02
Angelernter Arbeiter	21,86	26,46	29,72	45,03	50,27	80,74	123,02	199,46	375,10	624,85	1 300,44	1 685,89	1 718,02	2 499,22	6 185,36
Ungelernter Arbeiter	25,80	30,91	34,71	52,63	58,92	94,19	141,85	229,66	448,27	724,30	1 502,14	1 942,78	1 979,93	2 875,82	7 203,96
Chemische Großindustrie:															
Betriebsarbeiter	31,04	38,04	42,49	51,11	74,70	121,85	170,39	311,11	564,07	891,62	1 982,96	2 424,89	2 572,23	3 355,73	9 174,01
Gelernter Handwerker	22,64	27,78	31,05	38,86	56,87	92,79	129,79	236,99	429,66	676,21	1 501,08	1 852,35	1 965,02	2 564,00	6 966,05

Übersicht 2a.

Großberliner Berufe	Normaler Stundenlohn im Frühjahr 1914	Normaler Stundenlohn														
		April 1922	Mai 1922	Juni 1922	Juli 1922	August 1922	September 1922	Oktober 1922	November 1922	Dezember 1922	Januar 1923	Februar 1923	März 1923	April 1923	Mai 1923	Juni 1923
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Baugewerbe:																
Maurer	0,82	21,00	26,00	32,00	36,77	43,50	77,23	109,85	173,60	325,00	460,69	1 050,00	1 501,00	1 700,00	1 940,00	5 301,00
Bauhilfsarbeiter	0,57	20,30	25,00	31,00	34,94	41,33	73,37	104,30	163,48	308,75	466,88	998,00	1 426,00	1 615,00	1 837,00	4 983,00
Buchdruck:																
Buchdrucker	0,65	16,10	19,44	22,77	27,34	34,13	54,63	90,53	152,85	266,10	432,69	898,44	1 450,13	1 484,38	1 798,96	4 160,25
Maschinen- und elektrotechnische Industrie:																
Gelernter Arbeiter	0,78	19,71	23,99	26,92	40,82	45,49	73,02	110,59	179,31	349,47	587,35	1 217,75	1 576,73	1 607,50	2 341,64	5 770,46
Angelernter Arbeiter	0,74	18,20	22,03	24,74	37,49	41,85	67,22	102,41	166,05	312,27	520,20	1 082,62	1 403,50	1 430,46	2 080,60	5 149,31
Ungelernter Arbeiter	0,57	16,55	19,82	22,26	33,75	37,78	60,40	90,96	147,27	287,45	464,46	963,25	1 245,81	1 269,63	1 844,12	4 619,54
Chemische Großindustrie:																
Betriebsarbeiter	0,50	17,46	21,40	23,90	28,75	42,00	68,54	95,85	175,00	317,29	501,54	1 115,42	1 364,00	1 446,88	1 887,60	5 160,38
Gelernter Handwerker	0,72	18,34	22,50	25,15	31,48	46,06	75,16	105,13	191,96	348,02	547,73	1 215,88	1 500,40	1 591,67	2 076,84	5 642,50

Übersicht 2b.

Großberliner Berufe	Wenn Stundenlohn vom Frühjahr 1914 = 1, dann Stundenlohn vom														
	April 1922	Mai 1922	Juni 1922	Juli 1922	August 1922	September 1922	Oktober 1922	November 1922	Dezember 1922	Januar 1923	Februar 1923	März 1923	April 1923	Mai 1923	Juni 1923
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Baugewerbe:															
Maurer	25,61	31,71	39,02	44,84	53,05	94,18	133,96	211,71	396,34	598,40	1 280,49	1 830,49	2 073,17	2 365,85	6 464,63
Bauhilfsarbeiter	35,61	43,86	54,39	61,30	72,51	128,72	182,98	286,81	541,67	819,09	1 750,88	2 501,75	2 833,33	3 222,81	8 742,11
Buchdruck:															
Buchdrucker	24,77	29,91	35,03	42,06	52,51	84,05	139,28	235,15	409,38	665,68	1 382,22	2 230,97	2 283,66	2 767,63	6 400,38
Maschinen- und elektrotechnische Industrie:															
Gelernter Arbeiter	25,27	30,76	34,51	52,33	58,32	93,62	141,78	229,88	448,03	753,01	1 561,22	2 021,45	2 060,90	3 002,10	7 398,03
Angelernter Arbeiter	24,59	29,77	33,43	50,66	56,55	96,84	138,39	224,39	421,99	702,97	1 463,00	1 896,62	1 933,05	2 811,62	6 958,53
Ungelernter Arbeiter	29,04	34,77	39,05	59,21	66,28	105,96	159,58	258,37	504,30	814,84	1 689,91	2 185,63	2 227,42	3 235,30	8 104,46
Chemische Großindustrie:															
Betriebsarbeiter	34,92	42,80	47,80	57,50	84,00	137,08	191,70	350,00	634,58	1 003,08	2 230,84	2 728,00	2 893,76	3 775,20	10 320,76
Gelernter Handwerker	25,47	31,25	34,98	43,72	63,97	104,89	146,01	266,61	483,86	760,74	1 688,72	2 083,89	2 210,65	2 884,50	7 836,81

Zu einem lohnstatistischen Problem ist noch Stellung zu nehmen. In der Nachkriegszeit werden in einer Reihe von Gewerbezweigen den Arbeitern Familienzulagen für die nicht erwerbstätigen Kinder gezahlt. Unter unseren Arbeiterberufen erhält der verheiratete Buchdrucker einen höheren Lohn als der nicht verheiratete; die Berufe der Maschinen- und elektrotechnischen Industrie sowie der chemischen Industrie erhalten Frauen- und Kinderzulagen; im Baugewerbe werden keine Familienzulagen gezahlt. Welcher Wochenlohn der Nachkriegszeit ist nun dem Wochenlohn vom Frühjahr 1914 gegenüberzustellen? Im Frühjahr 1914 war das System der Familienzulagen noch nicht eingeführt; der Lohn des Arbeiters mußte die Kosten der Lebenshaltung decken, einerlei ob der Arbeiter ledig war oder verheiratet oder Kinder hatte. Man wird dem Lohn vom Frühjahr 1914 zweckmäßig für 1922 und 1923 den Lohn des Arbeiters mit dem „mittleren" Familienstand und der „mittleren" Kinderzahl gegenüberstellen. Gliedert man, um diesen „mittleren" Arbeiter zu finden, die Arbeiterschaft der herangezogenen Gewerbezweige nach Familienstand und Kinderzahl, so steht, wie umfangreiche Stichproben ergeben haben, der Verheiratete mit einem Kind in der Mitte. Als „mittlerer" Arbeiter wurde der verheiratete Arbeiter mit einem Kind angesehen und dessen Wochenlohn von 1922 und 1923 dem Wochenlohn vom Frühjahr 1914 gegenübergestellt.

Was die Quellen betrifft, denen die mitgeteilten Löhne entnommen worden sind, so ist daran zu erinnern, daß seit dem Novemberabkommen, das Ende 1918 zwischen den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer getroffen worden ist, in zunehmenden Umfang Tarifverträge abgeschlossen worden sind. Es liegt nahe, die Löhne den Tarifverträgen zu entnehmen. Dieses Verfahren ist jedoch bei unserer Problemstellung nur dann möglich, wenn die tatsächlich verdienten Normallöhne mit den tariflich festgelegten Löhnen übereinstimmen, wenn also der Tariflohn tatsächlich Normallohn und nicht Mindestlohn ist. In unserer Übersicht ist nach den Auskünften der Arbeitgeber und Arbeiter der Tariflohn der tatsächlich gezahlte Lohn in der chemischen Industrie, im Baugewerbe und auch im Buchdruck. Für das Baugewerbe und den Buchdruck wurden den Tariflöhnen der Jahre 1922 und 1923 die Tariflöhne von Frühjahr 1914 gegenübergestellt, wobei allerdings betont werden muß, daß im Buchdruck damals ein wesentlich größerer Teil der Buchdrucker als gegenwärtig einen den Tariflohn übersteigenden Lohn erhielt. Für die chemische Großindustrie wurden die Friedenslöhne den Lohnnachweisen einiger Großbetriebe entnommen. Für die Maschinen- und elektrotechnische Industrie konnten die gegenwärtig geltenden Löhne nicht dem Tarifvertrag entnommen werden, da dort nur Zeitlöhne und Akkordbasen niedergelegt sind, während der überwiegende Teil der Arbeiterschaft im Akkord arbeitet und dadurch wesentlich höhere Verdienste hat, als der Zeitlohn aussagt. Die Angaben wurden für die Gegenwart und das Frühjahr 1914 den Lohnnachweisen eines der größten Betriebe der elektrotechnischen Industrie entnommen.

Bevor die Ergebnisse der Übersichten näher behandelt werden, soll einem naheliegenden Einwand Rechnung getragen werden. Er geht dahin: Die Entwicklung der Geldlöhne, also der in Mark ausgedrückten Löhne, ist in Zeiten, in denen die Preise der Bedarfsgegenstände stark schwanken, nicht beweiskräftig. Man muß den Geldlohn zu der Preissumme eines von der Arbeiterschaft konsumierten Güterkomplexes in rechnerische Beziehung bringen. Man muß — wie man sich oft ausdrückt — die Kaufkraft des Geldlohnes oder den Reallohn untersuchen. Ist die Preissumme des Güterkomplexes von einem Zeitpunkt zu einem anderen stärker gestiegen als der Geldlohn, so ist die Kaufkraft des Lohnes, der Reallohn gesunken; ist die Preissumme weniger stark als der Geldlohn gestiegen, so ist die Kaufkraft des Lohnes, der Reallohn gestiegen.

Berechnet man an der Hand der amtlichen Hilfskonstruktion (Bedarf einer fünfköpfigen Normalfamilie) für Berlin die Ausgaben für Ernährung, Miete, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung, so ergibt sich

im Frühjahr	1914	eine Teuerungszahl in Höhe von	115,78
„ April	1922	„ „ „ „ „	3 474
„ Mai	1922	„ „ „ „ „	3 731
„ Juni	1922	„ „ „ „ „	4 050
„ Juli	1922	„ „ „ „ „	5 469
„ August	1922	„ „ „ „ „	8 046
„ September	1922	„ „ „ „ „	13 375
„ Oktober	1922	„ „ „ „ „	23 052
„ November	1922	„ „ „ „ „	45 254
„ Dezember	1922	„ „ „ „ „	69 552.

Setzt man die Teuerungszahl vom Frühjahr 1914 = 1, so beträgt der Groß-Berliner Index der Kosten der Lebenshaltung oder die Groß-Berliner Teuerungsziffer im

April	1922	30,01
Mai	1922	32,22
Juni	1922	34,98
Juli	1922	47,24
August	1922	69,49
September	1922	115,52
Oktober	1922	199,10
November	1922	390,86
Dezember	1922	600,73.

Mit Hilfe der Teuerungsziffer und der Verhältniszahlen der Löhne läßt sich nunmehr die Bewegung der Reallöhne gegenüber dem Frühjahr 1914 ermitteln.

Die folgenden Berechnungen sind aus Gründen, die noch berührt werden, nur bis zum Dezember 1922 durchgeführt.

Die Ergebnisse der Übersichten 3a und 3b bringen, sofern man zunächst die auf dem Wochenlohn aufgebauten Reallöhne zugrunde legt, den starken Rückgang des Reallohns in allen Berufen zum Ausdruck. Gegen die auf den Wochenlöhnen des Friedens und der Nachkriegszeit ruhenden Berechnungen wird oft eingewandt, daß der Rückgang des Reallohns bei dieser Berechnungsweise nicht allzu verwunderlich sei; ihm entspräche gleichzeitig auch ein Rückgang der Arbeitszeit von durchschnittlich 54 auf 48 Stunden. Da ein großer Teil der Arbeiter nach Schluß der Arbeit im Betrieb anderweitig die neunte und oft auch zehnte Stunde tätig sei, so müsse zum mindesten zu dem mitgeteilten Wochenlohn der Nachkriegszeit ein Zuschlag gemacht werden. Demgegenüber ist zu betonen, daß der in der Übersicht mitgeteilte, auf den Wochenlohn gegründete Reallohn in jedem Fall die Bewegung der Kaufkraft desjenigen Lohnes zum Ausdruck bringt, den der Arbeiter in und vom Betrieb erhält. Um jedoch dem Einwand die Spitze abzubrechen, ist in der zweiten Übersicht die Reallohnberechnung auf die vor dem Krieg und in der Nachkriegszeit verdienten Stundenlöhne gegründet worden; damit ist das „störende" Moment der verschiedenen Arbeitszeit ausgeschaltet. Bei dieser Berechnungsweise erscheint der Rückgang des Reallohns zwar geringer, er ist aber nach wie vor in starkem Ausmaß vorhanden.

Die Ergebnisse der zunächst für typische Großberliner Berufe wiedergegebenen Berechnungen können mit wenig Vorbehalten verallgemeinert werden. Das Ergebnis würde sich nicht wesentlich ändern, wenn man sämtliche Berliner Arbeiter oder wenn man sämtliche gewerblichen Arbeiter Deutschlands einbezogen hätte. Wären an Stelle der Löhne der Arbeiterberufe die Gehälter der Angestellten und Beamten oder die Einkommen der sogenannten freien Berufe untersucht worden, so hätte sich in der Mehrzahl der Fälle eine noch stärkere Verschlechterung der Lage gegenüber der Vorkriegszeit ergeben.

Übersicht 3a.

Großberliner Berufe	Reallohn (gegründet auf den Wochenlohn) Frühjahr 1914 = 100								
	April 1922	Mai 1922	Juni 1922	Juli 1922	August 1922	September 1922	Oktober 1922	November 1922	Dezember 1922
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Baugewerbe:									
Maurer	81,61	87,46	99,23	84,38	67,85	78,74	59,81	48,15	58,65
Bauhilfsarbeiter	105,53	121,01	138,19	115,35	92,76	99,05	81,70	65,25	80,15
Buchdruck:									
Buchdrucker	74,91	84,23	90,88	80,80	68,57	66,02	63,49	54,60	61,84
Maschinen- und elektrotechnische Industrie:									
Gelernter Arbeiter	74,84	84,85	87,71	98,48	74,60	72,03	63,30	52,28	66,30
Angelernter Arbeiter	72,84	82,12	84,97	95,32	72,34	69,89	61,79	51,03	62,44
Ungelernter Arbeiter	85,97	95,93	99,23	111,41	84,79	81,51	71,25	58,76	74,62
Chemische Industrie:									
Betriebsarbeiter	103,43	118,06	121,47	108,19	107,50	105,48	85,58	79,85	94,06
Gelernter Handwerker	75,44	86,22	88,77	82,26	81,84	80,32	65,19	66,64	71,52

Übersicht 3b.

Großberliner Berufe	Reallohn (gegründet auf den Stundenlohn) Frühjahr 1914 = 100								
	April 1922	Mai 1922	Juni 1922	Juli 1922	August 1922	September 1922	Oktober 1922	November 1922	Dezember 1922
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Baugewerbe:									
Maurer	85,34	98,42	111,55	94,92	76,34	81,53	67,28	54,17	65,98
Bauhilfsarbeiter	118,66	136,18	155,49	129,76	104,35	111,43	91,90	73,38	90,17
Buchdruck:									
Buchdruker	82,54	92,88	100,14	89,03	75,56	72,76	69,95	60,42	68,15
Maschinen- und elektrotechnische Industrie:									
Gelernter Arbeiter	84,21	95,47	98,66	110,77	83,93	81,04	71,21	58,81	74,58
Angelernter Arbeiter	81,94	92,40	95,57	107,24	81,38	78,32	69,51	57,41	64,67
Ungelernter Arbeiter	96,77	107,91	111,64	125,84	95,38	91,72	80,15	66,10	83,95
Chemische Industrie:									
Betriebsarbeiter	116,36	132,84	136,65	121,72	120,88	118,66	96,28	89,55	105,64
Gelernter Handwerker	84,87	96,99	99,86	92,55	92,06	90,37	73,84	68,21	80,63

Es ist nunmehr die Ursache des starken Rückganges des Reallohns und damit der Lebenshaltung der Arbeiterschaft, der Angestellten, der Beamten, der freien Berufe zu untersuchen. Die eben aufgezählten Schichten sollen zunächst als ein Ganzes angesehen werden; es soll — in der Ausdrucksweise Tugan-Baranowskys — der Rückgang des „durchschnittlichen Reallohns" untersucht werden. Der Grund der rückläufigen Bewegung des Reallohns liegt, um wiederum an die Ausdrucksweise Tugan-Baranowskys anzuknüpfen, in dem Rückgang der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit. Das Ergebnis der landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktion, das sogenannte Sozialprodukt, hat sich gegenüber der Vorkriegszeit stark verringert, gleichzeitig ist die Zahl der Menschen, auf die das Sozialprodukt „verteilt" wird, gegen die Vorkriegszeit auf dem heutigen deutschen Boden um einige Millionen gestiegen. Der ganze Komplex von Fragen, der sich um das Problem „Abnahme des Sozialprodukts" schlingt, wird hier nicht behandelt. Die Gründe dieser Abnahme werden nicht näher untersucht.

Die Tatsache, daß im ganzen betrachtet das verkleinerte Sozialprodukt bei einer gestiegenen Zahl von Anteilhabern eine verkleinerte Kopfquote zur Folge hat, schließt nun aber nicht aus, daß in den Anteilen, also in den Löhnen und Gehältern, die die einzelnen arbeitenden Schichten empfangen, starke Verschiebungen eingetreten sind. Es ist an die eingangs wiedergegebenen Ausführungen Cassels zu erinnern: der Arbeitslohn ist der Preis des Produktionsfaktors Arbeit; er wird bestimmt durch das Verhältnis des Angebots von Arbeit zur Nachfrage nach Arbeit.

In der Tat ergeben die Übersichten durchaus gemäß der Casselschen Theorie, daß die Reallöhne in Industriezweigen, die einen gegen die Vorkriegszeit wesentlich ungünstigeren Beschäftigungsgrad aufweisen wie etwa Buchdruck und Baugewerbe, erheblich stärker gesunken sind als in Gewerbezweigen mit verhältnismäßig günstigem Beschäftigungsgrad, Gewerbezweige, die also eine starke Nachfrage nach Arbeit entfalten, wie insbesondere die in starkem Maß exportierende chemische Großindustrie und im verringerten Maße die Maschinen- und elektrotechnische Industrie.

Wären in die Untersuchung noch die Löhne der Bergarbeiter einbezogen worden, so hätte sich die gleiche Erscheinung herausgestellt: die große Kohlenknappheit in Deutschland rief und ruft eine starke Nachfrage nach Stein- und Braunkohle hervor; aus anderen Ursachen heraus entstand eine starke Nachfrage nach Kali. Die Folge ist, daß die Geldlöhne der Bergarbeiter verhältnismäßig stärker gestiegen sind als diejenigen anderer Arbeiterschichten, daß die Reallöhne der Bergarbeiter gegen die Vorkriegszeit nicht wesentlich zurückgegangen sind. Im Jahre 1913 hatte der eigentliche

Bergarbeiter des Oberbergamtsbezirks Dortmund einen Barverdienst pro Schicht in Höhe von 6,47 ℳ. Mit diesem Schichtlohn stand er, wenn man die in unseren Übersichten behandelten Berliner Arbeiter zum Vergleich heranzieht, unter dem normalen Tagelohn des Maurers, des Gelernten und Ungelernten in der Berliner Maschinen- und elektrotechnischen Industrie sowie des Fabrikhandwerkers in der Berliner chemischen Großindustrie. In der Nachkriegszeit überragt er sämtliche der genannten Berliner Arbeiter.

Nicht leicht sind die Verdienste der landwirtschaftlichen Arbeiter zu durchschauen, weil hier Natural- und Barentlohnung in mannigfachen Formen nebeneinander vorkommen und die Umrechnung erschweren. Im allgemeinen wird man wohl sagen können, daß auch die Reallöhne der Landarbeiter gegen die Vorkriegszeit nicht wesentlich gesunken sind; die absolute Höhe ihres Anteils am Sozialprodukt hat sich gegen die Vorkriegszeit nicht wesentlich geändert. Stellenweise, so vor allem in Ostpreußen und Pommern, sind nach dem Krieg die Deputate sogar erhöht worden, an anderen Stellen, so in Mecklenburg-Schwerin, sind sie verkürzt worden. Ob die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter selbst gegen die Vorkriegszeit gestiegen ist, ist fraglich. Die durch die Binnenwanderungsstatistik (vergl. Statistische Korrespondenz des Preußischen Statistischen Landesamts, Jahrgang 49, Nr. 12 vom 22. März 1923) angedeutete Tatsache, daß insbesondere der vor dem Krieg beobachtete starke Zustrom von Menschen aus den ostelbischen Gebieten in die Großstädte und Industriebezirke verschwunden ist, darf nicht ohne weiteres dahin gedeutet werden, daß die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte beispielsweise im Osten Preußens gegen die Vorkriegszeit gestiegen ist. Einmal sind die fremden landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, die vor dem Krieg auf mindestens 450 000 beziffert wurden, zur Zeit bis auf etwa 50 000 zurückgegangen; an ihre Stelle sind vielfach deutsche landwirtschaftliche Arbeiter getreten; zum andern hat häufig aus der Landwirtschaft eine Nahwanderung in die auf früher ländlichen Gebieten errichtete Industrie stattgefunden. Sollte in der Tat die landwirtschaftlich tätige Bevölkerung gegen die Vorkriegszeit zugenommen haben, so würde das in volkswirtschaftlicher Denkweise bedeuten, daß die absolute Höhe des Anteils, den die Landwirtschaft vom Sozialprodukt „beansprucht", gegen früher gestiegen ist.

Wiederum soll hier darauf verzichtet werden, Verschiebungen am Anteil des Sozialprodukts, die innerhalb anderer Bevölkerungsschichten zutage getreten sind, zu kennzeichnen.

Während bisher die verschiedene „Nachfrage nach Arbeit" als entscheidender Lohnbestimmungsgrund für die Löhne der Arbeiter im ganzen als auch für die Löhne der Arbeiter einzelner Produktionszweige angesehen worden ist, ist mit einigen Worten auch auf die Bedeutung des Angebots von Arbeitskräften einzugehen. Sind in einem bestimmten Bezirk infolge einer verstärkten Nachfrage nach Arbeit die Arbeitslöhne einzelner Produktionszweige gestiegen, so besteht eine Tendenz, daß sich das Arbeitsangebot aus den Zweigen mit minder hohen Arbeitslöhnen den Zweigen mit höheren Arbeitslöhnen zuwendet. Diese Tendenz kann sich gegenwärtig um so besser auswirken, als die Bedeutung der an einen bestimmten Industriezweig gebundenen gelernten Arbeiter gegen früher stark gesunken ist. Dies hat zur Folge, daß in den einzelnen regionalen Bezirken die Löhne bestimmter Arbeitergruppen „führend" werden, daß sich die Löhne der einzelnen Arbeiterberufe — unbeschadet des Einflusses, den der Beschäftigungsgrad ihres Industriezweigs ausübt — sich den „führenden" Berufen in starkem Maße anpassen. So ist etwa im Ruhrgebiet maßgebend der Lohn des Bergarbeiters, dem die anderen Löhne in Abständen folgen; für Mitteldeutschland ist der Lohn des Arbeiters im Braunkohlenbergbau oder im Kalibergbau maßgebend; in Berlin in großem Umfang die Löhne in der Metall- und Maschinenindustrie.

Aus unseren Übersichten tritt mit aller Deutlichkeit eine Erscheinung zutage, die in der jüngsten Zeit oft erörtert worden ist: die Spanne zwischen den Löhnen der gelernten und denen der ungelernten Arbeiter des gleichen Industriezweigs ist gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich geringer geworden. Man kann die Tatsache auch dahin ausdrücken, daß eine starke Tendenz zur Nivellierung der Löhne der gelernten und ungelernten Arbeiter sich durchsetzt. Man kann diese Nivellierungstendenz in fast noch stärkerem Maße bei der Entwicklung der Gehälter der Angestellten und Beamten (obere, mittlere, untere Angestellte und Beamte) beobachten.

Nach unseren Übersichten verhielt sich der Lohn des Maurers zum Lohn des Bauhilfsarbeiters in der Vorkriegszeit wie 100 zu 69,5, im Dezember 1922 wie 100 zu 95,0. In der chemischen Großindustrie stand der Lohn des Fabrikhandwerkers zum Lohn des ungelernten Betriebsarbeiters früher wie 100 zu 69,4, Ende 1922 wie 100 zu 91,2. Der Lohn des Gelernten in der Maschinen- und elektrotechnischen Industrie verhielt sich zum Lohn des Ungelernten vor dem Krieg wie 100 zu 73,1, Ende 1922 wie 100 zu 82,3.

Man hat oft die Ursachen dieser Entwicklung untersucht. Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß die Nivellierungstendenz in der Nachkriegszeit in allen Staaten mit entwickeltem Kapitalismus stark in die Erscheinung getreten ist. Man hat die Tendenz aber bereits vor dem Krieg, etwa in der amerikanischen Eisenindustrie, im deutschen Baugewerbe, in verkleinertem Ausmaß beobachten können. Insbesondere in der zweiten Hälfte des Krieges setzte in Deutschland die Nivellierungstendenz ein und verstärkte sich in der Nachkriegszeit.

Das Genfer Internationale Arbeitsamt gibt in seiner Veröffentlichung über die „Schwankungen der Löhne in verschiedenen Ländern von 1914 bis 1921" (*Fluctuations des salaires dans différents pays de 1914 à 1921, Genève 1922*) folgende Gründe zur Erklärung dieser international auftretenden Tendenz an:

a) diejenigen Arbeiter, deren Löhne sich am meisten dem Existenzminimum nähern, sind nicht imstande, die neue Last auf sich zu nehmen, die ihnen eine Erhöhung der Preise aufbürdet; ihre Löhne müssen unverzüglich erhöht werden, wenn man der Verelendung zuvor kommen will. Zu diesem Zweck bewilligte man in vielen Industriezweigen den qualifizierten wie den nichtqualifizierten Arbeitern Kriegsprämien oder Teuerungszulagen in einer für alle gleichen Höhe .... Diese Maßnahme mußte aber notwendigerweise einen Wechsel in dem Verhältnis zwischen den Löhnen der qualifizierten Arbeiter und den Löhnen der unqualifizierten Arbeiter herbeiführen zu Gunsten der Unqualifizierten.

b) Die starke Entwicklung, welche die gewerkschaftliche Organisation der nicht qualifizierten Arbeiter verschiedentlich genommen hatte, hat zur Folge, daß ihr Einfluß bei Lohnverhandlungen erhöht wurde.

Die erste Ursache hat in Deutschland offenbar bereits für die zweite Hälfte des Krieges, die zweite Ursache erst für die Nachkriegszeit Geltung. Die erste Ursache kann in eine rein wirtschaftliche Ursachenreihe eingefügt werden: das Angebot an Arbeitskräften hat im Existenzminimum seine untere Grenze. Die zweite Ursache muß zunächst auf Veränderungen in den Machtverhältnissen zurückgeführt werden; erstens hat sich innerhalb der Arbeiterschaft die Macht zugunsten der Ungelernten verschoben, zweitens gelingt es den Ungelernten, diese Verschiebung auch gegenüber den Arbeitgebern zur Geltung zu bringen. Es erscheint jedoch notwendig, zur Er-

klärung der Nivellierung oder zur Erklärung der Machtverschiebung an die „wirtschaftlich“ begründete Tatsache zu erinnern, daß zum mindesten in Deutschland die vor dem Krieg insbesondere durch die Abwanderung vom Land gespeiste „industrielle Reservearmee“, die gerade die Löhne der Ungelernten niedrig halten könnte, verschwunden ist.

Für die Nivellierung der Gehälter der Angestellten und Beamten gelten ähnliche Ursachen. Es ist wahrscheinlich, daß insbesondere die außerordentlich starke Nivellierung der Beamtengehälter in höherem Maße auf Machtverschiebungen, die nach dem Umsturz eingetreten sind, zurückzuführen ist, als es bei den Gehältern der Angestellten der Fall ist. Diese Machtverschiebungen mit ihren Folgen für die Bemessung der Höhe der Gehälter der einzelnen Beamtengruppen haben bereits Ideologien erzeugt, die die Nivellierung als etwas von Natur Gerechtfertigtes darstellen wollen. So heißt es in einer Kundgebung aus den Kreisen der sächsischen Regierung, die in dem „Sächsischen Staatsdienst“ Nr. 2, 1921 wiedergegeben ist: „Was die Zusammenlegung der Beamtenbesoldungsgruppen betrifft, so muß diese großzügig vorgenommen werden, das heißt, es darf nicht mehr ausschlaggebend sein, ob die Leistungen und namentlich die Verantwortung paralleler Beamtengruppen etwas größer oder kleiner ist. Die Vorbildung und die Prüfungen dürfen nicht mehr zu hoch eingeschätzt werden. Weiter darf die geistige Arbeit nicht enorm höher bewertet werden als die mehr mechanische, da Kopfarbeit viel mehr befriedigt als Handwerk. Ein durch außerordentliche Geistesgaben in eine hohe verantwortungsvolle Stellung gelangter Beamter ist nicht mehr so hoch zu entlohnen wie ehedem. Wie kommt ein von Natur also ausgestatteter Mensch dazu, vielleicht um ein vielfaches bessere Lebensbedingungen zu haben als ein in dieser Beziehung von der Natur Benachteiligter?“

War schon zur Erklärung der Nivellierung zum Teil das Machtmoment, also ein Lohnbestimmungsgrund, der nicht von der Marktlage (Angebot von Arbeit im Verhältnis zur Nachfrage) ausgeht, herangezogen worden, so tritt uns in der gleichfalls gegenwärtig oft erörterten Ausgestaltung des Lohns zum Soziallohn oder zum Familienlohn ein neuer „objektiver“ (nicht von der Marktlage ausgehender, dem menschlichen Gehirn entsprungener) Lohnbestimmungsgrund entgegen. Es wird von Sozialpolitikern, zahlreichen Arbeitgebern und auch von vielen Arbeitern der Satz vertreten, daß für die gleiche Leistung auch die gleiche Lebenshaltung gewährleistet werden soll. Der Familienvater soll für die gleiche Leistung einen höheren Lohn erhalten als der Ledige, dessen Lebenshaltung billiger ist. Diese Bestrebungen haben in zunehmendem Maß Erfolg gehabt; es werden, wie bereits bei der Besprechung der Übersichten ausgeführt worden ist, vielfach Familienzuschläge, Hausstandsgelder bezahlt. Ende 1922 (im Durchschnitt des Monats Dezember) stand der Wochenlohn des verheirateten volljährigen (über 24 Jahre) Buchdruckers in Berlin 485 *M* oder 3,95 v. H. über dem Wochenlohn des ledigen volljährigen Buchdruckers; Kinderzulagen werden im Buchdruck nicht gezahlt. In der Berliner Metall- und Maschinenindustrie wurden Ende 1922 (vom 4. Dezember an) pro Stunde für die Frau 8 *M* und für jedes Kind 16 *M* gezahlt, also pro Woche (48 Stunden) für die Frau 384 *M* und für jedes Kind 768 *M*. Der Wochenlohn des verheirateten gelernten Arbeiters mit 1 Kind überstieg in der zweiten Dezemberhälfte (18. bis 31. Dezember) mit dieser Zulage den des ledigen (17 744,64 *M*) um 6,48 v. H.; beim angelernten Arbeiter bedeutete die Zulage gegenüber dem Wochenlohn des ledigen (16 315,20 *M*) eine Erhöhung um 7,06 v. H., beim ungelernten (14 366,40 *M*) um 8,02 v. H. Die Berliner chemische Großindustrie zahlte Ende 1922 (vom 1. Dezember an) für die Frau und für jedes Kind wöchentlich 240 *M*. Für den verheirateten Betriebsarbeiter mit 1 Kind machte die Zulage in der Zeit vom 16. bis 26. Dezember 3,28 v. H. des Wochenlohns des ledigen (14 640 *M*) aus, für den verheirateten gelernten Handwerker mit 1 Kind 2,98 v. H. des Wochenlohns des ledigen (16 104 *M*).

Die Einführung des Soziallohns wird von einem Teil der Arbeiterschaft heftig bekämpft. Soweit bei diesem Widerstand nicht einfach das Interesse der jüngeren ledigen Arbeiterschaft zum Ausdruck kommt, spielt die Befürchtung eine Rolle, daß die Betriebe in Zukunft vorzugsweise ledige Arbeiter einstellen werden, oder daß sie in Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs zuerst die höher entlohnten Verheirateten mit Kindern entlassen werden. Diesen Einwänden begegneten einzelne Industriezweige dadurch, daß sie Ausgleichskassen einrichteten. Eine derartige Kasse nimmt einen Ausgleich unter den angeschlossenen Firmen vor, sodaß jede Firma an dem Gesamtbetrag der von sämtlichen Firmen aufgewendeten Zulagen nach der Kopfzahl ihrer Arbeiter gleichmäßig beteiligt ist, gleichgültig, wieviel ledige und wieviel verheiratete Arbeiter sie beschäftigt (vergl. die Ausgleichskasse des Verbandes Berliner Metallindustrieller).

In den Kämpfen um den Soziallohn wird häufig als Gegensatz des Soziallohns der Leistungslohn bezeichnet, unter dem man dann den Lohn ohne Familienzulage versteht. Diese Bezeichnung des Lohnes ist grundsätzlich irreführend. Über die Lohnhöhe entscheiden in einer kapitalistisch organisierten Volkswirtschaft nicht objektive Tatsachen wie etwa die Art der Leistung; grundsätzlich entscheidet, wie auch hier darzulegen versucht worden ist, die Marktlage, das Verhältnis vom Angebot zur Nachfrage nach Arbeit. Daran ändert die Tatsache nichts, daß nach dem Umsturz auf Grund des bereits vorher abgeschlossenen Novemberabkommens (15. November 1918) in allen Gewerbezweigen Tarifverträge abgeschlossen wurden. Wie im Anschluß an Cassel ausgeführt worden ist, wird auch der Tariflohn im Hinblick auf die tatsächliche oder in Zukunft zu erwartende Marktlage festgesetzt. Wenn in vielen Fällen der nach irgend einem Gesichtspunkt „leistungsfähige“ Arbeiter einen höheren Lohn erhält als der weniger leistungsfähige, so erhält er den höheren Lohn deshalb, weil das Angebot der leistungsfähigen Arbeiter in der Regel geringer ist als das der weniger leistungsfähigen. Der Gelernte erhält einen höheren Lohn als der Ungelernte, weil in der Regel das Angebot der Gelernten im Vergleich zur Nachfrage geringer ist als das der Ungelernten. Man kann nachträglich auf Grund dieses Tatbestandes sagen, die Entlohnung sei in der Weise erfolgt, als ob die höhere Leistungsfähigkeit oder die Gelerntheit besonders bezahlt worden sei. Damit ist eine Fiktion aufgestellt, die aber zur Erklärung der Lohnhöhe etwa der in unsere Übersicht aufgenommenen Arbeiter durchaus unzweckmäßig ist. Nach unserer Übersicht hatte beispielsweise der ungelernte Arbeiter der chemischen Industrie im Dezember 1922 einen höheren Lohn als der gelernte Buchdrucker.

Von grundsätzlicher Bedeutung ist nun, daß in der neueren Zeit stellenweise Versuche gemacht werden, vom Marktlohn abzukommen und sich einer Entlohnung nach der tatsächlichen Leistung zu nähern. Im folgenden soll als Beispiel der Versuch behandelt werden, der in der Berliner Metall- und Maschinenindustrie gemacht worden ist.

Nach dem Umsturz wurde zunächst im Februar 1919 zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, Ortsgruppe Berlin, ein Tarifvertrag abgeschlossen, der rückwirkende Kraft vom 9. Dezember 1918 ab erhielt. Dieser Vertrag enthielt neben einem sog. Rahmenabkommen, das Fragen allgemeiner Natur regelt, „Allgemeine Bestimmungen für Lohn- und Akkordarbeit“, denen sich unter 25 Nummern eine Aufzählung ein-

zelner Gewerbearten oder Branchen der Metall- und Maschinenindustrie anschloß.

Diese Aufzählung war nicht vollständig; sie wurde später durch 15 Einzelabmachungen ergänzt, die die Verhältnisse der fehlenden Branchen behandelten. Die Festsetzung der Löhne innerhalb der einzelnen Branche wurde sog. Brancheverhandlungen überlassen. In diesen Verhandlungen fanden sich die Arbeitgeber und Arbeiter der einzelnen Branchen zusammen und setzten für die einzelnen Berufe der Branche die Löhne fest, jedoch jede Branche unabhängig von der anderen. Die Folge war häufig, daß für den gleichen Beruf je nach der Branche ein verschieden hoher Lohn festgesetzt wurde. Der Tarifvertrag wurde im Juli 1919 von der Arbeiterschaft zum 30. September 1919 gekündigt. Gleichzeitig wurden zwischen den Spitzenverbänden Verhandlungen über den Aufbau eines neuen Abkommens aufgenommen.

Man ging bei diesen neuen Verhandlungen von vornherein von der Absicht aus, in allen Branchen der Metall- und Maschinenindustrie 5 Lohnklassen einzuführen, in denen durchgängig die gleichen Löhne zu bezahlen waren. Die für eine jede der fünf Lohnklassen festgesetzten Löhne — Stundenlöhne und Akkordbasen — waren die Einstellungslöhne; dazu kamen noch 3 Zuschläge, von denen der erste nach den ersten 6 Arbeitstagen gezahlt werden sollte, während die beiden anderen Zuschläge von der Leistungsfähigkeit des Arbeiters abhängig waren. Für den Fall, daß bestimmte Arbeiter außergewönliche Fähigkeiten und Leistungen aufwiesen, sodaß man diese Arbeiter in ihrem Beruf als Künstler bezeichnen konnte, waren noch besondere Künstlerzuschläge in unbegrenzter Höhe vorgesehen.

Auf der Grundlage der Fünfklasseneinteilung waren nunmehr die Arbeiter der einzelnen Branchen einzugruppieren; eine Arbeit, die schließlich durch ein unparteiisches Schiedsgericht vom 2. bis 4. November durchgeführt wurde. Nach welchen Gesichtspunkten fand die Eingruppierung statt?

Wie in den Ausführungen, die das Schiedsgericht seinem Schiedsspruch voranstellte, näher dargelegt ist, wurde bei der Einreihung ausschließlich die tatsächliche Leistung bewertet. Die Ausbildung des Arbeiters wurde nur insoweit berücksichtigt, als Lehr- und Anlernezeit sich zum Maßstab der Leistung eignet. Allgemein wurde außerdem die Schwere und Gesundheitsschädlichkeit der Arbeit gewürdigt. Grundsätzlich ist aber nicht mehr der Beruf, die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Beruf, die Grundlage der Entlohnung, sondern die Arbeit; der Schlosser, der Dreher, der Monteur kann je nach der Arbeit, die er leistet, der ersten, zweiten, dritten oder vierten Lohnklasse angehören.

Im einzelnen wurden und werden bei der Einreihung der Arbeiter in die 5 Lohnklassen drei Arbeitergattungen unterschieden:

A. Facharbeiter, die höchstwertige Leistung nicht nur in einzelnen Fällen, sondern mit einer gewissen Regelmäßigkeit aufweisen;
B. andere Facharbeiter;
C. andere Arbeiter.

Der Lohnklasse I wurde und wird zugeteilt die durch besondere Kenntnisse, Umsicht, Selbständigkeit, Schwierigkeit, Vielseitigkeit gekennzeichnete höchstwertige Leistung der Gattungen A und B;

der Lohnklasse II: die Durchschnittsleistung der Gattung A und die mehr als durchschnittliche Leistung der Gattung B;

der Lohnklasse III: die weniger als durchschnittliche Leistung der Gattung A, die Durchschnittsleistung der Gattung B und die mehr als durchschnittliche Leistung der Gattung C;

der Lohnklasse IV: die Hilfsleistung der Gattung A, die weniger als durchschnittliche Leistung der Gattung C und die Durchschnittsleistung der Gattung C;

der Lohnklasse V: die weniger als durchschnittliche Leistung der Gattung C, wozu auch allgemeine Fachhilfsarbeiter gehören können.

Aus dieser Klassengliederung geht hervor, daß für jeden Arbeiter, ob er nun gelernt, angelernt oder ungelernt ist, die Bewertung seiner Arbeit und die Zuweisung etwa zur Lohnklasse I erfolgt, wenn er oder besser seine Arbeit die Bedingungen der Klasse I erfüllt.

Beispielsweise gehören in die Branche Eisendreherei (im ganzen sind 44 Branchen oder „Berufsgruppen" vorgesehen) zu Klasse I: die Präzisions- oder Großdreharbeiten im Werkzeug-, Maschinen- und Apparatebau; Gewindedreharbeiten, sofern sie von Drehern ausgeführt werden, die alle vorkommenden Arbeitsarten beherrschen.

Zur Klasse II: andere selbständig ausgeführte Dreh- und Revolverdreharbeiten in fachmännischer Ausführung des Dreherberufs.

Zur Klasse III: die unter I und II nicht erwähnten Dreh- und Revolverdreharbeiten; unter IV nicht erwähnte Maschinenarbeiten an Drehbänken, Revolverdrehbänken und anderen Drehwerken.

Zur Klasse IV: einfache Maschinenarbeiten an Drehbänken, Revolverdrehbänken und anderen Drehwerken in der Massenfabrikation; ferner diesen Arbeiten gleichwertige Arbeiten.

Für die Klasse V sind in der Eisendreherei keine Arbeiten vorgesehen; sie kam also hier nicht vor.

Ein gelernter Dreher kann demnach je nach seiner augenblicklichen Arbeit in Klasse I, II, III oder vielleicht auch IV sein. Man kann wohl sagen, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die gelernten Metallarbeiter zum größeren Teil sich tatsächlich in den Klassen I und II befinden werden; ein kleinerer Teil wird aber auch mit Arbeiten der Klasse III oder IV beschäftigt sein und danach entlohnt werden. Der größte Teil der angelernten Metallarbeiter wird sich wohl in den Klassen III und IV befinden; ein Teil wird aber auch mit Arbeiten der Klassen I und II betraut sein und danach bezahlt werden. Der größte Teil der ungelernten Arbeiter wird sich tatsächlich in der Klasse V befinden.

Wenn also vorhin für die Zwecke der Lohnstatistik der Lohn der gelernten Arbeiter der Berliner Maschinen- und elektrotechnischen Industrie aus einem Durchschnitt der Lohnklassen I und II, der Lohn der angelernten Arbeiter aus einem Durchschnitt der Lohnklassen III und IV und der Lohn der ungelernten Arbeiter aus der Lohnklasse V ermittelt wurde, so wurde dieses Behelfsverfahren eingeschlagen, um insbesondere zu einem Vergleich mit den Friedenslöhnen zu gelangen. An sich gibt es vom Standpunkt des Tarifschemas der Berliner Metall- und Maschinenindustrie keine gelernten, angelernten und ungelernten Arbeiter, sondern nur Arbeiten, die der Klasse I, II, III, IV oder V angehören. Eine moderne für die Gegenwart berechnete Lohnstatistik der Berliner Metall- und Maschinenindustrie kann nur von den Löhnen dieser fünf Klassen ausgehen.

Grundsätzlich versucht also der in der Berliner Metall- und Maschinenindustrie geltende Tarifvertrag bei der Festlegung der Löhne der fünf Lohnklassen objektive Lohnbestimmungsgründe wie die Leistung, gekennzeichnet durch besondere Kenntnisse, Umsicht, Selbständigkeit, Genauigkeit, Schwierigkeit, Vielseitigkeit, ferner die „Schwere" und Gesundheitsschädlichkeit der Arbeit maßgebend sein zu lassen und nicht die Marktlage, das Angebot und die Nachfrage nach Arbeit. Allerdings gilt dieser Einfluß nur, soweit die Abstufung der Entlohnung für die einzelnen Arbeiten in der

Metall- und Maschinenindustrie in Betracht kommt. Die Balken des Gerüstes sind nach dem Gesichtspunkt der Leistung eingefügt. Die entscheidende Tatsache, ob und in welchem Ausmaß das Gerüst als Ganzes betrachtet sich hebt, ob und in welchem Ausmaß die Lohnklassen im ganzen steigen, hängt doch von der Marktlage ab. Zur Begründung dieser Behauptung ist auf die Ausführungen, die im Anschluß an die zahlenmäßigen Übersichten gemacht worden sind, zu verweisen.

In der Nachkriegszeit wird mit besonderem Nachdruck ein besonders bedeutsamer objektiver Bestimmungsgrund in den Vordergrund geschoben: der Bedarf des Arbeiters, der Normalbedarf des Arbeiters, das Existenzminimum der Arbeiterfamilie. Die Forderung geht dahin: der Lohn, der in einem Industriezweig gezahlt wird, hat sich in einem gegebenen Zeitraum an den einzelnen Orten, an denen die Industrie sitzt, der jeweils für den einzelnen Ort festgestellten Teuerung anzupassen; zum zweiten hat sich der Lohn in seiner Bewegung von Monat zu Monat gleichfalls der Teuerung anzupassen.

Was zunächst die interlokale Angleichung an die Teuerung betrifft, so ist darauf hinzuweisen, daß einer der wesentlichen Gründe, die in Deutschland zum Aufbau der sog. Teuerungsstatistik führten, die Forderung der interessierten Kreise war, Ortsklassen für die Regelung der Beamtenbesoldung und der Entlohnung der Reichsbetriebsarbeiter zu erhalten. Unter Zugrundelegung oder mindestens Heranziehung der von den amtlichen statistischen Ämtern für zahlreiche Orte berechneten Teuerungszahlen sollten einige wenige Ortsklassen gebildet werden, für die dann besondere Ortszuschläge festzusetzen waren. Tatsächlich wurden die Teuerungszahlen für die Einreihung der Orte in die Ortsklassen herangezogen, daneben noch zahlreiche Momente, die zwar mit der Teuerung in Zusammenhang stehen, aber in den Teuerungszahlen, wie sie bisher berechnet worden sind, nicht zum Ausdruck kommen, wie etwa die Möglichkeit, den Kindern eine gute Schulbildung zu gewähren usw. Schließlich — und darauf ist besonderer Nachdruck zu legen — waren oft für die Einreihung bestimmter Orte Gründe maßgebend, die mit der Teuerung an sich in keinem Zusammenhang stehen, etwa die für unsere Fragestellung wichtige Tatsache, ob im Ort oder in der Nähe eine wichtige Industrie seßhaft war, die auf Grund des Verhältnisses von Angebot und von Nachfrage nach Arbeit Löhne und Gehälter zahlte, und schließlich politische Gründe. Es zeigte sich häufig, was wiederum für unser Problem der Art der Lohnbestimmungsgründe bedeutsam ist, daß die Einreihung eines Ortes nicht aufrechterhalten werden konnte und der danach berechnete Ortszuschlag erhöht werden mußte, weil die Löhne, die eine in der Nähe angesiedelte Industrie zahlte, die Arbeiter aus den Staats- insbesondere Eisenbahnwerkstätten weglockte.

Das System der unter Heranziehung der Teuerungszahlen ermittelten Ortszuschläge wurde in die Privatindustrie oft übernommen; man denke an den Reichstarifvertrag für das deutsche Bankgewerbe, an den deutschen Buchdruckertarif usw.

Um den Einfluß zu untersuchen, den die von Ort zu Ort wechselnde Teuerung, wie sie durch die amtlichen Teuerungszahlen zum Ausdruck gebracht wird, auf die Lohnhöhe ausübt, wurde für die Monate Oktober 1922 und Januar 1923 und für verschiedene Arbeitergruppen (Bauarbeiter, Metallarbeiter, Holzarbeiter, Buchdrucker und Arbeiter der chemischen Industrie) nach den in „Wirtschaft und Statistik“ gegebenen Unterlagen die Korrelation zwischen den Teuerungszahlen einzelner Orte und den an diesen Orten gezählten Löhnen errechnet. Ein Zusammenhang zwischen beiden Reihen tritt in den Ergebnissen der Rechnung nicht zutage; der Korrelationskoeffizient liegt erheblich unter 1 und nahe bei 0. Allerdings ist hervorzuheben, daß in die Rechnung vorwiegend größere Städte einbezogen worden sind.

Von besonderer Wichtigkeit ist nun aber eine Untersuchung darüber, in welchem Maß die mindestens von Monat zu Monat wechselnde Teuerung auf die Lohnhöhe in ihrem zeitlichen Verlauf war. In den letzten Jahren wurde, wie bereits angedeutet, immer heftiger die Forderung erhoben, der Lohn habe sich dem Bedarf, wie er in seiner Bewegung von Monat zu Monat durch die Teuerungszahlen oder wie er in seiner absoluten Höhe durch Berechnungen über das Existenzminimum zum Ausdruck kommt, anzupassen. In ihrer extremen Fassung geht die Forderung dahin, das System der „selbsttätig gleitenden Lohnskala“ einzuführen.

Im einzelnen ist hier nicht näher darzulegen, daß die amtlich ermittelten Teuerungszahlen von vornherein nur Näherungswerte für den Ablauf der Teuerung geben wollen, daß ferner eine objektiv gültige Ermittelung der jeweils zur Deckung des Existenzminimums notwendigen Ausgaben schon deshalb nicht möglich ist, weil die Auffassung über den Umfang und die Art des Existenzminimums von der wissenschaftlich nicht mehr diskutierbaren Auffassung über das „Sozial Notwendige“ abhängig ist. Dennoch kann natürlich mit großem Nutzen der Versuch unternommen werden, von Zeit zu Zeit die Ausgaben für ein Existenzminimum zu berechnen, wobei als Existenzminimum eine Summe von Notwendigkeiten eingesetzt wird, die nach dem Urteil des Bearbeiters zum Leben unbedingt notwendig sind, ohne die das Leben kein Leben mehr ist. Werden diese Berechnungen von Zeit zu Zeit nach ungefähr den gleichen Methoden unter ungefähr den gleichen Voraussetzungen durchgeführt, so sind sie für Ermittelungen über die Bedeutung des Lohns für die Lebenshaltung wohl zu verwenden. Es wurde aus diesen Gründen bereits in unsere statistischen Übersichten und auch in die folgenden Berechnungen das Kuczynskische Existenzminimum einbezogen.

In der folgenden Übersicht ist für den Frieden und für jeden Monat der Jahre 1920, 1921 und 1922 der Wochenlohn der beiden Arbeitertypen der Berliner chemischen Großindustrie (verheirateter Betriebsarbeiter mit 1 Kind, verheirateter Fabrikhandwerker mit 1 Kind) und der Wochenlohn eines verheirateten Berliner Buchdruckers dem Wochenexistenzminimum für ein Ehepaar mit einem Kind, wie es Kuczynski berechnet hat, gegenübergestellt worden. Es sind also die Arbeitslöhne einer Industrie mit verhältnismäßig günstigem Geschäftsgang und einer Industrie mit einem nur wenig befriedigenden Geschäftsgang zusammengestellt worden.

Das herangezogene Existenzminimum ist von 25,55 *M* im Frieden auf 21 947,50 *M* im Dezember 1922 gestiegen oder von 1 auf 859; der Lohn des verheirateten Buchdruckers ist von 34,38 *M* auf 12 773 *M* gestiegen oder von 1 auf 372, der Lohn des Betriebsarbeiters (verheiratet und 1 Kind) der chemischen Industrie von 27 *M* auf 15 230 *M* oder von 1 auf 564, der Lohn des gelernten Handwerkers der chemischen Industrie (verheiratet und 1 Kind) von 38,98 *M* auf 16 705 *M* oder von 1 auf 430. Trotz heftigen Drängens der Arbeiterschaft, den Lohn der Teuerung anzupassen, blieb die Lohnsteigerung stark hinter der Steigerung der Ausgaben für das Existenzminimum zurück. Bedeutungsvoll ist jedoch, daß der Rückstand bei dem Buchdruck, also bei dem Gewerbe mit dem ungünstigen Geschäftsgang, stärker ist als bei der chemischen Industrie.

Setzt man nun, wie es in den letzten Spalten der Übersicht geschehen ist, die Ausgaben für das Existenzminimum jeweils gleich 100 und bezieht man für jeden Monat die drei Löhne auf das Existenzminimum, so ergeben sich drei Reihen, die neben starken Verschiedenheiten doch einen einheitlichen Zug in der Entwicklung aufweisen.

Seit Juni 1920 steht bei den Arbeitern der chemischen Industrie der Lohn über dem Existenzminimum; im Buchdruck

Löhne und Lebenshaltung in der chemischen Industrie und im Buchdruckgewerbe (Berlin).

Jahr	Monat	Wochenlohn eines			Existenzminimum für ein Ehepaar mit 1 Kind	Wird das Existenzminimum = 100 gesetzt, so ist der Wochenlohn		
		Betriebsarbeiters (verheiratet, 1 Kind) der Berliner chemischen Großindustrie ℳ	gelernten Handwerkers (verheiratet, 1 Kind) der Berliner chemischen Großindustrie ℳ	Berliner Buchdruckers (verheiratet) ℳ	ℳ	des Betriebsarbeiters	des Handwerkers	des Buchdruckers
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1913/14	—	27,00	38,88	34,38	25,55	105,68	152,17	134,56
1920	Januar	127,20	148,80	160,50	193,50	65,74	76,90	82,94
	Februar	127,20	148,80	160,50	222,00	57,30	67,03	72,30
	März	170,40	192,00	160,50	281,50	60,52	68,21	57,02
	April	175,20	196,80	160,50	327,00	53,58	60,18	49,08
	Mai	280,80	302,40	210,50	316,00	88,86	95,70	66,61
	Juni	280,80	302,40	235,50	260,50	107,79	116,08	90,40
	Juli	280,80	302,40	248,83	277,00	101,37	109,17	89,83
	August	280,80	302,40	250,50	262,00	107,18	115,42	95,61
	September	280,80	302,40	250,50	257,50	109,05	117,44	97,28
	Oktober	280,80	302,40	250,50	275,00	102,11	109,96	91,09
	November	304,80	326,40	270,50	272,00	112,06	120,00	99,44
	Dezember	304,80	326,40	270,50	281,50	108,28	115,95	96,09
1921	Januar	304,80	326,40	270,50	275,50	110,64	118,48	98,19
	Februar	321,60	343,20	285,50	269,00	119,55	127,58	106,13
	März	321,60	343,20	285,50	255,50	125,87	134,32	111,74
	April	321,60	343,20	285,50	242,50	132,62	141,53	117,73
	Mai	321,60	343,20	285,50	247,00	130,20	138,95	115,59
	Juni	321,60	343,20	285,50	271,00	118,67	126,64	105,35
	Juli	321,60	343,20	285,50	280,50	114,65	122,35	101,78
	August	321,60	343,20	295,88	295,00	109,02	116,34	100,30
	September	360,00	381,60	321,26	304,50	118,21	125,32	105,50
	Oktober	369,60	391,20	385,00	336,00	110,00	116,43	114,58
	November	417,60	444,00	410,00	443,50	94,16	100,11	92,45
	Dezember	508,80	535,20	533,56	487,00	104,48	109,90	109,56
1922	Januar	546,09	572,49	553,00	478,00	114,24	119,77	115,69
	Februar	631,20	663,60	613,00	547,50	115,29	121,21	111,96
	März	707,61	744,71	642,63	684,00	103,45	108,88	94,09
	April	838,08	880,22	773,00	795,50	105,35	110,65	97,17
	Mai	1 027,20	1 080,00	933,00	865,50	118,68	124,78	107,80
	Juni	1 147,20	1 207,20	1 093,00	1 041,00	110,20	115,97	105,00
	Juli	1 380,00	1 510,80	1 312,23	1 530,50	90,17	98,71	85,74
	August	2 016,89	2 211,02	1 638,19	2 580,50	78,16	85,68	63,48
	September	3 289,85	3 607,57	2 622,23	4 133,00	79,60	87,29	63,45
	Oktober	4 600,62	5 046,28	4 345,31	6 602,00	69,84	76,44	65,82
	November	8 400,00	9 214,08	7 337,00	14 306,00	58,72	64,41	51,29
	Dezember	15 230,00	16 705,00	12 773,00	21 947,50	69,39	76,11	58,20

nähert er sich dem Existenzminimum und überschreitet es erst Februar 1921. Der höchste Stand liegt für die drei Lohnreihen im April 1921. Seit Juli 1922 liegt der Lohn bei allen drei Berufen dauernd unter dem Existenzminimum.

Wie ist diese Entwicklung zu deuten?

Vom Februar 1920 bis zum Juli 1920 sank der Dollarkurs; er erreichte Ende Juni seinen niedrigsten Stand. Dieses Sinken hatte eine Herabsetzung der Kosten der Lebenshaltung zur Folge; die Ausgaben für das Existenzminimum, die im April 327 ℳ betragen hatten, gingen im Juni auf 260,50 ℳ zurück. Die Löhne waren inzwischen gestiegen. Vom Juni 1920 bis zum November 1920 stieg der Dollarkurs, das inländische Preisniveau änderte sich nur wenig, die Löhne stiegen gleichfalls nur in geringem Umfang. Von Dezember 1920 bis zum Mai 1921 ging der Dollarkurs mit Unterbrechungen zurück; gleichzeitig sanken auch die Kosten der Lebenshaltung, das Existenzminimum war im April 1921 auf dem niedrigsten Stand von 242,50 ℳ und im Mai 1921 auf dem Stand von 247 ℳ angelangt. Da in der Zwischenzeit die Löhne wiederum etwas gestiegen waren, so ist es nicht verwunderlich, wenn die Löhne insbesondere im April und Mai 1921 verhältnismäßig stark über dem Existenzminimum standen.

Seit Juni 1921 stieg der Dollarkurs wieder in zunehmendem Umfang und erreichte Ende November 1921 vorläufig seinen höchsten Stand; dieser Aufstieg war vor allem durch die Valutakäufe für Reparationszwecke veranlaßt. Im Anschluß an diese starke Steigerung des Dollarkurses setzte ein überaus starker Export ein: der „Ausverkauf Deutschlands" nahm immer mehr zu. Im Zusammenhang mit der erhöhten Exportmöglichkeit gelang es auch den Arbeitern, insbesondere in den letzten Monaten des Jahres 1921, ihre Löhne stark zu heben. Die Ausgaben für das Existenzminimum stiegen in ähnlichem Umfang wie die Löhne, paßten sich in jedem Falle nicht der Entwertung der Mark an, wie sie dem Dollar gegenüber zum Ausdruck kam.

In den Monaten Dezember 1921, Januar und Februar 1922 setzte ein Rückschlag in der Bewegung des Dollarkurses ein, die Löhne stiegen weiter; die Ausgaben für das Existenzminimum sanken vom Dezember zum Januar, stiegen aber wiederum zum Februar.

Seit Juni 1922 stieg der Dollarkurs von neuem und erfuhr insbesondere in den letzten Monaten des Jahres 1922 eine starke Bewegung nach oben. Was diese Entwertung der Mark aber kennzeichnet, ist die Tatsache, daß nunmehr auch die Preise im Inland, soweit sie nicht durch gesetzgeberische Maßnahmen zurückgehalten wurden (Miete, Brotpreis) sich der Bewegung des Dollarkurses anpaßten. Während der Dollarkurs vom Juli 1922 zum Dezember 1922 von 493,2 auf 7 598,3 oder von 100 auf 1 539 stieg, erhöhten sich die Ausgaben für das Existenzminimum in der gleichen Zeit von 1 530,50 ℳ auf 21 947,50 ℳ, also von 100 auf 1 434. Die den Export fördernde Wirkung der sinkenden Mark machte sich schon deswegen nicht wie früher geltend, weil sich die Preise im Inland infolge der stark gestiegenen sächlichen Produktionskosten den

Weltmarktpreisen genähert hatten, ganz abgesehen von den hohen Antidumpingzöllen des Auslandes. Aus diesen Gründen blieben die Löhne in ihrer Entwickelung stark zurück; sie liegen seit Juli 1922 wieder unter dem Existenzminimum, der Tiefstand fällt in den November 1922

Auch diese Kennzeichnung der Entwicklung der Löhne seit 1920 hat von neuem die überragende Bedeutung der Marktgestaltung ergeben, hinter der der Druck der Gewerkschaften, die Machtmomente zurücktreten.

Geht man nun dazu über, die Bewegung der Reallöhne in den ersten Monaten des Jahres 1923 zu ermitteln, so steht man vor außerordentlichen Schwierigkeiten. Um diese Bewegung darzustellen, ging man häufig in der alten Weise derart vor, daß man die Goldlöhne der einzelnen Monate zu den Teuerungsziffern für die entsprechenden Monate in Beziehung brachte. Die monatliche Teuerungsziffer kommt ebenso wie die amtliche Teuerungsziffer der übrigen Städte und des Reichs derart zustande, daß aus den Teuerungsziffern zweier Tage eines Monats (etwa der 6. und 20. Juni) eine Monatsdurchschnittsziffer berechnet wird.

Geht man in dieser Weise vor, so ergeben sich beispielsweise für den ungelernten Betriebsarbeiter und den Handwerker der chemischen Großindustrie im Anschluß an den vorhin mitgeteilten Dezember 1922 für die ersten sechs Monate des Jahres 1923 folgende Reallöhne (gegründet auf den Wochenlohn).

1923	Reallöhne der chemischen Großindustrie Frühjahr 1914 = 100	
	Betriebsarbeiter	Handwerker
Januar	85,60	64,60
Februar	81,38	61,60
März	94,51	72,59
April	102,50	78,70
Mai	103,51	79,09
Juni	136,08	103,33.

Es stellt sich nach dieser Berechnungsweise das überraschende Ergebnis heraus, daß die Reallöhne im Juni 1923 bereits den Friedensstand überschritten hätten. Diese Berechnung leidet jedoch wie zahlreiche andere Berechnungen, die in ähnlicher Weise durchgeführt worden sind, zunächst daran, daß eine Teuerungsziffer in den einzelnen Monaten eingesetzt worden ist, die dem rapiden Fortschritt der Teuerung nicht gerecht wird. Bei dauernd zunehmender Steigerung der Preise oder, in anderer Ausdrucksweise, bei beschleunigter Geldentwertung trägt eine aus den Ergebnissen zweier Stichtage, von denen der zweite um den 20. eines jeden Monats liegt, berechnete Teuerungsziffer der beschleunigt fortschreitenden Teuerung nicht Rechnung. Es ergibt sich ein wesentlich anderes Bild, wenn man statt der amtlichen Groß-Berliner Teuerungsziffer die Teuerungsziffer der „Industrie- und Handelszeitung" einsetzt. Die Industrie- und Handelszeitung berechnet gleichfalls für Groß-Berlin aus den für jeden Tag einer Woche ermittelten Preisen eine Wochenteuerungsziffer. Bringt man den aus diesen Wochenteuerungsziffern von der „Industrie- und Handelszeitung" berechneten Monatsdurchschnitt in Beziehung zu den Geldlöhnen der beiden Arbeitertypen der Berliner Großindustrie, so ergibt sich statt der oben wiedergegebenen folgende neue Reihe:

1923	Reallöhne der chemischen Großindustrie Frühjahr 1914 = 100	
	Betriebsarbeiter	Handwerker
Januar	66,39	50,35
Februar	78,44	59,38
März	86,23	65,95
April	85,94	65,65
Mai	83,83	64,05
Juni	108,77	82,79.

Aber auch diese Bewegung der Reallöhne ist noch zu „günstig". Der Arbeiter verdient zwar — statistisch technisch — an einem bestimmten Tag und in einer bestimmten Woche einen bestimmten Geldlohn, er erhält aber diesen Geldlohn erst nach Abschluß der Lohnwoche in entwertetem Geld (nämlich unter der Voraussetzung einer beschleunigten Geldentwertung) ausgezahlt.

Um auch dieser Tatsache Rechnung zu tragen, wurde folgendermaßen vorgegangen: Es wurde zunächst für jede Woche seit dem 14. April 1923 die Wochenteuerungsziffer der „Industrie- und Handelszeitung", die als Durchschnitt von Tagesteuerungsziffern (Sonnabend bis Freitag) berechnet ist, herangezogen. Die Löhne der beiden Arbeitertypen der chemischen Großindustrie werden für eine Arbeitswoche, die von Mittwoch bis Dienstag einschließlich währt, festgesetzt und am darauffolgenden Freitag für diese vorausgegangene Arbeitswoche ausgezahlt. Der Teuerungsziffer für jede Woche wird nun derjenige Wochenlohn gegenübergestellt, der am Freitag der vorausgegangenen Woche ausgezahlt worden ist; mit diesem Wochenlohn muß der Arbeiter in der durch die Teuerungsziffer repräsentierten Woche leben.

Woche	Teuerungsziffer der I.- u. H.-Zeitung Frühjahr 1914 = 1	Normaler Wochenlohn des Betriebsarbeiters (verheiratet mit 1 Kind) ℳ	Wochenlohn, wenn Wochenlohn vom Frühjahr 1914 = 1	Reallohn des Betriebsarbeiters Frühjahr 1914 = 100	Normaler Wochenlohn des Handwerkers (verheiratet mit 1 Kind) ℳ	Wochenlohn, wenn Wochenlohn vom Frühjahr 1914 = 1	Reallohn des Handwerkers Frühjahr 1914 = 100
1	2	3	4	5	6	7	8
14. April bis 20. April	2 891	72 960	2 702	93,46	79 680	2 049	70,88
21. „ „ 27. „	3 073	72 960	2 702	87,93	79 680	2 049	66,46
28. „ „ 4. Mai	3 257	72 960	2 702	82,96	79 680	2 049	62,91
5. Mai „ 11. „	3 474	83 760	3 102	89,29	91 584	2 356	67,82
12. „ „ 18. „	3 750	83 760	3 102	82,72	91 584	2 356	62,83
19. „ „ 25. „	4 236	83 760	3 102	73,23	91 584	2 356	55,62
26. „ „ 1. Juni	4 992	101 280	3 751	75,14	110 640	2 846	57,01
2. Juni „ 8. „	5 911	101 280	3 751	63,46	110 640	2 846	48,15
9 „ „ 15. „	6 757	168 960	6 258	92,62	184 080	4 735	70,08
16. „ „ 22. „	8 512	178 320	6 604	77,58	194 400	5 000	58,74
23. „ „ 29. „	11 274	230 400	8 533	75,69	251 520	6 469	57,38
30 „ „ 6. Juli	15 731	321 600	11 911	75,72	351 840	9 049	57,52
7. Juli „ 13. „	20 247	345 600	12 800	63,22	378 240	9 728	48,05
14. „ „ 20. „	26 005	532 800	19 733	75,88	583 200	15 000	57,68

Insbesondere ergibt sich nach dieser Berechnung im Monat Juni ein wesentlich anderes und richtigeres Bild von der Bewegung des Reallohns, als es die beiden vorangehenden Übersichten aufweisen. Der Tiefstand liegt in der 2. Juliwoche; von hier ab tritt vorerst eine Aufwärtsbewegung ein.

Die preußischen Sparkassen
in den Nachkriegsjahren 1919 und 1920.

Im amtlichen Auftrage bearbeitet
von

Dr. Wilhelm Riensberg.

Inhaltsübersicht.

Vorbemerkung.

Mit den Jahren 1919 und 1920 gelangt die Geschäftsentwicklung der preußischen Sparkassen während der ersten Nachkriegszeit zur Darstellung. In beiden Vergleichungsjahren hatten diese Sparinstitute unter andauernd erschwerten Bedingungen zu arbeiten. Der Anreiz zum Sparen war durch die Geldentwertung, Teuerung sowie durch politische Gärungserscheinungen gelähmt worden. Trotzdem zeigt der Stand des Sparwesens und der Spareinlagen in mancher Hinsicht kein so düsteres Bild, wie man es eigentlich erwarten durfte. Die Entwicklung der preußischen Sparkassen hat trotz aller Schwierigkeiten niemals stillgestanden. Die Zahl der Sparkassenkunden hat sich weiter vermehrt. Nur in zwei Provinzen, und zwar in politischen Gärungszentren – Groß-Berlin und Oberschlesien – waren 1920 mehr Sparbücher zurückgezogen, als ausgegeben worden. Die Einlagen hatten überall einen erheblichen Zuwachs erfahren.

Man könnte dem entgegenhalten, daß die Vermehrung der Einlagen, obwohl sie mehrere Milliarden beträgt, noch nicht im entferntesten die Entwertung der gesamten Einlagen durch den Verfall der Mark wettmacht und daß daher die Entwicklung nicht günstig, sondern ungünstig zu beurteilen sei. Man darf aber nicht vergessen, daß die Geldentwertung und die wirtschaftliche Not des städtischen Mittelstandes, der zu den besten Sparkunden gehörte, nicht eine Vermehrung, sondern Verminderung selbst der entwerteten Einlagen erwarten ließ, da nichts natürlicher erscheint, als durch Abhebung sich vor weiterer Entwertung der Spargelder zu schützen und die wirtschaftliche Not wenigstens vorübergehend zu bekämpfen. Wenn dies nicht in einem die Entwicklung der Sparkassen gefährdenden Maße geschehen ist, so darf hierin eine wirtschaftliche Selbstzucht vieler Sparer auf der einen Seite und ein leider getäuschtes Vertrauen auf die weitere Entwicklung der Mark andererseits gesehen werden. Auch die allmähliche Umstellung der Sparkassen, so zweifelhaft ihr Gewinn lange Jahre hindurch schien, hat den Stand ihrer Finanzen günstig beeinflußt. Die Sparkassen haben ihren ursprünglichen Charakter als Asyle für jene Kapitalsplitter und Kapitalsplitterchen, die anderwärts keinerlei Verwendung fanden und nur durch ihre Mithilfe zu einem Notgroschen angesammelt werden konnten, schon lange verloren; sie sind seit dem Scheck-Gesetz von 1908 – das ihnen die passive Scheckfähigkeit verschaffte –, weiter durch die Ministerialverordnung vom 20. April 1909 – die ihnen Depositen- und Kontokorrentverkehr sowie Wechsel- und Lombardgeschäft in mäßigen Grenzen freigab –, schließlich durch das Zweckverbandsgesetz von 1911 – das ihnen erlaubte, sich zu Giroverbänden zusammenzuschließen –, wie endlich durch die Propaganda für den bargeldlosen Zahlungsverkehr und die Unterbringung der Kriegsanleihen unter ihren Kundenkreisen mehr und mehr zu Sparbanken, zu Depositenbanken besonderer Art, geworden. Sicherlich beabsichtigen die Kassen nicht, mit den Banken in Wettbewerb zu treten, zumal ihr Kundenkreis noch immer ein anderer ist als derjenige der Banken. Aus den Richtlinien, die auf dem allgemeinen deutschen Sparkassentag in Dresden am 7. Dezember 1920 vom Geschäftsführer des Deutschen Sparkassen-Verbandes für die zeitgemäße Ausgestaltung der Sparkassengeschäfte aufgestellt wurden, ist aber zu ersehen, daß der Kampf der Sparkassen um Erweiterung ihres Geschäftsbereiches noch keineswegs abgeschlossen ist. Um die Geldgeschäfte und Einlagen des Mittel- und Arbeiterstandes in einer das Ganze fördernden Weise verwalten zu können, fordern die Kassen volle Bewegungsfreiheit in der Abwicklung aller Geschäfte, die ohne kaufmännisches Risiko ausgeführt werden können und dementsprechend nur eine Einschränkung ihrer Geschäftstätigkeit nach zwei Richtungen:[1])

a) Festsetzung und Pflicht zur Einhaltung von Mindestanforderungen hinsichtlich der Sicherheit,
b) Pflicht, ihre Geschäfte durch ausreichend geschultes, gewisse Arten von Geschäften nur durch besonders dazu vorgebildetes Personal erledigen zu lassen.

---

[1]) Sparkasse: Volkswirtschaftliche Zeitschrift (amtliches Fachblatt des Deutschen Sparkassen-Verbandes) Nr. 978 vom 15. 12. 1920, Seite 466.



Ob die Sparkassen mit ihren die alten traditionellen Bahnen verlassenden — selbstverständlich von den Banken stark angegriffenen — Bestrebungen auf dem richtigen Wege sind, vermag erst die Zukunft zu erweisen. Im übrigen sind den Kassen in ihrem Wettstreit um die Gunst der Sparer neuerdings mehrfach, u. a. aus Gewerkschaftskreisen, Konkurrenten erwachsen, so z. B. die Deutsche Volksbank A.-G., in deren Aufsichtsrat führende Männer des deutschen Gewerkschaftsbundes sitzen.

Die amtliche Sparkassenstatistik wird nach wie vor auf Grundlage des Erhebungsvordrucks vom 28. April 1893 vorgenommen. Nur für die Sparkassen der Regierungsbezirke Frankfurt und Königsberg ist seit 1913 ein neuer Vordruck versuchsweise eingeführt worden. Dieses letztere Erhebungsformular ist übrigens im März 1922 zusammen mit dem Sonderausschuß für Statistik des Deutschen Sparkassen-Verbandes durchberaten und ergänzt und vom Geschäftsjahre 1922 ab allgemein eingeführt worden. Außerdem wird seit 1921 zwecks Beschleunigung der amtlichen Statistik ein Erhebungsformular in Postkartenformat neben dem Hauptvordruck verwandt. Der vorliegende Aufsatz hält sich im allgemeinen im Rahmen verschiedener früherer Besprechungen; die Darstellung schließt sich dabei eng ihren Vorgängerinnen in der Zeitschrift an. Wegen der Papierverteuerung sind verschiedene bisher gebrachte Übersichten fortgelassen worden; das erschien um so erwünschter, als mehrfach die Umrechnung der Einlagenbeträge auf ihren Inlands- und Auslandswert erfolgt ist. In einigen Fällen mußten, wie auch sonst, wegen Nichteinsendung von Berichten einiger Kassen, frühere Zahlen eingesetzt werden. Die im Text besprochenen Übersichten sind für 1919 auf den für 1920 geltenden Staatsumfang umgerechnet worden.

I. Entwicklung der Spargelegenheit.

Von der amtlichen Sparkassenstatistik werden nicht alle Spargelegenheiten erfaßt, die in Preußen vorhanden sind. Als Sparkassen im Sinne dieser Statistik gelten vielmehr nur die öffentlichen und daneben jene nicht von öffentlichen Verbänden begründeten Kassen, die nach ihrer Zweckbestimmung der allgemeinen Wohlfahrt dienen und nicht nur einem irgendwie begrenzten Personenkreise, sondern jedermann Gelegenheit zum Sparen bieten.

Die Gründung von preußischen Sparkassen ist im Berichtsjahre 1920 verhältnismäßig lebhaft gewesen. Ende 1919 betrug die Gesamtzahl 1 558. Sie war im nächsten Jahre um weitere 14 Kassen auf 1 572 gestiegen.

Auf die einzelnen Arten verteilen sich die Sparkassen wie folgt:

Sparkassen	1920	1919	Zunahme bezw. Abnahme 1920 gegen 1919
a) von Städten	757	753	+ 4
b) von Landgemeinden und dergl.	293	286	+ 7
c) von Kreisen und Ämtern	447	442	+ 5
d) von Provinzial- und ständischen Verbänden	6	6	—
e) sonstige öffentliche Sparkassen	69	71	— 2
zusammen	1 572	1 558	+ 14.

Hiernach haben von 1919 auf 1920 die städtischen Sparkassen einen Zuwachs von 4, die der Landgemeinden von 7 und die der Kreise und Ämter von 5 neuen Kassen aufzuweisen. In dem Bestande an Sparkassen der Provinzial- und ständischen Verbände ist seit vielen Jahren keine Veränderung eingetreten.

Die sonstigen öffentlichen Kassen, d. s. die Privatsparkassen mit öffentlichem Charakter, haben sich seit geraumer Zeit wie alljährlich auch diesmal, und zwar um zwei Kassen vermindert. Dieser Rückgang ist damit zu erklären, daß die beiden in Frage kommenden Sparkassen die Form ihres Bestehens geändert haben. Die Spar- und Leihkasse für Bornhöved, Schmalensee und Gönnebek in Bornhöved ist am 1. Januar 1920 in eine öffentliche Zweckverbandsparkasse umgewandelt worden und wird daher bei den Landgemeindesparkassen geführt. Die Privatsparkasse mit öffentlichem Charakter zu Rieseby-Loose besteht seit dem gleichen Zeitpunkte als Nebenkasse der Kreissparkasse zu Eckernförde.

Die Zahl der städtischen Sparkassen belief sich am Schlusse des Rechnungsjahres 1920 auf 757. Legt man den Gebietsstand Preußens vom 1. Oktober 1920 zugrunde, so hatten von 1 105 Stadtgemeinden 68,5 % eigene Sparanstalten. Natürlich liegen die Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen sehr verschieden. Während nämlich — abgesehen von den Hohenzollernschen Landen, wo keine städtischen Sparkassen vorkamen — in Hessen-Nassau nur 38,8 %, in Ostpreußen (50,7 %), Hannover (51,8 %) und in der Grenzmark Posen-Westpreußen (58,3 %) nur wenig über die Hälfte aller bestehenden Stadtgemeinden eigene Sparkassen betrieben, waren in Pommern (93,2 %), in Niederschlesien (86,4 %), Schleswig-Holstein (85,1 %) und Westfalen (82,9 %) mehr als 80 %, in Sachsen (73,9 %), Oberschlesien (73,3 %) sowie in den Rheinlanden (72,3 %) über 70 % der vorhandenen Städte im Besitze derartiger Sparinstitute. Die Aufstellung einer Übersicht über die Verteilung der Städte mit Sparkassen, geordnet nach Provinzen und Größenklassen, erscheint vorläufig nicht mehr erforderlich, weil sie keine wesentlich neuen Ergebnisse zeitigen würde. Bekanntlich besitzen alle größeren Städte mit wenigen Ausnahmen ihre eigenen Kassen, und auch die kleinen Städte mit zwischen 2 000 und 5 000 Einwohnern bieten ihren sparenden Bürgern größtenteils Gelegenheit, ihre Sparpfennige am Heimatorte auzulegen.

Die Zahl der Landgemeinden, die selbst Sparkassen besitzen, ist naturgemäß gering. Noch nicht 1 % hatten eigene Spargelegenheiten geschaffen. Abgesehen von Berlin und den Hohenzollernschen Landen fehlen die Landgemeindesparkassen in Ostpreußen, der Grenzmark Posen-Westpreußen und in Oberschlesien ganz. Verhältnismäßig häufig werden sie dagegen in Schleswig-Holstein und der Rheinprovinz angetroffen. Eine Erklärung dafür ist bereits in der letzten Sparkassenabhandlung gegeben worden. Da die Sammel- und Annahmestellen der Kreissparkassen den Sparern zumeist leicht zugänglich sind und zudem infolge der fortschreitenden Ausbreitung der ländlichen Spar- und Darlehnskassen sowie des ländlichen Genossenschaftswesens auf dem platten Lande genügend andere Spargelegenheiten existieren, können übrigens kapitalschwache Landgemeinden auf die Einrichtung eigener Sparkassen unschwer verzichten.

Außerordentlich hoch ist die Zahl der Kreis- und Amtssparkassen in Westfalen und in Hannover. Dabei handelt es sich jedoch infolge der früheren Ämterverfassung vielfach um Amts- und Bezirkssparkassen, die allerdings in Hannover teilweise die Kreissparkassen vertreten. Im Osten gibt es kaum noch einen Kreis ohne Kreissparkasse, im Westen (westlich der Elbe) haben noch verschiedene Kreise keine derartige Einrichtung.

Verteilung der Sparstellen auf die Provinzen und Regierungsbezirke.

(Tab. a) Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	Zahl der Sparstellen		Es kam eine Sparstelle auf			
			qkm		Einwohner	
	1920	1919	1920	1919	1920	1919
1	2	3	4	5	6	7
A. Staat . . .	**7 052**	**6 986**	**41,98**	**42,37**	**5 366**	**5 396**
B. Provinzen.						
I. Ostpreußen . .	568	613	64,75	59,99	3 945	3 610
II. Brandenburg .	612	591	63,78	66,05	3 999	4 139
III. Stadt Berlin .	319	304	2,74	2,87	11 957	12 519
IV. Pommern . . .	266	256	113,54	117,98	6 756	6 988
V. Grenzm Posen-Westpreußen .	64	70	120,67	110,32	5 142	4 676
VI. Niederschlesien	658	650	40,42	40,92	4 540	4 597
VII. Oberschlesien .	218	222	59,39	58,32	10 557	10 303
VIII. Sachsen	800	768	31,59	32,91	3 919	4 076
IX. Schlesw.-Holst	408	414	36,83	36,30	3 587	3 532
X. Hannover . . .	789	761	48,82	50,61	3 838	3 968
XI. Westfalen . . .	517	516	39,12	39,20	8 785	8 717
XII. Hessen-Nassau	713	706	22,02	22,24	3 199	3 222
XIII. Rheinprovinz .	1 087	1 082	23,89	24,00	6 810	6 809
XIV. Hohenz. Lande	33	33	34,61	34,61	2 143	2 144
C. Regierungsbezirke.						
1. Königsberg . . .	285	288	45,26	44,79	3 121	3 076
2. Gumbinnen . . .	83	89	113,25	105,62	6 666	6 188
3. Allenstein	144	153	80,04	75,33	3 744	3 511
4. Westpreußen . .	56	83	52,70	35,56	4 619	3 106
5. Potsdam	328	311	60,48	63,79	3 702	3 900
6. Frankfurt	284	280	67,60	68,57	4 342	4 404
7. Berlin	319	304	2,74	2,87	11 957	12 519
8. Stettin	133	130	90,86	92,96	6 709	6 848
9. Köslin	72	69	195,88	204,89	9 140	9 484
10. Stralsund	61	57	65,81	70,43	4 043	4 288
11. Schneidemühl . .	64	70	120,67	110,32	5 142	4 676
12. Breslau	386	373	33,63	34,80	4 680	4 845
13. Liegnitz	272	277	50,07	49,16	4 343	4 263
14. Oppeln	218	222	59,39	58,32	10 557	10 303
15. Magdeburg . . .	357	317	32,28	36,35	3 487	3 929
16. Merseburg	346	352	29,53	29,02	3 887	3 810
17. Erfurt	97	99	36,43	35,69	5 623	5 494
18. Schleswig	408	414	36,83	36,30	3 587	3 532
19. Hannover	231	220	24,75	25,99	3 328	3 485
20. Hildesheim . . .	83	84	64,49	63,72	6 841	6 760
21. Lüneburg	176	175	64,44	64,81	3 231	3 236
22. Stade	115	110	59,03	61,71	3 762	3 930
23. Osnabrück	82	81	75,66	76,60	5 032	5 049
24. Aurich	102	91	30,50	34,19	2 721	3 046
25. Münster	148	151	49,03	48,05	8 106	7 795
26. Minden	155	146	33,97	36,06	4 984	5 266
27. Arnsberg	214	219	36,00	35,18	12 008	11 654
28. Cassel	148	149	68,14	67,68	7 088	7 012
29. Wiesbaden . . .	565	557	9,94	10,09	2 180	2 208
30. Coblenz	162	163	38,32	38,09	4 759	4 719
31. Düsseldorf	254	254	21,56	21,56	14 173	14 101
32. Köln	223	218	17,85	18,25	6 063	6 154
33. Trier	317	321	22,66	22,38	3 297	3 245
34. Aachen	131	126	23,84	24,78	4 839	5 028
35. Sigmaringen . .	33	33	34,61	34,61	2 143	2 144

Die sonstigen öffentlichen Sparkassen spielen eigentlich nur in der Provinz Schleswig-Holstein, wo 57, d. h. mehr als $^4/_5$, oder 82,6 %, aller von der Statistik erfaßten Privatsparkassen bestanden, und allenfalls noch im Regierungsbezirk Wiesbaden, in dem 9 private Sparkassen gezählt wurden, eine Rolle. Sonst war nur in Berlin, Hannover und den Rheinlanden je eine derartige Kasse vorhanden.

Wie aus der nebenstehenden Nachweisung hervorgeht, ist das Netz der Sparstellen, das Preußen überzieht, während des Rechnungsjahres 1920 in einigen Landesteilen wieder etwas engmaschiger geworden, in anderen preußischen Gebietsteilen haben sich dagegen seine Maschen gelockert.

Im Gesamtstaate hat sich die Zahl der Sparstellen gegen 1919 von 6 986 auf 7 052, also um 66 neue Stellen gehoben. In den Hohenzollernschen Landen ist die Sparstellenzahl seit dem Vorjahre gleichgeblieben; in drei anderen Provinzen, nämlich in Oberschlesien, der Grenzmark Posen-Westpreußen und Schleswig-Holstein hat sie sich ein wenig gesenkt. Einen auffallend hohen Rückgang, und zwar um 45 Stellen wies sie in Ostpreußen und hier besonders im Regierungsbezirk Westpreußen mit 27 Stellen auf. In der Hauptsache handelt es sich dabei — wie auch sonst zumeist beim Eingehen von Sparstellen — um Einziehung unrentabel oder überflüssig gewordener Annahmestellen von Kreissparkassen. In den übrigen Provinzen war eine Vermehrung der Sparstellen eingetreten. Am stärksten war die Zunahme in Sachsen (32 Stellen), recht groß in Hannover (28 Stellen) und in Brandenburg (21 Stellen), außerdem von einer gewissen Bedeutung in Berlin (15 Stellen) und in Pommern (10 Stellen). Hierbei geben die Kreissparkassen — in Sachsen besonders eine neugegründete Sparkasse dieser Art —, die ein Interesse an zahlreichen, zweckmäßig über ihren Kreis verteilten Annahmestellen besitzen, den Ausschlag für die Gesamtentwickelung. Wie verschieden übrigens die Verhältnisse innerhalb der einzelnen Provinzen liegen, zeigen z. B. die Ziffern für Sachsen und Niederschlesien, wo nur in den Regierungsbezirken Magdeburg bezw. Breslau ein Hinzutreten neuer Sparstellen, sonst jedoch eine Verminderung, festzustellen war.

Im Durchschnitt entfiel 1920 auf 41,98 *qkm* und 5 366 Einwohner eine Sparstelle gegen 42,37 *qkm* und 5 396 Bewohner im Vorjahre. Am schwächsten vertreten waren die Sparstellen der Fläche nach im Regierungsbezirk Köslin (1920 eine auf 195,88 *qkm*, 1919 eine auf 204,39 *qkm*), der Bevölkerung nach im Bezirk Düsseldorf (1920 eine auf 14 173 Einwohner, 1919 eine auf 14 101 Bewohner) und danach im Regierungsbezirk Arnsberg (1920 eine auf 12 008 Bewohner, 1919 eine auf 11 654 Bewohner). Auf die Fläche bezogen waren die Sparstellen gegen 1919 in 17 Bezirken (Potsdam, Frankfurt, Berlin, Stettin, Köslin, Stralsund, Breslau, Magdeburg, Hannover, Lüneburg, Stade, Osnabrück, Aurich, Minden, Wiesbaden, Köln und Aachen) häufiger, in den übrigen mit Ausnahme von Düsseldorf und Sigmaringen, wo keine Veränderung eingetreten war, seltener geworden. Auf die Einwohnerzahl berechnet, ist ihre Verbreitung in den aufgezählten 17 Bezirken sowie in Sigmaringen stärker als die Bevölkerungsentwicklung gewesen, in den anderen 17 Regierungsbezirken hingegen schwächer.

Die Verkaufsstellen für Sparmarken sind im Berichtsjahre wiederum zurückgegangen und zwar von 2 640 auf 2 323, also um 317 Stellen. Bei der fortschreitenden Geldentwertung ist vorauszusehen, da diese Verkaufsstellen ihre Bedeutung verloren haben, daß sie mit der Zeit sämtlich eingezogen werden.

II. Die Spartätigkeit.

Im praktischen Wirtschaftsleben haben die Schwankungen der deutschen Valuta und die sich daraus für die kaufmännische Kalkulation bei jeder wirtschaftlichen Tätigkeit ergebenden Schwierigkeiten immer häufiger während der letzten beiden Jahre zu Abwehrmaßregeln zwecks Wertsicherung von Ansprüchen und Verpflichtungen (z. B. Roggenanleihen, Bezahlung nach dem Roggen- und Kohlenpreise usw.) geführt. Der Gedanke, den Währungsschwankungen dadurch zu begegnen, daß alle Geldansprüche in ihrem Zahlenbetrage den wirtschaftlichen Veränderungen angepaßt werden, wird bereits seit längerer Zeit von Zeiler vertreten. Die Durchführung eines solchen Planes ist auf verschiedenen Wegen möglich. Einmal kann man dabei den Roggenpreis — nach dem beispielsweise auf dem Lande, namentlich in Ostpreußen, die nicht nach Tarifverträgen entlohnten Angestellten besoldet werden — zugrunde legen, sodann aber — wie Mügel es will — die Auslandsvaluta als Maßstab ansehen oder schließlich — nach Zeilers Vorschlag — „das auf den Kopf berechnete volksdurchschnittliche Einkommen als den zahlenmäßigen Ausdruck für die jeweilige Höhe des Volkswohlstandes", d. h. also die Entwicklung des Einkommendurchschnitts, maßgebend sein lassen. Für die Sparkassen als gemeinnützige Institute wäre jedenfalls eine derartige Anpassung, sofern sie zweckmäßig durchgeführt wird, sehr erwägenswert[1]). Allerdings ist eine vorherige gewissenhafte Prüfung über die Auswirkung solcher Maßnahmen auf die Finanzen der Sparkassen selbst und die gesamte Volkswirtschaft erforderlich, damit Nachteile für die Allgemeinheit vermieden werden. Jedenfalls müßte aber der Plan, wertbeständige Anlagen zu schaffen, irgendwie verwirklicht werden. Nur dadurch kann der Sparsinn der Bevölkerung wieder neu erweckt werden, der ja durch die Erkenntnis, daß die fortschreitende Geldentwertung die innere Kraft der Spareinlagen mehr und mehr aushöhlt und endlich völlig vernichten muß, nach und nach gänzlich ertötet wird.

a) Sparbücher.

Wie in den Vorjahren ist auch während des Berichtsjahres 1920 die Zahl der bei den preußischen Sparkassen des für 1920 zugrunde gelegten Staatsgebiets umlaufenden Sparbücher gegen 1919 etwas gestiegen. Diese Vermehrung besagt an und für sich nichts und darf nicht ohne weiteres als Beweis für die Verstärkung der Spartätigkeit in Preußen angesehen werden. Ganz abgesehen von den Auswirkungen der Bevölkerungszunahme sowie etwaiger Veränderungen im Altersaufbau und in der sozialen Struktur der Wohnbevölkerung, könnte die Zahl der nur zu Gehaltsüberweisungen oder nur als Depositenkonten benutzten Sparkonten verhältnismäßig hoch gewesen sein. Durch zahlenmäßige Angaben ist hier keine Klarheit zu schaffen, da die Statistik über die Häufigkeit der Einlagen und Rückzahlungen, über die Lebensdauer der Konten und über die Länge der Einlagendauer keine Auskunft gibt.

Immerhin darf man annehmen, daß die stark bewegten Sparkonten, die mehr oder minder nur als Depositenkonten gehalten waren, abgenommen haben. Sie sind nur dort möglich und bis zu einem gewissen Grade auch wirtschaftlich notwendig, wo die Sparkasse noch keinen Giro- oder Überweisungsverkehr eingeführt hat. Da aber, wie an späterer Stelle gezeigt werden wird, sowohl der Kreis der Sparkassen, die sich dem Giro- und Scheckverkehr angeschlossen haben, sehr erheblich zugenommen hat als auch die Girokonten als solche einen beträchtlichen Zuwachs erfahren haben, so darf man bei der durchgeführten Trennung der Giro- von den Sparkonten den Schluß ziehen, daß die Sparkonten als Depositenkonten nicht zu-, sondern erheblich abgenommen haben.

Auch aus der Bewegung kann man schließen, daß die Anteilnahme der Bevölkerung an der Spartätigkeit im Berichtsjahre nicht gering gewesen ist, denn den 1 817 400 zurückgenommenen Sparbüchern steht die neue Ausgabe von 2 215 851 Sparbüchern gegenüber. Da an dieser Bewegung der Wohnungswechsel, der im Jahre 1920 ziemlich belanglos war, nur in geringerem Maße beteiligt gewesen sein kann, müssen die neu ausgegebenen Sparbücher in der Hauptsache ihre Erklärung in der Gewinnung neuer Kunden finden, und zwar hat sich der Kundenkreis gegenüber dem Vorjahre um 398 451, entsprechend dem Überschuß der neu ausgestellten gegenüber den zurückgenommenen Büchern, vermehrt.

An diesem Fortschritte sind mit Ausnahme von drei Landesteilen alle preußischen Gebietsteile, wenn auch in verschiedenem Grade, beteiligt gewesen. Nur in Groß-Berlin, Oberschlesien und dem Regierungsbezirk Aurich war die Zahl der zurückgenommenen Sparbücher höher als die der neu ausgestellten. Die eingegangenen Sparkonten überragten die neu errichteten Konten bei den beiden von der Statistik berücksichtigten Berliner Kassen mit 90 971 Sparbüchern oder 53,5 % erheblich — wobei allerdings die städtische Sparkasse mit 90 951 (gegenüber nur 20 bei der Sparkasse der Preußischen Rentenversicherungsanstalt) mehr erloschenen als ausgestellten Büchern im Vordergrunde steht — bei den Sparkassen Oberschlesiens mit 3 689 — unter denen besonders die städtischen Kassen mit 2 975 ins Gewicht fallen. Im Regierungsbezirk Aurich war zwar bei den Kreissparkassen eine Mehrausstellung von 1 791 Sparbüchern, bei den anderen Sparkassen hingegen eine erhöhte Rücknahme, und zwar bei den Stadtsparkassen von 2 299, bei der Ständischen Ostfriesischen Sparkasse in Aurich von 422 und bei den Landgemeindesparkassen von 39 festzustellen. Ganz allgemein betrachtet, ist diese rückläufige Bewegung, die zweifellos als Folgeerscheinung der unaufhaltsamen Geldentwertung zu betrachten ist, eins von den vielen äußerlich leicht erkennbaren Zeichen der kranken deutschen Volkswirtschaft. Insbesondere dürfte die Erwägung, daß alles Sparen zwecklos ist, weil die wirtschaftliche Kraft der Spareinlagen durch den sinkenden Geldwert immer mehr gebrochen wird, den Sparkassen eine beträchtliche Anzahl von Sparern, vor allem gerade von denjenigen Einlegern entzogen haben, die ihre Lebenshaltung durch Preissteigerungen, tarifliche Vereinbarungen oder — was hier seltener zutreffen wird — durch Lohnkämpfe wenigstens einigermaßen der allgemeinen Verteuerung der Lebensbedürfnisse anzupassen vermögen. Zudem hat wohl die Auskunftspflicht der Kassen gegenüber den Steuerbehörden mitunter zur Abwanderung der Sparkassenkunden beigetragen. Im einzelnen findet die rückläufige Entwicklung für Oberschlesien vielleicht ihre Erklärung in der gespannten politischen Lage, zumal in der allgemeinen Unsicherheit. In Groß-Berlin könnte man sie außerdem nicht mit Unrecht wenigstens teilweise als Auswirkung der Hetze gegen die Sparkassen ansprechen, u. a. wahrscheinlich als Folge der Beschuldigung, daß Sparguthaben zu Lohnzahlungen verwendet würden, sowie der Behauptung,[1]) daß die Stadt Berlin „bereits 58 % aller Sparkassengelder in ihre sozialdemokratische und unabhängige Leichenwirtschaft" gesteckt habe. Inwieweit daneben die Konkurrenz der beiden Kreissparkassen (Teltower Kreissparkasse und Niederbarnimer Kreissparkasse), die im

[1]) Nach Niederschrift dieser Abhandlung ist man diesem Gedanken durch Einführung von Goldsparkonten bei zahlreichen Kassen näher getreten.

[1]) Sparkasse. Zeitschrift des deutschen Sparkassenverbandes Nr. 1007 vom 6. Juli 1921, S. 298.



Bestand der Sparbücher am Schlusse des Jahres 1920.

(Tab. b)

Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	Zahl der Sparbücher	Auf 100 Einwohner entfielen Bücher		mithin Zunahme (+) oder Abnahme (—) 1920 gegen 1919
		1920	1919	
1	2	3	4	5
A. Staat	21 091 951	55,74	54,95	0,79
B. Provinzen.				
I. Ostpreußen	723 671	32,30	32,12	0,18
II. Brandenburg	1 908 906	78,00	77,15	0,85
III. Stadt Berlin	1 910 578	50,09	52,59	— 2,50
IV. Pommern	1 122 185	62,45	61,38	1,07
V. Grenzm. Posen-Westpr.	147 374	44,78	41,87	2,91
VI. Niederschlesien	1 911 377	63,98	62,74	1,24
VII. Oberschlesien	458 577	19,93	20,21	— 0,28
VIII. Sachsen	2 144 019	68,38	67,53	0,85
IX. Schleswig-Holstein	966 881	66,07	65,29	0,78
X. Hannover	2 267 143	74,87	73,28	1,59
XI. Westfalen	2 473 245	54,45	52,67	1,78
XII. Hessen-Nassau	1 234 945	54,14	52,54	1,60
XIII. Rheinprovinz	3 786 207	51,15	49,62	1,53
XIV. Hohenzollernsche Lande	36 843	52,10	50,77	1,33
C. Regierungsbezirke.				
1. Königsberg	318 626	35,82	35,78	0,04
2. Gumbinnen	162 453	29,36	28,41	0,95
3. Allenstein	128 181	23,77	23,43	0,34
4. Westpreußen	114 411	44,23	45,53	— 1,30
5. Potsdam	1 032 957	85,07	84,47	0,60
6. Frankfurt	875 949	71,04	69,95	1,09
7. Berlin	1 910 578	50,09	52,59	— 2,50
8. Stettin	592 561	66,41	65,30	1,11
9. Köslin	408 007	62,00	60,68	1,32
10. Stralsund	121 617	49,31	48,99	0,32
11. Schneidemühl	147 374	44,78	41,87	2,91
12. Breslau	1 077 921	59,67	58,47	1,20
13. Liegnitz	833 456	70,56	69,29	1,27
14. Oppeln	458 577	19,93	20,21	— 0,28
15. Magdeburg	790 820	63,52	62,91	0,61
16. Merseburg	963 649	71,66	70,86	0,80
17. Erfurt	389 550	71,42	69,87	1,55
18. Schleswig	966 881	66,07	65,29	0,78
19. Hannover	707 483	92,04	90,02	2,02
20. Hildesheim	449 449	79,15	77,59	1,56
21. Lüneburg	411 772	72,42	70,84	1,58
22. Stade	308 972	71,41	69,44	1,97
23. Osnabrück	247 987	60,09	57,94	2,15
24. Aurich	141 480	50,98	51,76	— 0,78
25. Münster	497 431	41,46	40,10	1,36
26. Minden	513 334	66,44	64,54	1,90
27. Arnsberg	1 462 480	56,91	54,89	2,02
28. Cassel	526 177	50,16	48,82	1,34
29. Wiesbaden	708 768	57,53	55,71	1,82
30. Coblenz	338 690	43,93	41,92	2,01
31. Düsseldorf	2 050 337	56,95	55,27	1,68
32. Köln	754 824	55,83	53,29	2,54
33. Trier	287 590	27,52	27,73	— 0,21
34. Aachen	354 766	55,96	55,24	0,72
35. Sigmaringen	36 843	52,10	50,77	1,33

Bereiche der neuen Berliner Stadtgemeinde, namentlich in den früheren Vororten, Annahmestellen unterhalten, mitgewirkt hat, läßt sich nicht übersehen, da ja auch Landbewohner der beiden Kreise Kunden der beiden Berliner Sparkassen sein können.

Der Überschuß der zurückgenommenen über die ausgegebenen Sparbücher darf allerdings nicht ohne weiteres als Anzeichen für den Rückgang der Spartätigkeit und vor allem nicht als bedauerliches Symptom für die Sparkassenentwickelung in den drei angeführten Landesteilen angesehen werden. Unter den zurückgezogenen Büchern können sich gerade jene reichlich vorhandenen, von sparkassentechnischen wie von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten gesehen, eigentlich überflüssigen, nur mitgeschleppten Sparkonten befinden, die so gut wie gar keine Aussicht auf künftige wirtschaftliche Bedeutung bieten, dafür aber den Sparkassen obendrein ein überreiches Maß von Arbeit und beträchtliche Mehrkosten verursachen.

Am Jahresschlusse 1920 verblieben 21 091 951 Sparbücher im Umlauf. In welcher Weise sich diese auf die einzelnen Provinzen und Regierungsbezirke verteilen, geht aus der nebenstehenden Tabelle b hervor. Danach wurden im Regierungsbezirk Düsseldorf über 2, in Berlin sowie in den Bezirken Arnsberg, Breslau und Potsdam über 1 Million, in Westpreußen dagegen nur 114 411 Bücher gezählt. Von größerer Bedeutung als die absolute Zahl der vorhandenen Sparkonten ist ihre Relation auf die Einwohnerzahl. Im Staatsdurchschnitt kamen nach Spalte 3 und 4 der Tabelle im Jahre 1920 55,74 gegen 54,95 Sparbücher 1919 auf je 100 Köpfe der fortgeschriebenen Bevölkerung. Im Berichtsjahre entfielen also 0,79 Bücher mehr auf 100 Einwohner als 1919. Während 1912 im damaligen größeren Staatsgebiete erst jeder dritte Preuße ein Sparbuch besaß, durfte 1920 mehr als jeder zweite Bewohner des durch den Versailler Frieden verkleinerten Landes ein solches sein eigen nennen. Das ist natürlich bis zu einem bestimmten Grade bloß eine rechnerische Fiktion. Da ein kleiner Teil der Sparbücher juristischen Personen sowie Vereinen gehört und außerdem manche Sparer im Besitze von mehreren Sparbüchern derselben Kasse sein oder oder auch daneben — namentlich an Orten mit mehreren Sparkassen — noch bei anderen Sparkassen Spareinlagen leisten können — wie das z. B. bei kleinen selbständigen Handwerkern garnicht selten vorkommt — brauchen die Verhältnisse nicht ganz so günstig zu liegen. Auch darf nicht übersehen werden, daß die später erörterte Kleinheit der Einlagen bei dem größten Teil der Sparbücher den Wert ihrer Verbreitung erheblich mindert. Sparkonten, die ihre Entstehung Patengeschenken und ähnlichen Zuwendungen verdanken, ohne daß eine weitere Spartätigkeit eintritt, sind ohne Bedeutung. In den verschiedenen Provinzen ergeben sich recht erhebliche Abweichungen vom Staatsdurchschnitt. Die geringste Anzahl von Sparbüchern auf 100 Einwohner hatte Oberschlesien mit 19,9, hierauf folgte in weitem Abstande Ostpreußen mit 32,3 sowie in noch größerer Entfernung die Grenzmark Posen-Westpreußen mit 44,8 Büchern auf 100 Bewohner. Wie bereits in früheren Jahren blieb auch das hochindustrielle Rheinland-Westfalen mit seiner verhältnismäßig gut entlohnten Arbeiterschaft hinter dem Staatsdurchschnitt zurück. Beträchtlich über denselben erhoben sich Sachsen mit 68,4, Schleswig-Holstein mit 66,1, Niederschlesien mit rund 64 und Pommern mit 62,5 Sparbüchern auf 100 Köpfe der Bevölkerung. Eine vollends überragende Sonderstellung nahmen Brandenburg mit 78,0 und Hannover mit 74,9 Büchern ein. Unter den Regierungsbezirken traten besonders Hannover, wo auf mehr als 9/10 der Bewohner ein Sparbuch entfiel, und danach Potsdam mit seiner hauptsächlich

mittelkleinstädtischen und ländlichen Wohnbevölkerung hervor. In dem letzteren Bezirke, der früher stets hinter der staatlichen Durchschnittsziffer zurückblieb, waren am Ende des Berichtsjahres 1920 weit mehr als 4/5 (genau 17/20) der Einwohner im Besitze eines Sparbuches. Die Erklärung dafür liegt in der Eingemeindung der stark bevölkerten früheren Vororte in die neue Stadtgemeinde Berlin. Günstig schneidet auch noch Hildesheim mit 79,2 Büchern auf 100 Einwohner ab. Recht gut lagen die Verhältnisse ferner in sechs anderen Bezirken, und zwar in Lüneburg (72,4), Merseburg (71,7), Erfurt (71,4), Stade (71,4), Frankfurt (71,0) und Liegnitz (70,6). Über oder annähernd 60 Sparbücher auf 100 Bewohner waren sonst noch in sieben Regierungsbezirken, nämlich in Minden (66,4), Stettin (66,4), Schleswig (66,1), Magdeburg (63,5), Köslin (62,0), Osnabrück (60,1) und Breslau (59,7) im Umlauf, während außerdem noch Wiesbaden, Düsseldorf, Arnsberg, Aachen und Köln den Staatsdurchschnitt überschritten. Mit weniger als 20 Sparbüchern auf 100 Köpfe der Bevölkerung steht der Bezirk Oppeln für sich allein da. Besonders niedrige Verhältniszahlen wiesen außerdem Königsberg (35,8), Gumbinnen (29,4), Trier (27,5) und Allenstein (23,8) auf. Die übrigen neun Regierungsbezirke, darunter die Stadt Berlin mit 50,1 Büchern auf 100 Einwohner lagen mehr oder weniger erheblich unter der staatlichen Durchschnittszahl. Zur Begründung dieser Verschiedenheiten kann man in erster Linie die Spargewohnheit der Bevölkerung und andere psychologische Momente geltend machen.

Die verhältnismäßige Zunahme der Bücher gegenüber dem Ergebnis von 1919 war am höchsten im Bezirke Schneidemühl mit 2,91 und nach diesem in Köln mit 2,54, am geringsten im Regierungsbezirk Königsberg mit 0,04 und danach in Stralsund und Allenstein mit 0,32 bezw. 0,34 Sparbüchern auf 100 Köpfe der fortgeschriebenen Bevölkerung. Die bereits hervorgehobene Abnahme der Sparbücher im Stadtkreise Berlin sowie in den beiden Regierungsbezirken Aurich und Oppeln gestaltete sich auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, folgendermaßen: Sie war in Berlin, wo 2,5 Bücher weniger als im Vorjahre auf 100 Bewohner entfielen, am größten; sodann folgt der Regierungsbezirk Aurich mit einer Abnahme von 0,78; den Schluß bildet der Regierungsbezirk Oppeln, in dem die Abnahme 0,28 Bücher auf 100 Einwohner beträgt.

Interessant ist, daß die Vermehrung der Sparbücher in zwei Bezirken mit der Vermehrung der Bevölkerung nach der Fortschreibung nicht gleichen Schritt gehalten hat, sodaß hier trotz der absoluten Zunahme der Sparbücher eine Abnahme im Verhältnis zu der Bevölkerung festzustellen ist. Diese Abnahme hat im Regierungsbezirk Westpreußen sogar 1,3 Bücher auf je 100 Einwohner betragen; im Regierungsbezirk Trier betrug die Verminderung dagegen nur 0,21 Bücher auf 100 Bewohner.

Seit 1849 werden die Sparbücher von der amtlichen Statistik auch nach der Höhe der Einlagenbeträge gruppiert. Zunächst wurden fünf, von 1894 ab sieben und dann 1908 erstmalig acht Sparbüchergruppen unterschieden.

Die schon früher beobachtete Verschiebung der umlaufenden Sparbücher auf die einzelnen Kontenklassen hat im Berichtsjahre weitere Fortschritte gemacht. Infolge der Abnahme der Bücherzahl in den fünf ersten Kontengruppen bis zu 1 500 ℳ Einlagen ist der Anteil dieser Gruppen an der Gesamtzahl der Bücher gegen das Vorjahr gesunken; in den drei oberen Sparkontenklassen, wo eine absolute Vermehrung eingetreten war, ist er dagegen gestiegen, und zwar am stärksten in der Sparbüchergruppe von 3 000 bis 10 000 ℳ Einlagen. Bemerkenswert ist es, daß in der Nachkriegszeit auch die unterste Gruppe, die immerhin trotz der wirtschaftlichen Belanglosigkeit der auf die einzelnen Sparkonten entfallenden Beträge noch fast 1/3 der gesamten Sparbücher umfaßte, einen Rückgang erfahren hat.

Es entfielen nämlich von allen 21 091 951 Sparbüchern im Jahre 1920 bezw. 20 714 691 im Jahre 1919

auf die Bücher	1920	1919	mithin Zu- bezw. Abnahme in Hundertteilen von 1919/1920
a) bis zu 60 ℳ Einlage	6 618 577	6 646 564	— 0,42
b) über 60 bis 150 „ „	2 367 495	2 373 714	— 0,26
c) „ 150 „ 300 „ „	1 922 440	1 962 862	— 2,06
d) „ 300 „ 600 „ „	2 255 554	2 352 499	— 4,12
e) „ 600 „ 1 500 „ „	3 242 426	3 304 830	— 1,89
f) „ 1 500 „ 3 000 „ „	2 227 699	2 051 441	8,59
g) „ 3 000 „ 10 000 „ „	2 118 196	1 748 694	21,13
h) „ 10 000 „ „	339 564	274 087	23,89;

in Hundertteilen der Gesamtzahl kamen

auf die Bücher	in den Jahren 1920	1919
a) bis zu 60 ℳ Einlage	31,38	32,09
b) über 60 bis 150 „ „	11,22	11,46
c) „ 150 „ 300 „ „	9,11	9,48
d) „ 300 „ 600 „ „	10,69	11,36
e) „ 600 „ 1 500 „ „	15,37	15,95
f) „ 1 500 „ 3 000 „ „	10,56	9,90
g) „ 3 000 „ 10 000 „ „	10,04	8,44
h) „ 10 000 „ „	1,61	1,32.

Danach ist der prozentuale Rückgang der Sparbücherzahl gegen das Vorjahr in den beiden untersten Gruppen mit 0,4 % und 0,3 % noch geringfügig, in der fünften Kontenklasse mit 1,9 % schon etwas stärker, in den beiden Kontengruppen von 150 – 600 ℳ mit 2,1 % und 4,1 % aber am erheblichsten gewesen. Bei den drei oberen Gruppen stieg der prozentuale Zuwachs an neuen Büchern mit der Höhe der Kontenklasse von 8,6 % in der Gruppe von 1 500 – 3 000 ℳ Einlagen, auf 21,1 % in der nächsten, bis auf 23,9 % in der höchsten Gruppe. Selbstverständlich ist der verstärkte Sparbücherzuwachs in den oberen Kontenklassen vor allem der fortschreitenden Geldentwertung zuzuschreiben. Infolge des Zusammenbruchs der deutschen Valuta fällt die wirtschaftliche Kraft der einzelnen Sparbücher auch der höheren Kontengruppen nicht ins Gewicht.

Die Verteilung der Sparbücher auf die verschiedenen Kontenklassen in den einzelnen Provinzen wich zwar voneinander ab, mit Ausnahme von Hohenzollern jedoch nicht so erheblich, wie man eigentlich bei der großen Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen annehmen könnte.

Es entfielen nämlich von den Sparbüchern in Hundertteilen der Gesamtzahl im Berichtsjahre 1920 auf die Konten:

	bis zu 60 ℳ	über 60 bis 150 ℳ	über 150 bis 300 ℳ	über 300 bis 600 ℳ	über 600 bis 1 500 ℳ	über 1 500 bis 3 000 ℳ	über 3 000 bis 10 000 ℳ	über 10 000 ℳ
	Einlagen							
I. Ostpreußen . .	41,27	11,06	8,52	9,80	12,76	8,31	7,08	1,21
II. Brandenburg . .	28,88	11,55	9,63	11,65	16,63	11,37	9,39	0,91
III. Stadt Berlin . .	36,77	9,99	8,31	9,98	14,97	10,73	8,70	0,55
IV. Pommern . . .	30,65	10,95	8,91	10,92	16,23	10,74	10,35	1,27
V. Grenzmk. Posen-Westpreußen .	33,39	12,60	10,27	12,15	15,22	9,08	6,24	1,05
VI. Niederschlesien	31,94	12,91	10,51	12,03	15,80	9,83	6,42	0,56
VII. Oberschlesien .	40,72	11,48	8,91	9,90	12,87	8,01	7,22	0,89
VIII. Sachsen	32,42	12,23	9,85	11,19	15,15	9,95	8,31	0,90
IX. Schleswig-Holst.	34,08	11,42	8,79	9,46	12,82	9,55	11,18	2,69
X. Hannover	29,90	11,34	9,05	10,73	15,25	10,70	10,90	2,13
XI. Westfalen . . .	25,77	10,82	8,95	10,48	15,62	11,99	13,48	2,88
XII. Hessen-Nassau.	28,17	11,83	10,21	12,03	17,66	9,89	9,00	1,21
XIII. Rheinprovinz . .	31,26	10,26	8,18	9,75	15,17	10,92	12,04	2,42
XIV. Hohenzollernsche Lande . .	11,93	8,57	8,36	12,19	20,68	17,77	17,03	3,46.

In den meisten Provinzen entfiel hiernach etwas mehr oder weniger als die Hälfte, in Ostpreußen und Oberschlesien sogar über 3/5 der Sparbücher auf die Kontenklassen bis zu 300 M. In der Rheinprovinz und in Westfalen umfassen diese Kontengruppen nur 49,7 % und 45,5 % der gesamten Bücher, in den Hohenzollernschen Landen sogar nicht einmal 1/3. Mit Einschluß der nächsten Sparkontenklasse zwischen 300 und 600 M Einlagen wird in Westfalen (56,0 %) die Hälfte stark überschritten, in den Hohenzollernschen Landen aber mit rund 2/5 der Gesamtbücherzahl noch lange nicht erreicht. In dem letzteren preußischen Gebietsteile begreifen die drei höchsten Kontengruppen von über 1 500 M ziemlich 2/5 und die Gruppen zwischen 600 und 10 000 M weit mehr als die Hälfte der umlaufenden Sparbücher in sich.

b) Spareinlagen.

Infolge der gewaltigen Steigerung des Sparverkehrs haben die Sparkassen während des letzten Jahrzehnts eine immer stärkere Bedeutung für das Wirtschaftsleben gewonnen. Sie sind heute, wie bereits erwähnt, durch ihre bankmäßige Ausgestaltung vielfach zu Sparbanken geworden.

Die Spareinlagen der 1 572 statistisch nachgewiesenen Sparkassen wiesen im Berichtsjahre 1920 einen Anfangsbestand von 24 748 305 953,07 M und einen Endbestand von 29 551 728 977,92 M auf. Die Zunahme betrug demnach 4 803 423 024,85 M oder 19,4 %. Dieser Zuwachs an Einlagen steht, wie kaum hervorgehoben zu werden braucht, unter dem Zeichen der Geldentwertung.

An der Kaufkraft auf dem Auslands- wie auf dem Inlandsmarkte gemessen, hat sich der Wert der Gesamteinlagen der preußischen Sparkassen gegen das Vorjahr erheblich vermindert.

Zur Feststellung des Rückgangs dieser Werte ist eine Umrechnung der Einlagebestände für die beiden Vergleichsjahre erforderlich, wobei selbstverständlich keine völlig genauen Ziffern, sondern nur Näherungswerte zu erbringen sind. Als Grundlage für die Errechnung des Auslandswertes der Einlagen eignet sich am besten der Dollar als Standarddevise, da in der Devise New-York die meisten internationalen Warenverkäufe getätigt werden und zudem die Vereinigten Staaten fast als einzige Großmacht über eine stabile Währung verfügen. Die Ermittlung des Inlandswertes erfolgt am richtigsten und zweckmäßigsten an der Hand der Lebenshaltungskosten unter Gegenüberstellung bestimmter Indexziffern, wobei jedenfalls aber nicht verhehlt werden darf, daß die Methode der Teuerungs- und Indexziffern problematischer Natur ist. Eine weitere Ungenauigkeit entsteht hier noch dadurch, daß die Umrechnung ganz allgemein für Ende Dezember erfolgt, obwohl noch eine Anzahl von Sparkassen ihr Geschäftsjahr nicht mit dem Kalenderjahre abschließt. Als Umrechnungsfaktor ergibt sich für die Errechnung des Auslandswertes 1919: 1 M = 0,0873 M, 1920: 1 M = 0,05667 M und für die Ermittelung des Inlandwertes 1919: 1 M = 0,15 M, 1920: 1 M = 0,09 M.

In dieser Weise berechnet, belief sich der Auslandswert des Einlagebestandes am Schlusse des Berichtsjahres 1920 auf rund 1 674 Millionen M gegen 2 161 Millionen M im Jahre 1919. Der Inlandswert bezifferte sich hingegen Ende 1920 auf 2 660 Millionen M gegenüber 3 712 Millionen M im Jahre 1919. Diese Zahlen entsprechen für 1919 etwa dem Bestande an Spareinlagen bei den Sparkassen des damaligen größeren preußischen Staatsgebietes in den Jahren 1884 und 1885 (1 286 und 1 318 Kassen mit 2 114,88 Millionen M und 2 263,21 Millionen M) bezw. 1892 und 1893 (1 445 und 1 471 Kassen mit 3 551,71 Millionen M und 3 750,25 Millionen M), für 1920 aber den Gesamteinlagen der Jahre 1880 und 1881 (1 191 und 1 204 Kassen mit 1 594,62 Millionen M und 1 710,16 Millionen M)

Bestand der Spareinlagen am Schlusse des Jahres 1920.

(Tab. c)

Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres		Einlagebestand am Jahresschlusse auf den Kopf der Bevölkerung					
			1920 (Schätzung am 1. 1. 1921)		1919 (Schätzung am 1. 1. 1920)		mithin Zunahme (+) oder Abnahme (—) 1920 gegen 1919	
	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.
1	2		3		4		5	
A. Staat . . .	29 551 728 977	92	780	92	658	24	+122	68
B. Provinzen.								
I. Ostpreußen .	748 601 580	52	334	10	289	58	+ 44	52
II. Brandenburg	2 216 658 730	34	905	78	784	25	+121	53
III. Stadt Berlin	1 877 804 466	64	492	32	429	17	+ 63	15
IV. Pommern . .	1 482 264 273	32	824	87	699	59	+125	28
V. Grenzmark Posen-Westpr.	178 632 701	12	542	78	425	40	+117	38
VI. Niederschles.	1 793 461 707	85	600	30	486	75	+113	55
VII. Oberschlesien	435 697 902	12	189	32	171	10	+ 18	22
VIII. Sachsen . . .	2 335 552 966	04	744	93	649	66	+ 95	27
IX. Schleswig-Holstein . . .	1 586 263 963	88	1 084	02	935	63	+148	39
X. Hannover . .	3 552 327 300	57	1 173	17	991	67	+181	50
XI. Westfalen . .	4 851 793 083	00	1 068	21	906	26	+161	95
XII. Hessen-Nassau	1 598 206 731	25	700	69	567	56	+133	13
XIII. Rheinprovinz	6 833 717 277	96	923	22	755	94	+167	28
XIV. Hohenzoll. Lande	60 746 293	31	859	03	667	54	+191	47
C. Regierungsbezirke.								
1. Königsberg . .	327 952 255	87	368	68	329	86	+ 38	82
2. Gumbinnen . .	149 022 223	78	269	35	223	79	+ 45	56
3. Allenstein . .	129 164 649	64	239	55	186	89	+ 52	66
4. Westpreußen .	142 462 451	23	550	81	505	75	+ 45	06
5. Potsdam . . .	1 178 432 559	88	970	54	847	05	+123	49
6. Frankfurt . . .	1 038 226 170	46	842	02	722	48	+119	54
7. Berlin	1 877 804 466	64	492	32	429	17	+ 63	15
8. Stettin	751 347 286	45	842	06	715	96	+126	10
9. Köslin	576 076 074	98	875	42	752	66	+122	76
10. Stralsund . . .	154 840 911	89	627	80	497	91	+129	89
11. Schneidemühl.	178 632 701	12	542	78	425	40	+117	38
12. Breslau	987 554 605	10	546	70	430	34	+116	36
13. Liegnitz	805 907 102	75	682	28	573	08	+109	20
14. Oppeln	435 697 902	12	189	32	171	10	+ 18	22
15. Magdeburg . .	853 351 108	54	685	41	605	90	+ 79	51
16. Merseburg . .	1 063 936 554	35	791	13	692	94	+ 98	19
17. Erfurt	418 265 303	15	766	88	643	15	+123	73
18. Schleswig . . .	1 586 263 963	88	1 084	02	935	63	+148	39
19. Hannover . . .	1 003 788 381	14	1 305	81	1 079	90	+225	91
20. Hildesheim . .	620 470 651	22	1 092	73	919	99	+172	74
21. Lüneburg . . .	734 395 562	95	1 291	55	1 117	31	+174	24
22. Stade	563 628 537	03	1 302	71	1 087	33	+215	38
23. Osnabrück . .	434 779 386	19	1 053	68	914	54	+139	14
24. Aurich	195 264 782	04	703	61	602	33	+101	28
25. Münster	1 095 810 563	42	913	37	803	74	+109	63
26. Minden	938 471 256	74	1 214	70	1 016	13	+198	57
27. Arnsberg . . .	2 817 511 262	84	1 096	46	920	44	+176	02
28. Cassel	690 635 418	43	658	39	548	12	+110	27
29. Wiesbaden . .	907 571 312	82	736	70	584	08	+152	62
30. Coblenz	697 435 773	60	904	68	698	12	+206	56
31. Düsseldorf . .	3 421 583 010	99	950	45	801	29	+149	16
32. Köln	1 431 520 247	20	1 058	79	850	07	+208	72
33. Trier	659 688 290	83	631	16	492	97	+138	19
34. Aachen	623 489 955	34	983	47	802	78	+180	69
35. Sigmaringen .	60 746 293	31	859	03	667	54	+191	49

[Fortsetzung des Textes auf Seite 398.]

(Taf. 1)

Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	Zahl der: Sparkassen	Zweig- oder Nebenkassen	Sammel- oder Annahmestellen	Verkaufsstellen von Sparmarken	An Sparbüchern: wurden im Laufe des Jahres ausgegeben	zurückgenommen	befanden sich am Jahresschlusse im Umlaufe mit Ei[nlagen]: bis 60 M	über 60 bis 150 M	über 150 bis 300 M	über 300 bis 600 M	über 600 bis 1 500 M	über 1 500 bis 3 000 M	über 3 000 bis 10 000 M	über 10 000 M
					Stück									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
I. Die städtischen														
Freistaat Preußen [1]) . .	764	260	456	1 184	1 735 087	1428583	4 266 114	1 426 176	1 158 559	1 370 152	1 896 364	1176460	945 620	134 317
Provinzen.														
I. Ostpreußen	39	9	1	82	45 646	36 463	142 883	32 938	25 222	31 002	44 558	25 923	19 506	2 321
II. Brandenburg	90	25	102	90	202 848	187 032	534 613	183 139	153 503	185 536	258 167	156 872	114 573	9 665
III. Stadt Berlin	1	50	120	2	161 205	164 801	492 248	119 190	99 552	121 477	187 240	122 405	72 640	3 675
IV. Pommern	68	4	8	9	90 940	79 638	220 651	74 875	59 536	75 211	111 286	63 299	53 887	5 699
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	14	2	—	—	9 647	6 213	20 939	7 070	5 721	6 184	7 007	4 286	3 203	644
VI. Niederschlesien	89	23	7	131	150 634	101 043	447 960	168 927	138 389	157 309	200 132	107 118	55 298	4 173
VII. Oberschlesien	33	1	5	5	27 047	32 325	99 354	29 066	21 452	22 229	27 348	15 619	12 348	1 325
VIII. Sachsen	105	16	12	163	150 070	134 117	445 722	170 554	137 723	160 482	215 629	127 392	93 565	8 0[illegible]
IX. Schleswig-Holstein	44	19	10	362	63 715	69 730	203 646	63 238	47 955	51 146	67 355	45 035	46 204	10 272
X. Hannover	58	16	56	38	174 178	130 352	408 841	133 667	104 274	120 582	158 640	96 571	81 542	12 859
XI. Westfalen	92	17	29	53	225 265	141 619	360 804	148 539	126 723	148 452	213 179	144 528	146 902	32 23[illegible]
XII. Hessen-Nassau	39	19	39	15	65 166	46 739	124 678	51 853	43 999	51 938	72 623	44 675	33 880	3 72[illegible]
XIII. Rheinprovinz	92	59	67	234	368 726	298 511	763 775	243 120	194 510	238 604	333 200	222 737	212 072	39 639
Regierungsbezirke.														
1. Königsberg	17	8	1	71	30 544	20 459	89 804	24 655	19 191	24 550	36 145	20 659	15 284	1 59[illegible]
2. Gumbinnen	4	1	—	8	6 967	4 774	18 524	3 857	2 617	3 036	4 172	2 503	2 051	265
3. Allenstein	13	—	—	3	6 230	8 854	29 880	3 285	2 337	2 530	3 150	2 204	1 687	31[illegible]
4. Westpreußen	5	—	—	—	1 905	2 376	4 675	1 141	1 077	886	1 091	557	484	147
5. Potsdam	48	24	88	74	143 463	141 820	389 606	120 230	99 411	119 149	163 866	99 917	70 471	5 405
6. Frankfurt	42	1	14	16	59 385	45 212	145 007	62 909	54 092	66 387	94 301	56 955	44 102	4 256
7. Berlin	1	50	120	2	161 205	164 801	492 248	119 190	99 552	121 477	187 240	122 405	72 640	3 675
8. Stettin	35	4	6	9	60 805	56 416	156 807	48 958	38 419	48 175	70 132	44 625	37 634	3 615
9. Köslin	22	—	—	—	20 437	14 579	48 560	19 117	15 436	18 892	26 647	15 725	13 671	1 746
10. Stralsund	11	—	2	—	9 698	8 643	15 284	6 800	5 681	8 144	14 507	2 949	2 582	338
11. Schneidemühl	14	2	—	—	9 647	6 213	20 939	7 070	5 721	6 184	7 007	4 286	3 203	644
12. Breslau	48	12	2	23	96 631	69 007	290 438	101 939	83 189	96 553	125 515	67 493	31 494	2 333
13. Liegnitz	41	11	5	108	54 003	32 036	157 522	66 988	55 200	60 756	74 617	39 625	23 804	1 840
14. Oppeln	33	1	5	5	27 047	32 325	99 354	29 066	21 452	22 229	27 348	15 619	12 348	1 325
15. Magdeburg	35	8	5	42	62 394	56 616	170 937	65 344	52 519	63 271	86 492	52 813	40 412	3 47[illegible]
16. Merseburg	56	2	6	50	62 162	54 778	190 125	76 162	63 049	71 476	95 172	54 748	39 135	3 19[illegible]
17. Erfurt	14	6	1	71	25 514	22 723	84 660	29 048	22 155	25 735	33 965	19 831	14 018	1 335
18. Schleswig	[3]) 44	19	10	362	63 715	69 730	203 646	63 238	47 955	51 146	67 355	45 035	46 204	10 272
19. Hannover	12	12	40	—	90 026	58 898	190 465	54 281	42 194	49 782	65 006	38 074	30 429	4 354
20. Hildesheim	19	—	—	2	25 498	17 452	85 670	30 372	23 652	26 665	32 252	19 046	14 010	1 982
21. Lüneburg	9	—	12	24	18 260	14 004	42 452	16 444	13 726	16 054	22 404	14 541	13 760	2 341
22. Stade	6	—	—	1	12 696	9 070	28 561	10 434	8 456	9 340	13 144	8 767	8 912	1 896
23. Osnabrück	7	2	4	4	16 082	10 988	31 823	11 643	8 608	10 113	15 351	9 853	9 199	1 615
24. Aurich	5	2	—	7	11 616	19 940	29 870	10 493	7 638	8 628	10 483	6 290	5 232	705
25. Münster	26	3	8	—	39 742	23 806	65 247	27 766	23 440	27 840	39 486	26 706	30 439	8 444
26. Minden	22	—	1	—	31 571	17 250	67 223	21 741	21 130	21 092	27 010	18 395	17 599	4 647
27. Arnsberg	44	14	20	53	153 952	100 563	228 334	99 032	82 153	99 520	146 683	99 427	98 864	19 20[illegible]
28. Cassel	36	5	2	6	50 900	33 179	85 074	40 786	35 181	42 047	58 980	35 650	26 164	2 50[illegible]
29. Wiesbaden	3	14	37	9	14 266	13 560	39 604	11 067	8 818	9 891	13 643	9 025	7 716	1 220
30. Coblenz	12	2	1	—	19 469	12 457	37 211	12 058	9 534	12 430	16 899	11 217	11 161	2 405
31. Düsseldorf	62	37	46	227	226 789	196 575	506 091	168 983	135 978	169 799	233 480	152 946	146 871	24 88[illegible]
32. Köln	12	15	13	5	96 195	73 915	163 202	48 421	38 576	45 531	67 651	47 792	43 617	6 52[illegible]
33. Trier	2	2	3	—	13 087	8 576	27 579	6 583	5 368	6 189	9 309	5 875	5 800	2 60[illegible]
34. Aachen	4	3	4	2	13 186	6 988	29 692	7 075	5 054	4 655	5 861	4 907	4 623	3 224
II. Die Kirchspiels-, Fleckens- und														
Freistaat Preußen [1]) . .	295	23	152	66	141 538	96 315	284 138	111 872	91 658	109 949	155 101	105 673	113 564	25 646
Provinzen.														
II. Brandenburg	10	4	24	7	19 400	15 531	35 783	10 795	8 517	10 210	13 754	7 871	5 905	57[illegible]
VI. Niederschlesien	16	—	10	6	6 651	2 473	14 182	5 354	4 199	4 663	5 364	2 383	1 389	201
VIII. Sachsen	5	—	—	1	2 517	1 055	4 222	1 433	1 101	1 187	1 558	815	592	6[illegible]
IX. Schleswig-Holstein	111	1	55	15	20 196	13 275	41 027	21 251	17 562	18 788	25 377	18 196	21 965	6 907
X. Hannover	48	6	37	26	22 750	14 573	54 782	24 725	20 964	25 976	39 137	25 899	27 389	5 799
XI. Westfalen	23	—	9	1	13 508	7 381	23 243	10 213	9 126	11 311	14 648	10 406	11 354	2 874
XII. Hessen-Nassau	3	—	—	—	1 041	631	3 272	1 329	1 122	2 300	1 911	975	657	70
XIII. Rheinprovinz	79	12	17	10	55 475	41 396	107 627	36 772	29 067	35 514	53 352	39 128	44 313	9 165

[1]) Der für die Ergebnisse des Jahres 1919 zugrunde gelegte Staatsumfang umfaßt die bisherige Provinz Ostpreußen ausschließlich des Memelgebiets und des an Polen westlich des Korridors liegen und bei Preußen verblieben sind, Niederschlesien ohne die an Polen abgetretenen Gebietsteile, Oberschlesien ohne das Hultschiner Ländchen und die ihre Geschäftsergebnisse nicht eingereicht hat, für die die Ergebnisse des Vorjahres eingesetzt worden sind. — [3]) Bei den Sparkassen der Regierungsbezirke Königsberg und halten ist.

lagen überhaupt	lagen darunter gesperrte Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsvorjahres		Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Zuschreibung von Zinsen		Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen		Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre		Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres		Betrag der Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres		Betrag des Sonder- oder Sparstocks		Wiederholung der Spalte 1
		M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	
16	17	18		19		20		21		22		23		24		
Sparkassen.																
12 373 762	205 594	11 636 696 467	08	424 619 322	83	10 768 571 428	71	9 408 268 932	01	13 421 618 286	61	736 372 165	02	46 868 362	93	Freist. Pr.
324 353	5 024	221 665 761	28	8 369 175	81	274 434 285	78	238 157 679	30	266 311 543	57	15 087 952	27	9 627	43	I.
1 596 068	12 767	1 245 918 695	26	45 861 747	90	1 165 510 918	74	901 902 103	51	1 555 389 258	39	107 286 671	88	1 568 144	60	II.
1 218 427	—	798 013 422	20	29 295 695	02	736 763 472	99	636 253 993	86	927 818 596	35	—	—	1 794 738	56	III.
664 444	17 454	561 822 187	32	20 969 111	89	511 812 739	28	401 726 361	58	692 877 676	91	25 640 842	41	287 877	19	IV.
55 054	3 673	45 350 807	60	1 707 519	17	65 935 101	74	55 237 188	74	57 756 239	77	5 170 497	20	—	—	V.
1 279 306	24 233	747 544 515	20	26 370 095	90	588 398 080	41	422 697 301	39	939 615 390	12	32 640 886	48	2 195 153	64	VI.
228 739	1 795	169 239 596	52	5 174 049	07	91 404 880	08	90 588 306	55	175 230 219	12	3 427 270	79	225 337	58	VII.
1 359 069	26 430	1 090 767 897	46	37 458 352	26	726 890 950	47	623 771 205	74	1 231 345 994	45	18 774 797	62	1 399 175	20	VIII.
534 851	6 813	592 070 691	76	21 327 665	79	402 326 606	54	350 241 892	45	665 483 071	64	41 426 962	81	4 442 312	46	IX.
1 117 006	25 714	1 067 354 636	88	40 502 079	91	984 760 185	31	865 688 280	30	1 226 928 621	80	43 002 696	60	1 160 201	70	X.
1 321 421	29 591	2 000 425 840	03	74 125 877	55	1 514 017 768	04	1 408 023 116	65	2 180 546 368	97	143 202 627	47	30 881 059	67	XI.
427 368	5 217	374 574 113	47	14 834 132	75	271 239 292	84	205 472 754	94	455 174 784	12	12 718 061	95	1 414	59	XII.
2 247 656	46 883	2 721 948 302	10	98 623 819	81	3 435 077 146	49	3 208 508 747	00	3 047 140 521	40	287 992 897	54	2 903 320	31	XIII.
231 886 [3])	3 981	164 015 458	25	6 349 552	15	184 553 535	58	153 450 797	12	201 467 748	86	10 629 535	38	9 627	43	1.
37 025	263	20 216 309	80	827 963	77	28 031 400	44	20 756 069	51	28 319 604	50	2 030 752	25	—	—	2.
45 384	290	27 232 878	34	874 099	94	47 866 148	35	49 754 456	14	26 218 670	49	2 020 755	41	—	—	3.
10 058	490	10 201 114	89	317 559	95	13 983 201	41	14 196 356	53	10 305 519	72	406 909	23	—	—	4.
1 068 059	8 363	779 489 646	02	28 636 863	24	731 253 592	43	550 360 667	43	989 019 434	26	86 066 310	29	1 235 905	61	5.
528 009 [3])	4 404	466 429 049	24	17 224 884	66	434 257 326	31	351 541 436	08	566 369 824	13	21 220 361	59	332 238	99	6.
1 218 427	—	798 013 422	20	29 295 695	02	736 763 472	99	636 253 993	86	927 818 596	35	—	—	1 794 738	56	7.
448 365	6 953	366 017 847	00	13 694 466	11	298 131 659	72	226 706 923	19	451 137 049	64	11 292 969	37	160 321	00	8.
159 794	10 246	153 842 134	67	5 727 890	11	131 580 738	08	101 530 871	93	189 619 890	93	14 281 560	16	2 521	32	9.
56 285	255	41 962 205	65	1 546 755	67	82 100 341	48	73 488 566	46	52 120 736	34	66 312	88	125 034	87	10.
55 054	3 673	45 350 807	60	1 707 519	17	65 935 101	74	55 237 188	74	57 756 239	77	5 170 497	20	—	—	11.
798 954	17 016	440 051 325	28	15 132 286	83	357 941 417	13	252 014 722	43	561 080 306	81	24 171 521	31	1 363 453	57	12.
480 352	7 217	307 493 189	92	11 237 809	07	230 456 663	28	170 652 578	96	378 535 083	31	8 469 365	17	831 700	07	13.
228 739	1 795	169 239 596	52	5 174 049	07	91 404 880	08	90 588 306	55	175 230 219	12	3 427 270	79	225 337	58	14.
535 266	8 431	444 315 076	26	15 581 086	68	321 836 217	20	274 197 938	70	507 534 441	44	9 432 614	37	390 661	04	15.
593 058	7 916	471 861 195	46	15 920 145	86	291 199 154	97	244 637 285	04	534 343 211	25	7 675 068	65	691 278	74	16.
230 745	10 083	174 591 625	74	5 957 119	72	113 855 578	30	104 935 982	00	189 468 341	76	1 667 114	60	317 235	42	17.
534 851	6 813	592 070 691	76	21 327 665	79	402 326 606	54	350 241 892	45	665 483 071	64	41 426 962	81	4 442 312	46	18.
474 585	14 481	420 291 688	69	16 101 321	65	450 226 717	97	402 706 099	54	483 913 628	77	9 947 475	57	580 918	61	19.
233 649	3 654	186 216 388	56	7 006 997	74	132 475 169	55	107 107 509	57	218 591 046	28	9 495 398	19	302 533	82	20.
141 722	509	163 095 331	91	6 356 854	63	107 103 790	19	94 232 996	76	182 322 979	97	8 169 750	45	101 443	57	21.
89 510	173	113 681 906	29	4 312 802	01	86 051 014	30	78 357 961	18	125 687 761	42	8 405 511	90	8	50	22.
98 203	6 597	120 359 774	20	4 479 010	58	142 458 673	10	127 984 253	40	139 313 234	48	624 547	76	—	—	23.
79 337	300	63 709 547	23	2 245 063	30	66 444 820	20	55 299 459	85	77 099 970	88	6 360 012	73	175 297	20	24.
249 368	1 600	450 627 982	88	16 288 928	94	364 225 011	53	337 235 936	02	493 905 987	33	24 581 410	02	230 061	95	25.
198 837	18 097	240 208 036	02	8 858 387	44	245 330 277	97	227 865 637	40	266 531 064	03	8 478 223	99	65 800	00	26.
873 216	9 894	1 309 589 821	13	48 978 561	17	904 462 478	54	842 921 543	23	1 420 109 317	61	110 142 993	46	30 585 197	72	27.
326 384	4 893	288 753 834	38	11 643 438	96	162 516 302	04	114 748 801	98	348 164 773	40	9 479 534	60	1 414	59	28.
100 984	324	85 820 279	09	3 190 693	79	108 722 990	80	90 723 952	96	107 010 010	72	3 238 527	35	—	—	29.
112 915	225	142 045 234	58	5 248 866	98	244 149 479	90	212 758 496	84	178 685 084	62	11 391 455	67	32 352	68	30.
1 539 028	20 701	1 902 736 013	49	67 521 036	51	1 604 618 099	88	1 570 707 177	53	2 004 167 972	35	157 177 201	88	2 840 454	22	31.
461 319	24 817	513 089 193	99	19 207 869	40	897 280 236	47	800 031 016	97	629 546 282	89	105 651 053	02	—	—	32.
69 303	844	71 351 439	95	3 301 754	22	76 123 579	63	48 650 075	72	102 126 698	08	11 681 719	87	30 513	41	33.
65 091	296	92 726 420	09	3 344 292	70	612 905 750	61	576 361 979	94	132 614 483	46	2 091 467	10	—	—	34.
Landgemeinde-Sparkassen.																
997 601	17 060	1 417 101 428	93	53 387 039	32	983 114 370	71	847 516 831	87	1 606 086 007	09	100 753 646	94	1 094 887	94	Freist. Pr.
93 407	488	58 686 574	14	2 404 134	52	70 201 595	47	51 384 114	15	79 908 189	98	7 943 436	89	2 459	18	II.
37 735	1 792	19 906 568	29	751 943	98	34 019 053	56	28 855 293	69	25 822 282	14	3 309 370	72	—	—	VI.
10 968	932	5 131 649	86	219 252	13	5 104 024	44	2 717 170	27	7 737 756	16	—	—	7 016	08	VIII.
171 073	4 379	300 316 498	25	10 874 218	99	143 892 431	46	115 948 312	72	339 134 835	98	21 173 170	57	291 692	13	IX.
224 671	2 753	319 057 076	82	12 289 521	01	182 289 893	90	151 550 658	73	362 085 833	00	22 895 887	19	273 067	57	X.
93 175	2 931	158 913 094	20	5 919 046	04	122 760 251	10	114 285 152	17	173 307 239	17	7 589 320	15	259 187	07	XI.
11 636	123	9 603 390	93	419 308	19	5 385 346	23	4 173 602	16	11 234 443	19	270 785	74	—	—	XII.
354 936	3 662	545 486 576	44	20 509 614	46	419 461 764	55	378 602 527	98	606 855 427	47	37 571 675	68	261 465	91	XIII.

abgetretenen Gebietsteiles aber einschl. der von Westpreußen östlich des Korridors hinzugekommenen Gebietsteile, die Teile der früheren Provinzen Westpreußen und Posen, die Rheinprovinz ohne die Kreise Eupen und Malmedy; der Umfang aller übrigen Provinzen ist unverändert geblieben. — 3) darunter eine Sparkasse, die die Nachweisung über Frankfurt mußten die Angaben des Jahres 1912 eingestellt werden, weil dort die Erhebung nach neuen Formularen stattfand, in denen die Frage über gesperrte Bücher nicht ent-

(Noch: Taf. 1) **Staat** — **Provinzen** — Regierungsbezirke	Betrag der Rücklagen, wie sie am Schlusse des Rechnungsjahres zu Buche standen		Aus den Rücklagen bezw. den Überschüssen der Rechnungsvorjahre sind zu öffentlichen Zwecken verwendet: seit dem Bestehen der Kassen		Aus den Rücklagen bezw. den Überschüssen der Rechnungsvorjahre sind zu öffentlichen Zwecken verwendet: im letzten Rechnungsjahre		Betrag des eigenen Vermögens der Kassen		Betrag der Zinseinnahmen		Betrag der Zinsausgaben		Betrag der Zinsüberschüsse	
	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.
1	25		26		27		28		29		30		31	
Noch: I. Die städtischen														
Freistaat Preußen[1]	407 304 758	39	438 897 830	79	20 495 365	11	14 500 238	36	654 670 724	27	513 467 948	67	141 202 775	60
Provinzen.														
I. Ostpreußen	10 392 918	81	13 963 582	76	618 194	26	188 805	10	13 288 675	22	9 985 908	57	3 302 766	65
II. Brandenburg	34 290 113	34	26 441 826	35	1 438 112	79	2 470 242	16	72 044 813	18	55 090 988	91	16 953 824	27
III. Stadt Berlin	20 000 000	00	3 537 306	00	—	—	—	—	43 784 497	35	39 315 581	25	4 468 916	10
IV. Pommern	21 322 102	44	28 821 979	96	1 317 278	47	353 412	40	31 075 174	02	24 384 964	98	6 690 209	04
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	1 526 748	16	763 548	40	81 820	45	24 282	10	2 567 898	41	2 073 617	12	494 281	29
VI. Niederschlesien	36 720 137	48	54 768 707	86	2 289 106	78	858 728	69	42 707 938	27	30 835 727	05	11 872 211	22
VII. Oberschlesien	5 502 296	71	5 953 001	02	279 778	44	142 471	93	10 359 483	04	8 324 436	91	2 035 046	13
VIII. Sachsen	51 184 657	91	75 336 905	58	3 450 166	97	3 939 159	10	57 143 256	73	41 455 178	95	15 688 077	78
IX. Schleswig-Holstein	26 566 361	02	27 115 077	38	1 181 043	23	656 769	79	34 589 187	85	27 239 662	64	7 349 525	21
X. Hannover	27 775 825	65	35 979 345	52	1 562 666	40	1 826 665	97	58 305 007	53	45 976 447	43	12 328 560	10
XI. Westfalen	79 890 106	41	82 022 423	26	4 737 652	23	2 165 184	31	114 536 747	15	92 056 443	88	22 480 303	27
XII. Hessen-Nassau	12 385 884	51	8 461 278	81	499 691	98	20 651	83	20 546 911	16	16 123 406	08	4 423 505	08
XIII. Rheinprovinz	79 747 605	95	75 732 847	89	3 039 853	11	1 853 864	98	153 721 134	36	120 605 584	90	33 115 549	46
Regierungsbezirke.														
1. Königsberg	8 372 374	39	12 124 606	08	501 747	13	105 805	10	9 871 549	16	7 344 402	54	2 527 146	62
2. Gumbinnen	915 668	83	1 180 395	73	56 928	66	78 000	00	1 319 165	39	1 040 608	23	278 557	16
3. Allenstein	861 587	94	626 299	24	59 518	47	5 000	00	1 557 092	92	1 182 583	33	374 509	59
4. Westpreußen	243 287	65	32 281	71	—	—	—	—	540 867	75	418 314	47	122 553	28
5. Potsdam	18 449 247	49	11 023 779	97	997 878	16	2 142 932	14	46 621 593	78	35 840 833	96	10 780 759	82
6. Frankfurt	15 840 865	85	15 418 046	38	440 234	63	327 310	02	25 423 219	40	19 250 154	95	6 173 064	45
7. Berlin	20 000 000	00	3 537 306	00	—	—	—	—	43 784 497	35	39 315 581	25	4 468 916	10
8. Stettin	13 389 104	29	19 427 115	44	755 621	16	100 910	19	20 202 911	43	15 721 070	69	4 481 840	74
9. Köslin	5 668 680	98	5 718 538	12	370 317	10	6 036	13	8 834 047	96	6 992 072	27	1 841 975	69
10. Stralsund	2 264 317	17	3 676 326	40	191 340	21	246 466	08	2 038 214	63	1 671 822	02	366 392	61
11. Schneidemühl	1 526 748	16	763 548	40	81 820	45	24 282	10	2 567 898	41	2 073 617	12	494 281	29
12. Breslau	21 610 744	67	30 328 003	13	1 211 121	01	779 259	44	24 690 088	73	17 444 541	98	7 245 546	75
13. Liegnitz	15 109 392	81	24 440 704	73	1 077 985	77	79 469	25	18 017 849	54	13 391 185	07	4 626 664	47
14. Oppeln	5 502 296	71	5 953 001	02	279 778	44	142 471	93	10 359 483	04	8 324 436	91	2 035 046	13
15. Magdeburg	20 760 053	12	31 435 177	00	1 620 548	81	2 383 577	80	23 299 759	97	16 830 990	00	6 468 769	97
16. Merseburg	22 181 492	92	36 504 809	46	1 609 048	11	1 175 111	78	24 573 062	79	17 800 863	45	6 772 199	34
17. Erfurt	8 243 111	87	7 396 919	12	220 570	05	380 469	52	9 270 433	97	6 823 325	50	2 447 108	47
18. Schleswig	26 566 361	02	27 115 077	38	1 181 043	23	656 769	79	34 589 187	85	27 239 662	64	7 349 525	21
19. Hannover	6 533 893	32	6 176 934	91	183 606	39	591 080	34	21 992 508	96	17 790 386	00	4 202 122	96
20. Hildesheim	5 190 937	76	8 568 415	36	494 335	43	32 035	12	10 794 548	53	8 201 970	17	2 592 578	36
21. Lüneburg	4 693 799	44	5 939 939	09	234 815	51	214 513	84	8 825 644	95	7 200 191	73	1 625 453	22
22. Stade	4 057 560	43	7 200 479	31	342 804	22	440 701	00	6 207 704	09	4 920 142	28	1 287 561	81
23. Osnabrück	5 234 296	80	5 636 274	92	145 676	01	415 135	67	6 737 963	67	5 126 763	96	1 611 199	71
24. Aurich	2 065 337	90	2 457 301	93	161 428	84	133 200	00	3 746 637	33	2 736 993	29	1 009 644	04
25. Münster	16 941 311	36	14 127 563	97	852 520	54	361 019	48	25 768 998	17	20 811 512	09	4 957 486	08
26. Minden	7 360 443	96	5 191 634	06	400 771	42	296 571	24	13 501 284	20	10 898 942	95	2 602 341	25
27. Arnsberg	55 588 351	09	62 703 225	23	3 484 360	27	1 507 593	59	75 266 464	78	60 345 988	84	14 920 475	94
28. Cassel	11 090 275	76	7 928 380	31	444 673	71	6 651	83	15 649 879	62	12 623 930	34	3 025 949	28
29. Wiesbaden	1 295 608	75	532 898	50	55 018	27	14 000	00	4 897 031	54	3 499 475	74	1 397 555	80
30. Coblenz	4 680 319	50	3 225 938	01	254 278	47	309 127	66	8 774 996	69	6 807 420	48	1 967 576	21
31. Düsseldorf	58 926 962	49	61 959 078	36	2 622 595	02	968 308	12	104 956 926	62	84 043 959	81	20 912 966	81
32. Köln	14 303 318	08	10 344 719	89	162 979	62	576 429	20	29 812 377	49	21 700 840	50	8 111 536	99
33. Trier	1 636 612	03	203 111	63	—	—	—	—	4 711 527	67	3 874 627	38	836 900	29
34. Aachen	200 393	85	—	—	—	—	—	—	5 465 305	89	4 178 736	73	1 286 569	16
Noch: II. Die Kirchspiels-, Fleckens- und														
Freistaat Preußen[1]	45 387 222	87	27 243 418	77	2 610 374	88	2 187 953	08	79 702 566	58	64 903 389	64	14 799 176	94
Provinzen.														
II. Brandenburg	1 113 624	13	354 769	81	81 249	59	103 699	27	3 590 954	25	2 767 323	79	823 630	46
VI. Niederschlesien	565 028	52	153 657	14	24 483	00	1 600	00	1 095 944	09	864 236	22	231 707	87
VIII. Sachsen	155 170	38	20 200	00	—	—	—	—	298 887	73	240 587	42	58 300	31
IX. Schleswig-Holstein	11 980 438	12	5 989 507	66	437 367	10	251 488	25	16 398 830	23	13 536 198	81	2 862 631	42
X. Hannover	10 988 537	06	10 897 700	45	862 336	55	509 433	38	18 112 985	60	14 380 066	87	3 732 918	73
XI. Westfalen	5 684 244	40	3 801 680	05	345 168	61	643 275	78	8 668 737	42	7 184 801	46	1 483 935	96
XII. Hessen-Nassau	273 002	87	60 251	88	2 046	56	12 942	68	557 434	76	452 189	70	105 245	06
XIII. Rheinprovinz	14 627 177	39	5 965 651	78	857 723	47	665 513	72	30 978 792	50	25 477 985	37	5 500 807	13

[1] vergl. die Anmerkung 1 auf Seite 348.

Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre		Von dem Vermögen der Sparkassen sind zinsbar angelegt												Wiederholung der Spalte 1
		in Hypotheken oder Grundschulden, und zwar auf								bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften		gegen Wechsel		
		städtische Grundstücke				ländliche Grundstücke								
		überhaupt		darunter Tilgungshypotheken		überhaupt		darunter Tilgungshypotheken						
ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	
32		33		34		35		36		37		38		
Sparkassen.														
50 132 517	**37**	**3 646 374 212**	**97**	**477 265 607**	**59**	**504 850 203**	**97**	**79 621 139**	**47**	**3 048 224 547**	**43**	**35 156 310**	**26**	**Freist. Pr.**
1 487 420	34	73 852 973	67	6 607 782	67	5 671 511	83	166 010	64	36 651 355	12	1 807 860	23	I.
6 013 935	94	342 757 109	27	8 595 483	31	34 264 360	45	3 324 460	71	470 833 939	88	1 321 943	00	II.
7 166 460	09	107 569 400	00	—	—	—	—	—	—	154 392 626	53	—	—	III.
2 212 345	63	186 438 172	00	16 023 818	81	53 709 109	28	840 361	48	111 953 484	90	1 034 475	11	IV.
140 859	31	13 926 229	19	5 091 833	23	2 257 522	33	575 866	27	13 986 200	59	505 444	49	V.
3 847 651	56	234 106 224	41	5 600 682	61	34 110 929	54	3 073 027	10	172 123 703	77	12 052 974	00	VI.
1 032 767	63	70 252 378	80	6 958 959	32	4 594 511	69	383 737	73	24 618 658	17	963 535	66	VII.
2 895 474	12	281 867 982	66	17 802 391	61	77 694 934	67	5 015 219	12	235 206 701	25	126 060	00	VIII.
2 864 678	33	220 169 813	87	2 565 795	00	50 888 135	21	446 550	00	116 046 945	90	3 567 671	55	IX.
3 595 168	36	312 445 379	97	42 250 927	06	58 767 056	14	13 616 058	07	338 707 258	74	248 590	00	X.
6 372 178	98	763 324 436	12	137 669 990	06	103 675 456	07	18 206 492	95	540 215 358	78	46 783	43	XI.
1 705 154	52	79 589 980	53	31 795 060	92	37 214 514	40	23 408 295	74	74 868 366	32	400 314	21	XII.
10 798 422	56	960 074 132	48	196 302 882	99	42 002 162	36	10 565 059	66	758 619 947	48	13 080 658	58	XIII.
1 093 948	59	53 566 635	31	4 163 070	79	3 248 720	90	16 992	16	22 702 487	38	261 590	00	1.
131 773	44	10 289 775	00	50 000	00	214 225	00	—	—	7 237 944	94	9 000	00	2.
186 860	68	7 035 891	37	1 386 269	89	1 990 498	45	82 850	00	5 785 631	19	1 449 185	23	3.
74 837	63	2 960 671	99	1 008 441	99	218 067	48	66 168	48	925 291	61	88 085	00	4.
4 491 840	48	213 986 485	23	2 635 434	99	9 653 688	25	231 480	00	333 022 120	54	496 755	00	5.
1 522 095	46	128 770 624	04	5 960 048	32	24 610 672	20	3 092 980	71	137 811 819	34	825 188	00	6.
7 166 460	09	107 569 400	00	—	—	—	—	—	—	154 392 626	53	—	—	7.
1 445 559	00	123 907 532	45	14 181 559	92	32 582 728	21	726 046	48	72 300 290	50	310 220	42	8.
628 559	29	51 581 095	86	1 737 178	89	18 732 257	85	114 315	00	23 821 362	88	655 700	40	9.
138 227	34	10 949 543	69	105 080	00	2 394 123	22	—	—	15 831 831	52	68 554	29	10.
140 859	31	13 926 229	19	5 091 833	23	2 257 522	33	575 866	27	13 986 200	59	505 444	49	11.
2 975 317	72	136 270 196	67	2 855 256	85	17 992 392	45	2 036 728	95	93 495 600	22	11 905 744	00	12.
872 333	84	97 836 027	74	2 745 425	76	16 118 537	09	1 036 298	15	78 628 103	55	147 230	00	13.
1 032 767	63	70 252 378	80	6 958 959	32	4 594 511	69	383 737	73	24 618 658	17	963 535	66	14.
1 049 266	15	110 546 906	08	10 256 913	14	27 001 598	93	2 267 189	41	77 525 447	42	82 315	00	15.
1 426 129	05	127 676 342	11	3 552 815	41	44 712 918	43	2 080 140	66	122 833 803	19	9 975	00	16.
420 078	92	43 644 734	47	3 992 663	06	5 980 417	31	667 889	05	34 847 450	64	33 770	00	17.
2 864 678	33	220 169 813	87	2 565 795	00	50 888 135	21	446 550	00	116 046 945	90	3 567 671	55	18.
1 449 264	11	116 105 677	55	18 232 025	01	13 767 235	18	4 268 313	58	189 311 600	96	—	—	19.
527 904	60	57 620 145	71	11 283 234	73	9 134 072	42	2 312 824	72	51 934 786	72	—	—	20.
470 474	92	47 672 381	63	5 075 903	59	17 307 171	67	5 171 040	99	33 994 569	31	—	—	21.
400 696	59	39 878 812	33	2 474 935	65	8 810 417	76	420 448	40	18 021 999	22	—	—	22.
340 895	01	33 086 515	90	1 173 823	29	4 601 006	80	1 259 098	38	22 387 492	59	—	—	23.
405 933	13	18 081 846	85	4 011 004	79	5 147 152	31	184 332	00	23 056 809	94	248 590	00	24.
1 220 246	36	188 178 925	41	67 212 245	74	25 397 540	58	6 173 618	05	104 031 851	96	1 000	00	25.
876 062	87	49 793 316	95	5 037 261	24	16 556 425	82	560 804	38	70 456 463	21	37 100	00	26.
4 275 869	75	525 352 193	76	65 420 483	08	61 721 489	67	11 472 070	52	365 727 043	61	8 683	43	27.
1 055 933	93	58 851 508	16	25 337 193	55	36 441 409	40	23 086 549	74	59 733 732	65	400 314	21	28.
649 220	59	20 738 472	37	6 457 867	37	773 105	00	321 746	00	15 134 633	67	—	—	29.
602 060	53	33 612 460	31	5 025 169	04	6 514 385	20	914 181	88	34 965 032	27	—	—	30.
7 287 401	54	724 642 366	90	175 382 464	07	27 280 499	52	7 753 239	20	376 590 359	96	13 008 950	00	31.
1 905 721	89	158 862 362	78	14 054 009	81	7 961 232	69	1 871 805	03	236 136 185	54	15 208	58	32.
335 839	95	23 295 349	57	979 389	89	26 500	00	—	—	51 101 868	11	56 500	00	33.
667 398	65	19 661 592	92	861 850	18	219 544	95	25 833	55	59 826 501	60	—	—	34.
Landgemeinde-Sparkassen.														
4 687 179	**70**	**346 386 580**	**97**	**90 432 115**	**84**	**209 097 413**	**87**	**32 442 632**	**64**	**332 680 439**	**17**	**1 843 513**	**45**	**Freist. Pr.**
418 860	59	13 398 108	33	1 784 500	00	5 851 511	43	625 086	43	22 307 836	97	—	—	II.
69 358	48	5 959 761	49	78 287	59	1 088 370	82	107 175	82	7 666 312	88	45 735	00	VI.
7 523	61	1 227 190	92	569 595	42	534 675	39	114 293	39	1 021 117	44	—	—	VIII.
879 200	49	43 424 320	70	175 451	41	89 938 828	93	224 885	00	67 377 045	22	1 747 369	00	IX.
928 384	62	37 267 900	52	9 010 328	86	72 853 715	37	22 439 173	40	61 239 841	81	3 999	45	X.
533 082	15	47 219 660	39	7 211 639	03	16 181 833	65	983 864	53	39 064 634	12	—	—	XI.
33 020	45	81 168	33	37 168	33	2 590 500	66	2 230 930	90	876 704	44	760	00	XII.
1 817 749	31	197 808 470	29	71 565 145	20	20 057 977	62	5 717 223	17	133 126 946	29	45 650	00	XIII.

(Noch: Taf. 1)

Noch: Von dem Vermögen der Sparkassen sind zinsbar

Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	gegen Faustpfand		auf Schuldscheine ohne Bürgschaft		auf Schuldscheine mit Bürgschaft		in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder, wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem		der Ankaufswert dieser Papiere (Sp. 42) beträgt		der Nennwert dieser Papiere (Sp. 42) beträgt		in sonstigen Anlagen	
	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.
1	39		40		41		42		43		44		45	
Noch: I. Die städtischen														
Freistaat Preußen[1]	**140 283 959**	**49**	**1 441 595**	**87**	**47 859 271**	**25**	**5 208 367 985**	**43**	**6 549 810 314**	**79**	**6 706 568 791**	**37**	**598 965 887**	**63**
Provinzen.														
I. Ostpreußen	7 806 709	45	94 115	00	3 336 716	68	94 734 134	28	123 201 388	46	125 165 825	00	41 163 843	78
II. Brandenburg	5 048 598	48	5 234	75	773 719	13	602 446 776	90	777 425 783	38	796 002 930	50	16 081 827	33
III. Stadt Berlin	422 501	00	—	—	—	—	476 620 143	67	569 485 308	60	587 152 835	00	—	—
IV. Pommern	5 429 500	74	167 640	00	1 299 099	41	272 878 390	68	339 254 383	17	346 039 550	00	23 559 892	54
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	2 793 823	73	220 103	28	139 251	90	16 319 995	93	20 066 030	25	20 554 800	00	3 926 270	68
VI. Niederschlesien	56 067 959	79	52 207	25	426 835	79	331 827 391	24	421 586 479	38	434 031 593	21	67 461 501	45
VII. Oberschlesien	525 532	32	28 088	67	155 704	57	98 818 897	43	121 652 349	25	124 454 930	00	1 850 216	37
VIII. Sachsen	13 955 754	74	484 053	74	357 102	86	516 210 777	65	662 461 439	72	676 700 105	00	36 681 449	10
IX. Schleswig-Holstein	5 834 406	12	11 097	58	13 715 251	01	220 492 119	52	266 708 011	21	274 306 575	00	65 647 531	49
X. Hannover	9 017 453	55	248 841	10	2 494 856	98	401 647 409	08	507 860 976	54	522 254 348	19	65 848 353	19
XI. Westfalen	14 407 528	32	76 117	50	12 043 365	68	790 912 540	27	992 197 395	46	1 014 439 497	00	82 074 041	71
XII. Hessen-Nassau	2 976 723	21	—	—	5 487 264	48	193 064 980	16	240 799 555	11	246 095 727	47	31 232 385	99
XIII. Rheinprovinz	15 997 468	04	54 097	00	7 630 102	76	1 189 394 428	62	1 507 111 214	26	1 539 370 075	00	163 438 574	00
Regierungsbezirke.														
1. Königsberg	5 695 529	80	—	—	2 278 615	85	74 589 073	63	97 801 611	02	99 149 075	00	32 252 816	18
2. Gumbinnen	129 929	76	22 000	00	—	—	6 871 027	50	8 793 442	60	9 092 800	00	5 736 620	23
3. Allenstein	1 815 609	89	6 370	00	930 833	12	9 576 924	75	11 907 187	31	12 145 600	00	1 352 329	23
4. Westpreußen	165 640	00	65 745	00	127 267	71	3 697 108	40	4 699 147	53	4 778 350	00	1 822 078	14
5. Potsdam	1 569 261	94	2 000	00	76 280	00	378 617 038	32	490 014 571	42	501 942 490	50	1 260 778	09
6. Frankfurt	3 479 336	54	3 234	75	697 439	13	223 829 738	58	287 411 211	96	294 060 440	00	14 821 049	24
7. Berlin	422 501	00	—	—	—	—	476 620 143	67	569 485 308	60	587 152 835	00	—	—
8. Stettin	2 151 758	78	32 270	00	800 706	68	191 010 200	89	237 227 740	93	242 287 585	00	3 226 572	26
9. Köslin	1 631 858	05	61 770	00	318 968	97	67 030 912	04	83 337 283	76	84 902 450	00	20 106 037	62
10. Stralsund	1 645 883	91	73 600	00	179 423	76	14 837 277	75	18 689 358	48	18 849 515	00	227 282	66
11. Schneidemühl	2 793 823	73	220 103	28	139 251	90	16 319 995	93	20 066 030	25	20 554 800	00	3 926 270	68
12. Breslau	51 886 391	41	31 057	25	235 613	00	171 708 202	18	216 960 077	60	224 980 400	90	55 425 760	36
13. Liegnitz	4 181 568	38	21 150	00	191 222	79	160 119 189	06	204 626 401	78	209 051 192	31	12 035 741	09
14. Oppeln	525 532	32	28 088	67	155 704	57	98 818 897	43	121 652 349	25	124 454 930	00	1 850 216	37
15. Magdeburg	2 027 356	12	1 800	00	177 472	70	227 970 503	07	294 233 604	36	300 467 165	00	26 413 389	42
16. Merseburg	10 856 897	62	5 904	01	65 725	00	207 303 305	26	265 606 593	69	271 435 440	00	2 371 374	04
17. Erfurt	1 071 501	00	476 349	73	113 905	16	80 936 969	32	102 621 241	67	104 797 500	00	7 896 685	64
18. Schleswig	5 834 406	12	11 097	58	13 715 251	01	220 492 119	52	266 708 011	21	274 306 575	00	65 647 531	49
19. Hannover	2 297 960	51	48 647	80	292 744	13	119 672 567	25	146 050 167	26	150 858 889	46	22 347 707	92
20. Hildesheim	712 650	12	80 797	30	333 164	66	84 940 843	03	106 989 699	92	109 519 025	00	8 500 915	69
21. Lüneburg	2 148 040	77	101 151	30	53 308	63	69 667 976	42	89 656 929	31	91 648 753	25	6 621 233	49
22. Stade	349 184	80	14 399	70	121 981	41	49 011 223	96	63 001 498	71	64 372 760	00	9 415 502	97
23. Osnabrück	1 776 146	62	2 430	00	203 205	42	58 577 594	11	73 370 078	12	76 152 620	00	10 144 375	19
24. Aurich	1 733 470	73	1 415	00	1 490 452	73	22 777 204	31	28 792 603	22	29 702 300	48	8 818 617	93
25. Münster	2 237 799	56	5 000	00	1 696 811	26	168 459 548	84	213 863 698	16	218 363 465	00	30 959 993	56
26. Minden	2 139 444	16	31 310	00	1 400 144	13	98 925 400	16	120 500 101	22	123 324 225	00	29 515 343	01
27. Arnsberg	10 030 284	60	39 807	50	8 946 410	29	523 527 591	27	657 833 596	08	672 751 807	00	21 598 705	14
28. Cassel	2 492 103	58	—	—	2 782 218	73	151 469 722	96	189 655 315	41	193 453 427	47	10 339 863	99
29. Wiesbaden	484 619	63	—	—	2 705 045	75	41 595 257	20	51 144 239	70	52 642 300	00	20 892 522	00
30. Coblenz	1 890 181	64	15 500	00	825 863	26	87 238 101	35	108 747 195	50	110 212 250	00	11 230 653	13
31. Düsseldorf	9 417 391	31	37 297	00	6 246 633	20	844 803 101	10	1 066 526 050	48	1 091 494 525	00	108 656 517	31
32. Köln	3 877 695	68	1 300	00	399 438	57	186 888 486	30	248 105 805	96	252 281 250	00	23 552 372	76
33. Trier	378 479	41	—	—	51 768	48	27 733 737	32	36 202 281	95	37 050 650	00	10 793 215	79
34. Aachen	433 720	00	—	—	106 399	25	42 731 002	55	47 529 880	37	48 331 400	00	9 205 815	01
Noch: II. Die Kirchspiels-, Fleckens- und														
Freistaat Preußen[1]	**8 623 526**	**15**	**4 287 149**	**64**	**23 058 515**	**13**	**593 228 656**	**05**	**735 429 047**	**95**	**757 359 123**	**19**	**118 402 124**	**19**
Provinzen.														
II. Brandenburg	41 060	00	3 448 756	36	25 992	50	29 624 921	30	37 924 718	00	38 697 350	00	1 452 179	50
VI. Niederschlesien	456 765	90	7 843	08	112 238	00	6 883 681	20	8 679 102	04	8 892 400	00	2 798 950	48
VIII. Sachsen	271 643	80	—	—	45 715	72	3 633 336	95	4 051 003	05	4 259 550	00	210 403	14
IX. Schleswig-Holstein	2 198 914	29	102 725	00	16 953 163	72	89 915 041	21	104 248 287	60	107 986 595	00	29 305 829	69
X. Hannover	2 631 415	78	627 195	20	2 114 157	85	157 869 712	05	200 759 537	37	205 411 457	78	30 047 420	40
XI. Westfalen	1 345 086	16	22 950	00	585 413	01	68 030 836	62	82 215 949	21	85 478 700	00	5 527 938	28
XII. Hessen-Nassau	36 529	00	—	—	105 582	78	6 808 438	08	7 672 198	74	7 823 650	00	43 143	69
XIII. Rheinprovinz	1 642 111	22	77 680	00	3 116 251	55	230 462 688	64	289 878 251	94	298 809 420	41	49 016 259	01

[1]) vergl. die Anmerkung 1 auf Seite 348.

angelegt: zusammen (Inhaberpapiere nach Spalte 42 eingestellt) ℳ	Pf.	dabei in Schuldverschreibungen (Nennwert): des Deutschen Reiches ℳ	Preußens ℳ	Pf.	Anzahl: der am Schlusse des Rechnungsjahres im Besitze der Sparkassen befindlichen Grundstücke aus Zwangsversteigerungen	davon im Berichtsjahre erworben	Hypothekarisch darauf (Spalte 49) haftende Sparkassengelder ℳ	Pf.	Verlust an Zins, Kapital und Kosten bei Wiederveräußerung in der Zwangsversteigerung übernommener Grundstücke im Berichtsjahre ℳ	Pf.	Betrag des baren Kassenbestandes in allen Abteilungen der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres ℳ	Pf.	Wiederholung der Spalte 1
46		47	48		49	50	51		52		53		
Sparkassen.													
13 231 523 974	**30**	**4 724 365 200**	**734 001 005**	**48**	**230**	**9**	**6 438 952**	**47**	**152 403**	**05**	**542 456 452**	**70**	**Freist. Pr.**
265 119 220	04	93 212 200	11 966 475	00	—	—	—	—	—	—	16 350 658	12	I.
1 473 533 509	19	542 939 500	119 238 800	00	1	—	18 000	00	—	—	101 420 606	05	II.
739 004 671	20	278 408 500	63 694 000	00	1	—	80 C00	00	—	—	155 021 150	47	III.
656 469 764	66	219 179 100	42 519 500	00	17	—	703 100	00	1 250	00	40 237 303	34	IV.
54 074 842	12	15 448 200	1 696 450	00	—	—	—	—	—	—	5 620 649	02	V.
908 229 727	24	270 654 600	61 439 450	00	1	—	55 000	00	—	—	44 483 033	86	VI.
201 807 523	68	93 557 500	12 561 000	00	1	—	52 000	00	—	—	6 168 186	08	VII.
1 162 584 816	67	466 973 600	92 668 150	00	5	—	191 729	00	16 121	29	25 159 594	98	VIII.
696 372 972	25	222 911 000	16 780 900	00	6	—	97 866	02	—	—	13 473 553	18	IX.
1 192 425 198	75	378 824 900	38 718 230	48	7	—	129 339	58	—	—	22 905 147	68	X.
2 306 775 627	88	785 775 500	82 451 200	00	82	5	2 491 207	71	129 388	44	38 903 183	38	XI.
424 834 529	30	178 000 500	19 306 250	00	1	—	600	00	—	—	8 878 576	13	XII.
3 150 291 571	32	1 178 480 100	170 960 600	00	108	4	2 620 110	16	5 643	32	63 834 810	41	XIII.
194 595 469	05	71 369 700	11 322 000	00	—	—	—	—	—	—	14 518 233	62	1.
30 510 522	43	6 722 400	187 500	00	—	—	—	—	—	—	329 472	35	2.
29 943 273	23	11 075 400	332 700	00	—	—	—	—	—	—	743 370	10	3.
10 069 955	33	4 044 700	124 275	00	—	—	—	—	—	—	759 582	05	4.
938 684 407	37	352 742 700	80 495 300	00	—	—	—	—	—	—	62 053 331	46	5.
534 849 101	82	190 196 800	38 743 500	00	1	—	18 000	00	—	—	39 367 274	59	6.
739 004 671	20	278 408 500	63 694 000	00	1	—	80 000	00	—	—	155 021 150	47	7.
426 322 280	19	150 186 200	30 806 000	00	16	—	493 100	00	1 250	00	24 436 764	26	8.
183 939 963	67	61 101 100	8 653 500	00	1	—	210 000	00	—	—	10 273 247	35	9.
46 207 520	80	7 891 800	3 060 000	00	—	—	—	—	—	—	5 527 291	73	10.
54 074 842	12	15 448 200	1 696 450	00	—	—	—	—	—	—	5 620 649	02	11.
538 950 957	54	128 321 400	38 004 900	00	—	—	—	—	—	—	27 262 710	59	12.
369 278 769	70	142 333 200	23 434 550	00	1	—	55 000	00	—	—	17 220 323	27	13.
201 807 523	68	93 557 500	12 561 000	00	1	—	52 000	00	—	—	6 168 186	08	14.
471 746 788	74	208 035 300	35 503 100	00	—	—	—	—	11 199	82	8 955 513	79	15.
515 836 244	66	179 591 100	46 235 150	00	5	—	191 729	00	4 921	47	10 947 553	51	16.
175 001 783	27	79 347 200	10 929 900	00	—	—	—	—	—	—	5 256 527	68	17.
696 372 972	25	222 911 000	16 780 900	00	6	—	97 866	02	—	—	13 473 553	18	18.
463 844 141	30	87 387 000	11 157 300	00	1	—	13 200	00	—	—	16 086 966	48	19.
213 257 375	65	81 697 200	7 661 800	00	1	—	6 000	00	—	—	1 274 847	58	20.
177 565 833	22	71 805 700	7 537 700	00	—	—	—	—	—	—	2 683 653	54	21.
125 623 522	15	50 798 700	5 008 400	00	3	—	74 199	43	—	—	1 549 727	30	22.
130 778 766	63	64 906 700	2 976 000	00	2	—	35 940	15	—	—	490 934	53	23.
81 355 559	80	22 229 600	4 377 030	48	—	—	—	—	—	—	819 018	25	24.
520 968 471	17	181 077 000	16 111 150	00	38	5	1 008 282	59	111 230	73	10 774 645	06	25.
268 854 947	44	103 348 200	7 485 750	00	1	—	110 300	00	—	—	2 373 195	91	26.
1 516 952 209	27	501 350 300	58 854 300	00	43	—	1 372 625	12	18 157	71	25 755 342	41	27.
322 510 873	68	137 736 800	15 887 550	00	1	—	600	00	—	—	6 417 210	30	28.
102 323 655	62	40 263 700	3 418 700	00	—	—	—	—	—	—	2 461 365	83	29.
176 292 177	16	84 619 600	8 353 350	00	3	—	87 217	35	—	—	2 460 960	42	30.
2 110 683 116	30	867 657 000	112 373 950	00	100	2	2 405 588	29	5 643	32	45 681 213	12	31.
617 694 282	90	168 232 700	44 678 850	00	3	1	74 304	52	—	—	13 715 477	81	32.
113 437 418	68	19 497 900	4 662 750	00	1	1	40 000	00	—	—	444 838	86	33.
132 184 576	28	38 472 900	891 700	00	1	—	13 000	00	—	—	1 532 320	20	34.
Landgemeinde-Sparkassen.													
1 637 607 918	**62**	**631 877 300**	**46 933 348**	**00**	**67**	**2**	**1 778 491**	**14**	**639**	**85**	**50 045 178**	**55**	**Freist. Pr.**
76 150 366	39	32 148 000	3 213 000	00	—	—	—	—	—	—	6 222 931	40	II.
25 019 658	85	6 433 800	1 123 000	00	—	—	—	—	—	—	1 375 501	18	VI.
6 944 083	36	2 529 100	765 350	00	—	—	—	—	—	—	500 529	85	VIII.
340 963 237	76	86 335 100	6 325 000	00	1	—	81 000	00	—	—	17 434 746	22	IX.
364 655 358	43	174 383 300	10 969 098	00	2	—	8 367	87	—	—	2 392 060	60	X.
177 978 352	23	73 471 000	5 049 750	00	9	—	306 448	15	—	—	3 355 986	48	XI.
10 542 826	98	5 044 100	255 150	00	—	—	—	—	—	—	81 187	27	XII.
635 354 034	62	251 532 900	19 233 000	00	55	2	1 382 675	12	639	85	18 682 235	55	XIII.

(Noch: Taf. 1)

Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	Zahl der: Sparkassen	Zahl der: Zweig- oder Nebenkassen	Zahl der: Sammel- oder Annahmestellen	Zahl der: Verkaufsstellen von Sparmarken	An Sparbüchern wurden im Laufe des Jahres: ausgegeben	An Sparbüchern wurden im Laufe des Jahres: zurückgenommen	befanden sich am Jahresschlusse im Umlaufe mit Ein-: bis 60 ℳ	über 60 bis 150 ℳ	über 150 bis 300 ℳ	über 300 bis 600 ℳ	über 600 bis 1 500 ℳ	über 1 500 bis 3 000 ℳ	über 3 000 bis 10000 ℳ	über 10 000 ℳ
					Stück									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Noch: II. Die Kirchspiels-, Fleckens- und														
Regierungsbezirke.														
5. Potsdam	9	4	24	7	18 471	14 698	34 204	10 020	7 857	9 342	12 458	7 086	5 275	507
6. Frankfurt	1	—	—	—	929	833	1 579	775	660	868	1 296	785	630	65
12. Breslau	10	—	9	6	3 944	1 576	9 124	3 466	2 849	3 103	3 683	1 556	874	102
13. Liegnitz	6	—	1	—	2 707	897	5 058	1 888	1 350	1 560	1 681	827	515	99
15. Magdeburg	3	—	—	—	968	692	2 993	853	694	758	934	468	336	47
16. Merseburg	2	—	—	1	1 549	363	1 229	580	407	429	624	347	256	13
18. Schleswig	111	1	55	15	20 196	13 275	41 027	21 251	17 562	18 788	25 377	18 196	21 965	6 907
19. Hannover	3	—	—	—	1 326	807	3 496	1 548	1 325	1 754	2 389	1 556	1 450	331
20. Hildesheim	2	—	—	—	1 171	821	2 489	1 248	1 070	1 385	2 057	1 243	1 149	140
21. Lüneburg	7	4	20	25	4 263	2 884	9 034	4 137	3 702	4 624	7 102	4 587	5 186	1 234
22. Stade	23	2	16	1	10 703	7 091	30 328	12 665	10 220	12 209	17 846	11 697	12 489	2 602
23. Osnabrück	11	—	1	—	4 711	2 468	7 740	4 418	4 004	5 254	8 742	6 228	6 601	1 39[illegible]
24. Aurich	2	—	—	—	576	502	1 695	709	643	750	1 001	588	514	94
25. Münster	5	—	—	—	4 509	2 755	7 452	2 920	2 681	2 962	4 217	2 921	3 370	741
26. Minden	2	—	2	—	1 054	389	2 783	844	752	860	1 126	695	796	190
27. Arnsberg	16	—	7	1	7 945	4 237	13 008	6 449	5 693	7 489	9 305	6 790	7 188	1 943
28. Cassel	3	—	—	—	1 041	631	3 272	1 329	1 122	2 300	1 911	975	657	70
30. Coblenz	2	—	—	—	595	221	3 379	799	623	619	799	509	421	134
31. Düsseldorf	63	4	8	3	42 197	35 192	90 978	30 433	23 680	29 011	42 889	30 656	33 924	6 893
32. Köln	10	8	7	7	10 394	4 481	9 217	4 001	3 475	4 472	7 525	6 471	8 676	1 794
33. Trier	4	—	2	—	2 289	1 502	4 053	1 539	1 289	1 412	2 139	1 492	1 292	342
III. Die Kreis- und														
Freistaat Preußen [1]	**445**	**755**	**3 362**	**1 149**	**832 183**	**554 489**	**1 728 251**	**692 248**	**581 151**	**702 712**	**975 299**	**629 237**	**565 587**	**98 110**
Provinzen.														
I. Ostpreußen	38	38	488	180	58 964	49 234	152 244	47 588	37 046	42 735	54 203	30 252	23 740	4 514
II. Brandenburg	26	222	196	121	93 511	84 720	231 899	95 530	80 042	96 848	139 848	87 314	66 467	5 408
IV. Pommern	26	16	134	80	62 521	31 578	116 558	49 640	42 622	53 169	75 992	48 697	41 793	5 171
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	6	4	44	—	11 547	9 138	26 495	9 973	8 412	10 661	13 923	7 557	4 463	516
VI. Niederschlesien	35	—	412	98	50 016	28 652	116 758	53 513	44 107	49 843	64 473	35 647	22 777	2 154
VII. Oberschlesien	19	16	148	165	23 390	32 426	88 267	25 496	20 880	26 398	34 564	20 150	15 947	1 829
VIII. Sachsen	33	124	449	160	76 646	51 441	208 299	85 429	73 920	85 343	109 581	63 854	49 433	6 640
IX. Schleswig-Holstein	12	78	48	15	12 202	7 560	15 840	6 532	4 627	5 364	6 937	5 053	5 389	1 455
X. Hannover	70	61	382	131	110 729	59 856	218 332	99 911	81 520	98 974	140 727	93 960	94 098	19 154
XI. Westfalen	100	58	188	5	144 158	86 576	239 154	102 812	87 535	109 532	159 292	112 002	119 118	25 257
XII. Hessen-Nassau	30	48	284	194	29 464	16 374	76 883	31 137	26 626	31 240	38 226	23 327	16 736	2 240
XIII. Rheinprovinz	50	90	589	—	159 035	96 934	237 522	84 687	73 814	92 605	137 533	101 424	105 626	23 772
Regierungsbezirke.														
1. Königsberg	14	14	272	107	22 428	16 085	57 919	17 668	13 920	16 163	21 504	12 047	9 983	2 395
2. Gumbinnen	11	10	63	52	16 380	11 827	49 794	14 811	11 507	13 348	15 448	8 042	5 643	852
3. Allenstein	9	7	124	21	15 787	13 843	30 987	10 096	7 632	8 441	11 070	6 623	4 978	667
4. Westpreußen	4	7	29	—	4 369	7 479	13 544	5 013	3 987	4 783	6 181	3 540	3 136	600
5. Potsdam	13	41	192	43	73 903	72 929	187 474	75 671	63 568	77 835	113 097	71 168	53 184	4 054
6. Frankfurt	13	181	4	78	19 608	11 791	44 425	19 859	16 474	19 013	26 751	16 146	13 283	1 354
8. Stettin	10	11	64	80	21 767	9 477	34 090	14 908	12 602	15 740	23 495	15 498	14 724	1 870
9. Köslin	12	5	30	—	32 764	17 251	61 526	26 507	23 702	30 226	42 837	27 446	22 384	2 635
10. Stralsund	4	—	40	—	7 990	4 850	20 942	8 225	6 318	7 203	9 660	5 753	4 685	666
11. Schneidemühl	6	4	44	—	11 547	9 138	26 495	9 973	8 412	10 661	13 923	7 557	4 463	516
12. Breslau	22	—	270	83	28 628	17 827	74 776	31 222	25 081	28 101	37 125	21 241	13 810	1 484
13. Liegnitz	13	—	142	15	21 388	10 825	41 982	22 291	19 026	21 742	27 348	14 406	8 967	670
14. Oppeln	19	16	148	165	23 390	32 426	88 267	25 496	20 880	26 398	34 564	20 150	15 947	1 829
15. Magdeburg	9	77	156	25	16 860	12 521	64 677	21 230	18 556	21 081	26 402	15 282	11 149	1 487
16. Merseburg	16	45	225	126	42 508	28 288	101 818	44 344	37 641	44 599	59 707	34 566	27 377	3 28[illegible]
17. Erfurt	8	2	68	9	17 278	10 632	41 804	19 855	17 723	19 663	23 472	14 006	10 907	1 871
18. Schleswig	12	78	48	15	12 202	7 560	15 840	6 532	4 627	5 364	6 937	5 053	5 389	1 455
19. Hannover	15	10	128	—	27 482	15 913	56 121	23 998	18 764	22 119	31 772	22 476	22 018	4 523
20. Hildesheim	15	2	46	2	23 168	14 675	44 588	22 963	19 829	24 609	35 271	23 003	22 167	3 736
21. Lüneburg	15	25	83	78	22 198	14 815	55 279	25 745	20 435	25 676	37 060	24 607	25 661	5 428
22. Stade	12	9	42	51	15 663	5 673	27 324	11 916	9 830	11 724	15 796	10 440	10 798	2 825
23. Osnabrück	9	15	31	—	15 897	5 967	21 215	10 717	9 431	11 089	16 398	10 821	10 846	2 043
24. Aurich	4	—	52	—	6 321	2 813	13 805	4 572	3 231	3 757	4 430	2 613	2 608	599
25. Münster	17	50	42	3	32 720	16 416	44 035	19 536	16 864	22 180	33 341	24 247	28 345	6 834
26. Minden	21	3	95	—	41 654	21 352	60 929	31 072	28 372	36 023	52 607	36 208	37 594	6 540
27. Arnsberg	62	5	51	2	69 784	48 808	134 190	52 204	42 299	51 329	73 344	51 547	53 179	11 883
28. Cassel	19	48	36	6	21 531	10 371	43 248	23 201	20 207	23 932	29 273	17 790	12 660	1 744
29. Wiesbaden	11	—	248	188	7 933	6 003	33 635	7 936	6 419	7 308	8 953	5 537	4 076	496
30. Coblenz	13	7	126	—	35 984	17 794	57 677	19 206	17 367	21 167	33 445	25 639	23 941	3 792
31. Düsseldorf	9	2	23	—	33 941	19 142	36 782	14 998	14 260	19 270	24 790	15 799	20 342	5 827
32. Köln	8	28	117	—	37 583	21 229	56 020	21 172	18 300	21 794	32 292	25 502	26 390	6 421
33. Trier	12	26	270	—	35 463	31 173	59 453	19 640	16 521	21 218	32 916	25 363	25 307	5 504
34. Aachen	8	27	53	—	16 064	7 596	27 590	9 671	7 366	9 156	14 090	9 121	9 646	2 228

[1]) vergl. die Anmerk. 1 auf Seite 348. — [2]) vergl. die Anmerk. 3 auf Seite 348. — [3]) darunter 6 065 815,75 ℳ Guthaben der Hypothekenschuldner bei der Kreissparkasse Celle

…agen überhaupt	…agen darunter gesperrte Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsvorjahres ℳ	Pf.	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Zuschreibung von Zinsen ℳ	Pf.	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen ℳ	Pf.	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre ℳ	Pf.	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres ℳ	Pf.	Betrag der Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres ℳ	Pf.	Betrag des Sonder- oder Sparstocks ℳ	Pf.	Wiederholung der Spalte 1
16	17	18		19		20		21		22		23		24		
…Landgemeinde-Sparkassen.																
86 749	311	51 227 222	07	2 132 652	72	65 280 330	65	48 072 967	96	70 567 237	48	6 735 805	00	2 459	18	5.
6 658	177	7 459 352	07	271 481	80	4 921 264	82	3 311 146	19	9 340 952	50	1 207 631	89	—	—	6.
24 757	1 669	12 434 292	12	453 852	87	19 877 811	89	16 523 850	13	16 242 106	75	2 748 436	66	—	—	12.
12 978	123	7 472 276	17	298 091	11	14 141 251	67	12 331 443	56	9 580 175	39	560 934	06	—	—	13.
7 083	482	3 704 080	26	140 548	83	2 657 960	39	1 891 212	80	4 611 376	68	—	—	7 016	08	15.
3 885	450	1 427 569	60	73 703	30	2 446 064	05	825 957	47	3 126 379	48	—	—	—	—	16.
171 073	4 379	300 316 498	25	10 874 218	99	143 892 431	46	115 948 312	72	339 134 835	98	21 173 170	57	291 692	13	18.
13 849	2	17 080 190	93	705 012	36	20 319 046	50	17 063 262	50	21 040 987	29	—	—	—	—	19.
10 781	67	11 548 058	74	428 660	79	9 709 322	56	7 999 098	42	13 686 943	67	59 289	78	58 700	68	20.
39 606	464	66 551 096	69	2 426 062	99	39 467 924	90	37 022 513	14	71 422 571	44	3 560 096	56	100 696	97	21.
110 056	1 955	143 052 572	00	5 698 220	90	71 292 752	97	55 908 565	92	164 134 979	95	17 343 066	78	113 669	92	22.
44 385	265	72 857 915	23	2 827 108	34	35 890 731	83	26 606 824	65	84 968 930	75	1 933 434	07	—	—	23.
5 994	—	7 967 243	23	204 455	63	5 610 115	14	6 950 394	10	6 831 419	90	—	—	—	—	24.
27 264	912	43 915 868	80	1 612 756	46	54 285 627	59	53 704 451	96	46 109 800	89	1 560 267	43	—	—	25.
8 046	97	10 085 248	18	382 739	72	8 053 380	90	7 182 829	04	11 338 539	76	—	—	—	—	26.
57 865	1 922	104 911 977	22	3 923 549	86	60 421 242	61	53 397 871	17	115 858 898	52	6 029 052	72	259 187	07	27.
11 636	123	9 603 390	93	419 308	19	5 385 346	23	4 173 602	16	11 234 443	19	270 785	74	—	—	28.
7 283	79	8 098 998	64	307 950	33	7 721 382	80	7 799 480	00	8 328 851	77	27 854	54	—	—	30.
288 464	1 979	429 950 668	96	15 969 284	60	314 579 468	26	289 404 371	35	471 095 050	47	32 357 026	49	261 465	91	31.
45 631	1 283	92 539 355	29	3 653 967	64	84 391 533	94	73 588 824	02	106 996 032	85	5 186 794	65	—	—	32.
13 558	321	14 897 553	55	578 411	89	12 769 379	55	7 809 852	61	20 435 492	38	—	—	—	—	33.
Amts-Sparkassen.																
5 972 595	**61 782**	**6 939 287 721**	**25**	**262 435 080**	**42**	**6 359 924 300**	**60**	**5 239 400 687**	**22**	**8 322 246 415**	**05**	**446 611 256**	**03**	**14 190 223**	**18**	**Freist. Pr.**
392 322	7 340	330 330 066	68	12 184 048	66	310 981 383	62	273 624 471	74	379 871 027	22	35 199 213	82	303 905	37	I.
803 356	5 676	658 029 964	16	25 313 418	12	846 278 227	22	695 533 736	24	834 087 873	26	26 145 532	18	1 738 085	04	II.
433 642	6 301	444 020 159	71	17 066 294	70	498 510 431	66	400 881 731	39	558 715 154	68	25 069 682	43	644 290	67	IV.
82 000	1 584	65 222 281	19	2 298 784	80	62 767 166	93	48 811 253	76	81 476 979	16	2 858 653	05	201 510	36	V.
389 272	7 071	267 820 528	50	10 131 138	24	218 361 949	92	143 193 058	11	353 120 558	55	19 978 469	46	795 139	34	VI.
233 531	707	193 908 702	14	6 519 891	45	129 062 758	19	113 376 428	79	216 114 922	99	5 965 202	96	535 473	70	VII.
682 499	7 143	630 079 358	68	21 806 683	73	438 242 281	81	357 091 784	28	733 036 539	94	13 129 940	81	57 111	86	VIII.
51 197	234	79 765 622	96	3 025 813	74	102 667 473	92	85 774 340	30	99 684 570	32	20 613 698	95	—	—	IX.
846 676	13 214	1 169 292 782	82	45 656 896	74	719 451 352	25	570 265 880	27	1 364 135 151	54	81 855 928	50	7 761 944	83	X.
954 702	3 144	1 543 047 911	67	56 785 773	05	1 082 682 258	52	959 818 760	92	1 722 697 182	32	78 649 072	64	1 698 930	87	XI.
246 415	4 722	227 617 032	79	9 256 220	14	147 143 436	38	102 480 336	56	281 536 352	75	16 118 534	31	25 365	95	XII.
856 983	4 646	1 330 153 309	95	52 390 117	05	1 803 775 580	18	1 488 548 904	86	1 697 770 102	32	121 027 326	92	428 465	19	XIII.
151 599 ²)	1 374	127 709 936	19	5 093 515	97	151 858 967	94	124 165 567	04	160 496 853	06	15 223 821	54	80 541	04	1.
119 445	1 324	75 712 221	87	2 840 448	67	77 307 180	58	60 938 871	90	94 920 979	22	4 341 771	88	173 364	33	2.
80 494	4 353	70 584 553	08	2 445 410	25	49 430 544	82	48 279 863	22	74 180 644	93	4 523 621	54	50 000	00	3.
40 784	289	56 323 355	54	1 804 673	77	32 384 690	28	40 240 169	58	50 272 550	01	11 109 998	86	—	—	4.
646 051	4 046	526 461 158	13	20 174 734	78	735 969 331	82	621 033 640	30	661 571 584	43	16 719 018	87	928 265	25	5.
157 305 ²)	1 630	131 568 806	03	5 138 683	34	110 308 895	40	74 500 095	94	172 516 288	83	9 426 513	31	809 819	79	6.
132 927	2 033	149 327 402	78	5 653 704	58	172 180 789	61	140 930 122	92	186 231 774	05	12 700 421	94	356 336	40	8.
237 263	1 893	239 605 969	97	9 519 720	86	197 282 913	63	143 507 756	57	302 900 847	89	10 892 779	99	287 954	27	9.
63 452	2 375	55 086 786	96	1 892 869	26	129 046 728	42	116 443 851	90	69 582 532	74	1 476 480	50	—	—	10.
82 000	1 584	65 222 281	19	2 298 784	80	62 767 166	93	48 811 253	76	81 476 979	16	2 858 653	05	201 510	36	11.
232 840	6 806	151 161 092	06	5 746 226	60	126 988 545	38	83 541 054	21	200 354 809	83	17 343 849	05	492 937	40	12.
156 432	265	116 659 436	44	4 384 911	64	91 373 404	54	59 652 003	90	152 765 748	72	2 634 620	41	302 201	94	13.
233 531	707	193 908 702	14	6 519 891	45	129 062 758	19	113 376 428	79	216 114 922	99	5 965 202	96	535 473	70	14.
179 864	2 152	153 938 146	00	5 660 179	33	152 041 845	37	130 723 050	66	180 917 120	04	3 098 405	72	19 746	91	15.
353 334	4 150	335 145 416	86	11 313 271	37	194 899 865	66	149 605 058	11	391 753 495	78	9 449 396	25	37 364	95	16.
149 301	841	140 995 795	82	4 833 233	03	91 300 570	78	76 763 675	51	160 365 924	12	582 138	84	—	—	17.
51 197	234	79 765 622	96	3 025 813	74	102 667 473	92	85 774 340	30	99 684 570	32	20 613 698	95	—	—	18.
201 791	7 042	267 411 889	07	10 653 067	77	174 277 048	46	129 299 645	75	323 042 359	55	28 452 525	51	1 498 201	79	19.
196 166	2 274	257 368 587	42	9 512 650	04	169 256 915	69	146 012 734	22	290 125 418	93	6 941 304	60	64 812	71	20.
219 891	2 591	332 464 423	17	13 176 058	22	166 141 051	27	132 702 873	94	379 078 658	72	29 920 491	03	³) 6 074 938	88	21.
100 653	942	154 575 510	76	6 263 618	76	96 731 051	51	77 309 343	87	180 260 837	16	8 609 549	04	74 674	22	22.
92 560	357	121 243 142	50	4 732 288	91	74 872 642	21	53 002 038	84	147 846 034	78	7 782 462	00	—	—	23.
35 615	8	36 229 229	90	1 319 213	04	38 172 643	11	31 939 243	65	43 781 842	40	149 596	32	49 317	23	24.
195 382	1 150	359 480 511	37	13 034 932	33	236 001 090	33	202 520 988	03	405 995 546	00	16 358 932	05	123 900	70	25.
289 345	186	434 062 544	50	16 148 695	02	347 108 760	69	293 887 548	24	503 432 451	97	5 543 080	98	1 400 564	65	26.
469 975	1 808	749 504 855	80	27 602 145	70	499 572 407	50	463 410 224	65	813 269 184	35	56 747 059	61	174 465	52	27.
172 055	870	173 070 822	63	7 161 358	51	107 677 337	00	74 604 778	20	213 304 739	94	4 764 124	23	25 365	95	28.
74 360	3 852	54 546 210	16	2 094 861	63	39 466 099	38	27 875 558	36	68 231 612	81	11 354 410	08	—	—	29.
202 234	1 340	261 870 221	01	10 891 993	50	357 392 163	27	280 197 092	19	349 957 285	59	12 308 638	43	131 409	90	30.
152 038	1 445	325 294 233	59	12 606 820	90	551 163 415	07	494 461 572	86	394 602 896	70	35 106 484	36	—	—	31.
207 891	509	337 738 355	27	12 277 524	34	402 311 410	22	348 483 385	44	403 843 904	39	54 263 430	68	—	—	32.
205 922	565	284 251 515	96	11 754 684	35	276 300 643	11	181 412 691	45	390 894 151	97	12 321 958	94	297 055	29	33.
88 868	787	120 998 984	12	4 859 093	96	216 607 948	51	183 994 162	92	158 471 863	67	7 026 814	51	—	—	34.

(Noch: Taf. 1) Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	Betrag der Rücklagen, wie sie am Schlusse des Rechnungsjahres zu Buche standen		Aus den Rücklagen bezw. den Überschüssen der Rechnungsvorjahre sind zu öffentlichen Zwecken verwendet				Betrag des eigenen Vermögens der Kassen		Betrag der					
			seit dem Bestehen der Kassen		im letzten Rechnungsjahre				Zinseinnahmen		Zinsausgaben		Zinsüberschüsse	
	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.
1	25		26		27		28		29		30		31	
Noch: II. Die Kirchspiels-, Fleckens- und														
Regierungsbezirke.														
5. Potsdam	789 041	43	165 808	41	39 717	51	101 069	37	3 158 141	31	2 455 669	34	702 471	97
6. Frankfurt	324 582	70	188 961	40	41 532	08	2 629	90	432 812	94	311 654	45	121 158	49
12. Breslau	390 033	82	124 291	06	21 483	00	—	—	661 659	98	523 157	48	138 502	50
13. Liegnitz	174 994	70	29 366	08	3 000	00	1 600	00	434 284	11	341 078	74	93 205	37
15. Magdeburg	118 519	79	20 200	00	—	—	—	—	179 821	77	146 516	34	33 305	43
16. Merseburg	36 650	59	—	—	—	—	—	—	119 065	96	94 071	08	24 994	88
18. Schleswig	11 980 438	12	5 989 507	66	437 367	10	251 488	25	16 398 830	23	13 536 198	81	2 862 631	42
19. Hannover	440 260	88	306 094	65	45 430	42	7 158	46	850 340	68	724 707	60	125 633	08
20. Hildesheim	445 181	47	462 344	35	38 867	71	—	—	654 324	54	494 807	78	159 516	76
21. Lüneburg	2 178 451	36	2 710 811	67	136 269	08	84 933	32	3 581 286	74	2 849 675	74	731 611	00
22. Stade	5 633 398	65	5 726 158	16	456 464	57	344 597	61	8 870 115	84	7 045 806	82	1 824 309	02
23. Osnabrück	2 142 738	39	1 417 076	37	151 606	04	62 243	99	3 760 739	16	2 954 265	49	806 473	67
24. Aurich	148 506	31	275 215	25	33 698	73	10 500	00	396 178	64	310 803	44	85 375	20
25. Münster	1 318 697	41	279 232	72	45 973	08	11 211	78	2 517 511	83	2 145 290	23	372 221	60
26. Minden	504 326	19	—	—	—	—	—	—	511 095	21	410 086	61	101 008	60
27. Arnsberg	3 861 220	80	3 522 447	33	299 195	53	632 064	00	5 640 130	38	4 629 424	62	1 010 705	76
28. Cassel	273 002	87	60 251	88	2 046	56	12 942	68	557 434	76	452 189	70	105 245	06
30. Coblenz	229 455	11	70 370	25	34 710	52	—	—	465 825	90	374 111	23	91 714	67
31. Düsseldorf	12 605 496	40	5 450 227	90	654 160	49	621 083	78	24 403 945	14	20 068 511	00	4 335 434	14
32. Köln	1 079 208	87	235 139	18	157 334	93	—	—	5 043 292	60	4 169 152	33	874 140	27
33. Trier	713 017	01	209 914	45	11 517	53	44 429	94	1 065 728	86	866 210	81	199 518	05
Noch: III. Die Kreis- und														
Freistaat Preußen[1]	**241 703 694**	**87**	**197 794 732**	**23**	**14 754 955**	**27**	**10 096 097**	**51**	**419 823 723**	**03**	**331 854 556**	**73**	**87 969 166**	**30**
Provinzen.														
I. Ostpreußen	12 416 882	85	9 386 529	72	789 508	58	743 186	08	19 862 198	41	15 571 124	07	4 291 074	34
II. Brandenburg	20 458 245	60	7 821 421	71	546 328	91	609 478	98	41 777 340	62	32 238 261	54	9 539 079	08
IV. Pommern	11 460 948	05	8 540 835	42	604 136	66	954 936	04	26 150 163	56	20 983 803	84	5 166 359	72
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	2 645 289	79	1 994 712	07	189 928	53	—	—	3 864 689	15	3 116 076	21	748 612	94
VI. Niederschlesien	11 842 799	27	9 652 257	52	539 815	08	287 415	37	16 430 324	71	12 793 290	85	3 637 033	86
VII. Oberschlesien	10 702 726	33	6 813 470	32	547 020	86	600	00	13 166 168	11	10 408 892	37	2 757 275	74
VIII. Sachsen	28 116 979	65	31 784 008	12	1 931 433	39	585 865	57	35 062 337	67	26 064 228	37	8 998 109	30
IX. Schleswig-Holstein	2 463 197	36	389 202	27	33 405	34	267 513	59	6 197 325	32	4 803 190	75	1 394 134	57
X. Hannover	34 371 371	57	24 749 204	08	2 541 181	51	3 043 520	80	69 761 628	19	56 043 026	37	13 718 601	82
XI. Westfalen	57 873 221	21	59 911 229	00	3 673 433	72	2 246 499	48	88 561 487	67	71 324 805	52	17 236 682	15
XII. Hessen-Nassau	7 606 282	48	2 772 834	18	305 531	49	199 755	14	12 792 063	14	10 352 128	51	2 439 934	63
XIII. Rheinprovinz	41 745 750	71	33 979 027	82	3 053 231	20	1 157 326	46	86 197 996	48	68 155 728	33	18 042 268	15
Regierungsbezirke.														
1. Königsberg	4 267 656	34	3 486 462	03	321 034	62	74 134	79	8 202 267	00	6 347 869	36	1 854 397	64
2. Gumbinnen	3 174 949	85	2 078 416	97	134 523	00	172 925	69	4 456 068	64	3 505 776	57	950 292	07
3. Allenstein	2 901 749	89	1 917 393	63	176 064	61	413 125	60	4 131 343	11	3 190 155	38	941 187	73
4. Westpreußen	2 072 526	77	1 904 257	09	157 886	35	83 000	00	3 072 519	66	2 527 322	76	545 196	90
5. Potsdam	16 829 476	26	5 681 646	93	406 764	36	321 000	00	33 705 578	62	26 244 513	28	7 461 065	34
6. Frankfurt	3 628 769	34	2 139 774	78	139 564	55	288 478	98	8 071 762	00	5 993 748	26	2 078 013	74
8. Stettin	2 634 062	18	1 718 147	26	85 608	23	300 601	91	9 339 408	49	7 130 529	42	2 208 879	07
9. Köslin	7 139 934	58	5 504 825	06	431 530	33	621 291	98	13 962 151	30	11 497 262	85	2 464 888	45
10. Stralsund	1 686 951	29	1 317 863	10	86 998	10	33 042	15	2 848 603	77	2 356 011	57	492 592	20
11. Schneidemühl	2 645 289	79	1 994 712	07	189 928	53	—	—	3 864 689	15	3 116 076	21	748 612	94
12. Breslau	6 963 318	14	6 372 627	53	326 571	27	84 415	37	9 277 141	59	7 247 692	84	2 029 448	75
13. Liegnitz	4 879 481	13	3 279 629	99	213 243	81	203 000	00	7 153 183	12	5 545 598	01	1 607 585	11
14. Oppeln	10 702 726	33	6 813 470	32	547 020	86	600	00	13 166 168	11	10 408 892	37	2 757 275	74
15. Magdeburg	5 172 009	59	5 979 905	79	214 929	49	—	—	8 304 921	74	6 261 989	23	2 042 932	51
16. Merseburg	18 095 628	71	20 003 917	34	1 248 933	28	313 171	60	19 419 139	51	14 150 629	26	5 268 510	25
17. Erfurt	4 849 341	35	5 800 184	99	467 570	62	272 693	97	7 338 276	42	5 651 609	88	1 686 666	54
18. Schleswig	2 463 197	36	389 202	27	33 405	34	267 513	59	6 197 325	32	4 803 190	75	1 394 134	57
19. Hannover	7 737 206	04	5 480 067	61	638 373	38	620 297	67	15 246 353	99	12 125 923	34	3 120 430	65
20. Hildesheim	7 257 143	84	6 091 946	11	448 115	21	204 274	00	13 846 139	80	10 858 063	18	2 988 076	62
21. Lüneburg	10 794 602	85	8 776 538	74	826 551	43	1 142 712	24	22 527 608	25	18 531 165	32	3 996 442	93
22. Stade	4 382 195	11	2 920 241	49	385 024	32	451 321	32	8 692 881	76	7 019 118	68	1 673 763	08
23. Osnabrück	3 199 849	95	753 433	37	137 087	99	462 191	57	6 700 241	14	5 201 299	25	1 498 941	89
24. Aurich	1 000 373	78	726 976	76	106 029	18	162 724	00	2 748 403	25	2 307 456	60	440 946	65
25. Münster	14 415 794	10	14 131 807	21	1 075 353	05	352 567	04	21 687 825	85	17 657 014	65	4 030 811	20
26. Minden	13 581 586	92	27 005 679	50	872 558	11	1 186 170	47	23 344 139	72	18 325 205	54	5 018 934	18
27. Arnsberg	29 875 840	19	18 773 742	29	1 725 522	56	707 761	97	43 529 522	10	35 342 585	33	8 186 936	77
28. Cassel	6 103 657	60	2 199 968	62	297 266	49	115 818	29	9 584 034	33	7 958 352	84	1 625 681	49
29. Wiesbaden	1 502 624	88	572 865	56	8 265	00	83 936	85	3 208 028	81	2 393 775	67	814 253	14
30. Coblenz	10 084 040	34	7 964 619	55	807 231	74	392 576	21	17 864 255	87	14 276 016	17	3 588 239	70
31. Düsseldorf	7 922 806	66	2 736 420	05	515 448	45	14 651	56	20 873 020	54	16 269 244	77	4 603 775	77
32. Köln	9 352 884	12	11 760 116	09	728 007	45	360 696	50	21 919 182	38	17 400 948	14	4 518 234	24
33. Trier	11 382 680	71	10 763 758	60	859 300	85	316 804	70	17 870 376	19	14 105 506	88	3 764 869	31
34. Aachen	3 003 338	88	754 113	53	143 242	71	72 597	49	7 671 161	50	6 104 012	37	1 567 149	13

[1]) Vergl. die Anmerkung 1 auf Seite 348.

Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre ℳ	Pf.	Von dem Vermögen der Sparkassen sind zinsbar angelegt: in Hypotheken oder Grundschulden, und zwar auf städtische Grundstücke: überhaupt ℳ	Pf.	städtische Grundstücke: darunter Tilgungshypotheken ℳ	Pf.	ländliche Grundstücke: überhaupt ℳ	Pf.	ländliche Grundstücke: darunter Tilgungshypotheken ℳ	Pf.	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften ℳ	Pf.	gegen Wechsel ℳ	Pf.	Wiederholung der Spalte 1
32		33		34		35		36		37		38		
Landgemeinde-Sparkassen.														
401 150	64	12 287 644	33	1 784 500	00	4 312 861	43	240 886	43	18 249 649	57	—	—	5.
17 709	95	1 110 464	00	—	—	1 538 650	00	384 200	00	4 058 187	40	—	—	6.
39 916	93	4 090 241	58	34 197	68	582 620	82	107 175	82	4 417 878	70	37 900	00	12.
29 441	55	1 869 519	91	44 089	91	505 750	00	—	—	3 248 434	18	7 835	00	13
4 307	13	858 698	31	509 698	31	480 321	95	104 259	95	315 157	80	—	—	15.
3 216	48	368 492	61	59 897	11	54 353	44	10 033	44	705 959	64	—	—	16.
879 200	49	43 424 320	70	175 451	41	89 938 828	93	224 885	00	67 377 045	22	1 747 369	00	18.
36 283	13	156 066	42	80 648	52	4 945 657	26	708 150	98	3 176 799	55	—	—	19.
36 462	70	3 210 629	87	358 397	37	1 662 652	10	26 974	10	1 728 646	58	—	—	20.
212 277	74	10 117 511	46	3 184 716	74	18 883 768	42	9 930 501	53	9 273 020	51	3 999	45	21.
467 906	94	16 077 863	66	4 145 153	80	33 254 618	25	10 404 569	90	22 591 412	62	—	—	22.
153 762	70	7 350 828	11	1 234 575	53	13 166 893	67	1 344 788	16	19 150 597	92	—	—	23.
21 691	41	355 001	00	6 836	90	940 125	67	24 188	73	5 319 364	63	—	—	24.
115 755	95	16 250 422	99	4 287 406	54	3 361 073	39	61 404	35	6 724 366	43	—	—	25.
41 960	92	2 318 135	00	—	—	2 135 357	89	—	—	2 907 995	30	—	—	26.
375 365	28	28 651 102	40	2 924 232	49	10 685 402	37	922 460	18	29 432 272	39	—	—	27.
33 020	45	81 168	33	37 168	33	2 590 500	66	2 230 930	90	876 704	44	760	00	28.
28 473	07	2 439 836	04	2 428 336	04	25 769	00	7 516	00	416 343	89	—	—	30.
1 415 481	76	169 721 891	62	62 629 521	80	12 868 697	98	3 293 518	29	109 916 990	52	45 650	00	31.
303 320	58	20 328 665	40	2 807 720	78	6 717 659	34	2 232 420	41	21 420 439	30	—	—	32.
70 473	90	5 318 077	23	3 699 566	58	445 851	30	183 768	47	1 373 172	58	—	—	33.
Amts-Sparkassen.														
25 088 352	**35**	**1 313 886 234**	**71**	**339 667 300**	**64**	**957 788 519**	**25**	**369 546 905**	**16**	**2 428 406 693**	**90**	**17 940 537**	**23**	**Freist. Pr.**
1 514 402	57	69 274 700	60	23 782 910	69	54 451 585	38	14 731 968	93	102 492 955	65	3 738 704	18	I.
2 950 021	37	50 432 024	71	7 382 477	87	68 978 771	31	29 475 123	55	346 283 145	04	13 380	00	II.
1 551 709	70	63 342 616	45	12 296 785	41	88 819 659	44	29 421 060	73	150 823 921	34	829 622	22	IV.
303 288	79	12 117 380	42	9 600 862	13	10 296 095	38	9 530 939	47	25 464 827	66	191 360	59	V.
1 049 501	97	40 546 370	02	4 156 881	79	32 976 338	88	9 022 869	99	95 643 568	01	133 898	85	VI.
803 909	85	42 964 837	05	14 706 401	86	43 099 067	18	18 009 583	41	30 160 739	03	275 515	00	VII.
2 088 302	34	65 792 636	10	5 965 397	99	111 700 642	80	17 738 490	95	223 543 487	88	—	—	VIII.
576 723	02	13 825 288	06	144 810	21	6 483 681	23	60 891	10	41 175 612	33	44 163	18	IX.
3 791 984	30	104 965 559	55	45 580 725	64	284 745 213	19	155 383 239	69	347 806 852	04	934 731	84	X.
4 585 484	78	525 027 589	66	113 616 795	10	153 569 323	78	24 945 685	81	392 446 554	17	21 888	51	XI.
893 523	05	20 694 581	78	16 115 996	52	38 657 373	76	34 649 438	95	100 279 901	43	705 673	41	XII.
4 979 500	61	304 902 650	31	86 317 255	43	64 010 766	92	26 577 612	58	572 285 129	32	11 051 599	45	XIII.
636 112	89	20 282 068	77	9 774 308	92	24 553 208	29	5 665 294	06	46 065 650	82	78 891	90	1.
309 863	08	15 855 949	14	5 329 228	55	13 009 927	19	5 914 267	18	30 552 043	63	2 048 273	72	2.
330 648	93	21 937 299	72	7 523 577	58	8 919 747	81	2 635 057	76	18 227 350	00	1 509 008	56	3.
237 777	67	11 199 382	97	1 155 795	64	7 968 702	09	517 349	93	7 647 911	20	102 530	00	4.
2 385 903	91	32 913 935	47	5 932 989	81	51 608 079	37	23 972 236	66	289 921 484	70	11 630	00	5.
564 117	46	17 518 089	24	1 449 488	06	17 370 691	94	5 502 886	89	56 361 660	34	1 750	00	6.
532 763	45	14 583 200	56	2 307 422	74	25 291 156	73	8 594 743	90	64 718 094	04	265 225	07	8.
742 235	75	33 441 742	98	9 772 701	42	58 897 730	80	20 359 638	20	61 994 025	49	479 781	65	9.
276 710	50	15 317 672	91	216 661	25	4 630 771	91	466 678	63	24 111 801	81	84 615	50	10.
303 288	79	12 117 380	42	9 600 862	13	10 296 095	38	9 530 939	47	25 464 827	66	191 360	59	11.
647 421	15	23 175 649	89	3 067 359	47	18 787 779	21	4 085 912	14	49 829 701	01	125 968	85	12.
402 080	82	17 370 720	13	1 089 522	32	14 188 559	67	4 936 957	85	45 813 867	00	7 930	00	13.
803 909	85	42 964 837	05	14 706 401	86	43 099 067	18	18 009 583	41	30 160 739	03	275 515	00	14.
512 521	19	11 093 505	75	1 683 563	76	18 754 417	26	5 842 217	21	56 290 608	69	—	—	15.
1 208 308	34	41 681 135	24	2 540 251	93	74 350 823	39	6 995 535	77	123 051 277	44	—	—	16.
367 472	81	13 017 995	11	1 741 582	30	18 595 402	15	4 900 737	97	44 201 601	75	—	—	17.
576 723	02	13 825 288	06	144 810	21	6 483 681	23	60 891	10	41 175 612	33	44 163	18	18.
936 674	37	20 359 450	09	2 624 364	15	62 905 239	57	22 715 396	70	86 151 461	72	—	—	19.
651 472	85	31 922 304	25	17 290 095	56	61 467 937	81	41 380 755	95	65 607 092	94	—	—	20.
1 271 057	29	26 449 830	31	15 277 029	79	106 032 368	19	69 421 839	16	103 032 659	26	810 691	84	21.
438 315	37	13 806 349	17	1 564 125	59	31 097 040	32	10 825 964	26	31 568 157	60	50 985	00	22.
393 269	27	10 440 424	20	7 632 436	84	15 178 310	69	9 149 310	84	38 561 400	15	—	—	23.
101 195	15	1 987 201	53	1 192 673	71	8 064 316	61	1 889 972	78	22 886 080	37	73 055	00	24.
924 210	34	125 553 425	39	56 737 130	00	28 618 006	59	5 972 655	20	88 945 750	41	1 970	00	25.
1 061 981	43	95 894 462	51	8 783 308	60	52 621 092	85	8 255 622	07	151 794 179	07	—	—	26.
2 599 293	01	303 579 701	76	48 096 356	50	72 330 224	34	10 717 408	54	151 706 624	69	19 918	51	27.
590 440	81	16 945 596	73	13 364 142	11	29 855 717	20	26 118 296	10	72 645 881	58	155 673	41	28.
303 082	24	3 748 985	05	2 751 854	41	8 801 656	56	8 531 142	85	27 634 019	85	550 000	00	29.
868 613	64	53 672 193	64	25 459 184	32	15 486 272	35	7 212 008	86	128 389 713	33	4 400 000	00	30.
1 158 222	36	98 347 158	57	21 987 900	18	8 599 487	22	671 415	82	81 149 109	52	3 000 000	00	31.
1 360 980	71	73 393 136	92	6 620 847	48	14 772 691	40	3 221 080	21	142 003 729	57	11 400	00	32.
1 103 179	01	57 335 361	35	20 290 281	65	18 599 615	95	10 275 292	38	152 884 037	02	3 150	00	33.
488 504	89	22 154 799	83	11 959 041	80	6 552 700	00	5 197 815	31	67 858 539	88	3 637 049	45	34.

(Noch: Taf. 1)

Noch: Von dem Vermögen der Sparkassen sind zinsbar

Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	gegen Faustpfand M	Pf.	auf Schuldscheine ohne Bürgschaft M	Pf.	auf Schuldscheine mit Bürgschaft M	Pf.	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder, wenn d. Ankaufswert niedriger, zu diesem M	Pf.	der Ankaufswert dieser Papiere (Sp. 42) beträgt M	Pf.	der Nennwert dieser Papiere (Sp. 42) beträgt M	Pf.	in sonstigen Anlagen M	Pf.
1	39		40		41		42		43		44		45	
Noch: II. Die Kirchspiels-, Fleckens- und														
Regierungsbezirke.														
5. Potsdam	25 760	00	3 448 756	36	5 992	50	26 826 962	30	34 221 312	20	34 942 750	00	1 409 957	31
6. Frankfurt	15 300	00	—	—	20 000	00	2 797 959	00	3 703 405	80	3 754 600	00	42 222	19
12. Breslau	203 378	32	7 843	08	46 363	00	4 332 417	05	5 396 149	99	5 543 700	00	2 414 158	86
13. Liegnitz	253 387	58	—	—	65 875	00	2 551 264	15	3 282 952	05	3 348 700	00	384 791	62
15. Magdeburg	271 643	80	—	—	45 715	72	2 350 745	35	2 630 539	20	2 712 900	00	45 348	14
16. Merseburg	—	—	—	—	—	—	1 282 591	60	1 420 463	85	1 546 650	00	165 055	00
18. Schleswig	2 198 914	29	102 725	00	16 953 163	72	89 915 041	21	104 248 287	60	107 986 595	00	29 305 829	69
19. Hannover	100 651	75	2 400	00	133 541	64	7 914 658	53	9 635 884	00	10 118 149	78	3 588 605	58
20. Hildesheim	39 667	00	18 526	75	24 660	00	6 092 153	00	7 587 915	00	7 745 100	00	100 723	76
21. Lüneburg	215 341	18	154 834	64	188 648	36	29 186 952	46	37 887 602	44	38 606 045	00	1 767 545	65
22. Stade	1 608 997	40	422 612	44	1 256 599	31	84 126 928	01	106 901 186	13	109 236 940	00	11 616 047	11
23. Osnabrück	555 141	75	28 821	37	409 816	66	28 883 448	30	36 685 489	70	37 592 800	00	12 958 476	43
24. Aurich	111 616	70	—	—	100 891	88	1 665 571	75	2 061 460	10	2 112 423	00	16 021	87
25. Münster	313 231	27	14 300	00	181 975	92	20 879 954	25	26 401 857	16	27 027 100	00	1 371 879	84
26. Minden	11 864	55	—	—	94 112	70	3 060 740	15	4 019 582	16	4 103 700	00	219 026	93
27. Arnsberg	1 019 990	34	8 650	00	309 324	39	44 090 142	22	51 794 509	89	54 347 900	00	3 937 031	51
28. Cassel	36 529	00	—	—	105 582	78	6 803 438	08	7 672 198	74	7 823 650	00	43 143	69
30. Coblenz	2 000	00	—	—	77 708	00	4 882 579	40	6 276 661	40	6 433 600	00	423 552	63
31. Düsseldorf	1 343 168	49	75 100	00	2 548 288	55	171 239 801	39	214 829 485	46	222 189 820	41	40 616 702	29
32. Köln	280 982	53	2 580	00	307 082	25	43 562 988	35	55 076 838	28	56 217 500	00	7 684 972	05
33. Trier	15 960	20	—	—	183 172	75	10 777 319	50	13 695 266	80	13 968 500	00	291 032	04
Noch: III. Die Kreis- und														
Freistaat Preußen[1])	**99 105 342**	**87**	**6 284 960**	**58**	**38 254 587**	**32**	**3 141 429 947**	**04**	**3 979 103 365**	**18**	**4 086 470 394**	**37**	**454 286 930**	**33**
Provinzen.														
I. Ostpreußen	13 586 660	71	946 752	61	4 590 760	84	123 181 204	15	157 186 625	77	160 377 325	00	26 649 549	31
II. Brandenburg	4 614 378	03	49 175	00	307 102	09	319 420 395	25	409 546 528	20	419 844 740	00	13 393 609	34
IV. Pommern	3 512 422	58	149 020	75	1 995 808	06	206 812 453	66	261 334 862	56	267 101 150	00	13 671 133	94
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	2 593 481	67	2 000	00	1 028 584	54	27 957 029	35	37 379 036	10	38 205 400	00	664 330	95
VI. Niederschlesien	3 464 815	52	56 249	01	481 739	94	139 008 330	36	175 432 295	46	180 462 065	00	21 184 082	77
VII. Oberschlesien	529 478	11	45 614	00	4 885 200	53	120 755 654	26	152 353 833	53	155 517 923	09	45 944	42
VIII. Sachsen	1 711 938	52	2 888 703	96	435 286	80	288 602 475	39	370 656 753	90	377 825 824	55	14 507 623	14
IX. Schleswig-Holstein	2 028 198	95	1 442	00	1 046 954	83	28 759 039	75	35 212 171	79	36 191 475	00	34 422 334	01
X. Hannover	26 188 440	80	1 568 145	28	7 345 236	64	520 121 823	58	662 761 630	68	680 563 420	35	122 339 414	12
XI. Westfalen	11 612 589	13	155 135	80	6 049 269	90	636 532 196	89	801 503 519	06	827 623 365	00	41 000 903	85
XII. Hessen-Nassau	1 394 165	39	—	—	1 813 284	82	96 637 043	24	118 580 338	13	121 866 285	00	15 904 391	61
XIII. Rheinprovinz	27 868 773	46	422 722	17	8 275 358	33	633 642 301	16	797 155 770	00	820 891 421	38	150 503 612	87
Regierungsbezirke.														
1. Königsberg	3 930 932	30	304 196	60	1 881 879	11	56 150 671	56	71 493 188	08	72 919 450	00	6 964 063	68
2. Gumbinnen	4 438 217	11	51 581	28	447 276	40	20 779 826	45	26 835 895	69	27 401 400	00	11 981 715	75
3. Allenstein	909 101	86	547 500	44	1 726 404	75	23 881 598	90	29 364 343	80	30 033 000	00	4 407 540	75
4. Westpreußen	4 308 409	44	43 474	29	535 200	58	22 369 107	24	29 493 198	20	30 023 475	00	3 296 229	13
5. Potsdam	3 208 215	66	—	—	100 216	69	258 835 853	19	331 838 770	25	340 133 675	00	2 772 552	23
6. Frankfurt	1 406 162	37	49 175	00	206 885	40	60 584 542	06	77 707 757	95	79 711 065	00	10 621 057	11
8. Stettin	905 130	90	39 110	00	108 637	54	71 672 558	57	90 613 845	81	92 203 175	00	984 386	27
9. Köslin	1 627 400	83	109 910	75	1 887 170	52	116 443 848	99	147 771 936	72	151 503 075	00	11 853 960	00
10. Stralsund	979 890	85	—	—	—	—	18 696 046	10	22 949 080	03	23 394 900	00	832 787	67
11. Schneidemühl	2 593 481	67	2 000	00	1 028 584	54	27 957 029	35	37 379 036	10	38 205 400	00	664 330	95
12. Breslau	1 520 925	65	10 922	00	259 273	24	81 855 087	61	102 431 351	35	105 183 490	00	17 574 783	91
13. Liegnitz	1 943 889	87	45 327	01	222 466	70	57 153 242	75	73 000 944	11	75 278 575	00	3 609 298	86
14. Oppeln	529 478	11	45 614	00	4 885 200	53	120 755 654	26	152 353 833	53	155 517 923	09	45 944	42
15. Magdeburg	236 100	80	—	—	22 535	74	73 157 277	58	96 567 473	46	98 572 850	00	8 229 892	50
16. Merseburg	648 592	45	26 933	45	58 896	80	146 371 859	75	187 207 078	14	191 040 654	55	5 636 387	86
17. Erfurt	827 245	27	2 861 770	51	353 854	26	69 073 338	06	86 882 202	30	88 212 320	00	641 342	78
18. Schleswig	2 028 198	95	1 442	00	1 046 954	83	28 759 039	75	35 212 171	79	36 191 475	00	34 422 334	01
19. Hannover	1 626 688	27	354 066	94	1 288 032	30	122 627 991	33	154 321 347	18	159 689 953	35	37 791 843	21
20. Hildesheim	1 409 600	38	108 402	60	1 148 708	34	101 381 382	20	131 647 121	81	134 170 850	00	18 117 757	15
21. Lüneburg	12 975 313	07	856 510	46	3 720 465	88	154 298 457	94	195 904 949	13	201 600 550	00	24 096 752	87
22. Stade	1 183 674	29	205 794	48	568 579	85	75 916 628	63	96 510 552	61	98 741 192	00	16 177 381	23
23. Osnabrück	707 116	38	43 370	80	293 096	42	52 578 853	35	67 023 242	88	68 589 900	00	24 398 280	17
24. Aurich	8 286 048	41	—	—	326 353	85	13 318 510	13	17 354 417	07	17 770 975	00	1 757 399	49
25. Münster	2 214 685	70	35 200	00	1 404 943	39	159 106 819	08	195 821 219	33	205 686 065	00	7 204 999	08
26. Minden	1 887 943	93	39 800	00	2 016 480	74	156 535 862	25	203 671 415	59	208 746 325	00	18 514 736	35
27. Arnsberg	7 509 959	50	80 135	80	2 627 845	77	320 889 515	56	402 010 884	14	413 190 975	00	15 281 168	42
28. Cassel	913 173	10	—	—	1 346 924	33	73 922 299	80	92 856 733	84	94 834 985	00	3 471 934	15
29. Wiesbaden	480 992	29	—	—	466 360	49	22 714 743	44	25 723 604	29	27 031 300	00	12 432 457	46
30. Coblenz	5 697 156	99	372 793	34	918 638	56	137 409 882	08	169 366 481	69	173 438 450	00	18 349 393	33
31. Düsseldorf	7 726 888	45	3 894	91	1 160 379	04	171 101 121	70	211 622 812	27	221 029 750	00	57 294 734	91
32. Köln	13 381 827	62	1 600	00	1 935 761	90	140 411 266	58	179 507 712	03	184 131 925	00	40 491 962	38
33. Trier	440 231	67	43 833	92	3 942 717	19	132 886 529	05	172 380 175	93	176 227 500	00	27 522 657	70
34. Aachen	622 668	73	600	00	317 861	64	51 833 501	75	64 278 588	08	66 063 796	38	6 844 864	55

[1]) Vergl. die Anmerkung 1 auf Seite 348.

angelegt zusammen (Inhaberpapiere nach Spalte 42 eingestellt) ℳ	Pf.	dabei in Schuldverschreibungen (Nennwert) des Deutschen Reiches ℳ	dabei in Schuldverschreibungen (Nennwert) Preußens ℳ	Pf.	Anzahl der am Schlusse des Rechnungsjahres im Besitze der Sparkassen befindlichen Grundstücke aus Zwangsversteigerungen	Anzahl davon im Berichtsjahre erworben	Hypothekarisch darauf (Spalte 49) haftende Sparkassengelder ℳ	Pf.	Verlust an Zins, Kapital und Kosten bei Wiederveräußerung in der Zwangsversteigerung übernommener Grundstücke im Berichtsjahre ℳ	Pf.	Betrag des baren Kassenbestandes in allen Abteilungen der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres ℳ	Pf.	Wiederholung der Spalte 1
46		47	48		49	50	51		52		53		
Landgemeinde-Sparkassen.													
66 567 583	80	29 165 400	2 740 000	00	—	—	—	—	—	—	5 645 432	13	5.
9 583 782	59	2 982 600	473 000	00	—	—	—	—	—	—	577 499	27	6.
16 132 801	41	3 621 400	823 000	00	—	—	—	—	—	—	560 137	22	12.
8 886 857	44	2 812 400	300 000	00	—	—	—	—	—	—	815 363	96	13.
4 367 631	07	2 023 500	498 800	00	—	—	—	—	—	—	56 286	72	15.
2 576 452	29	505 600	266 550	00	—	—	—	—	—	—	444 243	13	16.
340 963 237	76	86 335 100	6 325 000	00	1	—	81 000	00	—	—	17 434 746	22	18.
20 018 380	73	6 973 000	549 500	00	—	—	—	—	—	—	27 159	19	19.
12 877 659	06	5 747 300	445 300	00	—	—	—	—	—	—	69 466	35	20.
69 791 622	13	31 381 700	3 825 000	00	1	—	667	87	—	—	534 360	48	21.
170 955 078	80	96 552 200	4 069 650	00	1	—	7 700	00	—	—	1 333 407	48	22.
82 504 024	21	32 936 700	1 838 400	00	—	—	—	—	—	—	387 281	62	23.
8 508 593	50	792 400	241 248	00	—	—	—	—	—	—	40 385	48	24.
49 097 204	09	22 869 300	1 356 300	00	2	—	23 467	26	—	—	622 071	50	25.
10 747 232	52	3 349 700	476 000	00	1	—	9 900	00	—	—	166 669	99	26.
118 133 915	62	47 252 000	3 217 450	00	6	—	273 080	89	—	—	2 567 244	99	27.
10 542 826	98	5 044 100	255 150	00	—	—	—	—	—	—	81 187	27	28.
8 267 788	96	5 883 900	201 000	00	—	—	—	—	—	—	128 497	87	30.
508 376 290	84	189 925 800	14 098 400	00	54	2	1 380 842	96	639	85	14 035 195	82	31.
100 305 369	22	43 831 500	3 319 700	00	1	—	1 832	16	—	—	2 519 444	32	32.
18 404 585	60	11 891 700	1 613 900	00	—	—	—	—	—	—	1 999 097	54	33.
Amts-Sparkassen.													
8 457 383 753	**23**	**3 129 994 400**	**405 275 900**	**00**	**76**	**1**	**1 822 327**	**73**	**21 163**	**20**	**242 154 095**	**62**	**Freist. Pr.**
398 912 873	43	132 806 100	10 616 850	00	1	—	10 000	00	667	02	20 834 350	01	I.
803 491 980	77	272 298 600	60 336 900	00	—	—	—	—	—	—	38 208 723	04	II.
529 956 658	44	190 348 500	25 930 650	00	—	—	—	—	—	—	31 687 716	08	IV.
80 315 090	56	29 885 200	4 468 700	00	—	—	—	—	—	—	2 207 627	50	V.
333 495 393	36	123 848 500	22 789 250	00	—	—	—	—	—	—	29 110 348	03	VI.
242 762 049	58	122 067 000	16 507 350	00	—	—	—	—	—	—	7 326 255	00	VII.
709 182 794	59	255 661 300	58 879 650	00	3	—	41 616	07	—	—	19 673 894	89	VIII.
127 786 714	34	32 218 500	2 070 700	00	1	—	7 000	00	—	—	1 277 175	30	IX.
1 416 015 417	04	538 041 900	43 813 300	00	1	—	900	00	—	—	19 613 546	66	X.
1 766 415 451	69	680 062 800	69 444 250	00	30	—	854 375	95	4 976	18	32 203 698	15	XI.
276 086 415	44	86 069 300	12 430 400	00	2	—	74 041	90	—	—	9 517 118	69	XII.
1 772 962 913	99	666 686 700	77 987 900	00	38	1	834 393	81	15 520	00	30 493 642	27	XIII.
160 211 563	03	63 248 500	3 881 050	00	1	—	10 000	00	—	—	14 861 479	28	1.
99 164 810	67	20 153 100	2 528 500	00	—	—	—	—	—	—	2 064 119	13	2.
82 065 552	79	24 111 400	2 509 200	00	—	—	—	—	—	—	2 042 801	53	3.
57 470 946	94	25 293 100	1 698 100	00	—	—	—	—	667	02	1 865 950	07	4.
639 371 967	31	221 382 800	50 603 500	00	—	—	—	—	—	—	23 464 762	57	5.
164 120 013	46	50 915 800	9 733 400	00	—	—	—	—	—	—	14 743 960	47	6.
178 567 499	68	58 881 900	10 812 800	00	—	—	—	—	—	—	14 097 967	46	8.
286 735 572	01	117 712 700	10 713 250	00	—	—	—	—	—	—	15 901 130	27	9.
64 653 586	75	13 753 900	4 404 600	00	—	—	—	—	—	—	1 688 618	35	10.
80 315 090	56	29 885 200	4 468 700	00	—	—	—	—	—	—	2 207 627	50	11.
193 140 091	37	68 975 700	15 207 950	00	—	—	—	—	—	—	18 635 635	86	12.
140 355 301	99	54 872 800	7 581 300	00	—	—	—	—	—	—	10 474 712	17	13.
242 762 049	58	122 067 000	16 507 350	00	—	—	—	—	—	—	7 326 255	00	14.
167 784 338	32	65 801 100	13 933 350	00	—	—	—	—	—	—	3 660 757	60	15.
391 825 906	38	137 938 400	31 996 750	00	1	—	20 000	00	—	—	12 306 683	81	16.
149 572 549	89	51 921 800	12 949 550	00	2	—	21 616	07	—	—	3 706 453	48	17.
127 786 714	34	32 218 500	2 070 700	00	1	—	7 000	00	—	—	1 277 175	30	18.
333 104 773	43	108 827 100	13 986 600	00	—	—	—	—	—	—	2 545 928	16	19.
281 163 185	67	105 961 600	11 177 050	00	—	—	—	—	—	—	1 152 286	91	20.
432 273 049	82	171 395 100	7 634 300	00	—	—	—	—	—	—	11 820 951	65	21.
170 574 590	57	83 996 700	4 834 450	00	1	—	900	00	—	—	1 988 654	73	22.
142 200 852	16	52 975 900	4 343 250	00	—	—	—	—	—	—	1 886 358	96	23.
56 698 965	39	14 885 500	1 837 650	00	—	—	—	—	—	—	219 366	25	24.
413 085 799	64	162 519 200	15 595 350	00	13	—	341 371	76	—	—	13 487 274	63	25.
479 304 557	70	166 661 300	24 710 550	00	—	—	—	—	1 363	51	5 587 369	87	26.
874 025 094	35	350 882 300	29 138 350	00	17	—	513 004	19	3 612	67	13 129 053	65	27.
199 257 200	30	66 615 900	9 142 700	00	2	—	74 041	90	—	—	5 559 833	45	28.
76 829 215	14	19 453 400	3 287 700	00	—	—	—	—	—	—	3 957 285	24	29.
364 696 043	62	152 643 800	10 964 250	00	12	—	308 202	58	—	—	9 647 043	09	30.
428 382 774	32	180 934 700	21 483 550	00	—	—	—	—	—	—	2 711 947	56	31.
426 403 376	37	138 889 300	21 508 750	00	4	1	66 840	00	7 000	00	9 277 904	49	32.
393 658 133	85	141 071 000	18 796 900	00	17	—	338 325	62	—	—	6 468 373	49	33.
159 822 585	83	53 147 900	5 234 450	00	5	—	121 025	61	8 520	00	2 388 373	64	34.

(Noch: Taf. 1)

Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	Zahl der: Sparkassen	Zahl der: Zweig- oder Nebenkassen	Zahl der: Sammel- oder Annahmestellen	Zahl der: Verkaufsstellen von Sparmarken	An Sparbüchern wurden im Laufe des Jahres: ausgegeben	An Sparbüchern wurden im Laufe des Jahres: zurückgenommen	befanden sich am Jahresschlusse im Umlaufe mit Ein-: bis 60 ℳ	über 60 bis 150 ℳ	über 150 bis 300 ℳ	über 300 bis 600 ℳ	über 600 bis 1 500 ℳ	über 1 500 bis 3 000 ℳ	über 3 000 bis 10000 ℳ	über 10 000 ℳ
					Stück									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
IV. Die Provinzial- und														
Freistaat Preußen [1]) . .	6	157	230	—	80 863	51 468	174 761	81 309	78 859	106 521	164 544	87 313	71 545	7 199
6. Ständische Sparkasse des Markgraftums Niederlausitz in Lübben . . .	1	23	—	—	10 932	7 181	41 504	20 815	18 717	25 385	34 124	21 509	8 235	202
13. Oberlausitzer Provinzial-Sparkasse in Görlitz . .	1	57	—	—	15 765	13 198	44 324	21 884	19 344	24 115	32 315	16 157	9 725	504
15. Ständische Sparkasse der Altmark in Stendal	1	23	—	—	5 871	4 353	17 964	7 787	6 537	7 688	10 318	6 062	4 411	524
24. Ständische Ostfriesische Sparkasse in Aurich . .	1	25	—	—	2 546	2 848	5 442	2 444	2 025	2 645	3 786	2 697	2 827	640
29. Kommunalständische Nassauische Sparkasse in Wiesbaden.	1	28	199	—	41 782	21 614	61 128	25 078	28 840	42 319	75 235	34 169	41 379	5 329
35. Spar- und Leihkasse für die Hohenzollernschen Lande in Sigmaringen	1	1	31	—	3 967	2 274	4 399	3 301	3 396	4 369	8 766	6 719	4 968	—
V. Die sonstigen														
Freistaat Preußen [1]) . .	74	38	31	241	85 113	71 744	206 611	67 459	56 890	67 602	118 962	56 343	56 267	9 695
Provinzen.														
III. Stadt Berlin	1	—	—	—	665	545	1 843	667	545	688	1 049	795	911	198
IX. Schleswig-Holstein . . .	62	6	30	5	34 278	32 063	85 272	25 444	20 593	23 125	32 403	22 603	24 214	5 226
X. Hannover	1	—	—	—	180	96	390	223	204	270	344	220	145	13
XII. Hessen-Nassau	9	6	1	236	29 069	24 343	67 595	21 728	18 991	21 340	29 570	19 333	16 291	1 582
XIII. Rheinprovinz	1	26	—	—	20 921	14 697	51 511	19 397	16 557	22 179	55 596	13 392	14 706	2 676
Regierungsbezirke.														
7. Berlin	[2]) 1	—	—	—	665	545	1 843	667	545	688	1 049	795	911	198
18. Schleswig	62	6	30	5	34 278	32 063	85 272	25 444	20 593	23 125	32 403	22 603	24 214	5 226
23. Osnabrück	1	—	—	—	180	96	390	223	204	270	344	220	145	13
29. Wiesbaden	[3]) 9	6	1	236	29 069	24 343	67 595	21 728	18 991	21 340	29 570	19 333	16 291	1 582
34. Aachen	[4]) 1	26	—	—	20 921	14 697	51 511	19 397	16 557	22 179	55 596	13 392	14 706	2 676
Die Sparkassen														
Freistaat Preußen [1]) . .	1 584	1 233	4 231	2 640	2 874 784	2 202 599	6 659 875	2 379 064	1 967 117	2 356 936	3 310 270	2 055 026	1 752 583	274 967
Provinzen.														
I. Ostpreußen	77	47	489	262	104 610	85 697	295 127	80 526	62 268	73 737	98 761	56 175	43 246	6 835
II. Brandenburg	127	274	322	218	326 691	294 464	843 799	310 279	260 779	317 979	445 893	273 566	195 180	15 847
III. Stadt Berlin	2	50	120	2	161 870	165 346	494 091	119 857	100 097	122 165	188 289	123 200	73 551	3 873
IV. Pommern	94	20	142	89	153 461	111 216	337 209	124 515	102 158	128 380	187 278	111 996	95 680	10 870
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	20	6	44	—	21 194	15 351	47 434	17 043	14 133	16 845	20 930	11 843	7 666	1 160
VI. Niederschlesien	141	80	429	235	223 066	145 366	623 224	249 678	206 039	235 930	302 284	161 305	89 189	7 032
VII. Oberschlesien	52	17	153	170	50 437	64 751	187 621	54 562	42 332	48 627	61 912	35 769	28 295	3 152
VIII. Sachsen	144	163	461	324	235 104	190 966	676 207	265 203	219 281	254 700	337 086	198 123	148 001	15 226
IX. Schleswig-Holstein . .	229	104	143	397	130 391	122 628	345 785	116 465	90 737	98 423	132 072	90 887	97 772	23 860
X. Hannover	178	108	475	195	310 383	207 725	687 787	260 970	208 987	248 447	342 634	219 347	206 001	38 495
XI. Westfalen	215	75	226	59	382 931	235 576	623 201	261 564	223 384	269 295	387 119	266 936	277 374	60 425
XII. Hessen-Nassau	82	101	523	445	166 522	109 701	333 556	131 125	119 578	149 137	217 565	122 479	108 943	12 943
XIII. Rheinprovinz	222	187	673	244	604 157	451 538	1 160 435	383 976	313 948	388 902	579 681	376 681	376 717	75 249
XIV. Hohenzollernsche Lande	1	1	31	—	3 967	2 274	4 399	3 301	3 396	4 369	8 766	6 719	4 968	—

[1]) Vergl. die Anmerkung 1 auf Seite 348. — [2]) Sparkasse der Preußischen Renten-Versicherungs-Anstalt. — [3]) darunter die Sparkasse der Gesellschaft zur Beförderung Arbeitsamkeit im Regierungsbezirk Aachen.

lagen: überhaupt	darunter gesperrte Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsvorjahres M	Pf.	Zuwachs während des Rechnungsjahres: durch Zuschreibung von Zinsen M	Pf.	Zuwachs während des Rechnungsjahres: durch Neueinlagen M	Pf.	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre M	Pf.	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres M	Pf.	Betrag der Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres M	Pf.	Betrag des Sonder- oder Sparstocks M	Pf.	Wiederholung der Spalte 1
16	17	18		19		20		21		22		23		24		
…ständischen Sparkassen.																
772 051	3 108	636 031 562	35	24 019 119	78	363 150 428	73	244 254 281	27	778 946 829	59	135 384 485	22	5 502 819	24	Freist. Pr.
170 491	—	122 094 968	15	4 513 078	46	38 422 519	57	22 413 605	43	142 616 960	75	20 682 422	51	4 963 290	39	6.
168 368	—	112 512 818	31	4 235 051	60	52 145 196	82	33 116 855	37	135 776 211	36	—	—	400 000	00	13.
61 291	2 960	51 630 681	55	1 938 740	22	34 390 513	08	26 431 141	34	61 528 793	51	—	—	—	—	15.
22 506	—	33 904 652	20	1 221 634	80	23 998 021	51	19 893 910	01	39 230 398	50	739 440	60	—	—	24.
313 477	148	278 127 055	88	10 516 159	61	197 818 085	22	133 891 486	78	352 569 813	93	109 947 158	33	139 528	85	29.
35 918	—	37 761 386	26	1 594 455	09	16 376 092	53	8 507 282	34	47 224 651	54	4 015 463	78	—	—	35.
…öffentlichen Sparkassen.																
639 829	24 296	674 192 347	66	23 836 976	08	344 529 681	54	293 145 920	43	749 413 084	85	12 101 066	36	122 457	00	Freist. Pr.
6 696	—	10 432 260	65	426 457	65	5 371 055	08	4 512 128	93	11 717 644	45	—	—	—	—	III.
238 880	13 766	299 476 237	78	10 101 853	96	144 679 648	46	126 591 974	16	327 665 766	04	2 334 988	29	82 049	39	IX.
1 809	—	1 494 621	52	55 989	99	582 921	98	266 699	98	1 866 833	51	—	—	—	—	X.
196 430	10 530	172 332 606	21	5 948 922	06	87 721 759	80	75 365 625	49	190 637 662	58	—	—	40 407	61	XII.
196 014	—	190 456 621	50	7 303 752	42	106 174 296	22	86 409 491	87	217 525 178	27	9 766 078	07	—	—	XIII.
6 696	—	10 432 260	65	426 457	65	5 371 055	08	4 512 128	93	11 717 644	45	—	—	—	—	7.
238 880	13 766	299 476 237	78	10 101 853	96	144 679 648	46	126 591 974	16	327 665 766	04	2 334 988	29	82 049	39	18.
1 809	—	1 494 621	52	55 989	99	582 921	98	266 699	98	1 866 833	51	—	—	—	—	23.
196 430	10 530	172 332 606	21	5 948 922	06	87 721 759	80	75 365 625	49	190 637 662	58	—	—	40 407	61	29.
196 014	—	190 456 621	50	7 303 752	42	106 174 296	22	86 409 491	87	217 525 178	27	9 766 078	07	—	—	34.
…überhaupt.																
20 755 838	311 840	21 303 309 527	27	788 297 538	43	18 819 290 210	29	16 032 586 652	80	24 878 310 623	19	1 431 222 619	57	67 778 750	29	Freist. Pr.
716 675	12 364	551 995 827	96	20 553 224	47	585 415 669	40	511 782 151	04	646 182 570	79	50 287 166	09	313 532	80	I.
2 663 322	18 931	2 084 730 201	71	78 092 379	00	2 120 413 261	00	1 671 233 559	33	2 612 002 282	38	162 058 063	46	8 271 979	21	II.
1 225 123	—	808 445 682	85	29 722 152	67	742 134 528	07	640 766 122	79	939 536 240	80	—	—	1 794 738	56	III.
1 098 086	23 755	1 005 842 347	03	38 035 406	59	1 010 323 170	94	802 608 092	97	1 251 592 831	59	50 710 524	84	932 167	86	IV.
137 054	5 257	110 573 088	79	4 006 303	97	128 702 268	67	104 048 442	50	139 233 218	93	8 029 150	25	201 510	36	V.
1 874 681	33 096	1 147 784 430	30	41 488 229	72	892 924 290	71	627 862 508	56	1 454 334 442	17	55 928 726	66	3 390 292	98	VI.
462 270	2 502	363 148 298	66	11 693 940	52	220 467 638	27	203 964 735	34	391 345 142	11	9 392 473	75	760 811	28	VII.
2 113 827	37 465	1 777 609 587	55	61 423 028	34	1 204 627 769	80	1 010 011 301	63	2 033 649 084	06	31 904 738	43	1 463 303	14	VIII.
996 001	25 192	1 271 629 050	75	45 329 552	48	793 566 160	38	678 556 519	63	1 431 968 243	98	85 548 820	62	4 816 053	98	IX.
2 212 668	41 681	2 591 103 770	24	99 726 122	45	1 911 082 374	95	1 607 665 429	29	2 994 246 838	35	148 493 952	89	9 195 214	10	X.
2 369 298	35 666	3 702 386 845	90	136 830 696	64	2 719 460 277	66	2 482 127 029	74	4 076 550 790	46	229 441 020	26	32 839 177	61	XI.
1 195 326	20 740	1 062 254 199	28	40 974 742	75	709 307 920	47	521 383 805	93	1 291 153 056	57	139 054 540	33	206 717	00	XII.
3 655 589	55 191	4 788 044 809	99	178 827 303	74	5 764 488 787	44	5 162 069 671	71	5 569 291 229	46	456 357 978	21	3 593 251	41	XIII.
35 918	—	37 761 386	26	1 594 455	09	16 376 092	53	8 507 282	34	47 224 651	54	4 015 463	78	—	—	XIV.

…nützlicher Künste und deren Hilfswissenschaften (Polytechnische Gesellschaft) zu Frankfurt a./M. mit 178 215 259,40 M Einlagen. — [4]) Spar- und Prämienkasse zur Beförderung der

(Noch: Taf. 1) Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	Betrag der Rücklagen, wie sie am Schlusse des Rechnungsjahres zu Buche standen		Aus den Rücklagen bezw. den Überschüssen der Rechnungsvorjahre sind zu öffentlichen Zwecken verwendet: seit dem Bestehen der Kassen		im letzten Rechnungsjahre		Betrag des eigenen Vermögens der Kassen		Betrag der Zinseinnahmen		Zinsausgaben		Zinsüberschüsse	
	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.
1	25		26		27		28		29		30		31	
Noch: IV. Die Provinzial- und														
Freistaat Preußen[1] . .	**29 219 193**	40	**17 133 757**	11	**787 840**	22	**52 428**	57	**44 118 429**	37	**34 571 707**	37	**9 546 722**	00
6. Ständische Sparkasse des Markgraftums Niederlausitz in Lübben . . .	5 408 902	03	3 775 035	71	193 000	00	—	—	7 239 012	97	5 656 415	99	1 582 596	98
13. Oberlausitzer Provinzial-Sparkasse in Görlitz . .	9 674 201	57	3 478 000	00	245 000	00	—	—	5 713 369	22	4 562 824	20	1 150 545	02
15. Ständische Sparkasse der Altmark in Stendal	1 693 363	18	924 161	62	208 323	62	—	—	2 931 991	63	2 214 341	54	717 650	09
24. Ständische Ostfriesische Sparkasse in Aurich . .	939 693	16	2 100 053	87	65 100	00	1 000	00	1 938 254	77	1 387 962	86	550 291	91
29. Kommunalständische Nassauische Sparkasse in Wiesbaden	9 643 017	26	5 621 130	01	—	—	—	—	24 148 833	05	18 984 929	43	5 163 903	62
35. Spar- und Leihkasse für die Hohenzollernschen Lande in Sigmaringen	1 860 016	20	1 235 375	90	76 416	60	51 428	57	2 146 967	73	1 765 233	35	381 734	38
Noch: V. Die sonstigen														
Freistaat Preußen[1] . .	**23 840 581**	59	**52 548 965**	28	**967 629**	67	**544 650**	69	**34 739 119**	80	**26 610 706**	47	**8 128 413**	33
Provinzen.														
III. Stadt Berlin	1 105 400	31	—	—	—	—	—	—	666 410	35	426 457	65	239 952	70
IX. Schleswig-Holstein . . .	13 343 550	36	10 618 384	64	244 566	93	544 049	69	15 378 190	86	12 215 253	74	3 162 937	12
X. Hannover	49 791	96	7 269	48	—	—	—	—	75 799	29	58 220	18	17 579	11
XII. Hessen-Nassau	6 232 602	47	7 882 157	06	25 000	00	601	00	8 875 117	38	6 313 795	23	2 561 322	15
XIII. Rheinprovinz	3 109 236	49	34 041 154	10	698 062	74	—	—	9 743 601	92	7 596 979	67	2 146 622	25
Regierungsbezirke.														
7. Berlin	1 105 400	31	—	—	—	—	—	—	666 410	35	426 457	65	239 952	70
18. Schleswig	13 343 550	36	10 618 384	64	244 566	93	544 049	69	15 378 190	86	12 215 253	74	3 162 937	12
23. Osnabrück	49 791	96	7 269	48	—	—	—	—	75 799	29	58 220	18	17 579	11
29. Wiesbaden	6 232 602	47	7 882 157	06	25 000	00	601	00	8 875 117	38	6 313 795	23	2 561 322	15
34. Aachen	3 109 236	49	34 041 154	10	698 062	74	—	—	9 743 601	92	7 596 979	67	2 146 622	25
Noch: Die Sparkassen														
Freistaat Preußen[1] . .	**747 455 451**	12	**733 618 704**	18	**39 616 165**	15	**27 381 368**	21	**1 233 054 563**	05	**971 408 308**	88	**261 646 254**	17
Provinzen.														
I. Ostpreußen	22 809 801	66	23 350 112	48	1 407 702	84	931 991	18	33 150 873	63	25 557 032	64	7 593 840	99
II. Brandenburg	61 270 885	10	38 393 053	58	2 258 691	29	3 183 420	41	124 652 121	02	95 752 990	23	28 899 130	79
III. Stadt Berlin	21 105 400	31	3 537 306	00	—	—	—	—	44 450 907	70	39 742 038	90	4 708 868	80
IV. Pommern	32 783 050	49	37 362 815	38	1 921 415	13	1 308 348	44	57 225 337	58	45 368 768	82	11 856 568	76
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	4 172 037	95	2 758 260	47	271 748	98	24 282	10	6 432 587	56	5 189 693	33	1 242 894	23
VI. Niederschlesien	58 802 166	84	68 052 622	52	3 098 404	86	1 147 744	06	65 947 576	29	49 056 078	32	16 891 497	97
VII. Oberschlesien	16 205 023	04	12 766 471	34	826 799	30	143 071	93	23 525 651	15	18 733 329	28	4 792 321	87
VIII. Sachsen	81 150 171	12	108 065 275	32	5 589 923	98	4 525 024	67	95 436 473	76	69 974 336	28	25 462 137	48
IX. Schleswig-Holstein . . .	54 353 546	86	44 112 171	95	1 896 382	60	1 719 821	32	72 563 534	26	57 794 305	94	14 769 228	32
X. Hannover	74 125 219	40	73 733 573	40	5 031 284	46	5 380 620	15	148 193 675	38	117 845 723	71	30 347 951	67
XI. Westfalen	143 447 572	02	145 735 332	31	8 756 254	56	5 054 959	57	211 766 972	24	170 566 050	86	41 200 921	38
XII. Hessen-Nassau	36 140 789	59	24 797 651	94	832 270	03	233 950	65	66 920 359	49	52 226 448	95	14 693 910	54
XIII. Rheinprovinz	139 229 770	54	149 718 681	59	7 648 870	52	3 676 705	16	280 641 525	26	221 836 278	27	58 805 246	99
XIV. Hohenzollernsche Lande	1 860 016	20	1 235 375	90	76 416	60	51 428	57	2 146 967	73	1 765 233	35	381 734	38

[1]) Vergl. die Anmerkung 1 auf Seite 348.

Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre		Von dem Vermögen der Sparkassen sind zinsbar angelegt														Wiederholung der Spalte 1
		in Hypotheken oder Grundschulden, und zwar auf								bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften		gegen Wechsel		
		städtische Grundstücke				ländliche Grundstücke								
		überhaupt		darunter Tilgungshypotheken		überhaupt		darunter Tilgungshypotheken						
M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	
32		33		34		35		36		37		38		
ständischen Sparkassen.														
4 235 371	**81**	**149 523 993**	**06**	**102 156 396**	**78**	**55 472 498**	**78**	**22 662 434**	**50**	**176 686 147**	**21**	**14 273 378**	**92**	**Freist. Pr.**
693 603	28	20 421 634	15	8 934 207	25	24 103 152	02	8 931 098	43	26 580 503	18	—	—	6.
424 563	00	18 821 465	00	—	—	977 725	00	—	—	11 832 882	74	—	—	13.
184 381	35	18 681 006	16	3 778 680	15	905 415	00	87 300	00	10 316 150	07	—	—	15.
129 900	42	1 439 892	85	407 677	85	7 654 404	04	3 773 234	59	12 544 861	08	304 070	00	24.
2 669 922	16	87 830 711	00	86 756 866	00	11 831 760	00	—	—	107 262 814	00	—	—	29.
133 001	60	2 329 283	90	2 278 965	53	10 000 042	72	9 870 801	48	8 148 936	14	13 969 308	92	35.
öffentlichen Sparkassen.														
3 219 609	**27**	**231 085 199**	**02**	**857 354**	**53**	**70 329 912**	**41**	**196 449**	**21**	**81 789 784**	**25**	**36 598 387**	**44**	**Freist. Pr.**
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	III.
1 402 997	17	94 037 490	98	38 459	70	65 226 986	64	145 175	00	64 854 208	21	676 637	45	IX.
3 543	54	69 900	00	—	—	371 353	45	—	—	168 510	05	—	—	X.
1 026 576	85	92 419 298	57	10 000	00	3 208 497	11	35 799	00	10 922 836	22	20 355 309	00	XII.
786 491	71	44 558 509	47	808 894	83	1 523 075	21	15 475	21	5 844 229	77	15 566 440	99	XIII.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.
1 402 997	17	94 037 490	98	38 459	70	65 226 986	64	145 175	00	64 854 208	21	676 637	45	18.
3 543	54	69 900	00	—	—	371 353	45	—	—	168 510	05	—	—	23.
1 026 576	85	92 419 298	57	10 000	00	3 208 497	11	35 799	00	10 922 836	22	20 355 309	00	29.
786 491	71	44 558 509	47	808 894	83	1 523 075	21	15 475	21	5 844 229	77	15 566 440	99	34.
überhaupt.														
87 363 030	**50**	**5 687 256 220**	**73**	**1 010 378 775**	**38**	**1 797 538 548**	**28**	**504 469 560**	**98**	**6 067 787 611**	**96**	**105 812 127**	**30**	**Freist. Pr.**
3 001 822	91	143 127 674	27	30 390 693	36	60 123 097	21	14 897 979	57	139 144 310	77	5 546 564	41	I.
10 076 421	18	427 008 876	46	26 696 668	43	133 197 795	21	42 355 769	12	866 005 425	07	1 335 323	00	II.
7 166 460	09	107 569 400	00	—	—	—	—	—	—	154 392 626	53	—	—	III.
3 764 055	33	249 780 788	45	28 320 604	22	142 528 768	72	30 261 422	21	262 777 406	24	1 864 097	33	IV.
444 148	10	26 043 609	61	14 692 695	36	12 553 617	71	10 106 805	74	39 451 028	25	696 805	08	V.
5 391 075	01	299 433 820	92	9 835 851	99	69 153 364	24	12 203 072	91	287 266 467	40	12 232 607	85	VI.
1 836 677	48	113 217 215	85	21 665 361	18	47 693 578	87	18 393 321	14	54 779 397	20	1 239 050	66	VII.
5 175 681	42	367 568 815	84	28 116 065	17	190 835 667	86	22 955 303	46	470 087 456	64	126 060	00	VIII.
5 723 599	01	371 456 913	61	2 924 516	32	212 537 632	01	877 501	10	289 453 811	66	6 035 841	18	IX.
8 448 981	24	456 188 632	89	97 249 659	41	424 391 742	19	195 211 705	75	760 467 323	72	1 491 391	29	X.
11 490 745	91	1 335 571 686	17	258 498 424	19	273 426 613	50	44 136 043	29	971 726 547	07	68 671	94	XI.
6 328 197	03	280 615 740	21	134 715 091	77	93 502 645	93	60 324 464	59	294 210 622	41	21 462 056	62	XII.
18 382 164	19	1 507 343 762	55	354 994 178	45	127 593 982	11	42 875 370	62	1 469 876 252	86	39 744 349	02	XIII.
133 001	60	2 329 283	90	2 278 965	53	10 000 042	72	9 870 801	48	8 148 936	14	13 969 308	92	XIV.

(Noch: Taf. 1)

Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	Noch: Von dem Vermögen der Sparkassen sind zinsbar													
	gegen Faustpfand		auf Schuldscheine				in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder, wenn d. Ankaufswert niedriger, zu diesem		der Ankaufswert		der Nennwert		in sonstigen Anlagen	
			ohne Bürgschaft		mit Bürgschaft				dieser Papiere (Sp. 42) beträgt					
	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.
1	39		40		41		42		43		44		45	
Noch: IV. Die Provinzial- und														
Freistaat Preußen [1]) . .	**25 130 749**	**38**	—	—	**3 801 533**	**25**	**299 695 289**	**17**	**379 793 144**	**48**	**385 337 927**	**50**	**151 419 250**	**11**
6. Ständische Sparkasse des Markgraftums Niederlausitz in Lübben . . .	9 500	00	—	—	—	—	77 776 635	40	96 800 410	17	99 265 307	50	4 855 049	10
13. Oberlausitzer Provinzial-Sparkasse in Görlitz . .	83 450	00	—	—	—	—	95 257 523	75	112 139 917	70	115 336 950	00	—	—
15. Ständische Sparkasse der Altmark in Stendal	38 500	00	—	—	—	—	26 093 104	00	34 588 853	00	35 160 500	00	—	—
24. Ständische Ostfriesische Sparkasse in Aurich . .	1 423 754	01	—	—	355 802	80	13 342 709	75	17 879 894	75	18 223 500	00	294 458	08
29. Kommunalständische Nassauische Sparkasse in Wiesbaden	23 246 443	00	—	—	3 220 511	00	76 627 758	00	104 356 500	00	102 803 200	00	143 828 344	00
35. Spar- und Leihkasse für die Hohenzollernschen Lande in Sigmaringen	329 102	37	—	—	225 219	45	10 597 558	27	14 027 568	86	14 548 470	00	2 441 398	93
Noch: V. Die sonstigen														
Freistaat Preußen [1]) . .	**1 958 908**	**03**	**832 718**	**55**	**9 399 288**	**66**	**305 213 268**	**78**	**334 168 699**	**60**	**347 747 515**	**00**	**31 304 865**	**52**
Provinzen.														
III. Stadt Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12 338 624	00
IX. Schleswig-Holstein . . .	1 944 209	02	42 900	81	9 243 546	76	85 728 519	30	88 788 165	84	97 274 958	00	9 574 321	01
X. Hannover	6 571	94	—	—	8 990	75	481 230	00	617 967	80	632 400	00	655 685	75
XII. Hessen-Nassau	1 848	09	789 817	74	146 751	15	64 576 835	17	80 316 770	90	82 418 700	00	792 094	30
XIII. Rheinprovinz	6 278	98	—	—	—	—	154 426 684	31	164 445 795	06	167 421 457	00	7 944 140	46
Regierungsbezirke.														
7. Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[2]) 12 338 624	00
18. Schleswig	1 944 209	02	42 900	81	9 243 546	76	85 728 519	30	88 788 165	84	97 274 958	00	9 574 321	01
23. Osnabrück	6 571	94	—	—	8 990	75	481 230	00	617 967	80	632 400	00	655 685	75
29. Wiesbaden	1 848	09	789 817	74	146 751	15	64 576 835	17	80 316 770	90	82 418 700	00	792 094	30
34. Aachen	6 278	98	—	—	—	—	154 426 684	31	164 445 795	06	167 421 457	00	7 944 140	46
Noch: Die Sparkassen														
Freistaat Preußen [1]) . .	**275 102 485**	**92**	**12 846 424**	**64**	**122 373 195**	**61**	**9 547 935 146**	**47**	**11 978 304 572**	**00**	**12 283 483 751**	**43**	**1 354 379 057**	**78**
Provinzen.														
I. Ostpreußen	21 393 370	16	1 040 867	61	7 927 477	52	217 915 338	43	280 388 014	23	285 543 150	00	67 813 393	09
II. Brandenburg	9 713 536	51	3 503 166	11	1 106 813	72	1 029 268 728	85	1 321 697 439	75	1 353 810 328	00	35 782 665	27
III. Stadt Berlin	422 501	00	—	—	—	—	476 620 143	67	569 485 308	60	587 152 835	00	12 338 624	00
IV. Pommern	8 941 923	32	316 660	75	3 294 907	47	479 690 844	34	600 589 245	73	613 140 700	00	37 231 026	48
V. Grenzmark Posen-Westpreußen.	5 387 305	40	222 103	28	1 167 836	44	44 277 025	28	57 445 066	35	58 760 200	00	4 590 601	63
VI. Niederschlesien	60 072 991	21	116 299	34	1 020 813	73	572 976 926	55	717 837 794	58	738 723 008	21	91 444 534	70
VII. Oberschlesien	1 055 010	43	73 702	67	5 040 905	10	219 574 551	69	274 006 182	78	279 972 853	09	1 896 160	79
VIII. Sachsen	15 977 837	06	3 372 757	70	838 105	38	834 539 693	99	1 071 758 049	67	1 093 945 979	55	51 399 475	38
IX. Schleswig-Holstein. . .	12 005 728	38	158 165	39	40 958 916	32	424 894 719	78	494 956 636	44	515 759 603	00	138 950 016	20
X. Hannover	39 267 636	08	2 444 181	58	12 319 045	02	1 096 462 884	46	1 389 880 007	14	1 427 085 126	32	219 185 331	54
XI. Westfalen.	27 365 203	61	254 203	30	18 678 048	59	1 495 475 573	78	1 875 916 863	73	1 927 541 562	00	128 602 883	84
XII. Hessen-Nassau	27 655 708	69	789 817	74	10 773 394	23	437 715 054	65	551 725 362	88	561 007 562	47	191 800 359	59
XIII. Rheinprovinz	45 514 631	70	554 499	17	19 021 712	64	2 207 926 102	73	2 758 591 031	26	2 826 492 373	79	370 902 586	34
XIV. Hohenzollernsche Lande	329 102	37	—	—	225 219	45	10 597 558	27	14 027 568	86	14 548 470	00	2 441 398	93

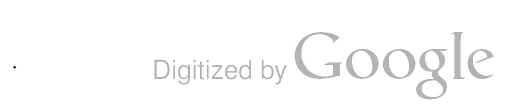
[1]) Vergl. die Anmerkung 1 auf Seite 348. — [2]) Kapitalien der II. Serie der Preußischen Renten-Versicherungs-Anstalt (vergl. § 59c der Statuten).

angelegt: zusammen (Inhaberpapiere nach Spalte 42 eingestellt) ℳ	Pf.	dabei in Schuldverschreibungen (Nennwert): des Deutschen Reiches ℳ	Preußens ℳ	Pf.	Anzahl: der am Schlusse des Rechnungsjahres im Besitze der Sparkassen befindlichen Grundstücke aus Zwangsversteigerungen	davon im Berichtsjahre erworben	Hypothekarisch darauf (Spalte 49) haftende Sparkassengelder ℳ	Pf.	Verlust an Zins, Kapital und Kosten bei Wiederveräußerung in der Zwangsversteigerung übernommener Grundstücke im Berichtsjahre ℳ	Pf.	Betrag des baren Kassenbestandes in allen Abteilungen der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres ℳ	Pf.	Wiederholung der Spalte 1
46		47	48		49	50	51		52		53		
ständischen Sparkassen.													
876 002 839	**88**	**186 115 400**	**45 316 750**	**00**	**2**	**—**	**61 700**	**00**	**—**	**—**	**12 995 106**	**70**	**Freist. Pr.**
153 746 473	85	41 198 700	18 581 700	00	—	—	—	—	—	—	5 902 365	45	6.
126 973 046	49	37 008 700	3 620 900	00	—	—	—	—	—	—	1 358 513	45	13.
56 034 175	23	27 844 000	5 500 000	00	—	—	—	—	—	—	636 605	98	15.
37 359 952	61	13 514 500	2 447 550	00	—	—	—	—	—	—	270 187	20	24.
453 848 341	00	55 899 900	11 792 100	00	2	—	61 700	00	—	—	4 505 150	96	29.
48 040 850	70	10 649 600	3 374 500	00	—	—	—	—	—	—	322 283	66	35.
öffentlichen Sparkassen.													
768 512 332	**66**	**230 448 900**	**52 074 450**	**00**	**6**	**1**	**147 341**	**82**	**9 647**	**50**	**9 194 582**	**11**	**Freist. Pr.**
12 338 624	00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	477 698	00	III.
331 328 820	18	75 851 700	12 148 450	00	3	—	76 642	00	9 647	50	5 395 795	31	IX.
1 762 241	94	632 400	—	—	—	—	—	—	—	—	18 807	30	X.
193 213 287	35	50 720 800	10 527 000	00	2	1	46 699	82	—	—	1 673 391	97	XII.
229 869 359	19	103 244 000	29 399 000	00	1	—	24 000	00	—	—	1 628 889	53	XIII.
12 338 624	00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	477 698	00	7.
331 328 820	18	75 851 700	12 148 450	00	3	—	76 642	00	9 647	50	5 395 795	31	18.
1 762 241	94	632 400	—	—	—	—	—	—	—	—	18 807	30	23.
193 213 287	35	50 720 800	10 527 000	00	2	1	46 699	82	—	—	1 673 391	97	29.
229 869 359	19	103 244 000	29 399 000	00	1	—	24 000	00	—	—	1 628 889	53	34.
überhaupt.													
24 971 030 818	**69**	**8 902 801 200**	**1 283 601 453**	**48**	**381**	**13**	**10 248 813**	**16**	**183 853**	**60**	**856 845 415**	**68**	**Freist. Pr.**
664 032 093	47	226 018 300	22 583 325	00	1	—	10 000	00	667	02	37 185 008	13	I.
2 506 922 330	20	888 584 800	201 370 400	00	1	—	18 000	00	—	—	151 754 625	94	II.
751 343 295	20	278 408 500	63 694 000	00	1	—	80 000	00	—	—	155 498 848	47	III.
1 186 426 423	10	409 527 600	68 450 150	00	17	—	703 100	00	1 250	00	71 925 019	42	IV.
134 389 932	68	45 333 400	6 165 150	00	—	—	—	—	—	—	7 828 276	52	V.
1 393 717 825	94	437 945 600	88 972 600	00	1	—	55 000	00	—	—	76 327 396	52	VI.
444 569 573	26	215 624 500	29 068 350	00	1	—	52 000	00	—	—	13 494 441	08	VII.
1 934 745 863	85	753 008 000	157 813 150	00	8	—	233 345	07	16 121	29	45 970 625	70	VIII.
1 496 451 744	53	417 316 300	37 325 050	00	11	—	262 508	02	9 647	50	37 581 270	01	IX.
3 012 218 168	77	1 105 397 000	95 948 178	48	10	—	138 607	45	—	—	45 199 749	44	X.
4 251 169 431	80	1 539 309 300	156 945 200	00	121	5	3 652 031	81	134 364	62	74 462 868	01	XI.
1 358 525 400	07	375 734 600	54 310 900	00	7	1	183 041	72	—	—	24 655 425	02	XII.
5 788 477 879	12	2 199 943 700	297 580 500	00	202	7	4 861 179	09	21 803	17	114 639 577	76	XIII.
48 040 850	70	10 649 600	3 374 500	00	—	—	—	—	—	—	322 283	66	XIV.

(Noch: Taf. 1) Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	Zahl der				An Sparbüchern									
	Sparkassen	Zweig- oder Nebenkassen	Sammel- oder Annahmestellen	Verkaufsstellen von Sparmarken	wurden im Laufe des Jahres		befanden sich am Jahresschlusse im Umlaufe mit Ein-							
					ausgegeben	zurückgenommen	bis 60 ℳ	über 60 bis 150 ℳ	über 150 bis 300 ℳ	über 300 bis 600 ℳ	über 600 bis 1 500 ℳ	über 1 500 bis 3 000 ℳ	über 3 000 bis 10000 ℳ	über 10 000 ℳ
					Stück									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
											Noch: Die Sparkassen			
Regierungsbezirke.														
1. Königsberg	31	22	273	178	52 972	36 544	147 723	42 323	33 111	40 713	57 649	32 706	25 267	3 993
2. Gumbinnen	15	11	63	60	23 347	16 601	68 318	18 668	14 124	16 384	19 620	10 545	7 694	1 117
3. Allenstein	22	7	124	24	22 017	22 697	60 867	13 381	9 969	10 971	14 220	8 827	6 665	978
4. Westpreußen	9	7	29	—	6 274	9 855	18 219	6 154	5 064	5 669	7 272	4 097	3 620	747
5. Potsdam	70	69	304	124	235 837	229 447	611 284	205 921	170 836	206 326	289 421	178 171	128 930	9 970
6. Frankfurt	57	205	18	94	90 854	65 017	232 515	104 358	89 943	111 653	156 472	95 395	66 250	5 877
7. Berlin	2	50	120	2	161 870	165 346	494 091	119 857	100 097	122 165	188 289	123 200	73 551	3 873
8. Stettin	45	15	70	89	82 572	65 893	190 897	63 866	51 021	63 915	93 627	60 123	52 358	5 485
9. Köslin	34	5	30	—	53 201	31 830	110 086	45 624	39 138	49 118	69 484	43 171	36 055	4 381
10. Stralsund	15	—	42	—	17 688	13 493	36 226	15 025	11 999	15 347	24 167	8 702	7 267	1 004
11. Schneidemühl	20	6	44	—	21 194	15 351	47 434	17 043	14 133	16 845	20 930	11 843	7 666	1 160
12. Breslau	80	12	281	112	129 203	88 410	374 338	136 627	111 119	127 757	166 323	90 290	46 178	3 919
13. Liegnitz	61	68	148	123	93 863	56 956	248 886	113 051	94 920	108 173	135 961	71 015	43 011	3 113
14. Oppeln	52	17	153	170	50 437	64 751	187 621	54 562	42 332	48 627	61 912	35 769	28 295	3 152
15. Magdeburg	48	108	161	67	86 093	74 182	256 571	95 214	78 306	92 798	124 146	74 625	56 308	5 536
16. Merseburg	74	47	231	177	106 219	83 429	293 172	121 086	101 097	116 504	155 503	89 661	66 768	6 486
17. Erfurt	22	8	69	80	42 792	33 355	126 464	48 903	39 878	45 398	57 437	33 837	24 925	3 204
18. Schleswig	229	104	143	397	130 391	122 628	345 785	116 465	90 737	98 423	132 072	90 887	97 772	23 860
19. Hannover	30	22	168	—	118 834	75 618	250 082	79 827	62 283	73 655	99 167	62 106	53 897	9 208
20. Hildesheim	36	2	46	4	49 837	32 948	132 747	54 583	44 551	52 659	69 580	43 292	37 326	5 858
21. Lüneburg	31	29	115	127	44 721	31 703	106 765	46 326	37 863	46 354	66 566	43 735	44 607	9 003
22. Stade	41	11	58	53	39 062	21 834	86 213	35 015	28 506	33 273	46 786	30 904	32 199	7 323
23. Osnabrück	28	17	36	4	36 870	19 519	61 168	27 001	22 247	26 726	40 835	27 122	26 791	5 067
24. Aurich	12	27	52	7	21 059	26 103	50 812	18 218	13 537	15 780	19 700	12 188	11 181	2 036
25. Münster	48	53	50	3	76 971	42 977	116 734	50 222	42 985	52 982	77 044	53 874	62 154	16 019
26. Minden	45	3	98	—	74 279	38 991	130 935	53 657	50 254	57 975	80 743	55 298	55 989	11 377
27. Arnsberg	122	19	78	56	231 681	153 608	375 532	157 685	130 145	158 338	229 332	157 764	159 231	33 029
28. Cassel	58	53	38	12	73 472	44 181	131 594	65 316	56 510	68 279	90 164	54 415	39 481	4 316
29. Wiesbaden	24	48	485	433	93 050	65 520	201 962	65 809	63 068	80 858	127 401	68 064	69 462	8 627
30. Coblenz	27	9	127	—	56 048	30 472	98 267	32 063	27 524	34 216	51 143	37 365	35 523	6 331
31. Düsseldorf	134	43	77	230	302 927	250 909	633 851	214 414	173 918	218 080	301 159	199 401	201 137	37 600
32. Köln	30	51	137	12	144 172	99 625	228 439	73 594	60 351	71 797	107 468	79 765	78 683	14 744
33. Trier	18	28	275	—	50 839	41 251	91 085	27 762	23 178	28 819	44 364	32 730	32 399	8 446
34. Aachen	13	56	57	2	50 171	29 281	108 793	36 143	28 977	35 990	75 547	27 420	28 975	8 128
35. Sigmaringen	1	1	31	—	3 967	2 274	4 399	3 301	3 396	4 369	8 766	6 719	4 968	—
												Die Arten der		
1. Städtische Sparkassen	764	260	456	1 184	1 735 087	1428583	4 266 114	1 426 176	1158559	1 370 152	1 896 364	1176460	945 620	134 317
2. Landgemeinde- usw. Spark.	295	23	152	66	141 538	96 315	284 138	111 872	91 658	109 949	155 101	105 673	113 564	25 646
3. Kreis- u. Amts-Sparkassen	445	755	3 362	1 149	832 183	554 489	1 728 251	692 248	581 151	702 712	975 299	629 237	565 587	98 110
4. Provinzial- u. ständ. Spark.	6	157	230	—	80 863	51 468	174 761	81 309	78 859	106 521	164 544	87 313	71 545	7 199
5. Sonstige öffentl. Spark.[1]	74	38	31	241	85 113	71 744	206 611	67 459	56 890	67 602	118 962	56 343	56 267	9 695
Summe 1919[2]	**1 584**	**1 233**	**4 231**	**2 640**	**2 874 784**	**2202599**	**6 659 875**	**2 379 064**	**1967117**	**2 356 936**	**3 310 270**	**2055026**	**1752583**	**274 967**
					Die Arten der Sparkassen mit den Ergebnissen des Jahres 1918 nach dem									
1. Städtische Sparkassen	754	245	419	1 135	1 973 714	977 101	4 280 790	1 447 092	1176800	1 396 456	1 803 166	1010151	735 407	119 404
2. Landgemeinde- usw. Spark.	294	17	150	84	166 423	57 582	300 418	116 206	95 952	111 781	150 127	96 307	98 266	25 059
3. Kreis- u. Amts-Sparkassen	443	723	3 370	1 093	869 329	302 367	1 751 677	706 707	586 322	699 938	906 821	535 734	447 774	86 893
4. Provinzial- u. ständ. Spark.	6	156	215	—	75 278	30 550	197 884	94 108	84 824	103 031	152 297	73 459	35 469	1 584
5. Sonstige öffentl. Spark.[1]	75	41	31	235	79 071	42 290	208 640	70 464	59 409	77 176	106 502	49 144	47 137	9 112
Summe 1918[2]	1 572	1 182	4 185	2 547	3 163 815	1409890	6 739 409	2 434 577	2003307	2 388 382	3 118 913	1764795	1364053	242 052
Dagegen nach dem bisherigen Umfange von Preußen in den Jahren:														
1917	1 775	1 083	4 408	3 088	3 577 395	1084860	6 860 975	2 455 532	2003775	2 303 944	2 815 653	1473448	1080339	181 134
1916	1 768	963	4 348	3 157	2 144 983	1151982	5 561 886	2 255 913	1876324	2 128 473	2 532 026	1281121	909 755	139 741
1915	1 766	937	4 332	3 209	1 892 149	1134171	4 929 153	2 129 463	1806332	2 082 034	2 482 742	1263084	870 424	129 311
1914	1 761	938	4 358	3 287	1 865 161	1345161	4 584 470	1 940 763	1685813	1 981 936	2 425 645	1274676	906 941	134 946
1913	1 765	926	4 342	3 420	2 043 018	1447737	4 347 344	1 891 329	1645309	1 930 081	2 376 652	1230065	868 145	128 717
1912	1 760	814	4 312	3 093	1 908 262	1498662	4 171 567	1 811 776	1585757	1 858 991	2 305 410	1159606	804 763	121 964

[1]) ohne die Ergebnisse der der Öffentlichkeit nicht zugänglichen, in den früheren Jahren mitaufgeführten reinen Privatsparkassen. — [2]) Vergl. die Anmerkung 1 auf Seite 348.

lagen überhaupt	darunter gesperrte Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsvorjahres ℳ	Pf.	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Zuschreibung von Zinsen ℳ	Pf.	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen ℳ	Pf.	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre ℳ	Pf.	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres ℳ	Pf.	Betrag der Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres ℳ	Pf.	Betrag des Sonder- oder Sparstocks ℳ	Pf.	Wiederholung der Spalte 1
16	17	18		19		20		21		22		23		24		
überhaupt.																
383 485	5 355	291 725 394	44	11 443 068	12	336 412 503	52	277 616 364	16	361 964 601	92	25 853 356	92	90 168	47	1.
156 470	1 587	95 928 531	67	3 668 412	44	105 338 581	02	81 694 941	41	123 240 583	72	6 372 524	13	173 364	33	2.
125 878	4 643	97 817 431	42	3 319 510	19	97 296 693	17	98 034 319	36	100 399 315	42	6 544 376	95	50 000	00	3.
50 842	779	66 524 470	43	2 122 233	72	46 367 891	69	54 436 526	11	60 578 069	73	11 516 908	09	—	—	4.
1 800 859	12 720	1 357 178 026	22	50 944 250	74	1 532 503 254	90	1 219 467 275	69	1 721 158 256	17	109 521 134	16	2 166 630	04	5.
862 463	6 211	727 552 175	49	27 148 128	26	587 910 006	10	451 766 283	64	890 844 026	21	52 536 929	30	6 105 349	17	6.
1 225 123	—	808 445 682	85	29 722 152	67	742 134 528	07	640 766 122	79	939 536 240	80	—	—	1 794 738	56	7.
581 292	8 986	515 345 249	78	19 348 170	69	470 312 449	33	367 637 046	11	637 368 823	69	23 993 391	31	516 657	40	8.
397 057	12 139	393 448 104	64	15 247 610	97	328 863 651	71	245 038 628	50	492 520 738	82	25 174 340	15	290 475	59	9.
119 737	2 630	97 048 992	61	3 439 624	93	211 147 069	90	189 932 418	36	121 703 269	08	1 542 793	38	125 034	87	10.
137 054	5 257	110 573 088	79	4 006 303	97	128 702 268	67	104 048 442	50	139 233 218	93	8 029 150	25	201 510	36	11.
1 056 551	25 491	603 646 709	46	21 332 366	30	504 807 774	40	352 109 626	77	777 677 223	39	44 263 807	02	1 856 390	97	12.
818 130	7 605	544 137 720	84	20 155 863	42	388 116 516	31	275 752 881	79	676 657 218	78	11 664 919	64	1 533 902	01	13.
462 270	2 502	363 148 298	66	11 693 940	52	220 467 638	27	203 964 735	34	391 345 142	11	9 392 473	75	760 811	28	14.
783 504	14 025	653 587 984	07	23 320 555	06	510 926 536	04	433 243 343	50	754 591 731	67	12 531 020	09	417 424	03	15.
950 277	12 516	808 434 181	92	27 312 120	53	488 545 084	68	395 068 300	62	929 223 086	51	17 124 464	90	728 643	69	16.
380 046	10 924	315 587 421	56	10 790 352	75	205 156 149	08	181 699 657	51	349 834 265	88	2 249 253	44	317 235	42	17.
996 001	25 192	1 271 629 050	75	45 329 552	48	793 566 160	38	678 556 519	63	1 431 968 243	98	96 548 820	62	4 816 053	98	18.
690 225	21 525	704 783 768	69	27 459 401	78	644 822 812	93	549 069 007	79	827 996 975	61	38 400 001	08	2 079 120	40	19.
440 596	5 995	455 133 034	72	16 948 308	57	311 441 407	80	261 119 342	21	522 403 408	88	16 495 992	57	426 047	21	20.
401 219	3 564	562 110 851	77	21 958 975	84	312 712 766	36	263 958 383	84	632 824 210	13	41 650 338	04	6 277 079	42	21.
300 219	3 070	411 309 989	05	16 274 641	67	254 074 818	78	211 575 870	97	470 083 578	53	34 358 127	72	188 352	64	22.
236 957	7 219	315 955 453	45	12 094 427	82	253 804 969	12	207 859 816	87	373 995 033	52	10 340 443	83	—	—	23.
143 452	308	141 810 672	56	4 990 366	77	134 225 599	96	114 083 007	61	166 943 631	68	7 249 049	65	224 614	43	24.
472 014	3 662	854 024 363	05	30 936 617	73	654 511 729	45	593 461 376	01	946 011 334	22	42 500 609	50	353 962	65	25.
496 228	18 380	684 355 828	70	25 389 822	18	600 492 419	56	528 936 014	68	781 302 055	76	14 021 304	97	1 466 364	65	26.
1 401 056	13 624	2 164 006 654	15	80 504 256	73	1 464 456 128	65	1 359 729 639	05	2 349 237 400	48	172 919 105	79	31 018 850	31	27.
510 075	5 886	471 428 047	94	19 224 105	66	275 578 985	27	193 527 182	34	572 703 956	53	14 514 444	57	26 780	54	28.
685 251	14 854	590 826 151	34	21 750 637	09	433 728 935	20	327 856 623	59	718 449 100	04	124 540 095	76	179 936	46	29.
322 432	1 644	412 014 454	23	16 448 810	81	609 263 025	97	500 755 069	03	536 971 221	98	23 727 948	64	163 762	58	30.
1 979 560	24 125	2 657 980 916	04	96 097 142	01	2 470 360 983	21	2 354 573 121	74	2 869 865 919	52	224 640 712	73	3 101 920	13	31.
714 841	26 609	943 366 904	55	35 139 361	38	1 383 983 180	63	1 222 103 226	43	1 140 386 220	13	165 101 278	35	—	—	32.
288 783	1 730	370 500 509	46	15 634 850	46	365 193 602	29	237 872 619	78	513 456 342	43	24 003 678	81	327 568	70	33.
349 973	1 083	404 182 025	71	15 507 139	08	935 687 995	34	846 765 634	73	508 611 525	40	18 884 359	68	—	—	34.
35 918	—	37 761 386	26	1 594 455	09	16 376 092	53	8 507 282	34	47 224 651	54	4 015 463	78	—	—	35.
Sparkassen.																
12 373 762	205 594	11 636 696 467	08	424 619 322	83	10 768 571 428	71	9 408 268 932	01	13 421 618 286	61	736 372 165	02	46 868 362	93	1.
997 601	17 060	1 417 101 428	93	53 387 039	32	983 114 370	71	847 516 831	87	1 606 086 007	09	100 753 646	94	1 094 887	94	2.
5 972 595	61 782	6 939 287 721	25	262 435 080	42	6 359 924 300	60	5 239 400 687	22	8 322 246 415	05	446 611 256	03	14 190 223	18	3.
772 051	3 108	636 031 562	35	24 019 119	78	363 150 428	73	244 254 281	27	778 946 829	59	135 384 485	22	5 502 819	24	4.
639 829	24 296	674 192 347	66	23 836 976	08	344 529 681	54	293 145 920	43	749 413 084	85	12 101 066	36	122 457	00	5.
20 755 838	**311 840**	**21 303 309 527**	**27**	**788 297 538**	**43**	**18 819 290 210**	**29**	**16 032 586 652**	**80**	**24 878 310 623**	**19**	**1 431 222 619**	**57**	**67 778 750**	**29**	1919
für das Jahr 1919 zugrundegelegten Staatsumfange.																
11 969 266	210 689	8 955 984 542	44	359 112 472	04	7 455 982 296	14	5 234 656 920	62	11 536 422 390	00	514 710 221	78	68 607 170	11	1.
994 116	18 323	1 157 964 558	28	47 075 592	98	840 994 927	12	570 804 772	40	1 475 230 305	98	65 305 823	93	713 882	45	2.
5 721 866	75 924	5 437 930 654	07	216 117 960	41	4 329 002 283	34	2 983 054 291	73	6 999 996 606	09	295 653 613	12	16 609 700	20	3.
742 656	3 430	500 103 867	55	19 280 700	90	250 848 422	49	134 173 087	04	636 059 903	90	127 830 760	73	5 916 414	96	4.
627 584	13 298	576 100 497	17	21 207 174	34	254 911 013	98	177 421 175	04	674 797 510	45	8 251 475	91	420 843	11	5.
20 055 488	**321 664**	**16 628 084 119**	**51**	**662 793 900**	**67**	**13 131 738 943**	**07**	**9 100 110 246**	**83**	**21 322 506 716**	**42**	**1 011 751 895**	**47**	**92 268 010**	**83**	1918
19 174 850	318 837	14 338 469 392	25	531 143 629	82	9 751 545 720	06	7 356 160 175	40	17 264 998 566	73	704 710 852	67	37 113 058	61	1917
16 685 239	280 564	13 535 193 551	21	469 801 571	72	6 881 245 629	99	6 530 732 681	04	14 355 508 071	88	359 507 337	95	37 640 907	69	1916
15 692 543	260 973	13 639 342 558	76	459 936 761	28	5 894 533 660	45	6 455 868 568	48	13 537 944 412	01	228 180 786	61	30 244 354	10	1915
14 935 190	259 306	13 109 864 629	25	441 363 302	48	4 467 342 200	57	4 379 733 901	96	13 638 836 230	34	135 020 101	51	19 860 471	09	1914
14 417 642	246 844	12 432 489 874	37	406 690 661	59	4 151 126 083	62	3 879 038 557	07	13 111 268 062	51	64 787 481	80	16 074 265	20	1913
13 819 834	235 010	11 836 262 476	53	381 567 103	30	3 790 058 447	52	3 574 958 120	61	12 432 929 906	74	52 948 795	49	14 416 413	81	1912



(Noch: Taf. 1) Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	Betrag der Rücklagen, wie sie am Schlusse des Rechnungsjahres zu Buche standen		Aus den Rücklagen bezw. den Überschüssen der Rechnungsvorjahre sind zu öffentlichen Zwecken verwendet				Betrag des eigenen Vermögens der Kassen		Betrag der					
			seit dem Bestehen der Kassen		im letzten Rechnungsjahre				Zinseinnahmen		Zinsausgaben		Zinsüberschüsse	
	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.
1	25		26		27		28		29		30		31	
Noch: Die Sparkassen														
Regierungsbezirke.														
1. Königsberg	12 640 030	73	15 611 068	11	822 781	75	179 939	89	18 073 816	16	13 692 271	90	4 381 544	26
2. Gumbinnen	4 090 618	68	3 258 812	70	191 451	66	250 925	69	5 775 234	03	4 546 384	80	1 228 849	23
3. Allenstein	3 763 337	83	2 543 692	87	235 583	08	418 125	60	5 688 436	03	4 372 738	71	1 315 697	32
4. Westpreußen	2 315 814	42	1 936 538	80	157 886	35	83 000	00	3 613 387	41	2 945 637	23	667 750	18
5. Potsdam	36 067 765	18	16 871 235	31	1 444 360	03	2 565 001	51	83 485 313	71	64 541 016	58	18 944 297	13
6. Frankfurt	25 203 119	92	21 521 818	27	814 331	26	618 418	90	41 166 807	31	31 211 973	65	9 954 833	66
7. Berlin	21 105 400	31	3 537 306	00	—	—	—	—	44 450 907	70	39 742 038	90	4 708 868	80
8. Stettin	16 023 166	47	21 145 262	70	841 229	39	401 512	10	29 542 319	92	22 851 600	11	6 690 719	81
9. Köslin	12 808 615	56	11 223 363	18	801 847	43	627 328	11	22 796 199	26	18 489 335	12	4 306 864	14
10. Stralsund	3 951 268	46	4 994 189	50	278 338	31	279 508	23	4 886 818	40	4 027 833	59	858 984	81
11. Schneidemühl	4 172 037	95	2 758 260	47	271 748	98	24 282	10	6 432 587	56	5 189 693	33	1 242 894	23
12. Breslau	28 964 096	63	36 824 921	72	1 559 175	28	863 674	81	34 628 890	30	25 215 392	30	9 413 498	00
13. Liegnitz	29 838 070	21	31 227 700	80	1 539 229	58	284 069	25	31 318 685	99	23 840 686	02	7 477 999	97
14. Oppeln	16 205 023	04	12 766 471	34	826 799	30	143 071	93	23 525 651	15	18 733 329	28	4 792 321	87
15. Magdeburg	27 743 945	68	38 359 444	41	2 043 801	92	2 383 577	80	34 716 495	11	25 453 837	11	9 262 658	00
16. Merseburg	40 313 772	22	56 508 726	80	2 857 981	39	1 488 283	38	44 111 268	26	32 045 563	79	12 065 704	47
17. Erfurt	13 092 453	22	13 197 104	11	688 140	67	653 163	49	16 608 710	39	12 474 935	38	4 133 775	01
18. Schleswig	54 353 546	86	44 112 171	95	1 896 382	60	1 719 821	32	72 563 534	26	57 794 305	94	14 769 228	32
19. Hannover	14 711 360	24	11 963 097	17	867 410	19	1 218 536	47	38 089 203	63	30 641 016	94	7 448 186	69
20. Hildesheim	12 893 263	07	15 122 705	82	981 318	35	236 309	12	25 295 012	87	19 554 841	13	5 740 171	74
21. Lüneburg	17 666 853	65	17 427 289	50	1 197 636	02	1 442 159	40	34 934 539	94	28 581 032	79	6 353 507	15
22. Stade	14 073 154	19	15 846 878	96	1 184 293	11	1 236 619	93	23 770 701	69	18 985 067	78	4 785 633	91
23. Osnabrück	10 626 677	10	7 814 054	14	434 370	04	939 571	23	17 274 743	26	13 340 548	88	3 934 194	38
24. Aurich	4 153 911	15	5 559 547	81	366 256	75	307 424	00	8 829 473	99	6 743 216	19	2 086 257	80
25. Münster	32 675 802	87	28 538 603	90	1 973 846	67	724 798	30	49 974 335	85	40 613 816	97	9 360 518	88
26. Minden	21 446 357	07	32 197 313	56	1 273 329	53	1 482 741	71	37 356 519	13	29 634 235	10	7 722 284	03
27. Arnsberg	89 325 412	08	84 999 414	85	5 509 078	36	2 847 419	56	124 436 117	26	100 317 998	79	24 118 118	47
28. Cassel	17 466 936	23	10 188 600	81	743 986	76	135 412	80	25 791 348	71	21 034 472	88	4 756 875	83
29. Wiesbaden	18 673 853	36	14 609 051	13	88 283	27	98 537	85	41 129 010	78	31 191 976	07	9 937 034	71
30. Coblenz	14 993 814	95	11 260 927	81	1 096 220	73	701 703	87	27 105 078	46	21 457 547	88	5 647 530	58
31. Düsseldorf	79 455 265	55	70 145 726	31	3 792 203	96	1 604 043	46	150 233 892	30	120 381 715	58	29 852 176	72
32. Köln	24 735 411	07	22 339 975	16	1 048 322	00	937 125	70	56 774 852	47	43 270 940	97	13 503 911	50
33. Trier	13 732 309	75	11 176 784	68	870 818	38	361 234	64	23 647 632	72	18 846 345	07	4 801 287	65
34. Aachen	6 312 969	22	34 795 267	63	841 305	45	72 597	49	22 880 069	31	17 879 728	77	5 000 340	54
35. Sigmaringen	1 860 016	20	1 235 375	90	76 416	60	51 428	57	2 146 967	73	1 765 233	35	381 734	38
Noch: Die Arten der														
1. Städtische Sparkassen	407 304 758	39	438 897 830	79	20 495 365	11	14 500 238	36	654 670 724	27	513 467 948	67	141 202 775	60
2. Landgemeinde-usw. Spark.	45 387 222	87	27 243 418	77	2 610 374	88	2 187 953	08	79 702 566	58	64 903 389	64	14 799 176	94
3. Kreis- u. Amts-Sparkassen	241 703 694	87	197 794 732	23	14 754 955	27	10 096 097	51	419 823 723	03	331 854 556	73	87 969 166	30
4. Provinzial- u. ständ. Spark.	29 219 193	40	17 133 757	11	787 840	22	52 428	57	44 118 429	37	34 571 707	37	9 546 722	00
5. Sonstige öffentl. Spark.[1]	23 840 581	59	52 548 965	28	967 629	67	544 650	69	34 739 119	80	26 610 706	47	8 128 413	33
Summe 1919[2])	**747 455 451**	**12**	**733 618 704**	**18**	**39 616 165**	**15**	**27 381 368**	**21**	**1 233 054 563**	**05**	**971 408 308**	**88**	**261 646 254**	**17**
Noch: Die Arten der Sparkassen mit den Ergebnissen des Jahres 1918 nach dem														
1. Städtische Sparkassen	428 626 625	08	416 240 046	59	21 452 718	07	12 297 619	30	537 434 348	09	431 593 439	73	105 840 908	36
2. Landgemeinde-usw. Spark.	50 192 591	39	26 296 157	51	2 273 972	75	2 024 328	59	70 630 641	00	58 522 558	71	12 108 082	29
3. Kreis- u. Amts-Sparkassen	258 942 284	15	183 643 461	84	13 638 767	64	8 527 305	60	353 728 124	42	287 796 430	64	65 931 693	78
4. Provinzial- u. ständ. Spark.	30 169 789	34	16 430 480	55	1 264 842	27	53 828	57	35 605 805	07	28 770 931	99	6 834 873	08
5. Sonstige öffentl. Spark.[1]	29 464 733	11	44 607 957	20	1 099 604	66	1 490 903	95	31 161 777	94	23 948 762	08	7 213 015	86
Summe 1918[2])	**797 396 023**	**07**	**687 218 103**	**69**	**39 729 905**	**39**	**24 393 986**	**01**	**1 028 560 696**	**52**	**830 632 123**	**15**	**197 928 573**	**37**
Dagegen nach dem bisherigen Umfange von Preußen in den Jahren:														
1917	775 271 596	83	670 396 948	91	36 780 053	80	18 675 814	98	850 103 222	20	702 546 798	82	147 556 423	38
1916	736 783 081	46	631 756 168	51	42 141 688	71	17 585 821	56	728 845 151	28	607 062 514	38	121 782 636	90
1915	722 735 696	74	588 500 388	90	38 415 083	07	16 467 394	18	660 561 791	87	540 248 243	83	120 313 548	04
1914	676 816 374	43	550 134 467	60	28 422 746	24	15 485 529	92	605 322 204	86	496 257 612	68	109 064 592	18
1913	622 994 469	45	520 528 831	66	25 043 359	89	14 364 099	73	569 352 218	77	458 699 487	60	110 652 731	17
1912	620 382 561	01	494 363 240	97	26 679 058	50	11 799 686	32	533 151 973	84	429 153 937	25	103 998 036	59

[1]) Vergl. die Anmerkung 1 auf Seite 366. — [2]) desgl. die Anmerkung 1 auf Seite 348.

Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre		Von dem Vermögen der Sparkassen sind zinsbar angelegt														Wiederholung der Spalte 1
		in Hypotheken oder Grundschulden, und zwar auf								bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften		gegen Wechsel		
		städtische Grundstücke				ländliche Grundstücke								
		überhaupt		darunter Tilgungshypotheken		überhaupt		darunter Tilgungshypotheken						
ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	
32		33		34		35		36		37		38		
überhaupt.														
1 730 061	48	73 848 704	08	13 937 379	71	27 801 929	19	5 682 286	22	68 768 138	20	340 481	90	1.
441 636	52	26 145 724	14	5 379 228	55	13 224 152	19	5 914 267	18	37 789 988	57	2 057 273	72	2.
517 509	61	28 973 191	09	8 909 847	47	10 910 246	26	2 717 907	76	24 012 981	19	2 958 193	79	3.
312 615	30	14 160 054	96	2 164 237	63	8 186 769	57	583 518	41	8 573 202	81	190 615	00	4.
7 278 895	03	259 188 065	03	10 352 924	80	65 574 629	05	24 444 603	09	641 193 254	81	508 385	00	5.
2 797 526	15	167 820 811	43	16 343 743	63	67 623 166	16	17 911 166	03	224 812 170	26	826 938	00	6.
7 166 460	09	107 569 400	00	—	—	—	—	—	—	154 392 626	53	—	—	7.
1 978 322	45	138 490 733	01	16 488 982	66	57 873 884	94	9 320 790	38	137 018 384	54	575 445	49	8.
1 370 795	04	85 022 838	84	11 509 880	31	77 629 988	65	20 473 953	20	85 815 388	37	1 135 482	05	9.
414 937	84	26 267 216	60	321 741	25	7 024 895	13	466 678	63	39 943 633	33	153 169	79	10.
444 148	10	26 043 609	61	14 692 695	36	12 553 617	71	10 106 805	74	39 451 028	25	696 805	08	11.
3 662 655	80	163 536 088	14	5 956 814	00	37 362 792	48	6 229 816	91	147 743 179	93	12 069 612	85	12.
1 728 419	21	135 897 732	78	3 879 037	99	31 790 571	76	5 973 256	00	139 523 287	47	162 995	00	13.
1 836 677	48	113 217 215	85	21 665 361	18	47 693 578	87	18 393 321	14	54 779 397	20	1 239 050	66	14.
1 750 475	82	141 180 116	30	16 228 855	36	47 141 753	14	8 300 966	57	144 447 363	98	82 315	00	15.
2 637 653	87	169 725 969	96	6 152 964	45	119 118 095	26	9 085 709	87	246 591 040	27	9 975	00	16.
787 551	73	56 662 729	58	5 734 245	36	24 575 819	46	5 568 627	02	79 049 052	39	33 770	00	17.
5 723 599	01	371 456 913	61	2 924 516	32	212 537 632	01	877 501	10	289 453 811	66	6 035 841	18	18.
2 422 221	61	136 621 194	06	20 937 037	68	81 618 132	01	27 691 861	26	278 639 862	23	—	—	19.
1 215 840	15	92 753 079	83	28 931 727	66	72 264 662	33	43 720 554	77	119 270 526	24	—	—	20.
1 953 809	95	84 239 723	40	23 537 650	12	142 223 308	28	84 523 381	68	146 300 249	08	814 691	29	21.
1 306 918	90	69 763 025	16	8 184 215	04	73 162 076	33	21 650 982	56	72 181 569	44	50 985	00	22.
891 470	52	50 947 668	21	10 040 835	66	33 317 564	61	11 753 197	38	80 268 000	71	—	—	23.
658 720	11	21 863 942	23	5 618 193	25	21 805 998	63	5 871 728	10	63 807 116	02	625 715	00	24.
2 260 212	65	329 982 773	79	128 236 782	28	57 376 620	56	12 207 677	60	199 701 968	80	2 970	00	25.
1 980 005	22	148 005 914	46	13 820 569	84	71 312 876	56	8 816 426	45	225 158 637	58	37 100	00	26.
7 250 528	04	857 582 997	92	116 441 072	07	144 737 116	38	23 111 939	24	546 865 940	69	28 601	94	27.
1 679 395	19	75 878 273	22	38 738 503	99	68 887 627	26	51 435 776	74	133 256 318	67	556 747	62	28.
4 648 801	84	204 737 466	99	95 976 587	78	24 615 018	67	8 888 687	85	160 954 303	74	20 905 309	00	29.
1 499 147	24	89 724 489	99	32 912 689	40	22 026 426	55	8 133 706	74	163 771 089	49	4 400 000	00	30.
9 861 105	66	992 711 417	09	259 999 886	05	48 748 684	72	11 718 173	31	567 656 460	00	16 054 600	00	31.
3 570 023	18	252 584 165	10	23 482 578	07	29 451 583	43	7 325 305	65	399 560 354	41	26 608	58	32.
1 509 492	86	85 948 788	15	24 969 238	12	19 071 967	25	10 459 060	85	205 359 077	71	59 650	00	33.
1 942 395	25	86 374 902	22	13 629 786	81	8 295 320	16	5 239 124	07	133 529 271	25	19 203 490	44	34.
133 001	60	2 329 283	90	2 278 965	53	10 000 042	72	9 870 801	48	8 148 936	14	13 969 308	92	35.
Sparkassen.														
50 132 517	37	3 646 374 212	97	477 265 607	59	504 850 203	97	79 621 139	47	3 048 224 547	43	35 156 310	26	1.
4 687 179	70	346 386 580	97	90 432 115	84	209 097 413	87	32 442 632	64	332 680 439	17	1 843 513	45	2.
25 088 352	35	1 313 886 234	71	339 667 300	64	957 788 519	25	369 546 905	16	2 428 406 693	90	17 940 537	23	3.
4 235 371	81	149 523 993	06	102 156 396	78	55 472 498	78	22 662 434	50	176 686 147	21	14 273 378	92	4.
3 219 609	27	231 085 199	02	857 354	53	70 329 912	41	196 449	21	81 789 784	25	36 598 387	44	5.
87 363 030	**50**	**5 687 256 220**	**73**	**1 010 378 775**	**38**	**1 797 538 548**	**28**	**504 469 560**	**98**	**6 067 787 611**	**96**	**105 812 127**	**30**	1919
für das Jahr 1919 zugrundegelegten Staatsumfange.														
28 804 814	93	3 705 954 873	61	469 014 434	88	574 809 747	39	87 426 676	81	1 717 363 233	85	30 153 445	09	1.
3 047 116	27	394 252 659	18	99 562 739	06	233 378 174	68	36 365 442	03	210 460 993	60	738 304	87	2.
15 861 045	37	1 395 521 706	19	349 883 216	60	1 071 107 643	88	407 294 155	83	1 709 682 275	09	9 844 473	41	3.
2 379 764	33	156 691 448	20	107 203 109	56	62 648 974	17	38 872 073	12	55 488 442	86	2 538 740	00	4.
1 959 613	99	232 491 221	56	879 580	70	85 913 680	92	125 527	06	35 602 204	89	17 027 930	48	5.
52 052 354	**89**	**5 884 911 908**	**74**	**1 026 543 080**	**80**	**2 027 858 221**	**04**	**570 083 874**	**85**	**3 728 597 150**	**29**	**60 302 893**	**85**	1918
38 172 136	04	6 185 087 710	75	1 117 342 984	82	2 258 220 247	85	648 836 988	30	2 903 329 204	26	52 376 571	71	1917
30 608 525	71	6 234 401 927	46	1 119 790 132	26	2 334 594 817	14	681 236 392	51	2 382 999 951	96	34 005 140	58	1916
27 430 162	11	6 236 719 037	98	1 114 007 142	00	2 373 524 315	85	692 530 948	87	2 203 708 726	02	36 419 157	62	1915
26 032 984	11	6 179 300 579	63	1 089 739 310	10	2 374 211 851	98	694 263 840	97	1 922 194 199	33	53 469 710	47	1914
24 736 889	23	5 907 200 005	36	999 036 710	59	2 339 480 087	67	663 959 642	34	1 790 814 721	90	77 338 787	04	1913
23 157 663	40	5 444 740 037	08	841 459 482	90	2 463 953 107	55	675 640 559	35	1 664 453 016	25	78 000 638	70	1912

(Noch: Taf. 1)

Noch: Von dem Vermögen der Sparkassen sind zinsbar

Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	gegen Faustpfand		auf Schuldscheine ohne Bürgschaft		auf Schuldscheine mit Bürgschaft		in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder, wenn d. Ankaufswert niedriger, zu diesem		der Ankaufswert dieser Papiere (Sp. 42) beträgt		der Nennwert dieser Papiere (Sp. 42) beträgt		in sonstigen Anlagen	
	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.
1	39		40		41		42		43		44		45	
Noch: Die Sparkassen														
Regierungsbezirke.														
1. Königsberg	9 626 462	10	304 196	60	4 160 494	96	130 739 745	19	169 294 799	10	172 068 525	00	39 216 879	86
2. Gumbinnen	4 568 146	87	73 581	28	447 276	40	27 650 853	95	35 629 338	29	36 494 200	00	17 718 335	98
3. Allenstein	2 724 711	75	553 870	44	2 657 237	87	33 458 523	65	41 271 531	11	42 178 600	00	5 759 869	98
4. Westpreußen	4 474 049	44	109 219	29	662 468	29	26 066 215	64	34 192 345	73	34 801 825	00	5 118 307	27
5. Potsdam	4 803 237	60	3 450 756	36	182 489	19	664 279 853	81	856 074 653	87	877 018 915	50	5 443 287	63
6. Frankfurt	4 910 298	91	52 409	75	924 324	53	364 988 875	04	465 622 785	88	476 791 412	50	30 339 377	64
7. Berlin	422 501	00	—	—	—	—	476 620 143	67	569 485 308	60	587 152 835	00	12 338 624	00
8. Stettin	3 056 889	68	71 380	00	909 344	22	262 682 759	46	327 841 586	74	334 490 760	00	4 210 958	53
9. Köslin	3 259 258	88	171 680	75	2 206 139	49	183 474 761	03	231 109 220	48	236 405 525	00	31 959 997	62
10. Stralsund	2 625 774	76	73 600	00	179 423	76	33 533 323	85	41 638 438	51	42 244 415	00	1 060 070	33
11. Schneidemühl	5 387 305	40	222 103	28	1 167 836	44	44 277 025	28	57 445 066	35	58 760 200	00	4 590 601	63
12. Breslau	53 610 695	38	49 822	33	541 249	24	257 895 706	84	324 787 578	94	335 707 590	90	75 414 703	13
13. Liegnitz	6 462 295	83	66 477	01	479 564	49	315 081 219	71	393 050 215	64	403 015 417	31	16 029 831	57
14. Oppeln	1 055 010	43	73 702	67	5 040 905	10	219 574 551	69	274 006 182	78	279 972 853	09	1 896 160	79
15. Magdeburg	2 573 600	72	1 800	00	245 724	16	329 571 630	00	428 020 470	02	436 913 415	00	34 688 630	06
16. Merseburg	11 505 490	07	32 837	46	124 621	80	354 957 756	61	454 234 135	68	464 022 744	55	8 172 816	90
17. Erfurt	1 898 746	27	3 338 120	24	467 759	42	150 010 307	38	189 503 443	97	193 009 820	00	8 538 028	42
18. Schleswig	12 005 728	38	158 165	39	40 958 916	32	424 894 719	78	494 956 636	44	515 759 603	00	138 950 016	20
19. Hannover	4 025 300	53	405 114	74	1 714 318	07	250 215 217	11	310 007 398	44	320 666 992	59	63 728 156	71
20. Hildesheim	2 161 917	50	207 726	65	1 506 533	00	192 414 378	23	246 224 736	73	251 434 975	00	26 719 396	60
21. Lüneburg	15 338 695	02	1 112 496	40	3 962 422	87	253 153 386	82	323 449 480	88	331 855 348	25	32 485 532	01
22. Stade	3 141 856	49	642 806	62	1 947 160	57	209 054 780	60	266 413 237	45	272 350 892	00	37 208 931	31
23. Osnabrück	3 044 976	69	74 622	17	915 109	25	140 521 125	76	177 696 778	50	182 967 720	00	48 156 817	54
24. Aurich	11 554 889	85	1 415	00	2 273 501	26	51 103 995	94	66 088 375	14	67 809 198	48	10 886 497	37
25. Münster	4 765 716	53	54 500	00	3 283 730	57	348 446 322	17	436 086 774	65	451 076 630	00	39 536 872	48
26. Minden	4 039 252	64	71 110	00	3 510 737	57	258 522 002	56	328 191 098	97	336 174 250	00	48 249 106	29
27. Arnsberg	18 560 234	44	128 593	30	11 883 580	45	888 507 249	05	1 111 638 990	11	1 140 290 682	00	40 816 905	07
28. Cassel	3 441 805	68	—	—	4 234 725	84	232 200 460	84	290 184 247	99	296 112 062	47	13 854 941	83
29. Wiesbaden	24 213 903	01	789 817	74	6 538 668	39	205 514 593	81	261 541 114	89	264 895 500	00	177 945 417	76
30. Coblenz	7 589 338	63	388 293	34	1 822 209	82	229 530 562	83	284 390 338	59	290 084 300	00	30 003 599	09
31. Düsseldorf	18 487 448	25	116 291	91	9 955 300	79	1 187 144 024	19	1 492 978 348	21	1 534 714 095	41	206 567 954	51
32. Köln	17 540 505	83	5 480	00	2 642 282	72	370 862 741	23	482 690 356	27	492 630 675	00	71 729 307	19
33. Trier	834 671	28	43 833	92	4 177 658	42	171 397 585	87	222 277 724	68	227 246 650	00	38 606 905	53
34. Aachen	1 062 667	71	600	00	424 260	89	248 991 188	61	276 254 263	51	281 816 653	38	23 994 820	02
35. Sigmaringen	329 102	37	—	—	225 219	45	10 597 558	27	14 027 568	86	14 548 470	00	2 441 398	93
Noch: Die Arten der														
1. Städtische Sparkassen	140 283 959	49	1 441 595	87	47 859 271	25	5 208 367 985	43	6 549 810 314	79	6 706 568 791	37	598 965 887	63
2. Landgemeinde-usw. Spark	8 623 526	15	4 287 149	64	23 058 515	13	593 228 656	05	735 429 047	95	757 359 123	19	118 402 124	19
3. Kreis- u. Amts-Sparkassen	99 105 342	87	6 284 960	58	38 254 587	32	3 141 429 947	04	3 979 103 365	18	4 086 470 394	37	454 286 930	33
4. Provinzial- u. ständ. Spark.	25 130 749	38	—	—	3 801 533	25	299 695 289	17	379 793 144	48	385 337 927	50	151 419 250	11
5. Sonstige öffentl. Spark.[1])	1 958 908	03	832 718	55	9 399 288	66	305 213 268	78	334 168 699	60	347 747 515	00	31 304 865	52
Summe 1919[2])	**275 102 485**	**92**	**12 846 424**	**64**	**122 373 195**	**61**	**9 547 935 146**	**47**	**11 978 304 572**	**00**	**12 283 483 751**	**43**	**1 354 379 057**	**78**
Noch: Die Arten der Sparkassen mit den Ergebnissen des Jahres 1918 nach dem														
1. Städtische Sparkassen	95 971 900	27	2 726 227	81	48 708 221	78	5 810 882 324	61	6 065 725 136	76	6 201 891 223	77	657 216 539	46
2. Landgemeinde-usw Spark.	6 186 727	35	2 081 741	80	23 325 466	24	710 941 405	72	724 691 289	18	738 245 538	84	62 427 051	61
3. Kreis- u. Amts-Sparkassen	66 888 689	76	8 816 303	78	41 658 684	72	3 596 112 792	75	3 721 307 734	08	3 807 440 701	63	292 099 535	92
4. Provinzial- u. ständ. Spark.	26 879 263	30	—	—	5 380 405	69	276 801 515	95	297 095 932	78	301 569 953	94	71 396 465	27
5. Sonstige öffentl. Spark.[1])	1 829 268	53	66 742	39	9 791 656	89	325 043 926	83	344 312 864	78	357 433 978	35	20 442 580	45
Summe 1918[2])	**197 755 849**	**21**	**13 691 015**	**78**	**128 864 435**	**32**	**10 719 781 965**	**86**	**11 153 132 957**	**58**	**11 406 581 396**	**53**	**1 103 582 172**	**71**
Dagegen nach dem bisherigen Umfange von Preußen in den Jahren:														
1917	155 754 449	67	14 402 439	60	151 875 097	89	7 794 044 429	97	8 173 880 101	13	8 341 105 186	99	523 104 386	73
1916	120 325 061	19	16 389 231	58	166 226 218	42	5 406 483 224	22	5 752 278 469	34	5 874 874 143	24	306 406 624	77
1915	121 312 184	04	17 480 640	93	186 268 243	79	4 075 378 412	65	4 386 459 468	29	4 460 189 934	62	229 319 819	05
1914	115 423 359	60	18 975 986	22	194 505 068	24	3 481 943 218	68	3 796 148 311	46	3 858 064 005	40	181 444 009	55
1913	121 442 270	21	16 324 731	16	191 948 624	09	2 971 788 358	14	3 303 058 463	71	3 345 438 012	24	184 287 753	02
1912	110 449 516	73	17 704 524	50	185 534 201	83	2 833 027 040	15	3 115 393 918	04	3 144 553 041	68	134 123 238	95

[1]) Vergl. die Anmerkung 1 auf Seite 366. — [2]) desgl. die Anmerkung 1 auf Seite 348.

angelegt: zusammen (Inhaberpapiere nach Spalte 42 eingestellt) ℳ	Pf.	dabei in Schuldverschreibungen (Nennwert): des Deutschen Reiches ℳ	Preußens ℳ	Pf.	Anzahl: der am Schlusse des Rechnungsjahres im Besitze der Sparkassen befindlichen Grundstücke aus Zwangsversteigerungen	davon im Berichtsjahre erworben	Hypothekarisch darauf (Spalte 49) haftende Sparkassengelder ℳ	Pf.	Verlust an Zins, Kapital und Kosten bei Wiederveräußerung in der Zwangsversteigerung übernommener Grundstücke im Berichtsjahre ℳ	Pf.	Betrag des baren Kassenbestandes in allen Abteilungen der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres ℳ	Pf.	Wiederholung der Spalte 1
46		47	48		49	50	51		52		53		
überhaupt.													
354 807 032	08	134 618 200	15 203 050	00	1	—	10 000	00	—	—	29 379 712	90	1.
129 675 333	10	26 875 500	2 716 000	00	—	—	—	—	—	—	2 393 591	48	2.
112 008 826	02	35 186 800	2 841 900	00	—	—	—	—	—	—	2 786 171	63	3.
67 540 902	27	29 337 800	1 822 375	00	—	—	—	—	667	02	2 625 532	12	4.
1 644 623 958	48	603 290 900	133 838 800	00	—	—	—	—	—	—	91 163 526	16	5.
862 298 371	72	285 293 900	67 531 600	00	1	—	18 000	00	—	—	60 591 099	78	6.
751 343 295	20	278 408 500	63 694 000	00	1	—	80 000	00	—	—	155 498 848	47	7.
604 889 779	87	209 068 100	41 618 800	00	16	—	493 100	00	1 250	00	38 534 731	72	8.
470 675 535	68	178 813 800	19 366 750	00	1	—	210 000	00	—	—	26 174 377	62	9.
110 861 107	55	21 645 700	7 464 600	00	—	—	—	—	—	—	7 215 910	08	10.
134 389 932	68	45 333 400	6 165 150	00	—	—	—	—	—	—	7 828 276	52	11.
748 223 850	32	200 918 500	54 035 850	00	—	—	—	—	—	—	46 458 483	67	12.
645 493 975	62	237 027 100	34 936 750	00	1	—	55 000	00	—	—	29 868 912	85	13.
444 569 573	26	215 624 500	29 068 350	00	1	—	52 000	00	—	—	13 494 441	08	14.
699 932 933	36	303 703 900	55 435 250	00	—	—	—	—	11 199	82	13 309 164	09	15.
910 238 603	33	318 035 100	78 498 450	00	6	—	211 729	00	4 921	47	23 698 480	45	16.
324 574 333	16	131 269 000	23 879 450	00	2	—	21 616	07	—	—	8 962 981	16	17.
1 496 451 744	53	417 316 300	37 325 050	00	11	—	262 508	02	9 647	50	37 581 270	01	18.
816 967 295	46	203 187 100	25 693 400	00	1	—	13 200	00	—	—	18 660 053	83	19.
507 298 220	38	193 406 100	19 284 150	00	1	—	6 000	00	—	—	2 496 600	84	20.
679 630 505	17	274 582 500	18 997 000	00	1	—	667	87	—	—	15 038 965	67	21.
467 153 191	52	231 347 600	13 912 500	00	5	—	82 799	43	—	—	4 871 789	51	22.
357 245 884	94	151 451 700	9 157 650	00	2	—	35 940	15	—	—	2 783 382	41	23.
183 923 071	30	51 422 000	8 903 478	48	—	—	—	—	—	—	1 348 957	18	24.
983 151 474	90	366 465 500	33 062 800	00	53	5	1 373 121	61	111 230	73	24 883 991	19	25.
758 906 737	66	273 359 200	32 672 300	00	2	—	120 200	00	1 363	51	8 127 235	77	26.
2 509 111 219	24	899 484 600	91 210 100	00	66	—	2 158 710	20	21 770	38	41 451 641	05	27.
532 310 900	96	209 396 800	25 285 400	00	3	—	74 641	90	—	—	12 058 231	02	28.
826 214 499	11	166 337 800	29 025 500	00	4	1	108 399	82	—	—	12 597 194	00	29.
549 256 009	74	243 147 300	19 518 600	00	15	—	395 419	93	—	—	12 236 501	38	30.
3 047 442 181	46	1 238 517 500	147 955 900	00	154	4	3 786 431	25	6 283	17	62 428 356	50	31.
1 144 403 028	49	350 953 500	69 507 300	00	8	2	142 976	68	7 000	00	25 512 826	62	32.
525 500 138	13	172 460 600	25 073 550	00	18	1	378 325	62	—	—	8 912 309	89	33.
521 876 521	30	194 864 800	35 525 150	00	7	—	158 025	61	8 520	00	5 549 583	37	34.
48 040 850	70	10 649 600	3 374 500	00	—	—	—	—	—	—	322 283	66	35.
Sparkassen.													
13 231 523 974	30	4 724 365 200	734 001 005	48	230	9	6 438 952	47	152 403	05	542 456 452	70	1.
1 637 607 918	62	631 877 300	46 933 348	00	67	2	1 778 491	14	639	85	50 045 178	55	2.
8 457 383 753	23	3 129 994 400	405 275 900	00	76	1	1 822 327	73	21 163	20	242 154 095	62	3.
876 002 839	88	186 115 400	45 316 750	00	2	—	61 700	00	—	—	12 995 106	70	4.
768 512 332	66	230 448 900	52 074 450	00	6	1	147 341	82	9 647	50	9 194 582	11	5.
24 971 030 818	**69**	**8 902 801 200**	**1 283 601 453**	**48**	**381**	**13**	**10 248 813**	**16**	**183 853**	**60**	**856 845 415**	**68**	1919
für das Jahr 1919 zugrundegelegten Staatsumfange.													
12 643 786 513	87	4 595 167 900	700 965 506	73	496	5	13 244 574	65	61 614	17	321 485 180	47	1.
1 643 792 525	05	631 139 200	49 762 114	60	118	5	3 385 543	59	826	68	42 464 201	21	2.
8 191 732 105	50	2 959 244 500	401 651 097	35	195	10	4 346 683	70	55 189	32	173 985 141	56	3.
657 825 255	44	160 337 000	43 207 750	00	10	—	214 688	60	—	—	19 479 846	09	4.
728 209 212	94	238 411 900	50 932 450	00	10	1	191 212	00	941	24	9 886 329	59	5
23 865 345 612	**80**	**8 584 300 500**	**1 246 518 918**	**68**	**829**	**21**	**21 382 702**	**54**	**118 571**	**41**	**567 300 698**	**92**	1918
20 038 194 538	43	5 367 871 700	1 331 806 225	95	1 097	73	28 177 312	69	160 370	33	362 492 031	25	1917
17 001 832 197	32	2 853 146 300	1 339 039 774	30	1 128	102	28 915 295	92	80 776	60	223 498 121	95	1916
15 480 130 537	93	1 397 025 400	1 362 074 796	98	1 078	121	27 760 782	34	26 022	77	180 648 858	25	1915
14 521 467 983	70	752 716 300	1 368 455 645	22	1 012	141	25 652 533	64	193 686	65	186 773 705	15	1914
13 600 625 338	59	399 925 300	1 262 214 930	82	959	197	24 674 779	46	184 264	51	165 115 521	23	1913
12 931 985 321	74	358 801 800	1 085 594 815	86	948	170	23 470 473	40	237 741	90	153 017 121	50	1912

Die Zahl der Sparstellen nach Provinzen und Regierungsbezirken im Rechnungsjahre 1919.

(Taf. 2) Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	Gemeindeeinheiten überhaupt nach der Volkszählung am 1. Dezember 1919	Orte (einschließlich Wohnplätze) mit Sparstellen	Sparkassen, und zwar: städtische	Landgemeinde- usw.	Kreis- und Amts-	Provinzial- und ständische	sonstige öffentliche	Nebenkassen	Annahmestellen	Sparstellen überhaupt
				Sparkassen						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Freistaat Preußen[1]) . . .	44 183	5 473	764	295	445	6	74	1 233	4 231	7 048
Provinzen.										
I. Ostpreußen	7 133	550	39	—	38	—	—	47	489	613
II. Brandenburg	5 123	482	90	10	24	1	—	274	322	721
III. Stadt Berlin	1	1	1	—	2	—	1	50	120	174
IV. Pommern	4 538	199	68	—	26	—	—	20	142	256
V. Grenzmark Posen-Westpr.	644	59	14	—	6	—	—	6	44	70
VI. Niederschlesien	6 166	525	89	16	35	1	—	79	429	649
VII. Oberschlesien	2 520	192	33	—	19	—	—	17	153	222
VIII. Sachsen	4 199	665	105	5	33	1	—	164	461	769
IX. Schleswig-Holstein	2 085	368	44	111	12	—	62	104	143	476
X. Hannover	4 371	631	58	48	70	1	1	108	475	761
XI. Westfalen	1 576	397	92	23	100	—	—	75	226	516
XII. Hessen-Nassau	2 559	530	39	3	30	1	9	101	523	706
XIII. Rheinprovinz	3 144	841	92	79	50	—	1	187	673	1 082
XIV. Hohenzollernsche Lande	124	33	—	—	—	1	—	1	31	33
Regierungsbezirke.										
1. Königsberg	2 721	290	17	—	14	—	—	22	273	326
2. Gumbinnen	2 427	82	4	—	11	—	—	11	63	89
3. Allenstein	1 598	140	13	—	9	—	—	7	124	153
4. Westpreußen	387	38	5	—	4	—	—	7	29	45
5. Potsdam	2 480	246	48	9	[2]) 11	—	—	69	304	441
6. Frankfurt	2 643	236	42	1	13	1	—	205	18	280
7. Berlin	1	1	1	—	[2]) 2	—	1	50	120	174
8. Stettin	1 819	105	35	—	10	—	—	15	70	130
9. Köslin	1 850	47	22	—	12	—	—	5	30	69
10. Stralsund	869	47	11	—	4	—	—	—	42	57
11. Schneidemühl	644	59	14	—	6	—	—	6	44	70
12. Breslau	3 530	317	48	10	22	—	—	[3]) 13	281	374
13. Liegnitz	2 636	208	41	6	13	1	—	[3]) 66	148	275
14. Oppeln	2 520	192	33	—	19	—	—	17	153	222
15. Magdeburg	1 416	278	35	3	9	1	—	108	161	317
16. Merseburg	2 210	299	56	2	16	—	—	[3]) 48	231	353
17. Erfurt	573	88	14	—	8	—	—	8	69	99
18. Schleswig	2 085	368	44	111	12	—	62	104	143	476
19. Hannover	606	159	12	3	15	—	—	22	[4]) 151	203
20. Hildesheim	709	79	19	2	15	—	—	2	[4]) 52	90
21. Lüneburg	1 441	148	9	7	15	—	—	29	[4])[5])u.[6])115	175
22. Stade	714	104	6	23	12	—	—	11	[4])u.[6]) 63	115
23. Osnabrück	562	72	7	11	9	—	1	17	[4]) 42	87
24. Aurich	339	69	5	2	4	1	—	27	52	91
25. Münster	274	123	26	5	17	—	—	53	50	151
26. Minden	503	111	22	2	21	—	—	3	98	146
27. Arnsberg	799	163	44	16	62	—	—	19	78	219
28. Cassel	1 643	129	36	3	19	—	—	53	38	149
29. Wiesbaden	916	401	3	—	11	1	9	48	485	557
30. Coblenz	1 037	145	12	2	13	—	—	9	127	163
31. Düsseldorf	378	155	62	63	9	—	—	43	77	254
32. Köln	281	152	12	10	8	—	—	51	137	218
33. Trier	1 117	301	2	4	12	—	—	28	275	321
34. Aachen	331	88	4	—	8	—	1	56	57	126
35. Sigmaringen	124	33	—	—	—	1	—	1	31	33

[1]) Vergl. die Anmerkung 1 zu Tafel 1, Seite 348. — [2]) Die bei dem Stadtkreise Berlin angegebenen 2 Kreissparkassen sind die zum Regierungsbezirk Potsdam gehörigen Sparkassen der Kreise Teltow und Niederbarnim, die ihren Sitz in Berlin haben. — [3]) Von den 57 Nebenkassen der Oberlausitzer Provinzial-Sparkasse in Görlitz haben 1 in Waldenburg (Reg.-Bez. Breslau) und 1 in Ortrand (Reg.-Bez. Merseburg) ihren Sitz und sind in dieser Tafel bei den genannten Bezirken gezählt. — [4]) Von den 40 Annahmestellen der Kapital-Versicherungsanstalt in Hannover liegen in den Regierungsbezirken Hildesheim 6, Lüneburg 1, Stade 4, Osnabrück 6 und sind für diese Übersicht auch dort gezählt. — [5]) Eine Annahmestelle der Sparkasse Dannenberg (Reg.-Bez. Lüneburg) befindet sich in der Stadtgemeinde Dömitz in Mecklenburg-Schwerin. — [6]) Von den 5 Annahmestellen der Landgemeinde-Sparkasse Schneverdingen (Reg.-Bez. Lüneburg) hat eine in Fintel (Reg.-Bez. Stade) ihren Sitz und ist in dieser Tafel auch dort gezählt.

Die Zahl der Sparstellen nach Provinzen und Regierungsbezirken im Rechnungsjahre 1920.*)

(Taf. 2) Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	Gemeinde-einheiten überhaupt nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919	Orte (einschließlich Wohnplätze) mit Sparstellen	Sparkassen, und zwar							Sparstellen überhaupt
			städtische	Landgemeinde- usw.	Kreis- und Amts-	Provinzial- und ständische	sonstige öffentliche	Nebenkassen	Annahmestellen	
			Sparkassen							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Freistaat Preußen [1]) . . .	**43 597**	**5 473**	**757**	**293**	**447**	**6**	**69**	**1 259**	**4 221**	**7 052**
Provinzen.										
I. Ostpreußen	7 132	507	39	—	38	—	—	48	443	568
II. Brandenburg	5 023	501	84	4	24	1	—	251	246	610
III. Stadt Berlin	1	15	1	—	2	—	1	97	220	321
IV. Pommern	4 530	206	68	1	26	—	—	25	146	266
V. Grenzmark Posen-Westpr.	644	53	14	—	6	—	—	3	41	64
VI. Niederschlesien	6 144	531	89	16	35	1	—	83	433	657
VII. Oberschlesien	2 511	188	33	—	19	—	—	16	150	218
VIII. Sachsen	4 181	691	105	6	34	1	—	173	482	801
IX. Schleswig-Holstein	1 677	315	40	112	9	—	57	57	133	408
X. Hannover	4 370	654	58	49	71	1	1	129	480	789
XI. Westfalen	1 574	398	92	23	101	—	—	79	222	517
XII. Hessen-Nassau	2 559	534	40	3	31	1	9	98	531	713
XIII. Rheinprovinz	3 127	847	94	79	51	—	1	199	663	1 087
XIV. Hohenzollernsche Lande	124	33	—	—	—	1	—	1	31	33
Regierungsbezirke										
1. Königsberg	2 624	254	16	—	13	—	—	21	235	285
2. Gumbinnen	2 427	77	4	—	11	—	—	11	57	83
3. Allenstein	1 597	131	13	—	9	—	—	7	115	144
4. Westpreußen	484	45	6	—	5	—	—	9	36	56
5. Potsdam	2 384	262	41	2	[3]) 11	—	—	44	228	326
6. Frankfurt	2 639	239	43	2	13	1	—	207	18	284
7. Berlin	1	15	1	—	[3]) 2	—	1	97	220	321
8. Stettin	1 815	106	35	1	10	—	—	20	67	133
9. Köslin	1 846	50	22	—	12	—	—	5	33	72
10. Stralsund	869	50	11	—	4	—	—	—	46	61
11. Schneidemühl	644	53	14	—	6	—	—	3	41	64
12. Breslau	3 527	327	48	10	22	—	—	[4]) 15	292	387
13. Liegnitz	2 617	204	41	6	13	1	—	[4]) 68	141	270
14. Oppeln	2 511	188	33	—	19	—	—	16	150	218
15. Magdeburg	1 412	310	35	3	10	1	—	117	191	357
16. Merseburg	2 198	295	56	3	16	—	—	[4]) 48	224	347
17. Erfurt	571	86	14	—	8	—	—	8	67	97
18. Schleswig	1 677	315	40	112	9	—	57	57	133	408
19. Hannover	607	166	12	3	15	—	—	31	[5]) 170	231
20. Hildesheim	709	78	19	2	15	—	—	2	[5]) 45	83
21. Lüneburg	1 442	149	9	7	15	—	—	33	[5])[6])u.[7]) 112	176
22. Stade	713	110	6	24	12	—	—	16	[5])u.[7]) 57	115
23. Osnabrück	560	73	7	11	9	—	1	18	[5]) 36	82
24. Aurich	339	78	5	2	5	1	—	29	60	102
25. Münster	274	120	26	5	17	—	—	54	46	148
26. Minden	501	115	22	2	22	—	—	4	105	155
27. Arnsberg	799	163	44	16	62	—	—	21	71	214
28. Cassel	1 643	127	36	3	20	—	—	50	39	148
29. Wiesbaden	916	407	4	—	11	1	9	48	492	565
30. Coblenz	1 037	142	12	2	13	—	—	10	125	162
31. Düsseldorf	367	161	62	62	10	—	—	49	71	254
32. Köln	281	156	12	11	8	—	—	53	139	223
33. Trier	[2]) 1 111	296	2	4	12	—	—	29	270	317
34. Aachen	331	92	6	—	8	—	1	58	58	131
35. Sigmaringen	124	33	—	—	—	1	—	1	31	33

*) Aus räumlichen Gründen mußte die Tafel 2 des Jahres 1920 hier, also vor der Tafel 1, gebracht werden. — [1]) Vergl. die Anmerkung 1 zu Tafel 1, Seite 374. — [2]) Einschl. des Saargebiets, für welches die Gemeindeeinheiten nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 eingestellt sind. — [3]) Die bei dem Stadtkreise Berlin angegebenen 2 Kreissparkassen sind die zum Regierungsbezirk Potsdam gehörigen Sparkassen der Kreise Teltow und Niederbarnim, die ihren Sitz in Berlin haben. — [4]) Von den 57 Nebenkassen der Oberlausitzer Provinzial-Sparkasse in Görlitz haben 1 in Waldenburg (Reg.-Bez. Breslau) und 1 in Ortrand (Reg.-Bez. Merseburg) ihren Sitz und sind in dieser Tafel bei den genannten Bezirken gezählt. — [5]) Von den 39 Annahmestellen der Kapital-Versicherungsanstalt in Hannover liegen in den Regierungsbezirken Hildesheim 6, Lüneburg 1, Stade 4, Osnabrück 6 und sind für diese Übersicht auch dort gezählt. — [6]) Eine Annahmestelle der Stadtsparkasse Dannenberg (Reg.-Bez. Lüneburg) befindet sich in der Stadtgemeinde Dömitz in Mecklenburg-Schwerin. — [7]) Von den 6 Annahmestellen der Landgemeinde-Sparkasse Schneverdingen (Reg.-Bez. Lüneburg) hat eine in Fintel (Reg.-Bez. Stade) ihren Sitz und ist in dieser Tafel auch dort gezählt.

(Taf. 1)

Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	Zahl der: Sparkassen	Zweig- oder Nebenkassen	Sammel- oder Annahmestellen	Verkaufsstellen von Sparmarken	An Sparbüchern wurden im Laufe des Jahres: ausgegeben	zurückgenommen	befanden sich am Jahresschlusse im Umlaufe mit Ein-: bis 60 M	über 60 bis 150 M	über 150 bis 300 M	über 300 bis 600 M	über 600 bis 1 500 M	über 1 500 bis 3 000 M	über 3 000 bis 10 000 M	über 10 000 M
					Stück									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
I. Die städtischen														
Freistaat Preußen[1]	757	287	478	1 012	1 336 120	1174567	4 234 966	1 414 490	1 131 344	1 311 499	1 859 567	1293450	1187420	164 007
Provinzen.														
I. Ostpreußen	39	10	1	64	44 568	34 319	148 250	33 415	25 991	30 924	41 006	28 376	23 841	2 946
II. Brandenburg	84	2	34	84	79 871	66 598	271 363	105 533	87 986	103 649	147 425	101 354	88 218	9 537
III. Stadt Berlin	1	97	220	15	169 719	260 670	700 740	190 156	158 199	189 997	285 085	204 277	165 248	10 200
IV. Pommern	68	4	8	10	68 552	60 790	224 453	72 680	57 074	70 572	106 264	66 845	65 530	7 597
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	14	1	—	—	11 231	4 770	22 534	8 078	6 242	6 877	8 112	4 936	3 832	789
VI. Niederschlesien	89	25	6	85	116 283	93 526	434 044	166 848	133 990	153 103	200 540	125 966	79 881	6 529
VII. Oberschlesien	33	—	6	5	19 523	22 498	98 072	27 815	20 533	20 742	26 264	16 169	14 447	1 718
VIII. Sachsen	105	18	12	155	120 258	105 219	461 059	169 522	133 554	150 554	205 891	134 059	110 383	10 088
IX. Schleswig-Holstein	40	15	10	304	53 946	50 457	196 045	60 017	45 273	47 877	63 081	45 361	51 744	11 062
X. Hannover	58	17	54	37	130 120	112 293	401 296	130 243	101 511	117 516	160 431	107 783	99 720	15 641
XI. Westfalen	92	19	25	61	170 353	113 284	367 982	150 785	124 637	143 299	213 489	161 420	178 532	37 723
XII. Hessen-Nassau	40	19	39	9	43 419	31 220	125 342	51 620	43 286	50 395	72 611	49 278	42 973	4 061
XIII. Rheinprovinz	94	60	63	183	308 277	218 923	783 786	247 778	193 068	225 994	329 368	247 626	263 071	46 116
Regierungsbezirke.														
1. Königsberg	16	7	1	53	24 016	22 076	73 080	19 368	15 477	19 567	27 823	19 818	15 555	1 447
2. Gumbinnen	4	—	—	8	6 867	3 353	20 543	4 285	3 088	3 420	3 965	2 626	2 648	354
3. Allenstein	13	—	—	3	6 814	4 884	27 904	4 449	2 813	3 329	3 402	2 327	2 567	523
4. Westpreußen	6	3	—	—	6 871	4 006	26 723	5 313	4 613	4 608	5 816	3 605	3 071	622
5. Potsdam	[2]) 41	1	20	67	35 494	29 009	123 145	43 709	35 474	42 263	57 667	39 839	34 509	3 867
6. Frankfurt	43	1	14	17	44 377	37 589	148 218	61 824	52 512	61 386	89 758	61 515	53 709	5 670
7. Berlin	1	[5]) 97	220	15	169 719	260 670	700 740	190 156	158 199	189 997	285 085	204 277	165 248	10 200
8. Stettin	35	4	6	9	44 869	40 613	159 134	47 051	36 650	44 689	65 657	47 110	46 218	4 916
9. Köslin	22	—	—	1	15 823	12 650	49 643	19 073	15 023	18 201	26 277	16 503	16 090	2 157
10. Stralsund	11	—	2	—	7 860	7 527	15 676	6 556	5 401	7 682	14 330	3 232	3 222	524
11. Schneidemühl	14	1	—	—	11 231	4 770	22 534	8 078	6 242	6 877	8 112	4 936	3 832	789
12. Breslau	48	14	2	24	76 576	65 106	281 495	101 521	80 348	92 220	122 360	80 231	48 321	3 898
13. Liegnitz	41	11	4	61	39 707	28 420	152 549	65 327	53 642	60 883	78 180	45 735	31 560	2 631
14. Oppeln	33	—	6	5	19 523	22 498	98 072	27 815	20 533	20 742	26 264	16 169	14 447	1 718
15. Magdeburg	35	10	5	42	46 274	42 228	181 367	64 434	49 982	57 884	79 995	54 503	46 854	4 291
16. Merseburg	[3]) 56	2	6	47	50 694	45 088	192 890	76 349	62 279	68 610	92 975	57 309	45 273	3 984
17. Erfurt	14	6	1	66	23 290	17 903	86 802	28 739	21 293	24 060	32 921	22 247	18 256	1 813
18. Schleswig	40	15	10	304	53 946	50 457	196 045	60 017	45 273	47 877	63 081	45 361	51 744	11 062
19. Hannover	12	12	39	—	64 500	56 956	184 271	51 874	41 540	49 905	67 944	43 582	37 936	5 077
20. Hildesheim	19	—	—	2	19 154	14 497	83 834	29 907	23 113	26 140	33 689	21 550	17 238	2 539
21. Lüneburg	9	—	11	24	14 754	12 074	43 316	16 517	13 558	15 260	22 022	15 390	15 586	2 752
22. Stade	6	1	—	1	9 941	8 024	28 168	10 334	7 786	9 042	12 716	9 636	11 104	2 246
23. Osnabrück	7	2	4	4	12 940	9 612	32 631	11 750	8 408	9 713	14 506	10 962	11 606	1 955
24. Aurich	5	2	—	6	8 831	11 130	29 076	9 861	7 106	7 456	9 554	6 663	6 250	1 072
25. Münster	[4]) 26	4	6	8	34 871	21 383	66 569	29 143	24 494	28 731	41 259	29 227	33 337	9 408
26. Minden	22	—	1	—	23 775	17 110	65 267	22 689	21 165	20 678	28 765	20 656	20 983	5 319
27. Arnsberg	44	15	18	53	111 707	74 791	236 146	98 953	78 978	93 890	143 465	111 537	124 212	22 996
28. Cassel	36	5	2	6	31 142	23 128	86 342	41 002	34 573	40 520	57 943	39 128	31 756	3 133
29. Wiesbaden	4	14	37	3	12 277	8 092	39 000	10 618	8 713	9 875	14 668	10 150	11 217	928
30. Coblenz	12	2	1	—	15 455	8 811	39 562	12 727	9 751	12 201	17 159	11 827	13 127	3 205
31. Düsseldorf	62	38	42	175	180 472	136 216	517 813	170 346	134 057	159 155	228 223	167 912	179 434	29 341
32. Köln	12	15	13	5	88 280	59 627	170 531	50 673	38 689	42 779	66 374	55 712	56 488	8 726
33. Trier	[3]) 2	2	3	—	12 230	8 486	27 700	6 630	5 397	6 231	9 407	5 914	5 906	2 662
34. Aachen	6	3	4	3	11 840	5 783	28 180	7 402	5 174	5 628	8 205	6 261	8 116	2 182
II. Die Kirchspiels-, Fleckens- und														
Freistaat Preußen[1]	293	26	130	45	107 682	64 833	257 313	105 685	83 904	98 437	142 826	109 859	126 629	30 243
Provinzen.														
II. Brandenburg	4	—	—	—	1 405	733	3 964	1 424	1 106	1 173	1 959	1 344	1 374	146
IV. Pommern	1	—	—	—	429	25	213	39	23	25	35	28	36	5
VI. Niederschlesien	16	—	10	6	5 874	2 221	15 013	5 748	4 402	4 687	5 649	3 328	2 262	293
VIII. Sachsen	6	—	—	1	1 933	862	4 694	1 516	1 078	1 221	1 579	1 065	806	84
IX. Schleswig-Holstein	112	1	59	13	16 621	11 366	41 537	21 179	17 275	18 556	25 107	19 297	24 195	7 967
X. Hannover	49	9	36	14	19 879	12 538	53 915	24 777	20 793	25 091	38 884	28 587	32 404	7 404
XI. Westfalen	23	2	8	1	11 493	6 247	24 520	10 811	8 964	10 975	14 735	11 821	13 260	3 344
XII. Hessen-Nassau	3	—	—	—	763	575	3 300	1 327	1 063	2 231	1 907	1 161	736	99
XIII. Rheinprovinz	79	14	17	10	49 285	30 266	110 157	38 864	29 200	34 478	52 971	43 228	51 556	10 901

[1]) Der für die Ergebnisse des Jahres 1920 zugrunde gelegte Staatsumfang umfaßt die bisherige Provinz Ostpreußen ausschließlich des Memelgebiets und des an Polen westlich des Korridors liegen und bei Preußen verblieben sind, Niederschlesien ohne die an Polen abgetretenen Gebietsteile, Oberschlesien ohne das Hultschiner Ländchen, Schles-
[2]) 7 Stadtsparkassen sind infolge Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin als selbständige Sparkassen ausgeschieden und als Zweigstellen bei der Stadtsparkasse Berlin gebracht eingesetzt worden sind — [4]) darunter zwei Sparkassen (vergl. Anmerkung 3). — [5]) einschließlich 14 Bezirkssparkassen (7 Stadt- und ebensoviel Landgemeinde-Sparkassen), die
[6]) Bei den Sparkassen der Regierungsbezirke Königsberg und Frankfurt mußten die Angaben des Jahres 1912 eingestellt werden, weil dort die Erhebung nach neuen Formularen

…lagen überhaupt	darunter gesperrte Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsvorjahres M	Pf.	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Zuschreibung von Zinsen M	Pf.	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen M	Pf.	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre M	Pf.	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres M	Pf.	Betrag der Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres M	Pf.	Betrag des Sonder- oder Sparstocks M	Pf.	Wiederholung der Spalte 1
16	17	18		19		20		21		22		23		24		
Sparkassen.																
12 596 743	**213 578**	**13 421 487 168**	**74**	**429 211 894**	**00**	**14 901 167 971**	**49**	**12 729 135 405**	**49**	**16 022 731 628**	**74**	**1 567 471 753**	**90**	**84 262 624**	**63**	**Freist. Pr.**
334 749	4 900	266 458 482	48	8 316 527	85	386 800 937	65	338 772 124	26	322 803 823	72	45 237 107	31	50 424	48	I.
915 065	10 275	929 178 679	64	29 366 214	11	1 039 207 567	59	889 866 838	86	1 107 885 822	48	61 080 164	46	782 699	22	II.
1 903 902	2 844	1 625 962 616	69	40 507 959	09	1 374 406 141	06	1 176 301 379	94	1 864 575 336	90	210 789 024	33	1 838 115	91	III.
671 015	24 935	693 211 070	51	22 252 813	12	674 810 355	87	575 001 178	43	815 273 061	07	63 248 989	02	262 307	63	IV.
61 400	3 537	58 032 052	58	2 212 738	61	125 300 032	41	107 114 669	66	78 430 153	94	6 421 463	70	—	—	V.
1 300 901	24 813	939 280 909	53	29 887 219	71	868 915 630	24	670 691 111	05	1 167 392 648	43	62 873 155	21	2 684 801	52	VI.
225 760	1 575	175 230 769	04	5 288 221	42	139 526 216	54	126 663 261	79	193 381 945	21	12 654 968	74	216 856	51	VII.
1 375 110	26 780	1 221 328 695	45	37 638 607	92	931 130 902	98	797 712 992	10	1 392 385 214	25	49 842 959	26	635 895	37	VIII.
520 460	7 310	636 438 057	04	21 465 476	84	512 216 017	73	430 199 138	63	739 920 412	98	59 067 628	85	4 998 861	52	IX.
1 134 141	25 328	1 223 701 778	69	41 556 401	23	1 302 374 707	10	1 125 311 552	26	1 442 321 334	76	109 764 602	71	1 895 740	28	X.
1 377 867	24 250	2 168 162 754	53	71 652 744	22	2 236 229 667	11	1 875 414 109	15	2 600 631 056	71	369 445 308	72	67 954 507	81	XI.
439 566	5 686	454 249 715	06	15 206 879	80	365 631 120	34	276 392 099	02	558 695 616	18	17 481 766	32	1 555	34	XII.
2 336 807	51 345	3 030 251 387	50	103 860 090	08	4 944 618 674	87	4 339 694 950	34	3 739 035 202	11	499 564 615	27	2 940 859	04	XIII.
192 135 [6]	3 981	167 806 659	28	5 007 476	29	209 749 683	18	192 295 700	75	190 268 118	00	18 166 368	54	20 424	48	1.
40 929	227	28 319 604	50	963 639	59	46 986 601	65	39 048 534	32	37 221 311	42	4 063 346	89	—	—	2.
47 314	225	26 218 931	73	970 426	38	67 921 055	58	57 040 336	74	38 070 076	95	5 810 191	71	30 000	00	3.
54 371	467	44 113 286	97	1 374 985	59	62 143 597	24	50 387 552	45	57 244 317	35	17 197 200	17	—	—	4.
380 473	5 871	362 839 617	84	11 430 393	33	393 890 713	23	318 888 848	40	449 271 876	00	29 585 876	49	378 931	13	5.
534 592 [6]	4 404	566 339 261	80	17 935 820	78	645 316 854	36	570 977 990	46	658 613 946	48	31 494 287	97	403 768	09	6.
1 903 902	2 844	1 625 962 616	69	40 507 959	09	1 374 406 141	06	1 176 301 379	94	1 864 575 336	90	210 789 024	33	1 838 115	91	7.
451 425	13 570	451 145 618	76	14 381 619	75	363 440 639	59	303 436 420	76	525 531 457	34	31 614 675	77	130 075	25	8.
162 967	10 968	189 944 713	44	6 306 965	64	179 061 291	05	153 872 205	15	221 440 764	98	31 446 889	72	2 821	32	9.
56 623	397	52 120 738	31	1 564 227	73	132 308 425	23	117 692 552	52	68 300 838	75	187 423	53	129 411	06	10.
61 400	3 537	58 032 052	58	2 212 738	61	125 300 032	41	107 114 669	66	78 430 153	94	6 421 463	70	—	—	11.
810 394	17 075	560 878 765	07	17 382 349	25	531 177 482	52	398 726 451	08	710 712 145	76	42 111 005	16	1 553 608	41	12.
490 507	7 738	378 402 144	46	12 504 870	46	337 738 147	72	271 964 659	97	456 680 502	67	20 762 150	05	1 131 193	11	13.
225 760	1 575	175 230 769	04	5 288 221	42	139 526 216	54	126 663 261	79	193 381 945	21	12 654 968	74	216 856	51	14.
539 310	9 131	507 534 567	42	15 478 086	13	398 806 280	09	362 075 029	96	559 743 903	68	26 458 979	81	201 828	72	15.
599 669	8 100	524 327 172	78	16 069 712	30	368 968 720	51	306 507 229	30	602 858 376	29	18 869 000	77	97 813	28	16.
236 131	9 549	189 466 955	25	6 090 809	49	163 355 902	38	129 130 732	84	229 782 934	28	4 514 978	68	336 253	37	17.
520 460	7 310	636 438 057	04	21 465 476	84	512 216 017	73	430 199 138	63	739 920 412	98	59 067 628	85	4 998 861	52	18.
482 129	12 725	483 900 106	88	16 440 691	82	608 785 274	97	531 511 195	80	577 614 877	87	20 488 161	64	586 533	94	19.
238 010	5 467	218 595 114	79	7 318 349	90	188 085 217	79	151 334 249	13	262 664 433	35	34 473 238	84	420 224	81	20.
144 401	365	182 322 733	60	6 448 076	71	161 045 935	99	138 859 213	84	210 957 532	46	13 639 868	69	161 084	68	21.
91 032	166	125 687 761	42	4 330 263	62	132 258 019	84	112 295 196	93	149 980 847	95	14 360 862	12	767	00	22.
101 531	6 271	136 095 751	64	4 533 700	95	113 654 599	63	101 454 942	39	152 829 109	83	10 705 711	62	600 939	53	23.
77 038	334	77 100 310	36	2 485 318	23	98 545 658	88	89 856 754	17	88 274 533	30	16 096 759	80	126 190	32	24.
262 168	1 720	491 654 581	33	16 157 875	71	605 310 014	59	544 490 362	10	568 632 109	53	80 179 043	89	494 277	15	25.
205 522	13 158	266 801 002	34	8 627 222	12	408 512 787	00	357 508 216	02	326 432 795	44	18 486 608	36	68 432	00	26.
910 177	9 372	1 409 707 170	86	46 867 646	39	1 222 406 865	52	973 415 531	03	1 705 566 151	74	270 779 656	47	67 391 798	66	27.
334 397	5 358	347 239 704	34	11 878 151	71	200 379 268	41	153 040 880	83	406 456 243	63	9 657 323	97	1 555	34	28.
105 169	328	107 010 010	72	3 328 728	09	165 251 851	93	123 351 218	19	152 239 372	55	7 824 442	35	—	—	29.
119 559	245	178 685 260	60	6 468 082	85	299 577 752	94	258 097 882	42	226 633 213	97	21 466 400	96	70 000	00	30.
1 586 281	22 230	2 008 091 268	33	66 112 034	80	2 408 745 596	72	2 098 110 307	91	2 384 838 591	94	284 303 850	47	2 839 201	40	31.
489 972	27 505	629 545 825	11	23 639 199	84	1 391 570 801	01	1 204 090 493	36	840 665 332	60	174 913 892	23	—	—	32.
69 847	860	81 314 550	00	3 293 827	91	78 185 852	88	50 334 301	19	112 459 929	60	12 604 072	80	31 657	64	33.
71 148	505	132 614 483	46	4 346 944	68	766 538 671	32	729 061 965	46	174 438 134	00	6 276 398	81	—	—	34.
Landgemeinde-Sparkassen.																
954 896	**18 017**	**1 532 722 089**	**37**	**52 370 293**	**33**	**1 304 702 593**	**01**	**1 048 847 800**	**02**	**1 840 947 175**	**69**	**203 109 714**	**04**	**1 053 930**	**40**	**Freist. Pr.**
12 490	194	12 327 907	40	389 663	53	18 690 120	31	14 068 143	58	17 339 547	66	2 423 076	53	121 757	92	II.
404	—	—	—	5 602	12	4 098 051	28	3 461 178	79	642 474	61	272 261	47	—	—	IV.
41 382	2 164	25 822 272	38	1 012 850	84	59 107 084	98	43 806 066	45	42 136 141	75	10 352 936	14	8 267	55	VI.
12 043	1 070	7 737 756	16	253 108	12	11 590 622	36	9 697 003	51	9 884 483	13	—	—	—	—	VIII.
175 113	4 579	336 230 738	60	10 896 126	91	179 731 502	55	134 397 339	40	392 461 028	66	38 654 473	95	128 648	47	IX.
231 855	2 932	364 288 200	04	12 988 474	48	274 787 713	32	211 842 703	20	440 221 684	64	46 366 927	26	370 309	89	X.
98 430	3 020	172 957 359	43	5 772 401	87	173 014 862	06	141 136 089	24	210 608 534	12	23 706 181	41	220 477	86	XI.
11 824	121	11 229 670	84	423 416	26	7 123 620	56	5 790 705	40	12 986 002	26	781 773	85	—	—	XII.
371 355	3 937	602 128 184	52	20 628 649	20	576 559 015	59	484 648 570	45	714 667 278	86	80 552 083	43	204 468	71	XIII.

abgetretenen Gebietsteiles aber einschl. der von Westpreußen östlich des Korridors hinzugekommenen Gebietsteile, die Teile der früheren Provinzen Westpreußen und Posen, die wig-Holstein ohne das an Dänemark abgetretene Gebiet und die Rheinprovinz ohne die Kreise Eupen und Malmedy, der Umfang aller übrigen Provinzen ist unverändert geblieben — (vergl. nachfolgende Anmerkung 5). — [5]) darunter eine Sparkasse, die die Nachweisung über ihre Geschäftsergebnisse nicht eingereicht hat, für die die Ergebnisse des Vorjahres infolge Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin beim Regierungsbezirk Potsdam als selbständige Sparkassen ausgeschieden und mit der Stadtsparkasse Berlin vereinigt sind. — stattfindet, in denen die Frage über gesperrte Bücher nicht enthalten ist.



(Noch: Taf. 1) Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	Betrag der Rücklagen, wie sie am Schlusse des Rechnungsjahres zu Buche standen		Aus den Rücklagen bezw. den Überschüssen der Rechnungsvorjahre sind zu öffentlichen Zwecken verwendet				Betrag des eigenen Vermögens der Kassen		Betrag der					
			seit dem Bestehen der Kassen		im letzten Rechnungsjahre				Zinseinnahmen		Zinsausgaben		Zinsüberschüsse	
	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.
1	25		26		27		28		29		30		31	
									Noch: I. Die städtischen					
Freistaat Preußen . . .	**389 145 114**	**09**	**458 662 173**	**93**	**22 372 351**	**68**	**23 930 387**	**58**	**755 705 240**	**62**	**560 204 619**	**34**	**195 500 621**	**28**
Provinzen.														
I. Ostpreußen	11 087 979	23	14 382 511	06	376 097	36	678 066	07	17 324 440	07	11 959 463	11	5 364 976	96
II. Brandenburg	27 485 817	74	24 874 503	94	691 167	98	2 014 534	37	48 954 077	90	35 794 251	18	13 159 826	72
III. Stadt Berlin	10 693 918	37	6 112 054	18	150 000	00	3 301 855	52	75 552 955	94	60 419 730	56	15 133 225	38
IV. Pommern	21 301 276	09	29 835 729	23	1 026 785	55	705 366	89	37 181 654	83	27 418 588	59	9 763 066	24
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	1 553 003	54	843 159	58	76 515	47	26 624	00	3 903 173	98	2 877 244	16	1 025 929	82
VI. Niederschlesien	31 531 869	34	57 237 792	64	2 425 553	44	1 358 089	42	51 443 618	19	36 782 315	30	14 661 302	89
VII. Oberschlesien	3 247 039	19	6 164 274	58	186 778	67	164 477	87	11 020 880	85	8 669 017	72	2 351 863	13
VIII. Sachsen	51 073 939	41	78 406 818	92	3 397 567	77	4 530 143	76	62 862 217	45	44 556 275	98	18 305 941	47
IX. Schleswig-Holstein	21 820 518	07	30 102 740	55	4 350 843	35	946 214	78	37 046 505	01	28 086 453	50	8 960 051	51
X. Hannover	30 179 934	82	37 561 543	64	1 582 198	32	2 437 705	49	67 427 454	40	51 388 700	79	16 038 753	61
XI. Westfalen	83 762 457	74	86 120 410	34	5 279 420	81	4 602 075	43	129 898 608	67	97 574 814	46	32 323 794	21
XII. Hessen-Nassau	11 646 607	81	8 746 857	58	286 578	77	24 290	74	24 348 432	69	17 677 630	74	6 670 801	95
XIII. Rheinprovinz	83 760 752	74	78 273 777	69	2 542 844	19	3 140 943	24	188 741 220	64	137 000 133	25	51 741 087	39
Regierungsbezirke.														
1. Königsberg	6 980 549	90	8 766 196	34	125 000	00	70 132	57	9 694 660	13	6 512 753	29	3 181 906	84
2. Gumbinnen	988 108	85	1 213 573	03	33 177	30	76 500	00	1 848 894	98	1 359 409	48	489 485	50
3. Allenstein	852 365	76	659 219	31	32 920	06	475 000	00	2 246 291	32	1 582 908	68	663 382	64
4. Westpreußen	2 266 954	72	3 743 522	38	185 000	00	56 433	50	3 534 593	64	2 504 391	66	1 030 201	98
5. Potsdam	11 017 718	54	9 013 759	03	439 079	21	606 724	82	19 272 676	16	14 039 580	09	5 233 096	07
6. Frankfurt	16 468 099	20	15 860 744	91	252 088	77	1 407 809	55	29 681 401	74	21 754 671	09	7 926 730	65
7. Berlin	10 693 918	37	6 112 054	18	150 000	00	3 301 855	52	75 552 955	94	60 419 730	56	15 133 225	38
8. Stettin	13 661 780	55	20 081 995	99	627 916	83	222 496	97	23 866 005	12	17 478 987	19	6 387 017	93
9. Köslin	5 416 378	84	5 930 064	07	251 525	95	11 406	55	10 723 359	49	8 082 300	08	2 641 059	41
10. Stralsund	2 223 116	70	3 823 669	17	147 342	77	471 463	37	2 592 290	22	1 857 301	32	734 988	90
11. Schneidemühl	1 553 003	54	843 159	58	76 515	47	26 624	00	3 903 173	98	2 877 244	16	1 025 929	82
12. Breslau	18 409 111	08	31 757 188	34	1 418 851	69	1 107 524	68	30 228 962	30	21 562 894	19	8 666 068	11
13. Liegnitz	13 122 758	26	25 480 604	30	1 006 701	75	250 564	74	21 214 655	89	15 219 421	11	5 995 234	78
14. Oppeln	3 247 039	19	6 164 274	58	186 778	67	164 477	87	11 020 880	85	8 669 017	72	2 351 863	13
15. Magdeburg	19 838 848	41	33 305 001	89	1 848 718	66	2 634 893	60	25 506 365	86	18 275 525	90	7 230 839	96
16. Merseburg	22 053 204	72	37 477 139	23	1 321 090	43	1 540 338	67	27 148 271	17	18 863 184	71	8 285 086	46
17. Erfurt	9 181 886	28	7 624 677	80	227 758	68	354 911	49	10 207 580	42	7 417 565	37	2 790 015	05
18. Schleswig	21 820 518	07	30 102 740	55	4 350 843	35	946 214	78	37 046 505	01	28 086 453	50	8 960 051	51
19. Hannover	6 876 131	15	6 392 321	68	215 386	77	666 247	12	26 932 215	82	21 114 546	72	5 817 669	10
20. Hildesheim	5 640 766	44	9 015 495	90	447 080	54	177 037	30	12 047 610	45	8 851 661	14	3 195 949	31
21. Lüneburg	5 168 539	51	6 252 250	58	312 311	49	556 747	23	9 675 636	30	7 678 626	29	1 997 010	01
22. Stade	4 278 959	61	7 431 720	65	231 241	34	415 000	00	7 134 448	81	5 418 860	74	1 715 588	07
23. Osnabrück	5 812 138	72	5 865 373	59	229 098	67	413 793	27	7 134 942	46	5 192 005	37	1 942 937	09
24. Aurich	2 403 399	39	2 604 381	24	147 079	51	208 880	57	4 502 600	56	3 133 000	53	1 369 600	03
25. Münster	17 877 792	17	15 335 155	74	1 281 060	50	1 961 020	25	29 244 165	10	22 838 255	93	6 405 909	17
26. Minden	8 169 831	84	5 512 657	57	321 023	51	854 970	84	15 009 381	36	11 205 565	11	3 803 816	25
27. Arnsberg	57 714 833	73	65 272 597	03	3 677 336	80	1 786 084	34	85 645 062	21	63 530 993	42	22 114 068	79
28. Cassel	11 143 235	31	8 150 985	26	223 604	95	9 290	74	17 742 119	08	13 631 817	32	4 110 301	76
29. Wiesbaden	503 372	50	595 872	32	62 973	82	15 000	00	6 606 313	61	4 045 813	42	2 560 500	19
30. Coblenz	5 186 041	94	3 377 547	15	151 609	14	351 074	65	11 685 514	65	8 362 261	40	3 323 253	25
31. Düsseldorf	62 372 259	42	64 102 572	32	2 120 553	57	1 273 124	76	121 895 952	78	90 919 379	49	30 976 573	29
32. Köln	14 442 834	59	10 472 046	59	152 181	48	1 516 743	83	41 293 186	18	27 318 739	02	13 974 447	16
33. Trier	1 548 790	25	321 611	63	118 500	00	—	—	4 916 696	24	3 999 014	96	917 681	28
34. Aachen	210 826	54	—	—	—	—	—	—	8 949 870	79	6 400 738	38	2 549 132	41
							Noch: II. Die Kirchspiels-, Fleckens- und							
Freistaat Preußen . . .	**47 120 156**	**84**	**29 221 986**	**00**	**1 988 473**	**12**	**2 358 283**	**50**	**89 376 053**	**46**	**68 019 786**	**68**	**21 356 266**	**78**
Provinzen.														
II. Brandenburg	506 705	84	350 732	72	46 225	56	31 210	85	715 875	36	494 822	68	221 052	68
IV. Pommern	—	—	—	—	—	—	—	—	15 572	30	11 593	16	3 979	14
VI. Niederschlesien	797 322	30	181 750	14	28 093	00	19 100	60	1 789 521	83	1 264 969	96	524 551	87
VIII. Sachsen	189 323	99	20 200	00	—	—	—	—	383 823	82	287 173	48	96 650	34
IX. Schleswig-Holstein	11 866 381	37	6 486 045	59	482 216	59	489 530	94	18 631 483	86	14 627 245	47	4 004 238	39
X. Hannover	11 840 541	03	11 653 276	81	742 450	67	712 938	51	20 527 955	45	15 179 379	03	5 348 576	42
XI. Westfalen	6 490 969	81	3 996 966	57	195 286	52	56 899	56	10 230 825	20	7 678 875	58	2 551 949	62
XII. Hessen-Nassau	301 270	25	60 251	88	—	—	12 942	68	599 973	85	452 487	22	147 486	63
XIII. Rheinprovinz	15 127 642	25	6 472 762	29	494 200	78	1 035 660	36	36 481 021	79	28 023 240	10	8 457 781	69

Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre ℳ	Pf.	Von dem Vermögen der Sparkassen sind zinsbar angelegt: in Hypotheken oder Grundschulden, und zwar auf städtische Grundstücke: überhaupt ℳ	Pf.	städtische Grundstücke: darunter Tilgungshypotheken ℳ	Pf.	ländliche Grundstücke: überhaupt ℳ	Pf.	ländliche Grundstücke: darunter Tilgungshypotheken ℳ	Pf.	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften ℳ	Pf.	gegen Wechsel ℳ	Pf.	Wiederholung der Spalte 1
32		33		34		35		36		37		38		
Sparkassen.														
116 491 142	**63**	**3 644 729 081**	**29**	**502 900 929**	**79**	**446 281 980**	**57**	**71 796 198**	**07**	**5 955 203 802**	**13**	**182 020 114**	**95**	**Freist. Pr.**
2 954 609	66	76 929 132	96	7 496 302	28	6 285 042	77	192 934	05	90 734 789	13	3 815 799	66	I.
6 925 226	63	211 118 952	65	7 314 350	19	28 172 067	18	2 629 536	58	343 949 042	79	5 616 649	50	II.
19 558 077	46	248 329 701	60	4 170 139	71	1 465 550	00	—	—	944 484 567	38	90 205	00	III.
5 274 604	78	190 985 053	48	16 460 594	55	49 161 533	23	1 199 094	50	252 054 919	78	4 981 296	24	IV.
372 399	02	14 679 615	12	5 302 101	86	2 748 963	88	684 244	79	35 840 607	22	921 154	09	V.
8 084 986	98	237 876 048	43	6 115 963	69	31 319 901	88	3 133 444	41	367 645 789	52	24 831 691	96	VI.
1 925 772	94	69 988 738	32	6 610 434	97	3 867 569	82	363 935	86	39 318 173	64	130 035	00	VII.
6 961 911	01	282 387 679	65	23 212 392	14	66 667 476	77	4 758 003	51	396 690 390	52	15 185 640	00	VIII.
6 233 166	53	205 201 287	24	2 543 385	00	41 994 709	45	349 392	00	217 478 136	13	20 710 159	70	IX.
8 955 133	04	322 741 025	70	44 644 950	13	53 280 767	17	12 205 065	09	582 154 812	23	448 491	18	X.
16 104 147	48	759 020 421	32	145 477 429	81	91 436 048	13	15 610 301	93	1 024 123 653	84	4 439 701	87	XI.
3 874 465	00	76 658 616	68	33 144 448	72	31 657 196	07	20 714 730	43	174 953 612	54	545 639	23	XII.
29 266 642	10	948 812 808	14	200 408 436	74	38 225 154	22	9 955 514	92	1 485 775 307	41	100 303 651	52	XIII.
1 594 719	53	44 531 442	78	2 604 476	26	2 990 382	99	17 500	00	57 671 289	21	404 841	38	1.
339 887	59	10 159 675	00	50 000	00	195 325	00	—	—	11 879 250	25	38 000	00	2.
462 060	03	7 815 980	66	1 385 029	50	2 462 751	73	96 050	00	5 371 841	34	3 236 283	28	3.
557 942	51	14 422 034	52	3 456 796	52	636 583	05	79 384	05	15 812 408	33	136 675	00	4.
2 829 517	43	81 516 270	92	1 266 281	00	7 006 621	11	251 708	00	136 861 889	14	503 094	50	5.
4 095 709	20	129 602 681	73	6 048 069	19	21 165 446	07	2 377 828	58	207 087 153	65	5 113 555	00	6.
19 558 077	46	248 329 701	60	4 170 139	71	1 465 550	00	—	—	944 484 567	38	90 205	00	7.
3 372 041	24	124 419 868	54	14 016 505	17	28 280 673	10	1 000 904	50	155 376 919	34	1 528 120	90	8.
1 564 575	00	55 078 940	25	2 318 419	38	17 549 728	85	198 190	00	63 958 055	32	3 197 500	56	9.
337 988	54	11 486 244	69	125 670	00	3 331 131	28	—	—	32 719 945	12	255 674	78	10.
372 399	02	14 679 615	12	5 302 101	86	2 748 963	88	684 244	79	35 840 607	22	921 154	09	11.
6 007 139	41	139 933 309	94	2 884 632	38	17 284 656	49	2 298 174	24	230 299 387	12	21 342 651	96	12.
2 077 847	57	97 942 738	49	3 231 331	31	14 035 245	39	835 270	17	137 346 402	40	3 489 040	00	13.
1 925 772	94	69 988 738	32	6 610 434	97	3 867 569	82	363 935	86	39 318 173	64	130 035	00	14.
2 884 604	54	112 242 898	41	14 022 790	34	24 133 072	38	2 026 660	44	140 327 048	76	811 275	00	15.
2 943 560	18	126 652 923	68	5 201 772	48	37 661 690	53	2 160 412	71	193 883 504	77	43 975	00	16.
1 133 746	29	43 491 857	56	3 987 829	32	4 872 713	86	570 930	36	62 479 836	99	14 330 390	00	17.
6 233 166	53	205 201 287	24	2 543 385	00	41 994 709	45	349 392	00	217 478 136	13	20 710 159	70	18.
3 569 114	65	131 286 864	30	18 892 582	75	12 462 925	67	4 236 237	14	283 219 515	37	—	—	19.
1 291 493	75	55 621 345	50	12 769 703	84	7 552 282	84	1 861 570	79	102 428 024	80	—	—	20.
1 167 405	42	48 054 076	42	5 616 932	18	14 804 232	87	4 472 095	19	57 169 865	76	—	—	21.
1 099 731	86	38 263 037	87	2 416 736	81	7 971 317	40	396 509	37	46 848 859	92	—	—	22.
984 360	87	32 830 756	41	1 573 160	54	5 904 263	00	893 712	31	44 780 150	26	—	—	23.
843 026	49	16 684 945	20	3 375 834	01	4 585 745	39	344 940	29	47 708 396	12	448 491	18	24.
3 229 626	43	190 650 549	67	67 974 560	67	21 391 085	90	5 121 421	68	189 401 285	52	—	—	25.
2 085 213	07	51 601 263	28	7 197 888	40	13 963 132	36	440 013	23	129 354 799	13	842 619	50	26.
10 789 307	98	516 768 608	37	70 304 980	74	56 081 829	87	10 048 867	02	705 367 569	19	3 597 082	37	27.
2 324 573	28	56 521 784	13	26 648 205	17	30 901 881	07	20 437 430	43	124 367 221	82	545 639	23	28.
1 549 891	72	20 136 832	55	6 496 243	55	755 315	00	277 300	00	50 586 390	72	—	—	29.
1 624 247	09	34 394 728	54	7 218 612	46	6 912 831	51	1 206 978	79	91 139 584	24	—	—	30.
18 512 406	99	708 438 192	64	182 354 465	29	24 306 510	51	7 263 085	19	688 359 255	11	72 003 050	00	31.
6 811 389	97	162 868 292	07	9 436 084	52	6 790 241	47	1 459 910	42	539 872 459	67	8 601	52	32.
521 341	07	21 500 434	19	979 389	89	—	—	—	—	72 558 515	83	—	—	33.
1 797 256	98	21 611 160	70	419 884	58	215 570	73	25 540	52	93 845 492	56	28 292 000	00	34.
Landgemeinde-Sparkassen.														
11 074 384	**74**	**330 622 375**	**75**	**87 381 616**	**45**	**187 333 814**	**68**	**28 181 884**	**69**	**593 094 490**	**25**	**10 779 485**	**70**	**Freist. Pr.**
124 687	00	1 218 464	00	—	—	2 158 813	48	454 613	48	7 129 359	62	2 832 500	00	II.
18 730	94	—	—	—	—	7 000	00	—	—	258 626	70	—	—	IV.
226 388	68	7 011 848	21	75 189	43	668 357	78	106 312	78	18 667 219	91	83 311	00	VI.
28 654	77	1 338 337	80	573 246	30	564 197	69	110 355	69	1 902 056	23	—	—	VIII.
1 748 573	61	41 842 485	32	142 715	23	81 560 700	72	139 010	00	117 084 236	06	4 022 555	95	IX.
2 549 210	93	35 696 773	76	8 509 194	13	64 252 219	18	19 924 967	99	153 771 627	04	2 493	75	X.
1 427 831	81	45 115 559	46	7 695 076	03	17 441 066	06	747 915	91	80 672 003	42	2 009 000	00	XI.
71 457	81	113 693	17	104 693	17	2 271 850	37	1 994 416	73	3 181 706	08	6 325	00	XII.
4 878 849	19	198 285 214	03	70 281 502	16	18 409 609	40	4 704 292	11	210 427 655	19	1 823 300	00	XIII.

(Noch: Taf. 1)

Noch: Von dem Vermögen der Sparkassen sind zinsbar

Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	gegen Faustpfand ℳ	Pf.	auf Schuldscheine ohne Bürgschaft ℳ	Pf.	auf Schuldscheine mit Bürgschaft ℳ	Pf.	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder, wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem ℳ	Pf.	der Ankaufswert dieser Papiere (Sp. 42) beträgt ℳ	Pf.	der Nennwert dieser Papiere (Sp. 42) beträgt ℳ	Pf.	in sonstigen Anlagen ℳ	Pf.
1	39		40		41		42		43		44		45	
Noch: I. Die städtischen														
Freistaat Preußen . . .	**226 707 691**	**11**	**14 714 742**	**61**	**78 223 502**	**12**	**5 049 769 757**	**48**	**6 417 804 198**	**68**	**6 606 008 062**	**99**	**741 398 156**	**55**
Provinzen.														
I. Ostpreußen	12 563 412	12	105 413	75	5 769 705	39	93 330 649	30	122 049 270	88	124 385 200	00	48 788 754	29
II. Brandenburg	7 217 135	18	180 600	00	1 789 080	00	370 825 727	90	479 872 952	27	492 763 701	00	53 292 103	02
III. Stadt Berlin	2 020 897	01	4 947 634	80	—	—	665 482 681	06	851 224 689	11	886 391 125	00	46 508 921	17
IV. Pommern	9 913 865	41	457 120	00	1 885 739	00	270 160 590	10	339 406 482	22	346 632 150	00	32 572 317	32
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	6 135 821	61	137 500	00	261 420	00	15 856 948	50	20 452 523	30	21 131 300	00	762 029	77
VI. Niederschlesien	91 237 647	36	867 239	45	1 761 348	66	353 814 106	77	447 624 248	58	468 596 955	00	30 858 122	84
VII. Oberschlesien	1 349 959	07	36 935	00	622 655	57	94 548 593	81	121 150 740	25	123 649 650	00	6 810 583	75
VIII. Sachsen	18 543 758	44	4 477 622	19	805 652	14	503 215 496	84	656 891 686	88	673 809 915	00	22 821 401	15
IX. Schleswig-Holstein	8 887 476	32	491 034	53	16 961 399	31	197 021 900	56	244 261 390	33	252 308 600	00	46 237 480	32
X. Hannover	12 406 683	03	883 748	37	2 499 565	05	406 280 265	87	506 443 363	86	522 124 527	88	56 975 151	21
XI. Westfalen	18 900 814	39	1 094 966	50	23 109 658	51	787 189 377	57	986 602 315	01	1 010 805 549	56	114 125 608	59
XII. Hessen-Nassau	3 587 808	62	70 162	00	5 091 358	55	191 052 244	65	239 713 394	74	247 459 964	55	36 971 226	73
XIII. Rheinprovinz	33 942 412	55	964 766	02	17 665 919	94	1 100 991 174	55	1 402 111 141	25	1 435 949 425	00	244 674 456	39
Regierungsbezirke.														
1. Königsberg	5 603 780	69	30 000	00	3 691 832	87	64 347 168	15	85 555 414	89	86 655 725	00	6 798 983	22
2. Gumbinnen	1 230 135	18	39 500	00	—	—	7 076 351	00	8 991 928	10	9 276 800	00	7 449 080	65
3. Allenstein	5 365 598	25	11 928	75	1 920 242	98	10 002 955	95	12 592 152	61	12 879 600	00	6 658 390	34
4. Westpreußen	363 898	00	23 985	00	157 629	54	11 904 174	20	14 909 775	28	15 573 075	00	27 882 300	08
5. Potsdam	2 412 045	24	154 600	00	198 834	00	152 581 351	23	196 212 388	29	202 059 355	00	29 013 105	54
6. Frankfurt	4 805 089	94	26 000	00	1 590 246	00	218 244 376	67	283 660 563	98	290 704 346	00	24 278 997	48
7. Berlin	2 020 897	01	4 947 634	80	—	—	665 482 681	06	851 224 689	11	886 391 125	00	46 508 921	17
8. Stettin	2 780 844	45	257 990	00	1 051 922	68	185 968 580	05	233 312 586	56	238 710 785	00	19 137 917	60
9. Köslin	5 454 588	15	89 230	00	545 565	28	69 685 592	85	87 612 347	09	89 265 675	00	12 965 530	65
10. Stralsund	1 678 432	81	109 900	00	288 251	04	14 506 417	20	18 481 548	57	18 655 690	00	468 869	07
11. Schneidemühl	6 135 821	61	137 500	00	261 420	00	15 856 948	50	20 452 523	30	21 131 300	00	762 029	77
12. Breslau	82 940 335	60	814 264	45	1 141 798	50	192 974 043	91	239 545 486	17	255 503 255	00	10 095 895	85
13. Liegnitz	8 297 311	76	52 975	00	619 550	16	160 840 062	86	208 078 762	41	213 093 700	00	20 762 226	99
14. Oppeln	1 349 959	07	36 935	00	622 655	57	94 548 593	81	121 150 740	25	123 649 650	00	6 810 583	75
15. Magdeburg	2 972 586	55	3 114 650	09	303 772	98	219 415 183	31	286 854 611	32	293 900 050	00	14 328 201	74
16. Merseburg	12 064 183	89	120 283	65	241 145	00	202 681 152	88	265 275 441	57	272 900 465	00	5 988 118	71
17. Erfurt	3 506 988	00	1 242 688	45	260 734	16	81 119 160	65	104 761 633	99	107 009 400	00	2 505 080	70
18. Schleswig	8 887 476	32	491 034	53	16 961 399	31	197 021 900	56	244 261 390	33	252 308 600	00	46 237 480	32
19. Hannover	3 343 557	77	89 801	98	612 279	65	110 413 718	40	133 622 860	12	138 311 504	15	20 935 468	87
20. Hildesheim	1 245 201	46	300 887	98	410 510	91	88 677 194	95	110 539 140	71	113 342 875	00	12 715 326	55
21. Lüneburg	2 037 133	37	324 608	41	87 309	68	69 010 274	67	89 009 288	85	90 992 053	25	12 019 454	50
22. Stade	1 752 819	94	119 835	00	187 315	65	53 391 176	88	67 501 071	41	69 439 460	00	876 999	34
23. Osnabrück	1 867 068	70	47 200	00	178 955	82	62 471 690	42	77 415 516	69	80 230 295	00	2 684 478	38
24. Aurich	2 160 901	79	1 415	00	1 023 193	34	22 316 210	55	28 355 486	08	29 808 340	48	7 743 423	57
25. Münster	3 187 008	74	515 000	00	1 463 333	88	167 253 623	49	211 302 716	43	215 833 190	00	47 684 685	55
26. Minden	4 162 291	96	103 450	00	3 851 201	76	98 644 536	51	123 965 285	96	126 984 900	00	14 639 959	41
27. Arnsberg	11 551 513	69	476 516	50	17 795 122	87	521 291 217	57	651 334 312	62	667 987 459	56	51 800 963	63
28. Cassel	1 864 803	75	70 162	00	4 658 708	09	153 538 383	95	191 481 395	33	197 205 764	55	7 170 881	73
29. Wiesbaden	1 723 004	87	—	—	432 650	46	37 513 860	70	48 231 999	41	50 254 200	00	29 800 345	00
30. Coblenz	8 397 943	43	129 850	00	707 318	26	85 837 041	13	103 223 241	00	109 617 450	00	13 401 717	79
31. Düsseldorf	20 974 665	41	106 376	02	16 062 847	68	843 687 486	10	1 066 226 284	55	1 090 137 475	00	183 562 933	25
32. Köln	3 506 535	65	137 340	00	655 570	50	120 803 754	05	168 279 101	10	170 062 650	00	32 094 934	57
33. Trier	347 285	91	—	—	57 431	38	25 259 982	32	33 303 655	40	33 978 650	00	4 744 199	00
34. Aachen	715 982	15	591 200	00	182 752	12	25 402 910	95	31 078 859	20	32 153 200	00	10 870 621	78
Noch: II. Die Kirchspiels-, Fleckens- und														
Freistaat Preußen . . .	**19 536 786**	**50**	**1 548 506**	**50**	**27 730 240**	**42**	**602 206 408**	**60**	**741 449 248**	**33**	**761 058 005**	**81**	**137 812 027**	**10**
Provinzen.														
II. Brandenburg	86 899	30	—	—	62 730	00	3 903 601	85	5 141 795	00	5 218 900	00	137 901	31
IV. Pommern	6 100	00	—	—	2 500	00	—	—	—	—	—	—	—	—
VI. Niederschlesien	1 115 454	85	557 390	98	601 959	24	9 616 543	80	11 285 937	19	11 726 700	00	4 502 022	98
VIII. Sachsen	314 566	00	—	—	351 090	43	4 051 305	85	4 525 916	55	4 840 850	00	364 406	92
IX. Schleswig-Holstein	4 513 346	12	96 425	00	20 003 189	90	103 949 858	70	119 796 019	07	123 721 985	00	25 636 285	81
X. Hannover	3 277 710	93	597 813	02	2 321 467	78	166 741 338	51	209 628 611	53	214 799 933	00	24 419 873	28
XI. Westfalen	1 915 756	12	40 400	00	551 251	54	74 723 712	95	90 124 186	31	93 643 915	60	8 187 029	17
XII. Hessen-Nassau	64 720	00	—	—	92 683	78	6 424 272	75	7 420 360	60	7 573 250	00	236 934	34
XIII. Rheinprovinz	8 242 233	18	256 477	50	3 743 367	75	232 795 774	19	293 526 422	08	299 532 472	21	74 327 573	29

angelegt					Anzahl								
zusammen (Inhaberpapiere nach Spalte 42 eingestellt)		dabei in Schuldverschreibungen (Nennwert) des Deutschen Reiches	dabei in Schuldverschreibungen (Nennwert) Preußens		der am Schlusse des Rechnungsjahres im Besitze der Sparkassen befindlichen Grundstücke aus Zwangsversteigerungen	davon im Berichtsjahre erworben	Hypothekarisch darauf (Spalte 49) haftende Sparkassengelder		Verlust an Zins, Kapital und Kosten bei Wiederveräußerung in der Zwangsversteigerung übernommener Grundstücke im Berichtsjahre		Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen einschl. der täglich ohne Kündigung abrufbaren Guthaben am Schlusse des Rechnungsjahres		Wiederholung der Spalte 1
ℳ	Pf.	ℳ	ℳ	Pf.			ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	
46		47	48		49	50	51		52		53		
Sparkassen.													
16 339 048 828	**81**	**4 657 984 400**	**764 529 321**	**48**	**112**	**2**	**3 523 288**	**33**	**2 910**	**10**	**741 196 789**	**91**	**Freist. Pr.**
338 322 699	37	91 741 500	12 634 175	00	—	—	—	—	—	—	24 681 540	41	I.
1 022 161 358	22	315 780 800	75 100 050	00	1	—	18 000	00	—	—	105 024 538	03	II.
1 913 330 158	02	520 027 200	120 543 250	00	1	—	80 000	00	—	—	115 891 592	27	III.
812 172 434	56	211 729 800	42 865 350	00	12	—	502 100	00	—	—	50 816 731	82	IV.
77 344 060	19	17 098 600	1 697 750	00	—	—	—	—	—	—	5 780 113	39	V.
1 140 211 896	87	299 078 500	64 859 650	00	1	—	22 600	00	—	—	61 504 459	17	VI.
216 673 243	98	93 749 300	12 554 800	00	1	—	52 000	00	—	—	16 544 288	47	VII.
1 310 795 117	70	468 639 700	95 670 350	00	5	—	191 059	21	—	—	45 420 315	31	VIII.
754 983 583	56	198 863 000	17 834 900	00	3	—	46 336	10	—	—	29 862 644	98	IX.
1 437 670 509	81	375 396 700	39 622 596	48	3	—	79 939	04	344	38	53 381 580	59	X.
2 823 440 250	72	827 062 000	86 344 400	00	25	1	1 024 178	18	—	—	120 349 189	75	XI.
520 587 865	07	175 454 200	21 499 650	00	1	—	600	00	—	—	21 532 548	18	XII.
3 971 355 650	74	1 063 363 100	173 302 400	00	59	1	1 506 475	80	2 565	72	90 407 247	54	XIII.
186 069 721	29	60 316 900	11 029 400	00	—	—	—	—	—	—	17 458 696	20	1.
38 067 317	08	6 472 400	187 500	00	—	—	—	—	—	—	745 822	49	2.
42 845 973	28	11 798 400	332 700	00	—	—	—	—	—	—	2 645 513	40	3.
71 339 687	72	13 153 800	1 084 575	00	—	—	—	—	—	—	3 831 508	32	4.
410 247 811	68	130 911 000	35 297 350	00	—	—	—	—	—	—	45 979 040	49	5.
611 913 546	54	184 869 800	39 802 700	00	1	—	18 000	00	—	—	59 045 497	54	6.
1 913 330 158	02	520 027 200	120 543 250	00	1	—	80 000	00	—	—	115 891 592	27	7.
518 802 836	66	139 832 700	30 706 050	00	11	—	292 100	00	—	—	32 384 464	23	8.
228 524 731	91	64 442 200	9 095 500	00	1	—	210 000	00	—	—	14 935 132	03	9.
64 844 865	99	7 454 900	3 063 800	00	—	—	—	—	—	—	3 497 135	56	10.
77 344 060	19	17 098 600	1 697 750	00	—	—	—	—	—	—	5 780 113	39	11.
696 826 343	82	156 742 500	40 997 600	00	—	—	—	—	—	—	35 470 616	11	12.
443 385 553	05	142 336 000	23 862 050	00	1	—	22 600	00	—	—	26 033 843	06	13.
216 673 243	98	93 749 300	12 554 800	00	1	—	52 000	00	—	—	16 544 288	47	14.
517 648 689	22	208 324 800	35 660 000	00	—	—	—	—	—	—	19 567 775	15	15.
579 336 978	11	180 455 000	49 127 950	00	5	—	191 059	21	—	—	19 121 359	15	16.
213 809 450	37	79 859 900	10 882 400	00	—	—	—	—	—	—	6 731 181	01	17.
754 983 583	56	198 863 000	17 834 900	00	3	—	46 336	10	—	—	29 862 644	98	18.
562 364 132	01	73 606 500	11 252 300	00	1	—	13 200	00	—	—	23 142 053	05	19.
268 950 774	99	83 661 300	7 761 500	00	—	—	—	—	—	—	9 868 941	93	20.
203 506 955	68	70 822 300	7 564 000	00	—	—	—	—	—	—	5 664 230	78	21.
149 411 362	00	56 471 700	5 003 400	00	1	—	30 910	00	—	—	7 960 745	85	22.
150 764 562	99	68 963 700	3 076 000	00	1	—	35 829	04	344	38	5 097 340	43	23.
102 672 722	14	21 871 200	4 965 396	48	—	—	—	—	—	—	1 648 268	55	24.
621 546 572	75	176 233 300	16 288 350	00	3	—	109 640	00	—	—	24 632 126	76	25.
317 163 253	91	111 102 000	7 940 950	00	—	—	—	—	—	—	14 364 508	40	26.
1 884 730 424	06	539 726 700	62 115 100	00	22	1	914 538	18	—	—	81 352 554	59	27.
379 639 465	77	139 001 400	17 039 050	00	1	—	600	00	—	—	11 580 235	54	28.
140 948 399	30	36 452 800	4 460 600	00	—	—	—	—	—	—	9 952 312	64	29.
240 921 014	90	93 545 700	10 998 350	00	2	—	58 123	89	—	—	4 913 761	92	30.
2 557 501 316	72	826 739 700	111 672 950	00	53	—	1 329 047	39	2 565	72	39 805 792	90	31.
866 737 779	50	103 397 700	44 900 650	00	2	—	66 304	52	—	—	43 837 038	10	32.
124 467 848	63	17 497 900	4 662 750	00	1	1	40 000	00	—	—	478 595	45	33.
181 727 690	99	22 182 100	1 067 700	00	1	—	13 000	00	—	—	1 372 059	17	34.

Landgemeinde-Sparkassen.

ℳ	Pf.	ℳ	ℳ	Pf.	49	50	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	
1 910 664 135	**50**	**624 173 300**	**47 336 498**	**00**	**33**	—	**771 598**	**55**	—	—	**86 313 884**	**53**	**Freist. Pr.**
17 530 269	56	4 104 500	691 300	00	—	—	—	—	—	—	1 861 487	46	II.
274 226	70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	611 630	95	IV.
42 824 108	75	8 137 600	2 271 800	00	—	—	—	—	—	—	4 775 286	74	VI.
8 885 960	92	2 741 900	1 035 350	00	—	—	—	—	—	—	787 455	32	VIII.
398 709 083	58	96 850 000	7 132 300	00	1	—	43 500	00	—	—	27 913 405	37	IX.
451 081 317	25	175 915 600	11 604 898	00	2	—	8 360	50	—	—	13 357 841	19	X.
230 655 778	72	77 646 500	5 039 750	00	4	—	94 036	19	—	—	6 278 481	21	XI.
12 392 185	49	6 226 700	255 150	00	—	—	—	—	—	—	146 888	85	XII.
748 311 204	53	252 550 500	19 305 950	00	26	—	625 701	86	—	—	30 581 407	44	XIII.

(Noch: Taf. 1)

Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	Zahl der: Sparkassen	Zahl der: Zweig- oder Nebenkassen	Zahl der: Sammel- oder Annahmestellen	Zahl der: Verkaufsstellen von Sparmarken	An Sparbüchern wurden im Laufe des Jahres: ausgegeben	An Sparbüchern wurden im Laufe des Jahres: zurückgenommen	befanden sich am Jahresschlusse im Umlaufe mit Ei[nlagen]: bis 60 M	über 60 bis 150 M	über 150 bis 300 M	über 300 bis 600 M	über 600 bis 1 500 M	über 1 500 bis 3 000 M	über 3 000 bis 10000 M	über 10 000 M
					Stück									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
								Noch: II. Die Kirchspiels-, Fleckens- und						
Regierungsbezirke.														
5. Potsdam	[2]) 2	—	—	—	476	320	2 551	569	419	421	638	371	311	26
6. Frankfurt	2	—	—	—	929	413	1 413	855	687	752	1 321	973	1 063	120
8. Stettin	1	—	—	—	429	25	213	39	23	25	35	28	36	5
12. Breslau	10	—	9	6	3 686	1 401	9 621	3 612	2 988	3 108	3 896	2 226	1 421	164
13. Liegnitz	6	—	1	—	2 188	820	5 392	2 136	1 414	1 579	1 753	1 102	841	129
15. Magdeburg	3	—	—	—	1 271	564	3 392	889	661	756	956	612	461	67
16. Merseburg	3	—	—	1	662	298	1 302	627	417	465	623	453	345	17
18. Schleswig	112	1	59	13	16 621	11 366	41 537	21 179	17 275	18 556	25 107	19 297	24 195	7 967
19. Hannover	3	—	1	—	1 189	774	3 451	1 560	1 349	1 694	2 392	1 681	1 722	415
20. Hildesheim	2	—	—	—	868	627	2 458	1 274	1 027	1 330	2 011	1 363	1 366	193
21. Lüneburg	7	5	19	13	3 710	2 451	9 266	4 143	3 637	4 321	6 892	5 050	6 017	1 531
22. Stade	24	4	15	1	10 366	6 046	29 981	12 845	10 205	11 987	18 004	13 079	14 832	3 432
23. Osnabrück	11	—	1	—	3 316	2 171	7 109	4 257	3 958	5 073	8 631	6 807	7 853	1 704
24. Aurich	2	—	—	—	430	469	1 650	698	617	686	954	607	614	129
25. Münster	5	—	—	—	3 643	2 068	7 741	3 117	2 497	2 841	4 302	3 465	4 030	846
26. Minden	2	1	2	—	797	375	2 773	932	734	808	1 095	869	1 023	234
27. Arnsberg	16	1	6	1	7 053	3 804	14 006	6 762	5 733	7 326	9 338	7 487	8 207	2 264
28. Cassel	3	—	—	—	763	575	3 300	1 327	1 063	2 231	1 907	1 161	736	99
30. Coblenz	2	—	—	—	504	535	2 943	867	570	650	857	637	604	124
31. Düsseldorf	62	6	8	3	36 908	24 237	91 815	32 002	23 674	27 803	42 425	33 866	39 011	7 939
32. Köln	11	8	7	7	9 076	4 458	10 875	4 352	3 610	4 526	7 529	7 084	9 960	2 315
33. Trier	4	—	2	—	2 797	1 036	4 524	1 643	1 346	1 499	2 160	1 641	1 981	523
										III. Die Kreis- und				
Freistaat Preußen [1])	**447**	**752**	**3 350**	**1 029**	**627 975**	**444 414**	**1 740 170**	**687 287**	**568 986**	**676 691**	**964 201**	**683 456**	**676 763**	**124 706**
Provinzen.														
I. Ostpreußen	38	38	442	229	43 380	41 774	150 396	46 592	35 677	39 972	51 325	31 749	27 407	5 804
II. Brandenburg	26	226	212	97	70 008	63 167	235 903	92 150	76 836	91 062	133 009	91 929	80 743	7 143
IV. Pommern	26	21	138	—	47 088	29 966	119 261	50 160	42 843	51 892	75 793	53 604	50 587	6 626
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	6	2	41	—	10 248	6 274	26 676	10 494	8 897	11 027	14 311	8 439	5 371	759
VI. Niederschlesien	35	2	417	81	37 141	24 868	118 335	53 227	44 225	49 928	65 031	39 655	28 013	3 131
VII. Oberschlesien	19	16	144	165	20 076	20 790	88 647	24 848	20 314	24 643	32 759	20 552	18 676	2 378
VIII. Sachsen	34	131	470	152	54 590	42 198	211 088	83 626	70 077	80 922	107 546	71 519	61 328	8 256
IX. Schleswig-Holstein	9	37	39	9	8 260	4 147	9 086	4 688	3 188	3 848	5 464	4 294	5 139	1 572
X. Hannover	71	78	390	128	83 366	52 991	216 799	99 533	80 628	97 777	142 529	103 486	112 015	24 435
XI. Westfalen	101	58	189	2	110 167	68 018	244 876	106 102	87 738	104 959	158 219	123 216	141 617	30 221
XII. Hessen-Nassau	31	45	285	166	23 453	13 456	77 351	31 793	25 973	30 911	39 723	25 965	21 374	3 316
XIII. Rheinprovinz	51	98	583	—	120 198	76 765	241 752	84 074	72 590	89 750	138 492	109 048	124 493	31 065
Regierungsbezirke.														
1. Königsberg	13	14	234	95	13 509	13 548	48 235	14 851	11 477	12 979	17 054	10 787	9 514	1 594
2. Gumbinnen	11	11	57	48	13 314	11 235	49 718	14 861	11 474	13 055	15 340	8 903	7 125	1 048
3. Allenstein	9	7	115	21	9 594	9 221	31 671	9 996	7 306	7 806	10 414	6 861	5 882	931
4. Westpreußen	5	6	36	65	6 963	7 770	20 772	6 884	5 420	6 132	8 517	5 198	4 886	2 231
5. Potsdam	13	43	208	43	53 963	51 414	190 603	72 815	60 680	72 787	106 790	74 288	64 041	5 174
6. Frankfurt	13	183	4	54	16 045	11 753	45 300	19 335	16 156	18 275	26 219	17 641	16 702	1 969
8. Stettin	10	16	61	—	16 713	8 910	34 961	15 835	13 058	16 052	24 342	17 084	17 100	2 300
9. Köslin	12	5	33	—	24 189	16 412	62 475	26 785	23 694	29 112	41 975	30 198	27 456	3 345
10. Stralsund	4	—	44	—	6 186	4 644	21 825	7 540	6 091	6 728	9 476	6 322	6 031	981
11. Schneidemühl	6	2	41	—	10 248	6 274	26 676	10 494	8 897	11 027	14 311	8 439	5 371	759
12. Breslau	22	—	281	66	22 769	15 118	76 032	30 770	25 056	28 041	37 104	23 930	17 420	2 138
13. Liegnitz	13	2	136	15	14 372	9 750	42 303	22 457	19 169	21 887	27 927	15 725	10 593	993
14. Oppeln	19	16	144	165	20 076	20 790	88 647	24 848	20 314	24 643	32 759	20 552	18 676	2 378
15. Magdeburg	10	84	186	25	12 440	11 092	66 602	21 280	17 765	19 529	25 484	16 182	12 652	1 718
16. Merseburg	16	45	218	119	28 241	21 844	101 961	41 956	35 110	42 395	58 710	39 815	35 285	4 499
17. Erfurt	[3]) 8	2	66	8	13 909	9 262	42 525	20 390	17 202	18 998	23 352	15 522	13 391	2 039
18. Schleswig	9	37	39	9	8 260	4 147	9 086	4 688	3 188	3 848	5 464	4 294	5 139	1 572
19. Hannover	15	19	130	—	22 788	13 950	52 897	23 261	18 321	22 721	32 877	25 975	28 549	6 489
20. Hildesheim	15	2	45	2	17 514	13 263	44 572	22 596	19 505	23 565	34 267	25 122	26 060	4 730
21. Lüneburg	15	28	82	78	19 439	13 190	55 047	26 347	20 959	25 198	37 539	26 328	28 697	6 399
22. Stade	12	11	42	48	7 593	4 771	27 788	12 240	10 012	11 618	15 980	10 768	11 798	3 371
23. Osnabrück	9	16	31	—	12 189	5 765	23 458	10 575	8 768	10 822	17 114	12 306	13 597	2 563
24. Aurich	5	2	60	—	3 843	2 052	13 037	4 514	3 063	3 853	4 752	2 987	3 314	883
25. Münster	17	50	40	—	23 483	12 443	47 417	20 998	17 135	21 291	33 324	26 161	32 179	7 919
26. Minden	22	3	102	—	28 943	19 022	62 161	31 574	27 790	34 325	51 866	39 268	44 266	8 094
27. Arnsberg	62	5	47	2	57 741	36 553	135 298	53 530	42 813	49 343	73 029	57 787	65 172	14 208
28. Cassel	20	45	37	6	16 897	8 993	45 502	23 335	20 058	24 171	30 125	19 019	15 407	2 339
29. Wiesbaden	11	—	248	160	6 556	4 463	31 849	8 458	5 915	6 740	9 598	6 946	5 967	977
30. Coblenz	13	8	124	—	24 514	14 869	60 751	19 021	17 668	22 518	34 420	25 159	27 139	5 203
31. Düsseldorf	10	5	21	—	28 116	14 672	39 949	14 865	12 493	16 404	27 129	21 261	25 960	7 460
32. Köln	8	30	119	—	25 688	18 978	58 287	21 716	18 772	21 816	31 761	26 542	28 501	7 206
33. Trier	12	27	265	—	27 457	21 792	54 729	18 061	15 607	19 528	30 522	25 745	30 640	7 594
34. Aachen	8	28	54	—	14 423	6 454	28 036	10 411	8 050	9 484	14 660	10 341	12 253	3 602

[1]) Vergl. die Anmerkung 1 auf Seite 374. — [2]) 7 Landgemeinde-Sparkassen sind infolge Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin als selbständige Sparkassen ausgeschieden nicht eingereicht hat, für die, da auch der Geschäftsabschluß von 1919 fehlte, die Ergebnisse vom Jahre 1918 eingesetzt worden sind. — [4]) Vergl. die Anmerk. 6 auf Seite 374. —

...lagen überhaupt	darunter gesperrte Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsvorjahres ℳ	Pf.	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Zuschreibung von Zinsen ℳ	Pf.	durch Neueinlagen ℳ	Pf.	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre ℳ	Pf.	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres ℳ	Pf.	Betrag der Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres ℳ	Pf.	Betrag des Sonder- oder Sparstocks ℳ	Pf.	Wiederholung der Spalte 1
16	17	18		19		20		21		22		23		24		
Landgemeinde-Sparkassen.																
5 306	17	2 986 954	90	100 282	35	2 845 917	45	2 162 517	45	3 770 637	25	602 898	71	—	—	5.
7 184	[3]) 177	9 340 952	50	289 381	18	15 844 202	86	11 905 626	13	13 568 910	41	1 820 177	82	121 757	92	6.
404	—	—	—	5 602	12	4 098 051	28	3 461 178	79	642 474	61	272 261	47	—	—	8.
27 036	2 084	16 242 096	99	563 374	17	24 458 092	82	17 836 051	90	23 427 512	08	9 153 144	91	8 267	55	12.
14 346	80	9 580 175	39	449 476	67	34 648 992	16	25 970 014	55	18 708 629	67	1 199 791	23	—	—	13.
7 794	532	4 611 376	68	166 861	65	9 389 434	26	8 156 335	71	6 011 336	88	—	—	—	—	15.
4 249	538	3 126 379	48	86 246	47	2 201 188	10	1 540 667	80	3 873 146	25	—	—	—	—	16.
175 113	4 579	336 230 738	60	10 896 126	91	179 731 502	55	134 397 339	40	392 461 028	66	38 654 473	95	128 648	47	18.
14 264	14	21 040 987	29	744 557	89	44 839 079	89	39 645 743	85	26 978 881	22	—	—	—	—	19.
11 022	256	13 686 943	67	450 987	20	17 374 646	04	15 328 576	22	16 184 000	69	83 300	13	59 591	10	20.
40 857	508	71 422 571	44	2 413 948	09	56 800 762	90	46 361 935	31	84 275 347	12	8 111 910	80	104 420	77	21.
114 365	1 877	166 335 541	19	6 194 250	93	106 324 509	45	75 346 240	67	203 508 060	90	32 159 057	35	183 485	25	22.
45 392	277	84 970 745	65	2 964 552	49	42 459 564	47	29 281 865	39	101 112 997	22	5 986 604	67	22 812	77	23.
5 955	—	6 831 410	80	220 177	88	6 989 150	57	5 878 341	76	8 162 397	49	26 054	31	—	—	24.
28 839	1 105	46 109 800	89	1 557 399	89	84 604 400	54	75 193 934	26	57 077 667	06	3 981 830	00	—	—	25.
8 468	103	11 338 539	76	423 858	03	14 735 758	98	10 013 438	83	16 484 717	94	965 333	86	—	—	26.
61 123	1 812	115 509 018	78	3 791 143	95	73 674 702	54	55 928 716	15	137 046 149	12	18 759 017	55	220 477	86	27.
11 824	121	11 229 670	84	423 416	26	7 123 620	56	5 790 705	40	12 986 002	26	781 773	85	—	—	28.
7 252	95	8 328 851	77	303 845	28	12 889 793	83	10 457 195	13	11 065 295	75	544 489	10	—	—	30.
298 535	1 924	466 361 806	84	15 644 068	85	427 469 970	42	372 074 774	02	537 401 072	09	66 163 785	13	204 468	71	31.
50 251	1 183	106 996 033	53	3 882 175	85	115 213 807	48	88 970 518	50	137 121 498	36	13 363 617	77	—	—	32.
15 317	735	20 441 492	38	798 559	22	20 985 443	86	13 146 082	80	29 079 412	66	480 191	43	—	—	33.
Amts-Sparkassen.																
6 122 260	**57 017**	**8 271 704 844**	**27**	**275 839 776**	**60**	**8 271 951 577**	**51**	**6 887 239 215**	**41**	**9 932 256 982**	**97**	**976 667 499**	**34**	**20 379 927**	**01**	**Freist. Pr.**
388 922	8 178	379 870 944	32	12 043 307	88	361 417 862	57	327 534 357	97	425 797 756	80	71 196 014	08	456 437	75	I.
808 775	3 658	822 437 594	03	24 182 642	51	561 576 291	13	477 427 876	57	930 768 651	10	72 970 776	80	3 799 464	43	II.
450 766	8 383	558 837 582	31	18 947 499	99	740 786 560	67	652 222 905	33	666 348 737	64	67 597 335	47	1 260 625	74	IV.
85 974	1 724	81 476 955	81	2 744 047	40	77 178 552	40	61 197 008	43	100 202 547	18	12 992 654	47	213 801	96	V.
401 545	3 038	353 073 883	55	11 184 616	23	273 465 273	02	209 011 812	09	428 711 960	71	52 905 954	03	818 630	27	VI.
232 817	732	216 115 076	65	6 512 836	94	203 099 057	42	183 411 014	10	242 315 956	91	15 908 448	31	575 562	48	VII.
694 362	6 589	731 168 399	32	23 293 611	23	612 357 748	65	505 670 316	93	861 149 442	27	38 835 128	15	47 712	10	VIII.
37 279	284	74 583 215	31	2 888 866	86	81 746 080	11	58 425 787	00	100 792 375	28	33 274 926	27	24 000	00	IX.
877 202	11 585	1 364 506 949	92	48 092 528	14	971 563 300	00	759 545 199	72	1 624 617 578	34	168 889 064	64	9 709 928	14	X.
996 948	3 603	1 722 223 358	71	56 779 339	06	1 517 473 937	36	1 255 923 142	96	2 040 553 492	17	167 166 732	91	2 920 390	22	XI.
256 406	4 506	281 556 842	19	10 269 348	57	216 772 243	98	146 117 301	50	362 481 133	24	25 322 340	50	26 253	72	XII.
891 264	4 737	1 685 854 042	15	58 901 131	79	2 654 514 670	20	2 250 752 492	81	2 148 517 351	33	249 608 123	71	527 120	20	XIII.
126 491	[4]) 1 374	124 301 300	23	4 082 580	23	121 052 208	83	111 751 951	42	137 684 137	87	24 682 786	41	—	—	1.
121 524	1 556	94 920 987	59	3 128 118	32	101 865 694	90	88 113 888	45	111 800 912	36	9 592 652	18	337 307	95	2.
80 867	4 397	74 180 444	93	2 530 498	90	70 728 379	52	56 344 750	66	91 094 572	69	12 468 714	16	119 129	80	3.
60 040	851	86 468 211	57	2 302 110	43	67 771 579	32	71 323 767	44	85 218 133	88	24 451 861	33	—	—	4.
647 178	2 028	650 367 922	74	18 611 613	07	422 949 132	78	366 538 621	96	725 390 046	63	43 561 859	34	2 994 477	48	5.
161 597	[4]) 1 630	172 069 671	29	5 571 029	44	138 627 158	35	110 889 254	61	205 378 604	47	29 408 917	46	804 986	95	6.
140 732	1 771	186 231 739	66	6 195 164	05	235 470 469	99	202 724 019	20	225 173 354	50	44 339 353	79	373 291	21	8.
245 040	1 809	303 023 309	87	10 498 799	50	255 252 814	00	214 139 613	37	354 635 310	00	20 792 863	80	887 334	53	9.
64 994	4 803	69 582 532	78	2 253 536	44	250 063 276	68	235 359 272	76	86 540 073	14	2 465 117	88	—	—	10.
85 974	1 724	81 476 955	81	2 744 047	40	77 178 552	40	61 197 008	43	100 202 547	18	12 992 654	47	213 801	96	11.
240 491	2 715	200 354 897	35	6 604 859	58	173 922 168	80	127 466 978	47	253 414 947	26	44 914 026	53	462 397	43	12.
161 054	323	152 718 986	20	4 579 756	65	99 543 104	22	81 544 833	62	175 297 013	45	7 991 927	50	356 232	84	13.
232 817	732	216 115 076	65	6 512 836	94	203 099 057	42	183 411 014	10	242 315 956	91	15 908 448	31	575 562	48	14.
181 212	1 979	180 095 657	49	6 010 012	38	244 248 040	30	214 891 668	58	215 462 041	59	13 831 617	69	2 334	14	15.
359 731	3 895	391 739 059	58	12 032 001	39	258 363 403	12	204 929 432	28	457 205 031	81	24 107 598	99	45 377	96	16.
153 419	715	159 333 682	25	5 251 597	46	109 746 305	23	85 849 216	07	188 482 368	87	895 911	47	—	—	17.
37 279	284	74 583 215	31	2 888 866	86	81 746 080	11	58 425 787	00	100 792 375	28	33 274 926	27	24 000	00	18.
211 090	5 597	323 365 953	05	11 401 149	17	223 169 364	79	158 741 844	96	399 194 622	05	65 768 627	99	2 332 417	21	19.
200 417	2 230	290 134 245	08	9 744 428	19	260 831 791	91	219 088 248	00	341 622 217	18	18 841 466	70	72 436	12	20.
226 514	2 483	379 087 645	84	13 725 099	28	210 077 071	05	163 727 132	80	439 162 683	37	50 579 815	78	[5]) 7 197 343	91	21.
103 575	913	180 260 407	10	6 462 717	65	109 813 579	60	86 397 076	17	210 139 628	18	15 164 728	66	56 964	29	22.
99 203	354	147 876 856	32	5 170 607	51	90 368 930	38	64 922 468	08	178 493 926	13	17 933 961	30	10 367	47	23.
36 403	8	43 781 842	53	1 588 526	34	77 302 562	27	66 668 429	71	56 004 501	43	600 464	21	40 399	14	24.
206 424	1 361	405 764 577	00	13 192 388	28	299 000 403	77	247 856 587	22	470 100 786	83	38 713 072	66	304 282	18	25.
299 344	198	503 428 305	97	16 299 518	87	523 797 862	67	447 971 944	15	595 553 743	36	11 041 142	43	2 297 306	88	26.
491 180	2 044	813 030 475	74	27 287 431	91	694 675 665	92	560 094 611	59	974 898 961	98	117 412 517	82	318 801	16	27.
179 956	871	213 324 568	99	7 907 424	83	154 599 463	61	104 638 284	89	271 193 172	54	7 386 899	49	26 253	72	28.
76 450	3 635	68 232 273	20	2 361 923	74	62 172 780	37	41 479 016	61	91 287 960	70	17 935 441	01	—	—	29.
211 879	1 336	349 956 991	86	12 588 532	65	572 479 019	57	475 287 280	20	459 737 263	88	30 516 766	32	136 315	07	30.
165 521	1 796	394 602 896	70	13 926 886	72	900 366 040	78	809 552 476	94	499 343 346	96	81 180 588	82	—	—	31.
214 601	547	403 843 904	39	12 533 485	30	514 096 881	78	476 740 855	23	453 733 416	24	75 935 526	00	—	—	32.
202 426	492	378 978 385	53	14 108 696	61	372 627 602	92	247 565 736	49	518 148 948	57	47 939 654	07	390 805	13	33.
96 837	566	158 471 863	67	5 743 530	51	294 945 125	45	241 606 143	95	217 554 375	68	14 035 588	50	—	—	34.

und als Zweigstellen bei der Stadtsparkasse Berlin gebracht (vergl. Anmerk. 5 auf Seite 374). — [3]) darunter eine Sparkasse, die die Nachweisung über ihre Geschäftsergebnisse
[5]) darunter 7 187 366,39 ℳ Guthaben der Hypothekenschuldner bei der Kreissparkasse Celle.

(Noch: Taf. 1) Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	Betrag der Rücklagen, wie sie am Schlusse des Rechnungsjahres zu Buche standen		Aus den Rücklagen bezw. den Überschüssen der Rechnungsvorjahre sind zu öffentlichen Zwecken verwendet				Betrag des eigenen Vermögens der Kassen		Betrag der					
			seit dem Bestehen der Kassen		im letzten Rechnungsjahre				Zinseinnahmen		Zinsausgaben		Zinsüberschüsse	
	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.
1	25		26		27		28		29		30		31	
Noch: II. Die Kirchspiels-, Fleckens- und														
Regierungsbezirke.														
5. Potsdam	155 951	32	120 239	24	17 634	58	2 674	40	190 107	31	123 204	38	66 902	93
6. Frankfurt	350 754	52	230 493	48	28 590	98	28 536	45	525 768	05	371 618	30	154 149	75
8. Stettin	—	—	—	—	—	—	—	—	15 572	30	11 593	16	3 979	14
12. Breslau	490 547	30	152 384	06	28 093	00	—	—	1 001 894	98	748 231	06	253 663	92
13. Liegnitz	306 775	00	29 366	08	—	—	19 100	60	787 626	85	516 738	90	270 887	95
15. Magdeburg	151 014	64	20 200	00	—	—	—	—	243 330	17	180 767	44	62 562	73
16. Merseburg	38 309	35	—	—	—	—	—	—	140 493	65	106 406	04	34 087	61
18. Schleswig	11 866 381	37	6 486 045	59	482 216	59	489 530	94	18 631 483	86	14 627 245	47	4 004 238	39
19. Hannover	486 139	90	345 892	00	39 150	95	6 867	38	1 076 103	03	787 342	55	288 760	48
20. Hildesheim	417 449	84	518 987	51	56 643	16	—	—	722 882	33	505 361	15	217 521	18
21. Lüneburg	2 367 612	31	2 781 311	10	63 495	54	201 852	50	3 946 306	20	2 882 180	19	1 064 126	01
22. Stade	5 957 115	00	6 074 478	64	348 320	48	372 826	53	9 948 070	81	7 352 506	51	2 595 564	30
23. Osnabrück	2 428 474	19	1 627 336	21	210 259	86	120 892	10	4 411 927	87	3 327 229	08	1 084 698	79
24. Aurich	183 749	79	305 271	35	24 580	68	10 500	00	422 665	21	324 759	55	97 905	66
25. Münster	1 476 515	50	285 709	65	6 476	93	30 689	56	3 027 675	55	2 360 133	10	667 542	45
26. Minden	565 645	28	15 850	00	15 850	00	—	—	676 666	18	490 090	57	186 575	61
27. Arnsberg	4 448 809	03	3 695 406	92	172 959	59	26 210	00	6 526 483	47	4 828 651	91	1 697 831	56
28. Cassel	301 270	25	60 251	88	—	—	12 942	68	599 973	85	452 487	22	147 486	63
30. Coblenz	224 942	93	70 370	25	—	—	—	—	500 857	59	357 517	64	143 339	95
31. Düsseldorf	12 666 178	73	5 945 820	88	478 578	52	644 835	18	28 229 663	07	21 715 689	43	6 513 973	64
32. Köln	1 281 214	68	235 139	18	—	—	309 607	49	6 435 101	63	4 959 915	65	1 475 185	98
33. Trier	955 305	91	221 431	98	15 622	26	81 217	69	1 315 399	50	990 117	38	325 282	12
Noch: III. Die Kreis- und														
Freistaat Preußen	**251 202 133**	**81**	**209 245 766**	**99**	**13 788 530**	**80**	**20 847 815**	**18**	**494 804 154**	**67**	**367 569 304**	**12**	**127 234 850**	**55**
Provinzen.														
I. Ostpreußen	12 914 436	20	9 669 676	87	453 458	79	1 595 085	40	24 154 612	94	17 571 843	67	6 582 769	27
II. Brandenburg	20 039 958	54	8 222 352	49	1 773 908	72	1 433 168	00	46 096 193	18	32 298 437	12	13 797 756	06
IV. Pommern	10 954 927	04	8 842 512	11	301 676	69	1 171 918	27	31 667 463	05	23 356 046	60	8 311 416	45
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	2 487 020	47	2 065 572	09	70 860	02	—	—	4 798 857	21	3 344 118	61	1 454 738	60
VI. Niederschlesien	12 153 822	73	10 190 542	14	524 152	19	244 700	00	21 107 137	29	15 646 449	55	5 460 687	74
VII. Oberschlesien	9 555 591	57	7 167 684	31	401 607	91	3 000	00	13 681 310	83	10 298 103	51	3 383 207	32
VIII. Sachsen	29 804 777	05	33 643 712	91	1 859 205	69	1 281 273	46	39 293 249	46	27 955 798	26	11 337 451	20
IX. Schleswig-Holstein	2 113 917	45	433 010	64	43 808	37	381 036	94	6 350 111	29	4 509 755	35	1 840 355	94
X. Hannover	36 868 001	91	26 932 122	45	2 172 190	94	6 469 224	10	82 846 618	97	64 641 221	57	18 205 397	40
XI. Westfalen	60 186 038	66	62 672 684	95	2 498 181	08	4 840 104	96	98 661 295	50	75 451 115	09	23 210 180	41
XII. Hessen-Nassau	8 140 296	36	2 978 094	88	205 260	70	473 020	77	16 602 317	52	12 501 536	98	4 100 780	54
XIII. Rheinprovinz	45 983 315	83	36 427 801	15	3 484 219	70	2 955 283	28	109 544 987	43	79 994 877	81	29 550 109	62
Regierungsbezirke.														
1. Königsberg	3 588 065	72	2 627 207	96	69 152	89	269 597	06	8 020 257	94	5 788 158	97	2 232 098	97
2. Gumbinnen	3 745 515	15	2 178 709	47	100 292	50	616 362	66	5 647 331	44	4 114 949	67	1 532 381	77
3. Allenstein	3 014 186	29	1 944 200	69	178 575	85	626 125	68	5 025 196	46	3 587 746	10	1 437 450	36
4. Westpreußen	2 566 669	04	2 919 558	75	105 437	55	83 000	00	5 461 827	10	4 080 988	93	1 380 838	17
5. Potsdam	16 065 957	99	6 034 070	30	1 712 423	37	317 500	00	36 335 339	21	24 906 568	69	11 428 770	52
6. Frankfurt	3 974 000	55	2 188 282	19	61 485	35	1 115 668	00	9 760 853	97	7 391 868	43	2 368 985	54
8. Stettin	3 055 854	42	1 814 723	62	96 576	36	321 696	65	11 459 328	69	7 934 070	90	3 525 257	79
9. Köslin	5 823 458	75	5 612 015	39	107 190	33	807 820	25	16 512 417	22	12 725 248	52	3 787 168	70
10. Stralsund	2 075 613	87	1 415 773	10	97 910	00	42 401	37	3 695 717	14	2 696 727	18	998 989	96
11. Schneidemühl	2 487 020	47	2 065 572	09	70 860	02	—	—	4 798 857	21	3 344 118	61	1 454 738	60
12. Breslau	6 589 474	09	6 673 718	83	296 091	30	—	—	12 658 481	65	9 510 390	51	3 148 091	14
13. Liegnitz	5 564 348	64	3 516 823	31	228 060	89	244 700	00	8 448 655	64	6 136 059	04	2 312 596	60
14. Oppeln	9 555 591	57	7 167 684	31	401 607	91	3 000	00	13 681 310	83	10 298 103	51	3 383 207	32
15. Magdeburg	5 482 385	40	6 281 987	10	301 582	21	—	—	9 415 335	13	6 765 741	23	2 649 593	90
16. Merseburg	18 805 458	69	21 007 486	39	1 003 569	05	334 152	70	21 646 354	29	15 122 070	45	6 524 283	84
17. Erfurt	5 516 932	96	6 354 239	42	554 054	43	947 120	76	8 231 560	04	6 067 986	58	2 163 573	46
18. Schleswig	2 113 917	45	433 010	64	43 808	37	381 036	94	6 350 111	29	4 509 755	35	1 840 355	94
19. Hannover	8 272 658	68	5 856 384	51	376 317	17	2 582 422	67	19 970 946	95	15 504 008	37	4 466 938	58
20. Hildesheim	7 957 100	94	6 510 334	24	418 388	13	449 438	78	15 250 454	81	11 701 356	78	3 549 098	03
21. Lüneburg	11 293 271	40	9 651 050	15	863 783	58	1 386 468	71	27 253 049	45	21 794 464	72	5 458 584	73
22. Stade	4 783 530	75	3 169 731	19	249 489	73	695 881	08	9 670 903	22	7 547 511	79	2 123 391	43
23. Osnabrück	3 342 074	43	885 852	09	132 418	82	1 190 317	06	7 635 016	25	5 870 593	99	1 764 422	26
24. Aurich	1 219 365	71	858 770	27	131 793	51	164 695	80	3 066 248	29	2 223 285	92	842 962	37
25. Münster	13 665 375	89	14 776 860	22	492 584	18	2 453 092	45	23 094 790	47	18 091 075	53	5 003 714	94
26. Minden	15 018 519	22	27 858 597	81	852 918	71	1 124 772	12	26 142 010	94	19 855 808	85	6 286 202	09
27. Arnsberg	31 502 143	55	20 037 226	92	1 152 678	19	1 262 240	39	49 424 494	09	37 504 230	71	11 920 263	38
28. Cassel	6 549 078	42	2 392 154	32	192 185	70	389 715	10	11 903 600	96	9 244 263	90	2 659 337	06
29. Wiesbaden	1 591 217	94	585 940	56	13 075	00	83 305	67	4 698 716	56	3 257 273	08	1 441 443	48
30. Coblenz	10 515 950	91	8 453 593	95	488 974	40	1 979 403	38	21 825 755	09	16 193 449	73	5 632 305	36
31. Düsseldorf	10 401 812	38	4 096 228	95	1 359 808	90	53 974	83	27 473 783	98	20 371 869	02	7 101 914	96
32. Köln	9 691 497	11	12 595 518	12	835 402	03	541 416	50	27 714 568	85	19 544 219	78	8 170 349	07
33. Trier	12 027 597	24	10 409 473	68	681 161	45	327 665	37	22 998 735	71	16 749 222	25	6 249 513	46
34. Aachen	3 346 488	19	872 986	45	118 872	92	52 823	20	9 532 143	80	7 136 117	03	2 396 026	77

Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre		Von dem Vermögen der Sparkassen sind zinsbar angelegt														Wiederholung der Spalte 1
		in Hypotheken oder Grundschulden, und zwar auf								bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften		gegen Wechsel		
		städtische Grundstücke				ländliche Grundstücke								
		überhaupt		darunter Tilgungshypotheken		überhaupt		darunter Tilgungshypotheken						
M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	
32		33		34		35		36		37		38		
Landgemeinde-Sparkassen.														
52 951	22	218 500	00	—	—	699 893	48	81 593	48	1 417 365	38	—	—	5.
71 735	78	999 964	00	—	—	1 458 920	00	373 020	00	5 711 994	24	2 832 500	00	6.
18 730	94	—	—	—	—	7 000	00	—	—	258 626	70	—	—	8.
111 228	37	4 303 504	14	33 660	36	592 157	78	106 312	78	9 559 925	16	44 000	00	12.
115 160	31	2 708 344	07	41 529	07	76 200	00	—	—	9 107 294	75	39 311	00	13.
16 946	31	963 475	89	534 075	89	429 139	30	101 467	30	1 006 632	45	—	—	15.
11 708	46	374 861	91	39 170	41	135 058	39	8 888	39	895 363	78	—	—	16.
1 748 573	61	41 842 485	32	142 715	23	81 560 700	72	139 010	00	117 084 236	06	4 022 555	95	18.
113 213	99	14 179	72	14 179	72	4 575 052	25	705 628	17	7 941 798	25	—	—	19.
88 437	57	3 107 574	85	368 730	85	1 430 594	65	25 436	65	5 187 853	54	—	—	20.
664 666	49	9 924 772	88	2 886 305	16	18 351 668	63	9 200 703	13	23 180 491	40	2 493	75	21.
1 284 167	01	15 568 396	40	4 041 522	87	28 124 608	19	8 741 082	46	62 216 728	20	—	—	22.
363 245	44	6 814 881	77	1 191 869	08	10 891 279	57	1 139 798	57	48 886 272	05	—	—	23.
35 480	43	266 968	14	6 586	45	879 015	89	112 319	01	6 358 483	60	—	—	24.
496 175	95	15 290 318	85	4 275 303	23	5 265 484	42	45 542	02	19 134 117	64	9 000	00	25.
104 255	89	2 339 815	00	—	—	2 307 484	46	—	—	6 099 302	26	—	—	26.
827 399	97	27 485 425	61	3 419 772	80	9 868 097	18	702 373	89	55 438 583	52	2 000 000	00	27.
71 457	81	113 693	17	104 693	17	2 271 850	37	1 994 416	73	3 181 706	08	6 325	00	28.
78 349	84	2 370 566	38	2 368 166	38	23 435	00	6 435	00	730 831	76	—	—	30.
3 747 845	85	165 951 849	92	61 135 091	14	11 253 266	89	2 597 478	77	163 716 237	74	1 823 300	00	31.
900 001	10	25 897 025	32	4 002 913	26	6 417 523	38	1 645 811	63	43 024 648	16	—	—	32.
152 652	40	4 065 772	41	2 775 331	38	715 384	13	454 566	71	2 955 937	53	—	—	33.
Amts-Sparkassen.														
60 772 087	**87**	**1 328 355 037**	**54**	**356 030 477**	**64**	**862 759 214**	**82**	**339 671 054**	**96**	**3 904 040 859**	**15**	**85 930 889**	**30**	**Freist. Pr.**
3 593 099	71	73 090 873	33	27 956 994	60	56 748 574	41	19 428 763	50	145 496 593	92	10 586 229	57	I.
6 322 827	61	66 492 798	79	22 575 427	59	49 173 335	36	16 236 626	44	446 582 888	95	54 330	00	II.
4 189 976	31	63 511 372	63	12 987 478	58	82 357 043	89	29 759 469	76	237 730 047	92	12 160 324	90	IV.
780 589	85	12 146 237	24	9 718 136	80	12 074 156	24	10 215 888	80	38 105 466	54	1 339 588	38	V.
2 610 165	61	39 704 694	36	4 145 888	18	33 812 504	53	7 897 507	93	161 366 737	68	4 432 421	42	VI.
2 000 165	06	43 162 057	59	14 049 356	30	38 778 930	35	15 404 693	84	43 730 375	39	663 130	00	VII.
4 784 362	38	69 873 306	92	8 277 628	50	97 386 513	28	15 854 295	40	320 742 725	65	20 355 230	45	VIII.
949 276	08	10 996 662	67	80 000	00	7 494 398	77	71 940	00	50 121 068	46	63 095	00	IX.
9 438 006	89	101 551 668	38	43 890 024	52	253 898 628	47	142 904 835	71	645 556 386	13	1 006 377	00	X.
10 812 790	12	519 301 088	35	109 722 861	52	138 584 137	66	22 166 789	41	705 200 361	87	5 040 743	70	XI.
2 209 364	38	19 629 595	34	14 969 057	65	33 874 544	66	30 741 465	72	167 773 461	93	896 684	54	XII.
13 081 463	87	308 894 681	94	87 657 623	40	58 576 447	20	28 988 778	45	941 634 744	71	29 332 734	34	XIII.
1 121 296	73	19 047 546	26	8 545 254	45	20 954 865	08	6 525 954	41	59 235 225	55	111 300	00	1.
864 244	34	17 464 382	53	6 999 912	21	13 984 266	24	7 286 255	29	37 129 440	18	4 355 715	10	2.
731 132	60	23 021 518	50	8 501 620	46	9 533 619	55	3 503 274	37	20 221 263	47	5 877 470	67	3.
876 426	04	13 557 426	04	3 910 207	48	12 275 823	54	2 113 279	43	28 910 664	72	241 743	80	4.
4 973 894	23	48 937 832	90	21 160 903	24	33 116 441	82	11 036 252	55	367 413 786	55	18 880	00	5.
1 348 933	38	17 554 965	89	1 414 524	35	16 056 893	54	5 200 373	89	79 169 102	40	35 450	00	6.
1 485 183	62	15 066 556	22	2 266 228	40	21 546 496	40	7 995 203	90	102 732 886	29	7 429 842	65	8.
2 087 123	31	33 123 218	54	10 393 166	18	56 200 270	79	21 077 204	09	95 489 543	37	4 684 107	25	9.
617 669	38	15 321 597	87	328 084	00	4 610 276	70	687 061	77	39 507 618	26	46 375	00	10.
780 589	85	12 146 237	24	9 718 136	80	12 074 156	24	10 215 888	80	38 105 466	54	1 339 588	38	11.
1 785 312	05	23 046 682	29	3 281 734	53	17 818 450	80	4 139 727	91	104 721 688	47	1 096 731	42	12.
824 853	56	16 658 012	07	864 153	65	15 994 053	73	3 757 780	02	56 645 049	21	3 335 690	00	13.
2 000 165	06	43 162 057	59	14 049 356	30	38 778 930	35	15 404 693	84	43 730 375	39	663 130	00	14.
1 145 305	31	10 590 747	89	1 850 920	90	16 578 166	94	5 639 285	89	86 191 236	89	1 505 230	45	15.
2 793 096	61	46 401 246	69	4 480 336	99	65 063 221	16	5 289 723	91	168 366 204	05	—	—	16.
845 960	46	12 881 312	34	1 946 370	61	15 745 125	18	4 925 285	60	66 185 284	71	18 850 000	00	17.
949 276	08	10 996 662	67	80 000	00	7 494 398	77	71 940	00	50 121 068	46	63 095	00	18.
2 395 653	86	19 512 649	97	2 238 306	97	58 131 164	40	21 541 543	82	181 330 574	18	—	—	19.
1 468 192	34	30 755 520	54	16 930 963	22	53 337 552	91	36 979 605	97	130 054 812	64	810 000	00	20.
3 289 542	47	27 051 152	06	15 430 574	24	96 196 638	40	66 261 596	65	140 490 041	00	73 007	00	21.
1 071 708	33	12 972 306	82	1 475 197	57	27 161 777	89	8 949 720	78	67 540 172	33	—	—	22.
919 131	51	9 844 790	30	7 187 650	26	12 541 857	22	7 576 484	83	94 488 027	60	—	—	23.
293 778	38	1 415 248	69	627 332	26	6 529 637	65	1 595 883	66	31 652 758	38	123 370	00	24.
2 436 414	51	121 790 622	73	56 682 719	78	25 959 253	76	5 745 887	66	150 500 918	39	2 001 205	00	25.
2 253 841	19	98 361 515	13	8 845 892	05	47 158 578	78	7 147 686	92	244 817 495	22	950 000	00	26.
6 122 534	42	299 148 950	49	44 194 249	69	65 466 305	12	9 273 214	83	309 881 948	26	2 089 538	70	27.
1 464 315	36	15 846 084	80	12 201 651	98	25 684 509	85	22 775 543	68	116 057 082	09	196 684	54	28.
745 049	02	3 783 510	54	2 767 405	67	8 190 034	81	7 965 922	04	51 716 379	84	700 000	00	29.
2 268 203	67	54 222 571	11	26 987 838	17	16 434 538	19	9 505 625	41	151 234 073	90	9 584 316	15	30.
3 410 236	70	106 688 785	82	24 124 154	40	7 728 272	09	573 828	59	147 231 783	47	—	—	31.
3 562 645	06	72 585 895	79	4 813 603	55	13 101 013	42	3 533 887	79	261 100 433	95	—	—	32.
2 701 651	02	54 942 452	81	20 157 551	71	13 605 224	30	9 067 113	32	270 870 097	59	3 510 000	00	33.
1 138 727	42	20 454 976	41	11 574 475	57	7 707 399	20	6 308 323	34	111 198 355	80	16 238 418	19	34.

(Noch: Taf. 1)

Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	Noch: Von dem Vermögen der Sparkassen sind zinsbar													
	gegen Faustpfand		auf Schuldscheine				in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder, wenn d. Ankaufswert niedriger, zu diesem		der				in sonstigen Anlagen	
			ohne Bürgschaft		mit Bürgschaft				Ankaufswert		Nennwert			
									dieser Papiere (Sp. 42) beträgt					
	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.
1	39		40		41		42		43		44		45	
							Noch: II. Die Kirchspiels-, Fleckens- und							
Regierungsbezirke.														
5. Potsdam	36 824	30	—	—	2 130	00	1 098 869	85	1 440 363	20	1 466 300	00	—	—
6. Frankfurt	50 075	00	—	—	60 600	00	2 804 732	00	3 701 431	80	3 752 600	00	137 901	31
8. Stettin	6 100	00	—	—	2 500	00	—	—	—	—	—	—	—	—
12. Breslau	273 651	53	557 390	98	593 435	99	7 050 623	25	7 974 639	04	8 335 700	00	2 286 470	58
13. Liegnitz	841 803	32	—	—	8 523	25	2 565 920	55	3 311 298	15	3 391 000	00	2 215 552	40
15. Magdeburg	314 266	00	—	—	348 590	43	2 728 556	90	3 020 153	20	3 213 200	00	80 149	97
16. Merseburg	300	00	—	—	2 500	00	1 322 748	95	1 505 763	35	1 627 650	00	284 256	95
18. Schleswig	4 513 346	12	96 425	00	20 003 189	90	103 949 858	70	119 796 019	07	123 721 985	00	25 636 285	81
19. Hannover	82 119	75	14 200	00	143 578	69	7 771 244	37	9 528 946	42	10 051 150	00	4 830 155	98
20. Hildesheim	146 464	65	45 805	65	74 245	00	6 354 984	70	7 884 517	00	8 041 100	00	42 036	18
21. Lüneburg	674 662	43	150 174	75	349 373	89	27 966 871	67	36 629 075	92	37 357 740	00	4 155 518	07
22. Stade	1 627 819	09	364 692	64	1 294 132	38	93 489 347	40	116 413 514	63	119 215 620	00	11 400 536	77
23. Osnabrück	616 824	70	22 851	78	342 567	27	29 519 925	10	37 129 308	06	38 033 200	00	3 975 969	18
24. Aurich	129 820	31	88	20	117 570	55	1 638 965	27	2 043 249	50	2 101 123	00	15 657	10
25. Münster	345 401	25	21 000	00	164 573	03	22 706 046	50	28 254 649	81	28 972 800	00	1 853 514	98
26. Minden	21 450	00	—	—	74 822	16	3 843 900	00	4 756 986	50	4 823 100	00	2 127 712	23
27. Arnsberg	1 548 904	87	19 400	00	311 856	35	48 173 766	45	57 112 550	00	59 848 015	60	4 205 801	96
28. Cassel	64 720	00	—	—	92 683	78	6 424 272	75	7 420 360	60	7 573 250	00	236 934	34
30. Coblenz	40 455	00	15 075	00	73 646	00	5 568 533	00	6 924 461	40	7 081 400	00	1 454 868	37
31. Düsseldorf	7 767 638	61	241 402	50	2 961 533	30	171 489 869	34	216 579 851	00	221 092 672	21	49 772 264	42
32. Köln	419 896	05	—	—	411 791	15	43 857 523	85	55 217 719	88	56 294 500	00	19 632 236	60
33. Trier	14 243	52	—	—	296 397	30	11 879 848	00	14 804 389	80	15 063 900	00	3 468 203	90
									Noch: III. Die Kreis- und					
Freistaat Preußen	**136 565 903**	**69**	**8 020 578**	**16**	**54 756 774**	**83**	**3 135 959 882**	**61**	**3 967 434 105**	**25**	**4 077 454 378**	**67**	**675 796 144**	**68**
Provinzen.														
I. Ostpreußen	15 645 232	52	2 414 358	95	7 394 254	18	118 272 260	23	150 722 863	28	153 926 900	00	49 953 060	89
II. Brandenburg	3 200 319	13	108 125	00	523 891	45	328 192 911	50	420 344 661	91	431 983 285	00	27 002 954	98
IV. Pommern	5 222 809	45	1 878 954	67	2 211 381	57	203 116 902	43	257 914 762	39	264 468 825	00	42 991 626	45
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	2 623 650	39	2 600	00	1 559 904	32	27 569 708	14	37 684 942	00	38 530 700	00	450 443	10
VI. Niederschlesien	10 440 357	43	55 874	03	898 318	47	137 931 863	72	175 788 737	21	181 733 210	00	38 761 601	74
VII. Oberschlesien	713 886	01	156 300	00	6 721 905	89	103 286 942	90	131 853 584	30	137 557 200	00	7 385 291	70
VIII. Sachsen	2 338 934	59	85 340	15	516 878	79	283 316 442	98	368 274 024	81	377 228 782	33	29 271 306	24
IX. Schleswig-Holstein	474 445	80	3 010	00	1 174 121	08	25 597 023	25	31 380 324	67	32 450 000	00	31 122 187	94
X. Hannover	39 838 574	44	2 713 672	34	9 105 195	34	532 538 545	21	667 588 701	60	691 155 803	35	107 535 366	94
XI. Westfalen	16 115 565	01	303 648	92	7 455 498	52	643 805 802	11	813 392 474	03	833 555 309	50	42 902 428	89
XII. Hessen-Nassau	1 701 125	58	40 000	00	2 289 368	43	103 659 870	70	127 560 698	45	131 417 985	00	15 449 599	36
XIII. Rheinprovinz	38 251 003	34	258 694	10	14 906 056	79	628 671 609	44	784 928 330	60	803 446 378	49	282 970 276	45
Regierungsbezirke.														
1. Königsberg	2 771 648	06	361 928	60	3 566 092	46	35 224 697	68	45 384 077	26	46 304 850	00	9 637 515	51
2. Gumbinnen	6 919 774	99	5 000	00	560 681	73	24 418 608	60	30 506 342	22	31 082 600	00	19 560 570	73
3. Allenstein	4 969 197	78	1 812 001	86	2 773 485	82	23 567 410	40	29 355 245	11	30 032 700	00	11 092 684	82
4. Westpreußen	984 611	69	235 428	49	493 994	17	35 061 543	55	45 477 198	69	46 506 750	00	9 662 289	83
5. Potsdam	2 269 859	25	—	—	138 311	45	258 873 213	99	334 069 311	01	342 996 120	00	6 387 101	87
6. Frankfurt	930 459	88	108 125	00	385 580	00	69 319 697	51	86 275 350	90	88 987 165	00	20 615 853	11
8. Stettin	1 563 873	40	425 200	00	494 131	59	65 996 340	51	84 430 194	58	85 972 500	00	12 571 453	42
9. Köslin	2 391 586	05	1 453 754	67	1 712 749	98	118 079 518	72	149 464 301	78	153 975 175	00	28 985 154	99
10. Stralsund	1 267 350	00	—	—	4 500	00	19 041 043	20	24 020 266	03	24 521 150	00	1 435 018	04
11. Schneidemühl	2 623 650	39	2 600	00	1 559 904	32	27 569 708	14	37 684 942	00	38 530 700	00	450 443	10
12. Breslau	8 844 614	60	32 874	03	673 227	19	79 735 140	36	102 416 568	60	105 248 710	00	22 131 534	43
13. Liegnitz	1 595 742	83	23 000	00	225 091	28	58 196 723	36	73 372 168	61	76 484 500	00	16 630 067	31
14. Oppeln	713 886	01	156 300	00	6 721 905	89	103 286 942	90	131 853 584	30	137 557 200	00	7 385 291	70
15. Magdeburg	368 555	15	—	—	26 000	00	74 317 490	64	97 190 184	81	99 305 100	00	12 425 344	11
16. Merseburg	1 373 808	85	85 340	15	40 255	65	144 332 884	12	189 035 365	74	194 058 737	33	16 845 850	71
17. Erfurt	596 570	59	—	—	450 623	14	64 666 068	22	82 048 474	26	83 864 945	00	111	42
18. Schleswig	474 445	80	3 010	00	1 174 121	08	25 597 023	25	31 380 324	67	32 450 000	00	31 122 187	94
19. Hannover	2 339 700	58	406 158	73	1 435 719	55	122 857 397	62	150 803 250	44	161 027 903	35	37 169 434	03
20. Hildesheim	1 939 548	66	110 601	00	1 439 864	68	105 455 821	39	135 608 214	30	138 130 650	00	6 207 659	82
21. Lüneburg	25 740 628	30	1 786 898	50	4 709 007	31	156 044 766	10	195 183 852	44	200 610 750	00	39 761 800	99
22. Stade	1 324 099	66	319 623	31	614 131	82	81 288 092	13	102 674 148	55	105 965 025	00	12 017 320	53
23. Osnabrück	796 585	31	90 390	80	377 890	15	51 756 750	56	64 173 189	05	65 644 500	00	8 431 232	16
24. Aurich	7 698 011	93	—	—	528 581	83	15 135 717	41	19 146 046	82	19 776 975	00	3 947 919	41
25. Münster	2 755 741	23	48 700	00	1 625 183	98	161 809 950	84	205 865 719	95	208 476 985	00	7 971 504	71
26. Minden	2 506 137	65	26 668	92	1 780 424	95	156 476 174	05	203 598 040	21	209 440 949	50	10 755 317	97
27. Arnsberg	10 853 686	13	228 280	00	4 049 889	59	325 519 677	22	403 928 713	87	415 637 375	00	24 175 606	21
28. Cassel	1 246 495	80	40 000	00	1 330 431	21	78 885 472	40	98 422 836	72	100 927 685	00	9 112 037	13
29. Wiesbaden	454 629	78	—	—	958 937	22	24 774 398	30	29 137 861	73	30 490 300	00	6 337 562	23
30. Coblenz	6 100 004	40	112 885	10	2 698 934	60	142 242 361	55	178 851 732	89	183 465 170	00	50 504 746	54
31. Düsseldorf	6 942 922	81	2 600	00	1 501 211	60	176 432 559	80	216 426 953	87	218 630 450	00	130 686 646	84
32. Köln	21 350 829	79	1 000	00	2 643 599	61	124 780 792	80	158 362 439	21	163 987 350	00	51 752 398	56
33. Trier	894 666	46	124 509	00	7 289 106	81	132 030 686	45	166 187 142	19	170 175 200	00	39 335 917	07
34. Aachen	2 962 579	88	17 700	00	773 204	17	53 185 208	84	65 100 062	44	67 188 208	49	10 690 567	44

angelegt: zusammen (Inhaberpapiere nach Spalte 42 eingestellt) ℳ	Pf.	dabei in Schuldverschreibungen (Nennwert): des Deutschen Reiches ℳ	dabei in Schuldverschreibungen (Nennwert): Preußens ℳ	Pf.	Anzahl: der am Schlusse des Rechnungsjahres im Besitze der Sparkassen befindlichen Grundstücke aus Zwangsversteigerungen	Anzahl: davon im Berichtsjahre erworben	Hypothekarisch darauf (Spalte 49) haftende Sparkassengelder ℳ	Pf.	Verlust an Zins, Kapital und Kosten bei Wiederveräußerung in der Zwangsversteigerung übernommener Grundstücke im Berichtsjahre ℳ	Pf.	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen einschl. der täglich ohne Kündigung abrufbaren Guthaben am Schlusse des Rechnungsjahres ℳ	Pf.	Wiederholung der Spalte 1
46		47	48		49	50	51		52		53		
Landgemeinde-Sparkassen.													
3 473 583	01	1 121 900	218 300	00	—	—	—	—	—	—	777 521	17	5.
14 056 686	55	2 982 600	473 000	00	—	—	—	—	—	—	1 083 966	29	6.
274 226	70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	611 630	95	8.
25 261 159	41	5 266 900	1 971 000	00	—	—	—	—	—	—	2 864 465	09	12.
17 562 949	34	2 870 700	300 800	00	—	—	—	—	—	—	1 910 821	65	13.
5 870 870	94	2 223 800	798 800	00	—	—	—	—	—	—	34 974	68	15.
3 015 089	98	518 100	236 550	00	—	—	—	—	—	—	752 480	64	16.
398 709 083	58	96 850 000	7 132 300	00	1	—	43 500	00	—	—	27 913 405	37	18.
25 372 329	01	6 822 100	677 000	00	—	—	—	—	—	—	606 093	78	19.
16 389 559	22	5 747 300	445 300	00	—	—	—	—	—	—	73 191	81	20.
84 756 027	47	29 744 300	3 825 000	00	1	—	660	50	—	—	2 662 409	83	21.
214 086 261	07	99 219 100	4 542 650	00	1	—	7 700	00	—	—	7 737 317	44	22.
101 070 571	42	33 376 100	1 838 400	00	—	—	—	—	—	—	2 234 387	25	23.
9 406 569	06	1 006 700	276 548	00	—	—	—	—	—	—	44 441	08	24.
64 789 456	67	23 916 700	1 346 300	00	—	—	—	—	—	—	1 064 178	19	25.
16 814 486	11	4 059 100	476 000	00	—	—	—	—	—	—	362 335	72	26.
149 051 835	94	49 670 700	3 217 450	00	4	—	94 036	19	—	—	4 851 967	30	27.
12 392 185	49	6 226 700	255 150	00	—	—	—	—	—	—	146 888	85	28.
10 277 410	51	6 483 900	201 000	00	—	—	—	—	—	—	371 738	29	30.
574 977 362	72	190 822 300	14 137 350	00	25	—	623 869	70	—	—	16 010 443	89	31.
139 660 644	51	43 340 000	3 363 700	00	1	—	1 832	16	—	—	2 698 606	15	32.
23 395 786	79	11 904 300	1 603 900	00	—	—	—	—	—	—	11 500 619	11	33.
Amts-Sparkassen.													
10 192 185 284	**78**	**3 079 076 100**	**429 895 350**	**00**	**41**	**1**	**1 172 373**	**36**	**1 774**	**38**	**469 528 141**	**21**	**Freist. Pr.**
479 601 438	00	128 097 800	10 641 350	00	1	—	10 000	00	—	—	26 838 226	18	I.
921 331 555	16	283 219 300	61 909 800	00	—	—	—	—	—	—	53 700 334	73	II.
651 180 463	91	186 566 900	27 033 650	00	—	—	—	—	—	—	54 189 372	55	IV.
95 871 754	35	30 221 200	4 468 700	00	—	—	—	—	—	—	9 290 897	79	V.
427 404 373	38	123 545 600	22 738 800	00	—	—	—	—	—	—	43 039 421	61	VI.
244 598 819	83	104 198 100	17 510 350	00	—	—	—	—	—	—	25 191 861	13	VII.
823 886 679	05	257 763 800	61 138 175	00	—	—	—	—	—	—	29 496 992	86	VIII.
127 046 012	97	28 620 000	2 022 400	00	—	—	—	—	—	—	7 718 520	89	IX.
1 693 744 414	25	530 569 100	51 838 100	00	1	—	900	00	—	—	51 527 819	38	X.
2 078 709 275	03	681 856 900	75 746 325	00	14	1	354 549	38	1 688	35	93 439 470	37	XI.
345 314 250	54	87 593 300	13 514 400	00	—	—	—	—	—	—	12 506 407	81	XII.
2 303 496 248	31	636 824 100	81 333 300	00	25	—	806 923	98	86	03	62 588 815	91	XIII.
150 910 819	20	38 231 300	3 383 550	00	1	—	10 000	00	—	—	19 058 003	78	1.
124 398 440	10	24 085 300	2 525 500	00	—	—	—	—	—	—	1 906 501	31	2.
102 868 652	87	24 095 100	2 508 700	00	—	—	—	—	—	—	4 872 299	26	3.
101 423 525	83	41 686 100	2 223 600	00	—	—	—	—	—	—	1 001 421	83	4.
717 155 427	83	225 716 700	50 521 000	00	—	—	—	—	—	—	31 521 399	33	5.
204 176 127	33	57 502 600	11 388 800	00	—	—	—	—	—	—	22 178 935	40	6.
227 826 780	48	54 433 900	10 912 800	00	—	—	—	—	—	—	27 062 196	47	8.
342 119 904	36	118 318 400	11 719 250	00	—	—	—	—	—	—	25 472 637	57	9.
81 233 779	07	13 814 600	4 401 600	00	—	—	—	—	—	—	1 654 538	51	10.
95 871 754	35	30 221 200	4 468 700	00	—	—	—	—	—	—	9 290 897	79	11.
258 100 943	59	68 580 500	15 153 200	00	—	—	—	—	—	—	27 729 410	23	12.
169 303 429	79	54 965 100	7 585 600	00	—	—	—	—	—	—	15 310 011	38	13.
244 598 819	83	104 198 100	17 510 350	00	—	—	—	—	—	—	25 191 861	13	14.
202 002 772	07	65 610 900	14 032 975	00	—	—	—	—	—	—	6 924 088	15	15.
442 508 811	38	140 167 700	34 145 650	00	—	—	—	—	—	—	19 413 421	42	16.
179 375 095	60	51 985 200	12 959 550	00	—	—	—	—	—	—	3 159 483	29	17.
127 046 012	97	28 620 000	2 022 400	00	—	—	—	—	—	—	7 718 520	89	18.
423 182 799	06	111 773 900	21 076 100	00	—	—	—	—	—	—	18 408 409	30	19.
330 111 381	64	108 591 700	11 245 450	00	—	—	—	—	—	—	6 123 524	35	20.
491 853 939	66	168 498 200	7 548 900	00	—	—	—	—	—	—	9 146 269	19	21.
203 237 524	49	82 546 900	5 786 650	00	1	—	900	00	—	—	8 100 508	42	22.
178 327 524	10	43 409 400	4 343 250	00	—	—	—	—	—	—	6 043 404	23	23.
67 031 245	30	15 749 000	1 837 750	00	—	—	—	—	—	—	3 705 703	89	24.
474 463 080	64	165 001 000	20 713 550	00	6	—	188 633	93	—	—	27 876 736	69	25.
562 832 312	67	166 501 300	24 841 400	00	1	1	26 000	00	—	—	16 951 699	51	26.
1 041 413 881	72	350 354 600	30 191 375	00	7	—	139 915	45	1 688	35	48 611 034	17	27.
248 398 797	82	66 152 900	9 836 700	00	—	—	—	—	—	—	9 311 915	85	28.
96 915 452	72	21 440 400	3 677 700	00	—	—	—	—	—	—	3 194 491	96	29.
433 134 431	54	160 642 400	10 992 750	00	8	—	268 656	45	—	—	22 989 636	03	30.
577 214 782	43	180 497 900	21 557 350	00	—	—	—	—	—	—	5 261 206	39	31.
547 315 963	92	111 466 900	24 472 650	00	3	—	48 840	00	—	—	6 516 413	99	32.
522 602 660	49	132 181 000	18 397 900	00	11	—	373 191	92	86	03	25 106 374	90	33.
223 228 409	93	52 035 900	5 912 650	00	3	—	116 235	61	—	—	2 715 184	60	34.

(Noch: Taf. 1)

Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	Zahl der				An Sparbüchern									
	Sparkassen	Zweig- oder Nebenkassen	Sammel- oder Annahmestellen	Verkaufsstellen von Sparmarken	wurden im Laufe des Jahres		befanden sich am Jahresschlusse im Umlaufe mit Ein-							
					ausgegeben	zurückgenommen	bis 60 ℳ	über 60 bis 150 ℳ	über 150 bis 300 ℳ	über 300 bis 600 ℳ	über 600 bis 1 500 ℳ	über 1 500 bis 3 000 ℳ	über 3 000 bis 10000 ℳ	über 10 000 ℳ
					Stück									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
IV. Die Provinzial- und														
Freistaat Preußen [1]) . .	6	157	237	—	65 812	48 123	184 502	94 702	84 482	107 213	162 884	83 135	63 225	9 597
6. Ständische Sparkasse des Markgraftums Niederlausitz in Lübben	1	23	—	—	8 683	6 598	40 127	21 341	17 932	26 411	34 986	22 405	8 871	503
13. Oberlausitzer Provinzial-Sparkasse in Görlitz . .	1	57	—	—	10 510	11 329	43 079	20 857	18 263	22 267	30 848	18 932	12 570	733
15. Ständische Sparkasse der Altmark in Stendal	1	23	—	—	4 602	3 389	18 311	7 587	6 480	7 240	9 711	6 742	5 668	765
24. Ständische Ostfriesische Sparkasse in Aurich . .	1	25	—	—	1 512	1 934	5 404	2 377	1 969	2 497	3 581	2 582	2 932	742
29. Kommunalständische Nassauische Sparkasse in Wiesbaden	1	28	206	—	37 486	22 779	73 185	39 382	36 757	44 305	76 139	25 926	26 911	5 579
35. Spar- und Leihkasse für die Hohenzollernschen Lande in Sigmaringen	1	1	31	—	3 019	2 094	4 396	3 158	3 081	4 493	7 619	6 548	6 273	1 275
V. Die sonstigen														
Freistaat Preußen [1]) . .	69	37	26	237	78 262	85 463	201 626	65 331	53 724	61 714	112 948	57 799	64 159	11 011
Provinzen.														
III. Stadt Berlin	1	—	—	—	477	497	1 830	633	512	610	1 024	770	1 056	241
IX. Schleswig-Holstein . . .	57	4	25	5	24 293	24 828	82 850	24 574	19 250	21 194	30 350	23 351	27 016	5 444
X. Hannover	1	—	—	—	117	65	401	230	211	274	355	226	149	15
XII. Hessen-Nassau	9	6	1	232	34 036	31 501	68 736	22 026	19 004	20 688	27 688	19 752	19 145	1 926
XIII. Rheinprovinz	1	27	—	—	19 339	28 572	47 809	17 868	14 747	18 948	53 531	13 700	16 793	3 385
Regierungsbezirke.														
7. Berlin	[2]) 1	—	—	—	477	497	1 830	633	512	610	1 024	770	1 056	241
18. Schleswig	57	4	25	5	24 293	24 828	82 850	24 574	19 250	21 194	30 350	23 351	27 016	5 444
23. Osnabrück	1	—	—	—	117	65	401	230	211	274	355	226	149	15
29. Wiesbaden	[3]) 9	6	1	232	34 036	31 501	68 736	22 026	19 004	20 688	27 688	19 752	19 145	1 926
34. Aachen	[4]) 1	27	—	—	19 339	28 572	47 809	17 868	14 747	18 948	53 531	13 700	16 793	3 385
Die Sparkassen														
Freistaat Preußen [1]) . .	1 572	1 259	4 221	2 323	2 215 851	1 817 400	6 618 577	2 367 495	1 922 440	2 255 554	3 242 426	2 227 699	2 118 196	339 564
Provinzen.														
I. Ostpreußen	77	48	443	293	87 948	76 093	298 646	80 007	61 668	70 896	92 331	60 125	51 248	8 750
II. Brandenburg	115	251	246	181	159 967	137 096	551 357	220 448	183 860	222 295	317 379	217 032	179 206	17 329
III. Stadt Berlin	2	97	220	15	170 196	261 167	702 570	190 789	158 711	190 607	286 109	205 047	166 304	10 441
IV. Pommern	95	25	146	10	116 069	90 781	343 927	122 879	99 940	122 489	182 092	120 477	116 153	14 228
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	20	3	41	—	21 479	11 044	49 210	18 572	15 139	17 904	22 423	13 375	9 203	1 548
VI. Niederschlesien	141	84	433	172	169 808	131 944	610 471	246 680	200 880	229 985	302 068	187 881	122 726	10 686
VII. Oberschlesien	52	16	150	170	39 599	43 288	186 719	52 663	40 847	45 385	59 023	36 721	33 123	4 096
VIII. Sachsen	146	172	482	308	181 383	151 668	695 152	262 251	211 189	239 937	324 727	213 385	178 185	19 193
IX. Schleswig-Holstein . .	218	57	133	331	103 120	90 798	329 518	110 458	84 986	91 475	124 002	92 303	108 094	26 045
X. Hannover	180	129	480	179	234 994	175 821	677 815	257 160	205 112	243 155	345 780	242 664	247 220	48 237
XI. Westfalen	216	79	222	64	292 013	187 549	637 378	267 698	221 339	259 233	386 443	296 457	333 409	71 288
XII. Hessen-Nassau	84	98	531	407	139 157	99 531	347 914	146 148	126 083	148 530	218 068	122 082	111 139	14 981
XIII. Rheinprovinz	225	199	663	193	497 099	354 526	1 183 504	388 584	309 605	369 170	574 362	413 602	455 913	91 467
XIV. Hohenzollernsche Lande	1	1	31	—	3 019	2 094	4 396	3 158	3 081	4 493	7 619	6 548	6 273	1 275

[1]) Vergl. die Anmerkung 1 auf Seite 374. — [2]) Sparkasse der Preußischen Renten-Versicherungs-Anstalt. — [3]) darunter die Sparkasse der Gesellschaft zur Beförderung Arbeitsamkeit im Regierungsbezirk Aachen.

...lagen überhaupt	darunter gesperrte Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsvorjahres M	Pf.	Zuwachs während des Rechnungsjahres: durch Zuschreibung von Zinsen M	Pf.	durch Neueinlagen M	Pf.	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre M	Pf.	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres M	Pf.	Betrag der Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres M	Pf.	Betrag des Sonder- oder Sparstocks M	Pf.	Wiederholung der Spalte 1
16	17	18		19		20		21		22		23		24		
...ständischen Sparkassen.																
789 740	**3 291**	**778 843 032**	**60**	**24 660 775**	**30**	**487 733 370**	**97**	**348 329 367**	**53**	**942 907 811**	**34**	**215 106 584**	**92**	**5 392 128**	**01**	**Freist. Pr.**
172 576	—	142 616 960	75	4 648 307	86	38 491 056	55	25 091 616	06	160 664 709	10	29 051 981	04	5 252 599	16	6.
167 549	—	135 776 211	36	4 346 992	25	55 809 155	84	40 711 402	49	155 220 956	96	—	—	—	—	13.
62 504	3 097	61 424 996	52	1 965 403	58	45 441 605	47	36 698 179	18	72 133 826	39	—	—	—	—	15.
22 084	—	39 230 398	50	1 196 693	95	23 277 885	66	20 881 628	29	42 823 349	82	1 348 982	45	—	—	24.
328 184	194	352 569 813	93	10 656 864	36	302 665 008	02	214 573 010	55	451 318 675	76	178 860 140	12	139 528	85	29.
36 843	—	47 224 651	54	1 846 513	30	22 048 659	43	10 373 530	96	60 746 293	31	5 845 481	31	—	—	35.
öffentlichen Sparkassen.																
628 312	**14 763**	**743 548 818**	**09**	**24 258 959**	**49**	**469 571 737**	**07**	**424 494 135**	**47**	**812 885 379**	**18**	**15 658 289**	**24**	**60 846**	**50**	**Freist. Pr.**
6 676	—	11 717 644	45	460 385	98	7 046 445	46	5 995 346	15	13 229 129	74	—	—	—	—	III.
234 029	14 531	321 800 465	05	10 152 096	26	163 262 979	67	142 125 394	02	353 090 146	96	4 398 391	07	19 647	64	IX.
1 861	—	1 866 835	41	60 763	61	703 422	23	287 668	24	2 343 353	01	38 223	15	—	—	X.
198 965	232	190 638 694	91	5 264 626	42	162 441 840	19	145 619 857	71	212 725 303	81	—	—	41 198	86	XII.
186 781	—	217 525 178	27	8 321 087	22	136 117 049	52	130 465 869	35	231 497 445	66	11 221 675	02	—	—	XIII.
6 676	—	11 717 644	45	460 385	98	7 046 445	46	5 995 346	15	13 229 129	74	—	—	—	—	7.
234 029	14 531	321 800 465	05	10 152 096	26	163 262 979	67	142 125 394	02	353 090 146	96	4 398 391	07	19 647	64	18.
1 861	—	1 866 835	41	60 763	61	703 422	23	287 668	24	2 343 353	01	38 223	15	—	—	23.
198 965	232	190 638 694	91	5 264 626	42	162 441 840	19	145 619 857	71	212 725 303	81	—	—	41 198	86	29.
186 781	—	217 525 178	27	8 321 087	22	136 117 049	52	130 465 869	35	231 497 445	66	11 221 675	02	—	—	34.
überhaupt.																
21 091 951	**306 666**	**24 748 305 953**	**07**	**806 341 698**	**72**	**25 435 127 250**	**05**	**21 438 045 923**	**92**	**29 551 728 977**	**92**	**2 978 013 841**	**44**	**111 149 456**	**55**	**Freist. Pr.**
723 671	13 078	646 329 426	80	20 359 835	73	748 218 800	22	666 306 482	23	748 601 580	52	116 433 121	39	506 862	23	I.
1 908 906	14 127	1 906 561 341	82	58 586 828	01	1 657 965 035	58	1 406 454 475	07	2 216 658 730	34	165 525 998	83	9 956 520	73	II.
1 910 578	2 844	1 637 680 261	14	40 968 345	07	1 381 452 586	52	1 182 296 726	09	1 877 804 466	64	210 789 024	33	1 838 115	91	III.
1 122 185	33 318	1 252 048 652	82	41 205 915	23	1 419 694 967	82	1 230 685 262	55	1 482 264 273	32	131 118 585	96	1 522 933	37	IV.
147 374	5 261	139 509 008	39	4 956 786	01	202 478 584	81	168 311 678	09	178 632 701	12	19 414 118	17	213 801	96	V.
1 911 377	30 015	1 453 953 276	82	46 431 679	03	1 257 297 144	08	964 220 392	08	1 793 461 707	85	126 132 045	38	3 511 699	34	VI.
458 577	2 307	391 345 845	69	11 801 058	36	342 625 273	96	310 074 275	89	435 697 902	12	28 563 417	05	792 418	99	VII.
2 144 019	37 536	2 021 659 847	45	63 150 730	85	1 600 520 879	46	1 349 778 491	72	2 335 552 966	04	88 678 087	41	683 607	47	VIII.
966 881	26 704	1 369 052 476	00	45 402 566	87	936 956 580	06	765 147 659	05	1 586 263 963	88	135 395 420	14	5 171 157	63	IX.
2 267 143	39 845	2 993 594 162	56	103 894 861	41	2 572 707 028	31	2 117 868 751	71	3 552 327 300	57	326 407 800	21	11 975 978	31	X.
2 473 245	30 873	4 063 343 472	67	134 204 485	15	3 926 718 466	53	3 272 473 341	35	4 851 793 083	00	560 318 223	04	71 095 375	89	XI.
1 234 945	10 739	1 290 244 736	93	41 821 135	41	1 054 633 833	09	788 492 974	18	1 598 206 731	25	222 446 020	79	208 536	77	XII.
3 786 207	60 019	5 535 758 792	44	191 710 958	29	8 311 809 410	18	7 205 561 882	95	6 833 717 277	96	840 946 497	43	3 672 447	95	XIII.
36 843	—	47 224 651	54	1 846 513	30	22 048 659	43	10 373 530	96	60 746 293	31	5 845 481	31	—	—	XIV.

nützlicher Künste und deren Hilfswissenschaften (Polytechnische Gesellschaft) zu Frankfurt a./M. mit 199 033 341,94 M Einlagen. — [4]) Spar- und Prämienkasse zur Beförderung der

(Noch: Taf. 1) Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	Betrag der Rücklagen, wie sie am Schlusse des Rechnungsjahres zu Buche standen		Aus den Rücklagen bezw. den Überschüssen der Rechnungsvorjahre sind zu öffentlichen Zwecken verwendet				Betrag des eigenen Vermögens der Kassen		Betrag der					
			seit dem Bestehen der Kassen		im letzten Rechnungsjahre				Zinseinnahmen		Zinsausgaben		Zinsüberschüsse	
	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.
1	25		26		27		28		29		30		31	
Noch: IV. Die Provinzial- und														
Freistaat Preußen . . .	**28 074 404**	**55**	**18 254 802**	**64**	**928 045**	**53**	**67 828**	**57**	**51 082 536**	**55**	**37 706 060**	**30**	**13 376 476**	**25**
6. Ständische Sparkasse des Markgraftums Niederlausitz in Lübben . . .	4 967 990	86	3 968 035	71	—	—	—	—	8 054 994	25	5 717 851	89	2 337 142	36
13. Oberlausitzer Provinzial-Sparkasse in Görlitz . .	8 459 346	77	3 723 000	00	245 000	00	—	—	6 071 140	65	5 020 619	05	1 050 521	60
15. Ständische Sparkasse der Altmark in Stendal	1 842 185	78	1 090 895	99	166 734	37	—	—	3 195 163	01	2 407 612	84	787 550	17
24. Ständische Ostfriesische Sparkasse in Aurich . .	1 009 434	96	2 201 653	87	101 600	00	16 400	00	1 994 987	25	1 347 157	51	647 829	74
29. Kommunalständische Nassauische Sparkasse in Wiesbaden	9 977 490	75	5 955 603	01	334 473	00	—	—	29 225 493	64	21 292 158	20	7 933 335	44
35. Spar- und Leihkasse für die Hohenzollernschen Lande in Sigmaringen	1 817 955	43	1 315 614	06	80 238	16	51 428	57	2 540 757	75	1 920 660	81	620 096	94
Noch: V. Die sonstigen														
Freistaat Preußen . . .	**22 616 685**	**43**	**53 205 566**	**99**	**771 550**	**61**	**1 445 820**	**02**	**39 607 277**	**02**	**27 988 776**	**45**	**11 618 500**	**57**
Provinzen.														
III. Stadt Berlin	1 262 765	05	—	—	—	—	—	—	775 115	46	460 385	98	314 729	48
IX. Schleswig-Holstein . . .	12 270 369	20	10 671 936	92	168 501	18	545 905	02	15 671 202	59	12 258 317	48	3 412 885	11
X. Hannover	60 190	92	7 269	48	—	—	—	—	91 320	09	69 355	15	21 964	94
XII. Hessen-Nassau	5 076 989	10	7 907 157	06	25 000	00	899 915	00	10 215 489	15	6 541 270	65	3 674 218	50
XIII. Rheinprovinz	3 946 371	16	34 619 203	53	578 049	43	—	—	12 854 149	73	8 659 447	19	4 194 702	54
Regierungsbezirke.														
7. Berlin	1 262 765	05	—	—	—	—	—	—	775 115	46	460 385	98	314 729	48
18. Schleswig	12 270 369	20	10 671 936	92	168 501	18	545 905	02	15 671 202	59	12 258 317	48	3 412 885	11
23. Osnabrück	60 190	92	7 269	48	—	—	—	—	91 320	09	69 355	15	21 964	94
29. Wiesbaden	5 076 989	10	7 907 157	06	25 000	00	899 915	00	10 215 489	15	6 541 270	65	3 674 218	50
34. Aachen	3 946 371	16	34 619 203	53	578 049	43	—	—	12 854 149	73	8 659 447	19	4 194 702	54
Noch: Die Sparkassen														
Freistaat Preußen . . .	**738 158 494**	**72**	**768 590 296**	**55**	**39 848 951**	**74**	**48 650 134**	**85**	**1 430 575 262**	**32**	**1 061 488 546**	**89**	**369 086 715**	**43**
Provinzen.														
I. Ostpreußen	24 002 415	43	24 052 187	93	829 556	15	2 273 151	47	41 479 053	01	29 531 306	78	11 947 746	23
II. Brandenburg	53 000 472	98	37 415 624	86	2 511 302	26	3 478 913	22	103 821 140	69	74 305 362	87	29 515 777	82
III. Stadt Berlin	11 956 683	42	6 112 054	18	150 000	00	3 301 855	52	76 328 071	40	60 880 116	54	15 447 954	86
IV. Pommern	32 256 203	13	38 678 241	34	1 328 462	24	1 877 285	16	68 864 690	18	50 786 228	35	18 078 461	83
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	4 040 024	01	2 908 731	67	147 375	49	26 624	00	8 702 031	19	6 221 362	77	2 480 668	42
VI. Niederschlesien	52 942 361	14	71 333 084	92	3 222 798	63	1 621 890	02	80 411 417	96	58 714 353	86	21 697 064	10
VII. Oberschlesien	12 802 630	76	13 331 958	89	588 386	58	167 477	87	24 702 191	68	18 967 121	23	5 735 070	45
VIII. Sachsen	82 910 226	23	113 161 627	82	5 423 507	83	5 811 417	22	105 734 453	74	75 206 860	56	30 527 593	18
IX. Schleswig-Holstein . . .	48 071 186	09	47 693 733	70	5 045 369	49	2 362 687	68	77 699 302	75	59 481 771	80	18 217 530	95
X. Hannover	79 958 103	64	78 355 866	25	4 598 439	93	9 636 268	10	172 888 336	16	132 625 814	05	40 262 522	11
XI. Westfalen	150 439 466	21	152 790 061	86	7 972 888	41	9 499 079	95	238 790 729	37	180 704 805	13	58 085 924	24
XII. Hessen-Nassau	35 142 654	27	25 647 964	41	851 312	47	1 410 169	19	80 991 706	85	58 465 083	79	22 526 623	06
XIII. Rheinprovinz	148 818 111	98	155 793 544	66	7 099 314	10	7 131 886	88	347 621 379	59	253 677 698	35	93 943 681	24
XIV. Hohenzollernsche Lande	1 817 955	43	1 315 614	06	80 238	16	51 428	57	2 540 757	75	1 920 660	81	620 096	94

Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre		Von dem Vermögen der Sparkassen sind zinsbar angelegt												Wiederholung der Spalte 1
		in Hypotheken oder Grundschulden, und zwar auf								bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften		gegen Wechsel		
		städtische Grundstücke				ländliche Grundstücke								
		überhaupt		darunter Tilgungshypotheken		überhaupt		darunter Tilgungshypotheken						
M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	
32		33		34		35		36		37		38		
ständischen Sparkassen.														
10 900 377	**61**	**147 263 738**	**32**	**102 240 418**	**00**	**49 718 387**	**06**	**27 890 972**	**37**	**436 616 446**	**59**	**7 927 607**	**80**	**Freist. Pr.**
1 557 936	73	19 830 188	15	9 006 019	25	22 564 619	02	9 190 098	43	24 813 103	18	—	—	6.
710 419	08	18 876 365	00	—	—	4 842 575	00	—	—	20 044 026	97	—	—	13.
279 235	97	17 967 692	13	3 702 180	15	820 415	00	81 300	00	21 747 986	88	—	—	15.
284 733	67	776 688	30	271 698	30	5 640 268	19	2 858 968	94	19 340 042	56	402 840	00	24.
7 818 408	80	80 689 585	00	80 180 685	00	9 609 955	00	9 609 955	00	335 724 231	00	—	—	29.
249 643	36	9 123 219	74	9 079 835	30	6 240 554	85	6 150 650	00	14 947 056	00	7 525 267	80	35.
öffentlichen Sparkassen.														
6 468 721	**62**	**223 448 136**	**93**	**855 079**	**17**	**63 490 397**	**45**	**203 756**	**21**	**146 992 474**	**58**	**84 612 332**	**77**	**Freist. Pr.**
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	III.
2 611 914	45	87 924 207	53	57 014	70	58 848 392	91	178 630	00	109 122 817	96	1 062 073	62	IX.
10 100	16	42 300	00	—	—	258 933	50	—	—	1 477 174	05	—	—	X.
2 172 145	79	95 006 754	93	10 000	00	3 390 995	83	9 651	00	26 932 276	75	36 203 084	00	XII.
1 674 561	22	40 474 874	47	788 064	47	992 075	21	15 475	21	9 460 205	82	47 347 175	15	XIII.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.
2 611 914	45	87 924 207	53	57 014	70	58 848 392	91	178 630	00	109 122 817	96	1 062 073	62	18.
10 100	16	42 300	00	—	—	258 933	50	—	—	1 477 174	05	—	—	23.
2 172 145	79	95 006 754	93	10 000	00	3 390 995	83	9 651	00	26 932 276	75	36 203 084	00	29.
1 674 561	22	40 474 874	47	788 064	47	992 075	21	15 475	21	9 460 205	82	47 347 175	15	34.
überhaupt.														
205 706 714	**47**	**5 674 418 369**	**83**	**1 049 408 521**	**05**	**1 609 583 794**	**58**	**467 743 866**	**30**	**11 035 948 072**	**70**	**371 270 430**	**52**	**Freist. Pr.**
6 547 709	37	150 020 006	29	35 453 296	88	63 033 617	18	19 621 697	55	236 231 383	05	14 402 029	23	I.
14 930 677	97	298 660 403	59	38 895 797	03	102 068 835	04	28 510 874	93	822 474 394	54	8 503 479	50	II.
19 558 077	46	248 329 701	60	4 170 139	71	1 465 550	00	—	—	944 484 567	38	90 205	00	III.
9 483 312	03	254 496 426	11	29 448 073	13	131 525 577	12	30 958 564	26	490 043 594	40	17 141 621	14	IV.
1 152 988	87	26 825 852	36	15 020 238	66	14 823 120	12	10 900 133	59	73 946 073	76	2 260 742	47	V.
11 631 960	35	303 468 956	00	10 337 041	30	70 643 339	19	11 137 265	12	567 723 774	08	29 347 424	38	VI.
3 925 938	00	113 150 795	91	20 659 791	27	42 646 500	17	15 768 629	70	83 048 549	03	793 165	00	VII.
12 054 164	13	371 567 016	50	35 765 447	09	165 438 602	74	20 803 954	60	741 083 159	28	35 540 870	45	VIII.
11 542 930	67	345 964 642	76	2 823 114	93	189 898 201	85	738 972	00	493 806 258	61	25 857 884	27	IX.
21 237 184	69	460 808 456	14	97 315 867	08	377 330 816	51	177 893 837	73	1 402 300 042	01	1 859 701	93	X.
28 344 769	41	1 323 437 069	13	262 895 367	36	247 461 251	85	38 525 007	25	1 809 996 019	13	11 489 445	57	XI.
16 145 841	78	272 098 245	12	128 408 884	54	80 804 541	93	63 070 218	88	708 565 288	30	37 651 732	77	XII.
48 901 516	38	1 496 467 578	58	359 135 626	77	116 203 286	03	43 664 060	69	2 647 297 913	13	178 806 861	01	XIII.
249 643	36	9 123 219	74	9 079 835	30	6 240 554	85	6 150 650	00	14 947 056	00	7 525 267	80	XIV.

(Noch: Taf. 1)

Noch: Von dem Vermögen der Sparkassen sind zinsbar

Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	gegen Faustpfand ℳ	Pf.	auf Schuldscheine: ohne Bürgschaft ℳ	Pf.	auf Schuldscheine: mit Bürgschaft ℳ	Pf.	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder, wenn d. Ankaufswert niedriger, zu diesem ℳ	Pf.	der Ankaufswert dieser Papiere (Sp. 42) beträgt ℳ	Pf.	der Nennwert dieser Papiere (Sp. 42) beträgt ℳ	Pf.	in sonstigen Anlagen ℳ	Pf.
1	39		40		41		42		43		44		45	
Noch: IV. Die Provinzial- und														
Freistaat Preußen . . .	20 069 454	72	—	—	2 178 338	22	318 092 589	92	395 489 284	90	408 752 118	38	115 450 310	77
6. Ständische Sparkasse des Markgraftums Niederlausitz in Lübben . . .	9 500	00	—	—	—	—	83 927 902	51	103 971 218	65	106 387 268	38	19 187 350	51
13. Oberlausitzer Provinzial-Sparkasse in Görlitz . .	73 750	00	—	—	—	—	99 796 067	70	120 131 627	50	121 581 050	00	—	—
15. Ständische Sparkasse der Altmark in Stendal	38 000	00	—	—	—	—	26 254 550	00	34 646 402	00	35 216 700	00	—	—
24. Ständische Ostfriesische Sparkasse in Aurich . .	1 130 846	84	—	—	281 735	30	13 290 844	36	17 842 324	65	18 185 800	00	—	—
29. Kommunalständische Nassauische Sparkasse in Wiesbaden	18 476 308	00	—	—	1 711 774	00	77 115 672	00	95 147 647	00	102 719 000	00	93 211 154	00
35. Spar- und Leihkasse für die Hohenzollernschen Lande in Sigmaringen	341 049	88	—	—	184 828	92	17 707 553	35	23 750 065	10	24 662 300	00	3 051 806	26
Noch: V. Die sonstigen														
Freistaat Preußen . . .	1 984 886	02	76 949	30	10 960 152	79	252 158 259	14	302 850 121	93	316 252 572	00	27 643 145	77
Provinzen.														
III. Stadt Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13 414 566	00
IX. Schleswig-Holstein . . .	1 866 781	45	76 949	30	10 290 347	60	56 523 608	37	60 076 003	33	68 916 780	00	10 900 557	68
X. Hannover	6 263	19	—	—	5 045	83	469 590	00	604 217	80	622 400	00	—	—
XII. Hessen-Nassau	1 318	65	—	—	664 759	36	59 813 208	87	78 247 356	00	80 366 300	00	766 122	09
XIII. Rheinprovinz	110 522	73	—	—	—	—	135 351 851	90	163 922 544	80	166 347 092	00	2 561 900	00
Regierungsbezirke.														
7. Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[1]13 414 566	00
18. Schleswig	1 866 781	45	76 949	30	10 290 347	60	56 523 608	37	60 076 003	33	68 916 780	00	10 900 557	68
23. Osnabrück	6 263	19	—	—	5 045	83	469 590	00	604 217	80	622 400	00	—	—
29. Wiesbaden	1 318	65	—	—	664 759	36	59 813 208	87	78 247 356	00	80 366 300	00	766 122	09
34. Aachen	110 522	73	—	—	—	—	135 351 851	90	163 922 544	80	166 347 092	00	2 561 900	00
Noch: Die Sparkassen														
Freistaat Preußen . . .	404 864 722	04	24 360 776	57	173 849 008	38	9 358 186 897	75	11 825 026 959	09	12 169 525 137	85	1 698 099 784	87
Provinzen.														
I. Ostpreußen	28 208 644	64	2 519 772	70	13 163 959	57	211 602 909	53	272 772 134	16	278 312 100	00	98 741 815	18
II. Brandenburg	10 513 853	61	288 725	00	2 375 701	45	786 850 143	76	1 009 330 627	83	1 036 353 154	38	99 620 309	82
III. Stadt Berlin	2 020 897	01	4 947 634	80	—	—	665 482 681	06	851 224 689	11	886 391 125	00	59 923 487	17
IV. Pommern	15 142 774	86	2 336 074	67	4 099 620	57	473 277 492	53	597 321 244	61	611 100 975	00	75 563 943	77
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	8 759 472	00	140 100	00	1 821 324	32	43 426 656	64	58 137 465	30	59 662 000	00	1 212 472	87
VI. Niederschlesien	102 867 209	64	1 480 504	46	3 261 626	37	601 158 581	99	754 830 550	48	783 637 915	00	74 121 747	56
VII. Oberschlesien	2 063 845	08	193 235	00	7 344 561	46	197 835 536	71	253 004 324	55	261 206 850	00	14 195 875	45
VIII. Sachsen	21 235 259	03	4 562 962	34	1 673 621	36	816 837 795	67	1 064 338 030	24	1 091 096 247	33	52 457 114	31
IX. Schleswig-Holstein . . .	15 742 049	69	667 418	83	48 429 057	89	383 092 390	88	455 513 737	40	477 397 365	00	113 896 511	75
X. Hannover	56 660 078	43	4 195 233	73	14 213 009	30	1 119 320 583	95	1 402 107 219	44	1 446 888 464	23	188 930 391	43
XI. Westfalen	36 932 135	52	1 439 015	42	31 116 408	57	1 505 718 892	63	1 890 118 975	35	1 938 004 774	66	165 215 066	65
XII. Hessen-Nassau	23 831 280	85	110 162	00	9 849 944	12	438 065 268	97	548 089 456	79	569 536 499	55	146 635 036	52
XIII. Rheinprovinz	80 546 171	80	1 479 937	62	36 315 344	48	2 097 810 410	08	2 644 488 438	73	2 705 275 367	70	604 534 206	13
XIV. Hohenzollernsche Lande	341 049	88	—	—	184 828	92	17 707 553	35	23 750 065	10	24 662 300	00	3 051 806	26

[1]) Kapitalien der II. Serie der Preußischen Renten-Versicherungs-Anstalt (vergl. § 59c der Statuten).

angelegt: zusammen (Inhaberpapiere nach Spalte 42 eingestellt) M	Pf.	dabei in Schuldverschreibungen (Nennwert): des Deutschen Reiches M	Preußens M	Pf.	Anzahl: der am Schlusse des Rechnungsjahres im Besitze der Sparkassen befindlichen Grundstücke aus Zwangsversteigerungen	Anzahl: davon im Berichtsjahre erworben	Hypothekarisch darauf (Spalte 49) haftende Sparkassengelder M	Pf.	Verlust an Zins, Kapital und Kosten bei Wiederveräußerung in der Zwangsversteigerung übernommener Grundstücke im Berichtsjahre M	Pf.	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen einschl. der täglich ohne Kündigung abrufbaren Guthaben am Schlusse des Rechnungsjahres M	Pf.	Wiederholung der Spalte 1
46		47	48		49	50	51		52		53		
ständischen Sparkassen.													
1 097 316 873	**40**	**222 840 200**	**50 202 350**	**00**	**2**	—	**61 700**	**00**	—	—	**33 441 576**	**05**	**Freist. Pr.**
170 332 663	37	45 264 300	21 588 700	00	—	—	—	—	—	—	16 036 332	46	6.
143 632 784	67	43 596 700	3 459 900	00	—	—	—	—	—	—	2 880 892	88	13.
66 828 644	01	27 903 000	5 500 000	00	—	—	—	—	—	—	1 057 117	34	15.
40 862 765	55	12 514 500	2 447 550	00	—	—	—	—	—	—	1 107 114	93	24.
616 538 679	00	81 893 200	11 891 600	00	2	—	61 700	00	—	—	7 478 433	58	29.
59 121 336	80	11 668 500	5 314 600	00	—	—	—	—	—	—	4 881 684	86	35.
öffentlichen Sparkassen.													
811 366 734	**75**	**207 379 700**	**51 853 050**	**00**	**4**	—	**93 799**	**01**	**4 950**	**00**	**13 715 840**	**33**	**Freist. Pr.**
13 414 566	00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	366 694	18	III.
336 615 736	42	52 725 000	12 099 350	00	2	—	45 642	00	4 950	00	9 097 823	22	IX.
2 259 306	57	622 400	—	—	—	—	—	—	—	—	47 732	79	X.
222 778 520	48	50 846 300	10 527 000	00	2	—	48 157	01	—	—	1 421 852	05	XII.
236 298 605	28	103 186 000	29 226 700	00	—	—	—	—	—	—	2 781 738	09	XIII.
13 414 566	00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	366 694	18	7.
336 615 736	42	52 725 000	12 099 350	00	2	—	45 642	00	4 950	00	9 097 823	22	18.
2 259 306	57	622 400	—	—	—	—	—	—	—	—	47 732	79	23.
222 778 520	48	50 846 300	10 527 000	00	2	—	48 157	01	—	—	1 421 852	05	29.
236 298 605	28	103 186 000	29 226 700	00	—	—	—	—	—	—	2 781 738	09	34.
überhaupt.													
30 350 581 857	**24**	**8 791 453 700**	**1 343 816 569**	**48**	**192**	**3**	**5 622 759**	**25**	**9 634**	**48**	**1 344 196 232**	**03**	**Freist. Pr.**
817 924 137	37	219 839 300	23 275 525	00	1	—	10 000	00	—	—	51 519 766	59	I.
2 131 355 846	31	648 368 900	159 289 850	00	1	—	18 000	00	—	—	176 622 692	68	II.
1 926 744 724	02	520 027 200	120 543 250	00	1	—	80 000	00	—	—	116 258 286	45	III.
1 463 627 125	17	398 296 700	69 899 000	00	12	—	502 100	00	—	—	105 617 735	32	IV.
173 215 814	54	47 319 800	6 166 450	00	—	—	—	—	—	—	15 071 011	18	V.
1 754 073 163	67	474 358 400	93 330 150	00	1	—	22 600	00	—	—	112 200 060	40	VI.
461 272 063	81	197 947 400	30 065 150	00	1	—	52 000	00	—	—	41 736 149	60	VII.
2 210 396 401	68	757 048 400	163 343 875	00	5	—	191 059	21	—	—	76 761 880	83	VIII.
1 617 354 416	53	377 058 000	39 088 950	00	6	—	135 478	10	4 950	00	74 592 394	46	IX.
3 625 618 313	43	1 095 018 300	105 513 144	48	6	—	89 199	54	344	38	119 422 088	88	X.
5 132 805 304	47	1 586 565 400	167 130 475	00	43	2	1 472 763	75	1 688	35	220 067 141	33	XI.
1 717 611 500	58	402 013 700	57 687 800	00	5	—	110 457	01	—	—	43 086 130	47	XII.
7 259 461 708	86	2 055 923 700	303 168 350	00	110	1	2 939 101	64	2 651	75	186 359 208	98	XIII.
59 121 336	80	11 668 500	5 314 600	00	—	—	—	—	—	—	4 881 684	86	XIV.

(Noch: Taf. 1)

Regierungsbezirke — Arten der Sparkassen — Staat	Zahl der Sparkassen	Zahl der Zweig- oder Nebenkassen	Zahl der Sammel- oder Annahmestellen	Zahl der Verkaufsstellen von Sparmarken	An Sparbüchern wurden im Laufe des Jahres ausgegeben (Stück)	An Sparbüchern wurden im Laufe des Jahres zurückgenommen (Stück)	befanden sich am Jahresschlusse im Umlaufe mit Ein- bis 60 M	über 60 bis 150 M	über 150 bis 300 M	über 300 bis 600 M	über 600 bis 1 500 M	über 1 500 bis 3 000 M	über 3 000 bis 10000 M	über 10 000 M
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
											Noch: Die Sparkassen			
Regierungsbezirke.														
1. Königsberg	29	21	235	148	37 525	35 624	121 315	34 219	26 954	32 546	44 877	30 605	25 069	3 041
2. Gumbinnen	15	11	57	56	20 181	14 588	70 261	19 146	14 562	16 475	19 305	11 529	9 773	1 402
3. Allenstein	22	7	115	24	16 408	14 105	59 575	14 445	10 119	11 135	13 816	9 188	8 449	1 454
4. Westpreußen	11	9	36	65	13 834	11 776	47 495	12 197	10 033	10 740	14 333	8 803	7 957	2 853
5. Potsdam	56	44	228	110	89 933	80 743	316 299	117 093	96 573	115 471	165 095	114 498	98 861	9 067
6. Frankfurt	59	207	18	71	70 034	56 353	235 058	103 355	87 287	106 824	152 284	102 534	80 345	8 262
7. Berlin	2	97	220	15	170 196	261 167	702 570	190 789	158 711	190 607	286 109	205 047	166 304	10 441
8. Stettin	46	20	67	9	62 011	49 548	194 308	62 925	49 731	60 766	90 034	64 222	63 354	7 221
9. Köslin	34	5	33	1	40 012	29 062	112 118	45 858	38 717	47 313	68 252	46 701	43 546	5 502
10. Stralsund	15	—	46	—	14 046	12 171	37 501	14 096	11 492	14 410	23 806	9 554	9 253	1 505
11. Schneidemühl	20	3	41	—	21 479	11 044	49 210	18 572	15 139	17 904	22 423	13 375	9 203	1 548
12. Breslau	80	14	292	96	103 031	81 625	367 148	135 903	108 392	123 369	163 360	106 387	67 162	6 200
13. Liegnitz	61	70	141	76	66 777	50 319	243 323	110 777	92 488	106 616	138 708	81 494	55 564	4 486
14. Oppeln	52	16	150	170	39 599	43 288	186 719	52 663	40 847	45 385	59 023	36 721	33 123	4 096
15. Magdeburg	49	117	191	67	64 587	57 273	269 672	94 190	74 888	85 409	116 146	78 039	65 635	6 841
16. Merseburg	75	47	224	167	79 597	67 230	296 153	118 932	97 806	111 470	152 308	97 577	80 903	8 500
17. Erfurt	22	8	67	74	37 199	27 165	129 327	49 129	38 495	43 058	56 273	37 769	31 647	3 852
18. Schleswig	218	57	133	331	103 120	90 798	329 518	110 458	84 986	91 475	124 002	92 303	108 094	26 045
19. Hannover	30	31	170	—	88 477	71 680	240 619	76 695	61 210	74 320	103 213	71 238	68 207	11 981
20. Hildesheim	36	2	45	4	37 536	28 387	130 864	53 777	43 645	51 035	69 967	48 035	44 664	7 462
21. Lüneburg	31	33	112	115	37 903	27 715	107 629	47 007	38 154	44 779	66 453	46 768	50 300	10 682
22. Stade	42	16	57	50	27 900	18 841	85 937	35 419	28 003	32 647	46 700	33 483	37 734	9 049
23. Osnabrück	28	18	36	4	28 562	17 613	63 599	26 812	21 345	25 882	40 606	30 301	33 205	6 237
24. Aurich	13	29	60	6	14 616	15 585	49 167	17 450	12 755	14 492	18 841	12 839	13 110	2 826
25. Münster	48	54	46	8	61 997	35 894	121 727	53 258	44 126	52 863	78 885	58 853	69 546	18 173
26. Minden	46	4	105	—	53 515	36 507	130 201	55 195	49 689	55 811	81 726	60 793	66 272	13 647
27. Arnsberg	122	21	71	56	176 501	115 148	385 450	159 245	127 524	150 559	225 832	176 811	197 591	39 468
28. Cassel	59	50	39	12	48 802	32 696	135 144	65 664	55 694	66 922	89 975	59 308	47 899	5 571
29. Wiesbaden	25	48	492	395	90 355	66 835	212 770	80 484	70 389	81 608	128 093	62 774	63 240	9 410
30. Coblenz	27	10	125	—	40 473	24 215	103 256	32 615	27 989	35 369	52 436	37 623	40 870	8 532
31. Düsseldorf	134	49	71	178	245 496	175 125	649 577	217 213	170 224	203 362	297 777	223 039	244 405	44 740
32. Köln	31	53	139	12	123 044	83 063	239 693	76 741	61 071	69 121	105 664	89 338	94 949	18 247
33. Trier	18	29	270	—	42 484	31 314	86 953	26 334	22 350	27 258	42 089	33 300	38 527	10 779
34. Aachen	15	58	58	3	45 602	40 809	104 025	35 681	27 971	34 060	76 396	30 302	37 162	9 169
35. Sigmaringen	1	1	31	—	3 019	2 094	4 396	3 158	3 081	4 493	7 619	6 548	6 273	1 275
											Die Arten der			
1. Städtische Sparkassen	757	287	478	1 012	1 336 120	1174567	4 234 966	1 414 490	1131344	1 311 499	1 859 567	1293450	1187420	164 007
2. Landgemeinde- usw. Spark.	293	26	130	45	107 682	64 833	257 313	105 685	83 904	98 437	142 826	109 859	126 629	30 243
3. Kreis- u. Amts-Sparkassen	447	752	3 350	1 029	627 975	444 414	1 740 170	687 287	568 986	676 691	964 201	683 456	676 763	124 706
4. Provinzial- u. ständ. Spark.	6	157	237	—	65 812	48 123	184 502	94 702	84 482	107 213	162 884	83 135	63 225	9 597
5. Sonstige öffentliche Spark.	69	37	26	237	78 262	85 463	201 626	65 331	53 724	61 714	112 948	57 799	64 159	11 011
Summe 1920[1])	**1 572**	**1 259**	**4 221**	**2 323**	**2 215 851**	**1817400**	**6 618 577**	**2 367 495**	**1922440**	**2 255 554**	**3 242 426**	**2227699**	**2118196**	**339 564**
Dagegen in den Jahren:														
1919[1])	1 584	1 233	4 231	2 640	2 874 784	2202599	6 659 875	2 379 064	1967117	2 356 936	3 310 270	2055026	1752583	274 967
1918[1])	1 572	1 182	4 185	2 547	3 163 815	1409890	6 739 409	2 434 577	2003307	2 388 382	3 118 913	1764795	1364053	242 052
1917[2])	1 775	1 083	4 408	3 088	3 577 395	1084860	6 860 975	2 455 532	2003775	2 303 944	2 815 653	1473448	1080339	181 134
1916	1 768	963	4 348	3 157	2 144 983	1151982	5 561 886	2 255 913	1876324	2 128 473	2 532 026	1281121	909 755	139 741
1915	1 766	937	4 332	3 209	1 892 149	1134171	4 929 153	2 129 463	1806332	2 082 034	2 482 742	1263084	870 424	129 311
1914	1 761	938	4 358	3 287	1 865 161	1345161	4 584 470	1 940 763	1685813	1 981 936	2 425 645	1274676	906 941	134 946
1913	1 765	926	4 342	3 420	2 043 018	1447737	4 347 344	1 891 329	1645309	1 930 081	2 376 652	1230065	868 145	128 717
1912	1 760	814	4 312	3 093	1 908 262	1498662	4 171 567	1 811 776	1585757	1 858 991	2 305 410	1159606	804 763	121 964
1911	1 736	779	4 141	2 967	1 895 285	1377710	3 948 099	1 788 585	1578474	1 840 511	2 277 064	1119288	754 800	110 573
1910	1 711	743	3 876	3 066	1 799 721	1270499	3 728 038	1 743 348	1544575	1 802 181	2 226 778	1058430	698 172	98 782
1909	1 692	719	3 523	2 870	1 772 553	1251444	3 545 233	1 691 061	1499062	1 751 951	2 156 173	992 723	638 058	87 995
1908	1 678	683	3 383	2 727	1 630 615	1274289	3 395 367	1 642 844	1454492	1 691 171	2 074 969	924 595	581 780	77 474
1907	1 639	736	3 075	2 444	1 597 545	1208632	3 221 731	1 624 750	1443878	1 676 910	[3]) 2 906 379		546 327	70 164
1906	1 606	693	2 814	2 185	1 543 678	1090252	3 068 076	1 574 139	1408574	1 636 483	[3]) 2 821 092		519 279	67 633

[1]) Den Ergebnissen des Jahres 1920 liegt der in der Anmerkung 1 auf Seite 374 angegebene Staatsumfang zugrunde, sie weichen von denen der Jahre 1919 und 1918 noch mit enthalten sind, während dies 1920 nicht mehr der Fall ist. — [2]) Vom Jahre 1917 ab rückwärts sind die Ergebnisse nach dem alten Staatsumfange Preußens eingesetzt. mehr gebracht sind. — [3]) Die getrennten Angaben der Bücher mit Einlagen über 600 bis 1 500 M und 1 500 bis 3 000 M sind für die Nachweisung zuerst 1908 eingeführt. —

…lagen überhaupt	darunter gesperrte Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsvorjahres M.	Pf.	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Zuschreibung von Zinsen M.	Pf.	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen M.	Pf.	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre M.	Pf.	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres M.	Pf.	Betrag der Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres M.	Pf.	Betrag des Sonder- oder Sparstocks M.	Pf.	Wiederholung der Spalte 1
16	17	18		19		20		21		22		23		24		
überhaupt.																
318 626	5 355	292 107 959	51	9 090 056	52	330 801 892	01	304 047 652	17	327 952 255	87	42 849 154	95	20 424	48	1.
162 453	1 783	123 240 592	09	4 091 757	91	148 852 296	55	127 162 422	77	149 022 223	78	13 655 999	07	337 307	95	2.
128 181	4 622	100 399 376	66	3 500 925	28	138 649 435	10	113 385 087	40	129 164 649	64	18 278 905	87	149 129	80	3.
114 411	1 318	130 581 498	54	3 677 096	02	129 915 176	56	121 711 319	89	142 462 451	23	41 649 061	50	—	—	4.
1 032 957	7 916	1 016 194 495	48	30 142 288	75	819 685 763	46	687 589 987	81	1 178 432 559	88	73 750 634	54	3 373 408	61	5.
875 949	6 211	890 366 846	34	28 444 539	26	838 279 272	12	718 864 487	26	1 038 226 170	46	91 775 364	29	6 583 112	12	6.
1 910 578	2 844	1 637 680 261	14	40 968 345	07	1 381 452 586	52	1 182 296 726	09	1 877 804 466	64	210 789 024	33	1 838 115	91	7.
592 561	15 341	637 377 358	42	20 582 385	92	603 009 160	86	509 621 618	75	751 347 286	45	76 226 291	03	503 366	46	8.
408 007	12 777	492 968 023	31	16 805 765	14	434 314 105	05	368 011 818	52	576 076 074	98	52 239 753	52	890 155	85	9.
121 617	5 200	121 703 271	09	3 817 764	17	382 371 701	91	353 051 825	28	154 840 911	89	2 652 541	41	129 411	06	10.
147 374	5 261	139 509 008	39	4 956 786	01	202 478 584	81	168 311 678	09	178 632 701	12	19 414 118	17	213 801	96	11.
1 077 921	21 874	777 475 759	41	24 550 583	00	729 557 744	14	544 029 481	45	987 554 605	10	96 178 176	60	2 024 273	39	12.
833 456	8 141	676 477 517	41	21 881 096	03	527 739 399	94	420 190 910	63	805 907 102	75	29 953 868	78	1 487 425	95	13.
458 577	2 307	391 345 845	69	11 801 058	36	342 625 273	96	310 074 275	89	435 697 902	12	28 563 417	05	792 418	99	14.
790 820	14 739	753 666 598	11	23 620 363	74	697 885 360	12	621 821 213	43	853 351 108	54	40 290 597	50	204 162	86	15.
963 649	12 533	919 192 611	84	28 187 960	16	629 533 311	73	512 977 329	38	1 063 936 554	35	42 976 599	76	143 191	24	16.
389 550	10 264	348 800 637	50	11 342 406	95	273 102 207	61	214 979 948	91	418 265 303	15	5 410 890	15	336 253	37	17.
966 881	26 704	1 369 052 476	00	45 402 566	87	936 956 580	06	765 147 659	05	1 586 263 963	88	135 395 420	14	5 171 157	63	18.
707 483	18 336	828 307 047	22	28 586 398	88	876 793 719	65	729 898 784	61	1 003 788 381	14	86 256 789	63	2 918 951	15	19.
449 449	7 953	522 416 303	54	17 513 765	29	466 291 655	74	385 751 073	35	620 470 651	22	53 398 005	67	552 252	03	20.
411 772	3 356	632 832 950	88	22 587 124	08	427 923 769	94	348 948 281	95	734 395 562	95	72 331 595	27	7 462 849	36	21.
308 972	2 956	472 283 709	71	16 987 232	20	348 396 108	89	274 038 513	77	563 628 537	03	61 684 648	13	241 216	54	22.
247 987	6 902	370 810 189	02	12 729 624	56	247 186 516	71	195 946 944	10	434 779 386	19	34 664 500	74	634 119	77	23.
141 480	342	166 943 962	19	5 490 716	40	206 115 257	38	183 285 153	93	195 264 782	04	18 072 260	77	166 589	46	24.
497 431	4 186	943 528 959	22	30 907 663	88	988 914 823	90	867 540 883	58	1 095 810 563	42	122 873 946	55	798 559	33	25.
513 334	13 459	781 567 848	07	25 350 599	02	947 046 408	65	815 493 599	00	938 471 256	74	30 493 084	65	2 365 738	88	26.
1 462 480	13 228	2 338 246 665	38	77 946 222	25	1 990 757 233	98	1 589 438 858	77	2 817 511 262	84	406 951 191	84	67 931 077	68	27.
526 177	6 350	571 793 944	17	20 208 992	80	362 102 352	58	263 469 871	12	690 635 418	43	17 825 997	31	27 809	06	28.
708 768	4 389	718 450 792	76	21 612 142	61	692 531 480	51	525 023 103	06	907 571 312	82	204 620 023	48	180 727	71	29.
338 690	1 676	536 971 104	23	19 360 460	78	884 946 566	34	743 842 357	75	697 435 773	60	52 527 656	38	206 315	07	30.
2 050 337	25 950	2 869 055 971	87	95 682 990	37	3 736 581 607	62	3 279 737 558	87	3 421 583 010	99	431 648 224	42	3 043 670	11	31.
754 824	29 235	1 140 385 763	03	40 054 860	99	2 020 881 490	27	1 769 801 867	09	1 431 520 247	20	264 213 036	00	—	—	32.
287 590	2 087	480 734 427	91	18 201 083	74	471 798 899	66	311 046 120	48	659 688 290	83	61 023 918	30	422 462	77	33.
354 766	1 071	508 611 525	40	18 411 562	41	1 197 600 846	29	1 101 133 978	76	623 489 955	34	31 533 662	33	—	—	34.
36 843	—	47 224 651	54	1 846 513	30	22 048 659	43	10 373 530	96	60 746 293	31	5 845 481	31	—	—	35.
Sparkassen.																
12 596 743	213 578	13 421 487 168	74	429 211 894	00	14 901 167 971	49	12 729 135 405	49	16 022 731 628	74	1 567 471 753	90	84 262 624	63	1.
954 896	18 017	1 532 722 089	37	52 370 293	33	1 304 702 593	01	1 048 847 800	02	1 840 947 175	69	203 109 714	04	1 053 930	40	2.
6 122 260	57 017	8 271 704 844	27	275 839 776	60	8 271 951 577	51	6 887 239 215	41	9 932 256 982	97	976 667 499	34	20 379 927	01	3.
789 740	3 291	778 843 032	60	24 660 775	30	487 733 370	97	348 329 367	53	942 907 811	34	215 106 584	92	5 392 128	01	4.
628 312	14 763	743 548 818	09	24 258 959	49	469 571 737	07	424 494 135	47	812 885 379	18	15 658 289	24	60 846	50	5.
21 091 951	**306 666**	**24 748 305 953**	**07**	**806 341 698**	**72**	**25 435 127 250**	**05**	**21 438 045 923**	**92**	**29 551 728 977**	**92**	**2 978 013 841**	**44**	**111 149 456**	**55**	1920
20 755 838	311 840	21 303 309 527	27	788 297 538	43	18 819 290 210	29	16 032 586 652	80	24 878 310 623	19	1 431 222 619	57	67 778 750	29	1919
20 055 488	321 664	16 628 084 119	51	662 793 900	67	13 131 738 943	07	9 100 110 246	83	21 322 506 716	42	1 011 751 895	47	92 268 010	83	1918
19 174 850	318 837	14 338 469 392	25	531 143 629	82	9 751 545 720	06	7 356 160 175	40	17 264 998 566	73	704 710 852	67	37 113 058	61	1917
16 685 239	280 564	13 535 193 551	21	469 801 571	72	6 881 245 629	99	6 530 732 681	04	14 355 508 071	88	359 507 337	95	37 640 907	69	1916
15 692 543	260 973	13 639 342 558	76	459 936 761	28	5 894 533 660	45	6 455 868 568	48	13 537 944 412	01	228 180 786	61	30 244 354	10	1915
14 935 190	259 306	13 109 864 629	25	441 363 302	48	4 467 342 200	57	4 379 733 901	96	13 638 836 230	34	135 020 101	51	19 860 471	09	1914
14 417 642	246 844	12 432 489 874	37	406 690 661	59	4 151 126 083	62	3 879 038 557	07	13 111 268 062	51	64 787 481	80	16 074 265	20	1913
13 819 834	235 010	11 836 262 476	53	381 567 103	30	3 790 058 447	52	3 574 958 120	61	12 432 929 906	74	52 948 795	49	14 416 413	81	1912
13 417 394	218 586	11 107 110 108	53	357 192 184	19	3 576 102 544	02	3 203 146 898	23	11 837 257 938	51	29 362 110	23	15 094 296	75	1911
12 900 304	165 962	10 332 231 726	93	331 114 759	28	3 262 521 812	90	2 819 074 801	87	11 106 793 497	24	18 145 762	59	14 277 439	68	1910
12 362 256	154 875	9 568 184 584	34	309 838 660	01	2 961 330 804	97	2 506 660 721	05	10 332 693 428	27	11 839 947	93	14 379 463	46	1909
11 842 692	226 365	9 120 109 824	50	289 306 654	23	2 496 757 227	54	2 334 797 702	83	9 571 376 003	44	[4]) .	.	17 722 989	10	1908
11 484 139	194 429	8 788 825 368	73	264 341 979	33	2 317 802 110	68	2 250 465 182	04	9 120 504 276	70	[4]) .	.	14 687 099	98	1907
11 095 276	169 715	8 294 868 240	14	249 694 104	69	2 264 987 225	88	2 021 159 365	68	8 788 390 205	03	[4]) .	.	13 625 890	11	1906

bezüglich des Gebietsumfanges insofern ab, als in den letztgenannten beiden Jahren die Ergebnisse der Sparkassen des an Dänemark abgetretenen nordschleswigschen Gebietes
Ebenso sind in den Ergebnissen dieser Jahre noch die der Privatsparkassen mit nichtöffentlichem Charakter enthalten, die in obigen Ziffern der Jahre 1918, 1919 und 1920 nicht

[4]) Die Angaben über die Kontokorrenteinlagen der Sparer sind für die Nachweisung zuerst 1909 eingefordert.



(Noch: Taf. 1) Regierungsbezirke — Arten der Sparkassen — Staat	Betrag der Rücklagen, wie sie am Schlusse des Rechnungsjahres zu Buche standen		Aus den Rücklagen bezw. den Überschüssen der Rechnungsvorjahre sind zu öffentlichen Zwecken verwendet: seit dem Bestehen der Kassen		im letzten Rechnungsjahre		Betrag des eigenen Vermögens der Kassen		Betrag der Zinseinnahmen		Zinsausgaben		Zinsüberschüsse	
	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.	ℳ	Pf.
1	25		26		27		28		29		30		31	
													Noch: Die Sparkassen	
Regierungsbezirke.														
1. Königsberg	10 568 615	62	11 393 404	30	194 152	89	339 729	63	17 714 918	07	12 300 912	26	5 414 005	81
2. Gumbinnen	4 733 624	00	3 392 282	50	133 469	80	692 862	66	7 496 226	42	5 474 359	15	2 021 867	27
3. Allenstein	3 866 552	05	2 603 420	00	211 495	91	1 101 125	68	7 271 487	78	5 170 654	78	2 100 833	00
4. Westpreußen	4 833 623	76	6 663 081	13	290 437	55	139 433	50	8 996 420	74	6 585 380	59	2 411 040	15
5. Potsdam	27 239 627	85	15 168 068	57	2 169 137	16	926 899	22	55 798 122	68	39 069 353	16	16 728 769	52
6. Frankfurt	25 760 845	13	22 247 556	29	342 165	10	2 552 014	00	48 023 018	01	35 236 009	71	12 787 008	30
7. Berlin	11 956 683	42	6 112 054	18	150 000	00	3 301 855	52	76 328 071	40	60 880 116	54	15 447 954	86
8. Stettin	16 717 634	97	21 896 719	61	724 493	19	544 193	62	35 340 906	11	25 424 651	25	9 916 254	86
9. Köslin	11 239 837	59	11 542 079	46	358 716	28	819 226	80	27 235 776	71	20 807 548	60	6 428 228	11
10. Stralsund	4 298 730	57	5 239 442	27	245 252	77	513 864	74	6 288 007	36	4 554 028	50	1 733 978	86
11. Schneidemühl	4 040 024	01	2 908 731	67	147 375	49	26 624	00	8 702 031	19	6 221 362	77	2 480 668	42
12. Breslau	25 489 132	47	38 583 291	23	1 743 035	99	1 107 524	68	43 889 338	93	31 821 515	76	12 067 823	17
13. Liegnitz	27 453 228	67	32 749 793	69	1 479 762	64	514 365	34	36 522 079	03	26 892 838	10	9 629 240	93
14. Oppeln	12 802 630	76	13 331 958	89	588 386	58	167 477	87	24 702 191	68	18 967 121	23	5 735 070	45
15. Magdeburg	27 314 434	23	40 698 084	98	2 317 035	24	2 634 893	60	38 360 194	17	27 629 647	41	10 730 546	76
16. Merseburg	40 896 972	76	58 484 625	62	2 324 659	48	1 874 491	37	48 935 119	11	34 091 661	20	14 843 457	91
17. Erfurt	14 698 819	24	13 978 917	22	781 813	11	1 302 032	25	18 439 140	46	13 485 551	95	4 953 588	51
18. Schleswig	48 071 186	09	47 693 733	70	5 045 369	49	2 362 687	68	77 699 302	75	59 481 771	80	18 217 530	95
19. Hannover	15 634 929	73	12 594 598	19	630 854	89	3 255 537	17	47 979 265	80	37 405 897	64	10 573 368	16
20. Hildesheim	14 015 317	22	16 044 817	65	922 111	83	626 476	08	28 020 947	59	21 058 379	07	6 962 568	52
21. Lüneburg	18 829 423	22	18 684 611	83	1 239 590	61	2 145 068	44	40 874 991	95	32 355 271	20	8 519 720	75
22. Stade	15 019 605	36	16 675 930	48	829 051	55	1 483 707	61	26 753 422	84	20 318 879	04	6 434 543	80
23. Osnabrück	11 642 878	26	8 385 831	37	571 777	35	1 725 002	43	19 273 206	67	14 459 183	59	4 814 023	08
24. Aurich	4 815 949	85	5 970 076	73	405 053	70	400 476	37	9 986 501	31	7 028 203	51	2 958 297	80
25. Münster	33 019 683	56	30 397 725	61	1 780 121	61	4 444 802	26	55 366 631	12	43 289 464	56	12 077 166	56
26. Minden	23 753 996	34	33 387 105	38	1 189 792	22	1 979 742	96	41 828 058	48	31 551 464	53	10 276 593	95
27. Arnsberg	93 665 786	31	89 005 230	87	5 002 974	58	3 074 534	73	141 596 039	77	105 863 876	04	35 732 163	73
28. Cassel	17 993 583	98	10 603 391	46	415 790	65	411 948	52	30 245 693	89	23 328 568	44	6 917 125	45
29. Wiesbaden	17 149 070	29	15 044 572	95	435 521	82	998 220	67	50 746 012	96	35 136 515	35	15 609 497	61
30. Coblenz	15 926 935	78	11 901 511	35	640 583	54	2 330 478	03	34 012 127	33	24 913 228	77	9 098 898	56
31. Düsseldorf	85 440 250	53	74 144 622	15	3 958 940	99	1 971 934	77	177 599 399	83	133 006 937	94	44 592 461	89
32. Köln	25 415 546	38	23 302 703	89	987 583	51	2 367 767	82	75 442 856	66	51 822 874	45	23 619 982	21
33. Trier	14 531 693	40	10 952 517	29	815 283	71	408 883	06	29 230 831	45	21 738 354	59	7 492 476	86
34. Aachen	7 503 685	89	35 492 189	98	696 922	35	52 823	20	31 336 164	32	22 196 302	60	9 139 861	72
35. Sigmaringen	1 817 955	43	1 315 614	06	80 238	16	51 428	57	2 540 757	75	1 920 660	81	620 096	94
													Noch: Die Arten der	
1. Städtische Sparkassen	389 145 114	09	458 662 173	93	22 372 351	68	23 930 387	58	755 705 240	62	560 204 619	34	195 500 621	28
2. Landgemeinde-usw.Spark.	47 120 156	84	29 221 986	00	1 988 473	12	2 358 283	50	89 376 053	46	68 019 786	68	21 356 266	78
3. Kreis- u. Amts-Sparkassen	251 202 133	81	209 245 766	99	13 788 530	80	20 847 815	18	494 804 154	67	367 569 304	12	127 234 850	55
4. Provinzial- u. ständ Spark.	28 074 404	55	18 254 802	64	928 045	53	67 828	57	51 082 536	55	37 706 060	30	13 376 476	25
5. Sonstige öffentliche Spark.	22 616 685	43	53 205 566	99	771 550	61	1 445 820	02	39 607 277	02	27 988 776	45	11 618 500	57
Summe 1920	**738 158 494**	**72**	**768 590 296**	**55**	**39 848 951**	**74**	**48 650 134**	**85**	**1 430 575 262**	**32**	**1 061 488 546**	**89**	**369 086 715**	**43**
Dagegen in den Jahren:														
1919	747 455 451	12	733 618 704	18	39 616 165	15	27 381 368	21	1 233 054 563	05	971 408 308	88	261 646 254	17
1918	797 396 023	07	687 218 103	69	39 729 905	39	24 393 986	01	1 028 560 696	52	830 632 123	15	197 928 573	37
1917	775 271 596	83	670 396 948	91	36 780 053	80	18 675 814	98	850 103 222	20	702 546 798	82	147 556 423	38
1916	736 783 081	46	631 756 168	51	42 141 688	71	17 585 821	56	728 845 151	28	607 062 514	38	121 782 636	90
1915	722 735 696	74	588 500 388	90	38 415 083	07	16 467 394	18	660 561 791	87	540 248 243	83	120 313 548	04
1914	676 816 374	43	550 134 467	60	28 422 746	24	15 485 529	92	605 322 204	86	496 257 612	68	109 064 592	18
1913	622 994 469	45	520 528 831	66	25 043 359	89	14 364 099	73	569 352 218	77	458 699 487	60	110 652 731	17
1912	620 382 561	01	494 363 240	97	26 679 058	50	11 799 686	32	533 151 973	84	429 153 937	25	103 998 036	59
1911	645 968 048	98	467 656 592	95	26 370 913	25	10 854 242	73	498 469 034	63	400 141 992	54	98 327 042	09
1910	633 165 784	64	441 379 805	78	25 680 092	93	9 846 606	22	463 122 965	06	370 488 302	96	92 634 662	10
1909	596 471 898	40	415 946 066	39	23 124 958	41	8 447 306	47	432 316 767	12	348 050 455	39	84 266 311	73
1908	570 139 254	09	392 845 986	55	20 260 807	53	7 737 922	66	405 097 645	70	325 877 189	30	79 220 456	40
1907	505 729 508	72	372 410 957	68	18 868 535	85	6 805 788	49	379 897 639	13	300 399 898	77	79 497 740	46
1906	537 570 926	40	353 089 770	30	22 378 808	10	6 007 284	51	357 157 473	73	280 954 751	00	76 202 722	73

Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre M	Pf.	Von dem Vermögen der Sparkassen sind zinsbar angelegt: in Hypotheken oder Grundschulden, und zwar auf städtische Grundstücke überhaupt M	Pf.	städtische Grundstücke darunter Tilgungshypotheken M	Pf.	ländliche Grundstücke überhaupt M	Pf.	ländliche Grundstücke darunter Tilgungshypotheken M	Pf.	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften M	Pf.	gegen Wechsel M	Pf.	Wiederholung der Spalte 1
32		33		34		35		36		37		38		
überhaupt.														
2 716 016	26	63 578 989	04	11 149 730	71	23 945 248	07	6 543 454	41	116 906 514	76	516 141	38	1.
1 204 131	93	27 624 057	53	7 049 912	21	14 179 591	24	7 286 255	29	49 008 690	43	4 393 715	10	2.
1 193 192	63	30 837 499	16	9 886 649	96	11 996 371	28	3 599 324	37	25 593 104	81	9 113 753	95	3.
1 434 368	55	27 979 460	56	7 367 004	00	12 912 406	59	2 192 663	48	44 723 073	05	378 418	80	4.
7 856 362	88	130 672 603	82	22 427 184	24	40 822 956	41	11 369 554	03	505 693 041	07	521 974	50	5.
7 074 315	09	167 987 799	77	16 468 612	79	61 245 878	63	17 141 320	90	316 781 353	47	7 981 505	00	6.
19 558 077	46	248 329 701	60	4 170 139	71	1 465 550	00	—	—	944 484 567	38	90 205	00	7.
4 875 955	80	139 486 424	76	16 282 733	57	49 834 169	50	8 996 108	40	258 368 432	33	8 957 963	55	8.
3 651 698	31	88 202 158	79	12 711 585	56	73 749 999	64	21 275 394	09	159 447 598	69	7 881 607	81	9.
955 657	92	26 807 842	56	453 754	00	7 941 407	98	687 061	77	72 227 563	38	302 049	78	10.
1 152 988	87	26 825 852	36	15 020 238	66	14 823 120	12	10 900 133	59	73 946 073	76	2 260 742	47	11.
7 903 679	83	167 283 496	37	6 200 027	27	35 695 265	07	6 544 214	93	344 581 000	75	22 483 383	38	12.
3 728 280	52	136 185 459	63	4 137 014	03	34 948 074	12	4 593 050	19	223 142 773	83	6 864 041	00	13.
3 925 938	00	113 150 795	91	20 659 791	27	42 646 500	17	15 768 629	70	83 048 549	03	793 165	00	14.
4 326 092	13	141 764 814	32	20 109 967	28	41 960 793	62	7 848 713	63	249 272 964	98	2 316 505	45	15.
5 748 365	25	173 429 032	28	9 721 279	88	102 859 970	08	7 459 025	01	363 145 072	60	43 975	00	16.
1 979 706	75	56 373 169	90	5 934 199	93	20 617 839	04	5 496 215	96	128 665 121	70	33 180 390	00	17.
11 542 930	67	345 964 642	76	2 823 114	93	189 898 201	85	738 972	00	493 806 258	61	25 857 884	27	18.
6 077 982	50	150 813 693	99	21 145 069	44	75 169 142	32	26 483 409	13	472 491 887	80	—	—	19.
2 848 123	66	89 484 440	89	30 069 397	91	62 320 430	40	38 866 613	41	237 670 690	98	810 000	00	20.
5 121 614	38	85 030 001	36	23 933 811	58	129 352 539	90	79 934 394	97	220 840 398	16	75 500	75	21.
3 455 607	20	66 803 741	09	7 933 457	25	63 257 703	48	18 087 312	61	176 605 760	45	—	—	22.
2 276 837	98	49 532 728	48	9 952 679	88	29 596 333	29	9 609 995	71	189 631 623	96	—	—	23.
1 457 018	97	19 143 850	33	4 281 451	02	17 634 667	12	4 912 111	90	105 059 680	66	974 201	18	24.
6 162 216	89	327 731 491	25	128 932 583	68	52 615 824	08	10 912 851	36	359 036 321	55	2 010 205	00	25.
4 443 310	15	152 302 593	41	16 043 780	45	63 429 195	60	7 587 700	15	380 271 596	61	1 792 619	50	26.
17 739 242	37	843 402 984	47	117 919 003	23	131 416 232	17	20 024 455	74	1 070 688 100	97	7 686 621	07	27.
3 860 346	45	72 481 562	10	38 954 550	32	58 858 241	29	45 207 390	84	243 606 009	99	748 648	77	28.
12 285 495	33	199 616 683	02	89 454 334	22	21 946 300	64	17 862 828	04	464 959 278	31	36 903 084	00	29.
3 970 800	60	90 987 866	03	36 574 617	01	23 370 804	70	10 719 039	20	243 104 489	90	9 584 316	15	30.
25 670 489	54	981 078 828	38	267 613 710	83	43 288 049	49	10 434 392	55	999 307 276	32	73 826 350	00	31.
11 274 036	13	261 351 213	18	18 252 601	33	26 308 778	27	6 639 609	84	843 997 541	78	8 601	52	32.
3 375 644	49	80 508 659	41	23 912 272	98	14 320 608	43	9 521 680	03	346 384 550	95	3 510 000	00	33.
4 610 545	62	82 541 011	58	12 782 424	62	8 915 045	14	6 349 339	07	214 504 054	18	91 877 593	34	34.
249 643	36	9 123 219	74	9 079 835	30	6 240 554	85	6 150 650	00	14 947 056	00	7 525 267	80	35.
Sparkassen.														
116 491 142	63	3 644 729 081	29	502 900 929	79	446 281 980	57	71 796 198	07	5 955 203 802	13	182 020 114	95	1.
11 074 384	74	330 622 375	75	87 381 616	45	187 333 814	68	28 181 884	69	593 094 490	25	10 779 485	70	2.
60 772 087	87	1 328 355 037	54	356 030 477	64	862 759 214	82	339 671 054	96	3 904 040 859	15	85 930 889	30	3.
10 900 377	61	147 263 738	32	102 240 418	00	49 718 387	06	27 890 972	37	436 616 446	59	7 927 607	80	4.
6 468 721	62	223 448 136	93	855 079	17	63 490 397	45	203 756	21	146 992 474	58	84 612 332	77	5.
205 706 714	**47**	**5 674 418 369**	**83**	**1 049 408 521**	**05**	**1 609 583 794**	**58**	**467 743 866**	**30**	**11 035 948 072**	**70**	**371 270 430**	**52**	1920
87 363 030	50	5 687 256 220	73	1 010 378 775	38	1 797 538 548	28	504 469 560	98	6 067 787 611	96	105 812 127	30	1919
52 052 354	89	5 884 911 908	74	1 026 543 080	80	2 027 858 221	04	570 083 874	85	3 728 597 150	29	60 302 893	85	1918
38 172 136	04	6 185 087 710	75	1 117 342 984	82	2 258 220 247	85	648 836 988	30	2 903 329 204	26	52 376 571	71	1917
30 608 525	71	6 234 401 927	46	1 119 790 132	26	2 334 594 817	14	681 236 392	51	2 382 999 951	96	34 005 140	58	1916
27 430 162	11	6 236 719 037	98	1 114 007 142	00	2 373 524 315	85	692 530 948	87	2 203 708 726	02	36 419 157	62	1915
26 032 984	11	6 179 300 579	63	1 089 739 310	10	2 374 211 851	98	694 263 840	97	1 922 194 199	33	53 469 710	47	1914
24 736 889	23	5 907 200 005	36	999 036 710	59	2 339 480 087	67	663 959 642	34	1 790 814 721	90	77 338 787	04	1913
23 157 663	40	5 444 740 037	08	841 459 482	90	2 463 953 107	55	675 640 559	35	1 664 453 016	25	78 000 638	70	1912
21 775 286	38	4 973 154 913	39	731 070 045	49	2 446 708 900	95	648 973 265	80	1 498 690 647	35	89 869 515	31	1911
20 561 047	45	4 586 797 473	49	647 271 698	61	2 302 851 312	77	586 339 470	10	1 431 083 932	12	107 295 806	52	1910
18 675 991	03	4 223 704 760	74	580 875 847	97	2 176 454 801	36	531 144 375	64	1 302 369 142	52	80 800 642	52	1909
17 056 268	58	3 913 861 889	76	532 718 589	25	2 075 928 710	24	480 315 828	34	1 199 758 481	70	67 686 859	68	1908
16 277 060	64	3 712 166 245	24	481 877 314	67	2 029 074 140	07	453 191 182	59	1 062 994 032	54	67 042 186	97	1907
15 086 248	06	3 486 395 931	55	436 155 662	19	1 966 592 759	40	424 337 138	70	989 948 237	94	76 211 429	41	1906

(Noch: Taf. 1)

Noch: Von dem Vermögen der Sparkassen sind zinsbar

Regierungsbezirke — Arten der Sparkassen — Staat	gegen Faustpfand		auf Schuldscheine ohne Bürgschaft		auf Schuldscheine mit Bürgschaft		in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder, wenn d. Ankaufswert niedriger, zu diesem		der Ankaufswert dieser Papiere (Sp. 42) beträgt		der Nennwert dieser Papiere (Sp. 42) beträgt		in sonstigen Anlagen	
	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf.	M	Pf
1	39		40		41		42		43		44		45	
Noch: Die Sparkassen														
Regierungsbezirke.														
1. Königsberg	8 375 428	75	391 928	60	7 257 925	33	99 571 865	83	130 939 492	15	132 960 575	00	16 436 498	73
2. Gumbinnen	8 149 910	17	44 500	00	560 681	73	31 494 959	60	39 498 270	32	40 359 400	00	27 009 651	38
3. Allenstein	10 334 796	03	1 823 930	61	4 693 728	80	33 570 366	35	41 947 397	72	42 912 300	00	17 751 075	16
4. Westpreußen	1 348 509	69	259 413	49	651 623	71	46 965 717	75	60 386 973	97	62 079 825	00	37 544 589	91
5. Potsdam	4 718 728	79	154 600	00	339 275	45	412 553 435	07	531 722 062	50	546 521 775	00	35 400 207	41
6. Frankfurt	5 795 124	82	134 125	00	2 036 426	00	374 296 708	69	477 608 565	33	489 831 379	38	64 220 102	41
7. Berlin	2 020 897	01	4 947 634	80	—	—	665 482 681	06	851 224 689	11	886 391 125	00	59 923 487	17
8. Stettin	4 350 817	85	683 190	00	1 548 554	27	251 964 920	56	317 742 781	14	324 683 285	00	31 709 371	02
9. Köslin	7 846 174	20	1 542 984	67	2 258 315	26	187 765 111	57	237 076 648	87	243 240 850	00	41 950 685	64
10. Stralsund	2 945 782	81	109 900	00	292 751	04	33 547 460	40	42 501 814	60	43 176 840	00	1 903 887	11
11. Schneidemühl	8 759 472	00	140 100	00	1 821 324	32	43 426 656	64	58 137 465	30	59 662 000	00	1 212 472	57
12. Breslau	92 058 601	73	1 404 529	46	2 408 461	68	279 759 807	52	349 936 693	81	369 087 665	00	34 513 900	86
13. Liegnitz	10 808 607	91	75 975	00	853 164	69	321 398 774	47	404 893 856	67	414 550 250	00	39 607 846	70
14. Oppeln	2 063 845	08	193 235	00	7 344 561	46	197 835 536	71	253 004 324	55	261 206 850	00	14 195 875	45
15. Magdeburg	3 693 407	70	3 114 650	09	678 363	41	322 715 780	85	421 711 351	33	431 635 050	00	26 833 695	82
16. Merseburg	13 438 292	74	205 623	80	283 900	65	348 336 785	95	455 816 570	66	468 586 852	33	23 118 226	37
17. Erfurt	4 103 558	59	1 242 688	45	711 357	30	145 785 228	87	186 810 108	25	190 874 345	00	2 505 192	12
18. Schleswig	15 742 049	69	667 418	83	48 429 057	89	383 092 390	88	455 513 737	40	477 397 365	00	113 896 511	75
19. Hannover	5 765 378	10	510 160	71	2 191 577	89	241 042 360	39	293 955 056	98	309 390 557	50	62 935 058	88
20. Hildesheim	3 331 214	77	457 294	63	1 924 620	59	200 488 001	04	254 031 872	01	259 514 625	00	18 965 022	55
21. Lüneburg	28 452 424	10	2 261 681	66	5 145 690	88	253 021 912	44	320 822 217	21	328 960 543	25	55 936 773	56
22. Stade	4 704 738	69	804 150	95	2 095 579	85	228 168 616	41	286 588 734	59	294 620 105	00	24 294 856	64
23. Osnabrück	3 286 741	90	160 442	58	904 459	07	144 217 956	08	179 322 231	60	184 530 395	00	15 091 679	72
24. Aurich	11 119 580	87	1 503	20	1 951 081	02	52 381 737	59	67 387 107	05	69 872 238	48	11 707 000	05
25. Münster	6 288 151	22	584 700	00	3 253 090	89	351 769 620	83	445 423 086	19	453 282 975	00	57 509 705	24
26. Minden	6 689 879	61	130 118	92	5 706 448	87	258 964 610	56	332 320 312	67	341 248 949	50	27 522 989	61
27. Arnsberg	23 954 104	69	724 196	50	22 156 868	81	894 984 661	24	1 112 375 576	49	1 143 472 850	16	80 182 371	80
28. Cassel	3 176 019	55	110 162	00	6 081 823	08	238 848 129	10	297 324 592	65	305 706 699	55	16 519 853	20
29. Wiesbaden	20 655 261	30	—	—	3 768 121	04	199 217 139	87	250 764 864	14	263 829 800	00	130 115 183	32
30. Coblenz	14 538 402	83	257 810	10	3 479 898	86	233 647 935	68	288 999 435	29	300 164 020	00	65 361 332	70
31. Düsseldorf	35 685 226	83	350 378	52	20 525 592	58	1 191 609 915	24	1 499 233 089	42	1 529 860 597	21	364 021 844	51
32. Köln	25 277 261	49	138 340	00	3 710 961	26	289 442 070	70	381 859 260	19	390 344 500	00	103 479 619	73
33. Trier	1 256 195	89	124 509	00	7 642 935	49	169 170 516	77	214 295 187	39	219 217 750	00	47 548 319	97
34. Aachen	3 789 084	76	608 900	00	955 956	29	213 939 971	69	260 101 466	44	265 688 500	49	24 123 089	22
35. Sigmaringen	341 049	88	—	—	184 828	92	17 707 553	35	23 750 065	10	24 662 300	00	3 051 806	26
Noch: Die Arten der														
1. Städtische Sparkassen	226 707 691	11	14 714 742	61	78 223 502	12	5 049 769 757	48	6 417 804 198	68	6 606 008 062	99	741 398 156	55
2. Landgemeinde-usw. Spark.	19 536 786	50	1 548 506	50	27 730 240	42	602 206 408	60	741 449 248	33	761 058 005	81	137 812 027	10
3. Kreis- u. Amts-Sparkassen	136 565 903	69	8 020 578	16	54 756 774	83	3 135 959 882	61	3 967 434 105	25	4 077 454 378	67	675 796 144	69
4. Provinzial- u. ständ. Spark.	20 069 454	72	—	—	2 178 338	22	318 092 589	92	395 489 284	90	408 752 118	38	115 450 310	77
5. Sonstige öffentliche Spark.	1 984 886	02	76 949	30	10 960 152	79	252 158 259	14	302 850 121	93	316 252 572	00	27 643 145	77
Summe 1920	**404 864 722**	**04**	**24 360 776**	**57**	**173 849 008**	**38**	**9 358 186 897**	**75**	**11 825 026 959**	**09**	**12 169 525 137**	**85**	**1 698 099 784**	**87**
Dagegen in den Jahren:														
1919	275 102 485	92	12 846 424	64	122 373 195	61	9 547 935 146	47	11 978 304 572	00	12 283 483 751	43	1 354 379 057	78
1918	197 755 849	21	13 691 015	78	128 864 435	32	10 719 781 965	86	11 153 132 957	58	11 406 581 396	53	1 103 582 172	71
1917	155 754 449	67	14 402 439	60	151 875 097	89	7 794 044 429	97	8 173 880 101	13	8 341 105 186	99	523 104 386	73
1916	120 325 061	19	16 389 231	58	166 226 218	42	5 406 483 224	22	5 752 278 469	34	5 874 874 143	24	306 406 624	77
1915	121 312 184	04	17 480 640	93	186 268 243	79	4 075 378 412	65	4 386 459 468	29	4 460 189 934	62	229 319 819	05
1914	115 423 359	60	18 975 986	22	194 505 068	24	3 481 943 218	68	3 796 148 311	46	3 858 064 005	40	181 444 009	55
1913	121 442 270	21	16 324 731	16	191 948 624	09	2 971 788 358	14	3 303 058 463	71	3 345 438 012	24	184 287 753	02
1912	110 449 516	73	17 704 524	50	185 534 201	83	2 833 027 040	15	3 115 393 918	04	3 144 553 041	68	134 123 238	95
1911	106 208 223	98	17 345 422	71	177 978 616	40	2 830 350 794	23	3 027 664 897	50	3 053 046 321	09	118 040 089	06
1910	105 658 936	25	15 867 658	78	170 465 970	87	2 738 561 104	29	2 894 202 110	51	2 918 658 716	16	130 365 868	69
1909	109 954 948	74	15 369 600	59	161 803 426	63	2 601 326 037	32	2 779 076 152	55	2 772 440 529	27	93 535 715	85
1908	102 268 050	80	13 075 836	06	157 694 928	96	2 385 492 053	57	2 518 904 257	59	2 535 943 019	74	85 502 147	91
1907	98 428 382	53	12 505 614	50	156 807 339	86	2 261 937 684	50	2 425 322 171	48	2 446 603 907	25	89 774 408	80
1906	94 984 772	21	13 589 814	14	155 147 837	57	2 313 333 773	09	2 402 962 541	62	2 412 303 978	52	84 622 029	03

angelegt: zusammen (Inhaberpapiere nach Spalte 42 eingestellt) ℳ	Pf.	dabei in Schuldverschreibungen (Nennwert): des Deutschen Reiches ℳ	dabei in Schuldverschreibungen (Nennwert): Preußens ℳ	Pf.	Anzahl der am Schlusse des Rechnungsjahres im Besitze der Sparkassen befindlichen Grundstücke aus Zwangsversteigerungen	Anzahl: davon im Berichtsjahre erworben	Hypothekarisch darauf (Spalte 49) haftende Sparkassengelder ℳ	Pf.	Verlust an Zins, Kapital und Kosten bei Wiederveräußerung in der Zwangsversteigerung übernommener Grundstücke im Berichtsjahre ℳ	Pf.	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen einschl. der täglich ohne Kündigung abrufbaren Guthaben am Schlusse des Rechnungsjahres ℳ	Pf.	Wiederholung der Spalte 1
46		47	48		49	50	51		52		53		
überhaupt.													
336 980 540	49	98 548 200	14 412 950	00	1	—	10 000	00	—	—	36 516 699	98	1.
162 465 757	18	30 557 700	2 713 000	00	—	—	—	—	—	—	2 652 323	80	2.
145 714 626	15	35 893 500	2 841 400	00	—	—	—	—	—	—	7 517 812	66	3.
172 763 213	55	54 839 900	3 308 175	00	—	—	—	—	—	—	4 832 930	15	4.
1 130 876 822	52	357 749 600	86 036 650	00	—	—	—	—	—	—	78 277 960	99	5.
1 000 479 023	79	290 619 300	73 253 200	00	1	—	18 000	00	—	—	98 344 731	69	6.
1 926 744 724	02	520 027 200	120 543 250	00	1	—	80 000	00	—	—	116 258 286	45	7.
746 903 843	84	194 266 600	41 618 850	00	11	—	292 100	00	—	—	60 058 291	65	8.
570 644 636	27	182 760 600	20 814 750	00	1	—	210 000	00	—	—	40 407 769	60	9.
146 078 645	06	21 269 500	7 465 400	00	—	—	—	—	—	—	5 151 674	07	10.
173 215 814	54	47 319 800	6 166 450	00	—	—	—	—	—	—	15 071 011	18	11.
980 188 446	82	230 589 900	58 121 800	00	—	—	—	—	—	—	66 064 491	43	12.
773 884 716	85	243 768 500	35 208 350	00	1	—	22 600	00	—	—	46 135 568	97	13.
461 272 063	81	197 947 400	30 065 150	00	1	—	52 000	00	—	—	41 736 149	60	14.
792 350 976	24	304 062 500	55 991 775	00	—	—	—	—	—	—	27 583 955	32	15.
1 024 860 879	47	321 140 800	83 510 150	00	5	—	191 059	21	—	—	39 287 261	21	16.
393 184 545	97	131 845 100	23 841 950	00	—	—	—	—	—	—	9 890 664	30	17.
1 617 354 416	53	377 058 000	39 088 950	00	6	—	135 478	10	4 950	00	74 592 394	46	18.
1 010 919 260	08	192 202 500	33 005 400	00	1	—	13 200	00	—	—	42 156 556	13	19.
615 451 715	85	198 000 300	19 452 250	00	—	—	—	—	—	—	16 065 658	09	20.
780 116 922	81	269 064 800	18 937 900	00	1	—	660	50	—	—	17 472 909	80	21.
566 735 147	56	238 237 700	15 332 700	00	3	—	39 510	00	—	—	23 798 571	71	22.
432 421 965	08	146 371 600	9 257 650	00	1	—	35 829	04	344	38	13 422 864	70	23.
219 973 302	05	51 141 400	9 527 244	48	—	—	—	—	—	—	6 505 528	45	24.
1 160 799 110	06	365 151 000	38 348 200	00	9	—	298 273	93	—	—	53 573 041	64	25.
896 810 052	69	281 662 400	33 258 350	00	1	1	26 000	00	—	—	31 678 543	63	26.
3 075 196 141	72	939 752 000	95 523 925	00	33	1	1 148 489	82	1 688	35	134 815 556	06	27.
640 430 449	08	211 381 000	27 130 900	00	1	—	600	00	—	—	21 039 040	24	28.
1 077 181 051	50	190 632 700	30 556 900	00	4	—	109 857	01	—	—	22 047 090	23	29.
684 332 856	95	260 672 000	22 192 100	00	10	—	326 780	34	—	—	28 275 136	24	30.
3 709 693 461	87	1 198 059 900	147 367 650	00	78	—	1 952 917	09	2 565	72	61 077 443	18	31.
1 553 714 387	93	258 204 600	72 737 000	00	6	—	116 976	68	—	—	53 052 058	24	32.
670 466 295	91	161 583 200	24 664 550	00	12	1	413 191	92	86	03	37 085 589	46	33.
641 254 706	20	177 404 000	36 207 050	00	4	—	129 235	61	—	—	6 868 981	86	34.
59 121 336	80	11 668 500	5 314 600	00	—	—	—	—	—	—	4 881 684	86	35.
Sparkassen.													
16 339 048 828	81	4 657 984 400	764 529 321	48	112	2	3 523 288	33	2 910	10	741 196 789	91	1.
1 910 664 135	50	624 173 300	47 336 498	00	33	—	771 598	55	—	—	86 313 884	53	2.
10 192 185 284	78	3 079 076 100	429 895 350	00	41	1	1 172 373	36	1 774	38	469 528 141	21	3.
1 097 316 873	40	222 840 200	50 202 350	00	2	—	61 700	00	—	—	33 441 576	05	4.
811 366 734	75	207 379 700	51 853 050	00	4	—	93 799	01	4 950	00	13 715 840	33	5.
30 350 581 857	**24**	**8 791 453 700**	**1 343 816 569**	**48**	**192**	**3**	**5 622 759**	**25**	**9 634**	**48**	**1 344 196 232**	**03**	**1920**
24 971 030 818	69	8 902 801 200	1 283 601 453	48	381	13	10 248 813	16	183 853	60	856 845 415	68	1919
23 865 345 612	80	8 584 300 500	1 246 518 918	68	829	21	21 382 702	54	118 571	41	567 300 698	92	1918
20 038 194 538	43	5 367 871 700	1 331 806 225	95	1 097	73	28 177 312	69	160 370	33	362 492 031	25	1917
17 001 832 197	32	2 853 146 300	1 339 039 774	30	1 128	102	28 915 295	92	80 776	60	223 498 121	95	1916
15 480 130 537	93	1 397 025 400	1 362 074 796	98	1 078	121	27 760 782	34	26 022	77	180 648 858	25	1915
14 521 467 983	70	752 716 300	1 368 455 645	22	1 012	141	25 652 533	64	193 686	65	186 773 705	15	1914
13 600 625 338	59	399 925 300	1 262 214 930	82	959	197	24 674 779	46	184 264	51	165 115 521	23	1913
12 931 985 321	74	358 801 800	1 085 594 815	86	948	170	23 470 473	40	237 471	90	153 017 121	50	1912
12 258 347 123	38	341 685 200	1 014 928 852	60	889	135	22 213 387	92	133 130	25	164 902 888	19	1911
11 588 948 063	77	301 315 300	960 958 854	60	863	133	21 807 371	08	101 854	39	140 131 292	38	1910
10 765 319 076	27	259 151 100	903 729 979	60	827	166	20 412 257	24	118 423	95	139 344 025	76	1909
10 001 268 958	68	229 003 175	796 092 852	60	753	186	18 100 398	88	87 276	58	124 014 685	43	1908
9 490 730 035	01	222 200 900	733 868 875	00	644	193	14 753 064	51	276 974	56	119 290 130	82	1907
9 180 826 584	34	213 548 800	713 851 800	00	520	151	12 210 252	78	294 022	81	116 411 012	81	1906

[Fortsetzung des Textes von Seite 347.]

bezw. 1886 und 1887 (1 334 und 1 340 Kassen mit 2 470,44 Millionen *M* und 2672,60 Millionen *M*). Die Wertverminderung betrug 1920 gegen das vorhergehende Geschäftsjahr unter Zugrundelegung der Auslandsbewertung der Reichsmark rund 486 Millionen *M* oder 22,5 %, nach dem Inlandswerte jedoch 1 052 Millionen *M* oder 28,4 %.

Der Einlagenbestand von 29,6 Milliarden Papiermark verteilt sich, wie aus der Tabelle c auf Seite 347 hervorgeht, recht ungleichmäßig auf die preußischen Landesteile. Diese Ungleichmäßigkeit findet keine genügende Erklärung in der verschiedenen Bevölkerungszahl, wie eine Gegenüberstellung der einzelnen Provinzen und Verwaltungsbezirke mit ihren Bevölkerungszahlen hinreichend zeigen würde. Ostpreußen weist beispielsweise fast 1/3 der Einwohnerzahl der Rheinprovinz auf, aber noch nicht einmal den neunten Teil des rheinländischen Einlagebetrages. Wie schon seit Jahren nahmen die Sparkassen der Rheinlande diesmal mit 6,8 Milliarden *M* am Schlusse des Berichtsjahres eine bevorzugte Stellung ein. Hohe Einlagenbestände wiesen auch noch Westfalen mit 4,9, Hannover mit 3,6, Sachsen mit 2,3 und Brandenburg mit 2,2 Milliarden *M* auf. Unter 1 Milliarde *M* lag der Einlagenbetrag Ende 1920, abgesehen von der Grenzmark Posen-Westpreußen (178,6 Millionen *M*) und den Hohenzollernschen Landen (60,7 Millionen *M*), nur in Oberschlesien mit 435,7 Millionen *M* und in Ostpreußen mit 748,6 Millionen *M*. Bei den Regierungsbezirken standen Düsseldorf mit 3,4 Milliarden *M* und Arnsberg mit 2,8 Milliarden *M* an der Spitze. Über 1 Milliarde *M* Einlagen besaßen ferner außer Groß-Berlin sieben Bezirke, nämlich Schleswig, Köln, Potsdam, Münster, Merseburg, Frankfurt und Hannover. Mit einem Einlagebestand von unter 100 Millionen *M* steht Sigmaringen allein da. Weniger als 200 Millionen *M* kamen noch in Aurich, Schneidemühl, Stralsund, Gumbinnen, Westpreußen und Allenstein vor.

Ein zuverlässigeres Urteil über die Bedeutung der Sparkassen in den einzelnen Provinzen und Regierungsbezirken erhält man durch Vergleichung der Kopfquoten. Mit dem Wachstum der Einlagen, war naturgemäß auch der Durchschnitt der auf den Kopf der fortgeschriebenen Bevölkerung entfallenden Spareinlagen gestiegen.

In Preußen kamen nach Spalte 3 und 4 der Tabelle c auf Seite 347 im Jahre 1919 658,24 *M*, im Berichtsjahre 1920 dagegen 780,92 *M* auf den Einwohner. Der Kopfbetrag hat sich demnach gegen das Vorjahr um 122,68 *M* erhöht. Unter den Provinzen standen die beiden Bauernprovinzen Hannover (1 173,17 *M*) und Schleswig-Holstein (1 084,02 *M*) sowie das industrielle Westfalen (1 068,21 *M*) wie immer mit ansehnlichen Kopfquoten — diesmal von über 1000 *M* — an der Spitze. Hohe Beträge wiesen außerdem auch die Rheinprovinz (923,22 *M*) und Brandenburg (905,78 *M*) auf, während sonst nur noch die Quoten der Hohenzollernschen Lande (859,03 *M*) und des agrarischen Pommern (824,87 *M*) über dem Staatsdurchschnitte lagen. Die niedrigsten Kopfbeträge entfielen auf Oberschlesien (189,32 *M*), Ostpreußen (334,10 *M*) und Groß-Berlin (492,32 *M*). In den westlichen Landesteilen hat die Zunahme der Kopfquote außer in Sachsen überall eine ziemlich erhebliche Erhöhung erfahren; im Osten lag die Zunahme des auf den Kopf der Bevölkerung berechneten Einlagebestandes nur in Pommern über der staatlichen Durchschnittszahl. Am stärksten hat die Quote in den Hohenzollernschen Landen (191,47 *M*) und in Hannover (181,50 *M*), am schwächsten hingegen in Oberschlesien (18,22 *M*), Ostpreußen (44,52 *M*) und Groß-Berlin (63,15 *M*) zugenommen.

Da der Inlandswert der Einlagenbestände 1919 und 1920 ungefähr 15 % bezw. 9 %, ihr Auslandswert jedoch nur 8,73 % bezw. 5,67 % des in Papiermark ausgedrückten Nennwertes ausmachte, fallen die hohen Spareinlagebeträge völlig in sich zusammen, wenn man sie entsprechend umrechnet.

Es betrugen nämlich

in	der Einlagebestand nach dem Inlandswerte am Schluße des Rechnungsjahres 1920 1 000 *M*	der Einlagebestand nach dem Inlandswerte am Schluße des Rechnungsjahres 1919 1 000 *M*	der Einlagebestand nach dem Auslandswerte am Schluße des Rechnungsjahres 1920 1 000 *M*	der Einlagebestand nach dem Auslandswerte am Schluße des Rechnungsjahres 1919 1 000 *M*
dem Freistaat Preußen	**2 659 656**	**3 712 246**	**1 674 696**	**2 160 527**
Ostpreußen	67 374	96 949	42 423	56 425
Brandenburg	199 499	285 984	125 618	166 443
Groß-Berlin	169 002	245 652	106 415	142 969
Pommern	133 404	187 807	84 000	109 304
d. Grenzm. Posen-Westpr.	16 077	20 926	10 123	12 179
Niederschlesien	161 412	218 093	101 635	126 930
Oberschlesien	39 213	58 702	24 691	34 165
Sachsen	210 200	303 249	132 356	176 491
Schleswig-Holstein	142 764	205 358	89 894	119 518
Hannover	319 709	449 039	201 310	261 341
Westfalen	436 661	609 502	274 951	354 730
Hessen-Nassau	143 839	193 537	90 570	112 638
der Rheinprovinz	615 035	830 364	387 267	483 272
d. Hohenzollern. Landen	5 467	7 084	3 442	4 123.

Die vorstehende Übersicht bringt für die einzelnen preußischen Landesteile überhaupt recht deutlich zum Ausdruck, wie stark die innere Kraft der Spareinlagebestände von 1919 auf 1920 durch die fortschreitende Geldentwertung ausgehöhlt worden ist. Sie zeigt aber auch, daß der Auslandswert der Spareinlagebeträge im Jahre 1920 gegen das Vorjahr langsamer zurückgegangen ist als der Inlandswert. Diese Tatsache ist unschwer mit der großen Spannung zwischen Auslands- und Inlandsbewertung der Reichsmark zu Ende 1919 und ihrer bis zum Schlusse des Folgejahres entsprechend rascher gesunkenen Kaufkraft im Inlande zu erklären.

Ferner belief sich Ende 1920 gegen Ende 1919

in	die Zunahme des Einlagebestandes in Tausend *M*	die Zunahme des Einlagebestandes in Hundertteilen	der Rückgang des Inlandswerts des Einlagebestandes in Tausend *M*	der Rückgang des Inlandswerts des Einlagebestandes in Hundertteilen	der Rückgang des Auslandswerts des Einlagebestandes in Tausend *M*	der Rückgang des Auslandswerts des Einlagebestandes in Hundertteilen
dem Freistaate Preußen	**4 803 423**	**19,4**	**1 052 590**	**28,35**	**485 831**	**22,49**
Ostpreußen	102 272	15,82	29 575	30,51	14 002	24,82
Brandenburg	310 097	16,27	86 485	30,24	40 825	24,53
Groß-Berliu	240 124	14,63	76 650	31,20	36 554	25,57
Pommern	230 216	18,39	54 403	28,97	25 304	23,15
der Grenzmark Posen-Westpreuß.	39 124	28,01	4 849	23,17	2 056	16,88
Niederschlesien	339 508	23,35	56 681	25,99	25 295	19,93
Oberschlesien	44 352	11,33	19 489	33,20	9 474	27,73
Sachsen	313 893	15,53	93 049	30,68	44 135	25,01
Schleswig-Holstein	217 212	15,87	62 594	30,48	29 624	24,79
Hannover	558 733	18,66	129 330	28,80	60 031	22,97
Westfalen	788 450	19,40	172 841	28,36	79 779	22,49
Hessen-Nassau	307 962	23,87	49 698	25,68	22 068	19,59
der Rheinprovinz	1 297 959	23,48	215 329	25,93	96 005	19,87
den Hohenzollernschen Landen	13 522	28,63	1 617	22,83	681	16,52.

In den Provinzen mit bedeutenden Einlagebeständen, wie in den Rheinlanden, Westfalen und Hannover, mußten sich hohe Beträge für die absolute Abnahme des Inlands- und Auslandswertes der Einlagen ergeben. Ebenso klar ist es, daß die verhältnismäßige Verminderung der Spareinlagensubstanz überall dort stärker als im Gesamtstaate in Erscheinung treten mußte, wo die prozentuale Vermehrung der Papiermarkeinlagen von 1919 auf 1920 hinter dem Staatsdurchschnitte zurückblieb. Die höchsten relativen Wertverluste gegenüber dem Vorjahre erlitten die Spareinlage-

bestände in Oberschlesien (33,2 bezw. 27,7 %) und Groß-Berlin (31,2 bezw. 25,6 %), die geringsten dagegen in den Hohenzollernschen Landen (22,8 bezw. 16,5 %) und der Grenzmark Posen-Westpreußen (23,2 bezw. 16,9 %). Um mehr als 30 % hatte sich die Inlandsbewertung der Einlagen außerdem in Sachsen (30,7 %), Ostpreußen (30,5 %), Schleswig-Holstein (30,5 %) und Brandenburg (30,2 %) vermindert.

Einen tieferen Einblick in die Wirkung dieser Wertverhältnisse gewinnt man noch durch Vergleichung der entsprechenden Kopfquoten.

Auf den Kopf der fortgeschriebenen Bevölkerung berechnet, entfielen am Schlusse des Geschäftsjahres

in	Einlagen nach dem Inlandswerte 1920	1919	1920 weniger als 1919	Einlagen nach dem Auslandswerte 1920	1919	1920 weniger als 1919
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
dem Freistaate Preußen . .	70,28	98,47	28,19	44,25	57,31	13,06
Ostpreußen	30,07	43,45	13,38	18,93	25,29	6,36
Brandenburg	81,52	116,92	35,40	51,33	68,05	16,72
Groß-Berlin	44,31	64,35	20,24	27,90	37,57	9,67
Pommern	74,24	104,98	30,74	46,75	61,10	14,35
der Grenzmark Posen-Westpreußen	48,25	63,93	15,08	30,76	37,21	6,45
Niederschlesien	54,08	72,99	18,96	34,02	42,48	8,46
Oberschlesien	17,01	25,66	8,62	10,78	14,91	4,21
Sachsen	67,04	96,87	29,83	42,22	56,38	14,16
Schleswig-Holstein	97,56	140,43	42,87	61,43	81,73	20,30
Hannover	105,59	148,72	43,13	66,48	86,55	20,07
Westfalen	96,14	135,50	39,36	60,54	78,86	18,32
Hessen-Nassau	63,06	85,07	22,01	39,71	49,51	9,80
der Rheinprovinz	83,09	112,71	29,62	52,32	65,60	13,28
den Hohenzollern. Landen .	77,31	100,14	22,83	48,68	58,28	9,60.

In Preußen kamen am Schlusse des Berichtsjahres 780,92 Papiermark — die aber gemessen an ihrer Kaufkraft des Inlands- und Auslandswertes nur 70,28 bezw. 44,25 Friedensmark wert waren — auf den Einwohner gegen 658,24 Papiermark mit einem Inlandswerte von 98,47 Friedensmark und einem Auslandswerte von 57,31 Friedensmark im Vorjahre. Dementsprechend hatte sich zwar die Kopfquote nach ihrem Nennwerte erheblich erhöht, unter Berücksichtigung der Inlands- und Auslandsbewertung der Reichsmark aber um 28,19 bezw. 13,06 ℳ verringert. Die wirtschaftliche Kraft der drei höchsten Kopfbeträge von 1 173,17 ℳ (Hannover), 1 084,02 ℳ (Schleswig-Holstein) und 1 068,21 ℳ (Westfalen) war nach diesen Werten auf 105,59 bezw. 66,48 ℳ, 97,56 bezw. 61,43 ℳ und 96,14 bezw. 60,54 ℳ, diejenige der drei niedrigsten Quoten von 189,32 ℳ (Oberschlesien), 334,10 ℳ (Ostpreußen) und 492,32 ℳ (Groß-Berlin) hingegen auf 17,04 bezw. 10,73 ℳ, 30,07 bezw. 18,93 ℳ und 44,31 bezw. 27,90 ℳ zusammengeschrumpft.

In der nebenstehenden Tabelle d ist die Höhe der Spareinlagen bei den eigenen Sparkassen der Städte mit mindestens 50 000 Einwohnern wiedergegeben worden. Nach Aufsaugung der früheren Vorortssparkassen nahm die Berliner städtische Sparkasse mit rund 1,9 Milliarden ℳ Einlagen am Schlusse des Geschäftsjahres 1920 unter diesen 51 Sparkassen eine überragende Stellung ein. Über einen ansehnlichen Einlagebestand von mehr als $^3/_5$ bezw. über $^3/_{10}$ Milliarden ℳ verfügten die städtischen Sparkassen von Köln bezw. Hannover. Außerdem überschritt der Spareinlagebetrag bei zwei weiteren Kassen 250 bei den 4 folgenden 200 Millionen ℳ, ferner bei einer 150 Millionen ℳ und bei 8 den Stand von 100 Millionen ℳ. Die Stadtsparkasse von Osnabrück besaß Ende 1920 gerade 100 Millionen ℳ Einlagen. 17 städtische Sparkassen hatten zwischen 50 und 100 Millionen ℳ, 11 zwischen 30 und 50 Millionen ℳ und schließlich 4 zwischen 10 und 30 Millionen ℳ Spareinlagen. Drei dieser Städte haben überhaupt noch keine eigene Sparanstalt gegründet, da ihnen andere Einrichtungen, wie z. B. in Wiesbaden die bedeutende kommunalständische Nassauische Sparkasse, einen vollwertigen Ersatz boten. Während sich der Spareinlagebestand bei den übrigen Stadtsparkassen gegen Ende 1919 mehr oder weniger stark erhöht hatte, ist er in Beuthen O. S. etwas, und zwar um 0,11 Millionen ℳ oder um 0,5 % zurückgegangen. Die gleichen Zahlen beider Jahre für Halle und Saarbrücken

Höhe der Spareinlagen der eigenen Sparkassen und Zahl der anderen Sparkassen in den Städten mit mindestens 50 000 Einwohnern.

(Tab. d)

Namen der Städte	Einwohnerzahl am 8. Oktober 1919 [1])	Höhe der Spareinlagen der eigenen Sparkasse am Schlusse des Rechnungsjahres: 1919 überhaupt Mill. ℳ	1920 überhaupt Mill. ℳ	1920 auf den Kopf der Bevölkerung ℳ	Zahl der sonstigen in der Stadt befindlichen Sparkassen
1	2	3	4	5	6
1. Berlin	3 803 770	1 621,59	1 864,58	490,19	3
2. Köln	633 904	439,00	614,08	968,73	2
3. Breslau	528 260	207,98	281,46	532,81	1
4. Essen	439 257	201,08	231,41	526,83	1
5. Frankfurt a/M. .	433 002	77,73	122,97	284,01	1
6. Düsseldorf	407 338	191,15	230,37	565,54	1
7. Hannover	[2]) 392 805	[2]) 265,98	[2]) 318,35	810,46	3
8. Dortmund.	295 026	214,52	287,61	974,87	1
9. Magdeburg	285 856	218,20	230,94	807,90	—
10. Königsberg i. Pr.	260 895	130,40	142,33	545,54	1
11. Duisburg	244 302	102,74	129,85	531,51	—
12. Stettin	232 726	188,80	219,50	943,18	1
13. Kiel	205 330	126,53	155,43	756,98	—
14. Halle a/S.	182 326	100,12	100,12	549,10	1
15. Altona.	168 729	24,42	30,75	182,25	1
16. Gelsenkirchen . .	168 557	72,07	89,11	528,68	—
17. Cassel.	162 391	69,19	81,02	498,90	1
18. Elberfeld	157 218	117,28	131,60	837,07	—
19. Barmen	156 326	56,95	70,28	449,57	—
20. Aachen	145 748	102,14	125,16	858,76	2
21. Bochum	142 760	88,91	113,44	794,59	1
22. Erfurt.	129 646	72,93	87,96	678,47	1
23. Mülheim a. d. Ruhr	127 027	78,80	90,58	713,07	—
24. Crefeld	124 325	62,61	83,97	675,41	1
25. Hamborn	110 102	27,37	31,39	285,12	—
26. Saarbrücken . . .	[3]) 105 089	46,02	46,02	437,93	1
27. Münster i. W. . .	100 452	105,39	115,98	1 154,56	1
28. Oberhausen. . . .	98 677	37,96	46,22	468,36	—
29. Wiesbaden	97 566	[4]) —	[4]) —	—	1
30. Hagen (Westf.) .	92 862	69,28	80,94	871,58	—
31. Bonn	91 410	66,19	78,47	858,39	1
32. Buer	88 668	[5]) —	[5]) —	—	—
33. Osnabrück	85 017	96,76	100,00	1 176,24	1
34. Görlitz	80 332	55,86	71,10	885,12	1
35. Bielefeld	79 049	61,48	82,01	1 037,84	1
36. Königshütte O. S.	74 811	10,31	11,84	158,32	—
37. Remscheid	72 568	51,53	64,86	893,84	—
38. Beuthen O. S. . .	71 187	22,08	21,97	308,56	1
39. Bottrop	71 139	23,66	31,84	447,56	—
40. Liegnitz	70 337	27,71	35,27	501,19	1
41. Gleiwitz	69 028	11,60	14,49	209,91	1
42. Elbing	67 125	33,59	43,62	649,86	1
43. Harburg	65 933	30,32	36,01	546,12	1
44. Frankfurt a. O. .	65 055	73,08	84,53	1 299,31	—
45. Herne	64 118	[6]) —	[6]) —	—	—
46. München Gladbach	64 031	58,77	85,05	1 328,23	1
47. Flensburg	60 941	32,93	41,36	678,67	1
48. Recklinghausen .	60 626	40,53	43,50	717,47	1
49. Potsdam	58 397	63,27	92,48	1 583,67	—
50. Coblenz	56 676	61,33	78,48	1 384,71	1
51. Hildesheim	53 499	43,13	51,56	963,85	1
52. Trier	53 248	56,11	66,44	1 247,72	1
53. Brandenburg (Hav.)	52 972	36,54	42,70	806,11	—
54. Gladbeck	52 834	12,07	15,52	293,75	—

[1]) unter Berücksichtigung der bis zum 31. Dezember 1920 durch Ein- und Umgemeindungen herbeigeführten Verschiebungen. — [2]) ausschließlich der Sparkasse der Kapitalversicherungs-Anstalt zu Hannover, die von der Stadt nur garantiert wird, aber einschl. der Sparkasse des früheren Stadtkreises Linden, der vom 1. Januar 1920 ab mit dem Stadtkreis Hannover vereinigt ist. — [3]) In Saarbrücken hat am 8. Oktober 1919 eine Volkszählung nicht stattgefunden; es ist daher die Einwohnerzahl der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 eingestellt. — [4]) Wiesbaden hat keine eigene Sparkasse, doch befindet sich daselbst die kommunalständische Nassauische Sparkasse, die in Wiesbaden 8 Annahmestellen unterhält. — [5]) Buer hat keine eigene Sparkasse, aber mit der Gemeinde Westerholt zusammen eine Sparkasse, die im Jahre 1874 gegründet ist. — [6]) Herne hat keine eigene Sparkasse, aber mit dem Amte Bladenhorst zusammen eine Sparkasse, die im Jahre 1866 gegründet ist.

Die preußischen Sparkassen nach der Höhe ihres Gesamtbestandes an Einlagen im Jahre 1920.

(Tab. e)

Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	Sparkassen überhaupt	Sparkassen mit einem Einlagebestande von					
		über 100 Mill. M	über 30 bis 100 Mill. M	über 10 bis 30 Mill. M	über 3 bis 10 Mill. M	über 1 bis 3 Mill. M	1 Mill. M u. darunter
1	2	3	4	5	6	7	8
A. Staat	**1 572**	**33**	**191**	**523**	**494**	**229**	**102**
B. Provinzen.							
I. Ostpreußen . . .	77	1	3	17	32	11	13
II. Brandenburg . .	115	3	13	45	39	14	1
III. Stadt Berlin . . .	2	1	—	1	—	—	—
IV. Pommern	95	2	10	29	34	11	9
V. Grenzmark Posen-Westpreußen . .	20	—	2	5	6	7	—
VI. Niederschlesien .	141	2	7	41	53	28	10
VII. Oberschlesien . .	52	—	—	18	15	10	9
VIII. Sachsen	146	2	21	41	46	29	7
IX. Schlesw.-Holstein	218	2	7	31	64	71	43
X. Hannover	180	3	26	86	52	12	1
XI. Westfalen	216	5	41	94	64	11	1
XII. Hessen-Nassau .	84	3	2	27	40	5	7
XIII. Rheinprovinz . .	225	9	58	88	49	20	1
XIV. Hohenzoll. Lande	1	—	1	—	—	—	—
C. Regierungsbezirke.							
1. Königsberg	29	1	1	3	13	8	3
2. Gumbinnen	15	—	—	8	5	1	1
3. Allenstein	22	—	—	3	11	1	7
4. Westpreußen . . .	11	—	2	3	3	1	2
5. Potsdam	56	2	7	19	21	7	—
6. Frankfurt	59	1	6	26	18	7	1
7. Berlin	2	1	—	1	—	—	—
8. Stettin	46	2	2	14	18	6	4
9. Köslin	34	—	7	10	13	4	—
10. Stralsund	15	—	1	5	3	1	5
11. Schneidemühl . . .	20	—	2	5	6	7	—
12. Breslau	80	1	2	24	29	17	7
13. Liegnitz	61	1	5	17	24	11	3
14. Oppeln	52	—	—	18	15	10	9
15. Magdeburg	49	1	6	14	19	7	2
16. Merseburg	75	1	11	19	20	19	5
17. Erfurt	22	—	4	8	7	3	—
18. Schleswig	218	2	7	31	64	71	43
19. Hannover	30	2	8	11	9	—	—
20. Hildesheim	36	—	5	18	8	4	1
21. Lüneburg	31	—	7	20	3	1	—
22. Stade	42	—	3	19	19	1	—
23. Osnabrück	28	1	2	11	11	3	—
24. Aurich	13	—	1	7	2	3	—
25. Münster	48	2	8	28	10	—	—
26. Minden	46	1	8	14	19	3	1
27. Arnsberg	122	2	25	52	35	8	—
28. Cassel	59	—	2	23	29	5	—
29. Wiesbaden	25	3	—	4	11	—	7
30. Coblenz	27	—	9	14	3	1	—
31. Düsseldorf	134	5	28	48	36	16	1
32. Köln	31	2	9	13	7	—	—
33. Trier	18	—	10	5	1	2	—
34. Aachen	15	2	2	8	2	1	—
35. Sigmaringen	1	—	1	—	—	—	—

beruhten dagegen nur auf der Einsetzung der gleichen Zahlen für 1920 und 1919, weil neueres Material noch nicht vorhanden war.

Den größten Kopfbetrag wies die städtische Sparkasse zu Potsdam mit 1 583,67 M, den kleinsten die Stadtsparkasse von Königshütte O. S. mit 158,32 M auf.

Die nebenstehende Tabelle e stellt eine Schichtung der preußischen Sparkassen nach der Höhe ihres Gesamtbestandes an Einlagen im Jahre 1920 für den Staat, die Provinzen und Regierungsbezirke unter Einteilung in sechs Größenklassen dar. Ihr Kopf würde in den Spalten 3 bis 8 wesentliche Veränderungen erfahren, wenn man die veränderte Kaufkraft der deutschen Mark berücksichtigen wollte. Es würden sich dann folgende Größengruppen ergeben:

I. nach dem Inlandswerte des Einlagebestandes	II. nach dem Auslandswerte des Einlagebestandes
a) über 9 Millionen M	a) über 5,667 Millionen M
b) „ 2,7 bis 9 Millionen M	b) „ 1 700 100 M bis 5,667 Mill. M
c) „ 900 000 M bis 2,7 Mill. M	c) „ 566 700 „ „ 1 700 100 „
d) „ 270 000 „ „ 900 000 „	d) „ 170 010 „ „ 566 700 „
e) „ 90 000 „ „ 270 000 „	e) „ 56 670 „ „ 170 010 „
f) 90 000 M und weniger	f) 56 670 M und weniger.

Selbst ohne die vorstehende Ergänzung des Tabellenkopfes gibt die Nachweisung wertvolle Aufschlüsse für die Beurteilung der Kassen in den einzelnen Landesteilen. Von den 1 572 von der Statistik erfaßten Sparkassen hatten nach der Tabelle e 102 oder 6,5 % einen Einlagebestand von 1 Million Papiermark und weniger, also mit einer Kaufkraft des Inlands- bezw. Auslandswertes von 90 000 bezw. 56 670 M und darunter, 229, d. h. 14,6 % von über 1 bis 3 Millionen Papiermark und 494 oder 31,4 % von über 3 bis 10 Millionen Papiermark. Hiernach gehören nach der Höhe der Gesamteinlagen über die Hälfte, nämlich 52,5 % zu den verhältnismäßig kleinen Sparkassen bis zu 10 Millionen Papiermark Einlagen mit einem Friedenswerte etwa bis zu 900 000 bezw. 566 700 M. Bei 523 Kassen oder ziemlich 1/3, nämlich 33,3 % der Gesamtzahl, bewegte sich der Einlagenbestand zwischen 10 und 30 Millionen Papiermark und bei 191 oder 12,2 % zwischen 30 und 100 Millionen Papiermark. Nach Umrechnung der Spareinlagebeträge auf ihren Inlands- und Auslandswert würden demnach die meisten, das sind 97,9 % der von der amtlichen Statistik erhobenen preußischen Sparkassen nur Einlagesubstanzen bis zu 9 bezw. bis zu 5,667 Millionen M und darunter aufweisen. Die Zahl der Kassen mit über 100 Millionen Papiermark betrug im Berichtsjahre 33 (= 2,1 %). Die meisten kleinen Sparkassen kamen in Schleswig-Holstein vor, die meisten großen hingegen waren in der Rheinprovinz und danach in Westfalen vorhanden.

Wie sich die Neueinlagen zu den Rückzahlungen im Jahre 1920 und im Jahre 1919 verhalten haben, veranschaulicht die folgende Übersicht. Es betrugen:

	die Neueinlagen einschließlich der zugeschriebenen Zinsen		die Rückzahlungen einschließlich der abgehobenen Zinsen		der Überschuß der Neueinlagen über die Rückzahlungen	
	1919 Mill. M	1920 Mill. M	1919 Mill. M	1920 Mill. M	1919 Mill. M	1920 Mill. M
I. Ostpreußen	605,97	768,58	511,78	666,31	94,19	102,27
II. Brandenburg	1 639,75	1 716,55	1 272,72	1 406,45	367,03	310,10
III. Stadt Berlin	1 330,61	1 422,42	1 039,28	1 182,30	291,33	240,12
IV. Pommern .	1 048,36	1 460,90	802,61	1 230,69	245,75	230,22
V. Grenzmark Posen-Westpr.	132,71	207,44	104,05	168,31	28,66	39,13
VI. Niederschl.	934,41	1 303,73	627,86	964,22	306,55	339,51
VII. Oberschles.	232,16	354,43	203,96	310,07	28,20	44,35
VIII. Sachsen . .	1 266,05	1 663,67	1 010,01	1 349,78	256,04	313,89
IX. Schleswig-Holstein . .	779,93	982,36	624,07	765,15	155,86	217,21
X. Hannover .	2 010,81	2 676,60	1 607,67	2 117,87	403,14	558,73
XI. Westfalen .	2 856,29	4 060,92	2 482,13	3 272,47	374,16	788,45
XII. Hessen-Nassau . .	750,28	1 096,45	521,38	788,49	228,90	307,96
XIII. Rheinprovinz	5 943,32	8 503,52	5 162,07	7 205,56	781,25	1 297,96
XIV. Hohenzoll. Lande . . .	17,97	23,90	8,51	10,37	9,46	13,52

Aus der vorstehenden Nachweisung geht hervor, daß der Umsatz der Sparkassen von 1919 bis 1920, also während eines einzigen Jahres, ziemlich beträchtlich gestiegen war. Diese Steigerung ist neben der erhöhten Spartätigkeit auf die zunehmende Abhängigkeit des Sparverkehrs von dem Auf- und Abstieg der wirtschaftlichen Konjunktur zurückzuführen. Eine Monatsstatistik über Ein- und Ausgänge der Sparkassen, von der man leider bisher aus verschiedenen Gründen abgesehen hat, könnte erst die letzteren Wechselbeziehungen deutlich aufdecken. Sie würde — wie ähnliche private Arbeiten — voraussichtlich den Beweis dafür erbringen, daß Sparkapitalien bei günstiger allgemeiner Geschäftslage aus den Kassen abflossen, in Zeiten ungünstiger Wirtschaftslage jedoch infolge ungenügender anderweitiger Verwendungsmöglichkeit um so reichlicher wieder zurückflossen. Während der Berichtszeit zeigten Neueinlagen und Auszahlungen in sämtlichen preußischen Landesteilen eine mehr oder weniger starke Aufwärtsbewegung. Sieht man von den Hohenzollernschen Landen ab, so hielten sich die Neueinzahlungen im Jahre 1920 nirgends unter 200 Millionen *M*. In den meisten, und zwar in 10 Provinzen bezifferten sie sich auf fast oder über 1 Milliarde *M*, darunter einmal auf 982,4 Millionen *M*, viermal auf 1 bis 1,5 Milliarden *M*, zweimal auf etwas über 1,5 Milliarden *M* und je einmal auf 2,7, 4,1 und 8,5 Milliarden *M*. Die Rückzahlungen überschritten den Stand von 1 Milliarde *M* nur in 7 Landesteilen, und zwar in Groß-Berlin (1,2), Pommern (1,2), Sachsen (1,35), Brandenburg (1,4), Hannover (2,1), Westfalen (3,3) und Rheinland (7,2). Niedrigere Beträge wiesen dagegen, wieder abgesehen von den Hohenzollernschen Landen, die Grenzmark Posen-Westpreußen (168,3 Millionen *M*), Oberschlesien (310,1 Millionen *M*) und vielleicht noch Ostpreußen (666,3 Millionen *M*) auf. Sehr bedeutend waren demnach die Neueinlagen sowie die Rückzahlungsbeträge während des Berichtsjahres vor allem im reichen Rheinland und in Westfalen.

Obwohl die preußischen Sparkassen während des Berichtsjahres 1920 sich im allgemeinen des Zuflusses neuer Einlagen kaum erwehren konnten, waren doch verschiedene Kassen vorhanden, deren Einlagebestand sich verkleinert hatte. Derartige Sparkassen bedürfen wegen der fortschreitenden Geldentwertung, zumal wenn sie nur geringe Gesamteinlagen haben und überdies noch viele Sparer mit kleinen Konten zu ihren Kunden zählen, ganz besonderer Aufmerksamkeit. Wie die nebenstehende Tabelle f zeigt, war die Zahl der Kassen mit verringertem Spareinlagebestande glücklicherweise von 85 im Jahre 1919 auf 42 im nächsten Jahre zurückgegangen. Sehr viel seltener als im Vorjahre kamen sie in den Regierungsbezirken Allenstein (3 gegen 12), Düsseldorf (5 gegen 17), Schneidemühl (1 gegen 3), Oppeln (6 gegen 12), Arnsberg (3 gegen 8) und Schleswig (10 gegen 17) vor. In beiden Jahren waren in je 18 Bezirken keine derartigen Kassen vorhanden, doch handelt es sich dabei nicht durchweg um die gleichen Regierungsbezirke. Schaltet man die sonstigen Sparkassen mit öffentlichem Charakter, d. h. also die Privatsparkassen aus, so ergibt sich, daß im Berichtsjahre 1920 nur 36 von Körperschaften des öffentlichen Rechts garantierte Kassen mit verkleinertem Einlagebestande zu verzeichnen waren gegenüber 76 im vorhergehenden Jahre.

Wie sich der auf den Kopf der fortgeschriebenen Bevölkerung berechnete Spareinlagebetrag gegen das Vorjahr recht beträchtlich erhöht hatte, so war auch der auf ein Sparbuch entfallende Durchschnittsbetrag in bemerkenswerter Weise gestiegen.

Nachweisung der Sparkassen mit verkleinertem Einlagebestande in den Jahren 1920 und 1919.

(Tab. f) Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	Sparkassen überhaupt				darunter von Körperschaften des öffentlichen Rechts garantierte Sparkassen			
	1920	1919	mit verkleinertem Einlagebestande		1920	1919	mit verkleinertem Einlagebestande	
			1920	1919			1920	1919
1	2	3	4	5	6	7	8	9
A. **Staat** . . .	1 572	1 558	42	85	1 503	1 489	36	76
B. Provinzen.								
I. Ostpreußen .	77	77	9	17	77	77	9	17
II. Brandenburg	115	113	1	2	115	113	1	2
III. Stadt Berlin	2	2	—	—	1	1	—	—
IV. Pommern . .	95	94	1	—	95	94	1	—
V. Grenzmark Posen-Westpr.	20	20	1	3	20	20	1	3
VI. Niederschles.	141	141	1	—	141	141	1	—
VII. Oberschlesien	52	52	6	12	52	52	6	12
VIII. Sachsen . . .	146	144	—	3	146	144	—	3
IX. Schleswig-Holst.	218	217	10	17	161	158	4	9
X. Hannover . .	180	178	1	3	179	178	1	3
XI. Westfalen .	216	215	5	9	216	215	5	9
XII. Hessen-Nassau	84	82	1	1	75	73	1	—
XIII. Rheinprovinz	225	222	6	18	224	222	6	18
XIV. Hohenzoll. Lande	1	1	—	—	1	1	—	—
C. Regierungsbezirke								
1. Königsberg . .	29	29	1	—	29	29	1	—
2. Gumbinnen . .	15	15	2	1	15	15	2	1
3. Allenstein . . .	22	22	3	12	22	22	3	12
4. Westpreußen .	11	11	3	4	11	11	3	4
5. Potsdam	56	56	1	—	56	56	1	—
6. Frankfurt . . .	59	57	—	2	59	57	—	2
7. Berlin	2	2	—	—	1	1	—	—
8. Stettin	46	45	1	—	46	45	1	—
9. Köslin	34	34	—	—	34	34	—	—
10. Stralsund . . .	15	15	—	—	15	15	—	—
11. Schneidemühl .	20	20	1	3	20	20	1	3
12. Breslau	80	80	—	—	80	80	—	—
13. Liegnitz	61	61	1	—	61	61	1	—
14. Oppeln	52	52	6	12	52	52	6	12
15. Magdeburg . .	49	48	—	1	49	48	—	1
16. Merseburg . .	75	74	—	—	75	74	—	—
17. Erfurt	22	22	—	2	22	22	—	2
18. Schleswig . . .	218	217	10	17	161	158	4	9
19. Hannover . . .	30	30	—	—	30	30	—	—
20. Hildesheim . .	36	36	—	1	36	36	—	1
21. Lüneburg . . .	31	31	—	1	31	31	—	1
22. Stade	42	41	1	—	42	41	1	—
23. Osnabrück . .	28	28	—	—	27	28	—	—
24. Aurich	13	12	—	1	13	12	—	1
25. Münster	48	48	1	—	48	48	1	—
26. Minden	46	45	1	1	46	45	1	1
27. Arnsberg . . .	122	122	3	8	122	122	3	8
28. Cassel	59	58	—	—	59	58	—	—
29. Wiesbaden . .	25	24	1	1	16	15	1	—
30. Coblenz	27	27	—	1	27	27	—	1
31. Düsseldorf . .	134	134	5	17	134	134	5	17
32. Köln	31	30	—	—	31	30	—	—
33. Trier	18	18	1	—	18	18	1	—
34. Aachen	15	13	—	—	14	13	—	—
35. Sigmaringen .	1	1	—	—	1	1	—	—

Es betrug nämlich:

der auf ein Sparbuch entfallende Durchschnittsbetrag

	1919 ℳ	1920 ℳ	mithin Zunahme (+) in Hundertteilen 1920 geg. 1919
im **Staate**	1 197,92	1 401,09	+ 16,96
in den **Provinzen**			
I. Ostpreußen	901,64	1 034,45	+ 14,73
II. Brandenburg	1 016,55	1 161,22	+ 14,23
III. Stadt Berlin	816,06	982,85	+ 20,44
IV. Pommern	1 139,79	1 320,87	+ 15,89
V. Grenzmark Posen-Westpr.	1 015,90	1 212,10	+ 19,31
VI. Niederschlesien	775,78	938,31	+ 20,95
VII. Oberschlesien	846,57	950,11	+ 12,23
VIII. Sachsen	962,07	1 089,33	+ 13,23
IX. Schleswig-Holstein	1 432,96	1 640,60	+ 14,49
X. Hannover	1 353,23	1 566,87	+ 15,79
XI. Westfalen	1 720,57	1 961,71	+ 14,02
XII. Hessen-Nassau	1 080,17	1 294,15	+ 19,81
XIII. Rheinprovinz	1 523,50	1 804,90	+ 18,47
XIV. Hohenzollernsche Lande .	1 314,79	1 648,79	+ 25,40.

Zunächst kam demnach ein Durchschnittsbetrag von unter 1 000 ℳ auf ein Sparbuch 1919 noch in fünf, 1920 jedoch nur in drei Landesteilen (Groß-Berlin, Oberschlesien und Niederschlesien) vor; in allen übrigen Provinzen war er größer. Die Steigerung während des Geschäftsjahres 1920 ist allenthalben ziemlich bedeutend gewesen. Sie bezifferte sich im Staatsdurchnitt auf 17,0 %. Die Zunahme überschritt in den Hohenzollernschen Landen 25 %, in Niederschlesien und Berlin 20 %. In fünf weiteren Gebietsteilen hielt sie sich über 15 %, darunter in 3, nämlich in Hessen-Nassau, der Grenzmark Posen-Westpreußen und den Rheinlanden über dem staatlichen Durchschnitt. Selbst im ungünstigsten Falle (Oberschlesien) war der Zuwachs größer als 12 %. Die vorstehende Übersicht erhält ein ganz anderes Gesicht, wenn man die Durchschnittsbeträge nach der Inlands- und Auslandsbewertung der Reichsmark umrechnet. Es bezifferte sich nämlich der auf ein Sparbuch entfallende durchschnittliche Einlagebetrag im Jahre

	1919 nach dem Inlandswerte auf ℳ	1920 nach dem Inlandswerte auf ℳ	1919 nach dem Auslandswerte auf ℳ	1920 nach dem Auslandswerte auf ℳ
im **Staate**	179,21	126,10	104,30	79,40
in den **Provinzen**				
Ostpreußen	135,28	93,10	78,73	58,62
Brandenburg	151,56	104,51	88,21	65,81
Groß-Berlin	122,74	88,46	71,43	55,70
Pommern	171,03	118,88	99,54	74,85
Grenzmark Posen-Westpr. . . .	152,68	109,09	88,86	68,69
Niederschlesien	116,34	84,45	67,71	53,17
Oberschlesien	126,99	85,51	73,91	53,84
Sachsen	143,46	98,04	83,49	61,73
Schleswig-Holstein	215,07	147,65	125,17	92,97
Hannover	202,94	141,02	118,11	88,79
Westfalen	257,25	176,55	149,72	111,17
Hessen-Nassau	161,91	116,47	94,23	73,34
Rheinprovinz	227,15	162,44	132,20	102,28
Hohenzollernsche Lande	197,23	148,39	114,79	93,42.

Der Durchschnittsbetrag hatte sich demnach um 53,11 ℳ oder 29,6 % bezw. um 24,90 ℳ oder 23,9 % vermindert. Es kamen im Jahre 1920 auf ein Sparbuch weniger als 1919

	nach dem Inlandswerte in Mark	nach dem Inlandswerte in Hundertteilen	nach dem Auslandswerte in Mark	nach dem Auslandswerte in Hundertteilen
im **Staate**	53,11	29,6	24,90	23,9
in den **Provinzen**				
Ostpreußen	42,18	31,2	20,11	25,5
Brandenburg	47,05	31,0	22,40	25,4
Groß-Berlin	34,28	27,9	15,73	22,0
Pommern	52,15	30,5	24,69	24,8
Grenzmark Posen-Westpreußen	43,59	28,5	20,17	22,7
Niederschlesien	31,89	27,4	14,54	21,5
Oberschlesien	41,48	32,7	20,07	27,2
Sachsen	45,42	31,7	21,76	26,1
Schleswig-Holstein	67,42	31,3	32,20	25,7
Hannover	61,92	30,5	29,32	24,8
Westfalen	80,70	31,4	38,55	25,7
Hessen-Nassau	45,44	28,1	20,89	22,2
Rheinprovinz	64,71	28,5	29,92	22,6
Hohenzollernsche Lande	48,84	24,8	21,37	18,6.

Am größten war die relative Abnahme der beiden Werte in Oberschlesien mit 32,7 % bezw. 27,2 %, am kleinsten dagegen in den Hohenzollernschen Landen mit 24,8 % bezw. 18,6 %.

Nach der Tabelle g auf Seite 403 beteiligten sich im Berichtsjahre 1920 930 Sparkassen am Kontokorrentverkehr. Von den 1 572 von der Sparkassenstatistik geführten Kassen hatten demnach 59,2 % ihren Geschäftsverkehr in dieser Weise erweitert. Von den einzelnen Sparkassenarten nahmen 434 städtische oder 57,3 % aller Stadtsparkassen, 165 Landgemeinde- usw. Sparkassen oder 56,3 % dieser ländlichen Kassen, 315 Kreis- und Amtssparkassen oder 70,5 % aller derartigen Kassen, 4 von 6 vorhandenen Provinzial- und ständischen Sparkassen und schließlich 12 sonstige Kassen mit öffentlichem Charakter oder 17,4 % der von der Statistik berücksichtigten Sparkassen dieser Art, von denen die Mehrzahl ihren Sitz in Schleswig-Holstein hatte, am Kontokorrentverkehr teil. Gegen das Vorjahr hatte sich ohne das von Schleswig abgetretene Gebiet und ohne die zu Berlin gekommenen Kassen die Zahl der Kassen mit derartigen bankmäßigen Einrichtungen um 143 oder 18,2 % vermehrt. Die meisten am Kontokorrentverkehr beteiligten Sparkassen wies die Provinz Westfalen mit 164 auf, die wenigsten — wenn man von Groß-Berlin, den Hohenzollernschen Landen, der Grenzmark Posen-Westpreußen und Oberschlesien absieht — Hessen-Nassau mit 37 auf. Über 150 solche Kassen kamen noch in den Rheinlanden, über 100 in Hannover und über 80 in Schleswig-Holstein und Niederschlesien vor.

Da die städtische Sparkasse in Berlin während der Berichtszeit den bankmäßigen Verkehr eingeführt hatte, ist diese Art des Geschäftsverkehrs nunmehr — natürlich in sehr verschiedener Ausdehnung — in allen Teilen des preußischen Staates bei den Sparkassen anzutreffen. Nach dem verhältnismäßigen Anteil der Kassen mit Kontokorrentverkehr zur Gesamtzahl der Sparkassen stehen unter den 12 preußischen Provinzen (also ausschließlich von Berlin und der Hohenzollernschen Lande) Hannover und Westfalen, wo 80 % und 75,9 % aller vorhandenen Sparkassen derartige Einrichtungen besitzen, an der Spitze, Oberschlesien und Sachsen mit 32,7 % und 32,2 % dagegen am Schluß. Über 70 % solcher Kassen hatten noch Ostpreußen und die Rheinprovinz, über 60 % Pommern, über 50 % und genau 50 % Niederschlesien, Brandenburg und die Grenzmark Posen-Westpreußen. Der Bestand an Kontokorrenteinlagen ist nicht unbedeutend gewesen. Er belief sich 1920 auf 2 978 013 841,44 ℳ. Davon entfielen mehr als die Hälfte, nämlich 1 567 471 753,90 ℳ oder 52,6 % auf die städtischen Sparkassen und ziemlich $^1/_3$, und zwar 976 667 499,34 ℳ oder 32,8 % auf die Kreis- und Amtssparkassen. Die höchsten Einlagenbestände im Kontokorrentverkehr wiesen die Rheinlande mit 840 946 947,43 ℳ und Westfalen mit 560 318 223,04 ℳ auf; den niedrigsten Bestand hatte nach den Hohenzollernschen Landen (5,85 Millionen Mark), der Grenzmark Posen-Westpreußen (19,41 Millionen Mark) und Oberschlesien (28,56 Millionen Mark) die Provinz Sachsen mit 88,68 Millionen Mark. In allen übrigen Landesteilen waren durchweg über 100 Millionen Mark bankmäßige Einlagen zu verzeichnen, und zwar in Hannover sogar über 300 Millionen Mark, in Hessen-Nassau und Berlin über 200 und in Brandenburg über 150 Millionen Mark.

Das Kartenhaus der hohen Papiermarkeinlagen fällt selbstverständlich auch hier völlig zusammen, wenn man sie auf ihren Inlands- und Auslandswert umrechnet. Gemessen an den Lebenshaltungskosten und am Dollar, waren die Gesamteinlagen im Kontokorrentverkehr nur 268 021 245,73 bezw. 168 764 094,39 Friedensmark wert; davon entfielen

auf die	nach dem Inlandswert	nach dem Auslandswert
städtischen Sparkassen	141 072 457,85	88 828 624,29
Landgemeinde- usw. Sparkassen	18 279 874,26	11 510 277,49
Kreis- und Amtssparkassen . . .	87 900 074,94	55 347 747,19
Prvinzial- und ständischen Sparkassen	19 359 592,64	12 190 090,17
sonstigen öffentlichen Sparkassen	1 409 246,03	887 355,25.

Zusammenstellung der mit Kontokorrentverkehr-Einrichtung versehenen Sparkassen nach Arten von Kassen im Rechnungsjahre 1920.

(Tab. g)

Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	Es betrug bei den mit Kontokorrentverkehr-Einrichtung versehenen																	
	städtischen			Landgemeinde- usw.			Kreis- und Amts-			Provinzial- und ständischen			sonstigen öffentlichen			Sparkassen überhaupt		
	Sparkassen																	
	die Anzahl	der Bestand der Kontokorrenteinlagen am Jahresschlusse ℳ	Pf.	die Anzahl	der Bestand der Kontokorrenteinlagen am Jahresschlusse ℳ	Pf.	die Anzahl	der Bestand der Kontokorrenteinlagen am Jahresschlusse ℳ	Pf.	die Anzahl	der Bestand der Kontokorrenteinlagen am Jahresschlusse ℳ	Pf.	die Anzahl	der Bestand der Kontokorrenteinlagen am Jahresschlusse ℳ	Pf.	die Anzahl	der Bestand der Kontokorrenteinlagen am Jahresschlusse ℳ	Pf.
1	2	3		4	5		6	7		8	9		10	11		12	13	
A. Staat	434	1 567 471 753	90	165	203 109 714	04	315	976 667 499	34	4	215 106 584	92	12	15 658 289	24	930	2 978 013 841	44
B. Provinzen.																		
I. Ostpreußen	23	45 237 107	31	—	—	—	33	71 196 014	08	—	—	—	—	—	—	56	116 433 121	39
II. Brandenburg	43	61 080 164	46	3	2 423 076	53	16	72 970 776	80	1	29 051 981	04	—	—	—	63	165 525 998	83
III. Stadt Berlin	1	210 789 024	33	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	210 789 024	33
IV. Pommern	38	63 248 989	02	1	272 261	47	19	67 597 335	47	—	—	—	—	—	—	58	131 118 585	96
V. Grenzmark Posen-Westpr.	4	6 421 463	70	—	—	—	6	12 992 654	47	—	—	—	—	—	—	10	19 414 118	17
VI. Niederschlesien	49	62 873 155	21	9	10 352 936	14	25	52 905 954	03	—	—	—	—	—	—	83	126 132 045	38
VII. Oberschlesien	10	12 654 968	74	—	—	—	7	15 908 448	31	—	—	—	—	—	—	17	28 563 417	05
VIII. Sachsen	34	49 842 959	26	—	—	—	13	38 835 128	15	—	—	—	—	—	—	47	88 678 087	41
IX. Schlesw.-Holstein	29	59 067 628	85	42	38 654 473	95	9	33 274 926	27	—	—	—	10	4 398 391	07	90	135 395 420	14
X. Hannover	44	109 764 602	71	36	46 366 927	26	62	168 889 064	64	1	1 348 982	45	1	38 223	15	144	326 407 800	21
XI. Westfalen	70	369 445 308	72	19	23 706 181	41	75	167 166 732	91	—	—	—	—	—	—	164	560 318 223	04
XII. Hessen-Nassau	21	17 481 766	32	2	781 773	85	13	25 322 340	50	1	178 860 140	12	—	—	—	37	222 446 020	79
XIII. Rheinprovinz	68	499 564 615	27	53	80 552 083	43	37	249 608 123	71	—	—	—	1	11 221 675	02	159	840 946 497	43
XIV. Hohenzoll. Lande	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	5 845 481	31	—	—	—	1	5 845 481	31
C. Regierungsbezirke.																		
1. Königsberg	9	18 166 368	54	—	—	—	13	24 682 786	41	—	—	—	—	—	—	22	42 849 154	95
2. Gumbinnen	4	4 063 346	89	—	—	—	9	9 592 652	18	—	—	—	—	—	—	13	13 655 999	07
3. Allenstein	6	5 810 191	71	—	—	—	7	12 468 714	16	—	—	—	—	—	—	13	18 278 905	87
4. Westpreußen	4	17 197 200	17	—	—	—	4	24 451 861	33	—	—	—	—	—	—	8	41 649 061	50
5. Potsdam	22	29 585 876	49	2	602 898	71	8	43 561 859	34	—	—	—	—	—	—	32	73 750 634	54
6. Frankfurt	21	31 494 287	97	1	1 820 177	82	8	29 408 917	46	1	29 051 981	04	—	—	—	31	91 775 364	29
7. Berlin	1	210 789 024	33	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	210 789 024	33
8. Stettin	19	31 614 675	77	1	272 261	47	8	44 339 353	79	—	—	—	—	—	—	28	76 226 291	03
9. Köslin	18	31 446 889	72	—	—	—	9	20 792 863	80	—	—	—	—	—	—	27	52 239 753	52
10. Stralsund	1	187 423	53	—	—	—	2	2 465 117	88	—	—	—	—	—	—	3	2 652 541	41
11. Schneidemühl	4	6 421 463	70	—	—	—	6	12 992 654	47	—	—	—	—	—	—	10	19 414 118	17
12. Breslau	28	42 111 005	16	6	9 153 144	91	18	44 914 026	53	—	—	—	—	—	—	52	96 178 176	60
13. Liegnitz	21	20 762 150	05	3	1 199 791	23	7	7 991 927	50	—	—	—	—	—	—	31	29 953 868	78
14. Oppeln	10	12 654 968	74	—	—	—	7	15 908 448	31	—	—	—	—	—	—	17	28 563 417	05
15. Magdebnrg	15	26 458 979	81	—	—	—	6	13 831 617	69	—	—	—	—	—	—	21	40 290 597	50
16. Merseburg	16	18 869 000	77	—	—	—	6	24 107 598	99	—	—	—	—	—	—	22	42 976 599	76
17. Erfurt	3	4 514 978	68	—	—	—	1	895 911	47	—	—	—	—	—	—	4	5 410 890	15
18. Schleswig	29	59 067 628	85	42	38 654 473	95	9	33 274 926	27	—	—	—	10	4 398 391	07	90	135 395 420	14
19. Hannover	10	20 488 161	64	—	—	—	15	65 768 627	99	—	—	—	—	—	—	25	86 256 789	63
20. Hildesheim	10	34 473 238	84	1	83 300	13	12	18 841 466	70	—	—	—	—	—	—	23	53 398 005	67
21. Lüneburg	9	13 639 868	69	5	8 111 910	80	14	50 579 815	78	—	—	—	—	—	—	28	72 331 595	27
22. Stade	6	14 360 862	12	20	32 159 057	35	11	15 164 728	66	—	—	—	—	—	—	37	61 684 648	13
23. Osnabrück	5	10 705 711	62	9	5 986 604	67	7	17 933 961	30	—	—	—	1	38 223	15	22	34 664 500	74
24. Aurich	4	16 096 759	80	1	26 054	31	3	600 464	21	1	1 348 982	45	—	—	—	9	18 072 260	77
25. Münster	20	80 179 043	89	5	3 981 830	00	16	38 713 072	66	—	—	—	—	—	—	41	122 873 946	55
26. Minden	13	18 486 608	36	1	965 333	86	13	11 041 142	43	—	—	—	—	—	—	27	30 493 084	65
27. Arnsberg	37	270 779 656	47	13	18 759 017	55	46	117 412 517	82	—	—	—	—	—	—	96	406 951 191	84
28. Cassel	18	9 657 323	97	2	781 773	85	7	7 386 899	49	—	—	—	—	—	—	27	17 825 997	31
29. Wiesbaden	3	7 824 442	35	—	—	—	6	17 935 441	01	1	178 860 140	12	—	—	—	10	204 620 023	48
30. Coblenz	7	21 466 400	96	2	544 489	10	8	30 516 766	32	—	—	—	—	—	—	17	52 527 656	38
31. Düsseldorf	47	284 303 850	47	38	66 163 785	13	7	81 180 588	82	—	—	—	—	—	—	92	431 648 224	42
32. Köln	9	174 913 892	23	11	13 363 617	77	7	75 935 526	00	—	—	—	—	—	—	27	264 213 036	00
33. Trier	2	12 604 072	80	2	480 191	43	10	47 939 654	07	—	—	—	—	—	—	14	61 023 918	30
34. Aachen	3	6 276 398	81	—	—	—	5	14 035 588	50	—	—	—	1	11 221 675	02	9	31 533 662	33
35. Sigmaringen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	5 845 481	31	—	—	—	1	5 845 481	31

III. Die Anlegung der Sparkassengelder.

Die Anlegung der Sparkassengelder ist in Preußen im wesentlichen dem pflichtmäßigen Ermessen der Kassenverwaltungen überlassen, soweit nur dadurch die Einlagen und zugleich die für Rückzahlungen jeweils erforderlichen Mittel sichergestellt werden. Zu diesem Zwecke müssen die Bestimmungen über die Mündelsicherheit beachtet sowie nach dem Gesetze vom 23. Dezember 1912 eine sich nach der Höhe der Gesamteinlagen richtende Quote des Einlagebestandes in mündelsicheren Schuldverschreibungen, darunter ein bestimmter Prozentzatz in deutschen Reichs- und preußischen Staatsanleihen, angelegt werden.

Im Jahre 1920 bezifferten sich die zinsbaren Anlagen auf 30 350,58 Millionen *M* und das bei den Kassen befindliche bare Geld auf 1 344,20 Millionen *M* oder zusammen auf 31 694,78 Millionen *M*. Diesen Aktivbeständen standen an Spar- und Kontokorrenteinlagen sowie an Passivbeträgen der verschiedenen rechnerischen Fonds (des Reservefonds und des Separat- oder Sparfonds) 33 379,05 Millionen *M* gegenüber.

Von den im Berichtsjahre zinsbar angelegten 30 350,58 Millionen *M* gegen 24 900,68 Millionen *M* im Jahre 1919 entfielen

auf	1920 Millionen *M*	1919
a) städtische Hypotheken	5 674,42	5 679,68
b) ländliche „	1 609,58	1 793,82
c) Anlagen bei Gemeinden, öffentlichen Anstalten und Körperschaften	11 035,95	6 057,76
d) Wechsel	371,27	105,80
e) Faustpfänder (Lombard)	404,86	272,40
f) Schuldscheine ohne Bürgschaft	24,36	12,85
g) „ mit „	173,85	120,79
h) Inhaberpapiere	9 358,19	9 526,79
i) sonstige Anlagen	1 698,10	1 330,79.

Von je 100 *M* kommen demnach auf die Anlagen

zu	1920	1919	zu	1920	1919
a)	18,70	22,81	f)	0,08	0,05
b)	5,30	7,20	g)	0,57	0,49
c)	36,36	24,33	h)	30,83	38,26
d)	1,22	0,42	i)	5,59	5,34
e)	1,33	1,09	Zus.	100	100.

Seit dem Vorjahre hat sich der Gesamtbetrag der zinsbar angelegten Sparkassenbestände um 5 449,90 Millionen *M* oder um 21,9 % erhöht. Nach der Übersicht haben sich in absoluten Beträgen wie bei den Anteilziffern die städtischen und ländlichen Hypotheken sowie die Inhaberpapiere — die seit 1919 wieder nach dem Bilanzwerte, d. h. dem Ankaufswerte oder dem Kurswerte, wenn letzterer niedriger war, eingestellt werden müssen — vermindert, die anderen Anlageformen jedoch vermehrt. Infolge des steigenden Geldbedürfnisses der Kommunen ist der Zuwachs der Darlehen an Gemeinden, öffentliche Anstalten und Körperschaften mit 4 978,19 Millionen *M* oder 82,2 % recht bedeutend gewesen. Diese Anlagen nehmen 1920 unter den zinsbar angelegten Kassenbeständen den ersten Platz ein und haben damit den Inhaberpapieren den Rang abgelaufen. Da der Wechselbestand um 265,47 Millionen *M*, derjenige an Lombarddarlehen um 132,46 Millionen *M* zugenommen und die Kassen während des Berichtsjahres 1920 außerdem an Darlehen ohne Bürgschaft 11,51 Millionen *M* und an solchen mit Bürgschaft 53,06 Millionen *M* neu begeben hatten, ist fernerhin auch die Steigerung des von den Sparkassen an Private gewährten Personalkredits mit 462,50 Millionen *M* oder 90,4 % äußerst bemerkenswert gewesen. Diese Vermehrung ist, da sie auch eine prozentuale Steigerung aufweist, nicht nur auf die Geldentwertung zurückzuführen, sondern in erster Linie auf die Pflege des bankmäßigen Giro- und Scheckverkehrs, der ganz von selbst eine wachsende Beanspruchung des Personalkredits durch die Kunden mit sich bringt; schließlich ist die Zunahme der sonstigen Anlagen um 367,31 Millionen *M* oder um 27,6 % noch bemerkenswert.

Die gesamten hypothekarischen Anlagen, die bisher wegen des Zinsvorteils und der größeren Kapitalsicherheit gegenüber den Inhaberpapieren zu den bevorzugten Anlagewerten gehörten und auch bis 1917 unter den Gesamtanlagen am stärksten vertreten waren, sind im Berichtsjahre 1920 um 189,50 Millionen *M* oder um 2,6 % zurückgegangen. Während die städtischen Hypotheken nur eine Verminderung von 5,26 Millionen *M* oder von 0,09 % erfahren hatten, betrug der Rückgang bei den ländlichen Hypotheken 184,24 Millionen *M* oder 10,3 %. Dabei ist zu berücksichtigen, daß im Sinne der Statistik unter ländlichen Grundstücken nur solche zu verstehen sind, die wirklich landwirtschaftlichen Zwecken dienen, alle übrigen Beleihungsobjekte, also sämtliche Wohngrundstücke, auch wenn sie in ländlichen Gemeinden liegen, werden dagegen zu den städtischen gezählt. Im Rechnungsjahre 1920 haben demnach, wie bereits in den Vorjahren, viele Landwirte und in etwas geringerem Umfange auch städtische Eigentümer die Geldentwertung und ihre Konjunkturgewinne zur Abstoßung der Sparkassenhypotheken benutzt. Diese zahlreichen Kündigungen konnten durch Begebung neuer Hypotheken sicherlich nur selten wettgemacht werden, da, falls überhaupt neuer Kredit erfordert wurde, es sich bei Neubelastung von Grundstücken infolge der gehobenen Grundstückswerte um Eintragung bedeutender Beträge handelte, bei denen die Sparkassen verhältnismäßig selten neben Banken und Privatpersonen als Geldgeber auftreten konnten und wollten.

Außer den hypothekarischen Anlagen hat sich auch der Gesamtbetrag der Inhaberpapiere 1920 gegen das Vorjahr gesenkt und zwar um 168,6 Millionen *M* oder um 1,8 %. Diese Anlagewerte waren nunmehr mit 30,8 % am zweitstärksten unter den gesamten Sparkassenanlagen vertreten. Das Interesse an diesen Anlagewerten war bei ihrer niedrigen Verzinsung und dem Kreditbedürfnis der eignen Gemeinde verhältnismäßig gering.

Im Laufe der Kriegszeit war im übrigen eine starke Verknüpfung des Sparkassenkredits mit dem Staatskredite eingetreten. Die Stellung der Sparkassen als Aufnahmestätten für Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches und Preußens verdient daher besondere Beachtung. Von dem Nennwerte der Inhaberpapiere entfielen auf Schuldverschreibungen

im Jahre	des Deutschen Reiches	Preußens
1919	8 882 298 900 *M*	1 282 515 753,48 *M*
1920	8 791 453 700 *M*	1 343 816 569,48 *M*
1920 mehr (+) oder weniger (—) als 1919	— 90 845 200 *M*	+ 61 300 816,00 *M*.

Gegen das Vorjahr hatte sich danach der Bestand an deutschen Reichsanleihen (nach dem Nennwerte) um 1,02 % vermindert, derjenige an preußischen Staatsanleihen dafür um 4,8 % erhöht. Im Berichtsjahre 1920 bestanden noch 83,3 % des gesamten Nennwertes der zu den Sparkassenanlagen gehörenden Inhaberpapiere in Schuldverschreibungen des Reiches und des preußischen Staates. Davon waren 72,2 % deutsche Reichsanleihen und 11,04 % preußische Anleihen.

Die nachfolgende Übersicht gibt über die Verteilung der Anlagen bei den einzelnen Arten der Sparkassen Auskunft.



Von je 100 ℳ Anlagen kamen in den Jahren 1920 und 1919

auf	bei den städtischen [1])		Land-gemeinde- usw.		Kreis- und Amts-		Provinzial- und ständischen		sonstigen öffentlichen	
	Sparkassen									
	1920	1919	1920	1919	1920	1919	1920	1919	1920	1919
a) städtische Hypotheken	22,31	27,55	17,30	21,30	13,03	15,57	13,42	17,07	27,54	30,16
b) ländliche „	2,73	3,83	9,80	13,02	8,46	11,35	4,53	6,33	7,88	9,10
c) Anlagen bei Gemeinden, öffentl. Anstalten und Körperschaften	36,45	23,11	31,04	19,89	38,30	28,75	39,79	20,17	18,12	10,65
d) Wechsel	1,11	0,27	0,56	0,12	0,84	0,21	0,72	1,63	10,43	4,78
e) Faustpfänder (Lombard)	1,89	1,05	1,02	0,55	1,34	1,16	1,83	2,87	0,24	0,26
f) Schuldscheine ohne Bürgschaft	0,09	0,04	0,08	0,05	0,08	0,07	—	—	0,01	0,11
g) „ mit „	0,48	0,36	1,45	1,44	0,54	0,45	0,20	0,43	1,35	1,17
h) Inhaberpapiere	30,91	39,35	31,52	36,17	30,77	37,20	28,99	34,21	31,08	39,82
i) sonstige Anlagen	4,54	4,45	7,21	7,45	6,63	5,24	10,52	17,29	3,41	3,97.

[1]) einschl. der Sparkasse der „Kapitalversicherungsanstalt" in Hannover, für die die Stadt Hannover die Garantien übernommen hat.

Ganz allgemein betrachtet, war danach die Bewegung in den Anteilen der verschiedenen Anlagen bei allen Sparkassenarten ziemlich ähnlich wie bei der Gesamtheit der Sparkassen. Nur der Personalkredit zeigt insofern einige interessante Abweichungen, als sich bei ihm bei den Provinzial- und ständischen Sparkassen und bei den Lombarddarlehen und den Schuldscheinen ohne Bürgschaft auch bei den sonstigen öffentlichen Sparkassen eine rückläufige Bewegung zeigt, während sonst überall eine mehr oder minder starke Zunahme der Darlehen auf Schuldscheine und Faustpfänder zu beachten ist. Bei den sonstigen öffentlichen Sparkassen wird dieser Rückgang allerdings weit übertroffen durch die Zunahme der schon immer erheblichen Wechselanlage, die hier von 4,78 im Jahre 1919 auf 10,43 im Jahre 1920 stieg.

Die Zunahme des Anteils der Anlagen bei Gemeinden, öffentlichen Anstalten und Körperschaften ist wohl in der Hauptsache als Beweis für das steigende Kapitalbedürfnis der eigenen Garantieverbände anzusehen, die gern auf die Geldquelle, die sie in ihren Sparkassen besitzen, zurückgreifen. Die höheren Anteilsziffern bei den sonstigen öffentlichen Sparkassen und noch mehr bei den Kreis- und Amts- sowie den Provinzial- und ständischen Sparkassen finden teilweise ihre Erklärung in Darlehen, die diese Kassen kleineren Kommunalverbänden oder Körperschaften angehörenden Gemeinden gewährt haben. Inwieweit außerdem die verschiedene Verzinsung bei der Wahl der Anlegung von Sparkassengeldern mitgesprochen hat, kann nur mit Hilfe einer genauen Untersuchung festgestellt werden, auf die hier wegen fehlenden Materials verzichtet werden muß.

In der Tabelle h auf Seite 406 werden die allgemeinen Anlegungsverhältnisse in den Jahren 1919 und 1920 für den Staat und die preußischen Provinzen nachgewiesen. Aus ihr ist zu entnehmen, daß die anteilmäßige Verschiebung in den einzelnen Anlagewerten der Bewegungstendenz nach während des Zeitraumes 1919/20 vielfach derjenigen im Gesamtstaate entsprach. Zum mindesten waren die Abweichungen in dieser Hinsicht — trotz der verschiedenen Höhe des Anteils der einzelnen Anlagearten am Gesamtanlagenbestand in den einzelnen Landesteilen — nicht wesentlich. Genau wie im Staate kamen die Anlagen bei Gemeinden, öffentlichen Anstalten und Körperschaften im Berichtsjahre überall häufiger, die ländlichen Hypotheken ausnahmslos, die städtischen Hypotheken und die Inhaberpapiere, abgesehen von den Hohenzollernschen Landen — wo 1920 auf je 100 ℳ der zinsbar angelegten Kapitalien 10,58 bezw. 7,89 ℳ mehr auf die vorgenannten Anlageformen entfielen als im Vorjahre — unter den gesamten Sparkassenanlagen seltener vor als 1919. Die Veränderung in den Anteilen der übrigen Sparkassenanlagen weicht in einigen preußischen Landesteilen von dem Gesamtbilde ab. So waren die Anteilziffern der sonstigen Anlagen in der Grenzmark Posen-Westpreußen sowie in Niederschlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau gesunken. Der Wechselbestand hatte sich gegen das vorhergehende Jahr in Hannover relativ nicht verändert, in Oberschlesien und besonders in den Hohenzollernschen Landen aber einen verhältnismäßigen Rückgang erfahren. Die Anteilziffern der Lombarddarlehen waren in Brandenburg, Hessen-Nassau und den Hohenzollernschen Landen, die der Darlehen auf Schuldscheine ohne Bürgschaft in der Grenzmark Posen-Westpreußen und Hessen-Nassau und schließlich diejenigen der Darlehen auf Schuldscheine mit Bürgschaft in Berlin, wo diese Anlagenform 1920 überhaupt nicht mehr anzutreffen war, in Hannover, Hessen-Nassau und den Hohenzollernschen Landen zurückgegangen.

Betrachtet man die verschiedenen Arten der Anlagen nach ihrer Verteilung unter den Gesamtanlagen der einzelnen Landesteile, so ergeben sich mehr oder weniger erhebliche Unterschiede. Wie ebenfalls aus der Tabelle h auf Seite 406 hervorgeht, waren 1920 nach Hundertteilen des Gesamtanlagebestandes der jeweils in Frage kommenden Provinz

	am häufigsten	am seltensten
die städtischen Hypotheken	in Westfalen (25,78)	in Hannover (12,71)
die ländlichen Hypotheken	in Schleswig-Holstein (11,74)	in Berlin (0,08)
die Anlagen bei Gemeinden, öffentl. Anstalten und Körperschaften	in Berlin (49,02)	in Oberschlesien (18,00)
die Wechsel	in den Hohenzollernschen Landen (12,73)	in Berlin (0,0046)
die Faustpfänder	in Niederschlesien (5,86)	in Berlin (0,10)
die Schuldscheine ohne Bürgschaft	in Ostpreußen (0,31)	in Brandenburg und Hessen-Nassau (0,01)
die Schuldscheine mit Bürgschaft	in Schleswig-Holstein (2,99)	in Sachsen (0,03)
die Inhaberpapiere	in Oberschlesien (42,89)	in Schleswig-Holstein (23,69)
in sonstigen Anlagen	in Ostpreußen (12,07)	in der Grenzmark Posen-Westpreußen (0,70).

Der Anteil der ländlichen Hypotheken ist im Berichtsjahre nirgends allzu hoch, aber außer in Berlin auch in den Rheinlanden (1,60), Niederschlesien (4,03), Hessen-Nassau (4,70), Brandenburg (4,79) sowie in Westfalen (4,82) verhältnismäßig gering und sogar im agrarischen Pommern (8,99) ziemlich unbedeutend gewesen. Der Personalkredit, den die Sparkassen

Verteilung der in den Rechnungsjahren 1920 und 1919 angelegten Sparkassengelder in den einzelnen Provinzen des Preußischen Staates aufs Hundert.

(Tab. h)

Staat — Provinzen	Von je 100 M der zinsbar angelegten Kapitalien entfallen auf										
	Hypotheken auf				Anlagen bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften	Wechsel	Faustpfänder	Schuldscheine		Inhaberpapiere	sonstige Anlagen
	städtische Grundstücke		ländliche Grundstücke					ohne Bürgschaft	mit Bürgschaft		
	überhaupt	darunter Tilgungshypotheken	überhaupt	darunter Tilgungshypotheken							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
im Jahre 1920											
A. Staat	18,70	3,46	5,30	1,54	36,86	1,22	1,33	0,08	0,57	30,83	5,59
B. Provinzen.											
I. Ostpreußen	18,34	4,33	7,71	2,40	28,88	1,76	3,45	0,31	1,61	25,87	12,07
II. Brandenburg	14,01	1,82	4,79	1,34	38,59	0,40	0,49	0,01	0,11	36,92	4,67
III. Stadt Berlin	12,89	0,22	0,08	—	49,02	0,0046	0,10	0,26	—	34,54	3,11
IV. Pommern	17,39	2,01	8,99	2,12	33,48	1,17	1,03	0,16	0,28	32,34	5,16
V. Grenzmark Posen-Westpr.	15,49	8,67	8,56	6,29	42,69	1,31	5,06	0,08	1,05	25,07	0,70
VI. Niederschlesien	17,30	0,59	4,03	0,63	32,37	1,67	5,86	0,08	0,19	34,27	4,23
VII. Oberschlesien	24,53	4,48	9,25	3,42	18,00	0,17	0,45	0,04	1,59	42,89	3,08
VIII. Sachsen	16,81	1,62	7,48	0,94	33,53	1,61	0,96	0,21	0,08	36,95	2,37
IX. Schleswig-Holstein	21,39	0,17	11,74	0,05	30,53	1,60	0,97	0,04	2,99	23,69	7,04
X. Hannover	12,71	2,68	10,41	4,91	38,68	0,05	1,56	0,12	0,89	30,87	5,21
XI. Westfalen	25,78	5,12	4,82	0,75	35,26	0,22	0,72	0,03	0,61	29,34	3,22
XII. Hessen-Nassau	15,84	7,48	4,70	3,67	41,25	2,19	1,39	0,01	0,57	25,50	8,54
XIII. Rheinprovinz	20,61	4,95	1,60	0,60	36,47	2,46	1,11	0,02	0,50	28,90	8,33
XIV. Hohenzollernsche Lande	15,43	15,36	10,56	10,40	25,28	12,73	0,58	—	0,31	29,96	5,16
im Jahre 1919											
A. Staat	22,81	4,06	7,20	2,03	24,33	0,42	1,09	0,05	0,49	38,26	5,34
B. Provinzen.											
I. Ostpreußen	21,55	4,58	9,05	2,24	20,95	0,84	3,22	0,16	1,19	32,82	10,21
II. Brandenburg	15,44	1,27	6,96	2,30	33,07	0,07	0,50	0,003	0,06	42,02	1,87
III. Stadt Berlin	17,66	0,24	0,37	0,01	29,04	0,0002	0,07	0,24	0,001	51,65	0,97
IV. Pommern	21,05	2,39	12,01	2,55	22,15	0,16	0,75	0,03	0,28	40,43	3,14
V. Grenzmark Posen-Westpr.	19,38	10,93	9,34	7,52	29,36	0,52	4,01	0,17	0,87	32,95	3,42
VI. Niederschlesien	21,48	0,71	4,96	0,88	20,61	0,88	4,31	0,01	0,07	41,11	6,56
VII. Oberschlesien	25,47	4,87	10,73	4,14	12,32	0,28	0,24	0,02	1,13	49,39	0,43
VIII. Sachsen	19,00	1,12	9,86	1,19	24,30	0,01	0,83	0,17	0,04	43,13	2,66
IX Schleswig-Holstein	25,52	0,19	14,64	0,06	19,59	0,42	0,65	0,01	2,76	28,31	8,09
X. Hannover	15,14	3,23	14,09	6,48	25,25	0,05	1,30	0,08	0,41	36,40	7,28
XI. Westfalen	31,42	6,08	6,43	1,04	22,86	0,002	0,64	0,01	0,44	35,18	3,03
XII. Hessen-Nassau	20,66	9,92	6,88	4,44	21,66	1,58	2,04	0,06	0,79	32,22	14,12
XIII. Rheinprovinz	26,04	6,13	2,20	0,74	25,39	0,69	0,79	0,01	0,33	38,14	6,41
XIV. Hohenzollernsche Lande	4,85	4,74	20,82	20,55	16,96	29,08	0,69	—	0,47	22,06	5,08

auf Wechsel, Schuldscheine und Faustpfand gewährten, hatte — wenn man von dem relativ hohen Wechselbestande in den Hohenzollernschen Landen absieht, der sich allerdings von fast $^3/_{10}$ der gesamten Sparkassenanlagen im Jahre 1919 auf wenig über $^1/_8$ gesenkt hatte, — nirgends erheblichen Umfang angenommen.

Selbstverständlich sind auch die Veränderungen in den Anteilen der einzelnen Anlagearten gegen 1919 in den preußischen Landesteilen recht verschieden gewesen. Das höchste verhältnismäßige Wachstum der Anlagen bei den Gemeinden, öffentlichen Anstalten und Körperschaften war beispielsweise in Berlin mit 19,98 M und danach in Hessen-Nassau mit 19,59 M von je 100 M Anlagebetrag, das niedrigste in Brandenburg mit 5,52 M und Oberschlesien mit 5,68 M zu verzeichnen. Am stärksten war ferner der anteilmäßige Rückgang an den gesamten Anlagen bei den städtischen Hypotheken in Westfalen mit 5,64 M, bei den ländlichen Hypotheken in den Hohenzollernschen Landen mit 10,26 M und danach im weiten Abstande in Hannover mit 3,68 M, bei den Inhaberpapieren in Berlin mit 17,11 M und danach in der Rheinprovinz mit 9,24 M von je 100 M der zinsbar angelegten Kapitalien, am schwächsten hingegen bei den städtischen Hypotheken in Oberschlesien mit 0,94 M bei den ländlichen — abgesehen von Berlin (0,29 M) und den Rheinlanden (0,60 M), wo die Anteilziffern im Vorjahre bereits sehr klein waren — in der Grenzmark Posen-Westpreußen mit 0,78 M und schließlich bei den Inhaberpapieren in Schleswig-Holstein mit 4,62 M. Im Gegensatz zu dem Rückgange der Hypotheken auf städtische Grundstücke und der auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen in den übrigen Landesteilen hatten diese Anlagewerte 1920 in den Hohenzollernschen Landen wie bereits erwähnt eine anteilmäßige Zunahme von 10,58 bezw. 7,89 M erfahren.

Die Bestandsmasse an Inhaberpapieren war im Berichtsjahre noch in allen Provinzen anteilsmäßig ziemlich bedeutend. Im ungünstigsten Falle machen sie noch erheblich mehr als $^1/_5$ (Schleswig-Holstein), im günstigsten sogar weit über $^2/_5$ (Oberschlesien) des Gesamtanlagebestandes aus. In normalen Zeiten hat die Lombardfähigkeit und bessere Verkäuflichkeit der auf den Inhaber ausgestellten Wertpapiere für die Sparkassen nur einen beschränkten Wert, da sie nur verhältnismäßig selten Anlagen zu verkaufen und Lombarddarlehen aufzunehmen pflegen. Auch heute ist durchaus umstritten, ob ein großer Anlagebestand an Inhaberpapieren für die Sparkassen als günstig oder ungünstig anzusehen ist; günstig ist

Übersicht über die Kursverluste usw. der öffentlichen*) Sparkassen Preußens in den Jahren 1895 bis 1920.

(Tab. 1)

Provinzen — Staat	Verzinslich angelegtes Vermögen in 1 000 M	Bilanzwert[1]) der Inhaberpapiere bei Abschluß des Vorjahres in 1 000 M	Zuwachs des Ankaufswertes von Inhaberpapieren im laufenden Jahre[2]) in 1 000 M	Summe der Spalten 3 und 4 in 1 000 M	Bilanzwert[1]) der Inhaberpapiere bei Abschluß des laufenden Jahres in 1 000 M	Kursverlust (—) oder Kursgewinn (+) nach den Spalten 5 und 6: in 1 000 M	in Hundertteilen von Spalte 2	in Hundertteilen von Spalte 5	Zuwachs des zinsbar angelegten Vermögens in 1 000 M	Vom Garantieverbande verwendete Überschüsse in 1 000 M	Bestand des Rücklagefonds in 1 000 M	Zuwachs (+) oder Abgang (—) des Rücklagefonds gegen das Vorjahr in 1 000 M
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
im Jahre 1920.												
Provinzen.												
I. Ostpreußen . . .	817 924	217 915	— 7 616	210 299	211 603	+ 1 304	+ 0,16	+ 0,62	153 892	830	24 002	+ 1 193
II. Brandenburg . .	2 131 356	772 054	+ 21 248	793 302	786 850	— 6 452	— 0,30	— 0,81	293 850	2 511	53 000	+ 1 483
III. Stadt Berlin . .	1 926 745	733 835	— 51 875	681 960	665 483	— 16 477	— 0,86	— 2,42	505 985	150	11 957	— 18 902
IV. Pommern	1 463 627	479 691	— 3 268	476 423	473 277	— 3 146	— 0,21	— 0,66	277 201	1 328	32 256	— 527
V. Grenzm. Posen-Westpreußen . .	173 216	44 277	+ 692	44 969	43 427	— 1 542	— 0,89	— 3,43	38 826	147	4 040	— 132
VI. Niederschlesien	1 754 073	572 977	+ 36 993	609 970	601 159	— 8 811	— 0,50	— 1,44	360 355	3 223	52 942	— 5 860
VII. Oberschlesien .	461 272	219 575	— 21 002	198 573	197 836	— 737	— 0,16	— 0,37	16 702	588	12 803	— 3 402
VIII. Sachsen	2 210 396	834 540	— 7 420	827 120	816 838	— 10 282	— 0,47	— 1,24	275 651	5 424	82 910	+ 1 760
IX. Schlesw.-Holstein	1 617 354	403 751	— 16 854	386 897	383 092	— 3 805	— 0,24	— 0,98	191 252	5 045	48 071	— 4 426
X. Hannover	3 625 618	1 096 463	+ 12 227	1 108 690	1 119 321	+ 10 631	+ 0,29	+ 0,96	613 400	4 598	79 958	+ 5 833
XI. Westfalen. . . .	5 132 805	1 495 476	+ 14 202	1 509 678	1 505 719	— 3 959	— 0,08	— 0,26	881 636	7 973	150 439	+ 6 992
XII. Hessen-Nassau .	1 717 612	437 715	— 3 636	434 079	438 065	+ 3 986	+ 0,23	+ 0,92	359 086	851	35 143	— 998
XIII. Rheinprovinz . .	7 259 462	2 207 926	— 114 103	2 093 823	2 097 810	+ 3 987	+ 0,05	+ 0,19	1 470 984	7 099	148 818	+ 9 588
XIV. Hohenz. Lande .	59 121	10 598	+ 9 722	20 320	17 708	— 2 612	— 4,42	— 12,85	11 080	80	1 818	— 42
Staat 1920	30 350 582	9 526 792	— 130 689	9 396 103	9 358 187	— 37 916	— 0,12	— 0,40	5 449 900	39 849	738 158	— 7 441
1919[3]) . . .	24 900 682	10 700 187	+ 822 417	11 522 604	9 526 792	— 1 995 812	— 8,02	— 17,32	1 101 317	39 547	745 599	— 49 130
1918[4]) . . .	23 491 277	7 365 269	+ 3 235 351	10 600 620	10 544 136	— 56 484	— 0,24	— 0,53	4 603 887	39 044	777 589	+ 52 780
1917[4]) . . .	18 887 390	5 076 730	+ 2 322 126	7 398 856	7 365 269	— 33 587	— 0,18	— 0,45	2 902 582	35 138	724 809	+ 35 671
1917[5]) . . .	19 257 662	5 179 130	+ 2 355 847	7 534 977	7 500 952	— 34 025	— 0,18	— 0,45	2 954 942	35 565	738 429	+ 36 358
1916	16 302 720	3 876 213	+ 1 335 960	5 212 173	5 179 130	— 33 043	— 0,20	— 0,63	1 497 678	40 800	702 071	+ 14 183
1915	14 805 042	3 296 856	+ 574 739	3 871 595	3 876 213	+ 4 618	+ 0,03	+ 0,12	956 838	37 149	687 888	+ 46 072
1914	13 848 204	2 813 462	+ 466 553	3 280 015	3 296 856	+ 16 841	+ 0,12	+ 0,51	912 847	27 083	641 816	+ 53 495
1913	12 935 357	2 674 142	+ 185 095	2 859 237	2 813 462	— 45 775	— 0,35	— 1,60	654 517	23 990	588 321	+ 3 798
1912	12 280 840	2 667 462	+ 88 373	2 755 835	2 674 142	— 81 693	— 0,67	— 2,96	669 102	25 600	584 523	— 24 169
1911	11 611 738	2 582 443	+ 123 385	2 705 828	2 667 462	— 38 366	— 0,33	— 1,42	657 874	24 937	608 692	+ 12 221
1910	10 953 864	2 445 533	+ 144 851	2 590 384	2 582 443	— 7 941	— 0,07	— 0,31	797 638	23 613	596 471	+ 35 433
1909[6]) . . .	10 156 226	2 239 722	+ 220 251	2 459 973	2 445 533	— 14 440	— 0,14	— 0,59	741 825	21 916	561 038	+ 25 744
1908	9 414 401	2 118 833	+ 84 311	2 203 144	2 239 722	+ 36 578	+ 0,39	+ 1,66	497 993	18 945	535 294	+ 63 337
1907	8 916 408	2 164 091	+ 34 909	2 199 000	2 118 833	— 80 167	— 0,90	— 3,65	310 787	17 413	471 957	— 32 321
1906	8 605 621	2 126 144	+ 87 797	2 213 941	2 164 091	— 49 850	— 0,58	— 2,25	481 767	20 889	504 278	— 6 089
1905	8 123 854	2 032 836	+ 102 269	2 135 105	2 126 144	— 8 961	— 0,11	— 0,42	538 353	18 831	510 367	+ 26 205
1904	7 585 501	1 909 556	+ 126 419	2 035 975	2 032 836	— 3 139	— 0,04	— 0,15	543 468	17 914	484 162	+ 27 864
1903	7 042 033	1 749 938	+ 162 587	1 912 525	1 909 556	— 2 969	— 0,04	— 0,16	511 841	18 025	456 298	+ 28 058
1902	6 530 192	1 590 529	+ 145 735	1 736 264	1 749 938	+ 13 674	+ 0,21	+ 0,79	501 506	16 271	428 240	+ 36 655
1901	6 028 686	1 435 571	+ 115 949	1 551 520	1 590 529	+ 39 009	+ 0,65	+ 2,51	536 312	12 152	391 585	+ 54 519
1900	5 492 374	1 417 531	+ 17 355	1 434 886	1 435 571	+ 685	+ 0,01	+ 0,05	295 713	8 318	337 066	+ 26 193
1899	5 196 661	1 420 999	+ 42 687	1 463 686	1 417 531	— 46 155	— 0,89	— 3,15	291 898	10 422	310 873	— 13 278
1898	4 904 763	1 399 421	+ 36 992	1 436 413	1 420 999	— 15 414	— 0,31	— 1,07	304 427	11 705	324 151	+ 10 087
1897	4 600 336	1 348 077	+ 50 014	1 398 091	1 399 421	+ 1 330	+ 0,03	+ 0,10	300 086	11 789	314 064	+ 20 207
1896	4 300 250	1 247 311	+ 108 989	1 356 300	1 348 077	— 8 223	— 0,19	— 0,61	295 318	11 464	293 857	+ 14 917
1895	4 004 932	1 095 077	+ 153 199	1 248 276	1 247 311	— 965	— 0,02	— 0,08	342 921	11 302	278 940	+ 18 931

*) bis einschl. des Jahres 1918 nur die öffentlichen Sparkassen, vom Jahre 1919 an einschl. der der Öffentlichkeit zugänglichen, bisher als Privatsparkassen behandelten Kassen. — [1]) für 1918 bis 1916: Abrechnungswert, der 1918 3 %, 1917 2 % und 1916 1 % unter dem Tageskurse vom 30. Juni 1914 lag. — [2]) ermittelt aus dem Bestande des Ankaufswerts der Inhaberpapiere des Berichtsjahres und demjenigen des Vorjahres. — [3]) Soweit hier die Ergebnisse des Vorjahres (1918) zur Darstellung herangezogen werden mußten, ist diesen derselbe Staatsumfang wie 1919 zugrunde gelegt worden. — [4]) Ergebnisse ohne die in dem an Polen abgetretenen Gebiete der Provinz Posen gelegenen Sparkassen. — [5]) von hier ab bis zum Jahre 1895 zurück nach dem alten Staatsumfange. — [6]) Wegen Vergleichbarkeit mit dem Jahre 1910 ist für die Jahre 1909 bis 1895 die Sparkasse der Kapitalversicherungsanstalt zu Hannover, die in den bisherigen Veröffentlichungen unter den Privatsparkassen aufgeführt war, obwohl sie von der Stadt Hannover garantiert ist, als öffentliche Sparkasse mitgezählt worden.

er sicherlich insofern, als die Sparkassen in schwierigen Zeiten, vor allem, wenn durch irgendwelche Zufälligkeiten das Vertrauen an die Zahlungsfähigkeit der Sparkassen erschüttert wird, imstande sind, sich gegen Lombardierung oder Verkauf der Effekten sofort Geld zu verschaffen. Auf der anderen Seite darf aber nicht vergessen werden, daß die Effekten sich den Veränderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse nur schwer anpassen und daß die alten Bestände erheblich niedriger verzinst werden, als die Sparkassen ihrerseits die Anlagen verzinsen müssen.

Die öffentlichen Sparkassen des alten preußischen Staatsgebietes durften sich nur zu Anfang des 20. Jahrhunderts drei Jahre lang und dann nur noch im Jahre 1908 sowie in den beiden Kriegsjahren 1914 und 1915 eines kleinen Kursgewinns erfreuen. Sonst haben sie, abgesehen von einem geringen Gewinne im Jahre 1897, durch das Sinken der Kurse ihrer Inhaberpapiere dauernd, zum Teil sogar — so namentlich in den Jahren 1907 und 1912 — erhebliche Verluste buchen müssen. Nach der vorstehenden Tafel i ist der Kursverlust, den die Kassen im Geschäftsjahre 1919 erlitten haben, mit fast 2 Milliarden M ganz enorm und mehr als 24 mal so groß gewesen wie der bisher bedeutendste Verlust der Sparkassen in Preußen früheren Staatsumfangs zu Ende 1912. In Wirklichkeit war der Kursverlust im Rechnungsjahre 1919 wohl nur scheinbar so ungeheuer hoch, da die Sparkassen ihre Inhaberpapiere damals erstmalig wieder zum Bilanzwerte einstellen mußten, während sie dieselben in den drei Vorjahren zu einem Abrechnungswerte einsetzen durften, der 1916 1 %, 1917 2 % und 1918 3 % unter dem Tageskurse vom 30. Juni 1914 lag. Inwieweit sich der Verlust des Jahres 1919 auf die drei vorhergehenden Geschäftsjahre verteilt, läßt sich hier leider nicht übersehen. Damit durch die gemäß § 261 des Handelsgesetz-

buchs sich ergebende Bilanzeinstellung für die Sparkassen keine Überschuldung eintrat, wurden ihnen durch Erlaß des Ministers des Innern vom 23. Oktober 1919 — IV b 2 789 bezw. vom 26. Oktober 1919 IV b 2 843 — und zwar den von Körperschaften des öffentlichen Rechts garantierten Sparkassen, für die ja die Garantieverbände haftbar sind, ohne weiteres, den privaten Sparkassen nach Beschaffung eines Garantieversprechens, beispielsweise durch den provinziellen Giroverband oder durch den Deutschen Zentral-Giroverband in Berlin — erlaubt, den aus dem Rückgang der Kurse nach Abschreibung auf den Reservefonds noch ungedeckt verbleibenden Betrag als „garantierten Kursrückgang" in die Aktiva der Bilanz einzustellen und letzteren jährlich mit mindestens 3 % seines Anfangsbetrages aus den Sparkassenüberschüssen, soweit solche vorhanden sind, zu decken. Verluste, die sich infolge Kursrückganges in den nächsten Jahren ergeben, müssen durch den Reservefonds, oder falls dieser nicht ausreicht, seitens der Garantieverbände gedeckt werden. Auch im Berichtsjahre 1920 hatten die Sparkassen einen Kursverlust, und zwar von 37,9 Millionen ℳ, zu beklagen. Der Verlust, den die Sparkassen durch den Rückgang der Kurse ihrer Inhaberpapiere erlitten haben, ist in den einzelnen Landesteilen verschieden hoch gewesen. Während er in Berlin mit 16,5 Millionen ℳ am beträchtlichsten war und in Sachsen 10,3 Millionen ℳ, in Niederschlesien 8,8 Millionen ℳ sowie in Brandenburg 6,5 Millionen ℳ betrug, hielt er sich in Pommern, Schleswig-Holstein wie auch in Westfalen zwischen 3 und 4 Millionen ℳ und belief sich in den Hohenzollernschen Landen auf 2,6, in der Grenzmark Posen-Westpreußen auf 1,5 und schließlich in Oberschlesien auf 0,7 Millionen ℳ. Im Verhältnis zum Bestande an Inhaberpapieren war der Kursverlust dagegen in Hohenzollern mit 12,85 % am größten; ihm folgte in weitem Abstand die Grenzmark Posen-Westpreußen mit 3,43 %. Einen geringen Kursverlust weist Westfalen mit 0,26 und daneben Oberschlesien mit 0,37 % auf. Übertroffen werden diese Provinzen aber noch durch vier andere Landesteile, in denen sogar trotz der Ungunst der Zeit Kursgewinne zu verzeichnen waren, nämlich durch Ostpreußen 1,3 Millionen, Hessen-Nassau und die Rheinprovinz mit ungefähr je 4 Millionen und schließlich Hannover mit mehr als 10 Millionen. Ob diese Kursgewinne auf frühere besonders vorsichtige Bilanzierungen zurückzuführen sind oder ihren Grund darin haben, daß diese Provinzen in größerem Umfange Pfandbriefe besaßen, die nach einer verhältnismäßig kurzen Zeit des Rückgangs sich wieder wesentlich erholten, läßt sich nicht ohne weiteres aus den vorliegenden Materialien entnehmen.

In der Tabelle h auf Seite 406 ist in Spalte 3 und 5 auch der Tilgungshypothek gedacht worden. Von Sachkennern ist die große volkswirtschaftliche Bedeutung der Amortisationshypothek in ihrer die Verschuldung hemmenden Wirkung schon frühzeitig erkannt worden. Sie unterscheidet sich von dem von Rodbertus-Jagetzow für die Organisation der Landwirtschaft aufgestellten Rentenprinzip hauptsächlich eigentlich nur insofern, als sie keine ewige, sondern nur eine auf Zeitablauf gestellte Rente ist. Die amtliche Statistik befaßt sich seit dem Jahre 1904 mit der regelmäßigen Erhebung über die Verbreitung der Tilgungshypotheken. Nach der folgenden Übersicht haben die Amortisationshypotheken erfreulicherweise eine — wenn auch in bescheidenem Ausmaße — weitere Ausdehnung gewonnen.

Es waren im ganzen bei den Sparkassen vorhanden:

	Tilgungshypotheken (für städtische und ländliche Grundstücke zusammen) im Betrage von		Die Zunahme (+) bezw. Abnahme (—) im Jahre 1920 betrug		Die Tilgungshypotheken betrugen in Hundertteilen der gesamten hypothekarischen Anlage bei den Hypotheken						Der Unterschied in der Zunahme (+) bezw. Abnahme (—) des in Hundertteilen der hypothekarischen Gesamtanlage ausgedrückten Tilgungsbestandes betrug daher zwischen den Jahren 1920 und 1919 bei den		
	1920 in Tausenden	1919 in Tausenden	überhaupt Mill. ℳ	in Hundertteilen	überhaupt 1920	überhaupt 1919	auf städtische Grundstücke 1920	auf städtische Grundstücke 1919	auf ländliche Grundstücke 1920	auf ländliche Grundstücke 1919	Hypotheken überhaupt	städtischen Hypotheken	ländlichen Hypotheken
im **Staate**	1 517 152 ℳ	1 514 698 ℳ	+ 2,45	+ 0,16	20,83	20,27	18,49	17,79	29,06	28,12	+ 0,56	+ 0,70	+ 0,94
in den Provinzen													
Ostpreußen	55 075 „	45 289 „	+ 9,79	+ 21,61	25,85	22,28	23,63	21,23	31,13	24,78	+ 3,57	+ 2,40	+ 6,35
Brandenburg	67 407 „	65 449 „	+ 1,96	+ 2,99	16,82	15,90	13,02	8,19	27,93	32,98	+ 0,92	+ 4,83	— 5,05
Stadt Berlin	4 170 „	3 603 „	+ 0,57	+ 15,73	1,67	1,41	1,68	1,37	—	2,99	+ 0,26	+ 0,31	— 2,99
Pommern	60 407 „	58 582 „	+ 1,82	+ 3,11	15,65	14,93	11,57	11,34	23,54	21,23	+ 0,72	+ 0,23	+ 2,31
Grezmark Posen-Westpr.	25 920 „	24 800 „	+ 1,12	+ 4,52	62,24	64,25	55,99	56,42	73,53	80,51	— 2,01	— 0,43	— 6,98
Niederschlesien	21 474 „	22 039 „	— 0,56	— 2,56	5,74	5,98	3,41	3,28	15,77	17,65	— 0,24	+ 0,13	— 1,88
Oberschlesien	36 428 „	40 059 „	— 3,63	— 9,06	23,38	24,89	18,26	19,14	36,98	38,57	— 1,51	— 0,88	— 1,59
Sachsen	56 569 „	51 071 „	+ 5,50	+ 10,77	10,53	9,15	9,63	7,65	12,58	12,03	+ 1,38	+ 1,98	+ 0,55
Schleswig-Holstein	3 562 „	3 652 „	— 0,09	— 2,45	0,66	0,64	0,82	0,76	0,39	0,42	+ 0,02	+ 0,06	— 0,03
Hannover	275 210 „	292 461 „	— 17,25	— 5,90	32,84	33,21	21,12	21,32	47,15	46,00	— 0,37	— 0,20	+ 1,15
Westfalen	301 420 „	302 634 „	— 1,21	— 0,40	19,19	18,81	19,86	19,35	15,57	16,14	+ 0,38	+ 0,51	— 0,57
Hessen-Nassau	191 479 „	195 040 „	— 3,56	— 1,83	54,26	52,13	47,19	48,01	78,05	64,52	+ 2,13	— 0,82	+ 13,53
Rheinprovinz	402 800 „	397 870 „	+ 4,93	+ 1,24	24,98	24,34	24,00	23,55	37,58	33,60	+ 0,64	+ 0,45	+ 3,98
Hohenzollernsche Lande	15 230 „	12 150 „	+ 3,08	+ 25,36	99,13	98,54	99,52	97,84	98,56	98,71	+ 0,59	+ 1,68	— 0,15
bei den Arten der Sparkassen, und zwar bei den													
städtischen Sparkassen	574 697 ℳ	558 828 ℳ	+ 15,87	+ 2,84	14,05	13,43	13,80	13,11	16,09	15,72	+ 0,62	+ 0,69	+ 0,37
Landgemeinde- usw. Spark.	115 564 „	120 933 „	— 5,37	— 4,44	22,31	22,47	26,43	26,53	15,04	15,81	— 0,16	— 0,10	— 0,77
Kreis- und Amts-Spark.	695 702 „	709 064 „	— 13,36	— 1,88	31,75	31,25	26,80	25,88	39,37	38,61	+ 0,50	+ 0,92	+ 0,76
Provinz.- u. ständ. „	130 131 „	124 819 „	+ 5,31	+ 4,26	66,06	60,89	69,43	68,32	56,10	40,85	+ 5,17	+ 1,11	+ 15,25
sonstigen öffentl. „	1 059 „	1 054 „	+ 0,01	+ 0,48	0,37	0,35	0,38	0,37	0,32	0,28	+ 0,02	+ 0,01	+ 0,04

Hiernach betrug die Gesamtzunahme der Tilgungshypotheken seit 1919 ungefähr 2½ Millionen ℳ oder 0,16 %. Der Anteil der Amortisationshypotheken am gesamten Hypothekenbestande ist von 20,27 % im Vorjahre auf 20,83 % im Jahre 1920 gestiegen, und zwar war diesmal die Steigerung bei den städtischen Hypotheken nur wenig geringer als bei den ländlichen. Sie betrug bei den ersteren nur 0,70 %, bei den letzteren 0,94 %. Bei den Hypotheken auf ländliche Grundstücke nähern sich die Tilgungshypotheken allmählich einem Drittel des Gesamtbestandes, während bei den städtischen Hypotheken



noch nicht der fünfte Teil mit Amortisationshypotheken belegt ist. Die Tilgungshypotheken kamen während der Berichtszeit in allen preußischen Landesteilen vor. Einer besonderen Pflege erfreuten sie sich in den Hohenzollernschen Landen, wo 99,13 % der gesamten hypothekarischen Anlagen Amortisationshypotheken waren und außerdem in der Grenzmark Posen-Westpreußen sowie in Hessen-Nassau, wo über 3/5 bezw. mehr als die Hälfte aller Hypotheken amortisierbar waren. Verhältnismäßig selten fanden sie sich in Schleswig-Holstein (0,66 %), dem Stadtkreise Berlin (1,67 %) — dessen Sparkassen im Geschäftsjahre 1920 keine ländlichen Hypotheken besaßen — wie auch in Niederschlesien (5,74 %). In sechs Provinzen — nämlich in Nieder- und Oberschlesien, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen und Hessen-Nassau hatten die Tilgungshypotheken absolut eine Abnahme erfahren. Letztere war in Oberschlesien mit 9,06 % relativ am größten, in Westfalen mit 0,40 % am kleinsten. Unter den Arten der Sparkassen sind es die Provinzial- und ständischen Kassen und nach diesen im weiten Abstande die Kreis- und Amtssparkassen, die sich an der Begebung von Amortisationshypotheken relativ am stärksten beteiligt haben. Bei den Kreis- und Amtssparkassen waren nach dem Rechnungsabschluß beider Jahre (1920 und 1919), die ländlichen Tilgungshypotheken stärker als die städtischen unter den Gesamthypotheken vertreten. Auch bei den städtischen Sparkassen überwog die Vergebung von ländlichen Amortisationshypotheken; bei den Landgemeinde- usw. Sparkassen und bei den Provinzial- und ständischen Sparkassen lagen die Verhältnisse dagegen umgekehrt. Im übrigen werden die städtischen und ländlichen Tilgungshypotheken bei allen Sparkassenarten gepflegt. Am umfassendsten ist diese Pflege bei den Provinzial- und ständischen Kassen gewesen, wo 1920 bei mehr als 66 % aller Hypothekenanlagen die Tilgung der Hypotheken bestand. Auch bei den Kreissparkassen war der Prozentsatz (31,75) sehr erheblich. Von untergeordneter Bedeutung ist dagegen die Tilgungshypothek bei den sonstigen öffentlichen Sparkassen, vermutlich, weil gerade die Tilgungshypothek der Kasse als Gläubiger viel Schwierigkeiten und Umstände bereitet und diese Sparkassen auf eine möglichst einfache Geschäftsführung hinwirken müssen.

Die Zahl der Sparkassen, die einen Überbestand an Hypotheken, d. h. eine Festlegung von 75 % oder mehr ihres Vermögens in hypothekarischen Anlagen aufweisen, hat von Jahr zu Jahr abgenommen und ist jetzt ganz geringfügig geworden. Von einer tabellarischen Darstellung und deren Besprechung wird daher diesmal Abstand genommen.

Zu dem Vermögen der Sparkassen gehören schließlich auch noch die baren Kassenbestände. Der Bargeldbestand der Sparkassen am Ende des Rechnungsjahres betrug:

	1920	1919	1920	1919
	Millionen M		Hunderteile ihres Einlagebestandes	
im **Staate**	1 344,20	855,85	4,55	3,45
in den **Provinzen**				
I. Ostpreußen	51,52	37,19	6,88	5,75
II. Brandenburg . . .	176,62	109,18	7,97	5,69
III. Stadt Berlin . . .	116,26	198,07	6,19	12,13
IV. Pommern	105,62	71,93	7,13	5,75
V. Grenzmark Posen-Westpreußen . .	15,07	7,83	8,44	5,62
VI. Niederschlesien . .	112,20	76,33	6,26	5.25
VII. Oberschlesien . . .	41,74	13,49	9,58	3,45
VIII. Sachsen	76,76	45,97	3,29	2,26
IX. Schleswig-Holstein	74,59	36,59	4,70	2.67
X. Hannover	119,42	45,20	3,36	1,51
XI. Westfalen	220.07	74,46	4,54	1,83
XII. Hessen-Nassau . .	43,09	24,66	2,70	1,91
XIII. Rheinprovinz . . .	186,36	114,64	2,73	2,06
XIV. Hohenzoll. Lande.	4,88	0,32	8,04	0,68.

Im Berichtsjahre 1920 betrug also der Bargeldbestand sämtlicher von der amtlichen Statistik nachgewiesenen Sparkassen allein 1,3 Milliarden M oder 4,55 % ihres Einlagebestandes. Er hat sich gegen das Vorjahr um 488,4 Millionen M oder um 57,06 % erhöht. Der Bestand an barem Gelde ist in allen preußischen Landesteilen mit Ausnahme von Berlin — wo er um 81,8 Millionen M oder um 41,3 % zurückgegangen war — gestiegen. Am beträchtlichsten war die Steigerung in den Hohenzollernschen Landen. Hier hatte sich der Barbestand während eines einzigen Jahres mehr als verfünfzehnfacht und belief sich auf 8,04 % des Einlagebestandes gegen nur 0,68 % im vorhergehenden Geschäftsjahre. Während der Kassenbestand 1920 in Hannover weit mehr als den zweiundeinhalbfachen, in Schleswig-Holstein über, in der Grenzmark Posen-Westpreußen und in Hessen-Nassau fast den doppelten Betrag des Vorjahres aufwies, hatte er sich gegen 1919 in Westfalen und Oberschlesien fast bezw. mehr als verdreifacht. Im ungünstigten Falle, und zwar in Ostpreußen, belief sich die Vermehrung des Bargeldbestandes während der Berichtszeit auf 38,53 %, d. h. also auf fast 2/5 des vorjährigen Bestandes. Am Ende des Geschäftsjahres 1920 machte der Kassenbestand in Oberschlesien fast 1/10, in der Grenzmark Posen-Westpreußen über 1/12, in den Hohenzollernschen Landen fast 1/12 und in Brandenburg sowie in Pommern über oder ziemlich 1/13 des gesamten Einlagenbestandes der Kassen aus, in Hessen-Nassau und den Rheinlanden dagegen noch nicht einmal 1/35.

Der außerordentlich hohe Kassenbestand verschiedener Kassen und die großen Unterschiede in den Kassenbeständen werden wohl ihre Erklärung darin finden, daß bei vielen Kassen eine große Zahl von Kunden, vornehmlich die Beamten, ihre Vierteljahrsbezüge einlegten, für die den Kassen nicht immer sofort eine Anlage zu Gebote stand. Auch die außerordentlich starke Zunahme der Barbestände gegen das Vorjahr darf nicht wundernehmen; denn da die Entwertung des Geldes sich am Schlusse des Jahres ausdrückte, mußten diese Beträge am Jahresschluß im Verhältnis zu dem dauernden Bestande der Kassen sehr hohe sein. Es ist nicht anzunehmen, daß die Kassen gleich hohe Barbestände auch im Durchschnitt des Jahres gehabt haben, da jeder Vorstand darauf sieht, den unproduktiven Geldbestand so klein wie möglich zu halten. Immerhin ist es möglich, daß viele Kassen heute der Unsicherheit der Zeiten wegen auch mehr Barbestände bereithalten, als in früheren Jahren.

IV. Erträge der Anlagen und sonstige Ergebnisse.

Wie die Tabelle k auf Seite 410 näher veranschaulicht, hatten die preußischen Sparkassen im Geschäftsjahre 1920 eine Zinsbruttoeinnahme von 1 430,6 Millionen M, während sie 1 061,5 Millionen M Zinsausgaben leisteten. Gegen das Vorjahr haben sich also die Zinsbruttoeinnahmen entsprechend der großen Zunahme der Einlagen und gemäß dem erhöhten Anlagebestande nicht unbeträchtlich, nämlich um 201,2 Millionen M oder um 16,4 % gehoben. Die Zinsbruttoausgaben beliefen sich Ende 1919 auf 968,5 Millionen M und haben sich demnach 1920 nur um rund 93 Millionen M oder um ungefähr 9,6 % erhöht. Der Unterschied der Zinsbruttoeinnahmen und Zinsbruttoausgaben ergibt die Zinsbruttoüber-

Zinseinnahmen, Zinsausgaben und Zinsüberschüsse in den Jahren 1920 und 1919.

(Tab. k) Staat — Provinzen	Am Schlusse des Rechnungsjahres							
	1920	1919	1920	1919	1920	1919	1920	1919
	betrugen die							
	Zinsbruttoeinnahmen		Zinsbruttoausgaben		Zinsbruttoüberschüsse		Zinsbruttoüberschüsse Hundertteile der Zinsbruttoeinnahmen	
	Millionen Mark		Millionen Mark		Millionen Mark			
1	2	3	4	5	6	7	8	9
A. **Staat**	**1 430,58**	**1 229,43**	**1 061,49**	**968,53**	**369,09**	**260,90**	**25,80**	**21,22**
B. **Provinzen.**								
I. Ostpreußen	41,48	33,15	29,58	25,56	11,95	7,59	28,80	22,91
II. Brandenburg	103,82	91,31	74,31	69,68	29,52	21,63	28,43	23,69
III. Stadt Berlin	76,33	77,79	60,88	65,82	15,45	11,98	20,24	15,40
IV. Pommern	68,86	57,28	50,79	45,37	18,08	11,86	26,25	20,72
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	8,70	6,43	6,22	5,19	2,48	1,24	28,51	19,32
VI. Niederschlesien	80,41	65,95	58,71	49,06	21,70	16,89	26,98	25,61
VII. Oberschlesien	24,70	23,53	18,97	18,73	5,74	4,79	23,22	20,37
VIII. Sachsen	105,73	95,44	75,21	69,97	30,53	25,46	28,87	26,68
IX. Schleswig-Holstein	77,70	68,94	59,48	54,92	18,22	14,02	23,45	20,34
X. Hannover	172,89	148,19	132,63	117,85	40,26	30,35	23,29	20,48
XI. Westfalen	238,79	211,77	180,70	170,57	58,09	41,20	24,33	19,46
XII. Hessen-Nassau	80,99	66,92	58,47	52,28	22,53	14,69	27,81	21,96
XIII. Rheinprovinz	347,62	280,64	253,68	221,84	93,91	58,81	27,02	20,95
XIV. Hohenzollernsche Lande	2,54	2,15	1,92	1,77	0,62	0,38	24,41	17,78

schüsse. Die letzteren waren von 260,9 Millionen ℳ im Rechnungsvorjahre auf 369,1 Millionen ℳ im Berichtsjahre, d. h. um 108,2 Millionen ℳ oder um 41,5 %, angewachsen und machten damals 25,8 Hundertteile oder etwas über 1/4 der Zinsbruttoeinnahmen aus gegen 21,2 Hundertteile im Jahre 1919. Übrigens repräsentierten die Zinsüberschüsse des Jahres 1920 nach den im Abschnitt IIb angegebenen Umrechnungsfaktoren einen Inlandswert von 33,2 Millionen ℳ und einen Auslandswert von 20,9 Millionen ℳ. Die höchsten Zinsbruttoeinnahmen und Zinsbruttoausgaben wies in beiden Jahren die Rheinprovinz und danach die Provinz Westfalen auf, die niedrigsten, abgesehen von den Hohenzollernschen Landen und der Grenzmark Posen-Westpreußen, die Provinz Oberschlesien und nach dieser Ostpreußen. Über 100 Millionen ℳ Zinsbruttoeinnahmen hatten im Jahre 1920 außer den Sparkassen von Rheinland und Westfalen diejenigen der Provinzen Hannover (172,9 gegen 148,2 Millionen ℳ im Jahre 1919), Sachsen (105,7 gegen 95,4 Millionen ℳ im Jahre 1919) und Brandenburg (103,8 gegen 91,3 Millionen ℳ im Jahre 1919) während sich die Zinsbruttoausgaben nur noch in Hannover auf über 100 Millionen ℳ (132,6 gegen 117,9 im Jahre 1919) beliefen. In Hundertteilen der Zinsbruttoeinnahmen ausgedrückt, standen die Zinsbruttoüberschüsse in allen östlichen Landesteilen Preußens mit Ausnahme des Stadtkreises Berlin und von Oberschlesien, jedoch nur in drei westlichen Provinzen, nämlich in Sachsen, Hessen-Nassau und den Rheinlanden über dem Staatsdurchschnitt. Im übrigen durften sich die Sparkassen in sämtlichen preußischen Gebietsteilen gegen das Vorjahr nicht nur eines größeren absoluten, sondern auch eines höheren verhältnismäßigen Zinsbruttoüberschusses erfreuen.

Nur mit Hilfe von Rücklagen können die Sparkassen in Krisenzeiten Kursschwankungen und Vermögensverluste ausgleichen, ohne die — namentlich für kleine Gemeinden, die Kassen mit hohen Einlagenbeständen besitzen — recht erschwerte Hilfsleistung der Garantieverbände in Anspruch nehmen zu brauchen. Eine unter dem Gesichtspunkte weitgehender Fürsorge und größter Vorsicht betriebene Geld- und Anlagepolitik legt demnach den Sparkassen schon an und für sich die sittliche Verpflichtung auf, durch Ansammlung von Reserven in guten Jahren für die Deckung etwaiger später eintretender Verluste Sorge zu tragen. Durch die Sparkassengesetzgebung, die in der vorletzten Abhandlung eingehend besprochen wurde, sind die Sparanstalten außerdem zur Bildung und Haltung bestimmter Rücklagefonds angehalten worden. Die Rücklagefonds der preußischen Sparkassen werden in der Regel in der Weise gebildet, daß die Zinsüberschüsse nach Abzug der Verwaltungskosten bis zu 5 v. H. der Einlagen aufgesammelt werden. Nach Erreichung dieses Satzes darf dann mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde die Hälfte der weiteren Überschüsse zu öffentlichen Zwecken verwendet werden, bis der Rücklagefonds 10 v. H. der Einlagen erreicht hat. Zu Ende des Berichtsjahres 1920 waren 738,2 Millionen ℳ, bei Abschluß des Vorjahres jedoch 745,6 Millionen ℳ an Rücklagen vorhanden. Die Rücklagen haben sich also gegen 1919 um 7,4 Millionen ℳ oder fast um 1 % verringert. Den höchsten Rücklagenfonds wiesen im Jahre 1920 wieder die westfälischen und die rheinländischen und nach diesen die sächsischen Sparkassen mit 150,4, 148,8 und 82,9 Millionen ℳ auf, den niedrigsten, abgesehen von der hohenzollernschen Spar- und Leihkasse (1,8 Millionen ℳ) sowie den Sparanstalten der Grenzmark Posen-Westpreußen (4,0 Millionen ℳ), die berliner und oberschlesischen und darauf die ostpreußischen und pommerschen wie auch die hessen-nassauischen Kassen mit 11,96, 12,8, 24,0, 32,8 und 35,1 Millionen ℳ. Im Berichtsjahre bezifferten sich die Rücklagefonds aller preußischen Sparkassen auf 2,5 gegen 3,0 v. H. der Einlagen im vorhergehenden Jahre. In keinem der beiden Vergleichungsjahre haben also die Rücklagefonds aller berichtenden Kassen zusammen infolge der gewaltigen Steigerung der Spareinlagen den erwünschten Mindestsatz von 5 v. H. der Einlagebeträge gehabt.

Es betrug ferner der Rücklagefonds bei

den städtischen Sparkassen	2,43 v. H.
„ Landgemeinde- usw. Sparkassen	2,56 „ „
„ Kreis- und Amtsparkassen	2,53 „ „
„ Provinzial- und ständischen Sparkassen	2,98 „ „
„ sonstigen öffentlichen Sparkassen	2,78 „ „

der Einlagen.

Zinsüberschüsse, Verwaltungskosten und Reinüberschüsse der Sparkassen in den Rechnungsjahren 1920 und 1919.

(Tab. 1)

Staat — Provinzen	Es betrugen in Millionen Mark: die Zinsüberschüsse 1920	1919	die Verwaltungskosten 1920	1919	die Reinüberschüsse 1920	1919	Es betrugen in Hundertteilen des zinsbar angelegten Vermögens: die Zinsüberschüsse 1920	1919	die Verwaltungskosten 1920	1919	die Reinüberschüsse 1920	1919
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Staat	**369,09**	**260,90**	**205,71**	**87,01**	**163,38**	**173,89**	**1,22**	**1,05**	**0,68**	**0,35**	**0,54**	**0,70**
Provinzen.												
I. Ostpreußen	11,95	7,59	6,55	3,00	5,40	4,59	1,46	1,14	0,80	0,45	0,66	0,69
II. Brandenburg	29,52	21,63	14,93	6,24	14,59	15,39	1,38	1,18	0,70	0,34	0,68	0,84
III. Stadt Berlin	15,45	11,98	19,56	11,00	— 4,11	0,98	0,80	0,84	1,02	0,77	— 0,21	0,07
IV. Pommern	18,08	11,86	9,48	3,76	8,60	8,09	1,24	1,00	0,65	0,32	0,59	0,68
V. Grenzm. Posen-Westpr.	2,48	1,24	1,15	0,44	1,33	0,80	1,43	0,92	0,67	0,33	0,77	0,59
VI. Niederschlesien	21,70	16,89	11,63	5,39	10,07	11,50	1,24	1,21	0,66	0,39	0,57	0,83
VII. Oberschlesien	5,74	4,79	3,93	1,84	1,81	2,96	1,24	1,08	0,85	0,41	0,39	0,66
VIII. Sachsen	30,53	25,46	12,05	5,18	18,47	20,29	1,38	1,32	0,55	0,27	0,84	1,05
IX. Schleswig-Holstein	18,22	14,02	11,54	5,37	6,67	8,65	1,13	0,98	0,71	0,38	0,41	0,61
X. Hannover	40,26	30,35	21,24	8,45	19,08	21,90	1,11	1,01	0,59	0,28	0,52	0,73
XI. Westfalen	58,09	41,20	28,34	11,49	29,74	29,71	1,13	0,97	0,55	0,27	0,58	0,70
XII. Hessen-Nassau	22,53	14,69	16,15	6,33	6,38	8,37	1,31	1,08	0,94	0,47	0,37	0,62
XIII. Rheinprovinz	93,94	58,81	48,90	18,38	45,04	40,42	1,29	1,02	0,67	0,32	0,62	0,70
XIV. Hohenzollernsche Lande	0,62	0,38	0,25	0,13	0,37	0,25	1,05	0,79	0,42	0,28	0,63	0,52

In der vorstehenden Tabelle 1 werden die Zinsüberschüsse, die Verwaltungskosten und die Reinüberschüsse der Sparkassen für die Jahre 1920 und 1919 nachgewiesen. Während die Zinsbruttoüberschüsse gegen das Vorjahr ziemlich erheblich gestiegen waren, hatten sich die Reinüberschüsse infolge der wie überall so auch bei den Sparkassen eingetretenen scharfen Erhöhung der Verwaltungsausgaben um 10,5 Millionen ℳ oder um 6,04 % vermindert. Während die Zinsbruttoüberschüsse die vorjährigen derartigen Überschüsse im Berichtsjahre 1920 nur um 108,2 Millionen ℳ oder um 41,5 % übertrafen, waren die Verwaltungskosten infolge der ständig wachsenden Teuerung um 118,7 Millionen ℳ oder um 136,4 % höher als 1919. Im Verhältnis zum zinsbar angelegten Vermögen war von 1919 auf 1920 ungefähr eine Verdoppelung, und zwar eine Erhöhung dieser Kosten um 0,33 Hundertteile eingetreten. Abgesehen von Berlin und den Hohenzollernschen Landen, wo eine Zunahme um 77,8 % bezw. 92,3 % zu verzeichnen war, haben sich die Verwaltungskosten in allen preußischen Landesteilen mehr als verdoppelt. Die höchsten absoluten Ausgaben für die Verwaltung wies in beiden Jahren die Rheinprovinz auf, wo gleichzeitig auch die erheblichsten Zinsüberschüsse und Nettoüberschüsse anzutreffen waren. Hier waren diese Kosten von 18,4 Millionen ℳ im Jahre 1919 auf 48,9 Millionen ℳ im Berichtsjahre, d. h. um 30,5 Millionen ℳ oder um 166,1 % gewachsen. Die niedrigsten Verwaltungskosten hatten — wenn man von den Hohenzollernschen Landen, der Grenzmark Posen-Westpreußen und Oberschlesien absieht — die ostpreußischen Kassen, wo diese Ausgaben etwas über den doppelten Betrag des Vorjahres ausmachten, und hiernach die pommerschen. In den einzelnen Provinzen schwankte das Verhältnis der Verwaltungsausgaben, in Hundertteilen des zinsbar angelegten Vermögens ausgedrückt, 1919 zwischen 0,27 (Sachsen, Westfalen) und 0,77 (Berlin) sowie 1920 zwischen 0,42 (Hohenzollernsche Lande) und 1,02 (Berlin). Nach dem verhältnismäßigen Anteil der Verwaltungskosten hat also Berlin in beiden Vergleichungsjahren die beträchtlichsten Ausgaben für die Verwaltung gehabt.

Bei richtiger Bewertung der Zins- sowie der Reinüberschüsse muß unbedingt daran gedacht werden, daß sich die Überschüsse der Sparkassen infolge der gesetzlichen Verpflichtung, ihre Kapitalien in mündelsicheren Werten — wozu neben mündelsicheren Wertpapieren, Hypotheken und Darlehen an Gemeinden gehören — anzulegen, auf deren Zinsfuß die Kassen keinen oder doch als gemeinnützige Institute nur schwachen Einfluß besitzen, stets in bestimmten engeren Grenzen halten werden. So erscheint es eigentlich bei der allgemeinen Finanzkrisis verwunderlich, daß die Sparkassen überhaupt während der Berichtszeit noch in der Lage waren, Nettoüberschüsse herauszuwirtschaften. Da den Kassen bekanntlich zur Überwindung ihrer Kursverluste bei der Bilanzaufstellung Erleichterungen gewährt wurden, handelt es sich überall, wo derartige Überschüsse in den Bilanzen auftreten, wohl in der Regel um buchmäßige Überschüsse.

Die Zinsüberschüsse waren 1920 in den Rheinlanden mit 93,9 Millionen ℳ am größten, — nach den Hohenzollernschen Landen, der Grenzmark Posen-Westpreußen und Oberschlesien — in Ostpreußen mit rund 12 Millionen ℳ am geringsten. Sie haben gegen 1919 in allen Landesteilen zugenommen. Die absolute Zunahme war in der Rheinprovinz mit 35,1 Millionen ℳ und in Westfalen mit 16,9 Millionen ℳ besonders hoch, in der Grenzmark Posen-Westpreußen, Oberschlesien und den Hohenzollernschen Landen mit 1,2 rund 1, und 0,2 Millionen ℳ recht gering; sonst schwankte sie zwischen 3,5 Millionen ℳ (Berlin) und 9,9 Millionen ℳ (Hannover). Diese absoluten Zahlen besagen an sich nur wenig, weil die Höhe der Zinsüberschüsse neben dem Anlage- und Einlagezinsfuß von der Größe der Anlage- und Einlagebestände abhängig ist. Mehr Bedeutung als die absolute hat daher die prozentuale Zunahme. Genau 100 % betrug die Vermehrung der Zinsüberschüsse in der Grenzmark Posen-Westpreußen, über 60 % in den Hohenzollernschen Landen, über 50 % in der Rheinprovinz, Ostpreußen, Hessen-Nassau und Pommern, sonst bewegte sie sich zwischen 19,8 % (Oberschlesien) und rund 41 % (Westfalen). Wie eine Vergleichung der Spalten 4 und 5 mit den Spalten 2 und 3 der Tabelle 1 zeigt, mußten im Berichtsjahre 1920 im Gesamtstaat weit mehr als die Hälfte der Zinsüberschüsse gegen nur wenig über ⅓ im Jahre 1919 zur Deckung von Verwaltungskosten benutzt werden. In den einzelnen Landesteilen lagen die Verhältnisse mehr oder weniger verschieden. Ein sehr erheblicher Teil der Zinsüberschüsse wurde z. B in Hessen-Nassau (71,7 %), Oberschlesien (68,5 %) und Schleswig-Holstein (63,3 %) zu Verwaltungszwecken benötigt, ein verhältnismäßig geringer Teil dagegen in Sachsen (39,5 %), den Hohenzollernschen Landen (40,3 %), der Grenzmark Posen-Westpreußen (46,4 %) und Westfalen (48,8 %). In Berlin wurden diese Überschüsse völlig durch

die Verwaltung aufgebraucht und darüber hinaus war noch ein Zuschuß seitens des Garantieverbandes erforderlich. Während die buchmäßigen Reinüberschüsse im Staatsdurchschnitt zurückgegangen waren, hatten sie in 6 Landesteilen, nämlich in Ostpreußen, Pommern, der Grenzmark Posen-Westpreußen, Westfalen, der Rheinprovinz und den Hohenzollernschen Landen einen mehr oder weniger hohen Zuwachs erfahren. In den übrigen Provinzen hatten die buchmäßigen Nettoüberschüsse gegen 1919 wie beim Staat abgenommen. Immerhin konnten die Sparkassen wenigstens 1920 in sämtlichen Landesteilen mit einer einzigen Ausnahme größere oder kleinere buchmäßige Reinüberschüsse herauswirtschaften. Nur im Stadtkreise Berlin war, wie oben bereits erwähnt, ein Fehlbetrag vorhanden, der 4,1 Millionen ℳ betrug.

Eine nicht unwichtige Seite des Sparkassenwesens bilden schließlich die Verwendungen aus dem Reservefonds oder den Zinsüberschüssen für öffentliche Zwecke.

Aus den Zinsüberschüssen wurden für öffentliche Zwecke verwendet:

	seit dem Bestehen der Kassen am Schlusse des Rechnungsjahres		im Rechnungsjahre	
	1920 Mill. ℳ	1919 Mill. ℳ	1920 Mill. ℳ	1919 Mill. ℳ
im **Staate**	768,59	732,16	39,85	39,55
in den **Provinzen**				
Ostpreußen	24,05	23,35	0,83	1,41
Brandenburg	37,42	35,91	2,51	2,05
Stadt Berlin	6,11	6,03	0,15	0,21
Pommern	38,68	37,36	1,33	1,92
Grenzmark Posen-Westpreußen	2,91	2,76	0,15	0,27
Niederschlesien	71,33	68,05	3,22	3,10
Oberschlesien	13,33	12,77	0,59	0,83
Sachsen	113,16	108,07	5,42	5,59
Schleswig-Holstein	47,69	42,66	5,05	1,83
Hannover	78,36	73,73	4,60	5,03
Westfalen	152,79	145,74	7,97	8,76
Hessen-Nassau	25,65	24,80	0,85	0,83
Rheinprovinz	155,79	149,72	7,10	7,65
Hohenzollernsche Lande	1,32	1,24	0,08	0,09,

	in Hundertteilen des jedesmaligen Einlagebestandes			
	seit dem Bestehen der Kassen am Schlusse des Rechnungsjahres		im Rechnungsjahre	
	1920	1919	1920	1919
im **Staate**	2,60	2,95	0,13	0.16
in den **Provinzen**				
Ostpreußen	3,21	3,61	0,11	0,22
Brandenburg	1,69	1,87	0,11	0,11
Stadt Berlin	0,33	0,37	0,01	0,01
Pommern	2,61	2,99	0,09	0,15
Grenzmark Posen-Westpreußen	1,63	1,98	0,08	0,20
Niederschlesien	3,98	4,68	0,18	0,21
Oberschlesien	3,06	3,26	0,14	0,21
Sachsen	4,85	5,31	0,23	0,27
Schleswig-Holstein	3,01	3,12	0,32	0,13
Hannover	2,21	2,46	0,13	0,17
Westfalen	3,15	3,57	0,16	0,21
Hessen-Nassau	1,60	1,92	0,05	0,06
Rheinprovinz	2,28	2,69	0,10	0,14
Hohenzollernsche Lande	2,17	2,62	0,13	0,16.

Der Gewinn, den die Garantieverbände aus den Sparkassenüberschüssen in ihre eigenen Kassen fließen lassen konnten, war demnach im Verhältnis zu dem bedeutenden garantierten Einlagebestand sehr gering. Seit dem Bestehen der Sparkassen sind bis zum Schlusse des Geschäftsjahres 1920 nur 768,6 Millionen ℳ für öffentliche Zwecke verwendet worden. Seit dem Vorjahre ist der Gewinn der Verbände um 36,4 Millionen ℳ oder um rund 5 % gestiegen. Er betrug im Berichtsjahre 39,9 Millionen ℳ gegen 39,6 Millionen ℳ im Rechnungsvorjahre, d. h. nur 0,3 Millionen ℳ oder 0,76 % mehr als 1919. Wenn man an den stark angewachsenen Papiermarkeinlagebestand und an die sich daraus ergebenden belastenden Verpflichtungen der Garantieverbände denkt, wird man bedauern, daß der Gewinn durch die fortschreitende Geldentwertung mehr und mehr zusammengeschmolzen ist. Gemessen an den Lebenshaltungskosten sowie am Dollar, beliefen sich nämlich die überwiesenen Beträge 1919 auf 5,9 bezw. 3,5 Millionen Friedensmark und 1920 auf 3,6 bezw. 2,3 Millionen Friedensmark, also um 2,3 bezw. 1,2 Millionen Friedensmark oder um 39,0 % bezw. 34,3 % weniger als im vorhergehenden Jahre. Übrigens ist der Gewinn im Verhältnis zum jeweiligen Einlagebestand im Staatsdurchschnitt zudem im Jahre 1920 um 0,03 Hundertteile geringer gewesen als 1919. Die besten Geschäfte haben nach obiger Übersicht anscheinend die Schleswig-Holsteinschen Sparkassen mit einer gegen das Vorjahr um 0,19 Hundertteile höheren Abgabe von 0,32 % des Spareinlagebestandes gemacht. In Brandenburg und Berlin war die verhältnismäßige Überweisung an die Garanten des Berichtsjahres der vorjährigen gleichgeblieben, in allen anderen nicht erwähnten Landesteilen war sie dagegen zurückgegangen, am stärksten in der Grenzmark Posen-Westpreußen und Ostpreußen mit 0,12 bezw. 0,11 Hundertteilen, am schwächsten (außer Brandenburg und Berlin) in Hessen-Nassau (0,01), Niederschlesien (0,03) und den Hohenzollernschen Landen (0,03). Auffallend ist es, daß 1920 auch in Berlin Zinsüberschüsse zu öffentlichen Zwecken verwendet werden konnten, obwohl vorher ein Fehlbetrag von 4,1 Millionen ℳ nachgewiesen wurde. Das ist damit zu erklären, daß die Verschmelzung der Berliner Sparkasse mit den früheren Vorortsparkassen noch nicht beendet war. Einzelne von den letzteren Kassen hatten Überschüsse aufzuweisen, und eine unter ihnen, nämlich die Spandauer Stadtsparkasse, vermochte davon die geringe Summe von 0,15 Millionen ℳ an ihren Garantieverband zu überweisen.

Da bereits 1918 die Mehrzahl der preußischen Sparkassen ihr Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahre abgeschlossen hatte, wird diesmal hier von der Zusammenstellung der Abschlußtermine abgesehen.

Erwähnung verdient vielleicht noch, daß die Preußische Central-Genossenschaftskasse seit 1896 einen lebhaften Geschäftsverkehr mit den öffentlichen Sparkassen unterhält, über den Näheres aus den Jahresberichten dieser Kasse zu ersehen ist.

Schlußwort.

Die Bedeutung der preußischen Sparkassen für unser gesamtes wirtschaftliches Leben, namentlich für die Entwicklung des öffentlichen und privaten Kredits, hat — wie die amtlichen Zahlen beweisen — auch im Berichtsjahre 1920 zugenommen. Conrad hob im zweiten Teile seines Grundrisses zum Studium der politischen Ökonomie [1]) zu Anfang des 20. Jahrhunderts die mißbräuchliche Benutzung der Kassen als Depositenkassen der wohlsituierten Volksschichten, die ihre

[1]) 3. Auflage 2. Teil 1902, S. 431.



laufenden Einnahmen einzahlen und im Bedarfsfalle zurückziehen, tadelnd hervor. Ferner hatte Löning[1]) bereits vor etwa 25 Jahren den Sparkassen vorgeworfen, daß ihr Geschäftsbetrieb mehr für die Kapitalien des wohlhabenden Mittelstandes als für die Sammlung von kleinen Ersparnissen der ärmeren Klassen eingerichtet sei. Bei der außerordentlichen Umwertung des Geldwesens und unserer gesellschaftlichen Zustände sind solche Vorwürfe jedenfalls in derartiger Form jetzt nicht mehr aufrechtzuerhalten. Als soziale Institute müssen die Sparkassen, auch wenn sie durch die Verhältnisse gezwungen, mehr und mehr zu Banken werden, gerade in heutiger Zeit mehr denn je die kleinen Spargäste halten und neue Sparer durch großzügige Werbetätigkeit – wobei ungeeignete Reklame zu unterbleiben hat – zu gewinnen suchen. In diesem Sinne ist bei der fortschreitenden Geldentwertung in erster Linie von den Sparkassen das Problem der wertbeständigen Anlagen zu lösen. Diese Verpflichtung ist von den Kassen schon erkannt worden. Praktische Versuche einzelner Sparkassen sowie die vom Vorstande des Deutschen Sparkassen-Verbandes aufgestellten Richtlinien zur Frage der Einführung wertbeständiger Spareinlagen[2]) liefern einen Beweis dafür. Im übrigen ist die Einführung von sogenannten Goldspareinlagen noch in anderen valutaschwachen Ländern, beispielsweise in Polen und im Freistaate Danzig versucht worden. In Anerkennung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Leistungen dürften schließlich die Sparkassen auf entgegenkommende Unterstützung ihrer im Interesse der Volkswirtschaft und Volkswohlfahrt liegenden Arbeiten seitens des Reiches Anspruch haben.

Während Lassalle die Sparkassen noch gering einschätzte, wird heute der Wert der öffentlichen Kassen von manchen Sozialdemokraten voll gewürdigt. Ein entsprechendes Urteil Bernsteins wurde in der letzten Sparkassenabhandlung erwähnt. Selbst die russischen Bolschewisten haben nach allen ihren unglücklichen Experimenten die Bedeutung des Sparens und der Sparkassen erkannt. Den besten Beweis hierfür liefert die Wiedererrichtung der von der Räteregierung im Jahre 1918 aufgelösten Staatssparkassen. Nach einem Berichte der sowjetamtlichen Wirtschaftszeitung „Ekonom. Shin." ist bis jetzt vom Volkskommissariat der Finanzen versuchsweise die Eröffnung von staatlichen Sparkassen in Petersburg, Moskau, Kiew, Odessa und in einer Reihe anderer Wirtschaftszentren angeordnet worden. Die russischen Sowjetsparkassen haben übrigens über Sparer und Spareinlagen gegenüber jedermann absolutes Stillschweigen zu beobachten. Diese Verordnung dürfte jedoch, vom sparkassentechnischen Standpunkte aus betrachtet, und auch nach den Erfahrungen bei den rumänischen Staatssparkassen unwesentlich werden, wenn die Staatssparkassen – wie das geplant wird – mit der Erhebung der Staatssteuern beauftragt werden sollten. Interessant und infolge der Staatsgarantie – allerdings wohl vor allem mit Hilfe der Notenpresse – ohne weiteres durchführbar ist es, daß die Spareinlagen bei den neuen russischen Sparkassen im Falle des Sinkens des Papiergeldkurses in ihren einzelnen Beträgen mit dem Entwertungskoeffizienten multipliziert werden sollen und dadurch zu wertbeständigen Einlagen werden.

[1]) v. Schönberg: Handbuch der politischen Ökonomie 4. Auflage 1898. III. Band. 2. Halbband S. 451. — [2]) Sparkasse. Zeitschrift des Deutschen Sparkassenverbandes Nr. 1093 vom 28. Februar 1923, S. 81—82.

Bücheranzeigen.

An dieser Stelle werden alle der Schriftleitung der „Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts", Berlin SW 68, Lindenstr. 28 zur Verfügung gestellten Bücher usw. dem Zitat nach angezeigt. Inhaltsangaben und Besprechungen bleiben vorbehalten.

Žižek, Franz: Fünf Hauptprobleme der statistischen Methodenlehre. München und Leipzig: Duncker & Humblot 1922. 53 S.

Nach dem Titel des Buchs erwartet man zunächst methodische, für den statistischen Fachmann bestimmte Erörterungen. In dieser Beziehung führt der Titel aber irre. Der Fachmann, insbesondere der statistische Praktiker wird wenig in dem Buch finden, was ihm nicht schon aus eigener, manchmal recht schmerzlicher Erfahrung bekannt wäre. Das Werk stellt vielmehr, wie der Verfasser in dem Vorwort selbst sagt, nur eine Ergänzung zu seinem früher in dieser Zeitschrift besprochenen „Grundriß der Statistik" dar und ist dementsprechend mehr zur Einführung in die Kenntnis der Statistik bestimmt. Unter diesem Gesichtspunkt kann es nur im höchsten Maß empfohlen werden. Mit den fünf Problemen, die der Verfasser auf 53 Seiten in sehr fließender und lesbarer Schreibweise behandelt (1. Die statistischen Zahlen und die statistischen Begriffe, 2. Die Willkür im statistischen Verfahren, 3. Warum findet man so oft nicht in der Statistik was man sucht, 4. Die statistische Vergleichbarkeit, 5. Mit der Statistik kann man alles beweisen!), müßte sich jeder auseinandergesetzt haben, der sich mit Statistik oder ihren Ergebnissen befaßt. Es ist daher der kleinen Schrift die weiteste Verbreitung unter allen Benutzern der Statistik vom Staatsmann über den Journalisten bis zum Studenten der Nationalökonomie und Zeitungsleser herab zu wünschen. Im Interesse der Statistik ist nur zu bedauern, daß die hohen Papierpreise eine Massenverbreitung dieses trefflichen kleinen Werkes wahrscheinlich nicht zulassen.

Dr. Saenger.

Winkler, Dr. Wilhelm: Die Bedeutung der Statistik für den Schutz der nationalen Minderheiten. Leipzig und Wien: Franz Deuticke 1923. 75 S.

Der bekannte Wiener Statistiker gibt als erste Schrift des von ihm begründeten Instituts für Statistik der Minderheitsvölker ein Heft heraus, in dem er die Frage, wie eine wahrheitsgetreue Statistik der Minderheitsvölker erreicht werden und Fälschungen der Statistik durch das Mehrheitsvolk vorgebeugt werden kann, in scharfsinniger, gründlicher und anregender Weise erörtert. Der Verfasser versucht zunächst die Begriffe „Volk" und „Minderheit" zu definieren. Er legt dann die verschiedenen Methoden der statistischen Erfassung der Nationalitäten und ihre Vorzüge und Mängel dar, setzt hierauf die Aufgaben einer Minderheitsstatistik auseinander und schildert, wie bisher im Nationalitätenkampfe die Statistik häufig als Mittel zur Vergewaltigung von Minderheiten mißbraucht worden ist und noch gegenwärtig mißbraucht wird. Den Schluß

der Schrift bilden ausführliche Grundsätse für eine internationale Regelung der Stellung der amtlichen Statistik zu den Minderheitsvölkern, von denen der Verfasser hofft, daß sie nicht bloß an Papier und Druckerschwärze gebannt bleiben, sondern in Zukunft auch Aufnahme in internationale Minderheitsverträge finden werden. Bei der großen Bedeutung, die der Minderheitenschutz für das Deutsche Volk hat, verdient die Arbeit des Verfassers rege Beachtung, um so mehr, als sie sich auf ein Gebiet erstreckt, auf dem es bisher nur sehr wenige Vorarbeiten gibt und das dem Statistiker ungewöhnlich große Schwierigkeiten bietet. Da auf die Arbeit noch ausführlich zurückzukommen sein wird, möge vorläufig dieser kurze Hinweis genügen. **K.**

Lipmann, Otto: Bibliographie zur Psychologischen Berufsberatung, Berufseignungsforschung und Berufskunde. Leipzig: Joh. Ambrosius Barth 1922 IV. 60 S. (Schriften zur Psychologie der Berufseignung und des Wirtschaftslebens. H. 20.)

In kurzer Zeit ist die Beschäftigung mit wirtschaftspsychologischen Fragen, vor allem mit Fragen der Berufskunde, der heute so wichtigen Berufsberatung und der Eignungsforschung, ungeheuer gewachsen. Die Literatur auf diesem Gebiete beginnt bei der Schwierigkeit der Beschaffung für den einzelnen unübersehbar zu werden. Hier greift das vorliegende in den Schriften zur Psychologie der Berufseignung und des Wirtschaftslebens erschienene Heft in dankenswerter Weise ein. In ihm sind nicht nur wissenschaftliche Arbeiten, sondern auch Aufsätze der Tagespresse sowie Besprechungen von Erscheinungen, die kritische und sonst selbständige Ausführungen der Referenten enthalten, mit den Titeln, allerdings ohne nähere Inhaltsangabe, aufgeführt. Die Schriften sind alphabetisch angeordnet. Außerdem ist ein Verzeichnis der mehrfach vorkommenden Zeitschriften mitgegeben sowie ein auf wenige Seiten zusammengedrängtes Sachverzeichnis. Das Ganze, das auf Veranlassung der Betriebstechnischen Abteilung des deutschen Verbandes technisch-wissenschaftlicher Vereine herausgegeben worden ist, ist eine sorgfältige und dankenswerte Arbeit, auf die man bei Beschäftigung mit Fragen der Berufskunde usw. gern und mit Nutzen zurückgreifen wird.

G. v. D.

Bernardino, Dr. Anselmo: *Saggio di una Bibliografia della letteratura economico-finanziaria della guerra e del dopo-guerra. Torino: Anonima libraria Italiana 1922.* 109 S.

Die Bibliographie der Staatswissenschaften wird durch dieses Werk, das den Zeitraum vom 1. Januar 1915 bis zum 31. Dezember 1921 umfaßt, um ein wertvolles Glied bereichert. In übersichtlicher Gliederung wird hier die italienische Spezialliteratur der Kriegs- und Nachkriegsjahre, für die bislang jede Zusammenfassung fehlte, vereinigt und damit eine weit über die Grenzen Italiens hinaus von der Wissenschaft störend empfundene Lücke geschlossen.

Seinen einleitenden Betrachtungen über die Entwicklung des italienischen nationalökonomischen Schrifttums, in denen er auch der Verdienste der deutschen Forschung gedenkt, läßt der Verfasser zunächst eine Bibliographie der theoretischen und der praktischen Nationalökonomie für die Jahre 1915–1921 folgen, die sehr eingehend auch die italienische Zeitschriften-Literatur berücksichtigt. Das letzte Drittel des Buches nimmt die Sonderbibliographie der Finanzwissenschaften für den gleichen Zeitraum ein. Den Beschluß macht ein alphabetisches Verfasserregister.

Schubert.

Politisches Handwörterbuch. Unter redaktioneller Mitwirkung von Kurt Jagow herausgegeben von Paul Herre. Bd. 1. 2. Leipzig: K. F. Koehler 1923.

Ein umfangreiches zweibändiges Nachschlagewerk über Politik ist nach langjährigen Vorarbeiten, die jedoch auf den Stand vom Frühjahr dieses Jahres fortgeführt worden sind, unter diesem Titel im Laufe des Juni erschienen. Das Werk ist ein Kulturdokument, ein Zeugnis von Deutschlands ungebrochenem, schöpferischem Geist, dem es vorbehalten blieb, auch auf diesem Gebiete ein Handbuch zu schaffen, das für die Welt vorbildlich werden wird. Es hält sich von jedem einseitigen Standpunkt fern, sodaß es als sachliches Nachschlagewerk von den Angehörigen aller Parteien benutzt werden kann. Politik im weitesten Sinne umfaßt das Werk; so finden sich in ihm mit zahlreichen Karten und statistischen Tabellen erläuterte Angaben über Persönlichkeiten und Organisationen der internationalen Politik, unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Politik, Geschichte und politischen Struktur der einzelnen Staaten, Heerwesens, Wirtschaft, Handels und Verkehrs, Presse, Rechtswesens, Kultur- und Sozialpolitik. Der bekannte Historiker Prof. Dr. Paul Herre zeichnet als Herausgeber; Dr. Kurt Jagow hat ihm bei der redaktionellen Ordnung des umfangreichen Stoffes — fast 5 000 einzelne Aufsätze von 180 Mitarbeitern — zur Seite gestanden. Führende Politiker, Männer der Wissenschaft, erste Fachleute haben wertvolle Beiträge geliefert. Der Verlag K. F. Koehler hat, um die Beschaffung des umfangreichen Werkes weiteren Kreisen zu ermöglichen, einen bis Ende Juni gültigen Subskriptionspreis von 175 000 ℳ für die über 2 000 Seiten starken Bände im Lexikonformat festgesetzt.

Der politische Almanach 1923. Jahrbuch des öffentlichen Lebens. Herausgeber: Maxim. Müller-Jabusch. Berlin SW. 68: Verlag des politischen Almanachs 1923. XVII, 468 S.

Das Buch stellt den begrüßenswerten Versuch dar, die Fülle des für den täglichen Geschäftsverkehr Wissenswerten aus dem Bereich der Politik zu sammeln und in übersichtlicher und zeitsparender Anordnung zu vereinigen. In bezug auf praktische Anlage und Reichtum des Gebotenen übertrifft es alle ähnlichen Unternehmungen der letzten Jahre. Es bringt zunächst eine Zusammenstellung der Behörden des Reiches und der Länder unter Namhaftmachung der leitenden Beamten, Dezernate, Telefonnummern usw. Gerichte, Kammern, Konsulate, Wehrkreiskommandos, Zeitungen, Parlamente, Abgeordnete, politische, wirtschaftliche und soziale Verbände, Syndikate usw. liefern in der Summe ein Adressenmaterial von vielen tausend Titeln.

In dem Abschnitt „Religionsgemeinschaften“ gibt der Referent des Evangelischen Oberkirchenrats, Pfarrer Dr. Schneider, der breiten Öffentlichkeit Kenntnis von der neuen Form, die nach der Verselbständigung der Kirchen die Religionsgemeinschaften angenommen haben. Dem Vertrag von Versailles und seiner Durchführung ist ein weiteres bedeutsames Kapitel gewidmet. Über die Staaten des Auslands, über den Völkerbund und über die großen internationalen Gesellschaften und Büros unterrichten Sonderabschnitte, ebenso über Presse und Nachrichtenbüros des In- und Auslands. Unter der Rubrik „Handbücher, Nachschlagewerke“ findet man zwar die Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts erwähnt, nicht aber die weit zahlreicheren des Preußischen Statistischen Landesamts. Auch in dem sich daran anschließenden „Statistischen Teil“ des Almanachs, den Dr. E. H. Regensburger bearbeitet hat, ist der Statistik der Länder nicht die gebührende Berücksichtigung zuteilgeworden. Da der politische Almanach in erster Linie für deutsche Leser bestimmt und die Statistik

in der politischen Erziehung des deutschen Volkes eine wichtige Rolle zu spielen berufen ist, wäre bei den Neuauflagen ein entsprechender Ausbau dieses Teils sehr am Platze, nicht nur an der dem Ausland zugekehrten Seite, sondern vor allem auch durch eine Stärkung und Verbreiterung des tragenden Unterbaues der Landesstatistik.

Schubert.

Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Landeskirche Deutschlands 1922. Ein Hilfsbuch zur Kirchenkunde der Gegenwart. In Verbindung mit anderen herausgegeben von Pfarrer Dr. Schneider. 49. Jahrg. Gütersloh, Bertelsmann.

Trotz der Ungunst der Zeit ist das „Jahrbuch" im Umfang unverändert geblieben. In 12 Kapiteln gibt es einen erschöpfenden Überblick über das gesamte evangelisch-kirchliche Leben in Deutschland. Hier soll nur das 3. Kapitel: „Kirchliche Statistik" näher besprochen werden, das von dem Herausgeber selbst bearbeitet worden ist. Es ist erfreulich, mit welcher wissenschaftlichen Gründlichkeit und Sachlichkeit hier alle statistischen Fragen behandelt werden. Leider stören an einzelnen Stellen der Tabelle Druckfehler, die an sich von geringer Bedeutung sind, aber vielleicht künftig durch eine sorgfältigere Korrektur vermieden werden können. An kleineren Ausstellungen sei folgendes vermerkt: Die Tabelle auf Seite 37 ist nicht gleichmäßig aufgestellt; die Zahlen für Preußen sind ohne Totgeburten und Kriegsteilnehmer, die für das übrige deutsche Reich mit Totgeburten und Kriegsteilnehmern angegeben. Auf Seite 45 ist bei der Angabe der an Polen gefallenen Bevölkerungszahl Oberschlesien nicht mitgerechnet; es müßte statt 2 953 354 heißen: 3 853 354. Die Seite 52 angegebenen Zahlen über die Sterblichkeit des evangelischen Volksteils stimmen mit denen des Statistischen Landesamts nicht überein, ohne daß der Grund dieser Verschiedenheit ermittelt werden kann. Die auf Seite 70 ff. angegebenen Zahlen enthalten unter sich Unterschiede, die darauf zurückzuführen sind, daß sie teils mit Posen-Rest, teils ohne Posen-Rest dargestellt sind. Auch die für die Jahre 1910 und 1918 auf Seite 124 angegebenen Verhältnisziffern stimmen mit den Zahlen des Statistischen Jahrbuchs für Preußen nicht überein. Auffallend berührt bei der sonstigen Sorgfalt, mit der das Werk gearbeitet worden ist, die häufige Verwechselung der Begriffe „Zahlen" und „Ziffern", die doch für den Statistiker einen feststehenden Sinn haben. Der Vorwurf der „unbegründeten Weichheit und unzweckmäßigen Voreiligkeit", der Seite 44/45 dem Preußischen Statistischen Landesamt gemacht wird, weil es in seiner Statistik das Saargebiet gesondert aufführt, ist unbegründet; die Ausschaltung des Saargebiets aus der amtlichen Statistik war leider unvermeidlich, weil die Saarregierung die Mitteilung von statistischen Zahlen an Preußen den Behörden des Saargebietes untersagt hat, so daß diese zunächst nur noch unregelmäßig einliefen und dann ganz ausblieben. Diese kleinen Ausstellungen sollen aber den Wert der gründlichen umfassenden Arbeit, die in dem Kapitel enthalten ist, nicht herabsetzen. Bekanntlich ist jetzt für die gesamte evangelisch-kirchliche Statistik eine Zentralstelle beim Preußischen Evangelischen Oberkirchenrat gegründet worden. Vom Standpunkt der amtlichen Statistik ist dieser Schritt nur mit Freude zu begrüßen. Wir sind gewiß, daß die neue Stelle mit derselben Gewissenhaftigkeit die unter den heutigen Verhältnissen doppelt wichtige Statistik pflegen wird wie bisher.

Dr. Saenger.

Taschenkalender und kirchlich-statistisches Jahrbuch für den katholischen Klerus „Deutscher Zunge" 1923. Redaktion Dr. K. A. Geiger, Ordentlicher Hochschulprofessor. 45. Jahrg. Regensburg, Verlagsanstalt vorm. J. G. Manz.

Der eigentliche statistisch Inhalt des Werkes ist gering; er beschränkt sich auf Angaben über die Seelenzahl der einzelnen Diözesen, ihren Klerus und ihre Seelsorgerstellen. Indes besteht wohl kaum ein Bedürfnis, neben dem bereits früher besprochenen „Handbuch für das katholische Deutschland" noch ein besonderes statistisches Werk herausgegeben. Dagegen enthält der Taschenkalender dankenswerter Weise gerade eine Reihe von Angaben, die in dem „Handbuch vermißt wurden, nämlich genaue Angaben über die gesamte katholisch-kirchliche Einteilung Deutschlands, der Schweiz ,Luxemburgs und Österreichs bis auf die Dekanate hinunter unter besonderer Hervorhebung der durch den Weltkrieg eingetretenen Veränderungen. Damit erhält der Statistiker die Möglichkeit, die Zahlen der kirchlichen Statistik mit denen der amtlichen Statistik mit einer wenigstens eingehenderen Genauigkeit in Beziehung zu setzen.

—r.

Sartorius v. Waltershausen, A.: Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Geschichte, Theorie und Politik. Leipzig-Berlin: B. G. Teubner 1922 VIII, 283 S.

Es ist jedem, der versucht hat, etwa Studenten volkswirtschaftliche Bildung zu übermitteln, klar geworden, daß der Weg, den die Universität einschlägt, vom pädagogischen Gesichtspunkt aus unmöglich ist. Sie beginnt nämlich herkömmlich damit, daß sie dem jungen Studenten, der eben sein Abiturium gemacht hat, theoretische oder allgemeine Nationalökonomie beizubringen versucht; erst in den nächsten Semestern geht sie zur praktischen und speziellen Nationalökonomie über. Auf diese Weise wird oft dem jungen Studenten, der in der Regel keinerlei geordnete Auffassung vom empirischen Wirtschaftsleben hat, der Weg zu einer gründlichen nationalökonomischen Bildung auf immer verbaut.

In jüngster Zeit sind insbesondere einzelne Handelshochschulen dabei, den „naturgemäßen" Weg einzuschlagen und dem jungen Studenten zunächst etwa Vorlesungen über Wirtschaftskunde oder über eine bestimmte empirische Erscheinung des Wirtschaftslebens zu bieten. In diesen Vorlesungen kann mit aller Deutlichkeit die entscheidende Rolle der Theorie für die Erkenntnis des empirischen Wirtschaftslebens gezeigt werden. So wird bei einer Vorlesung über Wirtschaftskunde unter anderem die Bedeutung der Theorie vom Standort der landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktionszweige, bei einer Vorlesung über die moderne Einkommensentwicklung die Bedeutung der Lohntheorie, der Preistheorie usw. klar werden. Erst nachdem auf diese Weise der Weg zum Verständnis der Theorie gebahnt ist, hat die theoretische Nationalökonomie als Vorlesung einzusetzen. Sie hat aber dann auch ein Gebäude der Theorie mit all ihren strengen, hypothetischen Sätzen zu errichten, ein Unternehmen, das zweifellos Wieser in dem Grundriß der Sozialökonomik und Cassel in seiner theoretischen Sozialökonomie in starkem Maße gelungen ist.

Der Verfasser des vorliegenden Buches schlägt einen anderen Weg ein. Sein Motto ist, wie er selbst betont: „Die Jugend will lieber angeregt als unterrichtet sein". Er wendet sich, wie im Vorwort ausgeführt ist, nicht nur an die akademische, sondern an „die deutsche Jugend mit einiger Vorbildung überhaupt". Seine Einführung besteht aus fünf Abschnitten: A. Entwicklung der Grundbegriffe, B. Die Volkswirtschaft vom geschichtlichen Standpunkt, C. Volks- und Weltwirtschaft, D. Die sozialökonomische Gesetzmäßigkeit, E. Die Wirtschaftspolitik. Der Abschnitt Volks- und Weltwirtschaft erscheint mir als der beste, wie von dem Verfasser des „volkswirtschaftlichen Systems der Kapitalanlage im Auslande" nicht anders zu erwarten war.

Die Abschnitte A und B geben allerdings „Anregungen“ zur Theorie. Über die Richtigkeit der Sätze im einzelnen zu streiten, hat keinen Sinn. Nach den Ausführungen über den vom pädagogischen Standpunkt aus besten Weg, in die Nationalökonomie einzudringen, die ich eingangs gemacht habe, erscheint mir das Verfahren des Verfassers nicht ungefährlich. Es kann manchen Studierenden zu der Auffassung bringen, er habe mit den Anregungen des Verfassers zur Theorie auch die Theorie selbst erfaßt, zumal da auch der Verfasser Wege und Literaturangaben darüber, wo man nun eine strenge Preis- oder Lohntheorie usw. finden kann, nicht gibt. Es erscheint mir deshalb notwendig, daß der Verfasser bei einer zweiten Auflage seines Werkes diese Wege und „Anregungen“ mit berücksichtigt.

Meerwarth.

Dunkmann, Prof. Dr. Karl: Die Lehre vom Beruf. Eine Einführung in die Geschichte der Soziologie des Berufs. Berlin: Trowitsch & Sohn 1922. 321 S.

In der jüngsten Zeit sind überraschend oft Untersuchungen über das Wesen des Berufs und der Berufe angestellt worden. Der Sozialökonom, der Soziologe, der Sozialethiker, der „experimentelle“ Psychologe, der Berufsstatistiker haben den Beruf von ihrem jeweiligen Gesichtspunkt aus zu definieren versucht. Die Begriffsbestimmungen der Sozialökonomen lassen sich im großen und ganzen noch mit dem Sprachgebrauch und mit dem, was die allgemeine Denkweise gegenwärtig unter Beruf versteht, in Einklang bringen. Es ist dabei ohne weiteres einleuchtend, daß im besonderen der Berufsstatistiker aus naheliegenden Gründen auf den Sprachgebrauch in hervorragendem Maße Rücksicht nehmen muß.

Max Weber definiert vom sozialökonomischen und soziologischen Gesichtspunkt aus: Beruf soll jene Spezifizierung, Spezialisierung und Kombination, von Leistungen einer Person heißen, die für sie die Grundlage einer kontinuierlichen Versorgungs- oder Erwerbschance ist. Vielleicht läßt sich diese Definition kürzer fassen: unter dem Beruf ist jene besondere Art von Leistungen einer Person zu verstehen, die von ihr dauernd zu Erwerbszwecken ausgeübt werden. Die Sozialethiker versuchen demgegenüber den Beruf auf andere Weise festzulegen; sie suchen in Wirklichkeit zum Ausdruck zu bringen, was Beruf eigentlich sein soll, und zwar, was gewöhnlich nicht genügend hervorgehoben wird, von ihrer besonderen Weltanschauung aus gesehen. Etwa der Prälat, Dr. August Pieper: „Zum Beruf wird eine auf die Dauer erwählte, mit Einstellungen aller Anlagen und Strebungen gepflegte Arbeit erst durch ein seelisches, sittliches Verhältnis des Berufstätigen zu seiner Arbeit. Bleibt diese rein zweckhaft nur Mittel zur Erlangung von Geld oder Geldeswert, mit dem man sich Lebensunterhalt und Genuß verschaffen kann, so ist die Arbeit nur Erwerb oder Geschäft, eine leidige Notwendigkeit . . . . Zum Berufe wird die Arbeit jedoch erst, wenn der Mensch sie zur sittlichen Tat erhebt, indem er in ihr einem höheren Rufe folgt, den er zu seinem eigenen Gesetz macht. Bei dieser Auffassung sieht er in seiner Persönlichkeit einen nie sich wiederholenden Gedanken des Schöpfers, den er durch Vervollkommnung aller Anlagen, durch Betätigung allen edlen Strebens verwirklichen soll an dem vom Schicksal bestimmten Platze“.

Von dieser Fragestellung aus ergibt sich dann eines der Grundprobleme unserer Zeit: Kann insbesondere der Arbeiter in der modernen unternehmungskapitalistischen Wirtschaftsweise mit ihrem rationalisierten und mechanisierten Betrieb, in dem das vollziehende Handeln dem Drill und der Schablone unterworfen ist (feinste Blüte: der Taylorarbeiter), überhaupt ein seelisches, sittliches Verhältnis zu seiner entgeistigten und „entseelten“ Arbeit gewinnen. Ein Problem, das unter anderen in dem eben erschienenen, nach vielen Richtungen hin ausgezeichneten Vortrag von Gottl. Ottlilienfeld (Arbeit als Tatbestand des Wirtschaftslebens, erschienen im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 50. Band, 2. Heft) behandelt ist. Die Diskussion über dieses Problem ist nicht abgeschlossen; es erhebt sich die Frage, ob das Problem bisher nicht allzusehr von der „Gefühlswelt“ des kultivierten Gelehrten aus behandelt worden ist Es ist möglich, daß insbesondere die experimentellen Untersuchungen der Psychologen über Monotonie der Arbeit usw. das Ergebnis wesentlich modifizieren.

Dunkmann, der grundsätzlich Sozialethiker ist, hat zu diesen eben berührten Fragen, die in ihrer Auswirkung auch für den Berufsstatistiker etwa bei der Aufstellung eines zweckmäßigen Berufsschemas von ganz besonderer Bedeutung sind, leider nicht genügend Stellung genommen. Man hat gelegentlich den Eindruck, daß er noch nie im Leben einen modernen Großbetrieb betreten hat.

Dunkmann will einen „soziologischen“ Berufsbegriff aufstellen. „Der Beruf ist eine Funktion der Gemeinschaft, er ist, abgezogen von ihr, überhaupt nicht da und ist nur in dem Grade da, als die Beziehung auf die Gemeinschaft wirksam ist.“ Er wendet sich, darin Pieper durchaus ähnlich, dagegen, daß Beruf und Arbeit identisch sei (wegen des vieldeutigen Begriffes Arbeit wurde in unserer oben gegebenen Definition im Anschluß an Max Weber „Leistungen“ eingesetzt). Unter Beruf versteht Dunkmann eine mit innerer Zustimmung übernommene und tagtäglich geleistete Arbeit. Um die Auffassung Dunkmanns über das Berufsproblem und zugleich seine ethische Einstellung weiter zu kennzeichnen, seien noch folgende Sätze aus seinem Buch hervorgehoben. „Wir sind subjektiv und zugleich objektiv der Berufsarbeit hingegeben. Dagegen besagt die einfache Arbeit, die wir leisten, nicht das geringste darüber, ob wir diese Arbeit mit Lust oder mit Unlust tun. Sie besagt aber auch nichts darüber, ob diese bloße Arbeit unserm Leben die gesicherte Existenzgrundlage bietet, ob wir ein „Recht“ auf sie und ein Recht auf unser Dasein durch sie haben oder erheben dürfen. Dagegen liegt auch dies zweifellos in dem Begriff des Berufs, daß jeder erwarten darf, berufen zu werden, und daß es nicht das Vorrecht nur weniger sein kann, solcher Berufung teilhaftig zu sein. Weiter ist damit die Existenzfrage zugleich beantwortet. Denn wer nicht auf eigene Faust sich zu einer Arbeitsleistung drängt, sondern wer zu ihr berufen wird, der darf das Recht geltend machen, durch sie in seinen Lebensbedürfnissen gedeckt zu sein“ (Seite 174, 175). Die Beziehung des Berufs zur Wirtschaft kennzeichnet Dunkmann dahin, daß der Beruf sein Motiv aus der Gemeinschaft bekommt, dagegen seinen Inhalt, seine Materie aus der wirtschaftlichen Vereinigung. „Die Gemeinschaft flößt ihm die Energie und das Ethos ein, dagegen die Wirtschaft das Material der Betätigung“ (Seite 198). Solange das Grundmotiv, das den Arbeiter an die Arbeit gehen heißt, aus der Gemeinschaft stammt, solange wird man, wie Dunkmann Seite 207 ausführt, von echter Berufsarbeit zu reden haben. „In dem Augenblick aber, wo es der bloße Gewinn ist, der dem Arbeiter vorschwebt, der das Motiv seiner Arbeit bildet, wird man von Beruf freilich nicht mehr sprechen dürfen“. Auch bei Mechanisierung der Arbeit kann, wie er weiter ausführt, ein wirklicher Beruf vorliegen, falls das Grundmotiv vorhanden ist.

Es ist in einer statistischen Zeitschrift nicht möglich, den Grundbegriff Dunkmanns, die „Gemeinschaft“ kritisch zu behandeln: „Gemeinschaft“ ist heute einer der geläufigsten Begriffe der Soziologen geworden, wobei sich allerdings fast jeder Autor etwas anderes und leider auch ein und derselbe

Soziologe verschiedenes vorstellt. Von entscheidendem Einfluß für die Vorstellungen, die die „Gemeinschaft" zum Inhalt haben, ist die besondere Weltanschauung des Soziologen, eine Tatsache, die meines Erachtens von Dunkmann nicht genügend hervorgehoben und vor allem in ihrer Bedeutung nicht gewürdigt worden ist. Nur kurz zu Dunkmanns Ausführungen noch folgendes: Wenn heute davon gesprochen wird, insbesondere die Arbeiterschaft müsse mit dem Gemeinschaftsbewußtsein erfüllt werden, so meint man damit in der Regel, dem Arbeiter müsse beigebracht werden, daß er in der Volksgemeinschaft eine Arbeit an einem (ihm von Gott oder der Gemeinschaft bestimmten) Platz ausführe; sein wahres Interesse sei mit dem der andern Volksgenossen, die wieder an ihren Plätzen ihre Arbeit für die Gesamtheit ausführen, identisch. Ein „Klassengegensatz" sei daher gar nicht vorhanden, sondern erst von außen hineingetragen. Dunkmann hat diese oder eine ähnliche Auffassung von Gemeinschaft und Gemeinschaftshandeln; daneben aber noch eine andere. Für ihn dient jemand auch schon der „Gemeinschaft", wenn er der Familie dient oder für Angehörige sorgt. „Eine wirtschaftliche oder sonst gewinnbringende Tätigkeit wird erst, wie wir nachgewiesen haben, in dem Augenblick „Beruf", wenn sie der „Gemeinschaft" (von Dunkmann bezeichnenderweise in Anführungszeichen gesetzt) in irgendwelchen Formen — voran steht die Familie — dient" (Seite 312). Nun steht aber diese Gemeinschaftsarbeit (Arbeit für die Familie) und dieses Gemeinschaftsbewußtsein in keinem notwendigen Zusammenhang mit dem ersterwähnten Gemeinschaftsbewußtsein. Der Durchschnittsbauer hat Gemeinschaftsbewußtsein im zweiten Sinn (Gefühl und Arbeit für die Familie); es fehlt ihm aber häufig ganz das Gemeinschaftsbewußtsein im ersten und meines Erachtens eigentlichen Sinn. Dunkmanns Buch gibt, um das Urteil zusammenzufassen, vom sozialethischen Standpunkt aus bedeutungsvolle Anregungen für das Berufsproblem.

Aus den Ausführungen und Gedankengängen Dunkmanns konnten hier nur wenige hervorgehoben werden; auf einen kleinen Abschnitt, der der Berufsstatistik im besonderen gewidmet ist, sei kurz noch eingegangen. Dunkmann vertritt, was nach seiner Auffassung über den Beruf an sich verständlich ist, die Meinung, daß die bisherigen Berufszählungen gar keine wirklichen Berufszählungen gewesen seien; es habe sich um eine wirtschaftliche Übersicht über die Betriebe und über die in den Betrieben arbeitenden und neben ihnen sonst existierenden Personen gehandelt (Seite 311). Um eine wirkliche Berufsstatistik für die wirtschaftlichen Berufe zu erhalten, käme nach Dunkmann der Gesichtspunkt hinzu, ob die wirtschaftliche Tätigkeit lediglich im persönlichen Interesse ausgeübt wird oder zugleich im Dienst der Unterhaltung von Angehörigen besteht. Also nach Dunkmann ist, auf eine kurze Formel gebracht, der Monteur, der für keine Angehörigen zu sorgen hat, kein Beruf; er wird jedoch ein Beruf, falls er für Angehörige zu sorgen hat. Die kommende Berufszählung beabsichtigt, in der Tat bei der Auszählung den Familienstand mehr als bisher zu berücksichtigen, aber meines Erachtens niemals aus den Motiven heraus, aus denen Dunkmann ihn berücksichtigt haben will.

Meerwarth.

Dieckmann, C.: Verwaltungsrecht. Ein Hand- und Lehrbuch zur Einführung in die Verfassung und innere Verwaltung des Deutschen Reichs und Preussens. Berlin: Franz Vahlen 1922. 848 S.

Das Bedürfnis nach einer guten Grundlegung der staatsbürgerlichen Kenntnisse macht sich heute in viel größeren Kreisen geltend als je: Vor allem ist hier an all die Staatsbürger zu denken, die in irgendeiner Weise zu ehrenamtlicher Mitarbeit in der Verwaltung herangezogen werden, nicht nur in den Angelegenheiten des Reichs, der Länder und der Selbstverwaltung, sondern vor allen Dingen auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Ihnen allen und daneben in erster Linie den Verwaltungsbeamten will das Werk, dessen Verfasser Bürgermeister in Minden ist, wie es im Vorwort heißt, „die Grundzüge unseres heutigen Verwaltungsrechtes in leicht verständlicher Weise darlegen. Es beschränkt sich deshalb nicht darauf, nur den Inhalt der gesetzlichen Bestimmungen wiederzugeben, sondern es weist, um einem jeden die erforderlichen Grundlagen zu weiterem Selbststudium zu bieten, vor allem auf den Zweck, auf die wirtschaftliche, kulturelle und sittliche Bedeutung eines jeden Gesetzes hin."

Die Aufgabe, die der Verfasser sich hiermit gestellt hat, ist bei der heutigen sprunghaften Entwicklung unseres wirtschaftlichen und staatlichen Lebens, bei den Ansätzen zu Neuorganisationen auf allen Lebensgebieten ungewöhnlich schwer. Man hat nicht den Eindruck, daß der Verfasser sich dieser Schwierigkeiten genügend bewußt gewesen ist. Denn sonst hätte er versuchen müssen, die Grundlinien der heutigen Entwicklung möglichst klar und scharf herauszuarbeiten, statt sich an überlieferte Schemata zu halten und die neue Entwicklung mehr oder weniger gut an diese anzuschließen. Sieht man von diesem grundsätzlichen Mangel ab, so enthält das Werk einen nach manchen Richtungen brauchbaren Überblick über Verfassung und Verwaltung des Reichs, Bürgerliches Recht, Strafrecht, Steuerrecht, Arbeitsrecht, Sozialversicherung usw. Weiter wird auch die preußische Verfassung und Verwaltung, die Verwaltungsgerichtsbarkeit, die Selbstverwaltung, Polizeiverwaltung, Schulwesen, Gesundheits-, Bau- und Straßenwesen eingehend behandelt. Über Einzelheiten der Darstellung wird man naturgemäß vielfach anderer Meinung sein können als der Verfasser; ebenso ist es verhältnismäßig leicht, bei einem Werk dieses Umfangs Lücken und Mängel aufzufinden. Es soll daher an dieser Stelle davon abgesehen werden, auf solche Einzelheiten einzugehen. Immerhin kann zu S. 7 nicht unerwähnt bleiben, daß die Größe des Deutschen Reichs 472 082 (nicht 444 358) *qkm*, seine Einwohnerzahl 59 858 284 (nicht 56 318 993) beträgt, und daß das infolge des Friedens von Versailles Deutschland entrissene Gebiet 70 539 (nicht 96 500) *qkm* groß ist. Es ist ferner an Polen außer der Provinz Posen und einem Teil von Oberschlesien nicht nur „ein Länderstreifen an der Weichsel", sondern über ³/₄ der Provinz Westpreußen abgetreten worden. Überhaupt an dieser Stelle nicht erwähnt ist das Saargebiet. Angaben dieser Art müssen aber gerade in einem solchen Werk unbedingt richtig sein.

Eingeschränkt wird die Brauchbarkeit des Buchs sowohl für den praktischen Gebrauch wie für das Selbststudium dadurch, daß jede Darstellung der Organisation der Reichsregierung (Art und Zuständigkeit der Reichsministerien, der sonstigen Reichsbehörden usw.) fehlt; nur die Reichsfinanzorganisation ist kurz erwähnt. Weiter wäre es gerade bei dem Zweck des Buchs erforderlich gewesen, die neuen Gesetze und die dazu erlassenen Ausführungsverordnungen in möglichst großem Umfange genau anzuführen, anstatt sie — sehr unvollständig — nur am Schluß des Buchs zusammenzustellen. Der Verfasser hätte sicherlich besser getan, wenn er sich nach dieser Richtung die alten bewährten Handbücher von Hue de Grais und Zelle mehr zum Vorbild genommen hätte.

— r.

Schultze Prof. Dr. E.: Die Zerrüttung der Weltwirtschaft. 2. Aufl. Berlin, Stuttgart, Leipzig: W. Kohlhammer 1923. 782 S.

Das Buch von Schultze, das zum ersten Male im Sommer 1921 erschienen ist, hat schon ein Jahr später eine zweite Auflage erlebt, ein Beweis, wie groß das Bedürfnis nach einer zusammenfassenden Darstellung der weltwirtschaftlichen Entwicklung seit Kriegsausbruch ist. Bereits in der ersten Auflage hatte der Verfasser ein fast unübersehbares Material verarbeitet, das er aus deutschen und ausländischen Zeitungen und Zeitschriften, Berichten von Banken, wirtschaftlichen Organisationen, Handelskammern, amtlichen statistischen Veröffentlichungen und anderen Quellen mit großem Fleiße gesammelt hatte; in der zweiten Auflage, die mehr als das Doppelte des Umfanges der ersten hat, ist die Menge des benutzten Materials noch erheblich gewachsen. Diese Sammeltätigkeit stellt zweifellos eine Leistung dar, für die dem Verfasser Anerkennung gebührt. Viele Quellen, die Schultze benutzt hat, sind dem größten Teile seiner Leser überhaupt unzugänglich; aber auch die Ausschöpfung der allgemein zugänglichen Quellen erfordert in der Regel einen so großen Aufwand an Zeit und Mühe, daß jeder, der sich mit weltwirtschaftlichen Fragen beschäftigt, dem Verfasser nur dankbar sein kann, daß er ihm diese Riesenarbeit abgenommen hat. So nützlich demnach die Zusammenstellung statistischer und anderer Tatsachen ist, die der Verfasser bietet, so läßt sich andererseits nicht verkennen, daß Schultze sein Buch durch die Überfülle des Materials in gewissem Sinne geschädigt hat. Die großen Linien der Entwicklung sind durch das Überwuchern der Einzelheiten etwas zu sehr in den Hintergrund gedrängt worden. Die Menge von statistischen und anderen Zahlenangaben macht die Lektüre des Buches außerordentlich anstrengend und stellenweise ermüdend. Es wäre erwünscht, daß der Verfasser bei künftigen Auflagen seines Werkes, die mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten sind, am Schlusse der einzelnen Abschnitte das Hauptergebnis ohne viel Zahlen in einigen knappen, scharf formulierten Sätzen zusammenfaßte, damit der Leser, dem es weniger auf die Einzelheiten als auf ein Gesamtbild ankommt, sich unter Umständen auf die Lektüre dieser zusammenfassenden Abschnitte beschränken könnte und nur dann auf die Einzeldarstellungen zurückzugreifen genötigt wäre, wenn er die nähere Begründung für eine Behauptung zu erhalten wünschte. Außer der Fülle der Einzelheiten ist es aber noch etwas anderes, was dem Leser des Buches die Gewinnung eines klaren Bildes erschwert, nämlich der Umstand, daß es der Verfasser bisweilen unterläßt, die Begriffe, mit denen er arbeitet, zu definieren. Wenn Schultze z. B. in dem Abschnitt über die „Zersprengung der Valuten" die Bildung des Devisenkurses schildert, spricht er von „Inflations-" und „Zahlungsbilanztheorie", „Währungs-" und „Kaufkraftparität", ohne genau anzugeben, was er darunter versteht, als ob es sich um ganz feststehende, eine verschiedene Auffassung gar nicht zulassende Bezeichnungen handelte. Das trifft in Wirklichkeit nicht zu. Wie unklar z. B. der Ausdruck „Zahlungsbilanz" ist, wie sich hinter diesem Wort zwei ganz verschiedene Begriffe verstecken, hat kürzlich Karl Elster gezeigt. Auch die eigenen Ausführungen des Verfassers beweisen, daß eine Definition doch sehr notwendig gewesen wäre. So meint er z. B. auf Seite 435, „daß dem heutigen Valutaproblem allein mit der Zahlungsbilanztheorie nicht mehr beizukommen ist". Auf Seite 470 dagegen heißt es, „daß der Wechselkurs letzten Endes von der deutschen Zahlungsbilanz abhänge". Wie hat sich der Verfasser das Verhältnis dieser beiden Sätze zueinander gedacht, zweier Sätze, zwischen denen auf den ersten Blick ein Widerspruch zu bestehen scheint? Eine klare Antwort auf diese Frage erhalten wir nicht. Eine ganz durchsichtige Erörterung der Valutaprobleme kann überhaupt nur vom Standpunkte einer bestimmten Geldtheorie aus gegeben werden. Es ist bekannt, daß seit Knapp in der Wissenschaft zwei grundverschiedene Auffassungen, die metallistische und die nominalistische, miteinander kämpfen. Es wäre daher notwendig gewesen, daß Schultze wenigstens mit ein paar Worten seine Stellung zu diesem Prinzipienstreite kennzeichnete. Der Verfasser erörtert ferner in Kapitel 20 auch die Frage der Rückkehr zur Goldwährung und erklärt für die Mehrzahl der Länder, insbesondere für Deutschland, eine solche für unmöglich. Aber seine ganze Argumentation schwebt in der Luft, solange man nicht weiß, ob der Verfasser prinzipiell der Meinung ist, daß die Geltung des Geldes auf der metallischen Grundlage beruht, oder ob er das Geld lediglich als ein Geschöpf der Rechtsordnung ansieht. Hier müßte der Verfasser in den zukünftigen Auflagen seines Werkes die Linien etwas schärfer ziehen. Durch vorstehende Ausstellungen soll aber keineswegs der große wissenschaftliche Wert des Schultzeschen Buches verkleinert werden. Einzelne Kapitel sind besonders gut gelungen, so z. B. dasjenige über die Valutaschwäche als Ausfuhrprämie. Hier wird in überzeugender Weise nachgewiesen, daß die auch in der volkswirtschaftlichen Theorie mehrfach ausgesprochene Ansicht, eine sinkende Valuta bringe einem Lande neben Nachteilen auch große Vorteile, von ganz seltenen Ausnahmen abgesehen, nicht zutrifft, am allerwenigsten auf das gegenwärtige Deutschland. Im großen und ganzen stellt demnach das Buch von Schultze trotz der oben erwähnten Schwächen eine wertvolle Bereicherung der volkswirtschaftlichen Literatur dar.

K. Keller

Landwehr, Ottokar: Übervölkertes Land. Eine bevölkerungspolitische Studie über Gegenwart und Zukunft Europas. Wien und Leipzig: Wilhelm Braumüller 1923. 59 S.

Die Grundgedanken des Buches lassen sich etwa dahin zusammenfassen: Die Bevölkerungsvermehrung hat an einigen Stellen der Erde, insbesondere in Europa, China und Indien einen gefährlichen Grad erreicht. Die dadurch herbeigeführten Übelstände sind durch den Weltkrieg nicht vermindert, sondern vermehrt worden. Abhülfe ist nur zu erzielen durch die Steigerung der Produktion und durch rationelle Organisation der Weltwirtschaft, von der wir aber zurzeit sehr weit entfernt sind. Das Bild ist leider im wesentlichen richtig gesehen. Die Grundlagen, auf denen diese Ausführungen beruhen, sind bekannten statistischen Quellenwerken entnommen und bringen daher dem Fachmann nichts neues; selbständigen wissenschaftlichen Wert haben sie nicht und beanspruchen solchen wohl auch kaum. Die praktischen Vorschläge des Verfassers zur Steigerung der Produktion (u. a. innere Kolonisation und Entwaldung [!] eines Teils von Europa zur Gewinnung von neuem Kulturland) sind zum Teil reichlich laienhaft. In der Voraussage über den künftigen Bevölkerungszuwachs verfällt der Verfasser in denselben Fehler — aber nach umgekehrter Richtung —, den viele Bekämpfer des Geburtenrückganges vor dem Kriege begangen haben. Niemand sollte über einen solchen Gegenstand schreiben, ohne die schon vor einem Menschenalter erschienene, aber heute noch sehr lesenswerte Anthropogeographie von Friedrich Ratzel, insbesondere den II. Abschnitt des 2. Bandes über das „statistische Bild der Menschheit" sorgfältig studiert zu haben. Dann würde er den dort ausgesprochenen Grundsatz beherzigen: „Es ist ein müßiges Beginnen, auf Grund der in einigen Jahren beobachteten Zunahme die Zahl vorausberechnen zu wollen, welche am Ende des 20. Jahrhunderts oder binnen einiger Jahrzehnte Länder wie Rußland, Deutschland, Frankreich oder die Vereinigten Staaten aufweisen werden." Bedeutsam ist das vorliegende Werk als ein Zeichen des schnellen Umschwungs, der sich im

mitteleuropäischen Denken innerhalb der letzten zehn Jahre vollzogen hat. Der Kampf gegen den Geburtenrückgang wird abgelöst von seinem Gegenteil, dem Kampf gegen die Übervölkerung. Hätte man vor dem Kriege auf diejenigen statistischen Fachmänner, die vor den Einseitigkeiten des Kampfes gegen den Geburtenrückgang warnten, etwas mehr gehört, so hätten sich solche Extreme vielleicht vermeiden lassen.

Dr. Saenger.

Franqué, Otto von: Folgen der Kriegs- und Nachkriegszeit für Mutter und Kind. Bonn: Ludwig Röhrscheid 1923. 22 S.

In seiner Rektoratsrede gibt der bekannte Leiter der Universitäts-Frauenklinik zu Bonn in meisterlicher Kürze eine Zusammenfassung alles dessen, was für sein Thema Einzelbeobachtungen, klinische und Landesstatistiken ergaben. Mit Recht betont er, daß von einer nennenswerten Schädigung des werdenden Kindes nicht die Rede sein kann; die eigentlichen Schäden fallen erst in die Zeit nach der Geburt. Den Müttern aber haben Unterernährung, übermäßige Kriegsarbeit und Erkrankungen schwere Nachteile gebracht. Unter den mit Schwangerschaft, Entbindung usw. zusammenhängenden Bedrohungen des Lebens der Mütter gibt vor allem die Zunahme der Sterblichkeit an Kindbettfieber zu denken. Ref. möchte darauf hinweisen, daß zwar alle die für diese Zunahme angeführten Gründe wie Mangel an Ärzten, Desinfektionsmitteln, die Teuerung und der dadurch bedingte Mangel an Reinlichkeit sicher ihren gebührenden Anteil haben; daß aber andererseits das Anwachsen der Zahlen und Ziffern bei Kindbettfieber in der Vermehrung des Anteils der gesamten Kindbettfieber-Todesfälle zu suchen ist, bei dem leider Reinlichkeit und Asepsis bisher kaum eine Rolle gespielt haben — nämlich in der gewaltigen Zunahme der Todesfälle bei fieberhaften Fehlgeburten, die fast ausschließlich krimineller Natur sind und in der Statistik mit unter Kindbettfieber gezählt werden. Die Unzulänglichkeit der Landesstatistiken gerade beim Kindbettfieber bedauert wohl niemand mehr als die Landesämter selbst. Der gute Wille scheitert leider, wie Franqué treffend bemerkt, an Tatsachen, die sich dem Einflusse medizinalstatistischer Erhebung und Aufbereitung entziehen.

Gajewski.

Buchholtz, Paul: Der Haushaltsplan in Reich, Staat und Gemeinde. Berlin: Heymann 1922. VII, 210 S.

Seinem 1920 verfaßten „Grundriß des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens in Reich, Staat und Gemeinde", der den Hörern an der Verwaltungsakademie in Berlin „eine schlagwortartige Übersicht über alle das Gebiet betreffenden Fragen geben sollte", ließ der Geheime Rechnungsrevisor an der Oberrechnungskammer Paul B. mit dem vorliegenden Buche eine anschauliche Darstellung der Materie des Haushaltsplanes folgen, die er im großen und ganzen nur „an der Hand der zeitigen Verhältnisse" behandelt, indem er die Verhältnisse des Deutschen Reiches, Preußens und seiner Gemeinden in den Vordergrund seiner Erörterungen zu rücken bemüht ist.

In erster Linie ist das Buch wohl als Lehrbuch für die Hörer an der Verwaltungsakademie in Berlin und solche Interessenten gedacht, die sich einen Überblick über das in Frage stehende Gebiet verschaffen wollen. Die leicht lesbare Schrift behandelt in sieben Hauptabschnitten das Wesen und den Zweck, die Geschichte, die Formen, Arten, die Aufstellung, Feststellung und Ausführung des Haushaltsplanes. Vorweg gibt ein kurzes Kapitel Aufschluß über „Begriff und Wortentstehung". Außer dem Haushaltsplan im speziellen Sinne wird, über das eigentliche Thema hinausgehend, auch die Kassenführung, die Rechnungslegung und die Rechnungsprüfung in die Darstellung mithineingezogen. Im Anhang wird die Antwort der Deutschen Regierung an die Reparationskommission auf die Entscheidung vom 13. Januar 1922 (Cannes) zitiert. Ein ausführliches Sachregister schließt das Buch ab.

Erfreulich ist es, daß der Darstellung der Etatsverhältnisse in den Kommunen ein breiterer Raum gewidmet ist. Erfreulich ist es ferner, daß dem Texte so zahlreiche Übersichten und viele Beispiele aus den z. Zt. der Veröffentlichung des Buches (Anfang 1922) neuesten Etats, amtlichen Statistiken und sonstigen Veröffentlichungen beigegeben sind. Dem Zwecke des Buches entsprechend, nimmt der Verfasser verhältnismäßig wenig Stellung zu den verschiedenen Problemen der Etatsaufstellung, so z. B. zur Frage des Bruttoprinzips, der Nebenpläne usw. Im allgemeinen hält er mit dem Vortrag seiner Grundanschauungen zurück und gibt seiner Arbeit den Charakter einer Übersicht über die Materie, indem er sich, offenbar in voller Absichtlichkeit unter Vermeidung theoretischer Erörterungen, im wesentlichen auf die Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse beschränkt, wie sich dieselben ausgestaltet haben. Ein solches Verfahren birgt naturgemäß Mängel in sich, zumal da gerade in der Jetztzeit der Probleme auf dem in Frage stehenden Gebiete viele sind und man mehr oder weniger zu Lösungsversuchen kritisch Stellung nehmen muß. Beispielsweise wäre vielleicht ein noch näheres Eingehen auf die formelle Gestaltung der Haushaltspläne angebracht gewesen. Gerade dieses Thema ist in neuerer Zeit von verschiedenen Seiten behandelt worden und hat zu lebhaften Erörterungen Anlaß gegeben. Es sei nur an die Arbeiten von Bucerius, Thomsa und Tetzlaff erinnert. Ein vom Verfasser aus diesen und anderen Reformvorschlägen gezogener Querschnitt wäre vielleicht auch im Rahmen dieses Buches von größerem Werte gewesen — zumal für diejenigen Leser, die an der Verwaltungsakademie hören — als die einfachen Zitate aus der einen oder der anderen wissenschaftlichen Veröffentlichung.

Auf einen Schönheitsfehler des Buches muß hingewiesen werden. Die Korrektur ist offenbar nicht sorgfältig genug gewesen, sonst könnten Sätze nicht stehengeblieben sein, die Satzteile ganz anderer Sätze enthalten und infolgedessen sinnentstellend wirken (S. 85/86). Eine Nachprüfung der Zahlenangaben auf den Seiten 84/86 ergab hin und wieder kleinere Ungenauigkeiten, die allerdings für den Zweck des Buches unwesentlich sind. Bei den Angaben über die Steuern und Schulden der preußischen Kreise und Gemeinden hätte ferner jeweils darauf aufmerksam gemacht werden müssen, welcher Gebietsumfang Preußens den verschiedenen Zahlenangaben zugrunde lag. Beispielsweise beziehen sich die Angaben betr. Kreisschulden (S. 85) auf das gesamte frühere Staatsgebiet Preußens, worauf im Gegensatz zu den Angaben über die Kreissteuern, bei denen „55 Landkreise, die nach dem Versailler Frieden ganz oder fast ganz von Preußen abgetreten sind oder nicht mehr unter preußischer Verwaltung stehen", unberücksichtigt gelassen wurden, hätte hingewiesen werden müssen.

Zusammengefaßt: mag auch die Theorie, der Anlage und dem Zwecke des Buches entsprechend, etwas kurz weggekommen sein, mögen einzelne Angaben auch infolge der fortschreitenden Entwicklung der Ergänzung bedürfen, wie beispielsweise der Absatz über die Ausgleichfonds (vergl. Reichshaushaltsplan 1923), so bringt das Buch doch allen, die einen Überblick über die Materie des Haushaltsplanes, über die Kassenführung, Rechnungslegung und Rechnungsprüfung usw. gewinnen wollen, Belehrung.

Dr. Walpurger.

Knauss, Dr. Robert: Die deutsche, englische und französische Kriegfinanzierung. Berlin und Leipzig: Walter de Gruyter & Co. 1923. 194 S.

Im ersten Abschnitte des Buches behandelt der Verfasser die „Volkswirtschaftlichen Grundlagen". In einer ganz kurzen Darstellung — sie umgreift nur 10 Seiten — werden die diese drei Länder angeblich kennzeichnenden wirtschaftlichen Eigentümlichkeiten als „Schwarzweißskizze" gegeben: Deutschland trotz ungünstiger Lage zur See mit seinem schnell wachsenden Überseehandel der Konkurrent Englands; mit seinem reich gegliederten Eisenbahnnetz Vermittler im kontinentalen Handel zwischen Osten und Westen; sein industrieller Aufschwung aber Treibhauskultur, begleitet von einer steigenden Proletarisierung, von einer Verschärfung der sozialen Gegensätze und insofern rationalistisch, als das geistige Leben mit dieser Entwicklung in der „Wilhelminischen Epoche" nicht habe Schritt halten können. — England in seinem Unternehmertum und seiner Arbeiterschaft durch hundertjährige Schulung zu höchster Leistung befähigt; doch haben hier die beflügelnden Schwungkräfte gefehlt, an deren Stelle „eine gewisse Sattheit, ein vornehmer Konservatismus" getreten sei, „dem es nicht lag, nach neuen Wegen zu suchen". — Die französische Wirtschaft schließlich beseelt von den Idealen des kleinbürgerlichen *propriétaire*, die französische Wirtschaftsauffassung individualistisch, der französische Sozialismus syndikalistisch mit den Zügen Fouriers und Proudhons. Die soziale Gesetzgebung Frankreichs ist zurückgeblieben, das Land ein Land wirtschaftlicher Urproduktion und ein Rentnerstaat. Einige Bemerkungen über den internationalen Geldmarkt unmittelbar vor dem Kriege schließen den einleitenden Abschnitt.

Es folgen Abschnitte über „Die Finanzwirtschaften vor dem Kriege", über „Die finanziellen Übergangsmaßnahmen", über „Die Währungspolitik im Kriege", „Die Kriegskosten" „Die Steuerpolitik" und „Die Anleihepolitik". Eine zusammenfassende Beurteilung schließt die Darstellung ab.

Die „Kardinalfrage", die in dem Buche ihrer Lösung näher geführt werden sollte, ist die, ob Steuern oder Anleihen als Deckungsmittel in einer Kriegsfinanzwirtschaft vorzuziehen sind. Der Verfasser glaubt hier — obwohl von allen drei Staaten beide Deckungsmittel angewandt worden sind — in Rücksicht auf das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den Einnahmen aus Steuern und denen aus Anleihen einen Unterschied zwischen den Prinzipien der englischen und der kontinentalen Kriegsfinanzierung erkennen zu sollen. Die Frage mag offen bleiben; ich hege Zweifel, ob wirklich ökonomische oder staatsfinanzielle Prinzipien vor anderen Umständen die Finanzpolitik aller Kriegführenden, entscheidend beeinflußt haben, ob die Tatsache, daß in Deutschland 6 % der Gesamtkriegskosten durch Steuern gedeckt worden sind, in England 20 % und in Frankreich noch nicht der im Frieden herkömmliche Ausgabenbetrag, wirklich auf Prinzipien dieser Art zurückgeführt werden kann. In Deutschland jedenfalls dürften vor allem steuertechnische, aber auch rein politische Erwägungen eine Kriegsfinanzpolitik erklären, über die das letzte Wort erst eine spätere Zukunft sprechen wird.

Der Verfasser hat es — im Vorwort sagt er es selbst — für seine Pflicht gehalten, die Darstellung nicht auf eine Schilderung der Tatsachen zu beschränken, sondern zum Werturteil überzugehen. „Der Schwerpunkt" — so meint er — „liegt auf der Vergleichung der Finanzierungsmethoden in den drei Ländern, und sie fordert Werturteile heraus. Damit beginnen die natürlichen Schwierigkeiten, die sich der Aufgabe entgegenstellen". Ich möchte dem Verfasser hier mit der Einschränkung recht geben, daß die Schwierigkeiten, die in dieser Aufgabe liegen, hier ganz besonders groß werden, wenn auch hier nicht erst beginnen. Der Verfasser hat sich bemüht, die von ihm behandelten Fragen überall auf letzte Ursachen zurückzuführen, Er hat erkannt, und er sagt es selbst, daß die Wirtschaftsführung der Staaten im „Schnittpunkt einer unübersehbaren Zahl von Kraftlinien" liegt, daß sie „auf Grund der Kausalität alles Geschehens notwendig und insofern jenseits von gut und böse ist; daß die Finanzpolitik eng verflochten ist mit den ethischen Anschauungen, mit der Wirtschafts-, Rechts- und Gesellschaftsordnung; daß schließlich die finanzwissenschaftliche Theorie an Ort und Zeit gebunden ist, daß ihr darum als relativ ein absoluter Wertungsmaßstab fehlt. All dies trifft zu, und so dürfte die Kritik vornehmlich vor die Frage gestellt sein, ob es im verhältnismäßig engen Rahmen eines Buches vom Umfange des vorliegenden wirklich richtig gewesen ist, über die rein beschreibende Darstellung hinaus sich auf das Gebiet der „Werturteile" zu begeben. Bedenklich ist dies heute um so mehr, als die finanziellen und darüber hinaus die allgemeinwirtschaftlichen Wirkungen der Kriegsfinanzierungsmethoden nicht feststellbar in die Erscheinung getreten, vielmehr hinter den so viel stärkeren Wirkungen des „Friedens" vollständig zurückgetreten sind. Von diesem Zweifel aber abgesehen, bleibt die andere Frage offen, ob es überhaupt angezeigt ist, einen dermaßen umfassenden Problemkreis auf engem Rahmen kritisch und nicht nur rein beschreibend zu behandeln. Volkswirtschaftliche Grundlagen, die Finanzwirtschaften der drei Reiche vor dem Kriege, die Übergangsmaßnahmen der Mobilmachungszeit, die Währungspolitik, Kriegskosten, Steuern und Anleihen — diese Gebiete greifen ganz ungemein weit und die behandelten Fragen wurzeln in den letzten volkswirtschaftlichen und finanzwissenschaftlichen Problemen. So kommt denn schließlich der Verfasser bei dem Vergleich der Kriegsfinanzierungsmethoden und bei ihrer Wertung auch zu einem Ergebnis, das vielleicht weniger vielsagend ist als dem Leser zunächst erscheinen möchte. „Unbekümmert um rationale Forderungen und wissenschaftliche Doktrinen durchlaufen die Schicksale der Staaten ihre planetarischen Bahnen; jede staatliche Lebensäußerung steht in organischer Verbindung mit der Gesamtheit der biologischen Funktionen", und so schließt er mit der Feststellung, daß auch die Verschiedenheit der Kriegsfinanzierung in Deutschland, England und Frankreich herausgewachsen sei aus der nationalen Verschiedenheit der wirtschaftlichen und seelischen Kräfte, so wie sie geschichtlich geworden sind.

Eine Zeittafel, die die allgemein wichtigen sowie die insonderheit Deutschland oder Frankreich oder England berührenden politischen und kriegerischen Ereignisse der Jahre 1914 bis 1918 aufführt, bildet den Abschluß des Buches.

Karl Elster.

Bokies, Friedrich und Rosenberg: Die Außenhandelskontrolle. Kommentar zu den Ein- und Ausfuhrbestimmungen nebst statistischem Warenverzeichnis.
Band I. Die Ein- und Ausfuhrverordnungen nebst Kommentar.
Band II. Statistisches Warenverzeichnis.
Berlin: Industrieverlag Spaeth & Linde. 1922.

Band I dieses außerordentlich verdienstvollen Werkes enthält zunächst einen Abdruck der hauptsächlichsten Bestimmungen über die Außenhandelskontrolle einschließlich des zur Zeit der Abfassung erst im Entwurf vorliegenden Ausfuhrabgabengesetzes nebst den Hauptteilen seiner Begründung, sodann einen Kommentar zur Verordnung über die Regelung der Einfuhr vom $\frac{\text{16. Januar 1917}}{\text{22. März 1920}}$ und über die Außenhandelskontrolle vom 20. Dezember 1919 sowie die dazu ergangenen

Ausführungsbestimmungen vom 22. März 1920. Der Kommentar beschränkt sich nicht auf kurze Erläuterungen, sondern erörtert eingehend die gesamten rechtlichen Grundlagen jeder einzelnen Bestimmung unter reicher Heranziehung der Rechtsprechung und Literatur. Er zeugt von eindringender Rechtskenntnis und sehr guter Beherrschung des Stoffes. Die gründlichen an sich sehr dankenswerten theoretischen Erörterungen sind allerdings bisweilen so ausgedehnt, daß sie die praktische Benutzung des Kommentars etwas erschweren.

Der II. Band enthält ein statistisches Warenverzeichnis mit Angabe der Bekanntmachungen über die Ausfuhrverbote und der Einfuhrfreiheit, der zur Erteilung der Ein- und Ausfuhrbewilligung zuständigen Stelle, der Ausfuhrabgaben und der Zollsätze. Die Anordnung ist recht praktisch. Das Werk wird jedem, der sich theoretisch oder praktisch mit dem Außenhandel zu beschäftigen hat, gute Dienste leisten.

— r.

Winkler, Dr. Herbert: Die Monotonie der Arbeit. Leipzig: Johann Ambrosius Barth. 1922. 45 S. (Schriften zur Psychologie der Berufseignung und des Wirtschaftslebens. H. 19.)

Die Arbeitsrationalisierung mit ihrer immer weiter gehenden Arbeitsteilung macht es in vielen Fällen dem Arbeiter unmöglich, an seiner Tätigkeit inneren Anteil zu nehmen. Es macht sich ein subjektiver Widerwille gegen die Einförmigkeit, Gleichförmigkeit und Abwechslungslosigkeit der Arbeit geltend. Dieser Widerwille darf aber nicht mit der durch diese Einförmigkeit hervorgehobenen schnellen Ermüdung verwechselt werden. Die von Levenstein gesammelten Arbeiteraussagen sowie Münsterberg bringen aber auch zahlreiche Beispiele für das Gegenteil. Ja, es gibt sehr viele Arbeiter, die, vor die Wahl gestellt, ausdrücklich gleichförmige Arbeit bevorzugen und die Arbeiten, die im allgemeinen als die stumpfsinnigsten gelten, wie die Bedienung von Stanzmaschinen oder die Verpackung von Glühlampen, mit Freude und Interesse tun.

Die vorliegende Schrift macht es sich nun zur Aufgabe, dem von Münsterberg angegebenen verschiedenen individuellen Verhalten gegenüber gleichförmiger körperlicher (monotoner) Arbeit auf experimentellem Wege nachzugehen. Der Verfasser bringt in dem ersten Teil des Buches eine Beobachtung über das Wesen der Arbeit, den Begriff der Monotonie, wie er in der einschlägigen Literatur gebräuchlich ist, um dann im zweiten Teil seine Versuchsanordnung, seine Versuchspersonen und das Ergebnis seiner Versuche darzustellen. Die Zahl der untersuchten Personen betrug 30, von denen ein Teil an monotone Arbeit gewöhnt war, die übrigen geistige Arbeiter oder Angehörige praktischer Berufe waren, die an monotone Arbeit nicht gewöhnt sind. 12 Personen werden näher beschrieben. Das Ergebnis läßt sich dahin zusammenfassen: 1. Bei Personen mit erschwerter Aufnahme gleichartiger Reize tritt nicht, wie man erwarten müßte, die Monotonie ein. Vielmehr wird im Gegenteil die Arbeit sofort mechanisiert. Die Personen können sich daneben mit anderen Gedanken beschäftigen. Die Monotonie bleibt ihnen unbewußt. 2. Auch die zweite Gruppe, die im Gegensatz zur ersten an die Arbeit gebunden ist, leidet nicht unter Monotonie. Sie gestaltet ihre Arbeit rythmisch. 3. Die Wirkung der Monotonie zeigt sich nur bei solchen Personen, die weder frei von der Arbeit noch an sie gebunden sind. Der Widerwille dieser Personen ist meist auf das Fehlen eines Zieles zurückzuführen. Die Arbeit verspricht ihnen keine Befriedigung.

G. v. D.

Dunkelberg, Karl: Vom Schleppen und Fahren. Schiffahrtsrechtliche Betrachtungen und Winke. Duisburg: „Rhein“ Verlagges. m. b. H. 1922. 84 S.

Der Schiffahrtsbetrieb auf deutschen Binnenflüssen wird meist nicht seiner Bedeutung nach richtig eingeschätzt. Von seiner Größe, seiner Vielseitigkeit, aber auch seinen Grenzen hat man selten eine richtige Vorstellung. Man kennt daher auch nicht die Eigenarten und die Fragen, die sich gerade bei diesen Betrieben ergeben. So sehr der Schiffahrtsbetrieb auf Flüssen und Kanälen, vor allem der Schleppbetrieb, dem Eisenbahnbetrieb ähnelt, so unterscheidet er sich doch in wesentlichen Punkten von ihm. Ganz besonders ist dies der Fall bei dem Schleppbetrieb auf dem Rhein.

Material hierzu bringt der Verfasser in seinem — nun schon in der dritten Auflage — in den Schriften zur Wahrung der Rheininteressen erschienenen Broschüre. Er hat seine an den verschiedensten Stellen erschienenen Aufsätze über ganz verschiedene Fragen des rheinischen Schiffahrtsbetriebes in dem vorliegenden Bändchen vereinigt. Das Ganze ist im Werte zwar ungleichartig, gibt aber doch ein anschauliches Bild vom rheinischen Schiffahrtsbetriebe. Der Verfasser behandelt zunächst das Wesen des Schleppgeschäfts, seine Betriebspreise, die Berechnung der Selbstkosten usw. und erläutert dann richtige juristische Fragen durch praktische Beispiele.

G. v. D.

Biermann, Dr. W. Ed.: Briefwechsel zwischen Wilhelm Roscher und Gustav Schmoller. — Wilhelm Stieda. — Zwei Beiträge zur Literaturgeschichte der Nationalökonomie. Greifswald: L. Bamberg 1922. 72 S.

Von den zwei Beiträgen zur Literaturgeschichte der Volkswirtschaftslehre, die in diesem Büchlein vereinigt sind, beansprucht der Briefwechsel zwischen Roscher und Schmoller das größere Interesse. Er enthält zehn Briefe Roschers und elf Briefe Schmollers. Anfang 1861 hatte der dreiundzwanzigjährige Tübinger Student Schmoller dem damals im vierundvierzigsten Lebensjahre stehenden berühmten Leipziger Professor seine Erstlingsarbeit „Zur Geschichte der nationalökonomischen Ansichten in Deutschland während der Reformationsperiode“ übersandt, die von dem Empfänger sehr freundlich aufgenommen wurde. Seit dieser Zeit haben Schmoller und Roscher bis zum Jahre 1875 fast Jahr für Jahr Briefe gewechselt. Aus den letzten neunzehn Lebensjahren Roschers dagegen (1875—1894) scheinen nur noch zwei kurze Schreiben vorhanden zu sein; eine weitere Mitteilung Roschers aus dieser Zeit scheint verlorengegangen zu sein. Ob der wachsende wissenschaftliche Gegensatz zwischen beiden Männern eine Entfremdung zur Folge gehabt hat oder welche anderen Gründe zur Einstellung des Briefwechsels geführt haben, geht aus der Veröffentlichung von Biermann nicht mit Sicherheit hervor. Immerhin liegt die Vermutung, daß der Grund in einer Abkühlung des Freundschaftsverhältnisses zu suchen ist, nahe, wenn man bedenkt, daß die letzten ausführlichen Briefe, die Schmoller und Roscher gewechselt haben, die Anzeige zum Gegenstand hatten, die Schmoller im Literarischen Zentralblatt vom 3. April 1875 über Roschers Geschichte der Nationalökonomik in Deutschland veröffentlicht hat. In dieser Anzeige erwähnt Schmoller die Vorwürfe, die Roscher gemacht wurden, er sammle nur Detailmaterial, das er in die von der klassischen Nationalökonomie angelegten Fächer überall einschiebe, ohne Konsequenzen daraus zu ziehen, oder er bewege sich in zu großen historischen Verallgemeinerungen, die nicht überall

zuträfen, in Vergleichungen von Personen und Vorgängen, die zu weit auseinander lägen, die erst, wenn sie exakt erforscht seien, unter die richtige nationalökonomische Beleuchtung gestellt werden könnten. Aus Schmollers Ausführungen geht deutlich hervor, wenn er es auch nicht ausdrücklich sagt, daß er sich vorstehender Kritik anschließt; er meint aber, die gerügten Mängel seien unvermeidlich gewesen; denn der Übergang von abstrakt dogmatischer zu historischer Behandlung habe nicht plötzlich und unvermittelt erfolgen können. „Es mußte zunächst ein Mann kommen, der, mitten zwischen zwei Epochen stehend, die eine ebenso abschloß, wie er die neue eröffnete.“ Man fühlt deutlich aus Schmollers Worten heraus, daß er sich selbst als Vertreter der neuen über Roscher hinausführenden Epoche betrachtete. Roscher nahm die Anzeige sehr anerkennend auf. Er schrieb Schmoller: „Was Sie darin von mir Gutes sagen, übertrifft meine Erwartungen weit, und was Sie an meinen Leistungen auszusetzen finden, halte ich für sachlich vollkommen begründet und zugleich in einer solchen Form ausgedrückt, daß ein entschiedenes persönliches (von mir allerdings herzlich erwidertes) Wohlwollen daraus hervorleuchtete.“ Immerhin scheint es doch so, als wenn seit dieser Zeit sich beide Männer nicht mehr recht verstanden hätten, obwohl Schmoller noch im Jahre 1888 Roscher zu seinem fünfzigjährigem Doktorjubiläum das Buch „Zur Literaturgeschichte der Staats- und Sozialwissenschaften“ mit einer Würdigung von Roschers Persönlicheit überreicht hat, und das Gefühl des Älteren, dem Jüngeren nicht mehr folgen zu können, mag das plötzliche Aufhören des Briefwechsels erklären.

Schon 1870 hatte sich der wissenschaftliche Gegensatz zwischen Roscher und Schmoller in ihrem Briefwechsel zum ersten Male angekündigt. Roscher wünschte in Schmollers Buch „Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert“ eine schärfere Fassung der Definition des Sozialismus. Schmoller antwortete: „Was die Definition des Sozialismus betrifft, so gestehe ich offen, das ich nur sachlich die Dinge erörtern, hier gar keine Definition geben wollte. Ich werde überhaupt — je weiter mein Studium geht, desto mehr Realist; ich gestehe, daß ich gar keine Definition mehr als absolut richtig anerkenne. Ich bin zu skeptisch. Freilich sind für die Lehrzwecke Definitionen und möglichst richtige notwendig. Ich hatte auch in meinen Vorlesungen oft die Empfindung, daß ich einen zu geringen Wert auf die Definitionen lege.“ Als Schmoller diese Ausführungen über die „Richtigkeit“ und „Unrichtigkeit“ der Definitionen niederschrieb, hatte er offenbar in das Wesen der Definition noch keinen klaren Einblick. Ihm schwebte anscheinend noch die alte aristotelische Ansicht über die Begriffsbildung vor, „daß in den Dingen ein begriffliches Sein ruhe, das nur auf uns zu wirken brauchte, um in unserem Denken nacherzeugt zu werden.“ (Wundt, Logik.) Diese Ansicht lehnte er mit Recht ab, aber er wußte an ihre Stelle nichts Besseres zu setzen. Erst später kam ihm die Erkenntnis, daß Begriffe und Definitionen Hilfsmittel unseres Denkens zur Lösung bestimmter Aufgaben sind, bei denen man eigentlich nicht von Richtigkeit und Unrichtigkeit, sondern nur von Zweckmäßigkeit und Unzweckmäßigkeit reden kann. Vergleicht man, was Schmoller in seinem „Grundriß“ über die Begriffsbildung ausführt, mit den obigen Äußerungen in seinen Briefen mit Roscher, so erkennt man den großen Fortschritt seines Denkens. Doch blieb bei Schmoller die Einsicht in die Wichtigkeit der Begriffsbildung gewissermaßen immer theoretisch; in der Praxis der wissenschaftlichen Arbeit wußte seine „nicht begrifflich und abstrakt, sondern anschaulich und konkret gerichtete Phantasie“ (nach Eulenburgs Ausdruck) mit Definitionen nicht viel anzufangen. Heute ist es wohl allgemein anerkannt, daß Schmoller und seine Schule, so außerordentlich sie im übrigen unsere Wissenschaft gefördert haben, die Begriffsbildung zu sehr vernachlässigt haben.

Von besonderem Werte ist im gegenwärtigen Augenblicke, in dem eine Reform des staatswissenschaftlichen Studiums und Prüfungswesens bevorsteht, ein ausführliches Schreiben Schmollers über die Schaffung einer staatswissenschaftlichen Doktorprüfung an der Straßburger Universität. Ferner dürfte noch eine Reihe von Gutachten Interesse erwecken, die Schmoller bei der Besetzung von akademischen Lehrstühlen auf Roschers Wunsch erstattet hat, insbesondere sein kühles Urteil über den späteren Direktor des Kaiserlichen Statistischen Amtes Hans von Scheel.

Der zweite Beitrag, der in dem Biermannschen Büchlein enthalten ist, gibt eine kurze Biographie und Würdigung des bekannten Leipziger Nationalökonomen W. Stieda.

Keller.

Reinhardt, Dr. Ph.: Der deutsch-schweizerische Eisenhandel während des Weltkrieges. Mannheim, Berlin, Leipzig: Bensheimer 1922. XVII, 242 S.

Der Verfasser schildert in dieser Schrift den deutsch-schweizerischen Eisenhandel, wie er sich im Weltkrieg unter dem Einfluß der neutralen Selbstbehauptung der Schweiz, der kriegswirtschaftlichen Umstellung Deutschlands und der wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen der Entente gestaltet hat. Er greift auf die eisenwirtschaftliche Lage und die Verkehrsbeziehungen der Schweiz vor dem Weltkrieg zurück und zeigt im Zusammenhang mit dem technischen Aufschwung der Eisenindustrie Deutschlands, die bereits 1901 bis 1903 die englische Produktion überflügelt und ihren Einfluß auf dem Roheisenmarkt zurückgedrängt hat, wie sehr die Schweiz in ihrer Eisenwirtschaft hauptsächlich auf Deutschland angewiesen war. Er schildert die zentralisierte Tätigkeit der großen privaten Eisenindustrie- und Eisenhandelsorganisationen der Schweiz und Deutschlands und ihren Einfluß auf die Gestaltung der wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen beider Länder, die aber während des Weltkrieges in Bahnen gelenkt werden mußten, die nur von militärischen Gesichtspunkten aus vorgeschrieben waren. Die Eingriffe militärischer Art führten zu mancherlei Reibungen; die Ursache hiervon lag aber darin, daß ein vorbereiteter kriegswirtschaftlicher Plan gefehlt hat. Die Schweiz stand in ihrer Versorgung mit Eisen und anderen Waren unter dem starken Druck der Entente und ihrer Kontrollmaßnahmen. Deutschland unter dem Druck der Blockade und der von der Entente geschaffenen Kontrollorganisationen in den neutralen Ländern war aber dringend auf die schweizerische Einfuhr von gewissen Rohstoffen (Ölen, Fetten, Metallen, Gummi usw.) angewiesen — und so entwickelte sich in immer ausgesprochenerem Maße die für die Kriegswirtschaft eigenartige Erscheinung des Kompensationsverkehrs. In dieser Form spielte sich mittels einer Reihe von Abkommen der Wirtschaftsverkehr zwischen der Schweiz und Deutschland ab. Indem der Verfasser die Abwicklung dieses Verkehrs schildert und auf die Verhältnisse der wirtschaftspolitischen Gestaltung beider Länder vor dem Krieg zurückgreift, liefert er durch seine Schrift gleichzeitig einen wertvollen Beitrag zur Geschichte der handelspolitischen Organisation der Eisenwirtschaft.

Dr. Kupperberg.



Handboek voor de Kennis van Nederland en Koloniën. S'Gravenhage: Martinus Nijhoff 1922. XVIII, 602 S.

Das Niederländische Ministerium des Äußern hat mit Unterstützung verschiedener anderer Behörden ein Handbuch zur Kenntnis der Niederlande und der niederländischen Kolonien herausgegeben, das zur Besprechung vorliegt. Schon äußerlich entzückt den deutschen Leser, der an dergleichen nicht mehr gewöhnt ist, die Ausstattung des Buches, der Druck und das Papier. Zahlreiche Karten und Bilder erhöhen den Wert der Arbeit.

Eine Einleitung und 21 Kapitel bilden den Inhalt. In der Einleitung wird der Zweck des Werkes bezeichnet. Es soll ein abgerundetes Bild von dem niederländischen Gemeinwesen („Nederlandsche samenleving") geben. Die 21 Kapitel behandeln daraufhin: Staatsgebiet und Bevölkerung, Landwirtschaft, Viehzucht, Trockenlegung des Zuidersees, Fischerei, Industrie, Bergbau, Elektrizitätsversorgung, Handel, Straßen, Eisenbahn, Flugverkehr, Binnenwasserstraßen, Seeschiffahrt, Staats-, Provinzial- und Gemeindefinanzen, Bankwesen, soziale Fürsorge, Volksgesundheitspflege und Kolonien.

Dem Deutschen bietet das Lesen eines niederländischen Buches keine große Schwierigkeit. Der deutsche Verwaltungsbeamte und Volkswirt, aber auch der Geograph mögen daher an dieser Arbeit nicht vorübergehen. Sie wird ihnen interessante Aufschlüsse über die Verhältnisse des benachbarten und stammverwandten Volkes geben. Schon das erste Kapitel, das unter anderem die Charaktereigenschaften der Bewohner der einzelnen Provinzen schildert, dürfte allgemeinem Interesse begegnen.

Wenn der Deutsche von niederländischer Landwirtschaft hört, so denkt er an Butter und Käse und an Blumenzucht. Und richtig findet sich im zweiten und dritten Kapitel eine ausführliche, mit hübschen Bildern geschmückte Darstellung dieser wichtigen Erwerbszweige des Landes. Bereits hier entdeckt der Leser den Schlüssel zu dessen Blüte, nämlich einen Hinweis auf die leichte und billige Transportmöglichkeit für alle Erzeugnisse auf den vielen Kanälen, die die Beförderung „weinig kostbaar" machen. — Prachtvoll sind die Bilder der Rinder und Pferde in dem Kapitel „Viehzucht", dann die Ansichten in dem Kapitel „Fischerei", die das Aussetzen der Fischbrut (eine Sache, für die man sich in Deutschland mehr als bisher interessieren sollte) darstellen. — Das Kapitel über die Industrie bietet natürlich dem deutschen Leser weniger, immerhin hat das Land eine beträchtliche Maschinenindustrie. Altberühmt sind die Diamantschleifereien, denen freilich nur wenig Zeilen im Handbuch gewidmet sind, dann der seit Jahrhunderten bewährte Schiffsbau und die Textilindustrie, für die die wirtschaftlichen Vorbedingungen bei einem Handel und Viehzucht treibenden Volke gegeben sind. Schließlich die Nahrungsmittelindustrie (Kakao, kondensierte Milch, Konserven), die ihr Absatzgebiet in der ganzen Welt hat, wobei auch Deutschland als solches im Handbuch ausdrücklich genannt wird. Dagegen fehlt Deutschland bezeichnenderweise als Absatzland für das niederländische Bier, das mehr in Belgien, England, Frankreich und in Übersee getrunken wird. Die niederländischen Schnaps- und Tabakprodukte sowie den Tee aus seinen Kolonien kennen wir auch bei uns.

Aus den Kapiteln, die dem Verkehr gewidmet sind, imponiert besonders das Bild Nr. 20, eine Eisenbahnbrücke von unendlicher Länge über ein breites Wasser darstellend Das Kapitel „Luftverkehr" kann uns Deutschen, denen die Möglichkeit der Ausbildung eines solchen erschwert ist, nur trübe Gedanken erwecken. — Merkwürdig ist, daß das Handbuch für die Darstellung des Amsterdamer Hafens eine englische Karte verwendet, die ihrerseits zweifellos durch Überdruck einer holländischen gewonnen ist. So finden wir auf ihr alle feingedruckten und weniger wichtigen Straßen- usw. Bezeichnungen holländisch, dagegen die wesentlichen Angaben z. B. Flußläufe englisch angeführt. Sogar „Het Y" hat sich in „The Y" verwandelt. — Bei der Karte „Niederländische Schiffahrtslinien" denken wir schmerzbewegt an das einst weltumspannende Netz unseres Lloyd und unserer Hapag

Mit besonderem Interesse habe ich das Kapitel über die Trockenlegung des Zuidersees gelesen. Um den Plan dieses gewaltigen Werkes hat man sich in Deutschland bisher zu wenig bekümmert. Von den 3 550 qkm, die diese Meeresbucht umfaßt, sollen nach und nach im Laufe von 33 Jahren in vier Abschnitten 2 100 qkm trocken gelegt werden. Es bleibt damit zwar immer noch ein Binnensee (das Yssel-Meer) von 1 450 qkm übrig, jedoch wird der dem Meere abgewonnene Boden 40 000 Bauernstellen (das sind ungefähr 200 000 Einwohnern) Wohnstätte und Erwerbsmöglichkeit gewähren. Die Trockenlegung erfolgt allein im Interesse der Vermehrung der Landwirtschaft. „Ein Land, das sich selbst ernähren kann," heißt es im Handbuch, „kann gemächlicher internationalen Stürmen widerstehen". Wir sollten uns in Deutschland ein Beispiel an dem Unternehmungsgeist nehmen, den das stammverwandte Volk bei dieser Sache wiederum zeigt. Freilich. die Kosten des Werkes sind nicht gering. Auf 230 Millionen Gulden (darunter allein $4^1/_2$ Millionen Gulden Abfindung an die Fischerei treibenden jetzigen Anlieger des Zuidersees) wurde die Ausführung im Voranschlag von 1914 geschätzt. Resigniert schreibt aber der Bearbeiter des Handbuches dazu, daß infolge der durch den Krieg geschaffenen Lage eine solche Vorausberechnung heute nur historischen Wert hat.

E. Simon.

Business Prospects Year Book 1923. *Editet by D. Willson Lloyd and A. P. Barnett. — Published by the business statistics company ltd. Cardiff.*

Das Buch bespricht in knappen kurzen Sätzen in 12 Kapiteln die Aussichten der wichtigsten Produktions-, Gewerbe- und Handelszweige (Kohlen, Schiffahrt, Eisen und Stahl, Kupfer, Zinn, Weißblech, Zink, Geldmarkt, Weizen, Baumwolle, Gummi und Öl) an der Hand eines reichhaltigen Zahlenmaterials. Es eignet sich daher sehr gut zu einer Orientierung auf allen diesen Gebieten. Soweit sich bisher übersehen läßt, sind auch die auf Grund des Materials abgegebenen Voraussagungen für das Jahr 1923 bisher meist bestätigt.

—r.



Eingesandte Schriften.

Lee, Mabel Ping-Hua: *The economic History of China. With special reference to agriculture. New-York: Columbia University 1921.* 461 S. 8°.
(*Studies in history, economics and public law.* Vol. 99, Nr. 1.)

Drachsler, Julius: *Intermarriage in New-York City. A statistical study of the amalgamation of European peoples. New-York: Columbia University 1921.* 204 S. 8°.
(*Studies in history, economics and public law.* Vol. 94, Nr. 2.)

Schwantje, Magnus: Das Recht zur Gewaltanwendung. Hrsg. von d. Bund für radikale Ethik, e. V., Berlin. Berlin: Neues Vaterland 1922. 47 S. 8°.

Böhmerlandjahrbuch für Volk und Heimat. Hrsg. im Auftr. aller deutschen Schutzvereine der Tschechei von Otto Kletzl. 1923. Reichenberg in B. 1923: Stiepel. 8°

Lehr, Bruno: Die Leistungsfähigkeit der deutschen Milchwirtschaft vor dem Kriege und jetzt. Breslau: Apel 1923. 18 S. 8°.

Roth, Hans: Die Statistik im Hotelbetrieb. Leitfaden z. Einführ. der Geschäftsstatistik in Hotelbetrieben. Bern: Bircher 1923. IV, 53 S. 4°. (3 Schweizer Fr.)

Montanus-Industrie-Handbuch. Westdeutschland. Hrsg. von Hermann Montanus. Ausg. 1922. Siegen: Montanusverl. 1922. 4°.

Norden, Arthur: Welthandelswaren, Märkte und Berichterstattung. F. 1: Getreide, Baumwolle, Wolle, Zucker, Kaffee. 2., völl. umgearb. Aufl. von Hans Hirschstein. Leipzig: Glöckner 1923. VIII, 212 S. 8° (Grundzahl 5,60) (Handels-Hochschul-Bibliothek. Bd 7.)

Kirchliches Handbuch für das katholische Deutschland. Nebst Mitteil. d. amtl. Zentralstelle f. kirchl. Statistik in Verb. mit . . . hrsg. von Hermann A. Krose. Bd 11. 1922–1923. Freiburg i. Br.: Herder 1923. 8°.

Fisher, Jrving: *The Making of index numbers. A study of their varieties, tests and reliability. Boston and New-York: Houghton Mifflin Company 1922.* IX, 526 S. 8° 7,50 $.

Markets of the world. *United States and Canada series. A compilation of commercial maps and statistical data. Prepared and publ. by the First National Bank of Boston. New-York: General Drafting Co 1922.* 41 S. 4°.

Statistische Korrespondenz.

(Fortsetzung.)

Die Bevölkerung Preußens vor und nach dem Kriege. — Die Tatsache, daß die Einwohnerzahl Preußens von 1910 zu 1919, also zwischen den beiden letzten Volkszählungen, um 1,2 Mill. zugenommen hat, richtet in den Kreisen von Leuten, die sich auch mit Bevölkerungsstatistik beschäftigen, immer wieder Verwirrung an. Es kann daher gar nicht oft genug gesagt werden, daß die Bevölkerung von 1919 ganz anders als die von 1910 zusammengesetzt war, und daß insbesondere Schlüsse, die sich auf den Wiederaufbau der Bevölkerung beziehen und diesem eine günstige Prognose stellen, wegen der verschiedenartigen Alterszusammensetzung der Bevölkerung Trugschlüsse sind.

Nachstehende kleine Tabelle ist dadurch entstanden, daß die Bevölkerung der einzelnen Altersklassengruppen bei der Volkszählung von 1919 auf die gleich 100 gesetzte Belegung der gleichen Gruppen bei der Zählung von 1910 reduziert worden ist.

Die Altersverteilung 1910 und 1919.

1910 = 100		
Altersklassengruppen	männlich 1919	weiblich 1919
Über 0— 5 Jahre alt	59	59
„ 5—10 „ „	100	100
„ 10—15 „ „	111	110
„ 15—20 „ „	114	116
„ 20—25 „ „	94	118
„ 25—30 „ „	88	118
„ 30—35 „ „	92	111
„ 35—40 „ „	102	113
„ 40—45 „ „	118	123
„ 45—50 „ „	118	116
„ 50 „ „	118	115
Insgesamt	100	107

Man sieht aus der Tabelle, daß zwar wirklich die männliche Bevölkerung 1919 genau so stark war wie 1910 und die weibliche Bevölkerung sogar noch um 7 vom 100 stärker, daß aber dieses Resultat das Ergebnis sehr verschiedener Komponenten ist. Zweifellos waren 1919 die Altersklassen über 40 stark besetzt; jedoch sind diese für die Fortentwicklung der Bevölkerung nur noch von geringem Einfluß. Die Jahrgänge von 20—40 haben bei den männlichen Personen durch den Krieg sehr gelitten, sodaß, obgleich die entsprechenden weiblichen Personen in Überzahl vorhanden sind, die mittleren Altersklassen für eine Bevölkerungsvermehrung recht ungünstig zusammengesetzt sind. Richtig ist, daß die Jahrgänge 10—20 stark belegt sind; es sind dies die Kinder, die in der Hauptsache aus den Geburtsjahren 1900—1910 stammen, wo bekanntlich die Geburtenziffer zwar schon stark sank, sich aber immerhin noch über 30 ‰ hielt und ihr Sinken zum Teil durch eine gleichfalls fallende Sterbeziffer ausgeglichen wurde, sodaß der Geburtenüberschuß diese ganzen 10 Jahre hindurch ziemlich hoch blieb (rund 15 ‰).

Seitdem haben sich aber, und zwar, wie betont werden muß, nicht nur durch die Kriegsereignisse die Verhältnisse beträchtlich verändert. Seit dem Jahre 1911 sank die Geburtenziffer unter 30 ‰ (1911 29,4 ‰, 1912 28,9 ‰, 1913 28,2 ‰, 1914 27,6 ‰, und gut daran anschließend 1920 25,7 ‰), während die Sterbeziffer nur noch bis 1913 sank (1911 17,2 ‰, 1912 15,5 ‰, 1913 14,9 ‰, 1914 15,6 ‰, 1920 15,4 ‰), sodaß der Geburtenüberschuß seit 1912 immer geringer wurde (1911 12,2 ‰, 1912 13,4 ‰, 1913 13,3 ‰, 1914 12,0 ‰, 1920 10,3 ‰).

Noch deutlicher sehen wir diese Entwicklung, wenn man die oben tabellenmäßig dargestellte Altersverteilung für die jüngsten Gruppen nach den einzelnen Altersjahrgängen auflöst; es ergeben sich dann folgende Indexziffern:

Die Altersverteilung der jüngsten Jahrgänge 1910 und 1919.

1910 = 100			
Altersklassen	männlich 1919	weiblich 1919	In der Hauptsache stammend aus dem Kalenderjahre
Über 0—1 Jahre alt	62	60	1919
„ 1—2 „ „	50	50	1918
„ 2—3 „ „	49	48	1917
„ 3—4 „ „	59	58	1916
„ 4—5 „ „	77	77	1915
„ 5—6 „ „	97	97	1914
„ 6—7 „ „	98	97	1913
„ 7—8 „ „	103	102	1912
„ 8—9 „ „	98	97	1911
„ 9—10 „ „	105	105	1910.

Man sieht daraus, daß die jüngsten Altersklassen bei der Volkszählung von 1919 zum Teil nur halb so stark belegt waren wie 1910. Da keine Anzeichen vorliegen, daß die Geburtenziffer nicht weiter sinkt, kann man aus den Zahlen nicht die Überzeugung gewinnen, daß „alle demographischen Bedingungen zum Wiederaufbau der deutschen Bevölkerung erfüllt sind", wie es neulich in einer Fachzeitschrift hieß, wobei die mindestens ebenso wichtige Frage, ob die wirtschaftlichen Bedingungen für den Wiederaufbau der Bevölkerung z. Zt. gegeben sind, noch ganz dahingestellt bleiben möge.

Erwerb der Reichs- und Staatsangehörigkeit in Preußen, insbesondere im Jahre 1920. — Das Reichsgesetz vom 22. Juli 1913 über den Erwerb der Reichs- und Staatsangehörigkeit sieht sechs Gründe vor, derentwegen die Einbürgerung erfolgen kann: Die deutsche Reichs- und die preußische Staatsangehörigkeit können erwerben nach § 8 Ausländer, die sich im Inlande niedergelassen haben, nach § 10 Witwen oder geschiedene Ehefrauen von Ausländern, die zurzeit ihrer Eheschließung Deutsche waren, nach § 11 ehemalige Deutsche, die als Minderjährige die Reichsangehörigkeit durch Entlassung verloren haben, nach § 12 Ausländer, die mindestens ein Jahr wie Deutsche im Heer oder in der Marine aktiv gedient haben, nach § 13 ehemalige Deutsche, die sich nicht im Inland niedergelassen haben, und nach § 31 ehemalige Deutsche, die durch zehnjährigen Aufenthalt im Ausland die Reichsangehörigkeit verloren, aber sich wieder im Inlande niedergelassen haben. Ein früheres Gesetz unterschied zwischen naturalisierten, renaturalisierten und wieder aufgenommenen Personen, von denen die ersten den Einbürgerungen nach den §§ 8 bis 12 des jetzigen Gesetzes, die zweiten denen nach § 13 und die letzten denen nach § 31 entsprachen. Statistisch verarbeitet werden die Einbürgerungen seit 1904. Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Zahl der Personen, die seitdem jährlich eingebürgert wurden, unter Angabe der Gründe, die zur Einbürgerung führten; sie umfassen Einzellebende, Haushaltungsvorstände und deren Angehörige.

Der Hauptanteil der Einbürgerungen (um 90 %) entfiel stets auf solche nach § 8 (Im Inland niedergelassene Ausländer), in zweiter Linie, aber weit weniger, erlangten die Reichs- und Staatsangehörigkeit Witwen oder geschiedene Frauen nebst Kindern, die vor ihrer Eheschließung Deutsche gewesen waren; insbesondere groß war aus naheliegenden Gründen deren Zahl im Jahre 1915. Die Antragstellerinnen werden zum großen Teil Witwen von Ausländern gewesen sein, die im Inlande lebten, es aber versäumt hatten, nach dem Tode ihres Ehemannes die deutsche Reichsangehörigkeit wieder zu erlangen und nunmehr all den Beschränkungen unterlagen, die für Ausländer während der Kriegszeit galten. In den Jahren nach

Die Einbürgerungen von 1904 bis 1920.

Jahr der Einbürgerungen	gemäß § 8 Ausländer, im Inland wohnhaft	§ 10 Witwen und geschiedene Frauen, die vor ihrer Verheiratung Deutsche waren,	§ 11 Personen, die als Minderjährige die Reichsangehörigkeit verloren hatten,	§ 12 Ausländer, die deutsche Soldaten waren,	§ 8 bis 12 zusammen	§ 13 Ehemalige Deutsche, im Ausland wohnhaft	§ 31 Ehemalige Deutsche, im Inland wohnhaft	Insgesamt Personen
		im Inland wohnhaft						
	einschließlich ihrer Familienangehörigen							
1904 . .	nicht ausgezählt, weil nach dem alten Gesetz nicht unterschieden				7 335	355	108	7 798
1905 . .					6 897	200	215	7 312
1906 . .					7 578	206	190	7 974
1907 . .					13 486	164	163	13 813
1908 . .					8 726	201	147	9 074
1909 . .					9 736	256	252	10 244
1910 . .					8 262	230	173	8 665
1911 . .					8 954	264	171	9 389
1912 . .					6 391	179	178	6 748
1913 . .					7 384	199	144	7 727
1914 . .	4 566	581	16	152	5 315	190	190	5 695
1915 . .	6 567	978	7	381	7 933	245	259	8 437
1916 . .	6 794	629	—	523	7 946	321	136	8 403
1917 . .	3 492	474	2	456	4 424	198	202	4 824
1918 . .	2 163	339	—	408	2 910	261	195	3 366
1919 . .	7 798	388	1	277	8 464	187	186	8 837
1920 . .	12 211	361	5	362	12 939	231	457	13 627

1915 nahm die Zahl der Einbürgerungen nach § 10 von Jahr zu Jahr ab, sodaß im Jahre 1920 nur noch 2,7 % aller Einbürgerungen auf diese Veranlassung kamen. Die Zahl der Einbürgerungen nach § 11 war während der Kriegszeit selten, was auch wiederum durch die Kriegsverhältnisse zu verstehen ist. Erfreulich ist die nicht unbeträchtliche Zahl von Einbürgerungen nach § 12, die beweist, daß diesen Ausländern, die in Deutschland lebten, unser Vaterland wirklich zur zweiten Heimat geworden war. Daß die Einbürgerungen nach § 13 d. h. von ehemaligen Deutschen, die sich nicht im Inlande niedergelassen hatten, durch die Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit nicht abgenommen haben, ist gleichfalls erfreulich und läßt auf ein wieder erwachtes Heimatsgefühl schließen. In der Hauptsache wohnten diese in Österreich, der Schweiz, Ungarn und Amerika (ohne die Vereinigten Staaten). In einem ähnlichen Sinne sind auch die Einbürgerungen nach § 31 zu deuten.

Speziell im Jahre 1920 erfolgten

89,61 % der Einbürgerungen nach § 8
2,65 % „ „ „ § 10
0,04 % „ „ „ § 11
2,66 % „ „ „ § 12
1,69 % „ „ „ § 13
3,35 % „ „ „ § 31.

Der Heimatstaat der im Jahre 1920 nach § 8 eingebürgerten 12 211 Personen (Ausländer im Inland) war in 4 944 Fällen Österreich und in 4 402 Fällen Rußland. Mit 754 Fällen folgten dann die Tschechoslowakei, weiter mit über 100 – 400 Fällen Ungarn, Polen, Niederlande und Italien; der Rest verteilte sich auf andere Staaten. Auch von den Einbürgerungen nach § 12 (Ausländer, die im deutschen Heer dienten) entfiel ein größerer Teil auf bisherige Österreicher und Russen (11,0 und 15,5 %). Von den ehemaligen Deutschen, die eine ausländische Staatsangehörigkeit erworben hatten und nach den §§ 10, 11, 13 oder 31 wieder die deutsche Reichsangehörigkeit erlangten, war der Hauptteil Österreicher. In weitem Abstand folgten Russen, Italiener und Schweizer, während der Rest sich verteilte. Selbstverständlich überwog unter den Einbürgerungen nach den genannten Paragraphen die Zahl der Frauen.

Durch eine kleine Übersicht sei gezeigt, wie sich die Einbürgerungen 1920 auf die Provinzen der Niederlassung verteilten unter Angabe der Länder, die vordem in der Hauptsache die Heimatländer der betreffenden Eingebürgerten gewesen waren.

Die Einbürgerungen im Jahre 1920 nach Provinzen.

Provinz der Niederlassung	Anzahl der Einbürgerungen	Die Eingebürgerten waren in der Hauptsache vorher beheimatet in
Ostpreußen	1 994	Rußland
Landespolizeibezirk Berlin .	1 902	Österreich
Brandenburg	1 210	Österreich u. Rußland
Pommern	471	Rußland
Grenzm. Posen-Westpreußen	162	Rußland
Niederschlesien	1 354	Österreich
Oberschlesien	276	Österreich
Sachsen	870	Österreich u. Rußland
Schleswig-Holstein	561	Österreich u. Rußland
Hannover	1 086	Österreich, Rußland u. Tschechoslowakei
Westfalen	1 486	Österreich
Hessen-Nassau	439	Österreich
Rheinprovinz	1 805	Österreich, Rußland u. Niederlande
Hohenzollern.	11	—
Staat . . .	**13 627**	**Österreich und Rußland**

Von diesen 13 627 Eingebürgerten waren 3 012 Familienvorstände, 8 314 Angehörige und 2 301 einzellebende Personen, 6 453 (= 47,4 %) waren evangelisch, 5 506 (= 40,4 %) katholisch, 1 431 (= 10,5 %) jüdisch. Dem Beruf nach gehörten 43,7 % der Familienhäupter und einzellebenden Personen zu „Industrie und Handwerk", 19,6 % zu „Landwirtschaft", 18,6 % zu „Handel und Verkehr", 9,0 % zu den sogenannten „Freien Berufen", 3,5 % zu „Häusliche Dienste und Lohnarbeit", und 5,6 % waren „Ohne Beruf und Berufsangabe". 33,3 % der eingebürgerten selbständigen Personen (nach Ausscheidung der Fälle ohne Angabe) hatten 1920 ein Jahreseinkommen von nur bis zu 3 000 *M*, 54,5 % ein solches von 3 – 10 000 *M*, während der Rest ein höheres, zum Teil sogar beträchtliches Einkommen hatte.

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in Preußen in den vier Vierteljahren des Jahres 1921, verglichen mit dem Vorjahr (1920) und dem letzten Vorkriegsjahr (1913). — Es ist wegen des veränderten Gebietsumfanges des Freistaats Preußen nicht angängig, die Ergebnisse der Bevölkerungsbewegung aus der Zeit vor und nach dem Kriege und der Übergangszeit an den Grundzahlen zu vergleichen. Gegen die Vergleichbarkeit der Bezugsziffern auf 1 000 Einwohner bestehen nur insoweit Bedenken, als diese von der Verschiedenartigkeit der Zusammensetzung der Bevölkerung vor und nach dem Kriege (verändertes Verhältnis zwischen dem Bestand an Männern und Frauen und Verschiebungen in der Alterszusammensetzung der Bevölkerung) beeinflußt werden; solange man aber nur Tatsachen feststellt, ohne nach dem Grunde zu forschen, kann über diese Unterschiede hinweggesehen werden.

Die Heiratsziffer des Berichtsjahres 1921 mit 24,04 ‰ blieb unter der des Vorjahres mit 28,88 ‰, übertraf aber die des Jahres 1913 mit 15,54 ‰ beträchtlich. Von den 4 Vierteljahren des Jahres 1921 hatte das 4. die höchste, das 1. die geringste Heiratsziffer; die Reihenfolge war (abfallend) 4., 2., 3., 1. Im Vorjahre fanden wir die Reihenfolge 2., 4., 3., 1., im Jahre 1913 wieder 4., 2., 3., 1. In allen 3 Jahren bestand aber zwischen der Heiratsziffer des 4. und 2. Vierteljahres einerseits, des 3. und 1. Vierteljahres andererseits ein beträchtlicher Unterschied von mehreren Tausendteilen. Auf April bis Juni und Oktober bis Dezember entfällt also bei weitem die Mehrzahl der Eheschließungen.

Die Geburtenziffer des Berichtsjahres 1921 (26,12 ‰) ist gegen das Vorjahr (26,57 ‰) nur wenig gefallen, wobei auch zu beachten ist, daß die Ziffern für 1921 nur vorläufige sind, die sich wahrscheinlich noch ein wenig erhöhen. Die Senkung gegen 1913 (29,03 ‰) ist aber immerhin beträchtlich. Die durchschnittliche Jahresgeburtenziffer ergab sich in den beiden Nachkriegsjahren aus Vierteljahrsziffern, die sich gegeneinander ganz anders verhielten als die

des zum Vergleich herangezogenen Vorkriegsjahres 1913. Hatten wir hier Schwankungen, die nicht stark auseinandergingen, so hatten wir innerhalb der beiden neuesten Jahre ausgesprochen abfallende Reihen, und zwar 1920 (in der Reihenfolge des Kalenders) von 29,21 ‰ bis 24,67 ‰, 1921 von 27,53 ‰ bis 25,32 ‰. Das neueste Jahr setzte also tiefer ein, sank aber nicht ganz so weit wie das Vorjahr. Die hohe Heiratsziffer des 2. Vierteljahres 1920 machte sich dabei in der hohen Geburtenziffer des 1. Vierteljahres 1921 bemerkbar, aber die nicht viel geringere Heiratsziffer des 4. Vierteljahres 1920 ergab für das 3. Vierteljahr 1921 keine Folgen.

Günstig war die Sterblichkeit des Berichtsjahres mit 13,84 ‰ sowohl dem Vorkriegsjahre (mit 14,90 ‰) als auch dem Vorjahre (mit 15,36 ‰) gegenüber. Es fehlte auch die hohe Sterblichkeit, die im vorhergehenden Jahre (1920) das 1. Vierteljahr gehabt hatte, vielmehr war ähnlich wie bei 1913 kein großer Unterschied zwischen den Sterbeziffern der einzelnen Vierteljahre. Die Gründe für diese gegen 1913 rechnerisch geringe Sterblichkeit werden später dargelegt; sie ist in der Hauptsache eine Folge der oben bereits erwähnten veränderten Bevölkerungszusammensetzung; 1920 war die Sterblichkeit wegen der Grippeepidemie höher als im Berichtsjahr.

Aus der nur wenig gesunkenen Geburtenziffer und der stärker gefallenen Sterbeziffer ergab sich ein größerer Geburtenüberschuß als im Vorjahre (11,44 ‰ gegen 10,34 ‰), der freilich gegen den von 1913 (13,28 ‰) zurückblieb.

Das Gesagte ist in der nachstehenden Tabelle übersichtlich dargestellt.

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in Preußen auf 1000 Einwohner in den 4 Vierteljahren und im ganzen Jahre 1921 (vorläufige Ziffern), verglichen mit 1920 und 1913 (endgültige Ziffern).

Zeitraum		Heiratende	Geborene (einschl. Totgeb.)	Totgeborene	Gestorbene (ohne Totgeb.)	Geburtenüberschuß
		auf 1 000 Einwohner				
1		2	3	4	5	6
1921	1. Vierteljahr	20,78	27,53	0,96	14,56	+ 12,02
	2. „	26,66	26,14	0,84	13,00	+ 12,30
	3. „	21,61	25,49	0,77	13,41	+ 11,31
	4. „	27,48	25,32	0,84	14,37	+ 10,11
	Jahr	**24,04**	**26,12**	**0,85**	**13,84**	**+ 11,44**
1920	1. Vierteljahr	23,62	29,21	1,01	20,00	+ 8,20
	2. „	33,40	26,64	0,85	13,80	+ 12,00
	3. „	25,87	25,79	0,77	13,61	+ 11,40
	4. „	32,59	24,67	0,86	14,05	+ 9,76
	Jahr	**28,88**	**26,57**	**0,87**	**15,36**	**+ 10,34**
1913	1. Vierteljahr	12,89	29,58	0,93	15,77	+ 12,88
	2. „	17,92	28,78	0,86	14,91	+ 13,01
	3. „	13,16	29,45	0,82	14,61	+ 14,03
	4. „	18,70	28,35	0,85	14,32	+ 13,18
	Jahr	**15,54**	**29,03**	**0,86**	**14,90**	**+ 13,28**

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in den preußischen Provinzen im Jahre 1921, verglichen mit dem Vorjahre (1920) und dem letzten Vorkriegsjahre (1913). — Die Staatsdurchschnittsziffern zur Bevölkerungsbewegung des Jahres 1921 wurden bereits im vorstehenden Aufsatz mitgeteilt; sie finden sich in der nachstehenden Tabelle wiederholt[1]).

[1]) Die kleinen Abweichungen in den Dezimalen gegen die Tabelle in dem genannten Bericht erklären sich durch die Verwendung einer anderen Bevölkerungszahl als Grundlage für die Berechnung der Verhältnisziffern. Da die übliche Fortschreibung der Bevölkerung die Wanderungen, die nicht gezählt werden, nicht berücksichtigen konnte, sind wir dazu übergegangen, die versorgungsberechtigte Bevölkerung (im Sinne der Brotversorgung) zu Grunde zu legen, die vierteljährlich festgestellt wird und daher das Ergebnis der Wanderungen einschließt. Für den Staat als Ganzes ist dieser Übergang zu einer anderen Methode ohne Belang, nicht aber für die Provinzen oder kleineren Einheiten.

Es ergibt sich daraus, daß für den ganzen Staat die durchschnittliche Heiratsziffer seit dem Vorjahre von 14,31 ‰ auf 11,83 ‰, die Geburtenziffer von 26,34 ‰ auf 25,60 ‰ und die Sterbeziffer von 15,23 ‰ auf 13,56 ‰ gesunken ist, während die Geburtenüberschußziffer von 10,25 ‰ auf 11,20 ‰ stieg.

Die höchste Heiratsziffer hatte im Jahre 1921 die Provinz Sachsen (12,67 Eheschließungen auf 1 000 Einwohner), die niedrigste Oberschlesien (10,27 ‰), wenn man von Hohenzollern mit 9,05 ‰ absieht. Im Jahre vorher stand gleichfalls Sachsen mit 16,31 ‰ an der Spitze und Oberschlesien mit 12,82 ‰ neben Hohenzollern mit 11,81 ‰ am Ende. Im Vorkriegsjahre 1913 hatte Berlin mit 9,44 ‰ die höchste, Posen-Westpreußen (im heutigen Umfang) mit 6,51 ‰ neben Hohenzollern mit 6,30 ‰ die niedrigste Heiratsziffer, während Sachsen mit 8,13 ‰ an zweiter, Oberschlesien (nach dem Umfang von 1921) mit 6,60 ‰ an drittletzter Stelle stand.

Die höchste Geburtenziffer hatte in allen drei Jahren Oberschlesien mit (1921) 34,51 ‰, (1920) 32,72 ‰ und (1913) 37,58 ‰, die niedrigste jeweils Berlin mit (1921) 14,64 ‰, (1920) 17,37 ‰, (1913) 19,53 ‰. Während aber 1913 noch drei weitere Provinzen (Ostpreußen, Posen-Westpreußen heutigen Umfangs und Westfalen) eine Geburtenziffer von über 30 ‰ hatten, kam eine solche 1920 nur noch in Ostpreußen, 1921 weiter nicht mehr vor.

Oberschlesien hatte auch in allen drei Vergleichsjahren die höchste Sterbeziffer unter den preußischen Provinzen (19,28 ‰, 18,59 ‰, 19,06 ‰); die niedrigste hatte in beiden Nachkriegsjahren Schleswig-Holstein (11,47 ‰, 12,16 ‰), im Jahre 1913 Berlin (12,17 ‰), während Schleswig-Holstein damals noch 12,57 Sterbefälle auf 1 000 Einwohner zählte.

Der Geburtenüberschuß war 1913 am stärksten in Westfalen (20,16 ‰), 1920 in Oberschlesien (13,38 ‰), 1921 wieder in Westfalen (15,64 ‰), am schwächsten jeweils in Berlin (1913 6,66 ‰, 1920 2,40 ‰, 1921 2,04 ‰).

Aus der Tabelle sieht man, daß die Heiratsziffer in beiden Nachkriegsjahren in sämtlichen Provinzen beträchtlich über der von 1913 stand, aber doch mit Unterschieden. Im Jahre 1920 war die Heiratsziffer gegenüber 1913 in zwei Fällen mehr als verdoppelt; in fast allen übrigen Fällen blieb sie nur wenig unter dem Doppelten, abgesehen von Schleswig-Holstein mit einer Erhöhung auf das Einzweidrittelfache und in Berlin mit einer solchen auf das Eineinhalbfache. Im Jahre 1921 dagegen wurde eine Verdoppelung bei weitem nicht mehr erreicht; fast durchgängig betrug die Heiratsziffer das Eineinhalbfache, ausgenommen einerseits in Posen-Westpreußen mit dem Einzweidrittelfachen, andererseits in Berlin mit dem Eineinviertelfachen.

Wie wir oben gesehen haben, war die Geburtenziffer im Staatsdurchschnitt von 1913 bis 1920 und 1921 ganz beträchtlich gesunken; aber nicht bei allen Provinzen finden wir das gleiche Bild. Ja im Jahre 1920 hatten noch 5 Provinzen (Ostpreußen, Pommern, Niederschlesien, Sachsen, Hessen-Nassau) und im Jahre 1921 noch eine (Sachsen) eine, wenn zumeist auch nur um ein geringes höhere Geburtenziffer als 1913, und in einer weiteren Provinz (Brandenburg) war 1920, in vier weiteren (Ostpreußen, Pommern, Niederschlesien und Hessen-Nassau) 1921 die Abweichung gegen 1913 nur klein. Andererseits hatten schon 1920 Posen-Westpreußen, Oberschlesien und Westfalen, 1921 Berlin, Posen-Westpreußen und Westfalen ganz wesentlich kleinere Geburtenziffern als im letzten Vorkriegsjahr.

Von der Sterbeziffer des Jahres 1913 wich 1920 nach oben beträchtlich nur Berlin ab, nach unten allein Hohenzollern, während im Jahre 1921 eine Abweichung nach oben nur um ein ganz geringes in Oberschlesien vorkam, dagegen eine wesentlich günstigere Sterblichkeit für Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen-Westpreußen, Niederschlesien, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen und Hohenzollern festgestellt werden konnte.

Danach ergab sich für 1920 ein gegen 1913 erhöhter Geburtenüberschuß in Ostpreußen, Niederschlesien und Sachsen,

Die Bevölkerungsbewegung in den preußischen Provinzen sowie im Staat in den Jahren 1913, 1920 und 1921[1]).

Provinzen — Staat	Auf 1 000 der mittleren Bevölkerung entfielen															
	Eheschließungen				Geborene insgesamt				Gestorbene ohne Totgeborene				Geburtenüberschuß			
	1913	1920	1921	Zu- oder Abnahme Sp. 3 zu 4, %	1913	1920	1921	Zu- oder Abnahme Sp. 7 zu 8, %	1913	1920	1921	Zu- oder Abnahme Sp. 11 zu 12, %	1913	1920	1921	Zu- oder Abnahme Sp. 15 zu 16, %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
I. Ostpreußen	7,30	13,83	10,86	— 21,48	31,48	31,79	29,99	— 5,66	17,63	16,52	14,37	— 13,01	12,90	14,28	14,69	+ 2,87
II. Brandenburg[1]) . .	7,75	14,31	11,27	— 21,24	23,74	22,26	20,11	— 9,66	15,25	15,74	13,34	— 15,25	7,72	5,75	6,05	+ 5,22
III. Berlin[2])	9,44	14,10	11,94	— 15,32	19,53	17,37	14,64	— 15,72	12,17	14,29	12,00	— 16,03	6,66	2,40	2,01	— 15,00
IV. Pommern	7,87	14,56	11,66	— 19,92	28,76	29,09	27,81	— 4,40	16,31	16,65	14,20	— 14,71	11,60	11,46	12,69	+ 10,73
V. Posen-Westpreußen	6,51	13,84	10,87	— 21,46	34,31	28,01	26,97	— 3,82	16,32	15,33	13,97	— 8,87	17,06	11,88	12,08	+ 1,68
VI. Niederschlesien . .	7,49	14,50	11,74	— 19,03	29,22	29,92	28,72	— 4,01	18,51	17,89	16,91	— 5,48	9,58	10,88	10,74	— 1,25
VII. Oberschlesien . . .	6,60	12,82	10,27	— 19,89	37,53	32,72	34,51	+ 4,55	19,06	18,59	19,28	+ 3,71	17,61	13,38	14,47	+ 8,18
VIII. Sachsen	8,13	16,31	12,67	— 22,32	26,77	28,82	27,59	— 4,27	14,94	15,81	14,02	— 11,32	10,99	12,01	12,59	+ 4,89
IX. Schleswig-Holstein	7,98	13,39	11,96	— 10,68	26,06	22,40	23,10	+ 3,13	12,57	12,16	11,47	— 5,67	12,66	9,58	10,90	+ 14,33
X. Hannover	7,89	14,56	11,82	— 18,82	27,14	24,99	24,55	— 1,76	13,02	13,85	11,96	— 13,65	13,27	10,28	11,74	+ 14,20
XI. Westfalen	7,98	14,07	12,37	— 12,08	35,03	28,46	28,76	+ 1,05	13,94	14,58	12,22	— 16,19	20,16	12,99	15,64	+ 20,40
XII. Hessen-Nassau . . .	7,74	14,98	11,99	— 19,96	24,46	25,23	23,63	— 6,34	12,71	14,14	12,37	— 12,52	10,96	10,18	10,45	+ 2,65
XIII. Rheinprovinz . . .	7,81	14,10	12,26	— 13,05	29,40	25,34	25,15	— 0,75	13,51	14,15	12,70	— 10,25	15,06	10,40	11,68	+ 12,31
XIV. Hohenz. Lande . .	6,30	11,81	9,05	— 23,37	27,37	23,59	23,85	+ 1,10	16,54	14,88	13,07	— 12,16	10,33	8,41	10,87	+ 23,31
Staat[4]) . . .	**7,77**	**14,31**	**11,83**	— **17,33**	**29,03**	**26,34**	**25,60**	— **2,81**	**14,90**	**15,23**	**13,56**	— **10,97**	**13,28**	**10,25**	**11,20**	+ **9,27**

[1]) ohne die früheren Städte Charlottenburg, Neukölln, Berlin-Schöneberg, Berlin-Lichtenberg und Berlin-Wilmersdorf. — [2]) einschl. der früheren Städte wie zu [1]), jedoch noch nicht im Umfange der neuen Stadtgemeinde. — [3]) 1921 vorläufiges Ergebnis. — [4]) s. Fußnote 1 auf Seite 39 rechte Spalte.

während er nur ein wenig mehr als ein Drittel seines Vorkriegsstandes in Berlin und ungefähr zwei Drittel davon in Posen-Westpreußen, Westfalen und Rheinprovinz erreichte. 1921 war infolge der günstigen Sterblichkeit ein gegen 1913 erhöhter Geburtenüberschuß in Ostpreußen, Pommern, Niederschlesien, Sachsen und Hohenzollern festzustellen, während er in Berlin nicht einmal das Verhältnis, das zwischen der Ziffer von 1913 und der von 1920 festgestellt wurde, erreichte. Die oben nicht genannten Provinzen hatten sowohl 1920 als auch 1921 einen Geburtenüberschuß von drei Vierteln und mehr des Standes von 1913.

Wir sehen aus dem Gesagten, daß die Verhältnisse in den einzelnen Teilen des Staates sich sehr verschieden entwickelt haben. Insbesondere ist dies bei der Geburtenziffer der Fall, die teilweise im einzelnen vom Staatsdurchschnitt auffallend abwich.

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in den preußischen Großstädten im Jahre 1921, verglichen mit 1913 und 1920. — Bei der Betrachtung der Ziffern für das Jahr 1921 (Verhältnis der Zahl der Eheschließungen, der Geborenen, der Gestorbenen und des Geburtenüberschusses auf 1 000 der mittleren Bevölkerung. — Über die Feststellung der letzteren siehe Fußnote 1 zu vorstehendem Aufsatz.) zeigt sich, worauf schon bei der Besprechung der Ziffern für das dritte Vierteljahr hingewiesen wurde (vergl. Seite 6* der Zeitschrift[1])), fast durchweg eine Senkung gegen 1920, und zwar ganz allgemein bei den Heirats- und Sterbeziffern und mit wenigen Ausnahmen auch bei den Geburtenziffern; da aber die Senkung bei den Geburtenziffern zumeist geringer war als bei den Sterbeziffern, stieg die Ziffer des Geburtenüberschusses in einer großen Zahl von Fällen. Dagegen übertrafen die Heiratsziffern des Jahres 1921 die für 1913 in sämtlichen Städten; die Geburtenziffern für 1921 erreichten die für 1913 in der größeren Mehrzahl der Fälle nicht; aber auch die Sterblichkeit des Jahres 1921 war zumeist geringer als im letzten Vorkriegsjahr, sodaß der Geburtenüberschuß 1921 vielfach kleiner als 1913 war.

Im einzelnen hatten hohe Heiratsziffern im Jahre 1921 die Städte Köln, Essen, Duisburg, Dortmund, Gelsenkirchen, Crefeld, Mülheim a./d. Ruhr, Hamborn (höchste 14,68 ‰), die sich geographisch ziemlich nahe liegen, niedrige die Städte Breslau, Königsberg i. Pr., Kiel, Cassel, Erfurt und Münster (niedrigste 10,40 ‰). Die mittlere Heiratsziffer der 27 preußischen Großstädte war 1921 12,48 ‰, 1920 noch 14,60 ‰, aber 1913 nur 8,90 ‰.

Die Geburtenziffern waren im Berichtsjahre hoch in Gelsenkirchen, Bochum, Hamborn (höchste 35,50 ‰), niedrig in Berlin (niedrigste 14,64 ‰), Frankfurt a./M., Hannover, Barmen, Crefeld und Wiesbaden. Die Spannung zwischen höchster und niedrigster Ziffer, die bei den Eheschließungen nur 4,28 Punkte betrug, war bei den Geburten 20,86 Punkte; die mittlere Geburtenziffer der Großstädte war 1921 20,93 ‰ gegen 22,68 ‰ im Jahre 1920 und 24,08 ‰ im Jahre 1913.

Die Sterbeziffern des Berichtsjahres waren hoch in Breslau (höchste 16,39 ‰), Halle a. S., Aachen, Wiesbaden, niedrig in Frankfurt a./M., Düsseldorf, Hannover, Essen, Elberfeld, Barmen und Mülheim a./d. Ruhr (niedrigste 10,62 ‰). Die Spannung zwischen höchster und niedrigster Ziffer betrug 5,77 Punkte. Im Mittel war die Sterbeziffer der Großstädte 1921 12,68 ‰, 1920 14,93 ‰ und 1913 13,30 ‰.

Stark verschieden waren die Ziffern des Geburtenüberschusses in den einzelnen Städten; sie schwankten zwischen 21,96 ‰ (in Hamborn) und 2,04 ‰ (in Berlin). Hoch waren sie außerdem in Essen, Duisburg, Dortmund, Gelsenkirchen und Bochum, niedrig in Wiesbaden. Die Durchschnittsziffern der Großstädte waren 1921 7,49 ‰, 1920 6,94 ‰ und 1913 9,98 ‰.

Die entsprechenden Ziffern für ganz Preußen sind auch im vorstehenden Aufsatz mitgeteilt; sie werden nachstehend unter Gegenüberstellung der Durchschnittsziffern für die Großstädte wiederholt[1]).

Es entfielen auf 1 000 der mittleren Bevölkerung

	im Jahre	Eheschließungen	Geburten überhaupt	Sterbefälle ohne Totgeborene	Geburtenüberschuß
im Durchschnitt der Großstädte	1921	12,48	20,93	12,68	7,49
	1920	14,60	22,68	14,93	6,94
	1913	8,90	24,08	13,30	9,98
im Staat	1921	11,83	25,60	13,56	11,20
	1920	14,31	26,34	15,23	10,25
	1913	7,77	29,03	14,90	13,28.

Danach standen in sämtlichen Vergleichsjahren die Heiratsziffern in den Großstädten über dem Staatsdurchschnitt, während bei den Geburten, den Sterbefällen und beim Geburtenüberschuß die Staatsdurchschnittsziffern die größeren waren; jedoch waren bei den Heirats- und den Sterbeziffern die Unterschiede nicht wesentlich, zum Teil weniger als ein Promilleteil; anders bei den Geburtenziffern,

[1]) die dort angegebenen staatlichen Heiratsziffern für das 3. Vierteljahr sind in (1921) 10,82 ‰ und (1920) 12,94 ‰ zu berichtigen.

[1]) Wegen der kleinen Abweichungen s. Fußnote 1 zu vorstehendem Aufsatz.

Die Bevölkerungsbewegung in den preußischen Großstädten in den Jahren 1913, 1920 und 1921[1].

Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern	Auf 1 000 der mittleren Bevölkerung entfielen															
	Eheschließungen				Geborene insgesamt				Gestorbene ohne Totgeborene				Geburtenüberschuß			
	1913	1920	1921	Zu- oder Abnahme Sp. 3 zu 4, %	1913	1920	1921	Zu- oder Abnahme Sp. 7 zu 8, %	1913	1920	1921	Zu- oder Abnahme Sp. 11 zu 12, %	1913	1920	1921	Zu- oder Abnahme Sp. 15 zu 16, %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
1. Berlin[2])	9,44	14,10	11,94	— 15,32	19,53	17,37	14,64	— 15,72	12,17	14,29	12,00	— 16,03	6,66	2,40	2,04	— 15,00
2. Köln	9,32	15,18	13,80	— 9,09	26,85	26,40	24,18	— 8,60	13,95	14,02	13,20	— 5,85	11,99	11,51	10,14	— 11,90
3. Breslau	7,87	12,80	10,98	— 14,22	27,35	26,76	24,39	— 8,86	18,15	17,81	16,39	— 7,97	8,26	8,00	7,22	— 9,75
4. Frankfurt a./M.	9,55	16,23	13,10	— 19,29	21,01	21,33	18,61	— 12,75	11,64	13,69	11,39	— 16,80	8,64	6,76	6,51	— 3,70
5. Düsseldorf	9,45	14,83	12,52	— 15,58	27,37	21,20	20,53	— 3,16	11,82	12,63	11,36	— 10,06	14,83	7,88	8,51	+ 7,99
6. Hannover	8,52	14,87	12,37	— 16,81	20,63	20,62	19,73	— 4,32	12,17	13,88	11,49	— 17,22	7,58	5,80	7,31	+ 26,03
7. Essen	8,16	14,76	13,95	— 5,49	29,84	25,02	25,75	+ 2,92	11,79	14,09	11,49	— 18,45	17,13	10,21	13,41	+ 31,34
8. Magdeburg	8,35	15,28	12,15	— 20,48	22,68	26,12	23,55	— 9,84	14,25	16,59	14,39	— 13,26	7,56	8,59	8,24	— 4,07
9. Königsberg i. Pr.	8,12	14,47	10,73	— 25,85	26,97	28,70	25,33	— 11,74	18,09	17,79	14,26	— 19,84	8,05	10,07	10,21	+ 1,39
10. Stettin	8,39	14,56	12,18	— 16,35	23,24	23,99	22,84	— 6,88	16,38	18,20	14,30	— 21,43	6,17	4,93	7,24	+ 46,86
11. Duisburg	8,81	15,51	13,96	— 9,99	34,12	28,12	27,38	— 2,63	13,26	14,60	11,84	— 18,90	19,95	12,54	14,69	+ 17,15
12. Dortmund	9,45	15,45	14,36	— 7,06	35,36	27,37	27,43	+ 0,22	15,23	16,23	12,20	— 24,83	19,07	10,36	14,52	+ 40,15
13. Kiel	7,83	13,95	11,00	— 21,15	23,63	25,34	22,16	— 12,55	11,46	14,94	12,08	— 19,14	11,32	9,62	9,33	— 3,01
14. Halle a. S.	8,16	14,55	12,03	— 17,32	24,44	26,65	25,34	— 4,92	17,06	19,13	16,05	— 16,10	6,60	6,53	8,08	+ 23,74
15. Altona	11,05	14,83	12,62	— 14,90	23,26	22,31	20,67	— 7,35	14,50	14,55	12,88	— 11,48	7,81	6,91	6,79	— 2,16
16. Elberfeld	9,18	15,67	12,56	— 19,85	22,68	23,91	22,73	— 4,94	11,65	13,59	11,43	— 15,89	10,29	9,63	10,51	+ 9,14
17. Gelsenkirchen	8,87	14,77	14,01	— 5,15	38,64	31,03	32,08	+ 3,38	14,42	15,89	13,24	— 16,68	23,22	14,17	17,72	+ 25,05
18. Barmen	7,78	15,00	12,39	— 17,40	19,61	20,36	19,44	— 4,52	9,99	12,99	10,77	— 17,09	8,98	6,49	8,01	+ 23,42
19. Aachen	8,16	14,95	12,78	— 14,52	23,38	24,07	23,54	— 2,20	15,01	16,56	15,25	— 7,91	7,55	6,45	7,46	+ 15,66
20. Cassel	7,09	14,85	11,30	— 23,91	21,34	26,70	22,69	— 15,02	11,89	13,74	12,18	— 11,35	8,65	11,90	9,57	— 19,58
21. Bochum	9,06	15,01	13,27	— 11,59	39,57	33,13	33,15	+ 0,06	15,89	16,81	14,36	— 14,57	22,52	15,20	17,65	+ 16,12
22. Crefeld	9,15	15,36	14,65	— 4,62	21,91	20,31	19,68	— 3,10	11,83	13,06	13,06	—	9,42	6,48	5,81	— 10,34
23. Mülheim a./d. Ruhr	8,80	14,91	14,08	— 5,57	29,85	23,71	22,92	— 3,33	11,22	12,94	10,62	— 17,93	17,77	10,13	11,69	+ 15,40
24. Erfurt	8,87	14,67	11,23	— 23,45	25,57	26,55	23,86	— 10,13	13,17	16,58	13,80	— 19,78	11,53	9,11	9,53	+ 4,61
25. Wiesbaden	7,36	14,73	12,91	— 12,36	15,40	20,10	18,71	— 6,92	13,32	17,28	15,49	— 10,36	1,40	1,84	2,54	+ 38,04
26. Hamborn	8,12	15,13	14,68	— 2,97	44,82	35,40	35,50	+ 0,28	15,55	16,29	12,36	— 24,13	28,12	18,10	21,96	+ 21,33
27. Münster	6,12	13,58	10,40	— 23,42	24,92	25,10	25,91	+ 3,23	13,81	16,72	13,81	— 20,89	10,68	7,58	11,82	+ 55,94
Durchschnitt	8,90	14,60	12,48	— 14,52	24,08	22,68	20,93	— 7,72	13,80	14,93	12,68	— 15,07	9,98	6,94	7,49	+ 7,93

[1]) für 1921 vorläufiges Ergebnis. Die Ziffern für 1913 sind von der Volkszählung von 1910 ausgehend errechnet, die für 1920 und 1921 haben die zum Zwecke der Brotversorgung ermittelte versorgungsberechtigte Bevölkerung zur Grundlage. Demgemäß weichen die Ziffern für 1920 von den am anderen Orte veröffentlichten, die auch von der früher üblichen Fortschreibung ausgingen, um ein geringes ab. Für 1921 konnte die alte Fortschreibung wegen der starken Wanderungsbewegung nicht mehr verwendet werden. — [2]) einschließlich der früheren Städte Charlottenburg, Neukölln, Berlin-Schöneberg, Berlin-Lichtenberg und Berlin-Wilmersdorf, jedoch noch nicht im Umfange der neuen Stadtgemeinde.

die in den Städten beträchtlich unter dem Staatsdurchschnitt standen, woraus sich ein durchweg viel kleinerer Geburtenüberschuß ergab. Das Mißverhältnis, das schon für den ganzen Staat zwischen Heirats- und Geburtenziffer besteht, ist also in den Städten in verstärktem Maße vorhanden und wird durch die etwas günstigere Sterblichkeit nicht ausgeglichen.

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in Preußen im ersten Vierteljahr 1922. — Im ersten Vierteljahr 1922 sank die Heiratsziffer auf 8,18 ‰ und stand somit genau in der Mitte zwischen denen für das erste Quartal von 1921 (10,19 ‰) und 1913 (6,19 ‰). Gleichzeitig fiel die Geburtenziffer bis auf 25,12 ‰; sie sank damit um über 4 Punkte unter die entsprechende des Vorkriegsjahres (29,30 ‰) und war um fast 2 Punkte niedriger als die des ersten Quartals 1921 (27,00 ‰). Dagegen stieg die Sterbeziffer auf 17,45 ‰ und übertraf damit die für das erste Quartal von 1913 (15,67 ‰) um 1,78, die für das entsprechende von 1921 (14,27 ‰) sogar um rund 3 Punkte. Die Folge war ein Geburtenüberschuß im Berichtsvierteljahr von nur 6,90 ‰, während Preußen vor dem Kriege stets einen solchen von über 12 ‰ gehabt hat. Nun ist ja die Entwicklung eines Vierteljahres noch nicht maßgebend für die des ganzen Jahres, aber die Abweichungen, insbesondere auch vom vorhergehenden vierten Quartal des Jahres 1921 mit einer wesentlich höheren Heiratsziffer (13,48 ‰), einer ungefähr gleich großen Geburtenziffer (24,84 ‰) und einer beträchtlich kleineren Sterbeziffer (14,10 ‰), also einem um 3 Punkte höheren Geburtenüberschuß (9,92 ‰) sind auffallend. Die stark gestiegene Sterbeziffer ist freilich in der Hauptsache eine Folge der aufs neue epidemisch aufgetretenen Grippe in Verbindung mit den in ihrer Begleitung erscheinenden Krankheiten der Atmungsorgane, vor allem Lungenentzündung, während die Veränderung der Säuglingssterblichkeit daneben nicht von Bedeutung ist. Die sinkende Heiratsziffer erklärt sich durch die Erschöpfung des durch den Krieg geschaffenen Reservoirs (Die Erhöhung gegen Ende 1921 steht damit nicht im Widerspruch, weil im letzten Vierteljahr jedes Jahres überhaupt mehr geheiratet wird.), die mit dazu beitragen wird, daß die Geburtenziffer auch für die Folge weiter herabgeht. Das wichtigste Ergebnis ist, daß der Geburtenüberschuß des Berichtsvierteljahrs nur noch halb so groß wie der der Vorkriegszeit war, eine Tatsache, die ein grelles Licht auf die heutige schwierige wirtschaftliche Lage wirft.

Daß die Entwicklung in den Provinzen nicht gleichartig vor sich ging, war zu erwarten. Unter Hinweis auf die nachstehende Tabelle soll nur erwähnt werden, daß im Berichtsvierteljahr durch eine hohe Heiratsziffer sich die Rheinprovinz (9,38 ‰) auszeichnete, die in den Vergleichsvierteljahren teilweise sogar durch eine Ziffer unter dem Durchschnitt auffiel; eine besonders niedrige Heiratsziffer hatte Ostpreußen (5,21 ‰), wo im vorhergehenden Quartal die Ziffer höher als im Staat war, während freilich im ersten Vierteljahr sowohl von 1913 als auch von 1921 die von Ostpreußen weit unter der des Staates stand.

Ganz beträchtlich waren die Unterschiede bei den Geburtenziffern der Provinzen. Die Extreme waren die an frühere Jahrzehnte erinnernde Ziffer von Oberschlesien (32,46 ‰) und die unter der Sterbeziffer stehende von Berlin (12,90 ‰). Aber auch die Ziffern für Ostpreußen (29,95 ‰), Pommern (28,18 ‰), Posen-Westpreußen (28,37 ‰), Westfalen (29,06 ‰) waren hoch; daneben die niedrigen Ziffern für Brandenburg (23,13 ‰), Schleswig-Holstein (22,72 ‰), Hessen-Nassau (24,15 ‰). Im allgemeinen stellten sich die Geburtenziffern der Provinzen im Berichtsvierteljahr zum Staatsdurchschnitt nicht anders als in den Vergleichsvierteljahren; auffallend ist die Erhöhung bei Pommern, wo im ersten Vierteljahr 1913 die Geburtenziffer unter der Staatsdurchschnittsziffer stand.

Hohe Sterbeziffern hatten unter den Provinzen im Berichtsvierteljahr Niederschlesien (20,56 ‰), Ostpreußen (19,66 ‰), Posen-Westpreußen (19,30 ‰); nach unten waren die Abweichungen nur

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle im Staat und in seinen Provinzen auf 1 000 Einwohner.

(Im 1. Vierteljahr 1913, 1921, 1922 und 4. Vierteljahr 1921.)

Provinzen — Staat	Auf 1 000 der mittleren Bevölkerung entfielen: Eheschließungen				Geborene insgesamt				Gestorbene ohne Totgeborene				Geburtenüberschuß			
	1. Vierteljahr 1913	1. Vierteljahr 1921	4. Vierteljahr 1921	1. Vierteljahr 1922	1. Vierteljahr 1913	1. Vierteljahr 1921	4. Vierteljahr 1921	1. Vierteljahr 1922	1. Vierteljahr 1913	1. Vierteljahr 1921	4. Vierteljahr 1921	1. Vierteljahr 1922	1. Vierteljahr 1913	1. Vierteljahr 1921	4. Vierteljahr 1921	1. Vierteljahr 1922
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
1. Ostpreußen	4,84	8,27	14,11	5,21	32,05	31,17	28,94	29,95	18,42	15,62	14,59	19,66	12,58	14,60	13,45	9,27
2. Brandenburg	6,89	11,00	15,08	7,80	24,74	25,02	22,35	23,13	15,78	15,31	14,31	18,74	8,14	8,72	7,21	3,46
3. Stadt Berlin	7,68	9,91	12,65	7,83	20,62	15,51	12,84	12,90	13,08	13,05	12,29	16,13	6,79	1,87	0,03	— 3,77
4. Pommern	5,75	9,83	16,13	7,24	28,85	29,45	27,48	28,18	17,24	15,82	14,40	18,56	10,66	12,61	12,17	8,68
5. Grenzmark Posen-Westpreußen	6,99	11,22	13,10	7,97	34,69	28,27	27,05	28,37	16,85	14,68	13,61	19,30	16,78	12,50	12,49	8,05
6. Niederschlesien	6,73	10,30	13,36	7,41	28,77	30,50	27,99	27,70	18,62	17,21	17,44	20,56	8,95	12,08	9,40	7,21
7. Oberschlesien	4,65	7,76	13,23	8,84	37,19	35,15	35,03	32,46	18,79	17,12	20,14	18,69	17,58	17,16	14,12	13,01
8. Sachsen	7,12	12,09	14,57	8,52	26,53	29,58	26,42	26,25	15,68	14,57	14,25	17,82	10,02	13,94	11,23	7,48
9. Schleswig-Holst.	6,10	10,28	14,48	8,07	26,50	24,28	22,62	22,72	14,68	12,86	12,04	15,62	11,00	10,64	9,80	6,37
10. Hannover	5,42	9,53	13,83	7,54	28,21	26,53	23,55	25,02	14,27	13,27	12,40	16,74	12,97	12,24	10,33	7,36
11. Westfalen	5,27	10,00	12,97	8,89	35,54	29,52	28,03	29,06	14,79	12,88	12,76	15,93	19,73	15,67	14,40	12,16
12. Hessen-Nassau	7,28	11,83	13,43	8,88	25,20	25,38	23,11	24,15	14,26	13,29	13,09	16,78	10,15	11,14	9,19	6,49
13. Rheinprovinz	5,86	10,50	12,20	9,38	30,39	26,27	24,30	25,36	14,76	13,33	13,67	16,90	14,73	12,05	9,87	7,74
14. Hohenz. Lande	5,82	8,10	7,82	7,76	30,68	25,80	22,90	23,07	17,50	14,70	11,67	16,74	12,52	10,43	10,84	6,11
Staat	**6,19**	**10,19**	**13,48**	**8,18**	**29,30**	**27,00**	**24,84**	**25,12**	**15,67**	**14,27**	**14,10**	**17,45**	**12,71**	**11,79**	**9,92**	**6,90**

Anmerkung: Die Verhältnisziffern für 1913 beziehen sich für die Provinzen auf den alten Gebietsumfang, jedoch mit Ausnahme von Berlin, für das die Ziffern des früheren Polizeibezirks Berlin, und von Posen-Westpreußen, für das die der früheren Provinz Posen eingesetzt sind. — Die Ziffern für 1921 und 1922 sind für die Provinzen Ostpreußen, Berlin, Posen-Westpreußen, Schleswig-Holstein und Rheinprovinz sowie 1922 auch für Oberschlesien, von wo bereits für das erste Vierteljahr 1922 die Zählkarten nicht mehr vollständig (im alten Sinne) eingingen, nach dem jetzigen Gebietsumfange errechnet worden.

in Schleswig-Holstein (15,62 ‰) und Berlin (16,13 ‰) größer als 1 Punkt. Im vorhergehenden vierten Quartal von 1921 waren die Abweichungen der Sterbeziffern der Provinzen gegen den Staatsdurchschnitt in der Richtung nach oben geringer und nach unten etwas stärker als im Berichtsvierteljahr gewesen; aber im ersten Vierteljahr sowohl von 1921 als auch von 1913 war die Streuung fast die gleiche.

Einen Sterbeüberschuß anstatt eines Geburtenüberschusses hatte im Berichtsvierteljahr nur Berlin (— 3,77 ‰) — in Friedenszeit zum erstenmal — infolge des dortigen Geburtenausfalles. Niedrig gegen den Staatsdurchschnitt war die Ziffer des Geburtenüberschusses in Brandenburg (3,46 ‰), hoch in Oberschlesien (13,01 ‰) und Westfalen (12,16 ‰) gleichfalls infolge der auffallenden (hohen) Geburtenziffern. Beide Provinzen haben bekanntlich eine ähnliche Industrie und zum Teil eine der Abstammung nach verwandte Arbeiterbevölkerung.

Die Bewegung der Bevölkerung in den preußischen Großstädten im 1. Vierteljahr 1922. — Im Jahre 1921 hatten die preußischen Großstädte (Vgl. Seite 40*) im Durchschnitt einen Geburtenüberschuß von 7,49 ‰, der ganze Staat einen solchen von 11,20 ‰. Für das 1. Vierteljahr 1922 war die Staatsziffer 6,90 ‰, die für den Durchschnitt der Großstädte nur noch 1,95 ‰. Das sieht fast so aus, als dürfe man von einem Aussterben der Großstädte sprechen. Wir werden im nachstehenden erkennen, daß dieser Satz nur bedingte Richtigkeit hat.

Daß das Ergebnis für den Staat aus sehr verschiedenen Komponenten gebildet wird, war bereits angegeben. (Vgl. den vorstehenden Aufsatz.) Wir wollen nebenstehend die Ziffern für die Provinzen, geordnet in fallender Reihe, nochmals anführen und daneben die Ziffern für die Großstädte setzen, die in den einzelnen Provinzen gelegen sind.

Auf 1 000 der mittleren Bevölkerung betrug der Geburtenüberschuß

in Oberschlesien	13,01	—	—
„ Westfalen	12,16	in Dortmund	10,47
		„ Gelsenkirchen	13,73
		„ Bochum	12,89
		„ Münster	6,04
„ Ostpreußen	9,27	„ Königsberg i. Pr.	5,81
„ Pommern	8,68	„ Stettin	2,30
„ Posen-Westpreußen	8,05	—	—
„ Rheinprovinz	7,74	„ Köln	7,54
		„ Essen	11,20
		„ Düsseldorf	3,33
		„ Duisburg	7,84
		„ Elberfeld	5,38
		„ Barmen	2,38
		„ Aachen	0,96
		„ Mülheim a./d. Ruhr	7,50
		„ Crefeld	0,67
		„ Hamborn	16,70
„ Sachsen	7,48	„ Magdeburg	2,84
		„ Halle a. S.	4,74
		„ Erfurt	4,96
„ Hannover	7,36	„ Hannover	1,72
„ Niederschlesien	7,21	„ Breslau	1,90
„ Hessen-Nassau	6,49	„ Frankfurt a./M.	2,09
		„ Cassel	4,89
		„ Wiesbaden	— 2,40
„ Schleswig-Holstein	6,37	„ Kiel	2,79
		„ Altona	1,23
„ Hohenzollern	6,11	—	—
„ Brandenburg	3,46	—	—
		„ Berlin	— 3,77.

Oberschlesien hat keine Großstadt. In Westfalen haben die Städte Dortmund, Gelsenkirchen und Bochum gleichfalls hohe Geburtenüberschüsse, dagegen Münster, das einen ganz anderen Charakter als die genannten hat, einen geringeren. In Ostpreußen bleibt Königsberg i. Pr., in Pommern Stettin weit unter dem Provinzdurchschnitt. Posen-Westpreußen hat wieder keine Großstadt. In der Rheinprovinz, die im ganzen genommen eine mittlere Überschußziffer hat, haben die Bergbaustädte Essen und Hamborn hohe, Köln, Duisburg, Mülheim a./d. Ruhr mittlere, Düsseldorf, Elberfeld, Barmen niedrige und Aachen und Crefeld ganz besonders niedrige Ziffern. In Sachsen bleiben Halle a. S., Erfurt und besonders Magdeburg beträchtlich unter der Provinzziffer, desgleichen Hannover in Hannover und Breslau in Niederschlesien, Frankfurt a./M., Cassel und Wiesbaden (letztere mit Sterbeüberschuß) in Hessen-Nassau, Kiel und Altona in Schleswig-Holstein. Die Provinz Brandenburg (ohne Großstadt) hat auch nach dem Ausscheiden Berlins im heutigen ausgedehnten Umfang eine ganz niedrige Ziffer. Auf den Sterbeüber-

Bevölkerungsbewegung in den preußischen Großstädten im 1. Vierteljahre 1913, 1921, 1922 und 4. Vierteljahre 1921.

Städte	Auf 1 000 der mittleren Bevölkerung entfielen															
	Eheschließungen				Geborene insgesamt				Gestorbene ohne Totgeborene				Geburtenüberschuß			
	1. Vierteljahr 1913	1. Vierteljahr 1921	4. Vierteljahr 1921	1. Vierteljahr 1922	1. Vierteljahr 1913	1. Vierteljahr 1921	4. Vierteljahr 1921	1. Vierteljahr 1922	1. Vierteljahr 1913	1. Vierteljahr 1921	4. Vierteljahr 1921	1. Vierteljahr 1922	1. Vierteljahr 1913	1. Vierteljahr 1921	4. Vierteljahr 1921	1. Vierteljahr 1922
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
1. Berlin	[1]) 7,68	9,91	12,65	7,83	[1])20,62	15,51	12,84	12,90	[1])13,08	13,05	12,29	16,13	[1]) 6,79	1,87	0,03	— 3,77
2. Köln	7,34	12,59	13,66	10,58	28,60	25,58	23,10	24,38	14,68	13,27	14,51	16,05	12,90	11,32	7,80	7,54
3. Breslau	6,78	9,26	11,01	7,78	27,51	25,41	23,41	22,33	19,62	16,78	17,48	19,50	6,93	7,80	5,03	1,90
4. Essen	5,81	12,64	14,35	11,42	30,90	25,63	25,91	26,35	11,81	11,20	11,65	14,29	18,07	13,45	12,42	11,20
5. Frankfurt a./M.	7,50	12,06	13,82	10,02	21,43	20,42	17,48	17,66	12,85	11,88	12,23	15,00	7,88	7,82	4,49	2,09
6. Düsseldorf	7,36	10,86	13,56	9,60	28,52	21,39	19,56	19,69	12,76	11,45	11,95	15,61	15,04	9,15	6,97	3,33
7. Hannover	6,02	10,21	14,62	9,10	21,48	20,72	18,38	18,86	13,10	12,46	11,93	16,35	7,40	7,18	5,52	1,72
8. Dortmund	7,42	12,56	14,98	12,10	35,71	28,18	26,77	26,85	16,01	12,71	13,49	15,52	18,68	14,68	12,44	10,47
9. Magdeburg	5,93	10,25	12,93	8,32	23,14	26,37	21,20	21,44	14,43	14,81	15,07	17,66	7,96	10,51	5,24	2,84
10. Königsberg i. Pr.	5,41	8,62	12,57	6,55	27,83	26,34	23,37	23,84	18,51	16,70	13,04	17,03	8,82	8,78	9,50	5,81
11. Duisburg	6,90	11,83	14,35	10,45	34,41	28,54	26,18	26,46	13,52	11,64	13,26	17,61	20,12	15,97	12,02	7,84
12. Stettin	5,78	10,47	13,98	8,60	23,97	23,32	22,36	21,34	16,63	15,63	14,03	18,38	6,48	6,72	7,58	2,80
13. Kiel	6,79	10,13	12,02	7,43	24,80	23,78	20,13	18,70	13,34	13,10	12,41	15,30	10,55	9,84	7,01	2,79
14. Halle a. S.	6,72	10,64	12,84	9,52	25,08	27,57	24,71	25,26	17,71	16,58	15,85	19,24	6,51	9,50	7,49	4,74
15. Altona	8,20	10,92	14,37	9,75	23,83	20,80	20,88	19,93	14,92	13,37	15,74	17,81	7,93	6,53	4,00	1,28
16. Gelsenkirchen	6,98	12,44	14,04	11,66	39,85	33,23	32,11	31,28	13,46	12,06	15,08	16,19	25,30	20,02	15,76	13,73
17. Cassel	5,51	10,44	11,97	7,18	22,71	25,34	20,10	21,83	13,66	13,65	11,92	16,09	8,25	10,32	7,17	4,89
18. Elberfeld	6,18	11,30	12,92	9,49	24,05	25,05	20,50	22,25	12,80	12,53	12,24	16,18	10,40	11,57	7,60	5,88
19. Barmen	4,85	10,60	12,21	10,01	21,92	20,93	17,56	18,69	11,77	11,48	12,57	15,55	9,82	8,60	4,38	2,38
20. Aachen	5,85	11,47	11,39	10,31	24,89	23,93	23,30	22,96	16,08	15,21	16,72	20,94	8,03	7,78	6,09	0,96
21. Erfurt	6,83	9,85	11,47	8,09	25,23	25,28	22,26	22,00	14,58	14,12	12,39	16,38	9,81	10,21	8,95	4,96
22. Bochum	4,85	11,40	15,35	10,83	41,86	34,72	33,02	30,98	16,18	15,22	15,18	16,84	23,82	18,41	16,62	12,89
23. Mülheim a./d. Ruhr	5,57	11,96	15,72	11,83	28,74	22,65	23,26	23,00	12,98	10,45	11,19	14,65	14,98	11,65	11,37	7,50
24. Crefeld	5,43	11,65	13,71	12,91	23,18	20,07	18,55	18,12	13,18	13,62	15,12	16,86	9,15	5,86	2,66	0,67
25. Hamborn	6,27	11,90	14,79	10,82	44,68	35,31	35,60	35,82	15,44	11,83	13,06	17,83	28,04	22,04	21,54	16,70
26. Münster	2,72	9,56	10,01	8,29	26,90	27,61	23,75	23,51	15,51	14,47	13,43	16,73	10,62	12,03	9,74	6,04
27. Wiesbaden	5,37	12,25	14,29	8,10	16,24	20,02	17,71	18,06	14,86	14,77	18,49	19,53	1,42	4,51	— 1,63	— 2,40
Durchschnitt	6,87	10,67	13,12	8,96	25,01	21,43	19,09	19,18	14,16	13,30	13,25	16,49	10,01	7,30	5,11	1,95

[1]) Die Ziffern beziehen sich für 1913 auf den früheren Landespolizeibezirk Berlin, für 1921 und 1922 auf Berlin im neuen Umfang.

schuß in Berlin wurde bereits früher hingewiesen. Es ergibt sich also ganz klar, daß, abgesehen von einigen besonders gearteten Fällen (Bergbaugegend), die großstädtischen Überschußziffern unter denen der Provinzen bleiben, auch dort, wo die Provinzziffern schon niedrig sind. Die Millionenstadt Berlin unterscheidet sich dabei nicht von Wiesbaden, das infolge seiner Entwicklung im statistischen Sinne, streng genommen, schon keine Großstadt mehr ist (Wiesbaden hatte nach der Volkszählung von 1919 weniger als 100 000 Einwohner), Düsseldorf mit über 400 000 Einwohnern nicht von Crefeld mit 124 000 Einwohnern.

Wir werden uns mit der Feststellung dieser Tatsache nicht begnügen, sondern nach den Gründen zu forschen haben. Der Geburtenüberschuß ist bekanntlich abhängig von den Geburten und Sterbefällen. Die Frage lautet also: „Haben die genannten Städte etwa niedrige Geburtenziffern oder hohe Sterbeziffern oder beides?“

Die Geburtenziffer schwankte im 1. Vierteljahr 1922 (Wir sahen dies in dem letztgenannten früheren Aufsatz) in den Provinzen zwischen 32,46 ‰ und 12,90 ‰, oder unter Weglassung der Extreme Oberschlesien und Berlin zwischen 29,95 ‰ und 22,72 ‰ um den Durchschnitt 25,12 ‰. Bei den Großstädten war das Mittel 19,18 ‰, das Maximum 35,82 ‰, das Minimum 12,90 ‰. Die Streuung war die folgende: Sehr niedrig (unter 18,5 ‰) war die Geburtenziffer in Berlin, Frankfurt a./M., Crefeld und Wiesbaden, sehr hoch (über 30 ‰) in Gelsenkirchen, Bochum und Hamborn. Weiter hatten niedrige Geburtenziffern (unter 21,5 ‰) Düsseldorf, Hannover, Magdeburg, Stettin, Kiel, Altona und Barmen; höhere (jedoch immer noch nahe der Staatsdurchschnittsziffer) die Städte Essen, Dortmund, Duisburg und Halle a. S. Nur diese 4 und die obengenannten 3 mit besonders hoher Ziffer hatten eine über dem Staatsdurchschnitt stehende Geburtenziffer; alle übrigen Großstädte hatten im Verhältnis weniger Geburten als der Staat. Die Ursache für die abweichende Entwicklung der Geburtenziffer in den genannten 7 Großstädten dürfte deren industrieller Charakter sein, der die Beschäftigung von Arbeitern jüngeren und mittleren Alters mit sich bringt.

Die Geburtenziffern der Großstädte waren also im allgemeinen niedrig. Wie steht es nun mit den Sterbeziffern? Bei diesen war der Staatsdurchschnitt 17,45 ‰, der der Großstädte 16,49 ‰, die Abweichung also gering. Bei den Großstädten war das Maximum 20,94 ‰, das Minimum 14,29 ‰, die Spannung also nicht groß. Die Streuung war die folgende: Unter 15,5 ‰ war die Sterbeziffer in Essen, Frankfurt a./Main, Kiel und Mülheim a./d. Ruhr, über 18,5 ‰ in Breslau, Halle a. S., Aachen und Wiesbaden. Der Rest der Städte drängte sich in dem kleinen Raum zwischen 15,5 und 18,5 ‰ zusammen. Essen stand bei den Städten mit hoher Geburtenziffer; hier finden wir also beide Komponenten in einer Lage, die auf einen großen Geburtenüberschuß hinwirkt. Bei Mülheim a./d. Ruhr war immerhin die Geburtenziffer nur um 2 Punkte unter dem Staatsdurchschnitt, also auch hier eine Einwirkung in gleicher Richtung. Frankfurt a./Main und Kiel hatten sehr niedrige Geburtenziffern und niedrige Sterbeziffern, was einen kleinen Geburtenüberschuß ergibt. Umgekehrt hatten Breslau und Halle a. S. hohe Geburtenziffern, wodurch die hohen Sterbeziffern wieder ausgeglichen wurden (oder umgekehrt); während Wiesbaden unten in der Reihe der Geburtenziffern stand und demgemäß die hohe Sterbeziffer einen Sterbeüberschuß (an Stelle des Geburtenüberschusses) zur Folge hatte. Vor diesem Schicksal wurde Aachen durch die etwas höhere Geburtenziffer bewahrt.

Schließlich die Heiratsziffern. Bilden die Geburtenziffern einen Messer für die wirtschaftlichen Verhältnisse vor Jahresfrist, so lassen die Heiratsziffern erkennen, wie die Bevölkerung die Lage zur Berichtszeit auffaßt. Auch in Friedenszeiten war die Zahl der heiratenden Personen in den Großstädten verhältnismäßig höher als im ganzen Staat. Deshalb ist es nicht auffallend, daß im 1. Vierteljahr 1922 die Heiratsziffer der Großstädte im Durchschnitt 8,96 ‰, die für ganz Preußen 8,18 ‰ war. Die Spanne zwischen höchster und niedrigster Heiratsziffer der Provinzen war beim Staat 9,38 — 5,21 ‰, in den Großstädten 12,91 — 6,55 ‰, also jeweils rund 2 : 1. Das Minimum lag beidemal in Ostpreußen, das Maximum beim Staat in der Rheinprovinz, bei

den Großstädten dort und in Westfalen. Während aber die Staatsdurchschnittsziffer und ebenso die Durchschnittsziffer der Großstädte sich im ersten Quartal von 1922 zu den gleichen von 1913 wie 1,3 : 1 verhielt, stieg das Verhältnis in Essen und Mülheim a./d. Ruhr auf 2,0, in Barmen auf 2,1, in Bochum auf 2,2, in Crefeld auf 2,4, in Wiesbaden auf 2,7 und in Münster sogar auf 3,0. Über 1,5 betrug es außerdem in Dortmund, Gelsenkirchen, Aachen, Hamborn, 1,2 und weniger in Berlin (Minimum 1,0), Breslau, Königsberg i. Pr., Kiel, Altona, Erfurt. Wir sehen also auch hier ganz deutlich ausgesprochen lokale Unterschiede.

Zusammenfassend ist also zu bemerken: Die Großstädte des Staates hatten alles in allem im 1. Vierteljahr 1922 eine über dem Durchschnitt stehende Heiratsziffer, eine recht niedrige Geburtenziffer, eine gegen den Staat ein wenig gesenkte Sterbeziffer und einen sehr geringen Geburtenüberschuß. Einige Großstädte zeigen unter dem Einfluß günstiger örtlicher Wirtschaftsverhältnisse ein erfreulicheres Bild; es würde daher zu weit gehen, wenn man schon heute von einem Aussterben der Großstädte sprechen wollte. Immerhin muß man sich gegenwärtig halten, daß jede weitere Verschlechterung der deutschen Wirtschaftslage auch auf die Entwickelung der Bevölkerung, besonders derjenigen in den Großstädten, zurückwirken wird.

Einzelheiten, insbesondere auch Vergleichsziffern mit früheren Vierteljahren, enthält die vorstehende Tabelle.

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in Preußen im 2. Vierteljahr 1922. — Im Berichtsvierteljahr wurden in Preußen 120 819 Ehen geschlossen, es kamen einschließlich Totgeborener 233 902 Kinder zur Welt, es starben (ohne Totgeborene) 134 273, sodaß sich unter Berücksichtigung der 7 615 Totgeborenen ein Geburtenüberschuß von 92 014 ergab gegenüber 89 924 Eheschließungen, 284 153 Geburten (einschließlich 8 542 Totgeburten), 147 660 Sterbefällen (ohne Totgeburten) und einem Geburtenüberschuß von 127 951 des zweiten Vierteljahrs 1913 im alten Staatsgebiet. Im 2. Vierteljahr 1921 waren 127 352 Eheschließungen, 249 693 Geburten (einschließlich 8 014 Totgeburten) und 124 150 Sterbefälle gemeldet worden, sodaß sich der Geburtenüberschuß auf 117 529 stellte. Wegen der Veränderungen des Staatsgebiets werden wir in der Hauptsache die Verhältniszahlen zu beachten haben.

Das zweite Vierteljahr 1922 hatte eine gegen das erste Vierteljahr erhöhte Heiratsziffer (12,69 ‰ gegen 8,18 ‰). Sie blieb nur um ein weniges hinter der des zweiten Vierteljahrs des Vorjahres (13,10 ‰) zurück und übertraf die des zweiten Vierteljahrs des Jahres 1913 (9,03 ‰) beträchtlich. Trotzdem gewinnt man, wenn man die nachstehende Übersicht betrachtet, den Eindruck, als ob die Heiratsintensität langsam sinkt und die Steigerung gegenüber dem ersten Vierteljahr des laufenden Jahres nur die übliche Erhöhung ist, durch die sich das zweite Vierteljahr stets vor dem ersten auszeichnet.

Heiratsziffern.

Vierteljahr	1913	1919	1920	1921	1922
1.	6,20	8,91	11,81	10,19	8,18
2.	9,03	14,27	16,70	13,10	12,69
3.	6,58	12,39	12,94	10,82	
4.	9,35	17,71	16,30	13,74	

Die Geburtenziffer (einschließlich Totgeborener) des zweiten Vierteljahrs 1922 (24,56 ‰) war die niedrigste, die sich für ein Vierteljahr seit dem vierten Vierteljahr 1919 (30,69 ‰) ergab, welch letzteres ungefähr 9 Monate nach Kriegsschluß die höchste Ziffer der letzten Jahre brachte. Aber dieser Gipfel war gegenüber dem Vorkriegsjahr 1913, wie nachstehende Tabelle zeigt, nur eine geringe Erhöhung; desto stärker erscheint die ausgesprochene Senkung seitdem.

Geburtenziffern einschließlich Totgeborener.

Vierteljahr	1913	1919	1920	1921	1922
1.	29,58	15,24	29,21	27,00	25,12
2.	28,78	14,97	26,64	25,68	24,56
3.	29,45	22,69	25,79	25,49	
4.	28,35	30,69	24,67	25,32	

Die Sterbeziffer (im Berichtsvierteljahr 14,10 ‰), die wir, wie bisher, auch an dieser Stelle ohne die Totgeborenen darstellen, steigt dagegen zweifellos gegen 1921 an, das ja ein Jahr sehr günstiger Sterblichkeit war. Über die Gründe der niedrigen Sterblichkeit von 1921 ist schon mehrfach gesprochen worden. Die Bevölkerung ist eben jetzt anders zusammengesetzt wie vor dem Kriege. So wie sich also die wirtschaftlichen Verhältnisse etwas besserten, was 1921 der Fall war, mußte die Sterblichkeit geringer aussehen, ohne es im inneren Sinne zu sein, und sowie dann wieder eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse eintrat, was 1922 geschah, ohne daß sich gleichzeitig die gesundheitlichen Verhältnisse besserten, mußte die Sterblichkeit steigen. In nachstehender Tabelle sind die Sterbeziffern für die Vergleichsvierteljahre nebeneinander gestellt.

Sterbeziffern ohne die Totgeborenen.

Vierteljahr	1913	1919	1920	1921	1922
1.	15,77	19,69	20,00	14,27	17,45
2.	14,91	16,84	13,80	12,77	14,10
3.	14,61	12,82	13,61	13,41	
4.	14,32	14,24	14,05	14,87	

Das Ergebnis der gesunkenen Geburten- und der gestiegenen Sterbeziffern war ein niedriger Geburtenüberschuß (im Berichtsvierteljahr 9,66 ‰ gegen 12,09 ‰ im gleichen Vierteljahr des Vorjahres). Jedoch war der Geburtenüberschuß immerhin beträchtlich höher als im ersten Vierteljahr des laufenden Jahres, wo er nur 6,90 ‰ betragen hatte. Im zweiten Quartal des Jahres 1913 war der Geburtenüberschuß um rund drei Promilleteile höher gewesen. Weiteres ergibt sich aus der nachstehenden Tabelle.

Geburtenüberschuß.

Vierteljahr	1913	1919	1920	1921	1922
1.	12,71	[1])—4,92	8,20	11,79	6,90
2.	12,85	[1])—1,84	12,00	12,09	9,66
3.	14,03	9,18	11,40	11,31	
4.	13,18	15,53	9,76	10,11	

[1]) Sterbeüberschuß.

Eheschließungeu, Geburten und Sterbefälle iu den preußischen Provinzen im 2. Vierteljahr 1922. — Im Anschluß an den vorstehenden Aufsatz sei an dieser Stelle ausgeführt, wie die Verhältnisse sich in den einzelnen Provinzen des Staates gestalteten. Die höchsten Heiratsziffern hatten im Berichtsvierteljahr Berlin (13,45 ‰), Niederschlesien (13,38 ‰), Sachsen (13,04 ‰), Hannover (13,96 ‰) und die Rheinprovinz (13,13 ‰), die niedrigsten Ostpreußen (10,05 ‰), Grenzmark Posen-Westpreußen (9,51 ‰), Oberschlesien (10,58 ‰), Hohenzollern (10,86 ‰). Die höchste Heiratsziffer (13,96 ‰) war fast genau um die Hälfte größer als die niedrigste (9,51 ‰), sodaß also die Spanne nicht unbeträchtlich war.

Die höchste Geburtenziffer hatte Oberschlesien (32,92 ‰), die nächsthöchste Ostpreußen (29,33 ‰), die niedrigste Berlin (12,68 ‰), die zweitniedrigste Brandenburg (22,48 ‰). Sieht man von dem Extrem Berlin ab, so steht die höchste Geburtenziffer zur zweitniedrigsten genau im gleichen Verhältnis wie die höchste zur niedrigsten Heiratsziffer.

Auch bei den Sterbeziffern ergibt sich der gleiche verhältnismäßige Unterschied, nämlich eine Spanne von 18,95 ‰ (Oberschlesien) bis 12,63 ‰ (Hessen-Nassau). Weiter hatte Niederschlesien eine hohe Sterbeziffer (18,06 ‰); die nächsthöchste war dann aber ganz wesentlich niedriger, nämlich 15,67 ‰ (Brandenburg). Weitere niedrige Ziffern hatten Berlin (12,94 ‰), Hannover (12,64 ‰), Westfalen (12,79 ‰) und die Rheinprovinz (12,96 ‰).

Den höchsten Geburtenüberschuß hatte im Berichtsvierteljahr Westfalen (15,00 ‰), sodann Ostpreußen (13,80 ‰), Oberschlesien (13,20 ‰), einen Sterbeüberschuß Berlin (— 0,72 ‰), den geringsten Geburtenüberschuß Brandenburg (5,98 ‰). Die Reihe ist also sehr weit ausgedehnt, und die Verhältnisse in den einzelnen Provinzen sind recht verschieden. Es würde zu weit



führen, die für die Provinzen soeben angeführten Zahlen aus dem Berichtsvierteljahr mit den vorhergehenden Vierteljahren textlich zu vergleichen. Es müssen diejenigen, die an dem Gegenstand Interesse haben, auf die Tabelle verwiesen werden.

In einem späteren Aufsatz (S. 46*) wird die Entwicklung der Bevölkerung in den Großstädten eingehend besprochen. Wir begnügen uns hier mit einer Gegenüberstellung der Ziffern zur Bevölkerungsbewegung in den Großstädten und den Provinzen, in denen sie belegen sind.

Auf 1 000 der mittleren Bevölkerung kamen

in den Provinzen	Eheschließungen	Geburten einschl. Totgeborene	Sterbefälle ohne Totgeborene	Geburtenüberschuß	in den Großstädten	Eheschließungen	Geburten einschl. Totgeborene	Sterbefälle ohne Totgeborene	Geburtenüberschuß
Ostpreußen . . .	10,05	29,33	14,63	13,80	Königsberg i. Pr.	10,78	23,31	14,65	7,92
Brandenburg (ohne Berlin) .	12,85	22,48	15,67	5,98	Berlin	13,45	12,68	12,94	−0,72
Pommern . . .	11,51	26,57	15,46	10,30	Stettin	12,69	22,56	16,34	5,19
Posen-Westpr. .	9,51	25,77	14,19	10,58					
Niederschlesien .	13,88	26,71	18,06	7,67	Breslau	11,64	22,70	17,65	4,22
Oberschlesien . .	10,58	32,92	18,95	13,20					
Sachsen	13,04	24,92	14,44	9,62	Magdeburg . . .	12,70	19,87	16,17	3,06
					Halle a. S. . .	12,81	24,69	16,30	7,54
					Erfurt	11,88	18,25	11,88	5,60
Schleswig-Holst.	12,87	22,49	13,44	8,3.	Kiel	10,83	19,97	14,64	4,67
					Altona	14,63	20,26	15,48	3,89
Hannover . . .	13,96	24,58	12,64	11,16	Hannover . . .	14,15	18,32	12,67	5,01
Westfalen . . .	12,89	28,71	12,79	15,00	Dortmund . . .	13,90	27,04	13,27	12,82
					Gelsenkirchen . .	13,73	30,99	13,92	16,12
					Bochum	11,71	30,96	13,91	15,87
					Münster	10,87	24,83	13,93	10,10
Hessen-Nassau .	12,84	23,13	12,63	9,75	Frankfurt a./M.	15,35	16,89	11,90	4,28
					Cassel	12,44	21,92	12,20	8,75
					Wiesbaden . . .	12,61	17,52	18,61	−1,60
Rheinprovinz .	13,13	25,23	12,96	11,47	Köln	14,13	23,09	11,97	10,41
					Essen	13,04	26,29	12,49	12,91
					Düsseldorf . . .	13,24	18,73	11,20	6,83
					Duisburg	12,21	25,54	11,35	13,36
					Elberfeld	14,35	22,27	12,21	9,34
					Barmen	13,84	19,13	10,89	7,49
					Aachen	15,06	23,33	15,53	6,84
					Mülheim a./d. Ruhr	14,36	23,65	11,04	11,92
					Crefeld	17,29	19,28	11,19	7,89
					Hamborn	12,68	34,01	17,50	15,57
Hohenzoll. Lande	10,86	24,87	14,83	9,81					
Durchschnitt	12,69	24,56	14,10	9,66	**Durchschnitt**	13,31	18,89	13,37	4,85.

Gegenüber der gesamten Provinz war die Heiratsziffer niedrig in Breslau, Erfurt, Kiel, Münster, Duisburg, Hamborn, hoch in Stettin, Altona, Dortmund, Gelsenkirchen, Frankfurt a./M., Köln, Elberfeld, Aachen, Mülheim a./d. Ruhr, Crefeld. Bis auf wenige Fälle waren aber die Unterschiede nicht wesentlich, und im Durchschnitt war die Heiratsintensität in den Großstädten um kein ganzes Promilleteil höher als im Staat. (Siehe nebenstehende Übersicht.)

Anders bei den Geburtenziffern. Hier war der Regelfall eine beträchtlich niedrigere städtische Ziffer, abgesehen für Halle a. S. (Stadt 24,69 ‰, Provinz 24,92 ‰), Gelsenkirchen (Stadt 30,99 ‰, Provinz 28,71 ‰), Bochum (Stadt 30,96 ‰, Provinz 28,71 ‰), Essen (Stadt 26,29 ‰, Provinz 25,23 ‰), Duisburg (Stadt 25,54 ‰, Provinz 25,23 ‰), Hamborn (Stadt 34,01 ‰, Provinz 25,23 ‰).

Hinsichtlich der Sterblichkeit unterschied sich Königsberg i. Pr. wenig von Ostpreußen, Stettin wenig von Pommern, Breslau wenig von Niederschlesien, die Stadt Hannover wenig von der gleichnamigen Provinz, Dortmund wenig von Westfalen, Frankfurt a./M. und Cassel wenig von Hessen-Nassau, Köln, Essen und Elberfeld wenig von der Rheinprovinz. Dagegen zeichneten sich durch eine hohe Sterbeziffer gegenüber der Provinz zwei der sächsischen Städte (Magdeburg und Halle a. S.) aus, während Erfurt sich durch eine niedrige Sterbeziffer hervortat. Kiel und Altona hatten der Provinz gegenüber eine hohe Sterblichkeit, ebenso Gelsenkirchen, Bochum, Münster, Wiesbaden, Aachen und Hamborn gegenüber den Provinzen, in denen sie liegen, während andererseits Düsseldorf, Duisburg, Barmen, Mülheim a./d. Ruhr und Crefeld im Hinblick auf ihre Provinz durch niedrige Sterbeziffern auffielen. Auch Berlin hatte eine wesentlich kleinere Sterbeziffer als die Provinz Brandenburg. Im Durchschnitt war die Sterblichkeit der Großstädte um kein Promilleteil kleiner als die des Staates, aber einen grundsätzlichen Schluß vermögen wir aus der Gegenüberstellung der Ziffern nicht zu ziehen; die Verhältnisse waren sehr wechselnd.

Beim Geburtenüberschuß ergab sich dasselbe wie bei den Geburten. In der Mehrzahl der Fälle war dieser in der Provinz beträchtlich größer als in den dazugehörigen Städten, aber Gelsenkirchen, Bochum, Essen, Duisburg, Mülheim a./d. Ruhr und Hamborn hatten einen höheren Geburtenüberschuß als die Provinzen.

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle im Staate und in seinen Provinzen im 2. Vierteljahre 1913, 1921, 1922 und 1. Vierteljahr 1922.

a) Grundzahlen.

Provinzen — Staat	Eheschließungen				Geborene einschl. Totgeborener				Totgeborene				Gestorbene ohne Totgeborene				Geburtenüberschuß			
	2. Vierteljahr 1913	2. Vierteljahr 1921	1. Vierteljahr 1922	2. Vierteljahr 1922	2. Vierteljahr 1913	2. Vierteljahr 1921	1. Vierteljahr 1922	2. Vierteljahr 1922	2. Vierteljahr 1913	2. Vierteljahr 1921	1. Vierteljahr 1922	2. Vierteljahr 1922	2. Vierteljahr 1913	2. Vierteljahr 1921	1. Vierteljahr 1922	2. Vierteljahr 1922	2. Vierteljahr 1913	2. Vierteljahr 1921	1. Vierteljahr 1922	2. Vierteljahr 1922
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
1. Ostpreußen	3 271	6 174	3 055	5 883	16 487	17 311	17 550	17 167	518	517	599	529	8 695	8 248	11 517	8 562	7 274	8 546	5 434	8 076
2. Brandenburg . . .	6 666	8 165	5 031	8 315	19 149	14 559	14 919	14 545	651	596	596	536	12 852	8 539	12 092	10 140	5 646	5 424	2 231	3 869
3. Stadt Berlin . .	8 533	11 981	7 871	13 512	15 458	14 562	12 968	12 732	549	524	549	460	9 873	11 296	16 212	12 997	5 036	2 742	−3793	− 725
4. Pommern	3 409	5 646	3 407	5 424	12 240	12 699	13 263	12 525	341	431	442	381	7 041	6 298	8 735	7 287	4 858	5 970	4 086	4 857
5. Grenzmark Posen-Westpreußen . . .	3 835	1 015	695	825	17 901	2 249	2 475	2 236	526	73	89	87	8 886	1 172	1 684	1 231	8 489	1 004	702	918
6. Niederschlesien . .	6 534	10 346	5 844	10 561	22 580	21 914	21 857	21 088	879	774	945	775	14 935	12 427	16 224	14 259	6 766	8 713	4 688	6 054
7. Oberschlesien . . .	4 535	6 041	3 034	3 583	21 098	20 068	11 141	11 151	468	393	260	262	10 617	9 957	6 414	6 419	10 013	9 718	4 467	4 470
8. Sachsen	6 850	10 877	7 001	10 733	20 435	22 643	21 559	20 502	655	820	775	701	11 698	10 604	14 639	11 882	8 082	11 219	6 145	7 919
9. Schleswig-Holst. .	3 795	4 832	3 062	4 704	11 166	8 922	8 627	8 555	350	284	279	285	5 493	4 365	5 931	5 112	5 323	4 273	2 417	3 158
10. Hannover	7 928	11 191	5 923	11 031	20 420	19 435	19 648	19 416	607	658	732	620	10 107	9 078	13 140	9 983	9 706	9 699	5 776	8 813
11. Westfalen	10 898	17 236	10 691	14 952	38 202	34 392	34 945	34 658	954	1 106	1 168	1 103	15 034	13 835	19 153	15 446	22 214	19 451	14 624	18 109
12. Hessen-Nassau . .	4 945	7 397	5 225	7 565	14 148	13 915	14 202	13 633	455	440	520	445	7 567	6 837	9 866	7 444	6 126	6 638	3 816	5 744
13. Rheinprovinz . . .	18 587	26 221	17 139	23 534	54 372	46 581	46 353	45 243	1 582	1 394	1 492	1 427	24 523	21 259	30 708	23 242	28 267	23 928	14 153	20 574
14. Hohenzoll. Lande .	138	230	141	197	497	443	419	451	7	4	4	4	339	235	304	269	151	204	111	178
Staat . . .	**89 924**	**127352**	**78 119**	**120819**	**284153**	**249693**	**239926**	**233902**	**8 542**	**8 014**	**8 450**	**7 615**	**147660**	**124150**	**166619**	**134273**	**127951**	**117529**	**64 857**	**92 014**

b) Verhältnisziffern.

Provinzen — Staat	Auf 1 000 der mittleren Bevölkerung entfielen															
	Eheschließungen				Geborene einschl. Totgeborener				Gestorbene ohne Totgeborene				Geburtenüberschuß			
	2. Vierteljahr 1913	2. Vierteljahr 1921	1. Vierteljahr 1922	2. Vierteljahr 1922	2. Vierteljahr 1913	2. Vierteljahr 1921	1. Vierteljahr 1922	2. Vierteljahr 1922	2. Vierteljahr 1913	2. Vierteljahr 1921	1. Vierteljahr 1922	2. Vierteljahr 1922	2. Vierteljahr 1913	2. Vierteljahr 1921	1. Vierteljahr 1922	2. Vierteljahr 1922
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
1. Ostpreußen	6,29	10,54	5,21	10,05	31,69	29,56	29,95	29,33	16,71	14,08	19,66	14,63	13,98	14,59	9,27	13,80
2. Brandenburg . . .	8,15	12,62	7,80	12,85	23,42	22,50	23,13	22,48	15,72	13,20	18,74	15,67	6,90	8,38	3,46	5,98
3. Stadt Berlin . .	10,72	12,03	7,83	13,45	19,42	14,62	12,90	12,68	12,40	11,34	16,13	12,94	6,33	2,75	— 3,77	— 0,72
4. Pommern	7,87	11,98	7,24	11,51	28,25	26,94	28,18	26,57	16,25	13,36	18,56	15,46	11,21	12,66	8,68	10,30
5. Grenzmark Posen-Westpreußen . . .	7,12	11,61	7,97	9,51	33,22	25,73	28,37	25,77	16,49	13,41	19,30	14,19	15,75	11,49	8,05	10,58
6. Niederschlesien . .	8,51	13,18	7,41	13,38	29,40	27,92	27,70	26,71	19,44	15,83	20,56	18,06	8,81	11,10	7,21	7,67
7. Oberschlesien . . .	7,91	10,05	8,84	10,58	36,81	33,39	32,46	32,92	18,52	16,56	18,69	18,95	17,47	16,17	13,01	13,20
8. Sachsen	8,72	13,28	8,52	13,04	26,00	27,65	26,25	24,92	14,89	12,95	17,82	14,44	10,28	13,70	7,48	9,62
9. Schlesw.-Holstein	9,04	12,74	8,07	12,37	26,61	23,52	22,72	22,49	13,09	11,51	15,62	13,44	12,69	11,27	6,37	8,30
10. Hannover	10,46	14,27	7,54	13,96	26,93	24,78	25,02	24,58	13,33	11,57	16,74	12,64	12,80	12,37	7,36	11,16
11. Westfalen	9,97	14,56	8,89	12,39	34,93	29,06	29,06	28,71	13,75	11,69	15,93	12,79	20,31	16,44	12,16	15,00
12. Hessen-Nassau . .	8,62	12,61	8,88	12,84	24,66	23,73	24,15	23,13	13,19	11,66	16,78	12,63	10,68	11,32	6,49	9,75
13. Rheinprovinz . . .	9,97	14,75	9,38	13,13	29,16	26,20	25,36	25,23	13,15	11,96	16,80	12,96	15,16	13,46	7,74	11,47
14. Hohenzoll. Lande	7,63	12,65	7,76	10,86	27,48	24,37	23,07	24,87	18,74	12,93	16,74	14,83	8,35	11,22	6,11	9,81
Staat . . .	**9,03**	**13,10**	**8,18**	**12,69**	**28,53**	**25,68**	**25,12**	**24,56**	**14,82**	**12,77**	**17,45**	**14,10**	**12,85**	**12,09**	**6,90**	**9,66**

Anmerkung: Die Angaben für 1913 beziehen sich für die Provinzen auf den alten Gebietsumfang, jedoch mit Ausnahme von Berlin, für das die Ziffern des früheren Polizeibezirks Berlin, und von Posen-Westpreußen, für das die der früheren Provinz Posen eingesetzt sind. — Die Ziffern für 1921 und 1922 sind für die Provinzen Ostpreußen, Berlin, Posen-Westpreußen, Schleswig-Holstein und Rheinprovinz sowie 1922 auch für Oberschlesien nach dem jetzigen Gebietsumfange errechnet worden.

Zusammenfassend ist also zu sagen, daß die Unterschiede zwischen Stadt und Land (Wenn die großstädtischen Ziffern stark von denen ihrer Provinzen abweichen, müssen sich die ländlichen Ziffern der Provinzen nach der entgegengesetzten Seite auszeichnen.) bei den Eheschließungen gering, bei den Geburtenziffern und denen des Geburtenüberschusses stärker waren, während sich bei den Sterbefällen kein Ergebnis zusammenfassen läßt. Auf Seite 42* hatten wir für das erste Vierteljahr 1922 dasselbe festgestellt.

Die Bewegung der Bevölkerung in den preußischen Großstädten im zweiten Vierteljahr 1922. — Das zweite Vierteljahr 1922 unterschied sich vom ersten des gleichen Jahres in den Städten im allgemeinen durch eine höhere Heiratsziffer und eine niedrigere Sterbeziffer, während die Geburtenziffer in beiden Quartalen ziemlich gleich war. Das ergab einen höheren Geburtenüberschuß. Im Durchschnitt der 27 Großstädte war die Heiratsziffer des zweiten Vierteljahrs 13,31 ‰ (8,96 ‰ im ersten Vierteljahr), die Geburtenziffer 18,89 ‰ (19,18 ‰), die Sterbeziffer 13,37 ‰ (16,49 ‰), die Geburtenüberschußziffer 4,85 ‰ (1,95 ‰). Im zweiten Viertel-

Die Bevölkerungsbewegung in den preußischen Großstädten im 2. Vierteljahr 1913, 1921, 1922 und 1. Vierteljahr 1922.

Städte	Auf 1 000 der mittleren Bevölkerung entfielen															
	Eheschließungen				Geborene einschl. der Totgeb.				Gestorbene ohne Totgeborene				Geburtenüberschuß			
	2. Vierteljahr 1913	2. Vierteljahr 1921	1. Vierteljahr 1922	2. Vierteljahr 1922	2. Vierteljahr 1913	2. Vierteljahr 1921	1. Vierteljahr 1922	2. Vierteljahr 1922	2. Vierteljahr 1913	2. Vierteljahr 1921	1. Vierteljahr 1922	2. Vierteljahr 1922	2. Vierteljahr 1913	2. Vierteljahr 1921	1. Vierteljahr 1922	2. Vierteljahr 1922
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
1. Berlin	[1]) 10,72	12,03	7,83	13,45	[1]) 19,42	14,62	12,90	12,68	[1]) 12,40	11,34	16,13	12,94	[1]) 6,33	2,75	— 3,77	— 0,72
2. Köln	10,79	15,25	10,58	14,13	26,11	25,04	24,38	23,09	13,47	12,45	16,05	11,97	11,81	11,88	7,54	10,41
3. Breslau	8,93	12,15	7,78	11,64	28,74	24,21	22,33	22,70	18,78	15,10	19,50	17,65	8,96	8,39	1,90	4,22
4. Essen	8,99	14,83	11,42	13,04	29,20	26,20	26,35	26,29	11,20	11,45	14,29	12,49	17,16	14,00	11,20	12,91
5. Frankfurt a./M. .	10,93	13,59	10,02	15,35	21,78	19,14	17,66	16,89	12,32	10,53	15,00	11,90	8,65	7,94	2,09	4,28
6. Düsseldorf	10,92	13,50	9,60	13,24	26,70	21,63	19,69	18,73	10,59	10,48	15,61	11,20	15,37	10,56	3,33	6,83
7. Hannover	10,06	12,88	9,10	14,15	20,33	21,26	18,86	18,32	12,79	11,07	16,35	12,67	6,66	9,22	1,72	5,01
8. Dortmund	10,10	15,49	12,10	13,90	35,66	26,62	26,85	27,04	14,80	11,52	15,52	13,27	19,65	14,54	10,47	12,82
9. Magdeburg	9,84	13,05	8,32	12,70	22,13	24,57	21,44	19,87	15,01	13,41	17,66	16,17	6,10	10,16	2,84	3,06
10. Königsberg i. Pr.	8,58	11,15	6,55	10,78	26,87	25,82	23,84	23,31	18,53	14,59	17,03	14,65	7,50	10,38	5,81	7,92
11. Duisburg	9,51	15,50	10,45	12,21	34,12	27,63	26,46	25,54	11,88	10,69	17,61	11,35	21,22	16,09	7,84	13,26
12. Stettin	9,20	12,58	8,60	12,69	24,64	22,32	21,34	22,56	17,14	13,51	18,38	16,34	6,84	8,10	2,30	5,19
13. Kiel	8,02	11,71	7,43	10,83	24,09	23,71	18,70	19,97	11,72	12,64	15,30	14,64	11,66	10,38	2,79	4,67
14. Halle a. S. . . .	9,47	13,00	9,52	12,81	23,71	25,92	25,26	24,69	17,27	14,50	19,24	16,30	5,78	10,26	4,74	7,54
15. Altona	12,06	12,71	9,75	14,63	24,45	20,98	19,93	20,26	15,61	11,66	17,81	15,48	7,90	8,25	1,23	3,89
16. Gelsenkirchen . . .	9,72	15,65	11,66	13,73	37,52	30,93	31,28	30,99	13,31	12,25	16,19	13,92	23,28	17,46	13,73	16,12
17. Cassel	7,04	11,01	7,13	12,44	21,88	24,41	21,83	21,92	12,90	11,66	16,09	12,20	7,66	12,02	4,89	8,75
18. Elberfeld	14,43	13,07	9,49	14,35	22,55	24,03	22,25	22,27	11,30	11,13	16,18	12,21	10,52	12,21	5,38	9,34
19. Barmen	12,71	15,49	10,01	13,81	20,08	20,69	18,69	19,13	10,54	9,24	15,55	10,89	8,88	10,76	2,38	7,49
20. Aachen	9,99	15,13	10,31	15,06	23,82	23,22	22,96	23,33	14,39	13,75	20,94	15,53	8,80	8,45	0,96	6,84
21. Erfurt	9,15	11,95	8,09	11,88	25,00	25,01	22,00	18,25	13,22	12,94	16,33	11,88	11,01	10,91	4,96	5,60
22. Bochum	11,64	13,81	10,83	11,71	39,70	32,88	30,98	30,96	14,22	13,53	16,84	13,94	24,46	18,22	12,89	15,87
33. Mülheim a./d. Ruhr	10,24	15,12	11,83	14,26	30,43	23,92	23,00	23,65	11,63	10,24	14,65	11,04	17,95	13,00	7,50	11,92
24. Crefeld	13,06	17,53	12,91	17,29	21,90	21,81	18,12	19,28	10,62	11,32	16,86	11,19	10,62	9,60	0,67	7,39
25. Hamborn	8,98	17,02	10,82	12,68	44,57	33,80	35,82	34,01	15,42	10,83	17,83	17,50	27,64	21,88	16,70	15,57
26. Münster	9,26	12,52	8,29	10,87	24,87	26,99	23,51	24,83	14,51	13,22	16,73	13,93	10,07	13,03	6,04	10,10
27. Wiesbaden	8,07	13,33	8,10	12,61	16,47	19,68	18,06	17,52	13,17	13,56	19,53	18,61	2,55	5,66	— 2,40	— 1,60
Durchschnitt . .	**10,28**	**13,12**	**8,96**	**13,31**	**24,10**	**20,72**	**19,18**	**18,89**	**13,37**	**11,89**	**16,49**	**13,37**	**9,93**	**8,13**	**1,95**	**4,85**

[1]) Die Ziffern beziehen sich für 1913 auf den früheren Landespolizeibezirk Berlin, für 1921 und 1922 auf Berlin im neuen Umfang.

jahr des Jahres 1921 hatten die Großstädte im Durchschnitt etwa die gleiche Heiratsziffer (13,12 ‰) gehabt, eine höhere Geburtenziffer (20,72 ‰), eine niedrigere Sterbeziffer (11,89 ‰) und dadurch einen fast doppelt so großen Geburtenüberschuß (8,13 ‰). Verglichen mit dem zweiten Vierteljahr des Vorkriegsjahres 1913 hatte das Berichtsvierteljahr die gleiche niedrige Sterbeziffer, eine erheblich kleinere Geburtenziffer (1913 24,10 ‰), eine höhere Heiratsziffer (1913 10,28 ‰) und eine viel kleinere Geburtenüberschußziffer (1913 9,93 ‰). Es wurde also im Berichtsvierteljahr genau soviel geheiratet wie 1921 und demgemäß wesentlich mehr als 1913; es kamen verhältnismäßig wenige Kinder zur Welt; die Sterblichkeit war niedrig (wenn auch höher als im gleichen Quartal von 1921), und der Geburtenüberschuß war nur halb so groß wie vor dem Kriege, aber auch beträchtlich kleiner als im zweiten Vierteljahr 1921.

Die höchste Heiratsziffer hatte im Berichtsvierteljahr unter den Großstädten die Stadt Crefeld (17,29 ‰), die niedrigste Königsberg i. Pr. (10,78 ‰). Weitere hohe Heiratsziffern hatten Frankfurt a./M. (15,35 ‰) und Aachen (15,06 ‰), weitere niedrige Kiel (10,83 ‰), Münster (10,87 ‰), Breslau (11,64 ‰), Bochum (11,71 ‰) und Erfurt (11,88 ‰). Die höchste Geburtenziffer hatte Hamborn (34,04 ‰), die niedrigste Berlin (12,68 ‰), die zweit- und dritthöchsten Gelsenkirchen (30,99 ‰) und Bochum (30,96 ‰), die zweit- und drittniedrigsten Frankfurt a./M. (16,89 ‰) und Wiesbaden (17,52 ‰); die Spannung zwischen den Geburtenziffern war also im Berichtsvierteljahr eine sehr große, eine Erscheinung, der wir auch schon früher begegnet sind. Die höchste Sterbeziffer hatte wieder Wiesbaden (18,61 ‰), die niedrigste Barmen (10,89 ‰), weitere hohe Breslau (17,65 ‰) und Hamborn (17,50 ‰), weitere niedrige Mülheim a./d. Ruhr (11,04 ‰), Crefeld (11,19 ‰), Düsseldorf (11,20 ‰) und Duisburg (11,35 ‰). Den größten Geburtenüberschuß hatten im Berichtsvierteljahr Gelsenkirchen (16,12 ‰), Bochum (15,87 ‰), Hamborn (15,57 ‰), einen Sterbeüberschuß, wie im vorigen Quartal, Berlin (0,72 ‰) und Wiesbaden (1,60 ‰); wir finden also auch hier die lang auseinandergezogene Reihe, in der zwei Fälle auf das unterste Viertel, fünf auf das zweite, 13 auf das dritte und sieben auf das oberste Viertel entfallen; der Mittelwert liegt also im dritten Viertel, d. h. es überwiegen immerhin noch die Städte mit einem nicht ganz geringen Geburtenüberschuß, und es kann, um an das letztmals auf Seite 44* zum gleichen Gegenstand Gesagte anzuknüpfen, vorläufig von einem Aussterben der Großstädte noch nicht gesprochen werden. Immerhin darf nicht übersehen werden, daß das zweite Vierteljahr infolge seiner niedrigen Sterblichkeit für die Bevölkerungsbewegung stets ein besonders günstiges ist.

Einzelheiten, insbesondere Vergleichsziffern mit früheren Vierteljahren, enthält die vorstehende Tabelle.

Die Sterblichkeit der preußischen Teilnehmer am Weltkrieg. Schon die beiden letzten Bände des „Statistischen Jahrbuchs für den Freistaat Preußen" enthielten eine Tabelle über die im Weltkrieg verstorbenen und gefallenen Militärpersonen nach dem Alter beim Todesfall. Ebenso wichtig ist aber die Feststellung, wie sich die Verstorbenen auf die einzelnen Regierungsbezirke verteilen. In dem in Druck befindlichen 18. Band des „Statistischen Jahrbuchs" steht daher eine Tabelle hierüber, auf die an dieser Stelle bereits kurz hingewiesen werden soll.

Insgesamt verstarben infolge der Kriegsereignisse 1 071 479 preußische Militärpersonen, und zwar 1914 143 578, 1915 288 336, 1916 201 952, 1917 178 461, 1918 248 707 und noch nachträglich 1919 an den Folgen der Kriegsverletzungen (vorbehaltlich weiterer Nachträge) 10 445. Mit dieser Kriegssterblichkeit sind die einzelnen Regierungsbezirke verschieden belastet. Da deren Einwohnerzahlen stark voneinander abweichen, gibt der Vergleich der Grundzahlen hierüber kein klares Bild, sondern es müssen Bezugsziffern auf diejenigen Massen der Bevölkerung gebildet werden, aus denen die Verstorbenen entstammen konnten. Es ist dies in erster Linie die gesamte männliche Bevölkerung, in zweiter Linie der zum Heeresdienst einberufene Teil derselben, also vornehmlich diejenigen, die zu Beginn des Weltkrieges im Alter von 18—45 Jahren standen. Ganz stimmt natürlich diese Bezugsbasis nicht, indem einerseits auch ältere Personen im Heeresdienst standen, wie sich aus den oben erwähnten Tabellen in den früheren Bänden des Jahrbuchs ergibt, andererseits auch in den weiteren Kriegsjahren neue jüngere Leute, die 1914 noch nicht 18 Jahre alt waren, in die Gruppe der Heerespflichtigen einrückten; jedoch stehen diesen allen diejenigen gegenüber, die, obwohl im kriegsdienstpflichtigen Alter, aus persönlichen Gründen oder öffentlichem Interesse nicht zur Fahne einberufen wurden. Ob diese beiden Massen sich aufheben, läßt sich schwer schätzen; wir müssen uns mit dieser Fehlerquelle in den Ziffern abfinden. Weiter muß vorweg bemerkt werden, daß der Bestand der 18—45 Jahre alten männlichen Personen für den 1. Juli 1914 nicht einwandfrei festgestellt worden ist, sondern eine Altersauszählung nur nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 vorliegt. Wir nehmen aber an, daß die fortgeschriebene mittlere Bevölkerung für 1914 dem Alter nach ebenso zusammengesetzt war wie die Bevölkerung von 1910.

Auf Grund dieser Basis berechneten wir die durchschnittliche Sterblichkeit an den Folgen des Weltkrieges unter 1000 männlichen Personen im Alter von 18—45 Jahren für ganz Preußen auf 129,10. Die höchste Sterblichkeit ergab sich, auf die gleiche Weise berechnet, für den Regierungsbezirk Köslin mit 189,27 ‰, die geringste für den Stadtkreis Berlin mit 105,58 ‰. Ordnen wir die Regierungsbezirke nach der Größe der Sterblichkeit, wie dies in der nachstehenden Tabelle geschehen ist, so hatten eine besonders hohe Sterblichkeit die Bezirke Köslin, Sigmaringen, Allenstein, Gumbinnen, Stralsund, Osnabrück, Stettin, Königsberg, Stade, Hildesheim und Breslau, eine besonders niedrige die Bezirke Münster, Aachen, Arnsberg, Trier, Wiesbaden, Köln, Düsseldorf, Potsdam und Berlin. Da die Einberufungen zum Heeresdienst nicht allein von der Größe und der Tauglichkeit der männlichen Bevölkerung, sondern auch von der mehr oder minder großen kriegswirtschaftlich notwendigen Industrialisierung der Bezirke abhing, so erklärt sich zwanglos, warum unter den Erstgenannten die stark ländlichen, unter den Letztgenannten die stark industriellen Bezirke überwiegen.

Die Sterblichkeit der Militärpersonen nach Regierungsbezirken,
bezogen auf den Bestand an 18—45 jährigen männlichen Personen bei Beginn des Weltkrieges, geordnet in fallender Reihe.

Regierungsbezirke	‰	Regierungsbezirke	‰	Regierungsbezirke	‰
Köslin	189,27	Liegnitz	145,43	Cassel	126,10
Sigmaringen	167,71	Marienwerder	145,40	Coblenz	123,18
Allenstein	161,12	Lüneburg	143,27	Münster	121,93
Gumbinnen	156,55	Minden	141,19	Aachen	120,23
Stralsund	155,43	Oppeln	140,93	Arnsberg	118,67
Osnabrück	154,48	Erfurt	140,41	Trier	114,08
Stettin	154,40	Magdeburg	138,25	Wiesbaden	112,53
Königsberg	153,37	Bromberg	137,86	Köln	108,98
Stade	153,15	Danzig	137,73	Düsseldorf	107,86
Hildesheim	149,31	Aurich	137,20	Potsdam	107,41
Breslau	148,03	Schleswig	135,00	Stadtkr. Berlin	105,58
Frankfurt	146,40	Hannover	134,36	**Staat**	**129,10.**
Merseburg	145,45	Posen	131,16		

Die übertragbaren Krankheiten als Todesursachen in Preußen nach Altersklassen im Jahre 1920. — An übertragbaren Krankheiten sind in Preußen ohne Saargebiet im Jahre 1920, wie bereits auf Seite 22* mitgeteilt wurde, 183 799 Personen oder 49,6 auf 10 000 Lebende gestorben. Die meisten Opfer forderte, wie auch in den Vorjahren, die Tuberkulose mit 16,1 Toten auf

Todesursachen	Es starben im Alter																Summe der Gestorbenen zusammen			Auf 100 Sterbefälle an übertragbaren Krankheiten entfielen		
	bis 1 Jahr		über 1—5 Jahre		über 5—15 Jahre		über 15—30 Jahre		über 30—60 Jahre		über 60—70 Jahre		über 70 Jahre		unbekannt							
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w	1920 [1])	1919	1913	1920 [1])	1919	1913
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
Kindbettfieber	—	—	—	—	—	1	—	1 518	—	1 522	—	—	—	—	—	—	3 041	2 432	1 957	1,7	1,2	1,[illegible]
Scharlach	59	48	243	241	280	337	82	131	19	34	1	1	1	—	—	—	1 477	2 213	4 506	0,8	1,1	3,1
Masern und Röteln	406	308	617	491	92	84	7	5	2	6	—	1	—	—	—	—	2 019	1 270	7 286	1,1	0,6	5,0
Diphtherie und Krupp	540	447	1 149	937	595	746	138	205	78	106	17	13	6	1	—	1	4 979	7 054	7 550	2,7	3,5	5,2
Keuchhusten	1 568	1 664	567	734	35	58	2	3	—	3	1	—	—	2	—	—	4 637	4 496	7 859	2,5	2,2	5,4
Typhus	14	4	18	15	134	163	398	555	328	453	39	48	13	10	—	—	2 192	2 911	1 433	1,2	1,4	1,0
Übertragbare Tierkrankheiten	—	—	—	—	4	1	2	—	7	4	—	—	—	—	—	—	18	16	22	0,01	0,01	0.02
Rose (Erysipel)	197	156	3	7	30	23	66	60	228	208	117	84	101	119	—	—	1 399	1 647	1 276	0,8	0,8	0,9
Andere Wundinfektionskrankheiten	414	294	65	58	310	188	445	402	715	595	167	114	72	64	—	—	3 903	4 091	2 542	2,1	2,0	1,7
Tuberkulose	852	605	1 060	966	1 877	2 929	10 302	11 472	11 129	12 504	2 283	2 236	688	879	3	3	59 788	85 996	56 861	32,5	42,2	39,0
Lungenentzündung (Pneumonie)	7 015	5 240	3 290	3 059	1 054	1 064	2 673	2 362	5 733	5 210	3 684	3 680	3 286	4 058	1	3	51 412	56 849	50 084	28,0	27,9	34,4
Grippe (Influenza)	2 107	1 538	1 595	1 518	1 305	1 424	4 681	5 361	6 164	6 650	2 603	2 962	2 179	2 789	4	2	42 882	29 141	3 010	23,3	14,3	2,1
Andere übertragbare Krankheiten	963	819	436	373	532	409	338	321	522	647	162	246	100	182	—	2	6 052	5 653	1 415	3,3	2,8	1,0
Gestorbene überhaupt	14 135	11 123	9 043	8 399	6 248	7 427	19 134	22 395	24 925	27 942	9 074	9 385	6 446	8 104	8	11	183 799	203 769	145 801	100	100	100.

[1]) ohne Saargebiet.

10 000 Lebende. Dann folgen die Lungenentzündung mit 13,9 und die Grippe (Influenza) mit 11,6. Einen weiten Abstand zeigen „andere übertragbare Krankheiten" mit 1,6, Diphtherie und Krupp sowie Keuchhusten mit je 1,3, „andere Wundinfektionskrankheiten" mit 1,1, Kindbettfieber mit 0,8 [1]), Typhus mit 0,6, Masern und Röteln mit 0,5, Scharlach sowie Rose mit je 0,4 und endlich übertragbare Tierkrankheiten (Tollwut, Milzbrand, Rotz, Trichinose) mit 0,004 auf 10 000 Lebende. Von der Gruppe „andere übertragbare Krankheiten" (insgesamt 6 052 Fälle) entfallen auf Ruhr 3 737, venerische Krankheiten 1 536, Pocken 324, Genickstarre 259, Fleckfieber 53, Varizellen 52, spinale Kinderlähmung 32, Malaria 31, Aktinomykose 17, Ziegenpeter 8 und Rückfallfieber 3 Todesfälle. Die Beteiligung der einzelnen Altersklassen für 1920 ergibt sich aus der vorstehenden Übersicht, der auch die Grundzahlen der Jahre 1913 und 1919, letztere jedoch ohne Berücksichtigung der Altersklassen, beigefügt sind. Die Verhältnisziffern auf 10 000 Lebende für diese Jahre sind nicht gebracht, da ein Vergleich wegen des verschiedenen Altersaufbaues der Bevölkerung in den drei Jahren nicht angängig ist. — Näheres darüber s. Seite 22*.

Statt dessen ist der Anteil an Sterbefällen jeder einzelnen übertragbaren Krankheit, auf je hundert Sterbefälle an derartigen Krankheiten überhaupt berechnet, für die drei Jahre gegenübergestellt. Der Anteil jeder einzelnen Todesursache ist hier abhängig von dem Gesamtanteil der anderen. Da nun 1913 z. B. die Grippe (Influenza) eine nur unbedeutende Rolle spielte, so ist dadurch der Anteil der anderen Todesursachen verhältnismäßig erhöht und umgekehrt in den Jahren 1919 und 1920, in denen der Anteil der Grippe gewaltig stieg, im gleichen Verhältnis niedriger geworden, ein Umstand, der einen Vergleich der einzelnen Anteile in den verschiedenen Jahren miteinander nicht ohne weiteres zuläßt. — Beachtenswert ist neben der außerordentlichen Vermehrung des Anteils der Grippe 1920 (und 1919) gegenüber 1913 auch die Abnahme des Anteils der Tuberkulose gegenüber 1919, die nicht etwa auf einen entsprechenden Rückgang in der Zahl der Sterbefälle (wie schon ein Blick auf die Grundzahlen lehrt), sondern mit auf das Anwachsen des Anteils der Influenza zurückzuführen ist, die die Tuberkulose aus ihrer vorherrschenden Stellung gewissermaßen zurückgedrängt hat. Die epidemischen Kinderkrankheiten spielen im Jahre 1920 eine noch etwas geringere Rolle als im Vorjahre und bleiben an Zahl erheblich hinter der des Jahres 1913 zurück, wobei allerdings der Geburtenrückgang mit zu berücksichtigen ist.

[1]) Auf 10 000 weibliche Personen im Alter von 15 bis 50 Jahren entfallen 2,9 Gestorbene.

Die Selbstmorde in Preußen im Jahre 1920. — Nach den amtlichen Meldungen haben in Preußen im Jahre 1920 7 851 (5 145 m., 2 706 w.) [1]) Personen Selbstmord verübt gegenüber 6 784 (4 121 m., 2 663 w.) im Jahre 1919. Im Jahre 1920 hat demnach die Zahl der Selbstmorde um 1 067 (1 024 m., 43 w.) oder um ungefähr 16 % zugenommen, eine Steigerung, die zum größten Teile (fast 25 %) das männliche Geschlecht belastet, während sie beim weiblichen Geschlecht nur etwa 1,6 % beträgt. Dabei ist zu beachten, daß in den Zahlen des Jahres 1920 die im Saargebiet vorgekommenen Selbstmorde nicht enthalten sind, sodaß der Unterschied in beiden Jahren, das Gebiet von 1920 zugrunde gelegt, sich noch um vielleicht 50 Fälle zuungunsten des Jahres 1920 vergrößern würde.

Die Selbstmordziffer, nach der gewöhnlichen Art auf 100 000 Lebende berechnet, stellt sich im Jahre 1920 auf 21 gegen 17 im Jahre 1919 (14 im Jahre 1918 und 22 im Jahre 1913). Beim männlichen Geschlecht ist sie von 22 im Jahre 1919 auf 28 im Berichtsjahre gestiegen (1918: 18, 1913: 33); beim weiblichen Geschlecht übertrifft sie mit 14 nicht nur das Jahr 1919 mit 13 (1918 und 1913 mit je 11), sondern auch die Ziffern der letzten Jahre vor dem Kriege.

Selbst wenn die wesentlich veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung gegenüber der Vorkriegszeit in Betracht gezogen wird (starke Verringerung der für Selbstmorde nicht in Frage kommenden Altersklassen bei beiden Geschlechtern sowie das Fehlen von über einer Million Männern zwischen 20 und 50 Jahren), so ergibt sich trotzdem beim weiblichen Geschlecht eine regelrechte Zunahme der Sterblichkeit durch Selbstmord gegenüber 1913, während die des männlichen Geschlechts um rund ein Viertel hinter den Ziffern von 1913 zurückbleibt. Wird, um den Faktor des Geburtenrückganges in den Kriegsjahren auszuschalten, die Berechnung nur auf die Lebenden im Alter von über 10 Jahren angestellt, so ergibt sich folgendes Bild:

Sterblichkeit durch Selbstmord auf 100 000 Lebende über 10 Jahre alt:

	m.	w.	zus.
1913	44	15	29
1919	27	16	21
1920	34	17	25.

Sehr beachtenswert ist es nun, nach den Ursachen der auffallenden Minderzunahme der Selbstmorde beim männlichen Geschlecht zu forschen. Standen 1913 die Selbstmorde bei beiden Geschlechtern nach den oben angeführten Ziffern im ungefähren

[1]) 1913 im Preußen des früheren Gebietsumfanges 9 214 (6 831 m., 2 383 w.).

Verhältnis von 3 m. zu 1 w., so ändert sich dieses im Jahre 1920 auf rund 2 : 1. Aus den Sterbeziffern der einzelnen Altersklassen geht nun hervor, daß ein direkter Zusammenhang mit der Minderbesetzung der männlichen Altersklassen von 20 — 50 Jahren nicht ohne weiteres angenommen werden kann; denn gerade die Altersgruppen des Mannesalters sowie des beginnenden Greisentums (25 — 70 Jahre) weisen im Berichtsjahre gegenüber 1913 eine geringere Selbstmordneigung auf, während diese bei den Jugendlichen (10 — 25 Jahre) und bei den im hohen Greisenalter Stehenden (über 70 Jahre) zugenommen hat. Eine zweifelsfreie Erklärung für diese Erscheinung läßt sich nicht geben.

Beim weiblichen Geschlecht macht sich gegenüber 1913 eine stärkere Neigung zum Selbstmord bemerkbar, und zwar in den Altersgruppen von 20 — 40 Jahren (Heiratsalter, verminderte Heiratsmöglichkeit?!) sowie in den Klassen von 60 — 80 Jahren. Zusammenfassend kann demnach gesagt werden, daß die Neigung zum Selbstmord nach dem Kriege beim weiblichen Geschlecht größer geworden ist als vorher (in leichter Steigerung von 1919 zu 1920 hin), daß beim männlichen Geschlecht im Jahre 1920 zwar eine verhältnismäßig größere Steigerung gegen das Vorjahr zu erkennen ist, daß aber die Sterblichkeit durch Selbstmord in Höhe der Vorkriegszeit bei ihm noch nicht erreicht ist.

Vorläufige Ergebnisse über Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle mit Hervorhebung wichtiger Todesursachen im 2. Halbjahr 1921 (und 1920). — Die Zahl der Lebendgeborenen in Preußen betrug im 2. Halbjahr 1921 471 754 (463 258), die der Totgeburten 15 462 (15 378). Eheschließungen fanden 235 560 (277 907) statt. Die Zahl der Sterbefälle belief sich auf 266 395 (263 415). Es starben im Alter

von 0— 1 Jahr	68 562 (68 157)	von 30—45 Jahren 22 768 (23 297)
„ 1— 5 Jahren	13 119 (11 704)	„ 45—60 „ 34 111 (32 413)
„ 5—15 „	8 852 (10 439)	„ 60—70 „ 36 162 (34 877)
„ 15—18 „	3 728 (4 089)	über 70 Jahre alt 56 555 (53 878)
„ 18—30 „	20 149 (21 725)	unbekannt . . . . 2 389 (2 836).

Die Zunahme (gegen das Vergleichshalbjahr 1920) bei den 1 — 5 jährigen erklärt sich zum Teil aus dem seit Mitte 1919 eingetretenen Geburtenzuwachs, die Abnahme bei den 5 — 15 jährigen aus dem weiteren Hineinwachsen der schwachbesetzten Altersklassen 1915/16 in diese Altersgruppe. Bei den einzelnen Todesursachen waren Todesfälle an übertragbaren Krankheiten 64 197 (65 395), darunter an übertragbaren Kinderkrankheiten (Scharlach, Masern, Diphtherie und Keuchhusten) 4 985 (6 183), an Tuberkulose 22 474 (25 741) und Grippe (Influenza) 4 938 (3 571) festzustellen. Demnach zeigt sich eine Abnahme der Tuberkulosesterbefälle, aber eine stärkere Zunahme bei den Todesfällen an Grippe.

Die Hypothekenbewegung in Preußen nach Berufsgruppen der Hypothekenschuldner 1919 und 1920. — Seit 1913 werden die Hypotheken-Eintragungen und -Löschungen, außer wie vordem nach städtischen und ländlichen Bezirken getrennt, auch gesondert nach Berufsarten der beteiligten Grundstückseigentümer (Hypothekenschuldner) festgestellt. Während der Kriegszeit war die hypothekarische Belastung in allen Schuldnergruppen allmählich zurückgegangen. Insbesondere war die Mehrverschuldung in der Berufsgruppe „Handel und Gewerbe" während der letzten Kriegsjahre von einer nicht unbeträchtlichen Entschuldung abgelöst worden. Wie nach dem Rückgang der Minderverschuldung im Berichtsjahre 1918 bereits anzunehmen war, ist dann in der Nachkriegszeit eine erneute buchmäßige Mehrbelastung eingetreten. Nach den endgültigen Ergebnissen der Hypothekenbewegung für 1919 und den vorläufigen Ergebnissen für 1920 war diese Mehrverschuldung von 1919 auf 1920 mit wenig über 500 Mill. *M* (= rund 122 %) bei den Land- und Forstwirtschaft treibenden Hypothekenschuldnern und mit 524,4 Mill. *M* (= rund 162 %) bei den sonstigen Berufen ziemlich stark, bei den Handel- und Gewerbetreibenden aber mit 2691,3 Mill. *M* (= 170,3 %) am beträchtlichsten gestiegen.

Im Freistaat Preußen betrugen nämlich:

bei den Schuldnern der Gruppen		die Hypotheken-Eintragungen Mill. *M*	die Hypotheken-Löschungen überhaupt Mill. *M*	die Hypotheken-Löschungen v. H. der Eintragungen	der Überschuß der Eintragungen über die Löschungen Mill. *M*
in den städtischen Bezirken					
Land- und Forstwirtschaft	1919	120,7	86,2	71,4	34,6
	1920	168,3	100,8	59,9	67,5
Handel und Gewerbe	1919	2 884,2	1 690,1	58,6	1 194,1
	1920	5 767,1	2 268,3	39,3	3 498,8
sonstige Berufe	1919	678,9	423,5	62,4	255,4
	1920	1 142,6	533,1	46,7	609,5
in den ländlichen Bezirken					
Land- und Forstwirtschaft	1919	1 356,9	982,4	72,4	374,4
	1920	1 902,9	1 061,4	55,8	841,6
Handel und Gewerbe	1919	842,2	455,7	54,1	386,5
	1920	1 468,0	694,9	47,3	773,2
sonstige Berufe	1919	250,3	181,9	72,7	68,4
	1920	450,6	212,0	47,0	238,6
insgesamt					
Land und Forstwirtschaft	1919	**1 477,6**	**1 068,6**	**72,3**	**409,0**
	1920	**2 071,2**	**1 162,2**	**56,1**	**909,0**
Handel und Gewerbe	1919	**3 726,5**	**2 145,8**	**57,6**	**1 580,7**
	1920	**7 235,1**	**2 963,2**	**41,0**	**4 272,0**
sonstige Berufe	1919	**929,2**	**605,4**	**65,2**	**323,8**
	1920	**1 593,2**	**745,1**	**46,8**	**848,2.**

Die Übersicht zeigt deutlich, daß die hypothekarische Belastung des städtischen wie auch des ländlichen Grundbesitzes in allen Schuldnergruppen von 1919 auf 1920 recht erheblich zugenommen hat, und zwar sind die Eintragungen und Löschungen bei den Handel- und Gewerbetreibenden um 94,2 oder 38,1 v. H. und bei den sonstigen Berufen um 71,5 oder 23,1 v. H. bei den Land- und Forstwirten dagegen nur um 40,2 oder 8,8 v. H. gestiegen. Am Gesamtüberschuß der Eintragungen über die Löschungen und an der Verschuldungszunahme war die Schuldnergruppe „Handel und Gewerbe" mit 70,9 v. H. (gegen 15,1 bei den Land- und Forstwirten und 14,1 bei den sonstigen Berufen) und 72,4 v. H. (gegen 13,5 und 14,1 v. H. bei den beiden anderen Gruppen) ganz überwiegend beteiligt. Die bedeutende Verschuldungszunahme gerade in dieser Berufsgruppe ist unschwer aus dem starken Geldbedürfnis von Handel und Industrie zwecks Überwindung der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse zu erklären. Wie schon in der Vorkriegszeit machten diese Berufsschichten häufig von der Eintragung von Sicherungshypotheken Gebrauch. Ganz allgemein braucht die verhältnismäßig starke Mehrbelastung in sämtlichen Schuldnergruppen durchaus nicht als Beweis für eine ungünstige wirtschaftliche Lage der Grundbesitzer gewertet werden. Die andauernde Geldentwertung ermöglichte es vielmehr auch weiterhin noch vielen Grundstückseigentümern lästige Hypothekenschulden abzustoßen. Die hohen Löhne und im Saargebiete die seit August 1920 erfolgte Entlohnung der Bergleute in französischen Franks ermöglichte es selbst Arbeitern ihr Besitztum von Hypotheken zu reinigen. Auch die Beteiligung von ausländischem Kapital an deutschen industriellen Unternehmungen führte gelegentlich zur Löschung bedeutender Posten. Mitunter ist jedoch die hypothekarische Entlastung durch Gewinne erreicht worden, die durch Abnutzung von Maschinen, Werkzeugen usw. oder durch außerordentliche Inanspruchnahme der Bodenkräfte, z. B. in einem hannoverschen Kreise durch starke Abtorfung von Mooren, erzielt wurden. Daneben sind infolge der hohen Preise und Löhne vielfach flüssige Gelder unter Zurücksetzung von Reparaturen, Boden- und Grundstücksverbesserungen, Bauten, Neuanschaffungen usw. zur Grundstücksentschuldung benutzt worden. Es darf nicht verkannt werden, daß darin trotz der an sich erfreulichen hypothekarischen Entschuldung zumal in Anbetracht der hohen Grundstückspreise eine gewisse, nicht zu unterschätzende Gefahr für die Zukunft liegt. Wo Neubauten, geschäftliche Anschaffungen, Ergänzungen des lebenden und toten

Inventars vorgenommen wurden, ist wegen des niedrigen Standes unserer Valuta und dessen Auswirkungen auf das Wirtschaftsleben eine erhebliche buchmäßige Mehrverschuldung eingetreten. So kommt es, daß die Hypothekenbewegung mehr als in normalen Zeiten durch die hohen Eintragungsposten beeinflußt wird. Auch bei Besitzwechsel, bei Erbauseinandersetzungen usw. sowie als Darlehen zur Beschaffung des erforderlichen Betriebskapitals wurden gelegentlich beträchtliche Beträge eingetragen. Außerdem gelangten mancherorts Hypotheken zur Bezahlung des Reichsnotopfers und anderer Steuern, aber auch in der Absicht, späteren Abgaben und Steuern durch Schulden entgegenzuwirken, zur Eintragung. Schließlich fanden noch in manchen Gebieten erhebliche Belastungen infolge der Siedlungstätigkeit gemeinnütziger Siedlungsunternehmungen oder Banken statt, beispielsweise durch Seßhaftmachung bisheriger Pächter und die Siedlungen der Höfebank in Kiel.

Betrachtet man Stadt und Land gesondert, so zeigt sich, daß für den Hypothekenverkehr des Stadtgebietes die Zahlen der Schuldnergruppe „Land- und Forstwirtschaft“, die nur mit 1,6 v. H. an der gesamten Mehrbelastung und mit 1,2 v. H. an der Verschuldungszunahme von 1919 auf 1920 beteiligt war, nicht besonders ins Gewicht fallen. In den städtischen Bezirken gibt vielmehr die Berufsgruppe „Handel und Gewerbe“, deren entsprechende Anteilziffern an der hypothekarischen Gesamtverschuldung und der Verschuldungssteigerung sich auf 83,8 und 85,6 v. H. beliefen, den Hauptausschlag. In dieser Gruppe sind auch die Eintragungs- und Löschungsbeträge von 1919 auf 1920 mit 2 882,9 Mill. *M* (= 99,95 %) und 578,2 Mill. *M* (=34,2 %) — gegen 39,4 und 16,9 % bei den Land- und Forstwirten und 68,3 und 25,9 % bei den „sonstigen Berufen“ — am stärksten gestiegen. Die hypothekarische Verschuldungszunahme hielt sich im Stadtbezirke nur bei den Land- und Forstwirtschaft treibenden Hypothekenschuldnern unter 100 v. H. (95,1 v. H.); bei den anderen Schuldnern ist sie mit rund 193 v. H. bei den Handel- und Gewerbetreibenden und mit 138,7 v. H. bei den „sonstigen Berufen“ erheblich höher gewesen.

Auf dem Lande wird die Entwicklung nicht ausschließlich von der dortigen Hauptgruppe „Land und Forstwirtschaft“ bestimmt, die zwar mit 45,4 und 45,6 v. H. den stärksten Anteil an der hypothekarischen Mehrverschuldung und an der Verschuldungssteigerung von 1919 auf 1920 hat, jedoch niedrigere Anteilziffern aufweist als die beiden anderen Gruppen zusammen, sondern auch von der Schuldnergruppe „Handel und Gewerbe“ mit 41,7 v. H. der Gesamtverschuldung und 37,8 v. H. der Verschuldungszunahme von 1919 auf 1920. Im Landbezirke ist die Mehrbelastung bei den „sonstigen Berufen“, wo die eingetragenen und gelöschten Beträge gegen das Vorjahr um 80,02 und 16,5 v. H. (gegen 40,24 und 8,04 v. H. bei den Land- und Forstwirten und 74,3 und 52,5 v. H. bei den Handel- und Gewerbetreibenden) zugenommen hatten, mit 248,9 v. H. (gegen 124,8 v. H. bei den Land- und Forstwirten und wenig über 100 v. H. bei den Handel- und Gewerbetreibenden) verhältnismäßig am stärksten gestiegen. Im übrigen wäre noch hervorzuheben, daß die Mehrverschuldung im Landbezirke fast ausschließlich auf Neubelastungen von Rittergütern und großen Besitzungen zurückzuführen ist. Bauernstand und Kleinbesitzer scheinen ihre hohen Einnahmen nicht für Neuanschaffungen usw. bereitgestellt, sondern sie wie in den Vorjahren weiter zur hypothekarischen Entlastung ihres Grundbesitzes benutzt zu haben.

Hypothekarische Belastung in den einzelnen preußischen Landesteilen nach Berufsgruppen der Hypothekenschuldner 1919 und 1920[1]**.** — Die preußische Hypotheken-Bewegungs-Statistik ermöglicht auch einen Überblick über die buchmäßige Verschuldungszunahme bezw. Verschuldungsabnahme in den einzelnen preußischen Provinzen. Die Unterschiede der hypothekarischen Belastung innerhalb des Freistaates sind durch die verschiedenartige soziale Struktur und daneben auch durch die verschiedene Auswirkung wirtschaftlicher sowie politischer Ereignisse bedingt. Beispielsweise ist die landwirtschaftliche Verschuldung in den östlichen Gebietsteilen Preußens, wo der Großgrundbesitz vorherrscht, bisher immer höher gewesen als in den westlichen. Wie in früheren Darstellungen mehrfach gezeigt wurde, sind selbst innerhalb der preußischen Landesteile stets große Unterschiede hinsichtlich der hypothekarischen Mehr- oder Minderbelastung beobachtet worden.

Nach den endgültigen Ergebnissen der Statistik über die Hypothekenbewegung für 1919 und den vorläufigen Ergebnissen für 1920 betrug in diesen Rechnungsjahren der Überschuß der Hypotheken-Eintragungen über die Hypotheken-Löschungen bei den einzelnen Schuldnergruppen in Millionen Mark:

in den Provinzen bezw. im Staate		in den städtischen Bezirken			in den ländlichen Bezirken			insgesamt		
		Land- und Forstwirtschaft	Handel- und Gewerbe	sonstige Berufe	Land- und Forstwirtschaft	Handel- und Gewerbe	sonstige Berufe	Land- und Forstwirtschaft	Handel- und Gewerbe	sonstige Berufe
Ostpreußen	1919	5,0	65,1	23,2	187,8	17,5	8,8	192,3	82,6	32[illegible]
	1920	10,8	164,6	38,3	261,2	48,5	9,7	272,0	213,1	47[illegible]
Brandenburg . .	1919	7,4	209,9	60,0	70,3	46,2	29,2	77,7	256,2	89[illegible]
	1920	15,5	559,1	136,6	105,7	65,7	48,5	121,1	624,7	185[illegible]
Stadt Berlin .	1919	— 0,1	25,8	9,7	—	—	—	— 0,1	25,8	9[illegible]
	1920	1,5	445,2	44,1	—	—	—	1,5	445,2	44[illegible]
Pommern	1919	5,2	44,9	11,5	67,1	4,5	4,0	72,3	49,5	15[illegible]
	1920	10,3	114,7	20,6	171,6	28,4	10,5	181,9	143,1	31[illegible]
Grzm. Pos.-Westpreußen	1919	1,6	9,7	2,1	18,4	1,5	5,1	19,9	11,2	7[illegible]
	1920	2,0	22,6	6,2	42,0	4,2	1,4	44,0	26,8	7[illegible]
Niederschlesien .	1919	1,8	72,8	14,5	78,3	32,5	11,9	80,2	105,3	26[illegible]
	1920	11,7	213,7	35,9	147,6	91,9	44,9	159,3	305,6	80[illegible]
Oberschlesien	1919	4,3	67,8	12,6	15,3	58,5	1,1	19,5	126,3	13[illegible]
	1920	— 0,1	77,7	15,0	22,3	—20,9	3,6	22,2	56,8	18[illegible]
Sachsen	1919	12,6	89,2	17,5	2,6	86,8	—1,9	15,2	176,0	15[illegible]
	1920	— 2,1	240,0	34,8	18,3	87,1	13,7	16,2	327,1	48[illegible]
Schleswig-Holstein .	1919	1,7	63,2	9,6	35,2	18,6	13,0	36,9	81,8	22[illegible]
	1920	4,9	205,9	32,3	97,5	30,6	31,2	102,3	236,5	63[illegible]
Hannover	1919	— 0,1	52,7	18,1	— 43,1	19,3	0,2	— 43,2	72,0	18[illegible]
	1920	2,6	195,4	36,7	2,3	121,0	10,3	4,9	316,4	47[illegible]
Westfalen	1919	— 2,6	128,3	18,7	— 19,8	59,4	—4,8	— 22,4	187,7	1[illegible]
	1920	1,3	292,9	63,8	— 12,2	91,5	19,0	— 10,9	384,4	8[illegible]
Hessen-Nassau .	1919	— 2,0	63,4	9,3	— 11,7	1,4	—1,6	— 13,7	64,8	7[illegible]
	1920	3,6	147,1	24,1	— 13,4	38,9	10,3	— 9,9	185,9	34[illegible]
Rheinprovinz .	1919	— 0,1	300,9	48,4	— 22,3	40,9	3,3	— 22,4	341,8	51[illegible]
	1920	4,2	819,2	121,0	3,1	183,0	35,7	7,3	1002,2	156[illegible]
Hohenzollern .	1919	—	0,5	0,12	— 3,2	— 0,6	0,03	— 3,2	— 0,2	0,[illegible]
	1920	1,3	0,9	0,06	— 4,3	3,2	0,05	— 3,0	4,1	0,[illegible]
im Staate	1919	34,6	1194,1	255,4	374,4	386,5	68,4	**409,0**	**1580,7**	323[illegible]
	1920	67,5	3498,8	609,5	841,6	773,2	238,6	**909,0**	**4272,0**	84[illegible]

Danach durften sich, Stadt und Land zusammenbetrachtet, im Berichtsjahre 1920 nur noch die Land- und Forstwirte Westfalens, Hessen-Nassaus und der Hohenzollernschen Lande einer Minderverschuldung erfreuen. Die Minderbelastung ist gegen 1919 jedoch in diesen Landesteilen zurückgegangen und zwar um 51,3, 27,7 und 6,3 v. H. In Hannover wurde der Überschuß der gelöschten über die eingetragenen Posten von 43,2 Mill. *M* durch eine Mehrbelastung von 4,9 Mill. *M* abgelöst. In den Hohenzollernschen Landen, wo auch die Handel- und Gewerbetreibenden im Jahre 1919 noch eine Entlastung von 0,2 Mill. *M* buchen konnten, gingen 1920 die Eintragungen um 4,1 Mill. *M* über die Löschungen hinaus. In diesem kleinen preußischen Gebietsteile war die Mehrverschuldung bei den „sonstigen Berufen“ um 0,04 Mill. *M* (=26,7 v. H.) gesunken, während die Berufsgruppe „Handel und Gewerbe“ in Oberschlesien einen Rückgang der Mehrbelastung von 69,5 Mill. *M* (= 55,03 v. H.) aufwies. Sonst hielt sich die Verschuldungszunahme von 1919 auf 1920 in der letzteren Gruppe nur in Sachsen (85,9 v. H.) und in der Gruppe „sonstige Berufe“ in der Grenzmark Posen-Westpreußen

[1]) Vergl. Seite 49*.

(4,2 v. H.), Oberschlesien (36,8), Ostpreußen (49,2) und Pommern (99,4) unter 100 v. H. In der Schuldnergruppe „Land- und Forstwirtschaft" betrug die Verschuldungssteigerung, abgesehen von Berlin, in 5 Landesteilen Schleswig-Holstein (177,2), Pommern (151,6), Rheinprovinz (132,6), Grenzmark Posen-Westpreußen (121,1), Hannover (111,3) über 100 v. H.

Bei gesonderter Betrachtung von Stadt und Land fällt zunächst sofort auf, daß 1920 im Stadtbezirke nur bei den Land- und Forstwirten Sachsens und Oberschlesiens, die im Vorjahre eine Mehrverschuldung von 12,6 und 4,3 Mill. ℳ aufwiesen, die Löschungen — und zwar um 2,1 und 0,1 Mill. ℳ — über die Eintragungen hinausgingen. Auf dem Lande ist die Minderbelastung bei der gleichen Berufsgruppe nur in Westfalen, wo sie um 38,4 v. H. zurückgegangen ist, sowie in den Hohenzollernschen Landen und in Hessen-Nassau, wo sie um 34,4 und 14,5 v. H. gestiegen ist, bestehen geblieben, in Hannover und der Rheinprovinz dagegen von einer Mehrbelastung abgelöst worden. Außerdem zeigte sich 1920 im Landbezirke auch bei den Handel- und Gewerbetreibenden Oberschlesiens, die im Vorjahre eine Mehrverschuldung von 58,5 Mill. ℳ. aufwiesen, eine Minderverschuldung von 20,9 Mill. ℳ. Dieser hohe Verschuldungsrückgang ist um so bemerkenswerter, als bei den Land- und Forstwirten sowie bei den sonstigen Berufen eine Verschuldungssteigerung von 45,8 und 227,3 v. H. eingetreten ist. In Berlin, wo die Minderbelastung von 0,1 Mill. ℳ bei den Land- und Forstwirten 1920 durch eine Mehrbelastung von 1,5 Mill. ℳ abgelöst wurde, war die Zunahme der hypothekarischen Mehrverschuldung, die sich von 1919 auf 1920 bei den Handel- und Gewerbetreibenden auf 1 625,6 v. H. und bei den sonstigen Berufen auf 354,6 v. H. belief, selbstverständlich sehr hoch. Wie aus dem Urmaterial hervorgeht, entfiel 1920 in der Schuldnergruppe „Handel und Gewerbe" mehr als 1/3 aller in Berlin erfolgten Neueintragungen auf 5 große Posten von 71,4, 65, 51, 27,5 und 13,8 Mill. ℳ sowie in der Gruppe „sonstige Berufe" fast 1/3 auf 2 hohe Eintragungsposten von 16,3 und 15 Mill ℳ. Im übrigen ist aus den Bemerkungen eines Amtsgerichtes zu ersehen, daß die Bestellung von Hypotheken für Ausländer im Luisenstädtischen Stadtteil, der bekanntlich der Sitz der Metallindustrie ist, bereits eine gewisse Rolle gespielt hat.

Der Haushaltsplan des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk für das Rechnungsjahr 1922. — Bei der Bedeutung, die dem durch das preußische Gesetz vom 5. Mai 1920 ins Leben gerufenen Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk zukommt, dürfte die Mitteilung einiger Zahlen aus dem neuesten Etat des Verbandes für weitere Kreise von Interesse sein.

Der Grund für die Bildung des Siedlungsverbandes war vornehmlich das Bestreben, die Steinkohlenausbeute im Ruhrkohlenbezirk durch Verstärkung der vorhandenen Produktionsanlagen und durch Anlegung neuer Schächte mit allem Nachdruck zu fördern. Notwendig für beides ist eine größere Neuansiedlung von Bergleuten. 150 000 Bergleute sollen nach der Begründung zum Gesetzentwurfe im Laufe der Jahre im Ruhrkohlengebiet neu angesiedelt werden. Mit den Familienangehörigen, Handwerkern, Geschäftsleuten, Beamten, Lehrern usw. handelt es sich um mehr als 600 000 Menschen, denen menschenwürdige Daseinsmöglichkeiten geschaffen werden sollen. Die Größe der Aufgabe erscheint im rechten Lichte, wenn man berücksichtigt, daß, nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919, nur 5 Städte im Deutschen Reiche, nämlich Berlin, Hamburg, Köln a. Rh., München und Leipzig, mehr als 600 000 Einwohner hatten und beispielsweise Essen a. Ruhr, der Sitz des Verbandes, nur 439 257 Einwohner zählte.

Mit der Ansiedlung wurde ein besonderer Verband — der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk — betraut. Weitere Aufgaben, die dem Verbande obliegen, hängen mit der Hauptaufgabe eng zusammen, so der Ausbau des Verkehrsnetzes, die Sicherung und Schaffung größerer, von der Bebauung freizuhaltender Flächen u. a.

Der Verband umfaßte ursprünglich 15 Stadt- und 11 Landkreise des Ruhrkohlenbezirks rechts und links des Rheines. Innerhalb des Verbandsgebietes neugebildete Stadt- und Landkreise werden mit der Neubildung Mitglieder des Verbandes. Da seit dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 5. Mai 1920 drei Städte aus dem zum Verbande gehörenden Landkreise Recklinghausen ausgeschieden sind und selbständige Stadtkreise innerhalb des Verbandsgebietes bilden, so erhöht sich die Anzahl der zum Verbande gehörigen Stadtkreise auf 18. Der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk ist ein Zweckverband. Sein Aufgabenkreis unterscheidet sich wesentlich von dem der Kommunalverbände. Sein Etat ist deshalb mit Etats anderer Kommunalverbände nicht vergleichbar.

Der Bedarf des Verbandes beläuft sich im Berichtsjahre auf 6,5 Mill. ℳ im ordentlichen und auf 5,3 Mill. ℳ im außerordentlichen Haushaltsplan. Gegen das Vorjahr hat sich der veranschlagte Bedarf besonders durch das Steigen der Gehälter und der Preise für sämtliche Betriebsmaterialien, ferner durch erst- und einmalige größere Anschaffungen, durch Einrichtung von Fonds und bedeutende Auftragsangelegenheiten sehr erhöht. Einen außerordentlichen Haushaltsplan gab es im Vorjahre, dem ersten, in dem überhaupt ein Etat für den Verband aufgestellt worden ist, noch nicht. Der ordentliche Etat von 1921 sah nur einen Bedarf von 1,91 Mill. ℳ vor. Der ordentliche Bedarf im Berichtsjahre macht also das 3,4-fache jenes Betrages aus. Im folgenden sind die Schlußzahlen der Ausgabetitel in den Rechnungsjahren 1921 und 1922 nach den Voranschlägen unter Kenntlichmachung der durchlaufenden Beträge im Berichtsjahre wiedergegeben.

Ausgabetitel	Betrag nach dem Voranschlage 1922 ℳ	Von dem Betrage nach dem Voranschlage für 1922 sind durchlaufend ℳ	Betrag nach dem Voranschlage 1921 ℳ
A. Ordentliche Ausgaben.			
I. Persönliche Ausgaben	3 690 500	—	1 085 000
II. Sächliche Ausgaben	800 000	—	385 000
III. Sonstige Ausgaben	550 000	—	20 000
IV. Besitzungen	129 500	—	—
V. Auftragsangelegenheiten	410 000	—	—
VI. Verbandsausschuß und Unterausschüsse	290 000	—	190 000
VII. Verbandsversammlung	630 000	550 000	230 000
Ordentliche Ausgaben zus.	**6 500 000**	**550 000**	**1 910 000**
B. Außerordentliche Ausgaben.			
I. Bautenzuschüsse	5 000 000	—	—
II. Verzinsung und Tilgung einer bis zum Betrage von 10 Mill. ℳ aufzunehmenden Anleihe (geschätzt)	300 000	—	—
Außerordentliche Ausgaben zus.	**5 300 000**	—	—

Bei den ordentlichen Ausgaben sind unter III. „Sonstige Ausgaben" im Berichtsjahre 230 000 ℳ zur Ansammlung eines Wirtschaftsfonds, 250 000 ℳ für Übernahme des Kraftwagens in das Alleineigentum des Verbandes und 60 000 ℳ Rücklage zum Kraftwagenerneuerungsfonds enthalten. Titel IV „Besitzungen" veranschlagt u. a. 97 500 ℳ für Verzinsung und Tilgung eines für Neubauten aufgenommenen Darlehens von 1,5 Mill. ℳ und 15 000 ℳ für Grund- und Gebäudesteuer, Gebühren und Beiträge für diese Häuser. Bei den „Auftragsangelegenheiten" (Tit. A. V.) handelt es sich um persönliche und sächliche Ausgaben. Der Verband hat für verschiedene Mitglieder die Aufstellung von Bebauungsplänen usw. übernommen, mit welcher Arbeit besondere Kräfte betraut sind. Die Ausgabe wird in voller Höhe erstattet. Die Ausgaben für den Verbandsausschuß usw. und die Verbandsversammlung (Tit A. VI. u. VII.) beziehen sich zum größten Teile auf Beträge, die dem Verbandsausschuß und der Verbandsversammlung „zur Verfügung" gestellt werden, ferner auf Tagegelder, Reisekosten,

Besichtigungsausgaben usw. Von den der Verbandsversammlung zur Verfügung gestellten 560 000 M werden 550 000 M dem außerordentlichen Etat zur Deckung seiner Ausgaben überwiesen.

Gliedert man den gesamten ordentlichen Finanzbedarf nach den hauptsächlichen Ausgabearten (persönliche, sächliche Kosten usw.), ohne Rücksicht auf deren Zugehörigkeit zu den im Haushalsplan unterschiedenen sieben Ausgabetiteln, so ergibt sich folgendes.

Ein großer Teil der Verbandsarbeiten besteht in beratender, vermittelnder und verwaltungstechnischer Tätigkeit, die einen verhältnismäßig großen Beamten- usw.-Apparat erfordert. Deshalb machen die persönlichen Kosten den weitaus bedeutendsten Teil der Ausgaben aus. Die gesamten persönlichen Ausgaben des Verbandes (Gehälter, Beiträge zu Ruhegehalts- usw. -kassen, Vergütungen, Reisekosten, Tagegelder, Versicherungsbeiträge) belaufen sich auf nicht weniger als 4 253 500 M, das sind 65,4 v. H. aller ordentlichen Ausgaben. Die „zur Verfügung" gestellten Beträge machen 810 000 M (12,5 v. H.), die laufenden sächlichen Ausgaben zur Erfüllung des Verwaltungszweckes rund 664 000 M (10,2 v. H.) aus. Größere Anschaffungen erfordern 335 000 M [1]) (5,2 v. H.), Ansammlung von Fonds rund 300 000 M (4,6 v. H.), der Schuldendienst 97 500 M (1,5 v. H.).

Hieraus ist ersichtlich, daß die Finanzgebarung des Siedlungsverbandes im wesentlichen durch die persönlichen Aufwendungen bestimmt wird.

Gedeckt wird der Bedarf des ordentlichen Haushaltsplanes in der Hauptsache durch Beiträge der Verbandsmitglieder (Umlage), sodann durch Einnahmen aus besonderen Aufträgen und aus erstatteten Anteilen an der Besoldung der mit der Regelung der „Kulturlasten bei Bauten aus dem Kohlenfonds" betrauten Beamten.

Der Einnahme-Etat zeigt folgendes Bild:

Einnahmetitel	Betrag nach dem Voranschlage 1922 M	Von dem Betrage nach dem Voranschlage für 1922 sind durchlaufend M	Betrag nach dem Voranschlage 1921 M
A. Ordentliche Einnahmen.			
I. Reste und Ersparnisse aus dem Vorjahre	—	—	250 000
II. Umlage	6 039 760	—	1 600 000
III. Zinsen	5 000	—	—
IV. Pächte und Mieten	23 240	—	8 000
V. Sonstige Einnahmen	432 000	—	52 000
Ordentliche Einnahmen zus.	**6 500 000**	**—**	**1 910 000**
B. Außerordentliche Einnahmen.			
I. Von Verbandsmitgliedern zu erhebende Einzelumlagen	4 750 000	—	—
II. Zuschuß aus dem ordentlichen Haushalte	550 000	550 000	—
Außerordentliche Einnahmen zus.	**5 300 000**	**550 000**	**—**

Die Umlage (A. II.) macht nicht weniger als 92,9 v. H. der Gesamteinnahme des ordentlichen Haushaltsplanes aus. 23 000 M des Titels A. IV. dienen zur Deckung eines Teils des Ausgabetitels A. IV. Die „sonstigen Einnahmen" (A. V.) enthalten die Besoldungsanteile und Einnahmen aus „besonderen Aufträgen", die zur Deckung der Ausgaben der Auftragsangelegenheiten (A. V.) dienen.

Während im Rechnungsjahre 1921 der Verband noch keine Schulden hatte, soll nach Vorschlag des Verbandsausschusses die Bildung eines „Bautenzuschußfonds" durch Aufnahme einer Anleihe von 10 Mill. M erfolgen, die in Teilbeträgen nach dem jeweiligen Bedarf begeben werden soll. Im Rechnungsjahr 1922 ist schätzungsweise mit einer Ausgabe von 5 Mill. M gerechnet. Hiervon wird gemäß § 15 des Verbandsgesetzes vom 5. Mai 1920 der weitaus größte Teil im Umlageverfahren nach dem von der Verbandsversammlung festzusetzenden Verteilungsmaßstab von den nächstbeteiligten Mitgliedern wieder eingezogen (vergl. Einnahme-Titel I des außerordentlichen Haushaltsplanes). Ein geringer Teil der Ausgaben für Bautenzuschüsse, und zwar schätzungsweise etwa 10 % der Gesamtausgaben einschließlich Verzinsung und Tilgung, wird aber, weil es sich in diesem Umfange um die Verkehrsinteressen des ganzen Gebietes berührende und allen Mitgliedern zugute kommende Maßnahmen handelt, auf den Gesamtverband umgelegt und demgemäß als Zuschußbetrag in den ordentlichen Haushalt eingesetzt (vergl. den durchlaufenden Betrag im Ausgabe-Titel A. VII. — Begründung zum außerordentlichen Haushaltsplan —). Demgemäß sind in dem vorliegenden außerordentlichen Haushaltsplan in Ausgabe vorgesehen: Bautenzuschüsse in Höhe von 5 Mill. M und ein auf Schätzung beruhender Betrag von 300 000 M für Verzinsung und Tilgung der Anleihe, soweit sie im Rechnungsjahre 1922 bereits begeben wird. In Einnahme sind dementsprechend die später nach Beschluß der Verbandsversammlung zu erhebenden Einzelumlagen der Mitglieder in Höhe von 4,75 Mill. M sowie der in dem ordentlichen Haushalt eingesetzte Zuschußbetrag von 550 000 M eingesetzt.

Abzüglich der nur durchlaufenden Posten stellt sich der Gesamtbedarf des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk im Rechnungsjahre 1922 auf 11,25 Mill. M, denen durch allgemeine oder spezielle Umlage 10,79 Mill. M an Einnahmen gegenüberstehen. Zuschüsse aus der Reichseinkommensteuer sind dem Verbande bisher weder gezahlt noch bewilligt worden.

Der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk hat von der ihm nach § 15 des Gesetzes betr. Verbandsordnung für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk vom 5. Mai 1920 eingeräumten Befugnis zur Erhebung von Gebühren und Beiträgen bisher keinen Gebrauch gemacht. Zur Bestreitung seiner Ausgaben erhob der Verband im Vorjahre von seinen Mitgliedern eine nach Maßgabe der von ihnen zu leistenden Provinzialsteuern errechnete Umlage von 1,102 v. H. des Provinzialsteuersolls der Verbandsmitglieder, das sich im Rechnungsjahre 1921 auf 96,2 Mill. M stellte. Eine Mehr- oder Minderbelastung einzelner Mitglieder ist 1921 nicht vorgenommen worden. Wie hoch der Prozentsatz vom Provinzialsteuersoll der Verbandsmitglieder sein wird, zu dem der Verband diese zwecks Bestreitung seiner Ausgaben im Berichtsjahre heranzieht, ist noch nicht festgesetzt.

Die Ernteflächen in Preußen 1922. — Durch Bundesratsbeschluß vom 3. Mai 1911 ist eine alljährlich Ende Mai bis Anfang Juni durchzuführende Anbauflächenerhebung angeordnet worden, die von den Ortsvorstehern unter Hinzuziehung von orts- und feldkundigen Sachverständigen nach dem Feldflurbereiche der Städte, Landgemeinden und Gutsbezirke vorzunehmen und deren Ergebnisse, getrennt nach den einzelnen Fruchtarten, in einen besonders hierfür vorgesehenen Vordruck einzutragen sind. Diese Art der Erhebung wurde in den Jahren 1915 bis 1919 durch eine Ermittelung des Anbaus in jedem einzelnen Betriebe abgelöst, um die Unterlagen zu der anfangs des Krieges erforderlich gewordenen Zwangsbewirtschaftung der Ernteerträge zu schaffen. Seit 1920 hat man sich jedoch wieder mit der schätzungsweisen Erhebung durch die Gemeindevorsteher begnügt. Diese Erhebung hat dieses Jahr leider mit großen Schwierigkeiten und Widerständen zu kämpfen gehabt, weil sich in vielen landwirtschaftlichen Kreisen die unbegründete Meinung festgesetzt hatte, die Erhebung werde zur Veranlagung bei der Getreideumlage oder zu Steuerzwecken benutzt. In den Ergebnissen, die nachstehend für 1922 und zum Vergleich auch für 1921 und 1913 angegeben sind, blieben die abgetretenen Gebiete einschl. des an Polen gefallenen Teils von Oberschlesien sowie das Saargebiet und die Kreise Eupen und Malmedy außer Betracht.

[1]) Der darin enthaltene Betrag von 85 000 M für Neuanschaffung von Inventar ist im Haushaltsplan unter den „sächlichen Ausgaben" verrechnet.

Es wurden ermittelt:

	1922 ha	1921 ha	1913 ha	1922 gegen 1921 mehr (+) weniger (−) ha	1922 gegen 1921 mehr (+) weniger (−) v. H.	1922 gegen 1913 mehr (+) weniger (−) ha	1922 gegen 1913 mehr (+) weniger (−) v. H.
1. Winterweizen	632 920	682 299	888 529	− 49 379	− 7,2	− 255 609	− 28,8
2. Sommerweizen	114 624	102 198	135 549	+ 12 426	+ 12,2	− 20 925	− 15,4
3. Spelz	9 795	11 088	14 052	− 1 293	− 11,7	− 4 257	− 30,3
4. Winterroggen	3 005 503	3 053 660	3 862 409	− 48 157	− 1,6	− 856 906	− 22,2
5. Sommerroggen	37 007	44 221	45 728	− 7 214	− 16,3	− 8 721	− 19,1
6. Wintergerste	66 935	81 573	32 813	− 14 638	− 17,9	+ 34 122	+ 104,0
7. Sommergerste	561 790	543 848	668 044	+ 17 942	+ 3,3	− 106 254	− 15,9
8. Hafer	2 104 737	2 049 962	2 559 823	+ 54 775	+ 2,7	− 455 086	− 17,8
9. Gemenge aus Getreide aller Art	238 404	242 657	193 100	− 4 253	− 1,8	+ 45 304	+ 23,5
10. Buchweizen	37 302	42 016	35 081	− 4 714	− 11,2	+ 2 221	+ 6,3
11. Erbsen und Peluschken	102 881	112 692	77 409	− 9 811	− 8,7	+ 25 472	+ 32,9
12. Speisebohnen	4 843	4 844	2 780	− 1	.	+ 2 063	+ 74,2
13. Ackerbohnen	67 423	75 515	67 931	− 8 092	− 10,7	− 508	− 0,7
14. Wicken	120 092	87 593	45 363	+ 32 499	+ 37,1	+ 74 729	+ 164,7
15. Lupinen	184 646	188 120	107 377	− 3 474	− 1,8	+ 77 269	+ 72,0
16. Gemenge aus Hülsenfrüchten	55 202	77 360	10 833	− 22 158	− 28,6	+ 44 369	+ 409,6
17. Gemenge aus Getreide- und Hülsenfrucht	182 788	182 891	66 951	− 103	− 0,1	+ 115 837	+ 173,0
18. Sonstige Arten von Getreide oder Hülsenfrüchten zusammen	16 972	16 165	5 864	+ 807	+ 5,0	+ 11 108	+ 189,4
19. Kartoffeln	1 821 745	1 775 928	1 849 661	+ 45 817	+ 2,6	− 27 916	− 1,5
20. Zuckerrüben	316 476	295 062	348 407	+ 21 414	+ 7,3	− 31 931	− 9,2
21. Futter- (Runkel-) rüben	401 339	379 003	289 673	+ 22 336	+ 5,9	+ 111 666	+ 38,5
22. Kohlrüben	181 573	176 593	132 454	+ 4 980	+ 2,8	+ 49 119	+ 37,1
23. Mohrrüben	27 868	28 678	17 759	− 810	− 2,8	+ 10 109	+ 56,9
24. Sonstige Hackfrüchte	32 366	33 545	18 502	− 1 179	− 3,5	+ 13 864	+ 74,9
25. Weißkohl	22 044	21 297	18 799	+ 747	+ 3,5	+ 3 245	+ 17,3
26. Andere Kohlarten	9 347	10 595	8 294	− 1 248	− 11,8	+ 1 053	+ 12,7
27. Alle anderen Gartengewächse zusammen	33 711	35 022	32 157	− 1 311	− 3,7	+ 1 554	+ 4,8
28. Raps und Rübsen	26 297	53 975	18 229	− 27 678	− 51,3	+ 8 068	+ 44,3
29. Flachs (Lein)	26 813	28 204	11 528	− 1 391	− 4,9	+ 15 285	+ 132,6
30. Hanf, Nessel und andere Gespinstpflanzen	1 569	2 749	186	− 1 180	− 42,9	+ 1 383	+ 743,5
31. Hopfen	90	74	434	+ 16	+ 21,6	− 344	− 79,3
32. Andere Handelsgewächse zusammen	15 325	17 306	38 455	− 1 189	− 11,4	− 23 130	− 60,1
33. Klee	1 151 493	1 209 287	1 145 689	− 57 794	− 4,8	+ 5 804	+ 0,5
34. Luzerne	109 869	100 750	82 114	+ 9 119	+ 9,1	+ 27 755	+ 33,8
35. Serradella	148 845	149 806	87 654	− 961	− 0,6	+ 61 191	+ 69,8
36. Sonstige Futterpflanzen zusammen	50 253	45 545	194 524	+ 4 708	+ 10,3	− 144 271	− 74,2
37. Brache (Schwarzbrache)	410 636	391 895	343 870	+ 18 741	+ 4,8	+ 66 766	+ 19,4
38. Ackerweide	576 390	568 551	469 088	+ 7 839	+ 1,4	+ 107 302	+ 22,9
39. Rieselwiesen	19 313	26 833	} 2 807 243	− 7 520	− 28,0	} + 7 512	+ 0,3
40. Andere Wiesen	2 795 442	2 791 615		+ 3 827	+ 0,1		
41. Dauerweiden und Hutungen	1 931 864	1 879 808	1 679 805	+ 52 056	+ 2,8	+ 252 059	+ 15,0
42. Weinberge	19 534	19 415	20 174	+ 119	+ 0,6	− 640	− 3,2
Überhaupt Ackerland, Wiesen, Viehweiden, Weinberge	17 674 066	17 640 238	18 434 335	+ 33 828	+ 0,2	− 760 269	− 4,1

Wie aus den Unterschieden der Zahlen gegen die von 1921 zu ersehen ist, haben die Flächen für Brotgetreide — Weizen, Spelz und Roggen — außer bei Sommerweizen abgenommen, und zwar bei Winterweizen und Winterroggen um zusammen 97 536 ha, weil im Frühjahr von diesen beiden Fruchtarten 108 993 ha wegen Auswinterung umgepflügt werden mußten. Auch die recht erheblichen Rückgänge des Anbaus an Wintergerste, Raps und Rübsen sowie an Klee von zusammen 100 110 ha sind fast ausschließlich auf diese Ursache zurückzuführen. Die Einbußen durch die Umpflügungen sind allerdings den Frühjahrsbestellungen an Sommerweizen, Sommer-

An landwirtschaftlich genutzter Fläche wurden ermittelt:

Provinzen	1922 ha	1921 ha	1913 ha	1922 gegen 1921 mehr (+) weniger (−) ha	1922 gegen 1921 mehr (+) weniger (−) v. H.	1922 gegen 1913 mehr (+) weniger (−) ha	1922 gegen 1913 mehr (+) weniger (−) v. H.
Ostpreußen	2 601 282	2 604 644	2 664 428	− 3 362	− 0,1	− 63 146	− 2,4
Brandenburg	2 121 883	2 117 608	2 231 175	+ 4 275	+ 0,2	− 109 342	− 5,1
Stadt Berlin	16 684	16 623	25 273	+ 61	+ 0,4	− 8 589	− 34,0
Pommern	2 025 324	2 023 368	2 105 983	+ 1 956	+ 0,1	− 80 659	− 3,8
Grenzmark Posen-Westpreußen	432 675	438 198	448 269	− 5 523	− 1,3	− 15 594	− 3,5
Niederschlesien	1 626 347	1 627 916	1 709 172	− 1 569	− 0,1	− 82 825	− 4,8
Oberschlesien	620 918	621 005	641 209	− 87	.	− 20 291	− 3,2
Sachsen	1 710 220	1 709 400	1 772 348	+ 820	.	− 62 128	− 3,5
Schleswig-Holstein	1 132 121	1 138 430	1 155 456	− 6 309	− 0,6	− 23 335	− 2,0
Hannover	2 029 273	2 019 298	2 123 952	+ 9 975	+ 0,5	− 94 679	− 4,5
Westfalen	1 130 932	1 108 310	1 215 329	+ 22 622	+ 2,0	− 84 397	− 6,9
Hessen-Nassau	821 152	815 577	844 789	+ 5 575	+ 0,7	− 23 637	− 2,8
Rheinprovinz	1 339 071	1 333 436	1 428 477	+ 5 635	+ 0,4	− 89 406	− 6,3
Hohenzollernsche Lande	66 184	66 425	68 475	− 241	− 0,4	− 2 291	− 3,3

gerste, Hafer, Wicken und Hackfrüchten zugute gekommen. Die Gesamtfläche an Getreide umfaßt 6 771 715 ha gegen 6 811 506 ha des Vorjahres, sodaß der Rückgang 39 791 ha oder nur 0,6 v. H. beträgt. Auch die Hülsenfrüchte einschl. Lupinen und Gemenge mit Hülsenfrüchten haben gegen das Vorjahr 10 333 ha oder 1,4 v. H. an Fläche eingebüßt. Merkbar vergrößert hat sich dagegen der Anbau von Hackfrüchten, besonders an Kartoffeln, Zucker- und Futterrüben. Die wirklich vorhandene Kartoffelfläche wird noch größer sein als angegeben, da die Schrebergärten, Kleinsiedlungen usw., die seit Jahren ziemlich ausgedehnte Flächen umfassen und zumeist mit Kartoffeln bebaut werden, bei der Ermittelung nicht mitberücksichtigt sind, weil nur der feldmäßige Anbau anzugeben war. Es ist anzunehmen, daß der Kartoffelanbau von 1913 bereits wieder erreicht, wenn nicht gar übertroffen ist. Die gesamte bebaute Ackerfläche stellt sich auf 11 883 585 ha gegen 11 920 105 ha; sie ist mithin um 36 520 ha oder 0,3 v. H. kleiner. Dafür haben Brache, Acker- und Dauerweiden sich zusammen um 78 636 ha vergrößert, sodaß die ganze landwirtschaftlich genutzte Fläche eine Zunahme von 33 828 ha oder 0,2 v. H. erfahren hat. Vergleicht man den Anbau von 1922 mit dem von 1913, so fällt besonders die gewaltige Abnahme des Getreideanbaus ins Auge, die, zusammen genommen, 1 628 332 ha oder 19,4 v. H. beträgt; die für sich zwar erhebliche, im ganzen aber recht unbedeutende Zunahme an Wintergerste verschwindet in diesem großen Rückgange. Obwohl demgegenüber die Zunahme an Gemengefrucht, Wicken, Lupinen, Rüben außer Zuckerrüben, Brache, Acker- und Dauerweiden sowie noch vieler anderer Fruchtarten sehr beträchtlich ist, so bleibt die landwirtschaftlich genutzte Fläche überhaupt doch noch um 760 269 ha oder 4,1 v. H. gegen das letzte Friedensjahr zurück.

Die Gründe hierfür werden kaum jemals völlig geklärt werden; vermutlich sind sie zu einem Teil auf die jetzt viel vorsichtiger durchgeführten Ermittelungen, zum anderen auf die Verwendung von Ackerland usw. zu Schrebergärten, Kleinsiedlungen, Sportplätzen, Industrie- und Bergwerksanlagen usw. zurückzuführen.

Um zu veranschaulichen, in welchem Umfange die einzelnen Provinzen eine Zu- und Abnahme der landwirtschaftlich genutzten Gesamtfläche im Vergleich zum Vorjahre und zu 1913 erfahren haben, sind die Angaben hierfür in vorstehender Übersicht aufgeführt.

Die Unterschiede gegen 1913 sind hiernach in Schleswig-Holstein mit 2,0 v. H. am kleinsten und, wenn man von Berlin mit seinen besonders gearteten Bodenverhältnissen absieht, in Westfalen mit 6,9 und der Rheinprovinz mit 6,3 v. H. am höchsten. Letztere Feststellung überrascht nicht, da die Entfaltung und Ausdehnung von Bergbau und Industrie in den beiden Provinzen ganz ungewöhnlich war, wodurch der Landwirtschaft viel Fläche verlorengegangen ist. Auch die in den Zahlen nicht einbegriffene gartenmäßige Bebauung des Bodens, die in Industriegegenden und großen Städten sehr zugenommen hat, trägt zu den Unterschieden wesentlich bei und kann jedenfalls als Hauptgrund für die festgestellte Abweichung von 5,1 v. H. bei der Provinz Brandenburg, von 4,8 v. H. bei Niederschlesien usw. angesehen werden.

Der Stand der Bienenzucht in Preußen 1921 und 1912. — Bei der Viehzählung am 1. Dezember 1921 wurden u. a. auch die Bienenstöcke, die seit 1912 nicht ermittelt waren, wieder erhoben. Die Ergebnisse dieser Zählung lassen sonach bei einem Vergleich mit den früheren Verhältnissen die heutige Lage der Bienenzucht erkennen. Im Jahre 1912 waren in Preußen innerhalb des Gebiets, das nach den bisherigen Abtretungen von Landesteilen beim Staat verblieben ist, 1 264 000 Bienenstöcke vorhanden. Die letzthin im Dezember 1921 durchgeführte Zählung hat einen Bestand von nur 1 070 000 Bienenstöcken ergeben. Zwischen diesen beiden Zählungen, und zwar vornehmlich in den Jahren des Krieges, in denen es an Imkern sowie an Zucker fehlte, hat sich somit der Bestand um fast 200 000 Bienenstöcke, d. h. um 15,3 v. H., verringert. Nimmt man an, daß der durchschnittliche Honigertrag eines Bienenstockes 12 Pfund

Staat (heutiger Gebietsumfang) Provinzen		Bienenstöcke (Bienenvölker) mit beweglichen Waben	mit unbeweglichen Waben	überhaupt
Staat	1. 12. 1921	**594 885**	**474 945**	**1 069 830**
	1. 12. 1912	**639 624**	**623 988**	**1 263 612**
1. 12. 1921 gegen 1. 12. 1912	mehr (+) od. weniger (—)	**— 44 739**	**— 149 043**	**— 193 782**
	in % mehr (+) oder weniger (—)	**— 6,99**	**— 23,89**	**— 15,34**
Städte	1. 12. 1921	77 756	34 003	111 759
	1. 12. 1912	79 361	38 321	117 682
		— 1 605	— 4 318	— 5 923
		— 2,02	— 11,27	— 5,03
Landgemeinden	1. 12. 1921	450 156	393 205	843 361
	1. 12. 1912	497 022	527 380	1 024 402
		— 46 866	— 134 175	— 181 041
		— 9,43	— 25,44	— 17,67
Gutsbezirke	1. 12. 1921	66 973	47 737	114 710
	1. 12. 1912	63 241	58 287	121 528
		+ 3 732	— 10 550	— 6 818
		+ 5,90	— 18,10	— 5,61
Provinzen.				
Ostpreußen	1. 12. 1921	44 627	114 427	159 054
	1. 12. 1912	55 663	137 549	193 212
		— 11 036	— 23 122	— 34 158
		— 19,83	— 16,81	— 17,68
Brandenburg	1. 12. 1921	75 767	31 859	107 626
	1. 12. 1912	72 914	42 388	115 302
		+ 2 853	— 10 529	— 7 676
		+ 3,91	— 24,84	— 6,66
Stadt Berlin	1. 12. 1921	2 497	329	2 826
	1. 12. 1912	2 335	391	2 726
		+ 162	— 62	+ 100
		+ 6,94	— 15,86	+ 3,67
Pommern	1. 12. 1921	56 407	50 017	106 424
	1. 12. 1912	56 584	68 699	125 283
		— 177	— 18 682	— 18 859
		— 0,31	— 27,19	— 15,05
Grenzm. Posen-Westpr.	1. 12. 1921	9 310	11 987	21 297
	1. 12. 1912	9 342	16 813	26 155
		— 32	— 4 826	— 4 858
		— 0,34	— 28,70	— 18,57
Niederschlesien	1. 12. 1921	89 042	14 799	103 841
	1. 12. 1912	106 818	22 086	128 904
		— 17 776	— 7 287	— 25 063
		— 16,64	— 32,99	— 19,44
Oberschlesien	1. 12. 1921	29 258	4 713	33 971
	1. 12. 1912	35 187	8 088	43 275
		— 5 929	— 3 375	— 9 304
		— 16,85	— 41,73	— 21,50
Sachsen	1. 12. 1921	61 589	19 985	81 574
	1. 12. 1912	60 827	26 827	87 654
		+ 762	— 6 842	— 6 080
		+ 1,25	— 25,50	— 6,94
Schleswig-Holstein	1. 12. 1921	48 218	33 487	81 705
	1. 12. 1912	37 818	40 236	78 054
		+ 10 400	— 6 749	+ 3 651
		+ 27,50	— 16,77	+ 4,68
Hannover	1. 12. 1921	23 855	122 550	146 405
	1. 12. 1912	28 516	147 679	176 195
		— 4 661	— 25 129	— 29 790
		— 16,35	— 17,02	— 16,91
Westfalen	1. 12. 1921	46 674	30 290	76 964
	1. 12. 1912	48 420	46 389	94 809
		— 1 746	— 16 099	— 17 845
		— 3,61	— 34,70	— 18,82
Hessen-Nassau	1. 12. 1921	39 165	11 420	50 585
	1. 12. 1912	46 718	20 481	67 199
		— 7 553	— 9 061	— 16 614
		— 16,17	— 44,24	— 24,72
Rheinprovinz	1. 12. 1921	63 606	28 691	92 297
	1. 12. 1912	71 183	44 939	116 122
		— 7 577	— 16 248	— 23 825
		— 10,64	— 36,16	— 20,52
Hohenzollernsche Lande	1. 12. 1921	4 870	391	5 261
	1. 12. 1912	7 299	1 423	8 722
		— 2 429	— 1 032	— 3 461
		— 33,28	— 72,52	— 39,68

im Jahre beträgt, so beträgt die Honiggewinnung im ganzen Staat z. Zt. 2⅓ Millionen Pfund weniger als in der Zeit vor dem Kriege. In den Städten, wo die Bienenzucht nur in geringem Umfang betrieben

wird (es sind etwas über 100 000 Bienenstöcke), hat sich die Zahl der Bienenstöcke um 5 % vermindert. Die Stadtbewohner befinden sich aber jetzt in bezug auf den Honigbedarf in einer um so schlimmeren Lage, als auf dem Lande (in den Landgemeinden und Gutsbezirken) der Bestand an Bienenstöcken um rund 190 000 Stück oder 16,4 % abgenommen hat.

Die Provinzen, in denen die Bienenzucht auch jetzt noch verhältnismäßig am stärksten verbreitet ist, sind Ostpreußen, Hannover, Niederschlesien, Pommern, Brandenburg und die Rheinprovinz. Vor dem Kriege wiesen diese einen Bestand von 855 000 Bienenstöcken auf, zählen aber z. Zt. rund 140 000 oder = 16,30 % Bienenstöcke weniger. Am stärksten ist der Rückgang in der Rheinprovinz mit 21 %, während die Provinz Brandenburg eine Abnahme um nur 7 % verzeichnet.

Von den übrigen Provinzen mit verhältnismäßig geringerer Bienenzucht zeigt Hessen-Nassau die größte Abnahme der Zahl der Bienenstöcke, nämlich um 25 %. Weniger stark betroffen ist in dieser Reihe Sachsen, das ähnlich wie Brandenburg eine Verminderung um 7 % aufweist. Eine Ausnahme von dem allgemeinen Rückgang der Bienenzucht bildet nur die Provinz Schleswig-Holstein, die bei ihrem heutigen Bestand von rund 82 000 Bienenstöcken eine Vermehrung um etwa 4 000 Bienenstöcke gegen 1912 zu verzeichnen hat, sowie die Stadtgemeinde Berlin, die auf ihrem heutigen Gebietsumfang statt 2 700 wie im Jahre 1912 z. Zt. 2 800 Bienenstöcke, also eine kaum nennenswerte Zunahme um 100 Bienenstöcke aufweist.

Die Anbaufläche und der Viehbestand in Preußen in den Jahren 1921 und 1913. — Durch die Abtretung von Länderteilen infolge des Versailler Friedensvertrages sowie durch die Besetzung des Saargebietes hat das Staatsgebiet Preußen eine Einbuße von 5 601 000 ha erlitten, indem sein Umfang sich von 34 907 000 ha auf 29 306 000 ha verringert hat. Innerhalb dieses heutigen Gebietsumfanges Preußens betrug die landwirtschaftlich genutzte Bodenfläche vor dem Kriege, d. h. im Jahre 1913, — 18 474 000 ha. Die Erhebung im Wirtschaftsjahr 1921 hat in Preußen eine Anbaufläche von nur 17 640 000 ha, also eine Verringerung um 834 000 ha gegen die Zeit vor dem Kriege ergeben.

Eine weitere wirtschaftliche Veränderung zuungunsten der landwirtschaftlichen Erzeugungen ist im Verhältnis des Viehbestandes zur landwirtschaftlich genutzten Bodenfläche eingetreten. In der nachstehend veröffentlichten Tabelle sind die Ergebnisse der Viehzählungen vom Dezember 1913 und Dezember 1921 in Beziehung zu der Anbaufläche der gleichen Zähljahre gesetzt. Die Tabelle zeigt, daß innerhalb des heutigen Gebietsumfanges im Jahre 1913 auf je 1 000 ha Anbaufläche 141,6 Pferde, 560,3 Stück Rindvieh (darunter 303,9 Kühe), 181,1 Schafe, 836,7 Schweine, 101,6 Ziegen und 2 376,5 Stück Federvieh waren. Ein Vergleich dieser Verhältnisziffern mit denen des Jahres 1921 läßt erkennen, wie stark die Einbuße ist, die die Landeskultur und die Ernährungswirtschaft in Preußen durch den Krieg und die Abtretungen erfahren haben. Es waren im Jahre 1921 auf je 1 000 ha Anbaufläche nicht mehr 560,3 Stück Rindvieh wie im Jahre 1913, sondern nur durchschnittlich 522 Stück, d. h. 38,2 Stück weniger, vorhanden. Die Zahl der Kühe auf je 1 000 ha weist eine Abnahme um fast 20 Stück auf. Die stärkste Verminderung zeigt sich bei den Schweinen: die Verhältnisziffer betrug im Jahre 1921 — 591,7 gegen 836,7 im Jahre 1913, also 245 Schweine auf je 1 000 ha weniger. Das Verhältnis der Pferdezahl zur Anbaufläche zeigt auf den ersten Blick insofern eine Verbesserung, als 1921 auf je 1 000 ha rund 144 gegen 142 Pferde im Jahre 1913, also 2 Pferde mehr, kommen. Diese Zunahme hängt aber nur damit zusammen, daß die Anbaufläche im Jahre 1921 sich gegen 1913 erheblich verringert hat. Bei den Schafen ist die Zahl auf je 1 000 ha Anbaufläche von 181 im Jahre 1913 auf 219 im Jahre 1921, also um 38, gestiegen; desgleichen hat sich die Zahl der Ziegen von 102 auf 144, also um 42, vermehrt. Die

Staat — Provinzen	Zähljahr — Unterschied zwischen den beiden Zähljahren 1921 u. 1913 (Sp. 3 bis 9)	Im Staate bezw. in seinen Provinzen entfielen auf je 1 000 ha*)						
		Pferde	Rindvieh überhaupt	Kühe	Schafe	Schweine	Ziegen	Federvieh [1])
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Staat	1921	143,9	522,1	284,3	219,2	591,7	143,9	2 345,5
	1913	141,6	560,3	303,9	181,1	836,7	101,6	2 376,5
	Unterschied	+ 2,3	− 38,2	− 19,6	+ 38,1	− 245,0	+ 42,3	− 31,0
Provinzen.								
1. Ostpreußen	1921	185,7	425,8	217,9	157,2	403,4	18,6	1 488,7
	1913	191,1	470,6	233,0	124,0	493,4	19,3	1 550,6
	Unterschied	− 5,4	− 44,8	− 15,1	+ 33,2	− 90,0	− 0,7	− 61,9
2. Brandenburg	1921	133,2	392,6	214,2	242,8	479,4	145,0	2 027,4
	1913	125,8	399,3	219,6	212,2	604,4	94,1	2 139,1
	Unterschied	+ 7,4	− 6,7	− 5,4	+ 30,6	− 125,0	+ 50,9	− 111,7
3. Stadt Berlin	1921	2 860,3	1 061,4	934,2	407,7	1 667,8	2 858,1	40 464,0
	1913	3 113,3	1 083,0	986,4	243,2	1 486,6	308,0	20 108,6
	Unterschied	− 253,0	− 21,6	− 52,2	+ 164,5	+ 181,2	+ 2 550,1	+ 20355,4
4. Pommern	1921	126,0	396,0	216,6	376,1	471,1	47,6	1 662,9
	1913	116,6	410,4	233,0	339,5	632,9	41,6	1 562,4
	Unterschied	+ 9,4	− 14,4	− 16,4	+ 36,6	− 161,8	+ 6,0	+ 100,5
5. Grenzm. Posen-Westpr.	1921	111,4	343,4	192,3	245,1	363,1	86,7	1 393,0
	1913	99,6	354,7	195,6	235,4	500,4	77,6	1 406,2
	Unterschied	+ 11,8	− 11,3	− 3,3	+ 9,7	− 137,3	+ 9,1	− 13,2
6. Niederschlesien	1921	129,7	635,3	329,5	111,0	412,6	156,7	2 208,1
	1913	126,1	655,3	354,3	95,2	501,4	82,9	1 671,2
	Unterschied	+ 3,6	− 20,0	− 24,8	+ 15,8	− 88,8	+ 73,8	+ 536,9
7. Oberschlesien	1921	141,4	547,1	323,7	35,8	424,4	203,5	2 052,5
	1913	145,3	629,1	356,4	26,8	578,4	140,6	2 116,4
	Unterschied	− 3,9	− 82,0	− 32,7	+ 9,0	− 154,0	+ 62,9	− 63,9
8. Sachsen	1921	131,6	433,6	225,3	366,6	769,7	240,3	2 772,2
	1913	126,3	467,4	242,2	279,9	897,7	154,9	2 773,7
	Unterschied	+ 5,3	− 33,8	− 16,9	+ 86,7	− 128,0	+ 85,4	− 1,5
9. Schleswig-Holstein	1921	144,9	678,5	320,8	126,7	680,6	42,8	2 154,7
	1913	146,5	765,3	367,9	118,0	1 334,5	37,0	2 301,3
	Unterschied	− 1,6	− 86,8	− 47,1	+ 8,7	− 653,9	+ 5,8	− 146,6
10. Hannover	1921	143,2	612,3	332,0	274,8	896,5	142,0	2 509,4
	1913	132,7	644,3	348,6	207,3	1 578,5	116,2	2 961,0
	Unterschied	+ 10,5	− 32,0	− 16,6	+ 67,5	− 682,0	+ 25,8	− 451,6
11. Westfalen	1921	159,7	630,7	381,6	153,3	936,7	251,3	3 595,8
	1913	144,2	618,0	375,9	108,8	1 272,2	181,5	3 785,2
	Unterschied	+ 15,5	+ 12,7	+ 5,7	+ 44,5	− 335,5	+ 69,8	− 189,4
12. Hessen-Nassau	1921	105,0	631,8	378,1	275,8	677,0	292,9	2 881,8
	1913	105,0	737,4	410,2	180,2	910,0	234,4	2 925,3
	Unterschied	0,0	− 105,6	− 32,1	+ 95,6	− 233,0	+ 58,5	− 43,5
13. Rheinprovinz	1921	132,7	685,1	405,5	102,9	584,7	261,9	3 712,5
	1913	137,1	775,5	442,4	68,0	781,7	184,4	3 645,2
	Unterschied	− 4,4	− 90,4	− 36,9	+ 34,9	− 197,0	+ 77,5	+ 67,3
14. Hohenz. Lande	1921	73,9	721,1	387,1	107,2	377,0	107,1	2 153,2
	1913	75,4	725,1	383,4	55,1	447,7	74,9	2 034,7
	Unterschied	− 1,5	− 4,0	+ 3,7	+ 52,1	− 70,7	+ 32,2	+ 118,5

*) ohne die abgetretenen Landesteile, inbegriffen den Gebietsteil Oberschlesiens, sowie ohne das Saargebiet. Die Anbaufläche betrug 17 640 238 ha im Jahre 1921 und 18 474 149 ha im Jahre 1913. — [1]) Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1912, da 1913 das Federvieh nicht gezählt wurde.

Verhältnisziffer des Geflügels hingegen hat sich von 2 377 auf 2 346, also um 31 Stück auf 1 000 ha, vermindert. Die Zunahme der Schafe und Ziegen hängt teils rechnerisch, wie bei der Zahl der Pferde, mit der Verringerung der Anbaufläche im Jahre 1921, teils damit zusammen, daß die Kleintierzucht vielfach auch außerhalb der Landwirtschaft seit den Notjahren des Krieges fleißig gepflegt wurde, um den dürftigen Lebensunterhalt weiter Volksklassen zu verbessern.

Betrachtet man an der Hand der Tabelle die Verhältnisse in den einzelnen Provinzen, so sieht man, daß die Zahl der für Landwirtschaft und Volksernährung wichtigsten Tiere, wie das Rindvieh und die Schweine, auf je 1 000 ha Anbaufläche sich fast in allen Provinzen sehr stark vermindert hat. In den vorwiegend landwirtschaftlichen Provinzen, wie in Schleswig-Holstein, ist die Rindviehzahl auf 1 000 ha Anbaufläche von 765,3 im Jahre 1913 auf 678,5 im Jahre 1921, also um 87 Stück zurückgegangen; die Zahl der Kühe hat sich hier von 368 auf 321, d. h. um 47 Stück, ver-

mindert. In der Provinz Ostpreußen hat die Rindviehzahl eine Abnahme um 45 Stück auf je 1 000 ha (426 gegen 471); die Kuhzahl ist von 233 auf 218, d. h. um 15, gesunken. Sehr erheblich ist die Abnahme um 106 Stück Rindvieh, darunter 32 Kühe, in Hessen-Nassau, um 82 bezw. 33 in Oberschlesien, um 90 bezw. 37 in der Rheinprovinz und um 32 Stück Rindvieh, darunter 17 Kühe, in der Provinz Hannover. Die Abnahme der Zahl der Schweine auf je 1 000 ha Anbaufläche ist am stärksten in der schweinereichsten Provinz Hannover, wo die Verhältnisziffer von 1 579 im Jahre 1913 auf 897 im Jahre 1921, also um 682 Stück, gesunken ist. Dieser Provinz folgt hinsichtlich der Abnahme der Verhältnisziffer Schleswig-Holstein mit 654 Schweinen, Westfalen mit 336, Hessen-Nassau mit 233, die Rheinprovinz mit 197, Pommern mit 162, Oberschlesien mit 154, Posen-Westpreußen mit 137, Sachsen mit 128 und Brandenburg mit 125, während der Rückgang in den übrigen Provinzen weniger als 100 Schweine auf je 1 000 ha beträgt.

Die Verhältnisziffer der Schafe und Ziegen hat sich zwar in allen Provinzen vermehrt, allein sowohl ihr Gesamtbestand wie auch ihre land- und viehwirtschaftliche Bedeutung sind viel zu gering, als daß ihre Zunahme den starken Rückgang der wichtigsten Viehgattungen aufwiegen könnte.

Der Viehbestand Preußens im Verhältnis zur Einwohnerzahl 1921 und 1913. — Im Anschluß an die Darlegungen im vorstehenden Aufsatz über die Anbaufläche und den Viehbestand in Preußen in den Jahren 1921 und 1913 ist nachfolgend eine Übersicht darüber abgedruckt, wie sich die Zahl der wichtigsten Viehgattungen zu der Bevölkerungsgröße Preußens innerhalb des heutigen Gebietsumfanges in den genannten Vergleichsjahren verhält. Innerhalb dieses Gebietsumfanges Preußens betrug die Bevölkerung im Jahre 1913 36 530 270 Köpfe; 1921 zählte sie 38 013 087 Köpfe.

Der Viehbestand in Preußen betrug:

	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine	Ziegen	Federvieh
1913 .	2 615 000	10 352 000	3 345 000	15 457 000	1 877 000	43 904 000
1921 .	2 539 000	9 209 000	3 866 000	10 437 000	2 539 000	41 375 000.

In der nachfolgenden Tabelle sind diese Viehbestandszahlen in Beziehung zur Einwohnerzahl gesetzt, um zu erkennen, welche Veränderung die tierische Betriebskraft der Landwirtschaft und die Nahrungsquellen der Bevölkerung im Zeitraum 1913 bis 1921 erlitten haben. Die Berechnungen zeigen, daß im Jahre 1913 in Preußen auf je 1 000 Einwohner rund 72 Pferde, 283 Stück Rindvieh, darunter 154 Kühe, 92 Schafe, 423 Schweine, 51 Ziegen und 1 202 Stück Federvieh kamen. Im Jahre 1921 sind diese Verhältnisziffern mit Ausnahme der Schaf- und Ziegenzahl teilweise sehr beträchtlich gesunken, und zwar auf 67 Pferde, 242 Stück Rindvieh (darunter 132 Kühe), 275 Schweine und 1 089 Stück Geflügel. Die Verschlechterung der Verhältnisse drückt sich demnach darin aus, daß 1921 auf je 1 000 Einwohner 5 Pferde, 41 Stück Rindvieh (darunter 22 Kühe), 149 Schweine und 113 Stück Federvieh weniger zur Verfügung stehen als vor dem Kriege. Diese ziffernmäßige Abnahme veranschaulicht aber nicht ganz die in Wirklichkeit entstandene Lücke. Berücksichtigt man, daß das heutige durchschnittliche Gewicht der Tiere und die Milchergiebigkeit der Kühe um 20 bis 30 % niedriger sind als vor dem Kriege, so wird man die aufgeführten Abnahmezahlen, am Bedarf der Bevölkerung gemessen, auf etwa das Dreifache erhöhen müssen.

Infolge der besseren Pflege und Verbreitung der Ziegen- und Schafzucht in den Kriegsjahren zeigt sich, ähnlich wie bei der Beziehung zur Anbaufläche, auch hier eine Zunahme um je 10 Schafe und 15 Ziegen auf je 1 000 Einwohner. Diese Zunahme ist aber gegenüber der Verminderung der Rindvieh- und Schweinezahl schon rein ziffernmäßig gering und besitzt wirtschaftlich eine kaum nennenswerte Bedeutung.

Staat (heutiger Gebietsumfang) — Provinzen	Zähljahr — Unterschied zwischen den beiden Zähljahren 1921 u. 1913 (Sp. 3 bis 9)	Im Staate und in seinen Provinzen entfielen auf je 1 000 Einwohner						
		Pferde	Rindvieh überhaupt	Kühe	Schafe	Schweine	Ziegen	Federvieh
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Staat . .	1921	66,8	242,3	131,9	101,7	274,6	66,8	1 088
	1913	71,6	283,4	153,7	91,6	423,1	51,4	1 201
	Unterschied	− 4,8	− 41,1	− 21,8	+ 10,1	− 148,5	+ 15,4	− 113
Provinzen.								
1. Ostpreußen .	1921	206,5	473,5	242,3	174,8	448,6	20,7	1 655,5
	1913	238,7	587,7	291,1	154,9	616,3	24,1	1 936
	Unterschied	− 32,2	− 114,2	− 48,8	+ 19,9	− 167,7	− 3,4	− 281
2. Brandenburg . . .	1921	109,1	321,6	175,5	198,9	392,7	118,8	1 660
	1913	112,9	358,3	197,0	190,4	542,4	84,5	1 913
	Unterschied	− 3,8	− 36,7	− 21,5	+ 8,5	− 149,7	+ 34,3	− 255
3. Stadt Berlin . .	1921	11,9	4,4	3,9	1,7	6,9	11,8	167
	1913	19,9	6,9	6,3	1,6	9,5	2,0	128
	Unterschied	− 8,0	− 2,5	− 2,4	+ 0,1	− 2,6	+ 9,8	+ 39
4. Pommern	1921	135,4	425,4	232,6	404,0	506,0	51,2	1 786
	1913	141,3	497,1	282,3	411,2	766,7	50,4	1 892
	Unterschied	− 5,9	− 71,7	− 49,7	− 7,2	− 260,7	+ 0,8	− 105
5. Grenzm. Posen-Westpr. . .	1921	139,6	430,4	241,0	307,2	455,0	108,7	1 745
	1913	144,5	514,5	283,8	341,5	725,9	112,5	2 035
	Unterschied	− 4,9	− 84,1	− 42,8	− 34,3	− 270,9	− 3,8	− 289
6. Niederschlesien .	1921	66,9	327,8	170,0	57,3	212,9	80,9	1 139
	1913	70,6	366,5	198,2	53,3	280,5	46,4	934
	Unterschied	− 3,7	− 38,7	− 28,2	+ 4,0	− 67,6	+ 34,5	+ 204
7. Oberschlesien .	1921	64,5	249,7	147,7	16,3	193,7	92,9	936
	1913	69,3	300,1	170,0	12,8	275,9	67,1	1 009
	Unterschied	− 4,8	− 50,4	− 22,3	+ 3,5	− 82,2	+ 25,8	− 72
8. Sachsen .	1921	68,6	226,0	117,4	191,1	401,2	125,3	1 444
	1913	70,9	262,8	136,0	179,8	504,3	87,0	1 558
	Unterschied	− 2,3	− 36,8	− 18,6	+ 11,3	− 103,1	+ 38,3	− 113,1
9. Schleswig-Holstein .	1921	108,7	509,2	240,8	95,1	510,8	32,2	1 617,1
	1913	111,8	584,2	280,8	90,0	1 018,7	28,2	1 756,5
	Unterschied	− 3,1	− 75,0	− 40,0	+ 5,1	− 507,9	+ 4,0	− 139,5
10. Hannover	1921	92,0	393,7	213,5	176,7	576,4	91,3	1 613
	1913	92,3	448,3	242,6	144,3	1 098,4	80,9	2 060
	Unterschied	− 0,3	− 54,6	− 29,1	+ 32,4	− 522,0	+ 10,4	− 447
11. Westfalen	1921	37,0	146,1	88,4	35,5	217,0	58,2	833,1
	1913	39,6	169,6	103,1	29,8	349,1	49,8	1 038
	Unterschied	− 2,6	− 23,5	− 14,7	+ 5,7	− 132,1	+ 8,4	− 205
12. Hessen-Nassau . .	1921	36,4	219,3	131,2	95,7	234,9	101,7	1 000,0
	1913	38,4	269,5	149,9	65,9	332,6	85,7	1 069,1
	Unterschied	− 2,0	− 50,2	− 18,7	+ 29,8	− 97,7	+ 16,0	− 69,1
13. Rheinprovinz .	1921	24,6	127,2	75,3	19,1	108,6	48,6	689,4
	1913	28,6	161,7	92,3	14,2	163,0	38,4	760,1
	Unterschied	− 4,0	− 34,5	− 17,0	+ 4,9	− 54,4	+ 10,2	− 70,7
14. Hohenz. Lande . .	1921	67,5	659,1	353,8	98,0	344,6	97,9	1 968,1
	1913	71,1	683,4	361,4	51,9	421,9	70,6	1 917,9
	Unterschied	− 3,6	− 24,3	− 7,6	+ 46,1	− 77,3	+ 27,3	+ 50,2

Bei den einzelnen Provinzen zeigt sich hinsichtlich der Pferde und des Rindviehs die größte Abnahme in der landwirtschaftlichen Provinz Ostpreußen, wo in der Zeit zwischen 1913 und 1921 die Zahl der Pferde auf je 1 000 Einwohner von 239 auf 207, also um 32 Stück, und die Zahl des Rindviehs von 588 auf 474, d. h. um 114 Stück, sich verringert hat. Im Gebiet der Grenzmark Posen-Westpreußen beträgt die Einbuße auf je 1 000 Einwohner 5 Pferde, 84 Stück Rindvieh, darunter 43 Kühe. Pommern weist eine Abnahme um 6 Pferde, 72 Stück Rindvieh, darunter 50 Kühe, auf. In Schleswig-Holstein beziffert sich der Verlust für je 1 000 Einwohner auf 75 Stück Rindvieh, darunter 40 Kühe, und in der Provinz Hannover beträgt er 55 Stück Rindvieh, darunter 29 Kühe. In den übrigen Provinzen bewegt sich die Abnahme zwischen 25 und 50 Stück Rindvieh.

Neben dieser Verringerung der Rindviehzahl zeigt sich in sämtlichen Provinzen eine erheblich stärkere Abnahme der Verhältnisziffer der Schweine. In erster Reihe steht die Provinz Hannover, die eine der schweinereichsten Provinzen ist, und in der die Zahl der Schweine für je 1 000 Einwohner von 1 098 im Jahre 1913 auf 576 im Jahre 1921, also um fast die Hälfte, gesunken ist. In Schleswig-Holstein stehen für je 1 000 Einwohner nicht mehr 1 019 wie im Jahre 1913, sondern nur 511, d. h. ebenfalls nur die Hälfte, zur Verfügung. Die Abnahme in Posen-Westpreußen beträgt 271 Schweine, in Pommern 261, in Ostpreußen 168, in Brandenburg 150, in Westfalen 132 und in Sachsen 103 Schweine auf je 1 000 Einwohner. Alle übrigen Provinzen weisen an sich eine erhebliche Abnahme der Verhältnisziffer der Schweine auf, sie geht aber nicht, wie in den obengenannten Provinzen, über 100 Stück hinaus.

In bezug auf Schafe und Ziegen zeigt sich in den Provinzen wie auch im Staate eine verhältnismäßig kleine, kaum in Betracht kommende Zunahme. Hingegen weisen fast sämtliche Provinzen eine Verringerung des Geflügels auf: am höchsten ist die Abnahme in Hannover, wo sie für je 1 000 Einwohner 447 Stück beträgt. In der Grenzmark Posen-Westpreußen beziffert sie sich auf 290, in Ostpreußen auf 281 und in Brandenburg auf 259 Stück Federvieh auf je 1 000 Einwohner.

Das vorläufige Ergebnis der Schweinezählung in Preußen vom 1. Juni 1922. — Am 1. Juni d. J. hat in Preußen (ohne das Saargebiet) von Staats wegen eine Schweinezählung stattgefunden. In dem an Polen inzwischen abgetretenen Gebietsteil Oberschlesiens konnte die Zählung nur an wenigen Orten durchgeführt werden. Das nachstehend veröffentlichte, vorläufige Gesamtergebnis für die Regierungsbezirke, Provinzen und den Staat bezieht sich sonach auf den heutigen Gebietsumfang Preußens ohne das Saargebiet und ohne die an Polen übergebenen Teile Oberschlesiens und beruht auf den Kreisergebnissen, soweit diese bis jetzt vorliegen.

Der Schweinebestand im ganzen Staat beträgt rund 8 700 000 Schweine, hat also im Vergleich zum 1. Dezember 1921 um rund 1 750 000 Stück abgenommen. Diese Verminderung ist beträchtlich; sie erklärt sich durch den starken Rückgang der schlachtreifen, über 1/2 Jahr alten Schweine von rund 3,2 Mill. auf 1,4 Mill., sodann durch den Rückgang der Ferkel um rund 125 000 Stück.

Die Abnahme ist also in erster Linie auf Schlachtungen zurückzuführen, die in der Zwischenzeit sehr zahlreich waren. Wie aus den in den vorausgegangenen Nummern der „Statistischen Korrespondenz“[1]) veröffentlichten Ergebnissen der Trichinenschau zu ersehen ist, sind allein in den Monaten Dezember, Januar, Februar und März des laufenden Wirtschaftsjahres rund 3 800 000 Schweine der Trichinenschau unterworfen worden, während es in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres nur 3 300 000 Stück, also 500 000 weniger waren.

An Zuchtsauen sind diesmal rund 900 000 Stück und an Ebern 55 000 Stück gegen 905 000 Sauen und 61 000 Eber im Dezember 1921 ermittelt worden, während sich in früheren Jahren eine Zunahme gezeigt hatte. Die Verminderung um je 6 000 Zuchtsauen und Zuchteber deutet auf die Möglichkeit hin, daß auch der Bestand dieser Zuchttiere durch die Schlachtungen in der Zwischenzeit nicht ganz unberührt geblieben ist.

Der Rückgang der Zahl der schlachtreifen Schweine in der Zeit vom Dezember bis Juni ist an sich nichts Ungewöhnliches; immerhin ist er im Verhältnis zur Zahl der vorhandenen Tiere diesmal auffallend groß. Bedenklich erscheint es, daß der an sich schon bedeutenden Verminderung nicht wie in früheren Jahren ein verstärkter Nachwuchs gegenübersteht; denn die Zahl der unter 1/2 Jahr alten Schweine hat insgesamt nur um rund 60 000 zugenommen, was aber nur auf die Vermehrung der Läufer um 185 000 Stück zurückzuführen ist, während die Ferkelzahl, wie oben erwähnt, sich sogar nicht unerheblich vermindert hat. Allerdings ist anzunehmen, daß die Zahl der Ferkel bei der Zählung nicht ganz vollständig erfaßt worden ist. Doch erklärt dies den Rückgang nur zum Teil. Es scheint vielmehr, als wenn die Furcht vor Futtermangel, vielleicht auch die ungünstige Witterung und die Schwierigkeit des Ferkelabsatzes deren Vermehrung hintangehalten hat. Inwieweit für eine starke Ferkelaufzucht genügende Futtermengen vorhanden sein werden, läßt sich noch nicht übersehen.

[1]) „Statistische Korrespondenz“, Jahrgang 47, Nr. 7 und 19 und Jahrgang 48, Nr. 8 und 19.

Staat	Zeit der Zählung	Haushaltungen mit Schweinen	Unter 1/2 Jahr alte Schweine			1/2 bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine				1 Jahr alte und ältere Schweine				Überhaupt
			Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht 1/2 Jahr alte Schweine	zusammen	Zuchteber	Zuchtsauen	Die übrigen Schweine	zusammen	Zuchteber	Zuchtsauen	Die übrigen Schweine	zusammen	
1	1a	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Staat[1])	1. 6. 22	**2 705 590**	**1 809 590**	**4 494 225**	**6 303 815**	**27 433**	**339 495**	**1 284 204**	**1 651 132**	**27 459**	**559 614**	**141 092**	**728 165**	**8 683 112**
	[2]) 1.12.21		*1 934 223*	*4 309 705*	*6 243 928*	*36 280*	*334 323*	*2 299 984*	*2 670 587*	*24 919*	*570 942*	*928 646*	*1 524 507*	*10 439 022*
1. 6. 22 gegen 1.12.21 mehr (+) oder weniger (—)		.	—124 633	+184 520	+ 59 887	—8 847	+ 5 172	—1 015 780	—1 019 455	+2 540	— 11 328	—787 554	—796 342	-1 755 910
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	— 6,44	+ 4,28	+ 0,96	— 24,39	+ 1,55	— 44,16	— 38,17	+ 10,19	— 1,98	— 84,81	— 52,24	— 16,82
	1. 6. 14	2 519 910	.	.	10 115 717	37 797	480 906	3 323 223	3 841 926	36 927	1 039 563	231 157	1 307 647	15 265 290
1. 6. 22 gegen 1. 6. 14 mehr (+) oder weniger (—)		+185 680	.	.	-3 811 902	-10 364	—141 411	—2 039 019	—2 190 794	—9 468	—479 949	— 90 065	—579 482	-6 582 178
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 6,86	.	.	— 37,68	— 27,42	— 29,41	— 61,36	— 57,02	— 25,64	— 46,17	— 38,96	— 44,31	— 43,12

[1]) Es fehlen noch die Ergebnisse aus 6 Kreisen (Rügen, Landkreis Breslau, Rybnick, Tost Gleiwitz, Landkreis Celle und Ahrweiler), für die die Zahlen der Dezemberzählung 1921 eingesetzt sind, jedoch ohne die Zahl der Haushaltungen mit Schweinen, die im Dezember 1921 nicht ermittelt worden sind. In den an Polen abgetretenen Gebietsteilen Oberschlesiens konnte die Zählung nur in einzelnen Gemeinden und unvollständig ausgeführt werden. Diese Zahlen, die sich auf nur 9 343 Stück belaufen, sind hier nicht aufgenommen worden. — [2]) vervollständigtes Ergebnis. Die Haushaltungen mit Schweinen sind bei dieser Zählung nicht ermittelt.

Provinzen — Regierungsbezirke	Haushaltungen mit Schweinen	Unter 1/2 Jahr alte Schweine			1/2 bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine				1 Jahr alte und ältere Schweine				Gesamtzahl der Schweine (Spalten 5, 9 u. 13)
		Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht 1/2 Jahr alte Schweine	zusammen	Zuchteber	Zuchtsauen	Die übrigen Schweine	zusammen	Zuchteber	Zuchtsauen	Die übrigen Schweine	zusammen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
B. Provinzen:													
1. Ostpreußen	250 134	211 146	352 884	564 030	5 647	48 173	134 771	188 591	4 687	59 977	20 977	85 641	838 262
2. Brandenburg	256 298	123 729	369 662	493 391	2 543	31 391	197 044	230 978	2 454	41 352	18 225	62 031	786 400
3. Stadt Berlin	7 225	1 995	11 604	13 599	32	345	5 946	6 323	33	385	3 407	3 825	23 747
4. Pommern[1]	193 341	177 692	373 903	551 595	2 713	28 553	135 300	166 566	2 896	50 431	16 333	69 660	787 821
5. Grenzm. Posen-Westpr.	37 926	25 933	59 931	85 864	420	5 013	18 190	23 623	432	7 927	2 000	10 359	119 846
6. Niederschlesien[1]	186 150	109 816	309 006	418 822	2 125	19 592	73 497	95 214	2 317	26 754	9 241	38 312	552 348
7. Oberschlesien[1]	80 224	53 652	116 865	170 517	701	10 497	23 127	34 325	622	15 069	2 940	18 631	223 473
8. Sachsen	359 076	182 780	583 999	766 779	3 138	35 955	199 286	238 379	3 573	61 054	13 901	78 528	1 083 686
9. Schleswig-Holstein	131 857	152 871	309 466	462 337	1 564	22 843	67 179	91 586	1 552	39 441	6 215	47 208	601 131
10. Hannover[1] [2]	362 937	401 821	717 697	1 119 518	2 979	60 680	175 735	239 394	3 773	146 700	19 683	170 156	1 529 068
11. Westfalen	339 866	172 135	602 531	774 666	2 152	36 245	98 397	136 794	1 961	56 321	11 148	69 430	980 890
12. Hessen-Nassau	185 226	73 899	272 197	346 096	1 328	16 547	72 844	90 719	1 350	24 405	6 240	31 995	468 810
13. Rheinprovinz[1]	306 615	118 713	401 992	520 705	2 052	23 180	81 637	106 869	1 781	28 790	10 660	41 231	668 805
14. Hohenzollernsche Lande	8 715	3 408	12 488	15 896	39	481	1 251	1 771	28	1 008	122	1 158	18 825
C. Regierungsbezirke:													
1. Königsberg	93 798	78 498	127 428	205 926	1 831	17 749	58 418	77 998	1 878	21 931	9 202	33 011	316 935
2. Gumbinnen	72 384	68 868	113 993	182 861	2 254	16 047	35 328	53 629	1 500	17 994	4 410	23 904	260 394
3. Allenstein	59 150	40 300	71 421	111 721	945	8 901	19 971	29 817	800	12 350	3 801	16 951	158 489
4. Marienwerder	24 802	23 480	40 042	63 522	617	5 476	21 054	27 147	509	7 702	3 564	11 775	102 444
5. Potsdam	129 145	57 906	180 855	238 761	1 450	15 456	124 293	141 199	1 268	18 928	11 266	31 462	411 422
6. Frankfurt	127 153	65 823	188 807	254 630	1 093	15 935	72 751	89 779	1 186	22 424	6 959	30 569	374 978
7. Berlin	7 225	1 995	11 604	13 599	32	345	5 946	6 323	33	385	3 407	3 825	23 747
8. Stettin	91 734	62 939	158 274	221 213	1 051	13 482	70 304	84 837	1 096	19 310	7 091	27 497	333 547
9. Köslin	80 690	89 129	165 481	254 610	932	11 044	45 602	57 578	1 006	20 835	4 950	26 791	338 979
10. Stralsund[1]	20 917	25 624	50 148	75 772	730	4 027	19 394	24 151	794	10 286	4 292	15 372	115 295
11. Schneidemühl	37 926	25 933	59 931	85 864	420	5 013	18 190	23 623	432	7 927	2 000	10 359	119 846
12. Breslau[1]	105 226	65 905	179 787	245 692	1 360	10 953	46 486	58 799	1 379	16 107	6 431	23 917	328 408
13. Liegnitz	80 924	43 911	129 219	173 130	765	8 639	27 011	36 415	938	10 647	2 810	14 395	223 940
14. Oppeln[1]	80 224	53 652	116 865	170 517	701	10 497	23 127	34 325	622	15 069	2 940	18 631	223 473
15. Magdeburg	145 840	81 782	234 630	316 412	1 217	16 060	104 580	121 857	1 467	33 148	6 542	41 157	479 426
16. Merseburg	159 296	73 169	265 905	339 074	1 581	15 058	78 106	94 745	1 765	22 181	6 120	30 066	463 885
17. Erfurt	53 940	27 829	83 464	111 293	340	4 837	16 600	21 777	341	5 725	1 239	7 305	140 375
18. Schleswig	131 857	152 871	309 466	462 337	1 564	22 843	67 179	91 586	1 552	39 441	6 215	47 208	601 131
19. Hannover[1] [2]	69 138	103 044	140 828	243 872	454	11 417	31 048	42 919	582	37 099	2 764	40 445	327 236
20. Hildesheim	83 394	35 952	138 269	174 221	437	6 194	51 571	58 202	662	14 461	2 777	17 900	250 323
21. Lüneburg[1]	66 288	88 839	184 414	273 253	956	11 880	49 862	62 698	1 264	38 186	7 373	46 823	382 774
22. Stade	59 696	77 980	122 880	200 860	440	11 814	21 672	33 926	533	22 455	3 289	26 277	261 063
23. Osnabrück	52 261	70 519	92 508	163 027	551	14 470	15 882	30 903	572	31 654	2 372	34 598	228 528
24. Aurich	32 160	25 487	38 798	64 285	141	4 905	5 700	10 746	160	2 845	1 108	4 113	79 144
25. Münster	108 085	64 894	201 988	266 882	1 054	17 539	30 497	49 090	734	18 119	3 789	22 642	338 614
26. Minden	97 675	74 043	185 311	259 354	582	14 546	36 157	51 285	662	29 426	4 966	35 054	345 693
27. Arnsberg	134 106	33 198	215 232	248 430	516	4 160	31 743	36 419	565	8 776	2 393	11 734	296 583
28. Cassel	117 885	49 890	191 149	241 039	991	9 955	57 268	68 214	1 039	18 240	4 689	23 968	333 221
29. Wiesbaden	67 341	24 009	81 048	105 057	337	6 592	15 576	22 505	311	6 165	1 551	8 027	135 589
30. Coblenz[1]	59 944	15 922	68 100	84 022	166	3 021	15 419	18 606	151	3 652	1 721	5 524	108 152
31. Düsseldorf	111 130	47 741	168 284	216 025	1 121	10 554	39 156	50 831	899	11 222	5 111	17 232	284 088
32. Köln	53 998	16 573	61 380	77 953	315	2 324	7 899	10 538	332	2 746	1 362	4 440	92 931
33. Trier	43 150	22 397	59 787	82 184	191	4 093	13 113	17 397	205	9 022	1 711	10 938	110 519
34. Aachen	38 393	16 080	44 441	60 521	259	3 188	6 050	9 497	194	2 148	755	3 097	73 115
35. Sigmaringen	8 715	3 408	12 488	15 896	39	481	1 251	1 771	28	1 008	122	1 158	18 825

[1]) Vergl. die Anmerkung 1 auf Seite 57. — [2]) mit Einschluß des durch Gesetz vom 24. März 1922 mit Preußen vereinigten Kreises Pyrmont.

Die allgemeinen Heilanstalten Preußens im Jahre 1920. — Im Berichtsjahre waren in Preußen (ohne Saargebiet) 2 218 Heilanstalten vorhanden; es hat demnach gegen das Jahr 1919, in dem es nur 2 185 derartige Anstalten gab, eine Zunahme um 33 Anstalten stattgefunden. Dementsprechend ist auch die Zahl der Betten von 197 886 im Jahre 1919 auf 203 939 im Jahre 1920 gestiegen. Auf 10 000 Einwohner kamen im Berichtsjahre 55,01 (1919 53,37) Betten. Ihre Zunahme (6 053) dürfte nicht nur der erwähnten Vermehrung der Anstalten zuzuschreiben sein, sondern es haben auch die in und nach der Kriegszeit getroffenen Maßnahmen, durch bauliche Erweiterungen und vor allem durch bessere Raumausnutzung bereits bestehender Anstalten eine Vermehrung der Lagerstellen herbeizuführen, sicher zur Vergrößerung der Bettenzahl in vielen Anstalten mitgewirkt. Verpflegt wurden 1 758 615 (1 586 467) Personen; davon gehörten 870 829 (754 070) dem männlichen, 887 786 (832 397) dem weiblichen Geschlecht an. Die Summe der Verpflegungstage betrug 50 999 686 (48 156 874). Auf 10 000 Einwohner kamen 474,30 (427,90), auf ein Bett 8,62 (8,02) Verpflegte

und auf einen Verpflegten je 29,00 (30,35) Verpflegungstage. Gestorben sind in den allgemeinen Heilanstalten 103 193 (102 908) Personen; auf 100 Verpflegte kommen 5,87 (6,49) Gestorbene. Das Nachlassen der Sterblichkeit ist in erster Linie wohl auf die Sterblichkeitsabnahme bei Grippe-Lungenentzündung sowie bei Tuberkulose zurückzuführen. Vielleicht haben auch infolge der Erweiterung der Kassenpflicht sowie unter dem Druck der Wohnungsnot im Durchschnitt mehr Leichtererkrankte als 1919 die Heilanstalten aufgesucht und haben damit die Zahl der Verpflegten einerseits vermehrt, andererseits die Sterblichkeit und die Zahl der Verpflegungstage für den einzelnen herabgedrückt.

Die Zahl, Größe und Belegung der allgemeinen Heilanstalten, geordnet nach den einzelnen Regierungsbezirken, ist bereits im Statistischen Jahrbuch für den Freistaat Preußen, 18. Band, Seite 234 veröffentlicht; die Anführung dieser Zahlen erübrigt sich daher an dieser Stelle. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß in den dort angegebenen Zahlen für das Jahr 1919 das Saargebiet noch miteinbegriffen ist.

Zahl und Unterhaltungskosten der höheren Lehranstalten für die weibliche Jugend am 1. Februar 1921. — Im 61. Jahrgang der Zeitschrift 1921 Seite 29* sind Mitteilungen über die Zahl und die Unterhaltungskosten der höheren Lehranstalten für die weibliche Jugend nach dem Stande vom 1. Februar 1920 gemacht worden. Eine neue Erhebung, die den Stand am 1. Februar 1921 zugrunde legt, läßt einen fast völligen Stillstand erkennen.

Die Gesamtzahl der höheren Lehranstalten für die weibliche Jugend war am 1. Februar 1921 im ganzen nur um 1 größer als im Vorjahre, betrug also insgesamt 507. Von diesen waren 5 (im Vorjahre 4) Staatsanstalten, 284 (im Vorjahre 278) Gemeindeanstalten, 6 (im Vorjahre 7) Stiftungsanstalten und 212 (im Vorjahre 217) Privatanstalten. Die Zahl der Stiftungs- und Privatinstitute ist hiernach um insgesamt 6 zurückgegangen, ein Ausfall, der aber durch die Vermehrung der Staatsanstalten (um 1) und der Gemeindeanstalten (um 6) noch wieder ausgeglichen ist.

Zugenommen hat die Zahl der höheren Mädchenschulen in den Provinzen Niederschlesien (um 2), Sachsen (um 2), Westfalen (um 2), Hessen-Nassau (um 2); zurückgegangen ist sie in Ostpreußen (um 1), in Groß-Berlin (um 3), in Brandenburg (um 1), in Schleswig-Holstein (um 1) und in der Rheinprovinz (um 1).

Die Zahl der Lyzeen ist im Laufe des Jahres von 468 auf 473 gestiegen, die Zahl der Oberlyzeen dagegen von 316 auf 315 zurückgegangen. Dieser Rückgang entfällt allerdings nur auf die Anstalten mit wissenschaftlichen Klassen (— 3) und diejenigen mit Seminarklassen (—5), während die Zahl der Frauenschulen von 96 auf 103 gestiegen ist. Trotzdem wäre es übereilt, aus dem Vergleiche der Zahlen nur zweier Jahre hier den Schluß zu ziehen, daß die Oberlyzeen mehr als bisher aus dem Dienste der wissenschaftlichen Ausbildung in den der Vorbereitung für die Ehe überträten. Bei der Geringfügigkeit der hier festgestellten Verschiebung muß mit der Möglichkeit zufälliger Einflüsse noch so lange gerechnet werden, als nicht kommende Ermittlungsergebnisse eine fortschreitende Tendenz erkennen lassen. Die Studienanstalten aller Richtungen haben eine Vermehrung erfahren; diejenigen der gymnasialen Richtung von 2 auf 3, diejenigen der realgymnasialen Richtung von 40 auf 44, diejenigen der Oberrealschulrichtung von 7 auf 10.

Sehr wesentlich anders als im Vorjahre sieht das Bild der finanziellen Verhältnisse aus. Während der Staat im Vorjahre für die Staatsanstalten insgesamt 438 960 ℳ an Unterhaltungskosten gezahlt hat, beliefen sich seine Aufwendungen nach dem Stande vom 1. Februar 1921 auf 2 814 573 ℳ, also rund das siebenfache. Sehr nennenswert gestiegen sind auch die staatlichen Zuwendungen an die Privatanstalten (nämlich von 726 384 ℳ auf 1 818 336 ℳ). Der Staat hat hiernach den Privatanstalten höhere Zuwendungen zukommen lassen als den Gemeindeanstalten (diesen 1 581 674 ℳ), während im Vorjahre seine Leistungen für diese fast doppelt so groß waren wie die für die Privatanstalten. Die Staatsbeiträge an Stiftungsanstalten haben sich auf mehr als den vierfachen Betrag (von 36 684 ℳ auf 166 316 ℳ) erhöht. Die Zuschüsse der Gemeinden für staatliche Schulen haben mit 4 330 ℳ sich auf dem Stande des Vorjahres gehalten. Ihre Zuwendungen an Stiftungsanstalten sind dagegen von 9 400 ℳ auf 115 416 ℳ, und diejenigen an Privatanstalten von 1 968 472 ℳ auf 6 815 107 ℳ gestiegen. Eine gewaltige Erhöhung weisen die Aufwendungen der Gemeinden für ihre eigenen Anstalten auf. Sie betrugen nach dem Stande vom 1. Februar 1921 75 478 099 ℳ, im Vorjahre dagegen nur 22 366 008 ℳ.

Aus Schulgeld flossen den Staatsanstalten 844 781 ℳ gegenüber 382 202 ℳ im Vorjahre, den Gemeindeanstalten 41 118 762 ℳ gegenüber 19 173 771 ℳ im Vorjahre zu. Trotz dieser Steigerung decken die Einnahmen aus dem Schulgelde heute einen noch bedeutend geringeren Bruchteil der Unterhaltungskosten, als es vordem der Fall gewesen ist.

Aus allem erhellt, daß die finanziellen Verschiebungen ein zutreffendes Bild der tatsächlichen Entwicklung unter dem Einflusse der inflatorischen Preisgestaltung heute nicht mehr zu geben vermögen. Einzelheiten enthält die Tabelle:

Die höheren Mädchenschulen nach Provinzen.

Provinzen	Staats-	Gemeinde-	Stiftungs-	Privat-	Zusammen
	Anstalten				
Ostpreußen	—	15	—	10	25
Groß-Berlin	3	49	1	24	77
Brandenburg ohne die Vororte Berlin	—	19	2	4	25
Pommern	—	13	—	3	16
Grenzmark Posen-Westpreußen	—	1	—	—	1
Niederschlesien	—	16	—	22	38
Oberschlesien	—	8	—	9	17
Sachsen	1	27	1	9	38
Schleswig-Holstein	—	13	—	3	16
Hannover	—	23	—	13	36
Westfalen	—	32	1	27	60
Hessen-Nassau	—	19	—	21	40
Rheinprovinz	1	49	1	67	118
Staat	5	284	6	212	507

Zur Entwicklung des Taubstummen-Schulwesens in Preußen 1902—1920. 1. Anstalten und Schüler. — Während vor dem Jahre 1902 die schulpflichtigen taubstummen Kinder nur lückenhaft bei den allgemeinen Volkszählungen ermittelt werden konnten, ist seit diesem Jahre eine fortlaufende Statistik durchgeführt worden, die auf Grund jährlicher Berichte der einzelnen Anstalten zu viel genaueren Ergebnissen führte. (S. nachst. Tabelle) Die Zahlen des ersten Jahres dieser Statistik (1902) leiden noch an einer gewissen Unvollkommenheit; es sind nur 45 Anstalten erfaßt; außerdem sind die Schüler nicht nach dem Geschlecht getrennt. Infolgedessen ist erst das Jahr 1903 als Ausgangspunkt dieser Betrachtung gewählt.

Die Taubstummenanstalten und Schulen sind zum größten Teil (drei Viertel) im Besitz der Provinzialverbände. In den Rest teilen sich private Wohltätigkeitsvereine, Bezirksverbände, Städte und Staat, in dessen Besitz sich nur eine Anstalt (Berlin) befindet. Da

die Schüler aus allen Teilen der einzelnen Provinzen stammen, ist zwecks ihrer Unterbringung mit den Schulen gewöhnlich ein Internat oder Externat oder auch beides zusammen verbunden. Im Internat haben die Schüler Wohnung und Kost in der Anstalt selbst, im Externat sind sie außerhalb derselben in Privatpflege untergebracht. Wohl fast alle Anstalten nehmen außerdem noch „Schulgänger" auf, d. h. taubstumme Kinder, deren Eltern am Schulorte selbst oder in der Nähe ansässig sind. Die Berliner städt. Taubstummen-Schule hat nur Schulgänger. Die Zahl der Anstalten betrug im Jahre 1903 48 und blieb bis zum Jahre 1916 unverändert. Erst 1917 fehlt eine Anstalt (Euskirchen, zum Lazarett umgewandelt). Im Jahre 1919/20 fiel die Zahl der Anstalten auf 44, da zwar Euskirchen wieder eröffnet wurde, drei Anstalten aber (Danzig, Posen und Bromberg) durch den Friedensschluß verlorengingen und die Provinzial-Taubstummen-Anstalt Marienburg seit 1919 an der Statistik nicht mehr beteiligt ist, weil sie durch die Abtretung von Danzig und fast ganz Westpreußen den größten Teil ihrer Schüler verloren hat.

Die Zahl der Schüler, die im Jahre 1913 in den Anstalten unterrichtet wurden, betrug 4 227 (2 339 m., 1 888 w.). Im Jahre 1914 war ihre Zahl auf 5 467 gestiegen, um 1915 bis auf 4 959 zu fallen; 1916 und 1917 nahm sie wieder etwas zu, ging aber 1918 auf 4 814 zurück, um 1919 weiterhin auf 4 087 und 1920 auf 3 976 zu sinken. Die plötzliche Verringerung der Schülerzahl im Jahre 1915 ist eine Folge des Krieges. Verschiedene Anstalten wurden als Lazarette in Anspruch genommen; männliche Lehrer wurden zum Heeresdienst eingezogen. Infolgedessen mußte eine ganze Anzahl von Schülern beurlaubt werden. Neuaufnahmen wurden eingeschränkt oder unterblieben ganz. Diese Maßnahmen wurden im Laufe des Krieges teilweise beibehalten, sodaß die Abnahme der Schülerzahl während des Krieges sich hieraus ohne weiteres erklären läßt. Nicht so einfach erklärbar aber ist das weitere scharfe Absinken um rund 750 Schüler im Jahre 1919, denn die Zahl der Schüler an den durch Gebietsabtretungen verlorenen Anstalten betrug höchstens 400. — Von den 4 227 Schülern des Jahres 1903 waren 1 209 Interne, 2 433 Externe und 585 Schulgänger. Im Jahre 1914 standen sich 1 484 Interne, 3 107 Externe und 876 Schulgänger gegenüber, sodaß das Verhältnis bis auf eine kleine Vermehrung der Schulgänger im großen und ganzen das gleiche blieb. Im Jahre 1920 waren 1 313 Interne, aber nur noch 1 853 Externe vorhanden, während die Schulgänger 810 Köpfe zählten. Die Zahl der Externen ist danach besonders auffällig zurückgegangen. Dieser Vorgang dürfte wohl mit der ungeheuren Preissteigerung und der Wohnungsnot in ursächlichem Zusammenhang stehen, Umstände, die die Aufnahme von Taubstummen in Wohnung und Kost privater Haushaltungen vielfach unmöglich machten. So mußten mehr und mehr Schüler in das Internat aufgenommen werden, was um so eher möglich war, als die gewöhnlich früher besetzten Stellen der Internen nur einen Teil der tatsächlich vorhandenen ausmachten. Bemerkenswert ist das Verhältnis in der Beteiligung der Geschlechter, da sich Knaben zu Mädchen wie etwa 5 : 4 verhalten. Zwar ist auch sonst bei normalen Schulkindern die Zahl der Mädchen geringer, jedoch bei weitem nicht in gleichem Grade wie bei den Taubstummen. Diese Erscheinung ist dadurch zu erklären, daß es tatsächlich mehr Taubstumme männlichen als weiblichen Geschlechts gibt. Bei der Volkszählung von 1905 wurden z. B. 9,8 männliche, aber nur 8,2 weibliche Taubstumme auf 10 000 Lebende festgestellt. Die Ursache dafür ist in der größeren Veranlagung der Knaben zu Erkrankungen des Ohres, besonders nach akuten Gehirnerkrankungen und Scharlach, zu suchen, die zu erworbener Taubstummheit führt, während angeborene Taubstummheit, die aber keine erhebliche Rolle spielt, bei den Mädchen häufiger beobachtet wird.

Im Laufe der nächsten Jahre dürfte eine erhebliche Abnahme von Schülern der Taubstummenanstalten zu erwarten sein, wenn nämlich die infolge des Geburtenrückganges schwach besetzten Altersklassen aus den Jahren 1915—19 das schulpflichtige Alter erreichen werden.

Jahr	Anstalten	Im Internat		Im Externat		Schulgänger		Zusammen
		m.	w.	m.	w.	m.	w.	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1902 . .	45	1 127		2 286		681		4 094
1903 . .	48	660	549	1 365	1 068	314	271	4 227
1904 . .	48	631	568	1 376	1 104	338	297	4 314
1905 . .	48	631	555	1 419	1 132	320	302	4 359
1906 . .	48	687	581	1 402	1 094	309	316	4 389
1907 . .	48	706	608	1 421	1 085	336	335	4 491
1908 . .	48	720	620	1 469	1 134	347	343	4 633
1909 . .	48	746	645	1 474	1 142	350	328	4 683
1910 . .	48	739	638	1 553	1 212	369	328	4 839
1911 . .	48	764	660	1 615	1 268	378	365	5 050
1912 . .	48	789	670	1 654	1 330	411	369	5 223
1913 . .	48	788	690	1 753	1 363	449	384	5 427
1914 . .	48	789	695	1 723	1 384	469	407	5 467
1915 . .	48	521	464	1 727	1 383	459	405	4 959
1916 . .	48	558	501	1 701	1 372	455	404	4 991
1917 . .	47	725	514	1 536	1 333	480	415	5 003
1918 . .	47	797	533	1 384	1 212	484	404	4 814
1919 . .	44	648	553	1 176	928	417	365	4 087
1920 . .	44	691	622	1 056	797	421	389	3 976

2. Lehr- und Aufsichtspersonal. Wie aus der nachstehenden Übersicht hervorgeht, ist die Zahl des Lehr- und Aufsichtspersonals der preuß. Taubstummenanstalten, von einem kleinen Rückschlag in den Jahren 1907—09 abgesehen, stetig von 528 Personen im Jahre 1903 auf 660 bis 1914 angewachsen. In den Kriegsjahren ging ihre Zahl wieder zurück (Einziehung zum Heeresdienst), sodaß 1918 nur noch 633 Lehr- und Aufsichtspersonen vorhanden waren. Infolge der Gebietsabtretungen sank die Zahl im Jahre 1919 auf 564 und verringerte sich weiterhin 1920 auf 557. Im Laufe der Jahre zeigt sich eine zunehmende Einstellung weiblicher Kräfte, ein Vorgang, der durch die Einwirkungen des Krieges naturgemäß noch gefördert wurde, da die Lücken der männlichen Personen durch weibliche Lehrer usw. gefüllt werden mußten. Ist das Zahlenverhältnis der männlichen und weiblichen Lehr- und Aufsichtspersonen im Jahre 1903 etwa 5,3 : 1, so stellt es sich 1914 bereits auf 4,2 : 1 und fällt 1920 gar auf 2,8 : 1. In seiner Zusammensetzung hat das Lehrpersonal, das sich in ordentliche Lehrer, Hilfslehrer, technische Lehrer und Aufseher gliedert, ebenfalls gewisse Veränderungen erfahren. Den männlichen ordentlichen Lehrern, die 1903 und 1920 an Zahl fast gleich sind, steht eine fast dreifache Zunahme der weiblichen gegenüber. Die männlichen Hilfslehrer, die bis 1913 eine starke Zunahme aufwiesen, sind seitdem an Zahl sehr erheblich zurückgegangen, die weiblichen weit weniger.

Jahr	Anstalten	Ordentliche Lehrer		Hilfslehrer		Technische Lehrer		Aufseher		Zusammen
		m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1902 . . .	45	377	27	29	9	12	41	8	7	510
1903 . . .	48	387	31	33	8	15	39	9	6	528
1904 . . .	48	390	33	38	10	11	44	8	6	540
1905 . . .	48	387	34	46	11	10	44	8	5	545
1906 . . .	48	405	31	43	19	10	44	10	7	569
1907 . . .	48	397	35	42	22	8	40	9	13	566
1908 . . .	48	399	38	33	19	7	37	9	8	550
1909 . . .	48	404	43	36	18	7	41	10	9	568
1910 . . .	48	413	45	51	18	7	41	11	9	595
1911 . . .	48	417	50	62	20	5	37	12	9	612
1912 . . .	48	423	55	71	16	7	40	13	9	634
1913 . . .	48	443	54	70	21	3	42	14	10	657
1914 . . .	48	461	59	56	17	3	40	13	11	660
1915 . . .	48	448	65	41	28	3	40	13	11	649
1916 . . .	48	446	70	30	25	3	41	14	11	640
1917 . . .	47	439	81	28	24	4	41	15	14	646
1918 . . .	47	437	88	24	16	3	38	13	14	633
1919 . . .	44	395	88	15	7	1	32	11	15	564
1920 . .	44	390	86	11	11	2	32	9	16	557

Die männlichen technischen Lehrer sind fast ganz verschwunden, während die Zahl der weiblichen nur wenig geringer geworden ist. Beim Aufsichtspersonal haben lediglich die Frauen zugenommen. So tritt auch hier, wie in vielen anderen Berufsarten, ein immer stärkeres Eindringen des weiblichen Geschlechts in Stellungen, die früher fast ausschließlich von Männern besetzt waren, deutlich hervor. —

Die Gemeindesteuern der preußischen Städte und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1919. — Im 61. Jahrgang der Zeitschrift 1921 Seite 70* und auf Seite 29* dieses Jahrgangs ist das Prinzipalsoll der direkten Steuern, soweit es der Gemeindebesteuerung für das Rechnungsjahr 1919 zugrunde gelegen hat, für sämtliche Städte nach Provinzen bezw. für sämtliche Städte und Landgemeinden nach Gemeindegrößenklassen geordnet, nachgewiesen worden. Im Anschluß an diese beiden Artikel behandelt Seite 35* bis 36* des laufenden Jahrgangs das berichtigte Soll der direkten Gemeindesteuern sämtlicher preußischen Gemeinden im Rechnungsjahre 1919. Die folgende Untersuchung erstreckt sich für dieselben Gemeinden auf das berichtigte Sollaufkommen sämtlicher Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1919. In der umstehend abgedruckten Übersicht ist das nach ihren Hauptarten gegliederte Sollaufkommen der Gemeindesteuern nach dem Stande vom 31. März 1920 auf die provinzweise zusammengefaßten Städte und Landgemeinden verteilt worden.

Danach belief sich das berichtigte Soll der Gemeindesteuern sämtlicher preußischen Städte und Landgemeinden für das Rechnungsjahr 1919 nach dem Stande vom 31. März 1920 auf 3 643,6 Mill. *M*, wovon 2 859,3 Mill. *M* auf die Städte und 784,3 Mill. *M* auf die Landgemeinden entfielen. Entsprechende Angaben liegen nur für das Rechnungsjahr 1911 vor, da für die dazwischen liegenden Jahre die Gemeindesteuererhebungen in Preußen sich nur auf die Städte und die größeren Landgemeinden erstreckten. Ausschließlich des an Polen, die Tschecho-Slowakei, Dänemark und Belgien abgetretenen sowie des zum Freistaat Danzig gehörigen Gebiets und ausschließlich der im Memel- und Saargebiet gelegenen Gemeinden betrugen sämtliche Gemeindesteuern im Rechnungsjahre 1911 nur 840,9 Mill. *M*. Der Gemeindesteuerertrag hat sich demnach in den preußischen Gemeinden im Zeitraume 1911/19 mehr als vervierfacht; dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Kaufkraft der Mark Ende März bis Anfang April 1920 nach der Lebenshaltungsindexziffer des Statistischen Reichsamts im Inlande nur 1/7 bis 1/8 Goldmark betrug. An der Steigerung sind sämtliche Steuerarten beteiligt, mit Ausnahme der Bier-, Brau- und Braumalzsteuer, die durch das Reichsgesetz vom 26. Juli 1918 auch hinsichtlich der Abgaben von Bier für Rechnung der Gemeinden im § 63 eine Beschränkung erfahren hat. Die direkten Gemeindesteuern wiesen mit dem 4,5 fachen des Betrages vom Rechnungsjahre 1911 die stärkste Zunahme auf, was z. T. auf die Steigerung des ihnen zugrunde liegenden Prinzipalsolls (namentlich bei der Einkommen- und Gewerbesteuer), z. T. auf eine schärfere Heranziehung der Steuerarten für Gemeindezwecke zurückzuführen ist. Die den Städten und Landgemeinden überwiesenen Steuern machten im Berichtsjahre das 4,5 fache des Betrages von 1911 aus. Diese Zunahme erklärt sich insbesondere durch die Anteile der preußischen Gemeinden an der vom Reiche im Rechnungsjahre 1919 neu erhobenen Grunderwerb- und Umsatzsteuer, die 1911 noch nicht in Betracht kamen, im Berichtsjahre aber 6,1 und 38,0 Mill. *M* ausmachten. Die indirekten Steuern der preußischen Städte und Landgemeinden haben sich im Zeitraume 1911/19 um 110,6 Mill. *M* oder das 1,7 fache vermehrt.

Das Verhältnis der direkten Steuern zu den indirekten und zu den überwiesenen Steuern hat sich infolge des verschieden starken Anwachsens der Steuerarten und der Einführung der neuen Steuern wie folgt verschoben.

Es betrugen v. H. sämtlicher Gemeindesteuern

am	die direkten Gemeindesteuern	die indirekten Gemeindesteuern	die den Gemeinden überwiesenen Steuern
31. März 1912	90,8	7,5	1,7
31. „ 1920	93,5	4,8	1,7.

Auf die Einkommensteuer allein entfielen im Rechnungsjahre 1911 50,7, 1919 aber 73,8 v. H. der Gemeindesteuern sämtlicher Städte und Landgemeinden. In den Gemeindegrößenklassen entfielen im Berichtsjahre auf Berlin, hervorgerufen durch den außerordentlich hohen Anteil der Einkommensteuer am Gesamtaufkommen der Gemeindesteuern (81,7 v. H.) 96,7 v. H. des gesamten Steuerertrages auf die direkten Steuern, das sind 3,7 v. H. mehr als die entsprechende Verhältniszahl in sämtlichen preußischen Städten. Über dem Staatsdurchschnitt (93,5 v. H.) stehen auch die Landgemeinden, und zwar die über 10 000 Einwohner mit 94,8, die über 5 000 bis 10 000 Einwohner mit 95,2 und die nicht mehr als 5 000 Einwohner zählenden Landgemeinden mit 95,5 v. H., ferner noch die Städte mit mehr als 10 000 bis 25 000 Einwohnern (93,6 v. H.). Den geringsten Hundertsatz der Gesamtsteuern zeigten die direkten Gemeindesteuern bei den Städten mit mehr als 50 000 bis 100 000 Einwohnern (90,4 v. H.).

Die auf 1 Einwohner entfallenden Gemeindesteuern geben einen vergleichbaren Maßstab für den durchschnittlichen Steuerbedarf der Gemeinden. Sie beliefen sich bei sämtlichen Städten und Landgemeinden im Berichtsjahre auf 102,6 *M*, während sie im Rechnungsjahre 1911 nur 24,3 *M* betrugen. Im Verhältnis zu der Steuerkraft, wie sie sich in dem auf 1 Einwohner entfallenden Mark-Betrage des Prinzipalsolls der direkten Steuern ausdrückt (vergl. Artikel Seite 29* des laufenden Jahrgangs) betrug die Belastung sämt-

Es betrug nach dem Stande vom 31. März 1920 das berichtigte Soll

bei a) den Städten b) den Landgemeinden der Provinz		der direkten Gemeindesteuern			der indirekten Gemeindesteuern	der den Gemeinden überwiesenen Steuern	der gesamten Gemeindesteuern		
		überhaupt Mill. *M*	auf 1 Einw. *M*	das . . . fache des Prinzipalsteuersolls	Mill. *M*	Mill. *M*	überhaupt Mill. *M*	auf 1 Einw. *M*	das . . . fache des Prinzipalsteuersolls
1		2	3	4	5	6	7	8	9
1. Ostpreußen	a	79,4	99,2	4,91	7,5	1,5	88,4	110,4	5,47
	b	20,8	18,6	3,88	0,5	0,4	21,8	19,5	3,54
2. Berlin	a	463,5	243,6	3,77	6,5	9,5	479,5	252,0	3,90
3. Brandenburg (ohne Berl.)	a	276,4	126,6	3,28	16,8	5,0	298,8	136,6	3,54
	b	157,7	83,2	3,18	8,8	2,7	169,2	89,2	3,42
4. Pommern	a	68,6	90,3	4,20	4,9	1,2	74,7	98,3	4,57
	b	15,8	23,9	2,72	0,6	0,6	17,0	25,8	2,94
5. Posen-Westpr.	a	6,0	53,0	2,96	0,5	0,2	6,7	59,1	3,29
	b	2,0	11,5	2,00	0,1	0,03	2,1	12,2	2,14
6. Niederschlesien	a	137,7	108,5	3,45	9,2	5,0	151,9	119,7	3,80
	b	33,5	22,2	2,11	1,8	0,5	35,8	23,8	2,25
7. Oberschlesien	a	46,3	81,3	3,59	2,7	1,1	50,1	88,0	3,89
	b	47,2	30,8	2,90	1,0	0,6	48,8	31,9	3,00
8. Sachsen . .	a	161,3	104,7	3,50	8,6	3,1	173,1	112,4	3,75
	b	42,3	28,3	1,78	1,4	0,3	44,0	29,4	1,85
9. Schlw.-Holstein	a	95,8	132,5	4,17	11,1	2,6	109,6	151,5	4,77
	b	32,0	48,2	2,55	2,3	0,6	34,9	52,5	2,78
10. Hannover	a	127,3	104,3	3,36	10,0	2,6	140,0	114,6	3,69
	b	62,1	35,0	2,60	1,4	0,4	64,0	36,0	2,68
11. Westfalen .	a	267,8	123,7	4,20	14,7	4,5	286,8	132,5	4,50
	b	161,6	69,6	3,79	4,3	0,9	166,8	71,9	3,91
12. Hessen-Nassau	a	195,9	174,7	3,59	11,3	6,0	213,2	190,2	3,90
	b	27,4	23,9	1,88	1,0	0,3	28,7	25,1	1,97
13. Rheinprovinz	a	732,9	178,3	4,62	41,7	11,8	786,4	191,3	4,96
	b	143,6	54,0	2,89	4,9	2,0	150,5	56,6	3,08
14. Hohenzoll. Land.	a	0,6	54,6	2,19	0,02	0,02	0,6	57,8	2,32
	b	0,8	13,7	1,30	0,01	—	0,8	13,9	1,32
im Staate .	a	2 659,5	143,8	3,92	145,7	54,1	2 859,3	154,6	4,21
	b	746,9	43,9	2,85	28,2	9,3	784,3	46,1	2,99

licher preußischen Gemeinden durch die Gemeindesteuern im Berichtsjahre durchschnittlich das 3,87 fache jenes Betrages, und der Bedarf an direkten Steuern erforderte allein das 3,62 fache des Prinzipalsteuersolls. Im Rechnungsjahre 1911 waren die entsprechenden Verhältniszahlen erst 1,92 bezw. 1,74. Trotz des großen Anwachsens des auf 1 Einwohner entfallenden Prinzipalsteuersolls um 108,7 v. H. hat sich demnach die Belastung durch sämtliche Gemeindesteuern in den preußischen Gemeinden im Zeitraume 1911/19 mehr als verdoppelt.

Bei allen Vergleichungen der Angaben vom Berichtsjahre mit denen vom Rechnungsjahre 1911 ist aber, wie bereits hervorgehoben wurde, stets zu berücksichtigen, daß es sich um eine Vergleichung von Beträgen usw. handelt, deren Grundlage 1911 die Goldmark, 1919 jedoch die entwertete Papiermark ist.

Die ostpreußischen, pommerschen, schleswig-holsteinischen, westfälischen und rheinischen Städte wiesen im Berichtsjahre durchschnittlich eine höhere Belastung durch sämtliche Gemeindesteuern auf als die preußischen Städte insgesamt, deren berichtigtes Soll sämtlicher Gemeindesteuern im Durchschnitt das 4,21 fache des Prinzipalsolls ihrer direkten Steuern ausmachte. Die durchschnittliche Belastung der Landgemeinden durch sämtliche Gemeindesteuern betrug demgegenüber nur das 2,99 fache des Prinzipalsteuersolls. Am geringsten war die Gemeindesteuerbelastung in den hohenzollernschen Landgemeinden, bei denen sie nur das 1,32 fache des Prinzipalsolls ihrer direkten Steuern ausmachte. Die höchsten auf 1 Einwohner entfallenden Beträge an Gemeindesteuern hatten, abgesehen von Berlin, die Städte der Rheinprovinz und Hessen-Nassaus mit 191,8 und 190,2 M. Durch direkte Steuern insbesondere waren die Städte in Ostpreußen, Pommern, Schleswig-Holstein, Westfalen und der Rheinprovinz hoch belastet. Umgekehrt zeigten die Städte der Hohenzollernschen Lande, deren Bedarf an direkten Steuern bezw. deren Ertrag aus sämtlichen Gemeindesteuern nur das 2,19 fache bezw. 2,32 fache ihres Prinzipalsteuersolls betrug, eine verhältnismäßig niedrige Belastung durch Gemeindesteuern.

Buchdruckerei W. Koebke, Berlin S., Alexandrinenstraße 99.

ZEITSCHRIFT

DES

PREUSSISCHEN STATISTISCHEN LANDESAMTS.

HERAUSGEGEBEN VON DEM PRÄSIDENTEN

DR. SAENGER,

GEHEIMEM OBERREGIERUNGSRAT.

63. JAHRGANG.

1923.

1. bis 4. Abteilung.

Inhalt:

Statistische Korrespondenz.

Berlin SW 68.

Verlag des Preussischen Statistischen Landesamts.

1924.

Seiten 2 bis 4 des Umschlages werden gefl. Beachtung empfohlen.



Im unterzeichneten Verlage erscheint:

Zeitschrift

des

Preussischen Statistischen Landesamts.

Herausgegeben von dessen Präsidenten.

Diese Zeitschrift hat sich folgende Aufgaben gestellt:

1. Veröffentlichung des neuesten sowohl durch das Preußische Statistische Landesamt als auch durch andere Staatsbehörden erhobenen und aufbereiteten statistischen Stoffes über den Freistaat Preußen und seine einzelnen Teile;
2. gedrängte Mitteilung von statistischen Nachrichten über das Deutsche Reich und dessen Einzelstaaten;
3. Berichterstattung über die Zustände der übrigen Kulturländer in Form statistischer Korrespondenzen;
4. statistische Vergleichung der Zustände Preußens und seiner Gebietsteile unter sich sowie mit den entsprechenden Zuständen anderer Kulturstaaten;
5. Besprechung wichtiger, das Interesse der Gegenwart berührender staatswirtschaftlicher und staatswissenschaftlicher Fragen, soweit ihnen meßbare Tatsachen zugrunde liegen;
6. Fortbildung der Theorie und der Technik der Statistik, insbesondere auch der internationalen Statistik;
7. Anzeige und Besprechung wichtiger literarischer Erscheinungen statistischen und staatswirtschaftlichen Inhalts.

Sie erscheint vom 43. Jahrgang an statt in Vierteljahrsheften **in zwanglosen, dem jeweiligen Bedürfnis angepaßten Abteilungen.** — Einzelne Abteilungen werden nicht abgegeben; dagegen sind volle ältere Jahrgänge käuflich. Vorhanden sind noch die Jahrgänge 2 bis 37 (1862 bis 1897), 38 (1898) und 40 bis 62 (1900 bis 1922).

Mit der 3. Abteilung des Jahrgangs 1915 ist der erste Teil des **Inhaltsverzeichnisses** zur Zeitschrift für die 1861 bis 1912 erschienenen 52 Jahrgänge, nach Stichworten des Inhalts geordnet, herausgegeben worden. Der zweite und dritte Teil, Inhalt nach Ländern und Verfassern, ist in der 2. und 3. Abteilung des Jahrgangs 1916 veröffentlicht worden. Das ganze Inhaltsverzeichnis kann auch als Sonderabdruck durch unsern Verlag bezogen werden.

Bei Überfülle des Stoffes werden zur Zeitschrift besonders käufliche **„Ergänzungshefte“** herausgegeben, zu deren Abnahme jedoch kein Bezieher der Zeitschrift verpflichtet ist.

Die Titel der neuesten Ergänzungshefte finden sich hierunter verzeichnet.

Berlin SW 68, Lindenstraße 28.

Verlag des Preussischen Statistischen Landesamts.

(Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.)

Die Titel der neuesten Ergänzungshefte zur Zeitschrift lauten:

Erg.-Heft **XXXI. Der Viehstand nach der Stückzahl der Tiere auf Grund der außerordentlichen Viehzählung vom 1. Dezember 1908.** Herausgegeben vom Preußischen Statistischen Landesamte. (67 S.) 1910.

„ **XXXII. Die langfristigen Anleiheschulden sowie die vorübergehend aufgenommenen Darlehen der mehr als 10000 Einwohner zählenden preußischen Städte und Landgemeinden nach dem Stande vom 31. März 1906.** Bearbeitet im Preußischen Statistischen Landesamte. (208 S.) 1910.

„ **XXXIII. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1908.** Bearbeitet von Dr. A. Petersilie, Geh. Regierungsrat u. Professor, Mitglied des Preuß. Statistischen Landesamts und Leiter der Statist. Abteilung der Preuß. Central-Genossenschafts-Kasse. (152 S.) 1910.

„ **XXXIV. Der Viehstand nach der Stückzahl der Tiere auf Grund der außerordentlichen Zählung vom 1. Dezember 1909.** Herausgegeben vom Preußischen Statistischen Landesamte. (67 S.) 1910.

„ **XXXV. Statistik der Gärtnerei in Preußen nach der Erhebung vom 2. Mai 1906.** Im Auftrage des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten bearbeitet von Dr. A. Petersilie, Geh. Regierungsrat u. Professor, Mitglied des Preuß. Statist. Landesamts. (XL u. 155 S.) 1910.

„ **XXXVI. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1909.** Bearbeitet usw. wie bei Heft XXXIII. (180 S.) 1911.

„ **XXXVII. Der Viehstand nach der Stückzahl der Tiere auf Grund der außerordentlichen Zählung vom 1. Dezember 1910.** Herausgegeben vom Preußischen Statistischen Landesamte. (67 S.) 1911.

Erg.-Heft **XXXVIII. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1910.** Bearbeitet usw. wie bei Heft XXXIII. (194 S.) 1912.

„ **XXXIX. Der Viehstand nach der Stückzahl der Tiere auf Grund der außerordentlichen Zählung vom 1. Dezember 1911.** Herausgegeben vom Preußischen Statistischen Landesamte. (67 S.) 1912.

„ **XL. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1911.** Bearbeitet usw. wie bei Heft XXXIII. (176 S.) 1913.

„ **XLI. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1912.** Bearbeitet usw. wie bei Heft XXXIII. (218 S.) 1914.

„ **XLII. Grundbesitzverteilung in Preußen nach den Ergebnissen der ländlichen Verschuldungsstatistik für 1902.** Herausgegeben vom Preußischen Statistischen Landesamte. (86 S.)

„ **XLIII. Die preußischen Landtagswahlen von 1913.** Mit 3 Tafeln kartograph. Darstellungen. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. jur. H. Höpker, Regierungsrat, Mitglied des Preuß. Statist. Landesamts. (LIII u. 211 S.) 1916.

„ **44. Kaufpreise ländlicher Grundstücke in Preußen im Durchschnitt aus den Jahren 1895 bis 1912.** Mit einer im amtlichen Auftrage verfaßten Einleitung von Dr. Paul Seiler, wissenschaftlichem Hilfsarbeiter beim Preußischen Statistischen Landesamte. (XLI u. 161 S.) 1917.

„ **45. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1913 und 1914.** Bearb. in der Statist. Abteilung der Preuß. Central-Genossenschafts-Kasse. (140 u. 108* S.) 1918.

„ **46. Desgl. 1915/16.** (120 u. 107* S.) 1919.

Fortsetzung siehe Rückenumschlag.



ZEITSCHRIFT

DES

PREUSSISCHEN STATISTISCHEN LANDESAMTS.

HERAUSGEGEBEN VON DEM PRÄSIDENTEN

DR. SAENGER,
GEHEIMEM OBERREGIERUNGSRAT.

63. JAHRGANG.

1923.

Berlin SW 68.
Verlag des Preussischen Statistischen Landesamts.
1924.



Inhaltsübersicht.

1. bis 4. Abteilung.

Statistische Korrespondenz.

Berichtigung.

In der Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts, 62. Jahrgang, 1922, muß es auf Seite 326, IV. Ausblicke, linke Spalte, Zeile 12 von oben, statt Steuerwesens „Staatswesens“ heißen.



Die deutschen Sparkassen, ihre Entwicklung und ihre Bedeutung.

Unter Mitwirkung des Deutschen Sparkassenverbandes bearbeitet
von
Oberregierungsrat **Dr. H. Höpker,**
Mitglied des Preußischen Statistischen Landesamts.

Inhaltsangabe.

A. Textlicher Teil.

Einleitung.

Die Aufgaben der Sparkassen im Wandel der Zeit.

Von Oberbürgermeister a. D. **Franz Künzer,** Geschäftsführendem Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassenverbandes, M. d. V. R.W.R., Berlin.

Sparen, d. h. das Verzichten auf den sofortigen Verbrauch von Gütern, um sie später im Falle des Bedarfs zu verwenden, ist so alt wie der Eigentumsbegriff. Joseph sparte für den Pharao in den sieben fetten Jahren Ägyptens Getreide, um es in den sieben mageren an die Bevölkerung verkaufen zu können. Auch das Sparen von Geld wird mit der Entwicklung der Geldwirtschaft Gebrauch der Völker. Beim Tempel in Delphi und bei den Fahnen der römischen Legionen gab es Spareinrichtungen für Sklaven und Soldaten. Das fünfzehnte und sechzehnte Jahrhundert schuf in den Montes Pietatis ein weitverzweigtes Netz von Spar- und Leiheinrichtungen in Verbindung mit Werken der Barmherzigkeit. Sparkassen im heutigen Sinne kennt die Kulturmenschheit aber erst seit knapp anderthalb Jahrhunderten. Sie entstammen der Gedankenwelt jener Aufklärungsperiode, die die Französische Revolution einleitete, denselben Gedankengängen, die zur Humanisierung der Armenpflege führten. Wie diese sind auch die Sparkassen bestimmt, den wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsschichten zu dienen, die durch Gelegenheit zu sicherer zinsbarer Anlegung von Ersparnissen wirtschaftlich gefördert und zu sparsamer Wirtschaftsführung erzogen werden sollten. In der Satzung der ältesten Sparkasse, die 1778 von der Patriotischen Gesellschaft in Hamburg gegründet wurde, heißt es, daß sie dienen solle „zum Nutzen geringer fleißiger Personen beiderlei Geschlechts, als Dienstboten, Tagelöhner, Handarbeiter, Seeleute usw., um ihnen Gelegenheit zu geben, auch bei Kleinigkeiten etwas zurückzulegen und ihren sauer erworbenen Not- und Brautpfennig sicher zu einigen Zinsen anlegen zu können, wobei man hofft, daß sie diese ihnen verschaffte Bequemlichkeit sich zur Aufmunterung gewähren lassen mögen, um durch Fleiß und Sparsamkeit dem Staate nützlich und wichtig zu werden". Einer sozialen Pflicht entsprungen, dienen die Sparkassen nicht der Bereicherung ihres Unternehmers, sondern dem Vorteile der Minderbemittelten. Aber im Gegensatz zur Armenpflege wollen sie diesen nicht Wohltaten auf Kosten anderer erweisen, sondern auf wirtschaftlicher Grundlage nützen und dadurch eine bedeutsame volkspädagogische Aufgabe erfüllen.

Ziemlich gleichzeitig mit den Sparkassen entwickelten sich auch die Leihkassen, dem gleichen Grundgedanken der Stärkung der wirtschaftlich Schwachen — hier durch Kreditgewährung — entsprungen. Da eine Verwertung der Sparkassengelder ohne ihr Ausleihen nicht denkbar ist, so lag die Verbindung von Spar- und Leihkasse nahe als eine nach der Aktiv- wie nach der Passivseite den wirtschaftlich Schwachen dienende Geldanstalt, — eine Kombination, die noch heute im Namen der Sparkassen mancher Landesteile (z. B. in Sachsen, Hessen, Baden, Schleswig-Holstein) zum Ausdruck kommt. Auch gilt eben darum manchen die 1765 gegründete Herzogliche Leihkasse in Braunschweig, die von wohlhabenden Leuten kleine Kapitalien annehmen sollte, um damit Hypotheken- und sonstige Ausleihegeschäfte zu betreiben, als die erste Sparkasse. Wegen des gegensätzlichen Interesses von Sparer und Kreditnehmer war indes die paritätische Behandlung beider praktisch schwer durchführbar und darum die organische Verbindung von Sparkasse und eigentlicher Leihanstalt zu einer Anstalt nur selten. In manchen Staaten wurde diese Verbindung ausdrücklich verboten. Häufiger kam die Gemeinschaft beider in der Form vor, daß aus Mitteln der Sparkasse der Leihanstalt das erforderliche Betriebskapital vorgeschossen wurde. Ferner aber wirkte sich der beiden Anstaltsarten gemeinsame soziale Grundgedanke auch in der Praxis des Kreditgeschäfts der deutschen Sparkassen insofern aus, als die letzteren sich verpflichtet fühlten, ihren Kredit möglichst den gleichen örtlichen und sozialen Bevölkerungsschichten zuzuführen, aus denen ihre Spargelder vornehmlich stammten, und ihren Kredit unter solchen Bedingungen zu gewähren, die auch für den wirtschaftlich weniger starken Kreditnehmer tragbar sind. Diese soziale Gestaltung ihres Kreditgeschäfts ist keine Entartung der Sparkassen, gestattet diesen aber nicht, ihre ausschließliche Aufgabe in der rücksichtslosen Herauswirtschaftung möglichst hoher Zinsen für ihre Sparer zu sehen; sie verlangt vielmehr eine höhere Auffassung der Sparkassenaufgabe, die deren sozialem Charakter durchaus entspricht.

Eine weitere Beeinflussung des Geschäftsgebarens der Sparkassen ergab sich aus der Natur ihres Unternehmers. Während in den meisten anderen Kulturstaaten das Sparkassenwesen entweder der privaten Initiative überlassen blieb oder vom Staate selbst in die Hand genommen wurde — letzteres zumeist in der Form der Postsparkasse —, wurde es in Deutschland schon früh zur Gemeindeangelegenheit. Zwar waren auch in Deutschland die ersten Sparkassen private Unternehmungen (so Hamburg 1778, Kiel 1796, das Altonaische Unterstützungsinstitut 1801), zum Teil auch Staatssparkassen (z. B. Oldenburg 1786). Aber nach der Zeit der Napoleonischen Kriege, während deren in Deutschland neue Sparkassen überhaupt nicht gegründet wurden, waren es vorwiegend die Städte, später auch Landgemeinden und Kreisverbände, die an die Gründung von Sparkassen gingen. Als 1838 Preußen als erster deutscher Staat das Sparkassenwesen gesetzlich regelte, befanden sich unter den insgesamt 86 preußischen Sparkassen 80 städtische, 1 kreisständische und nur 5 private.

Es verstand sich daher von selbst, daß die Gesetzgebung sowohl in Preußen wie in anderen deutschen Ländern vorwiegend auf die Verhältnisse und Bedürfnisse der kommunalen Sparkassen eingerichtet wurde. Dies zeigte sich einmal in der Einrichtung einer besonderen Staatsaufsicht über das Sparkassenwesen und in mancherlei einschränkenden Bestimmungen für die geschäftliche Betätigung der Sparkassen, wodurch zunächst weniger der Sparer als der die Sparkasse betreibende Kommunalverband geschützt werden sollte, — Maßnahmen, die aber indirekt auch den Sparern zugute kamen und dazu beitrugen, den Sparkassen bei der Bevölkerung den Ruf unbedingter Sicherheit zu verschaffen. Andererseits bedeutete die Verbindung mit der kommunalen Selbstverwaltung für die Sparkassen ein höheres Maß von Bewegungsfreiheit, die den einzelnen Sparkassen eine individuelle Entwicklung und allmähliche Vervollkommnung durch Verwendung und Ausprobierung immer neuer Methoden gestattete. So verdankt das deutsche Sparkassenwesen seiner Verbindung mit der kommunalen Selbstverwaltung in erster Linie seine ungewöhnlich mannigfaltige und reiche Entwicklung, wie andererseits ihm auch gerade deshalb manche Mängel anhaften blieben, die eine straffere Konzentration in anderen Staaten vermieden hat.

Ferner aber legt die Eigenschaft als kommunale Anstalt den Sparkassen mancherlei Pflichten gegenüber den für ihre Verbindlichkeiten haftenden Kommunalverbänden auf, die auf Berücksichtigung des kommunalen Kreditbedarfs, auf Abführung von Verwaltungskostenbeiträgen oder auch von Überschüssen für gemeinnützige Zwecke gehen können, als Gegenleistung für die vom Kommunalverband getragene Haftung für die Verbindlichkeiten der Sparkasse. Es ist nicht zu verkennen, daß diese Verpflichtungen gegenüber dem Kommunalverband dazu verleiten könnten, die Sparkasse ihren sozialen Aufgaben zu entfremden, und aus gelegentlichen Verstößen haben manche Kritiker mit Unrecht auf eine allgemeine Entartung der Sparkassen geschlossen. Demgegenüber sei festgestellt, daß die Erfüllung der Pflichten gegenüber dem Kommunalverband mit dem sozialen Grundgedanken der Sparkassen mindestens so lange in keinem Widerspruch steht, als der Kommunalkredit nicht unter übertriebenen Vorzugsbedingungen gewährt wird, die Verwaltungskostenbeiträge nicht zur Bereicherung des Kommunalverbandes führen und die Überschüsse nicht Selbstzweck werden, wohl aber für solche Aufgaben Verwendung finden, die vornehmlich den minderbemittelten Bevölkerungsklassen zugute kommen. Niemals haben sich die deutschen kommunalen Sparkassen zum finanziellen Vorteil ihrer Garantieverbände auch nur annähernd in dem gleichen Maße mißbrauchen lassen, wie dies in den Postsparkassenländern oder auch in Frankreich, England usw. geschehen ist, wo zur Verbilligung des Staatskredits die Sparkassen gehalten sind, ihre Gelder an die Staatskasse abzuführen, und nur die niedrigen Zinsen der Staatsrenten als Vergütung für ihre Sparer erhalten.

Die Beweglichkeit, die den deutschen Sparkassen eigentümlich ist — Ausnahmen bestätigen die Regel! —, und die ihren besonderen Vorzug gegenüber den Sparkassen fast aller anderen Länder ausmacht, ist die Ursache, daß die jeweiligen Veränderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse stets auch auf das Geschäftsgebaren der Sparkassen eingewirkt haben. Oberflächliche Beobachter konnten dadurch wohl in den Glauben versetzt werden, daß die Sparkassen durch die Veränderung ihrer Methoden ihren ursprünglichen Aufgaben untreu geworden seien. Will man den deutschen Sparkassen jedoch Gerechtigkeit widerfahren lassen, so muß man ihre Methoden und Aufgaben streng voneinander scheiden. Ihren Aufgaben, namentlich ihrem sozialen Grundgedanken, sind die deutschen Sparkassen unbedingt treu geblieben. Die Methoden der Sparkassen aber mußten sich ändern. Als nach den Freiheitskriegen das Sparkassenwesen zuerst üppig emporblühte, war Deutschland noch überwiegend Agrarstaat. Die Erbuntertänigkeit war eben erst aufgehoben, ein freier Bauernstand im Entstehen, durch die Beseitigung der Zünfte und die Gewerbefreiheit wurde erst der Boden bereitet für die Entwicklung des Handwerks; Freiheit des Arbeitsvertrags und Freizügigkeit ermöglichten den Beginn industrieller Betätigung. Das Geld war knapp, die Preise niedrig, der Geldverkehr bescheiden. Der Handel war noch vorwiegend Kleinkrämertum. Zollschranken, die das Land durchschnitten und vielfach die Städte von dem sie umgebenden platten Lande getrennt hatten, begannen erst zu fallen. Auf dem Lande herrschte noch in großem Umfange die hauswirtschaftliche Eigenproduktion. Der Kredit spielte eine geringe Rolle, vom öffentlichen Kredit war noch keine Rede, Staatsschulden gab es nur wenige, kommunale Inhaberanleihen überhaupt nicht. Auch als um das Jahr 1840 die ersten gesetzlichen Regelungen des Sparkassenwesens erfolgten (in Preußen 1838, in Bayern 1843), war eben erst der Deutsche Zollverein gegründet worden, und der Bau von Eisenbahnen hatte gerade begonnen.

Unter diesen einfachen Verhältnissen konnten und brauchten auch die geschäftlichen Methoden der Sparkassen nur einfache zu sein. Es genügte, wenn dem Sparer Gelegenheit geboten wurde, an einigen Tagen der Woche oder — an verkehrsreicheren Plätzen — in einigen Stunden täglich zur Sparkasse kommen zu können, dort persönlich seine Ersparnisse einzuzahlen und sich im Sparbuch über den Empfang quittieren zu lassen. Auch weitere Wege zur Sparkasse in der benachbarten Stadt, die der Sparer selbst oder ein Angehöriger oder guter Freund von Zeit zu Zeit aufzusuchen pflegte, waren kein merkliches Hindernis der Spartätigkeit. Ebenso einfach war die Abhebung der Spareinlagen. Die gelegentliche Empfangnahme nach geräumiger Kündigungsfrist genügte den Bedürfnissen der Leute, die gewöhnt waren, Zweck und Zeitpunkt, für den sie das ersparte Geld verwenden wollten, für längere Zeit im voraus zu bestimmen. Ebenso primitiv war die Verwertung der Spargelder durch die Sparkassen. Anlagemöglichkeiten gab es nur wenige. „Es ist den kommunalen Sparkassen erlaubt, diese Kapitalien nicht nur in ersten Hypotheken, inländischen Staatspapieren und Pfandbriefen und auf andere völlig sichere Art anzulegen, sondern auch damit ihre eigenen Schuldobligationen einzulösen oder die Gelder zur Dotierung städtischer Leihanstalten zu verwenden“, sagt das Preußische Reglement von 1838 lakonisch über die Anlegung der Sparkassengelder. Da es Staatspapiere, Pfandbriefe und „andere völlig sichere Arten“ der Anlage nur in bescheidenem Umfange gab, wurde die Anlegung in Hypotheken zur Regel, damit aber eine außerordentlich starke Festlegung der Spargelder, die voraussetzte, daß auch die letzteren der Sparkasse auf lange Zeit verblieben, wenn nicht die Sparkasse in Zahlungsschwierigkeiten geraten sollte.

Diese Verhältnisse wurden unhaltbar mit der in immer schnellerem Tempo fortschreitenden Industrialisierung der deutschen Länder, mit der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse durch den Ausbau des Eisenbahn- und Dampfschiffnetzes, durch Telegraph und Telephon, mit den zahllosen technischen

Erfindungen, welche die landwirtschaftliche und gewerbliche Produktion ins Ungeheure steigerten, mit der Entwicklung des Groß- und Überseehandels neben der Umsatzsteigerung und fortschreitenden Zentralisierung des Kleinhandels, mit der ungeahnten wirtschaftlichen Entwicklung vor allem, die Deutschland seit 1871 durchmachte. Ihr entsprachen ein unendlich vervielfachter Geldumsatz, eine verminderte Kaufkraft des Geldes und gesteigerter Bedarf daran, eine wachsende Bedeutung des Kredits, veränderte Formen für die Regelung des Geldverkehrs, den Kredit und die Finanzierung wirtschaftlicher Unternehmungen. Neben die alten Bankiers und Banken, deren Geschäft in der Hauptsache die Regelung des Zahlungsverkehrs, das Geldwechsel- und Diskontgeschäft, gewesen waren, traten moderne Depositen- und Kreditbanken, die ebenso wie die etwas später entstandenen Genossenschaften flüssige Gelder und ersparte Kapitalien aus der Bevölkerung an sich zogen, um sie für ihre Kreditgeschäfte zu verwerten.

Konnten von dieser Bewegung, die alle Welt ergriff und die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse völlig umwälzte, allein die Sparkassen und deren Kundschaft unberührt bleiben? Die letztere bestand schon von Anfang an nur teilweise aus eigentlicher Arbeiterbevölkerung. Eine 1839 aufgenommene Berufsstatistik der bayerischen Sparkassen[1]) ergab, daß unter den rund 100000 Einlegern sich befanden:

33,7 %	Dienstboten, die zusammen	26,1 %	der Einlagen aufgebracht hatten,
10,7 %	Handwerksgesellen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter und Tagelöhner mit	7,9 %	der Einlagen, zusammen also
44,4 %	Arbeiter, die rund	34,0 %	der Einlagen aufgebracht hatten.
	Daneben waren		
30,5 %	Kinder mit	20,1 %	der Einlagen und
25,1 %	andere Personen mit	45,9 %	der Einlagen.
100,0 %.		100,0 %.	

Also ein Viertel der Sparer waren „andere Personen", d. h. Unternehmer, Beamte, freie Berufe und dergleichen, und fast die Hälfte der Einlagen stammte von solchen Personen.

1893 hatte sich das Verhältnis nur insofern geändert, als der Hundertsatz der Arbeiter zurückgegangen war und der der „anderen Personen" sich erhöht hatte. Es wurden damals bei 106 bayerischen Sparkassen ermittelt:
34,9 % Arbeiter, die 31,3 % der Einlagen aufgebracht hatten,
32,9 % Kinder und Mündlinge mit 21,2 % der Einlagen und
32,2 % „andere Personen" mit 47,5 % der Einlagen. Unter den „anderen Personen" befanden sich: 14 % Unternehmer mit 22,7 % der Einlagen, 10,4 % Beamte, freie Berufsarten und Berufslose mit 18,8 % der Einlagen, 7,8 % juristische Personen mit 6 % der Einlagen.

Ein sehr erheblicher Teil der Spargelder stammte also schon von Anfang an aus den Kreisen des sogenannten Mittelstandes. Das durchschnittliche wirtschaftliche Niveau der Sparkassenkundschaft mußte steigen, je mehr unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Entwicklung der Mittelstand an Umfang und wirtschaftlicher Kraft zunahm und je mehr auch die eigentliche Arbeiterbevölkerung sich in Bildung und Lebensführung derjenigen des kleinen selbständigen Gewerbestandes näherte. So bekam die Kundschaft der Sparkassen im Laufe der Zeit ein stark verändertes Aussehen. Neue Bedürfnisse und neue Anforderungen an die Geldanstalt, bei der diese Kundschaft ihr Geld anzulegen pflegte, entstanden. Auch bei der eigentlichen Arbeiterbevölkerung machten steigende Geldlöhne und zunehmende Fluktuation der Bevölkerung vermehrte und erleichterte Spargelegenheit und bequemere Verfügungsmöglichkeit über die eingelegten Gelder nötig. Dazu kam, daß politische Axiome bei der Arbeiterbevölkerung der Betätigung des Spartriebes entgegenwirkten. Man hat den deutschen Sparkassen den Vorwurf gemacht, daß sie allzulange gezögert haben, sich diesen veränderten Verhältnissen anzupassen. Dieser Vorwurf ist nicht unberechtigt. Trotz anerkennenswerter Leistungen einzelner Sparkassen begann erst Anfang der 1880er Jahre unter dem Druck des Postsparkassengespenstes eine allgemeine Sparkassenbewegung zur Verbesserung der Spareinrichtungen. Die Postsparkassen boten den unzweifelhaften Vorzug, die Spargelegenheit in die entlegensten Winkel des Landes zu bringen — gibt es doch im Deutschen Reich über 50000 Postanstalten, während die sämtlichen deutschen Sparkassen nur etwa 12000 Sparstellen besitzen — und durch ein einheitliches Sparbuch die Einzahlung und Abhebung an jedem beliebigen Orte zu ermöglichen, während das Einheitssparbuch der deutschen Sparkassen bis dahin nur ein Traum einiger Sparkassenmänner geblieben war. Als nun der Plan auftauchte, auch in Deutschland eine Reichspostsparkasse einzurichten[1]), rafften sich auch die weniger agilen Sparkassen auf. Die Zahl der Sparstellen und Amtsstunden wurde vermehrt, Pfennig-, Jugend- und Fabriksparkassen begründet, Sparprämien und sonstige den Sparsinn anregende Reizmittel eingerichtet, der Übertragbarkeitsverkehr eingeführt, die monatliche oder halbmonatliche durch die tägliche Verzinsung der Spareinlagen ersetzt, auf die Einhaltung der satzungsmäßigen Kündigungsfristen bei der Rückzahlung von Spareinlagen verzichtet. Je mehr in dieser Weise das Einzahlungs- und Rückzahlungsgeschäft bequemer und wirtschaftlicher wurde, desto mehr flossen den Sparkassen auch solche Gelder zu, die der Einzahlende nur für kürzere Zeit entbehren konnte. Solche Gelder, von denen weder die Sparkasse noch in der Regel auch der Einleger selbst wissen konnte, wie lange sie der Sparkasse verbleiben würden, brachte den Sparkassen zum Teil ihre alte Kundschaft: der Handwerker, der sein Betriebskapital jederzeit verfügbar haben wollte, der Angestellte oder Beamte, der sein Gehalt im Laufe des Monats oder Vierteljahrs für den Lebensunterhalt verbrauchte, der Landwirt, der den Erlös seiner Ernte zum Ankauf von Saatgut und Düngemitteln verwenden wollte, der Vormund, der den Ertrag des Mündelvermögens nach Bedarf zum Unterhalt des Mündels zurückfordern mußte. Zum Teil flossen aber nunmehr den Sparkassen auch von anderen Seiten Gelder zu, die vorübergehend sichere und zinsbare Anlage suchten, meist größere Beträge, die zurückzuweisen die Sparkassen um so weniger Veranlassung und Berechtigung hatten, als sie durch die verhältnismäßig größeren Zinsüberschüsse, die sie aus ihnen erzielen konnten, in die Lage versetzt wurden, für ihre kleinere Sparkundschaft höhere Zinsen herauszuwirtschaften.

[1]) Siehe Reichsarbeitsblatt 1910 S. 129.

[1]) zuerst 1878 in einer Denkschrift der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung; 1885 wurde im Reichstage der Entwurf zu einem Reichspostsparkassengesetz eingebracht und abgelehnt.

[Fortsetzung des Textes auf S. 77.]



I. Ergebnis über den Geschäftsbetrieb der deutschen Spar-

Freistaaten Landesteile	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsvorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres		Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres		Betrag	
					überhaupt	Zunahme v. H. der Sp. 3		überhaupt	v. H. der Sp. 6 u. 8	Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer
		Millionen Mark	Millionen Mark	Millionen Mark	Millionen Mark		Millionen Mark	Millionen Mark		Millionen Mark	Millionen Mark
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1. Ostpreußen	695 582	744,8	895,0	786,8	853,1	14,5	143,5	21,7	2,2	53,0	35,6
2. Brandenburg	1 912 366	2 207,8	2 040,5	1 798,2	2 450,1	11,0	311,4	56,2	2,0	121,1	84,4
3. Stadt Berlin	1 893 585	1 877,8	2 184,4	2 071,4	1 990,8	6,0	359,7	24,6	1,0	111,5	72,8
4. Pommern	1 133 524	1 462,6	1 486,3	1 251,1	1 697,8	16,1	281,4	35,5	1,8	81,9	58,5
5. Grenzmark Posen-Westpreußen	148 258	178,6	246,3	229,6	195,4	9,4	31,4	4,2	1,9	11,1	7,4
6. Niederschlesien	1 909 525	1 783,4	1 580,6	1 291,7	2 072,4	16,2	273,3	61,9	2,6	99,4	71,0
7. Oberschlesien	337 516	339,0	329,4	260,0	408,4	20,5	69,6	11,3	2,4	20,7	15,2
8. Sachsen	2 124 188	2 341,9	2 030,7	1 816,6	2 556,0	9,1	247,3	88,9	3,2	124,2	88,1
9. Schleswig-Holstein	922 656	1 580,7	1 099,1	922,5	1 757,4	11,2	235,6	49,8	2,5	88,5	64,5
10. Hannover	2 269 162	3 552,9	3 136,0	2 634,7	4 054,3	14,1	460,1	84,0	1,9	204,2	148,0
11. Westfalen	2 506 436	4 846,3	5 808,5	5 126,2	5 528,6	14,1	801,6	161,8	2,6	288,4	206,2
12. Hessen-Nassau	1 202 663	1 592,6	1 320,5	1 089,9	1 823,2	14,5	410,2	37,9	1,7	103,6	70,5
13. Rheinprovinz	3 799 994	6 675,7	8 559,4	7 409,9	7 825,1	17,2	1 696,1	163,2	1,7	418,4	296,1
14. Hohenzollernsche Lande	36 825	60,7	29,6	12,1	78,2	28,8	6,9	2,0	2,3	5,7	4,1
I. Preußen	**20 892 280**	**29 245,0**	**30 746,4**	**26 700,5**	**33 290,8**	**13,8**	**5 328,1**	**802,9**	**2,1**	**1 731,8**	**1 222,6**
1. Bayern rechts des Rheins	1 952 336	2 012,4	1 293,5	910,2	2 395,7	19,0	295,3	59,5	2,2	114,5	79,5
2. Bayern links des Rheins	244 383	406,4	279,3	209,1	476,5	17,3	43,2	9,9	1,9	21,8	15,9
II. Bayern	**2 196 719**	**2 418,8**	**1 572,8**	**1 119,3**	**2 872,2**	**18,7**	**338,6**	**69,3**	**2,2**	**135,4**	**95,4**
III. Sachsen	**4 183 787**	**3 454,8**	**1 731,0**	**1 192,3**	**3 993,5**	**15,6**	[2]) .	**84,4**	**2,1**	**182,2**	**130,3**
IV. Württemberg	**1 406 835**	**1 863,8**	**1 040,1**	**674,4**	**2 229,5**	**19,6**	**490,3**	**39,5**	**1,5**	**120,1**	**86,1**
V. Baden	**1 278 631**	**2 135,5**	**1 681,4**	**1 276,9**	**2 540,0**	**18,9**	**263,2**	**71,6**	**2,6**	**117,0**	**81,2**
VI. Thüringen	**1 054 705**	**1 018,7**	**1 064,2**	**913,3**	**1 164,6**	**14,9**	**161,3**	**42,6**	**3,2**	**55,7**	**40,9**
VII. Hessen	**535 830**	**952,2**	**446,6**	**330,6**	**1 068,3**	**12,2**	**90,2**	**26,9**	**2,3**	**50,8**	**37,0**
VIII. Hamburg	**953 257**	**848,1**	**742,5**	**644,7**	**945,9**	**11,5**	**8,3**	**8,8**	**0,9**	**44,4**	**30,1**
IX. Mecklenburg-Schwerin	**187 614**	**178,4**	**75,7**	**47,0**	**202,1**	**16,5**	**36,1**	**3,5**	**1,5**	**10,7**	**7,6**
X. Oldenburg	**156 718**	**119,3**	**130,8**	**105,0**	**145,1**	**21,6**	**48,8**	**3,7**	**1,9**	**9,1**	**5,9**
XI. Braunschweig[1])	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
XII. Anhalt	**207 641**	**205,6**	**186,7**	**152,6**	**239,7**	**16,6**	**45,4**	**5,5**	**1,9**	**10,3**	**7,7**
XIII. Bremen	**330 689**	**348,2**	**333,9**	**306,3**	**375,7**	**7,9**	**12,1**	**19,6**	**5,1**	**18,2**	**11,8**
XIV. Lippe	**151 490**	**264,9**	**231,2**	**173,4**	**322,6**	**21,8**	**24,7**	**2,7**	**0,8**	**14,2**	**10,7**
XV. Lübeck	**90 854**	**74,1**	**46,9**	**43,0**	**78,0**	**5,2**	**33,4**	**2,6**	**2,3**	**5,9**	**3,5**
XVI. Mecklenburg-Strelitz	**25 637**	**27,4**	**7,4**	**5,3**	**29,5**	**7,9**	**1,1**	**2,8**	**9,3**	**1,4**	**0,9**
XVII. Waldeck	**58 438**	**99,1**	**59,7**	**51,2**	**107,6**	**8,6**	**14,4**	**2,6**	**2,1**	**5,1**	**4,0**
XVIII. Schaumburg-Lippe	**46 638**	**86,2**	**37,5**	**26,6**	**97,2**	**12,7**	**23,5**	**1,7**	**1,4**	**5,0**	**3,8**
Deutsches Reich (ohne Braunschweig)	**33 752 763**	**43 329,9**	**40 134,8**	**33 762,4**	**49 702,3**	**14,7**	**6 919,5**	**1 190,7**	**2,1**	**2 517,4**	**1 779,7**

[1]) Von Braunschweig waren wegen der eigenartigen Einrichtungen des dortigen Sparkassenwesens diesbezügliche Angaben nicht zu erlangen. —

kassen nach Staaten und Landesteilen im Rechnungsjahre 1921.

der		Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre		Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 17) waren angelegt										Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse		Wiederholung der Spalte 1
Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre					in städtischen und ländlichen Hypotheken		in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem		bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)		auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand		in sonstigen Anlagen		überhaupt	darunter (Sp. 28) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben	
überhaupt Millionen Mark	v. H. der Sp. 11	überhaupt Millionen Mark	v. H. der Sp. 17	Millionen Mark	überhaupt Millionen Mark	v. H. der Sp. 17	überhaupt Millionen Mark	v. H. der Sp. 17	überhaupt Millionen Mark	v. H. der Sp. 17	überhaupt Millionen Mark	v. H. der Sp. 17	überhaupt Millionen Mark	v. H. der Sp. 17	Millionen Mark		
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	
17,4	32,8	10,8	1,1	955,6	259,2	27,1	192,1	20,1	207,3	21,7	88,4	9,2	208,6	21,8	108,0	88,6	1.
36,7	30,3	25,0	1,0	2 492,4	438,2	17,6	867,4	34,8	883,3	35,4	44,2	1,8	259,3	10,4	246,3	175,2	2.
38,7	34,7	38,9	2,1	1 883,1	249,0	13,2	654,2	34,7	952,3	50,6	6,2	0,3	21,3	1,1	385,0	368,9	3.
23,4	28,6	14,6	0,8	1 789,1	442,0	24,7	459,8	25,7	662,7	37,0	48,0	2,7	176,5	9,9	183,1	110,7	4.
3,7	33,6	2,5	1,3	196,3	56,6	28,9	42,8	21,8	66,1	33,7	20,7	10,6	10,0	5,1	15,9	0,7	5.
28,4	28,5	20,1	0,9	2 158,0	419,9	19,5	703,9	32,6	708,6	32,8	130,5	6,0	195,0	9,0	163,9	86,6	6.
5,5	26,7	4,6	1,1	412,7	114,7	27,8	143,1	34,7	86,1	20,9	24,8	6,0	44,0	10,7	58,8	39,9	7.
36,2	29,1	21,0	0,8	2 568,1	563,7	21,9	812,0	31,6	1 003,1	39,1	41,0	1,6	148,4	5,8	139,3	94,3	8.
24,0	27,1	16,9	0,9	1 843,9	567,8	30,8	357,3	19,4	649,0	35,2	109,5	5,9	160,3	8,7	118,0	95,6	9.
56,2	27,5	34,1	0,8	4 173,0	915,4	21,9	1 169,5	28,0	1 494,6	35,8	109,5	2,6	483,9	11,6	277,5	206,3	10.
82,2	28,5	46,2	0,8	5 970,9	1 717,4	28,8	1 525,0	25,5	2 299,5	38,5	171,3	2,9	257,7	4,3	422,6	314,8	11.
33,1	31,9	24,8	1,2	2 016,6	368,2	18,3	432,1	21,4	834,0	41,4	42,8	2,1	339,5	16,8	159,0	123,8	12.
122,3	29,2	78,5	0,9	9 069,1	1 888,2	20,8	2 335,3	25,8	3 191,6	35,2	386,6	4,3	1 267,4	14,0	594,2	450,7	13.
1,6	27,4	0,9	1,2	80,5	13,6	17,0	9,2	11,4	19,1	23,7	17,5	21,7	21,0	26,1	2,3	1,6	14.
509,2	**29,4**	**338,9**	1,0	**35 609,2**	8 014,0	**22,5**	**9 703,9**	**27,3**	**13 057,4**	**36,7**	**1 240,9**	**3,5**	**3 593,0**	10,1	**2 873,5**	**2 157,1**	**I.**
35,0	30,6	23,5	0,9	2 613,0	412,8	15,8	825,6	31,6	805,5	30,8	178,7	6,8	390,5	14,9	271,0	216,7	1.
6,0	27,3	3,3	0,7	479,8	62,7	13,1	161,7	33,7	176,1	36,7	20,0	4,2	59,2	12,3	52,5	30,8	2.
40,0	**29,5**	**26,9**	**0,9**	**3 092,8**	**475,5**	**15,4**	**987,2**	**31,9**	**981,6**	**31,7**	**198,7**	**6,4**	**449,7**	**14,5**	**323,5**	**247,5**	**II.**
52,0	**28,6**	**38,4**	**1,0**	**3 834,8**	**1 829,5**	**47,7**	**1 153,2**	**30,1**	**688,2**	**17,9**	**62,0**	**1,6**	**102,0**	**2,7**	**276,9**	**204,6**	**III.**
34,0	**28,3**	**20,0**	**0,7**	**2 696,6**	**334,7**	**12,4**	**658,5**	**24,4**	**1 305,5**	**48,4**	**88,5**	**3,3**	**309,5**	**11,5**	**37,0**	**15,5**	**IV.**
35,8	**30,6**	**18,4**	**0,7**	**2 780,7**	**701,8**	**25,2**	**779,4**	**28,0**	**791,1**	**28,5**	**102,1**	**3,7**	**406,2**	**14,6**	**118,9**	**90,8**	**V.**
14,8	**26,6**	**8,8**	**0,7**	**1 242,5**	**440,5**	**35,5**	**254,4**	**20,5**	**308,3**	**24,8**	**39,2**	**3,2**	**200,1**	**16,1**	**89,7**	**71,7**	**VI.**
13,7	**27,0**	**8,2**	**0,7**	**1 184,1**	**244,6**	**20,7**	**366,7**	**31,0**	**376,3**	**31,8**	**53,0**	**4,5**	**143,6**	**12,1**	**37,7**	**24,1**	**VII.**
14,8	**32,1**	**9,3**	**1,0**	**950,3**	**358,8**	**37,8**	**71,7**	**7,5**	**146,1**	**15,4**	**361,1**	**38,0**	**12,6**	**1,3**	**14,6**	**10,3**	**VIII.**
3,1	**29,3**	**2,4**	**1,1**	**221,7**	**55,9**	**25,2**	**45,6**	**20,6**	**51,3**	**23,2**	**31,8**	**14,4**	**37,0**	**16,7**	**17,9**	**14,9**	**IX.**
3,2	**35,0**	**2,1**	**1,2**	**175,7**	**22,7**	**12,9**	**35,7**	**20,3**	**49,1**	**27,9**	**4,7**	**2,7**	**63,5**	**36,1**	**18,3**	**16,7**	**X.**
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	**XI.**
2,7	**25,7**	**2,1**	**0,7**	**284,4**	**56,6**	**19,9**	**91,8**	**32,3**	**107,2**	**37,7**	**4,3**	**1,5**	**24,5**	**8,6**	**9,9**	**7,0**	**XII.**
6,5	**35,5**	**4,3**	**1,1**	**404,4**	**130,8**	**32,3**	**143,4**	**35,5**	**23,8**	**5,9**	**44,8**	**11,1**	**61,6**	**15,2**	**1,8**	**1,0**	**XIII.**
3,5	**24,4**	**2,8**	**0,9**	**290,9**	**100,3**	**34,5**	**46,1**	**15,9**	**74,1**	**25,5**	**10,6**	**3,6**	**59,8**	**20,6**	**50,2**	**47,8**	**XIV.**
2,3	**39,1**	**2,4**	**2,6**	**94,4**	**28,4**	**30,1**	**23,8**	**25,2**	**10,8**	**11,5**	**2,4**	**2,5**	**29,1**	**30,8**	**13,2**	**12,3**	**XV.**
0,5	**33,1**	**0,2**	**0,7**	**32,6**	**22,8**	**69,9**	**2,4**	**7,5**	**5,2**	**15,9**	**1,5**	**4,5**	**0,7**	**2,2**	**1,7**	**1,2**	**XVI.**
1,2	**22,5**	**1,0**	**0,9**	**114,2**	**24,7**	**21,6**	**21,8**	**19,1**	**31,3**	**27,4**	**5,4**	**4,7**	**31,1**	**27,2**	**1,8**	**0,5**	**XVII.**
1,2	**23,9**	**1,0**	**0,9**	**109,5**	**30,9**	**28,2**	**21,2**	**19,3**	**33,2**	**30,3**	**0,4**	**0,4**	**23,8**	**21,7**	**3,0**	**1,8**	**XVIII.**
737,7	**29,3**	**487,3**	**0,9**	**53 118,7**	**12 872,4**	**24,2**	**14 406,8**	**27,1**	**18 040,5**	**34,0**	**2 251,4**	**4,2**	**5 547,6**	**10,4**	**3 889,4**	**2 924,8**	**D. R.**

[2]) In Sachsen sind besondere Girokassen eingerichtet, Ergebnisse über die Höhe ihrer Giroeinlagen waren nicht zu erreichen.

II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen[1]	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsjahres vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
I. Freistaat Preußen.																				
1. Regierungsbezirk **Königsberg.**																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Bartenstein (Ostpr.)	1 451	1,4	2,8	2,5	1,6	—	0,1	3¾	90	67	23	4	1,2	0,4	0,1	0,1	0,5	—	0,4	0,2
2. Braunsberg (Ostpr.)	4 773	8,2	37,9	38,2	7,8	—	0,01	4	572	443	129	78	10,0	1,5	4,0	3,2	0,7	0,6	0,1	—
3. Drengfurth (Kreis Rastenburg) . . 1920	731	0,8	1,1	1,0	0,9	—	0,02	4	40	30	10	2	0,8	0,2	0,2	0,2	0,2	0,0002	0,1	0,03
4. Gerdauen	1 129	2,1	2,1	1,6	2,6	0,3	0,1	3½	178	94	83	52	3,7	1,5	0,4	0,4	0,3	1,0	0,1	—
5. Guttstadt	1 832	2,8	4,6	4,1	3,2	0,5	0,1	4	159	121	38	6	3,8	0,8	0,2	0,1	0,3	2,4	0,1	0,04
6. Heiligenbeil	1 319	1,5	12,0	11,8	1,7	—	0,02	3½	84	64	19	12	1,4	0,2	0,6	0,3	0,03	0,3	0,3	0,2
7. Königsberg (Pr.)	149 488	142,3	160,8	143,6	159,5	17,1	1,6	3	8 573	4 763	3 810	2 023	142,5	38,6	35,5	32,8	4,1	31,4	37,2	35,0
8. Liebstadt (Ostpr.)	2 537	3,2	2,7	2,1	3,9	2,7	0,04	4	393	251	143	118	5,1	0,7	1,1	0,2	0,7	2,4	2,0	0,5
9. Mohrungen	13 774	12,0	7,8	7,4	12,5	1,9	0,5	4	853	617	236	178	19,1	4,3	2,7	2,7	4,4	5,0	1,7	1,0
10. Mühlhausen (Kreis Pr. Holland)	629	0,7	1,3	1,1	0,9	0,2	0,02	3½	43	29	14	5	0,8	0,1	0,2	0,02	0,1	0,5	0,3	0,2
11. Nordenburg	786	1,0	0,9	0,7	1,2	—	0,03	4	53	41	12	3	1,1	0,4	0,2	0,4	0,1	—	0,1	—
12. Pillau	2 957	2,5	4,5	4,1	2,9	0,6	0,1	3½	154	100	54	28	3,5	0,9	0,3	2,2	0,04	—	0,1	—
13. Pr. Holland	2 551	2,7	4,2	3,4	3,5	0,8	0,1	3½	180	109	71	27	4,1	0,7	0,7	2,1	0,3	0,3	0,2	0,1
14. Rastenburg (Ostpr.)	5 184	5,9	6,8	6,1	6,6	0,8	0,2	4	317	236	82	59	7,0	2,3	1,6	1,3	1,0	0,8	0,2	0,2
15. Saalfeld (Ostpr.)	1 439	1,7	3,1	2,8	2,0	—	—	4	101	74	27	5	1,7	0,5	0,4	0,6	0,2	0,1	0,3	0,3
16. Tapiau	1 391	1,5	3,0	2,2	2,3	0,5	0,1	3½	86	62	25	23	2,6	0,3	0,3	0,1	0,2	1,6	1,5	1,3
17. Wehlau	174	—	3,0	2,3	0,7	—	0,002	3½	12	9	3	1	0,2	0,1	—	0,03	0,1	—	0,5	0,5
C. Kreis-Sparkassen.																				
1. Bartenstein (Ostpr.)	12 759	13,8	10,5	9,4	14,9	1,0	0,5	3½	758	547	211	125	14,4	4,7	2,9	6,3	0,4	0,2	1,3	1,3
2. Braunsberg (Ostpr.)	7 900	8,7	7,4	7,0	9,2	—	0,1	4	554	416	138	109	10,3	2,1	1,9	5,4	0,4	0,6	0,2	0,1
3. Fischhausen	7 576	5,6	6,3	5,5	6,4	2,3	0,2	3½	445	281	164	68	10,1	2,2	1,9	4,8	0,6	0,6	0,6	0,6
4. Gerdauen	5 652	6,6	3,7	2,7	7,6	3,8	0,3	4	1 175	1 104	71	58	24,2	3,0	3,9	2,1	5,5	9,7	0,1	—
5. Heiligenbeil	7 129	6,5	4,4	3,5	7,5	—	0,1	3½	391	289	102	87	6,3	2,2	2,0	2,1	0,1	—	0,8	0,8
6. Heilsberg	5 112	5,4	3,2	2,7	5,9	1,9	0,1	4	329	252	78	26	6,7	1,8	1,4	1,2	0,3	2,0	0,3	0,2
7. Königsberg (Pr.)	23 916	33,7	35,9	32,6	36,9	8,3	0,9	3	2 278	1 316	962	631	42,2	16,4	8,4	2,2	5,1	10,2	3,8	2,9
8. Labiau	12 577	8,8	4,0	4,3	8,4	3,0	0,2	4	598	414	184	126	10,6	1,8	2,0	4,1	0,9	1,8	0,6	0,3
9. Mohrungen	2 839	3,9	5,1	4,1	5,0	2,4	0,2	4	313	221	92	66	5,4	0,9	0,3	2,9	1,2	0,1	2,2	2,1
10. Pr. Eylau	5 732	5,1	14,6	11,8	7,9	1,8	0,2	3½	353	236	117	20	7,2	1,8	2,5	1,7	0,7	0,5	1,7	1,6
11. Pr. Holland	16 149	25,6	10,7	10,0	26,3	5,3	0,7	3½	1 736	1 075	661	418	23,1	5,8	5,3	3,1	2,1	6,7	10,9	10,9
12. Rastenburg (Ostpr.)	5 068	6,7	6,1	5,5	7,4	1,2	0,2	4	494	342	152	97	8,3	1,6	2,2	3,8	0,6	0,03	0,6	0,6
13. Wehlau	10 189	7,3	8,1	7,3	8,2	2,9	0,3	3½	489	319	170	103	8,2	2,8	1,8	1,4	0,2	2,0	2,6	2,4
2. Regierungsbezirk **Gumbinnen.**																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Angerburg	1 472	0,7	7,6	7,1	1,2	1,0	0,05	3½	77	41	36	11	2,1	0,2	0,1	0,5	1,3	—	0,1	—
2. Gumbinnen	2 164	2,2	6,7	5,3	3,6	1,4	—	3½	152	108	44	54	4,7	0,1	0,4	1,9	0,03	2,2	0,3	—
3. Insterburg	12 843	14,8	26,8	21,0	20,6	0,7	0,3	3¾	920	744	176	176	18,3	5,5	2,8	1,5	1,3	7,3	3,1	2,4
4. Tilsit	25 438	19,6	24,8	21,6	22,9	2,7	0,7	4	1 198	869	329	263	20,4	5,3	3,5	4,9	0,6	6,1	3,6	3,3
C. Kreis-Sparkassen.																				
1. Angerburg	15 372	13,3	7,2	7,0	13,6	2,7	0,5	3½	1 081	646	434	201	20,5	5,5	1,9	1,4	9,8	1,8	0,7	0,6
2. Darkehmen	6 377	4,7	3,4	3,0	5,2	1,6	0,1	3½	373	232	141	75	7,0	1,4	0,9	1,8	0,9	2,0	0,1	0,1
3. Goldap	15 720	17,8	9,8	9,5	18,1	3,3	0,7	3½	1 130	731	399	237	18,3	5,1	2,7	6,5	2,1	1,9	5,4	5,4
4. Gumbinnen	14 621	13,6	8,1	6,3	15,4	1,5	0,7	3½	797	554	243	126	13,8	4,8	2,7	6,0	0,2	0,05	0,1	—
5. Heinrichswalde (Ostpr.)	7 272	6,3	10,1	8,3	8,2	2,4	0,3	4	711	478	232	92	15,1	1,6	1,9	3,7	0,02	7,9	0,3	—
6. Insterburg	6 310	7,4	9,1	8,5	7,9	0,1	0,1	3¾	387	289	99	29	7,7	3,0	1,3	3,2	0,1	0,001	0,3	0,1
7. Marggrabowa	9 375	8,9	18,9	16,2	11,7	0,5	0,1	4	549	423	127	105	11,7	5,8	3,3	2,1	0,3	0,2	0,7	0,7
8. Pillkallen	11 969	12,4	9,1	7,7	13,8	0,7	0,2	3½	736	496	245	106	15,3	5,6	2,9	3,2	0,5	3,1	0,05	—
9. Ragnit	18 439	10,6	8,7	8,1	11,2	0,9	0,5	3½	654	424	229	176	12,3	3,1	1,3	3,8	2,1	2,0	2,1	1,7
10. Stallupönen	9 070	10,1	7,1	5,3	12,0	3,1	0,3	3¾	799	582	218	169	11,7	5,7	2,0	2,9	1,1	0,02	0,2	—
11. Tilsit	5 877	5,6	14,3	10,5	9,4	3,2	0,1	4	415	274	136	71	9,7	0,9	1,6	4,0	2,5	0,7	1,3	—

[1]) Liegt von einer Sparkasse das Ergebnis von 1921 nicht vor, so ist hinter dem Namen der Kasse das Rechnungsjahr eingestellt, für das die Ergebnisse gebracht sind.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen[1]	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres (Millionen Mark)	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen (Millionen Mark)	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre (Millionen Mark)	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres (Millionen Mark)	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres (Millionen Mark)	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres (Millionen Mark)	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer (Tausend Mark)	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer (Tausend Mark)	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre (Tausend Mark)	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre (Tausend Mark)	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres (Millionen Mark)	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken (Millionen Mark)	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem (Millionen Mark)	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes) (Millionen Mark)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand (Millionen Mark)	in sonstigen Anlagen (Millionen Mark)	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt (Millionen Mark)	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben (Millionen Mark)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: I. Freistaat Preußen.																				
3. Regierungsbezirk Allenstein.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Allenstein	21 167	11,7	40,4	36,7	15,4	—	0,2	3½	579	467	111	149	15,0	1,3	4,6	7,5	0,2	1,5	2,2	1,8
2. Arys	1 019	0,9	2,2	2,0	1,1	0,8	—	4½	163	63	100	29	2,8	0,4	0,2	0,2	1,9	0,1	—	—
3. Bialla (Ostpr.)	424	0,3	0,3	0,2	0,4	—	—	3	18	14	4	4	0,4	0,2	0,1	0,05	0,1	0,01	0,0003	—
4. Bischofsburg	3 125	6,2	9,7	5,6	10,4	2,7	0,2	4	804	561	244	96	15,8	2,6	1,4	1,6	5,3	4,9	0,3	0,1
5. Johannisburg (Ostpr.)	723	0,7	1,4	1,3	0,8	—	0,03	4½	44	42	1	5	0,7	0,3	0,2	—	0,2	0,002	0,02	—
6. Liebemühl	874	0,6	1,0	0,9	0,7	—	—	4	48	47	1	10	0,9	0,3	0,3	0,3	0,04	0,003	0,1	—
7. Lyck	5 910	4,1	14,3	12,5	5,9	0,5	—	4	268	180	87	100	5,4	1,8	0,3	1,4	1,4	0,5	0,5	—
8. Neidenburg	1 056	0,9	0,9	1,0	0,9	—	0,02	3½	45	27	18	2	0,9	0,4	0,1	0,1	0,04	0,2	0,004	—
9. Ortelsburg	3 832	3,0	3,5	2,7	3,8	—	0,2	4	475	248	227	105	5,2	1,4	0,6	1,3	1,8	—	0,7	0,6
10. Osterode (Ostpr.)	8 300	6,2	12,3	11,3	7,2	2,7	0,2	3½	629	454	175	167	9,6	2,9	2,4	0,3	0,2	3,7	0,3	—
11. Passenheim	489	0,8	1,2	1,0	1,0	0,6	0,0002	4	67	42	26	8	1,6	0,2	0,1	—	1,3	—	0,1	—
12. Rössel	288	0,8	2,0	1,7	1,0	0,2	0,04	4	123	68	55	20	1,8	0,7	0,2	0,1	0,8	—	0,1	0,002
13. Sensburg	1 988	1,8	2,7	1,8	2,7	2,8	0,1	4	384	257	127	109	8,1	0,6	0,5	0,02	1,2	5,7	0,4	—
C. Kreis-Sparkassen.																				
1. Allenstein	7 343	9,6	13,4	10,3	12,7	—	0,2	3½	643	513	130	183	12,2	3,9	2,5	1,5	3,2	1,1	0,2	—
2. Bischofsburg	7 067	8,8	6,5	7,2	8,1	1,9	0,3	4	774	513	261	161	15,5	2,5	1,2	0,6	1,7	9,4	0,2	—
3. Johannisburg (Ostpr.)	6 403	6,9	5,0	4,8	7,1	0,3	0,3	4½	388	302	87	101	7,2	2,4	1,1	0,8	1,8	1,2	0,5	—
4. Lötzen	4 896	4,6	11,8	10,2	6,2	—	0,2	4	436	349	87	54	8,1	1,5	3,8	2,9	0,03	0,001	0,4	—
5. Lyck	20 494	24,8	21,8	20,0	26,6	—	0,6	4	1 275	993	282	225	23,5	10,7	5,1	6,6	1,2	—	2,3	2,2
6. Neidenburg	3 007	5,5	10,3	7,3	8,5	0,6	0,2	3	331	257	74	45	9,1	1,6	1,8	5,6	0,1	—	0,3	0,1
7. Ortelsburg	8 091	8,3	8,3	4,8	11,9	—	0,3	4	599	420	179	148	12,9	5,7	2,5	1,0	2,2	1,4	0,002	—
8. Osterode (Ostpr.) 1920	14 933	10,2	12,9	10,0	13,1	—	0,6	3½	891	678	213	129	16,7	5,2	4,5	0,7	2,5	3,8	1,2	—
9. Sensburg	6 738	9,4	11,1	10,5	9,9	—	0,6	4	753	433	320	162	9,9	4,0	1,3	2,0	2,6	—	0,04	—
4. Regierungsbezirk Westpreußen.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Bischofswerder (Westpr.)	449	0,6	2,0	1,8	0,8	—	0,02	4	45	36	9	6	0,9	0,3	0,3	—	0,2	—	0,01	—
2. Deutsch Eylau	1 315	0,6	0,9	0,8	0,7	—	0,1	3½	39	26	13	6	0,7	0,5	0,1	0,04	0,03	—	0,1	0,1
3. Elbing	44 304	43,6	36,2	34,3	45,4	15,6	2,2	3	4 114	2 734	1 380	722	61,1	14,3	8,2	10,1	0,01	28,5	3,4	2,9
4. Marienburg (Westpr.)	4 464	4,1	8,9	7,0	6,0	0,1	0,1	3½	271	201	70	74	6,0	1,7	0,6	3,3	0,3	—	—	—
5. Marienwerder (Westpr.)	4 146	6,2	31,0	27,7	9,5	0,1	0,1	3½	396	263	132	134	9,4	2,1	2,1	1,0	1,0	3,2	0,04	—
6. Riesenburg	1 850	2,1	2,4	1,4	3,1	2,4	0,1	4	303	242	61	59	5,8	0,6	0,5	2,7	0,6	1,5	1,0	—
C. Kreis-Sparkassen.																				
1. Elbing	26 148	43,2	26,2	26,9	42,5	14,7	1,1	3	3 130	2 003	1 127	640	50,2	12,9	12,3	4,9	0,4	19,6	0,2	—
2. Marienburg (Westpr.)	9 199	11,7	12,9	10,7	13,9	4,6	0,5	3½	909	613	295	246	17,9	8,1	4,9	4,7	0,2	0,002	—	—
3. Marienwerder (Westpr.)	7 565	7,1	12,5	9,1	10,5	0,2	0,7	3½	546	400	146	109	7,0	3,2	2,1	1,0	0,1	0,7	3,6	3,2
4. Rosenberg (Westpr.)	10 329	12,1	6,3	4,4	14,0	6,6	0,3	3½	841	595	246	216	22,2	4,9	5,1	6,6	1,1	4,4	0,2	—
5. Stuhm	6 732	11,1	12,5	12,4	11,3	0,7	0,5	4	910	778	132	130	17,2	6,2	6,2	3,1	0,9	0,8	0,4	—
5. Regierungsbezirk Potsdam.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Angermünde	3 417	3,7	5,8	5,3	4,2	3,1	0,05	3½	290	210	80	73	7,4	1,1	0,6	2,4	3,2	0,1	0,1	—
2. Beelitz (Mark)	2 019	3,1	6,6	4,3	5,3	0,3	0,1	3⅓	217	158	60	20	4,6	0,8	1,0	1,4	0,02	1,4	0,9	0,8
3. Belzig	3 285	3,2	1,0	0,9	3,3	—	0,1	3⅓	156	108	49	19	3,3	0,9	1,4	1,0	—	0,01	0,1	0,1
4. Bernau (Mark)	2 185	3,6	5,4	5,1	3,9	4,9	—	3½	329	228	101	112	6,3	0,1	1,5	4,7	0,03	0,005	2,3	2,0
5. Biesenthal	3 965	6,1	3,9	3,2	6,8	1,8	0,3	3½	442	345	96	28	6,5	3,7	1,5	1,2	0,03	0,1	2,1	—
6. Brandenburg (Havel)	50 267	42,7	61,9	60,2	44,4	—	2,4	3⅓	2 142	1 411	730	465	41,1	10,2	27,2	3,5	0,1	0,1	1,5	1,4
7. Dahme (Mark)	7 918	12,0	7,0	4,3	14,7	—	0,4	3½	583	440	143	91	9,5	3,1	4,0	2,3	0,1	—	4,8	4,8
8. Eberswalde	31 480	31,8	32,8	28,1	36,6	7,4	0,7	3⅓	1 937	1 324	613	370	36,2	9,2	14,2	12,5	0,3	0,1	7,4	5,5
9. Fehrbellin	2 287	3,4	16,2	15,7	3,9	—	0,1	3¼	169	109	60	34	3,2	1,2	0,5	0,1	0,02	1,4	0,8	—
10. Freienwalde (Oder)	1 758	3,3	26,0	23,2	6,1	2,2	—	3½	291	157	134	129	8,0	1,8	2,1	1,5	2,6	—	0,3	—
11. Gransee	3 888	8,7	15,7	10,5	14,0	5,9	0,1	3½	632	419	214	122	11,5	0,7	3,3	5,9	0,05	1,5	3,4	3,2
12. Havelberg	10 239	15,9	8,4	7,8	16,5	0,4	0,5	3⅓	733	548	185	76	15,3	3,6	4,6	7,1	0,002	—	0,7	0,4
13. Jüterbog	4 030	3,6	3,2	2,8	4,0	1,6	0,1	3⅓	248	198	50	17	5,1	0,9	1,6	0,6	0,03	2,0	0,6	0,5
14. Ketzin (Havel)	3 434	4,6	3,4	2,8	5,2	0,9	0,2	3⅓	253	183	70	28	5,3	0,9	1,6	2,6	0,1	0,00001	0,7	—
15. Kremmen	4 210	4,5	2,0	1,6	5,0	1,3	0,2	3½	321	218	103	43	5,9	1,2	1,4	3,0	0,01	0,3	0,3	—
16. Kyritz (Prignitz)	1 509	2,1	3,3	2,8	2,6	—	0,1	3⅓	112	74	39	8	1,7	0,2	0,3	0,2	—	1,0	0,9	—
17. Lenzen (Elbe)	3 108	3,9	3,2	2,9	4,2	0,02	0,2	3⅓	180	132	48	42	3,6	0,5	1,9	0,6	0,5	0,1	0,2	0,03

[1]) Vergl. die Anmerkung [1]) auf Seite 8.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen[1]	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsvorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: I. Freistaat Preußen. — Noch: 5. Regierungsbezirk Potsdam.																				
Noch: A. Städt. Spark.																				
18. Lindow (Kr. Ruppin)	1 404	1,5	3,7	3,4	1,8	—	0,01	3¾	69	60	10	6	1,1	0,4	0,2	0,5	0,01	—	0,7	0,5
19. Luckenwalde	14 125	13,5	7,5	6,2	14,7	9,0	0,3	3⅓	1 073	821	251	256	18,6	4,2	8,6	5,7	0,02	0,1	3,8	3,7
20. Nauen	14 394	17,8	9,2	7,2	19,8	2,2	0,5	3½	907	695	212	126	16,2	3,7	3,5	6,3	0,02	2,5	3,2	—
21. Neu Ruppin	6 770	5,4	9,2	7,6	7,0	1,9	0,2	3⅓	322	213	108	102	7,8	1,1	1,1	5,4	0,3	—	1,0	—
22. Niemegk (Bz. Potsd.)	3 393	3,4	3,4	3,0	3,8	0,2	0,1	3⅓	174	119	55	23	3,4	0,5	1,8	0,9	0,01	0,2	0,4	0,3
23. Oranienburg	7 817	11,3	22,9	20,5	13,7	5,4	0,001	3	652	341	310	178	13,0	3,4	2,9	3,8	0,2	2,7	5,8	4,1
24. Perleberg	11 236	10,6	50,5	48,2	13,0	—	0,1	3⅓	544	425	119	116	10,3	2,4	3,3	4,6	0,0004	—	2,6	—
25. Plaue (Havel)	1 391	1,1	0,9	0,7	1,2	—	0,04	3⅓	53	37	17	15	0,8	0,2	0,3	0,3	—	—	0,4	0,4
26. Potsdam	66 789	92,5	99,5	103,0	89,0	2,7	1,1	3½	3 533	2 717	816	1 003	80,0	12,1	26,6	41,3	—	—	3,0	2,4
27. Prenzlau	9 236	10,9	12,1	12,1	10,9	0,6	—	3⅓	445	380	65	75	10,8	3,8	3,9	2,5	0,6	—	0,6	—
28. Pritzwalk	5 709	5,7	5,3	4,3	6,7	1,3	0,2	3⅓	332	252	80	25	5,7	1,0	2,3	2,4	0,003	—	1,9	1,4
29. Putlitz	2 043	2,4	1,3	0,8	2,8	—	0,1	3⅓	131	106	26	19	2,7	0,4	1,3	0,8	0,01	0,2	0,1	0,1
30. Rathenow	12 275	11,3	17,4	17,7	11,1	6,6	—	3⅓	754	551	203	258	10,5	2,2	3,0	5,0	0,2	—	—	—
31. Schwedt (Oder)	12 558	22,4	14,7	12,3	24,9	—	0,6	3⅓	1 026	784	242	146	22,0	5,3	9,8	4,4	2,5	0,01	2,2	1,8
32. Strasburg (Uckermark) . . . 1920	3 893	2,7	1,4	0,8	3,3	—	—	3⅓	114	95	19	31	3,0	1,0	1,0	1,0	0,01	—	0,1	—
33. Strausberg	8 364	10,8	7,7	7,0	11,6	1,2	0,5	3⅓	574	412	162	102	11,5	3,8	2,4	5,3	0,04	—	1,4	1,1
34. Treuenbrietzen	7 028	10,5	7,7	6,7	11,4	0,5	—	3⅓	556	344	212	81	9,2	0,8	5,2	1,3	0,01	1,9	1,9	1,6
35. Werder (Havel)	5 607	5,2	4,3	4,1	5,4	0,8	0,1	3	245	166	80	62	4,8	0,7	2,5	1,4	0,1	—	1,2	1,0
36. Wilsnack	3 842	5,1	10,0	8,5	6,6	—	0,2	3½	287	194	92	67	5,9	1,0	2,3	2,6	0,02	0,05	0,7	0,6
37. Wittenberge (Bz. Potsd.)	19 820	17,3	43,5	39,8	21,0	1,2	—	3½	875	650	225	194	18,5	4,5	4,3	9,2	0,1	0,5	2,9	2,7
38. Wittstock (Dosse)	9 459	12,2	6,0	5,0	13,2	2,2	0,3	3	679	437	243	99	14,6	1,5	3,7	9,3	0,03	—	0,9	0,9
39. Wriezen	2 728	2,9	3,5	3,1	3,2	—	0,1	3⅓	139	94	44	14	2,6	0,9	0,7	1,0	—	0,004	0,6	—
40. Wusterhausen (Dosse)	4 901	7,8	4,4	3,3	8,9	1,8	0,2	3½	507	401	106	48	10,2	0,6	1,3	8,2	0,1	—	0,6	0,3
41. Zehdenick	8 046	8,6	8,2	7,3	9,5	1,9	0,2	3⅓	460	300	160	115	10,1	2,1	2,6	5,0	0,3	—	0,7	—
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Hennigsdorf (Osthavell.)	2 668	1,6	2,1	1,7	1,9	1,8	0,1	3½	96	62	33	61	3,9	0,2	0,7	0,8	2,1	—	0,4	—
2. Velten (Mark)	2 747	2,2	2,1	1,9	2,5	0,6	0,1	3⅓	112	80	33	66	2,7	0,7	0,4	1,5	0,1	—	0,3	—
C. Kreis-Sparkassen.																				
1. Angermünde	25 458	33,5	16,0	13,3	36,2	7,1	0,3	3⅓	2 068	1 414	654	486	42,1	6,9	12,1	23,1	0,1	—	0,2	—
2. Beeskow	21 343	26,9	9,7	7,2	29,4	—	0,7	3⅓	1 456	1 025	431	178	23,7	1,8	9,0	12,8	0,04	—	4,1	4,0
3. Belzig	10 779	12,5	6,8	4,9	14,3	5,2	0,2	3⅓	632	445	187	175	17,8	1,6	4,6	4,8	0,2	6,6	1,3	1,0
4. Berlin f. d. Kr. Niederb.	118 749	122,8	69,1	64,2	127,7	10,7	3,8	3	6 750	4 135	2 615	1 530	124,8	7,6	61,1	47,6	—	8,5	6,0	—
5. Berlin f. d. Kr. Teltow	278 874	313,5	202,3	173,7	342,0	36,3	8,5	3	17919	11257	6 661	3 253	377,2	36,1	162,7	175,7	0,7	2,0	2,2	—
6. Freienwalde (Oder)	33 533	40,0	28,2	25,8	42,5	0,6	1,2	3½	1 903	1 420	483	392	39,4	11,5	4,6	20,7	0,1	2,5	4,8	—
7. Jüterbog	42 966	58,7	37,0	32,2	63,5	3,6	2,2	3⅓	3 242	2 309	933	687	60,9	9,7	28,3	22,7	0,2	—	0,4	—
8. Kyritz (Prignitz)	12 621	15,3	11,3	7,6	19,0	5,2	0,5	3⅓	1 031	760	272	107	17,1	1,1	3,8	12,0	0,02	0,2	7,6	5,9
9. Nauen	7 282	5,8	6,3	3,4	8,7	5,7	0,1	3½	636	396	240	150	11,5	0,5	0,9	4,0	0,03	6,0	2,5	—
10. Neu Ruppin	31 074	35,5	32,5	30,5	37,4	5,6	1,7	3⅓	2 237	1 077	1 160	413	37,4	4,1	19,1	5,8	0,3	8,1	4,0	—
11. Prenzlau	20 319	21,5	10,8	7,1	25,2	8,3	0,1	3⅓	1 352	1 036	316	312	22,0	2,5	9,7	9,7	0,1	—	9,8	—
12. Rathenow	21 955	22,7	16,9	15,0	24,6	—	0,3	3⅓	1 078	806	273	180	23,7	2,7	8,4	12,5	0,1	—	2,2	2,0
13. Templin	20 214	17,6	12,0	10,9	18,8	5,0	0,1	3⅓	861	682	179	153	20,0	3,9	5,4	8,4	0,03	2,2	2,5	2,4
6. Regierungsbezirk Frankfurt.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Arnswalde	6 577	8,7	13,8	13,1	9,4	1,4	0,1	3½	438	345	93	70	9,9	2,7	1,8	2,0	0,03	3,3	1,0	—
2 Bärwalde (Neum.)	7 632	12,2	7,1	6,4	13,0	0,6	0,4	3½	594	439	155	92	10,6	6,2	2,8	1,4	0,05	0,02	—	1,7
3. Berlinchen (Neum.)	7 817	16,5	30,3	27,0	19,8	4,7	0,5	3½	1 078	855	223	270	27,2	4,5	4,5	4,2	12,5	1,4	0,5	0,4
4. Bernstein (Neum.)	247	—	1,7	0,7	0,9	0,1	—	3½	39	25	13	23	0,01	—	—	0,003	0,002	—	1,0	0,9
5. Bobersberg	2 282	2,1	1,9	1,8	2,3	—	0,1	3½	103	69	34	11	2,0	0,3	0,4	1,2	0,02	—	0,3	0,3
6. Buckow (Kr. Lebus)	1 789	2,0	5,0	4,4	2,5	0,01	0,001	3½	108	86	22	22	1,9	0,6	0,5	0,8	0,004	—	0,6	0,2
7. Cottbus	26 680	22,9	37,2	29,8	30,3	—	1,2	3½	1 594	1 272	322	312	27,5	9,4	11,2	6,9	0,1	—	3,3	3,2
8. Crossen (Oder)	19 261	22,7	10,4	9,7	23,4	1,2	0,7	3½	1 104	770	335	160	24,5	1,8	6,2	14,6	0,4	1,5	0,9	0,8
9. Cüstrin	22 135	31,2	36,7	36,8	31,2	—	1,5	3	1 333	899	434	339	28,3	8,9	6,7	12,7	0,1	0,1	2,7	2,5
10 Driesen	9 987	16,5	19,6	18,6	17,5	2,0	0,5	3⅓	804	541	264	267	18,1	2,1	4,4	7,7	0,2	3,6	1,8	1,5
11. Drossen	6 157	9,7	15,9	15,1	10,5	0,6	0,2	3½	609	383	226	91	11,6	1,4	3,5	5,5	0,2	1,1	0,2	0,1
12. Finsterwalde (N. Laus.)	13 924	15,2	7,0	6,2	16,0	—	0,4	3½	762	582	180	83	13,4	5,3	5,0	2,6	0,1	0,3	2,2	2,0
13. Forst (Lausitz)	40 435	45,7	46,6	32,9	59,4	22,5	1,1	3⅓	3 327	2 578	749	580	71,0	11,2	16,8	10,0	0,1	32,8	8,9	8,1
14. Frankfurt (Oder)	63 548	84,5	121,1	108,3	97,4	1,9	2,2	3⅓	4 029	2 905	1 124	891	102,0	12,7	34,3	10,0	0,3	44,7	19,3	17,3

[1]) Vergl. die Anmerkung [1]) auf Seite 8.

Noch: I. Freistaat Preußen. — Noch: 6. Regierungsbezirk Frankfurt.

Art und Name der Sparkassen[1]	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsvorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: A. Städt. Spark.																				
15. Friedeberg (Neum.)	1 783	2,3	3,1	2,2	3,2	0,6	0,1	3½	141	108	32	12	2,6	0,8	0,5	1,0	0,1	0,3	1,1	0,9
16. Fürstenberg (Oder)	8 812	12,3	8,8	8,7	12,4	0,03	0,2	3⅓	574	411	163	113	12,3	6,4	4,7	1,1	0,1	—	0,6	0,6
17. Fürstenwalde (Spree)	24 772	32,0	20,9	17,5	35,5	—	—	3⅓	1 430	1 104	326	192	34,0	6,8	13,0	9,4	0,03	4,7	4,3	3,9
18. Guben	22 985	18,7	10,6	9,4	20,0	—	0,7	3½	965	723	242	147	18,9	6,6	8,0	4,3	0,002	—	0,3	0,2
19. Kirchhain (N. Lausitz)	7 162	7,8	3,5	2,5	8,8	1,1	0,2	3½	430	336	93	69	9,2	2,8	2,3	3,8	0,1	0,2	0,4	0,4
20. Königsberg (Neum.)	5 824	7,8	7,2	6,0	9,0	0,5	—	3½	402	303	98	79	9,0	1,5	4,4	1,1	0,03	1,9	0,6	0,4
21. Landsberg (Warthe)	38 627	46,6	80,1	76,0	50,6	—	1,0	3⅓	2 163	1 461	702	410	47,6	14,0	12,7	20,8	0,1	—	1,7	1,7
22. Lebus	434	0,3	1,1	0,8	0,7	0,1	0,003	3½	28	19	9	8	0,7	0,1	0,01	0,04	0,05	0,5	0,1	0,1
23. Lippehne (Kr. Soldin)	4 086	4,5	2,6	1,4	5,7	—	0,1	3½	259	204	55	93	4,9	1,7	1,3	1,8	0,1	—	1,4	1,3
24. Luckau (Lausitz)	2 000	1,9	1,1	1,0	1,9	0,1	0,04	3½	133	72	61	33	1,7	0,3	1,1	0,2	0,1	—	0,3	—
25. Mohrin	1 623	2,1	1,3	0,9	2,5	—	0,1	3½	108	78	31	30	2,3	0,5	0,7	0,5	0,2	0,4	0,1	0,1
26. Müllrose	4 094	7,6	13,6	12,4	8,8	—	0,1	3⅗	388	287	101	57	8,2	3,8	1,3	1,4	0,1	1,6	0,8	0,7
27. Müncheberg (Mark) 1920	8 422	13,3	7,2	6,2	14,4	1,6	1,1	3⅓	676	510	165	30	15,1	5,2	3,7	6,2	0,02	—	1,2	0,6
28. Neudamm	7 533	9,9	9,5	7,7	11,7	3,2	0,4	3½	635	448	186	142	12,3	1,9	4,5	4,1	0,4	1,5	2,1	2,0
29. Neuwedell	2 931	4,5	18,1	17,1	5,4	—	—	3½	240	177	63	76	4,5	1,1	2,0	0,4	0,1	1,0	0,6	0,5
30. Peitz	3 398	3,8	4,2	3,4	4,6	0,6	0,1	3½	200	159	41	30	3,9	0,9	1,2	1,3	0,04	0,5	1,4	1,4
31. Reetz (Kr. Arnswalde)	3 643	5,0	8,5	7,8	6,2	—	—	3½	260	211	50	31	5,0	0,7	1,3	0,4	0,2	2,4	0,9	0,7
32. Reppen	7 463	9,8	7,4	5,4	11,7	1,2	0,4	3½	580	362	218	95	12,9	1,5	2,8	4,1	2,1	2,3	0,3	—
33. Schwiebus	19 732	27,8	69,2	68,2	28,8	1,9	0,8	3½	1 412	1 010	402	277	26,8	4,8	5,6	11,8	0,8	3,8	1,1	0,8
34. Seelow	1 793	2,1	1,8	1,5	2,4	—	0,1	3⅓	89	68	21	33	1,7	0,4	1,0	0,4	—	0,003	0,6	0,5
35. Senftenberg (Lausitz)	19 534	20,7	70,0	68,1	22,6	8,4	0,9	3½	1 057	670	387	183	21,6	7,4	5,6	8,5	0,04	—	4,4	3,6
36. Soldin	7 943	10,5	3,6	2,8	11,3	1,1	—	3¼	565	412	153	95	11,1	1,9	3,5	2,5	0,02	3,2	1,0	0,8
37. Sommerfeld (Bz. Frankfurt)	15 767	14,2	4,6	3,7	15,1	—	0,2	3⅓	659	486	173	119	11,4	3,0	4,6	2,9	0,002	1,0	2,8	2,7
38. Sonnenburg (Neum.)	6 330	9,1	5,8	4,5	10,5	0,5	0,5	3⅓	514	335	180	70	8,8	1,5	4,5	2,7	0,08	0,02	3,4	1,4
39. Sorau (N. Lausitz)	16 742	15,7	42,4	36,0	22,0	—	0,3	3⅓	882	623	259	174	16,4	3,3	3,8	8,4	1,4	—	5,4	5,8
40. Spremberg (Lausitz)	22 324	24,6	13,5	10,4	27,6	—	0,1	3⅓	1 175	871	304	319	27,2	8,3	3,3	15,2	0,08	0,8	0,5	0,2
41. Vetschau	5 505	6,0	2,9	2,8	6,6	2,0	0,2	3¼	431	294	138	151	7,9	1,6	1,5	1,5	0,5	2,7	0,5	0,8
42. Woldenberg (Neum.)	7 500	11,0	6,5	5,3	12,2	1,5	0,2	3⅓	580	460	120	98	13,7	2,0	4,2	7,2	0,3	—	0,3	—
43. Zielenzig	13 050	12,0	8,2	6,3	13,8	1,2	0,6	3½	603	421	182	138	15,3	3,7	4,5	2,5	0,1	4,5	2,2	1,7
44. Züllichau	16 240	18,8	11,4	10,5	19,7	5,5	0,6	3½	1 128	763	365	317	28,3	4,0	7,1	10,0	0,3	6,9	—	—
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Döbern (N. Lausitz)	1 500	1,5	4,8	3,1	2,8	3,3	—	4	230	156	74	95	6,0	0,8	0,01	2,5	0,1	2,6	0,02	—
2. Vietz	6 601	10,0	5,1	4,1	10,9	3,1	0,4	3⅓	571	415	155	140	12,5	3,2	2,9	5,0	0,4	0,9	1,3	1,0
C. Kreis-Sparkassen.																				
1. Arnswalde	13 731	21,6	20,5	17,2	25,0	—	0,6	3½	1 190	907	284	145	23,6	4,1	9,1	7,4	2,8	0,2	0,8	0,7
2. Calau 1920	8 308	2,8	4,5	3,0	4,2	—	0,002	3½	144	115	29	37	3,2	0,3	0,7	2,2	—	—	0,9	0,8
3. Cottbus	38 938	47,8	30,6	25,4	52,5	3,2	—	3½	2 311	1 779	531	387	45,9	14,3	18,4	10,0	1,1	2,0	11,5	11,3
4. Crossen (Oder)	8 050	10,0	13,8	11,8	12,0	—	0,05	3½	529	434	94	176	8,5	0,6	2,2	5,6	0,001	—	3,1	3,1
5. Friedeberg (Neum.)	11 583	18,0	10,6	10,6	18,0	6,3	0,4	3⅖	1 028	783	245	197	21,9	2,0	5,4	12,8	0,03	1,7	2,1	2,0
6. Guben	25 710	21,9	8,3	7,2	23,1	6,4	0,4	3½	1 391	1 030	361	456	35,1	7,1	10,1	4,6	1,7	11,5	0,3	0,2
7. Königsberg (Neum.)	14 015	19,2	10,9	9,4	20,7	4,4	0,4	3½	1 011	617	394	113	21,7	2,0	6,1	8,6	0,3	4,7	2,3	1,5
8. Landsberg (Warthe)	10 309	19,1	16,2	13,5	21,8	6,0	0,5	3⅓	1 291	926	365	183	23,4	2,5	5,0	12,4	0,001	3,5	4,7	4,5
9. Luckau (Lausitz)	6 849	9,3	8,2	5,6	12,0	4,7	0,2	3½	682	490	192	113	14,6	1,4	1,6	7,2	0,3	4,0	1,9	1,5
10. Reppen	6 610	8,8	7,8	6,8	9,4	0,1	0,8	3½	516	396	121	93	11,0	0,9	2,4	7,0	0,2	0,5	0,3	—
11. Seelow	11 994	14,5	11,7	9,4	16,8	—	—	3½	639	529	110	238	16,5	1,8	0,8	13,6	—	0,3	1,1	—
12. Soldin	6 045	10,7	16,1	9,4	17,4	4,8	—	3½	726	613	113	217	22,2	0,7	3,1	6,5	—	11,9	1,7	1,2
13. Zielenzig	1 025	1,4	2,8	1,5	2,7	0,7	0,01	3	104	70	34	24	1,9	0,1	0,3	1,5	0,02	—	1,5	1,5
D. Provinzial- und ständische Sparkassen.																				
1. Lübben (Lausitz)	172 166	160,7	42,5	30,5	172,7	37,2	5,0	3⅓	9 270	6 286	2 985	2 578	189,8	42,1	92,9	20,6	0,01	34,2	17,8	17,0

7. Berlin.

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Groß-Berlin	1 887 010	1 864,6	2 174,6	2 063,4	1 975,8	359,7	23,1	3	110 552	72359	38192	38937	1866,5	249,0	654,2	952,3	6,2	4,7	384,1	368,9

[1]) Vergl. die Anmerkung [1]) auf Seite 8.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen[1]	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs v o r jahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: I. Freistaat Preußen. — Noch: 7. Berlin.																				
E. Sonstige öffentliche Sparkassen.																				
1. Berlin (Spark d. Preuß. Rent.-Versich.-Anstalt)	6 575	13,2	9,8	8,0	15,0	—	1,5	3	916	444	472	—	16,6	—	—	—	—	16,6	1,0	—
8. Regierungsbezirk Stettin.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Altdamm	5 203	7,4	6,8	5,6	8,5	—	0,2	3½	389	293	97	50	8,1	2,9	2,1	2,9	0,005	0,1	1,0	—
2. Anklam	25 367	31,7	29,8	22,0	39,5	5,5	0,9	3½	1 887	1 412	475	203	34,1	6,8	8,8	16,6	1,7	0,3	11,2	—
3. Bahn	4 488	7,2	3,5	2,9	7,8	0,3	0,2	3½	326	252	74	63	6,9	3,1	2,3	1,3	0,1	0,1	1,1	0,5
4. Cammin (Pomm.)	4 439	4,1	1,9	1,5	4,4	1,1	0,1	3½	228	145	82	70	4,9	0,9	1,5	2,0	0,1	0,4	0,2	—
5. Daber (Kr. Naugard)	393	0,3	2,4	2,1	0,6	0,04	0,01	3½	20	14	6	3	0,7	0,1	0,1	0,4	0,01	0,1	0,4	0,4
6. Demmin	15 700	15,5	9,6	6,6	18,5	—	1,1	3½	747	589	157	113	16,6	3,7	3,6	8,4	—	1,0	2,3	1,9
7. Fiddichow	2 246	3,1	1,3	0,9	3,5	0,9	0,2	3½	188	125	63	30	3,6	1,1	1,9	0,5	0,1	0,03	0,7	0,6
8. Freienwalde (Pomm.)	3 455	3,9	3,7	2,6	5,1	0,8	0,1	3½	204	144	60	49	4,9	1,1	0,9	2,5	0,3	—	1,0	0,8
9. Gartz (Oder)	2 133	3,0	3,4	3,1	3,2	1,0	0,04	3½	143	101	42	30	3,0	0,5	0,5	1,9	0,01	0,04	0,1	—
10. Gollnow	8 176	11,8	11,9	9,5	14,1	27,2	—	3½	636	457	180	51	40,9	4,9	2,6	4,4	0,2	28,9	1,0	0,8
11. Greitenberg (Pomm.)	9 773	11,0	9,5	6,8	13,7	1,4	0,4	3½	606	457	149	118	13,5	4,7	2,6	5,7	0,6	—	1,7	—
12. Greifenhagen	9 292	16,1	7,0	6,1	17,0	1,7	0,9	3½	821	597	224	122	15,9	4,6	8,3	2,5	0,1	0,4	0,1	—
13. Jakobshagen	4 455	8,0	3,6	3,0	8,6	—	0,3	3½	447	378	70	69	8,2	1,0	2,7	4,5	0,04	—	0,2	0,1
14. Jarmen	3 146	3,7	18,5	18,0	4,2	—	0,1	3½	164	132	32	25	2,9	1,0	0,5	1,5	0,01	—	1,4	1,2
15. Labes	1 343	0,9	1,0	0,7	1,2	2,6	0,01	3½	104	71	33	23	1,1	0,3	0,2	0,5	0,04	—	2,6	—
16. Massow	3 371	5,4	3,4	2,9	6,1	1,5	0,1	3½	314	203	110	72	5,6	1,4	1,1	1,6	0,4	1,1	0,3	0,3
17. Naugard	2 828	2,5	2,6	2,4	2,8	1,6	0,03	3½	139	111	28	25	3,1	0,7	0,6	1,7	0,1	—	0,1	—
18. Neuwarp	1 772	2,3	2,2	2,3	2,3	0,1	0,1	3½	111	81	30	55	2,1	0,3	0,8	0,9	0,1	0,1	0,04	—
19. Nörenberg	2 190	2,1	2,6	2,0	2,6	—	0,05	3½	104	81	23	6	2,2	0,7	0,3	1,2	0,02	—	0,3	0,2
20. Pasewalk	8 579	9,8	13,0	10,3	12,4	1,2	0,4	3½	542	346	196	101	11,4	3,1	2,8	5,4	0,1	—	1,4	1,3
21. Penkun (Kr. Randow)	836	1,3	2,3	2,0	1,6	0,2	0,02	3½	71	55	15	9	1,1	0,2	0,1	0,7	0,02	0,1	0,7	0,5
22. Plathe (Pomm.)	2 839	3,4	1,5	0,9	4,0	0,2	0,04	3½	145	76	68	62	2,8	1,4	1,0	0,2	0,1	—	0,1	—
23. Pölitz (Pomm.)	2 530	4,7	6,8	6,6	4,8	1,6	—	3½	267	180	87	124	5,5	0,7	0,7	4,0	0,2	—	0,9	0,9
24. Pyritz	13 514	22,2	12,9	10,8	24,3	—	1,1	3½	1 122	792	330	102	21,9	7,8	7,5	6,3	0,2	—	1,7	—
25. Regenwalde	6 149	8,1	5,0	3,4	9,8	1,0	0,3	3½	454	361	93	93	11,4	4,2	2,0	4,1	0,1	1,1	0,4	—
26. Stargard (Pomm.)	32 597	45,6	31,6	27,9	49,3	23,3	1,9	3½	2 312	1 712	601	426	49,5	10,9	15,9	13,3	0,2	9,3	6,1	—
27. Stettin	230 647	219,5	261,3	208,4	272,3	26,5	2,7	3½	11971	8 360	3 611	2 047	288,6	65,5	91,5	128,3	2,3	1,0	14,6	13,4
28. Swinemünde	12 257	15,5	13,3	11,5	17,3	1,3	1,1	3½	840	592	248	133	18,9	10,5	1,8	3,1	1,4	2,1	0,6	0,5
29. Treptow (Rega)	12 351	18,3	15,3	12,8	20,8	2,8	—	3½	1 048	784	263	167	23,7	7,4	4,8	8,5	1,1	1,9	1,4	1,3
30. Treptow (Tollense)	4 726	6,5	3,0	2,1	7,5	0,5	0,1	3⅓	313	240	73	71	5,8	1,7	1,5	2,3	0,1	0,2	1,0	—
31. Ueckermünde	9 000	11,2	5,5	5,3	11,5	3,2	0,5	3½	669	440	229	117	10,9	2,9	2,8	3,1	0,8	1,3	3,8	3,5
32. Usedom	2 848	6,4	1,5	1,4	6,4	—	0,6	3½	332	219	113	38	6,8	2,2	1,8	0,2	0,03	2,5	0,2	0,1
33. Wangerin	2 111	2,6	4,7	3,8	3,5	—	—	3½	124	102	22	31	2,6	0,8	0,9	0,8	0,1	—	0,9	0,7
34. Wollin (Pomm.)	6 434	8,9	3,3	2,8	9,4	—	0,4	3½	438	316	122	71	9,1	2,8	3,3	1,9	0,1	1,1	0,5	0,5
35. Zachan	621	0,6	0,3	0,3	0,7	—	0,02	3½	28	22	6	1	0,6	0,2	0,1	0,3	0,1	—	0,02	—
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Torgelow	630	0,6	1,6	1,5	0,7	1,0	—	3½	83	59	24	35	0,9	0,1	—	0,4	0,2	0,2	0,7	0,5
C. Kreis-Sparkassen.																				
1. Cammin (Pomm.) 1920	8 337	9,5	6,2	5,7	10,0	3,9	0,2	3½	569	435	135	128	6,6	1,2	2,8	2,2	0,3	0,1	6,7	5,9
2. Demmin	478	—	3,8	0,9	2,9	2,4	—	3½	98	79	19	4	5,2	0,01	—	0,2	0,005	5,0	0,1	—
3. Greifenberg (Pomm.)	6 975	10,6	6,0	5,0	11,7	9,5	0,3	3½	853	551	302	189	19,7	2,4	2,8	6,3	0,5	7,8	1,4	—
4. Greifenhagen	5 036	7,5	15,7	12,8	10,4	0,03	0,3	3½	419	307	112	60	7,2	0,9	2,7	2,7	0,6	0,3	3,0	2,9
5. Labes	13 342	16,6	7,4	4,8	19,3	6,3	0,5	3½	953	715	238	312	19,5	5,2	7,6	6,5	0,2	—	0,7	0,4
6. Naugard	16 480	25,8	15,9	12,2	29,5	5,0	1,1	3½	1 417	949	468	273	29,2	9,0	7,3	9,0	0,4	3,5	1,1	—
7. Pyritz	7 610	18,8	13,5	14,2	18,2	—	0,7	3½	825	531	294	120	16,6	1,7	4,9	10,1	—	—	1,0	—
8. Stargard (Pomm.)	9 700	16,8	28,3	23,2	21,9	—	0,2	3½	798	598	200	158	16,0	2,7	4,4	4,9	0,9	3,1	5,2	3,7
9. Stettin	71 096	111,3	150,5	133,0	128,8	16,4	—	3½	5 851	4 075	1 776	800	134,5	16,9	25,0	60,8	0,3	31,4	26,0	19,3
10. Swinemünde	3 115	4,4	8,6	8,5	4,4	2,5	0,1	3½	583	309	274	79	6,8	0,2	1,6	4,7	0,3	0,03	1,1	—
11. Ueckermünde	2 741	3,3	15,3	11,8	6,9	1,8	—	3½	570	377	194	396	13,5	6,6	0,2	2,1	4,7	—	8,5	6,1

[1]) Vergl. die Anmerkung [1]) auf Seite 8.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsvorjahres (Millionen Mark)	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen (Millionen Mark)	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre (Millionen Mark)	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres (Millionen Mark)	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres (Millionen Mark)	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres (Millionen Mark)	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer (Tausend Mark)	Betrag der: Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer (Tausend Mark)	Betrag der: Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre (Tausend Mark)	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre (Tausend Mark)	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres (Millionen Mark)	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken (Millionen Mark)	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem (Millionen Mark)	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes) (Millionen Mark)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand (Millionen Mark)	in sonstigen Anlagen (Millionen Mark)	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt (Millionen Mark)	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben (Millionen Mark)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: I. Freistaat Preußen.																				
9. Regierungsbezirk Köslin.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Bärwalde (Pomm.)	1 834	2,0	1,0	0,7	2,3	0,3	0,1	3 3/5	138	96	42	37	3,1	0,8	0,8	0,2	0,3	0,9	0,01	—
2. Belgard (Persante)	4 855	7,0	6,5	5,2	8,3	5,2	0,2	3½	581	403	178	157	12,7	2,8	2,2	0,7	0,1	6,9	0,6	0,4
3. Bublitz	3 487	4,6	4,3	3,2	5,7	1,2	0,1	4	324	262	62	88	10,0	1,7	1,6	6,2	0,4	0,1	0,4	—
4. Bütow (Bz. Köslin)	2 640	3,5	9,1	8,1	4,6	—	0,2	4	269	167	102	67	4,5	1,6	1,6	0,7	0,3	0,8	0,1	—
5. Callies	4 841	8,0	4,2	3,9	8,3	1,7	0,05	3½	446	323	123	66	8,2	3,2	2,5	2,4	0,1	—	1,5	—
6. Dramburg	2 734	1,7	4,2	3,2	2,8	0,01	0,02	3½	83	56	27	6	1,3	0,4	0,4	0,5	0,01	—	1,5	1,4
7. Falkenburg (Pomm.)	5 263	8,7	10,0	9,9	8,8	2,7	0,0001	3½	466	310	156	75	10,6	2,6	3,2	4,6	0,3	—	0,6	0,6
8. Körlin (Persante)	1 643	3,5	2,3	1,5	4,3	1,3	0,1	3½	214	142	72	30	3,9	1,5	0,7	0,6	1,1	0,001	1,9	1,9
9. Köslin	19 611	27,8	23,6	17,8	33,6	—	0,4	3½	1 353	934	419	286	32,9	11,7	6,2	5,9	5,3	3,8	0,9	0,6
10. Kolberg	25 540	29,1	21,1	17,7	32,6	9,2	1,0	3½	2 125	1 517	607	373	45,7	15,9	9,5	15,8	0,6	3,8	0,1	—
11. Lauenburg (Pomm.)	1 813	2,4	3,8	3,1	3,0	—	0,1	3½	156	83	73	31	2,1	0,9	0,3	0,8	0,0003	0,02	1,0	—
12. Neustettin	8 195	9,2	16,0	13,4	11,8	—	0,2	3½	545	363	183	105	11,1	4,4	3,4	3,2	0,1	—	1,9	0,9
13. Pollnow	3 072	3,1	2,9	2,2	3,8	—	0,04	4	179	151	28	8	3,7	1,3	0,4	2,1	—	—	0,04	—
14. Polzin	9 882	13,8	7,9	6,0	15,7	3,1	0,3	3½	664	475	189	135	15,7	5,4	5,2	3,4	0,8	1,5	1,6	1,5
15. Ratzebuhr (Pomm.)	2 215	3,9	2,0	1,7	4,3	1,2	0,1	3½	274	161	113	39	5,0	1,6	0,9	1,5	0,1	0,9	0,4	0,4
16. Rügenwalde	10 134	17,1	9,7	5,6	21,1	—	0,5	3½	1 009	626	382	198	20,3	2,8	9,4	7,9	0,1	0,02	0,2	0,1
17. Rummelsburg (Pomm.)	2 801	3,6	5,5	5,1	4,0	0,9	0,1	4	367	167	201	49	4,3	0,9	0,7	1,0	0,03	1,7	2,2	0,6
18. Schivelbein	10 399	13,3	7,7	5,5	15,5	0,6	0,6	3½	659	508	151	108	14,6	6,1	3,3	5,0	0,3	—	1,2	1,0
19. Schlawe (Pomm.)	5 465	9,1	4,9	3,4	10,5	3,7	0,3	4	537	393	144	116	10,4	3,7	3,4	1,6	0,9	0,6	0,1	—
20. Stolp (Pomm.)	31 439	39,7	55,3	52,6	42,4	4,3	1,0	3½	2 024	1 566	458	296	43,9	11,7	12,0	19,3	0,7	0,1	3,1	—
21. Tempelburg	5 673	8,3	9,7	8,5	9,6	0,3	0,2	3½	467	300	166	99	8,7	4,1	2,9	0,9	0,8	—	1,3	1,0
22. Zanow	1 564	2,3	4,8	4,0	3,0	1,4	0,04	4	149	56	93	26	3,5	0,4	0,5	2,4	0,3	—	0,04	—
C. Kreis-Sparkassen.																				
1. Belgard (Persante)	24 898	43,1	19,5	12,4	50,2	13,2	0,9	3½	3 007	2 185	821	476	68,6	21,5	13,2	18,0	1,4	13,9	2,1	1,9
2. Bublitz	15 741	20,5	14,6	9,9	25,2	5,5	0,3	4	1 297	1 014	283	271	29,5	8,2	9,5	5,6	1,1	5,1	1,1	1,1
3. Bütow (Bz. Köslin)	17 741	23,5	11,3	9,3	25,5	2,8	0,5	4	1 117	930	187	208	21,4	7,1	7,3	6,7	0,3	—	3,2	1,7
4. Dramburg	15 766	30,6	16,1	12,6	34,1	2,4	—	3½	1 612	1 201	411	264	30,7	6,9	13,1	10,2	0,4	0,1	4,9	3,8
5. Köslin	18 210	29,0	36,1	29,5	35,7	2,6	1,1	3½	1 616	1 288	327	208	31,6	10,5	9,7	10,9	0,4	0,03	4,2	3,4
6. Kolberg	31 247	45,8	33,8	26,1	53,6	11,2	0,2	3½	2 730	2 004	726	560	54,6	13,3	15,9	19,3	0,3	5,8	7,1	6,8
7. Lauenburg (Pomm.)	17 546	31,5	76,2	74,4	33,3	—	1,0	3½	1 529	1 107	422	321	29,5	7,1	12,5	8,4	1,2	0,3	4,7	—
8. Neustettin	45 491	49,8	22,2	16,2	55,8	3,3	0,9	3½	2 692	1 725	966	497	56,9	16,6	14,6	15,1	0,9	9,8	0,2	—
9. Rummelsburg (Pomm.)	12 815	12,0	6,5	5,0	13,6	11,4	0,1	3½	1 168	863	305	203	23,8	5,8	3,4	10,2	0,2	4,1	0,6	—
10. Schivelbein	3 578	6,0	4,5	2,5	7,9	1,1	0,2	3½	361	219	142	74	6,4	1,5	1,5	1,4	0,6	1,8	2,4	2,2
11. Schlawe (Pomm.)	16 651	23,3	10,4	6,8	26,8	4,1	0,7	4	1 233	984	249	151	25,8	5,0	6,9	12,1	0,9	0,9	2,8	1,5
12. Stolp (Pomm.)	25 036	39,5	63,7	55,7	47,5	—	1,0	3½	1 987	1 578	408	213	39,4	3,9	8,9	22,9	0,6	3,2	7,4	7,3
10. Regierungsbezirk Stralsund.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Barth	8 101	11,3	7,2	5,4	13,2	1,0	0,4	3½	498	408	90	91	12,8	3,2	3,5	6,1	0,1	—	0,6	0,5
2. Bergen (Rügen)	1 081	0,8	2,5	2,4	0,9	—	0,02	3½	36	24	11	2	0,3	0,1	0,1	0,1	0,001	—	0,5	—
3. Damgarten (Kreis Franzburg)	404	0,3	0,2	0,1	0,4	—	0,01	3½	16	11	5	0,2	0,4	0,04	0,1	0,05	0,02	0,2	0,01	—
4. Garz (Rügen)	625	0,5	0,2	0,1	0,5	—	0,03	3	23	19	3	1	0,5	0,2	0,1	0,1	0,03	0,03	0,1	0,1
5. Greifswald	16 472	24,7	79,1	80,2	23,6	—	0,3	3½	897	546	351	201	22,2	6,2	1,0	13,3	1,5	0,2	1,1	—
6. Grimmen	—	0,2	0,7	1,0	—	—	—	3½	10	8	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—
7. Gützkow	1 115	1,2	1,1	0,7	1,6	0,2	0,01	4	77	58	18	5	1,8	0,3	0,3	0,6	0,2	0,5	0,05	—
8. Loitz	2 985	4,7	4,9	3,9	5,7	—	0,1	3½	250	160	90	51	5,3	2,3	1,1	1,8	0,2	—	0,1	—
9. Richtenberg (Kreis Franzburg)	204	0,1	0,1	0,1	0,1	—	—	3½	5	4	1	1	0,1	0,01	0,03	0,03	0,001	0,04	0,01	—
10. Stralsund	20 128	18,8	16,9	14,5	21,2	—	1,4	3	786	583	203	54	21,5	3,6	6,5	11,4	—	—	0,2	0,1
11. Wolgast	4 683	5,6	17,6	16,4	6,8	—	0,04	3½	272	192	80	65	6,6	1,6	0,7	3,7	0,5	—	0,2	0,2
C. Kreis-Sparkassen.																				
1. Bergen (Rügen)	9 616	11,1	7,0	5,1	13,0	0,3	0,4	3½	613	425	189	140	13,4	1,8	1,9	8,5	0,02	1,2	1,4	1,3
2. Franzburg	6 268	4,9	4,8	3,7	5,9	1,0	0,1	3½	274	203	70	46	6,8	0,7	1,3	2,3	0,01	2,5	0,1	—
3. Greifswald	39 842	41,7	21,8	21,4	42,0	22,7	2,0	3½	2 886	2 084	802	638	61,2	18,0	12,8	22,7	5,7	2,0	1,5	—
4. Grimmen	8 831	11,0	11,8	9,0	13,8	5,2	0,4	3½	646	415	232	114	17,2	2,4	3,6	10,4	0,3	0,4	0,1	0,01

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: I. Freistaat Preußen.																				
11. Regierungsbezirk Schneidemühl.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Blesen (Bz. Frankfurt a. O.)	1 178	1,5	0,7	0,7	1,5	—	0,1	4	67	55	12	9	1,5	0,6	0,5	—	0,3	0,2	0,03	—
2. Bomst	1 900	2,1	2,6	2,5	2,3	—	0,1	4	131	107	25	13	2,3	0,6	1,2	0,3	0,2	0,02	0,3	—
3. Deutsch Krone	4 771	3,2	3,1	2,8	3,4	—	0,1	3½	174	138	36	12	2,4	0,8	0,4	1,1	0,1	0,01	1,0	—
4. Fraustadt	3 581	3,5	1,9	2,0	3,4	—	—	3½	156	117	39	28	3,4	0,9	0,9	0,8	0,001	0,7	0,05	—
5. Jastrow	3 264	5,2	3,9	3,8	5,3	4,5	0,2	4	404	264	140	106	5,5	2,5	0,6	0,1	0,1	2,1	4,4	—
6. Märkisch Friedland	1 340	1,3	1,0	0,8	1,4	0,5	0,03	3½	77	48	29	10	1,3	0,7	0,3	0,1	0,1	0,03	0,6	—
7. Meseritz (Bz. Frankfurt a. O.)	2 363	1,2	9,4	8,4	2,2	—	0,05	3	80	35	44	26	1,0	0,01	0,2	0,7	0,01	—	1,2	—
8. Preuß. Friedland (Kr. Schlochau)	1 347	1,9	3,3	3,2	2,1	0,1	0,1	4	129	95	34	30	1,5	0,9	0,2	0,1	0,4	—	0,4	—
9. Schlochau	1 732	3,0	2,4	2,9	2,5	0,6	0,1	3½	263	198	65	37	2,9	0,6	1,5	0,2	0,6	—	0,04	—
10. Schneidemühl	25 646	36,1	85,8	78,8	43,2	8,4	0,9	3½	2 096	1 484	612	188	46,5	9,7	6,2	15,0	10,0	5,6	4,0	—
11. Schönlanke	2 317	2,2	3,1	2,6	2,7	—	—	4	104	78	26	22	2,3	0,5	0,3	1,1	0,03	0,3	0,3	—
12. Schwerin (Warthe)	6 420	10,6	54,3	54,1	10,8	—	0,1	4	495	395	100	27	10,9	1,9	0,6	8,3	—	0,1	0,1	—
13. Tirschtiegel	2 910	3,4	2,6	2,2	3,8	—	0,2	3¾	183	129	53	31	3,9	1,4	1,8	0,1	0,5	0,04	0,2	0,1
14. Unruhstadt (Kr. Bomst)	3 228	3,4	16,5	15,4	4,5	—	0,2	4	247	139	108	108	3,7	1,2	1,2	0,7	0,5	0,2	0,8	0,1
C. Kreis-Sparkassen.																				
1. Flatow (Westpr.)	12 368	11,2	6,7	6,2	11,7	0,6	—	3¾	525	435	90	70	10,8	2,7	2,8	3,3	2,0	—	0,04	—
2. Fraustadt	5 023	5,2	3,8	3,4	5,6	3,5	—	3½	410	250	160	79	4,4	2,5	1,1	0,6	0,2	0,01	0,04	—
3. Deutsch Krone	28 055	45,0	22,4	18,6	48,7	—	1,0	3½	2 586	1 696	890	369	47,2	14,1	11,9	20,8	0,3	—	0,8	—
4. Meseritz (Bz. Frankfurt a. O.)	11 384	11,2	9,5	8,7	12,0	9,7	0,5	3	1 016	366	651	941	11,4	4,3	2,6	3,3	1,2	—	0,05	—
5. Schlochau	19 625	16,9	7,4	8,3	15,9	1,5	0,4	3½	1 354	911	443	290	21,0	7,1	5,4	6,0	1,9	0,6	0,3	—
6. Schönlanke	9 806	10,7	5,9	4,0	12,6	1,9	0,3	3½	636	454	182	120	12,5	3,7	2,9	3,3	2,4	0,2	1,2	0,4
12. Regierungsbezirk Breslau.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Auras (Kr. Wohlau)	1 033	0,8	0,8	0,7	0,9	—	0,01	3½	41	27	13	4	0,7	0,3	0,2	0,2	0,03	0,004	0,1	0,1
2. Bernstadt (Schles.)	7 183	7,2	6,0	4,6	8,6	3,1	0,3	3½	459	273	186	139	8,7	1,8	3,0	3,7	0,1	0,2	2,8	2,4
3. Breslau	383 691	281,5	402,0	322,4	361,0	—	7,4	3	14894	9 355	5 540	5 653	358,6	46,2	159,5	87,0	23,2	42,8	5,9	4,6
4. Brieg (Bz. Breslau)	24 707	23,3	17,6	14,9	26,0	—	0,9	3½	1 123	855	269	151	25,1	7,2	6,8	10,9	0,3	—	0,7	0,1
5. Canth (Kr. Neumarkt)	6 251	7,4	6,5	5,4	8,4	—	0,2	3 3/5	364	231	133	63	8,0	2,5	1,4	2,7	1,0	0,4	0,5	—
6. Dyherrnfurth	505	0,4	0,4	0,2	0,6	—	—	3½	28	22	6	5	0,4	0,3	0,1	0,003	0,01	—	0,03	—
7. Festenberg (Kr. Groß Wartenberg)	591	0,7	1,1	0,8	1,0	0,5	0,02	3	56	39	17	7	0,9	0,3	—	0,1	0,1	0,3	0,7	0,6
8. Frankenstein (Schles.)	16 973	19,7	13,1	11,4	21,3	3,9	1,5	3 1/3	932	684	248	114	26,3	5,0	5,7	12,5	2,3	0,7	1,2	—
9. Freiburg (Schles.)	10 143	7,6	4,8	3,6	8,8	6,7	0,3	3 1/4	440	338	102	55	9,7	2,9	3,5	3,3	0,1	—	0,5	—
10. Friedland (Bz. Breslau)	2 900	2,1	4,2	3,4	2,9	—	0,05	3½	127	100	27	54	1,5	0,4	0,2	0,2	0,7	—	1,3	—
11. Glatz	21 536	21,3	14,1	11,3	24,1	5,6	0,8	3	1 109	676	433	329	24,2	8,1	1,2	14,9	0,01	—	0,9	0,9
12. Gottesberg	6 046	5,0	2,4	1,4	6,0	2,0	0,1	3½	337	257	81	108	7,9	1,0	0,6	5,2	0,05	1,0	0,1	0,05
13. Groß Wartenberg (Bz. Breslau)	3 679	4,1	4,8	4,3	4,6	0,1	0,1	3½	200	149	50	48	4,0	1,3	1,5	0,5	0,1	0,6	0,4	0,4
14. Guhrau (Bz. Breslau)	2 457	3,0	1,7	1,3	3,3	1,4	0,1	4	159	142	16	36	1,6	0,5	0,3	0,4	0,3	—	2,8	2,7
15. Habelschwerdt	14 662	19,0	14,9	9,5	24,4	1,5	0,5	3½	1 050	777	273	94	21,1	3,8	4,1	9,2	4,0	0,1	2,6	—
16. Herrnstadt (Kreis Guhrau)	2 867	2,0	2,5	2,2	2,2	1,0	0,03	3½	117	72	45	33	2,2	0,4	0,7	0,2	0,1	0,9	1,0	0,3
17. Hundsfeld (Bz. Breslau)	2 743	2,1	4,9	4,9	2,1	—	0,04	3½	101	74	27	27	1,9	0,6	0,6	0,6	0,1	—	0,1	—
18. Köben (Oder)	647	0,8	0,9	0,8	0,9	—	0,01	3½	37	29	8	4	0,8	0,4	0,003	0,2	0,2	—	0,1	—
19. Landeck (Schles.)	5 548	6,5	3,8	2,6	7,7	5,2	0,2	3½	525	356	169	65	12,2	1,8	3,1	2,2	4,9	0,2	0,9	0,6
20. Lewin	1 621	2,0	1,8	1,2	2,5	—	—	3½	105	83	21	19	2,2	0,3	0,3	1,5	0,1	—	0,3	—
21. Löwen (Schles.)	1 988	2,1	1,5	1,3	2,4	—	0,03	3½	96	74	22	1	2,1	0,3	0,5	1,2	0,01	—	0,1	—
22. Militsch (Bz. Breslau)	9 599	12,2	6,4	6,6	12,0	1,0	0,6	3½	612	450	163	105	12,1	2,7	3,1	3,5	0,1	2,6	1,7	1,0
23. Mittelwalde (Schles.)	1 857	1,9	1,0	0,6	2,3	1,5	0,05	3½	118	97	21	9	3,1	0,4	0,6	2,1	0,03	—	0,6	0,2
24. Münsterberg (Schles.)	11 029	12,2	5,1	3,6	13,7	3,6	0,3	3 1/3	682	528	154	130	13,6	2,5	3,8	4,0	0,2	3,1	3,2	3,1
25. Namslau	9 055	9,1	3,8	2,8	10,1	1,8	0,3	3½	623	443	180	127	11,9	2,7	4,3	0,8	4,0	0,1	1,1	1,0
26. Neumarkt (Schles.)	4 039	3,9	2,2	1,8	4,4	—	—	3 3/5	195	149	48	37	4,1	1,0	1,0	1,7	0,1	0,4	0,2	0,2
27. Neurode	17 903	17,5	10,1	6,8	20,7	—	0,4	3½	956	742	214	170	18,8	4,6	3,9	2,3	0,4	7,6	1,6	—
28. Nimptsch	6 771	9,1	5,5	4,4	10,3	1,6	0,3	3½	446	345	100	31	8,8	3,8	3,0	1,8	0,1	—	0,3	0,3
29. Oels (Schles.)	15 942	15,0	8,9	6,6	17,3	3,0	0,4	3½	810	604	206	110	18,7	3,7	4,6	10,0	0,4	—	0,8	—
30. Ohlau	13 204	14,9	10,1	8,9	16,1	2,3	—	3½	849	638	211	110	12,8	5,6	3,6	2,0	0,5	1,1	1,0	0,8

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen[1]	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: 1. Freistaat Preußen. — Noch: 12. Regierungsbezirk Breslau.																				
Noch: A. Städt. Spark.																				
31. Prausnitz (Bz. Breslau)	3 791	4,8	1,6	1,4	5,0	0,1	0,2	3½	257	176	81	47	5,2	2,2	2,2	0,6	0,2	0,04	0,2	—
32. Raudten (Bz. Breslau)	1 317	1,3	2,1	1,7	1,7	0,1	0,02	4	82	65	16	7	1,6	0,4	0,3	0,5	0,3	0,03	0,2	—
33. Reichenbach (Schles.)	20 772	31,9	59,5	53,8	37,6	9,8	1,1	3⅓	1 584	1 092	492	166	36,2	8,4	8,0	15,8	4,0	0,000003	0,7	—
34. Reichenstein	1 450	1,3	0,8	0,5	1,6	—	0,04	3⅓	65	43	21	1	1,6	0,5	0,4	0,5	0,02	0,1	0,02	—
35. Reinerz	3 773	4,4	5,4	4,3	5,4	—	0,1	3½	257	202	55	56	5,2	1,2	0,7	3,3	0,02	—	0,1	—
36. Schweidnitz	24 403	20,5	14,3	12,0	22,8	6,4	0,8	3½	1 291	912	379	239	26,6	7,6	4,4	14,7	—	—	0,7	0,6
37. Steinau (Oder)	3 013	2,7	3,3	3,0	2,9	—	0,03	3½	163	97	67	48	2,2	0,5	1,2	0,4	0,1	—	0,5	—
38. Strehlen (Schles.)	13 890	14,1	7,0	4,5	16,5	1,6	0,4	3⅓	776	482	294	191	16,6	3,2	5,7	7,4	0,3	—	1,3	1,1
39. Striegau	20 391	20,7	13,9	12,7	21,8	—	0,5	3½	1 014	755	260	183	22,2	4,8	6,5	8,6	0,9	1,5	0,7	—
40. Trachenberg (Schles.)	7 407	7,4	6,6	5,6	8,4	0,6	0,4	3½	384	299	84	67	8,9	1,8	3,0	1,1	0,1	2,9	—	—
41. Trebnitz (Schles.)	14 882	17,9	5,8	4,8	18,9	4,0	0,8	3½	999	732	267	152	22,3	6,6	6,9	5,0	0,3	3,4	2,5	1,0
42. Waldenburg (Schles.)	64 462	46,5	24,6	17,8	53,2	—	1,7	3½	2 599	1 996	603	352	51,3	11,8	11,1	20,5	8,0	—	1,2	0,7
43. Wansen (Kr. Ohlau)	2 177	2,0	2,4	2,0	2,5	—	0,1	3⅓	106	72	34	13	2,2	0,3	0,7	0,2	0,1	0,9	0,3	0,3
44. Wartha	1 207	1,1	1,1	1,0	1,2	—	0,02	3⅓	51	38	13	7	1,1	0,1	0,2	0,5	0,3	—	0,1	0,1
45. Winzig 1920	3 128	3,2	1,2	1,1	3,3	—	0,1	3½	135	98	37	22	3,0	1,6	0,4	1,0	—	—	1,2	—
46. Wohlau	6 041	6,3	4,8	4,2	6,9	0,7	0,2	3½	400	292	107	13	6,9	1,7	1,2	3,9	0,1	—	0,7	0,7
47. Wünschelburg (Kreis Neurode)	3 610	5,1	2,5	1,3	6,3	1,0	0,2	3½	315	233	82	32	6,7	1,1	2,3	1,4	0,3	1,6	0,8	—
48. Zobten (Bz. Breslau)	4 677	4,4	1,8	1,3	4,8	0,5	0,2	3¼	214	143	71	32	3,9	1,2	0,8	1,7	0,1	—	1,5	—
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Brockau	3 422	2,0	1,9	1,2	2,6	2,4	—	3	136	83	53	62	3,1	0,2	0,7	2,2	0,1	—	1,8	1,7
2. Deutsch Lissa	4 086	3,1	12,9	12,2	3,7	0,4	0,04	3⅗	150	118	31	11	2,9	1,5	0,5	0,01	0,2	0,7	0,7	0,7
3. Dittersbach (Kreis Waldenburg)	3 639	2,1	1,7	1,5	2,3	3,8	0,2	3½	240	142	98	11	5,2	0,3	0,3	0,4	0,2	4,1	1,0	0,8
4. Langenbielau	7 592	9,9	8,8	7,7	11,0	—	0,3	3⅓	441	331	111	41	10,6	2,5	3,3	4,6	0,2	0,001	0,3	—
5. Nieder Hermsdorf (Kr. Waldenburg)	2 190	0,6	0,9	0,4	1,1	—	0,005	3½	33	29	4	100	0,2	0,1	0,05	0,005	0,01	—	0,8	0,4
6. Ober Peilau I (Kreis Reichenbach)	847	0,4	0,8	0,6	0,5	—	0,01	3⅓	22	13	9	2	0,5	0,2	0,1	0,1	0,1	0,002	0,04	—
7. Ober Salzbrunn (Kreis Waldenburg)	2 171	1,9	3,2	2,6	2,4	0,7	0,04	3½	116	86	30	13	3,0	0,4	0,2	0,2	1,1	1,1	0,2	0,1
8. Peterswaldau (Bz. Breslau)	3 035	1,9	1,7	1,2	2,4	3,7	0,1	3⅓	218	135	83	56	5,1	0,8	0,4	3,2	0,6	0,02	1,0	0,8
9. Schlegel	978	1,0	1,2	1,0	1,3	—	0,01	3½	53	41	12	4	0,9	0,2	0,3	0,1	0,2	0,1	0,3	0,2
10. Weißstein	994	0,6	0,6	0,3	0,8	0,5	0,04	3½	53	35	17	3	1,2	0,1	0,04	1,1	0,02	—	0,9	0,9
C. Kreis-Sparkassen.																				
1. Breslau	21 406	21,0	9,2	6,0	24,2	5,6	0,9	3	1 144	756	387	226	24,0	4,2	8,9	11,0	0,01	—	4,5	4,4
2. Brieg (Bz. Breslau)	8 234	11,6	8,5	6,3	13,8	3,4	0,2	3¼	596	510	86	117	17,9	1,9	1,7	10,9	3,4	0,01	0,02	—
3. Frankenstein (Schles.)	3 966	4,6	4,7	3,1	6,1	0,7	0,1	3⅓	319	247	73	20	4,0	0,4	1,2	2,4	0,004	—	2,0	2,0
4. Glatz	2 964	4,6	5,9	4,1	6,5	0,5	0,1	3	252	167	85	50	6,3	0,4	1,1	2,9	0,1	1,7	0,5	0,5
5. Groß Wartenberg (Bz. Breslau)	4 934	4,9	5,5	3,2	7,2	3,6	0,2	3½	314	214	99	99	8,3	1,3	1,3	4,2	1,6	—	2,4	—
6. Guhrau (Bz. Breslau)	11 531	13,8	4,5	4,2	14,2	7,3	0,3	3½	814	644	170	154	15,4	2,7	5,3	7,3	0,2	—	4,5	—
7. Heidersdorf (Kreis Nimptsch)	5 846	10,0	8,0	7,2	10,9	1,1	0,1	3½	560	404	155	72	12,2	1,7	2,1	4,0	0,02	4,3	2,6	2,3
8. Militsch (Bz. Breslau)	5 069	4,3	3,7	2,7	5,3	2,3	0,1	3½	251	191	60	52	6,7	0,2	1,8	1,9	0,2	2,6	0,5	—
9. Münsterberg (Schles.)	5 622	4,7	4,9	3,7	5,9	2,3	0,03	3⅓	312	234	78	70	7,3	0,4	0,7	5,4	0,1	0,6	0,8	0,7
10. Namslau	8 344	5,1	3,2	1,8	6,5	—	0,2	3½	279	207	72	89	4,6	1,8	2,4	0,3	0,1	0,05	1,4	—
11. Neumarkt (Schles.)	22 372	27,0	7,4	5,8	28,6	—	1,2	3⅗	1 373	1 005	368	276	27,0	6,6	8,6	11,9	—	—	0,5	—
12. Neurode 1920	12 094	2,4	4,5	2,8	4,1	1,2	0,02	3½	163	116	47	22	1,9	0,3	1,1	0,4	0,02	0,01	3,1	—
13. Oels (Schles.)	13 914	11,8	8,1	4,7	15,2	0,5	0,1	3½	643	527	116	68	14,0	1,2	3,6	9,1	0,04	—	0,8	0,7
14. Ohlau	5 020	6,3	3,5	2,7	7,2	3,7	—	3½	387	310	77	104	9,9	1,2	1,5	4,3	0,3	2,6	0,6	0,2
15. Reichenbach (Schles.)	7 554	9,7	9,0	8,6	10,2	3,9	0,2	3⅓	590	372	218	95	11,8	1,4	4,7	2,8	0,03	2,8	1,5	—
16. Schweidnitz	19 258	18,6	11,6	8,6	21,5	10,4	0,7	3½	972	728	244	225	30,8	2,6	5,1	10,4	12,7	—	3,2	2,5
17. Steinau (Oder)	15 884	24,2	14,3	15,6	22,9	5,5	1,1	3½	1 320	1 019	302	217	24,0	4,5	6,0	10,4	1,1	1,9	4,1	3,8
18. Strehlen (Schles.)	2 966	3,3	7,2	6,6	3,9	0,4	0,2	3⅓	179	117	62	12	3,5	0,7	1,2	1,5	0,1	—	0,8	0,003
19. Striegau	15 825	15,0	11,2	8,2	18,1	11,9	0,5	3½	1 577	1 115	463	423	29,3	3,0	4,4	10,3	—	11,6	0,6	—
20. Trebnitz (Schles.)	17 493	8,8	5,9	4,5	10,1	5,9	0,2	3½	633	438	195	136	8,4	1,5	2,4	4,2	0,3	0,04	1,5	1,0
21. Waldenburg (Schles.)	18 341	21,9	12,7	8,3	26,3	22,4	1,1	3½	2 118	1 669	449	173	54,8	5,5	9,9	10,9	25,9	2,6	0,7	0,5
22. Wohlau	11 978	12,2	9,1	7,6	13,8	9,9	0,4	3½	915	663	252	146	23,3	3,9	4,4	3,5	0,1	11,4	5,3	4,8

[1]) Vergl. die Anmerkung [1]) auf Seite 8.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: I. Freistaat Preußen.																				
13. Regierungsbezirk Liegnitz.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Beuthen (Bz. Liegnitz)	4 280	5,6	7,5	6,7	6,3	—	0,2	3½	260	196	64	24	3,9	1,0	1,9	0,9	0,04	0,03	2,6	—
2. Bolkenhain	3 272	2,2	2,0	1,3	2,9	1,7	0,1	3⅓	200	139	61	68	3,9	1,0	1,6	0,7	0,6	0,03	0,4	—
3. Bunzlau	26 185	20,8	11,2	9,0	23,0	4,7	0,7	3⅓	1 165	846	320	195	25,6	7,5	9,9	4,6	0,1	3,5	1,4	—
4. Freystadt (Niederschl.)	12 780	14,2	5,6	5,0	14,8	0,7	1,2	3⅓	761	498	263	121	13,8	4,0	3,9	4,4	0,4	1,2	2,9	0,9
5. Friedeberg (Queis)	5 694	5,5	12,5	11,2	6,9	—	0,2	3½	285	208	77	54	5,2	1,0	2,2	1,5	0,1	0,4	1,4	1,0
6. Glogau	21 533	23,0	27,1	24,6	25,5	—	0,9	3½	1 191	791	400	159	24,1	6,7	10,6	6,9	—	—	1,2	—
7. Görlitz	79 184	71,1	60,8	50,5	81,4	—	1,7	3⅓	3 764	2 450	1 314	457	79,1	14,9	40,3	18,7	1,2	4,0	4,2	0,4
8. Goldberg (Schles.)	11 029	11,5	10,0	8,4	13,2	1,6	0,6	3¼	569	412	156	85	14,5	2,3	3,4	4,9	0,7	3,3	1,1	0,8
9. Greiffenberg (Schles.)	9 953	8,8	3,9	2,5	10,3	4,1	0,4	3½	531	347	184	75	12,1	5,6	3,9	0,8	0,3	1,3	2,5	2,5
10. Grünberg (Schles.)	26 948	22,1	15,3	13,3	24,0	—	0,4	3⅓	1 249	944	305	232	23,5	5,5	11,1	5,9	0,02	1,0	0,6	0,5
11. Haynau (Schles.)	24 110	24,7	18,6	16,5	26,8	5,1	1,1	3⅓	1 443	1 082	360	148	30,9	8,0	7,9	14,3	0,6	—	0,3	0,3
12. Hirschberg (Schles.)	44 665	31,5	49,3	44,8	35,9	2,7	0,4	3½	1 597	1 483	114	359	35,7	9,7	9,8	16,0	0,03	0,1	2,2	2,1
13. Hoyerswerda	5 677	4,4	4,2	3,4	5,3	2,2	0,2	3⅓	301	198	103	67	7,3	2,0	0,8	1,1	0,3	3,2	0,2	—
14. Jauer	19 501	14,6	11,2	8,5	17,3	—	0,9	3	742	508	234	70	12,7	3,6	3,5	5,5	0,003	0,01	5,1	4,8
15. Kotzenau	5 415	5,5	2,5	1,8	6,2	0,8	0,3	3⅓	324	210	124	117	6,6	1,5	1,5	3,5	0,1	—	0,3	0,2
16. Lähn	3 647	3,3	3,4	2,8	3,9	0,9	0,1	3½	163	123	40	15	2,3	1,2	0,9	0,1	0,1	0,02	1,5	1,5
17. Landeshut (Schles.)	11 596	11,1	5,0	4,2	11,9	3,7	0,5	3¼	691	451	240	153	13,8	3,5	3,1	1,2	1,6	4,4	3,3	2,3
18. Lauban	10 990	8,5	8,8	6,6	10,7	0,5	0,4	3⅓	454	319	135	64	9,6	2,1	3,7	3,3	0,03	0,3	1,4	0,6
19. Liebau (Schles.)	3 318	3,1	4,2	3,3	4,0	0,6	0,1	3	150	116	34	18	2,6	0,3	1,5	0,5	0,3	—	1,6	0,8
20. Liebenthal (Bz. Liegn.)	5 260	6,2	3,3	2,4	7,2	0,5	0,2	3½	324	254	79	37	6,8	1,2	1,7	3,5	0,4	0,04	0,6	—
21. Liegnitz	37 940	35,3	46,5	38,3	43,4	—	0,9	3½	1 832	1 327	505	459	41,1	7,5	12,7	20,8	—	—	0,3	—
22. Löwenberg (Schles.)	15 826	16,7	31,8	28,1	20,4	2,3	0,8	3½	887	659	228	99	21,6	4,4	5,8	9,3	0,9	1,1	0,9	0,5
23. Lüben (Schles.)	11 946	10,5	8,3	6,2	12,6	3,4	0,5	3½	672	479	193	88	14,0	3,1	4,2	4,4	0,3	1,9	1,8	1,3
24. Muskau	3 912	5,2	7,5	5,2	7,4	4,2	0,1	4	455	311	144	83	11,1	0,9	0,9	4,8	0,01	4,6	0,4	—
25. Naumburg (Queis)	1 598	1,8	2,1	1,9	1,9	—	0,04	3⅓	85	55	30	9	1,8	0,4	0,3	1,0	0,1	—	0,1	0,1
26. Neusalz (Oder)	17 199	14,4	9,7	8,0	16,2	5,4	0,5	3⅓	1 078	829	249	131	24,0	7,1	4,0	3,3	5,8	3,8	0,8	—
27. Neustädtel (Bz. Liegn.)	1 917	1,8	1,3	1,1	2,0	—	0,1	3½	92	70	22	11	1,8	0,4	0,8	0,6	0,05	—	0,3	0,1
28. Parchwitz	2 234	2,2	2,3	1,8	2,7	0,4	0,05	3½	109	76	33	26	2,8	0,7	0,5	1,5	0,1	—	0,2	—
29. Polkwitz	3 113	4,3	2,7	2,1	4,9	0,1	0,1	3⅓	198	150	48	37	4,4	1,0	1,7	0,7	0,01	1,0	0,4	—
30. Primkenau	3 035	2,4	2,0	1,8	2,6	0,7	0,1	3⅓	118	85	34	23	2,8	0,9	0,5	1,3	0,1	0,02	0,6	—
31. Reichenbach (O.Laus.)	2 627	4,8	3,4	2,2	6,0	1,4	0,1	3½	338	206	132	42	6,5	1,2	1,0	3,8	0,4	0,03	0,8	0,8
32. Rothenburg (O.Laus.)	1 991	1,4	2,0	1,6	1,8	—	—	3½	69	51	18	12	1,5	0,3	0,3	0,8	0,1	0,003	0,3	0,3
33. Rothenburg (Oder)	2 176	3,6	3,9	3,2	4,2	—	0,04	4	191	155	35	28	3,5	0,3	1,7	0,4	0,1	1,1	0,4	0,2
34. Ruhland	3 634	4,0	1,8	1,8	4,0	—	0,2	3⅓	192	138	54	16	4,1	1,7	1,5	0,7	0,01	0,2	0,1	—
35. Sagan	16 442	15,1	9,3	6,8	17,6	1,9	0,5	3⅓	850	638	213	72	18,1	4,3	5,1	7,1	0,1	1,5	1,0	—
36. Schlawa (Schles.)	1 485	1,7	1,1	0,9	2,0	0,5	0,03	3½	108	78	30	19	2,0	0,3	0,8	0,5	0,2	0,2	0,4	—
37. Schmiedeberg (Rsgb.)	7 992	6,3	4,6	3,7	7,2	1,4	0,2	3½	355	235	120	65	7,0	2,1	1,4	3,4	0,1	—	1,6	1,5
38. Schönau (Katzbach)	5 856	6,7	3,2	2,6	7,3	0,3	0,4	3½	377	241	137	107	6,1	2,0	2,4	0,8	0,03	0,9	1,9	1,5
39. Schönberg (O Lausitz)	909	1,3	1,1	0,7	1,7	—	0,03	4	70	58	12	4	1,4	0,6	0,2	0,5	0,1	0,02	0,3	—
40. Seidenberg (O.Laus.)	3 808	4,7	4,0	3,2	5,5	0,5	0,05	3½	255	203	52	60	5,3	0,8	1,3	3,0	0,1	0,02	0,4	0,2
41. Sprottau	12 916	13,4	5,3	4,2	14,5	0,1	0,6	3⅓	658	469	189	63	14,1	3,8	5,7	3,7	0,2	0,8	0,1	0,1
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Bernsdorf (O.Lausitz)	1 366	0,9	0,7	0,7	1,0	0,2	0,03	3⅓	48	34	14	9	1,1	0,6	0,2	0,1	0,02	0,3	0,05	—
2. Freiwaldau (Kr. Sagan)	2 129	2,0	1,0	0,8	2,2	0,9	—	3⅗	183	100	84	42	3,6	0,7	0,2	1,6	—	1,0	—	—
3. Penzig (O.Lausitz)	3 806	3,1	4,5	3,2	4,5	0,7	0,1	3½	197	129	68	43	3,7	0,9	0,3	2,5	0,02	—	0,8	0,6
4. Rauscha	451	0,3	0,9	0,5	0,7	1,2	—	3½	62	31	31	35	1,7	0,5	0,02	0,4	0,02	0,9	0,1	—
5. Warbrunn	3 172	2,9	12,4	11,1	4,1	—	0,1	3½	163	113	50	30	3,3	0,6	0,7	2,0	0,1	—	0,8	0,8
6. Weißwasser (O.Laus.)	4 332	9,4	28,6	29,6	8,4	2,3	0,2	4	436	351	85	172	8,8	1,2	1,2	5,8	0,01	0,6	0,9	—
C. Kreis-Sparkassen.																				
1. Bolkenhain	17 306	20,9	8,2	6,8	22,3	5,6	1,2	3½	1 091	785	306	196	25,9	4,3	7,5	5,0	3,7	5,4	1,2	—
2. Bunzlau	3 008	2,3	1,3	0,9	2,7	—	—	3⅓	123	90	33	25	2,4	0,3	1,0	1,0	—	—	0,1	—
3. Freystadt (Niederschl.)	591	0,6	4,3	1,9	2,9	1,0	0,05	3⅓	113	70	43	11	0,4	0,02	0,2	0,1	0,1	—	0,2	—
4. Glogau	32 470	41,7	30,6	28,7	43,6	—	1,6	3½	2 051	1 483	568	424	44,4	19,4	13,9	10,0	1,0	—	0,4	0,2
5. Grünberg (Schles.)	10 665	8,3	6,4	4,6	10,1	—	0,1	3⅓	458	312	146	88	9,0	1,4	3,9	3,3	0,3	0,1	0,4	0,4
6. Hirschberg (Schles.)	15 854	17,2	11,4	8,9	19,7	2,3	0,5	3½	1 172	694	478	478	20,7	3,0	5,1	11,6	—	1,0	1,5	0,5
7. Hoyerswerda	10 195	11,2	5,7	4,7	12,2	1,4	0,7	3⅓	679	415	264	112	14,2	2,2	2,1	8,5	1,1	0,3	0,04	—
8. Landeshut (Schles.)	10 842	9,5	4,8	3,0	11,3	2,7	0,3	3¼	644	462	182	101	12,5	1,8	3,5	1,7	0,001	5,5	1,2	—
9. Liegnitz	33 764	33,6	15,4	12,3	36,8	2,0	0,9	3½	1 743	1 281	463	175	34,8	4,2	10,9	15,5	0,2	4,0	2,6	2,6
10. Lüben (Schles.)	3 110	3,4	11,5	10,2	4,6	2,2	0,1	3½	214	164	49	37	5,1	0,5	1,0	3,7	—	—	1,8	—
11. Sagan	7 329	7,9	9,5	7,0	10,4	12,7	0,4	3⅓	1 149	1 012	136	326	27,0	4,0	2,2	5,2	0,3	15,3	1,6	0,6
12. Schönau (Katzbach)	2 401	2,9	2,4	2,0	3,3	0,02	0,1	3½	145	98	47	14	3,1	0,3	1,0	1,8	0,02	—	1,2	0,03
13. Sprottau	14 014	15,8	16,2	14,3	17,7	1,5	0,8	3⅓	940	651	289	105	22,2	2,1	5,5	13,5	1,1	—	1,6	1,6

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres (Millionen Mark)	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen (Millionen Mark)	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre (Millionen Mark)	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres (Millionen Mark)	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres (Millionen Mark)	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres (Millionen Mark)	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer (Tausend Mark)	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer (Tausend Mark)	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre (Tausend Mark)	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre (Tausend Mark)	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres (Millionen Mark)	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken (Millionen Mark)	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem (Millionen Mark)	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes) (Millionen Mark)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand (Millionen Mark)	in sonstigen Anlagen (Millionen Mark)	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt (Millionen Mark)	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben (Millionen Mark)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: I. Freistaat Preußen. — Noch: 13. Regierungsbezirk Liegnitz.																				
D. Provinzial- und ständische Sparkassen.																				
1. Görlitz	162 187	155,2	67,0	49,6	172,6	—	8,4	3⅓	7 139	5 658	1 482	1 117	159,4	23,9	104,7	30,7	0,1		4,5	1,3
14. Regierungsbezirk Oppeln.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Bauerwitz (Kreis Leobschütz)	518	0,6	0,5	0,4	0,7	—	0,02	3½	29	21	7	3	0,7	0,03	0,1	0,5		0,02	0,01	—
2. Beuthen (Oberschl.)	36 776	22,0	13,7	10,7	25,0	—	0,2	3½	1 712	1 442	270	512	31,1	15,4	12,5	2,6	—	0,6	0,1	—
3. Friedland (Bz. Oppeln)	2 423	2,3	9,3	8,6	3,0	—	—	3⅓	121	88	32	39	2,9	0,8	0,5	0,3	0,05	1,2	0,7	—
4. Gleiwitz	15 731	14,5	20,9	13,8	21,6	5,5	0,5	3½	923	646	277	193	25,1	5,7	11,4	0,9	0,2	7,0	1,0	—
5. Groß Strehlitz	2 128	1,9	5,3	5,1	2,1	—	—	3½	91	74	17	5	1,9	0,2	0,7	1,0	0,02	—	0,1	—
6. Grottkau	1 668	1,8	1,0	0,6	2,2	1,1	0,2	3½	117	76	41	16	2,0	0,6	0,5	0,7	0,03	0,3	1,4	1,4
7. Katscher (Kr. Leobsch.)	1 744	1,5	1,0	0,5	1,9	0,02	0,1	3¼	71	64	7	9	1,3	0,6	0,6	—	0,1	0,01	0,6	—
8. Konstadt (Oberschl.)	657	0,5	2,2	1,6	1,1	1,4	0,02	3¾	57	50	8	3	1,4	0,2	0,4	0,8	0,02	—	1,1	1,0
9. Krappitz (Kr. Oppeln)	3 527	5,1	10,7	10,0	5,8	—	0,1	3½	258	172	86	46	5,4	0,9	1,7	0,5	0,3	2,1	0,5	—
10. Kreuzburg (Oberschl.)	2 025	1,2	1,0	0,7	1,5	—	0,1	3¾	60	48	12	6	1,0	0,5	0,5	0,05	—	—	0,5	—
11. Leobschütz	3 843	4,0	4,6	2,3	6,3	3,7	0,1	3¼	462	294	168	124	8,1	0,5	4,1	0,2	0,1	3,2	0,9	—
12. Neisse	24 835	28,7	15,8	10,2	34,3	3,6	0,7	3½	1 681	1 163	518	285	33,8	8,9	9,4	15,4	0,004	0,05	0,1	—
13. Neustadt (Oberschl.)	6 637	9,7	20,5	18,1	12,0	2,5	0,2	3½	555	430	125	101	10,0	1,7	3,7	3,7	0,8	0,1	3,9	—
14. Ober Glogau	6 454	9,8	15,9	13,1	12,6	2,5	0,2	3½	574	419	155	131	11,1	2,7	2,1	1,0	0,7	4,5	3,7	3,3
15. Oppeln	16 139	18,2	12,7	10,3	20,5	13,9	0,3	3½	824	592	232	246	27,6	6,8	6,7	1,3	5,9	6,9	5,8	5,6
16. Ottmachau	1 752	1,6	0,9	0,5	2,0	0,7	0,01	3½	108	72	36	20	2,8	0,6	0,5	0,6	1,1	—	0,02	0,02
17. Patschkau	7 357	8,7	4,1	2,9	9,9	0,8	0,1	3½	459	391	66	100	10,2	2,2	3,5	4,4	0,02	0,002	0,6	0,5
18. Peiskretscham	596	0,3	0,3	0,2	0,4	—	—	3½	16	11	4	1	0,3	0,2	0,05	0,1	—	0,0001	0,1	0,1
19. Pitschen	2 268	2,2	0,8	0,7	2,2	1,1	0,1	4	102	96	6	8	2,6	1,0	0,6	0,9	0,1	—	0,7	0,3
20. Ratibor	14 634	17,6	19,4	13,5	23,5	—	0,1	3⅓	1 676	1 362	314	299	27,0	7,8	16,1	2,9	0,2	—	0,7	0,4
21. Rosenberg (Oberschl.)	1 522	0,6	0,2	0,2	0,6	—	0,1	4	25	22	3	2	0,5	0,2	0,2	0,04	0,01	0,005	0,1	—
22. Ziegenhals	3 273	3,4	4,1	2,5	5,0	1,8	0,2	3½	218	170	48	51	2,4	1,5	0,8	0,1	0,1	—	2,2	—
23. Zülz	748	0,7	0,4	0,2	0,9	—	0,02	3½	36	28	7	3	0,9	0,1	0,3	0,4	0,04	—	0,01	—
C. Kreis-Sparkassen.																				
1. Beuthen (Oberschl.)	18 478	19,9	10,1	8,9	21,0	—	1,5	3½	1 118	850	268	229	17,2	9,8	5,9	1,5		—	4,0	—
2. Cosel (Oberschl.)	4 734	4,5	2,0	1,1	5,4	—	0,4	3½	241	164	77	29	5,8	1,9	1,4	2,5	—	—	0,1	0,1
3. Falkenberg (Oberschl.)	9 417	9,5	37,1	33,8	12,8	—	0,5	3½	607	468	140	128	12,9	2,9	4,3	3,6	2,1	—	0,3	0,1
4. Gleiwitz	10 094	13,6	6,0	4,1	15,6	—	0,7	3½	684	478	206	131	13,7	4,9	5,0	3,7	—	0,1	1,3	—
5. Groß Strehlitz	5 458	7,2	11,2	10,3	8,0	1,2	0,01	3½	392	257	135	141	6,0	2,0	2,6	1,4	0,1	—	2,6	2,2
6. Grottkau	4 946	4,8	2,8	1,6	6,0	2,1	0,2	3½	240	188	51	59	3,8	1,4	1,6	0,7	0,001	0,04	1,6	1,5
7. Hindenburg (Oberschl.)	32 690	18,6	11,1	12,0	17,8	—	0,8	3½	878	605	273	209	17,4	6,2	2,4	8,7	0,2	0,00005	0,9	0,8
8. Kreuzburg (Oberschl.)	9 996	7,5	3,6	2,8	8,3	0,5	0,5	3¾	372	302	71	69	7,3	4,3	2,1	0,7	—	0,1	1,6	1,6
9. Leobschütz	12 903	13,7	7,4	4,0	17,0	5,1	0,4	3¼	938	641	297	204	19,6	1,6	9,0	5,2	0,03	3,8	1,5	0,004
10. Neisse	5 116	9,9	9,4	5,8	13,4	—	0,1	3½	578	422	155	92	9,7	3,6	2,5	2,9	0,7	—	4,5	3,4
11. Neustadt (Oberschl.)	16 890	23,0	11,3	5,2	29,1	3,4	1,1	3½	1 176	925	251	215	29,5	4,4	10,1	5,4	9,7	—	4,1	3,7
12. Oppeln	21 270	23,4	26,4	24,6	25,2	18,4	0,7	3½	1 979	1 120	860	466	36,5	3,9	11,2	5,7	1,9	13,9	5,3	4,7
13. Ratibor	14 182	15,5	22,5	16,4	21,6	0,3	0,5	3⅓	765	600	165	227	12,1	3,7	5,4	2,8	—	0,1	9,2	9,2
14. Rosenberg (Oberschl.)	9 087	11,3	3,1	2,6	11,8	—	0,6	3¾	569	428	140	154	10,9	4,6	2,7	3,2	0,4	—	0,3	—
15. Regierungsbezirk Magdeburg.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Arendsee (Altmark)	4 605	5,6	5,2	4,4	6,4	2,7	0,3	3½	327	250	76	38	4,9	2,3	1,4	1,2	0,05	—	0,7	0,4
2. Arneburg	488	0,3	0,3	0,2	0,4	—	—	3½	17	11	6	1	0,3	0,1	0,1	0,1	0,02		0,03	0,001
3. Aschersleben	26 794	32,2	14,1	12,7	33,6	3,3	2,4	3	1 704	1 059	645	355	34,8	10,8	8,7	13,9	0,5	0,9	2,4	2,1
4. Barby	1 813	2,0	5,5	4,8	2,7	0,3	0,03	3½	111	83	27	16	2,2	0,1	0,5	1,5	0,02	—	0,7	0,7
5. Burg (Bz. Magdeburg)	20 076	22,2	23,4	20,3	25,2	1,0	0,6	3½	1 139	866	273	126	24,6	3,0	6,8	13,5	0,1	1,1	0,1	—
6. Calbe (Saale)	2 731	3,5	2,1	1,9	3,6	—	0,1	3½	151	124	28	4	3,3	0,7	1,2	1,4	—	0,001	0,1	—
7. Egeln	10 008	11,6	6,3	5,3	12,6	1,3	0,5	3½	577	442	135	68	12,0	4,7	3,4	3,5	0,3	—	0,6	0,1
8. Gardelegen	11 060	15,4	32,8	31,1	17,0	—	0,4	3½	713	533	181	152	13,7	4,0	4,5	5,1	0,2	—	2,6	2,4
9. Genthin	14 404	16,5	6,2	6,1	16,5	0,4	0,8	3½	783	524	258	211	16,2	4,2	6,0	5,1	—	0,8	0,2	—
10. Gommern (Bz. Magdeb.)	1 926	1,0	0,7	0,5	1,3	—	0,1	3½	55	34	20	3	1,2	0,2	0,2	0,7	—	—	0,2	0,1
11. Groß Salze (Kr. Calbe, Saale)	6 641	6,2	21,9	20,9	7,2	0,4	0,2	3½	333	234	99	61	5,4	1,3	1,8	1,9	0,02	0,4	2,1	—
12. Halberstadt	40 159	32,3	20,8	20,5	32,6	8,7	—	3½	1 962	1 413	549	534	39,8	8,4	17,2	11,2	2,1	0,3	2,6	2,1
13. Jerichow	3 610	3,7	2,9	2,6	4,1	0,2	0,2	3½	175	138	37	51	3,8	1,0	1,0	1,5	—	0,3	0,4	0,2
14. Klötze (Kr. Gardeleg.)	1 354	1,2	0,5	0,4	1,3	—	0,02	3½	53	42	11	3	1,2	0,2	0,4	0,6	—	0,03	0,1	—
15. Loburg (Bz. Magdeb.)	3 386	3,0	3,2	2,6	3,5	—	0,2	3	163	88	75	33	3,4	0,8	1,6	0,8	—	0,1	0,3	—
16. Magdeburg	234 832	230,9	177,6	168,3	240,2	22,8	8,9	3⅓	11772	8 236	3 536	1 653	250,4	60,5	88,8	98,5	0,2	2,4	2,9	0,3

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der			Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt					Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse	
									Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre			in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: I. Freistaat Preußen. — Noch: 15. Regierungsbezirk Magdeburg.																				
Noch: A. Städt. Spark.																				
17. Möckern (Bz. Magdeb.)	2 530	3,4	2,1	1,4	4,0	0,6	0,1	3½	181	132	50	31	3,7	0,6	0,9	2,1	0,1	—	0,04	—
18. Neuhaldensleben	10 459	7,7	5,3	4,9	8,2	—	0,3	3½	393	273	120	79	7,7	2,6	1,5	3,6	—	—	0,4	—
19. Oebisfelde	1 637	2,3	4,7	4,2	2,8	0,2	0,05	3½	155	120	34	40	2,9	0,2	0,9	0,2	1,2	0,4	0,04	—
20. Oschersleben	2 599	4,1	6,4	5,7	4,7	2,6	0,1	3½	161	117	45	82	4,2	0,4	0,6	2,2	0,01	1,0	1,0	0,6
21. Osterburg	3 346	3,3	2,8	2,2	3,9	2,1	0,1	3½	199	118	81	55	5,7	0,9	0,9	1,7	0,1	2,1	0,1	—
22. Osterwieck (Harz)	3 246	5,7	7,2	5,1	7,7	2,2	0,2	3½	412	313	100	54	9,9	0,7	0,7	5,1	0,3	3,1	1,6	1,5
23. Quedlinburg	35 083	39,0	34,6	30,4	43,2	10,6	1,6	3	1 978	1 316	662	563	30,4	10,0	17,0	3,5	—	—	11,2	10,8
24. Salzwedel	23 038	24,7	11,1	11,5	24,2	4,8	0,9	3½	1 281	792	489	127	28,2	4,4	7,6	9,8	0,4	6,0	0,4	—
25. Sandau (Elbe)	2 184	2,4	2,9	2,6	2,6	—	0,1	3 1/3	119	87	32	31	2,1	0,2	0,6	1,2	0,01	0,1	0,5	0,4
26. Schönebeck (Elbe)	13 781	12,4	9,4	7,9	13,9	2,4	0,3	3½	691	490	201	41	15,3	3,3	5,0	3,0	0,1	3,9	0,6	0,6
27. Schwanebeck (Kreis Oschersleben)	1 958	1,9	1,5	1,1	2,3	0,6	0,1	3	100	74	26	12	2,7	0,3	0,6	1,7	0,01	0,01	0,2	—
28. Seehausen (Altmark)	5 940	7,8	7,4	6,7	8,6	0,2	0,3	3 3/5	368	285	82	67	7,5	1,8	2,5	3,1	0,03	—	0,8	0,7
29. Seehausen (Kr. Wanzl.)	2 637	4,3	2,7	2,2	4,8	0,6	0,1	3½	207	156	51	29	4,2	0,3	1,7	2,1	0,04	—	0,3	—
30. Staßfurt	5 770	6,4	9,2	7,5	8,1	1,5	0,3	3¾	439	345	94	26	8,8	1,8	2,5	4,5	0,01	—	0,2	—
31. Stendal	11 044	13,2	10,2	8,9	14,5	0,2	0,5	3 1/3	618	443	175	80	13,4	6,2	2,5	4,6	0,001	—	1,0	—
32. Tangermünde	5 010	3,8	5,1	4,3	4,6	3,4	0,2	3 1/2	322	227	95	75	8,0	1,1	0,9	1,6	3,1	1,3	0,04	—
33. Wanzleben (Bz. Magdeb.)	4 284	5,9	4,7	4,1	6,6	0,4	0,2	3½	302	225	78	62	6,0	1,6	1,9	1,0	0,02	1,5	0,7	0,6
34. Wernigerode	13 147	15,4	16,9	15,1	17,3	1,7	0,6	3½	763	557	206	114	16,7	3,1	5,7	5,0	0,02	2,8	0,3	—
35. Ziesar (Bz. Magdebg.)	5 606	6,8	2,9	2,4	7,4	—	0,4	3½	341	249	92	30	6,8	1,2	2,4	2,7	0,02	0,5	0,3	—
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Görzke	2 520	2,6	0,9	0,6	2,9	—	0,1	3½	130	96	34	4	2,9	1,4	1,3	0,2	0,02	—	0,01	—
2. Thale (Harz)	5 032	3,0	25,2	22,4	5,7	—	0,1	3 1/3	184	112	73	8	5,5	2,1	0,9	0,5	1,9	0,1	0,2	—
3. Weferlingen (Provinz Sachsen)	457	0,4	4,1	3,4	1,1	—	—	3½	26	19	7	10	1,0	0,5	0,02	0,5	0,03	0,1	0,03	—
C. Kreis-Sparkassen.																				
1. Burg (Bz. Magdeburg)	701	3,9	12,1	11,7	4,3	5,1	0,02	3½	342	266	76	58	2,5	1,2	0,5	0,8	0,003	—	1,9	1,8
2. Calbe (Saale)	24 722	26,8	29,8	26,0	30,6	—	1,2	3½	1 350	995	354	114	30,2	4,7	8,5	10,8	0,02	6,1	0,1	—
3. Genthin	11 233	13,2	25,2	24,1	14,3	4,9	0,4	3½	697	486	211	105	13,6	1,1	5,5	6,3	0,01	0,8	0,4	—
4. Halberstadt	38 624	52,2	42,7	41,6	53,3	6,2	1,4	3½	2 716	2 061	656	301	54,3	5,4	22,7	24,2	0,1	1,9	0,1	—
5. Neuhaldensleben	26 531	19,4	8,5	5,8	22,2	4,8	0,6	3½	1 169	863	306	192	26,4	3,4	8,1	14,8	0,01	0,1	0,1	—
6. Oschersleben	32 174	36,1	32,4	29,3	39,1	5,2	1,0	3½	1 741	1 354	387	255	36,6	3,5	15,1	17,8	0,1	0,001	0,8	—
7. Quedlinburg	16 165	15,0	11,8	8,5	18,2	8,8	0,3	3 1/3	1 124	757	367	245	22,8	2,4	6,5	9,7	4,3	—	3,5	3,5
8. Wanzleben (Bz. Magdeb.)	10 362	21,6	37,0	34,0	24,6	3,7	0,3	3½	1 305	887	418	257	24,2	2,2	2,1	19,8	0,1	—	0,6	0,4
9. Wernigerode	5 443	6,8	7,7	5,7	8,8	—	0,1	3½	370	281	90	42	7,9	0,5	3,1	4,1	0,03	0,2	0,2	—
10. Wolmirstedt (Bz. Magdeburg)	12 542	15,8	7,5	6,6	16,7	1,7	0,7	3 1/3	760	530	230	225	13,0	3,0	4,2	5,8	0,02	—	3,7	—
D. Provinzial- und ständische Sparkassen.																				
1. Stendal	61 070	72,1	91,3	83,0	80,4	—	2,0	3½	3 675	2 699	976	510	74,0	19,2	26,6	28,1	0,1	—	2,5	—
16. Regierungsbezirk Merseburg.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Artern	6 607	8,2	3,4	2,7	8,8	0,3	0,3	3,3	376	280	97	43	8,9	2,8	2,7	2,9	0,001	0,6	0,1	—
2. Bad Kösen	2 989	2,1	3,7	3,1	2,6	0,2	0,03	3½	107	82	25	6	2,2	0,3	0,3	1,5	0,01	0,00005	0,5	0,2
3. Belgern	5 004	4,6	1,6	1,4	4,8	—	0,3	3½	220	167	53	33	4,3	1,9	1,3	0,8	0,04	0,3	0,8	0,4
4. Bitterfeld	9 105	9,5	10,1	9,1	10,5	1,4	0,3	3¼	545	383	162	148	11,5	2,1	1,9	7,5	0,02	—	1,1	1,0
5. Brehna (Kr. Bitterf.)	2 128	2,6	7,1	6,3	3,4	—	0,1	3 1/3	131	99	32	18	2,3	0,5	0,8	1,0	0,02	0,02	1,0	0,8
6. Cönnern (Saale)	2 609	2,2	1,4	1,1	2,4	0,4	0,005	3½	131	89	42	15	2,5	0,4	0,8	1,0	0,2	—	0,1	0,05
7. Delitzsch	16 208	19,6	11,4	10,2	20,8	5,6	0,7	3½	1 263	1 038	224	234	19,6	5,1	7,8	3,9	0,02	2,8	0,4	—
8. Dommitzsch	4 657	4,0	1,6	1,3	4,3	—	0,2	3½	195	129	66	35	4,5	1,3	1,2	1,8	0,02	0,2	0,02	—
9. Düben	6 898	8,8	3,8	2,9	9,6	—	0,5	3 1/3	434	322	112	61	9,4	2,0	3,2	3,4	0,05	0,6	0,3	—
10. Eilenburg	21 022	22,1	37,4	35,4	24,2	—	1,6	3	1 047	693	355	200	24,0	7,8	2,9	13,2	0,1	—	0,8	0,1
11. Eisleben	30 279	25,4	11,2	10,4	26,2	4,4	0,4	3½	1 441	1 093	348	360	26,6	4,8	9,9	8,5	0,1	3,3	2,3	2,0
12. Elsterwerda	10 500	11,5	12,6	11,0	13,1	—	0,5	3½	545	418	127	86	12,7	4,4	1,9	3,0	0,1	3,3	0,3	0,2
13. Ermsleben	4 451	7,0	14,3	13,4	7,9	—	0,4	3,3	343	243	100	38	7,6	1,7	1,9	4,0	0,1	0,00002	0,7	0,6
14. Freyburg (Unstrut)	2 881	3,6	3,8	3,1	4,2	0,05	0,1	3½	178	123	54	4	4,1	1,3	0,6	2,2	0,01	—	0,1	—
15. Gerbstedt (Mansfelder Seekreis)	2 831	2,2	1,4	1,3	2,4	0,2	0,04	3½	120	94	26	12	2,1	0,3	0,8	0,9	0,001	—	0,4	0,3
16. Gräfenhainichen (Bz. Halle)	3 924	4,6	5,6	5,3	4,9	—	0,1	3¼	216	138	78	55	3,9	0,9	1,3	1,7	0,01	—	0,9	0,8

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen[1]	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: I. Freistaat Preußen. — Noch: 16. Regierungsbezirk Merseburg.																				
Noch: A. Städt. Spark.																				
17. Halle (Saale)	138 202	114,6	110,7	109,1	116,2	4,4	4,6	3	4 750	3 300	1 450	1 200	115,0	25,5	59,4	26,1	0,5	3,5	5,8	5,0
18. Heldrungen (Unstrut)	2 653	2,9	1,5	1,2	3,2	0,2	0,3	3½	169	104	65	16	2,7	0,6	1,4	0,2	0,02	0,6	0,3	0,3
19. Herzberg (Elster)	3 320	4,2	1,2	1,1	4,3	—	0,2	3⅗	198	152	47	15	4,2	1,9	0,9	1,4	—	0,04	0,1	—
20. Hettstedt (Südharz)	11 957	7,9	4,3	3,9	8,3	0,8	0,3	3½	385	296	89	86	8,8	1,4	2,0	3,8	0,03	1,5	0,3	0,1
21. Hohenmölsen	3 731	3,0	2,7	2,1	3,6	0,2	0,1	3½	172	114	58	14	3,8	0,5	0,9	2,4	0,1	—	0,01	—
22. Kelbra (Kyffhäuser)	4 620	5,7	2,3	2,1	5,9	—	0,3	3,3	264	192	72	27	5,7	1,1	2,0	2,1	0,5	—	0,8	—
23. Kemberg	4 472	6,4	3,1	2,3	7,3	0,9	0,2	3,3	335	245	89	55	7,5	0,8	1,4	4,0	0,02	1,3	0,6	0,5
24. Laucha (Unstrut)	6 698	12,9	5,2	5,0	13,1	0,6	0,8	3½	674	482	191	71	12,7	5,9	5,0	1,9	0,01	—	1,2	0,9
25. Lauchstedt (Kreis Merseburg)	3 885	2,9	2,7	2,5	3,2	—	0,2	3¼	149	97	52	10	3,1	0,9	1,0	1,1	—	0,1	0,1	—
26. Liebenwerda . . 1920	2 858	2,9	2,1	1,2	3,7	—	0,1	3½	130	104	26	20	3,4	1,4	0,8	0,8	0,1	0,4	0,1	—
27. Löbejün	2 784	2,4	1,5	1,3	2,6	—	0,1	3⅓	203	75	129	59	2,2	0,5	1,0	0,7	0,001	0,001	0,2	—
28. Lützen	14 329	17,4	7,1	5,1	19,4	2,0	1,1	3½	1 098	701	397	189	21,1	4,4	10,6	6,0	0,1	—	0,5	0,2
29. Mansfeld	1 165	0,6	0,3	0,2	0,6	—	—	3½	28	20	8	2	0,7	0,4	0,3	0,005	0,03	0,003	—	—
30. Merseburg	30 490	29,2	15,8	14,7	30,3	6,0	1,1	3⅓	1 654	1 000	654	493	28,8	7,9	7,2	13,6	0,1	—	0,1	—
31. Mucheln (Bz. Halle)	3 659	4,0	2,1	1,6	4,5	0,1	0,2	3½	200	133	67	43	4,5	1,4	0,7	2,0	0,001	0,5	0,1	—
32. Mühlberg (Elbe)	6 339	6,1	1,5	1,4	6,1	1,0	0,3	3½	304	224	79	46	6,1	2,7	1,8	1,5	0,1	—	0,5	0,5
33. Naumburg (Saale)	27 283	31,5	43,1	43,7	30,8	5,8	1,3	3½	1 779	1 241	538	350	30,3	6,6	10,5	12,5	0,6	0,00002	2,3	2,1
34. Nebra	2 894	3,3	1,7	1,7	3,4	0,1	0,1	3½	164	115	50	25	3,0	0,7	1,1	1,1	0,01	—	0,3	—
35 Ortrand (Kr. Liebenwerda)	6 962	7,5	3,0	2,3	8,2	0,8	0,3	3½	376	272	105	69	7,8	2,8	1,5	0,4	0,1	3,1	1,0	0,9
36. Osterfeld (Bz Halle)	2 530	1,9	1,1	0,8	2,1	0,1	0,04	3⅓	94	67	26	26	2,2	0,5	0,8	0,8	0,003	0,005	0,3	0,2
37. Prettin (Kr. Torgau)	1 679	1,4	1,6	1,4	1,6	—	0,04	3½	67	50	17	6	1,5	0,1	0,3	0,9	0,01	0,1	0,1	—
38. Pretzsch (Elbe)	1 090	1,1	1,1	0,9	1,4	—	—	3⅗	55	45	10	7	1,1	0,5	0,5	0,1	—	—	0,1	—
39. Querfurt	4 134	4,1	3,8	3,2	4,8	—	0,3	3½	199	142	57	9	4,2	1,9	0,9	1,3	0,04	—	0,9	0,8
40. Sangerhausen	16 332	19,0	7,5	7,1	19,4	0,2	1,2	3⅓	931	632	299	117	18,8	4,8	8,4	5,5	0,01	—	0,2	0,2
41. Schafstedt (Kr Merseb.)	875	0,7	0,5	0,3	1,0	0,3	0,03	3⅓	49	33	17	6	1,2	0,3	0,1	0,7	—	—	0,05	—
42. Schildau (Kr. Torgau)	2 645	2,6	0,9	0,7	2,8	0,8	0,1	3½	153	111	42	24	3,6	0,8	0,5	1,3	0,03	0,9	0,1	—
43. Schkeuditz	16 543	37,8	13,1	16,2	34,8	6,9	1,4	3½	2 028	1 628	400	400	40,3	3,9	8,5	22,6	0,002	5,3	0,6	—
44. Schkölen	1 233	1,1	0,3	0,2	1,2	—	—	3⅓	50	38	12	1	1,1	0,2	0,3	0,5	0,02	—	0,1	—
45. Schmiedeberg (Bz. Halle)	9 758	14,0	7,2	6,4	14,8	0,1	0,6	3,3	661	475	186	67	14,4	3,8	5,3	5,2	0,003	—	1,8	1,6
46. Stößen	818	0,6	0,3	0,3	0,7	0,3	—	3½	34	23	11	14	0,8	0,2	0,2	0,04	0,1	0,2	0,1	—
47. Stolberg (Harz)	2 182	1,9	1,5	1,3	2,1	—	0,1	3½	94	68	27	9	2,0	0,6	0,3	1,0	0,1	—	0,2	0,1
48. Teuchern	3 472	2,5	3,3	3,1	2,7	0,3	0,1	3⅓	117	79	38	72	2,0	0,9	0,7	0,5	—	—	0,2	—
49 Torgau	19 861	27,7	19,1	16,6	30,2	1,7	0,7	3½	1 280	973	307	209	27,6	8,7	8,4	8,4	2,2	0,01	2,2	1,4
50. Uebigau	2 109	1,6	1,8	1,4	2,0	—	0,02	3½	76	58	18	5	1,8	0,3	0,5	1,0	0,01	—	0,2	—
51. Weißenfels	19 055	15,0	8,1	7,2	15,9	1,1	0,8	3⅓	718	515	204	155	15,7	7,1	4,7	2,5	0,2	1,2	1,0	1,0
52. Wittenberg (Bz. Halle)	28 626	33,3	30,4	27,0	36,8	4,1	—	3,3	1 677	1 074	603	269	37,2	10,6	7,1	15,8	0,1	3,5	3,1	2,0
53 Zahna	1 984	1,7	2,1	1,7	2,2	—	—	3⅓	84	62	22	4	1,9	0,3	0,9	0,7	0,01	—	0,3	0,2
54. Zeitz	45 752	37,7	29,7	26,8	40,7	4,0	0,8	3¼	2 036	1 177	859	331	39,4	11,0	10,2	17,0	0,03	1,2	3,3	2,4
55. Zörbig	5 665	5,4	2,0	1,5	5,9	—	0,2	3⅓	268	188	80	30	5,5	1,5	2,1	1,9	0,001	0,00004	0,2	—
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Annaburg (Bz Halle)	1 279	0,8	0,6	0,4	1,0	—	—	3½	40	31	9	3	0,9	0,2	0,3	0,2	—	0,3	0,05	0,04
2. Bockwitz (Kr. Liebenwerda)	100	—	0,3	0,1	0,2	0,4	—	3½	15	11	4	5	0,5	—	—	0,3	—	0,2	0,1	0,0004
3. Falkenberg (Bz. Halle)	532	0,5	3,3	2,7	1,1	—	—	3½	21	18	3	1	1,0	0,2	—	0,7	0,01	0,003	0,1	—
4. Roßla (Harz)	2 532	2,5	0,9	0,7	2,7	—	0,04	3⅓	111	85	26	39	2,4	0,4	1,0	0,7	0,0003	0,3	0,2	0,1
C. Kreis-Sparkassen.																				
1. Bitterfeld	34 792	49,6	44,8	39,8	54,6	—	2,9	3¼	2 534	1 714	820	301	52,3	8,8	10,9	32,6	0,02	—	3,7	3,2
2. Cölleda	25 932	32,0	24,0	18,9	37,1	1,5	1,4	3⅓	1 582	1 142	440	157	29,0	5,8	12,9	9,3	1,0	—	2,3	2,1
3. Delitzsch	26 142	41,9	31,2	29,2	44,0	—	1,7	3½	2 000	1 449	552	372	42,9	8,7	10,1	24,1	0,03	—	0,1	—
4. Eisleben	33 243	35,7	32,3	24,2	43,7	27,1	0,8	3½	4 493	3 482	1 011	899	69,3	15,3	12,7	28,6	0,4	12,3	2,9	—
5. Halle (Saale)	50 870	57,3	40,2	37,7	59,8	6,9	2,7	3	3 168	2 227	941	661	69,0	8,8	22,7	33,5	0,05	3,9	8,8	8,0
6. Herzberg (Elster)	30 122	44,7	13,5	8,4	49,9	13,2	3,1	3⅓	2 793	1 894	898	481	65,4	27,2	11,8	15,6	0,4	10,9	5,3	4,9
7. Liebenwerda	15 287	26,9	5,8	4,4	28,4	—	1,6	3⅓	1 375	913	462	150	29,2	15,8	6,5	5,9	0,01	1,0	0,6	0,6
8. Mansfeld	18 737	16,0	14,8	13,6	17,1	1,5	0,7	3½	871	596	275	166	18,2	2,4	2,8	11,3	0,5	1,2	0,6	0,6
9. Merseburg	10 912	12,5	8,4	7,1	13,8	3,2	0,3	3⅓	661	455	206	181	16,0	5,2	2,2	4,7	0,02	3,9	0,1	—
10. Naumburg (Saale)	5 510	8,8	16,2	15,2	9,8	0,8	0,2	3½	481	323	158	96	8,7	0,5	3,6	4,5	0,08	0,1	0,4	—
11. Querfurt	18 882	27,6	61,2	56,9	31,9	—	1,5	3,36	1 362	963	399	216	31,8	7,1	9,4	15,3	0,02	—	0,1	—
12. Sangerhausen	14 094	16,3	6,1	5,0	17,4	1,0	0,9	3⅓	896	582	315	71	20,6	3,0	5,5	11,6	0,1	0,4	0,9	—

[1]) Vergl. die Anmerkung [1]) auf Seite 8.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen[1]	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: I. Freistaat Preußen. — Noch: 16. Regierungsbezirk Merseburg.																				
Noch: C Kreis-Spark.																				
13. Torgau	12 486	16,8	12,9	10,6	19,1	0,6	0,3	3½	838	573	265	116	17,6	1,9	5,9	9,9	0,1	—	0,6	0,5
14. Weißenfels	26 986	28,7	17,0	12,5	33,2	—	1,1	3⅓	1 426	1 007	419	176	28,9	6,0	12,1	10,7	0,004	—	2,5	2,4
15. Wittenberg (Bz. Halle)	22 414	30,4	9,3	7,4	32,8	0,8	1,3	3,3	1 592	936	656	379	31,6	4,9	10,6	14,0	—	2,0	0,5	0,001
16. Zeitz	12 384	11,8	7,0	5,1	13,8	0,2	0,3	3¼	578	408	170	138	12,5	2,1	6,0	3,8	—	0,6	0,6	0,6
17. Regierungsbezirk Erfurt.																				
A. Städt. Sparkassen																				
1. Bad Sachsa (Südh.) 1920	3 399	3,6	5,4	4,2	4,9	0,5	0,1	3½	208	200	7	37	4,6	0,6	1,0	2,9	0,1	—	0,6	—
2 Bleicherode	13 159	14,1	7,3	5,7	15,7	4,2	0,5	3¼	953	752	201	142	18,5	4,0	4,3	4,9	3,3	2,0	1,0	1,0
3. Dingelstädt (Eichsf)	1 718	2,5	3,4	2,6	3,3	—	0,04	3½	130	100	30	15	3,4	0,2	1,1	1,5	0,002	0,6	0,6	0,6
4. Ellrich	3 578	3,9	3,2	2,4	4,7	1,0	0,1	3¼	263	193	70	32	5,0	1,1	1,1	2,8	0,03	0,05	0,7	0,4
5. Erfurt	103 543	88,0	77,6	69,3	96,2	5,7	4,1	3½	4 533	3 272	1 262	549	96,3	18,1	37,8	25,6	0,1	14,7	1,3	—
6. Kindelbrück	297	—	0,9	0,2	0,7	0,5	0,004	3½	25	17	9	5	1,0	0,2	—	—	0,01	0,8	0,2	0,05
7. Langensalza	15 722	18,0	9,9	8,8	19,1	0,02	1,3	3½	850	627	223	85	19,1	7,5	5,1	6,0	0,1	0,5	1,2	0,9
8. Mühlhausen (Thür.)	23 729	23,3	28,2	23,8	27,7	6,0	1,0	3½	1 241	909	332	367	26,3	2,2	6,4	17,6	0,1	0,01	4,4	3,9
9. Nordhausen	32 691	37,0	88,9	78,5	47,4	—	1,0	3¼	1 943	1 365	578	342	45,2	9,5	6,5	18,5	10,7	—	—	1,6
10. Schleusingen	10 739	8,1	3,7	3,0	8,9	—	0,4	3⅗	377	296	81	73	7,5	2,4	2,1	2,5	0,01	0,5	0,2	—
11. Sömmerda	4 010	5,0	2,4	2,1	5,3	0,1	0,4	3½	263	184	79	8	5,0	0,9	2,0	2,0	0,001	—	0,4	0,03
12. Suhl	17 868	15,8	12,0	12,1	15,7	—	0,8	3½	741	528	212	164	14,5	2,8	7,7	2,8	0,3	1,3	0,3	—
13. Tennstedt	2 612	4,2	2,6	2,2	4,7	—	0,2	3½	223	156	67	33	4,8	0,5	1,3	2,4	0,03	—	0,3	0,05
14. Treffurt	2 210	2,6	3,1	2,5	3,2	—	0,1	3¾	130	106	24	44	2,8	0,4	1,1	1,2	0,1	0,001	0,2	0,1
15. Worbis	1 938	2,4	2,5	2,4	2,4	0,5	0,1	3½	116	73	44	16	2,6	0,8	0,8	0,8	0,1	—	0,2	—
C. Kreis-Sparkassen.																				
1. Erfurt	22 243	29,0	28,5	25,2	32,4	—	0,9	3½	1 378	1 061	317	227	30,2	5,3	14,4	4,6	—	5,9	1,0	0,8
2. Heiligenstadt (Eichsf)	24 795	24,5	11,5	9,5	26,5	—	0,5	3½	1 146	903	244	124	25,1	3,2	7,9	10,9	0,01	3,2	0,01	—
3. Langensalza	4 655	6,2	3,7	2,4	7,5	—	0,1	3½	342	254	88	42	6,7	1,7	1,9	3,1	0,02	—	0,6	0,5
4 Mühlhausen (Thür.)	31 656	37,8	45,2	40,2	42,8	—	1,1	3½	2 190	1 664	526	268	40,0	2,6	10,2	18,3	0,7	8,1	2,1	1,3
5. Nordhausen	31 083	50,5	28,3	21,4	57,4	1,7	1,5	3¼	2 490	1 603	887	362	56,9	8,7	21,4	26,7	0,1	—	5,0	4,0
6. Ranis	15 953	14,7	10,5	6,8	18,4	0,4	0,6	3½	808	589	219	112	18,6	3,8	4,4	9,7	0,6	0,7	0,2	—
7. Weißensee (Thür.)	6 500	8,0	6,5	4,5	10,0	—	—	3½	360	240	120	75	10,0	1,3	6,2	2,5	0,01	—	0,1	—
8. Worbis	5 355	20,5	11,2	9,0	22,7	—	1,0	3½	1 028	667	360	165	20,9	4,7	6,2	9,6	0,3	—	0,5	—
18. Regierungsbezirk Schleswig.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Altona (Elbe)	33 235	30,8	36,9	32,5	35,2	14,7	0,4	3	2 208	1 407	802	721	30,9	9,5	7,2	13,9	0,3	—	0,8	0,4
2. Bad Oldesloe	12 426	30,4	9,4	7,1	32,7	7,0	0,7	4	1 937	1 424	514	305	32,3	10,0	8,7	9,3	4,3	—	3,6	3,5
3. Barmstedt (Holstein)	6 716	14,3	4,6	4,5	14,4	1,9	0,8	4	770	601	169	101	16,1	5,5	4,6	3,9	0,7	1,3	0,1	—
4. Burg (Fehmarn)	3 637	7,8	3,1	2,6	8,4	1,9	0,3	4	338	244	94	71	9,3	1,6	1,1	4,2	1,9	0,4	1,7	1,6
5. Eckernförde	2 152	3,1	5,6	5,6	3,1	—	—	4	144	112	32	8	2,4	0,5	1,9	—	—	—	1,1	1,1
6. Elmshorn	17 276	29,8	25,4	22,5	32,7	0,8	1,1	4	1 664	1 327	337	245	31,5	13,4	6,6	9,7	0,2	1,6	0,8	0,6
7. Flensburg	36 542	41,5	42,5	35,4	48,5	9,2	0,8	3	2 921	2 149	771	661	58,5	9,4	11,8	25,4	4,2	7,6	0,8	0,4
8. Friedrichstadt	2 849	4,9	7,3	6,0	6,1	—	0,3	4	253	190	63	49	6,0	1,4	1,0	2,0	1,6	—	0,4	0,3
9. Garding (Schleswig)	1 454	2,3	2,0	1,3	3,0	—	0,1	4	124	97	27	16	1,8	0,7	0,6	0,4	0,1	0,02	0,03	—
10. Heide (Holstein)	10 290	16,4	10,8	9,7	17,5	1,4	0,4	4	861	656	205	143	16,3	4,8	4,1	6,6	0,3	0,5	2,0	1,9
11. Heiligenhafen (Holst.)	2 991	6,2	3,4	2,5	7,1	1,8	0,2	4	367	281	86	86	8,6	3,7	0,5	2,1	0,7	1,6	1,0	0,9
12. Husum	7 643	16,1	20,1	16,0	20,2	—	0,4	4	901	724	178	126	20,0	6,1	4,3	5,4	4,3	—	0,8	0,6
13. Itzehoe	16 927	34,2	21,0	21,0	34,2	3,4	2,1	4	2 077	1 605	472	343	43,4	14,7	4,9	15,0	2,1	6,8	0,5	0,5
14. Kellinghusen	4 984	9,4	4,3	4,6	9,1	0,9	0,2	4	475	365	109	75	9,3	3,3	2,3	2,8	0,9	—	0,5	0,4
15. Kiel	140 038	155,4	128,8	112,2	172,0	15,3	4,1	3	5 817	3 930	1 887	2 206	174,1	56,1	36,9	66,2	6,7	8,1	9,0	8,5
16. Krempe (Holstein)	835	1,7	0,9	0,7	1,9	0,3	0,04	4¼	101	80	20	20	2,1	0,6	0,4	0,9	0,05	0,3	0,01	—
17. Lauenburg (Elbe)	6 400	9,6	4,5	2,8	11,2	1,1	0,2	4	678	345	333	366	11,7	4,1	1,5	0,5	5,6	—	0,6	—
18. Lütjenburg	4 387	5,5	3,0	2,5	6,1	—	0,2	4	289	215	75	75	5,6	1,4	1,3	2,4	—	0,6	0,2	—
19. Marne	4 069	14,3	12,7	11,8	15,2	—	0,4	4	690	565	125	125	13,9	5,6	3,5	3,5	0,8	0,6	0,7	0,5
20. Meldorf	7 330	25,8	9,6	10,4	25,1	4,9	0,5	4¼	1 603	1 211	392	187	30,2	10,3	6,0	8,2	0,9	4,7	0,1	—
21. Mölln (Lauenburg)	11 280	23,1	7,0	5,0	25,0	1,3	0,4	4	1 246	975	270	138	23,7	9,1	6,2	7,2	0,9	0,3	1,7	1,6
22. Neumünster	34 300	44,2	45,3	36,7	52,9	4,6	1,4	4	2 521	2 004	518	502	52,7	18,2	16,6	6,5	3,1	8,3	2,0	1,5
23. Neustadt (Holstein)	4 167	6,8	2,4	1,6	7,7	1,3	0,3	4	394	296	98	78	8,0	3,1	2,1	1,9	0,4	0,6	0,6	0,5
24. Pinneberg	2 944	4,1	1,1	0,7	4,4	0,1	0,2	4	224	171	53	42	4,6	2,9	0,4	0,8	0,5	—	0,2	0,2
25. Plön	6 818	12,1	5,9	5,3	12,7	0,2	0,5	4	603	492	110	102	12,2	4,4	3,2	4,1	0,3	0,1	0,4	0,2
26. Preetz (Holstein)	9 760	27,0	25,0	23,1	28,8	—	0,7	4	1 346	1 087	259	137	26,6	12,0	6,7	6,5	1,1	0,3	0,8	—
27. Ratzeburg (Lauenburg)	7 956	15,7	6,1	5,9	16,0	—	0,2	4	821	641	179	86	14,7	3,9	7,4	3,3	0,1	—	0,05	0,02

[1]) Vergl. die Anmerkung [1]) auf Seite 8.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: I. Freistaat Preußen. — Noch: 18. Regierungsbezirk Schleswig.																				
Noch: A. Städt. Spark																				
28. Reinfeld (Holstein)	3 047	6,7	2,7	2,2	7,3	1,5	0,4	4	412	324	87	68	8,4	2,6	2,7	2,1	0,3	0,8	0,2	0,1
29. Rendsburg	25 591	47,9	19,1	17,3	49,7	15,8	2,5	4	3 100	2 238	862	756	65,9	13,6	4,2	46,8	1,3	—	7,4	7,1
30. Schleswig	7 307	17,7	17,2	16,9	17,9	7,7	0,4	4	1 093	818	275	181	18,9	4,0	7,0	3,0	4,9	—	1,9	1,8
31. Segeberg	5 385	9,6	6,6	5,3	10,9	3,4	0,4	4	541	378	163	114	11,6	5,0	2,0	3,0	0,4	1,3	2,4	2,1
32. Tönning	3 240	3,0	1,5	1,1	3,5	1,1	0,05	4	213	129	84	63	3,7	0,8	0,8	0,5	0,1	1,5	0,9	—
33. Uetersen (Holstein)	7 129	10,0	3,2	2,7	10,4	0,4	0,4	4	514	395	120	97	10,4	3,2	2,6	4,5	0,1	—	0,3	—
34. Wandsbek	13 120	20,4	35,5	26,4	29,4	1,1	0,5	4	1 358	965	393	126	29,3	6,0	4,2	8,8	3,6	6,6	0,6	—
35. Wedel (Holstein)	3 528	5,7	2,7	2,0	6,4	0,9	0,2	4	321	238	83	70	6,0	2,4	0,7	1,9	0,6	0,5	0,8	0,8
36. Wesselburen	3 199	12,2	4,7	4,5	12,4	1,5	0,5	4¼	628	512	116	63	14,1	2,8	0,9	7,7	0,3	2,4	0,04	—
37. Westerland	1 801	5,2	24,0	19,8	9,4	0,1	0,3	3	367	170	197	98	5,5	0,5	0,4	3,4	0,7	0,5	4,8	4,7
38. Wilster	788	1,9	0,8	0,5	2,3	—	0,03	4	101	79	22	14	2,1	0,1	0,4	1,4	0,1	—	0,2	0,1
39. Wyk (Föhr)	1 068	1,6	2,8	2,6	1,8	0,7	—	4	199	133	66	43	2,3	1,5	0,4	0,2	0,2	—	0,1	—
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Achtrup (Kr. Tondern)	910	1,8	0,5	0,5	1,8	—	0,1	4	87	69	18	2	1,8	1,0	0,1	0,04	0,6	—	0,1	—
2. Ahrensburg	2 984	5,4	2,0	1,8	5,6	1,4	0,1	4	308	228	80	60	6,0	2,3	1,4	2,2	0,1	0,02	0,8	0,8
3. Arnis (Schlei)	544	0,4	0,4	0,3	0,4	—	0,01	4	20	15	5	2	0,4	0,1	0,1	0,2	0,1	0,03	0,01	—
4. Bad Bramstedt (Holst.)	1 285	1,7	1,0	0,9	1,8	—	0,04	4	82	63	19	11	1,5	0,5	0,3	0,6	0,2	—	0,3	0,2
5. Bargteheide	4 415	9,5	2,9	2,4	10,0	1,6	0,2	4	505	404	101	79	11,1	3,1	2,7	3,5	0,9	0,8	0,4	0,3
6. Bargum (Mönkebüll)	726	1,4	0,4	0,3	1,5	—	0,1	4	69	50	19	4	1,4	0,3	0,4	0,5	0,3	—	0,003	—
7. Barmstedt (Holstein)	3 223	8,5	6,1	3,1	11,5	7,6	0,3	4	770	526	244	109	19,2	2,1	1,4	2,0	0,3	13,3	2,3	2,2
8. Blankenese	4 939	7,1	4,2	2,6	8,7	18,2	0,04	4	475	312	163	128	7,2	4,4	1,7	1,0	0,1	—	19,9	19,5
9. Beidenfleth	270	0,4	0,2	0,2	0,4	0,4	0,02	4	42	10	32	7	0,7	0,04	0,4	—	0,3	—	0,003	—
10. Bordelum (Bredstedt)	900	1,1	0,5	0,3	1,3	—	0,1	4	57	46	11	6	1,2	0,3	0,2	0,5	0,2	—	0,1	0,1
11. Bordesholm	1 488	2,1	5,6	5,3	2,5	—	0,03	4	116	90	26	19	2,7	1,2	0,1	0,9	0,5	—	0,2	0,2
12. Bornhöved	1 680	3,6	3,5	2,8	4,3	—	0,2	4	180	148	32	16	4,0	1,5	0,5	1,2	0,2	0,6	0,5	0,5
13. Bramfeld	668	1,4	0,6	0,5	1,5	0,1	0,05	4	80	57	23	9	1,3	0,6	0,4	0,3	0,02	0,01	0,2	0,2
14. Brockstedt (Holstein)	675	1,1	0,4	0,3	1,3	—	0,03	4	55	45	10	2	1,2	0,5	0,2	0,4	0,1	0,01	0,05	0,04
15. Brunsbüttelkoog	1 379	3,2	0,8	0,9	3,1	—	0,1	4	149	120	28	7	3,1	1,7	0,4	0,9	0,1	—	0,1	0,1
16. Büchen, Bahnhof	683	1,5	1,3	1,1	1,8	1,3	0,04	4	107	73	34	30	1,9	0,04	1,7	0,1	0,1	0,02	0,9	—
17. Büdelsdorf (Rendsburg)	1 360	0,5	1,8	1,4	0,9	0,2	—	4	45	29	16	16	0,9	0,04	—	0,4	0,1	0,4	0,3	0,3
18. Büsum	2 031	3,8	2,1	1,2	4,7	1,0	0,1	4¼	237	178	58	40	5,7	1,4	0,5	2,0	0,6	1,3	0,03	—
19. Burg (Dithmarschen)	3 544	7,8	6,4	2,6	11,6	0,6	0,3	4¼	519	434	85	63	10,9	6,1	1,2	2,7	0,9	—	0,04	—
20. Cismar	3 668	5,3	2,1	1,5	5,9	0,6	0,2	4	269	212	57	58	2,9	1,5	0,4	0,3	0,2	0,5	0,9	0,8
21. Delve (Holstein)	300	0,8	0,2	0,2	0,8	0,002	0,02	4	39	33	6	3	0,8	0,3	0,2	0,4	0,03	—	0,0004	—
22. Drelsdorf (Kr. Husum)	1 125	1,5	1,2	0,7	1,9	0,03	0,1	4	85	66	19	4	1,9	0,2	0,4	0,5	0,6	0,2	0,001	—
23. Eddelak (Holstein)	895	3,3	3,1	3,3	3,1	—	0,1	4	155	119	36	11	3,1	1,0	0,2	1,4	0,5	—	0,02	—
24. Eidelstedt	968	1,4	0,8	0,8	1,5	0,1	—	4	75	60	15	6	1,5	0,5	0,4	0,1	0,5	—	0,01	—
25. Elmschenhagen (Kr. Plön)	159	0,1	0,5	0,4	0,3	0,1	0,002	3½	125	114	11	10	0,2	0,1	0,02	0,02	0,05	—	0,5	0,4
26. Emmelsbüll	1 039	3,1	1,9	1,9	3,1	—	0,2	4	141	113	28	8	2,5	0,7	0,8	—	0,9	—	0,8	0,8
27. Enge (Stedesand)	525	0,8	1,1	1,1	0,9	0,1	0,02	4¼	36	30	6	5	1,0	0,2	0,2	0,1	0,4	0,02	0,1	0,1
28. Farnewinkel (Meldorf)	672	2,2	0,4	0,4	2,2	—	0,2	4¼	113	92	21	6	2,3	0,8	0,4	0,9	0,1	0,03	0,02	0,02
29. Friedrichskoog (Dithm.)	705	3,4	1,1	0,7	3,8	—	0,1	4	174	121	53	10	3,8	1,6	1,3	0,8	0,1	—	0,4	0,3
30. Geschendorf (Holst.)	4 072	17,5	4,6	3,1	18,9	3,4	0,5	4	974	762	212	120	21,3	7,1	5,2	7,0	0,9	1,2	1,3	1,1
31. Glashütte (Holstein)	1 845	3,9	1,1	0,9	4,1	—	0,1	4	189	151	38	30	4,0	2,2	0,8	0,6	0,1	0,3	0,2	0,2
32. Großflottbek	1 792	1,9	1,6	1,0	2,5	—	0,03	4	120	89	30	10	2,4	0,6	0,3	0,8	0,02	0,7	0,1	0,03
33. Hattstedt (Schleswig)	2 217	4,8	5,3	3,8	6,2	—	0,2	4	236	181	55	28	5,5	0,9	0,7	3,5	0,4	—	0,8	—
34. Heikendorf (Kreis Bordesholm)	1 496	1,1	0,7	0,7	1,2	—	0,01	4	58	43	15	9	1,2	0,4	0,3	0,1	0,4	—	0,01	—
35. Helgoland	1 135	1,4	1,0	0,7	1,8	—	—	3½	65	51	14	11	1,7	0,1	0,04	1,5	0,03	—	—	—
36. Hemme (Kr. Norderdithmarschen)	250	0,4	0,2	0,1	0,5	—	0,03	4	22	18	5	2	0,5	0,2	0,1	0,1	0,2	—	0,00001	—
37. Hemmingstedt (Holst.)	688	1,2	0,7	0,6	1,4	—	0,1	4¼	69	58	10	3	1,4	0,4	0,2	0,6	0,1	0,03	0,004	—
38. Hennstedt, Dorf (Dithmarschen)	699	1,2	0,4	0,2	1,4	—	—	4¼	71	54	17	4	1,5	0,7	0,1	—	0,7	—	0,04	—
39. Hennstedt, Kirchspiel (Dithmarschen)	577	1,6	0,7	0,5	1,8	—	0,05	4¼	80	68	12	4	1,7	0,5	0,2	0,8	0,1	—	0,1	0,1
40. Hörnerkirchen (Kreis Pinneberg)	1 407	3,2	1,3	1,3	3,2	—	0,1	4	145	123	21	8	3,4	0,9	0,7	1,6	0,2	—	0,03	—
41. Hohenaspe	1 083	1,8	1,0	0,8	1,9	—	0,1	4	77	62	15	7	1,9	0,5	0,3	0,7	0,2	0,2	0,02	—
42. Hohenfelde (Kr. Steinbg.)	592	1,8	0,6	0,5	1,9	1,0	0,1	4	136	93	43	12	2,8	0,1	0,4	2,2	0,02	0,2	0,1	0,03
43. Hohenwestedt, Kirchspiel (Holstein)	2 488	5,5	3,0	2,2	6,3	0,5	0,2	4	290	228	62	28	5,6	1,2	1,2	2,6	0,6	—	0,9	0,8

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: I. Freistaat Preußen. — Noch: 18. Regierungsbezirk Schleswig.																				
Noch: B. Landgem.-Spark.																				
44. Hohenwestedt, Landgemeinde (Holstein)	2 910	5,6	2,6	2,6	5,5	—	0,4	4	262	210	51	40	4,9	2,1	1,4	0,9	0,2	0,3	0,1	0,1
45. Hohn (Schleswig)	2 317	6,0	1,8	1,6	6,3	0,9	0,3	4	318	244	74	36	7,2	1,4	1,4	3,0	0,8	0,7	0,1	0,04
46. Hollingstedt (Schlesw.)	1 574	2,8	0,7	0,5	3,0	—	0,2	4	142	109	33	16	2,5	0,9	0,4	0,9	0,3	—	0,02	—
47. Holtenau	2 898	11,1	10,0	7,2	14,0	1,0	0,1	4	668	545	124	105	14,8	0,1	0,5	11,9	2,3	—	0,2	0,1
48. Honigsee (Kr. Plön)	1 910	5,4	2,9	3,3	5,0	0,8	0,2	4	239	196	44	53	5,5	1,7	2,2	1,1	0,03	0,4	0,2	0,1
49. Horst (Holstein)	1 280	3,0	1,0	0,7	3,3	0,8	0,2	4	173	134	39	21	3,7	1,6	0,4	1,7	0,01	—	0,02	—
50. Jevenstedt	1 398	2,9	1,5	1,4	3,1	0,2	0,05	4	138	117	21	12	3,1	0,7	0,7	1,6	0,1	—	0,02	0,01
51. Joldelund	865	1,6	0,9	0,8	1,7	—	0,1	4	73	59	15	4	1,5	0,7	0,3	0,2	0,3	—	0,03	—
52. Kaltenkirchen (Holst.)	3 649	8,9	1,8	1,6	9,1	—	0,3	4	421	373	48	45	9,2	2,8	4,6	1,3	0,5	—	0,1	0,1
53. Kellinghusen	2 608	10,5	5,1	4,9	10,7	3,1	—	2	910	575	335	100	17,1	3,8	1,1	0,8	0,3	11,2	0,1	—
54. Kleinjörl (Janneby, Schleswig)	801	2,2	0,5	0,5	2,2	—	0,1	4	98	91	7	7	2,2	0,7	0,3	1,1	0,1	0,02	0,005	—
55. Koldenbüttel (Kreis Eiderstedt)	328	0,6	0,2	0,1	0,6	—	0,01	4	27	23	4	3	0,7	0,1	0,2	0,05	0,2	0,1	0,004	—
56. Krempe (Holstein)	4 199	17,1	6,1	5,5	17,7	3,4	0,5	4¼	988	763	224	87	20,3	6,6	3,5	8,3	0,2	1,7	1,7	1,6
57. Kronprinzenkoog (Kr. Süderdithmarschen)	657	3,0	1,5	1,4	3,2	—	0,2	4	140	122	18	7	3,2	1,4	0,4	1,0	0,03	0,3	0,01	—
58. Laboe	1 166	1,5	0,5	0,5	1,4	0,4	0,1	4	106	74	32	15	2,1	0,7	0,4	0,4	0,4	0,2	0,1	0,01
59. Lägerdorf	1 395	1,0	0,03	0,2	0,8	0,2	0,01	4	51	39	12	6	1,0	0,5	0,3	0,1	0,1	—	0,2	0,2
60. Leezen	916	2,4	0,6	0,4	2,5	—	0,1	4	161	145	16	7	2,5	0,9	0,1	0,2	0,1	1,2	0,1	0,1
61. Lindholm	1 713	2,7	1,0	0,8	3,0	0,4	0,2	4	155	119	36	16	3,5	0,5	0,5	1,6	0,9	0,1	0,04	—
62. Lokstedt (Kr. Pinnebg.)	1 100	1,7	2,5	1,4	2,8	0,7	0,02	4	114	77	37	3	2,1	0,6	0,2	0,7	0,1	0,6	1,4	—
63. Lürschau (Kr. Schlesw.)	1 428	2,2	0,9	0,8	2,3	—	0,2	4	154	133	21	12	3,1	1,3	0,5	1,2	0,1	—	0,1	0,03
64. Lunden (Kr. Norderdithmarschen)	3 811	5,9	3,1	2,3	6,6	1,4	0,1	4	355	271	83	67	6,6	1,9	1,1	2,5	0,6	0,5	1,5	1,5
65. Marne (Kreis Süderdithmarschen)	5 466	22,6	38,1	33,7	27,0	2,2	0,5	4	1 174	826	348	143	29,2	8,4	3,2	12,6	1,1	3,9	0,2	0,1
66. Medelby (Kr. Tondern)	869	1,8	0,6	0,5	1,8	0,01	0,1	4	84	70	14	4	1,9	0,8	0,2	0,5	0,3	—	0,001	—
67. Meinsdorf (Plön)	492	0,9	0,3	0,2	1,0	0,1	—	4	35	35	0,03	3	1,1	0,6	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
68. Meldorf	1 203	3,2	1,8	1,2	3,8	2,3	0,1	4¼	275	181	94	53	6,4	1,8	0,4	2,3	0,7	1,2	2,6	2,5
69. Mildstedt (Husum)	5 882	16,3	22,8	19,4	19,6	—	0,9	4	850	637	213	100	19,7	4,6	5,8	7,5	1,8	—	1,3	1,2
70. Neuenbrook (Holst.)	618	1,4	0,2	0,6	1,0	—	0,1	4¼	71	40	31	4	1,8	0,5	0,4	0,2	0,7	—	0,1	0,1
71. Neuenkirchen (Blankenmoor)	562	1,0	0,2	0,2	1,0	0,3	0,05	4¼	46	40	6	3	1,0	0,4	0,1	0,4	0,02	—	0,02	0,02
72. Niebüll	879	2,4	1,9	1,2	3,1	—	—	4	135	91	44	14	3,1	0,9	0,5	1,1	0,2	0,3	0,1	—
73. Niendorf (Kr. Pinnebg.)	1 030	1,1	1,4	1,1	1,4	—	0,1	4	60	43	17	6	1,4	0,4	0,5	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1
74. Norderbrarup (Süderbrarup)	1 685	3,8	1,0	1,1	3,7	0,1	0,2	4	181	148	34	10	3,7	1,7	0,6	1,3	0,2	—	0,2	0,2
75. Nordhastedt (Holst.)	1 450	3,8	1,5	1,5	3,8	—	0,1	4	197	155	42	13	4,0	1,6	0,6	1,5	0,2	0,01	0,01	—
76. Nordstrand	878	0,9	0,6	0,2	1,2	—	0,1	4	50	38	12	7	1,2	0,2	0,1	0,3	0,6	—	0,1	—
77. Nortorf	947	2,7	0,9	0,7	2,8	1,5	0,1	4	177	124	53	28	4,2	0,4	0,7	0,9	0,1	2,1	0,6	0,6
78. Oldenswort	406	0,5	0,3	0,1	0,6	—	0,03	4	46	20	26	3	0,6	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,02	0,01
79. Olderup (Husum)	256	0,3	0,1	0,1	0,4	—	0,02	4	18	13	6	3	0,4	0,2	0,05	—	0,2	—	0,0003	—
80. Ostenfeld (Schleswig)	474	0,8	0,7	0,6	0,9	0,02	0,04	4	63	51	13	5	1,0	0,1	0,2	0,1	0,5	—	0,01	—
81. Petersdorf (Fehmarn)	975	2,3	1,1	0,8	2,6	0,6	0,03	4	115	94	21	11	2,6	0,1	1,1	1,3	0,1	—	0,02	—
82. Pries (Friedrichsort, Kieler Förde)	564	0,8	4,6	4,4	1,0	—	0,01	4	57	46	12	4	1,0	0,1	0,1	0,9	0,02	—	0,3	0,2
83. Quern (Großquern u. Nübelfeld, Schlesw.)	734	2,2	0,6	0,4	2,4	—	0,1	4	108	93	15	6	2,4	0,6	0,3	1,1	0,4	0,02	0,0002	—
84. Reher (Hohenwestedt, Holstein)	202	0,2	0,03	0,05	0,2	—	0,004	4	9	8	1	0,5	0,2	0,1	0,03	0,1	0,01	—	0,0001	—
85. Reinbek	1 591	3,8	6,9	3,0	7,7	—	0,1	4	177	143	34	20	3,8	2,0	0,5	0,9	0,1	0,4	0,6	0,6
86. Rethwischdorf (Treuholz, Bz. Hamburg)	795	2,1	0,5	0,5	2,1	0,6	0,1	4	109	82	28	12	2,6	0,6	0,3	1,5	0,04	0,2	0,3	0,2
87. Reußenkoege (Bredst.)	378	0,6	0,3	0,3	0,7	—	0,01	4	32	25	7	2	0,7	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,03	0,03
88. Sande (Bergedorf)	2 000	3,4	1,8	1,5	3,7	0,5	0,1	4	143	139	4	40	3,3	1,3	0,5	1,3	0,1	0,1	0,3	—
89. Schaalby (Schleswig)	517	1,1	0,3	0,2	1,2	—	0,03	4	60	43	17	4	0,8	0,3	0,1	0,2	0,05	0,2	0,001	—
90. Schafstedt (Dithm.)	567	1,0	0,2	0,2	1,0	—	0,04	4¼	47	40	7	2	1,0	0,5	0,2	0,03	0,3	—	0,005	—
91. Schiffbek (Kr. Stormarn)	216	0,1	0,5	0,4	0,3	0,04	—	4	14	9	5	5	0,2	0,04	0,03	0,1	0,1	—	0,2	—
92. Schleswig	5 238	8,8	5,6	3,7	10,7	2,6	0,5	4	515	412	103	74	8,5	3,1	0,5	4,1	0,8	—	0,2	—
93. Schnelsen (Bz. Hambg.)	477	0,5	0,7	0,7	0,6	—	—	4	28	19	8	6	0,5	0,2	0,2	0,1	0,02	—	0,01	—
94. Schönberg (Holstein)	2 311	5,2	2,3	1,8	5,7	—	0,2	4	268	176	92	17	5,4	1,6	1,2	2,2	0,2	0,2	0,01	—
95. Schwarzenbek	10 428	21,7	6,0	4,8	22,9	6,2	0,5	4	1 270	968	302	168	27,1	7,4	11,6	7,7	0,3	0,01	1,3	1,1
96. Steinhorst (Lauenburg)	3 698	10,5	2,9	1,3	12,1	1,8	0,3	4	576	471	104	56	13,0	2,0	5,5	5,1	0,2	0,1	1,1	1,1

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres (Millionen Mark)	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen (Millionen Mark)	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre (Millionen Mark)	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres (Millionen Mark)	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres (Millionen Mark)	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres (Millionen Mark)	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer (Tausend Mark)	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer (Tausend Mark)	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre (Tausend Mark)	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre (Tausend Mark)	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres (Millionen Mark)	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken (Millionen Mark)	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem (Millionen Mark)	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes) (Millionen Mark)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand (Millionen Mark)	in sonstigen Anlagen (Millionen Mark)	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt (Millionen Mark)	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben (Millionen Mark)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: I. Freistaat Preußen. — Noch: 18. Regierungsbezirk Schleswig.																				
Noch: B. Landgem.-Spark.																				
97. Stellingen - Langenfelde (Kr. Pinneberg)	1 392	1,7	2,1	1,5	2,3	0,5	0,03	4	139	86	53	37	2,0	1,1	0,1	0,8	0,1	—	0,5	0,5
98. Sterup	1 377	3,4	1,5	1,1	3,8	—	0,2	4	163	137	26	12	3,7	1,4	0,4	1,6	0,3	—	0,1	0,1
99. Stuvenborn (Sülfeld, Holstein)	411	0,7	0,4	0,1	1,0	—	0,02	4	39	32	8	1	1,0	0,2	0,1	0,1	0,2	0,5	0,01	0,01
100. Sude (Itzehoe)	5 887	13,4	4,6	4,5	13,5	1,5	0,3	4	752	464	288	143	13,6	3,4	3,6	3,4	2,1	1,2	1,5	0,8
101. Süderbrarup (Kr.Schl.)	1 248	2,1	1,1	0,9	2,3	1,0	0,05	4	163	92	71	51	1,9	0,8	0,2	0,6	0,1	0,2	0,01	—
102. Süderhastedt (Holstein)	1 639	4,3	0,1	2,8	1,6	—	0,2	4¼	171	37	134	8	4,3	2,8	0,9	—	0,6	—	0,0001	—
103. Süderstapel	1 750	3,5	1,2	0,6	4,1	—	0,1	4	178	141	37	22	3,2	0,8	0,6	1,0	0,7	—	0,9	—
104 Tating	651	0,7	0,3	0,1	0,8	—	0,1	4	35	28	7	2	0,9	0,2	0,1	0,5	0,04	0,03	0,01	0,01
105. Tellingstedt	536	1,4	0,3	0,2	1,5	0,01	0,1	4	70	55	14	6	1,6	0,5	0,4	0,4	0,1	0,2	0,01	—
106. Thumby (Kr. Schlesw.)	652	1,0	0,3	0,2	1,1	—	0,03	4	49	44	5	2	1,1	0,4	0,3	0,1	0,1	0,2	0,03	—
107. Trittau mit Eichede	6 583	16,2	4,7	3,5	17,4	3,7	0,4	4	870	716	155	115	20,0	8,1	5,7	3,3	1,6	1,3	0,1	—
108. Uelvesbüll (Kr. Eiderst.)	194	0,2	0,1	0,02	0,3	—	0,01	4	11	9	2	1	0,2	0,03	0,03	0,1	0,02	—	0,1	0,1
109. Viöl	1 263	2,9	0,6	0,3	3,2	—	—	4	132	106	27	11	3,4	0,9	1,6	0,2	0,7	—	0,01	—
110. Vorburg (Tremsbüttel, Bz. Hamburg)	905	2,9	0,5	0,3	3,0	—	—	4	131	117	14	10	3,0	1,3	0,6	1,1	0,03	—	0,2	0,2
111. Wackendorf II (Kr. Segeberg, Bz. Kiel)	2 688	5,5	1,2	0,7	6,0	—	0,2	4	248	202	46	10	6,2	2,0	2,0	1,3	0,4	0,4	0,003	—
112. Weddingstedt (Holst.)	517	1,1	0,4	0,3	1,1	—	0,1	4¼	53	43	11	5	1,2	0,6	0,04	—	0,4	0,1	0,002	—
113. Wippendorf (Schorrehy, Schleswig)	312	1,3	1,0	0,5	1,8	—	0,02	4	76	62	15	4	1,8	0,1	0,3	0,6	0,01	0,8	0,3	0,3
114. Wittbek (Ostenfeld, Schleswig)	386	0,7	0,4	0,3	0,8	—	0,01	4	38	32	6	2	0,7	0,1	0,5	0,01	0,1	0,01	0,02	—
115. Witzwort	707	0,9	0,6	0,4	1,1	—	—	4	61	36	25	5	0,8	0,2	0,2	0,3	0,1	—	0,3	0,3
116. Wöhrden (Holstein)	575	1,1	0,9	0,5	1,5	—	0,1	4¼	60	46	14	5	1,4	0,6	0,2	0,5	0,05	—	0,2	0,1
117. Zarpen (Holstein)	1 346	2,3	0,8	0,5	2,6	1,1	0,03	4	163	94	69	32	3,6	0,7	0,4	1,0	0,03	1,4	1,5	1,4
C. Kreis-Sparkassen.																				
1. Bordesholm	2 158	3,3	8,8	7,7	4,5	1,0	0,02	4	496	370	126	107	12,4	0,4	1,2	4,2	0,01	6,7	0,4	0,2
2. Eckernförde	3 900	10,1	8,2	5,0	13,3	3,8	0,3	4	787	477	310	188	15,2	3,0	1,2	6,4	0,5	4,2	2,2	2,1
3. Flensburg	5 902	20,2	30,4	27,6	23,0	2,0	0,4	4	1 302	935	367	348	23,7	2,9	10,1	8,7	0,4	1,6	1,0	—
4. Niebüll	1 779	10,7	11,3	4,7	17,3	16,1	0,5	4	1 084	855	229	111	33,4	0,5	1,7	8,9	1,0	21,2	0,01	—
5. Oldenburg (Holstein)	1 248	3,7	3,6	2,3	4,9	8,9	0,2	4	735	378	357	251	2,7	1,1	0,1	1,3	0,1	0,04	2,1	1,2
6. Pinneberg	4 180	10,5	3,3	2,7	11,1	6,4	0,7	4	688	483	204	52	18,2	5,5	1,6	10,4	0,2	0,5	0,2	0,2
7. Plön	2 329	4,2	4,8	3,9	5,1	3,4	0,1	4	627	410	217	142	10,7	0,3	0,1	2,1	0,2	8,0	0,1	—
8. Schleswig	3 484	7,6	9,1	7,3	9,4	—	0,2	4	395	288	107	83	9,7	0,5	2,0	6,9	0,1	0,2	—	—
9. Wandsbek	17 277	30,4	35,1	20,7	44,7	3,6	0,5	4	2 012	1 411	601	209	43,5	10,9	7,8	24,0	0,8	—	0,4	—
E. Sonstige öffentliche Sparkassen.																				
1. Albersdorf (Holstein)	899	3,6	0,3	0,4	3,5	0,1	0,2	4	181	150	31	8	3,6	1,9	0,2	1,4	0,2	—	0,002	—
2. Altona (Elbe)	141 080	160,9	83,4	75,4	169,0	3,9	4,4	3	7 850	4 931	2 919	2 630	158,6	68,6	14,9	74,0	0,7	0,4	0,8	—
3. Bargenstedt (Meldorf)	283	0,4	0,2	0,1	0,5	—	0,02	4¼	23	18	5	1	0,4	0,3	0,1	0,04	0,03	—	0,1	0,1
4. Barlt	589	1,1	0,6	0,4	1,2	—	0,1	4¼	53	39	13	4	1,2	0,4	0,04	0,6	0,1	0,1	0,2	0,1
5. Böklund (Schleswig)	477	0,4	0,1	0,1	0,4	—	0,04	4	24	15	9	1	0,5	0,1	0,1	0,1	0,1	0,02	0,02	—
6. Bönebüttel (Kreis Bordesholm)	1 644	4,3	0,8	0,9	4,2	—	0,2	4	206	166	41	37	4,4	1,9	1,1	0,6	0,4	0,3	0,05	0,03
7. Bordesholm, Bahnhof	8 404	24,9	19,3	18,7	25,5	2,1	1,0	4	1 543	1 116	427	323	26,7	11,4	9,7	3,6	2,0	—	0,3	—
8. Brokdorf (Holstein)	413	0,7	0,2	0,1	0,8	—	0,05	4	34	30	4	2	0,8	0,2	0,1	0,5	0,01	0,02	0,02	—
9. Brunsbüttel (Ort)	1 080	2,6	1,1	1,0	2,8	—	0,2	4	130	101	29	7	2,9	1,7	0,2	0,6	0,2	0,3	0,1	0,1
10. Burg (Fehmarn)	1 298	2,3	0,7	0,7	2,3	—	0,2	4	111	89	21	7	2,5	0,5	0,7	0,6	0,03	0,5	0,005	—
11. Delve (Holstein)	429	1,0	0,1	0,2	0,9	—	0,1	4¼	41	35	6	6	0,8	0,2	0,2	0,4	0,04	—	0,002	—
12 Eckernförde	7 310	10,4	9,1	8,1	11,5	—	0,5	4	545	394	151	121	11,2	4,4	2,6	3,7	0,5	—	0,5	—
13. Eddelak (Holstein)	2 366	5,7	4,6	4,3	6,0	—	—	4	270	219	51	14	6,1	3,0	0,6	1,2	0,8	0,6	0,7	0,6
14. Eggebek (Landkreis Flensburg)	834	1,9	0,6	0,5	2,0	—	0,04	4	91	76	15	9	1,9	0,7	0,2	0,7	0,2	0,1	0,1	0,1
15. Emkendorf (Bokelholm)	304	0,3	0,2	0,2	0,3	—	0,01	4	12	9	3	2	0,3	0,1	0,1	0,01	0,1	0,003	0,003	0,003
16. Engelsby (Landkreis Flensburg)	337	0,3	0,1	0,1	0,3	—	0,01	4	15	12	2	2	0,3	0,1	0,1	0,1	0,05	0,03	0,0001	—
17. Epenwöhrden (Meldorf)	160	0,2	0,04	0,04	0,2	—	0,02	4¼	6	6	1	1	0,2	0,1	0,03	—	0,02	0,003	0,001	—
18. Fleckeby	436	0,7	0,2	0,2	0,8	—	0,03	4	33	28	5	3	0,8	0,3	0,1	0,3	0,1	—	0,01	—
19. Gettorf	2 762	3,9	0,8	0,7	4,1	0,1	0,2	3¾	203	151	52	48	4,0	1,9	1,0	1,1	0,05	0,03	0,01	—
20. Glücksburg (Ostsee)	1 430	1,8	1,8	1,8	1,7	0,1	0,1	4	84	60	23	14	1,8	0,6	0,4	0,1	0,2	0,6	0,04	0,03
21. Glückstadt	6 699	11,3	12,0	11,3	12,1	—	0,2	3½	562	369	193	78	12,1	2,9	2,7	5,6	0,3	0,6	1,9	1,9

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs v o r jahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: I. Freistaat Preußen. — Noch: 18. Regierungsbezirk Schleswig.																				
Noch: E. Sonst. öfftl. Spark.																				
22. Großenaspe (Holstein)	568	0,9	0,3	0,2	1,0	—	0,03	4	47	40	7	4	1,0	0,3	0,3	—	0,4	—	0,001	—
23. Groß Soltbrück (Mühlenbrück)	454	0,9	0,2	0,2	0,9	—	0,1	4	40	34	7	4	0,6	0,02	0,2	0,2	0,1	—	0,03	0,03
24. Grundhof (Dollerup)	1 398	2,4	0,7	0,4	2,8	—	0,1	4	129	102	27	7	2,9	0,8	0,4	1,6	0,1	0,03	0,001	—
25. Hütten (Kr. Eckernf.)	1 157	1,9	1,0	0,8	2,1	—	0,1	4	94	76	18	7	1,6	0,9	0,1	0,5	0,1	—	0,6	0,6
26. Karby (Kr. Eckernf.)	961	1,5	0,4	0,2	1,6	—	0,04	4	73	62	10	9	1,3	0,6	0,3	0,4	0,004	—	0,01	—
27. Kiel	287	0,5	0,1	0,1	0,5	—	0,1	4	31	20	10	3	0,6	0,4	0,3	0,003	—	—	0,001	—
28. Kropp (Schleswig)	986	2,3	0,7	0,6	2,5	—	0,1	4	113	94	18	10	2,6	0,8	0,2	0,6	0,2	0,8	0,03	—
29. Maasleben (Holzdorf, Schleswig)	714	1,2	1,1	1,0	1,2	—	0,1	4	56	46	10	9	1,3	0,4	0,1	0,6	0,005	0,1	0,04	—
30. Neukrug (Maasbüll, Kreis Flensburg)	916	1,8	0,3	0,2	1,9	—	0,1	4	80	73	7	3	1,9	0,6	0,2	0,9	0,2	0,1	0,04	0,04
31. Oldenburg (Holstein)	4 777	7,6	2,7	2,3	8,0	—	0,3	4	511	274	237	31	7,7	3,3	1,8	—	2,6	—	0,4	—
32. Pahlen - Pahlhude (Holstein)	659	0,9	0,2	0,3	0,8	—	0,1	4	43	33	10	5	0,9	0,5	0,3	—	0,1	—	0,0003	—
33. Reuterberg (Scheggerott, Schleswig)	1 912	5,8	1,4	1,3	5,8	—	0,2	4	328	269	59	18	6,1	2,0	0,6	2,9	0,7	—	0,01	—
34. Sankt Margarethen (Holstein)	2 121	5,3	2,9	2,1	6,1	—	0,3	4	264	185	79	21	6,3	1,8	1,0	2,4	0,2	0,8	0,2	—
35. Sankt Michaelisdonn (Holstein)	733	1,1	0,4	0,4	1,1	—	0,1	4	56	42	14	5	1,1	0,5	0,3	0,2	0,1	0,0001	0,1	0,02
36. Schackendorf (Segebg.)	1 782	5,1	1,9	1,5	5,5	—	0,3	4	243	205	38	26	5,3	2,2	0,7	1,6	0,8	—	0,2	0,2
37. Schönberg (Holstein)	2 208	6,2	1,7	1,2	6,7	—	0,01	4	301	252	49	25	6,8	2,8	1,6	1,0	0,2	1,2	0,5	0,4
38. Schönkirchen (Holst.)	2 538	4,5	2,4	2,3	4,6	—	0,2	4	203	166	36	54	4,4	2,4	1,3	0,4	0,2	0,04	0,1	0,1
39. Struxdorf (Hollmühle, Schleswig)	693	2,0	1,7	1,8	1,9	—	0,04	4	91	74	16	6	1,9	0,5	0,4	0,2	0,4	0,3	0,2	0,2
40. Tellingstedt	584	1,3	0,2	0,2	1,3	—	0,1	4	70	53	17	3	1,4	0,5	0,2	0,6	0,1	0,001	0,04	0,01
41. Tetenbüll (Kr. Eiderst.)	277	0,1	0,05	0,02	0,1	—	—	4	6	5	2	1	0,1	0,04	0,1	—	0,005	0,03	0,04	0,01
42. Tolk (Schleswig)	872	1,2	0,2	0,1	1,3	—	0,1	4	59	49	10	8	1,3	0,4	0,1	0,8	0,05	—	—	—
43. Klein Waabs (Kreis Eckernförde)	632	0,6	0,3	0,1	0,8	—	0,03	4	36	26	10	3	0,8	0,2	0,2	0,1	0,1	0,3	0,002	—
44. Wacken	1 592	3,5	0,8	0,7	3,7	—	0,1	4	200	130	71	10	3,6	1,8	0,4	1,5	0,1	—	0,04	—
45. Wanderup (Landkreis Flensburg)	319	0,5	0,1	0,1	0,5	—	—	4	20	17	2	2	0,3	0,1	0,1	0,1	0,02	0,001	0,1	0,1
46. Wesselburen	243	0,2	0,04	0,03	0,2	—	—	4½	12	9	3	2	0,3	0,1	0,03	0,01	0,1	—	0,002	—
47. Westerau (Bz. Hambg.)	299	0,6	0,2	0,1	0,7	—	0,03	4	32	27	6	2	0,7	0,2	0,2	0,2	0,0001	—	0,02	—
48. Wewelsfleth	587	1,0	0,2	0,2	1,0	—	—	4	50	40	10	3	1,0	0,4	0,2	0,3	0,1	0,01	0,01	—
49. Wiehekrug (Landkr. Flensburg)	768	1,7	0,4	0,3	1,8	0,1	0,05	4	79	65	14	4	1,8	0,6	0,2	0,8	0,04	0,1	0,01	—
50. Wilster	3 539	8,0	2,5	2,3	8,2	—	0,5	4	396	311	85	44	8,5	4,1	0,9	2,9	0,2	0,4	0,2	0,2
51. Wilster (Wilstermarsch)	4 149	11,1	3,1	2,9	11,3	—	0,5	4	552	421	111	43	11,6	3,6	2,6	5,0	0,3	0,1	0,2	0,1
19. Regierungsbezirk Hannover.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Bodenwerder	7 493	16,7	34,5	32,1	19,2	2,4	0,3	3½	852	603	228	88	17,5	1,8	4,2	10,9	0,5	—	1,4	1,4
2. Eldagsen	3 324	5,3	2,1	1,6	5,8	0,2	—	3¾	217	179	38	67	5,9	1,3	1,2	3,3	0,1	0,1	0,1	0,1
3. Hameln	26 430	35,9	33,1	27,1	42,0	0,7	0,9	3½	1 738	1 322	416	162	37,4	8,9	11,7	13,1	0,7	3,0	6,3	3,0
4. Hannover, Stadt	289 687	318,5	544,9	492,0	371,4	12,9	—	3⅓	16244	10778	5 467	2 771	300,4	61,5	50,8	113,8	0,9	73,5	29,0	—
5. Hannover, Kap. V.A.	107 613	138,5	146,4	128,6	156,3	4,5	3,6	3⅓	7 735	5 540	2 195	1 521	145,5	69,0	40,3	35,6	0,6	—	12,9	11,2
6. Münder (Deister)	3 408	5,1	5,5	4,2	6,4	0,1	0,1	3¾	251	208	43	11	6,1	1,0	1,0	0,5	0,1	3,5	0,1	—
7. Neustadt a. Rübenbg.	6 942	8,9	5,0	3,2	10,7	0,7	0,2	3½	456	329	127	77	10,4	3,1	3,0	4,2	0,1	—	0,2	0,2
8. Nienburg (Weser)	10 839	13,1	6,9	6,1	13,9	4,4	0,4	3½	746	575	171	170	17,4	4,1	3,1	5,9	0,2	3,9	0,4	0,3
9. Rehburg (Kr. Stolzenau)	4 228	7,5	2,2	1,4	8,3	1,6	0,2	3½	395	290	105	59	8,9	1,7	2,7	3,8	0,5	0,3	0,9	0,9
10. Springe	6 504	11,1	5,3	3,8	12,6	2,3	0,3	3¾	651	440	211	119	14,9	3,5	2,9	7,0	0,2	1,2	0,9	0,9
11. Wunstorf	9 842	17,2	12,1	9,3	20,0	2,6	0,6	3¾	941	738	203	132	20,2	8,0	5,3	5,1	1,1	0,7	1,8	1,7
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Barsinghausen	6 562	7,4	7,9	6,2	9,2	0,2	0,2	3¾	379	275	104	54	9,2	1,8	1,6	2,5	0,1	3,3	0,4	0,4
2. Harpstedt	4 042	9,9	32,1	30,5	11,5	—	0,2	3¾	485	340	145	64	10,8	1,5	3,7	0,5	0,1	5,0	2,2	2,0
3. Twistringen	3 922	9,7	29,9	29,2	10,3	—	0,2	3¾	459	341	118	50	10,1	1,6	2,6	5,0	0,2	0,7	0,8	0,7

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: 1. Freistaat Preußen. — Noch: 19. Regierungsbezirk Hannover.																				
C. Kreis- und Amts-Sparkassen.																				
1. Bassum, Amt	9 817	29,2	11,6	8,7	32,1	8,0	1,0	3⅔	1 682	1 273	409	557	38,2	7,3	14,8	10,2	0,3	5,6	1,5	0,6
2. Bruchhausen, Amt (Kr. Hoya)	9 841	30,0	14,5	10,2	34,4	5,4	0,7	4	1 604	1 310	294	198	30,7	4,4	11,8	14,3	0,2	0,01	2,5	2,4
3. Diepholz	18 119	36,5	23,6	18,7	41,4	6,2	1,0	3½	2 784	2 165	620	664	41,3	6,5	6,5	21,9	0,9	5,4	1,0	—
4. Hameln	8 221	14,9	22,2	17,5	19,5	5,5	0,2	3½	882	668	214	168	12,8	1,3	3,0	8,3	0,2	—	11,7	11,0
5. Hannover	36 961	54,8	41,6	36,2	60,2	2,9	1,5	3⅓	2 774	1 786	988	325	63,0	15,6	10,4	24,3	0,2	12,4	12,5	12,4
6. Hannover f. d. Kr. Linden	24 322	37,6	48,6	41,3	44,8	3,0	0,2	3½	1 830	1 334	496	347	45,4	6,1	12,4	18,0	0,4	8,5	0,3	—
7. Hoya, Amt	12 805	29,8	13,8	9,6	34,0	8,1	0,8	3½	1 729	1 111	619	227	41,4	5,7	8,3	5,7	0,3	21,3	8,2	8,1
8. Neustadt a. Rübenbg	11 456	19,7	14,9	12,4	22,2	3,6	0,3	3½	1 086	744	342	253	24,7	7,5	5,2	5,1	3,9	3,1	0,9	0,9
9. Nienburg, Amt (Weser)	15 179	24,2	11,6	8,6	27,2	7,8	0,4	3½	1 379	986	393	292	31,5	5,3	7,7	10,5	0,3	7,7	0,6	—
10. Polle, Amt	2 540	4,0	1,9	1,3	4,6	0,8	0,1	3½	228	146	81	35	5,0	0,3	1,4	2,3	0,03	1,1	0,1	0,1
11. Springe	6 242	7,5	6,9	5,3	9,1	12,9	0,05	3¾	671	464	207	206	21,4	0,6	1,2	16,8	0,04	2,7	4,4	4,1
12. Stolzenau	12 333	19,3	5,7	3,4	21,7	4,3	0,5	3½	1 000	804	196	175	22,5	4,5	7,8	5,4	0,1	4,7	1,2	1,0
13. Sulingen	16 337	34,1	14,3	10,0	38,4	11,8	0,7	4	3 901	3 443	458	315	46,7	7,9	10,2	15,7	0,1	12,7	3,7	3,2
14. Syke, Amt	18 153	39,5	25,2	22,4	42,3	13,4	1,1	3½	2 871	2 061	810	439	60,6	11,7	19,6	16,5	0,7	12,1	1,8	1,0
15. Uchte, Amt	12 006	18,2	17,4	15,9	19,6	1,3	0,4	3½	914	689	225	141	17,6	2,8	10,0	3,7	0,7	0,5	1,1	0,8
20. Regierungsbezirk Hildesheim.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Altenau (Harz)	1 344	0,8	0,9	0,6	1,1	—	0,03	3½	35	26	9	·5	0,8	0,5	0,1	0,3	0,002	—	0,3	0,2
2. Clausthal	6 583	3,2	2,8	2,0	4,0	1,8	0,1	3⅓	215	145	70	78	5,2	1,0	0,8	1,3	0,1	2,0	0,5	—
3. Dassel	3 661	6,7	3,6	3,7	6,5	0,3	0,1	3½	303	240	63	22	6,6	0,5	1,9	3,1	0,2	0,9	0,1	—
4. Dransfeld (Eichsfeld)	1 597	2,0	0,5	0,4	2,1	—	—	3½	99	75	24	2	2,1	0,3	0,7	0,8	0,3	0,02	0,04	—
5. Duderstadt	13 934	19,4	7,0	4,7	21,8	—	0,3	3½	875	630	245	110	19,9	4,0	7,1	7,5	0,4	0,8	1,2	—
6. Einbeck	10 236	16,5	22,6	20,4	18,6	—	0,05	3½	889	596	294	135	18,3	3,2	7,6	4,9	0,3	2,3	1,4	1,4
7. Elbingerode	1 532	1,6	0,8	0,6	1,8	—	—	3½	82	61	21	8	1,6	0,2	0,7	0,7	0,003	0,02	0,1	—
8. Elze (Hannover)	8 105	13,6	6,0	3,9	15,6	—	0,3	3¾	819	694	125	77	16,6	4,1	3,2	6,5	0,05	2,9	0,1	—
9. Göttingen	35 635	39,4	56,8	50,9	45,3	2,9	0,5	3¾	1 999	1 582	417	233	45,1	12,0	13,4	19,3	0,4	—	0,9	0,7
10. Goslar	31 837	29,5	23,7	17,1	36,1	4,2	0,8	3⅓	1 604	1 139	465	222	36,8	5,4	8,1	22,9	0,4	—	0,7	0,5
11. Gronau (Hannover)	7 714	13,3	8,5	7,0	14,7	0,9	0,5	3¾	695	477	218	99	15,0	5,2	4,5	5,1	0,1	—	0,7	0,5
12. Hildesheim	57 609	51,6	41,3	34,2	58,7	—	1,6	3¼	3 014	1 831	1 183	276	57,8	12,0	18,2	21,5	—	6,2	0,2	0,1
13. Moringen (Solling)	5 205	11,7	5,0	3,6	13,1	0,8	0,3	3¾	570	410	161	83	11,7	2,5	5,5	3,0	0,8	—	0,4	0,3
14. Münden (Werra, Hann.-Münden)	12 319	14,3	20,1	17,9	16,5	1,2	0,3	3¾	714	572	143	159	11,8	5,2	2,2	4,2	0,2	—	5,0	4,8
15. Northeim (Hannover)	5 670	5,9	7,6	6,0	7,5	2,4	—	3½	319	236	84	135	5,6	1,6	2,1	1,9	0,05	—	2,1	2,1
16. Osterode (Harz)	13 692	13,4	9,3	6,2	16,5	2,9	0,3	3⅓	713	458	255	164	17,9	2,8	3,9	8,5	0,1	2,6	0,7	0,6
17. Peine	13 502	16,8	10,5	8,2	19,1	5,4	0,4	3¾	1 708	1 412	297	248	28,0	5,8	7,8	13,2	0,1	1,1	1,3	1,2
18. Sankt Andreasberg	2 234	1,6	1,4	1,2	1,8	—	0,03	3½	74	59	15	15	1,8	0,8	0,2	0,7	0,04	—	0,02	—
19. Zellerfeld (Harz)	5 339	2,6	1,5	1,6	2,5	—	0,1	3⅓	115	82	34	51	2,3	1,1	0,5	0,8	—	—	0,3	0,1
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Lamspringe	4 654	8,3	2,6	1,6	9,3	0,2	0,3	3½	425	280	145	64	9,2	2,6	3,2	3,4	0,03	—	0,1	—
2. Lauterberg, Bad, i. Harz	6 334	7,9	20,2	19,1	8,9	0,9	0,2	3½	429	313	116	77	9,2	1,9	3,2	2,9	0,3	0,8	0,3	0,2
C. Kreis- und Amts-Sparkassen.																				
1. Alfeld (Leine)	17 742	27,9	11,5	8,1	31,2	0,8	0,5	3½	1 466	983	484	173	29,4	7,8	10,0	11,4	0,1	0,2	0,2	—
2. Bockenem	15 641	26,1	16,3	11,6	30,8	5,7	1,0	3½	1 620	1 114	506	151	35,7	7,7	11,6	15,8	0,4	0,4	1,2	1,1
3. Echte, Amt	1 779	3,1	1,3	0,7	3,8	1,0	0,1	3½	194	146	48	31	4,4	0,2	1,6	2,4	0,02	0,1	0,2	0,1
4. Einbeck, Amt	9 490	16,2	5,5	4,6	17,1	0,7	0,4	3½	869	618	250	129	16,8	3,3	8,6	1,4	0,1	3,4	0,1	—
5. Gieboldehausen, Amt	10 343	19,3	13,2	9,3	23,2	—	0,5	3½	946	715	230	80	22,1	2,1	5,4	5,7	0,2	8,7	2,3	2,0
6. Göttingen	32 477	61,3	129,8	121,2	69,9	—	1,6	3¾	2 883	2 591	292	359	68,0	25,9	15,2	16,5	2,2	8,3	0,1	—
7. Gronau (Hannover)	7 530	15,1	16,4	12,8	18,7	5,6	0,5	3¾	888	643	245	133	19,1	3,2	3,5	4,2	0,2	8,0	4,7	4,6
8. Herzberg, Amt (Harz)	10 529	15,8	11,1	8,1	18,8	0,9	0,5	3½	820	617	203	124	18,4	2,6	5,2	10,3	0,2	0,1	0,3	0,1
9. Hildesheim	30 026	46,9	39,2	27,4	58,7	5,0	0,9	3½	2 664	1 949	715	273	61,6	13,2	11,1	29,6	0,2	7,6	5,4	4,4
10. Ilfeld	6 950	9,3	8,4	6,8	10,8	0,1	0,3	3½	459	342	117	80	10,8	2,6	2,9	3,5	0,2	1,6	0,6	0,2
11. Northeim, Amt (Hann.)	8 955	13,1	11,8	10,3	14,7	2,4	—	3½	646	496	149	107	16,0	2,3	4,7	7,0	0,6	1,4	0,4	0,3
12. Peine	28 428	53,0	38,1	25,5	65,5	11,4	1,3	3¾	3 585	2 329	1 256	686	68,2	8,3	23,5	35,8	0,4	0,2	1,4	1,1
13. Reinhausen (Kreis Göttingen)	6 310	12,3	6,6	5,7	13,2	—	0,5	3¾	616	476	140	90	12,5	5,3	5,1	1,2	0,1	0,7	0,04	—
14. Salzgitter	4 866	6,6	6,1	3,7	8,9	1,9	0,1	3½	377	297	80	98	7,4	0,9	2,1	4,2	0,1	0,2	3,0	2,9
15. Uslar	9 761	16,0	13,5	10,6	18,9	1,0	0,4	3¾	834	652	182	136	18,8	1,8	2,9	13,5	0,1	0,4	1,0	1,0

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs**vor**jahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: I. Freistaat Preußen.																				
21. Regierungsbezirk Lüneburg.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Burgdorf (Hannover)	10 359	18,3	9,6	7,7	20,2	2,2	0,6	4	991	771	219	166	21,5	5,9	6,1	8,2	0,2	1,1	0,1	0,01
2. Celle	18 487	20,4	22,1	18,9	23,6	2,0	0,7	3	1 016	681	335	256	19,7	8,8	5,6	3,5	1,5	0,2	5,0	4,8
3. Dannenberg (Elbe)	10 798	18,9	14,5	13,2	20,2	2,4	0,6	3½	1 044	645	399	197	21,7	3,8	6,3	10,7	0,2	0,6	1,0	0,8
4. Gifhorn	17 180	27,6	13,3	11,3	29,6	5,9	1,0	3½	1 569	1 098	472	251	34,3	10,0	9,4	9,1	0,8	5,1	1,1	0,8
5. Harburg (Elbe)	31 280	36,0	29,0	20,5	44,5	0,3	0,5	3¾	1 826	1 487	338	260	42,0	11,5	12,7	17,6	0,01	0,1	0,8	0,3
6. Lüchow	5 745	11,1	6,1	5,7	11,5	0,4	0,3	3½	559	354	205	93	10,4	2,5	5,4	2,4	0,1	0,03	0,6	0,5
7. Lüneburg	24 309	30,2	23,7	20,1	33,8	3,5	0,4	3½	1 709	1 202	507	319	35,5	9,9	9,0	7,0	0,3	9,3	0,1	0,1
8. Soltau (Hannover)	10 697	21,3	9,0	6,6	23,7	2,6	0,7	3½	1 202	872	330	150	25,2	6,7	7,5	7,7	0,1	3,3	1,0	0,9
9. Uelzen (Bz. Hannover)	16 191	27,1	59,8	56,2	30,7	1,0	0,7	3½	1 448	1 042	405	227	24,8	9,2	9,3	6,2	0,2	—	0,4	—
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Altenwerder	3 254	8,9	3,9	2,9	9,9	1,2	0,2	3¾	534	374	159	105	9,3	3,2	3,5	2,5	0,1	—	1,3	1,2
2. Bergen a. d. Dumme	6 405	14,0	4,4	4,3	14,0	0,8	0,5	3½	778	615	163	110	16,2	5,2	6,5	4,1	0,3	0,1	0,1	0,1
3. Fallingbostel	8 136	20,8	5,6	4,4	22,0	5,0	0,9	3½	1 343	906	437	300	31,0	6,7	6,0	6,4	0,1	11,7	0,3	—
4. Rethem (Aller)	4 154	6,1	1,9	1,4	6,7	0,6	—	3½	340	244	96	77	6,8	1,3	2,7	1,8	0,1	0,8	0,2	—
5. Schnackenburg (Kreis Lüchow)	1 321	1,6	1,0	1,1	1,5	—	0,04	3⅓	71	49	21	6	1,4	0,5	0,6	0,4	0,001	—	0,02	—
6. Schneverdingen	8 752	17,1	9,1	6,7	19,5	1,9	0,5	3½	942	614	329	215	22,0	8,8	4,5	7,0	0,3	1,5	0,2	—
7. Wilhelmsburg (Elbe)	10 297	15,8	39,2	35,3	19,6	4,2	0,2	3¾	882	587	295	196	18,6	8,3	4,1	5,4	0,5	0,3	4,2	2,9
C. Kreis- und Amts-Sparkassen.																				
1. Bevensen	10 069	21,7	6,1	5,1	22,7	5,0	0,7	3½	1 232	860	372	194	24,9	7,2	10,4	6,9	0,2	0,3	1,1	1,0
2. Bleckede	9 936	23,8	8,6	6,1	26,2	1,2	0,8	3½	1 202	961	241	116	27,0	5,6	10,0	10,9	0,2	0,3	1,3	1,2
3. Burgdorf, Amt (Hann.)	31 651	56,1	26,0	26,4	55,7	13,1	1,0	4	4 233	3 417	816	991	91,6	13,0	19,6	21,1	11,8	26,1	0,4	0,1
4. Celle	29 336	68,0	41,6	32,6	77,0	18,2	1,9	3	5 129	3 867	1 263	1 224	96,1	28,3	21,9	13,6	31,7	0,5	0,9	0,7
5. Dannenberg (Elbe)	16 071	31,7	17,4	14,2	34,9	3,1	0,8	3½	1 572	1 232	341	341	35,9	4,0	5,4	25,9	0,6	—	2,4	1,8
6. Harburg (Elbe)	3 573	7,9	15,6	12,9	10,7	2,2	0,1	3¾	542	318	224	310	12,1	3,5	2,3	5,2	0,7	0,4	1,7	1,4
7. Hittfeld	10 274	22,9	7,1	5,2	24,7	1,4	0,8	3¾	1 335	862	473	146	25,7	10,7	7,5	7,1	0,3	0,1	0,1	—
8. Lüchow	7 462	12,7	6,6	6,2	13,0	3,8	—	3½	743	525	218	132	16,1	2,9	3,8	5,1	0,4	3,8	0,3	0,0001
9. Lüneburg	28 765	54,1	23,1	17,9	59,3	7,8	1,8	3½	3 501	2 608	893	372	65,1	15,5	15,8	26,0	0,8	6,9	5,7	5,6
10. Tostedt, Amt	8 782	14,4	5,4	3,3	16,5	2,0	0,5	3¾	867	614	253	170	17,8	5,8	6,1	5,4	0,5	0,04	0,1	0,04
11. Uelzen (Bz. Hannover)	22 103	47,6	35,3	33,6	49,3	5,3	1,5	3½	2 709	1 972	737	260	53,0	16,1	23,9	12,3	0,7	0,02	0,2	—
12. Walsrode	19 458	27,9	12,3	8,0	32,2	—	0,7	3½	1 637	1 339	298	162	29,4	8,9	11,3	8,2	1,0	—	2,6	2,3
13. Winsen (Luhe)	14 916	29,4	11,1	10,2	30,3	0,01	0,9	3¾	4 008	3 474	535	266	28,7	7,4	7,5	13,7	0,1	—	0,5	—
14. Wittingen (Hannover)	11 383	21,0	7,4	5,9	22,5	—	0,6	3½	1 023	791	232	142	22,1	8,0	5,3	8,2	0,6	—	0,1	—
22. Regierungsbezirk Stade.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Bremervörde	6 883	11,2	5,5	4,4	12,4	1,1	0,3	3½	570	411	160	105	11,5	2,5	4,1	4,1	0,2	0,6	1,2	1,0
2. Buxtehude	19 194	42,8	17,4	14,9	45,3	4,0	1,4	3¾	2 292	1 682	610	241	46,6	14,3	15,6	16,0	0,2	0,4	1,4	1,2
3. Geestemünde	20 159	26,9	34,5	30,0	31,5	8,3	0,8	3½	1 782	1 194	588	507	38,7	7,4	10,5	20,7	0,1	—	1,0	0,8
4. Lehe	21 979	29,9	49,0	41,2	37,7	5,0	1,0	3½	2 042	1 329	713	634	43,2	13,5	15,2	10,4	0,1	4,0	5,7	5,0
5. Stade	12 414	23,6	27,5	26,8	24,2	1,6	0,5	4	1 189	868	321	210	19,8	4,6	7,5	7,5	0,1	—	4,9	4,8
6. Verden (Aller)	9 886	15,6	7,3	5,8	17,1	4,2	0,6	4	877	677	200	135	17,8	5,1	3,2	9,4	0,1	—	2,8	2,7
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Basbeck	3 203	6,6	3,3	3,0	6,9	0,1	0,1	4	334	264	70	22	6,7	1,1	3,2	1,9	0,1	0,5	0,03	—
2. Bederkesa	3 995	7,1	7,1	6,0	8,2	1,7	0,2	3½	397	262	135	62	9,5	1,1	1,8	4,7	0,2	1,7	1,5	1,4
3. Beverstedt	2 775	5,8	1,8	1,9	5,7	0,4	0,2	4	289	234	55	22	6,0	1,9	1,6	2,5	0,1	—	0,1	—
4. Blumenthal (Hannov.)	8 109	9,3	13,4	11,2	11,5	0,4	0,4	3½	516	344	172	91	11,1	3,6	3,3	3,3	0,5	0,4	1,2	1,2
5. Bülkau	2 476	5,7	2,7	2,2	6,1	0,8	—	3½	298	207	90	58	5,8	0,6	3,1	0,9	0,4	0,7	0,7	0,7
6. Cadenberge	3 990	7,0	3,3	2,4	7,9	3,8	0,2	3½	490	377	113	105	9,0	1,0	3,9	2,1	0,1	1,9	1,4	1,1
7. Geversdorf	1 423	5,0	3,6	3,0	5,6	—	0,1	4	245	221	24	30	5,5	0,8	2,0	1,3	0,0002	1,3	0,3	0,2
8. Harsefeld	8 668	14,9	7,8	6,0	16,6	3,0	0,3	3½	878	591	288	175	18,1	2,0	8,8	4,1	0,1	3,1	0,7	0,2
9. Horneburg (Hannov.)	1 632	2,5	1,0	0,8	2,8	1,1	—	3¾	177	126	50	65	2,9	0,8	1,2	0,7	0,1	0,1	0,1	—
10. Lamstedt	3 619	7,9	3,6	2,6	8,9	0,7	0,2	3½	412	292	121	41	8,7	1,6	4,1	0,8	0,2	2,0	0,8	0,6
11. Lesum	4 814	7,2	4,9	4,3	7,8	0,5	0,3	3½	398	248	150	72	8,3	2,2	3,5	2,6	0,01	—	0,1	—
12. Lilienthal	10 931	15,3	6,1	4,9	16,5	4,5	0,8	3½	1 069	719	350	133	22,1	5,4	9,9	4,4	0,2	2,1	0,1	0,1
13. Neuhaus (Oste)	2 288	4,0	2,3	1,9	4,4	1,4	0,1	3½	242	138	104	46	4,1	0,7	2,8	0,5	0,1	—	1,3	1,2
14. Oberndorf (Oste)	2 642	7,5	2,3	2,1	7,7	2,4	0,2	3½	459	316	143	64	8,1	1,2	5,3	1,5	0,02	—	1,1	0,8

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen[1]	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes am Jahresschlusse: überhaupt	Betrag des Kassenbestandes am Jahresschlusse: darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: I. Freistaat Preußen. — Noch: 22. Regierungsbezirk Stade.																				
Noch: B. Landgem.-Spark.																				
15. Osten	3 762	11,1	12,5	11,2	12,3	0,5	0,3	3½	553	396	157	59	11,1	1,8	4,7	0,9	0,3	3,5	0,8	0,7
16. Osterholz (Osterholz-Scharmbeck)	4 256	5,4	3,5	2,5	6,4	0,5	0,3	3¾	322	235	87	68	6,6	2,4	1,8	1,5	0,2	0,7	0,1	0,1
17. Rotenburg (Hannov.)	6 136	10,4	5,7	5,7	10,4	1,2	0,4	4	547	408	139	127	11,5	3,0	4,8	2,0	0,5	1,3	0,3	0,2
18. Scheessel	10 286	18,9	6,7	3,6	21,9	7,9	0,5	3½	1 135	825	310	168	27,8	3,9	12,9	4,1	0,5	6,4	2,6	2,3
19. Selsingen	5 118	9,2	4,5	2,7	10,9	3,6	—	3½	524	363	161	90	12,4	1,7	3,8	4,1	0,1	2,6	1,2	1,1
20. Sittensen	3 717	6,3	2,9	1,4	7,8	2,1	0,2	3½	406	262	144	76	9,2	1,5	2,9	4,1	0,2	0,4	0,4	0,3
21. Visselhövede	5 590	11,0	4,4	3,0	12,4	1,8	0,4	3½	616	431	184	130	12,9	3,2	3,9	5,5	0,3	0,03	0,7	0,6
22. Wilstedt (Hannover)	6 222	12,2	4,0	2,6	13,6	1,7	0,3	3½	684	489	195	82	14,9	1,6	3,0	9,3	0,5	0,4	0,1	—
23. Worpswede	3 245	3,4	2,0	1,5	3,9	—	0,1	3½	164	128	36	30	3,6	0,9	0,8	1,4	0,2	0,3	0,02	—
24. Zeven	5 900	10,1	5,4	4,1	11,4	3,7	0,3	3½	631	420	210	133	12,8	2,1	3,5	6,0	0,1	1,1	1,7	1,5
C. Kreis- und Amts-Sparkassen.																				
1. Achim	20 560	35,1	17,3	14,7	37,7	5,4	1,1	3½	1 893	1 376	517	352	38,0	9,9	12,4	14,8	0,2	0,7	2,7	2,4
2. Assel	3 863	7,6	3,0	2,5	8,1	0,4	—	3½	386	308	78	40	7,4	1,0	3,8	1,9	0,5	0,2	0,4	0,3
3. Bremervörde	6 404	10,4	5,1	6,5	9,0	2,2	0,1	3½	521	373	148	92	9,5	0,8	3,2	3,0	0,2	2,3	0,8	0,6
4. Dorum, Amt	4 991	10,7	5,7	3,9	12,5	0,9	0,5	3⅓	580	382	198	113	13,2	1,7	4,5	4,8	0,1	2,1	1,8	1,8
5. Freiburg (Elbe)	3 505	7,2	5,2	4,2	8,1	1,4	0,3	3½	431	309	122	46	8,7	1,1	4,0	0,9	0,1	2,6	0,4	0,3
6. Hagen, Amt (Bz. Bremen)	3 623	6,4	2,8	1,6	7,6	—	—	3½	307	240	67	25	7,7	1,5	1,3	4,9	0,1	—	0,6	0,5
7. Himmelpforten, Amt (Kr. Stade)	8 386	13,3	5,6	3,7	15,2	0,9	0,3	4	695	557	139	109	14,4	1,5	6,9	2,5	0,1	3,4	0,1	—
8. Jork, Amt	11 599	26,4	17,0	13,5	29,9	1,9	0,7	3¼	1 418	1 005	412	209	31,8	3,3	13,9	5,2	0,3	9,1	1,1	0,5
9. Osterholz, Amt (Osterholz-Scharmbeck)	5 006	8,9	5,0	3,8	10,1	0,4	0,4	4	494	355	138	106	9,8	3,1	2,5	2,7	0,5	1,0	0,1	0,1
10. Otterndorf (Unterelbe)	9 481	23,3	15,7	10,6	28,3	1,4	0,5	4	1 335	1 066	269	167	30,6	5,1	8,5	14,3	0,3	2,5	1,8	1,4
11. Rotenburg (Hannover)	7 736	13,1	10,0	7,3	15,8	4,0	0,1	4	826	632	194	246	18,4	1,8	6,9	2,3	0,7	6,8	0,4	0,3
12. Verden, Amt (Aller)	20 050	47,7	21,8	16,7	52,8	3,5	1,1	3	2 526	2 050	477	240	52,0	12,5	12,2	26,8	0,4	0,04	2,1	1,9
23. Regierungsbezirk Osnabrück.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Haselünne	1 982	3,3	8,6	7,3	4,6	0,3	0,04	3½	190	106	84	43	3,9	0,6	0,5	2,8	0,1	—	0,8	0,6
2. Lingen	10 117	12,6	13,5	10,2	15,9	—	0,3	3	614	443	171	150	13,7	3,5	3,2	6,6	0,4	—	2,1	1,6
3. Melle	5 733	12,9	8,6	7,7	13,8	0,7	0,4	3½	638	423	214	75	14,0	4,9	3,5	5,6	0,1	—	0,8	0,7
4. Meppen	6 453	11,8	10,9	8,2	14,5	1,0	0,4	3½	458	427	31	98	14,2	2,1	3,0	8,9	0,2	0,1	1,7	1,6
5. Osnabrück	69 529	100,0	90,8	75,2	115,6	9,3	5,0	3½	5 640	3 955	1 686	877	112,7	24,4	61,5	20,7	1,7	4,3	4,3	3,8
6. Papenburg (Ems)	5 551	9,9	10,6	7,8	12,6	3,6	0,4	3½	577	396	181	85	12,3	4,0	2,2	6,0	0,1	—	3,8	3,5
7. Quakenbrück	2 323	2,2	1,4	0,7	2,9	1,4	0,04	3¾	177	124	53	65	3,7	0,8	1,2	0,2	0,04	1,4	0,02	—
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Bad Essen (Bz. Osnabr.)	9 230	21,1	8,8	6,9	23,1	0,8	0,6	3½	1 052	746	306	93	26,2	2,2	4,9	17,2	0,3	1,6	1,8	1,2
2. Bakum (Kr. Melle)	5 290	13,3	6,2	4,6	14,9	3,3	0,4	3½	777	558	220	105	13,7	3,3	3,8	6,0	0,6	—	4,3	4,1
3. Bramsche b. Osnabrück	1 355	1,1	2,6	1,7	2,0	10,3	0,01	3	205	160	45	39	12,2	0,1	0,1	0,7	0,04	11,3	0,1	—
4. Buer (Bz. Osnabrück)	6 002	14,4	9,0	7,2	16,2	0,5	0,4	3½	710	462	247	64	16,0	2,4	4,3	4,8	0,3	4,2	0,1	—
5. Dissen (Teutob. Wald)	5 043	8,7	3,6	2,3	10,0	0,7	0,2	3½	477	302	174	58	10,0	1,8	2,9	5,1	0,1	0,01	0,1	—
6. Gesmold	1 644	3,9	1,1	0,4	4,6	0,6	—	3½	218	144	74	17	5,2	0,7	0,8	2,8	0,02	0,8	0,003	0,001
7. Neuenkirchen (Kreis Melle)	3 832	9,5	3,3	1,9	10,9	0,6	0,3	3½	502	357	145	38	11,1	1,6	4,1	5,3	0,04	0,1	0,9	0,9
8. Oldendorf (Kr. Melle)	2 350	4,6	4,4	3,8	5,2	0,2	0,1	3½	232	152	81	35	5,2	1,2	1,3	2,5	0,02	1,0	0,1	—
9. Riemsloh (Kr. Melle)	4 986	10,9	3,4	2,6	11,8	0,7	0,3	3½	558	399	158	45	12,4	2,1	5,1	3,8	0,2	1,1	0,6	0,5
10. Schledehausen	2 657	4,9	2,1	1,4	5,6	0,1	0,2	3½	245	183	62	20	5,6	1,0	1,6	1,3	0,02	1,7	0,5	0,5
11. Wellingholzhausen	3 437	8,6	3,3	1,9	9,9	2,2	0,2	3½	462	325	137	66	11,2	1,4	0,9	8,7	0,2	—	0,5	0,4
C. Kreis- und Amts-Sparkassen.																				
1. Bentheim, Amt	7 290	8,1	4,8	2,3	10,6	—	—	3½	475	300	175	55	11,0	0,9	1,8	3,3	0,1	4,9	0,1	—
2. Bersenbrück	31 956	47,2	22,9	14,2	55,9	5,9	0,8	3½	2 487	1 864	623	529	55,5	5,8	15,4	16,7	0,5	17,0	4,9	3,6
3. Bohmte	8 116	15,7	9,0	6,2	18,6	2,5	0,3	3½	884	610	274	141	20,0	1,4	2,8	13,6	0,5	1,8	0,5	—
4. Freren, Amt	5 806	13,5	6,0	3,9	15,7	0,4	—	3⅓	666	433	233	73	15,3	1,1	2,6	11,4	0,2	—	0,6	0,4
5. Iburg 1920	10 193	13,8	8,0	5,0	16,9	0,7	0,3	3¾	728	567	161	70	16,5	1,2	5,1	10,2	0,05	—	0,7	—

[1]) Vergl. die Anmerkung [1]) auf Seite 8

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen[1])	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: I. Freistaat Preußen. — Noch: 23. Regierungsbezirk Osnabrück.																				
Noch: C. Kreis- u. Amts-Sparkassen.																				
6. Lingen	4 212	8,4	6,7	3,9	11,2	6,3	0,2	3	687	486	201	161	16,8	0,9	6,4	9,1	0,1	0,4	0,4	—
7. Neuenhaus, Amt (Hann.)	10 258	14,0	6,1	3,4	16,8	—	0,03	3⅓	655	494	161	104	14,5	1,7	5,3	7,5	0,1	—	0,5	0,3
8. Osnabrück	25 451	52,0	45,9	40,4	57,4	8,7	1,1	3	2 462	1 720	742	387	53,4	10,8	10,9	10,0	0,4	21,2	4,1	3,9
9. Sögel	2 963	5,1	4,8	3,9	6,0	0,7	0,2	3½	285	199	86	46	6,4	1,0	1,6	1,8	0,3	1,8	0,7	0,6
E. Sonstige öffentliche Sparkassen.																				
1. Borgloh	1 847	2,3	1,0	0,6	2,7	0,3	0,1	3½	122	89	33	13	2,8	0,3	0,5	2,0	0,01	—	0,2	0,1
24. Regierungsbezirk Aurich.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Aurich	6 970	8,2	8,6	6,8	10,0	2,0	0,3	3½	446	305	141	118	11,0	2,6	2,5	4,2	0,8	1,0	0,7	0,5
2. Emden	11 987	16,0	27,7	21,8	21,9	—	0,4	3½	922	600	323	188	21,1	3,0	2,2	7,0	0,2	8,6	0,2	—
3. Leer (Ostfriesland)	13 171	15,4	24,3	21,7	18,1	—	0,5	3½	721	552	168	111	15,9	3,5	2,7	9,1	0,6	—	2,0	1,8
4. Norden	11 589	20,6	27,2	25,6	22,2	3,3	0,7	3	1 095	746	350	180	24,6	2,4	4,6	14,4	3,2	—	1,0	—
5. Wilhelmshaven	29 133	28,1	30,0	22,7	35,4	12,5	0,7	3½	2 187	1 363	824	804	47,2	11,6	14,7	19,1	0,5	1,3	1,1	0,8
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Bunde (Ostfriesland)	1 069	2,0	2,3	1,7	2,7	—	0,1	3½	168	132	36	20	3,5	0,4	0,2	2,7	0,2	0,04	0,05	0,01
2. Weener	4 915	6,2	6,2	4,8	7,5	0,1	0,2	3¼	299	211	87	39	7,2	1,2	1,6	4,2	0,2	—	0,4	0,4
C. Kreis- und Amts-Sparkassen.																				
1. Aurich, Amt	12 494	19,2	9,2	7,1	21,3	0,8	0,7	3½	988	670	317	233	20,3	4,0	4,4	9,0	1,1	1,8	1,2	1,1
2. Emden	9 302	18,6	75,0	66,3	27,3	—	0,5	3½	1 406	1 021	385	207	32,2	2,7	7,0	15,0	7,4	—	0,5	—
3. Leer (Ostfriesland)	12 205	12,8	13,7	10,2	16,3	—	—	3½	650	496	154	80	15,9	1,2	1,5	10,8	0,3	2,1	1,8	1,7
4. Weener	2 101	2,6	5,8	4,4	4,0	0,9	0,1	3½	359	340	19	84	9,2	1,0	1,7	6,4	0,01	—	0,9	0,9
5. Wittmund	722	2,7	2,8	1,7	3,8	0,8	0,01	3½	157	100	57	57	3,9	0,1	—	1,2	0,1	2,5	0,5	0,5
D. Provinzial- und ständische Sparkassen.																				
1. Aurich, Ostfries. Spark.	21 507	42,8	27,2	23,9	46,2	2,5	1,2	3½	2 240	1 335	905	511	41,7	6,1	13,3	20,2	2,2	—	5,3	5,2
25. Regierungsbezirk Münster.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Ahaus	2 289	4,8	4,1	3,6	5,3	0,5	0,2	3¾	270	172	98	63	5,4	1,2	1,3	1,8	0,2	0,9	0,3	—
2. Ahlen (Westf.)	14 862	38,7	20,7	16,6	42,8	7,4	1,1	3¾	2 703	1 839	864	276	48,0	14,0	15,7	18,0	0,04	0,2	0,5	0,1
3. Beckum	10 534	22,2	12,3	10,3	24,2	3,5	0,2	3¾	1 466	1 114	352	179	30,9	16,5	5,9	6,5	0,1	1,8	0,5	—
4. Billerbeck (Westf.)	7 062	22,2	23,7	23,1	22,8	—	0,6	3¾	1 107	853	255	74	22,1	4,9	4,6	12,3	0,2	—	0,5	—
5. Bocholt	13 394	36,7	308,1	283,5	61,2	—	1,0	3¾	2 572	1 585	986	222	58,7	7,6	44,9	4,9	1,2	—	0,2	—
6. Borken (Westf.)	5 544	11,0	10,9	9,0	13,0	1,1	—	3¾	671	505	165	152	12,2	4,0	5,4	2,8	0,1	0,0004	1,7	1,6
7. Bottrop	15 348	31,8	92,1	89,0	35,0	6,6	0,9	4	1 641	1 244	398	336	27,9	13,1	8,3	6,1	0,1	0,2	5,4	2,8
8. Buer (Westf.)	13 035	24,9	45,3	40,7	29,5	3,5	0,7	3¾	1 552	1 124	428	284	28,7	10,5	5,8	9,7	0,4	2,8	3,1	2,5
9. Burgsteinfurt	4 330	5,5	4,6	3,5	6,6	3,2	0,1	3½	417	293	124	107	9,0	0,9	1,9	5,8	0,1	0,3	0,5	—
10. Coesfeld 1920	10 387	17,8	12,6	11,0	19,5	1,1	0,5	4	929	740	189	99	20,0	6,2	7,3	6,2	0,2	0,1	0,4	—
11. Dorsten	8 236	19,8	24,8	23,5	21,0	0,7	0,7	3¾	1 133	808	325	115	19,1	7,5	9,6	1,6	0,1	0,4	0,4	0,3
12. Dülmen	6 706	16,2	6,5	5,2	17,5	0,7	0,7	3¾	891	626	266	137	16,4	9,2	4,3	2,6	0,1	0,3	1,7	0,9
13. Gladbeck (Westf.)	9 661	15,5	73,4	65,1	23,8	1,2	0,2	4	1 001	787	214	224	21,7	6,4	5,6	9,1	0,4	0,2	1,1	—
14. Gronau (Westf.) 1920	6 219	8,2	9,1	7,2	10,2	2,9	0,3	4	454	367	87	77	10,6	4,6	1,3	4,6	0,1	0,1	2,6	—
15. Haltern (Westf.)	5 855	16,7	15,9	14,3	18,3	3,6	0,5	3¾	965	719	246	219	20,5	5,0	5,6	7,6	0,1	2,2	0,6	—
16. Horstmar 1919	2 799	5,0	3,0	2,1	5,9	0,1	0,2	3¾	263	214	48	8	5,8	2,3	1,9	1,5	0,04	0,01	0,03	—
17. Lüdinghausen . 1920	2 563	4,7	6,3	5,8	5,2	0,4	0,1	4	311	240	71	41	6,0	2,4	2,2	1,1	0,2	0,1	0,2	—
18. Münster (Westf.)	59 757	116,0	113,2	98,7	130,5	38,0	4,1	3½	8 094	5 521	2 573	1 625	131,3	55,3	38,8	31,5	1,1	4,0	0,2	0,2
19. Recklinghausen	23 948	43,5	36,9	31,2	49,2	—	2,2	3¾	4 141	3 056	1 085	334	64,2	25,5	11,4	27,0	0,2	—	0,2	0,2
20. Rheine (Westf.)	15 680	32,1	34,3	26,9	39,4	5,9	1,2	3½	1 956	1 263	692	282	39,4	18,7	8,8	11,5	0,1	0,2	8,3	7,3
21. Sendenhorst	3 559	15,8	7,1	6,4	16,6	—	0,6	3¾	801	595	206	71	17,0	5,3	4,4	7,3	0,03	—	0,2	—
22. Stadtlohn	3 261	3,7	2,9	2,0	4,7	0,4	0,1	3¾	212	150	62	53	4,3	0,7	1,3	2,0	0,2	0,01	0,5	0,4
23. Tecklenburg	2 873	4,0	7,3	6,6	4,6	—	0,1	3½	199	153	46	40	4,4	1,3	1,1	1,7	0,1	0,1	0,2	—
24. Vreden (Bz. Münster)	5 889	15,3	12,0	9,4	17,8	0,9	—	4	822	626	195	77	17,7	3,0	3,4	10,9	0,1	0,2	0,5	—

[1]) Vergl. die Anmerkung [1]) auf Seite 8.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres, oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: I. Freistaat Preußen. — Noch: 25. Regierungsbezirk Münster.																				
Noch: A. Städt. Spark.																				
25. Warendorf	9 588	24,3	10,9	9,4	25,8	1,5	0,9	3¾	1 229	933	296	113	25,8	7,3	10,8	7,2	0,1	0,4	0,9	—
26. Werne a./Lippe (Bz. Münster)	4 462	10,2	8,8	8,0	11,0	0,3	0,3	3¾	521	400	121	95	11,4	4,1	2,5	4,2	0,2	0,4	0,2	—
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Borghorst	2 917	6,0	17,6	15,1	8,5	4,3	0,2	3¾	564	421	143	85	8,9	1,5	1,1	5,8	0,2	0,1	4,0	3,9
2. Gescher	3 189	7,2	6,0	5,0	8,3	2,4	0,2	3¾	532	404	128	87	11,4	4,5	2,8	2,8	0,4	0,8	1,1	1,0
3. Horst (Emscher)	7 385	10,8	31,6	27,9	14,5	0,9	0,1	4	627	425	202	178	11,9	3,2	3,9	4,7	0,1	—	1,5	0,4
4. Osterfeld (Westf.)	11 623	19,7	60,9	56,8	23,8	1,2	0,8	4	1 436	1 028	408	361	26,2	13,9	7,4	4,1	0,3	0,4	1,2	1,2
5. Wadersloh (Kr. Beckum)	4 324	13,4	7,4	5,7	15,0	1,6	0,3	3¾	686	512	174	93	14,3	1,9	6,2	5,1	0,1	0,9	0,9	0,9
C. Kreis- und Amts-Sparkassen.																				
1. Ahaus	6 865	18,6	14,9	12,6	21,0	2,4	0,5	4	1 070	733	337	156	19,8	8,1	6,5	4,6	0,2	0,5	2,2	1,9
2. Borken (Westf.)	15 982	34,5	47,1	39,2	42,5	8,8	0,4	3¾	1 879	1 491	388	190	48,4	12,2	9,6	22,8	0,4	3,4	9,6	9,5
3. Burgsteinfurt	7 554	16,6	7,7	7,3	17,1	0,4	0,6	3¾	860	611	249	206	18,3	2,9	5,4	8,8	0,02	1,1	0,5	0,5
4. Coesfeld	5 813	19,9	28,0	23,3	24,5	1,9	0,4	3¾	1 159	838	321	140	26,3	4,8	10,0	7,4	0,2	4,0	0,4	0,3
5. Dorsten	12 966	40,1	41,6	37,0	44,7	2,1	1,8	3¾	2 451	1 681	770	369	41,8	15,9	20,1	5,7	0,05	—	0,4	0,3
6. Emsdetten, Amt	7 150	15,3	12,2	8,6	18,9	7,3	0,4	3¾	1 046	700	347	140	24,6	4,0	2,5	15,0	0,2	2,9	0,3	—
7. Epe, Dorf, Amt (Kr. Ahaus)	2 621	5,8	22,0	19,3	8,2	—	0,1	4	325	262	63	45	8,4	2,0	1,7	4,6	0,1	0,1	0,3	—
8. Ibbenbüren, Amt	4 053	8,6	17,9	15,0	11,6	4,7	0,2	3,3	658	472	187	108	14,1	2,7	2,2	8,6	0,6	0,05	0,3	—
9. Ibbenbüren, f. d. Kr. Tecklenburg	17 309	29,8	18,4	13,6	34,6	2,2	0,8	3½	1 700	1 252	448	223	34,5	6,4	10,0	17,6	0,4	0,03	1,1	1,0
10. Lengerich, Amt (Westf.)	7 393	11,4	7,7	4,7	14,5	2,8	0,3	3½	657	463	194	80	11,7	2,1	3,5	5,2	0,8	0,1	4,8	4,6
11. Lüdinghausen	12 669	25,3	20,9	14,8	31,4	10,7	1,0	3¾	1 928	1 485	442	340	30,6	8,7	13,2	8,3	0,1	0,3	4,3	4,1
12. Münster (Westf.)	53 085	115,4	88,3	76,6	127,1	16,4	4,3	3½	6 840	4 910	1 930	926	135,4	43,7	33,6	56,7	0,4	1,0	22,7	21,5
13. Ochtrup, Amt	5 974	11,4	6,9	5,1	13,2	2,0	0,5	3¾	654	418	236	91	14,6	3,0	3,6	7,7	0,1	0,2	1,1	1,0
14. Oelde, Amt	7 142	21,1	33,1	31,0	23,2	1,9	0,8	3¾	1 089	808	281	156	23,9	9,1	6,8	6,1	1,9	0,05	0,8	—
15. Recklinghausen	29 648	55,9	176,4	169,3	63,0	9,6	1,5	3¾	4 020	2 913	1 107	1 000	59,8	16,7	21,7	21,3	0,1	—	10,1	8,2
16. Warendorf	11 265	29,2	9,7	6,7	32,2	0,5	1,5	3¾	1 464	1 021	443	199	32,1	9,8	8,5	9,6	4,0	0,3	0,3	0,1
17. Werne, Amt (Bz. Münst.)	4 692	11,1	12,8	11,1	12,8	1,0	0,5	3¾	630	456	174	135	12,4	4,2	3,5	3,9	0,2	0,6	0,4	0,3
26. Regierungsbezirk Minden.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Beverungen	1 673	3,1	5,4	4,3	4,3	—	0,03	3¾	170	119	51	70	3,5	0,4	0,3	2,7	0,1	0,02	0,7	0,6
2. Bielefeld	63 952	82,0	434,6	401,0	115,7	—	1,5	3½	4 462	3 828	635	583	115,8	16,0	14,9	70,1	12,1	2,6	1,9	—
3. Brakel (Kr. Höxter)	287	—	2,2	1,0	1,1	0,5	0,004	3½	30	11	19	25	1,5	0,4	0,1	0,001	0,02	1,0	0,2	0,1
4. Bünde (Westf.)	9 828	16,8	15,1	12,9	19,0	4,0	0,9	3	1 067	732	335	215	22,9	4,0	4,7	8,9	0,2	5,1	0,5	0,3
5. Büren (Westf.)	717	1,8	3,1	2,7	2,2	3,0	0,04	3⅗	190	131	59	49	4,7	0,8	0,3	3,1	0,5	0,02	0,4	0,3
6. Enger, Stadt (Westf.)	2 126	3,0	1,5	1,0	3,5	—	0,03	3¾	185	150	34	30	3,4	0,5	1,4	1,2	0,03	0,2	0,3	0,2
7. Gütersloh	22 158	40,4	33,9	26,9	47,5	2,2	1,0	3½	2 180	1 546	634	374	43,4	12,6	16,4	14,2	0,2	—	6,5	—
8. Herford	11 165	17,7	27,5	24,9	20,4	7,5	0,4	3½	918	700	219	135	18,9	3,3	5,7	9,3	0,4	0,1	3,2	2,9
9. Höxter	10 373	18,1	20,0	18,6	19,5	0,7	1,2	3½	807	641	166	104	20,4	5,7	6,2	7,3	0,2	0,9	0,1	0,1
10. Lübbecke	3 676	5,0	48,9	47,2	6,8	0,1	0,1	3½	262	179	83	94	4,4	0,7	0,7	2,3	0,2	0,4	2,3	2,0
11. Lügde	4 386	11,1	7,2	5,4	12,9	2,9	0,3	3¾	715	525	191	130	12,6	7,1	2,6	2,4	0,3	0,3	0,6	—
12. Minden (Westf.)	14 135	15,8	33,7	29,1	20,4	0,6	0,3	3½	858	618	240	175	12,2	3,3	6,1	2,5	0,3	0,01	7,7	7,4
13. Oeynhausen (Bad Oeynhausen)	16 645	25,6	30,9	26,1	30,4	4,8	0,8	3½	1 518	1 027	491	380	34,3	6,4	15,2	4,2	6,2	2,3	0,3	0,03
14. Paderborn	7 975	14,2	19,4	14,3	19,3	3,3	0,1	3½	740	567	173	125	18,3	3,0	3,2	6,5	0,01	5,6	3,8	2,7
15. Petershagen (Weser)	2 641	3,8	2,8	2,2	4,3	—	0,2	3½	204	135	69	34	4,1	0,6	0,8	2,1	0,5	0,03	0,3	0,03
16. Rheda (Bz. Minden)	2 394	4,1	3,1	2,4	4,8	—	0,2	3½	210	147	63	34	4,6	1,0	1,3	2,1	0,01	0,3	0,2	—
17. Rietberg	6 538	16,1	11,2	8,7	18,7	0,6	0,7	3½	878	595	283	99	17,6	2,9	4,9	6,8	0,7	2,3	0,6	—
18. Salzkotten	933	2,3	4,3	3,1	3,5	0,6	—	4	182	136	46	45	2,8	0,3	0,1	2,4	0,1	—	0,3	0,2
19. Steinheim (Westf.)	3 254	7,5	6,6	4,6	9,4	1,3	0,3	3½	480	328	152	109	7,7	0,9	3,3	3,3	0,1	—	0,3	—
20. Versmold	3 032	4,3	2,0	1,2	5,1	—	0,2	3½	289	177	111	48	5,2	0,5	1,4	3,1	0,1	0,2	0,03	—
21. Vlotho	9 909	15,5	40,5	37,2	18,7	0,8	0,4	3½	833	614	219	105	20,1	3,7	5,1	6,5	3,8	1,0	0,1	—
22. Warburg	3 495	7,4	6,5	4,8	9,1	0,5	0,1	3¾	397	284	113	66	7,7	0,6	3,9	3,2	0,01	—	0,2	—
23. Wiedenbrück	4 712	10,7	6,5	6,0	11,2	0,4	0,4	3½	516	357	159	90	10,5	2,1	4,0	4,0	0,2	0,2	1,8	1,4
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Brackwede	3 230	5,4	17,9	15,1	8,2	0,03	0,2	3½	288	192	96	81	7,7	1,5	2,3	3,8	—	0,1	0,3	0,2
2. Gohfeld (Kr. Herford)	5 469	11,1	4,6	3,8	11,9	2,1	0,5	3½	621	462	159	141	13,8	3,9	2,9	3,3	0,1	3,7	0,1	0,05

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsvorjahres (Millionen Mark)	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen (Millionen Mark)	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre (Millionen Mark)	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres (Millionen Mark)	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres (Millionen Mark)	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres (Millionen Mark)	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer (Tausend Mark)	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer (Tausend Mark)	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre (Tausend Mark)	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre (Tausend Mark)	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres (Millionen Mark)	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken (Millionen Mark)	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem (Millionen Mark)	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes) (Millionen Mark)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand (Millionen Mark)	in sonstigen Anlagen (Millionen Mark)	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt (Millionen Mark)	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben (Millionen Mark)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: I. Freistaat Preußen. — Noch: 26. Regierungsbezirk Minden.																				
C. Kreis- und Amts-Sparkassen.																				
1. Bielefeld	86 599	153,2	322,1	287,1	188,2	—	1,6	3 1/2	7 921	5 753	2 168	1 158	175,9	62,8	43,6	66,5	0,2	2,7	11,9	10,7
2. Brakel (Kr. Höxter)	15 122	39,7	23,1	15,5	47,3	5,3	1,5	3 1/2	2 148	1 431	717	205	53,4	7,7	12,5	24,8	0,1	8,3	5,3	—
3. Büren (Westf.)	10 028	22,3	31,2	25,0	28,4	—	0,8	3 3/5	1 227	903	324	136	28,0	2,5	7,4	16,5	0,4	1,3	3,8	3,6
4. Delbrück, Amt (Westf.)	2 848	4,9	4,1	2,7	6,3	0,3	0,04	3 1/2	247	184	63	48	6,2	0,5	1,2	4,4	0,1	—	0,1	0,03
5. Dützen, Amt	907	1,6	5,6	4,5	2,7	—	0,03	3 1/2	87	60	27	18	2,1	0,1	0,4	1,6	0,005	—	0,3	—
6. Ennigloh, Amt (Kr. Herford)	4 948	7,1	13,0	11,5	8,6	1,2	0,2	3 1/2	420	253	167	82	9,9	4,7	2,4	2,0	0,1	0,7	0,1	—
7. Halle (Westf.)	9 746	18,6	7,3	3,8	22,1	1,6	0,5	3 1/2	1 074	745	330	114	23,3	2,6	4,4	14,7	0,01	1,6	0,7	0,4
8. Hausberge, Amt	6 839	6,8	10,9	6,3	11,5	1,5	0,2	3 1/2	438	313	125	94	12,5	2,9	1,5	4,3	0,2	3,6	1,6	1,5
9. Herford	42 459	79,5	92,4	75,6	96,3	4,8	4,1	3 1/2	4 292	3 040	1 252	554	100,4	22,8	18,2	48,5	10,7	0,3	1,2	—
10. Kirchlengern, Amt (Kr. Herford)	165	0,2	0,5	0,1	0,5	0,2	0,001	3 3/4	26	22	4	5	0,9	0,1	—	0,8	0,002	0,03	0,02	—
11. Lahde, Amt	3 878	5,3	7,6	6,4	6,5	—	0,2	3 1/2	323	192	130	34	6,6	0,6	1,7	3,3	0,2	0,7	0,02	—
12. Lübbecke	21 466	41,8	28,7	22,1	48,3	1,4	1,0	3 1/2	2 126	1 581	544	241	46,6	9,4	14,0	17,5	0,5	5,1	0,4	—
13. Mennighüffen, Amt (Kr. Herford)	4 553	5,8	2,3	1,6	6,4	4,4	0,1	3 1/2	338	222	116	105	7,1	2,5	1,8	2,7	0,05	0,03	0,03	—
14. Minden (Westf.)	26 309	47,8	51,2	45,4	53,6	2,4	1,7	3 1/2	2 382	1 695	687	290	53,2	11,3	12,4	26,7	0,7	2,1	0,7	—
15. Paderborn	32 813	71,3	111,1	105,3	77,1	3,0	2,1	3 1/2	3 800	2 739	1 060	362	80,3	23,9	14,3	35,1	1,6	5,4	1,1	0,8
16. Preuß. Odendorf, Amt	3 070	5,3	5,5	4,1	6,7	0,4	0,1	3 1/2	272	205	67	42	7,1	0,6	1,8	4,5	0,2	—	1,7	1,6
17. Rahden, Amt (Westf.)	3 321	4,5	4,5	2,9	6,1	0,1	0,1	3 1/2	241	179	62	42	6,0	0,5	1,4	3,6	0,1	0,2	0,7	0,7
18. Rödinghausen, Amt	2 436	3,8	2,0	1,3	4,5	—	0,1	3 1/2	192	136	56	38	4,5	0,6	1,5	2,4	0,04	—	0,1	—
19. Wallenbrück (Kr. Herford), f. zwei Gemeind.	1 261	3,2	1,0	0,6	3,6	—	0,1	3 3/4	155	122	33	1	3,6	0,8	1,3	—	0,3	1,3	0,2	0,1
20. Warburg	13 743	38,9	38,1	33,0	44,0	3,2	1,2	3 1/2	1 722	1 379	343	182	38,5	6,3	9,8	20,1	0,2	2,2	1,4	—
21. Werste, Amt b. Bad Oeynhausen	3 777	4,7	3,3	2,4	5,6	0,3	0,1	3 1/2	242	173	69	60	5,3	1,9	2,0	1,3	0,01	0,2	0,04	—
22. Wiedenbrück	9 257	29,1	17,5	15,5	31,2	0,9	0,9	3 1/2	1 546	1 086	460	131	29,9	6,3	10,5	12,7	0,4	—	1,1	—
27. Regierungsbezirk Arnsberg.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Altena (Westf.)	14 191	26,1	30,5	21,7	34,9	8,7	1,0	3 3/4	1 747	1 262	485	406	36,9	8,5	5,4	22,2	0,4	0,3	6,8	6,1
2. Arnsberg (Westf.)	14 624	31,1	45,4	38,9	37,6	3,9	1,3	3 3/4	1 800	1 164	636	200	41,8	7,6	9,6	7,1	0,5	17,0	0,8	—
3. Attendorn	6 203	14,1	6,7	5,7	15,1	0,9	—	3 3/4	709	501	208	135	15,6	6,2	1,2	8,0	0,1	0,2	1,1	—
4. Bochum	76 419	114,0	96,1	84,9	125,1	30,1	4,2	3,7	6 865	4 756	2 109	1 498	130,5	45,5	36,0	39,9	9,1	—	18,6	14,5
5. Breckerfeld (Kr. Hagen)	2 586	5,0	3,0	2,6	5,4	4,3	0,2	3 3/4	381	261	120	85	7,7	1,0	1,3	4,9	0,02	0,5	2,2	1,7
6. Brilon	8 512	24,9	15,4	14,8	25,5	1,9	0,9	3,7	1 301	851	450	105	27,3	5,7	5,5	15,4	0,2	0,5	1,0	—
7. Castrop	14 275	25,2	21,7	17,7	29,3	4,8	1,3	3 3/4	1 520	1 121	399	256	36,4	12,3	4,7	16,6	0,1	2,6	0,7	0,01
8. Dortmund	158 741	286,2	265,4	256,1	295,6	78,9	7,7	3 3/4	16162	11111	5 051	3 235	336,3	72,4	39,0	218,6	6,2	—	37,4	36,5
9. Gelsenkirchen	56 042	89,1	82,9	69,7	102,3	19,2	4,5	3 3/5	6 140	4 429	1 711	1 183	117,9	32,6	30,5	31,2	0,1	23,6	0,7	0,04
10. Geseke	6 497	19,1	10,2	10,3	19,1	0,2	1,0	3 3/4	953	672	281	112	18,4	4,2	5,4	8,7	0,1	—	0,6	0,2
11. Gevelsberg	15 301	33,8	20,4	17,0	37,2	8,4	1,1	3 3/4	2 067	1 415	652	415	40,6	16,4	15,8	4,7	3,6	0,1	1,9	1,6
12. Hagen (Westf.)	43 568	80,9	59,6	49,5	91,0	12,4	2,9	3,7	5 688	4 242	1 446	702	99,6	29,3	31,2	37,0	1,4	0,6	2,9	—
13. Hamm (Westf.)	50 435	74,1	59,0	47,8	85,3	7,5	3,0	3 3/4	3 911	2 719	1 192	593	78,2	26,6	24,2	26,6	0,2	0,7	11,4	9,5
14. Haspe	14 026	28,3	32,3	29,3	31,2	3,8	1,0	3,7	1 723	1 193	531	317	34,4	14,7	6,9	7,6	0,4	4,9	0,6	0,04
15. Hattingen (Ruhr)	14 269	29,2	20,9	17,8	32,3	2,7	0,7	3,7	1 813	1 265	548	224	36,9	17,5	9,5	6,2	0,1	3,7	1,0	0,5
16. Herdecke	6 090	10,9	7,7	5,8	12,8	1,3	0,5	3,7	610	415	196	136	13,3	3,4	2,3	5,8	0,1	1,7	1,3	0,9
17. Herne	25 937	39,5	39,7	33,1	46,1	9,6	1,2	3,7	2 928	2 167	761	349	53,2	15,3	10,3	27,3	0,2	0,2	1,0	—
18. Hilchenbach	2 901	6,7	4,5	3,7	7,4	0,4	0,2	4	341	285	56	83	7,0	2,0	2,0	2,5	0,3	0,2	0,02	—
19. Hörde	28 162	43,6	42,3	34,5	51,4	22,6	1,7	3 3/4	3 041	2 097	944	563	64,7	15,9	15,1	29,0	1,2	3,5	11,1	10,9
20. Hohenlimburg	12 986	49,1	28,0	22,6	54,4	12,5	2,3	3,7	3 213	2 060	1 153	525	64,1	12,5	16,2	33,0	0,2	2,3	2,6	1,9
21. Iserlohn	24 606	46,0	22,0	20,1	47,9	6,3	2,0	3,7	2 310	1 566	744	388	52,2	17,9	15,4	14,1	0,2	4,4	6,0	5,8
22. Kamen	18 948	25,8	25,4	23,1	28,2	3,0	0,9	3 3/4	1 545	1 044	501	198	28,9	11,0	9,7	7,7	0,1	0,4	1,1	0,8
23. Lippstadt	16 674	34,9	17,1	14,8	37,2	3,9	1,7	3 3/5	1 847	1 307	541	209	36,0	8,0	10,0	14,1	0,2	3,7	4,4	3,2
24. Lüdenscheid	20 692	48,7	219,0	206,8	60,9	—	1,7	3 3/4	2 533	1 881	652	425	59,2	15,9	26,1	13,8	2,4	1,0	3,3	3,3
25. Lünen	25 313	32,9	25,5	21,4	37,0	8,6	0,7	3 3/4	2 081	1 253	829	474	40,0	14,3	8,3	6,6	9,7	1,1	5,1	4,7
26. Menden (Bz. Arnsberg)	10 172	19,8	13,1	11,2	21,7	1,5	0,7	3 3/4	1 085	801	284	165	21,4	8,8	5,0	6,4	0,9	0,2	1,6	1,1
27. Meschede	8 950	21,0	13,8	12,3	22,5	—	—	3 3/4	920	695	225	81	19,6	4,0	7,7	7,7	0,1	—	1,2	1,0
28. Neheim	10 818	17,9	14,0	11,1	20,7	5,2	1,0	3 3/4	1 473	1 036	437	252	27,6	9,6	5,5	12,1	0,1	0,3	0,04	—
29. Neuenrade	2 666	3,7	1,3	0,7	4,3	1,5	0,1	3 3/4	227	133	94	72	4,4	1,1	0,9	1,4	0,6	0,4	1,4	1,2
30. Niedermarsberg	5 267	13,9	10,5	9,3	15,1	0,5	0,4	3 3/4	700	522	178	73	15,8	3,1	5,2	7,2	0,2	0,1	0,03	—
31. Obermarsberg	1 694	3,9	1,5	1,3	4,1	—	0,2	3 3/4	192	141	50	23	3,9	0,9	1,7	1,3	0,01	0,1	0,3	0,2
32. Olpe	7 902	21,2	21,1	19,2	23,1	9,2	0,5	3 3/4	1 360	871	489	345	32,3	12,0	5,7	11,4	0,4	2,9	0,5	—
33. Plettenberg	6 857	17,6	20,1	17,9	19,8	3,9	0,4	3 3/4	1 130	817	313	167	25,4	6,2	5,3	8,3	3,0	2,6	0,2	—

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: I. Freistaat Preußen. — Noch: 27. Regierungsbezirk Arnsberg.																				
Noch: A. Städt. Spark.																				
34. Rüthen	3 266	8,2	7,8	6,6	9,4	1,4	0,4	3¾	448	330	119	71	10,2	1,4	2,7	5,8	0,3	0,03	1,0	0,1
35. Schmallenberg (Bz. Dortmund)	3 573	7,6	5,1	3,9	8,8	1,2	0,3	3¾	442	256	186	87	8,3	2,5	3,1	2,4	0,4	—	1,8	—
36. Schwelm	22 699	47,9	31,7	26,5	53,0	11,8	2,2	3¾	2 850	2 119	731	514	62,3	17,0	15,9	18,4	0,3	10,7	0,9	—
37. Schwerte (Ruhr)	16 148	30,6	22,2	17,8	35,0	2,0	1,2	3¾	1 602	1 240	362	267	34,0	9,6	9,7	10,4	0,4	4,0	3,8	3,6
38. Siegen	32 157	43,3	31,4	22,7	52,0	58,7	1,3	3⅗	3 313	2 137	1 176	298	76,7	23,8	10,2	41,6	0,7	0,5	0,3	0,2
39. Soest	17 472	30,0	23,9	19,4	34,4	3,0	1,5	3⅗	1 412	1 086	326	170	38,9	9,2	7,9	18,0	0,3	3,6	3,5	2,6
40. Unna	21 801	43,2	41,2	40,1	44,4	3,9	2,0	3¾	2 385	1 759	626	347	50,3	16,7	15,6	17,4	0,2	0,3	0,1	—
41. Wattenscheid	16 277	28,8	17,9	17,3	29,4	—	0,8	3,7	1 842	1 450	392	211	37,7	16,4	11,1	10,0	0,2	—	0,4	0,3
42. Werl (Bz. Arnsberg)	9 487	21,7	19,2	15,1	25,7	0,8	1,0	3¾	1 158	962	196	149	24,9	7,8	5,0	10,9	0,1	1,1	1,7	1,3
43. Wetter, Ldkr. Hagen (Ruhr)	9 066	17,2	17,9	17,4	17,7	2,3	0,7	3,7	860	676	184	261	17,0	8,2	4,0	4,3	0,4	0,02	3,3	2,7
44. Winterberg (Westf.)	4 501	10,8	13,2	12,6	11,5	0,4	0,6	4	607	448	159	82	11,6	9,0	2,0	0,3	0,1	0,2	0,2	—
45. Witten	34 211	82,6	42,8	37,9	87,6	30,8	3,6	3⅗	5 980	4 318	1 662	631	122,4	30,2	21,8	67,6	1,1	1,6	4,2	2,7
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Annen	13 502	24,2	18,4	17,7	24,9	1,9	0,9	3¾	1 296	924	372	336	24,4	14,0	8,8	1,3	0,2	0,2	2,3	2,0
2. Balve (Bz. Dortmund)	4 370	11,8	4,3	2,8	13,3	1,7	0,5	3¾	638	432	206	102	15,2	3,2	4,4	6,1	1,6	—	0,3	—
3. Bödefeld (Kr. Meschede)	1 750	3,9	1,4	1,1	4,2	—	0,2	3¾	204	150	54	21	4,3	0,2	1,4	2,7	—	0,002	0,1	0,1
4. Eversberg (Kr. Mesch.)	1 091	3,2	1,5	0,8	3,9	—	0,1	3¾	169	131	38	18	3,9	0,7	0,5	2,7	0,003	—	0,1	0,1
5. Fredeburg (Kr. Mesch.)	4 063	7,2	2,8	1,5	8,5	1,5	0,3	3¾	399	310	89	82	9,0	1,0	3,8	4,0	0,1	0,1	0,5	—
6. Fröndenberg	7 385	16,9	7,9	6,7	18,1	6,1	1,1	3¾	1 015	619	396	148	24,3	7,3	6,0	3,6	0,1	7,3	0,9	0,5
7. Herscheid (Kr. Altena)	1 570	3,0	3,3	1,7	4,6	1,8	0,03	3	200	163	37	11	5,0	0,5	1,4	3,0	0,2	—	1,4	1,0
8. Hüsten	5 030	12,6	13,7	9,6	16,6	0,8	—	3¾	714	555	159	105	17,2	5,5	2,4	6,9	0,2	2,1	0,5	0,4
9. Kierspe (Bz. Dortmd.)	3 085	5,2	4,3	3,5	6,0	3,1	0,1	3¾	365	281	84	120	8,7	1,4	3,4	3,3	0,1	0,6	0,7	0,7
10. Meinerzhagen (Bz. Dortmund)	5 560	14,2	9,4	7,2	16,5	2,5	0,4	3¾	787	545	243	135	16,9	3,9	5,5	4,4	0,4	2,6	1,6	1,4
11. Müsen	1 818	3,3	4,5	3,2	4,6	—	0,1	4	192	152	40	32	4,1	0,6	0,7	2,6	0,1	0,03	0,6	0,5
12. Rönsahl (Bz. Dortmd.)	1 377	4,0	2,3	2,0	4,3	0,5	0,1	3¾	214	154	61	38	4,6	0,7	1,4	2,5	0,02	0,1	0,2	0,2
13. Schmallenberg (Bz. Dortmund)	1 057	2,0	1,9	0,7	3,2	1,2	0,1	3¾	182	103	79	43	4,4	1,1	0,8	0,8	0,6	1,2	0,05	0,04
14. Voerde (Kr. Schwelm)	4 322	9,5	4,9	3,3	11,2	2,2	0,3	3¾	597	410	188	75	12,1	3,2	6,6	2,4	0,1	0,2	0,1	—
15. Warstein (Bz. Dortmd.)	9 855	24,0	12,7	8,9	27,8	3,2	1,0	3¾	1 368	49	1 318	132	30,1	9,7	5,3	14,8	0,1	0,2	0,8	—
16. Werdohl	6 664	9,9	11,0	8,5	12,4	4,7	0,3	3¾	724	502	222	208	16,5	2,6	4,6	9,1	0,1	—	0,2	0,2
C. Kreis- und Amts-Sparkassen.																				
1. Allendorf, Amt (Kr. Arnsberg)	1 377	3,1	1,4	0,6	3,9	—	0,1	3¾	161	114	48	26	3,8	0,6	1,3	1,9	0,03	—	0,6	0,6
2. Aplerbeck, Amt (Kr. Hörde)	22 282	30,7	54,7	52,1	33,3	3,0	1,3	3¾	1 681	1 093	588	368	36,7	12,8	8,6	13,5	0,3	1,6	0,6	0,2
3. Attendorn, Amt	1 613	3,1	2,4	1,8	3,7	—	0,02	3¾	221	148	73	70	4,6	0,6	0,8	2,9	0,03	0,3	0,04	—
4. Barop, Amt	14 514	18,8	14,5	13,0	20,4	5,5	—	3¾	1 105	776	328	222	22,9	8,5	5,8	8,4	0,01	0,2	0,5	0,3
5. Berleburg	7 079	9,8	10,6	8,5	11,9	1,8	0,2	3¾	583	435	148	94	11,8	2,6	3,1	4,5	0,3	1,3	1,2	—
6. Bestwig, Amt (Kr. Meschede)	1 206	1,8	0,9	0,6	2,1	—	0,01	3¾	91	73	18	14	2,1	0,6	0,2	1,3	0,1	—	0,1	0,1
7. Bilstein, Amt (Westf.)	2 907	6,1	2,4	1,3	7,2	0,3	0,3	3¾	298	247	51	67	6,0	2,1	1,2	2,2	0,1	0,3	—	—
8. Bochum, Amt	48 642	98,1	212,5	217,7	92,9	8,7	2,6	3,7	7 348	6 051	1 297	1 062	208,9	42,7	25,7	92,1	47,2	1,2	2,0	1,3
9. Bommern, Amt	3 456	6,7	9,3	9,0	7,0	0,8	0,2	3¾	413	247	166	161	7,6	1,9	3,4	2,0	0,1	0,1	0,4	—
10. Brackel, Amt (Ldkr. Dortmund)	11 201	25,2	21,1	20,1	26,1	—	1,8	4	1 249	993	256	114	25,6	15,5	6,4	3,6	0,1	—	2,1	1,6
11. Brambauer, Amt (Kr. Dortmund)	3 893	6,7	4,3	3,7	7,3	2,1	0,4	3¾	422	296	126	114	8,9	3,7	2,8	2,4	0,01	0,04	2,3	1,9
12. Brilon	337	3,9	5,5	3,6	5,7	0,1	0,1	4	209	168	41	2	3,3	0,1	0,1	2,5	0,7	—	2,3	2,3
13. Burbach, Amt (Westf.)	4 341	6,5	4,1	2,9	7,7	0,6	0,3	3⅗	372	276	97	61	8,4	1,6	2,2	4,5	0,1	—	0,6	0,4
14. Dahlhausen, Amt (Ruhr)	4 349	8,1	9,2	7,1	10,1	—	0,1	3,7	479	349	130	112	9,2	3,5	2,3	3,4	0,1	—	0,5	—
15. Dellwig, Amt (Ldkr. Hamm)	4 495	12,1	6,8	4,7	14,3	0,1	0,6	3¾	684	517	166	75	14,6	4,0	6,6	2,9	0,1	1,0	0,3	—
16. Derne, Amt (Kr. Dortmund)	5 432	8,7	8,7	8,2	9,2	1,8	0,3	3¾	491	340	150	116	11,0	3,8	3,9	1,6	1,1	0,6	1,5	1,2
17. Dortmund-Dorstfeld, Amt	8 564	17,0	16,6	13,1	20,5	1,6	1,0	3¾	987	712	275	175	20,8	10,6	6,3	2,7	0,1	1,1	0,8	0,2
18. Dortmund, Kreis	12 069	38,0	31,9	23,8	46,1	5,6	1,4	3¾	2 324	1 600	724	282	48,0	6,1	15,3	21,0	0,02	5,6	0,7	0,5
19. Drolshagen, Amt (Kr. Olpe)	1 096	2,9	5,0	5,3	2,6	—	0,03	3¾	127	98	29	32	2,5	0,4	0,4	1,5	0,1	—	0,2	—

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Noch: I. Freistaat Preußen. — Noch: 27. Regierungsbezirk Arnsberg.

Art und Name der Sparkassen	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsvorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: C. Kreis- u. Amts-Sparkassen.																				
20. Eickel, Amt (Kreis Gelsenkirchen)	10 734	19,3	12,8	13,0	19,2	4,1	0,5	3¾	1 127	701	426	209	19,5	8,1	5,6	4,0	0,04	1,7	1,0	—
21. Eiringhausen (Plettenberg)	4 839	10,4	7,9	5,5	12,7	4,1	0,6	3¾	753	540	213	126	16,5	3,6	4,1	7,0	0,2	1,6	1,0	1,0
22. Erwitte, Amt	4 213	10,5	16,7	14,7	12,5	—	—	3 3/5	531	386	145	112	12,7	2,2	2,6	7,8	0,1	0,02	0,1	—
23. Eslohe, Amt (Bz. Dortmund)	1 725	3,5	11,0	9,4	5,0	—	—	3¾	183	124	59	37	4,9	3,3	0,6	0,8	0,1	0,1	0,2	—
24. Freienohl, Amt (Kr. Arnsberg)	2 961	4,0	2,6	1,8	4,8	1,2	0,1	3¾	274	189	85	55	6,0	0,6	1,7	2,0	0,03	1,7	0,1	0,1
25. Freudenberg, Amt (Kr. Siegen)	6 379	12,1	10,5	8,5	14,1	2,9	0,5	4	898	636	263	175	14,7	2,9	5,5	5,9	0,3	0,1	1,5	1,2
26. Hagen, Amt (Westf.)	31 235	64,4	58,2	52,5	70,1	8,6	2,3	3,7	3 600	2 633	967	562	72,6	26,3	21,9	21,9	0,3	2,2	3,9	—
27. Hallenberg, Amt (Bz. Dortmund)	1 381	2,7	2,5	2,1	3,0	—	0,1	3¾	127	96	30	14	2,7	0,4	0,5	1,6	0,2	—	0,3	0,2
28. Halver, Amt	8 175	14,0	10,7	7,7	16,9	9,7	0,4	3¾	1 175	840	335	163	22,5	3,8	8,2	10,1	0,3	—	3,2	3,1
29. Haßlinghausen, Amt (Bz. Dortmund)	4 540	10,8	3,6	4,1	10,3	0,4	0,3	3¾	552	406	146	106	10,9	6,3	4,2	0,2	0,0001	0,1	0,4	—
30. Hemer, Amt (Kr. Iserlohn)	7 304	13,1	8,1	5,8	15,5	3,5	0,5	3¾	665	585	80	105	14,9	5,3	4,1	4,6	0,01	0,9	3,5	—
31. Hennen, Amt (Ergste)	2 953	6,8	4,9	4,6	7,1	0,4	0,3	3¾	350	231	119	71	7,3	3,1	2,9	1,2	0,2	—	0,1	—
32. Herbede, Amt (Ruhr)	1 452	1,9	2,4	1,3	3,1	0,9	0,1	3¾	136	100	36	9	3,5	1,1	0,7	1,7	—	0,04	0,5	—
33. Hovestadt, Amt (Kreis Soest)	3 425	10,8	4,1	3,3	11,7	0,4	0,6	3¾	552	408	144	91	12,6	5,0	3,4	3,3	0,3	0,6	0,1	—
34. Kirchhundem, Amt	4 222	8,9	10,9	9,7	10,1	1,2	0,4	3¾	395	294	101	85	9,3	2,2	2,0	5,0	0,04	0,03	0,7	0,1
35. Königssteele, Amt (Kr. Hattingen)	7 371	17,8	14,0	14,5	17,3	3,1	0,7	3¾	1 150	855	295	209	23,0	12,5	7,0	1,8	0,3	1,6	0,3	—
36. Körbecke, Amt (Kreis Soest)	2 751	8,3	8,1	7,5	8,9	0,6	0,3	3,7	402	284	118	64	9,4	5,0	1,4	2,5	0,1	0,4	0,5	0,3
37. Kreuzthal, Amt	6 266	14,5	8,9	5,5	17,8	1,4	0,5	4	841	584	257	102	17,4	5,1	4,8	7,2	0,1	0,2	1,4	1,3
38. Laasphe	7 155	11,3	6,7	4,7	13,3	2,4	0,3	3¾	723	484	238	102	16,1	1,8	4,1	5,3	0,5	4,3	0,8	—
39. Langendreer, Amt	19 361	21,6	27,6	22,9	26,3	3,5	0,7	3¾	1 246	886	360	265	27,3	10,3	7,8	9,0	0,01	0,2	1,5	1,2
40. Langerfeld, Amt (Kr. Schwelm)	21 030	35,7	16,2	15,0	36,9	5,5	1,1	3¾	2 131	1 599	532	272	39,7	13,2	11,3	9,0	0,4	5,7	1,4	—
41. Letmathe, Amt	5 421	15,6	15,6	15,4	15,8	1,8	0,4	3,7	843	586	257	124	18,4	6,1	5,0	6,9	0,02	0,3	0,3	0,001
42. Lüdenscheid, Amt	18 907	51,5	53,4	50,1	54,9	16,1	1,6	3¾	2 989	2 341	649	408	57,8	19,5	8,5	23,9	3,6	2,3	14,8	14,7
43. Lütgendortmund, Amt	14 096	12,8	7,6	6,6	13,9	2,6	0,4	3¾	791	546	245	186	13,2	4,3	5,2	3,5	0,01	0,2	1,8	1,8
44. Medebach, Amt (Kreis Brilon)	1 995	2,6	3,6	2,5	3,7	—	—	4	134	112	22	19	3,7	0,5	0,6	2,5	0,1	0,03	0,1	—
45. Mengede, Amt (Kreis Dortmund)	10 299	19,2	19,8	17,1	22,0	3,2	0,8	3¾	1 298	994	304	301	21,5	7,5	8,6	4,4	1,0	—	2,5	2,0
46. Nachrodt, Amt	1 297	1,8	0,8	0,5	2,2	0,5	0,02	3¾	126	95	32	29	2,3	1,2	0,4	0,8	0,001	0,01	0,3	0,2
47. Niederschelden, Amt (Sieg)	3 559	5,9	4,0	2,7	7,2	0,4	0,1	3¾	308	243	66	87	7,4	1,7	2,1	3,2	0,01	0,5	0,1	—
48. Pelkum, Amt (Kreis Hamm)	4 439	11,7	15,7	9,0	18,4	2,9	0,5	4	903	689	214	121	21,0	7,9	2,4	8,8	1,9	—	0,7	—
49. Rauxel, Amt (Ldkr. Dortmund)	3 605	5,7	13,9	11,3	8,3	0,9	0,3	3¾	367	244	123	35	8,9	1,8	1,3	5,9	0,01	—	0,2	—
50. Rhynern, Amt	5 090	11,7	4,1	3,6	12,2	1,8	0,4	3¾	616	450	166	90	12,3	3,7	3,6	4,9	0,1	—	2,1	2,1
51. Serkenrode, Amt	1 047	2,1	4,7	3,4	3,4	—	0,05	3¾	123	89	35	19	3,3	0,2	0,6	1,7	0,03	0,7	0,2	—
52. Siegen, Amt	16 809	29,0	22,3	16,2	35,1	10,6	1,1	3 3/5	2 415	1 596	819	440	38,6	9,4	10,4	18,6	0,2	0,1	15,2	15,0
53. Sodingen, Amt (Westf.)	5 441	8,0	6,3	4,7	9,5	0,7	0,2	3,7	500	365	135	95	10,4	4,6	2,1	3,0	0,03	0,6	1,1	1,0
54. Soest, f. d. ländl. Gem. der Söster Börde	18 536	45,9	42,3	35,0	53,2	4,3	1,7	3 3/5	2 398	1 765	633	270	58,5	11,1	12,3	32,8	0,2	2,0	11,5	10,8
55. Sprockhövel, Amt (Kr. Schwelm)	3 728	8,0	3,3	2,9	8,3	1,7	0,2	3¾	458	300	158	145	9,2	4,6	3,6	0,6	0,01	0,5	1,0	0,8
56. Unna, Amt	13 830	38,7	26,7	23,9	41,5	2,2	1,7	3¾	2 026	1 334	692	274	35,7	14,6	15,0	5,5	0,3	0,2	6,4	6,3
57. Volmarstein, Amt	2 365	5,3	4,7	3,6	6,4	1,1	0,2	3¾	338	245	94	40	6,8	2,1	2,2	2,2	0,02	0,3	0,4	—
58. Wanne, Amt	12 485	20,1	23,8	21,4	22,5	2,8	0,3	3,7	1 243	929	314	265	23,1	10,9	9,0	2,8	0,2	0,3	0,8	0,2
59. Werl, Amt (Bz. Arnsbg.)	6 164	13,0	8,6	6,1	15,5	—	0,3	3¾	651	537	114	139	16,0	4,7	3,0	5,2	0,2	3,0	—	—
60. Westenfeld, Amt (Ldkr. Gelsenkirchen)	7 965	16,1	8,7	8,9	15,8	1,2	0,5	3¾	972	699	273	260	17,2	8,1	8,1	0,9	0,02	0,1	0,2	0,1
61. Winz, Amt (Kreis Hattingen)	5 844	14,1	5,6	5,0	14,7	0,5	0,7	3,7	757	533	224	151	15,5	6,9	5,4	2,0	0,005	1,1	0,4	—

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: I. Freistaat Preußen.																				
28. Regierungsbezirk Cassel.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Amöneburg	3 546	5,3	1,9	1,5	5,7	0,02	0,3	3½	260	191	69	50	5,6	1,2	1,5	2,9	0,1	—	0,1	—
2. Borken (Bz. Cassel)	5 900	6,5	3,9	3,3	7,2	0,0002	0,4	3½	320	207	114	69	6,9	1,9	2,1	1,3	1,5	—	0,2	0,2
3. Carlshafen	5 882	11,0	5,2	4,5	11,7	0,8	0,3	3¾	596	461	136	60	12,2	2,3	4,8	3,6	1,4	0,04	0,1	—
4. Cassel	95 951	81,0	61,1	53,9	88,2	13,6	0,9	3¼	4 300	2 927	1 372	1 103	91,8	11,6	41,3	38,8	0,1	—	1,4	—
5. Felsberg (Bz. Cassel)	2 466	2,9	1,5	1,2	3,2	—	0,2	3½	146	115	31	19	3,0	0,6	1,3	1,0	0,1	—	0,1	—
6. Fritzlar	5 536	8,8	3,3	3,2	9,0	—	0,4	3½	428	275	152	76	8,4	2,9	2,6	2,1	0,4	0,4	0,3	0,1
7. Fulda	17 797	23,8	13,0	9,7	27,0	2,0	1,4	3½	1 227	908	319	153	27,5	6,3	6,9	14,2	0,1	0,001	1,0	0,9
8. Grebenstein	4 530	6,6	1,8	1,4	7,0	—	0,2	3½	291	240	51	58	6,6	1,5	1,7	—	0,1	3,3	0,3	—
9. Großalmerode (Bz. Cassel	2 212	1,8	2,8	2,2	2,4	—	0,1	3¾	85	71	14	4	1,9	0,4	0,5	0,9	0,1	0,1	0,03	—
10. Gudensberg	7 199	13,3	4,1	3,1	14,2	0,1	0,7	3½	622	464	158	86	13,6	2,9	4,8	5,6	0,2	0,03	0,6	—
11. Hanau	18 798	16,5	19,3	16,4	19,4	3,2	0,3	3½	893	581	312	178	21,1	5,3	4,9	10,7	0,01	0,3	0,3	0,3
12. Hersfeld	14 238	20,6	10,8	9,4	21,9	—	0,4	3⅓	983	719	264	125	16,6	4,8	4,9	6,2	0,1	0,6	4,8	4,7
13. Hess. Oldendorf	8 293	14,1	10,6	7,5	17,2	—	0,4	3½	717	527	190	91	17,0	2,8	4,3	9,9	0,02	—	0,2	—
14. Hofgeismar	2 696	2,9	1,5	1,4	3,0	0,5	0,1	3½	127	92	35	26	2,9	1,2	0,7	0,5	0,01	0,5	0,2	—
15. Homberg (Bz. Cassel)	6 653	7,7	4,4	3,6	8,6	0,5	0,2	3½	383	287	97	75	8,0	2,1	1,1	4,5	0,2	—	0,7	0,3
16. Hünfeld	8 157	15,1	6,0	5,4	15,7	0,2	—	3½	752	493	260	79	15,4	4,4	5,9	4,9	0,1	—	0,5	0,01
17. Kirchhain (Bz. Cassel)	5 901	8,5	5,5	4,4	9,6	—	0,4	3½	421	286	134	63	9,3	1,9	1,9	2,5	0,3	2,8	0,3	—
18. Marburg (Bz. Cassel)	25 543	30,2	26,2	23,6	32,8	0,4	0,8	3½	1 561	1 231	330	311	30,9	12,1	8,8	9,9	0,2	—	0,1	—
19. Melsungen	8 290	10,7	4,2	4,1	10,9	—	0,4	3½	538	400	138	71	10,1	2,3	5,7	2,0	0,1	0,03	0,2	—
20. Neustadt (Main-Weserbahn)	2 661	5,1	2,8	1,7	6,2	—	0,1	3½	250	171	80	42	5,9	0,6	1,2	3,9	0,1	0,1	0,2	—
21. Obernkirchen (Grafschaft Schaumburg)	5 503	6,1	5,7	4,5	7,2	0,8	0,01	3¾	355	280	75	72	7,2	2,1	3,6	0,6	0,4	0,6	0,5	0,3
22. Rauschenberg	3 164	4,3	2,3	1,8	4,7	0,002	0,2	3½	203	156	47	47	4,4	0,9	1,2	1,3	0,2	0,8	0,1	—
23. Rinteln	12 435	18,3	10,6	8,9	20,0	0,4	0,5	3½	938	710	228	146	18,8	4,4	5,2	8,4	0,5	0,2	0,4	—
24. Rodenberg (Deister)	4 636	6,8	2,3	1,5	7,6	—	0,3	3½	354	226	129	55	7,6	1,9	3,0	2,2	0,2	0,2	0,1	—
25. Rotenburg (Fulda)	5 824	7,6	4,4	3,7	8,3	—	0,4	4	376	276	100	58	7,8	1,7	3,4	1,6	1,2	—	0,2	—
26. Sachsenhagen	2 536	4,6	2,4	1,3	5,7	—	0,1	3¾	231	163	68	20	5,3	0,4	3,1	0,2	0,3	1,3	0,3	0,3
27. Salmünster	2 750	4,5	2,4	1,8	5,1	1,6	0,1	3½	219	172	47	39	5,1	1,5	0,8	2,8	0,1	—	0,6	0,5
28. Schlüchtern (Bz. Cassel)	3 971	5,4	3,5	3,0	5,9	—	0,2	3½	236	181	55	93	6,3	1,3	1,5	1,0	2,5	—	0,2	0,1
29. Schmalkalden	12 892	16,6	17,6	13,8	20,4	3,7	0,4	4	777	629	148	210	23,9	4,5	5,8	4,4	0,3	9,0	1,4	0,3
30. Schweinsberg	1 555	2,4	1,1	0,8	2,7	—	0,004	3½	116	89	27	29	2,6	0,4	0,6	0,7	0,2	0,7	0,1	—
31. Sontra	4 249	5,7	3,4	2,6	6,6	—	0,1	4	298	243	56	76	6,1	0,9	2,5	1,9	0,6	0,3	0,3	—
32. Spangenberg	3 941	5,0	2,0	1,8	5,3	—	0,1	3½	238	178	60	43	4,8	0,8	2,3	0,4	0,3	1,1	0,2	—
33. Treysa (Bz. Cassel)	4 414	6,0	5,7	5,2	6,6	0,1	0,1	3½	272	209	63	65	5,4	0,7	1,7	2,8	0,1	0,0002	1,0	0,3
34. Wanfried	1 310	1,9	1,5	1,1	2,2	0,02	0,1	3¾	97	77	20	1	1,7	0,1	0,8	0,7	0,04	0,02	0,4	0,3
35. Wetter (Hess.-Nassau)	5 792	9,3	4,5	3,0	10,9	0,7	0,6	3¾	480	383	97	67	11,0	3,0	5,4	1,6	0,4	0,5	0,2	—
36. Wolfhagen (Bz. Cassel)	6 107	10,2	4,1	3,0	11,3	—	0,5	3¾	520	356	164	47	11,0	1,5	3,3	6,1	0,2	—	0,001	—
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Jesberg (Kr. Fritzlar)	3 276	3,7	1,2	0,8	4,0	—	0,1	3¾	176	144	32	26	3,4	1,0	1,1	0,8	0,2	0,5	0,3	0,3
2. Kleinschmalkalden	3 637	4,7	8,3	6,8	6,2	0,9	0,1	4	309	221	88	47	5,9	1,5	1,4	2,6	0,1	0,4	1,0	0,02
3. Steinbach-Hallenberg	5 013	4,6	2,0	1,4	5,3	—	0,1	4	245	176	70	67	5,1	0,9	2,9	1,1	0,1	—	0,2	0,1
C. Kreis- und Amts-Sparkassen.																				
1. Bad Orb, Bezirk	3 149	7,0	4,4	3,6	7,9	0,4	0,2	3½	355	272	83	56	8,1	1,9	1,7	3,9	0,1	0,5	0,3	—
2. Cassel	19 132	20,9	15,0	13,5	22,5	—	0,4	3¼	1 126	824	302	284	20,4	3,0	4,0	10,4	0,4	2,5	0,7	0,5
3. Eschwege	30 576	36,9	15,4	12,0	40,3	3,9	1,1	3¼	1 738	1 311	427	390	42,0	7,6	9,5	17,0	0,5	7,5	1,4	1,3
4. Frankenberg, Bezirk (Hessen-Nassau)	9 516	17,1	12,2	11,2	18,1	2,0	0,4	3¾	913	713	200	98	16,8	2,2	4,6	9,8	0,1	—	2,9	2,8
5. Fritzlar	2 501	3,5	1,5	1,2	3,7	—	0,1	3½	181	119	62	19	3,6	0,6	0,7	2,2	0,1	—	0,2	—
6. Fulda	2 147	3,7	7,6	4,5	6,7	1,1	—	3½	320	232	89	133	4,0	0,9	0,9	1,0	1,2	0,001	3,7	2,8
7. Gelnhausen	8 078	16,3	8,8	7,0	18,1	—	0,5	3½	861	681	180	97	17,5	3,2	4,2	9,4	0,1	0,6	0,6	—
8. Gersfeld (Rhön)	2 528	3,8	2,5	2,2	4,1	0,4	0,2	3½	191	127	64	32	4,6	0,5	0,9	2,7	0,1	0,4	—	—
9. Gemünden (Wohra)	268	—	2,8	0,9	1,9	—	—	3¾	34	29	5	34	1,9	0,1	0,2	0,2	0,04	1,4	0,02	—
10. Hanau	13 666	19,8	20,0	16,9	23,0	—	0,6	3¼	1 483	1 067	416	184	33,6	6,0	3,6	20,0	0,2	3,8	2,9	1,0
11. Hettenhausen (Rhön)	6 300	4,3	2,1	1,8	4,6	—	0,2	3½	206	150	56	27	4,2	0,5	1,5	1,8	0,3	0,1	0,2	—
12. Hilders	5 215	9,1	4,1	3,3	9,8	—	0,2	3½	427	330	97	54	8,6	1,2	2,9	4,4	0,1	—	0,7	0,5
13. Hofgeismar	8 524	12,1	6,2	4,6	13,6	—	0,5	3½	619	443	176	104	10,2	2,4	6,7	0,9	0,2	—	0,3	0,2
14. Hünfeld	6 583	11,7	7,4	5,8	13,3	1,6	0,2	3½	535	433	102	75	12,4	1,1	2,7	7,9	0,2	0,5	1,1	0,7

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: I. Freistaat Preußen. — Noch: 28. Regierungsbezirk Cassel.																				
Noch: C. Kreis- u. Amts-Sparkassen.																				
15. Rinteln	13 801	16,7	15,7	11,0	21,4	0,7	0,4	3½	1 013	640	374	139	21,7	1,7	6,1	13,6	0,3	—	0,2	—
16. Rotenburg (Fulda)	6 955	10,3	6,2	5,0	11,4	—	—	4	565	434	130	55	10,4	1,4	3,9	4,4	0,6	0,1	0,3	—
17. Schlüchtern (Bz. Cassel)	5 274	7,9	4,3	3,7	8,5	—	0,3	3½	380	282	98	86	8,3	1,8	1,3	4,8	0,3	0,005	0,4	0,1
18. Vöhl, Bezirk	5 753	9,9	3,1	2,6	10,5	—	0,3	3¾	462	365	97	59	10,1	2,2	2,5	5,2	0,1	0,1	0,2	0,1
19. Volkmarsen	9 767	16,9	9,3	7,1	19,1	1,0	0,7	3¾	834	661	172	99	19,2	2,0	5,4	10,5	0,1	1,1	0,9	0,5
20. Witzenhausen	12 280	17,5	14,1	11,4	20,2	3,2	0,5	3½	1 052	779	273	259	20,4	3,2	4,0	12,5	0,4	0,3	0,5	—
21. Ziegenhain (Bz. Cassel)	13 253	21,8	6,1	4,0	23,9	1,8	0,3	3¾	1 084	848	237	165	23,9	3,1	5,5	14,6	0,6	0,1	1,6	1,1
29. Regierungsbezirk Wiesbaden.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Biebrich	11 904	18,4	21,6	18,9	21,1	—	—	3½	1 803	1 374	429	356	12,5	3,0	6,9	2,3	0,3	0,001	4,9	4,8
2. Dillenburg	858	0,2	2,6	1,9	0,9	—	0,002	3	16	12	4	1	0,9	0,01	0,03	0,1	—	0,8	0,1	0,03
3. Frankfurt (Main)	42 690	123,0	196,8	172,8	146,9	4,0	0,3	3	6 079	3 873	2 206	1 784	88,5	15,9	30,9	41,7	0,1	—	14,8	9,1
4. Höchst (Main)	8 278	10,7	32,7	30,1	13,2	7,2	0,2	3	954	678	276	334	16,3	3,1	1,7	10,7	0,7	—	4,0	3,8
C. Kreis- und Amts-Sparkassen.																				
1. Bad Homburg v. d. H.	8 455	7,8	9,2	7,3	9,7	1,1	0,1	3	437	281	156	110	8,4	0,9	4,4	3,0	0,03	0,02	2,3	2,1
2. Battenberg, Bezirk	3 234	6,5	2,9	1,9	7,5	0,6	0,1	3½	392	271	121	56	6,7	0,3	4,2	0,4	0,1	1,7	1,0	1,0
3. Biedenkopf, Bezirk	5 045	8,4	7,8	6,4	9,8	0,2	0,3	3½	448	343	105	83	9,3	1,9	1,5	5,4	0,2	0,3	0,2	0,1
4. Gladenbach, Distrikt (Kr. Biedenkopf)	5 039	9,1	3,3	2,7	9,7	0,4	0,4	3½	446	336	110	87	9,7	2,2	3,0	2,3	0,1	2,2	0,3	0,2
5. Höchst (Main)	10 247	9,0	22,2	19,0	12,2	1,3	0,1	3	562	334	228	193	11,2	0,9	1,9	2,8	0,1	5,4	0,8	0,6
6. Limburg (Lahn)	18 673	15,7	13,1	10,2	18,7	3,1	0,1	3	1 003	650	352	201	17,3	3,3	2,5	8,7	0,3	2,5	4,0	4,0
7. Marienburg (Westerw.)	3 316	5,2	4,5	3,4	6,3	—	0,1	3¼	293	167	127	90	6,2	1,4	1,1	3,6	0,2	—	0,1	—
8. Montabaur	6 843	9,1	4,3	3,1	10,4	7,8	0,2	3	809	562	247	163	14,3	0,7	1,3	11,8	0,1	0,4	3,8	2,9
9. Rodheim a. d. B.	1 879	3,4	0,8	0,7	3,5	—	0,1	3½	170	127	43	27	3,2	0,6	2,0	0,2	0,4	—	0,2	0,1
10. Weilburg	10 337	11,7	7,0	5,7	12,9	6,1	0,3	3	796	484	312	212	18,9	1,3	2,8	12,8	0,2	1,7	1,0	0,7
11. Westerburg (Westerw.)	2 981	5,0	3,4	2,3	6,1	1,0	0,1	3	244	146	98	86	4,5	0,5	0,6	3,2	0,2	0,1	2,4	1,9
D. Provinzial- und ständische Sparkassen.																				
1. Wiesbaden, Nassauische Sparkasse	332 519	451,3	414,2	337,1	528,5	321,2	11,2	3	41921	27523	14398	11713	827,8	83,8	77,6	367,8	19,7	278,8	22,5	14,8
E. Sonstige öffentliche Sparkassen.																				
1. Bad Homburg v. d. H., Amt	4 174	6,5	3,3	2,4	7,4	—	0,8	3½	389	342	47	68	7,8	4,4	1,0	0,002	0,01	2,3	0,5	0,4
2. Bad Homburg-Kirdorf	942	0,7	0,5	0,5	0,8	—	0,03	3½	41	27	14	9	0,8	0,3	0,3	0,01	0,1	0,001	0,04	—
3. Frankfurt (Main), Polytechnische Gesellsch.	189 056	197,0	124,2	100,1	221,0	10,5	4,5	3	10807	6 504	4 302	2 747	185,5	95,0	58,4	32,1	—	—	57,3	56,2
4. Gonzenheim (Taunus)	301	0,3	0,1	0,1	0,3	—	0,01	3½	14	10	4	3	0,3	0,2	0,03	—	0,01	0,01	0,01	—
5. Köppern	800	0,6	0,2	0,1	0,7	—	0,02	3½	28	24	5	3	0,7	0,3	0,04	0,2	0,04	—	0,03	—
6. Oberhöchstadt (Taunus)	796	0,3	0,2	0,1	0,4	—	0,004	3	13	10	3	2	0,4	0,1	—	—	0,1	0,1	0,04	—
7. Oberursel	2 414	4,1	1,3	1,0	4,4	—	0,1	3	209	159	50	52	4,3	2,5	0,4	0,2	0,6	0,6	0,1	—
8. Seulberg (Obertaunuskreis)	947	0,7	0,3	0,2	0,8	—	—	3	31	26	5	4	0,8	0,3	0,1	0,4	0,02	0,004	0,03	—
9. Weißkirchen (Taunus)	415	0,4	0,2	0,1	0,5	—	0,01	3½	17	13	5	6	0,5	0,1	0,04	0,2	0,1	—	0,1	0,04
30. Regierungsbezirk Coblenz.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Andernach	2 831	12,2	40,2	34,2	18,2	4,9	0,1	3	1 196	1 005	191	107	25,4	2,4	1,2	14,2	0,9	6,6	0,2	—
2. Coblenz	50 884	78,5	92,4	84,8	86,1	14,3	1,9	3½	4 861	3 652	1 210	1 018	117,2	17,1	33,0	54,0	5,5	7,7	2,6	2,6
3. Ehrenbreitstein	4 896	10,8	27,5	24,8	13,6	—	—	3½	555	441	115	155	11,5	5,8	1,9	3,7	0,1	—	0,7	—
4. Kirn	3 475	5,1	14,0	12,0	7,2	1,2	—	3½	325	244	81	88	7,0	0,4	2,1	4,2	0,1	0,1	0,2	0,1
5. Kreuznach	16 528	27,1	31,1	27,9	30,3	2,9	1,0	3½	1 498	1 087	411	178	28,8	4,2	8,1	11,4	0,04	5,0	3,5	3,5
6. Linz (Rhein)	6 340	11,0	14,3	11,4	13,8	5,1	0,3	3½	862	633	229	164	13,6	2,5	3,9	5,0	0,2	2,0	4,4	3,9
7. Mayen	4 061	10,7	22,7	20,7	12,7	—	0,8	3½	556	406	150	129	11,9	2,7	3,3	4,4	0,1	1,3	0,9	—
8. Neuwied	14 819	24,4	27,8	23,6	28,5	—	0,8	3½	1 547	871	675	141	26,5	5,3	9,9	7,6	0,04	3,6	0,4	0,4
9. Remagen[1]	470	—	3,6	1,3	2,3	2,4	—	4	139	98	41	52	5,4	1,0	—	0,1	0,1	4,2	0,2	—
10. Sinzig	3 979	23,0	98,3	95,6	25,7	—	—	4	1 554	1 483	71	109	23,1	16,3	4,0	1,5	1,3	—	2,6	2,2

[1] Die Sparkasse ist erst im Jahre 1921 errichtet und ihre Ergebnisse nach Abschluß der Hauptzusammenstellung bekannt geworden, sie konnten daher in letztere nicht mehr aufgenommen werden, sind aber der Vollständigkeit wegen hier gebracht.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: 1. Freistaat Preußen. — Noch: 30. Regierungsbezirk Coblenz.																				
Noch: A. Städt. Spark.																				
11. Traben-Trarbach	4 986	10,9	15,2	11,8	14,9	1,1	0,3	3¾	721	480	242	99	14,3	0,6	9,6	3,8	0,1	0,8	0,3	—
12. Wetzlar	5 913	9,3	11,6	10,8	10,1	3,8	0,1	3½	583	398	186	153	11,2	1,6	3,8	4,6	0,1	1,1	0,1	—
13. Zell (Mosel)	3 007	10,2	9,9	6,8	13,4	0,8	0,3	4	573	408	165	74	12,3	2,3	5,9	0,8	1,0	2,2	0,9	0,6
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Betzdorf	6 384	9,6	5,6	4,6	10,5	3,5	0,2	4	623	460	163	118	14,1	2,5	2,3	1,5	0,1	7,7	1,7	1,1
2. Enkirch	704	1,5	4,2	1,4	4,4	0,3	0,05	3¾	108	82	26	27	3,5	0,1	0,6	0,1	0,1	2,6	1,2	0,8
C. Kreis-Sparkassen.																				
1. Adenau	5 933	18,4	10,3	13,7	15,0	2,5	0,3	3½	942	732	210	122	17,1	1,4	2,8	10,6	0,4	1,9	0,6	—
2. Ahrweiler	13 088	26,4	24,5	24,4	26,5	11,1	0,9	3½	1 522	1 291	232	317	37,8	6,6	5,7	10,3	7,2	7,5	2,5	2,5
3. Altenkirchen (Westerwald)	32 907	80,0	126,6	124,9	81,8	—	3,2	4	4 569	3 357	1 212	781	87,4	24,6	20,2	37,1	5,5	—	0,01	—
4. Coblenz	20 567	51,3	178,5	169,6	60,2	—	0,01	3½	3 169	2 312	857	439	55,5	6,7	15,3	16,2	1,1	16,2	0,5	0,5
5. Cochem	10 272	22,4	13,6	9,6	26,5	5,2	0,5	3½	1 295	842	453	189	23,8	1,8	7,2	7,3	0,5	7,0	0,7	0,2
6. Kreuznach	17 585	38,8	40,5	34,1	45,3	2,9	0,9	3½	2 035	1 545	491	282	44,6	5,1	10,6	18,5	3,7	6,7	1,2	—
7. Mayen	11 519	31,1	21,8	19,0	33,9	0,03	0,7	3½	1 550	1 149	401	235	34,0	7,0	5,4	12,5	1,2	8,0	0,2	—
8. Meisenheim (Glan)	5 778	13,9	14,2	13,4	14,6	—	—	3½	685	503	183	132	13,3	1,3	5,9	3,2	0,4	2,4	0,1	0,02
9. Neuwied	31 204	50,6	122,1	112,2	60,5	17,8	1,2	3½	3 135	2 080	1 056	628	76,1	19,6	15,4	22,6	0,9	17,6	2,0	1,4
10. St. Goar	14 607	33,6	93,9	85,5	42,0	—	0,8	3½	1 824	1 261	563	244	24,6	7,0	8,3	8,7	0,6	0,003	2,8	1,6
11. Simmern	18 467	40,9	27,3	25,1	43,1	—	1,3	3¾	2 502	1 804	699	387	48,9	13,8	4,6	11,0	12,1	7,4	1,0	0,4
12. Wetzlar	20 593	33,6	19,3	16,7	36,2	6,0	1,8	3½	1 993	1 403	590	350	41,8	7,5	19,4	8,2	3,7	2,6	0,8	—
13. Zell (Mosel)	5 895	18,8	22,0	20,9	19,9	0,7	0,4	3¾	909	680	229	127	18,0	1,7	7,9	7,5	0,2	0,8	0,6	—
31. Regierungsbezirk Düsseldorf.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Barmen	71 417	70,3	87,8	72,1	85,9	16,4	—	3½	5 065	3 569	1 496	1 221	105,3	25,8	34,4	6,4	0,3	38,4	2,4	2,0
2. Berg. Neukirchen	1 610	2,5	1,9	1,1	3,3	0,6	0,1	3 3/5	167	128	39	22	3,6	0,4	0,9	1,5	0,1	0,5	0,2	0,2
3. Burscheid (Bz. Düsseldorf)	6 858	13,1	16,9	13,4	16,6	4,2	0,7	3 3/5	855	520	335	194	19,7	6,7	4,5	7,6	0,5	0,4	1,0	0,4
4. Cleve	13 514	33,2	26,9	23,5	36,6	6,5	1,0	3,7	2 017	1 477	541	291	42,4	7,7	16,4	13,0	0,5	4,8	—	—
5. Crefeld	61 366	84,0	190,6	169,6	104,9	55,6	1,7	3½	7 742	6 091	1 651	815	155,3	32,1	73,1	47,9	2,1	—	4,4	4,1
6. Cronenberg	10 840	26,3	13,3	13,1	26,5	6,0	0,9	3 3/5	1 612	1 132	481	358	34,2	8,0	9,1	14,7	0,1	2,3	0,2	—
7. Dinslaken (Niederrh.)	13 414	25,7	21,1	19,2	27,6	4,5	0,7	3¾	1 839	1 249	590	339	31,2	9,9	7,4	2,9	0,3	10,7	0,04	—
8. Dülken	10 688	20,8	40,4	37,5	23,7	—	0,5	3½	889	667	222	155	21,7	6,7	8,4	6,2	0,02	0,3	1,3	1,2
9. Düsseldorf	208 508	230,4	282,6	244,0	269,0	36,2	4,8	3½	13018	9 164	3 854	2 969	288,1	45,4	38,8	104,3	2,0	97,6	10,9	7,6
10. Duisburg	116 778	129,8	110,4	94,9	145,4	10,4	3,1	3¾	6 899	5 231	1 667	1 487	140,8	37,7	33,0	50,1	19,2	0,8	10,3	6,6
11. Elberfeld	94 745	131,6	147,1	124,3	154,4	44,8	4,4	3½	8 767	5 694	3 073	2 208	179,3	42,6	59,3	76,5	0,9	—	8,9	—
12. Emmerich	13 729	36,1	38,7	36,1	38,7	5,4	1,5	3¾	2 105	670	1 434	273	43,2	12,3	12,7	13,9	0,7	3,6	2,7	2,6
13. Essen (Ruhr)	168 012	231,4	218,6	186,7	263,8	52,1	7,7	3 3/5	16636	10460	6 176	5 030	325,0	115,0	124,8	57,9	14,7	12,6	18,8	—
14. Geldern	12 451	46,2	127,7	125,3	48,7	5,8	1,0	3½	2 129	1 742	387	529	48,4	10,8	7,9	14,5	7,4	7,8	2,9	2,6
15. Goch	8 053	22,8	29,3	24,7	27,4	6,1	0,7	3,7	1 359	996	362	270	31,9	4,8	10,6	14,0	0,1	2,3	1,0	0,9
16. Gräfrath (Kr. Solingen)	12 149	23,3	11,3	11,8	22,8	9,2	0,9	3 3/5	1 316	870	445	299	26,9	7,3	6,3	9,1	0,3	3,9	0,3	—
17. Hamborn	28 264	31,4	98,2	87,1	42,5	4,8	0,8	3¾	1 866	1 279	588	356	38,5	12,7	15,0	9,1	0,1	1,5	1,8	—
18. Hilden	12 278	25,6	15,6	13,0	28,8	2,8	0,8	3 3/5	1 446	1 292	154	213	30,8	6,9	11,7	5,6	0,05	6,5	2,0	1,3
19. Hitdorf	1 706	2,1	3,8	3,7	2,2	1,7	0,1	3 3/5	165	118	47	29	3,8	0,1	0,6	3,0	0,01	0,04	0,1	0,1
20. Höhscheid	6 244	11,8	4,8	5,9	10,7	—	0,4	4	578	388	190	139	10,9	3,5	3,9	3,4	0,01	0,03	0,2	—
21. Hückeswagen	6 587	12,0	6,9	5,1	13,8	2,0	0,4	3¾	676	485	191	124	16,5	3,3	4,0	5,1	0,2	3,9	1,0	—
22. Isselburg	2 638	4,5	2,1	1,5	5,1	—	0,2	3¾	266	212	54	27	4,8	1,3	1,9	1,5	0,04	—	0,1	—
23. Kaiserswerth	3 475	8,5	5,8	5,6	8,7	0,1	0,01	3 4/5	417	298	118	40	8,4	2,8	3,0	2,5	0,1	0,01	—	—
24. Kaldenkirchen (Rheinl.)	4 267	9,0	19,6	14,4	14,2	—	0,2	3	504	401	103	93	13,7	1,5	2,6	9,7	0,02	—	0,3	—
25. Kempen (Rhein)	8 477	18,5	12,1	9,4	21,2	2,7	0,4	3½	1 006	689	317	147	22,5	7,6	9,9	4,3	0,7	—	0,1	—
26. Kettwig	7 600	14,4	19,3	18,4	15,3	—	0,4	3¾	516	382	134	84	14,2	5,2	5,5	3,1	0,1	0,4	0,4	0,3
27. Langenberg (Rheinl.)	10 737	20,7	21,3	19,1	22,9	6,8	0,5	3¾	1 398	847	551	201	30,0	9,4	6,3	10,7	0,7	3,0	1,8	1,8
28. Leichlingen	4 512	6,0	12,3	10,8	7,6	1,3	0,3	3 3/5	400	270	130	79	8,4	2,5	1,9	3,5	0,1	0,3	0,2	0,1
29. Lennep	18 624	35,0	17,3	12,9	39,5	5,3	1,4	3 3/5	1 840	1 319	520	272	43,0	7,8	13,8	15,1	0,2	6,1	0,9	0,3
30. Lüttringhausen (Kreis Lennep)	8 060	18,8	11,6	10,1	20,4	1,3	0,8	3 3/5	987	624	364	143	21,1	6,0	5,3	9,0	0,2	0,6	0,6	0,8
31. Mettmann	9 892	19,7	11,1	9,7	21,1	3,5	0,7	3¾	1 104	785	319	154	23,8	8,1	6,9	3,1	0,04	5,7	0,1	—
32. Moers	16 571	33,7	113,6	111,7	35,7	6,1	1,1	3 3/5	1 862	1 412	450	400	40,7	14,9	16,0	8,4	0,9	0,6	0,6	0,01
33. Mülheim (Ruhr)	65 940	90,6	123,7	116,0	98,3	9,6	2,3	3	4 938	2 954	1 984	1 771	84,8	34,7	22,8	10,9	1,7	14,7	25,1	25,0
34. München-Gladbach	74 374	79,7	136,7	113,9	102,5	43,8	1,1	3	5 600	3 812	1 788	1 353	140,3	16,5	22,8	43,2	32,2	25,5	2,7	—
35. Neuß	25 702	47,5	38,1	31,1	54,6	13,1	1,7	3	3 137	2 468	669	490	69,6	13,1	30,5	13,8	2,2	10,0	0,5	—

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs v o r jahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: I. Freistaat Preußen. — Noch: 31. Regierungsbezirk Düsseldorf.																				
Noch: A. Städt. Spark.																				
36. Oberhausen (Rheinl.)	38 274	46,2	53,4	49,2	50,5	4,1	1,4	3¾	2 460	1 730	730	385	52,7	18,4	17,6	3,6	0,1	13,0	0,1	—
37. Odenkirchen	11 367	19,0	18,8	13,9	23,9	9,1	0,5	3½	1 146	558	588	484	32,4	6,1	3,6	10,6	2,7	9,3	0,4	—
38 Ohligs	24 641	39,5	20,9	19,3	41,1	9,7	1,9	3 3/5	2 281	1 938	343	429	52,8	16,4	16,5	12,3	0,04	7,6	1,6	0,9
39. Opladen	11 883	19,1	21,6	17,6	23,0	9,9	0,6	3 3/5	1 601	1 155	446	260	34,1	13,4	3,6	14,8	0,3	2,0	8,4	7,6
40. Orsoy (Niederrhein)	1 231	2,4	3,5	2,8	3,1	0,1	—	3¾	134	112	22	13	2,8	0,8	0,6	0,5	0,01	0,9	1,1	0,9
41. Radevormwald (Kreis Lennep)	5 625	8,0	6,6	6,0	8,5	0,4	0,3	3 3/5	417	291	126	115	7,9	1,4	1,7	3,0	0,04	1,7	1,0	1,0
42. Ratingen	8 408	15,5	24,3	16,8	23,0	4,2	0,5	3¾	1 055	748	307	181	25,7	6,0	7,6	7,8	0,1	4,3	0,3	—
43. Rees	4 508	16,4	38,2	36,1	18,5	0,5	0,3	3¾	894	649	245	110	18,0	5,7	5,1	5,0	0,8	1,4	1,7	1,5
44. Remscheid	39 575	64,9	48,1	42,9	70,1	36,9	2,3	3 3/5	5 102	3 668	1 433	1 005	101,5	18,1	22,1	26,4	22,0	12,9	3,5	2,4
45. Rheinberg (Rheinl.)	6 370	14,9	10,7	10,2	15,4	2,0	0,5	3 3/5	633	449	184	100	15,5	5,3	4,7	4,7	0,5	0,3	1,0	0,3
46. Rheydt	34 837	49,5	63,8	52,8	60,4	21,6	1,1	3½	3 741	2 550	1 191	895	80,2	11,4	21,3	29,1	6,8	11,6	0,03	—
47. Ronsdorf	10 922	18,3	9,9	9,4	18,8	2,1	0,4	3 3/5	1 069	880	289	146	19,8	7,6	6,0	4,6	0,7	0,9	0,2	—
48. Solingen	48 300	76,7	115,0	116,2	75,5	31,0	3,0	3 3/5	4 749	3 478	1 272	745	102,6	17,8	35,3	47,1	0,1	2,4	0,4	—
49. Steele	24 813	47,3	20,4	20,3	47,3	7,4	—	3 3/5	2 666	1 706	961	716	56,2	26,0	14,2	15,7	0,3	—	0,8	—
50. Sterkrade	26 571	35,7	17,8	16,6	36,9	6,5	1,3	3¾	2 367	1 704	662	339	44,3	15,1	17,7	3,3	0,4	7,7	0,8	—
51. Süchteln	8 782	12,9	31,2	25,9	18,2	5,4	0,3	3½	749	553	195	140	22,4	3,0	2,4	8,9	4,3	3,8	0,9	0,4
52. Uerdingen (Niederrh.)	9 607	31,1	40,3	37,7	33,8	—	—	3½	1 802	1 188	614	237	31,3	6,8	14,4	10,0	0,03	—	0,3	—
53. Velbert (Rheinl.)	12 528	27,9	45,0	39,8	33,1	10,3	0,8	3¾	1 561	1 172	389	235	41,4	12,0	7,8	5,3	0,04	16,2	0,5	—
54. Viersen	16 200	25,0	34,9	27,4	32,5	5,0	0,9	3½	1 473	1 064	409	204	37,6	8,3	9,3	7,9	0,2	12,0	0,9	—
55. Wald (Rheinl.)	28 556	35,2	71,8	63,2	43,8	7,4	1,3	3 3/5	2 353	1 641	712	407	45,9	12,8	21,2	10,9	0,3	0,7	3,7	3,5
56. Werden (Ruhr)	13 972	29,2	20,4	17,5	32,2	2,9	1,0	3¾	1 744	1 269	475	266	35,1	11,9	14,1	1,6	0,1	7,4	1,6	1,3
57. Wermelskirchen	18 091	37,4	15,0	12,6	39,8	5,8	0,9	3 3/5	2 053	1 460	593	278	43,6	9,2	15,7	18,2	0,5	—	1,0	0,6
58. Wesel	24 340	28,6	30,2	26,5	32,2	4,6	1,0	3½	1 601	1 050	551	273	31,0	7,9	9,3	9,8	0,3	3,7	7,1	6,7
59. Wevelinghofen (Kreis Grevenbroich)	2 131	5,1	5,5	3,8	6,8	—	0,1	3½	270	200	69	42	6,4	1,3	1,8	0,4	0,1	2,9	0,1	—
60. Wülfrath (Kr. Mettmann)	7 600	24,0	20,6	20,2	24,3	3,2	0,8	3¾	1 287	987	300	224	24,4	9,1	8,0	2,6	0,1	4,6	1,5	1,3
61. Xanten	6 736	14,8	10,5	9,3	16,0	1,1	0,4	3½	580	397	183	85	16,2	4,3	4,0	1,8	0,05	6,1	1,4	1,0
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Aldekerk	1 412	3,4	2,2	1,5	4,1	—	0,1	3½	148	115	33	27	3,8	0,9	0,6	1,8	0,5	0,002	0,3	—
2. Amern, St. Anton (Kr. Kempen, Rheinpr.)	2 320	2,2	4,6	4,1	2,7	—	0,03	3½	113	90	23	2	2,3	1,0	0,7	0,6	0,0003	0,02	0,3	0,2
3. Anrath	2 471	3,5	4,8	4,5	3,8	—	0,1	3½	171	123	48	29	3,3	1,0	1,0	1,3	0,01	0,1	0,3	0,3
4. Benrath	13 326	28,6	20,0	18,6	30,1	11,4	1,2	3 3/5	1 971	1 028	943	428	43,3	13,9	6,8	13,4	0,1	9,1	0,7	—
5. Breyell	2 851	3,0	4,0	3,4	3,6	3,4	—	3½	143	132	11	85	3,9	1,1	0,6	1,6	0,02	0,6	0,1	—
6. Büderich (Kr. Mörs)	3 444	7,3	5,5	5,0	7,8	1,1	0,2	3 3/5	384	261	123	128	8,1	3,0	2,0	0,7	0,1	2,3	0,4	—
7. Büttgen	11 197	16,8	8,7	7,3	18,1	2,9	0,5	3½	983	702	281	181	19,5	2,1	6,2	6,8	0,2	4,3	1,4	1,2
8. Camp (Bz. Düsseldorf)	3 403	3,7	7,2	5,8	5,1	0,2	0,1	3 3/5	233	152	82	54	5,4	0,6	0,2	0,3	0,02	4,3	0,1	—
9. Capellen (Kr. Mörs)	8 805	20,2	11,3	11,1	20,4	0,02	0,7	3 3/5	1 219	919	300	189	22,7	8,3	11,4	1,1	0,3	1,7	0,3	—
10. Corschenbroich (Kreis M.-Gladbach)	8 877	15,0	7,5	5,9	16,6	0,6	0,5	3½	828	591	237	155	14,6	4,0	5,6	1,4	0,04	3,6	1,9	1,2
11. Dabringhausen (Kreis Lennep)	2 648	5,7	4,5	3,6	6,6	0,2	0,1	3 3/5	293	215	78	57	4,5	1,2	2,0	1,0	0,2	0,1	1,9	1,3
12. Erkrath (Kr. Düsseld.)	7 509	19,2	5,4	5,9	18,7	1,4	0,4	3 3/5	1 051	751	301	149	18,7	7,4	7,7	3,5	0,01	0,1	0,3	0,0002
13. Fischeln (Kr. Crefeld)	3 176	7,6	8,9	8,3	8,2	—	0,2	3½	404	297	107	68	8,0	3,1	1,9	3,0	0,001	—	1,0	0,9
14. Friemersheim (Niederrhein)	5 679	8,7	17,5	10,3	15,8	4,0	0,2	3 3/5	637	465	172	159	18,1	4,2	3,9	10,0	0,1	—	0,8	—
15. Giesenkirchen	2 389	3,3	4,5	3,1	4,7	1,1	0,1	3¾	209	173	36	34	5,4	0,6	0,6	1,7	0,01	2,6	0,3	—
16. Grefrath (Kr. Kempen, Rheinpr.)	2 459	5,6	5,2	5,1	5,7	0,3	0,1	3¾	259	179	81	34	5,8	1,1	1,0	0,4	0,04	3,2	0,02	—
17. Gruiten	1 367	2,7	2,5	2,0	3,2	—	0,1	3 3/5	139	97	42	4	2,9	0,6	1,1	1,1	0,02	—	0,03	—
18. Haan (Kr. Mettmann)	9 208	19,7	11,6	8,4	22,9	10,8	0,6	3 3/5	1 172	689	483	293	30,8	5,8	4,4	4,2	0,1	16,3	4,5	4,5
19. Heidhausen (Ruhr)	2 256	5,6	7,7	6,0	7,3	0,9	0,1	3¾	289	233	56	15	7,6	2,1	1,2	4,3	0,01	—	0,5	0,4
20 Heiligenhaus (Niederrhein)	4 833	7,2	11,5	7,8	10,9	3,6	0,2	3¾	557	406	151	82	11,7	1,9	1,4	8,3	0,2	—	2,7	2,3
21. Heisingen	3 028	6,4	4,7	4,6	6,5	0,6	0,3	3¾	458	371	87	81	9,2	4,7	2,4	0,7	0,1	1,2	0,3	—
22. Hochemmerich (Kreis Mörs)	6 585	11,2	18,5	17,5	12,2	2,1	0,2	3 3/5	784	572	212	203	12,9	3,6	4,3	2,1	1,4	1,6	0,3	0,2
23. Hochneukirch	480	1,2	4,2	4,1	1,3	1,4	—	3½	60	44	16	6	1,7	0,2	0,2	1,3	0,01	0,02	0,03	—
24. Homberg (Kr. Mörs)	12 326	22,7	24,0	18,0	28,7	2,7	0,7	3 3/5	1 288	924	365	221	30,3	8,5	5,1	11,5	0,1	5,0	0,4	—
25. Huckingen (Rhein)	1 596	3,0	7,9	5,9	5,0	1,5	—	3¾	197	129	68	99	5,6	2,8	0,4	0,7	0,1	1,6	0,8	—

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: I. Freistaat Preußen. — Noch: 31. Regierungsbezirk Düsseldorf.																				
Noch: B. Landgem.-Spark.																				
26. Hüls (Kreis Kempen, Rheinpr.)	5 330	9,4	12,5	11,5	10,4	1,1	0,3	3 1/2	524	334	190	17	11,8	4,1	1,7	3,3	0,6	2,1	0,1	—
27. Hünxe	416	0,7	0,8	0,6	0,9	—	0,1	3 3/4	42	31	11	2	1,0	0,2	0,1	0,7	0,02	0,01	0,05	—
28. Issum (Kr. Geldern)	1 272	2,5	7,7	7,1	3,1	—	0,1	3 3/4	121	94	27	34	2,8	0,7	0,3	1,7	0,02	—	0,3	—
29. Kettwig v. d. Br.	7 572	14,7	14,3	13,0	15,9	—	0,4	3 3/4	761	595	166	140	15,2	6,6	6,4	1,1	0,2	0,9	0,4	0,3
30. Kevelaer	3 991	7,1	10,3	7,4	10,1	1,2	0,1	3 1/2	391	292	100	160	10,2	1,4	1,8	6,0	0,2	0,7	5,8	5,1
31. Kray	12 046	14,5	21,7	18,5	17,7	1,2	0,1	3 3/4	904	617	287	218	18,2	5,1	5,0	8,0	0,03	0,2	0,1	—
32. Kupferdreh	4 087	7,9	7,6	6,6	8,8	2,0	0,2	3 3/4	502	353	149	91	9,5	3,0	4,9	1,4	0,1	0,1	0,1	—
33. Langenfeld (Rheinl.)	4 819	14,6	20,5	17,9	17,1	3,8	0,4	3 3/5	836	647	189	90	17,7	3,7	4,1	7,6	0,2	2,1	—	—
34. Lank (Rhein)	797	1,9	2,8	2,4	2,4	—	0,1	3	102	74	28	15	2,2	0,5	0,7	0,9	0,1	—	0,2	0,2
35. Lobberich (Kreis Kempen, Rheinpr.)	6 880	10,7	21,2	18,6	13,2	1,7	0,2	3 1/2	520	376	144	98	14,6	1,9	1,9	7,3	0,2	3,2	0,3	—
36. Monheim (Rheinl.)	1 939	2,3	2,8	2,6	2,5	1,9	0,01	3 3/5	173	103	71	59	4,0	0,8	0,6	1,8	0,2	0,6	0,4	—
37. Neukirchen (Kr. Mörs)	945	1,4	2,0	2,0	1,4	—	0,0002	3 3/5	55	45	10	3	0,9	0,5	0,3	—	—	0,1	0,5	0,4
38. Neviges	8 874	20,0	8,2	7,4	20,8	1,9	0,5	3 3/4	1 215	872	343	266	21,5	9,0	6,2	5,8	0,1	0,5	0,02	—
39. Oedt (Rheinland)	1 552	3,5	2,1	1,4	4,2	—	0,1	3 3/4	126	96	30	10	4,2	1,0	0,9	2,3	0,004	—	0,1	—
40. Osterath	2 103	4,2	4,3	3,5	4,9	0,4	0,1	3 1/2	211	159	52	45	4,8	1,9	1,2	1,2	0,01	0,5	0,3	—
41. Pfalzdorf (Kr. Cleve)	932	2,7	1,7	1,5	2,9	—	0,1	3,7	130	96	34	13	2,8	0,8	0,7	1,2	0,1	0,02	0,4	0,4
42. Ratingen	7 470	14,9	7,8	6,8	15,8	2,8	0,3	3 3/4	804	593	210	133	17,4	5,7	6,8	2,5	0,2	2,2	0,2	—
43. Rotthausen (Kr. Essen)	10 735	20,0	40,1	39,1	21,1	1,8	0,4	3 3/4	1 001	821	179	238	21,9	8,5	7,5	5,8	0,02	0,02	0,3	—
44. St. Hubert (Bz. Düsseldorf)	1 867	3,3	2,4	1,9	3,8	0,5	0,04	3 1/2	173	118	55	29	3,9	1,6	1,1	0,8	0,02	0,4	0,2	—
45. Sankt Tönis	3 113	4,0	6,8	5,6	5,2	1,7	0,1	3 1/2	241	179	62	70	4,0	1,0	0,8	1,5	0,1	1,6	1,8	1,4
46. Schiefbahn (Kr. Gladbach)	2 947	4,8	3,9	2,7	6,0	0,7	—	3 1/2	286	206	80	61	5,9	0,9	2,0	2,9	0,04	0,1	0,3	—
47. Schlebusch	5 879	8,6	8,3	6,0	10,8	0,8	0,3	3 3/5	631	414	217	103	15,2	2,5	2,8	9,3	0,1	0,5	0,003	—
48. Stoppenberg	8 496	19,6	15,4	12,7	22,3	—	0,5	3 3/4	1 075	818	257	189	21,2	9,0	7,6	4,4	0,1	0,01	0,4	—
49. Straelen (Kr. Geldern)	3 413	7,5	9,5	7,5	9,5	2,5	0,2	3 1/2	467	341	126	109	12,2	3,5	1,9	5,1	0,2	1,6	—	—
50. Traar	1 442	2,5	2,9	2,7	2,6	—	0,1	3	121	89	32	28	2,5	0,7	0,5	1,0	0,2	0,1	0,1	—
51. Utfort (Kr. Mörs)	3 488	3,6	6,5	5,8	4,3	0,4	0,1	3	187	132	55	18	4,5	2,4	0,8	1,3	0,02	—	0,1	—
52. Vörde (Niederrhein)	5 872	7,4	8,0	6,1	9,3	0,8	0,2	3 3/4	439	313	126	127	10,4	1,7	3,9	0,2	0,1	4,4	0,3	—
53. Vohwinkel	18 426	34,2	31,6	27,3	38,5	5,2	1,4	3 3/5	2 103	1 481	622	312	40,8	11,9	10,2	14,6	0,1	3,9	1,7	—
54. Vorst (Bz. Düsseldorf)	1 924	4,3	4,0	3,6	4,7	0,1	0,1	3 1/2	334	203	132	47	4,4	1,7	1,3	1,2	0,1	—	0,2	0,2
55. Wachtendonk	885	1,7	0,5	0,4	1,8	—	—	3 1/2	72	58	15	19	1,5	0,5	0,5	0,5	0,02	0,01	0,3	0,03
56. Waldniel (Niederrh.)	1 502	2,5	2,7	2,1	3,2	0,8	0,03	3 1/2	164	107	57	21	2,9	0,7	0,5	1,6	0,001	—	1,1	—
57. Walsum (Kr. Dinslaken)	3 874	3,6	15,3	14,2	4,7	—	0,1	3 3/4	196	138	57	36	4,4	1,5	0,7	2,0	0,2	—	0,4	0,2
58. Weeze	1 321	3,6	2,8	1,9	4,5	0,7	0,2	3 1/2	234	158	77	26	5,2	2,3	0,4	0,9	0,2	1,4	0,1	—
59. Wickrath (Kr. Grevenbroich)	6 720	11,8	10,1	8,0	13,9	3,5	0,1	3 1/2	723	506	217	167	17,0	4,3	3,1	1,6	0,1	8,0	0,1	—
60. Wiesdorf (Niederrh.)	25 996	19,1	22,1	18,8	22,4	36,0	0,5	3 3/5	2 462	1 738	724	610	58,8	22,2	6,9	17,6	0,9	11,3	0,7	—
61. Willich	3 590	7,7	8,4	6,2	10,0	0,7	0,3	3 3/4	453	321	132	43	10,0	3,6	2,0	4,2	0,03	0,2	0,6	—
62. Witzhelden	881	1,2	1,4	0,9	1,7	1,0	0,1	3 3/5	126	76	50	31	2,9	0,1	0,1	0,7	0,1	1,8	—	—
C. Kreis-Sparkassen.																				
1. Cleve	13 062	42,4	76,1	68,0	50,5	3,8	1,0	3,7	2 298	1 875	424	321	50,7	5,1	8,1	15,0	0,9	21,6	0,3	—
2. Crefeld	65 701	176,4	281,6	266,1	191,9	—	5,9	3 1/2	9 066	6 955	2 111	1 317	210,8	49,3	73,8	46,0	2,1	39,7	5,6	5,2
3. Düsseldorf	26 072	66,7	85,0	82,5	69,2	9,2	0,8	3 1/2	3 345	2 417	927	633	74,4	14,6	23,1	18,6	1,1	17,0	0,7	—
4. Essen (Ruhr)	8 816	18,3	49,9	41,7	26,4	7,0	0,3	3 3/4	1 279	758	521	349	33,1	3,6	10,5	11,3	0,2	7,5	0,9	0,3
5. Geldern	3 366	21,8	66,7	58,9	29,1	1,1	0,3	3 3/4	1 141	912	229	208	30,1	8,4	0,4	16,1	0,1	5,2	0,04	—
6. Grevenbroich (Niederrhein)	9 986	23,9	39,3	37,0	26,1	3,6	0,5	3 1/2	1 171	778	393	250	27,0	2,1	4,8	12,5	0,1	7,4	1,3	0,03
7. Kempen (Rhein)	7 072	38,1	56,8	49,9	45,0	19,7	0,5	3 3/4	2 780	1 986	794	481	63,2	28,1	7,7	15,2	0,5	11,6	1,3	0,1
8. Mörs	14 209	44,2	119,4	117,7	45,9	8,9	0,9	3 3/5	2 667	1 869	798	698	51,7	23,1	11,1	8,1	0,2	9,2	0,7	—
9. München Gladbach	18 857	61,3	43,8	34,7	70,4	18,4	1,6	3 1/2	4 529	3 528	1 000	993	103,3	3,5	32,7	45,3	0,2	21,7	0,8	—
10. Neuß	2 164	6,8	19,7	12,4	14,1	4,2	0,001	3 1/2	551	445	106	105	18,1	1,6	2,2	5,8	0,02	8,6	0,3	0,2
32. Regierungsbezirk Köln.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Bergneustadt	5 818	12,1	11,1	8,4	14,8	2,7	0,3	3 3/4	710	515	195	125	16,7	4,7	3,6	6,8	0,1	1,6	0,2	—
2. Bonn	63 933	78,5	81,1	71,6	87,9	28,3	1,8	3 1/2	6 140	4 379	1 761	1 267	91,2	20,4	18,3	45,9	0,7	5,9	23,8	23,3
3. Brühl (Bz. Köln)	14 986	33,0	45,3	44,5	33,8	8,3	0,3	3 1/2	1 776	1 340	437	353	35,2	11,6	4,2	17,3	2,1	0,01	1,5	—
4. Euskirchen	6 909	12,6	20,3	17,1	15,9	1,7	0,6	3 1/2	686	495	192	211	15,8	5,2	2,3	3,1	0,1	5,1	2,6	0,9
5. Gummersbach	10 822	21,6	23,2	24,1	20,7	7,8	0,5	3 3/4	1 234	887	347	260	28,6	6,2	8,1	12,4	0,1	1,8	0,4	—
6. Honnef (Rhein)	5 634	11,7	27,6	26,7	12,6	0,6	0,2	3 1/2	439	330	109	140	13,4	4,1	1,3	6,6	0,4	1,0	0,05	—

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen[1]	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsvorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: I. Freistaat Preußen. — Noch: 32. Regierungsbezirk Köln.																				
Noch: A. Städt. Spark.																				
7. Köln	348 704	479,1	654,0	550,9	582,3	396,1	14,8	3¼	37490	23572	13918	6 573	989,0	154,9	279,7	543,2	11,2	—	46,2	38,1
8. Königswinter	6 147	11,3	28,1	25,8	13,6	0,2	0,3	3	568	382	187	116	13,1	2,4	2,8	7,0	0,3	0,5	0,7	0,6
9. Münstereifel	2 405	3,9	8,7	7,1	5,4	—	0,1	3½	194	149	45	104	5,4	1,6	0,3	0,3	2,3	0,9	0,2	—
10. Siegburg	1 406	24,8	49,1	47,6	26,3	6,9	0,3	3	1 514	1 010	504	327	24,3	4,8	13,0	6,3	0,2	0,1	0,7	0,4
11. Wipperfürth	5 874	14,5	20,2	18,2	16,5	—	0,4	3¾	684	506	178	98	16,2	2,8	3,3	1,4	2,4	6,2	0,1	—
12. Zülpich	3 736	8,9	7,6	4,3	12,2	1,3	0,4	3	566	428	139	83	10,9	5,4	2,7	2,2	0,1	0,4	2,5	2,2
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Godesberg	2 311	7,3	19,9	14,6	12,6	4,5	0,02	3½	618	453	165	157	13,2	1,8	0,6	7,7	0,2	2,8	3,9	3,6
2. Hennef (Sieg)	4 727	10,9	22,8	20,0	13,6	1,5	0,2	3	594	460	134	100	13,4	2,7	5,2	5,2	0,2	0,1	1,5	0,6
3. Hermülheim	5 502	15,6	19,6	13,6	21,5	1,4	0,05	3½	927	740	187	248	21,2	11,8	1,8	7,3	0,1	0,1	0,6	—
4. Hülsenbusch	1 684	4,3	4,0	2,6	5,7	0,2	0,1	3¾	237	159	78	38	5,7	1,1	1,0	2,9	0,2	0,6	0,1	0,1
5. Lindlar	3 674	7,0	5,5	4,0	8,5	0,02	0,1	3¾	368	278	89	75	7,8	1,7	2,5	3,5	0,02	—	0,7	0,4
6. Marienheide	4 064	11,1	12,0	10,4	12,7	2,8	0,2	3¾	610	450	160	105	12,1	4,0	3,7	2,6	0,03	1,8	0,3	0,3
7. Oberkassel (Siegkreis)	2 240	4,5	6,1	5,7	4,9	0,4	0,1	3½	224	188	36	86	4,7	0,7	1,0	0,9	0,1	1,9	2,0	1,9
8. Porz a. Rh.	5 551	14,3	10,2	8,2	16,3	2,3	0,2	4	706	543	163	142	13,6	5,1	2,6	4,6	0,1	1,3	2,4	—
9. Rodenkirchen (Rhein)	13 222	43,9	27,5	22,5	49,0	2,9	0,1	3½	2 558	1 916	641	324	49,0	9,5	17,1	17,0	0,2	5,3	0,3	—
10. Ründeroth	3 290	6,7	4,6	3,6	7,7	3,2	0,2	3¾	482	315	167	48	10,7	1,2	2,1	3,8	0,1	3,6	0,1	—
11. Wiehl (Kr. Gummersbach)	5 118	11,4	5,7	5,2	12,0	0,6	0,3	3¾	573	432	141	94	11,8	1,7	4,4	3,8	0,3	1,6	0,1	—
C. Kreis-Sparkassen.																				
1. Bergheim (Erft)	18 391	35,3	35,3	23,3	47,3	15,5	0,9	3½	2 255	1 719	536	526	62,3	13,8	5,5	35,4	0,3	7,4	0,5	—
2. Bonn	39 060	84,8	74,1	60,4	98,5	26,9	0,1	3½	6 684	5 389	1 295	1 357	110,6	10,6	18,7	60,5	1,5	19,3	13,8	9,2
3. Euskirchen	20 637	44,6	43,6	37,9	50,4	6,5	1,5	3½	3 659	2 826	834	690	57,6	7,7	7,6	31,6	0,6	10,1	9,6	9,5
4. Köln	56 547	118,3	129,0	106,2	141,2	57,6	3,6	3 1/3	8 192	5 357	2 835	1 788	162,0	37,6	44,7	55,5	13,9	10,3	28,0	27,0
5. Köln-Mülheim (Rhein)	28 892	56,7	80,0	71,8	64,8	7,4	1,6	3 1/3	3 582	2 642	940	476	69,7	12,6	16,9	22,9	0,3	17,1	0,1	—
6. Rheinbach	13 692	37,8	36,9	36,0	38,6	2,2	1,1	3½	1 895	1 364	531	219	40,7	12,8	5,6	16,2	2,5	3,6	3,8	3,6
7. Siegburg	33 857	66,5	114,5	104,6	76,5	20,3	1,2	3½	6 052	4 329	1 724	777	91,2	8,7	15,7	55,0	0,3	11,5	2,0	0,5
8. Waldbröl	8 289	12,9	10,6	9,0	14,5	1,3	0,3	3¾	702	513	188	143	15,9	1,8	3,1	10,2	0,5	0,2	1,4	1,4
33. Regierungsbezirk Trier.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Saarbrücken	40 875	70,9	100,4	57,9	113,4	23,7	0,5	3½	5 442	3 995	1 447	900	136,5	11,8	10,0	35,4	0,3	79,0	1,2	—
2. Trier	29 779	66,4	41,6	38,0	70,1	11,1	1,2	3¾	3 394	2 523	872	483	77,2	12,2	20,8	42,8	1,1	0,3	5,6	5,0
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Neunkirchen (Bz. Trier)	5 685	8,1	13,4	10,1	11,4	2,0	0,2	3½	860	716	144	98	2,5	0,3	1,4	0,7	0,04	0,001	14,9	14,5
2. Obersgegen (Kr. Bitburg)	895	1,9	2,0	1,0	2,9	—	0,01	3¾	115	89	26	17	2,9	0,1	1,4	0,9	0,2	0,2	0,02	—
3. Speicher (Eifel)	820	1,7	2,7	1,5	2,9	0,4	0,2	3¾	116	89	27	10	3,5	1,1	0,6	0,7	0,2	0,8	0,01	—
4. Völklingen . . . 1920	8 690	12,3	11,5	6,5	17,3	0,2	0,6	3½	802	580	223	111	16,3	3,6	7,3	2,0	0,1	3,2	0,1	—
C. Kreis-Sparkassen.																				
1. Baumholder	8 275	12,9	7,3	4,8	15,4	8,0	0,5	3½	787	558	229	180	22,1	1,5	8,1	12,3	0,1	—	0,6	—
2. Bernkastel-Cues	16 697	46,8	66,2	48,0	65,0	3,6	1,3	3¾	2 799	2 095	704	321	68,9	3,3	7,8	55,7	0,9	1,3	8,8	7,8
3. Bitburg (Bz. Trier)	7 595	34,9	30,5	30,3	35,1	2,6	1,1	3	2 000	1 400	600	170	41,9	13,6	7,8	2,9	0,5	17,0	0,7	0,5
4. Daun	9 135	13,5	13,5	6,6	20,4	4,7	0,3	3¾	877	634	243	229	23,7	3,1	1,3	3,4	5,8	10,2	1,5	0,6
5. Merzig	17 922	46,9	51,5	35,8	62,6	9,8	1,3	3 3/5	2 795	2 029	766	477	61,3	5,4	7,3	26,9	0,04	21,6	12,4	11,3
6. Ottweiler (Bz. Trier)	18 762	26,8	40,0	22,8	44,0	4,5	1,4	3½	2 232	1 625	607	279	36,0	1,9	11,2	22,2	0,003	0,7	6,4	6,0
7. Prüm	10 225	16,0	14,5	11,9	18,6	2,0	0,4	3½	851	625	226	171	20,0	2,5	4,7	11,8	0,7	0,3	0,3	—
8. Saarbrücken	44 557	93,0	120,7	66,8	146,9	14,5	2,0	3½	6 380	4 603	1 777	726	154,6	15,4	9,3	129,7	0,1	0,1	5,5	4,4
9. Saarburg (Bz. Trier)	15 058	35,7	27,4	24,1	39,0	3,1	1,0	3½	1 722	1 338	383	315	40,0	2,8	17,8	11,4	3,4	4,7	2,9	2,4
10. Saarlouis	28 398	97,3	87,2	56,5	127,9	19,3	2,5	3½	5 537	4 284	1 253	667	140,1	8,6	12,7	50,1	0,4	68,3	7,0	2,2
11. Trier	18 887	47,0	31,2	25,5	52,8	—	0,7	3¾	2 232	1 821	411	227	44,0	7,0	14,8	13,0	0,2	9,0	5,4	5,0
12. Wittlich	14 533	47,5	46,3	31,8	62,0	8,1	2,0	3¾	3 100	2 150	950	368	69,5	6,1	9,4	42,4	9,0	2,6	5,8	5,7
34. Regierungsbezirk Aachen.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Aachen	52 352	89,8	114,5	100,0	104,2	53,8	0,9	3¼	5 536	3 500	2 037	1 101	149,1	21,1	15,2	6,0	24,7	82,1	105,5	104,2
2. Düren (Rheinland)	6 452	19,5	173,2	159,4	33,3	13,9	0,03	3½	1 186	869	317	319	31,5	0,3	2,9	14,0	0,1	14,3	1,4	1,3
3. Erkelenz	1 976	6,0	12,8	10,7	8,1	2,5	0,1	3½	418	315	104	88	8,9	1,3	1,0	3,4	0,1	3,1	1,7	1,6

[1]) Vergl. die Anmerkung [1]) auf Seite 8.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen (* = Landgemeinde-Sparkassen)	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: I. Freistaat Preußen. — Noch: 34. Regierungsbezirk Aachen.																				
Noch: A. Städt. Spark.																				
4. Eschweiler	9 146	18,1	45,6	41,3	22,4	0,1	0,05	3	844	647	197	186	21,8	2,6	3,1	6,6	0,1	9,4	0,5	0,3
5. Jülich	1 762	3,3	11,2	8,5	6,0	5,1	0,03	3½	375	258	117	118	10,8	1,5	0,9	7,4	0,1	0,9	6,2	6,1
6. Stolberg (Rheinland)	996	2,4	11,9	7,1	7,2	1,0	0,03	3½	208	151	57	84	8,2	0,9	0,3	2,3	0,2	4,5	1,5	1,4
C. Kreis-Sparkassen.																				
1. Aachen	21 344	49,7	62,0	50,8	60,9	6,9	0,8	3½	2 819	2 041	778	448	65,7	6,4	10,5	4,8	30,8	13,1	3,6	3,6
2. Düren (Rheinland)	18 106	53,6	58,1	45,6	66,0	9,6	1,0	3½	2 819	2 407	412	494	63,8	8,0	13,2	32,1	0,2	10,2	3,5	3,0
3. Erkelenz	8 741	20,4	21,4	16,4	25,3	4,6	0,5	3½	1 130	762	368	218	22,7	5,4	4,6	12,7	0,003	—	4,0	2,1
4. Geilenkirchen (Geilenkirchen-Hünshoven)	7 006	15,2	57,6	52,2	20,5	—	0,1	3½	756	579	177	135	18,5	1,4	3,0	12,1	1,4	0,5	1,3	—
5. Heinsberg (Rheinld.)	7 721	17,5	18,3	13,8	21,9	1,2	0,03	3½	941	751	189	186	22,6	1,4	8,6	7,3	0,1	5,2	0,6	—
6. Jülich	15 486	23,4	27,3	22,0	28,6	2,5	0,6	3½	1 359	990	370	284	30,2	2,1	8,1	19,7	0,2	0,1	0,2	—
7. Monschau	10 411	21,6	90,4	78,7	33,3	—	0,4	3 3/5	1 199	836	363	266	31,8	9,6	8,0	4,1	8,5	1,6	2,0	—
8 Schleiden (Eifel)	9 882	16,4	14,3	14,7	16,0	6,6	0,3	3½	1 183	887	296	204	22,0	3,6	3,3	8,4	0,1	6,7	0,8	—
E. Sonstige öffentliche Sparkassen.																				
1. Aachen, Verein z. Beförd. d. Arbeitsamkeit	185 187	231,5	124,5	104,3	251,7	16,3	—	3¼	12339	8 339	4 000	2 100	249,2	45,1	118,3	18,1	65,2	2,6	6,1	3,6
35. Regierungsbezirk Sigmaringen.																				
D. Provinzial- und ständische Sparkassen.																				
1. Sigmaringen, Spar- u. Prämienk. f. d. Hohenz. L.	36 825	60,7	29,6	12,1	78,2	6,9	2,0	3½	5 656	4 105	1 551	945	80,5	13,6	9,2	19,1	17,5	21,0	2,3	1,6
II. Freistaat Bayern.[1]																				
1. Regierungsbezirk Oberbayern.																				
A. Sparkassen der kreisunmittelbaren Städte.																				
1. Freising	7 200	8,3	8,7	3,3	13,7	1,9	0,3	3½–4	850	670	180	180	11,0	1,7	1,9	3,2	—	4,3	0,2	—
2. Ingolstadt	11 400	10,2	6,6	4,2	12,7	2,1	0,5	3	546	369	177	40	15,0	1,0	3,6	6,6	1,2	2,6	1,2	1,2
3. Landsberg	12 644	10,2	5,9	4,2	11,9	0,7	0,4	3¾	547	380	167	55	12,5	2,6	3,8	5,9	0,02	0,1	0,7	0,6
4. München	329 584	276,5	200,6	184,3	292,7	7,5	6,0	3	13770	8 376	5 394	3 680	278,5	47,4	138,8	44,2	44,2	4,0	52,0	51,2
B. Sparkassen der übrigen Gemeinden.																				
1. Aichach (Aichach)	5 639	6,5	2,4	1,2	7,7	—	0,4	3½–4	276	229	47	45	8,1	1,5	2,6	2,2	—	1,8	0,9	0,8
2. *Altomünster (Aichach)	719	0,9	0,4	0,2	1,1	—	0,1	3½	44	34	10	3	1,0	0,1	0,2	0,6	—	0,2	0,1	0,1
3. Altötting (Altötting)	788	0,7	0,5	0,2	1,0	—	—	3½	37	28	9	2	1,0	0,04	0,2	0,1	—	0,6	0,02	—
4. *Dachau (Dachau)	7 375	7,7	3,3	1,7	9,2	0,2	0,3	3½	394	287	107	66	9,8	2,0	3,8	3,0	1,1	0,03	—	—
5. *Markt Indersdorf (Dachau)	917	4,2	5,6	4,2	5,6	—	0,02	3 3/5	32	31	1	7	2,0	0,1	0,2	0,01	—	1,7	1,4	—
6. *Dorfen (Erding)	2 685	4,7	1,2	1,5	4,4	—	0,1	3–3½	270	210	60	50	4,7	0,8	0,9	1,5	0,1	1,5	0,03	0,02
7. Erding (Erding)	4 218	6,3	6,0	2,8	9,5	2,8	0,3	3½	491	348	143	80	15,6	2,8	1,4	3,3	0,2	8,0	0,2	0,1
8. Moosburg (Freising)	4 000	4,8	3,0	0,9	6,9	0,2	0,1	3½–4	265	220	45	30	7,2	0,7	1,2	1,3	0,1	3,9	2,5	2,3
9. Friedberg (Friedberg)	3 054	3,3	1,3	0,5	4,0	0,2	0,1	3–3½	167	97	70	21	4,3	0,7	1,2	0,8	1,5	0,2	0,2	0,2
10 *Fürstenfeldbruck (Fürstenfeldbruck)	1 512	6,6	3,2	1,3	8,5	—	0,2	3½	203	168	35	25	6,8	1,0	2,7	0,5	—	2,7	0,8	—
11. *Diessen (Landsberg)	2 405	1,8	0,8	0,4	2,2	0,6	0,1	3½	130	96	34	43	3,0	0,8	0,6	0,9	—	0,7	0,5	0,3
12 Laufen (Laufen)	1 808	1,8	0,8	0,5	2,1	—	0,1	3½	82	36	46	10	2,0	0,4	0,4	1,1	—	—	0,1	—
13. *Teisendorf (Laufen)	613	0,6	0,2	0,1	0,7	—	0,01	3½	16	11	5	1	0,6	0,1	0,2	0,1	—	0,2	0,1	—
14. Tittmoning (Laufen)	2 106	2,7	1,3	0,7	3,2	—	0,1	3½	132	103	29	26	3,2	0,8	0,9	1,2	0,1	0,2	0,2	0,1
15. *Miesbach (Miesbach)	1 451	0,6	0,8	0,3	1,1	0,7	0,05	3½	48	40	8	18	1,6	0,1	0,7	0,4	0,1	0,4	0,2	0,1
16. *Schliersee (Miesbach)	322	0,3	0,5	0,2	0,5	1,7	0,03	3½	82	52	30	56	1,6	0,2	0,01	0,5	—	0,8	1,2	1,0
17. Pasing (München)	5 500	3,7	2,9	2,4	4,2	1,0	—	3½	215	156	59	64	5,5	0,2	2,3	0,8	0,8	1,3	0,7	0,6
18. *Geisenfeld (Pfaffenhofen)	1 241	1,1	0,5	0,2	1,4	—	0,05	3–3¼	24	20	4	4	1,2	0,1	0,4	0,6	—	0,1	0,02	—

[1]) Im Freistaat Bayern sind hinter den Namen (Sitz) der unter B aufgeführten Sparkassen der übrigen Gemeinden sowie der unter C aufgeführten Distrikts-Sparkassen die zugehörigen Bezirksämter in Klammern hinzugefügt; die Reihenfolge der Sparkassen unter B und C ist regierungsbezirksweise so angeordnet, daß zunächst die Bezirksämter in alphabetischer Reihe einander folgen und innerhalb dieser Ämter die Namen der Sparkassen alphabetisiert sind. Die unter B enthaltenen Landgemeinde-Sparkassen sind vor dem Namen durch einen Stern (*) bezeichnet.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen (* = Landgemeinde-Sparkassen)	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsvorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: II. Freistaat Bayern.[1]) — Noch: 1. Regierungsbezirk Oberbayern.																				
Noch: B. Sparkassen der übrigen Gemeinden.																				
19. Pfaffenhofen (Pfaffenhofen)	2 791	2,3	1,4	0,6	3,1	0,2	0,1	3½	126	87	39	18	3,3	0,1	0,6	1,2	—	1,4	1,4	1,4
20. *Wolnzach (Pfaffenhofen)	126	0,2	0,2	0,1	0,4	—	0,002	3½	12	11	1	2	0,2	—	0,04	0,1	0,03	0,002	0,2	0,2
21. Schrobenhausen (Schrobenhausen)	3 414	3,3	1,6	0,6	4,2	0,6	0,2	3½	190	111	79	9	4,3	1,0	0,9	2,2	0,1	—	0,8	0,7
22. *Gauting (Starnberg)	358	0,3	0,7	0,4	0,5	0,5	0,01	3½	35	22	13	6	1,1	0,01	0,02	0,7	—	0,3	0,4	0,3
23. Bad Tölz (Tölz)	3 809	5,1	4,6	2,9	6,8	2,3	0,1	3	396	245	151	113	9,3	1,0	2,4	4,0	0,1	1,8	1,0	1,0
24. *Benediktbeuern (Tölz)	1 484	2,4	1,6	0,5	3,6	—	0,04	3½	58	56	2	4	2,5	0,02	1,3	0,002	—	1,2	0,2	—
25. *Lenggries (Tölz)	1 627	1,7	2,6	2,0	2,4	—	0,05	3½–4	41	40	1	13	1,7	0,2	0,6	0,1	—	0,9	0,5	—
26. Wasserburg (Wasserburg)	9 860	14,1	11,8	5,1	20,9	—	0,5	3½–4	878	691	187	118	19,9	2,3	2,4	2,7	0,1	12,5	0,3	0,2
27. *Murnau (Weilheim)	1 700	1,6	0,6	0,2	2,0	0,01	0,1	3½	70	57	13	2	2,1	0,2	1,5	0,3	0,1	0,1	0,1	0,1
28. *Peißenberg (Weilheim)	244	0,3	0,5	0,1	0,7	—	0,002	4	25	21	4	3	0,7	0,1	0,02	0,4	0,1	0,1	0,04	—
29. *Penzberg (Weilheim)	295	—	0,6	0,1	0,5	0,4	0,001	4	17	13	4	3	0,8	0,1	—	0,4	—	0,3	0,3	0,3
30. Weilheim (Weilheim)	4 871	5,0	2,2	1,3	5,9	—	0,3	3½	215	187	28	6	7,7	1,5	2,5	2,1	—	1,7	1,4	1,4
C. Distrikts-Sparkassen.																				
1. Aibling, Bad (Aibling)	1 900	1,5	0,5	0,2	1,8	0,1	0,1	3½	58	44	14	10	1,5	0,2	0,5	0,5	—	0,3	0,4	0,3
2. Altötting (Altötting)	1 412	1,4	0,4	0,2	1,6	—	0,1	3½	59	51	8	5	1,6	0,2	0,9	0,4	0,003	0,1	0,2	0,1
3. Burghausen (Altötting)	2 018	2,6	1,2	0,7	3,0	—	0,1	3½	123	96	27	8	2,9	0,7	1,2	0,6	—	0,4	0,3	0,3
4. Berchtesgaden (Berchtesgaden)	3 540	2,2	0,8	0,4	2,6	—	0,2	3½	96	57	39	21	2,5	1,1	0,01	1,3	—	—	0,2	0,02
5. Reichenhall, Bad (Berchtesgaden)	2 095	1,8	0,7	0,3	2,2	—	—	3½	82	73	9	8	2,2	0,4	1,0	0,4	—	0,3	0,3	0,3
6. Ebersberg (Ebersberg)	2 324	2,1	0,5	0,3	2,3	—	0,04	4	69	69	—	13	2,3	0,5	0,8	0,7	0,003	0,3	0,3	0,2
7. Garmisch (Garmisch)	3 060	1,7	1,3	1,1	1,8	0,8	—	3½	95	94	1	30	2,5	0,4	0,6	1,4	0,01	0,1	0,1	0,1
8. Miesbach (Miesbach)	3 495	2,2	0,6	0,4	2,4	—	—	3½	111	73	38	37	2,2	0,4	1,6	0,2	—	—	0,2	0,2
9. Tegernsee (Miesbach)	2 870	1,7	0,5	0,4	1,9	—	—	3½	96	62	34	28	1,8	0,6	1,1	0,1	—	—	0,2	0,2
10. Mühldorf-Neumarkt (Mühldorf)	6 164	11,8	6,1	2,3	15,6	0,1	0,4	3½	635	461	174	71	16,0	1,7	4,1	7,7	0,1	2,4	2,5	2,4
11. Prien (Rosenheim)	2 020	1,7	0,7	0,3	2,1	0,2	0,1	4	91	75	16	9	2,4	0,1	0,6	1,1	0,04	0,6	0,6	0,6
12. Rosenheim (Rosenheim)	12 900	7,2	3,7	2,2	8,6	1,3	0,3	3½	445	309	136	71	9,8	0,9	2,8	2,3	—	3,8	0,1	—
13. Schongau (Schongau)	5 297	5,7	2,7	2,0	6,4	1,5	0,1	3–3½	229	240	— 11	104	7,2	0,9	3,0	1,5	1,2	0,5	0,2	0,1
14. Traunstein (Traunstein)	9 000	12,8	7,3	4,6	15,6	6,2	0,4	3½–4	967	649	318	553	13,9	2,6	4,0	6,1	1,2	—	4,3	4,1
15. Trostberg (Traunstein)	2 050	2,6	1,6	0,9	3,4	0,6	—	3½–4	134	101	33	32	3,6	1,1	1,9	0,7	0,01	—	0,5	0,4
16. Haag (Wasserburg)	3 515	5,9	2,5	0,7	7,6	0,03	0,2	3½	296	234	62	44	5,7	1,2	2,5	0,7	0,1	1,1	2,6	2,5
17. Wolfratshausen (Wolfratshausen)	1 692	0,9	1,0	0,3	1,6	0,3	0,03	3½	58	49	9	6	1,3	0,1	0,4	0,9	—	—	0,04	0,03
2. Regierungsbezirk Niederbayern.																				
A. Sparkassen der kreisunmittelbaren Städte.																				
1. Deggendorf	9 433	18,9	14,6	9,0	24,5	1,2	0,3	4	1 090	849	241	61	17,5	3,8	5,1	8,5	0,02	—	1,1	1,0
2. Landshut	16 231	16,0	10,7	6,9	19,8	3,2	2,1	3½	961	665	296	169	23,7	3,3	6,7	6,3	7,1	0,2	6,5	6,4
3. Passau	18 970	22,9	13,5	8,7	27,7	12,7	1,0	4	1 536	1 179	357	256	38,4	10,7	7,1	3,9	0,1	16,6	3,0	2,6
4. Straubing	13 327	20,2	8,0	4,8	23,3	1,0	0,6	3½	1 036	763	273	191	24,8	2,3	6,0	10,4	—	6,2	2,7	2,6
B. Sparkassen der übrigen Gemeinden.																				
1. *Hengersberg (Deggendorf)	2 080	4,3	1,9	0,6	5,6	0,6	0,2	4	257	187	70	4	5,7	0,5	1,4	1,9	—	1,9	0,6	0,5
2. Plattling (Deggendorf)	1 547	2,2	0,7	0,3	2,6	—	0,01	4	104	92	12	6	2,4	0,4	0,6	1,3	—	—	0,3	0,3
3. Dingolfing (Dingolfing)	1 429	0,6	0,3	0,2	0,7	—	0,03	3½	32	21	11	0,1	0,7	0,05	0,3	0,03	—	0,4	0,01	—
4. Kelheim (Kelheim)	3 955	5,1	3,2	2,6	5,7	—	0,1	3—4	165	118	47	4	5,2	0,6	4,0	0,2	—	0,4	0,01	—
5. Neustadt a. d. Donau (Kelheim)	556	0,3	0,1	0,1	0,3	—	0,001	3½	8	8	—	0,2	0,3	0,01	0,1	0,1	—	0,1	0,01	—
6. *Ergoldsbach (Mallersdorf)	919	1,2	0,6	0,2	1,6	—	0,01	4	36	20	16	1	1,2	0,4	0,4	0,3	—	0,2	0,2	—
7. *Geiselhöring (Mallersdorf)	824	1,2	0,8	0,3	1,6	—		3½	57	46	11	2	1,4	0,1	0,6	0,1	0,5	—	0,6	0,5

[1]) Vergl. die Anmerkung [1]) auf Seite 39.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen¹) (* = Landgemeinde-Sparkassen)	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: II. Freistaat Bayern.²) — Noch: 2. Regierungsbezirk Niederbayern.																				
Noch: B. Sparkassen der übrigen Gemeinden.																				
8. Pfarrkirchen (Pfarrkirchen)	2 055	3,3	1,3	0,8	3,9	—	0,1	4	175	134	41	20	3,2	0,6	1,4	1,2	0,02	—	0,7	0,7
9. *Langquaid (Rottenburg) 1919	581	0,7	0,3	0,1	1,0	—	0,01	4	21	20	1	1	0,6	0,03	0,4	0,01	—	0,2	0,1	—
10. *Pfeffenhausen (Rottenburg)	263	0,2	0,2	0,03	0,4	—	0,001	3½–4	9	7	2	1	0,4	0,004	0,2	0,2	—	0,1	0,1	—
11. *Ortenburg (Vilshofen)	250	0,2	0,02	0,01	0,2	—	—	3½	5	4	1	1	0,2	0,1	0,01	0,05	—	0,1	0,02	0,02
12. Osterhofen (Vilshofen)	3 087	8,7	2,9	1,6	10,0	0,1	0,2	3—4	427	336	91	43	9,2	1,3	7,7	0,2	—	—	1,0	0,8
13. Vilshofen (Vilshofen)	3 114	7,5	2,8	1,7	8,6	—	0,3	2½—4½	177	159	18	16	8,6	1,9	3,0	1,9	—	1,9	0,1	—
C. Distrikts-Sparkassen.																				
1. Bogen (Bogen)	2 030	3,1	1,2	0,6	3,7	—	0,1	3½	161	163	— 2	21	3,8	0,4	0,6	1,2	0,5	1,1	1,1	1,1
2. Mitterfels (Bogen)	2 361	5,6	2,0	0,8	6,8	0,03	0,2	3½	272	215	57	52	6,7	1,5	2,5	2,4	0,3	—	0,1	0,001
3. Dingolfing (Dingolfing)	2 394	3,6	1,1	0,5	4,3	—	0,4	3½	155	134	21	38	4,5	1,2	0,9	2,5	—	—	0,4	0,4
4. Eggenfelden (Eggenfelden)	9 743	19,9	10,6	4,1	26,4	7,1	—	4	1 318	979	339	575	28,5	3,2	7,6	4,9	0,2	12,6	4,1	3,7
5. Grafenau (Grafenau) 1919	2 347	2,9	7,8	6,5	4,2	—	0,04	3—5	80	77	3	9	3,0	0,5	0,5	0,5	—	1,4	0,3	—
6. Griesbach (Griesbach)	3 307	6,6	3,1	1,7	8,0	1,0	0,3	3½	340	261	79	43	8,9	0,9	3,0	3,6	0,01	1,4	1,2	1,2
7. Rotthalmünster (Griesbach)	4 678	7,0	2,1	1,6	7,5	3,7	0,3	4	513	373	140	62	12,9	0,8	5,8	4,3	1,2	0,8	0,1	0,1
8. Abensberg (Kelheim)	6 438	6,4	2,4	0,9	8,0	—	0,2	3½	335	288	47	15	7,9	0,1	2,7	3,2	1,9	—	0,2	—
9. Kötzting (Kötzting)	2 623	4,1	1,7	0,6	5,3	—	—	3½	221	148	73	39	5,4	0,3	1,4	3,7	0,0003	—	0,1	0,04
10. Landau a. d. J. (Landau a. d. J.)	3 099	3,6	7,3	4,0	6,9	—	0,2	3½	239	154	85	49	4,3	0,8	0,2	1,9	—	1,4	0,5	0,4
11. Landshut (Landshut)	1 657	4,2	3,6	1,5	6,4	—	0,01	4	325	252	73	10	6,2	0,1	1,4	4,4	—	0,4	0,4	0,4
12. Mainburg (Mainburg)	5 355	8,8	6,7	1,7	13,8	0,8	0,3	3½	487	356	131	35	13,7	0,6	1,6	11,4	—	—	1,1	1,1
13. Mallersdorf (Mallersdorf)	2 014	2,6	0,7	0,3	3,0	—	0,2	3½	180	101	79	3	4,2	0,6	0,9	2,7	—	0,03	0,1	0,1
14. Passau (Passau)	2 595	2,2	1,3	0,4	3,0	0,7	0,1	4	144	106	38	10	3,1	0,4	0,7	2,0	—	—	0,7	0,7
15. Pfarrkirchen (Pfarrkirchen)	735	1,8	1,1	0,4	2,5	—	0,04	4	87	81	6	12	2,7	0,1	0,9	1,6	—	0,1	0,1	0,1
16. Simbach (Pfarrkirchen)	3 087	4,1	1,9	0,7	5,3	0,1	0,1	4	211	184	27	30	5,5	0,7	1,5	2,0	1,3	0,001	1,3	1,3
17. Regen (Regen)	4 344	10,0	4,3	2,1	12,2	3,2	0,3	3—4	650	369	281	59	15,5	1,5	—	3,0	0,02	11,0	0,7	—
18. Rottenburg-Pattendorf (Rottenburg)	3 719	6,6	3,4	0,8	9,1	0,1	0,2	2½–4	403	296	107	32	7,4	0,6	1,2	5,6	—	—	2,1	2,0
19. Straubing (Straubing)	4 590	9,5	8,4	2,7	15,3	0,5	0,2	4	602	486	116	61	16,1	1,4	8,9	2,5	3,2	0,1	6,1	6,0
20. Viechtach (Viechtach)	3 326	5,3	1,9	0,8	6,4	—	0,3	3½	280	171	109	12	6,6	1,1	2,5	0,4	—	2,6	0,1	0,1
21. Vilsbiburg (Vilsbiburg) 1919	4 672	7,0	5,6	3,6	9,0		0,1	3—5	204	197	7	23	7,2	0,8	3,7	1,0		1,7	0,1	—
22. Wegscheid (Wegscheid)	2 050	2,5	1,2	0,5	3,3	—	—	4	168	111	57	34	2,3	0,2	0,6	1,5	—	0,01	0,1	0,01
23. Wolfstein bei Freyung (Wolfstein)	3 000	5,0	2,4	1,1	6,3	—	0,1	3½–4	244	185	59	55	5,7	1,1	1,4	1,6	0,1	1,6	1,0	—
3. Regierungsbezirk Pfalz.																				
A. Sparkassen der kreisunmittelbaren Städte.																				
1. Bad Dürkheim	2 500	5,5	3,4	1,4	7,5	0,6	0,03	4	342	273	69	35	8,0	0,3	1,3	2,4	0,01	4,0	0,1	—
2. Edenkoben	1 307	1,6	1,6	0,6	2,6	—	0,03	4	96	75	21	4	2,6	0,1	0,3	2,1	—	0,1	0,04	0,02
3. Frankenthal	16 984	21,2	3,0	7,8	16,4	5,5	0,9	4	1 672	1 151	521	212	29,1	5,9	5,7	11,4	6,0	—	0,3	—
4. Germersheim	1 991	2,3	3,1	2,6	2,8	—	0,02	3½	125	84	41	11	2,1	0,5	0,8	0,2	0,1	0,5	0,8	0,1
5. Haßloch	3 600	6,0	3,5	2,2	7,3	0,7	0,2	4	345	266	79	48	8,7	2,0	2,1	3,2	0,8	0,6	0,6	0,4
6. Kaiserslautern	19 893	32,1	20,7	15,4	37,4	0,5	0,2	3½	1 582	1208	374	211	34,1	4,9	7,2	19,3	2,5	0,2	4,0	1,6
7. Landau	13 909	27,9	21,1	9,9	39,1	—	0,4	3³⁄₅–4	832	795	37	37	28,4	2,1	21,0	0,9	—	4,4	0,3	—
8. Ludwigshafen a. Rh.	31 271	50,9	22,5	20,0	53,3	7,3	0,4	3½	2 714	1 823	891	534	56,9	7,8	17,6	28,4	0,0001	3,1	5,6	5,5
9. Neustadt a. d. H.	14 756	17,6	11,0	8,7	19,9	1,2	0,6	4	825	517	308	171	9,5	1,5	7,0	1,1	—	0,003	9,7	—
10. Oggersheim	1 941	2,4	1,9	1,8	2,5	—	0,1	4	112	83	28	8	2,6	0,3	0,6	—	—	1,7	—	—
11. Schifferstadt	2 337	4,8	3,7	2,4	6,1	0,8	0,1	4	306	241	65	43	7,0	0,7	0,9	1,9	1,4	2,1	2,2	2,1
12. Speyer	11 670	14,2	9,7	7,2	16,7	—	0,2	3½	700	550	150	111	15,9	3,7	1,4	6,6	—	4,2	1,7	0,8
13. Zweibrücken	7 235	10,0	57,1	54,2	12,9	5,6	0,03	3½–4	708	526	182	232	17,2	11,9	3,4	0,6	1,3	—	2,0	1,9

¹) Vergl. die Anmerkung ¹) auf Seite 8. — ²) desgl. die Anmerkung ¹) auf Seite 39.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen (* = Landgemeindesparkassen)	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: II. Freistaat Bayern.[1] — Noch: 3. Regierungsbezirk Pfalz.																				
B. Sparkassen der übrigen Gemeinden.																				
1. Deidesheim (Dürkheim)	1 075	2,7	0,8	0,7	2,8	—	0,05	3½	133	65	68	9	2,7	0,03	1,2	0,7	0,7	—	0,3	—
2. *Freinsheim (Dürkh.)	1 547	3,7	1,6	1,8	3,4	0,5	0,02	4	206	134	82	15	3,6	0,1	1,4	0,3	1,8	0,02	0,5	0,4
3. *Weisenheim (Dürkh.)	290	0,7	0,4	0,2	0,9	0,001	—	4	43	32	11	4	0,8	0,01	0,1	0,3	0,3	0,1	0,1	0,1
4. *Dirmstein (Frankenthal)	349	0,6	0,3	0,2	0,6	0,001	0,001	4	27	25	2	3	0,6	0,1	0,1	0,3	0,002	0,1	0,1	0,1
5. *Großniedesheim (Frankenthal)	343	0,4	0,2	0,1	0,5	—	0,02	3¾	17	17	—	2	0,4	0,02	0,3	0,1	0,001	0,005	0,1	0,1
6. Grünstadt (Frankenth.)	1 294	2,9	1,8	1,3	3,4	0,4	0,001	4	191	134	57	31	5,0	0,5	0,9	3,0	—	0,5	—	—
7. *Lambsheim (Frankenthal)	841	1,6	0,8	0,6	1,8	0,1	0,01	4½	80	62	18	5	1,9	0,4	0,3	0,4	0,8	0,04	0,4	—
8. *Oppau (Frankenthal)	1 465	2,0	1,6	0,7	2,9	—	0,001	4	76	75	1	13	2,9	0,2	1,1	0,003	—	1,7	0,1	—
9. *Bellheim (Germersh.)	653	0,7	0,3	0,2	0,8	—	0,02	3½	37	27	10	3	0,8	0,1	0,2	0,5	—	0,003	0,04	—
10 *Berg (Germersheim)	293	0,6	0,2	0,1	0,7	—	0,01	4	29	25	4	4	0,7	0,1	0,2	0,4	0,1	0,002	0,1	0,1
11. *Hagenbach (Germersheim)	501	1,1	0,6	0,3	1,4	—	0,01	4	56	51	5	9	1,4	0,03	0,2	0,8	0,1	0,4	0,2	—
12. *Hördt (Germersheim)	124	0,1	0,02	0,03	0,1	—	0,003	3½	5	4	1	1	0,1	—	0,1	0,01	0,001	0,03	0,02	—
13. *Jockgrim (Germersh.)	130	0,1	0,2	0,01	0,4	—	—	3½–4	5	6	— 1	0,5	0,2	—	0,01	0,2	—	0,003	0,2	0,2
14. *Kandel (Germersh.)	2 284	7,4	3,7	2,4	8,8	0,2	0,01	4	402	319	83	50	8,1	0,4	2,2	5,3	—	0,2	0,9	0,7
15. *Leimersheim (Germersheim)	532	1,3	0,7	0,4	1,6	—	0,03	4	65	50	15	6	1,6	0,03	0,4	1,1	0,1	0,01	0,02	—
16. *Lingenfeld (Germersheim)	136	0,2	0,1	0,02	0,2	—	0,001	3½	10	7	3	1	0,2	0,01	0,1	0,02	0,001	0,1	0,02	—
17. *Neuburg a. Rh. (Germersheim)	505	0,9	0,3	0,3	0,9	—	0,04	3½	42	32	10	4	0,9	0,03	0,4	0,4	0,03	—	0,2	0,1
18. *Neupfotz (Germersh.)	253	0,4	0,3	0,2	0,6	—	0,01	4	24	18	6	3	0,6	0,03	0,1	0,2	0,04	0,2	0,02	—
19. *Pfortz (Germersheim)	300	0,5	0,02	0,3	0,2	—	0,004	3½	25	16	9	3	0,5	0,01	0,4	0,04	0,003	0,03	0,01	—
20. *Rheinzabern (Germersheim)	555	0,8	0,5	0,5	0,9	—	0,003	4	38	33	5	4	0,9	0,01	0,4	0,5	0,004	0,001	0,03	0,03
21. *Rülzheim (Germersh.)	1 000	2,4	1,1	0,5	3,1	—	0,02	4	126	105	21	12	3,1	0,1	0,6	0,01	0,1	2,3	0,03	0,03
22. *Schaidt (Germersheim)	870	2,0	0,9	0,4	2,6	—	0,02	3½	95	79	16	9	2,0	0,2	0,4	1,4	—	0,1	0,04	—
23. *Sondernheim (Germersheim)	182	0,2	0,05	0,05	0,2	—	0,005	3½	7	5	2	1	0,2	0,01	0,02	0,1	0,005	—	0,04	0,03
24. *Steinweiler (Germersheim)	965	4,1	2,1	1,4	4,9	—	0,01	3½–4	211	156	55	18	4,9	0,1	0,9	1,3	—	2,6	0,1	—
25. *Wörth a. Rh. (Germersheim)	823	1,7	0,8	0,6	1,9	—	0,05	3½	87	61	26	9	2,0	0,1	1,4	0,2	0,1	0,1	0,1	—
26. *Zeiskam (Germersh.)	1 034	1,4	0,5	0,6	1,3	—	0,002	3½–4	58	45	13	6	1,3	0,02	0,5	0,6	0,04	0,1	0,03	—
27. Landstuhl (Homburg)	5 652	6,4	4,9	1,9	8,5	2,0	0,2	3³/₅	425	262	163	99	10,9	4,3	4,3	2,0	0,1	0,1	—	—
28. *Burrweiler (Landau)	322	0,4	0,8	0,2	1,0	—	0,0001	3³/₅	36	28	8	4	0,7	0,01	0,05	0,2	—	0,4	0,3	0,3
29. *Herxheim (Landau)	564	1,1	1,1	0,6	1,5	0,4	0,0001	4	84	62	22	10	1,6	0,1	0,2	1,2	0,02	0,1	0,4	0,4
30. *Offenbach (Landau)	760	2,6	1,0	0,8	2,7	0,2	0,03	4	135	99	36	15	3,0	0,2	1,6	0,8	0,04	0,4	0,3	0,3
31. *Altrip (Ludwigshafen)	404	0,5	0,6	0,5	0,6	—	0,003	3½	17	16	1	4	0,7	0,3	0,1	0,1	—	0,2	0,01	—
32. *Iggelheim (Ludwigshafen)	1 169	3,2	1,0	0,8	3,4	—	0,1	3½	156	105	51	8	3,4	0,2	1,2	0,8	0,001	1,2	0,4	0,4
33. *Mutterstadt (Ludwigshafen)	635	1,4	1,1	0,6	1,9	0,4	—	2½–4	68	57	11	—	1,8	0,2	0,6	0,8	—	0,2	0,5	—
34. *Rheingönheim (Ludwigshafen)	546	1,0	1,2	1,2	1,0	—	0,02	4	45	35	10	5	1,1	0,1	0,3	0,1	—	0,6	0,1	—
35. *Lachen (Neustadt a. d. H.)	538	0,8	0,03	0,1	0,7	—	0,02	3½	39	28	11	3	0,6	0,05	0,3	0,3	—	0,001	0,3	0,3
36. Lambrecht (Neustadt a. d. H.)	2 020	3,7	1,4	1,2	3,9	2,1	0,2	4	242	156	86	17	4,9	1,6	0,7	1,8	0,6	0,2	1,2	1,2
37. *Weidenthal (Neustadt a. d. H.)	765	1,1	0,6	0,4	1,3	—	0,02	4	64	39	25	5	1,2	0,1	0,2	0,6	0,002	0,2	0,3	0,3
C. Distrikts-Sparkassen.																				
1. Annweiler (Bergzabern)	2 134	2,4	3,4	1,5	4,3	1,1	0,04	4	218	148	70	57	5,4	0,9	0,8	3,2	0,5	0,04	0,5	—
2. Bergzabern (Bergzab.)	4 986	10,4	8,1	4,4	14,1	1,5	0,3	3½–4	614	474	140	111	14,8	0,2	7,3	5,5	0,6	1,2	0,8	0,7
3. Bad Dürkheim (Dürkheim)	1 371	7,7	6,5	2,7	11,5	3,4	0,2	4	676	422	254	104	13,9	0,3	11,7	1,2	0,5	0,1	1,6	1,4
4. Grünstadt (Frankenthal)	7 213	19,4	8,6	7,1	21,0	1,4	0,1	4	1 035	845	190	127	18,0	1,0	8,5	6,5	0,02	2,0	4,2	4,1

[1]) Vergl. die Anmerkung [1]) auf Seite 39.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen[1] (* = Landgemeinde-sparkassen)	Zahl der am Jahres-schlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungs-jahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: II. Freistaat Bayern.[2] — Noch: 3. Regierungsbezirk Pfalz.																				
Noch: C. Distrikts-Spark.																				
5. Otterberg (Kaiserslautern)	3 045	4,2	1,3	0,7	4,8	0,003	0,2	3½	225	158	67	30	4,3	0,6	1,6	1,6	0,4	—	0,8	0,6
6. Kirchheimbolanden (Kirchheimbol.) 1919	11 304	12,2	10,6	7,6	15,2	—	0,4	3½–4	412	401	11	39	12,7	0,9	3,0	3,0	—	5,8	0,6	—
7. Kusel (Kusel)	6 950	13,4	7,9	4,1	17,2	3,0	0,1	3½	811	490	321	148	20,5	0,3	5,6	10,0	0,04	4,4	1,5	1,4
8. Lauterecken (Kusel)	4 777	8,3	4,0	1,9	10,4	0,01	0,04	4	426	338	88	80	9,7	0,3	3,3	6,0	0,0002	0,1	0,7	0,4
9. Wolfstein (Kusel)	5 647	7,2	2,4	1,4	8,1	—	0,1	3½–4	353	245	107	57	8,2	0,2	2,9	0,5	—	4,6	0,2	—
10. Ludwigshafen a. Rh. (Ludwigshafen)	1 330	3,5	1,2	0,8	3,9	—	0,2	4	205	133	72	26	3,9	1,3	1,3	0,7	0,5	0,1	0,6	—
11. Neustadt a. d. H. (Neustadt a. d. H.)	1 378	5,7	3,6	2,6	6,8	0,9	0,2	3—4	353	231	122	62	7,6	0,1	0,5	4,9	0,5	1,6	1,3	1,1
12. Pirmasens (Pirmasens)	12 896	16,7	14,1	10,8	20,0	2,0	0,1	4	965	671	294	144	22,8	2,0	4,2	12,4	0,01	4,2	3,4	3,0
13. Obermoschel (Rockenhausen)	3 388	5,2	2,2	1,2	6,3	—	3,5	3½	346	174	172	37	4,7	0,04	3,2	0,3	0,01	1,2	0,2	—
14. Rockenhausen (Rokkenhausen)	3 749	8,0	3,2	1,5	9,7	—	—	3½	451	314	137	61	8,8	0,3	4,4	4,0	—	0,1	0,3	—
15. Winnweiler (Rockenh.)	3 278	2,5	0,9	0,5	3,0	—	0,1	3½	182	92	90	17	3,7	0,1	2,4	1,2	0,01	0,02	0,1	0,1
16. Hornbach (Zweibrück.)	1 637	4,1	1,5	0,7	4,9	0,1	0,1	3½–4	209	154	55	47	5,1	0,8	1,2	2,4	—	0,7	0,7	0,4
17. Zweibrücken (Zweibrücken)	8 187	16,1	4,4	3,4	17,2	1,4	0,3	3½–4	596	535	61	138	16,5	2,1	6,8	7,5	—	—	0,03	—
4. Regierungsbezirk Oberpfalz.																				
A. Sparkassen der kreisunmittelbaren Städte.																				
1. Amberg	12 806	9,6	7,1	5,9	10,8	—	0,2	3½	547	416	131	234	11,1	1,1	5,0	5,0	—	—	0,04	—
2. Regensburg	32 650	22,9	18,6	12,9	28,5	10,5	1,0	3	1 743	1 245	498	232	42,5	3,5	8,7	17,0	9,4	4,0	16,0	13,5
3. Schwandorf	2 319	2,7	1,2	0,7	3,2	—	0,1	3½	133	97	36	12	1,3	0,7	0,5	0,1	—	—	2,0	2,0
4. Weiden	9 850	12,7	7,7	5,2	15,2	1,2	0,4	3–3½	660	529	131	100	16,2	2,4	2,3	7,4	—	4,1	0,7	0,7
B. Sparkassen der übrigen Gemeinden.																				
1. Furth i. W. (Cham)	1 000	1,4	0,9	0,3	1,9	0,01	0,04	4	75	65	10	1	1,9	0,1	0,2	0,9	0,01	0,6	0,7	0,6
2. Auerbach (Eschenbach)	2 804	3,3	1,1	0,5	3,9	—	0,2	3½	84	69	15	13	3,6	0,4	1,5	1,2	—	0,5	0,1	—
3. Eschenbach (Eschenb.)	3 775	7,8	1,9	1,3	8,5	0,2	0,3	3½	376	271	105	29	7,6	0,6	4,4	1,0	—	1,6	0,4	0,4
4. Pressath (Eschenbach)	843	0,9	0,2	0,1	0,9	—	0,1	3½	42	31	11	4	0,9	0,3	0,4	0,2	—	0,1	0,03	0,01
5. Nabburg (Nabburg)	548	2,9	0,4	0,1	3,2	—	—	3¾–4	55	42	13	3	1,1	0,1	0,9	0,1	0,003	—	0,1	0,1
6. Pfreimd (Nabburg)	842	1,5	0,7	0,3	1,9	—	0,005	3¾	74	60	14	12	1,8	0,3	1,0	0,2	0,03	0,3	0,4	0,3
7. Neunburg v. W. (Neunburg v. W.)	2 713	4,7	2,0	0,6	6,1	—	0,1	3½	233	189	44	29	6,0	0,4	2,6	1,4	—	1,7	0,2	—
8. *Floß (Neustadt a. d. Waldn.)	1 681	1,3	0,3	0,2	1,4	—	0,6	3½	34	21	13	1	1,2	0,5	0,4	0,4	—	—	0,1	0,002
9. Neustadt a. d. Waldn (Neustadt a. d. Waldn.)	2 137	2,7	2,0	0,7	4,1	1,6	—	3¾	250	115	135	38	4,9	0,3	0,6	2,0	1,6	0,5	1,0	0,8
10. *Parsberg (Parsberg)	2 012	6,9	4,4	2,2	9,2	0,1	0,5	3—4	268	153	115	30	9,9	0,6	5,8	1,0	—	2,6	0,3	—
11. *Roding (Roding)	1 630	2,6	0,9	0,4	3,1	—	0,1	3½	128	89	39	14	3,2	0,1	1,1	1,2	0,9	—	0,8	0,8
12. Sulzbach (Sulzbach)	8 822	6,9	3,2	1,4	8,7	—	—	3½	403	339	64	86	7,7	1,1	2,8	1,6	0,6	1,6	0,7	0,5
13. Tirschenreuth (Tirschenreuth) . . . 1919	4 247	3,6	1,0	0,7	4,0	—	0,2	3¾	132	84	48	1	3,9	1,1	1,4	0,8	—	0,7	—	—
14. *Eslarn (Vohenstrauß)	1 017	1,2	0,4	0,4	1,2	—	0,01	3½	35	26	9	2	1,2	0,1	0,5	0,4	—	0,2	0,03	—
15. Pleystein (Vohenstr.)	1 319	2,7	1,0	0,4	3,3	0,7	0,1	3—4	154	140	14	24	3,6	0,3	1,7	1,6	—	0,04	0,5	0,4
16. *Vohenstrauß (Vohenstrauß)	4 662	9,9	3,0	1,7	11,2	1,0	0,4	3½	577	373	204	41	12,4	1,6	3,5	4,1	0,03	3,2	0,9	0,7
C. Distrikts-Sparkassen.																				
1. Amberg (Amberg)	3 500	3,1	1,5	0,7	3,9	—	0,1	3½–4	181	109	72	44	4,0	0,2	0,9	2,2	—	0,7	0,1	0,1
2. Vilseck (Amberg)	1 062	0,9	0,4	0,1	1,2	0,01	0,04	4	48	36	12	6	0,9	0,1	0,5	0,3	—	—	0,4	0,4
3. Beilngries (Beilngries)	1 389	2,0	0,8	0,3	2,5	—	0,004	3½	97	75	22	9	2,5	0,04	1,4	0,8	0,1	0,2	0,1	—
4. Burglengenfeld (Burglengenfeld) . . . 1919	1 572	0,7	0,3	0,2	0,9	—	0,02	3½	23	21	2	2	0,8	0,1	0,4	0,1	—	0,2	0,003	—
5. Cham (Cham)	2 348	1,8	0,9	0,3	2,3	0,6	0,2	3½	109	58	51	7	3,7	0,4	0,3	0,9	—	2,1	0,1	—
6. Erbendorf (Kemnath)	2 263	2,7	1,5	0,7	3,5	1,1	0,1	4	154	113	41	31	4,0	0,2	0,6	1,7	1,0	0,3	0,01	—
7. Kemnath (Kemnath)	6 355	10,0	2,8	4,9	7,9	1,2	0,4	3½	625	409	216	34	14,9	1,2	6,3	2,3	4,7	0,3	1,6	1,5

[1] Vergl. die Anmerkung [1] auf Seite 8. — [2] desgl. die Anmerkung [1] auf Seite 39.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen[1] (* = Landgemeinde-Sparkassen)	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsvorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der			Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt					Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse	
									Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre			in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: II. Freistaat Bayern.[2]) — Noch: 4. Regierungsbezirk Oberpfalz.																				
Noch: C. Distrikts-Spark.																				
8. Nabburg (Nabburg)	3 232	4,9	2,2	0,1	7,0	—	—	3¾	230	113	117	25	7,0	0,2	1,7	3,5	—	1,6	1,8	1,6
9. Kastl (Neumarkt)	750	1,2	0,5	0,3	1,5	—	—	3½	38	38	—	2	1,0	0,04	0,6	0,4	—	—	0,6	0,5
10. Neumarkt (Neumarkt)	5 577	8,2	5,1	3,1	10,2	—	0,5	3½	243	157	86	30	8,7	0,7	2,4	0,5	—	5,2	0,01	—
11. Oberviechtach (Oberviechtach)	2 161	3,0	1,8	0,5	4,3	0,1	—	3½	168	111	57	7	3,9	0,2	0,8	0,5	0,01	2,4	0,8	0,8
12. Hemau (Parsberg)	2 385	3,4	1,2	0,5	4,1	—	0,1	3½–3¾	155	128	27	47	3,9	0,3	1,5	2,0	0,002	0,1	0,3	0,3
13. Regensburg-Moosham (Regensburg)	487	0,6	71,2	67,4	4,4	—	0,04	3—4	100	100	—	35	4,4	0,5	0,5	3,4	—	0,01	3,2	—
14. Riedenburg (Riedenbg.)	2 509	3,5	2,5	1,6	4,4	—	0,1	3½	93	72	21	19	5,0	0,5	2,0	0,04	—	2,5	0,5	—
15. Stadtamhof (Stadtamhof)	2 167	3,2	2,0	1,7	3,4	2,0	—	3—4	200	167	33	92	5,9	0,6	0,4	4,0	—	0,9	0,6	0,4
16. Tirschenreuth (Tirschenreuth) . . . 1919	2 359	2,9	0,7	0,5	3,1	—	0,2	3¾–5	103	103	—	5	3,2	1,4	1,0	0,5	—	0,3	0,02	—
17. Waldsassen (Tirschenreuth)	4 085	5,0	2,8	1,1	6,8	—	—	3¾	267	203	64	31	5,4	1,4	2,1	1,9	—	—	1,5	1,4
18. Waldmünchen (Waldmünchen)	2 046	3,2	1,8	0,4	4,6	0,1	0,1	3½–4	191	143	48	25	4,6	0,2	0,7	2,9	—	0,8	0,2	0,2
5. Regierungsbezirk Oberfranken.																				
A. Sparkassen der kreisunmittelbaren Städte.																				
1. Bamberg	41 330	33,1	20,9	16,1	37,8	10,2	0,2	2½–4	1 683	990	693	216	47,5	3,9	5,2	22,3	16,0	0,01	1,6	1,3
2. Bayreuth	23 790	14,8	13,3	9,7	18,4	3,2	0,6	3½	782	513	269	205	20,3	1,9	3,6	11,7	0,2	2,9	1,9	1,7
3. Coburg	38 879	75,1	32,8	30,1	77,9	12,3	0,7	4	4 840	3 786	1 054	917	97,4	54,1	19,6	13,6	0,2	9,8	5,0	4,9
4. Forchheim	6 503	7,2	2,9	2,7	7,4	1,1	0,3	3½	355	243	112	43	5,2	0,6	1,7	2,8	0,001	0,03	3,8	1,9
5. Hof	21 033	19,8	9,6	6,2	23,2	2,7	0,4	3½	1 141	812	329	217	25,8	4,1	3,7	17,9	0,01	0,1	0,7	0,6
6. Kulmbach	13 302	12,2	5,0	2,9	14,4	—	0,5	2—4	317	303	14	68	12,7	1,3	6,2	0,2	—	5,0	0,2	—
7. Marktredwitz	8 833	12,6	6,9	4,1	15,5	0,6	0,3	3½	865	589	276	151	20,1	2,3	5,7	7,5	0,3	4,3	0,1	0,1
8. Neustadt b. Coburg	9 150	8,8	5,5	3,6	10,7	7,0	0,5	4	765	607	158	234	22,6	9,6	2,2	2,3	0,04	8,5	5,3	5,0
9. Rodach	10 421	22,8	19,7	13,3	29,3	0,9	1,0	4	1 384	1 135	249	114	30,3	26,7	1,9	1,8	—	—	0,6	—
10. Selb	9 866	7,2	4,2	2,0	9,5	1,5	0,1	3½	410	305	105	93	9,7	1,2	1,6	6,1	—	0,9	1,5	1,3
B. Sparkassen der übrigen Gemeinden.																				
1. Gefrees (Berneck)	625	0,5	0,1	0,1	0,5	—	0,01	3½	21	15	6	1	0,5	0,01	0,3	0,2	—	0,01	0,1	0,01
2. Herzogenaurach (Höchstadt a. d. A.)	1 134	1,2	0,7	0,3	1,6	1,0	0,04	3½	120	76	44	20	2,6	0,3	0,3	1,1	0,5	0,4	0,4	0,2
3. Schwarzenbach (Hof)	2 411	2,7	1,2	0,7	3,2	—	0,2	4	149	119	30	2	3,3	0,6	0,9	1,9	0,01	—	0,1	—
4 Kronach (Kronach)	4 320	3,9	1,6	0,9	4,6	—	0,1	3½	156	118	38	27	4,0	0,5	1,8	1,5	0,1	—	0,1	0,1
5. *Thurnau (Kulmbach)	1 855	2,1	0,8	0,5	2,4	—	0,04	3½	102	78	24	6	2,5	0,03	1,1	0,4	—	1,0	0,6	0,6
6. Burgkundstadt (Lichtenfels)	709	0,6	0,2	0,1	0,7	—	0,002	3¾	33	23	10	3	0,6	0,2	0,2	0,3	0,001	0,02	0,4	—
7. Lichtenfels (Lichtenfels)	2 417	2,8	0,7	0,4	3,1	—	0,1	3¾	138	81	57	2	2,9	0,6	1,7	0,6	—	—	0,5	0,4
8. Helmbrechts (Münchberg)	2 668	3,2	1,0	0,5	3,7	—	0,1	4	110	96	14	2	3,3	0,5	1,5	0,04	—	1,3	0,6	—
9. Münchberg (Münchberg)	5 266	5,5	1,7	0,9	6,2	—	0,2	3½–4	279	212	67	19	6,5	0,3	2,1	1,2	—	2,9	0,1	—
10. Lichtenberg (Naila)	351	0,3	0,2	0,1	0,4	—	0,01	3½	15	11	4	0,3	0,3	0,1	0,1	0,01	0,001	0,1	0,1	0,1
11. Naila (Naila)	908	0,8	0,5	0,1	1,2	—	—	3½	39	34	5	5	1,2	0,5	0,3	0,4	—	0,01	0,03	—
12. *Selbitz (Naila)	765	0,6	0,1	0,1	0,6	—	0,01	3½	27	23	4	3	0,7	0,1	0,6	0,01	—	—	0,03	0,02
13. Pegnitz (Pegnitz)	2 422	1,1	0,7	0,4	1,3	1,8	0,1	2–3½	80	48	32	5	2,0	0,1	0,2	0,8	0,03	1,0	1,1	1,1
14. *Hohenberg a. d. E. (Rehau)	1 216	1,0	0,6	0,3	1,3	0,1	0,04	3½	49	33	16	8	1,3	0,01	0,4	0,7	0,01	0,2	0,2	0,1
15. Rehau (Rehau)	3 773	3,5	1,1	0,6	4,1	—	0,2	3½	173	134	39	77	4,3	2,1	2,0	0,2	—	0,1	0,1	0,04
16. *Schönwald (Rehau)	1 464	0,7	0,4	0,2	0,9	0,03	—	3½	37	30	7	14	0,6	—	0,2	0,3	0,1	—	0,3	0,3
17. Staffelstein (Staffelst.)	2 677	4,1	1,2	0,6	4,7	—	—	3¾	193	120	73	12	4,4	0,9	1,8	0,2	—	1,5	0,5	—
18. Arzberg (Wunsiedel) 1919	3 796	3,0	1,5	1,0	3,5	0,3	0,02	3—4	123	93	30	5	3,5	0,2	2,7	0,2	—	0,3	0,01	—
19. *Brand b. Marktredwitz (Wunsiedel)	458	0,5	0,3	0,1	0,7	0,1	0,02	4	21	17	4	1	0,6	0,1	0,2	0,3	—	0,1	0,1	0,1
20. *Kirchenlamitz (Wunsiedel)	2 002	1,9	0,5	0,2	2,3	—	0,1	3½	95	66	29	4	2,2	0,1	1,2	1,0	—	0,03	0,02	0,01

[1]) Vergl. die Anmerkung [1]) auf Seite 8. — [2]) desgl. die Anmerkung [1]) auf Seite 39.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen (* = Landgemeinde-Sparkassen)	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: II. Freistaat Bayern.[1]) — Noch: 5. Regierungsbezirk Oberfranken.																				
Noch: B. Sparkassen der übrigen Gemeinden.																				
21. *Marktleuthen (Wunsiedel)	880	0,9	0,4	0,2	1,1	—	—	3½	50	35	15	2	1,0	0,01	0,6	0,4	—	—	0,1	0,1
22. *Thiersheim (Wunsied.)	1 650	1,8	0,7	0,3	2,1	0,7	0,1	3–3½	96	80	16	18	2,2	0,1	1,1	0,03	—	1,0	0,7	0,7
23. *Thierstein (Wunsied.)	458	0,3	0,05	0,1	0,3	—	0,002	3½	16	9	7	1	0,4	0,01	0,1	0,2	—	0,1	0,1	0,1
24. Weißenstadt (Wunsiedel)	1 600	1,5	0,6	0,2	1,8	—	—	3½	87	63	24	15	1,2	0,04	0,6	0,1	0,01	0,4	0,1	0,04
25. Wunsiedel (Wunsiedel)	10 385	11,5	4,1	2,4	13,2	0,1	—	3½	621	473	148	84	13,1	0,8	5,9	6,5	—	—	0,2	0,1
C. Distrikts-Sparkassen.																				
1 Bamberg (Bamberg I)	281	0,3	0,2	0,1	0,4	—	—	3½	16	10	6	1	0,4	0,005	0,1	0,002	—	0,2	0,02	—
2. Scheßlitz (Bamberg I)	1 628	1,5	0,4	0,2	1,7	—	0,05	3¾	75	53	22	9	1,8	0,1	0,5	0,9	—	0,3	0,2	—
3. Burgebrach (Bambg. II)	773	0,8	0,3	0,1	1,0	—	0,05	3½	46	27	19	2	1,0	0,02	0,4	0,6	—	0,04	0,04	0,04
4. Berneck (Berneck)	2 799	2,7	2,3	1,2	3,8	1,8	0,1	4	199	106	93	118	5,7	0,7	1,0	1,4	—	2,7	1,2	1,1
5. Ebermannstadt (Ebermannstadt)	951	0,4	0,2	0,1	0,5	—	—	3½	12	11	1	1	0,4	0,001	0,3	—	—	0,1	0,1	—
6 Hollfeld (Ebermannstadt)	608	0,3	0,1	0,1	0,3	—	0,01	3½	12	11	1	2	0,3	0,001	0,2	0,1	0,04	—	0,04	0,04
7. Gräfenberg (Forchhm.)	2 028	1,7	0,7	0,3	2,1	—	0,1	3½–3¾	76	70	6	7	2,2	0,1	1,3	0,8	—	—	0,02	0,01
8. Höchstadt a. d. A. (Höchstadt a. d. A.)	1 793	2,9	1,1	0,5	3,4	0,1	—	3½	143	97	46	19	3,3	0,2	0,8	0,8	0,1	1,3	0,3	0,2
9. Kronach (Kronach)	1 754	1,7	0,5	0,3	1,9	—	0,1	3½	84	61	23	9	1,9	0,3	0,9	—	0,7	—	0,1	—
10. Lichtenfels (Lichtenfels)	9 036	12,7	4,0	1,9	14,9	—	0,6	3¾	624	507	117	81	15,0	1,6	3,2	10,2	0,01	—	0,4	0,2
11. Weismain (Lichtenfels)	1 625	2,2	0,7	0,3	2,6	0,04	0,04	4	103	87	16	8	2,6	0,1	1,0	1,5	0,02	0,01	0,2	0,2
12. Naila (Naila)	4 556	3,7	2,0	1,2	4,5	0,0003	0,2	3½	208	131	77	66	4,0	0,9	1,6	1,3	—	0,2	0,9	0,9
13. Pottenstein (Pegnitz)	1 552	1,2	0,4	0,2	1,4	—	0,1	3½	61	39	22	7	1,4	0,04	0,5	0,9	—	—	0,03	—
14. Stadtsteinach (Stadtsteinach)	1 528	1,3	0,9	0,5	1,8	—	—	3½	75	55	20	3	1,7	0,2	0,5	0,8	0,03	0,2	0,04	—
15. Seßlach (Staffelstein)	758	0,9	0,6	0,3	1,2	—	0,01	3¾–4	39	37	2	3	1,0	0,02	0,8	0,2	0,03	—	0,02	—
16. Ludwigsstadt (Teuschnitz)	3 455	2,5	1,7	0,7	3,5	0,9	0,002	4	191	153	38	67	3,6	0,5	0,9	1,5	0,1	0,6	1,1	—
6. Regierungsbezirk Mittelfranken.																				
A. Sparkassen der kreisunmittelbaren Städte.																				
1. Ansbach	27 893	16,0	8,2	4,5	19,7	4,5	0,2	3½	923	709	214	175	24,1	1,3	6,8	9,0	0,1	6,8	2,9	2,8
2. Dinkelsbühl	6 280	8,1	3,1	1,2	10,0	0,3	—	3½	412	316	96	38	10,4	0,8	4,6	3,1	—	1,9	1,9	1,7
3. Eichstätt	6 405	7,2	4,1	2,1	9,2	0,9	0,9	3½	408	254	154	62	9,0	0,8	3,4	4,7	0,2	—	2,0	0,8
4. Erlangen	14 760	11,4	7,7	5,7	13,4	—	0,2	3½	550	350	200	128	14,4	2,2	6,3	5,7	0,1	0,2	0,9	0,5
5. Fürth	41 847	29,4	9,5	16,2	22,7	—	0,5	3	2 636	1 602	1 034	626	52,9	7,0	6,8	10,4	19,6	9,0	2,9	2,5
6. Nürnberg	221 355	142,7	92,0	64,4	170,3	42,3	—	3	8 376	5 923	2 453	3 425	186,7	19,8	58,1	89,2	19,0	0,5	2,7	0,2
7. Rothenburg o. d T.	6 337	6,1	2,4	1,3	7,2	—	0,03	3¼	305	250	55	60	7,1	0,9	2,0	4,1	—	0,1	0,001	—
8. Schwabach	441	7,6	23,6	21,3	9,8	—	0,1	2½–4	214	208	6	67	7,7	1,2	1,9	3,5	—	1,1	0,1	—
9. Weißenburg i. B.	5 418	7,3	3,0	1,7	8,6	—	—	3½	397	271	126	36	7,6	3,1	2,3	1,3	0,01	0,8	0,9	0,8
B. Sparkassen der übrigen Gemeinden.																				
1. *Heilsbronn (Ansbach)	2 362	3,2	1,4	0,7	3,9	0,8	0,1	3½	231	125	106	57	4,8	0,3	1,2	0,6	1,1	1,7	0,6	0,6
2. *Neuendettelsau (Ansbach)	187	0,1	0,4	0,2	0,3	0,7	0,01	3½	24	16	8	1	1,1	—	0,1	0,3	0,1	0,6	0,3	0,3
3. Windsbach (Ansbach)	4 988	6,3	1,2	1,3	6,2	0,2	0,3	3½	375	219	156	53	9,2	0,5	3,9	4,0	0,2	0,6	1,1	0,6
4. Wassertrüdingen (Dinkelsbühl)	4 145	6,8	1,6	0,8	7,7	—	0,5	3½	308	252	56	38	8,0	1,2	2,4	1,2	0,8	2,4	0,4	0,4
5. Feuchtwangen (Feuchtwangen)	4 921	7,4	2,7	0,7	9,4	0,4	0,1	3½	387	271	116	22	9,6	0,8	5,0	1,7	0,02	2,1	0,2	—
6. Herrieden (Feuchtwangen)	1 124	1,1	0,5	0,1	1,5	—	—	4	53	44	9	9	1,4	0,03	1,4	—	—	—	0,2	—
7. *Cadolzburg (Fürth)	7 114	10,9	4,6	2,7	12,8	3,1	0,5	3½	663	550	113	110	14,0	1,8	4,7	7,4	0,1	0,1	2,1	2,0
8. Fürth (Fürth)	1 586	3,2	1,3	0,8	3,7	0,2	0,2	3½	164	112	52	12	3,2	0,3	2,0	0,1	—	0,8	0,9	0,9
9. Langenzenn (Fürth)	2 139	3,4	1,9	1,3	4,0	0,6	0,00003	3½	181	118	63	30	4,7	0,5	1,6	1,8	0,2	0,5	0,2	0,004
10. *Zirndorf (Fürth)	2 263	2,5	1,6	1,1	3,1	2,2	0,1	2½–3½	201	107	94	40	6,5	0,8	0,4	4,2	—	1,0	0,9	0,9

[1]) Vergl. die Anmerkung [1]) auf Seite 39.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen (* = Landgemeinde-Sparkassen)	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsjahres vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: II. Freistaat Bayern.¹) — Noch: 6. Regierungsbezirk Mittelfranken.																				
Noch: B. Sparkassen der übrigen Gemeinden.																				
11. *Altenmuhr (Gunzenhausen)	348	0,3	0,1	0,1	0,4	—	0,001	3½	16	13	3	2	0,4	0,01	0,4	—	—	0,03	0,01	—
12. Eschenbach (Gunzenhausen)	988	1,3	0,5	0,2	1,5	—	0,05	3½	37	19	18	8	1,3	0,1	0,7	—	—	0,4	0,01	—
13. Gunzenhausen (Gunzenhausen)	6 465	8,3	4,5	2,0	10,8	0,7	0,2	3—4	490	347	143	143	11,6	1,1	3,8	5,1	0,03	1,7	0,6	0,6
14. *Heidenheim (Gunzenhausen)	1 366	1,8	0,6	0,2	2,3	—	0,1	3½	89	68	21	3	1,4	0,1	0,2	1,1	0,04	0,01	0,4	0,4
15. Merkendorf (Gunzenhausen)	708	1,1	0,3	0,1	1,3	—	0,04	3½	54	42	12	2	1,3	0,01	0,7	0,5	—	—	0,4	0,3
16. Hersbruck (Hersbruck)	10 582	12,2	5,7	2,7	15,2	1,3	—	3½	666	440	226	89	16,1	1,6	6,1	5,8	0,6	2,1	1,6	1,4
17. Greding (Hilpoltstein)	1 488	1,7	0,9	0,3	2,3	—	0,03	4	47	45	2	2	1,7	0,03	0,9	0,3	—	0,5	0,3	—
18. Lauf (Lauf)	7 100	9,0	4,6	2,3	11,3	1,7	—	2½–4	512	373	139	322	9,4	1,6	0,003	6,3	0,6	1,0	0,04	-
19. *Röthenbach a. d. Pegnitz (Lauf)	1 111	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,02	2½—3 1/3	38	17	21	1	0,7	0,1	0,2	0,3	0,004	0,2	0,1	0,1
20. *Schnaittach (Lauf)	2 550	2,5	2,6	0,5	4,5	1,0	0,1	3½	209	135	74	9	5,7	0,5	0,3	0,9	3,8	0,1	0,8	0,6
21. *Emskirchen (Neustadt a. d. A.)	1 427	2,3	4,0	3,0	3,3	—	0,01	3–3½	81	79	2	20	3,3	0,03	1,5	1,4	—	0,4	0,2	—
22. Neustadt a. d. A. (Neustadt a. d. A.)	8 175	8,3	3,4	1,7	10,0	2,3	0,1	2½–4	485	376	109	59	11,2	0,4	4,0	4,2	1,8	0,8	0,8	0,5
23. *Wilhelmsdorf (Neustadt a. d. A.)	389	0,4	0,2	0,05	0,6	—	0,01	3½	27	18	9	1	0,6	0,02	0,2	0,2	0,001	0,1	0,1	0,1
24. *Burghaslach (Scheinf.)	356	0,5	0,2	0,1	0,7	—	0,01	3½	68	21	47	0,5	1,6	0,03	0,6	0,3	0,1	0,5	0,01	—
25. Iphofen (Scheinfeld)	866	2,3	1,6	0,4	3,4	—	—	3½	147	89	58	3	3,4	—	—	—	—	3,4	—	—
26. Scheinfeld (Scheinfeld)	1 941	3,5	2,0	0,8	4,7	1,7	0,03	3¾	225	157	68	30	6,0	0,1	1,4	1,8	0,01	2,7	0,5	0,4
27. Roth a. Sand (Schwabach)	3 871	2,9	1,5	0,7	3,8	2,0	0,2	3—4	183	123	60	42	3,8	0,1	2,7	1,0	—	0,01	1,7	1,2
28. Spalt (Schwabach)	455	0,6	0,2	0,2	0,7	—	0,05	3½	32	20	12	1	0,7	0,03	0,1	0,2	—	0,4	0,02	—
29. *Burgbernheim (Uffenheim)	510	0,2	0,04	0,02	0,2	—	0,01	3	11	7	4	1	0,3	0,02	0,2	0,03	—	0,01	0,001	—
30. *Marktbergel (Uffenheim)	380	0,3	0,2	0,1	0,4	—	0,01	3½–4	11	10	1	1	0,4	0,01	0,1	0,2	—	0,03	0,004	—
31. Uffenheim (Uffenheim)	4 650	6,6	2,3	1,0	8,0	—	0,3	2–3½	231	224	7	46	8,7	0,3	3,6	2,2	—	2,5	0,2	—
32. Windsheim (Uffenheim)	3 512	4,9	2,0	0,9	6,0	0,4	0,1	3—4	269	200	69	21	6,6	0,1	2,0	1,5	0,01	2,9	0,7	0,7
33. Ellingen (Weißenburg i. B.)	1 662	2,4	0,7	0,4	2,8	—	0,04	3½	115	89	26	24	2,7	0,1	1,5	0,5	—	0,7	0,1	0,1
34. Pappenheim (Weißenburg i. B.)	2 170	1,4	0,5	0,5	1,4	—	0,01	3½	60	50	10	7	1,5	0,2	0,4	0,8	—	—	0,001	0,001
35. *Treuchtlingen (Weißenburg i. B.)	3 213	3,1	1,2	0,7	3,6	0,2	-	2¾–4	160	138	22	15	3,5	0,3	1,2	1,2	0,2	0,7	—	—
C. Distrikts-Sparkassen.																				
1. Dinkelsbühl (Dinkelsbühl)	428	0,6	0,3	0,1	0,8	—	-	3½	35	26	9	1	0,8	0,002	0,6	0,1	0,02	0,1	0,2	0,1
2. Kipfenberg (Eichstätt)	973	0,8	0,2	0,4	0,6	0,2	-	3½	45	40	5	6	0,9	0,2	0,4	0,3	—	—	0,04	0,03
3. Hilpoltstein (Hilpoltstein)	5 375	10,6	5,9	2,6	13,9	2,3	0,3	3¾	653	508	145	86	16,5	1,3	2,6	3,3	0,2	9,1	1,5	1,2
4. Markt-Erlbach (Neustadt a. d. A.)	2 046	1,9	0,7	0,3	2,3	0,2	0,02	3½	98	75	23	8	1,6	0,01	0,3	1,3	—	—	0,1	0,1
5. Altdorf (Nürnberg)	1 958	1,1	1,2	0,4	1,9	0,4	0,1	4	81	52	29	35	2,2	0,1	0,5	0,7	0,6	0,3	0,4	0,3
6. Nürnberg (Nürnberg)	2 215	1,2	0,8	0,3	1,7	1,5	0,1	3½	91	63	28	50	3,3	0,04	1,9	0,5	0,01	0,7	1,3	1,2
7. Schwabach (Schwabach I)	6 000	9,9	6,5	4,1	12,4	1,3	0,2	3½	562	390	172	96	14,5	0,6	5,0	1,5	5,0	2,4	1,1	—
8. Georgensgmünd (Schwabach II)	1 433	4,4	5,2	2,2	7,4	0,01	0,1	2½–4	298	223	75	33	7,8	0,4	1,9	3,8	—	1,7	0,9	0,8
7. Regierungsbezirk Unterfranken.																				
A. Sparkassen der kreisunmittelbaren Städte.																				
1. Aschaffenburg	15 420	25,4	17,5	15,0	27,9	9,5	0,5	3½–4	1 607	1 078	529	360	31,3	3,7	13,6	11,1	0,9	2,0	6,8	1,5
2. Bad Kissingen	3 510	2,8	5,2	4,7	3,3	—	0,1	3 1/3	167	104	63	40	2,9	0,2	0,9	1,8	—	—	0,5	0,5

¹) Vergl. die Anmerkung ¹) auf Seite 39.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen[1] (* = Landgemeinde-Sparkassen)	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: II. Freistaat Bayern.[2]) — Noch: 7. Regierungsbezirk Unterfranken.																				
Noch: A. Spark. der kreisunmittelbaren Städte.																				
3. Kitzingen	8 360	6,7	4,3	2,8	8,1	2,8	—	3½	442	312	130	76	11,0	0,5	2,1	4,7	1,8	1,8	1,6	1,5
4. Schweinfurt	16 744	11,4	6,9	5,6	12,7	3,3	0,5	3	652	391	261	147	16,5	1,0	5,7	2,8	0,2	6,9	2,4	1,8
5. Würzburg	37 109	36,0	29,0	22,8	42,2	20,3	1,0	3	2 475	1 576	899	559	63,7	3,7	10,5	20,0	0,2	29,4	2,7	2,4
B. Sparkassen der übrigen Gemeinden.																				
1. *Wiesentheid (Gerolzhofen	882	1,4	1,1	0,2	2,3	—	0,02	3—4	67	54	13	6	1,6	0,03	0,2	0,4	—	1,0	0,03	—
2. *Königsberg (Hofheim)	8 364	15,8	16,4	9,6	22,6	1,9	0,7	4	1 100	798	302	144	28,2	20,3	0,1	1,4	0,2	6,2	0,3	0,1
3. Marktbreit (Kitzingen)	1 592	1,8	1,2	0,6	2,4	—	0,1	3—4	97	68	29	19	2,3	0,04	0,6	1,4	—	0,4	0,1	0,1
4. Lohr a. M. (Lohr a. M.)	6 403	10,6	5,6	3,9	12,3	2,4	0,4	3½	604	431	173	75	14,0	1,2	4,4	8,3	—	0,1	1,1	1,1
5. *Giebelstadt (Ochsenfurt)	440	0,2	0,1	0,04	0,3	—	0,02	3½	11	9	2	2	0,3	—	0,1	0,2	0,01	0,01	0,04	0,04
6 *Sommerhausen (Ochsenfurt)	1 010	1,5	0,2	0,3	1,4	—	0,1	3½	63	49	14	5	1,4	0,01	0,8	0,6	0,01	0,02	0,03	—
7. *Rimpar (Würzburg)	270	0,2	0,1	0,03	0,3	—	0,01	3¾	7	5	2	1	0,2	0,06	0,05	0,1	—	0,001	—	—
C. Distrikts-Sparkassen.																				
1. Alzenau (Alzenau)	562	0,5	0,3	0,1	0,7	—	—	4	20	16	4	10	1,0	0,03	0,6	0,3	—	0,03	0,03	—
2. Aschaffenburg (Aschaffenburg)	1 274	4,2	11,5	9,6	6,2	—	0,1	3½—4½	191	179	12	20	6,5	1,3	0,3	1,0	—	3,9	0,04	—
3. Brückenau (Brückenau)	3 342	3,4	1,5	0,8	4,1	—	0,2	3½	170	115	55	13	4,3	0,5	1,9	0,4	—	1,5	0,1	—
4. Baunach (Ebern)	781	1,1	0,5	0,1	1,5	—	0,01	4	44	42	2	2	1,2	0,1	1,1	0,02	—	0,01	0,04	—
5. Ebern (Ebern)	3 340	4,5	1,5	0,9	5,2	—	0,1	4	185	188	—3	26	5,2	0,3	3,8	0,6	0,5	0,04	0,2	0,2
6. Gemünden (Gemünden)	2 043	2,1	0,7	0,3	2,5	—	0,1	3½	63	50	13	3	2,2	0,2	0,7	0,5	—	0,7	0,001	—
7. Gerolzhofen (Gerolzhofen)	3 851	4,3	2,9	1,0	6,2	0,8	0,1	3½	259	209	50	41	6,8	0,04	1,4	5,4	—	0,001	0,2	0,2
8. Volkach (Gerolzhofen)	1 092	1,5	0,5	0,4	1,6	0,03	0,03	3½—4	71	67	4	5	1,8	0,01	0,8	0,8	—	0,1	0,8	0,8
9. Euerdorf (Hammelburg) 1919	386	0,3	0,1	0,03	0,4	—	—	3½—5	9	9	—	1	0,3	0,02	0,2	0,1	—	0,01	0,01	—
10. Hammelburg (Hammelburg) 1919	783	0,3	0,2	0,1	0,5	—	0,003	3½	7	6	1	1	0,3	0,04	0,1	0,2	—	0,01	0,002	—
11. Eltmann (Haßfurt)	3 061	1,7	0,6	0,3	2,1	—	0,1	3¾—5	49	41	8	29	1,8	0,2	0,7	0,5	—	0,4	0,1	—
12. Haßfurt (Haßfurt)	4 064	1,9	0,9	0,5	2,3	—	0,1	3¾	105	68	37	9	2,4	0,2	0,9	0,6	—	0,8	0,02	—
13. Hofheim (Hofheim)	5 251	6,4	3,0	1,6	7,9	1,3	0,1	4	385	348	37	144	8,8	4,0	1,8	2,9	0,01	0,1	1,2	1,2
14 Arnstein (Karlstadt)	4 430	3,1	2,1	1,0	4,2	0,9	0,04	3½	202	154	48	65	5,5	0,2	0,8	2,4	0,1	2,0	1,5	1,3
15. Karlstadt (Karlstadt)	3 400	4,3	1,6	0,9	5,1	0,2	0,1	3½	172	145	27	27	5,2	0,4	2,0	1,2	0,01	1,7	1,7	—
16. Bad Kissingen (Kissingen)	1 207	0,3	0,2	0,04	0,4	—	0,03	3½	18	12	6	1	0,4	0,01	0,3	0,1	—	0,05	0,05	0,05
17. Münnerstadt (Kissing.)	1 245	0,9	0,3	0,2	1,0	—	0,04	3½	41	32	9	6	1,0	0,03	0,4	0,1	0,1	0,4	0,1	0,1
18. Dettelbach (Kitzingen)	2 245	3,0	1,3	0,5	3,7	0,1	0,04	4	148	121	27	9	3,8	0,1	1,1	1,9	0,3	0,5	0,3	0,3
19. Marktsteft (Kitzingen)	998	1,4	0,3	0,2	1,5	—	0,04	4	62	53	9	1	1,5	0,1	0,5	0,8	—	0,04	0,01	—
20. Königshofen (Königshofen)	3 578	3,0	0,9	0,5	3,4	—	0,02	3⅗	152	112	40	15	3,2	0,2	1,0	1,8	0,01	0,2	0,1	0,1
21. Marktheidenfeld (Marktheidenfeld)	3 232	3,6	1,4	1,1	3,9	0,4	0,2	4	298	202	96	29	6,2	1,2	1,6	1,8	—	1,7	0,04	—
22 Stadtprozelten (Marktheidenfeld)	3 111	3,3	1,2	0,5	4,0	0,5	0,1	4	218	146	72	12	5,5	2,6	1,2	0,03	0,4	1,2	0,04	—
23. Mellrichstadt (Mellrichstadt)	3 063	3,4	18,9	16,7	5,6	—	0,1	4	105	81	24	49	4,7	0,2	1,4	0,4	—	2,8	2,1	—
24. Amorbach (Miltenberg)	2 779	3,4	1,6	0,7	4,4	3,3	0,1	3—4	117	92	25	37	5,6	0,2	1,3	2,4	—	1,7	0,2	—
25. Miltenberg (Miltenberg)	4 000	5,1	2,1	1,6	5,6	—	—	3½—4	480	290	190	110	5,5	2,5	0,7	1,4	—	0,9	—	—
26. Neustadt a. d S. (Neustadt a. d. S.)	1 428	1,2	1,0	0,4	1,8	0,1	0,03	3½	58	51	7	22	1,6	0,1	0,7	0,7	—	0,1	0,2	0,2
27. Klingenberg (Obernburg)	1 336	1,0	1,2	0,3	1,9	0,3	0,03	3½	75	53	22	16	2,2	0,1	1,1	0,3	0,7	—	0,7	0,7
28. Obernburg (Obernburg)	687	0,5	2,4	0,4	2,6	2,1	0,02	3½—4	60	42	18	28	2,3	0,2	0,1	1,5	0,4	0,3	0,03	—
29 Aub (Ochsenfurt)	1 890	1,3	2,4	1,7	2,0	—	0,04	3—4	51	40	11	7	2,0	0,04	0,6	0,1	—	1,2	0,1	—
30. Ochsenfurt (Ochsenfurt)	3 920	4,1	3,5	1,5	6,2	1,1	0,2	3½	326	205	121	45	7,5	0,2	1,2	1,8	—	4,3	0,02	—
31. Schweinfurt (Schweinfurt)	3 500	3,6	1,6	1,4	3,8	2,2	0,3	3½	323	303	20	50	7,6	0,1	2,5	2,7	—	2,3	0,2	0,2

[1]) Vergl. die Anmerkung [1]) auf Seite 8. — [2]) desgl. die Anmerkung [1]) auf Seite 39.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen[1] (* = Landgemeinde-Sparkassen)	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: II. Freistaat Bayern.[2] — Noch: 7. Regierungsbezirk Unterfranken.																				
Noch: C. Distrikts-Spark.																				
32. Werneck (Schweinfurt)	2 292	0,4	0,8	0,3	0,9	1,7	0,1	2½—3½	160	120	40	50	2,8	0,1	1,2	1,3	—	0,2	0,8	0,8
33. Würzburg l.d.M., Heidingsfeld (Würzburg)	434	0,3	0,1	0,1	0,3	—	0,01	3	15	10	5	1	0,3	—	0,2	0,1	—	0,03	0,02	0,02
34. Würzburg r.d.M., Randersacker (Würzburg)	204	0,1	0,05	0,02	0,2	—	0,01	3	7	4	3	1	0,2	0,01	0,1	0,1	—	—	0,02	0,01
8. Regierungsbezirk Schwaben.																				
A. Sparkassen der kreisunmittelbaren Städte.																				
1. Augsburg	84 494	69,7	48,9	40,8	77,8	18,2	2,3	3	5 161	2 585	2 576	1 367	95,7	12,1	45,3	31,9	6,3	—	4,0	3,2
2. Dillingen	5 314	6,8	2,4	1,6	7,6	—	0,04	3½–4	206	137	69	65	6,9	1,3	2,9	0,6	—	2,2	0,6	—
3. Donauwörth	3 988	5,6	2,4	1,2	6,9	—	0,3	3½	365	211	154	21	6,6	0,8	3,2	2,1	—	0,5	0,4	0,4
4. Günzburg	3 500	2,5	1,7	1,0	3,2	0,2	0,1	3½	190	164	26	48	3,3	0,7	1,2	0,9	—	0,6	0,4	0,4
5. Kaufbeuren	3 852	2,6	1,8	0,7	3,7	—	0,2	3½	156	126	30	7	3,7	0,9	1,3	1,5	0,002	—	0,1	0,01
6. Kempten	13 187	8,3	3,5	1,4	10,3	—	0,03	3½–5	227	221	6	39	8,3	0,5	3,4	2,9	—	1,5	0,02	—
7. Lindau i. Bdsee.	10 801	11,3	4,3	3,3	12,3	2,5	0,4	2–3½	694	445	249	113	14,5	2,0	8,9	3,2	0,02	0,4	0,6	0,4
8. Memmingen	4 780	4,6	3,9	2,5	6,0	0,6	0,1	3½	228	165	63	79	6,9	1,7	2,7	1,1	0,02	1,3	0,5	0,5
9. Neuburg a. d. D.	2 640	3,0	0,9	0,6	3,3	—	0,1	3	128	88	40	25	3,3	0,5	0,8	1,9	0,1	0,02	0,2	0,1
10. Neu-Ulm	5 519	3,2	1,8	1,5	3,5	1,1	0,1	3½	178	116	62	33	4,6	0,5	2,3	1,7	0,01	—	0,4	0,4
11. Nördlingen	8 250	4,8	3,6	1,8	6,7	—	0,1	3½	444	306	138	101	9,4	0,4	3,2	3,8	0,1	2,0	0,4	0,3
B. Sparkassen der übrigen Gemeinden.																				
1. Gundelfingen (Dillingen)	1 971	3,6	1,0	0,5	4,1	—	—	3½	160	129	31	21	4,2	1,7	0,7	1,3	0,02	0,4	0,2	0,2
2. Höchstädt a.d.D. (Dillingen)	3 072	2,8	1,1	0,4	3,4	—	—	3¾	127	108	19	18	2,8	0,9	1,6	—	0,2	—	0,5	0,5
3. Lauingen (Dillingen)	2 410	3,3	1,0	0,5	3,7	0,01	0,2	3½	164	109	55	12	3,8	2,1	1,4	0,3	—	—	0,1	0,1
4. Monheim (Donauwörth)	749	0,9	0,2	0,1	1,0	—	0,04	3½	76	32	44	2	0,9	0,1	0,8	0,1	—	—	0,1	0,1
5. Wemding (Donauwth.)	1 592	3,2	1,2	0,4	4,0	—	0,1	3½	160	113	47	24	4,2	1,2	1,7	1,3	—	—	0,04	—
6. Leipheim (Günzburg)	255	0,4	0,4	0,2	0,6	—	0,04	3½	25	15	10	0,1	0,7	0,02	0,1	0,6	0,004	—	—	—
7. Krumbach (Krumb.)	4 212	7,3	3,8	2,6	8,5	—	0,2	3–4½	376	236	140	59	8,6	0,5	2,9	2,7	—	2,4	0,4	0,3
8. *Ziemetshausen (Krumbach)	1 060	1,9	0,6	0,4	2,1	—	0,1	3½	94	63	31	7	1,9	0,1	0,9	0,6	0,3	0,1	0,2	0,2
9. Mindelheim (Mindelh.)	4 410	7,0	2,6	2,1	7,6	1,4	0,2	3½	326	235	91	74	5,9	1,0	3,1	1,1	—	0,7	1,2	1,1
10. Rain (Neuburg a. d. D.)	1 431	1,4	0,6	0,3	1,8	—	0,05	3½	32	25	7	2	1,5	0,2	0,8	0,3	—	0,2	0,05	—
11. Öttingen (Nördlingen)	4 005	4,6	2,0	0,9	5,7	1,3	0,1	3–3½	276	204	72	48	7,1	0,5	2,6	2,7	0,1	1,3	0,1	0,1
12. *Wallerstein (Nördl.)	633	0,5	0,4	0,2	0,7	—	0,02	3½	28	20	8	6	0,8	0,004	0,6	0,02	0,2	—	0,1	0,1
13. *Schwabmünchen (Schwabmünchen)	4 300	5,2	2,1	1,0	6,3	0,5	0,3	3½	292	210	82	4	7,3	2,0	1,3	2,9	1,1	—	0,8	0,8
14. Immenstadt (Sonthofen)	3 081	2,4	1,0	0,8	2,7	—	0,1	4	222	149	73	44	4,3	1,1	1,3	1,9	0,02	—	0,2	0,2
C. Distrikts-Sparkassen.																				
1. Füssen (Füssen)	2 000	1,2	0,3	0,2	1,3	—	0,1	3¾	48	36	12	5	1,2	0,1	1,1	0,1	—	—	0,1	0,1
2. Burgau (Günzburg)	1 585	1,7	0,8	0,2	2,3	—	—	4	93	71	22	6	2,3	0,1	0,6	1,1	—	0,5	0,02	—
3. Babenhausen (Illertissen) 1919	2 104	1,7	1,1	0,5	2,3	—	—	3—4	55	41	14	4	1,7	0,02	0,9	0,2	—	0,5	0,1	—
4. Illertissen (Illertiss.) 1919	2 654	2,4	4,3	3,2	3,5	—	—	3—4	72	59	13	5	2,3	0,1	1,1	0,1	—	1,0	0,01	—
5. Kaufbeuren (Kaufbeuren)	7 497	9,3	3,3	1,7	10,9	0,5	—	3–3⅗	480	325	155	52	11,3	3,2	2,8	3,2	0,03	2,0	0,3	0,2
6. Lindau (Lindau)	4 156	5,6	0,2	1,8	3,9	0,3	0,1	4	361	263	98	58	7,6	0,3	1,6	3,8	0,1	1,8	0,4	0,4
7. Weiler (Lindau)	5 322	6,6	3,5	1,8	8,3	—	0,1	4	381	288	93	57	8,9	0,4	1,6	0,6	—	6,2	0,4	—
8. Markt-Oberdorf (Markt-Oberdorf)	3 647	4,4	1,5	0,9	5,1	0,3	0,1	3½	213	152	61	23	4,8	0,4	1,4	1,8	1,2	0,001	0,9	0,9
9. Obergünzburg (Markt-Oberdorf)	2 576	2,8	0,8	0,4	3,2	0,1	0,1	3½	130	104	26	17	3,4	0,6	1,0	1,2		0,5	0,2	0,2
10. Memmingen (Memmingen)	2 834	2,1	2,5	1,4	3,3	—	0,1	3½	122	90	32	20	3,4	0,3	0,6	1,2	1,2	0,1	0,4	0,4
11. Ottobeuren (Memmingen)	3 801	4,4	1,7	0,9	5,2	—	0,3	3½	221	148	73	25	4,6	0,3	1,6	1,1	1,0	0,6	0,9	0,7
12. Pfaffenhausen (Mindelheim)	4 265	6,6	2,6	1,4	7,8	—	0,2	3¾	282	257	25	38	7,6	0,6	4,4	2,6			0,2	0,2

[1] Vergl. die Anmerkung [1] auf Seite 8. — [2] desgl. die Anmerkung [1] auf Seite 39.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen (* = Landgemeindesparkassen) (** = Gemeindeverbandssparkassen)	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsvorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: II. Freistaat Bayern.[1]) — Noch: 8. Regierungsbezirk Schwaben.																				
Noch: C. Distrikts-Spark.																				
13. Türkheim (Mindelheim)	4 400	6,3	2,5	1,5	7,3	—	0,5	4	299	225	74	62	7,9	0,8	2,3	3,0	0,2	1,6	1,5	1,4
14. Neu-Ulm (Neu-Ulm)	3 906	4,2	1,7	1,1	4,8	0,4	—	3½	241	167	74	51	5,5	0,3	3,6	1,4	0,3	—	0,2	0,1
15. Weißenhorn (Neu-Ulm)	2 835	3,4	1,3	0,6	4,1	0,5	—	3½–4	244	165	79	51	3,8	0,1	1,7	2,1	—	—	0,4	0,3
16. Sonthofen (Sonthofen)	8 922	8,6	1,7	1,5	8,8	0,5	0,1	3½	378	273	105	60	5,1	2,1	2,3	0,6	—	0,1	0,1	0,1
17. Wertingen (Wertingen)	2 004	4,2	4,3	3,2	5,3	—	0,3	3¾	247	177	70	46	5,7	0,5	2,6	0,1	—	2,6	0,2	—
18. Zusmarshausen (Zusmarshausen)	870	0,7	0,4	0,1	1,0	—	0,03	4	49	34	15	2	0,9	0,1	0,5	0,4	—	—	0,1	0,1
III. Freistaat Sachsen.[2])																				
1. Kreishauptmannschaft Bautzen.																				
A. Sparkassen der kreisfreien Städte.																				
1. Bautzen	41 498	30,6	12,1	9,8	32,8	—	1,1	3 1/5	2 250	1 569	682	480	39,1	17,8	13,7	4,0	0,6	3,0	0,5	0,2
2. Zittau	58 403	59,1	25,3	15,8	68,7	—	0,3	3½	2 948	2 453	495	440	70,8	19,2	20,3	24,4	6,0	0,9	0,4	—
B. Sparkassen der Gemeinden u. Gemeindeverbände der Amtshauptmannschaften.																				
a) Amtshauptmannschaft Bautzen.																				
1. Bischofswerda (Sachs.)	18 121	14,5	5,1	4,0	15,7	—	0,3	3½	760	423	336	213	16,2	6,9	3,6	5,3	0,3	0,03	0,8	0,8
2. *Demitz-Thumitz (A. H. Bautzen) . . .	1 098	0,6	0,2	0,2	0,7	—	0,01	3½	22	21	1	3	0,7	0,3	0,3	0,1	0,01	—	0,02	0,01
3. *Großharthau (A. H. Bautzen)	1 765	1,5	0,7	0,4	1,8	—	0,02	3½	58	58	—	4	1,8	0,7	0,7	0,3	0,02	0,1	0,05	0,002
4. **Kirschau (Bz. Dresd.)	426	0,3	0,5	0,3	0,5	—	0,002	3½	19	15	4	0,1	0,3	0,2	0,1	0,02	—	—	0,2	—
5. *Königswartha (A. H. Bautzen)	2 187	1,3	0,4	0,3	1,3	—	0,05	3	42	31	12	5	1,2	0,5	0,3	0,2	0,1	—	0,1	0,04
6. *Oberneukirch (Laus.)	14 808	8,3	3,1	2,1	9,4	—	0,3	3½	431	35	397	96	6,6	4,1	1,9	0,4	0,2	0,1	3,1	2,9
7. Schirgiswalde	11 154	10,0	3,1	1,5	11,5	—	0,4	3½	455	377	79	66	11,7	6,4	1,6	3,5	0,1	0,005	0,1	0,001
8. *Sohland (Spree) . .	2 430	1,4	0,8	0,3	1,9	—	0,01	3½	74	57	17	17	1,7	1,0	0,1	0,6	0,1	0,01	0,1	0,1
9. *Wehrsdorf (A. H. Bautzen)	1 568	1,0	0,4	0,1	1,2	—	0,01	3½	50	32	18	3	1,2	0,4	0,3	0,2	0,03	0,3	0,3	0,3
10. **Wilthen (A. H. Bautz.)	1 654	0,7	1,1	0,4	1,3	—	0,002	3½	50	38	12	11	1,2	0,3	0,1	0,8	—	0,001	0,1	0,1
b) Amtshauptmannschaft Kamenz.																				
1. *Bretnig (Bz. Dresd.)	3 500	2,5	0,9	0,4	3,0	—	0,1	3½	98	86	12	50	2,9	1,0	1,7	0,01	0,04	0,1	0,01	—
2. Elstra	2 646	2,2	0,6	0,5	2,3	—	0,1	3½	114	67	46	16	2,4	1,6	0,6	0,1	0,003	0,1	0,01	—
3. *Großröhrsdorf	8 465	6,9	2,1	1,1	7,9	—	0,1	3½	351	262	89	86	7,8	3,5	2,4	1,9	0,01	0,02	0,2	—
4. *Hauswalde (P. Bretnig, Bz. Dresden) . .	1 362	1,3	0,4	0,1	1,5	—	0,1	3½	63	48	14	4	1,6	0,8	0,7	0,1	0,0001	—	0,03	—
5. Kamenz (Sachsen) . .	25 065	20,2	5,6	4,3	21,6	—	0,2	3¼	977	677	299	86	19,0	9,2	5,2	4,5	0,1	0,001	2,7	2,6
6. Königsbrück	11 777	9,5	2,2	1,8	9,9	—	0,1	3½	454	301	153	93	9,5	5,8	2,3	1,0	0,2	0,2	0,5	0,4
7. **Lichtenberg (A. H. Kamenz)	942	1,1	0,3	0,1	1,3	—	0,01	3½	37	31	6	6	1,1	0,1	0,8	0,04	—	0,2	0,002	0,0001
8. *Ohorn (A. H. Kamenz)	1 514	1,2	0,3	0,2	1,4	—	0,1	3½	63	50	13	12	1,5	0,8	0,5	0,3	0,01	—	0,02	0,01
9. Pulsnitz (Sachsen) . .	15 221	13,9	4,1	2,9	15,1	—	0,5	3½	720	505	215	166	14,1	5,0	6,6	2,3	0,2	0,01	1,5	—
10. *Schwepnitz	2 460	1,8	0,6	0,4	2,0	—	0,1	3½	99	72	27	19	2,3	1,6	0,6	0,1	—	—	0,01	0,005
c) Amtshauptmannschaft Löbau.																				
1. Bernstadt (Sachsen) .	5 566	4,4	1,5	0,9	5,0	—	0,1	3½	252	128	124	59	5,1	1,8	2,4	0,4	0,004	0,4	0,03	—
2. *Cunewalde (A. H. Löbau)	3 278	2,2	0,9	0,3	2,8	—	—	3½	113	76	37	24	1,9	1,1	0,8	0,002	—	0,02	0,2	0,1
3. *Ebersbach (Sachsen)	12 562	14,1	3,8	2,5	15,4	—	0,5	3½	704	464	240	131	13,8	7,3	2,7	3,8	0,04	0,03	2,0	1,9
4. *Eibau	5 606	4,2	1,7	1,1	4,9	—	0,00002	3½	245	48	197	72	4,6	1,7	1,5	0,8	0,04	0,5	0,2	—
5. *Herrnhut	4 546	3,5	1,8	0,9	4,4	—	0,03	3½	178	141	38	28	4,4	1,9	2,0	0,5	—	0,02	0,1	—

[1]) Vergl. die Anmerkung [1]) auf Seite 39. — [2]) Im Freistaat Sachsen sind die Sparkassen der kreisfreien Städte nach Kreishauptmannschaften, alle übrigen Sparkassen nach Amtshauptmannschaften alphabetisiert; die städtischen Sparkassen sind daran zu erkennen, daß sie vor ihrem Namen kein Zeichen haben, die Landgemeindesparkassen sind vor ihrem Namen mit einem Stern (*), die Gemeindeverbandssparkassen mit zwei Sternen (**) bezeichnet.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen (* = Landgemeindesparkassen) (** = Gemeindeverbandssparkassen)	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: III. Freistaat Sachsen.[1]) — Noch: 1. Kreishauptmannschaft Bautzen.																				
Noch: c) Amtshauptmannschaft Löbau.																				
6. Löbau (Sachsen)	43 991	44,3	14,5	11,3	47,5	—	1,9	3½	2 452	1 583	870	289	43,7	24,1	13,2	3,9	0,2	2,5	0,4	—
7. *Neugersdorf (Sachs.)	12 205	12,4	4,2	2,4	14,2	—	0,5	3½	819	568	251	143	10,1	6,6	2,4	0,8	0,3	0,02	4,6	4,6
8. Neusalza (P. Neusalza-Spremberg)	8 751	7,1	2,9	2,0	8,1	—	0,1	3½	365	266	99	140	8,1	4,2	2,2	0,3	1,4	0,1	0,2	0,001
9. *Obercunnersdorf (A. H. Löbau)	4 556	4,3	1,3	0,8	4,8	—	0,2	3½	239	142	97	50	4,7	2,6	1,4	—	0,7	0,01	0,3	0,2
10. *Oberoderwitz	2 971	2,0	0,3	0,4	1,9	—	0,1	3½	99	290	—190	14	2,4	0,8	0,7	0,8	0,1	—	0,4	0,4
11. *Oppach (A.H. Löbau)	3 412	2,4	0,9	0,6	2,8	—	0,02	3½	149	90	59	48	2,2	1,2	0,9	—	0,2	—	0,5	0,5
12. *Schönbach (A. H. Löbau)	1 361	1,1	0,3	0,1	1,2	—	0,05	3½	51	39	11	2	1,2	0,3	0,4	0,4	0,01	—	0,1	0,04
13. Weißenberg	10 823	4,5	1,1	0,7	4,9	—	0,1	3½	233	147	86	54	4,8	3,7	1,1	0,005	0,003	0,03	0,2	0,1
d) Amtshauptmannschaft Zittau.																				
1. *Großschönau (Sachs.)	7 334	5,1	2,3	1,3	6,1	—	0,3	3½	259	197	62	49	4,7	3,3	1,0	0,01	0,4	—	1,6	1,6
2. *Hainewalde (A. H. Zittau)	1 659	1,0	0,3	0,2	1,1	—	0,1	3½	49	34	16	7	1,1	0,4	0,3	0,3	—	0,1	0,001	—
3. *Hirschfelde (Sachs.)	1 764	1,3	0,6	0,4	1,6	—	0,04	3½	39	53	— 15	0,3	1,2	0,3	0,3	0,6	—	0,0004	0,03	0,0003
4. **Leutersdorf (O. Laus.)	2 947	1,6	0,9	0,4	2,1	—	0,04	3½	80	64	16	13	1,5	0,9	0,3	0,3	—	—	0,7	0,7
5. *Niederoderwitz (A.H. Zittau)	8 345	8,5	2,6	1,6	9,6	—	0,4	3½	461	297	164	35	9,7	4,4	3,2	0,03	0,04	2,1	0,4	0,4
6. *Olbersdorf (Sachsen)	1 897	1,4	0,7	0,3	1,8	—	0,01	3½	72	51	21	7	1,3	0,6	0,3	0,4	—	0,01	0,6	0,5
7. Ostritz (A. H. Zittau)	6 193	5,1	1,8	0,9	5,9	—	0,3	3½	246	192	54	42	5,2	2,2	1,2	1,7	0,04	—	0,7	0,7
8. *Reichenau (Sachsen)	10 506	10,5	3,3	1,6	12,2	—	0,4	3½	360	334	26	82	7,4	3,4	2,3	0,04	0,01	1,6	4,0	3,9
9. *Seifhennersdorf	7 242	5,5	2,4	1,4	6,4	—	0,2	3½	184	204	— 20	82	4,8	2,0	0,9	—	0,0003	1,9	1,9	—
2. Kreishauptmannschaft Chemnitz.																				
A. Sparkassen der kreisfreien Städte.																				
1. Chemnitz	211 703	138,5	87,3	64,9	160,9	—	0,1	3½	7 234	5537	1 697	1 582	139,0	72,6	45,8	5,0	0,003	15,6	22,6	18,4
B. Sparkassen der Gemeinden u. Gemeindeverbände der Amtshauptmannschaften.																				
a) Amtshauptmannschaft Annaberg.																				
1. Annaberg (Erzgeb.)	30 525	27,0	12,2	9,5	29,7	—	0,9	3½	1 508	1 002	506	437	39,0	17,2	7,0	14,5	—	0,3	0,6	0,1
2. *Bärenstein (Bz. Chemnitz)	3 389	2,2	1,5	0,8	2,9	—	—	3½	128	100	28	23	3,2	1,2	1,1	0,8	0,02	0,01	0,01	—
3. Buchholz (Sachsen)	12 097	10,1	3,6	3,1	10,6	—	0,4	3½	487	329	158	129	10,4	6,0	3,2	0,9	0,2	0,1	0,7	—
4. *Crottendorf (Erzgeb.)	1 743	1,3	0,5	0,3	1,5	—	0,1	3½	66	44	22	13	1,6	0,4	0,3	0,5	0,03	0,4	0,4	0,4
5. Ehrenfriedersdorf	9 974	10,0	4,3	2,7	11,6	—	0,4	3½	537	376	162	77	9,5	3,5	3,2	2,7	0,05	—	0,05	0,02
6. Elterlein	1 679	1,3	0,6	0,4	1,5	—	0,03	3½	62	40	23	5	1,2	0,8	0,3	0,2	—	—	0,4	0,1
7. *Frohnau (Erzgeb.)	1 138	0,5	0,3	0,2	0,6	—	0,02	3½	24	19	6	3	0,6	0,2	0,2	0,2	—	0,02	0,02	0,02
8. *Gelenau	5 367	3,8	1,3	0,6	4,6	—	0,1	3½	280	124	156	117	4,7	1,4	1,7	1,6	0,02	—	0,1	—
9. Geyer	7 059	4,9	2,4	1,3	6,0	—	0,2	3½	237	187	50	94	5,8	3,2	0,8	1,8	0,01	—	0,1	—
10. Jöhstadt (Erzgeb.)	6 044	5,1	2,5	1,1	6,5	—	0,1	3½	271	199	72	56	6,1	2,5	1,5	1,9	0,02	0,1	0,6	0,5
11. **Königswalde (Erzgb.)	2 607	1,7	1,1	0,6	2,2	—	0,02	3½	89	63	26	9	2,2	1,3	0,2	0,8	0,002	0,001	0,02	—
12. **Mildenau m. Arnsfeld	3 116	2,0	1,3	0,6	2,8	—	0,004	3½	78	84	— 6	11	5,5	0,3	5,2	0,004	0,002	—	1,0	0,7
13. **Oberwiesenthal (Sachsen)	2 660	1,6	1,1	0,8	1,9	—	—	3½	81	62	20	1	2,0	1,4	0,3	0,02	0,03	0,2	0,1	—
14. Scheibenberg	7 584	7,2	1,9	1,5	7,6	—	0,5	3½	362	253	110	95	7,7	4,4	2,4	0,9	0,004	0,01	0,4	0,001
15. Schlettau (Erzgeb.)	4 798	3,6	1,2	0,7	4,0	—	0,2	3½	150	131	19	27	4,0	1,2	1,3	1,0	—	0,5	0,1	—
16. *Sehma (Erzgeb.)	3 895	2,9	1,0	0,7	3,2	—	0,02	3½	142	108	35	29	3,1	1,0	0,6	0,9	—	0,6	0,6	0,5
17. Thum	6 675	7,2	2,7	1,2	8,6	—	0,1	3½	359	274	85	69	7,7	3,9	2,2	1,6	0,1	0,004	1,0	0,1
b) Amtshauptmannschaft Chemnitz.																				
1. **Adorf (Erzgebirge) für d. Sparkassenverb. im Bz. d. A H. Chemnitz und Stollberg	4 826	2,4	2,8	0,9	4,2	—	0,02	3½	162	117	45	35	4,0	1,0	0,8	2,1	0,01	0,1	0,2	0,2

[1]) Vergl. die Anmerkung [2]) auf Seite 49.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen (* = Landgemeindesparkassen) (** = Gemeindeverbandssparkassen)	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsvorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: III. Freistaat Sachsen.[1]) — Noch: 2. Kreishauptmannschaft Chemnitz.																				
Noch: b) Amtshauptmannschaft Chemnitz.																				
2. *Burkhardtsdorf (Erzgebirge)	3 055	2,1	1,0	0,4	2,7	—	0,05	3½	112	77	35	30	2,7	0,8	0,6	1,3	—	—	0,04	—
3. *Einsiedel (Bz. Chemnitz)	6 185	4,0	1,8	1,0	4,8	—	0,02	3½	201	158	43	16	4,1	2,2	1,2	0,7	0,1	0,02	0,6	—
4. *Erfenschlag	1 903	1,4	0,7	0,5	1,7	—	0,02	3½	64	61	4	9	1,6	0,9	0,5	0,003	0,3	—	0,1	0,1
5. *Gornsdorf	1 621	1,0	0,5	0,2	1,3	—	0,05	3½	51	35	17	4	0,7	0,3	0,2	0,2	—	—	0,6	0,6
6. *Grüna (Sachsen)	5 844	5,0	2,0	1,2	5,7	—	0,2	3½	251	194	57	58	5,8	4,3	1,5	0,002	0,001	—	0,2	0,03
7. *Harthau (Bz. Chemn.)	3 073	1,8	1,0	0,6	2,2	—	0,000001	3½	96	66	30	21	1,7	0,8	0,3	0,6	0,001	0,001	0,4	—
8. Limbach (Sachsen)	19 453	16,6	8,0	4,6	20,0	—	0,005	3½	834	653	181	155	19,9	9,5	3,4	7,0	0,01	—	0,5	—
9. *Mittelbach (Bz. Chemnitz)	1 675	1,3	0,6	0,4	1,6	—	0,1	3½	71	46	25	13	1,6	0,8	0,5	0,2	0,03	0,003	0,1	0,1
10. *Neukirchen (Erzgeb.)	4 572	2,5	1,2	0,7	3,0	—	0,1	3½	123	91	32	15	3,0	2,2	0,3	0,0002	—	0,5	0,1	—
11. *Neustadt (P. Siegmar)	2 581	3,0	0,9	0,7	3,2	—	0,1	3½	142	100	41	50	3,2	1,9	1,1	0,1	0,01	0,1	0,1	0,1
12. *Oberfrohna	9 429	7,2	3,7	1,9	9,0	—	0,003	3½	371	296	75	97	8,2	4,8	1,8	1,6	0,1	—	0,7	0,6
13. *Pleißa (Bz. Chemnitz)	1 325	0,8	0,3	0,3	0,9	—	—	3½	36	27	10	2	0,6	0,4	0,2	—	—	0,001	0,2	—
14. *Rabenstein (Sachsen)	3 746	2,4	1,2	0,9	2,7	—	0,1	3½	110	91	19	22	2,3	1,4	0,9	—	—	—	0,4	—
15. *Reichenbrand	2 893	2,9	1,4	1,0	3,3	—	0,1	3½	151	101	50	25	3,3	2,1	1,1	0,01	0,1	0,002	0,1	0,1
16. *Röhrsdorf (Bz. Chemn.)	1 951	1,1	0,4	0,2	1,3	—	0,03	3½	52	40	12	3	1,0	0,5	0,3	—	0,2	—	0,3	0,3
17. *Schönau (Chemnitz)	26 009	26,3	9,1	6,7	28,7	—	1,6	3½	1 324	996	328	317	28,9	19,3	4,7	4,7	0,1	—	0,6	0,2
18. *Siegmar	15 519	17,5	6,1	4,1	19,5	—	1,0	3½	866	647	220	116	20,1	10,3	6,4	1,5	0,1	1,9	0,3	0,1
19. *Wittgensdorf (Bz. Chemnitz)	4 402	2,9	1,0	0,6	3,3	—	0,1	3½	140	106	35	28	2,7	1,9	0,6	0,2	—	0,02	0,7	0,6
20. *Wüstenbrand (A. H. Chemnitz)	938	0,7	0,5	0,3	0,9	—	0,01	3½	34	28	7	3	0,6	0,4	0,1	0,1	—	—	0,3	0,3
c) Amtshauptmannschaft Flöha.																				
1. *Auerswalde (Bz. Chemnitz)	1 288	0,9	0,6	0,4	1,1	—	0,01	3½	43	36	7	8	1,0	0,5	0,1	0,3	—	0,2	0,1	—
2. Augustusburg (Erzgeb.)	11 044	8,7	2,9	1,9	9,7	—	0,4	3½	449	324	126	84	9,3	4,8	1,9	2,6	0,01	0,04	0,8	0,7
3. *Dittersdorf (Erzgeb.)	3 077	2,8	1,4	0,8	3,3	—	0,1	3½	157	99	58	27	3,4	1,8	0,5	0,8	0,1	0,2	0,002	—
4. *Eppendorf (Sachsen)	5 343	4,2	1,3	0,8	4,7	—	0,2	3½	238	156	82	45	4,2	2,8	0,7	0,6	0,02	0,1	0,5	0,5
5. **Erdmannsdorf (Sachsen)	4 041	2,2	2,4	0,9	3,7	—	—	3½	133	109	24	25	3,2	0,5	0,04	2,7	—	—	0,002	—
6. *Flöha (Sachsen)	8 108	6,7	5,6	4,1	8,3	—	0,2	3½	336	258	78	60	7,9	3,3	0,4	2,6	0,001	1,5	0,3	—
7. Frankenberg (Sachsen)	22 028	17,4	7,7	4,7	20,5	—	0,5	3½	794	688	105	257	17,4	8,5	4,4	4,2	0,1	0,04	3,5	3,5
8. *Grünhainichen	5 709	5,2	1,6	1,0	5,8	—	0,1	3½	300	173	127	101	5,8	1,4	1,7	1,6	1,0	—	1,6	1,6
9. *Krumhermersdorf (Erzgeb.)	2 300	2,1	0,9	0,4	2,5	—	0,1	3½	107	71	36	8	2,6	0,9	0,2	1,0	0,002	0,5	0,02	—
10. **Niederwiesa	1 519	1,2	0,7	0,4	1,4	—	—	3½	56	46	10	39	1,3	0,7	0,1	0,5	0,002	—	0,1	0,1
11. Oederan	13 092	13,2	5,7	4,4	14,5	—	0,5	3½	669	498	171	139	12,8	5,9	2,8	3,9	0,01	0,02	2,2	2,1
12. *Waldkirchen (Zschopautal)	3 480	4,1	1,4	0,6	4,8	—	0,2	3½	232	153	80	63	3,1	1,8	0,8	0,5	—	—	1,8	1,8
13. Zschopau	9 191	8,9	3,7	1,7	11,0	—	0,4	3½	467	318	149	78	11,1	4,6	2,0	1,7	0,01	2,8	0,3	0,02
d) Amtshauptmannschaft Glauchau.																				
1. *Gersdorf (Bz. Chemn.)	5 128	3,7	2,2	1,2	4,6	—	0,1	3½	200	151	49	23	4,6	1,3	0,6	2,1	0,03	0,5	0,1	—
2. Glauchau	26 691	13,0	5,8	3,2	15,6	—	0,4	3	783	427	356	183	14,9	8,5	5,0	1,3	0,1	—	1,1	0,7
3. Hohenstein-Ernstthal	23 664	19,1	9,8	5,9	23,0	—	0,8	3½	1 100	732	368	291	21,3	10,1	4,9	6,3	0,05	—	3,7	3,4
4. *Hohndorf (Bz. Chemn.)	3 967	2,0	1,3	0,9	2,5	—	0,2	3½	199	73	126	17	1,1	0,8	0,3	0,004	—	—	1,5	0,001
5. Lichtenstein-Callnberg	26 299	23,4	9,0	5,2	27,1	—	0,9	3½	1 261	855	406	211	28,7	22,0	5,1	0,8	0,1	0,1	0,0001	—
6. Meerane (Sachsen)	24 290	20,8	10,4	5,3	25,9	—	1,1	3½	1 230	837	393	264	22,0	12,6	6,1	3,3	0,1	—	0,2	0,1
7. **Mülsen St. Jacob (A. H. Glochau) f. d. Mülsengrd.	2 322	1,5	0,9	0,5	2,0	—	0,003	3½	80	57	23	21	2,0	0,9	0,3	0,7	0,003	0,003	0,04	0,01
8 *Oberlungwitz	4 523	3,8	2,1	1,3	4,6	—	0,2	3½	204	152	52	39	4,8	3,0	0,6	1,1	0,1	—	0,04	0,004
9. *St. Egidien (Sachsen)	4 415	4,4	1,6	0,8	5,2	—	0,1	3½	271	152	118	43	5,2	1,7	0,9	0,6	1,9	—	0,1	—
10. Waldenburg (Sachsen)	8 113	7,4	2,4	1,4	8,5	—	—	3½	328	248	80	43	8,9	4,7	1,6	2,6	0,01	0,01	1,4	1,4
e) Amtshauptmannschaft Marienberg.																				
1. **Drebach	2 783	1,2	1,3	0,7	1,9	—	0,01	3½	76	58	18	11	1,9	0,7	0,1	—	1,1	0,01	0,02	—
2. *Forchheim (Sachsen)	2 970	2,8	0,8	0,1	3,5	—	0,2	3½	162	91	72	14	3,3	1,1	1,1	0,9	—	0,1	0,1	—

[1]) Vergl. die Anmerkung [2]) auf Seite 49

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen (* = Landgemeindesparkassen) (** = Gemeindeverbandssparkassen)	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsjahres vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: III. Freistaat Sachsen.[1]) — Noch: 2. Kreishauptmannschaft Chemnitz.																				
Noch: e) Amtshauptmannschaft Marienberg.																				
3. *Großolbersdorf	2 294	2,3	0,8	0,4	2,6		0,1	3½	115	75	39	37	2,1	0,9	0,6	0,02	0,6	0,001	0,6	0,5
4. **Großrückerswalde (Erzgeb.)	2 331	1,4	0,7	0,3	1,8	—	0,004	3½	75	54	21	24	1,6	0,6	0,4	0,5	—	—	0,2	0,2
5. Lengefeld (Erzgeb.)	6 725	6,8	1,8	1,0	7,6	—	0,5	3½	361	252	109	28	7,8	3,6	2,8	1,2	0,1	0,1	0,3	0,2
6. *Lippersdorf (Erzgeb.)	2 068	2,3	0,7	0,3	2,6	—	0,1	3½	112	96	16	8	2,6	0,7	1,0	0,9	—	—	0,2	0,1
7. Marienberg (Sachsen)	13 160	10,8	3,7	2,4	12,1	—	0,6	3½	532	393	138	89	12,4	3,4	3,3	2,6	0,03	3,1	0,3	—
8. Olbernhau	20 547	18,4	7,1	5,6	19,9	—	1,0	3½	927	688	240	204	19,8	9,2	6,7	3,0	0,9	0,002	0,2	0,1
9. *Pobershau	1 589	0,7	0,3	0,2	0,9	—	0,02	3½	41	30	11	5	0,9	0,4	0,3	0,0004	0,2	—	0,05	0,04
10. **Pockau (Flöhatal)	910	0,7	0,2	0,2	0,8	—	—	3½	37	30	7	10	0,5	0,2	0,2	0,1	—	0,002	0,9	0,4
11. Wolkenstein	6 597	6,9	2,2	1,3	7,9	—	0,4	3½	357	263	94	104	8,5	7,1	0,5	0,9	0,02	0,01	0,00001	—
12. Zöblitz (Erzgeb.)	5 017	4,0	1,3	1,0	4,3	—	0,2	3½	197	148	49	29	3,6	1,9	1,0	0,005	0,6	—	1,0	0,9
f) Amtshauptmannschaft Stollberg.																				
1. *Jahnsdorf (Erzgeb.)	1 820	1,8	1,1	0,5	2,4	—	0,1	3½	89	66	23	10	1,8	1,0	0,2	0,6	—	—	0,6	0,5
2. *Lugau (Erzgeb.)	6 400	4,5	2,7	1,8	5,4	—	—	3½	243	174	69	—	5,5	2,8	0,6	2,1	0,1	—	—	—
3. *Niederwürschnitz	2 830	1,9	1,2	0,8	2,3	—	—	3½	84	78	6	37	2,6	1,4	0,6	—	0,6	—	0,3	0,3
4. *Oelsnitz (Erzgeb.)	8 783	5,9	3,2	2,2	6,9	—	0,3	3½	332	213	118	36	5,6	3,5	0,8	—	1,4	—	1,7	1,7
5. Stollberg (Erzgeb.)	17 023	14,6	7,2	3,9	17,9	—	0,4	3½	805	577	228	75	14,9	6,1	3,8	2,6	2,3	0,05	3,2	3,2
6. *Thalheim (Erzgeb.)	5 732	4,4	2,0	0,9	5,4	—	0,2	3½	302	2	300	58	4,4	2,2	1,0	1,2		—	1,0	1,0
7. Zwönitz	7 805	7,5	2,7	1,9	8,3	—	0,3	3½	378	353	25	70	7,0	4,5	1,2	1,3	0,003	0,1	1,7	1,0
3. Kreishauptmannschaft Dresden.																				
A. Sparkassen der kreisfreien Städte.																				
1. Dresden	470 000	307,0	309,5	185,3	431,2	—	5,6	3	18490	12370	6 120	6 350	426,3	187,7	196,3	40,1		2,2	8,2	4,2
2. Freiberg (Sachsen)	45 627	31,7	15,1	10,9	36,2	—	0,8	3½	2 162	1 743	419	300	37,7	12,3	7,9	14,5	0,4	2,7	0,2	0,02
3. Meißen	67 009	44,5	19,6	14,0	50,1	—	1,3	3¼	2 159	1 587	572	299	50,5	19,1	11,2	19,9	0,4	—	1,1	—
B. Sparkassen der Gemeinden u. Gemeindeverbände der Amtshauptmannschaften.																				
a) Amtshauptmannsch. Dippoldiswalde.																				
1. Altenberg (Erzgeb.)	3 083	2,9	1,0	0,6	3,3		0,1	3½	150	107	43	19	3,0	1,9	0,8	0,3	0,02	0,001	0,4	0,4
2. Bärenstein (Bz. Dresden)	1 340	0,8	0,3	0,2	0,9	—	0,04	3½	42	31	11	7	1,0	0,5	0,3	0,1	0,01	0,04	0,02	—
3. Dippoldiswalde	15 389	15,6	5,8	3,6	17,8	—	0,5	3⅓	757	561	196	78	13,8	6,7	5,4	0,01	1,7		4,4	4,1
4. **Dittersdorf (Bz. Dresden)	1 652	1,6	0,5	0,3	1,8	—	0,1	3½	137	105	33	7	1,8	0,6	0,5	0,7		0,0003	0,1	—
5. Frauenstein (Erzgeb.)	9 168	10,8	3,0	1,6	12,2	—	—	3½	528	357	171	155	11,8	6,7	3,0	1,4	0,03	0,7	0,3	0,3
6. Geising	4 473	4,8	1,6	0,8	5,6	—	0,2	3½	227	177	50	40	5,5	4,5	1,1	—		—	0,1	0,0003
7. Glashütte (Sachsen)	4 045	3,0	1,1	0,6	3,5		—	3½	162	117	46	69	3,2	1,3	1,4	—	0,5	—	0,4	0,3
8. **Höckendorf (P. Edle Krone, Bz. Dresden)	5 222	5,7	1,6	0,9	6,4	—	0,1	3½	262	209	53	44	5,9	2,5	1,4	1,9	0,1	—	0,6	0,3
9. *Kreischa	5 072	3,5	1,1	0,7	3,8	—	0,01	3½	269	137	132	26	4,1	2,5	0,7	0,8		—	0,1	0,002
10. Lauenstein (Sachsen)	2 040	1,6	0,6	0,4	1,7	—	0,1	3½	77	57	20	15	1,7	0,8	0,5	0,2		0,2	0,3	0,2
11. *Nassau (Erzgeb.)	1 953	2,0	0,6	0,2	2,4		—	3½	94	76	18	13	1,8	0,9	0,8	0,03	0,001	—	0,6	0,6
12. **Possendorf (A. H. Dippoldiswalde)	2 976	2,3	0,8	0,4	2,6	—	0,0005	3½	76	76	—	13	2,6	1,3	0,8	0,5	—	—	0,1	0,1
13. **Pretzschendorf	2 613	2,6	0,9	0,3	3,2		0,01	3½	126	99	27	12	2,9	1,0	0,7	0,9	0,03	0,2	0,3	0,3
14. *Rechenberg (P. Bienenmühle)	2 353	0,8	0,4	0,2	0,9	—	0,03	3½	38	26	11	13	1,0	0,6	0,1	0,2	0,04	0,002	0,001	—
15. **Reinhardtsgrimma (Bz. Dresden)	3 689	4,1	1,2	0,6	4,7	—	0,01	3½	219	133	86	31	4,1	1,5	1,8	0,7	—	0,001	0,1	—
16. **Schmiedeberg (Bz. Dresden)	3 460	2,3	1,3	0,7	2,8		0,1	3⅓	126	89	37	16	2,9	1,0	0,6	1,2	0,03	0,03	0,1	—
17. **Seifersdorf (A. H. Dippoldiswalde)	1 456	1,9	0,5	0,3	2,2	—	0,03	3½	91	64	28	6	1,3	0,9	0,3	0,1	0,03	—	0,05	—

[1]) Vergl. die Anmerkung [2]) auf Seite 49.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen (* = Landgemeindesparkassen) (** = Gemeindeverbandssparkassen)	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der			Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt					Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse	
									Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre			in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: III. Freistaat Sachsen.¹) — Noch: 3. Kreishauptmannschaft Dresden.																				
b) Amtshauptmannschaft Dresden-A.																				
1. **Bannewitz (A. H. Dresden)	4 338	1,5	0,5	0,3	1,7	—	—	3½	70	50	20	23	1,4	0,8	0,5	0,1	0,01	0,002	0,2	0,2
2. *Cossebaude (Elbtal)	5 772	5,2	2,6	2,1	5,7	—	0,01	3½	248	190	58	39	5,3	2,3	1,0	1,9	0,1	0,1	0,3	0,3
3. **Födergersdorf (P. Hintergersdorf)	3 136	3,3	1,2	0,5	3,9	—	—	3½	137	121	16	15	3,9	1,3	1,4	1,2	0,04	0,03	0,1	0,003
4. **Freital (A.H.Dresd.) f.d.PlauenschenGrund	32 959	25,8	9,7	7,5	28,0	—	0,2	3½	1 308	954	354	174	28,1	15,3	6,1	1,2	5,6	—	0,1	0,01
5. **Gittersee (A. H. Dresden)	7 134	4,4	2,2	1,7	5,0	—	—	3½	247	166	81	68	5,0	2,2	1,8	1,0	0,03	0,003	0,1	0,001
6. **Hainsberg (Sachsen)	3 113	2,7	1,3	0,8	3,1	—	0,02	3½	232	100	131	55	3,1	2,0	0,3	0,5	0,003	0,2	0,3	0,2
7. *Lockwitz	3 989	3,1	1,1	0,8	3,4	—	0,02	3½	150	115	35	19	3,3	1,3	0,7	1,3	0,03	—	0,05	0,05
8. *Niedersedlitz (Sachs.)	5 192	4,3	2,6	1,6	5,4	—	—	3½	215	177	38	27	3,3	1,7	1,3	0,2	0,03	0,02	2,1	0,4
9. Rabenau	5 975	5,7	1,6	1,1	6,2	—	0,2	3½	298	228	70	43	6,2	3,2	1,8	0,9	0,3	—	0,2	0,2
10. Tharandt	9 089	9,2	3,5	2,4	10,4	—	0,4	3½	457	341	115	103	9,5	6,7	0,9	1,7	0,01	0,2	1,3	1,2
11. **Zauckerode (A. H. Dresden)	2 898	1,9	0,9	0,7	2,1	—	—	3½	94	72	22	21	1,9	1,2	0,6	—	—	0,02	0,1	—
c) Amtshauptmannschaft Dresden-N.																				
1. *Eisenberg-Moritzburg (P Moritzburg)	1 751	1,4	0,6	0,4	1,6	—	0,04	3½	64	51	13	10	1,6	0,9	0,3	0,2	0,2	—	0,1	0,1
2. *Klotzsche	9 390	8,8	5,4	4,1	10,1	—	0,4	3½	415	299	116	88	9,6	3,1	3,2	2,0	0,1	1,2	1,2	1,0
3. *Kötzschenbroda	13 761	9,5	3,8	3,2	10,1	—	0,4	3½	471	341	130	35	10,4	5,2	3,4	1,5	0,3	—	0,4	0,1
4. *Langebrück (Sachs.)	1 578	1,7	2,1	1,7	2,2	—	0,001	3½	79	60	20	34	1,5	0,5	0,3	0,5	0,2	0,001	0,6	—
5. *Lausa (A.H.Dresden)	1 284	0,8	0,6	0,5	0,9	—	—	3½	57	29	28	16	0,9	0,3	0,3	0,2	—	0,02	0,01	—
6. *Naundorf (P. Kötzschenbroda)	2 062	1,8	0,6	0,6	1,8	—	0,00002	3½	126	79	47	16	1,6	0,9	0,4	0,3	0,004	—	0,1	—
7. *Oberlößnitz (P. Radebeul-Oberlößnitz)	4 508	4,6	1,5	1,4	4,7	—	—	3½	173	148	25	17	3,4	1,3	1,9	0,1	0,02	—	1,5	1,2
8. *Ottendorf-Okrilla (A. H. Dresden)	4 029	2,7	1,1	0,7	3,2	—	—	3½	113	105	8	29	2,8	1,3	0,6	0,9	0,03	0,005	0,4	0,001
9. Radeberg	23 017	16,6	6,6	4,9	18,3	—	1,1	3½	862	559	302	96	17,0	7,9	3,9	5,1	—	0,1	2,4	2,4
10. **Radebeul (P. Radebeul-Oberlößnitz)	22 889	18,9	7,9	5,6	21,2	—	0,3	3½	1 007	723	284	217	20,7	9,8	8,1	2,6	0,03	0,1	0,6	0,1
11. **Schönfeld (Dresden)	4 870	4,1	1,3	0,8	4,7	—	0,1	3½	201	149	52	30	4,5	2,0	1,1	1,4	0,02	0,01	0,2	—
d) Amtshauptmannschaft Freiberg.																				
1. *Berthelsdorf (Erzgeb.)	1 159	0,5	0,3	0,2	0,6	—	0,003	3½	23	17	6	0,3	0,7	0,4	0,1	0,2	0,01	0,0004	0,003	—
2. *Bräunsdorf (A. H. Freiberg)	1 125	0,8	0,3	0,1	1,0	—	0,01	3½	41	31	10	4	0,7	0,2	0,5	0,04	—	—	0,3	0,2
3. Brand-Erbisdorf (A H. Freiberg)	11 516	9,6	2,9	2,1	10,5	—	0,3	3½	506	367	139	128	10,3	5,9	2,1	0,03	2,3	0,02	0,5	0,4
4 *Colmnitz (A. H. Freiberg)	2 818	2,7	0,9	0,4	3,2	—	—	3½	136	93	42	25	2,8	1,2	0,9	0,6	0,01	0,1	0,5	0,4
5. *Conradsdorf (P. Tuttendorf)	1 409	1,3	0,4	0,2	1,4	—	0,04	3½	67	43	25	3	1,2	0,6	0,6	—	0,04	—	0,04	0,001
6. *Deutscheinsiedel (A. H. Freiberg)	398	0,1	0,1	0,03	0,1	—	0,001	3½	6	4	2	1	0,1	0,1	0,02	0,02	0,03	—	0,01	—
7. *Deutschneudorf	1 241	0,7	0,04	0,2	0,5	—	0,01	3½	21	20	1	4	0,2	0,1	0,04	—	—	—	0,002	—
8. *Dörnthal	1 614	1,7	0,5	0,3	2,0	—	0,1	3½	68	59	9	5	1,7	0,5	1,0	0,2	—	—	0,4	—
9. *Großhartmannsdorf (A. H. Freiberg)	7 274	3,1	0,7	0,5	3,3	—	—	3½	154	110	44	35	3,4	1,3	1,0	0,3	—	0,8	0,01	—
10. *Großschirma (A. H. Freiberg)	1 352	1,1	0,4	0,2	1,3	—	—	3⅓	51	40	11	11	1,1	0,3	0,8	0,1	—	—	0,2	0,2
11. *Großvoigtsberg (Bz. Dresden)	1 625	1,5	0,5	0,2	1,6	—	0,03	3½	79	59	20	22	1,4	0,5	0,8	0,1	0,001	—	0,4	0,3
12. *Halsbrücke	1 000	0,7	0,3	0,2	0,9	—	0,001	3½	35	25	9	10	0,7	0,4	0,2	0,04	—	0,1	0,1	0,1
13. *Heidelberg (P. Seiffen)	6 434	0,3	0,03	0,2	0,1	—	—	3½	31	20	11	4	0,7	0,4	0,2	0,1	0,01	—	0,04	—
14. *Heidersdorf (Erzgeb.)	465	0,3	0,1	0,1	0,3	—	0,01	3½	26	9	17	2	0,4	0,2	0,05	—	0,1	—	0,001	—
15. *Krummenhennersdorf	940	1,0	0,2	0,1	1,1	—	0,03	3½	49	36	13	3	1,1	0,5	0,2	0,1	0,01	0,3	0,01	—
16. *Langenau (A. H. Freiberg)	4 557	1,8	0,6	0,3	2,0	—	0,03	3½	112	66	46	18	1,7	0,9	0,5	0,3	—	0,003	0,3	0,3

¹) Vergl. die Anmerkung ²) auf Seite 49.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen (* = Landgemeindesparkassen) (** = Gemeindeverbandssparkassen)	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsvorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: III. Freistaat Sachsen.[1]) — Noch: 3. Kreishauptmannschaft Dresden.																				
Noch: d) Amtshauptmannschaft Freiberg.																				
17. *Langhennersdorf (Erzgebirge)	1 804	1,5	0,4	0,2	1,7	—	0,04	3½	75	55	20	10	1,7	0,6	0,4	0,7	0,01	0,002	0,02	—
18. *Lichtenberg (Erzgeb.)	3 404	3,0	0,8	0,4	3,4	—	—	3½	152	115	38	38	3,1	1,4	1,3	0,3	0,04	0,002	0,2	0,2
19. *Mulda	1 541	0,8	0,4	0,2	1,0	—	0,01	3½	45	32	13	9	0,5	0,2	0,2	0,1	0,004	0,003	0,3	0,3
20. *Naundorf (A. H. Freiberg)	2 032	0,3	0,4	0,3	0,4	—	—	3½	71	47	24	13	1,4	0,6	0,5	0,2	—	0,1	0,2	0,2
21. *Neuhausen (Bz. Dresd.)	3 287	2,8	0,8	0,6	3,0	—	0,1	3½	107	92	15	65	2,6	1,3	0,6	0,02	0,1	0,6	0,5	0,02
22. *Niederbobritzsch (A. H. Freiberg)	2 800	2,8	0,9	0,5	3,2	—	0,03	3½	139	102	37	27	3,1	1,4	0,8	0,5	0,03	0,3	0,1	—
23. **Niederschöna (A. H. Freiberg)	1 957	1,1	0,5	0,3	1,4	—	0,1	3½	81	58	23	14	2,0	1,1	0,6	0,03	0,02	0,3	0,1	0,1
24. *Oberbobritzsch (A. H. Freiberg)	6 311	7,8	1,8	1,1	8,5	—	0,2	3½	392	284	108	57	8,5	4,4	2,7	0,9	0,1	0,4	0,1	0,02
25. Sayda (Erzgeb.)	11 769	11,4	3,7	2,1	12,9	—	0,3	3½	547	374	173	85	11,8	6,9	2,5	2,1	0,2	0,2	1,5	1,4
26. *Weigmannsdorf (P. Lichtenberg, Erzgeb.)	361	0,2	0,2	0,1	0,3	—	0,0001	3½	12	9	3	1	0,3	0,1	0,1	0,1	0,01	0,004	0,02	0,02
27. *Weißenborn (A. H. Freiberg)	2 440	1,4	0,9	0,4	1,9	—	0,01	3½	63	38	25	1	0,6	0,2	0,3	0,1	—	—	0,6	0,6
28. *Zethau (A. H. Freibg.)	2 857	3,1	0,4	0,6	2,9	—	0,001	3½	156	113	43	32	3,4	1,3	0,8	1,2	0,005	0,1	0,1	0,03
e) Amtshauptmannschaft Großenhain.																				
1. **Berbisdorf (Bz. Dresden)	2 953	3,6	1,5	0,7	4,5	—	0,1	3½	279	147	132	34	3,3	0,9	1,1	—	0,02	1,3	0,03	—
2. **Glaubitz (P. Langenberg, Sachsen)	2 980	2,6	2,7	0,5	4,7	—	0,1	3½	131	94	37	9	2,4	0,9	1,4	0,1	—	0,03	0,1	0,003
3. *Gröba (b. Riesa)	5 775	5,5	2,1	1,5	6,1	—	0,1	3½	270	211	59	69	5,5	1,6	2,1	1,8	—	0,1	0,6	0,5
4. **Gröditz (A. H. Großenhain)	4 204	3,2	0,4	0,5	3,1	—	0,1	3½	143	104	39	45	3,7	2,1	1,6	0,04	—	—	0,6	0,5
5. Großenhain	25 820	22,9	6,8	4,5	25,2	—	0,9	3½	1 183	790	393	124	24,0	10,1	7,4	6,0	0,5	—	2,8	2,4
6. **Heyda (P. Prausitz)	1 720	2,0	0,7	0,4	2,3	—	—	3½	93	69	24	10	2,0	0,4	1,5	0,03	0,02	—	0,1	0,05
7. **Naundorf (P. Großenhain)	2 764	3,3	1,4	0,6	4,2	—	0,1	3½	160	117	44	10	4,1	2,3	1,0	0,4	0,3	—	0,1	0,03
8. **Priestewitz	681	0,6	0,3	0,1	0,8	—	0,002	3½	35	25	10	4	0,8	0,3	0,4	0,02	0,1	—	0,03	0,02
9. Radeburg (Bz. Dresd.)	12 060	12,9	4,0	2,8	14,1	—	0,4	3½	616	467	149	102	13,1	5,9	3,9	2,6	0,1	0,7	1,4	0,001
10. Riesa	31 291	27,9	9,3	7,3	29,9	—	0,7	3½	1 412	1 076	336	293	28,8	12,3	8,7	7,4	0,1	0,3	1,2	1,0
11. *Röderau (Sachsen)	898	0,6	0,2	0,2	0,6	—	0,01	3½	35	28	6	1	0,8	0,4	0,3	0,1	0,04	—	0,02	0,01
f) Amtshauptmannschaft Meißen.																				
1. **Coswig (Sachsen)	5 382	4,4	2,6	1,7	5,3	—	—	3½	211	169	42	43	5,1	1,7	1,5	1,7	0,1	0,3	0,03	0,02
2. **Deutschenbora	978	1,1	0,6	0,3	1,3	—	0,001	3½	56	37	19	4	1,1	0,1	1,0	—	—	—	0,2	0,2
3. **Leuben (b. Riesa)	877	0,6	0,2	0,1	0,7	—	—	3½	28	22	5	6	0,6	0,1	0,5	0,1	—	—	0,1	0,1
4. Lommatzsch	10 663	11,3	2,9	1,7	12,5	—	0,7	3½	633	417	216	106	10,8	4,3	3,6	1,7	0,4	0,7	3,0	2,8
5. Nossen	17 228	18,2	5,4	3,4	20,1	—	0,7	3½	834	592	242	78	20,2	7,5	5,9	0,8	0,8	5,2	5,3	5,1
6. Siebenlehn (A. H. Meißen)	6 890	7,3	2,2	1,3	8,2	—	0,0002	3½	397	273	124	79	7,0	3,8	2,1	1,1	0,02	0,04	1,2	1,2
7. *Weinböhla (Bz. Dresd.)	5 704	4,1	2,6	2,0	4,8	—	0,01	3½	210	151	59	24	4,7	2,0	1,2	1,4	0,1	0,03	0,1	0,02
8. Wilsdruff	17 689	23,6	5,0	3,5	25,2	—	0,8	3½	1 074	829	246	182	23,4	12,0	8,0	3,2	0,1	0,01	2,6	2,3
g) Amtshauptmannschaft Pirna.																				
1. Bad Schandau	14 079	11,9	4,6	2,7	13,8	—	0,4	3½	657	442	216	71	14,0	6,5	2,4	5,1	0,1	—	0,2	0,001
2. Berggießhübel	2 796	2,4	1,0	0,7	2,7	—	—	3½	123	88	35	54	2,5	1,4	0,5	0,6	0,004	0,02	0,03	0,01
3. *Copitz (A. H. Pirna)	7 692	7,4	2,9	2,2	8,2	—	0,1	3½	416	317	99	113	8,5	4,5	1,4	2,6	0,02	0,02	0,1	—
4. Dohna	6 216	5,5	1,7	1,2	6,0	—	0,3	3½	274	187	87	70	6,0	4,2	1,1	0,7	0,003	0,001	0,3	0,3
5. Gottleuba	4 578	4,6	1,3	0,8	5,0	—	0,1	3½	254	154	100	691	4,5	3,3	1,2	0,03	0,01	0,1	0,7	0,6
6. *Heidenau	6 681	4,4	3,0	2,5	5,0	—	0,1	3½	367	162	205	41	5,0	2,3	0,4	2,2	0,03	0,04	0,1	0,02
7. Hohnstein (Sächs. Schweiz)	3 143	2,8	0,8	0,5	3,1	—	0,1	3½	111	100	11	46	2,7	1,8	0,6	0,4	0,01	—	0,3	0,3
8. Königstein (Elbe)	13 468	13,4	4,0	3,0	14,4	—	0,3	3½	700	426	244	163	14,1	9,7	3,2	1,0	0,2	—	0,7	0,03
9. Liebstadt (A. H. Pirna)	3 190	3,1	1,1	0,6	3,6	—	0,1	3½	155	116	39	44	3,1	1,9	0,7	0,2	0,2	0,1	0,6	0,6

[1]) Vergl. die Anmerkung [2]) auf Seite 49.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen — (* = Landgemeinde-sparkassen) (** = Gemeindeverbands-sparkassen)	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: III. Freistaat Sachsen.[1]) — Noch: 3. Kreishauptmannschaft Dresden.																				
Noch: g) Amtshauptmannschaft Pirna.																				
10. *Lohmen (Sachsen)	5 148	4,9	1,3	0,8	5,4	—	0,2	3½	203	180	23	81	5,1	2,8	1,2	1,0	—	0,01	0,9	0,5
11. Neustadt (Sachsen)	13 589	10,8	2,9	2,0	11,6	—	0,2	3½	519	387	132	102	10,7	6,8	2,3	1,6	0,003	—	1,1	1,0
12. Pirna	50 476	41,6	22,7	16,1	48,2	—	1,6	3½	2 118	1 459	659	384	48,9	21,5	11,4	16,0	—	—	1,1	0,1
13. Sebnitz (Sachsen)	11 432	7,5	3,1	1,9	8,7	—	0,3	3½	354	278	76	100	7,6	4,4	1,1	2,2	0,03	—	1,0	1,0
14. Stolpen (A. H. Pirna)	12 395	13,2	3,5	1,9	14,8	—	0,2	3½	655	482	173	110	14,0	9,2	2,9	1,7	0,02	0,1	1,1	1,0
15. Wehlen (Sächs. Schweiz)	2 031	1,3	0,6	0,4	1,5	—	0,04	3½	58	44	14	22	1,1	0,6	0,5	—	—	—	0,3	0,3
16. **Zschachwitz (Bz. Dresden)	651	0,3	0,4	0,2	0,5	—	—	3½	20	15	5	0,1	0,5	0,01	—	0,5	—	—	0,2	0,2
4. Kreishauptmannschaft Leipzig.																				
A. Sparkassen der kreisunmittelbaren Städte.																				
1. Leipzig	416 663	324,4	247,9	190,4	381,9	—	5,2	3½	17809	13348	4 461	4 388	381,2	130,1	194,2	49,4	7,4	—	17,0	7,9
B. Sparkassen der Gemeinden u. Gemeindeverbände der Amtshauptmannschaften.																				
a) Amtshauptmannschaft Borna.																				
1. Bad Lausigk	10 363	10,7	3,9	2,4	12,2	—	0,3	3½	526	398	128	88	11,6	8,3	2,3	0,6	0,3	0,01	0,9	0,8
2 Borna (Bz. Leipzig)	19 936	22,7	9,3	6,4	25,5	—	0,7	3½	1 026	831	195	224	24,2	17,0	5,1	1,8	0,005	0,4	1,3	1,3
3. Frohburg	9 660	9,2	3,8	2,2	10,8	—	0,6	3½	501	356	145	79	11,2	5,0	2,4	3,7	0,02	—	0,2	—
4. Geithain	9 824	12,0	4,2	2,5	13,7	—	0,7	3½	585	404	181	98	10,4	8,0	1,3	1,1	0,01	—	4,2	3,8
5. Groitzsch	9 125	9,9	3,4	2,2	11,1	—	0,6	3½	468	331	137	62	11,6	5,6	2,3	3,6	0,02	—	0,05	—
6. **Hohendorf (P. Lucka, Sa.-Altenbg.)	1 165	1,1	0,3	0,2	1,3	—	0,05	3½	53	36	17	5	1,2	0,5	0,5	0,02	0,01	0,2	0,1	0,1
7. Kohren	3 252	3,0	0,9	0,6	3,2	—	0,01	3½	128	110	18	24	2,9	2,1	0,6	0,1	0,02	—	0,5	0,4
8. *Lobstädt (Bz. Leipz.)	1 913	2,3	0,6	0,4	2,4	—	0,1	3½	72	75	— 3	3	2,1	0,9	0,3	0,9	—	0,001	0,4	0,2
9. Pegau	16 321	22,9	7,8	6,4	24,2	—	1,1	3½	1 144	814	330	179	25,1	15,4	8,0	1,6	0,1	—	0,1	—
10. Regis-Breitingen (Bz. Leipzig)	2 745	2,9	1,7	1,1	3,5	—	0,2	3½	155	110	45	17	3,7	2,6	0,4	—	0,7	0,003	0,01	—
11. *Roda (P. Frauendorf, Bz. Leipzig)	1 479	2,1	0,6	0,3	2,4	—	0,1	3½	100	77	24	9	2,4	1,2	0,7	0,6	—	—	0,1	0,1
12. Rötha	8 993	8,5	3,5	2,2	9,8	—	0,4	3½	427	286	141	104	9,8	6,2	1,5	2,1	0,003	0,003	0,2	—
b) Amtshauptmannschaft Döbeln.																				
1. Döbeln	36 242	31,6	12,9	8,2	36,2	—	0,2	3½	1 705	1 182	524	249	36,3	15,4	8,2	11,2	0,2	1,3	0,4	—
2. Hainichen	18 041	18,4	6,4	3,7	21,1	—	0,2	3½	941	693	248	257	19,4	10,1	4,4	4,7	0,04	0,1	1,8	1,7
3. Hartha	17 177	14,2	1,5	3,3	12,4	—	0,5	3½	724	526	198	177	15,7	9,0	2,1	4,5	0,02	0,1	0,5	0,3
4. Leisnig	20 810	23,8	12,4	9,0	27,2	—	0,3	3½	1 206	877	330	162	24,6	12,8	5,1	6,4	0,2	0,1	2,8	2,4
5. *Marbach (A. H. Döbeln)	1 926	2,0	0,5	0,3	2,1	—	0,1	3½	103	64	39	13	2,1	0,8	1,0	0,2	0,01	0,01	0,1	0,1
6 *Ostrau (Sachsen)	3 588	3,8	1,4	0,7	4,5	—	0,1	3½	193	144	49	24	4,3	3,2	0,7	0,2	0,2	0,02	0,2	0,2
7. Roßwein	12 893	11,0	4,7	2,8	12,8	—	0,3	3½	678	493	184	89	9,9	4,6	2,3	3,0	0,1	0,02	3,0	2,7
8. Waldheim	20 618	17,7	12,8	8,9	21,7	—	0,1	3½	809	634	175	115	17,5	9,5	4,6	2,9	0,5	—	4,7	4,3
c) Amtshauptmannschaft Grimma.																				
1. *Borsdorf	3 314	2,5	1,3	0,8	3,0	—	0,04	3½	133	83	50	25	3,2	2,5	0,7	—	—	—	0,02	—
2. Brandis	6 934	5,8	1,7	1,3	6,1	—	0,3	3½	316	210	106	73	6,4	4,1	1,4	0,9	0,005	—	0,01	—
3. Colditz	17 849	17,9	8,1	4,5	21,5	—	0,6	3½	974	697	277	157	21,9	8,4	4,4	8,5	0,4	0,3	0,2	0,2
4. Grimma	22 293	21,2	7,9	6,2	23,0	—	0,5	3½	1 145	802	343	209	18,2	11,9	5,0	1,2	0,03	0,1	4,0	3,5
5. Mutzschen	3 650	4,6	1,7	1,0	5,4	—	0,2	3½	258	187	70	40	5,5	3,1	0,8	0,6	0,1	0,9	0,1	0,01
6. Naunhof	10 375	10,9	5,4	4,3	12,0	—	0,5	3½	450	400	50	109	11,4	7,4	1,0	3,0	—	0,02	0,9	0,8
7. Nerchau	7 977	10,3	2,8	1,9	11,2	—	0,5	3½	459	383	76	79	10,0	6,8	1,9	1,2	0,03	0,03	1,8	1,7
8. *Otterwisch	1 665	1,9	0,5	0,3	2,1	—	0,02	3½	118	66	52	9	2,2	1,0	0,9	0,03	0,2	—	0,04	—
9. Trebsen (Mulde)	5 923	7,4	1,9	1,3	8,0	—	0,3	3½	360	241	119	54	8,2	7,0	1,1	0,1	0,02	0,005	0,05	0,03
10. Wurzen	30 937	28,4	9,2	6,5	31,1	—	0,3	3½	1 630	1 130	500	162	31,1	11,5	8,2	11,3	0,05	0,1	0,5	0,004

[1]) Vergl. die Anmerkung [2]) auf Seite 49.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen (* = Landgemeindesparkassen) (** = Gemeindeverbandssparkassen)	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsvorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: III. Freistaat Sachsen.[1]) — Noch: 4. Kreishauptmannschaft Leipzig.																				
d) Amtshauptmannschaft Leipzig.																				
1. *Böhlitz-Ehrenberg	5 385	4,5	2,1	1,7	5,0	—	0,1	3½	229	171	58	52	4,4	1,6	1,6	1,2	—	0,01	0,7	0,6
2. **Engelsdorf (Bz. Leipzig)	5 799	3,0	0,5	1,1	2,4	—	0,05	3½	151	102	49	22	3,5	1,6	0,5	1,4	—	—	—	—
3. *Eythra	1 824	1,3	0,6	0,5	1,4	—	0,1	3½	80	43	37	21	1,1	0,6	0,6	—	—	—	0,1	0,002
4. *Gautzsch (P. Ötzsch-Gautzsch)	16 379	8,0	2,9	2,6	8,3	—	0,3	3½	466	277	190	127	8,5	4,5	4,1	—	—	—	0,7	0,6
5. **Knauthain-Knautkleeberg	2 086	1,5	0,7	0,6	1,7	—	0,1	3½	68	59	8	41	1,7	1,2	0,4	—	—	—	0,02	0,001
6. *Liebertwolkwitz	22 206	25,3	6,9	5,6	26,6	—	1,3	3½	1 221	930	291	267	24,4	14,1	5,1	5,2	0,1	—	3,5	2,9
7. *Lindenthal (Sachsen)	2 061	2,1	0,2	0,6	1,7	—	0,1	3½	86	71	15	14	2,2	1,7	0,5	—	—	—	0,1	—
8. Markranstädt	17 077	17,9	6,3	4,6	19,6	—	0,5	3½	1 007	645	362	125	19,2	11,0	3,8	4,4	0,002	0,003	0,5	0,5
9. *Ötzsch-Markkleeberg	15 907	16,4	6,5	5,4	17,5	—	0,2	3½	813	536	277	164	17,5	7,0	6,4	1,8	0,1	2,1	0,1	0,1
10. Taucha (Bz. Leipzig)	11 976	14,5	3,5	2,9	15,1	—	0,2	3½	651	517	135	114	12,9	9,3	2,5	1,0	—	0,01	2,4	2,3
11. *Thekla	1 811	1,6	0,7	0,6	1,8	—	0,002	3½	58	2	55	12	1,6	1,2	0,3	—	—	0,2	0,1	—
12. Zwenkau	10 822	11,0	3,4	2,6	11,8		0,5	3½	546	352	195	175	11,1	7,1	2,6	1,5	0,01	0,001	1,2	1,0
e) Amtshauptmannschaft Oschatz.																				
1. Dahlen (Sachsen)	10 699	13,3	2,6	2,0	14,0	—	0,6	3½	659	480	179	59	14,6	11,6	2,8	0,02	—	0,2	0,1	—
2. Mügeln (Bz. Leipzig)	12 004	13,7	4,7	3,3	15,0	—	0,6	3½	697	508	190	136	15,1	10,8	2,9	1,4	0,04	0,01	0,3	—
3. Oschatz	22 754	24,9	21,9	19,6	27,2	—	1,0	3½	1 224	839	385	267	26,7	5,8	9,5	11,3	0,1	—	1,5	1,2
4. Strehla (Elbe)	6 572	5,8	1,8	1,1	6,4	—	0,1	3½	285	221	64	56	5,7	4,7	1,0	—	0,01	0,02	0,8	0,7
5. *Wermsdorf	2 361	2,4	0,6	0,4	2,5	—	0,1	3½	104	88	17	25	2,0	1,6	0,4	0,01	—	0,02	0,6	—
f) Amtshauptmannschaft Rochlitz.																				
1. *Altmittweida	1 074	1,2	0,5	0,3	1,4	—	0,05	3½	57	40	17	2	1,2	0,4	0,5	0,3	—	—	0,3	0,2
2. Burgstädt	20 283	16,0	5,9	4,0	17,9	—	0,9	3½	826	596	230	104	18,1	9,6	2,6	5,2	0,1	0,6	0,7	0,6
3. *Burkersdorf (P. Burgstädt)	1 441	0,9	0,6	0,3	1,1	—	0,03	3½	47	36	10	3	1,1	0,4	0,1	0,6	—	—	0,1	0,04
4. *Claußnitz (Bz. Leipz.)	2 216	1,9	0,3	0,3	1,9	—	0,1	3½	90	64	26	29	2,2	0,8	0,6	0,8	—	—	0,6	0,6
5. Geringswalde	12 632	13,2	3,4	2,6	14,0	—	0,4	3½	704	511	193	132	13,7	8,7	3,5	1,5	0,02	—	0,6	0,1
6. *Göppersdorf (b. Burgstädt)	2 423	1,5	0,9	0,5	1,9	—	0,002	3½	74	58	16	16	1,8	0,5	0,3	1,0	0,02	0,002	0,04	0,03
7. *Hartmannsdorf (Bz. Leipzig)	6 300	5,1	1,8	1,2	5,7	—	0,4	3½	250	192	58	15	5,6	3,2	0,7	1,6	0,003	0,1	0,5	0,4
8. **Langenleuba-Oberhain	1 279	1,6	0,5	0,1	1,9	—	0,04	3½	77	55	22	8	1,8	1,0	0,4	0,5	0,001	—	0,05	—
9. Lunzenau (Mulde)	8 155	7,3	2,4	1,6	8,1	—	0,4	3½	360	245	115	60	7,9	4,2	1,1	2,4	0,1	0,01	0,6	0,5
10. Mittweida	30 494	33,0	17,8	12,5	38,3	—	0,4	3½	1 711	1 298	412	329	40,1	24,4	2,2	6,2	0,1	7,3	0,5	0,1
11. *Mühlau (Bz. Leipzig)	1 693	0,6	0,3	0,2	0,7	—	—	3½	24	21	4	25	0,6	0,4	0,1	0,1	0,002	0,003	0,1	—
12. Penig	16 868	18,0	5,8	3,7	20,0	—	1,1	3½	899	655	244	176	17,8	8,5	5,1	3,0	0,2	1,0	3,2	3,0
13. Rochlitz (Sachsen)	16 372	17,4	5,7	3,8	19,4	—	1,0	3½	833	543	290	178	18,2	7,7	2,7	7,8	0,1	—	2,3	—
14. *Taura	1 820	1,1	0,1	0,4	0,8	—	0,03	3½	50	40	10	11	1,1	0,9	0,2	—	—	—	0,1	—
15. *Wechselburg	1 544	8,2	0,6	7,4	1,4	—	0,04	3½	82	61	20	2	1,7	0,4	0,4	0,8	0,02	—	0,7	0,6
16. **Wiederau (A. H. Rochlitz)	3 411	4,1	1,4	0,7	4,8	—	0,04	3½	207	156	52	42	4,2	2,9	1,0	0,3	—	0,005	0,6	0,5
5. Kreishauptmannschaft Zwickau.																				
A. Sparkassen der kreisunmittelbaren Städte.																				
1. Plauen (Vogtl.)	131 320	94,2	54,1	43,8	104,4	—	1,7	3½	4 819	3 612	1 206	874	89,8	45,6	25,2	19,0	—	—	16,0	14,6
2. Zwickau (Sachsen)	73 991	63,1	20,9	17,5	66,4	—	—	3¼	3 339	1 928	1 411	827	62,5	32,1	18,9	8,5	2,5	0,5	0,5	0,1
B. Sparkassen der Gemeinden u. Gemeindeverbände der Amtshauptmannschaften.																				
a) Amtshauptmannschaft Auerbach.																				
1. Auerbach (Vogtl.)	33 107	27,5	12,6	9,5	30,5	—	0,3	3½	1 397	1 031	366	207	29,9	17,8	8,1	3,8	0,1	0,2	1,1	1,0
2. *Brunndöbra (Vogtl.)	2 731	2,5	1,4	0,9	3,0	—	0,02	3½	127	119	8	5	2,0	0,7	0,4	0,8	—	—	0,1	—

[1]) Vergl. die Anmerkung [2]) auf Seite 49.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen (* = Landgemeindesparkassen) (** = Gemeindeverbandssparkassen)	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen, ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: III. Freistaat Sachsen.[1]) **— Noch: 5. Kreishauptmannschaft Zwickau.**																				
Noch: a) Amtshauptmannschaft Auerbach.																				
3. *Ellefeld (Vogtl.)	1 998	1,2	0,8	0,4	1,6		0,1	3½	45	47	−2	11	1,2	1,0	0,1	0,1			0,4	0,4
4. Falkenstein (Vogtl.)	23 035	18,5	8,3	6,5	20,3		0,5	3½	902	675	226	132	20,3	13,6	3,0	3,6	0,01	0,1	0,5	0,4
5. *Klingenthal (Sachs.)	9 174	8,7	4,8	3,5	10,0		0,04	3½	379	292	86	75	8,9	2,2	1,2	0,3	0,01	5,2	1,2	1,2
6. Lengenfeld (Vogtl.)	13 723	12,4	4,9	3,5	13,8		0,1	3½	552	468	83	119	12,0	6,4	3,6	0,005	0,01	2,0	1,7	1,6
7. *Rodewisch	7 238	5,2	3,0	2,0	6,1	–	0,3	3½	284	198	86	60	6,8	3,3	1,2	2,3	0,02	–	0,1	0,1
8. *Rothenkirchen (Vogtl.)	1 790	1,4	0,8	0,3	1,8		0,03	3½	69	51	17	6	1,1	0,4	0,3	0,002		0,4	0,7	0,7
9. Treuen	11 140	9,0	4,2	2,3	10,9		0,3	3½	469	449	20	100	11,1	5,3	1,2	4,3	0,2		0,1	0,1
b) Amtshauptmannschaft Oelsnitz.																				
1. Adorf (Vogtl.)	13 802	13,1	4,3	3,4	13,9		0,5	3½	649	473	177	98	13,5	5,7	4,1	3,7	0,1		0,9	0,7
2. *Bad Elster	1 044	1,1	0,9	0,6	1,3		0,01	3½	48	38	11	7	1,3	0,8	0,2	0,2	0,1	0,04	0,1	
3. *Brambach	1 879	1,4	0,2	0,3	1,1		0,002	3½	68	53	15	6	1,6	0,6	0,5	0,5	0,01	0,1	0,02	0,01
4. *Erlbach (Vogtl.)	1 625	1,1	0,6	0,5	1,2		0,0002	3½	53	42	11	4	0,7	0,5	0,2	0,1			0,4	0,4
5. Markneukirchen	13 695	18,9	7,8	6,2	20,6		0,3	3½	953	695	258	98	20,1	10,1	6,5	1,1	1,3	1,1	0,8	0,6
6. Oelsnitz (Vogtl.)	25 265	23,9	9,5	9,1	24,3		0,3	3½	1 182	896	287	174	26,4	12,0	5,9	8,4	0,04	0,005	0,2	
7. Schöneck (Vogtl.)	5 325	4,8	1,8	1,2	5,4	–	0,04	3½	240	164	76	11	5,4	1,9	0,9	1,3		1,2	1,3	1,2
c) Amtshauptmannschaft Plauen.																				
1. Elsterberg	10 986	10,7	6,3	4,1	12,9		0,5	3½	624	372	252	69	11,4	5,4	2,4	3,6	0,03		1,9	1,9
2. Mühltroff	2 361	1,4	0,6	0,3	1,7		0,2	3½	11	48	−7	18	1,6	1,3	0,2	0,2	–	0,04	0,02	
3. Mylau	10 452	7,7	3,9	2,1	9,5	–	0,01	3½	432	305	127	75	8,9	4,8	2,6	1,4	0,03	0,02	0,7	
4. Netzschkau	10 031	8,1	4,2	2,2	10,1	–	0,1	3½	459	333	126	89	8,8	4,3	1,9	2,5	–	0,04	1,4	1,3
5. Pausa	5 921	4,4	2,3	1,5	5,2	–	0,2	3½	227	165	61	41	5,2	2,7	1,1	–	1,1	0,3	0,2	0,2
6. Reichenbach (Vogtl.)	33 941	29,1	14,5	9,4	34,2	–	0,002	3½	1 674	1 106	568	489	31,4	14,0	9,4	7,9	0,1	0,04	0,5	0,4
d) Amtshauptmannschaft Schwarzenberg																				
1. Aue (Erzgeb.)	17 404	14,7	9,8	7,6	16,9	–	0,6	3½	763	518	246	80	17,7	9,9	3,2	4,2	0,02	0,3	0,7	0,6
2. *Beierfeld (Erzgeb.)	322	0,2	0,3	0,1	0,5	–	–	3½	9	9	−0,3	8,1	0,01	0,01	–	–			0,4	0,4
3. *Bernsbach	1 792	1,0	0,6	0,3	1,2		–	3½	54	41	14	7	1,1	0,8	0,2	–	0,1	–	0,2	0,2
4. *Bockau (Bz. Zwickau)	1 989	0,8	0,5	0,3	1,1		0,02	3½	43	31	13	3	0,6	0,3	0,1	0,002	0,2	–	0,5	0,5
5. Eibenstock	15 492	10,5	3,8	2,5	11,8		0,2	3½	644	405	239	88	12,8	5,9	2,8	3,3	0,3	0,6	0,8	0,5
6. Grünhain (Sachsen)	2 307	1,9	1,1	0,6	2,4	–	0,01	3½	109	77	32	15	1,9	1,2	0,4	0,3	0,01	0,005	0,5	0,5
7. Johanngeorgenstadt	5 315	3,2	1,6	0,7	4,1		–	3½	145	115	30	129	3,5	1,7	0,6	1,1	0,02	0,01	0,5	0,3
8. *Lauter (Sachsen)	5 071	3,5	1,3	0,8	4,0		0,02	3½	189	134	55	26	3,4	1,6	1,1	0,5	0,2	0,02	0,6	0,6
9. Lößnitz (Erzgeb.)	19 150	16,7	5,9	4,3	18,3	–	0,1	3½	830	617	214	146	18,0	7,2	4,9	5,8	0,01	0,04	0,5	0,04
10. Neustädtel (P. Schneeberg-Neustädtel)	21 446	17,5	4,3	3,5	18,4	–	0,1	3½	970	641	329	127	18,4	9,2	4,8	4,3	0,02	0,2	0,3	0,3
11. *Niederschlema (Erzgebirge)	1 296	0,9	0,5	0,2	1,2		0,03	3½	27	38	−12	25	0,7	0,4	0,1	0,1	0,03	–	0,5	0,5
12. *Oberschlema (Erzgb.)	1 277	0,7	0,5	0,3	0,9	–	–	3½	36	31	6	3	0,8	0,3	0,3	0,2	0,01		0,1	0,1
13. *Raschau	1 600	1,0	0,5	0,3	1,2	–	0,02	3½	36	35	2	2	1,1	0,7	0,3	0,2		–	0,1	
14. Schneeberg (P. Schneeberg-Neustädtel)	13 959	12,3	4,1	2,7	13,6	–	0,2	3½	662	410	252	97	13,4	8,4	3,6	1,3	0,1	0,1	0,3	
15. *Schönheide (Erzgeb.)	7 172	5,0	2,0	1,3	5,7		0,1	3½	242	190	53	59	5,5	3,2	1,3	0,9			0,04	0,02
16. Schwarzenberg (Sachs.)	21 921	20,0	7,6	5,2	22,4	–	0,5	3½	1 002	764	237	205	20,5	9,3	3,8	6,5	0,9		2,5	2,1
17. *Zschorlau (Erzgeb.)	1 302	0,6	0,4	0,3	0,7	–	–	3½	28	21	8	2	0,5	0,4	0,1	0,1	0,003		0,2	0,2
e) Amtshauptmannschaft Werdau.																				
1. Crimmitschau	35 540	31,3	13,3	7,2	37,5		0,5	3½	1 697	1 227	470	287	37,6	16,6	5,8	15,2	–	0,1	0,5	0,02
2. *Leubnitz (P. Werdau)	5 168	5,3	2,4	1,4	3,3		0,1	3½	274	208	66	64	6,1	3,9	1,0	1,2	0,02	0,01	0,3	0,3
3. *Lichtentanne	3 947	3,0	1,0	0,6	3,5	–	0,2	3½	159	104	55	15	3,5	1,1	0,5		1,9	0,00001	0,3	0,2
4. **Neukirchen (Pleiße)	3 376	3,2	1,7	0,9	4,0	–		3½	168	126	43	43	3,7	2,1	1,2	0,4	–		0,2	0,2
5. *Steinpleis	1 131	0,5	0,9	0,4	0,9	–	0,002	3½	39	6	33	1	1,0	0,1	0,04	0,9	0,002	–	0,3	0,3
6. Werdau	29 994	26,2	11,9	7,3	30,9		0,1	3½	1 325	920	405	268	30,4	7,8	9,0	6,9	0,1	6,6	0,5	0,3
f) Amtshauptmannschaft Zwickau.																				
1. *Bockwa (P. Bockwa-Cainsdorf)	5 266	4,2	1,7	1,3	4,7	–	0,02	3½	219	17	202	11	4,7	3,5	1,2		–		0,1	–

[1]) Vergl. die Anmerkung [2]) auf Seite 49.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen (* = Landgemeinde-sparkassen)	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsjahres vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: III. Freistaat Sachsen.[1] — Noch: 5. Kreishauptmannschaft Zwickau.																				
Noch: f) Amtshauptmannschaft Zwickau.																				
2. *Cainsdorf (P. Bockwa-Cainsdorf)	1 495	1,0	0,4	0,4	1,0		-	3 1/2	36	34	2		0,8	0,5	0,3				0,01	0,001
3. Hartenstein	5 290	4,6	2,7	2,1	5,2		0,1	3 1/2	210	171	39	42	3,0	2,4	0,6	—			0,5	0,5
4. Kirchberg (Sachsen)	18 953	19,8	7,0	4,6	22,2		0,2	3 1/2	939	745	194	141	22,1	10,0	4,8	4,0	0,1	3,1	0,5	0,2
5. *Niederhaßlau (A. H. Zwickau)	4 533	1,7	1,5	1,1	2,0		0,03	4	153	118	35	8	3,5	1,2	0,7	1,5	0,1	0,01	0,4	0,3
6. *Niederplanitz	10 736	6,9	2,7	2,1	7,5		0,1	3 1/2	348	264	84	70	7,0	3,7	1,1	2,2			0,6	0,5
7. *Oberhohndorf	837	0,5	0,5	0,2	0,9		0,01	3 1/2	32	26	6	3	0,6	0,2	0,1	0,3		0,01	0,3	0,3
8. *Oberplanitz	5 933	3,4	1,7	1,2	3,9		0,1	3 1/2	182	93	89	28	4,0	1,9	0,3	1,7		0,02	0,05	—
9. *Reinsdorf (Bz. Zwickau)	2 329	1,6	0,6	0,4	1,8		0,04	3 1/2	81	61	20	3	1,8	0,6	0,6	0,6	-	0,04	0,05	0,01
10. Wildenfels	5 163	4,1	1,4	1,1	4,5		0,2	3 1/2	203	161	42	52	3,7	1,9	1,3	0,5	0,001	0,1	1,0	-
11. *Wilkau (Sachsen)	9 714	7,1	2,7	1,9	8,0		0,4	3 1/2	399	288	111	78	8,0	3,7	1,2	3,1		0,01	0,4	0,2
IV. Freistaat Württemberg.[2]																				
A. Landes-Sparkassen.																				
1. Stuttgart	344 456	453,0	157,3	93,1	516,9	2,8	14,2	3 1/2	23718	16838	6 880	3 514	524,5	115,0	220,0	161,2	26,1	2,3	5,5	
B. Oberamts- und Gemeinde-Sparkassen.																				
a) Neckar-Kreis.																				
1. Backnang	16 506	25,1	14,0	7,4	31,8	4,4	0,5	4	1 548	984	565	146	35,7	1,2	18,6	15,4	0,1	—	0,5	—
2. Besigheim	10 277	13,0	5,8	3,2	15,6	1,9	0,1	3 3/4	696	465	232	103	17,4	0,6	5,3	10,2	1,3	0,004	0,2	0,1
3. Böblingen	3 661	4,3	3,2	1,7	5,9	1,8	0,1	3 3/4	286	216	71	40	7,6	1,1	0,6	4,6	-	1,3	0,1	0,1
4. Sindelfingen, Stadt	1 600	3,1	2,2	1,0	4,2	0,9	0,03	3 3/4	169	108	61	15	5,1	0,5	0,8	0,3	0,002	3,6	0,4	0,4
5. Brackenheim	9 754	16,3	7,8	4,0	20,0	3,7	0,4	3 3/5	921	690	232	145	23,8	0,9	7,5	13,9	0,6	1,0	0,2	0,1
6. Cannstatt	7 761	8,5	4,9	3,0	10,4	2,4	0,04	3 3/5	454	322	132	118	12,0	1,7	1,3	6,0	0,01	3,0	0,7	0,6
7. Eßlingen (Neckar)	22 938	32,7	30,4	25,6	37,5	21,7	0,2	3 3/4	2 486	1 708	777	570	55,2	6,9	4,9	33,4	9,5	0,6	2,0	1,6
8. Heilbronn (Neckar)	46 450	47,4	31,2	24,5	54,1	11,4	0,9	3 1/2	2 517	1 883	634	339	66,7	9,0	11,8	45,1	0,2	0,7	0,3	0,2
9. Leonberg (Württ.)	11 920	19,6	10,7	7,4	22,9	6,6	0,2	3 3/5	1 003	759	244	229	28,5	8,3	12,2	6,3	0,6	1,0	0,1	—
10. Ludwigsburg	22 900	25,5	16,7	13,1	29,1	8,4	0,6	3 1/2	1 412	1 030	381	267	36,0	3,1	6,1	26,1	0,04	0,7	0,4	0,2
11. Marbach (Neckar)	8 600	12,0	6,9	4,2	19,7	2,2	0,1	3 3/5	593	450	143	73	16,7	0,5	1,8	2,1		12,3	−0,01	-0,01
12. Maulbronn	5 900	7,4	4,2	2,4	9,2	4,1	0,1	3,7	458	262	196	168	10,5	1,6	1,2	7,7	0,03	0,002	0,2	0,1
13. Dürrmenz-Mühlacker, Landgemeinde	4 950	3,3	2,5	1,9	3,9	4,0	0,03	3,7	280	151	129	65	6,6	1,2	1,2	1,9	-	2,3	0,2	0,0001
14. Neckarsulm	14 668	15,5	7,8	4,5	18,8	3,5	0,02	3 3/4	870	647	224	211	22,0	2,2	8,1	7,8		3,9	0,11	0,02
15. Stuttgart, Stadt	179 519	196,6	180,0	150,4	226,2	188,0	4,1	3 1/2	25650	17530	8 120	4 995	409,6	56,4	31,1	257,2	4,4	60,5	5,9	4,2
16. Stuttgart	23 177	24,8	12,8	10,4	27,3	3,8	0,9	3 3/5	1 216	985	231	342	31,5	4,5	7,6	19,3	0,001	0,1	3,5	3,5
17. Feuerbach (Württ.), Stadt	7 089	7,9	6,3	5,8	8,4	6,7	0,03	3 3/5	590	399	131	186	15,2	3,4	1,2	6,1	0,04	4,5	0,2	—
18. Vaihingen (Enz)	8 761	15,5	6,0	3,8	17,6	2,3	0,2	3,7	810	639	172	118	19,5	2,1	3,5	14,0	0,04	-	0,5	0,5
19. Waiblingen	10 863	16,8	8,4	5,4	19,7	3,5	0,3	3 3/5	858	540	317	149	21,8	2,0	0,5	5,3	0,1	13,8	0,4	-
20. Weinsberg	8 507	9,8	4,4	2,4	11,8	1,6	0,1	3 3/4	491	397	94	73	13,4	0,3	2,8	3,8	-	6,5	0,04	—
b) Schwarzwald-Kreis.																				
1. Balingen	12 000	14,9	9,4	5,6	18,7	9,8	0,3	3 1/2	1 177	700	477	265	29,3	2,6	8,6	5,8	0,02	12,3	0,4	
2. Calw	7 000	7,3	4,7	2,4	9,6	5,5	0,1	3 3/5	527	366	161	146	13,7	1,0	1,4	4,1	—	7,2	0,2	0,1
3. Freudenstadt	10 493	17,4	8,4	5,0	20,9	5,4	0,5	3 1/2	993	611	382	133	23,8	3,3	9,9	10,5	—	0,03	0,1	0,04
4. Herrenberg	9 855	9,9	4,9	2,6	12,1	2,1	0,2	3 3/5	540	418	122	64	14,0	0,9	3,4	8,1	0,02	1,5	— 0,4	0,4
5. Horb (Neckar)	5 106	7,2	4,7	1,8	10,1	3,2	0,1	3 1/2	490	351	139	106	13,1	0,9	1,4	9,8	0,02	1,0	0,3	—
6. Nagold	8 068	10,2	5,8	3,0	13,1	4,3	0,2	3 3/5	654	503	151	88	17,0	0,9	2,6	11,5	0,7	1,4	0,3	0,2
7. Altensteig (Württ.), Stadt	3 750	-	11,8	2,3	9,5	1,9	0,01	3 3/5	432	304	128	54	11,1	1,2	1,1	4,1	3,7	1,1	0,1	-
8. Neuenbürg (Württ.)	13 191	15,6	9,2	5,4	19,4	5,5	0,3	4	982	812	170	120	24,3	3,8	8,1	12,4	0,002	0,0001	1,3	1,2
9. Nürtingen	12 079	16,6	8,2	4,3	20,5	4,6	0,4	4	1 100	682	418	164	24,9	0,9	7,2	5,8	0,04	10,9	0,2	-
10. Oberndorf (Neckar)	6 154	9,3	3,6	1,9	11,0	0,8	0,2	3,7	470	362	107	74	11,5	1,8	2,1	7,5	-	-	0,02	—
11. Reutlingen	21 230	26,2	15,8	11,1	30,6	9,3	0,1	3 3/4	1 589	1 232	358	269	39,6	8,1	2,6	20,6	1,0	7,3	0,3	0,2

[1]) Vergl. die Anmerkung [2]) auf Seite 49. — [2]) Die Reihenfolge der württembergischen Sparkasssen ist so angeordnet, daß in jedem der vier Kreise die Oberämter in alphabetischer Reihe einander folgen und die städtischen bezw. Landgemeinde-Sparkassen hinter demjenigen Oberamt eingeordnet sind, in dem sie liegen. Die städtischen Sparkassen sind hinter dem Namen durch Hinzufügung der Bezeichnung „Stadt", die Landgemeinde-Sparkassen durch „Landgemeinde" kenntlich gemacht, die Oberamts-Sparkassen haben neben ihrem Namen keine Bezeichnung.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsjahres vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: IV. Freistaat Württemberg.[1]																				
Noch: b) Schwarzw.-Kreis.																				
12. Rottenburg (Neckar)	7 919	11,9	7,0	3,7	15,2	6,6	0,1	3,7	747	609	138	148	22,0	0,5	2,0	11,0	0,05	8,5	0,1	-
13. Rottweil	5 300	11,1	6,7	3,8	14,0	4,7	0,1	3,7	796	538	258	98	18,2	0,6	2,1	6,5		9,0	0,7	
14. Schwenningen (Neckar), Landgem.	6 534	8,2	5,7	3,7	10,2	1,4	0,2	3,7	513	292	220	280	11,4	4,7	2,1	4,1	0,2	0,02	0,2	0,1
15. Spaichingen	6 211	10,9	8,2	3,3	15,8	2,5	0,1	4	480	400	80	83	18,4	1,4	1,1	8,9	- -	7,0	0,1	
16. Sulz (Neckar)	3 915	6,5	4,3	1,8	9,0	1,8	---	4	408	349	59	45	10,6	0,6	0,6	9,4	-	0,02	0,2	--
17. Tübingen	20 533	25,9	17,0	12,1	30,8	4,9	0,6	4	1 374	1 038	336	207	35,3	2,3	6,7	18,3	5,2	2,8	0,9	
18. Tuttlingen	13 600	21,4	13,5	8,0	26,8	4,5	0,2	3,7	1 100	850	250	200	31,2	1,4	5,5	24,2	0,1	--	0,4	
19. Urach (Württ.)	12 379	18,5	9,6	4,7	23,4	5,4	0,4	4	1 127	864	263	209	29,2	2,9	5,4	19,0	0,1	1,7	0,01	
c) Jagst-Kreis.																				
1. Aalen (Württ.)	12 700	14,3	9,4	6,7	17,0	3,5	0,3	3¾	806	685	122	156	19,7	1,5	3,4	8,9	0,1	5,8	0,2	0,02
2. Crailsheim	13 175	22,0	10,6	5,4	27,3	4,0	0,2	3¾	979	826	153	159	29,9	2,3	7,9	17,9	0,1	1,7	0,3	0,1
3. Ellwangen (Jagst)	16 500	20,4	13,1	7,9	25,6	4,3	0,3	3¾	991	750	240	201	30,5	1,9	20,6	7,4	0,1	0,5	0,5	0,3
4. Gaildorf	15 258	17,1	9,5	5,1	21,5	3,3	0,1	3¾	997	733	264	163	24,6	0,8	5,2	15,9	2,6	0,1	0,4	-
5. Gerabronn	12 495	13,0	5,9	2,2	16,7	2,4	0,2	4	710	548	162	106	18,9	0,6	5,4	11,3	0,01	1,7	0,3	0,2
6. Gmünd (Schwäbisch)	23 786	28,8	17,0	12,3	33,5	10,6	1,0	3⅗	1 528	1 155	373	254	43,6	3,2	11,2	23,2	-	6,0	1,0	0,5
7. Hall (Schwäbisch)	10 784	14,3	7,4	4,0	17,7	3,0	0,3	4	904	666	239	111	20,7	1,2	8,8	10,4	—	0,3	0,2	
8. Heidenheim (Brenz)	24 500	34,8	21,3	12,6	43,5	2,6	0,4	4	2 043	1 651	392	305	50,0	5,4	11,8	13,6	17,8	1,4	0,01	
9. Künzelsau	7 790	7,3	3,8	1,2	9,9	2,8	0,04	3¾	439	348	90	80	12,6	0,1	1,0	9,9	0,01	1,7	0,1	
10. Mergentheim	16 100	21,7	9,0	4,6	26,2	4,5	0,3	3½	1 120	800	320	140	30,7	1,9	4,5	23,9	0,1	0,3	0,3	
11. Neresheim	6 875	7,3	4,5	2,1	9,6	1,6	0,1	3¾	376	286	90	49	11,1	0,2	1,6	9,3	0,02	0,003	0,2	0,2
12. Oehringen	6 314	6,6	2,8	1,4	8,0	1,0	- -	3¾	388	273	116	73	8,9	0,1	0,1	5,8	—	2,9	0,04	-
13. Schorndorf (Württ.)	11 583	11,7	7,0	3,7	14,9	4,5	0,2	3,7	882	688	194	143	19,2	1,0	3,4	9,2	5,3	0,3	0,3	0,01
14. Welzheim	6 000	8,7	4,9	2,0	11,6	1,6	0,1	3⅗	490	420	70	100	12,3	0,8	2,2	7,0	- -	2,3	0,1	- -
d) Donau-Kreis,																				
1. Biberach (Riß)	18 360	28,5	16,7	9,4	35,9	2,5	0,6	3¾	1 755	1 445	309	158	37,4	2,3	9,9	14,6	- -	10,7	0,1	
2. Blaubeuren	12 000	15,1	7,8	4,5	18,4	3,8	0,2	3,7	920	642	278	199	22,1	1,2	3,6	11,8	5,6	0,1	0,3	0,03
3. Ehingen (Donau)	13 905	26,1	12,6	6,4	32,3	1,0	0,5	3¾	1 450	1 104	346	210	31,8	2,6	9,3	19,0	0,1	0,8	1,9	---
4. Obermarchtal, Landgemeinde	80	0,1	0,005	0,006	0,1	- -	0,01	4	3	2	1	1	0,1	0,01	0,03	0,03	- -	---	0,003	- -
5. Geislingen (Steige)	18 500	25,6	16,3	10,8	31,2	6,8	0,5	3,7	1 717	1 170	547	227	37,3	2,0	16,7	18,2	0,2	0,1	0,6	0,2
6. Göppingen	23 587	35,9	17,8	12,1	41,6	9,9	0,6	3½	2 121	1 498	623	297	50,5	3,3	7,5	18,5	0,02	21,2	0,4	0,4
7. Kirchheim (u. Teck)	18 000	26,7	15,8	7,8	34,7	6,3	0,5	4	1 684	1 339	345	151	41,1	2,6	10,6	24,9	0,4	2,7	0,3	0,3
8. Laupheim	14 071	21,5	10,2	5,8	25,8	1,3	0,7	3,7	1 171	874	292	134	27,6	3,7	11,1	11,9	0,03	0,8	0,1	0,1
9. Leutkirch	14 182	21,4	9,1	5,2	25,3	2,8	0,5	3¾	1 060	738	321	251	27,1	2,2	5,7	19,2	—	--	0,2	- -
10. Münsingen (Württ.)	12 587	14,7	7,7	3,8	18,6	2,8	0,3	3¾	826	660	166	120	21,4	1,2	5,5	8,4	0,01	6,2	0,1	0,1
11. Ravensburg	21 989	43,1	31,2	20,0	54,3	5,4	0,4	4	2 302	1 979	323	205	59,6	5,8	16,3	31,7	0,2	5,7	0,1	-
12. Riedlingen (Württ.)	12 467	23,6	13,2	6,7	30,0	5,5	0,6	3¾	1 246	958	288	184	34,2	8,1	5,4	20,5	0,1	0,03	0,6	0,2
13. Saulgau	13 400	25,8	13,6	6,0	33,4	6,3	0,4	4	1 630	800	830	247	41,1	1,5	6,4	8,9	0,1	24,2	0,3	0,1
14. Tettnang	6 514	16,2	5,7	4,7	17,2	1,6	0,5	3¾	873	573	300	150	18,7	2,3	4,9	4,2	1,0	6,4	0,3	0,3
15. Ulm (Donau)	30 284	44,3	21,9	16,0	50,2	0,7	1,5	3,7	2 886	1 716	1 170	228	52,1	5,7	17,7	27,0	-	1,7	—0,7	—0,7
16. Ulm (Donau), Stadt	17 635	22,4	13,5	11,6	24,4	8,0	0,5	3,7	1 258	939	319	262	32,3	2,7	10,8	14,0	- -	4,8	0,1	0,1
17. Waldsee (Württ.)	10 499	20,8	11,5	5,7	26,6	4,9	0,1	3¾	1 207	899	309	201	31,2	1,2	5,1	17,1	0,03	7,8	0,7	0,1
18. Wangen (Algäu)	7 221	14,6	6,0	4,0	16,6	0,9	0,3	3¾	712	587	125	103	17,0	2,6	2,4	11,0	0,01	1,0	0,8	-
19. Langenau (Württ.), Stadt	2 120	2,6	1,4	0,6	3,4	- -	0,1	3,7	133	107	26	8	3,4	0,3	0,6	1,8	0,01	0,6	0,1	
V. Freistaat Baden.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Achern (Baden)	6 800	11,3	7,3	4,0	14,6	2,8	0,9	3½	726	481	245	126	17,2	2,8	2,8	4,9	6,8	-	1,7	1,6
2. Baden-Baden	22 642	38,8	105,4	96,3	47,9	0,9	1,8	3½	1 537	1 244	292	449	50,3	22,0	9,5	14,8	0,6	3,4	3,8	3,4
3. Boxberg (Baden)	2 496	3,6	8,0	6,6	5,0	0,8	0,1	4	181	149	32	22	5,1	0,04	1,7	2,5	0,8	-	0,03	- -
4. Bretten	16 533	28,2	12,9	9,8	31,3	3,7	1,2	3½	1 363	931	432	152	34,9	8,9	11,3	8,2	0,2	6,4	0,4	-
5. Bruchsal	15 000	27,0	64,1	58,0	33,0	-	0,1	3½	1 303	1 050	253	170	27,1	8,2	6,0	8,3	0,03	4,6	6,1	5,6
6. Buchen (Baden)	6 769	10,9	9,1	6,3	13,7	2,9	2,6	4	865	550	315	49	19,2	2,4	2,5	8,5	5,8	--	0,9	0,8
7. Bühl (Baden)	11 000	20,5	13,7	6,7	27,5	1,5	0,8	3½	1 279	832	447	130	29,5	5,4	6,6	7,1	0,02	10,4	2,1	2,0
8. Durlach	24 225	36,6	127,8	120,3	44,0	9,7	1,8	4	2 105	1 391	714	641	49,6	17,9	12,4	12,8	0,3	6,3	7,1	6,6
9. Eberbach (Baden)	8 259	11,5	5,9	3,3	14,1	3,2	0,2	4	691	559	132	76	17,3	3,2	3,2	9,9	0,4	0,7	0,1	-
10. Elzach	6 537	13,0	3,9	1,9	15,1	0,2	0,8	3½	506	448	58	57	15,4	4,3	3,3	7,5	0,01	0,3	0,2	-
11. Emmendingen	14 100	23,8	12,0	7,4	28,4	2,6	1,1	3½	1 250	900	350	300	29,6	5,4	11,0	2,5	0,2	10,5	0,3	-
12. Eppingen	6 255	12,7	5,1	3,7	14,4	- -	0,6	3½	623	421	203	72	15,0	4,6	2,8	6,0	0,2	1,4	0,04	

[1]) Vergl. die Anmerkung [2]) auf Seite 58.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Noch: V. Freistaat Baden.

Art und Name der Sparkassen[1]	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsvorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Giroverbandes)	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: A. Städt. Spark.																				
13. Ettenheim	7 418	14,7	8,7	5,3	18,0	0,2	0,7	3½	702	558	143	63	18,6	11,4	1,7	2,6	0,1	2,8	0,1	–
14. Ettlingen (Baden)	9 892	16,1	7,0	4,8	18,2	2,8	0,7	3½	1 103	666	437	133	21,4	7,6	4,9	5,2	0,01	3,7	2,7	2,5
15. Freiburg (Breisgau)	64 537	98,4	96,5	74,4	120,4	16,8	2,4	3½	5 941	4 014	1 927	1 025	138,8	43,1	71,5	13,8	0,6	9,8	0,1	–
16. Furtwangen	4 300	5,6	10,3	8,7	7,2	0,8	0,2	3½	276	200	76	64	7,4	1,2	1,9	2,8	0,04	1,5	0,03	–
17. Gengenbach	5 400	10,2	4,6	3,4	11,4		0,4	3½	477	331	146	42	11,7	1,5	1,7	2,2	0,03	6,2	–	
18. Hardheim	2 204	3,4	1,2	0,6	4,0		0,2	3½	338	139	199	22	3,7	0,6	0,5	1,6	0,02	1,0	0,5	0,5
19. Heidelberg	44 556	57,9	30,1	23,9	64,1	1,5	0,7	3½	2 900	1 900	1 000	330	62,1	25,4	26,7	4,8	1,4	3,8	0,2	–
20. Hockenheim	5 500	7,5	4,8	2,7	9,6	0,7	0,1	3½	414	306	109	72	9,6	2,0	0,6	6,9	0,1	0,05	0,7	0,5
21. Hornberg (Schwarzwaldbahn)	5 100	7,3	2,5	1,8	8,0	2,7	0,2	3½	421	279	142	78	11,0	2,2	4,6	2,2	0,1	1,8	0,1	
22. Kandern	4 084	6,6	2,9	1,3	8,3	0,04	0,2	3½	337	246	92	86	8,4	1,5	1,3	1,5	0,2	3,8	0,4	0,2
23. Karlsruhe (Baden)	92 713	99,8	52,7	41,7	110,8	39,3	1,3	3½	5 779	4 124	1 655	1 803	144,9	39,0	36,3	31,5	38,1	0,05	8,9	8,2
24. Kehl	11 024	19,6	14,3	8,3	25,6	1,3	–	3¼	1 071	655	416	206	28,1	4,2	12,8	5,0	0,1	6,0	2,3	2,3
25. Kenzingen	10 370	25,8	11,6	7,5	29,9	2,2	1,2	3½	1 359	913	445	115	32,9	3,9	12,0	15,7	0,4	0,8	0,2	0,01
26. Königshofen (Baden)	4 169	7,0	2,2	1,2	8,0	–	0,4	3½–4	373	241	131	53	8,4	4,1	2,0	1,8	0,03	0,4	0,05	–
27. Konstanz	28 090	47,4	21,6	16,9	52,0	5,1	2,8	3½	1 950	1 750	200	391	58,2	20,0	11,4	7,2	0,2	19,5	0,3	–
28. Lauda	3 716	6,0	1,9	1,1	6,7	–	0,2	3½	301	216	85	236	6,9	1,4	3,1	1,1	1,2	0,1	0,04	–
29. Lörrach	17 105	28,2	16,8	10,6	34,3	1,5	–	3½	1 580	1 047	533	255	34,6	6,8	9,4	13,4	0,4	4,7	0,3	–
30. Mannheim	128 128	158,3	99,2	81,3	176,2	21,6	0,6	3	9 058	5 527	3 531	2 134	198,4	54,1	62,7	63,5	8,3	9,8	0,2	–
31. Meersburg	3 290	8,0	5,2	3,7	9,5	0,5	0,3	3½	453	302	151	39	10,2	2,3	2,3	3,9	0,4	1,4	1,5	1,4
32. Möhringen (Baden)	1 536	3,8	2,0	1,6	4,2		0,2	3½	173	123	50	38	4,2	1,7	0,7	1,4	0,01	0,4	0,2	0,1
33. Mosbach (Baden)	12 452	18,5	7,3	4,5	21,3	0,3	0,4	3½	745	692	533	110	21,9	2,6	6,2	11,2	0,3	1,5	0,01	–
34. Neckarbischofsheim	3 180	5,0	2,5	1,3	6,2	0,1	0,3	3½	258	191	67	21	6,5	1,1	1,5	2,7	1,2	0,04	0,02	–
35. Neckargemünd	1 860	1,9	1,7	0,9	2,7	–	0,1	3½	110	80	30	15	2,8	0,8	0,8	0,8	0,1	0,3	0,003	–
36. Oberkirch (Baden)	7 776	16,1	7,5	5,1	18,5	0,3	—	3½	892	594	298	90	18,9	2,8	6,6	7,3	2,2	–	0,05	0,01
37. Offenburg (Baden)	17 668	32,1	15,7	11,6	36,2	5,6	1,2	3½	1 882	1 288	595	342	42,3	11,3	6,6	23,2	0,1	1,2	0,9	0,8
38. Oppenau (Renchtal)	3 516	5,8	2,4	1,1	7,1	–	0,2	3½	306	227	79	74	7,2	1,0	1,2	1,1	0,01	3,9	0,1	–
39. Osterburken	3 067	7,4	21,6	18,3	10,7	–	0,2	4	456	328	128	34	10,4	1,3	2,0	5,0	0,5	1,6	0,1	–
40. Pforzheim	59 355	71,2	63,8	48,0	87,0	11,2	2,2	3½	4 084	2 935	1 149	609	99,8	27,6	20,9	44,5	0,2	6,6	1,0	0,4
41. Philippsburg (Baden)	4 600	9,1	5,3	4,1	10,3	0,3	0,2	3½	470	304	166	102	10,8	3,3	1,8	4,5	0,2	1,1	0,1	
42. Rastatt	17 562	30,1	15,9	14,3	31,7	2,4	1,5	3½	1 888	1 124	764	216	33,5	10,2	9,0	12,4	0,1	1,9	1,7	1,7
43. Renchen 1920	1 563	2,4	2,1	1,2	3,3	–	0,05	3½	129	99	30	23	3,0	0,5	1,0	0,2	–	1,3	–	–
44. Säckingen	6 717	14,6	5,7	3,0	17,3	2,6	0,6	3½	847	598	249	128	16,6	3,7	2,9	9,6	0,02	0,4	4,0	4,0
45. St. Georgen (Schwarzwald)	4 339	5,7	3,6	1,9	7,4	0,8	0,2	3½	342	240	102	54	8,4	1,3	4,3	2,6	0,02	0,3	0,1	0,002
46. Schönau (Wiesental)	6 347	11,5	32,8	28,3	16,1	0,5	0,4	3½	618	446	172	101	16,8	2,8	2,3	9,3	0,2	2,1	2,2	2,1
47. Schopfheim	8 000	15,3	17,9	15,6	17,6	1,6	0,4	3½	785	585	200	102	19,9	3,2	7,3	8,8	0,6		0,5	0,4
48. Schwetzingen	16 060	33,8	15,0	11,5	37,3	1,1	1,4	3½	1 629	1 029	600	202	35,8	9,6	4,4	18,5	0,2	3,0	0,2	0,1
49. Sinsheim (Elsenz)	5 711	9,8	8,7	6,0	12,5	–	0,3	3½	507	355	152	26	12,7	1,7	2,3	1,0	0,1	7,7	0,6	0,4
50. Tauberbischofsheim	7 954	12,9	7,7	5,5	15,1	0,2	0,7	3½	696	477	219	111	15,7	4,3	6,6	3,2	0,05	1,6	0,1	–
51. Villingen (Baden)	18 847	41,0	22,8	14,0	49,9	13,4	1,9	3½	2 839	1 794	1 045	342	66,0	10,7	9,0	19,5	0,1	26,8	0,2	–
52. Vöhrenbach	2 184	2,8	2,1	0,9	4,0	0,7	0,1	3½	200	132	68	63	4,7	1,1	2,3	1,3	0,03	–	1,7	1,6
53. Waibstadt	2 464	4,6	1,8	0,9	5,5		0,2	3½	241	173	68	33	5,7	1,3	1,3	1,7	1,4	–	0,02	–
54. Waldkirch (Breisgau)	9 424	13,8	6,9	3,9	16,8	1,0	–	3½	705	544	160	106	18,2	4,1	3,8	6,5	0,03	3,8	0,2	
55. Walldorf (Amt Wiesloch)	3 334	3,3	4,0	1,5	5,8	–	—	3½	198	133	65	41	5,9	0,9	1,0	3,4	0,2	0,4	0,4	0,3
56. Walldürn (Baden)	2 708	4,5	2,0	1,1	5,4	–	0,2	4	215	171	44	20	5,7	2,5	1,0	2,0	0,2	0,1	0,1	–
57. Wertheim 1920	8 205	7,5	4,3	2,9	8,9	0,1	0,3	4	407	327	80	34	9,0	4,2	3,8	1,1	–	–	–	
58. Wiesloch	10 376	11,6	6,3	4,3	13,6	1,5	0,6	3½	637	420	217	77	15,3	2,8	4,5	3,1	0,1	4,9	1,7	
59. Wolfach	8 487	11,5	26,8	20,7	17,6	5,2	0,4	3½	601	460	142	60	18,0	1,8	2,0	3,9	2,7	7,6	3,2	3,2
60. Zell (Harmersbach)	4 838	8,4	7,1	4,9	10,6	0,5	0,5	3½	418	315	103	59	10,5	1,7	3,7	1,5	0,01	3,6	1,0	1,0
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Altenheim	1 350	1,8	0,8	0,4	2,2		0,03	3½	104	69	35	8	2,2	0,7	0,5	0,7	0,1	0,2	0,04	–
2. Berghausen (Amt Durlach)	1 500	1,5	0,8	0,4	2,0	0,5	0,004	3½	53	48	5	10	1,9	0,8	0,4	–	0,4	0,3	0,03	–
3. Biberach (Baden)	1 700	1,9	0,6	0,4	2,2	–	–	3½	106	70	36	8	2,2	0,3	1,3	0,5	0,01	0,04	0,04	–
4. Bohlingen (Amt Konstanz)	1 455	3,7	2,5	0,6	5,6		0,1	3½	168	116	52	8	3,5	0,9	0,7	1,8	0,1	0,1	0,2	
5. Dielheim	1 584	2,0	1,1	0,5	2,5	–	0,1	3½	106	69	37	26	2,6	0,5	0,5	1,0	0,1	0,5	0,3	0,3
6. Eppelheim (Amt Heidelberg)	515	0,6	0,7	0,2	1,1	–	0,02	3½	29	29	–	3	1,1	0,2	0,1	0,2	0,5	0,1	0,04	–

[1]) Vergl. die Anmerkung [1]) auf Seite 8.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen[1]	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsvorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: V. Freistaat Baden.																				
Noch: B. Landgmd.-Spark.																				
7. Gaggenau (Murgtal)	183		0,7	0,1	0,6	0,9	-	4	31	21	10	5	1,5	0,4	0,4	0,4	0,1	0,1	0,04	-
8. Gerlachsheim (Baden)	812	1,3	0,7	0,3	1,7	0,1	0,04	4	60	53	7	8	1,8	0,3	0,6	0,1	0,6	0,1	0,005	0,0001
9. Graben (Amt Karlsruhe)	5 789	12,2	7,5	3,9	15,8		0,3	3½	549	460	89	57	15,8	2,0	4,7	5,9	1,5	1,6	0,1	-
10. Grötzingen (Amt Durlach)	2 566	2,9	2,6	2,1	3,4	0,4	0,1	3½	148	111	37	42	3,7	1,7	1,1	0,2	0,6	0,1	0,1	
11. Grünwettersbach	1 477	1,6	0,5	0,3	1,8		0,01	3½	78	53	25	8	1,8	0,7	0,3	0,7	0,1		0,1	
12. Haßmersheim (Neckar)	663	1,0	0,4	0,2	1,2		0,04	3½–4	58	36	21	4	1,4	0,1	0,5	0,7	0,1	0,01	0,01	
13. Heddesheim (Baden)	2 237	5,7	22,5	18,9	9,4		0,1	4	505	301	204	39	9,0	0,4	1,0	4,0	0,1	3,5	4,2	4,0
14. Jöhlingen (Amt Durlach)	1 428	2,2	0,9	0,5	2,6		0,05	4	97	91	6	17	2,6	0,7	0,7	0,3	0,4	0,5	0,03	
15. Kappelrodeck	3 820	6,5	3,8	1,3	9,0		0,4	3½	336	256	80	41	9,2	1,3	1,3	4,5	0,03	2,0	0,04	-
16. Königheim	1 823	3,0	1,0	0,5	3,4	0,2	0,2	3½	149	111	38	12	3,6	0,7	1,2	1,1	0,4	0,1	0,03	
17. Königsbach (Baden)	4 266	5,5	2,7	1,4	6,8	0,02	0,3	3½	275	189	86	21	7,2	2,2	1,6	1,2	0,3	1,9	0,2	
18. Kork	1 417	2,7	1,1	0,6	3,2	-	0,1	3½	149	102	47	7	3,4	0,3	1,8	0,9	0,1	0,3	0,1	
19. Langensteinbach (Amt Durlach)	2 542	3,9	1,6	0,7	4,8		0,2	3½	179	145	34	6	4,8	3,5	0,9	0,2	0,2	0,1	0,1	0,001
20. Liedolsheim (Amt Karlsruhe)	1 086	1,3	0,5	0,3	1,5	-	-	3½	62	51	12	7	1,7	0,6	0,4		0,5	0,2	0,02	
21. Malsch (Amt Ettlingen)	3 780	7,4	3,6	2,3	8,7	0,8	0,2	3½	380	273	106	80	8,8	3,9	0,05	3,8	0,1	1,0	0,9	0,7
22. Meißenheim (Baden)	794	1,1	0,4	0,2	1,3			3½	53	34	19	3	1,3	0,1	0,1	0,9	0,05	0,1	0,1	—
23. Merchingen (Baden)	2 112	5,5	2,5	1,5	6,5	0,4	0,3	4	343	216	127	19	7,2	1,9	1,4	2,8	0,1	1,0	0,02	
24. Niefern	1 260	1,2	1,5	0,8	1,9	-	-	3½	67	56	11	4	1,6	0,4	0,2	1,0	0,01		0,4	0,3
25. Nußloch	2 024	5,2	1,8	0,7	6,3	0,8	0,004	3½	302	217	85	25	7,0	2,2	1,7	2,1	0,3	0,7	0,1	– –
26. Oberwittstadt	2 282	4,9	2,4	1,0	6,3	0,01	0,2	4	276	225	57	30	6,4	2,0	1,6	1,9	0,3	0,6	0,1	
27. Odenheim (Baden) 1920	2 434	5,4	2,0	3,3	4,1	–		3½	196	165	31	12	3,9	0,6	1,4	– –		1,9	-	
28. Östringen (Amt Bruchsal)	3 732	5,6	2,9	1,5	7,0	0,2	0,1	3½	320	202	118	63	7,2	1,5	1,6	1,8	0,8	1,5	0,05	
29. Plankstadt	1 612	2,0	1,2	0,7	2,5		0,02	3½	102	70	32	8	2,5	0,4	0,3	0,6	0,02	1,2	0,1	
30. Reilingen	960	1,2	1,2	0,9	1,6	0,1	-	3½	63	43	20	8	1,5	0,4	0,1	1,0	0,1	0,02	0,4	0,3
31. Rheinbischofsheim	6 650	16,2	2,1	4,3	14,3	0,2	0,7	3½	890	587	303	73	19,2	3,9	2,6	9,9	0,2	2,5	0,2	-
32. Rohrbach (Amt Heidelberg)	1 600	1,3	0,6	0,5	1,4		-	3½	46	42	4	23	1,3	0,5	0,5	– –	0,3		0,004	
33. Salem	9 198	24,3	20,3	15,8	28,8	1,3	1,6	3½	1 421	848	572	119	30,5	6,0	8,4	6,6	0,6	8,8	1,0	0,9
34. Sandhausen (Amt Heidelberg)	1 676	1,8	1,4	0,9	2,3		0,1	4	91	56	35	11	2,3	0,5	0,2	1,0	0,1	0,5	0,05	
35. St. Leon (Amt Wiesloch)	2 300	5,0	5,4	4,0	6,4	0,1	0,1	3½	311	193	118	31	6,4	0,9	1,6	3,7	0,1	0,02	0,3	
36. St. Peter (Baden)	1 609	2,0	1,3	0,8	2,6	0,02	0,02	3½	84	75	9	6	3,0	0,2	0,2	0,4		2,1	0,8	0,7
37. Scherzheim (Amt Kehl)	1 839	3,2	1,0	0,9	3,3		0,1	3½	200	126	74	20	3,4	0,2	1,8	0,6	0,1	0,7	0,1	-
38. Schonach	1 150	1,6	0,4	0,5	1,6	2,5	–	3½	45	39	6	15	1,6	0,8	0,1		0,7	0,01	2,5	2,3
39. Schutterwald (Amt Offenburg)	2 940	4,5	2,2	1,0	5,7	0,3		3½	238	187	51	44	5,9	1,0	1,6	2,8	0,1	0,4	0,1	-
40. Seelbach (Amt Lahr)	2 145	2,8	2,1	1,6	3,6	-	0,1	3½	159	111	48	19	3,7	0,5	0,7	0,4	0,2	1,9	0,1	-
41. Söllingen (Amt Durlach)	2 692	3,9	1,6	1,0	4,4	0,2	0,2	3½	236	140	96	17	4,5	1,3	1,7	0,3	1,0	0,2	0,1	
42. Stupferich (Amt Durlach)	706	0,9	0,5	0,4	1,0			3½	41	30	11	4	0,7	0,2	0,1	0,2	0,1	0,003	0,4	0,4
43. Unterschüpf	1 193	1,8	0,7	0,4	2,1	0,0001	0,04	4	83	74	9	3	2,1	0,5	0,1	0,8	0,2	0,6	0,01	-
44. Wehr (Baden)	1 691	2,8	1,5	0,6	3,7	–	-	3½	153	120	33	27	3,9	2,3	1,2	0,3	0,04	0,02	0,3	0,3
45. Weingarten (Amt Durlach)	2 802	4,6	1,5	0,7	5,4	0,2	0,2	3½	283	188	95	40	5,6	0,7	1,2	0,7	0,3	2,9	0,2	0,1
46. Wiesental (Baden)	2 400	4,5	3,2	2,1	5,6	0,2	0,2	3½	234	183	50	47	6,0	1,9	4,1	– –	—	0,1	0,1	
47. Willstätt (Amt Kehl)	3 048	6,7	0,8	1,4	6,1	– –	—	3½	325	188	138	24	8,1	5,1	1,6	1,2	0,2	- -	0,05	0,00002
48. Windschläg	3 024	7,1	2,9	1,5	8,6		0,2	4	342	239	103		8,6	0,9	2,1	1,1	0,05	4,4	0,2	—
49. Zeutern 1920	1 653	2,0	1,4	0,7	2,6	–	0,1	3½	112	80	32	6	2,6	0,2	2,4	-	-		– –	
C. Kreis-, Amts- und Bezirks-Sparkassen.																				
1. Adelsheim	2 570	8,5	3,8	1,9	10,4	1,6	0,4	4	504	380	124	54	11,8	3,7	1,9	1,8	0,2	4,1	0,1	-
2. Badisch Rheinfelden	3 500	3,8	3,7	2,4	5,2	2,3	0,2	3½	325	158	167	118	7,5	0,7	3,3	1,5	0,3	1,7	1,0	0,9
3. Bonndorf (Schwarzw.)	9 277	25,1	15,5	10,2	30,5	2,5	1,3	3½	1390	1 110	279	202	36,2	10,3	7,3	12,5	0,3	5,8	0,3	0,2
4. Breisach	6 700	13,3	10,7	8,5	15,5	0,003	0,5	3½	610	450	160	150	15,2	3,0	6,0	6,2	0,03	– –	0,6	0,5
5. Donaueschingen	13 993	32,3	17,9	9,0	41,1	8,1	1,3	3½	2 183	1 413	770	272	50,1	5,1	39,7	3,6	0,8	1,0	0,4	0,2

[1]) Vergl. die Anmerkung [1]) auf Seite 8.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen[1])	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: V. Freistaat Baden.																				
Noch: C. Kreis-, Amts- u. Bezirks-Sparkassen.																				
6. Durbach (Amt Offenburg)	1 800	3,5	1,5	0,5	4,5	–	0,03	3½	187	141	46	25	4,6	0,2	0,7	1,3	0,1	2,3	0,04	0,001
7. Engen (Baden)	10 835	30,1	24,4	15,0	39,6	2,6	-	3½	1 844	1 192	652	228	40,4	3,1	7,7	2,3	0,2	27,1	3,0	2,7
8. Gernsbach (Murgtal)	12 323	16,0	14,8	9,9	20,9	-	0,4	3¾	857	650	207	114	21,3	9,8	10,0	---	0,2	1,3	0,1	0,003
9. Gottmadingen	3 109	6,3	1,7	2,0	6,0	–	0,4	3½	335	196	140	35	7,6	5,4	1,3	0,9	0,1	-	0,1	-
10. Haagen (Baden)	4 906	8,7	3,7	2,3	10,2	0,7	0,7	4	475	333	142	56	11,2	2,9	2,5	4,2	0,9	0,7	0,2	-
11. Haslach (Kinzigtal)	8 650	17,2	7,9	4,1	21,0	2,8	0,5	3½	852	662	190	94	24,2	2,1	1,6	17,7	2,3	0,5	2,2	2,0
12. Heiligenberg (Baden)	6 477	19,0	7,8	4,2	22,7	0,3	0,9	3¾	993	757	236	126	23,8	5,6	7,7	9,0	1,5	0,1	1,6	1,5
13. Kirchzarten (Breisgau)	5 000	9,7	4,8	2,8	11,7	0,9	0,4	3½	503	328	175	50	13,0	5,4	0,4	6,5	0,2	0,5	0,1	-
14. Kuppenheim (Murgtal)	2 400	4,3	3,4	2,1	5,6	- -	0,03	4	204	175	29	28	5,7	3,9	0,3	0,9	0,1	0,5	0,1	
15. Ladenburg	5 617	9,4	6,7	3,9	12,1	1,9	0,2	3½	574	380	195	147	13,3	2,5	1,1	2,9	0,1	6,7	0,6	0,5
16. Lahr (Baden)	29 590	58,8	100,8	98,7	60,9	6,9	3,0	3½	2 936	1 798	1 138	280	71,1	19,8	25,3	18,6	0,9	6,4	0,1	-
17. Langenbrücken (Baden)	2 139	3,8	2,5	1,3	5,0	0,01	-	3½	136	131	5	16	5,0	0,7	0,7	3,5	0,1	0,01	0,05	–
18. Mengen (Baden)	4 067	10,4	5,0	2,9	12,5	0,3	0,2	3½	526	386	140	75	12,3	3,3	4,6	2,7	0,1	1,7	0,7	0,5
19. Meßkirch	7 507	23,7	17,6	12,6	28,8	-	0,6	3½	1 516	876	639	109	29,6	2,8	22,2	1,7	0,2	2,7	0,2	
20. Müllheim (Baden)	10 996	20,3	11,4	6,0	25,6	1,6	0,8	3½	1 080	801	279	181	28,0	3,9	5,2	4,1	0,3	14,6	0,1	--
21. Murg (Baden)	3 000	3,0	2,5	0,5	5,0	1,0	0,1	3½	245	120	125	72	5,5	2,0	0,5	2,9	0,1	—	0,1	0,01
22. Neustadt (Schwarzw.)	10 823	25,2	21,6	14,1	32,7	0,4	1,8	3½	1 351	992	359	193	34,2	7,8	9,8	16,4	0,002	0,2	0,2	
23. Pfullendorf	7 187	17,7	10,6	5,4	22,9	-	1,1	3¾	987	774	212	92	25,1	4,9	6,4	2,4	0,04	11,3	0,4	
24. Radolfzell	11 309	27,2	12,9	7,8	32,4	4,6	1,2	3½	1 408	1 127	281	220	38,4	7,6	12,7	7,3	0,8	10,0	9,7	9,5
25. Reichenau (Baden)	2 010	6,9	2,9	2,3	7,4	0,6	- -	3¾	393	319	74	26	9,3	1,6	0,2	3,8	0,2	3,6	0,1	
26. St. Blasien	4 157	8,1	4,5	2,6	10,0	0,5	0,3	3½	444	286	158	84	11,0	2,5	0,7	3,8	0,2	3,7	1,6	1,4
27. Singen (Hohentwiel)	9 557	22,3	21,7	16,4	27,6	0,5	0,9	3½	1 116	842	274	144	28,0	10,3	7,8	8,3	0,4	1,3	0,2	
28. Staufen (Breisgau)	11 786	23,7	10,3	6,3	27,7	2,8	0,5	3½	1 160	800	360	229	30,6	7,2	6,0	3,5	0,1	13,7	0,02	
29. Stockach	7 795	21,1	10,3	5,3	26,1	0,7	0,9	3½	1 081	814	266	117	27,2	3,6	4,4	14,3	0,1	4,8	1,0	0,9
30. Stühlingen	4 250	10,4	6,7	3,7	13,3	0,9	0,4	3½	552	426	126	74	14,5	1,2	4,5	6,9	0,5	1,4	0,2	
31. Triberg	7 200	11,6	19,3	16,6	14,3	1,3	0,5	3½	601	423	178	83	14,7	3,2	2,1	3,6	0,1	5,7	1,0	0,9
32. Überlingen	8 511	22,8	10,5	7,1	26,3	—	1,3	3½	1 181	836	345	122	27,1	5,8	11,9	4,8	0,04	4,6	0,1	
33. Ulm (Baden)	1 601	3,4	1,3	0,4	4,4		0,1	3½	168	118	51	13	4,3	0,3	1,9	0,03	0,01	2,1	0,1	
34. Waldshut	11 000	24,4	13,5	6,7	31,2	2,7	1,1	3½	1 277	966	311	149	32,0	6,1	5,9	17,0	0,1	3,1	2,8	2,6
35. Weil (Baden)	4 000	6,4	9,6	5,9	10,1	2,1	0,2	3½	348	198	150	80	10,2	2,3	1,9	2,8	0,4	2,8	2,3	2,2
36. Weinheim (Bergstraße)	20 490	38,8	9,9	4,4	44,3	4,4	1,2	3½	2 158	1 335	824	235	49,5	12,0	13,3	15,5	0,5	8,1	- -	-
37. Zell (Wiesental)	3 214	6,7	2,2	1,2	7,6	19,6	0,1	3½	324	255	69	67	7,5	1,1	1,8	4,4	0,04	0,2	0,2	- -
E. Sonstige öffentliche Sparkassen.																				
1. Efringen (P. Efringen-Kirchen) 1920	549	0,5	0,3	0,2	0,6	-	0,03	3½	26	20	5	4	0,6	0,05	0,3	0,03		0,2	- -	
2. Egringen (P. Efringen-Kirchen)	837	1,6	0,3	0,3	1,6	0,4	0,05	3½	82	62	20	3	1,9	0,2	0,6	0,8		0,4	0,02	-
3. Heidelberg	21 925	30,1	21,1	16,9	34,2	0,5	1,1	3¾	1 847	1 503	344	158	35,2	16,4	8,1	8,9	0,2	1,7	1,6	1,5
4. Karlsruhe (Baden)	10 741	16,6	5,8	3,8	18,6		0,8	3,85	884	654	230	154	19,2	12,5	6,2	- -	0,002	0,5	0,1	- -
5. Steinen (Amt Lörrach)	2 025	2,6	0,5	0,3	2,8		0,003	3½	129	90	40	7	2,7	0,7	1,3	0,6	0,1	0,01	0,4	0,4
6. Stetten (Lörrach-Stetten)	655	0,8	0,3	0,2	0,9	0,2	0,1	3½	31	29	2	13	0,9	0,4	0,1	0,2	0,03	0,2	0,02	- -
VI. Freistaat Thüringen.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Allstedt (Sachsen-Weimar)	5 171	5,5	2,6	1,4	6,7	2,0	0,2	3½	348	254	94	58	8,8	1,7	1,2	3,2	0,1	2,7	0,04	0,02
2. Altenburg (Sachsen-Altenburg)	42 059	32,5	15,8	11,9	36,4	7,7	1,3	3½	1 650	1 217	433	291	34,1	11,7	8,9	12,1	0,01	1,4	0,8	--
3. Apolda	25 209	20,4	19,9	15,6	24,7	5,3	0,8	3½	1 091	805	286	280	23,7	6,9	9,4	3,4	-	4,0	1,4	0,8
4. Arnstadt	19 451	23,6	14,7	11,5	26,8	6,1	0,2	3½–4	976	683	293	209	26,7	7,4	2,9	14,0	---	2,4	2,6	2,2
5. Auma 1920	5 600	5,0	7,0	5,3	6,7	--	0,01	3½–4	270	197	73	45	6,6	1,5	0,7	0,9	---	3,5	0,1	--
6. Bad Berka	2 731	2,3	2,1	1,6	2,9	0,4	0,1	3½–4	129	97	32	28	1,7	0,6	0,4	0,6		—	1,7	1,7
7. Bad Blankenburg (Thüringer Wald)	3 289	2,8	3,0	2,7	3,1	0,1	0,1	3½	150	102	49	2	3,3	0,7	0,2	0,7	1,7	- -	0,02	--
8. Bad Sulza	3 045	2,4	2,3	1,4	3,3	-	0,1	3½	160	94	66	18	2,6	1,5	1,1	- - -			0,6	0,6
9. Berga (Elster)	3 539	4,0	13,0	11,3	5,6	0,7	0,2	3½	226	168	58	34	5,6	1,3	0,1	0,7	3,0	0,5	0,04	--

[1]) Vergl. die Anmerkung [1]) auf Seite 8.

Art und Name der Sparkassen[1]	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungsvorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: VI. Freistaat Thüringen.																				
Noch: A. Städt. Spark.																				
10. Blankenhain (Thür.)	4 964	3,7	2,0	1,4	4,3	0,3	0,2	3½	187	142	45	13	4,6	1,1	0,5	2,9	0,01	—	0,1	—
11. Bürgel (Thüringen)	4 048	3,2	2,0	1,8	3,5	0,4	0,1	3½–4	167	124	43	19	3,5	0,6	0,8	2,0	0,1	0,01	0,5	0,2
12. Camburg (Saale) 1920	14 749	17,7	10,0	8,1	19,6	4,0	1,1	3½–4	1 081	744	337	87	20,4	9,8	2,6	7,5	0,2	0,2	0,1	—
13. Eisenach	13 126	14,5	30,6	24,3	20,8	7,4	0,1	3 3/5–4	629	649	—20	233	28,2	3,7	—	9,4	0,04	15,1	0,5	—
14. Eisenberg (Sachsen-Altenburg)	18 000	24,8	21,9	19,4	27,3	2,1	0,8	3—4	1 379	1 085	294	227	30,3	11,9	4,6	8,7	0,04	5,0	0,1	—
15. Eisfeld	9 700	14,5	7,5	5,0	17,0	5,0	0,5	4	900	800	100	80	16,7	3,0	4,7	6,0	—	3,0	4,5	4,0
16. Frankenhausen (Kyffhäuser)	6 894	6,5	4,2	2,9	7,8	0,8	0,2	3½	295	223	73	34	8,5	1,3	0,9	5,5	—	0,8	0,2	—
17. Friedrichroda	988	0,4	3,3	2,7	1,0		—	3¾	26	23	3	23	0,8	0,3	—	0,2	0,3	—	0,1	—
18. Gera (Reuß) 1920	16 673	16,5	167,7	147,0	37,2	—	0,3	3½	1 143	844	299	180	26,6	3,9	3,1	1,2	0,2	18,3	4,0	3,8
19. Gößnitz (Sachs.-Altb.)	12 110	14,5	6,4	3,9	17,0	1,0	0,7	3½	1 239	1 055	185	107	17,9	14,3	2,2	0,2	—	1,2	1,3	0,9
20. Gotha	24 379	17,7	11,9	14,0	15,6	4,5	0,0001	3½	775	589	186	283	15,7	4,8	4,1	5,5	0,5	0,9	4,4	4,2
21. Gräfenthal	5 243	5,0	2,1	1,1	6,0	0,5	0,2	3½	260	201	59	46	6,4	1,8	0,8	2,7	0,04	1,1	0,1	—
22. Greußen (Schwarzb.-Sondershausen)	5 346	7,0	3,1	2,6	7,4	0,8	0,2	3½	363	241	122	22	8,1	5,9	0,8	0,4	—	1,1	0,04	—
23. Großrudestedt (Kr. Weimar)	3 396	3,5	1,4	0,9	4,0	—	0,1	3½	186	114	72	16	4,1	1,0	1,5	1,1		0,6	0,1	
24. Heldburg (Sachsen-Meiningen)	2 153	3,6	2,4	2,0	4,0	0,8	0,1	4	205	141	64	23	4,7	2,4	1,0	0,5	0,9	0,1	0,2	—
25. Hildburghausen	7 326	8,2	5,0	3,8	9,4	4,2	0,3	3 3/5	575	390	185	162	12,9	5,7	0,7	2,3	1,5	2,7	0,6	
26. Ilmenau 1920	14 400	10,5	11,6	6,1	16,1	6,3	0,3	3½	814	455	359	358	22,3	7,7	3,4	3,2	0,1	7,9	0,4	—
27. Jena	23 722	14,0	20,3	16,1	18,1	15,3	0,1	3½	1 203	684	519	438	30,8	3,5	4,8	6,2	0,04	16,3	1,2	0,2
28. Kahla (Sachs.-Altb.)	14 203	13,8	7,0	5,1	15,6	3,9	0,6	3½	820	608	212	112	18,4	4,9	2,9	7,6	0,1	3,0	0,1	—
29. Klosterlausnitz	1 006	0,6	0,2	0,1	0,7	—	0,004	4	29	23	6	1	0,6	0,3	0,1	0,2	0,01	0,1	0,1	0,03
30. Königsee (Thüringen)	6 400	4,7	3,3	1,7	6,3	0,9	0,3	3½–4	255	183	72	32	6,5	1,3	1,1	3,3	0,7	—	0,1	—
31. Lehesten 1920	2 597	2,6	0,8	0,6	2,8	0,4	0,1	3¾	107	94	13	19	2,9	1,5	0,7	0,1	0,02	0,6	0,3	0,3
32. Leutenberg (Thür.)	5 398	7,0	3,4	2,4	8,0	0,1	0,2	3½	353	256	98	61	8,3	1,8	2,3	2,8	1,1	0,2	0,02	—
33. Meiningen	7 642	6,0	24,6	18,9	11,7	3,9	0,7	3½	569	398	171	278	13,4	10,8	1,6	—	1,0	—	3,0	2,6
34. Meuselwitz	14 758	14,9	5,6	3,8	16,7	5,2	0,4	3½	705	510	195	142	21,7	7,0	3,4	8,3	0,5	2,5	0,6	0,4
35. Münchenbernsdorf (Thüringen)	3 427	4,9	1,8	1,0	5,7	—	0,2	3½–4	248	196	52	14	5,6	1,9	0,7	2,4	0,5	—	0,1	—
36. Ohrdruf	6 725	6,7	2,0	2,8	6,0	2,0	0,1	3½	349	213	136	105	5,9	3,9	0,5	1,4	0,03	0,1	2,3	2,2
37. Oldisleben	1 120	1,8	1,5	1,3	2,0	—	0,04	3½	89	73	16	2	1,8	0,2	0,5	0,5	—	0,6	0,1	—
38. Orlamünde	2 592	2,5	1,4	0,9	3,0	0,3	—	3½–4	128	102	26	20	3,1	0,7	0,6	1,0	0,01	0,8	0,1	—
39. Ostheim (v. d. Rhön)	926	1,5	0,5	0,4	1,6	0,1	0,01	4	79	68	11	6	1,7	0,5	0,1	1,1	—	—	0,02	—
40. Pößneck	13 436	13,8	8,9	6,1	16,7	1,9	0,6	3½–4	704	507	197	83	19,0	6,0	2,9	8,0	0,4	1,9	2,1	2,0
41. Rastenberg (Thür.)	1 440	1,2	0,9	0,7	1,3	—	0,01	3½	56	44	12	12	1,3	0,2	0,3	0,8	0,01	—	0,1	0,1
42. Roda (Sachs.-Altb.)	11 794	11,8	6,1	4,9	13,0	2,9	0,5	3½	654	474	180	102	12,9	3,7	2,4	5,4	0,1	1,4	2,5	2,5
43. Römhild	4 196	10,2	6,6	5,9	11,0	0,3	0,6	3 3/5–4	533	424	109	75	11,4	2,5	0,8	6,7	0,2	1,2	0,8	0,7
44. Ronneburg	13 746	14,1	6,0	4,2	15,9	1,6	0,9	3½	724	547	177	124	16,6	5,1	2,6	5,3	0,01	3,6	1,0	0,9
45. Rudolstadt	19 334	17,6	10,4	8,5	19,4	2,7	0,7	3½	895	630	265	148	19,2	6,3	4,9	6,7	0,7	0,7	3,5	—
46. Saalfeld (Saale) 1920	16 544	14,5	7,3	4,8	17,0	0,4	0,4	3½–4¼	739	564	175	64	16,9	6,4	4,7	3,2	0,1	2,4	0,2	—
47. Salzungen 1920	5 761	6,3	3,6	2,0	8,0	—	0,2	3½–4	358	268	89	34	7,9	1,9	2,7	1,9	0,04	1,4	0,2	—
48. Schalkau (Sachs.-Mein.)	2 281	1,6	1,2	0,8	2,0	0,6	0,1	3¾–4	103	102	1	26	2,1	1,3	0,2	0,5	0,04	0,1	0,5	0,5
49. Schlotheim (Thür.)	3 494	4,0	1,3	1,0	4,2	0,3	0,2	3½	197	141	56	32	3,6	1,0	1,4	0,9	0,003	0,3	0,4	0,3
50. Schmölln (Sachs.-Altb.)	16 605	14,8	19,6	14,9	19,5	2,9	0,6	3¾	960	677	284	237	19,7	6,9	2,6	3,7	0,03	6,5	4,7	4,5
51. Sondershausen	15 358	13,1	9,7	7,9	14,9	5,0	0,4	3½	669	484	185	106	13,8	4,2	4,3	4,7	0,2	0,4	0,6	0,5
52. Sonneberg (Sachsen-Meiningen)	6 563	10,8	4,2	2,2	12,8	—	0,5	3¾	560	444	116	64	12,5	3,9	1,9	6,2	0,01	0,4	0,8	0,8
53. Stadtilm (Schwarzb.-Rudolstadt)	5 682	4,4	6,6	5,7	5,3	—	0,1	3½	214	154	59	15	4,9	1,5	0,7	2,6	0,03	0,1	0,4	—
54. Stadtlengsfeld	631	0,5	0,3	0,3	0,5	0,01	—	3½	22	17	5	4	0,4	0,2	0,02	—	—	0,2	0,04	0,01
55. Steinach (Sachs.-Mein.)	2 333	2,3	0,9	0,5	2,7	—	0,2	3¾–4	121	90	31	18	2,8	1,5	0,2	0,9	—	0,2	0,04	—
56. Tanna (Reuß)	1 497	1,0	0,9	0,5	1,3	—	0,03	3½	49	39	10	3	1,2	0,3	0,3	0,3	0,01	0,3	0,1	0,1
57. Themar	5 375	8,0	2,9	2,0	8,9	0,6	0,4	3 3/5	457	284	173	82	9,4	5,8	1,9	1,0	0,1	0,6	0,8	0,6
58. Triebes	3 708	2,5	4,7	4,3	2,9	0,4	0,1	3½	141	107	34	26	3,0	0,8	0,3	0,6	0,1	1,1	—	—
59. Triptis	4 252	4,0	2,6	1,6	5,1	1,0	0,1	3—4	247	187	60	54	5,5	0,9	1,6	1,8	1,0	0,1	0,6	0,2
60. Vacha	5 256	6,9	3,3	2,3	7,9	1,4	0,1	3¾	398	304	94	54	8,8	2,3	2,5	1,6	0,05	2,3	0,2	0,1
61. Waltershausen	7 401	5,3	6,5	5,0	6,7	0,8	0,1	3½	289	198	92	62	5,3	2,7	1,0	1,4	0,2	0,1	2,3	2,2
62. Weida	16 551	20,0	9,6	6,7	23,0	4,2	0,4	3½	1 195	881	313	155	28,2	16,8	3,0	3,3	0,5	4,6	3,3	3,2
63. Weimar	60 000	41,7	18,6	13,5	46,8	14,5	1,8	3½–4	2 340	1 689	652	503	40,3	11,9	14,7	13,5	0,2	—	21,6	21,3

[1] Vergl. die Anmerkung [1] auf Seite 8.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen[1])	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: VI. Freistaat Thüringen.																				
Noch: A. Städt. Spark.																				
64. Zella-Mehlis (Sachs.-Gotha) 1919	3 833	2,9	0,8	1,1	2,5	0,4	0,2	4	183	125	58	24	2,9	2,0	0,5	0,02	0,4	-	0,02	-
65. Zeulenroda	12 925	12,4	13,3	11,6	14,1	--	0,4	3½	646	490	155	92	13,6	3,2	3,6	6,7	0,1	--	0,3	0,1
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Fraureuth (Reuß) . .	2 655	2,4	1,6	1,2	2,8	0,7	0,1	3½	127	82	45	21	2,4	0,8	-	1,3		0,3	0,1	-
2. Hermsdorf (Sachsen-Altenburg)	2 295	2,2	3,5	2,9	2,7		0,1	3½	109	86	22	8	2,7	1,3	0,1	0,9	0,1	0,2	0,3	0,2
3. Kaltennordheim (Rhön)	1 822	1,3	0,5	0,2	1,7	0,03	0,04	3½	83	54	29	15	1,6	0,7	-	0,3	0,02	0,6	0,2	0,2
4. Oberweißbach (Schwarzb.-Rudolst.)	4 699	5,1	4,6	4,5	5,2	0,1	0,2	3½	194	159	36	17	6,2	2,8	2,5	0,8	–	-	0,2	0,3
5 Pölzig	964	0,6	0,2	0,1	0,7		0,02	3½	26	20	6	2	0,7	0,1	0,1	0,1	0,004	0,3	0,01	-
6. Rußdorf (Sachs.-Altb.)	1 026	0,6	0,5	0,2	0,9	0,4	0,03	3½	39	31	8	6	1,3	0,3	0,1	0,8	0,01	0,1	0,01	
7. Uhlstädt (Saale) . . .	2 367	1,7	0,8	0,6	1,9		0,1	3½	85	63	22	6	2,0	0,3	0,8	0,9	0,002		0,04	0,03
8. Vieselbach	6 931	9,3	4,1	3,8	9,6	0,7	0,6	3½	456	328	128	88	10,6	4,0	2,4	1,8	0,001	2,4	0,1	0,1
9. Wurzbach (Reuß) 1920	3 647	1,1	1,3	0,8	1,6	0,9	0,01	3½	91	63	28	14	2,5	0,3	0,4	0,5		1,4	0,02	0,02
C. Kreis- und Amts-Sparkassen.																				
1. Gera (Reuß) . . 1919	120 538	129,3	335,0	323,9	140,3	12,7	9,3	3½–4	6 674	5 530	1 144	314	157,8	56,3	32,1	26,2	8,8	34,3	4,5	3,5
2. Hildburghausen . . .	10 203	17,3	8,9	8,2	18,0	0,4	0,7	4	892	733	159	82	18,8	4,8	5,3	7,9	0,1	0,8	--	
3. Hirschberg (Saale) . .	7 845	7,0	3,1	2,0	8,1	2,0	0,6	3½	402	236	166	79	9,1	1,3	2,2	5,7	—	-	1,1	1,1
4. Königsee (Thüringen)	10 428	13,0	5,8	3,8	15,0	0,1	0,5	3½–4	622	481	141	83	15,2	4,7	2,3	--	7,0	1,1	0,2	0,2
5. Lobenstein (Reuß) . .	17 395	19,1	6,1	4,7	20,5	2,8	1,3	3½	1 029	900	129	216	29,6	10,9	6,8	1,6	0,03	10,2	0,3	
6. Meiningen	9 648	14,7	8,4	7,5	15,5		0,6	3¾	620	493	127	75	15,1	2,8	3,3		--	9,0	0,1	
7. Schleiz	22 309	28,9	7,2	5,6	30,5	4,4	3,5	3½	1 822	935	887	178	39,8	21,0	6,1	6,0	-	6,6	1,7	1,4
E. Sonstige öffentliche Sparkassen.																				
1. Eisenach	40 334	32,9	13,7	11,6	34,9		1,8	3⅗	1 639	1 201	437	230	36,4	16,6	10,2	3,7	4,1	1,8	0,1	-
2. Gotha	113 186	83,9	27,4	25,3	86,1		1,4	3½	4 676	2 951	1 725	658	86,8	38,1	27,0	17,5	0,2	4,0	0,7	
3. Jena	37 685	33,4	23,1	18,7	37,8	1,9	0,9	3½–4	1 848	1 354	491	322	40,5	17,5	11,7	10,5	0,4	0,5	0,03	
4. Neustadt (Orla) . . .	14 627	13,0	5,3	3,4	14,9	—	0,5	3⅗–4	676	512	164	82	14,8	5,7	2,8	4,6	1,6	0,1	0,3	0,3
VII. Freistaat Hessen.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Darmstadt	65 273	67,1	43,2	32,7	77,5	10,3	0,7	3½	3 714	2 599	1 115	1 170	86,0	32,8	36,6	4,7	0,1	11,8	3,9	
2. Mainz	48 359	75,9	34,7	27,4	83,2	1,6	1,6	3¾	4 685	3 364	1 321	563	102,4	36,8	27,8	37,0	-	0,8	0,8	0,7
3. Offenbach (Main) . .	40 611	50,8	37,7	26,0	62,4	5,6	0,6	3½	2 920	2 045	876	654	66,3	19,9	14,6	5,3	23,6	3,0	3,6	3,0
4. Worms	41 732	74,3	38,5	34,9	77,8	9,5	9,3	3¾	4 164	3 075	1 089	922	100,3	8,1	60,6	8,5	18,0	5,1	0,5	-
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Eschollbrücken (Kr. Darmstadt)	519	0,4	0,1	0,05	0,4	-	0,1	3	12	11	1	2	0,1	0,1	0,1	0,3	-	--	0,2	0,2
C. Kreis-, Amts- und Bezirks-Sparkassen.																				
1. Alsfeld (Hessen) . . .	5 999	8,7	4,7	3,0	10,4	1,7	0,1	3½	491	333	158	91	12,0	2,1	2,1	6,3	0,2	1,4	--	--
2. Alzey	8 395	24,8	11,5	7,0	29,2	2,6	1,8	3¾	1 302	977	325	191	33,1	1,4	9,1	19,8	0,01	2,8	0,4	--
3. Bingen (Rhein) . . .	18 900	52,4	36,1	28,2	60,3	4,0	0,1	3¾	2 836	2 130	706	270	67,4	8,0	13,0	28,2	0,9	17,3	1,3	1,3
4. Büdingen (Oberhessen)	5 170	12,0	4,1	3,1	13,0	2,3	0,4	3⅗	689	504	186	128	14,4	1,4	5,2	5,2	2,2	0,4	0,5	--
5. Butzbach	6 816	13,3	5,9	3,8	15,4	0,2	0,4	3½	671	495	175	98	15,9	5,5	4,4	4,5	0,2	1,3	0,1	-
6. Erbach (Odenwald) .	15 200	27,4	10,6	6,2	31,8	0,1	0,5	3½	1 329	1 022	307	132	32,4	3,7	15,0	7,8	3,5	2,4	2,4	1,9
7. Friedberg (Hessen) .	15 287	28,5	13,1	10,2	31,4		1,4	3¾	1 366	1 092	274	184	31,8	9,1	6,8	10,5	0,2	5,2	0,8	--
8. Gießen	41 571	46,3	21,5	15,9	51,9	7,5	0,6	3½	2 561	1 838	723	478	58,6	17,2	15,5	17,1	0,3	8,5	4,8	4,3
9. Großbieberau (Odenwald)	6 738	18,7	5,5	4,5	19,8	0,8	0,4	3½	936	663	273	118	21,0	2,1	11,8	4,9	0,04	2,1	0,03	--
10. Großgerau	16 071	44,0	13,7	8,9	48,9	8,8	0,1	3½	2 585	1 526	1 059	343	58,0	11,2	17,4	19,6	0,02	9,7	8,0	7,7
11. Groß Umstadt	9 294	23,3	7,1	3,8	26,5	0,8	0,7	3½	1 167	876	291	143	25,0	5,4	11,8	7,3	0,1	0,4	1,0	--

[1]) Vergl. die Anmerkung [1]) auf Seite 8.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: VII. Freistaat Hessen.																				
Noch: C. Kreis-, Amts- u. Bezirks-Sparkassen																				
12. Grünberg (Hessen)	4 660	7,7	2,2	1,3	8,5	1,5	0,2	3½	414	312	102	64	10,4	0,8	4,0	2,7	0,4	2,5	0,1	—
13. Heppenheim (Bergstraße)	19 513	33,3	11,5	7,3	37,5	5,0	0,8	3¾	1 811	1 379	431	233	42,3	4,8	11,5	18,2	0,4	7,5	0,2	—
14. Herbstein	5 000	9,5	3,5	2,1	11,0	0,9	0,1	3½	541	384	157	83	12,4	0,8	2,9	8,6	0,04	—	—	—
15. Höchst (Odenwald)	10 378	18,7	6,1	4,0	20,8	0,4	0,1	3½	898	690	207	113	21,0	1,6	11,0	4,9	0,05	3,6	0,2	—
16. Langen (Bz. Darmstadt)	12 381	25,5	7,0	6,1	26,4	2,1	0,1	3¾	1 299	954	344	206	28,0	9,9	5,9	6,9	0,03	5,2	0,8	—
17. Laubach (Oberhessen)	3 045	6,5	2,2	1,1	7,6	1,0	0,2	3¾	408	319	89	48	9,0	1,0	3,4	2,9	0,1	1,6	0,04	—
18. Lauterbach (Hessen)	5 100	9,3	4,3	3,2	10,4	4,7	0,2	4	528	395	133	120	13,4	2,0	3,9	6,1	0,5	1,0	0,1	—
19. Lorsch (Hessen)	8 514	17,6	6,6	3,9	20,3	1,0	0,4	3¾	937	646	290	114	21,7	4,4	6,0	7,6	0,001	3,7	0,6	—
20. Mainz	31 173	70,9	36,6	28,1	79,4	1,0	0,6	3¾	3 572	2 808	764	301	79,6	13,4	10,4	43,4	1,3	11,1	0,8	0,6
21. Nidda (Oberhessen)	6 220	13,3	4,4	2,4	15,3	0,9	0,3	3⅗	734	540	194	153	15,6	5,6	4,8	4,7	0,1	0,5	0,2	—
22. Oppenheim a. Rh.	6 181	22,5	10,9	7,1	26,2	0,3	0,3	3¾	1 148	863	285	177	26,6	2,2	7,5	8,8	0,03	8,1	0,3	—
23. Ortenberg (Hessen)	2 910	7,7	2,3	1,2	8,8	2,1	0,4	3⅗	429	335	94	55	11,6	0,9	2,4	2,8	0,2	5,4	0,1	—
24. Reinheim (Hessen)	7 093	17,8	3,8	2,6	18,9	0,8	0,6	3½	966	711	254	100	19,6	6,3	4,1	3,7	0,03	5,5	0,6	0,4
25. Schotten	4 664	7,3	2,3	1,2	8,4	1,2	0,1	3½	437	311	126	78	9,6	0,8	3,2	2,9	0,1	2,7	0,2	—
26. Seligenstadt (Hessen)	10 779	29,5	7,4	6,2	30,7	0,7	0,5	3¾	1 418	1 120	298	151	28,0	6,0	7,9	11,9	0,1	1,9	4,0	3,0
27. Vilbel (Main-Weser-Bahn)	8 312	23,1	8,3	7,1	24,3	0,7	0,3	4	1 084	933	150	150	25,1	13,6	4,7	6,8	0,03	—	—	—
28. Worms	10 042	35,0	28,6	22,4	41,2	9,9	1,7	4–4¼	2 251	1 645	605	414	52,7	1,3	13,8	31,2	0,3	6,2	0,04	—
29. Zwingenberg (Hessen)	24 960	29,2	10,6	7,4	32,4	0,2	1,3	3¾	1 463	1 146	317	145	32,6	4,8	7,7	15,4	0,00002	4,7	1,5	1,1
VIII. Freistaat Hamburg.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Bergedorf	20 375	27,3	17,5	15,3	29,5	4,1	0,7	3½—3¾	1 491	1 103	388	224	33,0	14,6	7,2	0,8	7,0	3,4	1,6	1,5
C. Amts-Sparkassen.																				
1. Cuxhaven	11 025	15,0	12,8	10,4	17,4	4,2	0,3	3½	1 084	664	420	242	20,9	5,5	3,4	4,1	2,9	5,0	0,9	0,8
E. Sonstige öffentliche Sparkassen.																				
1. Hamburg, Sparkasse von 1827	428 405	473,6	435,4	380,1	529,0	—	3,1	3	22960	15026	7 934	5 685	520,6	222,5	33,6	87,1	176,3	1,1	8,3	5,2
2. Hamburg, neue Sparkasse von 1864	492 058	329,2	276,3	238,4	367,1	—	4,7	3	18726	13265	5 460	3 133	372,8	114,9	26,1	54,0	174,7	3,1	3,8	2,9
3. Ochsenwärder	1 394	2,9	0,5	0,4	3,0	—	0,03	3	140	89	50	10	2,9	1,2	1,3	0,2	0,2	—	0,03	—
IX. Freistaat Mecklenburg-Schwerin.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Boizenburg (Elbe)	2 820	3,0	1,4	0,8	3,7	1,5	0,004	3¾	346	300	46	54	4,1	0,1	1,4	0,8	0,01	1,8	0,8	0,8
2. Brüel (Mecklb.)	652	0,5	0,1	0,1	0,5	0,1	0,03	3½	16	15	1	2	0,4	0,2	0,1	0,1	—	—	0,2	0,2
3. Bützow	2 470	2,2	0,6	0,4	2,5	—	0,1	3½	91	84	7	—	2,1	0,4	0,5	1,2	—	0,05	0,3	—
4. Crivitz (Mecklb.)	2 212	1,6	0,5	0,2	1,9	—	—	3½	78	59	19	2	2,0	0,6	0,5	0,5	0,3	0,1	0,001	—
5. Dömitz	5 201	6,0	2,9	1,9	7,0	1,7	—	3½	388	231	157	75	7,1	1,0	3,0	2,3	0,2	0,6	0,2	0,004
6. Gnoien	556	0,4	0,1	0,03	0,5	—	0,02	3⅓	14	10	4	0,3	0,5	0,3	0,1	0,02	—	—	0,01	0,01
7. Grabow (Mecklb.)	12 000	10,5	4,0	2,9	11,5	3,1	0,1	4	666	422	244	142	11,9	3,0	2,6	4,3	0,004	2,0	1,6	1,5
8. Grevesmühlen (Mecklb.)	2 088	1,3	0,7	0,3	1,7	0,7	0,01	4	110	88	22	2	2,1	0,1	0,4	0,5	0,2	1,0	0,3	0,3
9. Güstrow	8 701	8,1	3,9	2,4	9,6	3,1	—	3½	410	369	41	131	11,4	1,1	3,2	3,7	0,01	3,5	4,6	4,2
10. Hagenow (Mecklb.)	3 865	2,5	0,9	0,4	2,9	1,4	0,1	3½	162	97	65	56	2,7	0,8	1,0	0,8	0,1	0,1	1,5	1,5
11. Krakow (Mecklb.)	797	0,6	0,2	0,1	0,7	—	0,001	3⅕	49	21	29	—	0,7	0,1	0,2	0,3	—	0,1	0,1	—
12. Kröpelin (Mecklb.)	1 026	0,8	0,2	0,1	0,9	0,1	—	3½	33	26	7	7	1,0	0,1	0,2	0,1	—	0,6	0,02	
13. Laage (Mecklb.)	447	0,2	0,1	0,1	0,3	—	—	4	13	8	4	2	0,3	—	0,1	0,2	—	—	0,1	0,04
14. Ludwigslust	2 986	4,4	1,6	1,1	4,9	1,5	0,01	3½	267	153	114	61	6,0	1,0	1,0	3,9	0,2	0,001	0,2	0,2
15. Lübz	2 296	1,8	0,8	0,5	2,1	2,1	0,01	3½	187	137	50	33	3,5	0,3	0,5	0,8	0,3	1,7	0,6	0,6
16. Malchin	4 089	2,7	1,2	0,7	3,1	—	—	3½	167	117	49	42	3,3	2,1	0,2	0,8	0,002	0,1	0,1	0,1
17. Malchow (Mecklb.)	1 996	2,4	1,7	0,8	3,3	1,3	—	4	180	113	67	65	4,0	0,1	1,2	1,3	0,1	1,4	0,02	—
18. Neubukow (Mecklb.)	499	0,3	0,1	0,1	0,3	0,05	—	3½	10	9	1	—	0,3	0,1	0,1	0,1	0,05	0,01	0,001	—
19. Neukalen	1 197	1,4	0,5	0,5	1,4	0,7	0,01	4	108	62	47	7	1,9	0,01	0,2	0,5	0,1	1,1	0,1	—

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: IX. Freistaat Mecklenburg-Schwerin.																				
Noch: A. Städt. Spark.																				
20. Neustadt (Mecklb.)	2 154	2,6	1,4	0,6	3,5	1,0	—	4	165	119	46	44	4,1	0,5	0,6	1,0	0,1	2,0	0,1	0,0001
21. Parchim	8 318	9,4	2,8	2,1	10,2	3,6	0,1	3½	516	332	184	129	13,1	1,9	4,5	3,2	0,4	3,1	0,5	0,4
22. Penzlin	545	0,3	0,1	0,03	0,3	—	—	3½	11	8	3	1	0,3	0,1	0,05	0,2	—	—	0,01	—
23. Plau (Mecklb.)	2 311	2,4	1,0	1,0	2,4	0,5	0,1	3½	131	97	34	26	2,8	0,4	0,5	1,9	0,01	0,004	0,1	0,1
24. Rehna (Mecklb.)	273	0,1	0,1	0,01	0,2	—	0,03	3½	6	4	2	0,5	0,2	—	0,1	0,1	—	—	0,02	—
25. Ribnitz	2 620	2,4	1,3	0,9	2,8	0,9	0,01	3½	160	105	55	51	1,2	0,2	0,4	0,6	0,01	—	1,1	1,0
26. Röbel	2 657	2,5	0,9	0,5	2,9	2,6	0,01	3¾	244	151	93	56	5,1	0,1	1,4	1,1	0,4	2,1	0,2	—
27. Rostock (Mecklb.)	34 885	23,6	8,6	5,7	26,5	—	0,7	3½	1 222	915	307	261	26,2	8,9	6,8	7,5	2,9	0,1	0,2	0,01
28. Schwaan	2 423	1,7	1,0	0,4	2,2	2,7	0,1	3½–4	242	113	129	51	6,7	0,6	0,5	0,4	0,6	4,7	0,1	—
29. Schwerin (Mecklb.)	32 907	36,8	21,5	12,9	45,4	—	1,2	3½	2 461	1 884	577	572	42,1	15,1	5,8	3,8	17,5	0,002	2,1	1,7
30. Stavenhagen	2 931	1,7	0,9	0,7	1,9	0,7	—	3½	101	63	37	36	2,2	0,4	0,2	0,6	—	1,0	1,3	1,1
31. Sternberg (Mecklb.)	1 029	0,5	0,2	0,1	0,7	—	—	3½	24	17	7	1	0,5	0,2	0,1	0,2	—	0,001	0,1	0,01
32. Sülze (Mecklb.)	340	0,3	0,1	0,03	0,3	—	—	3½	16	11	4	0,3	0,3	0,1	0,1	0,1	0,05	0,1	0,01	—
33. Tessin (Mecklb.)	897	0,4	0,1	0,04	0,4	—	0,004	3½	17	13	3	0,3	0,4	0,3	0,05	0,01	—	0,1	0,005	—
34. Teterow	8 431	5,9	3,0	1,7	7,2	2,2	0,1	4	416	292	124	69	9,5	2,2	1,5	2,0	0,5	3,3	0,3	0,2
35. Waren	2 210	2,7	1,6	1,0	3,3	3,4	0,03	4	192	90	102	79	6,9	0,7	0,2	1,2	0,7	4,0	0,1	—
36. Wismar	19 846	24,4	7,2	4,4	27,2	—	0,7	3½	1 234	851	384	184	27,4	10,8	5,4	4,3	6,9	—	0,4	0,4
37. Wittenburg (Mecklb.)	5 150	3,9	2,1	1,5	4,5	1,2	0,1	3¾	223	157	66	57	5,7	1,2	0,9	1,0	0,1	2,5	0,6	0,5
38. Zarrentin (Mecklb.)	989	0,7	0,2	0,1	0,8	—	0,05	3 1/3	31	23	9	9	0,9	0,5	0,1	—	0,2	—	0,01	—
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Neukloster (Mecklb.)	800	0,5	0,2	0,1	0,6	—	0,02	3½	25	19	6	6	0,6	0,4	0,2	—	—	—	0,01	—
X. Freistaat Oldenburg.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Brake (Oldenb.)	2 578	1,3	1,2	0,8	1,8	2,3	0,02	4	207	125	81	86	1,8	0,1	0,9	—	0,8	—	0,04	—
2. Delmenhorst	13 980	10,7	15,6	12,1	14,1	5,4	0,3	3¾–4	660	407	253	241	19,0	3,2	2,3	1,0	1,8	10,7	0,1	—
3. Jever	2 092	1,9	2,2	0,6	3,4	1,6	0,02	3½	174	121	53	62	5,0	0,3	0,2	1,3	0,1	3,2	0,1	—
4. Lohne (Oldenb.)	200	0,2	1,4	0,1	1,5	0,2	—	3½	16	15	2	4	1,6	0,003	—	1,6	—	—	0,02	—
5. Nordenham	2 515	1,7	2,0	1,3	2,4	1,5	0,001	3 3/5	201	130	71	69	3,9	0,3	0,3	3,2	0,04	—	0,1	0,1
6. Oldenburg (Oldenb.)	2 453	2,4	6,0	4,4	4,1	4,4	0,1	3 3/5	365	203	163	116	8,5	0,3	—	0,01	0,1	8,1	0,03	—
7. Rüstringen (Oldenb.)	17 000	11,6	31,2	27,0	15,8	6,1	0,1	3½–4	990	624	366	427	20,3	3,4	1,7	3,3	0,4	11,5	4,4	4,0
8. Varel (Oldenb.)	11 156	5,2	7,1	5,5	6,7	1,1	0,1	3½	236	130	106	108	7,1	2,4	1,9	2,1	0,1	0,7	0,03	—
9. Vechta	356	0,5	1,3	0,6	1,3	1,5	0,0002	3½–4	68	48	20	23	1,8	0,003	0,2	1,0	—	0,6	0,03	—
10. Wildeshausen	273	0,4	0,6	0,4	0,6	0,02	—	3½	20	21	– 2	20	0,2	0,02	0,1	0,1	0,01	—	0,4	0,4
C. Amts-Sparkassen.																				
1. Cloppenburg	6 222	15,6	27,0	26,9	15,7	10,7	0,3	4	2 184	1 057	1 127	228	26,3	0,4	3,1	4,9	0,1	17,8	0,3	—
2. Friesoythe	730	1,1	1,6	0,6	2,2	9,6	—	4	469	370	99	95	11,2	—	—	0,3	—	10,8	0,2	—
D. Landes-Sparkassen.																				
1. Oldenburg (Oldenb.)	97 163	66,7	33,6	24,7	75,5	4,3	2,8	3 3/5–4½	3 488	2 651	837	635	69,0	12,3	25,0	30,3	1,4	—	12,5	12,2
XI. Freistaat Braunschweig.[1]																				
XII. Freistaat Anhalt.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Ballenstedt	6 055	6,0	3,5	2,6	6,9	1,1	0,2	3½	301	224	78	79	7,9	2,1	2,6	1,5	0,1	1,6	0,1	—
2. Cöthen (Anhalt)	26 187	26,4	12,8	10,3	28,9	1,8	1,1	3½	1 412	1 055	357	231	32,4	7,8	18,4	6,2	—	—	0,4	—
3. Coswig (Anhalt)	6 857	6,7	3,5	2,9	7,2	2,0	0,2	3 1/3	322	234	88	101	9,0	3,3	1,5	1,9	0,2	2,0	0,3	0,1
4. Dessau	62 568	56,8	65,1	54,2	67,7	19,2	0,1	3½	2 328	1 863	466	517	85,2	19,9	22,0	37,8	0,8	4,7	0,6	—
5. Gernrode (Harz)	3 190	3,0	10,6	10,0	3,6	0,7	0,1	3½	150	105	45	43	3,4	1,1	0,9	1,3	0,1	0,04	0,2	0,2
6. Güsten (Anhalt)	3 926	2,2	1,6	1,4	2,5	—	0,1	3¾	130	91	39	17	2,8	0,7	1,6	0,2	0,3	0,01	0,02	—

[1]) Von den braunschweigischen Sparkassen waren wegen der eigenartigen Einrichtungen des dortigen Sparkassenwesens diesbezügliche Angaben nicht zu erlangen.

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: XII. Freistaat Anhalt.																				
Noch: A. Städt. Spark.																				
7. Harzgerode	4 341	2,8	3,0	2,2	3,6	0,5	0,1	3½	146	107	39	22	3,4	0,4	1,0	1,9	0,1	-	0,1	—
8. Hoym	1 560	1,2	5,5	4,7	2,0	0,3	0,04	3½	77	58	19	4	2,0	0,2	0,3	1,5	0,04	-	0,3	—
9. Jeßnitz (Anhalt)	3 196	1,8	1,9	1,5	2,2	0,9	0,03	3⅓	128	85	43	36	3,3	0,4	1,1	1,8	0,02	-	—	—
10. Leopoldshall (P. Staßfurt-Leopoldshall)	2 287	2,1	6,1	5,0	3,2	—	0,03	3¾	128	117	11	2	3,2	0,6	0,4	1,9	0,01	0,3	0,4	0,4
11. Oranienbaum (Anhalt)	1 564	1,5	1,1	0,8	1,8	—	0,02	3¼	89	66	23	9	1,6	0,2	0,8	0,3	—	0,3	0,2	0,2
12. Roßlau (Anhalt)	4 315	2,9	1,5	1,3	3,1	1,7	0,1	3⅓	177	126	51	28	3,7	1,1	0,9	1,7	0,03	0,03	1,1	1,1
13. Sandersleben (Anhalt)	976	1,2	1,6	1,4	1,4	—	—	3½	53	42	12	9	1,3	0,6	—	0,1	0,5	—	0,1	—
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Alten	460	0,3	0,9	0,6	0,6	—	0,005	3½	16	11	5	2	0,5	0,1	0,1	0,3	0,005	0,005	0,02	- -
2. Hecklingen (Anhalt)	1 807	1,5	1,1	1,1	1,5	1,4	0,003	3½	98	77	21	9	3,0	0,2	0,8	1,5	0,4	0,1	—	—
C. Kreis-Sparkassen.																				
1. Ballenstedt	906	3,4	15,2	11,4	7,2	2,8	0,05	3½	224	136	88	101	7,2	0,1	—	6,3	0,8	—	2,6	2,6
2. Bernburg	49 228	53,7	26,5	20,9	59,3	13,1	2,0	3½	2 678	2 007	671	527	73,3	8,3	27,3	22,3	0,1	15,4	3,1	2,3
3. Cöthen (Anhalt)	7 442	9,8	13,8	9,4	14,2	1,9	0,2	3½	665	485	180	78	16,6	1,3	2,7	11,8	0,9	0,04	0,1	—
4. Zerbst	20 776	22,1	11,4	10,7	22,8	—	1,2	3⅓	1 214	790	424	271	24,6	8,3	9,5	6,8	—	0,01	0,1	0,1
XIII. Freistaat Bremen.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Bremerhaven	29 354	44,4	35,9	27,6	52,7	5,2	0,8	3½	2 510	1 800	710	757	59,5	16,6	16,9	19,1	1,5	5,5	1,0	0,7
E. Sonstige öffentliche Sparkassen.																				
1. Bremen, Sparkasse von 1825	252 699	260,5	251,4	237,1	274,8	6,9	16,8	3	13532	8 431	5 101	2 972	296,6	97,3	108,4	0,1	36,2	54.6	0,4	—
2. Bremen, neue Sparkasse	31 242	29,2	36,2	32,2	33,2	—	1,5	3¼	1 475	1 006	469	405	32,8	13,0	10,9	1,9	4,0	—	0,2	0,2
3. Vegesack	17 394	14,1	10,4	9,3	15,1	—	0,5	3½	733	529	204	133	15,5	3,9	7,3	2,8	—	1,6	0,2	—
XIV. Freistaat Lippe-Detmold.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Barntrup	4 350	3,7	4,3	2,9	5,2	1,2	0,1	3½	251	173	78	69	6,3	1,0	0,5	0,5	0,2	4,2	2,0	2,0
2. Blomberg (Lippe)	12 269	23,2	14,6	11,4	26,4	3,9	0,2	3½	658	971	—313	434	22,0	11,8	2,5	6,6	1,1	—	0,9	—
3. Detmold	6 226	9,6	15,1	13,3	11,4	2,4	0,1	3½	716	402	314	156	13,3	2,3	1,5	6,2	0,6	2,6	2,8	2,4
4. Horn (Lippe)	7 272	13,0	23,0	19,0	17,0	—	0,1	3½	700	500	200	100	16,2	4,5	2,0	3,0	0,9	5,8	0,2	—
5. Lage (Lippe)	11 627	19,2	11,7	7,4	23,5	1,9	0,5	3½	1 228	916	312	200	26,1	8,1	6,6	3,4	0,1	7,9	4,6	4,6
6. Lemgo	16 805	30,0	23,3	17,1	36,2	4,8	0,03	3¾	1 725	1 214	511	230	40,8	8,4	8,8	8,8	0,01	14,8	0,05	—
7. Salzuflen, Bad	23 000	43,6	22,6	17,2	49,0	3,1	0,1	3½	2 225	1 470	755	201	51,7	16,0	11,4	9,8	1,1	13,5	0,1	—
8. Schwalenberg	887	1,3	1,9	1,1	2,0	—	0,02	3¾	76	56	20	4	1,7	0,1	0,3	1,0	0,3	—	0,4	0,8
B. Landgemeinde-Sparkassen.																				
1. Bösingfeld	5 859	8,7	22,9	18,0	13,6	—	0,1	4	520	446	74	65	8,7	2,6	1,3	3,5	1,3	—	5,0	5,0
2. Elbrinxen	600	1,8	2,4	1,3	2,8	0,4	—	4	144	107	37	39	2,9	0,7	—	1,7	0,3	0,1	0,003	—
C. Amts-Sparkassen.																				
1. Alverdissen	4 644	8,1	6,3	4,2	10,1	—	0,1	3¾—4	254	310	—55	55	6,6	1,2	2,2	2,3	0,9	0,1	0,004	—
2. Brake (Lippe)	2 672	4,6	5,1	3,2	6,4	0,8	0,1	3¾	278	189	88	35	7,1	0,7	1,2	5,1	0,2	—	0,4	0,3
3. Detmold	957	2,1	3,6	1,8	3,8	2,0	—	3½	199	162	37	139	5,9	0,3	—	0,7	0,1	4,8	0,1	0,03
4. Hohenhausen (Lippe)	3 500	5,6	4,5	2,8	7,3	1,5	0,04	3½	397	314	83	60	7,9	1,2	0,1	4,4	2,2	—	—	—
5. Horn (Lippe)	1 036	5,1	4,2	2,1	7,2	0,9	0,005	3½	333	262	71	59	8,0	0,3	0,1	2,6	0,3	4,7	1,6	1,6
6. Lage (Lippe)	4 775	10,6	11,5	8,1	14,0	1,4	0,03	3½—4½	716	482	235	181	9,3	1,4	2,2	5,3	0,4	—	6,1	6,0
7. Langenholzhausen (Lippe)	1 312	2,6	9,5	7,9	4,2	0,4	0,009	4	160	102	58	33	4,1	0,1	—	3,1	0,6	0,2	0,5	0,5
8. Oerlinghausen (Lippe)	2 297	2,9	1,7	1,0	3,6	—	0,1	3½	161	114	47	20	3,6	1,4	1,3	0,8	0,03	—	0,01	—
9. Schötmar	2 624	4,2	4,3	3,0	5,5	—	0,05	3½	207	142	66	33	5,4	1,2	0,7	3,5	0,01	0,01	0,05	—

Noch: II. Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der einzelnen deutschen Sparkassen im Rechnungsjahre 1921.

Art und Name der Sparkassen	Zahl der am Jahresschlusse im Umlauf befindlichen Sparbücher	Betrag der Einlagen am Schlusse des Rechnungs vorjahres	Zuwachs während des Rechnungsjahres durch Neueinlagen und Zuschreibung von Zinsen	Betrag der Rückzahlungen im Rechnungsjahre	Betrag der Einlagen am Schlusse des abgelaufenen Rechnungsjahres	Betrag der Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer am Schlusse des Rechnungsjahres	Betrag der Sicherheitsrücklagen am Schlusse des Rechnungsjahres	Allgemeiner Zinsfuß für Spareinlagen in Hundertteilen	Betrag der: Zinsbruttoeinnahmen der Sparkassen ohne Abzug der Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsausgaben an die Gläubiger der Sparkassen im Rechnungsjahre einschließlich Kapitalertragsteuer	Betrag der: Zinsüberschüsse der Sparkassen im Rechnungsjahre	Betrag der Verwaltungskosten der Sparkassen im Rechnungsjahre	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres	Von dem Vermögen der Sparkassen (Sp. 14) waren angelegt: in städtischen und ländlichen Hypotheken	in Inhaberpapieren zum Tageskurse bei Abschluß des Rechnungsjahres oder wenn der Ankaufswert niedriger, zu diesem	bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (einschließlich des eigenen Garantieverbandes)	auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	in sonstigen Anlagen	Betrag des Kassenbestandes der Sparkassen am Jahresschlusse: überhaupt	darunter (Sp. 20) jederzeit ohne vorhergehende Kündigung abrufbare Guthaben
		Millionen Mark							Tausend Mark				Millionen Mark							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
Noch: XIV. Freistaat Lippe-Detmold.																				
D. Landes-Sparkassen.																				
1. Detmold	38 778	65,2	38,6	30,5	73,3	--	1,0	3½	3 223	2 375	848	639	43,3	37,1	3,5	1,7	—	1,0	25,1	25,[illegible]
XV. Freistaat Lübeck.																				
E. Sonstige öffentliche Sparkassen.																				
1. Lübeck, Spar-Anleihe-kasse	51 457	46,6	28,5	26,1	48,9	8,6	1,1	3	2 434	1 517	917	840	55,6	12,7	20,0	10,8	0,2	12,0	2,2	2,2
2. Lübeck, Vorschuß- u. Vereinsbank	38 390	26,3	18,0	16,5	27,8	24,8	1,4	3¼	3 428	2 057	1 371	1 602	37,4	14,4	3,7	—	2,2	17,0	10,9	10,0
3. Lübeck-Travemünde	1 007	1,2	0,4	0,4	1,3	—	0,1	3	46	22	23	5	1,3	1,2	0,1	—	—	0,04	0,1	0,1
XVI. Freistaat Mecklenburg-Strelitz.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Friedland (Mecklb.)	2 427	2,3	0,8	0,6	2,6	0,7	0,1	3½	136	111	25	32	3,3	1,0	0,04	2,0	0,002	0,2	0,1	—
2. Fürstenberg (Mecklb.)	1 059	1,5	0,8	0,6	1,8	0,1	0,02	3½	82	56	26	9	1,7	1,0	0,1	0,1	—	0,5	0,2	—
3. Neubrandenburg (Mecklb.)	8 085	8,7	2,7	1,7	9,8	—	0,7	3½	414	274	140	85	10,4	7,0	0,6	1,8	1,0	—	0,9	0,8
4. Neustrelitz	12 277	12,7	2,1	1,4	13,4	—	2,0	3⅓	633	381	253	87	14,9	13,0	0,9	1,0	—	0,05	0,5	0,4
5. Stargard (Mecklb.)	325	0,2	0,05	0,01	0,2	—	0,01	3¼	9	7	3	1	0,2	0,2	0,1	0,01	—	—	0,0003	—
6. Woldegk (Mecklb.)	758	0,3	0,1	0,1	0,4		0,002	3⅓	15	12	3	1	0,4	0,1	0,1	0,2	0,01	—	0,02	0,02
C. Amts-Sparkassen.																				
1. Schönberg (Mecklb.), für das Land Ratzeburg	706	1,6	0,7	0,9	1,4	0,2	3,5	3½	80	77	4	24	1,7	0,5	0,6	0,1	0,5	—	—	—
XVII. Freistaat Waldeck.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Sachsenhausen (Waldeck)	2 790	6,4	2,2	1,8	6,8	0,2	0,3	4	340	261	79	27	7,2	1,7	2,8	—	0,2	2,6	0,1	0,003
C. Kreis-Sparkassen.																				
1. Arolsen	12 000	23,6	16,0	12,5	27,2	7,4	0,6	4	1 371	861	510	270	30,7	6,8	3,6	6,3	0,4	13,6	0,7	0,1
2. Bad Wildungen	15 000	26,1	13,3	14,4	25,0	3,9	—	4	1 341	1 044	297	291	29,0	4,9	10,2	11,7	2,0	0,2	—	—
3. Corbach	18 298	34,3	23,4	19,0	38,8	1,6	1,2	4	1 636	1 488	148	332	37,5	6,7	4,2	12,2	2,5	12,0	0,8	0,4
E. Sonstige öffentliche Sparkassen.																				
1. Bad Pyrmont[1]	5 350	8,6	4,8	3,6	9,8	1,3	0,4	3½-4	450	330	120	120	9,8	4,6	1,1	1,1	0,3	2,7	0,2	—
XVIII. Freistaat Schaumburg-Lippe.																				
A. Städt. Sparkassen.																				
1. Bückeburg	7 537	12,8	14,9	13,3	14,4	9,2	0,2	3¾	959	702	257	404	14,6	4,2	2,3	4,6	—	3,5	0,3	0,1
2. Stadthagen	7 892	10,5	4,7	2,6	12,5	5,7	0,2	3¾	708	537	171	113	18,0	3,9	2,2	4,6	0,04	7,3	0,5	—
C. Kreis-Sparkassen.																				
1. Eilsen, Bad	9 975	16,5	5,5	3,6	18,1	3,0	0,4	3¾	901	669	233	154	22,6	8,0	4,0	3,4	0,1	7,2	1,5	1,5
2. Hagenburg (Schaumburg-Lippe)	3 822	7,4	3,2	1,7	8,9	1,0	0,1	3¾	396	311	86	59	8,1	1,4	1,1	4,2	0,04	1,3	0,2	—
3. Meinsen	6 576	13,5	3,3	2,2	14,7	2,7	0,3	3¾	736	531	206	118	16,4	4,9	4,9	6,0	0,004	0,6	0,3	0,2
4. Nordsehl (P. Stadthagen)	7 471	19,4	4,4	2,5	21,4	1,2	0,4	3¾	944	772	172	89	22,1	6,0	5,1	7,5	0,2	3,3	0,1	—
5. Sülbeck	3 365	6,1	1,6	0,8	6,9	0,8	0,1	3¾	312	252	60	56	7,8	2,6	1,6	3,0	0,03	0,6	0,1	—

[1]) Nach dem Gesetz vom 22. Februar 1922 (Preuß. Gesetzsamml. 1922 S. 37) ist der Gebietsteil Pyrmont mit Preußen vereinigt worden und gehört seit dem 1. April 1922 zum Kreise Hameln im Regierungsbezirk Hannover. Seit dem 1. April 1922 besteht in Bad Pyrmont eine städtische Sparkasse.

III. Verzeichnis der einzelnen deutschen Sparkassen nach der Buchstabenfolge*) des Ortes, in dem sie ihren Sitz haben.**)

Aachen S. 38, I 34, A 1.
,, S. 39, I 34, C 1.
,, S. 39, I 34, E 1.
Aalen (Württ.) S. 59, IV, B c 1.
Abensberg S. 41, II 2, C 8.
Achern (Baden) S. 59, V, A 1.
Achim S. 27, I 22, C 1.
Achtrup (Kr. Tondern) S. 21, I 18, B 1.
Adelsheim S. 61, V, C 1.
Adenau S. 35, I 30, C 1.
Adorf (Erzgeb.) S. 50, III 2, B b 1.
,, (Vogtl.) S. 57, III 5, B b 1.
Ahaus S. 28, I 25, A 1.
,, S. 29, I 25, C 1.
Ahlen (Westf.) S. 28, I 25, A 2.
Ahrensburg S. 21, I 18, B 2.
Ahrweiler S. 35, I 30, C 2.
Aibling, Bad S. 40, II 1, C 1.
Aichach S. 39, II 1, B 1.
Albersdorf (Holstein) S. 23, I 18, E 1.
Aldekerk S. 36, I 31, B 1.
Alfeld (Leine) S. 25, I 20, C 1.
Allendorf, Amt (Kr. Arnsberg) S. 31, I 27, C 1.
Allenstein S. 9, I 3, A 1.
,, S. 9, I 3, C 1.
Allstedt (Sachs.-Weimar) S. 62, VI, A 1.
Alsfeld (Hessen) S. 64, VII, C 1.
Altdamm S. 12, I 8, A 1.
Altdorf b. Nürnberg S. 46, II 6, C 5.
Alten S. 67, XII, B 1.
Altena (Westf.) S. 30, I 27, A 1.
Altenau (Harz) S. 25, I 20, A 1.
Altenberg (Erzgeb.) S. 52, III 3, B a 1.
Altenburg (Sachs.-Altb.) S. 62, VI, A 2.
Altenheim S. 60, V, B 1.
Altenkirchen (Westerw.) S. 35, I 30, C 3.
Altenmuhr S. 46, II 6, B 11.
Altensteig (Württ.) Stadt S. 58, IV, B b 7.
Altenwerder S. 26, I 21, B 1.
Altmittweida S. 56, III 4, B f 1.
Altötting S. 39, II 1, B 3.
,, S. 40, II 1, C 2.
Altomünster S. 39, II 1, B 2.
Altona (Elbe) S. 20, I 18, A 1.
,, ,, S. 23, I 18, E 2.
Altrip S. 42, II 3, B 31.
Alverdissen S. 67, XIV, C 1.
Alzenau (Unterfranken) S. 47, II 7, C 1.
Alzey S. 64, VII, C 2.
Amberg (Oberpfalz) S. 43, II 4, A 1.
,, ,, S. 43, II 4, C 1.
Amern, St. Anton (Kr. Kempen, Rheinpr.) S. 36, I 31, B 2.
Amöneburg S. 33, I 28, A 1.
Amorbach S. 47, II 7, C 24.
Andernach S. 34, I 30, A 1.
Angerburg S. 8, I 2, A 1.
,, S. 8, I 2, C 1.
Angermünde S. 9, I 5, A 1.
,, S. 10, I 5, C 1.
Anklam S. 12, I 8, A 2.
Annaberg (Erzgeb.) S. 50, III 2, B a 1.
Annaburg (Bz. Halle) S. 19, I 16, B 1.
Annen S. 31, I 27, B 1.
Annweiler S. 42, II 3, C 1.
Anrath S. 36, I 31, B 3.
Ansbach S. 45, II 6, A 1.
Aplerbeck, Amt (Kr. Hörde) S. 31, I 27, C 2.
Apolda S. 62, VI, A 3.
Arendsee (Altmark) S. 17, I 15, A 1.
Arneburg S. 17, I 15, A 2.
Arnis (Schlei) S. 21, I 18, B 3.
Arnsberg (Westf.) S. 30, I 27, A 2.
Arnstadt S. 62, VI, A 4.
Arnstein (Unterfranken) S. 47, II 7, C 14.
Arnswalde S. 10, I 6, A 1.
,, S. 11, I 6, C 1.
Arolsen S. 68, XVII, C 1.
Artern S. 18, I 16, A 1.
Arys S. 9, I 3, A 2.
Arzberg (Oberfranken) S. 44, II 5, B 18.
Aschaffenburg S. 46, II 7, A 1.
,, S. 47, II 7, C 2.
Aschersleben S. 17, I 15, A 3.
Assel S. 27, I 22, C 2.
Attendorn S. 30, I 27, A 3.
,, , Amt S. 31, I 27, C 3.
Aub S. 47, II 7, C 29.
Aue (Erzgeb.) S. 57, III 5, B d 1.
Auerbach (Oberpfalz) S. 43, II 4, B 2.
,, (Vogtl.) S. 56, III 5, B a 1.
Auerswalde (Bz. Chemnitz) S. 51, III 2. B c 1.
Augsburg S. 48, II 8, A 1.
Augustusburg (Erzgeb.) S. 51, III 2, B c 2.
Auma S. 62, VI, A 5.
Auras (Kr. Wohlau) S. 14, I 12, A 1.
Aurich S. 28, I 24, A 1.
,, , Amt S. 28, I 24, C 1.
,, , Ostfries. Spark. S. 28, I 24, D 1.

Babenhausen (Schwaben) S. 48, II 8, C 3.
Backnang S. 58, IV, B a 1.
Bad Berka S. 62, VI, A 6.
,, Blankenburg (Thüringerwald) S. 62, VI, A 7.
Bad Bramstedt (Holst.) S. 21, I 18, B 4.
,, Dürkheim S. 41, II 3, A 1.
,, ,, S. 42, II 3, C 3.
,, Elster S. 57, III 5, B b 2.
Baden-Baden S. 59, V, A 2.
Bad Essen (Bz. Osnabrück) S. 27, I 23, B 1.
Bad Homburg-Kirdorf S. 34, I 29, E 2.
,, ,, v. d. H. S. 34, I 29, C 1.
,, ,, ,, ,, ,, , Amt S. 34, I 29, E 1.
Badisch Rheinfelden S. 61, V, C 2.
Bad Kissingen S. 46, II 7, A 2.
,, ,, S. 47, II 7, C 16.
,, Kösen S. 18, I 16, A 2.
,, Lausigk S. 55, III 4, B a 1.
,, Oldesloe S. 20, I 18, A 2.
,, Orb, Bezirk S. 33, I 28, C 1.
,, Pyrmont S. 68, XVII, E 1.
,, Sachsa (Südh.) S. 20, I 17, A 1.
,, Schandau S. 54, III 3, B g 1.
,, Sulza S. 62, VI, A 8.
,, Tölz S. 40, II 1, B 23.
,, Wildungen S. 68, XVII, C 2.
Bärenstein (Bz. Chemnitz) S. 50, III 2, B a 2.
Bärenstein (Bz. Dresden) S. 52, III 3, B a 2.
Bärwalde (Neumark) S. 10, I 6, A 2.
,, (Pomm.) S. 13, I 9, A 1.
Bahn S. 12, I 8, A 3.
Bakum (Kr. Melle) S. 27, I 23, B 2.
Balingen S. 58, IV, B b 1.
Ballenstedt S. 66, XII, A 1.
,, S. 67, XII, C 1.
Balve (Bz. Dortmund) S. 31, I 27, B 2.
Bamberg S. 44, II 5, A 1.
,, S. 45, II 5, C 1.
Bannewitz (A.H. Dresden) S. 53, III 3, B b 1.
Barby S. 17, I 15, A 4.
Bargenstedt (Meldorf) S. 23, I 18, E 3.
Bargteheide S. 21, I 18, B 5.
Bargum (Mönkebüll) S. 21, I 18, B 6.
Barlt S. 23, I 18, E 4.
Barmen S. 35, I 31, A 1.
Barmstedt (Holstein) S. 20, I 18, A 3.
,, ,, S. 21, I 18, B 7.
Barntrup S. 67, XIV, A 1.
Barop, Amt S. 31, I 27, C 4.
Barsinghausen S. 24, I 19, B 1.
Bartenstein (Ostpr.) S. 8, I 1, A 1.
,, ,, S. 8, I 1, C 1.
Barth S. 13, I 10, A 1.
Basbeck S. 26, I 22, B 1.
Bassum, Amt S. 25, I 19, C 1.
Battenberg, Bezirk S. 34, I 29, C 2.
Bauerwitz (Kr. Leobschütz) S. 17, I 14, A 1.
Baumholder S. 38, I 33, C 1.
Baunach S. 47, II 7, C 4.
Bautzen S. 49, III 1, A 1.
Bayreuth S. 44, II 5, A 2.
Beckum S. 28, I 25, A 3.
Bederkesa S. 26, I 22, B 2.
Beelitz (Mark) S. 9, I 5, A 2.
Beeskow S. 10, I 5, C 2.
Beidenfleth S. 21, I 18, B 9.
Beierfeld (Erzgeb.) S. 57, III 5, B d 2.
Beilngries S. 43, II 4, C 3.
Belgard (Persante) S. 13, I 9, A 2.
,, ,, S. 13, I 9, C 1.
Belgern S. 18, I 16, A 3.
Bellheim S. 42, II 3, B 9.
Belzig S. 9, I 5, A 3.
,, S. 10, I 5, C 3.
Benediktbeuern S. 40, II 1, B 21.
Benrath S. 36, I 31, B 4.
Bentheim, Amt S. 27, I 23, C 1.
Berbisdorf (Bz. Dresden) S. 54, III 3, B e 1.
Berchtesgaden S. 40, II 1, C 4.
Berg (Pfalz) S. 42, II 3, B 10.
Berga (Elster) S. 62, VI, A 9.
Bergedorf S. 65, VIII, A 1.
Bergen a. d. Dumme S. 26, I 21, B 2.
,, (Rügen) S. 13, I 10, A 2.
,, ,, S. 13, I 10, C 1.
Berggießhübel S. 54, III 3, B g 2.
Berghausen (Amt Durlach) S. 60, V, B 2.
Bergheim (Erft) S. 38, I 32, C 1.
Berg. Neukirchen S. 35, I 31, A 2.
Bergneustadt S. 37, I 32, A 1.
Bergzabern S. 42, II 3, C 2.
Berka, Bad S. 62, VI, A 6.
Berleburg S. 31, I 27, C 5.
Berlin S. 11, I 7, A 1.
,, , f. d. Kr. Niederb. S. 10, I 5, C 4.
,, , ,, ,, ,, Teltow S. 10, I 5, C 5.
,, (Rentenversicherungsanstalt) S. 12, I 7, E 1.
Berlinchen (Neumark) S. 10, I 6, A 3.
Bernau (Mark) S. 9, I 5, A 4.
Bernburg S. 67, XII, C 2.
Berneck (Oberfranken) S. 45, II 5, C 4.
Bernkastel-Cues S. 38, I 33, C 2.
Bernsbach S. 57, III 5, B d 3.
Bernsdorf (O.Lausitz) S. 16, I 13, B 1.
Bernstadt (Sachsen) S. 49, III 1, B c 1.
,, (Schles.) S. 14, I 12, A 2.
Bernstein (Neumark) S. 10, I 6, A 4.
Bersenbrück S. 27, I 23, C 2.
Berthelsdorf (Erzgeb.) S. 53, III 3, B d 1.
Besigheim S. 58, IV, B a 2.
Bestwig, Amt (Kr. Meschede) S. 31, I 27, C 6.
Betzdorf S. 35, I 30, B 1.
Beuthen (Bz. Liegnitz) S. 16, I 13, A 1.
,, (Oberschl.) S. 17, I 14, A 2.
,, ,, S. 17, I 14, C 1.
Bevensen S. 26, I 21, C 1.
Beverstedt S. 26, I 22, B 3.
Beverungen S. 29, I 26, A 1.
Bialla (Ostpr.) S. 9, I 3, A 3.
Biberach (Baden) S. 60, V, B 3.
,, (Riß) S. 59, IV, B d 1.
Biebrich S. 34, I 29, A 1.
Biedenkopf, Bezirk S. 34, I 29, C 3.
Bielefeld S. 29, I 26, A 2.
,, S. 30, I 26, C 1.
Biesenthal S. 9, I 5, A 5.
Billerbeck (Westf.) S. 28, I 25, A 4.
Bilstein, Amt (Westf.) S. 31, I 27, C 7.
Bingen (Rhein) S. 64, VII, C 3.
Bischofsburg S. 9, I 3, A 4.
,, S. 9, I 3, C 2.
Bischofswerda (Sachs.) S. 49, III 1, B a 1.
Bischofswerder (Westpr.) S. 9, I 4, A 1.
Bitburg (Bz. Trier) S. 38, I 33, C 3.
Bitterfeld S. 18, I 16, A 4.
,, S. 19, I 16, C 1.
Blankenburg, Bad (Thüringerwald) S. 62, VI, A 7.
Blankenese S. 21, I 18, B 8.
Blankenhain (Thür.) S. 63, VI, A 10.
Blaubeuren S. 59, IV, B d 2.
Bleckede S. 26, I 21, C 2.
Bleicherode S. 20, I 17, A 2.
Blesen (Bz. Posen) S. 14, I 11, A 1.
Blomberg (Lippe) S. 67, XIV, A 2.
Blumenthal (Hannov.) S. 26, I 22, B 4.
Bobersberg S. 10, I 6, A 5.
Bocholt S. 28, I 25, A 5.
Bochum S. 30, I 27, A 4.
,, , Amt S. 31, I 27, C 8.
Bockau (Bz. Zwickau) S. 57, III 5, B d 4.
Bockenem S. 25, I 20, C 2.
Bockwa (P. Bockwa-Cainsdorf) S. 57, III 5, B f 1.
Bockwitz (Kr. Liebenw.) S. 19, I 16, B 2.
Bodenwerder S. 24, I 19, A 1.
Böblingen S. 58, IV, B a 3.
Bödefeld (Kr. Meschede) S. 31, I 27, B 3.
Böhlitz-Ehrenberg S. 56, III 4, B d 1.
Böklund (Schleswig) S. 23, I 18, E 5.
Bönebüttel (Kr. Bordesholm) S. 23, I 18, E 6.
Bösingfeld S. 67, XIV, B 1.
Bogen S. 41, II 2, C 1.
Bohlingen (Amt Konstanz) S. 60, V, B 4.
Bohmte S. 27, I 23, C 3.
Boizenburg (Elbe) S. 65, IX, A 1.
Bolkenhain S. 16, I 13, A 2.
,, S. 16, I 13, C 1.
Bommern, Amt S. 31, I 27, C 9.
Bomst S. 14, I 11, A 2.
Bonn S. 37, I 32, A 2.
,, S. 38, I 32, C 2.
Bonndorf (Schwarzw.) S. 61, V, C 3.
Bordelum (Bredstedt) S. 21, I 18, B 10.
Bordesholm S. 21, I 18, B 11.
,, S. 23, I 18, C 1.
,, (Bahnhof) S. 23, I 18, E 7.
Borghorst S. 29, I 25, B 1.
Borgloh S. 28, I 23, E 1.
Borken (Bz. Cassel) S. 33, I 28, A 2.
,, (Westf.) S. 28, I 25, A 6.
,, ,, S. 29, I 25, C 2.
Borna (Bz. Leipzig) S. 55, III 4, B a 2.
Bornhöved S. 21, I 18, B 12.
Borsdorf S. 55, III 4, B c 1.
Bottrop S. 28, I 25, A 7.
Boxberg (Baden) S. 59, V, A 3.
Brackel, Amt (Ldkr. Dortmund) S. 31, I 27, C 10.
Brackenheim S. 58, IV, B a 5.
Brackwede S. 29, I 26, B 1.

*) Gleichlautende Ortsbezeichnungen sind nach der Buchstabenfolge der Postbezeichnung geordnet. Haben in ein und demselben Ort mehrere Sparkassen ihren Sitz, so sind diese nach der Buchstabenfolge der Art der Sparkasse eingereiht, innerhalb der Art sind sie nach der näheren Bezeichnung der Kassen alphabetisiert.

**) Das hinter der Ortsbezeichnung jeder Sparkasse stehende S. mit der darauf folgenden arabischen Zahl gibt die Seite an, auf der die Sparkasse zu finden ist, die nachfolgende römische bezw. bei Preußen, Bayern und Sachsen die sich anschließende arabische Zahl bezeichnet den Staat bezw. Regierungsbezirk (Sachsen die Kreishauptmannschaft), in dem (der) die Sparkasse liegt, der nun folgende große Buchstabe gibt die Art und die am Schlusse jeder Zeile stehende arabische Zahl die laufende Nummer an, unter welcher die Sparkasse innerhalb der betreffenden Art aufgeführt steht. Bei den sächsischen und württembergischen Sparkassen folgt außerdem hinter dem großen Buchstaben B noch je ein kleiner, der in Sachsen angibt, in welcher Amtshauptmannschaft die Kasse liegt und in Württemberg kenntlich macht, in welchem Kreise sie verzeichnet steht.

*) Wegen der Reihenfolge gleichlautender Ortsbezeichnungen und der Erläuterung zu den hinter jeder Ortsbezeichnung folgenden Buchstaben und

Zahlen vergleiche die Anmerkungen *) und **) auf Seite 69.

Hardheim S. 60, V, A 18.
Harpstedt S. 24, I 19, B 2.
Harsefeld S. 26, I 22, B 8.
Hartenstein S. 58, III 5, B f 3.
Hartha S. 55, III 4, B b 3.
Harthau (Bz. Chemnitz) S. 51, III 2, B b 7.
Hartmannsdorf (Bz. Leipzig) S. 56, III 4, B f 7.
Harzgerode S. 67, XII, A 7.
Haselünne S. 27, I 23, A 1.
Haslach (Kinzigtal) S. 62, V, C 11.
Haspe S. 30, I 27, A 14.
Haßfurt S. 47, II 7, C 12.
Haßlinghausen, Amt (Bz. Dortmund) S. 32, I 27, C 29.
Haßloch (Pfalz) S. 41, II 3, A 5.
Haßmersheim (Neckar) S. 61, V, B 12.
Hattingen (Ruhr) S. 30, I 27, A 15.
Hattstedt (Schleswig) S. 21, I 18, B 33.
Hausberge, Amt S. 30, I 26, C 8.
Hauswalde (P. Bretnig, Bz. Dresden) S. 49, III 1, B b 4.
Havelberg S. 9, I 5, A 12.
Haynau (Schles.) S. 16, I 13, A 11.
Hecklingen (Anhalt) S. 67, XII, B 2.
Heddesheim (Baden) S. 61, V, B 13.
Heide (Holstein) S. 20, I 18, A 10.
Heidelberg S. 60, V, A 19.
„ S. 62, V, E 3.
„ (P. Seiffen) S. 53, III 3, B d 13.
Heidenau S. 54, III 3, B g 6.
Heidenheim (Brenz) S. 59, IV, B c 8.
„ (Mittelfr.) S. 46, II 6, B 14.
Heidersdorf (Erzgeb.) S. 53, III 3, B d 14.
„ (Kr. Nimptsch) S. 15, I 12, C 7.
Heidhausen (Ruhr) S. 36, I 31, B 19.
Heikendorf (Kr. Bordesholm) S. 21, I 18, B 34.
Heilbronn (Neckar) S. 58, IV, B a 8.
Heiligenbeil S. 8, I 1, A 6.
„ S. 8, I 1, C 5.
Heiligenberg (Baden) S. 62, V, C 12.
Heiligenhafen (Holstein) S. 20, I 18, A 11.
Heiligenhaus (Niederrh.) S. 36, I 31, B 20.
Heiligenstadt (Eichsf.) S. 20, I 17, C 2.
Heilsberg S. 8, I 1, C 6.
Heilsbronn S. 45, II 6, B 1.
Heinrichswalde (Ostpr.) S. 8, I 2, C 5.
Heinsberg (Rheinld.) S. 39, I 34, C 5.
Heisingen S. 36, I 31, B 21.
Heldburg (Sachs.-Mein.) S. 63, VI, A 24.
Heldrungen (Unstrut) S. 19, I 16, A 18.
Helgoland S. 21, I 18, B 35.
Helmbrechts S. 44, II 5, B 8.
Hemau S. 44, II 4, C 12.
Hemer, Amt (Kr. Iserlohn) S. 32, I 27, C 30.
Hemme (Kr. Norderdithmarschen) S. 21, I 18, B 36.
Hemmingstedt (Holst.) S. 21, I 18, B 37.
Hengersberg S. 40, II 2, B 1.
Hennef (Sieg) S. 38, I 32, B 2.
Hennen, Amt (Ergste) S. 32, I 27, C 31.
Hennigsdorf (Osthavell.) S. 10, I 5, B 1.
Hennstedt, Dorf (Dithmarschen) S. 21, I 18, B 38.
Hennstedt, Kirchspiel (Dithmarschen) S. 21, I 18, B 39.
Heppenheim (Bergstraße) S. 65, VII, C 13.
Herbede, Amt (Ruhr) S. 32, I 27, C 32.
Herbstein S. 65, VII, C 14.
Herdecke S. 30, I 27, A 16.
Herford S. 29, I 26, A 8.
„ S. 30, I 26, C 9.
Hermsdorf (Sachs.-Altb.) S. 64, VI, B 2.
Hermülheim S. 38, I 32, B 3.
Herne S. 30, I 27, A 17.
Herrenberg S. 58, IV, B b 4.
Herrieden S. 45, II 6, B 6.
Herrnhut S. 49, III 1, B e 5.
Herrnstadt (Kr. Guhrau) S. 14, I 12, A 16.
Hersbruck S. 46, II 6, B 16.
Herscheid (Kr. Altena) S. 31, I 27, B 7.
Hersfeld S. 33, I 28, A 12.
Herxheim S. 42, II 3, B 29.
Herzberg (Elster) S. 19, I 16, A 19.
„ „ S. 19, I 16, C 6.
„ , Amt (Harz) S. 25, I 20, C 8.
Herzogenaurach S. 44, II 5, B 2.
Hess. Oldendorf S. 33, I 28, A 13.
Hettenhausen (Rhön) S. 33, I 28, C 11.
Hettstedt (Südharz) S. 19, I 16, A 20.
Heyda (P. Prausitz) S. 54, III 3, B e 6.
Hilchenbach S. 30, I 27, A 18.
Hildburghausen S. 63, VI, A 25.
„ S. 64, VI, C 2.
Hilden S. 35, I 31, A 18.
Hilders S. 33, I 28, C 12.
Hildesheim S. 25, I 20, A 12.
„ S. 25, I 20, C 9.
Hilpoltstein (Mittelfrank.) S. 46, II 6, C 3.
Himmelpforten, Amt (Kr. Stade) S. 27, I 22, C 7.
Hindenburg (Oberschl.) S. 17, I 14, C 7.
Hirschberg (Saale) S. 64, VI, C 3.
„ (Schles.) S. 16, I 13, A 12.
„ „ S. 16, I 13, C 6.
Hirschfelde (Sachsen) S. 50, III 1, B d 3.
Hitdorf S. 35, I 31, A 19.
Hittfeld S. 26, I 21, C 7.
Hochemmerich (Kr. Mörs) S. 36, I 31, B 22.
Hochneukirch S. 36, I 31, B 23.
Hockenheim S. 60, V, A 20.
Höchst (Main) S. 34, I 29, A 4.
„ „ S. 34, I 29, C 5.
„ (Odenwald) S. 65, VII, C 15.
Höchstadt (Aisch) S. 45, II 5, C 8.
Höchstädt (Donau) S. 48, II 8, B 2.
Höckendorf (P. Edle Krone, Bz. Dresden) S. 52, III 3, B a 8.
Höhscheid S. 35, I 31, A 20.
Hörde S. 30, I 27, A 19.
Hördt (Pfalz) S. 42, II 3, B 12.
Hörnerkirchen (Kr. Pinneberg) S. 21, I 18, B 40.
Höxter S. 29, I 26, A 9.
Hof (Saale) S. 44, II 5, A 5.
Hofgeismar S. 33, I 28, A 14.
„ S. 33, I 28, C 13.
Hofheim (Unterfrank.) S. 47, II 7, C 13.
Hohenaspe S. 21, I 18, B 41.
Hohenberg (Eger) S. 44, II 5, B 14.
Hohendorf (P. Lucka, Sachs.-Altenb.) S. 55, III 4, B a 6.
Hohenfelde (Kr. Steinb.) S. 21, I 18, B 42.
Hohenhausen (Lippe) S. 67, XIV, C 4.
Hohenlimburg S. 30, I 27, A 20.
Hohenmölsen S. 19, I 16, A 21.
Hohenstein-Ernstthal S. 51, III 2, B d 3.
Hohenwestedt, Kirchspiel (Holstein) S. 21, I 18, B 43.
Hohenwestedt, Landgem. (Holstein) S. 22, I 18, B 44.
Hohn (Schleswig) S. 22, I 18, B 45.
Hohndorf (Bz. Chemn.) S. 51, III 2, B d 4.
Hohnstein (Sächs. Schweiz) S. 54, III 3, B g 7.
Hollfeld S. 45, II 5, C 6.
Hollingstedt (Schleswig) S. 22, I 18, B 46.
Holtenau S. 22, I 18, B 47.
Homberg (Bz. Cassel) S. 33, I 28, A 15.
„ (Kr. Mörs) S. 36, I 31, B 24.
Homburg-Kirdorf, Bad S. 34, I 29, E 2.
„ v. d. H., Bad S. 34, I 29, C 1.
„ „ „ „ „ , Amt S. 34, I 29, E 1.
Honigsee (Kr. Plön) S. 22, I 18, B 48.
Honnef (Rhein) S. 37, I 32, A 6.
Horb (Neckar) S. 58, IV, B b 5.
Horn (Lippe) S. 67, XIV, A 4.
„ „ S. 67, XIV, C 5.
Hornbach S. 43, II 3, C 16.
Hornberg (Schwarzwaldbahn) S. 60, V, A 21.
Horneburg (Hannover) S. 26, I 22, B 9.
Horst (Emscher) S. 29, I 25, B 3.
„ (Holstein) S. 22, I 18, B 49.
Horstmar S. 28, I 25, A 16.
Hovestadt, Amt (Kr. Soest) S. 32, I 27, C 33.
Hoya, Amt S. 25, I 19, C 7.
Hoyerswerda S. 16, I 13, A 13.
„ S. 16, I 13, C 7.
Hoym S. 67, XII, A 8.
Huckingen (Rhein) S. 36, I 31, B 25.
Hückeswagen S. 35, I 31, A 21.
Hüls (Kr. Kempen, Rheinpr.) S. 37, I 31, B 26.
Hülsenbusch S. 38, I 32, B 4.
Hünfeld S. 33, I 28, A 16.
„ S. 33, I 28, C 14.
Hünxe S. 37, I 31, B 27.
Hüsten S. 31, I 27, B 8.
Hütten (Kr. Eckernförde) S. 24, I 18, E 25.
Hundsfeld (Bz. Breslau) S. 14, I 12, A 17.
Husum S. 20, I 18, A 12.

Ibbenbüren, Amt S. 29, I 25, C 8.
„ , f. d. Kr. Tecklenburg S. 29, I 25, C 9.
Iburg S. 27, I 23, C 5.
Iggelheim S. 42, II 3, B 32.
Ilfeld S. 25, I 20, C 10.
Illertissen S. 48, II 8, C 4.
Ilmenau S. 63, VI, A 26.
Immenstadt S. 48, II 8, B 14.
Ingolstadt S. 39, II 1, A 2.
Insterburg S. 8, I 2, A 3.
„ S. 8, I 2, C 6.
Iphofen S. 46, II 6, B 25.
Iserlohn S. 30, I 27, A 21.
Isselburg S. 35, I 31, A 22.
Issum (Kr. Geldern) S. 37, I 31, B 28.
Itzehoe S. 20, I 18, A 13.

Jahnsdorf (Erzgeb.) S. 52, III 2, B f 1.
Jakobshagen S. 12, I 8, A 13.
Jarmen S. 12, I 8, A 14.
Jastrow S. 14, I 11, A 5.
Jauer S. 16, I 13, A 14.
Jena S. 63, VI, A 27.
„ S. 64, VI, E 3.
Jerichow S. 17, I 15, A 13.
Jesberg (Kr. Fritzlar) S. 33, I 28, B 1.
Jeßnitz (Anhalt) S. 67, XII, A 9.
Jevenstedt S. 22, I 18, B 50.
Jever S. 66, X, A 3.
Jockgrim S. 42, II 3, B 13.
Jöhlingen (Amt Durlach) S. 61, V, B 14.
Jöhstadt (Erzgeb.) S. 50, III 2, B a 10.
Johanngeorgenstadt S. 57, III 5, B d 7.
Johannisburg (Ostpr.) S. 9, I 3, A 5.
„ „ S. 9, I 3, C 3.
Joldelund S. 22, I 18, B 51.
Jork, Amt S. 27, I 22, C 8.
Jülich S. 39, I 34, A 5.
„ S. 39, I 34, C 6.
Jüterbog S. 9, I 5, A 13.
„ S. 10, I 5, C 7.

Kahla (Sachs.-Altb.) S. 63, VI, A 28.
Kaiserslautern S. 41, II 3, A 6.
Kaiserswerth S. 35, I 31, A 23.
Kaldenkirchen (Rheinl.) S. 35, I 31, A 24.
Kaltenkirchen (Holst.) S. 22, I 18, B 52.
Kaltennordheim (Rhön) S. 64, VI, B 3.
Kamen S. 30, I 27, A 22.
Kamenz (Sachsen) S. 49, III 1, B b 5.
Kandel S. 42, II 3, B 14.
Kandern S. 60, V, A 22.
Kappelrodeck S. 61, V, B 15.
Karby (Kr. Eckernförde) S. 24, I 18, E 26.
Karlsruhe (Baden) S. 60, V, A 23.
„ „ S. 62, V, E 4.
Karlstadt S. 47, II 7, C 15.
Kastl b. Amberg S. 44, II 4, C 9.
Katscher (Kr. Leobsch.) S. 17, I 14, A 7.
Kaufbeuren S. 48, II 8, A 5.
„ S. 48, II 8, C 5.
Kehl S. 60, V, A 24.
Kelbra (Kyffhäuser) S. 19, I 16, A 22.
Kelheim S. 40, II 2, B 4.
Kellinghusen S. 20, I 18, A 14.
„ S. 22, I 18, B 53.
Kemberg S. 19, I 16, A 23.
Kemnath (Stadt) S. 43, II 4, C 7.
Kempen (Rhein) S. 35, I 31, A 25.
„ „ S. 37, I 31, C 7.
Kempten (Algäu) S. 48, II 8, A 6.
Kenzingen S. 60, V, A 25.
Kettwig S. 35, I 31, A 26.
„ v. d. Br. S. 37, I 31, B 29.
Ketzin (Havel) S. 9, I 5, A 14.
Kevelaer S. 37, I 31, B 30.
Kiel S. 20, I 18, A 15.
„ S. 24, I 18, E 27.
Kierspe (Bz. Dortmund) S. 31, I 27, B 9.
Kindelbrück S. 20, I 17, A 6.
Kipfenberg S. 46, II 6, C 2.
Kirchberg (Sachsen) S. 58, III 5, B f 4.
Kirchenlamitz S. 44, II 5, B 20.
Kirchhain (Bz. Cassel) S. 33, I 28, A 17.
„ (N. Lausitz) S. 11, I 6, A 19.
Kirchheim u. Teck S. 59, IV, B d 7.
Kirchheimbolanden S. 43, II 3, C 6.
Kirchhundem, Amt S. 32, I 27, C 34.
Kirchlengern, Amt (Kr. Herford) S. 30, I 26, C 10.
Kirchzarten (Breisgau) S. 62, V, C 13.
Kirn S. 34, I 30, A 4.
Kirschau (Bz. Dresd.) S. 49, III 1, B a 4.
Kissingen, Bad S. 46, II 7, A 2.
„ „ S. 47, II 7, C 16.
Kitzingen S. 47, II 7, A 3.
Kleinjörl (Janneby, Schleswig) S. 22, I 18, B 54.
Kleinschmalkalden S. 33, I 28, B 2.
Klein Waabs (Kr. Eckernförde) S. 24, I 18, E 43.
Klingenberg (Unterfr.) S. 47, II 7, C 27.
Klingenthal (Sachsen) S. 57, III 5, B a 5.
Klötze (Kr. Gardelegen) S. 17, I 15, A 14.
Klosterlausnitz S. 63, VI, A 29.
Klotzsche S. 53, III 3, B c 2.
Knauthain-Knautkleeberg S. 56, III 4, B d 5.
Köben (Oder) S. 14, I 12, A 18.
Köln S. 38, I 32, A 7.
„ S. 38, I 32, C 4.
„ -Mülheim (Rhein) S. 38, I 32, C 5.
Königheim S. 61, V, B 16.
Königsbach (Baden) S. 61, V, B 17.
Königsberg (Bayern) S. 47, II 7, B 2.
„ (Neumark) S. 11, I 6, A 20.
„ „ S. 11, I 6, C 7.
„ (Pr.) S. 8, I 1, A 7.
„ „ S. 8, I 1, C 7.
Königsbrück S. 49, III 1, B b 6.
Königsee (Thüringen) S. 63, VI, A 30.
„ „ S. 64, VI, C 4.
Königshofen (Baden) S. 60, V, A 26.
„ i. Grabfeld S. 47, II 7, C 20.
Königssteele, Amt (Kr. Hattingen) S. 32, I 27, C 35.
Königstein (Elbe) S. 54, III 3, B g 8.
Königswalde (Erzg.) S. 50, III 2, B a 11.
Königswartha (A.H. Bautzen) S. 49, III 1, B a 5.
Königswinter S. 38, I 32, A 8.
Köppern S. 34, I 29, E 5.
Körbecke, Amt (Kr. Soest) S. 32, I 27, C 36.
Körlin (Persante) S. 13, I 9, A 8.
Kösen, Bad S. 18, I 16, A 2.
Köslin S. 13, I 9, A 9.
„ S. 13, I 9, C 5.
Kötzschenbroda S. 53, III 3, B c 3.
Kötzting S. 41, II 2, C 9.
Kohren S. 55, III 4, B a 7.
Kolberg S. 13, I 9, A 10.
„ S. 13, I 9, C 6.
Koldenbüttel (Kr. Eiderstedt) S. 22, I 18, B 55.
Konstadt (Oberschl.) S. 17, I 14, A 8.
Konstanz S. 60, V, A 27.
Kork S. 61, V, B 18.
Kotzenau S. 16, I 13, A 15.
Krakow (Mecklb.) S. 65, IX, A 11.
Krappitz (Kr. Oppeln) S. 17, I 14, A 9.
Kray S. 37, I 31, B 31.
Kreischa S. 52, III 3, B a 9.
Kremmen S. 9, I 5, A 15.
Krempe (Holstein) S. 20, I 18, A 16.
„ „ S. 22, I 18, B 56.
Kreuzburg (Oberschl.) S. 17, I 14, A 10.
„ „ S. 17, I 14, C 8.
Kreuznach S. 34, I 30, A 5.
„ S. 35, I 30, C 6.
Kreuzthal, Amt S. 32, I 27, C 37.
Kröpelin (Mecklb.) S. 65, IX, A 12.
Kronach S. 44, II 5, B 4.
„ S. 45, II 5, C 9.
Kronprinzenkoog (Kr. Süderdithmarschen) S. 22, I 18, B 57.
Kropp (Schleswig) S. 24, I 18, E 28.
Krumbach (Schwaben) S. 48, II 8, B 7.
Krumhermersdorf (Erzgeb.) S. 51, III 2, B e 9.
Krummenhennersdorf S. 53, III 3, B d 15.
Künzelsau S. 59, IV, B e 9.
Kulmbach S. 44, II 5, A 6.

*) Wegen der Reihenfolge gleichlautender Ortsbezeichnungen und der Erläuterung zu den hinter jeder Ortsbezeichnung folgenden Buchstaben und dort „Marienberg" heißen.

Kupferdreh S. 37, I 31, B 32.
Kuppenheim (Murgtal) S. 62, V, C 14.
Kusel S. 43, II 3, C 7.
Kyritz (Prignitz) S. 9, I 5, A 16.
,, ,, S. 10, I 5, C 8.

Laage (Meckib.) S. 65, IX, A 13.
Laasphe S. 32, I 27, C 38.
Labes S. 12, I 8, A 15.
,, S. 12, I 8, C 5.
Labiau S. 8, I 1, C 8.
Laboe S. 22, I 18, B 58.
Lachen (Pfalz) S. 42, II 3, B 35.
Ladenburg S. 62, V, C 15.
Lägerdorf S. 22, I 18, B 59.
Lähn S. 16, I 13, A 16.
Lage (Lippe) S. 67, XIV, A 5.
,, ,, S. 67, XIV, C 6.
Lahde, Amt S. 30, I 26, C 11.
Lahr (Baden) S. 62, V, C 16.
Lambrecht (Pfalz) S. 42, II 3, B 36.
Lambsheim S. 42, II 3, B 7.
Lamspringe S. 25, I 20, B 1.
Lamstedt S. 26, I 22, B 10.
Landau (Isar) S. 41, II 2, C 10.
,, (Pfalz) S. 41, II 3, A 7.
Landeck (Schles.) S. 14, I 12, A 19.
Landeshut (Schles.) S. 16, I 13, A 17.
,, ,, S. 16, I 13, C 8.
Landsberg (Lech) S. 39, II 1, A 3.
,, (Warthe) S. 11, I 6, A 21.
,, ,, S. 11, I 6, C 8.
Landshut S. 40, II 2, A 2.
,, S. 41, II 2, C 11.
Landstuhl S. 42, II 3, B 27.
Langebrück (Sachs.) S. 53, III 3, B c 4.
Langen (Bz. Darmstadt) S. 65, VII, C 16.
Langenau (A.H. Freiberg) S. 53, III 3, B d 16.
Langenau (Württ.), Stadt S. 59, IV, B d 19.
Langenberg (Rheinl.) S. 35, I 31, A 27.
Langenbielau S. 15, I 12, B 4.
Langenbrücken (Baden) S. 62, V, C 17.
Langendreer, Amt S. 32, I 27, C 39.
Langenfeld (Rheinl.) S. 37, I 31, B 33.
Langerfeld, Amt (Kr. Schwelm) S. 32, I 27, C 40.
Langenholzhausen (Lippe) S. 67, XIV, C 7.
Langenleuba-Oberhain S. 56, III 4, B f 8.
Langensalza S. 20, I 17, A 7.
,, S. 20, I 17, C 3.
Langensteinbach (Amt Durlach) S. 61, V, B 19.
Langenzenn S. 45, II 6, B 9.
Langhennersdorf (Erzgeb.) S. 54, III 3, B d 17.
Langquaid S. 41, II 2, B 9.
Lank (Rhein) S. 37, I 31, B 34.
Laubach (Oberhessen) S. 65, VII, C 17.
Lauban S. 16, I 13, A 18.
Laucha (Unstrut) S. 19, I 16, A 24.
Lauchstedt (Kr. Merseburg) S. 19, I 16, A 25.
Lauda S. 60, V, A 28.
Lauenburg (Elbe) S. 20, I 18, A 17.
,, (Pomm.) S. 13, I 9, A 11.
,, ,, S. 13, I 9, C 7.
Lauenstein (Sachsen) S. 52, III 3, B a 10.
Lauf (Pegnitz) S. 46, II 6, B 18.
Laufen (Oberbayern) S. 39, II 1, B 12.
Lauingen (Donau) S. 48, II 8, B 3.
Laupheim S. 59, IV, B d 8.
Lausa (A.H. Dresden) S. 53, III 3, B c 5.
Lausigk, Bad S. 55, III 4, B a 1.
Lauter (Sachsen) S. 57, III 5, B d 8.
Lauterbach (Hessen) S. 65, VII, C 18.
Lauterberg, Bad, i. Harz S. 25, I 20, B 2.
Lauterecken S. 43, II 3, C 8.
Lebus S. 11, I 6, A 22.
Leer (Ostfriesland) S. 28, I 24, A 3.
,, ,, S. 28, I 24, C 3.
Leezen S. 22, I 18, B 60.
Lehe S. 26, I 22, A 4.
Lehesten S. 63, VI, A 31.
Leichlingen S. 35, I 31, A 28.
Leimersheim S. 42, II 3, B 15.
Leipheim S. 48, II 8, B 6.
Leipzig S. 55, III 4, A 1.
Leisnig S. 55, III 4, B b 4.

Lemgo S. 67, XIV, A 6.
Lengefeld (Erzgeb.) S. 52, III 2, B e 5.
Lengenfeld (Vogtl.) S. 57, III 5, B a 6.
Lengerich, Amt (Westf.) S. 29, I 25, C 10.
Lenggries S. 40, II 1, B 25.
Lennep S. 35, I 31, A 29.
Lenzen (Elbe) S. 9, I 5, A 17.
Leobschütz S. 17, I 14, A 11.
,, S. 17, I 14, C 9.
Leonberg (Württ.) S. 58, IV, B a 9.
Leopoldshall (P. Staßfurt-Leopoldshall) S. 67, XII, A 10.
Lesum S. 26, I 22, B 11.
Letmathe, Amt S. 32, I 27, C 41.
Leuben b. Riesa S. 54, III 3, B f 3.
Leubnitz (P. Werdau) S. 57, III 5, B e 2.
Leutenberg (Thür.) S. 63, VI, A 32.
Leutersdorf (O.Laus.) S. 50, III 1, B d 4.
Leutkirch S. 59, IV, B d 9.
Lewin S. 14, I 12, A 20.
Lichtenberg (Erzgeb.) S. 54, III 3, B d 18.
,, (A.H. Kamenz) S. 49, III 1, B b 7.
Lichtenberg (Oberfr.) S. 44, II 5, B 10.
Lichtenfels S. 44, II 5, B 7.
,, S. 45, II 5, C 10.
Lichtenstein-Callnberg S. 51, III 2, B d 5.
Lichtentanne S. 57, III 5, B e 3.
Liebau (Schles.) S. 16, I 13, A 19.
Liebemühl S. 9, I 3, A 6.
Liebenthal (Bz. Liegnitz) S. 16, I 13, A 20.
Liebenwerda S. 19, I 16, A 26.
,, S. 19, I 16, C 7.
Liebertwolkwitz S. 56, III 4, B d 6.
Liebstadt (Ostpr.) S. 8, I 1, A 8.
,, (A.H. Pirna) S. 54, III 3, B g 9.
Liedolsheim (Amt Karlsruhe) S. 61, V, B 20.
Liegnitz S. 16, I 13, A 21.
,, S. 16, I 13, C 9.
Lilienthal S. 26, I 22, B 12.
Limbach (Sachs.) S. 51, III 2, B b 8.
Limburg (Lahn) S. 34, I 29, C 6.
Lindau (Bodensee) S. 48, II 8, A 7.
,, ,, S. 48, II 8, C 6.
Lindenthal (Sachsen) S. 56, III 4, B d 7.
Lindholm S. 22, I 18, B 61.
Lindlar S. 38, I 32, B 5.
Lindow (Kr. Ruppin) S. 10, I 5, A 18.
Lingen S. 27, I 23, A 2.
,, S. 28, I 23, C 6.
Lingenfeld S. 42, II 3, B 16.
Linz (Rhein) S. 34, I 30, A 6.
Lippehne (Kr. Soldin) S. 11, I 6, A 23.
Lippersdorf (Erzgeb.) S. 52, III 2, B e 6.
Lippstadt S. 30, I 27, A 23.
Lobberich (Kr. Kempen, Rheinpr.) S. 37, I 31, B 35.
Lobenstein (Reuß) S. 64, VI, C 5.
Lobstädt (Bz. Leipzig) S. 56, III 4, B a 8.
Loburg (Bz. Magdeburg) S. 17, I 15, A 15.
Lockstedt (Kr. Pinneberg) S. 22, I 18, B 62.
Lockwitz S. 53, III 3, B b 7.
Löbau (Sachsen) S. 50, III 1, B c 6.
Löbejün S. 19, I 16, A 27.
Lörrach S. 60, V, A 29.
Lößnitz (Erzgeb.) S. 57, III 5, B d 9.
Lötzen S. 9, I 3, C 4.
Löwen (Schles.) S. 14, I 12, A 21.
Löwenberg (Schles.) S. 16, I 13, A 22.
Lohmen (Sachsen) S. 55, III 3, B g 10.
Lohne (Oldenb.) S. 66, X, A 4.
Lohr a. M. S. 47, II 7, B 4.
Loitz S. 13, I 10, A 8.
Lommatzsch S. 54, III 3, B f 4.
Lorsch (Hessen) S. 65, VII, C 19.
Luckau (Lausitz) S. 11, I 6, A 24.
,, ,, S. 11, I 6, C 9.
Luckenwalde S. 10, I 5, A 19.
Ludwigsburg S. 58, IV, B a 10.
Ludwigshafen (Rhein) S. 41, II 3, A 8.
,, ,, S. 43, II 3, C 10.
Ludwigslust S. 65, IX, A 14.
Ludwigsstadt S. 45, II 5, C 16.
Lübbecke S. 29, I 26, A 10.
,, S. 30, I 26, C 12.
Lübben (Lausitz) S. 11, I 6, D 1.
Lübeck, Spar-Anleihekasse S. 68, XV, E 1.
Lübeck, Vorschuß- und Vereinsbank S. 68, XV, E 2.

Lübeck-Travemünde S. 68, XV, E 3.
Lüben (Schles.) S. 16, I 13, A 23.
,, ,, S. 16, I 13, C 10.
Lübz S. 65, IX, A 15.
Lüchow S. 26, I 21, A 6.
,, S. 26, I 21, C 8.
Lüdenscheid S. 30, I 27, A 24.
,, , Amt S. 32, I 27, C 42.
Lüdinghausen S. 28, I 25, A 17.
,, S. 29, I 25, C 11.
Lüdge S. 29, I 26, A 11.
Lüneburg S. 26, I 21, A 7.
,, S. 26, I 21, C 9.
Lünen S. 30, I 27, A 25.
Lürschau (Kr. Schlesw.) S. 22, I 18, B 63.
Lütgendortmund, Amt S. 32, I 27, C 43.
Lütjenburg S. 20, I 18, A 18.
Lüttringhausen (Kr. Lennep) S. 35, I 31, A 30.
Lützen S. 19, I 16, A 28.
Lugau (Erzgeb.) S. 52, III 2, B f 2.
Lunden (Kr. Norderdithmarschen) S. 22, I 18, B 64.
Lunzenau (Mulde) S. 56, III 4, B f 9.
Lyck S. 9, I 3, A 7.
,, S. 9, I 3, C 5.

Maasleben (Holzdorf, Schleswig) S. 24, I 18, E 29.
Märkisch Friedland S. 14, I 11, A 6.
Magdeburg S. 17, I 15, A 16.
Mainburg S. 41, II 2, C 12.
Mainz S. 64, VII, A 2.
,, S. 65, VII, C 20.
Malchin S. 65, IX, A 16.
Malchow (Mecklb.) S. 65, IX, A 17.
Mallersdorf S. 41, II 2, C 13.
Malsch (Amt Ettlingen) S. 61, V, B 21.
Mannheim S. 60, V, A 30.
Mansfeld S. 19, I 16, A 29.
,, S. 19, I 16, C 8.
Marbach (A.H. Döbeln) S. 55, III 4, B b 5.
,, (Neckar) S. 58, IV, B a 11.
Marburg (Bz. Cassel) S. 33, I 28, A 18.
Marggrabowa S. 8, I 2, C 7.
Marienberg (Sachsen) S. 52, III 2, B e 7.
,, **) (Westerw.) S. 34, I 29, C 7.
Marienburg (Westpr.) S. 9, I 4, A 4.
,, ,, S. 9, I 4, C 2.
Marienheide S. 38, I 32, B 6.
Marienwerder (Westpr.) S. 9, I 4, A 5.
,, ,, S. 9, I 4, C 3.
Markneukirchen S. 57, III 5, B b 5.
Markranstädt S. 56, III 4, B d 8.
Marktbergel S. 46, II 6, B 30.
Marktbreit S. 47, II 7, B 3.
Markt-Erlbach S. 46, II 6, C 4.
Marktheidenfeld S. 47, II 7, C 21.
Markt Indersdorf S. 39, II 1, B 5.
Marktleuthen S. 45, II 5, B 21.
Markt-Oberdorf S. 48, II 8, C 8.
Marktredwitz S. 44, II 5, A 7.
Marktsteft S. 47, II 7, C 19.
Marne S. 20, I 18, A 19.
,, (Kr. Süderdithmarschen) S. 22, I 18, B 65.
Massow S. 12, I 8, A 16.
Maulbronn S. 58, IV, B a 12.
Mayen S. 34, I 30, A 7.
,, S. 35, I 30, C 7.
Medebach, Amt (Kr. Brilon) S. 32, I 27, C 44.
Medelby (Kr. Tondern) S. 22, I 18, B 66.
Meerane (Sachsen) S. 51, III 2, B d 6.
Meersburg S. 60, V, A 31.
Meinerzhagen (Bz. Dortmund) S. 31, I 27, B 10.
Meiningen S. 63, VI, A 33.
,, S. 64, VI, C 6.
Meinsdorf (Plön) S. 22, I 18, B 67.
Meinsen S. 68, XVIII, C 3.
Meisenheim (Glan) S. 35, I 30, C 8.
Meißen S. 52, III 3, A 3.
Meißenheim (Baden) S. 61, V, B 22.
Meldorf S. 20, I 18, A 20.
,, S. 22, I 18, B 68.
Melle S. 27, I 23, A 3.
Mellrichstadt S. 47, II 7, C 23.
Melsungen S. 33, I 28, A 19.

Memmingen S. 48, II 8, A 8.
,, S. 48, II 8, C 10.
Menden (Bz. Arnsberg) S. 30, I 27, A 26.
Mengede, Amt (Kr. Dortmund) S. 32, I 27, C 45.
Mengen (Baden) S. 62, V, C 18.
Mennighüffen, Amt (Kr. Herford) S. 30, I 26, C 13.
Meppen S. 27, I 23, A 4.
Merchingen (Baden) S. 61, V, B 23.
Mergentheim S. 59, IV, B c 10.
Merkendorf S. 46, II 6, B 15.
Merseburg S. 19, I 16, A 30.
,, S. 19, I 16, C 9.
Merzig S. 38, I 33, C 5.
Meschede S. 30, I 27, A 27.
Meseritz (Bz. Posen) S. 14, I 11, A 7.
,, ,, ,, S. 14, I 11, C 4.
Meßkirch S. 62, V, C 19.
Mettmann S. 35, I 31, A 31.
Meuselwitz S. 63, VI, A 34.
Miesbach S. 39, II 1, B 15.
,, S. 40, II 1, C 8.
Mildenau m. Arnsfeld S. 50, III 2, B a 12.
Mildstedt (Husum) S. 22, I 18, B 69.
Militsch (Bz. Breslau) S. 14, I 12, A 22.
,, ,, ,, S. 15, I 12, C 8.
Miltenberg S. 47, II 7, C 25.
Mindelheim S. 48, II 8, B 9.
Minden (Westf.) S. 29, I 26, A 12.
,, ,, S. 30, I 26, C 14.
Mittelbach (Bz. Chemnitz) S. 51, III 2, B b 9.
Mittelwalde (Schles.) S. 14, I 12, A 23.
Mitterfels S. 41, II 2, C 2.
Mittweida S. 56, III 4, B f 10.
Möckern (Bz. Magdeb.) S. 18, I 15, A 17.
Möhringen (Baden) S. 60, V, A 32.
Möllen (Lauenburg) S. 20, I 18, A 21.
Mörs S. 35, I 31, A 32.
,, S. 37, I 31, C 8.
Mohrin S. 11, I 6, A 25.
Mohrungen S. 8, I 1, A 9.
,, S. 8, I 1, C 9.
Monheim (Rheinl.) S. 37, I 31, B 36.
,, (Schwaben) S. 48, II 8, B 4.
Monschau S. 39, I 34, C 7.
Montabaur S. 34, I 29, C 8.
Moosburg S. 39, II 1, B 8.
Moringen (Solling) S. 25, I 20, A 13.
Mosbach (Baden) S. 60, V, A 33.
Mücheln (Bz. Halle) S. 19, I 16, A 31.
Mügeln (Bz. Leipzig) S. 56, III 4, B e 2.
Mühlau (Bz. Leipzig) S. 56, III 4, B f 11.
Mühlberg (Elbe) S. 19, I 16, A 32.
Mühldorf-Neumarkt (Oberbayern) S. 40, II 1, C 10.
Mühlhausen (Kr. Pr. Holland) S. 8, I 1, A 10.
Mühlhausen (Thür.) S. 20, I 17, A 8.
,, ,, S. 20, I 17, C 4.
Mühltroff S. 57, III 5, B c 2.
Mülheim (Ruhr) S. 35, I 31, A 33.
Müllheim (Baden) S. 62, V, C 20.
Müllrose S. 11, I 6, A 26.
Mülsen St. Jacob (A.H. Glauchau) S. 51, III 2, B d 7.
Münchberg S. 44, II 5, B 9.
Müncheberg (Mark) S. 11, I 6, A 27.
München S. 39, II 1, A 4.
Münchenbernsdorf (Thür.) S. 63, VI, A 35.
München Gladbach S. 35, I 31, A 34
,, ,, S. 37, I 31, C 9.
Münden (Werra, Hann.-Münden) S. 25, I 20, A 14.
Münder (Deister) S. 24, I 19, A 6.
Münnerstadt S. 47, II 7, C 17.
Münsingen (Württ.) S. 59, IV, B d 10.
Münster (Westf.) S. 28, I 25, A 18.
,, ,, S. 29, I 25, C 12.
Münsterberg (Schles.) S. 14, I 12, A 24.
,, ,, S. 15, I 12, C 9.
Münstereifel S. 38, I 32, A 9.
Müsen S. 31, I 27, B 11.
Mulda S. 54, III 3, B d 19.
Murg (Baden) S. 62, V, C 21.
Murnau S. 40, II 1, B 27.
Muskau S. 16, I 13, A 24.
Mutterstadt S. 42, II 3, B 33.
Mutzschen S. 55, III 4, B c 5.
Mylau S. 57, III 5, B c 3.

*) Zahlen vergleiche die Anmerkungen *) und **) auf Seite 69. — **) Auf Seite 34, 29. Reg.-Bez. C 7 ist ein Druckfehler enthalten: statt „Marienburg" muß es

Nabburg S. 43, II 4, B 5.
„ S. 44, II 4, C 8.
Nachrodt, Amt S. 32, I 27, C 46.
Nagold S. 58, IV, B b 6.
Naila S. 44, II 5, B 11.
„ S. 45, II 5, C 12.
Namslau S. 14, I 12, A 25.
„ S. 15, I 12, C 10.
Nassau (Erzgeb.) S. 52, III 3, B a 11.
Nauen S. 10, I 5, A 20.
„ S. 10, I 5, C 9.
Naugard S. 12, I 8, A 17.
„ S. 12, I 8, C 6.
Naumburg (Queis) S. 16, I 13, A 25.
„ (Saale) S. 19, I 16, A 33.
„ „ S. 19, I 16, C 10.
Naundorf (A.H. Freiberg) S. 54, III 3, B d 20.
Naundorf (P. Großenhain) S. 54, III 3, B e 7.
Naundorf (P. Kötzschenbroda) S. 53, III 3, B c 6.
Naunhof S. 55, III 4, B c 6.
Nebra S. 19, I 16, A 34.
Neckarbischofsheim S. 60, V, A 34.
Neckargemünd S. 60, V, A 35.
Neckarsulm S. 58, IV, B a 14.
Neheim S. 30, I 27, A 28.
Nehresheim S. 59, IV, B c 11.
Neidenburg S. 9, I 3, A 8.
„ S. 9, I 3, C 6.
Neisse S. 17, I 14, A 12.
„ S. 17, I 14, C 10.
Neichau S. 55, III 4, B c 7.
Netzschkau S. 57, III 5, B c 4.
Neubrandenburg (Mecklb.) S. 68, XVI, A 3.
Neubukow (Mecklb.) S. 65, IX, A 18.
Neuburg (Donau) S. 48, II 8, A 9.
„ (Rhein) S. 42, II 3, B 17.
Neudamm S. 11, I 6, A 28.
Neuenbrook (Holst.) S. 22, I 18, B 70.
Neuenbürg (Württ.) S. 58, IV, B b 8.
Neuendettelsau S. 45, II 6, B 2.
Neuenhaus, Amt (Hann.) S. 28, I 23, C 7.
Neuenkirchen (Blankenmoor) S. 22, I 18, B 71.
Neuenkirchen (Kr. Melle) S. 27, I 23, B 7.
Neuenrade S. 30, I 27, A 29.
Neugersdorf (Sachs.) S. 50, III 1, B c 7.
Neuhaldensleben S. 18, I 15, A 18.
„ S. 18, I 15, C 5.
Neuhaus (Oste) S. 26, I 22, B 13.
Neuhausen (Bz. Dresd.) S. 54, III 3, B d 21.
Neukalen S. 65, IX, A 19.
Neukirchen (Erzgeb.) S. 51, III 2, B b 10.
„ (Kr. Mörs) S. 37, I 31, B 37.
„ (Pleiße) S. 57, III 5, B e 4.
Neukloster (Mecklb.) S. 66, IX, B 1.
Neukrug (Maasbüll, Kr. Flensburg) S. 24, I 18, E 30.
Neumarkt (Oberpfalz) S. 44, II 4, C 10.
„ (Schles.) S. 14, I 12, A 26.
„ „ S. 15, I 12, C 11.
Neumünster S. 20, I 18, A 22.
Neunburg v. Wald S. 43, II 4, B 7.
Neunkirchen (Bz. Trier) S. 38, I 33, B 1.
Neupfotz S. 42, II 3, B 18.
Neurode S. 14, I 12, A 27.
„ S. 15, I 12, C 12.
Neu Ruppin S. 10, I 5, A 21.
„ „ S. 10, I 5, C 10.
Neusalz (Oder) S. 16, I 13, A 26.
Neusalza (P. Neusalza-Spremberg) S. 50, III 1, B c 8.
Neuß S. 35, I 31, A 35.
„ S. 37, I 31, C 10.
Neustadt (Aisch) S. 46, II 6, B 22.
„ a. Rübenbg. S. 24, I 19, A 7.
„ „ „ S. 25, I 19, C 8.
„ b. Coburg S. 44, II 5, A 8.
„ (Donau) S. 40, II 2, B 5.
„ (Haardt) S. 41, II 3, A 9.
„ „ S. 43, II 3, C 11.
„ (Holstein) S. 20, I 18, A 23.
„ (Main-Weserbahn) S. 33, I 28, A 20.
Neustadt (Mecklb.) S. 66, IX, A 20.
„ (Oberschl.) S. 17, I 14, A 13.
„ „ S. 17, I 14, C 11.
Neustadt (Orla) S. 64, VI, E 4.
„ (Saale) S. 47, II 7, C 26.
„ (Sachsen) S. 55, III 3, B g 11.
„ (Schwarzw.) S. 62, V, C 22.
„ (P. Siegmar) S. 51, III 2, B b 11.
„ (Waldnaab) S. 43, II 4, B 9.
Neustädtel (Bz. Liegnitz) S. 16, I 13, A 27.
„ (P. Schneeberg-Neustädtel) S. 57, III 5, B d 10.
Neustettin S. 13, I 9, A 12.
„ S. 13, I 9, C 8.
Neustrelitz S. 68, XVI, A 4.
Neu-Ulm (Schwaben) S. 48, II 8, A 10.
„ „ S. 49, II 8, C 14.
Neuwarp S. 12, I 8, A 18.
Neuwedell S. 11, I 6, A 29.
Neuwied S. 34, I 30, A 8.
„ S. 35, I 30, C 9.
Neviges S. 37, I 31, B 38.
Nidda (Oberhessen) S. 65, VII, C 21.
Niebüll S. 22, I 18, B 72.
„ S. 23, I 18, C 4.
Niederbobritzsch (A.H. Freiberg) S. 54, III 3, B d 22.
Niederhaßlau (A.H. Zwickau) S. 58, III 5, B f 5.
Nieder Hermsdorf (Kr. Waldenburg) S. 15, I 12, B 5.
Niedermarsberg S. 30, I 27, A 30.
Niederoderwitz (A.H. Zittau) S. 50, III 1, B d 5.
Niederplanitz S. 58, III 5, B f 6.
Niederschelden, Amt (Sieg) S. 32, I 27, C 47.
Niederschlema (Erzgeb.) S. 57, III 5, B d 11.
Niederschöna (A.H. Freiberg) S. 54, III 3, B d 23.
Niedersedlitz (Sachsen) S. 53, III 3, B b 8.
Niederwiesa S. 51, III 2, B c 10.
Niederwürschnitz S. 52, III 2, B f 3.
Niefern S. 61, V, B 24.
Niemegk (Bz. Potsdam) S. 10, I 5, A 22.
Nienburg (Weser) S. 24, I 19, A 8.
„ , Amt (Weser) S. 25, I 19, C 9.
Niendorf (Kr. Pinneberg) S. 22, I 18, B 73.
Nimptsch S. 14, I 12, A 28.
Nördlingen S. 48, II 8, A 11.
Nörenberg S. 12, I 8, A 19.
Norden S. 28, I 24, A 4.
Nordenburg S. 8, I 1, A 11.
Nordenham S. 66, X, A 5.
Norderbrarup (Süderbrarup) S. 22, I 18, B 74.
Nordhastedt (Holstein) S. 22, I 18, B 75.
Nordhausen S. 20, I 17, A 9.
„ S. 20, I 17, C 5.
Nordsehl (P. Stadthagen) S. 68, XVIII, C 4.
Nordstrand S. 22, I 18, B 76.
Northeim (Hannover) S. 25, I 20, A 15.
„ , Amt (Hann.) S. 25, I 20, C 11.
Nortorf S. 22, I 18, B 77.
Nossen S. 54, III 3, B f 5.
Nürnberg S. 45, II 6, A 6.
„ S. 46, II 6, C 6.
Nürtingen S. 58, IV, B b 9.
Nußloch S. 61, V, B 25.

Oberbobritzsch (A.H. Freiberg) S. 54, III 3, B d 24.
Obercunnersdorf (A.H. Löbau) S. 50, III 1, B c 9.
Oberfrohna S. 51, III 2, B b 12.
Ober Glogau S. 17, I 14, A 14.
Obergünzburg S. 48, II 8, C 9.
Oberhausen (Rheinl.) S. 36, I 31, A 36.
Oberhöchstadt (Taunus) S. 34, I 29, E 6.
Oberhohndorf S. 58, III 5, B f 7.
Oberkassel (Siegkreis) S. 38, I 32, B 7.
Oberkirch (Baden) S. 60, V, A 36.
Obernkirchen (Grafschaft Schaumburg) S. 33, I 28, A 21.
Oberlößnitz (P. Radebeul-Oberlößnitz) S. 53, III 3, B c 7.
Oberlungwitz S. 51, III 2, B d 8.
Obermarchtal, Landgem. S. 59, IV, B d 4.
Obermarsberg S. 30, I 27, A 31.
Obermoschel S. 43, II 3, C 13.
Obernburg S. 47, II 7, C 28.
Oberndorf (Neckar) S. 58, IV, B b 10.
„ (Oste) S. 26, I 22, B 14.
Oberneukirch (Lausitz) S. 49, III 1, B a 6.
Oberoderwitz S. 50, III 1, B c 10.
Ober Peilau I (Kr. Reichenbach) S. 15, I 12, B 6.
Oberplanitz S. 58, III 5, B f 8.
Ober Salzbrunn (Kr. Waldenburg) S. 15, I 12, B 7.
Oberschlema (Erzgeb.) S. 57, III 5, B d 12.
Obersgegen (Kr. Bitburg) S. 38, I 33, B 2.
Oberursel S. 34, I 29, E 7.
Oberviechtach S. 44, II 4, C 11.
Oberweißbach (Schwarzb.-Rudolst.) S. 64, VI, B 4.
Oberwiesenthal (Sachsen) S. 50, III 2, B a 13.
Oberwittstadt S. 61, V, B 26.
Ochsenfurt S. 47, II 7, C 30.
Ochsenwärder S. 65, VIII, E 3.
Ochtrup, Amt S. 29, I 25, C 13.
Odenheim (Baden) S. 61, V, B 27.
Odenkirchen S. 36, I 31, A 37.
Oebisfelde S. 18, I 15, A 19.
Oederan S. 51, III 2, B c 11.
Oedt (Rheinland) S. 37, I 31, B 39.
Oehringen S. 59, IV, B c 12.
Oelde, Amt S. 29, I 25, C 14.
Oels (Schles.) S. 14, I 12, A 29.
„ „ S. 15, I 12, C 13.
Oelsnitz (Erzgeb.) S. 52, III 2, B f 4.
„ (Vogtl.) S. 57, III 5, B b 6.
Oerlinghausen (Lippe) S. 67, XIV, C 8.
Östringen (Amt Bruchsal) S. 61, V, B 28.
Öttingen (Schwaben) S. 48, II 8, B 11.
Ötzsch-Markkleeberg S. 56, III 4, B d 9.
Oeynhausen, Bad S. 29, I 26, A 13.
Offenbach (Main) S. 64, VII, A 3.
„ (Queich) S. 42, II 3, B 30.
Offenburg (Baden) S. 60, V, A 37.
Oggersheim S. 41, II 3, A 10.
Ohlau S. 14, I 12, A 30.
„ S. 15, I 12, C 14.
Ohligs S. 36, I 31, A 38.
Ohorn (A.H. Kamenz) S. 49, III 1, B b 8.
Ohrdruf S. 63, VI, A 36.
Olbernhau S. 52, III 2, B e 8.
Olbersdorf (Sachsen) S. 50, III 1, B d 6.
Oldenburg (Holstein) S. 23, I 18, C 5.
„ „ S. 24, I 18, E 31.
„ (Oldenb.) S. 66, X, A 6.
„ „ S. 66, X, D 1.
Oldendorf (Kr. Melle) S. 27, I 23, B 8.
Oldenswort S. 22, I 18, B 78.
Olderup (Husum) S. 22, I 18, B 79.
Oldesloe, Bad S. 20, I 18, A 2.
Oldisleben S. 63, VI, A 37.
Olpe S. 30, I 27, A 32.
Opladen S. 36, I 31, A 39.
Oppach (A.H. Löbau) S. 50, III 1, B c 11.
Oppau S. 42, II 3, B 8.
Oppeln S. 17, I 14, A 15.
„ S. 17, I 14, C 12.
Oppenau (Renchtal) S. 60, V, A 38.
Oppenheim a. Rh. S. 65, VII, C 22.
Oranienbaum (Anhalt) S. 67, XII, A 11.
Oranienburg S. 10, I 5, A 23.
Orb, Bad, Bezirk S. 33, I 28, C 1.
Orlamünde S. 63, VI, A 38.
Orsoy (Niederrhein) S. 36, I 31, A 40.
Ortelsburg S. 9, I 3, A 9.
„ S. 9, I 3, C 7.
Ortenberg (Hessen) S. 65, VII, C 23.
Ortenburg S. 41, II 2, B 11.
Ortrand (Kr. Liebenwerda) S. 19, I 16, A 35.
Oschatz S. 56, III 4, B e 3.
Oschersleben S. 18, I 15, A 20.
„ S. 18, I 15, C 6.
Osnabrück S. 27, I 23, A 5.
„ S. 28, I 23, C 8.
Osten S. 27, I 22, B 15.
Ostenfeld (Schleswig) S. 22, I 18, B 80.
Osterath S. 37, I 31, B 40.
Osterburg S. 18, I 15, A 21.
Osterburken S. 60, V, A 39.
Osterfeld (Bz. Halle) S. 19, I 16, A 36.
„ (Westf.) S. 29, I 25, B 4.
Osterhofen S. 41, II 2, B 12.
Osterholz (Osterholz-Scharmbeck) S. 27, I 22, B 16.
Osterholz, Amt (Osterholz-Scharmbeck) S. 27, I 22, C 9.
Osterode (Harz) S. 25, I 20, A 16.
Osterode (Ostpr.) S. 9, I 3, A 10.
„ „ S. 9, I 3, C 8.
Osterwieck (Harz) S. 18, I 15, A 22.
Ostheim v. d. Rhön S. 63, VI, A 39.
Ostrau (Sachsen) S. 55, III 4, B b 6.
Ostritz (A.H. Zittau) S. 50, III 1, B d 7.
Ottendorf-Okrilla (A.H. Dresden) S. 53, III 3, B c 8.
Otterberg S. 43, II 3, C 5.
Otterndorf (Unterelbe) S. 27, I 22, C 10.
Otterwisch S. 55, III 4, B c 8.
Ottmachau S. 17, I 14, A 16.
Ottobeuren S. 48, II 8, C 11.
Ottweiler (Bz. Trier) S. 38, I 33, C 6.

Paderborn S. 29, I 26, A 14.
„ S. 30, I 26, C 15.
Pahlen-Pahlhude (Holstein) S. 24, I 18, E 32.
Papenburg (Ems) S. 27, I 23, A 6.
Pappenheim S. 46, II 6, B 34.
Parchim S. 66, IX, A 21.
Parchwitz S. 16, I 13, A 28.
Parsberg S. 43, II 4, B 10.
Pasewalk S. 12, I 8, A 20.
Pasing S. 39, II 1, B 17.
Passau S. 40, II 2, A 3.
„ S. 41, II 2, C 14.
Passenheim S. 9, I 3, A 11.
Patschkau S. 17, I 14, A 17.
Pausa S. 57, III 5, B c 5.
Pegau S. 55, III 4, B a 9.
Pegnitz S. 44, II 5, B 13.
Peine S. 25, I 20, A 17.
„ S. 25, I 20, C 12.
Peiskretscham S. 17, I 14, A 18.
Peißenberg S. 40, II 1, B 28.
Peitz S. 11, I 6, A 30.
Pelkum, Amt (Kr. Hamm) S. 32, I 27, C 48.
Penig S. 56, III 4, B f 12.
Penkum (Kr. Randow) S. 12, I 8, A 21.
Penzberg S. 40, II 1, B 29.
Penzig (O.Lausitz) S. 16, I 13, B 3.
Penzlin S. 66, IX, A 22.
Perleberg S. 10, I 5, A 24.
Petersdorf (Fehmarn) S. 22, I 18, B 81.
Petershagen (Weser) S. 29, I 26, A 15.
Peterswaldau (Bz. Breslau) S. 15, I 12, B 8.
Pfaffenhausen (Schwab.) S. 48, II 8, C 12.
Pfaffenhofen (Ilm) S. 40, II 1, B 19.
Pfalzdorf (Kr. Cleve) S. 37, I 31, B 41.
Pfarrkirchen S. 41, II 2, B 8.
„ S. 41, II 2, C 15.
Pfeffenhausen (Niederbayern) S. 41, II 2, B 10.
Pfortz (P. Maximiliansau) S. 42, II 3, B 19.
Pforzheim S. 60, V, A 40.
Pfreimd S. 43, II 4, B 6.
Pfullendorf S. 62, V, C 23.
Philippsburg (Baden) S. 60, V, A 41.
Pillau S. 8, I 1, A 12.
Pillkallen S. 8, I 2, C 8.
Pinneberg S. 20, I 18, A 24.
„ S. 23, I 18, C 6.
Pirmasens S. 43, II 3, C 12.
Pirna S. 55, III 3, B g 12.
Pitschen S. 17, I 14, A 19.
Plankstadt S. 61, V, B 29.
Plathe (Pomm.) S. 12, I 8, A 22.
Plattling S. 40, II 2, B 2.
Plau (Mecklb.) S. 66, IX, A 23.
Plaue (Havel) S. 10, I 5, A 25.
Plauen (Vogtl.) S. 56, III 5, A 1.
Pleißa (Bz. Chemn.) S. 51, III 2, B b 13.
Plettenberg S. 30, I 27, A 33.
Pleystein S. 43, II 4, B 15.
Plön S. 20, I 18, A 25.
„ S. 23, I 18, C 7.
Pobershau S. 52, III 2, B e 9.
Pockau (Flöhatal) S. 52, III 2, B e 10.
Pölitz (Pomm.) S. 12, I 8, A 23.
Pölzig S. 64, VI, B 5.
Pößneck S. 63, VI, A 40.
Polkwitz S. 16, I 13, A 29.
Polle, Amt S. 25, I 19, C 10.
Pollnow S. 13, I 9, A 13.
Polzin S. 13, I 9, A 14.
Porz a. Rh. S. 38, I 32, B 8.

*) Wegen der Reihenfolge gleichlautender Ortsbezeichnungen und der Erläuterung zu den hinter jeder Ortsbezeichnung folgenden Buchstaben und Zahlen vergleiche die Anmerkungen *) und **) auf Seite 69.

Possendorf (A.H. Dippoldiswalde)S. 52, III 3, B a 12.
Potsdam S. 10, I 5, A 26.
Pottenstein (Oberfr.) S. 45, II 5, C 13.
Prausnitz (Bz. Breslau) S. 15, I 12, A 31.
Preetz (Holstein) S. 20, I 18, A 26.
Prenzlau S. 10, I 5, A 27.
„ S. 10, I 5, C 11.
Pressath S. 43, II 4, B 4.
Prettin (Kr. Torgau) S. 19, I 16, A 37.
Pretzsch (Elbe) S. 19, I 16, A 38.
Pretzschendorf S. 52, III 3, B a 13.
Pr. Eylau S. 8, I 1, C 10.
Preuß. Friedland (Kr. Schlochau) S. 14, I 11, A 8.
Pr. Holland S. 8, I 1, A 13.
„ „ S. 8, I 1, C 11.
Preuß. Odendorf, Amt S. 30, I 26 C 16.
Prien S. 40, II 1, C 11.
Pries (Friedrichsort, Kieler Förde) S. 22, I 18, B 82.
Priestewitz S. 54, III 3, B e 8.
Primkenau S. 16, I 13, A 30.
Pritzwalk S. 10, I 5, A 28.
Prüm S. 38, I 33, C 7.
Pulsnitz (Sachsen) S. 49, III 1, B b 9.
Putlitz S. 10, I 5, A 29.
Pyritz S. 12, I 8, A 24.
„ S. 12, I 8, C 7.
Pyrmont, Bad S. 68, XVII, E 1.

Quakenbrück S. 27, I 23, A 7.
Quedlinburg S. 18, I 15, A 23.
„ S. 18, I 15, C 7.
Querfurt S. 19, I 16, A 39.
„ S. 19, I 16, C 11.
Quern (Großquern u. Nübelfeld, Schlesw.) S. 22, I 18, B 83.

Rabenau S. 53, III 3, B b 9.
Rabenstein (Sachsen) S. 51, III 2, B b 14.
Radeberg S. 53, III 3, B c 9.
Radebeul (P. Radebeul-Oberlößnitz) S. 53, III 3, B c 10.
Radeburg (Bz. Dresd.) S. 54, III 3, B e 9.
Radevormwald (Kr. Lennep) S. 36, I 31, A 41.
Radolfzell S. 62, V, C 24.
Ragnit S. 8, I 2, C 9.
Rahden, Amt (Westf.) S. 30, I 26, C 17.
Rain (Schwaben) S. 48, II 8, B 10.
Ranis S. 20, I 17, C 6.
Raschau S. 57, III 5, B d 13.
Rastatt S. 60, V, A 42.
Rastenberg (Thür.) S. 63, VI, A 41.
Rastenburg (Ostpr.) S. 8, I 1, A 14.
„ „ S. 8, I 1, C 12.
Rathenow S. 10, I 5, A 30.
„ S. 10, I 5, C 12.
Ratibor S. 17, I 14, A 20.
„ S. 17, I 14, C 13.
Ratingen S. 36, I 31, A 42.
„ S. 37, I 31, B 42.
Ratzebuhr (Pomm.) S. 13, I 9, A 15.
Ratzeburg (Lauenburg) S. 20, I 18, A 27.
Raudten (Bz. Breslau) S. 15, I 12, A 32.
Rauscha S. 16, I 13, B 4.
Rauschenberg S. 33, I 28, A 22.
Rauxel, Amt (Ldkr. Dortmund) S. 32, I 27, C 49.
Ravensburg S. 59, IV, B d 11.
Rechenberg (P. Bienenmühle) S. 52, III 3, B a 14.
Recklinghausen S. 28, I 25, A 19.
„ S. 29, I 25, C 15.
Rees S. 36, I 31, A 43.
Reetz (Kr. Arnswalde) S. 11, I 6, A 31.
Regen S. 41, II 2, C 17.
Regensburg S. 43, II 4, A 2.
„ -Moosham S. 44, II 4, C 13.
Regenwalde S. 12, I 8, A 25.
Regis-Breitingen (Bz. Leipzig) S. 55, III 4, B a 10.
Rehau S. 44, II 5, B 15.
Rehburg (Kr. Stolzenau) S. 24, I 19, A 9.
Reher (Hohenwestedt, Holstein) S. 22, I 18, B 84.
Rehna (Mecklb.) S. 66, IX, A 24.
Reichenau (Baden) S. 62, V, C 25.
„ (Sachs.) S. 50, III 1, B d 8.
Reichenbach (O.Laus.) S. 16, I 13, A 31.
Reichenbach (Schles.) S. 15, I 12, A 33.
„ „ S. 15, I 12, C 15.
„ (Vogtl.) S. 57, III 5, B c 6.
Reichenbrand S. 51, III 2, B b 15.
Reichenhall, Bad S. 40, II 1, C 5.
Reichenstein S. 15, I 12, A 34.
Reilingen S. 61, V, B 30.
Reinbek S. 22, I 18, B 85.
Reinerz S. 15, I 12, A 35.
Reinfeld (Holstein) S. 21, I 18, A 28.
Reinhardtsgrimma (Bz. Dresden) S. 52, III 3, B a 15.
Reinhausen (Kr. Göttingen) S. 25, I 20, C 13.
Reinheim (Hessen) S. 65, VII, C 24.
Reinsdorf (Bz. Zwickau) S. 58, III 5, B f 9.
Remagen S. 34, I 30, A 9.
Remscheid S. 36, I 31, A 44.
Renchen S. 60, V, A 43.
Rendsburg S. 21, I 18, A 29.
Reppen S. 11, I 6, A 32.
„ S. 11, I 6, C 10.
Rethem (Aller) S. 26, I 21, B 4.
Rethwischdorf (Treuholz), Bz. Hamburg S. 22, I 18, B 86.
Reußenkoege (Bredstedt) S. 22, I 18, B 87.
Reuterberg (Scheggerott, Schleswig) S. 24, I 18, E 33.
Reutlingen S. 58, IV, B b 11.
Rheda (Bz. Minden) S. 29, I 26, A 16.
Rheinbach S. 38, I 32, C 6.
Rheinberg (Rheinl.) S. 36, I 31, A 45.
Rheinbischofsheim S. 61, V, B 31.
Rheine (Westf.) S. 28, I 25, A 20.
Rheingönheim S. 42, II 3, B 34.
Rheinzabern S. 42, II 3, B 20.
Rheydt S. 36, I 31, A 46.
Rhynern, Amt S. 32, I 27, C 50.
Ribnitz S. 66, IX, A 25.
Richtenberg (Kr. Franzburg) S. 13, I 10, A 9.
Riedenburg S. 44, II 4, C 14.
Riedlingen (Württ.) S. 59, IV, B d 12.
Riemsloh (Kr. Melle) S. 27, I 23, B 9.
Riesa S. 54, III 3, B e 10.
Riesenburg S. 9, I 4, A 6.
Rietberg S. 29, I 26, A 17.
Rimpar S. 47, II 7, B 7.
Rinteln S. 33, I 28, A 23.
„ S. 34, I 28, C 15.
Rochlitz (Sachsen) S. 56, III 4, B f 13.
Rockenhausen S. 43, II 3, C 14.
Roda (P. Frauendorf, Bz. Leipzig) S. 55, III 4, B a 11.
Roda (Sachs.-Altb.) S. 63, VI, A 42.
Rodach b. Coburg S. 44, II 5, A 9.
Rodenberg (Deister) S. 33, I 28, A 24.
Rodenkirchen (Rhein) S. 38, I 32, B 9.
Rodewisch S. 57, III 5, B a 7.
Rodheim a. d. B. S. 34, I 29, C 9.
Roding S. 43, II 4, B 11.
Röbel S. 66, IX, A 26.
Röderau (Sachsen) S. 54, III 3, B e 11.
Rödinghausen, Amt S. 30, I 26, C 18.
Röhrsdorf (Bz. Chemnitz) S. 51, III 2, B b 16.
Römhild S. 63, VI, A 43.
Rönsahl (Bz. Dortmund) S. 31, I 27, B 12.
Rössel S. 9, I 3, A 12.
Rötha S. 55, III 4, B a 12.
Röthenbach b. Lauf S. 46, II 6, B 19.
Rohrbach (Amt Heidelb.) S. 61, V, B 32.
Ronneburg S. 63, VI, A 44.
Ronsdorf S. 36, I 31, A 47.
Rosenberg (Oberschl.) S. 17, I 14, A 21.
„ „ S. 17, I 14, C 14.
„ (Westpr.) S. 9, I 4, C 4.
Rosenheim S. 40, II 1, C 12.
Roßla (Harz) S. 19, I 16, B 4.
Roßlau (Anhalt) S. 67, XII, A 12.
Roßwein S. 55, III 4, B b 7.
Rostock (Mecklb.) S. 66, IX, A 27.
Rotenburg (Fulda) S. 33, I 28, A 25.
„ „ S. 34, I 28, C 16.
„ (Hannover) S. 27, I 22, B 17.
„ „ S. 27, I 22, C 11.
Roth a. Sand S. 46, II 6, B 27.
Rothenburg ob der Tauber S. 45, II 6, A 7.
„ (O.Lausitz) S. 16, I 13, A 32.
„ (Oder) S. 16, I 13, A 33.
Rothenkirchen (Vogtl.) S. 57, III 5, B a 8.
Rottenburg (Neckar) S. 59, IV, B b 12.
„ -Pattendorf (Laaber) S. 41, II 2, C 18.
Rotthalmünster S. 41, II 2, C 7.
Rotthausen (Kr. Essen) S. 37, I 31, B 43.
Rottweil S. 59, IV, B b 13.
Rudolstadt S. 63, VI, A 45.
Rügenwalde S. 13, I 9, A 16.
Rülzheim S. 42, II 3, B 21.
Ründeroth S. 38, I 32, B 10.
Rüstringen (Oldenb.) S. 66, X, A 7.
Rüthen S. 31, I 27, A 34.
Ruhland S. 16, I 13, A 34.
Rummelsburg (Pomm.) S. 13, I 9, A 17.
„ „ S. 13, I 9, C 9.
Rußdorf (Sachs.-Altb.) S. 64, VI, B 6.

Saalfeld (Ostpr.) S. 8, I 1, A 15.
„ (Saale) S. 63, VI, A 46.
Saarbrücken S. 38, I 33, A 1.
„ S. 38, I 33, C 8.
Saarburg (Bz. Trier) S. 38, I 33, C 9.
Saarlouis S. 38, I 33, C 10.
Sachsa, Bad (Südh.) S. 20, I 17, A 1.
Sachsenhagen S. 33, I 28, A 26.
Sachsenhausen (Wald.) S. 68, XVII, A 1.
Säckingen S. 60, V, A 44.
Sagan S. 16, I 13, A 35.
„ S. 16, I 13, C 11.
Salem S. 61, V, B 33.
Salmünster S. 33, I 28, A 27.
Salzgitter S. 25, I 20, C 14.
Salzkotten S. 29, I 26, A 18.
Salzuflen, Bad S. 67, XIV, A 7.
Salzungen S. 63, VI, A 47.
Salzwedel S. 18, I 15, A 24.
Sandau (Elbe) S. 18, I 15, A 25.
Sande (Bergedorf) S. 22, I 18, B 88.
Sandersleben (Anhalt) S. 67, XII, A 13.
Sandhausen (Amt Heidelberg) S. 61, V, B 34.
Sangerhausen S. 19, I 16, A 40.
„ S. 19, I 16, C 12.
St. Andreasberg S. 25, I 20, A 18.
„ Blasien S. 62, V, C 26.
„ Egidien (Sachsen) S. 51, III 2, B d 9.
„ Georgen (Schwarzw.) S. 60, V, A 45.
„ Goar S. 35, I 30, C 10.
„ Hubert (Bz. Düsseldorf) S. 37, I 31, B 44.
St. Leon (Amt Wiesloch) S. 61, V, B 35.
„ Margarethen (Holst.) S. 24, I 18, E 34.
„ Michaelisdonn (Holst.) S. 24, I 18, E 35.
„ Peter (Baden) S. 61, V, B 36.
„ Tönis S. 37, I 31, B 45.
Saulgau S. 59, IV, B d 13.
Sayda (Erzgeb.) S. 54, III 3, B d 25.
Schaalby (Schleswig) S. 22, I 18, B 89.
Schafstedt (Dithm.) S. 22, I 18, B 90.
„ (Kr. Merseb.) S. 19, I 16, A 41.
Schaidt S. 42, II 3, B 22.
Schalkau (Sachs.-Mein.) S. 63, VI, A 48.
Schandau, Bad S. 54, III 3, B g 1.
Scheeßel S. 27, I 22, B 18.
Scheibenberg S. 50, III 2, B a 14.
Scheinfeld S. 46, II 6, B 26.
Scherzheim (Amt Kehl) S. 61, V, B 37.
Scheßlitz S. 45, II 5, C 2.
Schiefbahn (Kr. Gladb.) S. 37, I 31, B 46.
Schiffbek (Kr. Stormarn) S. 22, I 18, B 91.
Schifferstadt S. 41, II 3, A 11.
Schildau (Kr. Torgau) S. 19, I 16, A 42.
Schirgiswalde S. 49, III 1, B a 7.
Schivelbein S. 13, I 9, A 18.
„ S. 13, I 9, C 10.
Schkeuditz S. 19, I 16, A 43.
Schkölen S. 19, I 16, A 44.
Schlawa (Schles.) S. 16, I 13, A 36.
Schlawe (Pomm.) S. 13, I 9, A 19.
„ „ S. 13, I 9, C 11.
Schlebusch S. 37, I 31, B 47.
Schledehausen S. 27, I 23, B 10.
Schlegel S. 15, I 12, B 9.
Schleiden (Eifel) S. 39, I 34, C 8.
Schleiz S. 64, VI, C 7.
Schleswig S. 21, I 18, A 30.
„ S. 22, I 18, B 92.
„ S. 23, I 18, C 8.
Schlettau (Erzgeb.) S. 50, III 2, B a 15.
Schleusingen S. 20, I 17, A 10.
Schliersee S. 39, II 1, B 16.
Schlochau S. 14, I 11, A 9.
„ S. 14, I 11, C 5.
Schlotheim (Thür.) S. 63, VI, A 49.
Schlüchtern (Bz. Cassel) S. 33, I 28, A 28.
„ „ „ S. 34, I 28, C 17.
Schmalkalden S. 33, I 28, A 29.
Schmallenberg (Bz. Dortmund) S. 31, I 27, A 35.
Schmallenberg (Bz. Dortmund) S. 31, I 27, B 13.
Schmiedeberg (Bz. Dresden) S. 52, III 3, B a 16.
Schmiedeberg (Bz. Halle) S. 19, I 16, A 45.
„ (Rsgb.) S. 16, I 13, A 37.
Schmölln (Sachs.-Altb.) S. 63, VI, A 50.
Schnackenburg (Kr. Lüchow) S. 26, I 21, B 5.
Schnackendorf (Segeb.) S. 24, I 18, E 36.
Schnaittach S. 46, II 6, B 20.
Schneeberg (P. Schneeberg-Neustädtel) S. 57, III 5, B d 14.
Schneidemühl S. 14, I 11, A 10.
Schnelsen (Bz. Hamb.) S. 22, I 18, B 93.
Schneverdingen S. 26, I 21, B 6.
Schönau (Chemnitz) S. 51, III 2, B b 17.
„ (Katzbach) S. 16, I 13, A 38.
„ „ S. 16, I 13, C 12.
„ (Wiesental) S. 60, V, A 46.
Schönbach (A. H. Löbau) S. 50, III 1, B c 12.
Schönberg (Holstein) S. 22, I 18, B 94.
„ „ S. 24, I 18, E 37.
„ (Mecklb.) S. 68, XVI, C 1.
„ (O.Lausitz) S. 16, I 13, A 39.
Schönebeck (Elbe) S. 18, I 15, A 26.
Schöneck (Vogtl.) S. 57, III 5, B b 7.
Schönfeld (Dresden) S. 53, III 3, B c 11.
Schönheide (Erzgeb.) S. 57, III 5, B d 15.
Schönkirchen (Holstein) S. 24, I 18, E 38.
Schönlanke S. 14, I 11, A 11.
„ S. 14, I 11, C 6.
Schönwald (Oberfr.) S. 44, II 5, B 16.
Schötmar S. 67, XIV, C 9.
Schonach S. 61, V, B 38.
Schongau S. 40, II 1, C 13.
Schopfheim S. 60, V, A 47.
Schorndorf (Württ.) S. 59, IV, B c 13.
Schotten S. 65, VII, C 25.
Schrobenhausen S. 40, II 1, B 21.
Schutterwald (Amt Offenburg) S. 61, V, B 39.
Schwaan S. 66, IX, A 28.
Schwabach S. 45, II 6, A 8.
„ S. 46, II 6, C 7.
Schwabmünchen S. 48, II 8, B 13.
Schwalenberg S. 67, XIV, A 8.
Schwandorf S. 43, II 4, A 3.
Schwanebeck (Kr. Oschersleben) S. 18, I 15, A 27.
Schwarzenbach (Saale) S. 44, II 5, B 3.
Schwarzenbek S. 22, I 18, B 95.
Schwarzenberg (Sachsen) S. 57, III 5, B d 16.
Schwedt (Oder) S. 10, I 5, A 31.
Schweidnitz S. 15, I 12, A 36.
„ S. 15, I 12, C 16.
Schweinfurt S. 47, II 7, A 4.
„ S. 47, II 7, C 31.
Schweinsberg S. 33, I 28, A 30.
Schwelm S. 31, I 27, A 36.
Schwenningen (Neckar), Landgem. S. 59, IV, B b 14.
Schwepnitz S. 49, III 1, B b 10.
Schwerin (Mecklb.) S. 66, IX, A 29.
„ (Warthe) S. 14, I 11, A 12.
Schwerte (Ruhr) S. 31, I 27, A 37.
Schwetzingen S. 60, V, A 48.
Schwiebus S. 11, I 6, A 33.
Sebnitz (Sachsen) S. 55, III 3, B g 13.
Seehausen (Altmark) S. 18, I 15, A 28.
„ (Kr. Wanzl.) S. 18, I 15, A 29.
Seelbach (Ams Lahr) S. 61, V, B 40.
Seelow S. 11, I 6, A 34.
„ S. 11, I 6, C 11.
Segeberg S. 21, I 18, A 31.
Sehma (Erzgeb.) S. 50, III 2, B a 16.
Seidenberg (O.Lausitz) S. 16, I 13, A 40.
Seifersdorf (A.H. Dippoldiswalde) S. 52, III 3, B a 17.
Seifhennersdorf S. 50, III 1, B d 9.
Selb S. 44, II 5, A 10.
Selbitz S. 44, II 5, B 12.

*) Wegen der Reihenfolge gleichlautender Ortsbezeichnungen und der Erläuterung zu den hinter jeder Ortsbezeichnung folgenden Buchstaben und Zahlen vergleiche die Anmerkungen *) und **) auf Seite 69.



Seligenstadt (Hessen) S. 65, VII, C 26.
Selsingen S. 27, I 22, B 19.
Sendenhorst S. 28, I 25, A 21.
Senftenberg (Lausitz) S. 11, I 6, A 35.
Sensburg S. 9, I 3, A 13.
„ „ S. 9, I 3, C 9.
Serkenrode, Amt S. 32, I 27, C 51.
Seßlach S. 45, II 5, C 15.
Seulberg (Obertaunuskr.) S. 34, I 29, E 8.
Siebenlehn (A.H. Meißen) S. 54, III 3, B f 6.
Siegburg S. 38, I 32, A 10.
„ S. 38, I 32, C 7.
Siegen S. 31, I 27, A 38.
„ , Amt S. 32, I 27, C 52.
Siegmar S. 51, III 2, B b 18.
Sigmaringen S. 39, I 35, D 1.
Simbach (Inn) S. 41, II 2, C 16.
Simmern S. 35, I 30, C 11.
Sindelfingen, Stadt S. 58, IV, B a 4.
Singen (Hohentwiel) S. 62, V, C 27.
Sinsheim (Elsenz) S. 60, V, A 49.
Sinzig S. 34, I 30, A 10.
Sittensen S. 27, I 22, B 20.
Sodingen, Amt (Westf.) S. 32, I 27, C 53.
Sögel S. 28, I 23, C 9.
Söllingen (Amt Durlach) S. 61, V, B 41.
Sömmerda S. 20, I 17, A 11.
Soest S. 31, I 27, A 39.
„ , f. d. ländl. Gem. der Soester Börde S. 32, I 27, C 54.
Sohland (Spree) S. 49, III 1, B a 8.
Soldin S. 11, I 6, A 36.
„ S. 11, I 6, C 12.
Solingen S. 36, I 31, A 48.
Soltau (Hannover) S. 26, I 21, A 8.
Sommerfeld (Bz. Frankf.) S. 11, I 6, A 37.
Sommerhausen S. 47, II 7, B 6.
Sondernheim S. 42, II 3, B 23.
Sondershausen S. 63, VI, A 51.
Sonneberg (Sachs.-Mein.) S. 63, VI, A 52.
Sonnenburg (Neumark) S. 11, I 6, A 38.
Sonthofen S. 49, II 8, C 16.
Sontra S. 33, I 28, A 31.
Sorau (N.Lausitz) S. 11, I 6, A 39.
Spaichingen S. 59, IV, B b 15.
Spalt S. 46, II 6, B 28.
Spangenberg S. 33, I 28, A 32.
Speicher (Eifel) S. 38, I 33, B 3.
Speyer S. 41, II 3, A 12.
Spremberg (Lausitz) S. 11, I 6, A 40.
Springe S. 24, I 19, A 10.
„ S. 25, I 19, C 11.
Sprockhövel, Amt (Kr. Schwelm) S. 32, I 27, C 55.
Sprottau S. 16, I 13, A 41.
„ S. 16, I 13, C 13.
Stade S. 26, I 22, A 5.
Stadtamhof S. 44, II 4, C 15.
Stadthagen S. 68, XVIII, A 2.
Stadtilm (Schwarzb.-Rudolst.) S. 63, VI, A 53.
Stadtlengsfeld S. 63, VI, A 54.
Stadtlohn S. 28, I 25, A 22.
Stadtprozelten S. 47, II 7, C 22.
Stadtsteinach S. 45, II 5, C 14.
Staffelstein S. 44, II 5, B 17.
Stallupönen S. 8, I 2, C 10.
Stargard (Mecklb.) S. 68, XVI, A 5.
„ (Pomm.) S. 12, I 8, A 26.
„ „ S. 12, I 8, C 8.
Staßfurt S. 18, I 15, A 30.
Staufen (Breisgau) S. 62, V, C 28.
Stavenhagen S. 66, IX, A 30.
Steele S. 36, I 31, A 49.
Steinach (Sachs.-Mein.) S. 63, VI, A 55.
Steinau (Oder) S. 15, I 12, A 37.
„ „ S. 15, I 12, C 17.
Steinbach-Hallenberg S. 33, I 28, B 3.
Steinen (Amt Lörrach) S. 62, V, E 5.
Steinheim (Westf.) S. 29, I 26, A 19.
Steinhorst (Lauenburg) S. 22, I 18, B 96.
Steinpleis S. 57, III 5, B e 5.
Steinweiler S. 42, II 3, B 24.
Stellingen-Langenfelde (Kr. Pinneberg) S. 23, I 18, B 97.
Stendal S. 18, I 15, A 31.
„ S. 18, I 15, D 1.
Sterkrade S. 36, I 31, A 50.
Sternberg (Mecklb.) S. 66, IX, A 31.
Sterup S. 23, I 18, B 98.

Stetten (Lörrach-Stetten) S. 62, V, E 6.
Stettin S. 12, I 8, A 27.
„ S. 12, I 8, C 9.
Stockach S. 62, V, C 29.
Stößen S. 19, I 16, A 46.
Stolberg (Harz) S. 19, I 16, A 47.
„ (Rheinland) S. 39, I 34, A 6.
Stollberg (Erzgeb.) S. 52, III 2, B f 5.
Stolp (Pomm.) S. 13, I 9, A 20.
„ „ S. 13, I 9, C 12.
Stolpen (A.H. Pirna) S. 55, III 3, B g 14.
Stolzenau S. 25, I 19, C 12.
Stoppenberg S. 37, I 31, B 48.
Straelen (Kr. Geldern) S. 37, I 31, B 49.
Stralsund S. 13, I 10, A 10.
Strasburg (Uckermark) S. 10, I 5, A 32.
Straubing S. 40, II 2, A 4.
„ S. 41, II 2, C 19.
Strausberg S. 10, I 5, A 33.
Strehla (Elbe) S. 56, III 4, B e 4.
Strehlen (Schles.) S. 15, I 12, A 38.
„ „ S. 15, I 12, C 18.
Striegau S. 15, I 12, A 39.
„ S. 15, I 12, C 19.
Struxdorf (Hollmühle, Schleswig) S. 24, I 18, E 39.
Stühlingen S. 62, V, C 30.
Stuhm S. 9, I 4, C 5.
Stupferich (Amt Durlach) S. 61, V, B 42.
Stuttgart S. 58, IV, A 1.
„ S. 58, IV, B a 16.
„ , Stadt S. 58, IV, B a 15.
Stuvenborn (Sülfeld, Holstein) S. 23, I 18, B 99.
Sude (Itzehoe) S. 23, I 18, B 100.
Süchteln S. 36, I 31, A 51.
Süderbrarup (Kr. Schleswig) S. 23, I 18, B 101.
Süderhastedt (Holst.) S. 23, I 18, B 102.
Süderstapel S. 23, I 18, B 103.
Sülbeck S. 68, XVIII, C 5.
Sülze (Mecklb.) S. 66, IX, A 32.
Suhl S. 20, I 17, A 12.
Sulingen S. 25, I 19, C 13.
Sulz (Neckar) S. 59, IV, B b 16.
Sulza, Bad S. 62, VI, A 8.
Sulzbach (Oberpfalz) S. 43, II 4, B 12.
Swinemünde S. 12, I 8, A 28.
„ S. 12, I 8, C 10.
Syke, Amt S. 25, I 19, C 14.

Tangermünde S. 18, I 15, A 32.
Tanna (Reuß) S. 63, VI, A 56.
Tapiau S. 8, I 1, A 16.
Tating S. 23, I 18, B 104.
Tauberbischofsheim S. 60, V, A 50.
Taucha (Bz. Leipzig) S. 56, III 4, B d 10.
Taura S. 56, III 4, B f 14.
Tecklenburg S. 28, I 25, A 23.
Tegernsee S. 40, II 1, C 9.
Teisendorf S. 39, II 1, B 13.
Tellingstedt S. 23, I 18, B 105.
„ S. 24, I 18, E 40.
Tempelburg S. 13, I 9, A 21.
Templin S. 10, I 5, C 13.
Tennstedt S. 20, I 17, A 13.
Tessin (Mecklb.) S. 66, IX, A 33.
Tetenbüll (Kr. Eiderstedt) S. 24, I 18, E 41.
Teterow S. 66, IX, A 34.
Tettnang S. 59, IV, B d 14.
Teuchern S. 19, I 16, A 48.
Thale (Harz) S. 18, I 15, B 2.
Thalheim (Erzgeb.) S. 52, III 2, B f 6.
Tharandt S. 53, III 3, B b 10.
Thekla S. 56, III 4, B d 11.
Themar S. 63, VI, A 57.
Thiersheim S. 45, II 5, B 22.
Thierstein S. 45, II 5, B 23.
Thum S. 50, III 2, B a 17.
Thumby (Kr. Schlesw.) S. 23, I 18, B 106.
Thurnau S. 44, II 5, B 5.
Tilsit S. 8, I 2, A 4.
„ S. 8, I 2, C 11.
Tirschenreuth S. 43, II 4, B 13.
„ S. 44, II 4, C 16.
Tirschtiegel S. 14, I 11, A 13.
Tittmoning S. 39, II 1, B 14.
Tölz, Bad S. 40, II 1, B 23.
Tönning S. 21, I 18, A 32.
Tolk (Schleswig) S. 24, I 18, E 42.

Torgau S. 19, I 16, A 49.
„ S. 20, I 16, C 13.
Torgelow S. 12, I 8, B 1.
Tostedt, Amt S. 26, I 21, C 10.
Traar S. 37, I 31, B 50.
Traben-Trarbach S. 35, I 30, A 11.
Trachenberg (Schles.) S. 15, I 12, A 40.
Traunstein S. 40, II 1, C 14.
Travemünde, Lübeck-Travemünder Spk. S. 68, XV, E 3.
Trebnitz (Schles.) S. 15, I 12, A 41.
„ „ S. 15, I 12, C 20.
Trebsen (Mulde) S. 55, III 4, B c 9.
Treffurt S. 20, I 17, A 14.
Treptow (Rega) S. 12, I 8, A 29.
„ (Tollense) S. 12, I 8, A 30.
Treuchtlingen S. 46, II 6, B 35.
Treuen S. 57, III 5, B a 9.
Treuenbrietzen S. 10, I 5, A 34.
Treysa (Bz. Cassel) S. 33, I 28, A 33.
Triberg S. 62, V, C 31.
Triebes S. 63, VI A 58.
Trier S. 38, I 33, A 2.
„ S. 38, I 33, C 11.
Triptis S. 63, VI, A 59.
Trittau mit Eichede S. 23, I 18, B 107.
Trostberg S. 40, II 1, C 15.
Tübingen S. 59, IV, B b 17.
Türkheim (Schwaben) S. 49, II 8, C 13.
Tuttlingen S. 59, IV, B b 18.
Twistringen S. 24, I 19, B 3.

Uchte, Amt S. 25, I 19, C 15.
Überlingen S. 62, V, C 32.
Uebigau S. 19, I 16, A 50.
Ueckermünde S. 12, I 8, A 31.
„ S. 12, I 8, C 11.
Uelvesbüll (Kr. Eiderstedt) S. 23, I 18, B 108.
Uelzen (Bz. Hannover) S. 26, I 21, A 9.
„ „ „ S. 26, I 21, C 11.
Uerdingen (Niederrh.) S. 36, I 31, A 52.
Uetersen (Holstein) S. 21, I 18, A 33.
Uffenheim S. 46, II 6, B 31.
Uhlstädt (Saale) S. 64, VI, B 7.
Ulm (Baden) S. 62, V, C 33.
„ (Donau) S. 59, IV, B d 15.
„ „ , Stadt S. 59, IV, B d 16.
Unna S. 31, I 27, A 40.
„ , Amt S. 32, I 27, C 56.
Unruhstadt (Kr. Bomst) S. 14, I 11, A 14.
Unterschüpf S. 61, V, B 43.
Urach (Württ.) S. 59, IV, B b 19.
Usedom S. 12, I 8, A 32.
Uslar S. 25, I 20, C 15.
Utfort (Kr. Mörs) S. 37, I 31, B 51.

Vacha S. 63, VI, A 60.
Vaihingen (Enz) S. 58, IV, B a 18.
Varel (Oldenb.) S. 66, X, A 8.
Vechta S. 66, X, A 9.
Vegesack S. 67, XIII, E 3.
Velbert (Rheinl.) S. 36, I 31, A 53.
Velten (Mark) S. 10, I 5, B 2.
Verden (Aller) S. 26, I 22, A 6.
„ , Amt (Aller) S. 27, I 22, C 12.
Versmold S. 29, I 26, A 20.
Vetschau S. 11, I 6, A 41.
Viechtach S. 41, II 2, C 20.
Viersen S. 36, I 31, A 54.
Vieselbach S. 64, VI, B 8.
Vietz S. 11, I 6, B 2.
Vilbel (Main-Weserbahn) S. 65, VII, C 27.
Villingen (Baden) S. 60, V, A 51.
Vilsbiburg S. 41, II 2, C 21.
Vilseck S. 43, II 4, C 2.
Vilshofen (Niederbayern) S. 41, II 2, B 13.
Viöl S. 23, I 18, B 109.
Visselhövede S. 27, I 22, B 21.
Vlotho S. 29, I 26, A 21.
Vöhl, Bezirk S. 34, I 28, C 18.
Vöhrenbach S. 60, V, A 52.
Völklingen S. 38, I 33, B 4.
Vörde (Niederrhein) S. 37, I 31, B 52.
Voerde (Kr. Schwelm) S. 31, I 27, B 14.
Vohenstrauß S. 43, II 4, B 16.
Vohwinkel S. 37, I 31, B 53.
Volkach S. 47, II 7, C 8.
Volkmarsen S. 34, I 28, C 19.

Volmarstein, Amt S. 32, I 27, C 57.
Vorburg (Tremsbüttel, Bz. Hamburg) S. 23, I 18, B 110.
Vorst (Bz. Düsseldorf) S. 37, I 31, B 54.
Vreden (Bz. Münster) S. 28, I 25, A 24.

Wachtendonk S. 37, I 31, B 55.
Wacken S. 24, I 18, E 44.
Wackendorf II (Kr. Segeberg, Bz. Kiel) S. 23, I 18, B 111.
Wadersloh (Kr. Beckum) S. 29, I 25, B 5.
Waiblingen S. 58, IV, B a 19.
Waibstadt S. 60, V, A 53.
Waida S. 63, VI, A 62.
Wald (Rheinl.) S. 36, I 31, A 55.
Waldbröl S. 38, I 32, C 8.
Waldenburg (Sachs.) S. 51, III 2, B d 10.
„ (Schles.) S. 15, I 12, A 42.
„ „ S. 15, I 12, C 21.
Waldheim S. 55, III 4, B b 8.
Waldkirch (Breisgau) S. 60, V, A 54.
Waldkirchen (Zschopautal) S. 51, III 2, B c 12.
Waldmünchen S. 44, II 4, C 18.
Waldniel (Niederrh.) S. 37, I 31, B 56.
Waldsassen S. 44, II 4, C 17.
Waldsee (Württ.) S. 59, IV, B d 17.
Waldshut S. 62, V, C 34.
Walldorf (Amt Wiesloch) S. 60, V, A 55.
Walldüren (Baden) S. 60, V, A 56.
Wallenbrück (Kr. Herford) S. 30, I 26, C 19.
Wallerstein S. 48, II 8, B 12.
Walsrode S. 26, I 21, C 12.
Walsum (Kr. Dinslaken) S. 37, I 31, B 57.
Waltershausen S. 63, VI, A 61.
Wanderup (Landkr. Flensburg) S. 24, I 18, E 45.
Wandsbek S. 21, I 18, A 34.
„ S. 23, I 18, C 9.
Wanfried S. 33, I 28, A 34.
Wangen (Algäu) S. 59, IV, B d 18.
Wangerin S. 12, I 8, A 33.
Wanne, Amt S. 32, I 27, C 58.
Wansen (Kr. Ohlau) S. 15, I 12, A 43.
Wanzleben (Bz. Magdeb.) S. 18, I 15, A 33.
„ „ „ S. 18, I 15, C 8.
Warburg S. 29, I 26, A 22.
„ S. 30, I 26, C 20.
Waren S. 66, IX, A 35.
Warendorf S. 29, I 25, A 25.
„ S. 29, I 25, C 16.
Warmbrunn **) S. 16, I 13, B 5.
Warstein (Bz. Dortmund) S. 31, I 27, B 15.
Wartha S. 15, I 12, A 44.
Wasserburg (Inn) S. 40, II 1, B 26.
Wassertrüdingen S. 45, II 6, B 4.
Wattenscheid S. 31, I 27, A 41.
Wechselburg S. 56, III 4, B f 15.
Weddingstedt (Holst.) S. 23, I 18, B 112.
Wedel (Holstein) S. 21, I 18, A 35.
Weener S. 28, I 24, B 2.
„ S. 28, I 24, C 4.
Weeze S. 37, I 31, B 58.
Weferlingen (Prov. Sachs.) S. 18, I 15, B 3.
Wegscheid (Niederbayern) S. 41, II 2, C 22.
Wehlau S. 8, I 1, A 17.
„ S. 8, I 1, C 13.
Wehlen (Sächs. Schw.) S. 55, III 3, B g 15.
Wehr (Baden) S. 61, V, B 44.
Wehrsdorf (A.H. Bautzen) S. 49, III 1, B a 9.
Weiden S. 43, II 4, A 4.
Weidenthal S. 42, II 3, B 37.
Weigmannsdorf (P. Lichtenberg, Erzgeb.) S. 54, III 3, B d 26.
Weil (Baden) S. 62, V, C 35.
Weilburg S. 34, I 29, C 10.
Weiler (Algäu) S. 48, II 8, C 7.
Weilheim (Oberbayern) S. 40, II 1, B 30.
Weimar S. 63, VI, A 63.
Weinböhla (Bz. Dresden) S. 54, III 3, B f 7.
Weingarten (Amt Durlach) S. 61, V, B 45.
Weinheim (Bergstraße) S. 62, V, C 36.
Weinsberg S. 58, IV, B a 20.
Weisenheim a. Sand S. 42, II 3, B 3.

*) Wegen der Reihenfolge gleichlautender Ortsbezeichnungen und der Erläuterung zu den hinter jeder Ortsbezeichnung folgenden Buchstaben und Zahlen vergleiche die Anmerkungen *) und **) auf Seite 69.

**) Auf Seite 16, 13. Reg.-Bez. B 5 ist ein Druckfehler enthalten: statt „Warbrunn" muß es dort „Warmbrunn" heißen.

***) Wegen der Reihenfolge gleichlautender Ortsbezeichnungen und der Erläuterung zu den hinter jeder Ortsbezeichnung folgenden Buchstaben und Zahlen vergleiche die Anmerkungen *) und **) auf Seite 69.**

Je fluktuierender die den Sparkassen zufließenden Gelder wurden, desto größer wurde auf der einen Seite die Notwendigkeit, die Fluktuation so reibungslos wie möglich zu gestalten, auf der anderen die Pflicht der Sparkassen, auch ihre Anlagen flüssig zu halten. Dem ersteren Zwecke diente insbesondere die Übernahme der modernen Formen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Von entscheidender Bedeutung war, daß durch das Scheckgesetz von 1909 die Sparkassen für scheckfähig erklärt wurden, und im Anschluß daran die Organisierung des kommunalen Überweisungsverkehrs. Durch ihn wurde die Freizügigkeit der bei den Sparkassen liegenden Gelder herbeigeführt und in Verbindung mit ihm auch das Einheitssparbuch zur Tat in den unter der gemeinsamen Firma des Deutschen Zentral-Giroverbandes und des Deutschen Sparkassenverbandes eingeführten Reisekreditbriefen, die es dem Inhaber jedes beliebigen Kontos irgendeiner deutschen Sparkasse ermöglichen, bei jeder anderen deutschen Sparkasse und an zahlreichen sonstigen kommunalen und anderen Kassenstellen jederzeit Beträge abzuheben, wie andererseits die Einzahlung mittels Postanweisung und Zahlkarte ohne gleichzeitige Vorlegung des Sparbuches heute wohl von allen deutschen Sparkassen zugelassen wird.

Die Pflicht, für eine größere Liquidität ihrer Anlagen zu sorgen, zwang die Sparkassen zur Umgestaltung ihres Kreditgeschäfts. Hypotheken konnten nicht in Frage kommen, soweit die jederzeitige Rückforderung von Geldern mit kurzer Frist zu erwarten stand. Auch Wertpapiere, die an der Börse gehandelt und von der Reichsbank beliehen wurden, sind für die sofortige Realisierung nur bedingt geeignet, da ihr Verkauf leicht mit Kursverlust, ihre Lombardierung mit Zinsverlusten verbunden ist. Mindestens mußten neben ihnen die Sparkassen noch für andere liquide Anlagemöglichkeiten sorgen: für tägliches Geld bei Banken, für diskontierbare Wechsel, für kurzfristige Anlagen gegen Faustpfand und im Personalkredit.

Drängte somit schon im letzten Jahrzehnt vor dem Ausbruch des Weltkrieges die Rücksicht auf die Liquidität der Sparkassen zur Erweiterung ihres Geschäftsbereichs, so wurde diese während und unter den Nachwirkungen des Krieges für sie zur Lebensnotwendigkeit. Einmal aus Rücksicht auf ihre Kundschaft, für die es immer mehr zum Bedürfnis wurde, an den modernen Einrichtungen des Bankwesens teilzuhaben: auch der kleine Sparer braucht heute eine sichere Stelle, die ihm den An- und Verkauf von Wertpapieren vermittelt, der

er seine Wertpapiere in Verwahrung geben kann und die ihm bei vorübergehendem Bedarf seine Wertpapiere beleiht; auch für den kleinen und mittleren Gewerbetreibenden, Handwerker und Kaufmann ist jetzt jederzeitige bequeme Aufnahme von Kredit und Abzahlung des aufgenommenen Kredits ebenso unentbehrlich geworden wie für den Fabrikanten und Großhändler; auch er kann daher den Kontokorrentverkehr bei seinem Geldinstitut nicht mehr entbehren; weder für den städtischen Gewerbetreibenden noch für den kleinen Landwirt genügt mehr der Realkredit, sie brauchen gelegentlich auch Personalkredit. Es ist selbstverständlich, daß der Sparkassenkunde sich mit seinen neuen Wünschen an dieselbe Stelle wendet, der er seine Ersparnisse und seine einstweilen verfügbaren Gelder anvertraut. Wollten die Sparkassen sich also ihre Kundschaft erhalten und diese nicht zu den Privatbanken abdrängen lassen, so mußten sie der Kundschaft mindestens Gleiches bieten wie diese und manche Geschäftszweige übernehmen, die sie früher ruhig den Banken überlassen konnten. Auf der anderen Seite zwang die Steigerung der Verwaltungskosten und die finanzielle Lage der Kommunalverbände, in die diese durch den Krieg gerieten, die Sparkassen, ihrer Rentabilität gesteigerte Aufmerksamkeit zu widmen und ihr Geschäftsgebaren unbedingt so einzurichten, daß ihr Garantieverband Zuschüsse zu den Aufwendungen der Sparkassen keinesfalls zu befürchten brauchte. Zur Deckung der Verwaltungskosten reichte die geringe Spanne zwischen Aktiv- und Passivzinsen, die das auf Hypotheken und mündelsichere Wertpapiere beschränkte Anlagegeschäft ergab, nicht mehr aus. Die Sparkassen waren genötigt, rentablere Geschäftszweige aufzunehmen, soweit dies ohne Minderung ihrer Sicherheit möglich war. Als solche eigneten sich vor allem der bis dahin von den Sparkassen vernachlässigte Personalkredit gegen Wechsel oder Schuldschein unter Bürgschaft oder auch ohne solche, ferner das Lombardgeschäft auf Wertpapiere und andere Faustpfänder sowie der Effektenhandel für fremde Rechnung. Diese für die Sparkassen neuen Methoden stellten zum Teil gesteigerte Anforderungen an die Sparkassenbeamten, denen diese mangels einheitlicher Ausbildung nicht überall in gleichem Maße entsprechen konnten. Dadurch ist eine Differenzierung der Sparkassen nötig geworden, und es gehört heute zu den wichtigsten und verantwortungsvollsten Aufgaben der Kommunalverbände und der staatlichen Aufsichtsbehörden, zu prüfen, wieweit eine Ausdehnung der geschäftlichen Betätigung der einzelnen Sparkassen ohne Schaden angängig erscheint.

Vor weitere neue Aufgaben werden die Sparkassen durch den Verfall der deutschen Währung gestellt. Wie ihre eigenen Kapitalsanlagen durch die fortschreitende Geldentwertung dauernd an Wert verloren, mußten auch die Spareinlagen entwertet werden. Diesen Prozeß zu verhindern, hatten die Sparkassen keine Macht. Die Erhöhung des Zinsfußes für Spargelder und Depositen, die ihnen durch allmähliche Aufnahme rentablerer Geschäfte ermöglicht wurde, konnte niemals einen halbwegs ausreichenden Ausgleich für die durch die Geldentwertung eintretenden Verluste darstellen. Ihre vornehmste Aufgabe, das ihnen anvertraute Kapital zu erhalten, konnten die Sparkassen somit nicht mehr erfüllen. Mehr als die übrigen Geldanstalten haben sie daher ein Interesse daran, ihre eigenen Anlagen und dementsprechend auch die Anlagen ihrer Sparer möglichst bald wieder wertbeständig zu machen. Sobald sich hierzu durch die Ausgabe der ersten Goldanleihe des Reichs die Möglichkeit zu bieten schien, waren sie daher auf dem Platze mit der Einführung eines Goldsparmarkverkehrs, dessen Entwicklung freilich davon abhängen wird, wie schnell sich die deutsche Wirtschaft wiederum auf eine Goldrechnung umzustellen imstande sein wird.

Daß die deutschen Sparkassen mit der Erweiterung ihrer geschäftlichen Betätigung, die man seit dem Sparkassentage in Dresden 1921 unter dem Namen der „zeitgemäßen Ausgestaltung der Sparkassengeschäfte" zusammenzufassen pflegt, anderen Geldinstituten, namentlich den Banken, unbequem werden mußten, ist verständlich. Es verrät aber keine allzu gründliche Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, wenn gelegentlich auch nicht interessierte Kritiker darin eine Entartung der Sparkassen erblicken zu sollen glauben. Nicht um „Banken" zu werden, betreiben die Sparkassen jene neuen sogenannten Bankgeschäfte, sondern um ihren Kunden zeitgemäß dienen und sich selbst am Leben erhalten und dadurch allein die Vorbedingung schaffen zu können für die Erfüllung ihrer sozialen Aufgabe, die immer ist und bleiben wird die Stärkung der wirtschaftlich schwächeren und unerfahreneren Bevölkerungsklassen durch Gewährung einer unbedingt sicheren Gelegenheit für die zinsbare Anlegung ihrer Ersparnisse und die Pflege des Sparsinns in der Bevölkerung.

Teil I.

Entwicklung und heutiger Stand der Sparkassen.

Von Oberregierungsrat Dr. **H. Höpker**, Mitglied des Preußischen Statistischen Landesamts, Berlin.

Das Sparkassenwesen in Deutschland kann auf eine fast 150 jährige Geschichte zurückblicken. Sieht man von der Schweiz ab, so sind auf deutschem Gebiet überhaupt innerhalb der Welt die ersten Sparkassen entstanden. Ihrer Gründung lag im Gegensatz zu mancher späteren Errichtung von Sparkassen durch die Gemeinden nur der Gedanke zugrunde, einerseits der armen oder ärmeren Bevölkerung der Stadt oder der Gegend eine sichere Gelegenheit zur Ansammlung und günstigen Anlage eines Not- und Sparpfennigs zu geben und andererseits durch Hergabe von Mitteln in Notfällen an bedürftige und würdige Personen diese vor dem wirtschaftlichen Ruin oder der Aussaugung durch Wucherer zu schützen. Die Gründungen gehen dementsprechend in den ersten Jahren stets von wohltätigen Vereinen aus oder entspringen der Initiative der Landesfürsten. Die Sparkassen schließen sich meist der Tätigkeit oder dem Betrieb eines Leihhauses an. Die älteste Sparkasse ist die Herzogliche Leihhauskasse in Braunschweig vom Jahre 1765; ihr folgte im Jahre 1778 die Sparkasse der Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe in Hamburg. Im 18. Jahrhundert wurden außerdem noch folgende Kassen gegründet: im Jahre 1786 die Ersparungskasse in Oldenburg und die Fürstliche Leihekasse in Detmold und im Jahre 1796 die Sparkasse in Kiel.

Immerhin sind die Gründungen selbst in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in allen Ländern Deutschlands



nur sehr spärlich gesät. Auch ist ihre Tätigkeit nur von mäßigem Umfange gewesen und erregte noch nicht die Aufmerksamkeit der Regierungen und der weiteren Kreise der Öffentlichkeit. So kommt es, daß in allen Staaten erst ziemlich spät überhaupt bestimmte Regeln durch Gesetze oder Verordnungen der Regierung für die Verwaltung der Sparkassen, vor allem über die Sicherheit der Spargelder, gegeben werden. Am bekanntesten unter ihnen dürfte das noch jetzt geltende preußische Reglement über die Einrichtung des Sparkassenwesens vom 12. Dezember 1838 sein, das für die deutschen Gebiete überhaupt die erste Kodifikation von Bestimmungen darstellt, die sich nicht nur auf eine bestimmte Kasse beziehen. Um die Zeit dieses Reglements setzte auch in Deutschland die Gründungstätigkeit für Sparkassen erst in lebhafter Form ein. So stieg z. B. in dem Jahrzehnt von 1830 bis 1840 in Hessen die Zahl der Sparkassen von 2 auf 20. In den alten und neuen Provinzen Preußens wurden nach einer früheren Veröffentlichung in den 20 Jahren von 1800 bis 1819 bloß 12 Kassen, von 1820 bis 1829 62 Kassen, von 1830 bis 1839 84 und von 1840 bis 1849 dagegen 220 Kassen gegründet. Die Zahl der Kassen zu Beginn des Jahres 1850 war mithin erheblich mehr als doppelt so groß wie zu Anfang des Jahres 1840. Auch in Sachsen vermehrten sich die Sparkassen in den vierziger Jahren fast um das Doppelte, nämlich von 31 auf 57.

Es wäre zweifellos von außerordentlichem Interesse, wenn man die Entwicklung der ältesten Sparkassen in Deutschland von der Zeit ihrer Gründung bis zum Jahre 1850 verfolgen und für die einzelnen Landesteile vergleichen könnte. Sicherlich gibt es auch noch in den Archiven der Sparkassen selbst wie in den alten Akten der Behörden genügend Material, um mit Erfolg einen solchen Vergleich zu versuchen. Leider sind aber derartige Archivforschungen und Untersuchungen nicht nur so zeitraubend, sondern so kostspielig geworden, daß sie in der heutigen Zeit und bei dem Gesamtzweck des Werkes nicht aufgewendet werden konnten. Es mußte daher darauf Bedacht genommen werden, mit Sorgfalt wenigstens die Unterlagen zusammenzustellen, die sich in irgendwelchen gedruckten Unterlagen, vor allem statistischen Jahrbüchern und sonstigen statistischen Veröffentlichungen der einzelnen Länder, fanden, wobei auch noch die Zahlen ausgemerzt werden mußten, die zu keinen Vergleichsmöglichkeiten mit den Ergebnissen anderer Länder geführt hätten. Das Resultat dieser Materialsammlung befindet sich in den Tabellen a auf Seite 80. Aus diesen Übersichten ergibt sich, daß nur für Hessen und die Hansastädte bereits Zahlen für das Jahr 1830 vorliegen, für Sachsen und Preußen beginnt die Zahlenreihe mit dem Jahre 1840. Erst 1860 kommt Baden und 1870 Bayern hinzu. Vom Jahre 1890 an können auch die Zahlen für Württemberg gegeben werden, aber erst vom Jahre 1900 ist die Reihe für alle Länder geschlossen.

Nach dem ersten Teil dieser Übersicht ist die Gründung der Sparkassen in den drei volkreichsten Ländern Deutschlands, Preußen, Bayern, Sachsen, während aller nachgewiesenen Jahrzehnte bis zum Jahre 1915 recht lebhaft gewesen. Auch in Württemberg, Baden und den thüringischen Landen ist noch ein ständiges, aber langsames Anwachsen der Zahl der Sparkassen bis zu dem genannten Jahre zu verzeichnen. Dagegen hat in den hanseatischen Städten die Zahl der Sparkassen seit 1870 nicht mehr zu-, sondern um 3 Kassen abgenommen. Mecklenburg-Schwerin hat die gleiche Zahl der Kassen 1920 wie 1900 aufzuweisen, und auch in Hessen stehen die Zahlen der Sparkassen mit Ausnahme des Jahrfünfts von 1895 bis 1900, in dem plötzlich eine Vermehrung von 11 Kassen zu verzeichnen ist, still. Die Abnahme der Sparkassen von 1915 auf das Jahr 1920 für das Deutsche Reich und Preußen ist nicht erstaunlich, da hier die Folge des Verlustes an Sparkassen durch die erzwungenen Gebietsabtretungen veranschaulicht wird. Der Beweis, daß die heutige Zahl der Sparkassen, ganz abgesehen von allen übrigen Spargelegenheiten, dem Sparbedürfnis der Bevölkerung genügen dürfte, wird durch einen Vergleich zwischen der Zahl der Einwohner, der Größe des Deutschen Reichs und der Zahl der Sparkassen geliefert. Es kamen nämlich auf eine Sparkasse nach den Ergebnissen des Jahres 1920 bei einer Einwohnerzahl von 59 575 054 Einwohnern [1]) und bei einem Gebietsumfang von 468 410,1 Quadratkilometern [2]) 21 059 Einwohner und ein Gebietsumfang von 165,57 Quadratkilometer. Dieses Netz gestaltet sich noch erheblich enger, sobald man die Nebenkassen und Annahmestellen in die Rechnung einbezieht. Dabei soll jedoch nicht geleugnet werden, daß in einzelnen weniger bevölkerten Gegenden noch Sparkassen mit Erfolg gegründet werden könnten, um den hoffentlich wieder zu erwartenden Spartrieb des Volkes zu beleben und einen Ausgleich zu der Verschlechterung der Eisenbahnverbindungen der Nachkriegsjahre zu gewähren, die den Zugang mancher Sparkasse recht unbequem gestaltet hat.

Die Entwicklung, die das Sparwesen in den einzelnen Ländern genommen hat, sieht man am deutlichsten bei einer Vergleichung der Sparbücher und des Einlagebestandes in ihrem Verhältnis zur Einwohnerzahl, wie sie die Tabelle b auf Seite 82 wiedergibt. Aus ihr ergibt sich, daß eine größere Anteilnahme der Bevölkerung an der Einrichtung der Sparkassen am frühesten in Sachsen eingesetzt und verhältnismäßig sich auch dort am stärksten entwickelt hat. Schon 1870 entfielen in Sachsen auf 100 Einwohner je 18 Sparbücher, während in Preußen, Bayern, Baden und Hessen die vergleichenden Zahlen zwischen 6 und 8 schwankten. Daß die sächsische Zahl von Hamburg und Bremen (23) noch etwas übertroffen wird, kann infolge des rein städtischen Gebiets, das eine ganz andere Möglichkeit der Sparentwicklung gewährt, nicht wundernehmen. Auch hinsichtlich des Einlagebestandes marschiert Sachsen im Jahre 1870 an der Spitze. Schon damals entfielen in diesem Lande 46 Mark als Spareinlage auf den Kopf der Bevölkerung, während die Kopfquote in Baden 35 Mark, in Mecklenburg-Schwerin 33 Mark, in Hessen 31 Mark, in Preußen 20 Mark und in Bayern sogar nur 10 Mark betrug. Weit über Sachsen hinaus geht noch die Kopfquote von 101 Mark in Hamburg und Bremen, die aber damit eigentümlicherweise nur halb so groß ist wie die Kopfquote im Jahre 1860, also 10 Jahre vorher. Vermutlich wird in diesem Rückgang eine Einwirkung der Kriege 1864, 1866 und 1870 zu erblicken sein, die die der politischen Entwicklung vorsichtig gegenüberstehende Bevölkerung Hamburgs auch zu möglichster Zurückhaltung bei Hergabe der Spargelder veranlaßt hat.

Verfolgt man die weitere Entwicklung der Sparbücher und Spareinlagen, so sieht man, daß auch noch im Jahre 1920 Sachsen mit 93 die meisten Sparbücher auf 100 Einwohner aufzuweisen hat. Ihm folgt Hamburg und Bremen mit 91 und die thüringischen Staaten mit 84. Erst dann kommt Preußen und Baden mit der übereinstimmenden Anzahl 57, die übrigen Freistaaten mit 56. Eine verhältnismäßig geringe Beteiligung der Bevölkerung ist bei Hessen festzustellen, in dessen Grenzen je 100 Einwohner nur 40 Sparbücher besaßen, in Bayern, in dem nur 30 Bücher auf 100 Einwohner entfielen, und schließlich Mecklenburg-Schwerin mit 28 Sparbüchern. Mit Ausnahme des zuletzt genannten Landes ist aber die prozentuale Steigerung der Kopfquoten seit 1900 ebenso stark oder sogar noch stärker als in den zuerst genannten Ländern. Im allgemeinen ist in dieser Zeitspanne fast eine Verdoppelung eingetreten oder diese sogar noch überschritten. Diese

[1]) Fortgeschriebene Bevölkerung am Schlusse des Jahres 1920, ohne diejenige von Braunschweig, von dem Sparkassenergebnisse nicht vorliegen.

[2]) Ohne Braunschweig nach dem Stande vom 30 Juni 1922.

[Fortsetzung des Textes siehe S. 83.]

Die Ergebnisse der deutschen Sparkassen in den Jahren 1830 bis 1920.

A. Überhaupt.

(Tab. a)

Zahl der Sparkassen:

Jahr (1)	Preußen (2)	Bayern (3)	Sachsen (4)	Württemberg (5)	Baden (6)	Hessen (7)	Thüringen (8)	Mecklenburg-Schwerin (9)	Hamburg und Bremen (10)	Übrige Freistaaten außer Braunschweig (11)	Deutsches Reich (12)
1830 . .	.	.	.	.	.	[7]) 2	.	.	[9]) 1	.	.
1840 . .	[1]) 85	.	[3]) 31	.	.	20	.	.	1	.	.
1850 . .	234	.	57	.	.	28	.	.	1	.	.
1860 . .	471	.	115	.	[6]) 78	29	.	.	3	.	.
1870 . .	932	[2]) 253	142	.	97	28	.	.	12	.	.
1875 . .	1 005	254	161	.	102	29	.	.	12	.	.
1880 . .	1 191	262	175	.	108	31	.	.	11	.	.
1885 . .	1 318	302	197	.	119	31	.	.	11	.	.
1890 . .	1 393	314	220	[5]) 54	128	31	.	.	10	.	.
1895 . .	1 493	329	247	59	141	31	.	.	10	.	.
1900 . .	1 490	341	283	61	153	42	[8]) 94	[8]) 39	10	[8]) 172	[8]) 2 685
1905 . .	1 583	353	332	64	156	42	99	39	9	176	2 853
1910 . .	1 711	376	361	71	161	42	110	39	9	192	3 072
1915 . .	1 766	383	361	72	162	43	114	39	9	188	3 137
1920 . .	1 557	390	368	72	161	42	114	39	9	77	2 829

Zahl der Sparbücher oder Einleger in 1000 Stück:

Jahr (1)	Preußen (13)	Bayern (14)	Sachsen (15)	Württemberg (16)	Baden (17)	Hessen (18)	Thüringen (19)	Mecklenburg-Schwerin (20)	Hamburg und Bremen (21)	Übrige Freistaaten außer Braunschweig (22)	Deutsches Reich (23)
1830 . .	.	.	.	.	.	1	.	.	5	.	.
1840 . .	.	.	58	.	.	14	.	.	10	.	.
1850 . .	[10]) 278	.	95	.	.	25	.	.	18	.	.
1860 . .	614	.	279	.	82	47	.	.	35	.	.
1870 . .	1 392	276	475	.	107	67	.	.	105	.	.
1875 . .	2 209	311	734	.	152	86	.	.	140	.	.
1880 . .	2 942	320	910	.	177	102	.	.	173	.	.
1885 . .	4 209	465	1 275	.	226	151	.	.	234	.	.
1890 . .	5 593	575	1 607	349	275	169	.	.	302	.	.
1895 . .	6 877	697	1 943	407	348	191	.	.	359	.	.
1900 . .	8 671	810	2 337	491	437	242	592	128	436	720	14 864
1905 . .	10 643	918	2 754	629	536	266	696	135	548	831	17 956
1910 . .	12 900	1 052	3 196	760	667	301	819	139	736	964	21 534
1915 . .	15 693	1 259	3 574	925	834	372	961	140	979	1 040	25 777
1920 . .	20 972	2 147	4 303	1 360	1 276	519	1 322	186	1 242	749	34 076

Bestand der Spareinlagen in Millionen Mark:

Jahr (1)	Preußen (2)	Bayern (3)	Sachsen (4)	Württemberg (5)	Baden (6)	Hessen (7)	Thüringen (8)	Mecklenburg-Schwerin (9)	Hamburg und Bremen (10)	Übrige Freistaaten außer Braunschweig (11)	Deutsches Reich (12)
1830 . .	.	.	.	.	.	0,2	.	.	2	.	.
1840 . .	18	.	8	.	.	4	.	.	3	.	.
1850 . .	54	.	14	.	.	9	.	.	8	.	.
1860 . .	151	.	61	.	32	15	.	.	21	.	.
1870 . .	496	49	116	.	50	26	.	18	46	.	.
1875 . .	1 112	76	262	.	96	44	.	22	71	.	.
1880 . .	1 595	89	339	.	135	63	.	27	97	.	.
1885 . .	2 263	131	434	.	184	91	.	30	142	.	.
1890 . .	3 282	184	582	137	245	118	.	38	181	.	.
1895 . .	4 345	254	742	181	334	153	.	44	239	.	.
1900 . .	5 746	320	925	240	420	203	308	50	273	354	8 839
1905 . .	8 294	475	1 332	374	606	278	441	61	377	447	12 685
1910 . .	11 107	608	1 716	520	814	361	551	70	491	543	16 781
1915 . .	13 538	775	1 951	707	1 008	439	670	75	567	657	20 387
1920 . .	29 454	2 572	3 623	1 864	2 246	971	1 350	173	1 139	947	44 339

Betrag der Abhebungen in Millionen Mark:

Jahr (1)	Preußen (13)	Bayern (14)	Sachsen (15)	Württemberg (16)	Baden (17)	Hessen (18)	Thüringen (19)	Mecklenburg-Schwerin (20)	Hamburg und Bremen (21)	Übrige Freistaaten außer Braunschweig (22)	Deutsches Reich (23)
1830 . .	.	.	.	.	.	.	.	.	1	.	.
1840 . .	6	.	2	.	.	.	.	.	2	.	.
1850 . .	19	.	4	.	.	.	.	.	6	.	.
1860 . .	46	.	14	.	6	.	.	.	9	.	.
1870 . .	139	10	30	.	10	.	.	.	21	.	.
1875 . .	264	13	60	.	18	.	.	.	27	.	.
1880 . .	357	15	79	.	26	13	.	.	32	.	.
1885 . .	487	22	90	.	38	15	.	.	42	.	.
1890 . .	733	32	119	23	44	22	.	.	53	.	.
1895 . .	905	43	136	29	57	26	.	.	65	.	.
1900 . .	1 307	63	190	40	75	37	63	7	81	87	1 950
1905 . .	1 853	81	240	71	96	47	80	8	108	93	2 677
1910 . .	2 819	110	320	99	141	60	101	9	165	122	3 946
1915 . .	6 456	210	592	231	298	148	187	13	316	202	8 653
1920 . .	21 328	2 039	1 047	492	1 708	296	1 444	54	690	736	29 834

Zuschreibungen und Neueinlagen in Millionen Mark:

Jahr (1)	Preußen (2)	Bayern (3)	Sachsen (4)	Württemberg (5)	Baden (6)	Hessen (7)	Thüringen (8)	Mecklenburg-Schwerin (9)	Hamburg und Bremen (10)	Übrige Freistaaten außer Braunschweig (11)	Deutsches Reich (12)
1830 . .	.	.	[4]) .	.	.	.	.	.	1	.	.
1840 . .	7	.	2	.	.	.	.	.	2	.	.
1850 . .	24	.	6	.	.	.	.	.	7	.	.
1860 . .	61	.	17	.	9	.	.	.	10	.	.
1870 . .	167	12	34	.	14	.	.	.	22	.	.
1875 . .	389	19	81	.	31	.	.	.	34	.	.
1880 . .	473	21	88	.	35	18	.	.	37	.	.
1885 . .	638	31	102	.	46	21	.	.	49	.	.
1890 . .	912	44	128	32	56	27	.	.	59	.	.
1895 . .	1 251	66	166	43	78	36	.	.	76	.	.
1900 . .	1 559	74	206	55	95	44	75	8	85	96	2 297
1905 . .	2 387	111	316	92	133	60	105	10	131	120	3 465
1910 . .	3 594	148	416	139	188	84	127	11	200	146	5 053
1915 . .	6 354	241	512	249	298	137	194	11	277	219	8 492
1920 . .	26 125	2 678	1 577	926	2 120	446	1 671	84	858	995	37 480

Überschuß des Zuwachses über die Abhebungen in Millionen Mark:

Jahr (1)	Preußen (13)	Bayern (14)	Sachsen (15)	Württemberg (16)	Baden (17)	Hessen (18)	Thüringen (19)	Mecklenburg-Schwerin (20)	Hamburg und Bremen (21)	Übrige Freistaaten außer Braunschweig (22)	Deutsches Reich (23)
1830 . .	.	.	.	.	.	.	.	.	—	.	.
1840 . .	1	.	—	.	.	.	.	.	—	.	.
1850 . .	5	.	2	.	.	.	.	.	1	.	.
1860 . .	15	.	3	.	3	.	.	.	1	.	.
1870 . .	28	2	4	.	4	.	.	.	1	.	.
1875 . .	125	6	21	.	13	.	.	.	7	.	.
1880 . .	116	6	9	.	9	5	.	.	5	.	.
1885 . .	151	9	12	.	8	6	.	.	7	.	.
1890 . .	179	12	9	9	12	5	.	.	6	.	.
1895 . .	346	23	30	14	21	10	.	.	11	.	.
1900 . .	252	11	16	15	20	7	12	1	4	9	347
1905 . .	534	30	76	21	37	13	25	2	23	27	788
1910 . .	775	38	96	40	47	24	26	2	35	24	1 107
1915 . .	— 102	31	— 80	18	—	—11	7	— 2	— 39	17	— 161
1920 . .	4 797	639	530	434	412	150	227	30	168	259	7 646

[1]) Die ersten dem Verfasser zugänglichen Angaben beziehen sich auf das Jahr 1839. — [2]) desgl. auf das Jahr 1869. — [3]) desgl. auf das Jahr 1845. — [4]) Bis 1895 einschließlich sind nur die Neueinlagen nachgewiesen. — [5]) Die Ergebnisse beziehen sich auf das Jahr 1890. — [6]) desgl. auf das Jahr 1863. — [7]) Bis einschließlich 1895 sind nur die öffentlichen Sparkassen nachgewiesen. — [8]) Dem Verfasser zuerst durch die Reichsstatistik vom Jahre 1900 zugänglich — [9]) Bis 1860 einschließlich waren nur die Ergebnisse der bremischen Sparkassen erhältlich. — [10]) Zum ersten Male sind hier die Sparbücher im Jahre 1849 erhoben, die Eintragungen beziehen sich auf das Jahr 1850.

Noch: Die Ergebnisse der deutschen Sparkassen in den Jahren 1830 bis 1920.

B. In Hundertteilen.

(Noch: Tab. a) Jahr	Auf je 100 Mark des Bestandes an Spareinlagen (Spalten 2 bis 12 der Tabelle A) entfielen ... Mark in (im) Preußen	Bayern	Sachsen	Württemberg	Baden	Hessen	Thüringen	Mecklenburg-Schwerin	Hamburg und Bremen	den übrigen Freistaaten außer Braunschweig	Deutschen Reiche
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
					a) auf Abhebungen:						
1830	.	.	.	.	.	.	.	.	50,0	.	.
1840	33,3	.	25,0	.	.	.	.	.	66,7	.	.
1850	35,2	.	28,6	.	.	.	.	.	75,0	.	.
1860	30,5	.	23,0	.	18,8	.	.	.	42,9	.	.
1870	28,0	20,4	25,9	.	20,0	.	.	.	45,7	.	.
1875	23,7	17,1	22,9	.	18,8	.	.	.	38,0	.	.
1880	22,4	16,9	23,2	.	19,3	20,6	.	.	33,0	.	.
1885	21,5	16,8	20,7	.	20,7	16,5	.	.	29,6	.	.
1890	22,3	17,4	20,4	16,8	18,0	18,6	.	.	29,3	.	.
1895	20,8	16,9	18,3	16,0	17,1	17,0	.	.	27,2	.	.
1900	22,7	19,7	20,5	16,7	17,9	18,2	20,5	14,0	29,7	24,6	22,1
1905	22,3	17,1	18,0	19,0	15,8	16,9	18,1	13,1	28,6	20,8	21,1
1910	25,4	18,1	18,6	19,0	17,3	16,6	18,3	12,9	33,6	22,5	23,5
1915	47,7	27,1	30,3	32,7	29,6	33,7	27,9	17,3	55,7	30,7	42,4
1920	72,4	79,3	28,9	26,4	76,0	30,5	107,0	31,2	60,6	77,7	67,3
					b) auf Zuschreibungen und Neueinlagen:						
1830	.	.	.	.	.	.	.	.	50,0	.	.
1840	38,9	.	25,0	.	.	.	.	.	66,7	.	.
1850	44,4	.	42,9	.	.	.	.	.	87,5	.	.
1860	40,4	.	27,9	.	28,1	.	.	.	47,6	.	.
1870	33,7	24,5	29,3	.	28,0	.	.	.	47,8	.	.
1875	35,0	25,0	30,9	.	32,3	.	.	.	47,9	.	.
1880	29,7	23,6	26,0	.	25,9	28,6	.	.	38,1	.	.
1885	28,2	23,7	23,5	.	25,0	23,1	.	.	34,5	.	.
1890	27,8	23,9	22,0	23,4	22,9	22,9	.	.	32,6	.	.
1895	28,8	26,0	22,4	23,8	23,4	23,5	.	.	31,8	.	.
1900	27,1	23,1	22,3	22,9	22,6	21,7	24,4	16,0	31,1	27,1	26,0
1905	28,8	23,4	23,7	24,6	21,9	21,6	23,8	16,4	34,7	26,8	27,3
1910	32,4	24,3	24,2	26,7	23,1	23,3	23,0	15,7	40,7	26,9	30,1
1915	46,9	31,2	26,2	35,2	29,6	31,2	29,0	14,7	48,9	33,3	41,7
1920	88,7	104,1	43,5	49,7	94,4	45,9	123,8	48,6	75,3	105,1	84,5
					c) auf den Überschuß des Zuwachses über die Abhebungen:						
1830	.	.	.	.	.	.	.	.	—	.	.
1840	5,6	.	—	.	.	.	.	.	—	.	.
1850	9,3	.	14,3	.	.	.	.	.	12,5	.	.
1860	9,9	.	4,9	.	9,4	.	.	.	4,8	.	.
1870	5,6	4,1	3,4	.	8,0	.	.	.	2,2	.	.
1875	11,2	7,9	8,0	.	13,5	.	.	.	9,9	.	.
1880	7,3	6,7	2,7	.	6,7	7,9	.	.	5,2	.	.
1885	6,7	6,9	2,8	.	4,3	6,6	.	.	4,9	.	.
1890	5,5	6,5	1,5	6,6	4,9	4,2	.	.	3,3	.	.
1895	8,0	9,1	4,0	7,7	6,3	6,5	.	.	4,6	.	.
1900	4,4	3,4	1,7	6,3	4,8	3,4	3,9	2,0	1,5	2,5	3,9
1905	6,4	6,3	5,7	5,6	6,1	4,7	5,7	3,3	6,1	6,0	6,2
1910	7,0	6,3	5,6	7,7	5,8	6,6	4,7	2,9	7,1	4,4	6,6
1915	— 0,8	4,0	— 4,1	2,5	—	— 2,5	1,0	— 2,7	— 6,9	2,6	— 0,8
1920	16,3	24,8	14,6	23,3	18,3	15,4	16,8	17,3	14,7	27,3	17,2

Die Sparbücher und der Einlagebestand bei den deutschen Sparkassen im Verhältnis zur Einwohnerzahl in den Jahren 1830 bis 1920.

(Tab. b)

Jahr	Es entfielen in (im)																					
	Preußen		Bayern		Sachsen		Württemberg		Baden		Hessen		Thüringen		Mecklenburg-Schwerin		Hamburg und Bremen		den übrigen Freistaaten außer Braunschweig		Deutschen Reiche	
	Sparbücher auf je 100 Einwohner	Einlagen auf den Kopf der Bevölkerung ℳ	Sparbücher auf je 100 Einwohner	Einlagen auf den Kopf der Bevölkerung ℳ	Sparbücher auf je 100 Einwohner	Einlagen auf den Kopf der Bevölkerung ℳ	Sparbücher auf je 100 Einwohner	Einlagen auf den Kopf der Bevölkerung ℳ	Sparbücher auf je 100 Einwohner	Einlagen auf den Kopf der Bevölkerung ℳ	Sparbücher auf je 100 Einwohner	Einlagen auf den Kopf der Bevölkerung ℳ	Sparbücher auf je 100 Einwohner	Einlagen auf den Kopf der Bevölkerung ℳ	Sparbücher auf je 100 Einwohner	Einlagen auf den Kopf der Bevölkerung ℳ	Sparbücher auf je 100 Einwohner	Einlagen auf den Kopf der Bevölkerung ℳ	Sparbücher auf je 100 Einwohner	Einlagen auf den Kopf der Bevölkerung ℳ	Sparbücher auf je 100 Einwohner	Einlagen auf den Kopf der Bevölkerung ℳ
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1830 . .	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	0,1	0,3	.	.	.	.	8	26	.	.	.	.
1840 . .	.	1	.	.	3	5	.	.	.	.	2	5	.	.	.	.	13	43	.	.	.	.
1850 . .	2	3	.	.	5	7	.	.	.	.	3	10	.	.	.	.	22	92	.	.	.	.
1860 . .	3	8	.	.	13	23	.	.	6	23	6	18	.	.	.	.	35	212	.	.	.	.
1870 . .	6	20	6	10	18	46	.	.	7	35	8	31	.	.	.	33	23	101	.	.	.	.
1875 . .	9	43	6	15	27	96	.	.	10	65	10	49	.	.	.	40	26	133	.	.	.	.
1880 . .	11	58	6	17	31	115	.	.	11	86	11	68	.	.	.	46	28	158	.	.	.	.
1885 . .	15	80	9	24	40	137	.	.	14	115	16	95	.	.	.	53	34	207	.	.	.	.
1890 . .	19	110	10	33	46	167	17	67	17	148	17	119	.	.	.	66	37	225	.	.	.	.
1895 . .	22	136	12	44	51	197	20	87	20	193	18	148	.	.	.	73	41	273	.	.	.	.
1900 . .	25	167	13	52	56	220	23	110	23	225	22	181	42	217	21	83	44	281	22	104	27	158
1905 . .	29	222	14	73	61	297	27	163	26	300	22	230	46	291	22	98	48	331	27	147	30	211
1910 . .	32	276	15	88	66	359	31	213	31	380	23	282	52	350	22	109	56	374	30	171	33	260
1915 . .	36	312	18	109	74	406	37	285	38	462	29	341	61	423	22	116	73	423	42	327	43	343
1920 . .	57	799	30	359	93	780	54	737	57	1 013	40	751	84	854	28	236	91	832	56	703	57	744

Nachweisung des zinsbar angelegten Vermögens der preußischen Sparkassen in den Jahren 1830 bis 1920.

(Tab. c)

Jahr	Von dem Vermögen der Sparkassen waren zinsbar angelegt							Von dem zinsbar angelegten Vermögen (Sp. 8) entfielen Hundertteile auf					
	in Hypotheken auf		in Inhaberpapieren	auf Schuldscheine ohne und mit Bürgschaft	gegen Faustpfand und Wechsel	bei öffentlichen Anstalten u. Körperschaften sowie in sonstigen Anlagen	Überhaupt	Hypotheken auf		Inhaberpapiere	Schuldscheine ohne und mit Bürgschaft	Faustpfand und Wechsel	Anlagen bei öffentlichen Anstalten u. Körperschaften sowie auf sonstige Anlagen
	städtische	ländliche						städtische	ländliche				
	Grundstücke							Grundstücke					
	Millionen Mark												
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1830 . . 1840 . . 1850 . .	Die Ausleihung der Kapitalien ist erst seit 1856 bekannt.												
1856 . .	21,26	18,42	25,96	11,87	6,25	8,52	92.29	23,04	19,96	28,13	12,86	6,77	9,23
1860 . .	35,79	36,84	37,58	17,27	10,21	16,01	153,71	23,28	23,97	24,45	11,24	6,64	10,42
1870 . .	131,53	144,41	97,91	67,91	18,13	47,58	507,47	25,92	28,46	19,29	13,38	3,57	9,38
1875 . .	309,04	290,80	266,08	127,49	42,69	93,86	1 129,96	27,35	25,74	23,55	11,28	3,78	8,31
1880 . .	465,61	450,35	399,02	163,30	45,02	117,11	1 640,42	28,38	27,45	24,32	9,95	2,74	7,14
1885 . .	631,51	651,31	683,23	141,09	103,03	158,80	[1]) 2 373,85	26,60	27,44	28,78	5,94	4,34	6,69
1890 . .	957,50	895,09	1 071,51	144,35	106,49	233,26	[1]) 3 417,34	28,02	26,19	31,36	4,22	3,12	6,83
1895 . .	1 299,45	1 174,54	1 379,76	160,84	135,44	407,18	4 557,21	28,51	25,77	30,28	3,53	2,97	8,93
1900 . .	2 000,20	1 486,73	1 553,71	150,46	166,95	617,00	5 975,05	33,48	24,88	26,00	2,52	2,79	10,33
1905 . .	3 217,23	1 882,56	2 284,09	165,49	176,46	968,01	8 693,83	37,01	21,65	26,27	1,90	2,03	11,13
1910 . .	4 586,80	2 302,65	2 738,56	186,33	212,96	1 561,45	11 588,95	39,58	19,87	23,63	1,61	1,84	13,47
1915 . .	6 236,72	2 373,52	4 075,38	203,75	157,73	2 433,03	15 480,13	40,29	15,33	26,33	1,32	1,02	15,72
1920 . .	5 674,42	1 609,58	9 358,19	198,21	776,13	12 734,05	30 350,58	18,70	5,30	30,83	0,65	2,56	41,96

[1]) In den Jahren 1885 und 1890 ergibt die Quersumme der Spalten 2 bis 7 nicht die Zahl in Spalte 8, weil in diesen Jahren einzelne Kassen ihre Anlagen wohl überhaupt angegeben, aber nicht nach Arten verteilt hatten.

allgemeine Entwicklungserscheinung wird aller Wahrscheinlichkeit nach eine Folge der Verstadtlichung und Industrialisierung der Bevölkerung Deutschlands sein. Denn es dürfte wohl trotz aller Verschiedenheit der Bevölkerung aller Länder Deutschlands kaum als ein Zufall angesehen werden, daß schon verhältnismäßig früh in Hamburg und Bremen sowie in Sachsen eine rege Anteilnahme der Bevölkerung an den Sparkassen beginnt, die sich zwischen dem Jahre 1900 und dem Jahre 1920 in den übrigen deutschen Ländern im starken Anwachsen zeigt, mit Ausnahme der am meisten agrarischen Länder Bayern und Mecklenburg-Schwerin. Es liegt auch auf der Hand, daß die städtische und bürgerliche Bevölkerung sich viel stärker der Sparkasse als bedeutsamem Sparinstitut zuwendet wie die Landbevölkerung und die selbständigen Gewerbetreibenden. Diese sind in weitem Umfange in der Lage und zum Teil auch gezwungen, Überschüsse ihrer Einnahmen über ihre Ausgaben in ihrem Betriebe nutzbringend anzulegen, um dadurch ihre wirtschaftliche Existenz zu bessern und sicherer zu gestalten. Bis über die Kriegsjahre hinaus kann man geradezu die Sparkassen als die Zufluchtsstätte einer Anzahl von nicht selbständigen Personen bezeichnen, die sich durch die Vermittlung dieser Kassen einen Anteil an dem wachsenden Volksvermögen vermittels ihrer Spartätigkeit zu sichern suchten. Diese Bevölkerung gab hier in weitem Umfange ihre ersparten Mittel durch die Anlage der Kassen zum Wohnungsbau, zur Betriebsverbesserung der Landwirtschaft, für die Bedürfnisse des Staates und der Gemeinden und erhielt in Höhe der Sparbücher Anteil an den im Besitz der Sparkassen befindlichen Hypotheken und Anleihen. Durch die Entwertung des Geldes ist gerade diese Bevölkerung um den Anteil an dem Volksvermögen gekommen, der, selbst wenn man nur die Sparkassen berücksichtigt und keine anderen Sparinstitute, Versicherungsgesellschaften und die eigene Erwerbung von Vermögensanteilen, 8 % des gesamten Volksvermögens am Schlusse des Krieges betrug.

Dieser erstaunlich hohe Anteil der Sparkassen am Volksvermögen spiegelt sich in der Marksumme der Anlagen wider, die in den verschiedenen Jahrzehnten als Spareinlagen auf den Kopf der Bevölkerung entfallen. Die Kopfquote hat sich von 1870 allein bis 1910 in folgender Weise gehoben:

in Preußen von 20 auf 276 Mark, also fast das 14 fache,
in Bayern von 10 auf 88 Mark, also fast das 9 fache,
in Sachsen von 46 auf 359 Mark, also fast das 8 fache,
in Baden von 35 auf 380 Mark, also fast das 11 fache,
in Hessen von 31 auf 282 Mark, also mehr als das 9 fache,
in Hamburg und Bremen von 101 auf 374 Mark, also fast das 4 fache.

Die hieraus für die Jahre vor dem Kriege ersichtlichen Abstufungen der Höhe der Kopfquote der einzelnen Länder setzen sich auch während des Krieges und nach dem Kriege trotz des ständigen Anschwellens dieser Quote in allen Ländern fort (vergleiche die ungeraden Spalten in der Tabelle b S. 82). Es wäre aber verfehlt, aus diesen Unterschieden in der Bedeutung der Sparkasse auch einen Unterschied in der Rührigkeit und Stetigkeit der Spartätigkeit in den einzelnen Ländern zu erblicken. Abgesehen davon, daß, wie vorhin schon bemerkt, die Landbevölkerung und die selbständigen Gewerbetreibenden ihre Überschüsse der Hauptsache nach in einer anderen Form anlegen werden, treten noch in vielen Gegenden andere Sparinstitute, vor allem Genossenschaften jeder Art und Privatbanken, als Konkurrenz der Sparkassen auf. Um die Spartätigkeit der Bevölkerung selbst in den einzelnen Landesteilen vergleichen zu können, müßte man daher auch einen Überblick über die in den Kassen dieser Unternehmungen ständig angelegten Gelder haben.

Die Kopfquoten der Bevölkerung an Spareinlagen sind nur ein Spiegelbild des außerordentlich raschen Anwachsens der Spareinlagen überhaupt, die bis zu den Jahren der anfangenden Geldentwertung nur durch das Reicherwerden des gesamten Volkes erklärt werden können. Obwohl mit dem Größerwerden der Spareinlagen eine hohe prozentuale Zunahme bedeutungsvoller und schwieriger wird als bei geringem Einlagebestande, so hat doch z. B. in Preußen seit 1840, selbst in den späteren Jahrzehnten, als die Masse der Anlagen bereits viele Milliarden zählte, die Zunahme in keinem Falle erheblich weniger als 100 % betragen. Die geringste Steigerung ist von 1890 auf 1900 zu verzeichnen, aber auch hier beziffert sie sich fast auf 80 %. Wenn auch in den anderen Ländern die Steigerungssätze in den einzelnen Jahrzehnten mit denen in Preußen nicht gleichen Schritt gehalten haben, so ist doch auch in diesen mit Ausnahme von Mecklenburg-Schwerin die Steigerung von einem zum anderen Jahrzehnt regelmäßig über 50 % des alten Einlagebestandes hinausgegangen.

Von besonderem Interesse ist zweifellos die Höhe der Abhebungen auf der einen und die der Zuschreibungen und Neuanlagen innerhalb der verschieden Jahre auf der anderen Seite. Man wird geneigt sein, anzunehmen, daß bei den Sparkassen ein recht geringer Wechsel der Anlagen stattfindet. Schon in dem Begriff der Sparkasse liegt der Gedanke einer dauernden Anlage oder doch einer Anlage, die nur für den Notfall wieder herausgezogen werden soll. Da derartige Notfälle aber nicht jährlich eintreten und auch besondere wahrscheinliche oder vorauszusehende Ereignisse, für die man spart, wie Ausstattung des Sohnes oder der Tochter, Begräbniskosten und ähnliche Fälle, nur selten im Leben vorkommen, so wird man ohne Kenntnisse der Zahlen sicherlich des Glaubens sein, daß höchstens der zehnte Teil der Spareinlagen im Durchschnitt der Jahre wieder abgehoben wird. Eine Ausnahme wird man, abgesehen von den früheren Kriegsjahren, auch für die Zeit zulassen, in der die Sparkassen in größerem Umfange zu der Einrichtung von Girokassen mit ihrem täglichen Geldscheck- und Giroverkehr übergegangen sind. Da diese Wandlung sich aber merkbar erst in den Kriegsjahren vollzogen hat, so dürfte es fast jeden in Erstaunen setzen, aus den Tabellen zu sehen, daß selbst in den frühesten Jahren der Sparkassenstatistik in den meisten Ländern sich eine sehr starke Bewegung der Sparkassengelder vorfindet. Wenn wir bei einem Vergleich die Jahre 1915 bis 1920 ausschalten, in denen eben die Girokassen eine bedeutsame Rolle spielten, stellen sich die Spannungsverhältnisse in den einzelnen Ländern mit einer Statistik über mehr als 30 Jahre nach der Tabelle a S. 81 folgendermaßen:

Auf je 100 Mark des Bestandes an Spareinlagen wurden abgehoben:

in Preußen	zwischen	20,8	Mark	(1895)	und	35,2 Mark	(1850),
„ Bayern	„	16,8	„	(1885)	„	20,4 „	(1870),
„ Sachsen	„	18,0	„	(1905)	„	28,6 „	(1850),
„ Württemberg . .	„	16,0	„	(1895)	„	19,0 „	(1910),
„ Baden	„	15,8	„	(1905)	„	20,7 „	(1885),
„ Hessen	„	16,5	„	(1885)	„	20,6 „	(1880),
„ Hamburg u. Bremen	„	27,2	„	(1895)	„	75,0 „	(1850).

Es ergibt sich also, daß im Jahre 1850 und, wie die Gesamttabelle zeigt, überhaupt in den Jahren vor 1890 die Abhebungen im Verhältnis zum Einlagebestande recht hoch waren, und daß die geringsten Abhebungen in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts und in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts vorgekommen sind. Bei der Übereinstimmung, die sich in den Ländern zeigt, deren Sparkassenstatistik verhältnismäßig weit zurückreicht, glaube ich annehmen zu dürfen, daß sich auch für die Länder, deren Statistik erst in späteren Jahrzehnten anfängt, ein ähnliches Bild ergeben würde, wenn man die Statistik hier ebenfalls über die fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückführen könnte.

Aber selbst wenn man nur die niedrigen Verhältniszahlen zum Ausgangspunkt einer Betrachtung macht, so muß man doch auch dann feststellen, daß mit Ausnahme von Mecklenburg-Schwerin jedes Jahr ein Sechstel bis ein Fünftel des Einlagebestandes abgehoben wurde. Im Durchschnitt wurde also das der Sparkasse anvertraute Geld bereits nach 6 Jahren wieder zurückgezogen. Wenn man bedenkt, daß selbstverständlich eine große Reihe von Konten über lange Zeiträume unbeweglich, jedenfalls ohne Abhebungen daliegt, so muß ein anderer Teil der Sparkassengelder noch weit rascher als innerhalb von 6 Jahren wieder zurückgezogen werden. Eine Erklärung für diese starke Beweglichkeit der Spargelder kann man nur vermuten. Zunächst wird man annehmen, daß zu den Sparkunden stets viele gehört haben, die wohl einen Spartrieb, aber nicht die Kraft hatten, den Spargedanken auf die Dauer durchzuführen, und ohne oder aus verhältnismäßig geringem Anlaß das Geld oder einen Teil des Geldes wieder zurückzogen. Ferner wird man daran denken, daß schon in früheren Jahren in großem Umfange für Kinder Sparbücher angelegt wurden, die nur eine kurze Zeit, z. B. bis zur Konfirmation oder selbst zur Beschaffung eines Anzuges und ähnlicher Dinge, gebraucht wurden.

Zu einer wichtigeren Erkenntnis des Hauptgrundes dieser starken jährlichen Beweglichkeit gelangt man bei dem Eingehen auf ein anderes Problem, nämlich darauf, inwieweit die Neueinlagen auch vor der Zeit des Giroverkehrs von den alten Kunden einschließlich derer, die ihren ganzen Bestand zeitweise abgehoben haben, geleistet worden sind und inwieweit von neuen Kunden. Hierüber könnte die Ausgabe neuer Sparbücher bis zu einem bestimmten Grade Aufschluß geben, wenn daneben der Abgang an Sparbüchern statistisch erfaßt würde oder man aus dem Zugang und dem alten und neuen Bestand der Sparbücher den Abgang an Sparbüchern berechnen könnte. Leider ist dies aber für die meisten Länder und für die verschiedenen Jahrzehnte nach den vorhandenen Unterlagen nicht möglich. Man muß sich vielmehr mit der Tatsache begnügen, daß die Sparbücher jährlich beträchtlich zugenommen haben, ohne entscheiden zu können, wie groß der Prozentsatz der neuhinzugekommenen Kunden ist. Eine interessante Tatsache weist aber m. E. darauf hin, daß ein großer Kreis der Spargäste, die innerhalb eines Jahres Abhebungen an Spargeldern vornehmen, auch wieder selbst in dem gleichen Jahre zahlreiche Neueinlagen bei der Sparkasse einzahlen. Es zeigt sich nämlich, daß in Jahren mit großen Abhebungen, wenn man von dem Kriegsjahr 1915 absieht, auch große Neuanlagen zu verzeichnen sind. Man braucht hier nur auf die Jahre 1850 und 1920 hinzuweisen, von denen jedes in seiner Art durch außergewöhnlich hohe Abhebungen in allen nachgewiesenen Ländern hervortrat, obwohl man erwarten müßte, daß in solchen Jahren die Neueinlagen hinter den Abhebungen zurückbleiben würden und sich demgemäß ein Minus in dem Überschuß ergeben würde oder höchstens ein kleines, durch zugeschriebene Zinsen hervorgerufenes Plus. Ferner ergibt sich, daß die Länder mit vorwiegend geringen Abhebungen, wie Mecklenburg-Schwerin, Baden, Württemberg, Bayern und Hessen, nur jährliche Überschüsse der Zuschreibungen über die Abhebungen besitzen, die den Überschüssen in den anderen Ländern naheliegen. Beide an und für sich unerwartete Tatsachen finden zwanglos dadurch ihre Erklärung, daß die Zuschreibungen im allgemeinen in ihrer Höhe von den Abhebungen abhängen, mit anderen Worten, daß die gleichen Kreise, die Spargelder abheben, auch wieder, und zwar nach verhältnismäßig kurzer Frist, einen Teil der abgehobenen Beträge oder sogar mehr wieder zur Sparkasse tragen. Das bedeutet, daß die Abhebungen zu einem größeren Teil auf einem nur vorübergehenden Geldbedürfnis beruhen. Der Vorteil der Spareinlagen, im Falle eines Sachbedarfs diesen zur gelegenen Zeit zu befriedigen und später das verausgabte Geld wieder einzusparen, wird demnach voll ausgenutzt. Es ist schließlich auch nicht anzunehmen, daß die Sparkassen im Verhältnis zu dem jährlichen Einlagebestande einen so erheblichen Zuwachs gehabt haben würden, wenn ein merkbarer Teil der Sparer oder der Spargelder ohne Wiederkehr nach verhältnismäßig kurzer Zeit wieder aus dem Sparkreise ausgeschieden wäre. Dieser Zuwachs ist in allen dargestellten Jahren mit Ausnahme des Jahres 1915 vorhanden gewesen und hat in allen Ländern in den meisten dargestellten Jahren über 4,5 % des alten Einlagebestandes betragen. Interessant ist es, hierbei festzustellen, wie vor allem das volkreichste und industrialisierteste Land Sachsen in seiner Überschußbewegung eine geradezu erstaunliche Parallelität mit der Überschußbewegung in Hamburg und Bremen aufweist und beide ein verhältnismäßig starkes Schwanken der Höhe der prozentualen Zunahme zeigen, während mit Ausnahme des Jahres 1875 und des Jahres 1915 die Schwankungen in den übrigen Ländern weniger hervortreten. Die ganz besonders starke Zunahme im Jahre 1920 kann bei der historischen Betrachtung außer Betracht bleiben, da sich hier die Folge der Geldinflation bemerkbar macht, die als vorübergehende Erscheinung nur für die Nachkriegsjahre eine Bedeutung besitzt.

Leider ist es nicht möglich, die Bewegung in der Art der Anlagen der Sparkassen in Deutschland durch die einzelnen Jahrzehnte hindurch zu verfolgen, da die Unterlagen hierzu nicht vorhanden sind. Nur Preußen hat bereits seit 1856 auch eine Nachweisung über die Anlagen in seine Sparkassenstatistik aufgenommen, die in ihren Hauptzahlen für das gesamte Staatsgebiet sowohl in absoluten als in relativen Zahlen in der Nachweisung c auf Seite 82 wiedergegeben ist. Die absoluten Zahlen sind bei allen Anlagearten mit Ausnahme der Schuldscheine mit und ohne Bürgschaft bis zum Jahre 1915 (Anlagen gegen Faustpfand und Wechsel nur bis zum Jahre 1910) ständig, wenn auch ungleichmäßig gewachsen; erst das Jahr 1920 bringt eine Abnahme bei den städtischen und ländlichen Hypotheken und dafür eine außerordentlich starke, über das sonstige Maß hinausgehende Zunahme an Inhaberpapieren und an Anlagen bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften. Die wichtigere Vergleichung der prozentualen Anteile der verschiedenen Anlagen an dem Vermögen der Sparkassen zeigt dagegen, wie stark einige Arten ständig gewachsen andere dagegen ständig in ihrer Bedeutung gesunken sind. Die stärkste prozentuale Senkung haben die Anlagen in den verschiedenen Arten des Personalkredits gefunden, die noch im Jahre 1856 fast ein Fünftel sämtlicher Anlagen ausmachten und im Jahre 1915 nur noch 2,34 %, also fast zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken waren. Die städtischen Hypotheken konnten bis zum Jahre 1915 ihren Anteil an den Anlagen ständig heben. Die starke Entwicklung der Bautätigkeit ergab ja die Leichtigkeit und Reichhaltigkeit dieser Art Anlagen für die Sparkassen. Erst das Jahr 1920 zeigt gegenüber dem Jahre 1915 einen erheblichen Rückgang von 40,29 auf 18,70 %. Auch den Hausbesitzern war es, wie man hier sieht, zu einem größeren Teil infolge der Geldentwertung gelungen, ihre Hypotheken zurückzuzahlen. Diese Möglichkeit wird allerdings auch durch den Wunsch und das dementsprechende Vorgehen der Sparkassen Verstärkung erfahren haben, andere Anlagen abzustoßen, da die Bedürfnisse ihrer Garantieverbände und anderer Gemeinden an Geldmitteln außerordentlich groß wurden und sie großen Wert darauf legen mußten, Geld für diese Zwecke freizubekommen. Während die Anlagen bei öffentlichen Anstalten von dem Jahre 1856 bis zum Jahre 1885 von 9,23 auf 6,69 % gesunken waren, ist von da ab eine langsam einsetzende, dann rascher zunehmende Vermehrung des Kreditbedürfnisses der Gemeinden zu verzeichnen. 1905 betrug der Anteil dieser Anlagen an dem Gesamtvermögen bereits mehr als 11 %,

1915 über 15 %, um im Jahre 1920 sogar auf fast 42 % zu steigen.

Die Anlage in ländlichen Hypotheken hat im Jahre 1870 ihren prozentualen Höhepunkt erreicht, eine merkliche Abnahme ist aber erst vom Jahre 1900 an zu spüren. Von diesem Jahr bis zum Jahre 1905 verliert diese Anlageart mehr als 3 Punkte, in dem nächsten Jahrfünft etwa $1\frac{3}{4}$ Punkte und in dem weiteren Jahrfünft über $4\frac{1}{2}$ Punkte, so daß ihr Anteil im Jahre 1915 nur noch 15,33 % beträgt. Das nun folgende Jahrfünft mit seiner Geldentwertung in den beiden letzten Jahren wird von den Landwirten zu einer ganz umfangreichen Rückzahlung der Hypotheken auch bei den Sparkassen benutzt, so daß im Jahre 1920 der Anteil der ländlichen Hypotheken am Vermögen nur noch wenig über 5 % beträgt. Der Anteil der Inhaberpapiere an dem Vermögensbestande ist von allen Anlagearten den wenigsten Schwankungen ausgesetzt gewesen. Den Tiefpunkt im Jahre 1870 verzeichnet die Prozentzahl 19,29, seinen Höhepunkt im Jahre 1890 die Verhältniszahl 31,36.

Wenn man heute die Zahlen über die Ergebnisse des Geschäftsbetriebs der deutschen Sparkassen aus dem Rechnungsjahre 1921 (Tabelle I u. II, Seite 6 ff.) liest, so vermag man nicht ohne weiteres sich ein Bild von der Bedeutung der Zahlen zu machen. Die schnell wechselnde und im progressiven Maße steigende Inflation mit ihrer Geldentwertung hat uns der Möglichkeit beraubt, die Zahlen der letzten Jahre richtig zu beurteilen. Es sei daher vorweg hier bemerkt, daß zu Anfang des Jahres 1921 nach einem Dollarstande von 73,37 der Wert der Mark zwischen ein Siebzehntel und ein Achtzehntel ihres früheren Wertes schwankte, also zwischen 5 und 6 Pfennigen, und daß am Schlusse des gleichen Jahres die Mark auf ein Fünfzigstel ihres Wertes, also auf 2 Pfennige, gesunken war. Wenn wir somit auch damals nur noch mit Bruchteilen der Goldmark rechneten, so erscheinen uns heute, zu der Zeit der Billionenrechnung, wo trotz der Zwangsfeststellung des Kurses der Goldpfennig zehn Milliarden wert ist, selbst diese Bruchteile als wirkliche Wertfaktoren. Und in der Tat hatte sich damals der Spareinlagebestand der Sparkassen noch nicht in Nichts aufgelöst. Die 43 Milliarden, die der Einlagebestand am Schluß des Rechnungsjahres 1920 aufwies, bedeuteten noch immerhin 2,5 Gold-Milliarden, und selbst der Einlagebetrag von 49,7 Milliarden am Schlusse des Rechnungsjahres 1921 hatte doch noch wenigstens den Wert von 1 Gold-Milliarde.[1])

Bei der Feststellung des Rückganges des Sachwertes der Einlagen innerhalb des Rechnungsjahres auf zwei Fünftel seines ursprünglichen Wertes gewährt ein Blick auf die Spalte über den Betrag der Rückzahlungen einen gewissen Trost. Aus dieser Spalte ergibt sich nämlich, daß in vielen Ländern, vor allem in Preußen mit seinem überwiegenden Einlagebestande, die Rückzahlungen einen sehr erheblichen Teil des Bestandes ausgemacht haben. Daraus geht, wie vorher bereits gezeigt, hervor, daß wenigstens der größere Teil der Sparer im Laufe des Jahres sein Spargeld ganz oder zu einem größeren Teil zurückgezogen und in Sachwerten angelegt hat, um dann neugespartes Geld wieder einzulegen. Infolge hiervon ist zu hoffen, daß die Sparer bei weitem nicht in vollem Umfange den Rückgang des Sachwertes der Einlagen während des Jahres 1921 tatsächlich verloren haben. Trotz dieser Erklärung aus den Abhebungen und Neueinlagen bleibt die Treue, mit der der Kundenkreis auch während des Rückgangs des Markwertes die Sparkassen zur Hingabe freier Bestände benutzt, bewundernswert. Das konservative Verhalten der Sparkunden mag zu einem guten Teil mit dem Mangel an Einsicht in die Entwertung der Mark und die Notwendigkeit der Verwandlung des Geldvermögens in Sachwerte zusammenhängen. Völlig erklären kann man damit die Zunahme der Spareinlagen um fast 15 % trotz der umfangreichen Rückzahlungen nicht. Die unbedingte Sicherheit, die die Sparkassen während der vielen Jahrzehnte ihres Bestehens ihren Spargästen geboten hatten, und die sachliche und im allgemeinen einwandfreie Abfertigung des Publikums durch die Beamten hat den auftauchenden Gedanken, das traditionell gewordene Verhältnis mit der Sparkasse zu lösen, nicht zur Reife bringen können. Im übrigen seien zu den Zahlen der Tabelle I noch folgende Ausführungen gemacht:

Die Zunahme der Einlagen im Verhältnis zu dem ursprünglichen Einlagebestande war 1921 in den verschiedenen Ländern und Landesteilen recht verschieden. Sie schwankte zwischen 5,2 % (Lübeck) und 28,8 % (Hohenzollernsche Lande). In Oberschlesien, in Oldenburg und Lippe lag sie noch über 20 %, unter 10 % Zunahme hatten außer Lübeck die Stadt Berlin (6 %), die Grenzmark Posen-Westpreußen (9,4 %), Sachsen (9,1 %), Bremen (7,9 %), Mecklenburg-Strelitz (7,9 %) und Waldeck (8,6 %) zu verzeichnen.

Neben dem Sparverkehr hatte sich auch im Jahre 1921 der Giroverkehr in allen Ländern weiterhin gut entwickelt, der für viele Kassen in den schwierigen Zeiten nach 1921 überhaupt den Ausgangspunkt und den Stützpunkt für eine bankmäßige Orientierung gegeben hat, durch die die Aufrechterhaltung der Sparkasse häufig überhaupt nur ermöglicht wurde.

Die Sicherheitsrücklagen waren in allen Ländern und Landesteilen mit Ausnahme von Bremen (5,1 %) und Mecklenburg-Strelitz (9,3 %) im Verhältnis zum Einlagebestande recht gering. Nur in etwa der Hälfte der Landesteile und Staaten gingen sie über 2 % hinaus. Da die Garantieverbände — in den meisten Fällen Kommunen — mit ihrem gesamten Vermögen und Einkommen für die Verbindlichkeiten der Sparkasse zu haften haben, so sind auch die Sicherheitsrücklagen von erheblich geringerer Bedeutung als bei irgendwelchen Privatunternehmungen. Weder früher noch später wird von ihrer Höhe irgendwie das berechtigte Vertrauen des Publikums zu den Sparkassen abhängig sein.

Die Zinsüberschüsse (Spalte 13), die die Sparkassen aus der Spannung zwischen den Zinseinnahmen aus ihren Anlagen und den Zinsausgaben für die Einlagen (Spalte 11 und 12) gezogen haben, sind überall nicht über ein bescheidenes Maß hinausgegangen. Sie zeigen aber in ihrer Höhe, daß sich die Sparkassen in allen Ländern bewußt waren, daß von diesen Spannungseinnahmen sich ihr Betrieb erhalten mußte. Die Unterschiede, die sich zwischen den einzelnen Ländern in diesem Falle finden, sind dementsprechend nicht sehr erheblich. Der prozentual geringste Zinsüberschuß betrug 22,5 (Waldeck), der höchste 39,1 (Lübeck). Überall, bis auf Berlin und Lübeck, reichten im Jahre 1921 diese Beträge noch aus, um die Verwaltungskosten der Sparkassen in den einzelnen Ländern durchschnittlich zu decken. Es blieben, wie die Vergleichung der Spalten 13 und 15 ergibt, fast überall noch — im Verhältnis zu den Verwaltungskosten selbst beträchtliche — Reinerträge, die im ganzen Deutschen Reiche fast 34 % der Zinsüberschüsse betrugen.

In der Art, in der die Sparkassen der einzelnen Teile Deutschlands ihr Sparkassenvermögen angelegt haben, finden sich bedeutsame Schwankungen; aber immer beschränken sich die größeren Abweichungen auf einen kleinen Teil der Länder und Provinzen, während im allgemeinen das Verhältnis der einzelnen Anlagen zum Gesamtbestande in nicht zu großer Entfernung von einem Mittelwerte liegt. So stehen z. B. bei den städtischen und länd-

[1]) Es sei hier bemerkt, daß die Umrechnung der Einlagebestände in Gold für den Anfang und den Schluß des Jahres 1921 nicht ganz genau ist, da das Rechnungsjahr einer Reihe von Kassen am 31. März und das einiger anderen erst am 30. Juni 1921 geschlossen hat. Es ist also möglich, daß der Einlagebestand dieser Kassen am 1. Januar und 31. Dezember 1921 nicht die gleiche Höhe hatte wie an dem in der Statistik wiedergegebenen Rechnungstage.

lichen Hypotheken der Verhältniszahl von 69,9 in Mecklenburg-Strelitz (vergl. Spalte 19) und der von Sachsen von 47,7 die Ziffern von Württemberg (12,4), Oldenburg (12,9), Berlin (13,2) und Bayern (15,4) gegenüber. Die Abweichungen der anderen Länder und Landesteile dagegen bewegen sich nur zwischen 17,0 (Hohenzollernsche Lande) und 37,8 (Hamburg). Der Mittelwert für ganz Deutschland beträgt 24,2.

Der Bestand an Inhaberpapieren war verhältnismäßig am geringsten bei den Sparkassen von Hamburg und Mecklenburg-Strelitz (7,5) und eigentümlicherweise am größten bei der Schwesterstadt Bremen (35,5). Hier liegt der Mittelwert für ganz Deutschland bei 27,1, um den sich noch enger als bei den Hypotheken die Verhältniswerte der übrigen Freistaaten und Landesteile gruppieren.

Sehr stark war fast überall die Anlage bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften und nach den hier allerdings nicht veröffentlichten Unterlagen vornehmlich bei dem eigenen Garantieverband. Eine Verhältniszahl unter 10 kommt nur einmal vor, und zwar bei Bremen (5,9), und eine Verhältniszahl zwischen 10 und 20 nur viermal. In der Stadt Berlin war über die Hälfte des gesamten Vermögens durch diese Art der Anlagen belegt. Auch in Württemberg ist die Verhältniszahl nicht weit von 50 entfernt (48,4). Da früher diese Anlage einen erheblich geringeren Umfang hatte (vergl. die historische Übersichtstabelle über Preußen), so spiegelt sich hier die wachsende Kreditnot der Kommunen nach dem Kriege wider.

Der Personalkredit hat fast überall nur eine geringe Rolle gespielt. In den meisten Ländern und Landesteilen liegt hier die Verhältniszahl unter 10; durch besonders starke Pflege dieser Kreditart zeichnen sich nur Hamburg mit 38 und die Hohenzollernschen Lande mit 21,7 % aus. Örtliche Verhältnisse der Sparkassenorte und Gewohnheiten bei der Verwaltung der Kassen sind für die Höhe dieser Anlagen demnach maßgebend gewesen.

Der Kassenbestand, der in der Tabelle I in Spalte 28 und 29 nur in absoluten Zahlen wiedergegeben ist, schwankt, sobald man ihn in ein Verhältnis zum Einlagebestand bringt, zwischen 0,5 % (Bremen) und 19,3 % (Pommern); er liegt häufiger unter als über 10 %. Die Höhe wird bei den großen Kassenbeständen durch einen verständlichen starken Zufluß kurz vor dem Jahresabschluß zu erklären sein, der nicht mehr in irgendeine Anlage verwandelt werden konnte. Der besonders niedrige Kassenbestand, wie bei Bremen und Hamburg, wird seine Erklärung entweder dadurch finden, daß es für die Kasse nicht schwer war, sich im Bedarfsfalle von einer Reichsbankstelle oder anderen Banken schnell Geld zu verschaffen, oder sie am Jahresanfang mit keinem besonderen Geldbedürfnis ihrer Kunden zu rechnen brauchte.

Teil II.

Das Spargeschäft.

1. Der Kreis der Einleger.

Von Dr. **Fritz Vogt,** Sparkassendirektor der Stadt Düsseldorf.

Die erste in Deutschland errichtete eigentliche Sparkasse, die in Hamburg 1778 von der Patriotischen Gesellschaft ins Leben gerufen wurde, sollte statutengemäß „zum Nutzen geringer, fleißiger Personen beiderlei Geschlechts, als Dienstboten, Tagelöhner, Handarbeiter und Seeleute usw." Ersparnisse annehmen, „um ihnen Gelegenheit zu geben, auch bei Kleinigkeiten etwas zurückzulegen und ihren sauer erworbenen Not- und Brautpfennig sicher zu einigen Zinsen belegen zu können, wobei man hoffte, daß sie diese ihnen verschaffte Bequemlichkeit sich zur Aufmunterung gewähren lassen mögen, um durch Fleiß und Sparsamkeit dem Staate nützlich und wichtig zu werden". Die Benutzung der Hamburger Sparkasse stand nach der Satzung daher ausschließlich den Angehörigen der untersten Bevölkerungsschichten frei. Etwas weiter dehnte den Kreis der Einleger die Frankfurter Sparkasse von 1822 aus, die als ihren Gründungszweck ausdrücklich bezeichnet: „die Tugend des Fleißes und der Sparsamkeit zu fördern ohne engherzige Beschränkung auf besondere Berufsstände"[1]. Auch die in Lübeck 1817 gegründete Sparkasse berücksichtigt in ihrem Gründungsstatut nicht lediglich die Interessen der untersten Klassen, sondern spricht deutlich aus, daß sie „allen und jedem" eine Gelegenheit geben will, „den Ertrag ihrer Ersparungen oder ihres Erwerbs sicher und zinsbar zu belegen". Sicher ist indessen, daß allen Sparkassen bei ihrer Errichtung das Ziel vorschwebte, in erster Linie als Sparbüchse des kleinen Mannes zu dienen. Ebenso sicher ist aber, daß fast alle Sparkassen von Anfang an ihre satzungsmäßigen Aufgaben nicht engherzig auslegten. Allerdings findet man hier und da den Vorschlag, „Juden, notorisch Reiche, Stiftungsalumnen" auszuschließen; aber meist erkannten alle Sparkassen von Anfang an, „daß die Kreise der mittleren Bevölkerung nicht ausgeschlossen und ihnen die Vorteile einer unentgeltlichen Verwaltung kleinerer, sonst schwer anlegbarer Vermögen nicht entzogen werden können"[1]).

Das preußische Reglement, die Einrichtung des Sparkassenwesens betreffend, vom 12. Dezember 1838, das auf die Entwicklung der Sparkassen in Preußen zweifellos einen sehr günstigen Einfluß ausgeübt hat, fordert in Ziffer 4, daß die Einrichtung der Sparkassen selbst „hauptsächlich auf das Bedürfnis der ärmeren Klasse, welcher Gelegenheit zur Anlegung kleiner Ersparnisse gegeben werden soll, berechnet und der Veranlassung zur Ausartung der Anstalten vorgebeugt werde". In Preußen war daher die Aufgabe der Sparkassen gesetzlich ziemlich eng begrenzt. Trotzdem haben gerade die preußischen Sparkassen eine geradezu glänzende Entwicklung genommen. Nicht nur der Betrag der gesamten Spareinlagen, sondern auch der durchschnittliche Betrag des

[1]) Denkschrift zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Frankfurter Sparkasse von 1822, S. 5.

[1]) Linke Spalte Anmerkung 1 genannte Druckschrift S. 14.



Berufsstatistik der Sparer der Sparkasse der Stadt Berlin.

Berufseinteilung	Anzahl der Ersteinzahlungen im Jahre 1921 von						Zusammen	Die Ersteinzahlungen jeder Berufsgruppe betrugen		
	1 bis 20 Mark	20 bis 100 Mark	100 bis 500 Mark	500 bis 1000 Mark	1000 bis 3000 Mark	über 3000 Mark		1921	1920	1919
								v. H. der Gesamtzahl		
I. Unselbständige Berufe.										
a) α) Arbeiter, Fabrikarbeiter, Tagelöhner, Kutscher usw.	1 008	1 924	2 370	1 897	1 598	788	9 585	10,12	12,07	12,30
β) Kinder von solchen	1 231	1 178	753	427	282	113	3 984	4,21	4,25	3,70
b) α) Kaufmännische und gewerbliche Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge	1 414	2 976	4 307	2 884	2 679	1 437	15 697	16,57	14,81	13,92
β) Kinder von solchen	1 063	1 292	1 002	413	238	230	4 238	4,47	3,69	2,79
c) α) Dienstboten, Diener, Krankenpfleger	296	832	1 202	701	577	281	3 889	4,11	4,31	4,43
β) Kinder von solchen	240	261	229	152	148	85	1 115	1,18	0,99	0,76
II. Selbständige Berufe.										
a) α) Gewerbetreibende, selbst. Kaufleute, selbst. Handwerker, Gastwirte	932	1 786	2 695	2 454	2 452	1 890	12 209	12,89	14,06	13,75
β) Kinder von solchen	926	1 234	1 093	464	409	231	4 357	4,60	4,94	4,26
b) α) Beamte, Beamtinnen, Militär, gelehrte Berufe	1 775	2 916	2 473	2 013	2 143	1 435	12 755	13,47	12,95	12,05
β) Kinder von solchen	769	1 091	821	375	321	185	3 562	3,76	3,10	2,70
c) α) Rentner u. a.	526	835	1 120	996	988	673	5 138	5,42	6,88	6,20
β) Kinder von solchen	485	590	524	282	223	143	2 247	2,37	2,68	2,02
III. Vereine, Institute, Nachlasse, Behörden usw.	184	325	546	384	378	230	2 047	2,16	1,25	2,02
IV. Personen, deren Beruf nicht festzustellen war	2 493	3 093	3 028	2 059	1 992	1 227	13 892	14,67	14,02	19,10
Zusammen	**13 342**	**20 333**	**22 163**	**15 501**	**14 428**	**8 948**	**94 715**	**100**	**100**	**100**
Unselbständige Berufe zusammen	*5 252*	*8 463*	*9 863*	*6 474*	*5 522*	*2 934*	*38 508*	*40,66*	*40,12*	*37,90*
Selbständige Berufe zusammen	*8 090*	*11 870*	*12 300*	*9 027*	*8 906*	*6 014*	*56 207*	*59,34*	*59,88*	*62,10*
Dagegen 1920 zusammen	10 051	14 865	18 232	13 383	10 335	5 921	72 787	—	—	—

Anmerkung. Die Zahlen beziehen sich nur auf den Verkehr in den Geschäftsstellen der Alt-Berliner Sparkasse. Die eingemeindeten Sparkassen führten eine solche Statistik bisher noch nicht; die Ausdehnung auf den gesamten Geschäftskreis der Sparkasse ist geplant.

einzelnen Sparguthabens stieg ganz erheblich, und ein immer höherer Prozentsatz der Sparbücher entfiel auf größere Beträge[1]. Trotzdem ist es lange Zeit niemandem eingefallen, gegen diesen Aufschwung des Sparkassenwesens Bedenken geltend zu machen. Erst als in den letzten Jahrzehnten die Großbanken immer mächtiger wurden und das ganze Deutsche Reich mit einem engen Netz von Filialen und Depositenkassen überzogen, warnte die Bankwelt vor der angeblich eingetretenen „Entartung" der Sparkassen und forderte vom Gesetzgeber unermüdlich — und leider zeitweise nicht ohne Erfolg — die Beschränkung der Sparkassentätigkeit auf ihren ursprünglichen Zweck. An den Sparkassen sollte also die grundlegende Änderung der Wirtschaftsverhältnisse Deutschlands spurlos vorübergegangen sein; so forderten es die Großbanken, weil ihre Leiter als begabte Geschäftsleute erkannt hatten, daß sie aus den Spareinlagen große Summen für ihre Bankgeschäfte nutzbar machen könnten. Die Wissenschaft, zu der die Großbanken stets die besten Beziehungen unterhalten haben, nahm teilweise im Sinne der Großbanken gegen die Sparkassen Stellung.

In erster Linie war es Rießer[2]), der darauf hinwies, daß sich unter den Spareinlagen der Sparkassen in größerem Umfange (etwa 30 %) Gelder befänden, die nicht in die Sparkassen, sondern in die Banken gehörten, weil sie keine eigentlichen Spargelder, sondern Depositen, das heißt vorübergehend entbehrliche Kassenbestände von Geschäftsleuten, darstellten. In längeren, von größter Sachkenntnis zeugenden Ausführungen hat aber Reusch[1]) auch statistisch bewiesen, daß die Angaben Rießers nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Die Depositen sind nämlich erfahrungsgemäß stark von der wirtschaftlichen Konjunktur abhängig und weisen daher in ihrer Höhe bedeutende Schwankungen auf; auch zeigt sich bei ihnen natürlich eine größere Beweglichkeit, also ein viel häufigeres Abheben als bei den Spareinlagen. Nun zeigt aber die amtliche Sparkassenstatistik, daß gerade die „hohen" Konten[2]), die von den Banken ohne weiteres als Depositen angenommen werden, die größte Beständigkeit und die allerwenigsten Abhebungsposten aufweisen. Depositen von Geschäftsleuten können also unter den Spareinlagen der Sparkassen in nennenswertem Umfange nicht

[1]) Von je 100 Sparbüchern in Preußen entfielen auf Beträge über 600 ℳ im Jahre

1850	5,05	1890	24,08
1860	8,41	1900	27,38
1870	13,86	1910	31,64
1880	21,95	1920	37,58

[2]) U. a. Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration, 3. Auflage, S. 188

[1]) U. a. Die deutschen Sparkassen, Beiträge zur Kenntnis des Wesens der deutschen Sparkassen, in der Zeitschrift „Sparkasse", Jahrgang 1919, S. 22 ff., 34 ff. und 41 ff.

[2]) Eine Ausnahme machen neuerdings in dieser Hinsicht die Gehaltskonten der Beamten. Leider läßt sich die Mehrzahl aller Beamten trotz aller Belehrungen ihre Gehälter nicht auf ein Sparkassen-Scheckkonto, sondern auf ein Sparkonto überweisen. Die auf diese Weise entstehenden „Spar"-Guthaben sind natürlich reine Depositen; sie fallen indessen, wenn man von den Vierteljahrsterminen absieht, nicht allzusehr ins Gewicht, da die Beamten erfahrungsgemäß fast allgemein den größten Teil der für sie überwiesenen Gehälter sofort bar abheben.

Berufsstatistik der Einleger bei der neuen Münchener Sparkasse für ausgewählte Jahre der Entwicklung 1848—1920.[1]

Berufseinteilung	1848/49	1850	1859	1860	1865	1866	1867	1879	1880	1882	1883	1890	1900	1908	1909
Dienstboten	216	735	3 572	4 181	3 747	3 236	3 556	1 691	1 869	2 625	3 335	6 955	13 143	20 434	20 111
Lehrjungen, Arbeiter, Gewerbsgehilfen	72	259	1 463	1 732	1 590	920	1 302	1 631	1 753	2 292	3 313	7 990	18 588	31 353	32 822
Militärpersonen	43	135	319	369	393	371	361	63	98	144	203	682	1 253	952	1 011
Eltern und Vormünder für ihre Pfleglinge und Kinder	223	683	4 300	4 924	4 121	3 630	3 760	3 984	4 379	5 165	7 755	14 865	25 106	37 804	40 722
Wohltäter für Arme	15	37	49	105	102	99	96	40	43	105	149	412	864	863	833
Privatpersonen	94	165	138	196	337	287	317	1 332	1 546	2 283	4 229	8 035	16 544	21 602	26 368
Stiftungen, Anstalten, Vereine	9	28	227	240	264	248	250	253	307	433	484	1 044	1 700	1 832	2 049
Auswärtige	35	89	702	1 250	1 547	1 090	1 046	1 659	1 706	2 102	2 335	4 096	5 917	8 968	9 451
Zusammen	**707**	**2 131**	**10 770**	**12 997**	**12 101**	**9 881**	**10 688**	**10 658**	**11 701**	**15 149**	**21 803**	**44 079**	**83 115**	**123 808**	**133 367**

Berufseinteilung	Vor dem Kriege 1913		Während des Krieges 1916		Nach dem Kriege 1920	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1. Dienstboten . . . männlich	831	0,44	963	0,41	1 126	0,36
2. „ . . . weiblich	18 223	9,73	20 550	8,85	21 108	6,77
3. Arbeiter und Gewerbsgehilfen . . . m.	25 352	13,54	29 992	12,90	41 763	13,39
4. „ „ „ . . . w.	7 246	3,87	10 075	4,32	15 725	5,05
5. Angestellte in kaufmännischen Berufen m.	3 955	2,11	4 957	2,13	6 501	2,08
6. „ „ „ „ w.	4 788	2,55	6 480	2,78	8 940	2,87
7. Selbständige Gewerbetreibende . . . m.	6 139	3,28	7 056	3,03	9 364	3,00
8. „ „ . . . w.	2 164	1,15	2 685	1,15	3 275	1,05
9. Beamte, Lehrer	10 489	5,60	13 011	5,60	16 909	5,42
10. Beamtinnen, Lehrerinnen	1 800	0,96	2 608	1,12	4 214	1,35
11. Künstler, Schriftsteller, freie Berufe . . m.	3 186	1,70	4 410	1,89	6 220	2,00
12. „ „ „ „ . . w	667	0,36	1 140	0,43	1 899	0,61
13. Privatpersonen . . . m.	615	0,33	961	0,41	1 255	0,40
14. „ . . . w	18 959	10,12	26 768	11,52	35 508	11,39
15. Mündelgelder für Knaben	1 857	0,99	2 030	0,88	2 480	0,80
16. „ „ Mädchen	1 870	1,00	2 018	0,87	2 537	0,81
17. Sonstige Einlagen für Knaben	27 014	14,43	31 294	13,47	42 801	13,71
18. „ „ „ Mädchen	32 184	17,19	40 054	17,23	53 110	17,03
19. Militärpersonen	1 198	0,64	3 157	1,35	7 889	2,53
20. Personen mit unbekanntem Beruf	572	0,31	1 046	0,44	2 292	0,73
21. Vereine, Institute, Stiftungen	4 318	2,31	4 844	2,08	5 574	1,79
22. Auswärtige Sparer	13 831	7,39	16 598	7,14	21 383	6,86
Zusammen	**187 258**	**100**	**232 697**	**100**	**311 878**	**100**

Bemerkungen

Die Sparkasse führte eine Einlegerstatistik nach Berufen seit den ersten Jahren ihres Bestehens. Am 17. März 1835 erklärte die Kgl. Regierung des Isarkreises, daß die Einlegerberufsstatistik bei der Münchener Anstalt viel zu wenig spezifiziert sei. Der Stand bezw. die Charakterisierung folgender Einlegerklassen bedürfe der näheren Angaben: 1. Eltern und Vormünder, 2. Private, 3. Militär, 4. Auswärtige, 5. Stiftungen.

Der Magistrat München, als Verwalter der St. Sp M., antwortete damals der Regierung: „Unter Privaten sind geistliche und weltliche Diener jeden Ranges einbegriffen, Künstler, Bürger, Gewerbsleute, Austrägler, Handwerksgesellen, Dienstboten. Unter Eltern und Vormündern befinden sich die verschiedensten Berufe; aus allen Landgerichten des Isarkreises stammen die Auswärtigen. Stiftungen sind in der Regel Benefizien, die ihre heimgezahlten Ewiggelder in Höhe von 10, 20, 30 und 40 fl. nicht anderwärts anlegen können."

Da im Dezember 1836 die Vereinfachungen in der Verwaltung begannen, kam man nicht mehr darauf zurück. — Bedeutend höheren Wert erhielt die Berufsstatistik erst durch die obenstehende ausführliche Gliederung, die 1913 auf Vorschlag der Direktion der Sparkasse zur Einführung kam.

[1] Eigene Zusammenstellung aus Rathausakt I Nr. 1939.

vorhanden sein, vor allem heute **nicht mehr**, nachdem die Sparkassen auf Grund der neuzeitlichen Sparkassengesetzgebung in größtem Maße auch den Scheck-, Depositen- und Kontokorrentverkehr pflegen. Es wird heute kaum noch einem Geschäftsmann einfallen, seine Kassenbestände auf Sparkonto einzuzahlen, weil er doch hier bei größeren Abhebungen mit der Möglichkeit rechnen muß, daß die Sparkasse in schwierigen Zeiten ganz oder teilweise auf Einhaltung der satzungsmäßigen Kündigungsfristen besteht.

Aus welchen Kreisen setzen sich nun die Sparer zusammen? Diese Frage ist heute ganz besonders wichtig. Nicht um festzustellen, ob sich unter den Sparern „bankfähige" Kunden befinden, muß diese Frage beantwortet werden. Ihre Beantwortung ist vielmehr notwendig, weil ohne Sparen keine Wirtschaft — weder eine kapitalistische noch eine soziale oder sozialistische — bestehen kann, und weil, ganz besonders in den heutigen kritischen Zeiten, das Gedeihen der Wirtschaft davon abhängt, daß die wegen ihrer großen Zahl ausschlaggebenden Angehörigen der mittleren und unteren Bevölkerungsschichten von dem Geist größter, ernster Sparsamkeit durchdrungen sind. So ist es denn erfreulich, von jedem Sparkassenfachmann auch heute noch hören zu können, daß sich die Sparer der deutschen Sparkassen fast ausschließlich aus allen Teilen des Mittelstandes und der Arbeiterschaft zusammensetzen.

Diese Tatsache läßt sich ohne weiteres durch einen Blick in die Schalterräume der Sparkassen bestätigen. Die Leute, die sich in den zwar gediegenen, aber meist doch recht einfachen Geschäftsräumen der Sparkassen aufhalten, sind **keine** Großkaufleute, Kommerzienräte, Industrielle oder Fabrikanten, sondern schlichte Bürgersleute und Arbeiter, Beamte und Angestellte, die sich alle damit gern abfinden, daß jeder von ihnen ohne persönliche Note und Bevorzugung der Reihe nach abgefertigt wird. Das Dienstmädchen, das jährlich von seinem kärglichen Lohn wenige hundert Mark auf sein Sparbuch einzahlt, wird hier, obwohl die Sparkasse durch die Führung seines Sparkontos nichts verdient, sondern sogar noch zusetzt, mit derselben Hingabe abgefertigt wie etwa ein wohlhabender Handwerksmeister, der seinem Sparkonto große Beträge regelmäßig zuführt. Diese Art der Abfertigung bringt es mit sich, daß alle Leute, die ihre Ersparnisse zur Sparkasse bringen, auch selbst von ihrer Zugehörigkeit zur Sparerkundschaft der Sparkassen überzeugt sind.

Sehr schwer, ja fast unmöglich ist es, die Zusammensetzung des Kreises der Einleger der Sparkassen **statistisch genau** und **erschöpfend** festzustellen. Es muß berücksichtigt werden, daß bis zur Einführung der nachrevolutionären Steuergesetze und der zeitweiligen Aufhebung des Sparkassengeheimnisses nur wenige Sparkonten und Sparbücher die genaue Angabe des Berufes der Sparer enthielten. Aber auch die auf den Sparkonten vorhandenen Berufsbezeichnungen sind

für statistische Zwecke nicht immer zuverlässig genug: aus dem Arbeitersohn, dem bei seiner Geburt von der Sparkasse ein Geschenkbuch gespendet wurde, ist ein Studienrat geworden; der Dreher, der die kleinen Ersparnisse von seinem Lohn zur Sparkasse trug, entwickelte sich während des Krieges zum Inhaber einer Granatenfabrik und wurde so ein schwerreicher Fabrikant; das Dienstmädchen, dem von seiner Herrschaft ein Sparbuch als Weihnachtsgeschenk überreicht war, wurde die Frau eines wohlhabenden Bäckermeisters; auf das Sparguthaben seines verstorbenen Vaters, der als Buchhalter sein Sparkonto eröffnete, sparte sein Sohn, ein Lehrer, weiter. Diese und ähnliche Umstände, sowie die früher zahlreich vorhandenen Sparkonten und Sparbücher, die auf fingierte Namen lauteten, erschweren naturgemäß ungemein die Aufstellung einer einwandfreien Berufsstatistik der Sparer.

Eine amtliche Berufsstatistik der Sparer fehlt daher in Deutschland gänzlich. Wohl sind von einigen Sparkassen in dankenswerter Weise wiederholt Versuche einer Berufsstatistik der Sparer auf Grund der Berufsangaben für die während eines Jahres neu ausgestellten Sparbücher unternommen worden, über die von der „Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamtes“ u. a. in Jahrgang 1911 S. 232 f., 386 f., Jahrgang 1913 S. 113 und Jahrgang 1918 S. 210 ff. ausführlich berichtet worden ist. Von ganz besonderem Werte sind die vorstehenden (S. 87) statistischen Angaben der „Sparkasse der Stadt Berlin“, die dem Geschäftsbericht dieser Kasse für das Jahr 1921 (S. 25) entnommen sind. In der genannten Zusammenstellung wird eine Übersicht über die Berufe derjenigen Sparer gegeben, für die ein neues Sparbuch ausgestellt worden ist; Ehefrauen sind hierbei dem Berufe ihres Ehemannes zugerechnet.

Noch wertvoller ist die auf Seite 88 wiedergegebene Berufsstatistik der Einleger der Münchener Sparkasse[1], weil sie bis auf das Jahr 1848 zurückgeht.

Nicht nur die vorstehend abgedruckten, sondern auch alle anderen Berufsstatistiken der Einleger einzelner Sparkassen beweisen die Richtigkeit der oben aufgestellten Behauptung, daß es fast ausschließlich Angehörige des Mittelstandes und der Arbeiterschaft sind, die ihre Ersparnisse bei der Sparkasse anlegen.

Diese Kreise sind es auch, die den Sparkassen in den schwierigsten Krisenzeiten der Nachkriegszeit treu geblieben sind. Als schon längst infolge der katastrophalen Geldentwertung das Sparen privatwirtschaftlich ein Unsinn war, haben immer noch Angehörige des Mittelstandes und der Arbeiterschaft ihre Spareinlagen vermehrt. Erst im letzten Jahre gewannen auch die treuesten Kunden der Sparkasse die Überzeugung, daß sie das Sparen von Papiermark aufgeben und zu einer anderweitigen Anlage ihrer Ersparnisse schreiten müßten.

Der Spargedanke ist in den Kreisen des Mittelstandes und der Arbeiterschaft auch heute noch nicht tot, sondern schlummert nur und wird bei der Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel und der Möglichkeit der zinsbringenden Anlage derselben alsbald wieder rege werden. Die Sparkassen müssen danach streben, möglichst bald wertbeständige Spareinlagen anzunehmen, denn sie sind hierzu moralisch gegenüber ihren treuesten Kunden, dem Mittelstande und der Arbeiterschaft, verpflichtet.

[1] Vergl. die höchst interessante Denkschrift „Die Münchener Sparkasse, Entwicklung und heutiger Stand“, Heft 98 der Beiträge zur Statistik Bayerns, herausgegeben vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München 1921, J. Lindauersche Universitätsbuchhandlung (Schöpping), C. H. Beck'sche Buchdruckerei Nördlingen, Seite 76.

2. Zahl und Höhe der Konten.

Von Regierungsrat **Schick**, Mitglied des Bayerischen Statistischen Landesamts, München.

I.

Die Sparkassenstatistik konnte bisher von Jahr zu Jahr feststellen, daß die Spartätigkeit des deutschen Volkes in ständigem Zunehmen begriffen war. Auch die Kriegsjahre brachten, wie in verschiedenen statistischen Arbeiten über einzelne deutsche Länder nachgewiesen wurde, in dieser Entwicklung keine Wandlung. Stets nahm die absolute Zahl der Sparer oder der in Umlauf befindlichen Sparbücher zu und ebenso die durch Vergleich mit der Gesamteinwohnerzahl gewonnene Verhältniszahl. Erstmals das Jahr 1921 zeigt eine Abnahme.

Es betrug bei sämtlichen von der Statistik erfaßten Sparkassen des Deutschen Reiches nach dem Gebietsumfange vom 1. April 1922

im Rechnungsjahre	die Zahl der Einwohner	die Zahl der am Schlusse der betreffenden Rechnungsjahre in Umlauf befindlichen Sparbücher	die Zahl der auf 100 Einwohner entfallenden Sparbücher
1921	59 740 608	33 752 763	56,5
1920	59 575 054	34 076 151	57,2
1919	59 410 475	33 342 471	56,1
1918	59 246 870	32 205 487	54,4
1913	58 443 049	22 738 783	38,9
1905	54 103 305	17 074 906	31,6

Die Mehrung in der Zahl der Sparbücher betrug hiernach in der Zeit von 1905 bis 1920 99,6 %, in der Zeit von 1905 bis 1921 97,7 %. Die Zu- oder Abnahme in den kleineren Zeitabschnitten machte aus

	in der Einwohnerzahl		in der Zahl der am Schlusse der betreffenden Rechnungsjahre in Umlauf befindlichen Sparbücher	
	überhaupt	in Hundertteilen	überhaupt	in Hundertteilen
von 1920 auf 1921	+ 165 554	+ 0,28	— 323 388	— 0,95
von 1919 auf 1920	+ 164 579	+ 0,28	+ 733 680	+ 2,20
von 1918 auf 1919	+ 163 605	+ 0,28	+ 1 136 984	+ 3,53
von 1913 auf 1918	+ 804 821	+ 1,38	+ 9 466 704	+ 41,63
von 1905 auf 1913	+ 4 339 744	+ 8,02	+ 5 663 877	+ 33,17

Besonders groß war die Zunahme der Spartätigkeit von 1913 auf 1918, also über die Kriegsjahre. Während in der Zeit von 1905 auf 1913 die durchschnittliche Zunahme von Jahr zu Jahr 4,15 % betrug, machte sie in der Zeit von 1913 auf 1918 sogar 8,33 % aus.

Die Gründe für den starken Zuwachs an Sparern in der Zeit von 1905 bis 1913 sind zweifellos in der allgemein günstigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands in diesem Zeitraum zu suchen. Die unverhältnismäßige Steigerung in den Kriegsjahren wurde durch die außergewöhnlichen Verhältnisse der Kriegszeit hervorgerufen. Während des Krieges wurden weite Volkskreise der Erwerbstätigkeit neu zugeführt; besonders

Zahl der Sparbücher bei sämtlichen von der Statistik erfaßten Sparkassen des Deutschen Reiches in den Jahren 1921, 1920, 1919, 1918, 1913 und 1905.

(Tab. a) Freistaaten — Landesteile	Am Schlusse der Rechnungsjahre											
	1921[1]		1920		1919		1918		1913		1905	
	a) betrug die Zahl der im Umlauf befindlichen Sparbücher . . ., b) entfielen auf 100 Einwohner . . . Sparbücher											
	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Ostpreußen	695 582	30,9	723 671	32,3	716 675	32,1	697 783	31,4	448 934	20,6	317 231	15,0
2 Brandenburg	1 912 366	78,1	1 908 906	78,0	1 886 993	77,1	1 859 115	76,0	1 392 970	57,1	1 094 639	46,2
3. Stadt Berlin	1 893 585	49,5	1 910 578	50,1	2 001 452	52,6	2 000 994	52,7	1 205 767	32,1	995 326	30,8
4. Pommern	1 133 524	62,7	1 122 185	62,4	1 098 086	61,3	1 052 726	59,0	709 164	40,7	506 112	30,0
5. Grenzmark Posen-Westpreußen	148 258	45,1	147 374	45,1	137 054	42,1	131 328	40,6	88 852	28,2	62 085	20,5
6 Niederschlesien	1 909 525	63,9	1 911 377	64,0	1 874 681	62,7	1 801 179	60,3	1 393 398	46,6	1 113 230	38,6
7. Oberschlesien	337 516	25,8	338 154	25,9	338 973	26,0	347 225	26,7	233 832	18,3	179 751	14,9
8 Sachsen	2 124 188	67,7	2 144 019	68,4	2 113 827	67,5	2 065 833	66,1	1 577 711	50,8	1 302 590	43,7
9. Schleswig-Holstein	922 656	63,0	966 881	66,1	954 854	65,3	946 966	64,8	675 181	46,3	528 691	39,1
10 Hannover	2 269 162	74,7	2 267 143	74,9	2 212 668	73,3	2 119 609	70,4	1 432 295	48,3	1 047 614	37,9
11. Westfalen	2 506 436	54,7	2 473 245	54,5	2 369 298	52,7	2 223 471	49,9	1 377 885	32,4	868 645	24,0
12 Hessen-Nassau	1 202 663	52,6	1 234 945	54,1	1 195 326	52,5	1 138 794	50,2	842 535	37,6	619 753	29,9
13. Rheinprovinz	3 799 994	51,1	3 786 207	51,2	3 655 589	49,6	3 558 861	48,5	2 364 825	33,0	1 508 087	23,6
14. Hohenzoll. Lande	36 825	52,1	36 843	52,1	35 918	50,8	34 225	48,4	28 472	40,1	27 095	39,7
I. Preußen	**20 892 280**	**56,5**	**20 971 528**	**56,9**	**20 591 394**	**56,1**	**19 978 109**	**54,6**	**13 771 821**	**38,3**	**10 170 849**	**30,8**
1. Bayern r. d. Rh	1 952 336	31,4	1 904 199	30,7	1 779 070	29,1	1 773 161	29,1	1 022 292	17,0	830 708	14,7
2. Bayern l. d. Rh.	244 383	25,4	243 224	25,8	260 519	27,2	245 453	25,7	125 714	13,3	87 778	9,9
II. Bayern	**2 196 719**	**30,6**	**2 147 423**	**30,0**	**2 039 589**	**28,8**	**2 018 614**	**28,6**	**1 148 006**	**16,5**	**918 486**	**14,1**
III. Sachsen	**4 183 787**	**90,4**	**4 302 663**	**92,7**	**4 243 274**	**91,1**	**4 119 687**	**88,1**	**3 437 807**	**72,3**	**2 753 511**	**61,0**
IV. Württemberg	**1 406 835**	**55,4**	**1 359 805**	**53,7**	**1 341 077**	**53,2**	**1 277 797**	**50,9**	**841 511**	**34,1**	**628 962**	**27,3**
V. Baden	**1 278 631**	**57,5**	[1] **1 275 549**	**57,5**	**1 241 242**	**56,2**	**1 136 708**	**51,6**	**753 799**	**34,8**	**535 557**	**26,6**
VI. Thüringen	**1 054 705**	**66,7**	**1 322 363**	**83,6**	**1 236 281**	**78,1**	**1 124 215**	**71,0**	**895 812**	**56,5**	**696 392**	**46,1**
VII. Hessen	**535 830**	**41,5**	**518 658**	**40,1**	**514 289**	**39,8**	**491 778**	**38,1**	**339 581**	**26,4**	**266 134**	**22,0**
VIII. Hamburg	**953 257**	**90,0**	**917 673**	**86,9**	**885 220**	**84,2**	**840 192**	**80,2**	**626 204**	**61,0**	**349 983**	**39,9**
IX. Mecklenburg-Schwerin	**187 614**	**28,4**	**186 294**	**28,2**	**183 571**	**27,9**	**173 134**	**26,4**	**140 610**	**21,8**	**135 402**	**21,7**
X. Oldenburg	**156 718**	**29,7**	**178 831**	**34,2**	**172 415**	**33,2**	**173 497**	**33,7**	**98 337**	**19,9**	**73 986**	**16,8**
XI. Braunschweig	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
XII. Anhalt	**207 641**	**62,6**	**210 523**	**63,5**	**209 338**	**63,2**	**206 464**	**62,3**	**162 546**	**49,1**	**144 184**	**43,9**
XIII. Bremen	**330 689**	**105,2**	**324 075**	**103,6**	**318 414**	**102,2**	**309 905**	**99,9**	**262 593**	**86,5**	**198 406**	**75,1**
XIV. Lippe	**151 490**	**97,6**	**141 295**	**91,3**	**135 979**	**88,1**	**126 785**	**82,3**	**89 236**	**58,7**	**73 182**	**50,2**
XV. Lübeck	**90 854**	**74,7**	**95 262**	**78,6**	**109 015**	**90,3**	**110 526**	**92,0**	**82 531**	**70,0**	**54 567**	**51,5**
XVI. Mecklenburg-Strelitz	**25 637**	**24,1**	**26 257**	**24,7**	**26 438**	**24,8**	**27 504**	**25,8**	**28 438**	**26,7**	**27 161**	**26,2**
XVII. Waldeck	**53 438**	**80,5**	**52 795**	**80,0**	**51 245**	**78,2**	**48 856**	**75,1**	**30 620**	**48,6**	**24 790**	**41,9**
XVIII. Schaumburg-Lippe	**46 638**	**100,8**	**45 157**	**97,5**	**43 690**	**94,3**	**41 716**	**89,9**	**29 331**	**63,0**	**23 354**	**51,9**
Deutsches Reich (ohne Braunschweig)	**33 752 763**	**56,5**	**34 076 151**	**57,2**	**33 342 471**	**56,1**	**32 205 487**	**54,4**	**22 738 783**	**38,9**	**17 074 906**	**31,0**

[1]) Vorläufiges Ergebnis.

Frauen und Jugendliche, die bisher keinen Beruf ausgeübt hatten, verdienten nun in der Kriegs- und Ersatzmittelindustrie, in verschiedenen Kriegsorganisationen und überhaupt in allen Berufen, wo sie als Ersatz für die zu den Fahnen gerufenen Männer eingesprungen waren. Die Verdienstmöglichkeit war dabei großenteils leicht und höher als im Frieden. Diese Verhältnisse, insonderheit auch Verordnungen über den Sparzwang für jugendliche Personen, brachten den Sparkassen einen weiten neuen Kundenkreis. Andererseits blieben Zwangslagen, die Personen veranlaßten, ihre Spargroschen aus der Friedenszeit abzuheben, während der Kriegszeit noch verhältnismäßig selten, da bei den mannigfaltigen Verdienstmöglichkeiten der fehlende Ernährer vielfach durch andere verdienende Familienmitglieder ersetzt werden konnte, da außerdem Unterstützungen reichlich flossen und die Teuerung sich noch in mäßigen Grenzen hielt.

Nach Beendigung des Krieges und nach der Staatsumwälzung änderten sich die Verhältnisse wesentlich. Die Zunahme in der Zahl der Sparbücher beträgt von 1918 auf 1919 nur mehr 3,53 %, von 1919 auf 1920 noch weniger, nämlich 2,20 %, und von 1920 auf 1921 ist sogar eine Abnahme von 0,95 % festzustellen. Es ist nicht zu leugnen, daß dies gegenüber der bisherigen Aufwärtsbewegung der Sparkassen einen empfindlichen Rückschlag bedeutet, der ein deutliches Abbild unserer traurigen, durch den Vertrag von Versailles und die innere Entwickelung in unserem deutschen Vaterlande geschaffenen wirtschaftlichen Verhältnisse ist. Allenthalben macht sich die Not breit, und viele Menschen wissen kaum mehr das Leben zu fristen. Auf der anderen Seite wird bei den Verdienenden der Sparsinn gewaltsam untergraben. Die vielfach reichlich verdienende Jugend sieht man heute häufig vergeuden. Wer sparen will, dem ist es bei der katastrophal fortschreitenden Geldentwertung äußerst schwer gemacht, zu sparen, d. h. seine Ersparnisse zweckmäßig anzulegen. Während es früher auch für den kleineren Mann, der im Kundenkreis der Sparkassen einen breiten Raum einnahm, so bequem war, sein Erspartes auf die sichere Sparkasse zu tragen und es zu gegebener Zeit wieder mit Zins und Zinseszins abzuheben, sei es zur Beschaffung einer Wohnungseinrichtung, zum Zwecke der Selbständigmachung oder sonst nach Bedarf, muß ihn die gegenwärtige Entwicklung der Geldverhältnisse von dieser einst so bewährten Art der Kapitalsanlage geradezu abschrecken. Wenn jemand seit 1910 von Jahr zu Jahr sein mühsam Erspartes auf die Sparkasse getragen und beispielsweise bis zum Jahre 1918 ein Guthaben von 20 000 Mark — für damalige Verhältnisse

ein beachtenswertes Sümmchen — zusammengebracht hat, was kann er sich heute Juli 1923 noch dafür kaufen? Soll nun der Sparer, wenn er heute 100 000 Mark übrig hat, diese auch noch auf die Sparkasse tragen? Er wird sich fragen, was er im nächsten Jahre dafür wird kaufen können, und statt auf die Sparkasse rennt er, von dem ungesunden und preissteigernden Warenhunger seiner Mitmenschen mitgerissen, ins Kaufhaus und kauft und kauft lieber heute als morgen.

Noch mehr sagend als die absolute Zunahme oder Abnahme der Zahl der Sparbücher ist für die Beurteilung des Sparsinnes der Bevölkerung die Feststellung, auf wieviel Einwohner ein Sparbuch entfällt. Bei der Einschätzung der sich ergebenden Ziffern darf allerdings nicht außer acht gelassen werden, daß manchmal eine Person mehrere Sparbücher besitzt. Wie oben dargestellt, waren auch diese Verhältnisziffern vom Jahre 1905 ab bis zum Jahre 1920 in ständigem Zunehmen begriffen. Während im Jahre 1905 im Deutschen Reich von 100 Einwohnern 31,6 ein Sparbuch besaßen, trafen 1920 auf die gleiche Personenzahl 57,2 Sparbücher. Das Jahr 1921 brachte wie bei der absoluten Zahl der Sparer auch hier einen Rückgang auf die Ziffer 56,5; es müssen also im Jahre 1921 mehr Personen ihr Sparguthaben gänzlich abgehoben haben, als neue Kunden bei den Sparkassen zugingen.

In der Zeit der Aufwärtsbewegung bis 1920 war, wie oben gezeigt, die Zunahme der Sparbücher von einem Vergleichsjahre zum anderen stets stärker als die entsprechende Steigerung der Bevölkerungszahl. Gerade hierin kommt die Ausbreitung des Spargedankens am deutlichsten zum Ausdruck, und es ist zu hoffen, daß dieser Gedanke nach wie vor in der deutschen Bevölkerung fortlebt, und daß die augenblicklichen widrigen Verhältnisse keine andere Bedeutung gewinnen als die eines vorübergehenden Hindernisses für seine Auswirkung.

Nach den einzelnen deutschen Ländern und wichtigeren Landesteilen betrachtet, verteilen sich die Sparbücher nach nebenstehender Übersicht a (S. 90) folgendermaßen:

In den meisten Ländern und Landesteilen mit Ausnahme von Oldenburg, Bremen, Lübeck, Mecklenburg-Strelitz, der Provinz Oberschlesien, der Stadt Berlin und der bayerischen Pfalz ist hiernach von Vergleichsjahr zu Vergleichsjahr bis zum Jahre 1920 eine Zunahme der absoluten Zahl der Sparbücher festzustellen. In Mecklenburg-Strelitz setzt ein Rückgang schon im Jahre 1918 ein, in Oldenburg, Lübeck und der Provinz Oberschlesien im Jahre 1919, in Bremen, der Stadt Berlin und der bayerischen Pfalz im Jahre 1920; im Jahre 1921 wird der Rückgang besonders stark, indem er auch Preußen, Sachsen, Thüringen, Anhalt sowie die Provinzen Ostpreußen, Niederschlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hessen-Nassau und die Hohenzollernschen Lande erfaßt. Die Zunahme der absoluten Zahl der Sparbücher hält auch noch im Jahre 1921 an in Bayern, und speziell Bayern rechts des Rheins, Württemberg, Baden, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Lippe, Waldeck und Schaumburg-Lippe und den Provinzen Brandenburg, Pommern, Hannover, Westfalen, der Rheinprovinz und der Grenzmark Posen-Westpreußen. In Bremen erfolgt 1921 auf den Rückgang im Jahre 1920 wieder eine Zunahme sogar über den letzthöchsten Stand hinaus; in der bayerischen Pfalz wird der Verlust vom Jahre 1920 wieder um ein geringes ausgeglichen, ohne daß die frühere Höhe wieder erreicht wird. Eine nennenswertere Zunahme selbst im Vergleich zur Bevölkerungszahl ist im Jahre 1921 noch nachzuweisen in Württemberg, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Bremen, Lippe, Waldeck, Schaumburg-Lippe und den Provinzen Brandenburg, Pommern und Westfalen. Den weitaus stärksten Rückgang im Jahre 1921 hat Thüringen aufzuweisen.

Das Bild, das sich hier ergibt, ist nicht einheitlich, und es können danach Regelsätze, denen nicht widersprochen werden könnte, nicht aufgestellt werden. Vielfach dürften örtliche Zufälligkeiten eine Rolle spielen; besonders in kleineren Gebieten ist dies erfahrungsgemäß häufig der Fall. Das eine jedoch fällt wohl auf, daß die Zurückhaltung des Publikums gegenüber den Sparkassen am frühesten in einigen Städten Platz greift, während auf der anderen Seite den Sparkassen ihr Zulauf am längsten in einigen Gegenden mit viel Landwirtschaft treibender Bevölkerung erhalten bleibt.

Bei der Untersuchung, wieviel Sparbücher in den einzelnen Ländern und Landesteilen auf 100 Einwohner treffen, ergibt sich das merkwürdige Bild, daß die Ziffer für Preußen mit der Ziffer für das Deutsche Reich übereinstimmt und daß genau je die Hälfte der übrigen hier betrachteten Länder und Landesteile ihrer Verhältnisziffer nach über oder unter dem Reich und Preußen steht. Es entfielen nämlich im Jahre 1921 auf 100 Einwohner ... Sparbücher in

Bremen	105,2	Hannover	74,7
Schaumburg-Lippe	100,8	Provinz Sachsen	67,7
Lippe	97,6	Thüringen	66,7
Sachsen	90,4	Niederschlesien	63,9
Hamburg	90,0	Schleswig-Holstein	63,0
Waldeck	80,5	Pommern	62,7
Brandenburg	78,1	Anhalt	62,6
Lübeck	74,7	Baden	57,5
im Deutschen Reich und Preußen 56,5			
Württemberg	55,4	Bayern r. d. Rh.	31,4
Westfalen	54,7	Ostpreußen	30,9
Hessen-Nassau	52,6	Bayern	30,6
Hohenzollern	52,1	Oldenburg	29,7
Rheinprovinz	51,1	Mecklenburg-Schwerin	28,4
Berlin	49,5	Oberschlesien	25,8
Posen-Westpreußen	45,1	Bayern l. d. Rh.	25,4
Hessen	41,5	Mecklenburg-Strelitz	24,1.

In einigen Ländern wird die Ziffer 100 sogar überschritten; dies ist theoretisch möglich, da eine Person mehrere Sparbücher haben kann. Es ist jedoch ebenso denkbar und wohl auch wahrscheinlich, daß die hohe Ziffer bei Ländern mit größeren Städten oder überhaupt Städtecharakter, dabei aber räumlich geringer Ausdehnung darauf zurückzuführen ist, daß die dortigen Sparkassen einen starken Zulauf aus der politisch nicht zu jenen Ländern gehörenden Umgebung haben.

Von größeren Gebieten steht Sachsen an der Spitze. Überhaupt mag auffallen, daß einige Gebiete mit viel Industrie hohe Ziffern aufzuweisen haben, und daß sich unter den Gebieten mit niedrigen Ziffern mehrere mit viel Landwirtwirtschaft treibender Bevölkerung befinden. Es wäre jedoch sicher verfehlt, auf diese Beobachtung Leitsätze aufbauen zu wollen, insbesondere auf die Spartätigkeit oder gar den Sparsinn oder auf Fortschrittlichkeit oder Rückständigkeit der städtischen und industriellen oder ländlichen Bevölkerung schließen zu wollen. Einzelne hier betrachtete Gebiete sind selbst wieder zu verschiedenartig aus industriellen und landwirtschaftlichen Gegenden zusammengesetzt. Zudem sind auch die Sparkasseneinrichtungen und vor allem deren Geschäftsbetrieb im Deutschen Reich durchaus nicht einheitlich genug, und auch die Möglichkeiten, ersparte Gelder anzulegen, sind örtlich sehr mannigfaltig. Wohl mag da, wo der Zulauf zu den Sparkassen gering ist, manchmal noch die Sitte eine Rolle spielen, das Geld in einem alten Strumpfe in der Bettlade zu

verstecken, es kann aber ebenso die Erkenntnis maßgebend sein, daß andere Kapitalsanlagen gegebenenfalls gewinnbringender sein können als die Anlage bei den Sparkassen.

Sehr verschieden ist in den einzelnen deutschen Ländern und Landesteilen der Grad der Zunahme oder Abnahme in der Zahl der Sparguthaben, vom Jahre 1905 ab gerechnet. Die absolute Zahl der Sparbücher hatte sich im Jahre 1921 gegenüber dem Jahre 1905 vermehrt (+) bezw. abgenommen (—) um ... % in

Westfalen	+ 188,5	Württemberg	+ 123,7
Bayern l. d. Rh.	+ 178,4	Ostpreußen	+ 119,3
Hamburg	+ 172,4	Hannover	+ 116,6
Rheinprovinz	+ 152,0	Waldeck	+ 115,6
Bayern	+ 139,2	Oldenburg	+ 111,8
Posen-Westpreußen	+ 138,8	Lippe	+ 107,0
Baden	+ 138,7	Preußen	+ 105,4
Bayern r. d. Rh.	+ 135,0	Hessen	+ 101,3
Pommern	+ 124,0	Schaumburg-Lippe	+ 99,7
im Deutschen Reich	+ 97,7		
Hessen-Nassau	+ 94,1	Provinz Sachsen	+ 63,1
Berlin	+ 90,2	Sachsen	+ 51,9
Oberschlesien	+ 87,8	Thüringen	+ 51,5
Brandenburg	+ 74,7	Anhalt	+ 44,0
Schleswig-Holstein	+ 74,5	Mecklenb.-Schwerin	+ 38,6
Niederschlesien	+ 71,5	Hohenzollern	+ 35,9
Bremen	+ 66,7	Mecklenb.-Strelitz	— 5,6.
Lübeck	+ 66,5		

In der gleichen Zeit ist in diesen Gebieten die Ziffer, die ausdrückt, wieviel Sparbücher auf 100 Einwohner treffen, um ... % höher (+) oder niedriger (—) geworden in

Bayern l. d. Rh.	+ 156,6	Ostpreußen	+ 106,0
Westfalen	+ 127,9	Württemberg	+ 102,9
Hamburg	+ 125,6	Hannover	+ 97,1
Posen-Westpreußen	+ 120,0	Lippe	+ 94,4
Bayern	+ 117,0	Schaumburg-Lippe	+ 94,2
Rheinprovinz	+ 116,5	Waldeck	+ 92,1
Baden	+ 116,2	Hessen	+ 88,6
Bayern r. d. Rh.	+ 113,6	Preußen	+ 83,4
Pommern	+ 109,0		
im Deutschen Reich	+ 78,8		
Oldenburg	+ 76,8	Brandenburg	+ 69,0
Hessen-Nassau	+ 75,9	Niederschlesien	+ 65,5
Oberschlesien	+ 73,2	Schleswig-Holstein	+ 61,1
Berlin	+ 60,7	Anhalt	+ 42,6
Provinz Sachsen	+ 54,9	Bremen	+ 40,1
Sachsen	+ 48,2	Hohenzollern	+ 31,2
Lübeck	+ 45,0	Mecklenb.-Schwerin	+ 30,9
Thüringen	+ 44,7	Mecklenb.-Strelitz	— 8,0.

Vergleicht man diese Ziffern mit den Ziffern, die die durchschnittliche Verbreitung der Sparbücher in der Bevölkerung der einzelnen Gebiete wiedergeben (oben S. 90), so findet man, daß in einigen Ländern und Landesteilen, in denen noch verhältnismäßig weniger Sparbücher auf 100 Einwohner entfallen, doch der Grad der Zunahme der Sparer gegenüber dem Jahre 1905 besonders groß war. In anderen Gebieten dagegen, in denen es schon im Jahre 1905 verhältnismäßig viel Spargäste gab, war eine erhebliche Steigerung des Zugangs naheliegenderweise nicht mehr gut möglich. Man findet in unseren Zahlenbildern die Mehrzahl der Gebiete, die erst (S. 92 linke Spalte oben) oberhalb der Reichsziffer stehen, in der folgenden Zahlenreihe unterhalb der Reichsziffer und umgekehrt. Es geht hieraus hervor, daß im Grade der Verteilung der Sparbücher auf die Bevölkerung innerhalb des Reiches allmählich ein Ausgleich stattfindet. Als Gebiete, die aus dem allgemeinen Rahmen herausfallen, springen besonders ins Auge Hamburg, wo trotz lebhafter Inanspruchnahme der Sparkasseneinrichtungen schon im Jahre 1905 auch noch neuerdings ein starker Neuzulauf zu verzeichnen ist, auf der anderen Seite die beiden Mecklenburg, wo sich nach wie vor keine Ansätze zu einem stärkeren Anziehen der Kundenziffern zeigen wollen.

Interessant wäre noch festzustellen, wie sich die Sparbücher nach der Höhe der darin verbuchten Spareinlagen oder nach Kontenklassen verteilen. In dieser Hinsicht stehen nun leider nicht für sämtliche deutschen Länder einheitliche Zahlen zur Verfügung. Wir sind daher auf die Zahlen von Preußen angewiesen; allerdings haben wir ja schon mehrfach gesehen, daß die preußischen Durchschnittsziffern immer den Durchschnittsziffern für das Reich ziemlich nahe kommen.

Wie sich die Sparbücher nach der Höhe der Spareinlagen verteilen, geht aus nachstehender Tabelle b hervor.

Verteilung der Sparbücher der preußischen Sparkassen nach Kontenklassen in den Jahren 1905 bis 1921 (unter Gegenüberstellung der bayerischen vom Jahre 1920).

(Tab. b) Provinzen – Staat – Geschäftsjahre	Gesamtzahl der Sparbücher Stück	in der Kontenklasse von: bis zu 600 ℳ		über 600 bis 3000 ℳ		über 3000 bis 10000 ℳ		über 10000 ℳ	
		a	b	a	b	a	b	a	b
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1921									
1. Ostpreußen	717 886	499 541	69,6	150 029	20,9	56 718	7,9	11 598	1,6
2. Brandenburg	1 910 346	1 177 008	61,6	508 809	26,6	200 020	10,5	24 509	1,3
3. Stadt Berlin	1 893 585	1 253 856	66,2	452 868	23,9	173 224	9,1	13 637	0,7
4. Pommern	1 128 842	683 770	60,6	291 341	25,8	133 397	11,8	20 334	1,8
5 Grenzmark Posen-Westpr.	148 540	100 195	67,5	36 344	24,5	9 521	6,4	2 480	1,7
6. Niederschlesien	1 913 960	1 273 570	66,5	482 272	25,2	142 712	7,5	15 406	0,8
7. Oberschlesien	332 523	223 732	67,3	73 337	22,1	30 098	9,1	5 356	1,6
8. Sachsen	2 137 540	1 407 469	65,8	507 421	23,7	195 901	9,2	26 749	1,3
9. Schleswig-Holstein	922 126	569 194	61,7	207 716	22,5	113 948	12,4	31 268	3,4
10. Hannover	2 266 525	1 358 008	59,9	574 033	25,3	273 004	12,0	61 480	2,7
11. Westfalen	2 505 531	1 398 165	55,8	647 193	25,8	365 859	14,6	94 314	3,8
12. Hessen-Nassau	1 243 140	760 895	61,2	338 969	27,3	122 342	9,8	20 934	1,7
13. Rheinprovinz	3 803 734	2 242 124	58,9	939 743	24,7	498 920	13,1	122 947	3,2
14. Hohenzollernsche Lande	36 825	13 856	37,6	13 375	36,3	8 857	24,1	737	2,0
Preußen	**20 961 103**	**12 961 383**	**61,8**	**5 223 450**	**24,9**	**2 324 521**	11,1	**451 749**	**2,2**
Dagegen:									
1920	20 971 528	13 071 470	62,3	5 450 211	26,0	2 111 235	10,1	338 612	1,6
1919	20 591 394	13 240 701	64,3	5 335 264	25,9	1 742 206	8,5	273 223	1,3
1918	19 978 109	13 507 738	67,6	4 871 304	24,4	1 358 429	6,8	240 638	1,2
1913	13 771 821	9 358 730	68,0	3 455 861	25,1	832 870	6,0	124 360	0,9
1905	10 170 849	7 060 236	69,4	2 584 485	25,4	466 668	4,6	59 460	0,6
Bayern 1920	2 147 423	1 311 243	61,0	628 940	29,2	186 250	8,7	20 990	1,0

Über 60 % aller Sparbücher lauten hiernach auf Beträge bis zu 600 Mark, und nur in sehr wenigen sind Beträge über 10000 Mark gebucht. Nichts zeigt deutlicher, daß die Sparkasse die Bank des kleinen Mannes ist. Verhältnismäßig am wenigsten größere Beträge sind in Berlin bei den Sparkassen angelegt, verhältnismäßig mehr in der Rheinprovinz, in Schleswig-Holstein und Westfalen. Die Ergebnisse für Bayern aus dem Jahre 1920, die zum Vergleich beigefügt sind, sind kaum anders als die, die wir auch bei einigen preußischen Provinzen finden.

Das oben festgestellte Anwachsen der Sparbücher geht von Kontenklasse zu Kontenklasse rapider vor sich. Es beträgt von 1905 auf 1921 (für Preußen) in der

Kontenklasse	nach der Stückzahl	in Hundertteilen
bis 600 ℳ	5 901 147	83,6
über 600 bis 3 000 ℳ	2 638 965	102,1
„ 3 000 „ 10 000 ℳ	1 857 853	398,1
„ 10 000 ℳ	392 289	659,8.

In Beziehung gesetzt zur Gesamtzahl der Sparbücher (Spalten 4, 6, 8 und 10 der Tabelle b), bedeutet die Verschiebung innerhalb der Kontenklassen von 1905 bis 1921 für die Kontenklasse

bis 600 ℳ	einen Verlust	von	— 11,0 %
über 600 bis 3 000 ℳ	„	„	— 2,0 %
„ 3 000 „ 10 000 ℳ	„ Gewinn	„	+ 141,3 %
„ 10 000 ℳ	„	„	+ 266,7 %.

Die Verschiebung ist hiernach in der Kontenklasse mit den wenigsten Büchern am stärksten fühlbar.

Daß immer mehr Sparbücher in höhere Kontenklassen hinüberwechseln, muß bis in die Kriegsjahre hinein als Folge zunehmenden Wohlstandes in den die Spargäste hauptsächlich stellenden Volkskreisen angesehen werden; neuerdings wurde jene erfreuliche Ursache durch eine höchst unerfreuliche, nämlich die verheerende Geldentwertung, abgelöst.

II.

Über die Höhe des Einlagenstandes bei sämtlichen von der Statistik erfaßten Sparkassen des Deutschen Reiches in den Jahren 1921, 1920, 1919, 1918, 1913 und 1905 gibt die nachstehende Übersicht c Aufschluß.

Während sich oben bei der Betrachtung der Zahl der Sparbücher eine Zunahme nur bis zum Jahre 1920 und von 1920 auf 1921 eine Abnahme ergab, ist hier von Jahr zu Jahr, selbst bis zum Jahre 1921, zahlenmäßig — oder viel-

Höhe des Einlagebetrages bei sämtlichen von der Statistik erfaßten Sparkassen des Deutschen Reiches in den Jahren 1921, 1920, 1919, 1918, 1913 und 1905.

(Tab. c)

Freistaaten Landesteile	Am Schlusse der Rechnungsjahre																	
	1921[1]			1920			1919			1918			1913			1905		
	a) betrug die Höhe der Spareinlagen überhaupt . . . tausend Mark; b) stellte sich der durchschnittliche Betrag der Spareinlagen auf ein Sparbuch auf . . . ℳ; c) entfielen auf den Kopf der Bevölkerung eine Spareinlage von . . . ℳ																	
	a) 1000 ℳ	b) ℳ	c) ℳ	a) 1000 ℳ	b) ℳ	c) ℳ	a) 1000 ℳ	b) ℳ	c) ℳ	a) 1000 ℳ	b) ℳ	c) ℳ	a) 1000 ℳ	b) ℳ	c) ℳ	a) 1000 ℳ	b) ℳ	c) ℳ
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
1. Ostpreußen	853 055	1226	379	748 602	1034	334	646 183	902	290	551 895	791	248	291 823	650	134	184 361	581	87
2. Brandenburg	2 450 070	1281	1001	2 216 659	1161	906	1 918 227	1017	784	1 560 063	839	638	983 427	706	403	644 424	589	274
3. Stadt Berlin	1 990 800	1051	521	1 877 804	983	492	1 633 311	816	429	1 342 260	671	353	623 796	517	166	427 567	430	132
4. Pommern	1 697 804	1498	939	1 482 264	1321	824	1 251 593	1140	699	1 006 434	956	564	646 093	911	371	401 651	794	238
5. Grenzmark Posen-Westpreußen	195 391	1318	595	178 633	1212	546	139 233	1016	428	110 208	839	341	71 312	803	226	39 844	642	132
6. Niederschlesien	2 072 408	1085	694	1 793 462	938	600	1 454 334	776	487	1 151 109	639	385	771 757	554	258	536 001	481	186
7. Oberschlesien	408 419	1210	312	337 889	999	259	300 128	885	230	276 603	797	213	193 217	826	151	124 986	695	103
8. Sachsen	2 556 047	1203	814	2 335 553	1089	745	2 033 649	962	650	1 781 742	862	570	1 095 491	694	353	823 861	632	276
9. Schleswig-Holstein	1 757 364	1905	1200	1 586 264	1641	1084	1 368 270	1433	935	1 213 003	1281	830	810 785	1201	556	566 739	1072	420
10. Hannover	4 054 312	1787	1335	3 552 327	1567	1173	2 994 247	1353	992	2 602 378	1228	864	1 527 418	1066	515	1 002 985	957	363
11. Westfalen	5 528 630	2206	1206	4 851 793	1962	1069	4 076 551	1721	906	3 711 086	1669	833	2 178 633	1581	513	1 301 944	1499	359
12. Hessen-Nassau	1 823 182	1516	797	1 598 207	1294	701	1 291 153	1080	568	1 061 224	932	468	640 826	761	286	406 880	657	196
13. Rheinprovinz	7 825 130	2059	1053	6 833 717	1805	923	5 569 291	1524	756	4 821 718	1355	658	2 728 063	1154	381	1 486 925	986	233
14. Hohenzoll. Lande	78 226	2124	1107	60 746	1649	859	47 225	1315	668	37 761	1103	534	22 873	803	323	20 062	740	294
I. Preußen	**33290838**	**1593**	**900**	**29 453 920**	**1404**	**799**	**24723395**	**1201**	**673**	**21227484**	**1063**	**580**	**12585514**	**914**	**350**	**7 968 230**	**783**	**241**
1. Bayern r. d. Rh.	2 395 711	1227	385	2 134 688	1121	344	1 510 438	849	247	1 128 166	636	185	592 046	579	99	410 409	494	73
2. Bayern l. d. Rh.	476 536	1950	495	436 985	1797	455	356 173	1367	372	265 042	1080	277	114 003	907	121	64 156	731	72
II. Bayern	**2 872 247**	**1308**	**400**	**2 571 678**	**1193**	**359**	**1 866 611**	**915**	**264**	**1 393 208**	**690**	**198**	**706 049**	**615**	**102**	**474 565**	**517**	**73**
III. Sachsen	**3 993 464**	**955**	**863**	**3 622 763**	**842**	**780**	**3 093 716**	**729**	**664**	**2 684 306**	**652**	**574**	**1 954 179**	**568**	**411**	**1 331 618**	**484**	**295**
IV. Württemberg	**2 229 540**	**1585**	**878**	**1 864 179**	**1371**	**737**	**1 429 943**	**1066**	**567**	**1 169 261**	**915**	**466**	**626 332**	**744**	**254**	**874 126**	**595**	**162**
V. Baden	**2 540 006**	**1987**	**1141**	[1]**2 246 016**	**1761**	**1013**	**1 831 746**	**1476**	**829**	**1 498 700**	**1318**	**680**	**954 327**	**1266**	**441**	**605 991**	**1132**	**301**
VI. Thüringen	**1 164 567**	**1104**	**736**	**1 350 341**	**1021**	**854**	**1 151 081**	**931**	**727**	**1 010 636**	**899**	**639**	**633 220**	**707**	**400**	**277 707**	**399**	**184**
VII. Hessen	**1 068 274**	**1994**	**827**	**970 532**	**1871**	**751**	**825 882**	**1606**	**640**	**710 841**	**1445**	**551**	**433 565**	**1277**	**337**	**441 033**	**1657**	**364**
VIII. Hamburg	**945 911**	**992**	**893**	**791 847**	**863**	**750**	**675 838**	**763**	**643**	**556 091**	**662**	**531**	**394 134**	**629**	**384**	**252 975**	**723**	**288**
IX. Mecklenburg-Schwerin	**202 090**	**1077**	**305**	**173 237**	**930**	**263**	**143 130**	**780**	**218**	**105 578**	**610**	**161**	**76 762**	**546**	**119**	**61 077**	**451**	**98**
X. Oldenburg	**145 066**	**926**	**275**	**163 507**	**914**	**313**	**141 266**	**819**	**272**	**120 789**	**696**	**235**	**57 946**	**589**	**117**	**37 589**	**508**	**86**
XI. Braunschweig	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
XII. Anhalt	**239 695**	**1154**	**723**	**219 509**	**1043**	**663**	**184 801**	**883**	**558**	**150 972**	**731**	**456**	**91 295**	**562**	**276**	**71 896**	**499**	**219**
XIII. Bremen	**375 715**	**1136**	**1195**	**346 916**	**1070**	**1109**	**297 548**	**934**	**955**	**271 561**	**876**	**875**	**185 479**	**706**	**611**	**124 178**	**626**	**470**
XIV. Lippe	**322 619**	**2130**	**2079**	**266 184**	**1884**	**1720**	**205 396**	**1510**	**1330**	**177 203**	**1398**	**1151**	**125 647**	**1408**	**826**	**91 950**	**1256**	**631**
XV. Lübeck	**77 985**	**858**	**641**	**79 456**	**834**	**656**	**65 730**	**603**	**545**	**55 276**	**500**	**460**	**35 757**	**433**	**308**	**23 364**	**428**	**220**
XVI. Mecklenburg-Strelitz	**29 546**	**1152**	**277**	**27 359**	**1042**	**257**	**24 138**	**913**	**227**	**21 995**	**800**	**207**	**21 698**	**763**	**204**	**17 727**	**653**	**171**
XVII. Waldeck	**107 597**	**2013**	**1620**	**104 543**	**1980**	**1585**	**86 149**	**1681**	**1315**	**71 710**	**1468**	**1102**	**39 434**	**1288**	**626**	**27 299**	**1101**	**461**
XVIII. Schaumburg-Lippe	**97 156**	**2083**	**2099**	**87 057**	**1928**	**1880**	**73 709**	**1637**	**1590**	**65 843**	**1578**	**1419**	**46 595**	**1589**	**1001**	**26 848**	**1150**	**596**
Deutsches Reich (ohne Braunschweig)	**49702314**	**1473**	**832**	**44 339 044**	**1301**	**744**	**36820079**	**1104**	**620**	**31291454**	**972**	**528**	**18967933**	**834**	**325**	**12208173**	**715**	**226**

[1]) vorläufiges Ergebnis.

leicht besser gesagt: rein äußerlich — eine Zunahme festzustellen. Es betrug nämlich im Deutschen Reich der Gesamtbetrag der Spareinlagen

Ende 1921	49 702 314 000 *M*
„ 1920	44 339 044 000 „
„ 1919	36 820 079 000 „
„ 1918	31 291 454 000 „
„ 1913	18 967 933 000 „
„ 1905	12 208 173 000 „.

Dies bedeutet eine Mehrung von

gegenüber dem letzten Vergleichsjahre	überhaupt in 1000 *M*	in Hundertteilen	gegenüber dem Jahre 1905	überhaupt in 1000 *M*	in Hundertteilen
1920/1921	5 363 270	12,1	1921	37 494 141	307,1
1919/1920	7 518 965	20,4	1920	32 130 871	263,2
1918/1919	5 528 625	17,7	1919	24 611 906	201,6
1913/1918	12 323 521	65,0	1918	19 083 281	156,3
1905/1913	6 759 760	55,4	1913	6 759 760	55,4.

Wir haben also auch hier im Jahre 1921 eine gewisse Hemmung in der Fortentwicklung festzustellen insofern, als die prozentuale Zunahme des Gesamteinlagenbetrages dem Vorjahre gegenüber merklich hinter der prozentualen Zunahme der vorhergehenden Jahre zurückblieb.

Nun haben wir aber in der Sparkassenstatistik und besonders bei dem gegenwärtigen Abschnitte mit einem ganz neuen Gesichtspunkte zu rechnen, nämlich dem der Geldentwertung. Auch früher verlor die Mark — ebenso aber auch bei anderen Staaten die dortige Währungseinheit — nach Ablauf längerer Zeitabschnitte zweifellos an Kaufkraft, doch ganz und gar nicht so, daß dies im Geld- und Kreditwesen eine Rolle gespielt hätte. Im Kriege und ganz besonders in der Nachkriegszeit ist in dieser Hinsicht eine Wandlung eingetreten, die kaum jemand geahnt hat. Für das Sparkassenwesen ist diese Geldentwertung von geradezu verheerender Wirkung. Betrachten wir die Einlagenbeträge wie oben rein zahlenmäßig oder äußerlich, so können wir noch eine Aufwärtsbewegung herausrechnen, sehen wir uns die Zahlen aber nach ihrem inneren Werte an, schätzen wir sie ein entsprechend dem Fortschreiten der Entwertung der deutschen Währung, dann tritt uns ein erschreckendes Bild der Rückwärtsentwickelung im Sparkassenwesen entgegen.

Der Grad der Geldentwertung kann nun nicht genau gemessen werden, er läßt sich nur schätzen an der Hand gewisser Merkmale; als solche kommen in Betracht die Geltung der deutschen Mark im Auslande oder, und zwar gerade hier, wo es sich um das Geld meist kleiner und kleinster Kapitalisten handelt, die in der Regel nicht — allenfalls noch als Auswanderer — mit dem Auslande in wirtschaftliche Beziehung treten, nach dem die Kaufkraft der Mark einigermaßen widerspiegelnden Lebenshaltungsindex. Als Beispiele mögen folgende schätzungsweisen Berechnungen dienen:

Die Einlagebeträge bei den deutschen Sparkassen dürften ungefähr entsprechen:

	nach dem Wechselkurs in New York und Berlin	nach dem Lebenshaltungsindex[1])
Ende 1921	113 Millionen Mark	2 578 Millionen Mark
„ 1920	260 „ „	3 826 „ „
„ 1919	318 „ „	5 260 „ „
„ 1913	18 968 „ „	18 968 „ „.

[1]) nach Berechnungen im Statistischen Reichsamt aus Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung.

Es handelt sich also um einen ganz gewaltigen Sturz des Wertes der Spareinlagen, der nicht ohne Einfluß bleiben konnte auf den Geschäftsverkehr bei den Sparkassen und auch tatsächlich in einer gewissen Zurückhaltung der Sparer den Sparkassen gegenüber zum Ausdruck kommt.

Der durchschnittliche Betrag der auf ein Sparbuch treffenden Spareinlagen betrug am Schlusse der Jahre

1921	1 473 *M*
1920	1 301 „
1919	1 104 „
1918	972 „
1913	834 „
1905	715 „.

Dies bedeutet eine Steigerung

gegenüber dem letzten Vergleichsjahre	überhaupt um ... *M*	in Hundertteilen	gegenüber dem Jahre 1905	überhaupt um ... *M*	in Hundertteilen
1920/21	172	13,1	1921	758	106,0
1919/20	197	17,8	1920	586	82,0
1918/19	132	13,6	1919	389	54,4
1913/18	138	16,5	1918	257	35,9
1905/13	119	16,6	1913	119	16,6.

Auf den Kopf der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches entfiel eine Spareinlage

1921	von 832 *M*
1920	„ 744 „
1919	„ 620 „
1918	„ 528 „
1913	„ 325 „
1905	„ 226 „.

Da nicht alle Einwohner des Reiches ein Sparbuch besitzen, muß die Kopfquote niedriger sein als die durchschnittlich auf ein Sparbuch treffende Einlage. Die auch hier festzustellende Zunahme bedeutet

gegenüber dem letzten Vergleichsjahre	überhaupt um ... *M*	in Hundertteilen	gegenüber dem Jahre 1905	überhaupt um ... *M*	in Hundertteilen
1920/21	88	11,8	1921	606	268,1
1919/20	124	20,0	1920	518	229,2
1918/19	92	17,4	1919	394	174,3
1913/18	203	62,5	1918	302	133,6
1905/13	99	43,8	1913	99	43,8.

Wir sehen also auch hier die erfreuliche Zunahme der Spartätigkeit bei den Sparkassen während der Kriegsjahre zum Ausdruck kommen. Nach dem Kriege ist zwar alljährlich dem Nennbetrage nach bei der durchschnittlichen Spareinlage sowohl wie bei der Kopfquote noch eine Zunahme festzustellen, die allerdings im Jahre 1921 merklich abflaut; nach dem inneren Werte aber, unter Berücksichtigung der Geldentwertung betrachtet, steht außer Zweifel, daß wir es mit einem ganz empfindlichen Rückschlag zu tun haben. Wären Spartätigkeit und insbesondere das Zufließen der Spargelder zu den Sparkassen auch nur halbwegs in normalen Gleisen geblieben, so hätte bei der ungeheuren zahlenmäßigen Erhöhung der Löhne und Gehälter und der Einkommen überhaupt der Nennbetrag der Spareinlagen und der Kopfquote in den steilsten Kurven in die Höhe schnellen müssen. Vergegenwärtigen wir uns noch einmal die Zahl der im Deutschen Reich vorhandenen und auf 100 Köpfe der Bevölkerung treffenden Sparbücher (Tab. a S. 90), so werden wir unschwer erkennen, daß die Steigerung der Zahl der Sparbuchinhaber

lange nicht in dem Maße nachgelassen hat wie die Steigerung der Spareinlagen — diese natürlich nicht dem Nennwerte, sondern dem inneren Werte nach beurteilt. Es liegt die Vermutung nahe, daß eine große Zahl der Sparbuchinhaber ihre Guthaben zwar nicht oder nicht vollständig zurückgezogen, aber doch infolge Mangels an Erübrigungen oder in der Befürchtung weiterer Geldentwertung oder aus anderen Gründen den Sparkassen neue Spargelder nicht mehr zugeführt hat.

Der Anteil, den die einzelnen Länder und Landesteile an den Spareinlagen haben, muß bei deren außerordentlich verschiedenem Umfange naturgemäß sehr verschieden groß sein; es können daher eigentlich nur Durchschnittsziffern ein richtiges Bild geben.

Nach den Durchschnitts-Einlagebeträgen (in Mark) der Sparbücher Ende 1921 betrachtet, ordnen sich die Länder und Landesteile folgendermaßen:

Westfalen	2206	Bayern l. d. Rh.	1950
Lippe	2130	Schleswig-Holstein	1905
Hohenzollern	2124	Hannover	1787
Schaumburg-Lippe	2083	Preußen	1593
Rheinprovinz	2059	Württemberg	1585
Waldeck	2013	Hessen-Nassau	1516
Hessen	1994	Pommern	1498
Baden	1987		
Deutsches Reich	**1473**		
Posen-Westpreußen	1318	Bremen	1136
Bayern	1308	Thüringen	1104
Brandenburg	1281	Niederschlesien	1085
Bayern r. d. Rh.	1227	Mecklenburg-Schwerin	1077
Ostpreußen	1226	Berlin	1051
Oberschlesien	1210	Hamburg	992
Provinz Sachsen	1203	Sachsen	955
Anhalt	1154	Oldenburg	926
Mecklenburg-Strelitz	1152	Lübeck	858

Unverkennbar heben sich hier die Gebiete am Rhein und überhaupt im Westen des Reiches heraus als die, in denen auf ein Sparbuch durchschnittlich die höchsten Beträge treffen. Der Grund liegt auf der Hand: es sind die wohlhabendsten Gebiete, in denen auch die handarbeitende Klasse hohe Löhne bezieht und größere Beträge auf die Sparkasse tragen kann. Demgegenüber fällt auf, daß in Gebieten wie Sachsen, Thüringen, Hamburg, Bremen und Lübeck, die nach der Zahl der auf 100 Einwohner entfallenden Sparbücher an der Spitze stehen (vergl. S. 91), die durchschnittlich auf ein Sparbuch treffenden Einlagebeträge besonders niedrig sind. In Sachsen und Thüringen dürfte die Ursache sein, daß sich viele Arbeiter in einigen dort ansässigen, verhältnismäßig gering bezahlten Industriezweigen unter den Spargästen befinden. Für die Städtegebiete Hamburg, Bremen und Lübeck darf vielleicht die Vermutung ausgesprochen werden, daß sich dort weitere mehr verdienende Volkskreise anderer Anlagemöglichkeiten für ihre Erübrigungen bedienen.

Stellt man die Länder und Landesteile nach der Zahl der 1921 auf den Kopf der Bevölkerung treffenden Spareinlagen (in Mark) zusammen, so ergibt sich folgende Reihenfolge:

Schaumburg-Lippe	2099	Hohenzollern	1107
Lippe	2079	Rheinprovinz	1053
Waldeck	1620	Brandenburg	1001
Hannover	1335	Pommern	939
Westfalen	1206	Preußen	900
Schleswig-Holstein	1200	Hamburg	893
Bremen	1195	Württemberg	878
Baden	1141	Sachsen	863
Deutsches Reich	**832**		
Hessen	827	Bayern l. d. Rh.	495
Provinz Sachsen	814	Bayern	400
Hessen-Nassau	797	Bayern r. d. Rh.	385
Thüringen	736	Ostpreußen	379
Anhalt	723	Oberschlesien	312
Niederschlesien	694	Mecklenburg-Schwerin	305
Lübeck	641	Mecklenburg-Strelitz	277
Posen-Westpreußen	595	Oldenburg	275
Berlin	521		

Dieses Zahlenbild spricht weniger bestimmt als das vorhergehende, da sich in ihm verschiedene Einflüsse die Wage halten. Sind in einem Land die Durchschnitts-Spareinlagen zwar nicht so hoch, sind aber besonders viele Sparkassenkunden vorhanden, so errechnet sich auf den Kopf der Bevölkerung doch noch eine ansehnliche Ziffer und umgekehrt. Natürlich müssen die Gebiete an den äußersten Flügeln stehen, bei denen viele Sparer und hohe Einlagen oder wenig Sparer und geringe Einlagen zusammentreffen, wie die beiden Lippe, Waldeck und Hannover auf der einen und die beiden Mecklenburg, Oldenburg und Oberschlesien auf der anderen Seite.

Gegenüber dem Stande vom Jahre 1905 haben unter den einzelnen Ländern und Landesteilen hinsichtlich der Höhe der auf ein Sparbuch treffenden Einlagebeträge sowie hinsichtlich der Höhe der auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Spareinlagen verhältnismäßig wenig auffallende Verschiebungen stattgefunden. Im großen und ganzen haben sich in den meisten Gebieten die entsprechenden Durchschnitts- oder Verhältniszahlen in einem dem Reichsdurchschnitt nahekommenden Verhältnis gesteigert; eine Minderung kommt überhaupt nicht vor. Die Steigerung — 1921 gegenüber 1905 — betrug Hundertteile

im durchschnittlichen Betrage der auf ein Sparbuch entfallenden Spareinlagen in		bezüglich der auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Spareinlage in	
Hohenzollern	187,0	Bayern l. d. Rh.	587,5
Thüringen	176,7	Bayern	447,9
Bayern l. d. Rh.	166,8	Württemberg	442,0
Württemberg	166,4	Bayern r. d. Rh.	427,4
Bayern	153,0	Rheinprovinz	351,9
Bayern r. d. Rh.	148,4	Posen-Westpreußen	350,8
Berlin	144,4	Ostpreußen	335,6
Mecklenburg-Schwerin	138,8	Hessen-Nassau	306,6
Anhalt	131,3	Thüringen	300,0
Hessen-Nassau	130,7	Berlin	294,7
Niederschlesien	125,6	Pommern	294,5
Brandenburg	117,5	Baden	279,1
Ostpreußen	111,0	Hohenzollern	276,5
Rheinprovinz	108,8	Preußen	273,4
Deutsches Reich	**106,0**	Niederschlesien	273,1
Posen-Westpreußen	105,3	**Deutsches Reich**	**268,1**
Preußen	103,4	Hannover	267,8
Lübeck	100,4	Brandenburg	265,3
Sachsen	97,3	Schaumburg-Lippe	252,2
Provinz Sachsen	90,3	Waldeck	251,4
Pommern	88,7	Westfalen	235,9
Hannover	86,7	Anhalt	230,1
Waldeck	82,8	Lippe	229,5
Oldenburg	82,3	Oldenburg	219,8
Bremen	81,5	Mecklenburg-Schwerin	211,2
Schaumburg-Lippe	81,1	Hamburg	210,1
Schleswig-Holstein	77,7	Oberschlesien	202,9
Mecklenburg-Strelitz	76,4	Provinz Sachsen	194,0
Baden	75,5	Sachsen	192,5
Oberschlesien	74,1	Lübeck	191,4
Lippe	69,6	Schleswig-Holstein	185,7
Westfalen	47,9	Bremen	154,3
Hamburg	37,2	Hessen	127,2
Hessen	20,3	Mecklenburg-Strelitz	62,0

Durch besonders starke Steigerungen fallen auf Hohenzollern, Thüringen, Württemberg und Bayern. Die Ursache dürfte hier zum Teil in der starken Entwickelung der Industrie in den letzten Jahrzehnten und den dadurch geschaffenen Verdienstmöglichkeiten zu suchen sein. Die besonders geringe Steigerung in Westfalen, Hamburg und Hessen dürfte ihren Grund besonders darin haben, daß hier schon im Jahre 1905 verhältnismäßig hohe Beträge auf ein Sparbuch trafen, so daß eine weitere größere Steigerung mangels außergewöhnlicher Gründe wohl nicht zu erwarten war.

Die verschiedene Höhe der Gesamtspareinlagen ermöglicht eine Einteilung der deutschen Sparkassen nach Einlagebestandsgruppen. Die 2763 Sparkassen verteilten sich hiernach im Jahre 1921 wie die nachstehende Tabelle d zeigt wie folgt:

Am häufigsten (830 = 30,0 %) kamen hiernach vor die Sparkassen mit über 1 Million bis 5 Millionen Mark Gesamtspareinlagen. Unverhältnismäßig viel kleine Sparkassen mit Einlagebeständen bis zu 500 000 Mark kamen vor in den stark landwirtschaftlichen Gebieten Mecklenburg-Strelitz (2 = 28,6 % aller dortigen Sparkassen) und -Schwerin (7 = 17,9 %), Bayern (27 = 7,0 %) und Schleswig-Holstein (15 = 6,9 %). Bedenkt man, wie wenig ein derartiger Einlagebestand bei der Geldentwertung zu bedeuten hat, so muß man ernsthaft fragen, ob derartige Kassen überhaupt noch lebensfähig sind. In vielen Gebieten kommen so kleine Sparkassen überhaupt nicht vor. Die Sparkassen mit über 100 Millionen Mark Gesamteinlagen sind am stärksten vertreten in der Rheinprovinz mit 14 = 6,3 % aller dortigen Sparkassen und Westfalen mit 7 = 3,2 %. Die diesbezüglichen hohen Verhältnisziffern für Berlin, Hamburg und Bremen sind nur die Folge der geringen Zahl der dortigen Sparkassen, die wie überhaupt in großen Städten hohe Einlagebestände aufzuweisen haben.

Die in nachstehender Übersicht dargestellte Anzahl der deutschen Sparkassen nach Einlagebestandsgruppen hatte im Jahre 1921 nach der Tabelle d folgende Gruppeneinteilung:

Es beträgt in

der Einlagebestandsgruppe	die Zahl der Sparkassen	der Einlagebestand in Millionen Mark	der Einlagebestand in Hundertteilen
bis 500 000 Mark	69	21,6	0,04
über ½ bis 1 Million Mark	134	101,3	0,2
über 1 bis 5 Mill. Mark	830	2 337,8	4,7
über 5 bis 10 Mill. Mark	507	3 677,6	7,4
über 10 bis 25 Mill. Mark	741	11 931,5	24,0
über 25 bis 50 Mill. Mark	327	11 224,3	22,6
über 50 bis 100 Mill. Mark	100	6 671,9	13,4
über 100 Millionen Mark	55	13 776,3	27,6

Die deutschen Sparkassen nach Einlagebestandsgruppen im Jahre 1921.

(Tab. d)

Freistaaten — Landesteile	Gesamtzahl der Sparkassen	Von der Gesamtzahl der Sparkassen (Spalte 2) entfielen auf die Einlagebestandsgruppen von: bis 500 000 Mark		über 500 000 bis 1 Million Mark		über 1 bis 5 Millionen Mark		über 5 bis 10 Millionen Mark		über 10 bis 25 Millionen Mark		über 25 bis 50 Millionen Mark		über 50 bis 100 Millionen Mark		über 100 Millionen Mark	
		a) in absoluten Zahlen, b) in Hundertteilen															
		a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
1. Ostpreußen	78	1	1,3	9	11,5	17	21,8	25	32,1	20	25,6	5	6,4	—	—	1	1,3
2. Brandenburg	116	—	—	2	1,7	26	22,4	20	17,2	46	39,7	13	11,2	6	5,3	3	2,6
3. Stadt Berlin	2	—	—	—	—	—	—	—	—	1	50,0	—	—	—	—	1	50,0
4. Pommern	96	3	3,1	5	5,2	24	25,0	19	19,8	26	27,1	14	14,6	3	3,1	2	2,1
5. Grenzm. Posen-Westpr.	20	—	—	—	—	11	55,0	2	10,0	5	25,0	2	10,0	—	—	—	—
6. Niederschlesien	141	—	—	8	5,7	46	32,6	27	19,1	46	32,6	10	7,1	2	1,4	2	1,4
7. Oberschlesien	37	1	2,7	3	8,1	8	21,6	8	21,6	14	37,7	3	8,1	—	—	—	—
8. Sachsen	147	2	1,4	4	2,7	52	35,4	24	16,3	31	21,1	26	17,7	6	4,1	2	1,4
9. Schleswig-Holstein	216	15	6,9	23	10,6	100	46,3	31	14,4	31	14,4	13	6,0	1	0,5	2	0,9
10. Hannover	178	—	—	—	—	20	11,2	33	18,5	80	44,9	31	17,4	11	6,2	3	1,7
11. Westfalen	217	—	—	1	0,5	30	13,8	39	18,0	80	36,9	43	19,8	17	7,8	7	3,2
12. Hessen-Nassau	85	2	2,4	5	5,9	13	15,3	29	34,1	29	34,1	3	3,5	1	1,2	3	3,5
13. Rheinprovinz	224	—	—	1	0,4	31	13,8	26	11,6	76	33,9	50	22,3	26	11,6	14	6,3
14. Hohenzollernsche Lande	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	100,0	—	—
I. Preußen	**1 558**	**24**	**1,5**	**61**	**3,9**	**378**	**24,3**	**283**	**18,2**	**485**	**31,1**	**213**	**13,7**	**74**	**4,7**	**40**	**2,6**
1. Bayern r. d. Rh.	321	22	6,9	23	7,2	154	48,0	71	22,1	40	12,5	7	2,2	2	0,6	2	0,6
2. Bayern l. d. Rh.	67	5	7,5	10	14,9	28	41,8	9	13,4	12	17,9	2	3,0	1	1,5	—	—
II. Bayern	**388**	**27**	**7,0**	**33**	**8,5**	**182**	**46,9**	**80**	**20,6**	**52**	**13,4**	**9**	**2,3**	**3**	**0,8**	**2**	**0,5**
III. Sachsen	**351**	**6**	**1,7**	**25**	**7,1**	**158**	**45,0**	**58**	**16,5**	**74**	**21,1**	**23**	**6,6**	**3**	**0,9**	**4**	**1,1**
IV. Württemberg	**73**	**1**	**1,4**	—	—	**3**	**4,1**	**9**	**12,3**	**33**	**45,2**	**22**	**30,1**	**3**	**4,1**	**2**	**2,7**
V. Baden	**152**	—	—	**3**	**2,0**	**41**	**27,0**	**36**	**23,7**	**37**	**24,3**	**28**	**18,4**	**4**	**2,6**	**3**	**2,0**
VI. Thüringen	**85**	**1**	**1,2**	**4**	**4,7**	**23**	**27,1**	**20**	**23,5**	**27**	**31,8**	**8**	**9,4**	**1**	**1,2**	**1**	**1,2**
VII. Hessen	**34**	**1**	**2,9**	—	—	—	—	**4**	**11,8**	**11**	**32,4**	**11**	**32,4**	**7**	**20,6**	—	—
VIII. Hamburg	**5**	—	—	—	—	**1**	**20,0**	—	—	**1**	**20,0**	**1**	**20,0**	—	—	**2**	**40,0**
IX. Mecklenb.-Schwerin	**39**	**7**	**17,9**	**6**	**15,4**	**18**	**46,2**	**3**	**7,7**	**2**	**5,1**	**3**	**7,7**	—	—	—	—
X. Oldenburg	**13**	—	—	**1**	**7,7**	**7**	**53,8**	**1**	**7,7**	**3**	**23,1**	—	—	**1**	**7,7**	—	—
XI. Braunschweig	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
XII. Anhalt	**19**	—	—	**1**	**5,3**	**10**	**52,6**	**3**	**15,8**	**2**	**10,5**	**1**	**5,3**	**2**	**10,5**	—	—
XIII. Bremen	**4**	—	—	—	—	—	—	—	—	**1**	**25,0**	**1**	**25,0**	**1**	**25,0**	**1**	**25,0**
XIV. Lippe	**20**	—	—	—	—	**5**	**25,0**	**5**	**25,0**	**6**	**30,0**	**3**	**15,0**	**1**	**5,0**	—	—
XV. Lübeck	**3**	—	—	—	—	**1**	**33,3**	—	—	—	—	**2**	**66,7**	—	—	—	—
XVI. Mecklenburg-Strelitz	**7**	**2**	**28,6**	—	—	**3**	**42,9**	**1**	**14,3**	**1**	**14,3**	—	—	—	—	—	—
XVII. Waldeck	**5**	—	—	—	—	—	—	**2**	**40,0**	**1**	**20,0**	**2**	**40,0**	—	—	—	—
XVIII. Schaumburg-Lippe	**7**	—	—	—	—	—	—	**2**	**28,6**	**5**	**71,4**	—	—	—	—	—	—
Deutsches Reich (ohne Braunschweig)	**2 763**	**69**	**2,5**	**134**	**4,8**	**830**	**30,0**	**507**	**18,3**	**741**	**26,8**	**327**	**11,8**	**100**	**3,6**	**55**	**2,0**

Der Einlagebestand der deutschen Sparkassen nach Einlagebestandsgruppen im Jahre 1921.

(Tab. e)

Freistaaten — Landesteile	Gesamtsumme des Einlagebestandes Mill. Mark	Von dem Einlagebestande der Sparkassen (Spalte 2) entfielen auf die Einlagebestandsgruppen von: bis 500 000 Mark		über 500 000 bis 1 Million Mark		über 1 bis 5 Millionen Mark		über 5 bis 10 Millionen Mark		über 10 bis 25 Millionen Mark		über 25 bis 50 Millionen Mark		über 50 bis 100 Millionen Mark		über 100 Millionen Mark	
		a) in Millionen Mark, b) in Hundertteilen															
		a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
1. Ostpreußen	853,1	0,4	0,05	7,4	0,9	41,4	4,9	186,9	21,9	279,6	32,8	177,7	20,8	—	—	159,5	18,7
2. Brandenburg	2 450,1	—	—	1,6	0,1	80,6	3,3	145,6	5,9	737,2	30,1	430,1	17,6	412,5	16,8	642,4	26,2
3 Stadt Berlin	1 990,8	—	—	—	—	—	—	—	—	15,0	0,8	—	—	—	—	1 975,8	98,2
4. Pommern	1 697,8	0,5	0,03	3,3	0,2	79,3	4,7	143,0	8,4	414,0	24,4	497,0	29,3	159,6	9,4	401,1	23,6
5. Grenzm. Pos.-Westpr.	195,4	—	—	—	—	29,7	15,2	10,9	5,6	63,0	32,2	91,9	47,0	—	—	—	—
6. Niederschlesien	2 072,4	—	—	6,3	0,3	136,4	6,6	184,9	8,9	745,9	36,0	330,6	16,0	134,6	6,5	533,6	25,7
7. Oberschlesien	408,4	0,4	0,1	2,2	0,5	16,1	3,9	54,7	13,4	246,4	60,3	88,6	21,7	—	—	—	—
8. Sachsen	2 556,0	0,6	0,02	3,0	0,1	163,2	6,4	184,3	7,2	535,9	21,0	911,0	35,6	401,7	15,7	356,4	13,9
9. Schleswig-Holstein	1 757,4	4,8	0,3	18,1	1,0	240,0	13,7	213,1	12,1	449,0	25,5	438,5	25,0	52,9	3,0	341,0	19,4
10. Hannover	4 054,3	—	—	—	—	61,5	1,5	252,7	6,2	1 315,1	32,4	1 110,8	27,4	670,9	16,5	643,3	15,9
11. Westfalen	5 528,6	—	—	0,5	0,01	109,6	2,0	283,0	5,1	1 342,5	24,3	1 550,5	28,0	1 157,9	20,9	1 084,5	19,6
12 Hessen-Nassau	1 823,2	0,7	0,04	3,8	0,2	44,6	2,4	212,4	11,6	477,1	26,2	100,1	5,5	88,2	4,8	896,4	49,2
13. Rheinprovinz	7 825,1	—	—	0,9	0,01	104,8	1,3	188,3	2,4	1 275,1	16,3	1 765,5	22,6	1 791,5	22,9	2 699,0	34,5
14. Hohenzoll. Lande	78,2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	78,2	100	—	—
I. Preußen	**33 290,8**	**7,4**	**0,02**	**47,2**	**0,1**	**1 107,2**	**3,3**	**2 059,8**	**6,2**	**7 895,8**	**23,7**	**7 492,4**	**22,5**	**4 948,0**	**14,9**	**9 783,0**	**29,2**
1. Bayern r. d. Rh.	2 395,7	7,6	0,3	16,6	0,7	429,3	17,9	513,4	21,4	590,1	24,6	219,9	9,2	155,7	6,5	463,1	19,3
2. Bayern l. d. Rh.	476,5	1,0	0,2	7,3	1,5	76,9	16,1	69,1	14,5	192,5	40,4	76,5	16,1	53,3	11,2	—	—
II. Bayern	**2 872,2**	**8,6**	**0,3**	**23,9**	**0,8**	**506,2**	**17,6**	**582,5**	**20,3**	**782,6**	**27,2**	**296,4**	**10,3**	**209,0**	**7,3**	**463,1**	**16,1**
III. Sachsen	**3 993,5**	**1,8**	**0,04**	**19,6**	**0,5**	**416,7**	**10,4**	**402,9**	**10,1**	**1 159,0**	**29,0**	**729,7**	**18,3**	**185,2**	**4,6**	**1 078,5**	**27,0**
IV. Württemberg	**2 229,5**	**0,1**	**0,00003**	—	—	**11,5**	**0,5**	**79,1**	**3,5**	**550,5**	**24,7**	**686,7**	**30,8**	**158,5**	**7,1**	**743,1**	**33,3**
V. Baden	**2 540,0**	—	—	**2,1**	**0,1**	**114,9**	**4,5**	**253,7**	**10,0**	**563,9**	**22,2**	**934,0**	**36,8**	**264,0**	**10,4**	**407,4**	**16,0**
VI. Thüringen	**1 164,6**	**0,5**	**0,04**	**3,2**	**0,3**	**62,2**	**5,3**	**140,4**	**12,1**	**454,2**	**39,0**	**277,7**	**23,8**	**86,1**	**7,4**	**140,3**	**12,0**
VII. Hessen	**1 068,3**	**0,4**	**0,04**	—	—	—	—	**33,4**	**3,1**	**179,5**	**16,8**	**362,4**	**33,9**	**492,6**	**46,1**	—	—
VIII. Hamburg	**945,9**	—	—	—	—	**3,0**	**0,3**	—	—	**17,4**	**1,8**	**29,5**	**3,1**	—	—	**896,0**	**94,7**
IX. Mecklenburg-Schwerin	**202,1**	**2,3**	**1,1**	**4,2**	**2,1**	**51,1**	**25,3**	**28,8**	**11,8**	**21,7**	**10,7**	**99,0**	**49,0**	—	—	—	—
X. Oldenburg	**145,1**	—	—	**0,6**	**0,4**	**16,6**	**11,4**	**6,8**	**4,7**	**45,6**	**31,4**	—	—	**75,5**	**52,0**	—	—
XI. Braunschweig	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
XII. Anhalt	**239,7**	—	—	**0,5**	**0,2**	**24,9**	**10,4**	**21,4**	**8,9**	**37,0**	**15,4**	**28,9**	**12,1**	**127,0**	**53,0**	—	—
XIII. Bremen	**375,7**	—	—	—	—	—	—	—	—	**15,1**	**4,0**	**33,2**	**8,8**	**52,7**	**14,0**	**274,7**	**73,1**
XIV. Lippe	**322,6**	—	—	—	—	**16,5**	**5,1**	**31,6**	**9,8**	**89,5**	**27,8**	**111,6**	**34,6**	**73,3**	**22,7**	—	—
XV. Lübeck	**78,0**	—	—	—	—	**1,3**	**1,6**	—	—	—	—	**76,7**	**98,4**	—	—	—	—
XVI. Mecklenb.-Strel.	**29,6**	**0,6**	**2,0**	—	—	**5,8**	**19,6**	**9,8**	**33,1**	**13,4**	**45,3**	—	—	—	—	—	—
XVII. Waldeck	**107,6**	—	—	—	—	—	—	**16,6**	**15,4**	**25,0**	**23,2**	**66,0**	**61,3**	—	—	—	—
XVIII. Schaumb.-Lippe	**97,1**	—	—	—	—	—	—	**15,8**	**16,3**	**81,3**	**83,7**	—	—	—	—	—	—
Deutsches Reich (ohne Braunschweig)	**49 702,3**	**21,6**	**0,04**	**101,3**	**0,2**	**2 337,8**	**4,7**	**3 677,6**	**7,4**	**11 931,5**	**24,0**	**11 224,3**	**22,6**	**6 671,9**	**13,4**	**13 736,3**	**27,6**

Wir sehen: den Ausschlag geben hier nur die größeren Klassen. Eine äußerst unbedeutende Rolle hingegen spielen die kleineren Sparkassen mit bis zu 5 Millionen Mark Gesamteinlage, d. s. 1033 oder 37,4 % aller Sparkassen, deren Einlagebestand zusammen nicht einmal 5 % des Gesamteinlagebestandes der deutschen Sparkassen ausmacht.

Bei den Sparkassen hat in den letzten Jahren der Giro- und Kontokorrentverkehr einen immer bedeutenderen Umfang angenommen, und es ist wohl damit zu rechnen, daß gerade dieser Geschäftszweig den Sparkassen noch einen nennenswerten Kundenkreis sichert im Gegensatze zum reinen Sparverkehr, in dem die fortschreitende Geldentwertung ein vorläufig unübersehbares Hemmnis für die Fortentwicklung des Sparkassenwesens bedeutet.

Am Schlusse des Rechnungsjahres betrugen die Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparer

	in Millionen Mark	in Hundertteilen der Gesamteinlage der Sparkassen
im Deutschen Reich (ohne Sachsen[1]) und Braunschweig)	6 919,5	15,1
in Preußen	5 328,1	16,0
hiervon:		
Rheinprovinz	1 696,1	21,7
Westfalen	801,6	14,5
Hannover	460,1	11,3
Hessen-Nassau	410,2	22,5
Berlin	359,7	18,1
in Bayern	338,6	11,8
in Württemberg	490,3	22,0
in Baden	263,2	10,4
in Thüringen	161,3	13,9

Angaben für die übrigen Gebiete s. Übersicht S. 6.

[1]) In Sachsen sind besondere Girokassen eingerichtet; Angaben über die Höhe der Giroeinlagen waren bisher nicht zu erreichen.

Teil III.

Das Anlagegeschäft.

1. Der städtische und ländliche Realkredit der deutschen Sparkassen.

Von Rechtsanwalt Dr. **Johannes Müller**, Syndikus beim Landesverband bayerischer Sparkassen, München.

Von den verschiedenen Arten der Kapitalsanlage, die den Sparkassen zu Gebote stehen, nimmt der Immobiliarkredit eine besondere Stellung ein. Einerseits kommt er ja nur für einen beschränkten Anteil des anzulegenden Kapitals in Betracht, da die Sparkassen zur jederzeitigen Rückzahlung stets bedeutende flüssige Mittel zur Verfügung haben müssen und die Ausleihung auf Grundstücke in jedem Fall eine längere Bindung notwendig macht. Andererseits ist in normalen Zeiten die weitgehende und zweckmäßige Gewährung von Grundkredit geeignet, die soziale Bedeutung der Sparkassen voll zur Auswirkung kommen zu lassen. Die Sparkassen sind als Vermittler von Grundkredit für den Mittelstand von großer Bedeutung. Sie ermöglichen es, vor allem in kleinen Städten und auf dem Lande, daß die zurückgelegten Gelder am Orte bleiben und hier wieder bodenständig verwertet werden, und verhüten damit, soweit ihre Wirksamkeit reicht, daß die angesammelten Kapitalbeträge durch Vermittlung der großen Geldinstitute dem Land entzogen und den Zentren der großen Kapitalsansammlungen zugeführt werden.

Die Grundsätze des bürgerlichen Rechts für die Beleihung von Grundstücken, die §§ 1113 bis 1203 BGB., die die Hypothek, die Grund- und Rentenschuld regeln, sind für sämtliche deutsche Sparkassen die gleichen. Um so bemerkenswertere Unterschiede zeigen aber die öffentlich rechtlichen Bestimmungen der verschiedenen Länder, welche die Bedingungen regeln, unter denen die Sparkassen ihre Kapitalien auf Grundstücke ausleihen dürfen.

Im führenden Lande, in Preußen, gelten für die Sparkassen die Bestimmungen des Reglements vom 12. Dezember 1838, die Einrichtung des Sparkassenwesens betreffend. Nach § 5 dieses Gesetzes im Zusammenhang mit einer Kabinettsorder vom 26. Juli 1841 müssen Hypotheken der Sparkassen an erster Stelle stehen und nach der Verwaltungsübung auch formell mündelsicher sein.[1]) Nach § 1 Artikel 73 des preußischen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch ist eine Hypothek, eine Grundschuld oder eine Rentenschuld an einem in Preußen belegenen Grundstück für die Anlegung von Mündelgeld als sicher anzusehen, wenn sie innerhalb des 15 fachen oder, sofern ihr kein anderes der Eintragung bedürfendes Recht im Range vorgeht oder gleichsteht, innerhalb des 20 fachen des staatlich ermittelten Grundsteuerreinertrages oder bei einem ländlichen Grundstück innerhalb der ersten zwei Drittel, bei einem städtischen Grundstück innerhalb der ersten Hälfte des Wertes zu stehen kommt.

Im Rahmen dieser gesetzlichen Grundlagen enthält § 26 der Mustersatzung der Zentralstelle des Deutschen Sparkassenverbandes eingehende Bestimmungen über die Voraussetzungen, die bei Hingabe von Darlehen auf Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld zu beachten sind. Diese Bestimmungen sind von der Mustersatzung des Sparkassen- und Giroverbandes für die Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt, dem also auch wesentlich nichtpreußische Gebiete angehören, übernommen. Die Mehrzahl der übrigen Sparkassenverbände des preußischen Gebietes haben sich ebenfalls die Bestimmungen der Mustersatzung des Deutschen Sparkassenverbandes zum Vorbild genommen, haben sie aber vor allem mit Rücksicht auf die preußischen Bestimmungen über Kleinwohnungsbauten und das Bürgschaftssicherungsgesetz ergänzt. Aus den angeführten Bestimmungen ist im wesentlichen folgendes hervorzuheben:

Die Sparkasse kann Darlehen gewähren gegen hypothekarische oder grundschuldmäßige Verpfändung eines städtischen oder ländlichen Grundstücks oder gegen Bestellung einer Rentenschuld an einem solchen Grundstück. In gleicher Weise ist die Beleihung von Erbbaurechten zulässig. Eine Hypothek gilt als sicher, wenn sie bei landwirtschaftlich genutzten Grundstücken $^2/_3$ und bei Wohngebäuden $^6/_{10}$ ihres Wertes nicht übersteigt, oder wenn das zu beleihende Erbbaurecht den Bestimmungen des § 21 der Verordnung über das Erbbaurecht vom 15. Januar 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 72) entspricht.

Die Beleihung von städtischen Grundstücken über 60 % des Wertes bis zu 75 %, bei Kleinwohnungsbauten bis zu 80 % und in besonderen Ausnahmefällen bis zu 90 % kann erfolgen, wenn ein leistungsfähiger öffentlich-rechtlicher Verband — außer dem Gewährleistungsverband oder dessen Kreditanstalt — für den 60 % des Wertes übersteigenden Betrag die Bürgschaft übernimmt. Diese höheren Beleihungen sind nur für innerhalb des Gewährleistungsverbandes der Sparkasse belegene Grundstücke zulässig, es sei denn, daß für ein außerhalb belegenes Grundstück der Kommunalverband, in dem das Grundstück liegt, die Bürgschaft für die Beleihung übernimmt. Die Beleihung von Kleinwohnungsbauten innerhalb der Grenzen des Gewährleistungsverbandes kann ferner bis zu 90 % des Schätzungswertes erfolgen, wenn der Gewährleistungsverband im Einzelfalle beschließt, daß ein etwa aus der Beleihung entstehender Verlust an Kapital oder Zinsen der Sparkasse aus einem für diesen Zweck gebildeten kommunalen Fonds zu erstatten ist. Alle Hypothekendarlehen vorgedachter Art sind mit mindestens $^1/_2$ % und der über 60 % des Wertes hinausgehende Betrag mit mindestens $1^1/_2$ % zu tilgen.

Für Kleinwohnungsbauten gemeinnütziger Bauvereinigungen und Stiftungen, für die gemäß den Bestimmungen des Bürgschaftssicherungsgesetzes vom 10. April 1918 die Staatsbürgschaft für 2. Hypotheken übernommen ist, kann gemäß den Bestimmungen dieses Gesetzes eine Beleihung bis zu 90 % des in § 2 des genannten Gesetzes umschriebenen Wertes erfolgen.

Der Wert der Grundstücke und Gebäude ist unter Berücksichtigung aller wertbestimmenden Momente durch Vorstandsbeschluß festzusetzen. Bebaute Grundstücke müssen gegen Feuersgefahr versichert werden. Hypotheken und Grundschulden sollen in der Regel planmäßig getilgt werden, auf Rentenschulden finden die vorstehenden Bestimmungen mit der Maßgabe Anwendung, daß ihr jeweiliger Ablösungswert als Kapitalbetrag der Rentenschuld gilt.

Bei einzelnen Mustersatzungen ist noch folgendes beachtenswert:

In § 32 der Mustersatzung des Schleswig-Holsteinischen Sparkassenverbandes ist vorgesehen, daß Hypotheken oder Grundschulden regelmäßig mit halbjähriger Frist kündbar sein müssen. Außerdem können Tilgungsbeiträge von mindetens $^1/_2$ % festgesetzt werden. Diese Bestimmung erscheint sehr wertvoll und ist geeignet, die Liquidität der Sparkassenmittel zu erhöhen.

[1]) Friedrichs, Das heutige Recht der Gemeindesparkassen, S. 19.

Die Mustersatzung des Rheinisch-Westfälischen Sparkassenverbandes zeigt eine Besonderheit dadurch, daß sie die Beleihung von Theatern, Tanzsälen, Kinos und ähnlichen Zwecken dienenden Gebäuden verbietet.

Die Festsetzung eines bestimmten Anteilverhältnisses der Hypothekendarlehen zum Gesamtbestande der Anlagen besteht in Preußen[1]) nicht. Die Sparkassen sind in der Ausgabe von Grundkredit nur insofern beschränkt, als nach dem Gesetz vom 23. Dezember 1912, betreffend die Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren, der dort vorgeschriebene Mindestbetrag in mündelsicheren Schuldverschreibungen auf den Inhaber anzulegen ist.

Im Freistaat Sachsen bestehen besondere gesetzliche Bestimmungen für die Anlegung von Geldern in Hypotheken, Grund- und Rentenschulden nicht. Ebenso ist im Freistaat Hessen die Beleihung von Grundstücken der Regelung durch die Satzung der Sparkassen überlassen. Die Beleihungsgrenze schwankt zwischen 50 und 75 %; in der Regel wird die ortsgerichtliche Schätzung zugrunde gelegt. Bei der Schätzung wird meist der Friedenswert sowie der jetzige Verkaufswert seitens der Ortsgerichte angegeben.

Die für die badischen Sparkassen zulässigen Kapitalanlagen sind in § 14 des badischen Sparkassengesetzes vom 9. April 1880 geregelt. Bezüglich der Geldanlagen in Hypotheken heißt es dort: Zulässig sind Kapitalanlagen in Darlehen gegen bedungenes erstes Unterpfand in Liegenschaften. In der Regel soll der Wert der zum Unterpfand gegebenen Liegenschaften das Darlehen doppelt decken; ausnahmsweise kann für besondere Verhältnisse in den Satzungen die Beleihungsgrenze erweitert werden. Dementsprechend wurde in einzelnen örtlichen Sparkassensatzungen die Höchstbeleihungsgrenze auf 60 % des amtlichen Schätzungswertes festgesetzt.

In Württemberg ist die Anlegung von Sparkassengeldern in Hypotheken, Grund- und Rentenschulden durch die allgemeinen Bestimmungen über die verzinsliche Anlegung der Gemeindegelder in der württembergischen Gemeindeordnung vom 28. Juli 1906 und die hierzu ergangene Vollzugsverfügung des Ministeriums des Innern vom 6. Oktober 1907, für die Oberamtssparkassen im besonderen durch die Bezirksordnung vom 28. Juli 1906 und die hierzu ergangene Vollzugsverfügung vom 30. Oktober 1907 geregelt. Die auf Grund dieser gesetzlichen Regelung erlassene Mustersatzung enthält in §§ 18 bis 21 eingehende Bestimmungen über Hypotheken- und Rentendarlehen:

Darlehen auf Hypotheken sind nur in der Form der Briefhypothek und gegen mindestens doppelte Sicherheit gestattet. Unter Umständen ist die hypothekarische Beleihung in mittleren und großen Städten bis zu 60 % des Schätzungswertes zulässig. Die Hypothek muß an erster Stelle stehen. Über die Schätzung und Feststellung des Grundstückswertes sind umfassende, in alle Einzelheiten gehende Bestimmungen getroffen. Die Darlehen können auch als Rentendarlehen gegeben werden. Endlich ist auch der Erwerb von „Güterzielern" zulässig.

In Bayern sind für die Geschäftsführung der Sparkassen die „Grundbestimmungen und Vollzugsanweisungen für die Sparkassen der Gemeinden und Bezirke" nunmehr in der Fassung der Ministerialbekanntmachung vom 24. Januar 1923 maßgebend. Hier ist in § 24 bestimmt, daß auf die Anlegung der Sparkassengelder bei den gemeindlichen und Distriktssparkassen die Vorschriften über die Anlegung von Gemeindegeldern Anwendung finden. Die einschlägigen Vorschriften sind enthalten in der Verordnung vom 5. Mai 1905 über die Anlegung von Gemeinde- und Stiftungsgeldern und in den denselben Gegenstand betreffenden Ministerialbekanntmachungen vom 13. Mai 1905 und 2. Mai 1906. Hiernach ist die Anlegung von Geldern in Hypothekforderungen und Grundschulden zulässig. Die Anlegung von Geldern in Rentenschulden soll nur ausnahmsweise Platz greifen. Zur Ermittlung des Wertes hat eine schriftlich beurkundete Schätzung stattzufinden, die durch gerichtlich aufgestellte und beeidigte Sachverständige oder durch gemeindlich aufgestellte und auf die Einhaltung einer aufsichtlich genehmigten Dienstanweisung verpflichtete Schätzmänner erfolgen kann. Einen höhereren Grundstückswert als den durch die Schätzung ermittelten darf die Sparkasse nicht annehmen. Dagegen hat sie unter Einholung der sonst verfügbaren Behelfe zu prüfen, ob die Schätzung nicht zu hoch ist. Die Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld muß innerhalb der ersten Hälfte des so ermittelten Grundstückswertes zu stehen kommen. Abweichungen von diesen Bestimmungen, insbesondere hinsichtlich der Beleihungsgrenze, sind nicht schlechthin unzulässig; sie bedürfen aber nach Artikel 15 Absatz 1 Ziffer 1 des Gesetzes über die Selbstverwaltung vom 22. Mai 1919 der staatsaufsichtlichen Genehmigung.

Die Hypothekendarlehen sollen in der Regel unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 3 bis 6 Monaten kündbar sein.

Die Anlegung von Sparkassengeldern in Hypotheken soll bei Sparkassen, die ihre Gelder hauptsächlich auf Grundbesitz in Städten oder in Gegenden mit vorwiegend gewerblicher oder mit wechselnder Bevölkerung ausleihen, 50 % des Gesamtvermögens der Sparkassen nicht übersteigen. Umfaßt das Beleihungsgebiet einer Sparkasse in der Hauptsache Gegenden mit vorwiegend landwirtschaftlicher und seßhafter Bevölkerung, so können die Anlegungen einer Sparkasse in Hypothek entsprechend höher sein, sollen aber keineswegs 70 % jener Summe übersteigen.

Durch Entschließung des Staatsministeriums des Innern vom 12. April 1922 ist die Beleihung von Kleinwohnungsbauten, insbesondere der Reichsheimstätten, durch die Sparkassen genehmigt worden. Es darf sonach ein Betrag bis zu 5 % des Gesamtvermögens der Sparkassen innerhalb des Betrages von 25 % des Gesamtvermögens, der für langfristige Darlehen festgelegt werden darf, unter Überschreitung der normalen Beleihungsgrenze zur Beleihung von Kleinwohnungsbauten mit Tilgungshypotheken bis zu 75 % des rentierlichen Wertes verwendet werden. Als Schätzungswert für die Beleihung sind die nach Ziffer 12 der Bestimmungen über die Förderung des Wohnungsbaus durch Beihilfen aus öffentlichen Mitteln vom 4. März 1921 / 18. Februar 1922 sich ergebenden Festsetzungen des Ertragswertes durch die Bezirksverwaltungsbehörden zugrunde zu legen.

Den Sparkassen ist nahezulegen, einen weiteren Betrag von 5 % des Gesamtvermögens der Sparkassen innerhalb des vorerwähnten Betrages von 25 % des Gesamtvermögens unter Anwendung der normalen für die Sparkassen geltenden Beleihungsgrundsätze in Tilgungshypothekdarlehen für Kleinwohnungsbauten, die mit öffentlichen Baukostenbeihilfen unterstützt werden, anzulegen.

Die sämtlichen obenangeführten Bestimmungen sind nun, soweit sie sich auf die Schätzung und Wertermittlung von Grundstücken beziehen, durch die Währungskatastrophe praktisch vollkommen wertlos geworden. Wollte man einerseits der Schätzung den Friedenswert zugrunde legen, so würden sich für die Beleihung Beträge ergeben, die bei dem heutigen Geldwert vollkommen bedeutungslos sind. Andererseits ist es unter den heutigen schwankenden Verhältnissen fast unmöglich, einen Maßstab zu finden, der allen Möglichkeiten der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung trägt und so die Sicherheit eines Darlehens in zeitgemäßer Höhe verbürgen könnte. Es ist daher bemerkenswert, wie bei den Sparkassen von verschiedener Seite versucht wird, diesen Schwierigkeiten zu begegnen.

[1]) von Knebel-Doeberitz, Das Sparkassenwesen in Preußen, S. 66.

So hat der 37. Hannoversche Sparkassentag eine Entschließung folgenden Inhalts gefaßt:

„Der Verband empfiehlt bei hypothekarischer Beleihung von Grundstücken und Gebäuden grundsätzlich Schätzungen durch den Sparkassenvorstand. Er ist dabei der Ansicht, daß bei einem etwaigen Zuschlag zum Friedenswert infolge der allgemeinen Wertsteigerung eine bestimmte Grenze sich zurzeit nicht festsetzen läßt, zumal die Verhältnisse in Stadt und Land sehr verschieden sind. Den Sparkassen wird empfohlen, mit möglichster Vorsicht zu verfahren, besonders auf den baulichen Zustand zu achten, im übrigen die Grenze der Wertsteigerung nach eigenem Ermessen von Fall zu Fall zu wählen, auf jeden Fall das Darlehen einer angemessenen Tilgung zu unterwerfen, auch eine Versicherung der Gebäude in einer den jetzige Verhältnissen entsprechenden Höhe herbeizuführen."

Von dem Sparkassenausschuß des Vorstandes des Brandenburgischen Sparkassen- und Giroverbandes sind folgende neue Richtlinien für die Sparkassen aufgestellt worden:

„Für den bei Beleihung von Hausgrundstücken zugrunde zu legenden Wert der Hausgrundstücke könne allein der Vorkriegswert herangezogen werden. Dem Verkehrs- (Verkaufs-) Wert sei wegen der gegenwärtig gänzlich unklaren wirtschaftlichen Verhältnisse nur begrenzt und in vorsichtigem Abstand durch Aufschläge auf den Vorkriegswert zu folgen, die in ihrer Höhe je nach Lage des Einzelfalles und der örtlichen Verhältnisse und weiter unter abwägender Würdigung des Unterschiedes zwischen dem Verkehrswert und den durch die Aufschläge erhöhten Vorkriegswert zu bemessen seien. Dies vorausgesetzt, können

a) bei städtischen Grundstücken Zuschläge bis zum 4 fachen und
b) bei landwirtschaftlich genutzten Grundstücken bis zum 10 fachen des Vorkriegswertes als angemessen erachtet und den Sparkassen empfohlen werden."

In Württemberg bestanden bisher Bestimmungen, wonach bei Beleihung von Grundstücken ein bestimmter Hundertsatz als Zuschlag zum geschätzten Vorkriegswert nicht überschritten werden durfte. Diese Bestimmungen sind durch Erlaß des Ministeriums des Innern vom 19. Oktober 1922 aufgehoben. Es soll hiernach bei der amtlichen Schätzung der auf den Zeitpunkt der Schätzung festgestellte Verkehrswert den eigentlichen, übrigens in Papiermark ausgedrückten Schätzungswert darstellen, neben dem nach einer Anweisung des Justizministeriums in allen Fällen auch der in Goldmark ausgedrückte Verkehrswert nach dem Stand am 1. August 1914 anzugeben ist. In jedem Beleihungsfalle haben nunmehr die Ausleihbehörden pflichtgemäß zu prüfen, inwieweit sie in dem Gegenwartschätzungswert zugleich den geeigneten Beleihungswert erblicken können. Im Zweifelfalle empfiehlt es sich, wie bisher von dem geschätzten Vorkriegswert auszugehen und davon ein Vielfaches zur Beleihungsgrundlage zu machen. Dabei ist aber dringend zu empfehlen, nicht beliebig über das hinauszugehen, was der freie Hypothekenmarkt als Maß der Beleihungsfähigkeit jeweils noch für angängig hält.

In Bayern herrscht immer noch der Grundsatz, daß bei der Anlegung von Gemeindegeldern als Schätzungswert der sogenannte Friedenswert zugrunde zu legen ist. Die Folge hiervon ist, daß bei jeder Beleihung, die einen zeitgemäßen Betrag zum Gegenstand hat, die aufsichtliche Genehmigung notwendig ist. Durch eine Entschließung des Staatsministeriums des Innern vom 4. Dezember 1922 ist bestimmt worden, daß die Staatsaufsichtsbehörden widerruflich genehmigen können, daß die gemeindlichen und Stiftungsverwaltungen nur solche Anträge auf staatsaufsichtliche Genehmigung von Hypothekenausleihungen im Einzelfalle vorzulegen haben, die über 60 % des Schätzungswertes der zu verpfändenden Grundstücke hinausgehen.

Eine zeitgemäße Umgestaltung der Bestimmungen über die Anlegung von Gemeinde- und Stiftungsgeldern in Hypotheken, Grund- und Rentenschulden mit Rücksicht auf die Geldentwertung ist in Bayern bald zu erwarten.

Die statistischen Zusammenstellungen, die über den Immobiliarkredit der Sparkassen vorhanden sind, lassen sowohl dessen großen Wert für die Anlage des Sparkassenvermögens als auch seine hohe soziale Bedeutung in Erscheinung treten.

In Preußen waren

im Jahre	bei einem Gesamtvermögen von	angelegt auf städtische Grundstücke	angelegt auf ländliche Grundstücke
	Millionen Mark	Millionen Mark	Millionen Mark
1912	12 931,99	5 444,74	2 463,95
1916	17 001,88	6 234,40	2 334,59
1920	30 350,58	5 674,42	1 609,58.

An dieser Zusammenstellung ist bemerkenswert, daß zwar der absolute (Betrag) Wert der auf städtische Hypotheken gegebenen Darlehen bis zum Jahre 1916 gestiegen und erst von da ab wieder gefallen ist, daß sich aber der Wert der Hypothekenanlagen im allgemeinen im Verhältnis zum Gesamtvermögen ständig vermindert. Von dem zinsbar angelegten Vermögen der Sparkassen entfielen nämlich im Jahre 1912 42,10 % auf städtische und 19,05 % auf ländliche Hypotheken, im Jahre 1916 36,67 % auf städtische und 13,73 % auf ländliche und im Jahre 1920 nur mehr 18,70 % auf städtische und 5,30 % auf ländliche Hypotheken. Diese Erscheinung mag einerseits mit dem Bestreben zusammenhängen, die Anlage des Sparkassenvermögens immer flüssiger zu gestalten, andererseits macht sich schon im Jahre 1920 die Geldentwertung und damit das Bestreben zur Rückzahlung der Hypotheken geltend.

Eine sächsische Statistik[1]) läßt besonders die soziale Bedeutung des von den Sparkassen gewährten Immobiliarkredits erkennen. Hiernach stieg die Zahl der Hypothekendarlehen aller sächsischen Sparkassen

von 71 000 im Jahre 1894
auf 118 222 im Jahre 1918.

Im Jahre 1900 kamen nach der Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamts 1905 (Seite 103) auf je 100 bewohnte Gebäude Sachsens 23 Hypothekendarlehen sächsischer Sparkassen. Der Durchschnittsbetrag einer Sparkassenhypothek betrug im Jahre 1903 10 954 Mark. Ein Vergleich mit den übrigen Grundkreditanstalten in Sachsen ergibt, daß die Sparkassen den Hypothekarkredit des kleineren Grundbesitzes viel mehr pflegen als alle anderen Institute in Sachsen.

Im Jahre 1903 waren von 1255 Millionen Mark 81 % des Gesamtvermögens der sächsischen Sparkassen gegen hypothekarische Sicherheit ausgeliehen.

Bei den badischen Sparkassen betrug die Gesamtsumme der Kapitalausstände Ende 1920 2 Milliarden Mark. Hiervon waren 593 Millionen Mark in Hypotheken angelegt.

Bei den öffentlichen Sparkassen in Württemberg waren im Rechnungsjahr 1920 bei einer Gesamtsumme aller ständigen Anlagen von 1 859 967 000 Mark auf hypothekarisch gesicherte Darlehen 295 537 000 Mark ausgeliehen.

[1]) Dr. Seidel, Das Sparkassenwesen in Sachsen (Sparkasse 1922 Nr. 1038 Seite 65).



In Bayern waren

im Jahre	bei einer Summe der Aktivkapitalien der Sparkassen von	angelegt in Hypotheken
	ℳ	ℳ
1902	396 126 180	196 339 506
1906	534 145 823	260 349 551
1913	743 539 163	348 354 713.

Von den Hypothekdarlehen waren ausgeliehen

im Jahre	gegen erste Hypotheken		gegen zweite usw. Hypotheken	
	auf landwirtschaftliche Anwesen	auf sonstige Anwesen	auf landwirtschaftliche Anwesen	auf sonstige Anwesen
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
1902	106 372 812	72 896 124	11 981 104	5 089 466
1906	130 613 283	109 104 308	14 292 095	6 339 865.

Im Jahre 1913 waren von den Hypothekdarlehen der Sparkassen ausgeliehen als erste Hypotheken auf landwirtschaftliche Darlehen 156 496 288 Mark, an gemeinnützige Baugenossenschaften 1 121 485 Mark, auf sonstige Anwesen 170 666 691 Mark, auf Hypotheken zweiten und folgenden Ranges auf landwirtschaftliche Anwesen 13 108 674 Mark, an gemeinnützige Baugenossenschaften 637 734 Mark, auf sonstige Anwesen 6 323 841 Mark.

Über die neueste Entwicklung während und nach dem Kriege bestehen in Bayern noch keine offiziellen statistischen Aufstellungen. Eine private Statistik,[1]) die mit Hilfe des Landesverbandes Bayerischer Sparkassen unternommen wurde, hatte folgendes Ergebnis:

Von 338 bayerischen Sparkassen haben 195 über den Bestand ihrer Hypotheken auf landwirtschaftlichen Grundstücken berichtet. Sie hatten im Jahre 1919 einen Gesamtbestand der bezeichneten Art von 65,17 Millionen Mark. Während von dem Jahre 1915 ab die Rückzahlungen die Neuausleihungen ständig übertreffen, zeigt sich im Jahre 1921 die merkwürdige Tatsache, daß der Betrag der Neuausleihungen mit 8,72 Millionen Mark dem Betrag der Rückzahlungen mit 8,82 Millionen Mark beinahe die Wage hält. Trotzdem beträgt der Gesamtbestand im Jahre 1921 wegen der hohen Rückzahlungen im Jahre 1920 nur mehr 51,65 Millionen Mark.

Vom Ende des Jahres 1922 ab setzte dann infolge der Markentwertung eine für den Immobiliarkredit vernichtende Entwicklung ein.

Die Hypothekenschuldner sind nunmehr in den Stand gesetzt, sich mit Bezahlung von entwerteter Papiermark von der Belastung ihres Grundbesitzes zu befreien. Es setzte daher bei allen Kreditinstituten ein gewaltiger Andrang zur Kündigung und Rückzahlung der Hypotheken ein. Von diesem Vorgang wurden die Sparkassen besonders getroffen, da sie in erster Linie die Geber von kleineren Hypothekendarlehen sind und da ferner bei ihren Hypotheken in der Regel eine kürzere Kündigungsfrist vereinbart ist. Es steht ihnen also auch meistens nicht die Möglichkeit offen, durch Forderung entsprechender Aufgelder für die Rückzahlung von langfristigen Hypothekdarlehen einen entsprechenden Gewinn zu ziehen. Statistische Aufstellungen über die jüngste Entwicklung bestehen noch nicht. Es darf aber angenommen werden, daß der Hypothekenbestand der Sparkassen, vor allem in ländlichen Bezirken, auf ein Mindestmaß zusammengeschmolzen ist.

Eine neue Entwicklungsmöglichkeit bietet das Gesetz über wertbeständige Hypotheken vom 23. Juni 1923. Die wertbeständige Hypothek wird auch in der jetzigen Zeit zu einem neuen Aufschwung des Grundkredits, besonders in landwirtschaftlichen Kreisen, führen, und sie wird es auch den Sparkassen ermöglichen, ihren Hypothekenbestand wieder zu heben.

Darüber hinaus ist zu hoffen, daß die Schicksalsfrage des deutschen Volkes in nicht allzu ferner Zeit entschieden sein wird und dann nach Stabilisierung unserer Währungsverhältnisse ein wirklicher Neuaufbau unserer Wirtschaft beginnen kann. Dann wird sich auch die soziale Bedeutung der Sparkassen, besonders auch in der Pflege des Grundkredits für den Mittelstand, von neuem bewähren können.

[1]) Heinrich Frhr. von Lilgenau, Die Verschuldung der bayerischen Landwirtschaft vor, während und nach dem Kriege. Münchener volkswirtschaftliche Dissertationen, 1923.

Literaturverzeichnis.

von Knebel-Doeberitz, Das Sparkassenwesen in Preußen, Berlin 1907.

Karl Friedrichs, Das heutige Recht der Gemeindesparkassen. Hannover 1921.

Hahn, Handbuch der preußischen Sparkassengesetzgebung. Berlin 1913.

Friedrich Schmidt, Anlegung von Gemeinde- und Stiftungsgeldern in Bayern. Ansbach 1922.

Dr. Seidel, Das Sparkassenwesen in Sachsen „Sparkasse“ 1922 Nr. 1037 und 1038.

Mustersatzung
- des Deutschen Sparkassenverbandes,
- des Hannoverschen Sparkassenverbandes,
- für städtische Sparkassen der Provinz Brandenburg,
- des Sparkassenverbandes Hessen-Nassau und Waldeck,
- für die öffentlichen Sparkassen der Provinz Schleswig-Holstein,
- des Pommerschen Sparkassenverbandes,
- des Rheinisch-Westfälischen Sparkassenverbandes,
- für die öffentlichen Sparkassen in Württemberg.

Grundbestimmungen und Vollzugsanweisungen für die Sparkassen der Gemeinden und Bezirke in Bayern.

Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen, 18. Band.

Zeitschrift des Königlich Bayerischen Statistischen Büros, 39. und 40. bezw. Landesamts 48. Jahrgang (1907, 1908, 1916).

Heinrich Frhr. von Lilgenau, Die Verschuldung der bayerischen Landwirtschaft vor, während und nach dem Kriege. Münchener volkswirtschaftliche Dissertationen, 1923.

2. Die Wertpapiere.

a) Die Sparkassen und die Reichs- und Staatsanleihen.

Von Oberregierungsrat Dr. **H. Höpker**, Mitglied des Preußischen Statistischen Landesamts, Berlin.

Die außerordentlich große Bedeutung der Sparkassen für die Kreditinanspruchnahme des Reichs während des Krieges ist in einer besonderen Betrachtung dargestellt. Es wäre aber ein Irrtum, daraus zu schließen, daß die Sparkassen nicht auch, abgesehen von den Kriegsanleihen, eine erhebliche Rolle bei den Kreditbedürfnissen des Reichs, der Staaten und der anderen öffentlichen Körperschaften gespielt haben. Wie in Ermanglung von Zahlen für das Deutsche Reich schon in der allgemeinen Darstellung hinsichtlich der preußischen Sparkassen erwähnt ist, betrug im Jahre 1856, dem ersten Jahre, in dem auch die Anlagen statistisch festgestellt wurden, der Bestand an Inhaberpapieren bei diesen Kassen fast 26 Millionen Mark oder 28,1 % des gesamten Vermögens. Bei ständiger Zunahme des Effektivbestandes bis auf rund 80 Millionen sank der Anteil dieser Anlage



am Gesamtvermögen im Jahre 1869 auf 22,7 Hundertteile. Eine weitere Senkung trat durch die Aufnahme der Sparkassen der neuen Provinzen in die Sparkassenstatistik ein, die 1869 nicht ganz 12 Millionen oder 9,1 % ihres Bestandes in Inhaberpapieren angelegt hatten. Von diesem Jahre an stieg aber mit kurzen Unterbrechungen nicht nur der absolute, sondern auch der prozentuale Betrag an Inhaberpapieren. Im Jahre 1888 hob sich der Wert der Inhaberpapiere bei den Sparkassen von 891 auf 1004 Millionen Mark und überschritt damit die Goldmilliarde. Zugleich war hiermit bis einschließlich zum dritten Kriegsjahr der höchste Anteil der Inhaberpapiere an dem Sparkassenvermögen mit 33,8 % erreicht. Aber wenn auch nunmehr der Anteil bis zum Jahre 1913 eine wenn auch langsame, so doch ständige Senkung bis auf 21,9 % erfuhr, so stieg doch der absolute Bestand auf fast 3 Milliarden (2,972).

Leider war es mangels der notwendigen Unterlagen nicht möglich, die Bedeutung der Inhaberpapiere für das Vermögen der Sparkassen auch der anderen Freistaaten mit sicheren Zahlen zu belegen. Um aber wenigstens ein ungefähres Bild der Inhaberpapiere bei den gesamten deutschen Sparkassen zu erhalten, ist versucht worden, nach den vorliegenden Mitteilungen über das Jahr 1921 die wahrscheinlichen Zahlen für 1913 rechnerisch zu ermitteln. (Vergl. nebenstehende Tabelle a.) Hierbei ist davon ausgegangen, daß der prozentuale Anteil der Inhaberpapiere am Vermögen bei den Sparkassen aller Freistaaten einen verhältnismäßig gleich niedrigeren Bestand im Jahre 1913 als im Jahre 1921 aufweist wie in Preußen. Danach ist z. B. der Anteil der Inhaberpapiere am Sparkassenvermögen in Bayern von 31,9 % im Jahre 1921 auf 25,5 % im Jahre 1913 errechnet worden. Aber selbst bei dieser vorsichtigen Schätzung erhält man für das Jahr 1913 für die gesamten deutschen Sparkassen mit Ausnahme derjenigen von Braunschweig einen Bestand an Inhaberpapieren in der bilanzmäßigen Höhe von 4279 Milliarden Mark, wobei Preußen nur mit dem jetzigen Gebietsumfange eingesetzt ist. Über ein Fünftel des gesamten Vermögens der deutschen Sparkassen (21,7 %) war somit auch vor dem Kriege aller Wahrscheinlichkeit nach in Inhaberpapieren angelegt.

Bei diesem großen Bestande an Inhaberpapieren und bei der jährlichen an der Hand der preußischen Statistik nachgewiesenen erheblichen Zunahme dieses Vermögensbestandes ist es verständlich, daß bei der Ausgabe mündelsicherer Wertpapiere ganz erheblich auf die öffentlichen Sparkassen als Aufnahmestellen gerechnet wurde. Aus der folgenden Reihe geht die Zunahme des Bestandes an Wertpapieren, die von Jahr zu Jahr bei den preußischen Sparkassen nachgewiesen ist, vom Jahre 1894 ab hervor. Selbstverständlich ist diese Zunahme nicht ohne weiteres mit der Höhe des Ankaufswerts von neuausgegebenen Inhaberpapieren gleichzusetzen, denn nichts berechtigt zu der Annahme, daß die Sparkassen bei dem Ankauf von Wertpapieren zur Unterbringung ihrer Sparkassengelder sich auf die in dem Jahre neu ausgegebenen Wertpapiere beschränkt haben. Sie werden versucht haben, die für ihre Verhältnisse sichersten und vorteilhaftesten Anlagen zu erhalten. Aber wenn sie auch alte, von früheren Jahren ausgegebene Wertpapiere angekauft haben, so entlasteten sie doch dadurch den Markt von einem Angebot, das sonst bei der Ausgabe neuer Wertpapiere als drückend empfunden worden wäre. Berücksichtigt man noch, daß sich die Sparkassen auch Ersatz für die jährlich ausgelosten Papiere beschaffen mußten, also durchschnittlich jährlich mehr anschafften, als die statistisch nachgewiesene Vermehrung an dem absoluten Bestande der Wertpapiere nachweist, so wird man die Bedeutung der Sparkassen für die jährliche Ausgabe der gesamten mündelsicheren Inhaberpapiere nicht geringer schätzen können, als die jährliche Zunahme bei dieser Vermögensanlage betragen hat.

Der Anteil der Inhaberpapiere an dem Gesamtbetrage des zinsbar angelegten Vermögens der deutschen Sparkassen in den Jahren 1921 und 1913*).

(Tab. a) Freistaaten — Landesteile	Das zinsbar angelegte Vermögen betrug in den Jahren					
	1921			1913		
	überhaupt	davon (Sp. 2) in Inhaberpapieren		überhaupt	davon (Sp. 5) in Inhaberpapieren	
	Millionen Mark	Millionen Mark	v. H. der Sp 2	Millionen Mark	Millionen Mark	v. H. der Sp. 5
1	2	3	4	5	6	7
1. Ostpreußen	955,6	192,1	20,1	313,2	70,7	22,6
2. Brandenburg	2 492,4	867,4	34,8	1 010,8	312,0	30,9
3. Stadt Berlin	1 883,1	654,2	34,7	641,9	319,7	49,8
4. Pommern	1 789,1	459,8	25,7	671,5	144,9	21,6
5. Grenzm. Posen-Westpreußen	196,3	42,8	21,8	74,8	13,7	18,3
6. Niederschlesien	2 158,0	703,9	32,6	808,5	282,5	34,9
7. Oberschlesien	412,7	143,1	34,7	200,1	45,1	22,5
8. Sachsen	2 568,1	812,0	31,6	1 141,8	293,3	25,7
9. Schlesw.-Holstein	1 843,9	357,3	19,4	852,9	- 63,3	7,4
10. Hannover	4 173,0	1 169,5	28,0	1 578,5	274,4	17,4
11. Westfalen	5 970,9	1 525,0	25,5	2 256,3	287,4	12,7
12. Hessen-Nassau	2 016,6	432,1	21,4	671,5	141,2	21,0
13. Rheinprovinz	9 069,1	2 335,3	25,8	2 809,0	593,1	21,1
14. Hohenz. Lande	80,5	9,2	11,4	22,2	5,8	26,1
I. Preußen	**35 609,2**	**9 703,9**	**27,3**	**[1])13052,9**	**[1])2846,9**	**[1])21,8**
1. Bayern r. d. Rh.	2 613,0	825,6	31,6	686,0	173,2	25,2
2. Bayern l. d. Rh.	479,8	161,7	33,7	118,6	31,9	26,9
II. Bayern	**3 092,8**	**987,2**	**31,9**	**804,6**	**205,1**	**25,5**
III. Sachsen	**3 834,8**	**1 153,2**	**30,1**	**2 057,7**	**494,8**	**24,0**
IV. Württembg.	**2 696,6**	**658,5**	**24,4**	**647,4**	**126,2**	**19,5**
V. Baden	**2 780,7**	**779,4**	**28,0**	**1 001,5**	**224,0**	**22,4**
VI. Thüringen	**1 242,5**	**254,4**	**20,5**	**612,8**	**100,4**	**16,4**
VII. Hessen	**1 184,1**	**366,7**	**31,0**	**461,8**	**114,4**	**24,8**
VIII. Hamburg	**950,3**	**71,7**	**7,5**	**405,9**	**24,3**	**6,0**
IX. Mecklenbg.-Schwerin	**221,7**	**45,6**	**20,6**	**80,9**	**13,3**	**16,5**
X. Oldenburg	**175,7**	**35,7**	**20,3**	**61,3**	**9,9**	**16,2**
XI. Braunschw.	—	—	—	—	—	—
XII. Anhalt	**284,4**	**91,8**	**32,3**	**97,2**	**25,1**	**25,8**
XIII. Bremen	**404,4**	**143,4**	**35,5**	**196,2**	**55,7**	**28,4**
XIV. Lippe	**290,9**	**46,1**	**15,9**	**128,4**	**16,3**	**12,7**
XV. Lübeck	**94,4**	**23,8**	**25,2**	**37,1**	**7,5**	**20,1**
XVI. Mecklenbg.-Strelitz	**32,6**	**2,4**	**7,5**	**24,3**	**1,5**	**6,0**
XVII. Waldeck	**114,2**	**21,8**	**19,1**	**41,8**	**6,4**	**15,3**
XVIII. Schaumbg.-Lippe	**109,5**	**21,2**	**19,3**	**47,6**	**7,3**	**15,4**
Deutsch. Reich	**53 118,7**	**14406,8**	**27,1**	**19 759,4**	**4 279,1**	**21,7**

*) Für die nichtpreußischen Freistaaten fehlen für 1913 die Angaben über das zinsbar angelegte Vermögen der Sparkassen, als solches sind daher das Einlegerguthaben und der Reservefonds eingestellt worden. Der Anteil der Inhaberpapiere der einzelnen nichtpreußischen Staaten für das Jahr 1913 ist nach dem Verhältnis der von den preußischen Sparkassen in Inhaberpapieren angelegten Gelder zum Gesamtanlagebetrage der Jahre 1921 und 1913 errechnet und hiernach der Betrag in Spalte 6 eingestellt worden.

[1]) Nach dem Staatsumfange von 1921.

Die Zunahme an Inhaberpapieren bei den preußischen Sparkassen betrug in ganzen Millionen:

1894 bis 1895	164	1904 bis 1905	104
1895 „ 1896	105	1905 „ 1906	80
1896 „ 1897	51	1906 „ 1907	35
1897 „ 1898	35	1907 „ 1908	89
1898 „ 1899	48	1908 „ 1909	236
1899 „ 1900	9	1909 „ 1910	147
1900 „ 1901	131	1910 „ 1911	134
1901 „ 1902	165	1911 „ 1912	92
1902 „ 1903	166	1912 „ 1913	200
1903 „ 1904	127	1913 „ 1914	513.

Die Gründe der in dieser Zahlenreihe zu beobachtenden erheblichen Schwankungen in der Zunahme des Inhaberpapierbestandes nach seinem Nennwert im Gegensatz zu der ständigen, fast gleichmäßig zu nennenden Aufwärtsbewegung der gesamten Sparkasseneinlagen [1]) wird später besprochen werden. An dieser Stelle ist dagegen noch zu erörtern, in welcher Weise sich der Bestand an Inhaberpapieren auf die verschiedenen Arten der mündelsicheren Inhaberpapiere verteilt.

Diese Verteilung zeigt die nebenstehende Tabelle b. Aus ihr ergibt sich, daß bis zum Anfang des Krieges die Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches und Preußens nicht ganz die Hälfte des gesamten Inhaberpapierbestandes ausmachen, und zwar schwankt der Anteil der übrigen, statistisch bisher nicht geschiedenen Inhaberpapiere in den Jahren 1894 bis 1913 zwischen 50,3 % im Jahre 1913 und 63,9 % im Jahre 1904. Die Schwankung beträgt in dieser Zeit mehr als 13 Hundertteile. Es ergibt sich aus der Aufstellung ganz deutlich, wie der Anteil der sonstigen Inhaberpapiere vom Jahre 1896 bis 1904 ständig steigt, um alsdann wieder ständig, und sogar noch in erheblicherem Maße, abzunehmen. Auch diese Erscheinung wird, wie die jährlich so verschiedenartige Zunahme des Inhaberpapierbestandes, überhaupt im letzten Absatz erläutert werden.

Der Bewegung des Bestandes an sonstigen Inhaberpapieren entspricht selbstverständlich im umgekehrten Verhältnis die Bewegung der im Besitz der Sparkassen befindlichen Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches und Preußens. Der Anteil der Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches an dem Bestande erreicht im Jahre 1904 mit 6,8 %, der der preußischen Schuldverschreibungen im Jahre 1905 mit 28,3 % seinen niedrigsten Anteilsbestand, 1913 ist in dem zwanzigjährigen Zeitraum die höchste Beteiligung an dem Inhaberpapierbestand mit 12 % für die Schuldverschreibung des Deutschen Reichs und mit 37,7 % für die von Preußen nachgewiesen. Trotzdem ist der effektive Nennwert der in Händen der Sparkassen befindlichen preußischen Staatsanleihen von 1894 bis 1913 jedes Jahr mit Ausnahme im Jahre 1900 um verschiedene Millionen gestiegen, dagegen zeigen die entsprechenden Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches in den Jahren 1895 bis 1897 einen Stillstand, um in den drei demnächst folgenden Jahren sogar einen Rückgang zu erfahren, während in den übrigen Jahren auch hier wieder eine wenn auch nicht große, so doch ständige Zunahme zu verzeichnen ist. Dieser Stillstand und diese rückläufige Bewegung in dem Bestande an deutschen Reichsanleihen ist übrigens zum Teil wohl darauf zurückzuführen, daß vom Jahre 1895 bis einschließlich zum Jahre 1900 der Gesamtbetrag der Reichsschuld überhaupt nur um rund 218 Millionen stieg und somit ein erhebliches Anlagebedürfnis für die Reichspapiere nicht vorhanden war.

Obwohl bis zum Jahre 1913 von reichlich einem Drittel bis höchstens zur Hälfte des Gesamtbestandes an Inhaberpapieren der Sparkassen in Reichs- und Staatsanleihen angelegt war, war dieser Anlagebestand immerhin, wie die Spalten 9 und 11 der genannten Tabelle ergeben, für das Kreditbedürfnis des Reichs und Preußens von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Selbst im ungünstigsten Jahre, dem Jahre 1904, waren noch 5 %, d. h. also der zwanzigste Teil, der genannten Schuldverschreibungen des Reichs in den Kassenschränken der preußischen Sparkassen, und im Jahre 1913 ergaben sich sogar 8,7 % oder mehr als der zwölfte Teil der Schulden des Reichs als Besitz der Sparkassen und somit letzten Endes der Sparer. Man darf wohl annehmen, daß, falls man die bei den Sparkassen der sonstigen Staaten befindlichen Reichsanleihen für das Jahr 1913 hinzuzählt, mindestens 10 %, wenn nicht erheblich mehr, der Reichsschulden von den deutschen Sparkassen aufgenommen waren. Der Anteil der Sparkassen an den preußischen Schuldverschreibungen war naturgemäß noch größer. Mit Ausnahme des Jahres 1894 war er nie geringer als 8 %. Trotzdem die preußische Staatsschuld von Jahr zu Jahr stieg und diese Steigerung von 1906 an sogar häufiger zwischen 200 und 500 Millionen betrug, waren die Sparkassen doch imstande, einen immer größeren Teil des Kreditbedürfnisses Preußens zu befriedigen. Während sie im Jahre 1894 von den preußischen Schuldverschreibungen von etwas über 6 Milliarden nur 6,8 % besaßen, sind von der preußischen Staatsschuld von über 9 Milliarden im Jahre 1913 13,8 Hundertteile in den Händen der Sparkassen gewesen. In dieser Bewegung des Anteils der Inhaberpapiere und der Staatspapiere am Vermögen der Sparkassen spiegelt sich die wechselnde Einstellung zu den Arten der Vermögensanlagen

[1]) Vergl. hierzu die Zunahme der Kopfquoten in der allgemeinen Darstellung auf Seite 82.

Die Anlagen der preußischen Sparkassen in Inhaberpapieren mit Angabe der Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches und Preußischen Staates.

(Tab. b) Jahr	Die Anlagen der preußischen Sparkassen in Inhaberpapieren betrugen: überhaupt (Nennwert) Mill. Mark	darunter in Schuldverschreibungen (Nennwert) des Deutschen Reiches Mill. Mark	des Deutschen Reiches v. H. der Spalte 2	Preußens Mill. Mark	Preußens v. H. der Spalte 2	mithin entfielen auf Anlagen in anderen Inhaberpapieren vom Hundert der Spalte 2	Die Gesamtsumme der Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches betrug überhaupt Mill. Mark	davon (Sp. 8) hatten die Sparkassen nach Sp. 3 übernommen Hundertteile	Preußens betrug überhaupt Mill. Mark	davon (Sp. 10) hatten die Sparkassen nach Sp. 5 übernommen Hundertteile
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1894 . .	1 227	118	9,6	422	34,4	56,0	1 916	6,1	6 183	6,8
1895 . .	1 391	134	9,6	491	35,3	55,1	2 081	6,4	6 174	8,0
1896 . .	1 496	135	9,0	540	36,1	54,9	2 125	6,3	6 316	8,6
1897 . .	1 547	134	8,7	555	35,9	55,4	2 141	6,3	6 360	8,7
1898 . .	1 582	132	8,3	557	35,2	56,5	2 182	6,0	6 350	8,8
1899 . .	1 630	132	8,1	561	34,4	57,5	2 223	5,9	6 373	8,8
1900 . .	1 639	126	7,7	549	33,5	58,8	2 299	5,5	6 464	8,5
1901 . .	1 770	140	7,9	576	32,6	59,5	2 316	6,0	6 478	8,9
1902 . .	1 935	141	7,3	595	30,7	62,0	2 734	5,2	6 602	9,0
1903 . .	2 101	148	7,1	614	29,2	63,7	2 734	5,4	6 774	9,1
1904 . .	2 228	152	6,8	652	29,3	63,9	3 024	5,0	6 911	9,4
1905 . .	2 332	191	8,2	660	28,3	63,5	3 024	6,3	6 984	9,4
1906 . .	2 412	214	8,9	714	29,6	61,5	3 384	6,3	7 114	10,0
1907 . .	2 447	222	9,1	734	30,0	60,9	3 644	6,1	7 513	9,8
1908 . .	2 536	229	9,0	796	31,4	59,6	3 644	6,3	7 512	10,6
1909 . .	2 772	259	9,3	904	32,6	58,1	3 894	6,7	8 121	11,1
1910 . .	2 919	301	10,3	961	32,9	56,8	4 554	6,6	8 676	11,1
1911 . .	3 053	342	11,2	1 015	33,2	55,6	4 504	7,6	8 824	11,5
1912 . .	3 145	359	11,4	1 086	34,5	54,1	4 594	7,8	8 694	12,5
1913 . .	3 345	400	12,0	1 262	37,7	50,3	4 586	8,7	9 175	13,8
1914 . .	3 858	753	19,5	1 368	35,5	45,0	4 698	16,0	9 395	14,6
1915 . .	4 460	1 397	31,3	1 362	30,5	38,2	8 277	16,9	9 408	14,5
1916 . .	5 875	2 853	48,6	1 339	22,8	28,6	22 299	12,8	9 372	14,3
1917 . .	8 341	5 368	64,4	1 332	16,0	19,6	45 583	11,8	9 344	14,3
1918 . .	11 317	8 509	75,2	1 245	11,0	13,8	64 123	13,3	9 329	13,3
1919 . .	12 183	8 820	72,4	1 274	10,5	17,1	80 988	10,9	9 331	13,7
1920 . .	12 093	8 730	72,2	1 336	11,0	16,8	[1])80 669	10,8	[3])9330	14,3
1921 . .	12 339	8 777	71,1	1 356	11,0	17,9	[2])72 970	12,0	9 234	14,7

[1]) einschließlich 3 627,50 Millionen Mark Prämienanleihe. — [2]) desgl 3 628,95 Millionen Mark. — [3]) Vom 1. April 1920 ab sind die fundierten Staatsschulden Preußens ebenso wie die Staatseinnahmen auf das Reich übergegangen, werden aber noch besonders geführt.

wider. Vor dem Kriege lag eine patriotische Pflicht für Aufnahme von staatlichen Anleihen bei den Sparkassen nicht vor. Für die Art der Anlage war nur das Interesse der Sparkassen und das ihrer Sparer maßgebend. Je nach diesem Interesse schwankt daher während der verschiedenen Zeiträume die Bevorzugung dieser oder jener Anlage. Ursprünglich, als sowohl das Kreditbedürfnis auf dem Lande als auch das in der Stadt noch nicht erheblich war, galten die verhältnismäßig hoch verzinslichen und sicheren Inhaberpapiere als die sicherste Anlage, die die Sparkassen überhaupt erwerben konnten. Sie hatten den Vorteil der leichten Verwaltung gegenüber einem Personalkredit und den der leichten Lombardierung und Veräußerung im Falle eines starken Geldbedürfnisses der einzelnen Kasse gegenüber dem Hypothekenkredit. Bis zum Jahre 1864 ist daher der Bestand an Inhaberpapieren bei den preußischen Sparkassen größer als der Bestand an städtischen oder an ländlichen Hypotheken. Erst von diesem Jahre an, als mit dem merklichen wirtschaftlichen Aufschwung das damit verbundene Kreditbedürfnis in Stadt und Land stieg, beginnen diese Anlagen den absoluten Bestand an Inhaberpapieren, und zwar meist erheblich, zu überragen. So wurden z. B. im Jahre 1880 an ländlichen Hypotheken 450 Millionen, an städtischen 466 und an Inhaberpapieren nur 399 Millionen Mark gezählt. Im Jahre 1883 wenden sich alsdann die Sparkassen wieder mit größerem Interesse den Inhaberpapieren zu, die bereits im Jahre 1884 wieder die Anlagen in städtischen und auch ländlichen Hypotheken übertreffen und bis zum Jahre 1891 an der Spitze aller Arten von Anlagen marschieren. Auch in den folgenden Jahren ist der Wert der Inhaberpapiere ständig höher als der der ländlichen Hypotheken. Dagegen treten die Inhaberpapiere nunmehr gegenüber den Anlagen in städtischen Hypotheken mehr und mehr zurück. Im Jahre 1900 stehen 1554 Millionen Mark an Inhaberpapieren 2 Milliarden Mark an städtischen Hypotheken gegenüber, im Jahre 1905 2284 Millionen 3217, 1910 2739 Millionen 4587 und im Jahre 1913 sogar 2972 Millionen 5907 Millionen gegenüber.

In dieser Aufwärtsbewegung drückt sich die bekannte große Entwicklung unserer Städte und Industriezentren seit dem Jahre 1891 nur zu deutlich aus. Das hieraus entstandene Kapitalbedürfnis nahm auch bei den Sparkassen den Hypothekenkredit bis zum äußersten in Anspruch, obwohl diese Institute wegen der unbedingten Mündelsicherheit, die sie auch bei der Hergabe der Hypothekendarlehen fordern mußten, meist sehr strenge Bedingungen bei der Bewilligung der Hypothekendarlehen stellten. Nicht nur, daß stets nur Hypotheken an erster Stelle vergeben werden konnten, sondern auch noch diese mußten, wenn der Sparkassenvorstand seine Pflicht tat, im allgemeinen unter 50 % des Bauwertes bleiben. Auch wurden die Zinssätze besonders für die städtischen Hypotheken kaum je unter 4 % normiert. Wenn man nun schließlich noch bedenkt, daß die Sparkasse jeder Stadt und selbst die Sparkasse eines Kreises ein Interesse daran hatte, durch Hergabe von Hypotheken die Bauunternehmungen in Stadt und Land ihres Bezirks zu fördern, so ist es an und für sich verständlich, daß die Sparkassen sich mit wachsendem Interesse dem städtischen Hypothekenkredit zuwandten. Trotz alledem ist anzunehmen, daß der Einlagezuwachs in den letzten 25 Jahren vor dem Kriege nicht so überwiegend dem Bauwesen zugute gekommen wäre, wenn nicht auf der anderen Seite die Sparkassen mit der Anlage ihres Vermögens in Inhaberpapieren ungünstige Erfahrungen gemacht hätten. Denn wie bereits erwähnt, hatten die Inhaberpapiere für eine Vermögensverwaltung, die auf Sicherheit und bequeme Gestaltung der Anlage sehen mußte, erhebliche Vorteile gegenüber den Hypotheken aufzuweisen. Diese ungünstigen Erfahrungen lagen einerseits in den Konvertierungen und andererseits in den Kursverlusten, die in späteren Jahren des häufigeren eintraten. Bei der Konvertierung der preußischen Staatsschulden im Jahre 1885 mit ihrer Herabsetzung des Zinssatzes von $4^1/_2$ auf 4 % war der Preußische Staat nur dem allgemeinen und anhaltenden Gesetze der Verbilligung des Zinsfußes gefolgt, der sich damals auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens bemerkbar machte. Es lag daher damals auch kein Grund für die Sparkassen vor, die Anlagen ihres Vermögens in Inhaberpapieren zu vernachlässigen. Anders gestaltete sich dagegen die Konvertierung, durch die auf Grund des Gesetzes vom 23. Dezember 1896 auch der 4 prozentige Typ verschwand und einem $3^1/_2$ prozentigen Platz machte, dem bald ein 3 prozentiger folgte. Diese Konvertierung, zu der nach dem damaligen Kurse der Staatspapiere die Vorbedingungen gegeben waren, fiel in eine Zeit mit einer lebhaften Aufwärtsbewegung unseres Wirtschaftslebens, die auf anderem Gebiete ganz erheblich bessere Zinsbedingungen auch bei mündelsicheren Anlagen ergab. Die Sparkassen mußten aber nicht allein infolge ihres Wettbewerbs untereinander, sondern um überhaupt im Interesse der Sache selbst die weiten Schichten der Bevölkerung zum Sparen anzureizen, auf eine möglichst hohe Verzinsung ihrer Anlagen sehen. Es war daher geradezu ihre Pflicht, sich nunmehr stärker dem Hypothekarkredit als den schlechtverzinslichen Inhaberpapieren zuzuwenden. Es war meines Erachtens demnach nicht eine nach jeder Richtung hin wohldurchdachte Maßnahme der Aufsichtsbehörden gewesen, aus staatlichen Interessen eine größere Anlage des Sparkassenvermögens in Inhaberpapieren zu erzwingen. Auf die Dauer hätte dieser Zwang bei der sonstigen besseren Möglichkeit der Verzinsung von Spareinlagen nur zu einer Abwanderung des Sparpublikums von den Sparkassen zu anderen Sparinstituten führen müssen. Die Verordnungen mußten daher auf die Dauer die Sparkassen schädigen, ohne den gewünschten Vorteil für den Staat zu erreichen. Derartige Verordnungen sind typische Beispiele für gutgemeinte Maßnahmen von seiten der Staatsbehörden, die aber trotzdem einen Fehlgriff bedeuten, weil sie den tiefen Zusammenhang der Staatswirtschaft mit der Volkswirtschaft und deren Gesamtlage nicht genügend berücksichtigten. Wäre der Krieg nicht ausgebrochen, so hätte sich bei Fortdauer der wirtschaftlichen Konjunktur der Staat ebenso, wie es schon vorher verschiedene Städte getan haben, doch entschließen müssen, auch für seine Borgwirtschaft höhere, den damaligen allgemeinen Geldverhältnissen entsprechende Zinssätze zu gewähren.

Berichtsjahr	Zugang an Inhaberpapieren bei den preußischen Sparkassen überhaupt (Nennwert) Mill. Mark	Kursverlust (—) oder Kursgewinn (+) an Inhaberpapieren in Hundertteilen	Berichtsjahr	Zugang an Inhaberpapieren bei den preußischen Sparkassen überhaupt (Nennwert) Mill. Mark	Kursverlust (—) oder Kursgewinn (+) an Inhaberpapieren in Hundertteilen
1894/95	164	— 0,08	1904/05	104	— 0,42
1895/96	105	— 0,61	1905/06	80	— 2,25
1896/97	51	+ 0,10	1906/07	35	— 3,65
1897/98	35	— 1,07	1907/08	89	+ 1,66
1898/99	48	— 3,15	1908/09	236	— 0,59
1899/1900	9	+ 0,05	1909/10	147	— 0,31
1900/01	31	+ 2,51	1910/11	134	— 1,42
1901/02	165	+ 0,79	1911/12	92	— 2,96
1902/03	166	— 0,16	1912/13	200	— 1,60
1903/04	127	— 0,15	1913/14	513	+ 0,51

Die auf die Dauer verfehlte Konvertierungspolitik des Ministers Miquel drückte sich aber für die Sparkassen auch noch in anderer Weise recht unliebsam aus. Infolge des allgemein steigenden Zinsfußes mußten die staatlichen niedrig verzinslichen Rentenpapiere einen weichenden Kurs haben. Vom Jahre 1895 ab bis zum Kriege haben die Sparkassen demzufolge in den meisten

Jahren kleinere oder größere Kursverluste auf ihrem Wertpapierkonto buchen müssen, die selbstverständlich bei den geringen Reserven und dem im Verhältnis zum Vermögen sehr geringen Gewinn sehr erhebliche Störungen für das Sparkassengeschäft darstellten. Aus der umstehenden Zahlenreihe geht hervor, daß diese Verluste auch vor dem Kriege Beträge von 2,96 % (im Jahre 1912), 3,65 % (1907) und 3,15 % (1899) erreichten. Es war den Sparkassen nicht zu verdenken, daß solche Verluste sie von dem weiteren Ankauf von Inhaberpapieren abschreckten. Es ist daher nur folgerichtig, daß in oder unmittelbar nach den Jahren solcher bedeutenderen Verluste die Sparkassen, wie die Übersicht beweist, in der Vermehrung ihres Wertpapierfonds ganz besonders zurückhaltend waren.

Man wird zum Schluß als Endergebnis sagen können, daß die Sparkasseninstitute in erster Linie Spargelegenheit bieten und sodann das gesamte volkswirtschaftliche Kreditbedürfnis dort, wo es am wichtigsten ist, unter der Bedingung der Mündelsicherheit zu befriedigen helfen sollen, und daß demzufolge nicht nur die Finanzpolitik der Sparkassen sich nach diesen Gesichtspunkten zu richten hat, sondern auch die Stadt- und Kreisverwaltungen und die Aufsichtsbehörden sich hüten sollen, wesensfremde Gedanken in ihre Anordnungen für die Sparkassen hineinzutragen.

b) Die deutschen Sparkassen und die Kriegsanleihe.

Von Dr. **F. A. Winkler**, Hilfsreferent im Sächsischen Statistischen Landesamt, Dresden.

Die Frage nach der Deckungsform von Kriegslasten ist für einen Staat nicht nur eine Zweckmäßigkeits-, sondern auch eine Tatsachenfrage. In beiden Hinsichten hat das Deutsche Reich in der Inlandsanleihe [1]) mit ihrer Dreigliederung in Reichsanleihestücke, Schuldbucheintragungen und Reichsschatzanweisungen wohl das richtige Mittel zur Bestreitung der Kosten getroffen. Der Weltkrieg verursachte Ausgaben und Anstrengungen, wie sie — qualitativ und quantitativ — die Geschichte noch nie zu verzeichnen hatte. Neben dem Munitionskampf und dem Willenskampf zum Siege hatte die deutsche Nation, um im englischen Wortbild zu reden, auch den Kampf mit den silbernen Kugeln zu bestehen. Wie auf den zwei ersten Feldern, so stand sie auch auf dem letzten fast allein, auf eigne Kraft gestützt, inmitten einer von der Welt abgeschnittenen, sich rast- und restlos umstellenden Volkswirtschaft mit völlig veränderten Geld- und Kapitalmarktverhältnissen.

Die Politik konnte bei den enormen Anforderungen, die an die Geldflüssigkeit und das Volksvermögen gestellt wurden, nur auf wahren Erfolg rechnen, wenn die Kriegsanleihe — auch aus ideellen und sozialpsychologischen Gründen — nicht lediglich Darlehn interessierter Kapitalisten, sondern eine Anleihe beim ganzen Volke, eine Volksanleihe im reinen Sinne des Wortes wurde. Die Begebung war bei den aufzubringenden Milliardenbeträgen allein auf dem Subskriptionswege möglich. Die öffentliche Ausschreibung mußte sich dabei tunlichst eines kleinmaschigen, feinen Adernetzes von Zeichnungsstellen bedienen, das sich über das ganze Reich erstreckte und aus allen Teilen freies Geld aufsaugte. Die vom Ausland anerkanntermaßen unübertroffene Organisation des deutschen Bankwesens kam hierbei so recht zur Geltung und zu Hilfe; doch betraf sie nur den größeren Geldverkehr und entbehrte jeglicher Fühlung mit den weiten Schichten des Volkes. Diese Lücke auszufüllen, waren die Genossenschaften und Versicherungen und nicht zuletzt die Sparkassen wie berufen; belief sich doch 1914 der Bestand an Einlegerguthaben bei letzteren auf rund 20 Milliarden Mark und übertraf das der Banken und Genossenschaften um rund 5 Milliarden. Die hohe Bedeutung der Kassen als bankmäßige Sammelbecken für Gelder der großen Masse kleiner Sparer mit ihren weitverzweigten Geschäftsstellen, die zu Kriegsbeginn die stattliche Zahl von rund 12 000 erreichten und mit ungefähr 25 Millionen Personen in Verbindung standen, veranlaßte das Reich, sie zur stärksten Mitwirkung aufzufordern. Der Appell fand denn auch der großen nationalen Aufgabe entsprechend tiefen Widerhall.

Eine der ersten Aufgaben der Finanzpolitik mußte es nun sein, die nötige Flüssigkeit des Geldmarktes zu bilden und zu erhalten; übertrafen doch die Anleihen teilweise beträchtlich die im Umlauf befindlichen Zahlungsmittel. Es galt also Erleichterungen für den Kredit, für die Mobilisierung des Kapitals zu schaffen. Der Wechseldiskont verliert bekanntlich im Kriege an Bedeutung, so daß vor allem der Lombardkredit in den Vordergrund trat. Den Reichsdarlehnskassen war in dieser Hinsicht eine große Mitwirkung an den Emissionen zugedacht, doch wurden sie nur in verhältnismäßig geringem Maße von den Banken, Sparkassen, Genossenschaften und Kommunen in Anspruch genommen. Das technische Gelingen der ersten Zeichnung ist vornehmlich auf den Goldbestand der Reichsbank und die Erhöhung des Betrages an Darlehnskassenscheinen von $1^1/_2$ auf 3 Milliarden Mark zurückzuführen. Die Kreditgewährung dieser Bank, die in erster Linie vorschießendes und vermittelndes Institut für die Kriegsmittel war, wurde u. a. dadurch ermöglicht, daß diese Scheine wie Reichskassenscheine als bare Notendeckungsmittel verwendet werden durften. Hier sei auch erwähnt, daß das Gesetz vom 4. August 1914 die bei Überschreitung des Kontingents fällige Notensteuer aufgehoben hatte. — Die kurz aufeinanderfolgenden Anleihen mit der immer umfassenderen Werbetätigkeit und ihren stets wachsenden Forderungen, die kaum ein längeres Atemholen der Gläubiger zuließen, brachten notwendigerweise immer weitere Krediterleichterungen mit sich. So fiel z. B. der Wechselstempel unter gewissen Bedingungen weg und gewährten die Darlehnskassen schließlich bis 85 % (6. Anleihe) des Wertpapiers Lombardkredit bei einem Vorzugszinsfuß von $5^1/_4$ %. Früher wurden jene Papiere nur in Höhe von 40 bis höchstens 75 % [1]) beliehen und betrug der Zinsfuß $6^1/_2$ %. Die Börsen [2]) waren seit Kriegsausbruch geschlossen; eine Anlagemöglichkeit in anderen als Kriegsanleihepapieren war somit so gut wie unterbunden; auch hierin muß ein Grund unserer erstaunlichen Anleiheerfolge gesehen werden.

Neben diesen alle Zeichner und Kreditvermittlungsinstitute mehr oder weniger treffenden Maßnahmen tauchten für die „bombensicheren" Sparkassen noch weitere wichtige Sonderfragen auf. Sie hatten durch die Heranziehung zur Emission die Qualifikation als Zeichnungsstellen mit eigner Vermittlungsgebühr [3]) erhalten, was einen beträchtlichen Fortschritt in ihrer bankmäßigen Entwicklung bedeutete, zu der die wirtschaftlichen Verhältnisse sie immer mehr drängen. Auf der einen Seite waren sie mündelsichere, gemeinnützige Anstalten, die mit den anvertrauten Geldern der kleinen Leute höchst vorsichtig umzugehen

[1]) Bei der entgegenstehenden Kritik, die das englische Steuerverfahren, das übrigens wie das italienische als unzulänglich zu betrachten ist und Inlandsanleihen befürwortet, dürfte lediglich dem Vorwurf der ungenügenden Erfassung der Kriegsgewinne zuzustimmen sein, ohne als Neomerkantilist angesehen zu werden.

[1]) im Ausland bis 95 %.

[2]) Es bestand an bestimmten Wochentagen allerdings ein gewisser Freiverkehr.

[3]) für 100 Mark eine Provision von 35 Pfennig.

hatten, auf der anderen Seite aber stellte das Reich die höchsten Ansprüche in bezug auf das Zurverfügungstellen ihrer Einlagen und überhaupt des gesamten Vermögens an sie. Diese Stellung verlangte plötzlich von den einzelnen Sparkassenverwaltungen eine schnelle Weitsicht und Geschicklichkeit. Die neun Zeichnungsergebnisse stellen ihrer Leistungsfähigkeit ein beredtes Zeugnis aus und haben diese Anstalten erst in das ihnen gebührende richtige Ansehen gerückt. Treffend rief einmal der ehemalige Geschäftsführer des Deutschen Sparkassenverbandes, Justizrat Götting, den Kassen zu: „Hier ist der seltene Fall, wo ein gewisser Leichtsinn Pflicht wird und zähe Zurückhaltung der mit größter Vorsicht verwalteten Gelder Schuld am Vaterland." Er charakterisiert damit deutlich die ungeheuren finanziellen Anstrengungen, die das deutsche Volk zu bestehen hatte, und die Richtung, in der die Schwierigkeiten einer Geschäftsleitung lagen.

Die Anleihen brachten wie ja überall die größten Veränderungen in der Wirtschaftsführung der Kassen. Ihr Hauptaktivgeschäft, die Gewährung von Hypothekarkredit, auf dem der Reingewinn beruht, befand sich vor allem in einer schweren Lage. Alles verfügbare Geld verlangte die Kriegführung, während das Bauwesen und der Hausbesitz, oft genug in Not, um Zinsstundungen baten. Es war jedoch allenthalben zu versuchen, dieses Geschäft, wenn auch in geringem Umfange, aufrechtzuerhalten. Obgleich die gewährtragenden Kommunen selbst Überschüsse gebrauchen konnten, mußten die Kassen, um die Zeit zwischen der Rückzahlung für Anleihegelder und dem Zufluß neuer Einlagen zu überspannen, jetzt selbst Kredit aufnehmen und hierbei notwendigerweise manches Geldopfer trotz der Zinsermäßigung der Darlehnskassen bringen. — Für den Kriegsfall war eine starke Zunahme der Abhebungen erwartet worden. Die Kassen hatten sich deshalb vorschriftsgemäß durch einen hohen Effektenbestand, der zu Kriegsbeginn 4 Milliarden Mark betrug, äußerst liquid gehalten. Doch die große Panik der ersten Augusttage legte sich sehr schnell. Die günstige Entwicklung nach dem „Run", von dem übrigens nur die Sparkassen mit über 50 Millionen Mark Einlegerguthaben erheblicher betroffen wurden, änderte die Meinung über die unbedingte Notwendigkeit des Effektenbestandes; immerhin ist zu bedenken, daß diese Entwicklung durch die glänzenden militärischen Erfolge zum mindesten stark beeinflußt war. Jetzt kam der Bestand einer Mobilisierung zur Kriegsanleihe recht zustatten. Als neue feste Anlage ihrer Gelder aber gab es für die Kassen im Kriege quasi nur noch ein Wertpapier: Kriegsanleihe.

Damit ist die eine der beiden Arten schon gekennzeichnet, auf welche die „kleinen Banken" zu ihrem Teil für die Herbeischaffung der finanziellen Kriegsführungsmittel sorgten. Einmal war es, wie gesagt, die eigne Zeichnung der Kassen, zum anderen die Freilassung der an die satzungsgemäße Kündigung gebundenen Einlegerguthaben in unbegrenzter Höhe, die von der Reichsbank angeregt und vom Verbande empfohlen worden war. Als zweite Art also: Förderung der Kundenzeichnung. Hierbei ist besonders die wertvolle Hilfeleistung der Giroverbände und -zentralen zu betonen, die ein wichtiges Glied in der Verschaffung und dem Abbau des kurzfristigen Kredites bildeten. So gaben sie an Mitglieder häufig billigeren Kredit, und zwar ohne Lombard, wozu die Darlehnskassen gesetzlich verhindert waren. Wie schon oben einmal erwähnt, mußte ja als Ersatz für den Abfluß an Einlagen zu Zeichnungszwecken vorübergehend Geld beschafft werden. Keineswegs durfte aber hierfür an eine Kündigung und Einziehung der Hypotheken gedacht werden, wenn nicht besondere Umstände auf seiten des Schuldners dafür sprachen. Abgesehen von der gespannten Lage im Hausbesitz, stellten doch die Hypotheken den dauernden Gegenwert der Einlagen dar. Nach meiner Kenntnis sind alle Verwaltungen grundsätzlich nach dieser Anschauung verfahren. — Die Seehandlung in Berlin und die Preußische Zentralgenossenschaftskasse gewährten ebenfalls lombardlosen Kredit, allerdings mit Wechsel und Hypothekenabtretung. Die mehrfach erstrebte Gewährung von Darlehn auf Verpfändung von Hypotheken[1]) wurde jedoch aus hier nicht zu erörternden Gründen von der Reichsleitung abgelehnt.

Nach diesem kurzen Überblick[2]) über Bedeutung und Stellung der Kassen, über die Maßnahmen der Finanzpolitik und sonstige Erleichterungen sowie über die Wege, die sie zur Lösung der gestellten Aufgabe gingen, sei nicht versäumt, noch schnell einen Blick auf ihre Propagandatätigkeit zu werfen, um dann die statistischen Ergebnisse der Tätigkeit unserer deutschen Sparkassen zu betrachten. — Die einzuschlagende Richtung war vorgezeichnet. Es galt, in Geldsachen unkundige und ängstliche, weiter kapitalschwache und pessimistische Personen in Wort und Bild aufzuklären und ihnen die nötigen Formalitäten zu erleichtern. Der breiten Masse sollte die Zeichnung ermöglicht werden; es kam darauf an, hauptsächlich auch kleine und kleinste Beträge anzulocken und festzuhalten, also dazu die Stückelung der Kriegsanleihe nach unten fortzusetzen. Und da sehen wir denn die mannigfaltigsten Versuche, die mehr oder weniger Erfolg zeitigten. Nur die hauptsächlichsten seien angeführt und im übrigen auf die angegebene Literatur verwiesen. — Das „Anteilscheinverfahren" zur Erfassung von Beträgen unter 100 bezw. 98 Mark ist wohl das verbreitetste gewesen. Auch nahmen die Kassen Sammelzeichnungen von Schulen, Vereinen, Fabriken usw. an, gaben auf Grund eigner Kriegsanleihezeichnung darauf Anteilscheine aus, die unter denkbar günstigen Einzahlungsbedingungen bis zu einer Mark[3]) herunter gestückelt waren. Hierher gehört auch das weniger geglückte Anteilscheinverfahren der Reichsbank (in Form von Heften zu je 20 Stück). Gut gemeint, aber bedenklich war ferner das „Deutsche Anleihesparbuch". Selbst das Heer war durch „Kriegssparkarten" mit Marken zur Mitarbeit aufgefordert, doch machten sich hier die Verzögerungen im Benachrichtigungsverfahren so nachteilig bemerkbar, daß dieses System wohl als fehlgeschlagen bezeichnet werden muß. Weiter seien auch die vorschußweisen Zahlungen des Zeichnungspreises von Kassen oder die Gewährung monatlicher Abschlagszahlungen an fest angestellte Personen aufgeführt. Bei letzteren mußte der Zeichnungsbetrag in spätestens sieben Jahren getilgt sein. Es bedarf keiner Worte, daß all diese Bestrebungen die Sparkassen mit einer riesigen Kleinarbeit belasteten, die die Buchungen und Verrechnungen der geringen Beträge mit sich brachten. Und diese Riesenkleinarbeit ist nicht zum geringsten mit als Voraussetzung unserer „finanziellen Großtaten" anzusehen.

Wir Deutschen können mit stolzer Genugtuung auf die neun Kriegsanleiheergebnisse zurückblicken, die in ihrer Gesamtsumme alle sieben englischen und französischen Kriegsanleihen zusammen übertreffen. Nach einem Maßstab in der Gegenwart zu suchen, ist infolge der Geldentwertung ein Unding. Mit Feld- und Überseezeichnungen wurden dem Reiche endgültig 98408,5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, ein Betrag, der erschreckend hoch und uns in seiner wuchtigen Größe erst voll zu Bewußtsein kommt, wenn wir ein Volksvermögen von 331 Milliarden Mark (Ballod 1911) oder 300 Milliarden Mark (Helfferich) annehmen und in Vergleich ziehen. Diese bis auf eine Kleinheit unproduktiv verbrauchten Gelder müssen wie alle Kriegsschulden als der Volkswirtschaft verloren und so ihre Leistungsfähigkeit schwächend gelten. Der Weltkrieg kostete nach einer neuen amerikanischen

---

[1]) anders in Österreich.

[2]) Bei den Ausführungen kann es sich wegen des Raumes nur um einen großen Überblick unter Betonung des Wichtigsten handeln.

[3]) z. B. die Sparkasse Berlin.

Berechnung [1]) den Parteien 84 Milliarden Dollars. Deutschland büßte nach derselben Quelle 48,75 % seines Volksvermögens ein, dann folgen Frankreich mit 40, Italien mit 31,5, England mit 30 und die Vereinigten Staaten mit 8 %.

In der nachfolgenden Übersicht a sind die Kriegsanleihen einzeln aufgeführt und nach den Zeichnungs- und Vermittlungsstellen gruppiert. Hiernach hatten die Sparkassen an dem Gesamtergebnis einen Anteil von 23,498 Milliarden Mark, das sind 24,07 %. Unberücksichtigt dabei sind die Feld- und Überseezeichnungen. Erstere dürften den Anteil noch erhöhen. Durchschnittlich beteiligten sich die angeführten Stellen in folgendem Verhältnis: Reichsbank 6 %, Banken usw. 59 %, Sparkassen 24 %, Versicherungsgesellschaften 3 %, Kreditgenossenschaften 7 %, Postanstalten 1 %. Die Kassen weisen sich damit als eine Gruppe aus, der als zweitstärksten deutschen Finanzmacht die Erfolge wesentlich mit zu danken sind. Ihre Mitarbeit, an ihren Erträgen gemessen, steigerte sich von 19,8 % der ersten bis 25,5 % der vierten Anleihe, um sich dann zwischen 24,07 und 25,68 % zu bewegen (Übersicht a). Die Bedeutung jener Arbeit tritt aber in ganz anderem Maße hervor, wenn die Zahl und Beträge der Zeichnungen nach ihrer Größe in verschiedene Gruppen gefaßt werden, wie es die Übersicht b zeigt. Die Annahme dürfte wohl berechtigt sein, daß die Zahl der Zeichnungen von Beträgen unter

[1]) Berechnung des Amerikaners **Fisk** für die Bankers Trust Co. Vergl. hierzu Prof. Dr. **Schumacher** in „Der Wiederaufbau", Zeitschrift für Weltwirtschaft, 1922/23, Nr. 46: Die Kosten des Weltkrieges usw.

[Fortsetzung des Textes siehe. S. 110.]

Kriegsanleihen.

Die Höhe des gezeichneten Kriegsanleihebetrages nach Zeichnungs- und Vermittlungsstellen.

(Tab. a) Zeichnungs- und Vermittelungsstellen	Bei den neun Kriegsanleihen verteilten sich die Zeichnungen auf Zeichnungs- und Vermittelungsstellen wie folgt:									
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.[1])	9.[1])	überhaupt
	Kriegsanleihe in Millionen Mark im Jahre									
	1914	1915		1916		1917		1918		Mill. Mark
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Reichsbank	479	565	569	461	685	625	752	843	596	5 575
Banken und Bankiers	2 895	5 592	7 391	6 165	6 082	7 545	6 946	8 689	6 140	57 445
Sparkassen	883	1 977	2 877	2 727	2 567	3 202	3 199	3 554	2 512	23 498
Lebensversicherungsgesellschaft.	203	384	417	349	337	387	383	502	354	3 316
Kreditgenossenschaften	—	430	680	839	847	1 103	1 094	1 018	719	6 730
Postanstalten	—	112	167	171	134	117	84	160	113	1 058
Zusammen	**4 460**	**9 060**	**12 101**	**10 712**	**10 652**	**12 979**	**12 458**	**14 766**	**10 434**	**97 622**
Das Zeichnungsergebnis hat sich durch nachträglich eingegangene Feldzeichnungen und Zeichnungen aus dem überseeischen Ausland erhöht auf	*4 481*	*9 106*	*12 163*	*10 768*	*10 699*	*13 122*	*12 626*	*15 001*	*10 443*	*98 409*

[1]) Die Zeichnungsstellen der Kriegsanleihe sind von der Reichsbank in ihrer siebenten Denkschrift (Reichsbank und Geldmarkt, Kredit- und Zahlungsverkehr der neun Kriegsmonate Februar bis Oktober 1917) auf Seite 56 für die ersten sieben Kriegsanleihen veröffentlicht. Da weitere Veröffentlichungen hierüber nicht vorliegen, ist die Gesamtsumme der Zeichnungen für die 8. und 9. Kriegsanleihe nach dem Verhältnis der ersten sieben Kriegsanleihen auf die Zeichnungsstellen verteilt und hier eingestellt worden.

Die Zahl der Zeichnungen und die Höhe der gezeichneten Beträge in Hundertteilen nach 12 Größenklassen.

(Tab. b) Größenklassen	Von 100 Zeichnungen der										Von 100 ℳ des Zeichnungsbetrages der									
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	überhaupt	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	überhaupt
	Kriegsanleihe										Kriegsanleihe									
	entfielen auf die in Spalte 1 angegebenen Größenklassen																			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
bis 200 ℳ	19,63	16,80	24,82	45,57	47,09	57,26	62,50	58,92	58,78	48,63	0,81	0,78	1,08	1,88	1,44	2,22	1,79	1,92	1,09	1,55
von 300 „ 500 „	20,54	21,61	21,64	18,33	17,87	15,73	13,39	13,75	14,01	16,64	2,49	2,80	3,05	3,80	2,75	3,49	2,50	2,67	1,37	2,82
„ 600 „ 1 000 „	38,49	24,56	23,16	16,78	15,89	13,03	11,08	11,83	11,81	23,66	13,16	6,67	6,97	7,41	5 18	6,28	4,40	4,94	2,90	11,07
„ 1 100 „ 2 000 „		15,57	13,37	8,88	7,92	5,88	4,95	7,30	5,68			8,09	7,67	7,39	4,88	5,44	3,77	4,14	2,63	
„ 2 100 „ 5 000 „	13,39	13,43	10,65	6,59	6,45	4,62	4,37	4,46	4,94	6,50	12,98	14,94	12,92	11,64	8,55	9,06	7,10	7,76	4,99	9,60
„ 5 100 „ 10 000 „	4,80	4,86	3,72	2,16	2,45	1,78	1,91	1,88	2,16	2,46	10,09	11,67	9,93	8,47	7,21	7,76	6,80	7,18	4,79	7,98
„ 10 100 „ 20 000 „	1,64	1,71	1,35	0,80	1,06	0,73	0,78	0,79	1,10	0,97	6,88	8,22	7,09	6,22	6,11	6,22	5,54	5,93	4,59	6,23
„ 20 100 „ 50 000 „	0,98	0,98	0,83	0,58	0,75	0,57	0,62	0,63	0,81	0,69	9,19	10,22	9,64	9,15	9,22	9,91	9,46	9,57	7,82	9,39
„ 50 100 „ 100 000 „	0,31	0,29	0,25	0,17	0,26	0,19	0,23	0,24	0,36	0,24	7,06	7,15	7,03	6,85	7,60	8,12	8,16	8,12	7,56	7,60
„ 100 100 „ 500 000 „	0,17	0,16	0,18	0,12	0,21	0,18	0,17	0,15	0,26	0,17	11,41	11,77	14,59	14,29	16,05	16,17	16,61	16,42	18,16	15,44
„ 500 100 „ 1000 000 „	0,03	0,02	0,02	0,01	0,03	0,02	0,00	0,03	0,05	0,02	6,44	4,86	5,74	5,98	8,01	7,34	8,95	8,47	10,25	7,49
über 1000 000 „	0,02	0,01	0,01	0,01	0,02	0,01	0,00	0,02	0,04	0,02	19,49	12,83	14,29	16,92	22,70	17,89	24,92	22,88	33,65	20,84
Zusammen . . „	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**

Zeichnungen an Kriegsanleihe bei den Sparkassen in den Jahren 1914 bis 1918.

(Tab. c) Staaten — Landesteile	An Kriegsanleihe wurde bei den Sparkassen gezeichnet: für die	für Rechnung der Sparkassen 1000 ℳ[1]	für Rechnung der Sparer 1000 ℳ	überhaupt 1000 ℳ	Außerdem wurden Rückzahlungen zwecks Zeichnung geleistet 1000 ℳ
1	2	3	4	5	6
I. Freistaat Preußen.					
1. Ostpreußen	1. bis 3.	60 348	64 100	219 546	.
	4. und 5.		95 098		.
	6. „ 7.	42 292	96 471	138 763	.
	8. „ 9.	50 323	70 066	120 389	.
	zus. . .	**152 963**	**325 735**	**478 698**	.
2. Westpreußen	1. bis 3.	67 954	108 100	261 115	.
	4. und 5.		85 061		.
	6. „ 7.	50 621	80 489	131 110	.
	8. „ 9.	74 953	61 408	136 361	.
	zus. . .	**193 528**	**335 058**	**528 586**	.
3. Stadtkreis Berlin	1. bis 3.	92 558	82 900	220 381	.
	4. und 5.		44 923		.
	6. „ 7.	93 275	27 154	120 429	.
	8. „ 9.	125 367	28 823	154 190	.
	zus. . .	**311 200**	**183 800**	**495 000**	.
4. Brandenburg	1. bis 3.	266 419	429 900	915 939	.
	4. und 5.		219 620		.
	6. „ 7.	250 968	197 626	448 594	.
	8. „ 9.	361 856	170 471	532 327	.
	zus. . .	**879 243**	**1 017 617**	**1 896 860**	.
5. Pommern	1. bis 3.	99 198	223 400	486 578	.
	4. und 5.		163 980		.
	6. „ 7.	105 757	141 266	247 023	.
	8. „ 9.	164 109	101 465	265 574	.
	zus. . .	**369 064**	**630 111**	**999 175**	.
6. Posen	1. bis 3.	54 231	99 400	226 561	.
	4. und 5.		72 930		.
	6. „ 7.	39 409	71 177	110 586	.
	8. „ 9.	58 477	58 564	117 041	.
	zus. . .	**152 117**	**302 071**	**454 188**	.
7. Schlesien	1. bis 3.	208 735	271 300	670 193	.
	4. und 5.		190 158		.
	6. „ 7.	186 920	177 309	364 229	.
	8. „ 9.	247 192	151 982	399 174	.
	zus. . .	**642 847**	**790 749**	**1 433 596**	.
8. Sachsen	1. bis 3.	239 110	305 100	723 352	.
	4. und 5.		179 142		.
	6. „ 7.	233 403	211 777	445 180	.
	8. „ 9.	292 503	144 993	437 496	.
	zus. . .	**765 016**	**841 012**	**1 606 028**	.
9. Schleswig-Holstein	1. bis 3.	131 736	179 600	465 848	.
	4. und 5.		154 512		.
	6. „ 7.	116 598	159 844	276 442	.
	8. „ 9.	149 205	162 100	311 305	.
	zus. . .	**397 539**	**656 056**	**1 053 595**	.
10. Hannover	1. bis 3.	300 678	339 300	904 918	.
	4. und 5.		264 940		.
	6. „ 7.	356 654	250 571	607 225	.
	8. „ 9.	456 983	212 064	669 047	.
	zus. . .	**1 114 315**	**1 066 875**	**2 181 190**	.
11. Westfalen	1. bis 3.	490 763	556 200	1 356 842	.
	4. und 5.		309 879		.
	6. „ 7.	471 258	298 388	769 646	.
	8. „ 9.	637 341	256 829	894 170	.
	zus. . .	**1 599 362**	**1 421 296**	**3 020 658**	.
Noch: I. Freistaat Preußen.					
12. Hessen-Nassau	1. bis 3.	106 976	140 700	382 391	.
	4. und 5.		134 715		.
	6. „ 7.	113 099	82 056	195 155	.
	8. „ 9.	164 859	81 754	246 613	.
	zus. . .	**384 934**	**439 225**	**824 159**	.
13. Rheinprovinz	1. bis 3.	860 548	718 800	2 038 277	.
	4. und 5.		458 929		.
	6. „ 7.	685 681	394 727	1 080 408	.
	8. „ 9.	884 726	363 910	1 248 636	.
	zus. . .	**2 430 955**	**1 936 366**	**4 367 321**	.
14. Hohenzoll. Lande	1. bis 3.	2 702	6 100	18 950	.
	4. und 5.		10 148		.
	6. „ 7.	3 316	10 790	14 106	.
	8. „ 9.	5 162	9 394	14 556	.
	zus. . .	**11 180**	**36 432**	**47 612**	.
I. Freistaat Preußen	1. bis 3.	2 981 956	3 524 900	8 890 891	.
	4. und 5.		2 384 035		.
	6. „ 7.	2 749 251	2 199 645	4 948 896	.
	8. „ 9.	3 673 053	1 873 818	5 546 871	.
	zus. . .	**9 404 260**	**9 982 398**	**19 386 658**	.
II. Freistaat Bayern	1.	27 678	6 197	33 875	.
	2.	24 984	39 155	64 139	.
	3.	31 868	55 266	87 134	.
	4.	51 192	55 578	106 770	.
	5.	58 751	30 113	88 864	.
	6.	69 174	38 561	107 735	.
	7.	87 869	29 776	117 645	.
	8.	119 947	38 632	158 579	.
	9.	118 872	15 427	134 299	.
	zus. . .	**590 335**	**308 705**	**899 040**	.
III. Freistaat Sachsen	1. bis 9.	[2]) **621 949**	**737 171**	**1 359 120**	21 581
IV. Freistaat Württemberg	1., 2., 3. und 4.	**56 701**	**242 216**	**298 917**	.
V. Freistaat Baden	1. bis 9.	**475 600**	[3]) **592 100**	**1 067 700**	.
VIII. Freistaat Hamburg	1.	.	.	20 283	[6]) 3 111
	2. und 3.	.	.	96 037	[6]) 1 811
	4. „ 5.	.	.	55 097	[6]) 150
	6. „ 7.	.	.	44 634	.
	8. „ 9.	.	.	[4]) 41 132	.
	zus. . .	.	.	[5]) **257 183**	.
XIII. Freistaat Bremen	1.	2 400	4 731	7 131	.
	2.	1 050	15 270	16 320	.
	3.	4 740	15 380	20 120	.
	4.	4 875	9 275	14 150	.
	5.	6 140	5 384	11 524	.
	6.	10 940	6 057	16 997	.
	7.	13 000	3 733	16 733	.
	8.	12 140	5 462	17 602	.
	9.	18 030	2 619	20 649	.
	zus. . .	**73 315**	**67 911**	**141 226**	.

[1]) Wieviel Kriegsanleihe die preußischen Sparkassen in den ersten drei Kriegsanleihen auf eigene Rechnung gezeichnet haben, ist nicht bekannt, es mußten daher hier die Zeichnungen der Sparkassen für die ersten fünf Kriegsanleihen eingestellt werden. Erhoben sind die Ergebnisse nur für die hier eingestellten Zeitabschnitte, nicht für die einzelnen Kriegsanleihen. — [2]) Vergl. Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Sachsen 1918/20, S. 269. — [3]) darunter 10,7 Millionen Mark auf Anteilscheine und durch Schülerzeichnungen. — [4]) Von der neuen Sparkasse in Hamburg von 1864 liegen Angaben über die Zeichnungen der 9. Kriegsanleihe nicht vor. — [5]) Außerdem sind bei der Gemeindesparkasse zu Ochsenwärder im ganzen 1 745 000 Mark Kriegsanleihe gezeichnet worden, die sich nicht auf die einzelnen Kriegsanleihen verteilen lassen. — [6]) Diese Angaben beziehen sich nur auf eine der vier berichtenden Sparkassen.

Zusammenstellung der Zeichnungsergebnisse auf die 1. bis 9. Kriegsanleihe, getrennt nach Provinzen und Freistaaten[1])
(ausschließlich der nachträglich eingegangenen Feld- und Überseezeichnungen).

(Tab. d)

Freistaaten — Landesteile	1. Kriegsanleihe[2]) ℳ	2 Kriegsanleihe[2]) ℳ	3. Kriegsanleihe ℳ	4. Kriegsanleihe ℳ	5. Kriegsanleihe ℳ
1	2	3	4	5	6
1. Ostpreußen	86 760 600	176 252 100	224 487 200	207 048 300	235 700 300
2. Westpreußen	49 067 700	99 679 800	172 999 000	137 190 400	127 818 800
3. Stadt Berlin	780 533 700	1 585 634 900	2 162 896 700	1 805 399 700	2 027 655 700
4. Brandenburg	106 164 700	215 670 900	343 835 900	295 514 300	232 199 000
5. Pommern	96 261 900	195 553 700	273 897 300	251 445 600	254 452 400
6. Posen	52 279 400	106 204 300	159 349 500	140 172 000	140 738 100
7. Schlesien	221 429 200	449 828 000	582 953 500	505 030 500	582 564 300
8. Sachsen	201 757 500	409 865 400	539 433 500	487 387 700	464 256 100
9. Schleswig-Holstein	102 417 700	208 059 000	250 141 500	233 640 400	241 307 000
10. Hannover	202 872 700	412 130 900	548 274 100	513 781 100	511 778 200
11. Westfalen	270 764 600	550 051 500	641 513 500	618 552 400	605 665 400
12 Hessen-Nassau	236 149 500	479 731 900	707 980 800	609 823 600	590 364 100
13. Rheinprovinz	593 674 700	1 206 035 600	1 466 754 000	1 333 399 200	1 346 172 500
I. Preußen	**3 000 138 900**	**6 094 698 000**	**8 074 516 500**	**7 138 385 200**	**7 860 671 900**
II. Bayern	**335 266 500**	**681 085 500**	**828 756 800**	**816 031 100**	**727 205 900**
III. Sachsen	**270 987 600**	**550 504 600**	**821 104 100**	**644 207 100**	**588 961 900**
IV. Württemberg	**182 353 500**	**370 446 600**	**448 812 700**	**437 225 500**	**421 518 300**
V. Baden	**167 543 900**	**340 861 400**	**411 183 900**	**398 620 800**	**379 400 600**
VI. Hessen	**83 415 100**	**169 455 700**	**195 842 800**	**178 180 500**	**176 289 800**
VII. Mecklenburg-Schwerin und Strelitz	**36 399 300**	**73 944 300**	**99 689 100**	**96 456 500**	**84 745 000**
VIII. Oldenburg	**17 976 600**	**36 519 100**	**52 451 800**	**51 163 500**	**41 039 200**
IX. Sachsen-Weimar	**17 396 700**	**35 341 000**	**47 373 000**	**44 965 200**	**38 571 900**
X. Braunschweig und Anhalt	**41 350 700**	**84 002 900**	**125 527 200**	**108 174 400**	**83 399 700**
XI. Thüringen	**57 364 600**	**116 534 800**	**165 722 200**	**146 757 600**	**120 922 000**
XII. Schaumburg-Lippe und Lippe	**6 780 300**	**13 778 900**	**21 341 500**	**20 538 700**	**17 098 500**
XIII. Freie Städte	**207 422 600**	**421 378 900**	**699 959 000**	**537 952 800**	**518 354 600**
XIV. Elsaß-Lothringen	**36 310 100**	**73 763 100**	**109 970 000**	**93 955 500**	**93 546 900**
Deutsches Reich	**4 460 701 400**	**9 061 804 600**	**12 101 750 600**	**10 712 614 400**	**10 651 726 200**

(Noch: Tab. d)

Freistaaten — Landesteile	6. Kriegsanleihe ℳ	7. Kriegsanleihe ℳ	8. Kriegsanleihe ℳ	9. Kriegsanleihe ℳ	1. bis 9. Kriegsanleihe zusammen ℳ
1	7	8	9	10	11
1. Ostpreußen	306 308 800	232 921 500	259 194 900	170 440 800	1 899 114 500
2. Westpreußen	146 304 700	104 532 900	118 058 100	118 312 000	1 073 963 400
3. Stadt Berlin	2 081 267 100	2 254 439 500	2 522 080 200	1 863 655 400	17 083 562 900
4. Brandenburg	307 035 000	283 723 900	333 882 500	205 549 800	2 323 576 000
5. Pommern	308 498 000	265 114 700	282 821 300	178 470 200	2 106 515 100
6. Posen	170 729 000	152 247 600	137 032 300	85 374 000	1 144 126 200
7. Schlesien	691 914 400	607 899 000	722 327 500	481 810 700	4 845 757 100
8. Sachsen	588 133 000	554 999 200	664 741 400	505 270 200	4 415 844 000
9. Schleswig-Holstein	306 585 200	290 106 600	332 226 900	276 748 800	2 241 233 100
10. Hannover	633 505 800	589 642 900	611 517 000	416 463 400	4 439 966 100
11. Westfalen	755 686 100	775 225 500	885 292 700	823 316 900	5 926 068 600
12. Hessen-Nassau	663 583 600	645 471 500	728 316 500	506 541 400	5 167 962 900
13. Rheinprovinz	1 670 885 700	1 711 353 000	2 028 938 200	1 635 477 600	12 992 690 500
I. Preußen	**8 630 436 400**	**8 467 677 800**	**9 626 429 500**	**7 267 431 200**	**65 660 380 400**
II. Bayern	**1 040 054 600**	**907 667 700**	**1 325 338 900**	**676 011 600**	**7 337 398 600**
III. Sachsen	**735 359 800**	**782 717 900**	**977 858 600**	**607 965 900**	**5 930 667 500**
IV. Württemberg	**563 200 200**	**501 324 500**	**615 972 200**	**450 376 500**	**3 990 730 000**
V. Baden	**508 652 800**	**492 526 900**	**580 437 400**	**388 209 500**	**3 666 937 200**
VI. Hessen	**252 782 500**	**248 814 200**	**319 260 400**	**201 900 100**	**1 826 031 100**
VII. Mecklenburg-Schwerin und Strelitz	**112 036 200**	**98 621 800**	**118 713 000**	**81 276 800**	**706 882 000**
VIII. Oldenburg	**51 785 100**	**46 221 700**	**54 109 200**	**41 853 000**	**393 119 200**
IX. Sachsen-Weimar	**50 310 200**	**46 548 100**	**58 904 900**	**41 220 800**	**380 631 800**
X. Braunschweig und Anhalt	**126 654 400**	**106 024 200**	**140 044 900**	**89 676 800**	**904 855 200**
XI. Thüringen	**151 711 000**	**148 379 700**	**204 672 600**	**143 306 000**	**1 255 870 500**
XII. Schaumburg-Lippe und Lippe	**17 119 500**	**14 926 000**	**18 441 600**	**18 111 000**	**148 131 000**
XIII. Freie Städte	**618 707 500**	**546 461 900**	**617 148 100**	**372 561 900**	**4 539 942 300**
XIV. Elsaß-Lothringen	**120 150 500**	**99 028 800**	**113 915 800**	**53 968 600**	**794 609 300**
Deutsches Reich	**12 978 940 700**	**12 457 941 200**	**14 766 247 100**	**10 433 959 700**	**97 625 686 100**

[1]) Wegen weiteren statistischen Materials über die Kriegsanleihen vergl. die Kriegsdenkschriften der Reichsbank und den Verwaltungsbericht für das Jahr 1918, Seite 11 und 12, vergl. auch Abschnitt XV 1, Anhang Nr. 1c. — [2]) Die Zahlen für die 1. und 2. Kriegsanleihe sind nur für die Gesamtzeichnungen zu haben gewesen, sie sind nach dem Verhältnis der Ergebnisse der 3. und 9. Kriegsanleihe für die einzelnen Länder und Landesteile errechnet und hier eingestellt worden.

200 Mark und von 300 bis 1000 Mark die Tätigkeit weit überwiegend der Sparkassen widerspiegelt. Im Durchschnitt entfielen auf die drei ersten Klassen rund 85 % sämtlicher Zeichnungen mit einem Markbetrag von rund 10 % der Anleihesumme. Die vornerwähnte Riesenkleinarbeit findet hier eine zahlenmäßige Bestätigung. Zugleich gibt diese Übersicht ein gewisses Bild von den sozialen Kreisen, denen die Zeichner entstammen, und weist die deutschen Anleihen im Gegensatz zu den ausländischen „Bankanleihen" als wahre Volksanleihen aus. Die feindliche Rede von der verschleierten Zwangsanleihe wird Lügen gestraft, wenn man, siehe Übersicht c auf S. 108, die für eigne und die für fremde Rechnung seitens der Kassen gezeichneten Beträge gegenüberstellt. In allen Ländern, mit Ausnahme Bayerns und Bremens, überwiegen nämlich die Kundenzeichnungen. Hierbei war die Entwicklung so, daß bei den ersten vier Anleihen die Sparerzeichnungen weit die Kassenzeichnungen hinter sich ließen, während bei den folgenden dann die Sparkassen die Führung übernahmen. Die Ursache mag vielleicht lediglich in der veränderten Taktik der einzelnen Verwaltungen zu suchen sein, denn ein etwa vermuteter Geldmangel auf seiten der Sparer wird durch die starken, dauernd gewachsenen Einzahlungen widerlegt, wie überhaupt der deutsche Markt sich einer großen Geldflüssigkeit erfreute. Der Krieg hat in dieser Hinsicht gelehrt, daß es nicht nur auf die Größe, sondern auch auf die Form des Volksvermögens ankommt. Der Freistaat Preußen brachte (siehe nachfolgende kleine Textübersicht) insgesamt an Kriegsanleihe 65,7 Milliarden Mark = 67,3 % auf, Baden 3,7 Milliarden Mark = 3,8 %; in beiden Ländern haben die Sparkassen einen Anteil von mehr als 29 %. Für den Freistaat Sachsen lauten die Zahlen 5,9 Milliarden Mark = 6,1 %, auf die Kassen entfallen hier 23 %. Dann folgen Bayern mit einem Reichsanteil von 7,3 Milliarden Mark = 7,5 %, von denen 12 % auf Rechnung der Kassen zu setzen sind, und Württemberg mit 4 Milliarden Mark = 4,1 % Anteil an der Gesamtzeichnung und einem Sparkassenanteil an der Landeszeichnung von 7,5 %.

Die bereits erwähnte Übersicht c gibt für einzelne Staaten über die Zeichnungen für eigne und fremde Rechnung seitens der Kassen weitere Auskunft, während die Übersicht d auf Seite 109 über die gesamte Beteiligung der Länder und Provinzen an den neun Anleihen unterrichtet. Hervorgehoben seien hier besonders die hohen Beiträge der Reichshauptstadt Berlin, der freien Städte und der Rheinprovinz (1/3 Sparkassenzeichnung), welch letztere damit ihr deutsches Zugehörigkeitsgefühl bekundete.

Freistaat	1. bis 9. Kriegsanleihe		Sparkassenanteil					
			insgesamt		davon auf			
					eigene Rechnung		fremde Rechnung	
	1000 M	%	1000 M	%	1000 M	%	1000 M	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Preußen	65660380	67,3	19386658	29,5	9404260	14,3	9982398	15,2
Bayern	7 337 399	7,5	899 040	12,3	590 335	8,0	308 705	4,2
Sachsen	5 930 668	6,1	1 359 120	22,9	621 949	10,5	737 071	12,4
Württemberg	3 990 730	4,1	298 917	7,5	56 701	1,4	242 216	6,1
Baden	3 666 937	3,8	1 067 700	29,1	475 600	13,0	592 100	16,1
Übriges Reich	11039572	11,3	[1]) 487 000	4,4	.	.	.	.
Insgesamt	**97625686**	**100**	**23498435**	**24,1**	.	.	.	.

Die im September 1919 ins Leben gerufene Kriegsanleihe-A.G. mit ihrer Aufnahmeaktion und sonstige staatliche Maßnahmen (z. B. Kriegsanleihe als Zahlungsmittel) milderten die nach dem Zusammenbruch auftauchenden Gefahren und hüteten die hilfreich und selbstlos beigesprungenen Sparkassen vor allzu großen Kursverlusten.

Die Gegenwart ist geneigt, frühere Leistungen, besonders die Kriegsarbeit,[2]) mit einem gewissen mitleidigen Gefühl geringschätzig zu betrachten. Und doch kann uns nur ein Rückblick auf unsere Geschichte die Kraft der Hoffnung geben.

[1]) errechnet.

[2]) Vergl.: Jahrgänge 1914 bis 1921 der Zeitschrift „Die Sparkasse"; Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, 23. Oktober 1914, und Nachträge; Helfferich, Die Kriegsanleihe im „Bankarchiv", Jahrgang 14, Nr. 1; H. Köppe, Die deutschen Kriegsanleihen, in „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik", III. Folge, Band 106, 110, 113; van der Borght, Die deutschen Kriegssteuergesetze von 1916, in „Finanzarchiv", Jahrgang 33, 2. Band; F. Rademaker, Die Kriegsanleihen, ebendort.

3. Die Sparkassen und der Kommunalkredit.

Von Oberregierungsrat Dr. **H. Höpker**, Mitglied des Preußischen Statistischen Landesamts, Berlin.

A. Die Sparkassen und der Anleihebedarf der Landkreise vor dem Kriege.

Trotz des bedeutenden Umfanges der Sparkassenstatistik vermag diese wie manche andere wichtige Frage auch die Frage des Kommunalkredits nicht in der sicheren und gleichmäßigen Weise für alle Jahre und alle Länder zu beantworten, wie man es im Interesse der Sache wünschen würde. Auch hier liegen fast ausschließlich nur Erhebungen in Preußen vor, und auch diese beziehen sich keineswegs auf eine lange Reihe von Jahren und im gleichen Umfange auf alle Gebietsteile, sondern man muß sich mit der Darstellung und mit Schlüssen aus einem bestimmten Jahre und bestimmten Provinzen oder Regierungsbezirken begnügen.

Das umfassendste Material bietet die Finanzstatistik der preußischen Landkreise für das Rechnungsjahr 1908. Hier war es möglich, für das gesamte Staatsgebiet, nach den einzelnen Provinzen geordnet, die wünschenswerten Zahlen zu finden. Die nachfolgende Tabelle 1 zeigt, daß im Durchschnitt des Staates die Sparkassen beim gesamten Anleihebedarf von fast 600 Millionen über 126 Millionen oder 21,3 % des Anleihebedarfs bei den eigenen Sparkassen und über 60 Millionen oder 10,1 % bei fremden Sparkassen auf lange Fristen geliehen hatten. Fast ein Drittel oder genau 31,4 % haben die Landkreise Preußens aus dem Sparkassenvermögen für ihren Anleihebedarf entliehen, und zwar hiervon wieder zwei Drittel aus den eigenen Kassen und ein Drittel aus fremden. Den geringsten Gebrauch von den Fonds der Sparkassen haben für ihren Anleihebedarf die Kreise der Provinz Ostpreußen (11,4 %), die der Provinz Schleswig-Holstein (17,7 %) und die der Provinz Posen (21,4 %) gemacht. Bei Ostpreußen liegt der Grund sowohl in den geringen Vermögensbeständen der heimischen Sparkassen und andererseits in den günstigen Kreditbedingungen der Provinzialhilfskasse für Ostpreußen, die es meist überflüssig machten, das Kreditbedürfnis außerhalb der Provinz zu decken, wobei selbstverständlich ins Gewicht fiel, daß im allgemeinen überhaupt in dem übrigen Preußen eine geringe Neigung besteht, Gelder nach Ostpreußen zu entleihen. Bei Schleswig-Holstein ist als besonderer Grund für die geringe Bedeutung der Sparkassen bei den Kreiskommunalanleihen die große Ausbreitung der kleineren und mittleren Privatsparkassen mit öffentlichem Sparverkehr und der zahlreichen Kirchspielsparkassen zu nennen, die sich infolge ihrer Organisation nicht für die Gewährung größerer Anleihen an Kreise eigneten. In der alten Provinz Posen schließlich sind infolge

Die langfristigen Anleiheschulden der preußischen Landkreise am Schlusse des Rechnungsjahres 1908 unter besonderer Berücksichtigung der Anleihen bei Sparkassen nach Staat und Provinzen, und zwar
a) die ursprünglichen Beträge der am 31. März 1909 noch vorhandenen langfristigen Anleiheschulden,
b) die Restbeträge der langfristigen Anleiheschulden am 31. März 1909.

(Tab. 1)

Staat — Provinzen	Betrag der Anleiheschulden insgesamt			Davon (Sp. 2 und 3) entfielen auf Anleihen bei									
				der eigenen Kreissparkasse					fremden Sparkassen				
	zu a	zu b		zu a		zu b			zu a		zu b		
		überhaupt	v. H. der Sp. 2	überhaupt	v. H der Sp. 2	überhaupt	vom Hundert der Spalte		überhaupt	v. H. der Sp. 2	überhaupt	vom Hundert der Spalte	
	ℳ	ℳ		ℳ		ℳ	3	5	ℳ		ℳ	3	10
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Staat	**595 655 247**	**494 601 555**	**83,0**	**126 758 945**	**21,3**	**108 631 402**	**21,0**	**81,8**	**60 271 714**	**10,1**	**53 446 879**	**10,8**	**88,7**
Provinzen.													
1. Ostpreußen . . .	47 128 261	34 452 300	73,1	3 271 348	6,9	2 694 286	7,8	82,4	2 120 000	4,5	2 061 978	6,0	97,3
2. Westpreußen . .	41 764 971	32 742 546	78,4	8 712 208	20,9	6 734 135	20,6	77,3	10 859 400	26,0	9 769 663	29,8	90,0
3. Brandenburg . .	114 063 561	104 450 982	91,6	32 404 589	28,4	28 722 739	27,5	88,6	5 316 800	4,7	4 715 693	4,5	88,7
4. Pommern	38 020 196	31 112 636	81,8	15 757 539	41,4	13 319 978	42,8	84,5	3 633 783	9,6	3 370 352	10,8	92,8
5. Posen	38 485 416	31 118 574	80,9	3 259 151	8,5	2 600 258	8,4	79,8	4 960 750	12,9	4 542 040	14,6	91,6
6. Schlesien	75 707 246	53 237 139	70,3	20 511 779	27,1	15 002 354	28,2	73,1	6 333 738	8,4	5 303 879	10,0	83,7
7. Sachsen	27 264 698	18 278 893	67,0	11 982 016	43,9	8 526 052	46,6	71,2	1 824 550	6,7	1 169 760	6,4	64,1
8. Schlesw.-Holst.	49 851 704	42 017 322	84,3	626 100	1,3	605 000	1,4	96,6	8 151 763	16,4	7 125 237	17,0	87,4
9. Hannover	37 176 346	31 863 569	85,7	6 810 095	18,3	5 626 718	17,7	82,6	6 856 684	18,4	5 740 755	18,0	83,7
10. Westfalen . . .	52 571 766	46 951 786	89,3	12 362 912	23,5	10 277 233	21,9	83,1	2 957 750	5,6	2 688 821	5,7	90,9
11. Hessen-Nassau	10 052 184	9 326 346	92,8	1 056 628	10,5	930 505	10,0	88,1	2 749 416	27,4	2 577 097	27,6	93,7
12. Rheinprovinz . .	63 307 143	58 842 847	92,9	10 004 580	15,8	8 592 144	14,6	85,9	4 245 325	6,7	4 174 989	7,1	98,3
13. Hohenz. Lande	261 755	206 615	78,9	—	—	—	—	—	261 755	100,0	206 615	100,0	78,9

der Abneigung der polnischen Bevölkerung, bei deutschen Einrichtungen zu sparen, die zur Verfügung stehenden Bestände der Sparkassen ähnlich wie in Ostpreußen nicht so groß gewesen, um umfangreichere Kredite an die Kreise gewähren zu können. Auffallen könnte ferner, daß auch in der Rheinprovinz mit ihrem hochentwickelten Sparkassenwesen die Kreise nur 22,5 % ihres Anleihebedarfs bis zum Jahre 1909 bei den Sparkassen gedeckt haben. Man darf aber nicht übersehen, daß in der Rheinprovinz, besonders zu der damaligen Zeit, infolge der hohen Entwicklung der Sparkassen der Städte, Bürgermeistereien und Landgemeinden die Kreissparkassen eine geringere Bedeutung besaßen als in manchen anderen Provinzen und die Kreise Bedenken getragen haben werden, bei den Sparkassen der Stadt- oder Landgemeinden Anleihen zu erheben, und daß schließlich die Landesbank der Rheinprovinz ein hervorragendes Kreditinstitut für die Kreise der Rheinlande in ähnlicher Weise bildete wie die schon genannte Provinzialhilfskasse von Ostpreußen für die östlichste Provinz.

Im Gegensatz zu den Kreisen dieser Provinzen haben die Kreise von Westpreußen, Pommern und Sachsen ihr Anleihebedürfnis vorwiegend bei den Sparkassen gedeckt, und zwar bei Westpreußen fast zu 47 %, bei Pommern zu 51 % und in Sachsen zu über 50 %. Besonders bemerkenswert ist die starke Inanspruchnahme der Sparkassen durch die Kreise in Westpreußen, da in dieser Provinz das Vermögen der Sparkassen recht gering zu nennen ist. Es drückt sich hier die Schwierigkeit der westpreußischen Kreise, ihr Kreditbedürfnis zu decken, aus, denen keine ähnliche Einrichtung wie die ostpreußische Hilfskasse für ihre Provinz zur Seite stand. Wie groß diese Schwierigkeit gewesen ist, geht auch daraus hervor, daß die Kreise nicht allein mehr als die Hälfte des bei den Sparkassen überhaupt entnommenen Anleihebedarfs aus fremden Sparkassen entnommen haben, sondern daß diese fremden Sparkassen im Gegensatz zu den übrigen Provinzen der Hauptsache nach Sparkassen anderer Provinzen gewesen sind. Mit Vorliebe haben sich die Kreise an Sparkassen der benachbarten Provinz Pommern gewandt, aber auch Sparkassen anderer Provinzen, so von Schlesien und von Westfalen, sind vertreten. Die Kreisverbände der Provinz Pommern haben dagegen der Hauptsache nach ihre eigenen Sparkassen für ihr Kreditbedürfnis ausnutzen können. Von den 51 % (19,4 Millionen Mark) der langfristigen Anleiheschulden, die die Kreise in Pommern bis zum Schluß des Rechnungsjahres 1908 bei Sparkassen eingegangen waren, entfielen 15,8 Millionen Mark oder 81,3 % auf die eigenen Sparkassen und 3,6 Millionen Mark oder 18,7 % auf fremde Sparkassen, und diese fremden Sparkassen sind zudem fast ausschließlich städtische Sparkassen der anleihebedürftigen Kreise. In der Provinz Sachsen entfallen sogar 86,8 % der bei den Sparkassen aufgenommenen Darlehen auf die eigenen Sparkassen der anleihebedürftigen Kreise. In noch häufigerem Falle wie in der Provinz Pommern haben hier Kreisverbände ihren gesamten Anleihebedarf, jedenfalls bis zum Jahre 1909, ausschließlich aus dem Bestande ihrer eigenen Kreiskassen geschöpft.

Die bisher behandelten Zahlen beziehen sich, wie bereits hervorgehoben auf den gesamten Anleihebedarf der Kreise bis zum Ende des Rechnungsjahres 1908. Vergleicht man mit diesem gesamten Bedarf noch die ebenfalls in der Tabelle 1 enthaltenen, am 31. März 1909 nach Abzug der Amortisationsraten tatsächlich noch vorhandenen Anleiheschulden, so ergibt sich, daß sowohl im gesamten Staatsgebiet als in den einzelnen Provinzen die Landkreise ihren langfristigen Kredit im großen und ganzen während der Gesamtzeit ihres Anleihebedürfnisses stets ungefähr in gleicher Höhe bei den Sparkassen gedeckt haben; denn da im allgemeinen die Amortisation der Anleihen gleichmäßig vorgenommen wird, und da demgemäß ältere Anleihen mit einem verhältnismäßig höheren Betrage schon getilgt sein müssen als jüngere, müßte das Verhältnis der den Sparkassen von den Kreisen noch geschuldeten Beträge zu dem noch bestehenden Gesamtschuldenbetrage höher sein als das Verhältnis zwischen dem Gesamtbetrage der überhaupt bei Sparkassen aufgenommenen Anleihen zu dem Betrage sämtlicher aufgenommenen

Anleihen, wenn in der letzten Zeit vor 1908 die Kreise bei den Sparkassen in größerem Umfange Anleihen aufgenommen hätten als früher, und es müßte niedriger sein, falls das Umgekehrte der Fall wäre. Da aber bei einer Vergleichung der Spalten 8 zu 6 und der Spalten 13 zu 11 sich ergibt, daß sowohl für den Staat als für die Provinzen die Zahlen nur wenig voneinander abweichen, so läßt sich der Schluß ziehen, daß bis zum Jahre 1909 die Kreise im Verhältnis zu ihrem Gesamtanleihebedürfnis in gleichem Maße die Sparkassen für ihre Anleihen benutzt haben. Es ist anzunehmen, daß dieses Verhältnis auch vom Jahre 1909 ab bis zum Kriege geblieben ist. Die Entwicklung in und vor allem nach dem Kriege wird später am Schluß der Betrachtungen noch besonders behandelt werden.

B. Die Sparkassen und der Anleihebedarf der Städte vor dem Kriege.

Für die Erforschung des Zusammenhanges des Kreditbedarfs der Städte mit den Sparkassen ist leider erheblich weniger statistisches Material vorhanden. Hier sind nur für die Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Brandenburg und Schleswig-Holstein Zahlenunterlagen gegeben, die einen, allerdings völligen, Einblick in die finanzielle Wechselbeziehung zwischen den Städten und den Sparkassen gestatten. Auch dieses Material ist wie bei den Landkreisen nur für ein Jahr vorhanden, und zwar für das Jahr 1911. Das Ergebnis der Untersuchung auf Grund dieser Unterlagen ist für die einzelnen Provinzen so verschieden, daß zunächst eine kurze gesonderte Darstellung für jede einzelne erfolgen muß.

In Ostpreußen ist das Kreditbedürfnis der Städte bis zum Jahre 1911 über dreimal so groß gewesen als das der Kreise. Es bezifferte sich insgesamt auf etwas über 158 Millionen Mark, von denen noch nicht einmal 3 Millionen Mark durch Amortisation abgetragen waren. Über die Hälfte dieser Summe entfällt allerdings allein auf die Hauptstadt der Provinz, Königsberg, deren gesamter Anleihebedarf bis zu dem genannten Jahre sich auf mehr als 83 Millionen Mark beziffert. Hier in Ostpreußen sind die Beziehungen der Städte zu den Sparkassen verhältnismäßig recht gering gewesen, nicht weniger als 42 Städte haben überhaupt keine Anleihen bei den Sparkassen aufgenommen, bei zwölf bewegten sich diese Anleihen noch unter 10 % des Anleihebedarfs, bei weiteren acht zwischen 10 und 25 %, bei vier zwischen 25 und 50 %, bei einer zwischen 50 und 75 %, und nur zwei Städte, Dommnau und Mohrungen, hatten über 75 % ihres an und für sich nicht sehr hohen Anleihebedarfs bei Sparkassen gedeckt. Diese Erscheinung ist auch hier wieder auf die umfassende Tätigkeit der Provinzialhilfskasse in Ostpreußen zurückzuführen, zugleich ist sie aber auch wieder ein Zeichen für die geringe finanzielle Kraft der ostpreußischen Sparkassen. Außerdem gibt es in Ostpreußen verhältnismäßig erheblich mehr als in anderen Provinzen kleine Landstädte, die Sparvorrichtungen damals noch nicht besaßen und meist auch heute noch nicht besitzen, und für die deshalb die Möglichkeit, bei eigenen Sparkassen Anleihen aufzunehmen, nicht gegeben war. Diesem letzten Umstande ist es wohl auch zuzuschreiben, daß in Ostpreußen besonders die Städte unter 6000 Einwohnern ohne Sparkassenkredit geblieben sind, während die mittleren Städte, wie Braunsberg, Bartenstein, Rastenburg, Gumbinnen, Lötzen und Osterode, im Gegensatz hierzu meist von den Fonds der Sparkassen zu ihren Zwecken Gebrauch gemacht haben. Auffallend ist, daß Insterburg seinen gesamten Anleihebedarf ohne Inanspruchnahme der Sparkassen sich beschafft hat. Königsberg hatte dagegen 6,5 Millionen Mark bei der eigenen Sparkasse geliehen, die rund 8 % des gesamten Anleihebedarfs ausmachen. Insgesamt ergibt sich, wie die nachfolgende Tabelle 2 zeigt, eine Deckung von 10,5 % des Anleihebedarfs sämtlicher Städte bei den Sparkassen, wovon über die Hälfte auf die Kredite bei den eigenen Sparkassen entfällt. Setzt man die vier großen Städte über 30000 Einwohner, Königsberg, Insterburg, Tilsit und Allenstein, mit ihren Zahlen ab, so stehen einem Anleihebedürfnis von 50,2 Millionen 5,2 Millionen Mark oder 10,3 % gegenüber, die von diesem Bedarf bei den Sparkassen gedeckt worden sind. Also selbst in der Provinz, in der aus verständlichen, vorher dargelegten Gründen die finanziellen Beziehungen zwischen den Sparkassen und den Städten nur gering sein konnten, ergibt sich doch, daß auch für die Gesamtheit der Städte unter 30 000 Einwohnern die Sparkassen mit ihrem Vermögen immerhin eine Rolle für die Deckung des Anleihebedarfs gespielt haben.

In der alten Provinz Westpreußen, bei der unter den Städten auch die drei Landgemeinden über 5000 Einwohner gezählt sind, nämlich Ohra, Oliva und Czersk, sind nach der eben genannten Aufstellung von dem gesamten Anleihebetrage in Höhe von 118 Millionen 18,0 Millionen Mark oder 15,2 % bei den Sparkassen gedeckt worden. Im Gegensatz zu Ostpreußen sind es nur noch sieben Gemeinden oder 11,7 % der Gesamtzahl, die Anleihen bei den Sparkassen überhaupt nicht aufgenommen haben, und siebzehn, die über 75 % ihres Kreditbedarfs bei den Sparkassen decken konnten. Im Gegensatz zur östlichen Nachbarprovinz verstärkt sich die finanzielle Abhängigkeit der Gemeinden von den Sparkassen, sobald man wiederum die Städte über 30 000 Einwohner absetzt. Es sind dann von 44,2 Millionen Mark Anleihen 14,7 Millionen Mark oder 33,2 %, also verhältnismäßig über dreimal so viel als in Ostpreußen, bei den Sparkassen aufgenommen worden. Allerdings ist der Anleihebedarf der Gesamtzahl der Städte in Westpreußen, wie die Übersicht ergibt, um fast ein Drittel geringer gewesen als in Ostpreußen. Dieses Drittel wird in der Hauptsache dadurch erklärt, daß Danzig nur einen Anleihebedarf von 42 Millionen Mark, also 41 Millionen Mark weniger als Königsberg, aufweist.

Erheblich stärker als bei den beiden vorigen Provinzen ist die finanzielle Verquickung der Städte der Provinz Pommern mit den Sparkassen. Dies tritt noch wenig bei dem Gesamtbilde hervor, da hier einem Gesamtschuldenbestande von 167 Millionen eine Summe von noch nicht ganz 30 Millionen Mark als Schulden bei den Sparkassen gegenübersteht. Es sind also 17,9 % des Anleihebedarfs oder 2,7 Punkte mehr als in Westpreußen hier bei den Sparkassen gedeckt worden. Diese innige Beziehung ist dagegen deutlich sichtbar, sobald man die Höhe der Anleihen vergleicht, die in der Provinz Pommern einerseits und in der Provinz Westpreußen andererseits die Städte bei den eigenen und bei den fremden Sparkassen aufgenommen haben. In Westpreußen hatten bei der Deckung des Anleihebedarfs die eigenen Sparkassen nur 2,1 Millionen Mark und die fremden Sparkassen 15,9 Millionen Mark hergegeben, während in Pommern 21,6 Millionen Mark bei den eigenen Sparkassen und nur 8,3 Millionen Mark bei fremden geliehen worden waren. Hier sind es auch nur noch vier Städte, die überhaupt keine Anleihen bei Sparkassen aufgenommen hatten, dagegen 38, d. h. genau die Hälfte sämtlicher Städte, die über 75 % ihres Kreditbedürfnisses durch Anleihen bei den Sparkassen befriedigen konnten. Es kann demnach nicht wundernehmen, daß, sobald man die großen Städte über 30000 Einwohner außer Betracht läßt, nicht weniger als 46,8 % des gesamten von den Städten erhobenen Kredits von den Sparkassen hergegeben worden ist.

Das gesamte Kreditbedürfnis der brandenburgischen Städte bis zum Jahre 1911 ist infolge der wirtschaftlichen Entwicklung und der damit notwendigerweise verbundenen hohen Einrichtungsausgaben der jetzt eingemeindeten Vorortgemeinden Berlins im Verhältnis zu den anderen Provinzen außerordentlich hoch gewesen. Der Gesamtbetrag des Anleihebedarfs von über 818 Millionen Mark übertrifft die entsprechende Summe in jeder

Langfristige Anleiheschulden der Städte und der mehr als 5 000 Einwohner zählenden Landgemeinden im Jahre 1911 unter besonderer Berücksichtigung ihrer Anleihen bei Sparkassen.

(Tab. 2)

Laufende Nummer	Zahl der Gemeinden	Bezeichnung des Gebietsumfanges	Gesamtbetrag der überhaupt aufgenommenen langfristigen Anleihen	Von dem Anleihebetrage (Spalte 4) waren aufgenommen bei den Sparkassen		Von dem bei den Sparkassen aufgenommenen Anleihebetrage (Spalte 5) entfielen auf				Auf eine Gemeinde entfielen hiernach im Durchschnitt			Von der Anzahl der Gemeinden (Spalte 2) hatten ihren Bedarf an langfristigen Anleihen bei den Sparkassen gedeckt in Höhe von					
						Anleihen bei der eigenen Sparkasse		Anleihen bei fremden Sparkassen		Anleiheschulden überhaupt (Spalte 4)	Anleiheschulden bei Sparkassen							
			ℳ	überhaupt ℳ	v. H. der Spalte 4	überhaupt ℳ	v. H. der Spalte 5	überhaupt ℳ	v. H. der Spalte 5	ℳ	überhaupt (Spalte 5) ℳ	bei der eigenen Sparkasse (Spalte 7) ℳ	0 v. H.	über 0 bis unter 10 v. H.	10 bis unter 25 v. H.	25 bis unter 50 v. H.	50 bis unter 75 v. H.	75 v. H. und darüber
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
1.		Provinz Ostpreußen:																
	69	a) überhaupt	158 609 733	16 675 063	10,5	9 674 963	58,0	7 000 100	42,0	2 298 692	241 668	140 217	42	12	8	4	1	2
	65	b) ohne die Gemeinden von mehr als 30 000 Einwohnern	50 213 343	5 164 172	10,3	1 876 072	36,3	3 288 100	63,7	772 513	79 449	28 863	41	10	8	4	—	2
2.		Provinz Westpreußen:																
	60	a) überhaupt	118 337 177	17 972 066	15,2	2 088 218	11,6	15 883 848	88,4	1 972 286	299 534	34 804	7	12	6	9	9	17
	56	b) ohne die Gemeinden von mehr als 30 000 Einwohnern	44 206 801	14 691 800	33,2	1 026 052	7,0	13 665 748	93,0	789 407	262 354	18 322	7	8	6	9	9	17
3.	1	Stadt Berlin	584 480 000	11 480 000	2,0	11 480 000	100,0	—	—	584 480 000	11 480 000	11 480 000	—	1	—	—	—	—
4.		Provinz Brandenburg:																
	171	a) überhaupt	818 118 220	183 718 731	22,5	81 215 937	44,2	102 502 794	55,8	4 784 317	1 074 379	474 947	12	10	21	17	25	86
	150	b) ohne die Gemeinden von mehr als 30 000 Einwohnern	191 581 872	96 547 829	50,4	38 288 971	39,7	58 258 858	60,3	1 277 212	643 652	255 260	10	3	16	14	23	84
	131	c) ohne die Gemeinden von mehr als 30 000 Einwohnern und ohne die Vorortgemeinden von Berlin	101 665 812	66 356 630	65,3	38 288 971	57,7	28 067 659	42,3	776 075	506 539	292 282	9	3	6	12	19	82
5.		Provinz Pommern:																
	76	a) überhaupt	167 098 226	29 896 944	17,9	21 625 277	72,3	8 271 667	27,7	2 198 661	393 381	284 543	4	5	4	11	14	38
	73	b) ohne die Gemeinden von mehr als 30 000 Einwohnern	63 059 195	29 538 694	46,8	21 267 027	72,0	8 271 667	28,0	863 825	404 640	291 329	2	4	4	11	14	38
6.		Provinz Schleswig-Holstein:																
	67	a) überhaupt	274 850 263	32 109 498	11,7	16 673 961	51,9	15 435 537	48,1	4 102 243	479 246	248 865	9	15	9	14	10	10
	62	b) ohne die Gemeinden von mehr als 30 000 Einwohnern	72 316 023	28 564 506	39,5	15 578 451	54,5	12 986 055	45,5	1 166 387	460 718	251 265	9	11	8	14	10	10

der bisher behandelten drei Provinzen um mindestens das Fünffache; allerdings ist dabei auch zu berücksichtigen, daß die Provinz Brandenburg 171 Städte und von der Statistik erfaßte Landgemeinden aufweist, während selbst Pommern nur 76 Städte besitzt. Daß aber trotzdem der hohe Anleihebedarf auf den vorher genannten Grund zurückzuführen ist, ergibt sich daraus, daß nach Absetzung der Gemeinden über 30 000 Einwohnern der Anleihebedarf der anderen 150 Orte sich auf 192 Millionen Mark beziffert, und daß, sobald man hiervon weiter die 19 Vorortgemeinden Berlins mit einer Einwohnerzahl von weniger als 30 000 mit ihrem gesamten Anleihebedürfnis von 90 Millionen Mark abzieht, die übrigen 131 Städte unter 30 000 Einwohnern nur noch 102 Millionen Mark an langfristigen Anleihen bis zum Schlusse des Jahres 1911 aufgenommen haben. Da für die 73 Städte unter 30 000 Einwohnern der Provinz Pommern 63 Millionen Mark Anleiheschulden nachgewiesen wurden, so ist die Differenz des Anleihebedürfnisses dieser Städtekategorie, für die die Sparkassen in erster Linie in Frage kommen, nicht besonders groß. Es entfallen durchschnittlich auf eine Stadt mit weniger als 30 000 Einwohnern in Pommern ein gesamter Anleihebedarf von rund 864 000 Mark und in Brandenburg von 776 000 Mark; der Mehrbedarf von 88 000 Mark wird mehr als ausreichend durch die durchschnittlich höhere Einwohnerzahl der brandenburgischen Städte gegenüber den pommerschen erklärt.

Diesem Anleihebedarf gegenüber haben die Sparkassen auch in der Provinz Brandenburg eine ganz erhebliche Rolle gespielt, und zwar haben hier an dem Sparkassenkredit auch die Städte über 30 000 Einwohner in erheblich höherem Maße teilgenommen als in Pommern, da hier 22,5 % des Anleihebedarfs sämtlicher Städte durch die Sparkassen gedeckt wurden, während in Pommern der Anteil der Sparkassen nicht ganz 18 % erreichte. Die Gemeinden unter 30 000 Einwohnern haben sich noch in einem etwas höheren Maße der Sparkassen für ihre Anleihen bedient als in Pommern. Über die Hälfte des Anleihebedarfs dieser Städte (50,4 %) ist hier durch die Sparkassen gedeckt worden, während die entsprechende Verhältniszahl für Pommern 46,8 % betrug. Setzt man auch hier wieder die weiteren 19 Vorortgemeinden Berlins ab, so ergibt sich, daß sogar 65,3 % des gesamten Anleihebedürfnisses der übrigen brandenburgischen Städte bei den Sparkassen aufgenommen worden sind.

Die Fälle, in denen Städte überhaupt nicht bei den Sparkassen angeklopft haben, um Anleihen zu erhalten, sind bei den brandenburgischen Städten unter 30 000 Einwohnern zahlreicher (10), während nicht weniger als 84, also fast drei Fünftel dieser Städte, über 75 % ihres Anleihebedarfs aus den Sparkassenfonds geschöpft haben.

Im Gegensatz zu Pommern sind aber bei diesen Städten die Sparkassengelder für die Anleihen zu einem viel größeren Teil aus fremden Kassen geflossen (60,3 %) als aus den eigenen (39,7 %).

Dieses Verhältnis wird aber ganz wesentlich wieder von der Eigenart der Berliner Vorortsgemeinden beeinflußt, die bei ihrem großen Kreditbedürfnis und den erst im Entstehen begriffenen Sparkassen nicht in der Lage waren, die Mittel ihrer Sparinstitute in demselben Umfange heranzuziehen wie sonst. Sieht man neben den Gemeinden über 30 000 Einwohner auch von den Vorortgemeinden Berlins wieder ab, so überwiegt dann das von den eigenen Sparkassen geborgte Geld (57,5 %) die Beträge, die aus fremden Sparkassen geflossen sind (42,3 %). Immerhin sind aber auch dann noch nicht die Verhältniszahlen der nördlichen Nachbarprovinz erreicht.

Nach der Übersicht hat Berlin bei seiner Sparkasse bis zum Jahre 1911 nur 2 % seines Anleihebedarfs mit 11 480 000 Mark gedeckt. Diese Zahl gibt aber die Bedeutung der Sparkasse für das Kreditbedürfnis der Reichshauptstadt in durchaus unzureichendem Maße wieder; denn in den Zahlen der langfristigen Anleihen sind auch die durch Ausgabe von Inhaberpapieren eingegangenen Schuldverpflichtungen enthalten, während der Betrag, den die Sparkasse an diesen Papieren erworben hat, in den von den Sparkassen gedeckten Anleihebeträgen selbst nicht bei der eigenen Kasse und noch viel weniger bei den fremden Kassen enthalten ist, da sich dieser der statistischen Aufnahme entzieht. Es kann aber keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß Berlin sowohl schon bei der Begebung der Anleihe die eigene Sparkasse in weitem Umfange bei der Unterbringung der Stücke herangezogen hat, und daß diese Sparkasse auch später, besonders wenn der Kurs der Papiere zur Anlage günstig erschien oder die Finanzpolitik der Stadt es erforderte, an der Börse Anleihestücke in erheblichem Umfange erwarb. Wenn auch nicht in dem gleichen Ausmaße, so dürften doch auch die übrigen Kassen, besonders solche der Provinz Brandenburg, von Berlin ausgegebene Inhaberpapiere bei Anlegung ihres Vermögens in nennenswertem Maße berücksichtigt haben.

Was hier von Berlin gesagt wird, gilt auch für alle übrigen Städte, die einen kleineren oder größeren Teil ihres Kreditbedarfs durch die Ausgabe eigener Inhaberpapiere auf dem Markte zu decken suchten. Da hierfür naturgemäß nur größere Städte in Betracht kommen können, ist auch in der gesamten Aufstellung die Unterscheidung zwischen den Städten über und denen unter 30 000 Einwohnern gemacht worden. Während man also durch die Übersicht ein ziemlich genaues Bild der Bedeutung der Sparkassen, besonders der eigenen Sparkassen, für den langfristigen Kredit der kleineren Städte erhält, müßte man für sämtliche größeren Städte zu den statistisch erfaßten Beträgen eine in ihrer Höhe nicht bekannte, aber zweifellos erkleckliche Summe, für die von den Sparkassen erworbenen Anleihebeträge hinzusetzen, um die wirkliche Bedeutung der Sparkassen auch für diese Kategorie der Städte für ihre Finanzpolitik zu erhalten.

In der Provinz Schleswig-Holstein, über die schließlich noch verwertbares statistisches Material vorliegt, ergibt sich wieder das gleiche Bild wie bei den übrigen Provinzen, daß nämlich, wie nach den Ausführungen über Berlin nunmehr verständlich, der bei den Sparkassen nach der statistischen Nachweisung gedeckte Anteil des Kreditbedürfnisses in den Orten unter 30 000 Einwohnern erheblich höher ist als unter Zuzählung der größeren Städte über 30 000 Einwohner. Im letzteren Falle ist der Anteil nur 11,7 %, im ersteren 39,5 %. Letzterer Anteil bleibt hiernach hinter dem für die Provinzen Pommern und Brandenburg festgestellten zurück, übertrifft aber den von Westpreußen und Ostpreußen. Die Verteilung der bei Sparkassen aufgenommenen Beträge auf die eigenen und auf die fremden Sparkassen hält sich ungefähr die Wage, doch haben die eigenen Sparkassen noch das Übergewicht (54,5 %). Im Verhältnis zu der Zahl der Städte und den Feststellungen bei den Provinzen Brandenburg und Pommern sind in Schlesiwg-Holstein eine ganze Anzahl von Fällen zu verzeichnen, in denen die Städte überhaupt keinen oder nur in ganz geringem Umfange den Kredit bei den Sparkassen aufgenommen haben, wie es bei der geringen Anteilsquote der Sparkassen für die schleswig-holsteinschen Städte auch zu erwarten war.

Es ist immerhin ein gewagtes Unternehmen, von den begründeten Feststellungen in fünf Provinzen Schlüsse auf die Bedeutung der Sparkassen in ganz Preußen oder sogar im ganzen Deutschen Reich für die Befriedigung des städtischen Kreditbedürfnisses zu ziehen. Ein derartiges Unternehmen muß auch bei den ganz verschiedenen Verhältnissen in den einzelnen Ländern und dem Mangel jeder anderen Unterlage von vornherein abgelehnt werden; dagegen scheint es mir erlaubt, mit genügender Vorsicht einen solchen Versuch für Preußen anzustellen. Wenn wir nämlich die

für die Städte bestimmter Provinzen vorliegende Übersicht mit der für das ganze Staatsgebiet vorhandenen Tabelle über den Anteil der Sparkassen an dem Kreditbedürfnis der Kreise vergleichen, so ergibt sich, daß in allen diesen Provinzen die Städte unter 30 000 Einwohnern — und nur für diese kann ja statistisch überhaupt die finanzielle Bedeutung der Sparkassen für die Städte genau erfaßt werden — etwa in demselben, zum Teil in noch höherem Maße von dem Sparkassenvermögen zur Deckung ihrer langfristigen Anleihen Gebrauch gemacht haben als die Kreise, und daß außerdem zugleich in erkennbarem Maße die Unterschiede in der Heranziehung der Sparkassen zur Kreditdeckung bei den Kreisen und bei den Städten parallel verlaufen. Da nun kein Grund vorhanden ist, warum diese Parallelität in gleichem Maße nicht auch in den anderen Provinzen, in denen die Zahlen für die Städte nicht vorliegen, auftreten sollte, und ferner ohne weiteres anzunehmen ist, daß die Städte bei ihrem erhöhten Kreditbedürfnis auch in den anderen Provinzen eine sehr starke Neigung gehabt haben werden, das Vermögen der Sparkassen und vor allen Dingen das ihrer eigenen Sparkassen für sich in Anspruch zu nehmen, und ferner schließlich das Sparkassenwesen in den westlichen Provinzen erheblich mehr entwickelt ist und mehr Vermögen aufweist als in den statistisch untersuchten Provinzen, so möchte ich annehmen, daß die Bedeutung der Sparkassen für den Kommunalkredit der Städte und Landgemeinden über 5000 Einwohner in den übrigen Provinzen und damit in ganz Preußen bis zum Jahre 1911 mindestens die gleich große Bedeutung gehabt hat wie in den dargestellten Provinzen.

Die vorliegenden Ergebnisse gehen für die Städte zwar nur bis 1911. Aber wie bei den Kreisen kann man auch hier mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß bei der Gleichmäßigkeit der weiteren, aber etwas rascheren Entwicklung des Kommunalkredits auf der einen Seite und des Anwachsens des Sparkassenvermögens auf der anderen Seite auch nach 1911 die Bedeutung der Sparkassen für den Kommunalkredit bis in die Kriegsjahre hinein die gleiche geblieben ist. Man wird vielleicht sogar an eine langsam steigende Bedeutung glauben dürfen, da die Anlagen bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften, unter denen die hier behandelten Anleihen enthalten sind, absolut stetig und im Verhältnis zu dem Gesamtvermögen mit wenigen geringfügigen Ausnahmen seit 1882 gestiegen sind und kein Anzeichen dafür vorhanden ist, daß die Anlagen bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften, abgesehen von den politischen Gemeinden, so stark gestiegen seien, daß sie sogar einen tatsächlichen oder verhältnismäßigen Rückgang des an politische Gemeinden gewährten Kredits, der an und für sich den Löwenanteil unter den Anlagen bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften besaß, bewirkt haben könnten.

C. Der Kommunalkredit und die Sparkassen während und nach dem Kriege.

Eine weitere schwierigere Frage ist die Beteiligung der Sparkassen an der Befriedigung des schier unersättlichen Kommunalkredits nach dem Kriege. Das bisher zur Feststellung der Verhältnisse vor dem Kriege herangezogene Material versagt vollkommen. Aber auf Grund einer umfassenderen Sparkassenstatistik, die, bevor sie im vorigen Jahre über das ganze preußische Staatsgebiet ausgedehnt wurde, probeweise in den Regierungsbezirken Königsberg und Frankfurt eingeführt war, ist es möglich, in Verbindung mit dem Vorkriegsmaterial auch in dieser Hinsicht gewisse Schlüsse zu ziehen (vergl. Übersicht 3 auf Seite 116). Aus dieser Übersicht ergibt sich zunächst, daß in den beiden Regierungsbezirken und bei den beiden Arten der Sparkassen, den städtischen und den Kreissparkassen, der Betrag der Anlage beim eigenen Garantieverband absolut und relativ mit geringfügigen Ausnahmen überall ganz außerordentlich gestiegen ist, daß dabei doch aber bemerkenswerte Unterschiede festzustellen sind. Während bei den städtischen Sparkassen im Regierungsbezirk Frankfurt erst innerhalb des Jahres 1919 die Städte als Garantieverbände die Sparkasse in merkbar steigendem Maße in Anspruch nehmen, ist im Regierungsbezirk Königsberg die erste große Steigerung von über 100 % (1,71 Millionen zu 3,88 Millionen Mark) vom Jahre 1913 auf das Jahr 1914, also am Beginn des Krieges, festzustellen. Alsdann steigt der absolute Betrag hier von Jahr zu Jahr stetig, aber langsam, bis im Jahre 1919, also dem gleichen Jahre wie im Regierungsbezirk Frankfurt, ein sehr erheblicher neuer Betrag von den Garantieverbänden aus dem Sparkassenvermögen zu städtischen Anleihezwecken entnommen wird. In den Städten beider Regierungsbezirke ist im Verhältnis zu dem früheren Jahre eine besonders starke Inanspruchnahme des Sparkassenvermögens im Jahre 1921 zu verzeichnen. Hier in Königsberg steigt die vom eigenen Garantieverbande geborgte Summe von 1920 auf 1921 von 10 Millionen auf fast 37 Millionen Mark und in Frankfurt von 74 Millionen auf 112 Millionen Mark.

Auch bei den Kreissparkassen findet man für den Regierungsbezirk Königsberg eine sehr stark steigende Inanspruchnahme des Sparkassenvermögens durch die Garantieverbände bereits im Anfang des Krieges. Die Summe, die im Jahre 1914 von den Kreissparkassen dem Kreise zur Verfügung gestellt wird, ist ebenfalls mehr als doppelt so hoch wie die des Jahres 1913 (2,83 zu 1,34 Millionen Mark). Diese Steigerung wird sogar noch stärker im darauffolgenden Jahre, wo wir eine Gesamtsumme von 6,8 Millionen Mark finden, die den Garantieverbänden zur Verfügung gestellt ist. Eigentümlicherweise sinkt aber diese Summe in den beiden folgenden Jahren wieder bis auf 2,75 Millionen Mark. Es hat sich mithin bei der Steigerung der ersten Kriegsjahre um kurzfristige, wahrscheinlich mit den Kriegsverhältnissen zusammenhängende Anleihen gehandelt, die die Kreise imstande waren, in den nächsten beiden Jahren abzudecken. Aber auch hier ist dann wieder ein ganz außerordentlich starkes Anwachsen der Schulden der Garantieverbände bei ihren Sparkassen im Jahre 1919 zu verzeichnen (15,55 gegen 5,56 Millionen Mark im Jahre 1918). Die Steigerung setzt sich in den folgenden beiden Jahren, wenn auch in einem erheblich ermäßigten Tempo, fort.

Ähnlich wie bei den städtischen Sparkassen findet man dagegen auch bei den Kreissparkassen des Regierungsbezirks Frankfurt im ersten Jahre des Krieges nur ein ganz geringes Ansteigen der durch die Garantieverbände bei ihren Kassen aufgenommenen Kredite (von 7,34 im Jahre 1913 auf 8 Millionen Mark im Jahre 1914). In den weiteren Kriegsjahren vermehren sich dann die Schulden der Kreise bei ihren Sparkassen in runden Summen, im Jahre 1915 um 4,0, im Jahre 1916 um 4,1, 1917 um 5,9 und im Jahre 1918 um 10,2 Millionen Mark. Das erste Jahr nach der Revolution bringt eine Verminderung dieser Schulden um 2,2 Millionen; in den beiden folgenden Jahren tritt dagegen wieder ein Anschwellen dieser Schulden, und zwar im Jahre 1920 um 15,5 und im Jahre 1921 um 8 Millionen Mark, ein.

Die Unterschiede, die bei dieser Vergleichung der Kredite von den eigenen Garantieverbänden zwischen dem Regierungsbezirk Königsberg und dem Regierungsbezirk Frankfurt bestehen, gründen sich, wie schon die Zahlen der hier besprochenen Übersicht erweisen, auf die erheblich höheren Beträge, die bereits vor dem Kriege im Regierungsbezirk Frankfurt von den Sparkassen den Garantieverbänden zur Verfügung gestellt waren und die dementsprechend den Garantieverbänden zunächst eine größere Zurückhaltung bei weiterer Inanspruchnahme ihrer Sparkassen auferlegten, als es innerhalb des Regierungsbezirks Königsberg der Fall zu sein braucht. Waren doch im Jahre 1913 in Hundertsätzen zu dem gesamten Vermögen der Sparkassen bei den städtischen Sparkassen des Regierungsbezirks Königsberg nur 2,1 %

Anlagen bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften in den Jahren 1913 bis 1921.

(Tab. 3)

Berichtsjahr	Städtische Sparkassen: Betrag der Anlagen überhaupt Mill. Mark	Städtische Sparkassen: Betrag der Anlagen bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften: überhaupt Mill. Mark	v. H. der Sp. 2	Darunter (Sp. 3) Betrag der Anlagen beim eigenen Garantieverband: überhaupt Mill. Mark	v. Hundert der Sp. 2	v. Hundert der Sp. 3	Kreissparkassen: Betrag der Anlagen überhaupt Mill. Mark	Kreissparkassen: Betrag der Anlagen bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften: überhaupt Mill. Mark	v. H. der Sp. 8	Darunter (Sp. 9) Betrag der Anlagen beim eigenen Garantieverband: überhaupt Mill. Mark	v. Hundert der Sp. 8	v. Hundert der Sp. 9	Sparkassen überhaupt: Betrag der Anlagen überhaupt Mill. Mark	Sparkassen überhaupt: Betrag der Anlagen bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften: überhaupt Mill. Mark	v. H. der Sp. 14	Darunter (Sp. 15) Betrag der Anlagen beim eigenen Garantieverband: überhaupt Mill. Mark	v. Hundert der Sp. 14	v. Hundert der Sp. 15
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
1. Regierungsbezirk Königsberg.																		
1913	82,64	1,95	2,4	1,71	2,1	88,0	58,34	5,23	8,9	1,34	2,3	25,5	141,47	7,18	5,1	3,05	2,2	42,5
1914	88,33	4,34	4,9	3,88	4,4	89,4	63,30	7,42	11,7	2,83	4,5	38,2	151,62	11,76	7,8	6,71	4,4	57,1
1915	102,15	5,39	5,3	4,17	4,1	77,4	70,71	11,31	16,0	6,80	9,6	60,1	172,87	16,70	9,7	10,97	6,3	65,7
1916	114,03	6,02	5,3	4,95	4,3	82,2	74,20	8,89	12,0	4,11	5,5	46,2	188,24	14,91	7,9	9,06	4,8	60,8
1917	136,06	7,53	5,5	5,76	4,2	76,5	85,14	8,31	9,8	2,75	3,2	33,1	221,20	15,83	7,2	8,51	3,8	53,8
1918	159,46	11,00	6,9	6,34	4,0	57,6	103,02	14,98	14,5	5,56	5,4	37,1	262,47	25,98	9,9	11,89	4,5	45,8
1919	194,60	22,70	11,7	10,09	5,2	44,5	160,21	46,07	28,8	15,55	9,7	33,8	354,81	68,77	19,4	25,64	7,2	37,3
1920	186,07	57,67	31,0	9,96	5,4	17,3	150,91	59,24	39,3	19,03	12,6	32,1	336,98	116,91	34,7	28,99	8,6	24,8
1921	205,09	54,29	26,5	36,90	18,0	68,0	177,39	50,42	28,4	22,95	12,9	45,5	382,48	104,71	27,4	59,85	15,6	57,2
2. Regierungsbezirk Frankfurt.																		
1913	303,03	52,76	17,4	34,56	11,4	65,5	85,69	16,63	19,4	7,34	8,6	44,2	487,75	85,27	17,5	42,29	8,7	49,6
1914	324,61	54,21	16,7	36,39	11,2	67,1	93,49	19,08	20,4	8,00	8,6	41,9	524,04	90,57	17,2	44,76	8,5	49,4
1915	343,77	57,52	16,7	39,23	11,4	68,2	100,72	22,38	22,2	11,98	11,9	53,5	554,64	97,69	17,6	51,58	9,3	52,8
1916	371,06	58,32	15,7	39,67	10,7	68,0	109,76	26,24	23,9	16,10	14,7	61,4	597,25	102,37	17,1	56,14	9,4	54,8
1917	421,05	60,17	14,3	39,37	9,4	65,4	128,79	32,03	24,9	22,00	17,1	68,7	679,41	109,79	16,2	61,76	9,1	56,3
1918	494,40	72,60	14,7	39,71	8,0	54,7	155,69	43,41	27,9	32,16	20,7	74,1	798,06	134,82	16,9	72,25	9,1	53,6
1919	534,85	137,81	25,8	47,63	8,9	34,6	164,12	56,86	34,3	29,94	18,2	53,1	862,30	224,81	26,1	77,98	9,0	34,7
1920	611,91	207,09	33,8	73,92	12,1	35,7	204,18	79,17	38,8	45,43	22,2	57,4	1 003,48	316,78	31,7	120,14	12,0	37,9
1921	707,44	281,57	39,8	112,02	15,8	39,8	248,44	97,51	39,2	53,46	21,5	54,8	1 164,12	407,91	35,0	166,40	14,3	40,8

und bei den Kreissparkassen nur 2,3 % an die Garantieverbände ausgeliehen, während im Regierungsbezirk Frankfurt diese Ziffern sich bei den städtischen Sparkassen auf 11,4 % und bei den Kreissparkassen auf 8,6 % beliefen. Im übrigen ergibt sich aber für beide Regierungsbezirke und beide Arten von Sparkassen, wenn auch mit Unterschieden des Grades, übereinstimmend ein erhebliches Ansteigen der Schulden der Garantieverbände bei ihren Sparkassen vom Jahre 1913 bis zum Jahre 1921, das mit Ausnahme der Kreise des Regierungsbezirks Frankfurt in der Nachkriegszeit noch erheblich stärker ist als in der Kriegszeit selbst. Hierbei darf allerdings nicht übersehen werden, daß die nach dem Kriege neu aufgenommenen Schulden infolge des Rückganges unserer Währung schon bei der Aufnahme erheblich geringwertiger waren als die früheren Anleihen.

Über den durch die Sparkassen an andere Städte und Kreise gewährten Kredit liegen keine unmittelbaren Zahlen für die Zeit nach dem Kriege vor, aber hier lassen sich aus den Beträgen der Anlagen bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften (Spalte 3 und 9 der Übersicht), besonders im Vergleich mit den Anlagen bei den eigenen Garantieverbänden, mit ziemlicher Sicherheit Folgerungen für das Verhalten der Sparkassen dem fremden Kommunalkredit gegenüber ziehen.

Zunächst läßt sich aus der Vergleichung dieser Zahlen das Maximum berechnen, das die Sparkassen in den beiden von der Statistik erfaßten Regierungsbezirken fremden Städten und Kreisen geliehen haben können. Dieser Betrag kann nämlich, da alle Anlagen bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften in der Spalte 15 der Übersicht enthalten sind, im Höchstfalle die Differenz zwischen der Spalte 15 und der Spalte 17 ausmachen. Diese Differenzen ergeben für die einzelnen Jahre in Millionen Mark ausgedrückt folgende Beträge:

im Jahre	Königsberg	Frankfurt
1913	4,13	42,98
1914	5,05	45,81
1915	5,73	46,11
1916	5,85	46,23
1917	7,32	48,03
1918	14,09	62,57
1919	43,13	146,83
1920	87,92	196,64
1921	44,86	241,51.

Bis auf das Jahr 1921, in dem im Regierungsbezirk Königsberg danach ein erheblicher Abfall der Anlagen bei fremden Kommunalverbänden zu verzeichnen ist, während bei Frankfurt sich noch ein weiterer Anstieg bemerkbar macht, ist im übrigen eine unverkennbare Ähnlichkeit in beiden Zahlenreihen vorhanden, ein langsames Steigen bis zum Jahre 1917, alsdann ein sehr rasches Anschwellen der ausgeliehenen Summen seit Abschluß des Krieges. Neben dem ständig steigenden Bedarf des eigenen Garantieverbandes ist es demnach den Sparkassen dieser Regierungsbezirke noch möglich gewesen, weitere erhebliche Beträge den sonstigen

öffentlichen Anstalten und Körperschaften zur Verfügung zu stellen.

Zu bedenken bleibt jedoch, daß die aus der Differenz bestimmter Zahlen errechneten Beträge Maximalzahlen sind, die der Wirklichkeit nicht voll entsprechen können, da in den Anlagen bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften neben den Darlehen an die Stadt- und Kreisverwaltungen auch die Anleihen an Schulverbände, Zweckverbände, Kirchengemeinden und andere nicht besonders in Betracht kommende öffentliche Anstalten enthalten sind. Wie hoch die an diese Körperschaften des öffentlichen Rechts ausgeliehenen Summen während der Nachkriegszeit gewesen sind, kann nicht festgestellt werden. Doch da nach den früheren Übersichten die Kreise fast die Hälfte des bei den eigenen Kreissparkassen entliehenen Betrages bei anderen Sparkassen aufgenommen haben und die Städte in den meisten der statistisch erfaßten Provinzen (siehe Übersicht 1 und 2 auf Seite 111 und 113) bei fremden Sparkassen fast die gleichen oder sogar erheblich höhere Beträge als von der eigenen entliehen haben, so ist anzunehmen, daß, da in den Regierungsbezirken Königsberg und Frankfurt nach der nebenstehenden Übersicht 3 die Anlagen beim eigenen Garantieverband in den meisten Jahren die Hälfte und mehr als die Hälfte der überhaupt an öffentliche Anstalten und Körperschaften ausgeliehenen Gelder ausmachen, der größte Teil der nach Abzug dieser Beträge übrigbleibenden Summen tatsächlich an Gemeinden und Kreise verliehen worden ist.

Da aus Spalte 22 und 23 der Haupttabelle Seite 7 hervorgeht, daß in sämtlichen Provinzen Preußens die an öffentliche Anstalten und Körperschaften ausgeliehenen Beträge sehr beträchtlich waren, und aus der folgenden Reihe zu ersehen ist, daß seit 1913 die Anlagen der Sparkassen bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften auch für das ganze Staatsgebiet sowohl absolut als im Hundertsatz der Gesamtanlagen erheblich zugenommen haben, und schließlich kein Grund vorhanden ist, warum in den einzelnen Provinzen nicht ebenso wie in den Regierungsbezirken Königsberg und Frankfurt die Sparkassen von ihrem überall zunehmenden Vermögen neben der Deckung des Kreditbedarfs des eigenen Garantieverbandes sich auch den übrigen Städten und Kreisen für deren Kredit zur Verfügung gestellt haben sollten, so ist mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß sich auch in den anderen Teilen Preußens ein ähnliches statistisches Bild wie für die Regierungsbezirke Königsberg und Frankfurt ergeben würde, falls die statistischen Unterlagen für die Gestaltung des Zahlenbildes ausreichten.

Jahr	Zinsbar angelegtes Vermögen überhaupt Millionen Mark	Darunter Anlagen bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften überhaupt Millionen Mark	v. H. des Gesamtvermögens
1913	13 600,68	1 790,81	13,2
1914	14 521,47	1 922,20	13,2
1915	15 480,18	2 203,71	14,2
1916	17 001,88	2 383,00	14,0
1917	20 038,19	2 903,33	14,5
1918[1])	23 720,49	3 721,66	15,7
1919[2])	24 784,85	6 048,64	24,4
1920[2])	30 234,88	11 021,82	36,5
1921[2])	35 628,18	13 479,79	37,8.

D. Die Belastung der Sparkassen durch den Kommunalkredit.

So außerordentlich bedeutsam bereits im Frieden die Sparkassen für die Kreditbedürfnisse ihrer eigenen und der fremden Kommunalbedürfnisse waren, so verhältnismäßig gering war doch die Belastung, die das Sparkassenvermögen dadurch erfuhr. Obwohl selbstverständlich mit der zunehmenden Ausgestaltung und dem Wachsen der Aufgaben der Stadt- und Kreisverwaltungen das Kreditbedürfnis im allgemeinen wuchs und demgemäß auch die Sparkassen in steigendem Maße in Anspruch genommen wurden, sank doch von 1856 bis zum Jahre 1882 der Anteil der Anlagen bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften gegenüber dem Gesamtvermögen der Sparkassen ständig, von da ab bis zum Jahre 1892 stieg er langsam, um sich hierauf rascher zu steigern. Der Grund für diese Erscheinung lag daran, daß bis zum Jahre 1882 das Sparkassenvermögen rascher als die Ansprüche der öffentlichen Körperschaften an die Sparkassen zunahm und alsdann bis zum Jahre 1892 ungefähr gleichen Schritt hielt. Es betrug

im Jahre	das zinsbar angelegte Vermögen in Millionen Mark	darunter die Anlagen bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften überhaupt in Millionen Mark	v. H. des Vermögens
1856	92	8	9,2
1862	202	18	9,2
1872	699	63	9,0
1882	1 880	127	6,8
1892	3 719	273	7,3
1894	4 179	349	8,4
1902	7 038	760	10,8
1912	12 932	1 664	12,9
1921	35 628	13 480	37,8.

In den einzelnen Provinzen war die Belegung des Sparkassenvermögens durch die Anlage bei öffentlichen Körperschaften nicht nur absolut — was bei der verschiedenen Höhe des Vermögens der Sparkassen in einzelnen Provinzen selbstverständlich ist —, sondern auch im Hundertsatze des Vermögens außerordentlich verschieden, und zwar hängt diese Verschiedenheit, wie die nachfolgende Übersicht 4 für das Jahr 1902 als Beispiel zeigt, durchaus nicht von der Bedeutung der Städte und der Industrie in der

Die deutschen Sparkassen und der Kommunalkredit im Jahre 1902.

(Tab. 4) Provinzen Staat	Höhe des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen Mill. Mark	Darunter (Sp. 2) Anlagen bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften		Von dem bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften angelegten Betrage (Sp. 3) entfielen auf			
				Kreis- und Gemeindeverwaltungen		andere Körperschaften und Anstalten	
		überhaupt Mill. Mark	v. H. der Sp. 2	überhaupt Mill. Mark	v. H. der Sp. 3	überhaupt Mill. Mark	v. H. der Sp. 3
1	2	3	4	5	6	7	8
Provinzen.							
1. Ostpreußen	130,75	3,84	2,9	3,17	82,6	0,67	17,4
2. Westpreußen	138,17	15,76	11,4	11,82	75,0	3,94	25,0
3. Stdtkr. Berlin	301,26	10,07	3,3	10,07	100,0	—	—
4. Brandenburg	586,54	77,29	13,2	73,46	95,0	3,83	5,0
5. Pommern	335,23	27,96	8,3	25,79	92,2	2,17	7,8
6. Posen	131,40	15,95	12,1	11,23	70,4	4,72	29,6
7. Schlesien	616,81	74,60	12,1	65,32	87,6	9,28	12,4
8. Sachsen	728,38	79,90	11,0	73,71	92,3	6,19	7,7
9. Schles.-Holst.	532,23	38,64	7,3	28,35	73,4	10,29	26,6
10. Hannover	848,86	90,01	10,6	76,36	84,8	13,65	15,2
11. Westfalen	1 117,24	125,97	11,3	115,13	91,4	10,84	8,6
12. Hess.-Nassau	343,77	28,07	8,2	15,20	54,2	12,87	45,8
13. Rheinprovinz	1 209,28	116,44	9,6	94,43	81,1	22,01	18,9
14. Hohenz. Lde.	18,37	1,00	5,4	1,00	100,0	—	—
Staat	**7 038,28**	**705,49**	**10,0**	**605,03**	**85,8**	**100,46**	**14,2**

[1]) ohne die an Polen abgetretenen Gebiete der Provinz Posen. — [2]) nach dem gegenwärtigen Staatsumfange.

einzelnen Provinz ab, denn Westpreußen und Posen haben z. B. erheblich höhere Hundertsätze aufzuweisen als die Rheinprovinz.

Wenn man von Ostpreußen, Berlin [1]) und den Hohenzollernschen Landen absieht, sind die Schwankungen innerhalb der einzelnen Provinzen nicht zu erheblich (vergl. Spalte 4). Die Hundertsätze bewegen sich zwischen 7,3 in Schleswig-Holstein und 13,2 in Brandenburg. Aber auch diese Beträge wurden durchaus nicht in voller Höhe durch die Kreis- und Gemeindeverwaltungen im engeren Sinne in Anspruch genommen. Die nur für die statistische Erhebung des Jahres 1902 vorgenommene Teilung der Anlagen bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften in solche bei den Kreis- und Gemeindeverwaltungen und in die bei anderen Anstalten und Körperschaften zeigt, wie die Spalten 5 bis 8 der vorstehenden Übersicht erweisen, daß in einigen Provinzen ein kleiner Prozentsatz zwischen 5 bis 8,6, in den meisten Provinzen ein mittlerer zwischen 12,4 und 29,6 und in einer Provinz (Hessen-Nassau) ein hoher von 45,8 der gesamten Anlagen bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften nicht auf die Kreditgewährung an die Kreis- und Gemeindeverwaltungen entfiel.

In welcher Weise sich die für das Jahr 1902 gewonnenen von den Sparkassen gegebenen Kommunalanleihen im engeren Sinne auf den eigenen Garantieverband und die anderen Kommunalverbände verteilen, läßt sich mangels genügender Unterlagen nicht feststellen. Es sind zwar Zahlen vorhanden, die die Höhe der bei fremden und bei den eigenen Sparkassen aufgenommenen langfristigen Anleihen dartun (vergl. die Übersichten 1 und 2 auf Seite 111 und 113), und für die Regierungsbezirke Königsberg und Frankfurt sind sogar die Beträge der Anlagen bei dem eigenen Garantieverbande erhoben (vergl. die Übersicht 3 auf Seite 116). Da aber diese Übersichten über andere Jahre Aufschluß geben und die letztgenannte Übersicht zeigt, wie schwankend in den einzelnen Jahren der Anteil der Anleihen des eigenen Garantieverbandes an dem Gesamtvermögen der Sparkassen und den Gesamtanlagen bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften ist, und sich aus dieser Übersicht die erheblichen Unterschiede zwischen den Kreissparkassen und den städtischen Sparkassen und zwischen denen der verschiedenen Regierungsbezirke ergeben, so dürfte es nicht ratsam sein, durch Kombination der verschiedene Jahre betreffenden Tabellen Schlüsse auf die Verteilung des Gesamtbetrages bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften auf den eigenen Garantieverband, auf fremde Kreis- und Gemeindeverwaltungen und auf andere öffentliche Körperschaften und Anstalten zu ziehen. Man muß sich damit begnügen, daß jedenfalls von den auf die Kreis- und Gemeindeverwaltungen nach der Übersicht 4 im Jahre 1902 entfallenden Anlagebeträgen wieder nur ein Teil auf den eigenen Garantieverband entfällt und daß auch in den anderen Jahren, worauf die sonstigen Übersichten hinweisen, in den Provinzen oder Regierungsbezirken bis in den Krieg hinein niemals der ganze Anlagebetrag bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften von dem eigenen Garantieverband in Anspruch genommen worden war. Da außerdem bis zum Kriege der Anteil der überhaupt an öffentliche Anstalten und Körperschaften ausgegebenen Anleihen den Hundertsatz von 13 des gesamten Sparkassenvermögens nicht übersteigt, so ist anzuerkennen, daß im Durchschnitt eine übermäßige Belastung der Sparkassen durch den Kommunalkredit und vor allen Dingen durch das Kreditbedürfnis des eigenen Garantieverbandes nicht vorhanden gewesen ist. Daraus folgt aber nicht, daß nicht auch schon im Frieden die eine oder die andere Kreis- oder Gemeindeverwaltung das Vermögen ihrer Sparkasse bis zum äußersten für sich benutzt hat. Die Grenze war der Verwaltung in Preußen durch die Verordnung des Ministers des Innern gezogen, daß damals nicht mehr als 25 % des Gesamtvermögens der Sparkasse an den eigenen Garantieverband ausgeliehen werden durfte. Allerdings ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß größere Städte, die eigene Inhaberpapiere ausgegeben haben, diese Bestimmung im einzelnen Falle dadurch umgingen, daß sie von der Sparkasse in größerem Maße ihre eigenen Inhaberpapiere erwerben ließen.

[1]) Bei Berlin ist nicht zu vergessen, daß, wie bereits an anderer Stelle hervorgehoben ist, die finanzielle Wechselbeziehung zwischen der Sparkasse und ihrem Garantieverband in dem auch im Frieden erheblichen Bestande von Berliner Stadtanleihen bei der Sparkasse bestand.

Erheblich anders gestaltete sich das Bild mit dem Ausgang des Krieges. Die allgemein bekannte Kreditnot der Gemeinden hat in dieser jüngsten Zeit die Gemeinden veranlaßt, die Finanzfähigkeit der Sparkassen in ganz anderem Ausmaße für ihre Zwecke zu verwenden, und der Minister hat die Notwendigkeit der Geldbeschaffung auch bei den Sparkassen dadurch anerkennen zu müssen geglaubt, daß er den im Frieden geltenden Prozentsatz, den die Garantieverbände von dem Vermögen der Sparkassen für sich in Anspruch nehmen konnten, von 25 auf 35 erhöht hat. So kann es nicht wundernehmen, daß im Jahre 1921 für das ganze Staatsgebiet der Teil des Vermögens, der auf die Anlagen bei öffentlichen Anstalten und Körperschaften entfiel, auf 37,8 % stieg und, wie die Spalte 23 der Hauptübersicht auf Seite 7 nachweist, in einer Provinz sogar bis zu 50,6 % ging, worunter zweifellos bei einzelnen Sparkassen Anleihebeträge an den eigenen Garantieverband enthalten sind, die bis an die von dem Minister gesteckte Grenze heranreichen. Man könnte nun die Frage aufwerfen, ob eine derartig hohe Inanspruchnahme des Vermögens der Sparkassen durch den eigenen Garantieverband, dessen Vermögen und Garantie ja gerade die besondere Sicherheit der Sparkasse bilden sollen, diese Sicherheit in einer nicht mehr angängigen Weise gefährdet. Mir scheint aber, daß in ungewöhnlichen Zeiten, in denen auch das Reich und die Staaten zu außergewöhnlichen Mitteln für die Beschaffung ihres Geldbedarfs greifen mußten, man es auch den Gemeinden nicht versagen durfte, Wege zur Deckung ihres Kreditbedürfnisses einzuschlagen, die man unter anderen Verhältnissen nicht genehmigt haben würde. Da außerdem die Anleihen der Kommunalverwaltungen bei ihren Sparkassen im Gegensatz zur Friedenszeit in der Nachkriegszeit hauptsächlich *kurzfristige* gewesen sind, diese Anleihen zudem infolge der Entwertung der Papiermark keine hohen Belastungen des Stadtsäckels mehr darstellen und schließlich nach Einführung der Festmark mit einem Gelingen der getroffenen energischen Maßnahmen zur Gesundung der öffentlichen Finanzen gerechnet werden kann, glaube ich, daß es keinen besonderen Wert mehr hat, sich nachträglich darüber zu äußern, ob die Belastungen der Sparkassen durch die Anleihen an die eigenen Garantieverbände in den letzten Jahren nicht zu hoch gewesen seien.

4. Der Personalkredit bei den Sparkassen.

Von Landrat a. D. Graf **Reventlow**, Berlin.

Der Begriff „Personalkredit" ist nicht völlig eindeutig, sondern unterliegt engerer und weiterer Auslegung.

Die mir bekannt gewordene weiteste Auslegung findet sich in dem in Sparkassenkreisen sehr geschätzten Werke Hugo von Knebel-Döberitz: „Das Sparkassenwesen in Preußen". Hier umfaßt sie sämtliche Arten des Kredits mit Ausnahme



des ihr als „Realkredit“ gegenübergestellten Hypothekarkredits und des Ankaufs von Wertpapieren, also auch Darlehen an Gemeinden und Korporationen sowie an Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Mit dem heutigen Sprachgebrauch scheint mir eine so weite Begriffsbestimmung nicht mehr wohl vereinbar.

Auf der anderen Seite wird manchmal als Personalkredit nur der ungedeckte, sogenannte Blankokredit bezeichnet, dessen Sicherheit allein in der Vertrauenswürdigkeit des Schuldners liegt. In der Tat stellt sich hier der Personalkredit in seiner reinsten Form dar. Dennoch dürfte die Ausstattung eines Kredites mit weiteren, dinglichen oder sonstigen Zusatzsicherungen, soweit es sich dabei nicht um Mithaftung eines Grundstücks handelt, nach der herrschenden Auffassung an dessen Charakter als Personalkredit nichts ändern. Entscheidend bleibt, daß die Sicherheit in erster Linie in der Person des Schuldners gesucht wird.

Demnach kommen als Arten des Personalkredits vornehmlich in Betracht:

1. Darlehen gegen Schuldschein ohne oder mit Bürgschaft.
2. Darlehen gegen Wechsel.
3. Darlehen gegen Faustpfand bezw. Sicherungsübereignung.

Möglich sind auch Kombinationen mehrerer dieser Unterarten, indem z. B. bei Bürgen, deren Sicherheit nicht über jeden Zweifel erhaben ist, auch noch Pfandbestellung seitens dieser Bürgen gefordert wird, oder aus Liquiditätsgründen neben der Sicherung durch Pfand oder Bürgschaft Wechsel hereingenommen werden.

Bei Wechseln ist zu unterscheiden, ob es sich um eine eigentliche Darlehnsgewährung mit wechselmäßiger Bindung oder um die Hereinnahme sog. Primadiskonten aus Liquiditätsgründen handelt. In letzterem Falle liegt nicht eigentlicher Personalkredit, sondern ein reines Anlagegeschäft vor, das im allgemeinen nur für größere, bankmäßig entwickelte Sparkassen in Frage kommt.

Der Kredit gegen Faustpfand, auch Lombardkredit genannt, zerfällt in Darlehen gegen Verpfändung von Wertpapieren (Effekten), Sparbüchern, Hypothekenforderungen, Lebensversicherungen, Wechseln und anderen Forderungen sowie von Kaufmannswaren (Warenlombard).

Unzweifelhaft zum Personalkredit gehört der Kontokorrentkredit mit oder ohne Deckung, der in dem Betriebe einer neuzeitlichen Sparkasse eine immer größere Rolle spielt; da er aber wegen seiner besonderen Bedeutung und der verhältnismäßigen Neuheit dieses Geschäftszweiges an anderer Stelle dieses Werkes besonders behandelt werden soll, mag er hier aus den Betrachtungen ausscheiden.

Personalkredit kann sowohl kurz- als langfristig sein. Die Grenze ist flüssig, wird aber üblicherweise bei Fristen von etwa einem Jahre liegen.

Dürfen und sollen Sparkassen sich mit der Gewährung von Personalkredit überhaupt befassen? Wenn ja, in welchem Umfange und unter welchen Bedingungen?

Wie bei allen Sparkassenfragen muß bei Beantwortung dieser Frage auf die Zweckbestimmung der Sparkassen zurückgegangen werden.

Von den sonstigen Kreditinstituten, mit denen sie im übrigen mancherlei Berührungspunkte haben, unterscheidet die Sparkassen vornehmlich das Bewußtsein der ethischen Pflicht, den Geldinteressen der minderbemittelten Bevölkerung zu dienen. Im Laufe des Jahrhunderts, auf das die Sparkassenarbeit heute zurückblickt, hat die Ausübung dieser Pflicht mannigfaltige Formen angenommen, ohne dadurch ihren Charakter grundsätzlich zu ändern. Rücksichten des Gelderwerbs, des „Verdienens“, dürfen die Sparkassen nur insoweit leiten, als sie die notwendige Voraussetzung zur Erfüllung dieser ihrer volkswirtschaftlichen Pflicht, des Dienstes am Mittelstande und den bedürftigen Bevölkerungsschichten, darstellen.

Die Annahme, sichere Verwahrung und angemessene Verzinsung von Spareinlagen kann nur die eine, vielleicht sogar weniger bedeutsame Seite dieses Dienstes am „kleinen Mann“ bilden. Dem Sparbedürfnis vermögen in weitem Umfange auch andere Geldinstitute gerecht zu werden. Wichtiger noch erscheint mir daher heute die andere Seite, die Befriedigung des berechtigten Kreditbedürfnisses der gleichen Personenkreise. Hier klafft eine Lücke, die nur durch die gemeinnützige Sparkassenarbeit geschlossen werden kann. Dieser Ausschnitt des allgemeinen Kreditbedürfnisses wird von den privaten Banken so gut wie gar nicht, von den Genossenschaften nur örtlich und sachlich begrenzt, erfaßt und gedeckt.

Die Großbanken müssen hier ihrer Natur nach versagen. Ihre Depositenkassen saugen das Geld des kleinen Sparers und des mittleren Depositengläubigers in der Kleinstadt und auf dem platten Lande auf, um es den aus ihrer Finanzmacht gespeisten Großunternehmungen in Industrie und Handel zuzuleiten. Ein volkswirtschaftlich befruchtender „Kreislauf“ des Geldes findet hier also nicht statt; ihn vermag nur die Sparkasse herzustellen.

Aber auch das wohlverstandene Eigeninteresse der Sparkassen erfordert die Pflege des Personalkredits gebieterisch, und zwar aus doppelten Gründen. Einmal dient sie in hohem Grade der Förderung der Liquidität. Zwar kann nicht jede Art des Personalkredits ohne weiteres als liquide gelten, wohl aber die jederzeit oder mit kurzer Frist kündbaren Darlehen gegen Faustpfand, Schuldschein oder Wechsel, besonders wenn darauf gehalten wird, daß ein angemessener Teil dieser Darlehen, etwa 25 %, jeweilig innerhalb der nächsten zwei Wochen fällig wird. Diese Form der Flüssighaltung ihrer Mittel ist für die Sparkassen zweifellos vorteilhafter als die Anlegung in Inhaberpapieren über das vorgeschriebene Maß hinaus, wobei gerade in den letzten Jahren schmerzliche Erfahrungen gemacht werden mußten, oder in kurzfristigen Forderungen an Kommunalverbände, deren nahe Rückzahlbarkeit heutzutage vielfach recht problematisch geworden zu sein scheint.

Ferner gewährleistet der Personalkredit, bei dem ohne Schädigung der Darlehnsnehmer durchweg ein höheres Zinserträgnis als bei den sonstigen Anlagemöglichkeiten herausspringt, den Sparkassen wesentlich bessere Aussichten auf Rentabilität; es dürfte nicht zuviel gesagt sein, daß bei der heutigen Höhe der Verwaltungskosten lediglich ein zeitgemäßer Ausbau des Personalkredits die Sparkassen vor der Gefahr schützen kann, zu Zuschußbetrieben zu werden.

Wenn dessenungeachtet eine große Anzahl Sparkassen sich diesem Ausbau bisher nur zögernd zugewandt hat, so spielt dabei gewiß das Gesetz der Trägheit eine gewisse Rolle. Die geschichtliche Entwicklung ist dahin gegangen, daß die sonstigen Anlagemöglichkeiten (Realkredit, Ankauf von Inhaberpapieren, Kommunaldarlehen) regelmäßig stark im Vordergrund gestanden haben. Die Umstellung auf Personalkredit erfordert daher zunächst Mehrarbeit. Die übrigen Anlagegeschäfte spielen sich in mehr schematischer Form ab, während der Personalkredit tieferes Hineinsteigen in die Vermögenslage des Kreditsuchers erfordert. Mancher besonders gewissenhafte Sparkassenmann mag sich auch in allzu weitgehender Bescheidenheit die für solche Geschäfte nötige Sachkenntnis abgesprochen haben. Nichts wäre verkehrter, denn dem durch

tausend Fäden kommunaler Betätigung mit den Eingesessenen seines Bezirks eng verknüpften alten Beamten steht der Einblick in den Geldbeutel seiner Kunden weit durchdringender zu Gebote als dem häufig ortsfremden jungen Durchschnittsangestellten der Filiale einer Großbank, der sich solche Einsicht anstandslos zumutet. Eine gewisse Einschränkung erleidet dieser Satz allerdings hinsichtlich der Beamten großstädtischer Sparkassen, die in dieser Hinsicht ihrer Kundschaft fernerstehen mögen.

Mit der gleichen Einschränkung gilt dies auch für den Sparkassenvorstand oder -ausschuß, dessen (in kleineren Verhältnissen) unschätzbare eingehende Kenntnis der Vermögenslage der Bezirkseingesessenen dem Sparkassenbeamten ergänzend zur Seite steht und damit sein Übergewicht über den Durchschnittsbankleiter außer Frage stellt.

Vor einer Gefahr allerdings muß sich die Sparkasse hüten: nämlich vor der verwerflichen Neigung, aus Erwerbsrücksichten bei der Kreditgewährung über die Grenzen des eigenen Bezirks hinauszugehen. Damit verliert sie den sicheren Boden unter den Füßen und begibt sich auf fremdes Gebiet, auf dem ihre oben geschilderten Vorzüge gegenüber der dem Großwirtschaftsleben mit seinem ständigen Auf und Nieder näherstehenden Großbank versagen müssen.

Ernster zu nehmen scheinen auf den ersten Blick die Bedenken zu sein, die sich aus der ziemlich allgemein geltenden Auffassung herleiten, der Personalkredit biete nicht die gleiche Sicherheit wie der Realkredit. Wenn tatsächlich begründet, müßten sie sogar ausschlaggebend sein, denn mit der Sicherheit der Geschäfte steht und fällt die Mündelsicherheit der Sparkassen, auf die nicht verzichtet werden kann.

Die Annahme einer geringeren Sicherheit entspricht jedoch nicht den tatsächlich gemachten Erfahrungen. Umfangreiche Erhebungen, die z. B. 1905 in Schlesien, 1908 in Ost- und Westpreußen, 1921 in Württemberg stattgefunden haben, bestätigen sie keineswegs. Nirgends sind beim Personalkredit verhältnismäßig größere Verluste eingetreten als bei anderen Geschäften; eher war das Gegenteil der Fall.

Bei Würdigung der Sicherheitsfrage muß man sich von vornherein darüber klar sein, daß es wirklich risikolose Geschäfte überhaupt nicht gibt. Möglich sind Verluste beim scheinbar sichersten Realkredit durch Naturereignisse, wie Erdbeben, Einsturz ganzer Ortsteile, Überschwemmungen usw., ebenso wie mehrere für einwandfrei sicher gehaltene Bürgen gleichzeitig in Vermögensverfall geraten können. Worauf es tatsächlich ankommt, ist lediglich, durch geeignete Sicherheitsmaßnahmen das unvermeidliche Risiko so weit zu beschränken, daß mögliche Verluste gegenüber dem zu erwartenden Gewinn keine Rolle spielen und vorkommendenfalls ohne Erschütterung des Instituts getragen werden können. Es versteht sich von selbst, daß die Sparkassen in solcher Risikobegrenzung an der Spitze aller Geldinstitute marschieren müssen.

Erste und grundlegende Voraussetzung der Sicherheit muß das ernste Bestreben sein, die Verwaltungstechnik auf die höchsterreichbare Stufe zu heben. Dazu gehört vor allem ausreichendes, genügend ausgebildetes, anständig besoldetes Beamten- und Angestelltenpersonal. Mit einem Wortspiel kann man sagen: Ohne entsprechendes Personal kein Personalkredit! Die Beschaffung eines solchen Personals müssen sich nicht nur die Anstellungsbehörden selbst, sondern auch die Sparkassenverbände durch Einrichtung und sachgemäße Leitung von Ausbildungskursen und Sparkassenschulen wärmstens angelegen sein lassen.

Bei der bankähnlichen Entwicklung der größeren Kassen gehört unter das Personal auch der Bankfachmann. Doch darf das banktechnische Element bei der Stellenbesetzung nicht überwiegen, weil sonst die Gefahr besteht, daß der Bankengeist den Sparkassengeist überwuchere. und das darf nicht sein!

Wichtig ist auch die richtige Verteilung der Verantwortlichkeit. So bestechend es im Interesse der Beweglichkeit des Kreditgeschäfts auch erscheinen könnte, so darf doch kein Personalkredit durch den einfachen Federstrich einer Einzelperson bewilligt werden, da deren Einsicht und Unantastbarkeit dadurch einer zu schweren Belastungsprobe ausgesetzt sein würde. Erforderlich ist in jedem Einzelfall der Beschluß eines mehrköpfigen Kollegiums, des Sparkassenvorstandes, oder bei größeren Kassen eines besonderen Kreditausschusses. Bei ungedeckten Krediten wird Einstimmigkeit gefordert werden müssen.

Unerläßlich sind ferner periodische und unvermutete Revisionen der Kreditgewährung durch die Revisionsverbände. auch durch die Aufsichtsbehörde, sofern letztere sich erfahrener, wirklich sachverständiger und nicht bloß kalkulatorisch ausgebildeter Revisoren bedient.

Der Begrenzung des Risikos dienen Bestimmungen, welche die Gewährung von Personalkrediten jeder Art kontingentieren, und zwar in doppelter Richtung: einmal durch Festlegung eines Höchstbetrages, über den hinaus an einen Einzelschuldner kein Kredit gegeben werden darf, und zweitens durch Bemessung der zulässigen Gesamthöhe aller gewährten Personalkredite nach Hundertsätzen des Einlagebestandes.

Über die ziffernmäßige Höhe des für Einzelkredite zulässigen Betrages lassen sich naturgemäß allgemeine Vorschläge nicht machen. Sie wird jeweils durch Vorstandsbeschluß unter Berücksichtigung einerseits des Gesamteinlagebestandes der Kasse, andererseits des Standes der Geldentwertung festzusetzen sein. Ihre Aufnahme in die Satzung empfiehlt sich daher m. E. aus praktischen Gründen nicht.

Anders liegt es mit der Kontingentierung der Gesamtsumme des Personalkredits. Ihre Notwendigkeit ist unbestritten, soweit es sich um ungedeckten Kredit handelt; dieser mag auf 5 bis 10 % des Einlagenbestandes bemessen werden. Daß sie auch beim gedeckten Kredit nötig sein sollte, vermag ich nicht recht einzusehen, da dieser hinter dem Realkredit weder an Sicherheit noch an Liquidität zurücksteht, ihn in letzterer Beziehung sogar weit übertrifft. Gleichwohl enthalten die Satzungen in der Regel auch eine derartige Begrenzung. Will man sie überhaupt fordern, so erscheint mir ihre Festlegung auf 20 bis 25 % der Einlagen völlig unbedenklich.

Überschreitet im Einzelfall ein Kreditgesuch die zulässige Höchstgrenze, so bleibt für die Sparkasse der Ausweg, mit dem Antrag auf Konsortialbeteiligung an die zuständige Girozentrale heranzutreten. Hierdurch wird nicht nur eine Teilung des geldlichen Risikos erreicht, sondern die gleichzeitige, voneinander unabhängige Prüfung der Sicherheitsunterlagen durch eine zweite Stelle bildet ein bedeutsames Sicherheitsventil.

Im Freistaat Sachsen ist der Grundsatz der Konsortialbeteiligung der Girozentrale m. W. darüber hinaus so weit durchgeführt, daß eine solche in allen Fällen des Personalkredits einzutreten hat. Das Beispiel verdient Nachahmung!

Um die Sicherheit des Personalkredites, als Ganzes genommen, noch weiter außer Frage zu stellen, ist es grundsätzlich erwünscht, aus den Zinserträgnissen dieses Geschäftszweiges eine besondere Ausfallreserve in angemessener Höhe zurückzustellen. In normalen Zeiten wird das keine besonderen Schwierigkeiten bieten, da die Zinserträgnisse durchweg höher zu sein pflegen als bei den sonstigen Anlagemöglichkeiten.

Unter den heutigen Verhältnissen, wo die Sparkassen angesichts der hohen Verwaltungskosten schwer um ihre Rentabilität zu kämpfen haben, dürfte die Durchführbarkeit dieser Forderung allerdings in manchen Fällen fraglich sein.

Von den Unterarten des Personalkredits erscheint der sog. Blankokredit, das Darlehen gegen einfachen Schuldschein ohne Bürgschaft oder Faustpfand, auf den ersten Blick als der gefährlichste. Tatsächlich werden aber gerade bei ihm die geringsten Verluste eintreten, da er nur in solchen Fällen gewährt wird, wo die Kreditwürdigkeit des Schuldners völlig unzweifelhaft ist. Entbehrlich ist er nicht, da auch für den sichersten Schuldner und gerade für ihn die Beschaffung von Bürgen oft etwas Peinliches hat und daher nur höchst ungern unternommen wird. Der Pflege auch des Blankokredits wird sich daher keine Sparkasse grundsätzlich entziehen dürfen.

Die Sicherheit des ungedeckten Kredits ist selbstverständlich nicht allein durch bloßes Vertrauen auf die Solidität des Schuldners, sondern gegebenenfalls durch Einblick in die Buchführung sowie durch straffe Fassung des Kreditvertrages und schnelle Künd- und Vollstreckbarkeit der Forderung zu gewährleisten. Hierfür eignet sich besonders die Rechtsform des Solawechsels.

Bei allen Arten des gedeckten Personalkredits ist davon auszugehen, daß es sich auch hier um Personalkredit handelt, d. h. daß die Person des Schuldners die erste und wichtigste Sicherheitsunterlage darstellt. Niemals darf sich eine Sparkasse durch das Angebot erstklassiger Bürgschaft oder Pfänder zur Darlehnsgewährung an Personen bewegen lassen, deren eigene Kreditwürdigkeit zu Zweifeln Anlaß gibt. Sie würde dadurch ihre volkswirtschaftlichen Pflichten verkennen und dabei außerdem in manchen Fällen sicherlich recht unliebsame Überraschungen erleben.

Die gebräuchlichste Form des gedeckten Personalkredits bei den Sparkassen ist der Bürgschaftskredit, zu dem im Grunde genommen auch der Kredit gegen Tratten (gezogene Wechsel) zählt, da es sich bei letzteren auch um Bürgschaft mit strenger wechselmäßiger Bindung handelt. Neben der Zahl der Bürgen kommt es hier lediglich auf die Sorgfalt bei der Prüfung ihrer Kreditwürdigkeit an, die nach den gleichen Gesichtspunkten zu beurteilen ist wie bei dem Schuldner selbst. Auch hier gebietet die Vorsicht die Vereinbarung kurzer Kündigungs- bezw. Umlaufsfristen. Während der Laufzeit ist die Zahlungsfähigkeit von Schuldner und Bürgen dauernd im Auge zu behalten.

Eine immer wachsende Rolle in Sparkassengeschäften spielen die Kredite gegen Faustpfand, und zwar sowohl gegen Verpfändung von Forderungen an Dritte als auch von Kaufmannswaren. Als erstere kommen Wertpapiere, Sparkassenguthaben, Hypothekenforderungen, Lebensversicherungen, Wechsel sowie andere Forderungen, die von der Sparkasse erworben werden dürfen, in Betracht. Wichtig ist die vorsichtige Bemessung der sog. Beleihungsgrenze; bei Papieren, die Kursschwankungen unterliegen, ist bei sinkenden Kursen Nachschußpflicht oder sofortige Rückzahlung zu fordern.

Mit besonderer Vorsicht ist der Warenlombard zu behandeln. Mitwirkung geeigneter Sachverständiger ist unerläßlich; auch sind die mehrfach ergangenen Reichsgerichtsentscheidungen zu beachten, welche die Wirksamkeit des Pfandrechts davon abhängig machen, daß die tatsächliche Verfügung über das Pfand dem Gläubiger ausschließlich zusteht. So hat z. B. das Reichsgericht in seiner Entscheidung vom 1. Juli 1910 ausgesprochen, daß es zur Verpfändung eines Holzlagers nicht genüge, wenn die Tatsache der Verpfändung nach außen durch

Ergebnis über den Geschäftsbetrieb der deutschen Sparkassen nach Staaten und Landesteilen im Rechnungsjahre 1921.

Freistaaten — Landesteile	Gesamtbetrag des zinsbar angelegten Vermögens der Sparkassen am Schlusse des Rechnungsjahres Millionen Mark	Von dem Vermögen der Sparkassen waren angelegt auf Schuldscheine, gegen Wechsel und gegen Faustpfand	
		überhaupt Millionen Mark[1])	v. H. der Spalte 2[1])
1	2	3	4
1. Ostpreußen	955,6	88,4 (58,3)	9,2 (7,1)
2. Brandenburg	2 492,4	44,2 (21,7)	1,8 (1,0)
3. Stadt Berlin	1 883,1	6,2 (7,1)	0,3 (0,4)
4. Pommern	1 789,1	48,0 (38,7)	2,7 (2,6)
5. Grenzmark Posen-Westpreußen	196,3	20,7 (13,0)	10,6 (7,5)
6. Niederschlesien	2 158,0	130,5 (136,9)	6,0 (7,8)
7. Oberschlesien	412,7	24,8 (10,4)	6,0 (2,3)
8. Sachsen	2 568,1	41,0 (63,0)	1,6 (2,9)
9. Schleswig-Holstein	1 843,9	109,5 (90,7)	5,9 (5,6)
10. Hannover	4 173,0	109,5 (76,9)	2,6 (2,1)
11. Westfalen	5 970,9	171,3 (81,0)	2,9 (1,6)
12. Hessen-Nassau	2 016,6	42,8 (71,5)	2,1 (4,2)
13. Rheinprovinz	9 069,1	386,6 (297,2)	4,3 (4,1)
14. Hohenzollernsche Lande	80,5	17,5 (8,1)	21,7 (13,7)
I. Preußen	**35 609,2**	**1 240,9 (974,3)**	**3,5 (3,2)**
1. Bayern r. d. Rh.	2 613,0	178,7	6,8
2. Bayern l. d. Rh.	479,8	20,0	4,2
II. Bayern	**3 092,8**	**198,7**	**6,4**
III. Sachsen[2])	**3 834,8**	**62,0**	**1,6**
IV. Württemberg	**2 696,6**	**88,5**	**3,3**
V. Baden	**2 780,7**	**102,1**	**3,7**
VI. Thüringen	**1 242,5**	**39,2**	**3,2**
VII. Hessen	**1 184,1**	**53,0**	**4,5**
VIII. Hamburg	**950,3**	**361,1**	**38,0**
IX. Mecklenburg-Schwerin	**221,7**	**31,8**	**14,4**
X. Oldenburg	**175,7**	**4,7**	**2,7**
XI. Braunschweig	—	—	—
XII. Anhalt	**284,4**	**4,3**	**1,5**
XIII. Bremen	**404,4**	**44,8**	**11,1**
XIV. Lippe	**290,9**	**10,6**	**3,6**
XV. Lübeck	**94,4**	**2,4**	**2,5**
XVI. Mecklenburg-Strelitz	**32,6**	**1,5**	**4,5**
XVII. Waldeck	**114,2**	**5,4**	**4,7**
XVIII. Schaumburg-Lippe	**109,5**	**0,4**	**0,4**
Deutsches Reich (ohne Braunschweig)	**53 118,7**	**2 251,4**	**4,2**

[1]) Die eingeklammerten Zahlen ergeben die gleichen Zahlen des Vorjahres. — [2]) In Sachsen sind besondere Girokassen eingerichtet; Ergebnisse über die Höhe ihrer Giroeinlagen waren bisher nicht zu erreichen.



Tafeln oder durch Kennzeichnen des Holzes für jedermann erkennbar sei; vielmehr müsse das aufgestapelte Holz mit einem verschlossenen Zaun umgeben und der Schlüssel dem Pfandgläubiger zu dauerndem Besitz ausgehändigt werden.

Neuerdings hat die Übung Platz gegriffen, an Stelle der Verpfändung von Waren die sog. Sicherungsübereignung zu wählen. Rechtlich bietet diese Form eine weitergehende Sicherheit, da bei ihr nicht nur der Besitz, sondern das Eigentum der Ware auf den Gläubiger übergeht. Der Schuldner, der gegen den Willen des Gläubigers über die Ware verfügt, macht sich daher der Unterschlagung schuldig. Da ihm jedoch die tatsächliche Verfügung über sie weiter möglich ist, was durch Kontrollmaßnahmen nicht ganz verhindert werden kann, setzt die Anwendung dieser Rechtsform ein starkes Vertrauen zu der Verläßlichkeit des Schuldners voraus.

Die Beleihungsgrenze beim Warenlombard sollte nicht über 50% des durch Sachverständige ermittelten Wertes hinaus bemessen werden.

Bei gewissenhafter Beachtung aller geschilderten Sicherheitsmaßregeln scheint mir die Sicherheit des Personalkredits der keiner anderen Anlageform nachzustehen.

Gleichwohl muß mit Bedauern festgestellt werden, daß die überwiegende Mehrzahl der Sparkassen auf diesem wichtigen Gebiete eine starke Zurückhaltung gezeigt hat.

Die mir vom Preußischen Statistischen Landesamt freundlicherweise zur Verfügung gestellten Zahlen, von denen ich vorstehend auf Seite 121 nur die wichtigsten wiedergeben kann, zeigen folgendes Bild:

Ende 1921 waren im Deutschen Reich also nur 4,2% der Gesamtanlagen im Personalkredit beschäftigt, ein Prozentsatz, der ohne jeden Zweifel als weitaus zu niedrig bezeichnet werden muß.

Noch dazu zeigt die Kurve im Laufe der Jahrzehnte eine ständig stark absteigende Linie.

In Preußen (für das Deutsche Reich stehen mir die Zahlen nicht zur Verfügung) betrug der Hundertsatz des Personalkredits von der Gesamtanlage

1859	17,2 %	1889	7,5 %
1869	17,6 „	1899	6,0 „
1879	13,5 „	1909	3,4 „.

In den übrigen Bundesstaaten wird die Entwicklung zweifellos eine ähnliche gewesen sein.

Rufen wir uns die wichtigen Gründe ins Gedächtnis, die, wie oben ausgeführt, die sorgfältigste Pflege gerade des Personalkredits den Sparkassen ans Herz legen sollten, so vermag man das lebhafteste Bedauern über die tatsächliche Lage nicht zu unterdrücken.

Nun ist es allerdings sicher, daß sich gerade in allerletzter Zeit ein Wandel zum Bessern angebahnt hat. Durch die immer drückender werdende Sorge um die eigene Existenz ist eine ganze Anzahl von Sparkassen mit zwingender Notwendigkeit auf den Weg stärkerer Betätigung im Personalkredit gedrängt worden. Auch ist anzuerkennen, daß die staatlichen Aufsichtsbehörden neuerdings Bedenken, die früher hinsichtlich der Sicherheit des Personalkredits dort bestanden haben mögen, mehr und mehr zurückgestellt und durch weitherzige Zulassung entsprechender Satzungsänderungen freie Bahn geschaffen haben. Immerhin scheint mir die Entwicklung auf diesem Gebiete längst noch nicht abgeschlossen zu sein. Zu wünschen, aber auch zu erwarten bleibt, daß sich die deutschen Sparkassen auf ihre richtunggebende Pflicht, dem versinkenden Mittelstande durch Kreditgewährung die rettende Hand zu bieten, in immer steigendem Maße besinnen möchten. Nur dann kann von einer wirklich zeitgemäßen Fortentwicklung des Sparkassenwesens im Sinne seiner einstigen Gründer und Förderer mit gutem Gewissen gesprochen werden.

Teil IV.
Sonstige Geschäfte.

1. Bargeldloser Zahlungsverkehr (Giro- und Scheckverkehr).

Von **Jursch**, Stadtrat a. D., geschäftsführendem Direktor der Deutschen Girozentrale (Deutschen Kommunalbank), Berlin.

A. Bargeldloser Zahlungsverkehr.

Wenn wir die Entwicklung unseres deutschen Geldwesens von der Vorkriegszeit bis zur Gegenwart verfolgen, so erkennen wir daraus die zwingende Notwendigkeit, in dem vorliegenden Werke „Die deutschen Sparkassen“, das bei seiner Bedeutung und seinem Inhalt naturgemäß nur in größeren Abständen in einer neuen Auflage erscheinen kann, die einzelnen Stadien unseres Währungsverfalls und den Einfluß des bargeldlosen Zahlungsverkehrs auf die Gestaltung unserer Valuta für die kommenden Generationen von Sparkassenleitern festzuhalten. Ich gedenke im nachstehenden die Währungsverhältnisse darzustellen, wie sie vor dem Kriege, wie sie während und bis zur Beendigung des Krieges bestanden und wie sie sich nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches bis zum Frühjahr 1923 entwickelt haben, um daraus die nötigen Schlüsse zu ziehen für die weitere Arbeit der deutschen Spar- und Girokassen auf dem für die deutsche Volkswirtschaft so wichtigen Gebiete der Pflege des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.

Vor dem Kriege hatten wir im Deutschen Reiche die Goldwährung. Jeder Inhaber einer Reichsbanknote hatte das Recht, von der Reichsbank gegen Übergabe der Reichsbanknote die Auszahlung des Gegenwertes in deutschen Goldmünzen zu beanspruchen. Um diesen Ansprüchen genügen zu können, war die Reichsbank nach § 17 des Reichsbankgesetzes vom 14. März 1875 verpflichtet, für den Betrag ihrer im Umlauf befindlichen Banknoten jederzeit mindestens ein Drittel in kursfähigem deutschen Gelde, Reichskassenscheinen oder in Gold in Barren oder ausländischen Münzen in ihren Kassen als Deckung bereit zu halten, während die übrigen zwei Drittel mit kurzfristigen Wechseln oder Schecks belegt sein mußten. Diese Verpflichtungen hat die Reichsbank mit peinlicher Sorgfalt jederzeit erfüllt; das Vertrauen der Bevölkerung zu der Reichsbank war so tief eingewurzelt, daß niemand daran dachte, aus



Sicherheitsgründen seine Banknoten in Goldmünzen einzulösen. Auch die gesetzlich vorgeschriebene Dritteldeckung war in überreichlichem Maße vorhanden. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 30. September 1913, einem von Krisen vollständig unbeeinflußten Tage, betrug der Metallbestand an kursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen 1 408 Millionen Mark, der Bestand an Reichskassenscheinen 39 Millionen Mark, während sich die umlaufenden Noten beliefen auf 2 455 Millionen Mark. Dies ergibt eine Golddeckung der Noten von 59 %.

Da nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich am 31. März 1912 an geprägten Goldmünzen 4 266 Millionen Mark im Umlauf waren, diese Goldmünzen immer wieder zur Reichsbank zurückflossen, so hatte sie es völlig in der Hand, immer einen entsprechenden Bestand in ihren Tresors zurückzuhalten. In gleicher Weise wie im Inlande war denn auch unsere Währung dem Auslande gegenüber stabil. Der Dollarkurs von 4,2 zu 1 Mark blieb jahrelang unverändert. Unsere Zahlungsbilanz dem Auslande gegenüber war stets aktiv. Wir waren fast immer in der Lage, die Forderungen des Auslandes für Wareneinfuhr zu decken aus den Forderungen an das Ausland für die Warenausfuhr sowie aus den Erträgen der Kapitalanlagen im Auslande und der umfangreichen Schiffahrtsfrachtgebühren, Kommissionen usw. Bei ungünstigem Stande konnten wir eine Besserung dadurch schaffen, daß wir die Warenausfuhr erhöhten und die Einfuhr verminderten, wodurch unsere Forderungen an das Ausland stiegen. Deutsche Papiermark befand sich nur in verschwindend geringem Umfange im Auslande, so daß eine Beeinflussung des Valutakurses durch großes Angebot in Mark nicht in Betracht kam. Dieses Wirtschaftsbild wurde durch den Krieg völlig verändert. Während wir auf eine erhebliche Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen angewiesen waren, kam eine Ausfuhr von Waren nur wenig in Frage, weil die Industrie in erster Linie für die Herstellung der Kriegsmaterialien und sonstigen Kriegsbedürfnisse zu sorgen hatte. Der frühere Gewinn aus den Schiffahrtsfrachten und Kommissionen fiel durch die Abschnürung des Deutschen Reiches vom Weltverkehr fort; ebenso kam durch die von den gegnerischen kriegführenden Mächten erlassenen Zahlungsverbote der Ertrag aus den ausländischen Kapitalanlagen fast ganz in Wegfall. Die Mittel, mit denen wir im Frieden unsere Forderungen an das Ausland aufrechneten, wurden uns durch den Krieg zum großen Teil entzogen; unsere Zahlungsbilanz an das Ausland gestaltete sich dadurch passiv. Infolgedessen veranlaßte unsere Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln eine Steigerung ihrer Kurse, wie auch das Angebot unserer Zahlungsmittel im Auslande einen Druck auf den dortigen Kurs unserer Mark ausübte. Da aber schon seit urdenklichen Zeiten das Gold ein wichtiger Faktor war, die Höhe des Kredits zu beeinflussen, so mußte nach Beginn des Krieges namentlich mit Rücksicht auf die Abgeschlossenheit Deutschlands der größte Wert darauf gelegt werden, das Gold aufzuspeichern, um damit die Kreditfähigkeit des Landes zu heben. Es wurde deshalb zunächst durch das Gesetz vom 4. August 1914, betreffend die Reichskassenscheine und die Banknoten, bis auf weiteres die Verpflichtung der Reichsbank zur Einlösung ihrer Noten in Goldmünzen aufgehoben. Hierdurch wurde die Reichsbank in die Lage versetzt, ihren Goldbestand festzuhalten. Sie versuchte ferner, die im Verkehr befindlichen Goldmünzen zurückzuziehen. Außerdem wurden Goldsammlungen veranstaltet, die bei der damals vorhandenen patriotischen Begeisterung ansehnliche Ergebnisse lieferten. Auf diese Weise gelang es der Reichsbank, trotz mehrmaliger Abgabe von Gold zur Beschaffung von Kriegsbedürfnissen ihren Goldbestand während des Krieges immer auf einer Höhe von etwa 2,5 Milliarden Mark zu erhalten.

Wenn sich auch naturgemäß nach Beginn des Krieges bei dem Riesenbedarf an Rohprodukten für die Kriegsführung und der Einfuhr von Nahrungsmitteln aus den neutralen Ländern, denen eine verminderte Ausfuhr von Waren gegenüberstand, die Zahlungsbilanz passiv gestalten mußte, so war besonders in den ersten Jahren des Krieges die Verringerung des Wertes unserer Mark im neutralen Auslande, das ja für unser wirtschaftliches Leben nur in Betracht kam, eine ganz minimale, obwohl der Notenumlauf der Reichsbank in der gleichen Zeit prozentual eine wesentlich größere Steigerung aufwies. Die nachfolgenden Zahlen geben ein anschauliches Bild für die Gestaltung unserer Währung bis kurz vor Kriegsende — zum 1. Juli 1918 —, wobei zum Vergleich lediglich die für uns wichtigsten neutralen Länder Holland und die Schweiz herangezogen worden sind; für Dänemark, Schweden und Norwegen ergeben sich ähnliche Vergleichszahlen:

	100 holländische Gulden	Parität	100 schweizer Franken	Parität	Notenumlauf Milliarden Mark	1913
Friedensparität:	168,70	1,—	81,—	1,—	2,41	1,—
1. Juli 1914 . . .	169,—	1,—	81,30	1,—	2,41	1,—
1. Januar 1915 .	184,60	1,09	87,10	1,07	5,—	2,07
1. Juli 1915 . . .	197,10	1,16	91,30	1,12	6,—	2,40
1. Januar 1916 .	229,50	1,36	99,80	1,23	6,9	2,80
1. Juli 1916 . . .	225,—	1,33	103,—	1,27	7,2	2,90
1. Januar 1917 .	239,—	1,44	117,—	1,44	8,1	3,30
1. Juli 1917 . . .	275,—	1,63	131,70	1,61	8,7	3,60
1. Januar 1918 .	220,—	1,30	116,60	1,43	11,5	4,70
1. Juli 1918 . . .	263,70	1,55	135,60	1,66	12,5	5,10.

Aus dieser Zahlenzusammenstellung geht hervor, daß die ausländischen Devisen bis zum 1. Juli 1918 gegenüber dem Friedensstande nur auf das 1,55 bezw. 1,66 fache gestiegen sind, während sich der Notenumlauf auf das 5,1 fache vermehrt hat. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die gesetzlich vorgeschriebene Dritteldeckung, wie man sie sich bei Erlaß des Reichsgesetzes vom 14. März 1875 dachte, streng genommen als Golddeckung im Jahre 1918 längst nicht mehr vorhanden war. In die Dritteldeckung waren zwar einzurechnen die Reichskassenscheine, die aber eine ausschlaggebende Bedeutung nicht hatten, da sie durch Gesetz vom 30. April 1874 auf 120 Millionen Mark begrenzt waren. Durch das Reichs-Darlehnskassengesetz vom 4. August 1914 sind nach § 2 Absatz 2 die Darlehnskassenscheine den Reichskassenscheinen im Sinne der §§ 9, 17 und 44 des Bankgesetzes vom 14. März 1875 gleichgestellt worden. Es sollte zwar nach § 2 Absatz 3 a. a. O. der Gesamtbetrag der Darlehnskassenscheine 1 500 Millionen Mark nicht übersteigen, der Bundesrat wurde aber ermächtigt, im Bedarfsfalle den Betrag der auszugebenden Darlehnskassenscheine zu erhöhen. Auf diese Weise war die Reichsbank wenigstens formell in der Lage, die Dritteldeckung aufrechtzuerhalten. Wenn auch die Golddeckung nicht in der Höhe vorhanden war wie vor dem Kriege, so waren doch für die Deckung durch Darlehnskassenscheine auch noch gewisse Grenzen gezogen, und wir ersehen aus der Entwickelung bis zum 1. Juli 1918 ganz deutlich, daß das Vertrauen des neutralen Auslandes in die deutsche Währung durch die geringere Golddeckung in keiner Weise erschüttert wurde. Es ergibt sich aber auch weiterhin, daß die allmähliche Steigerung des Notenumlaufs durchaus nicht ausschlaggebend gewesen ist für die Verschlechterung unserer Mark. In der Zeit vom 1. Juli 1917 bis 1. Januar 1918, als wir den Frieden mit Rußland schlossen, fiel der Kurs

für 100 Gulden von 275 auf 220 und für 100 Schweizer Franken von 131,7 auf 116,6, während sich der Notenumlauf von 8,7 auf 11,5 Milliarden Mark erhöhte. Diese Verbesserung der Mark trotz Steigerung der Noteninflation gründet sich lediglich auf die Siegesaussichten Deutschlands nach Friedensschluß mit Rußland. Wenn auch bis zum 1. Juli 1918 wieder allmählich ein erneutes Steigen der Kurse für holländische Gulden und schweizer Franken eintrat bei gleichzeitiger weiterer Steigerung der Inflation, so erreichten diese Kurse doch noch nicht die Höchstkurse vom 1. Juli 1917.

Ganz anders gestaltet sich das Bild nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches am Schlusse des Jahres 1918. Da wir nunmehr wieder Anschluß an den Weltmarkt erlangten, so kommen für uns in erster Linie die Kurse der amerikanischen Dollars und englischen Pfund Sterling in Betracht, sie sind daher in der nachfolgenden Aufstellung berücksichtigt:

	Dollars	Parität	Pfund Sterling	Parität	Notenumlauf Milliarden Mark	1913
Friedensparität:	4,20	1,—	20,40	1,—	2,41	1,—
1. Januar 1919 .	8,—	1,90	38,—	1,86	22,2	9,20
1. Juli 1919 . . .	13,75	3,27	63,25	3,10	31,—	12,80
1. Januar 1920 .	49,80	11,80	188,50	9,20	35,7	14,80
1. Juli 1920 . . .	37,90	9,—	150,—	7,60	67,9	28,10
1. Januar 1921 .	73,37	17,40	258,—	12,60	81,1	33,60
1. Juli 1921 . . .	75,—	17,80	279,50	13,70	84,—	34,80
1. Januar 1922 .	186,75	44,40	790,—	38,70	122,16	50,66
1. Juli 1922 . . .	402,—	95,70	1770,—	86,70	179,—	74,20
1. Januar 1923 .	7589,30	1807,—	33500,—	1620,—	1296,4	537,90
1. März 1923 . .	22800,—	5429,—	107016,—	5245,—	3512,5	1457,—.

Auch an diesem Beispiel sehen wir ganz klar, daß die Steigerung der Devisenkurse in einem ganz anderen Tempo vor sich gegangen ist wie die der Noteninflation. Am 1. Juli 1918 war der Notenumlauf gestiegen auf das 5,1 fache, der Gulden bezw. Franken auf das 1,55 bezw. 1,66 fache, am 1. Januar 1919 der Umlauf auf das 9,2 fache, der Dollar auf das 1,9 fache. Nunmehr rückten die Dollarkurse allmählich immer näher, bis am 1. Januar 1922 der Notenumlauf stieg auf das 50,66 fache, der Dollar auf das 44,4 fache. Von diesem Zeitpunkt ab trat gegenüber dem Notenumlauf eine wesentlich stärkere Erhöhung der Devisenkurse ein, so daß am 1. März 1923 der Notenumlauf auf das 1457 fache, der Dollar dagegen auf das 5429 fache gestiegen war. Zwischendurch stieg der Dollar ganz plötzlich bis auf einen Höchststand von 50 000 und wurde durch die Intervention der Reichsbank ebenso schnell wieder auf einen Kurs von 20 000 bis 22 000 herabgedrückt. Wenn auch die Steigerung des Notenumlaufs prozentual im Verhältnis zur Verschlechterung der Mark erheblich zurückbleibt, so war sie in dem bedauerlichen Umfange nur möglich infolge der Änderung des Bankgesetzes vom 14. März 1875 durch das Gesetz vom 9. Mai 1921, nach welchem die Vorschrift im § 17 des Bankgesetzes, wonach der Teil der im Umlauf befindlichen Reichsbanknoten, der durch kursfähiges deutsches Geld, Reichskassenscheine oder durch Gold in Barren oder ausländische Münzen gedeckt sein soll, ein Drittel nicht überschreiten darf, bis zum 31. Dezember 1923 außer Kraft gesetzt wurde. Nachdem auf diese Weise der Inflation völlig freier Lauf gelassen wurde, kann wohl nicht damit gerechnet werden, daß die Reichsbank weder bis zum 31. Dezember 1923 noch in absehbarer Zeit wieder zur Herstellung der Dritteldeckung imstande sein wird.

Untersucht man die Gründe des Währungsverfalles näher, so ergibt sich aus der vorstehenden Statistik folgendes:

Während des Krieges war die geringe Verschlechterung unserer Mark etwas ganz Natürliches. Sie mußte hervorgerufen werden durch die eingetretene passive Zahlungsbilanz, und es ist geradezu erstaunlich und ein Beweis für das unbedingte Vertrauen des neutralen Auslandes in die militärische Überlegenheit und wirtschaftliche Kraft des Deutschen Reiches, daß sich unsere Mark während der vier schweren Kriegsjahre auf dieser Höhe hat halten können. Aber auch selbst nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches im Herbst 1918 waren die Erschütterungen in unserer Währung bei einem Dollarkurse am 1. Januar 1919 von 8,00 noch immer erträglich. Dies ist wiederum darauf zurückzuführen, daß man im Auslande und namentlich in Amerika ein unbedingtes Vertrauen auf die Wiedererstarkung und die wirtschaftliche Hebung des Deutschen Reiches hatte. Erst als sich die Folgen des unglückseligen Friedens von Versailles in ihrer ganzen Tragweite fühlbar machten, sehen wir in den Jahren 1920/21 einen immer weiter um sich greifenden Verfall unserer Währung, der sich bis zum Jahre 1923 zur Katastrophe auswächst. Es mußte jedem Einsichtigen klar sein, daß das durch die eigenen Kriegslasten schon geschwächte, nach der Lostrennung wichtiger industrieller und landwirtschaftlicher Gebietsteile in seiner Leistungsfähigkeit schwer geschädigte Deutsche Reich gänzlich außerstande war, die ihm rücksichtslos und mit dem Ziele seiner Unterjochung und Vernichtung auferlegten Reparationsverpflichtungen zu erfüllen. Wenn 30% der im deutschen Volke tätigen Hände und Köpfe für die Erfüllung der Reparationsleistungen arbeiten müssen, so mußte mit Naturnotwendigkeit die Warenausfuhr gegenüber der allein schon für die Ernährung des Volkes notwendigen Wareneinfuhr in einem derartigen Umfange zurückbleiben, daß die hierdurch entstandene Zahlungsunterbilanz weder durch Rechenkünste noch durch sonstige theoretische Probleme beseitigt werden konnte. Die Wirtschaft bildet einen Faktor für sich, der stärker ist als die unsinnige Politik der Entente. Alle Experimente, sie mögen heißen, wie sie wollen, werden so lange erfolglos sein, bis es uns gelingt, eine Herabsetzung und feste Begrenzung der Reparationsverpflichtungen auf ein für die deutsche Wirtschaft erträgliches Maß zu erreichen. Selbst wenn uns dies aber gelingen sollte, so würde damit allein das Übel noch nicht beseitigt sein. Nur wenn durch eine Auslandsanleihe die bisher entstandenen Fehlbeträge gedeckt werden können, ist der Augenblick zu einer Gesundung unserer Valuta gekommen. Dem Reiche war es unmöglich, aus laufenden Steuern und Abgaben neben den infolge des verlorenen Krieges bis ins Ungeheuerliche gestiegenen laufenden Ausgaben auch noch die Reparationszahlungen zu decken. Da die Aufnahme von Anleihen bei der Ungewißheit der politischen Lage nicht möglich war, so sah sich das Reich gezwungen, die erforderlichen Geldmittel durch kurzfristige Schatzwechsel von der Reichsbank zu beschaffen, die ihrerseits, soweit die Schatzwechsel nicht im Publikum Absatz fanden, die Notenpresse in Bewegung setzte. Die Entwertung der Mark ist demnach nicht eine Folge der Inflation, sondern es ist die Inflation eine Folge des zerrütteten Reichshaushalts, hervorgerufen durch die Unmöglichkeit der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen. Diese Auffassung ist übrigens von verschiedenen maßgebenden Stellen in der Fachpresse wiederholt anerkannt worden. Wie eine Schraube ohne Ende sehen wir bei jeder Steigerung des Defizits im Reichshaushalt eine Vermehrung der Notenausgabe, weitere Steigerung der Lebensmittel- und sonstigen Inlandspreise, darauf Erhöhung der Gehälter und Löhne.

Aber auch selbst wenn diese beiden Voraussetzungen: Verminderung der Reparationsleistungen und Auslandsanleihe, erfüllt sein sollten, wäre es noch nicht möglich, eine Stabi-

lisierung der Mark durchzusetzen, wenn nicht auch gleichzeitig eine Deflation des Notenumlaufs erfolgte. Es darf die Wichtigkeit der Noteninflation auf die Gestaltung der Valuta durchaus nicht unterschätzt werden, wenngleich sie auch nur einen Teil der Bewertungsfaktoren darstellt. Das Maß des Vertrauens des Auslandes wird durch die Höhe des Notenumlaufs zu der vorhandenen Golddeckung stark beeinflußt. Wenn der Notenumlauf der Reichsbank nach dem Stande vom 15. März 1923 auf 4272 Milliarden Mark angeschwollen ist, dem nur eine Deckung in Gold von rund 1 Milliarde Mark gegenübersteht, so darf man sich nicht wundern, wenn auch der Wert der Mark im Auslande entsprechend eingeschätzt wird. Diese Rieseninflation bildet aber auch eine große Gefahr für eine Stabilisierung der Mark. Wie bereits bemerkt, befand sich vor dem Kriege deutsche Papiermark nur ganz verschwindend im Auslande, während jetzt ungezählte Milliarden deutscher Mark im Auslande herumschwirren. Das Ausland hat es völlig in der Hand, durch starkes Angebot von Mark den Kurs immer wieder zu beunruhigen, so daß wir erst dann zu einer ruhigen Kursentwicklung kommen können, wenn es uns gelingt, die im Ausland befindlichen Markbeträge zurückzuziehen und gleichzeitig den Notenumlauf auf ein Mindestmaß herabzudrücken.

Während wir bei einer Änderung der Reparationsverpflichtungen allein von unseren ehemaligen Feinden abhängig sind, können wir ohne Zutun unserer Gegner die Höhe des Notenumlaufs selbst regulieren. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die im Umlauf befindlichen ungeheuren Summen trotz der Entwertung der Mark in dieser Höhe zu Zahlungszwecken nicht erforderlich sind. Neben der Tätigkeit des Postscheckamtes können die deutschen Sparkassen das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, daß sie es durch ihre zielbewußte, nie versagende Arbeit fertiggebracht haben, die bargeldlose Zahlungsweise bis in die breitesten Schichten der Bevölkerung einzuführen. Die glänzenden Erfolge der Sparkassen auf diesem Gebiete werden ein Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Sparkassenwesens bilden. Die Erfolge der Sparkassen und der sonstigen Stellen, die sich im gleichen Sinne betätigten, sind leider durch die Reichssteuergesetzgebung der letzten Jahre stark gehemmt worden. Dadurch ist die Noteninflation in erschreckender Weise gefördert worden. Die Beseitigung des Bankengeheimnisses hat geradezu verheerend auf die Inflation eingewirkt. Die Umfrage, die seinerzeit vom Deutschen Sparkassenverband auf Veranlassung der Reichsbank gehalten wurde, hat ein klares Beweismaterial dafür erbracht, in welch unsinniger Weise die Banknotenhamsterei in allen Schichten, namentlich aber der ländlichen Bevölkerung, um sich gegriffen hat. Die Reichsfinanzverwaltung wird sich daher ernsthaft die Frage vorlegen müssen, ob nicht der volkswirtschaftliche Schaden, der durch diese Zustände herbeigeführt wird, viel größer ist als der durch die Beseitigung des Bankengeheimnisses etwa zu erwartende steuerliche Nutzen. Sache der Sparkassen bleibt es nach wie vor, belehrend und aufklärend auf die zu ihrer Kundschaft gehörenden Kreise einzuwirken und ihnen immer wieder vor Augen zu führen, daß sie sich, abgesehen von dem Verlust der Zinsen, durch die Hamsterei der Banknoten den Wert ihres Geldes selbst verschlechtern.

Bei aller Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, die wie nie zuvor eine dringende Notwendigkeit ist, um überhaupt zu einer Deflation des Notenumlaufs zu gelangen, wird man aber mit Rücksicht auf die Entwertung der Mark und die enorm gestiegenen Unkosten die Wirtschaftlichkeit dieser Zahlungsweise nicht außer acht lassen dürfen. Es wäre ein wirtschaftlicher Unsinn, wenn man bei den heutigen Unkosten von mindestens 10 bis 15 Mark für das Giroüberweisungsformular oder den Scheck und dem Briefporto im Ortsverkehr von 40 Mark Bagatellbeträge von 100 Mark und darunter durch Überweisung oder Scheck in den Fällen zahlen würde, in denen im Ortsverkehr die Barzahlung ohne Unkosten möglich ist. Über die Verwendung des Schecks darf ich mich beziehen auf die vom Deutschen Zentralgiroverband aufgestellten Richtlinien. Im Ortsverkehr ist der Scheck für gewisse Zahlungen nützlich, im Fernverkehr sollte er aber von allen Sparkassen eifrigst bekämpft werden.

Die Sparkassen waren früher in der Lage, den kommunalen Giroverkehr für ihre Kundschaft völlig gebühren- und spesenfrei auszuführen und ihre Geschäftsunkosten aus der Zinsspannung zwischen Debet- und Kreditzinsen herauszuwirtschaften. In normalen Zeiten betrug diese Zinsspannung etwa 1 bis $1^1/_2$ % der Einlagen. Bei den um das Vielfache gestiegenen Unkosten würde es ganz unmöglich sein, die Zinsüberschüsse in gleicher Weise zu steigern. Die Sparkassen sind daher jetzt gezwungen, eine Erstattung der baren Auslagen im Überweisungsverkehr für Formulare, Scheckhefte und Kontogegenbücher und eine mäßige Gebühr für die Ausführung der Überweisung zu beanspruchen. Die Sparkassen sind selbstverständlich hinsichtlich der Festsetzung von Gebühren und deren Höhe für ihre eigenen Kunden völlig ungebunden; erwünscht ist nur, daß die in Ansatz zu bringenden Gebühren im Interesse der Einheitlichkeit des kommunalen Giroverkehrs möglichst nach gleichmäßigen Grundsätzen erhoben werden, wie sie vom Deutschen Zentralgiroverband aufgestellt worden sind. Auf keinen Fall dürfen aber Gebühren für die Ausführung der von außerhalb den Sparkassen zugehenden Überweisungsaufträge von den Empfängern erhoben werden, da es sich um Bringschulden handelt, die gesetzlich kostenfrei geleistet werden müssen. Den Sparkassen entstehen auch hierdurch keine Nachteile, da ja die von ihnen nach außerhalb gehenden Überweisungsaufträge ihrer eigenen Kunden durch die Sparkassen am Orte der Empfänger in gleicher Weise behandelt werden.

Die Sparkassen sind durch die von ihnen geschaffene Giroorganisation in der Lage, den Überweisungsverkehr wesentlich zu verbilligen, insoweit er auf Massenbetrieb eingestellt und mechanisch bearbeitet wird. Auf diesem Gebiete wird noch viel geschehen müssen, um Zeit und Arbeitskräfte zu sparen. Die vorbildlichen Einrichtungen, wie sie durch Einstellung moderner Maschinen, namentlich bei der Girozentrale Dresden und neuerdings auch bei der Deutschen Girozentrale, getroffen worden sind, können nicht warm genug empfohlen werden. Die Kosten für Maschinen, die allerdings auch bis ins Unendliche gestiegen sind, werden sich trotzdem durch die Ersparnis an Arbeitskräften sehr bald bezahlt machen.

B. Die Giroverbände.

Die Grundlage für die Schaffung der deutschen Giroverbände bildete das Reichsscheckgesetz vom 11. März 1908. Den deutschen Sparkassen, die sich bisher nur mit der Pflege des reinen Sparverkehrs befaßten, wurde durch die Verleihung der passiven Scheckfähigkeit eine neue Aufgabe in der Übernahme auch des Zahlungsverkehrs für ihre Kundschaft eröffnet. Diese neue Aufgabe brachte ihnen naturgemäß auch eine Erweiterung ihres bisherigen Kundenkreises, indem alle diejenigen Teile des gewerblichen Mittelstandes, denen die Sparkassen früher mit ihrem einfachen Sparverkehr zweck-

entsprechende Dienste nicht leisten konnten, nach Einführung des Giro- und Kontokorrentverkehrs sich nunmehr den Sparkassen zuwandten. Die Durchführung der neuen Aufgabe — Ausführung von Zahlungsaufträgen der Kundschaft nach allen Orten des Deutschen Reiches im eigenen Netz der Sparkassen — war zweckmäßig nur zu lösen durch Schaffung eigener Zentralabrechnungsstellen zunächst für die einzelnen Landesteile. Dem Vorkämpfer der neuen Bewegung, Bürgermeister Dr. Eberle, der mit klarem Blick für eine gesunde Weiterentwicklung die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Sparkassen erkannte und diese Idee mit nie ermüdender Kraft und Überzeugungstreue in allen Landesteilen des Deutschen Reiches verbreitete, gelang es, schon im Jahre 1909 den Giroverband Sächsischer Gemeinden ins Leben zu rufen. Hierbei kam ihm zustatten, daß die sächsische Landesgesetzgebung durch das Gesetz über Gemeindeverbände die Bildung von Gemeindeverbänden als Körperschaften des öffentlichen Rechts ohne weiteres zuließ. Bekanntlich konnten die Sparkassen selbst, da sie mit wenigen Ausnahmen Anstalten der Gemeinden ohne eigene Rechtspersönlichkeit sind, rechtsfähige bezw. öffentlich-rechtliche Verbände nicht bilden; es mußte deshalb die Gründung durch die Gewährträger der Sparkassen — die Gemeindeverbände — erfolgen.

In Preußen, das dem Beispiel von Sachsen erst nach einigen Jahren und auch nur ganz allmählich folgte, gestalteten sich die Verhältnisse wegen der mangelnden Landesgesetzgebung schwieriger. Man versuchte zunächst ohne Verbandsbildung auszukommen und die provinziellen Abrechnungsstellen an die größten Sparkassen der Provinzen als Unterabteilung anzugliedern, da man auch bei der Ungewißheit der Entwicklung noch nicht den Mut zur Schaffung eigener Girozentralen aufbringen konnte. Man mußte aber sehr bald einsehen, daß hiermit eine freudige Entwicklung des kommunalen Giroverkehrs nicht erzielt werden konnte; es fehlte der lebendige Geist, die Propaganda, ohne die auch die segensreichste Einrichtung nicht vorwärtsgebracht werden kann, und das unmittelbare Interesse der Sparkassen an der Einrichtung. So entschlossen sich zunächst im Jahre 1911 die Kommunalverbände der Provinz Pommern zu eigener Verbandsbildung. Es wurde versucht, den Verband durch Eintragung in das Vereinsregister auf Grund des § 21 des Bürgerlichen Gesetzbuches zustande zu bringen. Der Registerrichter lehnte aber die Eintragung ab, weil nach den Satzungen der Verband neben den idealen Zwecken auch wirtschaftliche Zwecke verfolgte. Erst nach Erlaß des Zweckverbandsgesetzes vom 19. Juli 1911, das den Städten, Landgemeinden, Gutsbezirken, Ämtern und Landkreisen die Möglichkeit eröffnete, sich behufs Erfüllung einzelner kommunaler Aufgaben jeder Art zu Zweckverbänden mit dem Rechte einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft zusammenzuschließen, war auch für Preußen die geeignete Rechtsform für die Bildung der Giroverbände gegeben. Als erster preußischer Giroverband auf Grund des Zweckverbandsgesetzes wurde bereits mit Genehmigung des Bezirksausschusses Stettin vom 17. Januar 1912 der Kommunale Giroverband Pommern ins Leben gerufen; ihm folgten auf gleicher Grundlage 1912 Schlesien und Posen, 1913 Hannover, 1914 Brandenburg, 1916 Ost- und Westpreußen. Für die Provinz Sachsen mit Thüringen und Anhalt sowie für Schleswig-Holstein wurden im Jahre 1915 Giroverbände gegründet mit Rechtsfähigkeit durch staatliche Verleihung gemäß § 22 BGB. und späterer Verleihung der Rechte einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft durch das Preußische Staatsministerium. Das Zweckverbandsgesetz konnte in diesen beiden Fällen nicht angewendet werden, da im ersteren auch außerpreußische Kommunalverbände Mitglieder des Verbandes wurden, im letzteren die in Schleswig-Holstein befindlichen zwar privaten, aber unter Staatsaufsicht stehenden öffentlichen Sparkassen mit eigener Rechtspersönlichkeit ebenfalls bei der Verbandsbildung beteiligt waren.

In den übrigen deutschen Ländern wurden 1914 in Bayern, 1916 in Württemberg und Baden Giroverbände als öffentlich-rechtliche Körperschaften nach den bestehenden Landesgesetzen geschaffen. Im Freistaat Hessen ist 1922 ein Verein der hessischen Sparkassen, Gemeinden und Gemeindeverbände mit Rechtsfähigkeit durch staatliche Verleihung gebildet worden: Geschäftsstelle ist die Hessische Girozentrale in Darmstadt, Zweiganstalt der Badischen Girozentrale Mannheim. Für die Provinz Hessen-Nassau hat der Deutsche Zentralgiroverband am 1. Dezember 1920 eine Zweiganstalt in Frankfurt a./M. errichtet. In Rheinland-Westfalen besteht ein Giroverband mit eigener Rechtsform nicht; der Rheinisch-Westfälische Sparkassenverband hat die Landesbanken in Düsseldorf und Münster als Girozentralen bestimmt. Die übrigen kleineren deutschen Länder werden von den angrenzenden Girozentralen mitversorgt, und so kann das Gironetz der deutschen Sparkassen bis auf den Freistaat Braunschweig, der sich hartnäckig abseits stellt, als über das gesamte Deutsche Reich ausgebreitet betrachtet werden.

Die rapide Entwicklung der Giroverbände, namentlich in den ersten Kriegsjahren, ließ sehr bald die zwingende Notwendigkeit nach einem wirtschaftlichen Zusammenschluß der deutschen Giroverbände zwecks Herbeiführung des Geldausgleichs untereinander, einheitlicher Vertretung der Interessen und gegenseitiger wirtschaftlicher Stärkung erkennen. In einer Versammlung von Vertretern sämtlicher deutschen Giroverbände in Berlin am 26. Oktober 1916 wurde die Gründung des Deutschen Zentralgiroverbandes beschlossen. In gemeinsamer Arbeitsbetätigung mit den kommunalen Spitzenverbänden, dem Deutschen Städtetage, dem Verbande der preußischen — jetzt deutschen — Landkreise, dem Reichsstädtebunde und dem Verbande der größeren deutschen Landgemeinden, die zwar nicht als haftende, sondern als mitbeschließende Glieder der Organe in den Verband zwecks Durchführung einer einheitlichen kommunalen Finanzpolitik eingegliedert wurden, erstand der Deutsche Zentralgiroverband durch Verleihung der Rechtsfähigkeit seitens der zuständigen Preußischen Minister des Innern und der Justiz am 30. November 1917. Die Eröffnung der Deutschen Girozentrale erfolgte in Berlin, Gertraudtenstraße 16/17, am 1. Februar 1918. Dem Verbande wurden durch Beschluß des Preußischen Staatsministeriums mit Erlaß vom 14. April 1919 die Rechte einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft verliehen. Der ursprünglichen Bezeichnung der öffentlichen Bankanstalt des Verbandes „Deutsche Girozentrale" sind bei der letzten Satzungsänderung, der heutigen Aufgabe entsprechend, noch die Worte „Deutsche Kommunalbank" hinzugefügt worden.

Mit dieser Gründung ist der Schlußstein gelegt worden zu einer Bewegung, die in ihren ersten Ansätzen bis in das Jahr 1892 zurückreicht. Alle die seit dieser Zeit unternommenen Versuche auf Schaffung eines zentralen Geldinstituts für die deutschen Sparkassen und Kommunalverbände scheiterten, bis endlich durch organischen Aufbau von unten her das langersehnte Ziel erreicht wurde.

Die Zwecke und Ziele der Girozentralen sind in den vom Deutschen Zentralgiroverband aufgestellten Leitsätzen für die Ausgestaltung des Überweisungsverkehrs der Sparkassen klar umgrenzt, sie lauten:

„Die Girozentrale
ist nicht nur

a) das Vermittlungsamt für den Verkehr von Ort zu Ort in der Provinz und darüber hinaus nach den Gebieten der anderen Provinzzentralen,

sie ist auch

b) das Sammel- und Ausgleichbecken für die kurzfristigen Bestände aller Spar- und Girokassen der Provinz. Sie ist die Stelle für die Belegung aller freien Sparkassenbestände, wie sie die Stelle ist, bei der jede Sparkasse ihren Geldbedarf deckt. Da sie das gemeinsame Organ der Sparkassen darstellt, das unter ihrer Verwaltung steht, ist sie die Bank für alle Bedürfnisse der Sparkassen und ihrer Gemeinden. Eine Sparkasse, die Mitglied eines Giroverbandes ist und sich einer fremden Bank ohne Not bedient, handelt dem Sinne ihrer Mitgliedschaft zuwider. Weiter ist zur besseren Sammlung öffentlicher Geldmittel Pflicht jeder Gemeindekasse, ihre Bestände bei der Sparkasse ihrer eigenen Garantiegemeinde oder bei der zuständigen Girozentrale anzulegen.

Die richtig benutzte Girozentrale bedeutet insbesondere eine Entlastung der Sparkassen von der Arbeit der Verfügung über kurzfristige Gelder, die am besten automatisch der Zentrale zufließen und dort leichter und vorteilhafter angelegt werden können.

Die Girozentrale ergänzt die Sparkasse

a) insofern, als die Girozentrale alle Einzelgeschäfte besorgt, die die Sparkasse nicht selbst besorgen kann: Vertretung an der Börse, Emissionen für die Sparkasse oder gemeinsam mit ihr usw.,

b) insofern, als die Girozentrale als freier gestellte Bankanstalt neue Wege im Dienste der Gesamtheit der Sparkassen beschreiten kann: Hier ist zu denken an eine Zusammenarbeit mit den Genossenschaften, wie sie zurzeit von den Girozentralen in Düsseldorf und Dresden angebahnt wird.

Die Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank — ist oder soll sein die Zentralbank der Giroverbände, die sie ergänzen und unterstützen soll, wie die Girozentralen die einzelnen Sparkassen.

Sie ist oder soll sein die Zusammenfassung der Wirtschaftskraft der deutschen Sparkassen gegenüber dem Privatkapital.

Daß eine solche dringend nötig ist, liegt auf der Hand. Ihre Kraft aber hängt ab von der Treue und Kraft, mit der sich die Sparkassen durch die Tat zur Einheit des Girowesens bekennen."

In der deutschen Giroorganisation waren am Schlusse des Jahres 1921 rund 2400 deutsche Kommunalverbände — Städte, Kreise, Landgemeinden und dergleichen — vereinigt. Trotz mancherlei Stürme und scharfer Angriffe von gegnerischer Seite steht sie fest gefügt auf dem Boden des öffentlichen Rechts und hat den Beweis erbracht für ihre innere Kraft und ihre Notwendigkeit. Möge sich die deutsche Giroorganisation auch weiterhin kraftvoll entwickeln zum Wohle der deutschen Kommunalverbände und einen Schutzwall bilden für das in ihr zusammengeschlossene öffentliche Kapital!

2. An- und Verkauf von Wertpapieren.

Von **A. Tauschel,** Bezirkssparkassendirektor, Berlin-Wilmersdorf.

Schon das Sparkassenreglement vom 12. Dezember 1838 sah in seinem Artikel 12 eine gewisse Vermittlungstätigkeit der Sparkassen bei dem Ankauf von Wertpapieren für ihre Kunden vor. Dieser Artikel gibt nämlich den Sparkassen das Recht, für den Einleger ohne dessen Zustimmung ein mündelsicheres Papier anzukaufen, wenn sein Guthaben eine bestimmte festgesetzte Höhe überschreitet. Der Einleger soll hierbei zwar Eigentümer des Papieres werden und etwaige Gewinne oder Verluste selbst tragen, aber von dem möglichen höheren Zinsfuß des Papieres sollte er keinen Vorteil haben. Nur der gewöhnliche Sparzins gehörte ihm, während der Mehrbetrag der Kasse zugute kam. Von dieser heut sonderbar anmutenden Bestimmung, die einer Bevormundung des Sparers gleichkam, ist wohl selten oder nie Gebrauch gemacht worden, so daß man bis zum Jahre 1909 kaum von einer vorhandenen Vermittlungstätigkeit, von einem eigentlichen Wertpapiergeschäft der Sparkassen reden konnte. Erst in dem genannten Jahr machten sich Fortschritte unter dem Druck der Wünsche des Publikums nach zeitgemäßer Ausgestaltung der Sparkassen bemerkbar.

Als unmittelbare Folge der Verleihung der passiven Scheckfähigkeit der Sparkassen durch das Scheckgesetz vom 11. März 1908 erging am 20. April 1909 der Ministerialerlaß, betreffend den Scheckverkehr der öffentlichen Sparkassen. In diesem war u. a. den Sparkassen, die den Scheckverkehr eingeführt hatten, gestattet, auf Wunsch ihrer Kunden mündelsichere Wertpapiere anzukaufen. Bei diesen immerhin noch einengenden Bestimmungen — Ankauf nur von mündelsicheren Wertpapieren und nur bei den Scheckverkehr pflegenden Sparkassen — konnte dies Geschäft sich noch nicht recht entfalten.

Da kam der Weltkrieg 1914. Er kann tatsächlich als Veranlassung für die weitere Entwicklung der Sparkassen angesehen werden. War der Grundgedanke bei dem Erlaß vom 20. April 1909, weshalb man den Sparkassen den Ankauf von mündelsicheren Wertpapieren für ihre Kunden zugestand, wohl der, daß man dadurch hoffte, Reichs- und Staatsanleihen leichter in die Hände des kleinen Mannes zu bringen, so führte dieser gleiche Grund im Jahre 1914 dazu, sämtliche Sparkassen als Zeichnungsstellen bei der Auflage der Kriegsanleihen zu ernennen. Die weitere Entwicklung war nun in gewissem Sinne zwangsläufig und nicht mehr aufzuhalten.

Die nächste Folge war, daß den Sparkassen auch gestattet werden mußte, die Kriegsanleihen für ihre Kunden als offenes Depot aufzubewahren. Dies geschah durch die Ministerialverfügung vom 22. April 1918. Als dann durch die Verordnung vom 24. Oktober 1919 über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht ein bedingter Depotzwang für die Wertpapierbesitzer eingeführt wurde, und da nach dieser Verordnung die Sparkassen den Banken gleichgestellt wurden, so war die unmittelbare Folge, daß nunmehr von den Sparkassen alle Arten Wertpapiere ohne Einschränkung in Verwahrung und Verwaltung genommen werden konnten. Die Genehmigung hierzu erfolgte nachträglich durch die Ministerialverfügung vom 31. Oktober 1919 und 2. Januar 1920. Da es nun ein Widersinn gewesen wäre, die Wertpapiere der Kunden zwar in Depot zu nehmen, aber für sie keine An- und Verkäufe zu tätigen, d. h. sie gegebenenfalls an eine Bank zu weisen, so ergab sich hieraus, daß nunmehr auch der An- und Verkauf aller Arten Wertpapiere freigegeben werden mußte. Dies geschah durch den Runderlaß des Ministers des Innern über die Erweiterung

des Geschäftsbereichs der Sparkassen vom 15. April 1921 und durch die Verfügung der preußischen Minister des Innern und der Finanzen vom 15. Dezember 1921 über Geschäftsumfang von Sparkassen und kommunalen Banken. Nach dem Runderlaß konnten die Sparkassen nunmehr den An- und Verkauf aller Arten Wertpapiere für ihre Kunden vermitteln; nur sollte bei einem Ankauf vorherige Einzahlung und bei einem Verkauf die Einlieferung des Wertpapieres erfolgt sein, auch sollten spekulative An- und Verkäufe unterbleiben.

Bewegte sich zunächst das Wertpapiergeschäft in ruhigen Bahnen, so daß die Sparkassen diesen Teil ihrer Tätigkeit zusammen mit den anderen Arbeiten erledigen konnten, so erfolgte als Folge der Geldentwertung bezw. des ständigen Sinkens der Mark in dem letzten Jahr eine geradezu stürmische Entwicklung. Die Kassen mußten dazu übergehen, besondere Abteilungen einzurichten, um nur einigermaßen den Wünschen ihrer Kunden nachzukommen. Nicht die spekulative Ausnutzung von Kurssteigerungen bedingte zunächst das Anwachsen des Geschäftes, sondern die allgemeine unsichere Lage und der Wunsch eines jeden, sein Geld, das er nicht gleich wieder verausgaben mußte, wertbeständig anzulegen. Da fast alle Wertpapiere, besonders Aktien, unterwertet waren, so ergab sich für sehr viele, die früher nie an den Erwerb von Aktien gedacht hatten, hier eine Möglichkeit, verdientes Geld vor Entwertung, vor Verlust zu schützen. Es kann natürlich nicht geleugnet werden, daß infolge der Kurssteigerungen allmählich auch der spekulative Erwerb immer mehr in Erscheinung trat, der aber sicherlich wieder verschwinden wird, sobald ein normaler Zustand der Wirtschaft, insbesondere eine Stabilität unseres Geldes, eintritt.

Die Frage nun, ob die Sparkassen aus der Vermittlung der An- und Verkäufe von Wertpapieren für ihre Kunden einen erheblichen Nutzen haben, läßt sich nicht einfach mit einem Ja oder Nein beantworten. Ist der Verkehr klein, so daß die hinzukommenden Arbeiten von einem schon vorhandenen Beamten mit erledigt werden können, so wird man den erzielten Provisionsgewinn ohne weiteres als Reingewinn buchen können. Anders aber, wenn der Verkehr so groß wird, daß ein Beamter oder mehrere zum größten Teil oder gar etwa dauernd mit der Erledigung der Arbeiten betraut werden müssen. Dann wird es wohl vorkommen, daß der Provisionsbruttogewinn zwar groß ist, daß er aber häufig durch die Gehälter und andere Unkosten völlig oder zum großen Teil aufgezehrt wird. Es fällt hierbei eben auch wieder besonders ins Gewicht, daß die Sparkassenkunden meist nur kleine Geschäfte tätigen, die zwar genau soviel Arbeit machen wie die großen Geschäfte, die aber weniger Provision einbringen. Bei den Banken mit ihrem anderen Kundenkreis werfen die großen Börsengeschäfte entsprechende Provisionsgewinne ab. Der Gewinn der Sparkasse besteht nur in der Differenz zwischen der von den Girozentralen ihnen berechneten Provision und der Provision, die die Sparkasse dem Kunden ansetzt. Während also die Sparkassen nur einen Teil der Provision behalten, haben die meisten Banken an Börsenplätzen die volle Provision. Hieraus ist ersichtlich, daß bei mindestens gleich hohen Unkosten die Sparkassen einen bedeutend geringeren Bruttoverdienst haben werden als die Banken, und daß somit ein unmittelbarer wesentlicher Gewinn aus diesem Geschäft den Sparkassen kaum verbleiben dürfte.

Aber man muß diese Geschäfte doch von einem anderen Gesichtspunkte aus betrachten. Was würde geschehen, wenn die Sparkassen die Aufträge ihrer Kunden zum An- und Verkauf von Wertpapieren nicht annehmen würden? Die Sparkassen würden einmal zweifellos eine große Anzahl Kunden verlieren. Es ist ja leider Tatsache, daß heutzutage solche Kreise Börsengeschäfte machen, die früher nie daran gedacht haben, die höchstens einmal aus flüssigen Geldern sichere Anlagewerte erstanden haben. Diese Kreise, die bisher zum festen Stamm der Sparkassen gehörten, der Mittelstand, Beamte, Pensionäre, Handwerker, Arbeiter, drängen sich heut vielfach zum Börsengeschäft. Die Sparkassen werden hiergegen machtlos sein. Sollen sie aber darum diese, die meist ihre Kunden sind, und die oft durch die wirtschaftliche Lage gezwungen sind, nach anderen Verdienstmöglichkeiten zu suchen, abweisen? Der Kunde wird sich darum von den Börsengeschäften nicht abhalten lassen; er wird zur nächsten Bank gehen und damit auch seine Gelder von der Sparkasse fortnehmen. Weiter werden neue Kunden der Sparkasse nicht erstehen, wenn sie nicht auch ihre anderen Geldgeschäfte bei derselben ausführen lassen können. Die Folgerung daraus ist also die, daß die Sparkassen in ihrem eigenen Interesse, um eine Abwanderung zu verhüten, auch die Börsengeschäfte ihrer Kunden ausführen müssen, selbst auch dann, wenn wirklich der Gewinn aus Provisionen nicht die Unkosten deckt.

Der Nutzen, den die Sparkasse bei diesen Geschäften hat, liegt also nicht allein in dem Gewinn an Provisionen, sondern auch in dem Zinsgewinn, den sie aus den bei ihnen verbleibenden Geldern haben, und in den Einnahmen aus den anderen Geldgeschäften, die die Kunden dann ebenfalls der Sparkasse übertragen werden. Ein weiterer Gewinn liegt aber noch darin, daß die Sparkassen sich dann ihre Kunden erhalten und sich neue Kunden erwerben.

Es gehört aber auch zu den Aufgaben der Sparkassen, daß sie ihre Kunden von Spekulationen, soweit dies möglich ist, abhalten, daß sie versuchen sollen, das Publikum bezüglich seiner Geschäfte in solide Bahnen zu lenken, es vor Verlusten, die bei den Börsengeschäften mehr oder weniger einmal eintreten werden, zu schützen. Das können aber die Sparkassen nur dann, wenn sie eine Abwanderung verhüten, wenn sie durch Übernahme der Börsengeschäfte ihrer Kunden diese entsprechend beeinflussen können, sich von den risikoreichen Spekulationen fernzuhalten.

Hierin liegt für die Sparkassen zwar kein unmittelbarer sichtbarer Gewinn, aber ein hoch anzuschlagender volkswirtschaftlicher Nutzen.

Aus allen diesen Gründen folgt, daß die Sparkassen ohne Rücksicht auf den materiellen Gewinn die An- und Verkäufe von Wertpapieren für ihre Kunden ausführen sollen und müssen. Selbstverständlich ist Bedingung, daß die Sparkassen bei den Börsengeschäften Zurückhaltung üben, unangebrachte Rat- und Auskunfterteilung, Anpreisung von Spekulationspapieren u. a. m. vermeiden, diese Geschäfte überhaupt nur im Rahmen des Runderlasses des Ministers des Innern vom 15. April 1921 über die Erweiterung des Geschäftsbereichs der Sparkassen und des Erlasses vom 15. Dezember 1921 über den Geschäftsumfang von Sparkassen und kommunalen Banken ausüben.

In erster Linie sollen die Sparkassen berufen sein, Reichs- und Staatsanleihen, Anleihen der Kommunen und kommunalen Verbände und andere mündelsichere Papiere bei ihren Kunden unterzubringen. Je mehr Wertpapiere dieser Art in festen Händen verbleiben, um so weniger werden solche Anleihen Kursschwankungen unterworfen sein. Auch hierbei haben die Sparkassen eine große volkswirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen. Da aber der Verdienst für die Sparkassen gerade bei dieser Art von Geschäften klein ist und kaum die Unkosten decken wird, so müssen auch Reich und Staat, Städte, Gemeinden und die anderen kommunalen Verbände eine angemessene Vergütung für die Unterbringung ihrer Anleihen gewähren. Bei den heutigen großen Unkosten kann den Kassen nicht zugemutet werden, Geschäfte zu betreiben, die nicht einmal ihre Kosten decken.

Muß man so die Notwendigkeit der An- und Verkäufe von Wertpapieren für das Sparerpublikum betonen, so ist zwingend, daß die Sparkassen auch eine gewisse Werbetätigkeit entfalten

müssen. Diese soll natürlich in würdiger Weise und nur immer im Bezirke der betreffenden einzelnen Kasse erfolgen. Man muß der Werbung von vornherein ansehen, daß die Sparkasse nur die soliden Geschäfte propagieren und daß sie ihren Kunden auch in solchen Geschäften beistehen will. Die Werbetätigkeit muß hierbei vor allen Dingen darauf gerichtet sein, dem Publikum die Übernahme derartiger Geschäfte bekanntzumachen, nicht um es zur Vornahme derselben überhaupt erst anzureizen. Sie soll das Publikum darauf aufmerksam machen, daß es nicht erst im Bedarfsfalle zur Bank zu gehen braucht, sondern daß auch die Sparkasse bereit ist, die Ausführung von Börsengeschäften zu übernehmen.

Die Werbetätigkeit wird auf dem Lande anders sein müssen als in geschlossenen größeren Ortschaften und Städten. Auf dem Lande muß die Tätigkeit vor allen Dingen darauf gerichtet sein, das Geld, von dem der Bauer sich oft nur schwer trennt, herauszuholen; hierbei kann vielleicht als Mittel zum Zweck ein stärkeres Angebot, besser verzinsliche Anlagepapiere anzukaufen, zur Herausgabe des Geldes angebracht sein. Da die Banken auf dem Lande weniger zahlreich vertreten sind, die Sparkassen also das Eindringen derselben in ihre Kreise weniger zu befürchten haben, so muß ihr Streben darauf gerichtet sein, hauptsächlich das zurückgehaltene Geld herauszulocken. Anders in der Stadt, wo überall Banken und Bankfilialen vorhanden sind. Hier muß die Sparkasse schärfer betonen, daß sie auch den An- und Verkauf von Wertpapieren vermittelt, um eben nicht ihre Kunden zu verlieren und um neue Kunden, die sie zu ihren Kreisen rechnen kann, zu gewinnen.

Es kann an sich der Sparkasse nicht daran gelegen sein, daß ihr Gelder durch den Ankauf von Wertpapieren entzogen werden. Sie wird daher im eigenen Interesse ganz besonders bei der Werbetätigkeit in dieser Beziehung zurückhaltend sein müssen und lieber mehr darauf Gewicht legen, daß das Publikum Verkäufe bei ihr tätigt. Eine Ausnahme wird bloß dann zu machen sein, wenn es sich um wichtige Anlagepapiere handelt, deren Unterbringung bei dem großen Publikum volkswirtschaftlich geboten ist. Das ist in der Regel der Fall bei Reichs- und Staatspapieren und bei Anleihen der Kommunen und kommunalen Verbände, bei den letzteren insbesondere, wenn es sich um Anleihen der Kommunen des eigenen Bezirks handelt. Was die Sparkassen in dieser Beziehung zu leisten vermögen, das hat ihr großer Erfolg bei der Auflegung der Kriegsanleihen gezeigt. Die Sparkassen, die doch vor dem Kriege nur recht wenig mit dem Ankauf von Wertpapieren für ihre Kunden zu tun hatten, haben trotz der fast gänzlichen Unerfahrenheit ihrer Beamten in diesen Geschäften eine geradezu bewundernswerte Tätigkeit entwickelt und eine Anpassungsfähigkeit gezeigt, die kaum übertroffen werden kann.

Die Sparkassen treten bei dem An- und Verkauf von Wertpapieren für ihre Kunden in der Regel nur als Vermittler auf, d. h. sie nehmen die Aufträge ihrer Kunden entgegen und leiten sie zur Ausführung an die zuständige Girozentrale weiter. Die Aufträge müssen schriftlich erteilt werden und vom Auftraggeber unterschrieben sein. Der Auftraggeber muß großjährig sein, andernfalls ist die Zustimmung des Vaters bezw. des Vormundes erforderlich. Ehefrauen bedürfen im allgemeinen der Zustimmung des Ehemannes. Telephonisch oder telegraphisch erteilte Aufträge müssen schriftlich bestätigt werden. Ein Ankaufsauftrag darf nur dann ausgeführt werden, wenn der Kunde ein dem Ankaufsbetrag entsprechendes Guthaben bei der Sparkasse hat. Soll ein Verkauf für einen Kunden vorgenommen werden, so müssen die zu verkaufenden Wertpapiere der Sparkasse vor Ausführung übergeben werden. Auch ist notwendig, daß die übergebenen Wertpapiere hinsichtlich ihrer börsenmäßigen Lieferbarkeit vorher geprüft werden. Hierzu gehört z. B. die Prüfung, ob die Papiere nicht etwa verlost oder aufgeboten oder gekündigt sind, daß sie den deutschen Effektenstempel tragen, daß die Nummern von Mantel und Bogen übereinstimmen u. a. m.

Der Kunde hat bei einem Ankauf zu zahlen:

1. den Börsenpreis des Wertpapieres,
2. die laufenden Zinsen (bei Aktien werden jedoch keine Zinsen berechnet, seit dem 1. August 1923 auch nicht mehr bei den festverzinslichen Papieren),
3. die Maklergebühr (Courtage),
4. die Vermittlungsprovision,
5. den Schlußnotenstempel und
6. etwaige Portokosten und sonstige entstandene Unkosten.

Bei einem Verkauf dagegen erhält der Verkäufer den Börsenpreis und die laufenden Zinsen, er muß aber die Provision, die Maklergebühr, Stempel, Porto und Unkosten zahlen.

Der Börsenpreis eines Wertpapieres ist sein an der Börse notierter Kurswert. Die Notiz erfolgt für je 100 Mark Nennwert. Doch gibt es auch hierbei Ausnahmen, da z. B. manche Werte in Mark für ein Stück notieren. Dies ist unter anderem bei unverzinslichen Losen und Versicherungsaktien der Fall. Aus dem Kurszettel, der die an der betreffenden Börse gehandelten Werte aufweist, ist die Notiz ersichtlich.

Die Maklergebühr — Courtage — ist diejenige Gebühr, die an den Makler des Börsenplatzes zu zahlen ist. Der Makler ist diejenige Person an der Börse, die die Geschäfte zwischen den zur Börse zugelassenen Firmen und Personen vermittelt. Die Makler haben an der Börse in Schranken bestimmte Plätze, auch sind je zwei Maklern, d. i. der Maklergruppe, bestimmte Wertpapiere zur Vermittlung überwiesen.

Die Provision ist die Entschädigung, die die Sparkassen für ihre Mühe und Arbeit bei der Vermittlung erhalten. Je nach Art der Wertpapiere ist sie mehr oder weniger hoch. Sie ist niedriger bei festverzinslichen Papieren, insbesondere bei Reichs- und Staatsanleihen, und höher bei Aktien und dergleichen.

Der Schlußnotenstempel endlich, der bei jedem Umsatz zu entrichten ist, ist eine Umsatzsteuer. Sie ist sowohl bei den Geschäften zwischen Makler und Vermittler als auch zwischen Vermittler (Sparkasse) und Kunden, und zwar immer vom Kunden für beide Geschäfte zu zahlen. Die Höhe ist je nach der Art des Papieres verschieden.

Der Auftrag zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren kann vom Kunden in verschiedener Weise hinsichtlich der Ausführung erteilt werden. Will er, daß der An- oder Verkauf auf jeden Fall erfolgen soll, so gibt er ihn „bestens" oder bei Ankäufen „billigst", bei Verkäufen „bestmöglichst" auf. Solche Aufträge nennt man „unlimitierte" = „unbegrenzte". Die „Bestens"-Aufträge werden zum jeweiligen Tageskurse, falls ein Kurs zustande kommt, ausgeführt. Weiter kann aber auch der An- oder Verkauf begrenzt werden. Dann spricht man von „limitierten" Aufträgen. Das ist dann der Fall, wenn der Kunde angibt, daß er erst dann den Ankauf bezw. Verkauf will, wenn das Papier zu dem genannten Kurse oder niedriger zu haben bezw. zu diesem oder einem höheren zu verkaufen ist. Die Aufträge gelten, wenn nichts anderes bestimmt, nur für die nächste Börse. Sollen sie für längere Zeit gelten, so ist der Auftrag „bis auf Widerruf" oder „bis Monatsende" gültig zu erteilen.

Der Kurs eines jeden Papiers wird an der Börse aus den Kursen der den Maklern erteilten An- und Verkäufe, der Höhe der Beträge und aus den „Bestens"-Aufträgen ermittelt. Je nach Angebot und Nachfrage werden sich die Kurse höher oder niedriger stellen. Nur werden nicht immer alle Aufträge erledigt werden können. Es werden vielfach mehr Papiere zum Verkauf angeboten, als Aufnahme finden können, und umgekehrt. Aus dem Kurszettel ist stets ersichtlich, wie sich das Geschäft in dem betreffenden

Wertpapier gestaltet hat. Hinter der Zahl, die den Kuıs angibt, findet man verschiedene Zeichen.

So bedeutet:

b. oder bez. (bezahlt) = daß Angebot und Nachfrage sich ausgeglichen haben;

b. G. oder bez. G. (bezahlt und Geld) = daß die Nachfrage nicht voll gedeckt werden konnte, daß also noch Kaufaufträge zu dem Kurse unerledigt blieben;

b. B. oder bez. B. (bezahlt und Brief) = daß nicht alle Angebote zu dem Kurse Aufnahme fanden;

etw. bez. G. (etwas bezahlt und Geld) = daß von den limitierten Kaufaufträgen nur ein kleiner Teil erledigt werden konnte;

etw. bez. B. (etwas bezahlt und Brief) = daß von den limitierten Verkaufsaufträgen nur wenige beglichen wurden;

G. (Geld) = daß Nachfrage vorhanden war, daß aber keine Umsätze stattfanden, oder daß nur ein ganz geringer Teil der Kaufaufträge berücksichtigt wurde;

B. (Brief) = daß nur Angebot vorhanden war.

Ein — (Strich) bedeutet, daß ein Kurs überhaupt nicht zustande kam. Man nennt dies: Der Kurs war gestrichen.

Erhebliche Kurssteigerungen werden von den Maklern an der an ihrer Schranke befindlichen Tafel mit † † †, erhebliche Kursrückgänge mit — — — bezeichnet.

An Hand des Kurszettels kann nun stets nachgeprüft werden, ob der auf den Schlußnoten oder Rechnungen verzeichnete Kurs richtig ist.

Die von den Kunden eingehenden Aufträge sind in ein Börsenauftragsbuch einzutragen.

Es sind zu führen:

1. das Ankaufsbuch für die Ankaufsaufträge,
2. das Verkaufsbuch für die Verkaufsaufträge.

An Hand dieser Bücher ist die richtige Erledigung der Aufträge, der Eingang der Ausführungsanzeigen und Abrechnungen u. a. m. täglich zu überwachen. Es empfiehlt sich weiter eine Wertpapiereingangskontrolle über die Papiere, die von der Girozentrale auf Grund der ausgeführten Ankäufe zu liefern sind, und eine Wertpapierausgangskontrolle über die Effekten zu führen, die an die Girozentrale auf Grund der ausgeführten Verkäufe zu senden sind.

Auf Grund der von der Girozentrale eingehenden Ausführungsanzeigen ist dem Auftraggeber eine Abrechnung zu erteilen, von der eine Durchschrift zurückbehalten werden muß.

Die Abrechnungen der Girozentrale, des Effektenhändlers und der Kunden werden zweckmäßig in besonderen Büchern verbucht. Es sind zu führen:

1. das Effektenhändlerankaufsbuch: für die Ankäufe, die der Effektenhändler vorgenommen hat,
2. das Effektenhändlerverkaufsbuch: für die Verkäufe des Effektenhändlers,
3. das Kundenankaufsbuch: für die Käufe des Kunden,
4. das Kundenverkaufsbuch: für die Verkäufe des Kunden.

Diese Tagebücher enthalten Spalten für das Konto des Effektenhändlers wie für das Kundenkonto, weiter für den ausmachenden Betrag (Nennwert mal Kurs) des Wertpapiers, für Provision, Stempel, Maklergebühr, Spesen und dergl.

Um nun zu prüfen, ob alle An- und Verkäufe richtig be- und abgerechnet sind, ist das Effektenskontro anzulegen. Dies Buch ist zweckmäßig als „Loses-Blatt-Buch" zu führen. Für jede Wertpapiergattung ist ein Konto — ein oder mehrere Blätter — einzurichten. Jedes Konto enthält Spalten für den Nennwert und den ausmachenden Betrag des Effektes. Die Übertragung geschieht entweder nach den obengenannten Wertpapiertagebüchern oder nach den Rechnungen des Effektenhändlers und der Kunden. Im letzteren Falle müssen die erfolgten Eintragungen täglich mit denjenigen der Tagebücher verglichen werden. Allmonatlich hat eine Abstimmung des Effektenskontros mit den Tagebüchern stattzufinden.

Soll und Haben der einzelnen Konten sollen sich in der Regel stets ausgleichen. Etwaige Differenzen, die sich aus Irrtümern in den Abrechnungen ergeben, sind richtigzustellen, solche, die sich durch irrtümliche An- oder Verkäufe oder durch andere Ursachen ergeben, und die weder vom Kunden noch Effektenhändler zu tragen sind, sind auf ein besonderes Kursdifferenzenkonto zu buchen. Es ist jedenfalls darauf zu halten, daß die einzelnen Konten des Effektenskontros stets zum Ausgleich gebracht werden.

Wichtig und notwendig ist weiter die Führung des Steuerabrechnungsbuches, das auf Grund der Ausführungsbestimmungen zum Kapitalverkehrssteuergesetz vom 8. Mai 1922, Teil III Börsenumsatzsteuer, nach Muster 11 zu § 165 vorgeschrieben ist. Sämtliche An- und Verkäufe, auch Kompensationen sind hier einzutragen, die Steuer zu berechnen und diese letztere an das zuständige Finanzamt abzuführen.

Für die An- und Verkäufe, die durch den Effektenhändler getätigt werden, ist für diesen ein Stückekonto, und zwar für jede Wertpapiergattung ein besonderes Blatt, anzulegen. Es muß daraus jederzeit ersichtlich sein, welche und wieviel Wertpapiere bei dem Effektenhändler liegen. Ankäufe und an den Effektenhändler gelieferte Papiere sind in Zugang, Verkäufe und von dem Effektenhändler gelieferte Papiere sind in Abgang zu stellen. Ebenso wie stets bekannt sein muß, welche Papiere bei dem Effektenhändler liegen, muß auch eine Aufzeichnung vorhanden sein, die nachweist, welche Stücke der Kunde aus seinen Ankäufen zu fordern hat bezw. welche er besitzt. Hierzu dient das Personenkonto. Jeder Kunde erhält ein Blatt, das seine sämtlichen Effekten nachweist. Ankäufe und Einlieferungen kommen in Zugang, Verkäufe und Aushändigungen in Abgang.

Sämtliche eingehenden ebenso wie sämtliche wieder ausgehenden Wertpapiere müssen in besonderen Büchern der Zeitfolge nach eingetragen werden. Hierzu dient das Wertpapier-Einnahme- und -Ausgabebuch. Daneben ist ein Nummernbuch zu führen. Dieses Buch enthält für jede Wertpapiergattung ein Konto, und werden hier die Nummern der ein- und ausgehenden Wertpapiere (auf der linken Seite der Eingang, auf der rechten Seite der Ausgang) eingetragen. Hierdurch ist man in der Lage, sehr schnell den Verbleib bestimmter Papiere und Stücke festzustellen. Führt man ein solches Buch, so ist die Eintragung der Nummern der Wertpapiere in das Einnahme- und Ausgabebuch nicht nötig.

Endlich empfiehlt sich noch die Anlage eines besonderen Börsenblattes für jeden Kunden. Dies Blatt nimmt sämtliche Aufträge eines Kunden auf und erleichtert die Kontrolle über seine daraus sich ergebende Verbindlichkeit gegenüber der Kasse.

Welchen Umfang das Börsengeschäft bei den Sparkassen angenommen hat, läßt sich zurzeit schwer sagen, da sichere Unterlagen noch fehlen. Immerhin kann man den Beantwortungen auf eine vor kurzem vom Sparkassenverband veranstaltete Umfrage entnehmen, daß bis zum Jahre 1921 wenig von einem eigentlichen Börsengeschäft bei den Sparkassen die Rede sein konnte. Nur ganz vereinzelt fanden diese Geschäfte statt. Die Zeichnungen auf Kriegsanleihe in den Jahren 1914 bis 1918 bleiben hierbei unerwähnt. Im Jahre 1921 machte sich eine regere Börsentätigkeit bemerkbar. Aber erst das folgende Jahr — 1922 — zeigte, daß nunmehr auch der An- und Verkauf von Wertpapieren tatsächlich starken Eingang gefunden hatte. Von 30 Sparkassen wurden 33 279 An- und Verkäufe mit 212 548 000 Mark im Nennwert getätigt. Hierbei fielen auf festverzinsliche Werte in der Anzahl der Fälle etwa dreimal soviel wie auf Aktien, und rund siebenmal

höher war der Nennwert jener Werte als bei den Dividendenpapieren. Weiter zeigte sich, daß die Verkäufe bei den verzinslichen Werten die Ankäufe überstiegen, während bei den Aktien das Umgekehrte der Fall war. Das scheint sich 1923 weiter fortzusetzen, woraus hervorgeht, daß das Publikum nach möglichst wertbeständigen Papieren trachtet und daß es diese als Anlagewerte behalten will. Als solche wurden die Aktien angesehen, die bei der ständigen Entwertung der Mark erheblich stiegen. Bereits gegen Ende 1922, noch mehr aber mit Beginn des Jahres 1923 konnte man von einem Ansturm des Publikums sprechen. Im ersten Vierteljahr 1923 war die Geschäftstätigkeit im Börsenverkehr teilweise stärker als im ganzen vorhergehenden Jahre, so daß die Arbeit kaum zu bewältigen war. Auch der Ankauf sogenannter wertbeständiger Anleihen, wie Roggen-, Kohlen-, Kali- und dergl. Anleihen, war sehr rege, die Nachfrage so stark, daß fast immer Überzeichnungen eintraten. Man konnte hieraus ersehen, daß das Publikum durchaus nicht aus Spekulation den früheren festverzinslichen Werten abhold wurde, sondern es suchte nur das sich ständig entwertende Geld in wertbeständiges umzuwandeln. So ist zu hoffen, daß bei normaler Wirtschaft auch die Ankäufe von Aktien, die für den soliden Sparer sonst nicht geeignet erscheinen, unterbleiben, und er wieder sein Geld zur Sparkasse tragen wird, um es höchstens einmal in mündelsichere Anlagen einzutauschen.

3. Annahme von offenen und verschlossenen Depots.

Von **Lisaus**, Revisionsdirektor, Berlin-Steglitz.

Die Entwicklung des Depotgeschäfts, d. i. die Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren für andere und die Verwahrung von verschlossenen Depots für andere, bei den öffentlichen Sparkassen Deutschlands zeigt denselben Gang, den alle Erweiterungen und Neuerungen im Sparkassengeschäftsbetriebe genommen haben. Die Sparkassen haben von selbst, um den Belangen der Spareinleger zu dienen und um nicht als rückständig zu gelten, das Depotgeschäft in den Kreis ihrer Aufgaben einbezogen, es allmählich Schritt für Schritt ausgebaut, und hinterher erst ist seitens der Aufsichtsbehörde zögernd und gewissermaßen notgedrungen die Genehmigung für diesen Geschäftszweig erteilt worden.

Das Depotgeschäft für fremde Rechnung war an sich von Anfang an den öffentlichen Sparkassen in Deutschland etwas Fremdes. Es wurde zu den eigentlichen Bankgeschäften gerechnet. Wer Wertpapiere besaß, gehörte zu den besitzenden Klassen, und für diese waren die öffentlichen Sparkassen nach der allgemeinen Auffassung eben nicht in das Leben gerufen. In keinem der von den Einzelstaaten Deutschlands für die Sparkassengeschäfte erlassenen Reglements finden sich daher Bestimmungen über das Depotgeschäft. Nur das preußische Reglement vom 12. Dezember 1838 schreibt in einem bestimmten Falle (siehe S. 12 Absatz 1 a. a. O.) den Sparkassen die Aufbewahrung — nicht Verwaltung — vor, dann nämlich, wenn für einen Sparer in Höhe der Überschreitung der Höchsthöhe des satzungsmäßig festgelegten Spareinlagebestandes ein „öffentliches, pupillarische Sicherheit gewährendes Papier" angekauft worden war. Erst als nach dem Kriege von 1870/71 bei zunehmendem allgemeinen Wohlstand auch die minderbemittelte Bevölkerung mehr und mehr in den Besitz von Wertpapieren gelangte, enstand bei ihr von selbst das Bedürfnis und das Verlangen, diese Wertpapiere auch sicher aufbewahrt zu sehen. In größeren und großen Städten standen die Privatbanken zur Verfügung, wenn auch anfangs nur beschränkt, da der Ausbau des Nebenstellennetzes bei den Großbanken erst in den 1890er Jahren eingesetzt hat, in den vielen kleineren Ortschaften dagegen bestand ein Mangel. Hier das fehlende Bindeglied zu ersetzen, erkannten die Sparkassen bald als ihre Pflicht, treu ihrem alten Grundsatz, für die Sparer Sachwalter in allen Vermögensangelegenheiten zu sein. Mehr und mehr gingen sie deshalb dazu über, diebes- und feuersichere Geldschränke in ihren Geschäftsräumen aufzustellen und deren verschließbare Einzelfächer an Sparer für Zwecke der Aufbewahrung von Werten zu vermieten.

In Preußen hatte das Ministerium des Innern diese immer mehr um sich greifende Bewegung mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Fußend auf dem Grundgedanken des Reglements, das neben der „gehörigen" Sicherstellung der Spareinlagen (§ 4a) und der besonderen Verwahrung der aus den Einlagen beschafften Dokumente (§ 6) auch darauf sehr Bedacht nahm, daß die Gewährverbände durch ihre Haftung nicht allzusehr belastet und hinreichend leistungsfähig blieben, hatte es schon früher, nachdem mit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs die unter dem Allgemeinen Landrecht durch die Außerkurssetzung gegebene Sicherheit bei der Aufbewahrung von Wertpapieren fortgefallen war, durch verschiedene Erlasse Vorsorge für anderweitige sichere Aufbewahrung der Wertpapiere der Sparkassen getroffen (siehe die Erlasse vom 14. November und 29. Dezember 1899, vom 24. Februar, 17. März und 10. Mai 1900). Sie legten u. a. den Sparkassen nahe, die Wertpapiere gegen Diebstahl zu versichern oder in das Schuldbuch einzutragen oder die Inhaberpapiere in Namenspapiere umschreiben zu lassen, insbesondere aber war die Hinterlegung bei fünfzehn namentlich bezeichneten öffentlichen Bankinstituten (darunter die Seehandlung, die Preußenkasse) angeregt.

Immer aber waren in den angezogenen Ministerialerlassen nur die eigenen Wertpapiere der Sparkassen gemeint. Erst im Erlaß vom 16. August 1900 hat das Ministerium grundsätzlich sich damit einverstanden erklärt, daß die öffentlichen Sparkassen auch fremde Wertpapiere in Verwahrung nehmen können, „sofern die Kasseneinrichtungen genügende Sicherheit gegen Diebstahl und Feuersgefahr bieten". Auch sind frühere Bedenken gegen Aufstellung von eisernen Schrankfächern wenigstens für Einzelfälle fallen gelassen. Der Gedanke der Nützlichkeit dieser Einrichtung für die Sparer war hierbei für den Gesetzgeber bestimmend gewesen. Er nimmt diesen Gedanken später wieder auf und gesteht den Sparkassen mit Erlaß vom 3. Juni 1905 nach Anhören der staatlichen Aufsichtsbehörden unter gewissen Einschränkungen jetzt endgültig das jederzeit widerrufliche Recht zur Aufstellung von Schrankfächern zu. Eine Beteiligung an der Verwaltung der zur Aufbewahrung hereingenommenen Werte war damit allerdings den Sparkassen noch nicht zugesichert. Im Gegenteil, sie war den Beamten der Sparkasse geradezu untersagt aus der Besorgnis, daß die Gewährsverbände aus einer solchen Betätigung für etwa eintretendes Verschulden der Beamten haftbar gemacht werden könnten.

Bei dieser Art der Aufbewahrung in Schrankfächern, die durch die Sparer selber verschlossen werden, kann man wohl schon von geschlossenen Depots reden, weil die Sparkassen von dem Inhalt der Schrankfächer keine Kenntnis

nahmen und auch nicht untersuchten, welche Wertpapiere, ob mündelsichere oder nicht, hinterlegt wurden.

Die dauernde Befugnis zur Bewahrung von Wertpapieren wurde den öffentlichen Sparkassen erst vier Jahre später durch Ministerialerlaß vom 20. April 1909 zugestanden, aber nur soweit sie den Scheckverkehr eingeführt hatten. Auch durften lediglich mündelsichere Werte in Verwahrung genommen werden.

Es konnte zweifelhaft erscheinen, ob durch die schon erwähnten beiden Erlasse den Sparkassen mit der Verwahrung auch die Verwaltung der hinterlegten Wertpapiere zugestanden war. Eine Klarstellung dieser Sache brachte der Ministerialerlaß vom 11. März 1915. Durch die Kriegsanleihezeichnungen hatte bei den Sparern der Wertpapierbesitz bis in die kleinste Hütte Eingang gefunden. Es galt nun, dem kleinen Mann die Sorge für die sichere Verwahrung und auch Verwaltung abzunehmen, wenn anders man das Vertrauen und die Lust, weitere Anleihen zu zeichnen, bei der ärmeren geschäftsunkundigen Bevölkerung wach erhalten wollte. Der Ministerialerlaß von 1915 gestattete deshalb allgemein den Sparkassen, die Kriegsanleihepapiere als „offene Depots" — diese Bezeichnung wird hier zum ersten Male angewendet — in Verwahrung und Verwaltung zu nehmen, sofern

1. ihnen ein feuersicherer Tresor zur Verfügung steht, der sich unter gleichzeitigem Verschluß von mindestens zwei Beamten befindet,
2. die Wertpapiere als ein offenes Depot gegen Aushändigung eines Nummernverzeichnisses der hinterlegten Stücke an die Sparer mit der Maßnahme hinterlegt werden, daß der Sparer Eigentümer der hinterlegten Stücke bleibt und die bestimmten Stücke jederzeit zurückfordern kann,
3. für die Aufbewahrung und Verwaltung, sofern sie nicht unentgeltlich erfolgt, keine höhere Vergütung erhoben wird als für derartige offene Depots von der Seehandlung,
4. die Verwahrung und Verwaltung auf Depots von höchstens 5 000 Mark für die einzelnen Sparer beschränkt bleibt,
5. den Sparern alljährlich am Jahresschluß ein Verzeichnis ihrer Papiere und ein Ausweis über den Verbleib der Zinsen zugestellt wird.

Die ganz unzulängliche Höchstgrenze von 5 000 Mark wurde späterhin durch Ministerialerlaß vom 27. März 1915 wieder fallen gelassen.

Damit war für die öffentlichen Sparkassen Preußens der Weg zur freien Entwicklung des Depotgeschäfts freigegeben, wenngleich als offene Depots zunächst nur Kriegsanleihewerte angenommen werden durften. Andere Werte konnten lediglich, wie bisher, als geschlossene Depots den Sparkassen zur Aufbewahrung in vermieteten Schrankfächern anvertraut werden.

Die Kriegsnöte erweiterten die Befugnisse noch mehr.

Gemäß Artikel 73 AG. zum BGB. waren die öffentlichen Sparkassen wohl zur Annahme von Mündelgeld, nicht aber von Wertpapieren von Mündeln befugt. Hemmnisse, die sich hieraus für die Zeichnung von Kriegsanleihe seitens der Vormünder ergaben, ließen eine Abänderung dieser gesetzlichen Bestimmung als notwendig erscheinen. Durch Gesetz vom 2. März 1918 wurde deshalb in einem Zusatz zu Artikel 85 AG. zum BGB. bestimmt, daß auch die preußischen öffentlichen Sparkassen als amtliche Hinterlegungsstellen bestimmt werden könnten.

Der in Ausführung dieses Gesetzes ergangene Ministerialerlaß vom 22. April 1918 regelte dann diese Befugnis für die Sparkassen von Aufsichts wegen, schränkte dabei aber die Hinterlegung von Wertpapieren von Mündeln auf Kriegsanleihestücke ein. Die öffentlichen Sparkassen waren hiermit gesetzlich als amtliche Hinterlegungsstellen für Wertpapiere anerkannt. Die Beschränkung von Hinterlegung von nur Kriegsanleihewerten wurde späterhin durch Ministerialerlaß vom 4. März 1920 wieder aufgehoben.

Den Schlußstein für den Ausbau des Depotgeschäfts brachte schließlich der Ministerialerlaß vom 31. Oktober 1919. Er hob den Erlaß vom 11. März 1915 auf und gestattete an seiner Stelle in Ausführung des Hinterlegungszwangsgesetzes (§ 1 der Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht) den Sparkassen, Wertpapiere aller Gattungen (also auch Industriepapiere) von ihren Kunden „als offene Depots gegen Aushändigung eines Nummernverzeichnisses der hinterlegten Stücke mit der Maßgabe in Verwahrung und Verwaltung zu nehmen, daß der Sparer Eigentümer der Stücke bleibt und sie jederzeit zurückfordern kann".

Von dieser Zeit rührt der geradezu beispiellose Aufschwung des Depotgeschäfts bei den preußischen Sparkassen her.

Wie in Preußen hat sich das Depotgeschäft auch in den anderen Staaten Deutschlands entwickelt.

In Bayern haben die Sparkassen bis in das erste Jahrzehnt dieses Jahrhunderts hinein nur das eigentliche Sparkassengeschäft getätigt. Ein Bedürfnis zur Aufnahme offener Depots trat auch erst ein, als die Sparguthaben bedeutende Zunahmen zeigten und die Einleger einen Teil ihrer Guthaben in Wertpapieren anzulegen begannen. Diesem Bedürfnis suchten die ministeriellen Grundbestimmungen vom 1. Juli 1911 in ihrem § 23 zu genügen. Nach ihnen konnte bei Notwendigkeit durch die Satzung bestimmt werden,

> daß die für Sparer aus ihrem in bestimmter Höhe vorhandenen Barguthaben beschafften Inhaberschuldverschreibungen der eigenen Gemeinde oder des Distriktsamts auf Verlangen in Verwahrung und Verwaltung der Sparkasse zu übernehmen sind.

Gleichzeitig sollte in der Satzung ein Höchstbetrag
a) für die Einzelhinterlegung und
b) für die Gesamtsumme der Hinterlegungen überhaupt
festgelegt werden.

Durch diese Einschränkung des Depotgeschäfts konnte den bayerischen Sparkassen nicht gedient sein. Ununterbrochen blieben deshalb bei ihnen Bestrebungen im Gange, die vorstehenden Gesetzesfesseln abzustreifen. Sie führten dann auch schließlich zu dem erstrebten Ziele einer der Neuzeit angepaßten Abänderung der Grundbestimmungen, nachdem schon vorher 1919 im Ausfluß und zum Vollzuge des § 1 der Reichsverordnung über die Maßnahmen gegen die Kapitalflucht unterm 1. Dezember 1919 den Sparkassen für das Depotgeschäft eine vorübergehende Erweiterung der geltenden Bestimmungen zugelassen war. Die neue Bekanntmachung des bayerischen Staatsministeriums vom 23. Januar 1923 ließ in Erweiterung der Bestimmungen des § 23 a. a. O. eine satzungsmäßige Regelung der Aufbewahrung dahin zu, daß Wertpapiere von Spareinlegern in Verwahrung und Verwaltung (als offene Depots) genommen, sowie daß von der Festsetzung eines Höchstbetrages für solche Wertpapiere abgesehen werden könne, sofern die Einrichtungen der Sparkasse eine ausreichende Sicherung gegen Verlust der Wertpapiere durch Feuer oder Diebstahl gewähren.

Mit diesen erweiterten Bestimmungen ist für die bayerischen Sparkassen jetzt die Bahn zur vollen freien Ent-



wicklung des Depotgeschäfts freigegeben. Eine Beschränkung auf bestimmte Gattungen und Arten von Wertpapieren ist nicht mehr vorhanden.

In Württemberg lag bis zum Ausbruch des Weltkrieges kein Bedürfnis für die Sparkassen vor, Wertpapiere als offene Depots in Verwaltung und Verwahrung zu nehmen. Gesetzliche Bestimmungen dieserhalb sind deswegen auch nicht erlassen. Erst während des Krieges, als viele Sparer Kriegsanleihe gezeichnet hatten, trat die Notwendigkeit dazu hervor. Das württembergische Ministerium suchte mit Erlaß vom 9. Februar 1916 diesem Bedürfnis dadurch zu genügen, daß es den Sparkassen gestattete, die ihren Einlegern auf ihre Zeichnung zugeteilten Anleihestücke, bei Erfüllung besonderer, in den Satzungen festgelegter Bestimmungen, in Form des offenen Depots in Verwahrung und Verwaltung zu nehmen.

Die Hinterlegungszwangsverordnung vom 24. Oktober 1919 veranlaßte das Ministerium, in einem neuen Erlaß vom 18. November 1919 den Kreis der für die Deponierung zugelassenen Wertpapiere allgemein auf inländische auszudehnen. Diese Beschränkung auf nur inländische Wertpapiere wird aber von den Sparkassen nicht streng innegehalten, so daß von den Sparkassen in Württemberg jetzt tatsächlich alle hinterlegungsfähigen Werte mit stillschweigender ministerieller Zustimmung angenommen werden.

In Baden sind für die Verwahrung und Verwaltung offener und geschlossener Depots durch die Sparkassen keine gesetzlichen Bestimmungen erlassen. Das neue badische Sparkassengesetz sieht allgemein vor, daß die Sparkassen die zur Vermögensverwaltung ihres Kundenkreises erforderlichen Geschäfte durch Satzung zu ihrer Aufgabe machen können.

Die weitaus größte Mehrzahl der badischen Sparkassen hat auf diese Weise das Depotgeschäft ohne Einschränkung in den Kreis ihrer Aufgaben einbezogen.

Im Freistaat Sachsen war durch die Ministerialverordnung vom 29. Mai 1885 den Sparkassen die entgeltliche Aufbewahrung von Wertpapieren wegen der damit verbundenen Vertretungspflicht und der dadurch erforderlichen Vorsichtsmaßregeln untersagt. Erst als auch hier während des Krieges — vor allem für die minderbemittelte Bevölkerung — ein Bedürfnis zur Hinterlegung gezeichneter Kriegsanleihestücke in starkem Maße hervortrat, ermächtigte das Ministerium des Innern die Sparkassen, zur Aufbewahrung und nach Befinden zur Verwaltung der ihnen zu diesem Zwecke von den Sparern übergebenen sicheren Wertpapiere die geeigneten Einrichtungen zu treffen.

Der in Ausführung der Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht vom Ministerium des Innern ergangene Erlaß vom 26. November 1919 erweiterte die Ermächtigung noch insoweit, als jede Beschränkung in bezug auf die Art der zu hinterlegenden Papiere fallen gelassen wurde. Die sächsischen Sparkassen haben seitdem für ihre Depotgeschäfte volle freie Bewegung.

In Hessen trat erst während des Krieges das Bedürfnis zur gesetzlichen Regelung der Hinterlegung von Wertstücken bei Sparkassen hervor. Die Annahme von Wertpapieren zur Verwahrung und Verwaltung war zunächst nur auf Kriegsanleihe beschränkt, sie wurde später auf andere mündelsichere Wertpapiere ausgedehnt, seit 1921 jedoch können Papiere jeder Art hinterlegt werden.

In den übrigen kleineren Staaten Deutschlands haben die Sparkassen das Depotgeschäft mangels das Sparkassenwesen regelnder Gesetze und Verordnungen mehr oder weniger den preußischen Einrichtungen anbequemt mit Ausnahme von Braunschweig, wo die allein in Frage kommende Landessparkasse nur das reine Sparkassengeschäft betreibt. Das Depotgeschäft wird von der mit der Landessparkasse in engster Verbindung stehenden Braunschweigischen Staatsbank (Leihhausanstalt) gepflegt, so daß auch hier für die Verwahrung und Verwaltung der Wertpapiere der Sparer die Möglichkeit besteht.

In ganz Deutschland ist somit jetzt bei allen öffentlichen Sparkassen Gelegenheit zur sicheren Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren einschließlich Mündelvermögen gegeben. Niemand hat es mehr nötig, dieserhalb zu den privaten Banken die Zuflucht zu nehmen. In ungeheuerem Ausmaße ist von dieser Möglichkeit in ganz Deutschland auch schon Gebrauch gemacht. Wir wollen hier nur die rheinischen und westfälischen Sparkassen, für die genaue Statistiken vorliegen, herausgreifen. Es waren bereits 1920 vorhanden:

bei den rheinischen Sparkassen 273 850 Depots mit einem Effektenbestand (Nominalwert) von 651 964 000 Mark und

bei den westfälischen Sparkassen 189 853 Depots mit einem entsprechenden Bestande von 48 957 200 Mark.

In den Jahren 1921 und 1922 ist ihre Zahl noch sehr viel höher gestiegen.

Für das Depotgeschäft sind die deutschen öffentlichen Sparkassen daher jetzt als ein bedeutender Machtträger im wirtschaftlichen Leben Deutschlands anzusehen, dem der Gesetzgeber für spätere Maßnahmen unbedingt Rechnung zu tragen hat. Diese Entwicklung ist um so höher anzuschlagen, als das Depotgeschäft an sich keineswegs für die öffentlichen Sparkassen gewinnbringend ist. Wie allenthalben haben die Sparkassen aber auch hier den Nutzen im einzelnen für ihre Sparkundschaft und im ganzen für die Allgemeinheit hinter den persönlichen Vorteil gesetzt. Die Privatbanken haben dieser Betätigung der Sparkassen keinen nennenswerten Widerstand entgegengesetzt, sie haben die Betätigung sogar gern gesehen, weil sie hieraus eine vorteilhafte Entlastung für sich selber erkannten.

Anfangs waren bei den Sparkassen, wie schon dargetan, nur diebes- und feuersichere Geldschränke für die Aufbewahrung der Wertpapiere vorhanden. Als jedoch mit wachsendem Einlagebestande der Eigenbesitz der Sparkassen an Wertpapieren von Jahr zu Jahr zunahm, reichten Geldschränke zur Aufbewahrung auch der fremden Werte bald nicht mehr zu, und so ist seit etwa 1900 zu beobachten, daß die Sparkassen für die fremden Werte besondere Schränke mit vermietbaren Einzelfächern aufzustellen begannen. Bei größeren Sparkassen wurde gleich zur Herstellung besonderer Tresoranlagen (Stahlkammern) geschritten.

Der Krieg mit seiner Häufung von Kriegsanleihewerten selbst in den ganz unbemittelten Schichten der Bevölkerung und weiter ganz besonders das Zwangshinterlegungsgesetz von 1919 nötigte dann noch viele Sparkassen, diesem Beispiele zu folgen. Es darf so mit Genugtuung darauf hingewiesen werden, daß zurzeit vier Fünftel der größeren, gut die Hälfte der mittleren und eine sehr große Anzahl der kleineren Sparkassen Stahlkammern neuester Bauart besitzen.

Diese Stahlkammern bieten der Kundschaft der Sparkassen größtmögliche Sicherung der verwahrten Werte gegen Diebstahl und Feuer. Sie sind zu diesem Zwecke durch starke Panzertüren, durch Alarmvorrichtungen, Kontrollrundgänge für Wächter usw. gesichert. In den Stahlkammern werden die offenen und geschlossenen Depots der Sparer nebst den eigenen Werten der Sparkassen aufbewahrt, wobei Mäntel und Zinsscheine der Stücke stets voneinander getrennt

lagern. Die Schränke mit vermietbaren Einzelfächern bieten außerdem in ihnen Gelegenheit zur besonderen Aufbewahrung von Werten der Kunden.

Das Betreten und Benutzen der Stahlkammern ist für jedermann unter scharfe Kontrolle gestellt; kein Hinterleger von Wertpapieren kann an die Schrankfächer heran, wenn er sich vorher nicht ordnungsmäßig über seine Person ausgewiesen hat. Die Einzelfächer stehen unter Mitverschluß der Sparkasse, so daß ein Schrankfachinhaber ohne Wissen und Mithilfe der Sparkasse sein Fach nicht aufschließen kann. Die Schlösser der Mietfächer sind durch einen sinnreichen Mechanismus wieder gegen ein unbefugtes Öffnen, etwa durch den Vorbesitzer des Faches, vollkommen geschützt.

Vertragliche Abmachungen in Form der von dem Schrankfachnehmer anerkannten Bedingungen der Sparkassen für die Vermietung der Schrankfächer sichern beiden Teilen die gesetzmäßige Wahrung der beiderseitigen Verpflichtungen und Belange zu.

Die Gebühren für Benutzung der Schrankfächer sowie für die Aufbewahrung und Verwaltung der offenen und geschlossenen Depots sind bei den Sparkassen äußerst niedrig bemessen, jedenfalls bedeutend niedriger, als es bei Privatanstalten der Fall ist. Es sollen nur die Selbstkosten für die Benutzung der Stahlkammereinrichtungen erwirtschaftet werden. Die Sparkassen wollen eben auch in dieser Richtung als gemeinnützige Anstalt, die ihre Inanspruchnahme auch dem Unbemittelten ermöglicht, gelten.

Mit den technischen Einrichtungen der öffentlichen Sparkassen für die Aufbewahrung offener und geschlossener Depots haben auch die Maßnahmen, die von ihnen für die ordnungsmäßige Buchführung über die hinterlegten Werte sowie für die Verwaltung der offenen Depots getroffen sind, Schritt gehalten.

Die Sparkassen befleißigen sich einer Depotbuchführung, auf deren Vervollkommnung in Wort und Schrift, in Unterrichtskursen, bei Besprechungen der leitenden Kassenbeamten untereinander, bei Verbandsrevisionen usw. hingewirkt worden ist. Für den Nachweis der hinterlegten Werte auf Personen- und Sachenkonten — letztere sind zugleich als Nummernverzeichnis zur Kontrolle der Auslosungen ausgebaut — ist durchweg das „Lose-Blatt-System“ in Anwendung. Es hat den Vorzug besserer Übersichtlichkeit, weil es die einzelnen Karten stets in einer bestimmten Reihenfolge nach einem selbstgewählten System aufstellen läßt, ohne daß durch Zu- und Abgänge von Karten die Reihenfolge späterhin irgendwie unterbrochen werden kann. Es wird peinlich darauf gehalten — auch durch außerordentliche und ordentliche Revisionen überwacht —, daß sich Personen- und Sachenkonten miteinander in Übereinstimmung befinden.

Die Verwahrung der Wertpapiere geht unter scharfer Trennung der eigenen und fremden Wertpapiere vor sich. Wenngleich die öffentlichen Sparkassen wegen der Gemeinnützigkeit ihres Betriebes nicht als Kaufleute gelten und somit das Bankdepotgesetz vom 5. Juli 1896 „Über die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere“ auch nach behördlicher Feststellung auf sie keine Anwendung findet, haben die Sparkassen dennoch seine Bestimmungen wegen der durch sie den Eigentümern von Wertpapieren gebotenen Sicherheit ihres Besitzes auch als Richtschnur für sich gelten lassen. Die in Verwahrung übergebenen Wertpapiere werden sofort unter ordnungsmäßigen gemeinsamen Verschluß der Verwahrungsbeamten genommen, wobei Mäntel und Zinsscheine besonders gelegt werden. Vertragliche Bestimmungen, die in den „Allgemeinen Geschäftsbestimmungen über den Verkehr mit der Sparkasse“ niedergelegt und von den Hinterlegern durch Unterschrift als für sie bindend anzuerkennen sind, sichern auch hier die Rechte und Belange beiderseits. Über den Empfang der Werte wird dem Hinterleger zumeist eine einfache Bestätigung ausgestellt, die die hinterlegten Werte einzeln nach Bezeichnung, Nummern usw. aufführt und durch Zu- und Abschreibungen gemäß den Ein- und Ausgängen an Werten laufend gehalten wird. Von der Ausstellung eigentlicher Hinterlegungsscheine wird wegen der Umständlichkeit und der Kosten, die der Verlust der Scheine für die Hinterleger nach sich zieht (gerichtliches Aufgebot, Kraftloserklärung usw.), fast durchweg abgesehen.

Auf das genaueste werden von dazu bestimmten Beamten der Sparkasse die öffentlichen Bekanntmachungen über:

Verlosungen von Wertpapieren,
Fälligkeiten der Dividenden,
Ausübung der etwaigen Bezugsrechte,
Zusammenlegung, Umtausch und Einziehung von Aktien und dergl.

verfolgt, den Hinterlegern sofort bekanntgegeben und Tagebücher darüber geführt.

Kleinere Sparkassen, die nicht über genügend geschultes Personal für diese Maßnahmen verfügen, behelfen sich dabei damit, daß sie die dafür in Betracht kommenden Werte ihrer zuständigen Girozentrale übergeben, die dann ihrerseits das Erforderliche wahrnimmt und die Sparkassen von dem, was geschehen ist, sofort in Kenntnis setzt.

Alle mit der Verwaltung von Vermögen Dritter in Zusammenhang stehenden Geschäfte werden so von den öffentlichen Sparkassen auf das gewissenhafteste wahrgenommen, so daß die Belange der Hinterleger für ihre Hinterlegungen aufs beste gewahrt sind.

Das Geschäft in eigentlichen geschlossenen Depots hält sich bei den Sparkassen nur in kleinen Grenzen. Wo es reger auftritt, wird auf dieses die gleiche Sorgfalt wie au die offenen Depots verwendet.

Die Zahl der den öffentlichen Sparkassen als offenes Depot übergebenen Wertpapiere hat sich jetzt in das Ungemessene vermehrt und nimmt ständig zu. Durch die von den Sparkassen bei der Ausführung der Depotgeschäfte bewiesene Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit haben sie sich das unbegrenzte Vertrauen ihrer Kundschaft erworben, und die Sparkassen setzen ihren Stolz darein, dieses unter großen Mühen und Kosten ihnen so offensichtlich zuteil gewordene Vertrauen auch weiter durch Umsicht und Zuverlässigkeit nicht bloß zu erhalten, sondern noch zu mehren.

4. Inkasso-, Akkreditiv- und andere Geschäfte.

Von **H. Ohms**, Direktor der Zweiganstalt Hamburg der Girozentrale Hannover. Hamburg.

a) Devisengeschäfte.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Nachkriegszeit, insbesondere die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zum Auslande auf der einen Seite und der bankmäßige Ausbau der Sparkassen auf der anderen Seite, hat es mit sich gebracht, daß aus den Reihen der Kundschaft — besonders den Kontokorrentkunden — den Sparkassen auch Aufträge zum An- und Verkauf von ausländischen Zahlungsmitteln erteilt wurden.



Die Erledigung derartiger Aufträge lag sowohl im allgemeinen Interesse als auch im Interesse der Sparkassen. Eine größere Anzahl von Sparkassen hat infolgedessen — wenn auch nicht in größerem Umfange — diesen Geschäftszweig gepflegt. Die Sparkassen haben sich bei der Abwicklung derartiger Geschäfte allgemein der Girozentralen bedient.

Durch Gesetz vom 3. Februar 1922 über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln wurde der Kreis der zum Devisenhandel berechtigten Firmen und Institute beschränkt. Als Devisenbanken wurden auf Grund dieses Gesetzes nur zugelassen:

1. die Staatsbanken und die Reichsbank,
2. Banken und Bankiers, die
   a) das sogenannte Depositenannahmerecht besitzen und die zugleich
   b) im Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragen sind und
   c) soweit sie ihre Geschäftsbetriebe im Ortsbereiche einer inländischen staatlich anerkannten Fondsbörse haben, außerdem diese Fondsbörse regelmäßig besuchen oder durch ihre Vertreter besuchen lassen.

Öffentliche Sparkassen, Kreis- und Stadtbanken wurden durch diese Bestimmung vom Betreiben von Devisengeschäften ausgeschlossen, da sie, wenigstens in der Regel, nicht im Handelsregister eingetragen sind.

Der Deutsche Sparkassenverband hat durch wiederholte Vorstellungen versucht, für die Sparkassen die generelle Einbeziehung in den Kreis der Devisenbanken zu erwirken. Leider waren diese Bestrebungen erfolglos. Nur in wenigen Ausnahmefällen ist Sparkassen in Grenzgebieten das Recht zum Devisenhandel vom Reichswirtschaftsminister erteilt worden.

Bei dieser Sachlage mußten sich die Sparkassen darauf beschränken, Aufträge ihrer Kundschaft zum An- und Verkauf von Devisen an die befreundeten Girozentralen weiterzuleiten, um ihre Kunden nicht zu veranlassen, sich mit derartigen Geschäften an ein Konkurrenzinstitut zu wenden. Unverkennbar liegt hierin für die Sparkassen eine besondere Härte, um so mehr, wenn man berücksichtigt, daß selbst kleine Genossenschaften und Bankfilialen zum Devisenhandel berechtigt sind, die wohl kaum eine solche Gewähr für die Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen über den Devisenhandel bieten wie die öffentlichen Sparkassen. Es ist daher nur zu wünschen, daß in absehbarer Zeit eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen eintritt.

b) Inkassogeschäft.

Während des Krieges, noch mehr nach Kriegsende, haben sich die Zahlungssitten in Handel und Industrie gegenüber der Vorkriegszeit erheblich geändert.

Neben anderen Ursachen haben Geldentwertung, Geldknappheit und unsichere Verhältnisse dahin geführt, daß man von der früher üblichen Einräumung eines Zieles von einem Monat bis drei Monaten für Warenlieferungen abgekommen ist. In vielen Fällen verlangt vielmehr der Lieferant Zahlung bei Lieferung der Waren, und zwar gegen Vorzeigung eines Duplikatfrachtbriefes oder sonstiger Verladedokumente. Es sind dies Sicherungsmaßnahmen, die bereits früher im Überseewarenhandel üblich waren und sich infolge der vorerwähnten Ursachen mehr und mehr im inländischen Verkehr eingebürgert haben.

Das Einzugsgeschäft wickelt sich so ab, daß der Lieferant der Waren die Dokumente seiner Bank zum Einzug übergibt und diese die Dokumente an eine ihr befreundete Bank am Platze des Warenempfängers zwecks Präsentation und Einzug des Betrages übermittelt. Nachdem die öffentlichen Sparkassen durch Einführung des Kontokorrentverkehrs auch eine immer enger werdende Fühlung mit Industrie- und Handelsfirmen erlangt haben, werden sie auch von diesen Kreisen mit Einzugsgeschäften betraut. Der Umstand, daß fast an jedem größeren Ort eine öffentliche Sparkasse vorhanden ist, erleichtert den öffentlichen Banken und Sparkassen sehr das Einzugsgeschäft. Auch die Tatsache, daß an den wichtigsten Handelsplätzen, vor allen Dingen den Hafenplätzen, Girozentralen vertreten sind, die zu den maßgebenden Import- und Großhandelsfirmen Beziehungen unterhalten, hat es mit sich gebracht, daß das Einzugsgeschäft der öffentlichen Sparkassen, Banken und Girozentralen in den letzten Jahren besonders rege geworden ist.

Dieser Geschäftszweig bietet den Sparkassen die Möglichkeit, angemessene Provisionsgewinne zu erzielen und außerdem die Verbindung mit ihrer Kundschaft auszugestalten. Bei sachgemäßer, pünktlicher Behandlung derartiger Geschäfte ist zu erwarten, daß Handel und Industrie mehr und mehr sich auch für derartige Geschäfte öffentlicher Sparkassen und Banken bedienen werden.

Mit diesem Inkassogeschäft ist bei den Banken oft eine Kreditgewährung an den Warenlieferanten (Bevorschussung der Dokumente) verbunden. Für die Sparkassen kommen derartige Kredite bislang infolge der einschränkenden statutarischen Bestimmungen für die Einräumung von Krediten nicht in Frage.

c) Akkreditivgeschäft.

Unter „Akkreditiv" versteht man die Eröffnung eines Kredites bei einer Bank, auf Grund dessen der Begünstigte Zahlungen bis zu einer gewissen Höhe unter bestimmten Voraussetzungen erhält.

Zahlungen erfolgen in der Regel gegen Einlieferung von Dokumenten (Frachtbriefen, Konnossementen, Lagerscheinen). Die auszahlende, d. h. die angewiesene Bank belastet die akkreditierende Bank, diese belastet ihren Auftraggeber für die abgehobenen Beträge einschließlich Spesen und Provision.

Auch bei den öffentlichen Sparkassen werden derartige Akkreditive von anderen Banken gestellt; ebenso nehmen Sparkassen Aufträge ihrer Kunden entgegen, um bei anderen Sparkassen oder Banken Akkreditive zu stellen. Die Sparkasse übernimmt einen solchen Auftrag natürlich nur dann, wenn der Gegenwert für die betreffende Summe auf dem Konto des Auftraggebers vorhanden oder, was weitaus öfters der Fall sein wird, dieser in irgendeiner Weise sichergestellt ist.

Derartige Akkreditive erfordern eine genaue Kenntnis seitens des ausführenden Beamten mit allen für das Akkreditivgeschäft in Frage kommenden Rechtsfragen und Usancen. Eine unsachgemäße Behandlung derartiger Geschäfte kann sehr leicht zu Regreßansprüchen gegen die Sparkasse führen.

Man hat aber die Beobachtung gemacht, daß manche Sparkassen auch diesen schwierigen Fragen durchaus gewachsen sind und Akkreditivstellungen in bester Weise zur Abwicklung gebracht haben.

Auch auf diesem Gebiet wird sich durch intensive Arbeit den Sparkassen für die Zukunft im Zusammenarbeiten mit den Girozentralen manch lohnende Geschäftsmöglichkeit bieten. Die enge Verbindung zwischen Sparkassen und Girozentralen kommt dabei zur Geltung.



d) Reisekreditbriefe.

Im Jahre 1919 wurde vom Deutschen Zentralgiroverband mit dem Deutschen Sparkassenverband eine Einrichtung ins Leben gerufen, die bereits in weitesten Kreisen Eingang gefunden hat, nämlich die Ausgabe von Reisekreditbriefen.

Die Ausgabe von Kreditbriefen ist eine jahrhundertalte Institution. Sie wurde vor dem Kriege von den Banken, im geringeren Umfang auch von der Post gepflegt. Während früher Kreditbriefe im allgemeinen nur im zwischenländischen Zahlungsverkehr üblich waren, bedient man sich ihrer heute auch im inländischen Verkehr.

Man unterscheidet einfache und Zirkularkreditbriefe, je nachdem ob eine bezw. mehrere Zahlstellen im Kreditbrief namentlich aufgeführt sind oder der Kreditbrief bei einer so großen Anzahl von Zahlstellen zahlbar ist, daß bei Ausstellung ein besonders gedrucktes Zahlstellenverzeichnis beigefügt ist. Das letztere ist bei den Sparkassen-Reisekreditbriefen (abgekürzt: Rob = Reise ohne Bargeld) der Fall.

Sämtliche deutschen Girozentralen sowie die weitaus überwiegende Mehrheit der Sparkassen, Girokassen und kommunalen Banken haben sich bereit erklärt, als Zahlstelle für Reisekreditbriefe zu dienen, und nur wenige ganz kleine Kassen stehen noch abseits, so daß für den Sparkassen-Reisekreditbrief in Deutschland etwa 3000 Zahlstellen zur Verfügung stehen, ein Zahlstellennetz, das von keiner Bank erreicht wird. In allen bedeutenden Kur- und Badeorten, auch wo Sparkassen nicht bestehen, sind Einlösungsmöglichkeiten geschaffen.

Der Reisekreditbrief lautet auf eine bestimmte Summe, deren Höhe der Geldentwertung entsprechend in gewissen Zeitabständen neu festgesetzt wird. Er berechtigt den Inhaber, der nicht notwendig Kunde der Sparkasse zu sein braucht, diese Summe oder Teilbeträge davon bei allen dem Verkehr angeschlossenen Sparkassen, Girozentralen und Kommunalbanken abzuheben. Bis zu diesem Zeitpunkt wird die nicht abgehobene Summe verzinst, im Gegensatz zu den Grundsätzen der Post und Banken. Dem Inhaber eines Sparkassen-Reisekreditbriefes ist somit die Möglichkeit geboten, längere Reisen zu unternehmen, ohne größere Summen Bargeldes bei sich zu tragen, die der Gefahr des Verlustes ausgesetzt sind.

Eine mißbräuchliche Benutzung des Reisekreditbriefes im Falle eines Verlustes liegt sehr fern, da eine Auszahlung nur gegen Paß bezw. Ausweiskarte, die von der dem Reisekreditbrief ausgebenden Stelle auf Wunsch ausgestellt wird und mit Lichtbild versehen ist, erfolgt.

Die Gebühren für die Auszahlung sind äußerst gering. Die Einrichtung hat infolge ihrer Vorzüge in kurzer Zeit viel Anhänger gefunden, und die Zahl der ausgehenden Reisekreditbriefe bewegt sich in stark steigender Richtung.

e) Girozentralen-Zirkularkreditbriefe.

Einen weiteren Fortschritt auf dem Wege zur bankmäßigen Entwicklung der Sparkassen bedeutet die Beteiligung an der Ausgabe von Weltkreditbriefen. Wenn auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen das deutsche Publikum von größeren Vergnügungs- und Erholungsreisen ins Ausland im allgemeinen absehen muß, werden doch zur Anbahnung neuer geschäftlicher Beziehungen bezw. zur Wiederanknüpfung von durch den Weltkrieg zerrissenen alten Verbindungen häufig Auslandsreisen erforderlich. Es leuchtet ein, daß es für die Sparkassen ein großer Vorteil ist, wenn sie ihrer Kundschaft Weltreisekreditbriefe besorgen können, die früher nur von einigen führenden Großbanken ausgestellt wurden. Daß die Girozentralen den Sparkassen die Möglichkeit bieten, derartige Kreditbriefe schnell und zu vorteilhaften Bedingungen zu beziehen, kann als ein neues Bindeglied zwischen Girozentralen und Sparkassen zwecks gegenseitig nutzbringender gemeinsamer Ausführung bankgeschäftlicher Transaktionen angesehen werden.

Der Deutsche Zentralgiroverband gibt seit einiger Zeit Weltkreditbriefe aus, die an den Brennpunkten des Weltverkehrs im Auslande ohne besonderes Avis eingelöst werden. Von dieser Einrichtung wird seitens der Sparkassen bereits seit Anfang dieses Jahres in steigendem Umfange Gebrauch gemacht. Als Ausgabe- und Remboursstelle für die einzelnen Länder dienen die folgenden Girozentralen:

1. Badische Girozentrale in Mannheim für die Schweiz, Frankreich und Elsaß-Lothringen,
2. Kommunalbank für Schlesien in Breslau für die Tschechoslowakei und Polen,
3. Girozentrale für Ost- und Westpreußen in Königsberg für Rußland, Finnland und die baltischen Randstaaten,
4. Zweiganstalt Hamburg der Girozentrale Hannover für das gesamte übrige Ausland.

Diese Kreditbriefe müssen von Fall zu Fall seitens der Sparkassen durch Vermittlung der Girozentrale, der sie angeschlossen sind, bei den für die betreffenden Länder zuständigen Girozentralen telegraphisch, telephonisch oder brieflich angefordert werden. Bei Anforderung sind der ausstellenden Girozentrale der Betrag, die Dauer, der Name des Begünstigten und die Länder zu bezeichnen, die für den gewünschten Kreditbrief in Frage kommen.

Da die ausstellende Girozentrale sich bei Ausgabe des Kreditbriefes für den vollen Betrag der in Betracht kommenden ausländischen Währung eindecken muß, ist den bestellenden Kunden gegenüber ein entsprechender Gegenwert abzufordern bezw. vor Aushändigung des Kreditbriefes volle Zahlung des von der ausstellenden Girozentrale in Rechnuug gestellten Gegenwertes, einschließlich Provision und Ausschreibegebühr, zu fordern.

Die im Auslande entstehenden Spesen sind gemäß dem Wortlaut des Kreditbriefes den Kreditbriefinhabern bei Abhebung jeweils in Abzug zu bringen Infolgedessen ist im allgemeinen mit einer späteren Nachbelastung von Auslandsspesen nicht zu rechnen.

Zweifelsohne ist dieses ein Geschäftszweig, der sich nach Wiedereintritt normaler Verhältnisse im internationalen Wirtschaftsleben bei geschickter beharrlicher Propaganda zu einer stetig wachsenden Einnahmequelle für die Sparkassen ausgestalten läßt und deren Bedeutung auch im internationalen Zahlungsverkehr zur Geltung bringt.

Teil V.
Geschäftspolitik.

1. Die Mittel zur Hebung des Sparverkehrs.

Von Dr. **Hetzer,** Stadtrat. Frankfurt a./M.

Der Sparverkehr ist der gesamte Geschäftsverkehr der Sparkassen und ihrer Kunden mit allen Momenten, die ihn fördernd oder hemmend beeinflussen.

Die Wurzel des Sparverkehrs liegt im Spartrieb, der sich in den verschiedensten Formen betätigen kann. Zwischen Geiz und Verschwendung liegt ein weites Betätigungsfeld. Geld hamstern, Vorräte aller Art aufspeichern, Geld zur Sparkasse bringen entspringt demselben Spartriebe. Das Interesse der einzelnen und das der Allgemeinheit können sich hierbei widersprechen. Die Gesundheit der Volkswirtschaft hängt aber davon ab, daß sie miteinander in Einklang stehen. Dieser Einklang ist vorhanden, wenn die Voraussetzungen für eine vernünftige Betätigung des Spartriebes gegeben sind und der Sparer sein Geld den Sparkassen und Banken zur Verwaltung anvertraut und dabei sein Interesse findet. Denn er wird immer geneigt sein, das eigene Interesse dem der Allgemeinheit voranzustellen. Der Sparsinn kann sich nur äußern, wenn das Sparen Sinn hat.

Der Zustand unserer Wirtschaft und Währung ist so, daß bei dem unlöslichen Zusammenhang dieser Faktoren mit dem Sparverkehr heute erst die Grundlagen für einen vernünftigen Sparverkehr wieder geschaffen werden müssen. Es ist daher viel weniger von den Mitteln zur H e b u n g als vielmehr von denen zum W i e d e r a u f b a u des Sparverkehrs zu reden.

Sparsinn und Spartrieb sind Arbeitsgeist und verständige wirtschaftliche Überlegung bei allen Ausgaben des täglichen Bedarfs mit dem Ziel einer gewissen Unabhängigkeit von Dritten und vom Staate selbst. Es handelt sich letzten Endes bei der Einzelwirtschaft wie bei der Wirtschaft des Staates um Steigerung der Einnahmen durch produktive Arbeit und Verringerung der Ausgaben bezw. Bemessung der Ausgaben nach den Einnahmen. Die Folge sparsamer Wirtschaftsführung ist die Ersparnis an Verbrauchsgütern und Kapitalbildung, Stärkung der Einzelwirtschaft und damit der Staatswirtschaft, deren Kraft auf dem Wohlstand der Einzelwirtschaften beruht.

Die Förderung des Sparsinns und damit des Sparverkehrs liegt im Interesse des Staates und der mit staatlichen Aufgaben betrauten öffentlichen Verbände. Es ist also ihre vornehmste Pflicht, alle Maßnahmen zur Hebung des Sparverkehrs zu fördern und alle Hemmungen zu beseitigen.

In dem Maße, wie dies geschieht, werden die Sammlung der zerstreuten Kapitalien, die Konzentration und Veredelung des Kapitals durch die gemeinnützigen Sparkassen gesteigert. Die Tätigkeit der Sparkassen in ihrer Hilfe den wirtschaftlich Schwächeren gegenüber ist Dienst an der Allgemeinheit im öffentlichen Interesse, also praktischer Sozialismus.

Daraus ergibt sich, daß die unter Staats- und Kommunalaufsicht stehenden Sparkassen eine besonders geartete sozialwirtschaftliche Aufgabe haben und eine eigenartige Sonderstellung innerhalb der Volkswirtschaft einnehmen. Das ethisch-soziale Moment steht so im Vordergrund und beherrscht und durchdringt die Geschäftsgebarung so stark, daß nach der inneren Wesensart einer gemeinnützigen Sparkasse ein Vergleich mit einem kaufmännisch-gewerblichen Unternehmen nicht übrigbleibt, mag auch in den äußeren, von den Gesetzen wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit beherrschten Zügen Ähnlichkeit bestehen. Dieser Wesenszug ist auch in einer Zeit vorhanden, in der die gemeinnützigen Sparkassen bei ihrem Ringen um die Erhaltung ihrer Lebensfähigkeit die Rentabilität ihres Betriebes ganz anders betonen müssen als früher. Der Existenzkampf mit seinen Gründen und Äußerungen beweist sogar gerade ihre Gemeinnützigkeit.

Die Frage nach den Mitteln zur Hebung des Sparverkehrs ist eine besonders schwierige in einer Zeit, in der durch das Elend der dauernd schlechter gewordenen Reichsmarkwährung das Sparen im früheren Sinn als Unsinn erscheint. Sparsinn und Spartrieb sind nicht erstorben. Sie suchen, da die alten Wege der Betätigung ungangbar erscheinen, andere Wege, auf denen nicht die Gefahr der Enteignung durch Wertschwund oder steuerliche Konfiskation drohen. Der Sparverkehr ist durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch und das Währungselend vor so völlig neue Fragen gestellt, daß mit den unter normalen Verhältnissen gegebenen Mitteln nicht geholfen werden kann.

Der Wiederaufbau muß von Grund aus erfolgen. Die Möglichkeiten ergeben sich aus den Gründen, die a priori für die Lebensberechtigung und Lebensfähigkeit gemeinnütziger Sparkassen sprechen, die ihre Entstehung veranlaßt und ihre weitere Entwicklung beeinflußt haben. Wenn Armut und das Bestreben nach Schutz vor Verarmung zur Gründung der Sparkassen geführt haben, welche Zeit wäre dann mehr dazu berufen, Sparkassen und Sparverkehr zu fördern, als die heutige mit der grenzenlosen Verarmung des Volkes und des Staates, die dem tiefer Blickenden durch trügerischen Billionenrausch nicht verhüllt wird!

Die Erkenntnis von der ungeheuren Verarmung ist noch keineswegs Allgemeingut des deutschen Volkes. Die Erkenntnis wird kommen, wenn in steigendem Maße in Goldwährung gedacht und gerechnet wird. Darum ist die erste Voraussetzung der Sparsamkeit die Erkenntnis der Verarmung und der sich aus dieser Erkenntnis ergebende Entschluß zu Arbeitsamkeit und Sparsamkeit. Armut und Sparsamkeit sind Geschwister. Der Haushalt des Staates und der Einzelwirtschaft müssen unter dieser Erkenntnis stehen, und es muß der Mut dazu gefunden werden, die Konsequenz aus dieser Erkenntnis zu ziehen.

Alle öffentlichen Institutionen, die berufen sind, an der Erziehung des Volkes zu arbeiten, namentlich die Schulen, müssen die Tatsache der Verarmung und der richtigen Wege zur Förderung des Sparverkehrs in aller Klarheit und mit rückhaltloser Offenheit erörtern und feststellen. Die Erziehung zu der Erkenntnis von der Verarmung und der Notwendigkeit der Arbeitsamkeit und Sparsamkeit ist die erste Voraussetzung für einen Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft.

Für die Frage nach den Mitteln muß das Interesse des Sparers in erster Linie maßgebend sein, nicht das Interesse von Staat, Kommunalverbänden oder Sparkassen. Ein das Interesse des einzelnen fördernder Sparverkehr fördert ohne weiteres auch die Interessen des Staates, der Gemeinden und Sparkassen. Daraus ergibt sich, daß nur solche Maßnahmen in Frage kommen, die den eigentlichen Hauptzweck der Sparkassen fördern, und daß

keine Nebenzwecke von Staat oder Gemeinden verfolgt werden dürfen, die den Hauptzweck hemmen könnten.

Da der Sparverkehr im öffentlichen Interesse liegt, so ist es Pflicht des Staates und der öffentlichen Verbände, gemeinnützige Sparkassen einzurichten und selbst mit finanziellen Opfern zu fördern, nicht aber finanziell-egoistische Nebenzwecke zu verfolgen.

Aus der Pflicht zur Gründung und Erhaltung gemeinnütziger Sparkassen ergibt sich die Pflicht zur Gewährleistung von Staat oder Kommunalverbänden für die Verpflichtungen von Sparkassen ihren Sparern gegenüber ohne weiteres. Die Gemeinden sollten ihre Sparkassen unter keinem anderen Gesichtspunkt beurteilen und behandeln wie Schulen oder andere gemeinnützige Anstalten und höchstens einen Verwaltungskostenbeitrag, aber keine dauernden Überschüsse, wenn auch nur für gemeinnützige Zwecke, fordern. Die Entwicklung und das Schicksal der gemeinnützigen Sparkassen während des letzten Jahrhunderts haben klar gezeigt, daß das Wort auch für die Sparkassen Geltung hat: „Niemand kann zween Herren dienen."

Die Forderung des Staates an die gemeinnützigen Sparkassen, neben der Erfüllung ihrer eigentlichen und alleinigen Aufgabe der Förderung des Sparsinns den Kurs der Staatsanleihen zu stützen durch einen dauernden Mindestbesitz an Staatsanleihen und, wie kaufmännisch-gewerbliche Unternehmungen, Steuerlasten mitzutragen, die Forderung der Gemeinden auf Ablieferung dauernder Überschüsse und auf Hergabe billigen Geldes für kommunale Zwecke lassen sich aus dem Wesen der Sparkassen nicht begründen und haben sich in schweren Zeiten geradezu als verhängnisvoll erwiesen. Mit den Gesichtspunkten der Liquidität und namentlich des Privilegs der Mündelsicherheit läßt sich die Forderung des Staates, wie seinerzeit während der mannigfachen Kommissions- und Plenarberatungen des Sparkassengesetzes vom 8. Mai 1913 von den verschiedensten Seiten hervorgehoben wurde, nicht rechtfertigen. Der Anspruch der Kommunalverbände auf Überschüsse rechtfertigt sich nicht aus ihrer Garantie. Sie belohnt sich hinlänglich durch die Gemeinnützigkeit der Sparkassen und wird praktisch bedeutungslos bei Ansammlung entsprechend hoher, auch in schwierigen Finanzverhältnissen ausreichenden Sicherheitsrücklagen. Erst nach Erfüllung dieser Bedingung kann gegebenenfalls den Gemeinden ein gewisses Anrecht auf die Zinsen der ausreichend zu bemessenden Sicherheitsrücklagen (mindestens 10 %) zugestanden werden.

Auch dann empfiehlt es sich aber, aus den Zinsen der Sicherheitsrücklagen einen Garantiefonds bei den Gemeinden zu bilden, der in erster Linie für Fehlbeträge in der Sparkassenverwaltung reserviert bleiben sollte, und dessen Zinsen lediglich für gemeinnützige Zwecke Verwendung finden dürften.

Nimmt im übrigen eine Gemeinde die freien Mittel ihrer Sparkasse für ihren Haushalt in Anspruch, so hat sie einen der Geldmarktlage entsprechenden Zinsfuß zu gewähren und nicht erheblich darunter zu bleiben. Die satzungsgemäße Gewährleistung der Kommunalverbände ist eine schöne Geste, wenn im Falle derartiger Unterbilanzen der Fehlbetrag als Aktivforderung in der Bilanz der Sparkasse gegen den kommunalen Garantieverband als dasselbe Rechtssubjekt erscheint und der Fehlbetrag nicht tatsächlich ausgeglichen wird.

Eine andere Auffassung der Gemeinden ihren Sparkassen gegenüber ist unbillig und schädigt die gemeinnützige Aufgabe der Sparkassen und letzten Endes die der Gemeinden selber.

In einer Zeit, in der so oft von der Sozialisierung der mit den Interessen der Allgemeinheit eng verknüpften Betriebe gesprochen wird, stelle man nur einmal die Erwägung an, welche Entwicklung die gemeinnützigen Sparkassen im Laufe des letzten Jahrhunderts genommen hätten, wenn stets nur nach den oben aufgestellten Gesichtspunkten verfahren worden wäre. Die Folgen des unglücklichen großen Krieges hätten die Sparkassen bei weitem nicht so schwer getroffen, abgesehen davon, daß die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit des ganzen Volkes eine viel stärkere gewesen wäre. Der Ausbau der gemeinnützigen Sparkassen durch Verwendung etwaiger Betriebsgewinne lediglich im Sinne ihrer gemeinnützigen Aufgabe, die Beteiligung des Sparers an etwaigen Überschüssen der Sparkasse durch einen möglichst hohen Zinsfuß als Belohnung für Spartreue hätte die weitesten Volkskreise den Sparkassen zugeführt und letzteren damit eine Kapitalkraft unter öffentlicher Kontrolle gegeben, die nur zum allergrößten Segen für die Allgemeinheit werden konnte.

Die Aufgabe der gemeinnützigen Sparkassen umfaßt alle Maßnahmen, die der Förderung des Sparverkehrs irgendwie dienen können. Sie beschränkt sich nicht etwa nur auf die Annahme von Spargeldern und Verwaltung des Sparkapitals. Schon eine Reihe von Satzungen der ältesten Sparkassen sehen die Möglichkeit vor, für Spareinlagen in bestimmter Höhe Staats- oder Kommunalanleihen für den Sparer zu erwerben und in Verwahrung und Verwaltung zu nehmen. Ebenso ist die Pflege des Personalkredits eine uralte, von den staatlichen Aufsichtsinstanzen immer wieder betonte Aufgabe der gemeinnützigen Sparkassen. Es liegt im Sinne einer konsequenten Durchführung der allgemeinen sozialen Sparkassenaufgabe, alle Betätigungsmöglichkeiten in den Geschäftsbereich einzubeziehen, welche der Hauptaufgabe irgendwie dienlich sein können. Der Sparer sucht heute bei seiner Sparkasse eine möglichst sichere Verwaltung seines gesamten Vermögens und namentlich die Vergrößerung seines Sparkapitals durch einen möglichst hohen Zinsfuß.

Wertschwund des Sparkapitals durch Geldentwertung oder durch steuerliche Konfiskation vernichten jeden Sparverkehr. Kein Sparer vertraut der Sparkasse sein Kapital an, weil diese etwa gewisse Überschüsse der Allgemeinheit zur Verfügung stellt. Solche Opfer will der Sparer allenfalls durch Steuern, aber nicht durch einen niedrigen Sparzinsfuß bringen.

Nach den vorerörterten Gesichtspunkten sollte sich die Stellung des Staates und der Gemeinde zu der Frage des Sparverkehrs richten, wenn ihnen an der wahrhaften Förderung im Interesse der Allgemeinheit gelegen ist.

Es ergeben sich für den Staat als Aufsichtsbehörde und Steuerobrigkeit namentlich folgende Pflichten:

1. Über die Grundfragen des Sparkassenwesens und namentlich über die bedeutungsvollsten wirtschaftlichen und juristischen Fragen sollten die Organe der staatlichen Aufsichtsbehörden und der Steuerverwaltung einheitlicher Auffassung sein.

2. Die allgemeine Staatsaufsicht darf bei möglichster Freiheit der Verwaltung der Sparkassen nach den oben festgestellten Gesichtspunkten nur so weit gehen, daß im Einvernehmen mit der berufsmäßigen Vertretung der Sparkassen allgemeine Normen festgelegt werden und nur bei normwidriger Entwicklung zur Verhütung oder Abstellung von Mißständen eingegriffen wird.

3. Die Staatsaufsichtsinstanzen müssen die Tätigkeit der auf dem Boden der Selbstverwaltung eingerichteten Sparkassenrevisionsverbände als Vertrauensorgane nach Möglichkeit heben.

4. Der Begriff der Mündelsicherheit ist einer Revision zu unterziehen, und die Anerkennung der Mündelsicherheit ist nicht davon abhängig zu machen, daß die Sparkassen gesetzlich verpflichtet werden, dauernd einen bestimmten Teil ihrer Vermögensbestände in Reichs- und Staatsanleihen anzulegen.

Das Zwangsanlagegesetz vom 23. Dezember 1912, das in erster Linie zur Sicherung der Liquidität der Sparkassen dienen sollte, bedarf dringend einer Revision und Änderung.

5. Der richtige Gedanke des Betriebsrätegesetzes, daß über den Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern stets das



Gesamtbetriebsinteresse zu stehen hat, gilt auch für den Gesamtbetrieb der ganzen Volkswirtschaft im Haushalt des Staates.

Die Autorität des Staates und aller seiner Organe muß so gestärkt werden, daß nicht mehr lediglich der Tarifgedanke das A und O aller Wirtschaftsweisheit im Interesse der Arbeitnehmer ist, sondern daß stets die Rücksicht auf das Gesamtinteresse vorgeht. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen die Frage der wirtschaftlichen Möglichkeit des Achtstundentages, die Frage seiner verschiedenartigen Anwendung auf die verschieden gearteten Betriebe, die Frage der Steigerung der Produktion und der Arbeitsleistung neu geprüft und beantwortet werden.

6. Da die Volkswirtschaft entwicklungsgeschichtlich der Geldwirtschaft vorausgeht und eine gesunde Geldwirtschaft nur auf dem Boden einer gesunden Volkswirtschaft möglich ist, so sind bei den Fragen nach den Maßnahmen zur Gesundung der Geldwährung die wirtschaftlichen Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsleistung in der gesamten Volkswirtschaft und in allen produktiven Betrieben im engeren und weiteren Sinne in den Vordergrund zu stellen.

Die finanziellen Lasten aus dem Friedensvertrag von Versailles, die sich für den einzelnen in gesteigerten Steuerlasten äußern müssen, können, abgesehen von der Frage der endgültigen Feststellung der Lasten, nur getragen werden, wenn die Leistungskraft der Einzelwirtschaft durch geeignete Maßnahmen gehoben wird. Das wichtigste Mittel ist Steigerung der Arbeitsleistung ohne Rücksicht auf das Schema des Achtstundentages, d. h. Förderung der Erkenntnis zur Arbeitspflicht der Allgemeinheit gegenüber.

7. Als wichtige Maßnahme zur Förderung des Sparverkehrs kommt in Betracht die Schaffung von Einrichtungen zur Kapitalsanlage in wertbeständigen oder besser wertschwankungsbegrenzten Anlagen. Wegen der bisher herausgegebenen verschiedenen Anlagen sei nur hier auf den Aufsatz „Wertbeständige Anlagemöglichkeiten" in Nr. 1099 der „Sparkasse" vom 11. April 1923 verwiesen.

Die bedeutungsvollste Anlagemöglichkeit für Sparkassen und ihre Kunden ist zweifellos die Reichsdollarschatzanleihe.[1])

Ein abschließendes Urteil über die wertbeständigen Anlagen ist schwierig, weil bei ihnen verschiedene Ziele verfolgt werden. Zunächst ist der relative Wert der Anleihen ein verschiedener, weil er bei den auf Gold abgestellten Anleihen auf dem Außenwert, bei den auf Sachwerten abgestellten Anleihen auf der Inlandskaufkraft der Mark beruht. Darum hat der Staat, der eine ins Ungemessene gehende Steigerung der Devisen im Interesse einer Stabilisierung der Reichsmarkwährung zu verhindern suchen muß, auf der anderen Seite kein Interesse daran, daß durch eine überstürzte Flucht aus der bestehenden Reichsmarkwährung in die Goldwährung erstere noch mehr verschlechtert wird. Der Staat wird darum eine gesetzgeberische Normierung der Bestrebungen nach wertbeständigen Anlagen erwägen müssen.

Bei dem Bedürfnis des Publikums nach wertbeständigen Anlagen haben stark die dauernd steigende Verschlechterung der Währung und der Wunsch bei den wertbeständigen Anleihen, wie bei anderen Effekten, Kursgewinne herauszunehmen, mitgespielt. Bei einer gewissen Stabilisierung oder gar Besserung der Reichsmarkwährung wird das Interesse an dem Erwerb wertbeständiger Anlagen geringer sein.

Nach dem geringen Zeichnungsergebnis der Dollarschatzanweisungen ist die Höhe ihrer Kursbewertung an der Börse noch ungewiß.

Tritt man endlich der oben dargelegten Ansicht bei, daß der Wiederaufbau der Volkswirtschaft die erste Voraussetzung für eine Gesundung der Währung ist, so wird man jedenfalls in den wertbeständigen Anlagemöglichkeiten kein Allheilmittel für das Valutaelend erblicken können.

Trotzdem ist namentlich die Goldschatzanleihe des Staates als ein bemerkenswerter Beginn vorsichtig einsetzender Stabilisierungsmaßnahmen anzusehen, an denen sich auch die gemeinnützigen Sparkassen in maßvoller Weise beteiligen müssen.

Wegen der Durchführung der Maßnahmen sei hier auf das gemeinsame Rundschreiben des Deutschen Sparkassenverbandes und des Deutschen Zentralgiroverbandes, betreffend Errichtung von Goldsparkonten, und den entsprechenden Erlaß des Preußischen Ministeriums des Innern vom 4. April 1923 in Nr. 1099 der „Sparkasse" vom 11. April 1923 hingewiesen.

8. Der Staat als Steuerobrigkeit kann zu den gemeinnützigen Sparkassen keine andere Stellung einnehmen wie der Staat als Aufsichtsinstanz. Er kann mit Recht daran interessiert sein, daß die Sparkassen in ihrer ganzen Geschäftsgebarung von rein gemeinnützigen Gesichtspunkten geleitet werden, aber er sollte auf die Erhebung von Steuern auf Einkommen wie Vermögen gemeinnütziger Sparkassen völlig verzichten, weil es widersinnig erscheint, den der Allgemeinheit im Sparerkreis zugute kommenden Überschuß durch Steuern für die Allgemeinheit zu schmälern. In der gesetzlichen Verpflichtung der Sparkassen, ihre unter öffentlicher Kontrolle sich ergebenden Überschüsse der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen, und in der nebenhergehenden Besteuerung von Einkommen liegt eine ungerechtfertigte Doppelbesteuerung, die Staat und Sparkassen ganz unnötige Verwaltungskosten verursacht. Der Widersinn einer solchen Doppelbesteuerung tritt besonders hervor, wenn die Steuerobrigkeit mit der einen Hand von den Sparkassen Steuern erhebt, mit der anderen Hand ihnen als notleidenden gemeinnützigen, nichtwerbenden Betrieben Besoldungszuschüsse gewährt.

Mit dem Verzicht auf Besteuerung würde auch die unhaltbare Unterscheidung zwischen sparkasseneigenen und sparkassenfremden Geschäften verschwinden. Sparkassenfremde Geschäfte sind tatsächlich nur solche Geschäfte, die sich nicht aus der Entwicklung der Grundaufgabe der Sparkassen zwangsläufig mit gesetzlicher Sanktion ergeben.

9. Die völlige Aufhebung des Depotzwanges und die Wiedereinführung des völligen Spargeheimnisses, die auf Grund der Bestrebungen von Sparkassen und Banken nunmehr durch Artikel VII § 1 des Gesetzes über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen vom 20. März 1923 in beschränktem Umfange durchgeführt sind, ist nach den Erfahrungen in Österreich auch in Deutschland im Interesse der Förderung des Sparverkehrs dringend geboten.

Dem Steuerfiskus bleiben, wenn er sich von unnötigem Verwaltungsballast befreit, genügend Rechte und Möglichkeiten, um in den wirklich praktisch bedeutungsvollen Fällen die fiskalischen Interessen zu wahren. Die Erfahrung hat, wie in Österreich, gezeigt, daß gerade die Einführung des Depotzwanges und die Aufhebung des Bankgeheimnisses in außerordentlichem Maße dazu beigetragen haben, den Zufluß an Geldern zu Sparkassen und Banken abzudrosseln und der Volkswirtschaft gerade in schweren Zeiten die notwendigen Kapitalien zu entziehen. Die rein steuerlichen Nachteile für den Staat aus der Wiederherstellung des früheren Zustandes dürften die großen Vorteile nicht aufwiegen, welche sich für die allgemeine Volkswirtschaft durch Erleichterung der Kapitalkonzentration infolge gänzlicher Aufhebung des Depotzwanges und Wiedereinführung des vollen Bankgeheimnisses ergeben. Leider hat es in Deutschland viel zu lange gedauert, bis man an die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses und die Wiederaufhebung des Depotzwanges wenigstens für festverzinsliche und Dividendenpapiere herangegangen ist. Die jahrelang geforderten und den Steuerämtern eingereichten Kundenverzeich-

[1]) von Mitte August 1923 ab die wertbeständige Goldanleihe des Deutschen Reiches.

nisse haben das Vertrauen zu den Sparkassen und zum Staat schwer erschüttert.

10. Das langsam wiederkehrende Vertrauen der Sparerkreise und damit der Sparverkehr werden wesentlich gefördert werden durch Erweiterung der Einkommensteuerfreiheit auf gesperrte Spareinlagen (vergl. Aufsatz „Sparen und Steuern“ von Bürgermeister Dr. Bucerius (Hannover) in Nr. 1022 der „Sparkasse“ vom 14. Oktober und Nr. 1023 vom 26. Oktober sowie Nr. 1024 vom 2. November 1922).

Die für 1923 mit 48 000 Mark für einen steuerpflichtigen Sparer festgesetzte Summe reicht bei größerer Familie nicht aus. Die Einkommensteuerfreiheit muß bis zur Höhe einer angemessenen Gesamtsumme, die sich nach der Zahl der nicht steuerpflichtigen Familienmitglieder richtet, ausgedehnt werden und die Verteilung auf die einzelnen Familienmitglieder zulassen. Das erscheint nicht unbillig, wenn man erwägt, daß selbst bei großen Sparkassen früher der Hauptprozentsatz der Spareinlagen die kleineren Beträge bis 100 Goldmark umfaßte. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß die Zinsen aus diesen früher den Sparkassen anvertrauten Spargeldern und nicht einmal diese selbst (100 Goldmark = 500 000 Papiermark)[1]) nur in sehr beschränktem Maße steuerlich erfaßt wurden, ohne daß dem Staate hieraus ein wesentlicher Nachteil erwachsen ist.

Der Wiederaufbau und die Förderung des Sparverkehrs werden ferner wesentlich von der Stellung der Kommunalverbände ihren Sparkassen gegenüber abhängen. Die Kommunalverbände werden sich hierbei von folgenden Gesichtspunkten leiten lassen müssen:

1. Die Stellung der Kommunalverbände muß wie die des Staates den Sparkassen gegenüber eine von eigenen Finanzinteressen völlig unbeeinflußte sein, um die Entwicklungskraft der Sparkassen aus sich heraus zur Erfüllung ihrer gemeinnützigen Aufgabe nach Möglichkeit zu steigern.

2. Die Kommunalverbände müssen der besonderen Eigenart der in ihrer Verwaltung stehenden Sparkassen dadurch Rechnung tragen, daß sie ihnen im Organismus der Gesamtverwaltung die ihnen infolge ihrer Eigenart zukommende Stellung auch zuweisen. Das gilt namentlich für die Personalpolitik.

In dem Streben der Sparkassen nach einer ihrer Eigenart entsprechenden Sonderstellung liegen keineswegs Zersetzungsbestrebungen. Vielmehr wird erst durch eine gerechte Anerkennung ihrer Eigenart und ihrer dadurch im kommunalen Organismus gegebenen Sonderstellung die richtige Grundlage für die Entwicklung der in der gemeinnützigen Grundaufgabe liegenden Kräfte geschaffen.

Ohne die Bedeutung anderer Verwaltungszweige der Kommunalverbände irgendwie verkennen oder der Sparkassenaufgabe gegenüber herabsetzen zu wollen, scheint es doch geboten, daß die Kommunalverbände gerade die eigenartige sozialpädagogische Aufgabe ihrer Sparkassen mehr als früher anerkennen. Die Früchte einer solchen Einschätzung der Sparkassen werden langsam, aber sicher reifen.

3. Die Kommunalverbände sollten auf Überschüsse seitens ihrer Sparkassen für gemeinnützige Zwecke des gemeindlichen Haushaltes möglichst verzichten, weil dem Gemeinwesen nicht besser gedient werden kann, als wenn die etwaigen Überschüsse der eigentlichen Sparkassenaufgabe und damit der Förderung des Sparverkehrs zum Segen für die Allgemeinheit zugute kommen.

Die schon oben festgestellte Pflicht, gemeinnützige Sparkassen ins Leben zu rufen und zu erhalten, gibt weder dem Staat noch den Kommunalverbänden das Recht, finanzielle Sondervorteile von den Sparkassen zu verlangen. Wenn es überhaupt gerechtfertigt erscheint, für die Gewährleistung, die dann aber auch in allen praktischen Konsequenzen durchgeführt werden muß, ein finanzielles Äquivalent zu beanspruchen, so kann ein solcher Anspruch nur in ganz begrenzter Weise anerkannt werden

Die Abführung von Überschüssen für gemeinnützige Zwecke oder für einen Ausgleichsfonds, dessen Zinsen dem Kommunalverband zur Verfügung gestellt werden könnten, käme erst in Frage, wenn hinreichende Reserven zur Sicherheit der Sparer und der weiteren Entwicklung der Sparkasse vorhanden sind. Die früher angenommene Grenze von 10 % des Einlagenbestandes dürfte hierbei und namentlich mit Rücksicht auf die minderwertige Geldwährung die Mindestgrenze sein.

4. Der Sparverkehr wird nicht gefördert, vielmehr beeinträchtigt, wenn die Kommunalverbände ihre Sparkassen als diejenigen ihnen nächststehenden Anstalten betrachten, die möglichst alle verfügbaren Mittel dem Gemeindehaushalt zu einem Zinsfuß zur Verfügung stellen sollen, der unter dem sonst im Geldmarkt üblichen Zinsfuß für Kommunaldarlehen zurückbleibt. Es ist ein Widersinn, wenn ein Kommunalverband von seiner Sparkasse billigen Kredit verlangt und infolgedessen keine Überschüsse vorhanden, sondern sogar Besoldungszuschüsse notwendig sind.

*

Wenn den Sparkassen die Entwicklungsfreiheit nach den oben aufgestellten Gesichtspunkten gewährt wird, so wird ihnen der Wiederaufbau des Sparverkehrs und seine Förderung außerordentlich erleichtert. Die Sparkassen selbst werden dann noch folgende Hauptgesichtspunkte zu berücksichtigen haben:

1. Ihre eigenartige Stellung im Leben der Volkswirtschaft als reine Wohlfahrtsanstalten weist ihnen ihren Sparkunden gegenüber auch die Pflicht der Beratung in allen Vermögensangelegenheiten zu. Es ist daher von besonderer Bedeutung bei der Auswahl des Personals nicht nur auf zweckentsprechende kaufmännische Intelligenz und Vorbildung, sondern auch auf die besondere Liebe und Begabung in der sozialen Sparkassenarbeit Wert zu legen.

2. Die Sparkassenaufgabe ist so umfangreich und vielseitig, daß sie sich mit den sich ständig verändernden wirtschaftlichen Verhältnissen weiterentwickelt und die Geschäftsgebarung ihnen angepaßt werden muß. Der preußische Ministerialerlaß vom 15. April 1921 hat die in Betracht kommenden Grenzen der Betätigung im allgemeinen den Wünschen der Sparkassen entsprechend richtig festgestellt. Es ist Sache der Sparkassen, ihrer Leiter und ihrer Beamten, das durch die Arbeit eines Jahrhunderts und des letzten schweren Krieges wohl verdiente und vom Staat erwiesene Vertrauen durch erhöhtes Verantwortlichkeitsgefühl und gesteigerten Arbeitsgeist im Dienst an der Allgemeinheit zu rechtfertigen.

3. Die Förderung des Sparverkehrs hängt wesentlich davon ab, daß den weitesten Kreisen des Volkes durch ausgedehnte Kassenzeit der Verkehr nach Möglichkeit erleichtert wird. Es ist infolgedessen dringend erwünscht, daß der geteilte Arbeitsdienst und die Öffnung der Kasse auch am Nachmittage, soweit es irgend möglich ist, wieder durchgeführt werden. Die gemeinnützigen Sparkassen umfassen weitere Kreise des Volkes als andere Kreditinstitute. Diese Kreise wollen auch an Nachmittagen, wenn auch nur eine Stunde, Gelegenheit zum Sparverkehr haben.

Über dem Interesse der Arbeitnehmer und des Arbeitgebers muß das Gesamtbetriebsinteresse stehen. Das Gesamtbetriebsinteresse spricht zweifellos für die geteilte Arbeitszeit. Die geteilte Arbeitszeit empfiehlt sich für die Mehrheit der Angestellten auch aus hygienischen Gründen. Die geistige Leistungsfähigkeit ist bei der geteilten Arbeitszeit eine größere. Das persönliche Interesse der Angestellten an durchgehender Arbeitszeit durch Vermehrung der Freistunden muß vor dem Gesamtbetriebsinteresse

[1]) am 15. April 1923: am 1. Oktober 1923 = 8 Milliarden Papiermark.

zurücktreten. Der Wiedereinführung der geteilten Arbeitszeit kann zurzeit nur das Bedenken entgegengestellt werden, daß sich die Kosten für Beleuchtung, Heizung usw. (die Verwaltungsausgaben) erheblich erhöhen und die Verkehrsverteuerung auch vielen Angestellten zu große Lasten auferlegt.

4. Die Einlagen der deutschen Sparkassen betrugen 1914 rund 20 Milliarden Mark, Ende 1922 rund 135 Milliarden Mark. Im Verhältnis der Goldmark zur Papiermark gerechnet, liegt ein Rückgang von 20 Gold milliarden auf 27 Goldmillionen[1]) vor. In diesen Zahlen kommt die allgemeine Verarmung zum Ausdruck. Sie sind indessen auch beeinflußt durch Abwanderung des der Entwertung verfallenen Geldkapitals in wertbeständigere Vermögensanlagen (Devisen, Effekten, Sachgüter) und in Anlagen mit höherem Zinsertrag, als ihn mündelsichere Sparkassen im allgemeinen bieten können. Die Einlagen der Sparkassen haben sich in dem Hauptentwertungsjahr 1922, das einen Indexsprung auf das Vierzigfache bis Fünfzigfache brachte, höchstwahrscheinlich nur verdreifacht, während bei den Kreditbanken eine Kreditorenhebung auf vielleicht das Zehnfache eingetreten ist. (Vergl. Frankfurter Zeitung vom 25. März 1923 Nr. 224 S. 3: „Wertbeständige Spareinlagen und Girokonten".)

Einer derartigen Kapitalabwanderung gegenüber müssen die Sparkassen alle Mittel prüfen, die zu einer Neubelebung der Sparlust und damit des Spargeschäfts führen können.

Neben der Erhöhung des Zinsfußes, der in den durch die Mündelsicherheit gegebenen Grenzen Beschränkungen unterworfen ist, kommt die Schaffung wertbeständiger Anlagemöglichkeiten sehr ernstlich in Betracht.

Selbst wenn für die Sparkassen kein Verdienst in diesem Geschäft liegt und sie zufrieden sein müssen, ohne eigenes Risiko die durch die technische Durchführung solcher Anlagemöglichkeiten neu entstehenden Verwaltungskosten zu decken, ist die Wiederbelebung des Kapitalzuflusses zu den Sparkassen und die Verstärkung der Kapitalkonzentration doch von viel zu großer allgemeiner Bedeutung für die Wirtschaft, als daß nicht die Sparkassen unter bestimmten Sicherheitsbedingungen sich die Pflege wertbeständiger Anlagen angelegen sein lassen müßten.

Diese Voraussetzungen und Bedingungen sind nach langen und eingehenden Beratungen festgelegt in dem gemeinsamen Rundschreiben des Deutschen Sparkassenverbandes und des Deutschen Zentralgiroverbandes, betreffend Errichtung von Goldsparkonten, vom 9. April 1923 (abgedruckt in Nr. 1099 der „Sparkasse" vom 11. April 1923). Im Einklang mit diesem Rundschreiben steht der in derselben Nummer der „Sparkasse" abgedruckte Erlaß des Preußischen Ministers des Innern vom 4. April 1923.

An dieser Stelle muß auf den Inhalt des Rundschreibens und des Ministerialerlasses Bezug genommen werden. Es ist Sache der Sparkassen, entsprechend den Bestimmungen des Erlasses und der im Rundschreiben gegebenen Richtlinien die nach den Verhältnissen der einzelnen Sparkassen für Stadt und Land sich ergebenden zweckmäßigen Einrichtungen zu schaffen.

5. Die Sparkassen haben entsprechend den maßgebenden Ministerialerlassen den weiteren Ausbau des gesamten Sparverkehrs mit allen seinen Nebenaufgaben und Betätigungsmöglichkeiten in jeder Richtung weiterzufördern, um sich ihren Kundenkreis und die Verwaltung des in dem Kundenkreis gegebenen Volksvermögens zu erhalten.

6. Der infolge der Erweiterung des Geschäftsgebietes gesteigerten Verantwortlichkeit haben erhöhte Anforderungen an die Qualifikation der Leiter und des Personals der Sparkassen zu entsprechen. Mit der Vertiefung der technischen Schulung des Personals hat die Förderung der Erkenntnis für die große soziale Aufgabe der gemeinnützigen Sparkassen Hand in Hand zu gehen.

[1]) Umrechnungswert am 15. April 1923.

7. Die gemeinnützigen Sparkassen müssen immer mehr anstreben, sachverständige und getreue Berater des gesamten Volkes bei der Verwaltung des Volksvermögens zu werden. Die Beratung namentlich auch in Steuerfragen seitens der Sparkassen ist bei der Fülle der schwer zu übersehenden Bestimmungen eine besonders wichtige Aufgabe. Es ergibt sich bei dieser Beratung von selbst die Pflicht, auch im Volke die Verantwortlichkeit der Erkenntnis für die Notwendigkeit der Steuerlasten der Allgemeinheit gegenüber in sachgemäßer Weise zu fördern.

8. Bei der schwierigen Finanzlage der gemeinnützigen Sparkassen kommen zurzeit keine Mittel zur Hebung des Sparverkehrs in Frage, die nicht wenigstens die Unkosten vollständig decken. Aus diesem Grunde muß zurzeit leider auf alle diejenigen Mittel verzichtet werden, die in Zeiten einer normalen Geldwirtschaft aus sozialen Gründen die gegebenen zur Förderung des Sparverkehrs waren.

Zu diesen Mitteln gehört unter normalen Verhältnissen vor allen Dingen das Abholsystem, das leider nunmehr wohl bei allen gemeinnützigen Sparkassen infolge der kaum mehr aufzubringenden Personalkosten aufgegeben worden ist.

Das bedeutungsvolle Problem der Jugendsparkassen ist zurzeit ein Problem zur Erziehung zur Wirtschaftlichkeit, Arbeitsamkeit und Sparsamkeit durch die Schulen selbst geworden.

Schließlich sei an dieser Stelle noch auf den Vortrag „Förderungen und Hemmungen der Spartätigkeit", gehalten auf dem Allgemeinen Deutschen Sparkassentag in Nürnberg am 2. und 3. November 1921, zur Ergänzung hingewiesen.

*

Eine befriedigende Antwort nach den Mitteln zur Förderung des Sparverkehrs zu geben, ist heute außerordentlich schwer, weil diese Frage in die ganze Tiefe unseres Währungselendes hineinführt und mit diesem untrennbar zusammenhängt.

Alle Maßnahmen zur Besserung des Währungselendes und zur Herbeiführung einer gewissen Stabilisierung der Währung bedeuten daher auch schon eine gewisse Förderung des Sparverkehrs. Neben den offensichtlich zutage liegenden Hemmungen, die sich aus der Valutafrage ergeben, wirken aber noch eine ganze Reihe von bedeutungsvollen Momenten mit, so daß die in normalen Zeiten in Betracht kommenden Mittel versagen. Der wirtschaftliche Verfall ist eine durch tiefliegende Ursachen hervorgerufene chronische Krankheit und berührt das ganze Wirtschaftsleben mit seinen Einzelerscheinungen.

Für eine Besserung des Währungselendes sind die endgültige Feststellung der Zahlungsverpflichtungen des deutschen Volkes aus dem Friedensvertrag von Versailles, die allmähliche Deckung des Defizits im Staatshaushalt und der ausländischen Zahlungsbilanz sowie die Verminderung des Papiergeldumlaufes dabei von derselben Bedeutung, wie die grundlegenden Fragen nach der Stellung des Staates, der Kommunalverbände und des Volkes überhaupt zu dem sittlichen Problem der Förderung der Arbeitsamkeit und Sparsamkeit.

Die ungeheure und alle sittlich wertvollen Kräfte des Pflichtgefühls und des Arbeitsgeistes lähmende Wirkung der Lasten des Vertrages von Versailles soll gewiß nicht unterschätzt werden. Aber letzten Endes kommt es doch wohl darauf an, daß im deutschen Volke überhaupt noch die Kräfte zu einem Wiederaufbau vorhanden sind.

Diese lebensbejahenden und idealen Kräfte sind vorhanden. Sie neu zu beleben ist die Aufgabe des Staates und aller öffentlichrechtlichen Verbände. Gelingt in gemeinsamer Arbeit aller verantwortlichen Organe des Staates und der Kommunalverbände eine Wiederbelebung der sittlichen Kräfte des Volkes, dann werden auch Sparsinn und Sparverkehr zu neuem Leben erwachen.

2. Neue Sparmethoden.

Von **Ziegler**, Sparkassendirektor. Berlin-Schöneberg.

(Nach dem Stande von Ende November 1923.)

Es ist leider eine Tatsache, daß das Vertrauensverhältnis, das früher zwischen dem Sparer und der Sparkasse bestand, in dem früheren Maße nicht mehr vorhanden ist. Die Schuld liegt aber nicht bei den Sparkassen, sondern an dem unglücklichen Friedensvertrage und den Vernichtungsabsichten Frankreichs, die eine Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse bisher verhindert haben. Daß daneben die Steuer- und Finanzpolitik der ersten Nachkriegsjahre zur Entfremdung der Sparer beigetragen und das Elend der Inflation noch verschlimmert hat, ist genugsam bekannt. Die Sparkassen hatten von sich aus keine Möglichkeit, die Geldentwertung zu verhindern. Dem Sparer stand es frei, über seine Einlage ohne weiteres zu verfügen und ihre Entwertung damit vielleicht für den Augenblick abzuwenden. Eine unbedingte Sicherheit war aber nur solange gegeben, als das Gefüge des Staates Erschütterungen nicht ausgesetzt war. Die Entwertung hat vor allen in Geld ausgedrückten Forderungen nicht haltgemacht; wir erleben dies jetzt bei den vor kurzem noch sehr begehrten Effekten, speziell den Dividendenwerten. Die Sparkassen haben sich aber bemüht, als die Entwertung einen höheren Grad erreichte, durch die Einrichtung wertbeständiger Spareinlagen, die in Papiermark eingezahlt werden konnten, den Einlagen die Kaufkraft zu erhalten und die gesunkene Spartätigkeit wieder zu heben. Dies geschah durch die Richtlinien für die Einführung solcher Einlagen, die von den beiden Spitzenverbänden (Deutscher Sparkassenverband und Deutscher Zentralgiroverband) am 28. Februar 1923 in Nr. 1093 der „Sparkasse" bekanntgegeben wurden. Ermöglicht wurde wertbeständiges Sparen erst durch die Ausgabe von auf Gold oder Naturprodukte (Getreide, Kohle, Holz usw.) gestellten Anleihen; eine Garantie konnte selbstverständlich von den Sparkassen nicht übernommen werden. So entstand um Ostern 1923 die „Goldsparmark". Einige Sparkassen, wie Zoppot mit der Festmark und Schwerin i. M. mit der Roggenmark, waren Vorläufer. Das erste wertbeständige Anleihepapier des Reichs, die Dollarschatzanweisungen, wurde die Grundlage dieser neuen Sparmethode. Die Regierungen in Preußen und Bayern haben, allerdings mit fast zu großer Vorsicht, das wertbeständige Sparen auf der bezeichneten Grundlage als Mittel zur Hebung der Spartätigkeit empfohlen. Die Entwertung der Reichsmark hat erst nach diesem Zeitpunkt katastrophale Formen angenommen. Leider fehlten auch durchgreifende, diktatorische Maßnahmen der Reichsregierung. Der gegen die Sparkassen gerichtete Vorwurf, daß sie nicht als wahre Treuhänder gehandelt hätten, ist also unzutreffend und ungerecht. Die Entwertung betraf doch ebenso die Aktivkapitalien, deren Ausleihung nur nach gesetzlicher Vorschrift erfolgen durfte. Erst durch die, leider verzögerte, Schaffung einer neuen Währung ist eine volle Umstellung ermöglicht worden. An die Stelle der Dollarschatzanweisungen war inzwischen die im August 1923 aufgelegte sechsprozentige wertbeständige Anleihe des Deutschen Reichs (Goldanleihe) getreten. Das wertbeständige Sparen wurde durch den preußischen Ministerialerlaß vom 3. September 1923 erleichtert und eine Werbetätigkeit zugelassen.

Die statistischen Angaben über die Goldsparmark sind bis jetzt sehr mangelhaft. Einige Sparkassen haben durch interessierte Tätigkeit und fortschrittlichen Geschäftsgeist gute Erfolge aufzuweisen, so besonders die Sparkasse des Altonaischen Unterstützungsinstituts. Bekannt sind von Ende Oktober 1923 folgende Zahlen: Berlin 129 950, Provinz Brandenburg 110 199, Schlesien, soweit Mitteilungen erfolgt sind, 23 494 Goldsparmark. Eine norddeutsche Kreissparkasse hatte 74 000 Goldsparmark zu verzeichnen, eine Nachbarkasse dagegen nur 7350. Die Stadtsparkasse Nürnberg verzeichnete etwa 3000 Goldsparmarkbücher mit etwa 70 000 Goldmark.

Die Umstellung auf eine neue Währung hat den Sparkassen drei Rechnungseinheiten beschert: die Rentenmark im Spar- und Giroverkehr, die Goldsparmark im Sparverkehr und die Papiermark im Spar- und Giroverkehr. (Im Postscheckverkehr wird von Mitte Dezember ab nur in Rentenmark gerechnet, der Papiermarkverkehr hört dort auf.) Für den Goldsparmarkverkehr, der in Preußen durch die Ministerialerlasse vom 4. April 1923 (Min.Bl. f. d. pr. i. Verw. S. 367), 29. Mai 1923 (Min.Bl. f. d. pr. i. Verw. S. 629) und vom 3. September 1923 (Min.Bl. f. d. pr. i. Verw. S. 933) geregelt ist, sind vom Deutschen Sparkassenverband mit Zustimmung des Preußischen Ministeriums des Innern neue allgemeine Bedingungen festgesetzt worden. Nach diesen, eine schnellere Erledigung herbeiführenden Bedingungen kann die Verbuchung auf dem Goldsparmarkbuch sogleich bei der Einzahlung erfolgen, wenn diese in Stücken der Goldanleihe, in wertbeständigen Notgeldscheinen oder in Rentenbankscheinen erfolgt, aber auch bei Einzahlung in Papiermark kann die Annahme zum Tageskurse geschehen; die Eindeckung ist eine innere Angelegenheit der Sparkasse. Da dieser Verkehr weiterbestehen bleiben soll, wird der Wortlaut nachstehend wiedergegeben:

Neue allgemeine Bedingungen für den Goldsparmarkverkehr.

1. Die Sparkasse nimmt Spareinlagen auf der Grundlage der Goldsparmark entgegen. 1 Goldsparmark ist = $^1/_{10}$ Dollar nach dem jeweiligen amtlichen Kurs der sechsprozentigen wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches an der Berliner Börse für große Stücke. Es können auch Hundertstel-Goldsparmarkbeträge (Goldsparpfennige) verrechnet und verbucht werden.

2. Einzahlungen können im Mindestbetrage von 1 Goldsparmark erfolgen:
 a) in Stücken der in Ziffer 1 erwähnten Goldanleihe oder in Teilstücken dieser Anleihe oder in Interimsscheinen von solchen;
 b) in wertbeständigen Notgeldscheinen, die mit Genehmigung des Reichsfinanzministeriums auf Grund hinterlegter Stücke der sechsprozentigen wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches ausgegeben worden sind;
 c) in Rentenbankscheinen zu dem von der Reichsbank festgesetzten Umrechnungskurs der Rentenmark. Ist ein solcher nicht festgesetzt, so gilt der amtliche Berliner Börsenkurs der fünfprozentigen Rentenbriefe der Deutschen Rentenbank;
 d) in Papiermark unter Zugrundelegung des Kurses der sechsprozentigen wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches (Ziffer 1). Der Einzahler hat nur Anspruch auf den Kurs, zu dem in Berlin die Eindeckung erfolgt. Jedoch steht es der Sparkasse frei, nach Maßgabe der in ihrem Besitz befindlichen und abgabefähigen Deckung den jüngsten bekannten Kurs der Umrechnung zugrunde zu legen

3. Rückzahlungen können erfolgen nach Wahl der Sparkasse:
 a) in Stücken der sechsprozentigen wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches oder in Teilstücken dieser Anleihe oder in Interimsscheinen von solchen;
 b) in wertbeständigen Notgeldscheinen, die mit Genehmigung des Reichsfinanzministeriums auf Grund hinterlegter Stücke der sechsprozentigen wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches ausgegeben worden sind;
 c) in Rentenbankscheinen nach Maßgabe der unter 2 c angeführten Bedingungen;
 d) in Papiermark unter Zugrundelegung des Kurses der wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches (Ziffer 1). Der Sparer hat nur An-



spruch auf den Kurs, zu dem in Berlin der Verkauf der Deckung erfolgt. Jedoch steht es der Sparkasse frei, nach Maßgabe ihres Bedarfs an Deckungsmitteln den jüngsten bekannten Kurs der Umrechnung zugrunde zu legen.

4. Über die Goldsparmarkeinlagen erhält der Einleger ein Goldsparbuch. Dafür ist bei der ersten Aushändigung ein Unkostenbeitrag von 0,.. Goldsparmark zu entrichten.

5. Rückzahlungen können nur unter Einhaltung der satzungsmäßigen Kündigungsfristen gefordert werden. Auch die Sparkasse kann unter Beobachtung der gleichen Fristen Goldsparmarkeinlagen kündigen.

6. Die Goldsparmarkguthaben werden bis auf weiteres mit (3) % pro anno verzinst.

7. Die bisherigen Bedingungen für den Goldsparmarkverkehr verlieren hiermit ihre Gültigkeit.

Der wertbeständige Sparverkehr erhält durch die Eröffnung von Rentenmarksparkonten und -girokonten eine weitere Ausdehnung und Belebung. Im Rentenmarkgiroverkehr werden Einzahlungen in Rentenmark (Rentenpfennigen) entgegengenommen, ebenso solche in Papiermark oder Goldanleihe zu dem von der Reichsbank festgesetzten Umtauschkurse oder, falls eine solche Festsetzung nicht erfolgt ist, in dem durch die amtlichen Berliner Mittelkurse bestimmten Wertverhältnis der Papiermark bezw. Goldanleihe zur Rentenmark. Ferner werden Überweisungen in Rentenmark (Rentenpfennigen) angenommen und ebenso wie Übertragungen von Konto zu Konto ausgeführt. Barabhebungen sind in Rentenmark (Rentenpfennigen) oder in Papiermark zu dem vorstehend angegebenen Kurse zu leisten. Im Rentenmarksparverkehr finden Überweisungen nicht statt. Verfügung durch Scheck ist nicht zugelassen. Abhebung nur auf Sparbuch. Die Verzinsung der Rentenmarkkonten wird sich den Zinssätzen der Banken anzupassen haben.

Der Preußische Minister des Innern empfiehlt den Sparkassen in einem soeben erschienenen Erlasse vom 16. November 1923 (Min.Bl. f. d. pr. i. Verw. S. 1147): „ungesäumt alle Vorkehrungen zur Einführung von Rentenmarksparkonten und zur Aushändigung von Rentenmarksparbüchern zu treffen. Hieraus ergibt sich von selbst die Möglichkeit und Notwendigkeit zur Gewährung von wertbeständigen Krediten in Rentenmark, bei deren Hingabe und Bemessung indessen mit der durch die Hochwertigkeit der Kreditvaluta und die Mündelsicherheit der Sparkassen gebotenen Vorsicht verfahren werden muß. Persönlichkeit und Wirtschaftslage der Schuldner müssen eine besonders sorgfältige Einschätzung erfahren und die satzungsmäßigen Bestimmungen über die Anlegung des Sparkassenvermögens entsprechende Beachtung finden. Die Eindeckung der Sparkasse wird nach ähnlichen Grundsätzen wie bei dem Goldsparmarkverkehr zu erfolgen haben."

Der Minister sagt sodann in dem genannten Erlaß: „Auch die Papiermarksparkonten sind in der bisherigen Weise fortzuführen, soweit die Einleger nicht die Übertragung auf ein wertbeständiges Konto unter Umrechnung nach dem amtlich festgestellten Kurse beantragen. Unentbehrlich werden die Papiermarksparkonten noch zur Einlegung kleinster Sparbeträge und zur Verrechnung von Spitzenbeträgen bleiben."

Die Sparkassen können die Umstellung ohne besondere Kosten auf bequeme Weise dadurch bewerkstelligen, daß sie dieselben Konten und Sparbücher auch für die Rentenmark benutzen; es sind nur die betreffenden Papiermarkkonten als Rentenmarkkonten zu kennzeichnen. Für den Rentenmarkverkehr wird der freie Teil des Papiermarkkontos und im Sparbuch eine neue Seite benutzt, desgleichen im Kontogegenbuch des Girokunden. Das Sparbuch erhält den Stempelaufdruck „Rentenmarksparbuch", ebenso die lexikalische Register- (Namens-) Karte, die Scheck- und Überweisungsformulare den Aufdruck „Rentenmark". Für neue Rentenmarkkonten sind an Stelle der Sparbücher Sparscheine auszugeben. In den Kassenbüchern der Kassierer und im Hauptbuch (Buchhaltereitagebuch) ist Trennung der wertbeständigen von den Papiermarkzahlungen erforderlich. Die Papiermarkkonten sind nach Möglichkeit durch Abhebung oder Umwandlung in wertbeständige Spareinlagen zu löschen; geschehen kann dies aber nur auf Antrag der Sparer. Im übrigen muß für die weiterbestehenden Papiermarkguthaben die Entwicklung der Dinge abgewartet werden, da ja die Papiermark gesetzliches Zahlungsmittel bleibt und andere Noten nicht ausgegeben werden. Notwendig ist: schnelle Umstellung der Sparkassen auf die wertbeständigen Zahlungsmittel, Eröffnung günstiger Bedingungen für die Kundschaft, z. B. Valutierung der Schecks, Zinssätze mindestens wie bei den Banken, provisionsfreie Führung der Konten, im Giroverkehr Verzicht auf Mindestguthaben oder bestimmte Höhe der Einzahlungen (im Sparverkehr 1 Rentenmark), höhere Verzinsung bei zeitlicher Festlegung usw. Der Erfolg wird dann nicht ausbleiben, und die Sparkassen werden noch einigermaßen über die kritischen Übergangsjahre hinwegkommen.

Mit dem Verschwinden der Papiermark und mit dem Erscheinen der neuen, die Rentenmark demnächst ablösenden Goldmark stehen wir am Beginn einer neuen Ära, die bei der Not und Armut des Volkes den Sparpfennig wieder zu Ehren bringen und der Volkswirtschaft auch durch vermehrte Kredithilfe, besonders im Personal- und Hypothekarkredit, von Nutzen sein wird. Vielleicht ist der Zeitpunkt gar nicht so fern, wo auch das Kleinsparwesen unter Mitwirkung von Schule und Familie zu neuer Blüte gelangen kann.

Die Sparkassen werden sich freilich kräftig rühren müssen, wenn sie, was jetzt ihre nächste Aufgabe ist, sich die alte Kundschaft möglichst erhalten und neue hinzuwerben wollen. Die Not wird aber erst allmählich wieder sparen lernen. Es wird ein scharfer Wettbewerb mit Banken und Genossenschaften einsetzen; viele Sparkassen werden einen Existenzkampf führen müssen. Dazu ist weitgehendste und zielbewußte Aufklärungs- und Werbearbeit nötig; es muß Einfluß auf Jugend und Schule, Verbindung mit Berufs-, Bildungs- und sozialen Vereinen sowie mit einzelnen Betrieben gesucht und gewonnen und die Sparidee in die breiten Volkskreise, in Familie und Werkstatt, hineingetragen werden.

Diese Wiederaufbauarbeit ist Dienst an Staat und Volk; ihr muß sich jeder Sparkassenvorstand, jeder Beamte und Angestellte jetzt mit ganzer Kraft widmen.

3. Die Maßnahmen für die Sicherheit des Spargeldes.

Von **H. Bel**, Generaldirektor der Landesbank der Rheinprovinz, Düsseldorf.

Das Sparkassenreglement von 1838 verdankt seine Entstehung im wesentlichen den öffentlichen Absichten, das bis dahin freie Sparkassenwesen zu organisieren und es aus den Privathänden in öffentlich-rechtliche Aufsicht zu nehmen. Als vorbeugende Maßnahmen gegen Verarmung, aber auch gegen Bewucherung gedacht, mußte der Gesetzgeber vor allem die Sicherheit der Gelder fordern und festlegen, die den Sparkassen von schlechthin geschäftsungewandten Personen anvertraut werden sollten. „Die Genehmigung zur Errichtung von Sparkassen soll nach dem Reglement keiner Gemeinde versagt



werden, welche deshalb zweckmäßige Vorschläge tut und nach ihrer Lage und dem geordneten Zustande ihres Haushaltes den Einlegern Sicherheit zu leisten imstande ist. Bei Prüfung der Vorschläge ist darauf zu sehen, daß

a) die Einlagen gehörig sichergestellt werden,
b) der Kommunalhaushalt dadurch nicht in Gefahr der Störung und Zerrüttung kommt und
c) die Einrichtung selbst hauptsächlich auf das Bedürfnis der ärmeren Klasse, welcher Gelegenheit zur Einlegung kleiner Ersparnisse gegeben werden soll, berechnet und der Veranlassung zur Ausartung der Anstalt vorgebeugt werde."

Die Sparkassen sollen also die sichere verzinsliche Anlegung der Einlagen ermöglichen und somit nicht nur den Ertrag, sondern auch das Kapital gewährleisten. An den Gewährverband stellt die Ziffer 4 des Reglements bei Einrichtung einer Sparkasse die Vorbedingung, daß der Kommunalhaushalt in der Lage ist, für alle Verbindlichkeiten der Sparkasse aufzukommen, wenn ihre eigene Deckung nicht ausreichen sollte. Daher sehen wir in der Mustersatzung für die Sparkassen in der Einleitung stets betont, daß der Gewährverband mit seinem Vermögen und seiner Steuerkraft für die Verpflichtungen der Kassen hafte, wenn deren eigenes Vermögen nicht ausreichen sollte. Die Aufsichtsbehörde wird somit bei Genehmigung von Sparkassen und auch in deren Überwachung stets die Leistungsfähigkeit des Gewährverbandes feststellen und fordern.

Das Reglement fordert im Aktivgeschäft die sichere Anlage der Kapitalien und erläutert diesen Begriff dahin, daß sie nicht nur auf erste Hypotheken, sondern auch in inländischen Staatspapieren und Pfandbriefen sowie auf andere völlig sichere Art angelegt werden dürfen. Auch dürfen die Kommunen mit den Kapitalien eigene Schuldobligationen einlösen oder die Gelder zur Dotierung öffentlicher Leihanstalten verwenden. Erst ein Ministerialerlaß vom 31. Juli 1850 interpretiert die „völlig sichere Art" hinsichtlich der Hypotheken als „mündelsicher". Die Forderung der Mündelsicherheit ist dann auch auf die übrigen Anlagen erstreckt worden, so daß das Aktivgeschäft nach den Vorschriften der §§ 1807 ff. BGB. geregelt ist. Die Gesetzesvorschriften sind dann durch Maßnahmen und Verfügungen der Zentralinstanzen erweitert worden, nach denen sich die Mustersatzung und die einzelnen Satzungen der Sparkassen zu richten haben. Nur wenn die Sparkassen diese Forderungen erfüllen, verleiht ihnen der Regierungspräsident nach Anhörung des Landgerichtspräsidenten den Charakter der Mündelsicherheit. Die Umwälzungen der letzten Jahre haben die gesetzliche Auflage der mündelsicheren Belegung vielfach in ein nachteiliges Gegenteil verkehrt. Die zwangsläufigen Vorschriften der mündelsicheren Belegung haben den Sparkassen infolge der Geldentwertung ungeheure Schäden gebracht, die infolge der Kursverluste an den Fonds, insbesondere an Kriegsanleihe, noch vermehrt worden sind. Zum Teil liegt es daran, daß Geldentwertung und Zufluß der fremden Gelder nicht gleichen Schritt gehalten haben. Es kann an dieser Stelle wohl unbestritten vermerkt werden, daß die Sparkassen die Konjunktur nicht überstanden haben würden, wenn sie nicht seit dem Jahre 1911 mit Energie die Verbreitung des Scheck- und Giroverkehrs zielbewußt gefördert hätten. Nur diese kaufmännische Einlage hat in den letzten Jahren den Sparkassen die Möglichkeit und die Kraft des Fortbestehens gewährt. Die Verluste an den sogenannten mündelsicheren Effekten legen daher die Pflicht ernstlich nahe, zu untersuchen, ob nicht der Begriff der Mündelsicherheit den internationalen Bedürfnissen angepaßt werden muß; denn für die nächsten Jahrzehnte wird zweifellos eine Unstetigkeit in die wirtschaftspolitischen Verhältnisse getragen bleiben, die im Interesse der öffentlichen Geldinstitute und ihrer Kundschaft eine ausgleichendere Anlage der öffentlichen fremden Gelder fordern. Das gilt auch für die jederzeitige Zahlungsbereitschaft der Sparkassen, worüber im nächsten Abschnitt zu sprechen sein wird. Die Umwertung des Begriffes „mündelsicher" fordert für die Jetztzeit und für die kommenden Jahre besondere Rücksichten auf wirtschaftliche und politische Verhältnisse, die durch die Begriffe Inflation, Entwertung und Stabilisierung gekennzeichnet werden. Nicht nur der gute Inlandswechsel, sondern auch erste Devisen, nicht nur die deutschen Fonds, sondern auch Auslandseffekten hochvalutarischer Länder müssen in die Aktivposten der Sparkassen Einzug halten, um Sicherheit und Wertbeständigkeit zu garantieren. Wir sehen an den österreichischen Sparkassen, wie sie die schwerste Zeit nur durch ihre Valutaeffekten überstehen konnten. Die Bilanzen niederländischer und nordischer Sparkassen haben schon im Frieden Auslandswerte aufgewiesen, wenn zwar diese Institute den Begriff „mündelsicher" in der deutschen Auffassung überhaupt nicht durchzuführen haben. Hochwertige Auslandseffekten, international gemischt, tunlichst ausländische Staats- und Städtepapiere, müssen künftig einen angemessenen Teil der Aktiva ausmachen, wenn der Sparkasse einerseits die Substanz und anderseits das Vertrauen der breiten Kreise erhalten werden soll. Die Bestimmung der Höhe eines solchen Anteils muß dem Vorstand überlassen werden, wie denn überhaupt dieser Instanz eine größere Verantwortung hinsichtlich der Aktivgeschäfte zugewiesen werden muß, um gegen eine allzu bürokratische Wahrung des gesetzlichen Begriffs „mündelsicher" einen elastischen Ausgleich zu schaffen. Dieser Ausgleich ist angesichts der immer ausgedehnteren Aufnahme der Kontokorrentgeschäfte um so notwendiger und wichtiger. Auch hier muß dem Vorstand die Wahl und die Begrenzung der Sicherheit nach pflichtmäßigem Erkennen überlassen bleiben, damit die Wünsche der zur Sparkasse gehörigen Wirtschaftskreise überhaupt erfüllt werden können. Legt man den veralteten Begriff der Mündelsicherheit den Sparkassen als eine drückende Fessel an, so ertötet man ihre Bewegungsfreiheit, ihre pflichtmäßigen Aufgaben und, was das Ausschlaggebende ist, das Recht der Kundschaft der Sparkassen auf die Kapitalien, die aus der Liegenschaftsgemeinde stammen. Wenn der Vorstand fachmännisch zusammengesetzt ist, wird er eine weit vorsichtigere Aktivpolitik treiben können, als die krampfhaftesten Bestimmungen über Mündelsicherheit garantieren können. Dann aber auch erst wird dem Kundenkreise der Sparkassen Genüge getan, was angesichts des jetzigen und künftigen starken Kreditbegehrs um so unumgänglicher ist.

Findet die Sicherheit der fremden Gelder somit durch Gesetz, Satzung und wirtschaftliche Arbeit eines fachmännischen Vorstandes ausreichende Stütze, so ergänzen die internen Einrichtungen die Absichten der Sparkasse, ihren Depositen einen Schutz zu verleihen, der nach gesetzlichem Ermessen hinreicht, das Vertrauen der Sparer in ihr Institut nicht zu täuschen.

In erster Linie erwähnen wir die Revisionseinrichtungen. Nicht nur der eigene Garantieverband, sondern auch die Sparkassen selbst durch ihren Vorstand und durch hauptamtliche Revisoren, dann aber auch die Sparkassenverbände, sind die zuständigen Revisionsinstanzen. Die Prüfungen des Gewährverbandes mögen mangels fachmännischer Eignung der Revisoren kritisch angesehen werden; im Rahmen der Vorschriften der Haushaltspläne und der Städte- und Gemeindeordnungen sollen sie nicht entbehrt, sondern zu regelmäßiger Tätigkeit aufgerufen

werden. Die **hauptamtlichen Prüfungen** der Sparkasse müssen **durch Fachleute** geschehen, die zum Personal der Kasse gehören, jedoch unter Leitung des Vorstandes und des Direktors einer gewissen Selbständigkeit und einer weitgehenden Unabhängigkeit nicht entkleidet werden dürfen. Diese Revisionen sind nicht nur Zifferprüfungen, sondern vor allem Revisionen der Organisation und der materiellen Qualität der Aktiv- und Passivgeschäfte. Die hauptamtlichen Revisoren der Sparkassen müssen aus den besten Kräften herausgezogen werden; dann sind sie bei allem Kostenaufwand auch rentabel. Die große Einheitlichkeit in Organisation, Neuerungen, Fortentwicklung, Vereinfachung und Verbilligung gewähren die fachmännischen Revisionen der Sparkassenverbände. Diese sind aber durch die verwaltungsmäßigen Geschäfte ihres Verbandes schon stark beansprucht, weshalb **eine natürliche Forderung** sein muß, **die fachmännischen Revisionen allmählich auf die Girozentralen zu übertragen**. In Verbindung mit den Verbandsorganen werden nur solche bankmäßigen Revisionen der Girozentralen alle die Vorteile und Sicherheitsfaktoren herausholen, auf welche öffentliche Geldinstitute im Interesse der Erstarkung ihres Ansehens Anspruch erheben müssen. Darum wäre es auch zu begrüßen, wenn die **Prüfungen der Jahresabschlüsse der Sparkassen durch Organe der Girozentralen** in Verbindung mit dem Sparkassenverbande erfolgten. Die Gewährverbände sollten die gesetzliche **Entlastung** nur erteilen, wenn die Bilanzen ihrer Sparkassen von diesen Revisionsinstanzen **treuhänderisch** bescheinigt sind.

Die Gegenbuchführung in allen Geschäftszweigen muß eine Selbstverständlichkeit bleiben. Die Betriebsvorschriften dürfen aber niemals bürokratisch werden, vielmehr sollen sie überall nach dem Grundsatze erlassen werden, daß auch ein Laie in kürzester Zeit in der Lage sein soll, den Betrieb zu erkennen und zu beurteilen. Die Forderung von Klarheit und Übersichtlichkeit muß an der Spitze aller Absichten interner Vorschriften stehen. Klare und baulich sichere Anordnung des Lokals, der Arbeitsplätze, der Geschäftszweige sowie übersichtliche und straffe Arbeitsteilung müssen die Leitmotive bei Aufstellung von Geschäftsanweisungen sein, die bei aller Ausführlichkeit trotzdem nur Richtlinien enthalten dürfen, die es ermöglichen, sich jeder Entwicklung schnell und ohne weiteres anzupassen.

Die Umstellung des mechanischen Arbeitsteils auf Maschinenbetrieb muß das Streben auch der kleinsten Sparkasse sein. Nicht nur Verbilligung des Betriebes, sondern auch mechanische Sicherheiten sind dadurch gegeben. In der Einrichtung der sogenannten Doppelkonten hat sich aus der Not der Zeit ein Umschwung vollzogen. Für regelmäßige Verhältnisse war das Doppelkonto **das** Mittel der Sicherheit. Die enormen Verwaltungskosten aber forderten einen zeitgemäßen Abbau dieser Einrichtungen, die heute nur noch für die Giroabteilungen als unbedingt notwendige Einrichtung beibehalten werden. Das Doppelkonto im Sparverkehr mag verschwinden, wenn es durch die anderen vorangeführten Sicherungen ersetzt ist. Schließlich muß **eine hinreichende Selbstversicherung** in jährlich dotierten Rücklagen den Ausgleich bieten, der der Fahrlässigkeit oder der schwankenden Moral Rechnung zu tragen hat.

Damit bleibt über **die Personalfrage** einiges zu sagen. Die Zeiten müssen vorüber sein, zu denen den Sparkassen unzulängliche und unzureichende Kräfte zur Verfügung gestellt wurden. Einen Kampf gegen das System der Bürodirektionen zu führen, kann hier füglich unterbleiben. Die Auffassung der Notwendigkeit der Verselbständigung der Sparkassenleitung in dieser Richtung hat sich wohl durchweg Bahn gebrochen, wenn auch Rücksichten auf bestehende Verhältnisse noch immer nicht die letzte Fessel abstreifen wollen. Die bankmäßige Entwicklung der Sparkassen macht es den Gewährverbänden zur Pflicht, die Freiheiten in der Personalgewinnung und -ausbildung zu bewilligen, die allein der Verantwortung des Betriebes gerecht werden können. Der Gewährverband muß sich frei machen von der alten Auffassung, daß der Verwaltungsbeamte auch in einer Bank ohne weiteres verwendbar ist. Er muß die Sparkasse von Prüfungsbestimmungen befreien, die von dem Sparkassenbeamten Gesetzeskenntnisse fordern, welche ihn zum Schaden der Fachwissenschaft belasten. Die Sparkasse muß in der Lage sein, die sach- und fachgemäße Aus- und Fortbildung ihres Personals selbständig zu betreiben. Dazu gehört auch die Einberufung und Heranbildung des Nachwuchses, der sich nur dann in das Gesamtgefüge wirtschaftlich einordnet, wenn er von der Pike auf bei der Kasse dient und bei ihr bleibt. Nur ein methodisch und systematisch geschulter Personalkörper kann einer Sparkasse die Dienste leisten, welche Sicherheit und Wirtschaft fordern. Die Leiter der Sparkassen müssen es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben betrachten, der Personalfrage ihre ständige Aufmerksamkeit zu widmen mit dem Ziel, jeden einzelnen so heranzubilden, daß er an jedem Platze verwendbar ist, jedem einzelnen dadurch aber auch zu einer Selbständigkeit zu verhelfen, die ihm den Geist der Arbeitsfreude verleiht. Der selbständige Beamte ist auch der selbstbewußte, der dadurch einen moralischen Halt gewinnt, weil ein gesunder Ehrgeiz in ihm erzogen wird. Dieser Ehrgeiz muß der Schrittmacher in der Sparkasse sein, der, mit Korpsgeist gepaart, moralische Qualitäten im Personal auslöst, die allein letzten Endes die Sicherheiten verbürgen, welche von tausend bürokratischen Vorschriften nicht besser garantiert werden können.

Fort darum auch mit dem Schema der Tarife für den Tüchtigen, dem die Bahn freigemacht werden muß! Fort darum auch mit dem uniformen Tarif einer allgemeinen Verwaltung, der eine fachmännische Personalgewinnung angesichts des Wettbewerbes zum Schaden der Sicherheit und der Wirtschaftlichkeit der Sparkassen vereitelt! Im Rahmen dieser Betrachtung sei auch die Forderung erhoben, besondere Leistungen durch Leistungszuschläge am Jahresschluß zu belohnen. Der **tüchtige** Beamte **verzichtet auf das einstmals fällige Ruhegehalt**; er will seine Tätigkeit in der Vollkraft seines Schaffens voll bewertet und belohnt sehen. Der Sparkasse ermöglicht diese kaufmännische Personalhaltung andererseits die jederzeitige Ausmerzung von ungeeigneten oder überflüssigen Kräften.

Das gute Personal ist bei den Sparkassen um so notwendiger, weil die breite Kundschaft vielfach noch nicht über die Geschäftsgewandtheit verfügt, welche die zeitgemäße Ausgestaltung des Geld- und Kreditwesens erfordert. Der Kunde soll sich auf die Kasse und ihr Personal verlassen können; er soll im Laufe der Zeit hierdurch selbst eine Schulung erfahren, in der ebenfalls Sicherungsgarantien begründet liegen. **Die Sicherheit der fremden Gelder der Sparkasse liegt also auch bei der Kundschaft selbst.**

Wir erblicken diese Sicherungen endlich noch in dem **gesetzlichen Reservefonds**. Seine Art und sein Umfang müssen jedoch ebenfalls der Neuzeit angepaßt werden. Seine bisherige Normierung auf feste Grenzen bedeutet doch weiter nichts als die Festlegung eines willkürlich gegriffenen Prozentsatzes. Dem Sparkassenvorstande, den Revisionen und der Bilanzprüfung müßte es überlassen bleiben, über die Höhe der Rücklagen alljährlich zu entscheiden.

4. Die Sorge für die Liquidität.

Von **H. Bel**, Generaldirektor der Landesbank der Rheinprovinz, Düsseldorf.

Gesetz, Aufsichtsbehörde und Satzungen haben stets Sorge getragen für jederzeitige Zahlungsbereitschaft der Sparkassen; aber auch hier erkennen wir angesichts des bankmäßigen Ausbaues der Sparkassen bürokratische Hemmungen, welche den Zeitbedürfnissen nicht mehr gerecht werden. Insbesondere enthält das Anlegungsgesetz nicht nur Hemmnisse, sondern geradezu Gefahren für die Zahlungsbereitschaft der Sparkassen. Daß der Reichsschatzwechsel künftig zu den Pflichtanlagen gerechnet werden muß, ist eine selbstverständliche Forderung. In dem vorigen Abschnitt sind die Auslandswerte bereits in ihrer Eigenschaft als Sicherungsfaktoren besprochen; sie sollen aber auch Zahlungsbereitschaft und Wertbeständigkeit garantieren. Auch erstklassige private Inlandswerte sollten den Sparkassen Anlagemöglichkeit werden. Wenn schon die Industrieobligation im Grundsatze zugelassen ist, muß dieses Recht auch der Aktie zufallen, deren Auswahl dem Vorstande zu überlassen ist. Die bankmäßige Umstellung fordert im Kontokorrentgeschäft auch den kaufmännischen Wechsel, so daß die Frage der Wechselfähigkeit der Sparkassen zwecks jederzeitiger Verwertung ihres Portefeuilles in nächster Zeit bejahend beantwortet werden muß. Die Zahlungsbereitschaft muß von dem Grundsatze geleitet sein, daß den Aktivanlagen gleich- oder ähnlichfristige Passivanlagen gegenüberstehen; dann mag der Sparkassenvorstand auch für Krisenzeiten ohne Sorge sein. Die Kündigungsvorschriften der Satzung wegen der Rückzahlung der fremden Gelder dürfen nur im Ausnahmefalle Anwendung finden, weil sie sonst das Vertrauen zu den Sparkassen herabsetzen und im übrigen auch die Wirtschaftlichkeit des Betriebes in Frage stellen. Keine Sparkasse aber darf es im Interesse jederzeitiger Liquidität versäumen, zu ihrer Girozentrale die engsten Beziehungen zu unterhalten. Leider hat sich auf dem Gebiete der Aktivpolitik der Sparkassen mehrfach das Bestreben einer nachteiligen Selbständigkeit bemerkbar gemacht, die dahin geht, über einem günstigen Augenblicksertrag die höheren Pflichten des öffentlichen Kapitals zu übersehen. Nur wenn es bei dem Provinzialinstitut der Sparkassen in reichlicher und stetiger Form zusammengefaßt bleibt, vermag es seine wichtigen Aufgaben zu erfüllen, die nicht zuletzt der Girozentrale die Pflicht auferlegen, es zur Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität der angeschlossenen Sparkassen zu verwerten. Die Girozentrale kann diese Pflicht nur unter gegenseitigen Opfern an Ertrag und nur dann erfüllen, wenn die zuständigen Sparkassen ihr ihre Gelder in weit größerem Maße zur Verfügung stellen, als das bisher der Fall war. Wenn die Sparkassen sich durch einen solchen Ausschließlichkeitsverkehr mit ihrer Girozentrale auch nur die jederzeitige Zahlungsbereitschaft sicherten, würde seine Befürwortung schon hinreichend begründet sein. Er will mit der straffsten Zusammenfassung des öffentlichen Kapitals noch weit mehr: Bereitstellung und Verbilligung des öffentlichen Kredits, ein Vorhaben, das besonders von den Gewährverbänden kräftig zu fördern ist. Die hierdurch ermöglichte Übertragung der öffentlichen Kreditversorgung auf die Girozentralen entlastet die Sparkassen wiederum zugunsten ihrer privatwirtschaftlichen Tätigkeit im eigenen Kundenkreise. Alle diese Ziele sind nachhaltig nur in enger und ausschließlicher Zusammenarbeit der Sparkassen mit ihrer Girozentrale erreichbar, weshalb auch hier der Appell an die Sparkassen am Platze ist, der die Grundlage aller Kraft und Disziplin ist: Korpsgeist!

5. Die Zinspolitik.

a) Allgemeines.

Von Dr. **von Wagner**, Verbandsvorsteher des Württembergischen Sparkassen-Giroverbandes, Stuttgart.

Wieviel ist in den Kreisen der deutschen Sparkassenmänner seit Jahren über diese Frage geschrieben und verhandelt worden, ohne daß in derselben im Deutschen Gesamtsparkassenverbande oder in den einzelnen Landes- und Provinzverbänden eine Einigung erzielt worden wäre!

Eine Einheitlichkeit in der Zinspolitik der Sparkassen für das ganze Deutsche Reich durchzuführen, wäre ja angesichts der wirtschaftlichen Verschiedenheiten in den einzelnen Teilen desselben kaum möglich. Der deutsche Süden weist noch eine Menge rein oder vorzugsweise ländlicher Bezirke auf, und im Jahre 1912 hat die Mehrzahl der daselbst vorhandenen Sparkassen dem Einleger $3^3/_4$ bis 4 % Zinsen gewährt, während im Rheinland und Westfalen mit damals fast 5 Milliarden Sparkasseneinlagen zu jener Zeit ein Einlagenzinsfuß von nur 3 % der herrschende war; auch in Norddeutschland wurde nicht mehr bezahlt, so von der Sparkasse Teltow 3 % und ebensowenig von der Berliner Stadtsparkasse.

Die Sparkassen in den größeren Städten, auch in Süddeutschland, so z. B. in München und Stuttgart, waren der Herabsetzung oder Niedrighaltung des Einlagenzinsfußes nicht abgeneigt, indem sie die unbedingte Sicherheit und andere große von ihnen gebotene Vorteile und Annehmlichkeiten ins Feld führten; die Rücksichten, die die Sparkassen den Einlegern schuldig sind, haben häufig keine ganz gerechte Würdigung gefunden.

Ein am 30. April 1920 in Heidelberg von den Verbandsvorstehern der vier süddeutschen Sparkassenverbände Bayern, Württemberg, Baden und Hessen genommener Anlauf auf Vereinheitlichung des Zinsfußes für Einlagen und Darlehen verlief im Sande. Bald darauf sich drängende Vorgänge auf dem allgemeinen Wirtschafts- und Geldmarkt konnten einem einheitlichen Vorgehen keinen Erfolg versprechen.

Aber nicht nur Kirchturmsinteressen, landsmannschaftliche Eigentümlichkeiten, landwirtschaftliche und industrielle Beschäftigungsweise der Bevölkerung, größerer oder geringerer Arbeitsverdienst der Sparkassenkunden und ähnliches stehen der Festsetzung eines einheitlichen Zinsfußes für Einleger und Darlehensnehmer im Bereich größerer staatlich geschlossener Gebiete hindernd im Wege; auch ungezügelter Wettbewerb der Sparkassen, insbesondere an den Landesgrenzen, wo die Verschiedenheit der Gesetzgebung der einen Sparkasse, so z. B. hinsichtlich der Annahme von Einlagen, etwas gestattet, was der andern versagt ist, weist häufig auch im deutschen Sparkassenwesen den Sieg des Geschäftsgeistes über den von Dr. Eberle gepriesenen Gemeingeist auf.



Heute ruht im Schoße der deutschen Sparkassenvertretungen der Streit um die Ermäßigung des Zinsfußes im Spar- und im Giroverkehr, soweit es sich um 2, 3 und 4 % für die Einleger und um eine Spannung von 1/2 oder 1 % für Darlehensnehmer handelt; auch der am 5. Juli 1922 vom Sparkassenverband für Hessen-Nassau und Waldeck gemachte Vorschlag, an Zinssätzen zu erheben:

a) für neue Hypothekendarlehen 5 % neben einem einmaligen Verwaltungskostenbeitrag von 1 %;
b) für bestehende Hypothekendarlehen allgemein 4 3/4 %;
c) für neue Gemeindedarlehen 5 1/2 % neben einem einmaligen Verwaltungskostenbeitrag von 1 %; bei Darlehen für Siedlungszwecke soll möglichst keine Zinsfußermäßigung eintreten;
d) für bestehende Gemeindedarlehen 5 %;
e) für Bürgschaftsdarlehen nicht unter 6 % und daneben eine halbjährliche Provision von 1/4 %;
f) für Kreditgewährung an Gemeinden nicht unter 6 %, an Private nicht unter 6 1/2 %; daneben sind entsprechende Kreditprovisionen zu berechnen;
g) für Lombarddarlehen nicht unter 6 %,

ist weit überholt. Das ganze wirtschaftliche Leben ist in Deutschland derart im Fluß, daß sein Werdegang sich kaum mehr nach Wochen, viel weniger nach Monden oder gar Jahren übersehen läßt. Die Diskontpolitik der Reichsbank hat zu spät eingesetzt, und eine Einschränkung der Kredite, wie sie von den deutschen Banken getroffen worden ist, wirkt auf die deutsche Volkswirtschaft, vor allem den Handel und die Industrie, höchst nachteilig und gefährlich; sie wird den Zusammenbruch zahlreicher Betriebe und eine weit um sich greifende Arbeitslosigkeit und Not im Gefolge haben. Schon sind die Sparkassen von der Industrie stark gesuchte und umworbene Kreditquellen, und mancher Sparkassenleiter in der Großstadt, der bis vor kurzem noch einen Einlagenzinsfuß von 4 % als zu hoch erachtet hat, trägt heute kein Bedenken, auf dem Lande mit der Ortsschelle bekanntgeben zu lassen, daß seine Kasse 13 % für Depositeneinlagen bezahle.

Und so wie der Einlegerzinsfuß in die Höhe geschnellt ist, so ist auch die Verzinsung für Darlehen nicht nur bei Banken, sondern auch bei Sparkassen ins Ungemessene gestiegen.

Wer kann die Wirkungen voraussehen, welche die Inflation, die Entwertung der Mark und die fortwährenden Preissteigerungen für alle Bedürfnisse des menschlichen Lebens noch auslösen werden?

Wer kann in dem politischen und wirtschaftlichen Wirrwarr unserer Tage über Zinspolitik sich aussprechen?

„Politik", so sagt Bismarck, „ist die Kunst des Erreichbaren!" Was ist heute in Deutschland erreichbar? Darüber hüllt die Zukunft mitleidig ihren Schleier!

b) Die Zins- und Gebührenpolitik in der Nachkriegszeit.

Von **Ziegler**, Sparkassendirektor, Berlin-Schöneberg.

Vor dem Kriege betrug der Einlagezinsfuß der deutschen Sparkassen 3 bis 4 %; nur wenige Kassen gewährten darüber hinaus Sätze bis 4 1/4 %. Die großen Kassen zahlten 3 bis höchstens 3 1/2 %. Der Wechseldiskont der Reichsbank war von 5 % im Jahre 1913 zu Anfang des Jahres 1914 auf 4 % herabgesetzt worden. In dem Mittel zwischen 4 und 5 % bewegte sich die Durchschnittsverzinsung der Aktivkapitalien der Sparkassen. Diejenigen mit großem Wertpapierbesitz kamen über 4 bis höchstens 4 1/2 % kaum hinaus. Die Zinsspannung zwischen Passiv- und Aktivzinsen betrug 1/2 bis 1 %, wobei die Sparkassen gut auskamen und noch erhebliche Überschüsse an ihre Garantieverbände abliefern konnten. Die Verwaltungskosten bezifferten sich in der Vorkriegszeit durchschnittlich auf 0,20 % des Einlagenbestandes und höchstens ebensoviel in ganzen Prozenten — also 20 % (1/6 bis 1/5) des Zinsenüberschusses.[1]) Während des Krieges stiegen die Verwaltungskosten, im Verhältnis zum Einlagenbestand infolge der bedeutenden Zuflüsse an Spareinlagen unerheblich, im Verhältnis zum Zinsenüberschuß schon merkbarer. Die Prozentziffer zu den Einlagen erhöhte sich bis zum Jahresschluß 1918 auf 0,25 bis 0,28, zu dem Zinsenüberschuß aber von 20 auf 33 1/3 %.

Die Zunahme aller Geschäftszweige, besonders des Scheck- und Giroverkehrs, die Zeichnungen auf die Kriegsanleihen, deren Verwahrung und Verwaltung (später — Ende 1919 — kam noch die Einführung des Depotzwanges hinzu) erforderten eine erhebliche Personalvermehrung zu der an sich schon durch den Krieg veranlaßten Einstellung zahlreicher Hilfskräfte. Die allmählich einsetzende Teuerung, erhöhte Anschaffungskosten für Maschinen und Gehaltszahlungen an die im Felde befindlichen Beamten treten hinzu. Mit dem Sturz der Mark bei Kriegsende und infolge der Revolution schwellen die Verwaltungskosten immer mehr an. Beim Jahresschluß für 1919 sind sie bereits durchschnittlich auf 60 % des Zinsenüberschusses angewachsen. Die Sparkassen sahen sich daher genötigt, zur Wahrung der Rentabilität ihre Zinspolitik zu ändern. Nach der Passivseite kam ihnen die andauernde große Geldflüssigkeit zustatten. Die Sparkassen hatten mit Ausnahme der Monate Oktober und November 1918 nach wie vor großen Zufluß an Einlagen, der bis September 1919 andauerte. (Die Zunahme in den Jahren 1918 und 1919 überstieg alle früheren Jahre.) Daher konnte der Geschäftsführer des Deutschen Sparkassenverbandes im März 1919 mit Fug und Recht die Herabsetzung des Zinsfußes empfehlen. Die „Sparkasse" schrieb damals (Nr. 886/1919):

„Die Geldflüssigkeit hat einen solchen Umfang angenommen, daß es bald nicht mehr leicht sein wird, lohnende Anlagen zu finden. Die Frage drängt, ob der Zinsfuß für Depositen- und Spareinlagen noch lange auf der jetzigen Höhe gehalten werden kann. Die Banken in Berlin haben bereits eine namhafte Ermäßigung eintreten lassen. Die Provinzbanken, besonders im Westen, wünschen dasselbe zu tun, fürchten aber eine Benachteiligung, wenn nicht gleichzeitig die Sparkassen ihre Zinssätze ermäßigen. Die Sparkassen in Wien haben bereits eine Herabsetzung des Spareinlagenzinssatzes eintreten lassen, im Südbayerischen Sparkassenverband wird Ähnliches erwogen. Unserer Ansicht nach sind die jetzigen Zinssätze der Sparkassen im Depositenverkehr nicht mehr zeitgemäß. Ein Herabgehen um 1/2 % sowohl für tägliches Geld als auch für Termingeld halten wir für geboten. Der etwa entstehende Ausfall kann nur unbedeutend sein, da die Banken dem Beispiel sofort folgen werden. Die Sparkassen sollten nicht warten, bis alle unter einen Hut gebracht sind, sondern sich schnellstens mit den Nachbarsparkassen einigen. Schwieriger liegen die Verhältnisse für den Zinsfuß der Spareinlagen. Es macht große technische Schwierigkeiten, während des Jahres den Zinsfuß zu ändern. Allerdings gilt das nur für den „normalen" Zinsfuß. Den „außerordentlichen" Zinsfuß für Einlagen auf längere Zeit usw. kann man jederzeit ändern, wenigstens für die neuen Zugänge. Man kann auch mit der Gewährung „außerordentlicher" Zinsen aufhören. Die Kapitalien werden trotzdem zur Sparkasse kommen. Man muß sich mit dem niedrigeren Satz begnügen."

Schwerer war es, den Ausgleich nach der Aktivseite zu schaffen. Hier kam nur eine Erhöhung des Hypothekenzinsfußes und der Zinsen für Lombarddarlehen, Kontokorrent-

[1]) Organisationsänderungen und größere Anschaffungen hatten in einzelnen Jahren höhere Verwaltungskosten zur Folge, aber auch dann nicht im allgemeinen über 0,25 % des Einlagenbestandes hinaus.

vorschüsse, Bürgschafts- und Wechseldarlehen in Betracht, bei Hypotheken aber nur, soweit sie fällig wurden oder mit halbjährlicher Frist gekündigt werden konnten. Die Ausleihungen in der Form des Personalkredits waren noch zu geringfügig, um eine wesentliche Erhöhung der Zinseneinnahmen herbeizuführen.

Passivzinsen.

Bei dieser Sachlage blieb vielen Sparkassen nichts anderes übrig, als den Einlagenzinssatz herabzusetzen. Das geschah zunächst in den Jahren 1920 und 1921. Infolge des stabilen Charakters und der Rechnungsmethode konnte die Herabsetzung nicht sogleich, sondern nur mit Beginn des neuen Geschäftsjahres erfolgen. Als untere Grenze für die Passivzinsen ergab sich der Satz von 3 %. Noch weiter herunterzugehen, war für die Spareinlagen schlechterdings unmöglich, da die Sparer durch die Ende März 1920 in Kraft getretene Kapitalertragssteuer ohnehin eine Einbuße von $^1/_{10}$ des Zinsertrages erlitten, bei 3 % tatsächlich nur 2,7 erhielten. Wohl aber ließ sich eine schnelle und tiefergehende Senkung der Habenzinsen im Scheck- und Kontokorrentverkehr durchführen. Diese waren als „tägliches Geld" im allgemeinen $^1/_2$ bis 1 % unter dem Spareinlagenzinsfuß gehalten, in der Mehrzahl waren Sätze von 2, $2^1/_4$ und $2^1/_2$ % vertreten, als Höchstsatz 3 %, nur ganz vereinzelt noch höhere. Die Senkung betrug bei den Spareinlagen im allgemeinen $^1/_4$ bis $^1/_2$ %, bei den Scheck- und Kontokorrenteinlagen $^1/_2$ %. Im allgemeinen war der Zinssatz für Spareinlagen im Westen $^1/_2$ % höher als in den östlichen und mittleren Provinzen, am höchsten in Schleswig-Holstein und Württemberg, zum Teil auch in der Ostmark. Die kleinsten Sparkassen zahlten die höchsten Zinssätze. Die Herabsetzung des Zinsfußes beschränkte sich hauptsächlich auf die großen Sparkassen, die unter der Steigerung der Verwaltungskosten am meisten zu leiden hatten. Bis vor Jahresfrist ergab sich im allgemeinen folgendes Bild der Verzinsung der Spareinlagen:

Große Kassen . . . . . . 3 bis höchstens $3^1/_2$ %.
Mittlere Kassen. . . . . . $3^1/_2$ bis $3^3/_4$ %.
Kleine Kassen . . . . . . $3^1/_2$ bis 4 %.
Im Kontokorrentverkehr. . 2 bis 3 %, vereinzelt bis $3^1/_2$ %.

Daneben wurden höhere Zinssätze für Einlagen mit Festschreibung (sogenannte feste Gelder) auf längere Zeitabschnitte gewährt. Diese Einlagen mit Festlegung auf ein Jahr oder zwei Jahre waren im Westen schon vor dem Kriege eingeführt. Während des Krieges wurden solche Gelder in vermehrtem Umfange hereingenommen. Den Besitzern dieser Kapitalien fehlten die Anlagemöglichkeiten, denn der Börsenverkehr war eingestellt, die Sparkassen andererseits hatten Bedarf zur Abdeckung der gezeichneten Kriegsanleihen. In Friedenszeiten wurden diese Einlagen mit $^1/_2$ bis 1 % über dem Zinssatze der gewöhnlichen Spareinlagen verzinst, nunmehr paßte man die Verzinsung dem Wechseldiskont der Reichsbank oder der Verzinsung der vom Reich ausgegebenen „unverzinslichen Schatzanweisungen" an. Es gibt Schatzanweisungen mit 14- bis 29 tägiger und solche mit 30- bis 90 tägiger Laufzeit. Die Zinssätze werden durch „Merkblätter" der Reichsbank — in der Regel für ein Halbjahr — bekanntgegeben. In den ersten Jahren nach dem Kriege betrugen sie 4 bis $4^1/_4$ %. Seit etwa Jahresmitte 1920 werden auch langfristige unverzinsliche Reichsschatzanweisungen (Schatzscheine, Schatzwechsel) mit 10- bis 13 monatiger Laufzeit ausgegeben, die eine etwas höhere Verzinsung bringen (zunächst $4^5/_8$ bis $4^3/_4$ %). Mit diesem Papier mußten die Sparkassen rechnen. Auf seine Bedeutung für das Aktivgeschäft wird unter dem Abschnitt „Aktivzinsen" eingegangen werden; für die Passivzinsen der Sparkassen waren die Schatzanweisungen ebenfalls sehr beachtenswert. Da die Sparkassen bei der Unsicherheit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet auf größte Liquidität bedacht sein mußten, waren sie einerseits selbst Käufer, besonders für kurzfristige Schatzanweisungen, andererseits mußten sie bestrebt sein, ihrer Kundschaft durch Gewährung von höheren Zinsen entgegenzukommen und sich die Einlagen durch Festlegung auf Monats-, Vierteljahres- und Jahresdauer doch wenigstens für eine bestimmte Zeit fest zu sichern. Die Sparkassen mußten deshalb der Zinspolitik der Reichsbank, der Privatbanken und der Genossenschaften erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden, denn auch bei den Privatbanken war nicht der offizielle niedrige Zinssatz von 1 bis $2^1/_2$ %, sondern der im Wechselstubenverkehr mit der Kundschaft von Fall zu Fall „vereinbarte" Zinssatz für das Depositengeschäft von größter Bedeutung.

Solange die Geldflüssigkeit andauerte, bewegten sich die Sätze in einem verhältnismäßig engen Rahmen. Hemmungen bestanden zunächst nur durch die der Kapitalbildung — auch bei den Sparkassen — ablehnend gegenüberstehende Finanz- und Steuergesetzgebung, besonders durch die Aufhebung des Bank- und Sparkassengeheimnisses. Seit Oktober 1920 ist die Zunahme der Spareinlagen dauernd im Rückgange. Seit der Dollarstand die Hundertzahl überschritten hat (September 1921), schreitet mit dem Teuerungsindex die Geldentwertung unaufhaltsam und in immer rascherem Tempo fort. Mit ihr steigen immer mehr die Verwaltungskosten, besonders die personellen, und absorbieren mehr und mehr den Zinsenüberschuß. Für das Jahr 1920 konnte man eine Zinsspanne von durchschnittlich 1 bis 1,35 % feststellen, denen Verwaltungskosten (unter Abrechnung der Verwaltungseinnahmen) von 0,55 bis 0,75 % gegenüberstanden, so daß nur ein wirklicher Zinsenüberschuß von 0,45 bis höchstens 0,60 % verblieb gegen 0,80 % in der Vorkriegszeit. Für 1921 wird das Verhältnis noch ungünstiger, denn die Verwaltungskosten betragen nunmehr $^3/_4$ bis $^9/_{10}$ des Zinsenüberschusses. Für sonstige Ausgaben, Betriebsverbesserungen, Bereitstellungen für außerordentliche Bedürfnisse oder besondere Zwecke, Verluste und dergl. bleibt so gut wie nichts übrig. Nur die Gewinne aus Wertpapierverkäufen und aus Kurssteigerungen (rechnungsmäßige Kursgewinne) ergeben in der Hauptsache noch den in den Jahresrechnungen erscheinenden Überschuß, müssen aber zur Abtragung des „garantierten Kursrückganges" verwendet werden. Die Zinsspanne genügt nicht mehr, es müssen andere Einnahmen gefunden werden, um die Sparkasse nicht zum Zuschußbetrieb werden zu lassen.

Wir sehen im Jahre 1920 überall in den Verbänden Beratungen über die Geschäfts- und Zinspolitik der Sparkassen. Die Beschlüsse laufen in der Hauptsache auf Herabsetzung der Einlagezinsen, Erhöhung der Zinsen im Aktivgeschäft und die Einführung bezw. Erhöhung von Gebühren hinaus. Die Herabsetzung des Einlagezinsfußes war noch unter dem Eindruck des großen Geldzuflusses zustande gekommen, der aber, wie schon erwähnt, von Oktober 1920 ab ganz erheblich abflaute und sich teilweise in das Gegenteil verkehrte, d. h. zu einem Überwiegen der Rückzahlungen führte. Die Herabsetzung fiel, was weniger günstig war, zeitlich mit der durch Gesetz bestimmten Kürzung der Spareinlagenzinsen, nämlich der Kapitalertragsteuer, zusammen. Diese Steuer hat auf das Spareinlagengeschäft ganz besonders nachteilig eingewirkt. Sie verursachte auch den Sparkassen durch die für jedes einzelne Konto notwendige Berechnung ganz bedeutende Mehrarbeit und Kosten. Wohl wurde diese Berechnung später vereinfacht dadurch, daß entweder im Zusammenhang mit der Zinsenherabsetzung der Sparkasse oder auch ohne eine solche durch Benutzung neuer vereinfachter Zinstabellen die an die einzelnen Sparer zu zahlenden Zinsen bei der

Buchung sowie am Jahresschluß unter Abrechnung der Kapitalertragsteuer von 10 % errechnet wurde. Diese neue Zinsberechnungsart wurde wohl ziemlich allgemein mit Beginn des Geschäftsjahres 1921 eingeführt. In jedem Falle aber entstanden den Sparkassen durch die Beschaffung der neuen Zinstabellen in Anbetracht der höheren Druckkosten und Papierpreise bedeutende Ausgaben. Der Abschluß der Sparkonten am Jahresschluß 1920 hatte sich durch die besondere Errechnung der Kapitalertragsteuer und der den Sparern am Jahresschluß gutzuschreibenden Nettozinsen sehr kompliziert. Da dieser Jahresabschluß nur außerhalb der Dienststunden gefertigt werden kann und besonders bezahlt werden muß, steigerten sich hierdurch die ohnehin schon beträchtlichen Verwaltungskosten nur noch mehr. Diese Tatsache veranlaßte einige große Sparkassen, für den Jahresabschluß besondere Spesen nach einem gestaffelten Tarif zu berechnen, also den Sparern gewissermaßen neben der Kapitalertragsteuer noch eine zweite Steuer aufzuerlegen. Verfasser hat sich — da der Nutzen nur ein geringer gewesen ist — mit diesem Verfahren nicht befreunden können, das anderseits nur zur Verärgerung und Entfremdung der Sparer beigetragen hat in einer Zeit, wo alles darauf ankommen mußte, die Sparer zu halten.

Verschiedene Sparkassen hatten alsbald nach Kriegsende die Erhebung eines Diskonts bei der Abhebung größerer Einlagesummen ohne vorausgegangene Kündigung eingeführt. Diese Maßnahme verfolgte einen wirtschaftlichen und erziehlichen Zweck, denn sie war darauf berechnet, für die sofortige Auszahlung der Kasse ein kleines Äquivalent zu verschaffen und der Unsitte der Geldhamsterei entgegenzuwirken. Die Erhebung dieses Diskonts hat in den Kreisen der Sparer keinen Widerspruch gefunden und ist meistenteils als selbstverständlich hingenommen worden; er betrug $1/4$ bis $1/2$ %. Um die zur Abwendung der Geschäftsunkosten notwendige Spannung zu erweitern, mußten die Sparkassen zur Erhebung von Gebühren übergehen. Über diese wird in einem besonderen Abschnitt gesprochen werden.

Das Bestreben der Sparkassen mußte jeden Konkurrenzgedanken in der Zinspolitik zur Besserung der Lage ausschließen und dazu führen, mehr noch als bisher eine größere Einheitlichkeit in dieser Beziehung zu erreichen. Es war Aufgabe der Verbände, durch Richtlinien auf die Sparkassen zur Befolgung einer einheitlichen Geschäfts- und Zinspolitik einzuwirken, mindestens nach der Richtung, daß auch bei Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse gewisse Sätze nicht überschritten werden dürfen. Dieser Aufgabe haben sich auch die Verbände unterzogen und Einheits- oder Höchstsätze festgestellt. Hierbei war man sich darüber klar, daß eine schematische Anpassung nicht durchführbar sein kann, und daß mit Rücksicht auf die Banken und Genossenschaften den einzelnen Sparkassen Spielraum gelassen werden muß. Die Tendenz der Vereinheitlichung ist auch in der neuen Mustersatzung des Deutschen Sparkassenverbandes zum Ausdruck gebracht.

Die von der Zentralstelle des Verbandes herausgegebene Mustersatzung für preußische Sparkassen, die die Bewilligung des Ministers des Innern gefunden hat, gibt für die Verzinsung im § 14 folgende Richtlinien:

§ 14.

Der Zinsfuß für Spareinlagen wird vom Vorstand im Einvernehmen mit dem zuständigen Sparkassenverband festgesetzt und ist öffentlich bekanntzumachen. Soll der Zinsfuß unter 2½ % herabgesetzt oder über 4½ % erhöht werden, so bedarf es der Zustimmung der „städtischen Körperschaften". Der Zinsfuß kann für verschiedene Arten von Einlagen verschieden festgesetzt werden.

Eine Zinsherabsetzung tritt für die vorhandenen Spareinlagen frühestens einen Monat nach Bekanntmachung in Kraft.

Der Vorstand darf in Einzelfällen einen anderen als den von der Sparkasse allgemein gewährten Zinssatz oder von der Satzung abweichende Rückzahlungsbedingungen vereinbaren. Die Vereinbarung ist auf dem Konto zu vermerken.

Der Zinsenlauf beginnt mit dem ersten Werktag nach der Einzahlung und endet mit dem letzten Werktag vor der Rückzahlung. Bei der Zinsenberechnung wird der Monat zu 30, das Jahr zu 360 Tagen gerechnet. Pfennigbeträge bleiben außer Berechnung und Vergütung. Beträge unter 10 Mark werden nicht verzinst.

Die aufgelaufenen Zinsen werden am Jahresschluß dem Kapital zugeschrieben und wie dieses vom Beginn des neuen Rechnungsjahres ab verzinst.

Der Minister hat in dem Erlaß vom 27. Januar 1922 — IV b 2177 — zu der Mustersatzung gefordert, daß die Festsetzung des Zinsfußes für Spareinlagen an die Zustimmung und nicht bloß an ein Einvernehmen mit dem zuständigen Sparkassenverbande gebunden sein soll. Damit soll erreicht werden, daß die bisher noch vermißte Einheitlichkeit des Passivzinsfußes benachbarter Sparkassen und tunlichst aller zu einem Unterverbande gehöriger Sparkassen herbeigeführt und von Verbands wegen gewährleistet wird.

Die ganze Frage der Zinspolitik ist in ein anderes Stadium getreten, nachdem durch Geldanspannung, Kreditbedürfnis und Markentwertung die Reichsbank gezwungen war, ihre Diskontpolitik wesentlich zu ändern. Während in den ersten Jahren der Nachkriegszeit die Reichsbank den Diskontsatz nicht verändert hatte, sah sie sich um die Mitte des vorigen Jahres dazu genötigt. Seither ist die Entwicklung wie folgt vor sich gegangen:

	Wechseldiskont	Lombarddiskont
Kriegszeit	5 %	6 %
28. Juli 1922	6 %	7 %
28. August 1922	7 %	8 %
21. September 1922	8 %	9 %
13. November 1922	10 %	11 %
18. Januar 1923	12 %	13 %
23. April 1923	18 %	19 %.

Bei dieser Entwicklung mußte auch die Zinspolitik der Sparkassen eine andere werden. Zunächst dachte man noch nicht an eine Erhöhung des Einlagezinssatzes, obwohl es das Richtige gewesen wäre, da die technischen Schwierigkeiten eine solche im Jahre 1922 nicht mehr zuließen, vom 1. Januar 1923 ab sich etwas den Geldverhältnissen anzupassen. Dieser Zeitpunkt ist leider von den meisten Sparkassen verabsäumt worden. Die nächsten Maßnahmen betrafen die Nichtverzinsung kleiner Einlagen und den Fortfall der Zinspfennige. Es wurden nur noch volle 10 Mark, später, entsprechend dem Vorgehen der Banken, nur noch volle 100 Mark verzinst. Die auf den Konten am Jahresschluß verbliebenen Zins- und Kapitalpfennige wurden zugunsten der Sparkasse eingezogen. Diese Maßnahme war durchaus begründet und erforderlich, um die bei der Geldentwertung nur noch als Ballast zu betrachtende Kleinrechnung zu beseitigen.

Durch die in der Novelle vom 20. Juli 1922 zum Reichseinkommensteuergesetz geschaffene Steuerfreiheit begrenzter Spareinlagenbeträge bei Sperrung bis zum Todesfall oder mit mindestens 20jähriger Dauer im Erlebensfall (ähnlich den Lebensversicherungsprämien) erstand bei den Sparkassen eine neue Einlageart, für die mit Rücksicht auf ihre Beständigkeit die Sparkassen sogleich bei der Einführung einen höheren Zinssatz gewährten. Die Steuerfreiheit war vom Gesetz auf 8000 Mark jährlich begrenzt worden, wurde aber durch die Einkommensteuernovelle vom 23. Dezember 1922 auf 16 000 Mark und für das Jahr 1923 auf 48 000 Mark erhöht. Der Deutsche Sparkassenverband hat mit Rücksicht auf die Geldentwertung die weitere Erhöhung auf 150 000 Mark beantragt, doch ist dieser Antrag infolge Sessionsschlusses des Reichstages nicht mehr zur Verhandlung gekommen. Die Verzinsung dieser Einlagen betrug zunächst das Doppelte des Satzes für die gewöhnlichen Einlagen.

Es sind demnach zu unterscheiden:

I. a) gewöhnliche Spareinlagen,
   b) Spareinlagen mit Kündigung,
   c) steuerfreie Spareinlagen;



Zusammenstellung der bei den einzelnen Sparkassenverbänden üblichen Zinssätze.

Verband	A. Spareinlagen						B. Depositen- u. Kontokorrenteinlagen			Bemerkungen
	gewöhnliche %	auf 1 Monat %	auf 3 Monate %	auf 6 Monate %	auf längere Zeit %	steuerfreie %	täglich fällig %	gegen Kündigung auf 3 Monate %	gegen Kündigung auf 6 Monate %	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Baden	8	—	—	—	—	—	5 bis 6	—	—	A bis Oktober 1922 3½ %, Oktober/März 1923 4 %, März 1923 5 %; B 1 bis 1½ % unter obigen Sätzen.
Bayern	8	10	11	12½ bis 13	13½ bis 15	2 unter Reichsbankdiskont, höchstens 13, mindestens 2 über Spareinlagensatz	provisionsfrei 7½, provisionspflichtig 8 bis 9	—	—	Ab 1. Mai 1923. 1922: A gewöhnliche 4 bis 4½ %. B gewöhnliche 3½ bis 4 %.
Berlin	6	—	—	—	—	12	höchstens bis zum Diskontsatz für unverzinsliche Reichsschatzanweisungen			A ab 1. Juli 1923; B ab 1. Mai 1923. (B bis 30. September 1922 2½ %)
Brandenburg	7	—	—	—	—	—	9	—	—	siehe die nachfolgend abgedruckten „Richtlinien".
Hannover	4 bis 8	—	—	—	—	—	—	—	—	A bis Ende 1922 3½ bis 4½ %; B bis Ende 1922 3½ %.
Hessen	8 und höher	12 bis 15		über 15		12	7	—	—	Ab 1. Juli 1923. Die Erhöhungen paßten sich den Diskontsätzen an und betrugen Anfang 1923 4 bis 5 %.
Hessen-Nassau-	4 bis 5	—	6	8	—	—	3½ bis 4	—	—	
Waldeck	8		bis zu 12		—	—	—	—	—	vom 1. Juli 1923 ab.
Ostmark (Ost- und Westpreußen, Grenzmark Posen)	Wegen der Verschiedenheit in den einzelnen Provinzteilen sind einheitliche Zinssätze nicht festgesetzt. Jede Sparkasse einigt sich mit ihren Nachbarsparkassen über die Zinssätze.									
Pommern	9	—	12	15	—	2 unter Reichsbankdiskont, höchstens 20, mindestens 2 über Spareinlagensatz	provisionsfrei 8, provisionspflichtig 10	12	15	
Rheinland-Westfalen	8	—	—	—	—	—	8	—	—	Zinsfußerhöhungen im Laufe des letzten Jahres: A von 4 auf 5, 6 und 8 %, B von 2 bis 3 auf 4 und auf 8 %.
Freistaat Sachsen	Ein einheitlicher Zinssatz wird von Verbands wegen nicht festgesetzt.									
	(3½ bis 5)	—	—	—	—	(8)	—	—	—	Verband hat die in Klammern angegebenen Sätze als die ihm Anfang Mai bekannten bezeichnet.
Schleswig-Holst.	6 bis 8	—	8	10	—	12	6	von Fall zu Fall		Vorschläge des Verbandes.
Württemberg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	Hat keine Angaben gemacht.

II. a) Depositen- und Kontokorrenteinlagen mit täglicher Kündigung,

b) Depositen- und Kontokorrenteinlagen mit monatlicher und längerer Kündigung (feste Gelder).

Der Deutsche Sparkassenverband hat versucht, über die gegenwärtige Zinspolitik der Sparkassen einen Überblick zu erhalten, und durch Rundschreiben vom 7. Mai 1923 die Unterverbände zur Mitteilung der Zinssätze der ihnen angeschlossenen Sparkassen aufgefordert. Zu dem hiernach zusammengestellten Ergebnis der vorstehenden Tabelle ist zu bemerken, daß die Sätze mit Ausnahme der von Sachsen-Thüringen-Anhalt aus den Monaten April und Mai stammen und teils von den Sparkassen eingeführt, teils vom Verbande der Sparkassen zur Beschlußfassung empfohlen waren. Angemessen sind zurzeit (Juli 1923) die vom Verbande Sachsen-Thüringen-Anhalt aufgestellten Sätze, dessen Richtlinien auch im übrigen sehr beachtenswert sind.

Der Brandenburgische Sparkassen- und Giroverband hat am 7. Dezember 1922 — abgeändert durch Rundschreiben vom 7. Mai 1923 — folgende Richtlinien für die Zinspolitik der brandenburgischen Sparkassen aufgestellt:

1. Die „kleinsten" Spareinlagen sind künftig nicht mehr zu verzinsen.
2. Spareinlagen, die unter heutigen Geldverhältnissen als „klein"

zu bezeichnen sind, werden mit dem augenblicklich geltenden Zinssatz weiterverzinst.

3. Für die unter heutigen Geldverhältnissen als „größere" zu bezeichnenden Spareinlagen sind höhere als zurzeit geltende Zinssätze festzusetzen, je nach der Höhe oder Festlegungszeit. Eine besondere Beurteilung eines jeden Falles ist notwendig.

   Die Zinssätze sind mit größter Beschleunigung, mitgehend mit sich schnell verändernden Wirtschaftsverhältnissen zu ändern und neu festzusetzen.
4. Als „kleinste" Spareinlagen sind Beträge bis zu 500 Mark ausschließlich anzusehen.
5. Verzinst sollen nur durch 100 teilbare Beträge werden.
6. In der Regel sind täglich abrufbare Depositengelder bis zu 9 %, Spareinlagen bis zu 7 % zu verzinsen. Ausnahmen von diesen Normalsätzen sind beim Vorliegen besonderer örtlicher Verhältnisse zuzulassen. Der Zinssatz für „größere" Spareinlagen erhöht sich entsprechend je nach der Einlagenhöhe und der Festlegungsdauer.
7. Die Zinssatzbegrenzungen erfahren jeweilig eine entsprechende Änderung, nachdem eine Reichsbankdiskont-Erhöhung oder -Herabsetzung eine neue Geldmarktlage schafft, und zwar soll bei eintretenden Diskonterhöhungen der Zinssatz für tägliche Gelder jeweils um die Hälfte der Diskonterhöhung der Reichsbank erhöht werden.

Zur Herabminderung der Verwaltungskosten wird empfohlen, diejenigen Spareinlagen, deren Höhe nicht mehr im Verhältnis zu den bei Auflösung des Sparkontos abzuverlangenden Buch- und Abrechnungsgebühren stehen, einem Sammelkonto zuzuführen. Spareinlagen, bei welchen innerhalb von 30 Jahren eine Vorlegung des Sparbuchs nicht erfolgte, sind ebenfalls einem Sammelkonto zuzuführen.

Der Sparkassen- und Giroverband für Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt hat mit Rundschreiben vom 8. Juni 1923 folgende

Richtlinien für eine einheitliche Zinspolitik der Sparkassen

herausgegeben.

Die Richtlinien lassen eine größere Beweglichkeit zu, so daß es allen Verbandssparkassen möglich ist, sich ihnen anzuschließen. Das geschlossene und einheitliche Vorgehen in der Zinspolitik soll dazu dienen, das Ansehen und die Stellung der Sparkassen nach außen hin zu stärken. Für die Festsetzung der Zinssätze für hereingenommene Gelder gelten folgende allgemeine Grundsätze:

I. a) Auf die örtlichen Verhältnisse — Konkurrenzunternehmungen (z. B. Genossenschaften) — ist Rücksicht zu nehmen.
   b) Eine möglichst gleichmäßige Zinspolitik aller Sparkassen eines Wirtschaftsgebietes ist unter Rücksichtnahme auf benachbarte Wirtschaftsgebiete anzustreben.

II. In der Heraufsetzung des Spareinlagezinsfußes wird ein Mittel zur Heranziehung neuer Gelder gesehen.

III. Eine gleichmäßige Heraufsetzung des Spareinlagezinsfußes mit Rücksicht auf die Höhe der Spareinlagen ist jedoch abzulehnen, da bei den Zwergspareinlagen schon jetzt die zu gewährenden Zinsen nicht mehr im Verhältnis zu den Verwaltungskosten stehen.

IV. Neue Einlagen unter 1000 Mark sollen in der Regel nicht angenommen werden; ausgenommen hiervon sind selbstverständlich Mündelgelder und Schulspareinlagen.

V. Zur Herabminderung der Verwaltungskosten wird empfohlen, diejenigen Spareinlagen, deren Höhe nicht mehr im Verhältnis zu den bei Auflösung des Sparkontos zu beanspruchenden Buch- und Abrechnungsgebühren steht und bei denen eine Bewegung in den letzten Jahren nicht mehr stattgefunden hat, einem Sammelkonto zuzuführen.

VI. Bei der öffentlichen Ankündigung der für längere Termine in Betracht kommenden Zinssätze ist nach einem Übereinkommen mit dem Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes eine ausdrückliche Aufklärung des Publikums über die Dauer der für jeden Satz maßgebenden Kündigungsfrist seitens der die Ankündigung erlassenden Sparkasse erforderlich, damit Irrtümer über die Bemessung der Zinssätze ausgeschlossen werden.

Eine dem Charakter der öffentlichen Sparkassen angemessene Werbetätigkeit der Sparkassen ist im Interesse der Fortentwicklung der Sparkassen zu begrüßen. Ein Wettbewerb der öffentlichen Sparkassen untereinander durch Zinsüberbietungen beeinträchtigt jedoch das Ansehen der öffentlichen Sparkassen und ist als ungesunde Erscheinung zu verwerfen. Eine Herausforderung der Konkurrenz der Privatbanken und Genossenschaften muß bei der Werbetätigkeit vermieden werden.

Unter Beachtung obiger allgemeinen Grundsätze werden bei dem zurzeit geltenden Diskontsatz der Reichsbank von 18 % folgende Zinssätze als angemessen zu bezeichnen sein:

A. Für hereingenommene Gelder:

a) Spareinlagen:

1. täglich abrufbar:
   - bis zu 1 000 Mark . . . . zinslos
   - über 1 000 Mark . . . . 8 bis 10 %
2. Kündigungsgelder:
   - auf einen Monat . . . . . 10 bis 12 %
   - auf drei Monate . . . . . 12 „ 14 %
   - auf sechs Monate . . . . 14 „ 16 %

b) Giroeinlagen:

1. täglich abrufbar:
   - bis zu 1 000 Mark . . . . zinslos
   - über 1 000 Mark . . . . 8 bis 10 %
2. Kündigungs- und feste Gelder:
   - auf einen Monat . . . . . 10 bis 12 %
   - auf drei Monate . . . . . 12 „ 14 %
   - auf sechs Monate . . . . 14 „ 16 %.

Es wird empfohlen, sich möglichst den Zinssätzen der am Orte befindlichen Banken und sonstigen Kreditinstitute anzuschließen.

Bei größeren Einlagen sind unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse je nach der Höhe der Einlagen und der Dauer der Anlegung gegebenenfalls entsprechend höhere Zinssätze zu gewähren.

Zu erwähnen sind noch die auf Grund des Ministerialerlasses vom 4. April 1923 — IV b 3059 II — in Preußen und ferner auch in Bayern zugelassenen **Goldsparmarkkonten**, für die eine Verzinsung von 3 % gewährt wird. Die Deckung für diese Einlagen besteht in Dollarschatzanweisungen des Reichs, die eine Verzinsung von 6 % bringen. Die Zinsdifferenz wird zwischen Sparkasse und Girozentrale als Verwaltungskosten geteilt.

Die Sparkassen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wollen wegen der zunehmenden Geldentwertung und der technischen Schwierigkeiten (Zinsumrechnung) den Spareinlagenzinsfuß jetzt noch nicht festsetzen, sondern die Erhöhung am Jahresschluß bekanntgeben und den „Bonus" dann so bemessen, daß der Durchschnittszinssatz für Depositen erreicht wird.

Ausgezahlte Schecks sind Wert (Valuta) Ausstellungstag zu belasten, gutgeschriebene Platzschecks nach ortsüblichen Usancen, Fernschecks nach den Bedingungen, die von den Girozentralen festgestellt sind, zu erkennen.

Aktivzinsen.

Für eine Erhöhung der Erträgnisse der Anlagewerte scheiden von vornherein aus die **Inhaberpapiere**, weil sie festverzinslich sind.

Bei den **Hypotheken** kommt eine Zinserhöhung erst in Frage, wenn sie fällig werden. In den älteren preußischen Provinzen sind die Hypotheken auf eine Reihe von Jahren — 5 oder 10 — festgeschrieben. In den westlichen Provinzen war meist



schon im Frieden halbjährliche Kündigung vereinbart. Die Hypotheken erbrachten im Frieden 4 bis $4^3/_4$ % Zinsen. Die Erhöhung der Zinsen auf 5 bis 6 % — in letzterer Höhe erst vor Jahresfrist — hatte keinen wesentlichen praktischen Erfolg, weil die Hypotheken infolge des Überflusses an Zahlungsmitteln und des massenhaften Verkaufs städtischen Hausbesitzes an Ausländer — mit Entschädigungen bei vorzeitiger Zurücknahme — in Papiermark zurückgezahlt und neue seit dem Jahre 1922 nicht mehr begehrt wurden. Die auf dem Sparkassentag in Goslar vom Referenten gestellte Forderung auf Anpassung des Hypothekenzinsfußes an den Diskontsatz der Reichsbank ist bei der jetzigen Höhe des letzteren gegenstandslos geworden, die Forderung ist auch an sich zu weitgehend, solange nicht Beleihungsgrundsätze und Beleihungsgrenzen erweitert sind. Die Bautätigkeit liegt vollständig danieder; nur Kleinwohnungsbauten wurden von Staat, Gemeinden und Siedlungsgenossenschaften aufgeführt. Beleihungen dieser Grundstücke erfolgten in mäßigem Umfange bei mäßiger Verzinsung (aus sozialen Gründen).

Den Zinsfuß auch während der Beleihungsdauer zu erhöhen, gibt das Reichsgesetz vom 3. Juni 1922 über die Erhöhung der Verwaltungskostenbeiträge bei Tilgungsdarlehen (die Sparkassen sind in die zur Anwendung des Gesetzes berechtigten öffentlichen Kreditanstalten einbezogen worden) die Möglichkeit, aber nur wenn diese unkündbar sind. Das ist für die Hypotheken der Sparkassen ausgeschlossen. In Frage kommen für sie nur die Kommunaldarlehen, soweit vor deren gänzlicher Amortisation eine Rückzahlungspflicht nicht vereinbart ist, was in der Regel bei den Ausleihungen an den eigenen Garantieverband der Fall ist. Hier kommt die in dem genannten Gesetz und den dazu ergangenen Verordnungen zugelassene Erhöhung des Zinsfußes zur Anwendung (zurzeit $4^1/_2$ %).

Im übrigen ist für Kommunaldarlehen die Forderung des Lombardzinsfußes der Reichsbank begründet; sie soll auch gegenüber dem eigenen Gewährverbande angewendet werden. Daneben Erhebung eines Verwaltungskostenbeitrages (Abschlußprovision).

In der Hauptsache ist die Möglichkeit erhöhten Zinsgenusses beschränkt auf neue Ausleihungen an Kommunalverbände und die Ausleihungen im Personalkredit (wie bei den österreichischen Sparkassen). Für diesen sind die bankmäßigen Zins- und Provisionssätze anzuwenden. Dabei ist wie in Österreich das Kontokorrentgeschäft mit hypothekarischer Sicherstellung — zugleich auch als Ersatz für die reinen Hypothekendarlehen — zu pflegen; die Sicherheit ist in der Form der Sicherheitshypothek oder der Vormerkung für die Eintragung einer Hypothek (zur Erhaltung des Ranges) zu bestellen. Für Beleihungen von Wertpapieren (Lombarddarlehen) sind mindestens die Sätze der Reichsdarlehnskasse zu berechnen. Bürgschafts- und Wechseldarlehen sind mit den ortsüblichen Bankzinsen zu belasten, bei allen Ausleihungen im Personalkredit ist Anpassung an die jeweiligen Zeit- und Geldverhältnisse erforderlich. Die Debetzinsen sind vierteljährlich zu belasten. Voraussetzung ist neuzeitlicher Ausbau durch Einrichtung bezw. Angliederung einer Bankabteilung (Ministerialerlaß vom 13. April 1923). Dieser Ausbau ist zugleich Lebensfrage.

Für die zeitweilige Belegung kommt zuerst die eigene Girozentrale in Betracht. Allgemein geschieht auch die vorübergehende Anlegung in kurz- und langfristigen „unverzinslichen Reichsschatzanweisungen". Sparkassen bekommen wie Banken und Genossenschaften höhere Zinsen, zurzeit je nach Laufzeit für kurzfristige $16^3/_4$ bis $17^1/_2$ %, für langfristige $17^3/_4$ %.

Zusammenfassend werden hier die vom Sparkassen- und Giroverband für Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt aufgestellten neuesten

Richtlinien für eine einheitliche Zinspolitik der Sparkassen

vom 8. Juni d. Js. bezüglich der Grundsätze für die Zinsen der Aktivkapitalien als beachtenswert mitgeteilt.

Die Zinssätze für auszuleihende Gelder sind in Anlehnung an den jeweils geltenden Reichsbankdiskontsatz festzusetzen, und zwar:

a) Für Hypotheken:

je nach den Verhältnissen bis zum Reichsbankdiskontsatz und außerdem eine angemessene Abschlußprovision.

Zur Vereinfachung des Geschäftsganges wird zur Ersparung von Verwaltungskosten empfohlen, die Hypothekenzinsen nur einmal jährlich, und zwar am 1. Oktober, für das ganze Jahr zu erheben.

b) Für kurzfristige Gemeindedarlehen:

4 % über dem Lombardsatz der Reichsbank, gegebenenfalls eine Abschlußprovision auf Darlehen für werbende Anlagen.

Bei etwaigen Änderungen des Lombardsatzes der Reichsbank soll der neue Zinssatz jeweils mit dem Vierteljahresersten in Wirksamkeit treten. Zur Sicherung der Liquidität wird empfohlen, in jedem Falle eine sechsmonatige Kündigungsfrist zu vereinbaren. Der technische Beirat gibt erneut seiner einmütigen Auffassung Ausdruck, daß langfristige Gemeindedarlehen an den eigenen Garantieverband keinesfalls niedriger ausgeliehen werden dürfen als an andere kommunale Verbände, damit durch die Begünstigung des eigenen Kommunalverbandes kein falsches Bild in der Bilanz der Sparkassen entsteht und die Sparkassen durch einseitige Bevorzugung des eigenen Gewährleistungsverbandes in ihrer Wirtschaftlichkeit nicht beeinträchtigt werden.

c) Für kurzfristige Privatkredite:

1 % über dem Lombardsatz der Reichsbank und mindestens
1 % pro Monat Kreditprovision vom größten Debetsaldo, ferner eine Umsatzprovision von mindestens
$^1/_2$ vom Tausend je nach dem Umsatz auf dem Konto.

Außerdem wird die Erhebung einer einmaligen Bereitstellungsprovision von mindestens 1 % von der Höhe des bewilligten Kredits anheimgestellt.

Zinsfestsetzungen der Sparkassen, die sich im Rahmen vorstehender Richtlinien bewegen, hat der genannte Verband die gemäß Erlaß des Preußischen Ministers des Innern vom 27. Januar 1922 erforderliche Zustimmung erteilt.

Der Pommersche Sparkassenverband hat folgende Richtlinien für Zinsen, Abschlußgebühren und Provisionen für Darlehen und Kredite aufgestellt:

a) Für Hypotheken:

Zinsen	der jeweilige Reichsbankdiskontsatz bei Beginn des Vierteljahres (Halbjahres).
Einmalige Abschlußgebühr .	2 bis 3 %.

b) Für Darlehen an Gemeinden und sonstige öffentliche Körperschaften:

an den eigenen Garantieverband	der jeweilige Reichsbankdiskontsatz,
an sonstige	2 % über dem jeweiligen Reichsbankdiskontsatz.
Einmalige Abschlußgebühr	mindestens 5 %.

c) Für Haushaltsvorschüsse (täglich fällige Darlehen):

1. an Kämmerei und Kreiskommunalkassen	4 % über dem jeweiligen Reichsbankdiskontsatz,
2. an gemeindliche Betriebe (Gaswerke, Elektrizitätswerke usw.)	Zinsen wie zu 1 und $^1/_2$ % monatlich auf den Höchstdebetsaldo.

d) Für Schuldscheindarlehen an Private gegen Bürgschaft:

Zinsen	5 % über dem jeweiligen Reichsbankdiskont.



Einmalige Abschlußgebühr 2 bis 3 %.
Kreditprovision . . . . . ½ % pro Kalendermonat auf den Höchstdebetsaldo.

e) Für Darlehen gegen Verpfändung von Wertpapieren usw. (Lombardkredit): wie zu d.

f) Für Kredite in laufender Rechnung:
1. bei hypothekarischer Sicherstellung oder gegen Effektendeckung
Zinsen . . . . 2 % über Reichsbankdiskontsatz.
Kreditprovision . . . . 1 % pro Kalendermonat auf den Höchstdebetsaldo.
Umsatzprovision . . . . mindestens ½ ‰.
Bereitstellungsprovision nach Vereinbarung.
2. Für Personalkredit (Wechseldeckung oder Bürgschaft)
Zinsen . . . . wie vor.
Kreditprovision . . . . 1 bis 1½ % pro Kalendermonat auf den Höchstdebetsaldo.
Umsatzprovision . . . . wie vor.

Gebühren- und Kostensätze.

1. a) Für Sparbücher	¼ bis ½ der Selbstkosten.
b) Für Scheck- und Überweisungshefte sowie für sonstige Formblätter	Selbstkosten mit entsprechenden Teuerungszuschlägen.
2. Zahlscheine für Einzahlungen von Nichtkunden	die jeweils vom Deutschen Zentralgiroverband festgesetzten Gebührensätze.
3. Reisekreditbriefverkehr . . .	die jeweils vom Deutschen Zentralgiroverband festgesetzten Gebühren.

Gebühren.

Bereits im Jahre 1919 zeigte sich, daß die bedeutend gestiegenen Geschäftsunkosten der Sparkassen es diesen nahelegen mußten, für besondere Leistungen Aufwandsentschädigungen zu berechnen, vor allem mindestens den Ersatz der Ausgaben für an die Kundschaft gelieferte Vordrucke, wie Scheckhefte, Rechnungsbücher, Girokarten, Überweisungshefte, Auszüge, zu verlangen. Verschiedene Kassen hatten diese Materialien und Vordrucke unentgeltlich geliefert; damit mußte gebrochen werden. Aber auch die anderen Kassen, die schon von Anfang an oder im Laufe der Kriegszeit die Selbstkosten berechnet hatten, mußten dazu übergehen, einen Aufschlag zu erheben. Dies galt insbesondere von dem Scheck- und Giroverkehr und von der Depotverwaltung; letztere war an sich glatter Zuschußbetrieb. Die rheinischen Sparkassen hatten wohl als erste einen Tarif über Verwaltungskosten und Gebühren aufgestellt, der im großen und ganzen als vorbildlich von den anderen Sparkassen übernommen werden konnte. Die sich weiter entwickelnde Entwertung der Mark und die damit folgende Verteuerung der Buchungskosten machten die Erweiterung des Gebührentarifs und die Erhöhung der Sätze erforderlich.

Auch die Sparbücher mußten in diesen Tarif einbezogen werden. Schwierigkeiten konnten sich nur in rechtlicher Beziehung ergeben, wenn man sich auf den Standpunkt stellte, daß in der Satzung der Sparkassen Gebühren nicht vorgesehen waren. Die Satzungen enthielten meist nur die Bestimmung, daß bei der gänzlichen Abhebung des Sparguthabens das Sparbuch gegen eine Gebühr von 10 Pfennigen, 20 oder 25 Pfennigen zurückgegeben werden sollte. Das war naturgemäß ganz unzulänglich. Für die bankmäßigen Geschäftszweige der Sparkassen bestanden keine Schwierigkeiten, weil die Bedingungen für diese Geschäftszweige nicht in den Satzungen selbst niedergelegt sind, sondern in diesen nur auf erstere verwiesen wird. Es war also nur nötig, wenn die Bedingungen einen Passus nicht schon enthielten, die Erhebung von Gebühren und die Erstattung von Unkosten in sie aufzunehmen. Das aber konnte jederzeit geschehen, weil ja in diesen Bedingungen das Recht der jederzeitigen Änderung vorbehalten ist. Bezüglich der Sparbücher mußte die Berechnung einer Gebühr in die Form gebracht werden, daß sie einmal als Ersatz für die Herstellung des Sparbuchs und seine Ausfertigung zu gelten hatte, aber nur fällig wurde bei der Rückzahlung des gesamten Guthabens. So entspricht die Formel einmal der Satzungsbestimmung, zum anderen der Bestimmung des Preußischen Reglements vom Jahre 1838, wonach der Wert der in Umlauf befindlichen Sparbücher als Aktivum in die Bilanz einzustellen ist. Der Spargedanke wird nicht behindert, da die Gebühr nicht bei der Einzahlung erhoben wird, sondern dem Sparer gegenüber als „Abrechnungsgebühr“ für die Benutzung des Buches und die besondere Arbeit der Zinsberechnung anzuwenden ist. Die vom Sparkassenverband aufgestellte neue Mustersatzung sieht die Erhebung von Verwaltungskostenbeiträgen vor (§ 12), so daß diese Schwierigkeit beseitigt ist.

Im Laufe der Zeit mußten sich die Gebühren der Natur der Geschäfte entsprechend den von der Reichsbank, den Staatsbanken und den Privatbanken erhobenen anpassen, soweit nicht von vornherein der Geschäftscharakter eine besondere Behandlung erheischt (z. B. Depotgeschäfte und Börsengeschäfte). Bezüglich der Kreditgeschäfte haben die deutschen Sparkassen wertvolle Anregungen durch die österreichischen Sparkassen erhalten, die durch die Verhältnisse gezwungen waren, um überhaupt noch lebensfähig zu sein, Kreditgeschäfte, und zwar in der Form des Hypothekarkredits, des Bürgschafts-, Wechsel- und Lombardkredits, in weitgehendstem Umfange zu betreiben. Nachdem die Regierung anerkannt hat, daß auch die deutschen Sparkassen nur durch eine den Bedürfnissen der Kundschaft angepaßte Geschäftstätigkeit die Möglichkeit besitzen, existenzfähig zu bleiben und durch die Erlasse vom 15. April 1921, 15. Dezember 1921 und 13. April 1923 die Ausführung bankmäßiger Geschäfte, auch die äußerliche Kennzeichnung durch den Zusatz „Bankabteilung“ neben der Firma der Sparkasse zugelassen hat, ist die Gebührenpolitik von größter Bedeutung und der Gebührentarif zum ausschlaggebenden Faktor bei der Bilanzierung der Sparkassen geworden. Wie schon vorhergehend dargestellt, ist die Zinsspannung nicht imstande, diesen Ausgleich zu schaffen, weil die Sparkassen als mündelsichere Institute nicht in der Lage sind, die Aktivzinsen entsprechend zu erhöhen (bei verschiedenen Anlagen überhaupt keine Möglichkeit dazu besteht). Sie sind heute nur noch lebensfähig durch eine rührige Geschäftspolitik auf dem Gebiete des Kreditwesens und der Börsengeschäfte für die Kundschaft, da beide — Kredit- und Börsengeschäfte — der Natur nach meist Hand in Hand zu gehen pflegen. Nur große Geschäftsgewandtheit und Rührigkeit kann sie heute noch in den Stand setzen, die Summen aufzubringen, die für den Geschäftsbetrieb, insbesondere für die immer mehr steigenden Personalkosten, zu leisten sind, in erster Linie also durch die Zinsen, Verwaltungskosten, Provisionen aus Darlehns- und Kreditgeschäften, durch die Provisionen und Gebühren aus den Börsengeschäften und endlich, was nicht vergessen werden soll, mit Hilfe des Reichs aus den Zuschüssen zu den Beamtenbesoldungen. Der soziale Charakter der Sparkassen bedingt, daß sie selbst bei der jetzt zugelassenen erweiterten Betätigung sich doch nicht so entfalten können wie die Erwerbsinstitute, und aus diesem Grunde ist es durchaus gerechtfertigt, daß die nach dem Landessteuergesetz den Gemeinden zu gewährenden Zuschüsse zur Bestreitung der Kosten der Beamtenbesoldungen für die Verwaltungsaufgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände auch auf die Sparkassen als gemeindliche Wohlfahrtsanstalten ausgedehnt worden sind.

Nachstehend gelangt das Gerippe eines Gebührentarifs zum Abdruck, wie es erstmalig von den größeren Sparkassen des Rheinlands in einer Sitzung am 4. September 1920 aufgestellt worden ist, wobei wegen ihrer Veränderlichkeit die Beträge selbst fortgelassen worden sind.

a) Hypothekenabteilung:
Auszahlungen und Rücknahme von Hypotheken, Entpfändungen, Abtretungen, Teillösungen.

b) Giroabteilung:
Scheck- oder Überweisungshefte.
Kontenkarten bei Übertragungen.
Kontenkarten bei Auflösung.
Reisekreditbriefe, Ausfertigung und Einlösung.
Kontogegenbücher (Rchnungsbücher).
Akkreditive.
Zahlkarten.
Zusendung der Kontoauszüge.
Reichsbanküberweisungen.

c) Sparbetrieb:
Erledigte Sparbücher.
Überweisungen.
Versicherungsgebühr.
Einlösung oder Gutschrift von Zinsscheinen, wenn nicht bei der Sparkasse hinterlegt.
Vermerke von Verpfändungen, Kautionen und Abtretungen auf Spar- und Girokonten sowie auf Hinterlegungsscheinen, in jedem Einzelfalle eine einmalige Gebühr.

d) Stahlkammer:
Mietverträge für Schrankfächer, neben der Miete eine Schreibgebühr.
Sicherheitsleistung für Schrankfächer (auf Scheck- oder Girokonto während der Mietzeit zu unterhalten).
Duplikat-Einlaßkarte.
Duplikat-Schlüsselsatz.

e) Depotabteilung:
Depotgebühren mit Abstufungen für festverzinsliche, ausländische und Dividendenwerte.
Ausgeübtes Bezugsrecht.
Verkaufsbezugsrecht.
Einholung neuer Zinsscheinbogen.
Hinterlegungsscheine.
Anmeldeformulare.
Kraftlosbescheinigungen (Aufgebotsverfahren), auch für Sparbücher.
Bescheinigungen für Steuerverwaltung und Erbschaftszwecke.
Bescheinigungen über Selbstzeichnungen.

f) Effektenabteilung:
Für Lombard- oder Krediteröffnung als Verwaltungskosten.
An- und Verkauf von Effekten, zeitgemäße Provisionen.

Die Vertretersitzung der deutschen Giroverbände hat am 7. April 1922 beschlossen, die vom Deutschen Zentralgiroverband zur Erhebung von Gebühren aufgestellten Richtlinien den Sparkassen als Anhalt zu empfehlen. In dem Rundschreiben heißt es u. a.:

„Die Sparkassen sind natürlich hinsichtlich der Festsetzung von Gebühren für ihre eigene Kundschaft völlig selbständig; es muß aber trotzdem Wert darauf gelegt werden, daß die von den einzelnen Sparkassen in Ansatz zu bringenden Gebühren im Interesse der Einheitlichkeit des kommunalen Giroverkehrs möglichst nach gleichmäßigen Grundsätzen festgesetzt werden, wobei die Höhe des Prozentsatzes der zu erhebenden Gebühren von den örtlichen Verhältnissen abhängig sein wird. Die zur Erhebung gelangenden Gebühren können jedoch nur von den eigenen Girokunden der Sparkassen beansprucht werden, nicht aber für die Ausführung der den Sparkassen von außerhalb im kommunalen Girowege zugehenden Überweisungsaufträge."

Zu dem obigen Gebührengerippe treten infolgedessen noch hinzu:

Ausführung von Überweisungsaufträgen im kommunalen Giroverkehr.
Eilüberweisungen.
Einziehungsspesen für Wechsel, Anweisungen, Quittungen, Schecks, Wertpapiere usw. (Schecks auf Sparkassen sind spesenfrei.)
Rückschecks.
Rückwechsel.
Einzahlungen von Nichtkunden.
Postschecküberweisungen.

Nachschrift.

Die rasend fortgeschrittene Geldentwertung wirft alle Berechnungen über den Haufen. Seit Ende Juli 1923 bis jetzt (Mitte September) ist die Mark weiter um das 100 fache gesunken (1 Dollar = 100 Millionen Mark). Die Reichsbank erhöhte am 2. August 1923 den Wechseldiskont auf 30 %, den Lombardzinssatz auf 31 %; letzteren Satz berechnen die Darlehnskassen bei Verpfändung festverzinslicher Wertpapiere, von Aktien 32 %. Tägliches Geld kostet jetzt an der Börse ¾ bis 2 %. Dieser Veränderung entsprechend mußten auch die Sparkassen ihre Zinssätze erhöhen. Für Kontokorrentkredite wird jetzt 1 % pro Tag berechnet, für Effektenkredite etwas mehr. Der sich in den letzten Tagen bemerkbar machenden Versteifung des Geldmarktes — es werden 3 % pro Tag gefordert — wird durch weitere Erhöhung Rechnung getragen werden müssen. Wahrscheinlich wird auch der Reichsbankdiskont wieder erhöht werden. — Für die Spar- und Giroeinlagen sind 12 bis 15 % Zinsen, für steuerfreie Spareinlagen 20 bis 25 %, für Kündigungs- und festgelegte Gelder 25 bis 30 % zeitgemäß. Einlagen unter 10 000 Mark werden nicht mehr verzinst (im Scheck- und Giroverkehr ist die Grenze höher: 100 000 Mark, eine Million), im übrigen nur volle Tausend Mark. Im Zahlungs- und Überweisungsverkehr wird Abrundung auf letzteren Betrag durchgeführt.

Soeben kommt die Nachricht, daß heute, am 15. September, die Reichsbank den Diskont auf 90 % pro Jahr erhöht und den Lombardzinssatz auf 10 % wertbeständig gestellt hat. Die Darlehnskassen berechnen vom gleichem Tage für Darlehen ohne Entwertungsklausel 108 % jährlich, mit Entwertungsklausel 10 % jährlich. Das bedeutet eine starke Kreditbeschränkung. Die Sparkassen werden sich anpassen müssen. Hoffentlich kommen wir bald zu besseren Verhältnissen durch die Sanierung unserer Währung mit Hilfe der neuen Währungsbank und der Festmark-(Gold-)Konten.

6. Abschreibungen und Rücklagen.

Von Dr. **H. Marquardt**, Berlin.

Die Abschreibungen, worunter der rechnungsmäßige Niederschlag der Wertminderung von Vermögensteilen zu verstehen ist, spielen für die Sparkassen, die eigene Sachwerte, die gegebenen Objekte der Abschreibungspraxis, kaum besitzen, keine bedeutsame Rolle. Dieser Sachlage entsprechend, sind weder in der Sparkassengesetzgebung noch in den Satzungen der Sparkassen Vorschriften über die Vornahme von Abschreibungen gegeben. Im allgemeinen haben nur Sparkassen, die eigene Rechtspersönlichkeit besitzen, eigenen abschreibungsbedürftigen Grundbesitz; bei der großen Mehrheit der Sparkassen wird das Verwaltungsgebäude, die Hauptform des Grundbesitzes, gar nicht bilanzmäßig zum Vermögen der Kasse gerechnet, da es der Sparkasse seitens des Garantieverbandes nur zur Benutzung zur Verfügung gestellt wird. Ein Blick in die veröffentlichten Sparkassenbilanzen lehrt, daß in den Fällen, in denen Sparkassengebäude bilanzmäßig aufgeführt werden, ihr Buchwert nur einen geringen Teil des Anschaffungswertes bildet, daß also das Gebäude „abgeschrieben" ist, d. h. daß die durch Zeit und Gebrauch hervorgerufene Wertminderung ausreichend berücksichtigt ist. Als Sachwert kommt allenfalls noch das Mobiliar der Sparkasse in Betracht, das als Anlagewert nur sehr bedingt anzusprechen ist, da es fast ausnahmslos nur einen Liquidationswert besitzt, aber gerade deshalb eine starke Abschreibung erfordert. Am zweckmäßigsten wird es in den Sparkassenbilanzen nur pro memoria als Eine-Mark-



Posten aufgeführt, wie es in den Bilanzen gutfundierter privater Unternehmungen gebräuchlich ist.

Der Charakter der Sparkassen als Geldinstitute bringt es mit sich, daß die Wertminderungen, die für die Vermögenslage der Sparkassen von Bedeutung sind, an anderer Stelle zu suchen sind als bei den Sachwerten. Die Anlagewerte der Sparkassen bestehen in Wertpapieren und Ausleihungen, die so beschaffen sein sollen, daß in ihnen der mündelsichere Charakter der Sparkassen sich widerspiegelt. Die an diesen Vermögenswerten entstehenden Wertminderungen können nicht durch Abschreibungen, die nur tatsächlich eingetretene Werteinbußen zum Ausdruck bringen erfaßt werden, denn die Anlagewerte der Sparkassen sind nur möglicherweise eintretenden Minderungen ausgesetzt, denen bei einem Teil, den kurshabenden Wertpapieren, überdies Wertsteigerungen gegenüberstehen können. Zur Begegnung der aus diesen möglichen Wertminderungen entstehenden Verluste an den Anlagewerten sieht die Sparkassengesetzgebung in den verschiedenen deutschen Ländern die Schaffung von Sicherheitsrücklagen vor, die eine zusätzliche Sicherung der Spareinlagen bezweckt, die durch die mündelsichere Art der Anlegung der Sparkassengelder im allgemeinen bereits gewährleistet ist.

In Preußen ist bereits im Sparkassenreglement von 1838 die Bestimmung getroffen, daß aus den Überschüssen zur Deckung etwaiger Verluste ein Reservefonds zu bilden ist, der einen Teil des allgemeinen Sparkassenfonds bildet und die Sparkasse in die Lage versetzt, entstehende Verluste aus eigenen Mitteln zu decken, ohne die Haftpflicht des Garantieverbandes in Anspruch zu nehmen. Die Überschüsse dürfen dem Garantieverband erst dann zur Verfügung gestellt werden, wenn der Reservefonds eine angemessene Höhe erreicht hat. Die Bedeutung des Reservefonds für die Geschäftsführung der Sparkasse liegt demnach einmal in der Gewährleistung einer zusätzlichen Sicherheit für die Spareinlagen bei gleichzeitiger Entlastung des Garantieverbandes, zum andern darin, daß seine Höhe den alleinigen Regulator für die Verteilung der Überschüsse bildet. Aus dieser letzteren Zweckbestimmung haben sich mehrfach Auseinandersetzungen zwischen den an der Verteilung möglichst hoher Überschüsse interessierten Gemeinden und den Aufsichtsbehörden der Sparkassen ergeben, die einem möglichst hoch bemessenen Reservefonds das Primat gegenüber hohen zur Verteilung gelangenden Überschüssen zuerkannten und die Garantieverbände dementsprechend nachdrücklichst darauf hinwiesen, daß ein reichlich dotierter Reservefonds eine im eigenen Interesse der Garantieverbände gebotene Vorsichtsmaßregel sei. Den mannigfachen Änderungen der Verordnungen über die Angemessenheit der Höhe des Reservefonds bereitete das Gesetz über die Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren vom 29. Dezember 1912 ein Ende. Hier ist die Verteilung von Überschüssen abhängig gemacht von einer einzuhaltenden bestimmten Höhe des Reservefonds, die ihrerseits bei den einzelnen Sparkassen je nach der Menge des in mündelsicheren Inhaberpapieren angelegten Vermögens variiert. Bei Sparkassen, welche weniger als 20 % ihres Vermögens in Inhaberpapieren angelegt haben, muß der Reservefonds mindestens 5 % der gesamten Spar- (und Giro-) Einlagen umfassen, ehe die Hälfte der Überschüsse an den Garantieverband überwiesen werden darf; die gesamten Überschüsse dürfen dem Garantieverband erst zur Verfügung stehen, wenn der Reservefonds 10 % der Einlagen erreicht hat. Bei Sparkassen, bei denen 20 bis 25 % des Einlagebestandes in Inhaberpapieren angelegt sind, dürfen die gesamten Überschüsse zu Zwecken des Garantieverbandes verwendet werden, wenn der Sicherheitsfonds 8 % der gesamten Einlagen erreicht hat; beträgt er zwischen 2 bis 8 %, so dürfen nur Teile (ein Viertel bis drei Viertel) der Überschüsse dem Garantieverbande zur Verfügung gestellt werden, der Rest ist zur Auffüllung des Reservefonds zu verwenden, bis dieser die Höhe von mindestens 8 % erreicht hat. In den außerpreußischen Ländern lehnen sich die gesetzlichen oder statutarischen Vorschriften über die Bildung von Sicherheitsrücklagen eng an die für Preußen gültigen an; auch hier wird der Mindestbetrag für die Höhe des Reservefonds auf 5 bis 10 % der Einlagen festgesetzt.

Ist auch die erste Zweckbestimmung des Reservefonds in der Gewährleistung einer handgreiflichen Sicherheit für die Einlagen zu erblicken, so liegt doch seine eigentliche und wesentliche Bedeutung in der Rolle, die er für die Stellung der Sparkasse selbst spielt. Die Einleger vertrauen ihre Spargelder nicht einer Sparkasse an, weil sie einen besonders hohen Reservefonds aufweist; für die Öffentlichkeit ist mit Recht eine Sparkasse der andern gleichwertig; entscheidend für den Einleger ist die Mündelsicherheit, die in der Haftung des Garantieverbandes und in der mit strengen Sicherheitsvorschriften umzogenen Anlage der Spargelder begründet ist, und nicht das Ausmaß des Reservefonds. Die wesentliche Bedeutung der Sicherheitsrücklage liegt in der finanziellen Verselbständigung der Kasse in bezug auf den Garantieverband. Ein ausreichend dotierter Reservefonds schafft der Sparkasse die Möglichkeit, Verluste „in sich" ohne Rücksicht auf den Garantieverband auszugleichen. Diese durch eine genügende Sicherheitsrücklage verselbständigte Kasse wendet von dem Garantieverband die Gefahr der Störung und der Zerrüttung des Kommunalhaushaltes ab, die aus der Unterhaltung einer Sparkasse grundsätzlich herrühren kann. Soll der Reservefonds Garant der finanziellen Unabhängigkeit der Kasse sein, so muß neben seiner angemessenen Auffüllung für eine gewisse Stetigkeit seines Bestandes Sorge getragen werden; nur solche Verluste dürfen aus ihm gedeckt werden, die den Charakter des Zufälligen, Außerordentlichen und Gelegentlichen tragen. Alle Verluste, die gewohnheitsmäßig auftreten und mit einiger Wahrscheinlichkeit zu erwarten sind, dürfen nicht aus ihm gedeckt werden und seine Höhe nicht beeinflussen.

Die Hauptquelle dieser Art Verluste bildet erfahrungsgemäß der Bestand der Sparkassen an Wertpapieren, die ständig Wertschwankungen unterliegen und die in konkreten Fällen Dasein und Höhe des Reservefonds zahlreicher Sparkassen in einem Maße angegriffen haben, daß er die Funktion des Garantiekapitals in vielen Fällen nahezu völlig eingebüßt hat.

Aus dieser Sachlage heraus ergibt sich die grundsätzliche Forderung der Unabhängigkeit des Reservefonds von den nicht zu vermeidenden Kursverlusten an Wertpapieren, zu deren Anschaffung die Sparkassen gezwungen sind. Diese Erkenntnis hat sich auch bei der obersten Aufsichtsbehörde in Preußen durchgesetzt. Hier galt die Verordnung, daß Kursverluste vorweg — unter Umgehung der Verrechnung auf die Überschüsse — aus dem Reservefonds gedeckt werden durften, solange dieser dadurch nicht unter 5 % der Passiva herabsinkt. Diese Bestimmung, die den Garantieverbänden eine gewisse Höhe der ihnen zur Verwendung überlassenen Überschüsse auf Kosten der Höherdotierung des Reservefonds garantieren sollte, ist durch den beispiellosen Kurssturz der von den Sparkassen gehaltenen Inhaberpapiere überholt und als unhaltbar erkannt worden. Durch Erlaß vom 23. Oktober 1919 wurde den Sparkassen die Bildung eines „Kursrücklagefonds", dessen Anlage bis dahin nur empfohlen war, obligatorisch gemacht. Dieser Kursrücklage sollen entstehende buchmäßige und realisierte Kursgewinne zugeführt werden, nicht mehr den Überschüssen, aus denen nach wie vor der Reservefonds zu speisen ist; auf der anderen Seite sind Kursverluste aus der Kursrücklage zu decken; wenn diese nicht zureicht, sind sie aus den Überschüssen und erst dann aus dem Reserve-

fonds zu decken. Diese aus der Not der Zeit geborene Maßregel entspricht der oben aufgestellten Forderung der größtmöglichen Unversehrtheit des Reservefonds bei einem möglichst hohen Minimalbetrage zur Wahrung des Prinzips der wirtschaftlichen Selbsterhaltung der Kasse. Für den Garantieverband bedingt diese Regelung zwar eine Verkleinerung der ihm zur Verwendung zuzuweisenden Überschüsse, gewährt ihm aber als Ausgleich die Minderung der Wahrscheinlichkeit, für die Verbindlichkeiten der Kasse eintreten zu müssen. Nun hat bis vor kurzem der Kursrücklagefonds eine nennenswerte Bedeutung nicht gehabt; denn Kursgewinne an Staatspapieren, aus denen die Kursrücklage zu speisen war, pflegten in den letzten Jahren eine seltene Erscheinung zu sein. Nachdem aber in der jüngsten Vergangenheit der Aufwertungsprozeß verbriefter Werte auch die im Besitz der Sparkassen befindlichen Inhaberpapiere erfaßt hat und den Kurswert, der bislang weit unter dem Anschaffungswert geblieben war, beträchtlich über diesen und den Nominalwert hinausgehoben hat, können und müssen dem Kursausgleichsfonds die sich aus diesem Prozeß ergebenden Papiermark-Kursgewinne zugeschrieben werden. Er ist also aus seinem bisherigen mehr oder minder problematischen Dasein zum vollen Leben erwacht und stellt einen realen Faktor dar, der seiner Aufgabe, Kursverluste auszugleichen, zugunsten des allgemeinen Reservefonds, entgegenreift.

Eine weitere Quelle der Minderung des Reservefonds bilden diejenigen Verluste, die aus der zweiten Kategorie der angelegten Kapitalien der Sparkassen, den Ausleihungen, herrühren. Sie zeigen zwar ein weit geringeres Ausmaß als die aus Wertpapieren stammenden Verluste, bedingen jedoch ebenfalls grundsätzlich einen besonderen Ausgleichsfonds, soll das Prinzip der weitestmöglichen Erhaltung des allgemeinen Reservefonds gewahrt bleiben. Vor allem erheischt der erweiterte Geschäftsverkehr der Sparkassen, vornehmlich in der Richtung des Personalkreditgeschäfts, die Bereitstellung einer besonderen Rücklage, die sachgemäß als „Kontokorrentreserve" zu bezeichnen und die vornehmlich aus den ein bestimmtes Maß überschreitenden Überschüssen aus diesem Verkehr zu speisen ist. In Voraussicht der Notwendigkeit einer solchen Rücklage ist in der vom Deutschen Sparkassenverband herausgegebenen Mustersatzung die Schaffung einer Sicherheitsrücklage stipuliert, die aus den 5 % übersteigenden Zinseinnahmen aus ungedeckten Krediten anzusammeln ist, bis sie 10 % des jeweiligen Bestandes an gewährten Blankokrediten ausmacht.

Zur Bildung einer weiteren besonderen Rücklage in der Richtung der Abwendung des Rückgriffes auf den allgemeinen Reservefonds hat das den Sparkassen unter besonderen Kautelen neuerdings von Fall zu Fall zu gestattende Beteiligungs- und Finanzierungsgeschäft, wobei es sich um langfristig festzulegende, der dinglichen Sicherheit entbehrende Ausleihungen handelt, Anlaß gegeben. Solche Geschäfte sind nach dem preußischen Ministerialerlaß vom 15. Dezember 1921 nur dann zulässig, wenn die aus ihnen entspringenden Gewinne, soweit sie 5 % übersteigen, bis zu einem Höchstbetrag von 10 % aller Beteiligungen einer besonderen Rücklage zugeführt werden.

Mit der vorstehend erörterten Schaffung eines geschlossenen Kreises besonderer Rücklagen für die aus den verschiedenen Geschäftsgebieten der Sparkassen herrührenden möglichen Ausfälle ist auch dem strengsten Gebote der Sicherheit der ihr anvertrauten Spargelder Genüge geleistet. Bei sorgsamer Beachtung der vorgeschriebenen Ansammlungsgrundsätze bilden sie ein starkes Unterpfand für den Wiederaufstieg der Sparkassen zum Besten der deutschen Wirtschaft.

7. Die Verwaltungskosten der Sparkassen.

Von **Schmelcher**, Sparkassendirektor, Mannheim.

Die Sorge um die Deckung ihrer Verwaltungskosten kannten die öffentlichen Sparkassen Deutschlands um die Zeit der Vollwertigkeit der deutschen Währung nicht. Sie hatten eine wenn auch bescheidene, so doch ausreichende Spannung zwischen dem Zinsertrag aus ihren ausstehenden Kapitalien und dem Zinsaufwand für ihre eigenen Kapitalschulden, die ausreichte, neben der Deckung ihres eigenen Aufwands die erforderlichen Reserven anzusammeln, daneben aber auch ihren Garantiegemeinden noch — für die damalige Zeit — zum Teil recht erhebliche Überschußanteile zuzuwenden. Die Gehälter ihrer Beamten waren bescheiden, ein Gehaltsbezug eines leitenden Beamten einer großen Kasse in Höhe von über 12 000 Mark war schon Seltenheit; die Bezüge der mittleren und unteren Beamtenkräfte waren entsprechend abgestuft, eine jüngere Beamtenkraft gewann man schon bei einer Anfangsvergütung von etwa 1500 Mark jährlich und sie zählte damit durchaus nicht zu den schlecht abgelohnten. Diese günstigen Verhältnisse boten die Möglichkeit, die Technik der Geschäftsführung der Sparkassen auszubauen, auf neue Erfordernisse einzustellen, und beim Hervortreten neuer Bedürfnisse brauchte engherzige Sparsamkeit an Arbeitskräften nicht gerade geübt zu werden. Man entschloß sich auch unschwer zu Ausgaben sachlicher Art zur Förderung der inneren Betriebssicherheit und stellte nicht zuletzt unter schon für damalige Verhältnisse erheblichen Aufwendungen immer mehr auch maschinelle Leistungen in den Dienst der Verwaltung. Der Fortschritt auf dem Gebiet des *inneren* Ausbaus des Geschäftsbetriebs der Sparkassen kam auch ihrer Kundschaft unmittelbar zustatten und förderte ihre rasche Entwicklung und ihren Aufschwung.

Die Hereinnahme neuer Dienstzweige in den Sparkassenbetrieb, wie Scheck-, Giro-, Kontokorrent- und Depositenverkehr aber auch weniger wirtschaftlicher Betätigungsgebiete, wie Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren, Hinterlegung von Sparbüchern, Vermietung von Schränkfächern usw., brachte zwar eine nicht unwesentliche Steigerung des Verwaltungsaufwands, sie wurde aber leicht überwunden und wieder ausgeglichen durch den erhöhten Kapitalumsatz, der als Folge des zuerst genannten Geldverkehrs eintrat. Eine nicht auszugleichende Erhöhung der persönlichen Aufwendungen brachten dann die Kriegsjahre, und zwar in stets steigendem Maße, weil die Sparkassen zur Fortzahlung der Bezüge ihrer immer zahlreicher zum Heeresdienst eingerufenen Beamten verpflichtet, gleichzeitig aber auch zur Einstellung immer neuer Arbeitskräfte als Ersatz für die abgerufenen gezwungen waren. Doch auch dieser Zustand verursachte ihnen keinerlei finanzielle Schwierigkeiten; sie kamen über sie leicht hinweg. Das prozentuale Verhältnis des *Gesamtverwaltungsaufwands* der Sparkassen zu ihrem *Gesamteinlegerguthaben* war im allgemeinen in langer Zeit vor dem Kriege ein für sie recht günstiges und stellte sich zwischen 0,15 und 0,20 % der letzteren, also auf einen recht niederen Satz.

Mit dem Zeitpunkt des Beginns der Geldentwertung setzte auch für die öffentlichen Sparkassen die finanzielle Bedrängnis ein. Es mag, weil im Übermaß bekannt, erlassen sein, der katastrophalen Entwicklung der Entwertung selbst hier Worte zu widmen, es soll vielmehr nur ihrer *Auswirkung auf die Sparkassen* in Kürze gedacht werden.



Über die Höhe des bei einzelnen größeren Sparkassen seit dem Jahre 1890 auf ein Sparbuch und überhaupt entfallenden jährlichen Verwaltungskostenaufwandes gibt die auf Seite 158 und 159 abgedruckte Übersicht Aufschluß.

Die Steigerung der Löhne und Gehälter folgte der Geldentwertung zuvörderst nur langsam, und sie konnte auch durch die Sparkassen zunächst leicht überwunden werden. Die Schwierigkeiten mehrten sich erst bei dem nachfolgenden sprunghaften Fortschreiten der Geldentwertung. Ihre Folgen äußerten sich zunächst in raschem Rückgang der Kurse ihrer zum Teil hohen Wertpapierbestände, hauptsächlich ihrer Kriegsanleihen, die die Rücklagen verschlangen. Sie konnten weiter außer mit ihren ungenügend verzinslichen Wertpapieren auch mit anderen hohen Beträgen an Kapitalausständen, wie z. B. mit ihren unkündbaren Kommunaldarlehen, unkündbaren hypothekarischen Ausleihungen u. a., der Zinsentwicklung nicht folgen und gerieten hierdurch in eine immer übler sich gestaltende Lage, die sich noch dadurch verschlimmerte, daß, wenn zunächst auch langsam, so doch immer mehr sich steigernd, als Wirkung der Geldentwertung der Einlagenzufluß sich zusehends minderte und die Anlagemöglichkeit zu genügenden Zinssätzen herabsetzte. Nebenher wirkte noch die durchaus rückständige und veraltete Sparkassengesetzgebung in einer Reihe von Ländern ungünstig auf die Entwicklung ein, weil sie der unerläßlichen Umstellung der Sparkassen zwecks Anpassung an die von Grund aus veränderten Verhältnisse hindernd, ja verbietend im Wege stand. Untergeordnete gesetzliche Maßnahmen, die auch den Sparkassen zugute kamen, wie das Gesetz über die Erhöhung der Verwaltungskostenbeiträge bei Tilgungsdarlehen vom 3. Juni 1922, konnten, weil unzulänglich und unvollkommen, nicht geeignet sein, den Sparkassen wirksame Hilfe zu bringen. Die Geldentwertung und mit ihr die allgemeine Verteuerung und mit dieser wiederum die Steigerung des Verwaltungsaufwands schritten indes mit kurzen Stillständen oder Verlangsamungen weiter und drohten unabwendbar die Sparkassen zu Zuschußanstalten der Garantieverbände zu machen oder gar zum Erliegen zu bringen. Sie selbst sind aber so wichtige Glieder im Wirtschaftsganzen des Volkes, daß sie vor diesem Schicksal unter allen Umständen bewahrt werden müssen. Man hat diese Notwendigkeit auch auf Regierungsseite erkannt und hat durch gesetzgeberische und — wo dies nicht erforderlich war — durch andere Maßnahmen den öffentlichen Sparkassen zunächst eine Erweiterung ihres Betätigungsgebiets und damit wenigstens zunächst einen Weg und eine Möglichkeit eröffnet, sich aus der üblen Lage, in die sie ohne eigenes Verschulden nur durch die Entwicklung der Verhältnisse geraten sind, wieder herauszuarbeiten. Es ist zu hoffen, daß ihnen die fernere Entwicklung dies gestattet. Sie wird erleichtert werden durch eine Bestimmung des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. Juni 1923 (§ 60), die die Gewährung von Zuschüssen aus Reichsmitteln an öffentliche Sparkassen in Höhe von 75 % der Mehraufwendungen vorsieht, die ihnen aus der Erhöhung der Beamtengehälter, der sie belastenden Versorgungsbezüge und der Vergütungen der Angestellten seit dem 1. Januar 1921 erwachsen.

Ein Teil der schlimmen Not, die die Sparkassen bedrohte, ist mit den vorstehend geschilderten gesetzgeberischen Maßnahmen fürs nächste gebannt, ihre Lage bleibt aber nach wie vor eine ungünstige. Schon die Abhängigkeit von öffentlichen Zuschüssen muß an sich als ein höchst unerwünschter Zustand bezeichnet werden. Mit einer Fortleistung derselben ist aber bei der ungünstigen finanziellen Lage des Reichs selbst wohl auf die Dauer nicht zu rechnen, denn schon liegt nach Pressenachrichten dem Steuerausschuß des Reichstags ein Antrag vor, der den baldmöglichen Abbau der Zuschußleistungen zu den Besoldungsaufwendungen usw. der Länder, Gemeinden und Körperschaften fordert.

Die öffentlichen Sparkassen müssen sich unter allen Umständen und rechtzeitig aus der jetzigen unsicheren Lage herausarbeiten und müssen alle Wege gehen, die zu dem Ziele der Wiedererlangung ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit führen. Diese Wege sind nach verschiedenen Richtungen zu suchen, von denen die folgenden nächstliegenden hier genannt und in Kürze besprochen werden sollen, nämlich in:

1. der Ausdehnung ihres Geschäftsbetriebs durch weitestgehende Förderung des Zuflusses fremder Gelder und durch wirksamste Geldbewirtschaftung;
2. der Aufwandsverminderung durch verständige Beseitigung oder Einschränkung aller unwirtschaftlichen Betriebszweige und durch Vereinfachung des inneren Betriebs selbst;
3. der Erschließung neuer Einnahmequellen durch Beanspruchung berechtigter, aber auch ausreichender Gegenleistung für bestimmte Inanspruchnahmen;
4. der Auswahl und Heranziehung leistungsfähiger Arbeitskräfte.

Was zunächst die Frage der Ausdehnung des Betriebs zwecks Erzielung größter Wirtschaftlichkeit desselben angeht, so müssen die Sparkassen in vorderster Reihe auf die Wiederbelebung der fast erloschenen Spartätigkeit und der umfassenden Heranziehung der verfügbaren Gelder der hergebrachterweise zu ihrem Kundenkreis zählenden und auf sie angewiesenen Bevölkerungsschichten bedacht sein. Es liegen in diesen Kreisen erfahrungsgemäß reichliche Mittel bereit, die der Fruchtbarmachung harren. Die Leistung einer ausreichenden Verzinsung, gesteigert noch bei entsprechend hohen Beträgen und längerer Unkündbarkeit, die den Sparkassen bei der herrschenden außerordentlichen Geldnachfrage bei gleichfalls bester Verzinsung immer noch eine recht erhebliche Zinsspannung läßt, wird günstige Wirkung haben, die durch zweckdienliche Reklame noch gefördert werden muß. Daneben aber wird der Pflege des Giro-, Scheck-, Kontokorrent- und Depositenverkehrs zu gleichem Zweck weitgehende Aufmerksamkeit zu schenken sein. Die gewinnversprechende Unterbringung der hereinströmenden Gelder bietet bei den schon oben berührten erweiterten Anlagemöglichkeiten keine Schwierigkeiten mehr. Alle diese Anlagemöglichkeiten werden die Kassen aber nach Tunlichkeit zu pflegen bestrebt sein müssen, wobei besonders auf den Personalkredit verwiesen sein soll, dessen Ausbau für die Sparkassen sich recht vorteilhaft zu gestalten vermag, womit gleichzeitig aber auch den Belangen der auf die Sparkassen angewiesenen Bevölkerungsschichten Rechnung getragen wird. Um sich indes stets in der Lage zu befinden, die jeweiligen Verhältnisse des Geldmarkts wirksam auszunützen, wird es wohl empfehlenswert sein, sich in der Gewährung langfristigen Kredits wirksame Beschränkung aufzuerlegen oder doch solchen nur unter dem Geding der sog. gleitenden Zinssätze zu geben, denn die noch in fortgesetzter Steigerung befindlichen Verwaltungskosten machen die intensivste Ausnützung des Anlagegeschäfts zur gebieterischen Notwendigkeit. In der Frage der Festsetzung der Zinsbedingungen und der Nebenforderungen wird den Sparkassen zu empfehlen sein, sich nicht allzu weitgehende Beschränkungen aufzuerlegen. Die Geldentwertung hat augenscheinlich ihr Ende noch nicht gefunden. Deshalb schon muß in den Gegenleistungen des Schuldners mindestens eine teilweise Schadloshaltung gefunden werden dafür, daß er das Darlehen voraussichtlich in Geld von geringerem inneren Wert heimbezahlt, als er es empfangen hat. In diesem Fall bleibt der größere Vorteil immer noch auf seiner Seite.

In der Frage der Aufwandsverminderung dürfte wohl bei vielen Sparkassen noch manches nachzuholen sein. Auf

Name der Sparkassen	Gesamtzahl der Einleger (Sparbücher) im Jahre									Verwaltungs-		
	1890	1895	1900	1905	1910	1914	1919	1920	1921	1890 ℳ	1895 ℳ	1900 ℳ
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Berlin	.	.	696 648	813 822	792 592	776 736	1 095 678	[1]) 1 927 169	1 859 131	.	.	.
2. Bremen	97 097	118 319	140 372	164 041	188 716	210 570	244 762	248 794	252 699	103 264	121 713	193 000
3. Breslau	91 145	116 765	142 379	196 395	250 885	285 843	385 898	385 274	383 482	77 882	88 816	132 174
4. Danzig	.	.	.	.	12 689	25 856	44 432	47 886	49 905	.	.	.
5. Darmstadt	24 069	28 833	34 944	40 512	45 038	50 733	64 670	66 828	67 773	18 700	23 200	28 900
6. Dresden	180 262	224 706	261 154	329 679	369 920	394 444	443 681	463 324	574 413	.	.	.
7. Flensburg	8 417	11 037	13 278	17 750	23 777	28 288	36 177	36 756	36 542	7 886	10 338	18 463
8. Frankfurt a. M.	1 924	2 741	10 149	21 743	37 989	51 513	82 898	85 035	86 694	10 000	10 000	10 000
9. Freiburg i. Br.	13 802	16 183	19 781	24 861	32 119	39 179	63 059	65 826	67 530	13 313	15 851	19 631
10. Halle a./S.	34 139	46 015	62 862	79 522	93 508	105 011	137 257	138 355	.	22 049	26 930	35 861
11. Karlsruhe i. B.	11 630	17 803	23 251	29 937	42 544	52 088	78 432	82 179	84 017	27 327	32 491	40 978
12. Kiel	40 399	48 833	63 966	84 828	107 559	126 682	182 788	183 929	[1]) 141 880	30 603	32 139	52 668
13. Köln	47 734	74 261	113 340	161 368	205 211	251 962	337 732	363 018	362 964	30 610	54 524	80 790
14. Lübeck	9 535	11 431	18 161	26 464	33 164	37 602	52 051	53 433	54 602	8 488	13 810	21 857
15. Magdeburg	104 196	123 126	147 502	165 679	173 893	183 777	235 196	236 850	234 832	51 589	62 332	80 605
16. Mainz	22 595	26 467	29 929	34 165	34 555	37 716	49 312	49 759	48 481	23 456	39 306	50 456
17. Mannheim	17 856	21 689	29 197	35 809	49 232	66 857	121 965	126 334	128 129	19 712	28 266	31 067
18. München	44 079	62 743	83 115	110 101	148 251	196 860	296 532	311 873	317 095	63 949	88 301	126 260
19. Nürnberg	23 312	32 912	48 863	65 680	80 328	103 521	210 167	216 764	226 468	14 000	18 000	20 000
20. Sigmaringen	14 566	20 071	23 386	27 095	28 325	28 681	35 918	36 843	36 825	41 208	48 256	53 101
21. Stettin	41 789	51 371	66 358	83 031	112 613	137 404	229 108	226 973	230 647	30 132	32 248	43 775
22. Stuttgart (Städtische Sparkasse)	21 800	26 600	38 500	52 000	93 420	112 170	169 294	175 665	179 519	10 735	15 516	25 796
23. Stuttgart (Württbg. Landessparkasse)	.	142 385	168 221	214 595	243 492	258 457	342 623	347 973	344 456	142 337	206 672	235 148
24. Würzburg	17 470	17 369	19 619	12 236	15 450	18 383	33 678	35 246	39 562	8 924	8 691	8 675

[1]) Dreivierteljahresergebnisse.

die Notwendigkeit der Beschränkung der besonders bei großen und auch bei mittleren Sparkassen geradezu ins Unerträgliche gesteigerten Zahl von kleinen Hinterlegungsposten wird schon seit längerem hingewiesen. Ihre tunlichste Beseitigung schließt im Hinblick auf die erfolgte Aufhebung des Depotzwangs und die hohen Gebühren auch den Hinterlegern gegenüber keine Härte in sich, sondern sie ist auch für sie von förderlichem Belang, da bei den jetzigen günstigen Kursen der festverzinslichen Werte deren Abstoßung vorteilhaft möglich ist. Unter allen Umständen wird man sich aber auf die nur einmalige jährliche Zinsscheinabtrennung zu beschränken haben. Im weiteren wird der immer rechtzeitigen, auch zeitgemäßen Neubemessung der Gebühren für die Stahlfächerbenützung, für die Hinterlegung von Sparbüchern und anderen Wertstücken und dergl., aus welchen Geschäften die durch sie verursachten Verwaltungskosten an sich nicht gedeckt werden, Beachtung zu schenken sein. Auch die Frage der Beseitigung der sog. Tausenderkontrolle — der Einlagen sowohl wie der Zinsen —, die die Kassen mit außerordentlich hohem persönlichen und sachlichen Aufwand belastet und deren Zweck im Hinblick auf die Geldentwertung und darauf, daß Aufwandshöhe und die Wirkung etwaiger Irrtümer in gar keinem Verhältnis mehr zueinander stehen, wird in eingehende Erwägung zu ziehen sein. Aus der Geldentwertung werden sich noch andere Vereinfachungen empfehlen, wie Wegfall der Einlagenzinsberechnung für Guthaben unter bestimmten Mindestbeträgen, etwa 500 Mark, Zusammenschreibung kleiner, seit längerem unbewegter Sparkonten mit unverzinslichen Guthaben, wieder etwa unter 500 Mark, ferner von nicht abgehobenen Kriegsspargeldern, von Schülerzeichnungen auf Kriegsanleihen usw. auf Sammelkonten. Solche Sammelkonten werden dann nach Umfluß einer bestimmten Zeit abzubuchen sein. Auch auf sachlichem Gebiet werden bei den außerordentlich hohen Kostenforderungen tunlichst Ersparnisse anzustreben sein, so z. B. durch Unterlassung des buchmäßigen Bindens bestimmter unterwertiger Bestandteile der Jahresrechnungen, wie Gegenbücher, Beilagenbände usw.; es genügt ihre feste Zusammenschnürung zu ordnungsmäßiger Verwahrung; ferner Selbstherstellung vieler kleinerer, für den Massenverbrauch bestimmter Vordrucke auf anzuschaffenden eigenen Druckapparaten und ähnliches.

Auf dem Gebiete der Erschließung neuer Einnahmequellen sind hauptsächlich die größeren Sparkassen seither schon beispielgebend vorgegangen dadurch, daß sie sich für bestimmte Inanspruchnahmen entsprechende geldliche Gegenleistungen vergüten lassen. Es bestehen bei ihnen übersichtliche Nachweisungen der für besondere Verrichtungen zu fordernden Gebührensätze, deren Höhe nach Maßgabe der sich ändernden Voraussetzungen, etwa durch die Geldentwertung, periodischen Nachprüfungen unterzogen und neu festgesetzt werden. Es muß den Sparkassen, die Gebühren für besondere Leistungen noch nicht oder in nicht genügendem Ausmaß erheben, empfohlen werden, sich diesem Verfahren anzuschließen, denn es ist bei der jetzigen Entwicklung des eigenen persönlichen und sachlichen Aufwands, den jede einzelne Verrichtung erfordert, unmöglich, die frühere Übung der Unentgeltlichkeit bestimmter Leistungen fortzusetzen. Wie hoch der eigene Aufwand für einzelne Leistungen sich stellt, ergibt sich aus der Tatsache, daß nach einer für eine große Stadtsparkasse aufgemachten Berechnung der durchschnittliche persönliche Aufwand dieser Kasse für eine Arbeitsminute eines jeden ihrer Beamten sich nach dem Stand am 31. Dezember 1922 auf 30 Mark, nach

größerer deutscher Sparkassen in den Jahren 1890 bis 1921.

aufwand im ganzen (persönlicher und sächlicher) im Jahre						Von dem Verwaltungsaufwand entfällt auf einen Einleger (ein Sparbuch) im Jahre									Wiederholung der Spalte 1
1905	1910	1914	1919	1920	1921	1890	1895	1900	1905	1910	1914	1919	1920	1921	
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	
.	.	.	7 282 696	[1]) 10 570 793	32 894 383	.	.	.	.	.	.	6,65	[1]) 5,49	17,69	1.
186 000	315 000	370 000	908 500	1 968 000	2 972 000	1,06	1,03	1,37	1,13	1,67	1,76	3,71	7,91	11,76	2.
152 636	231 594	339 467	1 917 025	3 674 783	5 897 829	0,85	0,76	0,93	0,78	0,92	1,19	4,97	9,54	15,38	3.
.	15 796	41 588	327 846	827 578	1 344 888	.	.	.	.	1,24	1,61	7,38	17,28	26,95	4.
40 300	56 500	72 000	289 500	766 500	1 169 900	0,78	0,80	0,83	0,99	1,25	1,42	4,48	11,47	17,26	5.
235 000	312 000	368 000	1 824 000	3 365 000	6 575 000	.	.	.	0,71	0,84	0,93	4,11	7,26	11,45	6.
19 031	33 110	42 928	184 352	472 849	654 245	0,94	0,94	1,39	1,07	1,39	1,52	5,10	12,86	17,90	7.
30 000	48 000	84 348	503 500	1 022 000	1 811 500	5,20	3,65	0,99	1,38	1,26	1,64	6,07	12,02	20,90	8.
19 622	33 683	47 747	244 796	709 607	1 024 715	0,96	0,98	0,99	0,79	1,05	1,22	3,88	10,78	15,17	9.
48 902	79 901	90 783	294 134	775 449	.	0,65	0,59	0,57	0,61	0,85	0,86	2,14	5,60	.	10.
55 198	77 940	92 070	512 719	1 125 338	1 803 275	2,35	1,83	1,76	1,84	1,83	1,77	6,54	13,69	21,46	11.
79 806	114 312	176 209	951 108	1 952 854	[1]) 2 206 376	0,76	0,66	0,82	0,94	1,06	1,39	5,20	10,62	[1])15,55	12.
168 610	276 360	429 630	1 502 710	4 696 740	6 572 610	0,64	0,73	0,71	1,04	1,35	1,71	4,45	12,94	18,11	13.
29 053	47 822	80 403	270 498	619 728	839 593	0,89	1,21	1,20	1,10	1,44	2,14	5,20	11,60	15,38	14.
126 303	121 437	130 001	309 807	912 248	1 404 826	0,50	0,51	0,55	0,76	0,70	0,71	1,32	3,85	5,98	15.
61 285	66 248	73 036	216 195	516 146	562 624	1,04	1,49	1,69	1,79	1,92	1,94	4,38	10,37	11,61	16.
38 027	59 603	154 751	642 907	1 512 672	2 134 353	1,10	1,30	1,06	1,06	1,21	2,31	5,27	11,97	16,66	17.
75 231	283 587	344 700	1 138 973	2 790 537	3 823 729	1,45	1,41	1,52	0,68	1,91	1,75	3,84	8,95	12,06	18.
35 000	57 000	131 000	801 000	2 102 232	3 323 000	0,60	0,55	0,41	0,53	0,71	1,27	3,81	9,70	14,67	19.
56 929	41 299	44 678	133 001	249 643	366 943	2,83	2,40	2,27	2,10	1,46	1,56	3,70	6,78	9,96	20.
106 270	179 745	245 471	753 961	1 843 892	2 541 211	0,72	0,63	0,66	1,28	1,60	1,79	3,29	8,12	11,02	21.
40 250	63 778	92 591	1 026 275	3 389 318	4 740 474	0,49	0,58	0,67	0,77	0,68	0,83	6,06	19,29	26,41	22.
340 574	455 713	548 799	1 747 831	2 792 000	3 513 272	.	1,45	1,40	1,59	1,87	2,12	5,10	8,02	10,20	23.
10 754	14 187	18 013	138 659	375 403	.	0,51	0,50	0,44	0,88	0,92	0,98	4,12	10,65	.	24.

dem Stand am 30. Juni 1923 schon auf 102 Mark beziffert. Dazu kommt noch der sachliche Aufwand für die gleiche Zeitspanne mit 1,5 Mark bezw. 5 Mark. Es ist zweckmäßig, eine solche Aufwandsberechnung für eine möglichst kleine Zeitspanne vorzunehmen, um die Höhe der eigenen Kostenaufwendungen einer Kasse recht sinnfällig in die Erscheinung treten zu lassen.

Was endlich die Verwendung nur leistungsfähiger Arbeitskräfte angeht, so ergibt sich die Notwendigkeit aus dem allgemeinen Satze, daß das Beste das Billigste ist. Die Umstellung der Sparkassen in die neuen Verhältnisse mit dem viel schwierigeren Geldverkehr und den neuen Formen des Ausleihgeschäfts erfordert Umsicht, Einsicht und die weitestgehenden theoretischen Kenntnisse und praktischen Erfahrungen auf allen Gebieten der neuen Sparkassenbetätigung. Es wird diese künftig zum mindesten eine bankähnliche sein oder doch werden müssen und dazu müssen für die verantwortlichen Stellen die entsprechend erfahrenen und durchgebildeten Kräfte zur Verfügung stehen. Ihr Vorhandensein wird den Wiederaufbau der Sparkassen erleichtern und sicherstellen.

Die Schwierigkeiten, in denen sich die deutschen öffentlichen Sparkassen zurzeit befinden, können überwunden werden aus eigener Kraft, wie auch die in gleicher Lage befindlichen österreichischen Kassen über widrige Verhältnisse ganz ähnlicher Art hinweggekommen sind. Die Lösung dieser Aufgabe erfordert naturgemäß Kenntnisse, Einsicht und Willenskraft, deren Vorhandensein auch bei den deutschen Sparkassen in ausreichendem Maße vorausgesetzt werden darf. Zusammenwirken und gegenseitige Hilfe werden ihnen bei der Förderung, auf die sie bei ihren Verbänden unter Führung des Deutschen Zentralverbands rechnen können, die Überwindung der Schwierigkeit ermöglichen.

Teil VI.
Verwaltung und Organisation.

1. Die Sparkassen in Gesetzen und Verordnungen.

Von Verbandsdirektor Dr. jur. **Pröhl,** Direktor der Deutschen Landesbankenzentrale, Berlin.

Ein besonderes Reichsgesetz, welches die rechtliche Natur und den Aufgabenkreis der deutschen Sparkassen allgemein einheitlich regelt, gibt es nicht. Vielmehr ist es Sache der einzelnen Länder, sich mit dieser Frage zu befassen. Im Anfange sind die einzelnen deutschen Länder nur sehr zögernd an die Reglementierung des Sparkassenwesens herangegangen, einige Länder haben sogar bis in die neueste Zeit hinein von einer allgemeinen Normierung der Rechte und Pflichten der Sparkassen abgesehen. Man hat



zu Anfang des vorigen Jahrhunderts, als die ersten Sparkassen in Deutschland entstanden, durchweg die juristische und wirtschaftliche Klugheit besessen, der Entwicklung des Sparkassenwesens zunächst einmal freien Lauf zu lassen, bevor man sich von Gesetzes wegen mit ihm abgab, unbeschadet jedoch einer sorgfältigen Beobachtung der bereits vorhandenen Sparkassen, da man die Einleger dieser Kassen möglichst vor Schaden bewahren wollte.

Die soziale Idee der Mehrzahl der Gründer von Sparkassen ging von vornherein dahin, in den Sparkassen dem kleinen Manne eine Gelegenheit zu schaffen, seine erübrigten Gelder absolut sicher und doch möglichst gewinnbringend anzulegen. Das Vertrauen des kleinen Mannes in die Sparkassen glaubte man außer anderem am besten dadurch zu erlangen, daß in den einzelnen Städten, Kreisen usw., in denen man zur Gründung von Sparkassen schritt, die Städte und Kreise selbst als Gründer und Verwalter der Sparkassen sich betätigten. Wenn auch eine Anzahl von Sparinstituten als Privatsparkassen, Stiftungssparkassen usw. entstanden ist, so ist die Tendenz bis in die Jetztzeit hinein doch überwiegend die gewesen, Sparkassen entweder unmittelbar als Gemeindeanstalten oder unter Haftung von Gemeinden, Kreisen usw. (der sogenannten Garantieverbände) zu betreiben. Als man im Jahre 1838 in Preußen an die Schaffung eines „Reglements, die Einrichtung des Sparkassenwesens betreffend" heranging, fand der Gesetzgeber schon durchweg von Gemeinden betriebene Sparkassen vor. Da diese sich bis dahin bewährt hatten und nichts Besseres an ihre Stelle zu setzen war, beginnt denn auch das „Reglement vom 12. Dezember 1838, die Einrichtung des Sparkassenwesens betreffend" (Gesetzsamml. 1839 S. 5) in seiner Ziffer 1 mit den Worten: „wenn eine Gemeinde eine Sparkasse einzurichten beabsichtigt". Der fürsorgende Staat läßt es nun aber nicht zu, daß jede Gemeinde ihre Absicht, eine Sparkasse zu eröffnen, schlechthin in die Tat umsetzen darf. Denn er ist sich mehr denn jeder andere bewußt, daß der kleine Mann sich bei einer Geldanstalt seiner Gemeinde auf jeden Fall sicher fühlt, selbst wenn der Haushaltsplan seiner Gemeinde nicht gerade der günstigste ist. Denn darum pflegt sich die Mehrzahl der Gemeindeeinwohner nicht zu kümmern. Deswegen muß der Staat vorsorgen. Er behält sich daher in Ziffer 3 des Reglements von 1838 die Genehmigung zur Errichtung einer Sparkasse einer Gemeinde vor und tut zugleich kund, daß er nur einer solchen Gemeinde die Genehmigung erteilen wird, „welche deshalb zweckmäßige Vorschläge gibt und nach ihrer Lage und dem geordneten Zustande ihres Haushaltes den Einlegern Sicherheit zu leisten imstande ist" und dafür gesorgt hat, „daß der Kommunalhaushalt dadurch nicht in Gefahr der Störung und Zerrüttung komme" (Ziffer 4 des Reglements). Zur Erreichung dieses Zweckes wird in Ziffer 6 l. c. weiter bestimmt, daß die Sparkasse „einen besonderen, von anderen Kassen der Verwaltung unvermischt zu erhaltenden Fonds bilden" muß. Die gemeindlichen Sparkassen Preußens stellen sich danach durchweg — es gibt in Preußen allerdings auch anders geartete Sparkassen — nicht als selbständige juristische Personen dar, sondern sie sind lediglich Verwaltungsabteilungen ihrer Gemeinden, was auch seitens des Reichsgerichts und des Preußischen Oberverwaltungsgerichts wiederholt festgestellt ist (RGZ. Bd. 34 S. 3, Pr. OVG. Bd. 50 S. 94). Das gleiche gilt auch für die Sparkassen in Bayern, wo die erste gesetzliche Erwähnung von Sparkassen sich 22 Jahre früher als in Preußen, und zwar in Artikel 57 der „Allgemeinen Verordnung, das Armenwesen betreffend" (veröffentlicht am 23. November 1816), findet. In dem angezogenen Artikel werden aber nur die Armenpfleger darauf hingewiesen, auf die Bildung von Sparkassen „für die Zeiten des Alters und der Not" bedacht zu sein. Irgendeine gesetzliche Grundlage für die Organisation der bayerischen Sparkassen ist in ihm noch nicht gegeben. Diese findet sich erst in der „Verordnung, die Grundbestimmungen der Sparkassen betreffend, vom 30. Januar 1843", die durch eine Ministerialentschließung vom 20. Mai 1874 abgeändert ist. In dieser Ministerialentschließung heißt es unter Ziffer 8 ähnlich wie im Preußischen Reglement Ziffer 6, daß die Sparkasse „von den übrigen Kosten der Gemeinde (des Distrikts) getrennt verwaltet werden" muß. Die bayerischen Sparkassen sind in der Hauptsache also ebenfalls als Verwaltungsabteilungen ihrer Gemeinden und Distrikte gedacht. Aus dieser Eigenschaft der vorgenannten Sparkassen folgt, daß sie kein eigenes Vermögen haben, erwerben und auch keine Rechtsgeschäfte gegenüber ihrer Gemeinde tätigen, insbesondere keine Verträge mit ihr abschließen können. Für die Sparkassenbeamten folgt daraus, daß sie Gemeindebeamte sind und daß sie auch gegen ihren Willen in ein anderes Amt derselben Gemeinde versetzt werden können. Wenn an dieser für die Sparkassen unerfreulichen Tatsache sich rechtlich auch nichts wird ändern lassen, so muß im Interesse des Gedeihens der Sparkassen dieser Wechsel de facto unbedingt vermieden werden. In den meisten anderen deutschen Ländern stimmt die rechtliche Natur der Sparkassen mit der für Preußen und Bayern die Regel bildenden überein.

Die dauernde Aufsicht der Gemeinden über ihre Sparkassen wird durch ein besonderes gewähltes Kuratorium oder einen Verwaltungs- oder Sparkassenausschuß ausgeübt. Bayern hat folgende sehr begrüßenswerte Anordnung erlassen: „In den Sparkassenausschuß sollen hauptsächlich Personen gewählt werden, die volles Verständnis für die Aufgaben der Sparkassen besitzen und bei Wahrnehmung der Sparkassenbelange nicht im Widerstreit mit Pflichten gegenüber ihnen etwa besonders nahestehenden anderen Geldanstalten geraten."

Jedoch gibt es auch erhebliche Abweichungen von dem Prinzip, daß die Sparkassen lediglich Verwaltungsabteilungen der Gemeinden sind. So vor allem in Baden. In diesem Lande sind die Träger des Spargedankens zwar auch die Gemeinden und Gemeindeverbände. Man hat jedoch geglaubt, die Sparkassen nicht als Verwaltungsabteilungen der Gemeinden, sondern aus praktischen Gründen (z. B. grundbuchliche Eintragungen) als selbständige juristische Personen mit allen Rechten und Pflichten von solchen unter Haftung und Kontrolle der Gemeinden betreiben zu sollen. Diese Rechtslage der badischen Sparkassen hat in den Jahren 1919—21 zu mancherlei Schwierigkeiten bezüglich ihrer Behandlung in den Reichssteuergesetzen Anlaß gegeben. Etwas ähnliches kennt das Land Hessen. Zwar sind in ihm die Mehrzahl der Sparkassen ebenfalls Verwaltungsabteilungen der Gemeinden, das Gesetz über die öffentlichen Sparkassen vom 8. August 1902 kennt jedoch auch sogenannte Bezirkssparkassen, die von einem rechtsfähigen Verein betrieben werden, dessen Mitglieder ausschließlich Gemeinden oder Kreise sind.

In einigen deutschen Ländern, so vor allem in Braunschweig, spielen gemeindliche Sparkassen mit oder ohne eigene juristische Persönlichkeit keine oder eine verhältnismäßig geringe Rolle. In diesen Staaten ist das Sparkassenwesen seitens der Länder monopolisiert. Das Schwergewicht liegt hier bei den sogenannten Landessparkassen, die, organisch mit der Staatsbank des Landes verbunden, ein Netz von Filialen über das ganze Land ausgebreitet haben. In Lippe-Detmold und Oldenburg liegt das Hauptgewicht zurzeit zwar noch bei den gemeindlichen Sparkassen, jedoch geht die Tendenz in diesen Ländern unverkennbar auch auf eine Erstarkung der Landessparkassen hin. In diesem Zusammenhange muß die Württembergische Landessparkasse wegen ihrer juristischen Eigenart erwähnt werden. Ein staatliches Institut, wie es in Braunschweig usw. der Fall ist, ist sie nicht. Sie ist weder eine staatliche noch eine kommunale

noch eine völlig unabhängige Anstalt. Vielmehr stellt sie sich dar als eine selbständige juristische Person des öffentlichen Rechtes ohne Gewährleistungsverband, die aber außer der allgemeinen Aufsicht des Ministeriums des Innern noch der besonderen Aufsicht der Zentralleitungen für Wohltätigkeit unterliegt. Der augenblickliche Direktor der Anstalt charakterisiert sie daher nicht unzutreffend als halbstaatliche Anstalt.

Von den halbstaatlichen Anstalten bis zu den von Staat und Kommunen unabhängigen Sparkassen, den Privatsparkassen, ist es nur ein kleiner Schritt. Privatsparkassen, die rechtlich Vereine der Einleger mit juristischer Persönlichkeit sind, gab es früher in fast allen deutschen Ländern. Zu einem großen Teile, so z. B. in Schaumburg-Lippe und Waldeck, haben sie sich aber schon vor mehr denn 20 Jahren in gemeindliche Sparkassen ohne eigene juristische Persönlichkeit umgewandelt. In den drei Hansestädten sind sie jedoch heute noch vorherrschend. Ebenso besteht ein verhältnismäßig großer Prozentsatz von Sparkassen in der Provinz Schleswig-Holstein aus Privatsparkassen. Soweit diese Sparkassen eine wirkliche Bedeutung beanspruchen, haben sie sich der staatlichen Aufsicht unterstellt.

Auf Grund der staatlichen Beaufsichtigung der Privatsparkassen pflegt man sie zumeist ebenso wie die gemeindlichen Sparkassen mit oder ohne eigene juristische Persönlichkeit und die Landessparkassen als öffentliche Sparkassen anzusprechen. Diese Bezeichnung kommt ihnen jedoch rechtlich nicht zu. Denn der Inhalt des Begriffs „öffentlich" richtet sich nach Reichsrecht. Das BGB. versteht unter „öffentliche Sparkasse" nicht eine öffentlich zugängliche, sondern eine auf öffentlich-rechtlichen Rechtsnormen basierende Anstalt. Das tun die Privatsparkassen aber nicht, sondern ihre Belange richten sich nach bürgerlich-rechtlichen Bestimmungen. Diese Ansicht wird jedoch nicht überall geteilt, so z. B. nicht in Hamburg und dem früheren Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha. In Sachsen-Coburg-Gotha besteht beispielsweise als Vereinssparkasse mit eigener juristischer Persönlichkeit unter Oberaufsicht des Staates die „Sparkasse für das Herzogtum Gotha", die in ihrem Lande als „öffentliche" Sparkasse gilt und die auf Grund des § 1807 Ziffer 5 BGB. für mündelsicher erklärt ist.

Der Sparer verbindet zumeist mit einer Sparkasse, insbesondere wenn sie sich ihm gegenüber als öffentlich-rechtliche dokumentiert, ohne weiteres den Begriff der Mündelsicherheit. Dieses jedoch zu Unrecht. Denn nicht einmal den öffentlich-rechtlichen Sparkassen, geschweige denn den unter Staatsaufsicht stehenden Privatsparkassen steht als solchen die Eigenschaft der Mündelsicherheit zu. Die Bestimmung, wo Mündelgelder angelegt werden sollen, ist nämlich Reichssache. Das Reich bestimmt aber im § 1807 Ziffer 5 BGB., daß Mündelgelder bei einer inländischen „öffentlichen" (öffentlich-rechtlichen) Sparkasse nur angelegt werden sollen, „wenn sie von der zuständigen Behörde des Bundesstaates (lies heute: des Landes), in welchem sie ihren Sitz hat, zur Anlegung von Mündelgeld für geeignet erklärt ist". In Frage kommen nach dieser Bestimmung für die Mündelsicherheit also nur öffentlich-rechtliche Sparkassen, aber erst auf Grund besonderer Geeignetheitserklärung durch die zuständige Landesbehörde. Diese Erklärung ist durch die Ausführungsgesetze der Länder zum BGB. zumeist generell für alle seinerzeit bestehenden öffentlich-rechtlichen Sparkassen ausgesprochen worden. Die diesbezügliche Bestimmung eines kleinen deutschen Landes, des ehemaligen Fürstentums Schwarzburg-Sondershausen, lautet z. B.: „Als öffentliche Sparkassen, welche zur Anlegung von Mündelgeld im Sinne des § 1807 BGB. geeignet sind, gelten die staatlich bestätigten Sparkassen der Bezirke und Gemeinden des Fürstentums, soweit nicht einzelne vom Ministerium für ungeeignet erklärt sind." Bei Neugründung von öffentlich-rechtlichen Sparkassen, die in allen Ländern mit obrigkeitlicher Genehmigung erfolgt, pflegt die Mündelsicherheit gleichzeitig mit der Genehmigung zur Eröffnung oder nach einer kurzen Bewährungsfrist ausgesprochen zu werden. Daß es aber von dieser Regel auch Ausnahmen gibt, dafür sei ein Beispiel aus dem ehemaligen Lande Reuß jüngerer Linie angeführt, in dem zwar auf Grund des Landgesetzes vom 24. Januar 1908 fünf gemeindliche Sparkassen errichtet worden sind, denen aber u. W. bis zum Jahre 1922 bestimmt und auch wohl heute noch nicht die Mündelsicherheit verliehen worden ist. Wenn man die Ansicht, daß unter öffentlichen Sparkassen nur die auf öffentlich-rechtlichen Rechtsnormen basierenden Sparkassen zu verstehen sind, für richtig hält, so folgt daraus, daß unter Staatsaufsicht stehende Privatsparkassen auf Grund des § 1807 Ziffer 5 BGB. nicht für mündelsicher erklärt werden können. Für sie bleibt nur der Ausweg über § 1808 BGB., der seitens der freien Hansestädte Bremen und Lübeck für die in ihren Landesgrenzen bestehenden Privatsparkassen gewählt worden ist. Nach diesem Paragraphen ist es zulässig, daß Mündelgeld bei einer anderen durch Landesgesetz für geeignet erklärten Bank erfolgen kann, wenn die Anlegung den Umständen nach nicht in der im § 1807 bezeichneten Weise möglich ist. Notwendig ist hierzu also ein Landesgesetz.

Außer der Genehmigung der Einrichtung einer Sparkasse und ihrer Geeigneterklärung als mündelsicheres Institut haben die Landesregierungen noch den Aufgabenkreis der Sparkassen zu bestimmen. Allgemeine gesetzliche Richtlinien über die Rechte und Pflichten der Sparkassen sind in Preußen durch das bereits mehrfach erwähnte Reglement vom 12. Dezember 1838 gegeben. In Bayern sind sie in der mehrfach abgeänderten — in der Vorkriegszeit zuletzt am 1. Juni 1911 — Verordnung über die Grundbestimmungen der Sparkassen vom 30. Januar 1843 enthalten. Auch in den meisten anderen größeren deutschen Ländern bestehen entsprechende Verordnungen. In Hessen waren bis zum Erlaß des am 1. Januar 1904 in Kraft getretenen Gesetzes über die öffentlichen Sparkassen vom 8. August 1902 gesetzliche Bestimmungen über die Verwaltung der Sparkassen nicht vorhanden. Man begnügte sich bis dahin mit der ministeriellen Genehmigung der Statuten für die gemeindlichen Sparkassen. Einzelne kleinere deutsche Länder haben auch bis heute noch keine allgemeinen rechtlichen Grundlagen über den Aufgabenkreis geschaffen. So sind heute noch beispielsweise die Verhältnisse der Sparkassen in den ehemaligen Herzogtümern Sachsen-Coburg-Gotha und Sachsen-Meiningen, im ehemaligen Fürstentum Reuß älterer Linie sowie im Freistaat Waldeck lediglich durch obrigkeitlich genehmigte Statuten geregelt. In denjenigen Ländern, die gesetzliche Richtlinien über die Ausdehnung des Arbeitsfeldes der Sparkassen aufgestellt haben, bedürfen die Sparkassensatzungen aber ebenfalls der obrigkeitlichen Genehmigung. In Preußen wird die Satzungsbestätigung von dem Oberpräsidenten ausgesprochen. Da ihm nach Ziffer 2 des Reglements von 1838 auch die Genehmigung der Einrichtung einer Sparkasse zusteht, hat er also auf einen Sparkasseneröffnungsantrag hin gleichzeitig „die Genehmigung der Einrichtung und der Bestätigung des Statuts" auszusprechen — oder abzulehnen.

Aus dem Zweck der Sparkassen, als gemeinnützige Ersparnis- und Geldanstalt des kleinen Mannes zu dienen, kann man auf den Inhalt der gesetzlichen Richtlinien über den Aufgabenkreis der Sparkassen und den Inhalt der Sparkassenstatuten schließen. Die Hauptaufgabe sämtlicher deutscher Sparkassen ist es, Spargelder zinsbringend hereinzunehmen und sie zu einem etwas höheren Zinssatz als dem dem Sparer gewährten sicher wieder auszuleihen, um sowohl den Sparern die versprochenen Zinsen zahlen als auch die Ver-

waltung der Sparkasse ohne Beihilfe der Gemeinden decken zu können. Die rechtliche Qualifikation der Spareinlagen richtet sich nach den Bestimmungen des BGB. Sie stellen sich dar als Darlehen im Sinne des § 607 BGB. Je nachdem es sich um Sparkassen mit oder ohne eigene juristische Persönlichkeit handelt, werden entweder die Sparkassen als solche oder die Gemeinden bezw. Länder, welche die Sparkassen betreiben, Schuldner der Sparer. Die Frage, mit wem die deutschen Sparkassen einen dem Sparer meist unbewußten Vertrag auf Hereinnahme von Spargeldern schließen dürfen, ist dahin zu beantworten, daß nach § 110 BGB. auch Minderjährige Spareinlagen hereingeben können, wenn es sich um Mittel handelt, die ihnen zur freien Verfügung gestellt sind (Taschengeld) oder die aus ihrem Arbeits- oder Dienstlohn oder ihrem Erwerbsgeschäft stammen (§§ 112, 113 BGB.). Für die meisten Länder ist festzustellen, daß sie Satzungsbestimmungen zugelassen haben, nach denen Minderjährige solchermaßen belegte Gelder auch ohne Genehmigung ihres gesetzlichen Vertreters wieder zurücknehmen dürfen — eine andere Regelung wäre praktisch auch undenkbar —. Eine heute etwas seltsam anmutende Satzungsbestimmung ist die, daß für Spareinlagen eine Höchst- und Mindesteinlage und die Höhe des Zinsfußes in den Statuten festzusetzen ist. Die meisten diesbezüglichen Bestimmungen besagen, daß die Einlagen mindestens 1, 3 oder 5 Mark betragen müssen und die Höchstspareinlagen der einzelnen Sparer das Ein- oder Mehrfache von 1000 Reichsmark nicht überschreiten dürfen. Solche Bestimmungen richten sich in Zeiten der Geldentwertung, wie wir sie durchgemacht haben, von selbst.

Die Quittungserteilung über die getätigten Spareinlagen ist von unwesentlichen Abweichungen bei allen deutschen Sparkassen die gleiche. Jeder Sparer erhält ein Sparbuch, in das jede einzelne Einlage und Abhebung seitens der Sparkasse eingetragen wird. Während beispielsweise die Kontogegenbücher, welche die Banken ihren Kunden ausstellen, höchstens als Sammelquittungsbücher angesprochen werden können, haben die Sparbücher die Eigenschaft eines sogenannten „qualifizierten Legitimationspapieres“ im Sinne des § 808 BGB. Das ist eine Urkunde, in der der Gläubiger der Sparkasse zwar benannt ist, trotzdem aber wie bei jedem reinen Inhaberpapier auf Grund einer diesbezüglichen Bestimmung in der Urkunde an jeden Inhaber schuldbefreiend gezahlt werden kann. Die Sparkasse kann zwar von dem Inhaber des Sparbuches den Nachweis des rechtmäßigen Besitzes verlangen, muß es aber nicht. Wirksam hat sie selbst dann gezahlt, wenn beispielsweise der auszahlende Beamte weiß, daß der Vorzeiger des Sparbuches unrechtmäßig in den Besitz des Sparbuches gelangt ist. Ist dieses der Sparkasse, die für ein Verschulden ihrer Erfüllungsgehilfen haftet, nachzuweisen, so kann sie allerdings auf Grund der §§ 823, 826 BGB. (unerlaubte Handlungen, Schikaneverbot) schadenersatzpflichtig gemacht werden. Ob überdies noch die Bestimmungen des § 257 StrGB. über strafbare Begünstigung gegenüber dem schuldigen Beamten oder Angestellten Platz greifen können, ist Tatfrage. Bemerkt muß hier allerdings werden, daß Sparguthaben auf kürzere oder längere Zeit gesperrt werden können, entweder um das Sparguthaben erst zu einem bestimmten Zeitpunkt zur Verfügung zu haben, oder weil das Sparbuch verloren oder sonstwie abhanden gekommen ist. Von wesentlicher Bedeutung ist die Frage, ob für die Forderung des Inhabers eines Sparbuches der Saldo des Sparbuches oder der der Sparkonten der Sparkasse maßgebend ist. Diese Frage ist dahin zu beantworten, daß die Grundbücher der Sparkassen und nicht das Sparbuch für die Höhe der Forderung maßgebend sind. Beweiskräftig sind die Sparbücher nur dafür, daß die darin quittierten Einzahlungen und beurkundeten Abhebungen tatsächlich getätigt sind. Nicht aber können sie als Beweis dafür dienen, daß der in ihnen angegebene Saldo der Wirklichkeit entspricht. Jeder Praktiker weiß, wie lange Zeit bis zur Vorlegung eines Sparbuches oft vergeht, um Überweisungen zu Lasten des Sparkontos, beispielsweise für Gas-, Wasser-, Steuerrechnungen, nachzutragen. So gibt es denn auch keine Bestimmung darüber, daß eine Sparkasse für den nach dem Sparbuch vorhandenen Einlagebestand dritten gutgläubigen Inhabern des Sparbuches haftet. Wer ein Sparbuch an Zahlungs Statt oder als Sicherheit für irgendeine Forderung hinnimmt, tut dies auf eigene Gefahr. Dabei ist zu bemerken, daß eine Forderung nur durch Übergabe eines Sparbuches nicht sichergestellt werden kann, vielmehr nach § 1280 BGB. dazu außerdem erforderlich ist, daß der Sparkasse Anzeige von der Verpfändung gemacht wird.

Wenn ein Sparbuch verloren oder sonstwie abhanden gekommen ist, so kann es nach § 808 Absatz 2 Satz 2 BGB. im Wege des Aufgebotsverfahrens für kraftlos erklärt werden. Die Vorschriften über das Aufgebotsverfahren finden sich in den §§ 1003 ff. der Zivilprozeßordnung. In der Mehrzahl der deutschen Länder war bis zum Inkrafttreten des BGB. aber ein anderes, einfacheres Verfahren in Anwendung. Diese landesgesetzlichen Vorschriften über das Aufgebot von Sparbüchern bleiben auch nach Artikel 102 des Einführungsgesetzes zum BGB. weiterhin in Kraft. Von dem Aufgebotsverfahren der Zivilprozeßordnung abweichende besondere Aufgebotsverfahren der Sparkassen gibt es seit den Landesgesetzen aus dem Jahre 1899 in Baden, Bayern, Mecklenburg, dem früheren Fürstentum Reuß älterer Linie, Württemberg und dem ehemaligen Großherzogtum Sachsen-Weimar. Vereinfachte Bekanntmachungen im gesetzlichen Aufgebotsverfahren sind laut Landesgesetzen aus den Jahren 1898/99 angeordnet in Anhalt, Hamburg, Lippe, Lübeck, Preußen, dem früheren Fürstentum Reuß jüngerer Linie, dem ehemaligen Herzogtum Sachsen-Meiningen, Sachsen und dem früheren Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt.

Das sogenannte Sparkassengeheimnis ist durch § 177 Reichsabgabenordnung aufgehoben worden. Durch das gleiche Gesetz, und zwar durch dessen § 181, gilt auch die Pflicht der Sparkassenbeamten zur Verschwiegenheit über alle Tatsachen, die sie dienstlich über die Vermögensverhältnisse eines Kunden erfahren, den Steuerbehörden gegenüber nicht.

Oben ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die Sparkassen die hereingenommenen Gelder zu einem höheren Zinssatz als dem von ihnen zu zahlenden ausleihen müssen, um einmal dem Sparer die versprochenen Zinsen zahlen zu können, und um weiter die Verwaltungskosten bestreiten, aber auch für Zeiten der Not einen Reservefonds zurücklegen zu können. Es versteht sich bei dem Charakter der Sparkassen von selbst, daß die Spareinlagen nur in denkbar sicherster Weise angelegt werden können. Da die Spareinlagen, von einem verhältnismäßig geringen Prozentsatz abgesehen, täglich kündbare Gelder sind, ist ein Teil der Spareinlagen — von dem Kassenbarbestand abgesehen — besonders liquide anzulegen, so daß die Sparkassen auch in kritischen Zeiten nicht in Zahlungsstockung kommen können. Als besonders liquide werden in allen deutschen Ländern die jederzeit durch Verkauf oder Beleihung verwendbaren mündelsicheren Inhaberpapiere angesehen, in denen daher ein in den einzelnen Ländern verschieden großer Prozentsatz der Spareinlagen anzulegen ist. In Preußen schwankt nach dem Gesetz vom 23. Dezember 1912, betreffend die Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren (Gesetzsamml. 1913 S. 3), der Prozentsatz je nach dem Gesamteinlagenbestand der Sparkassen zwischen 15 bis 25 %. Die von zahlreichen preußischen Sparkassen als streitig angesehene Frage, ob durch den Erwerb von Schatzanweisungen des Reiches und Preußens und durch die Eintragung von Forderungen in die Schuldbücher des Reiches und Preußens den Anforderungen

des Anlegungsgesetzes genügt wird, ist keine Streitfrage, da durch Ziffer 11 der Ausführungsanweisung vom 8. Mai 1913 zum Anlegungsgesetz diese Frage bejaht wird. Im Freistaat Sachsen bestehen ähnliche Bestimmungen über die Anlegung von Sparkassengeldern in Inhaberpapieren schon seit dem Jahre 1860. Bayern hat kürzlich durch eine Verordnung den in mündelsicheren Inhaberpapieren anzulegenden Betrag vorübergehend auf 10% ermäßigt. Als liquide Anlagen gelten außerdem die Guthaben der Sparkassen in laufender Rechnung bei den Landesbanken und Girozentralen.

Bezüglich des durch die Anlage in Inhaberpapieren nicht gebundenen größeren Teiles der Spareinlagen greifen neben den Grundsätzen der absolut sicheren Ausleihung noch soziale Gesichtspunkte Platz. Nach einer preußischen Ministerialverfügung vom 18. April 1856 haben die Sparkassen die soziale und volkswirtschaftliche Aufgabe, „Existenzen zu erhalten, welche sonst, wenn nicht geradehin zerstört, doch wesentlich gefährdet werden möchten.“ Diese Aufgaben haben die Sparkassen während der langen Friedensjahre und, soweit es in der Jetztzeit noch in ihrer Macht steht, redlich erfüllt.

Ihre Betätigung auf dem Hypothekenmarkt ist da an erster Stelle zu nennen. Da es sich bei Hypothekarkrediten um Ausleihungen auf lange Sicht handelt, ist eine besonders sorgfältige Behandlung dieses Kreditzweiges vonnöten. Das Reichsrecht gibt den Sparkassen keine Vorschriften oder Richtlinien darüber an, wann eine Hypothek als „sichere Hypothek“ im Sinne der Sparkassensatzungen gilt. Selbst im § 1807 Absatz 1 Ziffer 1 BGB. ist nur davon die Rede, daß Mündelgeld „in Forderungen, für die eine sichere Hypothek an einem inländischen Grundstück besteht“, angelegt werden kann. Was als „sichere Hypothek“ anzusehen ist, wird aber auch hier nicht gesagt, sondern den einzelnen Ländern anheimgestellt, für die innerhalb ihres Geltungsbereiches belegenen Grundstücke die Grundsätze zu bestimmen, nach denen die Sicherheit einer Hypothek festzustellen ist. Als mündelsicher wird in Preußen nach dem Gesetz vom 20. September 1899 eine Hypothek angesehen, wenn sie sich bei ländlichen Grundstücken innerhalb der Grenze von zwei Drittel des Grundstückswertes, bei städtischen Grundstücken innerhalb des halben Grundstückswertes hält. Die Taxe ist vorzunehmen durch eine öffentliche Kreditanstalt, durch Gericht oder eine öffentlich-rechtliche Feuerversicherungsanstalt. Erwähnt werden muß hierbei, daß unterm 8. Juni 1918 ein preußisches Schätzungsamtsgesetz erlassen worden ist, dem in Zukunft das Schätzungswesen obliegen wird. Nach § 27 des Gesetzes soll das Gesetz nicht vor Ablauf von fünf Jahren nach Beendigung des Kriegszustandes in Kraft treten. In den anderen deutschen Ländern halten sich die Grenzen für mündelsichere Hypotheken durchweg in gleicher Höhe wie in Preußen. Die Schätzung wird beispielsweise in dem früheren Herzogtum Sachsen-Coburg auf Grund des Gesetzes vom 27. Oktober 1899 durch die Taxe öffentlich bestellter Schätzer, in Bayern gemäß Gesetz vom 9. November 1899 durch Gericht, in Baden und Württemberg laut Gesetz vom 19. Juni 1894 bezw. 23. Juli 1899 durch den Gemeinderat vorgenommen. Wenn es in den Sparkassensatzungen heißt, daß die „Spareinlagen in sicheren Hypotheken“ angelegt werden können, so ist diese Vorschrift erfüllt, wenn sich die Anlagen innerhalb der mündelsicheren Grenze halten. Ob in diesem Falle die Hypothek an erster, zweiter oder gar dritter Stelle steht, ist für die Sicherheit der Hypothek belanglos. Bei dieser Gelegenheit muß daran erinnert werden, daß diese Freizügigkeit nicht immer bestanden hat. In Preußen wurde z. B. in Ziffer 5 des Reglements von 1838 vorgeschrieben, daß die Spareinlagen nur „auf erste Hypotheken (solche, denen keine Hypothek eines anderen vorsteht)“ angelegt werden dürfen. Diese Begrenzung ist jedoch bereits durch eine Kabinettsorder vom 26. Juli 1841 richtig dahin abgeändert worden, daß Sparkapitalien in „sicheren Hypotheken“ angelegt werden können. Soweit leistungsfähige öffentlich-rechtliche Institutionen bei Kleinwohnungsbauten für die auf diese gewährten Hypothekendarlehen die Bürgschaft übernommen haben, ist eine höhere Beleihung in einzelnen deutschen Ländern bis zu 75% des Grundstückwertes zugelassen.

In letzter Zeit ist ein Meinungsaustausch darüber in Gang gekommen, ob der Brief- oder der Buchhypothek der Vorzug zu geben sei. Bei der nach § 1116 BGB. regelmäßigen Form der Briefhypothek bedeutet im Falle einer Kassenrevision das Vorhandensein des Briefes den Bestand der Hypothek mit dem aus dem Briefe ersichtlichen Range. Bei Buchhypotheken reichen die Benachrichtigungen des Grundbuchamtes hierzu nicht aus, weil nach der Übersendung dieser Benachrichtigungen die Löschung oder Abtretung erfolgt sein kann. Auch die über das hypothekarisch gesicherte Darlehen aufgenommene Schuldurkunde, die gesetzlich zwar nicht vorgeschrieben ist, auf die aber seitens der Sparkasse nicht wohl verzichtet werden kann, hat bei der Buchhypothek nicht die ausreichende Bedeutung, während sie durch die in der Grundbuchordnung vorgeschriebene Verbindung mit dem Hypothekenbriefe selbst bei privatschriftlicher Vollziehung mit dieser öffentlichen Urkunde zusammenwächst und den Träger des Wertes bildet.

Dies ist aber besonders wichtig bei den hypothekarisch gesicherten Darlehen mit jährlicher Tilgungsverpflichtung. Eine Gewährung dieser sogenannten Amortisationshypotheken haben die einzelnen Länder ihren Sparkassen besonders dringlich empfohlen, weil durch sie eine Entschuldung des Grundbesitzes am sichersten zu erwarten ist. Dem Wesen der Amortisationshypotheken entspricht es, daß sie unkündbar gegeben werden. Dementsprechend sind die von öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten gewährten Tilgungshypotheken, soweit sich diese Anstalten die Valuta durch Hingabe oder Verkauf von Pfandbriefen beschaffen, zumeist bis zur endgültigen Tilgung des Darlehens unkündbar. Bei den Sparkassen liegt die Sache anders. Sie gewähren die Amortisationshypotheken aus Mitteln des Sparverkehrs, die täglich kündbar oder doch nach kurzfristiger Kündigung abrufbar sind. An sich können sie daher, von einigen Ausnahmen abgesehen, Hypotheken überhaupt nur mit einer verhältnismäßig kurzen Kündigungsfrist geben. Die Gewährung unkündbarer, wenn auch Amortisationshypotheken würde gegen die Gesetze der Liquidität verstoßen. Den deutschen Sparkassen ist daher auch durchweg in sämtlichen Ländern verboten, unkündbare Amortisationshypotheken zu gewähren. Die diesbezüglichen Verordnungen und Verfügungen der zuständigen Behörden der einzelnen Länder stammen zumeist schon aus den 1890er Jahren. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß selbstverständlich Gemeinden, die zwar ohne dingliche Sicherheit, aber nur nach gehöriger Prüfung des Prästationsnachweises und des Nachweises der Anleihegenehmigung durch die zuständige Instanz Darlehen von Sparkassen erhalten können, ebenfalls keine bis zur endgültigen Tilgung unkündbare Darlehen erhalten dürfen.

Rechtlich zulässig ist für die Sparkassen auch die Kreditgewährung gegen Sicherungshypothek (§ 1184 BGB.). Dieses Kreditgeschäft ist weniger als Realkredit denn als Personalkredit anzusprechen. Denn bei der Sicherungshypothek ist nicht die Forderung von der Hypothek, sondern die Hypothek von der Forderung abhängig. Etwas Ähnliches wie die Sicherungshypothek ist die sogenannte Höchstbetragshypothek des § 1190 BGB., die in der Weise bestellt wird, daß nur der Höchstbetrag, bis zu dem das Grundbuch haften soll, bestimmt, im übrigen die Feststellung der Forderung vorbehalten wird.

Bis in die neuere Zeit hinein spielte jedoch der Personalkredit bei den Sparkassen eine verhältnismäßig geringe Rolle, da der

größte Teil der Spareinlagen durch Anlage in Inhaberpapieren, Briefhypotheken und Darlehen an Gemeinden absorbiert war. Rechtlich zulässig und in geringem Umfange üblich war er außer gegen Sicherheitshypothek auch gegen Bürgschaft, gegen Verpfändung von Wertpapieren und gegen Hereingabe guter Wechsel. Bei der Bürgschaft wurde die selbstschuldnerische Bürgschaft des § 773 BGB. von mindestens zwei der Sparkasse als solvent bekannten Einwohnern der Stadt oder des Kreises verlangt. Die Bürgschaftserklärung war und ist gemäß § 766 BGB. schriftlich abzugeben. Das Sparkassengesetz in dem früheren Fürstentum Reuß jüngerer Linie vom 24. Januar 1908 spricht die Notwendigkeit der Schriftlichkeit der Bürgschaftserklärung nochmals in dem Landesgesetz besonders aus, dieses wohl mit Rücksicht darauf, daß für einen Bürgen, für den die Bürgschaft ein Handelsgeschäft ist, Schriftlichkeit der Bürgschaftserklärung an sich gemäß § 350 HGB. nicht erforderlich ist, die Sparkasse aber wohl auch für diesen Fall eine schriftliche Bürgschaftserklärung anfordern soll — was im Geschäftsleben als selbstverständlich gilt —. Kredite gegen Verpfändung von Wertpapieren wurden nur gegen Verpfändung mündelsicherer Inhaberpapiere gewährt. Blankokredite waren in ganz bescheidenem Ausmaße besonders sicheren Leuten gegenüber zulässig.

Die glänzende Entwicklung des deutschen Sparkassenwesens im Laufe der Jahrzehnte hat den unwiderleglichen Beweis erbracht, daß die deutschen Länder sowohl bezüglich der rechtlichen Konstruktion als auch hinsichtlich des Aufgabenkreises ihrer Sparkassen auf dem richtigen Wege gewesen sind. Die Inflationswelle der letzten Jahre, insbesondere die des Jahres 1923, hat leider aber auch gezeigt, daß die den Sparkassen gezogenen Betätigungsgrenzen in Zeiten wirtschaftlicher Zerrüttung, wie wir sie jetzt durchmachen, zu eng gezogen sind. Denn eine Spartätigkeit im eigentlichen Sinne gibt es in solchen Zeiten so gut wie gar nicht mehr. Die Spareinlagen sind denn auch auf einen ganz geringen Bruchteil ihres Friedensstandes zusammengeschmolzen. Es versteht sich von selbst, daß bei einem stark geminderten Betriebskapital und bei ständig steigenden Unkosten die solideste Sparkasse nicht florieren kann. Da die Sparkassen in langen Jahren geordneter Wirtschaftsverhältnisse sich glänzend bewährt und für die Volkswirtschaft unschätzbare Dienste geleistet haben, können sie auch verlangen, daß ihnen seitens ihrer Landesregierungen über die augenblicklichen schwierigen Verhältnisse hinweggeholfen wird. Gewiß sind die bisherigen Versuche, ihnen durch Besoldungszuschüsse, Verwertung der Kriegsanleihe usw. zu helfen, anzuerkennen. Für die Sparkassen muß aber auch in diesen kritischen Zeiten der einzig wahre Grundsatz der Wirtschaft wieder Geltung gewinnen, daß sich ein wirtschaftlicher Betrieb selbst erhalten muß. Das können die Sparkassen aber nur, wenn sie von den zurzeit als Fesseln empfundenen Bestimmungen der Friedenszeit über ihren Aufgabenkreis befreit werden. Es ist selbstverständlich, daß diese Befreiung nur soweit gewährt werden kann, als sie nicht im Widerspruch zu der Tendenz der Sparkassen steht. Da den Sparkassen Spareinlagen in gänzlich unzureichendem Maße zufließen, müssen sie das Recht erhalten, die in der Volkswirtschaft nicht gebundenen Gelder auf andere Weise, insbesondere als Depositen, an sich heranzuziehen. Da über Depositen anders als durch die bei Spareinlagen übliche Barabhebung verfügt zu werden pflegt, dürfen sie auch in den Gebräuchen des modernen Zahlungsverkehrs nicht behindert sein. Hierzu ist zu bemerken, daß der Grundsatz der Barabhebung schon beim eigentlichen Sparverkehr durch die Verleihung der passiven Scheckfähigkeit an die Sparkassen durch das Scheckgesetz vom 11. März 1908 und durch die Genehmigung des Giroverkehrs durchbrochen worden ist. Abhängig gemacht war in Preußen die Einführung des Scheckverkehrs von einer ordnungsmäßigen Buch- und Gegenbuchführung. Durch eine Verfügung des preußischen Innenministers vom 20. April 1909 war den preußischen Sparkassen sogar schon der reguläre, vom Sparverkehr getrennte Depositen- und Kontokorrentverkehr erlaubt, jedoch durfte das Gesamtguthaben aller Depositen- und Kontokorrentkunden höchstens ein Zehntel des Gesamtbetrages der Sparbucheinlagen betragen. Durch Erlaß vom 20. Januar 1917 ist diese Grenze auf 25 % erhöht worden. Während die Verfügung über Sparguthaben durch Scheck- und Giroüberweisung fast in allen deutschen Ländern zulässig war, findet sich das reguläre Depositen- und Kontokorrentgeschäft zu damaliger Zeit nur in Preußen. Daß in jetziger Zeit ein Festhalten an dem Verhältnis vom Gesamtspareinlagebestand zum Gesamtguthaben der Kunden im Depositen- und Kontokorrentgeschäft einem Verbot des Depositen- und Kontokorrentgeschäftes gleichkommen würde, bedarf keiner näheren Erläuterung. Durch den preußischen Ministerialerlaß vom 15. April 1921 über die Erweiterung des Geschäftsbereiches der Sparkassen hat man denn auch jede Grenze für den Gesamtbetrag der im Depositen- und Kontokorrentverkehr hereingenommenen Gelder fallen lassen. Die anderen deutschen Länder sind diesem preußischen Vorgehen nur sehr zögernd und teilweise überhaupt noch nicht gefolgt. Den bayerischen Sparkassen war bis zu Beginn des Jahres 1923 der Betrieb des Depositen- und Kontokorrentgeschäftes überhaupt noch nicht gestattet. Erst durch die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 24. Januar 1923 ist bei den bayerischen Sparkassen dieser Geschäftszweig durch entsprechende Statutenänderung, d. h. also mit jedesmaliger besonderer obrigkeitlicher Genehmigung, zugelassen. In Baden war die Rechtslage bisher so, daß die badischen Sparkassen das Depositen- und Kontokorrentgeschäft mit besonderer Genehmigung der Aufsichtsbehörde betreiben durften. Nach dem Entwurf eines neuen badischen Sparkassengesetzes soll diese besondere Genehmigung in Zukunft fortfallen.

Der gänzlich andere Charakter der den Sparkassen durch das Depositen- und Kontokorrentgeschäft zufließenden Gelder bedingt aber auch eine andere Verwertung als die für Spareinlagen übliche. Den Kreis der Depositenkunden bilden nicht die alten Sparer, sondern die Handel- und Gewerbetreibenden. Diese haben aber — zumal in Zeiten einer rapiden Geldentwertung — ein Interesse daran, ihre Depositenguthaben so schnell wie möglich umzuschlagen. Die Sparkassen müssen die Gelder also jederzeit greifbar halten. Selbst wenn die daniederliegende Bautätigkeit und die Entschuldung des Grundbesitzes durch die Inflation das Hypothekengeschäft nicht absolut stillgelegt hätten, dürften die Sparkassen daher die in laufender Rechnung hereingenommenen Gelder nicht im eigentlichen Hypothekengeschäft anlegen. Ebensowenig können diese Gelder zur Befriedigung langfristiger Kredite für die Kommunen Verwendung finden. Bleibt für die Sparkassen außer der üblichen Anlegung von Geldern in Inhaberpapieren und Wechseln, die von der Reichsbank diskontiert werden würden, eine intensivere Befassung mit dem Personalkredit. Die bereits in Zeiten einer geordneten Wirtschaft üblichen Schuldscheindarlehen unter Bürgschaft zahlungsfähiger Personen ist auch nach dem Ministerialerlaß vom 15. April 1921 unter den gleichen Voraussetzungen wie bisher gestattet. Nach ihm ist auch die Kreditgewährung gegen Wechsel erlaubt, wenn aus dem Wechsel außer dem Darlehnsnehmer noch zwei als zahlungsfähig bekannte Personen haften. Das Recht der Kreditgewährung gegen Verpfändung von Wertpapieren ist dahin erweitert worden, daß fortab alle Wertpapiere, die nach den Grundsätzen der Reichsbank beleihbar sind, von den Sparkassen beliehen werden können. Die Sparkassen haben bei Abschluß des Darlehnsvertrages alternativ zu vereinbaren, daß beim Sinken des Kurses der verpfändeten Wertpapiere das Pfanddepot unaufgefordert zu verstärken oder das Darlehen

einschließlich der bis dahin aufgelaufenen Zinsen sofort zur Rückzahlung fällig ist. Eine Klausel, durch welche die Sparkasse bei Nichterfüllung der beiden Bedingungen sich das Recht sofortiger Exekution sichert, dürfte empfehlenswert sein. Zugelassen ist ferner durch Erlaß vom 15. Januar 1921 und 27. Januar 1922 die Darlehnsgewährung gegen Verpfändung von Sparguthaben bei deutschen unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen, wobei das oben über die Verpfändung von Sparguthaben Gesagte zu beachten ist. Erlaubt ist nach dem gleichen Erlasse die Beleihung von Hypotheken-, Grund- und Rentenschuldbuchforderungen sowie die von Lebensversicherungspolicen von in Deutschland zugelassenen Lebensversicherungsgesellschaften. Außerdem können beliehen werden unter den in § 13 Ziffer 3 d des Bankgesetzes vom 14. März 1875 erwähnten Voraussetzungen Wechsel. Die Reichsbank kann nach der zitierten Gesetzesstelle Darlehen geben „gegen Wechsel, die anerkannt solide Verpflichtete aufweisen, mit einem Abschlage von mindestens 5 % ihres Kurswertes".

Von ganz besonderer Bedeutung ist es aber für die gegenwärtige Zeit, daß den preußischen Sparkassen durch die genannten Erlasse die Beleihung „von im Inland lagernden Kaufmannswaren, insbesondere des mittleren und Kleingewerbestandes, bis zur Hälfte ihres Wertes" gestattet worden ist. Die Darlehnsvaluta darf in solchen Fällen natürlich erst hingegeben werden, wenn eine rechtsgültige Verpfändung zustande gekommen ist. Diese richtet sich nach den §§ 1204 ff. BGB. Danach liegt eine Verpfändung beweglicher Sachen rechtlich vor, wenn dem Prinzip des BGB.-Pfandrechtes an beweglichen Sachen entsprechend der Eigentümer der Sache diese dem Gläubiger übergeben hat und beide darüber einig sind, daß dem Gläubiger das Pfandrecht zustehen soll. Ist die Sparkasse bereits im Besitze der Sachen, so genügt die Einigung über die Entstehung des Pfandrechtes. Diese Art der Verpfändung wird nun aber gerade für Warenbeleihungen der Sparkassen nicht in Frage kommen, da diese bezw. ihre Gemeinden in den meisten Fällen keine eigenen Räumlichkeiten besitzen werden, um die Pfandwaren als „Faustpfand" hereinnehmen zu können. Sie müssen daher andere Wege einschlagen, um eine rechtsgültige Verpfändung zu erreichen. Besonders üblich ist die Einlagerung der Pfandsachen in den Lagerräumen eines als zuverlässig bekannten Spediteurs, wobei der Eigentümer seinen mittelbaren Besitz an den eingelagerten Pfandsachen auf die Pfandgläubigerin Sparkasse überträgt und dem Spediteur seitens des Eigentümers die Verpfändung der Sachen an die Sparkasse mitgeteilt wird. Es ist üblich, den Darlehnsbetrag erst dann dem Darlehnsnehmer auszuzahlen, wenn seitens des Lagerhalters eine Benachrichtigung darüber bei der Sparkasse eingegangen ist, daß er die Verpfändungsanzeige des Eigentümers erhalten hat, und daß er die Pfandsachen an den Eigentümer ohne Genehmigung der Sparkasse nicht aushändigen wird. Ebenso üblich wie dieser Weg ist der der Einräumung des Mitbesitzes an den Pfandsachen. In diesem Falle bleiben die zu verpfändenden Sachen in den Räumlichkeiten des Verpfänders, werden dort aber abgesondert in einem abschließbaren Raume gelagert. Der Zugang zu diesem Raume erhält außer dem Verschluß des Verpfänders noch ein von der Sparkasse anzubringendes andersgeartetes Schloß, so daß nur Gläubiger und Schuldner gemeinsam an die Pfandsachen herankönnen. Nicht selten pflegt der Pfandgläubiger allein im Besitz der Schlüssel zu dem Lagerraum zu sein. Schwierigkeiten bietet die Kreditsicherung in den Fällen, in denen zwar genügend Waren zur Verpfändung dasind, der Darlehnssucher die Waren aber zur Aufrechterhaltung seines Wirtschaftsbetriebes braucht. Denn ein Pfandrecht an beweglichen Sachen kommt nicht zustande, wenn der Verpfänder im ungeschmälerten unmittelbaren Besitz der zu verpfändenden Sachen bleiben soll. In diesen Fällen pflegt man sich mit der Sicherungsübereignung zu helfen. Bei der Sicherungsübereignung, die im Prinzip durch die Reichsgerichtsrechtsprechung anerkannt ist, wird zwischen dem Darlehnsnehmer und dem Darlehnsgeber vereinbart, daß der Darlehnsnehmer sein Eigentum an den Sicherungsgegenständen auf den Darlehnsgeber überträgt. Da der Darlehnsnehmer im unmittelbaren Besitz der zu übereignenden Gegenstände ist und bleiben soll, wird die nach § 929 BGB. grundsätzlich notwendige Übergabe der Sachen gemäß § 930 BGB. dadurch ersetzt, daß zwischen Darlehnsgeber und Darlehnsnehmer ein Rechtsverhältnis vereinbart wird (meist ein Leih- oder Verwahrungsvertrag), vermöge dessen der Darlehnsnehmer im unmittelbaren Besitz der Sicherungsgegenstände verbleibt und der Darlehnsgeber den mittelbaren Besitz erlangt. Es ist zu bemerken, daß die Sicherungsübereignung von Haus- und Ladeneinrichtungen sowie von Warenlagern ohne Bewegung außerordentlich häufig angewandt und, soweit die Sicherungsübereignungsverträge nicht gegen die guten Sitten verstoßen (weil sie z. B. dem Schuldner nur noch einen Schein von Selbständigkeit lassen), als rechtlich einwandfrei anerkannt sind. Äußerst bestritten ist aber die rechtliche Zulässigkeit der Sicherungsübereignung von Warenlagern mit wechselndem Bestande. Der Streit dreht sich darum, ob es möglich sei oder nicht, das Besitzverhältnis einwandfrei zu konstruieren, vermöge dessen der Erwerber (Darlehnsgeber) den mittelbaren Besitz an den Sicherungsgegenständen erwirbt.

Ebenso zögernd wie die Landesregierungen den Depositenverkehr für die Sparkassen genehmigt haben, sind sie auch bis auf wenige Ausnahmen an die Forcierung des Personalkredits herangegangen. Bayern hat sich bis jetzt so ziemlich allein dem preußischen Vorgehen angeschlossen. Durch die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 24. Januar 1923 sind den bayerischen Sparkassen alle die Rechte eingeräumt, die den preußischen Sparkassen durch die Erlasse vom 15. April 1921 und 27. Januar 1922 verliehen worden sind. Bezüglich des Kredits gegen Sicherstellung von Wertpapieren geht die bayerische Bestimmung über die preußische hinaus. Denn den bayerischen Sparkassen ist auch die Beleihung von Aktien, die an einer deutschen Börse amtlich notiert werden, erlaubt, während den preußischen Sparkassen nur die wenigen Aktien als Sicherheiten dienen können, die von der Reichsbank beliehen werden. Baden hat neuerdings einen Gesetzentwurf herausgebracht, der sich in seinen wesentlichen Teilen mit den preußischen und bayerischen Bestimmungen deckt; nur hinsichtlich der Warenbeleihung enthält der badische Gesetzentwurf eine einschränkende Vorschrift. Nach ihm dürfen Waren nur insoweit beliehen werden, als es sich um an einer deutschen Produktenbörse amtlich notierte Waren handelt.

Soweit der Personalkredit in Form eines Kontokorrentkredites gegeben wird, ist seitens der Sparkassen eine der vorstehenden Arten von Sicherungen genau so zu verlangen, als wenn es sich um ein reguläres Darlehen handelt. Kontokorrentkredite werden in den meisten Ländern nicht als liquide Anlage angesehen. Die Kreditgewährung im Kontokorrent darf daher auch nur einen geringen Prozentsatz des Gesamtdepositenguthabens der Kunden ausmachen. Reguläre Darlehen mit täglicher Kündigung werden dagegen auf eine gleiche Stufe mit Anlagen bei Landesbanken, Girozentralen, in Inhaberpapieren und Wechseln gestellt. Daß Personalkredite, die aus den Geldern, die den Sparkassen als Depositen zufließen, genommen werden, nur mit täglicher Kündigung gegeben werden können, versteht sich für eine kaufmännisch geleitete Sparkasse von selbst.

Es liegt in dem Charakter der ganzen Geschäftsverbindung zwischen Depositenkunden und Sparkassen, daß ein Depositenkunde nicht nur seine Gelder bei der Sparkasse sicher aufbewahrt und seine Zahlungsaufträge prompt ausgeführt wissen will, sondern er verlangt von seiner Geldanstalt auch die Ausführung aller anderen

bankmäßigen Transaktionen, insbesondere die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren und deren An- und Verkauf. Schon in der Vorkriegszeit haben die Sparkassen für ihre Kunden in geringem Umfange mündelsichere Wertpapiere angekauft. Erinnert sei dabei an eine sich in fast allen Sparkassensatzungen findende Bestimmung, daß von einer gewissen Grenze an für Spareinlagen ohne weitere Zustimmung des Sparers seitens der Sparkasse Schuldverschreibungen des Reiches, der Länder und bestimmter Gemeinden oder ebensolche Schuldbuchforderungen angeschafft werden konnten. In großem Umfange sind die Sparkassen mit der kommissionsweisen Anschaffung von Wertpapieren während des Krieges bei Zeichnungsauflegung der Kriegsanleihen beschäftigt worden. Eine notwendige Folge dieser regen Beteiligung an der Kriegsanleihezeichnung war dann das den Sparkassen in allen Ländern verliehene Recht, die bei ihnen gezeichneten Kriegsanleihen in Verwahrung und Verwaltung zu nehmen. Als dann nach Kriegsschluß eine Verordnung gegen die Kapitalflucht nach der anderen erlassen wurde und unterm 24. Oktober 1919 die sogenannte Depotzwangsverordnung herauskam, wurden in dem § 1 Absatz 3 dieser Reichsverordnung auch die Sparkassen als Depotstellen benannt. Wohl oder übel mußten daher auch die Landesregierungen ihre Genehmigung dazu erteilen, daß das Depotrecht der Sparkassen auch auf andere als die bisher üblichen Papiere ausgedehnt wurde. Zwar ist die Verordnung, nach der Zins- und Gewinnanteilscheine nur dann eingelöst werden durften, wenn Mantel und Bogen des Papiers bei einer Bank oder Sparkasse in Verwahrung gegeben waren, inzwischen längst wieder außer Kraft getreten, das Depotrecht haben die Sparkassen aber durchweg behalten. In den schon mehrfach erwähnten preußischen und bayerischen Erlassen vom 15. April 1921 / 27. Januar 1922 bezw. vom 24. Januar 1923 ist es ausdrücklich bestätigt, daß in der Sparkassensatzung bestimmt werden kann, daß die Sparkassen Wertpapiere verwahren und verwalten dürfen. Auf die Verwahrung und Verwaltung dürften die Bestimmungen des sogenannten Depotgesetzes vom 5. Juli 1896, „betreffend die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere", zur Anwendung kommen, wobei zu bemerken ist, daß z. B. auf bayerische Sparkassen der § 2 des Depotgesetzes, nach dem unter bestimmten Voraussetzungen an Stelle der hinterlegten Wertpapiere gleichartige Effekten zurückgewährt werden können, infolge besonderer Vorschrift keine Anwendung finden kann. Mit der Übernahme der Wertpapierverwaltung haftet die Sparkasse dem Kunden gegenüber für rechtzeitiges Abtrennen der fälligen Zins- und Gewinnanteilscheine, für Beschaffung neuer Zins- und Dividendenbogen, für Verlosungskontrolle, Ausübung von Bezugsrechten und Konvertierung von Prioritäten. Die Banken pflegen eine Haftung für Versehen in der Wertpapierverwaltung in ihren Verwahrungs- und Verwaltungsbedingungen abzulehnen. Das seitens der Sparkassen für die Verwahrung der Wertpapiere erhobene Entgelt unterliegt gemäß § 25 Ziffer 3 des Umsatzsteuergesetzes einer zehnprozentigen Umsatzsteuer.

Unverständlich würde es einem Sparkassenkunden sein, wenn er zwar seinen gesamten Wertpapierbesitz bei einer Sparkasse hinterlegen darf, die Sparkasse ihm aber aus diesem Bestande nur mündelsichere Werte und von diesen auch nur wieder eine Auswahl verkaufen oder solche Papiere hinzukaufen dürfte. Die Landesregierungen Preußens, Bayerns und Badens (ob es in den anderen Ländern ebenso ist, ließ sich nicht feststellen) haben die Unmöglichkeit einer solchen Regelung anerkannt und ihren Sparkassen in weitem Umfange das Recht zum An- und Verkauf gestattet. In den bayerischen Bestimmungen findet sich irgendeine Einschränkung hinsichtlich des Wertpapiergeschäftes überhaupt nicht. In Preußen ist der kommissionsweise An- und Verkauf von Wertpapieren zulässig in allen an deutschen Börsen amtlich notierten Werten. Ausgeschlossen ist für die preußischen Sparkassen das Kommissionsgeschäft in Wertpapieren, die an den deutschen Hauptbörsenplätzen nicht notiert werden. Von Wertpapieren, die ebenda nicht notiert, aber gehandelt werden, darf die Sparkasse nur Anleihen öffentlich-rechtlicher Verbände, Obligationen und junge Aktien bewährter und sicherer Unternehmungen sowie ähnliche Papiere, die nicht offensichtliche und als solche bekannte Spekulationspapiere sind, für ihre Kunden an- und verkaufen.

Das Effektenkommissionsgeschäft der Sparkassen unterliegt der Börsenumsatzsteuer des Kapitalverkehrssteuergesetzes vom 8. April 1922. Hier ist nun eine eigenartige Kontroverse zwischen Reichs- und Landesrecht zu beobachten. Führt eine Bank geschäftsmäßig Effektenkommissionsgeschäfte für einen Inlandskunden in Inhaberschuldverschreibungen, Aktien usw. aus, so hat sie für diese Geschäfte den Inlandskundenkommissionsstempel zu bezahlen, der erheblich niedriger ist als die Steuer für die sogenannten Privatgeschäfte. Da den Sparkassen durch ihre Landesregierungen der kommissionsweise An- und Verkauf von Wertpapieren ebenfalls geschäftsmäßig gestattet ist, sollte man annehmen, daß für sie dieselbe Börsenumsatzsteuer in Anrechnung kommen würde. Dem ist aber nicht so. Alle Sparkassen dürfen den Inlandskundenkommissionsstempel nur verwenden bei kommissionsweisem An- und Verkauf von Schuld- und Rentenverschreibungen des Reichs, inländischer Gemeinden (Gemeindeverbände) und inländischer Körperschaften, städtischer und ländlicher Grundbesitzer (§ 46 Absatz 1 Ziffer c des Kapitalverkehrssteuergesetzes). Bei Geschäften in Industrieobligationen und Aktien darf der Inlandskundenkommissionsstempel aber nur von solchen Sparkassen verwandt werden, die körperschaftssteuerpflichtig sind, während nicht körperschaftssteuerpflichtige Sparkassen die Steuer für Privatgeschäfte zu entrichten haben. Körperschaftssteuerpflichtig ist nach dem Körperschaftssteuergesetz eine Sparkasse, die sich nicht auf die Pflege des eigentlichen Sparkassenverkehrs beschränkt. Nach einem ausführenden Erlaß des Reichsfinanzministers hierzu ist u. a. der Kontokorrentverkehr mit Krediteinräumung sparkassenfremd, so daß alle die Sparkassen, die diesen Geschäftszweig betreiben, zwar den Inlandskundenkommissionsstempel verwenden können, dafür aber auch Körperschaftssteuer zahlen müssen. Diese reichssteuerliche Behandlung der Sparkassen beweist eine völlige Verkennung des Wesens und der volkswirtschaftlichen Aufgaben der Sparkassen, ganz abgesehen davon, daß es ein steuerrechtliches Novum ist, Verwaltungsabteilungen der Gemeinden, als welche sich die überwiegende Mehrzahl der deutschen Sparkassen doch darstellen, zu direkten Steuern heranzuziehen. Soweit noch seitens der Länder und Gemeinden Steuern erhoben werden dürfen, ist zu sagen, daß diese den Sparkassen auch in steuerlicher Hinsicht gerecht geworden sind.

Die Sparkassen haben auch in diesen schweren Zeiten ihren eigentlichen gemeinnützigen Zweck nicht vergessen. Kaum haben sie die Möglichkeit, sich wertbeständige Anlagemöglichkeiten zu verschaffen, so richten sie auch schon den wertbeständigen Sparverkehr, den sogenannten Goldsparmarkverkehr, ein, um dem kleinen Manne wieder Gelegenheit zu geben, ohne Sorge um die Entwertung seines Geldes wieder sparen zu können. Es kann noch lange Zeit vergehen, ehe dieser Sparverkehr wieder einen solchen Umfang erreicht haben wird, daß sich die Sparkassen wieder ausschließlich mit ihm begnügen können. Bis dieser Zeitpunkt gekommen ist, muß aber im volkswirtschaftlichen Interesse fortgefahren werden in der zeitgemäßen Ausgestaltung der Sparkassen, selbstverständlich immer in den Grenzen, die mit der Urtendenz der deutschen Sparkassen nicht in Widerspruch stehen.

2. Die Satzungen der Sparkassen.

Von Dr. **H. Marquardt**, Berlin.

Innerhalb des durch die Gesetze und Verordnungen festgelegten und als unabänderlich zu geltenden Rahmens gründet sich der individuelle Organismus jeder einzelnen Sparkasse auf die Satzung, die ihren Aufbau und ihren Geschäftskreis nach den für sie maßgebenden besonderen lokalwirtschaftlichen Verhältnissen bestimmt. Eine grundsätzlich andere Bedeutung kommt der Satzung in denjenigen Ländern zu, in denen die Errichtung und der Geschäftsbetrieb von Sparkassen keine gesetzliche Regelung erfahren haben, wie in verschiedenen nord- und mitteldeutschen Ländern (Mecklenburg, Thüringen, Lippe usw.); hier stellt die Satzung den Ersatz der fehlenden Verankerung des Sparkassenrechtes dar, wobei häufig die Satzung der zuerst gegründeten größeren Sparkasse als Normalstatut für die später errichteten verwendet wird. Gemeinhin offenbart sich aber in der Satzung als Gegenspiel der in den Gesetzen und Verordnungen zum Ausdruck kommenden obrigkeitlichen Regelung des Sparkassenwesens das freie Selbstbestimmungsrecht der die Satzung aufstellenden kommunalen Körperschaften, das seine Grenzen lediglich an den gesetzlichen Bestimmungen und in der darin festgelegten staatlichen Aufsichtsbefugnis findet, die schon bei der Errichtung der Sparkasse, die ebenso wie die Satzung selbst der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedarf, wirksam wird; erst mit der obrigkeitlichen Genehmigung der Satzung tritt die Sparkasse ins Leben. Zeigt das Zustandekommen der Satzung die öffentlich-rechtliche Verankerung der Sparkasse, so liegt die praktische Auswirkung und damit ihre wesentliche Bedeutung auf privatrechtlichem Gebiet, denn in der Festlegung der Bestimmungen für die Verwaltung und den Geschäftsverkehr enthält die Satzung die feste Norm für das Rechtsverhältnis zwischen Kasse und Einlegern; so zeitigt die Satzung Art und Maß der Unterwerfung der Sparkasse als Vertragskontrahentin unter die Rechtsvorschriften des bürgerlichen und — wenn auch nicht unbestritten — des Handelsrechts. Nach der privatrechtlichen Seite hin vertritt also die Satzung die Stelle eines individuellen Vertrages zwischen Kasse und Sparern, die sich stillschweigend ihren Bestimmungen dadurch unterwerfen, daß sie bei der Kasse Spareinlagen tätigen. Als privatrechtliche Kontrahentin kann die Kasse also das durch die Einlage begründete und durch die Ausstellung des Sparbuches beurkundete Rechtsverhältnis nicht einseitig lösen, sondern muß die beabsichtigten Änderungen der Satzung zur Kenntnis der Einleger bringen. Hierbei ersetzt die in der Satzung vorgesehene öffentliche Bekanntmachung der Statutenänderung die Mitteilung an den einzelnen Gläubiger, der durch die stillschweigende Fortsetzung des Vertragsverhältnisses seine Zustimmung zu den neuen Bedingungen zu erkennen gibt.

Entwicklungsgeschichtlich hat sich die oben dargelegte Kombination der in der Satzung zum Ausdruck kommenden freien Selbstbestimmung mit staatlicher Regelung und Überwachung als dem Sparwesen in hohem Grade förderlich erwiesen; das trifft in besonderem Maße für Preußen zu, wo das Sparkassenreglement vom 12. Dezember 1838 der gemeindlichen Autonomie hinsichtlich der Aufstellung der Satzung weiten Spielraum gelassen hat. Die Beschlüsse über die Bildung und den Inhalt des Statuts und demgemäß über die Änderungen erfolgen nach dem Reglement von den für die Beschlußfassungen allgemein zuständigen Organen des Garantieverbandes, wobei die Beachtung der im Reglement aufgestellten Grundsätze vorgeschrieben ist; hiernach sind formale Bestimmungen über die Verwaltung der Kasse und ihre Beamten, den Sitz der Kasse und der Kassenstunden sowie die Art der Bekanntgabe von Statutenänderungen aufzunehmen (Nr. 17 und 18 des Reglements); die Satzung soll mit der Bestätigung des Oberpräsidenten jedem Sparkassenbuch vorgedruckt werden. Auf die Bildung der Satzung hat der Oberpräsident der Provinz jedoch nicht nur als genehmigende Behörde Einfluß; er kann auch „bei veränderten Umständen und bemerkten Mißbräuchen" Änderungen der Satzungen anordnen, wozu er jedoch der Zustimmung des Provinzialrates bedarf, wenn die verlangte Änderung gegen den Willen des Garantieverbandes vorgenommen werden soll. Materiell sind ferner bei der Aufstellung der Satzungen die im Reglement und den nachfolgenden Verordnungen und Erlassen enthaltenen Vorschriften zu beobachten, deren weite Fassung es jedoch fast allgemein zuläßt, daß sie durch die Satzung das der einzelnen Sparkasse angemessene individuelle Gepräge erhalten. Mit diesen allgemeinen Grundzügen erschöpfen sich die Vorschriften des Reglements auf die Bildung der Satzungen; alle näheren Bestimmungen, insbesondere Inhalt und Umfang der Geschäftsarten, überläßt es absichtlich der statutarischen Regelung durch den Garantieverband, damit der Besonderheit der örtlichen Verhältnisse weitgehend Rechnung getragen werden kann. Die Statuten der Sparkassen sind daher nicht gleichlautend; sie weisen vielmehr hinsichtlich Abfassung und Inhalt die größten Verschiedenheiten auf, die sich überdies insbesondere auch auf die Qualität der einzelnen Satzungen erstrecken.

Von den im Anschluß an das Reglement von den Garantieverbänden aufgestellten Satzungen gewann das Statut der Bielefelder Sparkasse größere Bedeutung, das, um in die Buntscheckigkeit der Satzungen eine gewisse Übereinstimmung zu bringen, vom Ministerium des Innern 1847 als Mustersatzung empfohlen wurde; später war es das Statut der Teltower Kreissparkasse vom 28. April 1873, das als Mustersatzung durch Erlaß vom 30. Oktober 1873 qualifiziert wurde.

Obwohl der Entwurf eines preußischen Sparkassengesetzes in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in seinen Anfängen steckengeblieben war, so war er doch insofern nicht völlig ergebnislos, als der Minister des Innern nunmehr in eine Prüfung der Frage eintrat, ob nicht wenigstens innerhalb der einzelnen Provinzen eine Einheitlichkeit in den wichtigsten Fragen des Geschäftsbetriebes der Sparkassen zu erzielen sei. Zu diesem Zwecke wurden in den einzelnen Provinzen Entwürfe zu Mustersatzungen von den provinziellen Sparkassenverbänden aufgestellt und in fast allen Provinzen von den Aufsichtsbehörden bestätigt. Diese Mustersatzungen enthielten zwar im wesentlichen gleichlautende Bestimmungen über die Organisation und den Geschäftsbetrieb der Sparkassen, ließen jedoch den Garantieverbänden und den Aufsichtsbehörden genügend Spielraum, um den Geschäftsverkehr den örtlichen Verhältnissen anzupassen. Die Mustersatzungen bestanden mit Ausnahme von Hessen-Nassau in jeder Provinz; in Schlesien bestanden für jeden Regierungsbezirk von den Regierungspräsidenten erlassene Mustersatzungen. In den größeren außerpreußischen Ländern, mit Ausnahme Badens, entschlossen sich die Sparkassenverbände ebenfalls, Mustersatzungen herauszugeben. Größere Bedeutung, auch über die zuständige Provinz hinaus, gewann von den preußischen Mustersatzungen die des Hannoverschen Sparkassenverbandes von 1919, die allerdings von der Aufsichtsbehörde nicht ausdrücklich genehmigt war; doch war dem Verbande zugesagt, daß die nach der Mustersatzung entworfenen Sparkassensatzungen

keinen Schwierigkeiten bei der Bestätigung begegnen sollten. Die Mustersatzungen der übrigen Verbände, durchweg älteren Datums und die mit der Zulassung der Sparkassen zum Scheckverkehr im Gefolge stehenden Erweiterungsmöglichkeiten der Geschäftsarten zum großen Teile nicht berücksichtigend, verloren allmählich an praktischer Bedeutung und mußten insbesondere mit dem Augenblick als veraltet angesehen werden, als die Eingliederung der Sparkassen in den Dienst der Unterbringung der Kriegsanleihe sie vor neue Aufgaben stellte. In diesem Zusammenhange mag als bemerkenswert festgehalten werden, daß in Vorwegnahme der meisten dem Sparkassenbetrieb infolge der veränderten Wirtschaftsverhältnisse zuwachsenden Erweiterungen die Satzung der „Spar- und Leihkasse der Hohenzollernschen Lande", die unterm 10. August 1888 die landesherrliche Genehmigung erhielt, eine großzügige Bewegungsfreiheit aufwies. Die Sparkasse war berechtigt, Wechsel zu diskontieren und anzukaufen, Darlehen zu gewähren gegen Lombardierung von Wertpapieren, die im Lombardverkehr der Reichsbank zugelassen waren, Kontokorrente zu eröffnen und Kredite zu gewähren, „in Ausnahmefällen auch ungedeckt, wenn nach sorgfältiger Prüfung aller Verhältnisse die Sicherheit als zweifellos betrachtet werden darf"; zugelassen waren ferner der An- und Verkauf von Wertpapieren aller Art für Rechnung Dritter sowie das Inkasso von Wechseln usw.; auch konnte die Sparkasse Wertpapiere zur Verwahrung und Verwaltung annehmen. Die Erfahrungen, die die Sparkasse mit den „bankmäßigen" Geschäftszweigen gemacht hat, sind die besten gewesen.

Die Unzuträglichkeiten, die sich für die Sparkassen, die mit völlig unzureichenden Satzungsvorschriften den sich ständig steigernden Ansprüchen ihrer Kundschaft gegenüberstanden, ergaben, wurden noch verstärkt, als die anfänglich langsam auftretende, später lawinenartig anschwellende Geldentwertung das Spargeschäft immer mehr einengte und die Rentabilität der Sparkassen in Frage stellte. Sollten die Sparkassen keine Zuschußbetriebe werden, so mußten ihnen durch satzungsmäßige Erweiterung ihrer Tätigkeitssphäre neue Einnahmequellen erschlossen werden. Da infolge der fehlenden rechtlichen Normierung der für einen zeitgemäßen Ausbau in Frage kommenden Geschäftsarten eine Neuaufstellung der Satzungen sich als unzweckmäßig erweisen mußte, so suchten die Sparkassen durch Aufpfropfung neuer Satzungsbestimmungen in Form von Nachträgen zur alten Satzung den Bedürfnissen der Kundschaft gerecht zu werden; diese Nachträge häuften sich bei einigen Sparkassen bis zur Unübersichtlichkeit der Satzung. Auch wurden von Sparkassen unter dem Zwange der Verhältnisse Geschäfte betrieben, welche die veraltete Satzung zwar nicht enthielt, gegen deren Aufnahme aber keine bestimmten Vorschriften sprachen. So mußten die vorhandenen Satzungen häufig als Fesseln empfunden werden; ein getreues Abbild der tatsächlichen Aufgaben und des Wirkungskreises der Sparkassen boten sie in keinem Falle mehr.

In Preußen, wo das allgemeine Verlangen nach Klärung der zuzulassenden Erweiterungen des Geschäftskreises immer drängender wurde, faßte die oberste Aufsichtsbehörde den Plan zum Entwurfe eines neuen Sparkassengesetzes, nach dessen feststehenden Vorschriften die Sparkassen alsdann neue, zeitgemäße Satzungen aufstellen und zur Genehmigung einreichen sollten. Als sich die Fertigstellung des Entwurfes und die Vorlage an die gesetzgebenden Körperschaften immer weiter verzögerte, entschloß sich der preußische Minister des Innern, nicht zuletzt auf das stete Drängen des Deutschen Sparkassenverbandes, zur Herausgabe des bekannten Erlasses vom 15. April 1921, da, wie er anerkannte, „für eine Erweiterung des satzungsmäßigen Geschäftsbereiches der Sparkassen Sorge getragen werden muß". Es ist hier nicht der Ort, darzulegen, daß nicht alle Forderungen, die auf dem Allgemeinen Sparkassentage in Dresden hinsichtlich der Erweiterung der Geschäftsarten einstimmig gestellt wurden, berücksichtigt wurden; in seinem Kernpunkte, der Zulassung „sonstiger bankmäßiger Geschäfte", ließ der Erlaß jedenfalls dem satzungsmäßigen Ausbau des Geschäftskreises einen ziemlich weiten Spielraum, den er aber auch gleichzeitig dem diskretionären Ermessen der mit der Ausführung des Erlasses betrauten Organe überließ. Hatten die Sparkassen gehofft, daß jetzt endlich ihrem Verlangen nach ordnungsmäßiger Verankerung der neuen Geschäftsarten in den Satzungen entsprochen werden konnte, so sahen sie auch nach dem Herauskommen des Erlasses die Erfüllung ihres Wunsches hinausgezögert. Kaum war nämlich der Erlaß bekannt geworden, als die mit den Sparkassen im Wettbewerb befindlichen privaten Banken und Genossenschaften bei den zuständigen zentralen Behörden vorstellig wurden und unter dem Vorwande einer „Gefährdung des deutschen Sparkassenwesens" ihr Ziel auf Beschneidung der organischen Entwicklung der Sparkassen zu erreichen suchten. Die Frucht dieser Bemühungen war ein telegraphisch an die Oberpräsidenten gerichteter, nicht veröffentlichter Erlaß vom 3. Oktober 1921, der den Oberpräsidenten die Genehmigung neuer Sparkassensatzungen, die unter Zugrundelegung des Erlasses vom 15. April 1921 aufgestellt waren, bis auf weiteres untersagte.

Bereits vor Herausgabe des Erlasses vom 15. April 1921 war aus Sparkassenkreisen der Entwurf einer Mustersatzung durch den Deutschen Sparkassenverband zur Gewährleistung einheitlicher Grundzüge in den Satzungen der deutschen Sparkassen angeregt worden, die insbesondere auch den Mitgliedsverbänden für die Umarbeitung der provinziellen Mustersatzungen als Beispiel dienen sollte. Dementsprechend beschloß der Ausschuß des Deutschen Verbandes am 28. Mai 1921 die Aufstellung einer Mustersatzung, zu deren Ausführung seitens der Zentralstelle unverzüglich geschritten wurde. Der erste Entwurf wurde den Mitgliedsverbänden sowie führenden Männern im deutschen Sparkassenwesen zur Begutachtung unterbreitet; den eingegangenen Wünschen und Abänderungsvorschlägen wurde nach Möglichkeit Rechnung getragen. (Der Mustersatzung wurde der Geschäftsverkehr einer städtischen Sparkasse zugrunde gelegt, in deren Garantieverband die Städteordnung für die östlichen Provinzen gilt; zur Erleichterung der Verwendung bei anderer Verfassung des Gewährleistungsverbandes sind die zu ändernden Worte in Kursivschrift gedruckt.) Der durch die Mustersatzung geregelte Geschäftsverkehr entspricht dem einer bis zum höchstzulässigen Maße ausgebauten Sparkasse, bei der die hierfür erforderlichen Einrichtungen und geeignetes Personal vorhanden sind. Andere Sparkassen können die Bestimmungen, die nur für voll ausgebaute Sparkassen in Betracht kommen und die durch Einklammerung ersichtlich gemacht sind, je nach ihren besonderen Bedürfnissen ganz oder teilweise weglassen. Die zentrale Mustersatzung wurde nach ihrer Fertigstellung den Mitgliedsverbänden und Sparkassen zugänglich gemacht; ebenso wurde sie, was anfänglich nicht beabsichtigt war, der obersten preußischen Aufsichtsbehörde vorgelegt. Diese hatte durch einen Runderlaß vom 15. Dezember 1921 den Geschäftsumfang der Sparkassen, wie er sich nach dem oben behandelten Erlasse vom 15. April 1921 abzeichnete, einer neuen Regelung unterworfen und insbesondere dem Begriff der „bankmäßigen Geschäfte" eine einschränkende Auslegung zuerkannt. Durch den Erlaß wurde die das Verbot von Satzungsgenehmigungen aussprechende Verfügung vom 3. Oktober 1921 aufgehoben; zugleich wurde aber, um eine gleichmäßige Handhabung und Auslegung der Anordnungen vom 15. April 1921 in ganz Preußen zu gewährleisten, bestimmt, daß die von den Mitgliedsverbänden entworfenen Mustersatzungen, bevor sie erstmalig genehmigt wurden, dem Minister des Innern

vorzulegen seien. Die dem Minister eingereichte, vom Deutschen Verband entworfene zentrale Mustersatzung wurde von diesem einer Durchsicht unterzogen und im allgemeinen als geeignet befunden, bei ihrer den Verhältnissen angepaßten Aufnahme in die einzelne Satzung deren behördliche Genehmigung den Sparkassen zu gewährleisten. Die Stellungnahme des Ministers zu den einzelnen Bestimmungen der vorgelegten zentralen Mustersatzung wurde in einem Erlaß vom 27. Januar 1922 ausgesprochen.

An grundsätzlich Neuem und deshalb Erwähnenswertem sieht die zentrale Mustersatzung bei der Verwaltung der Sparkasse vor, daß der erste Beamte der Kasse Mitglied des Vorstandes wird; nach der Stellungnahme des Ministers soll der erste Beamte indes in der Regel nur mit beratender Stimme an den Vorstandsbeschlüssen beteiligt sein, dem Vorstand aber als Mitglied nicht angehören. — Die Festsetzung des Zinsfußes für Spareinlagen erfolgt nach der Mustersatzung vom Vorstand im Einvernehmen mit dem zuständigen Sparkassenverband; nach der Stellungnahme des Ministers wird die Festsetzung jedoch an die Zustimmung des Sparkassenverbandes geknüpft. — § 24 der Satzung läßt die Diskontierung von Wechseln gemäß § 13 Ziffer 2 des Bankgesetzes zu, wie auch „sonstige Geldgeschäfte", für welche die Aufsichtsbehörde, d. h. der Oberpräsident, die Genehmigung erteilt hat. Bis zu einem Höchstbetrage von 5% dürfen sich die Sparkassen nach § 24 Absatz 2 der Satzung an geschäftlichen Unternehmungen, deren Förderung im Interesse des Garantieverbandes liegt, beteiligen. Nach § 26 ist die Beleihung von Erbbaurechten zulässig. Neue Bestimmungen gelten für die zeitgemäße Förderung des Kleinwohnungsbaus: Wenn ein leistungsfähiger öffentlich-rechtlicher Verband — außer dem Garantieverband — für den 60% des Wertes übersteigenden Betrag die Bürgschaft übernimmt, kann die Beleihung von Kleinwohnungsbauten bis zu 90 % des Wertes erfolgen; falls bei letzteren die Staatsbürgschaft für zweite Hypotheken übernommen ist, kann eine Beleihung bis zu 100 % erfolgen. Die in § 27 der Mustersatzung vorgesehene Anlage der Bestände in börsengängigen Industrieobligationen ist vom Minister in seiner Stellungnahme als unzulässig beurteilt worden. § 28 der Satzung sieht die Lombardierung von Kaufmannsgütern bis zu zwei Drittel des Wertes vor, in der Stellungnahme des Ministers wird indes die Beleihungsgrenze auf die Hälfte des Wertes herabgesetzt. Nach § 30 der Satzung genügt als Sicherheit für Darlehen die Bürgschaft öffentlich-rechtlicher Verbände, während der Minister nur die Bürgschaft „des Reiches oder eines deutschen Landes" als ausreichende Sicherheit anerkennt. Bei der Kreditgewährung an Genossenschaften (§ 31 der Satzung) ist zu beachten, daß nach der ministeriellen Stellungnahme Kreditgenossenschaften von der Darlehnsgewährung nach wie vor ausgeschlossen sind.

Die von den preußischen Mitgliedsverbänden im Anschluß an die zentrale Mustersatzung eingereichten provinziellen Mustersatzungen sind zum größten Teil genehmigt und dementsprechend auch die danach abgefaßten Sparkassensatzungen; in den außerpreußischen Ländern ist die rechtliche Normierung der Erweiterung des Geschäftskreises der Sparkassen mit Ausnahme Bayerns und Badens noch nicht erfolgt; dementsprechend sind neue Mustersatzungen den Aufsichtsbehörden noch nicht eingereicht.

Die Schnelligkeit der Entwicklung des Wirtschafts- und Rechtslebens zeitigt auch für den Geschäftsbetrieb der Sparkassen neue Bedürfnisse und Aufgaben. So hat sich die in der Mustersatzung nicht ausdrücklich vorgesehene Zulassung der Indossierung von Wechseln sowie die Übernahme von Wechselbürgschaften bei vielen Sparkassen als notwendig gezeigt. Es bestehen jedoch keine Bedenken, beide Geschäftsarten auch ohne Satzungsänderung aufzunehmen. Desgleichen hat sich in letzter Zeit ein Bedürfnis nach der Beleihung von Aktien geltend gemacht, die sich in immer gesteigertem Maße als Anlagepapier auch des kleinen Mannes erweisen. Um auch diesen Geschäftszweig betreiben zu können, wird sich ein Nachtrag zur Satzung der betreffenden Sparkasse nicht vermeiden lassen. Das gleiche gilt von der Einrichtung des sog. wertbeständigen Spareinlagen-, Giro- und Kreditverkehrs.

3. Die Geschäftsführung.

Von **Ziegler**, Sparkassendirektor, Berlin-Schöneberg.

Die Geschäftsführung der deutschen Sparkassen ist nicht einheitlich geregelt. Aus der Zeit der ersten Gründungen gibt es heute noch (und sogar große) freie und Stiftungssparkassen, sodann staatliche und (überwiegend) kommunale Sparkassen; letztere sind wieder zu unterscheiden nach städtischen, Kreis-, Provinzial- und Landgemeindesparkassen sowie nach Verbänden von Selbstverwaltungskörpern. Das Sparkassenwesen ist der Landesgesetzgebung vorbehalten; nach den gesetzlichen und ministeriellen Vorschriften der einzelnen Länder und nach der für jede Sparkasse bestehenden Satzung wird die Verwaltung geführt. Es ergibt sich daraus für die Geschäftsführung eine große Mannigfaltigkeit; immerhin ist in den letzten Jahren, besonders durch den neuzeitlichen Ausbau, eine gewisse Gleichmäßigkeit innerhalb der einzelnen Größenverhältnisse erreicht worden, so daß die Unterschiede nicht mehr so wie früher hervortreten. Durch die Mustersatzungen der einzelnen Länder und Provinzen ist eine Annäherung zwischen Kreis und Stadt und von Land zu Land herbeigeführt worden, die die Zentralstelle des Deutschen Sparkassenverbandes ermutigte, eine Mustersatzung für alle Unterverbände und deutschen Sparkassen herauszugeben, die mit nur wenigen Abweichungen die Billigung des preußischen Ministers des Innern gefunden hat (Ministerialerlaß vom 27. Januar 1922). Damit ist ein wichtiger Schritt vorwärts getan und eine wertvolle Grundlage auch für die Geschäftsführung geschaffen. Nachstehend soll versucht werden, einen kurzen Umriß für die Geschäftsführung einer Sparkasse zu geben, soweit nach dem Vorhergesagten sich allgemein gültige Regeln aufstellen lassen.

I. Die Organisation.

Nächst der Satzung sind maßgebend die Bedingungen für die einzelnen Geschäftszweige; nach diesen Bedingungen regelt sich der Geschäftsverkehr mit der Kundschaft. Über das eigentliche Spargeschäft ist in der Satzung selbst das Erforderliche gesagt, so daß für diesen Zweig besondere Bedingungen entbehrlich sind, nicht so für die mehr bankmäßigen und indifferenten Geschäfte. Eine moderne Sparkasse umfaßt eine Sparkassen- und eine Bankabteilung. Durch die neuen Ministerialerlasse in Preußen, Bayern und anderen Ländern, besonders auch durch das neue badische Sparkassengesetz, ist dieser Aufbau nun auch von den Aufsichtsbehörden gutgeheißen worden. Die Bedingungen für die besonderen Geschäftszweige sind dem Kunden bei Eingehung der Geschäftsverbindung auszuhändigen und ihre Kenntnis oder ihr Empfang ist durch Unterschrift anzuerkennen. Schon daraus geht hervor, daß sie in die Satzung nicht aufgenommen werden können; diese verweist nur auf sie. Die Bedingungen sind vom Vorstande festzusetzen und bedürfen, wo das vorgeschrieben ist, vor der Auf-

nahme des Geschäftszweiges der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Soweit die Bedingungen, die einen Vertrag enthalten, nur die äußeren Verhältnisse regeln, sind sie für den inneren Geschäftsverkehr (Betrieb) zu ergänzen durch eine Geschäftsanweisung. Für große Kassen empfehlen sich besondere Geschäftsanweisungen für die einzelnen Arbeitsgebiete (Abteilungen).

Die Geschäftsanweisung soll klar und übersichtlich gefaßt sein und Richtlinien für die Geschäfts- und Kassenführung enthalten, ein Eingehen auf Einzelheiten aber möglichst vermeiden.

Die Verteilung der Geschäfte auf die einzelnen Beamten regelt ein Dienst- oder Arbeitsplan. Das Nähere hierüber ist in dem Abschnitt „Die Beamtenschaft" gesagt.

Kurz wiederholt, ergibt sich folgendes System für die Geschäftsführung:

1. Die Satzung als Grundgesetz.
2. Die Geschäftsbedingungen für die einzelnen Geschäftszweige (als Neben- und Ausführungsgesetze).
3. Die Geschäftsanweisung für die Beamten (gegebenenfalls Geschäftsanweisungen für die einzelnen Abteilungen).
4. Die Geschäftsverteilung (Dienst- oder Arbeitsplan).

   Die Gliederung dieser Geschäftsverteilung ist folgende:

   A. Leitung.
   B. Sparkassenabteilung.
   C. Bankabteilung.

Zu A. Die Geschäfte werden geleitet (Leitung): verwaltungsmäßig vom Vorstande (Verwaltungsrat, Kuratorium) unter seinem Vorsitzenden (Sparkassendezernent), technisch vom leitenden Beamten (Direktor, Rendant).

Zu B. Die Sparkassenabteilung hat

a) die Pflege des Passivgeschäfts (Annahme und Sammlung der Spareinlagen),
b) die Ausleihung (Anlegung) der Kapitalien, das Aktivgeschäft.

Zu C. Die Bankabteilung umfaßt folgende Geschäftszweige:

a) Depositen-, Kontokorrent-, Scheck- und Giroverkehr,
b) Vermietung von Schließfächern und Annahme von verschlossenen Depots,
c) Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren (offenen Depots),
d) An- und Verkauf von Wertpapieren für fremde Rechnung,
e) Inkasso-, Akkreditiv- und Kreditgeschäfte sowie Bürgschaften, Ein- und Auszahlungsverkehr für fremde Rechnung.

Über die Einzelorganisation (Abteilungen, Gruppen, Buchhaltereien, mechanische Arbeiten, technische Hilfsmittel) und die Verteilung auf die Beamten und Angestellten vergleiche die Ausführungen unter „Beamtenschaft".

Die Kassengeschäfte werden gegliedert in

a) eigentliche Kassengeschäfte (Geld- und Wertpapierverkehr),
b) Buchführung,
c) Kontrolle.

Leitung und Kasse dürfen nicht in einer Hand vereinigt sein; dieser Grundsatz muß überall, auch bei den nicht gar zu kleinen Kassen, durchgeführt werden. Dem leitenden Beamten obliegt Aufsicht und Kontrolle, deshalb ist die Verbindung unzulässig sie ist aber auch unzweckmäßig für eine geordnete Geschäftsführung wegen der dem Leiter obliegenden Aktivgeschäfte und Verhandlungen mit Vorstand und Kundschaft. Der Kassenleiter hat seine besondere Aufmerksamkeit auf die Zinspolitik zu richten, auf die Rentabilität bedacht zu sein und muß deshalb frei sein für die Betätigung von Ausleihungen, für die Gelddispositionen und für die Betriebskontrolle.

Das Zahlgeschäft

liegt in den Händen des Kassierers (der Kassierer).

Hiermit sind wie im gesamten Kassenbetrieb nur vertrauenswürdige, im Geldverkehr geübte Persönlichkeiten zu betreuen. Zu unterscheiden ist Barkasse und Verrechnungskasse. Bei großen Kassen ist die Barkasse von der Verrechnung vollständig zu trennen, bei kleinen Kassen sind im Kassierertagebuch (Kassenjournal) getrennte Spalten für Barbeträge und unbare Zahlungen einzurichten. Diese Teilung ist notwendig, um jederzeit einen Überblick über die baren Geldmittel zu gewinnen, und andererseits, um die Feststellung des Kassenbestandes (Kassensturz) schnell und ohne besondere Schwierigkeiten (z. B. durch Heraussuchen und Abziehen der verrechneten Posten) zu gestalten. Dem Kassierer sind andere Kassenbücher als die für den Zahlungsverkehr unbedingt notwendigen nicht zu übertragen, damit er seine volle Aufmerksamkeit dem Zahlungsgeschäft zuwenden kann. In großen Kassen führt der Kassierer nur eine Kassenkladde, das Kassenjournal (Kassakonto) ein Gegenbuchführer. Der Barkassierer hat die Abwicklung des Geldverkehrs mit den ihm zugeteilen Kassenboten und Geldzählern zu bewirken und ist für die rechtzeitige, pünktliche Erledigung verantwortlich. Ist ein besonderer Verrechnungskassierer angestellt, so liegt diesem die Verteilung aller unbaren Eingänge und die Ausführung der Überweisungen und Verrechnungen ob; er hat (nach Benehmen mit dem Kassenleiter oder zweiten Beamten) die Dispositionen über Reichsbank-, Postscheck- und sonstige Bankkonten und die Regelung von Einzahlungen und Abhebungen zu diesen Konten, demgemäß auch die Versorgung des Barkassierers und der Zweig- bezw. Nebenkassen, ferner die Annahme und Ausgabe von Wertpapieren für die eigene Rechnung der Sparkasse. Er ist für die ordnungsmäßige und vollständige Verwahrung aller Kassenbestände verantwortlich, hat mit dem Rendanten die Verwaltung der zum eigenen Vermögen gehörigen Wertpapiere und den Tresorverschluß und ist der eigentliche Hauptkassierer. Bei kleinen Kassen versieht diese Tätigkeit der Kassenleiter, soweit die täglichen Gelddispositionen und die Mitverwahrung in Betracht kommen, im übrigen der Kassierer. Reichsbank- und Postscheckkonto sind nicht, wie dies unter engeren Verhältnissen früher möglich war, im Barbestande zu führen, sondern als besondere Konten. Die Einlösung der Zinsscheine liegt dem Barkassierer ob. Der Kassierer hat einen täglichen Abschluß zu machen und dem Gegenbuchführer zur Eintragung der buchmäßigen Tagessummen vorzulegen. Fehlbeträge sind vom Kassierer sofort zu decken oder es ist Anzeige zu machen, warum dies nicht geschehen ist.

Die Buchführung

liegt in der Hauptsache in den Händen des Gegenbuchführers (Haupt- oder Oberbuchhalters). Der Hauptbuchhalter ist dem Hauptkassierer gleich-, den übrigen Kassierern übergeordnet. Bei kleinen Kassen steht er als zweiter Beamter und Vertreter des Leiters über dem Kassierer, da seine Tätigkeit als die wichtigere angesehen werden muß.

Der Hauptbuchhalter hat bei kameralistischer Buchführung die Führung der Vermögens- und der Ertragsrechnung (das sind die Hauptbücher, auch Handbücher oder Manuale genannt, über Passiv- und Aktivkapitalien, Zinsen und Verwaltungskosten), der Nebenbücher über den laufenden Geldverkehr, nämlich der Bankkonten (Anlagekonten für die bei öffentlichen und privaten Banken belegten Gelder) und der Verrechnungskonten mit den Neben- und Zweigkassen, sowie der Handbücher über Vorschüsse und Hinterlegungen, —

bei kaufmännischer Buchführung des Hauptbuchs, der Kapitalkonten, der Erfolgskonten (Zinsenkonto, Grundstücks- und Mobilienkonto, Geschäftsunkostenkonto usw.), des Vorschuß- und Hinterlegungskontos, des Bilanz- und des Gewinn- und Verlustkontos sowie des Kontokorrentkontos über den Bank- und Zweigstellenverkehr. In chronologischer Folge führt er ein Tagebuch, das alle Posten, Barzahlungen wie Verrechnungen, enthält, ferner ein Tagesabschlußbuch. Bei großen Kassen sind an dieser Buchführung neben dem Hauptbuchhalter noch mehrere Buchhalter beteiligt. Täglich ist ein Abschluß zu fertigen und dem Kassenleiter vorzulegen. Der Abschluß muß vom Kassierer und Gegenbuchführer bescheinigt sein. Fehl- und Kassenmehrbeträge sind anzugeben, zugleich mit einem Vermerk über die Deckung oder den Hinderungsgrund. Der Gegenbuchführer (Hauptbuchhalter) ist für die tägliche Verbuchung aller Ein- und Ausgänge verantwortlich; die von ihm und den ihm zugeteilten Beamten oder Angestellten geführten Bücher müssen stets auf dem laufenden gehalten (die Kassenbelege vollständig und den Vorschriften entsprechend) sein und jederzeit einen Überblick über die gesamte Kassenführung gestatten; er hat für die rechtzeitige Einlösung fälliger Zinsscheine und ausgeloster Anleihescheine zu sorgen und den Eingang der Zins- und Tilgungsraten ausgeliehener Kapitalien zu kontrollieren. Der Gegenbuchführer führt das Posteingangsbuch über Geld- und Wertsendungen, der Kassierer das Postausgangsbuch. Bei Schwierigkeiten oder Mängeln in der Buchführung und bei notwendigen Organisationsverbesserungen hat er Anzeige zu machen und Vorschläge zu unterbreiten. Bei kameralistischer Buchführung liegt ihm die Aufstellung der Jahresrechnung ob; für diese sind die Hauptbücher bei ihrer Anlegung sachgemäß einzurichten, so daß es einer Abschrift nicht bedarf.

Der Rendant (bei großen Kassen der zweite Beamte und Vertreter des Direktors) führt ein Lagerbuch oder eine Kontrolle über die Vermögenswerte (Inhaberpapiere, Hypotheken, Schuldurkunden und Wechsel über Darlehen, Grundstücke, Sicherheits- und andere Fonds) sowie eine Kontrolle über die täglich fälligen und die kurzfristig angelegten Gelder (Bankguthaben, Schatzanweisungen usw.). Er führt ferner eine Kontrolle über Bürgschaftsdarlehen und Wechselfälligkeiten. Durch den Tagesabschluß erhält er täglich Kenntnis von den Kapital- und Geldbewegungen, über die Passivkapitalien ist ihm gleichzeitig, je nach Umfang und Organisation entweder mit dem Tagesabschluß in entsprechenden Spalten oder durch besondere Zusammenstellung der Buchhalterei, Mitteilung zu machen. Bei großen Kassen erhält diese Tagesabschlüsse und Tagesberichte der Direktor mit den Salden der Bank- und Verrechnungskonten.

Die Öffnung der Geld-, Wert- und Einschreibsendungen liegt dem Hauptkassierer in Gemeinschaft mit dem Hauptbuchhalter ob, bei kleinen Kassen dem Kassierer und dem Kassenleiter. Letzterer hat die Öffnung der übrigen Post- und sonstigen Eingänge allein, bei großen Kassen der zweite Beamte (Rendant) zu bewirken. Bei jeder Kasse ist eine Kontrolle der vorhandenen Kassenschlüssel mit Angabe der Verschlüsse und der schlüsselführenden Beamten, der Duplikate und ihrer Aufbewahrung zu führen, und zwar vom Rendanten. Die Beamten sind für die ihnen übergebenen Schlüssel verantwortlich und dürfen sie nur den jeweils bestimmten Vertretern oder auf Anordnung des Vorstandes herausgeben. Bei kleinen Kassen ist der Rendant am Mitverschluß der offenen Depots, und zwar der Zinsscheine, beteiligt. Er überwacht die Trennung der Zinsscheine und der Erneuerungsscheine. Die Nummernverzeichnisse der zum eigenen Vermögen gehörigen Wertpapiere führt der Kassierer, die Kontrolle der Auslosung wird von ihm und dem Gegenbuchführer besorgt. Der Rendant prüft durch Stichproben die Richtigkeit nach. Er hat das Verwahrungsbuch über die durch das Depositalkuratorium verschlossenen Werte zu führen (Depositaltagebuch).

Das Depositalkuratorium hat die Aufgabe, die der Sparkasse gehörigen Werte zur größeren Sicherheit unter gemeinsamen Verschluß zu nehmen. Es besteht in der Regel aus drei Personen: dem Vorsitzenden des Vorstandes (Verwaltungsrats), einem zweiten Vorstandsmitgliede (in der Regel einem Magistratsmitgliede) und dem Kassenleiter. Die Verwahrung umfaßt die Darlehensurkunden (ausschließlich der Personaldarlehen) mit den zugehörigen Tilgungsplänen, die Inhaberschuldverschreibungen ohne Zinsscheine (nur Mäntel), die Unterpfänder (Wertpapiere) großer Personaldarlehen, die Hypotheken- und Grundschuldbriefe und gegebenenfalls in Wertpapieren und Hypothekenurkunden hinterlegte Sicherheiten (Kautionen) sowie die Duplikatschlüssel zu Behältnissen der Kasse. Die Verwahrung oder Herausgabe wird durch die Unterschrift der drei Depositalkuratoren in dem Depositaltagebuch, von dem jedesmal eine Abschrift in dem Depositalschrank verschlossen wird, bescheinigt. Alle hereinzunehmenden Werte müssen in den Kassenbüchern ordnungsmäßig vereinnahmt sein. Die Herausgabe darf nur auf Anweisung des Vorstandes erfolgen. Aus dem Tagesabschlußbuch muß ersichtlich sein, welche Summen sich unter Verschluß des Depositalkuratoriums und welche sich unter Verschluß der Beamten befinden. Unterpfänder für Faustpfanddarlehen und Kontokorrentkredite sollen im allgemeinen nicht unter Depositalverschluß genommen werden wegen der täglichen Fälligkeit, die eine sofortige Rückgabe ohne jeden Aufenthalt notwendig macht. Aus praktischen Gründen empfiehlt es sich ferner, die Hypotheken- und Grundschuldbriefe nicht in Depositalverwahrung zu nehmen, sondern sie durch die verantwortlichen Beamten gemeinsam verwahren zu lassen.

Die Duplikatschlüssel des Gewölbes, der Gewölbetüren und der einzelnen, Gelder und Werte enthaltenden Schränke sind, bezüglich der letztgenannten Behältnisse je nach Wichtigkeit und Umfang, bei der Stadthaupt- (Kreiskommunal-) Kasse oder einer staatlichen oder provinziellen Geldanstalt versiegelt zu hinterlegen. Ihre Benutzung darf nur mit Genehmigung des Vorstandes oder des Magistratsdirigenten (Kreisausschußvorsitzenden) erfolgen. Geheimzahlen für Verschlüsse sind ebenfalls an anderer, den Beamten der eigenen Kasse nicht zugänglicher Stelle zu hinterlegen.

Die nicht in Verwahrung des Depositalkuratoriums befindlichen Vermögenswerte sind unter dreifachem Verschluß folgender Beamten: Kassenleiter, Rendant (bezw. Gegenbuchführer in kleinen Kassen) und Kassierer zu verwahren. Über diese Werte ist ebenfalls ein Buch — das Tresorbestandsbuch — zu führen und bei jedem Zu- und Abgang zu bescheinigen. Das gilt nicht für die Zins-, Dividenden- und Erneuerungsscheine, die gesondert zu verwahren sind.

Die vorstehenden Ausführungen über die Buchführung beziehen sich in der Hauptsache auf die Hauptverwaltung einer Sparkasse als Sammelstelle der Passivkapitalien, Anlegungsstelle der Aktivkapitalien und die Vermögensverwaltung. Für die einzelnen Geschäftszweige der Sparkasse ergeben sich folgende Abweichungen.

Im Sparverkehr entfällt für den Kassierer die Führung eines Tagebuches, für den Gegenbuchführer des Gegenbuchs oder Kassakontos, wenn durch Maschinen für ausreichende Gegenbuchführung gesorgt ist. Das gleiche gilt für den Depositen-, Kontokorrent-, Scheck- und Giroverkehr, soweit es sich um Barzahlungen handelt. Dem Kassierer dienen die Abfertigungszettel (bei den Buchungsmaschinen auch „Löschzettel" oder „Bons" genannt) als Belege; ihre Zusammenstellung ersetzt das Kassierertagebuch. Auch ohne Buchungsmaschine ist auf dieses Buch zu verzichten, wenn mittels der Additionsmaschine eine solche Zusammenstellung gefertigt werden kann. Der Kassierer

liefert täglich an den Hauptkassierer ab und behält nur ein Wechselgeld; braucht er infolge größerer Auszahlungen Zahlungsmittel, hat er diese vom Hauptkassierer anzufordern. Über hereingenommene Schecks führt er eine Scheckkontrolle. Er notiert die Kündigungen der Sparer. Der Gegenbuchführer führt das Spargelder-Einnahme- und Ausgabetagebuch, das Tagesabschlußbuch, die Kontenkontrolle, ein Verzeichnis der vorrätigen und noch nicht ausgegebenen Sparbücher. Bei Benutzung von Buchungsmaschinen ist ein Gegenbuchführer überflüssig, die Kontenkontrolle und die Kontrolle der Sparbücher übt dann ein anderer Beamter aus. Die Buchungen auf den Konten der Sparer führen die Buchhalter (Kontenführer) aus.

Bei großen Kassen sind mehrere Zahlstellen für den Spareinlagenverkehr geöffnet. Jede ist mit einem Kassierer, einem Gegenbuchführer (wie vorstehend geschildert, unter Umständen entbehrlich) und mehreren Buchhaltern (in der Regel mindestens zwei, höchstens vier) besetzt.

Auf die Kassierertagebücher und die Kassierergegenbücher soll in den folgenden Ausführungen nicht mehr eingegangen werden, weil bereits Gesagtes wiederholt werden müßte.

In den Abteilungen für den Depositen-, Kontokorrent-, Scheck- und Giroverkehr (Scheckabteilungen, Girokassen) ist Barkasse und Verrechnung, wie oben gezeigt, stets getrennt. Die Abteilung hat folgende organische Gliederung der Buchführung:

Kontenbuchhalterei (Buchhalter, Gegenbuchhalter [Kontrolleur], bei großen Kassen Gruppenführer oder erster Buchhalter),
Buchhalter für die Scheckkontrolle,
Überweisungs- (Giro-) Buchhalter,
Verrechnungsbuchhalter,
Hauptbuchhalter,

dazu bei (nur zu empfehlender) getrennter Führung der Kontokorrentkonten mit Kreditgewährung von den Guthabenkonten, jedenfalls bei allen größeren Kassen ein besonderer (evtl. mehrere) Kontokorrentbuchhalter. Werden die Lombarddarlehen nicht von der Sparkassenabteilung ausgegeben (es würde dort der Hauptbuchhalter zuständig sein), liegt ihre Bearbeitung dem Kontokorrentbuchhalter oder bei großem Umfang einem besonderen Lombardbuchhalter ob. Für die Wechsel, Akkreditive, Avale und das Inkassogeschäft, Handlungsunkosten, Porto usw. sind die entsprechenden Hilfsbücher (Konten) je nach Geschäftsumfang auf die Spezialbuchhalter zu verteilen oder einem oder mehreren Buchhaltern zu übertragen. Aufgabe der Scheckkontrolle ist die Verausgabung der Scheckhefte und Buchführung darüber, die Prüfung der Unterschriften und äußeren Annahmefähigkeit, Kontrolle der verloren gemeldeten und gefälschten Schecks, die Verwaltung der Kartei (die in der Form der Registerkarte alphabetisches Namenverzeichnis mit Wohnungsangabe und zugleich die Originalunterschrift enthält). Die Scheckkontrolle arbeitet dem Kontenbuchhalter vor, der seinerseits etwaige Sperrung, Schecknummer, Betrag und Deckung zu prüfen hat. Die Scheckkontrolle läßt sich mit der Abfertigung der Kunden verbinden, der Kontenbuchhalter soll damit nicht befaßt werden.

In der Depotabteilung sind in der Buchhaltung zu unterscheiden: a) lebende Konten (Personenkonten), d. h. für jeden Hinterleger ein besonderes Konto, das alle seine Papiere, diese in Spalten geordnet, enthält, b) tote Konten (Sachenkonto), das nach den Gattungen (Arten) der Papiere, Serien und Emissionen geordnet ist und das Personenkonto des Besitzers (Namen entbehrlich) angibt. Die Kontrolle der Zinsen und Dividenden kann mit dem ersteren Konto verbunden werden; praktischer ist, insbesondere für größere Verhältnisse, zu jedem Personenkonto eine besondere Zinsenkarte einzuführen, die für fünf oder zehn Jahre eingerichtet werden kann und auch die Depotgebühren enthält. Das Sachenkonto ist gleichzeitig Nummernverzeichnis. Der Nummernangabe auf dem Personenkonto bedarf es nicht, der Hinterlegungsantrag des Kunden hat zugleich als Nummernverzeichnis zu dienen. Die Kontrolle der Verlosungen, Verluste usw. hat nach dem Sachendepot zu erfolgen. Für die Tresorverwahrung der Kundendepots ist ein Einnahme- und Ausgabetagebuch und eine Tresorbestandsliste zu führen, für die Zinsscheintrennung eine besondere, gruppenweise (ein- oder zweihundert) von jedem mit der Trennung beauftragten Angestellten auszufüllende Zinsscheinliste, die das Ist enthält, gegenüber der nach dem Personenkonto bezw. der Zinsenkartei ebenfalls gruppenweise maschinell anzufertigenden Solliste.

In der Börsenabteilung sind zu führen: ein Effekten-Ein- und Ausgangsbuch, Effektenkonto über alle Effektenumsätze, An- und Verkaufspreise, Provisionen usw., ein Effektenskontro, eingeteilt in sachlicher Ordnung nach den verschiedenen Effektenarten (Gattungen), in denen An- und Verkäufe stattfinden, die Börsenauftragsbücher für die An- und Verkaufsaufträge (je besonders und eingeteilt nach festverzinslichen Rentenpapieren, Sachwertanleihen und Dividendenwerten), eine Bezugskontrolle für die Bezugsrechte, ein Stückekonto (für die aufbewahrten Wertpapiere) und ein Schlußnoten- und Steuerbuch. Personenkonten sind die Kundenkonten in der Sparkassen- bezw. Girokassenabteilung.

In der Stahlkammer ist ebenfalls Kasse und Kontoführung (für jeden Schließfachmieter ein Konto) zu trennen. Die Kontrolle der fälligen Mieten geschieht durch die Schrankfachmietkontrolle, das Einnahmetagebuch (chronologisch) führt der Gegenbuch- bezw. Kontenführer, eine Kontrolle der Schrankfachschlösser und der Schlüssel sowie über die Auswechslung von Schlössern der Stahlkammerverwalter. Die Verwendung von Marken an Stelle der Quittungen ist bei der Geldentwertung nicht mehr durchführbar.

Die Kontrolle

ist in einem Geldinstitut, das nicht, wie in der Verwaltung, nach Hebelisten und Zugangslisten einzieht und empfängt oder auf Grund von Kassenanweisungen zahlt und vereinnahmt, von ganz besonderer Bedeutung. Jede Buchung muß von einem zweiten Beamten sofort oder bis zum Kassenschluß selbständig in einem zweiten Buch (oder einer Kontrolle) getätigt werden. Diese Beamten sind die Gegenbuchführer und Buchhalter. Die Bücher und Kontrollen müssen täglich abgestimmt werden. Die Kontrolle im weiteren Sinne wird geübt vom Kassenleiter, vom zweiten Beamten, von jedem Abteilungsleiter, vom Buchhalterei- (Gruppen-) Führer, durch die besondere Kontrollabteilung, durch die Revisionsbeamten, durch die Revisionsinstanzen (Vorsitzender, Vorstand, Magistrat, Stadtverordnetenversammlung bezw. Kreisausschuß, Kreistag, Sparkassenverband). In diesem Rahmen kann die Darstellung der hauptsächlichsten Kontrolleinrichtungen nur kurz sein.

Die Kontrolle ist zunächst eine nicht an Zeit und Stelle gebundene, eine ständige und nichtständige und sodann eine systematische, an den Betrieb angegliederte, tägliche und periodische. Was dann noch oder weitergehend geschieht, wird als „Revision" zu bezeichnen sein.

Die erste, nicht an Zeit und Stelle gebundene, wird ausgeübt vom Kassenleiter, vom zweiten Beamten und vom ständigen Revisor der Sparkasse; letzterer hat den leitenden Beamten zu unterstützen. Sie soll bestimmte Geschäftsvorgänge, einzelne Arbeitsteile, Beamte oder Kassen treffen, kann aber auch ganze Abteilungen wie die gesamte Kassenführung umfassen. In letzterem Falle wird sie als Kassen- oder Geschäftsrevision bezeichnet werden können, je nachdem sie sich mehr auf die Kassenbestände oder auf die Geschäftsführung und -abwicklung erstreckt. Mehr ständig und an den Geschäftskreis gebunden ist die Kontrolle durch die Abteilungsleiter infolge des kleineren und übersichtlicheren Wirkungskreises. Auch die Kontrolle und Revision muß von dem obersten Grundsatze beherrscht sein, daß sie der Wirtschaftlichkeit zu dienen hat; die Beseitigung kleiner Mängel ist daher mehr Sache der Aufsicht und Organisation. Die Revision als solche muß von einem höheren Gesichtspunkt getragen sein und nach kaufmännisch-wirtschaftlichen Grundsätzen (nicht formal verwaltungsmäßig) vorgehen. Das hindert nicht, daß Kontrolle und Revision fortgesetzt auf die Sicherheit zu achten und alle Maßnahmen zu erwägen haben, welche die denkbar größte Sicherung und Vorbeugung gegen Betrug und Unterschlagungen von seiten der Beamten wie des Publikums gewähren können; nur darf die Geschäftstätigkeit dadurch nicht behindert und dem Institut eine zu große Ausgabe aufgebürdet werden. Einfachheit und Klarheit ist auch in dieser Beziehung notwendig. Soweit die Revision sich auf die Kassenleitung bezieht, wird sie nur durch übergeordnete (Vorstand, Magistrat) oder ganz neutrale Stellen (Sparkassenverband) ausgeübt werden können.

Die Kontrolle wird sich besonders eingehend den unbaren Geschäften und den Depot- und Effektengeschäften widmen müssen, da auf diesen Gebieten größere Gefahrenquellen bestehen. Die größte Sicherheit liegt in einer geordneten und zwangsläufigen Buchführung, daneben in der in mehrere Hände gelegten Bearbeitung der Geschäftsvorgänge und Verwahrung der Werte (Verteilung der Schlüssel, Trennung von Wertpapiermänteln und Zinsscheinen). Der beste Schutz liegt in der Persönlichkeit des Beamten, die in ihrer Befähigung und Vertrauenswürdigkeit schon eine gewisse Garantie bieten soll. Die fortgesetzte Beobachtung und Einzelrevision durch die leitenden Beamten und nächsten Vorgesetzten (Direktor, Rendant, Abteilungsleiter, Oberbuchhalter) ist Versuchungen zu Unredlichkeiten und Unregelmäßigkeiten (auch der Nachlässigkeit) hinderlicher als manche großangelegte, oft im voraus angekündigte Revision. Zweck haben nur unvermutete Revisionen.

Sinn einer wirksamen Kontrolle muß sein, daß sie sofort einsetzt oder in kürzestem Abstande dem Geschäftsvorgange folgt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit täglicher und monatlicher Bestands- und Geschäftsprüfungen.

Die tägliche Kontrolle besteht in der Feststellung der richtigen Verbuchung auf die Konten; sie geschieht gruppenweise und umfaßt sämtliche an einem Geschäftstage vorgekommenen Einzahlungen und Rückzahlungen und die Kontenbestände der bewegten Konten. Die Fortschreibung der Ein- und Rückzahlungen geschieht gruppenweise täglich bis zum Monatsschluß (Monatskontrollen). Die Monatssummen werden wieder fortgeschrieben für das ganze Geschäftsjahr (Jahreskontrolle).

Die periodische Kontrolle umfaßt die Feststellung des Bestandes jedes einzelnen und aller Konten entweder monatlich, vierteljährlich oder zu einem bestimmten Termin (z. B. der Depotkonten). Diese Kontrolle kann auch unperiodisch sein, hat aber in der Regel wenigstens einmal im Jahre zu erfolgen; sie ist ebenfalls gruppenweise, und zwar für jede Einzelgruppe, vorzunehmen (Bestandsaufnahme). In einem geordneten Betriebe muß sie durchgeführt werden.

Vielfach ist die Kontrolle bisher durch Gegenkonten ausgeübt worden, das ist heute zu kostspielig. Alle Buchungen wurden einzeln nach den Belegen und sonstigen Unterlagen auf die von den Betriebskonten auch räumlich getrennt gehaltenen Gegenkonten übertragen und diese sodann mit den Betriebskonten abgestimmt. Die Gegenkonten erforderten eigenes Personal, das man sich heute bei der wirtschaftlich äußerst schwierigen Lage nicht mehr leisten kann. Es bleibt als Mittel zum Zweck nur die Gruppen- (Tausender-) Kontrolle. Auf eine besondere Zinsenkontrolle, sei es durch die Gegenkonten oder die Tausenderkontrolle, verzichtet man jetzt wohl allerwärts. Es erfolgt nur eine Nachrechnung der Zinsen durch einen zweiten Angestellten auf dem Konto. Arbeitsteilung und Mechanisierung haben schon lange Geltung auch für die Kontrolltätigkeit erlangt; zweckmäßig müssen sie unter systematischer Einteilung mit Benutzung von Maschinen durchgeführt werden.

Die handschriftliche Gegenbuchführung ist mehr und mehr ersetzt worden durch die Tätigkeit der Buchungsmaschinen (Registrierkassen). Die Verwendung dieser Maschinen geschieht zweckmäßig nicht nur im Bar-, sondern auch im Verrechnungsverkehr. Von der Art der Buchführung sind die Maschinen nicht abhängig; ihre Konstruktion und Einteilung ermöglicht die Verteilung auf einzelne Buchhaltereien oder nach sachlicher Anordnung. Die Maschinen, sowohl Registrier- wie Additions- und sonstige Rechenmaschinen, bieten eine größere Sicherheit, deshalb sollten sie in keiner Kasse fehlen. Die gleichzeitige drei- bis vierfache Registrierung in Form eines Tagebuchs auf dem Kontoblatt, im Sparbuch und evtl. noch auf einem Kassenbon bietet nicht nur Schutz gegen Fälschungen, sie verhindert auch Irrtümer und erspart die Arbeit des Vergleichens.

II. Die Buchführungs- und Arbeitsmethoden. (Betriebstechnik und Rationalisierung.)

Die erste Frage ist kameralistische oder kaufmännische Buchführung. Die gehobene kameralistische Buchführung ist für die Sparkassen durchaus brauchbar. Durch scharfe Trennung von Betrieb (Ertrag) und Vermögen läßt sich durch das Hauptbuch für ersteren zugleich der Gewinn und Verlust nachweisen, durch das Hauptbuch für das Vermögen die Bilanz ziehen. In der Betriebs-(Ertrags-)Rechnung sind zu diesem Zwecke auf dem Abschlußblatt die Reste des Vorjahres vom Jahressoll abzurechnen (die Reste des laufenden Jahres sind ein Teil des Solls), zwei Spalten: Einnahme = Gewinn, Ausgabe = Verlust hinzuzufügen, der Gewinn des Jahres in die Ausgabespalte einzusetzen, und die Gewinn- und Verlustrechnung balanciert. Die Vermögensrechnung darf nur die Kapitalien enthalten. Die Schulden sind in der Ausgabe zum Soll zu stellen, die Vermögensbestände in der Einnahme. Die im laufenden Jahre eingezahlten Spareinlagen und aufgenommenen Darlehen erscheinen in Einnahme und Ausgabe in derselben Höhe als „Soll-Zugang". Auch die neuangelegten Kapitalien werden nicht nur in der Ausgabe, sondern auch in der Einnahme als „Soll-Zugang" nachgewiesen, bezüglich der Wertpapiere in der Einnahme nach Abzug etwaiger Kursverluste, die in der Einnahme als besonderer Posten erscheinen. Der nach Aufrechnung der Ist-Einnahme und Ist-Ausgabe gegen das Soll verbleibende Rest ist bei Einnahme gleichbedeutend mit Vermögen (Aktiva), bei der Ausgabe mit Schulden (Passiva). Die nach der Betriebsrechnung verbliebenen Einnahme- und Ausgabereste sind den Ergebnissen hinzuzusetzen. Zum besseren Verständnis möge nachstehendes, auf die hauptsächlichsten Posten beschränktes Muster 1 (S. 175) dienen.

Es ist nicht ohne Bedeutung, daß die städtische Sparkasse in München in den Jahren 1912 bis 1914 einschließlich ihre Bücher sowohl nach der Methode der kameralistischen Buchführung als auch nach der doppelten, amerikanischen führte, um die Frage des Vorzuges der letzteren zu entscheiden. Das Ergebnis war die Erkenntnis, daß beide Methoden im Abschlußergebnis sich nicht unterschieden, die kameralistische Methode aber als weniger weitläufig und dabei ebenso übersichtlich befunden und daher ausschließlich beibehalten wurde. Wenn Sparkassen die doppelte Buchführung anwenden, soll es nicht die früher übliche italienische, sondern die amerikanische sein. Das amerikanische Journal vereinigt in seiner Tabellenform Primanote und Journal, es nimmt alle Geschäftsfälle chronologisch auf und verteilt sie sofort auf die entsprechenden Konten; die „Soll"-Buchung des empfangenden Kontos geschieht auf derselben Linie mit der „Haben"-Buchung des gebenden. Ein weiterer großer Vorzug ist der, daß dieses Buch einen sofortigen Abschluß und die Bilanzierung ermöglicht. Grundsätzlich darf die Buchführung nur nach einer Methode erfolgen, es ist nicht angängig, in den einzelnen Abteilungen ganz verschieden zu verfahren, nur bei Trennung von Sparkassen- und Bankabteilung lassen sich beide Systeme anwenden. Für die bankmäßigen Geschäftszweige wird die doppelte Buchführung empfehlenswerter sein, große und auch verschiedene kleinere Sparkassen arbeiten mit ihr. Zur Papierersparnis und besseren Handlichkeit ist es unter Abweichung von nachfolgendem Muster 2 (S. 176) möglich, alle „Haben"-Zahlen in der „Soll"-Spalte mit roter Tinte einzutragen, so daß für jedes Konto nur eine Spalte erforderlich ist.

Muster 2 — Amerikanisches Journal — veranschaulicht einige Eintragungen.

Von besonderer Bedeutung für die Sparkassen ist die Methode der Zinsenberechnung. In der Sparkassenabteilung war allgemein üblich und genügte bisher die progressive (fortschreitende) Methode. Die Zinsen wurden bis zum Schluß des Jahres vorausberechnet (Zinsenvortrag, Zinsenzugang), bei Rückzahlungen bis zum Jahresschluß zurückgerechnet (Zinsenabgang). Durch die Buchungsmaschinen (Registrierkassen) wurde für das Kontoblatt die Staffelform notwendig, da die Zinsberechnung ja mit der Kapitalbuchung auf gleicher Zeile erfolgen muß; die progressive Rechnungsmethode selbst wurde dadurch nicht geändert (vergl. Muster 3 und 4 S. 177). Auch für die Girokassen genügte anfangs dieses Buchungsverfahren. Die regere Benutzung und die Veränderlichkeit der Zinssätze bedingte indes für diesen Betrieb die bankmäßige Rechnungsart mit Zinszahlen und führte zur Anwendung der Staffelrechnung (Muster 5 S. 178). Auch die Sparkassenabteilungen stehen infolge der Geldentwertung vor der Frage, mit dem alten System zu brechen und Zinszahlen anzuwenden oder die Zinsen nicht mehr jährlich, sondern nur noch viertel- oder halbjährlich im voraus zu errechnen. An der jährlichen Gutschrift wird damit nichts geändert. Kontokorrent- (Debet-) Zinsen müssen jetzt pro Tag berechnet werden, auch die Guthaben- (Depositen-) Zinsen werden jetzt bei großen Kassen so berechnet; hierdurch erübrigen sich unter Umständen (z. B. bei 1‰ oder 2‰) die Zinszahlen.

Die Zinsenberechnung erfolgt an der Hand von losen Zinstabellen, die für jeden Tag des Jahres den zutreffenden Zinssatz angeben (Muster 6 S. 179). Jeder Buchhalter benötigt im Sparverkehr infolge der täglichen Verzinsung zwei Tabellen, eine für Ein- und eine für Rückzahlungen; für den Jahresvortrag wird durchweg nach der Tabelle für 360 Tage gearbeitet. Bei Anwendung von Zinszahlen wird ebenfalls eine entsprechend anders eingerichtete Tabelle benutzt.

Wie die losen Zinstabellen muß auch die Buchführung für die Massenarbeiten dem Prinzip der Arbeitsteilung und Schnelligkeit folgen. Gebundene oder feste Bücher für die Kontenbuchhaltereien kann es nicht mehr geben.

Das lose (oder fliegende) Konto, die Kontokarte (siehe die Muster 3 bis 5), muß im Spareinlagen- wie im Scheck- und Giro-, Depot-, Kontokorrent-, Lombard-, Hypotheken-, Schließfachverkehr und, wo es das Bedürfnis erheischt, auch in sonstigen Spararten ganz ausschließlich Verwendung finden. Nur so ist eine weitgehendste Benutzung von Maschinen, die eine wesentliche Vereinfachung und Verbilligung des Betriebes darstellen, überhaupt möglich. Ist eine Kontenkarte vollgeschrieben, wird eine neue als Fortsetzung angelegt; beim festen Buch sind Übertragungen notwendig, die, wie der Umstand, daß immer nur eine Person an einem Bande arbeiten kann, geschäftserschwerend wirken. Die Kontenkarten sind gruppenweise mit Kerbschnitten versehen. Gruppenweise (ein- oder zweitausend) erfolgt die Ordnung für die sogleich nach Verkehrsschluß einsetzende Kontrollarbeit, die ebenfalls nicht mehr handschriftlich, sondern fast bei allen Sparkassen nur noch durch mit der Hand oder durch elektrische Kraft zu bedienende selbstschreibende Maschinen bewirkt wird, die beispielsweise in einem Geschäftsgange der 17stelligen Additionsmaschine Kontonummer, Betrag der Einzahlung (oder Rückzahlung), alten und neuen Kapitalbestand zu registrieren imstande sind (Muster 7 S. 178). Für Ein- und Rückzahlungen müssen je getrennte Kontrollbogen benutzt werden. Die Registrierung des alten und neuen Bestandes der bewegten Konten geschieht zur Feststellung der richtigen Bestandserrechnung auf der Kontenkarte. Auch die Monatskontrolle (Muster 8 S. 179), die für Einnahme und Ausgabe nach denselben Gruppen (von ein- oder zweitausend) eingeteilt sein muß, läßt sich mit der Maschine herstellen; Vorteil: Wegfall der besonderen Aufrechnung, denn die Maschine schreibt und rechnet zugleich, und zwar jede Gruppe für sich. Solche Gruppen, nur kleiner (ein- oder zweihundert), sind auch für die Kontrolle der Scheck- und Girokonten, offenen Depots, Lombard- und Hypothekendarlehen einzurichten. Die Monats- und Jahreskontrolle auf Grund der Gruppenteilung ersetzt die Gegenkonten, bereitet den Jahresabschluß vor, bei den offenen Depots wirkt sie als Kontrolle für die Tresorbestände. Die maschinell hergestellte Tageskontrolle der Scheck- und Girokarten muß noch mit den Belegen verglichen werden. Gegenkonten werden sowohl hierdurch als durch Nachprüfung aller Buchungen durch einen zweiten Beamten (Gegenbuchhalter, Kontrolleur) ersetzt; für je zwei Buchhalter ist ein Kontrolleur notwendig. Noch anders läßt sich die sofortige Gegenbuchung ausführen durch die Verwendung der Konto- (Rechnungs-) Auszüge als Gegenkonten (Muster 9 S. 179). Die Buchführung in dieser Art geschieht vollständig selbständig von dem Hauptkonto auf Grund der Belege, Schecks, Einzahlscheine usw. durch einen zweiten Beamten; täglich mittags erfolgt die Abstimmung der Salden. Die Übersendung der Auszüge an die Kundschaft erfolgt nach deren Bestimmung täglich, wöchentlich, monatlich oder vierteljährlich; die Kunden können statt der Übersendung die Abholung wählen. Die Kontrolle geht mit der Aushändigung des Auszuges auf den Kunden über. Gleichzeitig mit der Absendung wird ein neuer Kontoauszug eröffnet, auf dem der Saldo des abgeschlossenen Auszuges vorgetragen wird. Diese Art der Gegenbuchhaltung erfordert allerdings mehr Personal, weil für jeden Kontenbuchhalter ein Kontoauszugführer notwendig ist. Das System der Kontoauszüge selbst ist eine banktechnische Einrichtung und hat einen doppelten Zweck: Benachrichtigung des Kunden über seine Kontenbewegungen und Kontrolle durch ihn. Es hat sich bei allen Girokassen eingebürgert und ersetzt ganz oder teilweise (dem Wunsche des Kunden entsprechend) das dem Reichsbankgegenbuch nachgebildete Kontogegenbuch, auch Rechnungsbuch genannt. Letzteres wird für Kunden mit geringen Bewegungen beibehalten werden können.

Neu ist im Depositen- und Kontokorrentverkehr die Buchung durch addierende und subtrahierende Buchhaltungsmaschinen. Die Maschine druckt auf losem Kontoblatt horizontal auf der gleichen Zeile (auch mehrere Posten derselben Art, wenn nicht ausreichend, auf folgender Zeile)

1. den alten Saldo (Vortrag),
2. die Abhebungen (Lastschriften),
3. die Einzahlungen (Gutschriften)

und errechnet und schreibt

4. den neuen Saldo.

Der alte Saldo und die Einzahlungen werden von ihr automatisch addiert, die Abhebungen subtrahiert. Wird das Konto überzogen, sperrt zunächst die Maschine die Eintragung des neuen Saldos; sie druckt aber den überzogenen Betrag in eine fünfte Spalte: „Überzogen“ und schreibt daneben ein Zeichen. Der Debetsaldo wird am nächsten Tage mit diesem Zeichen in der Spalte „Alter Saldo“ vorgetragen und die Maschine subtrahiert ihn bei Ermittlung des neuen Tagessaldos. Das Datum wird automatisch gedruckt. Die Buchhaltungsmaschine leistet ferner eine tägliche Kontrolle der vorgenommenen Buchungen; die Salden der bewegten Konten werden addiert, der Unterschiedsbetrag zwischen alten und neuen Salden und Gut- und Lastschriften muß gleich sein. Der besondere Nutzen der Maschine besteht in der richtigen Rechnung und in ihrer Verwendung für die an die Kunden zu versendenden Kontoauszüge sowie für die Scheckverbuchungen. Im Gebrauch ist sie bei großen Sparkassen, bei den Girozentralen und bei den Banken.

Rationalisierung des Betriebes ist ein Gebot der Selbsterhaltung. Nächst der maschinellen Tätigkeit steht in diesem Zeichen das Durchschreibeverfahren. Das Buchungsgeschäft wird vereinfacht durch Eintragung aller Zahlungen für einen Kunden in eine Sammelliste, z. B. Mietzahlungen für einen Hausbesitzer, Krankenkassenbeiträge, Steuern,

[Fortsetzung des Textes siehe Seite 180.]



Muster 1.

Kassenrechnung 1921. **Stadtsparkasse *N*.** **Bilanz-, Gewinn- und Verlustrechnung 1921.**

Soll ...... nach dem Etat M	nach der vorigen Rechnung M	Summe M	Zugang M	Abgang M	Wirkliches Soll M	Bezeichnung	Ist M	Rest gegen Spalte 6 M		Einnahme M	Ausgabe M
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
									Gewinn- u. Verlustrechnung:	Gewinn	Verlust
A. Betrieb.						I. Einnahme:					
1 837 000 000	*110 421 140*	*1 947 421 140*	*218 675 540*	—	*2 166 096 680*	1. Zinsen	*2 060 086 450*	*106 010 230*	*Soll (Sp. 6) abzügl. Rest des Vorjahres (Sp. 2) von 110 421 140 M . .*	*2 055 675 540*	—
4 000 000	—	*4 000 000*	*602 495 340*	—	*606 495 340*	2. Sonst. Einnahm. (Gebühr.)	*606 495 340*	—		*606 495 340*	—
1 841 000 000	*110 421 140*	*1 951 421 140*	*821 170 880*	—	*2 772 592 020*	Summe . .	*2 666 581 790*	*106 010 230*			
						II. Ausgabe:					
—	—	—	*96 719 710*	—	*96 719 710*	Vorschuß aus 1920	*96 719 710*	—		—	—
240 283 000	*9 970 800*	*250 253 800*	*700 000 000*	*32 395 910*	*917 857 890*	1. Verwaltungskosten	*888 587 090*	*29 270 800*	*Soll (Sp. 6) abzügl. Rest aus Vorjahren (Sp. 2)*	—	*907 887 090*
1 589 700 000	*3 730 630*	*1 593 430 630*	*150 449 660*	—	*1 743 880 290*	2. Zinsen	*1 742 580 590*	*1 299 700*		—	*1 740 149 660*
7 500 000	—	*7 500 000*	*5 272 860*	—	*12 772 860*	3. Sonstige Ausgaben	*11 472 860*	*1 300 000*		—	*12 772 860*
3 517 000	—	*3 517 000*	—	*2 155 730*	*1 361 270*	4. Gewinn a. d. Reservefonds	*1 361 270*	—	*Reingewinn ....*	—	*1 361 270*
1 841 000 000	*13 701 430*	*1 854 701 430*	*952 442 230*	*34 551 640*	*2 772 592 020*	Summe . .	*2 740 721 520*	*31 870 500*		*2 662 170 880*	*2 662 170 880*
			917 890 590			Mehrausgabe A	*74 139 730*				
B. Vermögen.						I. Einnahme:			Bilanz:	Aktiva	Passiva
—	—	—	*680 421 770*	—	*680 421 770*	Bestand aus 1920	*680 421 770*	—			
—	—	—	*33 702 489 650*	—	*33 702 489 650*	1. Spareinlagen	*33 702 489 650*	—			
—	*54 783 272 710*	—	*28 099 507 540*	—	*82 882 780 250*	2. Zurückgezogene Kapitalien	*27 524 997 730*	*55 357 782 520*	*1. Bestand a. Wertpapieren, Hypotheken, Darlehen, Bankguthaben, Diskonten*	*55 357 782 520*	—
—	—	—	*5 483 680 230*	—	*5 483 680 230*	3. Aufgenommene Darlehen .	*5 483 680 230*	—	*2. Rückständige Zinsen (A I 1 Sp. 9) .....*	*106 010 230*	—
—	—	—	*947 000*	—	*947 700*	4. Kursverluste (dem Reservefonds entnommen)	*947 700*	—			
—	*54 783 272 710*	—	*67 967 046 890*	—	*122 750 319 600*	Summe . .	*67 392 537 080*	*55 357 782 520*	*3. Kassenbestand*) ....*	*817 678 770*	—
						II. Ausgabe:					
—	*51 462 694 480*	—	*33 702 489 650*	—	*85 165 184 130*	1. Zurückgezahlte Einlagen .	*28 916 583 110*	*56 248 601 020*	*1. Guthaben der Sparer . .*	—	*56 248 601 020*
—	—	—	*28 100 455 240*	—	*28 100 455 240*	2. Anlegung von Kapitalien .	*28 100 455 240*	—	*2. Guthaben d. Girozentrale*	—	*1 000 000*
—	*4 001 000 000*	—	*5 483 680 230*	—	*9 484 680 230*	3. Zurückgezahlte Darlehen .	*9 483 680 230*	*1 000 000*	*3. Restausgabe (A II 1 u. 3 Sp. 9) ....*	—	*29 270 800*
—	*55 463 694 480*	—	*67 286 625 120*	—	*122 750 319 600*	Summe . .	*66 500 718 580*	*56 249 601 020*		—	*1 300 000*
						Mehreinnahme B . .	*891 818 500*		*4. Zinsenfälligkeiten f. 1924 (A II 2 Sp. 9) .....*	—	*1 299 700*
						Ab Mehrausgabe A . .	*74 139 730*			*56 281 471 520*	*56 281 471 520*
						Kassenbestand . .	*) *817 678 770*				

Muster 2.

[Linke Seite.] **Monat *August* 1923.** **Amerikanisches Journal (Buchhalterei-Tagebuch).** [Rechte Seite.]

Laufende Nummer (Zeile)	Tag	Name, Gegenstand	Kontierung Soll	Kontierung Haben	Betrag ℳ	Kassa-Konto Soll	Kassa-Konto Haben	Reichsbank-Konto Soll	Reichsbank-Konto Haben	Postscheck-Konto Soll	Postscheck-Konto Haben	Girozentrale Soll	Girozentrale Haben
1	10	*Unsere Einzahlung*	*Rbk.*	*Kassa*	*100 000 000*	—	*100 000 000*	*100 000 000*	—	—	—	—	—
2		*Reichsbank-Eingang*	*Rbk.*	*Kunden*	*79 500 800*	—	—	*79 500 800*	—	—	—	—	—
3		*1 Inkassowechsel*	*Wl.Inkass.*	*Versch. Zentrale*	*29 202 500*	—	—	—	—	—	—	—	*29 202 500*
4		*Aufgelöste Kundenkonten*	*Kunden*	*Handl.-U.*	*6 661*	—	—	—	—	—	—	—	—
5		*Überweisungen laut Tagebuch*	*Zinsen Kunden*	*Kunden R. P. Z. H. V.*	*213 716 170*	—	—	—	*29 381 100*	—	*11 990 600*	—	*5 071 000*
6		*Effektenverkäufe laut Effektentagebuch*	*diverse*	*diverse*	*70 606 000*	—	—	—	—	—	—	—	—
7		*Effektenankäufe laut Effektentagebuch*	*diverse*	*diverse*	*221 578 600*	—	—	—	—	—	—	—	—
8		*Diskont. Wechsel a. Berlin 15 000 000 ℳ*	*Wechsel*	*Kasse*	*14 800 000*	—	*14 800 000*	—	—	—	—	—	—
		Summe vom 10. August	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
		Hierzu Summe bis 9. August	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
		Summe bis 10. August	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.

Kunden-Konto Soll	Kunden-Konto Haben	Scheck- und Wechsel-Inkasso-Konto Soll	Scheck- und Wechsel-Inkasso-Konto Haben	Wechsel-Konto Soll	Wechsel-Konto Haben	Effekten-Konto Soll	Effekten-Konto Haben	Zinsen-Konto Soll	Zinsen-Konto Haben	Provisions-Konto Soll	Provisions-Konto Haben	Handlungsunkosten-Konto Soll	Handlungsunkosten-Konto Haben	Verschiedene Konten*) Soll	Verschiedene Konten*) Haben	Anzahl der neueröffneten Konten	Anzahl der aufgelösten Konten	Zeile
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	*74 500 000*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	*5 000 800*	—	—	2
—	—	*29 202 500*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3
3 555	*3 106*	—	—	—	—	—	—	*3 106*	—	—	—	—	*3 555*	—	—	—	—	4
213 716 170	*167 187 770*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	*66 000*	—	*19 700*	—	—	5
—	*66 633 000*	—	—	—	—	*70 486 000*	—	—	—	*120 000*	*2 199 100*	—	*3 100*	—	*1 770 800*	—	—	6
221 578 600	—	—	—	—	—	—	*213 260 000*	—	*17 200*	—	*3 519 000*	—	*800*	—	*4 781 600*	—	—	7
—	—	—	—	*14 800 000*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	*8*	*6*	
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	*97*	*52*	
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	*105*	*58*	

*) **Hierzu empfiehlt sich noch eine Spalte mit der Bezeichnung der Konten.**

Muster 3.

Sparkonto

(handschriftlich geführt).

Nr. *10974.* Anlegung verglichen durch: *Müller.*

Paul Wegner, Buchdrucker,
Schulstrasse 20.

Gekündigt:	Vermerke:
zum ..../....... 19........ . . . . ℳ	*Gesichert! § 18.*
„ ..../....... 19........ . . . . ℳ	(Datum, Name des Beamten.)
„ ..../....... 19........ . . . . ℳ	

Datum	Kapital: Einzahlung ℳ	₰	Kapital: Rückzahlung ℳ	₰	Kapital: Jeweiliger Stand des Kapitals ℳ	₰	Zinsen: auf Tage	Zinsen: Zugang ℳ	₰	Zinsen: Abgang ℳ	₰	Zinsen: Jeweiliger Stand der vorausberechneten Zinsen ℳ	₰	Die Buchung erfolgte durch	bei Zahlstelle
19*18*															
18. 7.	*200*	—	—	—	*200*	—	*162*	*3*	*15*	—	—	*3*	*15*	*D*	*III*
1919	—	—	—	—	*203*	*15*	—	—	—	—	—	*7*	*11*	*G*	
9. 7.	*300*	—	—	—	*503*	*15*	*171*	*4*	*99*	—	—	*12*	*10*	*Rd*	*II*
		usw.													
1922	—	—	—	—	*9 776*	*96*	—	—	—	—	—	*264*	—	*P*	
16. 3.	—	—	*500*	—	*9 276*	*96*	*285*	—	—	*10*	*70*	*253*	*30*	*Rn*	*III*
10. 8.	—	—	*9 000*	—	*276*	*96*	*141*	—	—	*106*	*45*	*146*	*85*	*Pf*	*II*
1923	—	—	—	—	*422*	—	—	—	—	—	—	*11*	—	*M*	
5. 4.	*30 000*	—	—	—	*30 422*	—	*265*	*596*	—	—	—	*607*	—	*Fl*	*III*
Zinsenerhöhung v. 1. 9. 23					—	—	—	*1 216*	—	—	—	*1 823*	—	*R*	*D*

Nr. 10974

Bemerkung. Die Jahreszahlen und „Zinsenerhöhung" werden mittels Stempels aufgedruckt.

Muster 4.

Sparkonto

(für Maschinendruck). — Kopf wie bei Muster 3.

Nr. 10995. (Die Maschine druckt die Konten-Nr. bei jeder Eintragung.)

Buch-Nr.		Betrag ℳ	₰	Ordnungs-Nr.	Datum	Tage	Zinsen ℳ	₰	Die Buchung erfolgte durch
Übertrag:		*50 759*	*97*				*720*	*50*	
10995	zu[1])	30 000	—	*0087*	*17. Okt. 22*	*73*	*164*	*30*	*Rd III*
		80 759	97				*884*	*80*	*Rn*[3])
10995	zu[1])	30 000	—	*0025*	*1. Nov. 22*	*59*	*132*	*80*	*D I*
		110 759	97				*1 017*	*60*	*Mr*
Zinsen		917	—		*Unkosten*		*100*	—	
	1923	Mark 111 676					Mark *3 015*		*M*
		usw.					*usw.*		
		1 073 645					*24 760*		
10995	ab[2])	170 000		*0104*	*25. Mai 23*	*216*	*2 754*		*Pr III*
		903 645					*22 006*		*D*
		TM. 903					TM. *22*		
10995	zu[1])	4 097		*0275*	*18. Okt. 23*	*72*	*98*		*P I*
		5 000					*120*		*D*
		usw.					*usw.*		

Bemerkung.
Ein- und Auszahlungen (zu und ab) druckt die Maschine, die Zinsen und Salden werden handschriftlich eingetragen.

[1]) oder E = Einzahlung. — [2]) oder A = Auszahlung. — [3]) Namenszeichen des die Zinsen nachprüfenden Beamten.

Muster 5.

Städtische Girokasse.

Ergänzungsblatt
Nr. ....

G i r o k o n t o.

Angelegt durch: *Sass*

Geprüft durch: *Linke*

Nr. *216*

Name: *Franz Lehmann und Ehefrau Frieda, geb. Schulze*

Beruf: *Ingenieur* Wohnung: *Mühlenstrasse 10*

Scheck-Nr.	bis	Buchhalter:	Kontrolleur:	Gesperrte Schecks*) Nr.
298 101	*298 125*	*Meyer*	*Linke*	
„	„			„
„	„			„
„	„			„
„	„			„
Auftrag Nr.	**bis**			
				„
„	„			„
„	„			„
„	„			„
„	„			„

Belege sammeln ....

K.-Auszüge senden: *monatl.*

Rechnungsbuch —

Depot-Nr. *1476*

Fernsprecher { Amt .... Nr. ....

Festes Geld Konto Nr. ....

Kreditbrief Nr. *301*

***) Kredit: M.** (rot) *1728 am 30. 1. 20 Meyer*

Vermerke: *Schließfach Nr. 5258*

10% Sollzinsen ab 21. 9. 22

12% „ „ 13. 11. 22

14% „ „ 18. 1. 23

*) Gesperrte Schecks, Kredit- u. Vorschuß-Summe sind **rot** einzusetzen.

Tag	Scheck-Nr.	Auftrag Nr.	Vermerke über Ein- und Auszahlungen	Erl. durch	Soll (Lastschrift) ℳ	₰	Haben (Gutschrift) ℳ	₰	Guthaben oder Vorschuß*)	ℳ	₰	Zinssatz Wert	Tage	Zinszahlen Soll (Lastschrift)	Zinszahlen Haben (Gutschrift)	Belastete Unkosten ℳ	₰	Verbucht durch
1920			Übertrag:						(rot)	62	69	30. 3	69		43		50	
9. 6.			Depotgebühren . .		2	40			„	65	09	9. 6	9	(rot) 6				Sp. G.
18. 6.			Verloste Effekten				178	90		113	81	18. 6	13		14			P. G.
30. 6.			Depotzinsen . . . usw.				50	40		164	21		189	(rot) 397	373			
1921			Übertrag:							347	41	19. 7	7		24	1		R. L.
26. 7.	298104			bar	1000				(rot)	652	59	26. 7	23	(rot) 151				R. L.
19. 8.	298105			bar	400				„	1052	59							

Muster 7.

Spareinlagen - Tageskontrolle der Stadtsparkasse *N.* vom *14. August 1923.*

Einnahme				Ausgabe			
Konto-Nr.	Einzahlung TM.[1])	Alter Bestand TM.[1])	Neuer Bestand TM.[1])	Konto-Nr.	Rückzahlung TM.[1])	Alter Bestand TM.[1])	Neuer Bestand TM.[1])
9610	*1 000 000*	*50*	*1 000 050*	*52270*	*3 350 000*	*3 449 506*	*99 506*
9681	*10 000*	—	*10 000*	*52713*	*2 900 000*	*2 906 642*	*6 642*
9675	*10 000*	—	*10 000*	*52780*	*3 998 000*	*3 998 863*	*863*
9728	*10 000*	*4*	*10 004*	*Dazu Tagesausgabe*	—	—	*10 248 000*
Dazu Tageseinnahme	—	*1 030 000*	—	—	= *10 248 000*	*10 355 011*	*10 355 011*
—	= *1 030 000*	*1 030 054*	*1 030 054*	*usw.*			
usw.				*79680*	*2 000 000*	*2 872 683*	*872 683*
13044	*7 000 000*	*3 500 233*	*10 500 233*	*Dazu Tagesausgabe*	—	—	*2 000 000*
Dazu Tageseinnahme	—	*7 000 000*	—	—	—	= *2 872 683*	*2 872 683*
—	—	= *10 500 233*	*10 500 233*	*usw.*			
usw.				*(Folgt Zusammenstellung der Tausendgruppen)*			
(Folgt Zusammenstellung der Tausendgruppen)							

[1]) = Tausend Mark.

Muster 6.

Tages-Zinstabelle.

68 Tage 22. Oktober		12 %	
Kapital Tausend	Zinsen Mark	Kapital Millionen	Zinsen Mark
100	2 300	20	453 300
200	4 500	30	680 000
300	6 800	40	906 700
400	9 100	50	1 133 300
500	11 300	60	1 360 000
600	13 600	70	1 586 700
700	15 900	80	1 813 300
800	18 100	90	2 040 000
900	20 400	100	2 266 700
Millionen	—	200	4 533 300
1	22 700	300	6 800 000
2	45 300	400	9 066 700
3	68 000	500	11 333 300
4	90 700	600	13 600 000
5	113 300	700	15 866 700
6	136 000	800	18 133 300
7	158 700	900	20 400 000
8	181 300	Milliarden	—
9	204 000	1	22 666 700
10	226 700	2	45 333 300

Muster 9.

Rechnungsauszug (als Gegenkonto).

Scheck- oder Auftrag-Nr.	Einzahler oder Empfänger (Eintragung nur bei Benutzung nicht numerierter Vordrucke)	Wert	Soll	Haben	Betrag ℳ	Betrag ₰	Tage	Zinszahlen Soll (Lastschrift)	Zinszahlen Haben (Gutschrift)
	Guthaben oder Vorschuß (Vorschuß, da Debet in rot)						*94*	(rot) *33*	*386*
		1. 4			(rot) *219*	*90*	*2*	„ *4*	
24 442		*3. 4*	*S*		*40*				
					(rot) *259*	*90*	*1*	„ *3*	
	Große Volksoper	*4. 4*	*S*		*1096*				
					(rot) *1355*	*90*	*1*	„ *14*	
	Elektrisches Licht . . .	*5. 4*	*S*		*42*				
					(rot) *1397*	*90*			
	Deutsche Hyp.-Bank .	*4. 4*		*H*	*2350*				(rot) *14*
					952	*10*	*(1)*		*10*
	Sparkassen-Verband .	*5. 4*		*H*	*37*	*05*			
									(rot) *14*
	Seite:				*989*	*15*	*98*	(rot) *54*	*396*

N., den .... 192...

Irrtum vorbehalten!

Buchhalterei

Girokonto Nr. *3160* .... *Braun* .... *Lüders*

Muster 8.

Monatskontrolle.

Monat *September* 192*3*.

Einnahme.

Tag	von 001 bis 1 000 Konten[1])	von 001 bis 1 000 Betrag ℳ	von 1 001 bis 2 000 Konten[1])	von 1 001 bis 2 000 Betrag ℳ	von 2 001 bis 3 000 Konten[1])	von 2 001 bis 3 000 Betrag ℳ	von 3 001 bis 4 000 Konten[1])	von 3 001 bis 4 000 Betrag ℳ	von 4 001 bis 5 000 Konten[1])	von 4 001 bis 5 000 Betrag ℳ	usw.	Summe Konten[1])	Summe Betrag ℳ
1.	—	*125 000 000*	—	*2 000 000*	—	*150 000 000*	—	*150 000 000*	—	*110 716 875*	*Auf einer Seite je 10 Gruppen zu je 1000 laufenden Konten*	—	.
3.	—	*170 000 000*	—	*46 803 000*	—	*64 000 000*	—	*30 000 000*	—	*210 000 000*		—	.
4.	—	*150 500 000*	—	—	—	*56 900 000*	*1*	*50 097 994*	—	*11*		*3*	.
5.	—	—	—	*1 000 000*	—	*30 600 300*	—	—	—	*50 000 000*		—	.
6.	—	—	—	—	—	*184 000 000*	—	*12 000 000*	—	*20 005 010*		—	.
7.	*1*	*61 235 275*	—	*65 000 000*	—	—	—	*30 000 000*	—	*89 000 052*		*1*	.
usw.													
Im ganzen	*2*	*957 871 191*	*2*	*119 811 736*	*2*	*1 824 423 992*	*1*	*1 116 454 543*	*1*	*799 002 289*		*15*	*6 283 087 354*

Die Ausgabekontrolle wird in derselben Weise mit der Maschine hergestellt, an Stelle der neueröffneten Konten tritt bei der Ausgabe die Anzahl der aufgelösten.

Zu benutzen für Spareinlagen wie auch für Scheck- und Giroeinlagen. Am Schlusse ist die Zusammenstellung für den ganzen Monat zu machen. Für die Girokassen empfehlen sich Gruppen von je 100 laufenden Konten.

Die Kontrolle läßt sich noch in anderer Weise führen, indem für jede Gruppe ein besonderer Tagesbogen benutzt und bis zum Monatsschluß weitergeführt wird. Die Tagessummen werden sodann auf diesem Bogen zur Monatssumme zusammengestellt; alsdann sind die Monatssummen der einzelnen Gruppen für die Ermittlung des gesamten Monatsergebnisses zusammenzustellen.

[1]) Hier wird die Anzahl der neueröffneten Konten eingetragen.

Schulgelder, Gas-, Wasser-, Elektrizitätsgebühren; das eine Stück ist Kassenbeleg, das andere erhält der Kontoinhaber. Der Kassenbeleg wird nur summarisch auf dem Konto und in den Kassenbüchern gebucht. Zum Einzuge (Inkasso) hereingenommene Schecks sind je nach ihrer Zahl und Verteilung auf andere Kassen und Banken entweder in gleicher Weise mittels Durchschrift oder mit der Additionsmaschine zusammenzustellen, lassen sich aber noch besser mit der kombinierten Schreib- und Rechenmaschine, wie sie für Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke zum Ausschreiben der Rechnungen angewandt wird, listen- und abschnittweise (nach den Banken) registrieren. Das Durchschreibeverfahren eignet sich ganz besonders für die Kontrollbücher der Annahme- (Neben-) Stellen und die Freizügigkeit im Sparverkehr.

Die Sparbücher der Sparkunden lassen sich ersetzen durch den in Bayern eingeführten und vom bayerischen Ministerium des Innern mit Erlaß vom 6. April 1923 genehmigten „Sparschein" (Quartbriefbogen), der auch in den anderen Ländern Benutzung finden sollte. Der Urkundencharakter steht dem nicht entgegen. Das lose Konto findet in dem nicht eingebundenen Sparschein sein Gegenstück. Zu erwähnen bleibt noch das Lose-Blatt-Buch. In erster Reihe eignen sich für dieses das Hauptbuch (Handbuch) über Verwaltungskosten, die Ausgabekontrolle, die Inventarienkontrolle, das Hauptbuch über Hypotheken, das Sachendepotkonto der Wertpapierverwaltung, die Nummernverzeichnisse über Wertpapiere. Einerseits wird Papier gespart, andererseits werden die unübersichtlich wirkenden Übertragungen vermieden. In loser (Karten-) Form werden geführt die alphabetischen Verzeichnisse der Sparer, Giro-, Depot- und Stahlkammerkunden. Bei den Girokassen ist die Namenkarte zugleich als Unterschriftskarte zu benutzen.

Die Mechanisierung der Arbeit durch Anwendung zweckmäßig eingerichteter Vordrucke, Benutzung von Stempeln, Maschinen und sonstigen Hilfsmitteln ergibt eine gleichmäßigere und schnellere Erledigung der Quantitätsarbeiten. Man wird dadurch leicht Durchschnittsleistungen festsetzen können, die unbedingt gefordert werden müssen. Zur Rationalisierung der Sparkassen sind Mehrleistungen notwendig; sie können durch weitergehende Mechanisierung und Schematisierung in den verschiedenen Geschäftszweigen erreicht werden. Arbeitsteilung und Mechanisierung lassen sich nach bestimmten Teilungselementen leicht durchführen und elastisch erweitern (Arbeitsgruppen, Buchhaltereien). Das sind in den Girokassen und großen Depotabteilungen die Kontonummern, deren Wahl sich in den Sparkassenabteilungen wie in allen Geschäftszweigen für die Maschinenbenutzung und den Jahreskontenabschluß empfiehlt, nicht aber für die Buchhaltereieinteilung, die dem Publikumverkehr anzupassen ist. Die Trennung der Kassen nach Ein- und Auszahlungen ist auch ein Teilungselement, indessen in Zeiten überwiegender Benutzung der einen Art nicht immer praktisch. Teilungselemente für die Mechanisierung sind bare und unbare Verbuchung, ferner die Unterwerke der Registrierkassen (Buchungsmaschinen). Auch diese können gesondert als Einnahme- und Ausgabekassen hierzu dienen, wiewohl ihr Vorzug gerade darin besteht, beide Zahlungsarten in einem Mechanismus zu bewältigen, so daß eine kleine Kasse oder eine Zahlstelle mit einer Maschine auskommt. Die Additionsmaschinen sind heute auch für die Subtraktion eingerichtet; für Zinsenrechnungen, Gehaltsberechnungen und Kassenanweisungen usw. kommen Maschinen für Multiplikation und Division in den Sparkassen zur Anwendung. Für die Massenarbeiten in den Sparkassen sind vorzüglich die Maschinen geeignet, die auch heute noch trotz der schlechten deutschen Währung ein gutes Anlagekapital darstellen. Die Arbeitsteilung hat gerade auch weitgehende Maschinenbenutzung und -ausnutzung einzubeziehen. Die Personalkosten vermindern sich durch ein mechanisch arbeitendes Personal, das für die Maschinenbedienung und formularmäßige Arbeiten genügt. Die Arbeitsverteilung hat das „Können" der einzelnen Kräfte zu berücksichtigen. Eine unterschiedliche finanzielle Behandlung der Leistungen ist in einem wirtschaftlichen Betriebe einfach geboten; sie muß sich noch mehr ausprägen, dient sie doch dazu, die Leistungen wieder mehr zu steigern. Die tarifmäßige Nivellierung muß entschieden eingeschränkt werden, die Tüchtigkeit allein entscheidend sein. So lassen sich Persönlichkeiten erziehen und heranbilden, an denen es heute mangelt. Dann werden die Sparkassen bei der schweren Arbeit, ganz von vorn wieder aufzubauen, die uns in Deutschland bevorsteht, Großes leisten und an der Wiederaufrichtung eines gesunden Staats- und Wirtschaftslebens hervorragenden Anteil haben, selbst aber zu neuer Blüte gelangen.

Zur Rationalisierung gehört auch die Überführung der kleinen, den Betrag der verzinslichen Mindesteinlage (infolge der Geldentwertung) nicht erreichenden Konten auf ein gemeinsames (Sammel-) Konto. Die Privatbanken stoßen diese Kundschaft ab, denn bei ihnen ist der Erwerbszweck maßgebend. Auch die Sparkassen müssen versuchen, die Rentabilität aufrechtzuerhalten, dürfen aber die Rücksicht auf ihren sozialen Charakter nicht aus dem Auge lassen und einfach das Vorgehen der Banken nachahmen. Sie dürfen nicht die Fühlung mit den breiten Volksschichten verlieren, wenn auch zurzeit noch, nicht zum wenigsten durch eine falsche Finanz- und Steuerpolitik, der Spargedanke und der Spartrieb so gut wie abgestorben sind. Die Überführung der kleinen Konten auf ein Sammelkonto enthebt die Sparkasse der Mühewaltung, diese Konten in der Passivkapitaliennachweisung und in den Kassenbüchern weiter durchzuschleppen; sie schafft einen provisorischen Zustand, der durch die Wiederaufnahme der Spartätigkeit überwunden wird. In diesem Falle lebt das Konto des Sparers, der ja sein Sparbuch behalten hat, unter der alten Nummer wieder auf, das Kontoblatt wird mit dem Vortrag des letzten Saldos wieder den lebenden Konten eingereiht.

Ersparnisse lassen sich auch durch Zusammenlegung von Zweigkassen und Kreis- und Stadtsparkassen sowie Bildung von Arbeitsgemeinschaften erreichen. Die mit Beamten besetzten Zweigkassen sollen für den Sparverkehr eigene Kontenführung haben und Annahme- und Auszahlungsstellen für den Scheck- und Giroverkehr sein. Durch entsprechende Organisation des Fernsprechdienstes sind Scheckauszahlungen nach Anruf in der das Konto führenden Bankabteilung auszuführen. Notwendig ist für die Zweigstelle, daß sie die Unterschrift des Kontoinhabers besitzt und dieser sie bei ihr abgibt. Der Fernsprechverkehr hat im Sparkassenwesen überhaupt eine wichtige Rolle, seine Ausnutzung und zweckmäßigste Organisation ist von eminenter Bedeutung für ein gutes Funktionieren und die Wirtschaftlichkeit des Betriebes.

Die öffentliche kommunale Sparkasse muß für den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft als Sparbank des sogenannten kleinen Mannes zur Verfügung stehen und sich als die Treuhänderin der kleinen Volksvermögen fühlen, deren Ansammlung nach Überwindung der jetzigen schweren Krisis, die schließlich doch zur Selbstbesinnung und Gesundung führen muß, sie zu übernehmen hat. Bereits ist viel kostbare Zeit verlorengegangen dadurch, daß sich die Sparkassen nicht rechtzeitig auf die wertbeständige Anlage in Form der Goldsparmark eingestellt haben. Hätten sie sofort, nachdem in Preußen und Bayern durch die Erlasse der Regierungen vom April und Mai d. J. die Möglichkeit wertbeständiger Spareinlagen eröffnet worden war, zugegriffen, verfügten sie heute über ganz andere Einlagebestände, als es tatsächlich jetzt der Fall ist, und hätten dem Sparkassengedanken damit einen neuen Impuls gegeben. Die

Goldsparmark ist gleich $1/_{10}$ Goldanleihe oder Dollarschatzanweisung und hat zur Abwendung des Risikos die Beschaffung der Deckungsgrundlage in diesen Werten zur Voraussetzung. Sie bedingt eine gewisse Mehrarbeit, indem für die Einzahlung ein Papiermarkkonto aufgemacht werden muß, aus dem erst die Anschaffung der Deckung und danach die Umbuchung des verwendeten Betrages vorgenommen wird. In den Kassenbüchern muß die Goldsparmark vollständig gesondert von der Papiermark gehalten werden. Ob die Goldsparmark in die neue Rentenmark aufgehen wird oder zunächst noch, vielleicht als Anteil an der Goldanleihe, für sich weiter bestehen bleiben wird, läßt sich noch nicht übersehen. Notwendig ist die Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens durch sofortige Abrechnung noch am Tage der Einzahlung und Einführung des Überweisungsverkehrs sowie die Erweiterung der Deckungsmöglichkeit durch Anlegung in Naturproduktanleihen.

Notwendig ist in der heutigen Zeit aber ganz besonders, daß die Sparkassen es verstehen, sich den veränderten Zeitverhältnissen in allen Beziehungen anzupassen, und nicht nur ihre Zins- und Anlagepolitik entsprechend einrichten, sondern auch praktische Arbeit an dem so notwendigen Aufbau unseres Staatswesens und unserer Wirtschaft leisten durch Belebung des Spargedankens, wo immer sich nur Möglichkeiten dazu bieten. Mit der Steigerung der Produktion und der Erkenntnis, daß unser Volk sich nur durch Arbeit wieder aufrichten kann, wird auch die Spartätigkeit wieder zu einem wichtigen Faktor unseres Wirtschaftslebens werden und das Sparkassenwesen wieder zu Aufstieg und größerer Bedeutung gelangen.

4. Der Vorstand.

Von Dr. **Oehler,** Professor, Oberbürgermeister a. D., Bad Oeynhausen.

Die Stellung des Vorstandes der Sparkasse (Sparkassenkuratorium, Direktorium, Ausschuß, Verwaltungsausschuß, Verwaltungsdeputation) und seiner Mitglieder wird durch die Satzung der Sparkasse und die besondere Sparkassengesetzgebung, bei Sparkassen von Gemeinden und Gemeindeverbänden auch durch die Gemeindeverfassungsgesetze der einzelnen Länder bestimmt, soweit nicht reichsgesetzliche Vorschriften Platz greifen. Von besonderer Wichtigkeit ist hierfür die Eigenschaft der Sparkasse als Gemeindeanstalt, da der Vorstand einer solchen dann sich nach den Anordnungen der betreffenden Landesgesetzgebung in die Verfassung und Verwaltung der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes einzufügen hat. Eine erschöpfende Darstellung könnte daher nur auf Grund der verschiedensten Satzungen und der in den einzelnen Ländern geltenden Gesetze gegeben werden, was aber im Rahmen dieses Aufsatzes nicht möglich ist. Er muß sich daher darauf beschränken, nur eine allgemeine Darstellung unter wesentlicher Berücksichtigung der in Preußen geltenden Bestimmungen zu bringen.

Wo die von einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband — Kreis, Landbürgermeisterei, Amtsverband, öffentlicher Zweckverband — errichtete Sparkasse nicht nach Landesgesetz oder durch Verwaltungsakt der staatlichen Behörde als besondere juristische Persönlichkeit anerkannt ist, ist sie eine Anstalt der Gemeinde, des Gemeindeverbandes und hat keine eigene Rechtsfähigkeit. Das Sparkassenvermögen ist dann Gemeindevermögen; sie wird vom Sparkassenvorstand als Organ der Gemeinde, des Gemeindeverbandes verwaltet. Die Gemeinde, der Gemeindeverband sind Körperschaften des öffentlichen Rechts; ihre gesetzlichen Vertreter — Gemeindevorstand, Magistrat, Bürgermeister, Amtmann, Landrat — sind daher auch zugleich gesetzliche Vertreter der Sparkasse; doch hat sich das Bedürfnis herausgestellt, für die Verwaltung und Vertretung der Sparkassen noch besondere Organe zu schaffen, die jetzt meist Vorstand der Sparkasse genannt werden. Die Zusammensetzung dieses durchweg kollegialen Sparkassenvorstandes, die Ernennung oder Wahl seiner Mitglieder, die Dauer ihrer Amts- und Wahlzeit, die Bestimmung des Vorsitzes im Vorstand, die Vertretung der Sparkasse nach außen, der Aufgabenkreis, die Abgrenzung der Tätigkeit des Vorstandes gegenüber der Leitung und Besorgung der Kassengeschäfte durch die Beamten und Angestellten der Sparkasse werden meist und im wesentlichen durch die Satzung geregelt, soweit nicht die Vorschriften der Gemeindeverfassungs- oder der sonstigen Landesgesetze hier eingreifen. In der Regel ist der Vorstand der gemeindlichen Sparkasse ein Verwaltungsausschuß der Körperschaften der Gemeinde. Diese stellen die Satzung fest, wo es in den Landesgesetzen vorgeschrieben ist, mit Zustimmung der staatlichen Kommunalaufsichtsbehörden oder der besonderen Sparkassenaufsichtsbehörden, so in Preußen des Oberpräsidenten, der aber bei Ablehnung der Satzung an die Zustimmung der Beschlußbehörde, des Provinzialrats gebunden ist. Bestehen in Städten mit Magistratsverfassung die Mitglieder des Vorstandes aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung sowie sonstigen Vertretern der Bürgerschaft, so werden die Mitglieder des Magistrats vom Bürgermeister bestimmt, der auch den Vorsitz führt oder den Vorsitzenden zu ernennen hat, die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und die sonstigen Vertreter der Bürgerschaft dagegen von der Stadtverordnetenversammlung gewählt; in Städten mit Bürgermeisterverfassung werden die Mitglieder, die nicht von der Stadtverordnetenversammlung zu wählen sind, vom Bürgermeister ernannt; bei den Sparkassen der Gemeindeverbände erfolgen die Wahlen durch die gesetzlichen Organe derselben (Kreistag).

Die Verpflichtung zur Annahme der Wahl regelt sich nach den Bestimmungen der Gemeindeverfassungsgesetze über die Annahme von Ehrenämtern in der Gemeindeverwaltung. Die Amtszeit der Mitglieder wird verschieden sein, je nachdem es sich um hauptamtliche besoldete Mitglieder der Gemeindeverwaltung (Magistrat, Bürgermeister, Beigeordnete, Landrat, Amtmann) oder um gewählte ehrenamtliche Mitglieder handelt. Für erstere gelten die gesetzlichen Bestimmungen über ihr Hauptamt — lebenslängliche Anstellung, Wahl auf zwölf Jahre usw. —, auch ist die Abordnung der ernannten Mitglieder in den Vorstand durch den die Geschäfte der Gemeindeverwaltung verteilenden und beaufsichtigenden Bürgermeister jederzeit widerruflich, während die Wahlzeit der ehrenamtlichen Mitglieder durch die Gemeindeverfassungsgesetze oder die Satzung geregelt wird. So erlöschen in Preußen die Mandate der gewählten Mitglieder mit dem Ablauf der Wahlzeit der Gemeindevertretungen selbst. Diese haben nach jeder Neuwahl auch die Verwaltungsausschüsse, zu denen der Sparkassenvorstand gehört, neu zu wählen. Die Wahlzeit der Kreistagsmitglieder ist auf vier Jahre festgelegt; dasselbe wird durch die dem Landtag in Preußen vorliegende Städte- und Landgemeindeordnung voraussichtlich auch für die Stadtverordnetenversammlung und Gemeindevertretung angeordnet werden. Für die Wahl der Mitglieder der Verwaltungsausschüsse durch die Gemeindevertretungen gilt, sofern sie

nicht bei Einstimmigkeit durch Zuruf erfolgt, das System der Verhältniswahl. Dies bringt die Gefahr mit sich, daß die Auswahl der ehrenamtlichen Mitglieder für den Sparkassenvorstand mehr nach parteipolitischen Gesichtspunkten getroffen wird, während in erster Linie doch für die Auswahl die besondere Tüchtigkeit, Sachkenntnis, Vertrautheit mit den örtlichen Verhältnissen und Persönlichkeiten, Zuverlässigkeit, Unparteilichkeit und Bereitschaft, Zeit und Arbeit in ausreichendem Maße zu opfern, maßgebend sein sollten. So ist bei der vorläufigen Neuordnung des bayrischen Sparkassenwesens durch Ministerialerlaß vom 24. Januar 1923 hierüber bestimmt: „In den Sparkassenausschuß sollen hauptsächlich Personen gewählt werden, die volles Verständnis für die Aufgaben der Sparkasse besitzen und bei Wahrnehmung der Sparkassenbelange nicht in Widerstreit mit Pflichten gegenüber ihnen etwa nahestehenden andern Geldanstalten geraten." Enthält die Satzung hierfür noch besondere Beschränkungen, so sind diese bei der Ernennung der Mitglieder durch den Bürgermeister und bei der Wahl durch die Gemeindevertretungen zu berücksichtigen; so enthält eine Mustersatzung folgende Vorschrift: „Die Mitglieder des Vorstandes dürfen nicht als Unternehmer, persönlich haftende Gesellschafter, Vorstandsmitglieder oder Angestellte an andern Unternehmungen beteiligt sein, welche Spareinlagen oder Depositen annehmen." Auch bestimmt die Satzung, daß die Vorstandsmitglieder als Bürgen für Personalkredit nicht zugelassen werden dürfen. Nach den preußischen Gemeindeverfassungsgesetzen können die ehrenamtlichen Mitglieder des Sparkassenvorstandes auch durch die Gemeindevertretungen, die sie gewählt haben, jederzeit wieder aus diesem Amt abgerufen werden.

Die Vorstände der gemeindlichen Sparkassen haben die Stellung öffentlicher Behörden, so nach preußischem Recht, nach Satzung und Gesetz. Der Sparkassenvorstand vertritt die Sparkasse gerichtlich und außergerichtlich. Die Satzung und nötigenfalls das Landesgesetz wird auch bestimmen, durch wen die namens der Sparkasse auszustellenden die Sparkasse verpflichtenden Urkunden unterschrieben werden müssen: meist durch den Vorsitzenden oder seinen Stellvertreter und noch ein anderes Vorstandsmitglied unter Beifügung des Amtssiegels. Diese Urkunden gelten als öffentliche Urkunden, bedürfen keiner gerichtlichen oder notariellen Beglaubigung, auch nicht in Grundbuch- und Hypothekensachen.

Der Sparkassenvorstand ist eine kollegiale Behörde: seine Beschlüsse sind daher, soweit die Satzung nicht etwas anderes vorschreibt, grundsätzlich in Sitzungen zu fassen. Über die Form und die Notwendigkeit der Einberufungen, über die Voraussetzung der Beschlußfähigkeit beim Fehlen von Mitgliedern werden die Satzungen das Nötige enthalten. Die amtlichen Verhandlungen des Sparkassenvorstandes unterliegen der Amtsverschwiegenheit; zu dieser sind auch die ehrenamtlichen Mitglieder des Vorstandes verpflichtet. Im allgemeinen werden Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit zu fassen sein; ob bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag gibt oder der Antrag als abgelehnt gilt, richtet sich nach den Vorschriften der Satzung und der Gemeindeverfassungsgesetze; zuweilen wird in der Satzung auch Einstimmigkeit erfordert, so wenn Personalkredit über eine bestimmte Höhe hinaus ohne weitere Sicherheit gewährt werden soll. Schriftliche Abstimmungen unter den Mitgliedern des Vorstandes — durch Umlaufschreiben — werden nur mit ihrer Zustimmung für zulässig zu erachten sein, da jedes Mitglied ein Recht und ein Interesse daran hat, daß der Vorstand nach gemeinsamer Beratung und Besprechung seine Beschlüsse faßt und jedem Mitglied Gelegenheit gegeben wird, über den Gegenstand der Beschlußfassung erschöpfend unterrichtet zu sein und etwaige Bedenken zur Sprache zu bringen.

Die laufende Verwaltung der Sparkasse, die Kassengeschäfte können aber regelmäßig nicht vom Vorstand, sondern nur in der Sparkasse von den Beamten erledigt werden, denen die geschäftliche Leitung der Sparkasse und die Besorgung der laufenden Geschäfte anvertraut ist. Darüber, welche Geschäfte und Aufgaben vom Vorstand zu erledigen sind, welche von der Leitung und den sonstigen Beamten, sind Bestimmungen in der Satzung oder mindestens in einer auf Grund der Satzung aufzustellenden Geschäftsordnung nötig. In einer Mustersatzung werden folgende Aufgaben dem Vorstand gestellt: die Sparkasse nach Maßgabe der Satzung, für deren genaue Befolgung er verantwortlich, zu verwalten, Nebenkassen und Annahmestellen für Spareinlagen innerhalb des Bezirks der Sparkasse zu errichten, wenn satzungsmäßig Spareinlagen nur bis zu einem bestimmten Höchstsatze angenommen werden, ausnahmsweise auch höhere Einlagen nach seinem Ermessen zuzulassen, den Zinsfuß für Spareinlagen im Einvernehmen mit dem zuständigen Sparkassenverbande festzusetzen — bei Herabsetzung unter $2^1/_2$ % oder Erhöhung über $4^1/_2$ % jedoch nur mit Zustimmung der Körperschaften des Gewährverbands; in der neuesten Mustersatzung ist diese Einschränkung jedoch fortgelassen —, im Einzelfalle einen andern als den von der Sparkasse allgemein gewährten Zinssatz, eine zeitliche Beschränkung für die Dauer der Einlage oder eine besondere Kündigungsfrist zu vereinbaren, aus besonderen Gründen den Sperrvermerk für das Sparbuch oder die Spareinlagen außer Wirkung zu setzen, bei Verlust oder Vernichtung des Sparbuchs zu entscheiden, ob er das gerichtliche Aufgebot, wenn solches erforderlich wird, auf Kosten des Einlegers selbst bewirken oder den Berechtigten deshalb an das zuständige Gericht verweisen will, zur Förderung des Sparsinns besondere Einrichtungen zu beschließen, insbesondere die Einrichtung von Schulsparkassen, Fabriksparkassen, Vereinssparkassen, Pfennigsparkassen, Sparmarken, Heimsparbüchsen, Sparautomaten, Abholen von Spareinlagen, Sparprämien usw., den Depositen- und Kontokorrentverkehr neben dem eigentlichen Sparverkehr nach näherer Bestimmung des Vorstandes einzuführen, die Bedingungen für die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren und anderen Wertgegenständen und für die Vermietung von Sicherheitsfächern festzusetzen. Weitere Aufgaben des Vorstandes bei der Anlegung und Verwaltung der Sparkassenbestände sind: für die Gewährung und Bemessung der Hypotheken, Grund- und Rentenschulden den Wert der Grundstücke und Gebäude unter Berücksichtigung aller wertbestimmenden Umstände, insbesondere der Lage und Größe des Grundstücks, der Höhe der Feuerversicherung, des baulichen Zustandes der Gebäude, des letzten Erwerbspreises, des Pacht- und Mietertrags, bei landwirtschaftlichen Grundstücken des Grades der Kultur, durch Beschluß festzusetzen, bei Gewährung von Darlehen gegen Schuldschein, wobei eine oder mehrere sichere Personen als selbstschuldnerische Bürgen haften, die Zahlungsfähigkeit der Schuldner und Bürgen zu prüfen und jährlich nachzuprüfen; sollen aber Darlehen gegen einfachen Schuldschein ohne weitere Sicherheit von mehr als 50 000 Mark bewilligt werden, so darf dies nur auf Grund einstimmigen Beschlusses des Vorstandes unter Vorbehalt einer 14tägigen Kündigung geschehen; auch sind diese Darlehen halbjährlich vom Vorstand auf ihre Sicherheit zu prüfen. Der Vorstand

soll ferner wenigstens einmal im Jahre die Sparkasse prüfen oder durch ein beauftragtes Mitglied prüfen lassen, auch sollen alle Einlagewerte der Sparkasse mindestens einmal im Jahre vom Vorstand nachgeprüft werden; er soll sodann dafür sorgen, daß die Sparkasse in Zwischenräumen von höchstens drei Jahren der von dem zuständigen Sparkassenverband angeordneten fachmännischen Revision unterzogen wird; endlich hat der Vorstand zu beschließen, ob und in welcher Höhe für besondere Leistungen der Sparkasse Gebühren zu erheben sind.

Hieraus ergibt sich die Begrenzung der Aufgaben des Vorstandes einerseits gegenüber den gesetzlichen Organen des Gewährverbandes, andererseits gegenüber der Geschäftsleitung und den Beamten und Angestellten der Sparkasse. Sache der kommunalen Körperschaften ist es, die Satzung der Sparkasse zu beschließen und, soweit erforderlich, staatlich genehmigen zu lassen, ebenso die Änderungen der Satzung und die Aufhebung der Sparkasse zu beschließen; sie haben nach der Satzung ferner ihre Zustimmung zu erklären, wenn die Sparkasse sich an einem anderen geschäftlichen Unternehmen beteiligen und dieses Unternehmen im Interesse des Gewährverbandes dadurch gefördert werden soll. Sind vorübergehend verfügbare Gelder der Sparkasse anzulegen, so kann dies bei deutschen unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen und öffentlichen Bankanstalten, insbesondere bei der zuständigen Girozentrale geschehen, außerdem aber auch bei solchen Privatbanken, die von der zuständigen Körperschaftsvertretung (Magistrat) mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde zugelassen sind. Soweit die Überschüsse der Sparkasse nicht zu einer Sicherheitsrücklage anzusammeln, sondern zur freien Verfügung des Gewährverbandes zu halten sind, steht den gesetzlichen Organen desselben die Verfügung darüber zu.

Für die Stellung des Sparkassenvorstandes zu diesen Organen ist noch weiter zu beachten, daß da, wo, wie nach preußischem Gemeindeverfassungsrecht — auch nach den Entwürfen zu den neuen Gesetzen —, der Sparkassenvorstand als Verwaltungsausschuß ausführendes Organ des Gemeindevorstandes — nicht der Gemeindevertretung — ist, er dessen Weisungen zu befolgen und die ihm vom Magistrat, Gemeindevorstand erteilten Aufträge zu erledigen hat. Selbstverständlich wird das übergeordnete Gemeindeorgan sich aber dessen bewußt sein müssen, daß von diesem Recht nur in dringenden Ausnahmefällen und, wo es angängig ist, in schonender Form Gebrauch gemacht werden darf, damit das Verantwortungsgefühl, die Arbeitsfreudigkeit und das Interesse an der anvertrauten Verwaltung beim Vorstand und seinen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitgliedern nicht beeinträchtigt und das unschätzbare Gut der Selbstverwaltung bei ihnen hochgehalten wird.

Gegenüber der Geschäftsleitung und den Beamten der Sparkasse besteht zunächst die Aufgabe des Vorstandes darin, für die Kassengeschäfte und die Buch- und Rechnungsführung der Sparkasse, soweit dafür nicht bereits gesetzliche oder satzungsmäßige Vorschriften bestehen, die näheren Bestimmungen zu erlassen. Die Annahme, Anstellung, Besoldung und Versetzung der Beamten und Angestellten soll durch die verfassungsmäßigen Organe des Gewährverbandes — Magistrat, Bürgermeister, Gemeindevorstand, Kreisausschuß — erfolgen, aber in jedem Falle erst nach Anhörung des Sparkassenvorstandes. Wo ein besonderer Haushaltsplan für die Sparkasse aufgestellt werden muß, wird der Entwurf dazu von der Geschäftsleitung der Sparkasse aufzustellen, dem Vorstand zur Prüfung einzureichen und von den verfassungsmäßigen Vertretungen des Gewährverbandes festzusetzen sein; auch die Jahresrechnungen und Bilanzen sind von der Geschäftsleitung der Sparkasse zu entwerfen und dem Vorstande einzureichen; dieser hat die Prüfung und Entlastung durch die Gemeindekörperschaften herbeizuführen.

Vielfach ist der erste — leitende — Beamte der Sparkasse auch zugleich Mitglied des Vorstandes, mindestens empfiehlt es sich, ihn zu den Beratungen der Vorstandes regelmäßig hinzuzuziehen. Ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten beider liegt im wohlverstandenen Interesse der Sparkasse. Je umfangreicher und verwickelter namentlich die Kreditgeschäfte der Sparkasse werden, je schwieriger die richtige Einschätzung der Kreditwürdigkeit, der Werte der zu beleihenden Grundstücke und Lombarden, der Zahlungsfähigkeit von Schuldner und Bürgen sind, desto mehr sind Vorstand und Leitung der Sparkasse auf ein gutes Zusammenarbeiten angewiesen. Bei größerem Umfange der Sparkasse wird es notwendig, für die Bewilligung der Kredite oder einzelner Arten — Personal-, Lombardkredit — einen besonderen kleineren Ausschuß einzusetzen, dem der Leiter der Sparkasse angehören soll, damit in kleinerem, häufig und schnell einzuberufendem Kreise besonders geschäftskundiger Männer die zu treffenden Entscheidungen mit der gebotenen Sorgfalt und geschäftlich nötigen Schnelligkeit getroffen werden können. Die Satzung wird auch hierüber das Nähere enthalten, auch daß die von dem Ausschuß bewilligten Kredite dem Vorstande in der nächsten Sitzung zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen sind.

Einzelne Geschäfte der Sparkasse, die an sich zu den Verwaltungsaufgaben des Vorstandes gehören würden, werden, um diesen zu entlasten, einzelnen Personen zu übertragen sein, einige dem Leiter der Sparkasse, andere dem Dezernenten und Vorsitzenden des Vorstandes oder auch einzelnen Mitgliedern des Vorstandes; so ist der Leiter der Sparkasse vielfach zur Einklagung und zwangsweisen Beitreibung der rückständigen Zinsen, Tilgungsraten und sonstigen fälligen Forderungen ermächtigt und verpflichtet, ferner hat er meist die mit dem Hypothekenverkehr verbundenen laufenden Geschäfte bei Gericht und Notar zu erledigen. Auch hierüber werden Satzung und Geschäftsanweisung Näheres enthalten.

Der Vorstand hat zwar die amtliche Aufsicht über die Sparkasse und die Erledigung ihrer Geschäfte durch den Leiter und die sonstigen Beamten, hat aber als solcher kein Dienststrafrecht über diese; sie unterstehen nur denjenigen Dienststellen, die nach Landesrecht, insbesondere den Gemeindeverfassungsgesetzen, damit betraut sind, Bürgermeister, Gemeindevorstand, Landrat und staatlicher Kommunalaufsichtsbehörde.

Unterstehen die ehrenamtlichen Mitglieder des Vorstandes selbst dem Dienststrafrecht, sind sie Beamte? Diese Frage läßt sich nur auf Grund der Landesgesetze, insbesondere der Gemeindeverfassungs- und Beamtengesetze, beantworten. Die Mitglieder der Sparkassenvorstände in den preußischen Städten, die als unbesoldete Magistratsmitglieder abgeordnet sind, sind Beamte, aber auch die von der Stadtverordnetenversammlung in den Verwaltungsausschuß gewählt sind, gelten als Beamte, sind eidlich zu verpflichten. Ob sie aber dem Dienststrafrecht des Bürgermeisters wie andere Gemeindebeamte unterliegen, ist eine sehr umstrittene Frage. Da sie jederzeit von der Stadtverordnetenversammlung abberufen werden können, auch in der Lage sind, ihre Entlassung aus dem Ehrenamt zu fordern, so wird die Frage im allgemeinen keine solche Bedeutung haben wie bei den hauptamtlich angestellten Gemeindebeamten. Nach der Begründung zum Entwurf der neuen Städteordnung ist anzunehmen, daß die Mitglieder der Verwaltungsausschüsse die Stellung von Beamten haben sollen.

Ob sie berechtigt sind, vor Ablauf ihrer Wahlzeit ihre Entlassung aus ihrem Ehrenamt zu verlangen, und aus welchen Gründen, wer darüber zu entscheiden hat — die Gemeindevertretung, Stadtverordnetenversammlung, Kreistag —, richtet sich nach der Orts- und Landesgesetzgebung.

Dies gilt auch für das Verhältnis des Vorstandes und seiner Mitglieder zu den staatlichen Behörden, die mit der Gemeindeaufsicht und der besonderen Sparkassenaufsicht betraut sind. Die Sparkassenangelegenheiten gelten als Selbstverwaltungsangelegenheiten der Gemeinden und Gemeindeverbände im engeren Sinne, nicht als staatliche Auftragsangelegenheiten, sie sind daher von den zuständigen Gemeindeorganen unter eigener Verantwortung und nach eigenem Ermessen zu erledigen; daher haben die staatlichen Behörden kein Recht, Anweisungen für ihre Erledigung zu erlassen, soweit nicht durch die Landesgesetze, z. B. in Preußen durch das Sparkassenreglement von 1838, den staatlichen Behörden entsprechende Rechte vorbehalten sind. Glaubt die staatliche Behörde Anlaß zum Eingreifen zu haben, so wird sie ihre Anordnung in der Regel wohl an diejenige Stelle des Gewährverbandes richten, die für die gesamte Verwaltung der Gemeinde verantwortlich ist — Magistrat, Bürgermeister, Landrat —, und so wird sie durch diese an den Vorstand der Sparkasse gelangen. Der Vorstand ist dann aber als ausführendes Organ des Gemeindevorstandes, Landrats verpflichtet, dessen Anordnungen nachzukommen, hat aber dann auch keine Verantwortung für die aufgetragene Maßnahme.

In welchem Umfange kann der Vorstand, können dessen Mitglieder für Schäden verantwortlich gemacht werden, die durch Beschluß des Vorstands oder einzelne Handlungen, Unterlassungen oder Erklärungen seiner Mitglieder entstanden sind? Es kann sein, daß der Schaden bei der Sparkasse selbst, also beim Gemeindevermögen entstanden ist, der Schadensersatzanspruch also der Sparkasse, dem Gewährverband zusteht; oder aber der Schaden ist bei einem Dritten entstanden, der mit der Sparkasse in Geschäftsverbindung steht und sich durch die Sparkasse geschädigt glaubt. Voraussetzung für jede Haftung ist, daß eine rechtswidrige Handlung oder Unterlassung und ein Verschulden — Absicht oder Fahrlässigkeit — vorliegt. Dies Verschulden kann darin bestehen, daß gegen die Bestimmungen der Gesetze oder der Satzung verstoßen ist oder daß diejenige Sorgfalt und Aufmerksamkeit außer acht gelassen ist, die nach Lage des Falles bei Erledigung der betreffenden Sparkassengeschäfte pflichtmäßig geboten war, z. B. bei der Prüfung der Kreditwürdigkeit eines Sparkassenschuldners, des Werts der angebotenen Pfänder und Lombarden, der Nachprüfung der Sicherheit der Hypotheken und der Personalkredite. Die Möglichkeiten solcher Schädigungen der Sparkasse sind in neuerer Zeit wesentlich dadurch vermehrt, daß der Geschäftskreis der Sparkassen erheblich erweitert ist und daß ein schuldhaftes Versehen z. B. auch bei dem An- und Verkauf, bei der Verwaltung von Wertpapieren, im Wechsel- und Giroverkehr unterlaufen kann. Ist hierbei ein Dritter geschädigt, liegt ein schuldhaftes Versehen der Sparkasse, ihrer verfassungsmäßigen Vertreter vor, haftet die Sparkasse für diesen Schaden, so entsteht die Frage, an wen die Sparkasse, der Gewährverband Rückgriff nehmen kann. Der Fall des Art. 131 der Reichsverfassung: „Verletzt ein Beamter in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder die Körperschaft, in deren Dienst der Beamte steht", wird in Sparkassenangelegenheiten wohl kaum gegeben sein, weil die Sparkasse der „öffentlichen Gewalt" entbehrt, weil ihre Geschäfte nicht durch die Amtsgewalt dem Dritten gegenüber beherrscht werden, nicht Hoheitsakte, sondern durchweg privatrechtliche Geschäfte sind, die auf freier Vereinbarung beruhen, die Sparkasse auch keine Zwangsgewalt bei der Einziehung der Zinsen und Gebühren hat, sondern hier die Bestimmungen des bürgerlichen Rechts maßgebend sind. Die Haftung des Vorstandes und seiner Mitglieder wird daher im wesentlichen von den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs geregelt. Nach §§ 31, 89 ist die Sparkasse, also der Gewährverband für den Schaden verantwortlich, den der Vorstand, ein Mitglied des Vorstandes durch eine in Ausführung der ihm zustehenden Verrichtung begangene, zum Schadensersatz verpflichtende Handlung einem Dritten zufügt. Hat der Sparkassenvorstand als Willensorgan der Sparkasse, des Gewährverbandes bei Erledigung von Sparkassenangelegenheiten dem Dritten in rechtswidriger Weise schuldhaft Schaden zugefügt, so haftet der Gewährverband. Nach § 831 BGB. haftet er aber auch, wenn der Sparkassenvorstand in Ausführung der Verrichtungen, zu denen er vom Gewährverband bestellt war, einem Dritten widerrechtlich einen Schaden zufügt, für diesen Schaden. Es ist der Fall denkbar, daß der Sparkassenvorstand nicht als Vertreter der Sparkasse, nicht als Willensorgan des Gewährverbandes mit dem Dritten in Geschäftsverkehr tritt, sondern nur in Ausführung seiner Aufgaben einem Dritten Schaden zufügt, z. B. durch Verletzung des Amtsgeheimnisses. Nach § 831 BGB. würde der Gewährverband ausnahmsweise nicht haften, wenn er bei der Auswahl der Vorstandsmitglieder und bei der Leitung der Geschäfte die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet hat oder wenn der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt entstanden sein würde. Auch hat der Gewährverband nach § 278 BGB. als Schuldner ein Verschulden seines gesetzlichen Vertreters und der Person, deren er sich zur Erfüllung seiner Verbindlichkeit bedient, in gleichem Umfange zu vertreten wie eigenes Verschulden.

Der Gewährverband kann sich im Wege des Rückgriffs an den Vorstand oder an die verantwortlichen und schuldigen Mitglieder des Vorstandes halten. Liegt der Fall des § 131 der Reichsverfassung vor, ist also einem Dritten in Ausübung der öffentlichen Gewalt durch Pflichtverletzung ein Schaden zugefügt, so haftet der Beamte auf Grund dieses Paragraphen und der entsprechenden Gesetzgebung, in Preußen des Beamtenhaftpflichtgesetzes vom 1. August 1909. Liegt kein Hoheitsakt vor, kein Mißbrauch öffentlicher Gewalt, so greifen die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die privatrechtliche Haftung des Bevollmächtigten, des Beauftragten gegenüber dem Geschäftsherrn, dem Auftraggeber, wegen schuldhafter rechtswidriger Ausführung oder Nichtausführung des Auftrags und die sonstigen Bestimmungen wegen Verletzung von Vertragspflichten Platz.

Der Vorstand kann aber auch unmittelbar dem Dritten haftbar sein. § 839 BGB. bestimmt: „Verletzt ein Beamter vorsätzlich oder fahrlässig die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so hat er dem Dritten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Fällt dem Beamten nur Fahrlässigkeit zur Last, so kann er nur dann in Anspruch genommen werden, wenn der Verletzte nicht in anderer Weise Ersatz zu erlangen vermag." Handelt es sich um einen bloßen Rat oder eine Empfehlung, die einem Dritten erteilt ist, so ist der Vorstand oder dessen Mitglied zum Ersatz des aus der Befolgung des Rats oder der Empfehlung entstehenden Schadens nicht verpflichtet, es müßte denn sein, daß der Rat oder die Empfehlung sich als unerlaubte Handlung — arg-

listige Schädigung — darstellt oder bei Begründung oder Erfüllung eines Vertragsverhältnisses, z. B. beim Auftrag zum An- oder Verkauf von Wertpapieren, erteilt ist und hierbei ein vertretbares Verschulden untergelaufen ist.

Liegt ein Beschluß des Vorstandes vor, so bestimmt § 840 BGB., daß jeder für den Schaden haftet, den mehrere durch eine gemeinschaftlich begangene unerlaubte Handlung verursacht haben. Der Geschädigte kann die Leistung nach seinem Belieben von jedem der Schuldner ganz oder zum Teil fordern, er kann aber die Leistung nur einmal fordern. Die Gesamtschuldner sind im Verhältnis zueinander zu gleichen Anteilen verpflichtet. Hiernach haften aber nur diejenigen Vorstandsmitglieder, denen bei dem Beschluß eine Pflichtverletzung zur Last fällt, diese aber als Gesamtschuldner. Wer an dem Beschluß nicht teilgenommen hat, in der betreffenden Sitzung nicht anwesend gewesen ist oder gegen den Beschluß gestimmt hat, scheidet aus der Gesamtschuldnerschaft aus. Trägt ein einzelnes Mitglied die Schuld, z. B. durch unrichtigen Vortrag, Vorbereitung, Fassung oder Ausführung des Kollegialbeschlusses, so haftet es allein. Hat das einzelne Vorstandsmitglied bei Erteilung eines von ihm übernommenen Auftrags, etwa der Nachprüfung der Sicherheit der Hypotheken und Lombarden und Personalschuldner, seine Pflichten verletzt und der Sparkasse dadurch Schaden erwachsen lassen, so haftet es dafür in vollem Umfange.

Vorstehende, wegen Raummangels vielfach nur andeutende und nicht erschöpfende Darstellung läßt ersehen, wie umfangreich und wichtig die Anforderungen geworden sind, die an jedes Mitglied des Sparkassenvorstandes, namentlich bei größeren Sparkassen mit erweitertem Geschäftskreise, in neuerer Zeit gestellt werden müssen. Die Aufgaben sind aber nicht nur schwierig und verantwortungsvoll, sondern auch dankbar, für die Allgemeinheit nützlich und ehrenvoll. Mögen sie stets opferwillige, tüchtige Bürger finden!

5. Die Beamtenschaft.

Von **Ziegler**, Sparkassendirektor, Berlin-Schöneberg.

I. Rechtliche Stellung.

Die Beamten der öffentlichen Sparkassen sind Gemeindebeamte und als solche mittelbare Staatsbeamte. In Preußen ist für das Beamtenverhältnis maßgebend das Gesetz, betreffend die Anstellung und Versorgung der Kommunalbeamten, vom 30. Juli 1899. Die Anstellung als Beamter erfolgt nach § 1 dieses Gesetzes durch Aushändigung einer Anstellungsurkunde. Versetzung in ein anderes Amt desselben Kommunalverbandes von nicht geringerem Range ist zulässig (§ 87 des Disziplinargesetzes). Durch Ortsstatut — in den Kreisen Beschluß des Kreistages — kann bestimmt werden, daß die Sparkasse zu den Betriebsverwaltungen gerechnet wird. Für Betriebsbeamte findet der Grundsatz der lebenslänglichen Anstellung nur Anwendung, wenn der Kommunalverband dies beschließt; ist das nicht der Fall, ist das Beamtenverhältnis ein kündbares. Für die Kautionsstellung gilt noch Nr. 18 des preußischen Reglements vom 12. Dezember 1838, in dem es heißt: „In jedem Statut ist auch wegen . . . der dabei zu beschäftigenden Personen, ihrer Anstellung und der von ihnen zu leistenden Kautionen . . . die erforderliche Bestimmung aufzunehmen.“ Das gilt für die Anstellung nur insoweit, als den Vorschriften des Kommunalbeamtengesetzes nicht entgegengehandelt wird (§ 25). Ein Zwang zur Kautionsstellung besteht nicht. Die Regelung ist dem freien Ermessen des Kommunalverbandes durch die Satzung überlassen. Der preußische Ministerialerlaß vom 16. November 1909 gibt die Ermächtigung, bei satzungsmäßig geregelter, ordnungsmäßiger Geschäftsführung (Gegenbuchführung) auf Gemeindebeschluß von der Kautionsstellung abzusehen. Ein Erlaß des preußischen Ministers des Innern vom 5. Februar 1875 empfiehlt neben dem Rendanten die Anstellung von Kontrolleuren. In den Satzungen werden zumeist nur diese beiden Beamten genannt. Der preußische Ministerialerlaß vom 30. September 1902 forderte die Einrichtung einer geordneten Gegenbuchführung bei sämtlichen kommunalen Sparkassen. Mindestens bei allen größeren und mittleren Sparkassen (mit einem Einlagenbestande von mehr als 2 Millionen Mark) ist ein Gegenbuchführer im Hauptamt anzustellen. Die neue, von der Zentralstelle des Deutschen Sparkassenverbandes herausgegebene, vom preußischen Minister des Innern gebilligte Mustersatzung besagt (§ 6): „Die Kassengeschäfte und die Buch- und Rechnungsführung der Sparkasse besorgen unter Leitung des ersten Beamten die hierfür bestimmten Beamten und Angestellten nach Maßgabe der Satzung und der vom Vorstande erlassenen Bestimmungen.“ Weiter heißt es daselbst: „Die Annahme, Anstellung, Beförderung und Entlassung der Beamten und Angestellten der Sparkasse und die Regelung ihrer Anstellungsbedingungen erfolgt durch die verfassungsmäßigen Organe der städtischen Verwaltung (Kreisverwaltung) nach Anhörung des Sparkassenvorstandes. Die Besoldung der Beamten und Angestellten erfolgt in Form fester Jahres- oder Monatsgehälter. Vorübergehende Versetzungen von Beamten und Angestellten der Sparkasse in andere Verwaltungsstellen der städtischen Verwaltung (Kreisverwaltung) sollen in der Regel nicht stattfinden und nur mit Zustimmung des Sparkassenvorstandes erfolgen.“ Durch die Satzung können den Beamten, vor allem den leitenden (Direktor, Rendant), bestimmte Aufgaben über die Vertretung der Sparkasse (z. B. bei Vollziehung von Urkunden, Einklagung von Forderungen als Mitglieder besonderer Ausschüsse, wie beispielsweise für Darlehns- und Kreditgewährung usw.) übertragen werden. Sparkassenbeamte können auch Mitglieder des Vorstandes (Verwaltungsrats) sein. Für Preußen kommt der Ministerialerlaß vom 16. Juli 1921 in Betracht; er lautet:

„Die Regelung der Beamten- und Angestelltenverhältnisse bei den öffentlichen Sparkassen hat, wie diejenige der inneren Verwaltung der Sparkasse überhaupt, durch die Satzung zu erfolgen. Insbesondere sind darin Bestimmungen über die dienstliche Stellung des Leiters des inneren Geschäftsbetriebes (Rendanten, Sparkassendirektors) zu treffen. Es wird der Sachlage entsprechen, wenn die Bezeichnung „Sparkassendirektor“ nur den Leitern größerer Sparkassen beigelegt wird, deren Tätigkeit über den Geschäftskreis des täglichen Ein- und Auszahlungsverkehrs erheblich hinausgreift und nur dessen obere Leitung umfaßt, derart, daß mindestens ein Rendant und ein Gegenbuchführer mit der entsprechenden Zahl von Buchhaltern und sonstigen Angestellten dem Sparkassendirektor untersteht.

Was die Frage der Mitgliedschaft des leitenden Sparkassenbeamten im Kuratorium (Vorstand, Verwaltungsrat) der Sparkasse betrifft, so habe ich volles Verständnis für den Wunsch dieser Beamten, im Kuratorium der Sparkasse mit Sitz und Stimme vertreten zu sein. Auch wird die nötige Eignung zweifellos hierfür vielfach vorhanden sein. Andererseits verlangt jedoch der überragende Gesichtspunkt der unbedingten Sicherheit der Sparkasse die Aufrechterhaltung der Unterscheidung zwischen der Verwaltung der Sparkasse einerseits und ihren Aufsichtsinstanzen andererseits.

Mit dieser organischen Gestaltung der Sparkassenverwaltung würde es grundsätzlich schwer vereinbar sein, den leitenden Beamten mit Sitz und Stimme in dem Kuratorium auszurüsten. Es wird vielmehr regelmäßig angezeigt sein und genügen, seine fachlichen Kenntnisse und seine Vertrautheit mit den örtlichen und persönlichen Verhältnissen für die

Beratungen und Beschlüsse des Kuratoriums dadurch nutzbar zu machen, daß er mit beratender Stimme zu den Sitzungen zugezogen wird. Lediglich in den wenig zahlreichen Fällen, wo der Sparkassendirektor einer großen kommunalen Sparkasse von dem eigentlichen Tagesgeschäft vollkommen losgelöst ist, wo die unmittelbare Verantwortung für die Kassenbestände und Effekten nicht er, sondern ein ihm unterstellter Beamter trägt, wird es ausnahmsweise gerechtfertigt werden können, ihm Sitz und Stimme im Kuratorium einzuräumen. — IV b 2049."

Ferner heißt es in dem Ministerialerlaß vom 27. Januar 1922 über die Mustersatzung für Sparkassen zum § 3, der nach dem Entwurf der Zentralstelle über die Zusammensetzung des Vorstandes die Zugehörigkeit des ersten Beamten (Direktor, Rendant) vorgesehen hatte:

> „1. Im § 3 Absatz 1 c bleibt der Runderlaß vom 16. Juli 1921 — IV b 2049 — zu beachten, wonach der erste Beamte (Rendant, Sparkassendirektor) der Sparkasse an den Beschlüssen des Vorstandes in der Regel nur mit beratender Stimme zu beteiligen ist, dem Vorstande als Mitglied dagegen nicht angehören soll.
>
> 2. Dementsprechend würden im § 5 Absatz 3 Zeile 3 die Worte „dem ersten Beamten" in Fortfall kommen. Dagegen erscheint es zweckmäßig, daß der erste Beamte an den Verhandlungen des Ausschusses ebenfalls stets mit beratender Stimme teilnimmt."

In einem Falle war einem leitenden Sparkassenbeamten, der bisher Sitz und Stimme im Sparkassenvorstand hatte, durch eine neue Satzung die letztere genommen; er sollte nur noch beratendes Mitglied sein. Der Beschluß war aus parteipolitischen Erwägungen gefaßt worden; man befürchtete, daß Landrat und Sparkassenleiter ihre Ansichten gegen die Mehrheit durchsetzen könnten. Die Gewerkschaft der Sparkassenbeamten wies nach, daß diese Ansicht abwegig sei, parteipolitische Gründe überhaupt nicht in wirtschaftlichen Angelegenheiten mitzusprechen hätten, die Vermehrung der Zahl der Vorstandsmitglieder den befürchteten Einfluß jederzeit illusorisch machen würde und hier ein wohlerworbenes Recht in Frage käme. Der Oberpräsident entschied dann auch zugunsten des Sparkassendirektors, da die Größe der Kreissparkasse und die Tätigkeit des von dem eigentlichen Kassengeschäft losgelösten Kassenleiters als gegebene Voraussetzungen ihn nach wie vor zum stimmberechtigten Vorstandsmitglied befähigten. (Januar 1922.)

Der Entwurf des neuen badischen Sparkassengesetzes sieht vor, daß der leitende Beamte und der Gegenbuchführer dem Verwaltungsrat angehören müssen.[1])

In bezug auf die Besoldung, das Ruhegehalt und die Hinterbliebenenversorgung gelten in Preußen die Vorschriften des Gesetzes vom 8. Juli 1920, betreffend die vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindebeamtenrechts. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind nach diesem Gesetz verpflichtet, die Besoldung der hauptamtlich angestellten Beamten mit Rückwirkung vom 1. April 1920 dergestalt neu zu regeln, daß die Bezüge den Grundsätzen des Beamten-Diensteinkommengesetzes und des Beamten-Ruhegehaltgesetzes vom 7. Mai 1920 und den für die Bemessung der Bezüge der unmittelbaren Staatsbeamten hierbei maßgebend gewesenen Gesichtspunkten entsprechen. Die Regelung mußte nach § 2 des Gesetzes längstens innerhalb dreier Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes erfolgen. Weiteres hierüber wird unter dem Abschnitt „Besoldung" ausgeführt.

Als Gemeindebeamte haben die Sparkassenbeamten in vermögensrechtlicher Beziehung einen Rechtsanspruch an die Gemeinde. Die Besoldung kann direkt aus der Sparkasse, sie kann aber auch aus dem kommunalen Haushalt gezahlt werden; in letzterem Falle wird im Sparkassenhaushalt bezw. in der Sparkassenrechnung nur die Gesamtsumme der Besoldungen erscheinen. Über die Arbeitszeit gelten in Preußen die Bestimmungen des Ministerialerlasses vom 25. April 1921 (wöchentlich 48 Stunden).

Die nicht beamteten Angestellten stehen zur Gemeinde (Gemeindeverband) im Privatdienstverhältnis. Für sie sind maßgebend die Bestimmungen des bürgerlichen Rechts und die Beschlüsse der Gemeinde. Die Anwendung der Bestimmungen des Handelsrechts über Handlungsgehilfen und Handlungslehrlinge ist in das freie Ermessen der Kommunalverbände gestellt. Bezüglich der Besoldung bestimmt das obenbezeichnete preußische Gesetz vom 8. Juli 1920, daß die den Beamten gleichzuachtenden ständig Angestellten wie jene zu behandeln sind. Die ständig Angestellten haben Ruhegehaltsanspruch wie die Beamten, wenn sie die erforderliche Dienstzeit zurückgelegt haben.

[1]) inzwischen Gesetz geworden und am 20. Juli 1923 verkündet.

Die in den Sparkassen beschäftigten Hilfskräfte stehen im freien Arbeitsverhältnis. Die Kündigung kann je nach Dauer der Beschäftigung eine tägliche, mehrwöchige oder monatige sein, sie richtet sich nach dem Tarifvertrag. Die Arbeitszeit darf die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten. In Betracht kommen für das Arbeitsverhältnis die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches und des neuen Arbeitsrechts (Verordnungen vom 17. November und 12. Dezember 1918, 18. März 1919), vor allem die Verordnung über Tarifverträge und die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23. Dezember 1918 mit den nachfolgenden Änderungen. Nach dem Kriege waren für die Einstellung, Weiterbeschäftigung, Entlohnung und Entlassung maßgebend die Verordnungen über die wirtschaftliche Demobilmachung (insbesondere Verordnung vom 12. Februar 1920); diese Verordnungen gelten zum Teil noch, zum Teil sind sie aufgehoben oder durch besondere Bestimmungen ersetzt worden. Aus der Kriegszeit besteht noch die Verordnung des Bundesrats vom 3. Mai 1917 über die Verpflichtung neueingestellter Arbeitskräfte zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Obliegenheiten sowie zur Verschwiegenheit über die infolge ihrer Tätigkeit erlangten Kenntnisse über Einrichtungen und Maßnahmen der Behörde sowie über fremde Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse.

Schwerbeschädigte Kriegsteilnehmer müssen bei der Einstellung bevorzugt werden; ein bestimmter Prozentsatz der gesamten Stellen muß mit ihnen besetzt werden (Gesetz vom 6. April 1920). Von großer Wichtigkeit ist das Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920, das einschneidende Bestimmungen über die Einstellung von Arbeitnehmern, Entlassungen und Kündigungen unter Mitwirkung der aus Wahlen der Arbeitnehmer hervorgegangenen Betriebsvertretung enthält; auch bei der tariflichen Regelung, bei Bemessung der Entlohnung und bei der Arbeitsordnung sind den Betriebsvertretungen gewisse Funktionen übertragen. In allen Betrieben mit mindestens 20 Arbeitnehmern muß ein Betriebsrat, in kleineren ein Betriebsobmann vorhanden sein. Aufgabe des Betriebsrats ist es u. a., die Betriebsleitung unterstützend und fördernd, für einen möglichst hohen Stand und möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen, an der Einführung neuer Arbeitsmethoden mitzuarbeiten und den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren. — Für die Sparkasse kann bei Vorhandensein der Mindestzahl von Arbeitnehmern ein besonderer Betriebsrat gebildet werden, sonst werden die entsprechenden Funktionen vom Betriebsrat des Kommunalverbandes wahrgenommen.

Die Beamten und Angestellten haben innerhalb der durch die Gesetze zugelassenen Grenzen strenge Amtsverschwiegenheit zu beobachten.

Die Vorschriften über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe (Verordnung vom 5. Februar 1919) finden auf die Sparkassenbeamten und Angestellten Anwendung.

II. Sparkassenpersonal.

(Allgemeines, Zusammensetzung des Beamtenkörpers, Leitung.)

Im Zusammenhange mit der Stellung des Personals sei hier auf eine vom Bunde Deutscher Sparkassenbeamten im Jahre 1920 veranstaltete statistische Erhebung über Zahl der Beamten, Anwärter, Angestellten und Hilfskräfte mit Unterfragen über Gewinnbeteiligung, Stellung des Leiters zum Vorstande und Amtsbezeichnung des Leiters hingewiesen. Leider versagte Bayern, von wo nur drei Antworten eingingen. In dem durch die Gebietsabtretungen verringerten Reichsgebiet bestanden damals 2418 Sparkassen (ohne Posen, Elsaß-Lothringen und Bayern — letzteres wegen der fehlenden Antworten —). Geantwortet hatten 1374 Kassen = 56 %; daran waren beteiligt:

Hessen	mit 100 %,	Rheinprovinz	mit 75 %,
Hannover	„ 83 %,	Württemberg	„ 74 %,
Schlesien	„ 82 %,	Ost- und Westpreußen	„ 65 %,
Brandenburg mit Berlin	„ 76 %,	Baden	„ 62 %,

Thüringen .... mit 54 %,	Mecklenburg ...... mit 50 %,
Provinz Sachsen ... „ 54 %,	Freistaat Sachsen ... „ 45 %,
Pommern .... „ 54 %,	Westfalen mit Lippe . „ 37 %,
Hessen-Nassau..... „ 50 %,	Schleswig-Holstein .. „ 10 %.

Erst nachträglich gingen noch die Antworten aus der Grenzmark ein.

A. Personalstatistik.

Anzahl der Sparkassen	Freistaaten — Landesteile	Beamte	Anwärter	Dauernd Angestellte	Hilfskräfte	Gesamtsumme	Andere Kassen wurden mitverwaltet in Fällen
1	2	3	4	5	6	7	8
94	Brandenburg mit Berlin	569	115	287	1 057	2 028	7
169	Rheinprovinz ...	624	193	411	433	1 661	11
157	Hannover	452	59	363	479	1 353	6
142	Sachsen - Thüringen	492	81	266	309	1 148	13
158	Schlesien	525	71	444	28	1 068	30
165	Freistaat Sachsen	492	177	149	124	942	10
81	Ost- und Westpreußen	253	57	193	348	851	12
97	Westfalen, Lippe und Waldeck. .	324	91	202	116	733	—
90	Baden	342	44	181	151	718	—
51	Pommern	219	34	157	88	498	4
34	Hessen	179	41	112	150	482	—
47	Württemberg ...	120	7	59	98	284	—
25	Schlesw.-Holstein	100	21	100	49	270	—
44	Hessen-Nassau . .	80	8	19	46	153	—
19	Grenzmark	52	8	23	55	138	5
20	Mecklenburg ...	37	6	30	23	96	1
1 393	**Zusammen . .**	**4 860**	**1 018**	**2 996**	**3 554**	**12 428**	**99**
oder vom Hundert ...		*39*	*8*	*24*	*29*	*100*	7

Besonders bemerkenswert ist, daß bei einem Personal von 12 423 Köpfen noch 3554 Hilfskräfte, also fast 29 %, vorhanden sind. Hierbei muß noch berücksichtigt werden, daß die Angaben über die Hilfskräfte in der Provinz Schlesien zweifellos zu niedrig sind. Durch einen besonderen Formulardruck ist in Schlesien die Unterfrage „Hilfskräfte" ausgelassen worden. Besonders ungünstig sind die Verhältnisse in Brandenburg, wo sich der Einfluß Groß-Berlins zeigt. Hier sind über 50 % Hilfskräfte.

B. Gewinnbeteiligung der Beamten.

Anzahl der Sparkassen	Freistaaten — Landesteile	Gewinnbeteiligung des Leiters	des Gegenbuchführers	aller Beamten	Sparkassen mit Gewinnbeteiligung v. H. der Gesamtzahl
		fand statt bei Kassen			
1	2	3	4	5	6
20	Mecklenburg	13	1	—	65
97	Westfalen	19	2	—	20
25	Schleswig-Holstein . .	4	1	—	16
94	Brandenburg	12	2	—	13
157	Hannover	18	3	—	11
158	Schlesien	16	4	—	10
142	Sachsen-Thüringen . .	15	6	—	10
81	Ost- und Westpreußen	8	—	1	10
169	Rheinprovinz	12	1	2	7
34	Hessen	1	—	—	3
44	Hessen-Nassau	1	—	—	2
51	Pommern	1	—	—	2
47	Württemberg	—	1	—	2
165	Freistaat Sachsen . .	—	—	—	—
90	Baden	—	—	—	—
19	Grenzmark	—	—	—	—
1 393	**Zusammen . .**	**120**	**21**	**3**	**9**

In Baden ist die Gewinnbeteiligung verboten.

Wie aus der Tabelle ersichtlich, ist in Mecklenburg bei der überwiegenden Anzahl der Sparkassen eine Gewinnbeteiligung des Leiters vorgesehen. Alle anderen Länder fallen ganz auffallend dagegen ab. Alle Beamten sind nur bei drei Kassen in Ost- und Westpreußen und in der Rheinprovinz beteiligt.

C. Stellung des Leiters zum Vorstand.

Anzahl der Sparkassen	Freistaaten — Landesteile	Der Leiter hat Sitz und Stimme im Vorstand bei Kassen überhaupt	v. H. der Sp. 1
1	2	3	4
34	Hessen	24	71
90	Baden	48	53
165	Freistaat Sachsen	51	31
97	Westfalen	22	23
25	Schleswig-Holstein	5	20
169	Rheinprovinz	28	17
142	Sachsen-Thüringen	24	17
157	Hannover	24	15
47	Württemberg	6	13
81	Ost- und Westpreußen	9	11
94	Brandenburg	9	10
51	Pommern	5	10
44	Hessen-Nassau	3	7
158	Schlesien	10	6
20	Mecklenburg	1	5
19	Grenzmark	—	—
1 393	**Zusammen . .**	**269**	**19**

Nach dieser Tabelle ist die Stellung des Leiters der Sparkassen im Westen bedeutend günstiger als im Osten. Hessen steht hier an erster Stelle. Auffallend ist nur, daß Hessen-Nassau sehr schlecht abschneidet, wenn man die Verhältnisse in den benachbarten Ländern dagegen sieht. Für Deutschland ist der Prozentsatz recht niedrig, nämlich 19 %.

D. Amtsbezeichnung des Leiters.

Anzahl der Sparkassen	Freistaaten — Landesteile	„Direktor" ist Amtsbezeichnung bei Kassen überhaupt	v. H. der Sp. 1
1	2	3	4
34	Hessen	13	38
169	Rheinprovinz	54	32
97	Westfalen	27	28
157	Hannover	43	27
81	Ost- und Westpreußen ...	21	26
47	Württemberg	12	26
25	Schleswig-Holstein	6	24
51	Pommern	12	24
90	Baden	21	23
94	Brandenburg	22	23
142	Sachsen-Thüringen	24	17
19	Grenzmark	3	16
165	Freistaat Sachsen	17	10
20	Mecklenburg	2	10
158	Schlesien	15	9
44	Hessen-Nassau	1	2
1 393	**Zusammen . .**	**293**	**21**

Auch hier zeigt sich fast dasselbe Verhältnis wie nach Tabelle C. Hessen an der Spitze, Hessen-Nassau an letzter Stelle. Der Westen ebenfalls bevorzugt. Der Reichsdurchschnitt ist etwas höher, nämlich 21 %.

Zum Schluß sei noch auf einige Besonderheiten bei einzelnen Sparkassen hingewiesen. Verschiedentlich ist in den Vorständen die Aufnahme des Leiters als Mitglied mit Sitz und Stimme beschlossen, jedoch von der Aufsichtsbehörde zum Teil mit Rücksicht auf die kommende Änderung der Sparkassengesetzgebung nicht genehmigt worden.

Bei einer Kasse erhält der Kassierer eine höhere Gewinnbeteiligung (bis zu 2½ %) als der Leiter. In einer Sparkasse im Freistaat Sachsen beträgt die Dienstzeit der Beamten durchschnittlich 10 bis 12 Stunden, die Kassenstunden für das Publikum sind hierbei 8 Stunden! Eine Kasse teilt mit, daß die Amtsbezeichnung des Leiters je nach Ansicht des Vorsitzenden Rendant, Rechnungsführer oder Berechner ist. Endlich ist es einer anderen Kasse zweifelhaft, wer Leiter ist, da der erste Beamte nicht einmal die Posteingänge öffnet, auch nicht über Wertbriefe quittieren darf.

Nach dem Sparkassenkalender für 1922 bestanden 2726 Sparkassen ohne den Unterverband Niederbayern (dieser umfaßte 1918 nur 17 Sparkassen). Danach und unter Berücksichtigung der Erweiterung verschiedener Geschäftszweige ist gegenwärtig mit einem Personal von 25000 bis 30000 Köpfen bei allen kommunalen deutschen Sparkassen zu rechnen. Innerhalb der einzelnen Geschäftszweige hat sich eine Wandlung vollzogen: die alte Spartätigkeit ist ganz bedeutend zurückgegangen, so daß das Personal der Sparabteilungen wohl überall vermindert worden ist, dagegen sind die bankmäßigen Geschäftszweige immer weiter gewachsen und haben steigenden Personalbedarf gehabt. Diese Abteilungen haben das überzählig gewordene Sparkassenpersonal aufgenommen und darüber hinaus noch Kräfte aus anderen Betrieben und vom freien Arbeitsmarkte. Brauchbare Hilfskräfte und Dauerangestellte sind in das Beamtenverhältnis übernommen worden, zum Teil als Ersatz für ausgeschiedene Beamte, zum Teil infolge der Arbeitsvermehrung und um Abwanderungen in Privatbetriebe vorzubeugen. Die Verleihung der Beamtenschaft war vielfach dringend notwendig, um ein festes Gefüge zu erhalten und der immer mehr zunehmenden Abwanderung zu den Privatbanken entgegenzuwirken. Die Sparkassen sind zu Ausbildungsstätten für die Girozentralen (auch diese leiden unter Personalmangel) und die Privatbanken — besonders auch für die Großbanken — geworden. So anerkennenswert diese Tatsache einerseits sein mag, auf der anderen Seite wirkt sie höchst erschwerend auf die Geschäftsführung, denn die Bewegung geht über einen erträglichen Prozentsatz hinaus und hat sich zum Dauerzustand entwickelt. Um dem Übel zu steuern, ist Heraushebung aus der Schablone der Verwaltung und gesonderte Behandlung mit guter Besoldung notwendig (vergl. Abschnitt: Besoldungsverhältnisse).

Die am 30. Oktober 1919 in Oeynhausen beschlossene Satzung des Deutschen Sparkassenverbandes sieht u. a. die Hebung der Stellung der Sparkassenbeamten als eine Aufgabe des Verbandes vor, und zwar ist den Unterverbänden diese Aufgabe ausdrücklich übertragen worden. Der rührige Rheinisch-Westfälische Sparkassenverband hatte diese wichtige Angelegenheit sogleich in Angriff genommen und den sämtlichen Vorständen der ihm angeschlossenen Sparkassen folgende, auch heute unverändert zutreffende Aufforderung zugehen lassen:

„Der Vorstand des Rheinisch-Westfälischen Sparkassenverbandes möchte die Aufmerksamkeit der Vorstände der angeschlossenen Sparkassen darauf hinlenken, daß es für das gesamte Sparkassenwesen von größter Bedeutung ist, die Stellung der Sparkassenbeamten, vornehmlich der Leiter der einzelnen Kassen, zu heben.

Die Aufgaben der Sparkassen haben sich in den letzten Jahren bedeutend erweitert und vertieft. Es sind zahlreiche neue Geschäftszweige angegliedert und die schon vorhandenen haben sich in ungeahnter Weise entwickelt. Dazu sind die Einlagen und Umsätze so gewaltig gestiegen, daß dadurch allein schon die Verantwortung der leitenden Beamten bedeutend gewachsen ist. Vor allem hat auch das letzte Jahr nach dieser Richtung hin eine weitere Ausgestaltung gebracht. Infolge der neuen Gesetzgebung sind in dieser so schwierigen Übergangszeit auch die Aufgaben der Sparkassen mannigfaltigere und verantwortungsvollere geworden. Mehr und mehr entwickeln sie sich zu kommunalen Finanzinstituten mit einem ganz umfassenden Wirkungskreis. Dazu treten noch die zu erwartenden schwierigen Aufgaben, die die Erschütterungen des Wirtschaftslebens bei voller Wirksamkeit des Friedensvertrages bringen werden.

Die Erfüllung all dieser Aufgaben setzt vor allem einen arbeitsfreudigen Beamtenstand in allen Sparkassen voraus. Die Beamten haben in den letzten Jahren bereits Außerordentliches geleistet und sich allen Anforderungen durchweg gewachsen gezeigt. Um die damit bekundete Arbeitsfreude zu erhalten, empfehlen wir dringend, in doppelter Hinsicht mit dazu beizutragen, daß die Stellung der Sparkassenbeamten gehoben wird:

1. Einmal wird empfohlen, den Leiter der Sparkasse überall, wo dies nach dem Stande und der bisherigen Entwicklung der einzelnen Kasse möglich ist, mit beschließender Stimme in den Vorstand aufzunehmen.

2. Vor allem aber müssen der bedeutend gewachsenen Verantwortung entsprechend die Gehälter durchweg erhöht werden. Die Entwicklung der Gehaltsregelung hat nicht, oder wenigstens vielfach nicht, mit dem Wachstum der Aufgaben der Sparkassen gleichen Schritt gehalten. Der Vorstand des Verbandes empfiehlt daher aufs angelegentlichste, die Gehaltsverhältnisse der Sparkassenbeamten und vor allem der Leiter der Sparkassen baldmöglichst einer Neuregelung zu unterziehen, welche nicht nur den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen, sondern auch der erhöhten Bedeutung ihrer Stellung gebührend Rechnung trägt."

Auch die neue Satzung des Deutschen Sparkassenverbandes vom 28. November 1922 verpflichtet im § 4 die Mitgliedsverbände, auf die Ausbildung der Sparkassenbeamten und die Hebung ihrer Stellung unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des Bezirks besonders Bedacht zu nehmen.

Zur Sicherung der praktischen Mitarbeit bestimmte die Satzung vom 30. Oktober 1919, daß in dem Ausschuß des Deutschen Sparkassenverbandes, der den engeren, geschäftsführenden Vorstand dieser Organisation bildete, die Sparkassenbeamten mit mindestens $1/3$ vertreten sein mußten. Diese Bestimmung hat durch die neue Satzung vom 28. November 1922 eine Änderung erfahren; der Ausschuß besteht nicht mehr, der geschäftsführende Vorstand besteht jetzt nur noch aus fünf Personen. In dem erweiterten Vorstande, in den jeder Mitgliedsverband einen Vertreter entsendet, müssen drei von diesem erweiterten Vorstande gewählte Sparkassenbeamte sein.

III. Dienstgeschäfte der Beamten, Angestellten usw.

Wie die vorhergehende Personalstatistik zeigt, waren im Jahre 1920 bei 1393 Kassen unter 12423 Köpfen 4860 Beamte und 1013 Anwärter tätig, also noch nicht 40 % im Beamtenverhältnis; die Zahl der Anwärter war ziemlich beträchtlich, nämlich 8 %. Die große Zahl der Hilfskräfte erklärt sich aus 4½ Jahren Krieg und der während und unmittelbar nach dem Kriege eingetretenen bedeutenden Geschäftszunahme. Vor dem Kriege verfügten die deutschen Sparkassen über einen festen Stamm von Beamten und „dauernd Angestellten". Hilfskräfte wurden in der Regel nur als „Zeithilfen" (d. h. mit Terminarbeiten und größeren periodischen Arbeiten) beschäftigt. Die Einziehung der Beamten und männlichen Dauerangestellten zum Heeresdienst zwang die Sparkassenverwaltungen zur Einstellung von Hilfskräften in großem Umfange; bei der Auswahl dieser Kräfte wurde nicht immer genügend auf die Eignung Rücksicht genommen; zum Teil erfolgte vom Personalbüro des Kommunalverbandes wahllose Überweisung ohne Befragung des Sparkassendezernenten und Sparkassenleiters. Der Krieg riß Lücken in die Beamtenschaft, die sich nach dem Kriege nur allmählich füllten. Dieser Umstand und der weitere, daß nicht übersehen werden konnte, ob die Geschäftszunahme eine dauernde bleiben werde, machten zunächst die Weiterbeschäftigung einer großen Zahl von Hilfskräften erforderlich. Notwendig war freilich eine genaue Sichtung nach

Maßgabe der Fähigkeiten und Leistungen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Aus der ganzen Situation ergab sich eine Differenzierung: Die wichtigen Posten durften nur Beamten und Dauerangestellten anvertraut werden, minder wichtige und mechanische konnten in den Händen der Hilfskräfte verbleiben; tüchtige, für den Sparkassendienst brauchbare Hilfskräfte waren in das Angestellten- oder Beamtenverhältnis zu überführen, soweit sie die Bedingungen (Wartezeit, Fachkurse, Prüfungen) erfüllen konnten. Im übrigen mußte auf den Abbau der vielen Hilfskräfte und ihre Ersetzung durch weniger, aber dafür qualifiziertes Personal (Anwärter) hingewirkt werden.

Für die Geschäftsführung ergibt sich folgendes Bild: Unter dem Leiter (Direktor) an der Spitze der einzelnen Abteilungen als Abteilungsleiter Beamte, als Gegenbuchführer, Gruppenführer, Expedienten, Kassierer, Hauptbuchhalter, Korrespondenten Beamte und Dauerangestellte, als Kontoführer, einfache Buchhalter, Zins- und Effektenrechner, für Registratur, Kartothek und mechanische Arbeiten Hilfskräfte; in der Ausbildung in den einzelnen Geschäftszweigen Anwärter und Lehrlinge, mit der untersten Tätigkeit beginnend. Die Geschäftsführung muß kaufmännisch orientiert und auf die Wirtschaftlichkeit bedacht sein; sie soll von unproduktiver Verwaltungsarbeit möglichst frei sein.

Die Dienstgeschäfte sind durch eine Geschäftsanweisung zu regeln, die vom Vorstande zu erlassen ist. Diese muß Richtlinien enthalten, welche die Befugnisse des Kassenleiters, des zweiten Beamten, der Abteilungsleiter und des übrigen Personals festlegen und begrenzen. Einzelheiten soll die Geschäftsanweisung nicht enthalten, weil sie sonst nur unübersichtlich wirkt, fortwährend abänderungsbedürftig wird und der Beweglichkeit eines Geldinstituts, wie es die Sparkasse darstellt, hinderlich ist. Deshalb dürfen in der Geschäftsanweisung nur die Grundzüge aufgenommen werden, nach denen zu arbeiten ist; sie muß also möglichst kurz und leichtverständlich gehalten sein und sich in der Hauptsache auf die wichtigeren Arbeitsposten beschränken. Eine besondere Geschäftsanweisung für den leitenden Beamten ist überflüssig. Zu unterscheiden ist zwischen großen, mittleren und kleineren Sparkassen. Nach den Größenverhältnissen ist die Arbeitsteilung zu gliedern. Diese Arbeitsteilung zu schaffen, ist Aufgabe des leitenden Beamten; sie geschieht durch einen Dienst- oder Arbeitsplan.

Für größere Sparkassen ergibt sich folgende Gestaltung: Unter dem Vorstande, dem satzungsgemäß die Verwaltung der Sparkasse und ihre Vertretung nach außen obliegt (siehe den betreffenden Abschnitt dieses Buches), und dem Dezernenten für Sparkassenangelegenheiten — in der Regel dem Vorsitzenden des Vorstandes — steht an der Spitze des Betriebes der

Direktor

als technischer Leiter (Geschäftsführer). Dem Vorstande gehört er als als Mitglied an oder nimmt an den Sitzungen mit beratender Stimme teil, wie es durch die Satzung bestimmt wird. (Für große Kassen erscheint schon aus rein praktischen Erwägungen erstere Form erforderlich.) Er ist der Vorgesetzte aller übrigen Beamten und Angestellten und für die Geschäftsführung verantwortlich. Seine Aufgabe ist, die gesamte Buch- und Geschäftsführung dergestalt klar und übersichtlich zu gestalten und zu halten und sie daraufhin zu überwachen, daß sie in allen Teilen jederzeit vollständig übersehen werden kann. Fragen der Organisation gehen von ihm aus oder sind zunächst ihm vorzulegen.

Der Direktor gibt die Weisungen für die Handhabung der Geschäfte und hat das Recht, jederzeit Kassen- und Geschäftsrevisionen vorzunehmen; die Verteilung der Dienstgeschäfte auf die einzelnen Beamten (Arbeitsverteilung) liegt ihm ob, soweit die wichtigeren Arbeitsposten (Stellvertreter, Rendant, Abteilungsleiter) in Frage kommen, im Benehmen mit dem Vorsitzenden des Vorstandes (Kuratoriums). Bei Unregelmäßigkeiten hat der Direktor das Recht, die einstweilige Enthebung des betreffenden Beamten oder Angestellten von seiner Tätigkeit bis zur endgültigen Entscheidung des Vorstandes bezw. Magistrats (Kreisausschusses) anzuordnen. Er erteilt Beurlaubungen bis zu drei Tagen. Der Direktor hat die Beschlüsse des Vorstandes vorzubereiten und für ihre Ausführung zu sorgen, insbesondere hat er die Anlage der Aktivkapitalien (Ausleihungen) selbst oder unter seiner Kontrolle zu bewirken. Für Personalkredite ist er mit dem Rendanten oder Abteilungsleiter bis zu einer bestimmten Höhe allein zuständig, bei großen Krediten zusammen mit den Vorsitzenden oder einer besonderen Kreditkommission. Die Verfügung über die Geldanlagen bei anderen Geldinstituten (kurzfristige Belegungen) trifft er allein oder gemeinsam mit dem zweiten Beamten (Rendanten), bei wichtigen Entschließungen nach Einvernehmen mit dem Dezernenten. Der Direktor zeichnet den Schriftwechsel, soweit es sich nicht um Schriftstücke handelt, die dem Vorstande oder Dezernenten vorzulegen sind, oder um rein kassenmäßige Korrespondenzen, für die die betreffenden Kassenbeamten zuständig sind. Die Kassenanweisungen sind von ihm im Rahmen der ihm vom Magistrat (Kreisausschuß) bezw. dem Vorstande erteilten Ermächtigung zu vollziehen. Die Beschaffung und Unterhaltung des Kasseninventars (einschließlich der Maschinen) gehört — mit Ausnahme von Projekten oder Ausstattungen großen Umfanges — zu seinen Obliegenheiten. Die Beschaffung der Drucksachen und Dienstmaterialien regelt er selbständig.

Unter dem Direktor unmittelbar steht das Direktionsbüro für die Arbeiten der Organisation und Verwaltung, bei großen Kassen mit einem Büroleiter an der Spitze. Die Annahme (Einstellung) des Personals geschieht bei großen Kassen durch dieses Büro nach den vom Vorstande und vom Direktor gegebenen Grundsätzen und Richtlinien; die Annahme muß in jedem Falle vom Direktor genehmigt sein. Die Ausbildung der Anwärter und Lehrlinge sowie die Fortbildung (speziell durch Versetzung und Auswechslung in den Abteilungen) erfolgt nach den Anweisungen des Direktors.

Der Rendant,

zweiter Beamter, ist Vertreter des Direktors und für den inneren Betrieb verantwortlich. Zu seinen besonderen Aufgaben gehört die Pflege des Passivgeschäfts und die Vorbereitung und Ausführung organisatorischer Arbeiten auf diesem Gebiet.

Er hat auf die Sicherheit der Tresoranlagen und Schränke zu achten, regelt die Schlüsselverteilung und ist an der Verwahrung der Bestände durch Mitverschluß der Stahlkammer bezw. Tresoranlagen beteiligt. Ihm obliegt die Ausführung der kassentechnischen Organisation und Methode, die Öffnung und Kontrolle der Posteingänge, die Überwachung der Postausgänge und des Verkehrs mit den Nebenkassen, Zweigstellen und Annahmestellen. Beschwerden und wichtige Eingänge sowie Neuerungen hat er mit dem Direktor zu besprechen und diesen nach jeder Richtung zu unterstützen, so auch bei Kassen- und Geschäftsrevisionen und in Personalangelegenheiten.

Die Abteilungsleiter.

Jede große und auch mittlere moderne Sparkasse muß in Abteilungen gegliedert sein. Nur so können die Geschäfte richtig übersehen und nach kaufmännischen und wirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden. Die Gliederung ist wie folgt zu treffen:

A. Sparkassenabteilung mit
   a) Hauptstelle,
   b) Zweig- oder Nebenstellen.
B. Hauptkasse und Hauptbuchhalterei.
C. Direktionsbüro.
D. Bankabteilung mit
   a) Girokassen (Depositen-, Kontokorrent-, Scheck- und Giroverkehr).
   b) Stahlkammern,
   c) evtl. besonderem Kreditbüro (Kredit- und Lombardabteilung).
E. Effektenabteilung.
F. Rechnungs- und Kontroll- (Revisions-) Abteilung.



Bei nicht zu großen Kassen kann die Effektenabteilung der Bankabteilung angegliedert werden. Die Effektenabteilung umfaßt die offenen Depots und die Börsengeschäfte für die Kundschaft. Hauptkassierer und Haupt-(Ober-)Buchhalter müssen gleichgestellt sein. Die Tresore mit eigenen Vermögenswerten gehören zur Hauptkasse.

Zu Abteilungsleitern müssen ganz besonders befähigte und unbedingt zuverlässige, auf ihrem Gebiet vollständig bewanderte Beamte ausgewählt werden; sie sind die Spezialisten, auf die sich der Direktor und die Verwaltung stützen muß. Es ist deshalb dringend notwendig, daß gerade diese Stellen mit Fachleuten besetzt werden.

Zu den Abteilungsleitern zählen bei großen Kassen auch die Leiter der Sparkassenhauptstelle, großer Zweigkassen mit eigener Kontenführung und großer Girokassen.

Größere Abteilungen sind wieder in Arbeitsgruppen zu teilen, denen

Gruppenführer

vorgeordnet sind.

Solche Gruppenführer sind die ersten Buchhalter in der Spar- oder Girokassenbuchhalterei, die Kontrollbeamten (Leiter der Kontrollabteilung) für die maschinell herzustellenden Tages- und Monatskontrollen sowie die Jahreskontrolle, die Gegenbuchführer der einzelnen Zahlstellen, die Leiter kleiner Zweigstellen. Die Gruppenführer sind die Stützen der Abteilungsleiter und diesen verantwortlich. Wichtige Einzelposten sind die Expedienten und Korrespondenten, die Effektenhändler, Depotverwalter, Kassierer großer Kassen, Effektenkassierer, Haupttagebuchführer, die ebenfalls mit gewandten und besonders zuverlässigen Beamten besetzt werden müssen. Aus ihnen und tüchtigen Gruppenführern gehen die künftigen Abteilungsleiter hervor.

Die Buchhalter

haben nicht minder wichtige Funktionen zu verrichten. Es wäre verkehrt, wegen der Gleichartigkeit der Arbeit und der Mechanisierung verschiedener Geschäftsvorgänge diese Arbeiten als weniger bedeutungsvoll hinzustellen. Besonders trifft eine solche Annahme oder Einschätzung ganz und gar nicht zu auf die Buchhalter der bankmäßigen Geschäftszweige, die Kontokorrent-, Lombard-, Börsen-, Verrechnungs- und Girokassenbuchhalter. Diese Angestellten müssen ihrer Tätigkeit entsprechend in den Reichsbesoldungsplan eingereiht und bezahlt werden. Es ist zu differenzieren zwischen Buchhaltern mit Fachkenntnissen und gehobener Tätigkeit und den mehr mechanisch arbeitenden Kontoführern und Zinsrechnern, besonders in der Sparabteilung, sowie den Rechnern in der Effektenabteilung.

Mechanische Dienstleistungen.

Zu diesen gehören die Verwaltung der Kartothek (Kartei) der einzelnen Abteilungen, die Registraturen, die kaufmännisch einzurichten sind, die Fertigung von Kontoauszügen im Girokassendienst, die tägliche Kontrollarbeit unter Benutzung von Rechenmaschinen, die Bedienung der Buchungs-(Registrier-)Maschinen und der Fernsprechanlage, die Kanzlei, die Geldzähler und die Kassenboten. Diese Stellen, mit Ausnahme der Geldzähler und Kassenboten, werden zum größten Teil von weiblichen Angestellten wahrgenommen. Maschinelle Arbeit liegt diesen besonders gut, wie sie sich auch für den Abfertigungsdienst im Passivgeschäft sowohl bei Spar- wie Girokassen recht gut eignen.

Die Buchhalter mit einfacher Tätigkeit, die Kassengehilfen, Rechner und die Angestellten mit mechanischer Tätigkeit sind auf Privatdienstvertrag anzunehmen und zu beschäftigen.

Dem Revisor bezw. den Revisoren und dem Rechnungs- und Kontroll-(Revisions-)Büro liegt die tägliche, dauernde Revision der Buchungsvorgänge und der Kassenbücher in den einzelnen Geschäftszweigen sowie die Ausführung der monatlichen Kassenfeststellungen (Kassensturz) wie die Unterstützung des Vorstandes und Magistrats (Kreisausschusses) bei den von diesen vorgenommenen Kassenrevisionen ob. Die Rechnungs- und Revisionsbeamten haben ferner die Prüfung der Kassenanweisungen und Belege, die Durchsicht und Vorprüfung der Jahresrechnungen sowie die Aufstellung etwaiger Voranschläge (Etats) und Wirtschafts- und Kostenberechnungen sowie die Ausführung von sonstigen Rechnungsarbeiten zu bewirken. Es kann ihnen auch die Anfertigung der Kassenanweisungen übertragen werden. Zu Revisoren sollten nur Beamte mit eingehender Kenntnis des Sparkassen- und kommunalen Bankwesens berufen werden. Die Revisoren müssen nicht nach verwaltungsmäßigen, sondern nach kaufmännischen Grundsätzen arbeiten. Sie sollen den Direktor unterstützen.

Technische Hilfsmittel.

Eine moderne Sparkasse ist ohne technische Hilfsmittel nicht denkbar; sie müssen Massenarbeiten leisten und die Arbeit der Beamten und Angestellten ergänzen. Für die Wirtschaftlichkeit der Kassen und die Arbeitsteilung sind sie von größter Bedeutung. Diese Hilfsmittel sind in erster Linie die Additionsmaschinen für die tägliche Betriebskontrolle und die monatlichen Saldierungen sowie die Jahreszusammenstellungen der Konten, die Rechenmaschinen für Zinsrechnungen (Multiplikation und Division), speziell in der Rechnungsabteilung, ferner die im Abfertigungsverkehr zu benutzenden Buchungsmaschinen (Registrierkassen) für die Ein- und Ausgänge im Spar-, Giro- und Verrechnungsverkehr, welche die Führung von Tagebüchern (Journalen) ersetzen (Benutzung auch für andere Geschäftsvorgänge durchaus möglich), die kombinierten Schreib- und Rechenmaschinen für Scheckzusammenstellungen, Giroüberweisungen, Verrechnungslisten, Rechnungsauszüge und dergl., Stanzmaschinen zum Stanzen der Konten zwecks Einteilung der Kontengruppen, endlich die Schreibmaschinen. Bei einigen großen Sparkassen haben auch Sprech-(Diktier-)Maschinen Eingang gefunden.

Für Sparkassen mittleren Umfanges ist im allgemeinen die gleiche Einteilung mit der Modifikation zutreffend, daß sich die Abteilungen noch zusammenziehen lassen, besondere Arbeitsgruppen nicht notwendig und einige Stellen mit mehreren Funktionen ausgestattet sind.

In kleineren Sparkassen kann es nur zwei Abteilungen geben: die Sparkassen- und die Bankabteilung. Gruppenführer kommen dort nicht in Betracht. Der erste Beamte ist oft noch Kassenführer (Rendant), müßte aber davon befreit werden, um sich ganz dem Verkehr mit der Kundschaft, besonders dem Aktivgeschäft, den äußeren Angelegenheiten sowie der Aufsichts- und Betriebskontrolle widmen zu können. Der zweite Beamte führt oft noch die von alters her überlieferte Bezeichnung Gegenbuchführer (Kontrolleur); tatsächlich führt er die hauptsächlichsten Kassenbücher, nicht die Kontroll-(Gegen-)Bücher zu diesen; er ist damit zugleich Hauptbuchhalter und Rechnungsführer und hat die Bearbeitung und Pflege des Passivgeschäfts als besondere Aufgabe. Außer diesen Beamten sind je nach Umfang und den Geschäftsarten ein Leiter der Scheck- und Giroabteilung, ein Kassierer, mehrere Buchhalter, zwei (evtl. mehrere) Beamte für das Effekten- und Depotwesen und gegebenenfalls Hilfskräfte erforderlich.

Bei kleinen Kassen ist in der Regel der Gegenbuchführer der Vertreter des ersten Beamten, mehrfach auch der Kassierer. Letzterer ist durch die Zahlungsgeschäfte und die Verwahrung des Geldes zu sehr gebunden, empfehlenswerter ist daher die Vertretung durch einen vom eigentlichen Kassengeschäft nicht beanspruchten Beamten. Übt der Kassierer in der Hauptsache nur den Geldverkehr und die Geldverwahrung aus, ist er nicht besser zu stellen als der Gegenbuchführer. Sind mehrere Kassierer und Gegenbuchführer tätig, so ist der erste als „Rendant", „Inspektor" oder „Oberbuchhalter" mit besonderen Funktionen den anderen übergeordnet und der Vertreter des Kassenleiters.

Die Anwärter und Lehrlinge sind in allen Geschäftszweigen der Sparkasse anzulernen und auszubilden, und zwar nach einem bestimmten Lehr- bezw. Ausbildungsplan. Die Ausbildung ist besonders befähigten und für diesen Zweck geeigneten Beamten zu übertragen.



IV. Personalgewinnung und -ausbildung.

Diese Frage ist von der allergrößten Bedeutung für die Entwicklung des deutschen Sparkassenwesens. Nur ein fachlich gut vorgebildetes, interessiert arbeitendes Personal kann zur Erfüllung der großen Aufgaben beitragen, die den Sparkassen als wesentlichen Faktoren der Volkswirtschaft in so schwierigen Zeiten, wie sie das deutsche Volk nach den schweren Erschütterungen der Kriegs- und Revolutionsjahre durchleben muß, gestellt werden. Nach einer großartigen Entwicklung der deutschen Sparkassen in der Vorkriegszeit hatten sie mit dem Ausbruch des Weltkrieges die ersten großen Stürme zu bestehen. Trotz der Dezimierung der Beamtenschaft haben sie die Kriegsstürme gut bestanden. Das gigantische Ringen, das vordem nicht seinesgleichen sah, warf seine Schattenlinien bis in die Kassenräume und Stahlkammern der Städte und Kreise. Der Schutz des Metallvorrats, der Zahlungsmittel, die Verwahrung der Kriegsanleihen ruhten in den Händen der Beamten und Angestellten der Sparkassen. Bargeldlose Zahlung, Scheck- und Giroverkehr, Sammlung und Ablieferung von Gold, Annahme von Geldern für Kriegswohlfahrtszwecke und von Spenden aller Art erweiterten das Tätigkeitsgebiet.

Nach dem unglücklichen Ausgange des Krieges stellte die neue Finanz- und Steuergesetzgebung ganz ungewöhnliche Anforderungen an die Sparkassen; das Bank- und Sparkassengeheimnis wurde beseitigt. Die Einführung des Depotzwanges und die daraufhin den Sparkassen gestattete Annahme von offenen Depots führten zu einer ganz erheblichen Erweiterung des Geschäftsbetriebes. Aus der Annahme und Verwaltung von Kundendepots ergab sich die Ausführung von Börsengeschäften für die Kundschaft und damit eine bedeutende Geschäftszunahme, die durch das infolge der Geldentwertung einsetzende Spekulationsfieber in den breiten Schichten der Bevölkerung noch in hohem Maße gesteigert wurde. Damit traten zu den bisherigen Aufgaben besondere banktechnischer Art an die Beamten und Angestellten heran. Trotz aller Unzulänglichkeiten mußte die Arbeit geschafft werden. Aufgabe der Sparkassenverwaltungen und -verbände war es, nunmehr die Aus- und Fortbildung des Personals systematisch zu regeln. Das Ziel mußte darauf gerichtet sein, ein Spezialbeamtentum heranzubilden, das den erhöhten Anforderungen gewachsen ist. Die kurze Ausbildung in der Sparkasse als „Supernumerar" oder die Probezeit des Militäranwärters genügten nicht; auch die während des Krieges aufgegebenen, nach seiner Beendigung wiederaufgenommenen Fachkurse konnten nur kleine Behelfsmittel sein und als erste Etappe auf dem vorbezeichneten Wege angesprochen werden. Die kurze Zeit, die für diese Fachkurse zur Verfügung gestellt wurde, und die infolgedessen nur gedrängte, ausschnittmäßige Wiedergabe wichtiger Vortragsstoffe konnte nur Anregungen für die Teilnehmer geben, sich auf den betreffenden Gebieten selbst weiterzubilden.

Mit der in der Friedenszeit geübten, oft wahllosen Überweisung von Verwaltungsbeamten aus den städtischen Büros an die Sparkassen, mit der Unterstellung unter das Personalbüro des Magistrats mußte unbedingt gebrochen werden. Ein Krebsschaden war der in manchen städtischen Verwaltungen beliebte Wechsel durch Versetzungen, oft ohne Rücksicht auf die Eigenart des Sparkassenbetriebes. Damit soll nicht gesagt sein, daß etwa tüchtige befähigte Kräfte aus der allgemeinen Verwaltung und anderen Beamtenkörpern von vornherein abzulehnen sind. Solche waren aber bei dem Wechsel den Sparkassen nicht überwiesen worden, sondern in den meisten Fällen gerade solche Kräfte, von denen man, meist wegen Unzulänglichkeit, glaubte, sie in der allgemeinen Verwaltung entbehren zu können, und für die die Sparkassen nun die weitere Sorge und die Lasten übernehmen sollten. Andererseits genügt eine einfache Anlernung von einigen Kenntnissen des Bankwesens allein noch nicht, vielmehr muß das Ziel sein: gute Vorbildung im Sparkassen- und Bankfach, besonders in der Bankpraxis, praktischer Sinn und kaufmännischer Geist und dazu allgemeine Kenntnisse der Verwaltung und ihrer Einrichtungen, um aus dieser Verbindung einen tüchtigen Sparkassenbeamten zu machen. Sparkassenverband und Beamtenschaft waren in dem Bestreben einig, das Bildungswesen auf neue Grundlagen zu stellen und die hierzu nötigen Einrichtungen zu schaffen.

Nach der von der Mitgliederversammlung des Deutschen Sparkassenverbandes in Oeynhausen am 29./30. Oktober 1919 beschlossenen neuen Satzung gehört die Förderung der Ausbildung und Hebung der Stellung der Sparkassenbeamten zu den Aufgaben der Unterverbände. Zunächst wurde im Deutschen Sparkassenverbande ein paritätischer Ausschuß von Vorstandsmitgliedern und Beamten gebildet, der sich lediglich mit dieser Frage zu beschäftigen hatte. Er hat gute Arbeit geleistet und Richtlinien für die Aus- und Fortbildung, für Fortbildungskurse für bereits ausgebildete Beamte und für eine Prüfungsordnung aufgestellt. Diese Richtlinien werden nachstehend wiedergegeben. Der Gesamtvorstand des Deutschen Sparkassenverbandes hat in seiner Sitzung am 1. November 1921 in Nürnberg zu den Beschlüssen dieses Sonderausschusses seine Zustimmung gegeben.

Zusammenfassend ist hierzu folgendes zu sagen: Die Sparkasse muß in der Personalfrage unabhängig vom Personalbüro der allgemeinen Verwaltung (Bürodirektor) sein. Für die Erfüllung der neuzeitlichen Aufgaben der Sparkassen ist eine Spezialausbildung erforderlich. Bei den von den Kommunalverwaltungen eingerichteten Lehrgängen für den Beamtennachwuchs ist hierauf Rücksicht zu nehmen. Der Sparkassenanwärter und junge Sparkassenbeamte soll an dem allgemeinen Lehrgang in denjenigen Fächern teilnehmen, die die Grundlagen für die allgemeine Beamtenbildung bilden, wie öffentliches und privates Recht, Beamtenrecht, Staats- und Gemeindeverfassung und -finanzen, Etatwesen, Organisation der Verwaltung, nicht aber an den Themen, die lediglich Verwaltungswissenschaft darstellen aus den Einzelgebieten wie Polizei-, Wohlfahrts- und Armenpflege, Schul- und Bauwesen, Sozialversicherung usw. Dafür soll er in den für ihn in Frage kommenden Fächern durch Fachleute (Sparkassenbeamte) unterrichtet und weitergebildet werden: Volkswirtschaftslehre, Geld-, Kredit-, Sparkassen-, Bank-, Börsenwesen, Scheck- und Wechselrecht usw. Aus dem Steuerrecht soll ihm nur dasjenige beigebracht werden, was sich auf die Grundzüge des Steuerwesens und dessen Einwirkung auf Sparkassen und kommunale Banken bezieht. Ihm diese Spezialkenntnisse zu vermitteln, ist Aufgabe der eigenen Verwaltung und Sparkasse. Jeder einzelne hat zunächst die selbstverständliche Pflicht, sich durch Selbststudium fortzubilden. Die Sparkassenverbände unterstützen die Ausbildung durch Fach- und Unterrichtskurse und Fachschulen, deren Besuch aber erst nach beendeter Lehrzeit erfolgen soll.

Die Sparkassen sollen schon bei der Annahme (Einstellung) sieben, deshalb Erfordernis besserer Schulbildung für die gehobenen Stellen (qualifizierte Beamte), Probe- und Lehrzeit für alle Neueintretenden, die nach den Anforderungen in zwei Gruppen geschieden werden. Für den Sparkassendienst ungeeignete Personen sind möglichst schon während oder bei Ablauf der Probezeit auszuscheiden, längere Beschäftigung solcher Personen ist nicht angebracht. Die Ausbildung ist in die Hände

besonders geeigneter Beamten zu legen und vom Kassenleiter zu überwachen. Abschluß der Lehrzeit und Vorbildung durch Prüfung, die obligatorisch gemacht werden soll. An Stelle der ordnungsmäßigen Lehre tritt die Vorbereitungszeit und für den Übergang die entsprechende Dienstzeit als Angestellter oder Hilfsarbeiter. Die Sparkassenschulen sollen grundsätzlich Fortbildungs-, nicht Ausbildungsschulen sein. Die einzig richtige Ausbildung kann nur die praktische Tätigkeit in der Sparkasse sein, und zwar muß diese gründlich erlernt werden. Tüchtige Volksschüler müssen bei nachgewiesener Befähigung zu höherer Tätigkeit aufsteigen können. Bereits ausgebildete Sparkassenbeamte vervollkommenen und ergänzen ihre Kenntnisse durch die von den Unterverbänden als dauernde Einrichtung eingeführten oder noch einzuführenden Fortbildungskurse, die mindestens einmal jährlich stattfinden sollen. Empfehlenswert ist die Besichtigung großer oder vorbildlich wirkender Geldinstitute und kaufmännischer Betriebe und Unternehmungen.

Versetzungen aus der Sparkasse sollen im allgemeinen nicht vorgenommen werden, jedenfalls nicht im Widerspruch mit der Sparkassenverwaltung, Versetzungen zur Sparkasse nur im Einvernehmen mit dem Sparkassenvorstand und nach Zustimmung des Sparkassenleiters, der für die Geschäftsführung verantwortlich ist. Intelligente, mit Interesse arbeitende jüngere Beamte müssen auch außer der Reihe befördert werden, Nivellierung ist schädlich. Das Interesse muß durch Anregungen zu Organisationsverbesserungen und wirtschaftlicher Betriebsführung wach gehalten werden, gute Vorschläge sind durch Prämien, Beihilfen zu Fortbildungskursen oder Fachschulbesuch, Beamtenakademien, bei anerkannt guten Leistungen und Durchführbarkeit der Vorschläge in der Praxis durch Beförderung zu belohnen. Gründliche Beschäftigung mit der Betriebstechnik und vollkommene Vertrautheit mit ihr muß Ziel jeder Aus- und Fortbildung sein.

Bei der Auswahl ist auf rechnerische Fähigkeiten, Gewandtheit im Umgange, Zuverlässigkeit und Vertrauenswürdigkeit besonders Rücksicht zu nehmen. Gute Allgemeinbildung und gute Umgangsformen werden von vornherein als empfehlenswerte Eigenschaften gelten können.

Für die Sparkassenleiter und die zweiten Beamten ist die Einrichtung der Aussprachekurse über Zeitfragen sehr zweckmäßig. Der Besuch von Vorlesungen über aktuelle Wirtschaftsfragen und Probleme des Handels- und Geldverkehrs an Universitäten oder anderen Hochschulen ist sehr empfehlenswert.

Die Anforderungen bezüglich der Spezialausbildung gelten nicht für die einfache und mechanische Tätigkeit. Für diese ist mit Rücksicht auf die Gleichartigkeit und den Massenbetrieb weibliches Personal gut brauchbar. Auch tüchtigen weiblichen Arbeitskräften ist in beschränktem Maße Aufstiegsmöglichkeit zu gewähren; entscheidend muß hier wie in allen Fällen die Bewährung und die Zuverlässigkeit (die in einem Geldinstitut von besonderer Bedeutung ist) sein. Jede tüchtige Arbeitskraft ist ohne Rücksicht auf die Schulbildung und das Geschlecht zu fördern. Dazu ist eine nicht immer bloß angemessene, sondern auch tatsächlich gute Bezahlung notwendig.

Geschieht in bezug auf Auswahl, praktische Anlernung, Fortbildung und Förderung in Theorie und Praxis, Aufstiegsmöglichkeit und Besoldung das Richtige und das vom Standpunkte der geschäftlichen Nützlichkeit Erforderliche, dann wird es nicht schwer fallen, mit den Auswüchsen des Tarifwesens und der Urlaubsordnung, die vielfach eine Geschäftserschwerung und Geschäftsschädigung darstellen, aufzuräumen. Ohne Frage sind die Urlaubszeiten infolge der Gleichmacherei für sehr viele Beamte und Angestellte, besonders jugendliche und mit mechanischer Tätigkeit betraute Hilfskräfte, zu lang bemessen. Die Tarifverträge bedürfen bezüglich der Kündigung, Entlassung und Arbeitszeit einer Revision; die Bezahlung der Jugendlichen muß der Wirtschaftlichkeit des Betriebes angepaßt werden. Man vergißt, daß wir den Krieg nicht gewonnen, sondern verloren haben und uns wieder emporarbeiten müssen.

In den Prüfungsausschüssen müssen vor allem praktische Sparkassenmänner sitzen, neben Sparkassendezernenten ein oder zwei Sparkassenleiter und ein anderer qualifizierter Sparkassenbeamter (Rendant oder Abteilungsleiter). Je nach der Größe des Verbandes sind vier bis sechs Mitglieder ausreichend, die Beamten sind bei der Besetzung jedenfalls angemessen zu berücksichtigen.

Wieweit die Unterverbände den Beschlüssen des Deutschen Sparkassenverbandes gefolgt sind, ist dem Verfasser nicht bekannt. In Einzelfragen sind naturgemäß Abweichungen gestattet. Der Verband Sachsen-Thüringen-Anhalt hat die Reichsprüfungsordnung als Muster für die seinige angenommen.

Als ein wesentlicher Erfolg der Bildungsbestrebungen ist die vom Sparkassenverbande Hannover gegründete „Deutsche Sparkassenschule" in Hannover anzusehen, die am 5. August 1920 eröffnet wurde und eine steigende Besucherzahl ihrer Lehrgänge — im Jahre zwei von je 4½ Monaten Dauer — aufzuweisen hat. Diese Erfolge werden dadurch bewiesen, daß die Sparkassen, Kommunalbanken und Kommunalverbände Beamte, Angestellte und Anwärter auf öffentliche Kosten zur Teilnahme an den Lehrgängen entsenden. Die Girozentrale Hannover fördert das Unternehmen durch finanzielle Unterstützung. Die Schule erteilt Prüfungszeugnisse; ihr ist eine Stellenvermittlung angegliedert. Eine Sparkassenbeamtenschule mit dem Sitze in Stettin hat auch der Pommersche Sparkassenverband 1922 ins Leben gerufen.

Beschlüsse des Sonderausschusses des Deutschen Sparkassenverbandes für die Aus- und Fortbildung von Sparkassenbeamten.

17. Februar 1921.

Allgemeines.

Ein Wechsel zwischen Beamten der allgemeinen Verwaltung und der Sparkasse soll nicht mehr erfolgen; das soll nicht hindern, als tüchtig anerkannte Rechnungs- und Kassenbeamte, wie überhaupt tüchtige und besonders befähigte Beamte aus anderen Verwaltungszweigen, zu übernehmen, wenn sie Neigung und Eignung für den Sparkassendienst besitzen. In solchen Fällen darf aber die Überweisung nur mit Zustimmung der Sparkassenverwaltung erfolgen.

Ausschuß beschließt folgende Grundsätze:

Verbandstätigkeit.

Den Unterverbänden ist aufzugeben:

1. die Bildung ständiger paritätischer Ausschüsse für die Fragen der Aus- und Fortbildung, die mit dem Ausschuß des Deutschen Sparkassenverbandes Hand in Hand arbeiten sollen,
2. die Schaffung
   a) planmäßiger Einrichtungen in jeder Kasse für die praktische und theoretische Ausbildung,
   b) von Aussprachekursen,
3. die Ausgestaltung und nachhaltige Förderung der Fortbildungskurse.

Annahmebedingungen für den Nachwuchs.

Die jetzige Ausbildungsmethode der Sparkassenbeamten genügt nicht. Für die Heranbildung eines geeigneten Nachwuchses sind die Anforderungen zu unterscheiden nach zwei Gruppen:

a) leitende und in besonders verantwortlichen Stellen befindliche Beamte,
b) die übrigen Beamten.

Annahme von Lehrlingen und Anwärtern.

1. Vorbildung für die Annahme mit Rücksicht auf die gesteigerten Anforderungen:
   a) Für die Sparkassen mit neuzeitlichen Einrichtungen Primareife einer höheren Schule.
   b) Geringere Schulbildung kann ausgeglichen werden durch längere praktische Tätigkeit.
   c) Für einfachere Verhältnisse genügt Mittel- und Volksschule, aber es wird festgestellt, daß das Vorwärtskommen durch höhere Schulbildung erleichtert wird.



Die Bezeichnung der jungen Leute zu a soll Anwärter und der zu c Lehrlinge sein.

2. Dauer der Lehrzeit: drei Jahre, jedoch kann Abkürzung bei erhöhter Schulbildung (Abiturium, Studium usw.), besonderen Leistungen und guter Führung erfolgen.
   Probezeit ½ bis 1 Jahr.
3. Nach Beendigung der Lehrzeit: Werdegang für den Anwärter: Diätar — Beamter; für den Lehrling: Hilfsarbeiter — Gehilfe (Hilfsbuchhalter).

Während der Lehrzeit obligatorischer Besuch der kaufmännischen Fortbildungs- bezw. Handelsschule, dagegen Besuch einer Sparkassenschule oder von Fachkursen erst nach beendeter Lehrzeit.

Prüfung erst vor Anstellung als Beamter, dann jedoch Zwang, und zwar vor einer Kommission des Sparkassenverbandes (Unterverbandes).

26. Juni 1921.

Ausbildung.

Ausschuß ist einstimmig in der Auffassung von der Notwendigkeit einer gründlichen praktischen Ausbildung in der eigenen Kasse mit Vorträgen besonders aus der Praxis und später anschließender Aussprache (seminaristische Abende). Sämtliche Sparkassen sollen hierzu angehalten werden. Das theoretische Selbststudium, das weiter erforderlich bleibt, soll durch Herausgabe eines zweckmäßig gestalteten Handbuches über das Sparkassenwesen gefördert werden. Für die Ausarbeitung dieses Handbuches wird die tätige Mitwirkung mehrerer Ausschußmitglieder erwartet. Der Besuch einer kaufmännischen Fortbildungsschule soll den jungen Leuten zur Pflicht gemacht werden.

Der Besuch einer Fachschule oder von Fachkursen soll nicht in die Lehr- bezw. Ausbildungszeit gelegt werden, sondern erst nach deren Beendigung erfolgen.

Fortbildung.

Für eine intensive Aus- und Fortbildung sind erforderlich: Fach- und Unterrichtskurse und die Gründung von Fachschulen.

Die Richtlinien für die Schulen und Kurse sollen vom Deutschen Sparkassenverbande herausgegeben werden.

Notwendig ist die baldigste Herausgabe eines Sparkassenhandbuchs und tunlichst auch die Schaffung von Sparkassenbüchereien zur Selbstvorbereitung.

8. September 1921.

Ausschuß setzt die Richtlinien für die Fortbildungskurse für ausgebildete Sparkassenbeamte und Angestellte fest.

Träger der Einrichtungen sollen die Unterverbände sein. Die Kurse sind eine dauernde Einrichtung. Die Bildung von Bezirksvereinigungen für die Kurse ist anzustreben.

Die Kurse sollen mindestens einmal im Jahr stattfinden und in der Regel sich auf acht Tage mit je 6 Stunden = 48 Stunden erstrecken. Nachmittags- oder Abendkurse verdienen den Vorzug; sie sollen mindestens dieselbe Stundenzahl umfassen.

Die Unterverbände sollen angehalten werden, die Kurse schleunigst einzuführen. Ein Lehrplan ist als Muster den Unterverbänden zu übersenden.

Die Kosten für die Fortbildungskurse haben grundsätzlich die Verbände zu tragen, die Fahrkosten für die Teilnehmer die Sparkassen, außerdem haben diese einen angemessenen Zuschuß zu den Kosten des Unterhalts zu gewähren.

Prüfungen.

Das Prüfungswesen ist einheitlich zu regeln nach den vom Deutschen Sparkassenverbande herausgegebenen Grundsätzen. Der Deutsche Sparkassenverband erläßt eine Prüfungsordnung für das ganze Reichsgebiet; in dieser sind die Prüfungsfächer zu bezeichnen.

Jeder Unterverband hat einen Prüfungsausschuß zu bilden, dem organisierte Sparkassenbeamte angehören müssen. Die Prüfung ist vor dem Prüfungsausschuß des zuständigen Sparkassenverbandes abzulegen. Der Deutsche Sparkassenverband überwacht das Prüfungswesen und die Handhabung der Prüfungsordnung; er hat das Recht, zu den Prüfungen einen Kommissar zu entsenden.

Es sind zwei Prüfungen abzulegen, die erste nach beendigter Lehrzeit oder (bei den aus Volksschulen hervorgegangenen Lehrlingen außerdem noch) vierjähriger Tätigkeit im Vorbereitungsdienste oder einer gleichlangen Tätigkeit im Hilfsarbeiter- oder Angestelltenverhältnis, die zweite nach Ablauf von drei Jahren nach bestandener erster Prüfung. Die Prüfung ist schriftlich und mündlich. Über die bestandene Prüfung wird ein Zeugnis ausgestellt, das von sämtlichen Mitgliedern des Prüfungsausschusses unterschrieben und außerdem vom Vorsitzenden des zuständigen Sparkassenverbandes unterzeichnet sein muß.

Sparkassenschulen.

Die Sparkassenschule soll grundsätzlich Fortbildungsschule sein, deren Besuch nach der praktischen Lehre und ersten Prüfung einzusetzen hat.

Aussprachen für Sparkassenleiter.

Für die Sparkassenleiter sollen in kürzeren Zwischenräumen mindestens einmal halbjährlich Besprechungen über Tagesfragen stattfinden. Auch hierzu wird die Einrichtung von Bezirken empfohlen.

Zu „Allgemeines" der vorstehenden Beschlüsse:

Der Deutsche Sparkassenverband hat in der vom preußischen Minister des Innern gebilligten Mustersatzung (Erlaß vom 27. Januar 1922 — IV b 2177 —) im § 6 folgenden Grundsatz aufgestellt: „Vorübergehende Versetzungen von Beamten und Angestellten der Sparkassen in andere Verwaltungsstellen der städtischen (Kreis-) Verwaltung sollen in der Regel nicht stattfinden und nur mit Zustimmung des Sparkassenvorstandes erfolgen."

Richtlinien für Fortbildungskurse für ausgebildete Sparkassenbeamte und -Angestellte.

(Beschluß des Sonderausschusses vom 8. September 1921.)

Träger der Einrichtung sind die Unterverbände des Deutschen Sparkassenverbandes. Die Kurse sind eine dauernde Einrichtung. Die Bildung von Bezirksvereinigungen für die Kurse ist anzustreben.

Zeit. Mindestens einmal im Jahre, im Mai, Oktober oder November.

Dauer. Acht Tage, und zwar in der Regel täglich 6 Stunden mit jedesmal 10 Minuten Pause oder bei zehn Tagen achtmal 5 und zweimal 4 Stunden. Besichtigungen nicht gerechnet, also außerdem. Als Abend- bezw. Nachmittagskurse wöchentlich zweimal je 2 Stunden oder wöchentlich einmal je 4 Stunden = 12 Wochen.

Ort. Zentral gelegen mit guten Eisenbahnverbindungen, am Sitze wissenschaftlicher Institute (wegen der Dozenten) oder bankmäßiger Einrichtungen (Börse, Girozentrale, Landesbank).

Teilnehmer. Theoretisch und praktisch voll ausgebildete Sparkassenbeamte und -Angestellte: erste Beamte, Abteilungsleiter, Expedienten, Haupt- und Oberbuchhalter, Kassierer usw.

Zahl. Bis höchstens 60.

Kosten. Die Kosten der Einrichtung trägt der Verband, die Fahrkosten der Teilnehmer die Sparkasse. Außerdem hat sie einen angemessenen Zuschuß zu den Kosten des Unterhalts zu gewähren.

Im Mai kann man Heizung und Beleuchtung sparen. Wo die Entfernungen und damit die Kosten zu groß erscheinen, müssen kleinere, den Wirtschafts- und Verkehrsverhältnissen angepaßte Bezirke gebildet werden. Bei Abend- und Nachmittagskursen, bei denen die Teilnehmer aus dem Orte und dem Nahgebiete stammen, vermindern sich die Kosten ziemlich erheblich. In großen Städten mit guten Bahnverbindungen im Nahverkehr sowie in den dichtbevölkerten Industriebezirken werden sich besonders die Nachmittags- und Abendkurse sehr gut durchführen lassen; die Teilnehmer können abends noch die Rückkehr antreten und vormittags ihren Dienst machen. — Unterrichtsgeld wird nicht erhoben.

Zweck. Dieser muß in erster Linie auf Vertiefung des Wissens gerichtet und den Zeitverhältnissen angepaßt sein. Die Vorträge sind demgemäß einzustellen auf eine den praktischen Erfordernissen entsprechende Weiterbildung und Vervollkommnung auf allen Gebieten des neuzeitlichen Sparkassenwesens und der verwandten Geschäfte und Einrichtungen, wie sie nachfolgend näher bezeichnet sind. Hierbei ist auf die Bedürfnisse der Sparkassenpraxis besondere Rücksicht zu nehmen.

Inhalt der Vorträge. In erster Linie die bankmäßigen Geschäfte, Effekten- und Devisenhandel, Depotwesen, Kontokorrent-, insbesondere Kreditgeschäfte, Förderung des Sparwesens, neuzeitliche Technik des Sparkassenwesens und Sparkassenbetriebes unter Benutzung maschineller Hilfsmittel, Zinsrechnungsmethoden, kaufmännisches Rechnen und kaufmännische Buchführung, Volkswirtschaftslehre (Handels- und Zahlungsbilanz, Valutaproblem und dergl. mehr), Abschlüsse und Bilanzen, Gewinn- und Verlust-

rechnungen, Steuergesetzgebung, Ausleihung der Sparkassengelder, insbesondere Personalkredit, Genossenschaftswesen.

Der anliegende Lehrplan soll einen Rahmen für die Vorträge abgeben; das eine oder andere Gebiet wird je nach den Erfordernissen und der Aktualität mehr oder weniger ausgiebig zu behandeln sein.

Dozenten. Auf ihre Auswahl ist besondere Sorgfalt zu verwenden. Je nach den zu behandelnden Themen sind praktische Sparkassenmänner und Wissenschaftler heranzuziehen.

Die baldigste Einführung der Kurse ist unbedingt geboten. Über Dauer, Teilnehmerzahl, Kosten, Lehrplan, Verlauf und Ergebnis jedes Kursus ist an den Unterverband und von diesem an den Deutschen Sparkassenverband zu berichten.

Die Sparkassenleiter sollen von Zeit zu Zeit, wenigstens einmal halbjährlich, möglichst aber öfter, Besprechungen über Tagesfragen abhalten.

Lehrplan.

Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftskunde	4	Stunden,
Buchführung, kaufmännisches Rechnen, Bilanzlehre, mit Übungen	6	„
Effekten- und Depotgeschäfte, Kreditbriefe (bankmäßig)	6	„
Depositen-, Kontokorrent-, Diskont- und Lombardgeschäfte der Banken, Devisenhandel	8	„
Die Börse und die Börsengeschäfte	4	„
Förderung des Sparwesens	1	„
Neuzeitlicher Sparkassenbetrieb und neue Sparkassentechnik mit Besichtigungen	6	„
Sparkassen - Aktivgeschäfte, besonders Kreditgeschäfte, Steuergesetzgebung, besonders in ihrer Einwirkung auf die Sparkassen	7	„
Reichsbank, Staatsbanken, öffentlich-rechtliche Bank- und Kreditanstalten, Genossenschaftswesen, mit Besichtigungen	6	„
Zusammen	48	Stunden.

Muster zu einem Lehrvertrage ist in der Zeitschrift „Die Sparkasse“ vom 15. März 1922 abgedruckt.

V. Besoldungsverhältnisse.

Die Besoldungen der Sparkassenbeamten und Angestellten waren im Frieden fast überall unzulänglich. Auch der Deutsche Sparkassenverband erkannte, daß eine Entwicklung der Sparkassen zu neuzeitlichen Formen nur möglich sei, wenn die Hebung der Stellung der Sparkassenbeamten unverzüglich in die Hand genommen würde. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß der Geschäftsführer Direktor Reusch im Jahre 1919 die Lage richtig erkannte und in der „Sparkasse“ wie auch in den Organen des Verbandes für diese Hebung, besonders auch in geldlicher Beziehung, nachdrücklich eingetreten ist. Durch die in der Mitgliederversammlung in Oeynhausen am 30. Oktober 1919 beschlossene neue Satzung wurde den Unterverbänden die Sorge für die Hebung der Stellung zur Pflicht gemacht. Der 1917 gegründete Bund der Deutschen Sparkassenbeamten war bestrebt, durch Vorschläge, die der Eigenart der Entwicklung durch eine Einteilung der Sparkassen nach drei Gruppen Rechnung trugen, die Besoldungsfrage in den einzelnen Unterverbandsbezirken vorwärtszubringen. Das Eingreifen des Staates durch das Gesetz vom 8. Juli 1920 über die vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindebeamtenrechts brachte mehr Fluß in diese Angelegenheit. Das genannte preußische Gesetz war von dem Gedanken ausgegangen, die Besoldungen der Kommunalbeamten denen der Staatsbeamten anzugleichen. In dem Gesetz ist ausgesprochen (§ 1 Ziffer 3), daß die Bezüge als angemessen anzusehen sind, wenn sie den für die Festsetzung der Bezüge der unmittelbaren Staatsbeamten maßgebenden Gesichtspunkten unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse entsprechen, und in der Ausführungsanweisung steht, daß der Zweck des Gesetzes „die Erhaltung eines leistungsfähigen, arbeitswilligen Gemeindebeamtentums und die Befriedigung der berechtigten Wünsche des Gemeindebeamten ist. Eine Schlechterstellung der Bezüge der Gemeindebeamten gegenüber den Bezügen der entsprechenden Staatsbeamtengruppen soll auf jeden Fall ausgeschlossen sein; die für die staatlichen Beamten in vergleichbaren Stellen vorgesehenen Mindestsätze müssen unter allen Umständen erreicht werden.“

Die vom Gesetz geforderte schnelle Regelung — längstens innerhalb dreier Monate nach Inkrafttreten — ist freilich nicht erreicht worden. Hindernd war hierbei auch der Erlaß des sogenannten Besoldungssperrgesetzes, nämlich des Reichsgesetzes vom 21. Dezember 1920. Dieses Gesetz schreibt im § 1 vor, daß die Dienstbezüge der hauptamtlichen Beamten der Länder, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften nicht günstiger geregelt werden dürfen als die gleichzubewertender Reichsbeamten. Hinderlich war die Sperrmaßnahme besonders für die Entwicklung der Sparkassen, weil die Beamten und Angestellten, begünstigt durch die den Privatbanken günstigen Zeitverhältnisse, in diese besser bezahlenden Privatbetriebe übergingen. Der stete Personalwechsel und die damit verknüpfte fortwährende Anlernung neuer Kräfte erschwerten die Geschäftsführung ungemein. Der Vorstand des Deutschen Sparkassenverbandes erkannte die Notwendigkeit, auf die Sparkassenverwaltungen im Sinne einer den Anforderungen und den Zeitverhältnissen entsprechenden Besoldungsregelung einzuwirken. Er beauftragte in der Vorstandssitzung am 1. November 1921 in Nürnberg den Sonderausschuß für die Aus- und Fortbildung der Sparkassenbeamten, Grundsätze für eine zeitgemäße Besoldung auszuarbeiten. Der Ausschuß lehnte sich wegen der verschiedenartigen Entwicklung der Sparkassen an die vom Bunde der Deutschen Sparkassenbeamten (später Gewerkschaft) vorgenommene Einteilung der Sparkassen in drei Gruppen an: Sparkassen ohne bankmäßige Geschäftszweige, Sparkassen mit Depositen- und Kontokorrentverkehr, Sparkassen mit allen neuzeitlichen Einrichtungen.

Der Ausschuß faßte einstimmig folgende Beschlüsse:

I. Dem Sonderausschuß ist vom Vorstand des Deutschen Sparkassenverbandes durch Beschluß vom 1. November 1921 die Ausarbeitung von Grundsätzen für die Besoldung der Sparkassenbeamten übertragen worden. Der Sonderausschuß faßt diesen Auftrag dahin auf, daß die von ihm auszuarbeitenden Grundsätze als Ratschläge für die Anstellungsbehörden der Sparkassen durch Vermittlung der Unterverbände an die Garantieverbände der Sparkassen gegeben werden sollen. Den letzteren muß es überlassen bleiben, nach Maßgabe ihrer Verfassung die Anstellung und Besoldung der Funktionäre der Sparkassen zu regeln.

II. Es liegt im dringenden Interesse des deutschen Sparkassenwesens, die Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der Sparkassenbeamten und -angestellten überall so zu regeln, daß ein arbeitsfreudiges und den jeweiligen Bedürfnissen der betreffenden Sparkasse voll genügendes Personal sichergestellt wird. Die Besoldung der verantwortlichen Sparkassenbeamten muß daher in ein Verhältnis gebracht werden zu der Größe und der Art der Geschäftsbetätigung der Sparkasse selbst, nicht zu der Größe und allgemeinen Bedeutung des Garantieverbandes. Darum ist eine differenzielle Behandlung der Funktionäre der Sparkassen von denjenigen anderer Zweige der Verwaltung des Garantieverbandes unter Umständen erforderlich.

III. Die vollbeschäftigten Funktionäre der Sparkassen, mit Ausnahme der Hilfskräfte, Lehrlinge und der zu mechanischen Dienstleistungen bestimmten Personen, sind grundsätzlich als Beamte mit Pensionsberechtigung und Hinterbliebenenfürsorge anzustellen.

IV. Gewinnbeteiligung soll Beamten der Sparkassen nur in besonderen Fällen gewährt werden. Wohlerworbene Rechte der Beamten sind bei einer Neuregelung unangetastet zu lassen.

V. Zum Zwecke der Abstufung der Besoldungen sind drei Klassen von Sparkassen zu unterscheiden:
Klasse A: Sparkassen nur mit Sparbetrieb, einschließlich Überweisungsverkehr,
Klasse B: Sparkassen mit Depositen- und Kontokorrentverkehr,
Klasse C: Sparkassen mit allen neuzeitlichen Einrichtungen.

Innerhalb dieser drei Klassen sind bei Bestimmung darüber, in welche Besoldungsgruppe ein Beamter einzureihen ist, die Größe der Sparkassen, der Umsatz, Art und Umfang der Geschäfte und die Qualifikation der Persönlichkeit zu berücksichtigen.

VI. Unter Beachtung des unter V Gesagten wird folgende Eingruppierung der Sparkassenbeamten in die staatliche Besoldungsordnung empfohlen:

1. Leiter.
   Klasse A: Gruppe VII bis IX,
   „ B: „ VIII „ XI,
   „ C: „ IX „ XII, in besonderen Fällen Gruppe XIII.
2. Ständiger Stellvertreter des Leiters (dauernd an der Leitung beteiligt), nur für große Kassen der Klassen B und C in Betracht kommend.
   Klasse B: Gruppe VIII bis IX, in besonderen Fällen Gruppe X.
   „ C: „ IX bis X, in besonderen Fällen Gruppe XI.
3. Abteilungsvorsteher, Hauptkassierer, Revisor, nur für Sparkassen der Klassen B und C in Betracht kommend.
   Klasse B: Gruppe VIII bis IX,
   „ C: Gruppe VIII „ IX, in besonderen Fällen Gruppe X.
4. Oberbuchhalter, Kassierer (Korrespondenten).
   Klasse A: Gruppe VII,
   „ B: „ VII bis VIII,
   „ C: „ VIII.
5. Gegenbuchführer (zweiter Beamter bei kleineren Sparkassen).
   Klasse A: Gruppe VI bis VII,
   „ B: „ VI „ VIII,
   „ C: „ VII „ VIII.
6. Buchhalter, Gehilfen, Kassenboten, Geldzähler und Hilfskräfte.
   Wie die entsprechenden Beamten und Angestellten der allgemeinen Verwaltung des Garantieverbandes.

VII. Bezüglich der Anwendung des Reichssperrgesetzes gibt der Sonderausschuß der Meinung Ausdruck, daß mit den Sparkassen direkt vergleichbare Reichs- oder Staatsbetriebe nicht existieren. Wenn trotzdem ein Vergleich gezogen werden muß, so ist für Sparkassen der Klasse A auf die allgemeinen Reichs- und Staatskassen, für solche der Klasse B auf die gehobenen Reichs- und Staatskassen, für Sparkassen der Klasse C auf die Staatsbanken zu verweisen, obwohl die Arten der von den Staatsbanken zu betreibenden Geschäfte weniger mannigfaltig sind als die der Sparkassen der Klasse C.

Der vorstehende Beschluß ist allen Unterverbänden mitgeteilt worden mit dem Ersuchen, diese Grundsätze den Anstellungsbehörden der Sparkassen ihres Bezirks zur Berücksichtigung zu empfehlen.

Leider ist nach diesen Grundsätzen, insbesondere bei der Besoldungsregelung, nur von einem Teil der Verwaltungen gehandelt worden.

Durch Ministerialerlaß vom 1. März 1922 — IVa I 1306 — hat sodann der preußische Minister des Innern Richtlinien für die Besoldung der Kommunalbeamten aufgestellt mit dem Ziele, die Neuregelung der Besoldungen der Kommunalbeamten mit größter Beschleunigung zum Abschluß zu bringen. Die Richtlinien sollen dem zweifachen Zweck dienen, einerseits die unterste Grenze derjenigen Leistungen anzugeben, zu denen die Gemeinden und Gemeindeverbände gesetzlich verpflichtet sind, und andererseits auch die obere Grenze, über die mit Rücksicht auf das Besoldungssperrgesetz nicht hinausgegangen werden darf. Für die Einstufung der Beamten in die einzelnen Besoldungsgruppen, d. h. für die Prüfung der Gleichwertigkeit der Stelle mit einer solchen im Reichsdienste, soll die Bedeutung und der Inhalt des Amtes, nicht die Amtsbezeichnung entscheidend sein; für den Vergleich sind u. a. zu berücksichtigen: das Maß der zu erfüllenden Leistung, die Pflicht selbständiger Entscheidung und die damit verbundene Verantwortung, kurz der Gesamtinhalt der tatsächlichen Pflichten und Dienstgeschäfte der Stelle. Der Minister erklärt, daß die Eigenart der Stellen des Bürodirektors, Rechnungsdirektors und Sparkassenrendanten eine besondere Behandlung erfordert. Für die Einstufung des Sparkassenrendanten ist die Größe des Betriebes der Sparkasse (nicht des Kommunalverbandes) maßgebend. Der dem Erlaß beigefügte Gruppenplan sieht von den Sparkassenbeamten nur den Direktor (Rendanten) vor:

in den Städten in Gruppe VIII bis XI, ausnahmsweise XII,
in den Landkreisen desgleichen.

Wegen der Verschiedenartigkeit in den einzelnen Landesteilen sollen für die einzelnen Provinzen „ergänzende Richtlinien“ erlassen werden. Die Aufstellung solcher ergänzenden Richtlinien und Grundsätze ist den Oberpräsidenten übertragen.

Von vielen Seiten wird geklagt, daß die Einstufung der Sparkassenbeamten, auch der Leiter, nicht der Eigenart und der Bedeutung der Sparkassen entspricht. Zum Teil ist schon seitens der Gemeindebehörden eine zu niedrige Einreihung erfolgt, zum Teil sind die Beschlüsse der Gemeindebehörden von den Aufsichtsbehörden beanstandet worden. Dabei wird die Gleichartigkeit in der Behandlung bei diesem Verfahren vermißt; in anderen Regierungsbezirken und Provinzen sind höhere Einstufungen unbeanstandet gelassen worden, obwohl Tätigkeit und Umfang sich nicht unterscheiden, dort wieder sind Beamte von Städten und Kreisen ungeachtet sonst gleicher Verhältnisse verschieden behandelt worden; die Auslegung des Sperrgesetzes sei vielfach zu engherzig. Bei den naheliegenden Vergleichen zu Privatbanken, Genossenschaften und öffentlichen Kreditanstalten mit eigener Rechtspersönlichkeit schneiden die Sparkassenbeamten nicht gut ab. Die Gewährung von „Bankzulagen“ an die Beamten der Reichsbank und der Staatsbanken hat den Unterschied in der geldlichen Entlohnung noch vergrößert. Diese den kaufmännisch oder banktechnisch beschäftigten Beamten seit 1. Januar 1923 bewilligten Zulagen werden in Prozentsätzen zum Grundgehalt, Ortszuschlag und den jeweilig zu diesen Bezügen zuständigen Ausgleichszuschlägen gewährt und betragen für die Besoldungsgruppen IV bis VI 15 %, für die Besoldungsgruppe VII 25 %, für die Besoldungsgruppen von VIII an aufwärts 40 %. Es ist nicht zu verwundern, daß die Sparkassenbeamten in gleich verantwortlichen Stellen eine Besserung erstreben, und gegen die manchmal sehr umstrittene Anwendung des Sperrgesetzes Front machen, zumal wenn sie sehen müssen, wie ihrer Tätigkeit gleichwertige Stellen erheblich besser dotiert werden. Von den Beamten großer Sparkassen sind zurzeit Bestrebungen auf Gewährung gleicher Zulagen im Gange; wegen der Beanstandungen der Einstufung, die sich besonders bei kleineren Sparkassen bemerkbar gemacht haben, ist in mehreren Fällen Anrufung des Landesschiedsgerichts erfolgt.

Die Bezahlung der nicht ständigen Angestellten erfolgt nach den tariflichen Vereinbarungen. Über die Anwendung des Tarifs für die Bankbeamten sind Angaben nicht vorhanden. Bei den kommunalen Banken, besonders denen mit eigener Rechtspersönlichkeit, kommt im allgemeinen dieser Tarif in Frage, auch die freien und Stiftungssparkassen, deren Beamte und Angestellte nicht Gemeindebeamte sind, richten sich nach ihm.

Zu der Frage der Gewinnbeteiligung (vergl. Abschnitt II) hat der preußische Minister des Innern durch Erlaß vom 22. Juli 1921 — IV b 2057 — dem Oberpräsidenten folgende Entscheidung zugehen lassen: „Die in der Besoldungsordnung der Stadt Bublitz getroffene Bestimmung über die Gewährung eines Anteils am Reingewinn der Stadtsparkasse an den Sparkassenrendanten und den Gegenbuchführer verstößt gegen die Vorschrift des § 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 2117). Denn sie stellt eine günstigere Regelung

der Beamtenbesoldung gegenüber den Vorschriften der Reichsbesoldungsordnung dar. § 2 Absatz 2 des Sperrgesetzes ist auf Sparkassen nicht anwendbar. Ich ersuche daher ergebenst, das Erforderliche auf Grund des § 3 bezw. § 9 Absatz 2 des Sperrgesetzes in die Wege zu leiten."

Die vorstehende Entscheidung widerspricht auch nach Ansicht der Schriftleitung der „Sparkasse" dem § 2 Absatz 2 des Sperrgesetzes, in welchem es heißt: „Nicht betroffen werden ... Gewinn- und Umsatzanteile für Beamte in werbenden Betrieben." Diese nach dem Regierungsentwurf ursprünglich auf Staatsbetriebe beschränkte Bestimmung ist vom Reichstagsausschuß auf Betriebe schlechthin, also auch auf solche der Gemeinden, ausgedehnt worden. Zu den werbenden Gemeindebetrieben gehören mit in erster Linie die Gemeindesparkassen, wenn sie auch nicht Erwerbs-, sondern gemeinnützigen Zwecken dienen und die Gewinnerzielung bei ihnen nicht Hauptzweck ist; denn sie suchen doch durch die Erzielung von Einnahmen nicht nur die Deckung ihrer Verwaltungskosten, sondern auch eine angemessene Verzinsung der ihnen anvertrauten Gelder und darüber hinaus möglichst noch eine mäßige Vergütung für die von der Gemeinde getragene Haftpflicht zu gemeinnützigen Zwecken zu erreichen, sind also „werbend". Dem vorstehenden Erlaß wird deshalb nicht nur aus Beamtenkreisen energisch widersprochen.

Abschließend muß zu diesem Kapitel gesagt werden, daß gerade bei den Sparkassen die Leistungen maßgebend für die Besoldung sein sollten und die Wirtschaftlichkeit am besten bei guter Bezahlung gewahrt wird, denn gerade für einen nach kaufmännischen Gesichtspunkten zu führenden Betrieb gilt der Satz: „Gute Beamte erhält, wer gut bezahlt."

Erwähnt sei hier noch, daß seit dem 1. Oktober 1922 die Kommunalverbände die Reichszuschüsse zur Besoldung der Beamten und Angestellten der Gemeinden in Höhe von 75 % ihrer Mehraufwendungen gegenüber dem früheren Stande (nach dem Landessteuergesetz vor dem 1. Januar 1921), den sie aus eigenen Mitteln zu tragen hatten, auch für ihre Sparkassen erhalten (preußischer Ministerialerlaß vom 24. Oktober 1922 — IV a I 2945 —).

VI. Organisationsfragen der Beamtenschaft.

Eigene Organisationsbestrebungen haben sich bei den Sparkassenbeamten erst spät bemerkbar gemacht. Als Kommunalbeamte waren die Sparkassenbeamten Einzelmitglieder der Verbände der Gemeindebeamten in den deutschen Bundesstaaten. Nicht um wirtschaftliche Interessen zu vertreten, sondern rein fachlicher Fragen wegen zur Förderung des Sparkassenswesens bildeten sich vor etwa 10 bis 15 Jahren in einzelnen preußischen Provinzen und Regierungsbezirken und einigen süddeutschen Staaten Vereine von Sparkassenbeamten, hauptsächlich aus den leitenden; soweit Standesfragen erörtert wurden, geschah es vom idealen Standpunkte aus. In zwanglosen Zusammenkünften der Sparkassenleiter gelegentlich der Mitgliederversammlungen des Deutschen Sparkassenverbandes wurde ein reger Meinungsaustausch über praktische Fragen des Berufs und des Bildungswesens geführt, bis dann der Wunsch zu einem engeren Zusammenschluß laut wurde. Dies geschah am 9. September 1917 auf dem 1. Deutschen Sparkassenbeamtentag im Preußischen Abgeordnetenhause in Berlin. Hier wurde der Bund der Deutschen Sparkassenbeamten gegründet. Er bezweckte: 1. die Vermittlung der Kenntnisse, Erfahrungen und Anregungen seiner Mitglieder auf dem Gebiete des Sparkassenwesens sowie dessen Vervollkommnung und Förderung durch praktische Verbesserungen, 2. die Förderung der beruflichen Aus- und Fortbildung und 3. die Wahrung und Pflege der Standesinteressen der Sparkassenbeamten. Der Bund umfaßte die bestehenden und die später gegründeten Einzelvereine. Die Tatsache, daß die besonderen Interessen der Sparkassenbeamten in den Kommunalbeamtenverbänden nicht die genügende und nachdrückliche Vertretung fanden, veranlaßte den Bund, sich nach der Staatsumwälzung mehr den wirtschaftlichen Lebensfragen der Mitglieder zuzuwenden; die Mehrzahl der Beamten und Angestellten, besonders aus den unteren Besoldungsgruppen, blieb freilich in den Kommunalbeamtenverbänden weiter organisiert. In der Provinz Hannover unternahmen Angestellte den Versuch einer Sonderorganisation mit einem eigenen Organ. Infolge der zunehmenden Verteuerung der Lebenshaltung treten die rein wirtschaftlichen Fragen in allen Beamten- und Angestelltenorganisationen immer mehr in den Vordergrund.

Die Ausdehnung des Koalitionsrechts führte nach der Revolution zur Gründung der Beamtengewerkschaften. Auch der Bund der Sparkassenbeamten wurde vor die Frage gestellt, ob er die Vertretung der rechtlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten seiner Mitglieder den einzelnen Anstellungsbehörden gegenüber selbst wahrnehmen wollte, oder ob es zweckmäßiger sei, sich auf den bisherigen Aufgabenkreis zu beschränken und bezüglich der Wahrnehmung der Einzelinteressen den Anschluß an eine bestehende große Organisation zu suchen, die diese Vertretung mit mehr Nachdruck wahrnehmen und selbst in den kleinsten Orten durchführen könne. Die Mitgliederzahl war zu gering, um diese große Aufgabe neben der nur noch durch dauernde Überstunden zu bewältigenden dienstlichen Tätigkeit in der Zeit der allgemeinen Regelung der rechtlichen und wirtschaftlichen Beamtenverhältnisse leisten zu können. Längere Zeit schwankte der Kampf der Meinungen; die Lösung war dadurch erschwert, daß die Mitglieder in den Verbänden der Gemeindebeamten und der Kreisbeamten, denen sie angehörten, nicht auf die dort erworbenen Rechte verzichten mochten und bei der Ungewißheit des Ausganges der Frage einer eigenen gewerkschaftlichen Organisation auch nicht gut verzichten konnten. Hinzu kam, daß viele jüngere Beamte und besonders die Angestellten dem Gedanken einer eigenen Organisation nicht geneigt waren, weil sie ja nicht wissen konnten, ob sie dauernd im Sparkassenbetriebe bleiben würden. So standen sehr viele Beamte und Angestellte der Bewegung fern und wollten erst die weitere Entwicklung abwarten. Die Einsicht, Anschluß bei einer machtvollen Organisation (wie z. B. dem Deutschen Beamtenbund) als Spitzenvertretung zu suchen, war auch bei den Verfechtern des Gedankens der eigenen Gewerkschaft vorhanden. Die Verhandlungen über eine Angliederung an die Reichsgewerkschaft der Kommunalbeamten hatten nicht den von den Vertretern der Gewerkschaftsidee gewünschten Erfolg, und so wurde denn in der Hauptversammlung des Bundes der Deutschen Sparkassenbeamten vom 5. Dezember 1920 in Dresden die Gründung einer eigenen „Gewerkschaft der Beamten und Angestellten der öffentlichen Sparkassen und Kommunalbanken" beschlossen. Der Bund sollte in der neuen Gewerkschaft aufgehen. Die Versuche, diese Gewerkschaft an eine Großorganisation anzugliedern, wurden fortgesetzt, führten aber infolge Widerspruchs des „Kombe" (Preußischer Kommunalbeamtenverband) und des eigenartigen Standpunktes des „Kartells der Beamten bei den Reichs- und Staatsbanken" zu keinem befriedigenden Ergebnis. So war die neue Gewerkschaft nur auf sich selbst angewiesen. An Rührigkeit fehlte es bei den Führern nicht; ein Geschäftsführer (ein früherer Sparkassenleiter) wurde gewonnen, eine eigene Zeitschrift in einer Auflage von 15 000 Stück wöchentlich herausgegeben. So waren wohl die Offiziere vorhanden, aber die Zahl der Soldaten zu gering; es waren trotz aller Bemühungen in der Gewerkschaft nur 4000 Mitglieder vereint. Die Hauptversammlung am 1. November 1921 in Nürnberg beschloß weitere Verhandlungen mit dem Reichsbund der Kommunalbeamten. Diese führten zu dem Ziele, daß in einer neuen Sitzung des bevollmächtigten Haupt-

ausschusses am 20. Januar 1922 in Berlin-Schöneberg durch Mehrheitsbeschluß die Auflösung der eigenen Gewerkschaft und der Übergang als „Reichsfachgruppe der Sparkassenbeamten" in den Reichsbund der Kommunalbeamten und Angestellten besiegelt wurde.

Die Organisation ist nunmehr in allen Ländern des Reichs durchgeführt. Sie ist vertikal: Orts- oder Kreisfachgruppe, Bezirksfachgruppe (für das Gebiet einer Provinz oder eines kleineren Landes), Landesfachgruppe, Reichsfachgruppe (als oberste Spitze). Die Fachgruppenausschüsse bestehen aus Sparkassenmännern. Die äußere Vertretung obliegt den Organen des Kommunalverbandes im Benehmen mit den Fachgruppen bezw. Ausschüssen bezw. unter deren Hinzuziehung.

Die Beamten und Angestellten der freien und Stiftungssparkassen sind in anderen großen Verbänden organisiert, zum größeren Teile in den Organisationen der Bankbeamten.

Eine gesetzliche Regelung der Beamtenvertretung ist noch nicht erfolgt. Für die Bildung und Aufgaben der Beamtenausschüsse gelten in der preußischen Staatsverwaltung die Bestimmungen vom 27. März 1919 und die Ausführungsbestimmungen vom 9. August 1919. Der Minister des Innern hat den Kommunalbehörden anheimgestellt, diese Bestimmungen auch ihrerseits als Richtschnur anzuwenden. Im allgemeinen werden die Sparkassenbeamten durch den für die städtische bezw. Kreisverwaltung bestehenden Beamtenausschuß vertreten; bei einzelnen großen Sparkassen sind besondere Beamtenausschüsse errichtet worden, die in gemeinsamen, die ganze Beamtenschaft berührenden Fragen dem großen Ausschuß der gesamten Beamten angegliedert sind. —

Am Schlusse dieser Darstellung erscheint es dem Verfasser eine Ehrenpflicht, der Beamten und Angestellten der Sparkassen in den besetzten Gebieten zu gedenken, die unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen treu ihre Pflicht getan haben. Drangsalierungen, Beschränkungen der mannigfachsten Art, Beschlagnahmen, in nicht wenigen Fällen sogar Verhaftungen und Gefängnis haben sie über sich ergehen lassen müssen, sie haben dessenungeachtet in Aufopferung und Hingabe dem Vaterlande und dem Volke als wahre Treuhänder gedient. Eine spätere Zeit wird auch ihnen für alle Mühen und Gefahren die rechte Würdigung zuteil werden lassen.

6. Die Sparkassenverbände.

Von Oberbürgermeister a. D. **Franz Künzer,** Geschäftsführendem Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassenverbandes, M. d. V. R.W.R., Berlin.

Die ältesten Zusammenschlüsse deutscher Sparkassen weist Westfalen auf, wo im Regierungsbezirk Arnsberg bereits in den 1870er Jahren ein Verein der Sparkassenbeamten zur Förderung des Sparwesens bestand, der jährliche Zusammenkünfte abhielt und eine Sparkassenzeitung herausgab. Die Koalitionsbestrebungen erhielten ihren ersten kräftigen Impuls aber erst durch das Emporkommen von Postsparkassen. Nachdem 1861 in England die erste Postsparkasse eingerichtet worden und Belgien 1870 diesem Beispiel gefolgt war, beschäftigten sich in der zweiten Hälfte der 1870er Jahre viele Staaten mit diesem Problem: Italien, Niederlande, Frankreich und Japan führten sie ein. In Deutschland lenkte sich unter dem Einfluß der sozialen Bewegung der Zeit die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit mehr als vordem auf die Sparkassen. 1878 brachte gelegentlich des Internationalen Kongresses der Wohlfahrtsanstalten in Paris die deutsche Reichspostverwaltung eine Denkschrift über Wohlfahrtseinrichtungen der deutschen Reichspost- und -telegraphenverwaltung heraus, in der auch für Deutschland die Einführung von Postsparkassen zum Wohle der ärmeren Bevölkerung angeregt wurde. Diese Anregung wirkte auf die bestehenden kommunalen Sparkassen alarmierend. Man erkannte, daß diese manchen Ortes und in mancher Beziehung nicht mit den Forderungen der Zeit Schritt gehalten hatten, daß sie durch veraltete Einrichtungen und eine zu geringe Menge ihrer Sparstellen nicht mehr den Bedürfnissen der minderbemittelten Bevölkerung und ihrer Aufgabe, diese Bevölkerungskreise zu sparsamer Wirtschaft anzuregen, genügten. Man sah, daß die zentrale Postsparkasse manche Mängel, die den kommunalen Sparkassen anhafteten, beseitigen könnte, und ahnte die den kommunalen Sparkassen daraus drohende Gefahr. Im Mai 1880 hielt der sächsische Oberbürgermeister Kuntze in Plauen einen Vortrag über das Sparkassenwesen und einige bei der Sparkasse zu Plauen zu treffende Einrichtungen, indem er im Hinblick auf die Gefahren, die den jetzt tätigen Sparkassen drohen, und um jenen Gefahren zu begegnen, verschiedene Reformen, vornehmlich im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, empfahl. Kuntze ließ seinen Vortrag drucken, übersandte ihn sämtlichen sächsischen Sparkassenverwaltungen und lud diese zu einer Sparkassenkonferenz nach Plauen ein, die im Herbst 1880 stattfinden sollte und im Februar 1881 wirklich zustande kam. In dieser Konferenz wurde eine Kommission eingesetzt, die den Auftrag erhielt, einem noch in demselben Jahre einzuberufenden Sparkassentage Vorschläge für einen Übertragbarkeitsverkehr unter den Sparkassen vorzulegen und die Errichtung einer Zentralstelle und Zentralkasse für die Gemeindesparkassen Sachsens zu begutachten. Dieser Erste Sächsische Sparkassentag, der am 5. Juli 1882 in Freiberg stattfand, beschloß dann, auf die Begründung eines Sparkassenverbandes und einer Fachschrift für die deutschen oder doch wenigstens für die sächsischen Sparkassen hinzuwirken.

Inzwischen schlugen auch an zwei anderen Stellen Zusammenschlußgedanken Wurzel. Die Frage gleichzeitiger Herabsetzung des damals üblichen Zinsfußes für Spareinlagen führte im Juni 1881 die Sparkassenverwaltungen einiger Gemeinden des rheinisch-westfälischen Industriegebiets in Essen zusammen. Hier wurde auch die Frage des Zusammenschlusses von Sparkassen in größerem Rahmen erörtert und in einer Versammlung der Sparkassenverwaltungen der Regierungsbezirke Düsseldorf und Arnsberg am 28. Juni 1881 ein Komitee eingesetzt, das ein Verbandsstatut und Vorschläge für eine ins Leben zu rufende Verbandszeitschrift ausarbeiten und einer noch in demselben Jahre zu berufenden Versammlung aller Sparkassen Rheinlands und Westfalens zur Beschlußfassung vorlegen sollte. Die neue Zeitschrift „Die Sparkasse" konnte schon am 27. August 1881 von Essen aus ihre Probenummer versenden, in der die Aufgabe des zu gründenden Verbandes dahin umschrieben wurde: Gegenseitige vertrauliche Auskunfterteilung über sachliche und persönliche Verhältnisse, Ansichtenaustausch untereinander und Gewinnung eines gemeinsamen Bodens in Versammlungen über Taxen

und Wertschätzungen, Versicherungsgesellschaften und deren Garantien, Geldwesen im allgemeinen, Obligationen, Fonds und andere Anlagen der Sparkassen, Grundbucheinrichtungen, Verhältnisse der Sparkassenbeamten. Am 28. September 1881 wurde darauf in Hagen der „Verband der Sparkassen in Rheinland-Westfalen" begründet, der sich am 22. Juni 1882 zum „Verband der Sparkassen in Westdeutschland" erweiterte.

Parallel mit diesen Vorgängen gingen Besprechungen unter den für das Sparkassenwesen interessierten Teilnehmern am Deutschen Armenpflegertag. Von diesen wurde gelegentlich der konstituierenden Versammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit in Berlin im November 1881 der Plan erörtert, einen „Deutschen Sparkassentag" ins Leben zu rufen, um die gemeinsamen Bestrebungen der deutschen Sparkassen zusammenzufassen und über zeitgemäße Verbesserungen im Sparkassenwesen zu verhandeln. Am 22. April 1882 schloß sich hieran eine zweite Konferenz deutscher Sparkassenfreunde in Berlin, in der beschlossen wurde, an den nächsten Armenpflegertag einen Deutschen Sparkassentag anzuknüpfen und auf diesem über die rechtliche Lage des Sparkassenwesens, über die Popularisierung seiner Einrichtungen sowie über die Schaffung eines Sparkassenverbandes zur gegenseitigen Auszahlung der Spareinlagen zu verhandeln. So kam am 7. Oktober 1882 in Darmstadt der Erste Deutsche Sparkassentag zustande. Wie sich die Veranstalter dieser Tagung ihre Aufgabe dachten, zeigt ein Artikel im „Nordwest", in dem es heißt: „Nicht das wird Absicht und Zweck der Zusammenrufung des Sparkassentages aus ganz Deutschland sein, den vorhandenen Sparkassenverwaltungen gewisse kleine Vorteile und Geschäftserleichterungen zu verschaffen; dafür geht das Unternehmen schon aus einem allzu weit gezogenen Kreise hervor. Auch das kommunale Interesse, so bedeutend und achtbar es ist, wird u. E. nicht der höchste, erste und letzte Gesichtspunkt sein dürfen, schon weil keineswegs alle oder fast alle deutschen Sparkassen kommunale Institute sind. Im Vordergrunde steht vielmehr die Idee der sozialen Reform: den Massen zu dienen, denen durch Gewöhnung an Sparsamkeit und durch Vervielfältigen der Gelegenheiten zu fruchtbringendem Ersparen zugleich Mäßigkeit, gutes Haushalten beigebracht werden kann, die so allmählich auf höhere Lebensstufen gehoben werden, damit sie uns nicht entweder langsam oder auch plötzlich durch Verderbnis oder durch Umsturz in ihren Sumpf hinunterzerren."

Durch eine auf dem Sparkassentag gefaßte Entschließung wurde in Aussicht genommen, zur Förderung des Sparens und zur Herbeiführung gemeinsamer nützlicher Einrichtungen Landes- und Provinzialsparkassenverbände und als deren Zusammenfassung einen Deutschen Sparkassenverband zu begründen. Hierzu kam es jedoch einstweilen noch nicht. Vielmehr beschloß am 4. Oktober 1883 der Zweite Deutsche Sparkassentag in Dresden, der ebenfalls wieder im Anschluß an den Armenpflegertag stattfand, die Organisation von engeren Sparkassenverbänden zu empfehlen, die ihre Spitze im Deutschen Sparkassentage fänden, und es fand gleichzeitig die Konstituierung des Deutschen Sparkassentages und die Einsetzung eines geschäftsführenden Ausschusses statt.

Inzwischen hattte sich am Tage zuvor ein Sächsischer Sparkassenverband konstituiert, der freilich, nachdem er am 18. Juli 1885 seine vierte, zugleich letzte Tagung abgehalten hatte, wieder einschlief. Aber auch in anderen Landesteilen begann es sich zu regen, besonders weil inzwischen dem Reichstage eine Vorlage über die Einrichtung einer Reichspostsparkasse wirklich zugegangen war. In Hannover gab dieser Gesetzentwurf Anlaß zum Zusammentritt des Ersten Hannoverschen Sparkassentages, der auf Anregung der Stadtsparkasse Osnabrück am 25. November 1884 in Hannover stattfand, sich in einer Entschließung mit der Postsparkassenvorlage beschäftigte und ferner beschloß, den hannoverschen Sparkassen den Anschluß an den Verband der Sparkassen in Westdeutschland zu empfehlen. Dieser letztere Verband konstituierte sich am 6. Dezember 1884 als „Deutscher Sparkassenverband" und beauftragte seinen Vorstand mit der entsprechenden Umarbeitung der Satzung. An demselben Tage konstituierte sich in Berlin ein Brandenburgischer Sparkassenverband auf provinzieller Basis, der mit dem Deutschen Verbande Depeschen wechselte und alsbald in Verhandlungen wegen Zusammenschlusses trat. Die Verhandlungen zogen sich in die Länge, da der Brandenburgische Verband auf provinzieller Gliederung bestand. während der Deutsche zunächst an dem unmittelbaren Beitritt der einzelnen Sparkassen festhielt.

Auch in Württemberg, Schlesien, Ostpreußen und Hannover bildeten sich nunmehr Sparkassenverbände auf landsmannschaftlicher Basis. In Stuttgart versammelten sich anläßlich der geplanten Einführung von Postsparkassen am 29. Dezember 1884 auf Einladung der Stadtsparkasse Stuttgart die Vertreter von 32 württembergischen Korporationssparkassen und beschlossen die Einsetzung einer Kommission zur Aufsetzung eines Verbandsstatuts für den Übertragbarkeitsverkehr der württembergischen Korporationssparkassen, und am 29. Juni 1885 fand eine zweite Versammlung statt, in der die Errichtung eines Württembergischen Sparkassenverbandes beschlossen und die „Sparkasse" als sein Organ bestimmt wurde. Für Schlesien fand am 21. Februar 1885 auf Einladung des Kuratoriums der Städtischen Sparkasse Breslau in dieser Stadt die konstituierende Versammlung des Schlesischen Sparkassenverbandes statt, ebenfalls zunächst veranlaßt durch das drohende Postsparkassengesetz. In demselben Jahre traten auch in Königsberg auf Einladung des Vorsteheramts der dortigen Stadtsparkasse die Vertreter von 12 Sparkassen der Provinz Ostpreußen zusammen und beschlossen die Gründung eines Sparkassenverbandes für Ost- und Westpreußen, dem alsbald etwa 60 Sparkassen der beiden Provinzen beitraten. Am 8. Mai 1886 fanden sich in Bremen und am 29. September 1886 in Otterberg die Vertreter von 25 Sparkassen aus dem nordwestlichen Teile der Provinz Hannover zur Erörterung der damals im Vordergrunde des Interesses stehenden Sparkassenfragen zusammen und wählten einen vierköpfigen ständigen Versammlungsvorstand. Als im Februar 1887 auf Veranlassung des Oberpräsidenten ein Reskript des Regierungspräsidenten zu Stade erging, in dem die Anstellung eines technisch geschulten staatlichen Revisionsbeamten zur Revision sämtlicher Sparkassen des Bezirks angeregt wurde. lud dieser Versammlungsvorstand die Sparkassenverwaltungen der ganzen Provinz zu einem Zweiten Hannoverschen Sparkassentage am 7. Oktober 1887 nach Hannover ein, auf dem die Gründung eines Sparkassenverbandes für die Provinz Hannover beschlossen wurde. In Bayern verliefen Ansätze zur Bildung eines Sparkassenverbandes, die 1886 in Nürnberg unternommen wurden, zunächst ergebnislos.

Im Februar 1890 erklärte sich endlich der Deutsche Sparkassenverband in Essen grundsätzlich mit der Gliederung seiner Mitglieder nach Unterverbänden einverstanden, woneben allerdings auch die Möglichkeit des unmittelbaren Anschlusses einzelner Sparkassen bestehen blieb. Auf dieser Grundlage

wurde in der Generalversammlung des Deutschen Verbandes am 12. März 1892 in Berlin die Verbandssatzung endgültig festgestellt. Als Zweck des Verbandes bezeichnete die neue Satzung die Förderung der gemeinsamen Interessen der deutschen Sparkassen sowie die Anregung zur Vervollkommnung und Ausdehnung des Sparkassenwesens im Gebiete des Deutschen Reiches. Inzwischen hatte am 9. März 1890 der Brandenburgische Sparkassenverband seinen Eintritt in den Deutschen erklärt. Hannover tat dasselbe, und nachdem am 11. Oktober 1890 auf der Generalversammlung des Deutschen Verbandes in Hannover Berlin als Sitz dieses Verbandes gewählt und die Geschäftsführung von Essen nach Hannover verlegt worden war, auch Schlesien und Ost- und Westpreußen. Württemberg folgte diesem Beispiel erst am 23. November 1896.

Auch in den übrigen preußischen Provinzen und anderen deutschen Ländern bildeten sich jetzt Provinzial- oder Landes-Sparkassenverbände, zuerst in Rheinland-Westfalen, wo schon am 10. Januar 1891 in Dortmund eine Versammlung von Sparkassenvertretern über einen besonderen Zusammenschluß der Sparkassen von Rheinland-Westfalen beriet und zur Weiterverfolgung dieser Frage eine Kommission einsetzte. In einer zweiten Versammlung am 20. Juni 1891, an der allerdings nur Vertreter von 36 Sparkassen teilnahmen, wurde sodann die Bildung eines Provinzialsparkassenverbandes für die Rheinprovinz und Westfalen beschlossen. In Posen erfolgte die Konstituierung eines Provinzialsparkassenverbandes am 28. Mai 1892, nachdem dort bereits am 23. Januar desselben Jahres die Bildung eines solchen Verbandes auf einer von der Stadt Posen eingeladenen Versammlung der Sparkassen grundsätzlich beschlossen worden war. Der Posener Verband bezeichnete sich sogleich in seiner Satzung als Unterverband des Deutschen Sparkassenverbandes und verpflichtete als erster seine sämtlichen Verbandssparkassen satzungsmäßig, sich in gewissen Zwischenräumen einer fachmännischen Revision durch einen Verbandsrevisor zu unterwerfen. Es folgte der Sachsen-Thüringen-Anhaltische Sparkassenverband, der am 2. November 1892 in Halle begründet wurde und ebenfalls sogleich seinen Anschluß an den Deutschen Verband satzungsmäßig festlegte. 1894 bildete sich ein Verband Badischer Gemeindesparkassen, der im darauffolgenden Jahre dem Deutschen Verbande beitrat. Am 6. Juni 1895 wurde in Frankfurt a. M. ein Hessischer Sparkassenverband gegründet, der indes erst 1904 seinen Anschluß an den Deutschen Verband fand. Am 23. März 1896 entstand ein Sparkassenverband des Regierungsbezirks Cassel, der sich im Oktober desselben Jahres zu einem Sparkassenverband für die Provinz Hessen-Nassau und Waldeck erweiterte und dem Deutschen Sparkassenverbande anschloß. Am 18. Mai 1898 konstituierte sich in Neumünster auf Einladung des Schleswig-Holsteinischen Städtevereins der Schleswig-Holsteinische Sparkassenverband, der noch in demselben Jahre dem Deutschen Sparkassenverbande beitrat. Mit der am 22. Mai 1900 erfolgten Begründung des Pommerschen Sparkassenverbandes, der sich ebenfalls alsbald dem Deutschen Verbande anschloß, war das Netz der provinziellen Sparkassenverbände in Preußen geschlossen. 1908 schloß sich auch ein Elsaß-Lothringischer Sparkassenverband dem Deutschen Verbande an, nachdem er am 10. Mai 1905 in Straßburg gegründet worden war. Am 6. Juli 1907 bildete sich zum zweiten Male in Dresden ein Sächsischer Sparkassenverband, der sich Anfang 1911 nach längeren Verhandlungen dem Deutschen Sparkassenverbande anschloß. Die letzte Verbandsbildung fand in Bayern statt. Nachdem der erste Versuch dazu in Mittelfranken 1886 gescheitert und nur für die Rheinpfalz bereits 1896 ein Sparkassenverband ins Leben getreten war, gelang es erst in den Jahren 1906—1909, in den übrigen bayerischen Kreisen ebenfalls Sparkassenverbände ins Leben zu rufen, die in dem am 28. März 1908 gegründeten Landesverband bayerischer Sparkassen zusammengefaßt und 1911 dem Deutschen Sparkassenverbande als Unterverbände angeschlossen wurden.

Die mecklenburgischen und oldenburgischen Sparkassen schlossen sich dem benachbarten Hannoverschen Sparkassenverbande an, ebenso ein Teil der Sparkassen in den beiden Lippe, während ein anderer Teil der letzteren Anschluß beim Rheinisch-Westfälischen Sparkassenverband nahm. So blieben außerhalb der landsmannschaftlichen Organisationen schließlich nur noch die drei Hansestädte, Braunschweig und Berlin. Von den Sparkassen der Hansestädte traten einige vorübergehend dem Deutschen Sparkassenverbande als Einzelmitglieder bei, andere schlossen sich benachbarten Verbänden an. In Braunschweig, das nur eine Staatssparkasse mit einer Anzahl Filialen kennt, trat diese 1920 als Einzelmitglied dem Deutschen Sparkassenverbande bei. Die Stadt Berlin endlich, die anfänglich kurze Zeit Mitglied des Brandenburgischen Sparkassenverbandes gewesen war, hielt sich lange Zeit von den Verbandsbestrebungen der Sparkassen fern und wurde 1918 als eigener Verband in den Deutschen Sparkassenverband aufgenommen.

Damit ist das Netz der Verbandsorganisation fast lückenlos über das ganze Reich ausgedehnt. Zwei Verbände (Elsaß-Lothringen und Posen) verschwanden nach dem unglücklichen Ausgange des Krieges, und der Verband für Ost- und Westpreußen fand für seinen Verlust in der letztgenannten Provinz einen Ersatz in den Sparkassen der neugebildeten Provinz „Grenzmark". An Stelle der acht bayerischen Unterverbände trat der sie zusammenfassende Landesverband der bayerischen Sparkassen. So umfaßt der Deutsche Sparkassenverband jetzt in seinen fünfzehn Mitgliedsverbänden mit wenigen Ausnahmen alle öffentlichen und privaten gemeinnützigen Sparkassen des Deutschen Reichs. Nachstehende Übersicht ergibt den Stand am Ende des Geschäftsjahres 1922 bezw. 1922/23, daneben eingeklammert die Ziffern des Vorjahres:

Sparkassenverband	Anzahl der angeschlossenen Sparkassen		Gesamteinlagenbestand der angeschlossenen Sparkassen in Millionen Mark	
Baden	147	(140)	8 819	(2 015)
Bayern	381	(386)	12 605	(3 121)
Berlin	1	(1)	13 497	(2 336)
Brandenburg	115	(117)	12 410	(2 327)
Hannover	249	(248)	23 674	(5 122)
Hessen	34	(34)	3 639	(1 172)
Hessen-Nassau-Waldeck	83	(84)	9 235	(2 311)
Ost- und Westpreußen	109	(110)	11 377	(1 582)
Pommern	86	(86)	9 032	(1 814)
Rheinland-Westfalen	450	(457)	72 031	(14 841)
Sachsen (Freistaat)	343	(345)	6 042	(4 040)
Provinz Sachsen-Thüringen-Anhalt	245	(257)	18 350	(4 516)
Schlesien	172	(194)	18 941	(3 030)
Schleswig-Holstein	199	(221)	8 893	(1 944)
Württemberg . . . ca.	76	(76)	ca. 14 000	(2 682)
zusammen	2 690	(2 756)	242 545	(52 853)

Die Geschichte der Verbandsbestrebungen im deutschen Sparkassenwesen zeigt, daß die treibende Kraft vor allem der Reformgedanke war, der Wunsch nach zeitgemäßer Verbesserung des Sparkassenwesens. Daneben stand — anfänglich mehr in die zweite Linie gerückt — der jedem Zusammen-

schluß innewohnende Gedanke der Interessenvertretung, des gemeinsamen Schutzes nach außen. Diese beiden Tendenzen bestimmten die Tätigkeit der Verbände. Diese entwickelte sich zunächst vornehmlich in Versammlungen. Hier wurden praktische Spareinrichtungen und Methoden zur Verbesserung des Sparwesens erörtert, wie Vermehrung der Sparstellen, Einrichtung von Pfennig- und Jugendsparkassen, Sparprämien, Übertragbarkeit der Spareinlagen. Des weiteren wurde über die Verbesserung der Sparkassenverwaltung verhandelt, über die Grundsätze für die Anlegung der Sparkassengelder, die Zinspolitik der Sparkassen, ihre Sicherung für Zeiten von Geldkrisen, den Geldausgleich und die Errichtung eines Zentralgeldinstituts, die Fortbildung und Versorgung der Sparkassenbeamten. Auch allgemeine Fragen, die das Aufgabengebiet der Sparkassen und seine Erweiterung betrafen, kamen häufig zur Verhandlung, so die Verbindung der Sparkassen mit Volks- und Lebensversicherung, ihre Beteiligung an der Förderung des Kleinwohnungsbaus, des bäuerlichen Kredits und der Entschuldung des Grundbesitzes, die Pflege des Personalkredits für den Mittelstand, der Kontokorrent-, Scheck- und Überweisungsverkehr, die Beteiligung der Sparkassen an der Ausgabe von Reichs- und Staatsanleihen, die Pflege des Kommunalkredits. Daneben gelangten endlich auch Gesetzentwürfe und Verwaltungsanordnungen, die für die Sparkassen von besonderer Bedeutung waren, zur Verhandlung. Die in Form von Entschließungen zusammengefaßten Anregungen dieser Versammlungen gaben auch Anlaß zu praktischen Veranstaltungen und Einrichtungen der Verbände, so zur Aufstellung von Mustersatzungen für die angeschlossenen Sparkassen, zum Entwurf von Geschäftsanweisungen und Formularen für den Sparkassenbetrieb, zur Einrichtung von Geldausgleichsstellen, zur Veranstaltung von Unterrichtskursen und Fachbesprechungen für Sparkassenbeamte, in Hannover zum Betrieb einer ständigen Sparkassenschule, vor allem aber zur Einrichtung fachmännischer Revisionen der Sparkassen durch besondere von dem Verbande angestellte Revisoren. Namentlich mit der letzteren Einrichtung, die nicht als Ersatz, wohl aber als wichtige Ergänzung der Staatsaufsicht dient, wurde ein neues Moment gesteigerter Sicherheit in den Sparkassenbetrieb eingeführt, das an Bedeutung gewinnen mußte, je mehr die Sparkassen durch ihr Wachstum und die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen wurden, ihre Betätigung auf neue Geschäftsgebiete auszudehnen. Eine weitere bedeutende praktische Betätigung brachte den Verbänden die von ihnen ins Leben gerufene Girobewegung; über sie wird an anderer Stelle berichtet.

Auch für den Deutschen Verband lag das Schwergewicht der Betätigung anfänglich in den allgemeinen Versammlungen, Mitgliederversammlungen oder Sparkassentage genannt. Vorstand und Ausschuß beschränkten sich im wesentlichen auf die Erörterung der weniger wichtigen Fragen, die Vorbereitung der Versammlungen und die Ausführung ihrer Entschließungen. Das Schwergewicht der alsbald eingerichteten Geschäftsführung lag in der Herausgabe der Verbandszeitschrift „Die Sparkasse“. Am 1. Januar 1891 wurden freilich Geschäftsführung des Verbandes und Redaktion der Zeitschrift voneinander getrennt, und diese Trennung dauerte bis zum Dezember 1910. Je mehr der Deutsche Sparkassenverband sich jedoch zu einem alle deutschen Sparkassen umfassenden zentralen Organ entwickelte, desto mehr steigerten sich naturgemäß die Ansprüche an seine Geschäftsführung. Hatte schon der erste Geschäftsführer Dr. Heyden vorübergehend im Anschluß an die Leitung der Verbandszeitschrift ein „Syndikat“ zur Beratung der Sparkassen eingerichtet, so stieg das Bedürfnis nach Erteilung von Rat und Auskunft in Rechts- und Verwaltungsfragen an die angeschlossenen Sparkassen, je größer die Zahl der letzteren wurde. Vor allem aber trat mit der Zeit als vornehmste Aufgabe des Verbandes die Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der deutschen Sparkassen gegenüber Öffentlichkeit, Behörden und Parlamenten in den Vordergrund, zumal da mit ihrer zunehmenden Entwicklung die Sparkassen mehr und mehr auf die Gegnerschaft anderer Geldinstitute stießen, die ihren Wettbewerb fürchteten. Am 31. Oktober 1919 wurde deshalb von der Mitgliederversammlung in Oeynhausen die Anstellung eines Geschäftsführers im Hauptamt beschlossen und Anfang 1920 die „Zentralstelle des Deutschen Sparkassenverbandes“ in Berlin eingerichtet, die jetzt mit einem Geschäftsführer, mehreren Referenten und dem erforderlichen Büropersonal besetzt ist.

Die rechtliche Struktur der Sparkassenverbände wandelte sich im Laufe der Zeit. Anfänglich durchweg als lose Vereine errichtet, verschafften sich einzelne Verbände nach Inkrafttreten des B.G.B. durch Eintragung in das Vereinsregister Rechtsfähigkeit, zuerst der Posensche Sparkassenverband, der seine Rechtsfähigkeit anstrebte, um einen Verbandsrevisor im Hauptamt anstellen zu können. Es folgten u. a. Schleswig-Holstein, Schlesien und Rheinland-Westfalen. Auch der Deutsche Sparkassenverband selbst hat auf Grund seiner neuesten, am 28. November 1922 beschlossenen Satzung die Eigenschaft eines eingetragenen Vereins erlangt. Zugleich wandelte er sich in einen Verband der Verbände um, während bis dahin die in Unterverbände gegliederten Sparkassen selbst unmittelbare Mitglieder des Deutschen Verbandes waren.

Eine wesentliche Änderung ihrer rechtlichen Struktur erfuhr ein Teil der Sparkassenverbände durch die Entwicklung der Giroorganisation. Als Träger der wirtschaftlichen Organisation der Girozentralen waren die Sparkassenverbände vermöge ihres losen rechtlichen Aufbaus nicht geeignet. Dazu bedurfte es der Begründung besonderer Vereine, die teils auf Grund des preußischen Zweckverbandsgesetzes, teils durch staatliche Verleihung die Eigenschaft rechtsfähiger, öffentlich-rechtlicher Korporationen erhielten. Es lag nahe, daß die Sparkassenverbände, aus denen diese Korporationen hervorgegangen waren, und die mit ihnen auch fernerhin in weitestem Umfange durch Personalunion verbunden blieben, mit der Zeit es als zweckmäßig empfanden, sich auch organisch mit ihnen zu verschmelzen und auf die rechtlich stärkere Organisation — unter Aufgabe der eigenen — die von ihnen wahrgenommenen Aufgaben zu übertragen. So haben in Baden, Bayern, Brandenburg, Ost- und Westpreußen, Sachsen-Thüringen, Anhalt und Württemberg sich die Sparkassenverbände mit den betreffenden Giroverbänden zu vereinigten „Sparkassen- und Giroverbänden“ mit der rechtlichen Natur der letzteren verbunden. In anderen Verbandsbezirken steht eine gleichartige Entwicklung in Aussicht.

Die Sparkassenverbände sind freie Organisationen der deutschen Sparkassen. Ihr Wille wird lediglich durch die Beschlüsse der von den Mitgliedern gewählten Organe bestimmt. Mit den Staatsaufsichtsbehörden der Sparkassen verbindet sie der gemeinsame Wunsch, die Entwicklung des Sparkassenwesens zu fördern und die Wirksamkeit aller Sparkassen auf gesunder Bahn zu erhalten. Die Erkenntnis des Wertes der Sparkassenverbände hat sich erst allmählich bei den Regierungen der Länder durchgerungen. Als im Februar 1895 im Preußischen Abgeordnetenhause der Abgeordnete Knebel an die Regierung das Ersuchen richtete,

den Bestrebungen der Sparkassenverbände wohlwollend entgegenzukommen, mußte der damalige Ministerialvertreter mitteilen, daß mehrere Oberpräsidenten sich zurzeit gegen eine Empfehlung des Anschlusses der Sparkassen an die Provinzial-Sparkassenverbände ausgesprochen hätten, und daß auch der Minister deshalb einstweilen Abstand nehme, den Anschluß allgemein zu empfehlen. Seitdem haben aber überall die Verbände ihre Existenzberechtigung und Notwendigkeit erwiesen. Auch die Regierungen haben erkannt, daß durch die freie Tätigkeit der Verbände die Staatsaufsicht wirkungsvoll ergänzt wird. So eröffnete denn auch in Preußen ein Ministerialerlaß vom 23. März 1901 den Oberpräsidenten, „daß der Minister es für die gedeihliche Weiterentwicklung der kommunalen Sparkassen in hohem Grade für erwünscht erachtet, daß sie tunlichst sämtlich dem Deutschen Sparkassenverbande bezw. dessen in den einzelnen Provinzen bestehenden Zweigvereinen beitreten". In dem 1920 ausgearbeiteten Entwurf zu einem Sparkassengesetz für Preußen war vorgesehen, daß den Sparkassen die Pflicht zum Anschluß an ihre Sparkassenverbände auferlegt und den letzteren gewisse Aufgaben überwiesen werden sollten, die zur Entlastung der Staatsaufsicht dienen. In ähnlicher Weise findet ein vertrauensvolles Hand-in-Hand-Arbeiten zwischen Regierung und Sparkassenverbänden auch in den übrigen deutschen Ländern statt.

Schluß.

Die Zukunft der Sparkassen.

Von Geh. Regierungsrat Dr. **Kleiner,** Präsidenten des Deutschen Zentralgiroverbandes, Berlin.

Grau und düster wie vor uns allen liegt die Zukunft anscheinend auch vor den deutschen Sparkassen. Diese stehen vor einem Trümmerfeld, nachdem die alte Mark nach jahrelangem Siechtum zuletzt in beschleunigter Auflösung ein unrühmliches Ende gefunden hat. Die stolzen Summen an Spareinlagen, über welche die deutschen Sparkassen zu Beginn des Weltkrieges verfügten, sind jetzt, in Goldmark umgerechnet, auf ein sehr bescheidenes Sümmchen zusammengeschmolzen. Wie die Spareinlagen in ihrem ständigen Wachstum während der glücklichen Friedenszeiten, namentlich nach der Gründung des Deutschen Reiches, ein sichtbares Merkmal für das Aufblühen unserer Volkswirtschaft und für die Zunahme des Wohlstandes auch in den breiteren Schichten der Bevölkerung darstellten, so spiegeln sie heute in ihren kümmerlichen Resten das traurige Bild unseres wirtschaftlichen Zusammenbruchs mit dem dadurch bedingten Verlust des größten Teils unseres Volksvermögens getreulich wider. Gerade die Sparkassen mußte der Zusammenbruch unserer Wirtschaft und unserer Währung zwangsläufig besonders hart treffen. Hatte das Sparen unter gesunden wirtschaftlichen Verhältnissen höchsten wirtschaftlichen Sinn, so mußte die ständig fortschreitende, zuletzt in geradezu phantastischen Sprüngen sich bewegende Entwertung der Mark das Sparen als wirtschaftlichen Unsinn erscheinen lassen. Ist doch die wirtschaftliche Voraussetzung für jedes Sparen die Erhaltung der Kaufkraft des gesparten Geldes. Mit trauriger Notwendigkeit mußte daher Spartrieb und Spartätigkeit mehr und mehr erlahmen und schließlich ganz aufhören, als sich herausstellte, daß der Sparer, der sein Geld auf die Sparkasse trug, damit das ganze Risiko der weiteren Geldentwertung auf sich nahm und regelmäßig erlebte, wie nach kurzer Zeit, zuletzt schon nach wenigen Tagen, ja von heute auf morgen, seine Spareinlagen ihre Kaufkraft größtenteils einbüßten. „Sparen" ist nur möglich in wertbeständigem Geld! Machtlos standen daher die Sparkassen der Entwicklung der Verhältnisse in der Zeit nach dem verlorenen Kriege gegenüber, bis sich nach Jahren wieder wertbeständige Sparmöglichkeiten ergaben. Die Sparkassen selbst konnten solche Möglichkeiten ihrem Publikum wegen des für sie damit verbundenen Risikos erst dann und nur insoweit bieten, als sie selbst sich in der Lage sahen, die bei ihnen eingezahlten Spargelder wertbeständig anzulegen. Die ersten Möglichkeiten nach dieser Richtung hin bot den Sparkassen die Schaffung wertbeständiger Anlagepapiere durch die Herausgabe von Inhaberschuldverschreibungen auf der Grundlage von Naturerzeugnissen, wie Roggen, Weizen, Kohle, Kali, Holz usw., seitens verschiedener Geldinstitute und später seitens der Kommunalverbände, die über solche Erzeugnisse aus Eigen- oder Pachtbesitz verfügten. Eine brauchbare, genügend breite Grundlage für die Einrichtung eines **allgemeinen** wertbeständigen Sparverkehrs bei den Sparkassen schuf aber erst die Auflegung der ersten wertbeständigen Goldanleihe des Reiches, der Dollarschatzanweisungen. Diese Gelegenheit wurde auch von den Spitzenverbänden der Sparkassenorganisation, dem Deutschen Sparkassenverband und dem Deutschen Zentralgiroverband, sofort benutzt, um den Sparkassen die Einrichtung einer wertbeständigen Spargelegenheit in Gestalt des Goldsparmarkverkehrs (1 Goldsparmark = $^1/_{10}$ Dollar) zu empfehlen. Leider wurde dieser Goldsparmarkverkehr auf Wunsch der Aufsichtsbehörden, die in übergroßer Vorsicht von seiner schnellen Entwickelung Gefahren für die Liquidität der Sparkassen befürchteten, durch einschränkende Bedingungen zu stark gefesselt, um sich frei und lebhaft entwickeln zu können. Auch ließen es die meisten Sparkassen an der nötigen Initiative auf diesem Gebiet vorerst fehlen. Dazu trat nach einiger Zeit als weiteres Hindernis der Umstand, daß die als ausschließliche Deckung für die Goldsparmarkeinlagen vorgesehenen Dollarschatzanweisungen des Reiches an der Börse nicht mehr unbeschränkt zu kaufen waren, sondern repartiert wurden. Dies ließ die eben erst aufgelebte wertbeständige Spartätigkeit in Goldsparmark bald wieder fast zum völligen Stillstand kommen. Immerhin haben einzelne Sparkassen, die die Frage mit besonderer Tatkraft angefaßt hatten, doch sehr beachtliche Erfolge erzielt. Einen neuen kräftigen Anstoß aber erhielt der Goldsparmarkverkehr erst durch das erneute Eingreifen der Spitzenverbände, nachdem das Reich sich zur Herausgabe einer zweiten größeren wertbeständigen Anleihe, der sechsprozentigen Goldanleihe, entschlossen hatte und den Spitzenverbänden zugesichert worden war, daß die Sparkassen unbeschränkt soviel Goldanleihe sollten erhalten können, als sie zur Deckung von Goldsparmarkeinlagen jeweils benötigten. Jetzt ist seit kurzem durch die Schaffung der Rentenmark eine neue

wertbeständige Sparmöglichkeit gegeben. Auf der anderen Seite aber hat die sich immer mehr vollziehende Umstellung unserer gesamten Wirtschaft auf die Goldmark den von den großen Nullenreihen der Papiermark gewobenen trügerischen Schleier zerrissen und unsere ganze Armut bloßgelegt. Viele und gerade diejenigen Kreise, die früher zu den eifrigsten Sparern gehörten, können kaum noch etwas ersparen, weil sie schon Mühe haben, den nackten Lebensunterhalt aus ihren Einkünften zu bestreiten. Große Hoffnungen auf schnelle und umfangreiche Zunahme ihrer wertbeständigen Spareinlagen dürfen sich die Sparkassen daher leider zurzeit noch nicht machen. Sie stehen vor großen Schwierigkeiten, die sie nötigen, den außer dem eigentlichen Sparverkehr gepflegten Geschäftszweigen, dem Giroverkehr und der mehr bankgeschäftlichen Betätigung, noch größere Beachtung als bisher zuzuwenden. In letzterer Beziehung darf auf eine verständnisvolle, der gegenwärtigen Lage der Sparkassen wohlwollend Rechnung tragende Stellungnahme der staatlichen Aufsichtsbehörden gehofft werden. Der tatkräftigen Unterstützung seitens ihrer Spitzenverbände sind die Sparkassen sicher. Sie haben sich zudem durch die Schaffung eigener zentraler Geldinstitute in den Girozentralen einen festen Rückhalt auch für die jetzigen schweren Zeiten geschaffen. Trotz aller Schwierigkeiten, mit denen die Sparkassen zurzeit zu kämpfen haben, liegt daher für sie kein Anlaß vor, zu verzagen oder gar zu verzweifeln, und zwar um so weniger, als die Frage der Wiedergesundung unseres Sparwesens lediglich eine Unterfrage der großen allgemeinen Frage einer Gesundung unserer Wirtschaft überhaupt darstellt. Denn wenn auch über diese letztere Frage von den verschiedensten Sachverständigen, einheimischen wie auswärtigen, deutschen wie ausländischen, die verschiedensten Gutachten abgegeben worden sind, so läßt sich doch letzten Endes das ganze Problem auf eine sehr einfache Formel bringen. Auf die Frage, wie unsere Wirtschaft wieder gesunden kann, gibt es schließlich nur eine einzige Antwort, und die lautet: Mehr arbeiten, weniger ausgeben, wieder sparen! Ist dem aber so, so dürfen in gleicher Weise, wie wir alle an eine Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft und an einen Wiederaufstieg des deutschen Volkes glauben, auch die Sparkassen auf eine bessere, lichte Zukunft hoffen.

I. Höhe der Spareinlagen auf den Kopf der fortgeschriebenen Bevölkerung im Deutschen Reiche und in den einzelnen deutschen Freistaaten in den Jahren 1913 und 1921.

(Nach dem jetzigen Gebietsumfange, also ohne das nach Abschluß des Geschäftsjahres 1921 an Polen abgetretene Gebiet von Oberschlesien.)

Deutsches Reich — Preußen — Bayern — Sachsen — Württemberg — Baden — Thüringen — Hessen — Hamburg

Mecklenburg-Schwerin — Oldenburg — Anhalt — Bremen — Lippe — Lübeck — Mecklenburg-Strelitz — Waldeck — Schaumburg-Lippe

Zeichenerklärung:

a) Die Querstriche, bis zu denen die einfachen Schraffuren jedes Stäbchens reichen, geben die Höhe der Spareinlagen der einzelnen Freistaaten am Ende des Geschäftsjahres 1921 in Papiermark auf den Kopf der Bevölkerung an.

b) Die Querstriche, bis zu denen die Doppelschraffuren gehen, veranschaulichen den entsprechenden Kopfbetrag am Ende des Geschäftsjahres 1913 in Goldmark.

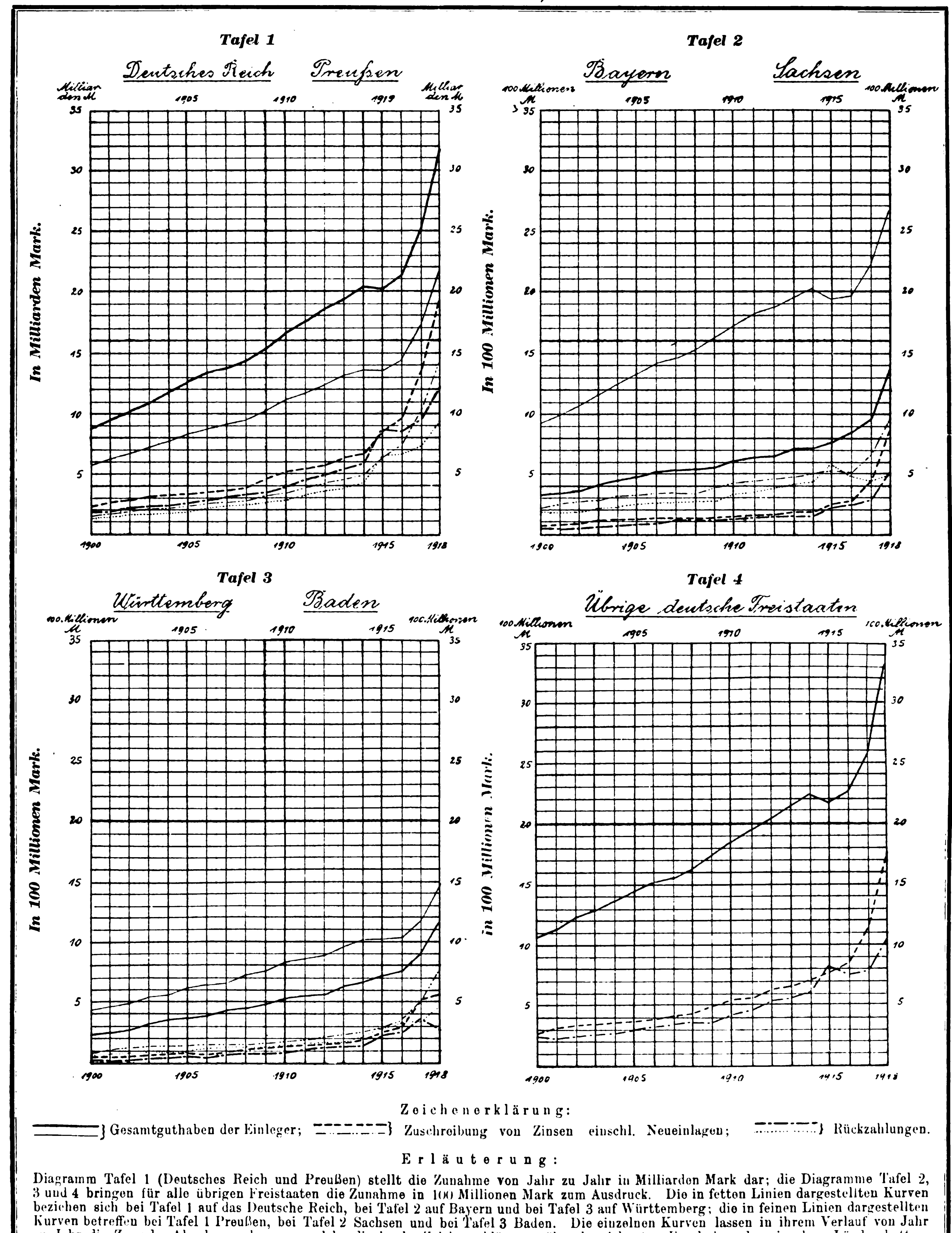
c) Die Höhe des schwarz angelegten Teiles jedes Stäbchens gibt den Betrag in Goldmark an, der am Ende des Geschäftsjahres 1921 auf den Kopf der Bevölkerung entfällt.

d) Die Höhe der durch die Zeichnung dargestellten Markbeträge zu a), b) und c) ist an der linken Seite jedes Stäbchens in Klammern angegeben.



II. Vergleichung der Bewegung der Spareinlagen, der Zuschreibung von Zinsen einschließlich der Neueinlagen sowie der Rückzahlungen bei den Sparkassen des Deutschen Reiches und der deutschen Freistaaten in den Jahren 1900 bis 1918.

(Für sämtliche Jahre Ergebnis ohne Braunschweig und Elsaß-Lothringen, für das Jahr 1918 außerdem ohne die an Polen abgetretenen Teile der Provinz Posen.)



Zeichenerklärung:

} Gesamtguthaben der Einleger; } Zuschreibung von Zinsen einschl. Neueinlagen; } Rückzahlungen.

Erläuterung:

Diagramm Tafel 1 (Deutsches Reich und Preußen) stellt die Zunahme von Jahr zu Jahr in Milliarden Mark dar; die Diagramme Tafel 2, 3 und 4 bringen für alle übrigen Freistaaten die Zunahme in 100 Millionen Mark zum Ausdruck. Die in fetten Linien dargestellten Kurven beziehen sich bei Tafel 1 auf das Deutsche Reich, bei Tafel 2 auf Bayern und bei Tafel 3 auf Württemberg; die in feinen Linien dargestellten Kurven betreffen bei Tafel 1 Preußen, bei Tafel 2 Sachsen und bei Tafel 3 Baden. Die einzelnen Kurven lassen in ihrem Verlauf von Jahr zu Jahr die Zu- oder Abnahme erkennen, welche die in der Zeichenerklärung näher bezeichneten Ergebnisse der einzelnen Länder hatten.

Endgültige Ergebnisse

der

Viehzählung vom 1. Dezember 1922

im Freistaat Preussen.

---

1. Der Viehstand im Staate.
2. Der Viehstand in den Provinzen.
3. Der Viehstand in den Regierungsbezirken.
4. Der Viehstand in den Kreisen.

---

1. Der Viehstand im Staate am 1. Dezember 1922.

Staat	Zeit der Zählung	Viehhaltende Haushaltungen	1. Pferde (ohne Militärpferde): Unter 3 Jahre alte Pferde und Fohlen: Unter 1 Jahr alte Fohlen	1 bis noch nicht 2 Jahre alte Pferde	2 bis noch nicht 3 Jahre alte Pferde	zusammen	3 bis noch nicht 5 Jahre alte Pferde: Zuchthengste	die übrigen Pferde	zusammen	5 Jahre alte und ältere Pferde: Zuchthengste	die übrigen Pferde	zusammen	3 Jahre alte und ältere Pferde (Spalten 9 und 12)	überhaupt	2. Maultiere und Maulesel	3. Esel
1	1a	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
A. Staat[1]	1. 12. 22	**3 957 413**	**215 909**	**198 881**	**177 440**	**592 230**	**5 718**	**257 957**	**263 675**	**6 778**	**1 660 830**	**1 667 608**	**1 931 283**	**2 523 513**	**19 997**	**3 987**
	1. 12. 21	*4 033 143*	*211 862*	*182 058*	*159 665*	*553 585*	*5 546*	*245 345*	*250 891*	*6 779*	*1 728 486*	*1 735 265*	*1 986 156*	*2 539 741*	*20 790*	*4 334*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 21 mehr (+) oder weniger (−)		− 75 730	+ 4 047	+ 16 823	+ 17 775	+ 38 645	+ 172	+ 12 612	+ 12 784	− 1	− 67 656	− 67 657	− 54 873	− 16 228	− 793	− 347
in % mehr (+) oder weniger (−)		− 1,88	+ 1,91	+ 9,24	+ 11,13	+ 6,98	+ 3,10	+ 5,14	+ 5,10	− 0,01	− 3,91	− 3,90	− 2,76	− 0,64	− 3,81	− 8,01
davon:																
1. Städte	1. 12. 22	**1 133 043**	**11 104**	**10 242**	**11 183**	**32 529**	**855**	**23 450**	**24 305**	**1 958**	**263 423**	**265 381**	**289 686**	**322 215**	**3 046**	**741**
	1. 12. 21	*1 185 398*	*10 692*	*8 805*	*9 842*	*29 339*	*887*	*24 137*	*25 024*	*1 676*	*290 843*	*292 519*	*317 543*	*346 882*	*3 532*	*889*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 21 mehr (+) oder weniger (−)		− 52 355	+ 412	+ 1 437	+ 1 341	+ 3 190	− 32	− 687	− 719	+ 282	− 27 420	− 27 138	− 27 857	− 24 667	− 486	− 148
in % mehr (+) oder weniger (−)		− 4,42	+ 3,85	+ 16,32	+ 13,63	+ 10,87	− 3,61	− 2,85	− 2,87	+ 16,83	− 9,43	− 9,28	− 8,77	− 7,11	− 13,76	− 16,65
2. Landgemeinden	1. 12. 22	**2 559 199**	**166 604**	**152 153**	**137 078**	**455 835**	**2 901**	**199 543**	**202 444**	**2 406**	**1 125 552**	**1 127 958**	**1 330 402**	**1 786 237**	**6 149**	**2 499**
	1. 12. 21	*2 584 836*	*163 696*	*141 468*	*122 740*	*427 904*	*3 080*	*187 760*	*190 840*	*2 443*	*1 166 747*	*1 169 190*	*1 360 030*	*1 787 934*	*6 231*	*2 661*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 21 mehr (+) oder weniger (−)		− 25 637	+ 2 908	+ 10 685	+ 14 338	+ 27 931	− 179	+ 11 783	+ 11 604	− 37	− 41 195	− 41 232	− 29 628	− 1 697	− 82	− 162
in % mehr (+) oder weniger (−)		− 0,99	+ 1,78	+ 7,55	+ 11,68	+ 6,53	− 5,81	+ 6,28	+ 6,08	− 1,51	− 3,53	− 3,53	− 2,18	− 0,09	− 1,32	− 6,09
3. Gutsbezirke	1. 12. 22	**265 171**	**38 201**	**36 486**	**29 179**	**103 866**	**1 962**	**34 964**	**36 926**	**2 414**	**271 855**	**274 269**	**311 195**	**415 061**	**10 802**	**747**
	1. 12. 21	*262 909*	*37 474*	*31 785*	*27 083*	*96 342*	*1 579*	*33 448*	*35 027*	*2 660*	*270 896*	*273 556*	*308 583*	*404 925*	*11 027*	*784*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 21 mehr (+) oder weniger (−)		+ 2 262	+ 727	+ 4 701	+ 2 096	+ 7 524	+ 383	+ 1 516	+ 1 899	− 246	+ 959	+ 713	+ 2 612	+ 10 136	− 225	− 37
in % mehr (+) oder weniger (−)		+ 0,86	+ 1,94	+ 14,79	+ 7,74	+ 7,81	+ 24,26	+ 4,53	+ 5,42	− 9,25	+ 0,35	+ 0,26	+ 0,85	+ 2,50	− 2,04	− 4,72
Staat	1. 12. 13	[3]) **2 927 142**	.	.	.	**370 775**	.	.	.	.	.	.	**2 244 946**	[4]) **2 615 721**	[5]) **1 025**	[5]) **6 085**
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (−)		+ 1 030 271	.	.	.	+ 221 455	.	.	.	.	.	.	− 313 663	− 92 208	+ 18 972	− 2 098
in % mehr (+) oder weniger (−)		+ 35,20	.	.	.	+ 59,73	.	.	.	.	.	.	− 13,97	− 3,53	+ 1 850,93	− 34,48
Außerdem:																
Waldeck[2])	1. 12. 22	**9 374**	**667**	**652**	**378**	**1 697**	**22**	**561**	**583**	**12**	**4 538**	**4 550**	**5 133**	**6 830**	**4**	**4**

[1]) ohne das Saargebiet. — [2]) Die Ergebnisse für Waldeck sind im Auftrage der dortigen Regierung im Preußischen Statistischen Landesamt bearbeitet. — [3]) Bei der Beurteilung der Zahlen der Haushaltungen ist zu berücksichtigen, daß Maultiere, Esel, Kaninchen, Federvieh und Bienenstöcke und so auch die Haushaltungen mit diesen Tieren allein am 1. Dezember 1913 nicht gezählt worden sind. — [4]) Bei der Zählung am 1. Dezember 1913 sind die Militärpferde miterhoben worden. — [5]) Nach dem Ergebnis der Dezemberzählung 1912, da die Maultiere, Maulesel, Esel sowie das Federvieh und die Bienenstöcke am 1. Dezember 1913 nicht gezählt worden sind.

Noch: 1. Der Viehstand im Staate am 1. Dezember 1922.

Staat	Zeit der Zählung	4. Rindvieh											5. Schafe					
		Kälber			Jungvieh			2 Jahre alte und ältere Bullen, Stiere und Ochsen	2 Jahre alte und ältere Kühe			überhaupt	Unter 1 Jahr alte Schafe und Schafböcke einschl. Lämmer	1 Jahr alte und ältere Schafe				überhaupt
		unter 6 Wochen alt	6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alt	zusammen	3 Monate bis noch nicht 1 Jahr alt	1 bis noch nicht 2 Jahre alt	zusammen		Milchkühe	die übrigen Kühe, auch Färsen, Kalbinnen	zusammen			Schafböcke	Mutterschafe (Zibben)	Hammel (Schöpse)	zusammen	
1	1a	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33
A. Staat[1])	1. 12. 22	**233 613**	**412 296**	**645 909**	**1 354 799**	**1 426 258**	**2 781 057**	**457 315**	**4554 206**	**434 502**	**4 988 708**	**8 872 989**	**1054 342**	**62 461**	**2275 225**	**255 186**	**2 592 872**	**3 647 214**
	1. 12. 21	*247 950*	*436 457*	*684 407*	*1 520 543*	*1 509 640*	*3 030 183*	*480 333*	*4568 673*	*447 077*	*5 015 750*	*9 210 673*	*1146 726*	*69 483*	*2360 722*	*290 206*	*2 720 411*	*3 867 137*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 21: mehr (+) oder weniger (—)		—14 337	—24 161	—38 498	—165 744	—83 382	—249 126	—23 018	—14 467	—12 575	—27 042	—337 684	—92 384	—7 022	—85 497	—35 020	—127 539	—219 923
in % mehr (+) oder weniger (—)		— 5,78	— 5,54	— 5,63	— 10,90	— 5,52	— 8,22	— 4,79	— 0,32	— 2,81	— 0,54	— 3,67	— 8,06	—10,11	— 3,62	— 12,07	— 4,69	— 5,69
davon:																		
1. Städte	1. 12. 22	**12 027**	**20 075**	**32 102**	**58 031**	**64 075**	**122 106**	**22 649**	**283 167**	**26 900**	**310 067**	**486 924**	**63 377**	**4 269**	**120 509**	**24 467**	**149 245**	**212 622**
	1. 12. 21	*12 279*	*21 364*	*33 643*	*66 951*	*68 243*	*135 194*	*23 859*	*281 500*	*24 786*	*306 286*	*498 982*	*68 663*	*5 281*	*124 806*	*29 262*	*159 349*	*228 012*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 21: mehr (+) oder weniger (—)		— 252	— 1 289	— 1 541	— 8 920	— 4 168	— 13 088	— 1 210	+ 1 667	+ 2 114	+ 3 781	— 12 058	— 5 286	—1 012	— 4 297	— 4 795	— 10 104	— 15 390
in % mehr (+) oder weniger (—)		— 2,05	— 6,03	— 4,58	— 13,32	— 6,11	— 9,68	— 5,07	+ 0,59	+ 8,53	+ 1,23	— 2,42	— 7,70	—19,16	— 3,44	— 16,39	— 6,34	— 6,75
2. Landgemeinden	1. 12. 22	**182 386**	**337 320**	**519 706**	**1 134 203**	**1 144 283**	**2 278 486**	**288 974**	**3719 080**	**321 683**	**4 040 763**	**7 127 929**	**543 827**	**37 435**	**1180 518**	**113 605**	**1 331 558**	**1 875 385**
	1. 12. 21	*194 821*	*356 127*	*550 948*	*1 267 233*	*1 215 995*	*2 483 228*	*301 909*	*3742 337*	*336 996*	*4 079 333*	*7 415 418*	*608 161*	*42 275*	*1246 815*	*125 562*	*1 414 652*	*2 022 813*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 21: mehr (+) oder weniger (—)		—12 435	—18 807	— 31 242	—133 030	—71 712	—204 742	— 12 935	—23 257	—15 313	— 38 570	— 287 489	—64 334	—4 840	—66 297	—11 957	— 83 094	—147 428
in % mehr (+) oder weniger (—)		— 6,38	— 5,28	— 5,67	— 10,50	— 5,89	— 8,24	— 4,28	— 0,62	— 4,54	— 0,95	— 3,88	— 10,58	—11,45	— 5,32	— 9,52	— 5,87	— 7,29
3. Gutsbezirke	1. 12. 22	**39 200**	**54 901**	**94 101**	**162 565**	**217 900**	**380 465**	**145 692**	**551 959**	**85 919**	**637 878**	**1 258 136**	**447 138**	**20 757**	**974 198**	**117 114**	**1 112 069**	**1 559 207**
	1. 12. 21	*40 850*	*58 966*	*99 816*	*186 359*	*225 402*	*411 761*	*154 565*	*544 836*	*85 295*	*630 131*	*1 296 273*	*469 902*	*21 927*	*989 101*	*135 382*	*1 146 410*	*1 616 312*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 21: mehr (+) oder weniger (—)		— 1 650	— 4 065	— 5 715	— 23 794	— 7 502	— 31 296	— 8 873	+ 7 123	+ 624	+ 7 747	— 38 137	—22 764	—1 170	—14 903	—18 268	— 34 341	— 57 105
in % mehr (+) oder weniger (—)		— 4,04	— 6,89	— 5,73	— 12,77	— 3,33	— 7,60	— 5,74	+ 1,31	+ 0,73	+ 1,23	— 2,94	— 4,84	— 5,34	— 1,51	— 13,49	— 3,00	— 3,53
Staat	1. 12. 13	.	.	**915 222**	.	.	**3 129 643**	**692 463**	.	.	**5 615 893**	**10 353 221**	.	.	.	.	.	**3 345 516**
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13: mehr (+) oder weniger (—)		.	.	—269 313	.	.	—348 586	—235 148	.	.	—627 185	—1480 232	.	.	.	.	.	+301 698
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 29,43	.	.	— 11,14	— 33,96	.	.	— 11,17	— 14,30	.	.	.	.	.	+ 9,02
Außerdem:																		
Waldeck[2])	1. 12. 22	**1 004**	**1 846**	**2 850**	**4 728**	**4 706**	**9 434**	**1 116**	**15 939**	**974**	**16 913**	**30 313**	**5 175**	**123**	**15 182**	**454**	**15 759**	**20 934**

[1]) [2]) Vergl. die Anmerkungen [1]) und [2]) auf Seite 206.

Noch: 1. Der Viehstand im Staate am 1. Dezember 1922.

Staat	Zeit der Zählung	6. Schweine: Unter ½ Jahr alte Schweine: Unter 8 Wochen alte Ferkel	Unter ½ Jahr alte Schweine: 8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	Unter ½ Jahr alte Schweine: zusammen	½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: Zuchteber	½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: Zuchtsauen	½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: die übrigen Schweine	½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: zusammen	1 Jahr alte und ältere Schweine: Zuchteber	1 Jahr alte und ältere Schweine: Zuchtsauen	1 Jahr alte und ältere Schweine: die übrigen Schweine	1 Jahr alte und ältere Schweine: zusammen	überhaupt
1	1a	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45
A. Staat[1])	1. 12. 22	**1 655 676**	**3 668 632**	**5 324 308**	**34 364**	**319 940**	**2 362 503**	**2 716 807**	**23 867**	**527 257**	**984 536**	**1 535 660**	**9 576 775**
	1. 12. 21	*1 934 312*	*4 310 601*	*6 244 913*	*35 691*	*334 380*	*2 300 652*	*2 670 723*	*24 611*	*571 082*	*928 824*	*1 524 517*	*10 440 153*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 21: mehr (+) oder weniger (—)		— 278 636	— 641 969	— 920 605	— 1 327	— 14 440	+ 61 851	+ 46 084	— 744	— 43 825	+ 55 712	+ 11 143	— 863 378
in % mehr (+) oder weniger (—)		— 14,40	— 14,89	— 14,74	— 3,72	— 4,32	+ 2,69	+ 1,73	— 3,02	— 7,67	+ 6,00	+ 0,73	— 8,27
davon:													
1. Städte	1. 12. 22	**152 942**	**443 416**	**596 358**	**2 686**	**16 803**	**386 046**	**405 535**	**1 597**	**22 285**	**137 673**	**161 555**	**1 163 448**
	1. 12. 21	*186 390*	*533 964*	*720 354*	*2 463*	*17 553*	*382 383*	*402 399*	*1 638*	*24 076*	*130 398*	*156 112*	*1 278 865*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 21: mehr (+) oder weniger (—)		— 33 448	— 90 548	— 123 996	+ 223	— 750	+ 3 663	+ 3 136	— 41	— 1 791	+ 7 275	+ 5 443	— 115 417
in % mehr (+) oder weniger (—)		— 17,95	— 16,96	— 17,21	+ 9,05	— 4,27	+ 0,96	+ 0,78	— 2,50	— 7,44	+ 5,58	+ 3,49	— 9,02
2. Landgemeinden	1. 12. 22	**1 301 987**	**2 806 413**	**4 108 400**	**26 613**	**274 248**	**1 760 260**	**2 061 121**	**16 431**	**430 979**	**747 336**	**1 194 746**	**7 364 267**
	1. 12. 21	*1 523 263*	*3 282 157*	*4 805 420*	*27 818*	*287 151*	*1 695 636*	*2 010 605*	*16 981*	*470 560*	*698 642*	*1 186 183*	*8 002 208*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 21: mehr (+) oder weniger (—)		— 221 276	— 475 744	— 697 020	— 1 205	— 12 903	+ 64 624	+ 50 516	— 550	— 39 581	+ 48 694	+ 8 563	— 637 941
in % mehr (+) oder weniger (—)		— 14,53	— 14,49	— 14,50	— 4,33	— 4,49	+ 3,81	+ 2,51	— 3,24	— 8,41	+ 6,97	+ 0,72	— 7,97
3. Gutsbezirke	1. 12. 22	**200 747**	**418 803**	**619 550**	**5 065**	**28 889**	**216 197**	**250 151**	**5 839**	**73 993**	**99 527**	**179 359**	**1 049 060**
	1. 12. 21	*224 659*	*494 480*	*719 139*	*5 410*	*29 676*	*222 633*	*257 719*	*5 992*	*76 446*	*99 784*	*182 222*	*1 159 080*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 21: mehr (+) oder weniger (—)		— 23 912	— 75 677	— 99 589	— 345	— 787	— 6 436	— 7 568	— 153	— 2 453	— 257	— 2 863	— 110 020
in % mehr (+) oder weniger (—)		— 10,64	— 15,30	— 13,85	— 6,38	— 2,65	— 2,89	— 2,94	— 2,55	— 3,21	— 0,26	— 1,57	— 9,49
Staat	1. 12. 13	.	.	**9 064 337**	**36 836**	**483 567**	**4 076 595**	**4 596 998**	**30 751**	**869 416**	**899 805**	**1 799 972**	**15 461 307**
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13: mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 3 740 029	— 2 472	— 163 627	— 1 714 092	— 1 880 191	— 6 884	— 342 159	+ 84 731	— 264 312	— 5 884 532
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 41,26	— 6,71	— 33,84	— 42,05	— 40,90	— 22,39	— 39,36	+ 9,42	— 14,68	— 38,06
Außerdem:													
Waldeck[2])	1. 12. 22	**7 189**	**12 593**	**19 782**	**132**	**1 280**	**9 677**	**11 089**	**104**	**2 716**	**4 751**	**7 571**	**38 442**

[1]) [2]) Vergl. die Anmerkungen [1]) und [2]) auf Seite 206.

Noch: 1. Der Viehstand im Staate am 1. Dezember 1922.

Staat	Zeit der Zählung	7. Ziegen					8.	9. Federvieh					10. Bienenstöcke (Bienenvölker)		
		Unter 1 Jahr alte Ziegen und Ziegenböcke einschl. Lämmer	1 Jahr alte und ältere Ziegen			überhaupt	Zahme Kaninchen	Gänse (Gänseriche, Gänse und Gänseküken)	Enten (Enteriche, Enten und Entenküken)	Hühner (Hähne, Hühner und Küken)	Trut- und Perlhühner (Hähne, Hühner und Küken)	überhaupt	mit beweglichen Waben	mit unbeweglichen Waben	überhaupt
			Ziegenböcke	Ziegen (Geißen)	zusammen										
1	1a	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59
A. Staat[1])	1. 12. 22	**490 908**	**36 911**	**1 914 703**	**1 951 614**	**2 442 522**	**1 701 288**	**2 948 642**	**936 732**	**35 094 284**	**344 187**	**39 323 845**	**534 158**	**396 322**	**930 480**
	1. 12. 21	*580 745*	*42 424*	*1 917 360*	*1 959 784*	*2 540 529*	*2 414 797*	*3 154 075*	*1 145 650*	*36 680 377*	*408 016*	*41 388 118*	*595 072*	*474 981*	*1 070 053*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 21 mehr (+) oder weniger (−)		− 89 837	− 5 513	− 2 657	− 8 170	− 98 007	− 713 509	− 205 433	− 208 918	− 1 586 093	− 63 829	− 2 064 273	− 60 914	− 78 659	− 139 573
in % mehr (+) oder weniger (−)		− 15,47	− 13,00	− 0,14	− 0,42	− 3,86	− 29,55	− 6,51	− 18,24	− 4,32	− 15,64	− 4,99	− 10,24	− 16,56	− 13,04
davon:															
1. Städte	1. 12. 22	**111 811**	**8 452**	**444 971**	**453 423**	**565 234**	**727 153**	**291 394**	**141 584**	**6 959 500**	**39 326**	**7 431 804**	**73 583**	**30 210**	**103 793**
	1. 12. 21	*131 802*	*10 357*	*443 966*	*454 323*	*586 125*	*1 044 888*	*331 333*	*184 373*	*7 546 837*	*48 648*	*8 111 191*	*77 756*	*34 003*	*111 759*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 21 mehr (+) oder weniger (−)		− 19 991	− 1 905	+ 1 005	− 900	− 20 891	− 317 735	− 39 939	− 42 789	− 587 337	− 9 322	− 679 387	− 4 173	− 3 793	− 7 966
in % mehr (+) oder weniger (−)		− 15,17	− 18,39	+ 0,23	− 0,20	− 3,56	− 30,41	− 12,05	− 23,21	− 7,78	− 19,16	− 8,38	− 5,37	− 11,15	− 7,13
2. Landgemeinden	1. 12. 22	**351 896**	**26 051**	**1 393 289**	**1 419 340**	**1 771 236**	**804 899**	**2 300 455**	**597 492**	**24 859 642**	**191 004**	**27 948 593**	**401 543**	**328 194**	**729 737**
	1. 12. 21	*418 458*	*29 309*	*1 396 808*	*1 426 117*	*1 844 575*	*1 155 119*	*2 446 049*	*741 591*	*25 799 140*	*235 210*	*29 221 990*	*450 343*	*393 241*	*843 584*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 21 mehr (+) oder weniger (−)		− 66 562	− 3 258	− 3 519	− 6 777	− 73 339	− 350 220	− 145 594	− 144 099	− 939 498	− 44 206	− 1 273 397	− 48 800	− 65 047	− 113 847
in % mehr (+) oder weniger (−)		− 15,91	− 11,12	− 0,25	− 0,48	− 3,98	− 30,32	− 5,95	− 19,43	− 3,64	− 18,79	− 4,36	− 10,84	− 16,54	− 13,50
3. Gutsbezirke	1. 12. 22	**27 201**	**2 408**	**76 443**	**78 851**	**106 052**	**169 236**	**356 793**	**197 656**	**3 275 142**	**113 857**	**3 943 448**	**59 032**	**37 918**	**96 950**
	1. 12. 21	*30 485*	*2 758*	*76 586*	*79 344*	*109 829*	*214 790*	*376 693*	*219 686*	*3 334 400*	*124 158*	*4 054 937*	*66 973*	*47 737*	*114 710*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 21 mehr (+) oder weniger (−)		− 3 284	− 350	− 143	− 493	− 3 777	− 45 554	− 19 900	− 22 030	− 59 258	− 10 301	− 111 489	− 7 941	− 9 819	− 17 760
in % mehr (+) oder weniger (−)		− 10,77	− 12,69	− 0,19	− 0,62	− 3,44	− 21,21	− 5,28	− 10,03	− 1,78	− 8,30	− 2,75	− 11,86	− 20,57	− 15,48
Staat	1. 12. 13	.	.	.	.	1 878 079	.	3 615 014	1 434 204	38 549 218	317 243	3) 43 915 679	639 725	624 108	3) 1 263 833
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (−)		.	.	.	.	+ 564 443	.	− 666 372	− 497 472	− 3 454 934	+ 26 944	− 4 591 834	− 105 567	− 227 786	− 333 353
in % mehr (+) oder weniger (−)		.	.	.	.	+ 30,05	.	− 18,43	− 34,69	− 8,96	+ 8,49	− 10,46	− 16,50	− 36,50	− 26,38
Außerdem:															
Waldeck[2])	1. 12. 22	1 707	71	6 514	6 585	8 292	1 250	9 631	1 883	105 654	547	117 715	2 209	807	3 016

[1]) [2]) [3]) Vergl. die Anmerkungen [1]), [2]) und [5]) auf Seite 206.

2. Der Viehstand in den Provinzen am 1. Dezember 1922.

Provinzen	Zeit der Zählung	Viehhaltende Haushaltungen¹)	1. Pferde (ohne Militärpferde)²): Unter 3 Jahre alte Pferde und Fohlen: Unter 1 Jahr alte Fohlen	1 bis noch nicht 2 Jahre alte Pferde	2 bis noch nicht 3 Jahre alte Pferde	zusammen	3 bis noch nicht 5 Jahre alte Pferde: Zuchthengste	die übrigen Pferde	zusammen	5 Jahre alte und ältere Pferde: Zuchthengste	die übrigen Pferde	zusammen	3 Jahre alte und ältere Pferde (Spalten 9 und 12)	überhaupt	2. Maultiere und Maulesel³)	3. Esel³)
1	1a	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
B. Provinzen.																
1. Ostpreußen	1. 12. 22	309 509	52 520	47 817	41 917	142 254	1 278	53 943	55 221	1 583	284 610	286 193	341 414	483 668	371	109
	1. 12. 13	*257 927*	.	.	.	*114 850*	.	.	.	.	.	.	*398 330*	*513 180*	*34*	*106*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		+ 51 582	.	.	.	+ 27 404	.	.	.	.	.	.	— 56 916	— 29 512	+ 337	+ 3
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 20,00	.	.	.	+ 23,86	.	.	.	.	.	.	— 14,29	— 5,75	+ 991,18	+ 2,83
2. Brandenburg	1. 12. 22	368 821	17 404	18 174	16 228	51 806	508	23 998	24 506	705	202 432	203 137	227 643	279 449	3 833	802
	1. 12. 13	*270 167*	.	.	.	*29 947*	.	.	.	.	.	.	*250 635*	*280 582*	*144*	*1 302*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		+ 98 654	.	.	.	+ 21 859	.	.	.	.	.	.	— 22 992	— 1 133	+ 3 689	— 500
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 36,52	.	.	.	+ 72,99	.	.	.	.	.	.	— 9,17	— 0,40	+ 2 561,81	— 38,40
3. Stadt Berlin	1. 12. 22	85 836	152	132	177	461	6	633	639	6	39 499	39 505	40 144	40 605	361	27
	1. 12. 13	*25 906*	.	.	.	*296*	.	.	.	.	.	.	*79 942*	*80 238*	*73*	*139*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		+ 59 930	.	.	.	+ 165	.	.	.	.	.	.	— 39 798	— 39 633	+ 288	— 112
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 231,34	.	.	.	+ 55,74	.	.	.	.	.	.	— 49,78	— 49,39	+ 394,52	— 80,58
4. Pommern	1. 12. 22	243 382	17 995	18 526	18 277	54 798	640	26 641	27 281	797	172 403	173 200	200 481	255 279	2 205	182
	1. 12. 13	*194 144*	.	.	.	*30 676*	.	.	.	.	.	.	*214 945*	*245 621*	*64*	*283*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		+ 49 238	.	.	.	+ 24 122	.	.	.	.	.	.	— 14 464	+ 9 658	+ 2 141	— 101
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 25,36	.	.	.	+ 78,63	.	.	.	.	.	.	— 6,73	+ 3,93	+ 3 345,31	— 35,69
5. Grenzmark Posen-Westpr.	1. 12. 22	52 681	3 656	3 536	3 149	10 341	113	5 072	5 185	112	33 067	33 179	38 364	48 705	190	23
	1. 12. 13	*43 704*	.	.	.	*5 886*	.	.	.	.	.	.	*39 830*	*45 716*	*8*	*67*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		+ 8 977	.	.	.	+ 4 455	.	.	.	.	.	.	— 1 466	+ 2 989	+ 182	— 44
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 20,54	.	.	.	+ 75,69	.	.	.	.	.	.	— 3,68	+ 6,54	+ 2 275,00	— 65,67
6. Niederschlesien	1. 12. 22	338 916	14 725	13 486	12 413	40 624	548	20 222	20 770	543	146 355	146 898	167 668	208 292	1 968	213
	1. 12. 13	*208 294*	.	.	.	*20 493*	.	.	.	.	.	.	*195 148*	*215 641*	*65*	*296*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		+ 130 622	.	.	.	+ 20 131	.	.	.	.	.	.	— 27 480	— 7 349	+ 1 903	— 83
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 62,71	.	.	.	+ 98,23	.	.	.	.	.	.	— 14,08	— 3,41	+ 2 927,69	— 28,04
7. Oberschlesien	1. 12. 22	155 701	7 583	7 330	6 190	21 103	173	9 421	9 594	289	58 428	58 717	68 311	84 414	543	59
	1. 12. 13	*122 888*	.	.	.	*16 133*	.	.	.	.	.	.	*77 398*	*93 531*	*11*	*62*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		+ 32 813	.	.	.	+ 4 970	.	.	.	.	.	.	— 14 087	— 9 117	+ 532	— 3
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 26,70	.	.	.	+ 30,81	.	.	.	.	.	.	— 18,20	— 9,75	+ 4 836,36	— 4,84

¹) ²) ³) Vergl. die Anmerkungen ³), ⁴) und ⁵) auf Seite 206.

Noch: 2. Der Viehstand in den Provinzen am 1. Dezember 1922.

Provinzen	Zeit der Zählung	4. Rindvieh: Kälber: unter 6 Wochen alt	Kälber: 6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alt	Kälber: zusammen	Jungvieh: 3 Monate bis noch nicht 1 Jahr alt	Jungvieh: 1 bis noch nicht 2 Jahre alt	Jungvieh: zusammen	2 Jahre alte und ältere Bullen, Stiere und Ochsen	2 Jahre alte und ältere Kühe: Milchkühe	2 Jahre alte und ältere Kühe: die übrigen Kühe, auch Färsen, Kalbinnen	2 Jahre alte und ältere Kühe: zusammen	Rindvieh überhaupt	5. Schafe: Unter 1 Jahr alte Schafe und Schafböcke einschl. Lämmer	1 Jahr alte und ältere Schafe: Schafböcke	1 Jahr alte und ältere Schafe: Mutterschafe (Zibben)	1 Jahr alte und ältere Schafe: Hammel (Schöpse)	1 Jahr alte und ältere Schafe: zusammen	Schafe überhaupt
1	1a	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33
B. Provinzen.																		
1. Ostpreußen	1. 12. 22	**21 141**	**35 190**	**56 331**	**198 621**	**198 299**	**396 920**	**43 657**	**490 658**	**72 461**	**563 119**	**1 060 027**	**78 986**	**11 026**	**286 369**	**12 279**	**309 674**	**388 660**
	1. 12. 13	.	.	*90 475*	.	.	*458 582*	*88 888*	.	.	*625 807*	*1 263 752*	.	.	.	.	.	*333 086*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (−)		.	.	− 34 144	.	.	− 61 662	− 45 231	.	.	− 62 688	− 203 725	.	.	.	.	.	+ 55 574
in % mehr (+) oder weniger (−)		.	.	− 37,74	.	.	− 13,45	− 50,89	.	.	− 10,02	− 16,12	.	.	.	.	.	+ 16,68
2. Brandenburg	1. 12. 22	**21 670**	**42 661**	**64 331**	**112 057**	**125 610**	**237 667**	**44 855**	**406 741**	**43 461**	**450 202**	**797 055**	**151 528**	**8 110**	**294 099**	**40 473**	**342 682**	**494 210**
	1. 12. 13	.	.	*76 340*	.	.	*257 944*	*66 525*	.	.	*489 801*	*890 610*	.	.	.	.	.	*473 267*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (−)		.	.	− 12 009	.	.	− 20 277	− 21 670	.	.	− 39 599	− 93 555	.	.	.	.	.	+ 20 943
in % mehr (+) oder weniger (−)		.	.	− 15,73	.	.	− 7,86	− 32,57	.	.	− 8,08	− 10,50	.	.	.	.	.	+ 4,43
3. Stadt Berlin	1. 12. 22	**645**	**498**	**1 143**	**620**	**656**	**1 276**	**689**	**15 320**	**1 016**	**16 336**	**19 444**	**2 292**	**114**	**2 320**	**1 915**	**4 349**	**6 641**
	1. 12. 13	.	.	*358*	.	.	*786*	*1 347*	.	.	*25 422*	*27 913*	.	.	.	.	.	*6 267*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (−)		.	.	+ 785	.	.	+ 490	− 658	.	.	− 9 086	− 8 469	.	.	.	.	.	+ 374
in % mehr (+) oder weniger (−)		.	.	+ 219,27	.	.	+ 62,34	− 48,85	.	.	− 35,74	− 30,34	.	.	.	.	.	+ 5,97
4. Pommern	1. 12. 22	**25 530**	**39 494**	**65 024**	**105 779**	**121 408**	**227 187**	**25 873**	**399 320**	**33 347**	**432 667**	**750 751**	**219 690**	**12 241**	**438 962**	**57 559**	**508 762**	**728 452**
	1. 12. 13	.	.	*89 909*	.	.	*240 756*	*42 831*	.	.	*490 751*	*864 247*	.	.	.	.	.	*714 929*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (−)		.	.	− 24 885	.	.	− 13 569	− 16 958	.	.	− 58 084	− 113 496	.	.	.	.	.	+ 13 523
in % mehr (+) oder weniger (−)		.	.	− 27,68	.	.	− 5,64	− 39,59	.	.	− 11,84	− 13,13	.	.	.	.	.	+ 1,89
5. Grenzmark Posen-Westpr.	1. 12. 22	**4 172**	**7 662**	**11 834**	**20 779**	**22 935**	**43 714**	**6 426**	**74 345**	**8 261**	**82 606**	**144 580**	**32 509**	**1 758**	**61 754**	**9 273**	**72 785**	**105 294**
	1. 12. 13	.	.	*15 637*	.	.	*47 326*	*10 021*	.	.	*89 784*	*162 768*	.	.	.	.	.	*108 027*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (−)		.	.	− 3 803	.	.	− 3 612	− 3 595	.	.	− 7 178	− 18 188	.	.	.	.	.	− 2 733
in % mehr (+) oder weniger (−)		.	.	− 24,32	.	.	− 7,63	− 35,87	.	.	− 7,99	− 11,17	.	.	.	.	.	− 2,53
6. Niederschlesien	1. 12. 22	**24 224**	**52 720**	**76 944**	**126 875**	**145 984**	**272 859**	**97 513**	**487 934**	**47 653**	**535 587**	**982 903**	**53 038**	**3 298**	**102 182**	**17 426**	**122 906**	**175 944**
	1. 12. 13	.	.	*97 882*	.	.	*296 789*	*119 919*	.	.	*605 658*	*1 120 248*	.	.	.	.	.	*162 777*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (−)		.	.	− 20 938	.	.	− 23 930	− 22 406	.	.	− 70 071	− 137 345	.	.	.	.	.	+ 13 167
in % mehr (+) oder weniger (−)		.	.	− 21,39	.	.	− 8,06	− 18,68	.	.	− 11,57	− 12,26	.	.	.	.	.	+ 8,09
7. Oberschlesien	1. 12. 22	**7 535**	**19 096**	**26 631**	**42 237**	**41 283**	**83 520**	**13 717**	**184 773**	**14 069**	**198 842**	**322 710**	**6 700**	**487**	**13 651**	**2 145**	**16 283**	**22 983**
	1. 12. 13	.	.	*43 625*	.	.	*109 974*	*21 938*	.	.	*229 344*	*404 881*	.	.	.	.	.	*17 290*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (−)		.	.	− 16 994	.	.	− 26 454	− 8 221	.	.	− 30 502	− 82 171	.	.	.	.	.	+ 5 693
in % mehr (+) oder weniger (−)		.	.	− 38,95	.	.	− 24,05	− 37,47	.	.	− 13,30	− 20,30	.	.	.	.	.	+ 32,93

Noch: 2. Der Viehstand in den Provinzen am 1. Dezember 1922.

Provinzen	Zeit der Zählung	6. Schweine: Unter ½ Jahr alte Schweine: Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	zusammen	½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	zusammen	1 Jahr alte und ältere Schweine: Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	zusammen	überhaupt
I	1a	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45
B. Provinzen.													
1. Ostpreußen	1. 12. 22	**164 156**	**416 106**	**580 262**	**6 880**	**46 651**	**198 905**	**252 436**	**3 805**	**54 674**	**83 797**	**142 276**	**974 974**
	1. 12. 13	.	.	*747 053*	*6 290*	*50 496*	*331 844*	*388 630*	*4 618*	*81 175*	*103 583*	*189 376*	*1 325 059*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 166 791	+ 590	— 3 845	— 132 939	— 136 194	— 813	— 26 501	— 19 786	— 47 100	— 350 085
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 22,33	+ 9,38	— 7,61	— 40,06	— 35,04	— 17,61	— 32,65	— 19,10	— 24,87	— 26,42
2. Brandenburg	1. 12. 22	**151 582**	**389 650**	**541 232**	**2 836**	**22 372**	**201 453**	**226 661**	**2 233**	**44 514**	**139 884**	**186 631**	**954 524**
	1. 12. 13	.	.	*744 656*	*2 857*	*29 219*	*365 158*	*397 234*	*2 453*	*63 655*	*140 189*	*206 297*	*1 348 187*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 203 424	— 21	— 6 847	— 163 705	— 170 573	— 220	— 19 141	— 305	— 19 666	— 393 663
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 27,32	— 0,74	— 23,43	— 44,83	— 42,94	— 8,97	— 30,07	— 0,22	— 9,53	— 29,20
3. Stadt Berlin	1. 12. 22	**3 014**	**9 334**	**12 348**	**61**	**228**	**8 676**	**8 965**	**34**	**405**	**6 715**	**7 154**	**28 467**
	1. 12. 13	.	.	*10 965*	*90*	*337*	*17 596*	*18 023*	*55*	*544*	*8 728*	*9 327*	*38 315*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	+ 1 383	— 29	— 109	— 8 920	— 9 058	— 21	— 139	— 2 013	— 2 173	— 9 848
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	+ 12,61	— 32,22	— 32,34	— 50,69	— 50,26	— 38,18	— 25,55	— 23,06	— 23,30	— 25,70
4. Pommern	1. 12. 22	**167 042**	**378 404**	**545 446**	**2 881**	**22 006**	**187 969**	**212 856**	**2 710**	**50 377**	**67 885**	**120 972**	**879 274**
	1. 12. 13	.	.	*796 626*	*3 169*	*28 211*	*362 051*	*393 431*	*3 496*	*78 520*	*60 792*	*142 808*	*1 332 865*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 251 180	— 288	— 6 205	— 174 082	— 180 575	— 786	— 28 143	+ 7 093	— 21 836	— 453 591
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 31,53	— 9,09	— 21,99	— 48,08	— 45,90	— 22,48	— 35,84	+ 11,67	— 15,29	— 34,03
5. Grenzmark Posen-Westpr.	1. 12. 22	**26 007**	**62 432**	**88 439**	**527**	**4 666**	**31 739**	**36 932**	**393**	**8 564**	**14 510**	**23 467**	**148 838**
	1. 12. 13	.	.	*131 870*	*595*	*5 685*	*64 983*	*71 263*	*544*	*12 695*	*13 243*	*26 482*	*229 615*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 43 431	— 68	— 1 019	— 33 244	— 34 331	— 151	— 4 131	+ 1 267	— 3 015	— 80 777
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 32,93	— 11,43	— 17,92	— 51,16	— 48,18	— 27,76	— 32,54	+ 9,57	— 11,39	— 35,18
6. Niederschlesien	1. 12. 22	**93 134**	**279 369**	**372 503**	**2 794**	**18 955**	**167 869**	**189 618**	**2 079**	**27 041**	**41 254**	**70 374**	**632 495**
	1. 12. 13	.	.	*485 743*	*1 839*	*13 871*	*303 939*	*319 649*	*1 998*	*25 835*	*23 936*	*51 769*	*857 161*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 113 240	+ 955	+ 5 084	— 136 070	— 130 031	+ 81	+ 1 206	+ 17 318	+ 18 605	— 224 666
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 23,31	+ 51,93	+ 36,65	— 44,77	— 40,68	+ 4,05	+ 4,67	+ 72,35	+ 35,94	— 26,21
7. Oberschlesien	1. 12. 22	**39 232**	**129 340**	**168 572**	**920**	**8 626**	**38 733**	**48 279**	**598**	**15 651**	**10 554**	**26 803**	**243 654**
	1. 12. 13	.	.	*248 867*	*817*	*9 282*	*76 437*	*86 536*	*792*	*24 530*	*11 538*	*36 860*	*372 263*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 80 295	+ 103	— 656	— 37 704	— 38 257	— 194	— 8 879	— 984	— 10 057	— 128 609
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 32,26	+ 12,61	— 7,07	— 49,33	— 44,21	— 24,49	— 36,20	— 8,53	— 27,28	— 34,55

Noch: 2. Der Viehstand in den Provinzen am 1. Dezember 1922.

Provinzen	Zeit der Zählung	7. Ziegen					8.	9. Federvieh					10. Bienenstöcke (Bienenvölker)		
		Unter 1 Jahr alte Ziegen und Ziegenböcke einschl. Lämmer	1 Jahr alte und ältere Ziegen: Ziegenböcke	1 Jahr alte und ältere Ziegen: Ziegen (Geißen)	1 Jahr alte und ältere Ziegen: zusammen	überhaupt	Zahme Kaninchen	Gänse (Gänseriche, Gänse und Gänseküken)	Enten (Enteriche, Enten und Entenküken)	Hühner (Hähne, Hühner und Kücken)	Trut- und Perlhühner (Hähne, Hühner und Kücken)	überhaupt[1])	mit beweglichen Waben	mit unbeweglichen Waben	überhaupt[1])
1	1a	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59
B. Provinzen.															
1. Ostpreußen	1. 12. 22 1. 12. 13	**12 905** .	**1 184** .	**37 695** .	**38 879** .	**51 784** *51 730*	**48 103** .	**334 163** *477 302*	**120 212** *272 767*	**3 193 322** *3 337 395*	**78 727** *76 843*	**3 726 424** *4 164 307*	**38 114** *55 663*	**89 760** *137 549*	**127 874** *193 212*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 54	.	— 143 139	— 152 555	— 144 073	+ 1 884	— 437 883	— 17 549	— 47 789	— 65 338
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 0,10	.	— 29,99	— 55,93	— 4,32	+ 2,45	— 10,52	— 31,53	— 34,74	— 33,82
2. Brandenburg	1. 12. 22 1. 12. 13	**70 351** .	**4 774** .	**226 233** .	**231 007** .	**301 358** *209 965*	**286 153** .	**340 452** *864 569*	**103 220** *147 463*	**3 491 457** *3 720 738*	**49 915** *38 922*	**3 985 044** *4 771 692*	**64 302** *72 914*	**25 580** *42 388*	**89 882** *115 302*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 91 393	.	— 524 117	— 44 243	— 229 281	+ 10 993	— 786 648	— 8 612	— 16 808	— 25 420
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 43,53	.	— 60,62	— 30,00	— 6,16	+ 28,24	— 16,49	— 11,81	— 39,65	— 22,05
3. Stadt Berlin	1. 12. 22 1. 12. 13	**7 168** .	**451** .	**32 156** .	**32 607** .	**39 775** *7 937*	**77 461** .	**15 290** *61 553*	**11 078** *21 345*	**524 242** *432 573*	**2 716** *2 787*	**553 326** *518 258*	**2 334** *2 335*	**430** *391*	**2 764** *2 726*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 31 838	.	— 46 263	— 10 267	+ 91 669	— 71	+ 35 068	— 1	+ 39	+ 38
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 401,13	.	— 75,16	— 48,10	+ 21,19	— 2,55	+ 6,77	— 0,04	+ 9,97	+ 1,39
4. Pommern	1. 12. 22 1. 12. 13	**21 235** .	**1 628** .	**69 396** .	**71 024** .	**92 259** *87 559*	**65 445** .	**228 923** *236 180*	**96 711** *154 710*	**2 741 508** *2 858 311*	**48 725** *41 176*	**3 115 867** *3 290 377*	**43 758** *56 584*	**33 404** *68 699*	**77 162** *125 283*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 4 700	.	— 7 257	— 57 999	— 116 803	+ 7 549	— 174 510	— 12 826	— 35 295	— 48 121
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 5,37	.	— 3,07	— 37,49	— 4,09	+ 18,33	— 5,30	— 22,67	— 51,38	— 38,41
5. Grenzmark Posen-Westpr.	1. 12. 22 1. 12. 13	**10 009** .	**484** .	**28 810** .	**29 294** .	**39 303** *35 601*	**38 924** .	**70 421** *75 678*	**13 527** *26 180*	**488 711** *533 271*	**9 247** *8 809*	**581 906** *643 938*	**7 818** *9 342*	**8 465** *16 813*	**16 283** *26 155*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 3 702	.	— 5 257	— 12 653	— 44 560	+ 438	— 62 032	— 1 524	— 8 348	— 9 872
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 10,40	.	— 6,95	— 48,33	— 8,36	+ 4,97	— 9,63	— 16,31	— 49,65	— 37,74
6. Niederschlesien	1. 12. 22 1. 12. 13	**64 987** .	**5 711** .	**179 245** .	**184 956** .	**249 943** *141 724*	**348 498** .	**522 085** *452 419*	**83 283** *95 292*	**2 764 529** *2 273 076*	**44 881** *36 119*	**3 414 778** *2 856 906*	**79 776** *106 818*	**14 944** *22 086*	**94 720** *128 904*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 108 219	.	+ 69 666	— 12 009	+ 491 453	+ 8 762	+ 557 872	— 27 042	— 7 142	— 34 184
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 76,36	.	+ 15,40	— 12,60	+ 21,62	+ 24,26	+ 19,53	— 25,32	— 32,34	— 26,52
7. Oberschlesien	1. 12. 22 1. 12. 13	**23 643** .	**1 320** .	**95 555** .	**96 875** .	**120 518** *90 450*	**54 226** .	**235 218** *297 673*	**22 779** *40 204*	**928 488** *1 008 100*	**11 660** *15 731*	**1 198 145** *1 361 708*	**25 524** *35 145*	**3 809** *8 055*	**29 333** *43 200*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 30 068	.	— 62 455	— 17 425	— 79 612	— 4 071	— 163 563	— 9 621	— 4 246	— 13 867
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 33,24	.	— 20,98	— 43,34	— 7,90	— 25,88	— 12,01	— 27,38	— 52,71	— 32,10

[1]) Vergl. die Anmerkung [5]) auf Seite 206.

Noch: 2. Der Viehstand in den Provinzen am 1. Dezember 1922.

Provinzen	Zeit der Zählung	Viehhaltende Haushaltungen[1])	1. Pferde (ohne Militärpferde)[2])												2.	3.
			Unter 3 Jahre alte Pferde und Fohlen				3 bis noch nicht 5 Jahre alte Pferde			5 Jahre alte und ältere Pferde			3 Jahre alte und ältere Pferde (Spalten 9 und 12)	überhaupt	Maultiere und Maulesel[3])	Esel[3])
			Unter 1 Jahr alte Fohlen	1 bis noch nicht 2 Jahre alte Pferde	2 bis noch nicht 3 Jahre alte Pferde	zusammen	Zuchthengste	die übrigen Pferde	zusammen	Zuchthengste	die übrigen Pferde	zusammen				
1	1a	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Noch: B. Provinzen.																
8. Sachsen	1. 12. 22	**436 592**	**14 480**	**13 755**	**12 236**	**40 471**	**353**	**19 373**	**19 726**	488	**164 104**	**164 592**	184 318	**224 789**	**7 022**	**621**
	1. 12. 13	*322 201*	.	.	.	*19 340*	.	.	.	.	.	.	*204 453*	*223 793*	*181*	*1 114*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		+ 114 391	.	.	.	+ 21 131	.	.	.	.	.	.	— 20 135	+ 996	+ 6 841	— 493
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 35,50	.	.	.	+ 109,26	.	.	.	.	.	.	— 9,85	+ 0,45	+ 3 779,56	— 44,25
9. Schleswig-Holstein	1. 12. 22	**186 193**	**21 077**	**17 368**	**14 094**	**52 539**	**379**	**19 974**	**20 353**	**472**	**93 862**	**94 334**	114 687	**167 226**	**214**	**97**
	1. 12. 13	*126 887*	.	.	.	*36 555*	.	.	.	.	.	.	*133 124*	*169 679*	*54*	*241*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		+ 59 306	.	.	.	+ 15 984	.	.	.	.	.	.	— 18 437	— 2 453	+ 160	— 144
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 46,74	.	.	.	+ 43,73	.	.	.	.	.	.	— 13,85	— 1,45	+ 296,30	— 59,75
10. Hannover	1. 12. 22	**435 023**	**26 410**	**24 979**	**22 836**	**74 225**	475	**29 918**	**30 393**	**514**	187 119	187 633	**218 026**	**292 251**	**840**	**242**
	1. 12. 13	*360 252*	.	.	.	*40 175*	.	.	.	.	.	.	*242 229*	*282 404*	*77*	*409*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		+ 74 771	.	.	.	+ 34 050	.	.	.	.	.	.	— 24 203	+ 9 847	+ 763	— 167
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 20,76	.	.	.	+ 84,75	.	.	.	.	.	.	— 9,99	+ 3,49	+ 990,91	— 40,83
11. Westfalen	1. 12. 22	**476 830**	**19 156**	**15 739**	**13 418**	**48 313**	488	**20 832**	**21 320**	**464**	**105 132**	**105 596**	**126 916**	**175 229**	**250**	**435**
	1. 12. 13	*375 110*	.	.	.	*26 891*	.	.	.	.	.	.	*148 415*	*175 306*	*47*	*437*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		+ 101 720	.	.	.	+ 21 422	.	.	.	.	.	.	— 21 499	— 77	+ 203	— 2
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 27,12	.	.	.	+ 79,66	.	.	.	.	.	.	— 14,49	— 0,04	+ 431,91	— 0,46
12. Hessen-Nassau	1. 12. 22	**263 664**	**5 217**	**5 150**	**4 127**	**14 494**	**173**	**7 357**	**7 530**	**203**	**61 689**	**61 892**	**69 422**	**83 916**	**296**	**108**
	1. 12. 13	*203 822*	.	.	.	*7 999*	.	.	.	.	.	.	*80 695*	*88 694*	*150*	*298*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		+ 59 842	.	.	.	+ 6 495	.	.	.	.	.	.	— 11 273	— 4 778	+ 146	— 190
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 29,36	.	.	.	+ 81,20	.	.	.	.	.	.	— 13,97	— 5,39	+ 97,33	— 63,76
13. Rheinprovinz	1. 12. 22	**591 706**	**15 215**	**12 617**	**12 122**	**39 954**	**569**	**20 056**	**20 625**	**594**	**113 513**	**114 107**	**134 732**	**174 686**	**1 900**	**1 068**
	1. 12. 13	*405 360*	.	.	.	*20 970*	.	.	.	.	.	.	*175 204*	*196 174*	*117*	*1 328*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		+ 186 346	.	.	.	+ 18 984	.	.	.	.	.	.	— 40 472	— 21 488	+ 1 783	— 260
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 45,97	.	.	.	+ 90,53	.	.	.	.	.	.	— 23,10	— 10,95	+ 1 523,93	— 19,58
14. Hohenzollernsche Lande	1. 12. 22	**12 559**	**319**	**272**	**256**	**847**	**15**	**517**	**532**	8	**3 617**	**3 625**	**4 157**	**5 004**	**4**	**1**
	1. 12. 13	*10 480*	.	.	.	*564*	.	.	.	.	.	.	*4 598*	*5 162*	.	*3*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		+ 2 079	.	.	.	+ 283	.	.	.	.	.	.	— 441	— 158	+ 4	— 2
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 19,84	.	.	.	+ 50,18	.	.	.	.	.	.	— 9,59	— 3,06	.	— 66,67

[1]) [2]) [3]) Vergl. die Anmerkungen [3]), [4]) und [5]) auf Seite 206.

Noch: 2. Der Viehstand in den Provinzen am 1. Dezember 1922.

Provinzen	Zeit der Zählung	4. Rindvieh: Kälber: Unter 6 Wochen alt	Kälber: 6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alt	Kälber: zusammen	Jungvieh: 3 Monate bis noch nicht 1 Jahr alt	Jungvieh: 1 bis noch nicht 2 Jahre alt	Jungvieh: zusammen	2 Jahre alte und ältere Bullen, Stiere und Ochsen	2 Jahre alte und ältere Kühe: Milchkühe	2 Jahre alte und ältere Kühe: die übrigen Kühe, auch Färsen, Kalbinnen	2 Jahre alte und ältere Kühe: zusammen	Rindvieh überhaupt	5. Schafe: Unter 1 Jahr alte Schafe und Schafböcke einschl. Lämmer	1 Jahr alte und ältere Schafe: Schafböcke	1 Jahr alte und ältere Schafe: Mutterschafe (Zibben)	1 Jahr alte und ältere Schafe: Hammel (Schöpse)	1 Jahr alte und ältere Schafe: zusammen	Schafe überhaupt
1	1a	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33
Noch: B. Provinzen.																		
8. Sachsen	1. 12. 22	**25 088**	**43 347**	**68 435**	**98 472**	**110 031**	**208 503**	**60 442**	**351 967**	**35 075**	**387 042**	**724 422**	**192 616**	**6 977**	**353 338**	**53 990**	**414 305**	**606 921**
	1. 12. 13	.	.	*78 014*	.	.	*239 546*	*82 500*	.	.	*429 178*	*829 238*	.	.	.	.	.	*567 264*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 9 579	.	.	— 31 043	— 22 058	.	.	— 42 136	— 104 816	.	.	.	.	.	+ 39 657
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 12,27	.	.	— 12,96	— 26,74	.	.	— 9,82	— 12,64	.	.	.	.	.	+ 6,99
9. Schleswig-Holstein	1. 12. 22	**24 169**	**26 592**	**50 761**	**157 529**	**160 159**	**317 688**	**30 669**	**329 401**	**38 301**	**367 702**	**766 820**	**41 257**	**2 909**	**87 806**	**3 392**	**94 107**	**135 364**
	1. 12. 13	.	.	*72 560*	.	.	*327 880*	*59 784*	.	.	*426 088*	*886 312*	.	.	.	.	.	*136 615*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 21 799	.	.	— 10 192	— 29 115	.	.	— 58 386	— 119 492	.	.	.	.	.	— 1 251
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 30,04	.	.	— 3,11	— 48,70	.	.	— 13,70	— 13,48	.	.	.	.	.	— 0,92
10. Hannover	1. 12. 22	**32 963**	**55 790**	**88 753**	**197 376**	**203 594**	**400 970**	**44 320**	**616 734**	**58 580**	**675 314**	**1 209 357**	**145 518**	**9 237**	**327 682**	**18 668**	**355 587**	**501 105**
	1. 12. 13	.	.	*128 570*	.	.	*431 054*	*68 998*	.	.	*741 451*	*1 370 073*	.	.	.	.	.	*440 673*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 39 817	.	.	— 30 084	— 24 678	.	.	— 66 137	— 160 716	.	.	.	.	.	+ 60 432
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 30,97	.	.	— 6,98	— 35,77	.	.	— 8,92	— 11,73	.	.	.	.	.	+ 13,71
11. Westfalen	1. 12. 22	**12 258**	**21 064**	**33 322**	**104 101**	**89 505**	**193 606**	**15 710**	**399 768**	**15 544**	**415 312**	**657 950**	**42 180**	**2 272**	**99 059**	**7 682**	**109 013**	**151 193**
	1. 12. 13	.	.	*57 292*	.	.	*213 319*	*23 664*	.	.	*456 839*	*751 114*	.	.	.	.	.	*132 210*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 23 970	.	.	— 19 713	— 7 954	.	.	— 41 527	— 93 164	.	.	.	.	.	+ 18 983
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 41,84	.	.	— 9,24	— 33,61	.	.	— 9,09	— 12,40	.	.	.	.	.	+ 14,36
12. Hessen-Nassau	1. 12. 22	**13 705**	**27 047**	**40 752**	**67 303**	**74 516**	**141 819**	**16 558**	**278 173**	**26 464**	**304 637**	**503 766**	**54 650**	**1 179**	**130 648**	**13 756**	**145 583**	**200 233**
	1. 12. 13	.	.	*58 093*	.	.	*186 476*	*31 811*	.	.	*346 527*	*622 907*	.	.	.	.	.	*152 230*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 17 341	.	.	— 44 657	— 15 253	.	.	— 41 890	— 119 141	.	.	.	.	.	+ 48 003
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 29,85	.	.	— 23,95	— 47,95	.	.	— 12,09	— 19,13	.	.	.	.	.	+ 31,53
13. Rheinprovinz	1. 12. 22	**18 465**	**37 833**	**56 298**	**115 648**	**126 359**	**242 007**	**54 612**	**497 088**	**37 503**	**534 591**	**887 508**	**31 779**	**2 788**	**74 298**	**15 962**	**93 048**	**124 827**
	1. 12. 13	.	.	*100 776*	.	.	*304 639*	*71 105*	.	.	*632 987*	*1 109 507*	.	.	.	.	.	*97 111*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 44 478	.	.	— 62 632	— 16 493	.	.	— 98 396	— 221 999	.	.	.	.	.	+ 27 716
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 44,14	.	.	— 20,56	— 23,20	.	.	— 15,54	— 20,01	.	.	.	.	.	+ 28,54
14. Hohenzollernsche Lande	1. 12. 22	**2 048**	**3 302**	**5 350**	**7 402**	**5 919**	**13 321**	**2 274**	**21 984**	**2 767**	**24 751**	**45 696**	**1 599**	**65**	**3 057**	**666**	**3 788**	**5 387**
	1. 12. 13	.	.	*5 691*	.	.	*14 572*	*3 132*	.	.	*26 256*	*49 651*	.	.	.	.	.	*3 770*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 341	.	.	— 1 251	— 858	.	.	— 1 505	— 3 955	.	.	.	.	.	+ 1 617
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 5,99	.	.	— 5,58	— 27,39	.	.	— 5,73	— 7,97	.	.	.	.	.	+ 42,89

Noch: 2. Der Viehstand in den Provinzen am 1. Dezember 1922.

Provinzen	Zeit der Zählung	6. Schweine: Unter ½ Jahr alte Schweine: Unter 8 Wochen alte Ferkel	Unter ½ Jahr alte Schweine: 8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	Unter ½ Jahr alte Schweine: zusammen	½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: Zuchteber	½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: Zuchtsauen	½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: übrige Schweine	½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: zusammen	1 Jahr alte und ältere Schweine: Zuchteber	1 Jahr alte und ältere Schweine: Zuchtsauen	1 Jahr alte und ältere Schweine: übrige Schweine	1 Jahr alte und ältere Schweine: zusammen	überhaupt
1	1a	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45
Noch: B. Provinzen.													
8. Sachsen	1. 12. 22	**224 585**	**431 837**	**656 422**	**3 934**	**32 354**	**309 738**	**346 026**	**2 961**	**62 202**	**157 503**	**222 666**	**1 225 114**
	1. 12. 13	.	.	*848 421*	*3 902*	*36 419*	*483 012*	*523 333*	*3 445*	*82 633*	*133 257*	*219 335*	*1 591 089*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 191 999	+ 32	— 4 065	— 173 274	— 177 307	— 484	— 20 431	+ 24 246	+ 3 331	— 365 975
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 22,63	+ 0,82	— 11,16	— 35,87	— 33,88	— 14,05	— 24,72	+ 18,19	+ 1,52	— 23,00
9. Schleswig-Holstein	1. 12. 22	**131 431**	**281 670**	**413 101**	**2 060**	**21 681**	**132 373**	**156 114**	**1 363**	**34 535**	**35 645**	**71 543**	**640 758**
	1. 12. 13	.	.	*1 118 282*	*3 518*	*44 852*	*256 227*	*304 597*	*2 984*	*92 099*	*27 559*	*122 642*	*1 545 521*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 705 181	— 1 458	— 23 171	— 123 854	— 148 483	— 1 621	— 57 564	+ 8 086	— 51 099	— 904 763
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 63,06	— 41,44	— 51,66	— 48,34	— 48,75	— 54,32	— 62,50	+ 29,34	— 41,67	— 58,54
10. Hannover	1. 12. 22	**356 288**	**493 436**	**849 724**	**4 161**	**63 309**	**359 576**	**427 046**	**3 206**	**131 997**	**174 905**	**310 108**	**1 586 878**
	1. 12. 13	.	.	*2 092 491*	*5 944*	*124 257*	*722 682*	*852 883*	*4 669*	*242 060*	*165 215*	*411 944*	*3 357 318*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 1 242 767	— 1 783	— 60 948	— 363 106	— 425 837	— 1 463	— 110 063	+ 9 690	— 101 836	— 1 770 440
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 59,39	— 30,00	— 49,05	— 50,24	— 49,93	— 31,33	— 45,47	+ 5,87	— 24,72	— 52,73
11. Westfalen	1. 12. 22	**128 902**	**245 781**	**374 683**	**2 962**	**41 354**	**326 547**	**370 863**	**1 696**	**46 311**	**104 196**	**152 203**	**897 749**
	1. 12. 13	.	.	*784 900*	*3 653*	*70 451*	*513 455*	*587 559*	*2 337*	*77 152*	*94 139*	*173 628*	*1 546 087*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 410 217	— 691	— 29 097	— 186 908	— 216 696	— 641	— 30 841	+ 10 057	— 21 425	— 648 338
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 52,26	— 18,92	— 41,30	— 36,40	— 36,88	— 27,43	— 39,97	+ 10,68	— 12,34	— 41,93
12. Hessen-Nassau	1. 12. 22	**79 142**	**203 849**	**282 991**	**1 674**	**15 357**	**172 715**	**189 746**	**1 107**	**23 585**	**81 688**	**106 380**	**579 117**
	1. 12. 13	.	.	*390 410*	*1 900*	*29 352*	*241 064*	*272 316*	*1 478*	*38 661*	*65 925*	*106 064*	*768 790*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 107 419	— 226	— 13 995	— 68 349	— 82 570	— 371	— 15 076	+ 15 763	+ 316	— 189 673
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 27,51	— 11,89	— 47,68	— 28,35	— 30,32	— 25,10	— 39,00	+ 23,91	+ 0,30	— 24,67
13. Rheinprovinz	1. 12. 22	**88 317**	**335 384**	**423 701**	**2 622**	**21 829**	**220 865**	**245 316**	**1 656**	**26 416**	**65 041**	**93 113**	**762 130**
	1. 12. 13	.	.	*644 571*	*2 219*	*40 038*	*330 239*	*372 496*	*1 840*	*48 328*	*51 149*	*101 317*	*1 118 384*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 220 870	+ 403	— 18 209	— 109 374	— 127 180	— 184	— 21 912	+ 13 892	— 8 204	— 356 254
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 34,27	+ 18,16	— 45,48	— 33,12	— 34,14	— 10,00	— 45,34	+ 27,16	— 8,10	— 31,85
14. Hohenzollernsche Lande	1. 12. 22	**2 844**	**12 040**	**14 884**	**52**	**552**	**5 345**	**5 949**	**26**	**985**	**959**	**1 970**	**22 803**
	1. 12. 13	.	.	*19 482*	*43*	*1 097*	*7 908*	*9 048*	*42*	*1 529*	*552*	*2 123*	*30 653*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13 mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 4 598	+ 9	— 545	— 2 563	— 3 099	— 16	— 544	+ 407	— 153	— 7 850
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	— 23,60	+ 20,93	— 49,68	— 32,41	— 34,25	— 38,10	— 35,58	+ 73,73	— 7,21	— 25,61

Noch: 2. Der Viehstand in den Provinzen am 1. Dezember 1922.

Provinzen	Zeit der Zählung	7. Ziegen: Unter 1 Jahr alte Ziegen und Ziegenböcke einschl. Lämmer	7. Ziegen: 1 Jahr alte und ältere Ziegen: Ziegenböcke	7. Ziegen: 1 Jahr alte und ältere Ziegen: Ziegen (Geißen)	7. Ziegen: 1 Jahr alte und ältere Ziegen: zusammen	7. Ziegen: überhaupt	8. Zahme Kaninchen	9. Federvieh: Gänse (Gänseriche, Gänse und Gänseküken)	9. Federvieh: Enten (Enteriche, Enten und Entenküken)	9. Federvieh: Hühner (Hähne, Hühner und Küken)	9. Federvieh: Trut- und Perlhühner (Hähne, Hühner und Küken)	9. Federvieh: überhaupt[1])	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): mit beweglichen Waben	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): mit unbeweglichen Waben	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): überhaupt[1])
1	1a	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59
Noch: B. Provinzen.															
8. Sachsen	1. 12. 22	**88 168**	**8 997**	**293 412**	**302 409**	**390 577**	**360 819**	**408 947**	**119 335**	**3 943 024**	**41 495**	**4 512 801**	**56 763**	**17 914**	**74 677**
	1. 12. 13	.	.	.	.	*274 554*	.	*363 701*	*152 368*	*4 366 288*	*33 591*	*4 915 948*	*60 827*	*26 827*	*87 654*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13: mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 116 023	.	+ 45 246	— 33 033	— 423 264	+ 7 904	— 403 147	— 4 064	— 8 913	— 12 977
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 42,26	.	+ 12,44	— 21,68	— 9,69	+ 23,53	— 8,20	— 6,68	— 33,22	— 14,80
9. Schleswig-Holstein	1. 12. 22	**9 461**	**802**	**38 124**	**38 926**	**48 387**	**49 960**	**85 344**	**72 624**	**2 187 479**	**14 967**	**2 360 414**	**46 667**	**31 303**	**77 970**
	1. 12. 13	.	.	.	.	*42 808*	.	*86 914*	*102 207*	*2 462 070*	*13 950*	*2 665 141*	*37 818*	*40 236*	*78 054*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13: mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 5 579	.	— 1 570	— 29 583	— 274 591	+ 1 017	— 304 727	+ 8 849	— 8 933	— 84
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 13,03	.	— 1,81	— 28,94	— 11,15	+ 7,29	— 11,43	+ 23,40	— 22,20	— 0,11
10. Hannover	1. 12. 22	**42 340**	**2 886**	**230 577**	**233 463**	**275 803**	**65 141**	**230 872**	**106 060**	**4 572 989**	**17 225**	**4 927 146**	**24 440**	**110 000**	**134 440**
	1. 12. 13	.	.	.	.	*248 235*	.	*258 646*	*187 333*	*5 833 053*	*22 147*	*6 301 179*	*28 669*	*147 840*	*176 509*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13: mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 27 568	.	— 27 774	— 81 273	— 1 260 064	— 4 922	— 1 374 033	— 4 229	— 37 840	— 42 069
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 11,11	.	— 10,74	— 43,38	— 21,60	— 22,22	— 21,81	— 14,75	— 25,60	— 23,83
11. Westfalen	1. 12. 22	**40 089**	**1 997**	**215 513**	**217 510**	**257 599**	**77 310**	**130 840**	**64 425**	**3 495 526**	**7 218**	**3 698 009**	**41 784**	**25 485**	**67 269**
	1. 12. 13	.	.	.	.	*220 533*	.	*112 534*	*92 005*	*4 385 428*	*10 332*	*4 600 299*	*48 420*	*46 389*	*94 809*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13: mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 37 066	.	+ 18 306	— 27 580	— 889 902	— 3 114	— 902 290	— 6 636	— 20 904	— 27 540
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 16,81	.	+ 16,27	— 29,98	— 20,29	— 30,14	— 19,61	— 13,71	— 45,06	— 29,05
12. Hessen-Nassau	1. 12. 22	**39 360**	**2 217**	**192 136**	**194 353**	**233 713**	**89 949**	**202 906**	**30 874**	**2 083 150**	**4 964**	**2 321 894**	**37 657**	**10 467**	**48 124**
	1. 12. 13	.	.	.	.	*198 049*	.	*222 938*	*36 482*	*2 205 997*	*5 863*	*2 471 280*	*46 718*	*20 481*	*67 199*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13: mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 35 664	.	— 20 032	— 5 608	— 122 847	— 899	— 149 386	— 9 061	— 10 014	— 19 075
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 18,01	.	— 8,99	— 15,37	— 5,57	— 15,33	— 6,04	— 19,40	— 48,89	— 28,39
13. Rheinprovinz	1. 12. 22	**60 017**	**4 332**	**270 316**	**274 648**	**334 665**	**137 479**	**133 431**	**78 675**	**4 560 206**	**12 342**	**4 784 654**	**60 239**	**24 192**	**84 431**
	1. 12. 13	.	.	.	.	*263 807*	.	*96 473*	*97 712*	*5 010 418*	*10 714*	*5 215 317*	*71 173*	*44 931*	*116 104*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13: mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 70 858	.	+ 36 958	— 19 037	— 450 212	+ 1 628	— 430 663	— 10 934	— 20 739	— 31 673
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 26,86	.	+ 38,31	— 19,48	— 8,99	+ 15,20	— 8,26	— 15,36	— 46,16	— 27,28
14. Hohenzollernsche Lande	1. 12. 22	**1 175**	**128**	**5 585**	**5 663**	**6 838**	**1 820**	**9 750**	**13 929**	**119 653**	**105**	**143 437**	**4 982**	**569**	**5 551**
	1. 12. 13	.	.	.	.	*5 127*	.	*8 434*	*8 136*	*122 500*	*259*	*139 329*	*7 299*	*1 423*	*8 722*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 13: mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 1 711	.	+ 1 316	+ 5 793	— 2 847	— 154	+ 4 108	— 2 317	— 854	— 3 171
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	.	.	.	+ 33,37	.	+ 15,60	+ 71,20	— 2,32	— 59,40	+ 2,95	— 31,74	— 60,01	— 36,86

[1]) Vergl. die Anmerkung [5]) auf Seite 206.

Regierungsbezirke	Viehhaltende Haushaltungen	1. Pferde (ohne Militärpferde)										
		Unter 3 Jahre alte Pferde und Fohlen				3 bis noch nicht 5 Jahre alte Pferde			5 Jahre alte und ältere Pferde			
		Unter 1 Jahr alte Fohlen	1 bis noch nicht 2 Jahre alte Pferde	2 bis noch nicht 3 Jahre alte Pferde	zusammen	Zuchthengste	die übrigen Pferde	zusammen	Zuchthengste	die übrigen Pferde	zusammen	überhaupt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
C. Regierungsbezirke												
1. Königsberg	114 130	21 576	19 201	16 739	57 516	457	20 398	20 855	739	105 154	105 893	184 264
2. Gumbinnen	85 168	14 225	13 460	12 781	40 466	446	15 672	16 118	332	84 310	84 642	141 226
3. Allenstein	78 462	12 140	11 075	8 889	32 104	239	13 078	13 317	176	69 425	69 601	115 022
4. Westpreußen	31 749	4 579	4 081	3 508	12 168	136	4 795	4 931	336	25 721	26 057	43 156
5. Potsdam	185 219	9 547	9 813	7 755	27 115	294	11 251	11 545	471	114 311	114 782	153 442
6. Frankfurt	183 602	7 857	8 361	8 473	24 691	214	12 747	12 961	234	88 121	88 355	126 007
7. Berlin	85 836	152	132	177	461	6	633	639	6	39 499	39 505	40 605
8. Stettin	111 185	7 551	7 887	8 475	23 913	260	12 019	12 279	386	71 851	72 237	108 429
9. Köslin	99 387	6 577	6 901	6 720	20 198	212	11 231	11 443	247	72 873	73 120	104 761
10. Stralsund	32 810	3 867	3 738	3 082	10 687	168	3 391	3 559	164	27 679	27 843	42 089
11. Schneidemühl	52 681	3 656	3 536	3 149	10 341	113	5 072	5 185	112	33 067	33 179	48 705
12. Breslau	185 898	9 444	8 394	7 129	24 967	398	11 835	12 233	414	85 070	85 484	122 684
13. Liegnitz	153 018	5 281	5 092	5 284	15 657	150	8 387	8 537	129	61 285	61 414	85 608
14. Oppeln	155 701	7 583	7 330	6 190	21 103	173	9 421	9 594	289	53 428	53 717	84 414
15. Magdeburg	175 205	7 596	7 210	6 501	21 307	155	10 114	10 269	143	74 658	74 801	106 377
16. Merseburg	192 118	5 582	4 950	4 168	14 700	161	6 720	6 881	315	72 007	72 322	93 903
17. Erfurt	69 269	1 302	1 595	1 567	4 464	37	2 539	2 576	30	17 439	17 469	24 509
18. Schleswig	186 193	21 077	17 368	14 094	52 539	379	19 974	20 353	472	93 862	94 334	167 226
19. Hannover	82 921	3 824	3 542	3 453	10 819	42	4 747	4 789	53	36 078	36 131	51 739
20. Hildesheim	93 246	2 384	2 375	2 094	6 853	117	3 093	3 210	78	29 586	29 664	39 727
21. Lüneburg	88 142	4 641	4 383	4 330	13 354	172	6 202	6 374	293	42 974	43 267	62 995
22. Stade	68 937	7 228	6 301	5 418	18 947	40	6 349	6 389	20	37 852	37 872	63 208
23. Osnabrück	58 489	3 318	3 903	3 679	10 900	35	4 846	4 881	29	24 190	24 219	40 000
24. Aurich	43 288	5 015	4 475	3 862	13 352	69	4 681	4 750	41	16 439	16 480	34 582
25. Münster	139 488	9 846	7 455	6 334	23 635	250	9 599	9 849	291	35 852	36 143	69 627
26. Minden	108 268	4 407	4 315	3 776	12 498	97	5 633	5 730	65	30 658	30 723	48 951
27. Arnsberg	229 074	4 903	3 969	3 308	12 180	141	5 600	5 741	108	38 622	38 730	56 651
28. Cassel	147 628	4 249	4 354	3 285	11 888	78	5 145	5 223	64	39 759	39 823	56 934
29. Wiesbaden	116 036	968	796	842	2 606	95	2 212	2 307	139	21 930	22 069	26 982
30. Coblenz	104 190	830	864	1 404	3 098	21	1 983	2 004	26	14 594	14 620	19 722
31. Düsseldorf	250 689	8 274	5 811	4 750	18 835	248	8 284	8 532	331	52 233	52 564	79 931
32. Köln	105 501	2 673	2 359	2 018	7 050	126	3 462	3 588	107	23 199	23 306	33 944
33. Trier	65 698	1 202	1 261	1 768	4 231	40	2 821	2 861	27	9 820	9 847	16 939
34. Aachen	65 628	2 236	2 322	2 182	6 740	134	3 506	3 640	103	13 667	13 770	24 150
35. Sigmaringen	12 559	319	272	256	847	15	517	532	8	3 617	3 625	5 004

bezirken am 1. Dezember 1922.

2. Maultiere und Maulesel	3. Esel	4. Rindvieh: Kälber: unter 6 Wochen alt	Kälber: 6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alt	Kälber: zusammen	Jungvieh: 3 Monate bis noch nicht 1 Jahr alt	Jungvieh: 1 bis noch nicht 2 Jahre alt	Jungvieh: zusammen	2 Jahre alte und ältere Bullen, Stiere und Ochsen	2 Jahre alte und ältere Kühe: Milchkühe	Kühe: die übrigen Kühe, auch Färsen, Kalbinnen	Kühe: zusammen	überhaupt	Wiederholung der Spalte 1
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	
													C.
119	56	10 347	15 301	25 648	78 226	85 967	164 193	19 433	188 582	29 931	218 513	427 787	1.
73	6	5 603	9 601	15 204	61 908	57 799	119 707	10 392	142 136	20 307	162 443	307 746	2.
65	15	3 445	7 816	11 261	40 284	39 289	79 573	10 840	108 397	17 193	125 590	227 264	3.
114	32	1 746	2 472	4 218	18 203	15 244	33 447	2 992	51 543	5 030	56 573	97 230	4.
1 946	647	11 791	19 889	31 680	54 134	62 035	116 169	15 654	204 467	19 752	224 219	387 722	5.
1 887	155	9 879	22 772	32 651	57 923	63 575	121 498	29 201	202 274	23 709	225 983	409 333	6.
361	27	645	498	1 143	620	656	1 276	689	15 320	1 016	16 336	19 444	7.
1 219	101	11 783	19 695	31 478	50 308	55 758	106 066	13 535	162 576	15 236	177 812	328 891	8.
666	51	10 250	15 857	26 107	40 388	47 602	87 990	9 525	178 452	13 143	191 595	315 217	9.
320	30	3 497	3 942	7 439	15 083	18 048	33 131	2 813	58 292	4 968	63 260	106 643	10.
190	23	4 172	7 662	11 834	20 779	22 935	43 714	6 426	74 345	8 261	82 606	144 580	11.
1 474	109	14 197	31 086	45 283	71 390	82 913	154 303	58 694	253 188	27 450	280 638	538 918	12.
494	104	10 027	21 634	31 661	55 485	63 071	118 556	38 819	234 746	20 203	254 949	443 985	13.
543	59	7 535	19 096	26 631	42 237	41 283	83 520	13 717	184 773	14 069	198 842	322 710	14.
3 476	230	11 729	18 351	30 080	43 875	49 759	93 634	25 714	142 239	15 229	157 468	306 896	15.
3 337	376	10 244	19 437	29 681	41 365	46 167	87 532	29 766	155 674	15 668	171 342	318 321	16
209	15	3 115	5 559	8 674	13 232	14 105	27 337	4 962	54 054	4 178	58 232	99 205	17.
214	97	24 169	26 592	50 761	157 529	160 159	317 688	30 669	329 401	38 301	367 702	766 820	18.
182	67	6 050	11 933	17 983	31 963	35 163	67 126	7 816	104 329	7 927	112 256	205 181	19.
428	56	5 056	8 436	13 492	19 406	24 005	43 411	12 845	79 051	5 362	84 413	154 161	20.
157	61	7 892	11 952	19 844	34 635	37 107	71 742	7 481	129 492	10 238	139 730	238 797	21.
29	24	8 390	13 042	21 432	49 752	53 702	103 454	10 490	111 215	13 877	125 092	260 468	22.
36	27	3 950	7 670	11 620	23 054	23 645	46 699	3 805	110 419	5 674	116 093	178 217	23.
8	7	1 625	2 757	4 382	38 566	29 972	68 538	1 883	82 228	15 502	97 730	172 533	24.
63	141	4 183	7 878	12 061	50 097	37 866	87 963	5 085	162 361	4 398	166 759	271 868	25.
54	59	4 175	7 258	11 433	25 533	24 769	50 302	4 893	120 017	5 059	125 076	191 704	26.
133	235	3 900	5 928	9 828	28 471	26 870	55 341	5 732	117 390	6 087	123 477	194 378	27.
118	50	9 571	18 812	28 383	44 292	48 644	92 936	12 318	161 300	15 957	177 257	310 894	28.
178	58	4 134	8 235	12 369	23 011	25 872	48 883	4 240	116 873	10 507	127 380	192 872	29.
247	112	4 497	9 541	14 038	24 686	28 284	52 970	19 824	117 880	10 094	127 974	214 806	30.
463	186	3 905	7 066	10 971	33 761	36 863	70 624	7 298	127 862	9 591	137 453	226 346	31.
540	586	2 796	5 376	8 172	15 028	14 886	29 914	8 715	76 697	4 631	81 328	128 129	32.
274	63	4 810	10 843	15 653	24 964	28 250	53 214	9 599	108 755	8 069	116 824	195 290	33.
376	121	2 457	5 007	7 464	17 209	18 076	35 285	9 176	65 894	5 118	71 012	122 937	34.
4	1	2 048	3 302	5 350	7 402	5 919	13 321	2 274	21 984	2 767	24 751	45 696	35.

Regierungsbezirke	5. Schafe						6. Schweine							1 Jahr
	Unter 1 Jahr alte Schafe und Schafböcke einschl. Lämmer	1 Jahr alte und ältere Schafe				überhaupt	Unter ½ Jahr alte Schweine			½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine				
		Schafböcke	Mutterschafe (Zibben)	Hammel (Schöpse)	zusammen		Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	zusammen	Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	zusammen	Zuchteber
1	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40
C. Regierungsbezirke.														
1. Königsberg	32 090	4 191	118 489	4 436	127 116	159 206	57 843	154 812	212 155	2 574	17 843	77 906	98 323	1 488
2. Gumbinnen	14 455	2 057	64 174	1 329	67 560	82 015	57 390	131 463	188 853	2 469	14 227	63 180	79 876	1 089
3. Allenstein	21 224	3 773	74 749	2 906	81 428	102 652	32 460	90 147	122 607	1 135	9 073	36 637	46 845	768
4. Westpreußen	11 217	1 005	28 957	3 608	33 570	44 787	16 963	39 684	56 647	702	5 508	21 182	27 392	460
5. Potsdam	62 522	3 534	127 627	19 395	150 556	213 078	76 126	202 224	278 350	1 455	10 547	98 608	110 610	1 189
6. Frankfurt	89 006	4 576	166 472	21 078	192 126	281 132	75 456	187 426	262 882	1 381	11 825	102 845	116 051	1 044
7. Berlin	2 292	114	2 320	1 915	4 349	6 641	3 014	9 334	12 348	61	228	8 676	8 965	34
8. Stettin	112 008	5 724	216 225	32 250	254 199	366 207	69 754	154 244	223 998	1 191	9 336	85 045	95 572	1 004
9. Köslin	79 006	4 823	154 021	19 999	178 843	257 849	74 344	176 770	251 114	1 028	9 537	81 419	91 984	897
10. Stralsund	28 676	1 694	68 716	5 310	75 720	104 396	22 944	47 390	70 334	662	3 133	21 505	25 300	809
11. Schneidemühl	32 509	1 758	61 754	9 273	72 785	105 294	26 007	62 432	88 439	527	4 666	31 739	36 932	393
12. Breslau	30 024	1 859	57 365	9 865	69 089	99 113	56 757	161 901	218 658	1 706	11 342	91 879	104 927	1 262
13. Liegnitz	23 014	1 439	44 817	7 561	53 817	76 831	36 377	117 468	153 845	1 088	7 613	75 990	84 691	817
14. Oppeln	6 700	487	13 651	2 145	16 283	22 983	39 232	129 340	168 572	920	8 626	38 733	48 279	598
15. Magdeburg	83 197	2 878	151 075	24 014	177 967	261 164	110 756	210 172	320 928	1 516	14 068	112 030	127 614	1 232
16. Merseburg	85 750	3 461	152 390	23 836	179 687	265 437	87 083	171 186	258 269	2 026	14 127	140 925	157 078	1 411
17. Erfurt	23 669	638	49 873	6 140	56 651	80 320	26 746	50 479	77 225	392	4 159	56 783	61 334	318
18. Schleswig	41 257	2 909	87 806	3 392	94 107	135 364	131 431	281 670	413 101	2 060	21 681	132 373	156 114	1 363
19. Hannover	19 016	1 180	44 955	2 423	48 558	67 574	93 540	96 341	189 881	745	12 193	70 840	83 778	565
20. Hildesheim	39 659	1 172	98 955	7 853	107 980	147 639	52 736	89 834	142 570	534	5 926	76 589	83 049	574
21. Lüneburg	25 385	2 160	60 681	2 272	65 113	90 498	87 802	122 169	209 971	1 172	11 947	98 849	111 968	1 097
22. Stade	26 245	2 395	54 889	1 613	58 897	85 142	52 778	89 260	142 038	653	13 079	56 389	70 121	389
23. Osnabrück	20 561	1 861	36 284	4 209	42 354	62 915	59 016	60 515	119 531	725	14 328	38 144	53 197	500
24. Aurich	14 652	469	31 918	298	32 685	47 337	10 416	35 317	45 733	332	5 836	18 765	24 933	81
25. Münster	8 479	736	16 859	611	18 206	26 685	40 583	89 917	130 500	1 443	20 890	108 857	131 190	635
26. Minden	14 782	674	37 060	2 212	39 946	54 728	59 752	78 265	138 017	882	15 754	98 088	114 724	560
27. Arnsberg	18 919	862	45 140	4 859	50 861	69 780	28 567	77 599	106 166	637	4 710	119 602	124 949	501
28. Cassel	42 161	887	97 710	8 048	106 645	148 806	61 324	125 293	186 617	1 199	9 908	115 598	126 705	819
29. Wiesbaden	12 489	292	32 938	5 708	38 938	51 427	17 818	78 556	96 374	475	5 449	57 117	63 041	288
30. Coblenz	7 773	498	19 342	3 657	23 497	31 270	11 685	73 774	85 459	292	2 966	46 398	49 656	166
31. Düsseldorf	10 590	1 152	24 562	5 618	31 332	41 922	36 878	120 196	157 074	1 325	10 226	88 310	99 861	779
32. Köln	4 650	343	9 524	3 504	13 371	18 021	9 228	41 521	50 749	392	2 428	35 008	37 828	284
33. Trier	4 255	298	11 699	1 666	13 663	17 918	20 337	57 721	78 058	324	3 912	32 319	36 555	213
34. Aachen	4 511	497	9 171	1 517	11 185	15 696	10 189	42 172	52 361	289	2 297	18 830	21 416	214
35. Sigmaringen	1 599	65	3 057	666	3 788	5 387	2 844	12 040	14 884	52	552	5 345	5 949	26

…bezirken am 1. Dezember 1922.

alte und ältere Schweine: Zuchtsauen	alte und ältere Schweine: übrige Schweine	alte und ältere Schweine: zusammen	überhaupt	7. Ziegen: Unter 1 Jahr alte Ziegen und Ziegenböcke einschl. Lämmer	7. Ziegen: 1 Jahr alte und ältere Ziegen: Ziegenböcke	7. Ziegen: 1 Jahr alte und ältere Ziegen: Ziegen (Geißen)	7. Ziegen: 1 Jahr alte und ältere Ziegen: zusammen	7. Ziegen: überhaupt	8. Zahme Kaninchen	9. Federvieh: Gänse (Gänseriche, Gänse und Gänseküken)	9. Federvieh: Enten (Enteriche, Enten und Entenküken)	9. Federvieh: Hühner (Hähne, Hühner und Küken)	9. Federvieh: Trut- und Perlhühner (Hähne, Hühner und Küken)	9. Federvieh: überhaupt	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): mit beweglichen Waben	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): mit unbeweglichen Waben	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): überhaupt	Wiederholung der Spalte 1
41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	
																		C.
18 898	36 439	56 825	367 303	3 886	340	12 511	12 851	16 737	17 864	86 549	42 806	1 293 074	27 599	1 450 028	15 450	41 017	56 467	1.
16 503	22 697	40 289	309 018	2 071	243	5 553	5 796	7 867	13 900	86 074	25 798	907 873	17 005	1 036 750	10 813	25 378	36 191	2.
12 271	13 277	26 316	195 768	4 028	421	10 926	11 347	15 375	10 012	137 875	39 967	667 959	28 237	874 038	7 274	15 918	23 192	3.
7 002	11 384	18 846	102 885	2 920	180	8 705	8 885	11 805	6 327	23 665	11 641	324 416	5 886	365 608	4 577	7 447	12 024	4.
20 252	86 120	107 561	496 521	33 000	2 536	116 397	118 933	151 933	123 311	159 315	65 250	1 844 592	27 902	2 097 059	34 342	11 990	46 332	5.
24 262	53 764	79 070	458 003	37 351	2 238	109 836	112 074	149 425	162 842	181 137	37 970	1 646 865	22 013	1 887 985	29 960	13 590	43 550	6.
405	6 715	7 154	28 467	7 168	451	32 156	32 607	39 775	77 461	15 290	11 078	524 242	2 716	553 326	2 334	430	2 764	7.
20 107	38 763	59 874	379 444	10 892	719	38 065	38 784	49 676	30 043	86 541	43 655	1 227 592	21 233	1 379 021	18 973	12 949	31 922	8.
20 587	19 583	41 067	384 165	9 225	762	27 288	28 050	37 275	26 921	124 895	36 936	1 134 544	18 726	1 315 101	12 834	16 081	28 915	9.
9 683	9 539	20 031	115 665	1 118	147	4 043	4 190	5 308	8 481	17 487	16 120	379 372	8 766	421 745	11 951	4 374	16 325	10.
8 564	14 510	23 467	148 838	10 009	484	28 810	29 294	39 303	38 924	70 421	13 527	488 711	9 247	581 906	7 818	8 465	16 283	11.
15 963	22 968	40 193	363 778	31 609	2 885	92 329	95 214	126 823	165 876	308 421	51 643	1 490 689	23 412	1 874 165	37 846	6 248	44 094	12.
11 078	18 286	30 181	268 717	33 378	2 826	86 916	89 742	123 120	182 622	213 664	31 640	1 273 840	21 469	1 540 613	41 930	8 696	50 626	13.
15 651	10 554	26 803	243 654	23 643	1 320	95 555	96 875	120 518	54 226	235 218	22 779	928 488	11 660	1 198 145	25 524	3 809	29 333	14.
33 225	76 919	111 376	559 918	25 893	2 497	102 798	105 295	131 188	75 293	118 778	51 948	1 703 672	20 334	1 894 732	14 889	8 088	22 977	15.
22 938	59 873	84 222	499 569	45 875	4 773	125 808	130 581	176 456	247 834	223 162	56 053	1 635 590	17 054	1 931 859	27 683	7 679	35 362	16.
6 039	20 711	27 068	165 627	16 400	1 727	64 806	66 533	82 933	37 692	67 007	11 334	603 762	4 107	686 210	14 191	2 147	16 338	17.
34 535	35 645	71 543	640 758	9 461	802	38 124	38 926	48 387	49 960	85 344	72 624	2 187 479	14 967	2 360 414	46 667	31 303	77 970	18.
33 910	37 916	72 391	346 050	8 236	543	53 745	54 288	62 524	13 865	32 379	10 353	858 744	3 529	905 005	3 234	10 961	14 195	19.
13 332	51 658	65 564	291 183	15 544	948	84 735	85 683	101 227	17 577	75 261	13 321	753 697	4 723	847 002	6 415	4 392	10 807	20.
36 465	43 493	81 055	402 994	8 612	793	47 314	48 107	56 719	13 154	74 202	19 064	1 054 998	5 836	1 154 100	5 307	38 031	43 338	21.
18 274	19 185	37 848	250 007	4 049	294	18 765	19 059	23 108	7 745	31 435	38 870	835 944	2 212	908 461	4 922	32 732	37 654	22.
28 375	16 661	45 536	218 264	3 857	195	20 072	20 267	24 124	5 160	13 150	8 935	667 741	607	690 433	3 260	17 332	20 592	23.
1 641	5 992	7 714	78 380	2 042	113	5 946	6 059	8 101	7 640	4 445	15 517	401 865	318	422 145	1 302	6 552	7 854	24.
13 755	29 095	43 485	305 175	8 540	524	37 286	37 810	46 350	15 085	33 991	18 911	1 185 845	1 783	1 240 530	11 207	10 549	21 756	25.
24 515	45 694	70 769	323 510	11 266	460	64 268	64 728	75 994	10 601	49 409	12 271	890 938	1 702	954 320	10 195	8 871	19 066	26.
8 041	29 407	37 949	269 064	20 283	1 013	113 959	114 972	135 255	51 624	47 440	33 243	1 418 743	3 733	1 503 159	20 382	6 065	26 447	27.
17 633	67 100	85 552	398 874	25 775	1 291	117 263	118 554	144 329	46 833	179 639	18 074	1 177 754	3 606	1 379 073	22 499	6 864	29 363	28.
5 952	14 588	20 828	180 243	13 585	926	74 873	75 799	89 384	43 116	23 267	12 800	905 396	1 358	942 821	15 158	3 603	18 761	29.
3 554	11 832	15 552	150 667	11 467	653	61 677	62 330	73 797	12 597	13 833	8 909	767 940	1 520	792 202	15 217	6 224	21 441	30.
9 451	28 639	38 869	295 804	21 282	1 639	87 874	89 513	110 795	79 316	78 811	39 854	1 935 746	5 465	2 059 876	15 524	4 993	20 517	31.
2 433	7 845	10 562	99 139	14 726	1 183	68 054	69 237	83 963	28 847	23 975	14 769	813 860	3 050	855 654	12 003	3 559	15 562	32.
8 961	11 763	20 937	135 550	5 294	339	23 244	23 583	28 877	3 530	4 157	4 644	470 332	590	479 723	10 642	5 348	15 990	33.
2 017	4 962	7 193	80 970	7 248	518	29 467	29 985	37 233	13 189	12 655	10 499	572 328	1 717	597 199	6 853	4 068	10 921	34.
985	959	1 970	22 803	1 175	128	5 535	5 663	6 838	1 820	9 750	13 929	119 653	105	143 437	4 982	569	5 551	35.

Kreise (* = Stadtkreise)	Viehhaltende Haushaltungen	1. Pferde (ohne Militärpferde): Unter 1 Jahr alte Fohlen	1. Pferde: 1 bis noch nicht 2 Jahre alte Pferde	1. Pferde: 2 bis noch nicht 3 Jahre alte Pferde	1. Pferde: 3 bis noch nicht 5 Jahre alte: Zuchthengste	1. Pferde: 3 bis noch nicht 5 Jahre alte: alle anderen 3 bis noch nicht 5 Jahre alten Pferde	1. Pferde: 5 Jahre alte und ältere: Zuchthengste	1. Pferde: 5 Jahre alte und ältere: alle anderen 5 Jahre alten und älteren Pferde	1. Pferde: überhaupt	2. Maultiere und Maulesel	3. Esel	4. Rindvieh: Kälber: unter 6 Wochen alt	4. Rindvieh: Kälber: 6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alt	4. Rindvieh: Jungvieh: 3 Monate bis noch nicht 1 Jahr alt	4. Rindvieh: Jungvieh: 1 bis noch nicht 2 Jahre alt	4. Rindvieh: 2 Jahre altes und älteres Rindvieh: Bullen, Stiere und Ochsen	4. Rindvieh: 2 Jahre altes und älteres Rindvieh: Milchkühe	4. Rindvieh: 2 Jahre altes und älteres Rindvieh: die übrigen Kühe, auch Färsen, Kalbinnen	4. Rindvieh: überhaupt	5. Unter 1 Jahr alte Schafe und Schafböcke einschl. Lämmer	5. 1 und …: Schafböcke
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1. Reg.-Bez. Königsberg.																					
1. Braunsberg	7 126	2 467	2 030	1 706	78	2 106	192	6 826	15 405	4	—	682	1 189	7 556	8 665	1 705	11 468	2 036	33 301	1 268	398
2. Fischhausen	9 661	1 184	1 090	922	18	1 227	26	8 150	12 617	21	2	1 062	991	5 446	6 242	837	17 099	2 391	34 068	1 693	257
3. Friedland	7 315	1 658	1 442	1 287	29	1 396	32	7 079	12 923	—	5	900	1 151	5 087	5 983	1 633	12 652	2 134	29 540	3 577	396
4. Gerdauen	6 714	1 402	1 358	1 193	31	1 307	36	6 942	12 269	21	8	599	959	4 781	6 067	1 623	11 455	1 903	27 387	2 118	300
5. Heiligenbeil	7 852	1 492	1 379	1 109	27	1 482	23	7 439	12 951	1	2	892	1 275	7 136	7 584	1 701	14 244	2 176	35 008	2 357	265
6. Heilsberg	7 826	2 342	2 031	1 770	43	2 599	29	8 869	17 683	2	—	1 061	1 758	7 875	8 207	1 493	14 395	2 390	37 179	1 534	587
7. *Königsberg i. Pr.	7 623	11	8	70	—	127	—	2 919	3 135	2	12	17	30	69	97	25	709	176	1 123	56	1
8. Königsberg i. Pr.	9 047	1 475	1 326	1 121	26	1 307	26	9 216	14 497	32	9	899	1 313	5 682	7 423	1 768	18 963	3 416	39 464	2 233	233
9. Labiau	9 226	906	835	866	15	1 237	23	6 998	10 880	1	1	654	879	4 115	4 037	724	13 619	1 575	25 603	1 136	119
10. Mohrungen	9 598	1 631	1 470	1 373	41	1 608	47	8 754	14 924	2	7	716	1 267	6 021	6 300	1 676	16 336	2 210	34 526	3 959	359
11. Preußisch Eylau	9 067	2 016	1 904	1 642	41	1 922	41	9 533	17 099	5	3	952	1 466	8 336	8 140	2 030	18 501	2 834	42 259	4 365	367
12 Preußisch Holland	6 956	1 870	1 555	1 305	24	1 501	45	7 401	13 701	—	1	492	798	5 769	5 446	1 127	14 455	1 717	29 804	2 855	279
13. Rastenburg	7 988	1 572	1 406	1 167	57	1 183	197	7 645	13 227	22	1	751	1 189	4 578	5 751	1 845	11 703	2 290	28 107	3 040	427
14. Wehlau	8 131	1 550	1 367	1 208	27	1 396	22	7 383	12 953	6	5	670	1 036	5 775	6 025	1 246	12 983	2 683	30 418	1 899	203
2. Reg.-Bez. Gumbinnen.																					
1. Angerburg	6 635	1 198	1 109	887	23	1 130	22	7 017	11 386	—	1	505	943	4 498	4 304	846	10 055	1 787	22 938	1 376	308
2. Darkehmen	6 018	1 192	1 180	1 122	253	1 063	16	7 064	11 890	19	1	576	800	4 981	5 649	1 300	11 325	2 394	27 025	1 860	264
3. Goldap	7 214	979	948	947	11	1 481	10	7 792	12 168	11	1	444	1 150	5 369	4 675	1 093	11 601	1 578	25 910	1 881	310
4. Gumbinnen	7 700	1 235	1 268	1 165	9	1 228	10	7 860	12 775	14	—	534	934	5 864	5 854	1 206	11 489	2 187	28 068	1 252	283
5. *Insterburg	2 838	39	48	32	—	78	1	640	838	5	—	17	26	115	171	37	655	66	1 087	38	3
6. Insterburg	8 791	1 806	1 624	1 522	69	1 442	207	9 772	16 442	16	1	742	1 321	7 314	7 129	1 109	16 356	2 538	36 509	1 774	199
7. Niederung	10 206	1 487	1 448	1 407	18	1 649	12	8 793	14 814	1	1	424	396	7 616	4 820	612	24 056	1 424	39 348	674	91
8. Oletzko	6 775	1 222	1 187	1 039	12	1 698	6	6 835	11 999	3	—	386	904	4 057	3 526	808	10 229	1 537	21 447	1 744	239
9. Pillkallen	8 159	1 704	1 679	1 669	15	2 015	10	9 267	16 359	—	—	797	1 197	7 946	8 367	1 184	14 320	2 782	36 593	1 292	132
10. Stallupönen	7 369	1 245	1 031	1 185	17	1 447	24	7 757	12 706	3	—	404	850	5 690	5 783	1 205	11 096	1 843	26 871	1 222	125
11. *Tilsit	3 540	61	40	39	—	230	—	1 131	1 501	—	—	17	46	312	242	38	1 297	56	2 008	53	3
12. Tilsit-Ragnit	9 923	2 057	1 898	1 767	19	2 211	14	10 382	18 348	1	1	757	1 034	8 146	7 279	954	19 657	2 115	39 942	1 289	100
3. Reg.-Bez. Allenstein.																					
1. *Allenstein	2 610	20	23	8	—	35	—	564	650	—	1	6	19	75	75	17	412	50	654	41	12
2. Allenstein	8 912	1 474	1 263	1 055	17	1 443	18	9 131	14 401	3	3	384	954	4 442	4 230	715	13 547	1 864	26 136	2 466	490
3. Johannisburg	8 065	1 254	1 268	922	39	1 265	12	7 642	12 402	3	3	273	644	4 065	3 711	909	11 366	1 912	22 880	1 886	343
4. Lötzen	6 804	1 261	1 064	860	29	1 362	16	6 933	11 525	3	2	399	758	3 822	3 478	804	9 683	1 535	20 479	1 462	302
5. Lyck	8 914	1 750	1 684	1 395	23	2 023	26	7 874	14 775	5	1	329	698	4 457	3 867	930	11 135	1 924	23 340	2 029	439
6. Neidenburg	5 646	875	794	606	20	979	6	4 958	8 238	1	—	237	556	3 623	3 653	1 519	8 679	1 768	20 035	3 170	365
7. Ortelsburg	10 668	1 307	1 400	1 050	24	1 565	14	8 626	13 986	5	1	326	1 098	5 218	5 653	1 592	16 046	3 268	33 201	1 899	542
8. Osterode i. Ostpr.	11 150	1 191	1 091	901	24	1 431	32	8 933	13 603	31	3	621	1 302	4 832	5 531	2 480	16 050	1 966	32 782	5 147	438
9. Rössel	7 749	1 942	1 579	1 432	45	1 820	34	7 223	14 075	11	—	525	933	6 210	5 939	965	10 983	1 583	27 138	1 536	506
10. Sensburg	7 944	1 066	909	660	18	1 155	18	7 541	11 367	3	1	345	854	3 540	3 152	909	10 496	1 323	20 619	1 588	336
4. Reg.-Bez. Westpreußen.																					
1. *Elbing	3 497	18	16	16	—	38	—	762	850	—	—	10	8	83	67	14	388	20	590	17	3
2. Elbing	4 723	874	758	595	20	768	21	4 076	7 112	—	2	195	176	4 058	2 512	364	10 586	665	18 556	794	85
3. Marienburg (Westpr.)	3 290	549	453	424	12	554	28	2 506	4 526	—	3	174	59	3 010	1 522	216	6 923	377	12 281	272	36
4. Marienwerder	5 719	750	710	588	52	857	175	4 901	8 033	4	18	399	536	2 534	2 891	633	8 926	873	16 792	2 372	225
5. Rosenberg i. Westpr.	8 551	1 138	1 056	1 013	17	1 340	49	7 117	11 730	101	8	625	1 166	4 054	4 321	1 153	13 741	1 865	26 925	5 830	457
6. Stuhm	5 969	1 250	1 088	872	35	1 238	63	6 359	10 905	9	1	343	527	4 464	3 931	612	10 979	1 230	22 086	1 932	199
5. Reg.-Bez. Potsdam.																					
1. Angermünde	11 312	716	754	648	35	981	37	7 776	10 947	251	20	798	1 393	3 171	4 095	1 382	11 219	1 240	23 298	9 152	409
2. Beeskow-Storkow	9 589	357	348	238	4	489	13	4 814	6 263	106	35	382	912	2 393	2 214	807	9 848	744	17 300	2 786	217
3. *Brandenburg (Havel)	2 963	8	4	5	—	11	—	808	836	—	—	10	40	89	47	7	358	22	573	62	2
4. *Eberswalde	1 654	4	1	15	—	9	—	250	279	6	1	3	1	1	11	3	81	—	100	14	3
5. Jüterbog-Luckenwalde	11 019	622	587	420	12	650	15	6 850	9 156	19	34	989	1 959	4 717	4 742	869	14 416	1 285	28 977	2 622	104
6. Niederbarnim	20 902	446	578	473	13	633	22	7 837	10 002	136	48	415	755	2 159	2 366	610	9 173	909	16 387	1 961	169
7. Oberbarnim	12 373	392	390	296	10	454	18	7 088	8 648	358	25	595	1 128	2 871	3 990	1 973	8 718	1 012	20 287	6 640	348
8. Osthavelland	13 343	595	549	475	15	601	12	7 946	10 193	61	50	677	880	2 689	3 666	1 080	13 423	1 826	24 241	1 253	86
9. Ostprignitz	11 914	1 141	1 192	918	24	1 389	26	10 633	15 323	108	21	1 169	1 731	5 562	6 268	988	23 227	1 628	40 573	5 641	407
10. *Potsdam	2 543	3	2	7	—	23	—	559	594	4	1	1	2	11	12	7	77	15	125	12	1
11. Prenzlau	9 315	1 153	1 289	981	46	1 382	62	8 811	13 724	334	12	1 154	1 876	4 384	5 705	1 844	14 608	1 749	31 320	15 207	560
12 Ruppin	13 005	703	804	732	46	975	198	10 368	13 826	131	20	753	1 283	4 567	5 783	1 411	20 864	1 911	36 572	2 984	225
13. Teltow	16 289	457	338	323	21	557	13	8 086	9 795	174	31	869	1 654	3 588	3 755	1 050	13 093	1 016	25 025	1 481	105
14. Templin	9 379	502	551	455	21	637	26	6 473	8 665	101	33	492	748	2 746	3 136	688	9 824	1 042	18 676	5 386	273
15. Westhavelland	10 095	619	701	443	24	690	12	6 905	9 394	72	8	733	1 147	3 346	4 382	1 504	13 907	2 052	27 071	2 397	140
16. Westprignitz	11 158	1 043	1 008	808	16	989	9	8 183	12 056	50	5	1 262	1 664	6 153	6 708	528	21 696	1 805	39 816	2 965	382
17. *Wittenberge	1 975	9	14	14	—	20	—	241	298	—	2	15	21	46	53	7	258	33	433	15	8
18. Zauch-Belzig	16 391	777	703	504	7	761	8	10 683	13 443	35	301	1 474	2 695	5 641	5 102	896	19 677	1 463	36 948	1 944	95
6. Reg.-Bez. Frankfurt.																					
1. Arnswalde	7 283	463	570	603	22	1 139	26	4 990	7 813	45	2	809	1 645	4 103	4 516	1 309	10 449	1 289	24 120	12 762	452
2 Calau	16 421	287	295	418	7	672	10	3 642	5 331	28	5	458	1 230	3 094	3 015	2 353	11 368	1 541	23 059	2 317	97
3. *Cottbus	2 449	6	—	3	—	33	1	386	429	2	—	6	3	5	11	5	110	18	158	20	1

am 1. Dezember 1922.

Schafe			6. Schweine									7. Ziegen				8.	9. Federvieh					10. Bienenstöcke (Bienenvölker)			Wiederholung der Spalte 1
Jahr alte ältere			Unter ½ Jahr alte Schweine		½ bis noch nicht 1 Jahr alte			1 Jahr alte und ältere					1 Jahr alte und ältere												
Mutterschafe (Zibben)	Hammel (Schöpse)	überhaupt	Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	überhaupt	Unter 1 Jahr alte Ziegen und Ziegenböcke einschl. Lämmer	Ziegenböcke	Ziegen (Geißen)	überhaupt	Zahme Kaninchen	Gänse (Gänseriche, Gänse und Gänseküken)	Enten (Enteriche, Enten und Entenküken)	Hühner (Hähne, Hühner und Küken)	Trut- u. Perlhühner (Hähne, Hühner und Küken)	überhaupt	mit beweglichen Waben	mit unbeweglichen Waben	überhaupt	
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	
																									1.
6 723	238	8 627	2 331	10 033	348	2 573	5 496	91	1 278	4 039	26 189	264	23	1 191	1 478	1 029	8 175	3 440	90 417	1 866	103 898	820	1 901	2 721	1.
7 201	288	9 439	4 425	11 599	160	954	5 110	85	1 098	1 926	25 357	165	31	511	707	1 150	6 495	4 000	109 306	2 381	122 182	1 385	2 658	4 043	2.
12 688	438	17 099	4 400	11 060	178	900	5 309	117	1 566	2 456	25 986	159	10	541	710	852	5 670	3 175	84 205	2 171	95 221	1 134	3 427	4 561	3.
9 843	207	12 468	4 847	10 503	123	863	5 253	101	1 412	2 439	25 541	215	21	581	817	1 019	6 105	2 962	79 106	2 084	90 257	1 007	3 365	4 372	4
7 219	357	10 198	3 058	11 012	208	1 656	6 479	104	1 206	2 954	26 677	301	27	929	1 257	1 312	5 363	3 212	92 922	1 697	103 194	942	2 781	3 723	5.
10 160	41	12 322	4 091	12 020	346	2 187	6 325	164	1 779	4 273	31 185	350	27	1 314	1 691	1 141	9 763	2 945	107 966	2 966	123 640	1 193	2 455	3 648	6.
75	8	140	614	3 318	2	9	2 529	—	12	205	6 689	187	17	799	1 003	1 960	485	164	39 436	50	40 135	194	210	404	7.
7 695	366	10 527	4 065	11 457	169	963	4 729	116	1 130	1 953	24 582	288	28	807	1 123	1 513	5 963	3 856	107 203	2 538	119 560	1 511	3 371	4 882	8.
4 343	46	5 644	5 599	13 480	180	1 441	5 383	93	1 499	1 746	29 421	265	22	725	1 012	959	5 265	2 377	91 864	1 241	100 747	1 029	1 651	2 680	9
10 692	807	15 817	5 449	13 500	170	1 507	7 064	126	2 042	3 498	33 356	652	43	1 618	2 313	1 471	6 003	3 506	104 601	2 228	116 338	1 121	3 674	4 795	10
13 309	336	18 377	4 415	14 313	194	1 601	7 320	145	1 624	2 906	32 518	274	14	958	1 246	1 453	7 119	3 716	113 895	2 212	126 942	1 410	4 285	5 695	11
9 126	361	12 621	3 876	10 765	176	1 165	5 596	106	1 424	3 194	26 302	266	19	1 002	1 287	880	5 045	2 770	93 652	1 538	103 005	1 476	3 569	5 045	12.
12 636	512	16 615	5 255	10 008	165	859	6 021	135	1 503	2 202	26 148	227	16	781	1 024	1 905	9 236	3 935	87 713	2 446	103 330	902	3 747	4 649	13.
6 779	431	9 312	4 918	11 744	155	1 165	5 292	105	1 325	2 648	27 352	273	42	754	1 069	1 220	5 862	2 748	90 788	2 181	101 579	1 326	3 923	5 249	14.
																									2.
6 514	168	8 366	4 261	9 314	132	926	4 357	79	1 072	1 753	21 894	251	24	748	1 023	1 248	7 880	2 729	71 121	1 914	83 644	866	1 528	2 394	1.
7 566	157	9 847	4 147	9 598	138	901	4 901	73	1 052	1 938	22 748	103	13	275	391	866	5 738	2 573	76 759	1 615	86 685	1 217	1 552	2 769	2.
7 560	89	9 840	4 185	10 823	176	1 252	5 699	51	1 276	1 983	25 445	216	21	546	783	844	6 675	1 897	76 278	1 412	86 262	580	1 373	1 953	3.
6 437	199	8 171	5 745	11 408	262	1 321	6 442	82	1 272	2 256	28 788	111	18	263	392	1 608	6 061	2 490	84 057	1 952	94 560	924	3 244	4 168	4.
159	2	202	398	1 730	7	24	1 131	3	18	431	3 742	48	11	236	295	954	460	182	13 829	214	14 685	128	51	179	5.
6 605	153	8 731	6 616	13 931	269	1 690	7 084	135	2 036	2 952	34 713	266	26	739	1 031	1 992	8 934	2 982	111 296	2 356	125 568	1 328	4 688	6 016	6.
2 358	21	3 144	8 218	18 339	515	2 456	7 709	279	3 613	2 577	43 706	252	45	676	973	1 153	11 894	2 035	96 164	1 024	111 117	1 289	2 367	3 656	7.
6 426	251	8 660	3 008	9 750	99	887	4 133	49	960	1 190	20 076	312	32	838	1 182	800	13 661	4 135	60 718	1 887	80 401	423	1 250	1 673	8
7 908	52	9 384	6 414	13 346	277	1 446	6 721	100	1 254	2 490	32 048	135	19	291	445	1 340	7 032	2 145	94 429	1 522	105 128	1 429	3 127	4 556	9.
5 996	79	7 422	5 490	12 024	224	1 097	6 089	99	1 416	2 274	28 713	84	10	203	297	1 091	5 704	2 010	80 835	1 506	90 055	922	2 273	3 195	10.
186	2	244	770	3 462	16	99	1 117	9	161	152	5 786	110	7	280	397	696	893	118	17 270	102	18 383	184	147	331	11.
6 459	156	8 004	8 138	17 738	354	2 128	7 797	130	2 373	2 701	41 359	183	17	458	658	1 308	11 142	2 502	125 117	1 501	140 262	1 523	3 778	5 301	12.
																									3.
93	3	149	343	1 180	4	56	482	7	56	147	2 275	170	13	466	649	940	666	221	13 672	134	14 693	30	141	171	1
9 592	390	12 938	3 735	9 249	112	1 168	3 391	103	1 725	1 425	20 908	617	44	1 659	2 320	1 004	13 182	3 682	87 038	3 652	107 554	881	2 071	2 952	2.
7 668	207	10 104	2 924	9 255	102	1 060	3 690	52	1 399	1 293	19 775	151	22	468	641	934	18 398	4 699	57 792	3 912	84 801	859	1 058	1 917	3.
6 595	222	8 581	3 346	8 582	103	847	3 931	73	1 201	1 538	19 621	310	34	915	1 259	756	13 687	3 816	60 925	2 474	80 902	630	1 494	2 124	4.
10 444	142	13 054	4 310	11 297	133	1 229	5 311	78	1 820	1 740	25 918	346	29	911	1 286	1 108	23 936	8 368	70 901	4 289	107 494	767	1 402	2 169	5.
6 868	363	10 766	2 357	7 424	72	665	2 627	37	756	776	14 714	540	81	848	1 469	795	12 132	3 466	51 012	2 051	68 661	570	1 188	1 758	6.
6 192	208	8 841	3 632	11 435	104	1 060	4 032	62	1 173	1 163	22 661	318	52	916	1 286	1 121	18 139	3 205	81 141	3 909	106 394	911	1 957	2 868	7
10 007	1 100	16 692	4 574	14 043	119	950	5 271	112	1 471	1 600	28 140	754	86	1 804	2 644	1 358	15 925	4 970	102 126	2 042	125 063	1 029	2 355	3 384	8
9 754	169	11 965	4 254	9 224	269	1 211	4 392	159	1 546	2 319	23 374	475	33	1 873	2 381	1 045	8 729	2 992	81 229	2 882	95 832	860	2 288	3 148	9
7 536	102	9 562	2 985	8 458	117	827	3 510	85	1 124	1 276	18 382	347	27	1 066	1 440	951	13 081	4 548	62 123	2 892	82 644	737	1 964	2 701	10.
																									4.
21	2	43	273	1 636	2	11	836	—	16	370	3 144	278	10	677	965	1 544	290	136	20 059	54	20 539	193	103	296	1.
1 752	22	2 653	1 413	5 499	101	1 407	3 310	44	587	2 076	14 437	466	9	1 547	2 022	611	3 783	1 354	50 339	615	56 091	762	774	1 536	2.
559	7	874	1 029	4 616	61	553	3 035	21	265	1 209	10 789	347	26	1 305	1 678	555	2 523	1 042	33 942	474	37 981	412	545	957	3.
6 386	846	9 829	3 951	7 208	152	979	3 908	100	1 571	2 463	20 332	695	53	1 923	2 671	1 348	3 763	2 269	63 260	1 015	70 307	534	1 211	1 745	4
16 043	2 461	24 791	5 655	12 235	173	1 336	5 690	146	2 697	2 684	30 616	493	32	1 250	1 775	1 326	7 076	3 792	90 009	1 891	102 768	1 632	2 578	4 210	5.
4 196	270	6 597	4 642	8 490	213	1 222	4 403	149	1 866	2 582	23 567	641	50	2 003	2 694	943	6 230	3 048	66 807	1 837	77 922	1 044	2 236	3 280	6
																									5.
17 897	1 315	28 773	5 220	13 245	118	774	6 492	94	1 469	6 181	33 593	2 874	189	11 369	14 432	4 859	7 243	4 766	107 849	1 894	121 752	2 505	643	3 148	1.
4 857	649	8 509	3 648	8 856	54	471	4 466	38	539	3 128	21 200	1 784	104	5 265	7 153	6 425	7 778	2 521	80 782	1 122	92 203	1 412	703	2 115	2.
111	13	188	117	663	1	4	491	4	6	363	1 649	554	24	1 777	2 355	6 379	268	503	18 060	117	18 948	169	97	266	3
35	7	59	72	223	—	3	187	3	6	102	596	228	15	883	1 126	2 245	96	174	8 494	23	8 787	152	2	154	4.
5 096	1 113	8 935	7 890	15 494	192	1 163	8 672	172	2 975	5 839	42 397	1 364	101	4 410	5 875	15 537	7 850	2 025	112 588	885	123 348	1 747	1 145	2 892	5.
2 593	1 131	5 854	3 458	10 596	69	437	4 915	57	641	5 374	25 547	4 643	327	17 200	22 170	17 084	12 271	5 608	173 643	2 774	194 296	1 769	578	2 347	6.
12 255	2 870	22 113	3 466	10 358	76	415	4 587	60	815	5 320	25 097	2 912	230	8 905	12 047	8 984	39 856	3 744	120 014	1 874	165 488	2 401	219	2 620	7.
2 858	589	4 786	2 660	14 379	46	207	3 905	54	405	7 012	28 668	2 277	197	8 406	10 880	10 738	8 111	6 527	129 311	2 564	146 513	2 209	546	2 755	8.
11 467	2 075	19 590	8 866	17 387	156	1 257	11 565	92	2 564	6 526	48 413	893	82	3 729	4 704	2 911	10 890	3 896	146 306	2 099	163 191	2 512	1 702	4 214	9
5	21	39	66	170	—	7	166	1	8	159	577	367	15	1 094	1 476	2 774	133	524	16 547	69	17 273	332	40	372	10
30 121	2 358	48 246	8 026	16 487	207	1 227	8 350	192	2 651	5 863	43 003	1 307	108	4 786	6 201	3 645	9 244	5 422	114 209	3 116	131 991	3 613	718	4 331	11.
6 993	1 359	11 561	4 314	18 594	81	615	5 563	38	825	8 299	38 329	2 397	166	8 168	10 731	4 852	7 773	5 382	140 277	2 487	155 919	2 256	1 000	3 256	12.
2 364	686	4 636	4 795	12 306	77	607	6 881	54	867	5 714	31 301	3 715	296	10 876	14 887	12 912	10 778	4 253	140 643	1 555	157 229	2 379	703	3 082	13.
13 580	2 148	21 387	4 235	12 684	113	814	5 577	106	1 547	5 886	30 962	1 716	171	7 079	8 966	3 452	6 664	3 532	94 148	2 098	106 442	2 576	600	3 176	14.
5 907	1 343	9 787	2 215	14 481	49	247	4 009	41	347	6 860	28 249	1 751	244	7 562	9 557	5 968	7 301	6 346	116 539	1 914	132 100	1 867	865	2 732	15.
8 192	725	12 264	7 959	14 709	80	1 070	10 822	80	2 398	4 014	41 132	689	77	2 896	3 662	2 291	12 013	4 923	136 905	1 399	155 240	3 014	1 093	4 107	16.
37	5	65	265	701	2	4	706	—	6	173	1 857	182	11	622	815	1 641	186	166	9 824	32	10 208	216	43	259	17.
3 259	988	6 286	8 854	20 891	134	1 225	11 254	103	2 183	9 307	53 951	3 347	179	11 370	14 896	10 614	10 860	4 938	178 453	1 880	196 131	3 213	1 293	4 506	18
																									6.
22 392	2 195	37 801	4 265	9 356	87	600	6 137	70	1 319	3 139	24 973	1 396	57	3 874	5 327	2 227	8 961	3 063	79 220	1 839	93 083	1 470	861	2 331	1
4 844	551	7 809	6 369	14 466	96	888	7 235	86	2 536	3 260	34 936	2 995	205	7 786	10 986	22 077	8 072	2 540	111 855	1 343	123 810	1 316	1 466	2 782	2
21	8	50	74	329	—	7	200	—	6	140	756	274	29	897	1 200	3 984	141	91	12 535	116	12 883	336	15	351	3

Kreise (* = Stadtkreise)	Viehhaltende Haushaltungen	1. Pferde (ohne Militärpferde): Unter 1 Jahr alte Fohlen	1 bis noch nicht 2 Jahre alte Pferde	2 bis noch nicht 3 Jahre alte Pferde	3 bis noch nicht 5 Jahre alte: Zuchthengste	3 bis noch nicht 5 Jahre alte: alle anderen 3 bis noch nicht 5 Jahre alten Pferde	5 Jahre alte und ältere: Zuchthengste	5 Jahre alte und ältere: alle anderen 5 Jahre alten und älteren Pferde	überhaupt	2. Maultiere und Maulesel	3. Esel	4. Rindvieh: Kälber: unter 6 Wochen alt	Kälber: 6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alt	Jungvieh: 3 Monate bis noch nicht 1 Jahr alt	Jungvieh: 1 bis noch nicht 2 Jahre alt	2 Jahre altes und älteres Rindvieh: Bullen, Stiere und Ochsen	Milchkühe	die übrigen Kühe, auch Färsen, Kalbinnen	überhaupt	5. Schafe: Unter 1 Jahr alte Schafe und Schafböcke einschl. Lämmer	Schafböcke
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Noch: 6. Reg.-Bez. Frankfurt.																					
4. Cottbus	10 296	270	275	265	9	397	8	2 752	3 976	26	3	319	971	2 473	2 578	1 514	13 857	1 356	23 068	1 047	70
5. Crossen	9 790	452	400	403	7	513	11	3 621	5 407	31	14	497	1 377	3 389	3 198	1 130	13 565	1 669	24 825	1 636	139
6. *Forst	1 396	2	2	5	—	15	—	481	505	—	1	5	11	24	36	5	179	16	276	12	1
7. *Frankfurt a. O.	3 150	8	9	4	—	30	—	998	1 049	5	2	7	64	92	118	62	418	59	820	110	9
8. Friedeberg N.M.	9 387	493	571	560	14	980	10	5 504	8 132	52	2	603	1 124	2 610	2 656	1 018	12 241	1 207	21 459	7 013	391
9. *Guben	3 413	8	4	18	—	33	—	425	488	—	—	16	32	79	67	10	480	62	746	30	3
10. Guben	8 482	457	506	526	11	583	11	3 224	5 318	36	9	326	1 295	3 498	4 087	1 505	11 475	1 555	23 741	2 257	135
11. Königsberg (Neumark)	14 649	983	1 083	977	24	1 371	38	9 774	14 250	340	8	1 209	2 145	5 927	6 676	1 869	14 644	1 767	34 237	15 350	768
12. *Landsberg a. W.	1 388	11	20	20	—	35	2	765	853	122	1	21	33	126	115	53	547	246	1 141	100	17
13. Landsberg	10 708	471	527	636	2	795	1	6 899	9 331	82	18	801	1 601	3 674	3 878	919	15 432	1 132	27 437	5 741	350
14. Lebus	16 324	962	941	835	28	1 178	29	10 737	14 710	703	33	940	2 055	5 357	6 318	4 172	13 543	1 858	34 243	10 484	558
15. Luckau	12 504	493	493	470	12	659	11	4 944	7 082	30	5	735	1 758	4 369	4 769	2 842	15 110	1 895	31 478	3 113	115
16. Lübben	6 096	354	338	228	7	398	8	2 735	4 068	7	3	310	980	2 614	2 612	2 146	8 636	924	18 222	2 327	169
17. Oststernberg	7 705	366	382	448	5	835	4	5 009	7 049	73	5	566	1 141	3 073	3 049	1 038	10 034	1 073	19 974	4 920	190
18. Soldin	8 408	531	652	636	22	1 038	25	6 388	9 292	132	14	858	1 737	3 759	4 412	1 870	12 241	1 254	26 131	10 357	626
19. Sorau	12 506	404	431	472	12	526	13	3 861	5 719	33	6	499	1 394	3 758	4 284	2 165	15 850	1 673	29 623	1 469	81
20. Spremberg	4 414	54	94	78	3	123	2	1 332	1 686	16	2	66	243	652	771	210	3 220	413	5 575	298	19
21. Weststernberg	8 598	398	475	519	14	868	10	5 022	7 306	75	18	428	937	2 670	2 882	1 243	9 249	1 201	18 610	5 000	231
22. Züllichau-Schwiebus	8 235	384	293	349	15	526	14	4 632	6 213	49	4	400	996	2 577	3 527	1 763	9 626	1 501	20 390	2 643	244
7. *Berlin	85 836	152	132	177	6	633	6	39 499	40 605	361	27	645	498	620	656	689	15 320	1 016	19 444	2 292	114
davon:																					
Verwaltungsbezirk 1	3 222	4	—	1	—	38	—	4 742	4 785	15	—	—	—	1	—	—	494	1	496	5	1
" 2	2 964	1	2	—	—	63	1	2 724	2 791	13	—	—	—	1	—	—	904	—	905	10	2
" 3	4 977	1	2	8	—	9	—	3 007	3 027	24	2	4	—	—	—	—	1 198	3	1 205	21	3
" 4	3 968	1	1	1	—	21	—	1 934	1 958	16	—	2	2	—	2	1	1 095	—	1 102	22	2
" 5	4 094	5	3	3	—	28	—	3 787	3 826	14	—	402	325	28	263	278	1 346	732	3 374	703	24
darunter auf dem Städtischen Vieh- und Schlachthofe	84	2	1	—	—	—	—	65	68	—	—	400	323	28	260	278	732	—	2 021	681	24
Verwaltungsbezirk 6	3 906	10	4	2	—	11	—	4 328	4 355	61	3	1	—	4	—	—	1 028	—	1 033	10	1
" 7	4 220	4	4	11	—	71	—	2 395	2 485	10	3	—	2	2	4	1	605	1	615	20	5
" 8	5 255	15	26	15	—	48	—	1 070	1 174	4	—	15	33	57	76	17	727	30	955	61	6
darunter auf dem Städtischen Schlachthofe	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	7	—	8	—	—
Verwaltungsbezirk 9	2 102	—	—	—	—	—	—	852	852	8	—	—	—	3	—	—	140	3	146	10	4
" 10	2 584	4	—	—	—	4	—	356	364	—	2	5	2	10	7	4	267	3	298	13	1
" 11	3 501	1	—	4	—	6	—	1 354	1 365	25	—	3	—	—	—	—	397	1	401	18	—
" 12	4 537	—	—	7	—	29	—	874	910	14	3	4	1	4	3	—	379	2	393	8	—
" 13	3 546	9	29	44	1	72	1	1 132	1 288	13	—	10	19	45	34	6	546	17	677	166	3
" 14	6 059	9	7	8	2	39	—	2 531	2 596	30	6	14	15	26	23	30	1 602	50	1 760	51	7
" 15	4 509	5	1	1	1	12	—	870	890	5	1	1	4	5	16	3	254	4	287	36	2
" 16	4 915	6	5	4	—	25	—	640	680	2	2	15	7	25	25	3	180	11	266	61	5
" 17	7 503	18	27	36	—	79	1	2 065	2 226	11	—	118	16	146	29	175	2 185	50	2 719	286	16
" 18	2 861	42	6	9	—	16	—	1 863	1 936	28	2	23	40	76	104	106	652	55	1 056	181	6
" 19	5 054	12	13	12	—	22	3	1 544	1 606	60	2	20	24	152	42	57	807	22	1 124	547	17
" 20	6 059	5	2	11	2	40	—	1 431	1 491	8	1	8	8	35	28	8	514	31	632	63	9
8. Reg.-Bez. Stettin.																					
1. Anklam	5 100	629	653	552	21	718	23	4 075	6 671	81	2	757	1 205	2 524	3 333	834	10 075	784	19 512	5 633	380
2. Cammin	7 854	639	599	621	14	843	13	5 640	8 369	16	14	1 139	1 447	4 171	4 595	738	15 342	1 270	28 702	8 783	572
3. Demmin	8 188	842	964	809	30	1 014	23	7 131	10 813	55	4	1 174	1 609	3 941	4 707	844	15 064	1 038	28 377	13 068	785
4. Greifenberg	6 448	548	552	697	15	1 000	23	4 784	7 619	6	7	1 178	1 420	4 897	4 878	724	13 729	1 281	28 107	7 110	361
5. Greifenhagen	9 204	572	638	742	12	1 008	9	5 986	8 967	205	10	1 153	2 287	5 228	5 281	882	12 753	1 584	29 168	7 346	414
6. Naugard	9 386	620	675	904	13	1 499	7	6 671	10 389	60	4	1 062	1 948	4 850	5 268	735	18 829	1 408	34 100	8 722	431
7. Pyritz	7 943	667	754	750	23	1 033	31	6 842	10 100	277	11	1 272	2 601	5 714	7 046	3 331	12 941	1 909	34 814	22 438	860
8. Randow	14 190	832	919	911	26	1 261	24	8 510	12 483	246	11	1 247	2 043	4 960	5 592	1 965	16 543	1 783	34 133	9 081	534
9. Regenwalde	8 518	776	701	848	66	1 251	189	6 515	10 346	111	4	983	1 702	4 279	4 979	1 037	14 674	1 458	29 112	12 577	502
10. Saatzig	7 936	846	861	1 012	23	1 409	18	5 924	10 093	85	10	1 102	2 231	6 308	6 342	1 851	15 358	1 640	34 832	13 729	518
11. *Stargard i. Pom.	2 374	9	20	15	—	73	2	595	714	2	3	37	61	143	140	45	571	66	1 063	228	12
12. *Stettin	5 289	18	4	16	—	40	—	2 619	2 697	51	6	5	25	30	52	41	934	35	1 122	61	7
13. Ueckermünde	9 773	278	274	308	9	501	11	3 145	4 526	12	3	314	583	1 699	1 609	178	7 079	465	11 927	736	114
14. Usedom-Wollin	8 982	275	273	290	8	369	13	3 414	4 642	12	12	360	533	1 564	1 936	330	8 684	515	13 922	2 496	244
9. Reg.-Bez. Köslin.																					
1. Belgard	8 372	576	661	660	27	937	19	6 116	8 996	122	5	1 009	1 512	3 427	4 226	978	14 565	1 190	26 907	9 183	509
2. Bublitz	3 628	216	258	260	9	362	7	2 894	4 006	27	4	391	596	1 470	1 981	363	6 621	516	11 938	2 300	209
3. Bütow	4 370	273	266	216	4	489	14	2 637	3 899	7	—	350	460	1 215	1 355	156	6 649	384	10 569	1 672	222
4. Dramburg	6 306	400	490	444	16	800	10	4 101	6 261	130	5	553	1 054	2 770	2 875	642	9 004	968	17 866	7 812	338
5. *Köslin[1])	1 670	16	17	14	—	58	—	519	624	—	—	29	51	86	114	28	624	24	956	105	10
6. Köslin[2])	5 235	485	499	407	15	663	15	4 700	6 784	2	1	786	1 252	2 782	3 372	560	12 940	698	22 390	5 665	317
7. *Kolberg	1 911	17	15	26	5	56	—	505	624	—	3	41	50	106	116	21	804	31	1 169	126	10
8. Kolberg-Körlin	6 618	548	548	771	15	1 378	15	5 709	8 984	17	3	1 125	1 945	4 528	5 039	737	16 930	1 050	31 354	5 959	355
9. Lauenburg i. Pommern	8 666	721	615	523	21	922	46	6 536	9 384	17	7	964	1 200	3 280	4 174	1 179	16 029	1 470	28 296	5 419	420
10. Neustettin	13 027	965	1 068	1 036	31	1 666	42	9 388	14 196	62	7	1 160	1 990	5 968	6 689	1 211	22 420	2 051	41 489	13 664	684

[1]) seit dem 1. April 1923 Stadtkreis. — [2]) mit Ausschluß des jetzigen Stadtkreises Köslin.

am 1. Dezember 1922.

Schafe			6. Schweine									7. Ziegen				8.	9. Federvieh					10. Bienenstöcke (Bienenvölker)			Wiederholung der Spalte 1
Jahr alte ältere			Unter ½ Jahr alte Schweine		½ bis noch nicht 1 Jahr alte			1 Jahr alte und ältere					1 Jahr alte und ältere												
Mutterschafe (Zibben)	Hammel (Schöpse)	überhaupt	Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	überhaupt	Unter 1 Jahr alte Ziegen und Ziegenböcke einschl. Lämmer	Ziegenböcke	Ziegen (Geißen)	überhaupt	Zahme Kaninchen	Gänse (Gänseriche, Gänse und Gänseküken)	Enten (Enteriche, Enten und Entenküken)	Hühner (Hähne, Hühner und Kücken)	Trut- u Perlhühner (Hähne, Hühner und Kücken)	überhaupt	mit beweglichen Waben	mit unbeweglichen Waben	überhaupt	
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	
																									6.
2 052	241	3 410	3 648	12 209	58	693	5 207	39	1 241	1 535	24 630	1 137	102	3 717	4 956	10 671	4 397	796	84 737	818	90 748	991	851	1 842	4.
3 392	488	5 655	4 012	11 124	71	865	4 502	43	1 185	3 544	25 346	1 986	83	6 217	8 286	7 200	15 937	1 157	79 709	535	97 338	1 652	729	2 381	5.
7	1	21	74	312	—	2	177	—	4	38	607	195	8	826	1 029	1 800	232	45	8 635	59	8 971	75	34	109	6.
302	189	610	195	453	—	32	347	8	63	136	1 234	594	27	2 073	2 694	5 754	549	257	16 584	74	17 464	177	81	258	7.
12 221	1 672	21 207	4 318	12 053	76	904	6 669	62	1 879	2 219	28 180	1 618	76	4 656	6 350	5 281	8 726	1 975	91 915	1 328	103 944	1 342	589	1 931	8.
25	18	76	158	704	4	34	419	—	17	137	1 473	1 021	39	2 636	3 696	5 434	448	202	13 685	46	14 381	299	26	325	9.
3 615	302	6 309	2 957	9 737	68	566	4 662	36	1 256	1 639	20 921	1 595	91	5 594	7 280	6 256	9 266	902	70 754	595	81 517	1 434	756	2 190	10.
27 691	3 425	47 234	6 555	14 132	125	833	9 104	113	1 602	5 973	38 437	3 635	239	12 067	15 941	6 474	10 574	5 300	152 129	2 466	170 469	3 008	657	3 665	11.
244	17	378	128	564	15	68	508	6	61	134	1 484	318	30	1 043	1 391	1 602	296	225	10 589	145	11 255	207	31	238	12.
9 286	404	15 781	5 787	13 455	90	1 050	8 158	50	1 810	3 605	34 005	1 963	119	5 164	7 246	5 114	15 641	1 888	123 333	1 096	141 958	1 720	384	2 104	13.
18 142	2 878	32 062	6 882	14 316	144	914	7 473	124	1 525	5 532	36 910	4 937	318	14 130	19 385	11 878	17 682	4 992	159 969	3 357	186 000	4 072	628	4 700	14
5 705	1 063	9 996	9 312	17 201	155	1 202	8 538	105	3 747	3 892	44 152	2 362	114	5 568	8 044	16 258	12 152	1 908	116 409	1 149	131 618	1 748	2 373	4 121	15.
4 041	496	7 033	2 622	7 200	53	484	4 151	29	1 018	1 764	17 321	543	50	1 645	2 238	3 884	6 800	993	57 537	471	65 801	895	736	1 631	16.
9 019	1 101	15 230	3 558	9 828	56	557	5 040	32	823	3 870	23 764	2 207	171	5 256	7 634	6 994	11 108	1 962	84 603	1 031	98 704	1 232	637	1 869	17
24 220	3 286	38 489	5 941	11 722	108	904	7 434	93	1 746	4 098	32 046	1 443	93	4 168	5 704	3 035	7 700	3 701	99 859	1 952	113 212	1 663	445	2 108	18.
3 257	352	5 159	2 268	9 104	48	413	6 982	39	613	1 733	21 200	2 191	114	6 679	8 984	12 235	11 034	1 602	88 728	1 170	102 534	2 704	1 143	3 847	19.
818	86	1 221	1 174	3 048	23	156	1 797	15	517	524	7 254	574	28	2 248	2 850	3 802	1 942	511	31 057	424	33 934	573	303	876	20.
7 769	1 367	14 367	3 061	7 267	60	414	4 434	44	721	2 527	18 528	2 312	148	7 138	9 598	5 429	13 963	1 925	78 922	1 063	95 873	1 315	535	1 850	21.
7 409	938	11 234	2 098	8 846	44	239	3 671	50	573	4 325	19 846	2 055	97	6 454	8 606	15 453	15 516	1 935	74 101	936	92 488	1 731	310	2 041	22.
2 320	1 915	6 641	3 014	9 334	61	228	8 676	34	405	6 715	28 467	7 168	451	32 156	39 775	77 461	15 290	11078	524 242	2 716	553 326	2 334	430	2 764	7.
7	8	21	26	199	—	—	214	—	—	68	507	79	9	370	458	2 069	112	149	13 262	31	13 554	16	—	16	1.
6	6	24	9	144	—	—	175	—	—	86	414	112	3	436	551	2 582	87	104	14 336	23	14 550	28	—	28	2.
10	11	45	52	277	—	2	332	—	4	70	737	240	19	1 195	1 454	4 471	364	390	23 242	28	24 024	24	—	24	3.
14	27	65	89	228	6	8	264	2	21	122	740	225	13	936	1 174	2 890	227	535	19 657	27	20 446	10	1	11	4.
410	294	1 431	39	155	—	8	204	1	4	707	1 118	116	12	533	661	2 999	194	163	16 178	9	16 544	16	—	16	5.
393	278	1 376	—	38	—	—	64	—	—	648	750	5	—	17	22	52	2	16	480	—	498	—	—	—	
4	11	26	26	129	1	2	143	—	1	58	360	144	8	632	784	2 980	107	146	16 419	22	16 694	4	—	4	6.
12	23	60	38	296	—	2	337	1	6	332	1 012	161	14	1 322	1 497	3 356	238	304	24 690	53	25 285	62	15	77	7.
34	99	200	268	884	7	17	532	5	36	802	2 551	757	36	3 217	4 010	5 897	1 037	1 069	35 535	194	37 835	259	37	296	8.
—	—	—	—	—	—	—	4	—	—	—	4	—	—	1	1	—	—	6	39	—	45	—	—	—	
10	42	66	24	105	—	8	377	1	2	136	653	128	13	882	1 023	1 536	856	314	14 508	45	15 723	7	—	7	9
18	26	58	67	189	1	3	182	—	6	161	609	262	15	1 319	1 596	2 574	266	317	23 154	136	23 873	190	116	306	10
2	14	34	87	121	2	3	237	—	17	233	700	120	11	861	992	2 969	243	331	20 561	23	21 158	3	3	6	11.
26	39	73	172	243	—	5	264	2	10	246	942	336	38	1 935	2 309	4 258	408	426	32 629	141	33 604	356	24	380	12.
32	32	233	177	633	5	8	568	3	18	259	1 671	508	17	1 680	2 205	3 791	782	400	24 992	125	26 299	152	32	184	13
54	141	253	218	722	5	20	971	2	12	286	2 236	361	36	2 245	2 642	5 354	991	810	34 422	137	36 360	55	20	75	14
31	27	96	97	274	2	3	241	—	3	225	845	495	24	1 890	2 409	4 412	352	210	26 152	58	26 772	99	33	132	15.
36	66	168	106	393	1	—	236	3	9	180	928	597	35	2 688	3 320	4 927	717	1 082	34 249	286	36 334	274	28	302	16.
436	315	1 053	316	668	11	19	559	3	7	677	2 260	766	46	3 419	4 231	7 126	3 629	1 381	50 853	478	56 341	202	33	235	17.
418	317	922	385	1 679	3	34	1 818	5	90	801	4 815	277	26	1 140	1 443	2 155	2 261	930	20 629	297	24 117	155	4	159	18.
661	344	1 569	599	1 230	8	70	479	3	120	795	3 304	752	39	2 597	3 388	5 108	1 663	953	37 342	351	40 309	314	38	352	19.
99	73	244	219	765	9	16	543	3	39	471	2 065	732	37	2 859	3 628	6 007	756	1 064	41 432	252	43 504	108	46	154	20.
																									8.
12 793	1 601	20 407	5 078	9 452	94	709	3 748	93	1 856	1 789	22 819	178	23	480	681	1 359	4 154	2 342	60 902	1 489	68 887	1 591	480	2 071	1.
16 856	3 202	29 413	6 186	13 253	92	802	7 414	76	1 882	2 621	32 326	341	37	1 026	1 404	1 168	7 039	3 560	97 843	1 097	109 539	1 375	1 665	3 040	2.
27 078	3 914	44 845	5 736	12 505	139	769	6 195	129	1 914	4 240	31 627	233	31	1 271	1 535	1 221	6 745	4 229	104 736	1 952	117 662	3 480	655	4 135	3.
13 155	1 843	22 469	6 005	13 239	72	659	7 506	73	1 597	1 755	30 906	389	17	1 014	1 420	1 165	8 163	3 198	80 703	1 177	93 241	1 192	1 584	2 776	4.
12 973	1 446	22 179	5 084	10 431	82	632	7 030	81	1 525	3 820	28 685	1 812	94	7 044	8 950	2 263	6 816	3 639	106 971	1 910	119 336	1 700	812	2 512	5.
16 273	3 057	28 483	6 654	15 480	95	873	9 288	64	1 530	2 518	36 502	829	42	2 273	3 144	1 709	7 093	3 760	114 641	1 486	126 980	795	1 294	2 089	6.
42 202	5 378	70 868	7 486	13 534	119	965	8 481	99	1 855	4 622	37 161	1 515	101	4 537	6 153	1 651	11 138	6 555	124 289	3 555	145 537	2 053	1 573	3 626	7.
17 322	2 679	29 616	6 852	15 142	179	934	7 977	125	2 050	5 628	38 887	1 667	134	6 587	8 388	5 430	8 485	4 538	133 444	2 588	149 055	2 079	823	2 902	8.
23 753	3 084	39 916	7 180	15 444	106	796	9 630	106	2 009	3 797	39 068	751	43	2 255	3 049	1 796	11 996	4 316	101 752	1 728	119 792	1 194	2 009	3 203	9.
25 861	4 518	44 626	5 915	14 075	86	803	9 022	72	1 889	3 857	35 719	1 003	60	3 241	4 304	1 313	9 037	4 336	110 138	2 123	125 634	1 599	1 289	2 888	10.
309	137	686	318	870	5	27	823	4	83	287	2 417	413	18	1 530	1 961	2 070	399	222	17 378	113	18 112	130	26	156	11.
108	106	282	349	1 122	3	21	892	3	36	399	2 825	342	21	1 383	1 746	5 008	321	515	36 703	110	37 649	379	62	441	12.
1 571	221	2 642	4 058	11 543	65	762	3 799	42	1 056	2 293	23 618	831	52	3 134	4 017	1 927	2 485	1 025	69 505	1 195	74 210	670	234	904	13.
5 971	1 064	9 775	2 853	8 154	54	584	3 240	37	825	1 137	16 884	588	46	2 290	2 924	1 963	2 670	1 420	68 587	710	73 387	736	443	1 179	14.
																									9.
18 358	2 602	30 652	6 005	14 091	105	806	7 823	96	1 952	2 037	32 915	846	56	2 524	3 426	1 926	11 210	3 334	90 424	1 879	106 847	785	1 158	1 943	1.
5 999	674	9 182	2 712	6 368	63	324	3 240	46	1 167	708	14 628	271	41	1 066	1 378	788	5 471	1 298	38 556	629	45 954	249	652	901	2.
3 776	173	5 843	2 271	5 780	44	462	2 159	30	490	446	11 682	369	40	1 173	1 582	1 145	5 711	1 426	42 722	782	50 641	405	791	1 196	3.
14 125	2 033	24 308	3 517	8 591	62	543	5 639	58	1 275	2 482	22 167	877	80	3 002	3 959	1 464	7 374	1 999	54 230	940	64 543	364	1 126	1 490	4.
164	9	288	560	1 217	8	56	618	1	44	195	2 699	236	22	705	963	1 055	174	373	12 501	142	13 190	137	68	205	5.
9 734	585	16 301	6 474	13 330	52	576	6 956	59	1 595	1 227	30 269	479	43	1 115	1 637	1 349	6 930	2 609	79 688	1 565	90 792	1 768	988	2 756	6.
129	18	283	472	1 451	4	27	782	2	50	212	3 000	167	12	573	752	802	288	213	12 833	70	13 404	147	7	154	7.
12 607	1 163	20 084	8 517	18 411	73	882	8 805	99	2 553	1 695	41 035	517	45	1 360	1 922	1 241	10 019	2 856	98 303	1 375	112 553	1 905	1 339	3 244	8.
10 341	1 398	17 578	4 650	12 627	108	935	4 349	74	1 232	1 474	25 449	642	86	1 562	2 290	2 817	12 920	4 018	101 704	1 996	120 638	915	1 576	2 491	9.
24 807	3 199	42 354	9 739	23 271	164	1 483	9 795	142	3 596	2 969	51 159	1 362	108	4 276	5 746	2 489	20 178	4 743	131 427	2 678	159 026	1 407	2 331	3 738	10.

Kreise (* = Stadtkreise)	Viehhaltende Haushaltungen	1. Pferde (ohne Militärpferde): Unter 1 Jahr alte Fohlen	1 bis noch nicht 2 Jahre alte Pferde	2 bis noch nicht 3 Jahre alte Pferde	3 bis noch nicht 5 Jahre alte: Zuchthengste	3 bis noch nicht 5 Jahre alte: alle anderen 3 bis noch nicht 5 Jahre alten Pferde	5 Jahre alte und ältere: Zuchthengste	5 Jahre alte und ältere: alle anderen 5 Jahre alten und älteren Pferde	überhaupt	2. Maultiere und Maulesel	3. Esel	4. Rindvieh: Kälber: unter 6 Wochen alt	Kälber: 6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alt	Jungvieh: 3 Monate bis noch nicht 1 Jahr alt	Jungvieh: 1 bis noch nicht 2 Jahre alt	2 Jahre altes und älteres Rindvieh: Bullen, Stiere und Ochsen	Milchkühe	die übrigen Kühe, auch Färsen, Kalbinnen	überhaupt	5. Unter 1 Jahr alte Schafe und Schafböcke einschl. Lämmer	1 … und … Schafböcke
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Noch: 9. Reg.-Bez. Köslin.																					
11. Rummelsburg	6 516	297	290	303	17	583	11	4 484	5 985	64	3	609	883	2 062	2 677	659	10 471	770	18 131	4 839	268
12. Schivelbein	3 741	290	319	369	13	521	9	2 909	4 430	21	3	457	936	2 123	2 269	362	7 037	666	13 850	3 846	159
13. Schlawe	12 708	811	787	746	13	1 221	17	10 325	13 920	86	3	1 237	1 634	4 987	5 596	1 038	25 016	1 249	40 757	7 615	667
14. *Stolp	2 485	5	13	14	—	53	—	566	651	10	2	16	38	55	64	24	404	21	622	101	11
15. Stolp	14 134	957	1 055	931	26	1 522	42	11 484	16 017	101	5	1 523	2 256	5 529	7 055	1 567	28 938	2 055	48 923	10 700	644
10. Reg.-Bez. Stralsund.																					
1. Franzburg	7 731	842	836	664	29	666	35	6 604	9 676	81	6	869	949	3 924	4 628	626	14 700	1 272	26 968	9 604	478
2 *Greifswald	1 645	24	26	14	—	15	4	529	612	—	—	11	19	103	99	16	457	10	715	21	5
3 Greifswald	6 759	875	823	607	53	728	41	6 023	9 150	68	8	856	1 086	3 458	4 320	910	13 582	1 209	25 421	7 807	471
4. Grimmen	6 660	1 211	1 122	930	37	1 031	35	7 021	11 387	50	7	1 069	1 018	4 250	4 855	637	15 140	1 214	28 183	4 821	326
5. Rügen	8 269	903	920	856	49	935	47	6 959	10 669	116	9	685	854	3 283	4 103	612	14 088	1 232	24 857	6 402	406
6. *Stralsund	1 746	12	11	11	—	16	2	543	595	5	—	7	16	65	43	12	325	31	499	21	8
11. Reg.-Bez. Schneidemühl.																					
1. Bomst	2 530	123	149	119	2	163	4	1 320	1 880	3	1	167	440	995	1 021	257	3 971	389	7 240	113	31
2 Deutsch Krone	11 153	810	689	656	28	1 029	35	8 000	11 247	70	5	869	1 539	4 283	5 103	1 543	15 656	1 893	30 886	10 733	501
3. Flatow	6 485	746	718	591	20	937	19	4 988	8 019	8	1	599	1 208	3 130	3 229	419	10 908	1 355	20 848	7 476	420
4. Fraustadt	3 162	180	200	151	5	170	2	2 143	2 851	18	1	300	613	1 455	1 804	1 267	5 073	553	11 065	246	17
5. Meseritz	5 562	269	256	298	11	620	8	3 221	4 683	35	2	432	982	2 514	2 616	1 024	7 471	786	15 825	2 758	111
6. Netzekreis	7 326	546	599	532	11	642	5	3 929	6 264	5	2	754	973	2 615	2 991	412	11 421	782	19 948	1 663	137
7. Schlochau	9 463	730	722	599	33	1 142	30	6 595	9 851	45	4	735	1 177	4 041	4 123	715	14 652	1 538	26 981	8 117	469
8. *Schneidemühl	3 187	9	16	25	—	53	1	401	505	—	1	5	15	38	35	8	261	15	377	27	5
9. Schwerin a./Warthe	3 813	243	187	178	3	316	8	2 470	3 405	6	6	311	715	1 708	2 013	781	4 932	950	11 410	1 376	67
12. Reg.-Bez. Breslau.																					
1. *Breslau	11 235	8	31	53	15	246	3	3 397	3 753	69	9	5	6	26	23	46	239	21	366	32	21
2. Breslau	14 584	529	453	299	18	595	30	6 063	7 987	369	6	902	1 781	3 764	4 777	4 814	15 305	1 513	32 856	1 317	86
3. *Brieg	1 540	6	3	8	1	27	—	237	282	2	1	—	1	12	49	66	107	13	248	3	—
4 Brieg	6 437	509	438	400	9	653	3	3 881	5 893	9	1	982	2 062	4 369	4 415	1 896	13 366	1 325	28 415	699	32
5. Frankenstein	5 586	318	290	282	15	432	3	2 901	4 241	9	—	467	1 141	2 955	3 244	1 621	10 510	1 221	21 159	746	51
6. Glatz	7 460	227	192	193	6	392	7	2 362	3 379	39	2	394	835	2 415	3 217	2 169	10 677	1 208	20 915	597	44
7. Groß Wartenberg	4 873	324	271	262	7	398	9	1 981	3 252	11	4	329	815	1 751	1 830	1 062	6 652	749	13 188	586	61
8. Guhrau	6 278	387	442	305	8	423	9	3 726	5 300	42	10	641	1 385	3 313	3 945	3 997	10 377	1 343	25 001	2 063	101
9. Habelschwerdt	7 475	193	266	399	9	481	—	2 215	3 563	8	1	476	1 028	3 485	3 978	1 990	14 830	1 397	27 184	942	91
10. Militsch	8 701	777	717	520	22	843	7	4 267	7 153	49	4	674	1 709	4 353	4 673	2 474	14 139	2 056	30 078	1 041	46
11. Münsterberg	4 247	280	229	220	19	349	14	2 519	3 630	134	5	401	983	2 271	2 810	1 863	8 363	772	17 463	1 211	50
12. Namslau	4 832	630	463	411	9	590	9	3 041	5 153	26	3	615	1 328	2 992	2 894	1 863	8 326	972	18 990	2 338	103
13. Neumarkt	9 098	636	522	354	38	606	33	5 033	7 222	83	6	827	1 820	3 781	4 477	3 959	13 757	1 459	30 080	2 115	89
14. Neurode	5 975	110	104	108	9	149	4	1 313	1 797	12	2	258	599	1 560	2 031	1 941	8 095	791	15 275	106	19
15. Nimptsch	4 982	310	270	205	19	292	19	2 936	4 051	125	2	575	1 071	2 374	3 291	3 197	8 948	923	20 379	2 393	101
16. Oels	10 702	806	658	630	23	1 083	15	6 303	9 518	66	6	1 112	2 300	5 267	5 750	3 869	15 531	2 033	35 862	2 838	192
17. Ohlau	8 722	506	451	337	15	600	11	4 440	6 360	47	5	999	2 303	4 354	5 031	3 104	14 258	1 676	31 725	1 149	69
18 Reichenbach	6 506	238	275	188	7	357	8	2 761	3 834	57	1	439	861	2 137	2 358	1 442	8 050	773	16 060	1 550	128
19. *Schweidnitz	1 268	7	4	5	—	17	—	303	336	2	—	8	2	12	31	44	200	26	323	7	2
20. Schweidnitz	9 618	441	382	326	12	586	9	4 945	6 701	24	10	875	1 567	3 675	4 711	2 916	13 941	1 483	29 168	2 235	151
21 Steinau	4 149	251	292	248	11	317	10	2 473	3 602	12	—	395	833	2 074	2 669	2 032	6 526	771	15 300	1 046	62
22 Strehlen	4 992	284	224	202	22	361	24	2 516	3 633	27	4	468	1 001	2 047	2 783	2 321	8 561	693	17 874	574	34
23. Striegau	5 789	250	195	150	3	315	2	2 690	3 605	39	—	501	1 020	2 179	2 673	1 819	7 464	678	16 334	1 376	95
24. Trebnitz	9 215	731	574	424	34	740	23	5 735	8 261	182	22	885	2 299	4 680	4 949	3 657	15 168	1 784	33 422	873	56
25. Waldenburg	13 637	185	199	202	1	371	6	2 659	3 623	4	1	262	604	1 547	1 940	1 371	7 473	674	13 871	389	67
26. Wohlau	7 997	501	449	398	66	612	156	4 373	6 555	27	4	707	1 732	3 997	4 364	3 161	12 325	1 096	27 382	1 798	108
13. Reg.-Bez. Liegnitz.																					
1. Bolkenhain	4 404	200	203	190	3	395	6	1 882	2 879	24	—	373	670	1 974	2 237	1 294	8 829	627	16 004	659	36
2. Bunzlau	8 647	309	299	272	8	498	13	3 837	5 236	15	3	477	1 107	3 056	3 286	1 929	14 629	841	25 325	1 005	54
3. Freystadt	9 123	405	363	436	9	558	12	3 957	5 740	34	5	531	1 342	3 616	4 045	2 055	12 162	1 355	25 106	1 950	99
4 *Glogau	1 105	—	—	—	—	2	—	191	193	2	—	4	—	1	1	—	10	4	20	2	—
5. Glogau	9 424	484	568	524	17	644	14	6 649	8 900	34	11	1 035	2 520	5 573	6 461	4 095	16 412	2 031	38 127	2 924	240
6. *Görlitz	2 587	15	14	11	1	27	—	655	723	3	—	9	9	27	61	36	365	33	540	45	1
7. Görlitz	9 003	339	342	306	11	545	9	3 610	5 162	11	5	672	1 261	3 360	3 865	1 986	17 083	1 168	29 395	1 046	57
8. Goldberg-Haynau	7 191	470	356	309	18	603	10	4 569	6 335	18	4	724	1 357	3 394	4 180	3 371	14 149	1 344	28 519	3 026	132
9 *Grünberg	2 476	5	4	1	—	21	—	332	363	—	—	5	4	25	21	3	119	15	192	22	7
10 Grünberg	7 149	233	224	240	6	305	6	2 741	3 755	5	10	256	675	2 157	2 425	1 146	9 777	1 302	17 738	1 549	79
11 *Hirschberg	1 568	8	17	17	—	15	1	305	363	3	—	20	23	73	92	62	384	22	676	40	6
12 Hirschberg	7 929	187	135	162	2	262	4	1 876	2 628	33	6	364	795	2 257	2 569	1 921	10 749	747	19 402	401	27
13. Hoyerswerda	7 773	67	157	315	2	394	—	1 427	2 362	4	2	272	877	2 022	2 027	744	10 697	536	17 175	247	37
14. Jauer	4 421	170	157	184	3	282	4	2 427	3 227	80	4	442	898	1 847	2 362	2 013	7 948	743	16 253	904	59
15. Landeshut	5 760	137	139	216	2	315	2	1 563	2 374	8	—	389	682	2 001	2 418	1 864	9 133	751	17 238	224	28
16. Lauban	10 031	287	314	311	10	507	4	2 627	4 060	29	7	513	1 079	2 961	3 260	1 518	15 320	949	25 600	710	56

am 1. Dezember 1922.

Schafe: Jahr alte ältere: Mutterschafe (Zibben)	Schafe: Jahr alte ältere: Hammel (Schöpse)	Schafe: überhaupt	6. Schweine: Unter ½ Jahr alte Schweine: Unter 8 Wochen alte Ferkel	6. Schweine: Unter ½ Jahr alte Schweine: 8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	6. Schweine: ½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchteber	6. Schweine: ½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchtsauen	6. Schweine: ½ bis noch nicht 1 Jahr alte: übrige Schweine	6. Schweine: 1 Jahr alte und ältere: Zuchteber	6. Schweine: 1 Jahr alte und ältere: Zuchtsauen	6. Schweine: 1 Jahr alte und ältere: übrige Schweine	6. Schweine: überhaupt	7. Ziegen: Unter 1 Jahr alte Ziegen und Ziegenböcke einschl. Lämmer	7. Ziegen: 1 Jahr alte und ältere: Ziegenböcke	7. Ziegen: 1 Jahr alte und ältere: Ziegen (Geißen)	7. Ziegen: überhaupt	8. Zahme Kaninchen	9. Federvieh: Gänse (Gänseriche, Gänse und Gänseküken)	9. Federvieh: Enten (Enteriche, Enten und Entenküken)	9. Federvieh: Hühner (Hähne, Hühner und Küken)	9. Federvieh: Trut- u. Perlhühner (Hähne, Hühner und Küken)	9. Federvieh: überhaupt	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): mit beweglichen Waben	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): mit unbeweglichen Waben	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): überhaupt	Wiederholung der Spalte 1
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	
																									9.
8 537	1 073	14 717	3 941	9 626	56	606	4 240	57	1 052	860	20 438	834	45	2 187	3 066	1 952	8 791	2 433	70 261	1 302	82 787	415	1 292	1 707	11.
6 691	1 221	11 917	3 403	7 469	41	517	4 098	38	976	864	17 406	234	17	803	1 054	611	5 045	1 545	40 029	889	47 508	720	625	1 345	12.
15 999	2 047	26 328	12 446	27 505	128	1 314	12 534	81	2 702	2 474	59 184	983	82	3 266	4 331	3 586	9 392	3 794	167 838	1 521	182 545	1 830	1 703	3 533	13.
132	50	294	256	739	2	25	810	4	25	183	2 044	335	11	1 088	1 434	2 222	175	240	13 891	58	14 364	83	9	92	14.
22 622	3 754	37 720	9 381	26 294	118	981	9 571	110	1 878	1 757	50 090	1 073	74	2 588	3 735	3 474	21 217	6 055	180 137	2 900	210 309	1 704	2 416	4 120	15.
																									10.
21 518	1 453	33 053	5 752	11 204	112	515	5 385	204	2 560	2 949	28 681	276	43	1 186	1 505	1 358	5 008	3 610	88 572	2 338	99 528	3 167	1 131	4 298	1.
54	18	98	201	1 039	6	27	420	3	17	143	1 856	73	5	143	221	1 333	120	165	11 362	24	11 671	195	18	213	2.
16 693	1 447	26 418	5 211	11 083	203	874	4 439	210	2 326	2 136	26 482	230	30	894	1 154	1 691	4 978	3 492	80 529	1 589	90 588	2 974	929	3 903	3.
12 123	1 608	18 878	6 456	11 748	190	871	5 646	192	2 430	2 313	29 846	200	23	732	955	1 103	4 076	3 975	90 647	2 192	100 890	3 450	1 077	4 527	4.
18 255	773	25 836	4 995	11 337	149	821	5 162	198	2 333	1 839	26 834	254	33	820	1 107	1 811	3 151	4 590	94 888	2 575	105 204	2 044	1 189	3 233	5.
73	11	113	329	979	2	25	453	2	17	159	1 966	85	13	268	366	1 185	154	288	13 374	48	13 864	121	30	151	6.
																									11.
196	27	367	692	2 353	13	178	1 653	11	224	564	5 688	514	26	1 619	2 159	2 831	3 955	298	22 253	218	26 724	605	183	788	1.
20 716	3 609	35 559	5 893	12 291	122	948	6 847	93	1 738	3 479	31 411	2 065	81	6 612	8 758	4 495	15 568	3 725	102 521	2 394	124 208	1 673	2 489	4 162	2.
15 419	1 979	25 294	4 456	10 688	103	1 031	3 743	71	1 836	1 555	23 483	808	56	2 417	3 281	1 926	11 674	1 922	67 490	1 575	82 661	920	1 535	2 455	3.
244	32	539	1 194	3 957	17	155	2 124	8	218	441	8 114	814	50	1 790	2 654	4 122	4 398	783	33 562	422	39 165	759	154	913	4.
4 517	881	8 267	2 361	6 681	47	402	3 664	45	814	2 667	16 681	1 303	65	3 917	5 285	11 291	7 609	1 219	52 888	594	62 310	1 279	278	1 557	5.
2 408	487	4 695	3 509	9 247	53	552	5 191	37	1 266	1 695	21 550	1 735	75	4 337	6 147	4 769	8 933	822	74 083	875	84 713	791	847	1 638	6.
15 434	1 746	25 766	5 391	12 014	127	1 019	5 990	90	1 765	2 166	28 562	1 410	89	3 276	4 775	2 398	14 191	3 625	87 595	2 687	108 098	1 066	2 572	3 638	7.
28	13	73	249	597	2	15	363	3	23	215	1 467	518	14	1 969	2 501	3 019	350	172	12 802	79	13 403	64	53	117	8.
2 792	499	4 734	2 262	4 604	43	366	2 164	35	680	1 728	11 882	842	28	2 873	3 743	4 073	3 743	961	35 517	403	40 624	661	354	1 015	9.
																									12.
25	92	170	120	791	28	36	358	2	17	169	1 521	1 063	96	2 026	3 185	13 435	3 158	527	49 988	82	53 755	416	62	478	1.
2 191	508	4 102	3 950	9 928	99	571	6 640	109	894	1 697	23 888	2 708	253	8 202	11 163	11 257	27 681	4 673	104 407	2 275	139 036	1 941	410	2 351	2.
3	1	7	23	287	—	1	174	3	5	63	556	172	16	706	894	2 276	669	69	6 711	20	7 469	174	10	184	3.
1 111	187	2 029	4 752	10 480	125	958	3 900	66	1 203	833	22 317	1 472	120	3 009	4 601	3 167	14 205	1 644	54 776	814	71 439	2 086	284	2 370	4.
1 422	306	2 525	1 808	5 681	52	444	2 831	41	488	721	12 066	1 002	131	3 175	4 308	2 906	11 470	1 568	53 149	690	66 877	1 518	349	1 867	5.
893	231	1 765	946	4 386	16	135	2 634	14	239	319	8 689	1 797	180	6 070	8 047	5 218	10 975	1 321	61 251	952	74 499	1 509	262	1 771	6.
2 025	283	2 955	1 609	5 152	29	270	2 668	21	317	572	10 638	969	56	2 023	3 048	3 199	5 711	981	42 556	449	49 697	790	127	917	7.
3 562	696	6 422	2 348	8 110	59	485	4 738	58	610	1 047	17 437	1 043	63	2 547	3 653	6 470	9 738	2 283	64 410	921	77 816	1 651	203	1 854	8.
1 896	472	3 401	1 010	4 700	32	156	2 630	17	313	384	9 242	1 689	114	5 874	7 677	3 363	8 139	688	59 353	513	68 693	2 167	376	2 543	9.
1 849	344	3 280	3 009	9 343	63	631	5 122	36	815	1 371	20 390	1 342	69	3 616	5 027	9 188	12 054	1 973	77 180	645	91 852	1 472	245	1 717	10.
2 208	98	3 567	1 801	5 500	62	405	2 512	38	384	476	11 178	745	74	2 341	3 160	2 264	10 638	1 910	44 187	830	57 565	1 316	255	1 571	11.
3 860	565	6 866	2 259	5 782	61	366	2 987	56	1 017	734	13 262	591	32	1 770	2 393	4 341	8 426	1 737	42 501	965	53 629	1 265	391	1 656	12.
3 506	646	6 356	3 510	9 127	136	938	5 055	105	1 041	1 686	21 598	1 471	163	3 949	5 583	8 139	21 437	3 761	79 883	1 678	106 759	2 176	400	2 576	13
209	82	416	601	3 127	23	153	2 701	11	178	181	6 975	1 077	95	4 943	6 115	2 819	9 574	615	38 148	368	48 705	1 230	154	1 384	14
4 060	552	7 106	2 475	5 953	85	401	3 325	84	833	801	13 957	371	48	1 000	1 419	3 016	12 769	2 667	46 532	1 007	62 975	1 055	88	1 143	15.
4 778	904	8 712	3 779	12 015	76	656	6 866	58	847	2 061	26 358	2 164	186	6 073	8 423	12 293	15 324	4 068	95 613	1 797	116 802	2 363	428	2 791	16.
2 281	222	3 721	5 265	11 859	163	782	5 674	141	1 526	1 482	26 892	1 877	146	6 076	8 099	5 331	18 658	2 879	75 002	1 055	97 594	1 987	182	2 169	17
4 274	337	6 289	1 653	5 090	64	343	3 345	42	564	736	11 837	1 019	112	2 992	4 123	6 211	10 893	1 931	51 111	1 137	65 072	1 589	210	1 799	18
6	1	16	81	188	—	2	213	—	2	32	518	119	19	473	611	2 429	544	146	5 421	38	6 149	102	11	113	19.
4 713	1 010	8 109	3 175	9 118	160	679	5 291	88	1 021	1 092	20 624	1 415	200	3 520	5 135	9 265	24 310	4 282	77 000	1 502	107 094	2 431	348	2 779	20.
1 863	714	3 685	1 753	4 084	31	481	3 046	34	603	818	10 850	704	66	1 666	2 436	5 404	7 574	1 581	40 833	751	50 739	986	148	1 134	21.
1 550	232	2 390	2 243	6 075	81	410	2 774	72	775	995	13 425	658	89	2 278	3 025	2 179	10 610	1 698	45 854	795	58 957	1 125	105	1 230	22
2 755	472	4 698	1 804	4 938	65	417	3 218	45	487	794	11 768	771	98	1 621	2 490	7 039	15 647	2 684	40 582	955	59 868	1 217	196	1 413	23.
1 590	315	2 834	3 172	9 000	96	686	5 259	55	864	1 800	20 932	1 426	96	5 179	6 701	9 452	13 097	2 611	88 823	1 328	105 859	2 219	553	2 772	24.
501	62	1 019	1 321	3 984	37	302	2 391	23	246	590	8 894	2 435	283	7 629	10 347	18 364	11 544	1 523	68 613	654	82 334	1 379	205	1 584	25.
4 234	533	6 673	2 290	7 203	63	634	5 527	61	674	1 514	17 966	1 509	80	3 571	5 160	6 851	13 576	1 823	76 341	1 191	92 931	1 682	246	1 928	26.
																									13.
1 354	135	2 184	1 393	5 022	49	308	2 404	30	393	407	10 006	627	65	1 741	2 433	2 596	9 395	1 618	40 115	604	51 732	1 575	276	1 851	1.
1 654	339	3 052	1 633	6 185	83	407	4 202	47	532	955	14 044	2 260	204	5 510	7 974	12 287	13 662	1 686	80 789	1 394	97 531	2 580	393	2 973	2
4 024	511	6 584	2 543	7 186	41	449	6 123	29	568	1 461	18 400	2 142	137	5 158	7 437	13 465	10 099	1 491	74 455	861	86 906	2 482	487	2 969	3.
4	10	16	16	118	—	2	162	—	1	88	387	92	11	463	566	1 805	317	55	6 072	46	6 490	113	19	132	4.
6 409	899	10 472	2 966	10 677	59	726	7 484	45	769	1 652	24 378	2 169	173	5 297	7 639	10 978	13 933	2 963	93 242	1 404	111 542	2 818	601	3 419	5
26	3	75	71	350	1	8	296	—	6	86	818	370	31	921	1 322	6 246	592	140	13 285	108	14 125	340	—	340	6
998	384	2 485	1 957	5 593	69	296	4 595	76	661	807	14 054	2 533	177	6 009	8 719	12 138	13 854	1 698	78 814	1 925	96 291	3 435	449	3 884	7.
6 579	638	10 375	3 020	7 629	163	696	3 677	99	1 047	1 556	17 887	1 308	185	3 028	4 521	9 004	13 503	2 922	79 638	2 094	98 157	2 943	354	3 297	8.
12	23	64	78	210	1	6	307	—	10	111	723	547	32	1 874	2 453	4 608	436	72	9 494	44	10 046	275	18	293	9.
2 677	438	4 743	2 215	6 275	37	376	4 856	28	444	1 818	16 049	1 904	114	6 422	8 440	6 867	9 213	980	53 636	680	64 509	1 144	434	1 578	10.
69	10	125	19	245	4	2	196	—	1	46	513	189	30	613	832	2 515	790	91	7 571	130	8 582	194	28	222	11.
701	137	1 266	733	3 654	31	178	2 120	11	116	554	7 397	1 698	193	5 051	6 942	6 925	8 876	1 288	63 803	791	74 758	1 520	252	1 772	12.
368	65	717	2 225	6 845	52	574	3 207	45	1 732	713	15 393	1 352	69	3 162	4 583	7 229	8 758	446	47 628	326	57 158	1 425	1 196	2 621	13.
2 698	423	4 084	1 622	4 610	54	416	2 774	38	445	515	10 474	540	98	1 206	1 844	5 163	10 039	2 212	41 428	905	54 584	1 316	168	1 484	14.
366	61	679	948	3 614	27	215	1 462	14	127	299	6 706	1 464	166	3 813	5 443	4 363	7 336	644	38 303	530	46 813	1 348	267	1 615	15.
947	201	1 914	1 364	5 747	43	221	3 054	38	494	728	11 689	3 255	242	8 725	12 222	16 982	14 357	1 737	75 725	1 817	93 636	2 401	176	2 577	16.

Kreise (* = Stadtkreise)	Viehhaltende Haushaltungen	1. Pferde (ohne Militärpferde): Unter 1 Jahr alte Fohlen	1 bis noch nicht 2 Jahre alte Pferde	2 bis noch nicht 3 Jahre alte Pferde	3 bis noch nicht 5 Jahre alte: Zuchthengste	3 bis noch nicht 5 Jahre alte: alle anderen 3 bis noch nicht 5 Jahre alten Pferde	5 Jahre alte und ältere: Zuchthengste	5 Jahre alte und ältere: alle anderen 5 Jahre alten und älteren Pferde	überhaupt	2. Maultiere und Maulesel	3. Esel	4. Rindvieh: Kälber: unter 6 Wochen alt	Kälber: 6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alt	Jungvieh: 3 Monate bis noch nicht 1 Jahr alt	Jungvieh: 1 bis noch nicht 2 Jahre alt	2 Jahre altes und älteres Rindvieh: Bullen, Stiere und Ochsen	Milchkühe	die übrigen Kühe, auch Färsen, Kalbinnen	überhaupt	5. Unter 1 Jahr alte Schafe und Schafböcke einschl. Lämmer	Schafböcke
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Noch: 13. Reg.-Bez. Liegnitz.																					
17. *Liegnitz	2 999	6	5	9	—	37	—	631	688	—	—	10	15	38	55	25	306	23	472	43	3
18. Liegnitz	6 863	390	331	266	16	577	9	5 350	6 939	100	3	895	1 628	3 582	4 675	3 168	14 207	1 552	29 707	1 702	93
19. Löwenberg	9 888	402	340	324	11	637	2	3 470	5 186	6	14	702	1 202	3 793	4 187	2 123	19 244	1 065	32 316	1 377	93
20. Lüben	5 303	236	249	233	11	285	6	2 952	3 972	25	13	514	1 186	2 604	2 920	2 098	8 456	968	18 746	1 723	71
21. Rothenburg i. Ob.Laus.	10 724	153	146	183	4	247	3	2 122	2 858	15	7	473	1 162	2 740	3 056	2 219	14 441	1 081	25 172	452	84
22 Sagan	8 411	274	294	334	5	495	6	3 323	4 731	16	3	476	1 282	3 361	3 788	2 180	13 031	1 254	25 372	1 003	57
23 Schönau	4 134	211	170	153	6	272	7	1 713	2 532	10	5	308	678	1 786	1 944	1 321	8 112	544	14 693	703	33
24. Sprottau	6 105	293	265	288	5	464	11	3 076	4 402	19	2	563	1 182	3 237	3 136	1 648	9 183	1 248	20 197	1 257	87
14. Reg.-Bez. Oppeln.																					
1. *Beuthen	1 831	14	9	15	1	12	—	446	497	—	9	1	6	8	5	3	101	7	131	—	1
2 Beuthen	4 359	28	21	24	1	92	—	403	569	—	2	17	32	71	110	19	459	37	745	12	2
3. Cosel	11 602	670	583	377	50	804	178	4 281	6 943	76	2	810	1 515	3 129	2 632	526	12 995	975	22 582	489	41
4 Falkenberg	6 489	369	355	328	14	533	8	2 688	4 295	17	—	557	1 375	3 058	2 880	1 424	10 079	954	20 327	846	40
5. *Gleiwitz	2 344	11	4	13	—	23	—	749	800	1	1	5	12	47	33	2	308	17	424	—	—
6 Groß Strehlitz	11 145	346	396	337	3	577	8	3 305	4 972	109	13	291	723	2 061	1 946	641	12 382	621	18 665	850	47
7. Grottkau	5 810	435	435	342	15	580	5	3 865	5 677	38	5	661	1 637	3 572	4 169	2 001	12 702	1 345	26 087	492	29
8 Hindenburg O S.	7 353	10	3	10	—	45	2	970	1 040	3	1	7	15	53	32	14	252	63	436	4	—
9. Kreuzburg	7 813	726	673	536	17	605	20	3 906	6 483	24	6	499	1 245	2 493	3 003	1 571	9 333	975	19 119	685	68
10. Leobschütz	12 850	1 162	820	739	13	1 157	12	4 803	8 706	22	—	900	2 376	5 090	5 025	898	19 772	1 717	35 778	289	27
11. Lublinitz	2 488	127	139	66	4	120	3	1 268	1 727	6	1	112	302	734	661	257	4 159	172	6 377	1	4
12. *Neisse	1 754	7	7	6	—	21	—	346	387	1	—	29	56	115	105	33	598	47	983	41	1
13. Neisse	8 807	725	975	826	18	1 104	3	4 447	8 098	73	4	933	2 711	5 995	6 176	2 058	20 640	1 957	40 470	543	44
14. Neustadt O/S.	13 425	905	918	768	10	1 082	8	4 440	8 131	46	5	821	2 314	4 846	4 644	1 002	20 679	1 382	35 688	1 057	60
15 *Oppeln	2 021	14	3	15	—	22	—	279	333	—	—	9	19	22	13	6	164	17	250	7	—
16 Oppeln	20 259	673	558	566	6	856	7	4 912	7 578	25	1	696	1 638	3 471	2 890	552	23 149	1 105	33 501	171	14
17 *Ratibor	2 513	23	17	43	—	37	—	446	566	1	—	14	52	153	84	20	631	38	992	2	—
18. Ratibor	9 402	527	469	378	7	499	9	2 809	4 698	22	2	486	1 144	2 597	2 212	586	10 419	649	18 093	169	11
19 Rosenberg O S.	8 407	378	432	401	6	541	14	3 692	5 464	29	—	304	861	2 150	2 399	1 152	11 698	734	19 298	497	72
20. Rybnik	1 327	20	8	17	—	20	—	316	381	2	—	40	77	269	206	24	1 193	80	1 889	—	—
21. Tarnowitz	2 966	40	59	58	1	63	1	581	803	2	—	48	81	248	278	153	1 276	231	2 315	13	3
22 Tost-Gleiwitz	10 736	373	446	325	7	628	11	4 476	6 266	46	7	295	905	2 055	1 780	775	11 804	946	18 560	532	23
15. Reg.-Bez. Magdeburg.																					
1. *Achersleben	2 471	13	14	13	—	70	—	668	778	18	2	17	27	81	103	135	319	50	732	926	2
2. Calbe	17 821	279	255	285	10	389	5	4 953	6 176	324	50	459	801	1 453	1 904	2 254	5 706	492	13 069	4 613	181
3 Gardelegen	11 487	903	757	657	9	1 099	8	5 834	9 267	56	15	1 166	1 689	4 506	5 199	1 108	16 635	1 539	31 842	4 148	213
4 Grafschaft Wernigerode	5 608	53	61	48	—	133	1	1 171	1 467	36	1	175	245	589	857	373	2 814	230	5 283	1 478	48
5. *Halberstadt	2 597	10	5	41	1	36	3	698	794	156	—	19	33	39	93	369	468	141	1 162	1 315	24
6 Halberstadt	8 235	219	247	199	3	363	11	3 718	4 760	3[illegible]8	14	482	902	1 762	2 237	1 997	6 951	561	14 892	7 459	189
7. Jerichow I	12 866	702	693	582	16	913	21	7 388	10 315	164	17	1 481	2 327	4 660	4 614	2 134	13 443	1 317	29 976	10 676	360
8 Jerichow II	12 335	889	875	838	25	1 100	5	6 920	10 652	54	27	1 553	2 530	5 742	5 631	1 305	15 091	1 748	33 600	4 358	204
9. *Magdeburg	7 744	31	32	29	—	92	3	2 682	2 869	28	2	21	41	84	158	97	576	52	1 029	497	35
10 Neuhaldensleben	13 650	312	280	290	7	573	13	5 055	6 530	427	14	540	1 088	2 303	2 692	2 578	8 577	650	18 428	8 240	265
11. Oschersleben	11 528	216	222	195	4	395	5	3 676	4 713	611	10	478	845	1 576	2 149	2 944	6 166	451	14 609	9 323	237
12 Osterburg	8 727	1 413	1 286	1 016	23	1 284	27	7 090	12 139	63	6	1 276	1 909	6 276	7 364	1 177	15 948	2 678	36 628	3 357	213
13. *Quedlinburg	2 303	22	19	16	—	63	—	735	855	55	6	16	20	90	103	253	303	40	825	2 634	69
14 Quedlinburg	8 964	97	111	83	6	190	4	2 549	13 040	138	15	245	391	873	887	1 532	3 476	257	7 661	4 215	106
15. Salzwedel	10 123	1 000	956	976	16	1 391	9	6 231	10 579	55	1	1 832	2 487	6 174	6 867	1 122	20 793	1 989	41 264	2 363	188
16. *Stendal	3 144	14	10	23	4	79	1	429	560	—	—	18	33	55	67	10	311	23	517	26	4
17. Stendal	9 971	845	850	734	14	1 017	9	5 793	9 262	39	2	1 171	1 718	4 655	5 146	938	12 763	1 835	28 226	3 533	140
18. Wanzleben	14 745	274	247	208	8	451	12	4 693	5 893	749	38	269	470	1 123	1 595	3 633	4 421	552	12 063	8 204	255
19. Wolmirstedt	10 886	304	290	268	9	476	6	4 375	5 728	165	10	511	795	1 834	2 093	1 755	7 478	624	15 090	5 832	145
16. Reg.-Bez. Merseburg.																					
1. Bitterfeld	14 033	249	249	231	6	366	4	4 207	5 312	121	25	602	1 051	2 287	2 563	2 057	8 622	808	17 990	3 907	131
2 Delitzsch	12 006	574	500	344	16	721	22	6 693	8 870	206	41	1 058	1 915	4 005	4 498	3 164	15 318	1 405	31 363	7 254	281
3 Eckartsberga	8 101	269	237	219	3	290	6	3 752	4 776	153	7	593	1 122	2 281	2 389	1 077	8 894	725	17 081	5 616	188
4. *Eisleben	2 440	22	—	11	—	17	—	564	614	—	2	12	24	47	39	32	178	17	349	20	4
5. *Halle a. S.	4 914	16	15	19	27	67	182	1 890	2 216	73	6	20	13	39	64	244	386	53	819	136	59
6 Liebenwerda	12 019	282	227	265	3	389	9	3 956	5 131	56	6	583	1 388	3 089	3 139	1 190	12 670	1 242	23 301	1 374	51
7. Mansfelder Gebirgskreis	12 075	191	158	133	9	141	7	2 314	2 953	168	26	313	608	1 396	1 596	985	5 783	483	11 164	4 355	136
8. Mansfelder Seekreis	16 129	214	204	185	10	394	5	4 267	5 279	689	36	526	839	1 908	2 412	3 077	6 707	866	16 335	13 880	410
9. *Merseburg	1 536	16	10	11	2	8	1	311	359	22	—	13	26	55	72	60	137	20	383	84	3
10 Merseburg	13 213	388	301	220	11	371	3	5 510	6 804	333	34	567	974	2 232	2 550	2 657	10 335	936	20 251	7 436	342
11 *Naumburg	1 905	11	5	4	—	14	1	380	415	2	4	13	9	34	34	11	168	24	293	49	2
12 Naumburg	2 433	120	97	90	3	102	2	1 457	1 871	9	13	242	396	839	901	330	3 374	340	6 422	1 410	37
13. Querfurt	12 096	313	380	303	16	528	19	5 237	6 796	411	22	615	1 128	2 523	3 179	3 156	9 722	1 041	21 364	11 704	780
14. Saalkreis	15 135	278	206	208	6	398	5	4 506	5 607	451	42	399	710	1 526	2 308	3 184	6 308	925	15 360	6 942	247
15 Sangerhausen	13 762	302	278	220	13	388	17	4 013	5 231	249	33	646	1 203	2 494	2 692	1 241	10 831	684	19 791	8 930	289
16. Schweinitz	7 561	584	460	375	6	622	4	4 620	6 671	8	15	957	2117	4 436	4 388	1 165	13 416	1 471	27 950	1 460	75

am 1. Dezember 1922.

Schafe – Jahr alte ältere – Mutterschafe (Zibben)	Schafe – Jahr alte ältere – Hammel (Schöpse)	Schafe – überhaupt	6. Schweine – Unter ½ Jahr alte Schweine – Unter 8 Wochen alte Ferkel	6. Schweine – Unter ½ Jahr alte Schweine – 8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	6. Schweine – ½ bis noch nicht 1 Jahr alte – Zuchteber	6. Schweine – ½ bis noch nicht 1 Jahr alte – Zuchtsauen	6. Schweine – ½ bis noch nicht 1 Jahr alte – übrige Schweine	6. Schweine – 1 Jahr alte und ältere – Zuchteber	6. Schweine – 1 Jahr alte und ältere – Zuchtsauen	6. Schweine – 1 Jahr alte und ältere – übrige Schweine	6. Schweine – überhaupt	7. Ziegen – Unter 1 Jahr alte Ziegen und Ziegenböcke einschl. Lämmer	7. Ziegen – 1 Jahr alte und ältere – Ziegenböcke	7. Ziegen – 1 Jahr alte und ältere – Ziegen (Geißen)	7. Ziegen – überhaupt	8. Zahme Kaninchen	9. Federvieh – Gänse (Gänseriche, Gänse und Gänseküken)	9. Federvieh – Enten (Enteriche, Enten und Entenküken)	9. Federvieh – Hühner (Hähne, Hühner und Küken)	9. Federvieh – Trut- u. Perlhühner (Hähne, Hühner und Küken)	9. Federvieh – überhaupt	10. Bienenstöcke (Bienenvölker) – mit beweglichen Waben	10. Bienenstöcke (Bienenvölker) – mit unbeweglichen Waben	10. Bienenstöcke (Bienenvölker) – überhaupt	Wiederholung der Spalte 1
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	
																									13.
1	14	61	133	400	1	2	432	1	13	143	1 125	334	32	888	1 254	5 994	1 441	247	13 522	61	15 271	115	20	135	17.
2 931	1 019	5 745	2 796	7 295	111	650	4 320	86	926	1 231	17 415	894	120	2 149	3 163	7 187	17 260	3 729	69 499	1 675	92 163	2 086	270	2 356	18.
2 332	525	4 327	2 096	8 403	72	451	3 774	51	461	608	15 916	3 279	299	7 790	11 368	14 316	15 339	1 908	97 204	1 622	116 073	3 144	308	3 452	19.
3 633	327	5 754	1 674	4 825	28	331	3 721	38	529	906	12 052	803	53	1 813	2 669	5 236	9 307	1 167	50 055	744	61 273	1 188	265	1 453	20.
889	93	1 518	2 353	7 588	50	209	5 245	57	502	1 269	17 273	2 315	123	6 203	8 641	7 450	11 114	1 171	77 714	874	90 873	2 893	867	3 760	21.
1 598	425	3 083	1 897	6 022	45	451	5 438	40	528	940	15 361	1 289	74	3 739	5 102	7 057	8 043	1 091	67 566	1 065	77 765	2 915	1 343	4 258	22.
1 035	103	1 874	1 072	4 019	31	291	1 857	24	320	397	8 011	753	106	2 345	3 204	2 520	7 445	1 078	39 257	708	48 488	1 395	252	1 647	23.
3 512	778	5 634	1 553	4 956	36	348	4 284	20	453	996	12 646	1 261	92	2 996	4 349	9 691	8 555	1 206	55 025	1 061	65 847	2 285	253	2 538	24.
																									14.
—	—	1	69	655	1	10	189	2	14	61	1 001	263	11	860	1 134	872	1 274	230	5 999	73	7 576	10	4	14	1.
7	—	21	531	1 791	2	13	404	2	37	177	2 957	532	13	2 244	2 789	1 197	2 558	211	9 982	57	12 808	70	10	80	2.
864	67	1 461	2 893	9 661	64	457	2 760	47	940	1 014	17 836	1 511	89	6 700	8 300	2 903	17 826	1 829	62 786	868	83 309	1 730	187	1 917	3.
1 605	161	2 652	2 606	7 487	52	584	2 946	32	543	544	14 794	1 255	102	4 465	5 822	3 420	11 005	1 227	54 447	657	67 316	2 170	321	2 491	4
—	—	—	123	918	1	18	460	1	55	52	1 628	383	7	1 685	2 075	3 281	4 144	351	15 029	78	19 602	106	6	112	5.
1 972	183	3 052	2 068	8 374	54	489	1 380	28	1 001	388	13 782	1 211	99	6 105	7 415	2 094	15 149	1 247	53 129	708	70 233	2 386	231	2 617	6.
503	101	1 125	3 185	8 009	127	780	3 246	53	913	796	17 109	1 272	105	3 552	4 929	3 150	14 244	1 865	63 713	847	80 669	1 617	191	1 808	7.
—	2	6	504	2 576	5	19	635	—	5	154	3 898	1 127	41	3 520	4 688	1 929	5 615	429	18 437	148	24 629	50	6	56	8
1 465	311	2 529	3 118	8 232	62	716	2 819	56	2 106	1 210	18 319	1 224	44	3 881	5 149	6 210	10 949	2 576	55 052	1 480	70 057	1 342	226	1 568	9.
360	78	754	4 440	14 153	75	799	6 021	80	1 555	1 104	28 227	2 046	114	11 529	13 689	3 614	28 520	2 523	109 176	1 217	141 436	2 851	433	3 284	10.
72	9	86	585	2 773	8	152	430	14	434	83	4 479	152	12	484	648	612	3 708	262	12 218	195	16 383	392	90	482	11.
5	4	51	82	467	4	17	226	3	14	92	905	290	29	1 090	1 409	2 272	1 473	157	8 520	121	10 271	151	3	154	12.
1 292	87	1 966	3 569	11 372	89	810	4 032	52	681	950	21 555	2 570	183	9 384	12 137	4 007	21 832	1 852	93 897	1 110	118 691	2 823	308	3 131	13
2 129	164	3 410	4 770	13 013	96	1 180	3 765	63	2 057	959	25 903	1 933	103	10 121	12 157	4 663	24 057	1 868	96 753	892	123 570	2 516	483	2 999	14.
3	—	10	111	321	5	19	79	3	27	25	590	164	11	778	953	1 190	1 458	87	6 506	119	8 170	142	—	142	15.
422	90	697	3 759	12 343	112	973	2 479	51	1 499	550	21 766	2 869	128	11 470	14 467	3 614	25 401	1 181	89 343	689	116 614	2 973	637	3 610	16
—	—	2	138	868	1	4	156	1	9	46	1 223	247	14	1 060	1 321	1 222	1 829	166	8 307	37	10 339	41	7	48	17.
394	25	599	1 801	7 952	27	287	1 472	20	651	517	12 727	1 409	56	6 896	8 361	1 898	11 816	1 093	51 190	464	64 563	1 658	148	1 806	18
1 783	717	3 069	2 431	8 415	53	622	2 390	51	1 844	776	16 582	861	35	2 807	3 703	2 543	12 658	1 621	45 771	755	60 805	1 038	273	1 311	19.
—	5	5	182	724	1	42	194	4	97	80	1 324	170	4	638	812	191	1 725	163	6 391	80	8 359	109	20	129	20.
10	12	38	457	1 896	8	60	522	3	83	157	3 186	594	29	1 455	2 078	772	3 079	262	9 728	216	13 285	109	27	136	21.
765	129	1 449	1 810	7 340	73	575	2 128	32	1 086	819	13 863	1 560	91	4 831	6 482	2 572	14 898	1 579	52 114	869	69 460	1 240	198	1 438	22.
																									15.
63	12	1 003	376	1 141	2	5	1 145	—	5	442	3 116	274	41	697	1 012	2 664	443	245	14 503	52	15 243	285	37	322	1.
9 412	2 285	16 491	5 560	14 224	53	270	8 821	32	497	5 103	34 560	2 310	284	9 570	12 164	10 117	8 159	3 585	133 189	1 161	146 094	975	156	1 131	2.
9 526	701	14 588	14 011	19 670	277	2 461	11 457	169	6 023	6 409	60 477	1 601	100	6 016	7 717	2 431	13 426	3 274	134 396	1 560	152 656	1 241	1 001	2 242	3.
4 429	246	6 201	1 295	3 151	6	118	2 616	14	346	1 899	9 445	513	80	2 565	3 158	2 189	1 994	693	44 713	314	47 714	368	64	432	4
1 774	542	3 655	378	1 198	2	4	766	4	25	384	2 761	277	42	773	1 092	3 203	408	327	17 779	112	18 626	98	3	101	5.
13 673	1 918	23 239	2 998	9 148	29	317	4 915	21	422	4 229	22 079	1 565	207	6 129	7 901	3 775	7 426	2 224	78 633	1 060	89 343	879	293	1 172	6.
20 895	2 831	34 762	8 220	17 338	117	1 326	9 604	93	2 085	6 278	45 061	2 782	207	9 628	12 617	7 620	8 915	5 475	165 610	2 282	182 282	2 002	878	2 880	7.
10 141	1 461	16 164	7 173	18 601	121	1 073	9 711	63	1 261	6 161	44 164	2 616	150	10 388	13 154	4 243	6 037	4 678	160 138	1 665	172 518	1 727	791	2 518	8.
1 032	421	1 985	974	3 243	20	38	1 497	10	56	1 017	6 855	1 044	136	1 941	3 121	7 607	792	906	52 513	301	54 512	397	66	463	9.
15 262	2 440	26 207	7 998	16 690	63	615	8 582	85	1 443	7 785	43 261	2 343	148	9 527	12 018	3 263	7 212	5 494	104 060	1 691	118 457	900	244	1 144	10
12 480	3 604	25 644	4 153	12 821	29	156	5 931	16	276	4 463	27 845	2 002	254	7 899	10 155	4 179	7 271	3 377	87 916	1 241	99 805	470	131	601	11.
7 420	301	11 291	11 836	13 370	208	1 888	8 559	166	5 205	5 141	46 373	879	95	3 979	4 953	2 753	11 678	5 320	125 682	2 519	145 199	1 651	1 153	2 804	12
2 537	389	5 629	358	1 171	7	12	871	7	52	562	3 040	211	47	781	1 039	2 066	472	405	16 365	219	17 461	379	14	393	13.
7 143	1 009	12 473	3 034	7 828	17	102	4 314	17	269	2 616	18 197	1 196	145	5 815	7 156	3 275	4 554	1 388	66 838	690	73 470	480	117	597	14.
4 802	447	7 800	19 802	23 841	337	3 236	11 626	331	10 856	6 642	76 671	997	62	3 850	4 909	2 365	14 093	3 141	148 177	1 456	166 867	783	1 729	2 512	15.
63	16	109	797	1 423	2	25	1 167	—	35	731	4 180	281	5	1 309	1 595	2 154	200	126	18 636	51	19 013	57	31	88	16.
7 917	490	12 080	9 488	13 249	107	1 611	8 128	104	2 775	4 677	40 139	1 222	94	6 086	7 402	4 109	9 516	2 974	124 175	1 043	137 708	873	897	1 770	17.
14 002	3 257	25 718	5 694	17 738	21	216	6 013	50	570	7 033	37 335	2 301	238	8 384	10 923	4 563	10 065	4 672	111 458	1 486	127 681	750	159	909	18
8 504	1 644	16 125	6 611	14 327	98	595	6 307	50	1 024	5 347	34 359	1 479	162	7 461	9 102	2 717	6 117	3 644	98 891	1 431	110 083	574	324	898	19.
																									16.
6 833	1 027	11 898	4 177	10 145	107	648	8 863	59	708	3 848	28 555	3 260	319	9 680	13 259	16 633	14 113	2 837	110 964	1 097	129 011	1 166	207	1 373	1.
12 568	2 567	22 670	7 340	13 749	253	1 172	11 093	175	1 972	5 118	40 872	3 220	333	8 540	12 093	24 414	18 681	4 653	118 550	1 011	142 895	2 245	560	2 805	2.
14 232	1 927	21 963	5 739	9 106	87	871	7 617	66	1 112	2 198	26 796	2 677	374	7 144	10 195	7 691	12 310	3 200	112 178	1 302	128 990	2 094	351	2 445	3.
207	7	238	248	759	5	13	814	—	5	484	2 328	215	36	511	762	3 401	358	60	10 272	44	10 734	85	14	99	4.
399	53	647	252	1 004	7	57	1 008	5	95	553	2 981	613	50	1 541	2 204	8 661	745	655	30 362	58	31 820	176	46	222	5.
1 401	474	3 300	4 728	11 760	128	1 033	6 069	72	1 638	1 618	27 046	2 455	227	5 773	8 455	9 241	11 576	1 392	82 923	793	96 684	1 573	1 457	3 030	6.
10 664	640	15 795	2 926	8 018	36	233	7 425	41	383	3 145	22 207	1 790	178	8 951	10 919	6 955	7 940	1 605	92 660	966	103 171	1 177	317	1 494	7.
18 122	3 384	35 796	6 126	11 789	77	540	9 220	76	637	7 343	35 808	2 665	356	9 736	12 757	12 836	12 227	3 950	109 231	1 283	126 691	1 881	292	2 173	8.
184	33	304	255	365	1	5	620	3	15	199	1 463	135	38	484	657	2 387	390	262	9 139	67	9 858	105	18	123	9.
11 210	1 155	20 143	6 272	12 335	162	988	12 101	97	1 413	4 775	38 143	3 799	459	8 458	12 716	22 605	20 397	5 582	120 981	1 255	148 215	1 854	234	2 088	10.
14	27	92	140	341	4	13	481	5	45	152	1 181	304	46	730	1 080	4 563	405	220	10 396	20	11 041	231	31	262	11.
1 872	517	3 836	2 291	3 404	62	471	2 877	37	586	922	10 650	1 395	120	1 958	3 473	5 004	4 570	1 394	29 494	501	35 959	900	110	1 010	12.
22 728	4 071	39 283	7 042	13 385	113	1 148	12 101	61	1 095	4 578	39 523	3 426	456	9 677	13 559	14 870	19 165	5 518	131 423	1 627	157 733	1 812	266	2 078	13
12 876	2 347	22 412	5 659	13 263	93	427	7 730	65	770	8 130	36 137	3 965	463	10 022	14 450	19 263	12 715	5 035	119 520	1 491	138 761	1 422	236	1 658	14.
19 942	1 378	30 539	5 224	8 698	128	800	11 789	60	1 069	3 512	31 280	3 599	376	11 718	15 693	6 173	14 085	2 982	126 325	1 290	144 682	1 930	264	2 194	15.
3 178	598	5 311	6 884	11 448	158	1 714	6 801	102	3 579	2 912	33 598	1 123	78	3 296	4 497	7 289	10 015	1 411	83 560	491	95 477	1 640	1 268	2 908	16.

Kreise (* = Stadtkreise)	Viehhaltende Haushaltungen	1. Pferde (ohne Militärpferde): Unter 1 Jahr alte Fohlen	1. Pferde: 1 bis noch nicht 2 Jahre alte Pferde	1. Pferde: 2 bis noch nicht 3 Jahre alte Pferde	1. Pferde: 3 bis noch nicht 5 Jahre alte: Zuchthengste	1. Pferde: 3 bis noch nicht 5 Jahre alte: alle anderen 3 bis noch nicht 5 Jahre alten Pferde	1. Pferde: 5 Jahre alte und ältere: Zuchthengste	1. Pferde: 5 Jahre alte und ältere: alle anderen 5 Jahre alten und älteren Pferde	1. Pferde: überhaupt	2. Maultiere und Maulesel	3. Esel	4. Rindvieh: Kälber: unter 6 Wochen alt	4. Rindvieh: Kälber: 6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alt	4. Rindvieh: Jungvieh: 3 Monate bis noch nicht 1 Jahr alt	4. Rindvieh: Jungvieh: 1 bis noch nicht 2 Jahre alt	4. Rindvieh: 2 Jahre altes und älteres Rindvieh: Bullen, Stiere und Ochsen	4. Rindvieh: 2 Jahre altes und älteres Rindvieh: Milchkühe	4. Rindvieh: 2 Jahre altes und älteres Rindvieh: die übrigen Kühe, auch Färsen, Kalbinnen	4. Rindvieh: überhaupt	5. Unter 1 Jahr alte Schafe und Schafböcke einschl. Lämmer	5. 1 … und …: Schafböcke
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Noch: 16. Reg.-Bez. Merseburg.																					
17. Torgau	9 269	569	557	461	10	564	18	5 588	7 767	111	9	995	2 027	3 680	4 261	1 872	13 256	1 161	27 252	3 073	139
18. *Weißenfels	1 395	18	10	8	4	32	1	403	476	6	—	10	7	24	20	66	73	21	221	70	7
19. Weißenfels	13 462	409	388	283	7	470	3	4 829	6 389	191	10	635	1 201	2 680	3 117	2 317	10 581	1 278	21 809	4 456	151
20. *Wittenberg	1 535	9	14	33	—	20	—	463	539	1	—	18	46	145	80	8	591	38	926	12	—
21 Wittenberg	9 147	513	421	378	6	553	3	4 203	6 077	35	36	993	1 886	3 904	3 905	907	12 059	1 243	24 897	1 556	79
22. *Zeitz	1 774	6	—	10	—	31	—	378	425	10	—	3	3	7	6	32	65	5	121	13	1
23. Zeitz	6 178	229	233	157	3	234	3	2 466	3 325	32	9	431	744	1 734	1 954	934	6 200	882	12 879	2 013	49
17. Reg.-Bez. Erfurt.																					
1. *Erfurt	3 250	15	15	8	—	71	2	1 346	1 457	4	—	7	22	40	31	56	183	71	410	98	6
2. Erfurt	5 064	138	196	166	4	295	5	2 025	2 829	9	1	389	704	1 577	1 549	592	6 045	426	11 282	2 305	72
3. Grafschaft Hohenstein	9 245	233	243	173	8	331	1	2 502	3 491	70	2	400	754	2 000	2 153	500	7 366	570	13 743	4 045	164
4. Heiligenstadt	7 453	216	227	177	4	223	3	1 956	2 806	24	4	272	563	1 445	1 517	611	5 839	441	10 688	2 517	75
5. Langensalza	6 500	147	269	345	5	506	3	1 982	3 257	29	1	606	975	2 154	2 153	779	8 095	535	15 297	4 426	78
6. *Mühlhausen	2 455	13	22	21	1	44	—	452	553	4	4	19	31	43	61	52	193	26	425	232	8
7. Mühlhausen	7 225	133	232	246	4	321	5	1 367	2 308	—	—	327	513	1 194	1 419	370	6 293	344	10 460	3 011	58
8. *Nordhausen	1 724	7	1	2	—	21	—	507	538	12	—	10	15	26	27	66	144	7	295	98	—
9. Schleusingen	8 691	16	20	23	—	68	—	722	849	5	—	183	279	833	1 015	219	4 924	330	7 783	189	5
10. Weißensee	5 423	110	156	205	3	344	5	1 808	2 631	45	1	399	619	1 407	1 491	855	5 306	505	10 582	3 244	86
11. Worbis	9 005	218	174	157	8	216	6	2 034	2 813	7	1	254	657	1 406	1 656	601	6 328	438	11 340	2 952	66
12. Ziegenrück	3 234	56	40	44	—	99	—	738	977	—	1	249	427	1 107	1 033	261	3 338	485	6 900	552	20
18. Reg.-Bez. Schleswig.																					
1. *Altona	4 720	7	5	11	—	63	—	1 726	1 812	50	—	1	5	16	29	5	123	240	419	8	1
2. Bordesholm	7 665	775	697	541	15	674	11	3 997	6 710	13	5	932	762	5 243	5 093	490	13 676	1 418	27 614	389	37
3. Eckernförde	6 617	895	872	702	21	892	24	4 789	8 195	5	4	1 362	963	7 070	6 605	1 014	19 530	2 280	38 824	920	83
4. Eiderstedt	3 285	609	713	326	26	460	17	1 270	3 421	—	—	435	508	4 238	4 681	1 453	6 346	1 073	18 734	4 787	255
5. *Flensburg	2 778	12	13	15	—	81	—	703	824	—	—	19	25	128	173	25	629	21	1 020	14	3
6. Flensburg	7 443	1 166	830	852	9	1 465	15	5 148	9 485	8	5	1 648	1 745	11 351	9 744	973	25 057	1 694	52 212	1 293	126
7. Herzogtum Lauenburg	10 490	717	723	656	19	882	6	5 945	8 948	26	14	744	877	4 473	5 081	482	18 826	1 303	31 786	2 987	197
8 Husum	7 199	1 572	1 064	906	25	1 545	23	3 967	9 102	5	1	1 825	2 905	11 076	12529	3 400	17 675	2 825	52 235	6 497	435
9. Insel Helgoland	79	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2
10. *Kiel	10 641	13	22	43	1	98	1	1 535	1 713	15	2	24	25	103	78	39	491	69	829	87	18
11. *Neumünster	3 292	12	12	11	2	23	8	357	425	1	1	21	20	116	105	29	363	36	690	8	2
12. Norderdithmarschen	6 622	1 233	1 021	809	20	1 381	14	4 705	9 183	3	—	1 306	2 079	11 555	13653	6 052	13 552	2 692	50 889	1 482	110
13. Oldenburg	8 337	859	876	836	15	1 162	12	6 170	9 930	4	6	1 965	954	5 871	6 610	895	18 790	1 654	36 739	1 685	92
14. Pinneberg	19 842	1 114	850	679	20	795	16	6 474	9 948	27	21	1 061	1 606	8 394	9 115	1 481	18 735	2 137	42 529	1 085	122
15. Plön	9 288	957	943	738	18	937	20	5 969	9 582	12	5	1 652	838	6 956	6 776	981	20 364	2 626	40 193	2 190	108
16. Rendsburg	11 201	1 921	1 537	1 131	32	1 563	33	6 488	12 705	3	7	1 829	2 812	14 072	12932	1 453	26 112	3 282	62 492	1 321	125
17. Schleswig	10 880	1 583	1 172	1 158	22	1 981	19	5 894	11 829	3	3	1 689	2 283	14 317	12348	1 247	29 502	2 200	63 586	1 689	186
18. Segeberg	8 874	1 250	1 181	831	35	1 135	127	6 405	10 964	4	9	1 905	1 340	9 779	9 512	1 211	24 939	2 388	51 074	1 071	100
19. Steinburg	12 531	2 381	1 680	1 125	39	1 307	60	6 625	13 217	11	5	1 568	1 477	15 536	14036	2 331	21 304	3 064	59 316	2 345	182
20 Stormarn	16 512	883	818	745	12	930	21	6 359	9 768	19	9	817	923	5 563	6 562	670	21 974	2 021	38 530	1 485	117
21. Süderdithmarschen	9 525	1 903	1 465	1 173	26	1 283	30	6 299	12 179	—	—	1 618	2 016	12 723	13606	3 437	16 272	2 906	52 578	2 835	171
22 Süd Tondern	5 877	1 213	872	802	22	1 273	15	2 667	6 864	—	—	1 748	2 425	8 944	10880	2 964	14 996	2 353	44 310	7 044	434
23. *Wandsbek	2 495	2	2	4	—	44	—	370	422	5	—	—	4	5	11	37	145	19	221	35	3
19. Reg.-Bez. Hannover.																					
1. Diepholz	4 333	411	321	281	2	380	1	2 434	3 830	—	2	917	1 979	3 890	4 331	937	10 513	1 440	24 007	1 290	141
2. *Hameln[1])	2 477	4	6	13	1	29	1	321	375	—	1	6	2	12	20	8	205	13	266	109	1
3. Hameln-Pyrmont[2])	10 414	431	382	309	7	505	9	3 747	5 390	23	22	545	1 009	2 410	2 660	830	9 814	429	17 697	2 293	164
4. *Hannover	11 394	51	58	90	1	161	4	3 330	3 695	25	5	24	56	233	316	65	1 159	217	2 070	276	17
5 Hannover	4 818	187	163	136	4	169	7	1 781	2 447	21	6	187	304	891	1 172	332	3 982	307	7 175	1 061	34
6. Hoya	5 215	453	430	480	3	577	4	3 371	5 318	6	14	690	1 163	4 163	4 435	543	10 679	833	22 506	1 134	59
7 Linden	8 046	226	177	155	8	206	5	2 470	3 247	40	5	356	559	1 453	1 830	779	5 540	418	10 935	1 196	51
8 Neustadt a. Rübenbge.	6 410	281	278	243	—	318	3	3 119	4 242	5	1	408	735	2 331	2 674	298	9 366	629	16 441	2 225	80
9 Nienburg	4 973	213	221	269	1	315	2	2 323	3 344	6	—	395	877	2 552	2 624	287	7 907	581	15 223	1 124	113
10. Springe	6 731	280	248	175	5	323	8	3 195	4 234	49	4	455	748	1 765	2 276	1 179	6 555	545	13 523	2 690	131
11. Stolzenau	5 732	359	392	367	1	432	1	2 417	3 969	—	1	714	1 595	3 292	3 435	653	12 392	744	22 825	2 753	132
12 Sulingen	3 871	295	297	328	7	422	—	2 545	3 894	1	2	656	1 343	3 234	2 997	911	9 514	480	19 135	2 082	151
13. Syke	8 507	633	569	607	2	910	8	5 025	7 754	6	4	697	1 563	5 737	6 393	994	16 703	1 291	33 378	783	106
20. Reg.-Bez. Hildesheim.																					
1. Alfeldt	5 671	109	100	83	1	231	2	1 563	2 089	4	2	305	546	1 266	1 401	373	4 719	182	8 792	1 224	63
2 Duderstadt	5 088	172	157	129	1	186	4	1 648	2 297	2	—	235	442	1 108	1 293	300	4 116	295	7 789	2 293	24
3. Einbeck	4 837	102	211	172	40	158	8	1 615	2 306	79	3	317	633	1 255	1 425	553	5 469	189	9 841	1 977	72
4. *Göttingen	2 498	7	—	1	—	26	—	411	445	2	1	3	—	—	10	32	137	15	197	7	—
5. Göttingen	7 165	314	263	226	15	393	13	2 907	4 131	35	5	559	806	2 076	2 530	1 405	6 769	660	14 805	5 230	120
6. *Goslar	1 557	7	10	18	2	22	—	289	348	15	1	3	20	47	90	10	169	69	408	131	6
7. Goslar	7 042	205	236	205	12	232	9	2 760	3 659	38	8	389	656	1 370	1 985	1 240	6 335	419	12 394	5 664	186

[1]) seit dem 1. April 1923 Stadtkreis. — [2]) mit Ausschluß des jetzigen Stadtkreises Hameln.

am 1. Dezember 1922.

Schafe			6. Schweine									7. Ziegen				8.	9. Federvieh					10. Bienenstöcke (Bienenvölker)			
1 Jahr alte und ältere			Unter ½ Jahr alte Schweine		½ bis noch nicht 1 Jahr alte			1 Jahr alte und ältere					1 Jahr alte und ältere												
Mutterschafe (Zibben)	Hammel (Schöpse)	überhaupt	Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	überhaupt	Unter 1 Jahr alte Ziegen und Ziegenböcke einschl. Lämmer	Ziegenböcke	Ziegen (Geißen)	überhaupt	Zahme Kaninchen	Gänse (Gänseriche, Gänse und Gänseküken)	Enten (Enteriche, Enten und Entenküken)	Hühner (Hähne, Hühner und Küken)	Trut- u. Perlhühner (Hähne, Hühner und Küken)	überhaupt	mit beweglichen Waben	mit unbeweglichen Waben	überhaupt	Wiederholung der Spalte 1
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	
																									16.
4 942	693	8 847	6 243	11 161	180	1 385	8 267	133	2 198	2 438	32 005	2 053	217	6 489	8 759	7 956	14 966	2 876	83 466	1 295	102 603	2 132	773	2 905	17.
210	24	311	84	324	1	5	392	—	12	120	938	133	22	420	575	2 628	345	263	6 851	55	7 514	60	12	72	18.
6 097	1 805	12 509	6 664	13 667	169	1 061	11 498	141	1 940	3 557	38 697	4 793	352	7 988	13 133	29 567	23 459	5 728	99 908	1 030	130 125	2 126	273	2 399	19.
1	9	22	93	479	—	20	831	—	18	213	1 654	120	6	711	837	2 900	309	79	9 137	24	9 549	101	85	186	20.
2 215	752	4 602	5 597	9 465	162	1 121	8 341	120	2 479	2 428	29 713	1 584	97	7 722	9 403	14 311	13 044	3 594	89 153	812	106 603	1 716	705	2 421	21.
5	3	22	60	327	—	8	263	—	5	74	737	123	33	435	591	5 015	380	232	7 284	15	7 911	52	14	66	22.
2 490	345	4 897	3 039	6 194	93	394	4 724	93	1 164	1 556	17 257	2 428	137	3 824	6 389	13 471	10 967	2 525	41 813	527	55 832	1 205	146	1 351	23.
																									17.
74	68	246	228	585	3	6	651	3	13	168	1 657	339	79	1 072	1 490	6 465	480	413	19 656	128	20 677	315	17	332	1.
3 635	578	6 590	2 912	5 247	35	626	4 108	31	624	1 406	14 989	1 753	322	4 478	6 553	5 950	6 837	1 715	69 557	696	78 805	1 543	174	1 717	2.
10 371	1 067	15 647	3 856	6 321	85	508	7 732	49	836	3 333	22 720	2 206	201	8 186	10 593	3 207	7 358	1 764	75 360	676	85 158	1 783	394	2 177	3.
5 791	555	8 938	3 798	6 005	52	613	7 935	62	1 049	4 347	23 861	1 604	84	7 913	9 601	1 233	9 534	979	60 250	270	71 033	1 974	246	2 220	4.
7 800	1 436	13 740	3 430	7 983	58	740	7 295	46	745	1 460	21 757	2 220	355	4 451	7 026	2 736	9 293	1 605	84 268	711	95 877	2 221	153	2 374	5.
364	40	644	316	776	13	32	882	4	47	340	2 410	299	98	945	1 342	2 256	513	277	14 446	75	15 311	369	50	419	6.
6 521	939	10 529	2 706	5 121	35	469	7 751	31	748	1 906	18 767	1 600	104	7 055	8 759	1 070	8 761	831	60 364	258	70 214	1 750	135	1 885	7.
16	48	162	173	424	2	17	502	1	17	463	1 599	132	21	502	655	1 821	148	183	10 021	35	10 387	108	4	112	8.
424	36	654	592	2 404	6	32	4 364	4	70	812	8 284	1 629	83	10 316	12 028	3 380	4 199	725	38 861	108	43 893	656	238	894	9.
6 648	625	10 603	2 752	5 162	36	534	4 333	33	675	1 353	14 878	1 691	226	4 702	6 619	3 359	6 092	1 401	71 090	718	79 301	1 330	255	1 585	10.
6 929	515	10 462	4 654	6 591	45	388	9 208	38	855	4 783	26 562	2 198	125	10 976	13 299	1 134	8 366	872	72 794	306	82 338	1 349	283	1 632	11.
1 300	233	2 105	1 329	3 860	22	194	2 022	16	360	340	8 143	729	29	4 210	4 968	5 081	5 426	569	27 095	126	33 216	793	198	991	12.
																									18.
11	3	23	186	468	1	18	567	2	2	90	1 334	93	9	208	310	2 149	431	691	39 289	87	40 498	36	9	45	1.
1 111	161	1 698	5 247	8 957	70	691	4 743	72	1 661	1 413	22 854	500	35	2 055	2 590	2 793	4 881	4 033	95 765	1 317	105 996	3 514	2 265	5 779	2.
1 891	115	3 009	8 982	11 079	151	1 102	5 546	130	3 230	1 715	31 935	450	29	1 332	1 811	1 254	4 872	4 345	102 729	1 440	113 386	2 049	2 001	4 050	3.
12 794	183	18 019	552	1 583	19	184	607	6	132	111	3 194	42	4	110	156	302	765	3 557	22 985	59	27 366	537	184	721	4.
9	6	32	488	1 060	—	19	305	4	21	54	1 951	80	9	265	354	1 064	193	338	22 543	49	23 123	43	80	123	5.
1 988	83	3 490	7 970	16 770	165	1 578	3 701	74	1 979	816	33 053	240	31	750	1 021	661	2 796	2 380	123 580	386	129 142	2 307	1 899	4 206	6.
8 230	745	12 159	8 007	11 447	158	1 134	9 085	101	2 730	3 834	36 496	618	44	4 575	5 237	1 513	10 089	3 189	135 630	789	149 697	2 978	1 260	4 238	7.
15 502	273	22 707	4 693	10 312	51	1 226	2 695	27	835	758	20 597	158	28	527	713	853	2 231	3 509	82 995	154	88 889	1 260	1 001	2 261	8.
14	—	16	—	—	—	—	3	—	—	15	18	3	1	17	21	65	4	54	1 069	2	1 129	—	—	—	9.
100	7	212	921	2 733	2	15	1 124	1	16	280	5 092	404	21	1 079	1 504	4 768	1 249	1 325	74 437	172	77 183	415	270	685	10.
12	1	23	429	1 828	4	24	976	4	52	50	3 367	52	3	148	203	1 842	292	175	20 348	65	20 880	144	90	234	11.
2 043	99	3 734	5 821	12 594	52	1 189	4 855	23	1 127	1 297	26 958	214	21	769	1 004	1 854	2 547	4 358	80 518	418	87 841	1 320	487	1 807	12.
3 493	149	5 419	6 546	11 219	104	796	7 837	113	1 809	1 438	29 862	518	34	2 195	2 747	1 108	3 603	5 057	115 265	1 263	125 188	3 289	702	3 991	13.
1 946	106	3 259	11 283	38 179	155	1 806	22 239	87	1 944	5 060	80 753	1 045	95	3 617	4 757	6 793	7 510	4 244	215 969	1 557	229 280	2 202	1 626	3 828	14
3 604	331	6 233	6 271	9 805	119	929	7 471	120	2 500	1 422	28 637	702	53	2 659	3 414	1 761	4 429	5 197	124 069	1 600	135 295	6 623	1 827	8 450	15.
2 437	33	3 916	11 361	21 614	146	2 010	7 623	111	3 278	1 998	48 141	716	60	2 337	3 113	2 871	5 177	2 270	129 921	888	138 256	2 443	3 414	5 857	16.
3 164	101	5 140	10 522	22 017	209	1 827	5 227	90	3 262	1 203	44 357	384	47	1 311	1 742	2 249	3 766	2 382	147 194	437	153 779	2 726	2 510	5 236	17.
2 687	84	3 942	10 562	18 366	156	1 177	9 760	106	2 627	3 420	46 174	728	41	3 340	4 109	1 336	7 290	3 557	126 912	1 268	139 027	5 123	4 511	9 634	18.
3 582	87	6 196	12 325	40 303	218	2 528	18 562	112	3 099	3 234	80 381	742	61	3 155	3 958	5 246	2 893	4 064	137 863	561	145 381	2 739	2 975	5 714	19.
3 092	209	4 903	10 066	17 101	117	1 130	11 780	123	2 510	5 058	47 885	1 091	103	5 287	6 481	5 001	10 468	6 042	200 073	1 758	218 341	3 784	2 114	5 898	20.
4 676	251	7 933	7 481	19 173	109	1 827	6 166	38	1 438	1 903	38 135	493	57	1 814	2 364	2 705	5 155	5 848	114 070	575	125 648	2 088	1 196	3 284	21.
15 386	348	23 212	1 520	4 472	52	456	1 197	19	271	244	8 231	75	14	309	398	328	4 309	5 562	55 460	89	65 420	888	866	1 754	22.
34	17	89	198	590	2	15	304	—	12	232	1 353	113	2	265	380	1 444	394	447	18 795	33	19 669	159	16	175	23.
																									19.
2 770	176	4 377	4 773	4 917	44	1 531	3 278	40	3 031	1 695	19 309	239	9	822	1 070	78	4 803	878	60 161	77	65 919	108	1 003	1 111	1.
44	11	165	470	1 122	4	15	1 104	1	8	559	3 283	92	4	577	673	735	177	169	13 071	33	13 450	28	2	30	2.
6 284	476	9 217	6 405	10 495	55	691	9 701	63	1 439	5 670	34 519	1 766	94	11 311	13 171	1 239	7 002	2 036	84 123	615	93 776	858	474	1 332	3.
462	58	813	1 405	2 883	43	187	3 403	8	220	1 824	9 973	962	61	4 674	5 697	8 679	1 311	777	63 842	508	66 438	218	270	488	4.
2 694	103	3 892	2 229	3 848	39	238	3 270	13	624	2 048	12 309	483	25	3 761	4 269	878	1 833	606	37 966	242	40 647	199	483	682	5.
2 373	77	3 643	19 345	10 457	118	1 158	7 108	85	6 307	2 429	47 007	345	33	2 314	2 692	92	2 189	1 360	88 098	268	91 915	161	1 379	1 540	6.
3 011	171	4 429	3 314	6 513	20	353	6 007	30	782	3 261	20 280	906	67	8 347	9 320	605	1 768	672	53 484	310	56 234	202	298	500	7.
5 063	334	7 702	6 918	7 909	62	1 019	6 221	40	3 076	3 349	28 594	669	36	4 842	5 547	361	3 102	466	62 492	245	66 305	333	1 256	1 589	8
2 483	112	3 832	7 421	5 844	59	963	4 813	45	3 097	1 698	23 940	404	22	2 634	3 060	249	981	264	56 131	74	57 450	91	1 395	1 486	9.
7 011	544	10 376	3 948	7 309	31	299	5 846	50	657	3 985	22 125	1 158	86	8 087	9 331	523	2 761	1 220	55 647	662	60 290	51	490	541	10.
6 041	187	9 113	8 105	10 841	68	2 058	5 485	49	3 450	3 044	33 100	435	23	2 265	2 723	141	2 372	485	80 713	171	83 741	258	1 191	1 449	11.
5 148	98	7 479	9 014	4 891	73	1 304	4 254	59	4 129	3 482	27 206	194	16	927	1 137	87	1 492	526	61 961	101	64 080	246	1 425	1 671	12.
1 571	76	2 536	20 193	19 312	129	2 377	10 350	82	7 090	4 872	64 405	583	67	3 184	3 834	198	2 588	894	141 055	223	144 760	481	1 295	1 776	13.
																									20.
4 022	103	5 412	3 157	5 723	25	360	4 577	33	593	2 847	17 315	826	66	6 008	6 900	702	2 477	1 135	42 892	328	46 832	203	341	544	1.
4 606	407	7 330	4 105	5 923	27	354	4 634	35	1 142	5 482	21 702	1 054	40	4 726	5 820	529	6 827	445	45 131	165	52 568	513	184	697	2.
6 694	870	9 615	3 421	5 887	30	401	6 005	32	703	2 582	19 061	664	37	4 457	5 158	888	5 043	898	38 865	210	45 016	407	283	690	3
9	14	30	313	630	5	47	872	1	12	447	2 327	106	10	764	880	1 575	342	205	14 663	17	15 227	163	117	280	4.
10 859	1 169	17 378	5 542	9 545	99	1 082	7 422	85	1 974	5 688	31 437	1 945	86	8 108	10 139	1 374	13 263	1 511	73 819	279	88 872	1 074	434	1 508	5.
426	32	593	318	380	2	3	423	8	65	495	1 694	143	3	693	839	891	141	69	9 635	110	9 955	201	2	203	6.
13 435	645	19 930	3 230	6 547	26	421	4 686	54	914	4 700	20 578	1 491	110	7 431	9 032	1 522	2 886	1 765	57 246	738	62 635	263	588	851	7.

Kreise (* = Stadtkreise)	Viehhaltende Haushaltungen	1. Pferde (ohne Militärpferde): Unter 1 Jahr alte Fohlen	1 bis noch nicht 2 Jahre alte Pferde	2 bis noch nicht 3 Jahre alte Pferde	3 bis noch nicht 5 Jahre alte: Zuchthengste	3 bis noch nicht 5 Jahre alte: alle anderen 3 bis noch nicht 5 Jahre alten Pferde	5 Jahre alte und ältere: Zuchthengste	5 Jahre alte und ältere: alle anderen 5 Jahre alten und älteren Pferde	überhaupt	2. Maultiere und Maulesel	3. Esel	4. Rindvieh: Kälber: unter 6 Wochen alt	Kälber: 6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alt	Jungvieh: 3 Monate bis noch nicht 1 Jahr alt	Jungvieh: 1 bis noch nicht 2 Jahre alt	2 Jahre altes und älteres Rindvieh: Bullen, Stiere und Ochsen	Milchkühe	die übrigen Kühe, auch Färsen, Kalbinnen	überhaupt	5. Unter 1 Jahr alte Schafe und Schafböcke einschl. Lämmer	1 … und …: Schafböcke
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Noch: 20. Reg.-Bez. Hildesheim.																					
8. Gronau	4 421	131	132	99	4	159	9	1 536	2 070	26	4	303	416	815	1 330	728	3 488	251	7 331	2 430	81
9. *Hildesheim	3 170	12	5	3	—	13	—	555	588	9	2	6	15	17	25	28	127	54	272	168	7
10. Hildesheim	5 634	166	130	133	6	212	2	2 490	3 139	69	6	296	430	999	1 527	1 375	5 156	445	10 228	1 775	53
11. Ilfeld	3 129	71	66	60	3	98	5	708	1 011	13	—	127	245	539	589	112	2 394	150	4 156	1 077	35
12. Marienburg i. Hann.	7 917	252	228	213	9	279	11	3 628	4 620	60	10	524	917	2 094	2 672	2 270	8 456	791	17 724	3 916	198
13. Münden	4 092	127	125	97	3	137	3	1 272	1 764	16	4	199	325	869	998	324	3 606	301	6 622	1 708	33
14. Northeim	6 170	184	192	174	11	276	3	1 756	2 596	25	6	404	647	1 569	1 727	1 168	5 829	365	11 709	3 813	104
15. Osterode am Harz	7 863	191	173	143	6	239	4	1 877	2 633	8	1	427	725	1 783	1 918	285	7 681	217	13 036	4 504	75
16. Peine	9 652	206	234	223	1	279	1	2 871	3 815	18	1	667	984	2 117	2 714	2 049	8 736	585	17 852	2 170	57
17. Uslar	3 970	125	112	107	3	118	4	1 171	1 640	8	1	249	528	1 071	1 277	560	4 035	295	8 015	1 505	41
18. Zellerfeld	3 370	3	1	8	—	35	—	529	576	1	1	43	101	411	494	33	1 829	79	2 990	67	17
21. Reg.-Bez. Lüneburg.																					
1. Bleckede	3 962	325	303	309	2	355	1	2 526	3 821	4	3	494	572	2 166	2 283	247	8 086	703	14 551	737	110
2. Burgdorf	9 671	501	461	321	5	585	7	4 237	6 117	21	6	714	1 102	3 483	4 263	1 337	13 030	1 198	25 127	2 666	90
3. *Celle	1 903	1	4	1	126	48	250	223	653	5	—	8	12	34	58	12	192	9	325	24	4
4. Celle	7 920	400	400	324	5	422	6	3 716	5 273	44	7	918	1 383	3 618	3 919	829	12 509	1 088	24 264	4 157	345
5. Dannenberg	2 728	167	172	145	—	179	—	1 675	2 338	—	1	261	402	1 480	1 301	50	4 697	500	8 691	395	50
6. Fallingbostel	6 358	343	266	280	1	416	3	3 616	4 925	7	2	681	886	2 771	3 264	443	11 082	952	20 079	2 153	149
7. Gifhorn	7 221	295	362	298	4	458	4	3 714	5 135	8	—	732	1 222	3 220	3 410	1 199	12 599	708	23 090	3 632	213
8. *Harburg	3 754	5	11	2	—	14	—	609	641	2	1	1	18	17	29	14	140	10	229	28	8
9. Harburg	9 039	487	410	448	5	617	6	3 775	5 748	13	14	363	718	2 761	2 978	458	10 754	681	18 713	1 455	160
10. Isenhagen	3 733	285	309	343	4	446	3	1 923	3 313	21	11	647	1 198	2 365	2 239	481	8 348	503	15 781	3 004	281
11 Lüchow	6 012	414	377	324	2	466	1	3 570	5 154	6	5	616	1 232	3 729	3 365	202	11 960	940	22 044	726	170
12. *Lüneburg	2 087	2	2	7	—	16	—	278	305	—	—	3	5	10	16	3	112	9	158	10	3
13 Lüneburg	4 500	263	214	242	3	383	1	2 728	3 834	6	2	489	493	1 518	1 812	326	7 042	551	12 231	1 169	74
14. Soltau	4 306	193	192	281	1	357	—	1 766	2 790	6	1	329	336	1 102	1 222	290	5 881	312	9 472	2 729	231
15. Uelzen	9 424	617	561	668	8	984	10	5 788	8 636	12	2	964	1 548	3 934	4 116	1 200	13 486	1 263	26 511	1 538	203
16. Winsen	5 524	343	339	337	6	456	1	2 830	4 312	2	6	672	825	2 427	2 832	390	9 574	811	17 531	962	69
22. Reg.-Bez. Stade.																					
1. Achim	4 864	279	209	246	2	288	—	2 031	3 055	1	1	243	565	2 019	2 283	179	6 916	491	12 696	620	84
2. Blumenthal	5 980	219	162	147	2	195	—	988	1 713	—	2	219	341	1 753	1 926	329	2 857	555	7 980	371	35
3 Bremervörde	3 800	341	316	264	2	382	—	2 715	4 020	2	—	707	1 228	2 598	2 731	315	8 852	587	17 018	2 139	252
4. *Geestemünde	2 394	18	12	22	2	25	—	367	446	2	—	56	39	160	197	56	459	84	1 051	29	3
5 Geestemünde	4 015	501	391	345	3	452	3	2 961	4 656	1	5	1 173	1 403	5 501	6 020	914	10 050	1 530	26 591	1 954	169
6. Hadeln	3 441	705	552	437	11	449	—	2 254	4 408	2	—	768	691	3 758	4 313	1 239	5 777	1 295	17 841	1 036	93
7. Jork	3 393	277	279	199	1	302	—	1 733	2 791	—	1	156	391	2 526	2 300	193	3 062	384	9 012	1 214	187
8 Kehdingen	3 662	947	876	705	2	661	—	2 139	5 330	4	1	333	630	3 521	4 309	2 406	3 625	1 182	16 006	2 481	192
9. *Lehe	2 843	12	10	20	—	40	—	233	315	—	—	47	30	85	111	12	350	66	701	27	3
10. Lehe	4 290	602	504	396	3	506	—	2 587	4 598	1	—	1 189	1 084	5 731	6 566	1 132	9 028	1 748	26 478	1 323	110
11. Neuhaus a./d. Oste	5 666	896	770	661	3	681	—	2 990	6 001	—	1	606	1 071	4 583	5 066	1 592	8 366	1 459	22 743	2 589	176
12. Osterholz	5 434	435	365	284	—	423	3	2 889	4 399	1	1	573	1 341	4 233	4 304	697	10 370	1 335	22 853	1 546	217
13. Rotenburg (Hann.)	4 740	485	602	527	1	509	—	3 635	5 759	5	4	635	1 082	2 949	3 322	380	11 575	801	20 744	4 116	297
14 Stade	6 743	641	546	509	1	569	8	4 262	6 536	3	2	854	1 657	4 752	4 591	498	12 702	1 205	26 259	2 049	155
15. Verden	4 351	299	258	237	2	306	6	2 506	3 614	3	6	298	487	2 650	2 770	270	7 232	489	14 196	843	89
16. Zeven	3 321	571	449	419	5	561	—	3 562	5 567	4	—	533	1 002	2 933	2 893	278	9 994	666	18 299	3 908	333
23. Reg.-Bez. Osnabrück.																					
1. Aschendorf	4 161	305	372	369	13	481	2	1 607	3 149	1	7	289	785	2 951	3 245	133	7 767	990	16 160	4 486	395
2. Bersenbrück	8 709	789	765	697	4	996	10	4 975	8 236	5	6	689	1 087	4 005	3 946	727	21 883	758	33 095	932	72
3. Grafschaft Bentheim	7 524	704	642	458	6	787	5	3 129	5 731	12	—	566	1 106	3 858	4 515	598	14 827	1 642	27 112	3 379	160
4 Hümmling	3 441	171	629	581	1	557	—	1 692	3 631	—	—	497	922	2 112	2 092	267	8 892	330	15 112	5 300	678
5. Iburg	5 177	170	178	197	1	260	1	1 803	2 610	—	4	235	316	1 015	1 048	413	9 098	212	12 337	180	27
6. Lingen	6 031	367	397	477	4	533	2	3 023	4 803	4	1	584	1 437	3 227	2 742	761	14 155	484	23 390	921	75
7 Melle	4 710	161	179	229	—	396	3	1 496	2 464	1	—	218	317	1 028	1 074	113	7 962	152	10 864	333	19
8. Meppen	4 484	278	349	309	2	351	4	2 521	3 814	2	1	425	867	2 466	2 439	390	9 420	694	16 701	4 020	333
9. *Osnabrück	5 662	8	10	5	1	24	1	863	912	2	1	9	24	62	85	29	618	26	853	41	14
10. Osnabrück	5 293	215	193	161	3	249	1	1 712	2 534	3	3	194	417	1 322	1 325	178	8 087	228	11 751	454	43
11. Wittlage	3 297	150	189	196	—	212	—	1 369	2 116	6	4	244	392	1 008	1 134	196	7 710	158	10 842	515	45
24. Reg.-Bez. Aurich.																					
1. Aurich	7 913	965	697	705	9	922	1	3 132	6 431	—	2	309	712	8 433	7 155	288	17 297	4 028	38 222	2 897	175
2. *Emden	1 821	21	18	8	—	28	—	246	321	—	—	3	34	125	105	3	587	46	903	75	1
3. Emden	4 577	695	653	475	21	611	10	2 108	4 573	—	4	108	66	4 807	3 022	125	8 356	1 535	18 019	2 237	61
4 Leer	10 641	675	793	705	4	772	5	2 825	5 779	1	—	340	827	7 178	5 690	637	19 936	3 145	37 753	2 872	64
5. Norden	6 391	670	685	569	8	678	2	2 369	4 981	—	1	267	188	4 677	3 774	206	9 180	1 563	19 855	2 046	39
6 Weener	3 845	550	502	448	14	520	5	1 639	3 678	1	—	45	69	3 677	2 839	55	9 312	1 358	17 355	1 684	24
7. *Wilhelmshaven	1 142	2	—	1	—	4	—	145	152	—	—	—	1	—	1	—	7	1	10	13	—
8. Wittmund	6 958	1 437	1 127	951	13	1 146	18	3 975	8 667	6	—	553	860	9 669	7 386	569	17 553	3 826	40 416	2 828	105

am 1. Dezember 1922.

Schafe: ... Jahr alte ältere: Mutterschafe (Zibben)	Schafe: ... Jahr alte ältere: Hammel (Schöpse)	Schafe: überhaupt	6. Schweine: Unter ½ Jahr alte Schweine: Unter 8 Wochen alte Ferkel	6. Schweine: Unter ½ Jahr alte Schweine: 8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	6. Schweine: ½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchteber	6. Schweine: ½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchtsauen	6. Schweine: ½ bis noch nicht 1 Jahr alte: übrige Schweine	6. Schweine: 1 Jahr alte und ältere: Zuchteber	6. Schweine: 1 Jahr alte und ältere: Zuchtsauen	6. Schweine: 1 Jahr alte und ältere: übrige Schweine	6. Schweine: überhaupt	7. Ziegen: Unter 1 Jahr alte Ziegen und Ziegenböcke einschl. Lämmer	7. Ziegen: 1 Jahr alte und ältere: Ziegenböcke	7. Ziegen: 1 Jahr alte und ältere: Ziegen (Geißen)	7. Ziegen: überhaupt	8. Zahme Kaninchen	9. Federvieh: Gänse (Gänseriche, Gänse und Gänseküken)	9. Federvieh: Enten (Enteriche, Enten und Entenküken)	9. Federvieh: Hühner (Hähne, Hühner und Küken)	9. Federvieh: Trut- u. Perlhühner (Hähne, Hühner und Küken)	9. Federvieh: überhaupt	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): mit beweglichen Waben	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): mit unbeweglichen Waben	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): überhaupt	Wiederholung der Spalte 1
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	
																									20.
4 705	400	7 616	3 150	3 929	24	173	3 015	25	506	2 765	13 587	620	48	4 664	5 332	348	1 497	826	36 122	399	38 844	186	292	478	8.
528	4	707	299	731	4	—	907	1	6	479	2 427	204	5	1 065	1 274	2 115	221	124	19 155	47	19 547	83	119	202	9.
4 650	635	7 113	2 396	6 182	26	149	3 275	26	364	4 374	16 792	941	72	5 313	6 326	754	2 545	881	50 886	525	54 837	104	173	277	10.
2 891	237	4 240	1 239	1 931	11	146	1 997	14	277	1 125	6 740	713	39	2 638	3 390	1 090	2 450	439	25 655	71	28 615	254	40	294	11.
13 306	597	18 017	4 631	7 900	55	632	7 800	72	1 130	4 604	26 824	1 572	111	8 850	10 533	791	2 652	1 282	74 643	610	79 187	351	460	811	12.
3 646	351	5 738	2 416	4 444	30	324	3 181	29	918	2 602	13 944	727	44	3 847	4 618	757	5 821	596	34 236	132	40 785	632	179	811	13.
9 194	930	14 041	4 759	6 977	50	465	6 447	44	1 006	3 041	22 789	886	47	4 930	5 863	926	9 190	1 099	52 288	202	62 779	548	263	811	14.
10 985	500	16 064	4 681	6 815	36	315	9 134	24	678	2 373	24 056	1 085	81	6 728	7 894	984	8 853	755	55 406	311	65 325	723	297	1 020	15.
4 542	283	7 052	5 109	9 392	50	446	7 912	47	1 286	4 531	28 773	1 427	94	8 447	9 968	1 451	3 957	696	80 972	390	86 015	302	450	752	16.
4 194	647	6 387	3 638	6 269	34	607	3 131	43	1 754	3 074	18 550	749	36	3 743	4 528	448	6 929	522	29 698	164	37 313	354	146	500	17.
263	29	376	332	629	—	1	1 171	1	4	449	2 587	391	19	2 323	2 733	432	167	73	12 385	25	12 650	54	24	78	18.
																									21.
1 791	27	2 665	5 411	6 131	69	587	5 809	60	2 470	1 677	22 214	255	17	1 583	1 855	249	3 683	1 390	56 418	557	62 048	404	855	1 259	1.
5 851	375	8 982	7 408	10 410	72	1 135	9 306	84	2 613	3 615	34 643	1 091	92	6 370	7 553	1 312	5 426	1 322	93 272	571	100 591	193	2 261	2 454	2.
77	14	119	160	924	2	6	991	2	22	189	2 296	104	10	742	856	454	176	161	9 843	23	10 203	8	2	10	3.
9 913	280	14 695	6 667	11 085	88	757	9 361	92	2 822	3 380	34 252	959	61	5 410	6 430	576	6 028	1 122	97 971	602	105 723	311	8 236	8 547	4.
1 207	19	1 671	3 787	3 390	20	394	2 773	18	1 857	1 418	13 657	168	13	1 101	1 282	139	2 188	1 170	31 057	150	34 565	314	637	951	5.
5 541	195	8 038	11 726	7 671	105	1 450	7 291	103	5 545	3 652	37 543	564	40	3 427	4 031	470	2 956	795	89 768	336	93 855	417	3 621	4 038	6.
8 968	391	13 204	6 036	10 850	83	954	9 418	76	2 259	3 589	33 265	756	78	3 834	4 668	736	8 061	1 095	74 708	448	84 312	502	1 569	2 071	7.
32	10	78	404	1 150	4	20	808	6	30	339	2 761	239	8	645	892	1 619	973	599	30 279	87	31 938	32	348	380	8.
2 999	111	4 725	6 495	10 201	107	1 484	7 122	68	2 299	3 563	31 339	814	77	4 005	4 896	2 163	9 332	2 910	110 596	399	123 237	520	3 138	3 658	9.
6 671	185	10 141	5 309	10 174	97	831	6 908	77	2 296	2 336	28 028	309	25	1 451	1 785	220	4 403	743	49 732	353	55 231	192	2 451	2 643	10.
1 188	18	2 102	9 410	12 257	89	1 181	7 966	68	3 625	3 079	37 675	458	107	1 488	2 053	784	6 662	2 671	80 818	427	90 578	274	1 152	1 426	11.
8	1	22	166	422	4	3	875	3	13	273	1 759	63	6	443	512	1 626	500	119	11 125	49	11 793	384	11	395	12.
3 038	248	4 529	5 241	7 380	82	638	6 743	86	1 919	2 833	24 922	658	67	3 262	3 987	564	3 678	1 033	60 838	343	65 892	532	1 668	2 200	13.
7 709	63	10 732	4 091	5 881	68	608	4 721	80	1 825	1 766	19 040	529	30	3 117	3 676	268	3 047	728	62 698	431	66 904	734	6 547	7 281	14.
3 686	265	5 692	10 497	16 177	228	1 151	12 197	225	4 987	8 912	54 374	1 155	123	7 705	8 983	1 387	9 455	2 345	121 263	907	133 970	411	2 693	3 104	15.
2 002	70	3 103	4 994	8 066	54	748	6 560	49	1 883	2 872	25 226	490	39	2 731	3 260	587	7 634	861	74 612	153	83 260	79	2 842	2 921	16.
																									22.
1 657	9	2 370	4 392	7 413	34	814	4 756	21	1 565	1 511	20 506	306	29	1 559	1 894	129	1 058	629	53 028	94	54 809	283	1 121	1 404	1.
696	14	1 116	1 335	5 352	24	430	2 399	10	491	574	10 615	418	21	2 089	2 528	874	1 613	1 323	48 914	192	52 042	773	874	1 647	2.
5 395	204	7 990	4 552	5 911	49	800	3 209	30	1 190	1 633	17 374	137	12	868	1 017	184	1 930	1 050	52 900	115	55 995	249	3 096	3 345	3.
95	9	136	366	1 143	5	19	544	—	17	148	2 242	66	6	391	463	1 092	169	283	16 961	13	17 426	20	132	152	4.
3 650	243	6 016	2 528	5 460	37	823	2 818	25	864	970	13 525	268	19	1 059	1 346	296	2 323	1 501	47 040	161	51 025	278	2 321	2 599	5.
1 846	25	3 000	582	2 919	32	826	2 070	13	210	709	7 361	149	10	593	752	259	1 534	6 074	37 585	232	45 425	149	1 347	1 496	6.
3 140	14	4 555	1 586	4 908	22	872	6 773	10	240	1 244	15 655	201	20	965	1 186	282	1 355	3 700	39 931	71	45 057	27	175	202	7.
4 716	36	7 425	622	2 936	34	931	2 381	12	165	638	7 719	199	13	914	1 126	277	2 335	6 556	38 103	226	47 220	290	872	1 162	8.
45	7	82	305	889	4	12	825	3	13	123	2 174	116	7	490	613	1 431	237	692	21 386	49	22 364	13	67	80	9.
3 267	69	4 769	1 258	4 610	39	967	3 125	13	338	802	11 152	225	24	1 034	1 283	510	2 962	3 159	51 420	187	57 728	402	2 537	2 939	10.
4 460	26	7 251	1 527	5 536	44	988	3 837	11	256	1 209	13 408	292	30	1 146	1 468	388	3 030	7 781	61 004	203	72 018	318	2 375	2 693	11.
2 985	69	4 817	2 099	7 047	38	681	3 284	22	947	865	14 983	420	15	1 983	2 418	228	1 418	1 700	55 044	112	58 274	297	1 850	2 147	12.
8 043	215	12 671	9 441	10 924	83	1 351	6 844	75	3 736	2 132	34 586	383	24	1 384	1 791	212	3 537	794	90 128	144	94 603	911	7 113	8 024	13.
4 806	217	7 227	6 900	11 586	107	1 604	6 196	67	1 926	2 990	31 376	407	23	1 864	2 294	1 260	4 054	2 469	93 832	218	100 573	470	3 310	3 780	14.
1 675	98	2 705	7 849	5 825	51	972	4 250	36	3 461	1 611	24 055	374	27	1 797	2 198	221	1 789	507	58 876	165	61 337	96	1 595	1 691	15.
8 413	358	13 012	7 436	6 801	50	989	3 078	41	2 855	2 026	23 276	88	14	629	731	102	2 091	652	69 792	30	72 565	346	3 947	4 293	16.
																									23.
6 963	1 639	13 483	2 747	3 492	21	729	2 206	23	1 653	1 111	11 982	221	9	897	1 127	203	393	492	33 855	23	34 763	156	1 730	1 886	1.
1 897	93	2 994	11 315	11 476	213	2 967	7 611	115	5 961	2 427	42 085	433	21	1 919	2 373	377	1 920	2 516	138 575	148	143 159	214	2 761	2 975	2.
6 070	259	9 868	6 665	8 158	51	2 100	3 803	48	3 303	1 800	25 928	481	33	3 435	3 949	878	5 319	993	83 558	58	89 928	613	3 341	3 954	3.
7 611	1 476	15 065	2 318	4 063	36	845	1 637	12	1 283	601	10 795	106	12	367	485	21	253	120	40 713	12	41 098	126	2 606	2 732	4.
481	12	700	3 827	5 988	69	1 261	4 130	45	1 333	1 941	18 594	507	19	2 470	2 996	361	619	367	48 668	70	49 724	310	319	629	5.
2 741	36	3 773	6 026	7 056	94	1 635	4 375	70	3 305	1 509	24 070	231	21	1 294	1 546	337	983	990	77 932	73	79 978	379	2 003	2 382	6.
811	19	1 182	9 116	4 726	65	1 639	4 323	50	4 069	2 412	24 400	250	12	1 280	1 542	381	698	390	55 211	52	56 351	279	341	620	7.
7 332	592	12 277	4 776	5 336	57	1 258	2 909	37	2 945	1 139	18 457	390	27	1 633	2 050	224	896	1 339	56 606	65	58 906	394	2 919	3 313	8.
243	31	329	616	1 298	7	66	1 843	2	87	536	4 455	566	11	2 879	3 456	1 748	362	195	29 447	28	30 032	131	163	294	9.
925	13	1 435	5 861	4 305	81	985	3 108	62	2 351	1 839	18 592	544	20	3 022	3 586	415	995	789	56 953	46	58 783	239	578	817	10.
1 210	39	1 809	5 749	4 617	31	843	2 199	36	2 085	1 346	16 906	128	10	876	1 014	215	712	744	46 223	32	47 711	419	571	990	11.
																									24.
5 898	22	8 992	2 220	8 134	51	1 194	3 903	16	227	1 061	16 806	236	6	649	891	918	552	1 910	81 619	21	84 102	239	1 600	1 839	1.
298	—	374	93	545	2	11	265	1	2	72	991	78	9	213	300	965	59	315	12 359	7	12 740	65	104	169	2.
6 126	22	8 446	726	2 548	60	768	2 460	14	192	918	7 686	136	10	435	581	860	367	2 797	41 190	15	44 369	56	189	245	3.
7 127	186	10 249	2 740	8 444	45	966	4 478	11	379	717	17 780	595	22	1 894	2 511	1 441	327	2 683	84 067	69	87 146	338	1 933	2 271	4.
4 011	17	6 113	2 060	5 828	39	581	2 371	11	280	1 139	12 312	396	26	1 058	1 480	1 246	481	2 318	63 745	110	66 654	199	477	676	5.
3 443	44	5 195	762	2 413	54	719	1 508	10	173	720	6 359	169	8	473	650	406	313	1 871	34 637	13	36 834	82	474	556	6.
44	—	57	74	192	—	4	106	—	—	66	442	39	2	86	127	878	98	189	7 958	14	8 259	—	—	—	7.
4 971	7	7 911	1 741	7 213	81	1 593	3 674	15	388	1 299	16 004	393	30	1 138	1 561	926	2 248	3 434	76 290	69	82 041	323	1 775	2 098	8.

Kreise (* = Stadtkreise)	Viehhaltende Haushaltungen	1. Pferde (ohne Militärpferde): Unter 1 Jahr alte Fohlen	1 bis noch nicht 2 Jahre alte Pferde	2 bis noch nicht 3 Jahre alte Pferde	3 bis noch nicht 5 Jahre alte: Zuchthengste	3 bis noch nicht 5 Jahre alte: alle anderen 3 bis noch nicht 5 Jahre alten Pferde	5 Jahre alte und ältere: Zuchthengste	5 Jahre alte und ältere: alle anderen 5 Jahre alten und älteren Pferde	Pferde überhaupt	2. Maultiere und Maulesel	3. Esel	4. Rindvieh: Kälber: unter 6 Wochen alt	Kälber: 6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alt	Jungvieh: 3 Monate bis noch nicht 1 Jahr alt	Jungvieh: 1 bis noch nicht 2 Jahre alt	2 Jahre altes und älteres Rindvieh: Bullen, Stiere und Ochsen	Milchkühe	die übrigen Kühe, auch Färsen, Kalbinnen	Rindvieh überhaupt	Unter 1 Jahr alte Schafe und Schafböcke einschl. Lämmer	Schafböcke
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
25. Reg.-Bez. Münster.																					
1. Ahaus	8 323	897	765	682	9	923	3	2 024	5 303	2	6	432	1 343	5 181	4 017	402	15 563	225	27 163	754	54
2. Beckum	11 231	1 076	766	598	17	727	9	4 243	7 436	4	36	308	288	6 790	4 718	421	17 151	557	30 233	1 241	62
3. Borken	8 839	960	898	866	18	915	5	1 965	5 627	8	9	552	1 243	5 638	4 818	491	17 730	357	30 829	1 086	100
4. *Bottrop	7 510	27	20	8	—	100	1	596	752	1	—	1	8	26	49	7	349	33	473	132	15
5. *Buer	9 726	74	50	51	2	144	3	929	1 253	2	—	16	38	148	179	16	884	58	1 339	198	16
6. Coesfeld	8 497	1 282	867	769	34	1 170	25	2 934	7 081	2	13	538	709	5 626	3 705	352	16 164	362	27 456	514	59
7. *Gladbeck	5 620	34	81	22	1	80	—	429	647	1	1	10	21	93	107	24	575	39	869	123	20
8. Lüdinghausen	10 899	1 333	902	684	32	1 103	8	3 554	7 616	7	22	309	346	5 896	3 397	296	14 542	287	25 073	849	40
9. *Münster	4 423	67	70	53	—	138	1	1 086	1 415	—	4	26	38	251	317	42	1 475	59	2 208	47	8
10. Münster	6 916	1 111	827	690	25	1 110	16	3 964	7 743	9	21	422	731	5 333	4 037	488	16 663	275	27 949	533	54
11. *Osterfeld	2 692	7	7	4	—	12	1	147	178	—	—	1	1	7	10	2	71	6	98	69	15
12. *Recklinghausen	4 791	16	23	22	—	70	1	576	708	—	—	2	9	27	40	9	179	15	281	169	10
13. Recklinghausen	22 791	794	611	565	35	842	6	3 190	6 043	9	9	195	359	2 027	2 170	239	10 477	550	16 017	877	85
14 Steinfurt	12 091	958	623	485	12	936	8	3 274	6 296	11	10	520	1 061	4 859	3 663	572	16 210	391	27 276	427	67
15. Tecklenburg	9 864	602	466	448	8	686	6	3 973	6 189	4	2	622	1 289	4 517	4 040	1 150	20 484	973	33 075	877	89
16. Warendorf	5 275	608	479	387	57	643	198	2 968	5 340	3	8	229	394	3 678	2 599	574	13 844	211	21 529	583	42
26. Reg.-Bez. Minden.																					
1. *Bielefeld	4 061	6	3	—	—	33	—	770	812	3	—	1	2	12	7	—	79	10	111	7	—
2. Bielefeld	12 072	185	180	155	—	239	3	1 827	2 589	6	4	141	233	768	892	440	5 194	371	8 039	308	30
3. Büren	6 330	667	589	368	15	679	12	3 493	5 823	12	9	445	908	3 966	3 251	342	11 484	408	20 804	4 061	119
4. Halle i./W.	5 768	227	160	177	—	280	1	2 296	3 141	1	2	440	333	1 054	1 239	858	11 421	249	15 594	501	40
5. *Herford	3 490	12	18	23	—	52	—	348	453	2	—	21	32	40	48	9	418	31	599	20	4
6. Herford	16 482	322	440	466	2	665	1	2 969	4 865	9	4	370	582	1 643	1 796	342	11 686	378	16 797	948	65
7. Höxter	9 847	786	539	450	21	812	19	3 271	5 898	6	13	475	768	3 600	3 543	318	9 907	901	19 512	1 761	84
8. Lübbecke	9 716	352	599	631	6	622	—	2 450	4 660	—	—	776	1 410	2 602	3 012	261	18 221	557	26 839	1 247	81
9. Minden	17 460	394	470	561	7	795	1	3 582	5 810	5	5	649	1 031	2 730	2 905	361	16 692	613	24 981	878	86
10. Paderborn	7 711	389	365	309	6	442	7	3 287	4 805	1	8	260	659	2 817	2 172	287	10 379	275	16 849	1 579	54
11. Warburg	5 522	600	516	359	35	520	18	2 874	4 922	—	3	389	812	2 646	2 924	553	7 979	762	16 065	2 804	73
12. Wiedenbrück	9 809	467	436	277	5	494	3	3 491	5 173	9	11	208	488	3 655	2 980	1 122	16 557	504	25 514	668	38
27. Reg.-Bez. Arnsberg.																					
1. Altena	10 994	349	254	215	5	365	1	1 629	2 818	5	13	306	493	1 977	1 682	649	9 899	303	15 509	445	37
2. Arnsberg	8 902	332	231	179	5	363	8	1 992	3 110	5	20	293	310	2 308	1 687	323	7 428	234	12 583	1 795	60
3. *Bochum	6 076	11	19	41	3	70	—	841	985	15	3	4	4	13	21	10	275	12	339	135	11
4 Bochum	13 777	89	78	112	3	152	2	980	1 416	4	4	19	32	160	181	44	1 241	48	1 725	848	34
5. Brilon	7 266	276	229	138	10	276	3	1 946	2 878	9	8	341	776	2 167	2 092	534	9 617	440	15 967	1 493	44
6. *Dortmund	11 657	57	86	270	3	158	1	2 522	3 097	8	5	15	22	71	104	37	673	66	988	329	18
7. Dortmund	23 778	307	250	220	6	423	10	2 184	3 400	4	6	62	130	593	713	119	2 915	431	4 963	517	48
8. *Gelsenkirchen	8 198	15	3	40	—	83	3	1 012	1 156	15	5	—	—	9	27	15	221	59	331	146	13
9. Gelsenkirchen	13 129	35	44	30	4	169	1	853	1 136	3	1	2	8	33	64	19	433	66	625	439	25
10. *Hagen	2 506	14	6	14	—	24	—	785	843	3	9	2	15	37	82	30	318	10	494	218	9
11. Hagen	7 645	176	116	121	4	205	9	1 146	1 777	7	10	75	168	689	876	119	4 372	233	6 532	504	35
12. *Hamm	3 649	5	9	12	—	44	3	422	495	2	1	4	1	31	34	6	255	34	365	24	3
13. Hamm	15 358	672	629	442	19	698	9	3 895	6 364	10	12	227	372	2 694	2 514	351	8 985	793	15 936	1 364	58
14. Hattingen	8 831	144	131	96	1	170	3	1 001	1 546	4	17	34	74	511	635	109	3 079	93	4 535	410	46
15. *Herne	4 487	11	9	34	—	60	—	423	537	5	1	1	2	11	6	6	148	11	185	138	11
16. *Hörde	1 506	1	1	—	—	32	—	121	155	—	—	1	—	4	2	3	16	3	29	26	13
17. Hörde	12 591	233	189	140	7	249	7	1 714	2 539	2	21	50	98	461	575	98	3 180	250	4 712	551	47
18. *Iserlohn	1 102	4	—	3	—	9	—	277	293	1	—	—	3	7	11	3	99	—	123	6	2
19. Iserlohn	8 985	268	179	156	12	216	1	1 779	2 611	3	12	95	147	1 181	1 052	131	4 588	161	7 355	500	33
20. Lippstadt	7 159	575	506	308	14	472	20	3 338	5 233	4	26	407	697	3 494	3 081	260	8 563	471	16 973	3 565	54
21. *Lüdenscheid	1 211	1	—	4	—	8	—	170	183	—	2	6	1	23	22	1	121	3	177	10	1
22. Meschede	6 463	353	205	135	9	280	2	1 881	2 865	7	9	759	502	3 314	2 181	473	9 814	217	17 260	2 023	86
23. Olpe	7 888	99	83	53	2	118	—	881	1 236	—	3	272	470	1 984	1 745	608	9 068	277	14 424	275	35
24. Schwelm	5 534	122	95	48	2	150	3	1 048	1 468	3	7	51	138	637	756	53	3 586	214	5 435	277	41
25. *Siegen[1])	1 793	1	1	2	—	2	—	189	195	—	—	4	3	11	20	1	190	1	230	67	3
26. Siegen[2])	13 470	7	4	23	—	66	—	552	652	6	8	198	191	932	1 216	425	10 155	375	13 492	655	24
27. Soest	8 628	713	578	441	32	640	21	4 340	6 765	7	31	392	667	3 354	3 275	483	10 830	557	19 558	1 320	48
28. *Witten	2 378	6	12	4	—	24	—	311	357	1	1	7	5	24	26	7	188	21	278	92	1
29. Wittgenstein	4 113	27	22	27	—	74	1	390	541	—	—	273	599	1 741	2 190	815	7 133	704	13 455	747	22
28. Reg.-Bez. Cassel.																					
1. *Cassel	5 033	11	18	22	—	42	—	1 322	1 415	3	1	9	15	34	58	17	345	56	534	121	8
2. Cassel	9 563	189	197	148	2	207	4	1 996	2 743	6	1	361	460	1 037	1 301	367	5 526	408	9 460	1 027	31
3. Eschwege	8 060	187	216	148	2	225	11	1 762	2 551	33	—	349	662	1 591	1 934	1 012	7 094	546	13 188	2 520	90
4. Frankenberg	4 509	238	233	154	1	185	2	1 493	2 306	—	—	528	1 157	2 577	2 515	619	7 790	804	15 990	2 164	31
5. Fritzlar	5 016	224	231	180	3	245	1	1 938	2 822	7	2	469	810	1 865	2 115	972	6 312	532	13 075	2 081	38
6. Fulda	8 308	258	302	216	3	441	2	2 300	3 522	3	2	571	1 353	3 415	3 870	813	11 760	1 463	23 245	1 590	27
7. Gelnhausen	8 230	109	88	91	1	168	1	1 396	1 854	7	8	571	1 224	2 540	2 551	257	10 542	935	18 620	2 118	40
8. Gersfeld	3 656	102	98	69	—	116	—	911	1 296	—	1	429	739	1 977	2 194	368	7 081	1 020	13 808	937	11

[1]) seit dem 1. März 1923 Stadtkreis. — [2]) mit Ausschluß des jetzigen Stadtkreises Siegen.

Schafe			6. Schweine									7. Ziegen				8.	9. Federvieh					10. Bienenstöcke (Bienenvölker)			Wiederholung der Spalte 1
1 Jahr alte und ältere			Unter ½ Jahr alte Schweine		½ bis noch nicht 1 Jahr alte			1 Jahr alte und ältere					1 Jahr alte und ältere												
Mutterschafe (Zibben)	Hammel (Schöpse)	überhaupt	Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	Zuchteber	Zuchtsauen	übrige Schweine	überhaupt	Unter 1 Jahr alte Ziegen und Ziegenböcke einschl. Lämmer	Ziegenböcke	Ziegen (Geißen)	überhaupt	Zahme Kaninchen	Gänse (Gänseriche, Gänse und Gänseküken)	Enten (Enteriche, Enten und Entenküken)	Hühner (Hähne, Hühner und Küken)	Trut- u. Perlhühner (Hähne, Hühner und Küken)	überhaupt	mit beweglichen Waben	mit unbeweglichen Waben	überhaupt	
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	
																									25.
914	41	1 763	1 832	7 141	103	2 230	7 448	31	586	2 178	21 549	300	30	1 524	1 854	385	3 413	1 284	86 389	87	91 173	757	1 010	1 767	1.
3 244	28	4 575	4 245	9 141	88	1 658	14 438	74	1 858	3 098	34 600	1 010	54	5 748	6 812	1 971	2 666	3 297	122 207	262	128 432	1 970	746	2 716	2.
1 486	62	2 734	2 074	7 762	112	2 643	9 683	40	752	1 636	24 702	382	35	1 417	1 834	589	1 837	1 197	83 024	163	86 221	714	823	1 537	3.
623	14	784	435	2 433	5	53	1 818	2	24	417	5 187	274	15	743	1 032	582	2 654	754	39 571	52	43 031	37	20	57	4.
580	39	833	863	4 384	22	151	3 025	25	210	699	9 379	351	23	1 184	1 558	1 024	1 721	665	52 437	95	54 918	72	22	94	5.
1 193	45	1 811	3 058	5 393	185	2 948	9 480	41	999	2 593	24 697	454	28	1 999	2 481	741	2 883	1 792	91 717	136	96 528	1 280	1 119	2 399	6.
278	17	438	635	2 642	18	87	1 922	4	136	321	5 765	237	29	749	1 015	685	1 117	230	31 231	33	32 611	71	20	91	7.
1 539	38	2 466	4 761	7 614	187	1 914	11 782	91	2 042	3 045	31 436	705	27	3 575	4 307	1 358	2 891	2 605	110 693	131	116 320	1 372	435	1 807	8.
70	2	127	519	1 168	13	82	2 146	1	97	606	4 632	256	10	1 235	1 501	1 406	480	392	29 288	41	30 201	156	82	238	9.
985	25	1 597	4 221	5 967	171	1 976	9 152	81	1 473	2 918	25 959	450	35	2 621	3 106	659	1 990	1 730	81 365	142	85 227	1 621	847	2 468	10.
191	3	278	138	842	4	9	828	2	12	123	1 958	118	10	320	448	322	476	132	13 786	18	14 412	22	5	27	11.
313	17	509	413	1 692	11	67	1 053	1	52	425	3 714	360	37	862	1 259	845	706	286	21 939	24	22 955	53	22	75	12.
1 937	149	3 048	4 653	12 293	161	1 426	10 690	69	1 598	3 292	34 182	1 875	88	5 477	7 440	2 356	6 841	1 781	142 837	352	151 811	503	787	1 290	13.
877	43	1 414	4 498	6 871	139	1 934	10 852	71	1 398	2 994	28 757	826	46	4 355	5 227	1 269	1 912	1 185	99 368	110	102 575	800	1 540	2 340	14.
1 445	52	2 463	6 006	10 481	163	2 142	6 932	76	1 821	2 883	30 504	674	33	3 542	4 249	529	1 669	880	118 887	72	121 508	621	1 894	2 515	15.
1 184	36	1 845	2 232	4 093	61	1 570	7 608	26	697	1 867	18 154	268	24	1 935	2 227	364	735	701	61 106	65	62 607	1 158	1 177	2 335	16.
																									26.
11	—	18	55	473	2	3	1 710	—	15	132	2 390	278	8	1 726	2 012	1 529	164	105	19 065	5	19 339	115	70	185	1.
749	59	1 146	3 034	4 056	65	838	7 538	45	1 309	4 695	21 580	1 575	71	11 047	12 693	1 858	1 017	662	58 935	110	60 724	497	291	788	2.
9 971	366	14 517	4 892	6 023	66	685	9 571	44	1 705	4 087	27 073	670	33	3 208	3 911	198	8 142	1 445	68 726	239	78 552	1 927	586	2 513	3.
986	128	1 655	6 000	7 795	76	1 489	5 420	84	2 172	2 255	25 291	623	27	3 265	3 915	635	779	712	66 791	62	68 344	454	553	1 007	4.
114	4	142	437	1 036	13	76	1 860	6	59	635	4 122	233	12	1 273	1 518	334	140	156	14 594	84	14 974	91	107	198	5.
2 310	284	3 607	8 113	7 189	184	2 902	9 723	84	3 999	7 483	39 677	1 701	67	9 715	11 483	1 181	1 519	796	123 941	149	126 405	540	926	1 466	6.
5 631	296	7 772	5 559	8 830	82	734	12 709	62	1 804	4 586	34 366	1 480	59	8 113	9 652	713	13 536	1 946	73 214	272	88 968	1 616	415	2 031	7.
2 900	153	4 381	10 187	10 073	73	2 764	6 773	40	4 895	4 368	39 173	727	21	3 411	4 159	260	1 444	790	105 282	55	107 571	423	936	1 359	8.
2 634	289	3 887	11 846	13 918	169	3 406	11 677	97	5 116	9 418	55 647	1 383	81	10 427	11 891	1 964	4 818	1 247	150 190	223	156 478	638	1 094	1 732	9.
3 837	374	5 844	2 898	4 636	36	900	9 574	31	1 517	2 820	22 412	704	26	3 232	3 962	625	4 846	1 517	68 038	222	74 623	1 326	991	2 317	10.
6 468	169	9 514	3 957	6 360	72	486	7 732	32	769	3 331	22 739	1 106	34	4 580	5 720	310	11 979	1 798	56 429	192	70 398	1 043	506	1 549	11.
1 449	90	2 245	2 774	7 876	44	1 471	13 801	35	1 155	1 884	29 040	786	21	4 271	5 078	994	1 025	1 097	85 733	89	87 944	1 525	2 396	3 921	12.
																									27.
1 230	81	1 793	181	1 300	3	60	5 691	10	77	556	7 878	999	65	10 064	11 128	4 804	1 752	904	65 637	106	68 399	1 387	539	1 926	1.
3 627	317	5 799	1 315	3 530	34	262	8 425	45	589	1 484	15 684	1 103	55	6 924	8 082	1 122	2 174	1 823	63 560	138	67 695	2 296	598	2 894	2.
290	25	461	350	1 644	8	45	1 284	5	29	409	3 774	308	14	849	1 171	1 085	1 162	762	36 401	89	38 414	—	1	1	3.
1 247	50	2 179	969	3 852	34	107	3 885	20	223	1 126	10 216	870	37	3 746	4 653	2 509	2 976	1 601	66 462	120	71 159	101	16	117	4.
4 680	193	6 410	2 100	4 109	42	347	7 562	23	551	1 583	16 317	896	36	4 351	5 283	275	1 160	909	50 751	61	52 881	1 184	773	1 957	5.
664	111	1 122	671	3 115	15	44	3 185	5	79	897	8 011	858	52	3 018	3 928	3 814	2 989	2 034	61 402	135	66 560	67	51	118	6.
1 434	204	2 203	2 458	7 994	43	223	8 528	34	444	3 504	23 228	1 850	73	7 829	9 752	4 095	6 445	3 002	118 825	298	128 570	231	78	309	7.
463	68	690	488	2 835	9	20	1 441	3	33	403	5 232	251	19	706	976	1 232	1 480	549	49 005	135	51 169	—	—	—	8.
1 128	61	1 653	598	3 654	2	54	3 200	7	47	553	8 115	736	46	2 041	2 823	1 660	2 318	926	69 939	86	73 269	36	15	51	9.
114	9	350	31	394	—	3	359	—	12	119	918	223	6	1 198	1 427	1 682	516	382	14 961	23	15 882	116	21	137	10.
764	76	1 379	396	1 246	21	77	2 434	10	95	668	4 947	773	56	4 500	5 329	3 184	1 230	947	42 666	133	44 976	599	139	738	11.
87	4	118	175	875	3	6	1 661	2	16	297	3 035	204	14	1 173	1 391	1 171	218	253	18 336	5	18 812	105	2	107	12.
2 490	414	4 326	4 115	8 532	91	572	10 619	74	1 084	4 132	29 219	1 372	85	7 446	8 903	3 193	4 540	4 660	118 746	709	128 655	1 668	331	1 999	13.
1 432	18	1 906	591	2 056	17	91	3 063	10	147	624	6 599	691	26	3 340	4 057	1 678	1 418	1 049	55 187	150	57 804	216	46	262	14.
317	9	475	263	1 561	5	9	1 059	2	12	430	3 341	227	17	588	832	773	1 124	345	22 004	50	23 523	13	—	13	15.
330	1	370	71	375	—	—	439	—	2	60	947	123	4	326	453	733	210	228	7 023	—	7 461	130	5	135	16.
1 546	484	2 628	1 217	3 130	42	176	4 894	25	273	1 873	11 630	1 645	55	8 038	9 738	3 130	2 370	1 822	64 326	153	68 671	474	51	525	17.
13	17	38	7	92	—	—	234	3	7	37	380	124	2	533	659	630	107	64	6 494	11	6 676	40	1	41	18.
938	364	1 835	731	1 915	33	172	5 607	21	313	622	9 414	947	56	7 928	8 931	3 178	2 324	1 132	52 882	183	56 521	868	230	1 098	19.
5 761	764	10 144	3 998	4 642	40	490	9 963	49	854	2 905	22 941	716	23	4 399	5 138	1 008	3 779	1 986	71 829	376	77 970	1 514	504	2 018	20.
35	—	46	9	77	—	—	178	1	4	16	285	101	7	613	721	1 393	127	98	6 398	2	6 625	70	8	78	21.
5 915	287	8 311	1 500	3 944	39	602	7 887	30	1 057	1 244	16 303	608	28	4 020	4 656	209	1 076	1 100	52 950	118	55 244	2 432	617	3 049	22.
1 105	25	1 440	369	2 468	27	395	7 166	18	339	661	11 443	977	44	6 698	7 719	261	433	557	53 374	57	54 421	994	848	1 842	23.
706	33	1 057	253	1 111	6	80	1 726	5	55	298	3 534	339	35	2 286	2 660	3 164	970	650	30 832	108	32 560	336	78	414	24.
200	11	281	16	182	—	1	421	—	1	46	667	162	9	1 356	1 527	648	36	109	8 644	8	8 797	47	15	62	25.
3 201	211	4 091	228	1 859	3	7	7 666	—	13	401	10 177	1 513	79	11 103	12 695	1 457	329	556	73 062	45	73 992	3 097	568	3 665	26.
3 701	920	5 989	4 787	7 284	105	706	8 687	84	1 517	4 055	27 225	997	40	5 466	6 503	1 947	3 316	4 120	93 978	383	101 797	1 673	276	1 949	27.
188	24	305	100	435	2	15	486	4	27	126	1 195	164	5	638	807	1 384	470	231	13 595	29	14 325	46	—	46	28.
1 534	78	2 381	580	3 388	13	146	1 852	11	141	278	6 409	506	25	2 782	3 313	205	391	444	29 474	22	30 331	642	254	896	29.
																									28.
191	192	512	320	1 148	5	39	1 647	2	26	748	3 935	378	25	1 928	2 331	6 612	1 168	580	25 760	109	27 617	288	67	355	1.
2 565	212	3 835	3 572	7 949	79	577	5 344	57	1 004	7 168	25 750	2 117	84	9 504	11 705	2 297	13 427	1 272	62 785	286	77 770	868	217	1 085	2.
6 393	549	9 552	3 361	4 589	51	308	8 181	35	486	3 597	20 608	1 775	104	7 818	9 697	2 253	9 963	877	55 412	267	66 519	1 287	348	1 635	3.
7 745	374	10 314	2 473	5 857	68	784	3 908	40	858	2 387	16 375	406	30	1 890	2 326	554	5 882	557	43 389	98	49 926	858	557	1 415	4.
5 036	263	7 418	3 164	6 804	67	582	4 812	53	866	3 700	20 048	1 155	68	4 894	6 117	494	9 654	712	49 773	225	60 364	684	162	846	5.
2 901	352	4 870	2 025	6 404	83	575	6 349	45	1 099	2 309	18 889	793	64	4 816	5 673	4 300	3 077	586	68 791	173	72 627	1 324	304	1 628	6.
4 132	481	6 771	2 197	7 069	52	877	3 472	32	1 035	2 445	17 179	1 489	64	4 991	6 544	2 310	10 302	871	64 308	92	75 573	1 284	335	1 619	7.
2 079	73	3 100	604	2 560	27	193	2 748	8	309	634	7 083	670	19	3 434	4 123	1 729	3 143	277	27 293	31	30 744	796	143	939	8.

Kreise (* = Stadtkreise)	Viehhaltende Haushaltungen	1. Pferde (ohne Militärpferde): Unter 1 Jahr alte Fohlen	1 bis noch nicht 2 Jahre alte Pferde	2 bis noch nicht 3 Jahre alte Pferde	3 bis noch nicht 5 Jahre alte: Zuchthengste	3 bis noch nicht 5 Jahre alte: alle anderen 3 bis noch nicht 5 Jahre alten Pferde	5 Jahre alte und ältere: Zuchthengste	5 Jahre alte und ältere: alle anderen 5 Jahre alten und älteren Pferde	überhaupt	2. Maultiere und Maulesel	3. Esel	4. Rindvieh: Kälber: unter 6 Wochen alt	Kälber: 6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alt	Jungvieh: 3 Monate bis noch nicht 1 Jahr alt	Jungvieh: 1 bis noch nicht 2 Jahre alt	2 Jahre altes und älteres Rindvieh: Bullen, Stiere und Ochsen	Milchkühe	die übrigen Kühe, auch Färsen, Kalbinnen	überhaupt	5. …: Unter 1 Jahr alte Schafe und Schafböcke einschl. Lämmer	1 … und … Schafböcke
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Noch: 28. Reg.-Bez. Cassel.																					
9 Grafschaft Schaumburg	9 604	284	286	265	4	447	2	2 611	3 899	—	7	364	736	1 915	1 890	338	8 483	308	14 034	622	49
10. *Hanau	1 819	5	2	5	—	36	—	288	336	2	2	4	2	19	21	9	104	2	161	3	1
11. Hanau	8 589	125	109	134	6	289	4	2 004	2 671	2	1	291	518	1 387	1 377	198	6 649	544	10 964	921	18
12. Herrschaft Schmalkalden	7 121	11	6	12	—	21	—	486	536	—	1	114	214	763	933	353	4 387	319	7 083	207	7
13. Hersfeld	6 141	225	211	180	7	254	5	1 401	2 283	4	—	483	1 033	2 449	2 642	552	7 657	743	15 559	1 216	29
14. Hofgeismar	7 438	262	314	157	2	219	2	2 563	3 519	1	2	443	812	2 078	2 296	685	8 220	509	15 043	3 227	70
15. Homberg	4 080	178	201	152	6	197	5	1 663	2 402	6	—	449	806	1 791	1 983	548	5 355	647	11 579	2 074	31
16. Hünfeld	3 933	245	194	147	3	285	5	1 454	2 333	2	5	405	909	2 355	2 403	649	6 780	911	14 412	1 255	13
17. Kirchhain	4 237	185	149	113	3	222	1	1 385	2 058	3	3	406	852	1 946	2 080	405	6 295	743	12 727	2 619	49
18. Marburg	7 671	365	311	213	2	315	3	2 676	3 885	4	5	676	1 714	3 529	3 967	534	10 416	1 366	22 202	4 013	60
19. Melsungen	5 406	152	173	135	4	174	—	1 614	2 252	4	1	424	855	1 566	1 755	941	6 019	468	12 028	1 640	41
20. Rotenburg i. Hess.-Nass.	6 250	178	225	193	3	251	2	1 739	2 591	2	—	522	941	1 959	2 182	589	7 117	802	14 112	2 075	59
21. Schlüchtern	5 111	92	96	70	1	116	1	1 290	1 666	3	5	399	742	1 981	2 213	354	6 891	1 242	13 822	2 522	29
22. Witzenhausen	6 147	87	122	71	8	141	4	1 213	1 646	21	1	186	356	945	1 252	558	4 649	274	8 220	2 127	69
23. Wolfhagen	4 931	173	253	148	3	216	3	1 961	2 757	3	1	353	552	1 505	1 562	500	6 160	381	11 013	2 947	52
24. Ziegenhain	6 775	364	319	262	14	333	6	2 293	3 591	2	1	765	1 350	3 068	3 550	680	9 668	934	20 015	2 135	34
29. Reg.-Bez. Wiesbaden.																					
1. Biedenkopf	9 265	79	66	27	2	119	2	1 368	1 663	—	—	530	1 262	3 263	3 353	392	14 621	881	24 302	2 112	29
2. Dillkreis	8 902	26	28	41	66	74	95	753	1 083	—	5	171	323	1 460	1 962	154	11 410	783	16 263	1 518	22
3. *Frankfurt a./M.	9 959	51	56	28	—	163	5	3 590	3 893	25	2	26	33	118	140	171	1 115	482	2 085	180	18
4. Höchst	7 865	75	41	58	1	100	3	1 579	1 857	81	2	66	88	310	354	86	2 593	81	3 578	181	9
5. Limburg	8 839	100	106	103	1	251	13	1 643	2 217	—	3	519	894	2 103	2 431	229	8 385	838	15 399	700	15
6. Oberlahnkreis	7 377	98	85	48	2	95	5	1 433	1 766	4	1	412	913	1 985	2 227	183	8 314	1 127	15 161	886	31
7. Obertaunuskreis	6 550	27	23	27	3	96	1	1 374	1 551	29	8	78	113	364	537	78	3 146	220	4 536	541	16
8. Oberwesterwaldkreis	5 133	28	22	23	2	53	1	456	585	—	2	242	502	1 805	1 990	257	9 854	1 002	15 652	228	11
9. Rheingaukreis	4 970	7	5	17	1	64	1	560	655	1	10	36	68	239	298	460	2 180	139	3 420	90	6
10. Sankt Goarshausen	5 724	53	47	61	2	120	5	1 332	1 620	2	4	373	736	1 741	1 918	617	7 344	615	13 344	931	32
11. Unterlahnkreis	7 194	59	70	92	1	297	—	1 200	1 719	6	11	453	762	1 956	2 173	486	8 218	924	14 972	1 093	25
12. Untertaunuskreis	6 573	85	57	132	1	357	3	1 693	2 328	2	1	372	759	2 108	2 040	416	9 031	652	15 378	1 508	44
13. Unterwesterwaldkreis	7 810	26	28	45	3	89	—	567	758	4	1	232	457	1 504	1 837	248	8 487	628	13 393	257	10
14. Usingen	4 341	75	56	36	4	74	—	984	1 229	2	3	211	399	1 192	1 120	110	6 801	512	10 345	1 444	12
15. Westerburg	5 875	23	14	12	—	34	—	472	555	1	—	274	642	2 017	2 630	186	9 825	1 376	16 950	550	4
16. *Wiesbaden	1 938	6	2	5	—	27	—	704	744	14	1	5	10	13	20	16	190	9	263	44	3
17. Wiesbaden	7 721	150	90	87	6	199	5	2 222	2 759	7	4	134	274	833	842	151	5 359	238	7 831	226	5
30. Reg.-Bez. Coblenz.																					
1. Adenau	4 475	37	39	39	3	102	1	462	683	26	6	230	673	1 911	2 205	2 690	7 467	754	15 930	722	26
2. Ahrweiler	6 944	72	60	45	2	147	1	1 004	1 331	47	36	157	384	1 057	1 216	1 349	5 769	242	10 174	428	48
3. Altenkirchen	12 100	106	97	156	3	179	—	907	1 448	3	2	447	941	2 523	2 656	1 567	13 808	1 015	22 957	200	39
4. *Coblenz	1 237	2	3	4	—	12	1	413	435	9	1	1	5	15	20	25	308	1	375	9	1
5. Coblenz	7 159	50	40	40	—	223	2	1 541	1 896	18	10	69	102	320	546	579	4 026	327	5 969	168	23
6. Cochem	6 882	52	34	53	2	90	1	966	1 198	6	4	162	401	1 233	1 608	1 919	7 999	689	14 011	518	30
7. Kreuznach	10 749	34	151	369	—	337	6	1 035	1 932	32	4	451	924	2 200	2 288	1 669	10 552	725	18 809	192	7
8. Mayen	10 325	234	170	172	6	292	8	3 885	4 767	36	6	305	810	1 574	1 771	1 240	9 185	1 039	15 924	1 282	105
9. Meisenheim	2 445	22	70	231	—	113	1	184	621	—	1	349	718	1 364	1 377	526	4 212	260	8 806	137	3
10. Neuwied	12 949	80	63	75	3	137	4	1 413	1 775	33	19	482	896	2 505	2 363	1 696	13 947	816	22 705	542	130
11. Sankt Goar	6 560	15	10	16	—	32	—	335	408	13	20	190	367	1 204	2 099	2 317	7 332	621	14 130	204	13
12. Simmern	6 411	52	55	152	—	174	1	686	1 120	4	—	870	1 591	4 076	4 904	3 275	12 463	1 375	28 554	659	20
13. Wetzlar	10 331	62	63	39	2	114	—	1 472	1 752	12	—	480	1 237	3 229	3 640	562	13 642	1 615	24 405	2 164	44
14. Zell	5 623	12	9	13	—	31	—	291	356	8	3	304	492	1 475	1 591	410	7 170	615	12 057	548	9
31. Reg.-Bez. Düsseldorf.																					
1. *Barmen	4 428	42	24	19	—	93	1	1 667	1 846	13	4	25	39	107	158	21	939	69	1 358	175	16
2. Cleve	9 210	1 118	557	439	22	723	21	3 342	6 222	17	9	534	1 063	6 687	6 893	701	16 735	1 652	34 265	561	75
3. *Crefeld	4 739	54	40	21	3	65	4	1 020	1 207	30	3	15	17	131	101	29	685	91	1 069	137	12
4. Crefeld	4 953	324	227	182	4	332	7	1 397	2 473	11	2	104	192	641	836	218	2 813	316	5 120	72	22
5. Dinslaken	6 872	219	168	151	5	216	7	1 055	1 821	3	—	90	277	1 344	1 162	61	4 356	238	7 528	568	36
6. *Düsseldorf	12 035	55	50	58	—	188	1	2 813	3 165	42	13	16	19	47	74	30	1 133	44	1 363	304	14
7. Düsseldorf	10 519	441	314	292	14	477	18	2 001	3 557	13	13	106	189	585	848	155	4 251	430	6 564	821	57
8. *Duisburg	9 816	23	18	18	—	65	—	1 781	1 905	20	5	9	13	22	30	14	417	53	558	487	25
9. *Elberfeld	3 220	18	27	9	—	45	—	1 191	1 290	9	5	5	6	49	64	113	584	85	906	113	17
10. *Essen	19 407	52	54	26	2	171	4	3 234	3 543	22	10	6	19	88	107	118	1 003	58	1 399	387	32
11. Essen	14 307	156	108	93	5	190	6	1 462	2 020	5	5	18	43	183	277	47	1 394	107	2 069	525	43
12. Geldern	9 199	1 067	802	629	18	924	26	3 457	6 923	15	3	631	1 098	4 316	5 040	1 178	14 948	1 355	28 566	690	101
13. Gladbach	8 192	243	172	123	10	233	4	1 509	2 294	19	7	114	186	646	758	382	3 219	265	5 570	332	31
14. Grevenbroich	7 976	372	289	205	46	393	111	2 356	3 772	73	13	211	388	1 116	1 293	660	5 019	422	9 109	694	73
15. *Hamborn	8 081	13	11	41	—	53	—	799	917	4	2	3	3	32	40	22	220	25	345	252	25
16. Kempen i./Rheinprovinz	12 373	692	540	401	32	715	11	3 301	5 692	35	13	310	585	1 997	2 486	1 103	10 390	712	17 583	475	89
17. Lennep	7 424	288	213	205	1	308	6	1 194	2 215	4	13	142	201	982	1 274	102	8 198	150	11 049	356	35
18. Mettmann	9 757	263	241	304	8	502	14	1 711	3 043	14	19	87	157	775	957	142	4 406	250	6 774	629	127

am 1. Dezember 1922.

Schafe: 1 Jahr alte und ältere: Mutterschafe (Zibben)	Schafe: Hammel (Schöpse)	Schafe: überhaupt	6. Schweine: Unter ½ Jahr alte Schweine: Unter 8 Wochen alte Ferkel	6. Schweine: Unter ½ Jahr alte Schweine: 8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	6. Schweine: ½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchteber	6. Schweine: ½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchtsauen	6. Schweine: ½ bis noch nicht 1 Jahr alte: übrige Schweine	6. Schweine: 1 Jahr alte und ältere: Zuchteber	6. Schweine: 1 Jahr alte und ältere: Zuchtsauen	6. Schweine: 1 Jahr alte und ältere: übrige Schweine	6. Schweine: überhaupt	7. Ziegen: Unter 1 Jahr alte Ziegen und Ziegenböcke einschl. Lämmer	7. Ziegen: 1 Jahr alte und ältere: Ziegenböcke	7. Ziegen: 1 Jahr alte und ältere: Ziegen (Geißen)	7. Ziegen: überhaupt	8. Zahme Kaninchen	9. Federvieh: Gänse (Gänseriche, Gänse und Gänseküken)	9. Federvieh: Enten (Enteriche, Enten und Entenküken)	9. Federvieh: Hühner (Hähne, Hühner und Küken)	9. Federvieh: Trut- u. Perlhühner (Hähne, Hühner und Küken)	9. Federvieh: überhaupt	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): mit beweglichen Waben	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): mit unbeweglichen Waben	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): überhaupt	Wiederholung der Spalte 1
23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	
																									28.
1 991	65	2 727	5 983	9 072	74	611	8 772	59	1 586	5 081	31 238	1 122	61	8 712	9 895	948	2 668	737	69 142	190	72 737	752	570	1 322	9.
7	80	91	120	166	1	9	223	1	3	75	598	129	14	597	740	2 654	535	384	11 634	36	12 589	350	7	357	10.
1 480	326	2 745	2 222	5 212	60	409	4 898	38	950	2 232	16 021	2 060	100	7 141	9 301	5 915	10 503	1 272	61 267	67	73 109	995	179	1 174	11.
394	37	645	761	1 766	11	23	3 615	4	27	1 447	7 654	1 004	55	7 410	8 469	1 830	3 489	748	36 602	91	40 930	608	113	721	12.
2 731	130	4 106	3 446	4 666	31	262	5 834	18	356	2 893	17 506	994	51	4 470	5 515	2 336	7 446	670	51 343	204	59 663	1 102	475	1 577	13.
6 850	456	10 603	4 879	9 121	71	746	6 131	61	1 746	5 510	28 265	1 242	61	4 788	6 091	1 219	12 916	1 869	60 107	237	75 129	1 109	238	1 347	14.
4 540	296	6 941	2 644	4 510	64	350	4 028	41	768	2 401	14 806	968	29	3 994	4 991	590	5 895	519	39 044	162	45 620	805	195	1 000	15.
2 709	190	4 167	1 608	3 190	28	240	4 969	19	509	1 519	12 082	521	35	3 222	3 778	1 782	4 022	427	40 795	118	45 362	993	218	1 211	16.
6 978	298	9 944	2 158	4 817	32	343	3 542	26	573	1 437	12 928	506	22	2 392	2 920	436	5 331	670	42 327	59	48 387	578	223	801	17.
9 500	572	14 145	4 053	8 177	85	735	4 470	61	1 382	2 938	21 901	1 186	59	4 676	5 921	2 888	9 732	773	79 922	137	90 564	1 837	394	2 231	18.
4 278	230	6 189	3 127	5 135	86	364	5 101	54	787	3 626	18 280	1 062	56	4 831	5 949	609	9 669	712	43 184	160	53 725	848	183	1 031	19.
4 514	723	7 371	3 646	6 131	50	377	5 254	38	560	4 843	20 899	1 251	82	5 981	7 314	1 281	11 106	579	49 394	188	61 267	1 139	500	1 639	20.
4 935	432	7 918	1 626	4 510	28	510	3 243	16	797	2 066	12 796	1 159	38	4 029	5 226	1 961	7 658	805	43 768	126	52 357	986	343	1 329	21.
4 533	751	7 480	1 605	3 684	39	200	6 286	42	425	2 426	14 707	1 196	81	6 259	7 536	691	9 263	753	37 532	246	47 794	874	289	1 163	22.
7 004	413	10 416	3 028	6 199	63	497	5 261	41	908	3 460	19 457	1 113	47	4 260	5 420	397	11 369	707	48 034	124	60 234	813	213	1 026	23.
4 224	553	6 946	2 702	6 557	44	297	7 510	28	573	2 158	19 869	1 479	42	5 226	6 747	747	11 421	717	66 148	180	78 466	1 321	591	1 912	24.
																									29.
6 757	159	9 057	2 404	9 486	69	885	5 100	34	814	1 742	20 534	800	52	3 988	4 840	725	1 432	560	80 624	61	82 677	1 357	400	1 757	1.
6 429	212	8 181	643	5 057	19	67	5 643	2	66	765	12 262	727	46	4 031	4 804	800	383	1 032	64 287	71	65 773	1 211	381	1 592	2.
321	419	938	528	1 563	9	84	1 968	9	134	584	4 879	988	67	4 930	5 985	16 728	3 189	1 917	68 631	205	73 942	479	26	505	3.
518	470	1 178	577	2 471	20	101	2 896	17	144	704	6 930	868	65	4 301	5 234	7 165	5 167	2 018	64 095	109	71 389	674	109	783	4.
1 183	304	2 202	2 049	8 617	61	544	4 110	37	817	1 209	17 444	1 530	56	7 858	9 444	670	1 255	769	74 616	119	76 759	1 074	178	1 252	5.
2 025	318	3 260	1 317	6 121	27	360	4 866	28	491	1 474	14 684	1 051	70	6 591	7 712	609	958	805	59 674	18	61 455	1 030	142	1 172	6.
1 602	210	2 369	556	1 996	16	86	2 976	8	96	729	6 463	841	83	5 618	6 542	3 392	2 487	1 098	52 015	162	55 762	1 055	152	1 207	7.
636	47	922	430	4 677	15	203	2 866	5	148	627	8 971	263	8	976	1 247	160	181	258	40 792	19	41 250	621	211	832	8.
147	109	352	354	1 616	6	61	1 713	6	49	349	4 154	652	62	3 472	4 186	1 140	510	469	27 814	77	28 870	570	74	644	9.
2 073	1 023	4 059	899	5 375	24	751	2 741	24	400	900	11 114	654	36	3 750	4 440	895	628	371	46 032	54	47 085	1 166	383	1 549	10.
2 359	566	4 043	1 877	6 819	55	728	3 873	27	796	1 243	15 418	1 141	76	6 843	8 060	1 183	455	559	59 670	133	60 817	1 341	342	1 683	11.
3 356	913	5 821	2 120	7 063	73	683	2 903	40	691	1 177	14 750	1 032	82	5 278	6 392	1 178	655	541	57 108	68	58 372	1 576	508	2 084	12.
1 276	186	1 729	524	4 532	16	102	4 185	4	112	613	10 088	986	59	5 400	6 445	383	320	277	52 742	52	53 391	720	218	938	13.
2 945	376	4 777	1 590	4 799	25	327	2 656	21	672	721	10 811	494	39	2 664	3 197	656	1 271	323	40 235	47	41 876	794	151	945	14.
857	257	1 668	515	4 269	11	172	3 858	5	91	419	9 340	384	21	2 472	2 877	164	219	181	43 907	15	44 322	677	170	847	15.
143	12	202	138	337	1	15	253	—	27	136	907	170	17	1 204	1 391	2 619	249	258	14 642	18	15 167	257	45	302	16.
311	127	669	1 297	3 758	28	280	4 510	21	404	1 196	11 494	1 004	87	5 497	6 588	4 649	3 908	1 364	58 512	130	63 914	556	113	669	17.
																									30.
2 882	145	3 775	581	3 106	13	217	1 863	4	239	555	6 578	471	42	1 978	2 491	183	172	116	38 219	28	38 535	522	734	1 256	1.
1 802	194	2 472	477	3 855	22	120	2 821	9	130	435	7 869	899	69	5 111	6 079	1 032	536	533	47 388	83	48 540	938	212	1 150	2.
478	65	782	1 077	6 399	32	584	5 020	34	468	762	14 376	1 586	51	9 377	11 014	1 068	766	540	89 921	200	91 427	1 931	538	2 469	3.
48	30	88	19	524	5	13	414	—	7	66	1 048	64	5	366	435	669	110	138	9 877	19	10 144	101	3	104	4.
514	99	804	377	3 414	11	71	3 227	9	125	1 119	8 353	678	60	4 095	4 833	1 135	568	612	45 443	192	46 815	601	95	696	5.
1 922	198	2 668	1 068	4 523	28	259	2 174	20	718	533	9 323	509	62	2 345	2 916	218	142	167	35 781	22	36 112	766	287	1 053	6.
189	131	519	1 139	6 019	11	183	4 113	8	155	982	12 610	1 257	64	6 943	8 264	1 421	1 987	2 123	82 486	109	86 705	1 343	505	1 848	7.
2 108	828	4 323	1 615	8 428	53	499	3 377	22	601	954	15 549	1 331	47	5 611	6 989	1 693	799	552	79 615	441	81 407	2 195	422	2 617	8.
132	56	328	386	2 481	12	97	915	2	35	315	4 243	242	18	1 359	1 619	134	961	1 051	21 067	32	23 111	436	101	537	9.
1 499	96	2 267	739	6 745	21	354	7 186	13	177	807	16 042	1 788	74	9 563	11 425	1 769	882	990	99 117	190	101 179	1 916	560	2 476	10.
315	212	744	375	4 107	8	72	2 530	3	47	354	7 496	725	39	4 362	5 126	218	146	254	38 234	47	38 681	1 033	773	1 806	11.
974	796	2 449	1 347	9 158	29	151	2 892	17	253	860	14 707	538	33	2 734	3 305	484	322	462	57 244	20	58 048	1 657	1 210	2 867	12.
5 841	292	8 341	2 125	10 254	40	304	7 033	21	510	3 687	23 974	1 035	68	6 192	7 295	2 406	6 346	1 167	93 758	121	101 392	1 081	318	1 399	13.
638	515	1 710	360	4 761	7	42	2 833	4	89	403	8 499	344	21	1 641	2 006	167	96	204	29 790	16	30 106	697	466	1 163	14.
																									31.
305	23	519	82	467	6	18	479	1	13	63	1 129	198	30	852	1 080	3 744	549	342	26 946	149	27 986	135	16	151	1.
1 070	45	1 751	4 252	9 987	181	1 833	7 461	96	1 235	4 395	29 440	778	70	3 171	4 019	1 042	3 080	2 408	102 226	251	107 965	1 832	591	2 423	2.
256	119	524	200	1 728	5	40	548	4	71	258	2 854	471	27	1 349	1 847	1 537	2 285	643	36 271	59	39 258	251	68	319	3.
462	14	570	1 034	3 187	36	275	1 617	38	344	846	7 377	714	54	2 289	3 057	968	4 452	1 004	43 113	147	48 716	459	179	638	4.
1 282	34	1 920	1 815	4 786	43	569	3 110	31	787	991	12 132	501	42	1 288	1 831	955	2 101	650	57 563	85	60 399	525	246	771	5.
537	604	1 459	621	2 820	9	22	2 814	4	63	605	6 958	850	50	2 944	3 844	5 882	2 795	2 036	91 225	171	96 227	316	91	407	6.
1 613	162	2 653	1 269	3 864	54	255	3 307	46	283	1 251	10 329	1 318	102	5 544	6 964	3 349	3 857	2 772	91 289	601	98 519	946	92	1 038	7.
549	38	1 099	241	2 947	3	40	2 045	4	19	534	5 833	358	16	1 616	1 990	2 387	3 043	1 340	77 716	210	82 309	73	15	88	8.
188	268	586	65	556	2	9	301	1	25	71	1 030	118	14	611	743	2 570	481	423	21 699	50	22 653	107	30	137	9.
1 812	319	2 550	825	4 259	19	61	3 468	9	145	932	9 718	717	50	3 505	4 272	5 690	2 975	2 093	127 153	211	132 432	113	—	113	10.
1 481	445	2 494	873	3 873	22	143	3 201	9	129	1 084	9 334	803	63	2 933	3 799	2 734	1 978	1 656	85 316	184	89 134	210	34	244	11.
1 046	46	1 883	5 622	14 227	212	1 547	9 650	109	1 539	2 563	35 469	935	115	4 155	5 205	1 464	4 546	2 525	103 636	133	110 840	1 498	562	2 060	12.
564	65	992	792	2 841	25	143	1 664	25	160	624	6 274	1 393	81	5 360	6 834	2 533	3 328	1 315	55 394	117	60 154	475	322	797	13.
1 591	782	3 140	1 711	4 977	61	359	3 540	37	318	1 564	12 567	1 509	95	6 063	7 667	2 379	3 603	2 069	67 513	369	73 554	628	286	914	14.
403	29	709	548	3 435	22	37	2 024	8	26	354	6 454	243	32	571	846	1 247	3 049	715	39 972	166	43 902	—	—	—	15.
943	83	1 590	3 103	11 875	82	638	5 448	60	766	1 460	23 432	1 604	120	5 149	6 873	3 203	7 828	1 819	91 462	220	101 329	666	341	1 007	16.
902	22	1 315	111	1 068	8	50	1 618	3	41	200	3 099	368	30	2 211	2 609	5 671	1 156	752	47 001	243	49 152	513	262	775	17.
1 433	275	2 464	849	2 343	37	199	2 669	24	219	799	7 139	830	77	4 513	5 420	5 594	2 726	2 732	73 264	334	79 056	592	147	739	18.

Kreise (* = Stadtkreise) (** = Oberämter)	Viehhaltende Haushaltungen	1. Pferde (ohne Militärpferde): Unter 1 Jahr alte Fohlen	1 bis noch nicht 2 Jahre alte Pferde	2 bis noch nicht 3 Jahre alte Pferde	3 bis noch nicht 5 Jahre alte: Zuchthengste	3 bis noch nicht 5 Jahre alte: alle anderen 3 bis noch nicht 5 Jahre alten Pferde	5 Jahre alte und ältere: Zuchthengste	5 Jahre alte und ältere: alle anderen 5 Jahre alten und älteren Pferde	Pferde überhaupt	2. Maultiere und Maulesel	3. Esel	4. Rindvieh: Kälber: unter 6 Wochen alt	Kälber: 6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alt	Jungvieh: 3 Monate bis noch nicht 1 Jahr alt	Jungvieh: 1 bis noch nicht 2 Jahre alt	2 Jahre altes und älteres Rindvieh: Bullen, Stiere und Ochsen	Milchkühe	die übrigen Kühe, auch Färsen, Kalbinnen	Rindvieh überhaupt	5. Unter 1 Jahr alte Schafe und Schafböcke einschl. Lämmer	Schafböcke
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Noch: 31. Reg.-Bez. Düsseldorf.																					
19. Mörs	20 068	1 106	722	581	28	766	42	4 735	7 980	22	5	473	904	5 211	5 749	683	16 221	1 511	30 752	771	99
20. *Mülheim a./d. Ruhr	9 846	80	58	64	2	89	2	1 222	1 517	9	5	12	34	117	183	26	959	75	1 406	261	29
21. *München Gladbach	5 579	133	108	61	7	119	2	1 256	1 686	12	7	71	118	306	353	202	1 551	55	2 656	54	21
22. *Neuß	2 169	30	25	26	3	33	1	481	599	4	1	14	17	79	81	51	383	19	644	58	8
23. Neuß	5 906	305	248	154	14	342	16	2 198	3 277	30	8	185	299	879	852	577	4 657	270	7 719	124	33
24. *Oberhausen	6 685	8	1	8	—	27	—	748	792	3	—	2	4	11	7	2	100	3	129	86	5
25. Rees	8 397	829	514	404	16	658	16	2 799	5 236	2	5	597	892	6 310	6 000	419	16 495	897	31 610	716	46
26. *Remscheid	2 897	8	8	20	—	74	2	410	522	1	2	3	14	41	51	12	448	16	585	78	8
27. *Rheydt	2 590	10	19	5	—	7	—	360	401	12	—	5	13	17	18	11	156	6	226	8	2
28. *Solingen	2 082	27	8	14	—	36	—	343	428	1	1	10	10	65	77	13	519	32	726	62	3
29. Solingen	16 616	279	231	174	8	388	8	2 009	3 097	16	13	100	246	901	1 000	188	5 038	360	7 833	432	49
30. *Sterkrade	5 346	19	14	23	—	52	1	382	491	2	—	7	20	76	94	18	625	25	865	362	19
32. Reg.-Bez. Köln.																					
1. Bergheim	9 319	374	313	229	30	417	26	2 911	4 300	39	29	320	557	1 421	1 631	1 050	6 382	627	11 988	1 081	36
2. *Bonn	3 160	2	4	4	1	12	—	783	806	22	17	11	16	29	16	40	467	28	607	85	18
3. Bonn	8 816	106	96	135	6	220	6	2 155	2 724	77	273	170	276	699	745	433	5 000	223	7 546	273	10
4. Euskirchen	7 043	308	274	214	20	371	19	2 417	3 623	113	25	400	756	1 777	1 865	1 559	7 037	381	13 775	615	23
5. Gummersbach	8 053	123	72	68	1	93	1	636	994	10	4	234	355	1 296	1 067	435	6 680	143	10 210	372	21
6. *Köln	18 704	165	185	158	10	383	15	5 081	5 997	82	22	207	161	279	389	319	2 881	922	5 158	1 111	37
7. Köln	9 454	276	228	166	21	402	10	2 575	3 678	22	70	136	236	617	919	254	5 408	193	7 763	276	43
8. Mülheim a. Rhein	8 309	204	187	174	5	268	9	999	1 846	37	22	116	272	963	829	329	4 970	269	7 748	102	29
9. Rheinbach	5 618	190	175	111	13	289	9	1 632	2 419	87	49	386	857	1 769	1 828	1 956	7 008	566	14 370	291	20
10. Siegkreis	17 841	490	486	475	15	646	11	2 762	4 885	46	70	510	1 200	3 237	3 018	1 334	16 399	939	26 637	204	55
11. Waldbröl	5 005	73	53	76	1	79	—	386	668	1	2	177	421	1 290	1 166	686	6 585	105	10 430	142	31
12. Wipperfürth	4 179	362	286	208	3	282	1	862	2 004	4	3	129	269	1 651	1 413	320	7 880	235	11 897	98	20
33. Reg.-Bez. Trier (ohne das Saargebiet).																					
1. Bernkastel	8 239	13	66	162	—	170	—	696	1 107	10	5	446	752	2 403	2 788	580	13 225	716	20 910	757	52
2. Bitburg	7 517	218	253	383	10	756	6	1 680	3 306	74	27	1 211	2 406	4 851	4 954	1 652	16 338	1 550	32 962	474	44
3. Daun	5 707	78	45	59	3	129	3	627	944	36	8	421	1 167	2 759	2 772	2 061	10 854	991	21 025	422	45
4. Merzig-Wadern (Rest)	3 716	48	30	57	1	83	2	418	639	6	—	163	299	793	898	94	5 199	170	7 616	42	14
5. Prüm	6 093	130	106	177	5	279	1	932	1 630	26	7	591	1 591	3 699	4 654	3 649	12 755	1 267	28 206	993	59
6. Saarburg	5 713	396	392	345	11	525	3	1 535	3 207	2	3	238	604	1 397	2 139	144	8 742	1 064	14 328	28	13
7. Sankt Wendel - Baumholder (Rest)	5 037	86	148	302	—	271	1	526	1 334	1	—	607	1 210	2 620	2 576	326	9 297	527	17 163	655	7
8. *Trier	2 007	2	8	11	—	33	1	390	445	35	4	45	24	28	70	28	561	20	776	111	6
9. Trier	14 409	138	143	192	8	443	7	1 973	2 904	46	5	517	1 427	3 414	4 411	688	19 866	1 050	31 373	452	25
10. Wittlich	7 260	93	70	80	2	132	3	1 043	1 423	38	4	571	1 363	3 000	2 988	377	11 918	714	20 931	321	33
34. Reg.-Bez. Aachen																					
1. *Aachen	2 816	39	42	46	—	129	—	965	1 221	15	18	10	38	511	507	48	1 660	213	2 987	83	14
2. Aachen	13 435	405	404	334	20	458	14	1 970	3 605	18	17	127	524	2 825	2 959	295	9 069	913	16 712	836	76
3. Düren	12 544	415	389	348	49	579	33	3 262	5 075	220	36	424	817	2 370	2 592	1 725	10 714	756	19 398	874	48
4. Erkelenz	6 621	353	349	323	21	576	11	1 786	3 419	12	4	285	412	1 376	1 694	904	5 772	354	10 797	352	41
5. Geilenkirchen	4 892	260	296	285	9	390	6	1 113	2 359	3	6	201	463	1 510	1 625	540	5 169	355	9 863	482	47
6. Heinsberg	7 000	159	255	316	11	402	7	1 050	2 200	5	4	371	547	1 660	1 787	817	7 634	451	13 267	616	145
7. Jülich	7 124	367	327	294	20	613	26	2 333	3 980	18	17	345	653	1 889	2 083	905	6 957	835	13 667	596	62
8. Monschau	3 230	62	112	99	—	101	—	262	636	2	8	173	258	1 911	1 324	697	6 524	235	11 122	81	41
9. Schleiden	7 966	176	148	137	4	258	6	926	1 655	83	11	521	1 295	3 157	3 505	3 245	12 395	1 006	25 124	591	23
35. Reg.-Bez. Sigmaringen.																					
1. **Gammertingen	2 469	110	83	72	—	225	4	1 120	1 614	2	—	365	701	1 516	1 352	680	4 544	658	9 816	72	9
2. **Haigerloch	2 356	9	12	18	—	27	—	356	422	—	—	252	387	1 283	1 058	341	3 615	554	7 490	310	7
3. **Hechingen	4 184	24	35	27	1	56	—	414	557	—	—	399	802	1 619	968	363	5 639	368	10 158	635	10
4. **Sigmaringen	3 550	176	142	139	14	209	4	1 727	2 411	2	1	1 032	1 412	2 984	2 541	890	8 186	1 187	18 232	582	39
Außerdem:																					
Waldeck.																					
1. Kreis der Twiste	2 901	211	223	115	8	162	5	1 499	2 223	2	1	339	549	1 473	1 511	368	4 911	288	9 439	1 455	31
2. „ des Eisenberges	3 414	296	279	152	9	246	4	1 711	2 697	1	2	362	722	1 934	1 982	352	6 928	325	12 605	2 125	59
3. „ der Eder	3 059	160	150	111	5	153	3	1 328	1 910	1	1	303	575	1 321	1 213	396	4 100	361	8 269	1 595	33

am 1. Dezember 1922.

Wiederholung der Spalte 1	Schafe: Jahr alte ältere: Mutterschafe (Zibben)	Schafe: Jahr alte ältere: Hammel (Schöpse)	Schafe: überhaupt	6. Schweine: Unter ½ Jahr alte Schweine: Unter 8 Wochen alte Ferkel	6. Schweine: Unter ½ Jahr alte Schweine: 8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	6. Schweine: ½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchteber	6. Schweine: ½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchtsauen	6. Schweine: ½ bis noch nicht 1 Jahr alte: übrige Schweine	6. Schweine: 1 Jahr alte und ältere: Zuchteber	6. Schweine: 1 Jahr alte und ältere: Zuchtsauen	6. Schweine: 1 Jahr alte und ältere: übrige Schweine	6. Schweine: überhaupt
	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34
31.												
19.	1 298	60	2 228	6 382	15 932	228	1 512	11 460	140	1 747	4 570	41 971
20.	770	79	1 139	431	2 009	18	42	1 982	7	78	503	5 070
21.	311	24	410	328	1 854	14	83	717	14	44	203	3 257
22.	283	678	1 027	142	1 084	8	52	443	3	36	87	1 855
23.	1 438	1 175	2 770	1 543	4 766	71	340	2 700	29	300	989	10 738
24.	530	17	638	227	1 894	1	8	1 426	—	5	352	3 913
25.	978	30	1 770	2 738	8 230	107	1 704	7 305	39	761	2 071	22 955
26.	231	8	325	19	126	1	3	262	1	—	18	430
27.	17	3	30	45	248	—	4	296	3	7	71	674
28.	139	16	220	22	186	2	20	294	4	14	54	596
29.	1 139	125	1 745	690	2 480	45	177	4 725	26	230	851	9 224
30.	991	30	1 402	298	2 147	3	43	1 736	4	46	276	4 553
32.												
1.	1 241	80	2 438	1 767	6 273	63	390	3 136	52	405	1 233	13 319
2.	121	4	228	103	1 269	5	14	713	4	15	127	2 250
3.	390	13	686	979	3 311	35	163	3 266	29	217	608	8 608
4.	744	866	2 248	1 755	5 734	66	324	2 681	46	378	716	11 700
5.	492	193	1 078	72	963	9	54	2 796	1	40	244	4 179
6.	1 720	1 278	4 146	1 249	5 170	46	237	3 388	29	318	1 544	11 981
7.	2 275	685	3 279	1 133	4 569	43	198	2 556	39	258	935	9 731
8.	234	12	377	322	1 534	26	148	2 339	13	126	544	5 052
9.	745	213	1 269	871	4 310	25	202	2 330	27	241	454	8 460
10.	617	46	922	753	6 340	60	485	6 681	34	308	1 046	15 707
11.	535	25	733	170	1 333	8	124	2 862	5	81	141	4 724
12.	410	89	617	54	715	6	89	2 260	5	46	253	3 428
33.												
1.	2 162	718	3 689	1 133	8 401	15	136	4 220	6	288	689	14 888
2.	1 205	128	1 851	4 222	7 964	76	863	5 193	47	1 606	1 803	21 774
3.	1 812	108	2 387	1 166	4 294	17	277	2 132	16	639	601	9 142
4.	207	17	280	1 239	3 751	16	226	1 202	19	425	650	7 528
5.	2 139	307	3 498	1 254	4 910	40	598	2 466	16	738	765	10 787
6.	104	22	167	3 469	5 133	36	607	3 675	37	2 233	2 441	17 631
7.	1 952	28	2 642	1 320	5 668	9	191	1 961	8	258	587	10 002
8.	380	40	537	163	1 012	10	48	662	5	43	235	2 178
9.	999	188	1 664	3 460	9 684	79	564	6 819	36	1 598	2 285	24 525
10.	739	110	1 203	2 911	6 904	26	402	3 989	23	1 133	1 707	17 095
34.												
1.	208	72	377	93	711	7	48	481	—	14	148	1 502
2.	2 076	69	3 057	1 100	4 415	47	321	2 480	23	270	853	9 509
3.	1 576	335	2 833	2 335	7 343	87	575	4 068	65	510	1 070	16 053
4.	517	538	1 448	1 346	5 882	28	266	2 175	22	218	688	10 625
5.	906	55	1 490	994	4 283	20	238	1 560	18	228	395	7 736
6.	1 264	77	2 102	1 489	6 964	24	288	1 564	17	154	384	10 884
7.	879	284	1 821	1 816	5 075	50	385	3 126	44	445	868	11 809
8.	111	8	241	149	2 181	9	21	1 057	4	13	24	3 458
9.	1 634	79	2 327	867	5 318	17	155	2 319	21	165	532	9 394
35.												
1.	356	3	440	287	2 608	6	54	982	2	69	72	4 080
2.	872	262	1 451	382	2 073	9	60	1 314	4	117	211	4 170
3.	688	13	1 346	682	3 373	10	151	1 315	4	305	152	5 992
4.	1 141	388	2 150	1 493	3 986	27	287	1 734	16	494	524	8 561
W.												
1.	3 861	95	5 442	2 364	3 470	53	342	3 572	31	830	1 558	12 220
2.	7 290	204	9 678	2 051	4 872	44	383	3 343	35	692	928	12 348
3.	4 031	155	5 814	2 774	4 251	35	555	2 762	38	1 194	2 265	13 874

Wiederholung der Spalte 1	7. Ziegen: Unter 1 Jahr alte Ziegen einschl. Ziegenböcke einschl. Lämmer	7. Ziegen: 1 Jahr alte und ältere: Ziegenböcke	7. Ziegen: 1 Jahr alte und ältere: Ziegen (Geißen)	7. Ziegen: überhaupt	8. Zahme Kaninchen	9. Federvieh: Gänse (Gänseriche, Gänse und Gänseküken)	9. Federvieh: Enten (Enteriche, Enten und Entenküken)	9. Federvieh: Hühner (Hähne, Hühner und Küken)	9. Federvieh: Trut- u. Perlhühner (Hähne, Hühner und Küken)	9. Federvieh: überhaupt	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): mit beweglichen Waben	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): mit unbeweglichen Waben	10. Bienenstöcke (Bienenvölker): überhaupt
	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47
31.													
19.	1 642	154	6 539	8 335	3 274	8 659	3 430	179 449	402	191 940	2 510	425	2 935
20.	616	25	2 343	2 984	2 882	2 334	1 890	75 713	165	80 102	85	41	126
21.	760	65	2 821	3 646	1 675	987	548	39 886	88	41 509	142	149	291
22.	213	16	978	1 207	540	1 027	413	18 093	81	19 614	161	47	208
23.	1 271	95	6 071	7 437	1 100	2 962	1 128	53 226	180	57 496	765	291	1 056
24.	242	6	820	1 068	1 181	1 539	592	41 845	53	44 029	6	1	7
25.	590	34	2 099	2 723	1 356	2 395	1 234	95 257	369	99 255	1 693	482	2 175
26.	187	13	692	892	3 131	214	184	17 252	40	17 690	5	10	15
27.	100	16	767	883	1 314	595	293	18 443	35	19 366	101	47	148
28.	81	8	600	689	1 270	366	313	13 820	22	14 521	59	11	70
29.	1 529	118	9 141	10 788	8 039	3 007	2 199	111 210	294	116 710	592	205	797
30.	343	21	879	1 243	605	894	336	32 793	36	34 059	66	2	68
32.													
1.	1 509	134	7 305	8 948	1 330	3 277	1 812	82 356	554	87 999	899	199	1 098
2.	256	17	1 300	1 573	1 491	576	371	19 608	37	20 592	203	50	253
3.	1 500	112	6 701	8 313	2 141	1 630	971	53 324	197	56 122	1 016	231	1 247
4.	1 147	102	4 620	5 869	1 218	2 335	1 303	67 510	178	71 326	1 114	259	1 373
5.	828	62	5 902	6 792	1 869	745	639	57 933	81	59 398	1 311	448	1 759
6.	2 274	251	6 830	9 355	11 235	4 374	3 245	134 280	818	142 717	1 264	110	1 374
7.	1 790	112	7 032	8 934	2 755	3 250	1 854	72 841	241	78 186	851	132	983
8.	1 586	76	6 664	8 326	2 246	1 789	1 147	58 512	247	61 695	813	285	1 098
9.	748	71	3 544	4 363	346	1 595	1 121	52 085	161	54 962	1 063	362	1 425
10.	2 272	189	12 600	15 061	3 323	3 182	1 515	140 028	371	145 096	1 959	678	2 637
11.	445	35	2 979	3 459	274	517	363	41 776	108	42 764	909	556	1 465
12.	371	22	2 577	2 970	619	705	428	33 607	57	34 797	601	249	850
33.													
1.	448	31	2 301	2 780	494	738	545	50 441	47	51 771	1 473	1 064	2 537
2.	666	36	2 470	3 172	228	318	502	77 013	76	77 909	2 233	628	2 861
3.	473	27	1 782	2 282	102	170	241	43 229	8	43 648	398	404	802
4.	485	34	2 331	2 850	131	316	220	22 300	73	22 909	913	363	1 276
5.	622	36	2 417	3 075	145	156	181	47 771	11	48 119	477	502	979
6.	418	46	2 173	2 637	267	662	619	41 586	43	42 910	1 274	402	1 676
7.	599	21	2 869	3 489	148	777	1 213	39 375	32	41 397	970	167	1 137
8.	148	13	693	854	876	215	227	11 959	43	12 444	104	37	141
9.	1 069	73	4 888	6 030	680	495	615	83 957	233	85 300	1 691	1 319	3 010
10.	366	22	1 320	1 708	459	310	281	52 701	24	53 316	1 109	462	1 571
34.													
1.	116	27	329	472	1 301	665	652	26 418	102	27 837	121	33	154
2.	1 139	78	3 988	5 205	4 441	2 730	2 678	105 780	375	111 563	883	339	1 222
3.	1 508	123	7 106	8 737	2 880	2 938	2 116	107 242	399	112 695	1 878	816	2 694
4.	1 108	51	4 071	5 230	1 088	1 745	871	57 881	119	60 616	690	476	1 166
5.	464	56	1 502	2 022	517	1 298	1 206	48 883	143	51 530	672	362	1 034
6.	921	48	4 225	5 194	850	782	509	68 473	88	69 852	618	367	985
7.	929	71	3 421	4 421	1 661	1 911	1 847	73 239	320	77 317	1 043	562	1 605
8.	142	19	557	718	69	146	64	27 077	76	27 363	113	335	448
9.	921	45	4 268	5 234	382	440	556	57 335	95	58 426	835	778	1 613
35.													
1.	151	31	1 040	1 222	102	1 966	2 673	19 640	17	24 296	1 145	77	1 222
2.	167	10	846	1 023	527	2 012	2 646	22 458	14	27 130	1 024	144	1 168
3.	509	43	1 912	2 464	638	2 283	3 798	31 742	24	37 847	1 153	122	1 275
4.	348	44	1 737	2 129	553	3 489	4 812	45 813	50	54 164	1 660	226	1 886
W.													
1.	657	26	2 256	2 939	476	3 339	843	34 059	170	38 411	823	206	1 029
2.	378	18	1 509	1 905	330	1 860	607	39 370	239	42 076	818	393	1 211
3.	672	27	2 749	3 448	444	4 432	433	32 225	138	37 228	568	208	776

Bücheranzeigen.

An dieser Stelle werden alle der Schriftleitung der „Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts", Berlin SW 68, Lindenstr. 28, zur Verfügung gestellten Bücher usw. dem Zitat nach angezeigt. Inhaltsangaben und Besprechungen bleiben vorbehalten.

Winkler, Dr. Wilhelm: Die statistischen Verhältniszahlen. Leipzig und Wien: Franz Deuticke 1923. VIII, 178 S.

Der Autor beabsichtigt mit dem Buche, wie er selbst in der Einleitung sagt, eine Brücke zwischen der „allgemein statistischen" und der „mathematisch-statistischen Theorie" zu schlagen. Er findet nämlich, daß beide Zweige unseres Wissensgebiets, die schließlich den gleichen Zwecken dienen, bisher zu wenig aufeinander Rücksicht nehmen und die Erfahrungen der einen Forschungsform von der anderen zu selten beachtet werden.

Das Buch, „Die statistischen Verhältniszahlen" benannt, beschäftigt sich in den ersten Kapiteln mit dem Begriff und Wesen der statistischen Massen, denn „statistische Verhältniszahlen entstehen dadurch, daß statistische Massen aneinander gemessen werden". Aber nur solche statistischen Massen soll man zur Berechnung von Verhältniszahlen zueinander in Beziehung setzen, die in einem „gefügemäßigen inneren oder einem äußeren, in gewissen Eigenschaften der Massen begründeten Zusammenhang stehen". Von diesen Massen handelt das erste Kapitel.

Im zweiten wird ein Überblick über die möglichen Beziehungsarten sämtlicher Massen gegeben, wobei sich Winkler mit anderen Autoren über die Klassifizierung der Verhältniszahlen auseinandersetzt. Nach dieser Einleitung wendet er sich in den nächsten Kapiteln dem eigentlichen Zweck seiner Arbeit zu, die Ziffern und die Wahrscheinlichkeiten als „Häufigkeitsmassen" zu betrachten, begleitet von praktischen Beispielen aus der Tauglichkeits-, der Sterblichkeits- und der Heiratsstatistik. Die Tauglichkeitsmessung wird übrigens auch schon in den einleitenden Kapiteln zur Verdeutlichung der oft schwierigen Probleme herangezogen.

Es ist unmöglich, einem Buch wie dem Winklerschen in einer kurzen Besprechung völlig gerecht zu werden. Denen, die die notwendigen Vorkenntnisse besitzen, kann sein Studium nur empfohlen werden. Ob freilich mit ihm, wie der Verfasser erhofft, eine Brücke zwischen allgemeiner und mathematisch-statistischer Theorie geschlagen wird, muß man bezweifeln. Das Buch setzt mehr mathematische Denkgewöhnung voraus, als der „allgemein", d. h. nur volkswirtschaftlich ausgebildete Statistiker besitzt. Trotzdem wird auch letzterer durch die Arbeit dazu geführt, öfter als bisher vor der Benutzung von Verhältniszahlen sich zu fragen, ob die eine oder die andere Art von Meßzahlen zu wählen ist, und ob die Massen, die er vergleichen will, sich für eine Gegenüberstellung auch eignen und nicht Elemente enthalten, die einen Vergleich zu einem fehlerhaften machen.

E. Simon.

Kirchliches Handbuch für das katholische Deutschland nebst Mitteilungen der Amtlichen Zentralstelle für die kirchliche Statistik. In Verbindung mit anderen herausgegeben von Hermann A. Krose, S. J. Bd. 11, 1922/23. Freiburg i. Br.: Herder 1923.

Das Handbuch soll nach dem Vorworte „ein vollständiges Nachschlagewerk über die katholische Kirche Deutschlands, ihren Bestand, ihre Verwaltung und Organisation, ihre Gesetzgebung und ihre Lebensäußerungen auf religiösem, kulturellem und sozialem Gebiet" sein. Man wird dem vorliegenden Band die Anerkennung nicht versagen können, daß er diesen Zweck erfüllt. Trotz der Ungunst der Zeit ist darin ein sehr reichhaltiges und wertvolles Material über so ziemlich alle Zweige des katholisch-kirchlichen Lebens in übersichtlicher Weise zusammengestellt. Den Fachstatistiker interessieren vor allem die 6. Abteilung: „Konfessionsstatistik und kirchliche Statistik Deutschlands", die wieder von dem Herausgeber Pater Krose selbst bearbeitet worden ist, und die 8. Abteilung: „Mitteilungen der Amtlichen Zentralstelle für die kirchliche Statistik", die deren neuer Leiter J. Sauren verfaßt hat. Beide Abteilungen zeigen die Vorzüge der früheren Bände, eine sorgfältige und durchaus auf wissenschaftlicher Grundlage stehende Arbeit. Daß einzelne Angaben, wie die der katholischen und nichtkatholischen Bevölkerung der einzelnen Diözesen und Dekanate, mit der Zeit immer ungenauer werden müssen, ist solange unvermeidlich, als nicht eine neue Volkszählung in Deutschland durchgeführt wird; der Unterschied zwischen der rein kirchlichen Statistik und der staatlichen Statistik auf dem Gebiet der katholischen und gemischten Ehen und der Geburten ist begreiflich, wird sich aber voraussichtlich um so mehr vermindern, je mehr sich die Benutzung der standesamtlichen Statistik durch die kirchlichen Organe einbürgert. Ein Irrtum auf seiten des Standesbeamten über die Religion der Eheschließenden, wie er Seite 291 vorausgesetzt wird, mag zwar in einem Einzelfall nicht ausgeschlossen sein, doch erscheint es nicht wahrscheinlich, daß hieraus sich irgendwelche Fehler der staatlichen Statistik ergeben können. Außerordentlich reiches und übersichtlich geordnetes statistisches Material bringt übrigens auch die 5. Abteilung: „Die karitativ-soziale Tätigkeit der Katholiken Deutschlands"; der Abschnitt verdient nicht nur in katholischen Kreisen, sondern auch in allen sozial interessierten Kreisen sorgfältige Beachtung.

Dr. Saenger.

Markets of the World. *(United Staates and Canada Series.) A compilation of commercial maps and statistical data. Prepared and published by the First National Bank of Boston. New York 1922.*

Das Werk enthält eine geographisch-statistische Darstellung der Vereinigten Staaten und von Kanada. Es enthält außer den beiden Übersichtskarten der Vereinigten Staaten und von Kanada 39 Einzelkarten für einen oder mehrere Staaten der Vereinigten Staaten und Provinzen von Kanada. Auf der Rückseite jeder Karte sind neben einer kurzen topographischen Darstellung des betreffenden Gebiets statistische Angaben über Fläche, Bevölkerungszahl und -bewegung, Schulwesen, Übersichten über Bergbau, Industrie, Land- und Forstwirtschaft, Verkehr, Finanzwesen sowie ein Verzeichnis der hauptsächlichsten Städte und ihrer wichtigsten Produktionszweige enthalten. Es ist geradezu überraschend und für jeden, der sich mit ähnlichen Zusammenstellungen



beschäftigt, überaus lehrreich, was für ein reiches Material durch die geschickte Anordnung auf dieser einen Seite zusammengedrängt ist. Für die Benutzer des Werkes würde es allerdings eine beträchtliche Erleichterung bedeuten, wenn die Karte und der dazugehörige Text auf einer Doppelseite einander gegenübergestellt wären, sodaß das stete Umblättern bei Benutzung der Karte vermieden werden könnte. Das Werk wird jedem, der sich über die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten oder in Kanada unterrichten will, eine gute Hilfe sein.

—r.

Thomsen, Prof. Dr. A.: Das Aussterben der modernen Kulturvölker. 2. Aufl. Chemnitz: Emil Krüger. 22 S.

Das Heftchen gibt einen Vortrag wieder, der auf der ersten Tagung des Bundes der Kinderreichen Deutschlands am 25. Mai 1922 gehalten worden ist. Die Bestrebungen dieses Bundes, die Lage der kinderreichen Familien zu verbessern, sind zweifellos berechtigt; ihre Forderung, Gehalts- und Lohnzahlung der Zahl der zu unterhaltenden Familienglieder anzupassen, wird sich unseres Erachtens unter dem Druck der Verhältnisse immer mehr durchsetzen. Eine Schrift wie die vorliegende, die durch ein aus allen Zeitaltern zusammengesuchtes Zahlenmaterial lediglich in grellster Weise die Gefahren des Geburtenrückgangs darzulegen versucht, ist aber schwerlich geeignet, dem Bunde bei Kundigen neue Freunde zu verschaffen. Der Geburtenrückgang darf nicht erörtert werden, ohne daß gleichzeitig die Frage des Nahrungsspielraums aufgeworfen und gelöst wird.

—r.

Muhs, Dr. Karl: Materielle und psychische Wirtschaftsauffassung. Jena: Gustav Fischer 1921. IV, 96 S.

In den letzten Jahren ist insbesondere unter den nationalökonomischen Theoretikern ein heftiger Streit über den Sinn und den Tatbestand der Wirtschaft, also über das Objekt der Wirtschaftswissenschaft, entstanden. Ist Wirtschaften mit Sachgüterherstellung identisch oder bedeutet Wirtschaften, über Mittel nach dem ökonomischen Prinzip verfügen? Der Verfasser sucht zu diesem Problem Stellung zu nehmen, er will die „beiden Kardinalpunkte des Wirtschaftens, seine materielle und seine psychische Komponente, zusammenführen".

M.

Schall, Dr. Hermann, und **Dr. August Heisler:** Nahrungsmitteltabelle zur Aufstellung und Berechnung von Diätverordnungen. Sechste, völlig neubearbeitete Auflage. Leipzig: Curt Kabitzsch 1921. 74 S.

Diese für den im Titel angegebenen Zweck viel benutzte Zusammenstellung, die zur Erfüllung dieser Aufgabe in der neuen Auflage wertvolle Verbesserungen erfahren hat (z. B. durch Aufnahme der Bergschen Analysen vom Mineralgehalt und von Angaben über den „Vitamingehalt" der wichtigsten Nahrungsmittel), verdient in dieser Zeitschrift deswegen erwähnt zu werden, weil sie dem Statistiker in zuverlässiger und bequemer Form eine Reihe von Angaben zugänglich macht, die ihm zu einer vorläufigen Orientierung bei der Ausführung mancher Arbeiten aus dem Bereich der Lebenshaltungs- und der Teuerungsstatistik gute Dienste leisten können, so etwa, wenn es sich um Berechnung oder Prüfung des Nährwerts einer bestimmten Kost, des Bedarfs an Nahrungsmitteln für die angenommene „Normalkost" eines bestimmten Personenkreises oder dergl. handelt. Hierfür kommen unter anderem die auf Seite 62 ff. mitgeteilten „Angaben zur Berechnung des Nahrungsbedarfs im Wachstumsalter (die zu niedrigen Kalorienwerte der früheren Auflagen sind jetzt durch die zutreffenderen nach Schütz ersetzt) und beim Erwachsenen" in Betracht, vor allem aber die Haupttabelle, die gruppenweise für alle Nahrungsmittel den Gehalt an Eiweiß, Fett und Kohlehydraten angibt und danach ihren „Kaloriengehalt" bestimmt. Daß bei dieser Kalorienberechnung nicht die von den meisten Physiologen bevorzugten Rubnerschen, sondern die Königschen Durchschnittszahlen verwendet sind, fällt nur beim Eiweiß etwas ins Gewicht. Die Beachtung des in der Einleitung hervorgehobenen Umstandes, daß „alle Analysenzahlen nur als rohe Annäherungswerte zu betrachten sind, da alle Nahrungsmittel in ihrer Zusammensetzung starken Schwankungen unterliegen, die im Einzelfalle ganz enorme Beträge ausmachen", wird übrigens von vornherein davor bewahren, von Nährwertberechnungen auf Grund solcher Durchschnittszahlen eine bis ins einzelne gehende Genauigkeit zu erwarten und zu weit gehende Schlußfolgerungen darauf aufzubauen.

H.

Hermberg, Dr. Paul: Der Kampf um den Weltmarkt. Jena: Kommissionsverlag von Gustav Fischer 1920. XII, 135 S.

Das vorliegende Buch gibt in Tabellenform, ohne auf die Bedeutung der Zahlen näher einzugehen, einen Überblick über die Handelsbeziehungen der wichtigsten Länder der Erde. Die Ergebnisse der Handelsstatistiken der einzelnen Staaten werden in diesen Übersichten systematisch zusammengestellt. An die beiden Tabellenteil schließen sich zum besseren Verständnis Anmerkungen an, die Aufschluß über das benutzte Quellenmaterial und den verschiedenen Aufbau der einzelnen Handelsstatistiken geben.

L.

Klassiker der Politik. Herausgegeben von Friedrich Meinecke und Hermann Oncken. Berlin: Reimar Hobbing.

Bd. 7. Die drei großen Amerikaner Hamilton, Jefferson, Washington. Auszüge aus ihren Werken, ausgewählt und eingeleitet von Dr. Adolf Rein. Übersetzt von Helga Rein. 1923. M. 3,—.

Bd. 8. Niccolo Machiavelli: Der Fürst und kleinere Schriften. Übersetzt von Ernst Merian-Genast. Einführung von Friedrich Meinecke. 1923. M. 3,60.

Der rührige Verlag Reimar Hobbing hat es unternommen, unter Leitung von Fr. Meinecke und Herm. Oncken eine Sammlung „Klassiker der Politik" herauszugeben, von der bis jetzt 10 Bände herausgekommen sind. Das Unternehmen ist überaus dankenswert, denn es gibt sicherlich kein besseres Mittel, zum wahrhaft politischen Denken zu gelangen, als sich an den Gedankengängen der wirklich großen Politiker aller Zeiten zu schulen. Dem großen Kreise der Gebildeten wird dies aber nur dadurch möglich sein, daß das Wesen der Politiker selbst, die zu Worte kommen, ihnen verständlich gemacht wird, und jedes einzelne ihrer Werke in den richtigen zeitlichen und sachlichen Zusammenhang gestellt wird. Das ist in den beiden vorliegenden Bänden (Band 7 und 8 der Sammlung) vortrefflich gelungen. In der Einleitung zu Band 7, der sich mit den „drei großen Amerikanern" Hamilton, Jefferson und Washington beschäftigt, gibt der Herausgeber zunächst ein kurzes, aber sehr klares Bild von der politischen Lage, in der sich die junge Republik der Vereinigten Staaten nach ihrer Begründung befand, und die nun gewissermaßen den Kampfboden darstellt für die beiden großen Gegner Hamilton und Jefferson, während Washington weniger als politischer Kämpfer, sondern mehr als Vertreter seines Zeitalters schlechthin, als „uneigennütziger Rat-

geber und Ermahner seines Volkes", als großer Charakter inmitten der Stürme seiner Zeit gewürdigt wird. Sicherlich zutreffend vergleicht der Verfasser seine Stellung etwa mit der, die heute Hindenburg in Deutschland einnimmt. Für jeden der drei Politiker wird dann ein kurzer Lebenslauf gegeben und einige ihrer wichtigsten politischen Äußerungen abgedruckt: von Hamilton, der mit Recht stark in den Vordergrund gerückt wird, eine Reihe von Aufsätzen aus dem „Föderalist" sowie zwei Denkschriften, von Jefferson eine Reihe von Briefen, die allerdings schon mehr den Charakter selbständiger Abhandlungen haben, und von Washington neben einigen Briefen seine Abschiedsbotschaft, die hauptsächlich wohl ebenfalls das geistige Eigentum von Hamilton ist. Man ist beim Lesen immer wieder überrascht, welche Fülle von Belehrung über unmittelbare politische Fragen unserer Gegenwart sich durch diese Schriften, die vor länger als hundert Jahren entstanden sind, gewinnen läßt.

Der 8. Band enthält die Hauptschrift von Machiavelli „Der Fürst" und einige kleinere Schriften (Leben des Castruccio Castracani, die Schilderungen Deutschlands und Frankreichs, die Abhandlung „Über die Reform der Verfassung von Florenz" sowie einige ausgewählte Briefe an Francesco Vettori). Machiavelli kommt auf diese Weise in der Sammlung zum zweiten Male zum Wort, in der schon Band 2 seine Discorsi wiedergab. Man wird das nur begrüßen können, denn Machiavellis wahre Bedeutung ist gerade dem Gebildeten gegenüber allzulange durch den „Antimachiavelli", jene Jugendschrift Friedrichs des Großen, verdunkelt worden. Einen ganz besonderen Vorzug des 8. Bandes bildet die feinsinnige Einleitung aus der Feder Fr. Meineckes. Mit eindringendem Scharfsinn hat er die Gedankengänge Machiavellis nachgeprüft und ist dabei zu vielen neuen anregenden Ergebnissen gelangt. Manches, was sonst an Machiavelli unklar und widerspruchsvoll erschien, erhält nun eine ganz neue Beleuchtung. Insbesondere die Herausarbeitung der beiden Kräfte, von denen nach Machiavelli das Lebensschicksal beherrscht wird, virtù und fortuna, ist von außerordentlichem Reize. Ob allerdings die Gesamtbeurteilung Machiavellis im ganzen nicht doch zu günstig geraten ist, darüber soll, weil es über den Rahmen einer bloßen Buchbesprechung weit hinausgehen würde, mit dem Herausgeber nicht gerechtet werden. Jedenfalls wird auch der, der nach dieser Richtung Bedenken hat, das Buch nicht ohne reiche Anregung aus der Hand legen.

—r.

J. M. Keynes: Revision des Friedensvertrages. Eine Fortsetzung von „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages." Übersetzt von Fritz Ransohoff, München und Leipzig: Duncker und Humblot 1923.

Im Jahre 1920 erschienen J. M. Keynes' „The Economic Consequences of the Peace". Der Verfasser ist kein Freund des deutschen Volkes, das — wie er glaubt und schreibt — durch krankhafte Täuschung und rücksichtsloses Selbstbewußtsein getrieben die Fundamente umgestürzt habe, auf denen „wir alle lebten und bauten". Dies ist ihm Glaubenssatz. Gleichwohl hat diese irrende Meinung über die Gründe des Krieges sein Denken nicht so stark beschattet, daß ihm nicht schon ganz früh in die Erkenntnis getreten wäre, welche zerstörenden Folgen aus diesem Frieden eines blinden Hasses erwachsen mußten. Er hat in seinem starken Buche dieser Überzeugung rückhaltlos und rücksichtslos Ausdruck gegeben. Schneidend scharf sind die Worte, mit denen er das Friedenswerk geißelt als das Gewebe eines Netzes von Sophismen und jesuitischer Auslegung. Die Sprache und der Inhalt des ganzen Friedensvertrages seien schließlich mit Unaufrichtigkeit gefärbt gewesen. „An die Hexen von ganz Paris erging das Wort des Shakespeareschen Zitats: Schön ist häßlich, häßlich schön, Schwebt durch Nebel und luftige Höh'n!"

Keynes hat seine Meinung von der Verwerflichkeit dieses Friedensvertrages mit Gründen belegt, die zwingend hätten wirken müssen, wenn dort, wo man ihm hätte folgen können, Verstand und Gewissen mit wachen Ohren gehört hätten. Er hat die Folgerung aus seiner Überzeugung gezogen und seine Mitarbeit an den Versailler Beratungen entschlossen eingestellt, als er sah, wohin die Verhandlungen liefen. Er hat auch kein Hehl aus seiner Meinung gemacht, daß vornehmlich die Persönlichkeiten der interalliierten Staatsmänner es seien, die das von ihm verurteilte Werk erklärten. Clémenceau, trocken an Seele, leer an Hoffnungen, ein zynischer Gnom mit der Politik eines Greises, der die Uhr der Weltgeschichte zurückstellen will; Lloyd George und Wilson über die europäischen Verhältnisse schlecht unterrichtet; Wilson zudem geistig langsam und schlecht anpassungsfähig. Keynes steht nicht an, eine Entscheidung des Präsidenten damit zu erklären, daß sie „im Augenblick einer sittlichen Zersetzung seiner Stellung und Verdunkelung des Geistes" getroffen worden sei.

Das sind — in kurzer Wiedergabe der Ausführungen Keynes' — „die persönlichen Faktoren", die vor anderen Umständen die Bestimmungen erklären sollen, die als die Artikel von Versailles wirksam geworden sind.

M. J. Bonn, der Übersetzer der „Consequences of the Peace", schreibt in der Vorrede, daß das Buch Keynes', selbst schon Geschichte, die Geschichte mächtig gestaltend beeinflusse. Ich habe diesen Satz schon in einer Besprechung der „Consequences" als eine verfrühte Hoffnung beanstandet. Gewiß wird dieses Buch sehr lange leben. Die Geschichte beeinflußt hat es aber bis heute nicht, obwohl die Tatsachen, von Monat zu Monat vernehmlicher, die Worte Keynes' bestätigten.

J. M. Keynes hat die von ihm in Aussicht gestellten Wirkungen des Friedens aufmerksam verfolgt. Die von ihm beobachteten Ereignisse und Entwicklungserscheinungen sind ihm indessen als so zahlreich und wichtig erschienen, daß er eine neue revidierte Auflage seines Buches — unveränderte Neuauflagen liegen vor — nicht für angezeigt gehalten, sondern sein neues Buch geschrieben hat. Dieses neue Buch möchte er als Fortsetzung oder — „fast möchte er sagen" — als Anhang des ersten betrachtet sehen. Er hebt daher schon im Vorworte hervor, daß er über die grundlegenden Fragen nichts Neues zu sagen habe, daß die von ihm vorgeschlagenen Rettungsmittel schon jetzt in aller Munde seien und er ihnen nichts Aufsehenerregendes zuzufügen habe. Sein Ziel ist begrenzt: Tatsachen und Material will er liefern für einen gründlichen Überblick über das Wiedergutmachungsproblem in dem Stadium, in dem es sich zurzeit — das Buch erschien im Jahre 1922 — befindet.

Freilich: so ganz an dieses verengte Vorhaben hat sich Keynes nicht gehalten. So bringt das erste Kapitel über den Stand der öffentlichen Meinung Betrachtungen, aus denen der Leser wohl entnehmen darf, daß auch heute der Ethiker Keynes, nicht nur der Volkswirt, dem Wollen und Denken der an dem Vertrage beteiligten Staatsmänner ganz gewiß nicht mit irgendwelchen Gefühlen der Achtung gegenübersteht. Selbst dort, wo er für Lloyd George Worte der Verteidigung findet — er macht vor allem die Demokratie für den Vertrag verantwortlich und sucht die Entschlüsse des englischen Staatsmannes mit der Rücksicht auf eine Notwendigkeit, die Demokratie mit Schmeicheleien den rechten Weg entlang zu treiben, zu erklären —, klingt deutlich Ironie aus seinen Worten hervor.

Die einzelnen Kapitel des Buches behandeln die Entwicklung von der Revision des Friedensvertrages bis zum zweiten Ultimatum, die Lasten des Londoner Zahlungsplanes, die Wiedergutmachungsrechnung, die Rechtmäßigkeit des Anspruches auf Pensionen, die

Wiedergutmachung, die interalliierten Schulden, den internationalen Handel, die Revision des Friedensvertrages und die europäische Regelung. Ein Anhang von Dokumenten ist angeschlossen. In seinen Hauptteilen ist das Buch also in der Tat ein Anhang zu dem früheren, und so dürfte es nur denjenigen Lesern das bieten, was es bieten kann, die „The Economic Consequences of the Peace" vorher noch einmal wieder gelesen haben.

Diese Leser werden freilich feststellen müssen, was folgt: Die Ausführungen des ersten Buches werden von einem ganz schweren Ernste getragen. „Völker sterben nicht immer still", schrieb Keynes damals angesichts der Gefahren, mit denen dieser Frieden Völker bedroht; und er beklagt, daß niemals im Leben des heutigen Menschen das Gefühl der Weltzusammengehörigkeit so trübe gebrannt habe. In seinem neuen Buche stellt er indessen — ganz offenbar befriedigt — fest, daß die Gefahren, die er früher sah, glücklich umschifft worden seien. Die Völker hätten geduldig ausgeharrt. Er schreibt sogar, daß wir „nahe daran seien, unsere Gedanken von der Vermeidung des Unheils ab- und der gesundheitlichen Wiedererstarkung zuzuwenden".

Nein, soweit sind wir noch nicht, und die Gefahren, die Keynes früher erkannt hat, drohen in einer ungewissen Zukunft heute so schwer wie je zuvor. Die Tage der Weltgeschichte sind lang. Die Weltgeschichte als das Weltgerichte pflegt aber doch seine Antwort zu geben, wenn Unverstand und Haß sich allzu stark überspannt haben. Unwahr ist es aber auch und durfte schon vor ein oder zwei Jahren nicht mehr geschrieben werden, daß seit dem Frieden die Taten der alliierten Staatsmänner weiser gewesen seien als ihre Worte. Die Ausführung des Vertrages ist bei weitem brutaler gewesen als die brutalsten seiner Artikel; und es müßte seltsam zugehen, wenn die Saaten dieser Politik nicht auch den Völkern, die sie warfen, noch einmal böse Ernte bringen.

Karl Elster.

Merck, Dr. Johann Heinrich: Entwickelung und Stand der pharmazeutischen Großindustrie Deutschlands. Mit einem Geleitwort von Prof. Dr. H. Th. Bucherer. Berlin: Georg Stilke 1923. XVI, 89 S.

Nach dem Geleitwort bezweckt das Werk, allen Laien, die irgendwie in Beziehung zur pharmazeutischen Großindustrie stehen, insbesondere auch den in dieser Industrie beschäftigten Arbeitern, einen Überblick über die Organisation und die Leistungen dieser Industrie zu geben. Für eine solche erste Einführung ist das Buch im ganzen auch geeignet, wenngleich es vielfach etwas zu sehr in Andeutungen stecken bleibt. Insbesondere wäre es u. E. erwünscht gewesen, die Angriffe unserer Feinde gegen die deutsche chemische Großindustrie etwas ausführlicher und schärfer zurückzuweisen, als es geschehen ist. Der Volkswirtschaftler wird mancherlei in dem Werke vermissen, insbesondere ein näheres Eingehen auf die Rückwirkung, die das Aufkommen der chemischen Großindustrie auf das Apothekenwesen gehabt hat. **—r.**

Jahrbuch des Deutschen Verkehrswesens 1922. In Verbindung mit dem Reichsverkehrsministerium und dem Reichspostministerium hrsg. von Dr. jur. Sarter. Bd. 1: Verkehrspraxis im Wirtschaftsleben. Mit 1 Eisenbahn- und 1 Wasserstraßenkarte. Berlin W 35: Verlag für Politik und Wirtschaft.

Das Jahrbuch des Deutschen Verkehrswesens, das erstmalig für das Jahr 1921 erschien, hat in dieser zweiten Auflage eine wesentliche Erweiterung und Bereicherung seines Inhalts erfahren. Rein äußerlich zeigt sich das in dem Anwachsen seines Umfangs, der eine Herausgabe in zwei Einzelbänden notwendig machte. Im einzelnen erstreckt sich die Vermehrung auf eine ausführlichere Behandlung der nicht staatlich betriebenen Verkehrsmittel, ferner der Abschnitte über die Binnenschiffahrt und die Seeschiffahrt, über das Luftverkehr- und Kraftfahrwesen. Die Kapitel über das Landtransportgewerbe schließlich sind unter besonderer Berücksichtigung seiner weitverzweigten Reichs-, Bezirks- und Lokalorganisation und seiner neuesten Geschäftsgrundsätze gleichfalls wesentlich ausgebaut worden.

Im einzelnen behandelt der erste Band: 1. das Eisenbahnwesen, 2. das Post-, Telegraphen-, Fernsprech- und Funkwesen, 3. den Landverkehr (Kraftfahrzeuge), 4. das Landtransport- und Verkehrsgewerbe, 5. die Binnenschiffahrt, 6. die Seeschiffahrt, 7. den Luftverkehr.

Jedes dieser sieben Kapitel bringt eine Fülle von Material zur Praxis des Verkehrswesens, und wenn auch unter der Einwirkung der Zeitverhältnisse manche Tarife und Tabellen ihren Gegenwartswert verloren haben, so bleibt doch mehr als genug übrig, um dem Buch einen bevorzugten Platz am Arbeitstisch des Beamten und des Privatmanns zu sichern.

Sch.

Rothschild, Dr. Hans: Die süddeutsche Baumwollindustrie. Stuttgart: Kommissionsverlag von Ernst Heinrich Moritz (Inhaber Franz Mittelbach) 1922. 77 S.

Die recht interessante Untersuchung sucht im besonderen die wirtschaftliche Lage der süddeutschen Baumwollindustrie vor dem Krieg und die Entwicklung während des Krieges darzustellen. Die Entwicklung nach dem Waffenstillstand bis in das Jahr 1921 wird am Schluß gestreift. Die Arbeit, die 77 Seiten zählt, gibt nicht das, was man von dem Titel erwarten könnte, also eine tief fundierte Schilderung der süddeutschen Baumwollindustrie; sie schildert vielmehr einzelne Probleme, die für die süddeutsche Baumwollindustrie in den letzten Jahren von Bedeutung geworden sind. Es ist allerdings hervorzuheben, daß diese Teilschilderungen durchaus von wissenschaftlichem Geist getragen sind. **M.**

Jaenisch, Dr. Ernst: Die bayerischen Bierbrauereien während des Krieges und nach dem Kriege. München, Berlin und Leipzig: J. Schweitzer Verlag (Arthur Sellier) 1922. 252 S.

Die Arbeit ist die Dissertation des Verfassers. Das Schicksal der bayerischen Bierbrauereien während des Krieges, insbesondere auch die Wirkung der Kriegsgesetzgebung auf die Brauereien, ist mit großer Liebe dargestellt. Es ist dem Verfasser allerdings nur in geringem Umfange gelungen, von seinen einzelnen Untersuchungen ausgehend zu großen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu gelangen. **M.**

Montanus Industrie-Handbuch für Westdeutschland. Ausgabe 1922. Herausgegeben von Hermann Montanus. Siegen: Montanus-Verlag [1922].

An Handbüchern für die verschiedensten Zwecke, angefangen von den mehr adreßbuchartigen bis zu den technischen oder sonstigen Spezialhandbüchern mit ihren Übergangsstufen, ist durchaus kein Mangel. Man ist daher gewohnt, zumeist

Neuauflagen oder Neubearbeitungen, die sich als notwendig erwiesen haben, um das Handbuch auf den neuesten Stand zu bringen, zu registrieren. Die wirklichen Neuerscheinungen, wie das vorliegende Handbuch, sind selten geworden. Die Sammlung gleichartiger Mitarbeiter, um ein gleichwertiges Buch zustande zu bringen, ist umständlich. Dazu ist die Herausgabe in der heutigen Zeit mit besonderem Risiko verknüpft. Dem Verlag gebührt daher besonderer Dank, wenn er es trotz aller Schwierigkeiten unserer Tage unternommen hat, dieses Handbuch, das wirklich ein gewaltiges Werk darstellt, herauszubringen. Es hat sich ein weites Ziel gesteckt. Es behandelt die gesamte Industrie jener Gebiete, die heute im Munde aller politisch und wirtschaftlich Interessierten stehen, des Ruhrreviers mit dem Rheinland und Westfalen und darüber hinaus des Saargebiets, Hessens, der Rheinpfalz usw. Alle Städte und Orte sind aufgenommen, deren Industrie eine über die lokalen Bedürfnisse hinausgehende Bedeutung hat; die Industriebezirke werden ausführlich beschrieben, ihre Bedeutung an Hand von Zahlen erläutert, die ortsansässige Industrie und die Großhandelshäuser aufgeführt. In einem sachlich geordneten Bezugsquellennachweise für alle Zweige der Industrie finden sich alle Fabriken und Firmen, die für die einzelnen Zweige der Industrie in Frage kommen. Es wird hier einerseits der Weg zur Produktionsquelle, andererseits zur Fertigware gewiesen. Um dem Ausländer den Gebrauch des Handbuches zu erleichtern, sind dem deutschen Warenverzeichnis die entsprechenden Ausdrücke in englischer, französischer, spanischer und russischer Sprache, allerdings noch unter Verwendung der alten Orthographie, beigefügt.

Den Kern des Werkes bildet der technisch-warenkundliche Branchenteil, an dem mehr als 100 im praktischen Leben stehende genaue Kenner der Industrie mitgearbeitet haben. Die Industrie Westdeutschlands ist in eine große Anzahl Industriegruppen zerlegt worden. Zu diesen Gruppen mit ihren Unterabteilungen sind von Sachverständigen allgemein einführende Aufsätze geliefert, die auch auf viele technische Fragen Antwort erteilen und dadurch vielfach technische Handbücher ersetzen können. Jeder Gruppe ist eine stammbaumartige Darstellung nach Rohstoffen, Halbzeugen, Fertigfabrikaten und Verwendungszwecken sowie nach Arbeitswerkzeugen und Maschinen vorangestellt, die schneller als langatmiger Text und Tabellen über Verzweigung der einzelnen Produktionsstufen und Berührung mit anderen unterrichten. Der Ratsuchende findet auf diese Weise nicht nur ein bloßes Firmenverzeichnis, sondern auch gleichzeitige Aufklärung über Wesen und Bedeutung des gesuchten Artikels oder Industriezweiges.

Man findet also in dem nahezu 1 500 Seiten umfassenden und dadurch leider etwas unhandlichen Werke nach einem einführenden Aufsatze von Oberbürgermeister Otto M o s t einen allgemeinen Teil, der wirtschaftliche Fragen behandelt und die Bedeutung der einzelnen Bezirke beschreibt; einen Städteteil mit Zahlenangaben sowie solchen über die geschichtliche Entwicklung und einem Verzeichnis der am Ort befindlichen Firmen; einen technisch-warenkundlichen Teil, der die erwähnten stammbaumartigen Darstellungen einer jeden Wirtschaftsgruppe mit allgemeinverständlichen Erläuterungen dazu enthält, an den sich der Bezugsquellenteil anschließt, dazu das Stichwortverzeichnis in den fünf Sprachen und schließlich einen Inseratenteil.

G. v. D.

Funk, Dr. Martin F.: Wirtschaftspolitische Stellung und weltwirtschaftliche Bedeutung der Freien Stadt Danzig. Danzig: Kafemann 1923. 232 S. (Danziger Wirtschaft und Statistik. Herausgegeben vom Direktor des Statistischen Amts der Freien Stadt Danzig, Bremischen Rat Dr. Martin F. Funk. H. 1.)

Der Zweck des Buches kann nicht besser dargelegt werden als mit den eigenen Worten des Herausgebers im Vorspruch: „In dieser Veröffentlichung zieht am geistigen Auge des Lesers kaleidoskopartig das Wirtschaftsleben Danzigs in seinem historischen und tatsächlichen Aufbau und in seinen einzelnen Verzweigungen sowie in seiner Verflechtung in die Weltwirtschaft vorüber. Von der Vorzeit bis in die Gegenwart der Freien Stadt hinein anvertraut sich der Leser der Führung bekannter Danziger Fachmänner, die die Quintessenz ihres Wissens auf Spezialgebieten in einer Vereinigung von Beiträgen hier niedergelegt haben. Darüber hinaus leuchten am Schlusse dieser Schrift längere und kürzere Ausführungen führender Zeitgenossen der Gegenwart scheinwerferartig in die wirtschaftliche Zukunft der Freien Stadt hinein.“

Eine Besprechung könnte sich eigentlich auf die Bemerkung beschränken, daß dieser Zweck restlos und nach jeder Richtung erreicht ist. Aber mit diesem kühlen Lob würde man dem Buche und seinem Herausgeber doch nicht gerecht. Zunächst bedeutet es schon äußerlich eine Leistung ersten Ranges, ein Buch aus über 50 verschiedenen Beiträgen zusammenzustellen, die durchweg gelungen sind, und unter denen viele auf wenigen Seiten zusammengedrängt ihren Gegenstand nahezu vorbildlich erschöpfen; wenn man einige besonders hervorheben soll, so seien neben den Aufsätzen des Herausgebers selbst die des Kapitäns zur See a. D. Martini über Schiffahrtswesen und die feinsinnige Studie des Professors F. W. Otto Schulze über den Hafen genannt.

Und nun zu dem Inhalt des Buches: Die Herausgabe eines solchen Buches bedeutet zweifellos ein Wagnis. Denn für Danzig gilt noch viel mehr als für irgendein von dem Frieden von Versailles berührtes Gebiet, daß jetzt alles in seiner Entwicklung im Fluß ist. Ein solches Buch kann daher nur ein Augenblicksbild geben; manches, wie der Beitrag über die Währungsfrage, ist schon heute überholt. Im großen gesehen, gibt aber dieses Augenblicksbild eine Lage wieder, die für die nächsten Jahrzehnte sicherlich, ja vielleicht auch für längere Dauer gilt: Danzig, das sich vor dem Kriege im Rahmen des Deutschen Reichs und Preußens als Hauptstadt der Provinz Westpreußen in einem raschen Aufstieg befand, ist aus all seinen alten Beziehungen gelöst und von der Politik und Wirtschaft des neuen polnischen Staates abhängig geworden, der rücksichtslos nur seine eigenen Ziele verfolgt und für den Danzig zunächst kaum etwas anderes als ein Gegenstand seines weiteren Machtstrebens ist. So sieht Danzig einerseits die Ernährung seiner städtischen Bevölkerung, mit der es mehr als zur Hälfte auf Einfuhr von außen angewiesen ist, gefährdet, andererseits das Gedeihen seiner hochentwickelten Landwirtschaft gehemmt durch Erschwerung des Düngerbezuges, die Kohlenversorgung seiner Industrie auf ganz unsichere Grundlagen gestellt, den Getreide- und den Zuckerhandel, beide vor dem Kriege zwei Hauptstützen der Danziger Wirtschaft, zunächst so gut wie vernichtet, die Entwicklung seiner Hauptzufuhrstraße, gewissermaßen der Lebensader seines Binnenhandels, der Weichsel, in das Belieben Polens gestellt — wahrlich ein düsteres Bild, in das noch manche andere ähnliche Züge sich einzeichnen ließen. Aber über all diese Not des Augenblicks hebt sich der alte Hanseatenspruch, den der Herausgeber zur Überschrift eines eigenen kurzen Beitrages gewählt hat: „Buten und Binnen, Wagen und Winnen“, hebt sich der zähe Wille Danzigs und seiner führenden Männer, das ererbte deutsche Kulturgut mit allen Kräften zu wahren und

hierzu neue Wege aufzusuchen, — man kann fast sagen, nach allen Richtungen der Windrose! Neben der Erhaltung und Umstellung der einheimischen Industrie ist es wohl hauptsächlich der Ausbau des Handels mit Polen einerseits und des überseeischen Handels innerhalb der Ostsee und über sie hinaus andererseits, von dem man in Danzig eine neue Zukunft erhofft. Die Gefahr einer Überfremdung durch ausländisches Kapital und durch verstärkten Zuzug von Ausländern wird dabei nicht verkannt. Das schwerste Problem, das fast in jedem Beitrag berührt wird, ist zweifellos für Danzig die Auseinandersetzung mit dem neuen polnischen Staat. Begreiflicherweise muß in einem solchen Buch nach vielen Richtungen hin Zurückhaltung geübt werden; der aufmerksame Leser liest manches zwischen den Zeilen. Mannigfache Sorgen. Hoffnungen und Befürchtungen kreuzen sich in dem Buche. Unter den Urteilen einiger führenden Zeitgenossen über Danzigs Zukunft, die dem Buche angehängt sind, ist es besonders bezeichnend, daß zwei so verschiedene Politiker wie Georg Bernhard und Graf Westarp zu dem gleichen Schluß gelangen, daß Danzig nach seiner Trennung von Deutschland zu keiner Blüte mehr gelangen kann; andere, wie Dernburg, urteilen günstiger. Wem, wie dem Unterzeichneten, Danzig durch langjährige persönliche und dienstliche Beziehungen ans Herz gewachsen ist, der kann nur wünschen, daß nicht die Befürchtungen, sondern die Hoffnungen, die in diesem Werk ausgesprochen sind, sich bewahrheiten.

Je fester man überzeugt ist, daß Danzig seinem Entschluß, auch künftig ein Mittelpunkt deutscher Kultur im Osten zu bleiben, treu bleiben wird, um so mehr muß man wünschen, daß das Buch auch in Polen und bei den Mächten, die die Freie Stadt Danzig geschaffen und unter den Schutz des Völkerbundes gestellt haben, viele aufmerksame Leser findet; auf diesen Mächten wird einst die geschichtliche Verantwortung lasten, wenn die Keime zu einem wirtschaftlichen und politischen Leben Danzigs, die das Buch aufweist, nicht gedeihen. Das gibt dem Buch eine weit über den Tag hinausreichende Bedeutung.

Dr. Saenger.

Böhmerland-Jahrbuch für Volk und Heimat 1923. Eger: Böhmerland-Verlag. 196 S.

Das im Auftrage aller deutschen Schutzvereine der tschechoslowakischen Republik von Otto Kletzl herausgegebene Jahrbuch ist eine Veröffentlichung, der auch außerhalb der Grenzen Deutsch-Böhmens weite Verbreitung zu wünschen ist. Das Jahrbuch enthält außer zahlreichen Beiträgen zur Heimatkunde der deutschen Sudetenländer eine Übersicht über alle deutschen Organisationen des Tschechenstaates sowie einen Überblick über die Entwicklung des Deutschtums in den Jahren 1921/22.

Die Gesamtzahl der Deutschen in den Sudetenländern wird auf Grund der bei den Gemeindewahlen 1920 abgegebenen deutschen Stimmen auf rund 3 200 000 geschätzt, wovon 85,9 % im geschlossenen deutschen Sprachgebiet wohnen. Zu der oben angeführten Zahl kommen noch die Deutschen in der Slowakei, die nach tschechischer Angabe 1919 rund 143 000 Seelen zählten, davon 64 000 in geschlossenen Sprachinseln.

Wenn bei obigen Angaben die Zahlen der Gemeindewahlen benutzt wurden, so mußte dies aus dem Grunde geschehen, weil die Ergebnisse der tschechischen Volkszählung vom 15. Februar 1921 kein unparteiisches Bild der Nationalitätenverteilung in der tchechoslowakischen Republik geben. Das ist in einem Aufsatze von Dr. W. Winkler, Wien: „Der Wert der tschechischen Nationalitätenstatistik" überzeugend nachgewiesen. Winkler legt dar, daß es zwei Hauptarten der statistischen Erfassung der Nationalitäten gibt: man kann sich entweder an das objektive Merkmal der Sprache halten oder aber an das subjektive des Zugehörigkeitsgefühls zu einem Volke. Er führt weiter aus, das Merkmal des Zugehörigkeitsgefühls sei, weil auf eine Gesinnung bezüglich, der Beeinflussung von außen viel stärker zugänglich als das sachlich feststehende der Sprache. „Während bei den politischen Wahlen mit gutem Grunde die Stimmabgabe geheim ist," fährt Winkler wörtlich fort, „wird hier die öffentliche Bloßlegung der Gesinnung vor Freund und Feind verlangt. Es liegt die Befürchtung nahe, daß alle vom Machthaber im Staate wirtschaftlich, sozial oder sonst irgendwie mittelbar oder unmittelbar abhängigen Existenzen sowie alle irgendwie eingeschüchterten oder zaghaften Leute hierbei einer Beeinflussung unterliegen. Es dürfte daher eine unmittelbare Erhebung der „Nationalität" nur dort angängig sein, wo die kühlste Atmosphäre in nationalen Belangen herrscht, hätte aber auf dem Boden heißer nationaler Kämpfe unbedingt zu unterbleiben und einer Sprachenerhebung Platz zu machen." Es ist nun überaus bezeichnend für die tschechische Volkszählung, daß als Erhebungsmerkmal gerade dasjenige gewählt wurde, das der staatlichen Beeinflussung am leichtesten zugänglich ist, nämlich das Zugehörigkeitsgefühl. Da aber dieser Begriff den Leitern der Zählung noch nicht kautschukartig genug erschien, wurde die Freiheit des Bekenntnisses zu einem Volkstum wieder eingeschränkt durch die Kenntnis der Sprache, eine Einschränkung, von der jedoch wieder abgesehen wurde, „wo die Bevölkerung kulturell fortgeschritten ist und ihre feste nationale Überzeugung hat". Auf diese Weise wurde glücklich eine vollständige Verwirrung geschaffen, die es ermöglichte, eine deutsch sprechende, aber tschechisch gesinnte Person wegen ihres Zugehörigkeitsgefühls als Tscheche zu zählen, dagegen einer tschechisch sprechenden, aber deutsch gesinnten Person wegen ihrer Sprache die Zuzählung zum deutschen Volkstum zu versagen. All das ist aber noch nicht das Schlimmste; das sind vielmehr die Bestimmungen der tschechischen Regierung über die Befugnisse der Zähler. Gelangte nämlich der Zähler hinsichtlich der Nationalitätsangabe zur Überzeugung „offenkundiger Unrichtigkeit", und glückte es ihm nicht, die betreffende Person zu einer Änderung der Eintragung zu bewegen, so wurde diese noch einmal unmittelbar oder mittelbar durch die politische Behörde vernommen, und wenn sie auch dann noch verstockt blieb, wurde ihr ihre nationale Überzeugung diktiert. „Bei dem objektiv faßbaren Merkmal der Sprache", sagt Winkler mit Recht, „hätte ein solches gewaltsames Vorgehen noch einen Sinn gehabt, bei dem freien Bekenntnis eines subjektiven Zustandes war es auch logisch ein Unding." Jeder Deutsche sollte dazu beitragen, die Kenntnis dieser Vorgänge in Deutschland und im Auslande soweit wie möglich zu verbreiten.

Wertvoll ist auch eine Arbeit von Margarete Janiczek über „Die neueste Bevölkerungsentwicklung der Deutschen und Tschechen". Diese Arbeit ist die erste Veröffentlichung des Seminars für grenzländische Statistik der Universität Wien. Aus der Arbeit geht hervor, daß die Sterblichkeit während des Krieges und nach diesem sowie der Geburtenausfall während des Krieges bei den Deutschen größer war als bei den Tschechen, und daß die Bevölkerung des überwiegend deutschen Gebietes in den Jahren 1910 bis 1921 abgenommen, die des überwiegend tschechischen Gebietes zugenommen hat. Das hängt natürlich damit zusammen, daß die Deutschen im Kriege sehr viele größere Blutopfer gebracht haben als die Tschechen.

Für den Volkswirt und Statistiker von Interesse ist ferner eine Übersicht über den Außenhandel der tschechisch-slowakischen Republik, aus der sich ergibt, daß vom 1. Januar 1919 bis zum 30. April 1922 50 % der eingeführten Waren aus dem Deutschen Reiche und 9 % aus Deutsch-Österreich kamen, während von der Ausfuhr 40 % nach dem Deutschen Reiche und 34 % nach Deutsch-Österreich gingen. Hieraus geht hervor, in wie hohem

Maße die tschechoslowakische Republik von Deutschland wirtschaftlich abhängig ist.

Eine Vorstellung von den schweren Kämpfen, die das Deutschtum im Tschechenstaate zu bestehen hat, erhält man, wenn man liest, daß bis 1922 bereits mehr als 1600 deutsche Schulklassen gesperrt worden waren. Die deutschen Schulen in Prag erhielten von dem Gesamtschulerfordernis als Staatszuschuß $\frac{1}{2}$ %, obwohl die Deutschen in Prag mehr als 6 % der Bevölkerung ausmachen. Während 28 % aller Hochschüler des tschechischen Staates Deutsche waren, bekamen die deutschen Hochschulen nur 4 % des für das Hochschulwesen ausgeworfenen Betrages. An der deutschen technischen Hochschule in Brünn entfiel auf je 80 Hörer ein Lehrstuhl, an der tschechischen technischen Hochschule schon auf je 30 Hörer. Beachtung verdienen auch die Angaben in dem Aufsatz „Die tschechoslowakische Neuregelung der Grundbesitzverteilung“, aus denen hervorgeht, daß die tschechische Regierung in erster Linie die Enteignung der Wälder an der deutsch-tschechischen Grenze anstrebt, um durch Ansiedlung von Tschechen das deutsche Sprachgebiet von den benachbarten Teilen des Deutschen Reiches abzuschließen und eine Art tschechischer Militärgrenze gegen Deutschland zu schaffen.

Schließlich seien noch die Zahlen über die Statistik der deutschen politischen Parteien mitgeteilt.

Es wurden in Prozenten deutsche Wählerstimmen abgegeben für folgende Parteien:	Abgeordnetenhaus	Senat
1	2	3
Deutsche Sozialdemokratie	41,0	43,5
Deutsche Wahlgemeinschaft	20,7	22,0
Bund der Landwirte	15,2	15,4
Christlich-soziale Volkspartei	13,4	10,4
Deutsch-demokratische Freiheitsparteien	6,7	8,7

Keller.

Trade and Industrie of Finland. *Published by J. Simelius' Heirs Printing Company Ltd., Helsingfors [1923].* 746 S.

Im Jahre 1919 hatte der junge finnische Staat eine Handelskommission in die Umwelt gesandt, um Beziehungen zwischen Finnland und den anderen Kulturstaaten anzuknüpfen. Insbesondere scheint das Ziel die Anbahnung von solchen mit den englisch sprechenden Ländern Großbritannien und Nordamerika gewesen zu sein. Die Komission fand — so steht ungefähr in der Vorrede des vorliegenden Werkes —, daß es das wirksamste Mittel für eine Auslandspropaganda sei, wenn ein Buch verfaßt würde, das einen Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes gäbe und aus dem ersehen werden könne, was Finnland zu exportieren und was es zu importieren vermöge. Dieser Plan wurde allseitig gebilligt, und so entstand dann unter behördlicher Mitwirkung ein für die Propaganda in den angelsächsischen Staaten berechnetes, englisch geschriebenes Buch, das durch Ausstattung und Inhalt die Aufmerksamkeit auf sich ziehen muß. Geschmückt mit vielen Bildern und einigen Karten, bringt es in seinem ersten Teil (46 Seiten) eine Übersicht über die geographischen und klimatischen Verhältnisse des Landes. Da es sich an englisch sprechende Völker wendet, werden gleich anfangs die Vorzüge des Landes als Touristen- und Sportgebiet erwähnt; es wird dann aber schnell unter Streifung der Volks- und Staatsgeschichte auf den Stand seiner heutigen Entwicklung (Volksbildung, Nationalvermögen, darunter Wasserkräfte und Holzreichtum, Bankwesen, Industrie und Handel) übergegangen. In einem zweiten, stärkeren Teil des Buches (rund 700 Seiten) werden darauf die bedeutendsten Handels- und Industriefirmen des Landes beschrieben. Angehängt ist ein Export-, Import- und Firmenregister. Auch dem, der ohne ein Geschäftsinteresse das Buch durchblättert, bietet es in beiden Teilen viel Lesenswertes und Neues.

E. Simon.

Bureau International du Travail: Bibliographie des questions ouvrières et sociales dans la Russie des Soviets. Genève 1922. IV, 174 S. 3 Schweizer Fr.

Das Internationale Arbeitsamt in Genf reiht seinen zahlreichen laufenden und einmaligen Veröffentlichungen mit diesem Buch eine bibliographische Arbeit an, die erstmalig einen Überblick über ein weites und dabei reich bestelltes Literaturgebiet sichert: nicht an der Hand von Tausenden von Titeln, nicht durch das Erfassen und Rubrizieren auch des kleinsten, irgendwo und -wann zu diesem Thema einmal beigesteuerten Mosaiksteinchens, sondern durch Vollständigkeit im Wesentlichen — in den grundlegenden Büchern und Zeitschriften — und durch weise Beschränkung im minder Wichtigen — in den Hunderten von kommunistischen Provinzzeitungen aller Länder und in den Tausenden von Broschüren, in denen die rührige Propaganda der Sowjets auch Fragen berührt, die bei der Forderung nach absoluter Vollständigkeit in eine solche Bibliographie gehörten. Innerhalb dieses selbstgezogenen verengerten Rahmens leistet die Bibliographie der Wissenschaft und Praxis wertvolle Dienste, nicht nur durch die Übersetzung der zahlreichen russischen Titel, sondern auch durch genaue Angabe der Verlagsanstalten und der Preise, bei den Zeitschriften weiterhin durch Mitteilung der Erscheinungsweise und des Datums der ersten Nummer. Die Beifügung kurzer kritischer Bemerkungen beschränkt sich leider nur auf eine verhältnismäßig kleine Anzahl von Werken, aber auch damit schon werden dem Benutzer wichtige Fingerzeige gegeben.

Berücksichtigt ist die Literatur bis zum 1. Dezember 1921. Das gesamte Material wird in drei Sonderabschnitte geteilt: 1. Bücher und Broschüren, 2. in Rußland erschienene Zeitschriften, 3. außerhalb Rußlands erschienene Zeitschriften. Innerhalb der einzelnen Gruppen erfolgt die Ordnung der Titel nach dem Alphabet der Verfasser bezw. — bei Sachtiteln — alphabetisch nach dem ersten Substantiv.

Bei der Bedeutung derartiger, auf breiter internationaler Basis angelegter bibliographischer Werke für die Zwecke der wissenschaftlichen Forschung und der praktischen Berufsarbeit muß man nur hoffen, daß sich das Internationale Arbeitsamt die weitere Pflege der Bibliographie angelegen sein läßt. An Materien, die der bibliographischen Aufarbeitung harren, ist wahrlich kein Mangel.

Schubert.

Hahn, Dr. W., und **A. v. Lilienfeld-Toal:** Regelung des Handels und Verkehrs in Rußland. Gesetze und Verträge der Sowjetregierung. Jena: Kommissionsverlag von Gustav Fischer 1921. VIII, 158 S.

Die Herausgabe dieses Buches durch das Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel verfolgt den Zweck, den Leser mit den Gesetzen, Verordnungen und Verträgen vertraut zu machen, die für das Verständnis des wirtschaftlichen Lebens Sowjetrußlands von Bedeutung sind. Man gewinnt einen Einblick in die Bemühungen der jetzigen Regierung in Rußland, geordnete und brauchbare rechtliche Grundlagen für die russische Wirtschaft zu schaffen. Neben den Gesetzen, die für die allgemeine Organisation von Wichtigkeit sind, werden auch die für die einzelnen Zweige des Wirtschaftslebens maßgebenden Gesetze zusammengestellt.

L.

Drachsler, Julius: *Intermarriage in New York City. New York Columbia University. Longmans, Green & Co. 1921. 204 S.*

(Studies in History, Economics and Public Law, edited by the Faculty of Political Science of Columbia University, Volume XCIV, Number 2).

Die Probleme der Statistik gleichen sich im allgemeinen in allen Ländern. So nimmt man erfreut ein Buch zur Hand, das sich mit einem Gegenstand beschäftigt, der im alten Europa in dieser Form bisher nicht dargestellt worden ist.[1] „Eine statistische Studie der Vermischung der europäischen Völker" lautet der Untertitel der Arbeit, und sie behandelt das Thema auch durchaus unter dem Gesichtswinkel der „Amerikanisierung" des Stromes der Zuwanderer. Der Ausgang von den Mischheiraten ist dem Verfasser nur Mittel zum Zweck; sie sind der Gradmesser, der benutzt wird, um die Verschmelzung der Völker zu prüfen, und es hätte Inhalt und Sinn der Arbeit besser gekennzeichnet, wenn der Untertitel zum Haupttitel (mit einer Hinzufügung wie etwa: „gezeigt an den Mischehen usw.") gemacht worden wäre.

Der Verfasser hat sich zu seiner Arbeit, wie er sagt, deshalb entschlossen, weil von Berufenen und Unberufenen über die mehr oder minder schnelle Verschmelzung der Zugewanderten Behauptungen aufgestellt werden, für die der Beweis schuldig geblieben wird, da bisher statistische Unterlagen nicht vorhanden gewesen sind. Drachsler beschaffte sie sich, indem er sich aus den Heiratsregistern zweier „Bezirksämter" (boroughs) von New-York für fünf Jahre (1908 bis 1912) Auszüge machen ließ, wodurch er 57,9 % sämtlicher in Groß-New-York geschlossenen Ehen mit einer Mischeherate von 13,59 % erfaßte.

Leider sagt der Verfasser an keiner Stelle deutlich, was er unter „Mischehe" versteht. Aber einige Sätze auf Seite 18 („Methode") sowie zwei Bemerkungen auf Seite 87 und 88 („Erläuterung zu den statistischen Tabellen") lassen in ihrer Gegenüberstellung schließen, daß als Mischehen richtig solche zwischen Personen, die nicht dem gleichen Volk im Sinne der Abstammung angehören, angesehen werden. Nach dieser Definition, die durch einige Stellen in den „Ergebnissen" gestützt wird, sind also Ehen zwischen eingeborenen Amerikanern selbstverständlich keine Mischehen, aber auch die zwischen geborenen Deutschen, geborenen Engländern usw. bleiben außerhalb des zu betrachtenden Kreises. Der Verfasser unterscheidet sodann Mischehen verschiedener Grade. Der Heiratskandidat kann nämlich sein:

1. fremdgeboren von fremdgeborenen Eltern (abgekürzt F. B. F. P. nach der englischen Bezeichnung: foreign born of foreign born parents),
2. eingeboren von fremdgeborenen Eltern (N. B. F. P. = native born of foreign born parents),
3. eingeboren von eingeborenen Eltern (N. B. N. P. = native born of native born parents),

Da jedoch diese drei Gruppen wieder durcheinanderheiraten, so entstehen neun Kombinationen, nämlich drei Grade (generations: F. B. F. P., N. B. F. P., N. B. N. P.) sowie sechs Zwischenstufen.

Die aus dem Heiratsregister entnommenen Auszüge umfaßten zwölf Fragen:

1. Geburtsland des Bräutigams,
2. Geburtsland der Braut,
3. bis 6. Geburtsland der beiden Elternpaare,
7. bis 8. Beruf der Eheschließenden,
9. bis 10. Abstammung der Eheschließenden (erster Grad: F. B. F. P., zweiter Grad: N. B. F. P., dritter Grad: N. B. N. P.),
11. bis 12. Farbe der Eheschließenden,

aus denen der Verfasser 17 Tabellen kombinierte. Der Geburtsstaat ist dabei für ihn nicht gleich Nationalität; er unterscheidet insbesondere bei Österreich und Rußland zwischen den einzelnen Volksstämmen (Staat: Österreich, Nationalität: Deutsche, Böhmen, Polen, Slowaken, Juden). Bei der Durchführung dieser verfeinerten Unterteilung war er häufig auf Kombinationen angewiesen, da das Register seine Ansprüche nur unvollkommen erfüllte, und beträchtliche unteilbare Reste übrigblieben, über deren Nationalität das Material nichts besagte. Es findet sich daher in den Tabellen immer wieder neben den Spezialgruppen eine Sammelgruppe (zum Beispiel „Russen ohne nähere Angabe der Abstammung"). Das ist zweifellos ein Mangel. Ein weiterer Mangel ist meines Erachtens, daß er die Juden, die er stets von den christlichen Abkömmlingen der europäischen Länder getrennt hält, in der textlichen Bearbeitung nicht untereinander kombinierte, so daß keine Mischeheziffern zwischen deutschen und französischen Juden, deutschen und russischen Juden usw. berechnet wurden. Wenn man schon den ersten Schritt tut und das Judentum nicht als Religion, sondern auch bei den westeuropäischen Völkern als Volkstum betrachtet, so hätte der zweite Schritt nicht unterbleiben dürfen. Auch die Neger und die Negerabkömmlinge zieht der Verfasser in seine Betrachtung, trotzdem es sich hierbei um ein anderes Problem als das eigentliche Thema der Arbeit handelt („Studie der Vermischung der europäischen Völker"). Selbst wenn man auf das Wort „europäisch" kein Gewicht legt, fällt doch die Zuwanderung der Neger, wenn man von einer solchen überhaupt sprechen kann, bekanntlich in eine andere Zeit als die Zuwanderung der Personen, die heute in der Hauptsache das New-Yorker Völkergemisch bilden. Im eigentlichen Sinne sind die Neger ebensogut „Amerikaner" wie die im Verhältnis geringe Zahl von „eingeborenen" Weißen New-Yorks, die Abkömmlinge der ersten holländischen und englischen Kolonisten. Auch mit Rücksicht auf die Einbeziehung der Japaner und Australier usw. ist der Untertitel der Arbeit nicht glücklich gewählt, jedoch wird das Problem dadurch nicht berührt.

Mit dieser Kritik soll aber der Wert der Arbeit, der im weitesten Umfange anerkannt wird, nicht herabgesetzt werden.

Der Verfasser kommt in der Hauptsache zu folgenden Schlußfolgerungen:

I. Es besteht bei den Mischeheschließungen eine starke Tendenz, den anderen Ehegatten aus dem gleichen Abstammungsgrad zu wählen, d. h. es heiraten vornehmlich Personen ersten Grades wiederum solche ersten Grades, Personen zweiten Grades wiederum solche zweiten Grades. Dagegen sind Mischehen von Personen ersten Grades mit solchen zweiten Grades und umgekehrt relativ selten. Rund drei Viertel aller Mischehen sind solche unter Personen desselben Grades, wie nachstehende Übersicht zeigt:

Von allen Mischehen waren

47,7 %	beide Teile F. B. F. P.,
26,3 %	beide Teile N. B. F. P.,
13,8 %	Mann F. B. F. P., Frau N. B. F. P.,
9,4 %	Mann N. B. F. P., Frau F. B. F. P.

Der Verfasser erklärt diese Auffälligkeit damit, daß sich Zugewanderte, selbst wenn sie verschiedenen Nationalitätengruppen angehörten, eher zueinander hingezogen fühlen als zu Eingeborenen oder zu Zugewanderten eines früheren Grades. Sogar bei untereinander verschiedener Sprache und Sitte vereine sie die Abweichung von der Landessprache und Sitte.

II. Im zweiten Abstammungsgrad werden sowohl von Männern als von Frauen, ganz gleich welcher Volkszugehörigkeit, wesentlich mehr Mischehen geschlossen als im ersten Abstammungsgrad. Insgesamt stellten sich die Mischheiraten beider Abstammungsgrade zueinander wie 1 : 3, denn es schlossen eine Mischehe bei den

[1] Die Arbeit von Fr. Savorgnan („Verschmelzung und gegenseitige Penetration der Rassen und Nationalitäten") im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik", XXXV. Bd. 1912, ist mir bekannt.

Männern F. B. F. P. . . . . 10,39 %.
Frauen F. B. F. P. . . . . 10,10 %.
Männern N. B. F. P. . . . . 32,10 %.
Frauen N. B. F. P. . . . . 30,12 %.

Was kann der Grund dieser Unterschiede sein? Ein Mangel an Heiratslustigen des anderen Geschlechts besteht im zweiten Abstammungsgrad nicht mehr. Vielleicht ist es die größere wirtschaftliche Beweglichkeit, die die Angehörigen des zweiten Abstammungsgrades gegenüber den Personen des ersten, die noch relativ fremd im Lande sind und teilweise die Landessprache nicht beherrschen, auszeichnet. Jedoch kann dieser Grund nicht ausschlaggebend sein. Der Verfasser schiebt, und das dürfte zutreffen, die gegen den ersten Abstammungsgrad erhöhte Mischheiratsziffer des zweiten Abstammungsgrades auf das Aufhören der „Gruppensolidarität", d. h. also auf die verstärkte Entwicklung zu „Amerikanern" bei den im Lande Gebürtigen, auch wenn sie von fremdgeborenen Eltern stammen.

III. Die mehr oder minder große Assimilierung ist, wie der Verfasser richtig angibt, einmal abhängig von der Dichtigkeit der Ansiedlung, indem die gedrängte Massenansiedlung fremder Volksgruppen die Assimilierung hindert, dagegen die zerstreute Siedlung einzelner Zugewanderter unter fremdstämmigen Ansässigen zu einer schnellen Vernichtung des bisherigen Volkstums der Zugewanderten führt. Weiter wird das Tempo der Assimilierung beeinflußt von dem größeren oder geringeren nationalistischen Zusammenhang mit der alten Heimat, durch das Bestehen oder Fehlen heimattreuer Hilfsvereine und völkischer Unternehmungen wie Jugenderziehung im Sinne des Heimatlandes. Positiv im Sinne der Assimilierung arbeitet daneben das größer werdende Verständnis für das Leben und die Einrichtungen der neuen Heimat. Aber auf die einzelnen Nationalitäten wirken diese Kräfte verschieden. Der Verfasser stellt eine nach Prozenten geordnete Reihe von Mischheiratsziffern für jeden einzelnen Volksstamm auf, aus der wir zum Beispiel einige herausgreifen wollen: Die wenigsten Mischehen (unter 5 %) kamen bei den östlichen, englischen und holländischen Juden und bei einigen Farbigengruppen vor, 5 bis unter 10 % bei den deutschen und den französischen Juden, bei Italienern (Sammelgruppe) und Madjaren. 10 bis unter 25 % bei den Norditalienern (Spezialgruppe), den russischen und den österreichischen Polen sowie den Iren, 25 bis unter 50 % bei den Böhmen, Schweden, Spaniern, Norwegern, Dänen, Franzosen, über 50 % bei den Deutschen (Norddeutschen 53,05 %, Süddeutschen 55,98 %), Belgiern, Deutsch-Österreichern (59,71 %), Schotten, Holländern, Engländern (62,70 %), Deutsch-Schweizern (66,23 %), Japanern (72,41 %), Kanadiern (französischer Abstammung, 75,60 %, englischer Abstammung 79,85 %), französischen Schweizern (82,08 %). Es schlossen also Juden und Neger die wenigsten, nord- und nordwestliche sowie zentraleuropäische Völker eine mittlere Zahl und Japaner, Kanadier und französische Schweizer die meisten Mischehen. Bei den Juden sieht der Autor in der religiösen Absonderung die Abwehr gegen Mischheirat, wobei er versäumt, die oben bereits erwähnte weitere Betrachtung (Mischehen zwischen Juden verschiedener Abstammung) anzuschließen. Bei den Farbigen stellt er fest, daß farbige Männer viermal so häufig weiße Mädchen heiraten als farbige Mädchen weiße Männer. Er fügt hinzu, daß nach Ansicht der Negerführer für die Farbigen die Frage der Mischehen keine praktische Bedeutung habe, denn Mischehen seien „weder erwünscht noch geachtet". Daß die Japaner mit einer ziemlich hohen Ziffer zu vermerken waren, dürfte an der geringen Zahl der überhaupt vorkommenden Fälle liegen, so daß das Gesetz der großen Zahlen nicht gewahrt ist. Hinsichtlich der nord- und nordwesteuropäischen Völker sagt der Verfasser, daß die längere Anwesenheit von Stammesgenossen in den Vereinigten Staaten sie prädisponiert zur Assimilierung macht. Von den Angehörigen „teutonischer" Gruppen heirateten die Hälfte wieder in eine (andere) „teutonische" Gruppe. (Heiraten in die gleiche „teutonische" Gruppe zählen ja nicht als Mischehen.) Für die übrigen Sprachgruppen meint der Verfasser eine derartige klare Entwicklung nicht feststellen zu können.

IV. Je niedriger der Anteil der Mischehen beim ersten Abstammungsgrad ist, desto größer ist er beim zweiten. Zum Beispiel wurden bei den Juden ersten Abstammungsgrades 0,64 % Mischehen geschlossen, bei denen zweiten Grades 4,51 %, was einer Versiebenfachung gleichkommt; bei den Deutschen, Holländern, Engländern, Schweizern, Nordländern, Böhmen und Polen liegt das Verhältnis der Mischeheziffern des ersten und zweiten Abstammungsgrades zwischen 1 und 3.

V. Mit der starken Vermehrung der Mischehen beim zweiten Abstammungsgrad geht aber eine so starke Verminderung des Völkerkreises, der untereinander Mischehen schließt, Hand in Hand, daß im Mittel sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen das Verhältnis auf die Hälfte herabsinkt. Im Durchschnitt schlossen im ersten Abstammungsgrad die Männer aus **einem** Volksstamm mit Frauen aus 12, im zweiten Abstammungsgrad aus 6 anderen Volksstämmen eine Mischehe. Bei einzelnen Völkerschaften sind die Unterschiede noch viel bedeutender: Es heirateten im ersten Abstammungsgrad norddeutsche Männer Frauen aus 22 und süddeutsche Männer solche aus 23, norddeutsche Frauen Männer aus 24, süddeutsche Frauen solche aus 26 verschiedenen anderen Völkerschaften, dagegen waren im zweiten Abstammungsgrad die Zahlen 6, 7, 9 und 11.

VI. Am beliebtesten sind Mischehen in die „teutonische" Gruppe, wahrscheinlich, weil diese am stärksten vorhanden und sozial und wirtschaftlich am gesichersten ist. (Dabei zählt der Verfasser die Iren mit zur „teutonischen" Gruppe!) Die Abstammung aus Deutschland steht dabei an der Spitze. Bei insgesamt 36 Völkern, aus denen die mischeheschließenden Männer überhaupt stammten, wählten sich Angehörige von 26 Völkern deutsche Frauen. An zweiter Stelle folgt Irland und an dritter England mit 18 von 36. Bei den Frauen steht wiederum Deutschland mit 26 unter (diesmal nur) 29 Völkern obenan, dann Irland und an dritter Stelle England mit 20 von 29.

VII. 71,1 % der Männer und 86,5 % der Frauen, die eine Mischehe schließen, stammen aus den Berufsgruppen „Handel und Gewerbe", „Gelernte Arbeiter" und „Persönliche und häusliche Dienste", dagegen nur 12,0 % bei den Männern und 3,2 % bei den Frauen aus der Gruppe der „ungelernten Arbeiter", während 9,5 % bezw. 10,3 % auf die höchsten „Kulturgruppen" („Freie Berufe einschließlich der höheren Beamten") entfallen. Der Verfasser meint, daß in den höheren Gruppen Selbstbewußtsein, in den unteren Vorurteile die Vermischung verhindern, während in den mittleren die Sorge um das tägliche Brot die Unterschiede ausgleicht.

*

In einem Schlußkapitel behandelt der Verfasser das Thema, das er als Untertitel für seine Arbeit gewählt hat („Eine statistische Studie der Vermischung der europäischen Völker"), von der politischen Seite und erörtert, wie man der zweifellos für „Amerika" (wie er es ansieht) drohenden Gefahr entgegentreten kann, daß entweder diese Zuwanderer Fremdkörper im Staate bleiben, wenn sie sich nicht vermischen, oder den Typus des „Amerikaners" ändern, falls sie sich vermengen, aber das Kulturniveau und die Sitten der Zukommenden sich als stärker erweisen. Ein Volk wie das amerikanische, das aus keiner homogenen Masse entstanden ist, sondern von Beginn ein Mischvolk war, muß naturgemäß seinen Charakter, der sich nach der landläufig herrschenden Ansicht merkwürdigerweise gebildet hat (siehe aber bei Drachsler Fußnote Seite 82, wo das Gutachten eines amerikanischen Anthropologen

angeführt wird, der dieses bestreitet), fortwährend, wenn auch für die Lebenden selbst wahrscheinlich kaum merklich, ändern, sofern die Zuwanderung im Sinne des Vorhandenen nicht schnellstens verdaut werden kann. Das Problem spitzt sich daher zusammen: Wie ist es möglich, den Strom der Zuwanderung entweder so einzudämmen, daß die Aufsaugung restlos erfolgen kann, ehe die Kultur der Zugewanderten Einfluß auf die bestehende gewinnt, oder, sofern eine Aufsaugung nicht möglich ist, die zugewanderten Massen schnell zu „amerikanisieren" und sie in das amerikanische öffentliche Leben als an seinem Ausbau mittätigen Bürger einzugliedern, ohne daß sie zugleich ihre typischen Abstammungseigenschaften zu verlieren brauchen? Es scheint, daß der Verfasser dieser letzteren Lösung das Wort spricht (Seite 82 oben), was auch nach meiner Ansicht eine sympathischere Form der Behandlung des Nationalitätsproblems ist. Auch der aus einem anderen Kulturkreis Zugewanderte kann ein guter amerikanischer Bürger werden, wenn nur der Amerikanismus die Kraft hat, etwaige für das Ganze gefährliche Regungen, die dem Zugewanderten stammeseigentümlich sind, einzudämmen. Ich möchte annehmen, daß dies bei einem so gesunden jungen Volkskörper wie dem der U. S. der Fall ist, wage aber im Hinblick auf unser armes krankes Vaterland nicht, diese Form der Zuwanderung (Massenzugang fremdstämmiger Völkerschaften aus anderen Kulturkreisen) allgemein als tragbar zu bezeichnen.

E. Simon.

Bachi, Riccardo: *L'Italia economica nell' anno 1921. Annuario della vita commerciale, industriale, agraria, bancaria, finanziaria e della politica economica. Anno 13. Milano* [usw.]: *Società editrice Dante Alighieri 1922.* XI, 460 S.

Wie die vier vorhergehenden ist auch der 13. Band dieses Wirtschaftsjahrbuches von Ricc. Bachi herausgegeben und zum größten Teil auch von ihm selbst bearbeitet. Er zerfällt in zwei Hauptteile, von denen der erste die Wirtschaftslage Italiens im Berichtsjahr, der zweite die Wirtschaftspolitik nach den verschiedenen Zweigen des Gegenstandes behandelt.

Der erste Hauptteil beginnt mit dem auswärtigen Handel, wobei hervorgehoben wird, daß durch die seit dem 1. Juli 1921 eingeführten einschneidenden Änderungen in der Handelsstatistik (neue Klassifikation und neue Bewertungsvorschriften) ein Vergleich der jetzigen mit den früheren Angaben unmöglich gemacht wird. Verhältnismäßig eingehend ist dann die Entwicklung des Bankwesens behandelt; im Kapitel über den Geldmarkt sind die Tabellen über die Aktienkurse von Wert; reiches Zahlenmaterial enthält auch das folgende Kapitel über die Preisbewegung. Mit der landwirtschaftlichen und der gewerblichen Produktion in ihren einzelnen Gruppen befassen sich Kapitel 5 und 6. Über besonders weitreichende Umgestaltungen hat der Abschnitt „Arbeit" zu berichten. Die letzten drei Kapitel sind den Aktiengesellschaften, dem Verkehrswesen (Staatsbahnen und Schiffahrt) und den Staatsfinanzen gewidmet. — Der zweite, erheblich kürzere Hauptteil geht in ähnlicher, nur etwas erweiterter Gliederung die einzelnen Zweige der Wirtschaftspolitik durch, wobei z. B. in der Handelspolitik die Bedeutung des neuen Zolltarifs gekennzeichnet wird, bei der Arbeitspolitik der Arbeiterbewegung in ihren verschiedenen Spielarten eine eingehende Schilderung zuteil wird, im Abschnitt über Kommunalpolitik die Steuerreformen im Vordergrund stehen usw.

Der Anhang zeigt zunächst die „Entwicklungslinien des italienischen Wirtschaftslebens während des Jahres 1922" auf und bringt sodann eine „Bibliographie der italienischen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Literatur" des Jahres 1921.

Die Einleitung, die eine zusammenfassende Übersicht über die wirtschaftliche Situation in den beiden letzten Jahren gibt, läßt zwar keinen Zweifel darüber, daß es das Bild einer ausgesprochenen Krisenlage, einer schweren Stockung im Wirtschaftsleben ist, das der vorliegende Band analysieren muß, und daß auch im Jahre 1922 im allgemeinen der Depressionszustand in der Industrie fortbestanden hat (ausgedehnte Arbeitslosigkeit, teilweise Senkung des Lohnniveaus, teilweise Rückgänge in den Gewinnen, Einschränkungen in manchen Zweigen des Verbrauchs). Doch glaubt der Verfasser in der zweiten Hälfte des Jahres 1922 schon günstigere Anzeichen aufzeigen zu können: die bemerkenswerten Wandlungen, die in der letzten Zeit die „psicologia collettiva" erfahren hat, die Konsolidierung des Staatswesens, die immer schärfer sich ausprägende „rinnovazione nella classe politica", die Widerstandsfähigkeit, die der Mechanismus der nationalen Wirtschaft gegenüber der Krisis bewiesen hat, — alles dies scheinen ihm Faktoren zu sein, die für die nächste Zukunft freundlichere Aussichten eröffnen, als sie die letzte Zeit bot.

He.

Eingesandte Schriften.

Bibliographie *des questions ouvrières et sociales dans la Russie des soviets Genève 1922.* IV, 174 S.

Brissenden, Paul Frederick, and **Emil Frankel:** *Labor Turnover in Industry. A statistical analysis New-York: Macmillan 1922.* XIV. 215 S.

Drygalski, Erich v.: Das Deutschtum in Ost- und Westpreußen. München: Pfeiffer 1923. 15 S. (Das Grenz- und Auslandsdeutschtum. H. 5.)

Ebstein, Erich: Die zwecklose Aufopferung kranker Schwangerer. Elbing: Selbstverlag des Verfassers 1923. 40 S.

Elster, Alexander: Sozialbiologie, Bevölkerungswissenschaft und Gesellschaftshygiene. Berlin und Leipzig: Walter de Gruyter 1923. VI, 483 S. (Handbuch der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Bd. 8.)

Feilen, Josef F.: Die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes. Berlin und Leipzig 1923. 143 S. (Sozialwissenschaftliche Forschungen. Abt. 1, H. 1.)

Fisher, Irving: *The Making of Index Numbers. Boston and New York: Houghton Mifflin Co. 1922.* XXXI, 526 S.

Glaser, Kurt: Frankreich und seine Einrichtungen. Bielefeld und Leipzig: Velhagen & Klasing 1923. VIII, 207 S. (Die Handbibliothek der Philologen.)



Goll, August: Die Statistik im Zusammenhang mit der Gesamtorganisation. Hamburg: Hanseatische Verlagsanstalt (1923). VIII. 256 S. (Hamburger Kaufmannsbücher. Bd. 10.)

Kirchliches Handbuch für das katholische Deutschland. In Verbindung mit . . . hrsg. von Krose. Bd. 11. 1922/23. Freiburg i. Br.: Herder 1923.

Markets of the World. *A compilation of commercial maps and statistical data. [1.] United States and Canada Series. New York: First National Bank of Boston 1922.*

Merck, Johann Heinrich: Entwicklung und Stand der pharmazeutischen Großindustrie Deutschlands. Berlin: Stilke 1923. XVI, 89 S.

Middleton, Thomas Hudson: *Food Production in war. London [usw.]: Milford 1923.* XIX. 373, 10 S. *(Economic and social history of the world war.)*

Ruediger, Hermann: Das Deutschtum an der mittleren Donau [Ungarn, Jugoslawien, Rumänien]. München: Pfeiffer 1923. 23 S. (Das Grenz- und Auslandsdeutschtum. H. 4.)

Stein, Lorenz v.: Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage. Bd. 3: Das Königtum, die Republik und die Souveränität der französischen Gesellschaft seit der Februarrevolution 1848. Hrsg. von Salomon. München: Drei Masken 1921.

Taschenkalender und Kirchlich-statistisches Jahrbuch für den katholischen Klerus deutscher Zunge. Jg. 45. 1923. Regensburg: Manz.

Thomsen, A.: Das Aussterben der modernen Kultur-Völker. 2. Aufl. Chemnitz: Krüger (1922). 22 S.

Trade and industry of Finland. Helsingfors: Simelius 1921/22. 746 S.

Winkler, Wilhelm: Die Bedeutung der Statistik für den Schutz der nationalen Minderheiten. Leipzig und Wien: Deuticke 1923. 75 S. (Schriften des Instituts für Statistik der Minderheitsvölker an der Universität Wien. 1.)

Druck von Otto Walter in Berlin S 14.

Statistische Korrespondenz.

Wanderbewegung in Preußen für die Zeit vom Oktober 1919 bis Oktober 1922. — Nach der Bundesratsverordnung über die Fortschreibung der Zivilbevölkerung zum Zwecke der Lebensmittelversorgung vom 24. Oktober 1918, die am 1. September 1919 in Kraft getreten ist, muß für jede aus dem Inland zuziehende Zivilperson ein Lebensmittelabmeldeschein abgegeben und für jede Zivilperson, die aus dem Auslande dauernd zuzieht, eine Zählkarte ausgestellt werden. Zwar kann das auf diese Weise gewonnene Zahlenmaterial auf unbedingte Zuverlässigkeit keinen Anspruch machen, zumal da der Zuzug nach dem Lande seit dem am 16. August 1921 eingeführten Umlageverfahren nicht mehr voll erfaßt wird. Ferner ist einerseits der Zuzug der Ausländer nicht voll erfaßt, andererseits ist fälschlicherweise in einer Reihe von Fällen, deren Zahl sich nicht genau ermitteln läßt, die Entlassung aus dem Heeresdienst als Zuzug behandelt worden; doch heben sich diese beiden Fehler bis zu einem gewissen Grade gegenseitig auf. Im ganzen geben die Zahlen für die Wanderbewegung so doch ein hinreichend zutreffendes Bild, das in seinen Hauptzügen von der Wirklichkeit nur wenig abweichen dürfte.

Vorweg muß die zunächst vielleicht etwas auffällige Tatsache festgestellt werden, daß die Wanderbewegung in den preußischen Provinzen und Regierungsbezirken ziemlich beträchtlich gewesen ist trotz der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und trotz der geradezu katastrophalen Wohnungsnot. Sind doch in den drei Jahren vom Oktober 1919 bis 1922 nicht weniger als 15,3 Millionen Fälle eines Wohnsitzwechsels und 7 – 800 000 Fälle von Einwanderung aus dem Auslande gezählt worden (einschl. der Flüchtlinge aus den deutschen Abtretungsgebieten; Personen, die mehrfach ihren Wohnsitz gewechselt haben, sind dabei allerdings mehrfach gezählt worden). Da der preußische Staat am 8. Oktober 1919 eine Bevölkerung von rund 37 Millionen hatte, so entfiel fast auf jeden zweiten Preußen ein Fall des Wohnsitzwechsels. Zweifellos standen den hemmenden Einflüssen andere gegenüber, welche die Wanderbewegung außerordentlich beförderten und begünstigten. Dahin gehören wahrscheinlich, soweit die Einwanderung in Betracht kommt, der Zuzug von Auslandsdeutschen und Flüchtlingen aus dem Osten und den abgetretenen Gebieten sowie der Zustrom von Angehörigen des valutastarken Auslandes, ferner die Zuwanderung sonstiger fremdstämmiger Elemente aus Rußland, Galizien, Kongreß-Polen und den übrigen östlichen Gebieten; soweit Binnenwanderung vorliegt, das Daniederliegen mancher Industriezweige und das dadurch bedingte Abströmen von beschäftigungslosen Arbeitern nach Gegenden mit günstigeren Arbeitsgelegenheiten sowie die besseren Ernährungsmöglichkeiten auf dem platten Lande und in landwirtschaftlichen Bezirken. Auch die Demobilmachung, die manchen Krieger wohl zunächst für kurze Zeit in seine Heimat und dann erst auf seine neue Arbeitsstätte geführt hat, wird die Wanderbewegung befördert haben.

Ob und welche Ursachen sonst auf die Wanderbewegung vornehmlich und bestimmend eingewirkt haben, und ob diese mehr allgemein politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art waren oder auf provinziellen und lokalen Eigentümlichkeiten beruhten, könnte nur durch eine eingehende Bearbeitung der Zählungsergebnisse aufgeklärt werden, die auf die Verhältnisse in den einzelnen Kreisen und Gemeinden zurückgeht und vielfache Rückfragen erfordern würde. Nur das kann schon bei einem oberflächlichen Einblick in das Zählmaterial behauptet werden, daß im allgemeinen Einzelpersonen an der Wanderbewegung mehr beteiligt sind als ganze Familien. Da die Unterkunftsmöglichkeit für Einzelpersonen größer ist, so wird ihr Wohnungswechsel auch durch die Wohnungsnot weniger gehemmt.

Das Ergebnis der Wanderungsbewegung ist für Preußen in den Jahren 1900 bis 1910 zahlenmäßig festgestellt; man wird ohne weiteres annehmen dürfen, daß ihre Entwickelung in den Jahren 1911 bis 1914 im wesentlichen dieselbe geblieben ist. Danach hatte Preußen vor dem Kriege entweder (wie 1900 bis 1905) nur einen geringen Wanderungsgewinn (+ 96 585 oder 0,27 v. H. seiner Bevölkerung) oder sogar (1905 bis 1910) einen Wanderungsverlust (– 46 930 = 0,12 v. H.). Weiter war vor dem Kriege ein geschlossenes Gebiet der Abwanderung erkennbar, das den gesamten Osten mit Ausnahme der Stadt Berlin und ihrer Vororte sowie die Provinz Hannover und Hohenzollern umfaßte, während nur die Provinz Schleswig-Holstein, Berlin mit seiner Umgebung und die westlichen Provinzen Hessen-Nassau, Westfalen und Rheinprovinz einen Wandergewinn aufwiesen. In beiden Richtungen zeigt sich nach dem Kriege ein ganz anderes Bild. Preußen insgesamt hat in den drei Jahren 1919 bis 1922 einen beträchtlichen Wanderungsgewinn von 740 162 oder 2 % seiner Bevölkerung. Dieser Gewinn verteilt sich, wenn auch in verschiedenem Ausmaße auf alle Provinzen mit Ausnahme von Hohenzollern (– 1 133 oder 1,6 v. H.) und der Provinz Oberschlesien, in welch letzterer sich aber der Verlust (– 27 021) und der Gewinn (+ 25 358) fast ausgleichen. Vermutlich ist diese Entwickelung auf zwei Momente zurückzuführen. Einmal haben die östlichen Provinzen vorwiegend den Zuzug der Rückwanderer aus den abgetretenen Gebieten und die Einwanderung aus dem östlichen Auslande aufgenommen, sodann haben wohl die landwirtschaftlichen Gebiete durch die bessere Ernährungsmöglichkeit eine größere Anziehungskraft gewonnen, die eine gewisse Rückwanderung zur Folge gehabt hat. Im einzelnen zeigt den höchsten Prozentsatz der Zuwanderung die Provinz Brandenburg mit 4,1 v. H. (99 722); ihr folgen Berlin mit 3,8 % (145 387), Posen-Westpreußen mit 3,4 % (10 909), Westfalen mit 3,0 % (134 647) und Pommern mit 2,0 % (34 611). Die meisten Provinzen weisen einen Gewinn von 1 – 2 % auf, so z. B. die Rheinprovinz 1,8 % (126 741), Niederschlesien 1,7 % (49 771), Hannover 1,5 % (43 922), Ostpreußen 1,4 % (30 440), Sachsen 1,3 % (38 874) und Schleswig-Holstein 1,1 % (18 287). Der kleinste Gewinn findet sich bei Hessen-Nassau mit 0,4 % (9 617). Da der Staat Preußen, wie oben gesagt, einen Wanderungsgewinn von 740 162 oder 2 % im Durchschnitt zu verzeichnen hat, so stehen 4 Provinzen über dem Durchschnitt, eine Provinz (Pommern) kommt ihm gleich, 7 Provinzen stehen unter dem Staatsdurchschnitt. Auf die Ursachen für den Gewinn oder Verlust soll, soweit möglich, bei Besprechung der Regierungsbezirke kurz eingegangen werden.

Geht man bei Betrachtung des Wanderungsergebnisses auf die einzelnen Regierungsbezirke zurück, so haben von 35 Regierungsbezirken 26 einen Mehrzuzug und nur 9 einen Mehrwegzug zu verzeichnen, wobei beim Regierungsbezirk Oppeln mit 0,1 % Verlust sich Verlust und Gewinn fast ausgleichen. Stralsund und Potsdam haben den größten Gewinn, Hildesheim den geringsten. Das prozentuale Mittel beträgt 2,2 %; Frankfurt und Breslau kommen mit 2,1 % diesem Mittel am nächsten; 12 Regierungsbezirke stehen über dem Mittel, 14 unter ihm. Den größten Verlust hat Trier mit 1,9 % aufzuweisen, den kleinsten Oppeln mit 0,1 %.

Teilt man die Regierungsbezirke nach der verhältnismäßigen Größe ihres Wanderungsgewinnes in 3 Größengruppen ein, nämlich von 4 – 6 % und mehr, 2 – 4 % und 0 – 2 %, so gehören zur ersten Gruppe die 4 Regierungsbezirke Stralsund mit 6,4 % (15 512), Potsdam mit 6,2 % (73 843), Arnsberg mit 4,1 % (103 482) und Königsberg mit 4,0 % (34,708). Zwei von ihnen (Königsberg und Stralsund) hatten, sowohl 1900 – 1905 wie 1905 – 1910 Wanderverluste von $3^1/_2$ v. H. Beim Regierungsbezirk Stralsund, in dem der Kreis Rügen einen Wandergewinn von 10,9 % und der Kreis Franzburg sogar einen Gewinn von 17,3 % aufweisen, dürfte jenes obenerwähnte Moment des Rückstroms in landwirtschaftliche Gebiete nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, daß aus dem Wanderverlust ein Wandergewinn geworden ist. Der Gewinn des Kreises Rügen scheint außerdem, sofern hier nicht etwa Fehler der Fortschreibung vorliegen, vornehmlich durch die vielen Bäder und Sommerfrischen, die anscheinend jetzt mehr als früher zu ständigen Wohnsitzen gewählt werden, hervorgerufen zu sein. Auch die lebhafte Handelstätigkeit, die durch die Nähe der See bedingt ist, scheint auf die

Wanderbewegung einen ziemlichen Einfluß auszuüben. Andere Ursachen dürften beim Regierungsbezirk Potsdam vorliegen, wo der Kreis Westhavelland mit 10,2 %, Angermünde mit 10,1 %, der Stadtkreis Eberswalde mit 10,1 %, der Stadtkreis Potsdam mit 8,8 % und Oberbarnim mit 7,5 % vertreten sind. Hier dürfte an das Vorkommen einer größeren Menge von größeren und mittleren Provinzstädten und ihre günstige Bahnverbindung mit Berlin zu denken sein, ferner an die günstige Bahnverbindung von vielen anderen Orten nach Berlin, wodurch ein starker Anreiz zum Bau von Fabriken und industriellen Anlagen geboten wird.

Der Regierungsbezirk Arnsberg verdankt seinen Mehrzuzug fast ebenso wie in den früheren Jahren seiner hochentwickelten Kohlen- und Eisen-Industrie, die sehr viele Arbeiterfamilien fortwährend in ihren Bann zieht. Für den Regierungsbezirk Königsberg dürften zunächst die Gründe maßgeblich sein, die oben allgemein angeführt sind. Ferner wird der Durchschnittsprozentsatz von 4,0 erheblich beeinflußt durch den Kreis Fischhausen, der einen ungewöhnlich starken, noch der Nachprüfung bedürftigen Mehrzuzug zeigt.

Zur **zweiten** Größengruppe mit einem mittleren Gewinn von 2–4 % gehören Berlin mit 3,8 % (145 387), Schneidemühl und Münster mit je 3,4 % (10 909 und 39 215), Düsseldorf mit 3,3 % (121 500), Aachen mit 3,2 % (20 249), Lüneburg mit 3,1 % (17 422), Aurich mit 2,9 % (7 772), Merseburg mit 2,4 % (31 635), Frankfurt und Breslau mit je 2,1 % (25 879 und 38 943) und Wiesbaden mit 2,0 % (24 840). Fünf von diesen Bezirken (Schneidemühl, Frankfurt, Breslau, Merseburg und Aachen) hatten sowohl 1900–1905 wie 1905–1910 Wanderverluste, während Aurich, wenigstens im Gesamtergebnis von 1900–1910, einen nicht unbeträchtlichen Wanderverlust hatte. Der Wanderungsgewinn bei Berlin bedarf nach der Eingemeindung wohl keiner weiteren Erklärung. Der Bezirk Schneidemühl, der den Kreis Deutsch-Krone mit 10,9 % und Stadtkreis Schneidemühl mit 10,1 % in sich schließt, dürfte vielfach das Aufnahmegebiet für die Flüchtlinge aus den ehemals deutschen Kreisen von Westpreußen und Posen geworden sein. Münster und Düsseldorf gehören zu dem reich entwickelten Industriebecken des Westens; bei Aachen scheint z. T. ein Rückstrom aufs Land, zum andern Teil wohl ein Zuzug infolge Ausdehnung der Kohlenindustrie vorzuliegen; für Lüneburg dürfte das Vorkommen von Ölfeldern und die Entwicklung von Hamburg und seiner Umgebung die Zuwanderung begünstigt haben, und im Regierungsbezirk Aurich hat der Landkreis Emden, in dem die Vororte von Emden liegen, allein einen Gewinn von 12,7 % zu verzeichnen; ebenso hat Merseburg während und nach dem Kriege eine starke industrielle Entwicklung durchgemacht (Leunawerke und Braunkohlenindustrie). Frankfurt, Breslau und Wiesbaden erheben sich nur wenig über den Staatsdurchschnitt von 2,0 %. In den Regierungsbezirken Frankfurt und Breslau wird wahrscheinlich ein Zuzug von Rückwanderern aus den abgetretenen Gebieten, ein Rückstrom aufs Land und vereinzelt wohl auch eine stärkere industrielle Entwicklung zusammentreffen. Im Regierungsbezirk Wiesbaden entfällt der Zuzug in der Hauptsache auf die Industriebetriebe von Höchst und Frankfurt a. M., auf die zahlreichen Badeorte mit ihren Heilquellen sowie auf die Weinbaubezirke des Rheingaus.

Zur **dritten** Größengruppe von 0–2 % gehören beim Mehrzuzug 11 Bezirke: Hannover 1,6 % (12 223), Köslin 1,5 % (9 518), Westpreußen 1,2 % (2 954), Stettin und Schleswig je 1,1 % (9 581 und 18 287), Magdeburg 1,0 % (11 733), Liegnitz und Stade je 0,9 % (10 828 und 3 876), Köln 0,8 % (7 920), Osnabrück 0,3 % (1 301), Hildesheim 0,2 % (1 328). Von ihnen hatten vor dem Kriege nur Hannover, Schleswig und Köln einen Wandergewinn. An diese dritte Größengruppe schließen sich dann die 9 Bezirke des Wanderverlustes an: Trier – 1,9 % (– 11 142), Coblenz und Sigmaringen je — 1,6 % (– 11 786 und – 1 133), — bei Trier und Coblenz dürften vornehmlich die Unannehmlichkeiten der Besetzung, dann aber auch die besseren Verdienstmöglichkeiten im Saargebiet, in Luxemburg und in der rheinischen Industrie, insbesondere im Kölner Braunkohlengebiet den Wanderungsverlust bewirkt haben –; ferner Cassel – 1,5 % (– 15 223), Minden – 1,1 % (– 8 050), Allenstein – 0,9 % (– 4 725), Erfurt – 0,8 % (– 4 494), Gumbinnen – 0,5 % (– 2 497) und Oppeln – 0,1 % (– 1 663).

Es sei nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß alle Erklärungen der Ergebnisse der Wanderbewegung naturgemäß nur Erklärungs**versuche** sein können und daher nur mit Vorbehalt abgegeben sind; sie bedürfen der Nachprüfung und erfahren vielleicht manche Korrektur, wenn man die Verhältnisse der einzelnen Kreise und Gemeinden durchforscht. Eine derartige Bearbeitung einiger Provinzen ist für später in Aussicht genommen.

Vergleicht man zum Schluße die einzelnen Ernährungsjahre, so zeigt die Wanderbewegung eine allmählich sinkende Tendenz. Wie die Wanderbewegung sich in künftigen Jahren weiter entwickeln wird, kann bei der Unsicherheit aller politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse jetzt nicht beurteilt werden; eine Voraussage in dieser Hinsicht hätte nur einen sehr bedingten Wahrscheinlichkeitswert.

Verwaltung, Organisation und Statistik des Freistaates Preußen.

Die Ergebnisse statistischer Erhebungen auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens werden vorwiegend nach Kreisen, Regierungsbezirken, Provinzen in ihrem jeweiligen Umfange und sodann als Staatssumme in den Zeitschriften und Druckwerken des Preußischen Statistischen Landesamts veröffentlicht. Nach einzelnen Gemeinden (Städten, Landgemeinden und Gutsbezirken) werden sie nur in ganz seltenen Fällen veröffentlicht. Grenzveränderungen oder Neueinteilungen der Verwaltungsbezirke ziehen daher auch eine Umlegung statistischer Zahlenwerte nach sich, die, von kleineren Grenzveränderungen abgesehen, die vergleichende Statistik häufig in großem Maße beeinflussen. Ihre Bekanntgabe, auch in den Tageszeitungen, kann nicht genug empfohlen werden, weil sie für die Beurteilung politischer und wirtschaftlicher Fragen von großer Bedeutung ist.

In dieser Hinsicht wird zur Zeit auf die:
- Neuordnung der kommunalen Verwaltung in der Ostmark,
- vorläufige Regelung der Kreisverwaltungen in der Provinz Oberschlesien nach ihrer Teilung durch die neue Landesgrenze gegen Polen,
- besondere Verwaltung der Insel Helgoland und
- Veränderung der Landesgrenze zwischen Preußen und Waldeck-Pyrmont

aufmerksam gemacht, wobei nicht nur Veränderungen von Kreisgrenzen usw., sondern auch die Auflösung bestehender und die Bildung neuer Verwaltungsbezirke in Frage kommen. Alle diese Veränderungen im Organismus des Staates sind nach den Bestimmungen der sie anordnenden Gesetze usw. nachfolgend in den einzelnen Abschnitten — A bis D — nach Flächengröße, Einwohnerzahl usw. beschrieben und erläutert.

Sie ergänzen, berichtigen oder bestätigen die Angaben der Verwaltungsbezirks-Einteilung des Freistaates Preußen bis zu den Kreisen herab. Diese grundlegende Einteilung ist in dem vom Preußischen Statistischen Landesamt zu Anfang des Jahres 1922 herausgegebenen Druckwerk „Die von Preußen abgetretenen Gebiete" auf S. 211 bis 221 abgedruckt.

Ferner sind im Laufe des verflossenen Jahres mehrere Stadtkreise gebildet worden, die ebenfalls als Berichtigungen zu der vorbezeichneten Bezirkseinteilung vermerkt werden müssen, und zwar:

Bildung des Stadtkreises	am	Flächengröße ha	Einwohnerzahl 8.10.19	unter Abtrennung vom Kreise	im Regierungsbezirk	durch Erl. d. Minist. d. Innern vom
a) Grünberg	1.4.22	3 230,50	22 206	Grünberg	Liegnitz	9. 3. 22 — IV a III 163
b) Hirschberg	1.4.22	1 282,40	21 428	Hirschberg	„	15. 3. 22 — IV a III 1 254 III
c) Wittenberg	1.4.22	2 358,48	22 421	Wittenberg	Merseburg	30. 3. 22 — IV a III 721
d) Goslar . .	1.4.22	5 106,88	20 470	Goslar	Hildesheim	11. 3. 22 — IV a III 114 IV und Verordnung d. Preuß. Staatsminist. vom 3. 3. 22
e) Wittenberge	1.8 22	2 088,69	24 257	Westprignitz	Potsdam	10. 7. 22 — IV a III 881

Wegen Ersparung hoher Druck- und Papierkosten mußten kleinere Kreisgrenzveränderungen hier vorläufig unberücksichtigt bleiben.

Lfd. Nr. der Provinz	(Tab. 1) Verwaltungsbezirke, Gemeindeeinheiten usw., die von der Neuregelung der kommunalen Verfassung und Verwaltung betroffen worden sind	Abgang		Am 1. 7. 1922 vereinigt mit Kreis
		Flächengröße ha	Einwohnerzahl 8. 10. 1919	
1	2	3	4	5
I	**Provinz Ostpreußen.**			
	a) Reg.-Bez. Königsberg. Keine Veränderungen.			
	b) Reg.-Bez. Gumbinnen[1])			
	1. Restkreis Heydekrug[2])	18 279,3238	6 830	Niederung
	2. Restkreis Tilsit, Land[3])			
	a) Landgemeinden und b) Gutsbezirke: **Zusammen**	2 535,5858	3 781	Tilsit, Stadt
	c) Landgemeinden und d) Gutsbezirke: **Zusammen**	10 002,3049	5 708	[6])Tilsit-Ragnit

	Fläche ha	Einwohner 8. 10. 1919
a) Landgemeinden:		
Dwischaken	404,0236	703
Kallwen..........	468,7354	274
Kaltecken	453,2547	467
Moritzkehmen, teilweise[4]) ..	386,9531	351
Schillgallen b. Tilsit	343,1516	1 232
Senteinen, teilweise[5])	260,1273	682
b) Gutsbezirke:		
Paszelgsten	219,3401	72
Zusammen ...	2 535,5858	3 781
c) Landgemeinden:		
Alt Jägerischken	272,9043	117
Alt Weynothen	581,7363	878
Argeningken-Graudszen ...	329,7379	233
Bartken	182,0665	112
Bartukeiten	251,6163	128
Bendiglauken	307,4244	270
Birjohlen[4])	228,4900	103
Bublauken	204,4439	208
Budeningken	190,1892	102
Eichendorf	190,6800	76
Eromeiten[4])[5])	351,9841	216
Kampinnischken	247,9615	166
Karteningken	690,7851	234
Klipschen-Rödszen	315,1618	180
Laukandten	300,0935	184
Lenkonischken	496,4900	134
Moritzkehmen, teilweise[4]) ..	64,0289	—
Naudwarrischken	197,5040	92
Neu Argeningken.......	528,9857	648
Neu Jägerischken	189,8304	45
Neu Weynothen	236,6511	105
Pamletten..........	270,7981	118
Pokraken	437,5561	256
Raukothienen	257,8663	146
Senteinen, teilweise[5])	46,6354	—
Skambracken	216,2095	146
Taurothenen	326,6722	205
Thalszenten..........	283,2163	104
Trakeningken b. Tilsit	71,1480	44
Urbanteiten	191,4130	121
d) Gutsbezirke:		
Berneiten	227,6146	93
Schilleningken Adlig	1 252,0472	244
Schnecken, Forst	62,3630	—
Zusammen ...	10 002,3049	5 708

Erläuterungen (6)

[1]) Gesamtübersicht der von der Neuregelung betroffenen Kreise des Reg.-Bez. Gumbinnen.

a) Vor der Neuregelung am 30. 6. 22:

Restkr. Heydekrug	= 18 279,3238 ha;	6 830	Einw.,
„ Niederung	= 87 116,7331 „;	55 237	„ ,
„ Tilsit, Stadt	= 3 302,1430 „;	43 044	„ ,
„ „ , Land	= 12 537,8907 „;	9 489	„ ,
„ Ragnit	= 95 212,0016 „;	49 419	„ ,
Zusammen ..	= 216 448,0925 „;	164 019	„ .

b) Nach der Neuregelung am 1. 7. 22:

Kreis Niederung	= 99 226,6065 ha;	58 079	Einw.,
„ Tilsit, Stadt	= 5 837,7288 „;	46 825	„ ,
„ Tilsit-Ragnit	= 111 383,7572 „;	59 115	„ ,
Zusammen ..	= 216 448,0925 „;	164 019	„ .

Anmerkung: Die Flächengrößenzahlen weichen von den Angaben über Fläche in der Verwaltungsbezirkseinteilung des Freistaates Preußen, die auf S. 211—221 im Nachschlagewerk: „Die von Preußen abgetretenen Gebiete, 1922", abgedruckt ist, etwas ab, was auf Neuvermessungen einzelner Gebiete sowie auf den Verlust von Teilen im Memeldelta — vergl. die Anmerkungen [3]) = 156,02 ha und [1]) = 261,97 ha auf S. 18 oder 19 des vorgedachten Druckwerkes — zurückzuführen ist.

[2]) aufgelöst und restlos dem Kreise Niederung zugelegt.

[3]) aufgelöst und verteilt auf die Kreise Tilsit, Stadt, und Tilsit-Ragnit.

[4]) Von der Landgemeinde Moritzkehmen sind 64,0289 ha unbewohnte Grundstücke zum Kreise Tilsit-Ragnit übergegangen, die hier mit:
51,5634 ha der Landgemeinde Eromeiten und
12,4655 „ „ „ Birjohlen
gemeinderechtlich zuzulegen sind.

[5]) 46,6354 ha unbewohnte Grundstücke der Landgemeinde Senteinen gehen zum Kreise Tilsit-Ragnit über, die hier der Landgemeinde Eromeiten zuzulegen sind.

[6]) Der Restkreis Ragnit führt nach Einverleibung von Teilen der Kreise Niederung und Tilsit, Land, den Namen Tilsit-Ragnit mit dem Sitze des Landrates in der Stadt Tilsit.

A. Die kommunale Verfassung und Verwaltung in der Ostmark.

Durch Friedensdiktat von Versailles sind umfangreiche Gebiete dem Freistaate Preußen verlorengegangen. Der sogenannte polnische Korridor hat die bei Preußen verbliebenen Teile noch weiter zerrissen. Die neue Landesgrenze durchschneidet rücksichtslos Provinzen, Regierungsbezirke, Kreise, Städte, Landgemeinden und Gutsbezirke. Die Neuregelung der durch die neue Landesgrenze

Lfd. Nr. der Provinz	(Tab. 2) Verwaltungsbezirke, Gemeindeeinheiten usw., die von der Neuregelung der kommunalen Verfassung und Verwaltung usw. betroffen worden sind	Abgang		Am 1. 7. 1922 vereinigt mit Kreis	Erläuterungen
		Flächengröße ha	Einwohnerzahl am 8. 10. 1919		
1	2	3	4	5	6
Noch: I.	**Provinz Ostpreußen.** Noch: b) Reg.-Bez. Gumbinnen. **3. Restkreis Niederung.**[1]				

a) Landgemeinden:	Fläche ha	Einwohner 8. 10. 19
Alloningken	260,2820	133
Gaidwethen	280,4173	264
Groß Brettschneidern	237,8824	152
Groß Dummen	235,9260	271
Groß Ischdaggen	185,2740	158
Groß Wingsnupönen	252,0695	224
Kattenuppen	99,6709	47
Kaukwethen	210,2680	134
Kaukweth-Kludszen	128,3100	51
Kelminen	181,0262	267
Klein Brettschneidern	59,4627	71
Klein Dummen	129,2416	230
Krauleiden	153,7405	78
Kühlen	114,5330	104
Papuschienen	85,7630	122
Puskeppeln	384,5596	386
Sandlauken	102,8145	140
Schillkojen	260,9513	304
Seikwethen	249,7919	237
Skardupönen	168,4590	94
Skroblienen	175,7685	227
Smaledumen	201,2822	141
b) Gutsbezirke:		
Birkenwalde	197,0910	72
Blausden	422,3440	67
Pauperischken	105,5596	—
und vom Forstgutsbezirk Wilhelmsbruch[2]) die Forsthäuser:		
Grünheide } Schutzbezirke	529,1310	8
Lappienen } Schutzbezirke	757,8010	6
Zusammen	6 169,4507	3 988

Lfd. Nr. der Provinz	2	3	4	5
	Zusammen (Restkreis Niederung)	6 169,4507	3 988	Tilsit-Ragnit
	c) Reg.-Bez. Allenstein. Keine Veränderungen.			
	d) Reg.-Bez. Westpreußen.[3]) [4]) [5]) [6])			
	1. Restkreis Danziger Niederung	2 509,7300	1 509	Elbing Land
II.	**Provinz Brandenburg.** Keine Veränderungen.			
III.	**Provinz Stadt Berlin.** Keine Veränderungen.			
IV.	**Provinz Pommern.**			
	a) Reg.-Bez. Stettin. Keine Veränderungen.			
	b) Reg.-Bez. Köslin.[7])			
	1. Restkreis Neustadt i. Westpr.[8])	5 777,9900	1 806	Lauenburg in Pommern
	2. „ Karthaus[8])	51,2500	14	„
	2a. „ „ [9])	1 585,5000	466	Bütow
	3. Teile des Restkreises Schlochau[10]) (Restgemeinde Adlig Briesen und Adlig Lonken)	97,1700	[11]) —	Rummelsburg in Pommern
	c) Reg.-Bez. Stralsund. Keine Veränderungen.			

Erläuterungen:

[1]) Der Restkreis Niederung mit 87 116,7334 ha, 55 237 Einwohnern hat den ganzen Restkreis Heydekrug mit 18 279,3238 ha, 6 830 Einwohnern aufgenommen, dagegen aber 6 169,4507 ha, 3 988 Einwohner an den Kreis Tilsit-Ragnit abgegeben. Sitz des Landrates vom Kreise Niederung ist die Landgemeinde Heinrichswalde im Kreise Niederung.

[2]) Die vom Forstgutsbezirk Wilhelmsbruch im Kreise Niederung abgetretenen und dem Kreise Tilsit-Ragnit wieder zugelegten Flächen sind z. Zt noch bezirksfrei. Von welcher Gemeindeeinheit sie aufgenommen werden sollen, steht noch nicht fest. Wahrscheinlich werden diese Flächen dem Kreise Niederung einverleibt werden.

[3]) Der Regierungsbezirk Marienwerder hat den Namen „Westpreußen" erhalten. Sitz seiner Regierung bleibt die Stadt Marienwerder. Er gehört seit dem 1. 7. 22 der Provinz Ostpreußen an.

[4]) Die Kreise Elbing, Stadt, Elbing, Land, und Marienburg vom Reg.-Bez. Danzig werden dem Reg.-Bez Westpreußen zugelegt.

[5]) **Kreisübersicht des Reg.-Bez. Westpreußen nach der Neuregelung.**

	Fläche ha	Einwohner 8. 10. 1919
a) Kreis Elbing Stadt	1 900,2200	67 127
b) „ „ Land	49 165,2300	26 992
c) „ Marienburg (Westpr.)	20 699,5100	27 858
d) „ Marienwerder	54 153,4900	40 055
e) „ Rosenberg i. Westpr.	103 889,1000	56 164
f) „ Stuhm	64 170,2400	39 538
Zusammen	**293 977,8200**	**257 734**

[6]) Die 5 Weichseldörfer des Kreises Marienwerder

	Fläche ha	Einwohner 8. 10. 1919
a) Außendeich	299,80	150
b) Johannisdorf	370,80	324
c) Kleinfelde	225,00	52
d) Kramershof	122,40	46
e) Neu Liebenau	112,00	100
Zusammen	1 130,00	672

mußten auf Grund des Beschlusses der Botschafterkonferenz vom 12. August 1920 an Polen abgetreten werden. Ihre Übernahme durch die Polen hat am 16. August 1920, vorm. 10 Uhr, stattgefunden.

[7])

Der Reg.-Bez. Köslin nach	Flächengröße ha	Einwohner am 8. 10. 1919
a) vor } der Abtretung an Polen	1 403 855,55	653 518
b) nach } der Abtretung an Polen	1 402 891,33	653 255
c) Verlust an Polen vom Kreis Bütow	820,02	192
„ Lauenburg i. Pomm.	44,66	—
„ Stolp, Land	99,54	71
d) Zugang von Westpr. Restkreis Karthaus	1 636,75	480
„ Neustadt i. Westpr.	5 777,99	1 806
„ Putzig	9,00	—
e) verbliebener Gesamtbestand	1 410 315,07	655 541

[8]) vom früheren Reg.-Bez. Danzig.

[9]) umfassend die Reste der Landgemeinden: Golzau, Jamen und Zukowken mit Muhlchen.

[10]) vom früheren Reg.-Bez. Marienwerder.

[11]) Die Einwohnerzahlen der zur Restgemeinde Adlig Briesen gehörigen Ortschaft Briesenthal sowie der zur Restgemeinde Lonken gehörigen Ortschaft Scharfenstein waren nicht festzustellen.

geteilten und bei Preußen verbliebenen Verwaltungsbezirke ist durch Gesetz vom 21. Juli 1922 (Preuß. Ges. S. S. 171 bis 177) erfolgt, das rückwirkend am 1. Juli 1922 in Kraft getreten ist.

Zu diesem Gesetz hat der Minister des Innern — unter dem 21. Juli 1922 — IV a III 286 II noch besondere Ausführungsbestimmungen erlassen. Alle Änderungen dieser beiden Verordnungen sind in Verbindung mit Flächengrößen und Einwohnerzahlen in der folgenden Übersicht zusammengestellt. Die Ausführungsbestimmung

Lfd. Nr. der Provinz	(Tab. 3) Verwaltungsbezirke, Gemeindeeinheiten usw., die von der Neuregelung der kommunalen Verfassung und Verwaltung betroffen worden sind	Abgang		Am 1. 7. 1922 vereinigt mit Kreis	Erläuterungen
		Flächengröße ha	Einwohnerzahl am 8. 10. 1919		
1	2	3	4	5	6
V.	**Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen**[1]).				
	Reg.-Bez. Schneidemühl[2]).				
	1. Restkreis Konitz[3])	885,3200	223	Schlochau	
	2. „ Filehne[4])	43 612,4300	18 161	Netzekreis	
	3. „ Czarnikau[4])	37 614,7700	20 490	Netzekreis	
	4. „ Kolmar i. Pos.[4])	5 881,0300	2 258	Netzekreis	
	Vom Kreise Kolmar i. Pos. sind außerdem die Landgemeinde Schönfeld und der Forstgutsbezirk Selgenau abgetrennt und mit dem Kreise Flatow vereinigt worden	2 353,0700 3 734,0900	601 118	Flatow	
VI.	**Provinz Niederschlesien.** Keine Veränderungen.				
VII.	„ **Oberschlesien.** Siehe Abschnitt B.				
VIII.	„ **Sachsen.** Keine Veränderungen.				
IX.	„ **Schleswig-Holstein.** Siehe Abschnitt C.				
X.	„ **Hannover.** Siehe Abschnitt D.				
XI.	„ **Westfalen**[5]).				
XII.	„ **Hessen-Nassau.** Keine Veränderungen.				
XIII.	**Rheinprovinz**[5]).				
XIV.	**Provinz Hohenzollernsche Lande.** Keine Veränderungen.				

[1]) Die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen umfaßt nur den Reg.-Bez. Schneidemühl. Der Reg.-Bez. Schneidemühl ist mit dem 1. 8. 22 gebildet worden. Sitz des Oberpräsidenten und der Regierung ist die Stadt Schneidemühl. Sitz der Verwaltung des Provinzialverbandes Grenzmark Posen-Westpreußen ist bis auf weiteres Obrawalde, Kreis Meseritz.

[2]) Kreisübersicht des Reg.-Bez. Schneidemühl nach der Neuregelung.

a) Kreis Bomst	29 644,8700	14 246
b) „ Deutsch Krone .	215 424,2000	64 112
c) „ Flatow	97 473,0200	41 537
d) „ Fraustadt	28 194,2900	19 685
e) „ Meseritz	70 797,7700	32 619
f) Netzekreis	87 108,2300	40 909
g) Kreis Schlochau	170 041,2200	57 883
h) Stadtkreis Schneidemühl	7 806,5100	32 569
i) Kreis Schwerin a./W. .	65 778,9500	21 236
Zusammen . .	**772 269,0600**	**324 796**

Die Kreise Bomst, Fraustadt, Meseritz, Schwerin a./Warthe gehörten dem früheren Reg.-Bez. Posen, Netzekreis und Schneidemühl Stadt dem früheren Reg.-Bez Bromberg und Deutsch Krone, Flatow und Schlochau dem früheren Reg.-Bez. Marienwerder an. Sitz des Landrates vom Netzekreis ist die Stadt Schönlanke. Der Kreis Bomst wird vom Landrat des Kreises Züllichau-Schwiebus in Züllichau im Reg.-Bez. Frankfurt mit verwaltet.

[3]) vom früheren Reg.-Bez. Marienwerder.

[4]) vom früheren Reg.-Bez. Bromberg.

[5]) Durch Gesetz vom 5. August 1922 (Preuß. Gesetz S. 210) sind die Landgemeinden:
a) Langerfeld = 986,1978 ha, 15 126 Einwohner,
b) Nächstebreck = 607,1685 „, 3 388 „
am 5. 8. 1922 unter Abtrennung von dem Kreise Schwelm im Reg.-Bez. Arnsberg, Provinz Westfalen, mit der Stadt und dem Stadtkreise Barmen im Reg.-Bez. Düsseldorf und dem Gebiet der Rheinprovinz vereinigt worden.

ordnet auch die Auflösung der Regierungsbezirke Posen, Bromberg und Danzig an. Die Restprovinzen Posen und Westpreußen bleiben bis zu ihrer durch Gesetz vorzunehmenden Auflösung als Provinzialverbände vorläufig noch bestehen, § 10 des Gesetzes a. a. O.

B. Oberschlesien.

Die großen Verluste an Land und Einwohnern von der Provinz Oberschlesien an Polen sind in dem vom Preußischen Statistischen Landesamt herausgegebenen Druckwerk „Oberschlesien nach der Teilung" zusammengestellt. Es ist darin auch eine Verteilung aller Gemeindeeinheiten auf Preußen und Polen der durch die neue Landesgrenze geteilten Kreise mit Flächengrößen und Einwohnerzahlen enthalten. 8 oberschlesische Kreise, darunter 1 Stadtkreis, sind durch die in der Note vom 20. Oktober 1921 diktierte deutsch-polnischen Grenze geteilt worden. Bei Feststellung des genauen Verlaufs der neuen Grenze sind die Landgemeinde Rybna = 203,10 ha $\frac{1\,494}{8.\ 10.\ 19}$ Einwohner sowie der Gutsbezirk Rybna = 486,19 ha $\frac{152}{8.\ 10.\ 19}$ Einwohner den Polen zugesprochen. Hierdurch haben sich auch die im vorbezeichneten Druckwerk enthaltenen Angaben über Flächengrößen und Einwohnerzahlen des Teilungsgebietes entsprechend verändert.

Da der Gebietsverlust von Oberschlesien in vielen Fällen und in umfangreicher Weise eine Umrechnung statistischer Zahlenwerte nach sich zieht, sind die Gliederungsverhältnisse der bei Preußen verbliebenen und auch der an Polen abgetretenen Kreise oder Kreisteile von Oberschlesien nach Flächengröße und Einwohnerzahl in der folgenden Tabelle zusammengestellt.

Die Verwaltungen der durch die neue Landesgrenze geteilten und bei Preußen verbliebenen Restkreise, deren Namen in Spalte 2 der Tabelle fettgedruckt sind, sind in Ausführung des § 1 des Gesetzes vom 27. Juli 1922 (Preuß. Ges. S., S. 198), betreffend die vorläufige Regelung der Verwaltung in den zum oberschlesischen Abstimmungsgebiet gehörigen Kommunalverbänden, durch Anordnung des Ministers des Innern vom 27. Juli 1922 — IV a III 665 (Min. Bl. f. d. i Verw., S. 797) geregelt. Die Restkreise bleiben hiernach bis zu einer durch Gesetz zu erfolgenden Neuregelung als staatliche Verwaltungsbezirke und Kommunalverbände vorläufig bestehen. Die Verwaltung des Restkreises Tarnowitz ist dem Landrat des Landkreises Beuthen in Beuthen O/S, des Restkreises Rybnik dem Landrat des Landkreises Ratibor in Ratibor — in beiden Fällen vertretungsweise — übertragen. Für den Restkreis Rybnik sind außerdem die Obliegenheiten des Kreistages und Kreisausschusses dem Kreistage und Kreisausschuß des Landkreises Ratibor zugeteilt. Der Amtssitz des Landrates vom Teilkreise Lublinitz ist nach Guttentag verlegt, weil Lublinitz zu Polen gekommen ist.

Die Sitze der Verwaltungen — Landräte — von den bei Preußen verbliebenen Teilkreisen sind aus dem sich hier anschließenden Verzeichnis ersichtlich.

Lfd. Nr.	Kreis Die Namen der durch die neue Landesgrenze geteilten Kreise sind fett gedruckt	Bestand nach der Abtretung an Polen		Erläuterungen der Verluste
		Flächengröße 1919 ha	Einwohnerzahl 8. 10. 1919	
1	2	3	4	5
	Provinz Oberschlesien*).			
	Reg.-Bez. Oppeln.			
1	**Beuthen, Stadt,** teilweise[1])	1 730,82	53 238	
2	**Beuthen, Land,** teilweise[2])	3 489,95	64 763	
3	Cosel	67 553,88	79 973	
4	Falkenberg	60 450,12	37 738	
5	Gleiwitz, Stadt	2 796,41	69 028	
6	Groß Strehlitz	89 561,98	76 502	
7	Grottkau	51 991,62	39 159	
8	**Hindenburg O. S.,** teilweise[3])	4 530,08	114 988	
9	Kreuzburg	55 315,77	52 558	
10	Leobschütz	69 079,62	78 247	
11	**Lublinitz,** teilweise[4])	30 994,03	16 544	
12	Neisse, Stadt	2 547,96	29 415	
13	Neisse, Land	68 672,84	67 324	
14	Neustadt O./S.	79 912,50	93 795	
15	Oppeln, Stadt	1 776,65	35 483	
16	Oppeln, Land	140 766,92	123 165	
17	Ratibor, Stadt	2 191,66	36 994	
18	**Ratibor, Land,** teilweise[5])	41 747,73	59 904	
19	Rosenberg O. S.	89 891,13	54 962	
20	**Rybnik,** teilweise[6])	14 439,87	8 949	
21	**Tarnowitz,** teilweise[7])	8 670,19	27 735	
22	**Tost-Gleiwitz,** teilweise[8])	84 892,36	81 742	
	Bestand nach der Abtretung	**973 004,09**	**1 302 206**	
	Verluste durch Abtretung	321 624,30	981 942	
	Bestand vor der Abtretung	1 294 628,39	2 284 148	

***) Verluste.**

a) der teilweise an Polen abgetretenen Kreise:

	Fläche ha	Einwohner am 8. 10. 1919
1) Restkreis Beuthen, Stadt	533,42	17 949
2) „ Beuthen, Land	6 466,72	149 027
3) „ Hindenburg O. S.	7 420,42	52 644
4) „ Lublinitz	70 077,87	38 836
5) „ Ratibor, Land	13 322,45	18 334
6) „ Rybnik	71 047,22	151 887
7) „ Tarnowitz	24 086,42	58 828
8) „ Tost-Gleiwitz	3 125,83	4 719
Zusammen	**196 080,35**	**492 224**

b) der ganz an Polen abgetretenen Kreise:

	Fläche ha	Einwohner am 8. 10. 1919
1) Kreis Kattowitz, Stadt	464,64	45 422
2) „ Kattowitz, Land	18 122,11	227 657
3) „ Königshütte, Stadt	617,43	74 811
4) „ Pleß	106 339,77	141 828
Zusammen	**125 543,95**	**489 718**
Hierzu die Summe von a)	196 080,35	492 224
Gesamtverlust der Prov. Oberschlesien	**321 624,30**	**981 942**

Restkreis	Sitz
1. Lublinitz	Guttentag
2. Tarnowitz	Beuthen O./S.
3. Beuthen, Land	Beuthen O./S.
4. Hindenburg O. S.	Hindenburg O. S.
5. Tost-Gleiwitz	Gleiwitz
6. Rybnik	Ratibor
7. Ratibor, Land	Ratibor

8. Der geteilte Stadtkreis Beuthen bleibt als solcher bestehen und kommt hier nicht in Betracht, weil nur der Beuthener Schwarzwald, eine Enklave des Stadtkreises Beuthen, an Polen verlorengegangen ist.

C. Verwaltung der Insel Helgoland.

Das Gesetz über die Verwaltung von Helgoland vom 21. Juli 1922 (Preuß. Ges. S., S. 169 bis 171) ordnet an:

1. Die Landgemeinde Helgoland wird in bezug auf die staatliche Verwaltung von dem Kreise Süderdithmarschen im Reg.-Bez. Schleswig, Provinz Schleswig-Holstein, abgetrennt.
2. Die staatliche Verwaltung auf der Insel Helgoland, soweit sie in Landkreisen der Provinz Schleswig-Holstein dem Landrate zusteht, übt mit den gleichen Rechten und Pflichten der Landrat von Helgoland aus.
3. An die Stelle des Kreisausschusses tritt der Inselausschuß.
4. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1922 in Kraft.

Gliederungsübersicht

der Kreise Süderdithmarschen und Helgoland.

		Flächengrößen 1922 ha	Einwohnerzahl am 8. Oktober 1919
Kreis Süderdithmarschen, vor	Abgang von Helgoland	76 110,94	56 337
„ „ nach		76 046,65	53 237
„ Helgoland vom 1. 10. 1922 ab		64,29	3 100.

D. Veränderung

der Landesgrenze zwischen Preußen und Waldeck-Pyrmont. — Gesetz vom 22. Februar 1922 (Preuß. Ges. S., S. 37 bis 40) und Reichsgesetz vom 24. 3. 1922 (Reichsgesetzblatt S. 281). —

1. Durch Gesetz vom 22. Februar 1922 a. a. O. ist beschlossen worden:

   der bisher zu Waldeck-Pyrmont gehörige Gebietsteil Pyrmont wird mit Preußen vereinigt.

   Nach dem diesem Gesetz zugrunde liegenden Staatsvertrag zwischen Preußen und Waldeck-Pyrmont vom 29. November 1921 nebst Schlußprotokoll (Preuß. Ges. S., S. 41 bis 47 für 1922) mußte

   a) der Gebietsteil Pyrmont dem Kreise Hameln im Reg.-Bez. Hannover zugelegt und

   b) bei der Reichsregierung beantragt werden, als Tag des Inkrafttretens des die Vereinigung aussprechenden Reichsgesetzes den 1. April 1922 vorzusehen.

   Diese Vereinigung am 1. 4. 1922 ist durch Reichsgesetz a. a. O. ausgesprochen worden.

2. Nach Artikel 1a des Schlußprotokolls vorbezeichneten Staatsvertrages hat der Kreis Hameln vom Tage der Vereinigung ab den Namen „Hameln-Pyrmont" zu führen.

3. Die Gemeinde-Verhältnisse mit Flächengrößen, Einwohnerzahlen usw. des Gebietsteils Pyrmont sind aus der folgenden Übersicht zu entnehmen, der sich eine Gliederung nach Flächengrößen und Einwohnerzahl des Kreises Hameln vor und nach der Einverleibung von Pyrmont anschließt.

Gemeinde-Verhältnisse usw. des Gebietsteils Pyrmont.

Lfd. Nr.	Namen der Gemeindeeinheiten und Ortschaften	Flächengröße am 1. 4. 1922 ha	Einwohnerzahl am 8. 10. 1919	Amtsgerichtsbezirke	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6
	a) Städte:				
1	Bad Pyrmont [1]) [2]) mit: Burgwaldhof, Restauration Königsberg, Saline Ösdorf, Schellenhof.	[3]) 1 140,07	[4]) 5 301	Pyrmont	[1]) Die Landgemeinde Ösdorf ist mit einer Flächengröße von 811,82 ha und 2 687 Einwohnern am 1. 4. 1922 der Stadtgemeinde Bad Pyrmont zugelegt worden.
	b) Landgemeinden:				[2]) Nach Artikel 5 § 1 des Preußischen Gesetzes a. a. O. ist am Tage der Vereinigung Pyrmonts mit Preußen — 1. 4. 1922 — das Gelände des Bahnhofes Pyrmont unter Abtrennung von der Stadtgemeinde Lügde im Kreise Höxter, Reg.-Bez. Minden, Provinz Westfalen, mit der Stadtgemeinde Bad Pyrmont im Kreise Hameln-Pyrmont, Reg.-Bez. Hannover, vereinigt worden.
2	Baarsen mit: Butze, Finkenborn, Mosterholz, Windmühle.	1 134,52	415	Pyrmont	
3	Eichenborn mit: Wilhelmsthal.	271,25	241	Pyrmont	[3]) ausschließlich der Flächengröße des Bahnhofsgeländes, die noch nicht ermittelt ist.
4	Großenberg	619,29	217	Pyrmont	
5	Hagen mit: Kixmühle.	496,56	579	Pyrmont	[4]) einschließlich 65 Einwohner des Bahnhofes Pyrmont.
6	Holzhausen	1 073,82	2 278	Pyrmont	[5]) In Ausführung des Artikels 1d Abs. 2 des Schlußprotokolls werden gemäß Artikel 5 § 1 des Preuß. Gesetzes vom 22. 2. 1922 der schmale, in das Lügder Gebiet einspringende Zipfel an der Hermannsburg sowie das etwa 8 ha große, im Osten durch eine Schlucht begrenzte, in den Lügder Stadtforst einspringende Stück des sogenannten Mühlenberges nach Lügde umgemeindet. Diese Flächen sind unbewohnt. Ihre Größe ist noch nicht ermittelt und von der Gesamtflächengröße des Gebietsteiles Pyrmont noch nicht in Abgang gebracht worden. Auch ist dem Landesamt noch nicht bekannt, welchen Gemeindeeinheiten diese umgelegten Grundstücke angehören.
7	Kleinenberg	282,01	167	Pyrmont	
8	Löwensen mit: Friedensthal.	317,76	561	Pyrmont	
9	Neersen	547,93	325	Pyrmont	
10	Ösdorf [1]) mit: Restauration Königsberg, Saline Ösdorf, Schellenhof.	—	—		
11	Thal mit: Thalmühle.	672,39	414	Pyrmont	
	Zusammen	[5]) 6 555,60	10 498		

Gliederung

des Kreises Hameln und des Gebietsteils Pyrmont vor und nach ihrer Vereinigung am 1. April 1922 nach Flächengröße und Einwohnerzahl.

	Flächengröße 1922 ha	Einwohnerzahl am 8. Oktober 1919
Kreis Hameln vor der Einverleibung des Gebietsteils Pyrmont	57 559,45	62 678
Gebietsteil Pyrmont vor der Eingemeindung nach Hameln	6 555,60	10 498
Kreis Hameln-Pyrmont	**64 115,05**	**73 176**

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle im Freistaat Preußen im dritten Vierteljahr 1922. — Im Berichtsvierteljahr wurden in Preußen 101 983 Eheschließungen, 215 877 Geburten (einschließlich 6 778 Totgeburten) und 110 150 Sterbefälle (ohne die Totgeburten) gemeldet, so daß sich ein Geburtenüberschuß von 98 949 ergab. Da im ersten Vierteljahr des Jahres 1922 78 119, im zweiten 120 819 Ehen geschlossen wurden, ist anzunehmen, daß im ganzen Jahre die Zahl von 400 000 Eheschließungen nicht erreicht werden wird, so daß das Ergebnis von 1922 unter dem von 1921 (462 107) bleiben wird. Gleichzeitig wird das Jahr 1922 auch eine sehr niedrige Geburtenzahl aufweisen. Das erste Vierteljahr hatte 239 926, das zweite 233 897, das dritte, wie oben angegeben, 215 877 Geburten. Es wird also einschließlich des noch ausstehenden vierten Vierteljahrs ungefähr eine Geburtenzahl von 900 000 gegen 1 001 473 im Jahre 1921 erreicht werden. Aber auch die Sterblichkeit des Berichtsjahres war niedrig. Im ersten Vierteljahr starben 166 619, im zweiten 134 273, im dritten 110 150 Personen. Wenn das Jahr abgeschlossen sein wird, wird sich ungefähr die gleiche Anzahl von Sterbefällen wie im Jahre 1921 (529 870) ergeben. Wahrscheinlich wird daher der Geburtenüberschuß von 1922 geringer als der von 1921 (438 897) sein. Daß die Heiratsflut etwas verebbt, dürfte wohl allgemein als erwünscht angesehen werden; hinsichtlich der Entwicklung der Geburtenzahl und des Geburtenüberschusses werden aber die Ansichten weit auseinandergehen; die niedrige Zahl der Sterbefälle kann auch nicht als Gradmesser der Gesundheitsverhältnisse des Staates angesehen werden, indem gerade die Krankheiten, die am Mark des Volkes am meisten zehren und die nach ärztlichen Berichten infolge

der unglückseligen wirtschaftlichen Entwicklung nach Kriegsschluß heute auf dem deutschen Volke lasten, erst allmählich die Sterblichkeit steigern. Überdies ist die geringe Zahl der Sterbefälle des Vorjahres in der Hauptsache eine Folge des Ausfalles des Sommergipfels, der wegen der naßkalten Witterung des vorigen Sommers fehlte.

Beim Vergleich mit früheren Jahren haben wir uns der Veränderung des Staatsgebiets wegen auf die auf 1 000 Einwohner zurückgeführten Zahlen zu beschränken. Die nachstehenden vier kleinen Tabellen enthalten die Heiratsziffern, die Geburtenziffern, die Sterbeziffern und die Ziffern des Geburtenüberschusses für die Quartale der Jahre 1913 und 1919—1922. Die Heiratsziffer des Berichtsvierteljahrs war danach um fast genau zwei Promilleteile niedriger als die des vorhergehenden zweiten Vierteljahrs und zeigt eine Entwicklung, die der des Vorjahres entspricht, wobei sich jedoch sämtliche Ziffern unter denen des Vorjahres halten. Das Jahr wird daher als Gesamtheiratsziffer kaum eine höhere als 10,8 ‰ erreichen. (1921: 11,9 ‰, 1920: 14,4 ‰, vor dem Kriege um 8 ‰ schwankend).

Heiratsziffern.

Vierteljahr	1913	1919	1920	1921	1922
1.	6,20	8,91	11,81	10,19	8,21
2.	9,03	14,27	16,70	13,10	12,69
3.	6,58	12,39	12,94	10,82	10,67
4.	9,35	17,71	16,30	13,74	

War schon die Geburtenziffer (einschließlich Totgeborener) des letztbesprochenen zweiten Vierteljahrs (24,56 ‰) die niedrigste seit dem Gipfel im vierten Vierteljahr 1919 (30,69 ‰), so stand die des Berichtsvierteljahrs noch tiefer (22,59 ‰). Für das Jahr können wir auf keine höhere Geburtenziffer als 23,7 ‰ rechnen, während das Vorjahr noch 25,8 ‰ brachte und vor dem Kriege die Ziffer ihren Tiefstand im Jahre 1914 bei 28,5 ‰ gefunden hatte. Bedenkt man weiter, daß noch 1901 die Geburtenziffer Preußens 37,4 ‰ war, so ist der Abfall ein direkter Absturz.

Geburtenziffern einschließlich Totgeborener.

Vierteljahr	1913	1919	1920	1921	1922
1.	29,58	15,24	29,21	27,00	25,22
2.	28,78	14,97	26,64	25,68	24,56
3.	29,45	22,69	25,79	25,49	22,59
4.	28,35	30,69	24,67	25,32	

Die niedrige Sterbeziffer milderte die Wirkung dieses Absturzes. Sie war noch in keinem Vierteljahr so gering wie im dritten Quartal 1922 (11,53 ‰). Der Jahresdurchschnitt wird kaum auf eine höhere Sterblichkeit als 14 ‰ kommen, während diese im Jahre 1913 als Endpunkt einer dauernden Senkung nur bis auf 14,9 ‰ gefallen war und sie 1919 und 1920 über 15 ‰ betragen hatte; 1921 war sie freilich bis auf 13,6 ‰ herabgesunken. Das Berichtsjahr wird also eine Sterblichkeit haben, die mit zu den geringsten gehören wird, die gemessen wurden. Daß sie kein Gradmesser der Volksgesundheit ist, haben wir bereits oben erwähnt.

Sterbeziffern ohne die Totgeborenen.

Vierteljahr	1913	1919	1920	1921	1922
1.	15,77	19,69	20,00	14,27	17,52
2.	14,91	16,34	13,80	12,77	14,10
3.	14,61	12,82	13,61	13,41	11,53
4.	14,32	14,24	14,05	14,37	

Der gegen die vorhergehenden beiden Vierteljahre hohe Geburtenüberschuß (10,35 ‰) gleicht den früheren Ausfall nicht aus. Der Geburtenüberschuß des Jahres wird sich unter dem der Vorjahre halten, und insbesondere werden die hohen Ziffern der Vorkriegszeit (13 bis über 15 ‰) nicht erreicht werden.

Geburtenüberschuß.

Vierteljahr	1913	1919	1920	1921	1922
1.	12,71	[1])—4,92	8,20	11,79	6,82
2.	12,85	[1])—1,84	12,00	12,09	9,66
3.	14,03	9,18	11,40	11,31	10,35
4.	13,18	15,53	9,76	10,11	

[1]) Sterbeüberschuß.

Wir werden zum Schluß noch zu prüfen haben, ob die Entwicklung in Stadt und Land gleichartig war.

	Im 1.	2.	3.
	Vierteljahr		
war die Heiratsziffer des Staates	8,21	12,69	10,67 ‰
„ der Städte	8,71	13,24	12,18 ‰
„ des Landes	7,65	12,05	8,95 ‰.

Der Anstieg vom 1. zum 2. Vierteljahr war danach in Stadt und Land gleich, nicht aber der Abfall zum dritten Vierteljahr, der auf dem Lande viel stärker war, so daß insbesondere im dritten Vierteljahr in den Städten wesentlich mehr als auf dem Lande geheiratet wurde.

	Im 1.	2.	3.
	Vierteljahr		
war die Geburtenziffer des Staates (einschließlich Totgeburten)	25,22	24,56	22,59 ‰
„ der Städte	22,17	21,71	19,66 ‰
„ des Landes	28,70	27,81	25,93 ‰.

Die Entwicklung war also bei Stadt und Land ungefähr gleich. Die Landziffer stand in sämtlichen drei Vierteljahren über 6 Punkte (das sind rund 30 %) höher als die Stadtziffer.

	Im 1.	2.	3.
	Vierteljahr		
war die Sterbeziffer des Staates (ohne Totgeburten)	17,52	14,10	11,53 ‰
„ der Städte	18,03	14,70	12,12 ‰
„ des Landes	16,92	13,41	10,84 ‰.

Auch hier war die Entwicklung bei Stadt und Land fast vollkommen gleich; die Sterblichkeit auf dem Lande war durchweg etwas geringer als in den Städten.

Die niedrige Geburtenziffer und hohe Sterbeziffer der Städte ergab einen wesentlichen Unterschied beim Geburtenüberschuß, der im ersten Vierteljahr auf dem Lande über dreimal, in den beiden späteren Vierteljahren über doppelt so groß war. Aber die Entwicklung war, wie nachstehende Tabelle zeigt, bei beiden nur wenig verschieden.

	Im 1.	2.	3.
	Vierteljahr		
war der Geburtenüberschuß des Staates	6,82	9,66	10,35 ‰
„ der Städte	3,27	6,24	6,85 ‰
„ des Landes	10,86	13,56	14,36 ‰

In zwei weiteren Berichten sollen die entsprechenden Verhältnisse in den Großstädten und in den Provinzen besprochen werden.

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in den preußischen Provinzen im dritten Vierteljahr 1922. — In Ergänzung des vorausgehenden Berichts werden in den nachstehenden Tabellen die Grundzahlen und die Verhältnisziffern zur Statistik der Bevölkerungsbewegung in Preußen im dritten Vierteljahr 1922, getrennt nach Provinzen, mitgeteilt.

Eine besonders niedrige Heiratsziffer hatten im letzten Vierteljahr die Grenzmark Posen-Westpreußen (6,92 ‰), Pommern (7,91 ‰) und Hohenzollern (8,10 ‰); besonders hoch waren die Ziffern in Westfalen (11,35 ‰), in der Rheinprovinz (12,05 ‰) und in Berlin (12,21 ‰). Gegenüber dem entsprechenden Vierteljahr des Vorjahres 1921 war die Heiratsziffer des Berichtsquartals im allgemeinen unverändert; die höchste Zunahme ergab sich für Berlin (um 1,58 Promilleteile), die größte Senkung für Ostpreußen (um 1,05 Promilleteile). Gegenüber dem letztvorhergehenden Vierteljahr des gleichen Jahres war dagegen die Heiratsziffer in sämtlichen Provinzen gefallen (um mehr als 3 Promilleteile in Brandenburg, Pommern, Hannover, weiter um über 2 Promilleteile in Posen-Westpreußen, Niederschlesien und Sachsen). Gegenüber dem entsprechenden Vierteljahr des letzten Vorkriegsjahres 1913 war die Heiratsziffer des Berichtsvierteljahres in den Provinzen Ostpreußen, Niederschlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinprovinz und Hohenzollern um über die Hälfte erhöht, in Berlin sogar mehr als verdoppelt. Eine geringere Steigerung gegen-

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle im Staate und in seinen Provinzen im 3. Vierteljahr 1913, 1921, 1922 und 2. Vierteljahr 1922.

a) Grundzahlen.

Provinzen — Staat	Eheschließungen				Geborene einschl. Totgeborener				Totgeborene				Gestorbene ohne Totgeborene				Geburtenüberschuß			
	3. Vierteljahr 1913	3. Vierteljahr 1921	2. Vierteljahr 1922	3. Vierteljahr 1922	3. Vierteljahr 1913	3. Vierteljahr 1921	2. Vierteljahr 1922	3. Vierteljahr 1922	3. Vierteljahr 1913	3. Vierteljahr 1921	2. Vierteljahr 1922	3. Vierteljahr 1922	3. Vierteljahr 1913	3. Vierteljahr 1921	2. Vierteljahr 1922	3. Vierteljahr 1922	3. Vierteljahr 1913	3. Vierteljahr 1921	2. Vierteljahr 1922	3. Vierteljahr 1922
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
1. Ostpreußen . . .	3 262	6 191	5 883	5 566	16 644	17 934	17 167	16 120	437	565	529	449	9 359	7 780	8 562	7 770	6 848	9 589	8 076	7 901
2. Brandenburg . .	6 951	5 963	8 315	5 950	24 673	14 575	14 545	13 120	699	486	536	461	15 029	9 022	10 140	8 309	8 945	5 067	3 869	4 350
3. Stadt Berlin . .	4 422	10 604	13 512	12 305	10 621	13 077	12 732	11 176	388	493	460	471	6 360	10 471	12 997	10 928	3 873	2 113	— 725	— 223
4. Pommern . . .	2 368	4 110	5 424	3 742	12 668	13 065	12 525	11 951	347	400	381	356	7 199	6 304	7 287	6 076	5 122	6 361	4 857	5 519
5. Grenzmark. Pos.-Westpreußen . .	2 536	650	825	601	18 864	2 343	2 236	2 145	450	70	87	57	9 081	1 218	1 231	1 085	9 333	1 055	918	1 003
6. Niederschlesien .	4 865	7 943	10 561	8 235	23 554	22 359	21 088	19 823	845	716	775	764	14 282	13 493	14 259	11 858	8 427	8 150	6 054	7 201
7. Oberschlesien . .	3 935	6 186	3 583	3 320	22 534	21 126	11 151	10 887	454	456	262	221	11 410	13 948	6 419	5 916	10 670	6 722	4 470	4 750
8. Sachsen	5 310	8 777	10 733	8 731	21 762	21 990	20 502	19 405	704	720	701	655	11 759	11 775	11 882	9 938	9 299	9 495	7 919	8 812
9. Schleswig-Holst.	2 769	3 966	4 704	4 027	11 035	8 418	8 555	7 694	346	236	285	246	4 551	3 604	5 112	3 816	6 138	4 578	3 158	3 632
10. Hannover	4 403	7 575	11 031	7 678	20 562	18 494	19 416	17 360	589	600	620	556	9 166	8 318	9 983	7 793	10 807	9 576	8 813	9 011
11. Westfalen	8 014	14 057	14 952	13 775	39 088	33 560	34 658	31 478	1 026	975	1 103	929	14 955	13 644	15 446	11 950	23 107	18 941	18 109	18 599
12. Hessen-Nassau .	3 699	5 912	7 565	6 221	13 991	13 150	13 633	12 461	413	431	445	397	6 615	6 735	7 444	6 227	6 963	5 984	5 744	5 837
13. Rheinprovinz . .	13 630	21 525	23 534	21 685	55 141	44 289	45 243	41 867	1 479	1 262	1 427	1 211	24 250	21 916	23 242	18 251	29 412	21 111	20 574	22 405
14. Hohenzoll. Lande	101	139	197	147	465	409	451	390	8	5	4	5	284	233	269	233	173	171	178	152
Staat . . .	**66 265**	**103598**	**120819**	**101983**	**291602**	**244789**	**233902**	**215877**	**8 185**	**7 415**	**7 615**	**6 778**	**144300**	**128461**	**134273**	**110150**	**139117**	**108913**	**92 014**	**98 949**

b) Verhältnisziffern.

Provinzen — Staat	Auf 1 000 der mittleren Bevölkerung entfielen															
	Eheschließungen				Geborene einschl. Totgeborener				Gestorbene ohne Totgeborene				Geburtenüberschuß			
	3. Vierteljahr 1913	3. Vierteljahr 1921	2. Vierteljahr 1922	3. Vierteljahr 1922	3. Vierteljahr 1913	3. Vierteljahr 1921	2. Vierteljahr 1922	3. Vierteljahr 1922	3. Vierteljahr 1913	3. Vierteljahr 1921	2. Vierteljahr 1922	3. Vierteljahr 1922	3. Vierteljahr 1913	3 Vierteljahr 1921	2. Vierteljahr 1922	3. Vierteljahr 1922
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
1. Ostpreußen	6,27	10,54	10,05	9,49	31,97	30,54	29,33	27,48	17,98	13,25	14,63	13,24	13,15	16,33	13,80	13,47
2. Brandenburg . . .	8,45	9,20	12,85	9,18	30,00	22,48	22,48	20,24	18,27	13,91	15,67	12,82	10,88	7,81	5,98	6,71
3. Stadt Berlin . . .	5,54	10,63	13,45	12,21	13,30	13,11	12,68	11,09	7,96	10,50	12,94	10,85	4,85	2,12	— 0,72	— 0,22
4. Pommern	5,46	8,69	11,51	7,91	29,21	27,62	26,57	25,28	16,60	13,33	15,46	12,85	11,81	13,45	10,30	11,67
5. Grenzmark Posen-Westpreußen . . .	4,69	7,40	9,51	6,92	34,91	26,69	25,77	24,71	16,81	13,87	14,19	12,50	17,27	12,02	10,58	11,56
6. Niederschlesien . .	6,32	10,08	13,38	10,41	30,61	28,37	26,71	25,06	18,56	17,12	18,06	14,99	10,95	10,34	7,67	9,10
7. Oberschlesien . . .	6,84	10,31	10,58	9,73	39,17	35,22	32,92	31,90	19,83	23,26	18,95	17,34	18,55	11,21	13,20	13,92
8. Sachsen	6,75	10,70	13,04	10,58	27,64	26,81	24,92	23,51	14,94	14,86	14,44	12,04	11,81	11,58	9,62	10,67
9. Schleswig-Holst. .	6,58	10,44	12,37	10,55	26,21	22,15	22,49	20,16	10,81	9,48	13,44	10,00	14,58	12,05	8,30	9,52
10. Hannover	5,79	9,64	13,96	9,69	27,01	23,55	24,58	21,91	12,05	10,59	12,64	9,84	14,21	12,19	11,16	11,37
11. Westfalen	7,29	11,82	12,39	11,35	35,54	28,23	28,71	25,94	13,60	11,48	12,79	9,85	21,01	15,93	15,00	15,33
12. Hessen-Nassau . .	6,43	10,07	12,84	10,53	24,30	22,39	23,13	21,08	11,49	11,47	12,63	10,54	12,09	10,19	9,75	9,88
13. Rheinprovinz . . .	7,28	11,85	13,13	12,05	29,44	24,38	25,23	23,26	12,95	12,07	12,96	10,14	15,70	11,62	11,47	12,45
14. Hohenz. Lande . .	5,57	7,62	10,86	8,10	25,66	22,43	24,87	21,49	15,67	12,78	14,83	12,84	9,55	9,38	9,81	8,38
Staat . . .	**6,63**	**10,60**	**12,69**	**10,67**	**29,17**	**25,03**	**24,56**	**22,59**	**14,44**	**13,14**	**14,10**	**11,53**	**13,92**	**11,14**	**9,66**	**10,35**

Anmerkung: Die Angaben für 1913 beziehen sich für die Provinzen auf den alten Gebietsumfang, jedoch mit Ausnahme von Berlin, für das die Ziffern des früheren Polizeibezirks Berlin, und von Posen-Westpreußen, für das die der früheren Provinz Posen eingesetzt sind. — Die Ziffern für 1921 und 1922 sind für die Provinzen Ostpreußen, Berlin, Posen-Westpreußen, Schleswig-Holstein und Rheinprovinz sowie 1922 auch für Oberschlesien nach dem jetzigen Gebietsumfange errechnet worden.

über der Vorkriegszeit hatten danach nur die Provinzen Brandenburg, Pommern, Grenzmark Posen-Westpreußen und Oberschlesien.

Die niedrigste Geburtenziffer hatte im Berichtsvierteljahr die Stadt Berlin (11,09 ‰), die nächsttiefsten Schleswig-Holstein (20,16 ‰) und Brandenburg (20,24 ‰), die höchste Oberschlesien (31,90 ‰), die nächsthöchste Ostpreußen (27,48 ‰). Die für den Staatsdurchschnitt für das Berichtsvierteljahr festgestellte Senkung der Geburtenziffer gegenüber den 3 Vergleichsvierteljahren zeigte sich auch im einzelnen bei sämtlichen Provinzen, wenngleich in verschiedenem Ausmaße. Geht man vom dritten Vierteljahr 1913 aus, so war die Senkung besonders stark in Brandenburg (von 30,00 ‰ auf 20,24 ‰), in Posen-Westpreußen (von 34,91 ‰ auf 24,71 ‰), in Oberschlesien (von 39,17 ‰ auf 31,90 ‰), in Westfalen (von 35,54 ‰ auf 25,94 ‰). Im Vergleich zu dem entsprechenden Vierteljahr des Vorjahres war die Senkung besonders stark in Niederschlesien, Oberschlesien, Sachsen und Westfalen und weiter immerhin beträchtlich in Ostpreußen, Brandenburg, Berlin, Grenzmark Posen-Westpreußen, Pommern und Schleswig-Holstein, sodaß als Provinzen mit einer geringen Senkung der Geburtenziffer nur Hannover, Hessen-Nassau, Rheinprovinz und Hohenzollern übrigbleiben. Im Vergleich zum zweiten Vierteljahr 1922 hatten insbesondere Hannover, Westfalen und Hohenzollern eine stark, Brandenburg, Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau eine immerhin nicht unwesentlich gesunkene Geburtenziffer.

Bei den Sterbefällen war im Berichtsvierteljahr der Unterschied zwischen der Provinz mit der höchsten (Oberschlesien 17,34 ‰) und den niedrigsten Ziffern (Hannover 9,84 ‰, Westfalen 9,85 ‰) sehr beträchtlich. Hier war es aber, umgekehrt als bei der Geburtenziffer, die höchste Ziffer, die sich im weiten Abstand von den übrigen hielt, da die Provinz mit der nächsthöchsten Sterblichkeit (Niederschlesien) bereits nur eine solche von 14,99 ‰ aufwies, worauf Ostpreußen mit 13,24 ‰ folgte. Gegen das dritte Vierteljahr 1913 war die Sterblichkeit in Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Grenzmark Posen-Westpreußen, Niederschlesien, Westfalen stark, diejenige in Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau schwach gesunken, während sie allein in Berlin gestiegen war. Im Vergleich zum dritten Vierteljahr 1921 hatten Niederschlesien, Oberschlesien, Sachsen und Rheinprovinz eine stärkere Senkung; dagegen war die Ziffer in Berlin und Schleswig-Holstein sogar noch um ein weniges gestiegen. Im Vergleich zum zweiten Vierteljahr 1922 war die Sterb-

lichkeit in sämtlichen Provinzen gefallen, am stärksten in Brandenburg, Pommern, Niederschlesien, Sachsen und Schleswig-Holstein.

Den höchsten Geburtenüberschuß hatten im Berichtsvierteljahr die Provinzen Westfalen (15,33 ‰), Oberschlesien (13,92 ‰), Ostpreußen (13,47 ‰), den geringsten Brandenburg (6,71 ‰). Berlin hatte sogar einen Sterbeüberschuß von 0,22 ‰. Im zweiten Vierteljahr 1922 waren die gleichen Provinzen mit dem gleichen Ergebnis zu nennen gewesen. Im dritten Vierteljahr 1921 hatte Oberschlesien in der Reihe der Provinzen mit einem besonders hohen Geburtenüberschuß gefehlt, da seinerzeit dort die Sterblichkeit noch höher als sonst gewesen war. Gegen das dritte Vierteljahr 1913 haben sich die Verhältnisse insoweit verschoben, als damals Ostpreußen einen mittleren Geburtenüberschuß gehabt hatte.

Die Bewegung der Bevölkerung in den preußischen Großstädten im dritten Vierteljahr 1922. — Die Zahl der preußischen Großstädte hat sich um zwei vermehrt, indem auch die Städte München Gladbach und Oberhausen nunmehr die Einwohnerzahl 100 000 erreicht haben. In den 29 Großstädten wurden im dritten Vierteljahr 1922 34 672 Ehen geschlossen; es kamen (einschließlich 1 715 Totgeborener) 46 971 Kinder zur Welt, und es starben (ohne die Totgeborenen) 30 430 Personen.

Das dritte Vierteljahr unterschied sich vom zweiten durch niedrigere durchschnittliche Heirats-, Geburten- und Sterbeziffern. Bei der durchschnittlichen Heiratsziffer betrug die Senkung 0,80, bei der Geburtenziffer 2,08, bei der Sterbeziffer 2,40 Promilleteile. Da die Sterbeziffer etwas stärker als die Geburtenziffer gesunken ist, hob sich die Ziffer des Geburtenüberschusses um 0,38 Promilleteile. Gegenüber dem dritten Vierteljahr des Vorjahres war die Heiratsziffer etwas erhöht, die Geburtenziffer stark, die Sterbeziffer ein wenig gesenkt. Gegenüber dem dritten Vierteljahr des Vorkriegsjahres 1913 war die Heiratsziffer des Durchschnitts der Großstädte im Berichtsvierteljahr um die Hälfte erhöht, die Geburtenziffer um etwa ein Drittel gesenkt, die Sterbeziffer aber nur um 1,67 Promilleteile gefallen. Diese unterschiedliche Entwicklung von Geburts- und Heiratsziffer ergab einen Abfall der Ziffer des Geburtenüberschusses auf ziemlich genau die Hälfte gegenüber dem gleichen Vierteljahr 1913. Der Übersichtlichkeit wegen bringen wir nachstehend die auf das eben Gesagte sich beziehenden Ziffern in tabellarischer Form.

Zeitabschnitt	Heiratsziffer	Geburtenziffer einschl. Totgeburten	Sterbeziffer ohne	Ziffer des Geburtenüberschusses
	jeweils auf 1 000 Einwohner im Durchschnitt der 29 preußischen Großstädte			
3. Vierteljahr 1913 . . .	8,14	24,30	12,67	10,86
3. „ 1921 . . .	11,83	19,44	11,66	7,14
2. „ 1922 . . .	13,33	19,06	13,40	4,98
3. „ 1922 . . .	12,53	16,98	11,00	5,26

Die höchste Heiratsziffer hatte im Berichtsvierteljahr die Stadt Elberfeld (15,28 ‰), die niedrigste Königsberg i. Pr. (10,15 ‰). Der Unterschied zwischen der niedrigsten und der höchsten Ziffer betrug also ungefähr die Hälfte der niedrigsten, was nicht unbedeutend ist. Jedoch war die Zahl der Städte, deren Heiratsziffern der unteren und der oberen Grenze nahelagen, nicht groß: Zu den ersteren gehören 5 (außer Königsberg i. Pr. noch Stettin, Kiel, Erfurt und Münster), zu den letzteren 3 (außer Elberfeld noch Altona und Crefeld), während die große Mehrzahl der Städte eine Heiratsziffer zwischen 11,43 ‰ (dem unteren) und 14,00 ‰ (dem oberen Viertelspunkt des Unterschiedes) aufwies.

Die höchste Geburtenziffer hatte Hamborn (31,78 ‰), die niedrigste Berlin (11,09 ‰). Weitere hohe Ziffern (über dem oberen Viertelspunkt des Unterschiedes 26,61 ‰) erreichten nur Gelsenkirchen, Bochum und Oberhausen, weitere niedrigere (unter dem unteren Viertelspunkt 16,26 ‰) hatten Frankfurt a./M., Altona, Barmen, Wiesbaden und nur wenig darüber Düsseldorf und

Die Bevölkerungsbewegung in den preußischen Großstädten im 3. Vierteljahr 1913, 1921, 1922 und 2. Vierteljahr 1922.

Städte	Auf 1 000 der mittleren Bevölkerung entfielen															
	Eheschließungen				Geborene einschl. der Totgeb.				Gestorbene ohne Totgeborene				Geburtenüberschuß			
	3. Vierteljahr 1913	3. Vierteljahr 1921	2. Vierteljahr 1922	3. Vierteljahr 1922	3. Vierteljahr 1913	3. Vierteljahr 1921	2. Vierteljahr 1922	3. Vierteljahr 1922	3. Vierteljahr 1913	3. Vierteljahr 1921	2. Vierteljahr 1922	3. Vierteljahr 1922	3. Vierteljahr 1913	3. Vierteljahr 1921	2. Vierteljahr 1922	3. Vierteljahr 1922
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
1. Berlin[1])	7,96	10,63	13,45	12,21	19,57	13,11	12,68	11,09	11,06	10,50	12,94	10,85	7,85	2,12	— 0,72	— 0,22
2. Köln	9,56	13,61	14,13	13,77	26,60	22,76	23,09	21,21	13,64	12,47	11,97	11,39	12,05	9,57	10,41	9,03
3. Breslau	7,43	11,19	11,64	11,75	27,56	23,92	22,70	19,87	16,61	15,64	17,65	14,16	10,02	7,62	4,22	4,92
4. Essen	7,93	13,88	13,04	12,50	30,30	25,17	26,29	23,46	11,80	10,72	12,49	8,99	17,62	13,77	12,91	13,80
5. Frankfurt a./M. .	9,27	12,85	15,35	13,05	20,28	17,19	16,89	15,52	10,65	10,86	11,90	10,09	8,97	5,68	4,28	4,80
6. Düsseldorf	9,67	12,23	13,24	12,60	27,97	19,64	18,73	16,89	12,08	11,66	11,20	8,75	15,23	7,37	6,83	7,53
7. Hannover	6,85	11,63	14,15	13,25	20,61	18,30	18,32	16,28	11,24	10,38	12,67	9,36	8,60	7,19	5,01	6,27
8. Dortmund	9,81	14,30	13,90	13,17	36,28	27,93	27,04	23,43	15,46	11,01	13,27	10,41	19,75	16,25	12,82	12,28
9. Magdeburg	6,56	12,20	12,70	12,77	23,44	22,22	19,87	18,68	13,54	14,27	16,17	11,82	8,95	7,19	3,06	5,97
10. Königsberg i. Pr.	6,90	10,36	10,78	10,15	27,38	25,93	23,31	21,11	17,87	12,47	14,65	12,00	8,74	12,51	7,92	8,43
11. Duisburg	9,18	13,90	12,21	12,99	33,41	26,73	25,54	24,22	14,23	11,62	11,35	9,03	18,32	14,39	13,36	14,51
12. Stettin	7,67	11,47	12,69	10,85	21,76	21,28	22,56	18,83	16,85	13,85	16,34	12,97	4,33	6,75	5,19	5,35
13. Kiel	7,54	10,13	10,83	11,40	23,85	21,03	19,97	17,64	9,87	10,25	14,64	11,25	13,08	10,02	4,67	5,75
14. Halle a. S. . . .	8,67	11,71	12,81	12,84	25,55	23,57	24,69	20,54	17,78	17,56	16,30	16,01	6,92	5,19	7,54	3,84
15. Altona	10,42	11,62	14,63	14,85	22,75	18,71	20,26	15,76	13,21	9,80	15,48	10,20	8,57	8,04	3,89	4,85
16. Gelsenkirchen . . .	9,40	13,65	13,73	13,23	38,44	31,38	30,99	26,85	15,98	13,23	13,92	11,71	21,35	17,33	16,12	14,22
17. Cassel	6,51	11,31	12,44	12,83	21,28	21,03	21,92	18,65	10,38	11,48	12,20	11,05	10,16	8,90	8,75	6,79
18. Elberfeld	7,12	13,05	14,35	15,28	22,35	21,50	22,27	20,15	10,56	9,86	12,21	10,00	11,12	10,78	9,34	9,54
19. Barmen	6,87	11,13	13,84	13,91	18,60	18,35	19,13	16,23	8,94	9,66	10,89	8,80	9,10	8,23	7,49	6,70
20. Aachen	9,42	13,19	15,06	12,61	21,77	23,52	23,33	20,64	15,15	15,30	15,53	11,03	5,73	7,47	6,84	8,86
21. Erfurt	7,82	11,59	11,88	11,26	26,10	23,01	18,25	18,75	12,99	13,71	11,88	11,97	12,05	8,17	5,60	6,10
22. Bochum	7,89	12,50	11,71	12,20	38,77	31,79	30,96	28,85	15,71	13,56	13,94	12,88	21,67	17,08	15,87	15,22
23. Mülheim a./d. Ruhr	8,91	13,45	14,36	13,44	29,30	21,64	23,65	22,26	10,09	10,49	11,04	8,04	18,17	10,64	11,92	13,41
24. Crefeld	8,60	15,60	17,29	14,73	21,33	18,18	19,28	17,03	12,13	12,11	11,19	9,66	8,75	5,58	7,39	6,52
25. Hamborn	7,92	14,51	12,68	11,70	45,20	35,83	34,04	31,78	16,03	13,13	17,50	14,45	28,47	21,57	15,57	16,49
26. Münster	5,30	9,60	10,87	10,59	26,06	25,53	24,83	21,56	12,76	12,19	13,93	11,13	13,01	12,59	10,10	9,89
27. Wiesbaden	7,59	11,72	12,61	12,58	14,82	16,76	17,52	15,30	13,16	15,13	18,61	15,50	0,92	0,97	— 1,60	— 0,66
28. München Gladbach	8,63	13,76	15,00	12,79	34,42	26,55	24,78	22,43	15,31	12,79	15,22	10,74	18,42	12,83	8,66	11,06
29. Oberhausen	8,23	14,22	13,97	13,11	42,24	32,78	29,50	28,97	12,43	11,06	13,86	11,27	28,98	20,88	14,49	16,85
Durchschnitt . . .	8,14	11,83	13,33	12,53	24,30	19,44	19,06	16,98	12,67	11,66	13,40	11,00	10,86	7,14	4,98	5,36.

[1]) Die Ziffern beziehen sich für 1913 auf den früheren Landespolizeibezirk Berlin, für 1921 und 1922 auf Berlin im neuen Umfang.

Hannover. Also auch bei der Geburtenziffer hatten die meisten Städte eine solche im mittleren Raum der Ziffernreihe.

Die höchste Sterbeziffer hatte Halle a. S. (16,01 ‰), die niedrigste Mülheim a./d. Ruhr (8,04 ‰). Besonders hoch war die Sterbeziffer weiter in Wiesbaden, Breslau und Hamborn, besonders niedrig in Essen, Düsseldorf, Hannover, Duisburg, Elberfeld, Barmen und Crefeld. Es blieben also 17 von 29 Städten mit ihrer Sterbeziffer innerhalb des oberen (14,02 ‰) und des unteren (10,03 ‰) Viertelspunktes des Unterschiedes zwischen der höchsten und der niedrigsten Sterbeziffer.

Zwei Städte, Berlin und Wiesbaden, hatten auch im Berichtsvierteljahr wieder einen Sterbeüberschuß. Im Gegensatz dazu hatten Essen, Dortmund, Duisburg, Gelsenkirchen, Bochum, Mülheim a./d. Ruhr, Hamborn, München Gladbach und Oberhausen, also sämtlich Orte aus Westfalen und der Rheinprovinz, Geburtenüberschüsse, die 10 ‰ überschritten.

Einzelheiten, insbesondere Vergleichsziffern aus früheren Vierteljahren enthält die beigegebene Tabelle.

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle im Freistaat Preußen im ganzen Jahre 1922. (Vorläufiges Ergebnis). — Im Berichtsjahre wurden in Preußen 424 967 Eheschließungen, 890 968 Geburten (einschl. 29 711 Totgeburten) und 538 579 Sterbefälle (ohne die Totgeburten) gemeldet, so daß sich ein Geburtenüberschuß von 322 678 ergab. Das Gesamtergebnis blieb daher bei den Eheschließungen, den Geburten und dem Geburtenüberschuß unter dem von 1921 (462 107 Eheschließungen, 1 001 473 Geburten, 438 897 Geburtenüberschuß), während sich bei den Sterbefällen ein kleines Mehr gegen 1921 (529 870 Sterbefälle) ergab. Die Zahl der Eheschließungen war trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse immer noch hoch. Der Ausfall der Geburten war beträchtlich; wie man ihn auch beurteilen mag, sicherlich ist es ein Zeichen der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die Sterbeziffer war hoch, wenn man bedenkt, daß die in ihr enthaltene absolute Zahl gestorbener Säuglinge wegen der niedrigen Geburtenzahl gering ist. Der Geburtenüberschuß (vor dem Kriege rund über $1/2$ Million) war niedrig.

Beim Vergleich mit früheren Jahren müssen wir uns wegen der Veränderung des Staatsgebiets auf die auf 1 000 Einwohner zurückgeführten Zahlen beschränken. Die nachstehenden vier kleinen Tabellen enthalten die Heiratsziffern, die Geburtenziffern, die Sterbeziffern und die Ziffern des Geburtenüberschusses für die vier Quartale und den Durchschnitt der Jahre 1913 und 1919 bis 1922. Die Heiratsziffer des jetzt abgeschlossenen Jahres 1922 (11,16 ‰) war also der von 1921 (11,88 ‰) ähnlich und die geringste der Nachkriegszeit, deren Höhepunkt im Jahre 1920 (14,31 ‰) lag. Jedoch war die Steigerung gegenüber der Ziffer des letzten Vorkriegsjahres 1913 (7,77 ‰) immer noch recht beträchtlich. Von den vier Vierteljahren des Berichtsjahres hatte das letzte mit 12,93 ‰ die höchste Heiratsziffer; dann folgte das zweite mit 12,69 ‰, darauf das dritte mit 10,67 ‰ und schließlich das erste mit 8,21 ‰. Ebenso war die Reihenfolge der Vierteljahre auch in den Jahren 1921, 1919 und 1913 gewesen, während 1920 die Ziffer des zweiten Vierteljahres die des vierten übertroffen hatte. Die Stetigkeit der Heiratsziffer hatte im ersten Vierteljahr des Berichtsjahres eine auffallende Unterbrechung erlitten.

Heiratsziffern.

Vierteljahr	1913	1919	1920	1921	1922
1.	6,20	8,91	11,81	10,19	8,21
2	9,03	14,27	16,70	13,10	12,69
3.	6,58	12,39	12,94	10,82	10,67
4.	9,35	17,71	16,30	13,74	12,93
im Jahre . .	7,77	13,33	14,31	11,88	11,16

Diese Unterbrechung spiegelt sich vielleicht in der niedrigen Geburtenziffer des vierten Vierteljahrs 1922 (20,98 ‰) wieder, obwohl bei dieser die Entwicklung stetig vor sich gegangen ist. Aber in den Vorjahren 1920 und 1921 war der Unterschied zwischen den Geburtenziffern der drei letzten Quartale kein so beträchtlicher wie 1922. Das ganze Berichtsjahr hindurch war die Geburtenziffer von Vierteljahr zu Vierteljahr, und zwar stets merklich kleiner geworden, während 1921 nur zwischen dem ersten Vierteljahr einerseits und den folgenden andererseits ein Unterschied bestanden hatte, der im Durchschnitt eine gesenkte Geburtenziffer ergab. Betrachtet man die nachstehende Tabelle, so sieht man, daß nach dem Höhepunkt der Geburtlichkeit im letzten Vierteljahr 1919 (30,69 ‰) ein Abfall eintrat, der Ende 1920 zunächst seinen Abschluß erreicht hatte und dann durch einen kurzen Aufstieg abgelöst wurde; doch trat alsdann vom 2. Vierteljahr 1921 an zunächst ein langsamer, im Jahre 1922 aber sehr verstärkter Abfall ein. Die Senkung vom Höhepunkt bis jetzt betrug fast ein Drittel des damaligen Standes.

Geburtenziffern einschließlich Totgeborener.

Vierteljahr	1913	1919	1920	1921	1922
1.	29,58	15,24	29,21	27,00	25,22
2.	28,78	14,97	26,64	25,68	24,56
3.	29,45	22,69	25,79	25,19	22,59
4.	28,35	30,69	24,67	25,32	20,98
im Jahre . .	29,04	20,93	26,34	25,75	23,39

Die Sterblichkeit war 1922 (14,14 ‰) etwas größer als 1921 (13,63 ‰), aber geringer als 1919 und 1920 und auch kleiner als 1913 und in den vorhergehenden Jahren. Hätte nicht das erste Vierteljahr 1922 eine recht hohe Sterblichkeit gehabt (17,52 ‰), so hätte sich für das ganze Jahr 1922 die geringste bisher überhaupt für Preußen gemessene Sterblichkeit ergeben, da sich die beiden letzten Vierteljahre durch eine sehr niedrige Sterblichkeit auszeichneten. Wie schon oben, wollen wir auch an dieser Stelle nochmals betonen, daß die anscheinend günstige Sterblichkeit kein einwandfreier Gradmesser der Sterblichkeitsverhältnisse ist, einmal wegen des geringen Bestandes an Säuglingen, zum anderen wegen der durch den Krieg vorgenommenen Auslese. Die erste dieser beiden Ursachen einer niedrigen Sterblichkeit wird wohl bestehen bleiben, während die zweite allmählich wieder verschwinden wird. Es ist daher anzunehmen, daß die Sterblichkeit in künftigen Jahren nicht weiter sinken wird, auch wenn die Geburtenziffer weiter fällt.

Sterbeziffern ohne die Totgeborenen.

Vierteljahr	1913	1919	1920	1921	1922
1.	15,77	19,69	20,00	14,27	17,52
2.	14,91	16,34	13,30	12,77	14,10
3.	14,61	12,82	13,61	13,41	11,53
4.	14,32	14,24	14,05	14,37	13,30
im Jahre . .	14,90	15,79	15,23	13,63	14,14

Damit ist die Hoffnung auf eine Erhöhung des Geburtenüberschusses gering. Das Berichtsjahr 1922 hatte einen solchen von nur 8,47 ‰. Er war damit beträchtlich kleiner als der von 1920 (10,25 ‰) und der von 1921 (11,29 ‰). Der Geburtenüberschuß der Vorkriegszeit (abgesehen von 1911 stets über 13 ‰) dürfte so bald nicht wieder erreicht werden.

Geburtenüberschuß.

Vierteljahr	1913	1919	1920	1921	1922
1.	12,71	[1])—4,92	8,20	11,79	6,82
2.	12,85	[1])—1,84	12,00	12,09	9,66
3.	14,03	9,18	11,40	11,31	10,35
4.	13,18	15,53	9,76	10,11	6,97
im Jahre . .	13,28	4,50	10,25	11,29	8,47

[1]) Sterbeüberschuß.

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle im Freistaat Preußen, getrennt nach Stadt und Land und nach Provinzen im Jahre 1922. (Vorläufiges Ergebnis). — Im vorausgehenden Bericht ist die Bevölkerungsbewegung im Freistaat Preußen ohne Trennung nach Provinzen für 1922 bereits dargestellt worden. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß das abgelaufene Jahr sich durch eine etwas verringerte, aber immerhin noch sehr hohe Heiratsziffer, eine sehr niedrige Geburtenziffer, eine gegen 1921 etwas erhöhte, im Hinblick auf frühere Jahre aber als niedrig anzusprechende Sterbeziffer und einen geringen Geburtenüberschuß auszeichnete. Es wird von Interesse sein zu prüfen, ob die Entwicklung in Stadt und Land und in den einzelnen Provinzen gleichartig war, oder ob sich gewisse Unterschiede ergeben.

Die Bewegung der Bevölkerung, nach Stadt und Land getrennt, ist in der nebenstehenden Tabelle dargestellt, und zwar für das letzte Vorkriegsjahr 1913, sowie für die drei letztvergangenen Jahre 1920, 1921 und 1922, unter Beifügung der Staatsziffern, die bereits in dem obenerwähnten Bericht enthalten waren.

Die Bewegung der Bevölkerung in Stadt und Land in den Jahren 1913, 1920, 1921 und 1922.

Jahre	Auf 1 000 der mittleren Bevölkerung entfielen: Eheschließungen			Geborene einschl. Totgeborener			Gestorbene ohne Totgeborene			Geburtenüberschuß		
	Stadt	Land	Staat	Stadt	Land	Staat	Stadt	Land	Staat	Stadt	Land	Staat
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1913	8,34	7,25	7,77	25,66	32,16	29,04	14,65	15,12	14,90	10,16	16,16	13,2[illegible]
1920	15,00	13,89	14,31	24,99	28,12	26,34	16,43	14,32	15,34	7,68	12,94	10,2[illegible]
1921	12,18	11,56	11,88	22,67	29,17	25,75	13,78	13,46	13,63	8,08	14,84	11,2[illegible]
1922	11,91	10,30	11,16	20,53	26,64	23,39	14,75	13,44	14,14	5,02	12,40	8,4[illegible]

Die Bevölkerungsbewegung in den preußischen Provinzen sowie im Staat in den Jahren 1913, 1920, 1921 und 1922.

a) Grundzahlen.

Provinzen. Staat.	Eheschließungen 1913	1920	1921	1922	Geborene einschl. Totgeborener 1913	1920	1921	1922
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1. Ostpreußen . .	15 190	31 393	25 451	21 594	65 543	72 149	70 509	64 910
2. Brandenburg .	25 442	62 734	30 950	28 358	77 926	92 968	59 725	54 860
3. Stadt Berlin .	30 082	28 369	45 138	47 685	62 238	34 911	56 008	47 177
4. Pommern . .	13 640	26 688	21 994	19 332	49 859	53 315	52 602	48 642
5. Grenzm. Posen-Westpreußen .	14 059	4 674	3 801	3 141	74 124	9 470	9 450	8 742
6. Niederschlesien	23 047	44 193	36 861	34 798	89 857	91 222	90 289	81 413
7. Oberschlesien .	15 166	30 067	24 815	13 966	86 202	76 718	83 527	43 733
8. Sachsen . . .	25 580	52 019	41 482	37 852	84 234	91 910	90 425	80 066
9. Schlesw.-Holst.	13 415	21 611	18 173	16 934	43 808	36 149	35 161	32 058
10. Hannover . .	23 972	44 698	37 065	34 798	82 410	76 725	77 172	72 516
11. Westfalen . .	35 022	64 386	58 599	54 856	153 660	130 195	136 509	130812
12. Hessen-Nassau	17 801	34 529	28 133	26 728	56 227	58 172	55 549	51 856
13. Rheinprovinz .	58 392	100102	88 988	84 274	219 792	179 936	182 807	172553
14. Hohenz. Lande	456	844	657	651	1 982	1 685	1 740	1 630
Staat . .	311264	546307	462107	424967	1147862	1005525	1001473	890968

Provinzen. Staat.	Totgeborene 1913	1920	1921	1922	Gestorbene ohne Totgeborene 1913	1920	1921	1922	Geburtenüberschuß 1913	1920	1921	1922
1	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
1. Ostpreußen . .	1 977	2 257	2 186	1 999	36 706	37 492	33 700	35 921	26 860	32 400	34 623	26 9[illegible]
2. Brandenburg .	3 077	3 201	2 250	2 085	50 069	65 533	36 610	39 890	25 341	24 234	20 865	12 8[illegible]
3. Stadt Berlin .	1 660	1 442	2 107	1 914	38 775	30 982	47 012	52 971	21 242	2 487	6 889	—7 7[illegible]
4. Pommern . .	1 483	1 796	1 736	1 557	28 269	30 517	26 797	28 940	20 107	21 002	24 069	18 1[illegible]
5. Grenzm. Posen-Westpreußen .	2 081	282	321	286	35 221	5 176	4 881	5 181	36 822	4 012	4 248	3 [illegible]
6. Niederschlesien	3 479	3 494	3 355	3 207	56 930	54 554	53 139	54 382	29 448	33 174	33 795	23 [illegible]
7. Oberschlesien .	1 899	1 751	1 840	988	43 781	43 602	46 679	24 167	40 522	31 365	35 008	18 5[illegible]
8. Sachsen . . .	2 666	3 188	3 202	2 777	46 988	50 409	45 954	47 911	34 580	38 313	41 269	29 3[illegible]
9. Schlesw.-Holst.	1 382	1 142	1 120	1 043	21 137	19 625	17 416	19 713	21 289	15 382	16 625	11 3[illegible]
10. Hannover . .	2 551	2 636	2 713	2 478	39 544	42 512	37 501	40 704	40 315	31 577	36 958	29 3[illegible]
11. Westfalen . .	4 071	4 051	4 282	4 200	61 162	66 693	57 918	61 724	88 427	59 451	74 309	64 8[illegible]
12. Hessen-Nassau	1 795	2 109	1 917	1 738	29 229	32 602	29 040	30 740	25 203	23 461	24 592	19 3[illegible]
13. Rheinprovinz .	6 231	5 680	5 648	5 421	100962	100449	92 273	95 247	112599	73 807	84 886	71 8[illegible]
14. Hohenz. Lande	36	21	29	18	1 198	1 063	950	1 088	748	601	761	5[illegible]
Staat . .	34388	33050	32706	29711	589971	581209	529870	538579	523503	391266	438897	3226[illegible]

b) Verhältnisziffern.

Provinzen. Staat.	Auf 1 000 der mittleren Bevölkerung entfielen: Eheschließungen 1913	1920	1921	1922	Geborene einschl. Totgeborener 1913	1920	1921	1922	Gestorbene ohne Totgeborene 1913	1920	1921	1922	Geburtenüberschuß 1913	1920	1921	1922
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
1. Ostpreußen	7,30	13,83	10,86	9,22	31,48	31,79	30,10	27,73	17,63	16,52	14,39	15,35	12,90	14,28	14,78	11,53
2. Brandenburg . . .	7,75	14,31	11,96	10,96	23,74	22,26	23,08	21,20	15,25	15,74	14,15	15,41	7,72	5,75	8,06	4,98
3. Stadt Berlin. . .	9,44	14,10	11,33	11,87	19,53	17,37	14,06	11,74	12,17	14,29	11,80	13,18	6,66	2,40	1,73	— 1,92
4. Pommern	7,87	14,56	11,66	10,25	28,76	29,09	27,90	25,79	16,31	16,65	14,21	15,35	11,60	11,46	12,76	9,62
5. Grenzmark Posen-Westpreußen . . .	6,51	13,84	10,87	9,05	34,34	28,04	27,03	25,19	16,32	15,33	13,96	14,93	17,06	11,88	12,15	9,44
6. Niederschlesien . .	7,49	14,50	11,74	11,02	29,22	29,92	28,76	25,78	18,51	17,89	16,92	17,22	9,58	10,88	10,76	7,54
7. Oberschlesien . . .	6,60	12,82	10,32	10,31	37,53	32,72	34,74	32,28	19,06	18,59	19,41	17,84	17,64	13,38	14,56	13,71
8. Sachsen.	8,13	16,31	12,67	11,50	26,77	28,82	27,61	24,33	14,91	15,81	14,03	14,56	10,99	12,01	12,60	8,93
9. Schleswig-Holst. .	7,98	13,39	11,98	11,13	26,06	22,40	23,17	21,07	12,57	12,16	11,48	12,96	12,66	9,53	10,96	7,43
10. Hannover	7,89	14,56	11,81	11,01	27,14	24,99	24,60	22,95	13,02	13,85	11,95	12,88	13,27	10,28	11,78	9,28
11. Westfalen.	7,98	14,07	12,38	11,36	35,03	28,46	28,84	27,09	13,94	14,58	12,24	12,78	20,16	12,99	15,70	13,44
12. Hessen-Nassau . .	7,74	14,98	11,99	11,34	24,46	25,23	23,68	22,00	12,71	14,14	12,38	13,04	10,96	10,18	10,48	8,22
13. Rheinprovinz . . .	7,81	14,10	12,51	11,75	29,40	25,34	25,71	24,06	13,51	14,15	12,98	13,28	15,06	10,40	11,94	10,02
14. Hohenzoll. Lande .	6,30	11,81	9,04	8,97	27,37	23,59	23,93	22,47	16,54	14,88	13,07	15,00	10,33	8,41	10,47	7,22
Staat . . .	7,77	14,31	11,88	11,16	29,04	26,34	25,75	23,39	14,90	15,34	13,63	14,14	13,28	10,25	11,29	8,47

Anmerkung. Die Angaben für 1913 beziehen sich für die Provinzen auf den alten Gebietsumfang, jedoch mit Ausnahme von Berlin, für das die Ziffern des früheren Polizeibezirks Berlin, und von Posen-Westpreußen, für das die der früheren Provinz Posen eingesetzt sind. — Die Ziffern für 1921 und 1922 sind für die Provinzen Ostpreußen, Berlin, Posen-Westpreußen, Schleswig-Holstein und Rheinprovinz sowie 1922 auch für Oberschlesien nach dem jetzigen Gebietsumfange errechnet worden.

Bei den Eheschließungen sind Unterschiede in der Entwicklung zwischen Stadt und Land nicht zu bemerken. Die Landziffer hielt sich in sämtlichen Vergleichsjahren unter der Stadtziffer, aber die Entwicklung war bei beiden stets die gleiche. Die Geburtenziffer des Landes war in den beiden letzten Jahren um etwa 29 %, im Jahre 1920 um etwa 12 % und im Jahre 1913 um etwa 25 % höher als die der Städte. Hinsichtlich der Entwicklung zeigten beide Ziffernreihen insoweit einen Unterschied, als beim Land die Ziffer von 1920 zu 1921 sich um ein Promilleteil (das sind 3,7 %) hob, während sie gleichzeitig bei den Städten um über zwei Promilleteile (= 9,3 %) sank. Der Abfall von 1921 zu 1922 war aber bei beiden ungefähr gleich. Bei der Sterbeziffer waren an sich die Unterschiede zwischen Stadt und Land nicht groß. Während aber 1913 die Sterblichkeit in den Städten etwas geringer war als die auf dem Lande, hatte 1920 das Land eine um zwei Promilleteile kleinere Sterblichkeit. Der Unterschied zwischen beiden



verkleinerte sich 1921 auf 0,3 Promilleteile, wuchs aber 1922 auf 1,3 Promilleteile, und zwar einseitig durch eine Erhöhung der *städtischen* Ziffer, während für das Land sich die Ziffer von 1921 zu 1922 *nicht* änderte. Die Geburtenüberschußziffer war infolge der weit geringeren städtischen Geburtenziffer in sämtlichen Vergleichsjahren für Stadt und Land sehr verschieden; es blieb nämlich die Stadtziffer dauernd tief unter der Landziffer. Während also bei den Eheschließungen keine und bei den Sterbefällen nur geringe Unterschiede zwischen Stadt und Land zu verzeichnen waren, hatten die Städte eine wesentlich kleinere Geburtlichkeit und dementsprechend einen weit geringeren Geburtenüberschuß.

Unter den Provinzen hatten im letzten Jahre 1922 besonders hohe Heiratsziffern die Stadt Berlin sowie die Rheinprovinz, Sachsen, Westfalen und Hessen-Nassau, besonders niedrige Hohenzollern, Grenzmark Posen-Westpreußen und Ostpreußen. Zwischen der niedrigsten und der höchsten Heiratsziffer (8,97 ‰ und 11,87 ‰) war die Spannung 32,3 %. Im Jahre 1921 hatte die Spannung 40,2 % (von 9,04 ‰ bis 12,67 ‰), im Jahre 1920 38,1 % (von 11,81 ‰ bis 16,31 ‰) und 1913 49,8 % (von 6,30 ‰ bis 9,44 ‰) betragen. Die niedrigsten Heiratsziffern hatten in sämtlichen Vergleichsjahren die Hohenzollernschen Lande, die höchsten 1913 und 1922 Berlin, 1920 und 1921 die Provinz Sachsen, hinter denen in beiden Jahren Berlin nicht unbeträchtlich zurückblieb.

Die höchste Geburtenziffer hatte im Jahre 1922 die Provinz Oberschlesien (32,28 ‰) bei niedriger Heiratsziffer im vorausgehenden Jahre, die niedrigste die Stadt Berlin (11,74 ‰) trotz hoher Heiratsziffer. Ostpreußen (die Provinz mit der zweithöchsten Geburtenziffer) zeigte dasselbe Bild wie Oberschlesien. Wie schon des öfteren ausgeführt, schwindet der natürliche Zusammenhang zwischen Heirats- und Geburtenziffer, wahrscheinlich infolge der unglücklichen wirtschaftlichen Verhältnisse, immer mehr. — Sehen wir von Berlin mit seiner besonders niedrigen Geburtenziffer ab, so hatte die Spannung zwischen der niedrigsten und der höchsten Ziffer im Jahre 1913 58 % (von 23,74 ‰ bis 37,53 ‰), 1920 47 % (von 22,26 ‰ bis 32,72 ‰), 1921 51 % (von 23,08 ‰ bis 34,74 ‰) und 1922 53 % (von 21,07 ‰ bis 32,28 ‰) betragen. Die höchste Geburtenziffer hatte jeweils Oberschlesien, die niedrigste (außer Berlin) Brandenburg, jedoch 1922 Schleswig-Holstein.

Oberschlesien hatte im Jahre 1922 auch die höchste Sterbeziffer (17,84 ‰), die niedrigste Westfalen (12,78 ‰). Die Spannung zwischen niedrigster und höchster Ziffer betrug also 40 %. Auch in den zum Vergleich herangezogenen Jahren hatte Oberschlesien stets die höchste Sterbeziffer gehabt, während die niedrigste sich 1913 für Berlin, 1920 und 1921 für Schleswig-Holstein ergab. Die Spannung betrug 1913 57 % (von 12,17 ‰ bis 19,06 ‰), 1920 53 % (von 12,16 ‰ bis 18,59 ‰), 1921 69 % (von 11,48 ‰ bis 19,41 ‰).

Hohe Geburtenüberschüsse hatten im Jahre 1922 besonders Oberschlesien (13,71 ‰), Westfalen (13,44 ‰), Ostpreußen (11,53 ‰) und die Rheinprovinz (10,02 ‰), einen besonders niedrigen Brandenburg (4,98 ‰) und sogar einen Sterbeüberschuß Berlin (— 1,92 ‰). In den Vergleichsjahren hatte Berlin stets einen Geburtenüberschuß gehabt, wenngleich dieser 1921 bereits nur noch 1,73 ‰ betragen hatte. (Ein Sterbeüberschuß war nur in der Kriegszeit in Berlin alten Umfangs vorgekommen). Die Vergrößerung des Berliner Weichbildes hatte also die Entwicklung nicht ins Gegenteil gewendet, höchstens vielleicht gehemmt. Die Berliner Ziffern waren in sämtlichen Vergleichsjahren die kleinsten, die höchsten 1913 die von Westfalen (20,16 ‰), 1920 die von Ostpreußen (14,28 ‰), 1921 wieder die von Westfalen (15,70 ‰). Die Spannung zwischen niedriger und höchster Ziffer war 1913 203 %, 1920 495 %, 1921 808 % und 1922 814 %.

Die Unterschiede in den preußischen Provinzen sind also bei der Bevölkerungsbewegung beträchtlich. Es würde zu weit führen, wenn an dieser Stelle noch mehr auf Einzelheiten eingegangen würde, die unschwer aus den beigefügten Tabellen entnommen werden können.

Die Bevölkerungsbewegung in den preußischen Großstädten im Jahre 1922. — Für die preußischen Großstädte ist das Ergebnis der standesamtlichen Statistik aus dem Jahre 1922 in der nachstehenden Tabelle dem der Vorjahre seit Kriegsende und dem aus dem Jahre 1913 gegenübergestellt.

Auf 1 000 der mittleren Bevölkerung entfielen:

Jahr	Eheschließungen	Geburten einschl. Totgeborener	Gestorbene ohne Totgeborene	Geburtenüberschuß
1913	8,90	24,28	13,31	10,17
1919	13,42	18,53	15,45	3,08
1920	14,60	22,68	14,93	6,94
1921	12,23	20,33	12,56	7,04
1922	12,10	17,89	13,47	3,76.

Wir sehen, daß die Heiratsziffer der Großstädte von 1922 (12,10 ‰) kaum merklich niedriger als die von 1921 (12,23 ‰) war, etwas unter der von 1920 (14,60 ‰) und 1919 (13,42 ‰) blieb, aber die von 1913 (8,90 ‰) um rund ein Drittel überstieg. Sie schnellte nach Kriegsschluß empor, und zwar bis 1920, worauf eine geringere Senkung folgte. Die Geburtenziffer machte bekanntlich diese Entwicklung nicht mit; sie sank trotz der hohen Heiratsziffer (1913: 24,28 ‰, 1922: 17,89 ‰), was zur Annahme berechtigt, daß ohne eine solche die Geburtenziffer der Großstädte noch weit niedriger gewesen wäre. (Wir kennen zwar den Anteil der alten und der neuen Ehen an den Geburtenzahlen nicht, aber wir werden wohl annehmen können, daß die große Zahl von neuen Ehen nicht ohne Einfluß auf die Zahl der Geburten geblieben ist.)

Wieder ganz anders entwickelte sich die Sterbeziffer. Es war erklärlich, daß die Sterblichkeit durch den Einfluß der Entbehrungen der Kriegszeit in den Jahren 1919 (15,45 ‰) und 1920 (14,93 ‰) noch gesteigert war. Aber 1921 (12,56 ‰) war die Sterblichkeit in den Großstädten geringer als 1913 (13,31 ‰); 1922 (13,47 ‰), wo sie am ungünstigsten war, stieg sie doch nur wenig über die des letzten Vorkriegsjahres. Das ist selbstverständlich eine Folge der Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung. Einmal hatte die hohe Sterblichkeit der Kriegszeit und auch der ersten Zeit nach dem Kriege auslesend gewirkt, indem zum Teil doch wohl die schwächsten Personen wegstarben, zum anderen hatte die niedrige Geburtenziffer eine absolut geringere Zahl von gestorbenen Säuglingen zur Folge, wodurch die Gesamtsterblichkeit niedriger gehalten wurde. Immerhin ist es eine Tatsache, daß die Bevölkerung der Großstädte so, wie sie heute zusammengesetzt ist, absolut nicht mehr Sterbefälle aufweist als die Bevölkerung von 1913 in der damaligen Zusammensetzung, daß aber dem natürlichen Wachstum der Bevölkerung trotz der hohen Heiratsziffer durch die geringe Geburtenziffer Einhalt getan wird. (Siehe die letzte Spalte der nachfolgenden Tabelle, die den Geburtenüberschuß auf 1 000 Einwohner nachweist: 1922 war der Geburtenüberschuß mit 3,76 ‰ kaum höher als 1919 (3,08 ‰), welches Jahr besonders hinsichtlich der Geburtenzahl noch stark unter dem Kriegseinfluß stand.) Diese Tatsache zu begrüßen oder zu beklagen mag dem Ermessen des einzelnen überlassen bleiben. Aus einem späteren Bericht werden wir erfahren, inwieweit das hier für die Großstädte Gesagte für den gesamten Staat zutrifft. Für erstere ist immerhin zu beachten, daß bei andauernder Entwicklung nach dieser Richtung und bei gleichzeitigem Ausbleiben eine Ergänzung der großstädtischen Bevölkerung vom Lande her, die unter heutigen Verhältnissen nicht so übermäßig wahrscheinlich ist, die übrigbleibende Großstadtbevölkerung etwas mehr Ellbogenfreiheit erhalten würde.

Betrachten wir an der Hand der Schlußtabelle dieses Berichts die Verhältnisse in den Großstädten im einzelnen, so fällt als besonders hoch die Heiratsziffer von Crefeld (14,71 ‰), als besonders niedrig die von Königsberg i. Pr. (9,88 ‰) auf. Letztere ist damit auf einen Stand gesunken, den eine große Anzahl von Städten 1913 hatte. Weiter niedrig war die Heiratsziffer in Breslau

Die Bevölkerungsbewegung in den preußischen Großstädten in den Jahren 1913, 1921 und 1922[1]).

Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern	Auf 1 000 der mittleren Bevölkerung entfielen											
	Eheschließungen			Geborene insgesamt			Gestorbene ohne Totgeborene			Geburtenüberschuß		
	1913	1921	1922	1913	1921	1922	1913	1921	1922	1913	1921	1922
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Berlin[2])	9,44	11,33	11,87	19,53	14,06	11,74	12,17	11,80	13,18	6,66	1,73	— 1,92
2. Köln	9,32	13,79	12,93	26,85	24,10	22,05	13,95	13,20	13,18	11,99	10,10	8,15
3. Breslau	7,87	10,98	10,56	27,35	24,40	21,11	18,15	16,40	16,40	8,26	7,21	3,89
4. Essen	8,16	13,95	12,43	29,84	25,76	24,50	11,79	11,49	11,88	17,13	13,41	11,84
5. Frankfurt a./M.	9,55	13,10	12,98	21,01	18,61	16,04	11,64	11,42	11,97	8,64	6,48	3,47
6. Düsseldorf	9,45	12,52	12,23	27,37	20,53	17,70	11,82	11,36	11,49	14,83	8,51	5,54
7. Hannover	8,52	12,37	12,47	20,63	19,73	17,10	12,17	11,50	12,57	7,58	7,30	3,79
8. Dortmund	9,45	14,86	13,54	35,36	27,37	25,18	15,23	12,21	13,25	19,07	14,45	11,11
9. Magdeburg	8,35	12,15	11,44	22,68	23,56	19,40	14,25	14,39	15,26	7,56	8,24	3,36
10. Königsberg i. Pr.	8,12	10,73	9,88	26,97	25,32	22,08	18,09	14,27	14,40	8,05	10,17	6,94
11. Duisburg	8,81	13,96	12,35	34,12	27,42	24,91	13,26	11,85	12,38	19,95	14,72	11,67
12. Stettin	8,39	12,18	11,57	23,24	22,35	20,37	16,38	14,32	15,65	6,17	7,23	3,99
13. Kiel	7,83	11,00	10,44	23,63	22,19	18,13	11,46	12,14	13,71	11,32	9,31	3,80
14. Halle a. S.	8,16	12,03	12,38	24,44	25,38	22,77	17,06	16,03	17,02	6,60	8,14	4,75
15. Altona	11,05	12,62	13,77	23,26	20,68	18,61	14,50	12,87	14,53	7,81	6,80	3,22
16. Gelsenkirchen	8,87	14,01	13,09	38,64	32,06	29,13	14,42	13,24	13,52	23,22	17,71	14,52
17. Cassel	7,09	11,30	11,50	21,34	22,71	19,80	11,89	12,18	12,84	8,68	9,59	6,19
18. Elberfeld	9,18	12,56	13,60	22,68	22,73	20,83	11,65	11,42	13,09	10,29	10,52	7,07
19. Barmen	7,78	12,39	12,64	19,61	19,44	17,88	9,99	10,79	12,03	8,98	8,00	5,13
20. Aachen	8,16	12,78	12,94	23,38	23,52	21,58	15,01	15,25	15,20	7,55	7,45	5,55
21. Erfurt	8,37	11,23	11,37	25,57	23,84	19,31	13,17	13,30	13,00	11,53	9,52	5,67
22. Bochum	9,06	13,27	12,10	39,57	33,16	30,23	15,89	14,35	14,55	22,52	17,66	14,58
23. Mülheim a./d. Ruhr	8,80	14,08	13,38	29,85	22,91	22,44	11,22	10,62	11,59	17,77	11,68	10,08
24. Crefeld	9,15	14,65	14,71	21,91	19,68	17,57	11,83	13,04	12,52	9,42	5,84	4,35
25. Hamborn	8,12	14,68	12,17	44,82	35,69	34,13	15,55	12,42	16,03	28,12	22,10	17,04
26. Münster	6,12	10,40	10,30	24,92	25,87	22,66	13,81	13,29	14,06	10,68	11,80	7,89
27. Wiesbaden	7,36	12,90	11,93	15,40	18,43	16,83	13,32	15,48	17,21	1,40	2,28	— 1,01
28. München Gladbach	8,55	12,83	12,54	29,94	25,98	23,28	14,81	14,40	14,41	14,32	10,61	8,10
29. Oberhausen	8,25	13,88	12,65	39,35	32,23	28,03	13,52	12,18	13,46	24,91	19,12	13,70
Summe	**8,90**	**12,23**	**12,10**	**24,28**	**20,33**	**17,89**	**13,31**	**12,56**	**13,47**	**10,17**	**7,04**	**3,76.**

[1]) für 1922 vorläufiges Ergebnis. — [2]) Die Ziffern beziehen sich für 1913 auf den früheren Landespolizeibezirk Berlin, für 1921 und 1922 auf Berlin im neuen Umfang.

(10,56 ‰), Kiel (10,44 ‰) und Münster (10,30 ‰), weiter hoch in Dortmund (13,54 ‰), Altona (13,77 ‰), Elberfeld (13,60 ‰) und Mülheim a./d. Ruhr (13,38 ‰).

Die Geburtenziffer schwankte zwischen 34,13 ‰ (Hamborn) und 11,74 ‰ (Berlin). Für Berlin ergibt sich jetzt die Merkwürdigkeit, die sich bei keiner anderen Großstadt findet, daß Geburtenziffer und Heiratsziffer fast gleich sind, während bei den übrigen Städten zwischen beiden trotz der entgegengesetzten Entwicklungsrichtung der Ziffernreihen Unterschiede bestehen, die sich in vielen Fällen wie etwa 2 : 1, meistens aber größer als 1½ : 1 stellen. — Hamborn und Berlin sind hinsichtlich der Geburtenziffern Spitzenfälle nach oben und unten; die nächsthöchste Geburtenziffer hatte Bochum (30,23 ‰), die nächstniedrigste Frankfurt a./M. (16,04 ‰). Weiter hoch waren die Ziffern von Essen (24,50 ‰), Dortmund (25,18 ‰), Duisburg (24,91 ‰), Gelsenkirchen (29,13 ‰), Oberhausen (28,03 ‰) und München Gladbach (23,28 ‰).

Bei der Sterbeziffer waren die Schwankungen viel geringer. Die höchste Sterblichkeit hatten Wiesbaden (17,21 ‰), Halle a. S. (17,02 ‰), Breslau (16,40 ‰), Hamborn (16,03 ‰), die niedrigste Düsseldorf (11,49 ‰), Mülheim a./d. Ruhr (11,59 ‰), Essen (11,88 ‰), Frankfurt a./M. (11,97 ‰), woraus folgt, daß die meisten Großstädte eine dem Mittel sehr ähnliche Sterbeziffer hatten.

Die hohe Sterbeziffer in Wiesbaden, die wahrscheinlich die Folge der ungünstigen Alterszusammensetzung der Stadt (viele alte, ortsfremde Leute) ist, hatte zur Folge, daß dort die Sterblichkeit die Geburtlichkeit überwog. (Sterbeüberschuß 1,01 ‰). Weiter hatte einen solchen (1,92 ‰) nur noch Berlin bei normaler Sterblichkeit (13,18 ‰), aber sehr geringer Geburtenzahl (11,74 ‰). Einen Geburtenüberschuß unter 5½ ‰ hatten 10, einen solchen von über 5½ bis 9½ ‰ weitere 9 Städte; hohe Geburtenüberschüsse ergaben sich für Essen, Dortmund, Duisburg, Mülheim a./d. Ruhr (zwischen 10 bis 12 ‰), für Oberhausen, Gelsenkirchen, Bochum (zwischen 13½ und 14½ ‰) und für Hamborn (17,04 ‰).

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle im Freistaat Preußen im 1. Vierteljahr 1923. — Die nachstehenden 4 kleinen Tabellen enthalten die aus den vorläufigen Auszählungen der Statistik der Bevölkerungsbewegung gewonnenen Heiratsziffern, Geburtenziffern, Sterbeziffern und Ziffern des Geburtenüberschusses für das 1. Vierteljahr 1923, verglichen mit den Ziffern sämtlicher Quartale der Jahre 1913, 1920, 1921 und 1922.

Die Heiratsziffer des Berichtsvierteljahrs (8,19 ‰) war der des ersten Vierteljahrs des Vorjahres (8,21 ‰) ziemlich gleich und niedriger als die des ersten Quartals der beiden vorhergehenden Jahre (10,16 und 11,81 ‰). Trotzdem darf daraus, wie ein Vergleich der Jahresdurchschnittsziffern von 1921 und 1922 zeigt, nicht auf ein wesentliches Sinken der Heiratsintensität geschlossen werden, wenngleich eine gewisse Senkung wohl zu erwarten ist. Im Vergleich zu 1913 war die Heiratshäufigkeit noch beträchtlich (vergleiche die Ziffer des Berichtsvierteljahrs mit der des zweiten Vierteljahrs 1913 (8,96 ‰), die den vorsommerlichen Heiratsgipfel enthält).

Heiratsziffern.

Vierteljahr	1913	1920	1921	1922	1923
1.	6,19	11,81	10,16	8,21	8,19
2.	8,96	16,70	13,10	12,69	—
3.	6,58	12,94	10,60	10,67	—
4.	9,35	16,29	13,48	12,93	—
im Jahre	**7,77**	**14,44**	**11,83**	**11,14**	—

Zwischen der Geburtenziffer des 1. Vierteljahrs 1923 (23,31 ‰) und der des letzten Vierteljahrs 1922 (20,99 ‰) zeigt sich wieder der merkwürdige Unterschied, der auch in einigen Vorjahren festzustellen war. Während nämlich in dem zum Vergleich herangezogenen Vorkriegsjahre 1913, das typisch für die letzte Vorkriegszeit war, die Geburtenziffern der Vierteljahre schwankten, ohne sich im einzelnen beträchtlich vom Mittel zu entfernen, ergab sich in den letzten 3 Jahren 1920—1922 eine dauernde Senkung von Quartal zu Quartal, worauf die Ziffer im 1. Vierteljahr des nächsten Jahres wieder anschwoll. Wie schon früher einmal hervor-

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle im Staate und in seinen Provinzen im 1. Vierteljahr 1913, 1922, 1923 und 4. Vierteljahr 1922.

a) Grundzahlen.

Provinzen — Staat	Eheschließungen				Geborene einschl. Totgeborener				Totgeborene				Gestorbene ohne Totgeborene				Geburtenüberschuß			
	1. Vierteljahr 1913	1. Vierteljahr 1922	4. Vierteljahr 1922	1. Vierteljahr 1923	1. Vierteljahr 1913	1. Vierteljahr 1922	4. Vierteljahr 1922	1. Vierteljahr 1923	1. Vierteljahr 1913	1. Vierteljahr 1922	4. Vierteljahr 1922	1. Vierteljahr 1923	1. Vierteljahr 1913	1. Vierteljahr 1922	4. Vierteljahr 1922	1. Vierteljahr 1923	1. Vierteljahr 1913	1. Vierteljahr 1922	4. Vierteljahr 1922	1. Vierteljahr 1923
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
1. Ostpreußen . . .	2 515	3 055	7 090	2 945	16 657	17 550	14 073	16 346	540	599	422	533	9 576	11 517	8 072	10 332	6 541	5 434	5 579	5 481
2. Brandenburg . .	5 618	5 031	9 062	5 152	20 167	14 919	12 276	13 784	671	596	492	557	12 864	12 092	9 349	11 249	6 632	2 231	2 435	1 978
3. Stadt Berlin .	6 072	7 871	13 997	9 283	16 312	12 968	10 301	11 327	594	549	434	452	10 349	16 212	12 834	14 730	5 369	−3 793	−2967	−3855
4. Pommern . . .	2 488	3 407	6 759	3 220	12 489	13 263	10 908	12 243	415	442	378	395	7 462	8 735	6 842	8 496	4 612	4 086	3 688	3 352
5. Grenzm. Posen-Westpreußen . .	3 757	695	1 020	586	18 642	2 475	1 886	2 229	566	89	53	64	9 056	1 684	1 181	1 396	9 020	702	652	769
6. Niederschlesien .	5 164	5 844	10 158	5 407	22 062	21 857	18 645	20 818	926	945	723	844	14 276	16 224	12 041	15 452	6 860	5 688	5 881	4 522
7. Oberschlesien . .	2 656	3 034	4 029	2 330	21 239	11 141	10 554	11 318	498	260	245	276	10 731	6 414	5 418	6 830	10 010	4 467	4 891	4 212
8. Sachsen	5 583	7 001	11 387	7 655	20 815	21 559	18 600	20 437	654	775	646	792	12 304	14 639	11 452	14 158	7 857	6 145	6 502	5 487
9. Schleswig-Holst.	2 551	3 062	5 141	3 231	11 080	8 627	7 182	7 817	344	279	233	259	6 138	5 931	4 854	5 468	4 598	2 417	2 095	2 090
10. Hannover . . .	4 100	5 923	10 166	5 953	21 320	19 648	16 092	18 477	731	732	570	658	10 786	13 140	9 788	12 016	9 803	5 776	5 734	5 803
11. Westfalen	5 735	10 691	15 438	10 451	38 643	34 945	29 731	32 594	1 105	1 168	1 000	1 101	16 084	19 153	15 175	18 080	21 454	14 624	13 556	13 413
12. Hessen-Nassau .	4 164	5 225	7 717	5 637	14 415	14 202	11 560	13 080	454	520	376	468	8 156	9 866	7 203	8 705	5 805	3 816	3 981	3 907
13. Rheinprovinz . .	10 884	17 139	21 916	16 857	56 407	46 353	39 090	43 493	1 675	1 492	1 291	1 431	27 393	30 708	23 046	28 538	27 339	14 153	14 753	13 524
14. Hohenzoll. Lande	105	141	166	135	554	419	370	424	12	4	5	8	316	304	282	362	226	111	83	54
Staat . . .	**61 392**	**78 119**	**124046**	**78 842**	**290802**	**239926**	**201268**	**224387**	**9 185**	**8 450**	**6 868**	**7 838**	**155491**	**166619**	**127537**	**155812**	**126126**	**65 857**	**66 863**	**60 737**

b) Verhältnisziffern.

Provinzen — Staat	Auf 1 000 der mittleren Bevölkerung entfielen: Eheschließungen				Geborene einschl. Totgeborener				Gestorbene ohne Totgeborene				Geburtenüberschuß			
	1. Vierteljahr 1913	1. Vierteljahr 1922	4. Vierteljahr 1922	1. Vierteljahr 1923	1. Vierteljahr 1913	1. Vierteljahr 1922	4. Vierteljahr 1922	1. Vierteljahr 1923	1. Vierteljahr 1913	1. Vierteljahr 1922	4. Vierteljahr 1922	1. Vierteljahr 1923	1. Vierteljahr 1913	1. Vierteljahr 1922	4. Vierteljahr 1922	1. Vierteljahr 1923
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
1. Ostpreußen . . .	4,84	5,21	12,13	5,01	32,05	29,95	24,07	27,83	18,42	19,66	13,81	17,59	12,58	9,27	9,54	9,33
2. Brandenburg . .	6,89	7,80	13,88	7,85	24,74	23,13	18,81	21,01	15,78	18,74	14,32	17,15	8,14	3,46	3,73	3,01
3. Stadt Berlin . .	7,68	7,83	14,12	9,33	20,62	12,90	10,39	11,39	13,08	16,13	12,95	14,81	6,79	— 3,77	— 2,99	— 3,88
4. Pommern	5,75	7,24	14,28	6,74	28,85	28,18	23,04	25,64	17,24	18,56	14,45	17,79	10,66	8,68	7,79	7,02
5. Grenzmark Posen-Westpreußen . . .	6,99	7,97	11,66	6,64	34,69	28,37	21,57	25,27	16,85	19,30	13,50	15,83	16,78	8,05	7,46	8,72
6. Niederschlesien . .	6,73	7,41	12,79	6,79	28,77	27,70	23,47	26,16	18,62	20,56	15,16	19,41	8,95	7,21	7,40	5,68
7. Oberschlesien . . .	4,65	8,84	11,65	6,68	37,19	32,46	30,52	32,43	18,79	18,69	15,67	19,57	17,53	13,01	14,14	12,07
8. Sachsen	7,12	8,52	13,75	9,19	26,53	26,25	22,46	24,53	15,68	17,82	13,83	16,99	10,02	7,48	7,85	6,59
9. Schleswig-Holstein	6,10	8,07	13,42	8,40	26,50	22,72	18,75	20,32	14,68	15,62	12,67	14,21	11,00	6,37	5,47	5,43
10. Hannover	5,42	7,54	12,79	7,47	28,21	25,02	20,25	23,18	14,27	16,74	12,32	15,08	12,97	7,36	7,22	7,28
11. Westfalen	5,27	8,89	12,61	8,56	35,54	29,06	24,28	26,68	14,79	15,93	12,39	14,80	19,73	12,16	11,07	10,98
12. Hessen-Nassau . .	7,28	8,88	12,96	9,43	25,20	24,15	19,42	21,37	14,26	16,78	12,10	14,56	10,15	6,49	6,69	6,53
13. Rheinprovinz . .	5,86	9,38	12,06	9,23	30,39	25,36	21,52	23,82	14,76	16,80	12,69	15,63	14,73	7,74	8,12	7,41
14. Hohenzoll. Lande	5,82	7,76	9,17	7,44	30,68	23,07	20,44	23,36	17,50	16,74	15,58	19,94	12,52	6,11	4,58	2,98
Staat . . .	**6,19**	**8,21**	**12,93**	**8,19**	**29,30**	**25,22**	**20,99**	**23,31**	**15,67**	**17,52**	**13,30**	**16,18**	**12,71**	**6,82**	**6,97**	**6,31**

Anmerkung: Die Angaben für 1913 beziehen sich für die Provinzen auf den alten Gebietsumfang, jedoch mit Ausnahme von Berlin, für das die Ziffern des früheren Polizeibezirks Berlin, und von Posen-Westpreußen, für das die der früheren Provinz Posen eingesetzt sind. — Die Ziffern für 1922 und 1923 sind für die Provinzen Ostpreußen, Berlin, Posen-Westpreußen, Oberschlesien, Schleswig-Holstein und Rheinprovinz nach dem jetzigen Gebietsumfange errechnet worden.

gehoben, hatten die unbedingt in den 4. Quartalen vorhandenen Heiratsgipfel keine entsprechenden Geburtengipfel, sondern nur die Heiratsgipfel der 2. Quartale fanden ihre Wiederspiegelung in den erhöhten Geburtenziffern der ersten Vierteljahre. Somit war also die Geburtenziffer des Berichtsvierteljahrs im Vergleich zu denen der vorausgehenden Vierteljahre hoch, aber niedrig, wenn man um ein und mehrere volle Jahre zurückgeht.

Geburtenziffern einschließlich der Totgeborenen.

Vierteljahr	1913	1920	1921	1922	1923
1.	29,30	29,21	27,24	25,22	23,31
2.	28,78	26,64	25,60	24,56	—
3.	29,45	25,79	25,03	22,59	—
4.	28,35	24,67	24,75	20,99	—
im Jahre . .	**29,04**	**26,57**	**25,63**	**23,35**	—

Hoch war auch die Sterbeziffer des Berichtsvierteljahrs (16,18 ‰). Sie wird in der nachstehenden Tabelle nur von denen der 1. Quartale der Jahre 1920 und 1922 (20,00 und 17,52 ‰) übertroffen.

Sterbeziffern ohne die Totgeborenen.

Vierteljahr	1913	1920	1921	1922	1923
1.	15,67	20,00	14,33	17,52	16,18
2.	14,91	13,80	12,78	14,10	—
3.	14,61	13,61	13,14	11,53	—
4.	14,32	14,05	14,05	13,30	—
im Jahre . .	**14,90**	**15,36**	**13,56**	**14,11**	—

Dies ergab einen Geburtenüberschuß (6,31 ‰), der kleiner als in sämtlichen in die Tabellen aufgenommenen Vierteljahren war; er war kaum noch halb so groß wie im gleichen Quartal 1913.

Geburtenüberschuß.

Vierteljahr	1913	1920	1921	1922	1923
1.	12,71	8,20	11,97	6,82	6,31
2.	13,01	12,00	12,00	9,66	—
3.	14,03	11,40	11,14	10,35	—
4.	13,18	9,76	9,87	6,97	—
im Jahre . .	**13,28**	**10,34**	**11,23**	**8,46**	—

Zwischen Stadt und Land waren, wie die nachstehende Übersicht zeigt, im Berichtsvierteljahr beträchtliche Unterschiede.

Die Bewegung der Bevölkerung in Stadt und Land.

Im 1. Vierteljahr	Auf 1 000 der mittleren Bevölkerung entfielen											
	Eheschließungen			Geborene einschl. Totgeborener			Gestorbene ohne Totgeborene			Geburtenüberschuß		
	Stadt	Land	Staat	Stadt	Land	Staat	Stadt	Land	Staat	Stadt	Land	Staat
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1913	6,89	6,01	6,19	26,46	32,45	29,30	15,51	16,01	15,67	10,09	15,46	12,71
1920	12,28	11,35	11,81	27,57	30,82	29,21	22,08	17,97	20,00	4,48	11,84	8,20
1921	10,51	9,77	10,16	24,15	30,65	27,24	14,56	14,07	14,33	8,68	15,60	11,97
1922	8,70	7,69	8,21	22,32	29,09	25,22	18,12	17,06	17,52	3,33	11,12	6,82
1923	9,09	7,15	8,19	20,08	27,01	23,31	16,58	15,72	16,18	2,73	10,42	6,31

Bei den Eheschließungen übertraf die städtische die Landziffer um fast 2 Promilleteile, eine Differenz, die in den zum Vergleich herangezogenen Vierteljahren nicht vorkam. Umgekehrt war bei den Geburten die Landziffer um fast 1/3 höher als die städtische; auch in den Vergleichsvierteljahren hatten ähnliche, wenn auch zum Teil nicht so große Unterschiede bestanden. Die städtischen und die ländlichen Sterbeziffern unterschieden sich dagegen im Berichtsvierteljahr um kein ganzes Promilleteil; die Differenz war 1920 und 1922 größer gewesen, 1921 und 1913 (im umgekehrten Sinne) kleiner. Besonders beträchtlich war der Unterschied zwischen Stadt und Land beim Geburtenüberschuß. Die Städte hatten im Berichtsquartal im Durchschnitt nur 2,73 ‰, das Land 10,42 ‰ Geburtenüberschuß. Der Unterschied zwischen beiden ist ungefähr ebenso groß wie derjenige im 1. Quartal 1922, nur sind beide Ziffern inzwischen um über 1/2 Promilleteil gesunken.

Aus dem vorausgehenden Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in den preußischen Großstädten (siehe nächsten Aufsatz) seien neben die eben angeführten Ziffern die für die Großstädte gestellt.

Es kamen auf 1 000 der mittleren Bevölkerung im 1. Vierteljahr 1923:

Gebietsteile	Eheschließungen	Geborene einschl. Totgeborener	Gestorbene ohne Totgeborene	Geburtenüberschuß
in den Großstädten . . .	9,47	17,14	15,07	1,44
in sämtlichen Städten .	9,09	20,08	16,58	2,73
im Staatsdurchschnitt . .	8,19	23,31	16,18	6,31
auf dem Lande	7,15	27,01	15,72	10,42.

Bei den Eheschließungen, den Geburten und dem Geburtenüberschuß fallen oder steigen die Reihen, von oben nach unten gelesen, in der Reihenfolge der Vorspalte. Es sind also hierbei die Großstädte in ihrer Gesamtheit Extremfälle sämtlicher Städte und ihre Ziffern von denen des Landes sehr verschieden. Anders bei den Gestorbenen. Hier ist die Folge: Niedrigste Ziffer die Großstädte, darauf das Land, dann der Staatsdurchschnitt, zum Schluß sämtliche Städte. Die Großstädte mit ihren wahrscheinlich besseren Einrichtungen zur Erhaltung der Menschenleben übertrafen sowohl das Land als auch besonders die übrigen Städte als Gesamtheit. Vielleicht ist auch für dieses Ergebnis die geringere Geburtenziffer und demgemäß geringere Kindersterblichkeit in den Großstädten von Bedeutung.

Über die Entwicklung der Bevölkerungsziffern in den einzelnen Provinzen sei auf die nachstehenden Tabellen verwiesen, die auch die absoluten Zahlen enthalten.

Die Bevölkerungsbewegung in den preußischen Großstädten im 1. Vierteljahr 1923. — Einen vorläufigen Überblick über die Bevölkerungsbewegung im Freistaat Preußen im ersten Vierteljahr 1923 gibt die folgende Übersicht über Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle und über den Geburtenüberschuß in den preußischen Großstädten.

Auf 1000 der mittleren Bevölkerung entfielen in der Gesamtheit der Großstädte

Zeitraum	Eheschließungen	Geburten einschl. Totgeborener	Sterbefälle ohne Totgeborene	Geburtenüberschuß
Jahr 1913 . . .	8,90	24,28	13,31	10,17
„ 1922 . . .	12,10	17,89	13,47	3,76
1. Vierteljahr 1913 . . .	6,83	25,18	14,18	10,16
1. „ 1922 . . .	8,97	19,31	16,50	2,07
1. „ 1923 . . .	9,47	17,14	15,07	1,44

Da die Heiratsziffer des ersten Vierteljahrs im allgemeinen niedriger als die des Jahresdurchschnitts ist, so ist auch die Heiratshäufigkeit des Durchschnitts der preußischen Großstädte im ersten Vierteljahr 1923 (9,47 ‰) immer noch als hoch zu bezeichnen. Dagegen war die durchschnittliche Geburtenziffer mit 17,14 ‰ niedrig sowohl gegenüber dem Jahresdurchschnitt von 1922 (17,89 ‰) als auch ganz besonders gegenüber dem von 1913 (24,28 ‰) und dem des ersten Quartals von 1922 (19,31 ‰), während die Sterbeziffer des Berichtsvierteljahres (15,07 ‰) zwischen der der entsprechenden Quartale von 1913 (14,18 ‰) und 1922 (16,50 ‰) stand, sich aber beträchtlich über die Jahresdurchschnittsziffern von 1913 (13,31 ‰) und 1922 (13,47 ‰) erhob. Dementsprechend war der Geburtenüberschuß der Gesamtheit der Großstädte (1,44 ‰) der geringste, den ein Quartal seit Kriegsschluß aufzuweisen hatte, und machte nur noch 14,2 % des Geburtenüberschusses des gleichen Quartals von 1913 aus (10,16 ‰). Für das Wachstum der Großstädte als Gesamtheit war also die natürliche Bevölkerungsbewegung im Berichtsvierteljahr ohne Bedeutung, und die Vermehrung oder Verminderung der großstädtischen Bevölkerung hing allein von den Zu- und Fortzügen ab.

Die größten Geburtenüberschüsse hatten, wie bisher, die Städte der Schwerindustrie und des Bergbaues. Es ergab sich für Hamborn ein Geburtenüberschuß von 15,50 ‰, für Gelsenkirchen 11,31 ‰, für Oberhausen 11,01 ‰, für Bochum 10,55 ‰, für Duisburg 10,00 ‰, für Dortmund 8,52 ‰, für Essen 7,19 ‰, für München Gladbach 7,07 ‰, für Mülheim a./d. Ruhr 6,65 ‰, so daß also die Ziffern für diese jedenfalls in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung ähnlichen Städte sich ganz beträchtlich voneinander unterschieden und nur das Gemeinsame hatten, daß sie sich aus der Reihe der übrigen Städte heraushoben. Das Mittel ihres Geburtenüberschusses war 9,76 ‰, während die übrigen Industriestädte, die nicht zum Bergbaubezirk gehören, und die Handelsstädte wesentlich kleinere Geburtenüberschüsse hatten. Unter den erstgenannten seien Barmen mit 4,07 ‰, Elberfeld mit 3,00 ‰, Crefeld mit 1,82 ‰, Magdeburg mit 0,52 ‰, unter den letzteren Köln mit 5,02 ‰, Düsseldorf mit 2,85 ‰, Stettin mit 2,82 ‰, Frankfurt a./M. mit 2,79 ‰, Königsberg i. Pr. mit 1,96 ‰, Hannover mit 1,38 ‰, Altona mit 1,04 ‰, Breslau mit 0,64 ‰ angeführt. (Die übrigen sind aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich.) Den Schluß der Reihe bildeten, wie bisher, Wiesbaden mit 1,76 ‰ und Berlin mit 3,88 ‰ Sterbeüberschuß. Daß im Berichtsvierteljahr keine absonderlichen Verhältnisse vorlagen, zeigt ein Vergleich mit den Ziffern aus der Vorkriegszeit, die in die Tabelle aufgenommen sind. Damals schob sich in die Reihe der Städte aus dem Bergbaubezirk, die auch im 1. Quartal 1913 obenanstanden, allein Düsseldorf, und hinter den Industriestädten folgten mit Geburtenüberschüssen über dem Durchschnitt nur noch Köln und Münster. Auch Elberfeld, Erfurt und Crefeld hatten damals verhältnismäßig hohe Geburtenüberschüsse, während andererseits Cassel, Halle a. S. und Stettin im Vergleich zu den übrigen Städten geringe Geburtenüberschüsse aufwiesen.

Die großen Unterschiede zwischen den Geburtenüberschüssen sind die Folge von Abweichungen in der Geburtlichkeit und der Sterblichkeit. Die höchsten Geburtenziffern unter den Großstädten hatten

Die Bevölkerungsbewegung in den preußischen Großstädten im 1. Vierteljahr 1913, 1922, 1923 und im 4. Vierteljahr 1922.

Städte	Auf 1 000 der mittleren Bevölkerung entfielen															
	Eheschließungen				Geborene einschl. der Totgeb.				Gestorbene ohne Totgeborene				Geburtenüberschuß			
	1. Vierteljahr 1913	1. Vierteljahr 1922	4. Vierteljahr 1922	1. Vierteljahr 1923	1. Vierteljahr 1913	1. Vierteljahr 1922	4. Vierteljahr 1922	1. Vierteljahr 1923	1. Vierteljahr 1913	1. Vierteljahr 1922	4. Vierteljahr 1922	1. Vierteljahr 1923	1. Vierteljahr 1913	1. Vierteljahr 1922	4. Vierteljahr 1922	1. Vierteljahr 1923
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
1. Berlin	[1]) 7,68	7,83	14,12	9,33	[1]) 20,62	12,90	10,39	11,39	[1]) 13,08	16,13	12,95	14,81	[1]) 6,79	— 3,77	— 2,99	— 3,88
2. Köln	7,34	10,58	13,25	11,31	28,60	24,38	19,60	20,73	14,68	16,05	13,34	15,03	12,90	7,54	5,59	5,02
3. Breslau	6,78	7,78	10,84	7,47	27,51	22,33	19,11	19,57	19,62	19,50	13,93	18,24	6,93	1,90	4,43	0,64
4. Essen	5,41	11,42	12,63	10,01	30,90	26,35	21,69	22,41	11,81	14,29	11,62	14,43	18,07	11,20	9,33	7,19
5. Frankfurt a./M.	7,50	10,02	13,32	9,82	21,43	17,66	13,89	15,16	12,85	15,00	10,92	11,87	7,88	2,09	2,49	2,79
6. Düsseldorf	7,36	9,60	13,13	9,70	28,52	19,69	15,10	16,29	12,76	15,61	10,20	12,86	15,01	3,33	4,34	2,85
7. Hannover	6,02	9,10	13,31	8,82	21,48	18,86	14,85	16,72	13,10	16,35	11,84	14,50	7,40	1,72	2,17	1,38
8. Dortmund	7,42	12,10	14,64	11,03	35,71	26,85	22,85	23,06	16,01	15,52	13,47	13,91	18,68	10,47	8,67	8,52
9. Magdeburg	5,93	8,32	11,84	9,32	23,14	21,44	17,34	18,48	14,43	17,66	15,20	17,17	7,96	2,84	1,52	0,52
10. Königsberg i. Pr.	5,41	6,55	11,80	7,08	27,83	23,84	19,66	19,69	18,51	17,03	13,65	17,04	8,82	5,81	5,45	1,96
11. Duisburg	6,90	10,45	13,19	9,94	34,41	26,46	22,44	23,99	13,52	17,61	11,07	13,37	20,12	7,84	10,48	10,00
12. Stettin	5,78	8,60	13,80	8,55	23,97	21,34	18,38	20,11	16,63	18,38	14,59	16,60	6,48	2,30	3,12	2,82
13. Kiel	6,79	7,43	11,55	7,48	24,80	18,70	15,45	17,92	13,34	15,30	13,00	14,21	10,55	2,79	1,90	3,14
14. Halle a S.	6,72	9,52	14,26	9,26	25,08	25,26	20,48	23,55	17,71	19,24	16,43	18,74	6,51	4,74	2,86	3,63
15. Altona	8,20	9,75	15,21	10,67	23,83	19,93	17,75	17,20	14,92	17,81	14,06	15,55	7,93	1,23	2,80	1,04
16. Gelsenkirchen	6,98	11,66	13,37	10,65	39,85	31,28	26,69	27,59	13,46	16,19	11,94	15,42	25,30	13,73	13,62	11,31
17. Cassel	5,51	7,13	13,38	8,44	22,71	21,83	16,48	19,37	13,66	16,09	11,81	13,13	8,25	4,89	4,25	5,49
18. Elberfeld	6,18	9,49	14,99	10,89	24,05	22,25	18,25	17,86	12,80	16,18	13,67	14,18	10,40	5,38	3,93	3,00
19. Barmen	4,85	10,01	12,52	10,34	21,92	18,69	17,07	17,07	11,77	15,55	12,57	12,38	9,32	2,38	3,84	4,07
20. Aachen	5,85	10,31	13,67	10,59	24,89	22,96	19,24	22,07	16,08	20,94	13,18	18,97	8,03	0,96	5,48	1,85
21. Bochum	4,85	10,83	13,42	10,81	41,36	30,98	29,65	28,33	16,18	16,84	14,31	16,73	23,82	12,89	14,11	10,55
22. Erfurt	6,83	8,09	13,99	9,49	25,23	22,00	17,85	19,76	14,58	16,33	11,54	17,10	9,81	4,96	5,90	1,87
23. Mülheim a./d. Ruhr	5,57	11,83	13,66	10,32	28,74	23,00	20,48	21,54	12,98	14,65	12,43	14,23	14,98	7,50	7,30	6,65
24. Crefeld	5,43	12,91	13,84	10,52	23,13	18,12	15,75	18,62	13,18	16,86	12,29	16,19	9,15	0,67	2,83	1,82
25. Hamborn	6,27	10,82	12,91	8,45	44,68	35,82	33,36	31,44	15,44	17,83	13,66	14,78	28,04	16,70	18,59	15,50
26. Münster	2,72	8,29	11,29	6,99	26,90	23,51	20,46	21,28	15,51	16,78	14,26	16,50	10,62	6,04	5,48	4,43
27. Wiesbaden	5,37	8,10	14,19	10,88	16,24	18,06	16,11	16,27	14,36	19,53	14,88	17,62	1,42	— 2,40	0,62	— 1,76
28. München Gladbach	4,64	9,07	13,19	7,95	30,23	23,61	22,09	24,87	17,06	18,00	13,57	16,82	12,18	4,91	7,67	7,07
29. Oberhausen	5,84	9,57	13,38	10,18	37,45	27,07	25,43	28,13	14,32	15,74	12,44	15,83	22,33	10,64	12,26	11,01
Durchschnitt	6,83	8,97	13,44	9,47	25,18	19,31	16,09	17,14	14,18	16,50	12,89	15,07	10,16	2,07	2,58	1,44

1) Die Ziffern beziehen sich für 1913 auf den früheren Landespolizeibezirk Berlin, für 1922 und 1923 auf Berlin im neuen Umfang.

im Berichtsvierteljahr einerseits wieder die Städte des Bergbaubezirks, nämlich Hamborn (31,44 ‰), Bochum (28,33 ‰), Oberhausen (28,13 ‰), Gelsenkirchen (27,59 ‰), München Gladbach (24,87 ‰), Duisburg (23,99 ‰), Dortmund (23,06 ‰), Essen (22,41 ‰), Mülheim a./d. Ruhr (21,54 ‰), andererseits erreichten aber auch andere Großstädte, wie Halle a. S. (23,55 ‰), Aachen (22,07 ‰) und einige weitere ebenso hohe Geburtenziffern wie die zuletzt genannten. Demgegenüber hatten die genannten Städte des Bergbaubezirks, abgesehen von München Gladbach und Bochum, unter dem Durchschnitt oder nur wenig über dem Durchschnitt stehende Sterbeziffern. Aber auch bei den beiden zuletzt genannten erhoben sich die Sterbeziffern nur um knapp zwei Promilleteile über das Mittel (15,07 ‰), während dagegen Halle a. S. und Aachen Sterbeziffern von fast 19 ‰ aufwiesen. Hohe Sterbeziffern hatten weiter Breslau (18,24 ‰), Magdeburg (17,17 ‰), Königsberg i. Pr. (17,04 ‰), Erfurt (17,10 ‰), Wiesbaden (17,62 ‰). Sehr niedrig war die Geburtenziffer nur in Berlin (11,39 ‰); in weitem Abstand folgte dann als nächstniedrigste Ziffer die von Frankfurt a./M. (15,16 ‰); die niedrigste Sterbeziffer hatte gleichfalls Frankfurt a./M. (11,87 ‰), weiter niedrige Düsseldorf (12,86 ‰) und Barmen (12,38 ‰).

Wie schon verschiedentlich hervorgehoben, schwinden die Zusammenhänge zwischen Geburten- und Heiratsziffern immer mehr. Wenn auch einige der obengenannten Städte des Bergbaubezirks hohe Heiratsziffern hatten, so traten sie damit doch nicht aus dem Kreis der übrigen Städte heraus, wie dies oben zum Teil bei den Geburten- und insbesondere bei den Geburtenüberschußziffern der Fall war. Die höchsten Heiratsziffern hatten Köln (11,31 ‰), Dortmund (11,03 ‰), Elberfeld (10,89 ‰) und Wiesbaden (10,88 ‰), welch letztere Stadt, wie erwähnt, sich durch einen Sterbeüberschuß auszeichnete, der eine Folge mittlerer Geburtlichkeit und hoher Sterblichkeit war. Weiter hatten hohe Heiratsziffern von über 10 ½ ‰ Altona, Gelsenkirchen, Aachen, Bochum und Crefeld. Am geringsten waren die Heiratsziffern in Münster (6,99 ‰) und Königsberg i. Pr. (7,08 ‰) und weiter in Breslau (7,47 ‰) und Kiel (7,48 ‰).

Wegen sonstiger Einzelheiten sei auf die vorstehende Tabelle verwiesen.

Heiraten unter Blutsverwandten. — Während bei den Urvölkern Heiraten zwischen Blutsverwandten zum Teil häufig waren, ließen die Kulturvölker sie schon frühzeitig nicht zu. Unter der Herrschaft des Kirchenrechts waren Ehen unter Verwandten auch des weitesten Grades verboten, und manche Ehe verfiel der Auflösung, wenn nachträglich eine entfernte Verwandtschaft der Eheleute festgestellt wurde. Unser jetziges Recht erlaubt bereits Heiraten zwischen Geschwisterkindern, zwischen Oheim und Nichte, zwischen Neffen und Tante, und es wird in Preußen in jedem Jahre eine beträchtliche Zahl von Ehen zwischen Verwandten dieses nahen Grades geschlossen, obwohl von ärztlicher Seite bisweilen Bedenken dagegen erhoben werden. Der Anteil dieser verwandten Ehen an der Gesamtzahl der Eheschließungen ist aber in ständiger Abnahme begriffen. Er betrug im Durchschnitt der Jahre

1876—1885 1 691 = 7,85 ‰ (Höchstziffer 1877 9,47 ‰)
1886—1895 1 445 = 5,97 ‰
1896—1905 1 325 = 4,66 ‰
1906—1913 1 376 = 4,36 ‰
1914—1922 1 047 = 3,13 ‰ (Höchstziffer 3,79 ‰, niedrigste 2,27 ‰).

In der großen Mehrzahl der Fälle (im Durchschnitt 91,10 %) waren dies Ehen zwischen Geschwisterkindern. 7,42 % entfielen dann auf Ehen zwischen Oheim und Nichte, während Ehen zwischen Neffen und Tante (1,48 %) wohl schon deshalb seltener sind, weil im allgemeinen eine Tante älter als ein Neffe ist.

Eheschließungen zwischen deutschen Frauen und Ausländern im besetzten Gebiet. — Das Gesetz, das die Grundlage der standesamtlichen Statistik bildet, hat eine Frage nach dem Volkstum (Nationalität) der Heiratenden nicht vorgesehen; daher liegt vollständiges statistisches Material über den Gegenstand nicht vor. Um so erfreulicher ist es, daß in einem Regierungsbezirk (Düsseldorf) Feststellungen über das Eingehen von Ehen zwischen deutschen Frauen und Mädchen und Ausländern gemacht worden sind.

Nach dieser amtlich durchgeführten Erhebung heirateten in den vier Jahren 1919—1922 (ohne November und Dezember 1922) durchschnittlich rund 23 ‰ aller eine Ehe eingehenden Frauen und Mädchen des Regierungsbezirks einen Ausländer. Zwischen den vier Jahren waren hierbei keine wesentlichen Unterschiede; etwas größer waren diese zwischen Stadt und Land, wobei das Übergewicht stets auf das Land entfiel, wie nachstehende Tabelle zeigt:

Regierungsbezirk Düsseldorf	1919			1920			1921			1922*)		
	Eheschließungen	davon		Eheschließungen	davon		Eheschließungen	davon		Eheschließungen	davon	
	überhaupt	deutscher Frauen mit Ausländern	auf 1 000 Eheschließungen	überhaupt	deutscher Frauen mit Ausländern	auf 1 000 Eheschließungen	überhaupt	deutscher Frauen mit Ausländern	auf 1 000 Eheschließungen	überhaupt	deutscher Frauen mit Ausländern	auf 1 000 Eheschließungen
in den Stadtkreisen . . .	27 530	596	21,65	34 203	784	22,92	31 763	732	23,05	25 597	485	18,95
in den übrigen Kreisen .	15 858	394	24,85	19 535	538	27,54	16 882	474	28,08	13 994	341	24,37
überhaupt . . .	**43 388**	**990**	**22,82**	**53 738**	**1 322**	**24,60**	**48 645**	**1 206**	**24,79**	**39 591**	**826**	**20,86**

*) 1922: bis 31. Oktober.

Dem Volkstum nach gehörten die Ehemänner an erster Stelle den örtlich angrenzenden Niederlanden an (1 887, in Summa der vier Jahre). In weitem Abstand folgten dann die uns stammverwandten, nur in politischem Sinne als eine fremde Nation anzusprechenden Deutschösterreicher (477), darauf die Tschechoslowaken (340), wahrscheinlich unter diesen viele deutschstämmige, sodann die Polen (291), die Belgier (Zivilpersonen 265), die Italiener (249), die Südslaven (126), die Schweizer (126), die Russen und Ukrainer (118). Sämtliche übrigen Nationen sind nur mit Zahlen unter 100 beteiligt. Von Interesse dürfte sein, daß darunter 72 Franzosen, 42 Nordamerikaner und 34 Engländer (stets nur Zivilpersonen) waren und außerdem (nicht nach dem Volkstum unterschieden) 74 Angehörige der Besatzungstruppen und -Beamtenschaft. Letztere Zahl scheint entgegen der landläufigen Ansicht gering; jedoch mag das mit der Besatzungszone, zu der der Regierungsbezirk Düsseldorf gehört, zusammenhängen. Dort, wo Amerikaner lagen, wurde wohl stärker zwischen Angehörigen beider Nationen geheiratet. Beim Durchblättern der standesamtlichen Zählkarten der amerikanisch besetzt gewesenen Zone, aus denen, wie oben gesagt, das Volkstum leider nicht vollständig hervorgeht, fällt übrigens die große Zahl der deutschklingenden Namen unter den jungen Ehemännern aus den amerikanischen Truppenteilen auf; es hat sich also anscheinend manch Amerikaner, dessen Voreltern deutscher Abkunft waren, eine Frau aus der alten Heimat mitgenommen.

Stand und Bewegung der Bevölkerung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk. — Schmerzerfüllt blicken die Augen von ganz Deutschland auf das gequälte Land an der Ruhr. Geschichtlich ein Land ältester deutscher Kultur, wirtschaftlich das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, stellt es zu gleicher Zeit das am dichtesten besiedelte Gebiet des europäischen Erdteils dar. Stand und Bewegung der Bevölkerung eines solchen Gebiets bieten an sich schon das größte Interesse. Verwaltungsrechtlich umfaßt das jetzt widerrechtlich besetzte Gebiet den größten Teil des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk. Seine Bevölkerungsverhältnisse sind für die Jahre 1910 und 1919 bereits auf Seite 12* der Zeitschrift 1920, 60. Jahrg., 1. u. 2. Abt., behandelt worden. Die damals begonnene Betrachtung soll jetzt für 1920, 1921 und 1922 fortgesetzt werden.

Bei der vorausgehenden Veröffentlichung zogen wir den Schluß, daß die Heiratsziffer des Ruhrsiedlungsbezirkes vom Staatsdurchschnitt nicht sehr verschieden ist, während die Geburtenziffer über, die Sterbeziffer unter dem Staatsdurchschnitt steht, sodaß der Bezirk sich durch einen hohen Geburtenüberschuß auszeichnet. Für die folgenden Jahre kommt man hinsichtlich der Geburten und der Sterbefälle zu demselben Ergebnis; bei der Heiratsziffer zeigt sich aber eine Abweichung.

Es heirateten:

	1910	1919	1920	1921	1922
im Staat	7,8	13,3	14,4	11,9	11,2
im Ruhrsiedlungsbezirk . .	8,0	12,2	14,8	13,6	12,3

Paare auf 1 000 Einwohner. Die bekannte beträchtliche Heiratsintensität des Jahres 1920 war also im Ruhrsiedlungsbezirk im Gegensatz zum gesamten Staat im Jahre 1921 nur wenig und erst 1922 stärker abgeebbt.

Es wurden geboren:

	1910	1919	1920	1921	1922
im Staat	31,5	20,9	26,6	25,8	23,4
im Ruhrsiedlungsbezirk . . .	40,3	23,6	29,7	29,9	27,8

Kinder auf 1 000 Einwohner. Die Geburtenziffer war also im Ruhrsiedlungsbezirk im Jahre 1921 noch weiter gestiegen, während beim Staat bereits ein Abfall stattgefunden hatte. Der Unterschied zwischen der Staats- und der Bezirksziffer betrug 1910 28 %, 1919 13 %, 1920 12 %, 1921 16 %, 1922 19 % plus auf seiten des Bezirkes.

Es starben:

	1910	1919	1920	1921	1922
im Staat	16,0	15,6	15,4	13,6	14,1
im Ruhrsiedlungsbezirk . . .	14,5	14,4	14,7	12,0	12,6

Personen auf 1 000 Einwohner. Die Senkung der Sterbeziffer war im Bezirk stärker als beim Staat. Das Jahr 1920 brachte bei beiden ungefähr die gleiche Ziffer wie 1919 (der Abfall von 0,2 Teilen beim Staat und der Anstieg von 0,3 Teilen beim Bezirk sind nicht von Bedeutung), von 1920 zu 1921 sank die Staatsziffer um 11,7 %, die Bezirksziffer um 18,4 %; von 1921 zu 1922 hob sich die Staatsziffer um 3,7 %, die Bezirksziffer um 5,0 %, sodaß im ganzen der Abfall beim Staat der größere war.

Es übertrafen die Geburten die Sterbefälle um:

	1910	1919	1920	1921	1922
im Staat	14,6	4,7	10,8	11,3	8,5
im Ruhrsiedlungsbezirk . . .	24,7	8,6	14,0	17,0	14,2

auf 1 000 Einwohner. Das beträchtliche Plus des Bezirkes ist hier ganz augenfällig.

Die Säuglingssterblichkeit des Bezirkes war trotz der hohen Geburtenziffer niedrig. Es kamen auf 100 Lebendgeborene:

	1910	1919	1920	1921	1922
im Staat	15,7	13,4	14,2	13,4	12,9
im Ruhrsiedlungsbezirk . . .	13,6	11,8	13,1	12,4	12,7

Sterbefälle von Kindern im ersten Lebensjahre.



Der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk gehört also bevölkerungsstatistisch zu den günstigsten Gegenden Preußens. Wahrscheinlich ist dies die Folge einer günstigen Alterszusammensetzung, bei der die jüngeren und mittleren Altersklassen überwiegen; für die günstige Säuglingssterblichkeit reicht diese Erklärung freilich nicht aus.

Bevölkerungsstand, Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im Gebiet des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk 1910, 1919, 1920, 1921 und 1922.

(Grundzahlen und Verhältnisziffern.)

Jahr	Mittlere Bevölkerung	Lebendgeborene	Totgeborene	Eheschließungen	Gestorbene ohne Totgeborene	Geburtenüberschuß	Gestorbene Kinder im 1. Lebensjahr
1	2	3	4	5	6	7	8
1910	3 224 377	126 486	3 381	25 733	46 821	79 665	17 221
auf 1 000 Lebende		39,23	1,05	7,98	14,52	24,71	[1]) 13,62
1919	3 572 060	81 890	2 376	43 708	51 363	30 527	9 631
auf 1 000 Lebende		22,93	0,67	12,24	14,38	8,55	[1]) 11,76
1920	3 668 006	105 482	3 356	54 295	54 089	51 393	13 808
auf 1 000 Lebende		28,76	0,91	14,80	14,75	14,01	[1]) 13,09
1921	3 873 265	112 229	3 697	52 737	46 367	65 862	13 913
auf 1 000 Lebende		28,98	0,95	13,62	11,97	17,00	[1]) 12,40
1922 [2])	3 973 841	106 640	3 629	48 734	50 174	56 466	13 588
auf 1 000 Lebende		26,84	0,91	12,26	12,63	14,21	[1]) 12,74

[1]) auf 100 Lebendgeborene. — [2]) vorläufiges Ergebnis.

Siedlungstätigkeit in Preußen 1919–21. — Auf Anordnung des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten sind zufolge Ersuchens des Reichsarbeitsministeriums für die Zeit vom 1. Januar 1919 ab die Ergebnisse der Siedlungstätigkeit auf Grund der Siedlungsgesetzgebung (Reichssiedlungsgesetz vom 11. August 1919 bezw. Preußisches Ausführungsgesetz dazu vom 15. Dezember 1919) fortlaufend festzustellen. Demgemäß haben die gemeinnützigen Siedlungsorgane (Siedlungsgesellschaften, Kulturämter usw.) alljährlich Nachweisungen über ihre die Durchführung des Reichssiedlungsgesetzes betreffende Tätigkeit aufzustellen, die durch Vermittlung der Landeskulturämter dem Statistischen Landesamte zur weiteren Verarbeitung zugehen.

Nachstehend wird mit der Veröffentlichung der Ergebnisse der auf Grund jener Unterlagen erstmals für die Jahre 1919–21 bearbeiteten Siedlungsstatistik für Preußen begonnen, indem zunächst allgemein der Landerwerb zu Siedlungszwecken (§§ 2 ff. R.S.G.), sodann die eigentliche Siedlungstätigkeit der gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen behandelt wird, worauf noch einige Angaben über die Angesiedelten folgen.

I. In Preußen wurde von den gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen oder durch deren Vermittlung zu Siedlungszwecken Land erworben

im Jahre	überhaupt		davon entfällt auf Moor- und Ödland		Staats-Domänen		sonstiges Siedlungsland	
	Fläche ha	Kaufpreis Mill. M	Fläche ha	Kaufpreis Mill. M	Fläche ha	Kaufpreis Mill. M	Fläche ha	Kaufpreis Mill. M
1919	22 544	57,53	1 517	0,92	687	1,32	20 340	55,30
1920	28 918	113,90	1 347	2,35	4 117	14,11	23 453	97,44
1921	40 032	194,36	2 308	1,84	13 495	37,90	24 229	154,62
1919/21	**91 494**	**365,79**	**5 172**	**5,11**	**18 299**	**53,32**	**68 022**	**307,35**
%	**100**	**100**	**5,7**	**1,4**	**20,0**	**14,6**	**74,3**	**84,0.**

Hiernach hat sich im Zeitraum 1919–21 in Preußen der Erwerb von Siedlungsland durch die gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen in aufsteigender Richtung bewegt, was allerdings in der Hauptsache auf die vermehrte Inanspruchnahme der Staatsdomänen zurückzuführen ist. Die jährlich erworbene Gesamtfläche vergrößerte sich von 1919 auf 1920 (von 22 544 auf 28 918 ha) wesentlich schwächer als von 1920 auf 1921 (von 28 918 auf 40 032 ha), was sich unschwer dadurch erklärt, daß in Preußen erst durch das preußische Ausführungsgesetz zum Reichssiedlungsgesetz vom 15. Dezember 1919 — verkündet am 26. Januar 1920 — die Wege für die Durchführung der Landansiedlung geebnet worden sind. Viel stärker als die Grundstücksfläche hat angesichts der Geldentwertung und der gestiegenen Grundstückspreise der Kaufpreis des erworbenen Landes zugenommen, und zwar von 57,53 Millionen M im Jahre 1919 auf 113,90 Millionen M im Jahre 1920 und 194,36 Millionen M im Jahre 1921, d. i. 1919–21 um über das Doppelte, während die erworbenen Ländereien 1921 nur um etwas mehr als drei Viertel (77,6 %) größer waren als 1919.

Von dem im Berichtszeitraum in den Besitz der gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen übergegangenen Siedlungslande (insgesamt 91 494 ha) kamen nur 5 172 ha, also wenig mehr als ein Zwanzigstel, zum Preise von 5,11 Millionen M auf Moor- und Ödland. Da die Siedlungsgesellschaften zu Beginn des Jahres 1919 bereits 6 467 ha Moor- und Ödland zu Siedlungszwecken besaßen (Ende 1921 sogar 8 014 ha), scheint das Bedürfnis zum Neuerwerb dieser Art Siedlungsland nicht so dringend gewesen zu sein. Von der im Reichssiedlungsgesetz (§ 3) vorgesehenen Enteignung von Moor- und Ödland wurde im Jahre 1919, in dem das sie regelnde preußische Ausführungsgesetz noch nicht galt, nicht Gebrauch gemacht; im Jahre 1920 wurden erst 180 ha zum Preise von 0,68 Millionen M, im Jahre 1921 dagegen 570 ha zu 0,17 Millionen M im Wege der Enteignung erworben.

Aus Staatsdomänenbesitz wurden 1919–21 im ganzen 18 299 ha zum Preise von 53,32 Millionen M, d. i. ein Fünftel der erworbenen Gesamtfläche bezw. rund ein Siebentel des insgesamt zu Siedlungszwecken aufgewendeten Kaufpreises erworben. Gemäß § 2 R.S.G. waren in der Berichtszeit den Siedlungsunternehmungen zum Kauf angeboten worden 14 579 ha, darunter 7 143 ha reichseigenes Land. Der 1919–21 für Siedlungszwecke erworbene Domänenbesitz bestand aus 33 ganzen Domänen mit einer Fläche von 14 181 ha zum Preise von 42,23 Millionen M und 74 Teilen von Domänen (einschließlich Streuparzellen) mit 4 118 ha Fläche zum Preise von 11,09 Millionen M; die ungeteilt erstandenen Domänen überwogen mithin der Fläche wie dem Preise nach ganz erheblich.

Der Hauptteil des Landerwerbs zu Siedlungszwecken entfiel in der Berichtszeit mit insgesamt 68 022 ha zum Preise von 307,35 Millionen M, d. i. etwa drei Viertel der erworbenen Gesamtfläche und über vier Fünftel des gesamten Kaufpreises auf sonstiges, nicht aus Domänen-, Moor- oder Ödland bestehendes Siedlungsland; davon stammten allein 58 142 ha zum Preise von 253,21 Millionen M aus dem Besitzstande der großen Güter (mit mindestens 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche), so daß auf die übrigen Besitzungen nur 9 880 ha zum Preise von 54,14 Millionen M kamen. Das aus dem Bestande der großen Güter gewonnene Siedlungsland machte hiernach sogar weit mehr als die Hälfte des im Berichtszeitraum überhaupt erworbenen Siedlungslandes aus; es setzte sich zusammen aus 96 ganzen und 4 753 Teil-Gütern, das aus dem Bestande der übrigen Besitzungen, außer Domänen-, Moor- und Ödland, aus 230 ganzen und 891 Teil-Besitzungen.

Von jenen 68 022 ha „sonstigen" Siedlungslandes waren insgesamt 20 785 ha, also fast ein Drittel, insbesondere 17 596 ha aus dem Besitzstande der großen Güter, unter Ausübung des Vorkaufsrechts (§§ 4 ff. R.S.G.) erworben; außerdem waren gemäß § 15 R.S.G. aus dem Bestande der großen Güter nur im Jahre 1921 729 ha zum Preise von 10,59 Millionen M für Siedlungszwecke enteignet worden.

Von dem im § 20 R.S.G. vorgesehenen Wiederkaufsrechte für von den gemeinnützigen Siedlungsorganen begründete Ansiedlerstellen wurde in der Berichtszeit noch kein Gebrauch gemacht. —

II. Die nachfolgende Übersicht gibt Auskunft über die Besiedelungen.

Durch Vermittlung der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften wurden neue Stellen begründet[1])

im Jahre	überhaupt Zahl	überhaupt Fläche ha	davon in Größe von . . . ha: unter ½	½ bis unter 2	2 bis unter 5	5 bis unter 10	10 bis unter 20	20 und mehr
1919 . .	822	9 801	233	99	76	142	157	115
1920 . .	1 743	14 909	672	306	145	137	273	210
1921 . .	2 174	19 420	687	333	210	274	481	189
1919/21	**4 739**	**44 130**	**1 592**	**738**	**431**	**553**	**911**	**514**
%	**100**	—	**33,6**	**15,6**	**9,1**	**11,7**	**19,2**	**10,8.**

Wie der Erwerb von Siedlungsland, so zeigt nach vorstehender Übersicht auch die Begründung von Ansiedlerstellen, also das eigentliche Siedlungsgeschäft, eine Aufwärtsbewegung.

Die Gesamtzahl der jährlich begründeten neuen Stellen ist von 822 i. J. 1919 auf 2 174 i. J. 1921, also um mehr als das Anderthalbfache gestiegen, während die Gesamtfläche dieser Stellen — 1919: 9 801, 1921: 19 420 ha — sich nahezu verdoppelt hat.

Von den 1919—21 insgesamt neu geschaffenen 4 739 Siedlerstellen mit einer Gesamtfläche von 44 130 ha waren nur 336, d. i. 7,1 v. H. mit zusammen 3 250 ha, d. i. 7,4 v. H. der Gesamtfläche, Siedlungen unter überwiegender Verwendung von Moor- und Ödland begründet. Das muß um so mehr auffallen, als sich, wie wir gesehen haben, zu Beginn der Berichtszeit bereits 6 467 ha Moor- und Ödland in der Hand der Siedlungsunternehmungen befanden, mithin ihnen im Zeitraum 1919—21 einschließlich der in diesem hinzugekauften 5 172 ha insgesamt 11 639 ha für Siedlungszwecke zur Verfügung standen, und als von den ihnen am Schlusse der Berichtszeit verbliebenen 8 014 ha 2 841 ha bereits kultiviert, also wohl zur Begründung von Siedlungen geeignet waren. Es hat daher den Anschein, als ob diese Art von Siedlungsland von Siedlungslustigen weniger begehrt wird.

Unter den von den Siedlungsorganen in der Berichtszeit begründeten neuen Ansiedlungen waren die kleinsten von unter ½ ha Umfang mit rund einem Drittel der Gesamtzahl verhältnismäßig am stärksten vertreten; es folgen dann aber die von 10—20 ha mit rund einem Fünftel, hierauf die von ½—2 ha mit etwas über einem Siebentel und mit je etwas mehr oder weniger als einem Zehntel der Gesamtzahl die von 20 und mehr, 5—10 und 2—5 ha Fläche.

Sehen wir von den 336 neuen Moor- und Ödlandssiedlungen, für die keine entsprechenden Angaben vorliegen, ab, so stellte sich der von den Siedlern zu entrichtende Kaufpreis für die 1919—21 errichteten übrigen 4 403 neuen Stellen mit 40 880 ha Gesamtfläche einschließlich der zugehörigen Gebäude auf insgesamt 288,43 Millionen ℳ, wovon 69,33 Millionen ℳ kapitalisierte Renten waren; insbesondere betrug der Kaufpreis des reinen Grund und Bodens (in Kapital und kapitalisierten Renten zusammen) 113,49 Millionen ℳ, sodaß im Durchschnitt der Preis für 1 ha Siedlungsland auf 2 776 ℳ kam, ein Preis, der angesichts der allgemeinen Bodenpreissteigerung und des Umstandes, daß es sich bei den Besiedelungen zum allergrößten Teile um kultiviertes Land handelte, als sehr mäßig anzusehen ist. —

III. Auf den neuen Stellen wurden von den gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen angesiedelt

im Jahre	Ansiedler	mit Haushaltsangehörigen	mithin insgesamt Personen	Von der Gesamtzahl der Angesiedelten waren bisher hauptberuflich tätig: in der Land- oder Forstwirtschaft	im Handel oder Gewerbe	in sonstigen Berufen[2])
1919 . .	822	2 793	3 615	2 418	583	614
1920 . .	1 743	5 715	7 458	4 003	2 570	885
1921 . .	2 174	6 856	9 030	5 665	2 661	704
1919/21	**4 739**	**15 364**	**20 103**	**12 086**	**5 814**	**2 203**
%	—	—	**100**	**60,1**	**28,9**	**11,0.**

[1]) Als begründet gilt eine Stelle mit der Übergabe an den Siedler. — [2]) einschl. der Berufslosen.

Hiernach ist die Zahl der Angesiedelten ziemlich beträchtlich gestiegen, und zwar die der Angesiedelten überhaupt von 3 615 i. J. 1919 auf 9 030 i. J. 1921, d. i. um das Anderthalbfache, insbesondere die der Ansiedler allein in der gleichen Zeitspanne von 822 auf 2 174, d. i. um etwas mehr, und die ihrer Haushaltsangehörigen von 2 793 auf 6 856, d. i. um etwas weniger als das Anderthalbfache. Von den 20 103 insgesamt im Zeitraum 1919—21 Angesiedelten gehörten vor ihrer Ansiedlung 12 086 (darunter 2 253 Selbständige mit 7 793 Familienangehörigen und 2 040 Arbeiter nebst Familienangehörigen), also der weitaus größte Teil, nämlich drei Fünftel, im Hauptberuf bereits der Land- oder Forstwirtschaft oder verwandten Erwerbszweigen an; auf die Berufsgruppe Handel oder Gewerbe einschl. Verkehrs entfielen 5 814 (davon 519 Selbständige mit 1 655 Familienangehörigen und 3 640 Arbeitern nebst Angehörigen), mithin annähernd drei Zehntel, und auf die sonstigen Berufe einschl. der Berufslosen 2 203 Personen, d. i. rund ein Neuntel aller Angesiedelten. Von besonderem Interesse ist es, auch die Herkunft der Ansiedler kennenzulernen. Von den insgesamt 4 739 neuen Ansiedlern der Berichtszeit stammen die allermeisten, nämlich 3 635, d. i. etwa drei Viertel, aus dem Bezirk, in dem sich ihre Ansiedlerstelle befindet. Von den übrigen 1 104 Siedlern kamen 272 aus dem ostelbischen und 243 aus dem westelbischen Deutschland, ferner 448 aus den besetzten Gebieten und 141 aus dem Ausland; bei letzteren handelt es sich offenbar vorzugsweise um deutsche Rückwanderer.

Im ganzen können die bisherigen Ergebnisse der Siedlungstätigkeit, zumal, wenn man sie mit den Zahlen der Vorkriegszeit vergleicht, nur als sehr bescheiden bezeichnet werden. Die Moor- und Ödlandsiedlung kommt offenbar nur sehr langsam in Gang; der Erwerb von Siedlungsland aus privater Hand stößt auf große Schwierigkeiten; wie oben gezeigt, ist die Vermehrung des erworbenen Siedlungslandes im Laufe der drei Jahre im wesentlichen nur auf die Abgabe von Staatsdomänen zurückzuführen. Auch die Zahl der geschaffenen Stellen bleibt hinter den hochgespannten Erwartungen, mit denen man nach dem Kriege anfangs die Siedlungsgesetzgebung vielfach begrüßt hat, weit zurück. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: angesichts der Geldentwertung sucht jeder Landeigentümer heute möglichst seinen Grundbesitz festzuhalten; infolge Abstoßung der Hypothekenschulden während und nach dem Kriege ist dies auch vielfach leichter als früher. Andererseits sind die Baukosten selbst für die bescheidensten Siedlungsgebäude so gewaltig gestiegen, daß es dem Staat, den Siedlungsgesellschaften und dem einzelnen Siedlungslustigen immer schwerer wird, die erforderlichen Beträge aufzubringen.

Ein zweiter Aufsatz, in dem besonders über die Anliegersiedlungen, die Beschaffung von Pachtland für landwirtschaftliche Arbeiter und über die Siedlungen in den einzelnen Provinzen berichtet werden soll, folgt.

Anliegersiedlungen in Preußen 1919—1921. — In erster Linie beabsichtigt das Reichssiedlungsgesetz durch Schaffung neuer Ansiedlungen eine Mehrung und Förderung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe herbeizuführen. Soweit es aber ohne Beeinträchtigung dieses Hauptzweckes erreicht werden kann und soweit das Interesse der Allgemeinheit an einer gesunden Grundbesitzverteilung und an der Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung es zweckmäßig erscheinen läßt, kommt auch die Bereitstellung von Land zur Vergrößerung bestehender Kleinbetriebe (Anliegersiedlungen) in Betracht. Solche Landzuteilung kann in käuflicher oder pachtweiser Überlassung von Land bestehen, letzterenfalls entweder mit oder ohne Kaufanwartschaft.

Nach den Ergebnissen der Siedlungsstatistik[1]) wurden in Preußen von den gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen im Jahre 1919 12 506 Landzulagen mit 10 741 ha, im Jahre 1920 18 964 mit 20 243 ha und im Jahre 1921 23 197 mit 22 491 ha, insgesamt

[1]) Vergl. Seite 19*.

also im Zeitraum 1919—21 54 667 mit 53 475 ha Gesamtfläche vermittelt. Wenn somit auch die Anliegersiedlung nach ihrer Häufigkeit und dem Gesamt-Flächenumfang des dazu verwendeten Landes nicht besonders ins Gewicht fällt, tritt doch in der Berichtszeit eine beachtenswerte Aufwärtsbewegung hervor, die allerdings von 1919 auf 1920 bedeutender als von 1920 auf 1921 war. Von 1919 bis 1921 stieg die Jahreszahl der Landzulagen um über vier Fünftel (85,5 v. H.), während sich die Gesamtfläche des jährlich überwiesenen Landes mehr als verdoppelte. Im Durchschnitt hatten die Landzuweisungen in der Berichtszeit eine Größe von 0,98 ha (1919 — 0,86, 1920 — 1,07, 1921 — 0,97 ha). Naturgemäß überwiegen hiernach die Landzulagen von weniger als 1 ha Fläche. Liegt es doch auch keineswegs in der Absicht des Reichssiedlungsgesetzes, alle bestehenden Kleinbetriebe zu selbständigen Ackernahrungen zu vergrößern, zumal da das einer gesunden Grundbesitzverteilung widersprechen würde, die auch das Vorhandensein einer angemessenen Zahl kleiner Arbeiter- und Handwerkerstellen erfordert.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Verteilung der Landzulagen auf die nach der Größe ihres bisherigen Besitzes und nach ihrem Hauptberuf gegliederten Anlieger.

Im Zeitraum 1919—21 wurden in Preußen von den gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen Landzulagen vermittelt

für Anlieger mit bisherigem Besitz von ... ha		überhaupt	zu Eigentum	zu Pacht mit Kaufanwartschaft	zu Pacht ohne Kaufanwartschaft	in Größe von ... ha: unter 1	1 bis unter 2,5	2,5 bis unter 5	5 bis unter 10	10 und mehr
unter 1	Zahl	31 502	10 553	4 269	16 680	26 169	4 084	1 021	188	40
	Fläche ha	21 435	8 614	3 504	9 318	10 363	5 914	3 196	1 169	793
1 bis unter 2,5	Zahl	11 696	3 331	2 510	5 855	6 387	4 263	857	179	10
	Fläche ha	13 434	4 839	3 281	5 314	3 020	6 305	2 816	1 129	164
2,5 bis unter 5	Zahl	8 770	3 620	2 136	3 014	3 571	3 681	1 392	116	10
	Fläche ha	13 022	5 968	3 303	3 751	1 956	5 712	4 474	739	141
5 bis unter 10	Zahl	2 217	1 024	464	729	849	926	289	149	4
	Fläche ha	3 850	1 882	805	1 163	506	1 393	935	956	59
10 und mehr	Zahl	482	373	52	57	182	126	89	40	45
	Fläche ha	1 734	1 328	234	173	98	200	303	265	868
insgesamt	**Zahl**	**54 667**	**18 901**	**9 431**	**26 335**	**37 158**	**13 080**	**3 648**	**672**	**109**
	Fläche ha	**53 475**	**22 630**	**11 127**	**19 718**	**15 943**	**19 525**	**11 724**	**4 259**	**2 025**
in der Hauptberufsgruppe:										
Land- oder Forstwirtschaft	Zahl	34 142	11 118	6 795	16 229	20 285	10 131	3 070	560	96
	Fläche ha	40 608	17 076	9 085	14 447	9 987	15 376	9 883	3 571	1 790
Handel oder Gewerbe	Zahl	15 688	5 692	2 009	7 987	12 964	2 214	434	71	5
	Fläche ha	9 630	3 887	1 604	4 139	4 632	3 115	1 390	430	63
sonstige Berufe[1])	Zahl	4 837	2 091	627	2 119	3 909	735	144	41	8
	Fläche ha	3 238	1 667	438	1 133	1 323	1 034	450	258	173.

[1]) einschl. der Berufslosen.

Hiernach entfiel im Zeitraum 1919—21 die Mehrzahl aller Landzulagen (57,6 v. H.) mit rund zwei Fünfteln der gesamten Fläche des zur Anliegersiedlung verwandten Landes auf die unterste Anliegergruppe mit einem bisherigen Grundbesitz von unter 1 ha; die nächsthöhere Gruppe mit 1 bis unter 2½ ha Besitz war mit etwas über einem Fünftel der Zahl und einem Viertel der Fläche, die darauffolgende mit 2½ bis unter 5 ha Besitz mit fast einem Sechstel der Zahl und nahezu einem Viertel der Fläche beteiligt, während die höchsten Besitzergruppen von 5 ha und darüber mit zusammen einem Zwanzigstel der Zahl und einem Zehntel der Fläche stark zurücktraten.

Die große Mehrheit der Landzulagen, nämlich 34 142, d. i. über drei Fünftel, mit 40 608 ha oder drei Vierteln des insgesamt zugelegten Landes kam Anliegern mit land- oder forstwirtschaftlichem Hauptberuf zugute, 15 688, d. i. über ein Viertel der Zulagen, mit 9 630 ha, also über einem Sechstel der Landfläche, der Hauptberufsgruppe Handel oder Gewerbe und nur 4 837 oder wenig mehr als ein Zwölftel, mit 3 238 ha, d. i. noch nicht ein Sechzehntel der Fläche, der Sammelgruppe der sonstigen Berufe einschließlich der Berufslosen.

Weitaus am zahlreichsten waren mit 37 158 oder über zwei Dritteln der Gesamtzahl die Zulagen in Größe von noch nicht 1 ha; sie hatten einen Gesamtumfang von 15 943 ha, d. i. rund drei Zehntel der insgesamt zu Anliegersiedlungen verwendeten Fläche. Die nächstgrößeren Landzulagen von 1 bis unter 2½ ha waren mit 13 080 oder annähernd einem Viertel aller am zweithäufigsten, stehen aber bezüglich der Fläche mit 19 525 ha oder über einem Drittel (36,5 v. H.) der gesamten an erster Stelle. Einen Umfang von 2½ bis unter 5 ha hatten nur 3 648 Zulagen, d. i. rund ein Fünfzehntel der Gesamtzahl; sie umfaßten jedoch mit 11 724 ha ein volles Fünftel der Gesamtfläche der vermittelten Zulagen, wogegen die Anliegersiedlungen von 5 ha und darüber sowohl der Zahl wie der Fläche nach (mit zusammen 1,4 bezw. 11,8 v. H.) nur schwach vertreten waren. Einen verhältnismäßig besonders starken Anteil an den höheren Größenklassen der Landzulagen weist die Berufsgruppe Land- oder Forstwirtschaft auf, was sich unschwer dadurch erklärt, daß für die Landwirte im Hauptberufe am ehesten das Bedürfnis der Vergrößerung ihres Grundbesitzes bis zu einer selbständigen Ackernahrung besteht.

Unter den drei Arten der Landzuteilung an Anlieger nimmt die zu Eigentum mit 18 901 Fällen oder wenig mehr als einem Drittel aller, zwar nicht der Zahl, wohl aber der Fläche nach mit 22 630 ha, d. i. etwas über zwei Fünftel der gesamten, den ersten Platz ein; am häufigsten waren anderseits der Zahl nach die Landzulagen zu Pacht ohne Kaufanwartschaft mit 26 335 oder nahezu der Hälfte der Gesamtzahl bei einem Flächenumfang von 19 718 ha, d. i. über ein Drittel (36,9 v. H.) des gesamten, während zu Pacht mit Kaufanwartschaft nur 9 431 Zulagen, d. i. rund ein Sechstel aller, mit 11 127 ha oder einem Fünftel der Gesamtfläche vermittelt wurden. Was insbesondere die Landzulagen unter Eigentumsübertragung betrifft, so wurde für die dazu verwandten 22 630 ha, wovon allein drei Viertel (17 076 ha) an Anlieger mit Land- oder Forstwirtschaft als Hauptberuf kamen, insgesamt ein Kaufpreis von 86,44 Millionen *M*, d. i. im Durchschnitt aufs ha 3 820 *M*, gezahlt.

Die Ernte in Preußen 1922. — Durch den Frieden von Versailles ist Deutschland die Möglichkeit genommen worden, auch nur den bringendsten Nahrungsbedarf für seine Bevölkerung im Inlande zu erzeugen. Mit dem Verfall seiner Währung werden die ihm dadurch auferlegten Tribute an das Ausland immer drückender. Um so wichtiger wird dadurch die Frage nach der Größe des einheimischen Ernteertrages. In den monatlichen Berichten der Statistischen Korrespondenz von April bis Dezember über Saatenstand und Vorschätzungsergebnisse ist bereits ein annäherndes Bild über den letzten Ernteausfall gegeben; jetzt liegen die endgültigen Ergebnisse darüber vor. Diese erstrecken sich auf die wichtigsten Fruchtarten im jetzigen Umfange von Preußen, also ohne die Abtretungsgebiete nebst den an Polen gefallenen Teil von Oberschlesien, das Saargebiet und die Kreise Eupen und Malmedy.

Entsprechend dem Verlaufe der Witterung während der Entwicklungszeit der Feldfrüchte — sehr kalter, langer Winter, große Trockenheit von Mitte Mai bis Mitte Juli, dann dauernd naßkalte Witterung — ist die Ernte der Halmfrüchte sehr mäßig, die der Hackfrüchte aber befriedigend ausgefallen, wie nachstehende Übersicht der durchschnittlichen Hektarerträge im Vergleiche mit denen der letzten fünf Jahre zeigt:

	Hektarerträge in Doppelzentnern					
	1922	1921	1920	1919	1918	1917
Winterweizen	15,5	21,8	17,2	18,2	18,3	15,8
Sommerweizen	16,6	20,0	17,6	17,1	16,8	14,2
Spelz	12,3	15,3	12,3	13,1	13,4	14,0
Winterroggen	12,6	16,1	11,2	13,9	13,9	12,6
Sommerroggen	9,0	10,7	9,2	10,0	9,3	7,7
Wintergerste	16,5	22,8	17,8	17,9	18,6	16,7
Sommergerste	15,1	18,0	16,1	15,9	15,7	12,5
Hafer	12,9	16,1	15,6	15,5	14,3	10,4
Erbsen	10,9	12,9	14,1	12,3	10,2	8,0
Acker- (Sau-) bohnen	14,8	15,4	16,3	15,1	11,4	8,2
Wicken	9,9	10,4	10,1	10,3	10,0	8,7
Kartoffeln	157,6	104,2	118,5	101,1	111,1	139,5
Zuckerrüben	262,6	205,7	243,8	193,5	252,9	250,0
Futterrüben (Runkeln)	351,2	263,9	329,4	259,6	313,9	335,7
Winterraps und Rübsen	9,4	11,3	11,1	12,9	13,1	12,4
Klee	35,5	33,0	48,5	44,2	32,3	34,6
Luzerne	52,7	45,8	58,9	48,6	48,0	48,1
Rieselwiesen	47,0	42,7	53,4	44,4	40,6	44,2
Andere Wiesen	32,0	27,6	39,0	34,4	29,5	30,5.

Hiernach ist der diesjährige Ertrag des Getreides und der Hülsenfrüchte fast durchweg der schlechteste von den aufgeführten sechs Jahren; Winterweizen und Wintergerste haben gegen 1921 je 6,3 dz auf den Hektar und der für die Brotversorgung so wichtige Winterroggen 3,5 dz weniger gebracht. Wenn dagegen die Hackfrüchte, wie bereits erwähnt, gut ausgefallen sind, so bieten sie doch nicht entfernt einen angemessenen Ausgleich für das Versagen der Körnerernte, da der Anbau beider Arten sich etwa wie 1 : 3 verhält und ferner durch Hackfrüchte keineswegs fehlendes Brotkorn und Kraftfutter voll ersetzt werden kann. Fast gleichmäßig war der Ernteausfall in den verschiedenen einzelnen Gegenden des Landes, wie die nachstehend aufgeführten Hektarerträge der wichtigsten Fruchtarten nach Staat und Provinzen veranschaulichen:

Staat — Provinzen	Hektarerträge in dz von								
	Winterweizen	Winterroggen	Sommergerste	Hafer	Kartoffeln	Zuckerrüben	Runkelrüben	Klee	Wiesen, gewöhnlichen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Staat . . .	15,5	12,6	15,1	12,9	157,6	262,6	351,2	35,5	32,0
Provinzen									
Ostpreußen	12,8	12,0	11,5	11,6	138,7	213,4	288,3	35,6	35,5
Brandenburg	14,9	10,8	15,2	13,1	159,7	251,2	366,0	30,2	30,9
Stadt Berlin	13,1	12,6	14,1	12,8	151,3	221,8	370,8	64,0	31,3
Pommern	16,2	12,2	15,2	14,2	148,7	207,4	233,5	28,0	30,9
Grenzmark Posen-Westpreußen	12,5	10,0	12,6	11,7	139,0	278,7	266,7	31,2	35,5
Niederschlesien	12,1	12,6	13,8	12,1	161,9	282,0	389,9	34,8	27,6
Oberschlesien	12,0	12,5	14,4	11,2	158,2	269,6	332,7	31,1	22,1
Sachsen	19,3	14,2	19,1	15,1	156,9	269,4	366,2	42,4	31,6
Schleswig-Holstein	18,6	13,9	17,7	14,4	153,4	255,8	334,4	36,1	34,1
Hannover	18,6	13,8	14,9	14,7	169,5	256,4	330,0	44,8	31,6
Westfalen	13,4	13,4	11,6	11,8	164,5	207,1	347,5	42,1	33,6
Hessen-Nassau	12,4	13,4	12,9	11,2	174,2	246,2	347,3	38,0	34,8
Rheinprovinz	18,0	14,5	13,4	12,4	168,9	263,7	401,2	37,4	31,1
Hohenzoll. Lande	12,7	14,1	15,4	13,2	123,1	—	254,6	47,9	48,0

Die höchsten Erträge weisen die Provinzen Sachsen und Schleswig-Holstein auf, während im übrigen die Angaben für die östlichen Provinzen meist unter dem Staatsdurchschnitt, die anderen darüber liegen.

Für die einzelnen Fruchtarten errechnen sich, wie bekannt, die Gesamtmengen aus dem Vielfachen der Flächenangaben mit den Hektarerträgen der Berichtsbezirke. Auf Seite 52* der Zeitschrift 1922, 62. Jahrg., 3. u. 4. Abtl., wurde bereits nachgewiesen, daß die Erntefläche sämtlicher Halmfrüchte außer Sommerweizen, Sommergerste, Hafer und Wicken gegen das Vorjahr kleiner geworden war. Es ergeben sich somit entsprechend den mäßigen Hektarerträgen teilweise recht erhebliche Ausfälle an Erntemengen, wie aus der folgenden Tabelle und Gegenüberstellung der Ergebnisse von 1922, 1921 und 1913 — dem letzten Friedensjahr — ersichtlich ist. Hiernach sind vorhanden an Brotkorn (Weizen, Spelz, Roggen) 4,99 Millionen Tonnen gegen 6,66 des Vorjahres, sodaß der Ausfall 25,1 v. H. beträgt. Der Winterweizen versagte hiervon am meisten, da er nicht allein im Hektarertrage ein Weniger von 6,3 dz, sondern auch einen verhältnismäßig starken Rückgang der Anbaufläche von nahezu 50 000 ha aufweist. An Getreide überhaupt ergeben sich 8,96 Millionen Tonnen gegen 11,49 des Vorjahres, sodaß der Mindererertrag 2,53 Millionen Tonnen oder 22,1 v. H. ausmacht, obwohl die Zunahme des Anbaus an Sommerweizen, Sommergerste und Hafer ziemlich erheblich ist.

Auch die Erntemengen an Hülsenfrüchten bleiben gegen das Vorjahr zurück; doch dürfen die Zahlen hierfür nur mit der Einschränkung benutzt werden, daß sie auch Körnermengen von solchen Früchten enthalten, die zur Grünfütterung und zum Umpflügen als Düngung verwendet wurden, deren Flächen aber nicht bekannt sind.

Von den Hackfrüchten, die bei dem feuchten Sommerwetter seit Mitte Juli sich durchweg günstig entwickelten, sind Kartoffeln am ergiebigsten gewesen; sie brachten 28,71 Millionen Tonnen gegen 18,51 des Vorjahres oder 55,0 v. H. Mehrertrag. Die Durchschnittsernte mit 157,6 dz vom Hektar ist besser als die in dem guten Kartoffeljahr 1915 mit 156,6 dz, bleibt aber ebenso wie die der übrigen Hackfrüchte hinter 1913 immer noch erheblich zurück. Leider hat ein großer Teil der Knollen durch den frühzeitigen Frost im Oktober gelitten, und auch an kranken Früchten war die Einbuße infolge der anhaltenden Feuchtigkeit ziemlich groß. An Zuckerrüben, Runkeln und Möhren sind höhere Erträge von 37,0 bis 47,7 v. H., an Weißkohl sogar von 60,0 v. H. erzielt worden; doch hat der Oktoberfrost auch den Rüben, besonders den Runkeln viel geschadet. Kohlrüben sind zwar besser als 1921 ausgefallen, im ganzen ist der Ertrag aber auch nur mittelmäßig gewesen, da die Früchte zu klein blieben.

Raps und Rübsen verzeichnen mit einer Einbuße von 59,4 v. H. eine völlige Mißernte infolge starker Auswinterung und Umbestellung sowie ferner durch erhebliche Schädigung von Erdflöhen und Rapskäfern.

Die Heuerträge von Futterpflanzen und Wiesen, die beim ersten Schnitt ziemlich klein ausfielen, wurden durch den besseren zweiten Schnitt wesentlich erhöht; sie betragen im ganzen 13,69 Millionen Tonnen gegen 12,26 des Vorjahres. Wenn somit auch der Mehrertrag 11,6 v. H. ausmacht, so kann trotzdem die Ernte nicht als günstig bezeichnet werden, sondern kaum als mittel, weil im Vergleichsjahr 1921 infolge der anhaltenden Dürre eine sehr geringe Heumenge, ja die kleinste seit 1917 erzielt worden war; im Vergleich mit 1920 weist die letzte Heuernte sogar einen Mindererertrag von 21,9 v. H. auf.

Die Gegenüberstellung der Ergebnisse von 1922 und 1913 zeigt das bekannte Bild, daß die Flächen sämtlicher Getreidearten außer Wintergerste jetzt durchschnittlich um etwa 1/5 kleiner sind, dagegen die der Runkelrüben, Futterpflanzen und Wiesen außer Rieselwiesen sich teilweise sehr erheblich vergrößert haben. Dieser Vorgang ist wohl hauptsächlich auf den seit Jahren bestehenden Mangel an Hand- und Spannkräften, künstlichen Düngemitteln, geeignetem und genügendem Saatgut usw. zurückzuführen, hat aber zweifellos nicht zum geringsten Teil seine Ursache in der leider noch immer nötigen Zwangsbewirtschaftung des Getreides. Die Abweichungen von der Regel bei Wintergerste und Rieselwiesen sind wohl zumeist auf mißverständliche Auffassung der Erhebungsfrage zurückzuführen. Bei

Die Ernte der wichtigsten Fruchtarten in Preußen in den Jahren 1922, 1921 und 1913.

Fruchtarten	Ernte 1922			Ernte 1921			Ernte 1913		
	Erntefläche	Ernteertrag		Erntefläche	Ernteertrag		Erntefläche	Ernteertrag	
		vom ha	im ganzen		vom ha	im ganzen		vom ha	im ganzen
	ha	dz	dz	ha	dz	dz	ha	dz	dz
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Winterweizen	633 590	15,5	9 810 770	682 717	21,8	14 878 656	872 603	25,6	22 295 193
Sommerweizen	114 584	16,6	1 899 162	102 198	20,0	2 046 128	134 786	25,4	3 425 013
Spelz, Emer, Einkorn	9 783	12,3	120 307	11 088	15,3	169 513	16 749	16,0	268 330
Winterroggen	3 002 997	12,6	37 727 787	3 054 212	16,1	49 022 326	3 794 055	19,2	72 959 022
Sommerroggen	36 756	9,0	331 566	44 221	10,7	471 595	46 370	13,4	622 003
Wintergerste	67 346	15,6	1 048 947	81 597	22,8	1 861 672	30 189	24,9	751 247
Sommergerste	561 627	15,1	8 465 074	543 907	18,0	9 789 618	668 860	23,7	15 835 179
Hafer	2 104 054	12,9	27 229 759	2 050 727	16,1	33 118 634	2 547 133	22,3	56 835 772
Gemenge aus Getreide aller Art	236 856	12,5	2 961 403	242 790	14,7	3 580 731	—	—	—
Buchweizen	37 244	10,4	385 870	42 016	7,1	298 283	—	—	—
Erbsen	102 556	10,9	1 120 728	112 703	12,9	1 451 485	—	—	—
Speisebohnen	4 840	11,8	57 098	4 847	9,8	47 635	—	—	—
Ackerbohnen	67 382	14,8	995 005	75 571	15,4	1 165 260	—	—	—
Wicken	121 231	9,9	1 200 585	87 630	10,4	909 829	—	—	—
Lupinen zum Drusch	17 253	8,6	148 743	—	8,4	—	—	—	—
Gemenge aus Hülsenfrüchten ohne Getreide	54 849	10,3	566 863	77 365	12,0	928 772	—	—	—
„ „ „ mit „	182 052	11,7	2 128 941	182 903	13,9	2 542 718	—	—	—
Kartoffeln	1 822 484	157,6	287 137 397	1 776 334	104,3	185 193 503	1 815 448	168,0	304 960 667
Zuckerrüben	316 639	262,6	83 163 229	295 069	205,7	60 686 419	345 085	304,4	105 035 160
Runkelrüben	401 733	351,2	141 083 732	379 099	263,9	100 036 953	297 214	427,2	126 983 623
Kohlrüben	181 951	227,5	41 397 329	176 621	213,4	37 689 975	—	—	—
Möhren	27 830	256,8	7 146 564	28 681	168,7	4 838 401	—	—	—
Weißkohl	22 155	257,9	5 713 959	21 303	167,6	3 570 475	—	—	—
Raps und Rübsen	26 127	9,4	246 725	53 984	11,3	607 775	17 920	15,0	268 764
Klee auch mit Beimischung von Gräsern	1 151 145	35,5	40 889 455	1 209 495	33,0	39 940 243	1 073 425	55,9	59 983 534
Luzerne	109 903	52,7	5 790 048	100 840	45,8	4 618 952	84 538	63,3	5 354 275
Be- (Ent-) wässerungswiesen	19 600	47,0	920 273	26 833	42,7	1 144 837	96 417	57,9	5 580 170
Andere Wiesen	2 795 132	32,0	89 305 030	2 791 847	27,6	76 945 438	2 673 733	44,6	119 304 964

(Fortsetzung)

Fruchtarten	1922 gegen 1921 mehr (+), weniger (—)				1922 gegen 1913 mehr (+), weniger (—)			
	Erntefläche		Ernteertrag		Erntefläche		Ernteertrag	
	ha	v. H.	dz	v. H.	ha	v. H.	dz	v. H.
1	11	12	13	14	15	16	17	18
Winterweizen	— 49 127	— 7,2	— 5 067 886	— 34,1	— 239 013	— 27,4	— 12 484 423	— 56,0
Sommerweizen	+ 12 386	+ 12,1	— 146 966	— 7,2	— 20 202	— 15,0	— 1 525 851	— 44,6
Spelz, Emer, Einkorn	— 1 305	— 11,8	— 49 206	— 29,0	— 6 966	— 41,6	— 148 023	— 55,2
Winterroggen	— 51 215	— 1,7	— 11 294 539	— 23,0	— 791 058	— 20,8	— 35 231 235	— 48,3
Sommerroggen	— 7 465	— 16,9	— 140 029	— 29,7	— 9 614	— 20,7	— 290 437	— 46,7
Wintergerste	— 14 251	— 17,5	— 812 725	— 43,7	+ 37 157	+ 123,1	+ 297 700	+ 39,6
Sommergerste	+ 17 720	+ 3,3	— 1 324 544	— 13,5	— 107 233	— 16,0	— 7 370 105	— 46,5
Hafer	+ 53 327	+ 2,6	— 5 888 875	— 17,8	— 443 079	— 17,4	— 29 606 013	— 52,1
Gemenge aus Getreide aller Art	— 5 934	— 2,4	— 619 328	— 17,3	—	—	—	—
Buchweizen	— 4 772	— 11,4	+ 87 587	+ 29,4	—	—	—	—
Erbsen	— 10 147	— 9,0	— 330 757	— 22,8	—	—	—	—
Speisebohnen	— 7	— 0,1	+ 9 463	+ 19,9	—	—	—	—
Ackerbohnen	— 8 189	— 10,8	— 170 255	— 14,6	—	—	—	—
Wicken	+ 33 601	+ 38,3	+ 290 756	+ 32,0	—	—	—	—
Lupinen zum Drusch	.	.	.	.	—	—	—	—
Gemenge aus Hülsenfrüchten ohne Getreide	— 22 516	— 29,1	— 361 909	— 39,0	—	—	—	—
„ „ „ mit „	— 851	— 0,5	— 413 777	— 16,3	—	—	—	—
Kartoffeln	+ 46 150	+ 2,6	+ 101 943 894	+ 55,0	+ 7 036	+ 0,4	— 17 823 270	— 5,8
Zuckerrüben	+ 21 570	+ 7,3	+ 22 476 810	+ 37,0	— 28 446	— 8,2	— 21 871 931	— 20,8
Runkelrüben	+ 22 634	+ 6,0	+ 41 046 779	+ 41,0	+ 104 519	+ 35,2	+ 14 100 109	+ 11,1
Kohlrüben	+ 5 330	+ 3,0	+ 3 707 354	+ 9,8	—	—	—	—
Möhren	— 851	— 3,0	+ 2 308 163	+ 47,7	—	—	—	—
Weißkohl	+ 852	+ 4,0	+ 2 143 484	+ 60,0	—	—	—	—
Raps und Rübsen	— 27 857	— 51,6	— 361 050	— 59,4	+ 8 207	+ 45,8	— 22 039	— 8,2
Klee auch mit Beimischung von Gräsern	— 58 350	— 4,8	+ 949 212	+ 2,4	+ 77 720	+ 7,2	— 19 094 079	— 31,8
Luzerne	+ 9 063	+ 9,0	+ 1 171 096	+ 25,4	+ 25 365	+ 30,0	+ 435 773	+ 8,1
Be- (Ent-) wässerungswiesen	— 7 233	— 27,0	— 224 564	— 19,6	— 76 817	— 79,7	— 4 659 897	— 83,5
Andere Wiesen	+ 3 285	+ 0,1	+ 12 359 592	+ 16,1	+ 121 399	+ 4,5	— 29 999 934	— 25,1

den Erntemengen machen sich die Rückgänge der Flächen gegen 1913 im Verein mit den gleichfalls kleineren Hektarerträgen recht auffällig geltend, indem die Mindermengen bei den Getreidearten etwa die Hälfte und mehr, bei Zuckerrüben $^1/_5$, bei Klee trotz Zunahme des Anbaus etwa $^1/_3$ und bei gewöhnlichen Wiesen $^1/_4$ betragen, während die Menge an Kartoffeln nur noch 5,8 v. H. kleiner blieb, an Runkelrüben um 11,1 v. H. größer ist.

Man ersieht hieraus die erschreckend großen Einbußen an Ernteerträgen seit dem letzten Friedensjahre 1913, besonders an Getreide und somit an Brotkorn, Nähr- und Kraftfuttermitteln. Dieser Rückgang macht sich um so mehr geltend, als durch die Abtretung von Gebietsteilen infolge des Friedensvertrages der Verlust an landwirtschaftlich genutzter Fläche rund 18,03 v. H., an Bevölkerung jedoch nur 11,4 v. H. beträgt, uns also schwach be-

völkerte, aber landwirtschaftlich sehr wichtige Gebiete verlorengegangen sind. Berechnet man die 1913 und 1922 geernteten Mengen auf den Kopf der Bevölkerung, so ergeben sich

	an Brotkorn	an Getreide überhaupt
	dz	dz
1913 . .	2,96	5,06
1922 . .	1,30	2,84.

Hiernach beläuft sich der Verlust auf den Kopf der Bevölkerung an Brotkorn auf 56,10 v. H., an Getreide überhaupt auf 53,75 v. H., also in beiden Fällen auf mehr als die Hälfte.

Der Weinbau in Preußen 1922. — Wie nachstehend näher in Zahlen angeführt wird, kommen in Preußen als geeignet für plan- und berufsmäßigen Weinanbau nur einzelne kleine Gebietsteile in Betracht und dementsprechend auch nur ein verschwindend kleiner Teil der Gesamtfläche. Aber gerade diese so eng begrenzten Teile des Landes sind zumeist weltbekannt durch die Eigenart der dort erzeugten Rebgewächse, und wohl in keinem anderen Lande wird soviel Mühe und Sorgfalt auf Kultur und Pflege des Weines verwendet wie dort.

Im Jahre 1878 wurden im Zusammenhange mit der ersten Erhebung der landwirtschaftlichen Bodenbenutzung und des Ernteertrages auch Fläche und Ertrag des Weinanbaus festgestellt. Seitdem sind diese Ermittelungen fast alljährlich wiederholt und von 1902 ab auch Fragen über die für Most und Trauben erzielten Preise gestellt worden. Eine Trennung der Angaben nach Weiß- und Rotwein sowie nach der Güte des geernteten Gewächses führte man dann 1906 durch, und von 1920 ab werden allmonatlich in der Zeit von Anfang Juni bis Oktober Ermittelungen über den Rebstand, jedoch ohne Trennung nach Weiß- und Rotwein vorgenommen, wobei im September und Oktober auch Fragen über die wahrscheinliche Güte der Trauben gestellt werden. Die Ergebnisse dieser Feststellungen von Juni bis Oktober 1922 mit kurzen Besprechungen befinden sich in der Statistischen Korrespondenz Nr. 22, 26, 29, 34 und 37 des Vorjahres.

An Rebland sind letztmalig im ganzen Staatsgebiet 19 253 ha ermittelt worden, von denen 16 542 ha im Ertrage, 2 711 ha ohne Ertrag waren; es entfallen hiervon in ha

auf die Regierungsbezirke	Rebland überhaupt	im Ertrage mit weißem Gewächs	im Ertrage mit rotem Gewächs	im Ertrage zusammen	nicht im Ertrage
Potsdam	1,1	0,3	0,3	0,6	0,5
Frankfurt	75,8	42,5	22,8	65,3	10,5
Schneidemühl . . .	43,0	13,0	20,0	33,0	10,0
Liegnitz	365,9	199,1	75,8	274,9	91,0
Merseburg	284,1	136,8	34,7	171,5	112,6
Cassel	0,3	—	0,3	0,3	—
Wiesbaden	4 037,2	2 855,0	47,9	2 902,9	1 134,3
Coblenz	8 918,8	7 088,6	777,4	7 866,0	1 052,8
Köln	91,9	61,8	27,1	88,9	3,0
Trier	5 435,2	5 131,2	7,5	5 138,7	296,5
Staat 1922 . .	**19 253,3**	**15 528,3**	**1 013,8**	**16 542,1**	**2 711,2**
„ 1921 . .	19 416,2	15 422,8	1 093,1	16 515,9	2 900,3.

Die abgetretenen Gebiete und das Saargebiet, in denen der Weinbau jedoch sehr gering ist — 1919 waren dort 26 ha Rebland vorhanden — sind nicht einbegriffen.

Für den Anbau kommen im ganzen 538 Ortschaften in Betracht, von denen 287 als die sogenannten Weingemeinden mit je 10 ha und mehr Ertragsfläche gelten; auf letztere entfallen 15 794 ha oder 95,5 v. H. der gesamten Ertragsfläche. Aus vorstehender Übersicht ergibt sich für das ganze Rebland ein kleiner Rückgang von 163 ha oder 0,84 v. H. gegen 1921, der jedoch vollständig auf die nicht im Ertrage stehende Fläche entfällt, da die Ertragsfläche sogar eine Zunahme von 26 ha aufweist. Obwohl die Rebfläche Preußens nur 0,065 v. H. der gesamten Staatsfläche ausmacht, hat sie sich in den einzelnen Landesteilen, die für diesen Anbau in Betracht kommen, während der letzten Jahrzehnte doch ziemlich stark verändert. Die Gegenden des mittleren Rheingebietes mit seinen Verzweigungen in das Main-, Nahe-, Lahn-, Ahr-, Mosel- und Ruwergebiet haben eine ständige Vergrößerung, die übrigen Landesteile dagegen eine merkliche Verminderung des Weinanbaus erfahren, wie aus folgenden Angaben hervorgeht:

Die Rebfläche betrug Hektar

	1878	1893	1913	1922
im Rhein-, Main-, Mosel- usw. Gebiet	16 609	17 357	18 433	18 483
„ übrigen Staatsgebiet	3 409	3 037	1 660	770
überhaupt . . .	20 018	20 394	20 093	19 253.

Man ersieht hieraus, daß die Rebfläche im ganzen seit 1878 nur um 765 ha oder 3,8 v. H., in den nichtrheinischen Bezirken jedoch um 2 639 ha oder 77,4 v. H. zurückgegangen ist; die Rhein- usw. Gebiete weisen dagegen eine Zunahme von 1 874 ha oder 11,3 v. H. auf. Hiernach scheint es fast, als ob in nicht zu ferner Zeit nur noch am Rhein und seinen Nebenflüssen berufsmäßiger Weinbau anzutreffen sein wird, weil er in den anderen Gegenden des Landes wegen seiner Unwirtschaftlichkeit durch anderen lohnenderen Anbau ersetzt wird. Das Verhältnis des preußischen Reblandes zu dem des übrigen Deutschlands ergibt sich aus nachstehenden Zahlen:

	Rebfläche ha	v. H. des ganzen Gebiets	Anteil an der Reichsrebfläche v. H.
Preußen	19 253	0,065	23,02
Bayern	20 632	0,272	24,67
Württemberg	12 570	0,645	15,03
Baden	15 117	1,003	18,07
Hessen	15 756	2,049	18,81
Sachsen	160	0,011	0,19
Thüringen	150	0,013	0,18
Deutsches Reich . . .	83 638	0,177	100,00.

Die statistische Bearbeitung des Weinbaus wird seit 1908 sowohl nach Regierungsbezirken als auch nach Gebieten vorgenommen, die für den Anbau annähernd gleiche Vorbedingungen bieten, vor allem aber hinsichtlich der Eigenart der Gewächse sich nahestehen. Als solche Weinbaugebiete werden in Preußen angenommen: 1. die in den Regierungsbezirken Potsdam, Frankfurt, Schneidemühl und Liegnitz, 2. die in einigen Kreisen des Merseburger Bezirkes sowie 3. die im Saale- und Unstrutgebiete vorkommenden Weingemeinden, 4. das Maingebiet, 5. der Rheingau, 6. das Rheingebiet außer dem Rheingau, 7. das Nahegebiet, 8. die Gebiete der Mosel, Saar und Ruwer, 9. das Ahr-, 10. das Lahngebiet und 11. die in den Kreisen Erfurt (Land), Witzenhausen, Gelnhausen und Obertaunus vereinzelt vorkommenden Weinbau treibenden Gemeinden.

In den einzelnen vorstehend angegebenen Weinbaugebieten wurden nachstehende Ergebnisse festgestellt:

Weinbaugebiete	Ertragsfläche	Mostertrag überhaupt		Mostertrag vom Hektar		Wert eines Hektoliters
	ha	hl	M	hl	M	M
Weiß- und Rotweine zusammen:						
1.	373,2	2 585	44 191 093	6,9	118 411	17 095,2
2.	39,2	348	1 926 916	8,9	49 156	5 537,1
3.	132,9	1 525	18 774 462	11,5	141 268	12 311,1
4.	103,6	2 008	40 908 243	19,4	394 867	20 372,6
5.	2 332,7	62 468	1 861 672 315	26,8	798 076	29 802,0
6.	2 043,5	54 998	785 797 874	26,9	384 535	14 288,7
7.	2 779,0	68 534	584 462 619	24,7	210 314	8 528,1
8.	8 089,6	469 415	8 826 385 907	58,0	1 091 078	18 802,9
9.	614,9	19 419	282 072 785	31,6	458 730	14 525,6
10.	33,2	980	13 437 554	29,5	404 746	13 711,8
11.	0,3	—	—	—	—	—
zusammen	**16 542,1**	**682 280**	**12 459 629 768**	**41,2**	**753 207**	**18 261,8**
Weißweine:						
1.	254,6	1 955	34 998 545	7,7	137 465	17 902,1
2.	19,1	176	880 590	9,2	46 104	5 003,4
3.	118,0	1 340	16 069 779	11,4	136 185	11 992,4
4.	102,1	1 958	39 628 243	19,2	388 132	20 239,1
5.	2 291,4	61 287	1 835 877 164	26,7	801 203	29 955,4
6.	1 860,5	51 935	757 666 855	27,9	407 238	14 588,8
7.	2 721,6	66 978	573 920 541	24,6	210 876	8 568,8
8.	8 080,3	469 023	8 822 435 413	58,0	1 091 845	18 810,2
9.	51,5	1 441	15 985 448	28,0	310 397	11 093,3
10.	29,2	834	10 754 289	28,6	368 298	12 894,8
11.	—	—	—	—	—	—
zusammen	15 528,3	656 927	12 108 216 867	42,3	779 752	18 431,6

Weinbaugebiete	Ertragsfläche ha	Mostertrag überhaupt hl	Mostertrag überhaupt M	Mostertrag vom Hektar hl	Mostertrag vom Hektar M	Wert eines Hektoliters M
			Rotweine:			
1.	118,6	630	9 192 548	5,3	77 509	14 591,3
2.	20,1	172	1 046 326	8,6	52 056	6 083,3
3.	14,9	185	2 704 683	12,4	181 522	14 619,9
4.	1,5	50	1 280 000	33,3	853 333	25 600,0
5.	41,3	1 181	25 795 151	28,6	624 580	21 841,8
6.	183,0	3 063	28 131 019	16,7	153 721	9 184,1
7.	57,4	1 556	10 542 078	27,1	183 660	6 775,1
8.	9,3	392	3 950 494	42,2	424 784	10 077,8
9.	563,4	17 978	266 087 337	31,9	472 288	14 800,7
10.	4,0	146	2 683 265	36,5	670 816	18 378,5
11.	0,3	—	—	—	—	—
zusammen	**1 013,8**	**25 353**	**351 412 901**	**25,0**	**346 629**	**13 860,8.**

In dieser Übersicht fällt besonders auf, daß die Hektarerträge nach der Mostmenge in den einzelnen Gebieten sehr verschieden sind, und zwar weisen die nichtrheinischen (1. bis 3.) für Weiß- und Rotwein zusammen Erträge von 6,9 bis 11,5 hl, die rheinischen (4. bis 10.) von 19,4 bis 58,0 hl auf. Letztgenannter Ertrag wurde im 8. Gebiet (Mosel, Saar, Ruwer) geerntet; er wird bisher nur von den im gleichen Gebiet erzielten Durchschnittsertrage vom Jahre 1915 mit 71,8 hl übertroffen. Es folgen dann in weitem Abstande das Ahrgebiet (9.) mit 31,6 hl, das Lahngebiet (10) mit 29,5 hl, der Rheingau und das übrige Rheingebiet mit 26,9 und 26,8 hl und schließlich das 1. Gebiet (Reg.-Bez. Potsdam, Frankfurt, Schneidemühl und Liegnitz) mit nur 6,9 hl. Alle Gebiete außer dem 8. (Mosel usw.) liegen unter dem Durchschnittsertrage des Staates, was das gewaltige Übergewicht des Moselgebietes über alle anderen hinsichtlich der Ergiebigkeit vor Augen führt; denn es umfaßt allein 68,8 v H. der ganzen preußischen Mosternte, obwohl seine Ertragsfläche nur 48,9 v. H. ausmacht. Für Rotweine sind die Durchschnittserträge im 3., 4., 5, 7., 9. und 10. Gebiet höher als für Weißweine; trotzdem ergeben sich für letztere zusammen 42,3 hl gegen 25,0 hl der Rotweine, weil im 6., dem hauptsächlichsten Rotweingebiet, der Ertrag sehr gering ausfiel. Betrachtet man die erzielten Erlöse von einem Hektar, so steht zwar das Moselgebiet mit über 1 Million M wieder an erster Stelle, doch ist ihm der Rheingau mit etwa 800 000 M ziemlich nahe, und auch das Lahn- und Maingebiet haben für Rotweine Durchschnittserlöse von mehr als 600 000 und 850 000 M gehabt. Die höchsten Durchschnittspreise für 1 Hektoliter Most hatte der Rheingau mit 29 955,4 M für Weißwein und das Maingebiet mit 25 600 M für Rotwein. Aber auch das weit nordöstlich gelegene 1. Gebiet erhielt Preise von fast 18 000 M für Weißwein und über 14 500 M für Rotwein, die von den meisten übrigen Gebieten nicht erreicht wurden. Eine Vergleichung der Mostmenge und seines Geldwertes in den einzelnen Jahren seit 1911 gibt folgende Zusammenstellung:

Im Jahre	Weingemeinden (je 10 ha u. mehr)	Mostertrag von Hektaren	Mostertrag überhaupt hl	Mostertrag im Gesamtwerte M	Durchschnitts- Ertrag vom Hektar hl	Durchschnitts- Preis für das Hektoliter M
1911 .	237	17 100	537 197	44 136 256	31,4	82,2
1912 .	236	17 101	422 558	21 511 808	24,7	50,9
1913 .	233	17 216	218 264	15 925 798	12,7	73,0
1914 .	236	16 986	223 302	11 683 994	13,1	52,3
1915 .	228	16 429	737 905	44 390 575	44,9	60,2
1916 .	225	16 392	262 264	38 854 540	16,0	148,1
1917 .	213	16 618	566 316	207 519 141	34,1	366,4
1918 .	218	16 537	543 888	111 315 285	32,9	204,7
1919 .	282	16 503	394 060	389 183 677	23,9	987,6
1920 .	289	16 705	603 172	758 224 037	36,1	1 257,1
1921 .	281	16 516	496 377	853 933 437	30,1	1 720,8
1922 .	287	16 542	682 280	12 459 629 768	41,2	18 261,8.

Alle vorstehenden Zahlen mit Ausnahme der für die Weingemeinden und den Anbau sind gegenüber denen der voraufgegangenen Jahre bedeutend höher. Die Mosternte reicht hinsichtlich der Gesamtmenge und auch des Ertrages vom Hektar fast an die bekannte beste Weinernte des Jahres 1915 heran; sie wird außer von dieser von keiner Ernte seit Bestehen der amtlichen Ermittelungen übertroffen oder auch nur annähernd erreicht, obwohl zu vermuten stand, daß der Fruchtansatz durch den anhaltenden und strengen Winter gelitten haben konnte. Die Einbußen durch Schädlinge waren allerdings gering; nur der Sauerwurm trat stellenweise in merklichem Maße auf. Das Jahr 1922 reiht sich mit seiner guten bis vollen Ernte den vier ähnlich guten und einer mittleren (1919) seit 1917 an. Die letzten 6 Jahre bilden somit gleichsam einen Ausgleich für die voraufgegangenen mageren Jahrfünfte, von denen der Zeitraum 1902—1906 nur 2, von 1907—1911 und 1912—1916 sogar nur je 1 bessere Ernte aufweisen. Am auffälligsten sind in vorstehender Zusammenstellung die Abweichungen der erzielten Geldwerte von denen der früheren Jahre. Der Gesamtwert stieg von rund 44,4 Millionen im Jahre 1915 auf 12,5 Milliarden bis 1922, also um das 281 fache, und der Hektoliterpreis von 60,2 M auf 18 261,8 M, also auf das 303 fache in dieser Zeit, infolge der Geldentwertung bis Dezember 1922. Einige Winzer haben Hektoliterpreise über 41 000 und 45 000 M erhalten.

Über die Güte des gewonnenen Mostes, und zwar getrennt nach weißem und rotem Gewächs, in den Weinbaugebieten 1 bis 10 sowie zum Vergleiche für den Staat in den Jahren seit 1911 gibt folgende Übersicht, nach Hundertteilen zusammengestellt, ein wechselndes Bild.

Weinbaugebiet	Weißes Gewächs sehr gut	gut	mittel	gering	sehr gering	Rotes Gewächs sehr gut	gut	mittel	gering	sehr gering
1	—	6	89	4	1	—	1	81	15	3
2	—	—	—	74	26	—	—	5	94	1
3	—	10	69	21	—	—	87	11	2	—
4	—	—	67	31	2	—	—	88	12	—
5	—	9	84	7	0	—	1	52	47	—
6	—	9	62	29	0	1	—	37	60	2
7	—	3	65	31	1	—	1	85	10	4
8	—	5	64	30	1	—	—	83	17	—
9	—	—	92	6	2	—	1	96	2	1
10	—	—	48	45	7	—	36	63	1	—
Staat 1922 .	**—**	**5**	**66**	**28**	**1**	**0**	**3**	**86**	**10**	**1**
„ 1921 .	82	18	0	0	0	65	31	4	0	—
„ 1920 .	10	64	25	1	0	1	28	68	2	1
„ 1919 .	0	10	65	23	2	0	11	79	9	1
„ 1918 .	1	7	73	19	—	—	20	76	4	—
„ 1917 .	57	39	3	1	—	66	33	1	—	—
„ 1916 .	—	6	55	33	6	—	15	77	6	2
„ 1915 .	41	52	7	0	—	1	18	81	—	—
„ 1914 .	—	11	81	7	1	13	43	44	0	—
„ 1913 .	2	19	64	14	1	—	3	84	13	0
„ 1912 .	—	4	53	31	12	—	12	56	21	11
„ 1911 .	33	59	8	0	—	10	69	21	0	—.

Die Note „sehr gut" erreichte hiernach im Berichtsjahr nur Rotwein mit 1 v. H. im 6. Gebiet; im Vorjahr wurde diese beste Note mit 82 v. H. für Weißwein und mit 65 v. H. für Rotwein als Staatsdurchschnitt festgestellt. Auch die Note „gut" ergibt sich in der Staatsziffer für Weißwein nur mit 5, für Rotwein sogar nur mit 3 v. H., obwohl letzteres Gewächs im 3. und 10. Gebiet mit 87 und 36 v. H. diese Bewertung erhalten hat. Da jedoch in diesen beiden Gebieten der Anbau von Rotwein sehr gering ist, kommen die hohen Anteile nicht zur Geltung. Als „mittel" wurden ⅔ der gesamten Weißweinernte und sogar 86 v. H. der des roten Gewächses bezeichnet; auch als „gering" und „sehr gering" beziffern sich noch erhebliche Teile beider Gewächsarten. Besonders das weiße im 2. und 10. Gebiet und das rote im 2., 5. und 6. Gebiet gehören hierzu. Vergleicht man die Staatsziffern mit denen der früheren Jahre, so zeigt sich, daß die Weinernte 1922 hinsichtlich ihrer Beschaffenheit den weniger beliebten Jahrgängen von 1919, 1918, 1916 usw. entspricht und nach anfänglich genährten hohen Erwartungen eine ziemliche Enttäuschung gebracht hat.

Von den geernteten Trauben sind 18 354 dz verkauft worden zum Keltern an anderem Orte; 142 dz wurden zum Verspeisen sowie zur Essigfabrikation usw. abgegeben. Die dafür erzielten Preise schwanken je nach der Bewertung der Trauben von 2 000 und 22 000 M für den dz; der Durchschnittspreis betrug 6 951 M.

Die Ernteflächen in Preußen 1923. — Auf Grund des Bundesratsbeschlusses vom 3. Mai 1911 ist alljährlich eine Anbauflächenerhebung in der hierfür günstigsten Zeit von Ende Mai bis Anfang Juni in jeder Gemeinde von den Bürgermeistern und Ortsvorstehern unter Hinzuziehung von orts- und feldkundigen Sachverständigen nach dem Flurbereiche der Städte, Landgemeinden und Gutsbezirke vorzunehmen. Die Ergebnisse dieser Erhebung liegen jetzt für 1923 vor. In den Jahren 1915 bis 1919 wurde die gemeindeweise Feststellung infolge der Ernährungsnöte durch eine Ermittelung des Anbaus in jedem einzelnen Betriebe ersetzt, um amtliche Unterlagen zu der erforderlich gewordenen Zwangsbewirtschaftung der Ernteerträge zu schaffen. Seit 1920 begnügt man sich wieder mit der gemeindeweisen Anbauerhebung, erstreckt diese aber jetzt auf 41 verschiedene Frucht- bzw. Kulturarten gegen 23 im Jahre 1914. Während der Dauer der Zwangswirtschaft und auch noch während der Zeit des Getreide-Umlageverfahrens in den letzen Jahren war bei den Erhebungen oft mit erheblichen Widerständen von seiten der Landwirte zu kämpfen; solche Schwierigkeiten traten 1922 besonders stark auf. Jetzt nach Beendigung der genannten amtlichen Zwangsmaßnahmen sind Störungen bei der Erhebung im allgemeinen wenig hervorgetreten, mit Ausnahme der besetzten Gebiete am Rhein und an der Ruhr, aus denen noch Ende August einige Kreisergebnisse fehlen. Im übrigen Teile des Staates ist trotz wiederholter eingehender Aufklärung bei den Gemeindebehörden und sonstigen Erhebungsstellen leider nicht immer das richtige Empfinden und Verständnis dafür vorhanden, wie ungeheuer wichtig eine zuverlässig und zeitgemäß durchgeführte Anbauermittelung für die Ernährung des ganzen Volkes ist; denn die Erhebung ist bis jetzt — 3 Monate nach Ablauf des vorgeschriebenen Termins — noch nicht überall beendet.

Es wurden ermittelt:	1923 ha	1922 ha	1913 ha	1923 gegen 1922 mehr (+) weniger (—) ha	1923 gegen 1922 mehr (+) weniger (—) v. H.	1923 gegen 1913 mehr (+) weniger (—) ha	1923 gegen 1913 mehr (+) weniger (—) v. H.
1. Winterweizen	719 409	633 590	891 311	+ 85 819	+ 13,5	— 171 902	— 19,3
2. Sommerweizen	129 147	114 584	135 569	+ 14 563	+ 12,7	— 6 422	— 4,7
3. Spelz	11 202	9 783	14 062	+ 1 419	+ 14,5	— 2 860	— 20,3
4. Winterroggen	3 224 899	3 002 997	3 867 162	+ 221 902	+ 7,4	— 642 263	— 16,6
5. Sommerroggen	46 118	36 756	45 731	+ 9 362	+ 25,5	+ 387	+ 0,8
6. Wintergerste	73 293	67 346	32 832	+ 5 947	+ 8,8	+ 40 461	+ 123,2
7. Sommergerste	585 250	561 627	670 720	+ 23 623	+ 4,2	— 85 470	— 12,7
8. Hafer	2 225 411	2 104 054	2 563 531	+ 121 357	+ 5,8	— 338 120	— 13,2
9. Gemenge aus Getreide aller Art	237 579	236 856	193 256	+ 723	+ 0,3	+ 44 323	+ 22,9
10. Buchweizen	37 693	37 244	35 084	+ 449	+ 1,2	+ 2 609	+ 7,4
11. Erbsen und Peluschken	92 713	102 556	77 435	— 9 843	— 9,6	+ 15 278	+ 19,7
12. Speisebohnen	3 769	4 840	2 777	— 1 071	— 22,1	+ 992	+ 35,7
13. Ackerbohnen	62 992	67 382	68 021	— 4 390	— 6,5	— 5 029	— 7,4
14. Wicken	101 910	121 231	45 503	— 19 321	— 15,9	+ 56 407	+ 124,0
15. Lupinen	154 595	184 733	107 305	— 30 138	— 16,3	+ 47 290	+ 44,1
16. Gemenge aus Hülsenfrüchten	35 584	54 849	11 925	— 19 265	— 35,1	+ 23 659	+ 198,4
17. Gemenge aus Getreide- und Hülsenfrucht	148 800	182 052	65 314	— 33 252	— 18,3	+ 83 486	+ 127,8
18. Sonstige Arten von Getreide oder Hülsenfrüchten zusammen	15 478	17 038	5 855	— 1 560	— 9,2	+ 9 623	+ 164,4
19. Kartoffeln	1 823 433	1 822 484	1 852 952	+ 949	+ 0,1	— 29 519	— 1,6
20. Zuckerrüben	299 981	316 639	350 045	— 16 658	— 5,3	— 50 064	— 14,3
21. Futter- (Runkel-) rüben	375 020	401 733	289 972	— 26 713	— 6,6	+ 85 048	+ 29,3
22. Kohlrüben	169 896	181 951	129 469	— 12 055	— 6,6	+ 40 427	+ 31,2
23. Mohrrüben	25 177	27 830	20 757	— 2 653	— 9,5	+ 4 420	+ 21,3
24. Sonstige Hackfrüchte	27 871	32 450	18 500	— 4 579	— 14,1	+ 9 371	+ 50,7
25. Weißkohl	18 150	22 155	18 836	— 4 005	— 18,1	— 686	— 3,6
26. Andere Kohlarten	8 106	9 395	8 266	— 1 289	— 13,7	— 160	— 1,9
27. Alle anderen Gartengewächse zusammen	27 970	33 739	32 202	— 5 769	— 17,1	— 4 232	— 13,1
28. Raps und Rübsen	31 409	26 127	18 326	+ 5 282	+ 20,2	+ 13 083	+ 71,4
29. Flachs (Lein)	25 292	26 810	11 824	— 1 518	— 5,7	+ 13 468	+ 113,9
30. Hanf, Nessel und andere Gespinstpflanzen	1 768	1 564	186	+ 204	+ 13,0	+ 1 582	+ 850,5
31. Hopfen	86	74	433	+ 12	+ 16,2	— 347	— 80,1
32. Andere Handelsgewächse zusammen	11 712	15 205	38 738	— 3 493	— 23,0	— 27 026	— 69,8
33. Klee	1 160 327	1 151 145	986 455	+ 9 182	+ 0,8	+ 173 872	+ 17,6
34. Luzerne	112 923	109 903	82 234	+ 3 020	+ 2,7	+ 30 689	+ 37,3
35. Serradella	140 754	148 746	80 850	— 7 992	— 5,4	+ 59 904	+ 74,1
36. Sonstige Futterpflanzen zusammen	42 075	50 336	362 807	— 8 261	— 16,4	— 320 732	— 88,4
37. Brache (Schwarzbrache)	359 931	410 729	343 490	— 50 798	— 12,4	+ 16 441	+ 4,8
38. Ackerweide	535 018	576 352	478 964	— 41 334	— 7,2	+ 56 054	+ 11,7
39. Rieselwiesen	15 903	19 600	2 803 230	— 3 697	— 18,9	— 7 508	— 0,3
40. Andere Wiesen	2 779 819	2 795 132		— 15 313	— 0,5		
41. Dauerweiden und Hutungen	1 876 040	1 931 779	1 681 482	— 55 739	— 2,9	+ 194 558	+ 11,6
42. Weinberge	19 576	19 253	20 163	+ 323	+ 1,7	— 587	— 2,9
Überhaupt Ackerland, Wiesen, Viehweiden, Weinberge	**17 794 079**	**17 670 649**	18 463 574	+ 123 430	+ 0,7	— 669 495	— 3,6

In obiger Tabelle sind neben den diesjährigen Ergebnissen auch diejenigen von 1922 und 1913 zum Vergleich angegeben; die abgetretenen Gebiete einschließlich des Polen zugefallenen Teils von Oberschlesien sowie das Saargebiet und die Kreise Eupen und Malmedy bleiben außer Betracht. Wie aus der Übersicht, in der die Gesamtergebnisse für die einzelnen Fruchtarten usw. aus den genannten drei Jahren gegenübergestellt sind, hervorgeht, haben die diesjährigen Anbauzahlen von sämtlichen Getreidearten gegen das Vorjahr recht merkbar zugenommen. Diese erfreuliche Erscheinung ist ohne Zweifel darauf zurückzuführen, daß seit 1915 erstmalig die Getreideproduktion frei von jeglicher amtlichen Bindung ist und hierdurch sowohl als auch im Hinblick auf die hohen und noch ständig steigenden Getreidepreise ein besonderer Anreiz für die Landwirte gegeben war, den Anbau zu vergrößern. Faßt man die Angaben für das Brotkorn — Weizen, Spelz, Roggen — zusammen, so ergeben sich 4 130 775 gegen 3 797 710 ha des **Vorjahres**, so daß eine Zunahme von 333 065 ha oder 8,8 v. H. zu verzeichnen ist. Von letzterer entfallen auf Winterroggen allein — unsere wichtigste Brotfrucht — 221 902 ha oder 66,6 v. H. Das gesamte Getreide einschließlich des Buchweizens umfaßt eine Fläche von 7 290 001 gegen 6 804 837 ha des Vorjahres, mithin ein Mehr von 485 164 ha oder 7,1 v. H. Es mag allerdings dahingestellt bleiben, ob diese wesentliche Zunahme der Flächenzahl auch in Wirklichkeit eine gleich große Ausdehnung des Getreideanbaus bedeutet. Nach den Erfahrungen seit einer Reihe von Jahren hat sich wahrscheinlich infolge des großen Widerstandes und der Abneigung der Landwirte gegen jegliche Art einer Zwangsbewirtschaftung des Getreides die Neigung durchgesetzt, bei den amtlichen Erhebungen die Getreidefläche möglichst klein,

dafür den übrigen Anbau entsprechend größer als zutreffend anzugeben. Man geht somit kaum in der Annahme fehl, daß die Anbauergebnisse für Getreide in den letzten Jahren und besonders 1922 der Wirklichkeit nicht ganz entsprachen, sondern zu klein waren und der fehlende Teil in den Zahlen des übrigen Anbaus, der Brache usw. steckte. Letztere zeigen denn auch in den diesjährigen Angaben fast durchweg einen mehr oder weniger großen Rückgang mit Ausnahme von Kartoffeln, einigen Handelsgewächsen sowie von Klee und Luzerne.

Bei den Kartoffeln ist erfreulicherweise die Fläche ebenso groß wie im Vorjahre ausgefallen, obwohl wegen ihrer, gegenüber anderen landwirtschaftlichen Produkten, verhältnismäßig niedrigen Preise im Winter und Frühjahr ein Rückgang des Anbaues befürchtet wurde. Überdies gilt als sicher, daß die tatsächlich vorhandene Kartoffelfläche noch merklich größer ist als angegeben; denn die Schrebergärten, Kleinsiedlungen usw., die seit Jahren infolge ihrer starken zahlenmäßigen Zunahme ziemlich ausgedehnte Flächen umfassen und zu einem erheblichen Teil mit Kartoffeln bebaut werden, sind bei der Ermittlung nicht mitberücksichtigt worden, weil nur der feldmäßige Anbau anzugeben war. Der Rückgang des Zuckerrübenbaus um 5,3 v. H. ist nicht so stark ausgefallen, wie es infolge der sehr schlechten Witterungs- und Keimungsverhältnisse im Frühjahr sowie auch wegen der für Zucker noch bestehenden amtlichen Preisbindung vermutet werden könnte; denn es darf hierbei auch nicht außer acht gelassen werden, daß im Vorjahre eine ziemliche Steigerung dieses Anbaus, und zwar um 7,8 v. H., vorlag.

Die gesamte bebaute Ackerfläche mit 12 227 368 ha gegen 11 937 057 ha des Vorjahres hat sich um 2,4 v. H., die landwirtschaftlich genutzte Fläche überhaupt um 0,7 v. H. vergrößert. Vergleicht man den Anbau von 1923 mit dem von 1913, so zeigt sich zwar, daß ein erheblicher Teil, etwa die Hälfte der angebauten Fruchtarten, die Zahlen von 1913 übersteigt, daß aber gerade die wichtigsten, besonders die Hauptgetreidearten noch stark dahinter zurückbleiben. Der gesamte Getreideanbau einschließlich des Buchweizens mit 7 290 001 ha ist trotz der diesjährigen recht merklichen Vergrößerung immerhin noch gegen den Stand von 1913 um 1 159 257 ha oder 13,7 v. H. kleiner, dagegen beträgt der entsprechende Unterschied zwischen der gesamten bebauten Ackerfläche der beiden Jahre nur 7,1 v. H. und der landwirtschaftlich genutzten Fläche überhaupt sogar nur 3,6 v. H. Zum Teil werden die genannten Unterschiede, der letzte sogar in der Hauptsache, auf die Verwendung von Ackerland, Wiesen, Weiden usw. zu Schrebergärten, Kleinsiedelungen, Sportplätzen, Industrie- und Bergwerksanlagen u. a. m. zurückzuführen sein.

Um zu veranschaulichen, in welchem Umfange die einzelnen Provinzen eine Zu- und Abnahme der landwirtschaftlich genutzten Gesamtfläche im Vergleich zum Vorjahre und zu 1913 erfahren haben, sind die Angaben hierfür nachstehend aufgeführt:

An landwirtschaftlich genutzter Fläche wurden ermittelt:

Provinzen	1923	1922	1913	1923 gegen 1922		1923 gegen 1913	
				mehr (+) weniger (—)	mehr (+) weniger (—)	mehr (+) weniger (—)	mehr (+) weniger (—)
	ha	ha	ha	ha	v. H.	ha	v. H.
Ostpreußen	2 610 499	2 601 425	2 682 887	+ 9 074	+ 0,3	— 72 388	— 2,7
Brandenburg	2 135 560	2 120 064	2 227 608	+ 15 496	+ 0,7	— 92 048	— 4,1
Stadt Berlin	17 082	16 684	24 693	+ 398	+ 2,4	— 7 611	— 30,8
Pommern	2 028 499	2 023 792	2 105 822	+ 4 707	+ 0,2	— 77 323	— 3,7
Grenzmark Posen-Westpreußen	436 269	432 644	461 175	+ 3 625	+ 0,8	— 24 906	— 5,4
Niederschlesien	1 642 006	1 626 310	1 709 121	+ 15 696	+ 1,0	— 67 115	— 3,9
Oberschlesien	619 665	620 918	643 975	— 1 253	— 0,2	— 24 310	— 3,8
Sachsen	1 722 075	1 709 970	1 769 037	+ 12 105	+ 0,7	— 46 962	— 2,7
Schleswig-Holstein	1 131 140	1 132 121	1 157 933	— 981	— 0,1	— 26 793	— 2,3
Hannover	2 051 505	2 029 267	2 125 303	+ 22 238	+ 1,1	— 73 798	— 3,5
Westfalen	1 139 379	1 130 557	1 214 968	+ 8 822	+ 0,8	— 75 589	— 6,2
Hessen-Nassau	826 689	821 388	843 144	+ 5 301	+ 0,6	— 16 455	— 2,0
Rheinprovinz	1 367 080	1 339 328	1 429 460	+ 27 752	+ 2,1	— 62 380	— 4,4
Hohenzollernsche Lande	66 631	66 181	68 448	+ 450	+ 0,7	— 1 817	— 2,7

Hiernach ist die landwirtschaftlich genutzte Fläche gegen das Vorjahr nur in Oberschlesien und Schleswig-Holstein um geringe Bruchteile kleiner, gegen 1913 jedoch durchweg geringer, und zwar in den Provinzen mit ausgedehnter Industrie und großen Städten aus den vorher angeführten Gründen am meisten vermindert.

Die voraussichtliche Getreideernte in Preußen für 1923. — Im Gegensatz zum Vorjahr dürfen wir allem Anschein nach für dieses Erntejahr auf eine mittelgute Getreideernte rechnen. Der Witterungsverlauf war für die Entwicklung und das Gedeihen aller Halmfrüchte von Beginn der Saatbestellung an, für die Winterfrucht also vom Herbst 1922 an, ziemlich günstig. Über Auswinterung und sonstige Schädigungen ist im allgemeinen wenig geklagt worden. Dementsprechend waren die monatlichen Begutachtungen über den Stand dieser Fruchtarten meist recht zuversichtlich, und auch die Anfang August abgegebenen Vorschätzungen über den voraussichtlich zu erwartenden Ernteertrag ließen Gutes erhoffen. Jetzt liegen die zusammengestellten Ergebnisse der Schätzung vor; ihre Staatsdurchschnitte für die einzelnen Fruchtarten sind neben den entsprechenden Zahlen der Jahre von 1918 bis 1922 und von 1913 zum Vergleich nachstehend aufgeführt:

Hektarerträge in dz:

	1923	1922	1921	1920	1919	1918	1913
Winterweizen	20,2	14,1	19,4	17,1	17,8	17,7	22,0
Sommerweizen	19,4	14,7	18,0	17,0	16,1	16,3	21,3
Spelz	17,8	11,4	13,9	11,2	12,1	12,8	—
Winterroggen	17,0	12,8	15,5	12,4	14,8	14,2	18,3
Sommerroggen	13,2	9,4	11,2	10,5	10,9	10,0	13,3
Wintergerste	20,4	13,3	20,9	17,0	17,7	18,2	—
Sommergerste	19,2	14,0	16,5	16,2	16,2	15,0	20,7
Hafer	18,9	13,0	14,9	15,5	15,7	13,7	20,1
Gemenge aus Getreide aller Art	17,7	12,9	13,7	14,8	15,9	12,8	—.

Hiernach ist die diesjährige Getreideernte hinsichtlich der Hektarerträge besser als irgend eine der letzten 5 Jahre und bleibt hinter der von 1913 im ganzen nur wenig zurück.

Es handelt sich zwar bei den vorstehenden Zahlenangaben zunächst nur um Vorschätzungen, die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß die endgültig festgestellten Ernteerträge, die von den Berichterstattern auf Grund von Druschergebnissen ermittelt und im November jedes Jahres angegeben werden, im allgemeinen nicht wesentlich von den Vorschätzungen abweichen; im Vorjahr waren sie zum Teil noch etwas höher.

Setzt man die oben aufgeführten Hektarerträge in Beziehung zu den Anbauflächen, so ergeben sich an Erntemengen für Brotkorn —



Weizen, Spelz, Roggen — 7,274 Millionen gegen 4,951 Millionen Tonnen des Vorjahrs oder 46,9 v. H. mehr, für das Getreide zusammen 13,174 Millionen gegen 8,868 Millionen Tonnen oder 48,6 v. H, also fast die Hälfte mehr. Bei der Wertung dieser Zahlen darf nicht übersehen werden, daß aus bereits früher angeführten Gründen die Anbaufläche und somit auch die Ernte im Vorjahr etwas zu niedrig angegeben war, daß aber auch hiervon abgesehen die Ernte von 1922 eine der schlechtesten seit vielen Jahren war.

Das bisherige Erntewetter war in den einzelnen Gegenden des Landes sehr verschieden. Während der ersten drei Augusttage hielt das naßkalte Wetter des letzten Julidrittels noch an, es besserte sich dann aber und wurde fast überall heiter, sonnig und trocken, ohne jedoch besonders warm zu werden. Um Mitte des Monats setzte erneut das in diesem Sommer so vorherrschende naßkalte Wetter ein, wovon wie bisher stets die Küstengebiete am meisten und die angrenzenden Bezirke mehr oder weniger stark betroffen wurden. Im südlichen Teil von Sachsen und Hannover sowie in Schlesien, Hessen-Nassau, der Rheinprovinz und Hohenzollern haben die Augustniederschläge meist nicht genügt, sodaß dort vielfach ein durchdringender Regen gewünscht wird, während Schleswig-Holstein, Pommern und Ostpreußen über zu große Nässe klagen. Entsprechend dem Witterungsverlauf sind die Erntearbeiten in den einzelnen Gegenden vorgeschritten, und zwar gehen sie in den vorwiegend trockenen bald zur Neige, in den nassen ist dagegen der Roggen vielfach noch draußen, vereinzelt sogar nach nicht gemäht. Im ganzen blieb die Ernte der Halmfrüchte um 3—4 Wochen gegen frühere Jahre zurück und wird kaum vor Ende September völlig beendet sein. Wegen der vielen Lagerstellen und des reichlichen Strohertrages gestaltet sie sich ziemlich schwierig. Nässeschäden wie Auswuchs usw. sind bisher nur vereinzelt gemeldet worden. Roggen und Gerste konnten zumeist in gut trockenem Zustande eingebracht werden.

Die inländischen Schlachtungen und das Vorkommen der Tuberkulose beim Schlachtvieh in Preußen in den Jahren 1921, 1920 und 1913. — In der Zeitschrift 1922, 1. u. 2. Abt., Seite 140, sind die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau in Preußen für das Jahr 1921, die in Beziehung zu den gleichen Ergebnissen aus den Jahren 1920 und 1913 gesetzt sind, erschienen. Aus ihnen ergibt sich über die Fleisch- und Fettversorgung der Bevölkerung Preußens nach und vor dem Krieg und über das Vorkommen der Tuberkulose bei den Schlachttieren folgendes:

I. Nach Ausweis der Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau sowie der Trichinenschau wurden geschlachtet

	Pferde	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder
1921	96 443	208 111	221 520	763 748	461 917
1920	100 016	123 725	179 160	499 359	359 323
1913	104 431	248 453	304 310	920 507	378 283
	Kälber	**Schweine**	**Schafe**	**Ziegen**	**Hunde**
1921	1 629 322	7 257 770	1 352 038	148 244	1 649
1920	606 526	4 660 247	417 871	230 417	2 423
1913	1 904 154	12 555 736	1 337 440	125 347	2 261.

Die vorstehende Gegenüberstellung zeigt zunächst, daß die Schlachtungen im Jahre 1921 im Unterschied vom Jahre 1920 erheblich zugenommen haben. Die Mehrschlachtungen beliefen sich auf 1½ Million Stück Rindvieh (3,3 Millionen gegen 1,8 Millionen in 1920), 2,6 Millionen Schweine (7,3 Millionen gegen 4,7 Millionen) und 934 000 Schafe (1 352 000 gegen 418 000). Diese Zunahme könnte zu der Meinung verleiten, als ob die Fleisch- und Fettversorgung der Bevölkerung im Jahre 1921 ein befriedigendes Maß erreicht hätte. Das ist aber nicht der Fall. Daß 1921 die Schlachtungen an Zahl zunahmen, beruht lediglich darauf, daß während dieses ganzen Jahres bereits der freie Vieh- und Fleischhandel bestanden hat, wohingegen 1920, und zwar bis zum 1. Oktober, also in den ersten neun Monaten 1920, für die Schlachtungen und die Fleischversorgung der Bevölkerung noch die in den Kriegsjahren eingeführte staatliche Regelung bestand. Die Fleisch- und Fettmenge, die nach dem öffentlichen Verteilungsplan auf den Kopf der Bevölkerung entfiel, bewegte sich in den Grenzen zwischen 200 und 250 g wöchentlich, während die durchschnittliche Verbrauchsmenge im letzten Friedensjahr sich auf fast 1 000 g belief. Es war daher ohne weiteres zu erwarten, daß nach Aufhebung der staatlichen Fleischbewirtschaftung die Zahl der Schlachtungen, sehr ansteigen und bei der amtlichen Schlachtvieh- und Fleischbeschau zum Ausdruck kommen würde.

Wie unzureichend aber die Deckung des Fleischbedarfs im Jahre 1921 trotz der Zunahme der Schlachtungen war, ergibt sich, wenn man die Schlachtungszahlen dieses Jahres mit denen des letzten Friedensjahres 1913 vergleicht. Danach bleiben die 3,3 Millionen Rindviehschlachtungen und 7,3 Millionen Schweineschlachtungen im Jahre 1921 erheblich hinter den 3,8 Millionen Rindvieh- und 12,6 Millionen Schweineschlachtungen im Jahre 1913 zurück. Die unzureichende Fleischversorgung 1921 im Vergleich mit 1913 drückt sich also im Fehlen von 500 000 Stück Rindvieh und 5,3 Millionen Schweinen aus. Dieser rein ziffernmäßige Rückgang der Schlachtungsmenge veranschaulicht aber nicht erschöpfend das Maß des Fleischmangels. Denn man muß bei dem Vergleich noch beachten, daß die Schlachttiere des Jahres 1921 ein erheblich niedrigeres Gewicht aufwiesen als die im Jahre 1913 geschlachteten Tiere. Es ist ferner hervorzuheben, daß bei den Rindviehschlachtungen 1921 die Jungrinder und Kälber zahlreicher vertreten waren als 1913: unter je 100 Schlachttieren waren 64 Stück Jungvieh im Jahre 1921, 1913 aber betrug der Anteil des Jungviehs nur 61 v. H. Unter Beachtung dieser Zusammensetzung sowie der verschiedenen Schlachtgewichte und unter Berücksichtigung der ausländischen Einfuhr sind in der „Statistischen Korrespondenz“ (vom 10. Juni 1922, Nr. 22, und im Aufsatz auf Seite 32*) Berechnungen über den Fleisch- und Fettverbrauch der Bevölkerung Preußens in den Jahren 1921 und 1913 veröffentlicht worden, die gezeigt haben, daß der durchschnittliche Fleisch- und Fettverbrauch auf den Kopf der gesamten Bevölkerung von 49,36 kg im Jahre 1913 auf 33,48 kg im Jahre 1921, derjenige aber der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerungsschicht von 51,82 kg auf 30,79 kg gesunken ist.

II. Zeigen sonach die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau im Hinblick auf die Schlachtungsmenge, daß die Fleisch- und Fettversorgung der Bevölkerung noch viel zu wünschen übrig läßt, so läßt andererseits der veterinärärztliche Befund der Beschau erkennen, daß der Gesundheitszustand der Schlachttiere sich gegen früher gebessert hat. Das ersieht man aus den Verhältniszahlen der tuberkulösen Tiere in den Jahren 1921, 1920 und 1913.

So waren von je 100 beschauten Tieren tuberkulös:

	Pferde	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder	Kälber	Schweine	Schafe
1921 . .	0,16	18,14	10,91	25,81	6,85	0,28	1,83	0,12
1920 . .	0,11	19,41	8,82	27,64	6,83	0,40	1,83	0,17
1913 . .	0,19	27,55	18,30	32,94	9,79	0,41	2,44	0,12.

Diese Tabelle zeigt deutlich, daß die Zahl der tuberkulösen Tiere mit einziger Ausnahme der Schafe, bei denen die Ziffern von 1921 und 1913 gleich waren, namhaft geringer geworden ist. Insbesondere das Großvieh und namentlich die Kühe, bei denen die Tuberkulose meist vorkommt, heben sich gegen 1913 in recht günstiger Weise ab. Während 1913 rund 28 Ochsen, 18 Bullen und 33 Kühe unter je 100 Stück Schlachtvieh tuberkulös waren, waren es schon 1920 nur 19 Ochsen, 9 Bullen und 28 Kühe. 1921 ist die Bullenzahl etwas gestiegen (11 von 100), war aber immerhin noch wesentlich geringer als im Jahre 1913 (18 von 100); bei den Ochsen und Kühen dagegen haben die Zahlen der tuberkulösen Tiere noch weiter abgenommen, und zwar bis auf 18 Ochsen und 26 Kühe von je 100 Stück. Auch bei dem Jungvieh, bei dem die Tuberkulose in der Regel weniger häufig vorkommt, sowie bei den übrigen Tieren, wo sie noch seltener ist, haben sich die Zahlen der

tuberkulös kranken Tiere, wie die vorstehende Berechnung zeigt, zwischen 1921 und 1913 vermindert.

Diese Abnahme der Tuberkulose bei den Schlachttieren, insbesondere beim Rindvieh, darf man wohl zum guten Teil dem Einfluß des neuen Reichsviehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909, das am 1. Mai 1912 in Kraft getreten ist, zuschreiben. Das Gesetz unterscheidet sich vom früheren u. a. dadurch, daß es im § 10 in der Reihe der zu bekämpfenden Seuchen auch die Tuberkulose in ihrer offenen, besonders ansteckenden Form aufgenommen hat. Die Bekämpfung der Tuberkulose ist in Preußen auf Grund dieses Gesetzes durch die Ausführungsanweisung vom 1. Mai 1912 unter verständnisvoller Mitwirkung der Landwirte in Angriff genommen worden und hat nach den obigen Zahlen offenbar schon gute Erfolge gezeitigt.

Die Einfuhr von Fleisch und Fett aus dem Ausland nach Preußen in den Jahren 1921, 1920 und 1913. — Die Auslandsfleischbeschaustellen weisen jährlich die Arten und die Mengen von Fleisch und Fett nach, die beim Eingang in das Zollinland veterinärpolizeilich untersucht werden. Die Ergebnisse dieser Fleischbeschau an preußischen Untersuchungsstellen für das Jahr 1921, die in der Zeitschrift 1922, 1. u. 2. Abt, Seite 142, in ausführlicher Darstellung erschienen sind, sind in der nachstehenden Übersicht zusammengefaßt und den Einfuhrmengen 1920 und 1913 gegenübergestellt.

Im Jahre 1920, in dem die Verkehrsfesseln der Kriegszeit bereits gelockert waren, hat die Einfuhr an Fleisch um ein Vielfaches die Menge des Jahres 1913 überschritten. Sie stammte hauptsächlich, und zwar zu 90 % aus Nordamerika. Die gesamte Fleischeinfuhr betrug 1920 rund 120 000 t gegen nur 22 000 t im Jahre 1913. Diese Zunahme zeugt davon, wie wenig wir den Bedarf an Fleisch aus dem heimischen durch den Krieg und die Bedingungen des Friedens von Versailles sehr stark verringerten Viehstand decken können, und in welch hohem Maße wir auf die Einfuhr aus dem Ausland, in erster Reihe aus Amerika, angewiesen sind.

Infolge der Verschlechterung der Zahlungsbilanz und des Sinkens der Kaufkraft konnte der Fleisch- und Fettbedarf im Jahre 1921 im Wege der Einfuhr nicht mehr in gleichem Maße gedeckt werden wie im Vorjahr: die Menge des eingeführten Fleisches sank 1921 auf 65 000 t, und die Fettmenge betrug nur 54 000 t gegen 90 000 t im Jahre 1920.

Wie die Übersicht zeigt, besteht die Fleischeinfuhr größtenteils aus zubereitetem, d. h. gesalzenem oder gepökeltem Schweinefleisch, das hauptsächlich aus Nordamerika stammt, und zwar bildete es 1921 und 1920 einen Bestandteil von über 70 % der gesamten Fleischeinfuhr, während es 1913 nur 7 % ausmachte. Hieraus ersieht man, in welch bedeutendem Maße der Mangel an heimischem Schweinefleisch infolge Rückgangs unserer Schweinezucht durch ausländische Einfuhr ersetzt wurde.

Herkunftsländer		Rindfleisch einschl. Kalbfleisch				Schweinefleisch				Sonstiges Fleisch		Zubereitete Fette					
		frisches		zubereitetes		frisches		zubereitetes		frisches und zubereitetes		Schweineschmalz		Rindertalg		Sonstige Fette (Margarine, Kunstspeisefette)	
		dz	v. H. der Gesamteinfuhr	dz	v. H. der Gesamteinfuhr	dz	v. H. der Gesamteinfuhr	dz	v. H. der Gesamteinfuhr	dz	v. H. der Gesamteinfuhr	dz	v. H. der Gesamteinfuhr	dz	v. H. der Gesamteinfuhr	dz	v. H. der Gesamteinfuhr
1		2		3		4		5		6		7		8		9	
Vereinigte Staaten von Amerika	1921	45 845,7	59,23	6 916,0	59,49	30 361,9	40,90	428 171,2	93,27	15 228,4	64,33	302330,7	80,35	92 686,3	63,66	2 856,3	14,42
	1920	94 765,8	68,27	72 489,1	66,65	13 326,8	50,73	851 163,9	98,56	50 351,9	85,81	467 290,3	84,83	42 551,4	39,04	26 349,7	10,84
	1913	—	—	194,4	2,80	—	—	4 102,7	27,28	—	—	45 178,0	91,82	189 859,5	45,89	565,7	59,38
Niederlande	1921	3 749,4	4,85	2 564,1	22,06	20 064,2	27,03	12 957,0	2,82	3 811,0	16,10	55 548,6	14,76	8 700,3	5,98	14 348,2	72,45
	1920	21 193,2	15,27	15 815,6	14,54	129,8	0,49	4 881,0	0,56	4 468,8	7,62	47 555,6	8,63	10 989,4	10,03	173 834,6	71,49
	1913	74 393,1	66,10	78,4	1,13	46 091,7	55,26	1 012,8	6,73	246,7	5,71	14 276,7	2,91	3 461,7	0,84	378,0	39,68
Südamerika	1921	16 759,5	21,65	8,5	0,07	2 315,0	3,12	460,4	0,10	—	—	5 239,3	1,39	27 543,4	18,92	—	—
	1920	10 909,9	7,86	171,1	0,16	438,1	1,67	55,7	0,01	324,7	0,55	570,0	0,10	18 246,0	16,74	0,1	.
	1913	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	27,7	0,01	101 660,7	24,57	—	—
Dänemark	1921	788,4	1,02	690,8	5,94	436,8	0,59	6 959,7	1,52	140,0	0,59	8 627,5	2,29	2 440,3	1,68	36,6	0,19
	1920	1 460,4	1,05	8 440,2	7,76	122,8	0,47	4 718,9	0,55	553,4	0,94	6 905,4	1,25	3 044,6	2,79	11 394,6	4,69
	1913	8 597,3	7,64	137,5	1,98	822,7	0,99	6 338,4	42,15	456,6	10,57	16 215,5	3,31	2 126,3	0,52	0,6	0,06
Schweden	1921	177,2	0,23	1 124,1	9,67	473,4	0,64	7 583,5	1,65	109,5	0,46	148,4	0,04	779,4	0,53	12,8	0,07
	1920	282,9	0,20	9 242,8	8,50	11 618,7	44,23	1 308,5	0,15	0,5	.	30,6	0,01	759,2	0,70	849,3	0,35
	1913	1 558,5	1,38	46,6	0,67	637,5	0,76	2 486,5	16,53	0,9	0,02	396,0	0,08	425,2	0,10	0,1	0,01
Belgien	1921	—	—	—	—	—	—	21,6	0,01	107,3	0,45	485,7	0,13	376,1	0,26	650,0	3,28
	1920	—	—	817,5	0,75	—	—	0,4	.	—	—	25 896,6	4,70	3 050,1	2,80	22 270,6	9,16
	1913	52,3	0,05	0,4	.	—	—	1,1	0,01	—	—	15,5	.	7 330,7	1,77	—	—
Großbritannien und Irland	1921	150,6	0,19	131,9	1,13	127,1	0,17	456,4	0,10	—	—	102,7	0,03	4 912,2	3,37	0,2	.
	1920	—	—	168,6	0,15	—	—	71,0	0,01	1 522,4	2,60	1 299,6	0,24	20 259,0	18,59	8 082,0	3,32
	1913	289,0	0,26	2 259,3	32,50	—	—	66,4	0,44	—	—	—	—	33 990,6	8,22	2,1	0,22
Die übrigen Länder[1])	1921	9 926,6	12,83	190,4	1,64	20 445,9	27,55	2 454,1	0,53	4 278,0	18,07	3 786,8	1,01	8 148,9	5,60	1 900,1	9,59
	1920	10 204,4	7,35	1 617,5	1,49	634,5	2,41	1 372,0	0,16	1 458,1	2,48	1 292,2	0,24	10 092,4	9,26	359,0	0,15
	1913	27 653,8	24,57	4 235,0	60,92	35 853,4	42,99	1 031,9	6,86	3 617,4	83,70	9 185,6	1,87	74 848,1	18,09	6,2	0,65
Gesamteinfuhr	1921	**77 397,4**	—	**11 625,8**	—	**74 224,3**	—	**459 063,9**	—	**23 674,2**	—	**376 269,7**	—	**145 586,9**	—	**19 804,2**	—
	1920	**138 816,6**	—	**108 762,4**	—	**26 270,7**	—	**863 571,4**	—	**58 679,8**	—	**550 840,3**	—	**108 992,1**	—	**243 139,9**	—
	1913	**112 544,0**	—	**6 951,6**	—	**83 405,3**	—	**15 039,8**	—	**4 321,6**	—	**490 295,0**	—	**413 702,8**	—	**952,7**	—

Vergl. Statistische Korrespondenz 1920, Nr. 39 und 1921, Nr. 40.

Der Viehbestand Preußens nach der Zählung vom 1. Dezember 1922 im Vergleich mit den Bestandszahlen der Vorjahre. — Am 1. Dezember 1922 hat in Preußen eine Viehzählung in gleichem Umfange wie im Vorjahre stattgefunden. Das vorläufige Ergebnis der Zählung, das nachstehend mit einem Rückblick auf die Vorjahre in seinen wesentlichen Teilen veröffentlicht wird, zeigt, daß bei dem Viehbestande Preußens der allmähliche Wiederaufbau, der sich seit 1919 zeigte, ins Stocken geraten ist. Nicht allein die Gesamtbestandszahl, sondern auch der Nachwuchs der einzelnen Viehgattungen ist 1922 zurückgegangen. Dadurch hat sich die Lücke, die der Krieg und die Abtretung wichtiger landwirtschaftlicher Landesteile in den Viehbesitz Preußens gerissen haben, noch mehr erweitert. Insbesondere sind die

Staat	Zeit der Zählung	Viehhaltende Haushaltungen	1. Pferde (ohne … Unter 3 Jahre alte Pferde und Fohlen: Unter 1 Jahr alte Fohlen	1 bis noch nicht 2 Jahre alte Pferde	2 bis noch nicht 3 Jahre alte Pferde	zusammen	3 bis noch nicht 5 Jahre alte Pferde: Zuchthengste	Die übrigen Pferde	zusammen
1	1a	2	3	4	5	6	7	8	9
Staat[1])	1. 12. 22	**3 946 474**	**215 730**	**198 050**	**176 711**	**590 491**	**6 234**	**257 358**	**263 592**
	1. 12. 21	*4 033 143*	*211 862*	*182 058*	*159 665*	*553 585*	*5 546*	*245 345*	*250 891*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 21: mehr (+) oder weniger (—)		— 86 669	+ 3 868	+ 15 992	+ 17 046	+ 36 906	+ 688	+ 12 013	+ 12 701
in % mehr (+) oder weniger (—)		— 2,15	+ 1,83	+ 8,78	+ 10,68	+ 6,67	+ 12,41	+ 4,90	+ 5,06
	1. 12. 13	[2]) 2 927 142	.	.	.	370 775	.	.	.

Staat	Zeit der Zählung	Noch: 4. Rindvieh: 2 Jahre alte und ältere Bullen, Stiere und Ochsen	2 Jahre alte und ältere Kühe: Milchkühe	Die übrigen Kühe, auch Färsen, Kalbinnen	zusammen	überhaupt	5. … Unter 1 Jahr alte Schafe und Schafböcke einschl. Lämmer	1 Jahr alte und …: Schafböcke	Mutterschafe (Zibben)
1	1a	22	23	24	25	26	27	28	29
Staat[1])	1. 12. 22	**458 257**	**4 488 580**	**492 679**	**4 981 259**	**8 867 361**	**1 054 830**	**65 417**	**2 269 866**
	1. 12. 21	*480 333*	*4 568 673*	*447 077*	*5 015 750*	*9 210 673*	*1 146 726*	*69 483*	*2 360 722*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 21: mehr (+) oder weniger (—)		—22 076	— 80 093	+45 602	— 34 491	— 343 312	— 91 896	— 4 066	— 90 856
in % mehr (+) oder weniger (—)		— 4,60	— 1,75	+ 10,20	— 0,69	— 3,73	— 8,01	— 5,85	— 3,85
	1. 12. 13	692 463	.	.	5 615 893	10 353 221	.	.	.

Staat	Zeit der Zählung	Noch: 6. Schweine — Noch: 1 Jahr alte und ältere Schweine: Die übrigen Schweine	zusammen	überhaupt	7. Ziegen: Unter 1 Jahr alte Ziegen und Ziegenböcke einschl. Lämmer	1 Jahr alte und ältere Ziegen: Ziegenböcke	Ziegen (Geißen)	zusammen	überhaupt
1	1a	42	43	44	45	46	47	48	49
Staat[1])	1. 12. 22	**983 768**	**1 536 688**	**9 580 631**	**492 522**	**39 794**	**1 907 878**	**1 947 672**	**2 440 194**
	1. 12. 21	*928 824*	*1 524 517*	*10 440 153*	*580 745*	*42 424*	*1 917 360*	*1 959 784*	*2 540 529*
1. 12. 22 gegen 1. 12. 21: mehr (+) oder weniger (—)		+ 54 944	+ 12 171	— 859 522	—88 223	— 2 630	— 9 482	— 12 112	— 100 335
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 5,92	+ 0,80	— 8,23	— 15,19	— 6,20	— 0,49	— 0,62	— 3,95
	1. 12. 13	899 805	1 799 972	15 461 307	.	.	.	.	1 878 079

[1]) ohne das Saargebiet und ohne die abgetretenen Landesteile. Es fehlen noch die Ergebnisse der Kreise Johannisburg, Stuhm, Ostprignitz, Landkreis Breslau und
der Zahlen der Haushaltungen ist zu berücksichtigen, daß Maultiere, Esel, Kaninchen, Federvieh und Bienenstöcke und so auch die Haushaltungen mit diesen Tieren allein am
da die Maultiere, Maulesel, Esel sowie das Federvieh und die Bienenstöcke am 1. Dezember 1913 nicht gezählt worden sind.

Bestände des Rindviehs, der Schweine und der Schafe, die die hauptsächlichsten Fleisch- und Fettquellen für den heimischen Bedarf bilden, erheblich gesunken.

Während der Rindviehbestand bei der Zählung im Dezember 1921 in einer Stärke von rund 9 210 000 Stück vorhanden war, weist er jetzt 8 867 000 Stück auf. Der im Jahre 1922 bei dem Rindvieh entstandene Rückgang beziffert sich sonach auf 343 000 Tiere = 3,7 %. Von diesem Verlust sind fast sämtliche Altersklassen des Rindviehs betroffen worden. Bei den Milchkühen zeigt sich eine Verminderung der Zahl von 4 569 000 auf 4 489 000, d. h. um 80 000 Stück. Diese Verminderung wird angesichts der sich vermehrenden Bevölkerung eine doppelt empfindliche Schmälerung der Milch- und Buttermengen zur Folge haben. Die Zahl der Bullen, Stiere und Ochsen ist von 480 000 im Jahre 1921 auf

vom 1. Dezember 1922. (Vorläufiges Ergebnis.)

Militärpferde)				2.	3.	4. Rindvieh						Wiederholung der Spalten 1 und 1a
5 Jahre alte und ältere Pferde						Kälber			Jungvieh			
Zucht-hengste	Die übrigen Pferde	zu-sammen	über-haupt	Maul-tiere und Maul-esel	Esel	unter 6 Wochen alt	6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alt	zu-sammen	3 Monate bis noch nicht 1 Jahr alt	1 bis noch nicht 2 Jahre alt	zu-sammen	
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	
7 799	**1 657 950**	**1 665 749**	**2 519 832**	**19 903**	**4 022**	**233 835**	**412 833**	**646 668**	**1 356 190**	**1 424 987**	**2 781 177**	1. 12. 22
6 779	*1 728 486*	*1 735 265*	*2 539 741*	*20 790*	*4 334*	*247 950*	*436 457*	*684 407*	*1 520 543*	*1 509 640*	*3 030 183*	1. 12. 21
+ 1 020	— 70 536	— 69 516	— 19 909	— 887	— 312	— 14 115	— 23 624	— 37 739	— 164 353	— 84 653	— 249 006	
+ 15,05	— 4,08	— 4,01	— 0,78	— 4,27	— 7,20	— 5,69	— 5,41	— 5,51	— 10,81	— 5,61	— 8,22	
.	.	2 244 946 ³)	2 615 721 ⁴)	1 025 ⁴)	6 085	.	.	915 222	.	.	3 129 643	1. 12. 13

Schafe			6. Schweine									Wiederholung der Spalten 1 und 1a
ältere Schafe			Unter ½ Jahr alte Schweine			½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine				1 Jahr alte und ältere Schweine		
Hammel (Schöpse)	zu-sammen	überhaupt	Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	zu-sammen	Zucht-eber	Zucht-sauen	Die übrigen Schweine	zu-sammen	Zucht-eber	Zucht-sauen	
30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	
256 129	**2 591 412**	**3 646 242**	**1 657 672**	**3 672 315**	**5 329 987**	**37 165**	**321 625**	**2 355 166**	**2 713 956**	**26 070**	**526 850**	1. 12. 22
290 206	*2 720 411*	*3 867 137*	*1 934 312*	*4 310 601*	*6 244 913*	*35 691*	*334 380*	*2 300 652*	*2 670 723*	*24 611*	*571 082*	1. 12. 21
— 34 077	— 128 999	— 220 895	— 276 640	— 638 286	— 914 926	+ 1 474	— 12 755	+ 54 514	+ 43 233	+ 1 459	— 44 232	
— 11,74	— 4,74	— 5,71	— 14,30	— 14,81	— 14,65	+ 4,18	— 3,81	+ 2,37	+ 1,62	+ 5,93	— 7,75	
.	.	3 345 516	.	.	9 064 337	36 836	483 567	4 076 595	4 596 998	30 751	869 416	1. 12. 13

8.	9. Federvieh					10. Bienenstöcke (Bienenvölker)			Wiederholung der Spalten 1 und 1a
Zahme Kaninchen	Gänse (Gänseriche, Gänse und Gänseküken)	Enten (Enteriche, Enten und Entenküken)	Hühner (Hähne, Hühner und Küken)	Trut- und Perlhühner (Hähne, Hühner und Küken)	überhaupt	mit beweglichen Waben	mit unbeweglichen Waben	überhaupt	
50	51	52	53	54	55	56	57	58	
1 700 090	**2 945 301**	**947 903**	**34 988 769**	**388 370**	**39 270 343**	**533 713**	**395 147**	**928 860**	1. 12. 22
2 414 797	*3 154 075*	*1 145 650*	*36 680 377*	*408 016*	*41 388 118*	*595 072*	*474 981*	*1 070 053*	1. 12. 21
— 714 707	— 208 774	— 197 747	— 1 691 608	— 19 646	— 2 117 775	— 61 359	— 79 834	— 141 193	
— 29,60	— 6,62	— 17,26	— 4,61	— 4,82	— 5,12	— 10,31	— 16,81	— 13,19	
.	3 615 014	1 435 746	38 547 679	317 240 ⁴)	43 915 679	639 735	624 116 ⁴)	1 263 851	1. 12. 13

Grafschaft Schaumburg. Zur Durchführung der Vergleichung sind bei diesen Kreisen die Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Dezember 1921 eingesetzt. — ²) Bei der Beurteilung 1. Dezember 1913 nicht gezählt worden sind. — ³) Bei der Dezemberzählung 1913 sind die Militärpferde miterhoben worden. — ⁴) Nach dem Ergebnis der Dezemberzählung 1912.

458 000 Stück gesunken. Das Zucht- und Zugvieh hat sonach eine Verminderung um 22 000 Köpfe erlitten. Sehr bedenklich für den Wiederaufbau der Rindviehzucht ist, daß dem Verlust des Großviehs keinerlei Zunahme, vielmehr eine erhebliche Abnahme des Nachwuchses gegenübersteht. Der Jungviehbestand zählt zurzeit 2 781 000 gegen 3 030 000 im Dezember 1921, also rund 249 000 Stück = 8,2 % weniger, und die Zahl der Kälber weist gegen das Vorjahr eine Abnahme um 38 000 Stück = 5,5 % auf. Dieser Rückgang der Zahl des Nachwuchses zeugt deutlich davon, daß die Aufzucht im Jahre 1922 erheblich erschwert war. Die Ursache hiervon liegt in der schlechten Futtermittelernte 1921 und der unzureichenden Grünfütterung 1922, die dazu geführt haben, daß im 1. Halbjahr 1922 viel Vieh geschlachtet wurde. So wurden in den Monaten Januar bis Juni 1922 nahezu

500 000 Stück Rindvieh mehr geschlachtet als im 1. Halbjahr 1921. Auf diese Mehrschlachtungen, die durch Aufzucht nicht ausgeglichen werden konnten, ist im wesentlichen Maße der Rückgang der Rindviehzahl zwischen 1921 und 1922 zurückzuführen. Dadurch hat sich die Kluft zwischen dem heutigen und dem vorkriegszeitlichen Viehbestand Preußens noch mehr erweitert; sie beträgt jetzt 1½ Million Stück, während die Bevölkerung Preußens im heutigen Gebietsumfang sich zwischen 1913 und 1922 von 36½ auf rund 38 Millionen vermehrt hat. Setzt man die heutige Rindviehzahl in Beziehung zur Einwohnerzahl, so zeigt sich die Verschlechterung der Verhältnisse darin, daß, während im Jahre 1913 auf je 1 000 Einwohner 283 Stück Rindvieh entfielen, es heute nur noch 232 Stück sind, also 51 Stück weniger auf je 1 000 Einwohner.

An Schweinen wurden bei der diesmaligen Zählung 9 580 000 Stück ermittelt, während die Zählung im Dezember 1921 10 440 000 ergeben hat. Es stehen also zurzeit im Vergleich mit dem Vorjahre 860 000 Schweine weniger zur Verfügung. Das Zählergebnis zeigt, daß der Bestand der über ½ Jahre alten, mehr oder weniger schlachtreifen Schweine sich im Dezember 1922 um 110 000 Stück vermehrt hat; allein dieser Zunahme steht eine Verminderung des Nachwuchses, d. h. der Zahl der Ferkel und Läufer unter ½ Jahr, um 915 000 Stück gegenüber. Auch hier spricht die Verminderung des Nachwuchses dafür, daß die Schweineaufzucht im Jahre 1922 nachgelassen hat und daher die zahlreichen Schlachtungen im 1. Halbjahr 1922, die die Schlachtungsziffer im 1. Halbjahr 1921 mit 530 000 Stück überschritten haben, nicht ausgeglichen werden konnten. Der gesunkene Nachwuchsbestand läßt nicht erwarten, daß in den kommenden Monaten eine genügende Zahl schlachtreifer Schweine zur Verfügung stehen wird. Auch sind die Aussichten auf einen baldigen Wiederaufbau der Schweinezucht recht ungünstig geworden, da die heutige Schweinezahl hinter der im Jahre 1913 um 6 Millionen Stück zurückbleibt. Auf je 1 000 Einwohner entfallen jetzt 251 Schweine gegen 423 Stück im Jahre 1913.

Die Schafzahl bezifferte sich bei der letzten Zählung auf 3 646 000 Stück, während sie nach der vom Dezember 1921 3 867 000 Stück betrug. Auch hier zeigt sich also eine Abnahme um mehr als 200 000 Schafe. Ähnlich wie beim Rindvieh- und Schweinebestand hängt die Abnahme der Schafzahl mit der Einschränkung der Aufzucht zusammen; denn aus dem Vergleich der Zählergebnisse ersieht man, daß sowohl die Zahl der Mutterschafe wie die der Lämmer sich um je 91 000 Stück gegenüber dem Stand im Dezember 1921 vermindert hat.

Auch bei dem Pferdebestand hat die Zählung eine geringere Zahl ergeben als die Aufnahme im Dezember 1921. Es sind zurzeit im Lande 2 520 000 Pferde, d. h. im Vergleich mit 1921 20 000 Stück weniger vorhanden. Bei den jüngeren bis 5 Jahre alten Pferden zeigt sich zwar ein Zuwachs um 50 000 Stück; hingegen weist aber der Bestand der älteren Pferde eine Abnahme um 70 000 Stück auf. Auch hier hat die Nachzucht die Verminderung des älteren Pferdebestandes nicht auszugleichen vermocht.

Das gleiche Bild des Rückganges hat die Zählung vom Dezember 1922 schließlich auch bei der Kleintierzucht gezeigt. Die Zahl der Ziegen ist von 2 540 000 im Dezember 1921 auf 2 440 000, d. h. um 100 000 Stück, gesunken. Das Nachlassen der Ziegenzucht drückt sich hierbei darin aus, daß die Zahl der Lämmer allein sich gegen 1921 um 88 000 Stück vermindert hat. Die Zahl der Kaninchen beträgt zurzeit nur noch 1,7 Millionen gegen 2,4 Millionen im Dezember 1921 und 3,8 Millionen im Dezember 1920. Auch hier ist die Ursache wesentlich in den gestiegenen Futterpreisen zu suchen. Bei dem Federvieh hat die Zählung einen Bestand von 39,3 Millionen ergeben, der hinter der Zahl im Jahre 1921 um über 2 Millionen Stück zurückbleibt. Von dieser Abnahme ist hauptsächlich der Hühnerbestand betroffen, der sich zurzeit auf 35 Millionen Stück beziffert und um 1,7 Millionen geringer ist als im Dezember 1921. Bei der Bienenzucht hat sich — hauptsächlich wohl infolge des Zuckermangels — der Rückgang, der sich schon 1921 gegen 1913 zeigte, weiter fortgesetzt; die Zahl der Bienenstöcke ist von 1 070 000 im Dezember 1921 auf 929 000 im Dezember 1922, d. h. um 141 000 Stück, gesunken.

Immer deutlicher offenbart sich, daß ohne den Zufluß ausländischer Futtermittel, der im verflossenen Jahre unter der Wirkung der Reparationsleistungen und der damit zusammenhängenden Verschlechterung unserer Valuta eingestellt werden mußte, der Viehbestand nicht auf der Höhe gehalten werden kann, die zur Ernährung der Bevölkerung selbst bei wesentlicher Einschränkung des Fleisch- und Fettverbrauchs nötig ist.

Der Fleischverbrauch der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung Preußens in den Jahren 1921 und 1913. — In der „Statistischen Korrespondenz" vom 10. Juni d. J. sind Berechnungen über den Fleischverbrauch der Gesamtbevölkerung Preußens in den Jahren 1921 und 1913 veröffentlicht worden, die gezeigt haben, daß die durchschnittliche Kopfquote von 49,36 kg i. J. 1913 auf 33,48 kg i. J. 1921, d. h. von 100 auf 67,83, gesunken ist. Als Unterlage für diese Berechnungen sind die Vierteljahrsergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau sowie der Trichinenschau in Preußen benutzt worden. Da aber diese Ergebnisse in der Hauptsache Auskunft über die Zahl der gewerblichen Schlachtungen geben, von den Hausschlachtungen jedoch, namentlich von den Schweineschlachtungen für den Hausbedarf, nur einen Teil umfassen, so ist die gesamte Menge der Schlachtungen im ganzen Staat schätzungsweise berechnet worden.

An der Hand der Unterlagen der genannten Statistik läßt sich für einen großen Teil der Bevölkerung Preußens die gesamte Zahl nicht nur der gewerblichen, sondern auch der Hausschlachtungen mit ziemlicher Vollständigkeit in denjenigen Gemeinden ermitteln, in denen die Hausschlachtungen nach den bestehenden Polizeiverordnungen dem Schlachthauszwang unterliegen. Das sind die Städte mit einer Bevölkerung von 10 000 und mehr Einwohnern. Von den 262 Städten dieser Bevölkerungsgröße besteht der Schlachthauszwang in 209 Fällen, während von den übrigen 848 Stadtgemeinden mit einer Bevölkerung von unter 10 000 Einwohnern nur 175 den Schlachthauszwang eingeführt haben. In den 262 Städten, in denen also auch die Schlachtungen für den eigenen Bedarf der Viehhalter in Schlachthäusern stattfinden, werden bei der amtlichen Schlachtvieh- und Fleischbeschau sowohl die gewerblichen wie die Hausschlachtungen erfaßt. Demnach kann man an der Hand der Unterlagen der Erhebung für diese Städte, d. h. also für einen großen Teil der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung Preußens, der seinen Bedarf ausschließlich oder vorwiegend auf dem Fleischmarkt deckt, den gesamten Fleischverbrauch erfassen und somit auch das heutige Maß der Versorgung im Vergleich mit den Verhältnissen vor dem Kriege feststellen.

Da die größeren Landgemeinden mit einer Bevölkerungszahl von 15 000 und mehr Einwohnern eine ähnliche berufliche und soziale Schichtung wie die Stadtbevölkerung aufweisen dürften, so erscheint es von Belang, die Untersuchung über den Fleischverbrauch auch auf diese Landgemeinden auszudehnen. Für die Berechnungen, deren Ergebnis nachstehend veröffentlicht ist, sind somit neben den 262 Städten mit je 10 000 und mehr als 10 000 Einwohnern auch die 35 Landgemeinden, deren Bevölkerung je 15 000 und mehr Personen übersteigt, berücksichtigt worden. Im größten Teil dieser Gemeinden besteht der Trichinenschauzwang auch für Hausschlachtungen von Schweinen; mithin läßt sich auch hier mit ziemlicher Vollständigkeit die Gesamtsumme der Schweineschlachtungen ermitteln.

Die Bevölkerung dieser Städte und Landgemeinden belief sich i. J. 1913 auf 17¼ Millionen Menschen. 1921 zählte sie 300 000 Menschen mehr, sie bildete also fast die Hälfte der Einwohnerzahl ganz Preußens. Geschlachtet wurden im Jahre 1913 (nach Abzug der untauglich befundenen) rund 2 190 000 Stück Rindvieh, 5 797 000 Schweine und 1 031 000 Schafe. Die Umrechnung dieser Zahl in Fleisch und Fett nach dem Schlachtgewicht dieser Tiere i. J. 1913 ergibt einen Verbrauch von insgesamt 838 Millionen kg.

Die Schlachtungen und der Fleischverbrauch in den Städten mit 10 000 und mehr und in den Landgemeinden mit 15 000 und mehr Einwohnern in Preußen in den Jahren 1913 und 1921.

	Jahr	Mittlere Bevölkerung	Zahl der Ochsen	Zahl der Bullen	Zahl der Kühe	Zahl der Jungrinder	Gesamtzahl der Rinder (Sp. 3 bis 6)	Schlachtgewicht der Rinder[1] Tonnen	Gesamtzahl der Kälber	Schlachtgewicht der Kälber[1] Tonnen	Gesamtzahl der Schweine	Schlachtgewicht der Schweine[1] Tonnen	Gesamtzahl der Schafe	Schlachtgewicht der Schafe[1] Tonnen	Gesamtgewicht des genußfähigen Fleisches Tonnen	Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen kg
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
262 Städte	1913	16 419 898	197 184	202 722	501 746	158 306	1 059 958	.	1 116 935	.	5 750 210	.	1 028 700	.	.	.
	1921	16 702 202	152 055	140 924	428 600	235 167	956 746	.	962 828	.	2 447 359	.	1 048 027	.	.	.
32 Landgemeinden	1913	824 365	2 060	2 875	18 947	2 202	26 084	.	17 230	.	179 028	.	2 887	.	.	.
	1921	861 212	3 326	3 891	15 742	4 673	27 632	.	18 211	.	92 399	.	7 243	.	.	.
zusammen	1913	17 244 263	199 244	205 597	520 693	160 508	1 086 042	267 742	1 134 165	45 144	5 929 238	502 742	1 031 587	22 617	838 245	48,61
	1921	17 563 414	155 381	144 815	444 342	239 840	984 378	193 741	981 039	35 113	2 539 758	202 812	1 055 270	22 110	453 776	25,83

[1]) nach Abzug der untauglichen ganzen Tierkörper, Fleischviertel, Organe und Muskelfleisch.

Der durchschnittliche Jahresverbrauch eines Einwohners der genannten Orte betrug sonach 1913 48,61 kg. Rechnet man noch den durchschnittlichen Verbrauch an eingeführtem Fleisch und Fett, der im Jahre 1913 3,21 kg pro Kopf betrug, hinzu, so findet man, daß die gesamte Jahresmenge eines Einwohners der Städte und der Landgemeinden mit einer Bevölkerung von über 10 000 Einwohnern sich auf 51,82 kg oder nahezu 2 Pfund in der Woche belief.

Anders im Jahre 1921 unter den Folgen des Kriegsausgangs. Im Jahre 1921 wurden in den gleichen Stadt- und Landgemeinden 1 954 000 Stück Rindvieh, 2 364 000 Schweine und 1 054 000 Schafe geschlachtet. Während die Bevölkerung dieser Gemeinden im Jahre 1921 300 000 Menschen mehr aufwies als i. J. 1913, wurden sonach zur Befriedigung ihres Fleisch- und Fettbedarfs 236 000 Stück Rindvieh und 3 433 000 Schweine weniger geschlachtet als i. J. 1913. Die Zahl der geschlachteten Schafe hat sich allerdings um rund 24 000 Stück vermehrt; allein diese Zunahme füllt in unbedeutendem Maße die Lücken auf. Ferner ist zu berücksichtigen, daß das Schlachtgewicht der Tiere im Jahre 1921 sehr wesentlich gesunken ist[1]). Berechnet man nach diesem Schlachtgewicht den Fleisch- und Fettverbrauch, so ergibt sich für das Jahr 1921 eine Menge von rund 454 Millionen kg, die, auf die Einwohner der in Rede stehenden Gemeinden verteilt, für je einen Einwohner einen durchschnittlichen Jahresverbrauch von nur 25,83 kg ergibt. Hinzukommt der Verbrauch von aus dem Ausland eingeführtem Fleisch und Fett, der nach den Berechnungen in Nr. 22 der Statistischen Korrespondenz von 1922 im Jahre 1921 4,96 kg pro Kopf betrug. Zählt man diese Menge hinzu, so findet man, daß der durchschnittliche Fleisch- und Fettverbrauch eines Einwohners der 262 Städte und 35 Landgemeinden Preußens i. J. 1921 insgesamt 25,83 + 4,96 = 30,79 kg betrug, während die Kopfquote im Jahre 1913 sich auf 51,82 kg belief. Der Kopfverbrauch der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung Preußens hat sich also zwischen 1913 und 1921 um 21 kg = 40,6 % vermindert. Er betrug also nur 60 % der Prokopfmenge im Jahre vor dem Kriege.

In der bereits erwähnten Nummer der Statist. Korrespondenz war der Fleischverbrauch der städtischen Bevölkerung auf 50 bis 60 % des Friedensverbrauchs geschätzt. Der Rückgang scheint danach etwas höher als auf Grund der vorstehenden unmittelbar für den städtischen Verbrauch ermittelten Zahlen. Die Abweichung dürfte wohl darauf beruhen, daß das Fleisch aus den gewerblichen Schlachtungen in den hier berücksichtigten Gemeinden nicht von ihren Einwohnern allein verzehrt wird, sondern daß auch die Einwohner der umliegenden Ortschaften, soweit sie nicht selbst zur landwirtschaftlichen Bevölkerung gehören, sondern eine reine Verbraucherschicht darstellen, heute mehr als vor dem Kriege ihren Bedarf auf den städtischen Märkten befriedigen; durch diesen Mitverzehr der auswärtigen Einwohner vermindert sich die für die Stadtbevölkerung verbleibende Menge. Berücksichtigt man dies, so ergeben beide Berechnungen ziemlich das gleiche Bild.

[1]) Vergl. „Stat. Korresp." 1922, Nr. 22.

Die Schlachtungen in Preußen im Jahre 1922 mit einem Rückblick auf das Jahr 1921. — In Nr. 43 der Korrespondenz vom 18. November v. J. sind die Zahlenergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau sowie der Trichinenschau in Preußen für die Monate Juli bis September des Jahres 1922 veröffentlicht worden. Für ihre Beurteilung ist zu beachten, daß sie, wie überhaupt die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau sowie der Trichinenschau, nicht die Gesamtzahl der geschlachteten Tiere, sondern in der Hauptsache die gewerblichen Schlachtungen, einen erheblichen Teil der Hausschlachtungen der Schweine und einen geringeren Teil der Hausschlachtungen von Kälbern umfassen, die Hausschlachtungen von Schafen aber außer Betracht lassen. Immerhin gestatten sie, bei einem Vergleich mit früheren Zeiten wichtige Rückschlüsse auf den Fleischverbrauch der Bevölkerung zu ziehen. So zeigt sich, daß die Schlachtungen im dritten Vierteljahr 1922 gegen die gleichen Monate des Vorjahres erheblich nachgelassen haben. Die Zahl der zwecks Schlachtung beschauten Tiere betrug:

im	Pferde	Rindvieh	Schweine	Schafe	Ziegen	Hunde
III. Vierteljahr 1921	19 876	872 485	920 015	462 603	32 741	406
III. „ 1922	31 273	779 761	776 653	352 961	21 686	1 589.

Es sind demnach gegen das dritte Vierteljahr 1921 von den hauptsächlichen Viehgattungen in den gleichen Monaten 1922 weniger geschlachtet worden: rund 93 000 Stück Rindvieh oder 10,6 %, 143 000 Schweine = 15,6 % und 110 000 Schafe = 23,7 %.

Daß die Schlachtungen von Rindvieh, Schweinen und Schafen im dritten Vierteljahr 1922 stark nachgelassen haben, hängt damit zusammen, daß der Viehstand Preußens in der ersten Hälfte dieses Jahres für Schlachtungen in starkem Maße in Anspruch genommen war. So waren nach Ausweis der Vierteljahrsergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau sowie der Trichinenschau in den Monaten Januar bis Juni 1922 in Preußen 490 000 Stück Rindvieh, 532 000 Schweine und 110 000 Schafe mehr geschlachtet worden als in der 1. Hälfte des Vorjahres. Diese Mehrschlachtungen haben die Abgabefähigkeit des Viehstandes herabgesetzt und dazu geführt, daß in den folgenden Monaten Juli, August und September die Zahl der Schlachtungen wesentlich zurückgegangen ist. Diese Verminderung bedeutet eine erhebliche Verschlechterung der Fleischversorgung, zumal da die mittlere Bevölkerung Preußens sich von 1921 auf 1922 durch Zuwanderungen und Geburten um fast 1/4 Million Menschen vermehrt hat. Beim Rindvieh erstreckten sich die meisten Schlachtungen in der ersten Hälfte 1922 auf Kälber, Kühe und Jungvieh. Während im ersten Halbjahr 1921 800 000 Kälber geschlachtet waren, betrugen die Kälberschlachtungen in der ersten Hälfte 1922 1 070 000, also 270 000 Kälber mehr. An Kühen wurden 437 000, d. h. 114 000 Kühe mehr, geschlachtet, und schließlich beliefen sich die Mehrschlachtungen an Jungvieh auf rund 80 000 Stück. Bei den Kühen dürfte es sich meist um jüngere Tiere gehandelt haben, die in so großer Anzahl aus der gleichen Ursache geschlachtet werden mußten wie die verhältnismäßig große Menge Kälber und Jungvieh, nämlich aus Mangel an Futter.

Durch diese starke Inanspruchnahme der Nachzucht ist der Wiederaufbau des Rindviehstandes beeinträchtigt, und es droht die Gefahr einer weiteren Verschlimmerung der Fleisch- und Fettversorgung der Bevölkerung.

An Schweinen wurden in der ersten Hälfte 1922 530 000 Stück mehr geschlachtet als in den gleichen Monaten des Vorjahres. In den folgenden 3 Monaten nehmen in der Regel die Schlachtungen aus Mangel an schlachtreifen Tieren ab. In den Monaten Juli bis September war aber die Abgabefähigkeit des Schweinebestandes infolge der zahlreichen Mehrschlachtungen in den ersten 6 Monaten so geschwächt, daß nur noch 777 000 gegen 920 000 im dritten Vierteljahr 1921, also 143 000 Schweine weniger, geschlachtet werden konnten.

Bei den anderen Viehgattungen fällt es auf, daß die Pferdeschlachtungen, die schon in der ersten Hälfte 1922 eine Zahl von rund 62 000 und gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von 24 000 Stück erreicht haben, auch im dritten Vierteljahr 1922 die Menge der gleichen Monate 1921 um 11 000 Stück übersteigen. Diese Mehrschlachtungen weisen darauf hin, daß die Bevölkerung zum Genuß von Pferdefleisch greift, und sie zeigen ferner an, daß infolge der hohen Futtermittelpreise die weniger nutzbringenden und schwer zu erhaltenden Pferde abgestoßen werden. Die Pferdeschlachtungen haben sich im dritten Vierteljahr insbesondere in der Stadtgemeinde Berlin, in der Rheinprovinz, in Sachsen und Ostpreußen von 50 bis 100 % gegen die gleiche Zeit des Vorjahres vermehrt und sind in jeder dieser Provinzen auf 3 000 bis nahezu 5 000 Stück angewachsen.

Kennzeichnend für die heutige Ernährungslage ist ferner die Zunahme der Hundeschlachtungen um 1 200 Stück gegen das dritte Vierteljahr 1921. Diese Vermehrung hat ausschließlich in den Provinzen Niederschlesien, Sachsen und Oberschlesien stattgefunden, wo die Zahl der geschlachteten Hunde im Vergleich mit den gleichen Monaten des Vorjahres auf mehr als das Dreifache gestiegen ist: sie beträgt in den Monaten Juli, August und September 1922 in Niederschlesien rund 770, in Sachsen 400 und in Oberschlesien fast 300 Stück.

Die gestiegene Zahl der Hundeschlachtungen dürfte teilweise damit zusammenhängen, daß infolge der überall stark erhöhten Hundesteuer die Hundehaltung eingeschränkt wird.

Der gegenwärtige Stand der Schweinezucht in Preußen. — Am 1. Juni d. J. hat in Preußen ähnlich wie im Vorjahr eine Schweinezählung stattgefunden. Im besetzten Teil des Ruhr- und Rheingebiets konnte die Zählung nicht durchweg durchgeführt werden. In 9 Kreisen mußte sie infolge der durch den französisch-belgischen Einbruch verursachten Störungen der Verwaltung und des Verkehrs gänzlich unterbleiben, während ihr Abschluß in weiteren 16 Kreisen noch bevorsteht. Doch liegt aus dem größten Teil der drei westlichen Provinzen, Rheinprovinz, Westfalen und Hessen-Nassau, das vorläufige Ergebnis der Zählung vor. Da im besetzten Gebiet die Erhebung sicherlich durchweg durch die schwierigen dortigen Verhältnisse sehr nachteilig beeinflußt worden ist, stellen die unten mitgeteilten Zahlen für dieses Gebiet Mindestzahlen dar, die hinter der Wirklichkeit zurückbleiben. Wie wichtig die Kenntnis über den Stand der Schweinezucht ist, erhellt daraus, daß der heimische Schweinebestand mit $^2/_3$ an der Fleischversorgung der Bevölkerung beteiligt ist.

Die nachstehend veröffentlichten vorläufigen Ergebnisse der Zählung gestatten eine Übersicht über den augenblicklichen Stand der Schweinezucht und ihre weitere Entwicklung bis zum Beginn der Schlachtzeit.

Der ermittelte Schweinebestand beträgt zur Zeit in ganz Preußen 9 $^1/_2$ Millionen Stück, ist mithin um 780 000 Stück höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres; diese Erhöhung verteilt sich auf alle Altersklassen. Auch die Zahl der viehhaltenden Haushaltungen hat zugenommen. Im einzelnen entfallen auf die über $^1/_2$ Jahr alten, mehr oder weniger schlachtreifen Schweine rund 1$^1/_2$ Millionen, die als Rest vom Bestand im Dezember 1922 verblieben sind. Daneben ist eine Nachzucht von 4,6 Millionen Läufern und 2,2 Millionen Ferkeln vorhanden, die aus den vorangegangenen 6 Monaten seit Dezember herstammen. Die augenblickliche Zahl der 1 044 000 Zuchtsauen endlich ergibt gegen die Zahl im Dezember 1922 eine Zunahme um 196 000 Tiere.

Dank dieser Nachzucht und dem Zuwachs an Zuchttieren bleibt die Gesamtzahl der Schweine hinter der des Dezember 1922 nur noch um 120 000 Stück zurück. In der gleichen Zeit des Vorjahrs war der Unterschied zwischen dem Dezember- und Junistand infolge der damals ausnehmend geringen Nachzucht erheblich größer, er betrug 1 800 000 Schweine.

Diese Bestandsverhältnisse berechtigen sonach zu der Erwartung, daß die Fleischversorgung im Herbst und Winter des laufenden Jahres etwas besser sein wird, als im vorangegangenen Jahr. Im Vergleich aber mit den Verhältnissen vor dem Krieg wird sie auch noch in diesem Jahr unzulänglich sein; denn der heutige Schweinebestand bleibt hinter der Zahl vom Juni 1914 (15 Millionen) um fast 6 Millionen Stück zurück.

Staat	Zeit der Zählung	Haushaltungen mit Schweinen	Unter $^1/_2$ Jahr alte Schweine			$^1/_2$ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine				1 Jahr alte und ältere Schweine				Überhaupt
			Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht $^1/_2$ Jahr alte Schweine	zusammen	Zuchteber	Zuchtsauen	Die übrigen Schweine	zusammen	Zuchteber	Zuchtsauen	Die übrigen Schweine	zusammen	
1	1a	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
A. Staat[1])	1. 6. 23	2 818 549	2 244 545	4 638 165	6 882 710	31 045	418 937	1 333 893	1 783 075	28 020	625 013	141 902	794 935	9 460 721
	1. 6. 22	2 756 770	1 804 947	4 514 676	6 319 623	26 793	339 989	1 276 396	1 643 178	26 761	560 383	133 991	721 135	8 683 9[illegible]
1. 6. 23 gegen 1. 6. 22: mehr (+) oder weniger (—)		+62 779	+439 598	+123 489	+563 087	+4252	+78 948	+ 56 697	+139 897	+1259	+64 630	+ 7 911	+ 73 800	+7767[illegible]
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 2,28	+ 24,36	+ 2,74	+ 8,91	+15,87	+ 23,22	+ 4,44	+ 8,51	+ 4,70	+ 11,53	+ 5,90	+ 10,28	+ 8,9[illegible]
.	[2]) 1.12.22	[3]) .	1 657 672	3 672 315	5 329 987	37 165	321 625	2 355 166	2 713 956	26 070	526 850	983 768	1 536 688	9 580 63[illegible]
1. 6. 23 gegen 1.12.22: mehr (+) oder weniger (—)		.	+586 873	+965 850	+1 552 723	—6120	+97 312	—1 022 073	—930 881	+1950	+98 163	—841 866	—741 753	—1199[illegible]
in % mehr (+) oder weniger (—)		.	+ 35,40	+ 26,30	+ 29,13	—16,47	+ 30,26	— 43,40	— 34,30	+ 7,48	+ 18,63	— 85,58	— 48,27	— 1[illegible]
	2. 6. 14	2 519 794	.	.	10 115 562	37 797	480 903	3 323 202	3 841 902	36 927	1 039 562	231 157	1 307 646	15265[illegible]

[1]) In den 9 Kreisen: Landkreis Bochum, Stadtkreis Dortmund, Landkreis Hörde, Höchst, Ahrweiler, Stadtkreis Essen, Stadtkreis Mülheim a. d. Ruhr, Stadtkreis Sterkrade und Wittlich ist die Zählung unterblieben. Außerdem stehen noch die Ergebnisse der Kreise: Neurode, Goldberg-Haynau, Stadtkreis Osterfeld, Stadtkreis Recklinghausen, Landkreis Recklinghausen, Unterwesterwaldkreis, Landkreis Wiesbaden, Adenau, Altenkirchen, Neuwied, Sankt Goar, Zell, Siegkreis, Bitburg, Merzig-Wadern, Sankt Wendel-Baumholder, Landkreis Trier und Schleiden aus. Zur Vervollständigung des Gesamtergebnisses sind bei den vorgenannten Kreisen die Zahlen der Schweinezählung vom 1. 6. 22 eingesetzt. — [2]) vorläufiges Ergebnis. — [3]) nicht ermittelt.

Provinzen — Regierungsbezirke	Haushaltungen mit Schweinen	Unter ½ Jahr alte Schweine: Unter 8 Wochen alte Ferkel	Unter ½ Jahr alte Schweine: 8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	Unter ½ Jahr alte Schweine: zusammen	½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: Zuchteber	½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: Zuchtsauen	½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: Die übrigen Schweine	½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: zusammen	1 Jahr alte und ältere Schweine: Zuchteber	1 Jahr alte und ältere Schweine: Zuchtsauen	1 Jahr alte und ältere Schweine: Die übrigen Schweine	1 Jahr alte und ältere Schweine: zusammen	Überhaupt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
B. Provinzen:													
1. Ostpreußen	270 312	261 332	368 223	629 555	6 634	59 117	148 479	214 230	5 067	76 740	23 343	105 150	948 935
2. Brandenburg	272 487	177 799	411 151	588 950	2 858	41 007	205 673	249 538	2 485	50 748	19 881	73 114	911 602
3. Stadt Berlin	9 337	3 244	12 868	16 112	48	533	7 907	8 488	37	563	1 437	2 037	26 637
4. Pommern	206 895	230 572	383 322	613 894	2 849	34 969	142 594	180 412	2 851	55 361	16 645	74 857	869 163
5. Grenzm. Posen-Westpr.	41 584	40 419	72 378	112 797	585	7 050	20 238	27 873	424	10 687	2 407	13 518	154 188
6. Niederschlesien	206 909	143 336	339 440	482 776	2 707	26 370	80 947	110 024	2 368	32 068	8 942	43 378	636 178
7. Oberschlesien	99 710	66 257	130 758	197 015	889	13 687	25 684	40 260	704	18 523	2 904	22 131	259 406
8. Sachsen	354 815	234 743	593 569	828 312	3 609	45 258	202 346	251 213	3 551	69 434	15 662	88 647	1 168 172
9. Schleswig-Holstein	124 526	176 681	265 586	442 267	1 582	26 649	61 037	89 268	1 649	36 515	5 585	43 749	575 284
10. Hannover	364 803	477 893	732 216	1 210 109	3 207	72 369	179 078	254 654	3 745	155 221	17 211	176 177	1 640 940
11. Westfalen	344 494	198 070	599 407	797 477	2 331	41 598	88 332	132 261	1 967	58 125	10 273	70 365	1 000 103
12. Hessen-Nassau	195 952	97 650	298 677	396 327	1 480	21 896	81 853	105 229	1 395	29 037	6 845	37 277	538 833
13. Rheinprovinz	318 796	133 074	417 959	551 033	2 234	27 932	87 174	117 340	1 754	30 940	10 628	43 322	711 695
14. Hohenzollernsche Lande	8 929	3 475	12 611	16 086	32	502	1 751	2 285	23	1 051	139	1 213	19 584
C. Regierungsbezirke:													
1. Königsberg	102 615	97 875	133 195	231 070	2 288	22 816	64 697	89 801	2 009	25 363	9 798	37 170	358 041
2. Gumbinnen	76 125	79 048	109 444	188 492	2 418	18 424	39 332	60 174	1 555	20 046	4 914	26 515	275 181
3. Allenstein	65 139	55 574	83 991	139 565	1 203	11 722	24 283	37 208	944	15 364	4 059	20 367	197 140
4. Westpreußen	26 433	28 835	41 593	70 428	725	6 155	20 167	27 047	559	15 967	4 572	21 098	118 573
5. Potsdam	133 766	83 559	195 235	278 794	1 582	20 949	127 995	150 526	1 317	23 479	11 883	36 679	465 999
6. Frankfurt	138 721	94 240	215 916	310 156	1 276	20 058	77 678	99 012	1 168	27 269	7 998	36 435	445 603
7. Berlin	9 337	3 244	12 868	16 112	48	533	7 907	8 488	37	563	1 437	2 037	26 637
8. Stettin	92 682	87 777	167 655	255 432	1 203	15 989	75 136	92 328	1 104	22 811	7 872	31 787	379 547
9. Köslin	86 487	115 963	170 559	286 522	1 046	15 035	49 195	65 276	951	23 109	5 192	29 252	381 050
10. Stralsund	27 726	26 832	45 108	71 940	600	3 945	18 263	22 808	796	9 441	3 581	13 818	108 566
11. Schneidemühl	41 584	40 419	72 378	112 797	585	7 050	20 238	27 873	424	10 687	2 407	13 518	154 188
12. Breslau	114 707	86 600	194 222	280 822	1 736	15 828	49 822	67 386	1 423	19 267	5 715	26 405	374 613
13. Liegnitz	92 202	56 736	145 218	201 954	971	10 542	31 125	42 638	945	12 801	3 227	16 973	261 565
14. Oppeln	99 710	66 257	130 758	197 015	889	13 687	25 684	40 260	704	18 523	2 904	22 131	259 406
15. Magdeburg	140 133	107 139	246 711	353 850	1 434	21 120	113 020	135 574	1 490	36 976	7 636	46 102	535 526
16. Merseburg	159 324	93 743	264 322	358 065	1 810	18 484	72 641	92 935	1 678	25 779	6 643	34 100	485 100
17. Erfurt	55 358	33 861	82 536	116 397	365	5 654	16 685	22 704	383	6 679	1 383	8 445	147 546
18. Schleswig	124 526	176 681	265 586	442 267	1 582	26 649	61 037	89 268	1 649	36 515	5 585	43 749	575 284
19. Hannover	71 510	115 272	149 976	265 248	453	12 791	33 688	46 932	724	38 585	2 954	42 263	354 443
20. Hildesheim	82 854	46 311	138 964	185 275	497	7 299	52 416	60 212	615	15 230	2 408	18 253	263 740
21. Lüneburg	75 899	105 671	198 485	304 156	1 037	14 637	47 376	63 050	1 194	40 748	4 468	46 410	413 616
22. Stade	56 708	93 491	107 831	201 322	430	14 101	23 097	37 628	455	23 266	3 974	27 695	266 645
23. Osnabrück	53 159	84 454	101 160	185 614	640	16 708	16 437	33 785	563	33 851	2 285	36 699	256 098
24. Aurich	24 673	32 694	35 800	68 494	150	6 833	6 064	13 047	194	3 541	1 122	4 857	86 398
25. Münster	111 215	76 896	204 853	281 749	1 154	20 483	28 687	50 324	724	19 585	3 537	23 846	355 919
26. Minden	98 158	81 867	179 830	261 697	621	16 366	34 024	51 011	632	29 427	4 569	34 628	347 336
27. Arnsberg	135 121	39 307	214 724	254 031	556	4 749	25 621	30 926	611	9 113	2 167	11 891	296 848
28. Cassel	122 747	66 568	206 253	272 821	1 077	12 343	60 850	74 270	1 088	21 351	5 190	27 629	374 720
29. Wiesbaden	73 205	31 082	92 424	123 506	403	9 553	21 003	30 959	307	7 686	1 655	9 648	164 113
30. Coblenz	68 212	19 639	74 820	94 459	196	4 482	18 706	23 384	191	4 644	1 318	6 153	123 996
31. Düsseldorf	111 793	56 129	173 022	229 151	1 100	12 367	37 566	51 033	883	11 853	4 811	17 547	297 731
32. Köln	57 018	17 459	66 109	83 568	430	2 868	9 793	13 091	292	2 918	1 591	4 801	101 460
33. Trier	44 254	22 249	60 760	83 009	210	4 686	14 848	19 744	201	9 254	1 924	11 379	114 132
34. Aachen	37 519	17 598	43 248	60 846	298	3 529	6 261	10 088	187	2 271	984	3 442	74 376
35. Sigmaringen	8 929	3 475	12 611	16 086	32	502	1 751	2 285	23	1 051	139	1 213	19 584

Der Fleischverbrauch in Preußen im Jahre 1922. — Überblickt man die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau in den einzelnen Vierteljahren des abgelaufenen Jahres, so ergibt sich folgendes Bild: Für sämtliche Rinder, Kälber, Schweine und Schafe zeigt das erste Vierteljahr durchweg eine erhebliche Zunahme der Schlachtungen gegenüber dem gleichen Vierteljahr 1921, das zweite Vierteljahr dagegen bei Ochsen, Bullen und Schafen bereits einen merklichen Rückgang, im übrigen nach wie vor eine Zunahme gegen das Vorjahr. Im 3. und 4. Vierteljahr hat sich das ganze Bild geändert: Überall mit alleiniger Ausnahme der Kühe ein z. T. sehr erheblicher Rückgang der Schlachtungen. Immerhin wirkt das günstigere Ergebnis des ersten Halbjahres doch noch derart auf das Gesamtergebnis ein, daß eine Abnahme der Schlachtungen für das ganze Jahr 1922 gegenüber dem Vorjahr nur bei den Ochsen, Bullen und Schafen festzustellen ist. Faßt man Ochsen, Bullen und Kühe in einer Zahl zusammen, so zeigt sich auch hier eine Zunahme infolge der stärkeren Vermehrung der Kuhschlachtungen. An den Ergebnissen der Trichinenschau gemessen, weist die Schweinezahl dagegen einen Rückgang gegen 1921 auf.

Die bereits aus den Zahlen der einzelnen Vierteljahre von 1922 erkennbare Tendenz einer starken Verschlechterung der Fleischversorgung ergibt sich in verstärktem Maße aus den kürzlich veröffentlichten Zahlen über das 1. Vierteljahr 1923[1]). Während,

[1]) Vergl. Statistische Korrespondenz Jahrg. 49, Nr. 20.

wie erwähnt, im 4. Vierteljahr 1922 wenigstens noch die Kühe höhere Schlachtungszahlen aufwiesen als im Vorjahr, ist nunmehr auch hier ein Rückgang um 20 % eingetreten.

Nach den einzelnen Tierarten zusammengestellt, beträgt die Zahl der Schlachtungen auf Grund der Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau (beidemal auf das jetzige Staatsgebiet bezogen)

	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe
1921 . . .	1 617 066	1 610 578	4 118 532	1 352 915
1922 . . .	1 787 491	1 713 161	4 122 078	1 166 761.

Mit Ausnahme der Schafe ist also der Zahl nach überall eine geringe Zunahme gegen 1921 vorhanden. Wie sich diese Schlachtungszahlen auf die einzelnen Bezirke verteilen und welche Rolle dabei die von der Schlachtvieh- und Fleischbeschau nicht erfaßten Hausschlachtungen spielen, soll im folgenden untersucht werden. Es genügt für diesen Zweck, sich auf die Schlachtungen von Rindern und Schweinen zu beschränken. Denn, wie aus der Zusammenstellung des Fleischverbrauchs für 1921[1]) hervorgeht, sind am gesamten Inlandsfleischverbrauch von 1 016 Mill. kg die Rinder mit 330 Mill. kg oder 32,5 %, die Schweine mit 600 Mill. kg oder 59 % beteiligt, sodaß für die anderen Tiergattungen nur noch 8,5 % übrigbleiben.

Bei der Berechnung für 1921 war bereits festgestellt, daß mit Ausnahme einiger weniger Regierungsbezirke (für 1922 handelt es sich nur noch um Stade und Aurich) auch für hausgeschlachtete Rinder die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vorgeschrieben ist; in der obengenannten Rinderzahl sind also annähernd sämtliche Rinderschlachtungen wiedergegeben. Die höchsten Schlachtungszahlen ergeben sich naturgemäß in den dicht bevölkerten und industriereichen Regierungsbezirken; an erster Stelle steht die Stadtgemeinde Berlin mit 250 000 Rinderschlachtungen im Jahr; es folgt Düsseldorf mit rund 180 000, dann Arnsberg mit rund 110 000; in allen anderen Bezirken bleiben die Schlachtungen unter 100 000. Einen Rückgang gegenüber 1921 weisen nur vier Bezirke auf: Oppeln, Aurich (hier ist überhaupt die geringste Zahl von Schlachtungen ermittelt), Coblenz und Trier. Im übrigen ist überall eine Zunahme zu verzeichnen, die in 16 Regierungsbezirken sogar über 10 % der vorjährigen Schlachtungen hinausgeht; es handelt sich hierbei um die Bezirke Allenstein, Potsdam, Berlin, Stettin und Köslin, die Provinz Niederschlesien, die Provinz Sachsen, Schleswig-Holstein, die Bezirke Hannover, Lüneburg, Stade und Arnsberg. In zwei von diesen 16 Bezirken, nämlich Berlin und Arnsberg, geht die Steigerung sogar über 25 % hinaus.

Bezüglich der Schweineschlachtungen wurde bereits für 1913 und 1921 betont, daß die Betrachtung der Zahlen der Schlachtvieh- und Fleischbeschau allein nur einen allgemeinen Eindruck von der Zu- oder Abnahme der Schlachtungen vermittelt. Will man dagegen den Stand der Fleischversorgung zahlenmäßig erfassen, müssen unbedingt die Ergebnisse der Trichinenschau herangezogen werden. Es ist nicht recht verständlich, weshalb man trotzdem auch jetzt noch fortfährt, sogar in offiziellen Statistiken hierfür nur die Zahlen der Schlachtvieh- und Fleischbeschau wiederzugeben. Es geht auch nicht an zu sagen, daß man damit nur die gewerblichen Schlachtungen wiedergebe; wie bereits in der mehrfach genannten Arbeit für 1921 ausführlich dargelegt ist, trifft dies insbesondere für die Schweineschlachtungen innerhalb Preußens nicht zu, ebensowenig wie unter den Rinderschlachtungen nur gewerbliche zu verstehen sind[2]). Will man ohne die von seiten des Preußischen Statistischen Landesamts durchgeführten Schätzungen eines Teils der Schweine-Hausschlachtungen durchkommen, so genügt es ja schließlich, die Zahlen der Trichinenschau annäherungsweise als diejenigen der gesamten Schweineschlachtungen einzusetzen: Wie auf S. 317 des genannten Aufsatzes dargelegt, sind durch die Schätzung über die Trichinenschauzahlen hinaus nur rund 4 % der Schlachtungen ermittelt.

[1]) Vergl. P. Quante, Der Fleischverbrauch in Preußen in den Jahren 1913 und 1921, Zeitschrift des Preuß. Statistischen Landesamts, Jahrg. 1921, S. 311 ff. — [2]) Vergl. besonders S. 312—315 a. a. O.; in einigen außerpreußischen Ländern, wie Sachsen, Braunschweig usw., sind ebenfalls die Hausschlachtungen sämtlich in den Zahlen der Schlachtvieh- und Fleischbeschau enthalten.

Während für die gewerblichen Schlachtungen (einschl. eines Teils der Hausschlachtungen) aus der Schlachtvieh- und Fleischbeschau für 1921 und 1922 die Zahl von je 4,1 Millionen ermittelt wurde, ergibt die Trichinenschau insgesamt 7,0 Millionen Schweineschlachtungen gegenüber 7,2 Millionen 1921. Wenn damit auch nicht sämtliche Schlachtungen überhaupt erfaßt sind, so geht doch schon aus diesen Zahlen hervor, daß eine leichte Abnahme der Schweineschlachtungen eingetreten sein muß. Diesem Sachverhalt wollen wir näherkommen, indem wir wieder nach Bezirken mit allgemeiner Schlachtvieh- und Fleischbeschau für sämtliche Schlachtungen, nach solchen mit Trichinenschau für die Hausschlachtungen und nach solchen mit Beschauzwang lediglich für die gewerblichen Schlachtungen unterscheiden.

1. In den Regierungsbezirken Oppeln[1]), Cassel und Wiesbaden unterliegen sämtliche Schweineschlachtungen der Schlachtvieh- und Fleischbeschau. Es sind hier im ganzen geschlachtet 739 255 Schweine gegenüber 865 767 im Jahre 1921. An dieser Stelle kann auch Berlin angeführt werden, wo nur in einigen Außengemeinden, die früher selbständig waren, die Fleischbeschau nicht für die Hausschlachtungen gilt; setzt man, um auch diese zu erfassen, die Zahlen der Trichinenschau für Berlin ein, so erhält man 1922 672 712 Schlachtungen gegenüber 604 172 im Vorjahr. Obwohl somit in Berlin die Schlachtungen um mehr als 10 % zugenommen haben, weisen diese vier Bezirke zusammen doch einen kleinen Rückgang auf: 1 411 967 Schweine 1922 gegen 1 469 939 im Vorjahr.

2. In den 23 Regierungsbezirken, in denen die Hausschlachtungen, die nicht der allgemeinen Fleischbeschau unterliegen (wie in den Orten mit Schlachthaus- oder örtlichem Beschauzwang), wenigstens durch die Trichinenschau erfaßt werden, liegen die Verhältnisse folgendermaßen:

Regierungsbezirk	Schweineschlachtungen nach dem Ergebnis der Schlachtvieh- und Fleischbeschau		Schweineschlachtungen nach dem Ergebnis der Trichinenschau	
	1921	1922	1921	1922
Westpreußen	26 242	22 522	42 340	36 384
Potsdam	167 313	153 296	376 974	349 064
Frankfurt	180 601	156 468	357 414	325 606
Stettin	106 285	99 748	228 020	213 525
Stralsund	30 400	28 748	60 006	57 917
Schneidemühl . . .	36 207	30 707	79 318	67 943
Breslau	171 940	147 610	340 702	302 170
Liegnitz	98 667	87 874	221 208	196 481
Magdeburg	191 514	182 203	459 761	416 928
Merseburg	133 091	131 554	394 903	385 128
Erfurt	57 822	55 986	166 255	149 870
Schleswig	137 061	179 273	278 671	368 501
Hannover	82 546	98 546	222 838	236 173
Hildesheim	61 912	62 585	218 151	205 773
Lüneburg	48 339	56 429	219 184	222 875
Stade	39 254	52 260	132 656	160 265
Osnabrück	27 545	34 969	108 985	115 264
Minden	59 241	64 510	223 655	228 705
Arnsberg	170 385	177 967	371 762	362 755
Coblenz	40 496	29 769	100 056	84 521
Düsseldorf	326 450	370 178	484 180	516 992
Köln	108 599	115 837	158 327	159 398
Aachen	36 329	48 604	79 709	86 334
insgesamt . . .	2 338 239	2 387 643	5 325 075	5 248 572.

Hiernach hat die Zahl der gewerblichen Schlachtungen einschließlich derjenigen Hausschlachtungen, die der Schlachtvieh- und Fleischbeschau unterliegen, gegen das Vorjahr um 49 404 = 2,11 % zugenommen, die Zahl der gesamten Schlachtungen dagegen um 76 503 = 1,44 % abgenommen. Während sich somit für die Gesamtheit der hier betrachteten 23 Regierungsbezirke keine großen Unterschiede ergeben, treten bei den einzelnen Regierungsbezirken starke Unterschiede auf: Bezogen auf die gesamten Schlachtungen (Trichinenschau) liegt bei sämtlichen östlichen Regierungsbezirken ein Rückgang vor, der in vier Fällen, nämlich in Westpreußen (Marienwerder), Stralsund, Schneidemühl und Breslau, mehr als

[1]) Die Zahlen für 1922 nach dem endgültigen Gebietsstande von Oberschlesien können ohne großen Fehler mit den Zahlen für 1921 nach dem damaligen Gebietsstande verglichen werden, da aus den inzwischen an Polen abgetretenen Teilen bereits damals keine Nachweisungen mehr eingingen.



10 % beträgt; bei den westlichen Bezirken im allgemeinen eine Zunahme; nur Hildesheim, Arnsberg und Coblenz zeigen ebenfalls einen Rückgang, der aber nur bei Coblenz zahlenmäßig bedeutender ist. Die Zunahme, die im allgemeinen nicht sehr stark ist, steigt bei Stade auf mehr als 20 %, bei Schleswig sogar auf mehr als 30 % an. Die gewerblichen Schlachtungen (einschl. des genannten Teils der Hausschlachtungen) zeigen im großen und ganzen dasselbe Bild; nur findet sich hier abweichend von den gesamten Schlachtungen bei Hildesheim und Arnsberg eine **Zunahme** der Schlachtungen. Bezeichnet man den Unterschied zwischen den gesamten Schlachtungen und den mit Hilfe der allgemeinen Fleischbeschau ermittelten Schlachtungen als „reine Hausschlachtungen", so haben diese im ganzen eine Verminderung um 125 907 = 4,22 % erfahren und betragen im Jahre 1922 2 860 929, das ist mehr als die Hälfte (genau 54,51 %) der 5 248 572 gesamten Schlachtungen dieser 23 Regierungsbezirke.

3. Es bleibt noch das Ergebnis für die fehlenden 7 Regierungsbezirke festzustellen. Im ganzen sind hier durch die Schlachtvieh- und Fleischbeschau 325 735 Schweine ermittelt worden. Nach dem in der „Zeitschrift" auf S. 316 eingehend dargelegten Verfahren sind hieraus die gesamten Schlachtungen einschließlich der nicht erhobenen Hausschlachtungen durch Schätzung zu ermitteln. Diese Schätzung geht auch hier von dem Verhältnis zwischen den Fleischbeschau- (diese gleich 100 gesetzt) und den Trichinenschauzahlen in den unter 2) genannten 23 Regierungsbezirken aus. Die Verhältniszahlen sind für 1922, 1921 und 1913, und zwar geordnet nach der Größe der Zahlen von 1922, in der folgenden Übersicht dargestellt.

	1922	1921	1913
Köln	137,61	145,9	—
Düsseldorf	139,66	148,9	113,8
Westpreußen	161,55	162,5	134,7
Aachen	177,63	219,6	130,4
Stralsund	201,46	201,3	156,1
Arnsberg	203,83	219,4	138,6
Breslau	204,71	198,2	125,9
Schleswig	205,55	204,0	—
Frankfurt	208,10	198,9	138,7
Stettin	214,06	213,9	157,2
Schneidemühl[1]	221,26	219,1	131,7
Liegnitz	223,59	224,8	128,3
Potsdam	227,71	225,7	137,7
Magdeburg	228,83	240,2	160,7
Hannover	239,66	269,7	164,9
Erfurt	267,69	287,7	174,7
Coblenz	283,92	247,8	—
Merseburg	292,75	297,6	177,1
Stade	306,67	384,5	229,0
Hildesheim	328,79	352,8	205,9
Osnabrück	329,62	396,4	187,6
Minden	354,53	394,6	198,0
Lüneburg	394,97	453,8	237,1
Durchschnitt	**219,82**	**229,1**	**144,6.**

[1]) für 1913 Bromberg.

Der (gewogene) Durchschnitt aus den Verhältniszahlen der einzelnen Regierungsbezirke beträgt 219,82. Überträgt man dieses Verhältnis auf die obengenannten Zahlen der Schlachtvieh- und Fleischbeschau, so ergeben sich im ganzen für die zu untersuchenden 7 Bezirke 726 131 Schweineschlachtungen. Wendet man dagegen das auch im Vorjahr benutzte Verfahren der gruppenweisen Schätzung an, so ergibt sich folgendes: Der Durchschnitt für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Breslau, Schleswig, Frankfurt, Liegnitz und Potsdam beträgt 188,07, für die Regierungsbezirke Arnsberg, Magdeburg, Merseburg, Hildesheim, Lüneburg 260,91. Die Übertragung ergibt für die 4 „östlichen" Bezirke Königsberg, Gumbinnen, Allenstein und Köslin 408 558, für die 3 „westlichen" Bezirke Aurich, Münster und Trier 283 082 Schweineschlachtungen, im ganzen also 691 640; mit dieser Zahl wollen wir im folgenden rechnen. Wir können das um so eher tun, als die mit Hilfe des allgemeinen Durchschnitts ermittelte Gesamtzahl von dieser durch gruppenweise Berechnung festgestellten nur um 5 % abweicht.

Wir erhalten also insgesamt folgende Zahlen für die gesamten Schweineschlachtungen des Jahres 1922:

Nach Ziffer 1 . . . . . . 1 411 967 3 . . . . . 691 640
2 . . . . 5 248 572 **zusammen** . . . **7 352 179.**

Es ist nun von besonderem Interesse zu wissen, wieviel von dieser Gesamtzahl auf die „reinen Hausschlachtungen" gerechnet werden können, wobei in den unter 2) und 3) genannten Regierungsbezirken die Hausschlachtungen außer Betracht bleiben müssen, die ebenfalls der Fleischbeschau unterliegen. Nach Ziffer 2) waren ermittelt 2 860 929 reine Hausschlachtungen, unter 3) 365 905; dazu kommen aus den ländlichen Bezirken Berlins 3 454 und schließlich noch aus den unter 1) genannten Regierungsbezirken, wenn man annimmt, daß auch hier wie unter 2) und 3) 54,32 % der gesamten Schlachtungen „reine Hausschlachtungen" sind, 401 563; die vier Posten zusammen ergeben die Summe von 3 631 851 Hausschlachtungen. Stellt man die Hausschlachtungen dieser Art auf dieselbe Weise für 1921 und 1913 fest, so gelangt man zu folgender Zusammenstellung:

	Gesamte Schlachtungen	Gewerbliche Schlachtungen	%	Reine Hausschlachtungen	%
1913	13 095 381	9 478 698	72,38	3 616 683	27,62
1921	[1]) 7 517 898	3 696 184	49,17	3 821 714	50,83
1922	7 352 179	3 720 328	50,60	3 631 851	49,40.

[1]) auf Grund der Jahreszusammenstellung berichtigt.

Während also die Hausschlachtungen gegenüber dem Frieden fast unverändert geblieben sind und eher etwas zugenommen haben, haben die gewerblichen Schlachtungen (einschl. des schon erwähnten Teils der Hausschlachtungen!) erheblich abgenommen, fast auf ein Drittel des Vorkriegsstandes (genau auf 39,25 %).

Bezüglich der Kälber und Schafe erübrigen sich aus den bereits genannten Gründen besondere Berechnungen oder Schätzungen der Hausschlachtungen. Für die Schafe ist hier noch zu betonen, daß selbst ein erheblicherer Teil von Hausschlachtungen, wenn er vorkommen sollte, nichts an dem Endergebnis ändern kann, da die Schafe nur mit höchstens 3 % in den gesamten Inlandsfleischverbrauch eingehen.

Wir können demnach jetzt für die genannten vier Tiergattungen die Schlachtgewichte einsetzen. Wir halten uns auch hier an die Zahlen, die auf dem Berliner Städtischen **Viehhof** durch Berechnung aus dem Lebendgewicht ermittelt worden sind (vergl. S. 317 der „Zeitschrift 1921"). Diese Gewichte betragen im Durchschnitt des Kalenderjahres 1922 für Rinder 190 kg — also ein Rückgang um 10 kg gegen das Vorjahr —, für Kälber 36 kg, für Schweine 80 kg und für Schafe 19 kg (2 kg weniger als im Vorjahr).

Setzt man diese Gewichte ein, so ergibt sich folgender Fleischverbrauch aus Inlandsschlachtungen:

Rinder	1 787 491	mal 190 kg	= 339 623 290 kg	=	33,57 %
Kälber	1 713 161	„ 36 „	= 61 673 796 „	=	6,10 „
Schweine	7 352 179	„ 80 „	= 588 174 320 „	=	58,14 „
Schafe	1 166 761	„ 19 „	= 22 168 459 „	=	2,19 „
zusammen			**1 011 639 865 kg**	=	**100 %.**

Dieses Ergebnis bedeutet einen Rückgang des Fleischverbrauchs aus Inlandsschlachtungen von 100 im Jahre 1913 auf 60,17 im Jahre 1922. Setzt man die mittlere Einwohnerzahl Preußens für 1922 ein mit 38 095 628, so ergibt das als Kopfquote einen Jahresverbrauch von 26,56 kg auf den Kopf der Bevölkerung ohne Unterschied von Alter und Geschlecht. Zum Vergleich mit den früheren Jahren müssen wir an dem Ergebnis für 1921 eine kleine Korrektur vornehmen: Einerseits erhöht sich durch die Berücksichtigung des (berichtigten) Jahresergebnisses die Zahl der Schweineschlachtungen von 7,49 auf 7,52 Mill. kg, wodurch der Fleischverbrauch von 1 015,7 Mill. kg auf 1 017,9 Mill. kg steigt; andrerseits verteilt sich diese höhere Summe, wenn man die (erst nach Abschluß des Aufsatzes über 1921 gewonnene) mittlere Bevölkerung Preußens mit 37,86 Mill. einsetzt, auf einen größeren Personenkreis, sodaß der Verbrauch je Kopf statt 28,14 kg 26,89 kg beträgt. Setzt man die 45,81 kg des Jahres 1913 gleich 100, so ist der Verbrauch an Inlandsfleisch zurückgegangen 1921 auf 58,70, 1922 auf 57,98.

Zum Fleischverbrauch im Sinne dieser Ausführungen — d. h. also zum Verbrauch von tierischem Fleisch und Fett für menschliche Nahrungszwecke — gehört noch das aus der Einfuhr gewonnene Fleisch und Fett hinzu, also Rind- und Kalbfleisch, Schweinefleisch, Schaffleisch, Schweineschinken, Schweineschmalz, Schweinespeck, Oleomargarin, Premier jus und Talg. Für das ganze Jahr 1922

beträgt die Mehreinfuhr in diesen Waren 191 286 t und verteilt sich auf eine mittlere Reichsbevölkerung von 61,49 Mill. (nach Abzug der Abtretungen), sodaß auf den Kopf der Bevölkerung an eingeführtem Fleisch und Fett 3,11 kg kommen.

Zieht man beide Kopfanteile, den inländischen wie den durch Einfuhr gewonnenen, zusammen, so ergeben sich folgende Zahlen für die drei Jahre 1913, 1921 und 1922:

	1913	1921	1922	
Inlandsfleisch	45,81	26,89	26,56	kg
Mehreinfuhr	3,21	4,96	3,11	„
zusammen . . .	49,02	31,85	29,67	kg.

Diese Zahlen bedeuten, daß der Fleischverbrauch, wenn man denjenigen von 1913 gleich 100 setzt, zurückgegangen ist auf 64,97 für 1921 und auf 60,53 für 1922. Auf den Kopf der gesamten Bevölkerung gerechnet, hat also jeder Einwohner Preußens 40 % seines Friedensfleischverbrauchs eingebüßt. Für die Bewohner der Städte, zumal der größeren Städte, ergibt diese Zahl noch ein zu günstiges Bild. Wenn man nämlich überlegt, daß die Landbevölkerung ihren Friedensfleischverbrauch nicht nur aufrechterhalten, sondern eher noch um ein geringes gesteigert hat, wobei z. T. sicherlich die Erhöhung der Deputate der landwirtschaftlichen Arbeiter mitgewirkt hat, so verringert sich der für die Städter verfügbare Fleischanteil noch weit stärker, als oben angegeben. Geht man davon aus, daß die Landbevölkerung 25—30 % der gesamten Bevölkerung ausmacht, so entfallen hiernach auf die Städter je Kopf nur noch 40—45 % der Vorkriegsmenge, was einer Einbuße von 55—60 % entspricht.

Infolge der bereits eingangs erwähnten Tendenz einer starken Abnahme aller Schlachtungen ist für das laufende Jahr voraussichtlich mit einer erheblichen weiteren Verschlechterung der Fleischversorgung zu rechnen.

Vorläufige Ergebnisse der deutschen Genossenschaftsstatistik für 1922 und das Vorjahr.

Bearbeitet von der Statistischen Abteilung der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse.

In der Zeitschrift 1921 Seite 66* sind die vorläufigen Ergebnisse der deutschen Genossenschaftsstatistik für 1921 und das Vorjahr veröffentlicht worden. Hierunter werden die vorläufigen Ergebnisse der deutschen Genossenschaftsstatistik für 1922 und das Vorjahr mitgeteilt über

1. die eingetragenen Genossenschaften nach der Haftpflichtart in den Bundesstaaten,
2. die eingetragenen Genossenschaften im Deutschen Reiche nach der Haftpflichtart und dem Gegenstande des Unternehmens,
3. die Bewegung der eingetragenen Genossenschaften im Deutschen Reiche nach Haftpflichtarten und dem Gegenstande des Unternehmens,
4. die Zentral- (Haupt-) Genossenschaften nach dem Gegenstande des Unternehmens in den Bundesstaaten,
5. die Bewegung der Zentral- (Haupt-) Genossenschaften im Deutschen Reiche.

Von einer Veröffentlichung der Mitgliederzahlen muß hierbei abgesehen werden, da sie für die Genossenschaften der meisten Bundesstaaten in kurzer Frist nicht beschafft und zusammengetragen werden können.

Zu den bereits vom Stande am 1. 1. 1919 und 1. 1. 1920 abgesetzten 3 023 bezw. 326 Genossenschaften aus solchen Gebietsteilen, die nach dem Friedensvertrage abgetreten oder wie das Saargebiet unter fremde Verwaltung gekommen sind, sind nach neueren Feststellungen noch 10 preußische Genossenschaften getreten, die nachträglich vom Stande am 1. 1. 1921 in Abzug gebracht sind. Es kommen in Betracht 7 ostpreußische, 1 schlesische und 2 schleswig-holsteinische Genossenschaften. Die Gesamtzahl der verlorengegangenen Genossenschaften ist damit am 1. 1. 1922 auf 3 359 angewachsen. Davon entfallen 2 354 auf Preußen, 81 auf Bayern und 924 auf Elsaß-Lothringen. Die 2 354 preußischen Genossenschaften verteilen sich mit 78 auf Ostpreußen, 623 auf Westpreußen, 1 133 auf Posen, 42 auf Schlesien, 150 auf Schleswig-Holstein und 328 auf die Rheinprovinz. Die Bemühungen, die Saargebietsgenossenschaften für die deutsche Genossenschaftsstatistik mit zu erfassen, sind ergebnislos geblieben.

Am 1. Januar 1922 (in Klammern sind die Zahlen des Vorjahres angegeben) bestanden im Deutschen Reiche 47 490 (44 279) eingetragene Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, und zwar 21 428 (21 190) mit unbeschränkter Haftpflicht, 125 (128) mit unbeschränkter Nachschußpflicht und 25 937 (22 961) mit beschränkter Haftpflicht. 4 816 Genossenschaften wurden im Jahre 1921 neu eingetragen, dagegen 1 601 aufgelöst. Die reine Zunahme beläuft sich im Jahre 1921 abzüglich 4 Genossenschaften, die den Zentralgenossenschaften zugeführt worden sind, auf 3 211 Genossenschaften; im einzelnen haben sich von 1921 auf 1922 die Genossenschaften mit unbeschränkter Haftpflicht um 238 und die mit beschränkter Haftpflicht um 2 976 vermehrt, die mit unbeschränkter Nachschußpflicht dagegen um 3 vermindert. Die Zunahme betrug 1903 1 373 oder 6,62 v. H. des Anfangsbestandes, 1904 1 431 (6,47 v. H.), 1905 1 087 (4,61 v. H.), 1906 1 067 (4,33 v. H.), 1907 1 150 (4,47 v. H.), 1908 1 278 (4,76 v. H.), 1909 1 296 (4,61 v. H.), 1910 1 052 (3,57 v. H.), 1911 1 274 (4,18 v. H.), 1912 1 567 (4,93 v. H.), 1913 1 276 (3,83 v. H.), 1914 922 (2,67 v. H.), 1915 270 (0,76 v. H.), 1916 819 (2,29 v. H.), 1917 725 (1,98 v. H.), 1918 1 774 (4,76 v. H.), 1919 4 612 (12,80 v. H.), 1920 4 009 (9,95 v. H.) und 1921 3 211 (7,25 v. H.). Auf die Bundesstaaten verteilte sich die Zunahme im Jahre 1921 wie folgt: Preußen 2 161, Bayern 326, Sachsen 63, Württemberg 150, Baden 236, Hessen 58 und die übrigen Bundesstaaten 217.

Nach dem Gegenstande des Unternehmens sind an der Zunahme (— Abnahme) im Berichtsjahre 1921 beteiligt:

	Neueintragungen	Auflösungen	Zunahme (— Abnahme)
1. Kreditgenossenschaften	601	155	446
darunter Darlehnskassenvereine . .	539	98	441
2. Rohstoffgenossenschaften, gewerbl. .	304	165	139
3. Rohstoffgenossenschaften, landw. . .	412	64	348
4. Wareneinkaufsvereine	177	157	20
5. Werkgenossenschaften, gewerbl. . . .	49	25	24
darunter Elektrizitätsgenossensch. .	5	—	5
6. Werkgenossenschaften, landw. . . .	1 534	210	1 324
darunter Elektrizitätsgenossensch. .	1 396	153	1 243
7. Genossenschaften zur Beschaffung von Maschinen und Geräten . . .	2	1	1
8. Magazingenossenschaften, gewerbl. .	4	8	— 4
9. „ , landw. . .	100	52	48
10. Rohstoff- u. Magazingen., gewerbl.	20	63	— 43
11. „ „ „ , landw. .	3	3	—
12. Produktivgenossenschaften, gewerbl.	186	195	— 9
13. „ , landw. .	153	90	63
darunter Meiereigenossenschaften .	114	65	49
14. Zuchtvieh- u. Weidegenossenschaften	130	36	94
15. Konsumvereine	175	183	— 8
16. Wohnungs- u. Baugenossenschaften, eigentliche	690	116	574
17. Wohnungs- u. Baugenossenschaften, Vereinshäuser	33	8	25
18. Sonstige Genossenschaften	243	70	173
Summe . . .	4 816	1 601	3 215.

1. Die eingetragenen Genossenschaften nach der Haftpflichtart in den Bundesstaaten am 1. Januar 1921 und 1922.

(Ohne die Zentralgenossenschaften)

Bundesstaaten und Landesteile		Genossenschaften insgesamt	mit u. H.	mit u. N.	mit b. H.
1		2	3	4	5
Deutsches Reich	1921	44 279	21 190	128	22 961
	1922	47 490	21 428	125	25 937
1. Preußen	1921	24 915	10 077	107	14 731
	1922	27 076	10 228	106	16 742
und zwar: Provinz Ostpreußen . .	1921	938	567	6	365
	1922	994	567	6	421
Stadtkreis Berlin	1921	584	17	—	567
	1922	618	18	—	600
Provinz Brandenburg .	1921	2 575	1 198	33	1 344
	1922	3 029	1 213	33	1 783
„ Pommern . . .	1921	2 222	318	2	1 902
	1922	2 339	329	2	2 008

Noch: 1. Die eingetragenen Genossenschaften nach der Haftpflichtart in den Bundesstaaten am 1. Januar 1921 und 1922.

(Ohne die Zentralgenossenschaften.)

Bundesstaaten und Landesteile		Genossenschaften insgesamt	mit u. H.	mit u. N.	mit b. H.
1		2	3	4	5
Grenzmark Posen-Westpreußen	1921	297	150	—	147
	1922	319	157	—	162
Provinz Schlesien	1921	4 041	1 901	4	2 136
	1922	4 660	1 903	4	2 753
„ Sachsen	1921	2 228	136	15	2 077
	1922	2 324	131	15	2 178
„ Schleswig-Holstein	1921	1 315	871	1	443
	1922	1 423	909	1	513
„ Hannover	1921	2 823	1 342	29	1 452
	1922	3 087	1 381	28	1 678
„ Westfalen	1921	2 260	562	6	1 692
	1922	2 378	563	6	1 809
„ Hessen-Nassau	1921	1 968	1 258	3	707
	1922	2 036	1 259	3	774
Rheinprovinz	1921	3 569	1 693	8	1 868
	1922	3 762	1 719	8	2 035
Hohenzollernsche Lande	1921	95	64	—	31
	1922	107	79	—	28
2. Bayern	1921	7 697	5 447	3	2 247
	1922	8 023	5 492	2	2 529
und zwar:					
Nordbayern	1921	3 597	2 435	2	1 160
	1922	3 717	2 430	1	1 286
Südbayern	1921	3 253	2 321	1	931
	1922	3 432	2 371	1	1 060
Rheinpfalz	1921	847	691	—	156
	1922	874	691	—	183
3. Sachsen	1921	1 616	438	1	1 177
	1922	1 679	448	1	1 230
4. Württemberg	1921	2 544	1 867	3	674
	1922	2 694	1 876	3	815
5. Baden	1921	2 313	983	4	1 326
	1922	2 549	979	4	1 566
6. Hessen	1921	1 225	461	—	764
	1922	1 283	400	—	883
7. Mecklenburg-Schwerin	1921	766	515	3	248
	1922	869	542	3	324
8. Mecklenburg-Strelitz	1921	106	60	1	45
	1922	120	63	1	56
9. Oldenburg	1921	605	352	—	253
	1922	667	388	—	279
10. Braunschweig	1921	519	222	4	293
	1922	530	223	4	303
11. Land Thüringen	1921	1 316	664	—	652
	1922	1 353	687	—	666
und zwar:					
Sachsen-Weimar	1921	393	202	—	191
	1922	410	207	—	203
Sachsen-Meiningen	1921	296	148	—	148
	1922	304	154	—	150
Sachsen-Altenburg	1921	145	82	—	63
	1922	151	87	—	64
Sachsen-Gotha	1921	154	74	—	80
	1922	159	76	—	83
Schwarzburg-Sondershausen	1921	76	43	—	33
	1922	81	46	—	35
Schwarzburg-Rudolstadt	1921	123	49	—	74
	1922	125	49	—	76
Reuß	1921	129	66	—	63
	1922	123	68	—	55
12. Anhalt	1921	150	2	1	147
	1922	169	2	1	166
13. Waldeck	1921	77	56	1	20
	1922	78	55	—	23
14. Schaumburg-Lippe	1921	46	7	—	39
	1922	42	6	—	36
15. Lippe	1921	69	24	—	45
	1922	67	24	—	43
16. Lübeck	1921	33	3	—	30
	1922	31	3	—	28
17. Bremen	1921	63	3	—	60
	1922	60	3	—	57
18. Hamburg	1921	219	9	—	210
	1922	200	9	—	191

2. Die eingetragenen Genossenschaften im Deutschen Reiche nach der Haftpflichtart und dem Gegenstande des Unternehmens am 1. Januar 1921 und 1922.*)

(Ohne die Zentralgenossenschaften.)

Gegenstand des Unternehmens		Genossenschaften insgesamt	mit u. H.	mit u. N.	mit b. H.
1		2	3	4	5
1. Kreditgenossenschaften	1921	19 971	16 616	33	3 322
	1922	20 420	16 769	30	3 621
darunter Darlehnskassenvereine	1921	18 086	16 006	15	2 065
	1922	18 530	16 286	15	2 229
2. Rohstoffgenossenschaften, gewerbliche	1921	2 041	11	3	2 027
	1922	2 182	12	3	2 167
3. Rohstoffgenossenschaften, landwirtschaftliche	1921	3 655	1 309	3	2 343
	1922	4 001	1 329	3	2 669
4. Wareneinkaufsvereine	1921	1 301	5	—	1 296
	1922	1 320	6	—	1 314
5. Werkgenossenschaften, gewerbliche	1921	344	55	1	288
	1922	367	56	1	310
darunter Elektrizitätsgenossenschaften	1921	28	1	—	27
	1922	33	2	—	31
6. Werkgenossenschaften, landwirtschaftliche	1921	3 953	598	6	3 349
	1922	5 277	681	6	4 590
darunter Elektrizitätsgenossenschaften	1921	3 069	267	1	2 801
	1922	4 311	354	1	3 956
7. Gen. zur Beschaffung von Maschinen und Geräten	1921	16	4	—	12
	1922	17	4	—	13
8. Magazingenossenschaften, gewerbliche	1921	139	7	1	131
	1922	135	6	1	128
9. Magazingenossenschaften, landwirtschaftliche	1921	870	58	—	812
	1922	914	57	—	857
10. Rohstoff- und Magazingen., gewerbliche	1921	392	3	—	389
	1922	349	3	—	346
11. Rohstoff- und Magazingen., landwirtschaftliche	1921	43	3	—	40
	1922	42	2	—	40
12. Produktivgenossenschaften, gewerbliche	1921	1 286	12	2	1 272
	1922	1 275	9	2	1 264
13. Produktivgenossenschaften, landwirtschaftliche	1921	3 751	2 300	72	1 379
	1922	3 814	2 290	72	1 452
darunter: Meiereigenossenschaften	1921	3 177	2 080	67	1 030
	1922	3 226	2 070	67	1 089
Brennereien	1921	112	29	—	83
	1922	115	28	—	87
Winzervereine	1921	198	179	2	17
	1922	203	182	2	19
Gen. f. d. Bau u. Vertrieb v. Feld- u. Gartenfrüchten	1921	246	9	3	234
	1922	246	7	3	236
Schlacht-, Fischerei- u. Forstgenossensch.	1921	18	3	—	15
	1922	24	3	—	21
14. Zuchtvieh- und Weidegenossenschaften	1921	733	76	2	655
	1922	827	81	2	744
15. Konsumvereine	1921	2 440	94	2	2 344
	1922	2 434	82	2	2 350
16. Wohnungs- und Baugen., eigentliche	1921	2 545	6	—	2 539
	1922	3 118	5	—	3 113
17. Wohnungs- und Baugen., Vereinshäuser	1921	144	2	—	142
	1922	169	2	—	167
18. Sonstige Genossenschaften	1921	655	31	3	621
	1922	829	34	3	792
Summe	1921	44 279	21 190	128	22 961
	1922	47 490	21 428	125	25 937

*) Die rechnerische Unstimmigkeit in einzelnen Gruppen beruht auf Änderungen in der Gruppierung. 4 Genossenschaften sind durch Entwickelung zu Zentralgenossenschaften in Abgang gekommen.

3. Die Bewegung der eingetragenen Genossenschaften im Deutschen Reiche nach Haftpflichtarten und dem Gegenstande des Unternehmens in den Kalenderjahren 1920 und 1921.

(Ohne die Zentralgenossenschaften.)

Gegenstand des Unternehmens		a. Neugründungen				b. Auflösungen				c. Zugang durch Übertritt von einer Haftpflichtart in die andere[1])				d. Abgang durch Übertritt von einer Haftpflichtart in die andere[1])			
		Genossenschaften				Genossenschaften				Genossenschaften				Genossenschaften			
		insgesamt	mit u. H.	mit u. N.	mit b. H.	insgesamt	mit u. H.	mit u. N.	mit b. H.	insgesamt	mit u. H.	mit u. N.	mit b. H.	insgesamt	mit u. H.	mit u. N.	mit b. H.
1		2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
1. Kreditgenossenschaften	1920	969	707	—	262	104	52	1	51	303	2	—	301	303	299	2	2
	1921	601	395	—	206	155	86	1	68	168	5	—	163	165	161	2	2
darunter Darlehnskassenvereine	1920	917	704	—	213	61	46	—	15	211	2	—	209	211	208	1	2
	1921	539	392	—	147	98	74	—	24	47	5	—	42	44	42	—	2
2. Rohstoffgenossenschaften, gewerbl.	1920	434	1	—	433	70	1	—	69	—	—	—	—	—	—	—	—
	1921	304	1	—	303	165	—	—	165	—	—	—	—	—	—	—	—
3. „ , landw.	1920	466	50	—	416	31	8	—	23	8	1	—	7	8	7	—	1
	1921	412	51	—	361	64	20	—	44	11	—	—	11	14	11	—	3
4. Wareneinkaufsvereine	1920	352	1	—	351	74	—	—	74	—	—	—	—	—	—	—	—
	1921	177	1	—	176	157	—	—	157	2	1	—	1	2	1	—	1
5. Werkgenossenschaften, gewerbl.	1920	64	—	—	64	22	4	—	18	—	—	—	—	—	—	—	—
	1921	49	1	—	48	25	—	—	25	—	—	—	—	—	—	—	—
darunter Elektrizitätsgenossensch.	1920	8	—	—	8	4	1	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—
	1921	5	1	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6. Werkgenossenschaften, landw.	1920	831	58	—	773	162	29	1	132	2	1	—	1	2	1	—	1
	1921	1 534	111	—	1 423	210	27	—	183	3	1	—	2	3	2	—	1
darunter Elektrizitätsgenossensch.	1920	705	47	—	658	104	6	—	98	—	—	—	—	—	—	—	—
	1921	1 396	99	—	1 297	153	12	—	141	1	1	—	—	1	—	—	1
7. Gen. z. Besch. v. Masch. u. Geräten	1920	5	1	—	4	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
	1921	2	—	—	2	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
8. Magazingenossensch., gewerbl.	1920	17	—	—	17	5	—	—	5	1	—	—	1	1	1	—	—
	1921	4	—	—	4	8	1	—	7	—	—	—	—	—	—	—	—
9. „ , landw.	1920	201	1	—	200	25	1	—	24	—	—	—	—	—	—	—	—
	1921	100	4	—	96	52	5	—	47	—	—	—	—	—	—	—	—
10. Rohstoff- u. Magazingen., gewerbl.	1920	68	—	—	68	9	—	—	9	—	—	—	—	—	—	—	—
	1921	20	—	—	20	63	—	—	63	—	—	—	—	—	—	—	—
11. „ „ „ , landw.	1920	4	—	—	4	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1921	3	—	—	3	3	1	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—
12. Produktivgenossensch., gewerbl.	1920	285	2	—	283	163	2	—	161	—	—	—	—	—	—	—	—
	1921	186	—	—	186	195	3	—	192	—	—	—	—	—	—	—	—
13. „ , landw.	1920	126	56	—	70	90	37	1	52	7	—	—	7	7	7	—	—
	1921	153	46	—	107	90	47	—	43	9	—	—	9	9	9	—	—
darunter Meiereigenossenschaften	1920	86	50	—	36	52	31	1	20	6	—	—	6	6	6	—	—
	1921	114	40	—	74	65	43	—	22	7	—	—	7	7	7	—	—
14. Zuchtvieh- und Weidegenossensch.	1920	125	8	—	117	20	3	—	17	—	—	—	—	—	—	—	—
	1921	130	8	—	122	36	3	—	33	—	—	—	—	—	—	—	—
15. Konsumvereine	1920	329	—	—	329	107	2	—	105	1	—	—	1	1	—	1	—
	1921	175	1	—	174	183	9	—	174	4	—	—	4	4	4	—	—
16. Wohnungs- u. Baugen., eigentl.	1920	476	—	—	476	56	—	—	56	—	—	—	—	—	—	—	—
	1921	690	—	—	690	116	1	—	115	—	—	—	—	—	—	—	—
17. „ „ „ , Vereinsh.	1920	18	—	—	18	8	—	—	8	—	—	—	—	—	—	—	—
	1921	33	—	—	33	8	—	—	8	—	—	—	—	—	—	—	—
18. Sonstige Genossenschaften	1920	230	6	1	223	46	—	1	45	1	—	—	1	1	1	—	—
	1921	243	4	—	239	70	—	—	70	1	—	—	1	1	1	—	—
Summe	1920	5 000	891	1	4 108	994	140	4	850	323	4	—	319	323	316	3	4
	1921	4 816	623	—	4 193	1 601	203	1	1 397	198	7	—	191	198	189	2	7

[1]) 3 Genossenschaften sind im Jahre 1921 be dem Übertritt in die andere Haftpflichtart von den landwirtschaftlichen Rohstoffgenossenschaften nach den Kreditgenossenschaften (Darlehnskassenvereinen) überführt worden.

Auf eine Anregung aus Genossenschaftskreisen werden in der Statistischen Abteilung der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse Monatsnachweise über die Genossenschaftsbewegung im Deutschen Reiche aufgestellt. Diese Monatsnachweise beruhen nicht auf dem amtlichen Zählmaterial, da dieses bestimmungsgemäß nur vierteljährlich bei der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse einläuft; sie werden lediglich aus den Veröffentlichungen der Registergerichte im Deutschen Reichsanzeiger zusammengetragen, können aber auf absolute Genauigkeit keinen Anspruch machen, weil sie im Interesse einer alsbaldigen Bekanntgabe mit den Veröffentlichungen am letzten Monatstage abschließen, während die neuen oder aufgelösten Genossenschaften aus den letzten Monatstagen teilweise erst im nachfolgenden Monat veröffentlicht werden. Nach den Monatsnachweisen für Januar bis einschließlich Dezember 1922 sind 4 024 Neueintragungen und 1 622 Auflösungen von Genossenschaften vorgekommen. Demgemäß beziffert sich der Genossenschaftsstand im Deutschen Reiche unter Beachtung des Vorhergesagten am 1. Januar 1923 auf 49 892 eingetragene Genossenschaften. Von dieser Zahl sind jedoch in Abrechnung zu bringen 315 Genossenschaften, die durch die Teilung Oberschlesiens verlorengegangen sind. Von den vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1922 neu eingetragenen und aufgelösten Genossenschaften entfallen

auf	Neu-eintragungen	Auf-lösungen	Zunahme
Preußen	2 684	1 051	1 633
Bayern	387	185	202
Sachsen	110	58	52
Württemberg	106	33	73
Baden	267	51	216
Hessen	99	31	68
andere Bundesstaaten	371	213	158
Summe	**4 024**	**1 622**	**2 402.**

Nach dem Gegenstande des Unternehmens verteilten sich die Neueintragungen und Auflösungen von Genossenschaften in den Monaten Januar bis Ende Dezember 1922, wie folgt:

Gegenstand des Unternehmens	Neuein-tragungen	Auf-lösungen	Zunahme (— Abnahme)
1. Kreditgenossenschaften	562	196	366
darunter Darlehnskassenvereine	493	107	386
2. Rohstoffgenossenschaften, gewerbl.	143	162	— 19
3. „ , landw.	441	60	381
4. Wareneinkaufsvereine	200	152	48
5. Werkgenossenschaften, gewerbl.	26	36	— 10
darunter Elektrizitätsgenossensch.	8	3	5
6. Werkgenossenschaften, landw.	1 374	201	1 173
darunter Elektrizitätsgenossensch.	1 195	163	1 032
7. Gen. z. Beschaffung v. Maisch. usw.	2	—	2
8. Magazingenossenschaften, gewerbl.	9	11	— 2
9. „ , landw.	125	69	56
10. Rohstoff- u. Magazingen., gewerbl.	14	41	— 27
11. „ „ „ , landw.	2	1	1
12. Produktivgenossenschaften, gewerbl.	81	172	— 91
13. „ , landw.	133	72	61
darunter Meiereigenossenschaften	94	49	45
14. Zuchtvieh- u. Weidegenossensch.	135	48	87
15. Konsumvereine	200	144	56
16. Wohnungs- u. Baugen., eigentliche	354	156	198
17. „ „ „ , Vereinshäuser	42	6	36
18. Sonstige Genossenschaften	181	95	86
Summe	**4 024**	**1 622**	**2 402.**

In der Bewegung der Zentralgenossenschaften sind für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 1922 10 Neugründungen und 7 Auflösungen zu verzeichnen.

4. Die Zentral- (Haupt-) Genossenschaften nach dem Gegenstande des Unternehmens in den Bundesstaaten am 1. Januar 1921 und 1922.*)

Bundesstaaten		Gesamtzahl der Zentral- (Haupt-) Genossenschaften	Zentral-kredit-genossenschaften	Hauptgenossenschaften für gewerbliche Rohstoffvereine	Hauptgenossenschaften für landwirtschaftliche Rohstoffvereine	Hauptgenossenschaften für den Absatz landwirtschaftlicher Artikel und andere
1		2	3	4	5	6
Deutsches Reich	1921	144	57	29	31	27
	1922	149	57	25	32	35
1. Preußen	1921	93	41	17	21	14
	1922	99	41	14	21	23
2. Bayern	1921	15	4	3	3	5
	1922	14	4	2	3	5
3. Sachsen	1921	10	2	4	2	2
	1922	9	2	4	2	1
4. Württemberg	1921	4	2	1	1	—
	1922	4	2	1	1	—
5. Baden	1921	9	3	1	2	3
	1922	9	3	1	2	3
6. Hessen	1921	2	1	—	1	—
	1922	2	1	—	1	—
7. Mecklenburg-Schwerin	1921	4	3	—	—	1
	1922	5	3	—	1	1
8. Land Thüringen	1921	1	—	1	—	—
	1922	1	—	1	—	—
und zwar: Reuß	1921	1	—	1	—	—
	1922	1	—	1	—	—
9. Oldenburg	1921	4	1	1	1	1
	1922	4	1	1	1	1
10. Hamburg	1921	2	—	1	—	1
	1922	2	—	1	—	1

5. Die Bewegung der Zentral- (Haupt-) Genossenschaften im Deutschen Reiche.*)

1. Im Kalenderjahr 1920.

Neugründungen.

1. Berlin, Verband deutscher Sattler- und Tapezierergenossenschaften.
2. Breslau, Zentrale der Viehverwertungsgenossenschaften Schlesiens.
3. Breslau, Elektrizitätszentralgenossenschaft für Schlesien.
4. Breslau, Schlesische Kleinbauernbank.
5. Dortmund, Einkaufszentrale für die Genossenschaften des Wirtegewerbes im Bezirk Westfalen und Lippe.
6. Dresden, Kartell der fleischergewerblichen Genossenschaften in Sachsen.
7. Flensburg, Landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft.
8. Halle, Mitteldeutsche Bauzentrale, gemeinnützige Zentralgenossenschaft für das Mitteldeutsche Baugewerbe.
9. Herne, Bauhütte Herne und Umgegend.
10. Jork, Vereinigung Altländer Bezugs- und Absatzgenossenschaften.
11. Karlsruhe, Badische landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft.
12. Leipzig, Landes-Genossenschaft des sächsischen Maler- und Lackierer-Gewerbes.
13. Magdeburg, Zentral-Einkaufs-Genossensch. deutscher Konditoren.
14. Nürnberg, Lieferungsverbd. nordbayerischer Baugenossenschaften.
15. Schwerin i./M., Zentralbank mecklenburgischer Genossenschaften.
16. Stettin, Zentralarbeitsgenossenschaft.

Auflösungen.

1. Breslau, Zentral-Bekleidungsgenossenschaft für Schlesien.
2. Hannover, Zentralgenossenschaftsbank.
3. Weimar, Handwerker Zentralgenossenschaft Sachsen-Weimar.

2. Im Kalenderjahr 1921.

Neugründungen.

1. Berlin, Elektro-Hauptgenossenschaft.
2. Brink, Zentralimkergenossenschaft Hannover.
3. Esens, Verband der Elektrizitätsgenossenschaften des Harlingerlandes, e. G. m. u. H.
4. Hamm, Westfälische Hauptimkergenossenschaft.
5. Königsberg i. Pr., Ostpreußische Zentralgenossenschaft für Viehverwertung.
6. Münster i. W., Verkaufsgenossenschaft des Meiereiverbandes für Westfalen und Lippe.
7. Oppeln, Zentralgenossenschaftsbank für Oberschlesien.
8. Oppeln, Landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft für Oberschlesien.
9. Schwerin, Zentral-Warengenossenschaft „Raiffeisen" für beide Mecklenburg.

Auflösungen.

1. Berlin, Berlin-Brandenburgische Bauvereinsbank.
2. Berlin, Zentral-Einkaufs-Genossenschaft deutscher Tapezierer-Genossenschaften und verwandter Berufe.
3. Bremervörde, Vereinigung der Bremervörder landw. Bezugs- und Absatzgenossenschaften.
4. Dortmund, Sattler-Zentralgenossenschaft für den Handwerkskammerbezirk Dortmund.
5. Dortmund, Zentralgenossenschaft für das Schneiderhandwerk im Kammerbezirk Dortmund.
6. Dresden, Zentralgenossenschaft sächsischer Mühlenvereinigungen.
7. Flensburg, Landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft.
8. Nürnberg, Verband süddeutscher Einkaufs- und Lieferungsgenossenschaften im Schneidergewerbe.

*) Sämtliche Zentral- (Haupt-) Genossenschaften, bis auf eine, haben die beschränkte Haftpflicht. — 4 Einzelgenossenschaften sind durch Entwickelung bei den Zentralgenossenschaften für 1922 in Zugang gekommen.

Das Gefrierfleisch als Ersatz für frisches Fleisch. — Fach- und Tagespresse haben in der letzten Zeit häufig auf die Bedeutung des Gefrierfleisches als Ersatz für das frische Fleisch hingewiesen, ausgehend von der Tatsache, daß frisches Fleisch in Deutschland zurzeit knapp und sehr teuer ist, Gefrierfleisch aber in wesentlichen Mengen zu billigerem Preise vom Ausland herangeführt werden kann. Widerstand gegen diese Zufuhr von Gefrierfleisch wurde nach zwei Richtungen gehört: Einmal soll es dem Geschmack der Bevölkerung nicht entsprechen, zum anderen soll es „auch nicht viel billiger" sein als das frische Fleisch. Dem ersten Einwand läßt sich mit statistischer Methode nicht ankommen, zur Nachprüfung des zweiten sollen die nachstehenden Zahlen dienen.

Seit der zweiten Hälfte November 1922 wird in Ausführung des Ministerialerlasses vom 30. September 1922 über die Ermittlung der Fleischpreise im Kleinhandel bei der preußischen Kleinhandelspreisstatistik auch nach den Preisen für Gefrierfleisch gefragt. Über die Menge des eingeführten und verkauften Gefrierfleisches liegen dagegen keine Angaben vor. Man muß aber annehmen, daß überall dort, wo Preise von Gefrierfleisch notiert werden, solches auch in wesentlichem Umfange auf den Markt kam. Die Zahl der Orte, die Preise für Gefrierfleisch notieren, ist in der letzten Zeit unter dem Druck der allgemeinen Preissteigerung gestiegen. Es waren in der zweiten Hälfte November 5, in der ersten Hälfte Dezember 3, in der zweiten 2, in der ersten Hälfte Januar 6, in der zweiten 5, in der ersten Hälfte Februar 4, in der zweiten 15[1]), in der ersten und in der zweiten Hälfte März je 13 Gemeinden[2]). Wegen der Preise, zu denen das Gefrierfleisch verkauft wurde, wird auf die betreffenden Tabellen in den „Amtlichen Preisberichten" verwiesen; sie halten sich durchweg unter den Preisen für frisches Fleisch. Für den letzten Berichtszeitraum (zweite Hälfte März 1923) sind die Preise sowie die Preisunterschiede aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich.

Gefrierfleischpreise im Kleinhandel.

Orte, die Gefrierfleisch notierten	Zweite Hälfte März 1923.					
	Bratfleisch von der Keule		Kochfleisch vom Vorderviertel		Kochfleisch vom Bauch	
	Preis M für 1 kg	= % des Frischfleischpreises	Preis M für 1 kg	= % des Frischfleischpreises	Preis M für 1 kg	= % des Frischfleischpreises
Görlitz	5 567	82,8	5 483	82,6	5 600	85,7
Halle a. S.	5 050	70,8	5 050	70,8	4 800	69,5
Erfurt	7 000	82,4	5 800	78,4	5 800	78,4
Altona	5 900	69,7	5 300	65,7	4 700	58,2
Harburg	5 300	71,7	5 233	73,7	5 200	71,9
Bielefeld	5 400	69,2	5 200	72,2	5 200	72,2
Cassel	4 900	67,4	4 800	66,6	4 800	68,4
Hanau	5 200	76,5	5 200	76,5	5 200	76,5
Frankfurt a./M.	4 850	79,8	4 850	79,8	4 850	79,8
Coblenz	6 400	88,9	6 400	88,9	6 400	88,9
Düsseldorf	5 600	83,8	5 600	83,8	5 600	83,8
Köln	5 900	64,4	5 775	63,4	5 583	61,9
Aachen	6 300	71,9	6 300	71,9	5 900	68,9.

Die Preise für Gefrierfleisch betrugen danach beim Bratfleisch zwischen 64,4 und 88,9 %, beim Kochfleisch vom Vorderviertel zwischen 63,4 und 88,9 %, beim Kochfleisch vom Bauch zwischen 58,2 und 88,9 % der Frischfleischpreise. Ein Haushalt, der das durchaus einwandfreie Gefrierfleisch kauft, spart daher beträchtlich oder kann sich mit dem gleichen Geldaufwand einen größeren Fleischverbrauch gestatten.

[1]) außer den in der nachstehenden Tabelle aufgeführten Orten noch Wiesbaden, Duisburg, Crefeld, Münster, während Coblenz und Düsseldorf in der zweiten Hälfte Februar noch fehlten. — [2]) von insgesamt 62 Berichtsorten der Fleischpreisstatistik.

Wie werden die Unterlagen für die Teuerungsstatistik gewonnen? — Die amtliche Reichsteuerungsstatistik wurde auf Anregung des Reichsarbeitsministeriums eingerichtet, um für Lohnverhandlungen mit der gewerblichen Arbeiterschaft zuverlässige Unterlagen über örtliche Teuerungsverhältnisse zu erhalten. Im Laufe ihres nunmehr dreijährigen Bestehens hat sie über diesen ursprünglichen Zweck hinaus allgemeinere Bedeutung für das Wirtschaftsleben dadurch erlangt, daß sie die Grundlage für die Berechnung der „Reichsinderziffer" liefert, die heute ein viel gebrauchtes Hilfsmittel geworden ist, um zahlreiche aus der Geldentwertung entstandene Fragen zu lösen. So werden nicht nur bei Lohn- und Gehaltsregelungen ständig Teuerungszahlen und Inderziffern zu Rate gezogen, auch im allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr ist es üblich geworden, Preise, Beiträge, Renten, Verpflegungssätze und andere Leistungen, die einst auf eine feste Geldsumme lauteten, mit Hilfe der Teuerungsstatistik beweglich zu machen, um ihren Realwert auch unter veränderten Geldverhältnissen annähernd auf der gleichen Höhe zu erhalten. Von Bedeutung ist weiterhin, daß die Rechtsprechung der Wuchergerichte auf Grund von Richtlinien des Reichswirtschaftsministeriums dazu übergeht, bei der Preiskalkulation im Kleinhandel es für zulässig zu erachten, daß die zwischen Einkaufs- und Verkaufszeit eingetretene Geldentwertung durch einen Aufschlag entsprechend dem Steigen der Reichsinderziffer für die Lebenshaltungskosten ausgeglichen wird.

Die Teuerungsstatistik ist folgendermaßen organisiert. In allen Gemeinden des Deutschen Reichs mit mehr als 10 000 Einwohnern und einigen kleineren — insgesamt 560, von denen 367 auf Preußen entfallen — finden allmonatlich an einem Stichtage Erhebungen über die Preise wichtiger Lebensbedürfnisse statt, und zwar von Nahrungsmitteln, von Heiz- und Leuchtstoffen und von Wohnungen. Insgesamt werden 53 Positionen erfragt, davon 40 für Nahrungsmittel. Aus diesen Preisen berechnen die Statistischen Landesämter für jede Gemeinde eine sogenannte Teuerungszahl. Sie benutzen dabei ein festes Verbrauchsschema, das nach Art und Menge der in ihm enthaltenen Güter dem vierwöchentlichen Bedarf einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie an Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung angepaßt ist. Die Nahrungsmittelmenge beträgt, in Wärmeeinheiten umgerechnet, etwas mehr als 10 000 Kalorien täglich und entspricht dem physiologischen Mindestbedarf der zugrunde gelegten Normalfamilie, die aus Mann, Frau und 3 Kindern im Alter von 12, 7 und 1½ Jahren besteht. Sie enthält die folgenden hauptsächlichsten Nahrungsmittel mit bestimmten, ihrem Verbrauch im Haushalt entsprechenden Mengen: Brot, Mehl, Nährmittel, Kartoffeln, Gemüse, Fleisch, Schellfische, Speck, Fett, Salzheringe, Dörrobst, Zucker, Eier, Vollmilch. Die Teuerungszahl eines Ortes gibt also die Geldsumme an, die für den Ankauf sämtlicher in dem Verbrauchsschema enthaltenen Lebensbedürfnisse im Erhebungsmonat erforderlich ist. Aus den Veränderungen, die die Teuerungszahl von Monat zu Monat erfährt, ergibt sich das Steigen oder Fallen der örtlichen Lebenshaltungskosten.

Von den Erhebungsgemeinden sind eine Anzahl — im Reich 71, in Preußen 34 — ausgewählt, in denen die Preiserhebungen nicht nur einmal sondern zweimal im Monat vorgenommen werden und sich außer auf die obengenannten Lebensbedürfnisse auch auf den Bekleidungsbedarf erstrecken. Aus den Teuerungszahlen dieser Gemeinden, die im amtlichen Verkehr auch „Eildienstgemeinden" genannt werden, weil sie besonders schnell und pünktlich zu berichten haben, berechnet das Statistische Reichsamt unter Berücksichtigung der Einwohnerzahlen sämtlicher Gemeinden der einzelnen Ortsgrößenklassen eine Durchschnittsteuerungszahl. Auf Grund der Preise von 1913/14 ist in derselben Weise für die Vorkriegszeit eine Durchschnittsteuerungszahl berechnet und gleich 1 (früher 100) gesetzt worden. Hierauf werden die Teuerungszahlen der Gegenwart bezogen und werden dadurch aus Grundzahlen (Markbeträgen) zu Verhältniszahlen. Sie werden vom Statistischen Reichsamt unter dem Namen „Reichsinderziffern" veröffentlicht und geben an,

wie hoch die Kosten der von ihnen erfaßten Lebensbedürfnisse im Reichsdurchschnitt gestiegen sind, wenn sie für die Vorkriegszeit gleich 1 (früher 100) gesetzt werden.

Gemäß der eingangs geschilderten Bedeutung der Teuerungsstatistik für das Wirtschaftsleben verdient die Gewinnung ihrer Unterlagen, die Feststellung der Preise in den einzelnen Berichtsorten, allgemeine Beachtung. Welche Maßnahmen getroffen sind, um die Preiserhebungen möglichst sicher und zuverlässig zu gestalten, und welches Verfahren sich in den preußischen Berichtsorten allmählich herausgebildet hat, soll nachstehend dargelegt werden.

Bei der Einrichtung der Teuerungsstatistik ergab sich von vornherein die Notwendigkeit, ihr eine eigene Preisstatistik unterzubauen, damit sie für alle Teile des Reichs vergleichbare Ergebnisse liefert. Auf die vorhandenen Preisstatistiken der Länder konnte nicht zurückgegriffen werden, weil diese nach verschiedenen Methoden arbeiten und sich nicht auf alle von der Teuerungsstatistik benötigten Gegenstände erstrecken. Die allgemeinen Vorbedingungen für die Einheitlichkeit im Preiserhebungsverfahren sind bei der Teuerungsstatistik durch folgende Maßnahmen gegeben:

1. Alle Berichtsorte nehmen die Erhebungen nach einer gleichlautenden Nachweisung vor, die eine möglichst genaue Beschreibung der in die Erhebung einbezogenen Waren enthält.

2. Für jedes der Lebensbedürfnisse ist die zu erfragende Preisart — amtlicher Preis, Freihandelspreis, häufigster Preis — genau vorgeschrieben.

3. In allen Gemeinden werden die Preise an ein und demselben Tage (Stichtage) ermittelt.

Die erste Maßnahme dient dem Ziel, überall dieselben Waren möglichst auch in gleicher Güte den Erhebungen zugrunde zu legen. Sie kommt in zahlreichen Zusätzen, Anmerkungen usw. auf dem Erhebungsformular zum Ausdruck. Wo die Vorschriften noch einen Spielraum zwischen mehreren Sorten lassen, wird immer der Preis für die marktgängigste ermittelt. Bei den Lebensmitteln genügen im allgemeinen die im Erhebungsvordruck verzeichneten Zusätze der Art wie „Rindfleisch (Kochfleisch mit Knochen)" oder „Butter (inländische, mittlere Sorte)", um vergleichbare Angaben zu erhalten. Auch die Brennstoffe bereiten keine Schwierigkeiten, da sie teils nur in einer Qualität vorkommen, wie Gas und Elektrizität, teils in wenigen leicht bestimmbaren Sorten gehandelt werden.

Schwieriger ist eine einheitliche Erfassung der Wohnungsmiete. Nicht nur wirken Unterschiede in der Lage und Ausstattung der Wohnung auf den Preis ein, auch die Ansichten darüber, was als Mietpreis anzusehen ist, können weit auseinander gehen. Tatsächlich ist sowohl die Wohnweise wie auch die Erhebungsweise der Miete in den Landesteilen und Gemeinden verschieden. Es hat hier mehrfacher Anweisungen des Statistischen Landesamts bedurft, um die Feststellung der Mietpreise einheitlich zu gestalten. Nach Einführung des Reichsmietengesetzes sind zwar die Grundsätze für die Berechnung der Miete überall einheitlich geworden, dennoch bleiben auch hier noch viele Zweifelspunkte übrig, wie z. B. die Einrechnung von Zuschlägen für große Instandsetzungsarbeiten oder für eigene Reparaturen des Mieters in seiner Wohnung, die gemeinsame Vorschriften von seiten der statistischen Zentralstellen erforderlich machen.

Die Feststellung von Preisen für Bekleidungsgegenstände ist ein besonders schwieriges Gebiet der Preisstatistik und daher von ihr bisher im allgemeinen gemieden worden. Für die Zwecke der Teuerungsstatistik war ihre Ermittelung nicht zu umgehen, da man die Befriedigung eines so wichtigen Bedürfnisses wie der Bekleidung bei der Berechnung von Inderziffern für die Kosten der Lebenshaltung auf die Dauer nicht außer acht lassen konnte. Die Schwierigkeiten beruhen auf der außerordentlichen Mannigfaltigkeit der Qualitäten, die nicht nur aus Unterschieden des Stoffs, sondern auch der Zutaten und der Machart herrühren. Um zu erreichen, daß in allen Gemeinden wenigstens annähernd dieselben Gegenstände bei der Preisermittelung berücksichtigt werden, sind die für die Statistik ausgewählten Kleidungsstücke (Oberkleider, Wäsche, Strümpfe, Schuhe) unter Mitwirkung von Sachverständigen so genau wie möglich auf dem Erhebungsvordruck gekennzeichnet worden. Außerdem wurden den Erhebungsbehörden Stoffproben übersandt. Trotzdem können die Ergebnisse nicht in jedem Einzelfall als sicher angesehen werden. Sie werden deshalb für zwischenörtliche Vergleiche nicht verwendet und dienen nur zur Errechnung einer Reichsinderziffer für die Kosten des Bekleidungsbedarfs.

Die Teuerungsstatistik berücksichtigt grundsätzlich alle Preise eines Artikels, die für den Verbrauch der Bevölkerung Bedeutung haben. Das sind zunächst amtliche Preise und Freihandelspreise; Schleichhandelspreise haben zur Zeit der Zwangswirtschaft eine sehr bedeutende Rolle gespielt, kommen aber heute nicht mehr in Frage. Die Ermittelung der amtlichen Preise ist für die Statistik am leichtesten, da sie ohne weiteres von den Behörden erfragt werden können und keine umfassenden Erkundigungen verursachen. Amtliche Preise bestehen gegenwärtig nur für einige Lebensmittel — Brot, Milch, Zucker — und für Kohlen.

Die Mietspreise sind in gewisser Beziehung auch als amtliche Preise anzusehen, da ihre Berechnungsweise gesetzlich geregelt ist. Da sie aber wegen ihres Aufbaues auf der Friedensmiete von Haus zu Haus verschieden sind, entfällt für die Statistik der Vorteil der mühelosen Erhebung. Es müssen also von den berichtenden Stellen aus einer möglichst großen Anzahl von Wohnungen, die den vorgeschriebenen Bedingungen entsprechen, Durchschnittsmietsätze für die Gemeinden gebildet werden. Die Mietseinigungsämter stehen hierbei den Erhebungsorganen als sachkundige Berater zur Seite.

Für alle im freien Handel befindlichen Waren, also die meisten Lebensmittel und die Bekleidungsgegenstände, werden die Preise seitens der Berichtsorte durch Nachfrage in den Geschäften ermittelt. Hierbei ist vorgeschrieben, daß die Erkundigungen in möglichst vielen Verkaufsstellen in allen Teilen der Gemeinde stattfinden, aber nur solche berücksichtigen, die der Allgemeinheit zugänglich sind und von der breiten Masse der Bevölkerung aufgesucht werden. Aus den Ergebnissen der Umfrage sind die sogenannten „häufigsten" Preise festzustellen. Man versteht darunter diejenigen Preise, die unter allen Notierungen am häufigsten vorkommen. Der „häufigste Preis" hat sich in der Preisstatistik allgemein eingebürgert. Man bevorzugt ihn hauptsächlich aus dem Grunde, weil er im Gegensatz zu dem rechnungsmäßig gefundenen Durchschnittspreis ein tatsächlich gezahlter Preis ist und sich auf diejenige Warensorte bezieht, die am meisten umgesetzt wurde, also am marktgängigsten war.

Die durch Festlegung von Stichtagen bewirkte zeitliche Einheit der Erhebungen in allen Gemeinden hat sich als unerläßlich für die Gewinnung vergleichbaren Preismaterials erwiesen. Bei den zuweilen recht stürmischen Preisveränderungen unserer Zeit spielt schon ein Unterschied von wenigen Tagen eine Rolle für die Preishöhe.

Die vorstehend geschilderten Maßnahmen bieten eine im allgemeinen ausreichende Gewähr zunächst dafür, daß die Preise in allen Gemeinden nach denselben Grundsätzen ermittelt werden. Zu ihnen treten weitere Vorkehrungen, die auf eine möglichst sorgfältige Durchführung der Erhebungen im einzelnen hinwirken sollen.

Verantwortlich für die ordnungsmäßige Vornahme der Erhebungen sind die Gemeindebehörden. Sie haben dabei Vertreter der gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zur Mitwirkung heranzuziehen und die Richtigkeit der an das Statistische Landesamt berichteten Preise durch Unterzeichnung der Preisnachweisungen bescheinigen zu lassen. Hierdurch wird erreicht, daß dauernd eine breite Bevölkerungsschicht an den Preisfeststellungen interessiert ist und durch das widerstreitende Interesse, das Arbeitgeber und Arbeitnehmer an den Ergebnissen der Teuerungsstatistik meist haben, für eine den Tatsachen entsprechende Berichterstattung gesorgt wird. Damit wird der Statistik die Gewähr geboten, daß die von ihr berechneten Teuerungszahlen und Reichsinderziffern auf Preisunterlagen beruhen, die von der Öffentlichkeit geprüft und

anerkannt sind, und daher in dieser Richtung nicht beanstandet werden können.

Im Statistischen Landesamt werden die von den Gemeinden mitgeteilten Preise nochmals überprüft. Sie werden erstens für dieselbe Ware unter den benachbarten Orten verglichen und ferner für dieselbe Gemeinde den Vormonatspreisen gegenübergestellt. Ergeben sich hierbei irgendwelche Auffälligkeiten, so werden Rückfragen vorgenommen. Wenn auch bei den unnormalen Wirtschaftsverhältnissen der Gegenwart, die die Ausbildung einer einheitlichen Marktlage kaum zulassen, die Möglichkeiten einer Nachprüfung auf diesem Wege sehr beschränkt sind, so gelingt es doch, noch mancherlei Fehler aus den Nachweisungen auszumerzen, die teils auf falscher Auffassung beruhen, teils reine Versehen sein können, wie Beziehung des Preises auf eine falsche Gewichtseinheit und ähnliches.

Es kann gesagt werden, daß das auf die vorstehend geschilderte Weise gewonnene Preismaterial der Teuerungsstatistik an Zuverlässigkeit dauernd zugenommen hat. Die Berichtsorte, von denen manche die Erhebung zunächst nur widerwillig oder schematisch betrieben, haben ihre Bedeutung erkannt und Interesse dafür gewonnen. Das Erhebungsverfahren ist in den Gemeinden immer zweckmäßiger und sicherer gestaltet worden. Auf der anderen Seite haben die mit der Bearbeitung des Materials betrauten Arbeitskräfte des Statistischen Landesamts allmählich eine derartige Schulung erlangt, daß auch die Beurteilung des Materials vor seiner Verwendung einen erheblichen, jedenfalls hinreichenden Grad von Sicherheit erreicht hat.

Abschließend sei noch erwähnt, daß die für die Zwecke der Teuerungsstatistik vorgenommenen Preisermittelungen auch das Verfahren der alten, seit über 100 Jahren bestehenden Kleinhandelspreisstatistik des Preußischen Statistischen Landesamts beeinflußt haben. Die preußische Preisstatistik ermittelt in 136 Berichtsorten die häufigsten Kleinhandelspreise für eine Anzahl wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel und berührt sich dabei hinsichtlich der Berichtsorte und der erfragten Gegenstände teilweise eng mit der Teuerungsstatistik. Hierdurch schien es geboten, zur Vermeidung von Doppelarbeit beide Statistiken soweit als möglich unter Wahrung der gegenseitigen Unabhängigkeit zu vereinigen. Zu dem Zwecke sind die Berichtsorte der Preisstatistik, die früher in der Wahl ihrer Erhebungstage ziemlich selbständig waren, erstens angewiesen worden, ihre Preisermittelungen am Mittwoch jeder Woche vorzunehmen, der zugleich auch Stichtag für die Erhebungen der Teuerungsstatistik ist (und zwar bei der Teuerungsstatistik für die Gesamtheit der Berichtsorte einmal, für die Eildienstgemeinden zweimal, für die Städte mit statistischen Ämtern viermal im Monat). Zweitens ist für die Preisstatistik mit Ausnahme der Fleischpreisstatistik (s. jedoch unten) als Erhebungsvordruck im wesentlichen die Preisnachweisung der Teuerungsstatistik übernommen worden. Durch diese beiden Maßnahmen ist erreicht worden, daß Unterschiede in den Ergebnissen beider Erhebungen durch Feststellung der Preise an verschiedenen Tagen oder durch abweichende Beschreibungen derselben Gegenstände in den Vordrucken nicht mehr eintreten können. Gemeinden, die gleichzeitig für die Preis- und Teuerungsstatistik zu berichten haben, brauchen nunmehr für beide Statistiken die Preise nur einmal zu erheben. Eine Sonderbehandlung durch die Preisstatistik erfahren nach wie vor die Fleischpreise. Sie werden mit Hilfe einer eigenen Nachweisung nach besonderen Vorschriften in 63 Berichtsorten ermittelt. Dabei werden nicht nur die häufigsten Preise, sondern auch höchste, niedrigste und Durchschnittspreise festgestellt. Von einer Angleichung an die Teuerungsstatistik ist hier abgesehen worden, weil die preußische Fleischpreisstatistik gegenüber der Teuerungsstatistik den Vorzug der genauen Sortenbezeichnung besitzt.

Die Ergebnisse der Preisstatistik werden in der „Statistischen Korrespondenz" als Halbmonats- (früher Monats-) Durchschnittspreise veröffentlicht, wodurch also Zeitstreckenpreise gewonnen werden, während die Teuerungsstatistik nur Stichtagspreise verwendet.

Valuta und innere Kaufkraft der Mark. — Nach dem Zusammenbruch der Stützungsaktion dürfte es von Interesse sein, rückblickend festzustellen, welche Wirkung die zeitweilige Stabilisierung der Mark für ihre Kaufkraft auf dem inländischen Warenmarkt gehabt hat. Material hierfür bietet die amtliche Teuerungsstatistik, die mit ihren Teuerungszahlen für sämtliche Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern die Entwicklung der Kleinhandelspreise für eine Reihe wichtiger Lebensbedürfnisse — Ernährung, Bekleidung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung — erfaßt. Zweck und Organisation der Teuerungsstatistik sind bereits im vorstehendem Aufsatz näher dargelegt. Hier sind für den vorbezeichneten Zweck aus den Teuerungszahlen der 34 auf Preußen entfallenden „Eildienstgemeinden" nach dem bei der Berechnung der bekannten Reichsinderziffern angewandten Verfahren Inderziffern für das preußische Staatsgebiet berechnet worden, über deren Entwicklung die nachstehende Tabelle Aufschluß gibt.

Preußische Inderziffern für die Lebenshaltungskosten.

	Lebenshaltung (Ernährung, Bekleidung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung)	Bekleidung allein
	(+ Zunahme) (— Abnahme) in %	
Durchschnitt 1913/14	1	1
a) Stichtagsziffern		
1923		
10. Januar	854	1 480
24. „	1 372 (+ 60,6)	2 012 (+ 35,9)
7. Februar	2 452 (+ 78,7)	3 882 (+ 92,9)
21. „	2 852 (+ 16,3)	4 836 (+ 24,6)
7. März	2 908 (+ 2,0)	4 772 (— 1,3)
21. „	2 778 (— 4,5)	4 355 (— 8,7)
11. April	2 820 (+ 1,5)	4 231 (— 2,8)
25. „	3 061 (+ 7,7)	4 537 (+ 4,2)
9. Mai	3 457 (+ 12,9)	5 334 (+ 17,6)
23. „	4 153 (+ 20,1)	6 659 (+ 24,8)
6. Juni	6 010 (+ 44,7)	9 342 (+ 40,3)
b) Monats-Durchschnittsziffern		
Januar	1 113	1 746
Februar	2 652 (+138,3)	4 359 (+149,7)
März	2 843 (+ 7,2)	4 564 (+ 4,7)
April	2 941 (+ 3,4)	4 384 (— 3,9)
Mai	3 805 (+ 29,4)	5 997 (+ 37,0)

Nach dem katastrophalen Marksturz im Januar dieses Jahres, dessen Ausmaß durch das Steigen des Dollarkurses an der Berliner Börse von 7 260 am 2. Januar auf 49 000 am 31. Januar gekennzeichnet wird, gelang es dem Eingreifen der Reichsbank im Verlaufe der ersten Februarhälfte ein Sinken des Dollarkurses bis unter 20 000 herbeizuführen. Von Mitte Februar bis Mitte April, also zwei Monate hindurch, blieb dann der Dollar nahezu stabil auf einem Kurse von etwa 21 000, was einem Verhältnis von 1 Goldmark = 5 000 Papiermark entsprach. Vom 18. April ab setzte eine neue Entwertung der Mark ein, die bis heute den Dollarkurs in immer rascheren Sprüngen weit über den derzeitigen Höchststand des Januar hinausgeführt hat.

Betrachtet man mit Hilfe der für je 2 Stichtage im Monat berechneten Inderziffern der Lebenshaltungskosten, wie sich gleichzeitig die Preisentwicklung auf dem inneren Warenmarkt gestaltete, so erkennt man zunächst im Februar eine Verlangsamung des Tempos der allgemeinen Preisbewegung. Die Steigerungsziffer, die vom 10. auf den 24. Januar 60,6 % und vom 24. Januar auf den 7. Februar 78,7 % beträgt, sinkt vom 7. auf den 21. Februar auf 16,3 % und beträgt am 7. März nur noch 2,0 %. Die Preisbewegung auf dem Inlandsmarkt ist somit zum Stillstand gekommen und beginnt rückläufig zu werden. Bis zum 21. März zeigt sich ein Sinken der Inderziffer um 4,5 %, am 11. April wieder ein geringfügiger Anstieg um 1,5 %; doch liegt die Inder-

ziffer vom 11. April immer noch unter der vom 21. Februar. Am 25. April ist bereits eine etwas fühlbarere Preiserhöhung um 7,7 % eingetreten, die sich nun unter dem rettungslosen Sturz der Mark von Monat zu Monat steigert.

Die Indexziffern für Bekleidung allein lassen einen schnelleren und nachhaltigeren Einfluß des Markkurses auf die Kleinhandelspreise erkennen als die allgemeinen Indexziffern. Der Abbau der Preise zeigt sich hier schon bei der Stichtagsziffer vom 7. März und setzt sich noch in zwei folgenden Ziffern fort. Selbst die Indexziffer vom 25. April ist noch niedriger als die vom 21. Februar. Also auch hier ist wie beim Dollarkurs zwei volle Monate hindurch Stillstand oder Rückgang der Entwicklung eingetreten.

Auf Grund vorstehender Betrachtung wird man sagen können, daß die Beeinflussung des Außenwertes der Mark von ausreichendem Erfolge in der Stabilisierung der inneren Preisverhältnisse begleitet gewesen ist und trotz ihres schließlichen Scheiterns dem Verbraucher eine Atempause gewährt hat.

Es verdient vom methodischen Standpunkt hervorgehoben zu werden, daß das Ergebnis in dieser Deutlichkeit erst mit Hilfe der für die einzelnen Stichtage berechneten Indexziffern festgestellt werden konnte. Die Monats-Durchschnittsziffern zeigen die Entwicklung sehr stark verwischt. Während die Indexziffern für Bekleidung wenigstens im April-Durchschnitt einen kleinen Rückgang aufweisen, lassen die Indexziffern für die allgemeinen Lebenshaltungskosten überhaupt keinen Stillstand der Teuerung erkennen, sondern ein stetiges, wenn auch gegen früher merklich verlangsamtes Steigen. Daß die Preise von Ende Februar bis Anfang April, also immerhin 6 Wochen hindurch tatsächlich stillstanden, kommt in den Monats-Indexziffern nicht zum Ausdruck. Daraus geht hervor, daß Indexziffern für Monatsdurchschnitte bei so starken Preisschwankungen, wie sie leider das laufende Jahr gebracht hat, nicht ausreichen, um ein hinreichend klares Bild der Preisentwicklung zu geben.

Schädlinge und Krankheiten der Feldfrüchte in Preußen 1922. — Alljährlich gehen der Landwirtschaft und ebenso dem ganzen Volke mehr oder weniger große Mengen an Feldfrüchten und Erzeugnissen durch Schädlinge und Pflanzenkrankheiten verloren, weil diese nicht nur in unzählig verschiedenen Arten vorkommen, sondern auch infolge ihrer fast unverwüstlichen Vermehrungs- und Entwicklungsmöglichkeit, wie dies bekanntlich bei allen Schmarotzer- und Parasitenarten der Fall ist, in meist ungeheuren Mengen und großer Vielseitigkeit auftreten. Auch die Einbußen an Feldfrüchten durch Auswinterung sowie durch Kartoffelfäulnis sind hierzu zu rechnen, da solche Schäden vielfach nur als eine Folge ungenügender Widerstandsfähigkeit der betreffenden Saaten und Kartoffeln gegen ihre Zerstörung anzusehen sind. Die Abwehr der Schäden sowie Ergründung und Bekämpfung der Ursachen der Verluste war daher von jeher ein ernstes Bestreben sowohl der Landwirte wie auch der hierfür zuständigen Behörden und wissenschaftlichen Kreise. Als die bisher gebräuchlichsten und erfolgreichsten Bekämpfungsmittel gelten vor allem sorgfältige Auswahl und sachkundiges Beizen des Saatgutes, kräftige und geregelte Bodenkultur, Ausrotten des Unkrauts, regelmäßiger Wildabschuß, Vernichten der Mäuse durch Fallen, Gift, Mäusethyphusbazillus und Erdrücken mit schweren Walzen, Absuchen der Felder nach Schnecken usw. Um neue Wege und Methoden für die Abwehr und Bekämpfung zu ermitteln, wurden während der letzten Jahre von amtlicher Seite Maßnahmen getroffen, daß Nachrichten über die Schäden und deren Entstehungsherde aus den über das ganze Land netzartig verteilten Berichtsbezirken fortlaufend an das Statistische Landesamt gelangen und allmonatlich vom April bis Dezember hierüber eine Zusammenstellung an die Biologische Reichsanstalt gegeben wird.

In der beigegebenen Tabelle wurden die Zahlen über die erhaltenen Schädlingsmeldungen aus den einzelnen Berichtsbezirken nach Staat und Regierungsbezirken zusammengestellt, und zwar die Staatszahlen getrennt nach den Monaten April bis Dezember. Zum Vergleiche sind die entsprechenden Angaben des Vorjahres den Gesamtangaben gegenübergestellt worden. Spalte 2 enthält das Ergebnis der landwirtschaftlich genutzten Fläche, um einen Anhalt für die Bedeutung der Schäden zu gewinnen. Betrachtet man die Angaben für die einzelnen Monate, so ergibt sich ganz naturgemäß, daß die meisten und vielseitigsten Meldungen in die eigentliche Sommerzeit von Juni bis Oktober fallen; auffällig ist es jedoch, daß einzelne Insektenarten, wie Drahtwürmer, Erdflöhe und Fritfliegen, trotz des recht naßkalten Sommers und Herbstes, noch Anfang Dezember beobachtet wurden. Sehr erheblich war die Auswinterung der Saaten, besonders an Getreide mit 3 411 Fällen gegen 672 des Vorjahrs, sodaß sie um mehr als das Fünffache größer ausfiel; ein richtiges Bild erhält man jedoch erst von dem Umfange der Auswinterung durch die Größe der zur Umpflügung gelangten Getreidefläche von rund 120 000 ha gegen 7 500 ha des Jahres 1921. Bei Klee erstreckte sich die Umbestellung auf 45 098 ha gegen 3 791 ha und bei Raps auf 12 617 ha gegen 2 293 ha des Vorjahres. Auch die Brand- und Rostkrankheiten traten ziemlich stark mit 903 und 549 Fällen auf, wohl hauptsächlich infolge der von Mitte Mai bis Mitte Juli im ganzen Lande herrschenden Trockenheit. Es ist aber auch nicht zu verkennen, daß letztere Fälle zum Teil auf ungenügendes oder überhaupt völlig unterlassenes Beizen des Saatguts zurückzuführen sind. Gegen 1921 sind die genannten Fälle allerdings zurückgegangen; doch darf nicht außer Betracht gelassen werden, daß 1921 die Pilzkrankheiten infolge des sehr warmen Frühjahrs und Sommers besonders stark das Getreide befielen. Kartoffelkrankheiten waren ziemlich häufig und verbreitet, wie dies durch die naßkalte Witterung des Sommers und Herbstes erklärlich ist; sie werden aber von den Berichterstattern vielfach darauf zurückgeführt, daß bei der Auswahl des Saatgutes zu wenig Vorsicht geübt und daher oft völlig ungeeignete und abgebaute Sorten zur Pflanzung kamen. Immerhin hat das Berichtsjahr eine gute Kartoffelernte gebracht, wenn auch die Haltbarkeit der Knollen weniger gut ist.

Auffällig vermindert, und zwar von 8 842 auf 1 560 Fälle, hat sich das Auftreten der mit am meisten schädigenden und daher von den Landwirten ständig bekämpften und gefürchteten Mäuse. Obwohl diese Nager sowohl von menschlichen wie auch von tierischen Nachstellern eifrig verfolgt werden, hatten sie sich im Jahre 1921 vielerorts bis zur Plage vermehrt. Der nachfolgende strenge Winter mit dem anhaltenden Glatteis vernichtete sie jedoch bis auf kleine Reste, in manchen Gegenden sogar völlig, wie aus den Meldungen der Berichterstatter im Frühjahr hervorging. Aber auch die den Winter überlebenden Tiere konnten sich nicht wie sonst im Laufe des Sommers vermehren, da sie durch die schweren und anhaltenden Regengüsse von Mitte Juli ab niedergehalten wurden. Von den Insektenschädlingen traten einzelne Arten stärker auf, wie Drahtwürmer, Erdflöhe, Fritfliegen, andere dagegen weniger häufig, wie Engerlinge, Rapskäfer usw. Die meisten Meldungen lauten jedoch dahin, daß erhebliche Schäden wenig oder überhaupt nicht festzustellen waren. Immerhin ist anzunehmen, daß die Ernteerträge durch die Schädlinge (es wurden im ganzen außer den Auswinterungen 9 562 Fälle angegeben) doch ziemlich beeinträchtigt worden sind, wenn sich auch zahlenmäßige Mengen nicht dafür ermitteln lassen. Ferner kann als sicher angesehen werden, daß nicht entfernt alle vorgekommenen Fälle erfaßt wurden, da viele unentdeckt blieben oder wegen Geringfügigkeit oder aus sonstigen Gründen nicht gemeldet worden sind. An einzelnen Arten sind außer den in der Tabelle aufgeführten noch Sperlinge, Schnecken, Maikäfer, Getreideblumenfliegen, Weizenhalmfliegen, Bohnenläuse, Erdraupen usw. festgestellt worden, die jedoch wegen der geringen Zahl von Fällen und auch wegen Raummangels in Spalte 24 zusammengefaßt wurden.

Auftreten von Schädlingen usw. an Feldfrüchten in Preußen 1922

Staat — Regierungsbezirke	Landwirtschaftlich genutzte Fläche ha	Anzahl der Meldungen der Saatenstandsberichterstatter über das hauptsächlichste Vorkommen von Schädlingen usw. an Feldfrüchten																					
		Auswinterung an Getreide	Auswinterung an Klee	Auswinterung an Raps	Brandkrankheiten an Getreide	Rostkrankheiten an Getreide	Blattroll- und Kräuselkrankheit an Kartoffeln	Schwarzbeinigkeit an Kartoffeln	Kartoffelfäule	Wild	Saatkrähen	Mäuse	Hamster	Maulwürfe	Engerlinge	Drahtwürmer	Erdflöhe	Rapskäfer	Fritfliegen	Runkelfliegen	Blattläuse an Rüben	Kohlraupen	Andere
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
Staat																							
Anfang April		1 726	193	457	—	—	—	—	—	10	26	311	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Mai		1 685	208	310	—	—	—	—	—	7	20	121	10	—	3	53	—	3	—	—	—	—	1
„ Juni		—	—	—	2	—	—	—	—	16	11	105	13	9	53	459	317	86	83	5	3	1	77
„ Juli		—	—	—	372	156	26	8	—	6	3	60	12	3	100	321	380	30	83	73	24	—	63
„ August		—	—	—	514	365	200	41	—	7	1	79	3	—	68	111	100	—	167	134	65	3	113
„ September		—	—	—	15	27	895	212	223	10	2	155	13	—	70	25	71	—	38	6	48	26	104
„ Oktober		—	—	—	—	1	45	6	65	5	3	220	6	1	64	25	41	—	6	10	55	131	107
„ November		—	—	—	—	—	—	—	—	49	16	234	4	4	61	31	3	—	7	—	—	2	65
„ Dezember		—	—	—	—	—	—	—	—	83	401	275	1	9	4	23	1	—	8	—	—	—	53
Im ganzen 1922	**17 670 946**	**3 411**	**401**	**767**	**903**	**549**	**1 166**	**267**	**288**	**193**	**483**	**1 560**	**62**	**27**	**423**	**1 048**	**913**	**119**	**392**	**228**	**195**	**163**	**583**
1921	17 812 874	672	91	249	1 640	823	898	187	.	259	380	8 842	56	31	715	660	296	241	216	307	380	87	.
Regierungsbezirke:																							
1. Königsberg	963 846	45	4	11	53	35	9	9	6	4	10	63	—	6	4	28	39	2	13	3	3	10	19
2. Gumbinnen	701 861	29	8	1	12	5	—	—	9	1	5	26	—	1	—	6	12	—	—	—	—	7	3
3. Allenstein	721 358	49	5	1	18	11	—	8	6	3	11	44	3	2	4	8	14	—	5	2	1	10	4
4. Westpreußen	214 361	16	2	2	2	6	5	5	5	—	2	9	—	—	—	1	9	—	2	—	—	5	2
5. Potsdam u. Berlin	1 147 677	112	9	7	33	25	34	17	19	5	9	74	5	—	5	21	9	1	13	4	8	19	12
6. Frankfurt	989 081	95	10	31	37	17	42	25	12	5	9	59	—	2	8	21	9	5	4	9	6	4	4
7. Stettin	848 053	81	6	8	44	49	22	13	35	5	8	45	9	2	7	13	64	5	5	18	8	13	22
8. Köslin	872 637	64	1	6	40	25	13	38	46	4	3	40	—	3	7	21	79	2	9	8	6	19	14
9. Stralsund	303 102	41	—	2	12	27	11	1	26	3	1	12	—	1	1	6	19	—	5	31	2	2	4
10. Schneidemühl	432 676	17	—	—	7	7	3	4	5	—	1	13	—	1	1	1	1	—	2	—	1	3	1
11. Breslau	902 413	131	3	20	56	30	39	9	6	3	23	125	6	—	21	18	35	9	5	4	10	2	27
12. Liegnitz	723 928	162	19	11	45	21	55	10	6	8	19	74	3	1	16	26	29	18	4	8	6	3	18
13. Oppeln	620 918	63	5	17	38	20	17	2	2	1	11	86	—	—	16	39	25	19	8	4	2	1	42
14. Magdeburg	772 011	194	14	26	62	39	106	11	5	5	32	76	8	—	27	48	7	3	19	11	45	11	24
15. Merseburg	709 597	235	3	54	73	41	60	7	1	5	42	111	19	—	40	65	8	11	11	7	33	3	37
16. Erfurt	228 549	65	5	17	35	15	22	2	—	1	6	56	3	—	118	45	20	11	12	4	4	5	14
17. Schleswig	1 132 121	214	8	69	27	14	102	4	17	6	17	72	—	1	4	25	161	7	26	6	3	2	22
18. Hannover	341 787	122	10	32	24	13	104	8	3	7	22	45	—	1	20	64	29	—	7	6	8	7	15
19. Hildesheim	293 054	109	6	26	35	17	35	4	—	3	6	116	5	—	32	94	7	5	24	6	6	3	38
20. Lüneburg	519 655	142	7	37	27	8	113	16	3	6	9	49	—	—	11	27	39	—	9	22	1	2	22
21. Stade	361 274	71	—	18	10	3	53	7	1	1	2	23	—	—	1	7	21	—	6	—	—	—	10
22. Osnabrück	286 980	106	—	23	6	4	84	11	4	7	15	27	—	—	4	44	41	3	19	—	1	3	11
23. Aurich	226 517	37	—	8	4	3	17	—	—	—	6	9	—	1	1	9	10	—	1	1	—	1	6
24. Münster	441 171	86	11	4	21	4	41	9	2	2	14	13	—	—	—	18	20	—	19	2	9	3	11
25. Minden	346 266	90	5	25	14	10	46	8	2	4	15	23	—	—	2	29	29	—	19	1	2	2	10
26. Arnsberg	343 120	199	26	40	33	17	32	15	4	14	32	57	1	2	2	42	87	—	50	9	11	7	39
27. Cassel	544 829	176	32	91	43	34	21	10	8	9	18	72	—	1	33	175	24	14	36	13	2	2	34
28. Wiesbaden	276 323	103	32	48	6	2	8	2	9	9	11	27	—	—	1	20	11	—	2	6	1	1	14
29. Coblenz	301 711	120	36	57	16	5	12	2	11	8	18	37	—	—	9	24	13	3	1	2	—	3	10
30. Düsseldorf	324 206	169	58	18	24	7	38	2	6	8	42	18	—	—	3	27	16	—	22	11	10	5	45
31. Köln	219 556	122	41	15	25	14	6	1	10	7	21	11	—	2	3	32	7	1	10	12	3	—	19
32. Trier	308 651	85	22	33	11	10	7	4	18	31	17	15	—	—	12	20	7	—	2	8	2	2	15
33. Aachen	185 474	56	12	6	7	7	9	2	1	17	23	9	—	—	2	20	8	—	21	10	1	3	11
34. Sigmaringen	66 183	5	1	3	3	4	—	1	—	1	3	24	—	—	8	4	4	—	1	—	—	—	4
Außerdem:																							
Waldeck	56 796	9	4	2	3	2	2	—	1	—	—	7	—	—	—	4	6	2	4	1	—	—	1

Die Augenheilanstalten in Preußen[1]) in den Jahren 1920 und 1921. — Die Zahl der an der Statistik beteiligten Anstalten betrug 1920 80; 1921 ist sie auf 78 gesunken. Eine Anstalt ist durch das an Polen abgetretene Gebiet verlorengegangen, die zweite wurde wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten geschlossen. Die Privatanstalten mit weniger als 11 Betten sind in die Statistik nicht eingegliedert.

[1]) ohne das Saargebiet.

Von den Anstalten waren 1920 52, 1921 51 selbständige Anstalten, während die übrigen als Abteilungen für Augenkranke in den allgemeinen Heilanstalten geführt wurden. 1920 und 1921 waren je 10 Universitätskliniken beteiligt, 31 bezw. 30 Anstalten hatten öffentlichen, 39 bezw. 38 privaten Charakter.

An Krankenbetten standen 1920 2 955, 1921 2 775 zur Verfügung. Verpflegt wurden im ersten Berichtsjahre 30 905 und im zweiten 28 216 Augenkranke mit insgesamt 676 879 bezw. 632 923

Verpflegungstagen, sodaß auf jeden Kranken durchschnittlich 21,9 bezw. 22,4 Verpflegungstage entfielen.

Aus der folgenden Übersicht ist die Krankenbewegung in den Augenheilanstalten nach Krankheitsformen zu ersehen, wobei unter a) die Fälle für das Jahr 1920 und unter b) die für 1921 geführt sind.

Krankheitsformen		Bestand am 1. Januar m.	Bestand am 1. Januar w.	Zugang m.	Zugang w.	Summe aller Behandelten	Abgang m.	Abgang w.	Bestand am 31. Dezbr. m.	Bestand am 31. Dezbr. w.
1. Erkrankungen d. Augenlider	a	23	17	583	465	1 088	582	473	24	9
	b	29	13	557	418	1 017	559	422	27	9
2. Erkrankung. d. Tränenorgane	a	22	27	433	772	1 254	437	779	18	20
	b	19	18	457	727	1 221	456	733	20	12
3. Erkrankung. d. Orbitalgebilde	a	3	5	108	99	215	106	102	5	2
	b	4	2	111	69	186	110	66	5	5
4. Trachom . . .	a	16	18	489	434	957	473	429	32	23
	b	30	24	457	432	943	456	434	31	22
5. And. Erkrank. d. Bindehaut	a	56	57	1 380	828	2 321	1 378	849	58	36
	b	53	41	991	811	1 896	988	816	56	36
6. Erkrankungen der Hornhaut	a	246	248	4 079	3 580	8 153	4 106	3 609	219	219
	b	198	220	2 997	2 825	6 240	3 021	2 895	174	150
7. Erkrankungen der Iris . . .	a	38	40	712	649	1 439	708	654	42	35
	b	40	39	818	689	1 586	809	684	49	44
8. Erkr. d. Chorioidea und des Ziliarkörpers	a	19	18	337	272	646	336	275	20	15
	b	21	15	316	301	653	319	301	18	15
9. Glaukom . . .	a	38	27	683	777	1 525	687	768	34	36
	b	38	35	730	758	1 561	739	774	29	19
10. Erkr. d. Retina u. d. Sehnerv.	a	51	34	929	564	1 578	920	565	60	33
	b	60	36	834	525	1 455	831	535	63	26
11. Erkrank. des Linsensystems	a	80	73	2 810	2 572	5 535	2 793	2 566	97	79
	b	93	82	2 522	2 539	5 236	2 518	2 571	97	50
12. Erkrank. des Glaskörpers .	a	3	6	129	103	241	128	105	4	4
	b	8	3	185	126	322	182	124	11	5
13. Erkrank. der Augenmuskeln	a	25	14	1 019	1 223	2 281	1 018	1 210	26	27
	b	27	23	1 101	1 275	2 426	1 109	1 276	19	22
14. Neubildung. d. Augapfels . .	a	5	1	89	78	173	90	78	4	1
	b	4	2	113	101	220	112	101	5	2
15. Verletzungen des Augapfels	a	79	24	2 018	434	2 555	1 992	440	105	18
	b	104	17	1 956	379	2 456	1 956	372	104	24
16. Refraktions- u. Akkommodationsanomalien	a	4	—	109	139	252	109	136	4	3
	b	2	2	76	54	134	75	56	3	—
17. Sonst. Augenkrankheiten . .	a	17	19	350	306	692	356	312	11	13
	b	11	12	329	312	664	321	304	19	20
Zusammen	a	**725**	**628**	**16 257**	**13 295**	**30 905**	**16 219**	**13 350**	**763**	**573**
	b	**741**	**584**	**14 550**	**12 341**	**28 216**	**14 561**	**12 464**	**730**	**461.**

Die Krankenbewegung (unter besonderer Berücksichtigung der Geisteskranken) in den Anstalten für Geisteskranke, Epileptiker usw. in Preußen im Jahre 1920. — Die Zahl der Anstalten dieser Art betrug im Berichtsjahre 283, während im Jahre 1919 noch 303 vorhanden waren. In dem abgetretenen Gebiete Nordschleswigs befand sich keine Anstalt, im Saargebiet, das diesmal in der Statistik nicht enthalten ist, nur eine, sodaß der Abgang der übrigen nur durch Schließung oder vielleicht (bei privaten) durch Verringerung ihres Bestandes an Betten unter 10 zu erklären ist, da sie in letzterem Falle nicht in die Statistik miteinbezogen werden. Über die Gründe des Rückganges in der Zahl der Anstalten ist bereits auf Seite 21* der Zeitschrift 1922, 62. Jahrg., 1. u. 2. Abt., ausführlich gesprochen worden; das dort Gesagte dürfte auch für das Berichtsjahr größtenteils zutreffend sein. Jedenfalls liegt der Hauptgrund für die Abnahme in der mangelnden Rentabilität der privaten Anstalten.

Die Bettenzahl, die 1919 95 839 (ohne Saargebiet 95 109) betrug, ist auf 91 211 zurückgegangen; der Verlust an Betten, auf das Gebiet von 1920 berechnet, beträgt also 4 628 (3 898 ohne Saargebiet) oder fast 5 % (4 %), doch kommen im Berichtsjahre auf jede Anstalt im Durchschnitt 322 gegen 316 (315) Betten im Jahre 1919.

Die Zahl sämtlicher verpflegten Geistes- und Nervenkranken belief sich auf 114 094 gegenüber 106 242 (105 477 ohne Saargebiet) im Jahre 1919; dabei hat auch die Zahl der Verpflegungstage mit 23 355 178 gegen 22 824 106 (22 636 843 ohne Saargebiet) etwas zugenommen. Die durchschnittliche Verpflegungsdauer für den einzelnen Kranken ist im Berichtsjahre etwas geringer als im Jahre 1919; sie betrug 204,7 Tage gegen 214,8 (214,7 ohne Saargebiet).

Geisteskranke allein wurden 1920 96 240 gegenüber 91 399 (90 634 o. S.) im Jahre 1919 behandelt, demnach 4 841 (5 606) mehr, obgleich der Anfangsbestand dieses Jahres größer war als der des Berichtsjahres. Die größere Zahl der Behandelten im Berichtsjahre ist also durch einen dem Vorjahre gegenüber erheblich stärkeren Zugang verursacht worden. Diese Zugangsvermehrung beträgt für das männliche Geschlecht bei Alkoholismus 57,4 v. H. gegen 1919, bei einfacher Seelenstörung 31,4 v. H., bei Imbezillität usw. 29,5 v. H. und bei Epilepsie 28,6 v. H. Am geringsten war sie bei Paralyse, deren Zunahme nur 18,2 % ausmachte. Auch beim weiblichen Geschlecht steht die Zugangsvermehrung durch Alkoholismus mit 35,7 v. H. an erster Stelle; es folgen Imbezillität mit 29,8, einfache Seelenstörung mit 23,8 und Paralyse mit 12,3 v. H. Epilepsie weist im Zugang nur eine Vermehrung von 8,1 gegenüber dem Vorjahre auf. Der Alkoholismus, der während der Kriegsjahre erfreulicher Weise eine starke Abnahme erfahren hatte, ist leider mit seinen schweren Folgezuständen in sehr bedenklichem Grade in starker Zunahme begriffen, wenngleich die Zahlen der Vorkriegszeit, die immer noch das 3—4 fache derjenigen von 1920 betragen, bis auf weiteres wohl noch nicht erreicht werden dürften.

Krankenbewegung der Alkoholiker in den Anstalten für Geisteskranke 1913, 1917, 1918, 1919 und 1920.

	Bestand m.	Bestand w.	Zugang m.	Zugang w.
1	2	3	4	5
1913	**2 062**	**230**	**4 966**	**478**
1917	942	130	622	104
1918	693	121	610	96
1919	657	86	870	115
1920	652	96	1 369	156

Es starben von den Geistes- und Nervenkranken in den Anstalten 7 607 (3 830 m., 3 777 w.) gegenüber 10 513 (10 430 o. S.) im Jahre 1919, von den Geisteskranken allein 7 013 gegen 9 979 (9 896 o. S.). Die Anstaltssterblichkeit der Geisteskranken, die während des Krieges so außerordentlich durch die Hungerblockade zugenommen hatte, hat sich im Jahre 1920 mit 7,29 v. H. der Behandelten dem Stand der Vorkriegszeit (6,01 im Jahre 1913) wieder sehr genähert, während sie 1919 noch 10,92 v. H. betrug. Ausführlicher ist die Krankenbewegung in den Anstalten für Geisteskranke usw. für die Berichtsjahre 1919 und 1920 in den Medizinalstatistischen Nachrichten, Jahrgang 11, Heft 1, Seite 13 ff. behandelt.

Zur wirtschaftlichen Lage der Heilanstalten. — Im Laufe des Jahres 1922 wurden in Preußen 22 öffentliche Heilanstalten mit 934 Betten und 23 private mit 1 525 Betten, insgesamt 45 Anstalten mit 2 455 Betten geschlossen. Unter den privaten Anstalten, von denen allein in Berlin 9 mit 1 049 Betten (darunter die bekannte Dr. Edel'sche mit über 400 Betten) eingegangen sind, sind nur diejenigen mit wenigstens 10 Betten berücksichtigt. Mögen bei den öffentlichen Anstalten zum Teil andere Gründe für die Schließung in Betracht kommen, so wird man doch kaum umhinkönnen, den Verlust des größten Teils der privaten Anstalten auf wirtschaftliche Gründe zurückführen zu müssen; sie sind ein Opfer der Unrentabilität geworden.

Die Lage der Krankenanstalten, insbesondere der privaten, gestaltet sich immer schwieriger, da den ins Ungeheure wachsenden Ausgaben für Personal und Bewirtschaftung entsprechende Ein-

nahmen nicht mehr gegenüberstehen. So erscheint es zur Zeit unter den gegebenen Verhältnissen für manchen Arzt, der — besonders in der Großstadt — ein Sanatorium besitzt, viel zweckmäßiger, seine Räume zeitgemäß zu verwenden, indem er seinen Betrieb in ein „Hotel garni" umwandelt, wodurch er bei der starken Nachfrage seitens valutakräftiger Leute meist sofort in der Lage ist, der heutigen Wirtschaftslage entsprechende Preise zu erzielen, ohne auch nur entfernt die Unkosten und Lasten zu haben, die ein Sanatoriumsbetrieb mit seinem großen Personal (vornehmlich in Anstalten für Geistes- und Nervenkranke) erfordert.

Die Entbindungsanstalten in Preußen [1]) in den Jahren 1920 und 1921. — Im Jahre 1920 waren 77 (1919: 73) Entbindungsanstalten in Betrieb; 1921 ist ihre Zahl auf 90 gestiegen. Das Anwachsen der Anstalten dürfte die Folge einer vermehrten Fürsorge für Mutter und Kind sein, die hauptsächlich in größeren Städten in Erscheinung tritt. Die Privatanstalten mit weniger als 11 Betten sind von der Statistik ausgeschlossen. Von den 77 Anstalten des Jahres 1920 waren 50, 1921 von 90 Anstalten 58 selbständige Entbindungsanstalten und 27 bezw. 32 Abteilungen für Entbindungen, die den allgemeinen Heilanstalten angegliedert waren. 1920 und 1921 waren je 10 Universitätskliniken, 45 bezw. 53 hatten öffentlichen und 22 bezw. 27 privaten Charakter.

An Betten standen 1920 3 452, 1921 3 824 (1913 [2]) 3182) zur Verfügung. Die Gesamtzahl der in diesen Anstalten entbundenen Frauen betrug 1920 55 852, 1921 56 283, 1913 43 049. Bei 6 949 bezw. 7 438 Frauen mußten geburtshilfliche Operationen vorgenommen werden; bei 175 bezw. 230 trat der Tod ein.

In früheren Veröffentlichungen ist bereits darauf hingewiesen, daß im Verhältnis zu der Gesamtzahl der Geburten die Zahl der in den Anstalten geborenen Kinder weiter zugenommen hat. Dies ist auch in den Jahren 1920 und 1921 der Fall gewesen. Von 1 000 überhaupt Geborenen kamen 1919 47,23, 1920 51,41 und 1921 52,14 (1913: 34,85) in Entbindungsanstalten zur Welt. Es ist ganz zweifellos, daß die Entbindung einer Schwangeren in einer Anstalt die durch den Geburtsakt bedingte Lebensbedrohung für Mutter und Kind wesentlich herabsetzt. Diese Erkenntnis veranlaßt wohl immer mehr Schwangere, eine Anstalt zur Entbindung aufzusuchen, wobei neben der Aussicht auf bessere Pflege und Wartung auch die Wohnungsnot, der Kohlenmangel usw. oft ausschlaggebend sein mögen.

An Kindbettfieber erkrankten 1920 442, 1921 273 (1913: 107) Wöchnerinnen, von denen 165 bezw. 110 (49) gestorben sind.

Rechtzeitig geboren wurden in den Anstalten 1920 51 695, 1921 52 214 (1913: 42 147) Kinder; darunter befanden sich 2 303 bezw. 2 433 (2 296) totgeborene oder 44,55 bezw. 46,60 (54,48) vom 1 000. Die entsprechenden Zahlen für den Staat waren 1920 1 005 525, 1921 1 001 473 Kinder, von denen 1920 33 050, 1921 32 706 totgeboren wurden, oder vom Tausend 32,87 bezw. 32,66 (1913: 29,74).

Die höheren Ziffern der Totgeburten in den Anstalten erklären sich aus den zahlreich regelwidrig verlaufenden Entbindungen, wobei die Kreißende oft sehr spät in die Anstalt geschafft wird und hier häufig erst mit Opferung des kindlichen Lebens das der Mutter gerettet werden kann.

Von den Neugeborenen starben während der Behandlung der Mütter in den Anstalten 1920 1 331 und 1921 1 374. Die Zahl der Fehlgeburten in den Anstalten betrug 1920 4 784, 1921 4 671.

[1]) ohne das Saargebiet. — [2]) im vormals größeren Preußen.

Mord und Totschlag sowie Hinrichtungen in Preußen im Jahre 1920. — Nach den amtlichen Meldungen kamen in Preußen im Jahre 1920 1 175 (833 m., 342 w.) Personen durch Mord und Totschlag ums Leben. Gegen das Vorjahr mit 1 279 (907 m., 372 w.) Fällen ist somit eine Abnahme von 104 (74 m., 30 w.) zu verzeichnen, wobei allerdings die Gebietsverringerung des Staates berücksichtigt werden muß. Auch die im Saargebiet vorgekommenen Fälle sind in den obengenannten Zahlen des Jahres 1920 nicht enthalten.

Hingerichtet wurden 1920 103 (102 m., 1 w.) Personen, darunter 98 Männer und 1 Frau durch standrechtliche Erschießung.

Wie schon im Jahre 1919 steht Schlesien (diesmal getrennt in die neuen Provinzen Ober- und Niederschlesien) mit der Zahl der vorgekommenen Fälle von Mord und Totschlag an der Spitze (313); erst in weitem Abstande folgt die Rheinprovinz (167). Es sei darauf hingewiesen, daß unter Mord und Totschlag nur die Fälle aufgenommen sind, bei denen rechtswidrige Tötung vorliegt; es sind daher auch alle solche Fälle miteingerechnet, in denen Beamte bei Ausübung ihres Berufes im Kampfe mit Verbrechern getötet wurden. Dagegen sind solche Fälle, bei denen Verbrecher usw. von Personen in berechtigter Ausübung des Waffengebrauchs usw. (bei Verfolgung oder in Notwehr) getötet wurden, zu den Unglücksfällen gezählt. Auch die Personen, die z. B. im offenen Kampfe mit den Polen oder bei sonstigen politischen Kämpfen ums Leben kamen, sind in die Reihe der durch „Unglücksfall" Umgekommenen gebracht.

Mord und Totschlag 1913, 1917—1920.

Art der Tötung	1913		1917		1918		1919		1920	
	m.	w.	m.	w.	m	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Erhängt	3	2	4	5	2	5	4	10	4	4
Erwürgt	25	37	8	25	14	33	21	42	32	30
Erstickt	40	26	12	18	17	16	12	19	23	15
Ertränkt	30	38	27	27	35	30	50	28	39	39
Erschossen	79	71	67	40	142	51	532	126	444	133
Erstochen	179	23	44	20	52	18	81	28	116	23
Schnitt in den Hals	23	13	11	12	13	14	9	18	12	15
Verbrannt	4	2	—	1	—	—	—	4	2	1
Vergiftet	14	11	19	26	25	22	19	16	28	17
Sturz von Treppen usw.	7	1	1	—	2	1	4	1	—	—
Erschlagen	147	39	46	26	63	35	111	42	94	47
Sonstige Arten und ohne nähere Angabe	35	22	27	23	50	17	64	38	39	18
Staat	586	285	266	223	415	242	907	372	833	342
Die Getöteten standen im Alter										
von 0 bis 5 Jahren	124	105	73	72	78	71	83	71	87	62
darunter im 1. Lebensjahr	102	91	55	57	64	54	67	61	77	55
von über 5 bis 15 Jahren	22	25	28	30	31	21	29	25	36	21
„ „ 15 Jahren	440	155	165	121	306	150	795	276	710	259

Wie die vorstehende Tabelle zeigt, stehen die Tötungen durch Erschießen, Erstechen und Erschlagen auch im Berichtsjahre wieder an erster Stelle; von diesen drei Arten der Tötung steht — eine mittelbare Folge des Krieges (Waffenbesitz) — das Erschießen bei weitem an der Spitze, während vor dem Kriege „Erstechen und Erschlagen" die Hauptrolle spielten. Bei der Betrachtung der Altersverteilung der Getöteten erscheint die Tatsache bemerkenswert, daß trotz der erheblichen Geburtenzunahme im Berichtsjahre die Zahl der getöteten Säuglinge kaum nennenswert zugenommen hat; eigenartig ist dabei, daß seit 1917 die Zahl der getöteten ehelichen Kinder unter 1 Jahr stetig abgenommen hat (1917: 28, 1918: 26, 1919: 24, 1920: 19), wobei natürlich für die beiden letzten Jahre die Gebietsverkleinerung in Rechnung gezogen werden muß, während seit dem gleichen Zeitpunkt (1917) die Zahl der getöteten unehelichen Kinder unter einem Jahre andauernd zugenommen hat (84, 92, 104, 113). Eine Erklärung für diese Erscheinung läßt sich schwer geben, zumal da wirtschaftliche Not, die früher oft die Veranlassung war, bei der heutigen Fürsorge für uneheliche Mütter und Kinder viel weniger in Frage kommen kann.

Von den 103 Hinrichtungen des Berichtsjahres entfallen nicht weniger als 80 auf Westfalen, fast ausschließlich standrechtliche Erschießungen während der Aufruhrkämpfe.

Die tödlichen Verunglückungen im Jahre 1920. Es starben im Jahre 1920 infolge Verunglückung 19 337 (15 608 m., 3 729 w.) Personen gegen 20 351 (15 696 m., 4 655 w.) im Jahre 1919 und 16 893 (13 602 m., 3 291 w.) im Jahre 1913. Der Rückgang gegen das Vorjahr dürfte hauptsächlich auf die Gebietsverringerung des Freistaates Preußen zurückzuführen sein, während das Mehr der Berichtsjahre 1919 und 1920 gegen 1913 sich zum Teil durch die in den beiden Jahren umgekommenen Revolutionsopfer (1919: 1 848, 1920: 2 439) erklärt.

Es starben infolge Verunglückung 1920

in der Altersklasse	männl. Personen	weibl. Personen	Zus.	von 100 000 Lebenden männl. Geschlechts	weibl. Geschlechts	Zus.
bis 5 Jahre	966	652	1 618	68,0	47,6	58,0
über 5 bis 15 Jahre	1 656	563	2 219	40,3	13,9	27,2
„ 15 „ 60 „	11 440	1 581	13 021	100,4	12,7	54,7
„ 60 Jahre	1 454	912	2 366	103,6	52,2	75,1
unbekannt	92	21	113	—	—	—
überhaupt	**15 608**	**3 729**	**19 337**	[1]) 85,2	[1]) 19,1	[1]) 51,0.

Von 100 000 Lebenden sind im Berichtsjahr 51,0 tödlich verunglückt gegen 51,7 im Jahre 1919 und 40,6 im Jahre 1913.

Setzt man die Gesamtzahl der tödlich verunglückten männlichen oder weiblichen Personen gleich 100, so zeigt sich, daß im Alter bis zu 5 Jahren die Knaben nur mit 6,2, die Mädchen aber mit 17,5 beteiligt waren. In der Altersklasse von über 5 bis 15 Jahren ist diese Ziffer bei den Knaben auf 10,6 gestiegen, bei den Mädchen aber auf 15,1 zurückgegangen. Im Alter von 15 bis 60 Jahren starben infolge Verunglückung 73,3 Männer, 42,4 Frauen, während von den über 60 Jahre alten Personen umgekehrt mehr Frauen als Männer tödlich verunglückten (9,3 Männer, 24,5 Frauen).

Bezüglich der sozialen Stellung der gestorbenen Verunglückten entfallen auf

	m.	w.	Zus.	v. H. aller Verunglückten
Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter usw.	6 873	193	8 552	44,2
deren Angehörige	894	592		
Selbständige im Beruf, Besitz und Erwerb	1 477	108	2 689	13,9
deren Angehörige	595	509		
Tagearbeiter, Tagelöhner, Lohndiener usw.	1 695	259	2 644	13,7
deren Angehörige	422	268		
Öffentliche und Privatbeamte	1 403	45	1 892	9,8
deren Angehörige	270	174		
Dienstboten, Knechte, Mägde, Gesinde aller Art	347	214	705	3,6
deren Angehörige	68	76		
alle übrigen	1 564	1 291	2 855	14,8.

Dem Familienstande nach waren ledig 10 949, verheiratet 6 745, verwitwet 1 428, geschieden 74, unbekannten Familienstandes 141.

Von den erwerbstätigen Personen verunglückten tödlich 12 733 männliche, 2 144 weibliche Personen, und zwar im Bereiche

	m.	w.	Zus.	v. H. der erwerbstätigen Verunglückten
des Bergbaus und Hüttenwesens	2 846	57	2 903	19,5
der übrigen Industrie	3 948	375	4 323	29,1
der Land- und Forstwirtschaft	1 951	316	2 267	15,2
des Handels und Verkehrs	1 718	192	1 910	12,8
der sonstigen Erwerbstätigkeit	2 270	1 204	3 474	23,4.

Die vorstehende Zusammenstellung zeigt, daß rund die Hälfte der tödlich verunglückten Erwerbstätigen in der Industrie einschließlich des Bergbaus und Hüttenwesens beschäftigt waren.

In einem zweiten Beitrag wird über die verschiedenen Arten der tödlichen Verunglückungen berichtet werden.

[1]) Die geringe Abweichung gegen die Veröffentlichung im Statistischen Jahrbuch, 18. Band, S. 58, ist auf die nachträglich genauer ermittelte Zahl der Lebenden zurückzuführen.

Die verschiedenen Arten der tödlichen Verunglückungen in Preußen 1920. — Im Anschluß an den Beitrag über die tödlichen Verunglückungen in Preußen 1920 im vorhergehenden Aufsatz bleibt zu berichten, daß von den 19 337 (15 608 m., 3 729 w.) insgesamt Verunglückten ihren Tod fanden

durch	männl. Personen	weibl. Personen	zus.	Vom Tausend der Verunglückten männl. Geschlechts	weibl. Geschlechts	zus.
Erschießen, Schußverletzungen und Explosionen	3 906	355	4 261	250,3	95,2	220,4
Überfahren	2 518	541	3 059	161,3	145,1	158,2
Ertrinken	2 409	526	2 935	154,3	141,1	151,8
Sturz	2 074	817	2 891	132,9	219,1	149,5
Verschütten und Erschlagen	1 403	59	1 462	89,9	15,8	75,6
Ersticken	611	447	1 058	39,1	119,9	54,7
darunter: durch Rauch und Gase	484	366	850	31,0	98,1	44,0
Verbrennen und Verbrühen	514	515	1 029	32,9	138,1	53,2
Maschinenverletzung	480	57	537	30,8	15,3	27,8
Vergiftung[1])	242	182	424	15,5	48,8	21,9
Elektrischen Strom	278	11	289	17,8	2,9	14,9
Schlag und Biß von Tieren	222	27	249	14,2	7,2	12,9
Stoß, Schlag, Anprall	225	17	242	14,4	4,6	12,5
Blitzschlag	99	34	133	6,3	9,1	6,9
Erfrieren	47	8	55	3,0	2,1	2,8
Stich- u. Schnittwunden	40	4	44	2,6	1,1	2,3
Sonnenstich	19	21	40	1,2	5,6	2,1
sonstige Ereignisse	224	55	279	14,4	14,7	14,4
Nicht angegeben und unbekannt	297	53	350	19,0	14,2	18,1.

[1]) ausschließlich der durch Rauch und Gase hervorgerufenen Fälle, die den Verunglückungen durch Ersticken zugezählt sind.

Die ungewöhnlich hohe Zahl der tödlichen Verunglückungen durch Erschießen, Schußverletzungen und Explosionen war eine Folge der inneren Unruhen; in den angegebenen 4 261 Fällen sind 2 407 Revolutionsopfer mitenthalten, die hauptsächlich auf die Rheinprovinz (780 Fälle), Westfalen (535), Sachsen (384), Landespolizeibezirk Berlin (136) und Oberschlesien (109) entfallen. Nächst den Todesfällen durch Erschießen usw. waren die durch Überfahren am häufigsten. Von den 3 059 tödlichen Verunglückungen dieser Art waren herbeigeführt

durch die Eisenbahn	1 201	(1 075 m., 126 w.)
„ Fuhrwerke	718	(564 „, 154 „)
„ Kraftwagen	484	(336 „, 148 „)
„ Straßenbahnen	282	(200 „, 82 „)
„ Feld- und Förderbahnen	274	(267 „, 7 „)
„ das Fahrrad	23	(10 „, 13 „)
„ Pflug oder Walze	17	(15 „, 2 „)
ohne nähere Angabe	60	(51 „, 9 „).

Von den durch Überfahren mit der Eisenbahn getöteten 1 075 männlichen Personen waren 565 Eisenbahn-Beamte und -Arbeiter. Fast ebenso häufig wie durch Überfahren waren die Todesfälle durch Ertrinken und Sturz; im weiteren Abstand folgen dann die tödlichen Verunglückungen durch Verschütten und Erschlagen, Ersticken sowie Verbrennen und Verbrühen. An der zuletzt genannten Todesursache ist besonders stark das weibliche Geschlecht beteiligt. Die übrigen Arten der tödlichen Verunglückungen sind verhältnismäßig weniger zahlreich. Beim Luftverkehr sind im Berichtsjahre 9 männliche Personen tödlich verunglückt, davon 7 durch Absturz des Flugzeugs, 1 vom Propeller erschlagen, 1 im Wasserflugzeug verunglückt.

Die gewaltsamen Todesfälle infolge der politischen Unruhen in Preußen in den Jahren 1919 und 1920. — Bei Straßenkämpfen und bei sonstigen durch politische Ursachen hervorgerufenen Unruhen (einschl. der Grenzkämpfe) wurden nach den standesamtlichen Meldungen in den Jahren 1919 und 1920 4 870 Personen getötet. Davon entfielen auf das Jahr 1919 2 008 (1 752 m., 256 w.), auf das Jahr 1920 2 862 (2 707 m., 155 w.) Personen. Diese gewaltsamen Todesfälle wurden in der überwiegenden Mehrzahl durch Erschießen herbeigeführt, aber auch

Opfer der politischen Unruhen in den Jahren 1919 und 1920.

Provinzen — Staat	Militär, Sicherheitswehr, Grenzschutz, Zeitfreiwillige	Marine	Staatsbeamte, Geistliche, Lehrer, Förster	Polizei- und Kriminalbeamte, Gendarmerie	Selbständige Handwerker	Städt. Beamte und Feuerwehr	Studenten	Rechtsanwälte, Schriftsteller, Schauspieler, Musiker, Ingenieure, Architekten, Ärzte und Tierärzte		Handel und Gewerbe: selbständige Kaufleute, Fuhrherren, Fabrikanten, Gastwirte, Destillateure		Handel und Gewerbe: Angestellte, Kaufmanns- u. Handlungsgehilfen, Buchhalter, Kassierer, Techniker, Privatbeamte, Kellner usw.	
								m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Ostpreußen	10	1	5	2	1	—	—	—	—	—	—	5	3
Brandenburg	45	2	8	5	2	1	3	1	—	7	—	20	—
Landespolizeibez. Berlin [1])	41	7	25	14	9	6	4	9	1	57	3	91	20
Stadt Berlin	32	6	21	9	8	6	3	9	1	55	3	83	20
Pommern	26	1	4	3	3	—	2	—	—	1	—	7	—
Grenzm. Posen-Westpreußen [2])	13	—	7	—	2	—	—	1	—	2	—	3	2
Schlesien	45	2	23	39	5	1	1	2	—	14	—	44	2
Sachsen	60	1	6	21	9	2	12	1	—	10	1	38	3
Schleswig-Holstein	17	22	4	2	—	1	—	—	—	3	—	6	1
Hannover	18	4	2	—	4	—	2	—	—	—	—	11	—
Westfalen	40	3	10	20	5	—	3	2	1	7	1	32	1
Hessen-Nassau	7	—	2	4	1	—	1	—	—	3	—	6	2
Rheinprovinz	112	1	11	22	8	9	3	5	—	13	—	70	3
Staat	**425**	**43**	**103**	**127**	**48**	**20**	[3]) **30**	**21**	**2**	**115**	**5**	**325**	**37**

Provinzen — Staat	Arbeiter aller Art, auch gelernte, Kutscher, Tagelöhner, Fahrstuhlführer, Kraftwagenführer, Dienstmädchen, usw.		Landwirte, Ansiedler, Kätner, Haus- und Mühlenbesitzer		Schüler, Zöglinge, Seminaristen, usw.		Kinder von 0—5 Jahren		Beruf nicht angegeben, ohne Beruf und Beruf unbekannt		Ehefrauen ohne Beruf	Witwen ohne Beruf
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.		
1	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
Ostpreußen	24	1	7	1	1	—	—	—	—	1	3	—
Brandenburg	184	6	6	—	7	5	—	2	9	3	13	—
Landespolizeibez. Berlin [1])	593	36	2	—	33	14	1	1	67	7	60	11
Stadt Berlin	549	33	2	—	29	12	1	1	64	5	56	11
Pommern	49	1	2	—	1	—	—	—	1	—	2	2
Grenzm. Posen-Westpreußen [2])	42	2	15	1	4	—	—	—	4	3	4	1
Schlesien	384	20	30	1	15	3	1	2	27	9	20	6
Sachsen	281	6	13	1	6	1	1	—	14	4	15	2
Schleswig-Holstein	59	2	3	—	3	—	—	—	4	—	3	1
Hannover	35	—	2	—	2	2	—	—	2	—	—	2
Westfalen	528	3	9	—	8	6	—	1	31	5	12	2
Hessen-Nassau	55	4	—	—	1	1	—	1	—	1	2	—
Rheinprovinz	619	12	1	—	28	6	2	—	37	4	31	7
Staat	[4]) **2 809**	[5]) **90**	**90**	**4**	[6]) **105**	**36**	**5**	**7**	**193**	**35**	[7]) **161**	**34**

[1]) Der Landespolizeibezirk Berlin umfaßt Berlin sowie die zum Regierungsbezirk Potsdam gehörigen Städte Charlottenburg, Neukölln, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Berlin-Lichtenberg und die Landgemeinde Berlin-Stralau. — [2]) 1919 sind hierbei noch die gesamte Provinz Westpreußen und die damals von den Polen noch nicht besetzten Teile der Provinz Posen beteiligt. — [3]) ohne die in Spalte 2 mitgezählten. — [4]) davon 726 im Berg- und Hüttenwesen tätig. — [5]) 5 desgl. — [6]) ohne die in Spalte 2 mitgezählten. — [7]) davon 3 geschieden.

Handgranaten, ferner Hieb- und Stichwaffen haben dabei eine Rolle gespielt; eine Anzahl Personen wurden erschlagen (Gewehrkolben usw.), ertränkt und auch erdrosselt. Unter den Opfern dieser politischen Wirren findet sich sowohl der Säugling, von einer verirrten Kugel dahingerafft, als auch der Greis von über 80 Jahren, dem das Sprengstück einer Handgranate oder Fliegerbombe den Tod brachte. Die vorstehend angeführten Zahlen sind nur als Mindestzahlen anzusehen; die wirkliche Zahl der Opfer ist wohl wesentlich höher einzuschätzen, entzieht sich aber einer einwandfreien Feststellung. Zunächst ist wohl eine größere Anzahl von Todesfällen bei Straßenkämpfen unter anderer Bezeichnung der Todesursache standesamtlich gebucht worden. Dann ist zweifellos eine Reihe von Personen, die während der Unruhen verwundet wurden, erst später diesen Verletzungen erlegen oder an Zwischenkrankheiten gestorben: auch diese Todesfälle sind sicher nicht mehr im obigen Sinne von den Standesämtern beurkundet worden. Endlich sind in Oberschlesien Personen auf polnisches Gebiet verschleppt und dort getötet worden, sodaß standesamtliche Beurkundungen über diese Todesfälle überhaupt nicht vorliegen.

Es wurden als Opfer der Unruhen hier nur solche gewaltsamen Todesfälle in den Bereich der Betrachtung gezogen, die entweder ausdrücklich — und das ist die überwiegende Mehrzahl der Fälle — als solche von den Standesbeamten auf den Sterbefallzählkarten bezeichnet sind oder diejenigen Fälle, bei denen aus der Art der gewaltsamen Todesursache und gleichzeitig aus dem Zeitpunkt und dem Ort der tödlichen Verletzung mit Sicherheit angenommen werden kann, daß sie bei innerpolitischen oder Grenzunruhen erfolgt ist.

Daß die Altersklassen von 15—50 Jahren, insbesondere beim männlichen Geschlecht, am meisten beteiligt sind, bedarf einer Erklärung ebensowenig wie der Umstand, daß die Provinzen mit den großen Industriezentren und der Stadtkreis Berlin am stärksten betroffen sind. Bei Oberschlesien, Ost- und Westpreußen muß nochmals bemerkt werden, daß hier nicht nur innerpolitische, sondern auch Kämpfe mit polnischen Banden usw. eine Rolle gespielt haben. Eine Abgrenzung war dabei nicht durchzuführen.

Todesfälle (Erschießungen usw.) bei Einbrüchen, Wildern, Raubanfällen, die sich in diesen unruhigen Zeiten in ungeheurem Maße häuften, sind nicht berücksichtigt. Ferner muß darauf hin-

gewiesen werden, daß eine größere Anzahl von Personen (besonders Frauen und Kinder), an den Unruhen nicht beteiligt, durch Zufall getötet wurde.

Die Gliederung nach Berufen (s. Tabelle) war äußerst schwierig, und es soll nicht geleugnet werden, daß sie nicht ganz den zu stellenden Anforderungen entspricht. Eine ausführlichere Gliederung hätte aber, ganz abgesehen von der zu vermeidenden großen Ausdehnung, eine solche Zersplitterung herbeigeführt, daß dadurch die Übersichtlichkeit gelitten hätte. Im großen und ganzen wird aber die gewählte Berufseinteilung genügen, um auch die soziale Stellung der Getöteten in ziemlich deutlichen Umrissen zu kennzeichnen.

Die Selbstmorde aus wirtschaftlicher Not 1920—1922. — Die Selbstmorde, bei denen wirtschaftliche Not als Beweggrund in den polizeilichen Meldungen angegeben ist, stellen nur einen Teil der tatsächlich aus dem genannten Grunde verübten Selbstentleibungen dar. Selbstmörder hinterlassen häufig keinerlei schriftliche Mitteilungen über die Veranlassung zur Tat; sind auch mündliche Äußerungen darüber nicht bekannt, sind ferner aus den äußeren Lebensumständen besondere Schlüsse nicht zu ziehen, so sind die Beweggründe zum Selbstmord in Dunkel gehüllt. Bei den Selbstmorden aus wirtschaftlicher Not treten noch besondere Umstände ein, die geeignet sind, die wahren Beweggründe zu verschleiern und damit die Zahl der aus diesem Grunde verübten Selbstmorde geringer erscheinen zu lassen. Viele Personen, besonders ältere, hüten sich ängstlich, Nachbarn und Bekannte in ihre wirtschaftliche Notlage einzuweihen; Verwandte, die vielleicht helfend hätten eingreifen können, haben nach geschehener Tat allen Grund, über die wahren Beweggründe nichts laut werden zu lassen, und so wird sehr häufig nur die Umstimmung im Gemüt des Selbstmörders, die sich der Umgebung als Kummer, Trübsinn, Schwermut, Lebensüberdruß usw. darstellt, als Ursache des Selbstmordes angesehen und demgemäß auf den Zählkarten angegeben. In zahlreichen Fällen, die der Statistik entgehen, würde es demnach den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen, wenn z. B. statt Schwermut auf den Karten stände: „Schwermut aus wirtschaftlicher Not". Hierzu kommt noch, daß, um Bedenken gegen eine kirchliche Bestattung zu beseitigen, nicht der eigentliche Beweggrund, sondern „Geistesgestörtheit" usw. als Ursache angegeben wird. Die verhältnismäßig kleine Zahl der Selbstmorde, bei denen ausdrücklich wirtschaftliche Not als Beweggrund angegeben ist, darf demnach nicht darüber hinwegtäuschen, daß die tatsächliche Zahl dieser Selbstmorde weit höher ist.

Mit Ausnahme des Landespolizeibezirks Berlin, der in die folgende Darstellung nicht miteinbezogen werden konnte, da die Angaben über Selbstmorde für 1921 und 1922 hier noch nicht vorliegen, wurden an Selbstmorden aus wirtschaftlicher Not in Preußen gezählt: 1920: 129 (99 m., 30 w.), 1921: 245 (202 m., 43 w.), 1922 dagegen — als vorläufiges Ergebnis, das auf noch nicht 3/4 der Gesamtzahl veranschlagt werden kann, da die polizeilichen Selbstmordzählkarten, besonders aus dem letzten Vierteljahr, noch nicht eingelaufen sind — bereits 278 (206 m., 72 w.). Man wird demnach für 1922 die Zahl der Selbstmorde aus wirtschaftlichen Gründen auf wenigstens 350, also fast auf das Dreifache von 1920, veranschlagen dürfen, wobei beachtenswert ist, daß der Anteil des weiblichen Geschlechts, der 1921 zurückgegangen war, wieder die Höhe des Jahres 1920 erreicht hat. Vergleicht man die Selbstmorde von 1921 und 1922 nach dem Berufe, Stand usw., so findet man, daß ihre Zunahme sich auf die Kreise beschränkt, die als Rentier, Privatier, Rentenempfänger, Invaliden oder als mittellose alte Leute bezeichnet werden. Selbstverständlich können aus diesen Zahlen nur mit Vorsicht Schlüsse gezogen werden; immerhin wird man sagen dürfen, daß sich in ihnen die Notlage derjenigen Teile unseres Volkskörpers spiegelt, die von den wirtschaftlichen Veränderungen nach dem Kriege, der Geldentwertung usw. am härtesten betroffen worden sind und ihnen zugleich am hilflosesten gegenüberstanden. Es ist dies die nicht geringe Zahl von älteren Leuten, die von den Kapitalerträgnissen eines früher ausreichenden Vermögens lebten, Rentenbezüge irgendwelcher Art empfingen oder irgendwie durch Kleinarbeit ihr Leben fristeten.

Das Preußische Volksschulwesen nach der Erhebung vom 25. November 1921. — Unser deutsches und preußisches Schulwesen steht am Beginn einer Periode tiefgreifender Umgestaltungen. In einer solchen Zeit wird der Wunsch wach, zunächst einmal den gegenwärtigen Zustand genau festzustellen, gewissermaßen eine Inventur aufzunehmen. Das ist für das preußische Schulwesen durch die statistische Erhebung vom 25. November 1921 geschehen. Diese Erhebung verdient deshalb besondere Beachtung, weil sie die erste ist, die seit dem Jahre 1911 erfolgt ist, also einen Vergleich der Zeit vor und nach dem Kriege gestattet. Im folgenden sollen einige der wichtigsten Ergebnisse mitgeteilt werden, und zwar zunächst unter Beschränkung auf die Volksschulen. Den Zahlen von 1921 sind, soweit dies augenblicklich möglich war, die von 1911, umgerechnet auf das gegenwärtige Staatsgebiet, in Klammern beigefügt worden.

Am 25. November 1921 gab es in Preußen 33 281 (32 537) öffentliche Volksschulen mit 123 040 (110 742) Klassen. Es entfielen also auf eine Schule durchschnittlich 3,7 (3,4) Klassen, wobei jedoch von vornherein bemerkt sei, daß in der Statistik des Volksschulwesens bei der außerordentlichen Verschiedenheit der Verhältnisse in Stadt und Land Durchschnittszahlen nur einen sehr geringen praktischen und wissenschaftlichen Wert haben. Immerhin verdient die Tatsache Beachtung, daß die durchschnittliche Klassenzahl einer Schule etwas zugenommen hat. Ob sich das daraus erklärt, daß Neugründungen von Schulen mehr in den Städten erfolgt sind oder ob auch die Klassenzahl der ländlichen Schulen sich gebessert hat, bleibt näherer Feststellung vorbehalten. Von den Klassen waren 23 356 (20 881) Knabenklassen, 23 145 (20 933) Mädchenklassen und 76 539 oder 62,2 % (68 928 oder 62,2 %) gemischte Klassen. Die Knabenklassen waren von 1 035 249 (1 074 794), die Mädchenklassen von 1 019 967 (1 091 059), die gemischten Klassen von 3 350 048 oder 61,3 % (3 388 388 oder 60,7 %) Schülern besucht. Es besteht demnach für mehr als drei Fünftel aller Volksschulkinder gemeinschaftliche Erziehung beider Geschlechter. Man braucht also nicht nach den Vereinigten Staaten von Amerika zu gehen, um die Frage der sogenannten „Koedukation" zu studieren, sondern hierfür ist in unserm eigenen Vaterlande reichlich Gelegenheit vorhanden. Auch handelt es sich hierbei keineswegs darum, einen im Auslande erzielten großen pädagogischen Fortschritt jetzt bei uns einzuführen, vielmehr gilt es nach Ansicht mancher Reformpädagogen, die in den größeren Orten ursprünglich als eine Vervollkommnung des Schulwesens eingeführte Trennung der Geschlechter wieder zu beseitigen. Das ist eine Tatsache, die der Statistiker feststellen muß, während er seine Zuständigkeit überschreiten würde, wenn er zu der Frage selbst Stellung nehmen wollte.

Daß der Prozentsatz der gemeinschaftlich unterrichteten Knaben und Mädchen von 1911 bis 1921 zugenommen hat trotz der mächtigen Entfaltung der Städte, die in der Hauptsache die Geschlechtertrennung durchgeführt haben, könnte zunächst überraschen; es ist jedoch zu bedenken, daß es auch in erster Linie die Städte sind, die mit der Trennung der Schüler nach der Begabung (Hilfsschulen, Förderklassen, Klassen für hervorragend Begabte usw.) begonnen haben, und in diesen Sonderklassen und -schulen besteht meistens Koedukation. Weshalb 1911 die Mädchenklassen zahlreicher waren als die Knabenklassen, während es 1921 umgekehrt war, wird sofort klar, wenn wir nunmehr die Entwicklung der Schülerzahl betrachten.

Die Zahl der Schüler betrug 5 461 594 (5 579 194); davon waren 2 760 795 (2 792 435) Knaben und 2 700 799 (2 786 759) Mädchen. Die Schülerzahl ist also um 117 600 zurückgegangen; der Rückgang traf die Mädchen mit 85 960 oder 3,1 % viel stärker

als die Knaben mit nur 31 640 oder 1,1 %. Der Rückgang der Gesamtschülerzahl kann erst im Jahre 1921 selbst eingetreten sein; das beweist die Tatsache, daß bei der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 gegenüber 1910 noch 316 507 mehr Kinder im schulpflichtigen Alter (6 bis 14 Jahre) ermittelt wurden. Im Jahre 1921 blieben aber die Neueinschulungen, die 1920 die Schulentlassungen noch um ein geringes (3 800) übertrafen, um nicht weniger als 308 000 hinter diesen zurück; denn das Geburtsjahr 1915 war infolge des Krieges erheblich schwächer besetzt als die vorhergehenden Geburtsjahre. Der Knabenüberschuß der Volksschulen betrug bei der Schulzählung von 1911 nur 5 676, bei der von 1921 dagegen 59 996. Auch bei den Volkszählungen von 1910 und 1919 hat sich für die Altersjahre 6 bis 14 ein Knabenüberschuß ergeben (29 612 und 55 455); er ist aber lange nicht so sehr gewachsen wie der durch die Volksschulstatistik festgestellte. Daß der Knabenüberschuß der Volksschulen in den Jahren 1920 und 1921 weiter um etwa 4 000 gewachsen ist, erklärt die Abweichung nur zum kleinen Teil; ob von 1911 bis 1921 mehr Mädchen auf die mittleren und höheren Schulen abgeströmt sind als Knaben, oder welche anderen Gründe etwa vorliegen könnten, bedarf noch der Feststellung. Aus der Zunahme der Zahl der Schulen und der Abnahme der Zahl der Schüler ergab sich eine geringere durchschnittliche Besetzung der Schulen (164 gegen 171).

Die Zahl der planmäßig angestellten Lehrer und Lehrerinnen (Schulstellen ohne die unbesetzten) betrug 116 584 (101 041); sie ist also nicht unerheblich gewachsen; dementsprechend hat sich die Zahl der auf eine planmäßig angestellte Lehrkraft entfallenden Schüler erheblich vermindert (46,85 gegen 55,32); aber auch auf eine Schule entfielen 1921, da die Zahl der Schulstellen stärker zugenommen hat als die Zahl der Schulen, mehr planmäßig angestellte Lehrer und Lehrerinnen (3,5 gegen 3,1). Die Zahl der nebenamtlich tätigen Lehrer ist zurückgegangen (37 355 gegen 38 844); dieser Rückgang betrifft hauptsächlich die in der Gruppe „Sonstige Lehrer" zusammengefaßten Personen (26 241 gegen 28 731), d. h. wohl besonders ungeprüfte Handarbeitslehrerinnen auf dem Lande; die Religionslehrer dagegen (11 114 gegen 10 113) sind daran nicht beteiligt. Unbesetzt waren 1 252 (746) Stellen, also rund 1 % (0,7 %). Wenn es demnach so scheint, als ob in mancher Hinsicht eine Besserung der Schulverhältnisse eingetreten sei, so darf nicht übersehen werden, daß dies zum großen Teile eine Folge des Geburtenausfalles während des Krieges ist.

Betrachten wir die Verteilung der Schulen, Klassen, Schüler und Lehrer auf Stadt und Land, so müssen wir immer im Auge behalten, daß die preußische Volksschulstatistik nicht nach Gemeinden, sondern nach Schulverbänden aufgestellt ist. Entweder bildet eine Gemeinde einen Schulverband für sich (Eigenschulverband), oder es sind mehrere Gemeinden zu einem Schulverbande (Gesamtschulverband) zusammengeschlossen. Die Gesamtschulverbände können gleichzeitig Stadt- und Landgemeinden umfassen. Bei der Einreihung in die Gruppen „Stadt" und „Land" ist in diesen Fällen der Sitz des Schulverbandes maßgebend gewesen. Die Gruppe „Stadt" umfaßt also bei den Eigenschulverbänden nur Städte, bei den Gesamtschulverbänden außerdem auch Landgemeinden. Die Gruppe „Land" dagegen dürfte auch bei den Gesamtschulverbänden fast ausschließlich Landgemeinden umfassen, da Schulverbände, zu denen auch Städte gehören, die aber in einer Landgemeinde ihren Sitz haben, höchstens vereinzelt vorkommen können. In der Gruppe „Land" sind aber nicht alle Landgemeinden enthalten, da eine kleine Anzahl auch in der Gruppe „Stadt" erscheint, nämlich, wie oben erwähnt, alle Landgemeinden, die zu Gesamtschulverbänden gehören, die ihren Sitz in einer Stadt haben. Im allgemeinen dürften also die Zahlen, welche die Volksschulstatistik unter „Stadt" nachweist, höher sein als die Zahlen der Stadtgemeinden, die Zahlen, die unter „Land" erscheinen, dürften niedriger sein als die der Landgemeinden. Immerhin sind die Abweichungen so gering, daß man ohne allzu großen Fehler die Schulverbände, die in einer Stadt ihren Sitz haben, mit den Stadtgemeinden, die Schulverbände, die in einer Landgemeinde ihren Sitz haben, mit den Landgemeinden gleichsetzen darf. Gutsbezirke gelten dabei als Landgemeinden.

Mit diesen Einschränkungen kann über die Verteilung der Schulen, Klassen, Schulkinder und Lehrer auf Stadt und Land folgendes mitgeteilt werden: Am 25. November 1921 entfielen fast 84 % der Schulen — Grundzahl 27 955 — auf das Land, mehr als 16 % — 5 326 — auf die Städte. Bei den Klassen betrug der Anteil des Landes allerdings nur 54,0 % — 66 483 —, der der Städte 46,0 % — 56 552 —, bei den Schülern der Anteil des Landes 55,5 % — 3 029 796 —, der der Städte 44,5 % — 2 431 798 —. Der Prozentsatz der Landschüler ist bedeutend höher, als dem Anteil des Landes an der Gesamtbevölkerung entspricht; denn bei der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 entfielen auf das Land nur 46,9 % aller Personen, auf die Stadt dagegen 53,1 %. Dieser Unterschied ist nur zum kleineren Teile darauf zurückzuführen, daß die Stadtkinder in größerem Umfange die höheren Schulen besuchen; die Hauptursache der Abweichung ist vielmehr die Tatsache, daß die Landgemeinden, obwohl auch dort die Geburtenzahl mehr und mehr eingeschränkt wird, immer noch relativ kinderreicher sind als die Stadtgemeinden.

Was das Verhältnis der Geschlechter anbetrifft, so entfällt von dem obenerwähnten Knabenüberschuß von 59 996 der größere Teil — 32 538 — auf die Städte, der kleinere Teil — 27 458 — auf das Land. Während im ganzen Staat auf 100 Schüler 50,55 Knaben kamen, betrug die Zahl in den Städten 50,67 %, auf dem Lande 50,45 %. Wenn demnach auf dem Lande der Knabenüberschuß bei den Volksschulkindern geringer ist, so dürfte das nicht darauf zurückzuführen sein, daß der Knabenüberschuß dort überhaupt niedriger ist. Wenn auch bei der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 die Altersgliederung nach dem Geschlecht nicht für Stadt und Land, sondern nur für Orte mit mehr und weniger als 2 000 Einwohnern ausgezählt worden ist, so gestatten doch immerhin diese Zahlen gewisse Rückschlüsse auf die Unterschiede von Stadt und Land. Danach wurde in den Orten unter 2 000 Einwohnern ein Knabenüberschuß von 35 271, in den Orten über 2 000 Einwohner ein solcher von 23 321 festgestellt; auf die Knaben entfielen von den 6 bis 14 jährigen Personen in den Gemeinden unter 2 000 Einwohnern 50,7 %, in den Gemeinden über 2 000 Einwohner 50,3 %. Hier zeigt sich also bei den Gemeinden unter 2 000 Einwohnern sowohl absolut wie relativ ein größerer Knabenüberschuß. Der geringere Knabenüberschuß des Landes dürfte demnach darauf zurückzuführen sein, daß zahlreiche Knaben der Landgemeinden eine mittlere oder höhere Schule in einer benachbarten Stadtgemeinde besuchen, während das bei den Mädchen trotz des oben Ausgeführten immer noch weniger häufig der Fall ist.

Von den festangestellten Lehrern entfielen auf die Städte 58 409 (durchschnittlich 11,0 auf eine Schule), auf das Land 58 175 (durchschnittlich 2,1 auf eine Schule). Während auf die Städte also nur 44,5 % der Schüler entfielen, waren in ihnen 50,1 % der festangestellten Lehrer tätig. Daraus ergibt sich schon, wieviel besser die Städte relativ mit Lehrern ausgestattet sind. In den Städten hatte ein festangestellter Lehrer durchschnittlich nur 41,6 Kinder zu unterrichten, auf dem Lande dagegen 52,1 Kinder. Auf 100 Kinder kamen in der Stadt 2,4 festangestellte Lehrer, auf dem Lande 1,9. Diese Benachteiligung des Landes wird auch dadurch nicht ausgeglichen, daß die Zahl der nebenamtlichen Lehrer auf dem Lande sehr viel größer ist. Es gab nämlich nebenamtliche Religionslehrer in der Stadt 3 378, auf dem Lande 7 736, sonstige nebenamtliche Lehrer in der Stadt 2 506, auf dem Lande 23 735; die nebenamtlichen Lehrer insgesamt machten also in der Stadt 10,1, auf dem Lande 54,1 % der festangestellten Lehrer aus. Ein sehr großer Teil der nebenamtlichen Lehrkräfte des Landes besteht aber, wie schon oben ausgeführt, aus ungeprüften Handarbeitslehrerinnen, die den Mädchen ein paar Stunden in der Woche Handarbeitsunterricht erteilen. Selbstverständlich aber dürfen diese Lehrkräfte in den

statistischen Übersichten den festangestellten Lehrern nicht ohne weiteres gleichgesetzt werden; eine Addition der verschiedenen Gruppen von Lehrpersonen würde jedenfalls nur ein verzerrtes Bild geben. Auf 100 Schulkinder entfielen in der Stadt 0,24 % nebenamtliche Lehrer, auf dem Lande 1,04 %; würde man diese Zahlen zu den obigen (2,4 und 1,9) hinzuzählen, so würde man in der Stadt 2,64 Lehrpersonen auf 100 Schulkinder überhaupt erhalten, auf dem Lande 2,94. Das würde den Anschein erwecken, als ob die Ausstattung des Landes mit Lehrkräften besser wäre, was aber in der Tat nicht der Fall ist.

Auf eine Schule entfielen durchschnittlich in den Städten 10,6 Klassen und 456,6 Schüler, auf dem Lande 2,4 Klassen und 108,4 Schüler. Die gemischten Klassen machten in den Städten 30,9 %, auf dem Lande 88,8 % aus. In den gemischten Klassen unterrichtet wurden in den Städten 28,5 % der Schüler, auf dem Lande 87,7 %. Danach findet auf dem Lande fast durchweg gemeinschaftliche Erziehung beider Geschlechter statt; aber auch in den kleineren und mittleren Städten ist sie noch sehr weit verbreitet, ja sogar in den Großstädten besteht immerhin noch für fast $^1/_5$ der Knaben und Mädchen gemeinschaftlicher Unterricht.

Vorstehende Angaben dürften genügen, einen ersten flüchtigen Überblick über den gegenwärtigen Stand des preußischen Volksschulwesens zu geben. Aus all diesen Zahlen geht hervor, daß immer noch ein großer Gegensatz zwischen dem städtischen und ländlichen Schulwesen besteht. Eine Erörterung darüber, inwieweit dieser Gegensatz in der Natur der Sache begründet ist, inwieweit hier Mängel des ländlichen Schulwesens vorliegen, deren Beseitigung möglich ist, würde den Rahmen dieses Aufsatzes überschreiten. Jedenfalls sind bei all solchen Erörterungen zwei Gesichtspunkte zu beachten: einmal, daß die meisten Reformen in erster Linie finanzielle Fragen sind, und daß die durch die Ausbeutungspolitik der Siegerstaaten, insbesondere Frankreichs, hervorgerufene Zerrüttung unserer Finanzen uns zu äußerster Sparsamkeit zwingt; sodann, daß die mit dem Geburtenausfall während des Krieges zusammenhängende Verminderung der Schülerzahl, von der es zweifelhaft ist, ob sie durch eine künftige Vermehrung wieder ausgeglichen werden wird, in manchen Beziehungen (Verhältnis der Lehrerzahl zur Schülerzahl, Klassenbesetzung), wie bereits oben erwähnt, automatisch eine Verbesserung der Schulverhältnisse zur Folge gehabt hat und weiter haben wird.

Die Schulden der preußischen Landgemeinden, Städte, Kreise und Provinzial- usw. Verbände im Rechnungsjahre 1919 nach dem Stande vom 31. März 1920. — Im 17. Bande des Statistischen Jahrbuchs für den Freistaat Preußen finden sich auf den Seiten 415 ff. und 387 Angaben über die Schulden der preußischen Landkreise und Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbände im Rechnungsjahre 1919 nach dem Stande vom 31. März 1920. Der 18. Band des Jahrbuchs enthält auf S. 353 entsprechende Angaben über die Schulden sämtlicher preußischen Städte und Landgemeinden nach demselben Stande. An Hand dieser Nachweisungen ist es möglich, die gesamte Verschuldung der preußischen niederen und höheren Kommunalverbände für das Rechnungsjahr 1919 anzugeben. Da die Verhandlungen mit den ausländischen Staaten, an die ehemals preußisches Gebiet abgetreten worden ist, zwecks Übernahme eines Teils der öffentlichen Schulden der Kommunalverbände auf diese noch nicht zum Abschluß gekommen sind, kann hier auf sie bei der folgenden Untersuchung keine Rücksicht genommen werden. Die Regelung wird besonders auf den Schuldenstand der Provinzialverbände von Ost- und Westpreußen, Schleswig-Holstein und der Rheinprovinz sowie der bei Preußen nur teilweise verbliebenen Landkreise von Einfluß sein. Die Schulden der gänzlich abgetretenen oder nicht mehr unter preußischer Verwaltung stehenden Landkreise, Städte und Landgemeinden sind bei den folgenden Angaben bereits unberücksichtigt geblieben. Die Schulden des Provinzialverbandes von Posen konnten nicht mit aufgenommen werden, weil

Es betrugen

bei den	die langfristigen Anleihen überhaupt	die langfristigen Anleihen in Form von Schuldverschreibungen, die auf den Inhaber lauten,	die Hypotheken- und Grundschulden sowie Restkaufgelder	die schwebenden Schulden	sämtliche Schulden überhaupt	sämtliche Schulden auf 1 Einwohner	sämtliche Schulden das ...fache des Prinzipalsteuersolls
	Mill. M	Mill. M	Mill. M	Mill. M	Mill. M	M	
I. Provinzial- usw. Verbänden[1]) .	502,6	199,7	8,3	162,7	673,6	[4]) 19,3	[8]) 0,96
II. Landkreisen[2]) .	1 739,4	96,3	21,3	1 333,3	3 094,1	[5]) 127,1	[9]) 8,87
III. Städten[3])	8 139,8	3 870,3	336,1	3 406,6	11 882,5	[6]) 642,7	[10]) 17,51
IV. Landgemeinden[3])	1 272,1	.	77,9	259,3	1 609,3	[6]) 94,6	[10]) 6,13
I. bis IV. preuß. Kommunalverb. zus. .	**11 654,0**	**4 166,4**	**443,6**	**5 161,9**	**17 259,5**	**[7]) 465,5**	**[11]) 17,6**

er keine Angaben gemacht hatte. Da sein Gebiet fast vollständig an Polen abgetreten werden mußte, so wird Polen auch wohl fast seine gesamten Schulden mit übernehmen. Infolgedessen wird das Fehlen dieser Angaben bei der Beurteilung des Gesamtbildes der Verschuldung der preußischen Kommunalverbände nicht sehr ins Gewicht fallen. Die Schulden der an Polen abgetretenen Gemeinden und Gemeindeverbände Oberschlesiens sind dagegen in den folgenden Zahlenangaben noch mitenthalten.

Die vorstehende Übersicht zeigt den Stand der Schulden der preußischen Kommunalverbände am 31. März 1920.

Ausschließlich der Schulden der Gutsbezirke, die für die Frage der Kommunalschulden ausscheiden, ausschließlich ferner der Schulden der kommunalen Zweckverbände, die im Berichtsjahre nicht erhoben worden sind, und ausschließlich der Schulden des Provinzialverbandes von Posen beliefen sich die Schulden sämtlicher preußischen Kommunalverbände im Rechnungsjahre 1919 nach dem Stande vom 31. März 1920 auf 17,26 Milliarden Mark. Die Reichsschulden machten an demselben Tage nicht weniger als 183,18 Milliarden Mark aus, sodaß

[1]) ausschl. des Provinzialverbandes von Posen und des Kreises Herzogtum Lauenburg. — [2]) einschl. des Kreises Herzogtum Lauenburg, aber ausschl. 59 Landkreise, die ganz oder fast ganz von Preußen abgetreten sind oder nicht mehr unter preußischer Verwaltung stehen. — [3]) ausschl. des an Polen, Dänemark, die Tschecho-Slowakei und Belgien abgetretenen sowie des zum Freistaat Danzig gehörigen Gebiets und ausschl. der im Memel- und Saargebiet gelegenen Gemeinden, jedoch einschl. der auf Grund der Note der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober 1921 von Preußen an Polen abzutretenden oberschlesischen Gemeinden. — [4]) und zwar der Einwohner der Provinzialverbände nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 (34 952 903). — [5]) desgl. der Landkreise (24 349 208). — [6]) desgl der Städte bezw. Landgemeinden (18 489 666 bezw. 17 007 536). — [7]) ortsanwesende Bevölkerung am 8. Oktober 1919 nach dem Gebietsumfang am 1. Oktober 1920 (37 075 240). — [8]) Prinzipalsoll der direkten Steuern, wie es für die Provinzialbesteuerung nach dem Stande vom 1. Januar 1919 ermittelt worden ist. — [9]) desgl., soweit es der Kreisbesteuerung des Rechnungsjahres 1919 zugrunde gelegen hat. — [10]) desgl., wie es in kreisangehörigen Städten und in Landgemeinden für die Verteilung der Kreissteuern gemäß § 7 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 23. April 1906, in Stadtkreisen für die Verteilung der Provinzialsteuern gemäß § 25 a. a. O. nach dem Stande vom 1. Januar 1920 ermittelt worden ist. — [11]) Der Berechnung liegt die Summe aus dem Prinzipalsoll der direkten Steuern zugrunde, soweit es im Rechnungsjahre 1919 der Kommunalbesteuerung zugrunde gelegen hat, und zwar in den Gutsbezirken nach dem Stande vom 1. Januar 1919, in den Städten und Landgemeinden nach dem Stande vom 1. Januar 1920.

die Schulden der preußischen Kommunalverbände sich fast auf $^1/_{10}$ des Betrages der gesamten Reichsschulden belaufen. Im Rechnungsjahre 1911 betrug nach dem Stande vom 31. März 1912 die Verschuldung des Reiches erst 5,01 Milliarden Mark, sodaß im Berichtsjahre die Schulden der preußischen Kommunalverbände mehr als das 3fache der Reichsschulden vom 31. März 1912 ausmachten. Die Schulden der im Berichtsjahre berücksichtigten preußischen Kommunalverbände betrugen am 31. März 1912

bei den									
Städten		Landgemeinden		Landkreisen		Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbänden		Städten, Landgemeinden, Landkreisen und Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbänden zusammen	
überhaupt	davon schwebende Schulden	überhaupt	davon schwebende Schulden	überhaupt	davon schwebende Schulden	überhaupt	davon schwebende Schulden	überhaupt	davon schwebende Schulden
Mill. M	Mill. M	Mill. M	Mill. M	Mill. M	Mill. M	Mill. M	Mill. M	Mill. M	Mill. M
[1]) 4 381,6	[1]) 43,9	[1]) 713,5	[1]) 8,0	[2]) 552,0	[2]) 3,6	[3]) 321,8	[3]) 4,6	5 969,0	60,1.

Die Schulden der preußischen Kommunalverbände insgesamt haben sich im Zeitraum 1911/19 fast verdreifacht. Im einzelnen beträgt die Zunahme der Schulden in dem erwähnten Zeitraume bei den Städten 171,2, desgl. bei den Landgemeinden 125,5, bei den Landkreisen nicht weniger als 460,5 und bei den Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbänden 109,3 v. H. Die schwebenden Schulden insbesondere haben sich in den Jahren 1911 bis 1919 in den preußischen Kommunalverbänden um nicht weniger als das 84,9 fache vermehrt, und zwar machen sie im Berichtsjahre bei den Städten das 77,6, bei den Landgemeinden das 32,6, bei den Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbänden das 35,1 und bei den Landkreisen sogar das 370,7 fache des Betrages vom Rechnungsjahre 1911 aus. Die außergewöhnliche Zunahme der schwebenden Schulden erklärt sich, worauf in früheren Aufsätzen der „Statistischen Korrespondenz" bereits hingewiesen wurde, aus den großen Aufwendungen der Kommunalverbände auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege. In der Zeitschrift 1922, 62. Jahrg., Seite 34* ist in einem Aufsatz über die Schulden der preußischen Landkreise im Rechnungsjahre 1920 nachgewiesen worden, daß vom Rechnungsjahre 1919 ab wieder eine Abnahme der schwebenden Schulden zu bemerken ist, „eine Tatsache, die wohl zum größten Teile auf die Wirkungen des § 59 Landessteuergesetzes vom 30. März 1920 zurückzuführen ist", nach dem nämlich das Reich die bisher von den Ländern und Kommunalverbänden geleisteten Aufwendungen auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege nebst Zinsen, Diskontbeträgen und Kosten übernimmt.

Bei der Steigerung der Gesamtschulden, insbesondere der schwebenden Schulden, in dem erwähnten Zeitraume 1911 bis 1919 ist die ungeheure Zunahme der Verschuldung bei den Landkreisen bemerkenswert. Wie bereits erwähnt, betrug bei ihnen die Zunahme der Gesamtschulden 460,5 v. H. Die schwebenden Schulden weisen bei den Landkreisen im Rechnungsjahre 1919 sogar den 370,7 fachen Betrag vom Rechnungsjahre 1911 auf, das sind mehr als 37 000 Prozent! Der Grund für diese ganz außergewöhnliche Zunahme der schwebenden Schulden bei den Landkreisen, die mehr als das 4 fache der durchschnittlichen Zunahme dieser Schuldenart bei sämtlichen preußischen Kommunalverbänden ausmacht, liegt in den reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Verpflichtung der Kommunalverbände zur Familienunterstützung. Nach dem § 3 des Reichsgesetzes vom 28. Februar 1888 liegt nämlich die Verpflichtung zur Familienunterstützung, die doch während der Kriegszeit eine so große Rolle spielte, den „Lieferungsverbänden" ob, die gemäß § 17 des Reichsgesetzes über Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873 von den Kreisen und ihnen gleichartigen Verbänden gebildet werden. Wenn auch die anderen Kommunalverbände ebenfalls erhebliche Aufwendungen auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege gemacht haben, so hatten die Kreise insbesondere die ungeheuren Summen für die Familienunterstützungen zu zahlen, woraus sich dieses im Vergleich mit der Zunahme der schwebenden Schulden bei den anderen Kommunalverbänden in dem Zeitraume 1911 bis 1919 aus dem Rahmen fallende Anwachsen dieser Schuldenart bei ihnen erklärt. Daß auch die Städte insgesamt eine so große Zunahme der unfundierten Schulden aufweisen, liegt daran, daß bei ihnen die Stadtkreise einbegriffen sind, die hinsichtlich der Kriegswohlfahrtspflege, insbesondere der Familienunterstützung, dieselben Obliegenheiten zu erfüllen hatten wie die Landkreise.

[1]) Siehe Anmerkung 3 zur vorhergehenden Übersicht. — [2]) desgl. Anmerkung 2. — [3]) desgl. Anmerkung 1.

An der Gesamtschuldsumme der preußischen Kommunalverbände im Berichtsjahre waren die Städte mit 11,9 Milliarden Mark oder 68,8 v. H., desgl. die Landgemeinden mit 1,6 Milliarden Mark oder 9,3 v. H., die Landkreise mit 3,1 Milliarden Mark oder 17,9 v. H. und die Provinzial- (Bezirks- usw.) Verbände mit 0,7 Milliarden Mark oder 3,9 v. H. beteiligt.

In den beiden letzten Spalten der ersten Übersicht sind die Gesamtschulden der preußischen Kommunalverbände zunächst zur Bevölkerungszahl, sodann zum Prinzipalsteuersoll (vergl. Anm. 8—11) in Beziehung gesetzt worden.

Im Verhältnis zur steuerlichen Leistungsfähigkeit, wie sie im Soll der umlagefähigen direkten Steuern, dem sogenannten Prinzipalsteuersoll, zum Ausdruck kommt, war die Verschuldung der Stadtgemeinden am höchsten; sie betrug das 17,51 fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern, wie es in kreisangehörigen Städten für die Verteilung der Kreissteuern gemäß § 7 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 23. April 1906, in Stadtkreisen für die Verteilung der Provinzialsteuern gemäß § 25 a. a. O. nach dem Stande vom 1. Januar 1920 ermittelt worden ist. Gering war die Verschuldung der Provinzialverbände; sie machte nur das 0,96 fache des Prinzipalsolls der direkten Steuern, wie es der Provinzialbesteuerung zugrunde lag, aus. Insgesamt beliefen sich die Schulden der Kommunalverbände auf das 17,6 fache ihrer durchschnittlichen Steuerkraft, wie sie nach den in Anm. 11 zur ersten Übersicht angegebenen Grundlagen berechnet worden ist.

Auf 1 Einwohner entfielen an Kommunalschulden im gesamten Staate durchschnittlich 465,5 Mark. Da die preußischen Staatsschulden am 1. IV. 1920 sich auf 5,9 Milliarden Mark oder 159,1 Mark auf 1 Einwohner beliefen, mit diesem Datum jedoch 10,69 Milliarden Mark Staatsschulden auf das Reich übergegangen sind, ein Schuldbetrag also, der am 31. März 1920 noch zur preußischen Staatsschuld rechnete, so belaufen sich die gesamten Staats- und Kommunalschulden in Preußen (mit Ausnahme der Schulden der kommunalen Zweckverbände) am 31. März 1920 auf

	10,69	Milliarden Mark	Staatsschulden
und	5,90	„ „	„
und	17,26	„ „	Kommunalschulden, also

auf insgesamt 33,85 Milliarden Mark oder rund 913 Mark auf 1 Einwohner in Preußen.

Das Reich hatte am 31. März 1920 183,183 Milliarden Mark Schulden[1]) oder 3 040 M auf 1 Einwohner des Reichs[2]). Da nun auf jedem Preußen auch die Reichsschuld lastet, so ergibt die Summe aus dem Kopfbetrag an Reichsschuld im Reiche und dem Kopfbetrag an Staats- und Kommunalschulden in Preußen die auf 1 Einwohner in Preußen durchschnittlich ruhende Last an öffentlichen Schulden überhaupt. Sie betrug am 31. März 1920 nicht weniger als 3 953 M.

[1]) ausschl. der mit dem 1. IV. 1920 von Preußen auf das Reich übergehenden 10,69 Milliarden Mark. — [2]) Die ortsanwesende Bevölkerung am 8. Oktober 1919 betrug nach den Angaben im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, 41. Jahrgang, 1920, S. 1, 60 247 806 (ausschl. der Bevölkerung des Saargebiets und der Kreise Eupen und Malmedy).





